



# Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts  
vom Institut für Zeitgeschichte

Haupterausgeber  
Hans-Peter Schwarz

Mitherausgeber  
Helga Haftendorn, Klaus Hildebrand,  
Werner Link, Horst Möller und Rudolf Morsey

R. Oldenbourg Verlag München 1998



# Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1967

Band I: 1. Januar bis 31. März 1967

Wissenschaftlicher Leiter  
Rainer A. Blasius

Bearbeiter  
Ilse Dorothee Pautsch, Jürgen Klöckler,  
Matthias Peter und Harald Rosenbach

R. Oldenbourg Verlag München 1998

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland**

/ hrsg. im Auftr. des Auswärtigen Amts vom Institut für  
Zeitgeschichte. – München : Oldenbourg.

1967.

Bd. 1. 1. Januar bis 31. März 1967. – 1998

ISBN 3-486-56322-X

© 1998 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Rosenheimer Straße 145, D-81671 München

Internet: <http://www.oldenbourg.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf

Gedruckt auf säure- und chlorfreiem, alterungsbeständigem Papier

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-56322-X

# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	VII
<b>Vorbemerkungen zur Edition</b> .....	VIII
<b>Verzeichnisse</b> .....	XV
Dokumentenverzeichnis .....	XVII
Literaturverzeichnis .....	CLXXXV
Abkürzungsverzeichnis .....	CXCI
<b>Dokumente</b> .....	1
Band I (Dokumente 1–114) .....	3
Band II (Dokumente 115–313) .....	521
Band III (Dokumente 314–449) .....	1239
<b>Register</b> .....	1717
Personenregister .....	1717
Sachregister .....	1763
Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom April 1967 .....	1827



## Vorwort

Mit den Jahresbänden 1967 wird zum fünften Mal eine ausführlich kommentierte Sammlung von Dokumenten aus den Beständen des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts unmittelbar nach Ablauf der dreißigjährigen Akten-sperrfrist veröffentlicht. Das bewährte Editions-konzept der seit Herbst 1993 bereits publizierten „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ über die Jahre 1949/50 (ein Band), 1963 (drei Bände), 1964 (zwei Bände), 1965 (drei Bände) und 1966 (zwei Bände) ist beibehalten worden.

Das Erscheinen der vorliegenden Bände gibt Anlaß, allen an dem Werk Beteiligten zu danken. So gilt mein verbindlichster Dank dem Auswärtigen Amt, insbesondere dem Politischen Archiv sowie den Damen und Herren in den Referaten, die beim Deklassifizierungsverfahren zur Offenlegung der Dokumente beigetragen haben. In gleicher Weise zu danken ist dem Bundeskanzleramt für die Erlaubnis, unverzichtbare Dolmetscheraufzeichnungen einbeziehen zu können. Desgleichen danke ich dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik in St. Augustin für die Genehmigung, einige Schriftstücke aus dem Nachlaß des ehemaligen Bundeskanzlers Kurt Georg Kiesinger publizieren zu können, und dem Willy-Brandt-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn für die Erlaubnis, einige Schriftstücke aus dem Nachlaß des Bundesministers des Auswärtigen der Jahre 1966 bis 1969, Willy Brandt, abdrucken zu dürfen.

Besonderer Dank gebührt ferner den Kollegen im Herausgebergremium, die sich ihrer viel Zeit in Anspruch nehmenden Aufgabe in bewährter Kollegialität gewidmet haben. Ferner sei die tadellose Zusammenarbeit mit den zuständigen Persönlichkeiten und Gremien des Instituts für Zeitgeschichte dankbar hervorgehoben. Gedankt sei auch dem präzise arbeitenden Verlag R. Oldenbourg.

Unter den in der Titelei genannten Bearbeitern ist der Anteil von Frau Dr. Ilse Dorothee Pautsch am Gelingen der Bände besonders groß. Die Vorarbeiten und die Dokumentensammlung lagen weitgehend in ihrer Hand. Sie war außerdem mit der Kommentierung der Monate März, Juli und August 1967 befaßt. Die Monate Februar, Juni und November 1967 wurden von Herrn Dr. Jürgen Klöckler, die Monate Januar, Mai und Dezember 1967 von Herrn Dr. Matthias Peter und die Monate April, September und Oktober 1967 von Herrn Dr. Harald Rosenbach, der auch das Sachregister anfertigte, kommentiert. Ihnen allen, insbesondere aber auch Herrn Dr. Rainer A. Blasius, der wie bei den vorhergehenden Jahresbänden für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich war, sei für die erbrachte Leistung nachdrücklichst gedankt.

Ebenso haben wesentlich zur pünktlichen Fertigstellung der Edition Frau Dr. Ute Jancke und Herr Dr. Sven Olaf Berggötz durch die Erstellung des Personenregisters und Herr Dr. Wolfgang Hölscher durch die kompetente Beratung bei der Herstellung des Umbruchs beigetragen.

Die Editionen für 1968 und 1969 sowie für 1951 befinden sich in Arbeit. Sie sollen im vorgesehenen Rhythmus erscheinen.

Bonn, den 1. Oktober 1997

Hans-Peter Schwarz

## Vorbemerkungen zur Edition

Die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1967“ (Kurztitel: AAPD 1967) umfassen drei Bände, die durchgängig paginiert sind. Den abgedruckten Dokumenten gehen im Band I neben Vorwort und Vorbemerkungen ein Dokumentenverzeichnis, ein Literaturverzeichnis sowie ein Abkürzungsverzeichnis voran. Am Ende von Band III finden sich ein Personen- und ein Sachregister sowie ein Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom April 1967.

### Dokumentenauswahl

Grundlage für die Fondsedition der Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1967 waren die Bestände des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts (PA/AA). Besonderes Gewicht wurde auf die zentralen Bestände „Ministerbüro“ und „Büro Staatssekretär“ gelegt. Angemessene Berücksichtigung fanden aber auch die einzelnen Abteilungen und Referate des Auswärtigen Amts. Schriftstücke aus anderen Bundesministerien, die in die Akten des Auswärtigen Amts Eingang gefunden haben, wurden nur zur Kommentierung herangezogen und lediglich in Fällen von besonderer außenpolitischer Bedeutung als Dokumente aufgenommen. Fast ausnahmslos haben dagegen die im Auswärtigen Amt vorhandenen Aufzeichnungen über Gespräche des Bundeskanzlers mit ausländischen Staatsmännern und Diplomaten Aufnahme gefunden. Als notwendige Ergänzung dienten die im Bundeskanzleramt überlieferten Gesprächsaufzeichnungen.

Entsprechend ihrer Herkunft belegen die edierten Dokumente in erster Linie die außenpolitischen Aktivitäten des Bundesministers des Auswärtigen. Sie veranschaulichen aber auch die Außenpolitik des jeweiligen Bundeskanzlers. Die Rolle anderer Akteure, insbesondere im parlamentarischen und parteipolitischen Bereich, wird beispielhaft dokumentiert, sofern eine Wechselbeziehung zum Auswärtigen Amt gegeben war.

Die ausgewählten Dokumente sind nicht zuletzt deshalb für ein historisches Verständnis der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung, weil ausschließlich Schriftstücke veröffentlicht werden, die bisher der Forschung unzugänglich und größtenteils als Verschlusssachen der Geheimhaltung unterworfen waren. Dank einer entsprechenden Ermächtigung wurden den Bearbeitern die VS-Bestände des PA/AA ohne Einschränkung zugänglich gemacht und Anträge auf Herabstufung und Offenlegung von Schriftstücken beim Auswärtigen Amt ermöglicht. Das Bundeskanzleramt war zuständig für die Deklassifizierung von Verschlusssachen aus den eigenen Beständen. Kopien der offengelegten Schriftstücke, deren Zahl diejenige der in den AAPD 1967 weit übersteigt, werden im PA/AA zugänglich gemacht (Bestand B 150).

Nur eine äußerst geringe Zahl der für die Edition vorgesehenen Aktenstücke wurde nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Hierbei handelt es sich vor allem um Dokumente, in denen personenbezogene Vorgänge im Vordergrund stehen oder die auch heute noch sicherheitsrelevante Angaben enthalten. Von

einer Deklassifizierung ausgenommen war Schriftgut ausländischer Herkunft bzw. aus dem Bereich multilateraler oder internationaler Organisationen wie etwa der NATO. Unberücksichtigt blieb ebenfalls nachrichtendienstliches Material.

### Dokumentenfolge

Die 449 edierten Dokumente sind in chronologischer Folge geordnet und mit laufenden Nummern versehen. Bei differierenden Datumsangaben auf einem Schriftstück, z.B. im Falle abweichender maschinenschriftlicher und handschriftlicher Datierung, ist in der Regel das früheste Datum maßgebend. Mehrere Dokumente mit demselben Datum sind, soweit möglich, nach der Uhrzeit eingeordnet. Erfolgt eine Datierung lediglich aufgrund sekundärer Hinweise (z.B. aus Begleitschreiben, beigefügten Vermerken usw.), wird dies in einer Fußnote ausgewiesen. Ein Dokument, bei dem nur der Entstehungsmonat bekannt ist, wird am Ende des betreffenden Monats eingereiht. Bei Aufzeichnungen über Gespräche oder Besprechungen ist das Datum des dokumentierten Vorgangs ausschlaggebend, nicht der Zeitpunkt der Niederschrift.

### Dokumentenkopf

Jedes Dokument beginnt mit einem halbfett gedruckten, stets gleichgestalteten Dokumentenkopf, in dem wesentliche formale Angaben zusammengefaßt werden. Auf Dokumentennummer und -überschrift folgen in kleinerer Drucktype ergänzende Angaben, so rechts außen die Datumsangabe. Links außen wird, sofern vorhanden, das Geschäftszeichen des edierten Schriftstücks einschließlich des Geheimhaltungsgrads (zum Zeitpunkt der Entstehung) wiedergegeben. Das Geschäftszeichen, das aus der Kurzbezeichnung der ausfertigen Arbeitseinheit besteht sowie aus weiteren Elementen wie dem gemäß Aktenplan inhaltlich definierten Aktenzeichen, der Tagebuchnummer einschließlich verkürzter Jahresangabe und gegebenenfalls dem Geheimhaltungsgrad, läßt Rückschlüsse auf den Geschäftsgang zu und eröffnet die Möglichkeit, zugehöriges Aktenmaterial zu ermitteln. Dokumentennummer, verkürzte Überschrift und Datum finden sich auch im Kolumnentitel über dem Dokument.

Aus den Angaben im Dokumentenkopf, vor allem aus der Überschrift, läßt sich die Art des jeweiligen Dokuments erschließen. Aufzeichnungen und Vermerke des internen Schriftverkehrs im Auswärtigen Amt sind eine in der Edition besonders häufig vertretende Dokumentengruppe. Der Verfasser wird jeweils in der Überschrift benannt. Läßt sich ein solcher weder unmittelbar noch mittelbar nachweisen, wird die ausfertigende Arbeitseinheit (Abteilung oder Referat) angegeben.

Eine weitere Gruppe von Dokumenten bildet der Schriftverkehr zwischen der Zentrale in Bonn und den Auslandsvertretungen. Diese erhielten ihre Informationen und Weisungen in der Regel mittels Drahterlaß, der fernschriftlich oder per Funk übermittelt wurde. Auch bei dieser Dokumentengruppe wird in der Überschrift der Verfasser genannt, ein Empfänger dagegen nur, wenn der Drahterlaß an eine einzelne Auslandsvertretung bzw. deren Leiter gerichtet

war. Anderenfalls werden die Adressaten in einer Fußnote aufgeführt. Bei Runderlassen an sehr viele oder an alle diplomatischen Vertretungen wird der Empfängerkreis nicht näher spezifiziert, um die Anmerkungen nicht zu überfrachten. Ebenso sind diejenigen Auslandsvertretungen nicht eigens aufgeführt, die nur nachrichtlich von einem Erlaß in Kenntnis gesetzt wurden. Ergänzend zum Geschäftszeichen wird im unteren Teil des Dokumentenkopfes links die Nummer des Drahterlasses sowie der Grad der Dringlichkeit angegeben. Rechts davon befindet sich das Aufgabedatum und – sofern zu ermitteln – die Uhrzeit der Aufgabe. Ein Ausstellungsdatum wird nur dann angegeben, wenn es vom Datum der Aufgabe abweicht.

Der Dokumentenkopf bei einem im Auswärtigen Amt eingehenden Drahtbericht ist in Analogie zum Drahterlaß gestaltet. Zusätzlich zu Datum und Uhrzeit der Aufgabe wird hier auch der Zeitpunkt der Ankunft festgehalten, jeweils in Ortszeit.

In weniger dringlichen Fällen verzichteten die Botschaften auf eine fernschriftliche Übermittlung und zogen die Form des mit Kurier übermittelten Schriftberichts vor. Beim Abdruck solcher Stücke wird im Dokumentenkopf neben der Überschrift mit Absender und Empfänger das Geschäftszeichen und das Datum genannt. Eine Sonderform des Schriftberichts stellt das sogenannte Privatdienstschreiben dar, mit dem außerhalb des offiziellen Geschäftsgangs zu einem Sachverhalt Stellung bezogen werden kann; darauf wird in einer Anmerkung aufmerksam gemacht.

Neben dem Schriftwechsel zwischen der Zentrale und den Auslandsvertretungen gibt es andere Schreiben, erkennbar jeweils an der Nennung von Absender und Empfänger. Zu dieser Gruppe zählen etwa Schreiben der Bundesregierung, vertreten durch den Bundeskanzler oder den Bundesminister des Auswärtigen, an ausländische Regierungen, desgleichen auch Korrespondenz des Auswärtigen Amtes mit anderen Ressorts oder mit Bundestagsabgeordneten.

Breiten Raum nehmen Niederschriften über Gespräche bzw. Besprechungen ein. Sie werden als solche in der Überschrift gekennzeichnet. Hervorzuheben sind innerhalb dieser Dokumentengruppe Gesprächsaufzeichnungen der Dolmetscher. Für deren chronologische Einordnung ist das Gesprächs- oder Besprechungsdatum ausschlaggebend, während Verfasser und Datum der Niederschrift – sofern ermittelbar – in einer Anmerkung ausgewiesen werden.

Die wenigen Dokumente, die sich keiner der beschriebenen Gruppen zuordnen lassen, sind aufgrund individueller Überschriften zu identifizieren.

Die Überschrift bei allen Dokumenten enthält die notwendigen Angaben zum Ausstellungs-, Absende- oder Empfangsort bzw. zum Ort des Gesprächs oder der Besprechung. Erfolgt keine besondere Ortsangabe, ist Bonn stillschweigend zu ergänzen. Hält sich der Verfasser oder Absender eines Dokumentes nicht an seinem eigentlichen Dienstort auf, wird der Ortsangabe ein „z.Z.“ vorangesetzt.

Bei den edierten Schriftstücken handelt es sich in der Regel jeweils um die erste Ausfertigung oder – wie etwa bei den aufgrund festgelegter Verteiler vervielfältigten Drahtberichten – um eines von mehreren gleichrangig nebeneinander zirkulierenden Exemplaren. Statt einer Erstaufertigung mußten hin



und wieder ein „Durchschlag als Konzept“, ein Durchdruck, eine Abschrift oder eine Ablichtung herangezogen werden. Ein entsprechender Hinweis findet sich in einer Fußnote. In wenigen Fällen sind Entwürfe abgedruckt und entsprechend in den Überschriften kenntlich gemacht.

### Dokumententext

Unterhalb des Dokumentenkopfes folgt – in normaler Drucktype – der Text des jeweiligen Dokuments, einschließlich des Betreffs, der Anrede und der Unterschrift. Falls die Textvorlage eine inhaltlich substantielle Überschrift aufweist, wird diese mitabgedruckt. Die Dokumente werden in der Regel ungekürzt veröffentlicht. In wenigen Ausnahmefällen sind geringfügige Auslassungen vorgenommen worden; sie werden durch [...] gekennzeichnet und in einer Fußnote erläutert. Textergänzungen der Bearbeiter stehen ebenfalls in eckigen Klammern.

Offensichtliche Schreib- und Interpunktionsfehler werden stillschweigend korrigiert. Eigentümliche Schreibweisen bleiben nach Möglichkeit erhalten: manchmal erwies sich jedoch eine Vereinheitlichung bzw. Modernisierung als sinnvoll. Dies trifft teilweise auch auf fremdsprachige Orts- und Personennamen zu, deren Schreibweise nach den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln wiedergegeben wird.

Selten vorkommende und ungebräuchliche Abkürzungen in der Textvorlage werden aufgelöst. Typische Abkürzungen von Institutionen, Parteien etc. werden allerdings übernommen. Hervorhebungen in der Textvorlage, also etwa maschinenschriftliche Unterstreichungen oder Sperrungen werden – sofern sie nicht formaler Natur sind – kursiv wiedergegeben. Darüber hinaus dient der Kursivdruck dazu, bei Gesprächsaufzeichnungen die Sprecher voneinander abzuheben. Im äußeren Aufbau (Absätze, Zentrierungen usw.) folgt das Druckbild der Textvorlage, soweit dies unter Berücksichtigung der satztechnisch bedingten Gegebenheiten möglich ist.

Mit Ausnahme der dem Namen hinzugefügten Dienstbezeichnung, die der Überschrift eines Dokuments zu entnehmen ist, wird eine Unterschriftenformel vollständig wiedergegeben. Ein handschriftlicher Namenszug ist nicht besonders gekennzeichnet, eine Paraphe mit Unterschriftencharakter aufgelöst (mit Nachweis in einer Fußnote). Findet sich auf einem Schriftstück der Name zusätzlich maschinenschriftlich vermerkt, bleibt dies unerwähnt. Ein maschinenschriftlicher Name, dem ein „gez.“ vorangestellt ist, wird entsprechend übernommen; fehlt in der Textvorlage der Zusatz „gez.“, wird er in eckigen Klammern ergänzt.

Unter dem Dokumententext wird die jeweilige Fundstelle des Schriftstückes in halbfetter Schrifttype nachgewiesen. Bei Dokumenten aus dem PA/AA wird auf die Angabe des Archivs verzichtet und nur der jeweilige Bestand mit Bandnummer genannt. Dabei ist, soweit möglich, der aktuelle Stand der Verzeichnungsarbeiten im Politischen Archiv berücksichtigt. Dokumente aus VS-Beständen sind mit der Angabe „VS-Bd.“ versehen. Bei Dokumenten anderer Herkunft werden Archiv und Bestandsbezeichnung angegeben. Da alle edierten Dokumente für die wissenschaftliche Benutzung bisher nicht oder nur in

eingeschränktem Maße zur Verfügung standen, erübrigte sich eine systematische Suche nach Vor- und Teilveröffentlichungen.

### Kommentierung

In Ergänzung zum Dokumentenkopf enthalten die Anmerkungen formale Hinweise und geben Auskunft über wesentliche Stationen im Geschäftsgang. Angaben technischer Art, wie Registraturvermerke oder standardisierte Verteiler, werden nur bei besonderer Bedeutung erfaßt. Wesentlich ist dagegen die Frage, welche Beachtung das jeweils edierte Dokument auf den verschiedenen Ebenen des Auswärtigen Amts bzw. außerhalb dieser Behörde gefunden hat. Dies läßt sich an den Paraphen maßgeblicher Akteure sowie an den – überwiegend handschriftlichen – Weisungen, Bemerkungen oder auch Reaktionen in Form von Frage- oder Ausrufungszeichen ablesen, die auf dem Schriftstück selbst oder auf zugehörigen Begleitschreiben und -vermerken zu finden sind. Die diesbezüglichen Merkmale sowie damit in Verbindung stehende Hervorhebungen (Unterstreichungen oder Anstreichungen am Rand) werden in Anmerkungen nachgewiesen. Auf den Nachweis sonstiger An- oder Unterstreichungen wird verzichtet. Abkürzungen in handschriftlichen Passagen werden unter Kennzeichnung durch eckige Klammern aufgelöst.

In den im engeren Sinn textkritischen Anmerkungen werden nachträgliche Korrekturen oder textliche Änderungen des Verfassers und einzelner Adressaten festgehalten. Unwesentliche Textverbesserungen sind hiervon ausgenommen. Ferner wird auf einen systematischen Vergleich der Dokumente mit Entwürfen ebenso verzichtet wie auf den Nachweis der in der Praxis üblichen Einarbeitung von Textpassagen in eine spätere Aufzeichnung oder einen Drahterlaß.

Die Kommentierung soll den historischen Zusammenhang der edierten Dokumente in ihrer zeitlichen und inhaltlichen Abfolge sichtbar machen, weitere Aktenstücke und anderweitiges Schriftgut nachweisen, die unmittelbar oder mittelbar angesprochen werden, sowie Ereignisse oder Sachverhalte näher erläutern, die dem heutigen Wissens- und Erfahrungshorizont ferner liegen und aus dem Textzusammenhang heraus nicht oder nicht hinlänglich zu verstehen sind. Dem erstgenannten Gesichtspunkt tragen jene rück- oder weiterverweisenden Anmerkungen Rechnung, die Bezüge zwischen einzelnen Dokumenten in den vorliegenden drei Bänden offenlegen und auf die AAPD 1963 bis 1966 bzw. auf die in Vorbereitung befindlichen AAPD 1968 verweisen. Das Auffinden von Dokumenten zu einem bestimmten thematischen Schwerpunkt ist mit Hilfe des Sachregisters möglich.

Besonderer Wert wird bei der Kommentierung darauf gelegt, die Dokumente durch Bezugsstücke aus den Akten der verschiedenen Arbeitseinheiten des Auswärtigen Amts bis hin zur Leitungsebene zu erläutern. Zitate oder inhaltliche Wiedergaben sollen die damaligen Entscheidungsprozesse erhellen. Dadurch wird zugleich Vorarbeit geleistet für eine vertiefende Erschließung der Bestände des PA/AA. Um die Identifizierung von Drahtberichten bzw. Drahterlassen zu erleichtern, werden außer dem Verfasser und dem Datum die Drahtberichtsnummer und, wo immer möglich, die Drahterlaßnummer angegeben.

Findet in einem Dokument veröffentlichtes Schriftgut Erwähnung – etwa Abkommen, Gesetze, Reden oder Presseberichte –, so wird die Fundstelle in einer Anmerkung nach Möglichkeit genauer spezifiziert. Auszüge aus den Bezugstücken oder inhaltliche Zusammenfassungen sollen zum Verständnis der Dokumente beitragen. Bei Anmerkungen oder Anmerkungsteilen, deren Zweck die knappe Erläuterung eines Sachverhalts oder Ereignisses ist, erfolgen keine systematischen Hinweise auf archivalische oder veröffentlichte Quellen. Sekundärliteratur wird generell nicht in die Kommentierung aufgenommen.

Angaben wie Dienstbezeichnung, Dienststellung, Funktion, Dienstbehörde und Nationalität dienen der eindeutigen Identifizierung der in der Kommentierung vorkommenden Personen. Die genannten Merkmale werden dabei erforderlichenfalls in Kombination oder auch im Wechsel dem Namen hinzugefügt. Bei Bundesministern erfolgt ein Hinweis zum jeweiligen Ressort nur im Personenregister. Eine im Dokumententext lediglich mit ihrer Funktion genannte Person wird nach Möglichkeit in einer Anmerkung namentlich nachgewiesen. Davon ausgenommen sind der jeweilige Bundespräsident, der Bundeskanzler bzw. der Bundesminister des Auswärtigen.

Die Bezeichnung einzelner Staaten wird so gewählt, daß Verwechslungen ausgeschlossen sind. Als Kurzform für die Deutsche Demokratische Republik kommen in den Dokumenten die Begriffe SBZ oder DDR vor und werden so wiedergegeben. Der in der Forschung üblichen Praxis folgend, wird jedoch in der Kommentierung und in den Regesten der Begriff DDR verwendet. Das Adjektiv „deutsch“ findet nur bei gesamtdeutschen Belangen oder dann Verwendung, wenn eine eindeutige Zuordnung gegeben ist. Der westliche Teil von Berlin wird als Berlin (West), der östliche Teil der Stadt als Ost-Berlin bezeichnet. Im übrigen orientiert sich die Edition bei der Benutzung geographisch-politischer Begriffe an der Sprache der Quellen.

Der Vertrag vom 8. April 1965 über die Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer vereinigten Kommission der Europäischen Gemeinschaften trat am 1. Juli 1967 in Kraft. Zur Kennzeichnung der Zusammenlegung von EWG, EURATOM und EGKS wird in der Kommentierung ab diesem Datum von „Europäische Gemeinschaften“ bzw. „EG“ gesprochen.

Für häufig benutzte Publikationen wie Editionen, Geschichtskalender und Memoiren werden Kurztitel oder Kurzformen eingeführt, die sich über ein entsprechendes Verzeichnis auflösen lassen. Der Platzersparnis dienen ebenfalls die Rückverweise auf bereits an anderer Stelle ausgeführte Anmerkungen.

Wie bei der Wiedergabe der Dokumente finden auch in den Anmerkungen die im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln für die Transkription fremdsprachlicher Namen und Begriffe Anwendung. Bei Literaturangaben in russischer Sprache wird die im wissenschaftlichen Bereich übliche Transliteration durchgeführt.

## Verzeichnisse

Das *Dokumentenverzeichnis* ist chronologisch angelegt. Es bietet zu jedem Dokument folgende Angaben: Die halbfett gedruckte Dokumentennummer, Datum und Überschrift, die Fundseite sowie eine inhaltliche Übersicht in Form

eines Regests. Um die Einheitlichkeit der Regesten in ihrem notwendigerweise verkürzenden Charakter zu wahren, steht bei der Zusammenfassung des Dokumenteninhalts nicht die Aufzählung aller angesprochenen Themen im Vordergrund, sondern die Aufmerksamkeit gilt wesentlichen Schwerpunkten oder neuartigen Gedanken. Die Regesten können und sollen lediglich einer ersten Orientierung dienen. Hinsichtlich ihrer formalen Gestaltung wird auf die vorangehenden Ausführungen zur Kommentierung verwiesen.

Das *Literaturverzeichnis* enthält nur solche Publikationen, die häufig zur Kommentierung herangezogen und mit Kurztiteln oder Kurzformen versehen wurden. Diese sind alphabetisch geordnet und werden unter Angabe der notwendigen bibliographischen Daten aufgelöst.

Das *Abkürzungsverzeichnis* führt – mit Ausnahme der erwähnten Kurzformen – die im Dokumententeil vorkommenden Abkürzungen auf, es sei denn, sie sind so gebräuchlich, daß sich eine Auflösung erübrigt. Nicht aufgenommen werden Abkürzungen, die in einer Fußnote erläutert sind.

## Register

Im *Personenregister* werden in der Edition vorkommende Personen unter Nennung derjenigen politischen, dienstlichen oder beruflichen Funktionen aufgeführt, die im inhaltlichen Zusammenhang der Dokumente wesentlich sind. In der Regel wird nur die maßgebliche Funktion im Jahr 1967 angegeben. Zu den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen deutschen Funktionsbezeichnungen für ausländische Diplomaten werden in Einzelfällen die entsprechenden Termini in der jeweiligen Landessprache in Klammern hinzugefügt. Steht ein Dokument in seiner Gesamtheit in Beziehung zu einer Person, so wird im Register statt der betreffenden Seitenzahlen die halbfett gedruckte Dokumentennummer ausgeworfen.

Das *Sachregister* ermöglicht einen thematisch differenzierten Zugriff auf die Dokumente. Auch hier wird in den Fällen, in denen sich ein Schlagwort auf ein Dokument in seiner Gesamtheit bezieht, die halbfett gedruckte Dokumentennummer anstelle von Seitenzahlen aufgeführt.

Der *Organisationsplan* vom April 1967 zeigt die Struktur des Auswärtigen Amts und orientiert über die Leiter der jeweiligen Arbeitseinheiten.

## **Verzeichnisse**



# Dokumentenverzeichnis

- |   |        |  |       |
|---|--------|--|-------|
| 1   | 02.01  | Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg | S. 3  |
| <p>Meyer-Lindenberg führt aus, daß der EWG-Ministerrat am 6. Dezember 1966 der Kommission ein Mandat für Sondierungsgespräche mit Israel über dessen Assoziierungsantrag vom 4. Oktober 1966 erteilt habe. Die Bundesregierung halte eine Neuverhandlung des Handelsabkommens vom 4. Juni 1964 zwischen der EWG und Israel für den schnellsten Weg zur Verbesserung der gegenseitigen Handelsbeziehungen, während eine Assoziierung „schwerwiegende Probleme“ aufwerfe. Die präjudizielle Wirkung einer solchen Entscheidung im Hinblick auf die Assoziierung weiterer afrikanischer Staaten und damit auf den europäischen Charakter der EWG wäre beträchtlich. Ferner sei die Regelung der Beziehungen zu den EFTA-Staaten vordringlich. Schließlich werde die Frage aufgeworfen, ob eine Befürwortung des israelischen Antrags durch die Bundesregierung nicht deren Bemühungen um die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit den arabischen Staaten erschwere. Meyer-Lindenberg regt an, der israelischen Regierung mitzuteilen, daß ihr Wunsch von der EWG geprüft und die Haltung der Bundesregierung zu gegebener Zeit vom Kabinett festgelegt werde.</p> |        |  |       |
| 2   | 03.01. | Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete            | S. 8  |
| <p>Ruete berichtet, daß dem ehemaligen Vertreter des Leiters der Handelsvertretung in Warschau, Blumenfeld, von polnischer Seite der Vorschlag zu politischen Sondierungsgesprächen in Bonn unterbreitet worden sei. Die Entsendung einer polnischen Delegation unter Beteiligung eines verantwortlichen Beamten des polnischen Außenministeriums stelle ein Novum dar und gehe weit über die gegenüber Abgeordneten des Bundestages im Sommer des Vorjahres geäußerte Möglichkeit der Aufnahme parlamentarischer Kontakte hinaus. Ruete schlägt vor, die Bereitschaft zu vertraulichen Gesprächen zu signalisieren und unverbindlich anzuregen, daß ein konkreter Terminvorschlag in Form eines vertraulichen Schreibens des Vertreters des polnischen Außenministeriums in der zu bildenden Delegation erfolgen möge.</p>   |        |  |       |
| 3   | 03.01. | Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahm            | S. 10 |
| <p>Sahm nimmt den Entwurf einer Instruktion für die Delegation der Bundesrepublik bei den Verhandlungen mit der Tschechoslowakei zum Anlaß festzustellen, daß seitens der Bundesregierung erstmals die Gesprächsbereitschaft über eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen erklärt werde. Voraussetzung hierfür sei jedoch, daß eine künftige Botschaft in Prag auch die Interessen von Berlin (West) de facto wahrnehmen und dem Alleinvertretungsanspruch Ausdruck verliehen werden könne. Er</p>   |        |  |       |

weist darauf hin, daß eine offizielle Interpretation der beiden häufig und unterschiedlich benutzten Begriffe „Heimatrecht“ und „Obhutspflicht“ durch das Bundeskabinett erforderlich sei. Sahm äußert ferner die Meinung, daß sich die Bundesrepublik die Normalisierung des Verhältnisses zu Osteuropa etwas kosten lassen müsse. Staaten, die der Politik der Bundesregierung besonders aufgeschlossen gegenüberständen, sollte wirtschaftlich und finanziell entgegengekommen werden, um denjenigen osteuropäischen Staaten, die sich zurückhaltend zeigten, einen Anreiz zur Änderung ihrer Haltung zu geben.

- 4      03.01. Bundesminister Brandt, z. Z. Rom, an das Auswärtige Amt      S. 14

Brandt macht darauf aufmerksam, daß sich die Bundesrepublik der Unterzeichnung eines zwischen den USA und der UdSSR auszuhandelnden Nichtverbreitungsabkommens kaum werde entziehen können. Sie müsse jedoch, gemeinsam mit anderen nicht-nuklearen Staaten „kraftvoll und beharrlich“ ihre Interessen vertreten, insbesondere hinsichtlich der uneingeschränkten Beteiligung an der zivilen Atomforschung. Ferner vertritt Brandt die Ansicht, daß durch das angestrebte Abkommen der Weg nach Europa weder versperrt noch unnötig erschwert werden dürfe. Auch sollten bestehende Regelungen innerhalb der NATO zur nuklearen Planung nicht berührt werden; die Bundesrepublik erhebe hier Anspruch auf volle Beteiligung. Demgegenüber seien Projekte in Anlehnung an die MLF nicht mehr realistisch, da die Gefahr bestehe, „hinter einem Wurstzipfel herzuhopsen“, der nicht zu erwischen sei. Vielmehr müsse überlegt werden, ob der Bundesrepublik nicht mehr Luft verschafft werden könne, wenn der 1954 ausgesprochene Verzicht auf die Herstellung von Kernwaffen durch einen Verzicht auf Erwerb, Mitbesitz und Verfügungsgewalt ergänzt würde.

- 5      04.01. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr      S. 19

Lahr legt die Grundsätze der Bundesregierung für die Gewährung von Ausrüstungshilfe dar. Diese habe sich als wertvolles Instrument der Außenpolitik erwiesen, stoße nun aber auf Bedenken im Bundestag und sei darüber hinaus von Kürzungen im Haushalt 1967 betroffen. Dabei könnte hier mit relativ geringen Mitteln große politische Wirkung erzielt werden, denn die Ausrüstungshilfe entspreche dem Wunsch der Entwicklungsländer nach politischer Konsolidierung und trage ihrem Prestigebedürfnis Rechnung. Als Gegenleistung dürfe die Bundesregierung Unterstützung in ihrer Deutschlandpolitik erwarten. Es müsse auch bedacht werden, daß der Kreis der Empfänger auf wenige Staaten in den ruhigeren Teilen Afrikas begrenzt sei. Lahr stellt ferner fest, daß keine Angriffswaffen geliefert würden und beabsichtigt sei, von der Lieferung sogenannter Verteidigungswaffen gänzlich abzukommen. Um den im Haushalt für 1967 vorgesehenen Betrag durchzusetzen, regt



er an, daß begrifflich unterschieden werden solle zwischen Verteidigungshilfe einschließlich Waffen einerseits, die den NATO-Staaten vorbehalten bleibe, sowie andererseits Ausrüstungshilfe an Entwicklungsstaaten „praktisch ohne Waffen“.

**6      04.01.   Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter      S. 23**

Schnippenkötter resümiert den Stand der Dreier-Verhandlungen nach der Gesprächsrunde vom 28. bis 30. November 1966. Während die Untersuchung über die sowjetische Bedrohung fertiggestellt wurde, konnte in Einzelfragen wie etwa der anzusetzenden Dauer der militärischen Vorwarnzeit im Falle eines Angriffs des Warschauer Pakts gegen die NATO keine Einigung erzielt werden. Gleichfalls nicht abgeschlossen sei eine Untersuchung des militärischen Potentials der NATO im Abschnitt Europa-Mitte sowie eine vergleichende Studie über die Kampfkraft der deutschen, britischen und amerikanischen Streitkräfte. Unterschiedliche Ansichten beständen auch in der Frage, ob das Vorhandensein starker konventioneller Streitkräfte in Europa zweckmäßig sei; im Gegensatz zur deutschen und amerikanischen Auffassung vertrete die britische Regierung die Auffassung, „daß eine konventionelle Verteidigung in Europa aussichtslos“ sei. Noch nicht erörtert wurde, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Rückverlegung von amerikanischen und britischen Truppen aus der Bundesrepublik militärisch vertretbar sei.

**7      04.01.   Aufzeichnung des Botschafters Grewe, z. Z. Bühler Höhe      S. 27**

Grewe bezeichnet den am 16. Dezember 1966 vom amerikanischen Außenminister Rusk übergebenen Formulierungsvorschlag für den Artikel I eines Nichtverbreitungsabkommens als unakzeptabel, da er eine befriedigende Lösung des Problems der nuklearen Teilhabe innerhalb der NATO im Sinne einer weitergehenden Einbeziehung der Nicht-Kernwaffenstaaten unmöglich mache. Bei einer amerikanisch-sowjetischen Einigung auf der Grundlage des vorgelegten Textes würde die integrierte Militärstruktur der NATO auf dem jetzt erreichten und die Bundesregierung nicht befriedigenden Niveau verbleiben. Außerdem müßten sich die europäischen Partner auf die zunehmend fraglich gewordene amerikanische Nukleargarantie verlassen. Die NATO würde somit zu einem Instrument amerikanischer Kontrolle des militärischen Gleichgewichts in Europa auf der Basis des Status quo. Ziel der Bundesregierung müsse folglich die Sicherstellung eines tragbaren Textentwurfes sein. Dies bedeute auch, daß ein Beitritt zum Abkommen nicht allen Staaten offenstehen dürfe. Deutlicher als bisher sei herauszustellen, daß das amerikanische Vorgehen mit der „Idee der atlantischen Partnerschaft“ unvereinbar sei.

- 8      05.01. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem italienischen Außenminister Fanfani in Rom S. 32
- Brandt erläutert, daß die Bundesregierung bei dem geplanten Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EWG-Staaten in Rom nicht nur die Ost-West-Beziehungen erörtern wolle. Auch die bei Staatspräsident de Gaulle bestehenden Zweifel in Europa-Fragen sollten zerstreut werden. Hinsichtlich eines Beitritts Großbritanniens zur EWG führt er aus, daß vorurteilslos neue Ansatzpunkte erarbeitet werden müßten, um so vielleicht zu qualifizierten Konsultationen zu gelangen. Fanfani weist darauf hin, daß die Gipfelkonferenz „der Vorbereitung der Geister auf konstruktive und gelassene Englandverhandlungen“ dienen solle. Die Minister stimmen darin überein, daß es hinsichtlich der für den 1. Juli 1968 vorgesehenen Liberalisierung des EWG-Binnenmarktes für Großbritannien keine zu langen Übergangszeiten geben dürfe. Brandt unterbreitet Vorschläge für eine gemeinsame europäische Forschungspolitik und Verhandlungen mit den USA über ein Kooperationsabkommen im Rahmen der OECD. Hinsichtlich eines Nichtverbreitungsabkommens dürfe weder das Interesse der Nichtnuklearstaaten an einer friedlichen Entwicklung der Kernenergie noch deren Beteiligung an der gemeinsamen Strategie der NATO und an deren Krisenmanagement beeinträchtigt werden.
- 9      10.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Diehl S. 42
- Diehl stellt fest, daß Frankreich die Entwicklung und Herstellung von Atomwaffen „im wesentlichen gemeistert“ habe. Dabei habe es 1956/57 gewisse Ansatzpunkte für eine deutsch-französische Zusammenarbeit im Nuklearbereich gegeben. Jedoch bestehe Staatspräsident de Gaulle nun darauf, daß die Bundesrepublik keine nationale Verfügungsgewalt und keinen Besitz oder Mitbesitz von Atomwaffen anstrebe. Demgegenüber müsse deutlich gemacht werden, daß die Bundesrepublik gerade nach dem Scheitern des MLF-Projektes und der noch völlig ungewissen Option einer europäischen Atomstreitmacht schutzwürdige nationale Interessen auf nuklearem Gebiet besitze, die eine begrenzte, aber ausbaufähige Kooperation mit Frankreich wünschenswert machten. Dabei könne die Bundesrepublik auch als Bindeglied zwischen dem „Außenseiter Frankreich“ und den übrigen NATO-Staaten fungieren. Möglichkeiten der Zusammenarbeit ergäben sich u. a. auf dem Gebiet der Raketenabwehr, hinsichtlich der friedlichen Nutzung der Kernenergie, bei der Entwicklung von Reaktoren sowie in der Nukleartechnologie.
- 10     11.01. Vortragender Legationsrat I. Klasse Wickert, z. Z. Prag, an Staatssekretär Schütz S. 47
- Wickert berichtet von den Verhandlungen mit der Tschechoslowakei über den Abschluß eines Handelsabkommens und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Der Abteilungsleiter im tschechoslowakischen Außenministerium, Rezek, habe die Auffassung bekräftigt, daß das Münchener Abkommen von

1938 von Anfang an null und nichtig gewesen sei. Bei einer Anerkennung dieser „objektiven Tatsache“ würde die tschechoslowakische Regierung weder neue Forderungen erheben noch die Bundesrepublik „zur Kasse“ bitten. Er, Wickert, habe verdeutlicht, daß sich die Bundesregierung von einer Diskussion über Gültigkeit oder Ungültigkeit „ungleicher Verträge“ auch nichts verspreche, jedoch dem tschechoslowakischen Standpunkt hinsichtlich des Münchener Abkommens nicht leicht folgen könne. Allerdings bestehe die Bereitschaft, anlässlich eines Botschafteraustauschs die „Verurteilung der Hitlerschen Gewaltpolitik, die zum Münchener Abkommen geführt habe“, zu wiederholen.

**11      11.01.   Drahterlaß des Staatssekretärs Schütz      S. 50**

Der Staatssekretär resümiert ein Gespräch mit den Botschaftern der Drei Mächte. Schütz berichtete McGhee, Roberts und François Seydoux, daß die Aussichten für eine Weiterarbeit der Passierscheinstelle für dringende Familienangelegenheiten nach Auslaufen der bestehenden Regelung Ende Januar 1967 nicht sehr günstig seien. Auch wolle die DDR mit der Ankündigung, die Mitarbeit im Alliierten Abrechnungsbüro für den Post- und Fernmeldeverkehr zu beenden, ihre Forderung nach Internationalisierung des innerdeutschen Postverkehrs untermauern. Schütz schlug daher vor, daß die „Allied Working Party on International Accounting of Post and Telecommunications“ weiterhin Postgebühren abrechnen und die Postverwaltungen der beteiligten Staaten in einem Zirkular davon in Kenntnis setzen sollten. Er teilte weiter mit, daß die DDR einen Ausgleich in Höhe von mehreren hundert Millionen DM für die seit 1948 geleisteten Dienstleistungen im innerdeutschen Postverkehr fordere, jedoch nur ein Ausgleich für zukünftige Leistungen erwogen werden und hierüber eine Absprache auf technischer Ebene erfolgen könne. Es müsse überlegt werden, ob auf die im November 1966 durch die DDR einseitig festgelegte neue Gebührenordnung für die Benutzung der Wasserstraßen von Berlin (West) nicht mit einer entsprechenden Anordnung des Berliner Senats geantwortet werden müsse.

**12      12.01.   Ministerialdirektor Ruete, z. Z. Bukarest, an das Auswärtige Amt      S. 56**

Ruete berichtet über sein Gespräch mit dem rumänischen Außenminister. Manescu erklärte, daß hinsichtlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen weder Bedingungen gestellt, noch Schwierigkeiten gemacht würden. Auf der anderen Seite könnten die von der Bundesrepublik vertretenen Positionen keinesfalls durch Rumänien „attestiert“ werden. Der Botschafteraustausch solle in Form eines Communiqués beschlossen werden, das nicht mit gewagten politischen Erklärungen zu belasten sei. Ferner könnten hinsichtlich der Vertretung der Interessen von Berlin (West) durch eine in Bukarest zu errichtende Botschaft keine schriftlichen Zusicherungen gemacht werden; je-

doch werde die rumänische Regierung zu mündlichen Abmachungen stehen. Was die Zusammenführung „rumänischer Staatsangehöriger“ mit ihren in der Bundesrepublik lebenden Familien angehe, so sei Rumänien bereit, aus humanitären Gründen Ausreisearträgen mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

- 13      12.01. Vortragender Legationsrat I. Klasse Wickert, z.Z. Prag, an Staatssekretär Schütz      S. 60

Wickert faßt seine Gespräche mit dem Abteilungsleiter im tschechoslowakischen Außenministerium zusammen. Rezek bekräftigte, daß die tschechoslowakische Auffassung, die Bundesrepublik müsse die Ungültigkeit des Münchener Abkommens von 1938 ex tunc anerkennen, zwar eine Erwartung, aber keine Forderung darstelle. Zu dem seitens der Bundesregierung erwogenen Austausch bilateraler Gewaltverzichtserklärungen meinte er, daß die Tschechoslowakei „Mitglied der sozialistischen Familie“ sei und daher eine Friedenssicherung in europäischem Rahmen vorziehe. Hinsichtlich der Einbeziehung von Berlin (West) in ein Handelsabkommen werde überlegt, ob diese Frage nicht durch die vorhergehende Aufnahme diplomatischer Beziehungen und eine damit verknüpfte Vereinbarung über die Wahrnehmung der Interessen von Berlin (West) durch die Botschaft der Bundesrepublik in Prag gelöst werden könne. Rezek betonte, daß nach wie vor Interesse an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik bestehe.

- 14      13.01. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Staatspräsident de Gaulle in Paris      S. 64

Der Bundeskanzler erklärt, daß er nicht als „Demandeur“ komme, sondern als jemand, der mit der Umsetzung des deutsch-französischen Vertrages von 1963 nicht zufrieden sei und alles tun wolle, um nach Maßgabe der heutigen Umstände das Versäumte nachzuholen. Daneben wünsche die Bundesregierung, die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten zu normalisieren und auch das Verhältnis zur UdSSR zu verbessern. Vielleicht könne auch eine Entkrampfung gegenüber der DDR dazu beitragen, den „hermetischen Abschluß der Bevölkerung in der DDR“ zu beenden. Mit dieser Politik wolle die Bundesrepublik „als Europäer mit Europäern“ die Ost-West-Konfrontation überwinden helfen. De Gaulle führt aus, daß die UdSSR mit der eigenen Entwicklung ringe, bei ihren Verbündeten die nationale Idee obsiege und das Verhältnis zur Volksrepublik China gespannt sei. Deshalb sei es notwendig, eine echte politische Entspannung zu betreiben. Kiesinger erwidert, daß im Gegenzug zu dieser an die Bundesregierung gerichteten Erwartung die Verbündeten der Wiedervereinigung Deutschlands nicht nur einen „Lippendienst“ erweisen dürften. Was die Haltung gegenüber den USA betreffe, so lasse sich die Bundesregierung von der Erkenntnis leiten, daß jeder Staat eigene Interessen verfolge. Deswegen gebe es gute Gründe für einen Verbleib in der NATO-Integration, eben weil die Bundesrepublik nicht die-

selbe Bewegungsfreiheit wie Frankreich besitze. Allerdings denke er nicht daran, Politik „in Hörigkeit von Amerika“ zu betreiben.

- 15      13.01. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris      S. 78

Der Bundesminister berichtet, daß die Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen gut zu verlaufen schienen. Auch die Gespräche, die derzeit in Prag geführt würden, ließen darauf hoffen, daß im Verhältnis zur Tschechoslowakei eine Normalisierung bald möglich sei. Die UdSSR habe dagegen lediglich in der Frage des Austauschs von Gewaltverzichtserklärungen Interesse an einem informellen Meinungs-austausch signalisiert. Der französische Außenminister führt aus, daß der Wandel in den Ost-West-Beziehungen „sehr wichtig, vielleicht das Wichtigste“ sei. Polen biete die größten Schwierigkeiten, da es noch stark „traumatisiert“ sei, während die sowjetische Regierung mit Rücksicht auf die unterschiedlichen Interessen ihrer Bündnispartner eine abwartende Haltung einnehme. Brandt bittet mit Blick auf eine mögliche Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Jugoslawien um die Mithilfe der französischen Regierung, damit den Staaten der blockfreien Welt verdeutlicht werde, daß die Politik der Bundesregierung gegenüber den osteuropäischen Staaten keine Änderung ihrer Haltung zur DDR bedeute. Dies betreffe auch die arabischen Staaten, mit denen eine „Parallelaktion“ zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen laufe.

- 16      13.01. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Staatspräsident de Gaulle in Paris      S. 90

Kiesinger führt aus, daß Vertreter der Industrie in der Bundesrepublik auf einen britischen Beitritt zur EWG und den Abbau der Zollgrenzen zur EFTA drängten, da der Exportüberschuß der Wirtschaft fast ausschließlich im Handel mit den EFTA-Staaten erzielt werde. Die Position der Bundesregierung gegenüber Großbritannien sei in erster Linie wirtschaftlicher und nicht so sehr politischer Natur. Der Staatspräsident erwidert, daß mit der Gemeinschaft der Sechs eine wirtschaftliche Solidarität, ja eine „echte Gemeinschaft“ habe geschaffen werden sollen. Daraus würde mit dem Beitritt Großbritanniens aber nur noch eine Freihandelszone, da die britische Regierung sich nicht den gleichen Regeln unterwerfen wolle. Dies gelte beispielsweise für die Währungspolitik, denn Großbritannien „habe keine Währung, sondern nur die Fiktion einer Währung“. Sollten die übrigen EWG-Staaten auf einem britischen Beitritt bestehen, werde Frankreich gegebenenfalls die Gemeinschaft verlassen. Die Beitrittsfrage bleibe „zur Zeit am besten suspendiert“.

- 17      13.01. Deutsch-französische Regierungsbesprechung in Paris      S. 94

Bundesminister Brandt erklärt, daß die Bundesregierung bei der Erörterung der europäischen politischen Zusammenarbeit auf der geplanten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Staaten in Rom jedem Weg, der Fortschritte verspreche, zustimmen könne. Ministerpräsident Pompidou betont, ein solches Treffen müsse zeigen, daß es von Nutzen gewesen sei; deshalb sollten insbesondere Themen des Gemeinsamen Marktes und der internationalen Währungspolitik erörtert werden. Außenminister Couve de Murville ergänzt, daß die Zeit noch nicht reif sei, Formen der politischen Zusammenarbeit unter den Sechs zu diskutieren. Brandt regt an, in Rom über die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit zu sprechen und „unter der Hand“ einen Kompromiß hinsichtlich der Zusammensetzung einer vereinigten Kommission der europäischen Gemeinschaften zu finden, um dann während der Konferenz den Abschluß der Fusion bekanntzugeben. Staatspräsident de Gaulle greift einen Vorschlag des Bundeskanzlers Kiesinger auf und erklärt sich bereit, der Fusion zuzustimmen, wenn der Präsident der EWG-Kommission, Hallstein, zum Jahresende abgelöst werde. Er stellt ferner die Mitwirkung Frankreichs in einer Kommission der Sechs über Technologie-Probleme in Aussicht. Abschließend weist Kiesinger darauf hin, daß eine Erörterung der Ost-West-Beziehungen zwangsläufig auch die Deutschland-Frage aufwerfen werde, was er für gefährlich halte.

- 18      13.01. Runderlaß des Staatssekretärs Schütz      S. 103

Schütz bittet die Auslandsvertretungen in 70 blockfreien Staaten, der jeweiligen Gastregierung die Absicht der Bundesregierung zu erläutern, diplomatische Beziehungen mit osteuropäischen Staaten aufzunehmen. Die damit angestrebte „Entspannungswirkung“ werde aber beeinträchtigt, wenn dritte Staaten den Botschafteraustausch zum Anlaß nähmen, ihrerseits engere Kontakte zur DDR zu knüpfen. Demgegenüber müsse darauf hingewiesen werden, daß jede Herstellung politischer Beziehungen zur DDR nach wie vor „eine einseitige Option für den Osten“ darstelle. Deshalb werde die Bundesregierung weiterhin „jede Anerkennung des Ulbricht-Regimes als unfreundlichen Akt ansehen“ und darauf so reagieren, daß die Interessen des deutschen Volkes gewahrt blieben.

- 19      14.01. Deutsch-französische Regierungsbesprechung in Paris      S. 106

Staatspräsident de Gaulle stellt als Bilanz der Gespräche fest, daß der deutsch-französische Vertrag von 1963 „lebe“ und „jetzt wieder ins Licht getreten“ sei. Sowohl hinsichtlich der Einschätzung der Ost-West-Beziehungen als auch in der Haltung gegenüber den USA und in der Frage eines britischen Beitritts zur EWG gebe es keine fundamentalen Gegensätze. Bundeskanzler Kiesinger hebt hervor, daß das beiderseitige Interesse, „mehr und qualitativ anders als mit anderen“ zusammenzuarbeiten, eine Konstante im politischen Wandel bleibe. Und obwohl es für Frankreich einfacher sei, der Formel „détente, en-

tente, coopération“ zu folgen, wisse die Bundesregierung, daß die Entspannung nach menschlichem Ermessen der einzige Weg zur Wiedervereinigung sei. Darüber hinaus sei Europa in erster Linie das Anliegen der Europäer. Bundesminister Brandt und Ministerpräsident Pompidou informieren über die getroffenen Vereinbarungen für eine engere deutsch-französische wirtschaftliche und wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit. Ferner solle auf dem Gebiet der Verteidigung eine gemeinsame sicherheitspolitische Studie erarbeitet und die Kooperation in der Rüstungsproduktion gefördert werden. Schließlich werde nicht zuletzt mit Blick auf die Entwicklung der EWG eine engere bilaterale Abstimmung vor allem in der Steuer- und Währungspolitik angestrebt.

- 20      15.01. Ministerialdirektor Ruete, z.Z. Bukarest, an das Auswärtige Amt S. 114

Ruete teilt mit, daß der Beschluß zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien anläßlich des Besuchs des rumänischen Außenministers Manescu Ende des Monats in Form eines Communiqués in Bonn bekanntgegeben werden solle. In der Frage der Vertretung von Berlin (West) durch die künftige Botschaft in Bukarest sei die rumänische Delegation nicht zu einer schriftlichen Fixierung bereit gewesen. Es sei jedoch versichert worden, daß rumänische Behörden Unterstützungsgesuche, die von Bürgern aus Berlin (West) an die Botschaft herangetragen würden, aus humanitären Gründen berücksichtigen würden. Die bisher von der Handelsvertretung in Bukarest wahrgenommenen Befugnisse zur Vertretung der Wirtschaftsinteressen von Berlin (West) sollten auf die Wirtschaftsabteilung der Botschaft übergehen. Ruete stellt fest, daß dieses Verhandlungsergebnis zwar keine „vollauf befriedigende Lösung“ darstelle, die rumänische Regierung jedoch ihren Rechtsstandpunkt in der Berlin-Frage nicht aufgeben könne.

- 21      16.01. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem amerikanischen Botschafter McGhee S. 121

Kiesinger berichtet, er habe in den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vom 13./14. Januar 1967 die unterschiedliche Einschätzung der Beziehungen zu den USA durch die Bundesrepublik und Frankreich damit begründet, daß es nicht darum gehe, „den Vereinigten Staaten gegenüber gehorsam zu sein“, sondern mit den USA eine den eigenen Interessen entsprechende Politik zu betreiben. Staatspräsident de Gaulle habe dies anerkannt, insbesondere aber daran festgehalten, daß die amerikanische Vietnam-Politik auf dem falschen Weg sei. In dieser Frage könne die Bundesrepublik nicht dasselbe sagen wie Frankreich, und sei es nur, weil „Deutschland ein geteiltes Land“ sei. Ferner habe er de Gaulle erklärt, daß eine auch von der Bundesregierung verfolgte Politik der europäischen Entspannung nicht mit der Erwartung betrieben werden dürfe, daß sich auf diese Weise die Wiedervereinigung automatisch einstellen werde. Vielmehr müsse das Wiederver-

einigungsproblem aktiv angegangen werden. McGhee erwidert, daß die USA von der Bundesregierung erwarteten, in allen Fragen eigene Interesse zu verfolgen; es gebe keine Sonderbeziehungen zwischen Staaten, „die so weit gingen, daß man den Eigeninteressen zuwiderlaufende Dinge tue“. Er versichert, daß der Abschluß eines Nichtverbreitungsabkommens eine europäische Lösung nicht ausschließe. Die Bundesrepublik könne dann wie bisher auch Trägersysteme besitzen, allerdings keine atomaren Sprengköpfe, über deren Einsatz de Gaulle das letzte Wort haben müsse.

- 22**      17.01.    Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Truckenbrodt      S. 129

Truckenbrodt faßt ein Gespräch zwischen Bundesminister Brandt und dem Apostolischen Nuntius in Bonn zusammen. Bafle zeigte sich besorgt, daß eine Verabschiedung des geplanten Schulgesetzes in Baden-Württemberg den Fortbestand der katholischen Konfessionsschulen im Regierungsbezirk Südwürttemberg-Hohenzollern gefährden und damit eine „schwerwiegende und offenkundige Verletzung“ des Konkordats von 1933 zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl darstellen würde. Ein solcher Verstoß würde den Vatikan der Rechtfertigung berauben für die bislang praktizierte peinlich genaue Einhaltung des Konkordats hinsichtlich der Diözesangrenzen und -organisation in den seit 1945 unter polnischer Verwaltung stehenden ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches – mit möglichen Auswirkungen auf die geplante Ernennung eines polnischen Geistlichen zum residierenden Bischof im vakanten Bistum Ermland. Brandt betonte, daß kein Zusammenhang hergestellt werden sollte zwischen dem Schulgesetz in Baden-Württemberg und dem unveränderten Fortbestand der Diözesen in den ehemaligen Ostgebieten. Er sicherte jedoch zu, sich um eine Lösung innerhalb des verfassungsrechtlichen Rahmens bemühen zu wollen.

- 23**      17.01.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort      S. 133

Harkort stellt fest, daß für den Devisenteil der Dreiergespräche zwischen der Bundesrepublik, Großbritannien und den USA die Stunde der Wahrheit gekommen zu sein scheine. Die Haushaltslage in der Bundesrepublik zwingt zu einer pessimistischen Beurteilung der Möglichkeiten für eine Fortsetzung des Devisenausgleichs für die Stationierungskosten britischer und amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik. So seien für 1967 und das folgende Jahr praktisch keine Zahlungen mehr möglich. Harkort macht darauf aufmerksam, daß mit einer sehr ernst zu nehmenden Verschlechterung der Beziehungen zu den beiden Verbündeten gerechnet werden müsse, nicht zuletzt auch mit dem Abzug eines erheblichen Teils der britischen Truppen, wenn diese „finanziellen Karten auf den Tisch“ gelegt würden. Dennoch müßten die Partner über diese Situation informiert werden. Er schlägt daher vor, daß Mitte Februar 1967 die Leiter der deutschen, amerikanischen und britischen Delegationen. Duckwitz, McCloy und Thomson, zu Gesprächen zusammenkommen. Falls ein Devisenhilfeabkommen



gegenstandslos werden sollte, so könne ein allgemein gehaltenes Abkommen über rüstungswirtschaftliche Zusammenarbeit vorgeschlagen werden.

- 24      18.01. Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt      S. 138

Knappstein berichtet von einer Unterredung über den Entwurf für ein Nichtverbreitungsabkommen. Der Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster, teilte mit, daß der Vertrag lediglich die Weitergabe von nuklearen Sprengsätzen und die physische Kontrolle über Sprengsätze untersage, wobei der Begriff „control“ verstanden werde als „decision to fire“. Alle Vorstufen dieser Entscheidung, wie z.B. Konsultationen zu Ziel- und Einsatzplanung und alle bestehenden bilateralen oder multilateralen Arrangements innerhalb der NATO, ja sogar das Montieren von nuklearen Sprengköpfen auf Trägersysteme, würden davon nicht berührt und somit von der UdSSR geduldet. Es dürfe allerdings nicht erwartet werden, „daß die Sowjets dies öffentlich sagten“. Weiterhin habe Foster zugesichert, daß eine europäische politische Union auch unter dem geplanten Abkommen rechtmäßig über Kernwaffen verfügen könne. Es sei allerdings umso besser, je weniger darüber öffentlich gesagt werde. Ebenso werde die Beteiligung der Bundesrepublik an der friedlichen Kernforschung und der Atomwirtschaft nicht eingeschränkt. Knappstein kommt zu dem Schluß, daß die amerikanisch-sowjetischen Gespräche zu einem großen Teil auf stillschweigenden Übereinkünften beruhten.

- 25      19.01. Botschafter Grewe, z. Z. Rom, an das Auswärtige Amt      S. 148

Grewe berichtet von einem Gespräch mit dem Generalsekretär der NATO. Brosio drückte seine Hoffnung aus, daß die USA bei der Diskussion des Entwurfs eines Nichtverbreitungsabkommens am 1. Februar 1967 im NATO-Rat keine verbindliche Festlegung der Bündnispartner erwarteten. Sollten einige NATO-Mitgliedstaaten die amerikanischen Bestrebungen bremsen wollen, so könne über Verfahrensfragen Einfluß zur Geltung gebracht werden. Er denke hierbei vor allem an die Bundesrepublik und Italien, da diese beiden „zivilen Atommächte“ durch das Abkommen zum erstenmal grundsätzlich in eine andere Kategorie eingereiht würden als die traditionellen Kernwaffenstaaten – vielleicht eine Konsequenz des verlorenen Zweiten Weltkrieges. Grewe resümiert, daß der NATO-Generalsekretär die amerikanische Politik hinsichtlich der Nichtverbreitung nach wie vor für verhängnisvoll hält und eine Erosion der Allianz befürchtet.

- 26      19.01. Staatssekretär Lahr an Botschafter von Walther, Moskau      S. 150

Lahr teilt mit, daß der sowjetische Botschafter in Bonn am 18. Januar 1967 wegen der Wiederaufnahme der bilateralen Wirtschaftsverhandlungen vorgesprochen habe. Die UdSSR erwarte

27	24.01. Gespräch des Staatssekretärs Lahr mit dem ungarischen Stellvertretenden Außenminister Szilágyi in Budapest	S. 153
----	---	--------

28      24.01. Gespräch des Staatssekretärs Lahr mit dem      S. 165  
ungarischen Außenhandelsminister Bíró in Budapest

XXVIII

Rindfleisch. Lahr macht darauf aufmerksam, daß Zollvergünstigungen, die die Bundesrepublik westlichen Handelspartnern gewähre, Resultat eines langen Prozesses seien. Er drückt die Hoffnung aus, daß sich eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Ungarn positiv auf den Handel auswirken werde.

- 29**      24.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 170

Ruete legt dar, daß die französische Regierung beabsichtige, ihre in der Bundesrepublik stationierten Luftstreitkräfte nach Frankreich zurückzuverlegen. Davon seien u. a. die Flugplätze in Lahr und Bremgarten betroffen. Bereits am 12. Oktober 1966 habe die Bundesregierung die Übernahme dieser Einrichtungen der kanadischen Luftwaffe angeboten, die sich ihrerseits von ihren in Frankreich gelegenen Stützpunkten zurückziehen müsse. Die kanadische Seite habe nun Informationen zum Stand der Gespräche mit Frankreich über die Übernahme der Flugplätze weitergegeben. Danach werde Bremgarten bis zum 1. Juni 1967 geräumt sein, Lahr jedoch erst bis zum 1. Januar 1968. Bis dahin sollen die Anlagen in Lahr gemeinsam genutzt werden, da die französische Regierung Wert darauf lege, daß alle kanadischen Einheiten bis zum 1. April 1967 Frankreich verlassen haben.

- 30**      25.01. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem britischen Botschafter Roberts S. 174

Roberts teilt mit, daß die Erläuterungen des Staatssekretärs Schütz am 23./24. Januar 1967 in London zu den finanziellen Schwierigkeiten der Bundesregierung, einen Ausgleich für die Kosten der Stationierung britischer Truppen in der Bundesrepublik zu leisten, große Bestürzung ausgelöst hätten. Er habe Weisung, die Bundesregierung unmißverständlich auf den Ernst der Lage hinzuweisen. Brandt macht seinerseits darauf aufmerksam, daß das Bundeskabinett noch keinen Beschluß zum Devisenausgleich gefaßt habe. Roberts verweist darauf, daß bei einem ungünstigen Entscheid die britische Regierung keine Wahl habe, als eine beträchtliche Verminderung ihrer Streitkräfte in Deutschland vorzunehmen. Er bittet daher darum, die Entscheidung des Bundeskabinetts solange zu verschieben, bis die Leiter der deutschen, amerikanischen und britischen Delegationen bei den Devisenausgleichsverhandlungen, Duckwitz, McCloy und Thomson, zu einem Gespräch zusammengekommen seien.

- 31**      25.01. Ministerialdirektor Ruete an die Botschaft in Washington S. 177

Ruete bittet um Mitteilung an das amerikanische Außenministerium, daß die Bundesregierung größtes Verständnis habe für die inoffiziellen Bemühungen, die Freilassung von vier in der DDR inhaftierten amerikanischen Staatsbürgern zu erreichen. Gleichwohl halte sie es für bedenklich, zu diesem Zweck Konzessionen an die „Aufwertungspolitik Pankows“ zu ma-

chen, weil es sich um eine „unverhüllte politische Erpressung“ handele. So bedeuteten beispielsweise Erleichterungen bei der Gewährung von TTDs (Temporary Travel Documents) einen schwer zu revidierenden Fehler, da die DDR bei nächster Gelegenheit erhöhte Forderungen präsentieren werde. Die USA sollten deshalb gebeten werden zu prüfen, ob die Freilassung der Häftlinge auf der Basis finanzieller und wirtschaftlicher Angebote zu erreichen sei.

- 32**      26.01. Aufzeichnung des Referenten Bahr S. 180

Bahr notiert aus einem Gespräch mit dem Attaché an der amerikanischen Botschaft in Bonn, Cline, daß sich die amerikanische Regierung beim bevorstehenden Besuch des Bundesministers Brandt in Washington damit zufrieden geben werde, wenn ihr die Erfüllung des laufenden Abkommens über den Devisenausgleich zugesichert werde. Es werde nicht erwartet, daß Brandt sich hinsichtlich zukünftiger Zahlungen festlege oder daß die Bundesrepublik „Waffen oder Material“ kauft, das „sie nicht braucht oder will“. Cline habe ohnehin die Probleme der Zahlungsbilanz als zweitrangig gegenüber den Fragen der Sicherheit und der fehlenden „Definition der deutschen Interessen“ bezeichnet. Darüber hinaus habe er zugesichert, daß die amerikanische Regierung noch keine Beschlüsse über einen Abzug oder eine Verringerung amerikanischer Streitkräfte in der Bundesrepublik gefaßt habe. Bahr äußert die Ansicht, daß die USA mit der Politik der Nichtverbreitung die Hoffnung verbänden, nukleare Sicherheit durch eine bilaterale Garantie zu erreichen. Dies sei leichter als die „Abrüstung von Blöcken“.

- 33**      26.01 Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg S. 184

Angesichts der unterschiedlichen deutschen und französischen Ansichten über den Zeitpunkt der Verabschiedung des Vertrags über die Fusion der europäischen Exekutiven und damit über die Dauer der verbleibenden Amtszeit des Präsidenten Hallstein macht Meyer-Lindenberg darauf aufmerksam, daß die Zeit gekommen sei, zu einigen personalpolitischen Fragen Stellung zu beziehen. So sollte sich die Bundesregierung darüber klarwerden, ob sie den möglicherweise von Frankreich und Italien als Nachfolger von Hallstein favorisierten italienischen Vertreter in der EWG-Kommission, Colonna, akzeptieren wolle. Darüber hinaus müsse ein Entschluß gefaßt werden, wer die drei Kandidaten der Bundesregierung für die neue EWG-Kommission sein sollen und wer ab 1. Januar 1968 als Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften in Frage komme, falls Hallstein auf dieses ihm zustehende Amt verzichten werde. Schließlich sei zu überlegen, ob es überhaupt für Hallstein ratsam sei, ein mögliches Angebot zur Leitung der Verhandlungen für die Fusion der Europäischen Gemeinschaften zu übernehmen.

- 34**      **26.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete**      **S. 186**
- Ruete legt dar, daß das von der amerikanischen Regierung vorgeschlagene Nichtverbreitungsabkommen seitens der Bundesrepublik Zugeständnisse verlange, ohne Gegenleistungen zu bieten. Es sei daher zu überlegen, ob diese Konzessionen nicht zum Gegenstand eines direkten Gesprächs mit der UdSSR gemacht werden könnten. In einem solchen Gedankenaustausch könnte die Bundesregierung den sowjetischen Gesprächspartnern zudem anbieten, in gewissem Umfang einem Abzug von Truppen der westlichen Verbündeten zuzustimmen. Auch das Thema Gewaltverzicht könnte einbezogen werden. Darüber hinaus bestünde die Gelegenheit, hinsichtlich der Einbeziehung von Berlin (West) in Abkommen mit Ostblock-Staaten – die sich bislang bei der Verfolgung einer aktiven Ostpolitik als hinderlich erwiesen habe – zu einer Absprache zu kommen. Hier sei zu prüfen, ob nicht die Idee einer international garantierten „Freistadt Berlin“, die in einem besonderen Verhältnis zur Bundesrepublik stehe und durch diese außenpolitisch vertreten werde, zur Diskussion gestellt werden könne. Es sei dabei allerdings unerlässlich, sehr geheim und taktisch sehr vorsichtig vorzugehen, um nicht in der Berlin-Frage wichtige Positionen aufzugeben.
- 35**      **26.01. Legationsrat I. Klasse Groll, Sofia, an das Auswärtige Amt**      **S. 189**
- Groll berichtet von einem Gespräch mit dem bulgarischen Stellvertretenden Außenhandelsminister. Penkov teilte mit, Außenhandelsminister Budinov werde die Bundesrepublik besuchen, wenn die Bundesregierung Bulgarien durch eine große Geste helfe, die für 1967 zu erwartende Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu überwinden. Penkov verwies auf die Deckungslücke von 180 Mio. DM im Handel mit der Bundesrepublik, die durch Maßnahmen der EWG verursacht worden seien. Bulgarien sehe als geeignete Hilfen ein Moratorium in Höhe der Deckungslücke für 1967 und eine befristete Aussetzung der Abschöpfungen für bestimmte Agrarprodukte an. Groll vertritt die Ansicht, daß einer Entscheidung der Bundesregierung für diese Hilfeleistung als logische Konsequenz die Aufnahme diplomatischer Beziehungen folgen würde. Ein Scheitern des Besuchs von Budinov würde dagegen einen Erfolg für die DDR darstellen, die mit propagandistischen Mitteln versuche, eine Annäherung zwischen der Bundesrepublik und Bulgarien zu verhindern.
- 36**      **27.01. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem tunesischen Wirtschaftsminister Ben Salah**      **S. 192**
- Ben Salah teilt mit, die tunesische Regierung wäre sehr glücklich, wenn die Bundesrepublik möglichst bald wieder die diplomatischen Beziehungen aufnehmen würde, die im Mai 1965 von einer Reihe arabischer Staaten abgebrochen wurden. Sie habe jedoch kein Verständnis dafür, daß dabei eventuell der Arabischen Liga eine vermittelnde Rolle zugedacht werde, ei-

ner Organisation, die sich nach tunesischer Ansicht als „Element der Störung“ erwiesen habe. Auf wirtschaftlichem Gebiet sollte die Bundesregierung den tunesischen Antrag auf Assoziierung mit der EWG unterstützen, denn hier fühle sich Tunesien im Vergleich zu den Mitkandidaten Algerien und Marokko diskriminiert. Mit Blick auf die tunesische Position in der Nahost-Krise von 1965 sichert Brandt Ben Salah zu, daß die Bundesregierung diejenigen Staaten nicht vergessen werde, „die Deutschland treu geblieben seien“. Hinsichtlich wirtschaftlicher Hilfe verweist er auf die schlechte Lage des Bundeshaushalts für 1967; dies bedeute aber nicht, daß bestehende Verpflichtungen nicht eingehalten würden.

- 37      27.01.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg      S. 197

Meyer-Lindenberg macht darauf aufmerksam, daß das Abkommen vom 19. Dezember 1966 über die friedliche Erforschung und Nutzung des Weltraums, das eine offene Beitrittsklausel enthält und nun bei den drei Depositarmächten zur Unterschrift aufliegt, mit hoher Wahrscheinlichkeit von der DDR in Moskau unterzeichnet werde. Er rät davon ab, so vorzugehen wie im Falle des Teststopp-Abkommens von 1963, das ebenfalls von der DDR unterzeichnet wurde, und alle in Betracht kommenden Staaten aufzufordern, die Notifizierung über den Beitritt der DDR zurückzuweisen oder unbeantwortet zu lassen. Mittlerweile gebe es nämlich keine Sicherheit mehr, daß eine vergleichbare Anzahl von Staaten wie 1963 dem Wunsch der Bundesregierung entspräche; jede Abweichung aber würde vom Ostblock propagandistisch ausgenutzt werden. Daher sollten „ausdrückliche Zurückweisungserklärungen unter Hinweis auf die fehlende Staatlichkeit der SBZ“ nur von der Bundesregierung selbst und den drei Westmächten abgegeben werden; alle anderen Staaten würden lediglich darum ersucht werden, die Unterrichtung über die Zeichnung durch die DDR nicht zu bestätigen.

- 38      30.01.    Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter      S. 200

Schnippenkötter analysiert, inwieweit der von amerikanischer Seite vorgelegte Entwurf eines Nichtverbreitungsabkommens den Vorstellungen der Bundesregierung entspricht. Er kommt zu dem Schluß, daß einigen Wünschen bereits dadurch nachgekommen werden könnte, indem eine großzügige Textinterpretation von amerikanischer bzw. von amerikanischer und sowjetischer Seite verbindlich zugesichert werde. Dies betreffe vor allem den Fortbestand der NATO-internen Konsultationen im Kernwaffenbereich, die Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit den USA – aber auch mit anderen Staaten – bei der zivilen Nutzung der Kernenergie sowie eine künftige Einigung Europas auf dem Gebiet der atomaren Bewaffnung. Darüber hinaus strebe die Bundesregierung aber auch Textänderungen an. Dabei handle es sich vor allem um eine Berücksichtigung

der besonderen Lage „ziviler Atommächte“, die durch die vorgesehene Einbeziehung nuklearer Sprengvorrichtungen für friedliche Zwecke in die Verbotsliste erschwert werde.

**39**      01.02.    Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Haas      S. 208

Haas faßt die Gespräche des Bundesministers Brandt mit dem rumänischen Außenminister am 30./31. Januar 1967 über die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zusammen. Es sei Einverständnis darüber erzielt worden, daß die wirtschaftlichen Befugnisse der Handelsvertretungen im bisherigen Umfang auf die künftigen Botschaften übertragen werden sollten. Zudem werde die rumänische Regierung die Wahrung der Interessen von Berlin (West) aus humanitären Gründen durch die Botschaft der Bundesrepublik in Bukarest dulden. Auch in der Frage der Familienzusammenführung sei eine wohlwollende Prüfung zugesagt worden. Angesichts der passiven rumänischen Handelsbilanz mit der Bundesrepublik habe Manescu seiner Hoffnung auf weitere Steigerung und auf Ausgleich des Warenverkehrs Ausdruck gegeben. Ein Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien sei nun ebenfalls anzustreben.

**40**      01.02.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Diehl      S. 212

Diehl resümiert Eindrücke aus Gesprächen mit führenden amerikanischen Persönlichkeiten anlässlich von Besprechungen der Planungsstäbe in Washington. Er habe betont, daß ein Nichtverbreitungsabkommen die wesentlichen Interessen der nichtnuklearen Staaten zu berücksichtigen habe. Der Vertragstext weise eine Reihe von Mängeln auf. Zu seiner Überraschung hätten die Gesprächspartner der Auffassung zugestimmt, daß der Aufbau eines Raketenabwehrsystems durch die UdSSR und die USA Europa „nackt in der Kälte“ lasse und einen Rücktrittsgrund im Sinne des Vertragstextes darstelle. In den USA habe die Ostpolitik der Bundesregierung einen starken Eindruck hinterlassen, aber es bestehe nach wie vor Erklärungsbedarf. Zur weiteren Behandlung des Vietnam-Krieges habe Vizepräsident Humphrey erklärt, daß zuviel geredet werde und nun die Arbeit auf „germanische Weise“ zu erledigen sei. Der amerikanische Wunsch, die Bundesrepublik stärker in Vietnam zu engagieren, sei noch immer vorhanden.

**41**      01.02.    Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt      S. 219

Klaiber berichtet über die Gespräche des polnischen Außenministers in Frankreich. Rapacki sehe aufgrund der Ostpolitik der Bundesrepublik Polen in einer fortschreitenden Isolierung. Seine französischen Gesprächspartner hätten demgegenüber den Standpunkt vertreten, daß die Bundesregierung den Grundsatz der Entspannung akzeptiert habe und allmählich aus der Reserve herauskomme. Zwar stimme die französische Regierung der polnischen Auffassung nach einem Verzicht der Bundesrepublik auf Zugang zu Atomwaffen und nach Anerkennung der Oder-Neiße-Linie zu. Auf kein Verständnis stoße jedoch die

polnische Position gegenüber der DDR. Wenn Polen die Entspannung wolle, werde es die Wiedervereinigung eines Tages hinnehmen müssen.

- 42      01.02.    Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt      S. 221

Grewe informiert über die Sitzung des Ständigen NATO-Rats, auf welcher der amerikanische Botschafter den aus Gesprächen mit der UdSSR resultierenden Entwurf für ein Nichtverbreitungsabkommen vorlegte. Cleveland führte dazu aus, daß es sich nicht um einen abschließend formulierten Text handele. Während sich der belgische, britische, dänische und norwegische Vertreter für eine vorbehaltlose Zustimmung aussprachen, wurden die gravierendsten Bedenken von italienischer, griechischer und türkischer Seite geäußert. Der griechische Botschafter Palamas stellte das westliche Interesse an einem solchen Abkommen grundsätzlich in Frage. Der französische Botschafter de Leusse erklärte, seine Regierung beabsichtige nicht, das Abkommen zu unterzeichnen. Grewe teilt abschließend mit, daß die Diskussion keineswegs als Zustimmung des NATO-Rats zu dem vorgelegten Entwurf oder als ein ausdrückliches Mandat zur Vorlage dieses Textes bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf gewertet werden könne.

- 43      02.02.    Bundesminister Brandt an die Botschaft in Washington      S. 225

Brandt bittet darum, im amerikanischen Außenministerium darauf aufmerksam zu machen, daß ein Nichtverbreitungsabkommen ohne gleichwertige Anerkennung der EURATOM-Kontrollen der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie wesentliche Grundlagen entziehen würde. Da Frankreich eine gemeinschaftsfremde Kontrolle durch die IAEA ablehne, würde EURATOM in eine lose Forschungsorganisation verwandelt. Zwar erkenne die Bundesrepublik die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen EURATOM und IAEA an. Es dürfe jedoch nicht ein anerkannt wirksames regionales Kontrollsystem durch ein möglicherweise diskriminierendes ersetzt werden. Ferner würden auch bilaterale Abmachungen zwischen EURATOM und den USA gefährdet.

- 44      03.02.    Aufzeichnung des Botschafters von Walther, Moskau      S. 228

Walther informiert über ein Gespräch mit dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister. Semjonow sprach in Zusammenhang mit dem Alleinvertretungsanspruch, der von der Bundesrepublik bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien abermals unterstrichen worden sei, von Revanchismus. Bezüglich des Ostteils von Berlin erklärte er, daß dort die „volle Souveränität“ der DDR gegeben sei, und vertrat die These des selbständigen Territoriums von Berlin (West) und der beiden deutschen Staaten. Daraufhin betonte Walther die moralischen Ansprüche auf „die alte Hauptstadt des Reiches“.



Semjonow erwiderte, daß es einen Unterschied zwischen historisch begründeten Ansprüchen und den Realitäten gebe. Im folgenden erklärte er, daß die Politik der Bundesregierung darauf abgestimmt sei, in der Bevölkerung Revanchegefühle zu erzeugen, und führte das Erstarken der NPD dafür als Symptom an.

- 45      06.02.    Botschaftsrat Hoffmann, Saigon, an das Auswärtige Amt      S. 232

Hoffmann informiert über den Versuch der amerikanischen Botschaft, den von Phnom Penh vorübergehend nach Saigon abgeordneten Legationsrat Joetze für Vermittlungstätigkeiten im Vietnam-Krieg zu gewinnen. Auf den amerikanischen Wunsch, einen Kontakt zu Vertretern der „Front National de Libération du Viêt-nam Sud“ in Phnom Penh herzustellen, sei Joetze nicht eingegangen; er werde auch zukünftig ausweichend reagieren.

- 46      08.02.    Aufzeichnung des Staatssekretärs Schütz      S. 235

Schütz berichtet über ein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter. Zarapkin forderte eine realistische Politik in Form der Anerkennung der DDR als Voraussetzung für gute Beziehungen zur UdSSR. Demgegenüber schlug der Staatssekretär vor, Fragen zu behandeln, die den beiderseitigen Rechtsstandpunkt unberührt ließen, und übergab in diesem Zusammenhang den Entwurf für Gewaltverzichtserklärungen. Darin hieß es, daß die Bundesregierung bei der Verfolgung ihrer deutschlandpolitischen Ziele auf die Anwendung von Gewalt oder die Drohung mit Gewalt verzichte. Zarapkin erklärte, daß die mögliche Annahme dieser Formulierung nicht bedeute, daß die sowjetische Regierung damit die Deutschlandpolitik der Bundesregierung akzeptiere. Über den Entwurfstext zeigte sich Schütz verhandlungsbereit, falls die UdSSR in verbindliche Gespräche eintrete.

- 47      08.02.    Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin      S. 237

Kiesinger erklärt, daß er die von den früheren Bundesregierungen vertretene Formel „keine Entspannung ohne Wiedervereinigung“ nicht länger aufrechterhalte. Angesichts der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Unterschiede in beiden Teilen Deutschlands erläuterte der sowjetische Botschafter, daß nicht „Feuer mit Wasser“ vereint werden könne. Der Bundeskanzler weist dies mit dem Hinweis zurück, daß er nicht an ein anderes gesellschaftliches Bewußtsein der Bevölkerung „drüben“ glaube. Zudem bestehe bei einer zukünftigen Wiedervereinigung nicht die Absicht, das vorhandene Sozial- und Wirtschaftssystem einfach auf die DDR zu übertragen, da Fakten geschaffen worden seien, die nicht einfach beseitigt werden könnten. Zarapkin beurteilt den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik als wesentliches Hindernis einer Annäherung und regt die Aufnahme normaler Beziehungen an. Daraufhin formuliert Kiesinger ein Gedankenspiel, wonach die

Bundesrepublik unter Wahrung ihres Rechtsstandpunktes Beziehungen mit der im anderen Teil Deutschlands vorhandenen „politischen Organisation“ unterhalten könne, ohne diese im Rechtssinn als souveränen Staat anzuerkennen. Demgegenüber hebt Zarapkin hervor, daß die DDR alle Attribute eines souveränen Staates besitze.

- 48      08.02. Bundesminister Brandt, z. Z. Washington, an Staatssekretär Schütz      S. 249

Brandt faßt seine Gespräche im amerikanischen Außenministerium zusammen. Er wies darauf hin, daß das Nichtverbreitungsabkommen mit Fortschritten in allgemeinen Abrüstungsfragen zu verknüpfen sei und kein Hindernis für die europäische Einigung darstellen dürfe. Der Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster, erklärte die Bereitschaft der USA, in einer Note gegenüber der Bundesrepublik zur Auslegung des Abkommens Stellung zu nehmen. Der amerikanische Außenminister Rusk bezeichnete die Kontrollfrage als ernstes Problem und machte deutlich, daß EURATOM-Kontrollen nicht abgeschafft, sondern durch IAEO-Kontrollen ergänzt werden sollten. Der Bundesminister betonte die Konsequenzen einer diskriminierenden Kontrollklausel für Forschung und Industrie in der Bundesrepublik. Zur Lage innerhalb der NATO und deren integrierten Struktur kritisierte Rusk gewisse Erosionserscheinungen in Großbritannien, Belgien und Luxemburg, die Rückwirkungen in den USA haben könnten. Brandt bat darum, nicht aus emotionalen Gründen oder ausschließlich aus Zahlungsbilanzgründen zu handeln.

- 49      09.02. Bundesminister Brandt, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt      S. 255

Brandt informiert über ein Gespräch mit dem amerikanischen Verteidigungsminister McNamara. Der Bundesminister betonte die grundsätzliche Bereitschaft zur Mitarbeit an einem Nichtverbreitungsabkommen mit dem Ziel, einen Schutz vor nuklearer Bedrohung und Erpressung sowie eine Garantie gegen eine erneute Eskalation der Nuklearrüstung zu erhalten. Die nichtnuklearen Staaten sollten dadurch jedoch keinen Einschränkungen in der zivilen nuklearen Forschung unterliegen. McNamara wies die Ansicht zurück, daß den nuklearen Mächten aus der Entwicklung und Produktion von Atomwaffen große industrielle Vorteile erwüchsen. Die USA seien zudem weiterhin bereit, Erkenntnisse der militärischen Forschung, die im zivilen Bereich anwendbar seien, allen Staaten zur Verfügung zu stellen.

- 50      11.02. Legationsrat I. Klasse Groll, Sofia, an das Auswärtige Amt      S. 257

Groll berichtet über ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im bulgarischen Außenhandelsministerium. Stefanow habe das Verhalten der Bundesregierung bei der offiziellen Bekanntgabe

der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Rumänien unter anderem wegen des Theaterdonners in der Presse kritisiert. Seit der Außenministerkonferenz des Warschauer Pakts vom 8. bis 10. Februar 1967 sei nunmehr der bulgarische Bewegungsspielraum bedauerlicherweise eingeengt worden. Im Falle Bulgariens wünsche er sich die Übergabe von Noten in aller Stille. Wegen des bulgarischen Handelsbilanzdefizits sei das Verhältnis beider Staaten zudem weniger durch politische als durch wirtschaftliche Schwierigkeiten belastet. Daher habe Stefanow um die Gewährung eines zinslosen Kredits gebeten.

- 51**      **13.02. Aufzeichnung des Staatssekretärs Schütz**      **S. 259**
- Schütz stellt Erwägungen zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Jugoslawien an. Der Staatssekretär kennzeichnet das weitere Vorgehen der Bundesrepublik als nicht ohne Risiko. Zum einen bestehe keine Möglichkeit, Jugoslawien wirtschaftliche oder finanzielle Leistungen als Ersatz für diplomatische Beziehungen anzubieten, und zum anderen könnten einige Staaten der Dritten Welt zu „falschen Schlußfolgerungen in ihrem Verhalten gegenüber Ostberlin“ kommen. Zunächst müsse die Aufnahme von Beziehungen mit mindestens zwei weiteren osteuropäischen Staaten ohne Schaden in der Dritten Welt erfolgen.
- 52**      **13.02. Aufzeichnung des Botschafters a. D. Duckwitz**      **S. 262**
- Duckwitz legt den Stand der Dreier-Verhandlungen mit den USA und Großbritannien bezüglich des Devisenausgleichs dar. Die USA seien an einer Fortsetzung der Verhandlungen mit dem Ziel interessiert, die künftige Stärke der amerikanischen und britischen Streitkräfte in der Bundesrepublik festzulegen. Sollte es jedoch zu einer Reduzierung der britischen Streitkräfte kommen, werde der dann zu erwartende innenpolitische Druck in den USA möglicherweise auch zur Verminderung der amerikanischen Streitkräfte in Europa führen. Duckwitz erläutert, daß der Devisenausgleich mit Großbritannien angesichts der britischen Zahlungsbilanz der Schlüssel zur Lösung des Problems sei. Falls die Bundesrepublik nicht zum Ausgleich der Devisenkosten bereit sei, werde der britischen Regierung keine andere Wahl bleiben, als die Streitkräfte zu vermindern oder vollständig abzuziehen.
- 53**      **14.02. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr**      **S. 265**
- Lahr nimmt zu der von Israel geforderten Gewährung von Rentenleistungen an gesundheitsgeschädigte NS-Opfer Stellung. Bereits in der Sitzung des Bundeskabinetts vom 4. Mai 1966 habe er deutlich gemacht, daß die israelischen Anliegen völlig unbegründet seien. Das Bundeskabinett sei jedoch nicht bereit gewesen, sich dem Begehren grundsätzlich zu verschließen. Dies habe er dem israelischen Botschafter Ben Natan mitgeteilt. In der nächsten Sitzung des Bundeskabinetts vom 11. Mai 1966 habe Bundeskanzler Erhard überraschend erklärt, daß er immer für die Ablehnung der israelischen Forderung gewesen

sei. Der Staatssekretär bekräftigt den damals eingenommenen Standpunkt und regt an, in zukünftigen Gesprächen mit israelischen Vertretern auf die Haushaltslage zu verweisen.

- 54      14.02.   Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete      S. 267

Ruete erörtert die Möglichkeiten einer Fühlungnahme mit Frankreich über den Beitritt der Bundesrepublik zu einem Nichtverbreitungsabkommen. Da Frankreich ein solches Abkommen nicht unterschreiben werde, gelte es, auf diese Weise nachteilige Auswirkungen im Hinblick auf die deutsch-französische Zusammenarbeit in der Europa- und Ostpolitik zu vermeiden. Dazu solle der Botschafter in Paris mit Sondierungen beim französischen Außenminister Couve de Murville beauftragt werden. Klaiber habe festzustellen, wie sich unterschiedliche Optionen der Bundesrepublik hinsichtlich eines Nichtverbreitungsabkommens auf die deutsch-französischen Beziehungen auswirken könnten.

- 55      15.02.   Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Premierminister Wilson      S. 271

Wilson bekräftigt den Wunsch nach Aufnahme Großbritanniens in die EWG. Eine Erweiterung der Gemeinschaft sei wirtschaftlich und politisch eine „Quelle großer Stärke“. Kiesinger antwortet, daß er den Beitritt ebenfalls wünsche, und verweist auf die Absicht, die EWG zu einer vollen Wirtschaftsgemeinschaft auszubauen. Er betont, daß Staatspräsident de Gaulle in dieser Frage nicht durch Druck, sondern nur durch Argumente zu überzeugen sei. Wilson erwidert, daß Großbritannien nichts verlangen werde, was die Weiterentwicklung des deutsch-französischen Vertrags von 1963 belasten könnte. Im folgenden regt er an, möglichst bald mit den Beitrittsverhandlungen zu beginnen, da ansonsten die in Großbritannien vorhandene positive Strömung nicht andauern werde.

- 56      15.02.   Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr      S. 282

Lahr spricht sich gegen die Wiederaufnahme von diplomatischen Beziehungen mit Jugoslawien aus. In der Dritten Welt werde verstanden, daß sich die Ostblock-Staaten hinsichtlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik in einer „grundsätzlich anderen Lage gegenüber Pankow“ befänden als sie selbst. Der Staatssekretär erklärt, daß jede abschreckende Wirkung der Hallstein-Doktrin verlorengehe, wenn die Bundesrepublik ausgerechnet mit Jugoslawien diplomatische Beziehungen aufnehme, das 1957 den „Sündenfall“ begangen hat. Lahr empfiehlt, sich bei einem Botschafteraustausch zunächst auf Bulgarien, Ungarn, die Tschechoslowakei und Polen zu konzentrieren und den Zusammenbruch des Alleinvertretungsanspruchs nicht zu beschleunigen.

- 57      16.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Premierminister Wilson      S. 284

Wilson betont, daß der Abschluß eines Nichtverbreitungsabkommens für Großbritannien von besonderer Bedeutung sei. Der Bundeskanzler führt daraufhin aus, daß sich das Gefühl in der Bundesrepublik, „degradiert und endgültig zu einer Nation zehnter Klasse gestempelt“ worden zu sein, nicht ausschließlich auf ein Nichtverbreitungsabkommen an sich beziehe, sondern auch auf die Art und Weise, wie dieses vorbereitet und wie das Problem an die Bundesregierung herangetragen worden sei. Der britische Premierminister bezeichnet es als unglücklich, wenn den nichtnuklearen Staaten Nachteile im Bereich der zivilen Atomforschungen entstünden. Im folgenden erklärt Kiesinger, daß er sich als ehrlicher Makler für einen Beitritt Großbritanniens zur EWG bei der französischen Regierung einsetzen werde. Diese Zusicherung bezeichnet Wilson als das wichtigste Ergebnis der Gespräche. Er erklärt, daß die allgemeine Stimmung in Großbritannien zugunsten eines Beitritts auszunutzen sei. Falls keine Lösung in der Frage des Devisenausgleichs für die in der Bundesrepublik stationierten britischen Streitkräfte gefunden werde, kündigt Wilson ernsthafte Schritte an, die mit der „Gelassenheit eines chirurgischen Eingriffs“ vorgenommen würden.

- 58      16.02. Ministerialdirektor Thierfelder an die Botschaften in London und Paris      S. 292

Thierfelder erläutert die angestrebte Änderung des Verfahrens der Einbeziehung von Berlin (West) in die völkerrechtlichen Verträge der Bundesrepublik. Das von den Drei Mächten vorgeschlagene Ausnahmeverfahren in bezug auf die osteuropäischen Staaten, das eine Äußerung der Bundesrepublik hinsichtlich der stillschweigenden Verständigung über die Einbeziehung von Berlin (West) vorsehe, sei wenig befriedigend. Eine unterschiedliche Behandlung der Staaten Osteuropas gegenüber den restlichen Staaten sei nicht praktikabel. Der Ministerialdirektor regt daher eine automatische Einbeziehung von Berlin (West) in alle völkerrechtlichen Verträge der Bundesrepublik an, ohne das Recht auf Zustimmung der Alliierten Kommandatura einschränken zu wollen.

- 59      16.02. Generalkonsul Kempff, Helsinki, an das Auswärtige Amt      S. 296

Kempff berichtet über den vielbeachteten Besuch des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen in Finnland. Wehner habe in einem Gespräch mit Präsident Kekkonen auf die Frage, ob die Bundesregierung mit der neuen Ostpolitik einen Keil zwischen die Ostblock-Staaten treiben wolle, erklärt, daß dies angesichts der Größenordnung „selbstmörderisch“ wäre. Ziel der Politik der Bundesregierung sei vielmehr, die Beziehungen zu allen Staaten Osteuropas zu verbessern. Kekkonen habe daraufhin bezweifelt, daß die Bundesregierung bei Fortsetzung ihrer Ostpolitik die Hallstein-Doktrin aufrechterhalten könne.

In anschließenden Interviews sei Wehner den Mutmaßungen entgegengetreten, als Feuerwehr gekommen zu sein, um der finnischen Regierung eine Anerkennung der DDR auszureden.

- 60**      17.02.    Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahm      S. 299

Sahm resümiert den Stand der Arbeiten der Studiengruppe zur Untersuchung der zukünftigen Aufgaben der Allianz (Harmel-Studie). Die USA und Großbritannien hätten am 15. Februar 1967 eine Verbesserung der Konsultationen innerhalb des Bündnisses sowie eine beiderseitige Truppenreduzierung in NATO und Warschauer Pakt vorgeschlagen. NATO-Generalsekretär Brosio und der belgische Außenminister Harmel hätten eine umfassende Bestandsaufnahme der Allianz angeregt. Der Entwurf einer von den Teilnehmern gebilligten Resolution lasse Raum für die Behandlung fast aller vorgeschlagenen Themen. Sahm regt an, daß Bundesminister Brandt gegenüber Harmel das besondere Interesse der Bundesrepublik an der künftigen Arbeit der Studiengruppe bekunden solle.

- 61**      18.02.    Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter      S. 302

Schnippenkötter berichtet über die Beratungen des interministeriellen Arbeitsstabes zur Frage eines Nichtverbreitungsabkommens. Zusammenfassend empfiehlt er, auf einen Wegfall des Kontrollartikels hinzuwirken. Ansonsten solle dieser mit Blick auf die Exportfähigkeit der Bundesrepublik zumindest weltweit akzeptabel gemacht werden. Ein „perfektionistisch-dogmatisches“ Kontrollverfahren in Form einer Überwachung durch Inspektoren sei zu vermeiden. Vielmehr müsse ein „evolutionär-pragmatisches“ Vorgehen durch technische Überwachungsmaßnahmen gefunden werden. Von den USA sei ferner eine vertragliche Zusicherung über die ausreichende Lieferung von Kernbrennstoffen zu erwirken. Außerdem sei die Bundesrepublik an den für friedliche Zwecke zu nutzenden Erkenntnissen militärischer Forschung zu beteiligen.

- 62**      20.02.    Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem belgischen Außenminister Harmel      S. 305

Kiesinger und Harmel erörtern den Ablauf der beabsichtigten Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten anlässlich des zehnten Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge. Harmel unterbreitet den Vorschlag, die Außenminister zu beauftragen, mit den Kollegen der NATO-Mitgliedstaaten, die – etwa wie Großbritannien – nicht der EWG angehörten, in Rom bestimmte Fragen gemeinsam zu beraten. Ziel dieser Aussprache müsse es sein, daß alle Teilnehmer sich verpflichten, keine Entscheidungen ohne vorherige Konsultationen zu treffen. Die Fortentwicklung der Koordination der Außenpolitik könne im Mittelpunkt stehen. Der belgische Außenminister betont, daß er derartige Aussprachen für den Beginn einer weitergehenden politischen Zusammenarbeit in Europa erachte. Der Bundeskanzler erklärt die Bereitschaft der Bundesregierung, diesen Vorschlag mit der fran-

zösischen Regierung zu erörtern. Eine Art „europäisches Honoratiorentreffen“ lehnt Kiesinger ab, und er äußert sich zurückhaltend über eine Beteiligung von Staaten, die der EWG nicht angehören. Harmel entgegnet darauf, daß das zukünftige Europa nicht ohne Großbritannien geschaffen werden könne, sondern auf einem „dreifüßigen Stativ“ aus Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik stehen müsse.

- 63**      21.02.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg S. 310

Meyer-Lindenberg nimmt Stellung zur geplanten Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Jordanien. Die jordanische Regierung habe ihre sofortige Bereitschaft erklärt und gebeten, den genauen Zeitpunkt festzulegen. Von der Bundesregierung sei als Termin der 24. oder 27. Februar 1967 vorgeschlagen worden. Der Ministerialdirektor regt an, Jordanien über eine in Aussicht genommene Hilfe für Palästina-Flüchtlinge zu informieren. Die Bekanntgabe dieser Maßnahme solle dazu beitragen, daß andere arabische Staaten eher geneigt sein werden, dem Beispiel Jordaniens zu folgen.

- 64**      21.02.    Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt S. 312

Klaiber berichtet über den Besuch des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer beim französischen Staatspräsidenten am Vortag. Adenauer habe erklärt, daß die UdSSR mittels eines Nichtverbreitungsabkommens die europäische und insbesondere die Industrie in der Bundesrepublik entmachten wolle. Arbeitslosigkeit und soziale Unruhen seien die möglichen Folgen, die schließlich zur „Unterwerfung Deutschlands unter den sowjetischen Willen“ genutzt würden. De Gaulle habe erwidert, daß ein Nichtverbreitungsabkommen in der aktuellen Form eine „Zementierung der Vormachtstellung der beiden Atomgiganten in der Welt“ bedeute.

- 65**      22.02.    Vermerk des Referenten Bahr S. 314

Bahr erörtert die Deutschlandpolitik der Bundesregierung. Die DDR sei versucht, die Gefahr der Isolierung, die durch die veränderte Haltung der Bundesregierung gegenüber den osteuropäischen Staaten ausgelöst worden sei, durch eine „übersteigerte Form des Separatismus“ zu überspielen. Die DDR habe daher einen Wettlauf mit der Bundesrepublik angetreten, bei dem es um die gegenseitige Blockierung gehe. Folglich sei es entscheidend, mit der UdSSR in ein Gespräch zu kommen, um so die Position der Bundesrepublik in Osteuropa zu erweitern. Um gleichzeitig Einfluß auf die Politik der DDR zu nehmen, regt er intensive diplomatische Aktionen an.

- 66**      22.02.    Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahm S. 315

Sahm wendet sich dagegen, auf das Zeigen von Emblemen und Flaggen der DDR bei internationalen Sportveranstaltungen lediglich mit einer Generalerklärung zu antworten. Solange ei-

ne offensive Deutschlandpolitik nur verkündet, aber noch nicht ausgeführt werde, sei eine solche Erklärung geeignet, Fachverbände und Regierungen zu veranlassen, die darin „neu formulierte Minimal-Position“ zu beziehen. Außerdem weist er darauf hin, daß sich eine derartige Erklärung nicht auf das Gebiet des Sports eingrenzen lasse, sondern auch Auswirkungen auf Messen, Ausstellungen und nichtstaatliche Organisationen haben werde. Damit würde einer „Status-Verbesserung der Zone Tür und Tor“ geöffnet und der Eindruck erweckt, als ob das Steuer der Deutschlandpolitik abrupt herumgeworfen werde. Er regt daher an, von der Abgabe einer Generalerklärung zunächst abzusehen.

- 67      22.02.    Botschafter Freiherr von Mirbach, Neu Delhi, an das      S. 318  
                    Auswärtige Amt

Mirbach gibt ein Gespräch mit dem Staatssekretär im indischen Außenministerium wieder. Jha wies darauf hin, daß sich nach Informationen der indischen Botschaft in Teheran die von der Bundesrepublik an den Iran gelieferten 88 Kampfflugzeuge zur „immerwährenden Überholung“ in Pakistan befänden. Dies widerspreche den seit Beginn des indisch-pakistanischen Konflikts abgegebenen Erklärungen der Bundesregierung, keine Waffen an die beteiligten Staaten zu liefern. Der Botschafter bestätigte diese Position.

- 68      23.02.    Hausbesprechung      S. 320

Bundesminister Brandt regt an, die Interpretation des Alleinvertretungsanspruchs zu überdenken. Inzwischen habe sich bei der Bevölkerung im anderen Teil Deutschlands ein höherer Grad von Identifizierung mit dem Regime entwickelt, die sich nicht auf die Führung der SED, sondern auf die quasi-staatliche Ordnung beziehe. Staatssekretär Schütz befürwortet die Abgabe einer Generalerklärung, daß durch die Verwendung von Symbolen und Emblemen der DDR bei internationalen Sportveranstaltungen die Rechtsauffassung der Bundesregierung nicht beeinträchtigt werde. Dagegen betont Ministerialdirektor Ruete, daß damit der „Raum vor der völkerrechtlichen Anerkennung der Zone“ freigegeben würde. Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg teilt diese Auffassung und führt aus, daß im Falle der Duldung der „Zonenflagge im Bundesgebiet“ der Gesetzgeber tätig werden müsse. Ministerialdirigent Sahm spricht sich für eine Generalerklärung ohne Sportteil aus. Brandt erklärt, daß darüber hinausgegangen werden müsse. Abschließend bittet er um die Vorlage des Entwurfs einer Erklärung. Diese solle Ausführungen zum Staatsbürgerschaftsgesetz der DDR vom 20. Februar 1967 sowie zum Wunsch der Bundesregierung nach menschlichen Begegnungen unbeschadet der bestehenden Herrschaftssysteme enthalten.



- 69**      23.02.   Botschafter Sattler, Rom (Vatikan), an das      S. 325  
                 Auswärtige Amt
- Sattler informiert über ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im Päpstlichen Staatssekretariat hinsichtlich der Kirchenverwaltung der ehemaligen Ostgebiete des Deutschen Reichs sowie des Schulgesetzes in Baden-Württemberg. Auf den Vorschlag der Einsetzung eines Apostolischen Administrators auf Zeit für das Bistum Ermland erwiderte Samorè, daß dies „leider nicht genügend“ sei. Der Botschafter teilte daraufhin mit, daß die Bundesregierung keinen Protest gegen die Ernennung weiterer Apostolischer Administratoren erwäge. Bezüglich des am 8. Februar 1967 im Landtag von Baden-Württemberg verabschiedeten Schulgesetzes erklärte Samorè, durch zusätzliche Verhandlungen, an denen der Botschafter beteiligt sein müsse, sowohl eine Erhöhung der Anzahl katholischer Privatschulen als auch eine weitere Verstärkung des christlichen Charakters der vorgesehenen Gemeinschaftsschulen erreichen zu wollen.
- 70**      23.02.   Legationsrat I. Klasse Harder, Kairo, an das      S. 331  
                 Auswärtige Amt
- Harder berichtet über Äußerungen des ägyptischen Rüstungsbeauftragten. Khalil habe betont, daß noch immer der gute Wille der VAR hinsichtlich der Wiederaufnahme von diplomatischen Beziehungen mit der Bundesrepublik vorhanden sei. Jedoch sei der psychologische Zeitpunkt vor dem Botschafteraustausch mit Rumänien günstiger gewesen. Zudem lasse die neue Ostpolitik der Bundesregierung das deutsch-arabische Verhältnis komplizierter erscheinen. Außerdem habe Khalil deutlich gemacht, daß sich die Bundesregierung in Zusammenhang mit der Normalisierung des Verhältnisses nicht zu sehr auf die Arabische Liga verlassen solle. Vielmehr seien rechtzeitige und sorgfältige Vorarbeiten der Bundesregierung in den „Schwerpunktländern“ der Liga zu leisten.
- 71**      24.02.   Vortragender Legationsrat I. Klasse Brückner,      S. 332  
                 Budapest, an das Auswärtige Amt
- Brückner informiert über eine Unterredung mit dem Abteilungsleiter im ungarischen Außenministerium. Vadász habe erklärt, daß die am 4. Februar 1967 übergebenen schriftlichen Ausführungen der Bundesregierung bezüglich der Modalitäten der Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht exakt mit den von Staatssekretär Lahr im Januar 1967 in Budapest mündlich gegebenen Erläuterungen übereinstimmten. Ferner seien die Bemühungen hinsichtlich eines Botschafteraustausches mit Ungarn in der Bundesrepublik von einer Propagandakampagne begleitet worden. Anschließend habe Vadász eine Aufzeichnung vom selben Tag übergeben, nach welcher der zukünftigen Botschaft der Bundesrepublik in Budapest das Recht auf Vertretung der Interessen von Berlin (West) nicht zuerkannt werden solle. Des weiteren werde festgestellt, daß die

Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Ungarn der Verbesserung des Verhältnisses der beiden „souveränen deutschen Staaten“ dienen solle.

- |           |   |               |
|-----------|---|---------------|
| <b>72</b> | <b>27.02. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem amerikanischen Botschafter McGhee</b> | <b>S. 336</b> |
|-----------|---|---------------|

Brandt und McGhee erörtern den Ablauf eines Besuchs des Leiters der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster, in der Bundesrepublik, um Probleme bezüglich eines Nichtverbreitungsabkommens zu behandeln. Der amerikanische Botschafter spricht im folgenden verschiedene Kontrollverfahren im Rahmen eines Nichtverbreitungsabkommens an. Der Bundesminister führt aus, daß die Frage der Überwachung und der Kontrolle durch Inspektoren überschätzt werde und innerhalb weniger Jahre aufgrund des technischen Fortschritts neue Überwachungsmethoden mittels „black boxes“ gefunden werden müssen. McGhee ist der Meinung, daß die Möglichkeiten für Industriespionage begrenzt seien. Brandt erklärt abschließend, daß ein Nichtverbreitungsabkommen innerhalb der Regierungskoalition kein ernstes Problem darstelle, jedoch habe Bundeskanzler Kiesinger innerhalb seiner Partei gewisse Schwierigkeiten.

- 73 28.02. Aufzeichnung des Staatssekretärs Schütz S. 342

Schütz unterbreitet Bundesminister Brandt Themenvorschläge für die nächste Sitzung des Kabinettsausschusses für innerdeutsche Angelegenheiten. Er regt eine Überprüfung der „durchlöcherchten“ TTD-Regelung mit dem Ziel einer Aufhebung an. Dabei betont er, daß die Einführung der Temporary Travel Documents ursprünglich kein Bestandteil der Deutschlandpolitik, sondern 1961 eine Reaktion auf den Bau der Berliner Mauer gewesen sei. Er räumt aber ein, daß ein Einreiseverbot aus der DDR für Personen mit Spionage- und Agentenaufträgen und für Teilnehmer an Veranstaltungen, die dem KPD-Verbot zuwiderlaufen, aufrechterhalten bleiben solle. Hinsichtlich der Teilnahme von DDR-Bürgern an internationalen Veranstaltungen legt Schütz den Entwurf einer Generalerklärung vor. Damit solle die Bundesrepublik ihre Handlungsfreiheit zurückgewinnen und „aufhören, hinter der Entwicklung herzurennen“. Er empfiehlt, das Zeigen von Flaggen, Symbolen und Hymnen der DDR bei innerdeutschen Veranstaltungen zwar weiterhin abzulehnen, bei internationalen Begegnungen dagegen zukünftig hinzunehmen.

- 74 28.02. Aufzeichnung des Botschafters a.D. Duckwitz S. 344

Duckwitz berichtet über die Dreier-Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik, den USA und Großbritannien am 27. Februar 1967 in London. Der Kanzler des Herzogtums Lancaster, Thomson, erklärte, daß die britische Regierung in großem Umfang Truppen aus der Bundesrepublik abziehen werde, falls die Bundesregierung keinen Versuch unternehmen sollte, die Devisenlücke zu schließen. Grundsätzlich sei die britische Regie-

rung bereit, zivile öffentliche Beschaffungen der Bundesrepublik in Großbritannien anzurechnen, jedoch müsse ein hoher militärischer Anteil in Form eines zugesagten oder vereinbarten, langfristigen Beschaffungsprogramms angestrebt werden. Duckwitz erklärte, daß neue Berechnungen des Bundesministeriums der Finanzen anstelle der bisher vorgesehenen 150 Mio. DM einen Betrag von 250 Mio. DM für zivile Beschaffungen in Großbritannien ergeben hätten.

- 75      28.02. Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt      S. 350

Grewe berichtet über die Diskussion im Politischen Ausschuß des Ständigen NATO-Rats hinsichtlich einer Abänderung des Vergabeverfahrens von bisher vom Allied Travel Office (ATO) in Berlin (West) für Einwohner der DDR ausgestellten Temporary Travel Documents (TTD). Der dänische Vertreter regte an, statt der ATO nun der dänischen Regierung die letzte Entscheidung bei der Vergabe von Einreise genehmigungen zu erteilen. Er hob hervor, daß Dänemark eine „höchst liberale Visa-Politik“ betreibe. Die Entscheidung über die Vergabe solle jedem einzelnen NATO-Mitgliedstaat obliegen, auch für die Einreiseerlaubnis von DDR-Bewohnern. Der niederländische Vertreter gab zu bedenken, ob strittige Fälle zukünftig nicht primär in der Bonner Vierer-Gruppe behandelt werden sollten. Abschließend erklärte Grewe, daß es für die NATO und die Bundesrepublik ermutigend sei, daß das TTD-System trotz des dänischen Vorstoßes als solches nicht in Frage gestellt werde.

- 76      01.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Frank      S. 353

Frank faßt ein Gespräch des Staatssekretärs Lahr mit dem österreichischen Außenminister zusammen. Tončić-Sorinj bot an, die Bestrebungen der Bundesrepublik nach Beitritt zur Donau-Konvention diplomatisch zu unterstützen, jedoch müsse der Eindruck eines zu engen Zusammenwirkens zwischen der Bundesrepublik und Österreich vermieden werden. Mit Blick auf die noch offenen österreichischen Wünsche zum Kreuznacher Abkommen von 1961 machte er darauf aufmerksam, daß es sich weniger um rechtliche als um politische Fragen handle und er unter dem Druck der Vertriebenenorganisationen stehe. Eine Anrufung des im Abkommen vorgesehenen Schiedsgerichts könnte für beide Seiten vielleicht unangenehm sein, weil dann „sehr weit zurückreichende Dinge“ behandelt werden müßten. Mit Blick auf die Verhandlungen Österreichs mit der EWG betonte der Außenminister, daß die Schaffung eines „Gemeinschaftsorgans“ nicht mit der österreichischen Souveränität vereinbar wäre. Gleichfalls müsse sich Österreich das Recht zu selbständigen Maßnahmen in bezug auf den Osthandel vorbehalten.

- 77**      02.03. Vortragender Legationsrat I. Klasse Brückner, Budapest, an das Auswärtige Amt S. 356
- Brückner berichtet von einem Gespräch mit einem „Vertrauensmann“ des ungarischen Außenministeriums. So habe er erfahren, daß die ungarische Regierung an eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik weiterhin keine Bedingungen knüpfe. Strittigster Punkt von Verhandlungen werde die Einbeziehung von Berlin (West) sein. Jede Zuständigkeit durch eine Botschaft der Bundesrepublik werde voraussichtlich strikt abgelehnt werden, weil Berlin (West) nach ungarischer Auffassung kein Bestandteil der Bundesrepublik sei. Zwar sollte eine Fortsetzung der Gespräche nicht unnötig hinausgezögert werden, doch sei vor der vom 24. bis 26. April 1967 in Karlsbad stattfindenden Konferenz der europäischen kommunistischen und Arbeiterparteien der Ostblock-Staaten keine Entscheidung zu erwarten. Abschließend weist Brückner auf das große ungarische Interesse an der Geheimhaltung von Verhandlungen hin.
- 78**      02.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Generalsekretär Brosio, NATO S. 358
- Kiesinger äußert die Befürchtung, daß die NATO – nachdem der Höhepunkt des Kalten Krieges überschritten sei – zu einem bloßen Gehäuse zu erstarren drohe, weil ihr der gemeinsame politische Inhalt fehle. Angesichts der Beziehungen besonderer Art zwischen den Atommächten USA und UdSSR stelle sich die Frage, ob die amerikanischen Interessen noch identisch seien mit denen der europäischen NATO-Staaten. Daher sei die Gründung der Harmel-Studiengruppe, in der die zukünftigen Aufgaben der Allianz erörtert werden sollen, positiv zu bewerten. Brosio hebt hervor, daß es das Hauptziel der Harmel-Studie sei, das gemeinsame politische Ziel der Verbündeten klarzustellen. Allerdings bestehe die Gefahr, daß sich durch die Diskussionen die Spaltung in der NATO noch vertiefe. Das geplante Nichtverbreitungsabkommen bezeichnet er als überflüssig angesichts der bestehenden atlantischen Allianz und als ein Element der Schwächung. Da allerdings die USA die Initiative ergriffen hätten, könnten die NATO-Mitgliedstaaten jetzt nur noch solche Bestimmungen des Vertrages zu verhindern suchen, die sich gegen die vitalen Interessen Europas und des Bündnisses richteten. Kiesinger stimmt zu und weist auf die Zumutungen hin, die dieser Vertrag für die Nichtnuklearstaaten bedeute.
- 79**      02.03. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 367
- Lahr faßt das Ergebnis einer Sitzung des Bundesverteidigungsrats zusammen. Es wurde die Auffassung vertreten, daß Großbritannien unter allen Umständen einen Teil der Rheinarmee abziehen werde. So könne das Verhalten der Bundesregierung in der Frage eines Devisenausgleichs nur noch auf Umfang, Rhythmus und Modalitäten dieser Rückverlegung Einfluß haben. Bundeskanzler Kiesinger bezeichnete es als

„verbrecherisch“, für das Problem des Devisenausgleichs keine Lösung zu finden, wenn die Bundesregierung zu dem Schluß kommen sollte, daß ein Verbleiben britischer Einheiten für die Sicherheit notwendig sei. Davon müsse er sich aber noch überzeugen. Lahr stellt fest, daß es zwei Konzepte gebe, wie die Leistungen an Großbritannien erhöht werden könnten: Während das Auswärtige Amt eine Aufstockung des Verteidigungshaushaltes um 200 Mio. DM für Bestellungen in Großbritannien oder als Vorauszahlung befürworte, verweise das Bundesministerium der Verteidigung auf ein Munitionsgeschäft im Umfang von 100 Mio. DM.

- 80      02.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten      S. 369  
Graf von Hardenberg

Hardenberg legt dar, daß in den seit August 1966 geführten Verhandlungen zwischen dem Ostausschuß der Deutschen Wirtschaft und der albanischen Handelskammer lediglich über die Laufzeit einer Handelsvereinbarung und die Warenlisten eine Einigung habe erzielt werden können. Schwierigkeiten bereite die albanische Weigerung, Berlin (West) in ein Abkommen oder einen begleitenden Briefwechsel einzubeziehen. Das primär politische Interesse der Bundesregierung an einem ersten Schritt in Richtung einer Aufnahme amtlicher Beziehungen rechtfertige jedoch keinen Verzicht auf eine Berlin-Klausel. Daher solle den albanischen Verhandlungspartnern mitgeteilt werden, daß die Position des Ostausschusses zu einer Einbeziehung von Berlin (West) nicht modifiziert werden könne. Hardenberg fügt hinzu, daß dies für die Zukunft die Möglichkeit einer stärker privatrechtlichen Vereinbarung offenlasse, in der kein räumlicher Geltungsbereich genannt werden müsse. Eine solche Übereinkunft, die nicht als Vorstufe für ein zwischenstaatliches Handelsabkommen zu werten sei, bringe allerdings keinen nennenswerten außenpolitischen Vorteil.

- 81      02.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats      S. 372  
I. Klasse Gehlhoff

Gehlhoff faßt die Ergebnisse seiner Gespräche in Algier zusammen. Die algerische Regierung betrachte die Bundesrepublik als einen ihrer wichtigsten Handelspartner und wolle daher aus politischen Gründen ein gutes Verhältnis unterhalten. Sie sei auch an einer Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen in absehbarer Zeit interessiert. Allerdings könne nicht ausgeschlossen werden, daß Algerien dem erheblichen Druck seitens der UdSSR und anderer Ostblock-Staaten nachgeben und ein Generalkonsulat der DDR zulassen werde. Der Staatssekretär im algerischen Außenministerium, Rahal, habe Gehlhoff versichert, kein arabischer Staat könne erwarten, daß die Bundesrepublik die diplomatischen Beziehungen zu Israel wieder abbreche. Innenminister Medeghiri habe betont, daß Algerien im Gegensatz zu 1965 nicht mehr gewillt sei, seine Interessen zugunsten der „viel beredeten arabischen Solidarität“ zurückzustellen.

- 82      03.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem      S. 375  
 französischen Botschafter François Seydoux

Kiesinger unterrichtet den französischen Botschafter vom Inhalt eines belgischen Aide-mémoire, bei der geplanten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der sechs EWG-Mitgliedstaaten anlässlich des zehnten Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge zu vereinbaren, vor Entscheidungen zu bestimmten politischen Themen die Partnerstaaten zu konsultieren. Dazu könne auch Großbritannien eingeladen werden, während über die europäischen Gemeinschaften weiterhin nur unter den Sechs gesprochen werden solle. Der Bundeskanzler meint, daß eine solche Erweiterung des Kreises zur Erörterung außenpolitischer Themen ein „trojanisches Pferd“ sei. In dem Aide-mémoire werde außerdem die Erwartung ausgedrückt, daß die Bundesregierung hierzu bei der französischen und der italienischen Regierung die Initiative ergreife. Dadurch sei der belgische Vorschlag bei ihm sozusagen „deponiert“ worden. Seydoux bemerkt, daß auch über politische Themen nur unter den Sechs gesprochen werden könne und anderen Staaten erst eine Mitgliedschaft in der EWG die Möglichkeit zur Teilnahme eröffne. Kiesinger kündigt an, daß die Bundesregierung von sich aus nicht initiativ werde, da sie davon ausgehe, daß gewisse Bedenken in Paris bestünden. In Rom sollten nur die Sechs vertreten sein. Seydoux bemerkt abschließend, vielleicht meine die belgische Regierung, gegenüber Großbritannien Reverenz erweisen zu müssen. Abschließend betont Kiesinger, daß eine Wiedervereinigung nur möglich sein werde, wenn dies der Wille der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands sei. Alleinvertretung bedeute nicht, daß die Bundesregierung „den Vormund für die Bevölkerung der Zone spielen“ wolle.

- 83      03.03. Botschafter Knapstein, Washington, an das      S. 381  
 Auswärtige Amt

Knapstein teilt mit, daß Präsident Johnson auf einer Pressekonferenz am Vortag angekündigt habe, die USA wollten mit der sowjetischen Regierung Möglichkeiten einer Begrenzung des Wettrüstens bei offensiven und defensiven nuklearen Raketenwaffen erörtern. Dieser Meinungsaustausch werde unabhängig von der in Genf tagenden Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission durch den amerikanischen Botschafter in Moskau, Thompson, geführt. Die positive Antwort von Kosygin komme Johnson gelegen, da sie den Druck verringere, bald eine Entscheidung über die Errichtung eines Anti-Raketensystems in den USA fällen zu müssen. Bemerkenswert im Vergleich zu amerikanischen Rüstungskontrollvorschlägen aus dem Jahr 1964 seien die Einbeziehung von Offensivwaffen und die Wahl von Moskau als Verhandlungsort. Die USA sollten möglichst bald um vollständige Unterrichtung und Konsultation gebeten werden, damit sich die Gespräche nicht, wie beim Nichtverbreitungsabkommen, auf Bereiche ausdehnen würden, die die Bundesrepublik unmittelbar betreffen.

- 84      03.03. Botschafter a.D. Duckwitz, z. Z. London, an das Auswärtige Amt      S. 385

Duckwitz informiert über die Dreier-Verhandlungen in London. Der Sonderbeauftragte des amerikanischen Präsidenten, McCloy, verwies auf die Notwendigkeit, die atlantische Allianz mit neuem Leben zu erfüllen. Mittlerweile greife eine Atmosphäre des Mißtrauens und der nationalen Eigensucht um sich, und einzelne NATO-Staaten schienen sich mehr vom Westen als vom Osten bedroht zu fühlen. Wichtig sei vor allem, daß nicht aus allein finanziellen Gründen Maßnahmen getroffen würden, die die Sicherheit der Allianz gefährdeten. Der Kanzler des Herzogums Lancaster, Thomson, wies demgegenüber darauf hin, daß die britischen Zahlungsbilanzprobleme so dringlich seien, daß eine Klärung strategischer Fragen nicht abgewartet werden könne. Duckwitz betonte, daß es gefährlich sei, langfristig wirksame Entscheidungen von großer Tragweite für die NATO unter dem Eindruck vorübergehender finanzieller Schwierigkeiten zu treffen. Wie McCloy vertrat er die Ansicht, daß vorrangig das strategische Konzept der NATO geklärt werden müsse. Der einzig angemessene Weg zur Verringerung der Verteidigungsausgaben sei eine ausgewogene Verminderung von Streitkräften „auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs“.

- 85      03.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Frank      S. 389

Frank schildert die Auswirkungen, die eine Aufnahme des von den USA vorgeschlagenen Kontrollartikels (Artikel III) in ein Nichtverbreitungsabkommen auf die Europäische Atomgemeinschaft haben würde. Diejenigen Mitgliedstaaten, die dem Abkommen beitreten, müßten eine zusätzliche Überwachung ihrer zivil genutzten atomaren Anlagen durch die IAEO und somit doppelte Kontrollen akzeptieren. Sollten nicht alle EURATOM-Staaten unterzeichnen, so hätte dies eine Zersplitterung des europäischen Kernenergiemarktes zur Folge und würde sowohl die Zusammenarbeit zwischen Vertragspartnern und Nichtvertragspartnern als auch die gemeinschaftseigene Forschungstätigkeit von EURATOM behindern. Letztlich könnte dies zu einer Abwertung von EURATOM und damit zu einer Schwächung der europäischen Gemeinschaft führen. Ferner weist Frank auf Bestimmungen im EURATOM-Vertrag hin, die einer Unterzeichnung des Nichtverbreitungsabkommens durch die Mitgliedstaaten – zumindest ohne vorherige Prüfung des Vertragstextes durch die EURATOM-Kommission – entgegenstünden. Anzustreben sei folglich ein Wegfall oder eine Abschwächung des Artikels III sowie eine Anerkennung der EURATOM-Kontrollen durch die IAEO.

- 86      03.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Jung      S. 393

Jung faßt den Verlauf einer deutschlandpolitischen Diskussion am 27. Februar 1967 unter Beteiligung des Referenten Bahr, des Ministerialdirektors Thierfelder und des Ministerialdiri-

genten Frank zusammen. Ausgangspunkt der Erörterung war der Gedanke, die DDR im nichtpolitischen multilateralen Bereich als Völkerrechtssubjekt zu behandeln, ohne ihr gleichzeitig die Eigenschaften eines souveränen Staats zuzugestehen. Bahr schlug vor, die DDR als Staat durchgehen zu lassen – wenn auch als einen ohne Legitimität. Die Anerkennung der DDR als Verhandlungspartner sei unumgänglich. Frank stellte die Frage, ob die Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung dadurch gefährdet werden könne, daß der DDR eine beschränkte Geschäftsfähigkeit zugebilligt werde. Bahr führte dazu aus, daß der früheren Vorstellung einer „Wiedervereinigung durch Anschluß“ das neue Prinzip der „Wiedervereinigung durch Umarmung“ entgegengesetzt werden müsse. In der Gesprächsrunde herrschte die Ansicht vor, daß die bisherige Deutschlandpolitik nicht mehr in die Landschaft passe. Ein neues deutschlandpolitisches Konzept solle vom Planungsstab für Bundesminister Brandt zur Vorbereitung eines Gesprächs mit Bundeskanzler Kiesinger erarbeitet werden.

- 87      04.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem amerikanischen Sonderbeauftragten McCloy in Stuttgart S. 396

McCloy spricht Kiesinger auf dessen Äußerung vom 27. Februar 1967 über eine „atomare Komplizenschaft“ zwischen den beiden großen Kernwaffenstaaten an, die Präsident Johnson verärgert habe. In der Frage eines Devisenausgleichs für die USA und Großbritannien seien die Dreier-Verhandlungen an einem kritischen Punkt angelangt. Die finanziellen Lasten der Stationierung müßten so verteilt werden, daß möglichst keine oder nur geringfügige Truppenverlegungen notwendig würden. Die USA stellten schon nicht mehr dieselben exakten Forderungen wie noch im Herbst 1966. Auch Großbritannien wolle nicht mehr als 5000 Soldaten abziehen. Kiesinger äußert dagegen die Ansicht, daß die britische Regierung ihre in der Bundesrepublik stationierten Einheiten auf jeden Fall massiv zu verringern beabsichtige. Angesichts möglicher amerikanischer Truppenreduzierungen erläutert McCloy den Plan einer Rotation. Danach solle die 24. Division bis auf eine Brigade und bis auf das Divisionshauptquartier in die USA zurückverlegt werden. Dieser Verband solle dann so ausgewechselt werden, daß sich jede der drei Brigaden einmal im Jahr in der Bundesrepublik aufhalten würde.

- 88      06.03. Bundesminister Brandt an Bundeskanzler Kiesinger S. 412

Brandt teilt Kiesinger Überlegungen zur künftigen Politik gegenüber Jugoslawien mit. Er kommt zu dem Schluß, daß zwar eine Wiederaufnahme der Beziehungen im Interesse der Europa- und Entspannungspolitik liege, jedoch vor einem solchen Schritt einige Voraussetzungen zu erfüllen seien. So müsse ausgeschlossen werden, daß diese Maßnahme nach den 1957 hergestellten Beziehungen zwischen Jugoslawien und „Ost-Berlin“ nun durch Staaten der Dritten Welt fehlinterpretiert



werde und zu einer verstärkten internationalen Aufwertung der DDR führe. Brandt weist darauf hin, daß es auch nach dem Botschafteraustausch mit Rumänien nicht zu einem solchen Dammbruch gekommen sei. Eine mit den Verbündeten abgestimmte neue diplomatische Aktion könne dazu dienen, die Grundzüge der Entspannungspolitik darzulegen. Dabei müsse deutlich werden, daß eine „Friedenssicherung plus Organisation Europas“ der entscheidende Orientierungspunkt sei. Die Nichtanerkennung der DDR dürfe nur Mittel zum Zweck, nicht Selbstzweck sein. Zunächst aber solle in Belgrad geklärt werden, welche Maßnahmen vor einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen ergriffen werden könnten, um das Verhältnis zu Jugoslawien zu verbessern.

- 89      06.03. Gespräche des Ministerialdirektors Thierfelder in London S. 415

Thierfelder legt dar, daß die Ostpolitik der Bundesrepublik durch das bisherige Verfahren der Einbeziehung von Berlin (West) in internationale Verträge in Schwierigkeiten gerate. Die Bundesregierung schlage nun eine öffentliche Erklärung der Drei Mächte vor, daß alle Abkommen der Bundesrepublik automatisch, also auch ohne eine entsprechende Klausel, in Berlin (West) Gültigkeit erlangten. Dies solle nicht den Status der Stadt und die dortigen Rechte der Alliierten berühren, sondern lediglich dazu dienen, Vertragsverhandlungen und -abschlüsse zu entpolitisieren. Der britische Vorschlag vom 19. Oktober 1966, der ein Ausnahmeverfahren für Verhandlungen mit kommunistischen Staaten vorsehe, sei wegen der vorgesehenen unterschiedlichen Behandlung von kommunistischen und nicht-kommunistischen Staaten unzumutbar. Die britischen Gesprächspartner erhoben weiterhin Bedenken dagegen, daß die alliierten Vorbehaltsrechte in Berlin (West) durch die von der Bundesrepublik vorgeschlagene Regelung beeinträchtigt werden könnten.

- 90      07.03. Gespräch des Botschafters von Walther mit dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Semjonow in Moskau S. 421

Semjonow spricht Bedenken an, die in der Bundesrepublik durch Politiker und Wissenschaftler gegen den von amerikanischer Seite vorgeschlagenen Kontrollartikel in einem Nichtverbreitungsabkommen geäußert worden seien. Dabei handle es sich lediglich um eine neue Variante der alten Bestrebungen der Bundesrepublik, Zugang zu Kernwaffen zu erhalten. Walther verweist demgegenüber auf die Bedeutung der zivilen Kernforschung für Export und Energieversorgung. Daher gebe es Vorbehalte gegen ein Kontrollsystem, das wie Industriespionage erscheine. Es gehe allein um das „Wie“ einer Überwachung, die sich auf das nukleare Sprengmaterial beschränken sollte. Semjonow wendet sich gegen eine Überwachung durch EURATOM, da dies eine Eigenkontrolle darstelle. Er betont die politische Bedeutung eines Nichtverbreitungsabkommens

als ersten Schritt zu einer Abschaffung der Gefahren eines Atomkrieges und erhebt den Vorwurf, daß die Bundesregierung hinter den Kulissen erhebliche Anstrengungen unternehme, um den Abschluß des Abkommens zu verhindern.

- 91**      07.03.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete      S. 427

Ruete stellt Überlegungen an, wie der erweiterte Nuklearverzicht, den die Bundesrepublik durch die Unterzeichnung eines Nichtverbreitungsabkommens leisten würde, für eine Entspannungspolitik gegenüber der UdSSR nutzbar gemacht werden könnte. Er kommt zu dem Schluß, daß dazu das direkte Gespräch gesucht werden müsse. So könnte den sowjetischen Bestrebungen entgegengewirkt werden, sich Zugeständnisse der Bundesregierung über die USA einräumen zu lassen, ohne selbst Gegenleistungen zu erbringen. Das Ziel müßten verbindliche Festlegungen sein, daß die UdSSR einen Beitritt der Bundesrepublik zum Abkommen als Beitrag zur Entspannung und als eine Voraussetzung für eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen ansähen. Zudem solle die sowjetische Regierung zusichern, daß sie die Bundesrepublik künftig nicht mit Atomwaffen bedrohen oder erpressen werde und daß sie keinen Einfluß nehmen werde auf die zivile Kernforschung in der Bundesrepublik. Ferner müsse der UdSSR die Möglichkeit genommen werden, unter Berufung auf das Abkommen Einspruch gegen die angestrebte europäische Einigung zu erheben.

- 92**      09.03.    Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem      S. 432  
Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster

Kiesinger betont, daß aus Sicht der Bundesregierung noch umfassende Konsultationen über das Nichtverbreitungsabkommen notwendig seien, so beispielsweise zu den Folgen für die bilateralen Beziehungen zu den USA innerhalb der NATO sowie für die deutsche Frage. Zwar werde nicht mehr daran festgehalten, daß die Wiedervereinigung einer Entspannung vorausgehen müsse. Jedoch sei es auch nicht hinnehmbar, eine Lösung der deutschen Frage in die ferne Zukunft zu vertagen. Zudem müsse erörtert werden, wie die Bundesrepublik zu schützen sei, falls sie nach einer Unterzeichnung des Abkommens von der UdSSR bedroht oder nuklear erpreßt werde. Foster weist darauf hin, daß es noch keinen fertig ausgehandelten Vertragstext gebe und daß die Konsultationen keinem festen Zeitplan unterlägen. Allerdings arbeite die Zeit nicht für den Westen. Der Vertragsentwurf solle möglichst bald der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission vorgelegt werden, denn die blockfreien Staaten befürchteten bereits jetzt eine Konspiration der westlichen Alliierten. Kiesinger äußert die Befürchtung, daß nach der Vorlage des Entwurfs wesentliche Entscheidungen nicht mehr rückgängig gemacht werden könnten, und somit eine schlimme Lage für die Bundesrepublik entstünde.

- 93**      09.03.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 446
- Anläßlich der Weisung des Bundesministers Brandt, die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris solle sich für eine Abschaffung der TTD-Regelung einsetzen, macht Ruete darauf aufmerksam, daß die Bestimmungen über die Vergabe von Temporary Travel Documents nur durch die Alliierten aufgehoben werden können und die Bundesregierung zudem verpflichtet wäre, sich vor einem solchen politischen Vorstoß mit den Drei Mächten abzusprechen. Darüber hinaus gibt er zu bedenken, daß die TTD-Bestimmungen eines der wenigen Gebiete seien, auf dem die Drei Mächte noch die Verantwortung für Deutschland als Ganzes wahrnähmen. Der Wegfall der TTDs könnte zu einer internationalen Aufwertung der DDR führen, nicht zuletzt deshalb, weil dann dort ausgegebene Reisedokumente in den NATO-Staaten akzeptiert werden müßten. Während für die Bevölkerung in der DDR keine Erleichterungen zu erwarten seien, erhalte die Propagandatätigkeit „Osterlins im westlichen Ausland freie Bahn“. Werde dennoch eine Aufhebung der TTD-Regelung befürwortet, so sollte diese nur im Rahmen eines neuen deutschlandpolitischen Konzepts – verbunden mit Forderungen nach „Gegenleistungen der Zone“ – vorgeschlagen werden.
- 94**      10.03.    Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem S. 448  
Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster
- Foster sichert zu, daß die amerikanische Regierung erst nach Abschluß der Konsultationen mit den Alliierten über ein Nichtverbreitungsabkommen zu einer Vereinbarung mit der UdSSR kommen wolle. Allerdings empfehle er aus taktischen Gründen, möglichst bald andere Staaten an der Diskussion zu beteiligen. Manche Argumente ließen sich leichter durchsetzen, wenn sie nicht von der Bundesregierung, sondern von dritter Seite vorgebracht würden. Foster warnt davor, in die materiell wirksamen Abschnitte des Abkommens auch Absichtserklärungen aufzunehmen; dies würde den Vertrag nur für weitere Wünsche und Anträge öffnen. Die Gestaltungsmöglichkeiten seien zudem bei der Präambel größer als bei den übrigen Vertragsbestimmungen. Zur Frage der Sicherheitskontrollen bezeichnet er den deutschen Vorschlag einer automatischen Überwachung als weiterer Sondierung wert. Botschafter Schnippenkötter erläutert, daß sich die Kontrolle auf Flußdiagramme und den Verbleib spaltbaren Materials beschränken solle, was bisher nicht hinlänglich berücksichtigt worden sei.
- 95**      10.03.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 457
- Zur Frage einer Unterstützung osteuropäischer Emigranten-Organisationen in der Bundesrepublik erläutert Ruete, daß dafür sowohl im Bundeshaushalt als auch in den Haushalten der Länder Mittel vorgesehen seien. Er führt aus, daß nach dem Zweiten Weltkrieg solche Gruppierungen allein aufgrund ihrer antikommunistischen Gesinnung gefördert worden seien. Diese Einstellung wirke noch nach, so daß z. B. im Jahr 1964 Bemü-

hungen des Auswärtigen Amts gescheitert seien, Emigrantenverbände nach Mißbrauch des Gastrechts öffentlich mahnen zu lassen. Als jüngstes Beispiel nennt Ruete kroatische Exil-Organisationen, die durch ihre radikalen Programme und teilweise terroristischen Methoden auffielen. Ihre Aktivitäten hielten bei der jugoslawischen Regierung das Trauma einer kroatisch-deutschen Verschwörung gegen den Vielvölkerstaat Jugoslawien lebendig. Ruete regt an, sich im Sinne einer glaubhaften Ostpolitik gegen Aktivitäten zu verwahren, die sich gegen die Integrität einzelner osteuropäischer Staaten richten.

- 96      10.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Diehl      S. 460

Diehl entwirft ein außenpolitisches Aktionsprogramm. Ziel der Ostpolitik sei die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu allen Staaten des Warschauer Pakts und zu Jugoslawien. Die Kontakte zur Volksrepublik China müßten verstärkt werden, um die nach Abklingen des Vietnam-Krieges fällige Errichtung einer Handelsvertretung oder eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen vorzubereiten. In der Entwicklungshilfe sollten die Mittel weniger in multilaterale Projekte als in ein eigenes Programm für den Aufbau von Infrastruktur in der Dritten Welt fließen. Der Zusammenarbeit innerhalb Europas, besonders mit Frankreich und Großbritannien, müsse wieder mehr Gewicht zukommen. Darüber dürfe allerdings nicht die Notwendigkeit nahezu ständiger Beratungen mit den USA vernachlässigt werden. Als Beitrag zur Reform der NATO sei ein deutsches Verteidigungskonzept zu erarbeiten. Der „eigentliche Prüfstein der Großen Koalition“ werde allerdings die Deutschlandpolitik sein. Um hier Fortschritte zu erreichen, müßte die Bundesregierung Alleinvertretung von Alleinpräsenz trennen und dem „Regime in der SBZ eine gewisse Geschäftsfähigkeit“ zubilligen. Anzustreben seien die Einrichtung eines Amtes für innerdeutsche Beziehungen, die Mitwirkung der DDR in internationalen Verträgen und Organisationen sowie die „Mobilmachung“ der UNO für die deutsche Frage.

- 97      13.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete      S. 463

Ruete legt dar, daß während des Besuchs des sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin vom 6. bis 13. Februar 1967 in London der Abschluß eines bilateralen Vertrags über Freundschaft und friedliche Zusammenarbeit in Aussicht genommen worden sei. Die britische Regierung habe sich mit dem sowjetischen Vorschlag einverstanden erklärt, ohne zuvor ihren Konsultationsverpflichtungen gegenüber der NATO und ihren Verbündeten nachgekommen zu sein. Bei der nachträglichen Erörterung des geplanten Freundschaftsvertrags am 7. März 1967 im Ständigen NATO-Rat sei die Reaktion überwiegend kritisch gewesen; lediglich Kanada, Dänemark und Norwegen hätten sich positiv geäußert. Großbritannien habe zwar zugesichert, die Wünsche seiner Verbündeten zu berücksichtigen, wolle jedoch nicht den Wortlaut einzelner Vertragsbestimmungen zur Diskussion stellen. Ruete bezeichnet den sowjetischen Vorschlag als weiteren Versuch, die Bundesrepublik politisch zu

isolieren. Daher müsse die Bundesregierung bemüht sein, die weitere Entwicklung im Sinne einer „Unteilbarkeit der Entspannung“ zu beeinflussen.

- 98      14.03.    Aufzeichnung des Botschafters a. D. Duckwitz      S. 467

Aus einer Unterredung mit dem Kanzler des Herzogtums Lancaster, Thomson, teilt Duckwitz dessen Vorschlag mit, das im Oktober 1966 seitens der Bundesregierung unterbreitete Angebot zum Devisenausgleich erneut zur Grundlage von Verhandlungen zu machen. Die Differenz zwischen der damals zugesagten Summe von 350 Mio. DM plus „x“ und der ursprünglichen britischen Forderung in Höhe von 860 Mio. DM solle unter der Bundesrepublik, Großbritannien und den USA aufgeteilt werden. Duckwitz äußerte sich dazu zurückhaltend. Er stellt jedoch die Überlegung an, die „zivilen Einkäufe der öffentlichen Hand“ in Großbritannien auf die noch zu leistenden Zahlungen der Bundesrepublik anzurechnen und den Rest durch Einsparungen, die der Abzug einer britischen Brigade aus der Bundesrepublik erbringen würde, auszugleichen.

- 99      14.03.    Botschafter von Walther, Moskau, an das Auswärtige Amt      S. 469

Walther berichtet von einer Wahlrede des Generalsekretärs der KPdSU am 10. März 1967, in der Breschnew ausführlich auf die Deutschland-Frage einging. Als Grund für diese Ausführungen müsse die neue Ostpolitik der Bundesregierung gelten, die in der UdSSR zunehmend als Gefährdung eingeschätzt werde. So habe Walther Informationen erhalten, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien als „besondere Perfidie“ empfunden werde, um gleichsam einen Keil zwischen die Staaten des Warschauer Paktes zu treiben. Er weist darauf hin, daß bislang jede ostpolitische Initiative der Bundesregierung eine Versteifung sowjetischer Positionen zur Folge hatte. Vor diesem Hintergrund und angesichts der Haltung der amerikanischen Regierung, für die der Abschluß eines Nichtverbreitungs- und eines ABM-Abkommens Vorrang vor den Interessen der europäischen Verbündeten habe, rät er zu einem vorübergehenden Verzicht auf „spektakuläre“ Maßnahmen, wie eine Beantwortung der sowjetischen Erklärung vom 28. Januar 1967.

- 100     15.03.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete      S. 472

Ruete nimmt Stellung zum Vorschlag des Ministerialdirektors Harkort vom 14. März 1967, einen mittelfristigen Kredit an die tschechoslowakische Regierung zum Kauf von Großröhren im Wert von ca. 250 bis 300 Mio. DM bei der Firma Hoesch über eine Bundesbürgschaft abzusichern, auch wenn dies den Richtlinien vom März 1965 über die Vergabe von Krediten an Ostblock-Staaten zuwiderlaufe. Ruete gibt dagegen zu bedenken, daß das tschechoslowakische Interesse an engeren Beziehungen zur Bundesrepublik vorwiegend ökonomische Gründe habe, während die Bundesregierung politische Ziele verfolge.

Würden also die tschechoslowakischen Wünsche vorab und ohne Forderung nach Gegenleistungen befriedigt, verringere sich die tschechoslowakische Konzessionsbereitschaft im politischen Bereich. Auch angesichts der eher starren tschechoslowakischen Haltung in der Deutschland-Frage wäre eine Entscheidung, wie sie Harkort befürwortet, unangemessen und würde ein falsches Signal gegenüber den anderen Ostblock-Staaten darstellen. An einer parallelen Regelung der wirtschaftlichen Fragen und der Aufnahme von Beziehungen zwischen Bundesrepublik und Tschechoslowakei müsse festgehalten werden.

- 101**      16.03. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 474

Lahr nimmt Stellung zu der vom Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft, Neef, in einer Besprechung mit dem Bundeskanzler vertretenen Ansicht, daß der Wiederaufnahme von Verhandlungen über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG zunächst die Fusion der europäischen Gemeinschaften vorausgehen müsse. Kiesinger habe dann wenig später die Meinung geäußert, daß ihm dieser Gedanke einleuchte. Bei beiden Anlässen habe er, Lahr, versucht zu verdeutlichen, daß ein solches Votum praktisch ein „Nein“ gegenüber den britischen Beitrittswünschen bedeute und als Abkehr von der bisherigen Haltung der Bundesregierung aufgefaßt werde. Die Fusion der Gemeinschaften und ein EWG-Beitritt Großbritanniens könnten, wie die Verhandlungen 1962/63 gezeigt hätten, sehr wohl parallel erörtert werden.

- 102**      16.03. Staatssekretär Lahr an Staatssekretär Carstens, Bundesministerium der Verteidigung S. 476

Lahr teilt Carstens mit, daß die Bundesregierung die Verhandlungen mit der UdSSR über den Flugverkehr zwischen Moskau und Frankfurt/Main wieder in Gang bringen möchte. Diese seien eingestellt worden, weil die Bundesregierung für Aeroflot eine Flugroute über Eger gewünscht habe, während die sowjetische Regierung auf einem Anflug über Berlin-Schönefeld beharre. Die daraufhin vom Auswärtigen Amt vorgeschlagene Streckenführung über Hamburg sei bei SACEUR auf Sicherheitsbedenken gestoßen. Lahr macht darauf aufmerksam, daß es sich um eine internationale Luftstraße handele, die auch von anderen Ostblock-Staaten befliegen werde. Fraglich sei daher, ob ihre Benutzung überhaupt eingeschränkt werden könne. Eine Wiederaufnahme der Gespräche sei dringlich, weil vermieden werden müsse, daß die Deutsche Lufthansa in dem schon seit Jahren herrschenden Konkurrenzkampf um den Luftverkehr nach Moskau zurückfalle. Lahr bittet um eine Stellungnahme, ob eine Änderung der Haltung von SACEUR möglich sei.

- 103**      16.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 477

Ruete schildert den ungewöhnlichen Verlauf der Sitzung der Bonner Vierergruppe vom 15. März 1967. Offenbar in der Annahme, die Bundesregierung wolle ihre Position in wesentli-

chen Punkten ohne vorherige Konsultation ändern, stellten die Vertreter der Drei Mächte eine Reihe von Fragen zu aktuellen deutschlandpolitischen Problemen. So baten sie um umgehende Unterrichtung über die bereits im Bundeskabinett verabschiedeten Entwürfe von Notstandsgesetzen. Weiterhin äußerten sie Bedenken gegen einen Wegfall der Widerrufsklausel im Interzonenhandel, da handelspolitische Maßnahmen im Fall von Berlin-Zugangskrisen ein Bestandteil der Eventualfallplanung seien. Um Unterrichtung wurde auch zur geplanten Änderung der Aufenthaltsbestimmungen für Staatsangehörige aus Ostblock-Staaten in Berlin (West) und zur möglichen Zulassung eines sowjetischen Handelskontors im Westteil der Stadt gebeten. Die Vertreter der drei Mächte wiesen darauf hin, daß es in der Frage des Handelskontors offensichtlich eine „totale Konfusion“ zwischen der Bundesregierung und dem Senat von Berlin gebe.

**104      16.03.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete      S. 481**

Ruete äußert sich zu Überlegungen, in Berlin (West) die Eröffnung einer sowjetischen Vertretung für Handelskontakte zu gestatten. In Gesprächen, die zwischen Staatssekretär Lahr und dem Berliner Senator König im November 1966 stattfanden, bestand Einvernehmen, daß lediglich kommerzielle Agenturen aus Ostblock-Staaten in Form von Dependancen zugelassen werden dürften. Es müsse alles vermieden werden, was als Bestätigung der kommunistischen Auffassung von Berlin als separater politischer Einheit fehlgedeutet werden könnte. Jüngste Äußerungen von König über die Zulassung eines sowjetischen Handelskontors hätten jedoch eine Klarstellung der Haltung des Senats von Berlin notwendig gemacht. Diese habe ergeben, daß sich der grundsätzliche Standpunkt des Senats nicht verändert habe, und daß dort zur Zeit noch keine „präzisen und praktikablen“ Vorstellungen zu einer Intensivierung der Handelsbeziehungen mit Ostblock-Staaten vorlägen.

**105      17.03.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Diehl      S. 483**

Diehl faßt das Ergebnis von Diskussionen einer deutschlandpolitischen Arbeitsgruppe im Auswärtigen Amt zusammen und entwirft eine Konzeption für das Verhalten gegenüber der DDR. Danach sollte zunächst der Kontakt auf allen Ebenen intensiviert werden, und zwar durch die Errichtung eines „Amtes für innerdeutsche Beziehungen“ in Bonn und einer „Dienststelle Berlin“. Anschließend solle die Bildung eines paritätisch besetzten „Deutschen Rates“ vorgeschlagen werden, der Fragen der innerdeutschen Beziehungen erörtern solle. Zudem könnte die Bundesregierung den innerdeutschen Handel fördern und die Teilnahme der DDR an internationalen Abkommen, die der Abrüstung und Sicherheit dienen, sowie ihre Mitgliedschaft in allen technischen internationalen Organisationen unterstützen – stets unter dem Vorbehalt, daß die DDR ein Teil der deutschen Nation sei. Zu einem späteren Zeitpunkt seien dann im Rahmen der UNO Gespräche zwischen den Vier Mächten, der Bundesrepublik und der DDR zur Vorbereitung eines Friedens-

vertrags und eines europäischen Sicherheitssystems aufzunehmen. Ausschlaggebend für die Durchführung dieser Konzeption sei es, der DDR eine „gewisse, beschränkte Geschäftsfähigkeit“ zuzubilligen und zwischen Alleinvertretung und Alleinpräsenz begrifflich und praktisch zu trennen.

- 106**     17.03.   Botschafter Knapstein, Washington, an das     S. 489  
                    Auswärtige Amt

Knapstein berichtet von einem Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde über den Kontrollartikel eines Nichtverbreitungsabkommens (Artikel III). Fisher betonte, es bestehe keine Aussicht, daß die UdSSR ihre Nuklearindustrie einer internationalen Überwachung unterwerfen werde. Die USA seien dagegen bereit, einen solchen Schritt in Erwägung zu ziehen, wenn dies der Bundesregierung die Annahme des vorgeschlagenen Artikels erleichtern würde. Fisher bestätigte, daß gemischte deutsch-französische Kernforschungsanlagen auf dem Boden der Bundesrepublik den für nichtnukleare Staaten vorgesehenen Kontrollen unterlägen. Den deutschen Vorschlag, daß diejenigen Staaten, die selbst keine Kontrollen zuließen, auch keine Inspektoren entsenden sollten, befürwortete Fisher grundsätzlich. Eine solche Anregung sollte jedoch besser im Rahmen multilateraler Verhandlungen und von einem anderen Staat als der Bundesrepublik vorgebracht werden. Mehrfach wies er darauf hin, daß die IAEA keineswegs von der UdSSR beherrscht werde.

- 107**     21.03.   Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete     S. 492

Ruete faßt amerikanische Informationen zu den angestrebten Verhandlungen zwischen USA und UdSSR über eine Rüstungsbegrenzung auf dem Gebiet offensiver und defensiver Nuklearraketen zusammen. Die amerikanische Regierung sei an solchen Gesprächen sehr interessiert, denn sie wolle das Wettrennen auf dem Gebiet der antiballistischen Raketen (ABM), das sich nach der Aufstellung eines ABM-Systems rund um Moskau zu entwickeln drohe, vermeiden. Die Installierung eines amerikanischen Abwehrsystems würde lediglich hohe Kosten verursachen, das Rüstungspatt unverändert lassen und zu einer Verschärfung der Spannungen im Ost-West-Verhältnis führen. Im Gegensatz zum Vorschlag vom 21. Januar 1964 über ein Einfrieren strategischer Kernwaffenträger, der auf sowjetische Ablehnung stieß, wollten die USA jetzt auf Ortsinspektionen verzichten und sich in erster Linie auf Satelliten-Aufklärung verlassen. Das geplante Abkommen solle sich zudem auf die Zahl der Abschußrampen beschränken. Der für die USA maßgebende Gesichtspunkt sei die Aufrechterhaltung der bestehenden relativen Stabilität.

- 108**     21.03.   Staatssekretärbesprechung     S. 496

Staatssekretär Schütz erklärt zu der beabsichtigten Neuregelung der Kirchenverwaltung für die Gebiete des Deutschen Reiches unter fremder Verwaltung, daß die Einsetzung von



vier Apostolischen Administratoren durch den Heiligen Stuhl die beste Lösung sei. Sie verhindere schwerwiegendere Entscheidungen für den „deutschen Osten“. Staatssekretär Nahm weist auf den Vorteil hin, daß dadurch das Reichskonkordat von 1933 unberührt bleibe. Allerdings würde die Stellung der Kapitularvikare beeinträchtigt. Staatssekretär Krautwig bestätigt, daß insbesondere das Amt des Kapitularvikars des ehemals zur Diözese Breslau gehörenden, aber nun in der DDR liegenden Kirchenbezirks Görlitz durch die Ernennung eines Apostolischen Administrators für Breslau zum Drehpunkt dafür werden könne, ob im Falle einer Änderung der Regelung für die Ostgebiete ein „Dammbruch in der Zone“ zu verhindern sei. Die Staatssekretäre kommen zu dem Ergebnis, daß der Einsetzung von Administratoren in den Verwaltungsbezirken Allenstein, Landsberg, Breslau und Oppeln zugestimmt werden könne, wenn Görlitz hiervon ausgenommen werde und der zuständige Kapitularvikar im Amt bleibe.

- 109      21.03.    Botschafter a.D. Duckwitz, z. Z. Washington,      S. 499  
                  an Bundesminister Brandt

Duckwitz informiert über den Fortgang der Dreier-Verhandlungen. Zwischen den beteiligten Staaten zeichneten sich jeweils bilaterale Vereinbarungen ab, die jedoch nur gemeinsam als Paket in Kraft treten sollten. Bei der amerikanischen Übereinkunft gaben sich die USA für das laufende Jahr mit einer Vereinbarung zwischen den beiden Zentralbanken zufrieden und befürworteten darüber hinaus die Einführung eines Rotationssystems für eine amerikanische Division und einige Luftwaffeneinheiten. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand ein Entwurf für das deutsch-britische Übereinkommen, in dem die britische Regierung die Zahlung von 50 Mio. DM für 1967 und von 150 Mio. DM für das erste Quartal 1968 akzeptierte. Die Summe für zivile Beschaffungen der öffentlichen Hand in Großbritannien wurde auf 250 Mio. DM erhöht. Im Gegenzug erklärte sich die britische Regierung bereit, den geplanten Truppenabzug zu vermindern und nicht vor dem 1. Januar 1968 damit zu beginnen. Duckwitz empfiehlt die Annahme dieser Vereinbarung als Maximum des Erreichbaren.

- 110      22.03.    Aufzeichnung des Staatssekretärs Schütz      S. 503

In einem Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter bestätigte Schütz, daß der geplante Austausch von Gewaltverzichtserklärungen weiterhin vertraulich behandelt werden solle. Zaprakin fragte unter Hinweis auf die Äußerung des Bundeskanzlers Kiesinger, daß er zu einer solchen Erklärung in jeder denkbaren Form bereit sei, ob die Bundesregierung auch gegenüber der DDR einen Verzicht auf Gewalt erklären würde. Schütz erläuterte daraufhin unterschiedliche rechtliche Formen eines Gewaltverzichts. Mit der DDR werde die Bundesregierung jedoch keine Gewaltverzichtserklärungen austauschen, obwohl Bereitschaft vorhanden sei, in die Erklärung gegenüber

der UdSSR einen Hinweis aufzunehmen, daß sich der Gewaltverzicht auch auf deren Verbündete erstrecke. Zu einer Anerkennung der DDR als Nebenwirkung werde es nicht kommen.

- 111      29.03.    Botschaftsrat I. Klasse Mangold, Genf (Internationale Organisationen), an das Auswärtige Amt      S. 507

Mangold informiert über die Sitzungsperiode der auf den 9. Mai 1967 vertagten Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission. Thema der Verhandlungen war das angestrebte Nichtverbreitungsabkommen, zu dem aber kein Textentwurf vorgelegt wurde. Die Gespräche des amerikanischen Delegationsleiters Foster mit einzelnen Regierungen von EURATOM-Staaten ergaben, daß sich die Bedenken gegen das Abkommen nicht so schnell überwinden ließen. Folglich müsse für die Zeit der Konferenzpause mit intensiven Konsultationen sowohl innerhalb der westlichen Allianz als auch zwischen USA und UdSSR gerechnet werden. Die größten Chancen für eine Durchsetzung der Wünsche der Bundesrepublik gebe es im Bereich der Sicherheitskontrollen; die übrigen Anregungen der Bundesregierung wollten die USA zunächst nur in sehr geringem Umfang berücksichtigen, da sie das „deutsche Etikett“ trügen. Es könne mit der festen amerikanischen Absicht gerechnet werden, am 9. Mai 1967 zusammen mit der UdSSR einen Vertragsentwurf vorzulegen. Die Position der Nichtkernwaffenmächte werde dadurch beeinträchtigt, daß es ihnen bisher nicht gelungen sei, sich auf eine gemeinsame Haltung zu verständigen.

- 112      30.03.    Gespräch des Staatssekretärs Schütz mit Staatssekretär Katzenbach, amerikanisches Außenministerium      S. 511

Katzenbach spricht den amerikanischen Vorschlag an, für einen Teil der in der Bundesrepublik stationierten Truppen eine Rotation einzuführen. Dieses System zeichne sich durch seine von weltpolitischen Spannungen unabhängige Automatik aus und verspreche den USA eine erhebliche Devisenersparnis. Hinsichtlich des angestrebten Nichtverbreitungsabkommens betont Schütz, daß vor einem Vertragsschluß noch einige besondere Probleme geklärt werden müßten, so z.B. die Zukunft der deutsch-französischen atomaren Forschungsprojekte. Er hoffe allerdings, daß das Abkommen bis Ende Mai zustandekommen werde. Auf die Frage, wie er die Aussichten für einen Beitritt Indiens zu einem Nichtverbreitungsabkommen einschätze, führt Katzenbach aus, daß Indien keinen Bedarf an Atomwaffen habe, da ihm die USA im Falle einer chinesischen Bedrohung helfen würden. Abschließend weist er darauf hin, daß noch offene Punkte im Ständigen NATO-Rat in der Zeit bis zum 19. April 1967 erörtert werden sollten.

- 113      31.03.    Aufzeichnung des Staatssekretärs Schütz      S. 513

Schütz gibt den Inhalt eines privaten Gesprächs mit dem Leiter des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft in Prag vom Vorabend wieder. Snejdarek habe bedauert, daß

durch die starrere Haltung der UdSSR und der DDR die Normalisierung zwischen dem „sozialistischen Lager“ und der Bundesrepublik sowie die notwendige Annäherung zwischen den kommunistischen Regierungsparteien in den Ostblock-Staaten und den sozialdemokratischen Parteien in Westeuropa verzögert werde. Es sei von entscheidender Bedeutung, auf Parteebene einen ständigen, qualitativ hochstehenden Kontakt zu pflegen, beispielsweise durch Besuche führender SPD-Politiker in Prag. Gleichfalls sei bedauerlich, daß die Stellung der DDR innerhalb des Warschauer Pakts durch die ersten Schritte der neuen Bundesregierung in der Ostpolitik stärker geworden sei. Aus sowjetischer Sicht könne „im Augenblick in Europa ohne Ulbricht oder gar gegen Ulbricht“ nichts entschieden werden. Snejdarek äußerte sich positiv zu einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien. Auch ein Botschafteraustausch mit der Tschechoslowakei könne noch im Verlauf des Jahres möglich sein, doch müsse hier mit Geduld vorgegangen werden, weil „der Druck von Moskau und Ostberlin sehr stark“ sei.

- 114      31.03. Staatssekretär Schütz an Botschafter Grewe, S. 516  
Paris (NATO)

Schütz verweist auf die amerikanische Zusicherung, daß erst nach einem befriedigenden Abschluß der Konsultationen das angestrebte Nichtverbreitungsabkommen abgeschlossen werden solle. Die USA hätten sich allerdings nicht darauf festgelegt, bis zum Abschluß dieser Gespräche mit der Vorlage eines amerikanisch-sowjetischen Vertragsentwurfs bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission zu warten; darauf müsse jedoch die Bundesregierung bestehen. Die bilateralen Gespräche und die Verhandlungen in der NATO würden folglich in der Zeit bis zum 19. April 1967 ihre „entscheidende Phase“ durchlaufen. Auf der bevorstehenden Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 4. April 1967 müsse deutlich werden, daß die Bundesregierung noch keinem Vertragsentwurf zugestimmt habe und an beschleunigten Beratungen interessiert sei.

- 115      01.04. Vortragender Legationsrat I. Klasse Herrmann, Sofia, S. 521  
an das Auswärtige Amt

Herrmann berichtet über ein Gespräch mit dem bulgarischen Außenminister. Baschew bezeichnete die Normalisierung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und Bulgarien zwar als wünschenswert, warnte aber vor überstürzten Entscheidungen. Er räumte ein, daß auf bilateraler Ebene bis auf die unausgeglichene Handelsbilanz keine Probleme existierten. Einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen stünden aber die deutschlandpolitischen Positionen der Bundesregierung entgegen. Auch sei es nicht realistisch, wenn die Bundesregierung hinsichtlich der Wahrnehmung der Interessen von Berlin (West) Bedingungen stelle. Herrmann lehnte eine „Verquickung wirtschaftlicher und politischer Fragen“ ab und wies darauf hin, daß die bulgarische Haltung den angestrebten Botschafteraus-

tausch auf Jahre hinaus verschieben würde. Unter Hinweis auf die mit Rumänien getroffene Regelung solle deutlich gemacht werden, daß eine pragmatische Lösung keine „Preisgabe des eigenen Standpunktes“ sei.

- 116**      04.04.    Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter      S. 524

Schnippenkötter legt den Entwurf einer Kabinettsvorlage zur Abschaffung der TTD-Regelung vor. Er erörtert die Argumente für und gegen eine solche Maßnahme. Ein möglicher Vorteil wäre, daß die Bundesrepublik ihre Bereitschaft zur Entspannung zeigen und einen Vorwand beseitigen könnte, der von der DDR benutzt werde, um die Ausreise von Privatpersonen ins westliche Ausland zu unterbinden. Gegen die Abschaffung des TTD-Systems gibt Schnippenkötter jedoch zu bedenken, daß die Bundesrepublik dazu beitragen würde, die DDR als zweiten deutschen Staat in Erscheinung treten zu lassen. Vermutlich würde die DDR ihren Bürgern auch keine Reiseerleichterungen zugestehen, sondern vielmehr die „bisherige Erpressungspolitik“ bestätigt sehen. Schließlich würden die Grundlagen der Deutschlandpolitik gefährdet, da sich alle NATO-Partner durch das TTD-System zur Viermächte-Verantwortung für Deutschland als Ganzes bekannt hätten. Schnippenkötter kommt zu dem Ergebnis, daß es keine überzeugenden Gründe zur Abschaffung des TTD-Systems gäbe. Eine solche Maßnahme sei nur im Rahmen einer neuen Deutschlandpolitik zu erwägen und dann mit Gegenleistungen der DDR zu verknüpfen, um nicht die Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik in der Deutschland-Frage zu gefährden.

- 117**      04.04.    Bundeskanzler Kiesinger an Präsident Johnson      S. 530

Kiesinger greift den Vorschlag von Johnson auf, einen intensivierte und persönlichen Meinungsaustausch zu führen. Mit Blick auf die Dreier-Verhandlungen teilt er dessen Auffassung, daß Stärke und Gliederung der NATO-Streitkräfte von verteidigungspolitischen und nicht von ökonomischen Gesichtspunkten abhängig gemacht werden sollten. Da die in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte in den letzten Jahren ständig verstärkt worden seien, dürften Truppenreduzierungen der NATO-Partner grundsätzlich nur bei einer entsprechenden Verminderung der sowjetischen Streitkräfte in der DDR durchgeführt werden. Hinsichtlich des Nichtverbreitungsabkommens würdigt Kiesinger die amerikanische Zusicherung, mittels Konsultationen eine für die Bundesrepublik annehmbare Lösung zu finden. Die Bundesregierung werde sowohl „das hohe Ziel internationaler Entspannung und Friedenssicherung wie die Lebensinteressen“ der Bundesrepublik berücksichtigen.

- 118**      05.04.    Botschafter Herwarth von Bittenfeld, Rom, an das Auswärtige Amt      S. 534

Herwarth berichtet von Gesprächen des Bundesministers Brandt im Vorfeld der WEU-Ministerratstagung am 4./5. April 1967 in Rom. Der Generalsekretär im französischen Außenmi-

nisterium habe die Bereitschaft des Staatspräsidenten de Gaulle angedeutet, an der geplanten Konferenz der Regierungschefs der EWG-Staaten in Rom unter der Voraussetzung teilzunehmen, daß die Frage eines britischen Beitritts zur EWG nicht auf der Tagesordnung stehe. Alphand habe weiter den Vorschlag der Bundesregierung abgelehnt, den Präsidenten der EWG-Kommission noch bis zu zwölf Monaten nach der Vereinigung der Exekutiven der europäischen Gemeinschaften im Amt zu belassen. Statt dessen bestehe die französische Regierung darauf, daß Hallstein am 31. Dezember 1967 zurücktrete. Der britische Außenminister Brown habe bereits für Mitte Mai 1967 eine Grundsatzerklärung zum EWG-Beitritt angekündigt. Alphand habe sich schließlich skeptisch über die Pläne der Bundesregierung geäußert, die „an alle“ gerichtete sowjetische Erklärung vom 28. Januar 1967 zu beantworten, da eine Fortsetzung der Polemik zu nichts führe.

- 119      05.04. Vortragender Legationsrat I. Klasse Forster, z. Z. Rom,      S. 538  
an das Auswärtige Amt

Forster berichtet vom Verlauf der WEU-Ministerratstagung am 4./5. April 1967 in Rom. Der Unterstaatssekretär im italienischen Außenministerium, Lupis, informierte über den Besuch des Vorsitzenden des Obersten Sowjet, Podgornyj habe zwar den Willen zur Verbesserung der Beziehungen zu den westeuropäischen Staaten erkennen lassen, gleichzeitig aber auch einen starren Standpunkt gegenüber der Bundesrepublik eingenommen. Bundesminister Brandt erläuterte, daß die von der DDR mit Polen und der Tschechoslowakei abgeschlossenen Freundschaftsverträge eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Ostblockstaaten erschwerten. Der britische Außenminister Brown berichtete über die Besuche des sowjetischen Ministerpräsidenten Kosygin und des polnischen Außenministers Rapacki in London. Die UdSSR wolle einen Keil zwischen die westlichen Verbündeten treiben. Dagegen sei bei Rapacki gegenüber früher eine spürbare Zurückhaltung hinsichtlich einer möglichen Teilnahme der USA an einer europäischen Sicherheitskonferenz zu beobachten gewesen. Dazu stellte Brandt fest, daß diese Frage vor Einberufung einer solchen Konferenz geklärt werden mußte. Es sei ebenso auszuschließen, daß die DDR „einer staatlichen Anerkennung näherkommen“ könne.

- 120      05.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem      S. 544  
amerikanischen Vizepräsidenten Humphrey

Kiesinger weist darauf hin, daß er die Mißverständnisse im deutsch-amerikanischen Verhältnis beseitigen wolle. Es gehe bei der Wiederbelebung des deutsch-französischen Vertrags von 1963 nicht darum, „von Amerika und dem atlantischen Bündnis wegzukommen“. Vielmehr solle Frankreichs Haltung gegenüber der NATO positiver gestaltet werden. Humphrey stellt fest, daß die NATO angesichts der veränderten Lage in Europa in eine neue Situation eingetreten sei. Zwar sei die UdSSR

vorsichtiger geworden, doch sei damit noch nicht der Zustand der Entspannung erreicht. Auch die NATO müsse ihrerseits eine neue Rolle übernehmen. Dazu sei ein stärkeres Europa nötig. Hinsichtlich der Kennedy-Runde verweist Humphrey auf die amerikanischen innenpolitischen Implikationen. Das Einbeziehen der Nahrungsmittelhilfe sei mit Blick auf den bevorstehenden Mangel auf dem Nahrungsmittelsektor in der Welt eine Verpflichtung der Industriestaaten. Beim Abkommen über die Nichtverbreitung von Kernwaffen sieht der Vizepräsident das Hauptproblem in der sowjetischen Weigerung, die EURATOM-Sicherheitskontrollen anzuerkennen. Damit die Bundesrepublik nicht von Inspektoren aus der UdSSR „oder aus den Satellitenstaaten belästigt werde“, müßten die Kontrollen von EURATOM und IAEA harmonisiert werden.

- 121      05.04.    Gesandter Oncken, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt      S. 555

Oncken faßt die Ergebnisse der Sitzung des Ständigen NATO-Rats vom Vortag zusammen. Der Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde erläuterte den revidierten amerikanischen Entwurf eines Nichtverbreitungsabkommens. Foster führte aus, daß die Aufnahme einer Verpflichtung der Nuklearstaaten zur Beendigung des Wettrüstens in die Präambel am sowjetischen Widerstand scheitere. Der im Vertrag nicht vorgesehene Schutz vor nuklearer Erpressung sei Angelegenheit der UNO. Hier könne allenfalls an einen Kompromiß auf Grundlage der von der Bundesregierung vorgeschlagenen „Wohlverhaltensklausel“ gedacht werden. Foster widersprach dem von Botschafter Grewe vorgebrachten Einwand, daß NATO-Partner, die nicht an der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf teilnahmen, bei der Vertragsformulierung benachteiligt würden. Oncken hebt abschließend hervor, daß sich die amerikanische Kritik wegen der Verzögerungen beim angestrebten Vertragsabschluß in erster Linie gegen die Bundesrepublik gerichtet habe. Da sich die USA offensichtlich der Unterstützung der anderen Ratsmitglieder bedienen wollten, um die Bundesrepublik zum Nachgeben zu veranlassen, rät Oncken von einer weiteren Erörterung im Ständigen NATO-Rat ab und empfiehlt statt dessen bilaterale Konsultationen.

- 122      06.04.    Botschafter von Walther, Moskau, an das Auswärtige Amt      S. 559

Walther teilt Einzelheiten aus einem Gespräch mit dem derzeitigen und mit dem ehemaligen amerikanischen Botschafter in Moskau, Thompson und Bohlen, mit. Hinsichtlich des Zustandekommens eines Nichtverbreitungsabkommens zeigten sich beide Diplomaten angesichts der italienischen Haltung pessimistisch. Walther sah dagegen in der gegenwärtigen Verweigerung der UdSSR lediglich die „alte russische Taktik“, bis zum letzten Moment „völlige Unnachgiebigkeit“ zu zeigen. Bohlen hielt an seiner schon auf der Konferenz von Jalta 1945 gezeigten Überzeugung fest, daß sich die USA und die UdSSR

einigen müßten, um auf der Welt „eine Gleichgewichtslage zu schaffen“. Er gab darüber hinaus zu erkennen, daß die Ablehnung des Status quo in Europa durch die Bundesrepublik einer solchen Einigung entgegenstehe; ebenso stelle die ablehnende Haltung der Bundesregierung in der Frage der Nichtverbreitung ein „Gefahrenmoment für die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen“ dar.

- 123      12.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit      S. 562  
Präsident Tombalbaye

Kiesinger stellt die Fortsetzung der Wirtschaftshilfe für den Tschad trotz der schwierigen Finanzlage in Aussicht. Tombalbaye bezeichnet es als langfristiges Ziel, daß Afrika und Europa als „kolossale Macht ein drittes Element in der Welt“ darstellen sollten. Allerdings sei eine Intensivierung der Beziehungen zur Bundesrepublik effektiver und damit „noch wünschenswerter“ als die Zusammenarbeit mit der EWG. Dazu könnten vermehrte Reisen deutscher Geschäftsleute in den Tschad beitragen. Der Präsident bittet schließlich um Mithilfe beim Aufbau eines neuen Rundfunksenders in Fort Lamy und um die Genehmigung von Fleischexporten in die Bundesrepublik. Kiesinger sichert die Prüfung dieser Anliegen zu und erklärt, die Zusammenarbeit mit Frankreich auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe auch im Hinblick auf Afrika „in Zukunft noch enger“ gestalten zu wollen.

- 124      12.04. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem      S. 566  
britischen Außenminister Brown in London

Brandt empfiehlt, unmittelbar nach dem britischerseits angestrebten EWG-Beitrittsantrag die Verhandlungen aufzunehmen. Dies sei aus terminlichen Gründen jedoch nicht möglich, wenn der Antrag bereits im Mai gestellt würde. Der Versuch, mit der DDR Probleme von praktischer Bedeutung für die Bevölkerung anzugehen, sei ergebnislos geblieben. Die DDR gebe sich nun „starrer und feindseliger als je“. Dennoch bleibe die innerdeutsche Entspannung ein notwendiger Beitrag zur europäischen Entspannung. Während unter der Regierung Erhard die Wiedervereinigung das zentrale Ziel der Außenpolitik gewesen sei, mache sich die jetzige Bundesregierung die Bewahrung des Friedens zum Hauptziel, durch das die deutsche Einheit erreicht werden solle. Brown versichert, daß die Wiedervereinigung zu den „absoluten Prioritäten“ der britischen Politik gehöre. Zur Frage der Nichtverbreitung betont Brandt die psychologische Bedeutung einer Regelung, nach der die westlichen Nuklearstaaten ihre zivilen Kernanlagen internationalen Sicherheitskontrollen unterwerfen würden. Zudem müsse eine Verbindung von EURATOM- und IAEA-Kontrollen gefunden werden.

- 125**      12.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse      S. 575  
Jung

Jung erörtert die Positionsvorteile der Bundesrepublik gegenüber der DDR. Dazu zählt er das Zögern der Dritten Welt vor einer weiteren Aufwertung der DDR, das TTD-System sowie die Zurückhaltung der Alliierten beim Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Kontakte. Ein „unkontrollierter Abbau“ dieser Trümpfe würde die DDR ihrem außenpolitischen Nahziel näherbringen und die Glaubwürdigkeit der Deutschlandpolitik der Bundesrepublik beeinträchtigen. Jung schränkt jedoch ein, daß die voraussichtliche weitere Konsolidierung der DDR und die von der Bundesregierung eingeschlagene Entspannungspolitik zu gewissen Rücksichtnahmen zwingen. Es sei mit Rückwirkungen auf die Haltung des Auslands bis hin zur Anerkennung der DDR zu rechnen. Daher empfiehlt Jung Gegenleistungen des Ostens einzuhandeln wie die Bestätigung der Zugehörigkeit von Berlin (West) zur Bundesrepublik und die Garantie eines freien Zugangs zur Stadt. Die Bundesregierung solle jedoch gegenüber der DDR erst dann Konzessionen machen, wenn der Staatsratsvorsitzende Ulbricht einen Spannungsbeweis bezüglich Berlins erbracht habe.

- 126**      13.04. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem      S. 580  
britischen Außenminister Brown in London

Brown sichert zu, daß Großbritannien vorerst keine Kredite mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren an die DDR vergeben werde. Für zwei bis fünfjährige Kredite schlägt er einen Informationsaustausch vor. Zum Devisenausgleich fordert Brown eine grundsätzliche Regelung für die kommenden Jahre, zumal die britische Regierung nicht jedes Jahr erneut „durch die erbärmliche Prozedur“ gehen wolle, die zur jetzigen Vereinbarung geführt habe. Für die erste WEU-Ratssitzung nach Abschluß der Dreier-Verhandlungen kündigt er eine Erklärung mit dem Ziel an, von der Verpflichtung entbunden zu werden, eine festgelegte Anzahl von Truppen auf dem europäischen Kontinent unterhalten zu müssen. Brandt wendet ein, daß der beabsichtigte Abzug einer britischen Brigade ebenso wie auch der amerikanische Rotationsplan „schwerwiegende Probleme“ aufwerfe, die Folgen für die NATO und das Ost-West-Verhältnis nach sich ziehen würden. Zur technologischen Kooperation mit Großbritannien schlägt Brandt einen Besuch des Staatssekretärs Lahr im Mai in London vor. Hinsichtlich der Lage in Rhodesien bittet Brown mit dafür Sorge zu tragen, daß die von der UNO beschlossenen Boykottmaßnahmen von Unternehmen aus der Bundesrepublik eingehalten werden.

- 127**      13.04. Aufzeichnung des Staatssekretärs Schütz      S. 586

Schütz notiert die Ergebnisse von Gesprächen mit dem jugoslawischen Sonderbotschafter Belovski und mit dem tschechoslowakischen Stellvertretenden Außenminister Klička anläßlich der Jubiläumstagung der Europäischen Wirtschaftskommission am 11. April 1967 in Genf. Belovski machte deutlich,



daß sich die positive jugoslawische Einstellung gegenüber der neuen Bundesregierung ändern könnte, wenn nicht baldige Fortschritte hinsichtlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu verzeichnen seien. Klička wies darauf hin, daß „jede Aktion gegen Ostberlin“ den Normalisierungsprozeß mit den osteuropäischen Staaten erschwere. Zwar habe die tschechoslowakische Regierung dafür Verständnis, daß die Bundesrepublik die DDR nicht anerkennen wolle, aber eine „offenbare Isolierungspolitik könne auch von Prag nicht hingenommen“ werden. Klička lehnte schließlich die Entsendung einer Delegation zur Weiterführung der offiziellen Kontakte ab. Statt dessen bat er darum, als „Übergangslösung“ einen Handelsvertrag mit der Tschechoslowakei in Erwägung zu ziehen.

- 128      13.04. Drahterlaß des Ministerialdirigenten Frank S. 589

Frank informiert über die Sitzung des EWG- und EURATOM-Ministerrats am 10./11. April 1967 in Brüssel. Die von Bundesminister Brandt abgegebene Erklärung über die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften fand allgemeine Zustimmung. Dabei hoben der belgische und der niederländische Außenminister, Harmel und Luns, vor allem die Aussagen von Brandt über die Beziehungen der EWG zu Drittstaaten, die Notwendigkeit einer zügigen Fusion der Exekutiven und einer Verschmelzung der europäischen Gemeinschaften hervor. Der französische Ständige Vertreter Boegner teilte diese Ausführungen, äußerte sich jedoch nicht zu den Außenbeziehungen. Hinsichtlich des spanischen Antrags auf Assoziierung mit der EWG bezeichnete es Staatssekretär Lahr als eine „europäische Aufgabe“, die demokratischen Kreise in Spanien durch eine entgegenkommende Politik der EWG zu stärken. Da keine Einigung über ein gemeinsames Vorgehen erzielt werden konnte, wurden die Ständigen Vertreter beauftragt, Vorschläge für ein Assoziierungsabkommen auszuarbeiten und dem Rat vorzulegen. Ein gleiches Verfahren wurde für die Abkommen mit den Maghreb-Staaten vereinbart.

- 129      13.04. Vortragender Legationsrat I. Klasse Jung an die Botschaft in Ottawa S. 592

Jung informiert über eine Korrespondenz mit der Ständigen Vertretung bei der NATO in Paris. Am 5. April 1967 berichtete Botschafter Grewe über die kanadische Absicht, in Kanada lebende „ehemalige SBZ-Bürger“ vor einer Einreise in die DDR wegen möglicher Repressalien aufgrund des Staatsbürgerschaftsgesetzes vom 20. Februar 1967 zu warnen. Am 7. April 1967 wurde der Ständigen Vertretung die Weisung erteilt, die kanadische Vertretung zu bitten, auf einen Aufschub dieser Warnung zumindest solange hinzuwirken, bis die Prüfung des Staatsbürgerschaftsgesetzes durch die Bundesregierung abgeschlossen sei. Zur weiteren Information wurde der Wortlaut eines Musterantwortschreibens des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen übermittelt. Darin wurde die Vermutung geäußert, daß „ehemalige SBZ-Flüchtlinge“ bei einem Besuch

in der DDR „nicht stärker gefährdet sein werden als bisher“. Daraufhin teilte die Ständige Vertretung am 12. April 1967 mit, daß die kanadische Delegation dem Wunsch entsprechen und die Stellungnahme der Bundesregierung zunächst abwarten wolle.

- 130**      14.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahn S. 595

Sahn nimmt Stellung zu der Frage des Stimmrechts von Berlin (West) im Bundesrat. Aus dem Schriftwechsel des Bundesministers Brandt mit Bundesratspräsident Lemke gehe hervor, daß das Berliner Stimmrecht „bis zur Grenze der alliierten Vorbehalte auszuschöpfen“ sei. Nur bei abschließenden Entscheidungen zu Gesetzen sollten die Berliner Stimmen nicht mitgezählt werden. Da sich das Auswärtige Amt bisher immer mit den Westmächten abgestimmt und der amerikanische Gesandte Hillenbrand davor gewarnt habe, daß jede Erweiterung des Stimmrechts für Abgeordnete aus Berlin (West) ohne Zustimmung der Alliierten „eine ernste Verstimmung auslösen“ könne, rät Sahn jedoch zu Konsultationen.

- 131**      14.04. Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter, S. 597  
z. Z. Washington

Zur Vorbereitung der Sitzung des Bundesverteidigungsrats am 18. April 1967 faßt Schnippenkötter die Ergebnisse seiner Verhandlungen mit dem Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster, vom 10. bis 14. April 1967 in Washington zusammen. Einige Wünsche der Bundesregierung zur Abrüstung und Entspannung konnten erfüllt werden, indem der Nuklearverzicht der Nichtkernwaffenstaaten in einen sachlichen und zeitlichen Zusammenhang mit der Abrüstung gestellt wurde. Bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie und bei den Sicherheitskontrollen orientiert sich der neue amerikanische Entwurf für Artikel III eines Nichtverbreitungsabkommens zwar weitgehend an dem Vorschlag der Bundesregierung, bleibt aber insofern noch diskriminierend, als er einseitig die Kernwaffenstaaten von Kontrollen auf ihrem Territorium freistellt. Schnippenkötter weist abschließend darauf hin, daß die USA am 20. April 1967 die Zustimmung des Ständigen NATO-Rats erbitten wolle, um dann bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf den Entwurf des Vertrags vorzulegen.

- 132**      14.04. Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das S. 606  
Auswärtige Amt

Grewe berichtet über die Sitzung des Ständigen NATO-Rats. Der französische Botschafter de Leusse lehnte einen gemeinsamen Beschluß des NATO-Rats über das Nichtverbreitungsabkommen ab, da die französische Regierung weder den Vertragstext noch die amerikanische Verhandlungsinitiative billigen könne. Die Frage der Nichtverbreitung müsse von den Regierungen in eigener Verantwortung entschieden werden. Der

amerikanische Vertreter „polemisierte lebhaft“ gegen diese Haltung, da sie den „Rat als politisches Organ überhaupt bedeutungslos“ mache. In der anschließenden Diskussion wurde versucht, den kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden, auf den sich die NATO bis zum angestrebten Ende der Konsultationen am 20. April 1967 einigen könnte. Dabei bezeichnete Cleveland die Anerkennung der Wünschbarkeit eines Nichtverbreitungsabkommens, das Einverständnis zur Vorlage eines amerikanischen Entwurfs und die Nichtfestlegung der Mitgliedstaaten auf den Vertragstext als Mindestinhalt einer solchen Formel.

- 133      15.04. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Ungerer      S. 608

Ungerer faßt für die Sitzung des Bundesverteidigungsrats am 18. April 1967 den Stand der EURATOM-Verhandlungen über ein Nichtverbreitungsabkommen zusammen. Die Kommission habe dem Rat am 10. Februar 1967 mitgeteilt, daß der amerikanische Entwurf des Artikels III eines Nichtverbreitungsabkommens vom 31. Januar 1967 den im EURATOM-Vertrag von 1957 festgelegten Grundsatz der Gleichheit der Mitgliedstaaten verletze. Bisher habe sich die Bundesrepublik nicht mit dem Vorschlag durchsetzen können, daß die Mitgliedstaaten eine einheitliche Haltung zum amerikanischen Entwurf einnehmen sollten. Vielmehr habe sich gezeigt, daß die Mehrheit im Ausschuß der Ständigen Vertreter die Antwort der Kommission „in eigenem Namen und unter ausschließlich eigener Verantwortung“ billige. Ungerer konstatiert abschließend, daß die Diskussion zumindest indirekt, nämlich über die Gespräche der Kommission und einzelner Mitgliedstaaten mit den USA, zur Neuformulierung des Artikels III und damit zur teilweisen Berücksichtigung der Bedenken der Bundesrepublik geführt hätten.

- 134      18.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem israelischen Botschafter Ben Natan      S. 612

Ben Natan führt aus, daß die Bundesrepublik viel dazu beitragen könne, eine Assoziierung Israels mit der EWG zu beschleunigen. Hinsichtlich der für 1967 zu erwartenden Wirtschaftshilfe drückt er die Hoffnung auf denselben Betrag aus, den die Bundesrepublik bereits im vergangenen Jahr bezahlt habe, als die Verhandlungen langwierig und zum Teil nicht angenehm verlaufen seien. Insgesamt seien die bilateralen Beziehungen aber auf einem guten Weg. Kiesinger erinnert daran, daß die Nahostpolitik der Bundesregierung immer auch unter dem Einfluß des Verhältnisses der arabischen Staaten zur DDR stünde. Hinsichtlich einer Assoziierung Israels mit der EWG verweist er auf die „bestimmten Vorstellungen“ Frankreichs über die Begrenzung der Gemeinschaft. Zum Nichtverbreitungsabkommen erklärt Ben Natan, daß Israel zu keiner Zeit von den USA Kontrollbestimmungen verlangt habe. Die israelische Regierung strebe vielmehr ein allgemeines Abkommen der drei Westmächte und der UdSSR an, grundsätzlich keine Waffen mehr in den Nahen Osten zu liefern.

- 135**      18.04.    Botschafter Knappstein, Washington, an das                      S. 617  
                    Auswärtige Amt

Knappstein faßt den Stand der deutsch-amerikanischen Konsultationen über ein Nichtverbreitungsabkommen zusammen. Er vermutet, daß das von Präsident Johnson veranlaßte „überraschende Einlenken“ bei der Formulierung strittiger Punkte auf den Wunsch zurückzuführen ist, einen offenen Gegensatz zur Bundesrepublik und die damit verbundenen Folgen für die NATO zu vermeiden. Der Bundesrepublik komme nun eine Schlüsselposition zu, in der sie ihre berechtigten Interessen wahren solle, ohne dabei als „Störenfried“ dargestellt werden zu können. Die Bundesregierung müsse sich darüber klar werden, welche Forderungen sie noch aufrechterhalten wolle. Zu den offenen Verfahrensfragen empfiehlt der Botschafter die Formulierung eines Vorbehalts, der aber nicht die amerikanisch-sowjetischen Gespräche behindern solle. Schließlich gelte es, die Haltung zum Nichtverbreitungsabkommen im Zusammenhang mit der Spannungs- und Ostpolitik zu sehen und dabei nicht zuletzt auch die amerikanische Unterstützung der Deutschlandpolitik zu sichern.

- 136**      21.04.    Gespräch des Bundesministers Brandt mit                      S. 620  
                    Generalsekretär Hassouna, Arabische Liga

Hassouna bittet um eine Erklärung der Bundesregierung zum Selbstbestimmungs- und Heimatrecht der Palästinenser. Er lehnt die Verteilung der Flüchtlingshilfe durch die UNRWA ab und fordert statt dessen entweder Zahlungen an die Arabische Liga oder an die Aufnahmestaaten. Zur Frage einer Assoziierung Israels mit der EWG erklärt Hassouna, daß dadurch „große Schwierigkeiten“ im Verhältnis zwischen den arabischen Staaten und der EWG entstehen könnten. Entscheidend sei, daß die Bundesrepublik keine führende Rolle bei der Vermittlung zwischen Israel und der EWG übernehme. Brandt erklärt, daß er die Verteilung von Flüchtlingshilfe über die UNRWA für den besseren Weg halte, aber dennoch das Problem der Bundesregierung vortragen wolle. Es sei auch zu prüfen, ob angesichts der bevorstehenden Konferenz der Arabischen Liga am 9. Mai 1967 eine öffentliche Erklärung über die Gespräche mit Hassouna abgegeben werden könne. Dazu stellt der Generalsekretär nachdrücklich fest, daß dies notwendig sei, zumal der „heruntergelassene Vorhang“ zwischen der Bundesrepublik und den arabischen Staaten „ohne die Liga niemals wieder aufgezogen werden“ könne.

- 137**      21.04.    Bundesminister Brandt an den amerikanischen                      S. 627  
                    Außenminister Rusk

Brandt bezeichnet den Verlauf der Konsultationen vom 10. bis 14. April 1967 in Washington als erfolgreich. Er dankt für die Bereitschaft, auch langfristig für das deutsche Reaktorprogramm angereichertes Uran oder Plutonium zur Verfügung zu stellen. Durch die amerikanische Zusicherung, ihre zivilen Nuklearanlagen internationalen Sicherheitskontrollen zu un-

terwerfen, seien die deutschen Bedenken wegen einer möglichen Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit ausgeräumt worden. Eine baldige Vereinbarung zwischen EURATOM und IAE0 solle nun von allen Beteiligten nachdrücklich gefördert werden. Brandt würdigt abschließend die amerikanische Zustimmung zu einer Neuformulierung des Artikels III des Entwurfs für ein Nichtverbreitungsabkommen, wonach sich die Dreijahresfrist lediglich auf einen Abschluß des Abkommens zwischen IAE0 und EURATOM beziehe.

- 138**      24.04. Bundeskanzler Kiesinger an Bundesminister Brandt      S. 629

Kiesinger weist darauf hin, daß die vom Auswärtigen Amt in Vorbereitung der Gespräche anlässlich der offiziellen Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen ehemaligen Bundeskanzler Adenauer angefertigten Aufzeichnungen in wichtigen Punkten von seinen eigenen Vorstellungen abweichen. Zur Gesprächsmappe für die Unterredungen mit Präsident Johnson bemängelt er den fehlenden Hinweis auf die bislang von deutscher Seite geforderte Befristung des Nichtverbreitungsabkommens auf zehn Jahre. Bei der Unterlage für das Gespräch mit Staatspräsident de Gaulle wendet er sich gegen den Vorschlag, noch vor der Sommerpause offizielle Verhandlungen mit Großbritannien aufzunehmen. Kiesinger rät zu größerer Zurückhaltung, da der französischen Regierung zuerst Gelegenheit gegeben werden müsse, sich dazu zu äußern. Zur Vorlage für die Unterredung mit Premierminister Wilson spricht sich der Bundeskanzler hinsichtlich der deutsch-britischen technologischen Zusammenarbeit dafür aus, auf französische Interessen Rücksicht zu nehmen. Es dürfe nicht noch einmal „der Eindruck einer das deutsch-französische Verhältnis abwertenden zwielichtigen Politik entstehen“.

- 139**      24.04. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem amerikanischen Außenminister Rusk      S. 631

Rusk äußert den Wunsch, Mißverständnisse zu beseitigen, die in der letzten Zeit aufgekommen seien. Gerüchte, nach denen die USA die Denuklearisierung der Bundesrepublik betrieben, seien ebenso „verrückt“ wie der Gedanke einer amerikanisch-sowjetischen Vereinbarung über die Nichtverbreitung von Kernwaffen „hinter dem Rücken der Europäer“. Zum Hinweis von Brandt über eine zeitliche Begrenzung des Nichtverbreitungsabkommens erklärt Rusk, daß dem Vertrag bei der Ratifizierung vielleicht eine Präambel vorangestellt werden könne. Bei den Verhandlungen der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf gebe es bisher keine Einigung mit der UdSSR. Vielmehr seien noch ernsthafte Probleme zu erwarten. Zum Vietnamkrieg stellt Rusk fest, daß sich die Gegenseite trotz großer Verluste verschlossen zeige und keine Bereitschaft zu Konzessionen andeute. Es müsse etwas geschehen, „denn so wie es jetzt sei, könne es nicht unbegrenzt weitergehen“.

- 140**      24.04.    Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Ministerpräsident Moro S. 634

Moro erwartet von der bevorstehenden Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG am 29./30. Mai 1967 in Rom den Auftakt zu einer „vertrauensvolleren Wiederaufnahme des europäischen Dialogs“. Er sieht bei der französischen Regierung eine gelassene und aufgeschlossene Bereitschaft, auch Themen wie einen möglichen britischen EWG-Beitritt zu besprechen. Zur Nichtverbreitung von Kernwaffen bemerkt er, daß der amerikanische Abkommensentwurf vom 14. April 1967 Anlaß zu Zweifeln und Besorgnissen biete. Kiesinger teilt diese Einschätzung und weist auf einige Fragen hin, die trotz eines nicht unerheblichen amerikanischen Entgegenkommens offen geblieben seien. Dazu zähle die ungenügende Berücksichtigung einer europäischen Einigung, denn ein vereintes Europa brauche eine moderne Verteidigungsorganisation. Zudem sei es für die Bundesrepublik schwierig, gegenüber der UdSSR, die eine so „unnachgiebige Härte in den großen nationalen Fragen Deutschlands zeige“, Verpflichtungen einzugehen. Kiesinger resümiert, daß die Erwartungen beider Staaten hinsichtlich eines Nichtverbreitungsabkommens – abgesehen von spezifisch deutschen Fragen – fast identisch seien.

- 141**      24.04.    Aufzeichnung des Bundesministers Brandt S. 642

Brandt skizziert die Ergebnisse einer inoffiziellen Unterredung mit dem dänischen Ministerpräsidenten am 23. April 1967 in Kopenhagen. Krag erläuterte das dänische Interesse an einer Auflockerung des TTD-Systems. Brandt stellte entsprechende Beratungen der Bonner Vierergruppe in Aussicht. Zur Frage eines EWG-Beitritts kündigte Krag an, daß Dänemark den Antrag gleichzeitig mit Großbritannien stellen wolle. Er zeigte sich jedoch besorgt darüber, daß das britische Gesuch bevorzugt behandelt werden könnte. Brandt sicherte abschließend zu, sich um die Möglichkeit einer Sitzung des Kontaktausschusses der dänischen Minderheit in Süd-Schleswig zu kümmern, da dieser bereits seit längerer Zeit nicht mehr getagt habe.

- 142**      25.04.    Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Staatspräsident de Gaulle in Köln S. 644

Kiesinger erläutert, daß sich bei den deutsch-amerikanischen Beziehungen eine „seltsame Lage“ entwickelt habe, die dazu Anlaß gebe, mit den USA offen zu sprechen. Die amerikanische Regierung plane einseitig umfangreiche Truppenreduzierungen, ohne den Versuch zu unternehmen, auch einen Abbau der sowjetischen Truppen in der DDR zu erreichen. Da der Zustand der NATO nicht mehr befriedigend sei, müsse die Substanz des Bündnisses überprüft und die gemeinsame Interessenlage festgestellt werden. De Gaulle bemerkt dazu, daß sich die Bundesrepublik gegenüber den USA aufgrund der nachlassenden sowjetischen Bedrohung, der Verständigung mit Frankreich und wegen der allgemeinen Stellung in der Welt sogar in

der besseren Position befinde. Eine gemeinsame Haltung gegenüber den USA könne die Bundesrepublik mit Frankreich zusammenbringen. Zur Nichtverbreitung von Kernwaffen stellt Kiesinger fest, daß die Bundesregierung das Abkommen nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge nicht unterzeichnen könne, weil sie keine „ewige politische Bindung“ gegenüber der UdSSR eingehen wolle. Ein befristeter Vertrag böte zudem den Vorteil, daß während dessen Laufzeit die Abrüstung vorangetrieben werden könnte.

- 143**      25.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Premierminister Wilson S. 647

Zur Frage eines britischen EWG-Beitritts erklärt Wilson, daß eine Mitgliedschaft wirtschaftlich zwar einen hohen Preis fordere, langfristig aber dennoch einen Gewinn für Großbritannien darstelle. Auch der europäischen Einheit könne so ein neuer Aufschwung verliehen werden. Für den Fall, daß der in Kürze zu erwartende Beitrittsantrag abgelehnt würde, warnt Wilson vor einer ernsten Situation, aus der „neue Gruppierungen“ entstünden. Nur ein wirtschaftlich starkes Europa könnte auch den politischen Zusammenhalt festigen. Kiesinger stellt zur Nichtverbreitung von Kernwaffen fest, daß die Bundesrepublik die Befristung eines entsprechenden Abkommens auf zehn Jahre anstrengen werde.

- 144**      25.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 653

Ruete nimmt Stellung zu der von Staatssekretär Schütz am 8. April 1967 gebilligten Reinschrift einer Kabinettsvorlage des Auswärtigen Amts. Er gibt zu bedenken, daß die darin vorgeschlagene Abschaffung der TTD-Regelung nicht die Anregung von Abteilung II berücksichtigte, dafür bei der DDR Gegenleistungen einzufordern. Konzessionen könnten beispielsweise in Form von Reiseerleichterungen bestehen. Die Verwirklichung dieses Vorschlags würde „vor den Augen der Öffentlichkeit“ die Bemühungen der Bundesregierung um größere Freizügigkeit für DDR-Bürger demonstrieren und den Eindruck vermeiden, als ob die Bundesregierung „dem Druck des Ostens in der TTD-Frage“ ausweiche. Schließlich könnte ein immer noch möglicher einseitiger Verzicht auf die TTD-Regelung dann als Vorleistung und Entspannungsgeste dargestellt werden.

- 145**      25.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 655

Ruete legt einen Sprechzettel für die Sitzung des Bundeskabinetts am 26. April 1967 zum Stand der Dreier-Verhandlungen und zum amerikanischen Rotationsplan vor. Es sei ein wichtiger deutscher Verhandlungserfolg, daß der Devisenausgleich mit den USA erstmals nicht mehr ausschließlich durch die Beschaffung militärischer Güter erfüllt werden müßte. Auch bei den Verhandlungen mit Großbritannien seien die angekündigten drastischen Verminderungen der Rheinarmee mit dem Abzug von nur einer Brigade und von zwei Luftwaffenstaffeln abgewendet worden. Der von den USA vorgelegte Rotationsplan

sehe den Abzug von zwei Brigaden und sechs Jagdbomberstaffeln vor, die innerhalb von 30 bzw. 10 Tagen wieder in die Bundesrepublik zurückverlegt werden könnten. Sowohl die abgezogenen britischen Truppen wie auch die amerikanischen Einheiten blieben der NATO assigniert. Das Bundesministerium der Verteidigung sehe in dem Rotationsplan kein schwerwiegendes oder unannehmbares Sicherheitsrisiko. Trotz der verbleibenden politischen Bedenken empfiehlt Ruete die Annahme des Rotationsplans, um die sehr günstige Devisenregelung nicht zu gefährden und die ständigen deutsch-amerikanischen Fraktionen in der Truppenfrage beizulegen.

- |     |   |        |
|-----|---|--------|
| 146 | 26.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem<br>ehemaligen Ministerpräsidenten Ben Gurion | S. 659 |
|-----|---|--------|

Ben Gurion würdigt die Leistung des am 19. April 1967 verstorbenen Konrad Adenauer beim „materiellen Aufbau und der moralischen Wiederaufrichtung“ von Israel und bei der Gestaltung des deutsch-israelischen Verhältnisses. Kiesinger betont, daß die Bundesrepublik trotz ernster Schwierigkeiten versuchen werde, den Betrag der Anleihe im Rahmen des diesjährigen Wirtschaftshilfeabkommens auf dem bisherigen Stand zu halten. Zur angestrebten Assoziierung Israels mit der EWG erklärt er, die Bundesrepublik wolle sich keinesfalls – wie es vielleicht den Anschein habe – „hinter dem Rücken anderer verstecken“. Jedoch lasse der von der EWG-Kommission zu erwartende Bericht voraussichtlich keine günstigen Schlußfolgerungen zu. Abschließend gibt Ben Gurion seine Einschätzung über die weltpolitische Lage und die Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen für die Idee eines geeinten Europa wieder.

- |     |   |        |
|-----|---|--------|
| 147 | 26.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit<br>Präsident Johnson | S. 663 |
|-----|---|--------|

Kiesinger verweist auf die Zweifel, die in der Bundesrepublik angesichts der amerikanischen Europapolitik bestünden. So stelle sich die Frage, warum die USA die Zahl der in der Bundesrepublik stationierten Jagdbomber um die Hälfte verringern wolle, ohne mit der UdSSR über vergleichbare Maßnahmen zu verhandeln. Auch hinsichtlich der Nichtverbreitung könnten die USA ihren Einfluß auf die UdSSR ausüben, „um die Kriegsgefahr zu verringern“. Die Bundesrepublik trete für eine Befristung des Vertrags auf zehn Jahre ein. Zudem strebe sie nach echter Konsultation und nach staatlicher Wiedervereinigung, die von den Verbündeten unterstützt werde. Johnson bemerkt dazu, daß auch in der amerikanischen Öffentlichkeit Zweifel über die Haltung der Bundesrepublik aufgekommen seien. Es werde danach gefragt, ob die USA weiterhin für 500 000 amerikanische Soldaten in Europa jährlich 1 Milliarde Dollar ausgeben sollten. Eine Befristung des Nichtverbreitungsabkommens sei angesichts der sowjetischen Widerstände nicht durchsetzbar. Johnson ermunert Kiesinger zur offenen Aussprache, die zu jeder Zeit stattfinden könne. Das bilaterale



Verhältnis dürfe nicht getrübt werden. Es werde „allen Kolumnisten, Kommunisten und Primadonnen der Welt nicht gelingen, ihn mit dem deutschen Volk zu entzweien“.

- 148**      26.04. Aufzeichnung des Legationsrats  
Graf York von Wartenburg S. 673

York von Wartenburg notiert die Ergebnisse eines Gesprächs des Bundesministers Brandt mit dem israelischen Außenminister am 24. April 1967. Eban äußerte die Hoffnung, daß sich die Bundesregierung vor allem gegenüber Frankreich für eine Assoziierung Israels mit der EWG einsetzen werde. Die israelische Regierung messe einer solchen Unterstützung ebenso großes Gewicht bei wie seinerzeit dem Abschluß des Abkommens vom 10. September 1952 über die Wiedergutmachung oder dem Botschafteraustausch vom 12. Mai 1965. Brandt sicherte eine kooperative Haltung zu. Allgemein strebe die Bundesregierung in der EWG eine vernünftige Regelung der Wirtschaftsbeziehungen zum gesamten Mittelmeerraum an. Er bestätigte, daß das deutsch-israelische Verhältnis kein Verhandlungsobjekt bei den Gesprächen mit den arabischen Staaten über eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen sein könne.

- 149**      26.04. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 676

Lahr nimmt Stellung zu einer Aufzeichnung der Politischen Abteilung II über die Frage einer Anerkennung der Oder-Neiße-Linie im Falle einer Wiedervereinigung. Er teilt die darin vertretene Auffassung, daß die sowjetische Garantie gegenüber den angeblichen revanchistischen Absichten der Bundesrepublik Deutschland das wesentliche Kettenglied sei, das Polen an die UdSSR binde. Eine bedingte Anerkennung der Oder-Neiße-Linie würde daher das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Polen aus seiner Erstarrung lösen. Auch die sowjetische Regierung käme dann nicht umhin, über die gegenwärtig starre Haltung in der Deutschland-Frage nachzudenken. Trotz der zu erwartenden innenpolitischen Schwierigkeiten empfiehlt Lahr einen entsprechenden Vorstoß. Denn die Bundesregierung müsse bei einer Aufrechterhaltung der Ziele Wiedervereinigung und Wiederherstellung der Grenzen von 1937 damit rechnen, beides zu verlieren.

- 150**      26.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg S. 678

Meyer-Lindenberg stellt eine Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen seit dem Regierungswechsel in der Bundesrepublik fest. Die französische Bereitschaft zu einer Intensivierung der Beziehungen sei zum einen darauf zurückzuführen, daß die neue Bundesregierung über eine breite parlamentarische Mehrheit verfüge, und zum anderen darauf, daß sie gegenüber den amerikanischen Wünschen eine feste Haltung eingenommen habe. Auch die Einbeziehung der Deutschland-Frage in eine gesamteuropäische Friedensordnung entspreche



nuklearstaaten. Die japanische Delegation habe auch ihren Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß eine friedliche Nutzung der Kernenergie gewährleistet sein und die Möglichkeit zur Durchführung von Nuklearexplosionen zu diesem Zweck offengehalten werden müsse. Bezüglich der Sicherheitskontrollen stehe Japan regionalen Kontrollsystemen wegen der eigenen IAEA-Unterstellung wenig aufgeschlossen gegenüber. Schließlich sei deutlich geworden, daß die Festschreibung einer unbefristeten Geltungsdauer in einem nicht unter gleich starken Vertragspartnern geschlossenen Abkommen als eine „amoralité juridique“ aufgefaßt werde.

- 154**      02.05. Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter S. 691

Schnippenkötter beschäftigt sich mit den Einwänden der UdSSR gegen den Vorschlag der Bundesregierung über den Austausch von bilateralen Gewaltverzichtserklärungen und setzt sich mit dem „Karlsbader Aktionsprogramm“ vom 26. April 1967 auseinander, in dem die Ostblock-Staaten den Abschluß eines Gewaltverichtsvertrages aller europäischen Staaten vorschlugen. Weil in einem solchen Vertrag die DDR als gleichberechtigter Vertragspartner einbezogen würde, sollte der Westen ihn ablehnen. Darüber hinaus würde diese Entwicklung den Bemühungen der Bundesregierung, das Deutschland-Problem gerade mit dem Mittel des bilateralen Gewaltverzichts zu lösen, entgegenwirken. Im Hinblick auf die Einbeziehung der in der Bundesrepublik stationierten fremden Truppen sei es wünschenswert, wenn auch die Drei Mächte eigene Angebote an die UdSSR richteten. Dem sowjetischen Botschafter Zarapkin solle deshalb vermittelt werden, daß es der Bundesregierung darauf ankomme, den anderen Teil Deutschlands „so wenig, wie mit dem Zweck des Gewaltverzichts verträglich, zu diskriminieren“. Gleichzeitig sollten Bundeskanzler Kiesinger und Bundesminister Brandt öffentlich für den Austausch von Erklärungen zwischen den Mitgliedstaaten der beiden Bündnisse eintreten, so daß ein „Netz von Gewaltverzicht“ deren jeweilige Gebiete, d. h. auch die DDR, überziehe.

- 155**      02.05. Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das S. 695  
Auswärtige Amt

Grewe berichtet über die Diskussion im Ständigen NATO-Rat anläßlich des Abschlusses der Dreier-Verhandlungen. Seitens der übrigen NATO-Mitgliedstaaten sei vor allem bedauert worden, daß das Prinzip der Rückverlegung amerikanischer und britischer Truppen praktisch bereits angenommen sei. Sie hätten deshalb nicht ausgeschlossen, daß ähnliche Erklärungen wie die der Bundesrepublik, Großbritanniens und der USA mit der gleichen politisch-militärischen Zielsetzung abgegeben würden. Ferner sei darauf hingewiesen worden, daß das Ergebnis der Dreier-Verhandlungen gerade jene Regierungen dem Druck der Öffentlichkeit aussetze, die ihre Streitkräfte auf dem bisherigen Stand halten wollten. Er, Grewe, habe demgegenüber ausgeführt, daß die beabsichtigte Rückverlegung von Truppen

keine Ideallösung darstelle, sondern vielmehr Resultat einer realistischen Einschätzung harter Tatsachen sei. Er würde es für verhängnisvoll halten, wenn die britischen und amerikanischen Maßnahmen zu einem „Schneeballsystem“ bei den übrigen Verbündeten führten.

**156**      03.05. Aufzeichnung des Botschafters Emmel S. 699

Emmel berichtet über die Besprechungen der Gemischten Kommission der Bundesrepublik und Jugoslawiens vom 24. bis 29. April 1967 in Belgrad. Das angestrebte Ziel, einige Konzessionen zu gewähren, andererseits aber „Kapital“ für zu führende Wirtschaftsverhandlungen in der Hand zu behalten, sei in vollem Umfang erreicht worden. Gleichzeitig seien mit der Übergabe eines jugoslawischen Entwurfs für ein langfristiges Handelsabkommen, der eine Berlin-Klausel enthalte, die Voraussetzungen für die Aufnahme von Wirtschaftsverhandlungen noch in diesem Jahr geschaffen worden. Der Botschafter tritt dafür ein, möglichst bald mit den seit 1964 ausstehenden Verhandlungen zur Regelung der Beschäftigung jugoslawischer Gastarbeiter in der Bundesrepublik zu beginnen. Sonst werde die derzeitige positive Einstellung Jugoslawiens gegenüber der Bundesrepublik schlagartig einen neuen Tiefpunkt erreichen und auch durch die künftigen Wirtschaftsverhandlungen nicht wieder hergestellt werden.

**157**      03.05. Aufzeichnung des Referats II A 7 S. 704

Referat II A 7 nimmt zu der neuen Ministerweisung an die NATO-Militärbehörden Stellung, die am 9. Mai 1967 vom Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) beraten werden solle. Die Revision des seit 1956/57 geltenden Konzepts der „massive retaliation“ sei notwendig geworden, weil es kaum noch strategische Vorteile biete. Es lasse letztlich nur die Wahl zwischen Kapitulation und Selbstzerstörung, erlaube aber keinen differenzierten Einsatz von Atomwaffen. Dabei sei ein nuklearer Überraschungsangriff die am wenigsten wahrscheinliche, ein kleinerer Angriff mit begrenzten Zielen die wahrscheinlichste Form eines Angriffs. Schließlich sei zu bedenken, daß der Einsatz strategischer oder taktischer Nuklearwaffen zur Verwüstung von Deutschland führen würde. Es liege daher im Interesse der Bundesrepublik, auch eine konventionelle Option in die NATO-Strategie einzubeziehen und damit die Glaubwürdigkeit der Abschreckung wiederherzustellen. Die Bundesregierung wolle erreichen, daß sie die Möglichkeit eines Einspruchsrechts auf politischer Ebene gegen den Einsatz von Nuklearwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik erhalte. Die Umstellung auf eine Strategie der „flexible response“ beruhe auf einem Konzept der Krisenbeherrschung. Sie sei annehmbar, weil sie ein ausgewogenes System konventioneller und nuklearer Verteidigung erlaube. Allerdings müsse dem Bestreben der USA entgegengetreten werden, die nukleare Komponente noch weiter in den Hintergrund treten zu lassen, zumal die französische Atomstreitmacht den amerikanischen Nuklearschirm nicht ersetzen könne.

---

**158      03.05.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Diehl** **S. 710**

Diehl führt aus, daß die Einrichtung von Raketenabwehrsystemen unwirtschaftlich und militärisch fragwürdig sei. Könnten die Raketen zur Fernabwehr von Langstreckenraketen in großer Höhe leicht durch Täuschungsflugkörper abgelenkt werden, so berge die Alternative, eine Nahabwehr auf der letzten Strecke der Flugbahn, die Gefahr starker Strahlungs- und Fall-out-Schäden. Der Aufbau eines Raketenabwehrsystems müsse zudem durch umfangreiche Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung flankiert werden. Zu bedenken sei ebenfalls, daß das militärische Kräfteverhältnis nicht grundlegend verändert würde und das Gleichgewicht des Schreckens bestehen bleibe. Dagegen sei vorstellbar, daß die Bedeutung der Nuklearmächte der „zweiten Kategorie“, also Großbritanniens, Frankreichs und der Volksrepublik China, abnehme, da ein Abwehrsystem gegenüber einem schwachen Gegner auch mit einfach konstruierten Flugkörpern durchaus wirkungsvoll sein könne. Angesichts der Enge des Raumes in Europa, dessen dichter Besiedelung und der schwer tragbaren finanziellen Lasten sei es unwahrscheinlich, daß die europäischen Mitgliedsstaaten der NATO ein eigenes Raketenabwehrsystem aufzubauen versuchten. Diehl empfiehlt stattdessen, dem zivilen Bevölkerungsschutz den Vorrang zu geben.

**159      06.05.    Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Kaiser Haile Selassie I.** **S. 714**

Haile Selassie I. erläutert den geplanten Bau eines „Mehrzweckprojekts“ in Äthiopien. Gedacht sei an eine Fabrik, deren primäre Aufgabe die Produktion landwirtschaftlichen Geräts sei, die aber gleichzeitig auch Munition herstellen könne. Er erinnere daran, daß Somalia von der UdSSR „ungeheure Waffenmengen“ erhalten habe. Der äthiopische Kaiser spricht den Wunsch aus, daß sich die Bundesrepublik etwa in Form einer Anleihe an der Finanzierung der „Mehrzweckfabrik“ beteiligen werde. Der Bundeskanzler erinnert an die Schwierigkeiten, denen die Bundesrepublik nach Bekanntwerden der Waffenlieferungen an Israel ausgesetzt gewesen sei, und verweist darüber hinaus auf die schlechte Finanzlage. Gleichwohl werde er sich ernsthaft für das Vorhaben einsetzen. Eine deutsch-äthiopische Sachverständigenkommission solle das Projekt prüfen. Die Bundesrepublik wisse, daß Äthiopien einen Hort der Freiheit und Menschenwürde in Afrika darstelle.

**160      07.05.    Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem türkischen Außenminister Çaglayangil** **S. 717**

Çaglayangil teilt über den Besuch seines polnischen Amtskollegen in der Türkei mit, daß die polnische Regierung von der neuen Bundesregierung enttäuscht sei. Rapacki habe hervorgehoben, daß vor allem die Frage der Oder-Neiße-Linie für Polen von vitaler Bedeutung sei und es darüber tatsächlich einmal zum Krieg kommen könne. Er, Çaglayangil, habe erwidert, daß er zwar den polnischen Wunsch nach Klärung der Grenz-

frage verstehe; allerdings sei dann die polnische Haltung in der Frage der Teilung Deutschlands unverständlich. Darauf habe Rapacki geantwortet, er könne sich vorstellen, daß einmal ein Tag kommen werde, an dem sich Polen an allem, was außerhalb seiner Grenzen vorgehe, desinteressiert zeige. Zur Situation in Zypern führte Brandt aus, daß die Bundesregierung eine friedliche Lösung auf dem Verhandlungswege wünsche, zuvor jedoch die weitere Entwicklung in Griechenland abwarten müsse. Çağlayangil erwiderte, niemand könne erwarten, daß die Zurückhaltung der Türkei noch lange anhalten werde. Die türkische Bevölkerung in Zypern werde „auf die gemeinste Weise behandelt“.

- 161      09.05. Ministerialdirektor Ruete an die Handelsvertretung in Sofia      S. 721

Ruete bittet die Handelsvertretung, gegenüber dem bulgarischen Außenminister Baschew erneut den Wunsch der Bundesregierung nach einer Normalisierung des bilateralen Verhältnisses zum Ausdruck zu bringen. Ein Botschafteraustausch werde nicht von Vorbedingungen abhängig gemacht. Allerdings müßten unter Wahrung der beiderseitigen Standpunkte pragmatische Regelungen etwa in der Frage des Rechtsschutzes für Deutsche mit Wohnsitz in Berlin (West) gefunden werden. Dann ließen sich auch innenpolitische Hemmnisse in der Bundesrepublik gegenüber einem Ausgleich des Handels mit Bulgarien überwinden und die wirtschaftlichen Beziehungen intensivieren. Die Bundesregierung sei zu baldigen Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen bereit.

- 162      10.05. Botschafter Sattler, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt      S. 723

Sattler berichtet, er habe Papst Paul VI. darüber in Kenntnis gesetzt, daß das Bundeskabinett noch keinen Beschluß über die vom Heiligen Stuhl geplante Neuregelung der Kirchenverwaltung in den Ostgebieten des Deutschen Reichs unter fremder Verwaltung gefaßt habe. Allerdings bestehe Interesse daran, daß im Falle der Ernennung von vier Apostolischen Administratoren die Stellung der Kapitularvikare für Breslau, Ermland und Schneidemühl unverändert bleibe. Der Papst habe darauf hingewiesen, daß die anstehenden Veränderungen aus pastoralen Gründen notwendig seien und es sich dabei um eine rein kirchliche Maßnahme handele, die das Konkordat zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl von 1933 nicht berühre. Ferner habe Paul VI. darauf aufmerksam gemacht, daß gegen den Verbleib der Kapitularvikare im Amt kirchenrechtliche Einwände bestünden. Dessenungeachtet werde der Heilige Stuhl die gegenwärtigen Verhältnisse in diesen Gebieten als Provisorium betrachten; ein späterer Friedensvertrag werde nicht präjudiziert.

- 163**      11.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse      S. 725  
Scheske

Scheske berichtet vom Besuch zweier Angehöriger der sowjetischen Botschaft im Referat II A 7. Damit hätten sie deutlich machen wollen, daß die Botschaft auch auf Gebieten, auf denen bisher kein Kontakt bestanden habe, mit dem Auswärtigen Amt ins Gespräch kommen wolle. Ihnen sei erläutert worden, daß die Bundesregierung den im Rahmen der Dreier-Verhandlungen am 27./28. April 1967 in London beschlossenen Truppenrückverlegungen in der Hoffnung zugestimmt habe, daß die UdSSR nun ihrerseits Streitkräfte aus der DDR abziehen werde. Die sowjetischen Diplomaten hätten diese Sichtweise als „mechanistisch und unpolitisch“ bezeichnet. Auf ihre Frage, ob das neue Konzept einer „flexible response“ eine Niederlage für Bundesminister Schröder bedeute, sei geantwortet worden, daß diese Strategie schon seit Jahren de facto angenommen sei. Ihnen sei ferner erklärt worden, daß die Bundeswehr auf eine Ausrüstung mit nuklearen Trägerwaffen nicht verzichten könne.

- 164**      11.05. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Graf von      S. 729  
Hardenberg

Hardenberg informiert darüber, daß der marokkanische Außenminister Laraki in Gesprächen mit Staatssekretär Lahr und Bundestagspräsident Gerstenmaier erneut um eine umfangreiche Ausrüstungshilfe gebeten habe. Es sei zu prüfen, ob der bereits 1966 vorgelegte, seinerzeit aber abgelehnte Antrag der Bundesregierung den zuständigen Ausschüssen des Bundestags nochmals zugeleitet werden sollte. Dafür spreche, daß die von der marokkanischen Regierung übergebene Materialliste keine Waffen enthalte und der Bundesverteidigungsrat 1966 dem Anliegen bereits zugestimmt habe. Allerdings müsse in Gesprächen mit einzelnen Ausschußmitgliedern deutlich gemacht werden, daß die Zahlung der mit einer Laufzeit von drei Jahren vorgesehenen 8 Mio. DM erst 1968 einsetzen und sich jeweils innerhalb des Gesamtansatzes im Bundeshaushalt für Ausrüstungshilfe bewegen würde.

- 165**      11.05. Botschafter von Rom, Bamako, an das Auswärtige Amt      S. 732

Rom übermittelt Informationen aus einem Gespräch mit dem malischen Präsidenten. Modibo Keito bezeichnete den Beschluß, den der malische Ministerrat in seiner Abwesenheit über die Errichtung einer Handelsvertretung in Ostberlin gefaßt habe, als „rechtsgültig, aber völlig inopportun“. Es treffe jedoch nicht zu, daß Mali der DDR den Vorrang vor der Bundesrepublik gebe. Allerdings habe sich die DDR zur Übernahme der gesamten Unterhaltskosten der Vertretung bereit erklärt. Demgegenüber sei der Vorschlag Malis, die im August 1966 vorgenommene Schließung der malischen Botschaft in Bonn durch eine entsprechende Regelung zur Entlastung der anfallenden Devisenkosten zu verhindern, von der Bundesregierung abgelehnt worden. Der Botschafter äußerte die Be-

sorgnis über die möglichen Konsequenzen dieser Entscheidung sowohl für die bilateralen Beziehungen als auch für das Verhältnis Malis zur EWG.

- 166**      11.05.    Parlamentarischer Staatssekretär Freiherr von und zu Guttenberg, z.Z. Washington, an Bundeskanzler Kiesinger S. 735

Guttenberg berichtet, daß er der amerikanischen Regierung die Bedenken der Bundesregierung gegen ein unbefristetes Nichtverbreitungsabkommen erläutert habe. Außenminister Rusk habe dazu ausgeführt, daß seitens der USA über die zeitliche Verknüpfung eines Nichtverbreitungsabkommens mit der Laufzeit des NATO-Vertrages von 1949 bzw. über eine Beendigung des Abkommens im Falle eines europäischen Zusammenschlusses nachgedacht werde. Dagegen werde eine zeitliche Befristung oder eine zeitlich begrenzte Beitrittsmöglichkeit vor allem auf sowjetischer Seite auf Schwierigkeiten stoßen. Rusk habe angedeutet, daß sich die USA noch mit anderen Lösungen für die Frage der nuklearen Nichtverbreitung befaßten, falls ein Abkommen nicht zustande komme. Guttenberg bemerkt abschließend, daß Präsident Johnson unter gewissen Bedingungen bereit sei, ein Scheitern der Verhandlungen in Kauf zu nehmen. In diesem Falle müsse die Bundesregierung zu vermeiden suchen, daß ihr dafür die Verantwortung zugewiesen werde.

- 167**      12.05.    Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Frank S. 737

Frank begründet die Weisung an Botschafter Pauls, Tel Aviv, nicht an der erstmals in Jerusalem stattfindenden Militärparade am 15. Mai 1967 anlässlich des israelischen Nationalfeiertags teilzunehmen. Mit dieser Parade wolle Israel dokumentieren, daß die Stadt uneingeschränkter Teil des israelischen Staatsgebietes sei. Die Bundesregierung habe sich bisher an den von der UNO-Generalversammlung beschlossenen Grundsatz über den internationalen Status von Jerusalem gehalten und dadurch verhindert, in der Palästina-Frage auf die eine oder andere Seite gezogen zu werden. Auch wegen der Bemühungen der DDR um Anerkennung durch die arabischen Staaten sei eine einseitige Parteinahme unangebracht. Nach der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Jordanien sollte die Bundesrepublik Rücksicht auf die außenpolitische Stellung von König Hussein nehmen. Frank stellt abschließend fest, daß die israelische Regierung keine Sympathie und Unterstützung erwarten dürfe, wenn sie durch nicht mit den „westlichen Freunden“ abgestimmte Schritte die arabischen Staaten provoziere.

- 168**      12.05.    Staatssekretär Schütz, z.Z. Tokio, an die Botschaft in Washington S. 740

Schütz bittet darum, im amerikanischen Außenministerium die Bedenken der Bundesregierung dagegen vorzutragen, daß die USA und die UdSSR auf der Konferenz der 18-Mächte-Ab-



169	16.05. Botschaftsrat I. Klasse Lahn, Kairo, an das Auswärtige Amt	S. 743
-----	--	--------

170	17.05. Ministerialdirigent Graf von Hardenberg an Staatssekretär Lahr, z.Z. Tokio	S. 746
-----	--	--------

LXXIII

- 171**      **17.05.**    Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt **S. 749**
- Grewe berichtet, daß der amerikanische Botschafter bei der NATO, Cleveland, in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats über die Absicht der USA informiert habe, der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission einen gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen Entwurf für ein Nichtverbreitungsabkommen gegebenenfalls zunächst ohne die strittigen Artikel III und Artikel IV, Absatz 2 zu unterbreiten. Dazu habe er, Grewe, erklärt, daß die Bundesregierung ihre Bedenken gegenüber einem solchen Vorgehen aufrechterhalte. Während der italienische Botschafter bei der NATO, Alessandrini, für einen völligen Wegfall des Artikels III plädiert habe, seien die Vertreter Großbritanniens, Kanadas und der Niederlande dafür eingetreten, wenigstens die zwischen den USA und der UdSSR unstrittigen Textteile dieses Kontrollartikels aufzunehmen. Alessandrini und sein belgischer Kollege de Staercke hätten sich darüber hinaus dafür ausgesprochen, den Revisionsartikel IV im Entwurf auszusparen.
- 172**      **18.05.**    Botschafter Balken, Oslo, an Bundesminister Brandt **S. 751**
- Balken teilt mit, der norwegische Verteidigungsminister Tide-  
mand habe ihn darauf hingewiesen, daß die Entsendung von Bundeswehrpersonal zum NATO-Oberkommando Europa Nord in Norwegen nach wie vor „ein heißes Eisen“ sei. Das Drängen der Bundesregierung nach einer Verstärkung des deutschen Stellenanteils erschwere es innenpolitisch, still und unauffällig auf eine Normalisierung der militärischen Zusammenarbeit hinzuarbeiten. In Norwegen bestehe der Eindruck, die Bundesrepublik strebe letztlich doch danach, die Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen zu erhalten. Eine Weigerung der Bundesregierung, dem Nichtverbreitungsabkommen beizutreten, würde das deutsch-norwegische Verhältnis schwer belasten.
- 173**      **19.05.**    Aufzeichnung des Staatssekretärs Schütz **S. 754**
- Schütz berichtet über ein Gespräch mit einem Mitglied der Konsultativkonferenz der Volksrepublik China in Hongkong. Fe Yi-Ming führte aus, daß die Kluft in den Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und der UdSSR unüberbrückbar geworden sei. Die Volksrepublik China habe das Bemühen der neuen Bundesregierung um Frieden und Entspannung in Europa mit Interesse zur Kenntnis genommen. Dagegen sei es ihr immer schwerer gefallen, Solidarität mit der DDR zu üben, da die heftigsten Angriffe auf die chinesische Regierung aus Ostberlin gekommen seien. Auf den umfangreichen bilateralen Handel angesprochen, meinte der Staatssekretär, daß die Bundesrepublik an Wirtschaftsbeziehungen mit der Volksrepublik China interessiert sei. Sein Hinweis, daß die Bundesrepublik die Verbindungen und das Gespräch nicht abreißen lassen wolle, sei mit Interesse aufgenommen worden.

---

174      19.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 756

Ruete nimmt Stellung zum Wunsch der tschechoslowakischen Regierung, als Übergangslösung zur Herstellung amtlicher Beziehungen zunächst ein Handelsabkommen abzuschließen. Dies bestätige den bereits früher gewonnenen Eindruck, daß die Tschechoslowakei um der wirtschaftlichen Vorteile eines Waren- und Zahlungsabkommen willen eine Berlin-Regelung zu akzeptieren bereit sei, dies jedoch für den Austausch von Handelsvertretungen nicht zugestehen wolle. Dagegen verfolge die Bundesregierung die Absicht, parallel zu einem Handelsabkommen den Austausch amtlicher Vertretungen zu regeln. Da mit einer baldigen Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht gerechnet werden könne, sei eine solche Übergangslösung erwägenswert. Ein Handelsabkommen allein sei aber keine Alternative, da es die amtlichen Beziehungen weiterhin ungeregelt lasse. Ruete schlägt vor, der Tschechoslowakei mitzuteilen, daß die Bundesregierung zum Abschluß eines Handelsabkommens bereit sei, jedoch gleichzeitig die Frage der amtlichen Vertretungen klären wolle.

175      19.05. Vortragender Legationsrat I. Klasse Blomeyer-Bartenstein an Ministerialrat Grundschtötel, Bundeskanzleramt S. 760

Blomeyer-Bartenstein informiert darüber, daß der Kontakt zwischen den in der Bundesrepublik residierenden katholischen Bischöfen und ihren Generalvikaren in der DDR immer mehr erschwert werde. So wolle die DDR für die zu Bistümern in der Bundesrepublik gehörenden Diözesanteile eine möglichst große Selbständigkeit erreichen. Innerhalb der katholischen Kirche werde der Wunsch geäußert, als Antwort auf solche „Abschnürungsmaßnahmen“ die Einsetzung von Apostolischen Administratoren in diesen Gebieten anzustreben. Dieses Anliegen sei aber sowohl bei den Bischöfen als auch beim Heiligen Stuhl auf große Zurückhaltung gestoßen. Statt dessen erwäge der Heilige Stuhl, die Generalvikare in Schwerin, Magdeburg, Erfurt und Meiningen zu erzbischöflichen bzw. bischöflichen Kommissaren zu ernennen – mit allen Vollmachten eines Generalvikars und mit einem „Mandatum speciale“ des Papstes ausgestattet. Blomeyer-Bartenstein bemerkt hierzu, daß seitens des Auswärtigen Amtes keine Bedenken bestünden.

176      19.05. Botschaftsrat Koehler, Islamabad, an das Auswärtige Amt S. 763

Koehler berichtet über den Besuch des Bundestagspräsidenten vom 13. bis 19. Mai 1967 in Pakistan. Gerstenmaier habe die Prüfung eines Beitrags der Bundesregierung zur Schließung der Finanzierungslücke für das Projekt des Indus-Staudamms zugesagt. Im Gespräch mit dem pakistanischen Präsidenten habe er erklärt, daß er zwar das Bemühen Pakistans um gute Beziehungen zur UdSSR und zur Volksrepublik China verstehe, jedoch vor der Gefahr einer Abhängigkeit von übermächtigen kommunistischen Nachbarn warne. Ayub Khan habe erwi-

dert, daß die Volksrepublik China keine Aggressionspolitik gegenüber ihren Nachbarn verfolge. Dagegen seien ständig wachsende Bemühungen Indiens zu verzeichnen, sein Militärpotential zu steigern. Zur Abschreckung sei Pakistan deshalb gezwungen, sich die notwendigen Waffen dort zu besorgen, wo man sie anbiete. Zur Deutschland-Frage habe der Präsident ausgeführt, daß er gegenüber der UdSSR bis in die jüngste Vergangenheit den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik bekräftigt habe.

- 177      20.05.    Botschafter Schlitter, Athen, an das Auswärtige Amt      S. 766

Schlitter äußert sich kritisch dazu, daß die amerikanische Verteidigungshilfe wegen des Militärputsches am 20./21. April 1967 eingestellt worden sei. Dadurch werde die Position der zivilen Mitglieder der griechischen Regierung, die eine Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie anstrebten, geschwächt. Angesichts der realen Machtverhältnisse sei es eine Illusion, die Junta unter ein „kaudinisches Joch“ beugen zu wollen. Der sowohl von König Konstantin als auch von einer Mehrheit der Regierung getragene Wunsch nach einer Rückkehr zur Demokratie sei nur dann erfolgreich, wenn die radikalen Kräfte nicht durch äußeren Druck in die Richtung eines Nationalbolschewismus getrieben würden.

- 178      22.05.    Aufzeichnung des Bundesministers Brandt      S. 769

Brandt berichtet über ein Treffen mit einem ihm persönlich bekannten tschechoslowakischen Gesprächspartner. Dieser teilte mit, daß er von einflußreichen Persönlichkeiten der tschechoslowakischen Partei- und Staatsführung gebeten worden sei, bei der Bundesregierung die Bereitschaft zu Gesprächen über die Möglichkeiten künftiger Zusammenarbeit ohne Vorbedingungen zu sondieren. Dabei sollten die DDR und das Münchener Abkommen von 1938 als Themen ausgeklammert werden, nicht jedoch Berlin, für das eine beiderseits akzeptable Form gefunden werden könne. Für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen sei es wahrscheinlich noch zu früh. Brandt schlug daraufhin vor, den Referenten Bahr und Legationsrat I. Klasse Wilke nach Prag zu entsenden.

- 179      22.05.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete      S. 771

Ruete informiert über die Absicht der belgischen Regierung, eine Reorganisation ihrer Streitkräfte in der Bundesrepublik durchzuführen. Dazu habe der belgische Verteidigungsminister am 18. Mai 1967 in Bonn Bundesminister Schröder erläutert, daß einzelne Einheiten zwar reduziert, die Mittel im belgischen Verteidigungshaushalt in den kommenden Jahren aber erhöht würden. Poswick habe in diesem Zusammenhang betont, daß die belgische Regierung trotz der Belastungen für die Zahlungsbilanz keinen Ausgleich für die Devisenkosten der in der Bundesrepublik stationierten Truppen verlangen werde. Jedoch sei eine gewisse Kompensation in der Form von Beschaffungskäufen für die Bundeswehr in Belgien wünschenswert.

- 180      23.05.    Botschafter Sattler, Rom (Vatikan), an das      S. 773  
                    Auswärtige Amt
- Sattler berichtet, daß eine gemeinsame Presseerklärung der Bundesregierung und des Heiligen Stuhls zur Ernennung von vier Apostolischen Administratoren für die Ostgebiete des Deutschen Reichs unter fremder Verwaltung nicht zustande komme. Der Abteilungsleiter im Päpstlichen Staatssekretariat, Samorè, habe darauf verwiesen, daß die Neuregelung der Kirchenverwaltung in diesen Gebieten näherer Erläuterungen bedürfe, um die Entscheidung später sowohl gegenüber der Bundesrepublik als auch gegenüber Polen verteidigen zu können. Dabei sei herauszustellen, daß die Ernennung der Administratoren von seelsorgerischen Erwägungen geleitet werde und einen späteren Friedensvertrag nicht präjudiziere. Auf die Bitte des Botschafters, wenigstens die Formulierung „Ostgebiete Deutschlands“ bzw. „deutsche Ostgebiete“ aufzunehmen, habe Samorè erklärt, daß der Heilige Stuhl bislang immer nur von Gebieten gesprochen habe, „die durch das Potsdamer Abkommen 1945 der polnischen Verwaltung unterstellt wurden“.
- 181      24.05.    Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das      S. 776  
                    Auswärtige Amt
- Grewe berichtet über die Sitzung des Ständigen NATO-Rats zur Nahost-Krise. UNO-Generalsekretär U Thant sei wegen seines vorschnellen Handelns beim Rückzug der UNEF-Truppen aus der VAR kritisiert worden; gleichwohl sei festgestellt worden, daß die UNO das geeignete Gremium zur Beilegung der Krise bleibe. Die Diskussion habe deutlich gemacht, daß die Sympathien zwar auf Seiten Israels lägen; jedoch ließen die Erklärungen der Vertreter Griechenlands, Italiens und der Türkei deren Bemühen erkennen, den Draht zur arabischen Seite nicht abreißen zu lassen. Die Mehrheit der NATO-Mitgliedstaaten sei sich offenbar bewußt, daß auch bei einem friedlichen Ausgang der Krise mit einer Schwächung der westlichen Position im Nahen Osten zu rechnen sei.
- 182      24.05.    Botschafter Knappstein, Washington, an das      S. 778  
                    Auswärtige Amt
- Knappstein äußert sich zum Vorschlag der amerikanischen Botschaft, regelmäßige bilaterale Konsultationen über Fragen der Ostpolitik durchzuführen. Wegen des komplizierten Vorganges politischer Entscheidungsfindung in den USA, deren Rückwirkungen auf die europäischen Verbündeten nicht immer voll einkalkuliert würden, sei jede Vertiefung des laufenden Meinungsaustausches wünschenswert. Beispielsweise wären Konsultationen der Abteilungsleiter beider Außenministerien nützlich. Wichtig sei, daß nicht ein bloßer Informationsaustausch, sondern eine qualitative Konsultation zustandekomme. Die Bundesregierung bedürfe zur Durchsetzung ihrer neuen Ostpolitik vor allem gegenüber der UdSSR auch der aktiven Unterstützung der USA. Um zu vermeiden, daß durch ein einseitiges Vorgehen der Bundesregierung die USA ihr Interesse als eine

- Grewe teilt mit, daß der amerikanische Botschafter bei der NATO den Ständigen NATO-Rat über den Inhalt eines in Genf übergebenen neuen sowjetischen Entwurfs für ein Nichtverbreitungsabkommen unterrichtet habe. Cleveland habe ausgeführt, daß die ablehnende Haltung der sowjetischen Regierung gegen die amerikanischen Vorschläge zum Kontrollartikel III und zum Revisionsartikel IV, Absatz 2 vorauszusetzen gewesen sei. Hinter der Wiederaufnahme des „Kossygin-Vorschlags“ vom Februar 1966, wonach die Nuklearmächte sich jeder Anwendung von bzw. Drohung mit Atomwaffen gegenüber Nichtnuklearmächten enthalten mußten, stünden wahrscheinlich taktische Erwägungen. So sei die UdSSR gezwungen gewesen, auf Formulierungen der USA zu antworten und dabei die Wünsche der eigenen Verbündeten zu berücksichtigen. Abschließend habe Cleveland erklärt, daß die USA nicht mit einer baldigen Einigung über den Wortlaut des Artikels III rechneten.

- Ruete informiert, daß die Studiengruppe zur Überprüfung der künftigen Aufgaben der Allianz (Harmel-Studie) ihre Arbeit aufgenommen habe. In der Untergruppe 1 über die politischen Ziele der NATO, für die der Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Watson, und Staatssekretär Schütz als Berichtsersteller benannt worden seien, habe Übereinstimmung darüber bestanden, daß die Entspannung im Ost-West-Verhältnis nur ein Weg bzw. ein Instrument sei, um das eigentliche Ziel einer europäischen Friedensordnung zu erreichen. Trotz der Versuche von Ostblock-Staaten, das Bündnis zu spalten, sei die Entspannung „unteilbar“. Allerdings sei darauf hingewiesen worden, daß dies bilaterale Ost-West-Kontakte nicht ausschließen dürfe. Die Untergruppe 3 habe sich die Aufgabe gestellt, Elemente einer Verteidigungs- und Rüstungskontrollpolitik herausarbeiten, welche die Freiheit des Westens weiterhin verbürge, zugleich aber einen Beitrag zur Schaffung einer dauerhaften europäischen Friedensordnung leiste. Ruete berichtet abschließend, daß Frankreich zwar bisher ohne Vorbehalte bei der Harmel-Studie mitgearbeitet habe, jedoch Schwierigkeiten zu erwarten seien, sobald die Untergruppe 1 mit der Ausarbeitung verbindlicher Grundsätze für die Ost-West-Politik beginne.

- Ruete stellt fest, daß es der DDR gelungen sei, jene osteuropäischen Staaten, die noch Anfang des Jahres zu Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen bereit gewesen seien, von solchen Gesprächen abzuhalten. Gleichzeitig deuteten diese aber vertraulich an, an

einer diskreten Fortführung der Kontakte interessiert zu sein. Um die eingetretene „Flaute“ zu überwinden, schlägt Ruete vor, daß die Bundesregierung öffentlich ihren Entspannungswillen weiter bekräftige. Ferner sei eine Ausweitung der persönlichen Kontakte nützlich, etwa durch Besuche osteuropäischer Journalisten oder Reisen von amtlichen Vertretern und Bundestagsabgeordneten nach Osteuropa. Der Wirtschaft als Instrument der Ostpolitik komme besondere Bedeutung zu. Auch Gesten wie die Zahlung von Entschädigungsleistungen an ungarische Staatsangehörige dienten der Verbesserung des Verhältnisses. Abschließend bemerkt Ruete, daß sich langfristig das Interesse der Tschechoslowakei, Ungarns und Bulgariens an Beziehungen zur Bundesrepublik durchsetzen werde.

**186      26.05.   Runderlaß des Staatssekretärs Schütz      S. 794**

Schütz erläutert die Haltung der Bundesregierung zur Nahost-Krise. Es sei anzunehmen, daß der ägyptische Präsident Nasser die Konzentration ägyptischer Truppen auf der Sinai-Halbinsel und die am 23. Mai 1967 verfügte Sperrung des Golfs von Akaba mit der sowjetischen Regierung abgesprochen habe. Allerdings sei die UdSSR nicht an einer direkten Konfrontation mit den USA interessiert. Auch sei ein für Israel existentiell bedrohliches ägyptisches Vorgehen wegen des dann zu befürchtenden energischen amerikanischen Gegenschlags zu bezweifeln. Ein Zusammenbruch Jordaniens würde andere gemäßigte arabische Staaten gefährden und insgesamt zu einer schweren Niederlage für den Westen führen. Nur eine energische westliche Aktion zur Freihaltung des Golfs von Akaba könne nach Ansicht der Bundesregierung die VAR zum Einlenken bewegen, die „Strangulierung“ Jordaniens verhindern und Israel von einer militärischen Aktion abhalten. Die Bundesregierung sei skeptisch, ob die UdSSR den französischen Vorschlag zur Durchführung einer Vier-Mächte-Konferenz annehmen werde. Der Westen solle sich nicht der Gefahr aussetzen, daß durch hinhaltende sowjetische Manöver Gegenmaßnahmen erschwert würden.

**187      28.05.   Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit      S. 797**  
**Schah Reza Pahlawi**

Der Schah erläutert ausführlich die politische und wirtschaftliche Situation des Iran. Er betont, daß der Iran trotz der Politik der westlichen Staaten gegenüber der VAR und im Konflikt zwischen Pakistan und Indien das Vertrauen in das Bündnis mit dem Westen nicht verloren habe, zukünftig aber eine unabhängige Politik anstrebe. Dies bedeute, daß er militärisch für alle Eventualfälle gerüstet sein wolle. Der Schah äußert die Hoffnung, hierfür wie auch für die umfangreichen Sozial- und Wirtschaftsreformen Unterstützung von der Bundesrepublik zu erhalten. Anschließend weist er auf die bedeutende Rolle der Ölversorgung im Zusammenhang mit der Weltpolitik hin. Im Falle einer erneuten Sperrung der Ölfuhr könne Europa wegen des Schneeballeffekts auch keinen Ersatz aus neuen

Förderstaaten wie Libyen und Algerien erwarten. Dagegen bleibe der Iran eine „offene“ Versorgungsquelle. Eine wirtschaftliche und militärische Unterstützung des Iran hätten die westlichen Freunde nicht zu bedauern. Kiesinger verweist auf die wirtschaftliche Krise der Bundesrepublik, stellt jedoch eine Fortsetzung der Hilfe für den Iran in Aussicht, sobald die finanziellen Schwierigkeiten überwunden seien.

- 188      29.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg S. 809

Meyer-Lindenberg berichtet, daß der israelische Botschafter am Vortag Bundesminister Brandt erklärt habe, für Israel stelle die vom ägyptischen Präsidenten Nasser verfügte Sperrung des Golfs von Akaba den Casus belli dar. Die u. a. von den USA bereits 1957 abgegebene Garantie des freien Zugangs zum Golf müsse nun eingelöst werden. Dagegen erwarte Ben Natan von der UNO keine Lösung der Krise. Die UdSSR wolle offenbar wie früher in Berlin einen Spannungsherd schaffen und sei auf dem besten Weg, „Schiedsrichter im Nahen Osten“ zu werden. Einen Krieg zur Durchsetzung ihrer Ziele strebe sie aber vermutlich nicht an. Der Botschafter habe schließlich den Wunsch geäußert, die Bundesregierung möge Israel mit Gasmasken für die Zivilbevölkerung unterstützen und prüfen, ob darüber hinaus etwaiges „verdächtiges Material“ über dritte Staaten wie z. B. Frankreich geschickt werden könne. Meyer-Lindenberg fährt fort, daß sich Bundeskanzler Kiesinger bei einer anschließenden Besprechung im Bundeskanzleramt für die Lieferung von Gasmasken an Israel direkt durch die Lieferfirmen ausgesprochen habe. Dagegen habe Bundesminister Schröder Zweifel an der Opportunität und Durchführbarkeit des Vorhabens geäußert.

- 189      29.05. Gespräch des Staatssekretärs Schütz mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin S. 813

Zarapkin erklärt zur „Notlandung“ eines sowjetischen Militärflugzeuges am 25. Mai 1967 in der Nähe von Augsburg, daß sich die Botschaft umgehend im Auswärtigen Amt darum bemüht habe, ein Gespräch mit dem Piloten zu arrangieren und Vorkehrungen für die Übergabe des Düsenjägers an sowjetische Behörden zu treffen. Trotz gegenteiliger Zusagen von Ministerialdirektor Ruete seien aber das Flugzeug wie auch der Flugzeugführer Jepatko amerikanischen Stellen übergeben worden. Schütz erwidert, daß die Bundesregierung für den Zwischenfall nicht verantwortlich sei. Das Auswärtige Amt sei gleichwohl bereit, sich für die Übergabe der MIG 17 einzusetzen. Es halte eine Begegnung von Jepatko mit Botschaftsangehörigen für wünschenswert; jedoch habe der Wunsch des Piloten, nicht mit sowjetischen Vertretern sprechen zu wollen und in amerikanischen Gewahrsam zu kommen, respektiert werden müssen. Im übrigen habe die Bundesregierung den Eindruck, daß es sich gar nicht um eine Notlandung, sondern um eine Landung aus freien Stücken gehandelt habe.



- 190      29.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg      S. 817

Meyer-Lindenberg faßt ein Gespräch des Staatssekretärs Schütz mit dem israelischen Botschafter zusammen. Ben Natan teilte mit, daß der Chef des Bundeskanzleramts, Knieper, eine Entscheidung darüber zugesagt habe, ob die Lieferung von Gasmasken an Israel durch das Bundesministerium der Verteidigung oder das Bundesministerium des Innern vorgenommen werde; Israel erhoffe sich 20 000 bis 30 000 Stück. Schütz machte auf die Erklärung des Auswärtigen Amts aufmerksam, daß das Prinzip der Freiheit der Meere gewahrt bleiben solle. Der Botschafter wies darauf hin, daß das Bundesministerium für Wirtschaft die Verschiffung von 30 000 Zündern nach Israel für die später an die Bundeswehr zu liefernden Granaten bis auf weiteres untersagt habe, obwohl dafür bereits Anfang des Jahres eine Ausfuhrlizenz erteilt worden sei. Schütz sagte eine Prüfung der Angelegenheit zu. Abschließend wies er noch einmal auf den Grundsatz der Bundesregierung hin, sich nicht in regionale Konflikte einzumischen.

- 191      29.05. Botschaftsrat Loeck, Belgrad, an das Auswärtige Amt      S. 820

Loeck berichtet, daß sich in den jugoslawischen Äußerungen über die Ausgestaltung des Verhältnisses zur Bundesrepublik ein neuer Akzent bemerkbar mache. Während bisher das Interesse an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Vordergrund gestanden habe, so werde nun von Regierungsvertretern wie von der Presse die Frage nach Verhandlungen über ein Gastarbeiterabkommen und nach Entschädigung für NS-Opfer gestellt. Allerdings könne daraus kein grundsätzlicher Wandel der jugoslawischen Deutschlandpolitik abgeleitet werden. Vielmehr befürchte Jugoslawien angesichts der Ostpolitik der neuen Bundesregierung, den fahrenden Zug als letzter besteigen und materielle Einbußen hinnehmen zu müssen. Loeck empfiehlt, nach dem Besuch des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Ulbricht, vom 22. Mai bis 4. Juni 1967 in Belgrad zu nächst durch den Ausbau der „faktischen Beziehungen“ mit Jugoslawien das politische Klima zu verbessern.

- 192      30.05. Botschafter Pauls, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt      S. 826

Pauls informiert, daß nach Auskunft des Leiters der Attachéabteilung des israelischen Generalstabs eine militärische Auseinandersetzung zwischen Israel und den beteiligten arabischen Staaten unvermeidlich sei. Jeder weitere Tag des Zuwartens werde die israelische Armee mehr Blut kosten. Bei einem ersten Schlag durch die israelische Luftwaffe in den frühen Morgenstunden mit der Sonne im Rücken könne sich die Armee für die Vernichtung der ägyptischen Streitkräfte verbürgen. Die Entscheidung der israelischen Regierung, die Entwicklung weiter abzuwarten, sei sowohl in Offizierskreisen als auch unter Reservisten nicht populär. Der Botschafter bewertet den „ganz ungewöhnlichen Freimut“ dieser Stellungnahme

dahingehend, daß die Gefahr eines Putsches der israelischen Armee gegenwärtig zwar gering sei, jedoch nicht ausgeschlossen werden könne.

- |     |   |        |
|-----|---|--------|
| 193 | 30.05. Generalkonsul Kempff, Helsinki, an das<br>Auswärtige Amt | S. 827 |
|-----|---|--------|

Kempff berichtet über den Besuch des Außenministers der DDR in Helsinki. Winzer habe geradezu „in beknieender Form“ die Notwendigkeit einer diplomatischen Anerkennung der DDR zu vermitteln versucht, damit jedoch keinerlei Eindruck gemacht. Der finnische Außenminister Karjalainen habe erklärt, daß die Neutralitätspolitik Finnlands sowie die im Pariser Friedensvertrag von 1947 festgelegten Verpflichtungen es nicht erlaubten, in dieser Frage Stellung zu beziehen. Neben dem materiellen Mißerfolg sei aber noch ein atmosphärischer zu verzeichnen, denn die „Zonenmenschen“ seien den finnischen Vorgesetzten mit ihrer Aufdringlichkeit auf die Nerven gegangen.

- |     |   |        |
|-----|---|--------|
| 194 | 30.05. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit<br>Ministerpräsident Moro in Rom | S. 830 |
|-----|---|--------|

Die Gesprächspartner stimmen darin überein, daß die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Staaten am 29./30. Mai 1967 nützlich gewesen und das Optimum des Erreichbaren erzielt worden sei. Kiesinger erklärt, daß die Bundesregierung auf dem Weg zur europäischen Einigung zu jeder nur möglichen Zusammenarbeit mit der italienischen Regierung bereit sei. Er betont, daß die seit Anfang des Jahres angestrebte Wiederbelebung des deutsch-französischen Vertrags von 1963 sich gegen keinen anderen Staat richte und den Weg zur europäischen Einheit nicht stören solle. Vielmehr halte er die Knüpfung von Parallelkontakten für wünschenswert; den Gedanken einer Exklusivität der Zusammenarbeit mit Frankreich müsse er entkräften. Zum geplanten Nichtverbreitungsabkommen erläutert der Bundeskanzler, daß nicht beabsichtigt sei, den bereits 1954 erklärten Verzicht auf die Herstellung von Nuklearwaffen zu widerrufen oder sich auch nur die Tür für einen späteren Zugang offenzuhalten. Für die Bundesrepublik handle es sich hier um eine Frage der nationalen Würde und des nationalen Ranges. Moro führt aus, daß sich das Nichtverbreitungsabkommen nicht zum Schaden für die Solidität des atlantischen Bündnisses auswirken dürfe. Auch für Italien handle es sich um das Problem der „natürlichen Gleichheit der Nationen“.

- 195**      30 05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 837

Ruete stellt fest, daß sich die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR in einem Stadium der Stagnation befänden. Daher schlägt er vor, dem sowjetischen Botschafter Zarapkin die neue Ostpolitik der Bundesregierung noch einmal darzulegen. Falls Bundesminister Brandt dabei ein sowjeti-

sches Interesse an der Intensivierung des Dialogs feststellen könne, solle er ein Gespräch mit seinem Amtskollegen Gromyko in Moskau oder an einem dritten Ort anregen.

- 196**     30.05.   Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Berger     S. 839
- Berger nimmt Stellung zu einer Kabinettsvorlage des Bundesministeriums für Wirtschaft (BMWi) mit dem Vorschlag, den seit 1961 für den Interzonenhandel geltenden Widerrufsvorbehalt für Warenbegleitscheine abzuschaffen. Zur Begründung werde darauf verwiesen, daß durch die Beibehaltung dieser Klausel Anlagegeschäfte mit der DDR zunehmend an westliche Konkurrenten verlorengingen. Dagegen liege aus Sicht des Auswärtigen Amts der Verdacht nahe, daß die DDR die Klausel nur vorschiebe, um ihr politisches Interesse zu verschleiern, Anlagen möglichst nicht im Interzonenhandel, sondern aus dem Ausland zu beziehen. Berger weist ferner darauf hin, daß den Drei Mächten im Falle einer Aufhebung der Widerrufsklausel Konsultationen zugesagt worden seien. Er regt an, der Vorlage nur mit der Maßgabe zuzustimmen, daß die Gespräche mit den Verbündeten vorher zum Abschluß gebracht worden seien.
- 197**     31.05.   Staatssekretär Lahr, z. Z. Rom, an das Auswärtige Amt     S. 842
- Lahr berichtet über die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Staaten am 29./30. Mai 1967 in Rom. Staatspräsident de Gaulle führte aus, daß ein organisatorischer Ausbau der Gemeinschaften notwendig und eine Verstärkung der politischen Kontakte der Sechs wünschenswert sei. Zu den Möglichkeiten einer Öffnung gegenüber dritten Staaten solle zunächst geprüft werden, ob die vor kurzem gestellten Beitrittsanträge Großbritanniens, Irlands und Dänemarks den Charakter der Gemeinschaft veränderten. Bundeskanzler Kiesinger wies darauf hin, daß die augenblickliche gefährliche weltpolitische Situation ein Mindestmaß an solidarischem Verhalten erfordere. Deshalb sollten weitere Treffen der Sechs auf Regierungsebene folgen. Der niederländische Ministerpräsident de Jong erklärte, daß die Sechs nicht das ganze Europa darstellten und deshalb eine Wiederaufnahme politischer Konsultationen ohne Großbritannien wenig sinnvoll wäre. Kiesinger betonte, daß die Bundesregierung einen britischen Beitritt befürworte, hierüber jedoch unter den Sechs zunächst grundsätzliche Übereinstimmung bestehen müsse. Die Staats- und Regierungschefs beschlossen, den Fusionsvertrag zum 1. Juli 1967 in Kraft treten zu lassen und den britischen Beitrittsantrag gemäß Artikel 237 des EWG-Vertrages von 1957 zu behandeln.
- 198**     31.05.   Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt     S. 849
- Grewe teilt mit, daß die bisherige Diskussion im Ständigen NATO-Rat über die Nahost-Krise eine Schwäche und Uneinigkeit offenbart habe, die in krassem Gegensatz zu den Deklamationen im Rahmen der Studie über die zukünftigen Aufga-

ben der Allianz (Harmel-Studie) stehe. Während vom Vertreter der USA die Notwendigkeit einer Lösung im UNO-Rahmen betont worden sei, habe sich der britische Botschafter bei der NATO auf ein Bekenntnis zur Freiheit der Schifffahrt im Golf von Akaba beschränkt. Der französische Vertreter wiederum habe erklärt, daß Frankreich weder Partei ergreifen noch sich engagieren werde. Grewe gibt abschließend der Hoffnung Ausdruck, daß sich der NATO-Rat im Falle einer das Bündnisgebiet direkt betreffenden Krise aktiver zeigen werde. Er habe seine Kollegen bereits darauf hingewiesen, daß jetzt ein „test case“ für Krisenkonsultationen vorliege.

- 199**     01.06.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg S. 850

Meyer-Lindenberg äußert sich zur Frage eines Beitrages der Bundesregierung zum UNO-Treuhandfonds für Opfer der südafrikanischen Apartheidpolitik. Er stellt fest, daß die Bundesrepublik neben Luxemburg der einzige EWG-Mitgliedstaat sei, der noch nicht einmal einen symbolischen Beitrag in Aussicht gestellt habe. Dagegen habe die DDR eine freiwillige Zahlung in Höhe von 5000 Dollar angekündigt. Meyer-Lindenberg schlägt vor, eine Entscheidung im Bundeskabinett herbeizuführen mit dem Ziel, 40 000 Dollar für den UNO-Treuhandfonds bereitzustellen.

- 200**     02.06.    Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr S. 854

Lahr regt an, Israel wieder eine Wirtschaftshilfe von 160 Mio. DM zu den gleichen Bedingungen wie 1966 anzubieten. Wegen der gegenwärtigen Krise im Nahen Osten solle der israelischen Regierung jedoch vorerst nur die Bereitschaft der Bundesregierung vertraulich angekündigt und die Unterzeichnung auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Ferner sei zu erklären, daß die Höhe des Betrags kein Präjudiz für zukünftige Zahlungen darstelle. Andernfalls bestehe die Gefahr, daß die Wirtschaftshilfe für Israel den Charakter einer „Rente“ annehme und die Bundesregierung künftig jede Bewegungsfreiheit verlieren werde.

- 201**     02.06.    Botschafter Knapstein, Washington, an das Auswärtige Amt S. 856

Knapstein übermittelt Informationen zu den Kontakten zwischen den USA und der UdSSR während der Nahost-Krise. Die sowjetische Regierung habe in einer Note der amerikanischen Regierung vorgeschlagen, daß beide ihren jeweiligen Einfluß auf Israel bzw. die VAR mit dem Ziel geltend machen sollten, die gegenwärtige Situation zu entspannen. Darauf hätten die USA geantwortet, daß einem freien Zugang zum Golf von Akaba besondere Bedeutung zukomme und die UdSSR als eine der wichtigsten Seemächte ihre diesbezügliche Haltung noch nicht öffentlich dargelegt habe. Nach Ansicht des amerikanischen Außenministeriums sei die sowjetische Regierung an einer

friedlichen Lösung der Krise nicht wirklich interessiert. Der Verdacht sei nicht auszuschließen, daß die UdSSR im Nahen Osten und in der Dritten Welt langfristig eine „Schiedsrichterrolle“ anstrebe.

**202      05.06. Memorandum für das türkische Außenministerium      S. 859**

Als Erwiderung auf Äußerungen des polnischen Außenministers in Ankara werden Grundzüge der Ostpolitik dargelegt. Die Bundesregierung habe wiederholt auf die Anwendung von Gewalt zur Regelung offener Fragen verzichtet und die DDR ausdrücklich in den Vorschlag über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen einbezogen. Die polnische Regierung argumentiere widersprüchlich, wenn sie einerseits diese Äußerungen als unglaubwürdig hinstelle, andererseits aber einen Verzicht der Bundesregierung auf die Gebiete östlich von Oder und Neiße fordere. Wenn Rapacki feststelle, daß das Bestehen zweier deutscher Staaten eine „anomale Realität“ sei, so erkenne er gerade damit das Prinzip der Nationalstaatlichkeit an. Deshalb sei seine These nicht haltbar, daß die Existenz der DDR gleichzeitig eine von der Bundesrepublik zu akzeptierende Realität darstelle. Solange die Menschen in der DDR ihren politischen Willen nicht frei artikulieren könnten, werde die Bundesregierung „das Regime, das diesem Teil Deutschlands aufgepropft worden“ sei, nicht anerkennen. Sie strebe jedoch ein geregeltes Nebeneinander der unterschiedlichen politischen Ordnungen beider Teile Deutschlands an.

**203      06.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Truckenbrodt      S. 864**

Truckenbrodt informiert, daß die Vertreter der Drei Mächte in einer Besprechung über die von der Bundesregierung gewünschte Änderung des Verfahrens zur Einbeziehung von Berlin (West) in völkerrechtliche Verträge der Bundesrepublik erklärt hätten, noch nicht zu konkreten Verhandlungen hierüber ermächtigt zu sein. Der Ministerialdirigent regt an, die Botschafter Frankreichs, Großbritanniens und der USA um entsprechende Weisungen der Regierungen zu bitten, damit sie konstruktiv an der Ausarbeitung einer neuen Regelung mitwirken könnten.

**204      07.06. Aufzeichnung des Staatssekretärs Schütz      S. 865**

Der Staatssekretär resümiert eine Unterredung mit den Botschaftern der Drei Mächte, McGhee, Roberts und François Seydoux. Schütz berichtete, daß zwar noch keine Kabinettsentscheidung über die Beantwortung des Schreibens des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Stoph, vom 10. Mai 1967 vorliege; in jedem Fall werde aber die Bundesregierung ihre Bereitschaft mitteilen, auf einer „geeigneten Ebene“ Gespräche über innerdeutsche Fragen zu führen. Es sei ebenfalls noch nicht entschieden, ob und wie auf ein Schreiben des Verkehrsministers der DDR, Kramer, reagiert werde, in dem Kon-

takte auf Ministerebene zur Beseitigung der Erschwernisse im gegenwärtig ohne Vertragsbasis abgewickelten innerdeutschen Eisenbahngüterverkehr angeregt würden.

- 205**      07.06.   Botschafter Knoke, Den Haag, an das Auswärtige Amt      S. 867

Der Botschafter teilt mit, daß in der niederländischen Regierung der Eindruck bestehe, auf der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten am 29./30. Mai 1967 in Rom fast allein als „Antagonist“ Frankreichs aufgetreten zu sein. Sie sei deshalb besorgt und überlege, ob es nicht besser sei, sich künftig still zu verhalten. Dann könne aber auch nicht mehr erwartet werden, daß die Niederlande weiter für die Anliegen der Bundesrepublik eintrete. Knoke meint abschließend, solche Äußerungen spiegelten die Sorge darüber wider, daß eine volle europäische Integration scheitern und stattdessen eine von de Gaulle initiierte Renationalisierung der westeuropäischen Staaten folgen könnte. Ein „deutsch-nationales Gesicht Deutschlands“ drei Jahrzehnte nach der „Hitler-Hypothek des Zweiten Weltkriegs“ würde die weitere Zusammenarbeit mit den Niederlanden erheblich erschweren.

- 206**      08.06.   Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das      S. 870  
Auswärtige Amt

Grewe berichtet, daß der amerikanische Vertreter in der Arbeitsgruppe für Verteidigungsfragen (DPWG) die Frage aufgeworfen habe, welche vergleichbaren Maßnahmen die übrigen NATO-Partner ergreifen würden, wenn die USA im Spannungsfall der Alarmstufe „militärische Bereitschaft“ ihrerseits Truppenverbände nach Europa zurückverlegten. Die amerikanische Regierung wolle vermeiden, dann allein als diejenige dazustehen, die eine Eskalation in Gang setze. Stanley habe auf Rückfrage bestätigt, daß ein direkter Zusammenhang zwischen den Maßnahmen der anderen Alliierten und einer amerikanischen Truppenverlegung bestehe. So werde insbesondere von der Bundesregierung erwartet, daß sie bei Verkündung der Alarmstufe „militärische Bereitschaft“ z.B. Reservisten zur Territorialverteidigung einziehe. Grewe meint, daß eine solche Mitwirkung der Bundesregierung nur die Entscheidung zur Rückverlegung amerikanischer Einheiten in die Bundesrepublik verzögern würde.

- 207**      08.06.   Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO) an      S. 872  
das Auswärtige Amt

Braun teilt mit, daß der ägyptische Vertreter bei der UNO in New York, El Kony, im Sicherheitsrat überraschend die Bereitschaft seiner Regierung erklärt habe, einem Waffenstillstand mit Israel zuzustimmen. Vertreter der mit der VAR verbündeten arabischen Staaten, die von dieser Entscheidung vorab nicht unterrichtet gewesen seien, hätten sich verbittert gezeigt und Präsident Nasser als den „Zertrümmerer des arabischen Nationalstolzes“ bezeichnet. Der israelische Außenminister Eban

habe angekündigt, daß ein Rückzug israelischer Truppen nur im Rahmen einer Friedensordnung erfolgen werde. Er habe ferner erklärt, daß sich Israel von direkten Verhandlungen der Kriegsparteien mehr verspreche als von einer Vermittlung durch die UNO. Der Botschafter meint abschließend, die Reaktionen der arabischen Staaten hätten gezeigt, daß sie sich von der UdSSR nicht nur im Stich gelassen, sondern durch deren Propaganda vor Kriegsbeginn auch in die Irre geführt fühlten. Dagegen werde von den arabischen Vertretern bei der UNO die neutrale Haltung der Bundesregierung während der Krise anerkannt.

- 208      08.06    Botschafter Knapstein, Washington, an das      S. 875  
Auswärtige Amt

Knapstein übermittelt Einschätzungen des außenpolitischen Beraters Walt Rostow. Es sei eine der erstaunlichsten Lehren der gegenwärtigen Nahost-Krise, daß weder die USA noch die UdSSR eine wirkliche Kontrolle über ihre „Schützlinge“ hätten ausüben können. Um solche eigenmächtigen Handlungen künftig zu verhindern, sei eine engere Abstimmung mit der sowjetischen Regierung notwendig. Eine tragfähige Friedensregelung müsse erreichen, daß die Existenz Israels gesichert und von den arabischen Staaten anerkannt werde. Gleichzeitig sei eine neue Maschinerie zur Friedenserhaltung und zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Nahen Osten notwendig. Hierfür sei eine Mitwirkung der sowjetischen Regierung unerlässlich, ohne daß ihr damit aber schon die Tür zum Nahen Osten geöffnet werde. Der Botschafter hebt die amerikanische Bereitschaft hervor, zu einer „peaceful competition“ mit der UdSSR zurückzukehren, so daß auch in letzter Zeit in den Hintergrund getretene Projekte wie das Nichtverbreitungsabkommen belebt werden könnten. Daraus ergäben sich neue Möglichkeiten für die Entspannungspolitik der Bundesregierung.

- 209      09.06.    Botschafter Sachs, Brüssel (EWG/EAG), an das      S. 878  
Auswärtige Amt

Sachs informiert über ein Arbeitssessen der Leiter der Ständigen Vertretungen bei EWG und EURATOM in Brüssel vom Vortag. Zur Frage der weiteren Behandlung des britischen Beitrittsantrages erklärte der französische Botschafter, daß zuerst eine allgemeine Aussprache unter den Außenministern der Mitgliedstaaten stattfinden sollte. Auf der Grundlage dieser Gespräche müsse sodann ein Bericht erarbeitet werden, der zur eingehenderen Sachdiskussion der einzelnen, mit dem Beitritt zusammenhängenden Komplexe dienen könnte. Boegner regte zudem an, eine Stellungnahme erst nach Neubildung der Kommission am 1. Juli 1967 einzuholen. Die übrigen Botschafter wiesen darauf hin, daß es schwierig sein werde, ohne jede Fühlungnahme mit Großbritannien zu arbeiten, da unter Umständen konkrete Angaben über die britischen Vorstellungen benötigt würden.





des südafrikanischen Verteidigungsministers Botha bei Bundesminister Schröder sei das Projekt einer Luftabwehrrakete besprochen worden. Darüber habe das Auswärtige Amt jedoch erst durch eine südafrikanische Note erfahren. Böker gibt zu bedenken, daß sich durch ein derartiges Vorhaben die Stellung der Bundesrepublik in Afrika – und damit in der UNO – sehr verschlechtern würde. Er empfiehlt, dem Bundesministerium der Verteidigung die Bedenken des Auswärtigen Amts mitzuteilen, damit die Bundesregierung nicht in eine „politisch unmögliche Lage“ gebracht werde.

- 214**      12.06. Botschafter Pauls, Tel Aviv, an Bundesminister Brandt      S. 888

Pauls informiert über ein Gespräch mit einem israelischen Generalstabsoffizier. Die von der Bundesrepublik gelieferten Panzer des Typs M 48 hätten sich hervorragend bewährt. Außerdem habe der Offizier erwähnt, daß das Bundesministerium der Verteidigung modernstes sowjetisches Kriegsmaterial zum Zweck des technischen Vergleichs und der Ausbildung von Israel erwerben könne.

- 215**      13.06. Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter      S. 889

Schnippenkötter nimmt Stellung zu dem Schreiben des Bundesministers Schröder vom 30. Dezember 1966 über einen Austausch von Manöverbeobachtern mit der UdSSR. Das Bundesministerium der Verteidigung habe zwischenzeitlich einer solchen Maßnahme zugestimmt, so daß die Position von Schröder, ein Austausch werde „psychologisch negative Folgen für die Bundeswehr“ haben, als überholt gelten dürfe. In der Frage der Akkreditierung von Militärattachés habe das Bundesministerium der Verteidigung am 22. Juni 1966 mitgeteilt, daß die noch vorhandenen Bedenken im Falle übergeordneter politischer Gesichtspunkte zurückgestellt würden. Der Botschafter hält daher eine Beantwortung des Schreibens von Schröder für nicht erforderlich.

- 216**      13.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats  
I. Klasse Jung      S. 891

Jung faßt eine Hausbesprechung unter Vorsitz des Bundesministers Brandt vom 3. Mai 1967 über Temporary Travel Documents zusammen. Ministerialdirektor Ruete sprach sich gegen die Abschaffung des TTD-Systems aus, da sonst der Eindruck entstehen könne, daß die Grundlagen der Deutschlandpolitik aufgegeben würden. Bundesminister Brandt erklärte, er neige einer Abschaffung zu; sie passe in eine selbstbewußte Politik hinein. Darauf entgegnete Ministerialdirigent Sahm, daß mit dem „Ausschwärmen von SBZ-Propagandisten“ in verbündete und befreundete Staaten zu rechnen sei und sich die Stellung der Bundesrepublik innerhalb der NATO ändern werde. Dagegen machte Brandt darauf aufmerksam, daß die Hälfte der Aktivitäten der Auslandsvertretungen der Bundesrepublik auf „Demarchen wegen Zonen-Emblemen“ entfielen.

- 217**      13.06. Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), S. 894  
an das Auswärtige Amt

Braun gibt ein differenziertes Bild aus den Sitzungen des UNO-Sicherheitsrats über die Lage im Nahen Osten. Die USA, Großbritannien, Frankreich sowie die UdSSR wollten nach Beendigung der Krise die neu entstandenen Probleme wie Grenzfragen, Jerusalem, Rüstungsbegrenzung und Flüchtlinge in der UNO behandeln. Hingegen sei auf Seiten Israels und der arabischen Staaten eine deutliche Abneigung gegen dieses Verfahren zu verspüren. Das Verhalten der Bundesrepublik werde von den meisten Delegationen als neutral erachtet und gebe keinen Anlaß zur Kritik. Allerdings habe die sowjetische Delegation damit begonnen, gegenüber den arabischen Staaten die Bundesrepublik der „Komplizenschaft“ mit den USA zu bezichtigen. Die Glaubwürdigkeit der UdSSR sei jedoch derart erschüttert, daß solche Verleumdungen vorläufig wenig Wirkung zeigten. Braun regt an, ein möglichst großzügig angelegtes Hilfsprojekt für den Nahen Osten vor dem Bundestag anzukündigen.

- 218**      14.06. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Wilke S. 898

Wilke gibt die Gespräche des Referenten Bahr am 12./13. Juni 1967 in Prag über die Gestaltung des bilateralen Verhältnisses wieder. Der tschechoslowakische Botschafter a. D. Sedivý erklärte, daß zunächst nur die Möglichkeit einer Normalisierung auf wirtschaftlichem Gebiet bestehe. Der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik könne nicht akzeptiert werden, weil die Tschechoslowakei mit der DDR verbündet sei. Bahr betonte, daß bei der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen die Frage der Berlin-Klausel einfacher zu regeln sei als bei einem Austausch von Handelsvertretungen. Darauf erwiderte Sedivý, daß weder von einer Berlin-Klausel noch von einer Währungsgebietsklausel die Rede sein dürfe. Eine Einbeziehung von Berlin (West) müsse durch eine gesonderte Erklärung erreicht werden. Bahr fragte, wie eine Anerkennung des Münchener Abkommens von 1938 als ex tunc ungültig wirken würde. Die Frage wurde von tschechoslowakischer Seite ausweichend beantwortet. Ein solcher Schritt der Bundesrepublik würde zwar „stimulierend“ wirken, jedoch wäre damit weder der Alleinvertretungsanspruch aus der Welt geschafft, noch der Status quo in Europa voll anerkannt. Bahr warnte davor, daß günstige Gelegenheiten, wie sie in der Ostpolitik der neuen Bundesregierung begründet seien, vorübergehen könnten.

- 219**      14.06. Staatssekretär Schütz, z. Z. Luxemburg, an das S. 902  
Auswärtige Amt

Schütz informiert über das Gespräch des Bundesministers Brandt mit den Außenministern der Drei Mächte am 13. Juni 1967 anläßlich der NATO-Ministerratstagung in Luxemburg. Brandt erklärte, daß die DDR eine Isolierungspolitik gegenüber der Bundesrepublik verfolge. Der Bundesregierung sei an innerdeutschen Kontakten gelegen; sie sei bereit, Regelungen

zu akzeptieren, ohne daß eine Seite von der anderen die „politische Kapitulation“ verlange. Es sei gutzuheißen, wenn auch die drei Mächte dies als einen innerdeutschen Vorgang darstellten, der ein Beitrag zur Entspannung sei. Allerdings dürfe daraus nicht der Schluß gezogen werden, daß es einen zweiten deutschen Staat gebe. Der amerikanische Außenminister Rusk beurteilte die Politik der Bundesregierung als konstruktiv. Auch der britische und der französische Außenminister, Brown und Couve de Murville, ermutigten die Bundesregierung ausdrücklich, ihre Ostpolitik fortzusetzen.

- 220**      14.06. Botschafter Grewe, z. Z. Luxemburg, an das      S. 905  
Auswärtige Amt

Grewe berichtet über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Juni 1967 in Luxemburg, auf der alle vordringlichen Fragen der internationalen Politik erörtert wurden: Naher Osten, Ost-West-Beziehungen, die Zukunft der Allianz, Europa und Vietnam. Die Außenminister betonten übereinstimmend, daß eine stabile Friedensregelung im Nahen Osten gefunden werden müsse. Hinsichtlich einer diesbezüglichen Zusammenarbeit der USA mit der UdSSR äußerte sich der amerikanische Außenminister skeptisch. Rusk regte gemeinsam mit seinen britischen und kanadischen Amtskollegen, Brown und Martin, an, Israel angesichts der militärischen Erfolge zur Mäßigung in den Waffenstillstandsverhandlungen zu raten.

- 221**      15.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem      S. 911  
iranischen Botschafter Malek

Malek beschwert sich darüber, wie das Auswärtige Amt auf die iranischen Warnungen vor und während des Besuchs von Schah Mohammed Reza Pahlevi vom 27. Mai bis 4. Juni 1967 in der Bundesrepublik reagiert habe. Angesichts der Demonstrationen drängt er auf eine persönliche Stellungnahme des Bundeskanzlers und auf ein entschiedenes Vorgehen gegen die an den Ausschreitungen Beteiligten. Kiesinger zeigt sich insbesondere über die Vorfälle in Berlin (West) sehr verärgert. Er erklärt, daß alles getan werde, um die Verantwortlichen – ein „Bodensatz übler Elemente“ – zu belangen.

- 222**      15.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem      S. 918  
indischen Botschafter Banerji

Banerji erklärt, daß Indien weiterhin auf ausländische Hilfeleistungen angewiesen sei. Die aufgrund einer zweijährigen Dürre benötigten Lebensmittel-Importe könnten nur bei einer Erhöhung der finanziellen Zuwendungen bezahlt werden. Um dies zu gewährleisten, habe sich die Weltbank an das Indien-Konsortium, in dem die Bundesrepublik über eine einflußreiche Position verfüge, gewandt. Daher regt der indische Botschafter Maßnahmen der Bundesregierung zur Erleichterung der

Rückzahlungsbedingungen früherer Kredite oder die Bereitstellung neuer Gelder an. Kiesinger verweist auf die schwierige Haushaltslage der Bundesrepublik.

- 223**     15.06. Vortragender Legationsrat I. Klasse Herrmann, Sofia, S. 921  
                 an das Auswärtige Amt

Herrmann bittet darum, eine vom Auswärtigen Amt erhaltene Weisung für ein Gespräch mit dem bulgarischen Außenminister über die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen bis auf weiteres zurückstellen zu dürfen. Er rechne mit einer ausweichenden Reaktion von Bashew. Die bulgarische Regierung sei seit dem Abschluß des Freundschaftsvertrags vom 12. Mai 1967 mit der UdSSR bemüht, die bisherige „Gefolgschaft gegenüber Moskau“ nach Möglichkeit noch zu überbieten. Sollte der Bundesregierung jedoch ein Botschafteraustausch mit einem weiteren Ostblock-Staat gelingen, sei eine veränderte Situation gegeben.

- 224**     16.06. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem S. 923  
                 sowjetischen Botschafter Zarapkin

Mit Blick auf eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR erläutert Brandt vierzehn Themen, die Gegenstand von Regierungsgesprächen sein könnten. Zarapkin erwidert, daß die sowjetische Regierung die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik zu den osteuropäischen Staaten gutheiße. Jedoch dürfe damit nicht der Gedanke verbunden sei, die DDR einzukreisen und zu isolieren; vielmehr sei eine Normalisierung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und der DDR erforderlich. Er macht ferner darauf aufmerksam, daß Grundzüge einer „Verhärtung“ in den Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik eingetreten seien. Brandt betont, daß kein Gesprächspartner von dem anderen erwarten könne, daß alle Forderungen noch vor Aufnahme von Verhandlungen in „unterwürfiger Weise“ angenommen würden. Er regt an, nach Ansatzpunkten für eine Verbesserung der Beziehungen zu suchen.

- 225**     19.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem S. 929  
                 amerikanischen Botschafter McGhee

Kiesinger erklärt, daß sich die Haltung der westeuropäischen Regierungen allmählich auf den Abschluß eines zeitlich befristeten Nichtverbreitungsabkommens zubewege, und macht deutlich, daß er selbst eine Befristung für wesentlich halte. McGhee entgegnet, aus einer Befristung ließe sich der Schluß ziehen, daß gewisse Staaten zu einem späteren Zeitpunkt in den Besitz von Atomwaffen gelangen wollten. Die Frage eines Nichtverbreitungsabkommens werde beim geplanten Besuch des Bundeskanzlers in Washington das einzige Thema sein, bei dem auf eine Entscheidung gedrängt werde. McGhee bestätigt, daß sich die Bundesregierung in der Nahost-Krise neutral verhalten habe, und erklärt die Versorgung mit Erdöl, die auf-

grund der Sperrung des Suez-Kanals erschwert worden sei, als vordringlich. Abschließend betont Kiesinger, er wolle in Washington insbesondere deutlich machen, daß die Bundesrepublik nicht von den USA „wegdrifte“.

- 226**      20.06. Aufzeichnung des Staatssekretärs Schütz S. 934

Schütz nimmt Stellung zu den Verhandlungen der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf. Mit Blick auf den gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen Entwurf für eine Nichtverbreitungsabkommen regt er öffentliche Zurückhaltung, gepaart mit diskreten diplomatischen Bemühungen, an. Die Einbeziehung der EURATOM-Kontrolle in die Kontrollen eines Nichtverbreitungsabkommens mittels Verifikation durch die IAEA sei eine der wesentlichen westlichen Positionen. In diesem Punkt dürften die USA in den Verhandlungen nicht nachgeben, außer für den Fall, daß die UdSSR doch noch Sicherheitskontrollen im eigenen zivilen Bereich zuließe. Ferner sei die unbefristete Geltungsdauer eines Abkommens umstritten. Schütz rät, mit den USA über das Zeitelement auf hoher politischer Ebene zu verhandeln und in Genf diesbezüglich selbst nicht hervorzutreten.

- 227**      20.06. Bundesminister Schiller, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 936

Schiller berichtet von Gesprächen mit dem Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Eugene Rostow, und dem Sonderbeauftragten des amerikanischen Präsidenten für den Nahen Osten, Bundy, über das Erdölembargo arabischer Staaten gegenüber den USA und Großbritannien. Er habe insbesondere die Sorge der Bundesregierung zum Ausdruck gebracht, daß möglicherweise die Versorgung nicht gesichert sei. Zugleich habe er sich gegen eine Erklärung der OECD über einen drohenden Notstand ausgesprochen, die nur zu einem „Run auf das Öl“ und zu Forderungen nach Regelungen zugunsten anderer Energiequellen – etwa der Kohle – führen werde. Zudem habe er darauf hingewiesen, daß eine Frontbildung gegen die arabischen Staaten zu einer Ausweitung des Erdölembargos auf Kontinentaleuropa führen könnte.

- 228**      21.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg S. 938

Meyer-Lindenberg notiert, daß der jordanische Botschafter in London anlässlich eines Besuchs in der Bundesrepublik am 15. Juni 1967 im Auswärtigen Amt eine Soforthilfe der Bundesregierung für arabische Flüchtlinge angeregt habe. Juma erklärte, daß die Abreise des designierten jordanischen Botschafters aus Bonn nicht auf Veranlassung der VAR geschehen sei, sondern weil Sharif zu „Propagandaarbeiten“ in Amman benötigt werde. Jordanien werde wegen der von Israel besetzten Territorien „lieber mit dem Teufel paktieren“, als diese Gebiete aufzuge-

- CIV

und eine einvernehmliche Regelung für die Stadt Jerusalem umfassen solle. Gleichzeitig seien die humanitären Hilfsaktionen in den von den Kriegseignissen betroffenen Staaten fortzusetzen.

- 233**     23.06. Staatssekretär Schütz an Botschafter Knappstein,     S. 953  
Washington

Schütz bittet, an hoher Stelle die Besorgnis der Bundesregierung auszudrücken, daß das in den westlichen Konsultationen gefundene Ergebnis zum Kontrollartikel eines Nichtverbreitungsabkommens gefährdet sein könnte. Dieser im amerikanisch-sowjetischen Entwurf vom 11. Juni 1967 ausgesparte Artikel enthalte für die Bundesrepublik eines der wichtigsten Kriterien zugunsten der Annehmbarkeit des Abkommens: die „Verifikationslösung“, also die Überprüfung der als gleichwertig anerkannten EURATOM-Kontrollen durch die IAEA. Knappstein solle zudem in Erfahrung bringen, weshalb der bislang in Artikel III festgeschriebene Schutz des internationalen Austausches von Kernmaterial, Ausrüstungen und Informationen aufgegeben worden sei.

- 234**     27.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit     S. 955  
Ministerpräsident Lynch

Lynch betont, daß eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung und des Parlaments in Irland das Gesuch vom 10. Mai 1967 um Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften befürworte. Wegen der ausgeprägten wirtschaftlichen Beziehungen zu Großbritannien sei ein Beitritt jedoch nur gemeinsam möglich. Kiesinger erklärt, beide Gesuche zu unterstützen. Lynch weist darauf hin, daß zunächst drei Fragen zu lösen seien: Zum einen müsse die Notwendigkeit einer Erweiterung der Gemeinschaft erörtert werden, zum andern solle die Anpassung der Landwirtschaftspolitik Großbritanniens an diejenige der EWG geklärt werden, schließlich sei über die Rolle des britischen Pfundes als Leitwährung nachzudenken. Irland selbst habe keine politischen Vorbehalte, benötige aber eine Übergangsfrist für die eigene Industrie. Kiesinger versichert, daß die Bundesregierung versuchen wolle, die französische Regierung für eine Aufnahme Großbritanniens zu gewinnen.

- 235**     27.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete     S. 961

Ruete faßt den Verlauf einer Besprechung mit Vertretern der Drei Mächte vom 22. Juni 1967 zusammen. Es sei die Möglichkeit einer Mitbenutzung des Luftkorridors von Berlin (West) nach Frankfurt/Main durch die sowjetische Fluggesellschaft Aeroflot bei der Errichtung eines Linienflugverkehrs zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR erörtert worden. Von seiten der Drei Mächte sei auf die Gefahr eines verkehrswidrigen Verhaltens der Aeroflot in dieser Luftstraße und auf die dadurch bedingten Auseinandersetzungen in der Luftsicherheitszentrale der Vier Mächte hingewiesen worden. Zudem hätten

sie Bedenken wegen der Sicherheit von Berlin (West) geäußert. Von deutscher Seite sei betont worden, daß die Sicherheit der Stadt Vorrang vor dem Aufbau einer Flugverbindung zwischen Frankfurt/Main und Moskau habe. Die Deutsche Lufthansa könne jedoch nicht auf Dauer von dem Verkehr nach Moskau und weiter nach Ostasien ausgeschlossen werden.

- 236**      27.06. Bundesminister Brandt an die Botschaft in London      S. 963

Brandt bittet, dem britischen Außenminister Brown mitzuteilen, daß sich auf der Tagung des EWG-Ministerrats vom Vortag alle Teilnehmer bis auf Frankreich für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien ausgesprochen hätten. Über den Zeitpunkt der Anhörung einer britischen Delegation sei keine Übereinstimmung erzielt worden. Brandt legt Brown nahe, auf der Tagung des WEU-Ministerrats am 4./5. Juli 1967 in Den Haag unter dem Tagesordnungspunkt „Gedankenaustausch über die wirtschaftliche Lage in Europa“ den britischen Standpunkt vorzutragen.

- 237**      27.06. Botschaftsrat I. Klasse Lahn, Kairo, an das      S. 965  
Auswärtige Amt

Lahn berichtet über den Stand des Raketen- und Flugzeugbaus in der VAR. Die von ausländischen Technikern in den letzten Jahren mit großem finanziellem Aufwand entwickelten Raketen seien während der militärischen Auseinandersetzungen mit Israel aufgrund von Mängeln am Steuerungssystem nicht einsatzfähig gewesen. Da die ausländischen Experten die VAR in Kürze verließen, könne das Programm als beendet betrachtet werden. Hingegen seien im Bereich des Flugzeugbaus noch etwa 250 zumeist deutsche Techniker im Triebwerk- und Zellenbau beschäftigt.

- 238**      28.06. Aufzeichnung des Referenten Bahr      S. 966

Bahr notiert, daß gegenüber der UdSSR die Möglichkeit bestehe, auf eine Abzweigung der geplanten sowjetisch-italienischen Erdgasleitung in Richtung Süddeutschland und Berlin (West) hinzuwirken beziehungsweise die Verlängerung der in Frankfurt/Oder endenden Erdölleitung „Linie der Freundschaft“ anzuregen. Ein solches Projekt könne den Entspannungswillen der Bundesrepublik unter Beweis stellen, einen für den Bundeshaushalt kostenneutralen wirtschaftlichen Aufschwung bewirken und dem sowjetischen Interesse nach verstärkten Lieferungen von Rohstoffen Rechnung tragen. Eine daraus resultierende Abhängigkeit in der Energieversorgung hält er angesichts der sehr geringen Mengen im Vergleich zum Gesamtbedarf für unwahrscheinlich. Bahr regt daher Sondierungen auf staatlicher Ebene mit der UdSSR an. Er betont, daß ein derartiges Projekt dazu beitragen könne, die Barrieren gegen die Ostpolitik der Bundesregierung abzubauen.



<b>240</b>	30.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem britischen Botschafter Roberts	S. 971
------------	---	--------

241	30.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem französischen Botschafter François Seydoux	S. 976
-----	--	--------

CVII



<b>246</b>	05.07. Gesandter Oncken, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt	S. 993
------------	---	--------

247	06.07. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Präsident Houphouet-Boigny	S. 996
-----	---	--------

CIX

- 248**      06.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse      S. 1001  
Blomeyer-Bartenstein

Blomeyer-Bartenstein äußert sich zur Übernahme konsularischer Tätigkeiten in den von Israel im Nahost-Krieg besetzten Gebieten durch die Botschaft in Tel Aviv. Er empfiehlt, bei der israelischen Regierung einen Vorbehalt hinsichtlich der Zugehörigkeit dieser Gebiete zu Israel einzulegen. Vor dem Nahost-Krieg sei beispielsweise die konsularische Betreuung deutscher Staatsangehöriger in der Altstadt von Jerusalem und im Ostteil der Stadt durch die Botschaft in Amman erfolgt. Diese Aufgabe müsse nun die Vertretung in Tel Aviv übernehmen. Dies könne von den arabischen Staaten und von der UNO als Anerkennung der israelischen Oberhoheit in der Altstadt und in Ost-Jerusalem gewertet werden. Darüber hinaus habe Israel mittlerweile die Neustadt von Jerusalem mit der Altstadt sowie mit Ost-Jerusalem formell administrativ vereinigt. Dieser Schritt sei am 5. Juli 1967 durch die UNO verurteilt worden. Angesichts dieser Entwicklung erscheint Blomeyer-Bartenstein der im Auswärtigen Amt gefaßte Beschluß, lediglich einen formlosen mündlichen Vorbehalt einzulegen, nicht mehr ausreichend. Daher fügt er den Entwurf eines Aide-mémoires bei.

- 249**      06.07. Gesandter Oncken, Paris (NATO), an das      S. 1004  
Auswärtige Amt

Oncken berichtet von den Bemühungen, zu einer Vereinbarung zwischen dem Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, Lemnitzer, und dem französischen Generalstabschef Ailleret über das Zusammenwirken von Frankreich und der NATO im Krisen- und Verteidigungsfall zu gelangen. Bislang habe sich die Formulierung einer von Lemnitzer an Ailleret zu richtenden schriftlichen Billigung der Befehlsgewalt von Ailleret über die französischen Truppen in der Bundesrepublik als schwierig erwiesen, weil sie nicht als nachträgliche Zustimmung zum französischen Ausscheiden aus der NATO-Integration erscheinen dürfe. Seitens der Bundesrepublik werde eine Kompromißformel befürwortet, die Ailleret in einem Schreiben vom 10. Mai 1967 an Lemnitzer vorgeschlagen habe.

- 250**      07.07. Aufzeichnung des Botschafters z. b. V. Bahr      S. 1006

Bahr unterbreitet Empfehlungen für die Gesprächsführung beim Besuch des Staatspräsidenten de Gaulle am 12./13. Juli 1967 in Bonn. Die Vorstellungen der Bundesregierung bezüglich eines Sicherheitssystems für Europa könnten zu einem wichtigen Thema werden. In diesem Zusammenhang sollte auch der Stufenplan „Gewaltverzicht – Sicherheitssystem – Friedensordnung“ erläutert werden. Zu erwägen sei, ob Frankreich im Rahmen der Entspannungsbemühungen gegenüber Polen etwa die Verlässlichkeit der Bundesrepublik garantieren wolle. Weiterhin könne angesprochen werden, ob Frankreich als Garantiemacht bereitstünde, falls der Gewaltverzicht gegenüber der Tschechoslowakei in besonders feierlicher Form nach dem „Vorbild Locarno“ vertraglich geregelt werden sollte. Bahr macht

zudem darauf aufmerksam, daß in der Frage eines Nichtverbreitungsabkommens auf einer Klärung der französischen Haltung zu einer Verifikationslösung zwischen EURATOM und IAE0 bestanden werden müsse. Wenn Frankreich sich selbst bei einer Regelung ausnehme, könne nicht mehr von EURATOM gesprochen und wohl auch keine für die UdSSR akzeptable Lösung erzielt werden.

- 251**      07.07.    Aufzeichnung des Legationssekretärs von Haeften      S. 1009

Haeften resümiert den Stand der Diskussion über den Fanfani-Plan. Zu der vom italienischen Außenminister im September 1966 in der NATO vorgeschlagenen Untersuchung über eine internationale Zusammenarbeit, um den technologischen Rückstand Europas gegenüber den USA aufzuholen, verabschiedete der NATO-Ministerrat am 13./14. Juni 1967 einen Bericht und einen Resolutionsentwurf, die im wesentlichen den Vorstellungen der Bundesregierung entsprachen. Sie enthielten z.B. den Hinweis, daß die technologische Zusammenarbeit in Europa in erster Linie in den Europäischen Gemeinschaften, die „atlantische Zusammenarbeit“ dagegen in der OECD stattfinden sollte. Jedoch hätte deutlicher zum Ausdruck gebracht werden müssen, daß sich die Tätigkeit der NATO auf wehrtechnische Forschungen beschränken solle.

- 252**      07.07.    Gesandter Oncken, Paris (NATO), an das      S. 1011  
Auswärtige Amt

Oncken berichtet über die erste Reaktion des britischen Vorsitzenden der Arbeitsgruppe für Verteidigungsplanung der NATO auf Pressemeldungen, daß infolge von Kürzungen im Bundeshaushalt Truppenverringerungen notwendig werden könnten. Hockaday regte an, der NATO einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten. Das Vorhaben der Bundesregierung könne dann im Ausschuß für Verteidigungsplanung der NATO erörtert werden, wo es vermutlich – angesichts der „großzügig“ behandelten amerikanischen, belgischen und britischen Wünsche nach Rückverlegung von Truppen aus der Bundesrepublik – nur auf geringe Kritik stoßen werde. Hockaday riet, das Argument zu verwenden, daß die Truppenreduktionen mit einer Verbesserung der Kampfkraft der Bundeswehr einhergingen. Er verwies auf die amerikanische Position, daß die Personalstärken der Bundeswehr-Verbände und die Kriegsbevorratung zu niedrig seien.

- 253**      11.07.    Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem      S. 1013  
sowjetischen Botschafter Zarapkin

In dieser Unterredung werden strittige Fragen nicht erörtert. Kiesinger erläutert die Politik der Bundesregierung gegenüber der UdSSR. Unter Ausklammerung der zur Zeit nicht lösbaren Deutschland-Frage strebe sie eine Verbesserung der Beziehungen an. Auf den von Zarapkin angesprochenen Vorschlag eines kollektiven Sicherheitssystems für Europa erklärt Kiesinger,

es sei kein normaler Zustand, daß sich in Europa seit zwanzig Jahren amerikanische und sowjetische Truppen gegenüberstünden. Allerdings könne auf die Anwesenheit amerikanischer Soldaten erst nach der Schaffung eines wirklich zuverlässigen Sicherheitssystems verzichtet werden. Zarapkin vertritt die Ansicht, daß sich Äußerungen von Politikern aus der Bundesrepublik – beispielsweise über eine Auflösung der Verteidigungsbündnisse, zu kernwaffenfreien Zonen oder Truppenreduktionen – mit einem Teil der Karlsbader Vorschläge vom 26. April 1967 zur Sicherheit in Europa deckten. Kiesinger zeigt sich überzeugt, daß kollektive Sicherheit in Europa idealerweise durch Abrüstung erreicht werden sollte. Dies würde auch die Mittel freimachen, um Hunderten von Millionen notleidender Menschen in der Dritten Welt durch „gemeinsame Taten des Friedens“ zu helfen. Zarapkin betont dagegen, daß zur Zeit eine vollständige Abrüstung nicht möglich sei.

- 254**     11.07.   Bundeskanzler Kiesinger an Präsident Johnson     S. 1017

Kiesinger informiert Johnson über die Beschlüsse des Bundeskabinetts vom 6. Juli 1967 zur mittelfristigen Finanzplanung bis 1971. Sie sähen zwar Kürzungen bei den eingeplanten Zuwachsraten im Verteidigungshaushalt vor, zögen jedoch nicht automatisch eine Verminderung der Personalstärke der Bundeswehr nach sich. Eine solche Entscheidung sei schon deshalb nicht getroffen worden, weil die Verbündeten selbstverständlich vorab dazu konsultiert worden wären. Diesbezügliche Pressemeldungen hätten folglich einen ebenso geringen Wahrheitsgehalt wie „wilde Gerüchte“, daß die Haushaltsbeschlüsse Anzeichen einer politischen Neuorientierung der Bundesregierung seien. Kiesinger betont, daß er vor allem die Verteidigungsstärke des Heeres erhalten wolle und daß schon ab 1969 wieder eine Steigerung der Ausgaben für die Bundeswehr vorgesehen sei.

- 255**     11.07.   Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahn     S. 1019

Sahn faßt ein Gespräch mit dem niederländischen Gesandten zusammen. Jorissen äußerte die Befürchtung, daß die aus finanziellen Erwägungen möglicherweise notwendige Verkleinerung der Bundeswehr einen „übermächtigen“ Druck auf die niederländische Regierung zur Folge haben könnte, die Dienstzeit in den Streitkräften herabzusetzen und Einsparungen im Verteidigungshaushalt vorzunehmen. Weiterhin bedauerte er, daß die Bundesregierung ihre Verbündeten nicht vor der Beschlußfassung konsultiert habe. Sahn erläuterte daraufhin, daß es sich bei der Entscheidung vom 6. Juli 1967 lediglich um Vorab-Beschlüsse über einen haushaltsmäßigen Rahmen handele.

- 256**     11.07.   Verhandlungsinstruktion für Botschafter z. b. V. Bahr     S. 1020

Bahr erhält Weisungen für die bevorstehenden Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Regierung über den Abschluß von Abkommen zum Waren- und Zahlungsverkehr sowie über den

Austausch von Handelsvertretungen. Er solle klarstellen, daß die Bundesrepublik unverändert die Aufnahme diplomatischer Beziehungen anstrebe. Hinsichtlich einer Einbeziehung von Berlin (West) in die Abkommen müsse er versuchen, eine Festschreibung der „bisherigen Praxis“ im bilateralen Handel zu erreichen. Hierfür wäre die verbindliche tschechoslowakische Zusicherung unerlässlich, daß Berlin (West) zumindest de facto in das Warenverkehrsprotokoll von 1961 eingebunden war. Die in Prag zu errichtende Handelsvertretung sollte über konsularische Befugnisse – wie etwa das Recht zur Ausstellung von Pässen und Sichtvermerken – verfügen. Sie solle zudem Zugang zum tschechoslowakischen Außenministerium erhalten und auch in kulturpolitischen Angelegenheiten tätig werden können. Hinsichtlich der Rechtswirksamkeit des Münchener Abkommens von 1938 solle auf den bekannten Standpunkt der Bundesregierung verwiesen werden, daß das Abkommen nicht mehr gültig sei.

- 257      11.07. Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg an die Botschaft      S. 1025  
in Paris

Meyer-Lindenberg übermittelt eine Weisung für ein weiteres Gespräch des Botschaftsrats I. Klasse Fechter mit dem ägyptischen Botschaftsrat Charaf. Fechter solle erklären, daß Behauptungen, die Bundesregierung habe während der Nahost-Krise 500 Freiwillige über Luxemburg nach Israel entsandt und außerdem dem stellvertretenden israelischen Verteidigungsminister Peres Kredite zum Kauf französischen Rüstungsmaterials zugesagt, „absolut unwahr“ seien. Sie träfen ebenso wenig zu wie die bereits im Mai und Juni 1967 von ägyptischer Seite verbreiteten Meldungen, die Bundesrepublik liefere Waffen an Israel. Die angebliche Abreise der Freiwilligen vom Flughafen Luxemburg aus sei sogar vom luxemburgischen Verkehrsminister Boucher in einer schriftlichen Erklärung dementiert worden. Abschließend äußert Meyer-Lindenberg die Ansicht, daß diese Gerüchte zum großen Teil von der DDR und der UdSSR ausgingen.

- 258      11.07. Staatssekretär Schütz an die Ständige Vertretung bei      S. 1028  
der NATO in Paris

Schütz übermittelt ein Schreiben an den NATO-Generalsekretär. Darin informiert er Brosio über den Beschluß des Bundeskabinetts vom 6. Juli 1967 zur mittelfristigen Finanzplanung bis 1971. Die aufgrund der Konjunkturschwäche unumgänglich gewordenen Streichungen im Bundeshaushalt machten Kürzungen gegenüber den Anforderungen des Bundesministeriums der Verteidigung erforderlich. Damit bleibe der Verteidigungs-etat „hinter der bisherigen Planung erheblich“ zurück. Schütz betont, daß sich die Bundesregierung der Risiken dieser Entscheidung bewußt sei.

- 259**      11.07.    Botschafter von Walther, Moskau, an Bundesminister Brandt S. 1031

Walther berichtet aus einer Unterredung mit einem sowjetischen „Verbindungsmann“ über die vierzehn Gesprächspunkte, die von Bundesminister Brandt am 16. Juni 1967 dem sowjetischen Botschafter Zarapkin übergeben wurden. Die Tatsache, daß der Gesprächspartner sofort die Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung als Voraussetzung nicht nur für eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen, sondern auch für erfolgreiche Gespräche über andere Fragen forderte, lasse auf eine Verhärtung in der sowjetischen Haltung schließen. Auch Erläuterungen von Walther, daß durch ein Gewaltverzichtsabkommen die von der UdSSR geforderte Anerkennung der Realitäten in Deutschland in der Praxis „effektuert“ würde und daß eine Bestätigung der Nachkriegsgrenzen aufgrund der Beschlüsse von Potsdam von 1945 zu einer reinen Prozedurfrage geworden sei, konnten dem Gespräch keine positive Wendung geben.

- 260**      11.07.    Ministerialdirigent Sahm an die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris S. 1033

Sahm legt dar, wie auf eine weitere Erörterung von Schadensersatzforderungen der übrigen NATO-Partner gegenüber Frankreich zu reagieren sei. Die Ansprüche seien in dem französischen Ausscheiden aus der militärischen NATO-Integration begründet. Zu berücksichtigen sei, daß die Bundesregierung weiterhin an einer engen und dauerhaften Zusammenarbeit mit Frankreich Interesse habe. Daher sei es nicht zweckmäßig, der französischen Regierung eine vorbereitete, rechtlich und rechnerisch belegte Forderung zuzustellen; vielmehr müsse diese dazu veranlaßt werden bekanntzugeben, in welchem Umfang sie zu einem finanziellen Ausgleich bereit sei. Sahm regt an, die Vierzehn sollten für weitere Gespräche eine Verhandlungsdelegation beauftragen.

- 261**      12.07.    Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Staatspräsident de Gaulle S. 1035

De Gaulle erläutert die Haltung der französischen Regierung in der Nahost-Krise, die in der Kritik am israelischen Angriff vom 5. Juni 1967 von der öffentlichen Meinung in Frankreich abweiche. Weiterhin wünsche Frankreich, den Gemeinsamen Markt unverändert zu erhalten. Ein britischer Beitritt zur EG würde alles „umkrempeln“, denn Großbritannien sei anders als die übrigen sechs Mitgliedstaaten. Gegenüber der Bundesrepublik sei Frankreich zu einem besonderen und privilegierten Kontakt bereit, der enger sein solle als zu irgend einem anderen Staat. Kiesinger betont dagegen das Interesse der deutschen Industrie an einer Aufnahme Großbritanniens in die Gemeinschaft. Die EG müsse größer und stärker werden, wenn sie politisches Gewicht haben solle. Zur Verbesserung der bilateralen Zusammenarbeit schlägt er die Berufung eines Koordinators und die Bildung einer deutsch-französischen Industrie-



kommission vor. Als wichtiges Gebiet der Kooperation sieht er die Politik gegenüber Osteuropa. Hier weist Kiesinger auf die von ihm neu gesetzten Akzente hin, so auf die gegenüber Polen herausgestellte „versöhnende Formel“, daß der in einem Friedensvertrag festzulegende Verlauf der deutsch-polnischen Grenze für beide Seiten annehmbar sein müsse. De Gaulle gibt zu bedenken, daß eines Tages Deutschland selbst eine Entscheidung in der Grenzfrage treffen müsse, die dann einen „ungeheuren Effekt“ in den Ostblock-Staaten haben würde.

- 262**      12.07. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Ministerpräsident Pompidou S. 1047

Pompidou faßt Eindrücke seines Besuchs vom 3. bis 8. Juli 1967 in der UdSSR zusammen. Dort gelte zur Zeit die wirtschaftliche Entwicklung als vorrangige Aufgabe. Auffällig sei die Zunahme des individuellen Konsums, die sich in der steigenden Zahl der privaten Kraftwagen zeige. Dies halte er für wichtig, da das sowjetische politische System durch Individualismus „leicht ein bißchen erschüttert“ werden könne. Aus Gesprächen mit Ministerpräsident Kossygin und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, habe er den Eindruck gewonnen, daß die sowjetische Regierung angesichts der innenpolitischen Aufgaben an einer Beilegung internationaler Konflikte, wie im Nahen Osten und in Vietnam, interessiert sei. Das Deutschland-Problem wolle sie zur Zeit „im Eisschrank lassen“. So sei nicht mit einer Krise aufgrund der „Annäherungsbemühungen“ der Bundesrepublik gegenüber den Ostblock-Staaten zu rechnen. Kiesinger pflichtet bei, daß auch er im Verhältnis zur UdSSR keine erheblichen Entwicklungen erwarte. Die Ostpolitik werde mit viel Geduld fortgeführt. In der Frage einer Anerkennung der DDR müsse die Bundesregierung jedoch hart bleiben, wenn sie zur Lösung menschlicher Probleme beitragen wolle.

- 263**      13.07. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Staatspräsident de Gaulle S. 1052

De Gaulle legt dar, daß der Weg zur deutschen Wiedervereinigung nur über ein Arrangement mit dem Osten führe; „dabei könne Deutschland mit Frankreich und nur mit Frankreich rechnen“. Die Verständigung zwischen Ost und West sei notwendig, um Europa vor politischer und wirtschaftlicher Dominanz durch die USA zu bewahren, unter der es aus französischer Perspektive keine „raison de vivre“ mehr gebe. Dem ziehe Frankreich in aller Aufrichtigkeit eine Wiedervereinigung Deutschlands vor. Kiesinger verweist darauf, daß die UdSSR allein durch ihre Größe und ihre Atomwaffen Westeuropa gefügig machen könne. Deshalb müßten bis zu einer Lösung der europäischen Frage die USA in Europa militärisch präsent bleiben. De Gaulle betont dagegen, daß zur Zeit die Volksrepublik China das größte Problem für die UdSSR darstelle, die sich folglich mit dem Westen arrangieren müsse. Europa dürfe nicht dem „Atlantismus“ anheimfallen. Dies aber werde bei einer Aufnahme Großbritanniens in die EG geschehen, die sich

dann von einer Gemeinschaft zu einer Freihandelszone wandeln werde. Auch lehne er eine politische Struktur Europas ab, in der Frankreich seine nationale Persönlichkeit verlöre. Kiesinger räumt ein, daß er ursprünglich eine europäische Integration befürwortet habe, damals allerdings „noch ziemlich unerfahren“ gewesen sei. De Gaulle habe ihn überzeugt, daß die Verantwortung für die Nationen nicht durch eine übernationale Bürokratie ersetzt werden könne. Auch ohne Supranationalität sei eine europäische politische Union zu erzielen.

**264**      13.07.    Deutsch-französische Regierungsbesprechung      S. 1063

Bundeskanzler Kiesinger und Staatspräsident de Gaulle fassen die Ergebnisse der vorangegangenen Gespräche zusammen. Hervorgehoben wird die Notwendigkeit zur Verbesserung der Kooperation, vor allem auf den Gebieten Wirtschaft und Technologie. Für diese Bereiche werde die Einrichtung bilateraler Kommissionen erwogen. Bestätigt wird der Vorschlag, in jedem der beiden Staaten einen Beauftragten zur Koordinierung der Zusammenarbeit zu ernennen. Bundesminister Schiller und der französische Wirtschaftsminister Debré teilen aus ihren Gesprächen mit, daß die beiden Regierungen hinsichtlich der internationalen Finanzpolitik übereinstimmen. Mit Blick auf Stimm- und Ziehungsrechte im Internationalen Währungsfonds bestehe Einvernehmen, daß die sechs EG-Staaten eine „Sperrminorität“ erhalten sollten. Debré berichtet aus seiner Unterredung mit Bundesminister Strauß, daß auch in Steuerfragen die Ansichten harmonisierten. Bundesminister Schröder führt aus, daß er mit seinem französischen Amtskollegen Messmer darüber gesprochen habe, wie die vereinbarten gemeinsamen Studien über die Sicherheit Europas in den siebziger Jahren organisiert werden sollen.

**265**      13.07.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete      S. 1074

Ruete legt eine Zusammenfassung von drei Schriftstücken vor, die einem Ingenieur aus der Bundesrepublik im Juni 1967 in Kasachstan von einer Angehörigen der rußlanddeutschen Minderheit übergeben wurden. Bei den zweifellos authentischen Dokumenten handele es sich erstens um Aufzeichnungen über Gespräche, die eine wolgadeutsche Delegation 1965 mit Vertretern des Zentralkomitees der KPdSU und mit dem damaligen Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet, Mikojan, führte, zweitens um ein vermutlich Anfang 1966 abgesandtes Schreiben an Mikojan. In den Schriftstücken werde die Wiederherstellung der Wolgadeutschen Republik und die völlige Rehabilitierung der rußlanddeutschen Volksgruppe gefordert, die immer noch ein Opfer der „antileninistischen Völkermordkase“ von 1941, 1948 und 1955 sei. Seitens der KPdSU sei lediglich eine bessere politische Vertretung sowie mehr Eigenständigkeit im Bereich Bildung und Medien zugesichert worden. Ruete kommt zu dem Schluß, daß angesichts der prekären Lage der Rußlanddeutschen jeder Schritt der Bundesregierung gegenüber der UdSSR unterbleiben solle.

- 266**      13.07.    Gesandter Oncken, Paris (NATO), an das                      S. 1078  
                     Auswärtige Amt

Oncken berichtet von einer informellen Sitzung der Ständigen Vertreter bei der NATO über den Stand der Studie über die zukünftigen Aufgaben der Allianz (Harmel-Studie). Der dänische NATO-Botschafter Hjorth-Nielsen bezeichnete die Organisation des Projekts als „chaotisch“ und beklagte die fehlende Koordinierung der vier Untergruppen, von denen drei mit ihrer Arbeit nicht recht vorankämen und eine überhaupt überflüssig zu sein scheine. Der kanadische Botschafter stimmte zu und schlug vor, die Zahl der Untergruppen auf zwei zu reduzieren. Ritchie erläuterte dann die kanadische Auffassung von den zukünftigen Aufgaben der NATO. Dazu gehöre, daß sie eine Garantie gegen wiederaufkommenden Nationalismus und einen Sicherheitsrahmen für eine Wiedervereinigung Deutschlands biete. Die NATO solle ihre militärische Stärke beibehalten und sich gleichzeitig „nach Osten hin“ öffnen. Während von französischer Seite ein großer Teil der Studie als thematisch „irrelevant“ bezeichnet wurde, rieten die Vertreter anderer Staaten – darunter der USA, Großbritanniens und der Türkei – von voreiliger Kritik ab.

- 267**      17.07.    Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem                      S. 1080  
                     amerikanischen Botschafter McGhee

Kiesinger bezeichnet Verlautbarungen in der Presse, daß die Bundeswehr um 60 000 Mann verringert werden müsse, als „baren Unsinn“. Er betont, daß die für die Streitkräfte zur Verfügung stehenden Mittel sogar jährlich wachsen werden. Bereits am 12./13. Juli 1967 habe er den französischen Staatspräsidenten darauf hingewiesen, daß dessen Haltung gegenüber den USA der deutsch-französischen Kooperation möglicherweise „schweren Schaden“ zufügen werde. Er könne sich nämlich auf Dauer nicht für die Zusammenarbeit mit Frankreich aussprechen, wenn de Gaulle weiterhin so „gegen Amerika rede“. Die ablehnende Haltung des Staatspräsidenten zu einem britischen EG-Beitritt sei unerbittlich gewesen. Auf die Frage von McGhee, was unter der deutsch-französischen Studie über die Sicherheit Europas in den siebziger Jahren zu verstehen sei und ob dieses Vorhaben etwa „über die NATO hinausgehe“, antwortet Kiesinger, daß zunächst geplant worden sei, Möglichkeiten für eine bilaterale Zusammenarbeit auf den Rüstungssektor zu erörtern. Inzwischen sei der Themenkreis erweitert worden. Das Projekt sei jedoch noch recht vage, und es gebe keinen Grund für irgendwelche Besorgnisse in den USA.

- 268**      17.07.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Diehl                      S. 1087

Diehl stellt fest, daß auf der Besprechung der amerikanischen, britischen und deutschen Planungsstäbe vom 10. bis 12. Juli 1967 in London als erstes Thema ein britischer Plan für „Europäische Sicherheit und Wiedervereinigung“ erörtert worden sei. Kernpunkt dieses Vorschlags waren zum einen Gespräche zwischen der Bundesrepublik und der DDR über eine Humanisie-

rung des bilateralen Verhältnisses, zum anderen zwischen NATO und Warschauer Pakt über europäische Sicherheit. Nur wenn in beiden Verhandlungsrunden befriedigende Ergebnisse erzielt würden, sollten die dort ausgehandelten Vereinbarungen in Kraft treten. Trotz des Einwandes, daß solche Gespräche mit der UdSSR „zwangsläufig in einen ‚Propagandazirkus‘ ausarten müßten“, überwog die Ansicht, wenigstens eine Vorkonferenz über weniger kontroverse Punkte aus dem Bereich der europäischen Sicherheit anzustreben. Die von der sowjetischen Regierung im Rahmen einer Sicherheitskonferenz verfolgten Ziele, wie etwa die Anerkennung von DDR und Oder-Neiße-Linie oder die Auflösung der NATO, seien allerdings abzulehnen. Es bestand Einvernehmen, daß zunächst die „Marschroute der Allianz“ festgelegt werden müsse. Der Gedanke, die Diskussionen in der Harmel-Gruppe in diesem Sinne zu führen, wurde jedoch verworfen.

- 269**      17.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Diehl S. 1090

Diehl legt dar, daß sich bei der Besprechung der amerikanischen, britischen und deutschen Planungsstäbe vom 10. bis 12. Juli 1967 in London die amerikanischen Teilnehmer beunruhigt gezeigt hätten: Erklärungen der Bundesregierung erweckten den Eindruck, als werde nicht mehr der Integration im westlichen Bündnis der Vorrang vor einer Wiedervereinigung gegeben. Die Bundesregierung sei offensichtlich wieder in die Illusion der fünfziger Jahre verfallen, eine große klärende Entscheidung durch einen Ausgleich mit der UdSSR erreichen zu können. Diehl selbst erläuterte, welche Bedeutung in der Bundesrepublik der europäischen Einigung und der NATO als Voraussetzungen für eine Verständigung mit der UdSSR beigemessen werde. Die Bundesregierung sei allerdings der Überzeugung, daß sich eine Wiedervereinigung Deutschlands nur im Rahmen einer geänderten „politischen Großwetterlage“ vollziehen könne. Daraufhin wurde von amerikanischer Seite die Politik der USA gegenüber der UdSSR erläutert, die durch eine „gewisse kooperative Bipolarität“ gekennzeichnet sei. Es bestand Übereinstimmung, daß das europäisch-amerikanische Verhältnis noch keine echte Partnerschaft sei; die USA dürften von Europa nicht nur ein Mittragen der Lasten verlangen, sondern müßten es auch stärker an Entscheidungen beteiligen. Voraussetzung dafür sei allerdings, daß Europa „mit einer Stimme spreche“.

- 270**      17.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Freiherr von Dungen S. 1093

Dungen erörtert die Bedeutung der Atomwaffen für die Verteidigung der Bundesrepublik. Weder die amerikanischen Interkontinentalraketen noch die etwa 7000 Raketen mittlerer Reichweite in Westeuropa stellten eine wirkungsvolle Abschreckung gegen einen konventionellen Angriff des Warschauer Paktes dar: Während der Einsatz der Erstgenannten unglaublich sei, könnten die Mittelstreckenraketen auf sowjetischer Seite sogar

die Hoffnung wecken, einen Krieg auf Europa begrenzen zu können. Dieses Dilemma könne überwunden werden, wenn auch ein konventioneller Angriff mit der Zündung von zehn bis zwanzig Kernwaffen mit einer Sprengwirkung von maximal 3 Kilotonnen beantwortet würde. Ihr Einsatz, der lediglich eine begrenzte atomare Verseuchung verursachen würde, wäre auch in einem dicht besiedelten Gebiet glaubhaft und würde der UdSSR klarmachen, daß nunmehr die Schwelle zum Atomkrieg überschritten sei. Dungern empfiehlt daher die Stationierung solcher „Kleinst-A-Waffen“. Weiterhin befürwortet er die Einführung der verbesserten Pershing-Langstreckenrakete. An ihrem Einsatz sollte die Bundesregierung nach dem „Zwei-Schlüssel-System“ mitbeteiligt werden. So ließe sich ein gewisser Einfluß auf die amerikanische Nuklearstrategie nehmen.

- 271      17.07. Ministerialdirektor Ruete an die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris      S. 1101

Ruete nimmt Stellung zu dem geplanten Schriftwechsel zwischen dem Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, Lemnitzer, und dem französischen Generalstabschef Ailleret über das künftige Zusammenwirken zwischen Frankreich und der NATO im Krisen- und Verteidigungsfall. Die Bundesregierung befürwortet weiterhin die von französischer Seite vorgeschlagenen Formulierungen. Allerdings sei es bislang nicht gelungen, ein Einvernehmen mit den USA zu erzielen. Ruete rät davon ab, den Inhalt der französischen Fassung über eine Pressemitteilung vorab publik zu machen und damit die Hoffnung zu verbinden, die französische Regierung könne sich dann nicht mehr von diesem Entwurf distanzieren.

- 272      18.07. Bundesminister Brandt an Bundeskanzler Kiesinger (Entwurf)      S. 1102

Brandt äußert sich besorgt darüber, daß der Beschluß des Bundeskabinetts vom 6. Juli 1967 über die mittelfristige Finanzplanung bis 1971 und insbesondere seine Auswirkungen auf den Verteidigungshaushalt in eine öffentliche Diskussion über neue Verteidigungskonzeptionen auszuarten drohe. Einer solchen Entwicklung müsse die Bundesregierung entgegenwirken, damit nicht der abträgliche Eindruck entstehe, als ob die Bundesrepublik sich nicht loyal an die erst Ende 1967 zu treffenden Entscheidungen zur NATO-Streitkräfteplanung halten werde.

- 273      18.07. Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt      S. 1104

Grewe teilt mit, daß die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen und insbesondere die geplanten gemeinsamen Studien über die Sicherheit Europas in den siebziger Jahren bei einigen NATO-Staaten eine bemerkenswerte Nachdenklichkeit ausgelöst hätten. Ursache sei eine zunehmende Skepsis gegenüber Staatspräsident de Gaulle und gegenüber der französischen Bereitschaft, auch nach 1969 in der NATO

zu verbleiben. Es werde befürchtet, daß de Gaulle die Bundesrepublik in das „Fahrwasser seines Zusammenspiels mit Moskau“ hineinziehe. Grewe teilt mit, er habe zu solchen Bedenken ausgeführt, daß eine verstärkte deutsch-französische Zusammenarbeit auf verteidigungspolitischem Gebiet gerade angesichts der inhaltlich unergiebigsten französischen Beteiligung an den NATO-Gremien auch im Interesse der Allianz liege. Die Einflußmöglichkeiten der Bundesregierung auf Frankreich würden allerdings überschätzt; das einzige Druckmittel – die Androhung einer Kündigung des deutsch-französischen Vertrags von 1963 – verbiete sich nicht zuletzt angesichts der amerikanischen und britischen Politik gegenüber der UdSSR.

- 274      20.07. Gespräch des Bundesministers Brandt mit      S. 1107  
Generalsekretär Brosio, NATO

Brosio bittet um eine Stellungnahme zu den vorgesehenen deutsch-französischen Studien über die Sicherheit Europas in den siebziger Jahren. In der NATO breite sich Besorgnis über den zukünftigen Kurs der französischen Politik aus. Angesichts jüngster sicherheitspolitischer Äußerungen von Brandt in der Öffentlichkeit warnt Brosio davor, dem sowjetischen Vorschlag eines multilateralen Garantie-Paktes als zukünftiges Sicherheitssystem in Europa, der offenbar für Frankreich attraktiv sei, zu weit zu folgen. Dies gefährde die Einheit des atlantischen Bündnisses. Unter Hinweis auf Ausführungen des Präsidenten Johnson im Oktober 1966 zur Entspannungspolitik bemerkt Brandt, daß innerhalb der Allianz offensichtlich mit zweierlei Maß gemessen werde. Die Bundesrepublik könne nicht allein die NATO-Solidarität verteidigen, während sich alle anderen Bündnispartner bemühten, „auf bilateralem Wege ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen“. Er halte es zudem für gefährlich, der sowjetischen Regierung die Schlagworte „europäische Sicherheit“ und „Friedensordnung“ zu überlassen; diese Begriffe müsse der Westen mit eigenen Vorstellungen ausfüllen.

- 275      20.07. Botschafter Strätling, Bukarest, an das      S. 1111  
Auswärtige Amt

Strätling teilt mit, daß er mit dem zuständigen Stellvertreter des Außenministers über die Ausreise von Volksdeutschen in Rumänien zu Angehörigen in der Bundesrepublik gesprochen habe. Flitan bat um eine nach Dringlichkeit abgestufte Liste von Ausreisewilligen. Strätling äußert abschließend die Ansicht, daß anlässlich des Besuchs des Bundesministers Brandt vom 3. bis 7. August 1967 in Rumänien mit einer „Geste“ im Bereich der Familienzusammenführung gerechnet werden könne.

- 276      20.07. Botschafter z. b. V. Bahr, z. Z. Prag, an das      S. 1112  
Auswärtige Amt

Bahr berichtet von ersten Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Regierung über Abkommen zum Waren- und Zahlungsverkehr sowie über den Austausch von Handelsvertre-

tungen. Gegenüber dem tschechoslowakischen Delegationsleiter bestand er auf einer Einbeziehung von Berlin (West) mittels eines Schriftwechsels; Babaček befürwortete dagegen eine mündliche Erklärung. Die Frage der Rechtswirksamkeit des Münchener Abkommens von 1938 schien ohne Bedeutung zu sein. Demgegenüber erwies sich als Hauptschwierigkeit, ob das tschechoslowakische Außenministerium oder das Außenhandelsministerium die zuständige Kontaktstelle der Vertretung der Bundesrepublik sein werde.

- 277**      21.07. Gespräch des Bundesministers Schröder mit      S. 1115  
 Generalsekretär Brosio, NATO

Brosio teilt mit, daß die Ankündigung der Bundesregierung, bis 1971 den Verteidigungshaushalt in geringerem Maße als geplant steigen zu lassen, in der NATO „nicht unerhebliche Aufregung“ ausgelöst habe. Schröder erläutert, seit längerer Zeit sei klar gewesen, daß die Planung von 1961/62 zur Erweiterung der Bundeswehr auf 508 000 Mann nicht finanzierbar sein würde. Eine Vergrößerung über die derzeitige Stärke von 456 000 Mann hinaus sei nicht möglich. Dies bedeute jedoch keine Änderung in der verteidigungspolitischen Konzeption. Nun müsse eine vernünftige Struktur der Bundeswehr geplant und auf jeden Fall an ihrer Modernisierung, gerade im Bereich der Ausrüstung, festgehalten werden. Brosio macht darauf aufmerksam, daß es wichtig sei, wie diese Überlegungen präsentiert würden. So dürfe der NATO kein bereits gefaßter Beschluß der Bundesregierung vorgelegt, sondern den Mitgliedstaaten eine Mitsprache eingeräumt werden.

- 278**      21.07. Gesandter von Lilienfeld, Washington, an      S. 1117  
 Bundesminister Brandt

In Vorbereitung des Besuchs des Bundeskanzlers am 15./16. August 1967 in den USA macht Lilienfeld darauf aufmerksam, daß es die Hauptaufgabe von Kiesinger sein werde, das bisherige amerikanische Vertrauen in die Zuverlässigkeit der Bundesrepublik als NATO-Partner wiederherzustellen. Diese sei nämlich aufgrund der jüngsten Beschlüsse zum Verteidigungsetat, infolge der politischen Annäherung an Frankreich und wegen Äußerungen einzelner Politiker zur Sicherheitspolitik in Europa beschädigt worden. Kiesinger müsse klarstellen, daß die Bundesregierung trotz der Haushaltskrise und neuer außenpolitischer Akzente weiterhin ein loyaler Verbündeter der USA bleiben werde und das atlantische Bündnis als alleinige Grundlage für den militärischen Schutz Westeuropas ansehe. Gelingen dies nicht, werde es Präsident Johnson schwerfallen, dem innenpolitischen Druck in Richtung auf einen Abbau überseeischer Verpflichtungen der USA standzuhalten und der Bundesrepublik weitere Unterstützung in der Ost- und Deutschlandpolitik zu gewähren.

- 279**      24.07. Bundesminister Brandt an Bundeskanzler Kiesinger      S. 1121
- Brandt informiert über die Absicht der libyschen Regierung, in der Bundesrepublik gepanzerte Fahrzeuge, Maschinen- und Infanteriegewehre sowie Munition zur Ausrüstung der Polizei zu kaufen. Obwohl noch kein offizieller Antrag von libyscher Seite vorliege, wolle er sich bereits jetzt gegenüber Bundesminister Schiller für eine Genehmigung dieses Geschäfts aussprechen, da Libyen nicht als Spannungsgebiet anzusehen sei und die Bundesrepublik aufgrund der Erdöl-Lieferungen nicht nur an guten bilateralen Beziehungen, sondern auch an der Verbesserung der inneren Sicherheit dieses Staates interessiert sei.
- 280**      25. 07. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem      S. 1123  
britischen Botschafter Roberts
- Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vom 12./13. Juli 1967 teilt Kiesinger mit, daß der französische Staatspräsident einen britischen EG-Beitritt weiterhin ablehne. Dennoch nehme er nicht an, daß es zu einem zweiten Veto kommen werde. Weiterhin habe er de Gaulle gesagt, daß er nicht in die „sowjetische Sphäre gelangen wolle“. Außerdem belaste de Gaulle durch seine anti-amerikanischen Äußerungen die deutsch-französischen Beziehungen, denn nach deutscher Auffassung liege die stärkste Sicherheitsgarantie für die Bundesrepublik in der Anwesenheit amerikanischer Truppen. Auf die Frage von Roberts, ob die vereinbarten deutsch-französischen Untersuchungen über die Sicherheit Europas in den siebziger Jahren nicht eine Konkurrenz zur Studie über die zukünftigen Aufgaben der Allianz (Harmel-Studie) darstellen, betont Kiesinger, daß „die Richtlinien seiner Politik auf eine Konsolidierung der NATO zielten“. Angesichts der unumgänglichen Kürzungen bei den ursprünglich vorgesehenen Zuwachsraten im Verteidigungsetat habe er Bundesminister Schröder beauftragt, Alternativen entwickeln zu lassen, die vielleicht eine Reduktion der Bundeswehr um 60 000 Mann ganz überflüssig machen würden.
- 281**      25.07. Botschafter z.b.V. Bahr, z.Z. Prag, an      S. 1127  
Bundesminister Brandt
- Bahr gibt einen Zwischenbericht über die Verhandlungen in Prag über die handelspolitischen Abkommen und bittet um Instruktionen. Er teilt mit, daß die tschechoslowakische Regierung einer Einbeziehung von Berlin (West) mittels eines Schriftwechsels zugestimmt und mit geringen Änderungswünschen die Entwürfe der Bundesregierung akzeptiert habe, in denen die bisherige Praxis im bilateralen Handel fortgeschrieben werde. Über den Entwurf eines Abkommens über den Austausch von Handelsvertretungen bestehe ebenfalls Einvernehmen. Allerdings lehne die Tschechoslowakei eine Zuständigkeit des dortigen Außenministeriums für die Handelsvertretung der Bundesrepublik ab. Hinsichtlich der Befugnisse der in Prag zu errichtenden Vertretung bestehe die tschechoslowakische Regierung darauf, daß diese nur an Reisende in Wirtschaftsangelegenheiten Visa erteilen und Touristen nicht konsularisch be-



treuen dürfe. Ferner könne sie nur auf Ersuchen tschechoslowakischer Stellen außerhalb des wirtschaftspolitischen Bereichs tätig werden. Trotz des Hinweises seiner Gesprächspartner, daß damit der Verhandlungsspielraum erschöpft sei, rät Bahr zu einem weiteren Versuch, auf die tschechoslowakische Haltung einzuwirken.

- 282**      25.07.    Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahn      S. 1132

Sahn informiert über das Treffen der Rapporteurs der Studiengruppe über die zukünftigen Aufgaben der Allianz (Harmel-Studie) am 21. Juli 1967 auf dem Petersberg bei Bonn. Zu dem vom Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Watson, und von Staatssekretär Schütz gegebenen Bericht der Untergruppe I wurde angemerkt, daß die Möglichkeiten für Ost-West-Kontakte von Watson zu optimistisch eingeschätzt würden. Die Frage des ehemaligen belgischen Außenministers, ob das Deutschland-Problem in die Harmel-Studie gehöre, wurde bejaht. Spaak informierte dann über den Bericht der Untergruppe II, der zu dem Schluß komme, daß die integrierte Verteidigung der NATO beibehalten werden müsse, aber der politischen Ergänzung bedürfe. Der stellvertretende Leiter der amerikanischen Vertretung bei der NATO, Farley, teilte mit, daß sich die Untergruppe III vor allem auf die politischen Probleme der Sicherheit konzentriere. Untergruppe IV habe sich nach den Ausführungen ihres Rapporteurs Patijn mit der Möglichkeit einer stärkeren Einflußnahme der Allianz in der Dritten Welt befaßt. Dazu wurde jedoch betont, daß die NATO aufgrund differierender Interessen der Mitglieder außerhalb ihres Territoriums keine gemeinsame Politik haben könne; sie sei „nicht der zweite Weltgendarm“. Abschließend wurde angeregt, der „Special Group“ eine Zusammenstellung dieser vier Berichte als Schlußbericht der Studiengruppe zu übermitteln.

- 283**      27.07.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg      S. 1138

Aufgrund von Pressemeldungen im Vorfeld der Konferenz der Außenminister der Arabischen Liga vom 1. bis 5. August 1967 in Khartum weist Meyer-Lindenberg auf die Möglichkeit hin, daß zumindest einige arabische Staaten die jahrelangen Bemühungen der DDR um Anerkennung honorieren und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen beschließen könnten. Meyer-Lindenberg rät vorsorglich zu einer Umschuldung der Handelsverbindlichkeiten der VAR und zur erneuten Ankündigung einer Unterstützung der Palästina-Flüchtlinge in Höhe von 50 Mio. DM.

- 284**      27.07.    Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahn      S. 1142

Als Grundlage für Weisungen an Botschafter z. B. V. Bahr, z. Z. Prag, erörtert Sahn das weitere Vorgehen bei den Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Regierung über die angestrebten handelspolitischen Abkommen. Die vorgeschlagenen Schreiben zur Einbeziehung von Berlin (West) könnten ausge-

tauscht werden unter der Voraussetzung einer ausdrücklichen tschechoslowakischen Bestätigung, daß die Stadt tatsächlich in den bisherigen Warenverkehr eingebunden gewesen sei. Hinsichtlich der Befugnisse der Handelsvertretung der Bundesrepublik und ihres Zugangs zum Außenministerium dürfe nicht von den ursprünglichen Forderungen abgewichen werden; es sei zu vermeiden, hinter die 1963 und 1964 mit Rumänien, Ungarn und Bulgarien gefundenen Regelungen zurückzufallen. Vor allem könne nicht darauf verzichtet werden, daß die Handelsvertretung Deutsche konsularisch betreuen und selbständig auch in Bereichen außerhalb der Wirtschaftsbeziehungen tätig werden dürfe. Unter allen Umständen müsse zudem in den Abkommen auf einer Revisionsmöglichkeit bestanden werden.

- 285**     27.07.   Botschaftsrat I. Klasse Lahn, Kairo, an das Auswärtige Amt     S. 1145

Lahn berichtet von einem Gespräch mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga. Er machte Hassouna darauf aufmerksam, daß die Politik der Bundesregierung während der Nahost-Krise in der ägyptischen Presse durch „bewußte Falschmeldungen diffamiert“ worden sei, und verwies auf die Angebote humanitärer Hilfe. Hassouna bekräftigte in seiner Antwort die offizielle ägyptische Haltung, daß die Bundesrepublik eindeutig auf der Seite Israels stehe und bereits durch die bis 1965 gelieferten Waffen das Kräfteverhältnis im Nahen Osten gestört habe. Das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und den arabischen Staaten habe einen Tiefpunkt erreicht, aus dem er gegenwärtig keinen Ausweg sehe.

- 286**     31.07.   Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahm     S. 1147

Sahm befürwortet den Vorschlag des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Albertz, eine Wiederaufnahme der 1966 eingestellten Passierscheingespräche mit der DDR einzuleiten. Er macht jedoch darauf aufmerksam, daß begleitende diplomatische Schritte notwendig sein werden, damit nicht die These von der „besonderen politischen Einheit West-Berlin“ gestärkt werde. Sahm kommt zu dem Schluß, daß ein Schriftwechsel zwischen Albertz und dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Abusch, im Einklang mit der bisherigen Vorgehensweise bei Passierscheingesprächen stehe.

- 287**     31.07.   Botschafter z. b. V. Bahr, z. Z. Prag, an das Auswärtige Amt     S. 1149

Aus einem Gespräch mit dem Stellvertretenden Außenminister Klička teilt Bahr mit, daß die tschechoslowakische Regierung in einen politischen Gedankenaustausch mit der Bundesregierung eintreten wolle, der allerdings unauffällig ablaufen müsse. Es sei die Hoffnung geäußert worden, das bilaterale Verhältnis werde sich „auch im Stadium minderer Form still so entwickeln“, daß sich die angestrebten handelspolitischen Abkommen im gegebenen Augenblick als ein einsatz- und ver-

288	01.08.	Botschafter z. b. V. Bahr, z. Z. Prag, an das Auswärtige Amt	S. 1152
-----	--------	---	---------

<b>289</b>	01.08. Staatssekretär Lahr an Botschafter z. b. V. Bahr, z.Z. Prag	S. 1154
------------	---	---------

<b>290</b>	03.08. Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt	S. 1156
------------	---	---------

CXXV

an Bedeutung. Die USA könnten das enorme Risiko, das aus der Verpflichtung resultiere, die eigenen Atomwaffen zur Verteidigung der Verbündeten einzusetzen, nur akzeptieren, wenn sie die zentrale Kontrolle über das nukleare Potential der NATO behielten. Schließlich sei der Gedanke einer amerikanisch-europäischen Lastenteilung im Rahmen einer Strategie der flexible response wichtig. Je mehr jedoch diese Voraussetzungen an Boden verlören, desto stärker träten in der amerikanischen Politik rein nationale Interessen in den Vordergrund, und desto eher seien die USA zu einer bilateralen Verständigung mit der UdSSR und zu einer gegenseitigen Garantie des Status quo in Europa bereit. Hierin liege, so Knapstein, die eigentliche Gefahr der Politik des Staatspräsidenten de Gaulle.

- 291** 04.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahm S. 1161

Sahm legt dar, daß der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin in Schreiben an die Botschafter der Drei Westmächte gegen eine angebliche Einbeziehung von Berlin (West) in die geplante Notstandsgesetzgebung der Bundesrepublik protestiert habe. Abrassimow habe auf die vom Senat von Berlin vorbereiteten Gesetze zur Zivilverteidigung aufmerksam gemacht. Er habe darauf hingewiesen, daß es unzulässig sei, im Westteil der Stadt, in dem ja weiterhin Besatzungsrecht gelte, Regelungen einzuführen, die Vier-Mächte-Abmachungen widersprächen. Sahm wertet das Schreiben als ernstgemeinten Versuch der UdSSR, ein Mitspracherecht bei „rein West-Berliner Angelegenheiten“ zu erreichen. Auf die drei Westmächte solle eingewirkt werden, in ihren Antwortschreiben auf den Vier-Mächte-Status der ganzen Stadt hinzuweisen. Sie könnten auch argumentieren, daß sie Fragen, die Berlin (West) beträfen, mit der UdSSR erörtern wollten, wenn diese ihrerseits den drei Westmächten die Möglichkeit zur Wahrnehmung ihrer Rechte in Ost-Berlin eröffne.

- |            |   |                |
|------------|---|----------------|
| <b>292</b> | <b>07.08. Bundesminister Brandt, z.Z. Bukarest, an das<br/>Auswärtige Amt</b> | <b>S. 1165</b> |
|------------|---|----------------|

Brandt berichtet über das Gespräch mit dem rumänischen Außenminister am 3. August 1967. Manescu vertrat die Ansicht, daß die Bundesregierung noch mehr für die Entspannung tun könne, wenn sie durch eine Anerkennung der Realitäten den Zustand der „Vereisung“ beende. Weiterhin erklärte Manescu die Bereitschaft zum Abschluß eines Kulturabkommens, jedoch unter Ausklammerung der „Berlinstatusfrage“. Brandt sprach das Abkommen über wirtschaftlich-technische Kooperation an, das im Anschluß an das Gespräch unterzeichnet werde. Da es die technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit ausklammere, sollte auf diesem Gebiet eine gemeinsame Kommission gebildet werden. Zur Einbeziehung von Berlin (West) in ein Kulturabkommen biete es sich an, einen Verweis auf den Geltungsbereich der Vereinbarung vom 31. Januar 1967 über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen einzufügen.

- 293**      07.08. Bundesminister Brandt, z. Z. Bukarest, an das Auswärtige Amt S. 1169

Brandt informiert über die Unterredung mit dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Rumäniens am 5. August 1967. Ceausescu forderte die Bundesregierung auf, ihre Opposition gegen eine Teilnahme der DDR an der „internationalen Kommunikation“ aufzugeben. Dann könne eine Atmosphäre des Vertrauens entstehen, die eine Voraussetzung darstelle für die Wiedervereinigung, an deren Zustandekommen er glaube. Wenn die Bundesregierung diese Politik noch nicht offen vertreten könne, so solle sie die DDR doch stillschweigend als Gesprächspartner akzeptieren. Der Vorschlag der Bundesregierung vom 7. Februar 1967 zur Abgabe von Gewaltverzichtserklärungen sei allerdings der Form nach nicht akzeptabel. Brandt betonte, daß die DDR nicht vom Handel und vom kulturellen Austausch ausgeschlossen werden dürfe. Bei vielen umgelösten Fragen könne die Formel des „Modus vivendi“ weiterhelfen. Die Aussicht auf Wiedervereinigung müsse allerdings erhalten bleiben. Wer den Deutschen diese Hoffnung nehme und ihnen statt dessen einen „sterilen Status quo“ aufzwingen wolle, handele „töricht“.

- 294**      07.08. Botschafter Pauls, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt S. 1173

Pauls äußert Bedenken gegen das ihm übermittelte Aide-mémoire. Damit solle vor einer Ausübung konsularischer Tätigkeiten in den von Israel besetzten Gebieten – insbesondere in der Altstadt und im Ostteil von Jerusalem – durch die Botschaft in Tel Aviv gegenüber dem israelischen Außenministerium deutlich gemacht werden, daß die Bundesrepublik die durch den Nahost-Krieg erfolgten territorialen Gewinne Israels rechtlich nicht anerkenne. Allerdings berücksichtige die Formulierung des Aide-mémoires nicht, daß Israel zunächst dem Antrag der Bundesrepublik auf konsularische Betreuung von Deutschen in den besetzten Gebieten zustimmen müsse. Daher bestehe die Gefahr, daß die Botschaft in Tel Aviv zur Einholung eines förmlichen Exequaturs aufgefordert werde. Pauls übermittelt einen Gegenvorschlag, in dem hervorgehoben wird, daß den Botschaften in der VAR, in Jordanien und in Syrien die Wahrnehmung konsularischer Aufgaben in den besetzten Gebieten derzeit faktisch nicht möglich sei und das israelische Außenministeriums daher Angehörigen der Botschaft in Tel Aviv die Genehmigung zur „mehrmaligen Einreise in die fraglichen Gebiete“ erteilen möge.

- 295**      08.08. Botschafter Müller-Roschach, Lissabon, an Bundesminister Brandt S. 1174

Mit Blick auf den Besuch des portugiesischen Verteidigungsministers Gomes de Araújo vom 20. bis 24. November 1967 in Bonn gibt Müller-Roschach einen Überblick über die Zusammenarbeit mit Portugal auf militärischem Gebiet. Dabei nimmt er Stellung zu der vom Bundesministerium der Verteidigung beschlossenen fast völligen „Liquidierung“ aller Projekte infol-

ge der veränderten strategischen Konzeption der NATO sowie der Kürzungen im Bundeshaushalt. Müller-Roschach weist darauf hin, daß solche Maßnahmen Portugal wirtschaftlich und finanziell schwer treffen würden und die bilateralen Beziehungen „zerstören“ könnten. Die militärische Kooperation basiere auf 21 Übereinkommen, durch die die Bundesrepublik gebunden sei. Eine Kündigung dieser Verpflichtungen würde der internationalen Vertragswürdigkeit schaden und könnte Schadensersatzforderungen nach sich ziehen.

- |     |   |         |
|-----|---|---------|
| 296 | 08.08. Botschafter Sattler, Rom (Vatikan), an das<br>Auswärtige Amt | S. 1179 |
|-----|---|---------|

Sattler äußert sich zu offenen kirchenpolitischen Fragen. So sei unklar, ob die geplante Kurienreform noch im August 1967 eingeführt werde und wie sich die Politik des Heiligen Stuhls gegenüber Israel, gegenüber dem Vietnam-Krieg und in der Frage einer Neutralisierung Jerusalems entwickeln werde. Die Ausführungen des Abteilungsleiters im päpstlichen Staatssekretariat, Casaroli, am 4. August 1967 seien in diesen Punkten nur „mager“ gewesen. Konkreter habe sich Casaroli zu den die Bundesrepublik betreffenden Fragen geäußert. So dementierte er den von einer Wochenzeitung gemeldeten erneuten polnischen Vorstoß mit dem Ziel der Einsetzung von ordentlichen Bischöfen in den kirchlichen Verwaltungsbezirken Allenstein, Landsberg/Warthe, Breslau und Oppeln. In der Frage der Bekenntnisschulen in einzelnen Ländern der Bundesrepublik verwies er auf die rechtlich bindenden Bestimmungen des Reichskonkordats von 1933.

- |     |  |         |
|-----|--|---------|
| 297 | 09.08. Staatssekretär Lahr an Staatssekretär Carstens,<br>Bundesministerium der Verteidigung | S. 1181 |
|-----|--|---------|

Lahr teilt Carstens mit, daß das Auswärtige Amt die Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung zum südafrikanischen Vorschlag einer Zusammenarbeit bei der Entwicklung des Flugabwehrlenkwaffensystems „Cactus“ nicht billige. Das Bundesministerium der Verteidigung habe zwar eine Kooperation mangels Bedarf und Haushaltsmitteln abgelehnt, jedoch Interesse daran bekundet, über die weitere Entwicklung des Systems informiert zu werden, um möglicherweise in der Zukunft eine Verwendung bei der Bundeswehr erneut zu prüfen. Das Auswärtige Amt lehne dagegen jegliche Art der rüstungswirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Republik Südafrika – also auch die Erteilung von technischen Auskünften – aus politischen Gründen ab.

- |            |   |         |
|------------|---|---------|
| <b>298</b> | 12.08. Ministerialdirigent Böker, z. Z. Lagos, an das<br>Auswärtige Amt | S. 1183 |
|------------|---|---------|

Böker berichtet aus einem Gespräch mit Präsident Gowon, der sich optimistisch über den Verlauf des Bürgerkriegs in Nigeria äußerte. Er vertrat die Ansicht, daß bis Ende 1967 die größten Schwierigkeiten überwunden sein dürften. Böker sicherte zu,

daß die Bundesrepublik Beziehungen nur zur nigerianischen Zentralregierung unterhalten werde, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Einheit Nigerias erhalten werden könne. Eine „Balkanisierung Afrikas“ entspreche weder europäischen noch afrikanischen Interessen.

- 299**     15.08.   Botschafter Freiherr von Mullenheim-Rechberg,     S. 1185  
Kinshasa, an das Auswärtige Amt

Mullenheim-Rechberg informiert über die Ausschreitungen vom 14. August 1967 gegen die belgische, die amerikanische und die französische Botschaft. Vor allem an der belgischen Botschaft sei erheblicher Schaden entstanden. Zweifellos habe Präsident Mobutu die Demonstrationen inspiriert oder gebilligt. Sie seien ein Zeichen dafür, wie „blitzartig Anarchie und Chaos“ in Kinshasa ausbrechen könnten. Da es dabei auch zu Mißhandlungen von Weißen durch den „Mob“ gekommen sei, regt Mullenheim-Rechberg eine Absprache mit den betroffenen westlichen Regierungen über Schutzmaßnahmen für ihre im Kongo lebenden Staatsangehörigen an.

- 300**     15.08.   Ministerialdirigent Sahm, z.Z. Washington, an das     S. 1187  
Auswärtige Amt

Sahm übermittelt einen Bericht über Gespräche, die der Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung in Washington führte. Dabei werden Mitteilungen von Carstens gegenüber dem Bundeskanzler vom Vortag wiedergegeben. Der Staatssekretär habe Kiesinger mitgeteilt, daß der amerikanische Verteidigungsminister McNamara als Reaktion auf den Beschluß der Bundesregierung, den Verteidigungshaushalt in geringerem Maße als geplant steigen zu lassen, das System der Truppenrotation fortentwickeln wolle. Carstens habe diesen Überlegungen „nachdrücklich entgegengewirkt“. Der Staatssekretär habe Kiesinger darauf aufmerksam gemacht, daß nun sogar mit einer Einbeziehung derjenigen Teile der amerikanischen Luftwaffe gerechnet werden müsse, die nach der Absprache zwischen Kiesinger und Präsident Johnson vom April 1967 noch aus der Rotation herausgenommen worden waren.

- 301**     15.08.   Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit     S. 1189  
Präsident Johnson in Washington

Im Rahmen eines „tour d’horizon“ zur Politik der Bundesregierung erläutert Kiesinger, daß beim Verteidigungshaushalt aufgrund der mittelfristigen Finanzplanung bis 1971 nur die „Erwartungen gekürzt“ worden seien, nicht der tatsächliche Umfang, der sogar ansteigen werde. Er bedauert, daß die unzutreffende Einschätzung, die Bundeswehr müsse um 60 000 Mann verringert werden, veröffentlicht worden sei. Mittlerweile sei festgelegt worden, daß ein möglicher Personalabbau 15 000 Mann nicht überschreiten werde. Er selbst halte Kürzungen nicht für erforderlich. Johnson weist darauf hin, daß die innenpolitische Lage in den USA ihm im Falle einer Verkleine-

rung der Bundeswehr keine andere Wahl lassen werde, als nachzuziehen. Aus den Gesprächen am 12./13. Juli 1967 mit dem französischen Staatspräsidenten teilt Kiesinger seinen Eindruck mit, daß die NATO über das Jahr 1969 hinaus fortbestehen werde. De Gaulle habe auch nichts einzuwenden gegen die amerikanische Präsenz in Europa, solange sich das Verhältnis zu Osteuropa nicht völlig geändert habe. Er fürchte jedoch den wirtschaftlichen und geistigen Einfluß der USA. Johnson äußert Verständnis für de Gaulle, der früher von amerikanischer und britischer Seite „nicht immer gut behandelt“ worden sei.

- 302**     15.08.   Ministerialdirigent Sahm, z.Z. Washington, an das     S. 1198  
                    Auswärtige Amt

Sahm berichtet von einem Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger und des Bundesministers Brandt mit Außenminister Rusk, Verteidigungsminister McNamara und Finanzminister Fowler. Letztgenannter erläuterte die Bedeutung der Verhandlungen über die Schaffung zusätzlicher Liquidität im Internationalen Währungsfonds. Ein Scheitern könnte zu einer Finanzkrise wie in den dreißiger Jahren führen. Die Bundesregierung solle der französischen Regierung, die sich bislang einer Regelung verschlossen habe, die Gefahr einer Isolierung erläutern. Hinsichtlich der zukünftigen Stärke der Bundeswehr sicherte Kiesinger zu, daß den Verbündeten bis Jahresende ein klares Bild gegeben werde. McNamara wies darauf hin, daß personelle Kürzungen durch ein verbessertes Mobilmachungsverfahren „überkompensiert“ werden könnten. Eine einseitige Truppenverminderung wie auch zu weitgehende Rotationsmaßnahmen des Westens seien politisch bedenklich. Kiesinger stellte die Bedeutung der sofort verfügbaren Abwehrkräfte heraus, besonders für einen so exponierten Staat wie die Bundesrepublik. Von amerikanischer Seite wurde daraufhin eingeräumt, daß das Konzept der „politischen Vorwarnzeit“ überprüft werden müsse; sie könne sich durch eine beiderseitige Truppenverminderung verlängern.

- 303**     16.08.   Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit     S. 1202  
                    Präsident Johnson in Washington

Johnson rät Kiesinger, eine mögliche Verkleinerung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit sehr vorsichtig zu behandeln. Er solle darauf hinweisen, daß noch keine Entscheidung getroffen sei, daß ein Truppenabbau voraussichtlich nicht nötig sein und daß jeder Schritt vorab mit den USA und der NATO abgesprochen werde. Hinsichtlich der Größenordnung personeller Einsparungen seien Zahlenangaben zu vermeiden. Johnson befürchtet eine Kettenreaktion vergleichbarer Maßnahmen bei den Verbündeten. Zum Schluß wäre dann die NATO „völlig demontiert“ – allein als Folge eines „deutschen Schritts“. Kiesinger führt dagegen aus, daß er eine Truppenreduktion zwar nicht für erforderlich halte, sie dennoch nicht völlig ausschließen wolle. Er könne nicht in der Bundesrepublik den Eindruck



entstehen lassen, er habe Johnson nachgeben müssen. Ein Personalabbau, der auf jeden Fall sehr gering ausfallen werde, sei ihm sogar von Generalen der Bundeswehr angeraten worden, um das zur Zeit unausgewogene Zahlenverhältnis zwischen Mannschaften, Unteroffizieren und Offizieren zu korrigieren.

- 304**      16.08.    Aufzeichnung des Bundesministers Brandt S. 1205

Brandt faßt die Gespräche mit dem amerikanischen Außenminister am 15./16. August 1967 in Washington zusammen. Rusk ermunterte die Bundesregierung zur Fortführung ihrer Ostpolitik. Der Kabinettsbeschluß vom 6. Juli 1967 zur mittelfristigen Finanzplanung habe allerdings ein „freundliches Kopfschütteln“ ausgelöst. Mit Blick auf den Verteidigungshaushalt sei wichtig, daß es nicht zu einer Entscheidung mit abträglichen Folgen in den USA oder in der NATO komme. Brandt habe auf den Zusammenhang zwischen der europäischen Sicherheit und der Deutschland-Frage hingewiesen, mit dem sich die Westmächte nicht nur „defensiv-verbal“ befassen sollten. Rusk habe betont, daß der Status quo nicht im Sinne der sowjetischen Vorstellungen zementiert werden dürfe. Im übrigen müsse die Bundesregierung auf diesem Gebiet die Führung übernehmen. In der Frage eines Nichtverbreitungsabkommens habe Rusk die Absprachen mit der Bundesregierung, auch zum Artikel III (Kontrollartikel), bestätigt.

- 305**      18.08.    Staatssekretär Lahr an Botschafter Bach, Teheran S. 1210

Lahr weist Bach an, gegenüber Außenminister Zahedi darzulegen, daß das Ersuchen der iranischen Regierung um juristische Verfolgung der Ausschreitungen während des Besuchs des Schahs Mohammed Reza Pahlevi vom 27. Mai bis 4. Juni 1967 in der Bundesrepublik Folgen haben könnte, die der gewünschten Beruhigung in den Beziehungen zwischen beiden Staaten abträglich seien. So würden im Verlauf von Strafprozessen „Behauptungen aller Art“ über den Iran und das Kaiserhaus aufgestellt und in der Presse „hochgespielt“ werden. Zudem sei mit erneuten Demonstrationen zu rechnen. Daher empfehle die Bundesregierung dem Iran, nicht weiter auf einer Strafverfolgung zu bestehen.

- 306**      22.08.    Bundeskanzler Kiesinger, z. Z. Kreßbronn, an Bundesminister Brandt S. 1213

Kiesinger teilt mit, daß er aufgrund von Äußerungen des Bundesministers des Auswärtigen Anfang August 1967 in Rumänien und auf dem Landesparteitag der SPD am 18. August 1967 in Bremen „nicht mehr so sicher sei“, ob es nicht substantielle Unterschiede in der politischen Konzeption zwischen Kiesinger und Brandt gebe. Darüber hinaus sei Brandt von der vereinbarten politischen Terminologie abgewichen. Dies habe zum einen wachsende Unruhe innerhalb der CDU zur Folge und

gebe zum anderen dem Teil der Presse in der Bundesrepublik Auftrieb, der auf eine staatliche Anerkennung der DDR dränge. Kiesinger bittet um eine klärende Aussprache.

- |            |  |         |
|------------|--|---------|
| <b>307</b> | 22.08. Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das<br>Auswärtige Amt | S. 1215 |
|------------|--|---------|

Grewe äußert Skepsis, daß die Studie über die zukünftigen Aufgaben der Allianz (Harmel-Studie) mit einem substantiellen Ergebnis abgeschlossen werden könne. Angesichts der nachlassenden Bedrohung durch den Warschauer Pakt erschöpft sich der Wille zur Reform der Allianz oftmals in Lippenbekenntnissen zur Zusammenarbeit. Grundsätzlich sei die Vorstellung, die NATO in ein Instrument der Entspannungspolitik umzuwandeln, „fragwürdig“. Erschwerend wirkten auch das komplizierte Berichtsverfahren in den Untergruppen und die Tatsache, daß der Gesamtbericht einstimmig gebilligt werden müsse. Befriedigend für die Bundesrepublik sei allerdings, daß der die Deutschland-Frage betreffende Teil des Berichts die Zustimmung der Verbündeten finden dürfte. Hinsichtlich der Zukunft der Allianz werden sich aber die Bündnispartner aufgrund der vorhersehbaren ablehnenden Haltung Frankreichs und eventuell auch Griechenlands mit allgemeineren Formulierungen zufrieden geben müssen. Grewe warnt sogar vor einem zu „perfekten“ Bericht, von dem eine desintegrierende Wirkung auf die NATO ausgehen könne.

- 308**      24.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker      S. 1219

Böker erörtert, wie sich die Bundesregierung gegenüber Griechenland angesichts der dort seit dem Militärputsch vom 20./21. April 1967 eingetretenen Entwicklung verhalten solle. Die innenpolitische Situation sei eindeutig zu mißbilligen und auf eine Wiederherstellung der demokratischen Ordnung zu drängen. Jedoch dürfe die Position Griechenlands innerhalb des westlichen Bündnisses nicht geschwächt werden. Ein Vorgehen, das einen Austritt aus der NATO provoziere, sei zu vermeiden, denn dies würde vor allem die Türkei strategisch isolieren. Es dürfe nicht übersehen werden, daß das neue „Regime“ die DDR stärker ablehne als die vorherige Regierung und wirtschaftlich nur mit dem Westen zusammenarbeiten wolle.

- |     |   |         |
|-----|---|---------|
| 309 | 24.08. Botschafter von Walther, Moskau, an<br>Staatssekretär Lahr | S. 1224 |
|-----|---|---------|

Walther macht darauf aufmerksam, daß die sowjetische Verbalnote vom 15. August 1967 mit der Ankündigung, in Verhandlungen über eine direkte Flugverbindung zwischen Moskau und Frankfurt/Main eintreten zu wollen, nicht als „Silberstreif am politischen Horizont“ gedeutet werden dürfe. Der Grund für die Gesprächsbereitschaft sei rein verkehrspolitischer Natur. Die verhandlungstaktische Situation der Bundesregierung sei jedoch im Augenblick günstig, denn die zu erwartende Weige-

zung der drei Westmächte, der sowjetischen Luftfahrtgesellschaft Aeroflot den Einflug in das Bundesgebiet von Berlin aus zu gestatten, stärke die Argumentation für eine Route über Eger.

- 310**      25.08. Ministerialdirigent Böx, Warschau, an das      S. 1227  
Auswärtige Amt

Böx berichtet über ein Gespräch mit dem polnischen Stellvertretenden Außenhandelsminister. Modrzewski zeigte sich besorgt über die rückläufigen Absatzmöglichkeiten für polnische Produkte in der Bundesrepublik. Um den Warenaustausch zu erleichtern, wolle er beim polnischen Außenminister Rapacki die Frage aufwerfen, ob den jeweiligen Handelsvertretungen Paß- und Sichtvermerksbefugnisse erteilt werden könnten. Ferner deutete Modrzewski die Möglichkeit der Einrichtung eines polnischen „trade promotion office“ bei den Europäischen Gemeinschaften an, das sich um die Pflege der Kontakte kümmern könnte, ohne dadurch aber ein offizielles oder inoffizielles Verhältnis herzustellen. Böx stellt abschließend fest, daß das Bestreben erkennbar gewesen sei, gegenüber den westlichen Wirtschaftsorganisationen ein größeres, von strikten politischen Gesichtspunkten unabhängigeres Maß an Bewegungsfreiheit zu gewinnen.

- 311**      28.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete      S. 1229

Ruete erörtert den Entwurf von gleichlautenden Schreiben der Botschafter François Seydoux de Clausonne (Frankreich), Roberts (Großbritannien) und McGhee (USA) an den sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin. Damit solle der schriftliche Protest von Abrassimow vom 26. Juli 1967 gegen die vorgesehene Notstandsplanung in Berlin (West) zurückgewiesen werden. Allgemein falle der Antwortentwurf zur Zufriedenheit der Bundesregierung aus. Die Botschafter verwiesen nicht nur auf die Haltlosigkeit des Vorwurfs der Verfassungswidrigkeit, sondern sprächen Abrassimow insbesondere auch das Recht zur Kritik an den Verhältnissen in Berlin (West) ab. Die Formulierung in dem Entwurf, daß der Senat von Berlin nur im Rahmen einer „day to day“ ausgeübten administrativen Kontrolle zur Notstandsplanung der drei Westmächte beitragen könne, werde allerdings dessen Stellung ab. Ruete empfiehlt, im Antwortentwurf diese drei Wörter streichen zu lassen.

- 312**      28.08. Botschafter von Walther, Moskau, an das      S. 1232  
Auswärtige Amt

Walther berichtet über den Besuch des Berliner Senators König anlässlich der Internationalen Bekleidungsausstellung in Moskau. König habe den Ratschlag von Walther befolgt und den Pavillon der DDR nicht besucht; auch habe er von Besuchen bei den Botschaften der Drei Mächte abgesehen. Für den folgenden Tag sei ein Gespräch mit dem sowjetischen Außenhandelsminister Patolitschew vorgesehen. Der Botschafter führt weiter aus, daß er die Einladung zu einem Presseempfang an

dem von sowjetischer Seite geplanten „Berliner Tag“ nicht haben verhindern können. Er gibt seinen Eindruck wieder, daß die sowjetischen Gastgeber aber nicht die Absicht hätten, den Besuch politisch auszunutzen.

- |     |  |         |
|-----|--|---------|
| 313 | 30.08. Botschafter Knappstein, Washington, an<br>Ministerialdirektor Ruete | S. 1234 |
|-----|--|---------|

Knapstein nimmt Stellung zu Äußerungen des Staatssekretärs im Bundesministerium der Verteidigung, Carstens, anlässlich der Gespräche des Bundeskanzlers Kiesinger am 15./16. August 1967 in Washington. Demnach sollten die bilateralen Konsultationen über die Truppenfrage zwischen dem Generalinspekteur der Bundeswehr, de Maizière, und dem amerikanischen General Spivy geführt werden. Der Botschafter weist auf die unterschiedlichen Auffassungen hin, die in den USA zwischen dem Verteidigungs- und dem Außenministerium über diese Frage bestünden. Während letzteres wegen der Gefahr einer „Erosion der Allianz“ eine Rotation oder sogar Reduktion der Truppen skeptisch beurteile, neige das Verteidigungsministerium nicht zuletzt mit Blick auf die Truppenverstärkungen in Vietnam zu einem Abzug von Einheiten aus Europa. Der vom Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Leddy, gemachte Vorschlag, die Außenministerien beider Staaten bei den Beratungen über die Truppenfrage zu beteiligen, sei daher in jedem Falle aufzugreifen.

- 314**      04.09.    Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter      S. 1239

Schnippenkötter erörtert zur Vorbereitung der Kabinettsitzung am folgenden Tag den amerikanisch-sowjetischen Entwurf vom 24. August 1967 für ein Nichtverbreitungsabkommen. Die UdSSR habe sich zugunsten der von den USA vorgeschlagenen, von der Bundesregierung aber abgelehnten Variante der Revisionsklausel entschieden. Damit sei eine Änderung des Abkommens nach Zustimmung aller Kernwaffenstaaten und aller Vertragsparteien, die gleichzeitig Mitglied des IAEO-Gouverneursrates seien, möglich. Da die Bundesrepublik dort jedoch kein ständiges Mitglied sei, bestehe nun die Gefahr ihrer „Majorisierung“. Der umstrittene Artikel III (Kontrollartikel) sei noch ausgespart worden. Grundsätzlich sei das Abkommen durch eine „Starrheit in den Verfahrensregeln“ gekennzeichnet. Schnippenkötter schlägt daher vor, entweder eine Befristung auf 10 bis 15 Jahre anzustreben oder der vorgesehenen Durchführungskonferenz weitreichende Kompetenzen zuzuweisen.

- 315**      04.09. Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt      S. 1249

Klaiber berichtet über ein Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten. De Gaulle teilte mit, daß er mit seinem bevorstehenden Besuch in Polen vom 6. bis 12. September 1967 die Entspannungspolitik fördern wolle. Er sei überzeugt, daß nach einer Zeit der „Détente“ eine „Entente“ und schließlich eine „Coopération“ folgen könne. Nur so sei der Frieden in Euro-

pa zu erhalten. De Gaulle bezeichnete nachdrücklich die europäische Sicherheit und die Lösung der Deutschland-Frage als „ein und dasselbe Problem“. Er wolle versuchen, in Polen das vorhandene Mißtrauen gegenüber der Bundesrepublik abzubauen. Klaiber bat, de Gaulle möge „die so heikle Frage“ der Oder-Neiße-Linie in Polen „behutsam“ behandeln. Klaiber faßte die Ansicht von de Gaulle schließlich dahingehend zusammen, daß dieser nur im Falle „einer Wiedervereinigung einer Änderung der Oder-Neiße-Grenze nicht zustimmen werde“. Der Staatspräsident widersprach dem nicht.

- 316**      07.09.    Aufzeichnung des Staatssekretärs Schütz S. 1251

Schütz faßt das Ergebnis eines Gesprächs mit den Botschaftern der Drei Mächte zusammen. Der amerikanische Botschafter McGhee legte dar, er werde dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Albertz, erklären, daß die Drei Mächte zwar nicht in die Strukturkommission für Berlin (West) eintreten, dafür aber gerne in beratender Funktion tätig sein würden. Schütz führte aus, daß die Drei Mächte über eine mögliche Antwort auf das Schreiben des Stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR, Abusch, vom 12. Januar 1967 an den Regierenden Bürgermeister von Berlin rechtzeitig informiert würden. Er sicherte schließlich auch eine Unterrichtung über das Vorgehen der Bundesregierung hinsichtlich des Stimmrechts von Berlin (West) im Bundesrat zu und stellte ebenso eine vorherige Benachrichtigung über die beabsichtigte „Sporterklärung“ der Bundesregierung und über die Reaktion auf die Forderungen der DDR nach Erstattung der Postgebühren in Aussicht.

- 317**      07.09.    Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahm S. 1253

Sahm faßt die Ergebnisse eines Gesprächs des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundeskanzler, Freiherrn von und zu Guttenberg, mit dem Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Eugene Rostow, am 15. August 1967 in Washington zusammen. Guttenberg erläuterte die noch unverbindlichen Streitkräfteplanungen, bei denen die Bundesregierung von einer Truppenstärke von 435 000 bis 460 000 Mann ausgehe. Die endgültige Konsultation über diese Frage müsse jedoch in der NATO stattfinden. Zu den von Rostow angesprochenen Auswirkungen möglicher Truppenreduzierungen der Bundeswehr auf die öffentliche Meinung in den USA bemerkte Guttenberg, es bestehe nicht der geringste Anlaß, „irgendeine Überprüfung der grundsätzlichen deutschen NATO-Politik anzunehmen“.

- 318**      07.09.    Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter S. 1259

Schnippenkötter regt an, den Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lankes an den Beratungen der Harmel-Untergruppe III (u. a. Truppenverminderung) am 21. September 1967 in Washington teilnehmen zu lassen. Lankes könne bei dieser Gelegenheit den bilateralen Austausch über mögliche Folgen der Truppenverminderung auf die Entspannungspolitik vertiefen. Er



hansa und der Aeroflot zwischen Frankfurt/Main und Moskau zusammen. Die Alliierten wiesen darauf hin, daß sich in der Vergangenheit der Luftweg durch die Korridore als einzig sicherer Zugangsweg nach Berlin erwiesen habe. Es sei jedoch die sowjetische Begründung zu befürchten, daß es sich bei den Korridoren um den der Souveränität der DDR unterliegenden Luftraum handle. Zwar würden die Alliierten auch weiterhin die Verantwortung für die Sicherheit von Berlin (West) tragen, aber es könne nicht ohne Folgen bleiben, wenn die Bundesregierung meine, für eine Verbindung der Deutschen Lufthansa nach Moskau die Sicherheit der Luftverkehrswege nach Berlin riskieren zu können.

- 322**    18.09.   Staatssekretär Schütz an die Botschaft in Washington    S. 1269

Schütz weist die Botschaft an, unverzüglich im amerikanischen Außenministerium und in der Abrüstungsbehörde zum sowjetischen Entwurf vom 1. September 1967 für Artikel III (Kontrollartikel) eines Nichtverbreitungsabkommens Stellung zu nehmen. Dieser zeige zwar den „Beginn eines Verständnisses für gewisse Erfordernisse und Probleme“ der Sicherheitskontrollen, bleibe aber doch weit hinter dem mit den Verbündeten abgesprochenen Entwurf der USA zurück. So sehe er nur die Anwendung von IAEO-Kontrollen vor, während nach dem amerikanischen Vorschlag auch EURATOM-Kontrollen – verifiziert durch die IAEO – anwendbar bleiben sollten.

- 323**    19.09.   Botschaftsrat Loeck, Belgrad, an das Auswärtige Amt    S. 1274

Loeck erörtert die Hintergründe der Note vom 12. Juli 1967, mit der die jugoslawische Regierung erneut Forderungen nach einer Entschädigung für NS-Opfer erhoben habe. Er bemerkt, daß die jugoslawische Regierung dies in dem Moment in den Vordergrund gerückt habe, als eine baldige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik unwahrscheinlich geworden sei. Seitdem werde das Angebot zur „Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen ohne Vorbedingungen“ mit dem Hinweis ergänzt, daß die Frage eines Botschafteraustauschs mit Entschädigungszahlungen verknüpft werden müsse. Loeck spricht sich für eine Ablehnung der juristisch ohnehin nicht haltbaren Forderungen aus, weil „isolierte Zahlungen“ an Jugoslawien die Bemühungen der Bundesrepublik um gleichmäßige Fortschritte in ganz Osteuropa sehr beeinträchtigen würden. Statt dessen solle Jugoslawien als Ersatz für Entschädigungsleistungen eine angemessene und wirkungsvolle Wirtschaftshilfe möglichst bald zugesichert werden.

- 324**    19.09.   Gesandter von Lilienfeld, Washington, an Botschafter z. b. V. Bahr    S. 1277

Lilienfeld faßt die Ergebnisse einer Unterredung zwischen Bahr und dem Staatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium am 15. September 1967 in Washington zusammen. Nitze bemerkte zu den Truppenplanungen der Bundeswehr, es sei nicht leicht zu sehen, wie die Bundesrepublik

trotz einer Verstärkung der Reserven die „effektive Kampfkraft bei Kürzung des Haushaltsplans aufrechterhalten könne“. Dadurch werde es der amerikanischen Regierung erschwert, gegenüber der Opposition im Kongreß glaubhaft zu erklären, daß sich die Kampfkraft der alliierten Verbände an den Flanken der amerikanischen 7. Armee laufend erhöhe. Lilienfeld zieht den Schluß, daß der amerikanische Verteidigungsminister den Planungen der Bundeswehr über eine Verbesserung des Mobilisierungssystems ein „positives Interesse“ entgegenbringe; doch würde auch McNamara im Falle ihrer Umsetzung zusätzliche amerikanische Rotationsmaßnahmen vorschlagen. Lilienfeld rät von Truppenkürzungen von mehr als 19000 Mann dringend ab, da Präsident Johnson darin eine Nichteinhaltung der durch Bundeskanzler Kiesinger am 15./16. August 1967 in Washington gemachten Zusagen sehen würde.

- 325**      20.09.    Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter      S. 1281

Botschafter Schnippenkötter erörtert den im Schreiben vom 18. September 1967 an Bundeskanzler Kiesinger unterbreiteten Vorschlag des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Stoph, eine Vereinbarung über Gewaltverzicht zu schließen. Damit stelle sich erneut die Frage nach einer Einbeziehung der DDR in das Gewaltverzichtsangebot der Bundesrepublik an osteuropäische Staaten. Allerdings müsse dabei sichergestellt sein, daß die Unterscheidung zwischen „innerdeutsch“ und „international“ erhalten bleibe und nicht schon als Schritt zur Anerkennung gewertet werden könne. Zudem müsse ein Gewaltverzicht insbesondere an der Grenze zur DDR wirksam werden und die Aufrechterhaltung des Schießbefehls erschweren.

- 326**      20.09.    Botschafter Schnippenkötter an Staatssekretär Carstens, Bundesministerium der Verteidigung      S. 1286

Schnippenkötter erörtert Artikel I des geplanten Nichtverbreitungsabkommens. Danach stehe es jedem nuklearen oder nichtnuklearen Vertragspartner frei, anderen Kernwaffenstaaten Unterstützung bei der Entwicklung oder Produktion von Kernwaffen zu gewähren, auch wenn diese selbst dem Abkommen nicht beiträten. Dadurch könne z.B. die Volksrepublik China sowjetische Unterstützung bei der Weiterentwicklung von Kernwaffen erhalten. Dagegen werde es aber den nuklearen Mitgliedstaaten durch Artikel VI verboten, einem nicht-nuklearen Staat zu helfen, der kein Vertragspartner sei und erst später Kernwaffenstaat werde. Davon könnte auch ein bundesstaatlich vereintes Europa betroffen werden, das durch Frankreich und/oder Großbritannien Kernwaffenstaat würde. Es wäre daher zu klären, so resümiert Schnippenkötter, ob ein solches vereintes Europa unter die Bestimmungen des Artikels I fiele, weil es nicht Kernwaffenstaat im Sinne von Artikel VI sei. Zwar stehe dieser Auslegung die amerikanische Interpretation entgegen, aber es sei notwendig, daß diese „Schlupflöcher“ für die Gegner der europäischen Einigung und einer ABM-Ausrüstung für Europa geschlossen würden.



- 327**      22.09. Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg an Botschafter      S. 1289  
Freiherr von Braun, New York (UNO)

Meyer-Lindenberg informiert über die Ablehnung der Niederlande, an der von Bundesminister Brandt vorgeschlagenen Außenminister-Treffen zur Vorbereitung einer neuen Konferenz der EG-Staats- und Regierungschefs teilzunehmen. Der Abteilungsleiter im niederländischen Außenministerium, de Ranitz, habe die Zusage von einem Fortschritt in der Frage eines britischen Beitritts zur Gemeinschaft abhängig gemacht. Brandt plane daher ein informelles Gespräch der Außenminister anlässlich der EG-Ministerratstagung am 23./24. Oktober 1967 in Luxemburg. Während die Außenminister der anderen Mitgliedstaaten bereits ihre diesbezügliche Zustimmung gegeben hätten, stehe eine Erklärung des niederländischen Außenministers noch aus. Meyer-Lindenberg bittet daher Braun, den sich in New York aufhaltenden Luns aufzusuchen.

- 328**      22.09. Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das      S. 1292  
Auswärtige Amt

Grewe bezweifelt ein Ausscheiden Frankreichs aus der NATO, das laut Vertrag frühestens nach dem 24. August 1969 möglich wäre. Denn damit wäre der Verlust des Vetorechts bei wichtigen politischen Entscheidungen der Allianz ebenso verbunden wie auch die Isolierung auf dem Rüstungssektor. Grewe äußert jedoch Zweifel, ob sich Staatspräsident de Gaulle trotz dieser Nachteile davon abhalten ließe, die „Politik der Unabhängigkeit Frankreichs konsequent“ fortzusetzen. Vielmehr werde er den Verbleib in der Allianz vom Stand der Ost-West-Beziehungen in den Jahren 1968/69 abhängig machen. Grewe vermutet, daß die Bereitschaft, den Vertrag zu kündigen, zunehmen werde, wenn sich Frankreich gegenüber der UdSSR durch den Ausbau der bilateralen Beziehungen zu anderen westlichen Staaten absichern könnte. Grewe empfiehlt daher, daß sich die Bundesregierung auf entsprechende „Annäherungsversuche“ vorbereiten solle. Dieses französische Interesse würde der Bundesrepublik die Möglichkeit zu „selbstbewußter Bewegungsfreiheit“ geben, solange sie nicht vor die Alternative Frankreich oder NATO gestellt werde.

- 329**      25.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete      S. 1299

Ruete erläutert die Themen, die auf der Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO am 28./29. September 1967 in Ankara besprochen werden sollen. Es lägen zwei Studien von SHAPE über den Einsatz von nuklearer Sprengmunition (ADM) in der dünnbesiedelten Osttürkei und in der Bundesrepublik vor. Der Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Carstens, wolle dazu erklären, daß die Entscheidung über einen ADM-Einsatz in der Bundesrepublik von der Überlegung bestimmt sein müsse, ob die Zivilbevölkerung durch Evakuierungsmaßnahmen geschützt werden könne. Hinsichtlich des amerikanischen Beschlusses, in den USA ein Raketenabwehrsystems (ABM) zu errichten, werde Carstens darauf hinweisen,

daß sich dadurch der im geplanten Nichtverbreitungsabkommen fixierte „Machtabstand“ zwischen nuklearen und nicht-nuklearen Staaten noch vergrößere. Ruete stellt fest, daß die beabsichtigte Erklärung nicht den Eindruck erwecken dürfe, als ob die Bundesregierung ihre Haltung zum Nichtverbreitungsabkommen revidieren und eine Einführung des ABM-Systems in Europa fordern wolle.

- 330**      25.09.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete      S. 1305

Ruete bemerkt, daß der Schriftwechsel zwischen dem französischen Generalstabschef, Ailleret, und dem Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte Europa, Lemnitzer, über das Zusammenwirken von Frankreich und dem Bündnis im Krisen- und im Verteidigungsfall zwar hinter den Erwartungen der Vierzehn zurückbleibe, aber als „Maximum des Erreichbaren“ angesehen werden müsse. Unbefriedigend sei vor allem, daß die französische Regierung jedes Zusammenwirken mit den NATO-Streitkräften von der vorherigen Entscheidung abhängig mache, ob auch für Frankreich der Bündnisfall laut Artikel 5 des NATO-Vertrags von 1949 gegeben sei. Als günstig sei dagegen zu bewerten, daß die in der Bundesrepublik stationierten französischen Truppen im Falle ihres Einsatzes der NATO unterstellt werden könnten. Die Vereinbarung werde schließlich nur dann einen brauchbaren Rahmen für die militärische Zusammenarbeit liefern, wenn Frankreich zur Allianz halte und bereit sei, einer militärischen Bedrohung aus dem Osten mit den Verbündeten gemeinsam entgegenzutreten.

- 331**      26.09.    Staatssekretär Lahr, z. Z. Islamabad, an das      S. 1308  
Auswärtige Amt

Lahr informiert über seine Gespräche mit Mitgliedern der pakistanischen Regierung. Präsident Ayub Khan bekräftigte die unveränderte Haltung zur Deutschland-Frage, obwohl seine sowjetischen Gesprächspartner regelmäßig die Bundesregierung „in fast pathologischer Weise“ angriffen. Lahr begründete die Ablehnung des pakistanischen Wunsches nach Lieferungen von M 48 Panzern. Er verwies dabei u. a. auf die bereits zur Verfügung gestellten Spezialmaschinen und Waffenteile sowie auf die Gewährung von Entwicklungshilfe. Mit Blick auf das militärische Übergewicht Indiens erklärte Ayub Khan den Hauptzweck seiner bevorstehenden Reise nach Moskau: Pakistan brauche Waffen „und werde sie auch vom Teufel nehmen“. Zur Frage eines Nichtverbreitungsabkommens betonte Außenminister Pirzada, Indien dürfe keine Atommacht werden. Ayub Khan sprach sich gegen ein Abkommen aus, das es einem Staat untersage, selbst einmal Atomwaffen zu produzieren. Lahr kommt zu dem Ergebnis, daß die bilateralen Beziehungen zwar auf einem guten Stand seien, ein kritischer Punkt jedoch die Ausrüstungshilfe bleibe.

<b>333</b>	<b>27.09. Botschaftsrat I. Klasse Lahn, Kairo, an das Auswärtige Amt</b>	<b>S. 1313</b>
------------	--	----------------

**334** 29.09. Aufzeichnung des Botschafters z. b. V. Bahr S. 1317

CXLI

- 335**      02.10.   Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt                      S. 1319

Klaiber berichtet über ein Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten. De Gaulle wies darauf hin, daß seine Äußerungen am 9./10. September 1967 in Zabrze (Hindenburg) und in Sopot (Zoppot) „mißverstanden und falsch interpretiert“ worden seien. Er räumte zwar ein, daß eine etwaige Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch die Bundesregierung weder die UdSSR noch Polen aus taktischen Gründen zur Aufgabe ihres maximalen Standpunktes bewegen könnte. Langfristig würde aber der östlichen Propaganda durch einen solchen, der Entspannung dienenden Schritt „das Wasser abgegraben werden“. Hinsichtlich eines britischen EG-Beitritts berief sich de Gaulle auf das Gutachten der EG-Kommission vom 29. September 1967, wonach die britische Währung und der britische Agrarmarkt einer Aufnahme entgegenstünden. Abschließend zeigte er sich bereit, einem Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 23. Oktober 1967 in Brüssel zuzustimmen, um eine neue europäische Gipfelkonferenz vorzubereiten.

- 336**      03.10.   Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete                                      S. 1322

Ruete faßt die Ergebnisse der Sitzung des Kabinettsausschusses für innerdeutsche Angelegenheiten vom Vortag zusammen, in der die Standpunkte der Ressorts vorgetragen wurden. Unter Vorsitz des Bundesministers Wehner beriet der Ausschuß über den Vorschlag des Bundesministers Schiller, zusätzliche Kohle- und Energiegeschäfte mit der DDR bei gleichzeitiger Swing- und Saldierungskorrektur abzuwickeln. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft, Arndt, führte beschäftigungspolitische Gründe an, die für eine solche Erhöhung der Kohleausfuhr in die DDR sprächen. Um die damit angestrebte Verminderung der „sowjetzonalen Abhängigkeit von der Sowjetunion“ zu erreichen, sei jedoch eine gleichzeitige Reduzierung der Importe der DDR aus Polen und aus der UdSSR nötig. Die DDR habe bereits Interesse angedeutet, gegen eine Erhöhung des Swings von 200 auf 300 Mio. DM sowie gegen eine Vertagung des Saldierungszwangs von Mitte 1968 auf 1970 Ruhrkohle zu kaufen. Um den schon kursierenden Pressespekulationen über ein angebliches Verrechnen der Kohlelieferungen mit der von der DDR geforderten Begleichung der „Postschulden“ entgegenzutreten, sei ein schnelles Handeln nötig.

- 337**      04.10.   Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter                                      S. 1325

Schnippenkötter legt in Absprache mit dem Bundesministerium der Verteidigung eine Aufzeichnung zur amerikanischen Truppenpräsenz in der Bundesrepublik vor. Da Präsident Johnson angesichts des Vietnam-Krieges und der wachsenden innenpolitischen Schwierigkeiten keine Schwierigkeiten in Europa haben wolle, könnte sich eine Reduzierung der Bundeswehr um 19000 Mann auch auf die amerikanische Truppenpräsenz in der Bundesrepublik auswirken. Das amerikanische Außenministerium lege daher größten Wert auf die Aufrecht-

erhaltung der aktiven Truppenstärke der Bundeswehr. Das amerikanische Verteidigungsministerium halte statt dessen ein „Gesundschrumphen“ und eine bessere Ausnutzung des Reservistenpotentials in der Bundesrepublik für zweckmäßig. Die Bundesregierung solle darauf hinweisen, daß der ursprünglich bis 1971 geplante Ausbau der Bundeswehr auf 508 000 Mann bereits vor dem Beschluß vom 6. Juli 1967 über die mittelfristige Finanzplanung den USA als unrealistische Zielvorgabe bekannt gewesen sei. Die Beibehaltung der Personalstärke der amerikanischen Streitkräfte hänge schließlich auch davon ab, ob die Bundesrepublik den USA beim Devisenausgleich auch weiterhin entgegenkomme. Schnippenkötter empfiehlt, die Bemühungen um ein gemeinsames Konzept der Allianz für parallele Truppen- und Präsenzverminderung von NATO und Warschauer Pakt fortzusetzen.

- 338**    05.10.   Botschafter Knoke, Den Haag, an das Auswärtige Amt    S. 1330

Knoke berichtet über ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im niederländischen Außenministerium vom Vortag. De Ranitz zeigte sich enttäuscht über den Verlauf der EG-Ministeratstagung am 2./3. Oktober 1967 in Luxemburg. Zur Stellungnahme der EG-Kommission vom 29. September 1967 erklärte er, daß Staatspräsident de Gaulle „im Grunde nur erfreut sein“ könne. Denn die darin formulierten Auflagen (Ausgleich des Zahlungsbilanzdefizits, Aufgabe des Charakters des Pfund Sterling als Reservewährung) erschwerten den britischen EG-Beitritt außerordentlich. Die Kommission habe de Gaulle nun mit Material versehen, „das ein Hinausziehen der Verhandlungen auf Jahre ermögliche“.

- 339**    05.10.   Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete, z. Z. London    S. 1331

Ruete faßt die Ergebnisse eines Gesprächs mit dem Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium zusammen. Lord Hood teilte die Auffassung von Ruete, daß nach Beendigung der Studie über die zukünftige Aufgaben der Allianz (Harmel-Studie) unter Einbeziehung Frankreichs eine „open-ended study group“ für die Probleme europäische Sicherheit und Deutschland-Frage eingerichtet werden sollte. Getrennt davon solle das Thema auch zwischen den Drei Mächten und der Bundesrepublik erörtert werden. Lord Hood führte weiter aus, daß die am 16. Juni 1967 von Bundesminister Brandt dem sowjetischen Botschafter Zarapkin übergebenen 14 Punkte über Gewaltverzicht oder das Problem des „nuclear freeze“ in die Diskussion mit einbezogen werden sollten.

- 340**    06.10.   Aufzeichnung des Ministerialdirektors Diehl    S. 1332

Diehl erörtert die Europapolitik der Bundesregierung. Es stelle sich die Frage, ob die EG durch Großbritannien und die anderen beitriftswilligen EFTA-Staaten erweitert werden solle, selbst wenn dadurch die militärische und politische Einigung behindert werde. Diehl empfiehlt, die wirtschaftliche Zusam-

menarbeit der sechs EG-Mitgliedstaaten auszubauen, die Bemühungen um eine Erweiterung fortzusetzen und die Kooperation in der Sicherheits- und der Außenpolitik mit den interessierten Staaten zu vertiefen. Dabei sollten „gemeinsame Interessen, nicht die institutionelle Konstruktion“ im Vordergrund stehen. Die Unterscheidung zwischen wirtschaftlichen und militärisch-politischen Strukturen vergrößere zudem die Aussicht, auch neutrale Staaten Westeuropas einzubeziehen. Wegen der Ablehnung Frankreichs hinsichtlich eines britischen EG-Beitritts sei schließlich zu überlegen, ob die politische Zusammenarbeit nicht besser ohne Großbritannien und „notfalls selbst ohne die Niederlande oder sogar andere Beneluxstaaten“ zu organisieren sei. Bis eine Änderung der französischen Politik eingetreten sei, solle die Kooperation mit Großbritannien auf allen Ebenen gefördert werden, um eine spätere Mitgliedschaft vorzubereiten.

- 341      06.10. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Hauthal      S. 1342

Hauthal vermerkt die Ergebnisse eines Gesprächs zwischen Staatssekretär Lahr und dem israelischen Botschafter anlässlich der Unterzeichnung des Wirtschaftshilfe-Abkommens am 4. Oktober 1967. Lahr erklärte mit Blick auf die schwierige Finanzlage der Bundesrepublik, daß sowohl die Höhe des Betrages von 160 Mio. DM als auch die Konditionen des Kredits möglicherweise künftig geändert werden müßten. Außerdem bitte die Bundesregierung, daß Israel einen größeren Teil der durch den Kredit beschafften Kapitalgüter aus der Bundesrepublik beziehe. Hinsichtlich der von Ben Natan beklagten schleppenden Assoziierungsverhandlungen zwischen der EG und Israel versicherte der Staatssekretär, daß Israel der deutschen Unterstützung gewiß sein könne.

- 342      06.10. Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt      S. 1343

Knappstein berichtet über ein Gespräch des Gesandten von Lilienfeld mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Eugene Rostow, am Vortag. Lilienfeld übergab eine Aufzeichnung mit Änderungswünschen zum amerikanisch-sowjetischen Entwurf vom 24. August 1967 für ein Nichtverbreitungsabkommen. Rostow bestätigte, daß weder die NATO noch der europäische Einigungsprozeß beeinträchtigt werden dürften; gleichzeitig komme aber auch der Einigung mit der UdSSR „im Interesse der Entspannung der Weltlage“ große Bedeutung zu. Es müsse alles versucht werden, um dem Politischen Ausschuß der UNO-Generalversammlung einen vollständigen Vertragsentwurf vorzulegen. Sonst gerate die UdSSR aufgrund ihres bereits vorliegenden Entwurfs in eine „taktisch sehr vorteilhafte Lage“, wodurch besonders die Bundesrepublik stärkstem Druck ausgesetzt würde. Knappstein resümiert, daß bei Rostow im Gegensatz zu früher eine „gewisse Ungeduld“ erkennbar gewesen sei, die mit den als schleppend empfundenen EG-Beratungen über Artikel III zusammenhänge.

- 343**      09.10. Gespräch des Bundesministers Brandt mit Generalsekretär Brosio, NATO S. 1347

Brosio informiert über die Mitteilung des französischen Außenministers Couve de Murville, wonach Frankreich der Studie zur Untersuchung der zukünftigen Aufgaben der Allianz (Harmel-Studie) nicht zustimmen könne, wenn die NATO dadurch größere politische Aufgaben erhielte. Es sei daher zu überlegen, entweder einen auch von Frankreich gebilligten „interim report“ zu verfassen oder aber auf der NATO-Ministerrats-tagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel einen Bericht mit den unterschiedlichen Auffassungen vorzulegen. Brandt bemerkt dazu, daß die Bundesregierung keine Konfrontation mit der französischen Regierung wünsche. Um einen gemeinsamen, wenn auch verhältnismäßig kleinen Nenner zu finden, empfiehlt er, die „summaries“ von den vier Berichten der Rapporteurs zusammenzufügen. Brosio könne sich dann um die Zustimmung der „Special Group“ bemühen. Brosio sagt zu, diese Anregung auf dem Treffen der vier Rapporteurs am 10./11. Oktober 1967 in Ditchley Park vorzubringen. Darüber hinaus sei aber ein Bericht über die gesamte Harmel-Studie anzufertigen, in dem die Meinungsverschiedenheiten offen erwähnt werden sollten.

- 344**      09.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Thierfelder S. 1349

Thierfelder faßt den Stand der Gespräche mit den Botschaften der Drei Mächte über die Frage einer Änderung des Verfahrens zur Einbeziehung von Berlin (West) in völkerrechtliche Verträge der Bundesrepublik zusammen. Die USA unterstützten die Vorstellungen der Bundesregierung, wonach Berlin (West) nicht mehr ausdrücklich genannt werde. Vielmehr solle Berlin (West) grundsätzlich als in Verträge der Bundesrepublik einbezogen gelten. Frankreich sei besorgt, daß eine Verfahrensänderung sowjetischen Protest hervorrufen und die Entspannungspolitik beeinträchtigen könnte. Zusammen mit Großbritannien befürchte es, daß ein Vertragspartner der Bundesrepublik gezwungen werden könnte, die Einbeziehung von Berlin (West) auch gegen seinen Willen zu akzeptieren. Thierfelder schlägt als Kompromiß vor, daß eine Einbeziehung nur dann wirksam werde, wenn die Anwendung eines Vertrags auf Berlin (West) nicht ausdrücklich ausgeschlossen werde. Bei bilateralen Verträgen der Bundesrepublik müsse ein solcher Ausschluß schriftlich in Form eines Notenwechsels oder einer Vertragsklausel festgelegt werden.

- 345**      11.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem Vorsitzenden Monnet, Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa S. 1356

Monnet gibt seiner Hoffnung Ausdruck, daß der Bundestag die Resolutionen des Aktionskomitees zur politischen Einigung Europas in der Debatte am 13. Oktober 1967 annehme. Das Aktionskomitee habe sich von dem Gedanken leiten lassen, daß den Mitgliedstaaten und den assoziierten Staaten keine

Schwierigkeiten erwachsen dürften. Auch solle die Entwicklung zu einem vereinten Europa die Vereinigung Deutschlands erleichtern. Kiesinger äußert die Vermutung, daß der Bundestag die Entwürfe nach der Erörterung in den zuständigen Ausschüssen annehmen werde. Er sieht jedoch Schwierigkeiten bei der Forderung nach baldigen Verhandlungen über einen britischen EG-Beitritt, denn Staatspräsident de Gaulle sei in dieser Frage „starr und unnachgiebig“. Zunächst sei es das Wichtigste, die sechs EG-Mitgliedstaaten am Konferenztisch zu halten und Konflikte zu vermeiden. Hinsichtlich des Verhältnisses zu den USA erläutert Monnet die Notwendigkeit engerer Beziehungen auf der Grundlage der Gleichheit.

- 346**      12.10.    Botschaftsrat Loeck, Belgrad, an das Auswärtige Amt      S. 1364

Loeck berichtet, daß eine weitere Verzögerung der bereits zugesagten Aufnahme von Verhandlungen über ein Anwerbe- und Sozialversicherungsabkommen für Gastarbeiter nicht nur dem Verhältnis zu Jugoslawien, sondern der gesamten Osteuropapolitik der Bundesregierung Schaden zufügen könnte. Es sei möglich, daß die jugoslawische Regierung dann ihre verständnisvolle Haltung hinsichtlich einer Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen überprüfe. Hinzu komme, daß das bislang von den jugoslawischen Gastarbeitern in ihrer Heimat vermittelte positive Bild von der Bundesrepublik gefährdet würde. Jugoslawische Kritiker einer Normalisierung der Beziehungen könnten argumentieren, daß den Zusicherungen der Bundesregierung nicht zu trauen sei und die aus einem kommunistischen Staat Osteuropas stammenden Arbeitskräfte als „Menschen zweiter Klasse“ betrachtet würden. Loeck empfiehlt, einen baldigen definitiven Verhandlungstermin zu bestimmen.

- 347**      12.10.    Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin      S. 1366

Zarapkin teilt mit, daß er beauftragt worden sei, das Gespräch über einen Austausch von Gewaltverzichtserklärungen fortzusetzen. Dazu übergibt er eine Erklärung, in der die Bundesrepublik aufgefordert wird, Gewaltverzichtserklärungen auch mit der DDR auszutauschen. Brandt sichert eine „aufmerksame Prüfung“ zu.

- 348**      12.10.    Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem französischen Botschafter François Seydoux      S. 1368

Kiesinger betrachtet die durch die Äußerungen des Staatspräsidenten de Gaulle am 9./10. September 1967 in Zabrze (Hindenburg) und Sopot (Zoppot) ausgelöste Aufregung als beendet. Das von den deutschen Vertriebenen und Flüchtlingen beanspruchte Heimatrecht sei „juristisch kein ausgefüllter Begriff“. Es bedeute aber, daß sie zurückkehren könnten, auch wenn diese Gebiete, „die deutsches Land gewesen seien“, eines Tages endgültig einem anderen Staat zugesprochen würden. Der Bundeskanzler erläutert dann die in der „außerparlamentarischen



Opposition“ – insbesondere in der Publizistik – verbreitete Neigung, die DDR völkerrechtlich anzuerkennen und zudem den Eindruck zu erwecken, als wolle die SPD in der Deutschlandpolitik sehr weit gehen, „während die CDU bremse“. Hinsichtlich der dem Bundestag zur Abstimmung vorliegenden „Entschließungen des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa“ betont er, daß die französischen Bedenken gegen den empfohlenen britischen EG-Beitritt zu berücksichtigen seien. Die Bundesregierung wolle eine möglichst große „Harmonie“ mit der französischen Politik herstellen.

- 349**      13.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg S. 1376

Meyer-Lindenberg erörtert das Schreiben des französischen Außenministers Couve de Murville vom 11. Oktober 1967 an Bundesminister Brandt über eine Verstärkung der bilateralen Zusammenarbeit. Mit der Zustimmung zur Aufnahme regelmäßiger Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister berücksichtige dieses Schreiben einen Ergänzungsvorschlag des Auswärtigen Amts zum deutsch-französischen Vertrag von 1963. Meyer-Lindenberg schlägt vor, daß Brandt während seines Aufenthalts am 16./17. Oktober 1967 in Paris ein Antwortschreiben übergeben und Ministerialdirektor Ruete als deutschen Delegationsleiter für die Arbeitsgruppe zur Anfertigung einer Studie über die europäische Sicherheit und die Verteidigung Europas in den siebziger Jahren benennen könnte. Eine Veröffentlichung des Schriftwechsels sei jedoch erst angebracht, wenn die Namen der Beauftragten für die Gesamtkoordinierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit feststünden.

- 350**      13.10. Botschafter Knappstein, Washington, an Bundesminister Brandt S. 1379

Knappstein berichtet von einem Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Rusk und dem Leiter der Abrüstungsbehörde, Foster. Rusk stellte kritische Fragen zur Bedeutung der Sicherheitskontrollen für EURATOM und erkundigte sich nach den Gründen, warum die Interessen von EURATOM durch die amerikanischen Vorschläge gefährdet seien. Die Verhandlungen über das Nichtverbreitungsabkommen müßten bis zur ersten Sitzung des Politischen Ausschusses der UNO-Generalversammlung am 6. November 1967 abgeschlossen sein. Bei der Verifikationsfrage bezeichnete Foster eine „zwei-Hüte-Lösung“ als denkbar, wonach die EURATOM-Kontrollen gleichzeitig als IAEO-Kontrollen oder im Auftrag der IAEO angewandt werden könnten. Knappstein hält es für möglich, daß die USA ohne vorherige Konsultation mit EURATOM einen Kompromiß mit der UdSSR suchen könnten, wenn EURATOM selbst nicht rechtzeitig einen erfolgsversprechenden Vorschlag unterbreiten könnte. Offensichtlich setze sich Foster für das

Weiterverhandeln mit der UdSSR ein; auch habe er im Außenministerium bei Rusk die Zweifel genährt, ob die Kontrollfunktion für die Europäischen Gemeinschaften „wirklich eine vitale Bedeutung“ habe.

- 351**      13.10. Bundesminister Brandt an den amerikanischen Außenminister Rusk      S. 1383

Brandt weist den Vorwurf mangelnder Kompromißbereitschaft bei den Verhandlungen über Artikel III (Kontrollartikel) eines Nichtverbreitungsabkommens zurück und drückt sein Erstaunen über die „immer häufiger werdenden Unterstellungen“ gegen die Bundesregierung aus. Die Bundesrepublik habe die im Abkommen vorgesehene Diskriminierung der Nichtkernwaffenstaaten hingenommen, weil sich die USA und Großbritannien freiwillig zu IAEK-Kontrollen in ihren zivilen Kernanlagen verpflichtet hätten, während Frankreich unverändert nur die EURATOM-Kontrollen akzeptiere. Diese Voraussetzung zur Zustimmung würde entfallen, wenn die EURATOM-Kontrollen nun durch eine entsprechende Formulierung für Artikel III gefährdet würden. Da Frankreich nämlich das Nichtverbreitungsabkommen nicht unterzeichne, würde die Einführung der IAEK-Kontrollen in EURATOM für die übrigen fünf Nichtkernwaffenstaaten einseitig eine doppelte Kontrolle und damit eine „unannehmbare Diskriminierung“ darstellen. Frankreich hingegen erhielte eine „nukleare Sonderstellung“. Es sei undenkbar, daß über die noch laufenden Beratungen der EG hinweggegangen würde. Dies würde ein schwerer Schlag nicht nur für das Zustandekommen eines weltweiten Nichtverbreitungsabkommens, sondern auch für das Verhältnis zwischen Europa und Amerika sein.

- 352**      13.10. Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), an das Auswärtige Amt      S. 1386

Braun berichtet über ein Gespräch mit dem polnischen Stellvertretenden Außenminister. Winiewicz bemerkte, daß die Bundesrepublik den Zeitpunkt der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien unglücklich gewählt habe. Denn die DDR fühle sich in die Isolierung gedrängt. Doch Polen und die anderen osteuropäischen Staaten „würden ihre ostdeutschen Freunde nie verlassen“. Es werde noch viel Zeit vergehen, bis an die Aufnahme diplomatischer Beziehungen gedacht werden könne. Aus einem weiteren Gespräch mit dem belgischen Botschafter bei der UNO, Schuurmans, teilt Braun mit, daß sich Winiewicz in ähnlicher Form auch gegenüber dem belgischen Außenminister Harmel geäußert habe. Der bulgarische Außenminister Bashev habe sich gegenüber Harmel allerdings weniger abweisend gegen einen eventuellen Botschafteraustausch mit der Bundesrepublik ausgesprochen, „als er es öffentlich tun müsse“.

- 353**     14.10.   Legationsrat I. Klasse Bente, Beirut, an das Auswärtige Amt     S. 1388

Bente berichtet über ein Gespräch mit dem Berater des libanesischen Präsidenten. El Khoury teilte mit, daß die libanesische Regierung angesichts der angespannten Lage im Nahen Osten künftig eine neutralere Politik unter stärkerer Anlehnung an den Westen führen wolle. Sie sei auch bereit, mit der Bundesrepublik über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu verhandeln, wobei sie aber mit Rücksicht auf den muslimischen Teil des Landes sehr behutsam vorgehen wolle. Bente begrüßte den Entschluß, erklärte jedoch, daß die Bundesregierung nicht bereit sei, diesen Schritt mit Wirtschaftshilfe zu verknüpfen. Daraufhin schlug el Khoury vor, die Beziehungen zunächst nur auf Geschäftsträgerebene wiederaufzunehmen. Bente resümiert, daß der Stand der Vorbesprechungen nunmehr die vorgesehene Entsendung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Gehlhoff nach Beirut als notwendig erscheinen lasse.

- 354**     16.10.   Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg     S. 1390

Meyer-Lindenberg faßt die Ergebnisse eines Gesprächs des Bundesministers Brandt mit dem israelischen Botschafter zusammen. Ben Natan zeigte sich besorgt, daß der UNO-Sicherheitsrat Beschlüsse fassen könnte, die den israelischen Interessen zuwiderliefen. Israel bestehe vor einem Rückzug aus den besetzten Gebieten auf Beendigung des Kriegszustands sowie auf Anerkennung durch die arabischen Staaten und auf der Festlegung der Grenzen in einem Friedensvertrag. Dabei seien die Waffenstillstandslinien vom 4. Juni 1967 allerdings überholt. Zum israelischen Antrag auf Assoziierung mit der EG gab Ben Natan den Eindruck wieder, daß sich Frankreich und Italien widersetzen, während die Bundesrepublik „nicht mehr ganz so warmherzig für Israel“ eintrete; hier sei „die Temperatur wieder etwas höher“ zu bringen.

- 355**     17.10.   Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris     S. 1393

Brandt übergibt die Antwort auf das Schreiben des französischen Außenministers vom 11. Oktober 1967 zur Verstärkung der bilateralen Zusammenarbeit. In dem anschließenden Gespräch über alle wesentlichen Fragen der bilateralen Beziehungen erläutert er u. a. das Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten und konstatiert vor allem bei der DDR nur wenig Veränderung. Die Bundesregierung werde aber ihre Bemühungen um Entkrampfung beharrlich, wenn auch ohne Illusionen, fortsetzen. Couve de Murville bemerkt, daß die Situation durch die Entspannungspolitik schwieriger geworden sei, da die UdSSR die Kontrolle über die osteuropäischen Staaten behalten wolle und Polen sich mit der befreundeten DDR als Nachbarn „ruhiger“ fühle als mit einem wiedervereinigten Deutschland. Zur Frage der Nichtverbreitung bekräftigt er, daß Frankreich

das Abkommen nicht unterzeichnen werde. Ferner werde es sich innerhalb von EURATOM erst an der Diskussion beteiligen, wenn der Vertrag vorliege, z.B. die Bundesrepublik ihn unterzeichnet habe und es dann zu Schwierigkeiten beim Export/Import zwischen den Mitgliedstaaten kommen sollte. Die Studie über die zukünftigen Aufgaben der Allianz (Harmel-Studie) bezeichnet er als „rein akademisches Exercitium“. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, als ob hier eine gemeinsame Außenpolitik definiert werde.

- 356**      17.10. Botschafter von Walther, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1405

Walther führt aus, daß die sowjetische Regierung mit dem Memorandum vom 12. Oktober 1967 die „de facto Anerkennung Ostberlins“ zur Voraussetzung eines Austauschs von Gewaltverzichtserklärungen mache und damit die „bedingungslose Anerkennung der DDR durch die BRD“ zu erreichen suche. Diese Politik beruhe zum einen auf dem wachsenden Einfluß der DDR, zum anderen auf der Fehleinschätzung, daß die Bundesrepublik „über kurz oder lang das SBZ-Regime anerkennen werde“. Walther stellt fest, daß eine Einigung über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen erst dann möglich sei, wenn die UdSSR zu der Einsicht gelange, daß sie die Deutschlandpolitik der Bundesregierung falsch interpretiere. Er empfiehlt, zunächst die sowjetische Reaktion auf die Haltung der Bundesrepublik in der Berlin-Frage bei den angekündigten Wirtschafts- und Luftverkehrsverhandlungen abzuwarten.

- 357**      17.10. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Graf Schirndinger von Schirnding S. 1408

Schirnding berichtet, daß der Erste Sekretär der französischen Botschaft über die Absicht informiert habe, den Teilnehmern an den Olympischen Winterspielen vom 6. bis 18. Februar 1968 in Grenoble eine vom IOC ausgestellte olympische Identitätskarte als Reisedokument auszugeben. Da die Sportler aus der DDR so von den TTD-Richtlinien befreit würden, erbat Ourmet eine Stellungnahme des Auswärtigen Amts. Schirnding empfiehlt mit Blick auf die bei den vergangenen Olympiaden praktizierte Regelung, keine Bedenken gegen das französische Anliegen zu erheben. Allerdings solle dies „als ein kleines Opfer“ dargestellt und darauf bestanden werden, daß die Identitätskarte für alle Teilnehmer gelte und dementsprechend kein Sportler ein anderes Ausweispapier vorlegen müsse.

- 358**      18.10. Bundesminister Brandt an Generalsekretär Brosio, NATO S. 1409

Brandt informiert über die Gespräche mit dem französischen Außenminister am 16./17. Oktober 1967 in Paris. Couve de Murville erklärte, daß in der Studie über die zukünftigen Aufgaben der Allianz (Harmel-Studie) keine Regelung akzeptabel

sei, welche die Politik jedes Mitglieds in der Allianz zur Diskussion stelle. Das Bündnis solle vielmehr unverändert weiterarbeiten und die Konsultationen durch gegenseitige Informationen fortsetzen. Brandt gibt abschließend seinen Eindruck wieder, daß „die französische Haltung noch nicht in jeder Beziehung festgelegt“ sei. Die Bundesregierung werde sich weiterhin bemühen, Frankreich für eine Lösung zu gewinnen, die im gemeinsamen Interesse der Allianz liege.

**359**      18.10.    Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahm S. 1410

Sahm informiert über die Schadenersatzansprüche, die von den vierzehn NATO-Mitgliedstaaten als Folge des französischen Ausscheidens aus der militärischen Integration der Allianz erhoben würden. Diese Forderungen bezögen sich zum einen auf den Verlust der in Frankreich gelegenen Infrastrukturanlagen, zum anderen auf die entstandenen Kosten für die Verlegung in andere NATO-Staaten. Es handle sich um eine Gesamtsumme von ca. 223,7 Mio. Pfund; hinzu kämen weitere 2,75 Mrd. Francs, die sich aus amerikanisch-französischen Vereinbarungen ergäben. Die USA dächten aus innenpolitischen Gründen daran, auf eine baldige Erfüllung ihrer Forderungen zu drängen. Eine kritische Zuspitzung des amerikanisch-französischen Verhältnisses sei dabei nicht ausgeschlossen. Um die Zusammenarbeit Frankreichs mit den Vierzehn weiterhin „eng und dauerhaft“ zu halten, rät Sahm, die USA zu bitten, ihre bilateralen Ansprüche getrennt von den Forderungen der Vierzehn geltend zu machen.

**360**      18.10.    Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), an S. 1413  
das Auswärtige Amt

Braun berichtet von einem Gespräch mit dem ägyptischen Außenminister über eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen. El Riad beklagte die wirtschaftliche, militärische und politische Unterstützung der Bundesrepublik für Israel, die den arabischen Staaten während des Nahost-Krieges „schmerzlich durch die israelische Überlegenheit erneut zum Bewußtsein“ gekommen sei. Die von der Bundesregierung damals eingenommene Neutralität sei „fast ebenso schlimm wie direkte Hilfe“ gewesen. In diesem Punkt sei die öffentliche Meinung in den arabischen Staaten sehr empfindlich. Für die Normalisierung der Beziehungen, die eine Angelegenheit aller arabischer Staaten sei, müsse ein günstiger Augenblick abgewartet werden. Braun resümiert, daß el Riad den Eindruck vermittelt habe, als ob die Bundesrepublik „vorläufig für Kairo diplomatisch uninteressant“ sei.

**361**      18.10.    Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das S. 1417  
Auswärtige Amt

Grewe teilt zum Stand der Studie über die zukünftigen Aufgaben der Allianz (Harmel-Studie) mit, daß NATO-Generalsekretär Brosio auf einer vertraulichen Sitzung die Zusammenfas-

sung der Berichte der vier Untergruppen der „Special Group“ vorgelegt habe. Diese Zusammenfassung solle den Mitgliedstaaten lediglich die Stellungnahme erleichtern und die einzelnen Berichte keinesfalls ersetzen. Auf Vorschlag von Grewe wurde vereinbart, zunächst die Prüfung der Berichte und der Zusammenfassung durch die einzelnen Regierungen abzuwarten. Es wurde ferner Einigung über eine Sitzung der Ständigen Vertreter am 25. Oktober 1967 erzielt, auf der die Voraussetzungen für eine Sitzung der „Special Group“ auf höherer Ebene unter Teilnahme des belgischen Außenministers Harmel geschaffen werden sollten. Erst danach solle dann die endgültige Formulierung des Harmel-Berichts erfolgen, der aus einem vertraulichen und einem für die Veröffentlichung bestimmten Teil bestehen werde.

- 362**      23.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Premierminister Wilson in London S. 1419

Zu dem auf der EG-Ministerratstagung in Luxemburg erörterten britischen Beitrittsantrag bemerkt Kiesinger, er wolle alles tun, um das Verfahren zu erleichtern. Er habe dem französischen Staatspräsidenten mitgeteilt, daß die öffentliche Meinung in Europa für eine britische Beteiligung sei. Da de Gaulle nicht von seinen Ansichten abgebracht werden könne, müsse er davon überzeugt werden, daß er den Beitritt nicht verhindern könne. Wilson erklärt, daß er es vorziehen würde, wenn die Verhandlungen der EG mit Großbritannien nicht erst nach internen Konsultationen der sechs Mitgliedstaaten, sondern sofort aufgenommen würden. Kiesinger erläutert die Sorge von de Gaulle, daß eine europäische Einheit zu einer atlantischen Gemeinschaft führen könne. Darauf erwidert Wilson, de Gaulle befürchte, „daß sich zu sechs Leuten, die miteinander Fußball spielen wollten, nunmehr ein neues Mitglied gesellen wolle, das nicht bereit sei, sich an die Regeln zu halten und statt Fußball Baseball zu spielen beabsichtige.“

- 363**      23.10. Deutsch-britische Regierungsbesprechung in London S. 1426

Kiesinger befürwortet den britischen EG-Beitritt, spricht sich aber mit Blick auf die französische Haltung für eine möglichst behutsame Vorgehensweise bei den prozeduralen Fragen aus. Für Staatspräsident de Gaulle bedeute die Bereitschaft zur Aufnahme Großbritanniens die Aufgabe einer Politik, die er seit 1950 „mit zunehmender Starrheit“ verfolge. Daher müsse seine Forderung nach vorherigen Beratungen unter den Sechs erfüllt werden. Es sei zu hoffen, daß diese Verhandlungen bis etwa zur Jahreswende 1967/68 beendet werden könnten. Außenminister Brown warnt, daß eine Verzögerung „eine ernste Wirkung“ auf die Beziehungen zu Frankreich sowie auf die britische Einstellung zur NATO und zur Stationierung von Streitkräften haben könnte. Zur Klärung der durch die Stellungnahme der EG-Kommission vom 29. September 1967 aufgeworfenen Fragen schlägt Kiesinger einen Meinungsaustausch zwischen Experten beider Seiten vor, der parallel zu den

internen Beratungen der Sechs geführt werden solle. Brown stimmt dem von Kiesinger vorgestellten Konzept zu, wonach die Beitrittsverhandlungen einerseits und die sich gleichzeitig vollziehende Weiterentwicklung der EG andererseits synchronisiert werden sollten.

- 364**      24.10.    Deutsch-britische Regierungsbesprechung in London      S. 1432

Bundeskanzler Kiesinger stellt fest, daß die soeben von der EG-Ministerratstagung in Brüssel übermittelten Äußerungen des französischen Außenministers Couve de Murville offenbar einem Veto zum britischen EG-Beitritt gleichkommen. Er erläutert anschließend die Sorge des französischen Staatspräsidenten, daß sich die NATO im Zuge der Studie über die zukünftigen Aufgaben der Allianz (Harmel-Studie) zu „einer Art Politische Atlantische Union“ entwickeln würde; dies könne seine Entscheidung über den Verbleib in der NATO beeinflussen. Die Entspannungspolitik der Bundesregierung werde durch die sowjetische Forderung nach Anerkennung der DDR behindert. Durch den Versuch, das Verhältnis zu allen östlichen Staaten zu verbessern, solle ein Klima des gegenseitigen Verständnisses geschaffen werden, dem sich die DDR nicht auf Dauer entziehen könne. Der britische Verteidigungsminister Healey erläutert die Absicht, die Verteidigungskosten durch Truppenverlegungen zu verringern. Die Verlagerung des Schwerpunkts der britischen Verteidigung von „East of Suez“ nach Europa sei von historischer Bedeutung. Die Bundesregierung möge daher ihrerseits den Beschluß überprüfen, die Bundeswehr um 19 000 Mann zu reduzieren.

- 365**      25.10.    Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Premierminister Wilson in London      S. 1439

Wilson stimmt der Überlegung von Kiesinger zu, bei den kommenden Gesprächen über das weitere Vorgehen in der Frage des britischen EG-Beitritts insbesondere mit der italienischen Regierung zu sprechen. Er schlägt eine Intensivierung der technologischen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik vor. Vor allem sollten die entsprechenden Firmen direkt miteinander Kontakt aufnehmen können. Zu diesem Zweck sei es allerdings notwendig, daß Großbritannien der EG beitrete.

- 366**      25.10.    Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr      S. 1443

Lahr erörtert im Licht der EG-Ministerratstagung am 23./24. Oktober 1967 in Luxemburg die ablehnende Haltung Frankreichs zu einem britischen Beitritt. Der französische Außenminister habe darauf hingewiesen, daß die EG durch die britische Aufnahme von einer Wirtschafts- zu einer Handelsunion „denaturieren“ würde. Nach Ansicht von Couve de Murville hätten die Römischen Verträge von 1957 zwar eine erweiterungsfähige Gemeinschaft vorgesehen, aber die Entwicklung sei darüber hinweggegangen. Diese Argumentation stehe jedoch, so Lahr, in „diametralem Gegensatz“ zur Haltung der Partnerstaaten. Frankreich müsse nun damit rechnen, daß ei-

nige von ihnen „renitent“ würden. Zudem werde Großbritannien künftig „unsichtbar am Ratstisch der Gemeinschaft“ sitzen. Es sei nur schwer vorstellbar, daß es so zu Beschlüssen über die endgültige Gestaltung der EG, insbesondere über die Agrarfinanzierung komme, an der Frankreich am meisten interessiert sei. Europa sei für Frankreich nur ein „Operationsfeld unter anderem“, das für konkrete französische Interessen nützlich sein könne. Es stelle sich daher die Frage, ob der französischen Regierung tatsächlich an der EG gelegen sei oder sie einfach nur ihre Führungsrolle in der Gemeinschaft erhalten wolle.

- 367**      25.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahm S. 1448

Sahm faßt die Ergebnisse der Gespräche des Chefredakteurs des Deutschlandfunks, Barsig, am 6./7. Oktober 1967 in Belgrad zusammen. Demnach sei die jugoslawische Regierung bereit, ohne Vorbedingungen die diplomatischen Beziehungen wiederherzustellen. Da damit aber das Problem der jugoslawischen Wiedergutmachungsforderungen bestehen bleibe, komme es nun darauf an, entsprechende Illusionen „zu zerstören“. Kernpunkt sei die Frage, wie die Bundesregierung mit den Staaten verfahren werde, die – wie dies Jugoslawien 1957 getan habe – nun ebenfalls diplomatische Beziehungen mit der DDR aufnehmen wollten. Dem sei mit dem Hinweis auf die veränderte politische Lage in Europa zu begegnen. Zudem könnten den kommunistischen Staaten keine Maßregeln für sein Verhalten gegenüber anderen kommunistischen Staaten auferlegt werden; von den übrigen Staaten sei aber zu erwarten, daß sie die Spaltung Europas nicht durch die Anerkennung der DDR vertieften. Eine beim Botschafteraustausch abzugebende Erklärung müsse so zurückhaltend formuliert werden, wie es innenpolitisch gerade noch zulässig sei. Damit solle die Fehldeutung vermieden werden, die Bundesregierung wolle „ostpolitische Bewegung um jeden Preis“. Es müßte dann erklärt werden, daß der Abbruch der Beziehungen 1957 ebenso „richtig wie seine Perpetuierung heute falsch wäre“.

- 368**      25.10. Ministerialdirigent Böker an Botschafter Pauls, S. 1454  
Tel Aviv

Böker informiert Pauls über ein Gespräch mit dem ehemaligen Bundeskanzler Erhard vom Vortag. Erhard stimmte dem Vorschlag zu, im Rahmen seines Aufenthalts in Israel vom 30. Oktober bis 10. November 1967 weder die Altstadt von Jerusalem noch andere besetzte Gebiete zu besuchen. Böker führt weiter aus, die israelische Botschaft habe daraufhin „sehr heftig“ gegen diese „Demonstration gegen Israel“ protestiert und die gesamte Reise in Frage gestellt. Sowohl Bundesminister Brandt als auch Erhard seien jedoch entschlossen, nicht nachzugeben. Erhard bitte zudem darum, in Israel darauf hinzuwirken, „daß keine weiteren Pressionen auf ihn ausgeübt“ würden.



**369      26.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort      S. 1455**

Harkort nimmt zu der Vorlage des Bundesministeriums der Verteidigung für die Sitzung des Bundesverteidigungsrats am 3. November 1967 Stellung. Der vorgeschlagene Verkauf von 30 bis 50 Flugzeugen vom Typ Do 27 aus Bundeswehrbeständen an Portugal als Kompensation für die Verkleinerung des Luftwaffenstützpunktes Beja stoße auf grundsätzliche Bedenken des Auswärtigen Amts, da ein Einsatz dieser Flugzeuge zur Unterdrückung von Aufständen in den portugiesischen Kolonien möglich sei. Während die Abteilungen II und III das Projekt wegen der sonst zu erwartenden Verschlechterung der Beziehungen zu Portugal befürworteten, spreche sich Abteilung I mit Blick auf die ebenfalls absehbare „erhebliche Belastung“ des Verhältnisses zu den afrikanischen Staaten dagegen aus. Harkort schlägt daher vor, das Bundesministerium der Verteidigung möge die Lieferung der Flugzeuge ablehnen. Erst wenn sich im Laufe der Verhandlungen zeige, daß Portugal großes Gewicht auf den Erhalt der Do 27 lege und dafür auch Konzessionen beim Beja-Vorhaben einräume, könne eine Lieferung von höchstens 50 Maschinen erfolgen.

**370      27.10. Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter      S. 1457**

Schnippenkötter resümiert die Einschätzung der sowjetischen Demarchen gegen die Besuche ausländischer Staatsgäste in Berlin (West) auf der Besprechung der Bonner Vierergruppe vom 18. Oktober 1967. Von französischer Seite seien Bedenken gegen den Vorschlag der USA erhoben worden, daß der amerikanische Botschafter McGhee gegenüber dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Abrassimow, „das Befremden der Verbündeten“ bekunde. Daraufhin habe der britische Vertreter vorgeschlagen, die Bundesregierung solle diejenigen Regierungsgäste, die von der UdSSR zum Verzicht auf einen Berlin-Aufenthalt gedrängt würden, darauf hinweisen, daß den Drei Mächten ein Besuch der Stadt willkommen wäre. Außerdem seien sie mit der Wahrnehmung der Interessen von Berlin (West) im Ausland durch die Bundesregierung einverstanden. Schnippenkötter schlägt vor, den Entwurf einer entsprechenden Erklärung „der drei Berliner Schutzmächte“ auszuarbeiten. McGhee solle Abrassimow darüber in Kenntnis setzen und gleichzeitig das Befremden über die sowjetischen Demarchen ausdrücken.

**371      28.10. Bundesminister Brandt an den amerikanischen Außenminister Rusk      S. 1460**

Brandt übermittelt eine Aufzeichnung zur Frage der Nichtverbreitung von Kernwaffen: Die EG-Kommission habe mitgeteilt, daß der sowjetische Entwurf vom 1. September 1967 für Artikel III (Kontrollartikel) eines Nichtverbreitungsabkommens nur unter Berücksichtigung der Änderungsvorschläge der Bundesrepublik vereinbar sei mit dem EURATOM-Vertrag von 1957. Solange das Abkommen aber ausdrücklich IAEO-Sicherheitskontrollen vorschreibe, die nicht konform mit dem EURATOM-

Vertrag seien, könne die Bundesregierung „keine andere Haltung einnehmen als bisher“. Am 27. Oktober 1967 hätten sich die fünf kernwaffenlosen EURATOM-Mitgliedstaaten auf eine gemeinsame Minimalposition geeinigt und Bemerkungen zur Kontrollregelung erarbeitet. Die Bundesregierung werde nun Modifikationen der eigenen Änderungsvorschläge im NATO-Rat vorstellen. Falls die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen nicht zu einem EURATOM-vertragskonformen Entwurf führen würden, erwarte die Bundesregierung, daß die USA gemäß früherer Zusagen einen eigenen „realistischen westlichen Entwurf“ vorlegen werde, der die zivilen Nuklearindustrien nicht mit Kontrollen diskriminiere.

- 372**      29.10. Botschafter Pauls, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt      S. 1464

Pauls berichtet über ein Gespräch mit dem israelischen Ministerpräsidenten. Eshkol erklärte, daß er dem Wunsch der Bundesregierung nicht entsprechen könne, auf die Besichtigung der Altstadt von Jerusalem durch den ehemaligen Bundeskanzler Erhard während dessen Besuch in Israel zu verzichten. Er ging auf den Vorschlag von Pauls ein, in einem persönlichen Telegramm an Erhard um Verschiebung der Reise zu bitten. Während Eshkol „betont konziliant“ sprach, brachte sein Kabinettschef „Schärfen ins Gespräch“. Das Auswärtige Amt habe seine Einwände erst erhoben, seitdem der Besuch des jordanischen Königs Hussein in Bonn bevorstehe. Pauls war sich mit Eshkol darüber einig, daß gegenüber der Presse Zurückhaltung angebracht sei und „störende Auswirkungen auf den so befriedigenden Stand der Beziehungen“ vermieden werden müßten.

- 373**      29.10. Botschafter Knoke, Den Haag, an das Auswärtige Amt      S. 1465

Knoke teilt Einzelheiten eines Gesprächs mit dem niederländischen Außenminister vom Vortag mit. Luns bezeichnete die französische Haltung zu einem britischen EG-Beitritt auf der Tagung vom 23./24. Oktober 1967 in Luxemburg als „de facto-Veto“. Es sei symptomatisch, daß diese Frage bei den Gesprächen zwischen Bundesminister Brandt und dem französischen Außenminister Couve de Murville am 16./17. Oktober 1967 in Paris offenbar nicht erörtert worden sei: Sehe so die deutsch-französische Zusammenarbeit aus, „wie sie der Elysée-Vertrag stipuliere“? Auch der Zeitpunkt der außenpolitischen Debatte im Bundestag am 13. Oktober 1967 vor der Ministerratstagung sei nicht glücklich gewählt gewesen. Denn die dort geäußerte Absicht der Bundesregierung, Frankreich nicht unter Druck zu setzen, habe Staatspräsident de Gaulle ermutigt, „seine Forderungen noch höher zu schrauben“. Luns kündigte an, den britischen EG-Beitritt und, damit verbunden, die politische Zusammenarbeit der Gemeinschaft zu beschleunigen. Sollte dies nicht bald möglich sein, „sei die Entwicklung zum Nationalismus in Europa nicht mehr aufzuhalten“.

- 374**      30.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit König Hussein von Jordanien S. 1467

Hussein legt die arabische Position im Nahost-Konflikt dar. Es sei nicht beabsichtigt, die Krise zum Gegenstand des Ost-West-Gegensatzes zu machen. Kiesinger bedauert das Versäumnis der EG, ihre Kräfte im Sinne einer politischen Lösung zusammenzuschließen. Hussein führt die Unruhen in den besetzten Gebieten auf die „harte und rücksichtslose Behandlung durch die Israelis“ zurück. Die Situation der palästinensischen Flüchtlinge sei sehr ernst, zumal der Winter in diesem Jahr sehr früh eingebrochen sei. Kiesinger widerspricht dem von Hussein wiedergegebenen Eindruck, daß die UdSSR bereit sei, an einer friedlichen Lösung des Konflikts mit den USA mitzuarbeiten. Abschließend bekräftigt der König, daß eine generelle Regelung nur bei einem israelischen Rückzug hinter die Waffenstillstandslinien vom 5. Juni 1967 möglich sei.

- 375**      31.10. Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter S. 1471

Schnippenkötter erörtert den Entwurf eines Schreibens der Drei Mächte, mit dem die sowjetische Protestnote vom 15. Oktober 1967 gegen die parlamentarische Arbeitswoche des Bundestages in Berlin (West) vom 16. bis 20. Oktober 1967 zurückgewiesen werden soll. Der Entwurf sei erst nach „zähen Verhandlungen“ zwischen den Drei Mächten und im Rahmen der Bonner Vierergruppe entstanden. Die französische Botschaft habe erst nach wiederholten Rückfragen in Paris den von Bundesminister Brandt neu vorgeschlagenen Satz akzeptiert, wonach die Drei Mächte anerkennen, daß die Bundesrepublik für das Wohlergehen und die Lebensfähigkeit von Berlin (West) Verantwortung trage. Dieser Bestätigung des „politischen Gesamtzusammenhangs“ komme vor allem deshalb besondere Bedeutung zu, weil keine rechtliche Verbindung zwischen der Arbeitswoche des Bundestages und der Fürsorge der Bundesrepublik für die Lebensfähigkeit von Berlin (West) bestehe.

- 376**      31.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lankes S. 1473

Lankes erörtert Möglichkeiten einer weiteren Ausgestaltung des Angebots auf Gewaltverzicht an die Ostblock-Staaten. Das sowjetische Memorandum vom 12. Oktober 1967 habe den unverhüllten Versuch der UdSSR gezeigt, über die Bereitschaft der Bundesregierung zum Austausch von Gewaltverzichtserklärungen die völkerrechtliche Anerkennung der DDR zu erreichen. Die „offenbar unumgängliche direkte Beteiligung Ostberlins“ könne erleichtert werden, wenn die Gleichbehandlung der DDR weniger auf die Form als auf den Inhalt ausgerichtet würde. Dabei müsse es jedoch immer klar erkennbar sein, daß der andere Teil Deutschlands für die Bundesrepublik kein Ausland sei. Dies sei möglich, wenn nicht nur für die DDR eine Sonderkategorie gebildet, sondern auch unter den anderen Adressaten eine Differenzierung beim Gewaltverzichtsangebot getroffen würde. Lankes schlägt unterschiedliche Angebote vor

und empfiehlt, die Bundesregierung möge damit gegenüber den Ostblock-Staaten sowie gegenüber den verbündeten und den ungebundenen Staaten so gut wie möglich „Politik“ machen.

- 377**      02.11.    Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter      S. 1477

Schnippenkötter informiert darüber, daß nunmehr die ersten drei Kapitel der „Studie über eine Reduzierung der Streitkräfte der NATO im Bereich Europa-Mitte“ vorliegen, die von einer Arbeitsgruppe des Generals a.D. Heusinger verfaßt worden seien. Die Studie behandle den Abbau der militärischen Konfrontation in Europa durch eine ausgewogene und schrittweise Verminderung der Streitkräfte auf beiden Seiten der „Demarkationslinie“. Durch die Reduzierung insbesondere der ausländischen Streitkräfte in beiden Teilen Deutschlands könnte der Status quo in Mitteleuropa aufgelockert, der Resignation in der Bevölkerung der DDR entgegenwirkt und die finanziellen Probleme der Truppenstationierung „an der Wurzel“ gepackt werden. Die NATO solle sich baldmöglichst mit dem Thema befassen, um über untereinander abgestimmte Vorschläge zu verfügen und der Öffentlichkeit ihre Entspannungsbereitschaft unter Beweis stellen zu können. Insgesamt gebe die Studie der Bundesregierung einen Planungsvorsprung, um die Richtung der Diskussion in der NATO zu beeinflussen.

- 378**      02.11.    Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter      S. 1480

Schnippenkötter kennzeichnet die Haltung der Bundesregierung gegenüber dem amerikanischen Engagement in Vietnam als zurückhaltend bekundete Solidarität. Dauer und Verlauf des Krieges ließen die Glaubwürdigkeit amerikanischer Verpflichtungen im öffentlichen Bewußtsein zweifelhaft erscheinen. Das Vertrauen in die Zusage für die Sicherheit Europas sei nicht abhängig von der Fortführung der Luftangriffe in Vietnam. Den USA solle daher mitgeteilt werden, daß die Bundesregierung im Hinblick auf eine erfolgreiche Entspannungspolitik in Europa ein besonderes Interesse an der Beendigung des Krieges habe, damit die sowjetische Regierung auf etwaige Vorschläge zu Truppenverminderungen zwischen NATO und Warschauer Pakt eingehe. Grundsätzlich gehe es zu weit, wenn von amerikanischer Seite erklärt werde, daß der Vietnam-Krieg „gewissermaßen Deutschlands wegen geführt“ werde.

- 379**      02.11.    Legationsrat I. Klasse Mez, Khartum, an das      S. 1482  
Auswärtige Amt

Mez berichtet von einem Gespräch mit dem ehemaligen sudanesischen Informationsminister. Daoud erklärte, daß Ministerpräsident Mahgoub einen Botschafteraustausch mit der Bundesrepublik nicht erst aufgrund eines gemeinsamen Beschlusses der Arabischen Liga vornehmen wolle. Vielmehr sehe er sich nunmehr in der Lage, die abgebrochenen diplomatischen Beziehungen sofort wiederaufzunehmen; jedoch müsse zuvor ein geeigneter Zeitpunkt gefunden werden. Die sudanesische Regierung sei außerdem vom Verlauf der Verhandlungen mit

**380**      02.11. Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats S. 1484  
I. Klasse Klarenaar

**381**      03.11. Vermerk des Botschafters z. b. V. Bahr      S. 1486

**382** 03.11. Bundesminister Brandt an die Botschaft in Tel Aviv S. 1488

CLIX

- 383**     03.11.   Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), an     S. 1490  
                    das Auswärtige Amt

Braun informiert über ein Gespräch mit dem rumänischen Stellvertretenden Außenminister. Malitza betonte, daß die Politik zwischen Ost und West langfristig angelegt sein müsse. Zudem erklärte er, daß die UdSSR für die Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte in Europa „dankbar“ sei, weil damit der Vorwand für die weitere Präsenz sowjetischer Truppen und für die Kontrolle in den osteuropäischen Staaten gegeben sei. Die Hallstein-Doktrin habe nicht nur das „Anlehnsbedürfnis“ der DDR an die sowjetische Seite, sondern auch den Wunsch der UdSSR nach Festigung ihrer dortigen Position verstärkt. Allerdings gebe es in der DDR Tendenzen, sich von dieser Abhängigkeit langsam zu lösen. Voraussetzung sei allerdings, daß sich die Bundesregierung nicht länger weltweit den Bestrebungen der DDR um die Anerkennung als Staat widersetze.

- 384**     03.11.   Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das     S. 1492  
                    Auswärtige Amt

Grewe berichtet über eine Sitzung der Arbeitsgruppe für Nukleare Planung der NATO. Eine Übereinkunft hinsichtlich des Verfahrens zur Fertigstellung einer Studie über ein europäisches Raketenabwehrsystem sei erzielt worden. Zunächst solle SHAPE um einen mündlichen Vortrag über zusätzliche Luftverteidigungsmaßnahmen gebeten werden. Darüber hinaus seien Informationen über flankierende Zivilverteidigungsmaßnahmen für ein ABM-System einzuholen. Alle übrigen Teilfragen sollten jedoch von der Arbeitsgruppe selbst erarbeitet werden.

- 385**     07.11.   Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort     S. 1494

Harkort vermerkt, daß bislang noch keine Antwort auf die sowjetische Note vom 15. August 1967 zur Aufnahme von Luftverkehrsverhandlungen über eine Verbindung zwischen Frankfurt/Main und Moskau ergangen sei, um den Eindruck „unangemessener Eile“ zu vermeiden und den Drei Mächten die Abfassung einer Stellungnahme zu ermöglichen. Als Ergebnis der Verhandlungen solle eine Streckenführung über Eger, mit der die amerikanische, britische und französische Regierung einverstanden seien, erreicht werden. Dabei werde sich zeigen, ob die von der UdSSR angestrebte Verbindung über Berlin vornehmlich politischen Interessen diene. In der Stellungnahme der Drei Mächte vom 24. Oktober 1967 seien keine Einwände gegen Verhandlungen mit der UdSSR gemacht worden. Jedoch sei die Bundesregierung gebeten worden, die Möglichkeit der Benutzung einer Luftstraße nach Berlin nicht zu erwähnen.

- 386**     07.11.   Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das     S. 1497  
                    Auswärtige Amt

Grewe übermittelt die Besorgnis des Vorsitzenden des Ausschusses für Verteidigungserhebung über die Stellungnahme des Militärausschusses zur NATO-Strategie (MC 14/3). Hockaday

habe den Eindruck gewonnen, daß darin einige „bedenkliche Formulierungen“ enthalten seien, die in der politischen Direktive der Verteidigungsminister vom Mai 1967 nicht zu finden wären. Die Komplexität der Abschreckung sei durch Einführung von Prioritäten zwischen den Stufen Direkt-Verteidigung, bewußte Eskalation und allgemeiner nuklearer Einsatz aufgehoben worden; dadurch werde das Risiko für einen potentiellen Gegner berechenbar. In Ermangelung realistischer Alternativen sollte zwar die MC 14/3 auf der NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel angenommen werden. Sie sei aber dahingehend schriftlich zu interpretieren, daß amerikanische Truppen, die aus Europa rückzuverlegen seien, dennoch weiterhin als der NATO unterstellt bezeichnet würden. Zudem sollten die Formulierungen der Eskalationsstufen im Sinne der politischen Direktive verbessert werden.

- 387      08.11.    Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das      S. 1500  
                     Auswärtige Amt

Grewe berichtet über eine Sitzung der Studiengruppe zur Untersuchung der zukünftigen Aufgaben der Allianz („Special Group“). Der französische Botschafter bei der NATO deutete an, daß seine Regierung auf der NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel keiner weitergehenden Erklärung zur Situation des Bündnisses zustimmen werde. Ferner betonte Roger Seydoux, daß auch die Bildung neuer ständiger Arbeitsgruppen von Frankreich nicht unterstützt werde. Unter Wiederholung aller Zweifel und Bedenken stimmte er schließlich der Abfassung eines Berichtsentwurfs durch NATO-Generalsekretär Brosio zu. Staatspräsident de Gaulle wolle keine Beschlüsse, die „das Gesicht der NATO so veränderten, daß er sie hinterher nicht wiedererkennen könne“. Grewe weist darauf hin, daß der Verlauf der Sitzung einen Vorgeschmack auf die Schwierigkeiten gegeben habe, die von französischer Seite in Zusammenhang mit der Studie über die zukünftigen Aufgaben der Allianz (Harmel-Studie) noch zu erwarten seien.

- 388      10.11.    Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem      S. 1503  
                     indischen Botschafter Chand

Kiesinger und Chand erörtern den Stand der bilateralen Beziehungen, die künftige Rolle der Volksrepublik China in Asien und die Situation in Indien. Chand erklärt, daß er den Wunsch der Bundesregierung nach Wiedervereinigung unterstütze. Zudem führt er aus, daß Indien einen seiner Größe entsprechenden Anteil an Entwicklungshilfe von der Bundesrepublik erwarte. Der Ausdruck „Hilfe“ sei übrigens falsch, denn wer dort investiere, werde selbst den größten Nutzen haben. Kiesinger drückt die Bereitschaft aus, Indien im Rahmen des Möglichen weiterhin zu unterstützen.





**392      14.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Diehl      S. 1516**

Diehl faßt die Besprechungen der Planungsstäbe der Bundesrepublik, Großbritanniens und der USA vom 30. Oktober bis 1. November 1967 in Washington zusammen. Dabei hätten die Sicherheit in Europa und die Deutschland-Frage im Zentrum gestanden. Mit der amerikanischen und britischen Seite habe Einvernehmen darüber bestanden, daß eine Auflösung der beiden Bündnissysteme abzulehnen sei. Die Erkenntnis sei vielmehr gewachsen, daß ein europäisches Sicherheitssystem am besten durch Vereinbarungen zwischen den Bündnissen begründet werden könne. Es seien jedoch die Nachteile solcher Übereinkommen mit dem Warschauer Pakt „schärfer“ erkannt worden, welche die Handlungsfreiheit innerhalb der NATO einschränkten sowie in deren Struktur eingriffen. Der Entwurf einer künftigen europäischen Friedensordnung könnte dem „kommunistischem Programm“ entgegengestellt werden. Zur Studie über die zukünftigen Aufgaben der Allianz (Harmel-Studie) könnten die Regierungen der Mitgliedstaaten erklären, daß sie nützlich sei; sie habe gezeigt, daß die NATO keineswegs inhaltslos geworden sei oder nach einer neuen Aufgabe suchen müsse.

**393      16.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr      S. 1520**

Lahr nimmt Stellung zu einem Drahtbericht des Botschafters Klaiber, Paris, der auf Weisung des Bundeskanzlers Kiesinger erstellt und zeitgleich dem Auswärtigen Amt und dem Bundeskanzleramt zugeleitet worden sei. Auf diese Weise sei es Bundesminister Brandt nicht möglich gewesen, zuvor Einblick in den Drahtbericht und Stellung zu nehmen. Dies sei gravierend, da die von Klaiber bewertete französische Haltung zu einem britischen EG-Beitritt nicht „unbeträchtlich“ von der Auffassung des Bundesministers abweiche. Insbesondere halte Brandt im Unterschied zu Klaiber die französischen Forderungen nach einer Einigung der sechs Mitgliedstaaten noch vor Aufnahme von Verhandlungen und nach vorab einzuleitenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen in Großbritannien für unannehmbar. Eine Annahme solcher Forderungen würde dazu führen, daß es auf absehbare Zeit nicht zu Verhandlungen mit Großbritannien käme. Lahr ist besorgt, daß die Darstellung der Politik der Bundesregierung durch die Botschaft in Paris „aus der Sicht der Zentrale unter diesen Umständen zu wünschen übrig lassen könnte“.

**394      16.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr      S. 1522**

Lahr beurteilt die französischen „préalables“ für einen Beitritt Großbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften. Neu hinzugekommen sei die Agrarfinanzierung, die nun vor einer Erweiterung festgelegt werden solle. Frankreich sehe der Neuregelung dieser Frage im Jahr 1969 wegen befürchteter Einnahmeausfälle für die eigene Landwirtschaft und aufgrund des provisorischen Charakters der derzeitigen Vereinbarungen „mit großer Sorge“ entgegen. Auf die französische Forderung

könne jedoch angesichts kaum abzuschätzender Lasten, die eine unbefristete Agrarfinanzierung für die Bundesrepublik nach sich ziehen würde, nicht eingegangen werden. Dies gelte um so mehr, als jede Regelung ohne Einigung nur „Stückwerk“ bleiben müsse.

- 395**      21.11. Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin S. 1524

Zarapkin fragt, ob die Äußerungen des Bundeskanzlers Kiesinger auf der Pressekonferenz vom 3. November 1967 als Antwort auf das Memorandum der sowjetischen Regierung vom 12. Oktober 1967 zu betrachten seien. Brandt antwortet, daß Kiesinger zweimal die Frage eines Austausches von Gewaltverzichtserklärungen aufgegriffen habe. Allerdings seien die Bemerkungen von der Presse nicht ganz korrekt wiedergegeben worden. Die Bundesregierung beabsichtige nicht, beim Austausch von Gewaltverzichtserklärungen „das Problem der Existenz von zwei Teilen Deutschlands“ auszuklammern. Auch für die DDR müsse es in prinzipiellen Fragen gleiche Bedingungen geben, doch seien Umstände, die sich aus der „Geographie und sonstigen Faktoren“ herleiten ließen, zu beachten. Der Botschafter überreicht Entwürfe für Gewaltverzichtserklärungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR.

- 396**      21.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort S. 1529

Harkort faßt die Ergebnisse eines am Vortag geführten Gesprächs mit britischen Sachverständigen über die Frage des Devisenausgleichs zusammen. Es habe Übereinstimmung darüber bestanden, der neuen britischen Konzeption des Devisenausgleichs zu folgen und gemeinsame Projekte im militärischen und zivilen Bereich innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren zu fördern. Dabei scheide die Möglichkeit aus, daß die Bundesrepublik Vorauszahlungen für ein allgemeines Programm ohne konkrete Bindungen leiste. Der Devisenausgleich sei damit von britischer Seite ausdrücklich als Nebenprodukt der technologischen Zusammenarbeit im militärischen und zivilen Bereich genannt worden.

- 397**      23.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem Vorsitzenden des birmanischen Revolutionsrats, Ne Win, in Rangun S. 1532

Ne Win gibt eine Einschätzung über die Verhältnisse in der Volksrepublik China, von der Birma nicht beherrscht werden wolle. Seit Juni 1967 seien die gegenseitigen Beziehungen gestört, da die birmanischen Kommunisten „blindlings“ den Anordnungen aus der Volksrepublik China gefolgt seien und die Kulturrevolution zu kopieren versucht hätten. Birma betreibe jedoch eine Politik der Neutralität und wolle seine eigenen Entscheidungen treffen. Kiesinger legt insbesondere die Ostpolitik der Bundesregierung dar. Falls es zur Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit weiteren osteuropäischen Staa-

ten einschließlich Jugoslawiens kommen sollte, könne sich eine Kettenreaktion der Anerkennung der DDR durch dritte Staaten als „vernichtend“ für die Friedenspolitik der Bundesregierung erweisen. Ne Win betont, daß geteilte Staaten für Birma mittelbar ein Problem seien. Im kulturellen und wirtschaftlichen Bereich sei gelegentlich eine Zusammenarbeit mit beiden Teilen erforderlich. Er sei darauf bedacht, in keiner Weise „die eine oder andere Partei gegen sich einzunehmen“.

- 398**     23.11.   Botschaftsrat Loeck, Belgrad, an das Auswärtige Amt     S. 1537

Loeck berichtet über Verhandlungen der Delegation eines Firmenkonsortiums aus der Bundesrepublik mit der Kroatischen sowie der Slowenischen Rundfunk- und Fernsehanstalt. Für den Aufbau eines zweiten Fernsehnetzes sei Jugoslawien die Gewährung eines Kredits mit einer Laufzeit von zehn Jahren in Aussicht gestellt worden. Im Wettbewerb mit dem französischen SECAM-System werde aus technischen Erwägungen das in der Bundesrepublik entwickelte PAL-System vorgezogen. Allerdings müßten die kommerziellen Bedingungen angemessen sein. Loeck regt daher an, einen Kredit mit einem Zinssatz von nicht mehr als drei Prozent sowie die erforderliche Hermes-Bürgschaft endgültig zuzusagen.

- 399**     24.11.   Botschafter Freiherr von Mirbach, Neu Delhi, an das Auswärtige Amt     S. 1540

Mirbach informiert über die beiden Gespräche des Bundeskanzlers Kiesinger mit Ministerpräsidentin Gandhi am 20./21. November 1967. Kiesinger habe sich nach der möglichen Reaktion Indiens auf eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien erkundigt. Ferner habe er die Hoffnung ausgesprochen, daß vor allem die Staaten der Dritten Welt die Entspannungspolitik der Bundesregierung nicht durch eine Aufwertung der DDR „stören“ würden. Erst im zweiten Gespräch sei Gandhi darauf eingegangen und habe erklärt, daß die indische Regierung ihre Deutschlandpolitik nicht ändern werde. Gleichzeitig habe sie hinzugefügt, daß die indische Regierung „etwas mit ihrer eigenen Vertretung in Ost-Berlin tun müsse“. Allerdings sei sie nicht darüber informiert gewesen, ob und wann es zu einer Veränderung komme.

- 400**     24.11.   Botschafter Schlitter, Athen, an das Auswärtige Amt     S. 1542

Schlitter berichtet über die Reaktion des griechischen Außenministers auf das Vermittlungsangebot des Bundesministers Brandt in der Zypern-Krise. Pipinelis habe auf das Angebot positiv reagiert und die Hoffnung ausgedrückt, daß die Bundesregierung auf die türkische Regierung einwirke, um sie von den Bemühungen um eine friedliche Lösung zu überzeugen. Alle Vorschläge für eine friedliche Regelung der Streitfragen seien von der Türkei abgelehnt worden. Statt dessen verlange sie als Vorbedingung für eine Aufnahme von Gesprächen einen

vorherigen Abzug der griechischen Truppen aus Zypern. Diese Forderung komme für Griechenland aber einer nationalen „Erniedrigung“ gleich.

- 401**      27.11. Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz      S. 1545

Duckwitz faßt ein Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin vom 24. November 1967 zusammen. Brandt sagte eine Prüfung des Memorandums vom 21. November 1967 zu und betonte, daß die Bundesregierung mit allen Mitgliedern des Warschauer Pakts Gewaltverzichtserklärungen austauschen wolle; dies gelte auch für die DDR. Da jedoch die bilateralen Verhältnisse von unterschiedlicher Struktur seien, mußten hierfür unterschiedliche Formen gefunden werden. Zudem erwäge die Bundesregierung eine Normalisierung der Beziehungen zu Jugoslawien. Zarapkin reagierte darauf mit der „vorsichtig formulierten Unterstellung“, daß die Bundesrepublik eine Abwertung der DDR in Jugoslawien beabsichtige.

- 402**      27.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1547

Ruete resümiert den Stand der Verhandlungen über ein Nichtverbreitungsabkommen für die nächste Sitzung des Bundeskabinetts. Er weist darauf hin, daß die entscheidenden Gespräche zwischen den USA und der UdSSR stattfänden und die Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf lediglich als Kulisse angesehen werden müsse. Angesichts der vorliegenden Entwürfe für Artikel III (Kontrollartikel) sei es wenig wahrscheinlich, daß ein von seiten der Bundesregierung gewünschtes Verifikationsabkommen zwischen EURATOM und IAE0 erreicht werde, zumal die UdSSR unverhüllt IAE0-Kontrollen für alle nichtnuklearen Staaten fordere. Die USA neigten in Genf dazu, auf die sowjetischen Wünsche einzugehen. Innerhalb der amerikanischen Regierung werde darüber debattiert, ob einerseits eine Einigung mit der UdSSR unter Inkaufnahme weiterer Erosionen innerhalb der NATO anzustreben sei oder ob andererseits die Erhaltung und Festigung des europäischen Besitzstandes und des westlichen Zusammenhalts vorzuziehen sei. Ruete regt daher an, Bundeskanzler Kiesinger solle an Präsident Johnson appellieren, nichts zu tun, was die Bundesregierung „verletzen“ könnte.

- 403**      27.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1553

Ruete gibt ein Gespräch mit dem rumänischen Botschafter über die Einbeziehung von Berlin (West) in ein Kulturabkommen wieder. Oancea betonte, daß anläßlich der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen der Rahmen „in allen Bereichen“ festgesetzt worden sei. Eine darüber hinausgehende Erklärung könne die rumänische Regierung nicht abgeben. Vielmehr sollten beide Seiten die jeweiligen Rechtsstandpunkte respektieren. Ruete regte die Abgabe einer einseitigen schriftlichen Stellungnahme durch die Bundesregierung an. Darin solle zum Ausdruck gebracht werden, daß die bisherige Praxis auf dem

Gebiet der Kulturbeziehungen ihre Fortsetzung finde. Darauf erwiderte Oancea, daß die rumänische Regierung keine Bedenken gegen den „internen Gebrauch“ einer solchen Erklärung habe.

- 404**    27.11.   Botschafter Pauls, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt                    S. 1556
- Pauls hält Pressemeldungen in der Bundesrepublik mit einem Vergleich der Situation des geteilten und neu vereinten Jerusalem und des geteilten Berlin für bedenklich. Er regt an, solchen oberflächlichen Vergleichen entgegenzuwirken.
- 405**    28.11.   Aufzeichnung des Botschafters z. b. V. Bahr                                    S. 1557
- Bahr nimmt Stellung zu der von Ministerialdirektor Ruete am Vortag vorgeschlagenen Haltung hinsichtlich eines Nichtverbreitungsabkommens. Er regt an, daß sich das Bundeskabinett auf der nächsten Sitzung auf das Prinzip eines einheitlichen Vorgehens der EURATOM-Mitgliedstaaten in der Frage des Artikels III (Kontrollartikel) verständige. Zugleich sei mit Blick auf eine zeitliche Befristung des Abkommens von einem Schreiben des Bundeskanzlers Kiesinger an den amerikanischen Präsidenten abzuraten. Denn durch einen solchen Alleingang werde die Gefahr der Isolierung „eklatant“. Die Ständigen Vertretungen bei der NATO in Brüssel sowie bei den internationalen Organisationen in Genf sollen angewiesen werden, sich vorerst jeder Stellungnahme zu Artikel III (Kontrollartikel) zu enthalten.
- 406**    28.11.   Vortragende Legationsrätin I. Klasse von Puttkamer                    S. 1559  
an die Botschaft in Washington
- Puttkamer weist die Botschaft in Washington an, im amerikanischen Außenministerium Bedenken bezüglich der vorgesehenen Beitrittsregelung zu einem Astronautenbergungsabkommen vorzubringen. Die in Aussicht genommene Allstaatenklausel biete in Verbindung mit der Hinterlegung der Ratifikations- und Beitrittsurkunden sowohl in den USA als auch in der UdSSR als auch in Großbritannien keinen vollwertigen Ersatz für die bisher verwandte „Wiener Formel“, die eine einseitige Beitrittserklärung der DDR zu multilateralen völkerrechtlichen Verträgen verhindere. Sollte die amerikanische Regierung auf der Allstaatenklausel bestehen, müßten zumindest die vorgesehenen drei Depositare gewahrt werden, damit eine Hinterlegung seitens der DDR nur dort möglich sei, wo sie „ohnehin als Staat angesehen“ werde.
- 407**    29.11.   Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr    S. 1564
- Lahr formuliert die Zielsetzungen der Bundesregierung für eine Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften. Zuerst sei unter den Mitgliedstaaten eine gründliche Erörterung notwendig, die möglichst auf der EG-Ministerratstagung am 18./19. Dezember 1967 in Brüssel abgeschlossen werden solle. Sodann sei mit Großbritannien Kontakt aufzunehmen. Die Gespräche soll-

ten so geführt werden, daß ein Beitritt – ohne Zwischenregelungen auszuschließen – erzielt werde. Frankreich solle nicht im unklaren darüber gelassen werden, daß die Bundesregierung dem Konzept der „Zementierung“ der Europäischen Gemeinschaften vor weiteren Beitritten nicht folgen könne. Vielmehr seien definitive Lösungen nur in Verbindung mit einer Erweiterung zu akzeptieren.

- 408**      29.11.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort      S. 1567

Harkort spricht sich gegen die Lieferung von 80 Mörsern samt Munition nach Nigeria aus, obwohl die Politische Abteilung I des Auswärtigen Amts angeregt habe, gemäß britischer Empfehlungen im Politischen Ausschuß der NATO Anträge auf Lieferung von Munition und „leichten Waffen“ wohlwollend von Fall zu Fall zu prüfen; die Zentralregierung in Lagos sei demnach in ihrem Kampf gegen die Sezessionsversuche Biafras, das von keiner afrikanischen oder sonstigen Regierung anerkannt worden sei, zu unterstützen. Harkort macht hingegen darauf aufmerksam, daß die Lieferung nicht geheimgehalten werden könnte.

- 409**      29.11.    Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Frank      S. 1570

Frank stellt fest, daß der EG-Beitritt Großbritanniens und anderer beitrittswilliger Staaten Ziel der Gemeinschaft bleiben müsse. Das politische und wirtschaftliche Interesse hieran könne auch nicht durch die Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten vom 27. November 1967 entkräftet werden, zumal de Gaulle wirtschaftliche Gegenargumente zum größten Teil nur vorgeschoben habe. Für die negative Haltung sei ausschlaggebend, daß Frankreich die ungeteilte Führungsrolle in Europa anstrebe. Frank regt einen Vertrag zwischen den sechs Mitgliedstaaten und Großbritannien über die Vorbereitung des Beitritts an, der die notwendige wirtschaftliche Sicherheit und die erforderliche politische Beruhigung in Europa schaffen könne.

- 410**      29.11.    Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats  
I. Klasse Gehlhoff      S. 1573

Gehlhoff faßt Gespräche des Bundesministers Wischniewski mit dem algerischen Außenminister am 26./27. November 1967 in New York zusammen. Bouteflika regte an, Algerien bei der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen der Bundesrepublik zu den arabischen Staaten künftig zum Schwerpunkt der Bemühungen zu machen. Die Bundesregierung wäre falsch beraten, eine „politique d'érosion“ gegenüber der arabischen Welt betreiben zu wollen. Wischniewski betonte, daß die Bundesregierung in keiner Weise beabsichtige, die arabischen Staaten gegeneinander auszuspielen. Bouteflika erklärte, daß Algerien Anfang 1967 Kapitalhilfe aus der DDR abgelehnt habe. Dies müsse anerkannt werden. Wischniewski sagte finanzielle und technische Hilfe für die Zeit nach einem Botschafteraustausch zu.

411      30.11. Botschafter Groepper, Ankara, an das Auswärtige Amt      S. 1579

Groepper informiert über ein Gespräch mit dem türkischen Außenminister vom Vortag. Angesichts der Entwicklung der Zypern-Krise erklärte Çaglayangil, daß sich die Zyprioten türkischer Abstammung in einer Situation befänden, die der von „Schlachtvieh vergleichbar sei, das im Schlachthaus zur Schlachtung“ bereitstehe. Eine Erklärung der griechischen Regierung, im Prinzip mit einem Abzug der illegal auf der Insel stationierten Truppen einverstanden zu sein, besage gar nichts. Der Abzug müsse sofort erfolgen. Zur Bemessung eines dafür „vernünftigen“ Zeitraumes seien nur technische Gesichtspunkte ausschlaggebend. Falls Maßnahmen zum Schutz der türkischen Volksgruppe ausblieben, werde die Türkei Soldaten nach Zypern entsenden.

412      01.12. Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz      S. 1582

Der Staatssekretär resümiert sein Gespräch mit den Botschaftern der Drei Mächte. Es bestand Übereinstimmung darin, daß das unfreundliche Verhalten des sowjetischen Botschafters in Ost-Berlin gegenüber McGhee und Roberts auf neue Weisungen aus Moskau zurückzuführen sei. Vermutlich solle Abrassimow den Kontakt auf das Notwendigste beschränken, um dadurch die Position der DDR zu stärken und deren Befürchtung entgegenzuwirken, der Westen wolle mittels einer „Salamitaktik“ engere Beziehungen zwischen Berlin (West) und der Bundesrepublik herstellen. Es sei gleichermaßen verwunderlich, daß die in Schreiben der Bundesminister Dollinger und Leber bekundete Bereitschaft zu Gesprächen über die von der DDR erbrachten Mehrleistungen im innerdeutschen Postverkehr sowie über eine Neuregelung des Güterverkehrs zurückgewiesen worden sei. Es stelle sich allerdings die Frage, „ob die SBZ bei einem solchen Verhalten nicht ihre Karte überspielt“. Die drei Botschafter sprachen schließlich die Bitte aus, auf die vom Bundesministerium der Finanzen vorgesehene Kürzung der Bundeshilfe für den Luftreiseverkehr nach Berlin (West) zu verzichten, da sonst mit einem Rückgang der Berlin-Besucher gerechnet werden müsse.

413      01.12. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Frank      S. 1585

Frank berichtet, daß der Generaldirektor der IAEÖ, Eklund, am 17. November 1967 bei seinem Besuch in Bonn eine vertragliche Formalisierung des Verhältnisses zwischen EURATOM und IAEÖ für nicht möglich gehalten habe; die UdSSR betrachte EURATOM nach wie vor als militärische Organisation. Staatssekretär Lahr und Botschafter Schnippenkötter hätten darauf hingewiesen, daß gerade eine solche Zusammenarbeit bei der Verifizierung der EURATOM-Kontrollen im Rahmen eines Nichtverbreitungsabkommens nützlich sein könne. Die Bundesregierung wünsche durch EURATOM garantierte weltweite, nichtdiskriminierende Sicherheitskontrollen, die eine Gleichstellung in den wirtschaftlichen Bedingungen für eine friedliche Nutzung der Kernenergie gewährleisten. Eklund

habe ferner Verständnis geäußert für den Wunsch der Bundesregierung nach einem ständigen Sitz im Gouverneursrat der IAEO. Jedoch sei es nicht ratsam, dies über eine Satzungsänderung anzustreben, weil dann der Anteil der Entwicklungsländer auf Kosten der westeuropäischen Staaten gestärkt würde. Abschließend stellt Frank fest, daß Eklund nicht den Eindruck vermittelt habe, von den Argumenten der Bundesregierung überzeugt zu sein.

- 414**     04.12.   Vermerk des Ministerialdirigenten Böker     S. 1591

Böker teilt mit, daß das Bundesministerium der Finanzen (BMF) entgegen anderslautender Informationen der israelischen Forderung nach Zahlung von 400 Mio. DM für gesundheitsschädigte NS-Opfer nicht entsprechen wolle. Allerdings habe Bundesminister Strauß wohl tatsächlich zunächst erwogen, einer Entschädigung zuzustimmen. Inzwischen werde aber die Ansicht des Auswärtigen Amts auch vom BMF geteilt, daß ein rechtlicher Anspruch nicht bestehe und politisch ein Nachgeben wegen der Auswirkungen auf das Verhältnis der Bundesrepublik zu den arabischen Staaten höchst bedenklich wäre.

- 415**     04.12.   Konsul I. Klasse Böcker, Aden, an das Auswärtige Amt     S. 1592

Böcker informiert über ein Gespräch mit dem südjemenitischen Außenminister vom Vortag anläßlich der Übergabe des Telegramms des Bundespräsidenten Lübke zur Anerkennung der Volksrepublik Jemen (Südjemen). Der Konsul I. Klasse erklärte die Bereitschaft der Bundesregierung, auf der Grundlage von diplomatischen Beziehungen an der wirtschaftlichen Entwicklung des neuen Staates mitzuwirken. Al-Dhalai erwiderte, daß er an einem Botschafteraustausch „mit allen Staaten“ interessiert sei. Böcker wies darauf hin, daß bisher kein arabischer und darüber hinaus überhaupt kein nichtkommunistischer Staat die DDR völkerrechtlich anerkannt habe. Zwar seien vereinzelt Konsulate der DDR in arabischen Staaten errichtet worden, allerdings mit der Zusicherung, daß dies keine Anerkennung beinhalte. Böcker meint abschließend, daß die Volksrepublik Jemen diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik wünsche, jedoch noch nicht über ihre zukünftige Haltung zur DDR entschieden habe.

- 416**     05.12.   Bundesminister Brandt an Bundeskanzler Kiesinger     S. 1594

Brandt unterrichtet darüber, daß die Sondierungen des Chefredakteurs des Deutschlandfunks, Barsig, in Belgrad eine gute Grundlage für vertrauliche Verhandlungen mit der jugoslawischen Regierung über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen geschaffen hätten. Nur eine weitere Verzögerung böte der DDR die Möglichkeit, die Bemühungen um einen Botschafteraustausch zu stören. Ein Abwarten würde zudem in der Bundesrepublik den Eindruck erwecken, daß die Bundesregierung in einer entscheidungsreifen Angelegenheit nicht entschlußfreudig sei. In den Verhandlungen selbst müßten die



Texte einer jugoslawischen Erklärung und einer Verlautbarung der Bundesregierung vereinbart sowie die Zuständigkeit der Botschaft in Belgrad auch für Berlin (West) zugesichert werden. Schließlich sei die ablehnende Haltung der Bundesregierung gegenüber den jugoslawischen Wiedergutmachungsforderungen herauszustellen.

- 417**     06.12.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg S. 1598

Meyer-Lindenberg erörtert die Möglichkeit der Bildung einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit zehn Mitgliedern bzw. mit neun Mitgliedern (ohne Frankreich) – unter der Voraussetzung, daß die bestehende Gemeinschaft der Sechs erhalten bliebe. Im ersten Fall könne eine Annäherung des Integrationsstandes der Zehnergemeinschaft an den der Sechs in Stufen erreicht werden. Die Organe der größeren Gemeinschaft sollten den Organen der EG entsprechen, und Ratsentscheidungen sollten einstimmig getroffen werden, um dem Eindruck einer Majorisierung durch die Sechs entgegenzuwirken. Dagegen sei die Bildung einer zusätzlichen Gemeinschaft ohne Frankreich mit dem EWG-Vertrag von 1957 unvereinbar, da die Sechs zu einer gemeinsamen Handelspolitik verpflichtet seien und Maßnahmen der größeren EG zu Interessenkollisionen mit der Sechsergemeinschaft führen würden. Daher bleibe nur die Möglichkeit, zunächst bilateral in exploratorische Gespräche mit der britischen Regierung einzutreten.

- 418**     06.12.    Botschafter Groepper, Ankara, an das Auswärtige Amt S. 1603

Groepper berichtet, daß die türkische Zypernpolitik nach der Beilegung der unmittelbaren Kriegsgefahr einerseits geprägt sei vom Bemühen um innenpolitische Konsolidierung. Andererseits werde sie von einer tiefen Enttäuschung darüber bestimmt, daß eine Chance verpaßt worden sei, durch eine militärische Intervention den Schutz der türkischen Bevölkerung auf Zypern ein für allemal zu gewährleisten. Er äußert sich skeptisch zu den bevorstehenden Verhandlungen in der UNO, da Präsident Makarios im Rahmen eines multilateralen Gremiums stärker als in den bisher bilateral geführten Vermittlungsgesprächen seine für die Türkei unannehmbaren Forderungen einbringen könne. Groepper empfiehlt, alles zu tun, um ein Abgleiten des NATO-Mitglieds Türkei in „neutrales, wenn nicht gar neutralistisches Lager“ zu verhindern.

- 419**     07.12.    Bundeskanzler Kiesinger an Präsident Johnson S. 1606

Kiesinger führt aus, daß die von Präsident Johnson am 2. Dezember 1967 bekanntgegebene Entscheidung, die amerikanische zivile Nukleartätigkeit unter die Kontrolle der IAEA zu stellen, die UdSSR zwar nicht zur Nachahmung veranlassen werde. Es wäre jedoch erfreulich, wenn dieser Schritt in der UdSSR die Bereitschaft wecken würde, der Verifikation der EURATOM-Kontrollen durch die IAEA zuzustimmen. Andernfalls bestehe die Gefahr, daß der freie Markt für Kernstoffe und

Kernenergie in Europa Schaden nehme. Es würde ihn, Kiesinger, einer schweren Sorge entheben, wenn es den USA bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission gelänge, die UdSSR von der Notwendigkeit zu überzeugen, den EURATOM-Kontrollen in einem Nichtverbreitungsabkommen hinreichend Ausdruck zu verleihen. Außerdem würdigt der Bundeskanzler die Bereitschaft der amerikanischen Regierung, sich in Genf nachdrücklich für eine Befristung des Abkommens einzusetzen. Abschließend weist er auf die Regierungserklärung des Bundesministers Schröder vom Vortag hin, in der die Zusage an den amerikanischen Präsidenten bestätigt worden sei, daß keine Verkleinerung der Bundeswehr in Aussicht genommen werde.

- 420** 07.12. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Frank S. 1610

Frank teilt mit, daß der belgische Außenminister Harmel ein Treffen der fünf EG-Partner ohne Frankreich für unumgänglich halte, um sich in der Frage des britischen Beitritts abzustimmen. Gegebenenfalls könnten im Anschluß daran gemeinsam mit Frankreich weitere Vorbereitungen zur EG-Ministerratstagung am 18./19. Dezember 1967 in Brüssel getroffen werden. Dazu hätten die Benelux-Staaten einen Plan entworfen, der vorsehe, vor dem eigentlichen Beitritt einen für den Antragssteller verbindlichen Stufenplan auszuarbeiten. Die Übergangszeit solle Teil des Beitrittsvertrags sein und durch ein „Programm für die Zusammenarbeit“ auf allen Vertragsgebieten gefüllt werden. Die volle Mitgliedschaft solle erst nach Abschluß dieser „Vorschaltphase“ vollzogen werden, wenn Großbritannien alle Rechte und Pflichten zu übernehmen in der Lage sei. Frank bemerkt, daß die britische Regierung bereits ablehnend zu diesem Plan Stellung genommen habe. Großbritannien akzeptiere keine Übergangsphase und keine Form einer Assoziierung, sondern wolle von Anfang an vollgültiges Mitglied der Europäischen Gemeinschaften sein.

- 421**      07.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats  
I. Klasse Schwörbel

Schwörbel berichtet über den Besuch des portugiesischen Verteidigungsministers vom 20. bis 24. November 1967 in Bonn. Bundesminister Schröder legte die Gründe dar, die zur Überprüfung der militärischen Zusammenarbeit geführt hätten. Zwar sei die Bundesregierung grundsätzlich an einer Fortsetzung interessiert, jedoch müßten insbesondere die Rechtsstellung der in Portugal stationierten Bundeswehreinheiten geklärt sowie die uneingeschränkte logistische Nutzung des Flughafens Beja gesichert werden. Schröder weist ferner darauf hin, daß die Bundesrepublik bisher Rüstungskäufe für 750 Mio. DM in Portugal getätigt habe und der Bedarf jetzt gedeckt sei. Gomes de Araújo erwiderte, daß Portugal zwar grundsätzlich zur Verlängerung bestehender Verträge um 5 bis 6 Jahre bereit sei. Dies sei jedoch etwa davon abhängig, daß bei der logistischen Nutzung von Beja die Einlagerung von Munition aus-

genommen werde. Auch sei das von Schröder in Frage gestellte Junktim zwischen den deutschen Vorhaben in Portugal und den Rüstungskäufen der Bundesrepublik von Anfang an vereinbart worden und sei nicht ohne weiteres aufzuheben.

- 422**      07.12.    Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das                      S. 1616  
Auswärtige Amt

Grewe informiert über die Sitzung der „Special Group“ der NATO, die sich mit der dem Ministerrat vorzulegenden Studie über die zukünftigen Aufgaben der Allianz (Harmel-Studie) befaßt habe. Nur Frankreich habe versucht, bestimmte Themen aus dem Entwurf auszuklammern. Dagegen hätten die übrigen Verbündeten ihre Sonderinteressen zurückgestellt. Die Niederlande und die USA hätten nicht ohne Schärfe gegen den französischen Standpunkt Stellung bezogen. Er, Grewe, sei um einen Ausgleich bemüht gewesen, da der Bundesregierung daran gelegen sein müsse, einem Optionszwang zwischen Frankreich und den übrigen NATO-Mitgliedstaaten aus dem Wege zu gehen. Es sei nicht zu erwarten, daß sich Staatspräsident de Gaulle auf der NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel wegen des Harmel-Berichts zum endgültigen Ausscheiden aus der NATO entschließen werde, da er den größten Teil seines „nuisance value“ verlieren würde. Dann wäre die UdSSR wohl kaum noch bereit, Frankreich einen Preis für seine Distanzierung vom Bündnis zu bezahlen. Dennoch sei nicht auszuschließen, daß die harte Haltung einiger NATO-Partner der französischen Regierung keinen anderen Ausweg als den des Eklats lassen werde.

- 423**      11.12.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete                      S. 1620

Ruete berichtet, daß nach Auskunft der Vertreter der Drei Mächte in der Bonner Vierergruppe eine Befolgung der NATO-Empfehlungen für die Vergabe von „Temporary Travel Documents“ (TTDs) an Teilnehmer aus der DDR bei internationalen Sportveranstaltungen zunehmend Opfer von den gastgebenden NATO-Staaten verlange. Die Wettkämpfe würden nun häufig in „neutrale“ oder Ostblock-Staaten verlegt, da die „sowjetzonalen Mannschaften“ etwa auf der Bezeichnung „DDR“ bestünden. Der Vertreter des Auswärtigen Amts habe die Verbündeten darüber informiert, daß die Bundesregierung den Plan, in Form einer „Sporterklärung“ zum innerdeutschen Sportverkehr Stellung zu nehmen, aufgegeben habe. Statt dessen solle in neuen Richtlinien möglicherweise unterschieden werden zwischen den von DDR-Sportlern gezeigten Staatssymbolen (Fahne, Hymne) und der verwendeten Herkunftsbezeichnung „DDR“ auf Schildern, in Programmen, bei Ansagen und auf Sportkleidung. Ruete spricht sich abschließend dafür aus, möglichst rasch den Standpunkt der Bundesregierung zu klären, um die Loyalität der Verbündeten gegenüber den bestehenden NATO-Empfehlungen vom 1. Dezember 1966 nicht zu strapazieren.

**424**      11.12.    Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahm S. 1623

Sahm führt aus, daß die UdSSR mit den am 8. Dezember 1967 gegen die Ostpolitik der Bundesregierung vorgebrachten Angriffen Einfluß auf die Bemühungen um die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Jugoslawien nehmen wolle. Es sei aber auch denkbar, daß die sowjetische Regierung damit eine „Geräuschkulisse als Alibi“ aufbaue, um den Verdacht auszuschließen, sie verhandle in den Gesprächen mit der Bundesregierung über den Austausch bilateraler Gewaltverzichtserklärungen auf Kosten der Interessen ihrer Verbündeten. Durch die neuerliche Bezugnahme auf das Potsdamer Abkommen von 1945 habe die UdSSR vermutlich im Zusammenhang mit dem Anlaß der Erklärung – dem NPD-Parteitag in Hannover – eine Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten rechtfertigen wollen. Sahm spricht sich dafür aus, gemeinsam mit den Drei Mächten „kurze, kräftige Antwortnoten“ abzugeben.

**425**      12.12.    Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem S. 1626  
amerikanischen Außenminister Rusk in Brüssel

Brandt versichert, daß die Bundesregierung vor einer Veröffentlichung ihrer Pläne zur Umstrukturierung der Bundeswehr die Verbündeten konsultieren werde. Rusk erwidert, daß die amerikanische Regierung durch die Ankündigung des Rotationsplans den Forderungen nach Truppenreduzierungen in Europa zwar habe begegnen können. Er frage sich aber, ob sie auch in Zukunft dem Druck der Öffentlichkeit werde standhalten können, wenn Verbündete wie Belgien, Kanada und Luxemburg – insbesondere ohne Konsultationen – einen Streitkräfteabbau beschlössen. Zu einem Nichtverbreitungsabkommen meint er, daß er eine Benachteiligung der zivilen Nuklearindustrie in der Bundesrepublik durch die Einführung zusätzlicher IAEK-Kontrollen nicht erkennen könne. Hinter der französischen Politik vermute er ein Doppelspiel: Einerseits erkläre die französische Regierung der UdSSR, daß sie nichts gegen IAEK-Kontrollen bei den fünf EG-Partnern einzuwenden habe, was die Aufmerksamkeit auf die „Störenfriede“ in Bonn lenke; andererseits verweise die Bundesregierung darauf, daß Frankreich gegen IAEK-Kontrollen in den übrigen EURATOM-Staaten Einwände erheben würde. Es müsse endlich geklärt werden, „was Paris wirklich wolle“.

**426**      12.12.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort S. 1630

Harkort teilt mit, daß die sowjetische Regierung auf das Angebot zur Fortsetzung der im Oktober 1966 abgebrochenen Wirtschaftsverhandlungen geantwortet habe, eine Wiederaufnahme habe nur Zweck, wenn eine Stellungnahme zu den seinerzeit von der UdSSR unterbreiteten Vorschlägen erfolge. Er gibt zu bedenken, daß die Bundesregierung auf die gewünschte Garantie, keine Wiederholung des von 1962 bis 1964 geltenden Embargos für die Lieferung von Großrohren zuzulassen, zwar mit einer „good-will-Erklärung“ reagieren könne. Bezüglich der

geforderten vollen Liberalisierung der Einfuhren in die Bundesrepublik sowie der erwarteten Einräumung der für die EG-Staaten geltenden Meistbegünstigungszölle bestehe die starre sowjetische Haltung fort. Harkort schließt daraus, daß die sowjetische Regierung an Wirtschaftsgesprächen derzeit nicht interessiert sei und die Verhandlungen nur dann fortsetzen wolle, wenn ihre Forderungen vorbehaltlos erfüllt würden.

**427**      12.12.    Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahm      S. 1632

Sahm informiert darüber, daß die DDR die Bezeichnung der beiden „Büros für innerdeutschen Handel“ in „Ministerium für Außenwirtschaft – Büro Frankfurt/M“ bzw. „Büro Düsseldorf“ geändert habe. Im Kontaktausschuß sei festgestellt worden, daß dieses Vorgehen zwar als Verstoß gegen die öffentliche Ordnung gewertet werden könne. Es sei jedoch fraglich, ob die DDR durch ein polizeirechtliches Vorgehen zur Wiederverwendung der alten Bezeichnungen zu veranlassen sei. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Beziehungen (BMG) habe angeregt, auf eine Änderung in „Ministerium für Außenwirtschaft, Büro für innerdeutschen Handel“ hinzuwirken. Sahm ist demgegenüber der Meinung, daß die These vom nichtzwischenstaatlichen Charakter der innerdeutschen Kontakte gegenüber dem Ausland nur schwerlich aufrechtzuerhalten sei, wenn geduldet würde, daß sowjetzonale Stellen in der Bundesrepublik als Organe von DDR-Ministerien in Erscheinung träten. Die vom BMG erwogene Kompromißbezeichnung sollte nur bei einer angemessenen Gegenleistung der DDR akzeptiert werden, beispielsweise der Zulassung eines „Büros der Treuhandstelle für den Interzonenhandel in der SBZ“. Vorher müsse allerdings geprüft werden, ob dies nicht als erster Schritt auf dem Weg zum Austausch von Handelsvertretungen interpretiert werden könnte.

**428**      13.12.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete      S. 1637

Ruete resümiert das Gespräch des Bundesministers Brandt mit den Außenministern der Drei Mächte anläßlich der NATO-Ministerratstagung in Brüssel. Brandt führte aus, daß die Bundesregierung ungeachtet der sowjetischen Vorwürfe vom 8. Dezember 1967 die vertraulichen Gespräche über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen mit der UdSSR fortsetzen wolle. Der amerikanische Außenminister Rusk bezeichnete die Wiedervereinigung als „erledigt“, falls die Bundesregierung in Verbindung mit einem Gewaltverzicht die Demarkationslinie als Staatsgrenze der DDR bestätigen sollte. Der französische Außenminister Couve de Murville erklärte, daß die Bundesregierung über die Anerkennung der DDR oder Grenzfragen verhandeln könne, nicht jedoch über Berlin. Der britische Außenminister Brown wies darauf hin, daß die britische Präsenz in Berlin (West) nicht mehr zu halten sei, wenn die Bundesregierung die DDR anerkenne. Rusk betonte, daß die USA der Bundesregierung keine Blanko-Vollmacht für ihre Gespräche geben könnten, sondern Konsultationen erwarteten: „Berlin ist nicht verwundbar, weil es von den Vereinigten Staaten vertei-

digt wird“. Ruete ergänzt hierzu abschließend, daß Rusk laut Informationen aus seinem Mitarbeiterkreis gegenwärtig nicht die „Büchse der Pandora des Deutschlandproblems“ öffnen und sich neben Vietnam nicht noch ein weiteres Problem aufhalsen wolle.

- 429** 13.12. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker S. 1649

Böker informiert, daß der libanesische Präsident Hélou gegenüber Vortragendem Legationsrat I. Klasse Gehlhoff am 7. Dezember 1967 in Beirut den Wunsch nach Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik geäußert habe. Gehlhoff habe erwidert, daß die Mehrzahl der arabischen Regierungen in dieser Angelegenheit bereits Kontakt zur Bundesregierung aufgenommen habe. Ihnen sei jedoch deutlich gemacht worden, daß für eine solche Normalisierung kein wirtschaftlicher oder politischer Preis gezahlt werde. Böker meint, daß wegen der innenpolitischen Spannungen im Libanon und dessen „diffiziler“ Stellung in der arabischen Welt nicht mit einer baldigen positiven Entscheidung gerechnet werden könne.

- |     |  |         |
|-----|--|---------|
| 430 | 14.12. Gespräch des Staatssekretärs Duckwitz mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin | S. 1652 |
|-----|--|---------|

Duckwitz übergibt dem sowjetischen Botschafter ein Aide-mémoire zum Stand der Gespräche über einen Gewaltverzicht. Zu der darin enthaltenen Feststellung, daß die sowjetische Regierung bisher nicht von einer Einbeziehung der DDR „in entsprechender völkerrechtlicher Form“ gesprochen habe, bemerkt Zorapkin, die UdSSR habe ihren Standpunkt immer klar ausgedrückt. Auch der Austausch derartiger Erklärungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR habe zu den gleichen Bedingungen wie mit anderen sozialistischen Staaten zu erfolgen. Der Staatssekretär erinnert dagegen daran, daß Bundesminister Brandt zwar zu Gesprächen hierüber bereit sei. Der Charakter solcher Erklärungen müsse jedoch jeweils der „Struktur der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den einzelnen Ländern Rechnung tragen“.

- |     |   |         |
|-----|---|---------|
| 431 | 14.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete,<br>z.Z. Brüssel | S. 1654 |
|-----|---|---------|

Ruete nimmt Stellung zum Schreiben des Präsidenten Johnson vom 11. Dezember 1967 an Bundeskanzler Kiesinger. Er bemerkt, daß der amerikanische Entwurf vom 2. November 1967 für Artikel III (Kontrollartikel) eines Nichtverbreitungsabkommens im Vergleich zu den sowjetischen und britischen Vorschlägen der relativ beste sei. Der amerikanische Außenminister Rusk habe zudem gegenüber Bundesminister Brandt zu erkennen gegeben, daß er eine bessere Lösung nicht für möglich halte. Während etwa der seitens der Bundesregierung vorgetragene Wunsch nach befristeter Geltungsdauer unerwähnt bleibe, deute die Konzentration des Schreibens auf Artikel III

und die Verifikationsfrage darauf hin, daß die USA möglichst rasch mit der UdSSR zu einer Einigung über die noch offenen Punkte des Abkommens gelangen wollten.

- 432**     14.12. Botschafter von Walther, Moskau, an Staatssekretär Duckwitz     S. 1656

Walther äußert sich zum sowjetischen Memorandum vom 21. November 1967 über den Ausausch von Gewaltverzichtserklärungen sowie zur sowjetischen Erklärung vom 8. Dezember 1967. Er weist darauf hin, daß die aus westlicher Sicht unvereinbar scheinende Kombination von vertraulichen Gesprächen und öffentlichem Vorgehen vor dem Hintergrund der russisch-sowjetischen Mentalität sowie des Hangs zu Formalistik und Legalistik verstanden werden müsse. So verfolge das Memorandum zwar den Zweck, die Bundesregierung zu einer Änderung ihrer ostpolitischen Positionen zu bewegen. Mit den in der Erklärung vom 8. Dezember 1967 enthaltenen Angriffen gegen die Bundesregierung sei aber keineswegs beabsichtigt, dieses Ziel zu konterkarieren. Vielmehr meine die sowjetische Regierung, einen als bevorstehend empfundenen Kurswechsel in der Ostpolitik durch ein Ansprechen der Öffentlichkeit in der Bundesrepublik beschleunigen zu können. Nach Lektüre beider Texte sehe er seine Einschätzung bestätigt, daß die „Finnlandisierung“ der Bundesrepublik das „Endziel der Russenpolitik“ sei.

- 433**     15.12. Ministerialdirektor Ruete, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt     S. 1659

Ruete berichtet über die Erörterung der Ost-West-Beziehungen auf der NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967. Der niederländische Außenminister Luns wies auf die große Bedeutung einer politischen Zusammenarbeit der NATO-Staaten hin. Gerade dadurch könne der eigentliche Zweck der Allianz, eine Entspannung herbeizuführen, betont werden. Die kanadischen und dänischen Außenminister äußerten sich positiv über die bilateralen Kontakte der europäischen Bündnispartner zu den osteuropäischen Staaten. Martin erklärte, die NATO müsse in eine „dynamische Suche nach einer europäischen Regelung“ eintreten. Tabor regte an, die Funktion der NATO als „Werkzeug des Friedens“ durch intensivere politische Konsultationen zu verbessern. Der amerikanische Außenminister Rusk führte aus, daß er diejenigen nicht verstehe, die aus Europa eine dritte Kraft zwischen den USA und der UdSSR machen wollten. Der Antagonismus dieser beiden Weltmächte sei doch gerade eine Folge der amerikanischen Entschlossenheit, die Sicherheit Europas wie auch anderer Gebiete zu gewährleisten.

- 434**     15.12. Botschafter Pauls, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt     S. 1665

Pauls übermittelt die Einschätzung des israelischen Generalstabs, daß von der Mission des Sonderbevollmächtigten der UNO für den Nahen Osten, Jarring, keine Lösung des israel-

lisch-arabischen Konfliktes zu erwarten sei. Vielmehr könne eine Entspannung allein durch einen Gesinnungswandel der arabischen Staaten erfolgen, der sich in deren Bereitschaft zur Aufnahme direkter Friedensverhandlungen mit Israel zeigen müsse. Andernfalls müsse mit einer weiteren militärischen Auseinandersetzung gerechnet werden. Ferner werde auf das Rüstungsungleichgewicht verwiesen, das vor allem durch sowjetische und französische Lieferungen an arabische Staaten entstehe, während israelische Bestellungen bereits bezahlter leichter Kampfflugzeuge in Frankreich nicht ausgeführt würden. Der israelische Generalstab müsse sich daher energisch den noch so gut gemeinten Absichten von Politikern widersetzen, strategisch wertvolles Gebiet gegen zweifelhafte Friedensgarantien zu räumen.

- 435**     15.12. Ministerialdirektor Ruete, z. Z. Brüssel, an das     S. 1668  
Auswärtige Amt

Ruete teilt mit, daß der NATO-Ministerrat am 13./14. Dezember 1967 wider Erwarten eine schnelle Einigung bezüglich der Studie über die zukünftigen Aufgaben der Allianz (Harmel-Bericht) erzielt habe. Der französische Außenminister Couve de Murville habe sich schließlich bereit erklärt, den in seinen strittigen Abschnitten überarbeiteten Bericht anzunehmen und einer Veröffentlichung zuzustimmen. Es habe sich gezeigt, wie sehr die von Frankreich vorgebrachten Bedenken durch taktische Überlegungen bestimmt gewesen seien. Der Vorgang bestätige auch den Eindruck, daß die französische Regierung zur Zeit einen Bruch mit der Allianz vermeiden wolle.

- 436**     15.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete     S. 1670

Ruete notiert, daß er den jugoslawischen Gesandten Lučić vom Beschluß des Bundeskabinetts in Kenntnis gesetzt habe, in Bonn Gespräche über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Jugoslawien aufzunehmen. Sollten die Verhandlungen erfolgreich verlaufen, wolle die Bundesregierung sehr schnell eine positive Entscheidung herbeiführen. Lučić habe die Vermutung geäußert, daß der unerwartete Besuch des Außenministers der DDR, Winzer, vom 11. bis 13. Dezember 1967 in Belgrad auf die Sorge hindeute, daß der geplante Botschafteraustausch zwischen Belgrad und Bonn die Beziehungen zwischen Belgrad und Ost-Berlin beeinträchtigen könnte. Er, Ruete, habe versichert, dies läge nicht in der Absicht der Bundesregierung.

- 437**     15.12. Botschafter Sachs, Brüssel (EG), an     S. 1672  
Bundesminister Brandt

Sachs faßt ein Gespräch von Brandt mit dem französischen Außenminister vom Vortag zusammen. Couve de Murville legte dar, daß Großbritannien zunächst die Voraussetzungen zur Gesundung der britischen Wirtschaft schaffen müsse, insbesondere die Sanierung der Zahlungsbilanz und die Regelung



der Schulden gegenüber den Staaten des Sterlingblocks; erst dann könne ein Beitritt zur EG vollzogen werden. Deshalb werde sich die französische Regierung auf der EG-Minister-  
ratstagung am 18./19. Dezember 1967 in Brüssel gegen die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen aussprechen. Sie sei auch nicht zu Expertengesprächen mit Großbritannien oder auch nur zu exploratorischen Gesprächen der EG-Kommission bereit. Allerdings seien Zwischenlösungen auf dem industriellen und dem landwirtschaftlichen Sektor denkbar. Wenn die wirtschaftliche und finanzielle Situation eine britische Vollmitgliedschaft erlaube, würden die „echten“ Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien nur noch kurze Zeit in Anspruch nehmen.

**438**      18.12.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1674

Ruete vermerkt, daß die DDR nach dem Besuch des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht am 11./12. Dezember 1967 in der UdSSR in Verhandlungen mit der Deutschen Bundesbahn über den innerdeutschen Güterzugverkehr und mit dem Senat von Berlin über die bauliche Nutzung von Reichsbahngelände eingewilligt und auf ihren hartnäckig vertretenen Aufwertungs-forderungen nicht weiter bestanden habe. Er stellt fest, daß die DDR derzeit einerseits eine psychologische Einschüchterungs-kampagne gegen die Deutschland- und Berlinpolitik der Bundesregierung verfolge, andererseits jedoch eine faktische Verschlechterung im innerdeutschen Verhältnis oder gar militärische Vorbereitungen für eine krisenhafte Zuspitzung vermeiden wolle.

**439**      18.12.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort S. 1679

Harkort informiert darüber, daß die zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für Verkehr (BMV) abgestimmte Antwort auf die sowjetische Note vom 15. August 1967 über die Aufnahme von Luftverkehrsverhandlungen auf Anraten des Botschafters von Walther nicht übergeben worden sei. Statt dessen habe der Botschafter im sowjetischen Außenministerium lediglich mündlich die Bereitschaft der Bundesregierung übermittelt, eine sowjetische Delegation in Bonn zu empfangen; Voraussetzung sei die sowjetische Bereitschaft, von dem Vorschlag einer Streckenführung über Eger Gebrauch zu machen. Gegenüber diesem Vorgehen habe das BMV jetzt Bedenken geäußert und auf einer schriftlichen Übergabe bestanden. Harkort meint, daß tatsächlich Wert auf eine formgerechte Beantwortung gelegt werden solle, da sich das Auswärtige Amt andernfalls bei innenpolitischen Auseinandersetzungen dem Vorwurf aussetzen würde, die Möglichkeit des Zustandekommens einer für beide Seiten wichtigen Luftverkehrslinie nicht genützt zu haben. Walther solle deshalb gebeten werden, die Verbalnote nunmehr zu übergeben.

- 440**      19.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem                      S. 1681  
amerikanischen Botschafter McGhee

McGhee versichert, daß die amerikanische Regierung die Besorgnisse der Bundesregierung im Zusammenhang mit einem Nichtverbreitungsabkommen würdige und nicht auf eine Entscheidung dränge. Kiesinger erläutert, daß die Bundesregierung weiterhin für einen britischen EG-Beitritt eintrete, jedoch eine Krise der Gemeinschaft verhindern wolle. Ihre Marschrichtung sei deshalb, die „Englandfrage“ auf der Tagesordnung des EG-Ministerrats zu halten und entsprechende Kompromißvorschläge zu machen. Zur Ostpolitik führt der Bundeskanzler aus, daß das Bestreben nach einer Verbesserung des Verhältnisses mit „Deutschlands östlichen Nachbarn einschließlich der Sowjetunion“ nicht als „Rapprochement an Rußland mit gleichzeitiger Entfernung von den Vereinigten Staaten“ verstanden werden dürfe. Auch eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Jugoslawien wäre keineswegs als Aufgabe der Hallstein-Doktrin zu werten. Der Botschafter erwidert, daß die USA die Bundesregierung solange bei der Durchsetzung ihres Alleinvertretungsanspruchs unterstützen würden, solange diese selbst daran festhalte.

- 441**      19.12. Aufzeichnung des Botschafters Sachs, Brüssel (EG)                      S. 1684

Sachs berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Brandt mit seinen niederländischen, belgischen, italienischen und luxemburgischen Amtskollegen im Anschluß an die EG-Ministerratstagung in Brüssel. Luns schlug vor, daß die Fünf durch bilaterale Abkommen Großbritannien enger an den Kontinent binden sollten. Harmel regte an, die Bundesregierung solle die Initiative für ein weiteres Treffen der Fünf ergreifen. Fanfani warnte vor übereilten Schlußfolgerungen. Brandt äußerte abschließend die Befürchtung, daß eine zu pessimistische Einstellung Großbritannien weiter von Europa entfernen könnte. Zudem könne es bedenkliche Folgen haben, wenn der „deutschen Jugend“ angesichts eines ungelösten nationalen Problems zusätzlich auch noch die Hoffnung auf die europäische Einigung genommen werde.

- 442**      20.12. Botschafter Sachs, Brüssel (EG), an das                      S. 1686  
Auswärtige Amt

Sachs faßt den Verlauf der EG-Ministerratstagung am 18./19. Dezember 1967 in Brüssel zusammen. Der französische Außenminister Couve de Murville erklärte, daß vor der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen die wirtschaftliche und monetäre Konsolidierung Großbritanniens gesichert sein müsse. Danach werde die Aushandlung eines Abkommens verhältnismäßig schnell gehen. Frankreich nehme daher nicht eine ablehnende, sondern nur eine abwartende Haltung ein. Couve führte weiter aus, daß die Gemeinschaft mit den Antragstellern nicht über deren Wirtschaftslage zu beraten habe. Während Artikel 237 des EWG-Vertrags von 1957 lediglich Abkommen zur Anpassung der Institutionen bzw. zur Festlegung von Übergangszei-

ten vorsehe, zielten die von den übrigen EG-Partnern gewünschten Verhandlungen auf gänzlich außerhalb des Vertrags liegende Themen. Die übrigen Delegationen vertraten den Standpunkt, daß ohne Verhandlungen mit Großbritannien weitere Fortschritte in der Beitrittsfrage nicht zu erzielen seien. Die Minister kamen schließlich überein, in einer Schlußklärung ihre Standpunkte festzuhalten und mitzuteilen, daß die Anträge auf der Tagesordnung des Rats blieben. Bundesminister Brandt bedauerte, daß der Weg für eine vertragsgemäße Behandlung der Beitrittsanträge nicht freigemacht worden sei.

**443**      21.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete S. 1695

Ruete informiert darüber, daß sich die Vertreter der Drei Mächte sehr zufrieden über den Entwurf einer Antwortnote geäußert hätten, mit der die Bundesregierung auf die sowjetische Erklärung vom 8. Dezember 1967 über ein Anwachsen des „Neonazismus“ in der Bundesrepublik reagieren wolle. Sie hätten sich dafür ausgesprochen, diesen Text der sowjetischen Regierung einige Tage vor Übergabe ihrer eigenen Noten übergeben zu lassen, zumal eine Zweiteilung der westlichen Antworten die doppelte Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung wecken werde. Ruete paraphrasiert anschließend den Inhalt der untereinander abgestimmten Erklärungen der amerikanischen und der britischen Regierung. Darin sollten die sowjetischen Beschuldigungen zurückgewiesen und ferner festgestellt werden, daß die 1945 abgeschlossenen Viermächtevereinbarungen keine Grundlage mehr für eine Einmischung in die inneren Verhältnisse der Bundesrepublik darstellen könnten. Die Bundesrepublik sei jetzt ein demokratischer Staat, von dem keine Bedrohung des Friedens in Europa ausgehe. Ruete regt abschließend an, die Antwortnote der Bundesregierung unverzüglich in Moskau zu übergeben.

**444**      21.12. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker S. 1697

Böker führt aus, daß der ägyptische Wirtschaftsminister gegenüber Bundesminister Wischniewski den Vorschlag unterbreitet habe, die Abteilung für die Wahrnehmung der Interessen der Bundesrepublik Deutschland bei der italienischen Botschaft in Kairo auf Grundlage der Gegenseitigkeit durch einen höherrangigen Leiter aufzuwerten. Ferner habe Zaki signalisiert, daß die ägyptische Regierung jetzt in schriftlicher Form ein politisches Signal der Bundesregierung erwarte. Böker meint, daß sich die Bundesregierung vor dem Hintergrund des Bestrebens der VAR, in absehbarer Zeit sowohl mit der Bundesrepublik als auch mit der DDR diplomatische Beziehungen ohne Risiko für sich selbst aufzunehmen, nicht auf solche „Ersatz-Botschaften“ in Kairo und Bonn einlassen solle. Allerdings solle dem ägyptischen Wunsch nach stärkerer finanzieller Beteiligung an Projekten der Technischen Hilfe entsprochen werden.

- 445      21.12. Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), an      S. 1700  
das Auswärtige Amt

Braun faßt Gespräche mit dem rumänischen Außenminister Manescu sowie mit dessen Stellvertreter Malitza zusammen. Manescu bat, Bundesminister Brandt mitzuteilen, er möge auf dem beschrittenen Weg der Entspannungspolitik energisch fortschreiten und insbesondere den Dialog mit dem „anderen deutschen Staat“ vorantreiben. Auch er, Manescu, halte die Mauer in Berlin für schlecht. Jedoch könne nur ein Entgegenkommen gegenüber der DDR, etwa in Form der Zulassung eines Beobachters bei der UNO, wirksam sein. Die UNO sei ein geeigneter Ort, um das Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten zu ordnen. In vorangegangenen Unterredungen führte Malitza dazu aus, daß im Unterschied zur Atmosphäre in der UNO direkte Gespräche zwischen der Bundesrepublik und der DDR schwierig und vorbelastet seien. Es dürfe nicht vergessen werden, daß Antworten auf Schreiben der Bundesregierung nicht in Ostberlin, sondern in Moskau verfaßt würden.

- 446      22.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete      S. 1703

Ruete erörtert konkrete Möglichkeiten der DDR und der UdSSR zur Störung und Behinderung von Berlin (West) und des Berlinverkehrs sowie notwendige Gegenmaßnahmen der Bundesrepublik und der Drei Mächte. Er vermerkt, daß weiteren verfassungsrechtlichen Schritten der DDR zur Untermauerung ihrer Eigenstaatlichkeit zu begegnen sei durch Erklärungen, die mit den Westmächten abgestimmt werden müßten. Die Gegenmaßnahmen im Falle der Behinderung des Zugangs nach Berlin (West) seien in entsprechenden Eventualfallpapieren mit den drei Verbündeten bereits festgelegt. Dagegen habe eine gemeinsame Planung erst noch für den Fall stattzufinden, daß die DDR die bestehenden Vereinbarungen und Praktiken aufkündige, die sich auf das Währungsgebiet der DM-West bezögen. Schließlich seien in der DDR weitere Schauprozesse gegen in der Bundesrepublik ansässige „Nazis in hohen Stellungen“ möglich.

- 447      27.12. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Frank      S. 1706

Frank resümiert ein Gespräch des Bundesministers Wischnewski mit dem algerischen Botschafter in Rom am 22. Dezember 1967 in Frankfurt am Main. Aid Challal teilte mit, daß seine Regierung ernsthaft die Normalisierung der Beziehungen zur Bundesrepublik anstrebe. Sie wolle ihre Verbindungen zu Europa nicht mehr so einseitig auf Frankreich ausrichten, sondern stärker auffächern. Der Bundesrepublik komme hier eine besondere Rolle zu. Algerien wünsche u.a. die Reaktivierung bestehender Verträge und den Abschluß eines Abkommens zur Investitionsförderung. Auch die Beschäftigung algerischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik sowie die Förderung des Tourismus solle Gegenstand von Expertengesprächen sein. Wisch-

newski erklärte die Bereitschaft zur Wiederaufnahme des Kapitalhilfeprogramms sowie zur Gewährung von Technischer Hilfe. Er wies aber darauf hin, daß die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in den letzten zwei Jahren generell nachgelassen habe, weil die Bundesrepublik zur Zeit selbst eine gewisse Arbeitslosigkeit erlebe.

- 448**      27.12.    Botschafter Strätling, Bukarest, an das                      S. 1709  
Auswärtige Amt

Strätling berichtet über ein Gespräch mit dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Rumäniens. Ceausescu hob hervor, daß der Entschluß der Bundesregierung zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Jugoslawien zwar die Ernsthaftigkeit der neuen Ostpolitik unterstreiche. Allerdings sollte sie noch weiter gehen und die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen Realitäten anerkennen. Er äußerte sich besorgt über das Anwachsen der NPD in der Bundesrepublik. Es sei unverständlich, daß sie nicht wie seinerzeit die KPD verboten werde. Strätling machte darauf aufmerksam, daß sich leider eine Entwicklung zu wiederholen scheine, die schon während der Weimarer Republik festzustellen gewesen sei. Damals hätten „ausländische Mächte und Presseorgane den demokratischen Kräften in Deutschland kein Vertrauen entgegengebracht und dadurch indirekt die verfassungsfeindlichen Kräfte unterstützt“. Darauf erwiderte der Generalsekretär, daß heutzutage die Unterzeichnerstaaten des Potsdamer Abkommens von 1945 eine „Aktivlegitimation“ zur Verhinderung eines Wiederauflebens des Nationalsozialismus besäßen. Strätling übermittelt abschließend den Eindruck, daß Ceausescu sich mit diesen Äußerungen einer Aufgabe habe entledigen wollen, die er am 14./15. Dezember 1967 in Moskau „wegen der Nichtübereinstimmung in anderen, die Bundesrepublik betreffenden Fragen“ akzeptiert habe.

- 449**      28.12.    Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem                      S. 1713  
britischen Botschafter Roberts

Roberts unterrichtet den Bundesminister darüber, daß die britische Regierung nicht mehr mit einem Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften rechne, solange Staatspräsident de Gaulle im Amt sei. Da sie aber nicht solange warten wolle, schlage sie Konsultationen mit den Fünf über Möglichkeiten der Zusammenarbeit in den technologischen, rüstungswirtschaftlichen, entwicklungs- und außenpolitischen Bereichen vor, die nicht von den Römischen Verträgen erfaßt würden. Brandt erwidert, daß er solche Verhandlungen für wenig aussichtsreich halte. Stattdessen ergäben sich jeweils im Vorfeld der WEU-Ratstagungen Ansatzpunkte für Gespräche zwischen den Fünf und Großbritannien, da der französische Vertreter an den Vorbereitungen hierzu nicht teilnehme. Der Bundesminister fährt fort, daß er an ein Verfahren denke, das in einer überschaubaren Zeit zur Mitgliedschaft Großbritanniens führe

und in der Zwischenzeit bereits Mitwirkungsmöglichkeiten an den Entscheidungen der Gemeinschaftsorgane schaffe. Die von Roberts angeregten „Aushilfskonstruktionen“ könnten vielleicht eine gewisse psychologische Wirkung haben, während ein wirtschaftspolitisch durchschlagender Erfolg nicht zu erwarten sei.

## Literaturverzeichnis

- AAPD Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte. Jahresband 1949/50. Jahresband 1963 (Teilbände I–III). Jahresband 1964 (Teilbände I–II). Jahresband 1965 (Teilbände I–III). Jahresband 1966 (Teilbände I–II), München 1994–1997.
- ACHTER GESAMTBERICHT 1964/65 Achter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft (1. April 1964 – 31. März 1965), hrsg. von der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, [Brüssel] 1965.
- ADAP, D Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D (1937–1941). Band II: Deutschland und die Tschechoslowakei (Oktober 1937 – September 1938). Band VII: Die letzten Wochen vor Kriegsausbruch (9. August bis 3. September 1939), Baden-Baden 1950 bzw. 1956.
- ADENAUER, Erinnerungen IV Konrad Adenauer, Erinnerungen 1959 – 1963. Fragmente, Stuttgart 1968.
- AdG Archiv der Gegenwart, zusammengestellt von Heinrich Siegler, Bonn/Wien/Zürich 1955 ff.
- AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN Amtsblatt der europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, EURATOM), Brüssel 1958 ff.
- ANNUARIO PONTIFICIO Annuario Pontificio per l'anno 1967. 1968, Città del Vaticano 1967 bzw. 1968.
- AUSSENPOLITIK DER DDR Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Band I: 7. Oktober 1949 bis 25. März 1954. Band II: 25. März 1954 bis 14. Mai 1955, hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte. Band XII: 1964. Band XV: 1967, hrsg. vom Institut für Internationale Beziehungen an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“ in Zusammenarbeit mit der Abteilung Rechts- und Vertragswesen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin [Ost] 1954–1971.
- BAHR, Zu meiner Zeit Egon Bahr, Zu meiner Zeit, München 1996.
- BARZEL, Es ist noch nicht zu spät Rainer Barzel, Es ist noch nicht zu spät, München/Zürich 1976.
- BEN GURION UND ADENAUER Yeshayahu A. Jelinek und Rainer A. Blasius, Ben Gurion und Adenauer im Waldorf Astoria. Gesprächsaufzeichnungen vom israelisch-deut-

- schen Gipfeltreffen in New York am 14. März 1960. Dokumentation, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 45 (1997), S. 309–344.
- BRANDT, Begegnungen und Einsichten Willy Brandt, Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975, München/Zürich 1978.
- BT ANLAGEN Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Bonn 1950 ff.
- BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bonn 1950 ff.
- BULLETIN Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1951 ff.
- BULLETIN DER EWG Bulletin der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, hrsg. vom Sekretariat der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Brüssel 1958 ff.
- CARSTENS, Erinnerungen Karl Carstens, Erinnerungen und Erfahrungen, hrsg. von Kai von Jena und Reinhard Schmoeckel, Boppard am Rhein 1993.
- CHARTER OF THE UNITED NATIONS Charter of the United Nations. Commentary and Documents, hrsg. von Leland M. Goodrich und Edvard Hambro, 2. Auflage, London 1949.
- CONGRESSIONAL RECORD Congressional Record. Proceedings and Debates of the 79th Congress. Second Session, Bd. 92, Teil 5 (May 23, 1946, to June 12, 1946). Proceedings and Debates of the 85th Congress. Second Session, Bd. 104, Teil 13 (August 6, 1958, to August, 13, 1958). Proceedings and Debates of the 90th Congress. First Session, Bd. 113 (January 23, 1967, to February 3, 1967), hrsg. vom United States Government Printing Office, Washington D.C. o.J.
- COUVE DE MURVILLE, Politique Étrangère Maurice Couve de Murville, Une politique étrangère, Paris 1971.
- DDF Documents diplomatiques français. 1954 (21 juillet – 31 décembre 1954). 1955, I (1 janvier – 30 juin 1955). 1957, II (1 juillet – 31 décembre), hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères, Commission de Publication des Documents Diplomatiques Français, Paris 1987 bzw. 1991.
- DEPARTMENT OF STATE BULLETIN The Department of State Bulletin. The Official Weekly Record of United States Foreign Policy, Washington D.C. 1949 ff.
- DEPORTATION Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee. Deutsche in der Sowjetunion 1941 bis 1956, hrsg. von Alfred Eisfeld und Victor Herdt, Köln 1996.



- |                             |   |
|-----------------------------|---|
| DEUTSCH-ISRAELISCHER DIALOG | Der deutsch-israelische Dialog. Dokumentation eines erregenden Kapitels deutscher Außenpolitik. Teil I: Politik, Bd. 1, hrsg. von Rolf Vogel, München /New York /London /Paris 1989.  |
| DOCUMENTS ON DISARMAMENT    | Documents on Disarmament, hrsg. von der United States Arms Control and Disarmament Agency, Washington D.C. 1964 ff.   |
| DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE  | Dokumente zur Berlin-Frage 1944–1966, hrsg. vom Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Bonn, in Zusammenarbeit mit dem Senat von Berlin, 3. Auflage, München 1967.  |
| DzD I/3                     | Dokumente zur Deutschlandpolitik. I. Reihe: Vom 3. September 1939 bis 8. Mai 1945. Band 3: 1. Januar bis 31. Dezember 1942. Britische Deutschlandpolitik, 2 Teilbände, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, bearbeitet von Rainer A. Blasius, Frankfurt am Main 1989. |
| DzD II/1                    | Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe: Vom 9. Mai 1945 bis 4. Mai 1955. Band 1: Die Konferenz von Potsdam, 3 Teilbände, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, bearbeitet von Gisela Biewer, Neuwied 1992.   |
| DzD III                     | Dokumente zur Deutschlandpolitik. III. Reihe: Vom 5. Mai 1955 bis 9. November 1958, 4 Bände, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Frankfurt am Main 1961–1969.  |
| DzD IV                      | Dokumente zur Deutschlandpolitik. IV. Reihe: Vom 10. November 1958 bis 30. November 1966, 12 Bände, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Frankfurt am Main 1971–1981.   |
| DzD V/1                     | Dokumente zur Deutschlandpolitik. V. Reihe: Vom 1. Dezember 1966 bis 20. Oktober 1969. Band 1: 1. Dezember 1966 bis 31. Dezember 1967, 2 Teilbände, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, bearbeitet von Gisela Oberländer, Frankfurt am Main 1984.                    |
| ERSTER GESAMTBERICHT 1958   | Erster Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft (Januar 1958 – September 1958), hrsg. von der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, [Brüssel] 1958.   |
| EUROPA-ARCHIV               | Europa-Archiv. Zeitschrift für Internationale Politik, Bonn 1946 ff.  |

- FRUS 1964–1968 Foreign Relations of the United States 1964–1968. Band XI: Arms Control and Disarmament. Band XIII: Western Europe Region, Washington D.C. 1997 bzw. 1995.
- DE GAULLE, Discours et messages Charles de Gaulle, Discours et messages. Band 3: Avec le renouveau (Mai 1958 – juillet 1962). Band 4: Pour l'effort (Août 1962 – décembre 1965). Band 5: Vers le terme (Janvier 1966 – avril 1969), [Paris] 1970.
- DE GAULLE, Lettres, notes et carnets Charles de Gaulle, Lettres, notes et carnets. Janvier 1961 – décembre 1963, [Paris] 1986.
- GREWE, Rückblenden Wilhelm G. Grewe, Rückblenden 1976–1951, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1979.
- HANSARD Parliamentary Debates (Hansard). House of Commons, Official Report. Fifth Series. Band 732 (Session 1966/67) bis Band 756 (Session 1967/68), London [1966–1968].
- JOURNAL OFFICIEL 1967 Journal Officiel. Débats parlementaires Assemblée Nationale 1967, Paris 1967.
- LAHR, Zeuge Rolf Lahr, Zeuge von Fall und Aufstieg. Private Briefe 1934–1974, Hamburg 1981.
- LNTS League of Nation Treaty Series. Publication of Treaties and International Engagements registered with the Secretariat of the League, hrsg. vom Publications Sales Department of the League of Nations, Genf 1926 ff.
- KIESINGER, Jahre Kurt Georg Kiesinger, Dunkle und helle Jahre. Erinnerungen 1904–1958, hrsg. von Reinhard Schmoeckel, Stuttgart 1989.
- MENDE, Wende Erich Mende, Von Wende zu Wende 1962–1982, München/Berlin 1986.
- NEUNTER GESAMTBERICHT 1965/66 Neunter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft (1. April 1965 – 31. März 1966), hrsg. von der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, [Brüssel] 1966.
- OSTERHELD, Außenpolitik Horst Osterheld, Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963–1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt, Düsseldorf 1992.
- DER PARLAMENTARISCHE RAT Der Parlamentarische Rat. Akten und Protokolle, hrsg. vom Deutschen Bundestag und vom Bundesarchiv. Bd. 8: Die Beziehungen des Parlamentarischen Rates zu den Militärregierungen, bearbeitet von Michael F. Feldkamp, Boppard am Rhein 1995.

LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE	La Politique Étrangère de la France. Textes et Documents. Notes et Etudes Documentaires. 1966. 1967, hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères, Paris 1967 bzw. 1968.
PUBLIC PAPERS, JOHNSON	Public Papers of the Presidents of the United States. Lyndon B. Johnson. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. November 22, 1963, to December 31, 1964. January 1 to December 31, 1966. January 1 to December 31, 1967, Washington D.C. 1965–1968.
PUBLIC PAPERS, KENNEDY	Public Papers of the Presidents of the United States. John F. Kennedy. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 1 to November 22, 1963, Washington D.C. 1964.
SENATE, Hearings before the Committee on Armed Services	Hearings before the Committee on Armed Services and the Subcommittee on Department of Defense of the Committee on Appropriations, United States Senate, 90th Congress, First Session, January 23, 24 and 25, hrsg. vom United States Government Printing Office, Washington D.C. 1967.
SIEBENTER GESAMTBERICHT 1963/64	Siebenter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft (1. April 1963 – 31. März 1964), hrsg. von der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, [Brüssel] 1964.
STRAUSS, Erinnerungen	Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989.
STATISTISCHES JAHRBUCH	Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1956 ff.
UN GENERAL ASSEMBLY, 19th Session, Plenary Meetings	United Nations. Official Records of the General Assembly. Nineteenth Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings. 1 December 1964 – 1 September 1965, 2 Bände, New York 1966.
UN GENERAL ASSEMBLY, 22nd Session, Plenary Meetings	United Nations. Official Records of the General Assembly. Twenty-second Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings. 19 September – 19 December 1967, 24 April – 12 June 1968 and 23 September 1968, 2 Bände, New York 1971.
UN GENERAL ASSEMBLY OFFICIAL RECORDS, Resolutions	United Nations. Official Records of the General Assembly. Resolutions (Supplement Nr. 1), 5th Emergency Special Session. 17. – 18. September 1967, New York 1967.

## Literaturverzeichnis

---

- |                                |   |
|--------------------------------|---|
| UNITED NATIONS RESOLUTIONS I   | United Nations Resolutions. Series I: Resolutions Adopted by the General Assembly, hrsg. von Dusan J. Djonovich, New York 1972 ff.  |
| UNITED NATIONS RESOLUTIONS II  | United Nations Resolutions. Series II: Resolutions and Decisions Adopted by the Security Council, hrsg. von Dusan J. Djonovich, New York 1988 ff.                             |
| UNTS                           | United Nations Treaty Series. Treaties and International Agreements. Registered or Filed and Recorded with the Secretariat of the United Nations, [New York] 1946/47 ff.      |
| YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS | Yearbook of the United Nations, hrsg. vom Office of Public Information, United Nations, New York 1965 ff.   |
| ZEHNTER GESAMTBERICHT 1966/67  | Zehnter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft (1. April 1966 – 31. März 1967), hrsg. von der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, [Brüssel] 1967. |

## Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt	BKC/L	Berlin Kommandatura Commandant/Letter
ABC-Waffen	atomare, biologische und chemische Waffen	BM	Bundesminister/ium
ABM	Anti-Ballistic Missile	BMF	Bundesminister/ium der Finanzen
ACDA	(United States) Arms Control and Disarmament Agency	BMG	Bundesminister/ium für gesamtdeutsche Fragen
ACE	Allied Command Europe	BMI	Bundesminister/ium des Innern
ADM	Atomic Demolition Munition/ Mines	BML	Bundesminister/ium für Ernährung, Landwirt- schaft und Forsten
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst	BMV	Bundesminister/ium für Verkehr
AEG	Allgemeine Elektrizitäts- Gesellschaft	BMVtg.	Bundesminister/ium der Verteidigung
AFCENT	Allied Forces Central Europe	BMwF	Bundesminister/ium für wissenschaftliche Forschung
AFNORTH	Allied Forces Northern Europe	BMWi	Bundesminister/ium für Wirtschaft
AG	Aktiengesellschaft	BND	Bundesnachrichtendienst
AK	Arbeitskreis	BP	British Petrol
ANF	Allied Nuclear Force	BPA	Bundespresseamt
Anl./Anlg.	Anlage/Anlagen	BQD	Berlin Quadripartite Documents
AP	Associated Press	BRD	Bundesrepublik Deutschland
APAG	Atlantic Policy Advisory Group	BT	Bundestag
AWP	Allied Working Party on International Accounting of Post and Telecommuni- cations	BVtg.- Rat	Bundesverteidigungsrat
ATO	Allied Travel Office	CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
AZ	Aktenzeichen	CENTAG	Central Army Group Central Europe
BAOR	British Army on the Rhine	CENTO	Central Treaty Organisation
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie	CFA	Communauté Financière Africaine
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch		
BGBI.	Bundesgesetzblatt		
BJA	Bundeskanzleramt		

# Abkürzungsverzeichnis

CIA	Central Intelligence Agency	ENDC	Eighteen Nations Disarmament Committee
COCOM	Coordinating Committee for East-West Trade Policy	ERP	European Recovery Program
COMECON	Council for Mutual Economic Aid/Assistance	EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
ČSSR	Československá Socialistická Republika	EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
CSU	Christlich-Soziale Union	EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
D	(Ministerial-)Direktor	FAO	Food and Agriculture Organisation of the United Nations
DB	Deutsche Bundesbahn	FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
DB	Drahtbericht	FDP	Freie Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik	FLN	Front de Libération Nationale
DE	Drahterlaß	FNL	Front National de Libération
Dept.	Department	FRG	Federal Republic of Germany
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft	FS	Fernschreiben
Dg	(Ministerial-)Dirigent	GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund	GDR	German Democratic Republic
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag	geh.	geheim
dpa	Deutsche Presseagentur	GG	Grundgesetz
DPC	Defence Planning Committee	GMT	Greenwich Mean Time
DPWG	Defence Planning Working Group	GNS	Gemeinsame Nukleare Streitmacht
DR	Deutsche Reichsbahn	h	hora/Stunde
EAG	Europäische Atomgemeinschaft	HQ	Headquarters
ECE	Economic Commission for Europe	IAEA	International Atomic Energy Agency
EEC	European Economic Community	IAEO	Internationale Atomenergieorganisation
EFTA	European Free Trade Association	ICBM	Intercontinental Ballistic Missile
EG	Europäische Gemeinschaften	i. G.	im Generalstab
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl		

CXCII

IMF	International Monetary Fund	MRBM	Medium Range Ballistic Missile
IOC	International Olympic Committee	Mrd.	Milliarde/n
IRBM	Intermediate Range Ballistic Missile	MW	Megawatt
IPU	Internationale Parlamentarische Union	NADGE	NATO Air Defense Ground Environment System
ITU	International Telecommunications Union	NASA	National Aeronautics and Space Administration
i. V.	in Vertretung	NATO	North Atlantic Treaty Organisation
IWF	Internationaler Währungsfonds	NDR	Norddeutscher Rundfunk
IZH	Interzonenhandel	NfD	Nur für den Dienstgebrauch
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau	NGO	Non-Governmental-Organisation
KP	Kommunistische Partei	NP/NPT	Non Proliferation/Non-proliferation Treaty
KPČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei	NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
KPCh	Kommunistische Partei Chinas	NPWG	Nuclear Planning Working Group
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands	n. R.	nach Rückkehr
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion	NS	Nationalsozialismus
KPI	Kommunistische Partei Italiens	NV/NVA	Nichtverbreitung/Nichtverbreitungsabkommen
KPR	Kommunistische Partei Rumäniens	OAS	Organisation of American States
kt.	Kilotonne	OAU	Organisation for African Unity
LR I	Legationsrat I. Klasse	OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
LS	Legationssekretär	OEEC	Organisation for European Economic Cooperation
MC	Military Committee	ORR	Oberregierungsrat
MD	Ministerialdirektor	O.T.A.N.	Organisation du Traité de l'Atlantique Nord
MdB	Mitglied des Bundestages	PAL	Phase Alternating Line
Mdg	Ministerialdirigent	PLO	Palestinian Liberation Organisation
MID	Ministerstvo Inostrannyh Del	PSI	Partito Socialista Italiano
Mio.	Million/en		
MLF	Multilateral Force		

# Abkürzungsverzeichnis

---

PStS	Parlamentarischer Staatssekretär	UNEF	United Nations Emergency Force
PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei	UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjet- republik	UNFICYP	United Nations Peace- Keeping Force in Cyprus
RR	Regierungsrat	UNO	United Nations Organisation
RS	Rupies	UNRWA	United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East
SACEUR	Supreme Allied Commander Europe	UPI	United Press International
SACLANT	Supreme Allied Commander Atlantic	UPU	Universal Postal Union
SBZ	Sowjetische Besatzungszone	US	United States
SEATO	South-East Asia Treaty Organisation	USA	United States of America
SECAM	Système en couleur avec mémoire	USSR	Union of Socialist Soviet Republics
SED	Sozialistische Einheits- partei Deutschlands	VAR	Vereinigte Arabische Republik
S. E.	Seine Exzellenz	vertr.	vertraulich
SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe	Vj.	Vierteljahr
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	VLR I	Vortragender Legationsrat I. Klasse
StS	Staatssekretär	VN	Vereinte Nationen
SU	Sowjetunion	VR	Volksrepublik
TASS	Telegrafnoe Agentstvo Sovetskogo Sojuza	VS	Verschlusssache
Tgb.	Tagebuch	VS-v/vsv	VS-vertraulich
TTD	Temporary Travel Document	WDR	Westdeutscher Rundfunk
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken	WEU	Westeuropäische Union
UK	United Kingdom	WHO	World Health Organisation
UN	United Nations	ZAB	Zentrale Austauschstelle Bonn
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development	z. b. V.	zur besonderen Verwendung
		ZDVP	Zentrale Deutsche Verbindungsstelle Portugal
		ZK	Zentralkomitee



## **Dokumente**



1

## Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg

I A 2-81.12/8-1534/66 geheim

2. Januar 1967<sup>1</sup>

Betr.: Bevorstehendes Gespräch des Herrn Bundesministers mit Frau Golda Meir;  
hier: Die deutsch-israelischen Beziehungen und der israelische Antrag auf Assoziierung mit der EWG<sup>2</sup>

Bezug: Mündliche Weisung des Herrn Staatssekretärs vom 28.12.1966

Zwanzig Jahre nach Kriegsende sind wir mit Israel durch den Austausch von Botschaftern<sup>3</sup> aus der Reparationsphase in die Phase normaler zwischenstaatlicher Beziehungen eingetreten. Seither haben sich die Beziehungen im ganzen befriedigend entwickelt. Das beiderseitige Verständnis für die nationalen Probleme der beiden Staaten hat zugenommen. Der sich erweiternde Jugendaustausch zwischen den beiden Ländern fördert den Abbau geistiger und psychologischer Barrieren.<sup>4</sup> Wir wollen den Weg einer guten Zusammenarbeit mit Israel weiter beschreiten.

In den deutsch-israelischen Beziehungen ist gegenwärtig auch der Antrag Israels auf Assoziierung mit der EWG Gesprächsthema. Hierzu ist folgendes zu bemerken:

I. Zwischen der EWG und Israel wurde am 4. Juni 1964 ein Handelsabkommen<sup>5</sup> unterzeichnet, das am 1. Juli des gleichen Jahres in Kraft trat. Das Abkommen wurde für die Dauer von drei Jahren mit der Möglichkeit der Verlängerung um jeweils ein Jahr geschlossen. Die Dreijahresperiode läuft am 30. Juni 1967 ab.

Am 4. Oktober 1966 beantragte die israelische Regierung bei der EWG in Brüssel die Aufnahme von Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen,

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Baron von Stempel und von Legationsrat I. Klasse Zimmermann konzipiert.

<sup>2</sup> Am 4. Oktober 1966 stellte Israel beim Ministerrat der EWG den Antrag, das am 1. Juli 1967 auslaufende Handelsabkommen durch ein Assoziierungsabkommen zu ersetzen. Die Neuregelung der Handelsbeziehungen sollte insbesondere den Abbau der Zölle, die Beseitigung der Kontingente und die Harmonisierung der Wirtschaftspolitik auf dem Industrie- und Agrarsektor umfassen. Für den Wortlaut des Aide-mémoires vgl. Referat I A 2, Bd. 1218.

<sup>3</sup> Die Bundesrepublik nahm am 12. Mai 1965 diplomatische Beziehungen mit Israel auf. Der erste Botschafter der Bundesrepublik in Tel Aviv, Pauls, überreichte sein Beglaubigungsschreiben am 19. August 1965, der israelische Botschafter in Bonn, Ben Natan, am 24. August 1965. Vgl. dazu AAPD 1965, II, Dok. 203.

<sup>4</sup> Zum Jugendaustausch zwischen der Bundesrepublik und Israel führte Legationsrätin I. Klasse Rheker, Tel Aviv, aus, daß seine Durchführung „noch verhältnismäßig einseitig“ sei. Während 1966 etwa 8000 Jugendliche aus der Bundesrepublik Israel besucht hätten, sei die Zahl der Reisen israelischer Jugendgruppen „an den Fingern einer Hand abzuzählen. Wer bereit war, nach Deutschland zu fahren, wurde eingeladen, unbeschadet dessen, ob er qualifiziert war oder nicht.“ Gleichwohl sei seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen beider Staaten am 12. Mai 1965 insbesondere in organisatorischer Hinsicht eine Verbesserung zu verzeichnen. Vgl. die Aufzeichnung vom 16. Mai 1967; Referat IV 5, Bd. 1581.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut vgl. Referat III A 2, Bd. 31. Vgl. dazu ferner BULLETIN DER EWG 7/1964, S. 15–18, sowie ACHTER GESAMTBERICHT 1964/65, S. 276–278.

das an die Stelle des Handelsabkommens treten soll. Sie unterstützte den Antrag durch Demarchen in den einzelnen EWG-Mitgliedstaaten.<sup>6</sup> Das Gespräch zwischen dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen und dem israelischen Botschafter in Bonn fand am 11. Oktober 1966 statt.<sup>7</sup>

Die israelische Regierung führte zur Begründung ihres Assoziierungsantrages an, daß das bestehende Handelsabkommen mit der EWG für Israel nur geringen Nutzen gebracht habe. Diese Auffassung wird auch von uns und allen übrigen EWG-Mitgliedstaaten geteilt. Wir setzen uns daher für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der EWG und Israel ein.

Die Meinungsbildung über die Frage, in welcher Weise das geschehen soll, hat sowohl auf nationaler deutscher Ebene als auch im Rahmen der EWG gerade erst begonnen. Das Bundeskabinett wird zu gegebener Zeit mit der Angelegenheit zu befassen sein.

Im EWG-Rat fand am 27. Oktober 1966 ein erster Meinungsaustausch über den israelischen Antrag statt. Dabei äußerte sich kein Ratsmitglied zur Sache, zumal die Angelegenheit auch in anderen Mitgliedstaaten von den Kabinetten geprüft werden muß.<sup>8</sup>

Auf seiner Tagung am 6. Dezember 1966 verabschiedete der EWG-Rat – im wesentlichen auf deutsche Initiative – ein Mandat, das die Kommission ermächtigt, mit einer israelischen Delegation Sondierungsgespräche über alle von der israelischen Regierung in ihrem Antrag an die EWG erwähnten Probleme zu führen.<sup>9</sup> Dieses Mandat ermöglicht die sofortige Eröffnung der Gespräche, ohne damit schon eine bestimmte Lösung zu präjudizieren. Die Gemeinschaft wird aber nach Vorlage des Berichts der Kommission über das Ergebnis der Sondierungsgespräche mit der israelischen Regierung im Laufe des

<sup>6</sup> Am 20. Oktober 1966 informierte der Abteilungsleiter im israelischen Außenministerium, Schlosch, Vortragenden Legationsrat I. Klasse Baron von Stempel darüber, daß dem israelischen Außenminister Eban bei Gesprächen mit seinem französischen und italienischen Kollegen, Couve de Murville und Fanfani, eine „Prüfung“ des Assoziierungsantrags zugesichert worden sei: „Die italienische Haltung sei reservierter als die französische. Die Italiener sähen in einer Assoziierung Israels mit der EWG ein für Italien unvorteilhaftes Präjudiz mit Bezug auf die Assoziierung der Maghrebstaaten und Spanien.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 21. Oktober 1966; Referat I A 2, Bd. 1218.

<sup>7</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem israelischen Botschafter Ben Natan vgl. AAPD 1966, II, Dok. 320.

<sup>8</sup> Am 28. Oktober 1966 berichtete Botschafter Sachs, Brüssel (EWG/EAG), aus Gesprächen am Rande der Ministerratstagung ergebe sich folgendes Bild: „Die niederländische und luxemburgische Regierung stehen grundsätzlich einer Assoziierung Israels mit der EWG nicht ablehnend gegenüber. [...] Die französische Regierung setzt sich in erster Linie für eine substantielle Verbesserung der zwischen der EWG und Israel bestehenden Handelsabkommen insbesondere beim Veredelungsverkehr ein. Die französische Regierung ist aber darüber hinaus bestrebt, keinesfalls hinter den Angeboten der übrigen Regierungen der Mitgliedstaaten zurückzubleiben. Die italienische und belgische Regierung stehen dem israelischen Antrag sehr zurückhaltend gegenüber und bevorzugen eindeutig eine Verbesserung des Handelsabkommens an Stelle der Assoziierung. Hierbei haben die Italiener aber noch nicht einmal durchblicken lassen, wie sie sich eine Verbesserung des Handelsabkommens vorstellen. [...] In der Kommission ist man sich über die politische Tragweite des israelischen Antrags im klaren und steht dem Antrag zurückhaltend gegenüber.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1812; Referat I A 2, Bd. 1218.

<sup>9</sup> Am 6. Dezember 1966 kam der EWG-Ministerrat überein: „[Le Conseil] a invité la Commission à entamer des conversations exploratoires avec les autorités israéliennes afin qu'elle puisse faire rapport au Conseil, dans les meilleurs délais, sur tous les problèmes que soulève le Gouvernement israélien dans les documents précités.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 169 des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 9. Dezember 1966 an die Botschaft in Tel Aviv; Referat I A 2, Bd. 1218.

Jahres 1967 zur Sache Stellung nehmen müssen. Dann wird zu entscheiden sein, ob die Lösung in einer Verbesserung des Handelsabkommens oder in einer Assoziierung zu suchen ist. Der Rat wird sodann der Kommission ein entsprechendes Verhandlungsmandat erteilen.

II. Bei der Beurteilung des israelischen Antrags auf Assoziierung stehen folgende Überlegungen im Vordergrund:

Das bestehende Handelsabkommen zwischen der EWG und Israel hat die damit verbundenen Erwartungen nicht erfüllt. Wir halten seine Verbesserung für nötig und auch für möglich. Dieser Weg wäre auch sehr viel schneller als die erfahrungsgemäß sich über Jahre hinziehende Aushandlung eines Assoziierungsabkommens. Möglichkeiten der Verbesserung des Handelsabkommens bestehen nach unserer Auffassung auf folgenden Gebieten:

- a) Beteiligung Israels an einer von der EWG auszuarbeitenden Mittelmeerregelung für den Anbau von Zitrusfrüchten und Senkung des Zollsatzes für Orangen;
- b) GATT-konforme Zollsenkungen für Israel besonders interessierende gewerbliche Erzeugnisse;
- c) Entgegenkommen der EWG in der Frage des sogenannten Veredlungsverkehrs.

Eine Assoziierungsregelung wirft schwerwiegende Probleme auf:

1) Die EWG ist eine europäische Gemeinschaft. Für eine Reihe von afrikanischen Staaten (ehemalige Kolonien) ist hiervon mit Hilfe eines auf diesen Fall zugeschnittenen Assoziationstyps eine Ausnahme gemacht worden.<sup>10</sup> Wird nicht durch weitere Assoziierungen auch außerhalb des afrikanischen Kontinents der europäische Charakter der Gemeinschaft in Frage gestellt? Die präjudizielle Wirkung einer Assoziierung Israels wäre beträchtlich, in ihrem vollen Umfang wohl gar nicht zu übersehen.

Für die EWG ist die Regelung ihrer Beziehungen zu den anderen europäischen Staaten, namentlich Großbritannien und den anderen EFTA-Staaten, vorrangig. Geht es an, die schon seit mehreren Jahren vorliegenden Anträge dieser Staaten<sup>11</sup> dilatorisch zu behandeln und Israel vorzuziehen? Die Bemü-

<sup>10</sup> In Teil IV des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 wurde die Assoziierung der „außereuropäischen Länder und Hoheitsgebiete, die mit Belgien, Frankreich, Italien und den Niederlanden besondere Beziehungen unterhalten“, geregelt. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 854–858.

Die Assoziierung afrikanischer Staaten und Madagaskars erfolgte mit dem Abkommen von Jaunde vom 20. Juli 1963, das insbesondere Bestimmungen zum Warenverkehr (Prinzip der Freihandelszone) und zur finanziellen Zusammenarbeit (Europäischer Entwicklungsfonds) enthielt. Es trat am 1. Juni 1964 in Kraft und hatte eine Laufzeit bis zum 31. Mai 1969. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1963, D 383–387, sowie ACHTER GESAMTBERICHT 1965, S. 304.

Am 16. Juli 1966 wurde in Lagos ein Abkommen über die Assoziierung Nigerias unterzeichnet. Die Verhandlungen mit Tansania, Uganda und Kenia wurden am 17. November 1966 unterbrochen. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 7/1966, S. 46–48, und BULLETIN DER EWG 9-10/1966, S. 25–28. Vgl. ferner ZEHNTER GESAMTBERICHT, S. 344 f.

<sup>11</sup> Am 10. August 1961 beantragten Großbritannien und Dänemark die Aufnahme in die EWG. Die Verhandlungen über einen Beitritt Großbritanniens scheiterten auf der EWG-Ministerratstagung am 28./29. Januar 1963. Am 8. Februar 1963 erklärte Staatsminister Krag vor dem dänischen Parlament, daß die Verhandlungen für einen Beitritt Dänemarks vorerst nicht weitergeführt würden. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 60.

Am 12. Dezember 1961 stellten Österreich, Schweden und die Schweiz einen Antrag auf Assoziierung mit der EWG sowie am 2. Mai 1962 Norwegen einen Beitrittsantrag. Im Falle Schwedens,

hungen der EWG konzentrieren sich außerdem augenblicklich auf einen erfolgreichen Abschluß der GATT-Verhandlungen im Rahmen der Kennedy-Runde<sup>12</sup>.

2) Die deutsche Regierung verfolgt gegenüber den Nahoststaaten eine Politik der Gleichbehandlung. Machen wir uns zum Wortführer für den israelischen Antrag, wird dies nicht die Aufnahme der Beziehungen zu den arabischen Staaten<sup>13</sup> erschweren oder verhindern?<sup>14</sup>

Diese Überlegungen sprechen jedenfalls für eine vorsichtige Behandlung des Problems. Unsere EWG-Partner verfolgen die gleiche Linie.

III. In dem Gespräch mit Frau Meir könnte folgendes gesagt werden:

Der israelische Antrag auf Assoziierung mit der EWG stellt die EWG vor eine schwierige Entscheidung, besonders auch im Hinblick auf seine Präcedenzwirkung. Er bedarf deshalb einer äußerst sorgfältigen Prüfung. Dies erfordert Zeit.

Wir haben uns zunächst in Brüssel dafür eingesetzt, daß der Rat der Kommission ein Mandat für sofortige Sondierungsgespräche erteilt. Die Kommission hat damit die Möglichkeit erhalten, mit einer israelischen Delegation zusammen alle von Israel vorgebrachten Probleme zu untersuchen. Nach Vorlage des Kommissionsberichts über diese Gespräche wird der Rat – voraussichtlich im Jahre 1967 – zu entscheiden haben, ob die Lösung der Probleme in einer Verbesserung des Handelsabkommens oder in einer Assoziierung zu suchen ist. Die deutsche Haltung zu dieser Frage wird zu gegebener Zeit vom Bundeskabinett festzulegen sein. Bis dahin kann sich die deutsche Regierung zur Sache nicht verbindlich äußern.

Wir haben im übrigen die Hoffnung, daß ein erfolgreicher Abschluß der Kennedy-Runde voraussichtlich einen Teil der israelischen Sorgen über den Handelsverkehr Israels mit der EWG beseitigen oder zumindest mildern wird. Wir meinen auch, daß eine allgemein zufriedenstellende Regelung der Beziehungen Israels zur EWG leichter möglich sein wird, sobald die EWG sich durch Beitritte

*Fortsetzung Fußnote von Seite 5*

Norwegens und der Schweiz wurden formelle Verhandlungen nach dem Scheitern des britischen Beitrittsantrags nicht aufgenommen. Im Falle Österreichs fanden vom 19. März 1965 bis zum 3. Februar 1966 Verhandlungen statt.

<sup>12</sup> Zur Eröffnungssitzung der Kennedy-Runde vom 4. bis 6. Mai 1964 in Genf vgl. AAPD 1964, I, Dok. 122.

Zum Fortgang der Gespräche in den Jahren 1964 bis 1966 vgl. AAPD 1966, I, Dok. 101, sowie ZEHNTER GESAMTBERICHT, S. 321–328.

Die Verhandlungen wurden am 15./16. Mai 1967 abgeschlossen. Vgl. dazu Dok. 170.

<sup>13</sup> Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik durch die Mehrzahl der arabischen Staaten vgl. AAPD 1965, II, Dok. 203.

Zu den Bemühungen um eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen vgl. AAPD 1966, II, Dok. 375.

Im Januar 1967 erklärten die Regierungen des Sudan, Libanons, Iraks, Saudi-Arabiens, Algeriens und Syriens in inhaltsgleichen Noten, die Zustimmung der EWG zur Assoziierung Israels wäre ein „von Grund auf politischer Akt“ und eine „direkte Parteinahme im Konflikt zwischen den arabischen Staaten und Israel“. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 10. Februar 1967; Referat I A 2, Bd. 1218.

<sup>14</sup> Der Passus „Eine Assoziierungsregelung ... oder verhindern?“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Lahr zurück. Für den ursprünglichen Wortlaut und die Formulierungsvorschläge von Lahr vgl. VS-Bd. 2491 (I A 2); B 150, Aktenkopien 1967.

und Assoziierungen bzw. Sonderabkommen mit anderen europäischen Staaten, insbesondere mit den EFTA-Staaten, erweitert haben wird. Es ist auch nicht von der Hand zu weisen, daß die Gemeinschaft bei der Regelung ihrer Beziehungen zu Spanien<sup>15</sup> und den Maghrebstaaten<sup>16</sup> israelische Bedürfnisse in Betracht ziehen muß.<sup>17</sup>

Hiermit in weisungsgemäß überarbeiteter Fassung dem Herrn Staatssekretär<sup>18</sup> zur Weiterleitung an den Herrn Bundesminister<sup>19</sup> vorgelegt.

Meyer-Lindenberg

VS-Bd. 2491 (IA2)

<sup>15</sup> Am 9. Februar 1962 stellte Spanien einen Antrag auf Assoziierung mit der EWG. Die Sondierungsgespräche wurden am 19. Juli 1966 abgeschlossen und der Bericht der EWG-Kommission dem EWG-Ministerrat am 25. November 1966 übermittelt. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 3/1962, S. 43, sowie ZEHNTER GESAMTBERICHT, S. 339. Zur Haltung der Bundesrepublik vgl. AAPD 1966, I, Dok. 86, Dok. 87 und Dok. 112.

<sup>16</sup> Am 8. Oktober sowie am 14. bzw. 18. Dezember 1963 beantragten Tunesien, Marokko und Algerien die Einleitung von Gesprächen über eine Assoziierung mit der EWG. Erste Verhandlungen führte die EWG-Kommission vom 6. bis 8. Juli 1965 mit Tunesien und vom 12. bis 14. Juli 1965 mit Marokko. In der Folge der EWG-Krise stellte sie jedoch fest, daß sie sich zur Fortsetzung der Gespräche nicht imstande sehe. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1967, Teil II, S. 998-1007. Vgl. ferner ACHTER GESAMTBERICHT, S. 297-299, NEUNTER GESAMTBERICHT, S. 292, sowie ZEHNTER GESAMTBERICHT, S. 345.

Am 14. Dezember 1966 regte die EWG-Kommission eine Erneuerung ihres Verhandlungsmandats an und unterbreitete Vorschläge für den Inhalt von Assoziierungsabkommen mit Algerien, Marokko und Tunesien. Sie sprach sich ferner dafür aus, mit diesen Staaten analoge Regelungen zu treffen und die Verhandlungen parallel zu führen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 13. Januar 1967; VS-Bd. 2425 (I A 2); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>17</sup> Bundesminister Brandt traf sich während seines Aufenthalts vom 3. bis 6. Januar 1967 in Rom anlässlich der Konferenz der Parteivorsitzenden der Sozialistischen Internationale mit Ministerpräsidentin Meir. Am 5. Januar 1967 äußerte Brandt gegenüber der Presse, „er würde es begrüßen, wenn es gelinge, für Israel [eine] Regelung im Sinne einer Assoziierung oder handelsvertraglicher Abmachungen zu erreichen. Scherzhaft sagte Bundesminister weiter, da er sich in Italien äußere, dürfe er vielleicht hinzufügen, wir seien kein Produzent von Zitrusfrüchten.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 8 des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 12. Januar 1967; VS-Bd. 2567 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>18</sup> Hat Staatssekretär Lahr am 6. Januar 1967 vorgelegen.

<sup>19</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

## 2

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete****II A 5-82.21/94.20/001<sup>1</sup>/67 geheim****3. Januar 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Polnisches Angebot zu politischen Sondierungsgesprächen in Bonn

Bezug: Aufzeichnung von VLR I Dr. Blumenfeld vom 2. Januar 1967

Anlg.: 1<sup>2</sup>

In der Anlage lege ich eine Aufzeichnung von VLR I Dr. Blumenfeld, dem bisherigen Vertreter des Leiters<sup>3</sup> unserer Handelsvertretung in Warschau, vom 2. Januar 1967 über einen polnischen Vorschlag zur Entsendung einer polnischen Delegation zu vertraulichen politischen Sondierungsgesprächen in Bonn vor.<sup>4</sup>

Der polnische Vorschlag knüpft an die Gespräche des Bundestagsabgeordneten Helmut Schmidt in Warschau im Juli 1966 an.<sup>5</sup> Die Polen, die bei den Gesprächen mit deutschen Parlamentariern im Juli/August 1966 die Aufnahme parlamentarischer Kontakte angeregt hatten<sup>6</sup>, gehen mit ihrer neuen Initiative weit darüber hinaus. Die Entsendung einer polnischen Delegation unter Beteiligung eines „verantwortlichen Beamten des polnischen Außenministeriums“ zu politischen Gesprächen mit uns ist ein Novum in den deutsch-polnischen Beziehungen. Die Polen haben in den letzten Jahren konsequent amtliche politische Kontakte mit uns vermieden.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Kastl und von Legationsrat Gorenflös konzipiert.

<sup>2</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 4.

<sup>3</sup> Heinrich Böx.

<sup>4</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Blumenfeld berichtete, bei seiner Abreise aus Warschau habe ihn der polnische Journalist Czysowski am 16. Dezember 1966 darüber unterrichtet, daß das Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei nach dreimonatigen Beratungen beschlossen habe, „in Bonn anzufragen, ob der Besuch einer Delegation zu politischen Sondierungsgesprächen dort genehm sei. Die Delegation würde aus einem Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Sejm, einem verantwortlichen Beamten des polnischen Außenministeriums und dem Redakteur Czysowski als Sekretär bestehen. Als Termin habe man an Mitte Februar 1967 gedacht.“ Vgl. VS-Bd. 4207 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>5</sup> Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag bereiste im Sommer 1966 Polen, die UdSSR und die Tschechoslowakei und hielt sich vom 21. bis 25. Juli 1966 in Warschau auf. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Blumenfeld, Warschau, vom 25. Juli 1966; Referat II A 5, Bd. 1019. Vgl. dazu ferner Helmut SCHMIDT, Menschen und Mächte, Berlin 1987, S. 22 und S. 25.

<sup>6</sup> Neben dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Schmidt, hielt sich der SPD-Abgeordnete Wischniewski vom 29. Juli bis 4. August 1966 in Warschau auf. Am 3. August 1966 bemerkte der Abgeordnete der PVAP im polnischen Sejm, Kuszyk, daß das Fehlen von Beziehungen zwischen Sejm und Deutschem Bundestag „anormal“ sei. Er äußerte die Einschätzung, daß eine entsprechende Initiative seitens der Bundesrepublik in Polen „gut aufgenommen“ würde, und erklärte: „Einer parlamentarischen Zusammenarbeit stehen wir ausgesprochen positiv gegenüber.“ Dazu bemerkte Legationsrat Böhncke, Warschau, daß die „offizielle Form“ des Gesprächs „eine private Augenblicksinitiative praktisch auszuschließen“ scheine. Die Äußerungen von Kuszyk bildeten „die erste politisch relevante polnische Initiative gegenüber der Bundesrepublik wenigstens seit Bestehen der Handelsvertretung“. Vgl. die Aufzeichnung vom 8. August 1966; Referat II A 5, Bd. 1020.



Die Ernsthaftigkeit der neuen polnischen Initiativen, die im Gegensatz zu den unverändert fortdauernden Angriffen aus Polen<sup>7</sup> gegen uns steht, ist zu erproben. Ihre Tragweite ist noch nicht zu übersehen.

Ich schlage vor,

- 1) den Polen mitzuteilen, daß wir bereit sind, ihre Delegation zu vertraulichen Gesprächen in Bonn zu empfangen, und daß wir einen Terminvorschlag unter Benennung der polnischen Teilnehmer erwarten;
- 2) VLR I Blumenfeld zu beauftragen, diese Mitteilung in einem privaten Schreiben an seinen polnischen Gewährsmann weiterzugeben. Um den Kontakt nicht bereits im Anfangsstadium durch Formfragen zu erschweren, sollen Absender, Form, Adressat und Übermittlungsweg der polnischen Antwort den Polen freigestellt bleiben. VLR I Blumenfeld soll jedoch unverbindlich anregen, daß die polnische Seite mit einem persönlichen und vertraulichen Schreiben des Delegationsteilnehmers aus dem polnischen Außenministerium antwortet. Das Schreiben könnte über unsere Handelsvertretung in Warschau oder die Polnische Handelsvertretung in Köln übermittelt werden. Die polnische Reaktion auf diese Anregung wird uns möglicherweise Hinweise auf die polnischen Vorstellungen über Charakter und Auftrag der polnischen Delegation geben.<sup>8</sup>
- 3) das Parlamentsreferat zu beauftragen, den Bundestagsabgeordneten Helmut Schmidt über den polnischen Vorschlag zu unterrichten;
- 4) unsere Handelsvertretung in Warschau über den Vorgang zu unterrichten.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>9</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>10</sup> mit der Bitte um Zustimmung vorgelegt.<sup>11</sup>

Ruete

VS-Bd. 4207 (II A 5)

<sup>7</sup> Am 31. Dezember 1966 führte der polnische Außenminister Rapacki in einem Presseinterview aus, daß in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vom 13. Dezember 1966 zwar „über internationale Angelegenheiten in einer etwas anderen Sprache“ gesprochen werde: „Auch eine taktische Änderung zeichnet sich ab. Aber für uns, für Europa, für den Frieden ist nicht die Taktik, nicht die Sprache entscheidend, sondern das Wesen der Politik der neuen Regierung. Die bisherigen Erklärungen der führenden Vertreter der neuen Regierung, obwohl voll Ingenuität im Erdenken neuer Formulierungen, kündigen keine Änderungen im Wesen der westdeutschen Politik an. Weder in der Frage der Rüstungen, noch in der Frage der Grenzen, noch in der Frage der Anerkennung der Existenz zweier souveräner deutscher Staaten. Und das ist der Prüfstein.“ Vgl. DzD V/1, S. 235 f.

<sup>8</sup> Am 11. Januar 1967 setzte Vortragender Legationsrat I. Klasse Blumenfeld den polnischen Journalisten Czystowski davon in Kenntnis, daß die Bundesregierung den angekündigten Besuch begrüße und auch mit dem Terminvorschlag einverstanden sei. Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 4207 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 4. Januar 1967 vorgelegen.

<sup>10</sup> Hat Bundesminister Brandt am 8. Januar 1967 vorgelegen.

<sup>11</sup> Am 10. Februar 1967 teilte der polnische Journalist Czystowski in einem Schreiben Vortragendem Legationsrat I. Klasse Blumenfeld mit, daß die vorgeschlagenen Sondierungsgespräche nicht stattfinden könnten: „Die letzten politischen Erklärungen und Äußerungen führender Vertreter Ihres Landes, die Zunahme revisionistischer Veranstaltungen und schließlich die Tätigkeit des Vertriebeninnenministeriums schaffen gegenwärtig weder die Voraussetzungen noch die Atmosphäre für einen konstruktiven Meinungsaustausch, unabhängig davon, auf welchem Niveau er erfolgen sollte. In dieser Situation – das werden Sie verstehen – kann der Ausflug nicht zustandekommen.“ Vgl. VS-Bd. 4207 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

## 3

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahn****II A 3-88.10-001<sup>1</sup>/67 VS-vertraulich****3. Januar 1967<sup>1</sup>**Betr.: Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Regierung<sup>2</sup>

Als Anlage wird der Entwurf einer Instruktion<sup>3</sup> für die deutsche Delegation vorgelegt, die am 9. Januar 1967 nach Prag reisen und in Gesprächen mit dem Außenministerium feststellen soll, ob und unter welchen Umständen eine grundlegende Verbesserung der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen möglich ist.

Die Delegation besteht aus: VLR I Dr. Wickert (Ref. II A 3) als Delegationsleiter, VLR I Dr. Blomeyer (Ref. V 1), LR Dr. Gorenflos (Ref. II A 5) und Amtsrat Böhme (Ref. Z B 6), Chiffreur.

Im folgenden soll auf einige Probleme besonders hingewiesen werden:

I. Bei den kommenden Verhandlungen erklären wir zum erstenmal unsere Bereitschaft, auch über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu sprechen. Wir müssen in diesem Zusammenhang sicherstellen, daß unsere künftige Botschaft in Prag de facto auch die Interessen West-Berlins wahrnehmen soll. Wir werden zur Kenntnis geben, daß die Bundesregierung sich als die einzige deutsche Regierung betrachtet, die frei, rechtmäßig und demokratisch gewählt und daher berechtigt ist, für das ganze deutsche Volk zu sprechen.<sup>4</sup>

Wir sollten uns bemühen, diese Fragen, einschließlich der später für ein Handelsabkommen erforderlichen Berlin-Klausel, sowie andere strittige Probleme schon jetzt so weit wie möglich vorzuklären und aus dem Wege zu räumen. Andernfalls würden die zu errichtenden Missionen von Anfang an mit den noch ungelösten Streitfragen belastet sein, und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen würde das deutsch-tschechoslowakische Verhältnis faktisch eher verschlechtern als verbessern.

Solche Fragen sind:

- de facto Wahrnehmung der Berliner Interessen durch unsere zukünftige Botschaft in Prag<sup>5</sup>,

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wickert konzipiert.

<sup>2</sup> Zum Stand der Bemühungen um die Aufnahme von Verhandlungen mit der Tschechoslowakei über den Abschluß eines Vertrages über den Waren- und Zahlungsverkehr und die Errichtung von Handelsvertretungen sowie über die Herstellung diplomatischer Beziehungen vgl. AAPD 1966, II, Dok. 412.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für den Entwurf der Instruktion vom 5. Januar 1967 vgl. VS-Bd. 4243 (II A 3); B 150, Aktenkopien 1967. Für Auszüge vgl. Anm. 5-8 und 13 sowie Dok. 13, Anm. 7.

<sup>4</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Brandt angeschlängelt.

<sup>5</sup> Im Entwurf der Instruktion vom 5. Januar 1967 für die Delegation der Bundesrepublik wurde dazu festgestellt, daß es nicht notwendig sein werde, „eine Berlin-Klausel, wie sie für die Einbeziehung Berlins in völkerrechtliche Verträge erforderlich ist“, auszuhandeln, da die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Tschechoslowakei durch die „Abgabe gleichgerichteter einseitiger Erklärungen“ erfolgen solle. Eine entsprechende „Absprache“ solle aber, „wenn irgend möglich, schriftlich fixiert werden, und sei es nur in sehr lockerer Form“. Vgl. VS-Bd. 4243 (II A 3); B 150, Aktenkopien 1967.

- Absprache über eine Berlin-Klausel in einem Handelsabkommen<sup>6</sup>,
- Einigung über ein Verfahren zur Klärung der Fragen, die sich aus dem Münchener Abkommen ergeben<sup>7</sup>,
- Hinnahme unseres Alleinvertretungsanspruchs<sup>8</sup>.

II. Es ist damit zu rechnen, daß die tschechoslowakischen Gesprächspartner fragen, wie die Bundesregierung den Begriff des Heimatrechts und der auch in der Regierungserklärung erwähnten Obhutspflicht für die Heimatvertriebenen interpretiert.<sup>9</sup> In der Vergangenheit haben Erklärungen, die manche Mitglieder der Bundesregierung zu diesen Fragen, insbesondere zu dem vieldeutigen Begriff des Heimatrechts, abgegeben haben<sup>10</sup>, unser Verhältnis zur ČSSR oft

<sup>6</sup> Dazu hieß es im Entwurf der Instruktion vom 5. Januar 1967, die Delegation der Bundesrepublik könne folgende Formulierungen für eine Berlin-Klausel anbieten: „a) Dieses Abkommen gilt in den Gebieten, in denen die Deutsche Mark und die tschechoslowakische Krone gesetzliche Zahlungsmittel sind. b) Dieses Abkommen hat denselben rechtlichen Geltungsbereich wie das deutsch-tschechoslowakische Protokoll über den Zahlungsverkehr vom 24. September 1956. c) Dieses Abkommen gilt in den Geltungsbereichen der Notenbankgesetze der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik.“ Handschriftlich wurde von Bundesminister Brandt ergänzt: „d) Dieses Abkommen gilt auch für die westlichen Sektoren von Berlin, deren Vertretung nach außen die Drei Mächte der Bundesregierung übertragen haben.“ Vgl. VS-Bd. 4243 (II A 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675. Im Entwurf der Instruktion vom 5. Januar 1967 wurde die Delegation der Bundesrepublik zu der Feststellung ermächtigt, „daß das Abkommen nicht mehr gültig sei“. Die Bundesregierung schlage vor, zur Klärung der Rechtsfolgen, die sich aus der von der tschechoslowakischen Regierung geforderten „ex-tunc-Nichtigkeitserklärung“ und aus dem Standpunkt der Bundesregierung ergäben, eine Kommission von Völkerrechtsexperten einzusetzen. Vgl. VS-Bd. 4243 (II A 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Die Wörter „Hinnahme unseres Alleinvertretungsanspruchs“ wurden von Staatssekretär Schütz gestrichen. Dazu handschriftliche Bemerkung des Bundesministers Brandt: „Vgl. Anlage“. Im Entwurf der Instruktion vom 5. Januar 1967 für die Delegation der Bundesrepublik wurde festgestellt: „Wir müssen ausdrücklich klarstellen, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht als Verzicht auf unseren Alleinvertretungsanspruch interpretiert werden kann.“ Daher solle die Bundesregierung „sofort nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen in einer öffentlichen Erklärung [...] darauf hinweisen, daß wir uns zur Aufnahme der Beziehungen in Wahrung und in Aufrechterhaltung unseres Rechtsanspruchs entschlossen haben“. Auch in diesem Entwurf wurden die Wörter „unseren Alleinvertretungsanspruch“ und „unseres Rechtsanspruchs“ gestrichen, und zwar von Bundesminister Brandt. Dafür wurde eingefügt: „unsere Rechtsauffassung zur Frage der deutschen Einheit“ bzw. „unserer Rechtsauffassung“. Vgl. VS-Bd. 4243 (II A 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Als Reaktion auf die Prager Deklaration vom 23. Juni 1950, in der die Tschechoslowakei und die DDR erklärt hatten, „keine Gebiets- oder Grenzansprüche“ zu haben und die nach dem Zweiten Weltkrieg „durchgeführte Umsiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakischen Republik“ als „unabänderlich, gerecht und endgültig gelöst“ zu betrachten, wandte sich der Bundestag am 14. Juli 1950 „gegen die Preisgabe des Heimatrechts der in die Obhut der deutschen Bundesrepublik gegebenen Deutschen aus der Tschechoslowakei“ und stellte statt dessen die „Nichtigkeit des Prager Abkommens“ fest. Für den Wortlaut der Prager Erklärung vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR I, S. 377 f. Für den Wortlaut der „Obhutserklärung“ des Bundestages vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 54, S. 2688 f.

Am 13. Dezember 1966 führte Bundeskanzler Kiesinger vor dem Bundestag aus: „Wir sind uns unserer Obhutspflicht gegenüber den sudetendeutschen Landsleuten wie gegenüber allen anderen Vertriebenen und Flüchtlingen bewußt und nehmen sie ernst. Diese Vertriebenen haben, wie das tschechoslowakische Volk zuvor, bitteres Leid und Unrecht erfahren. Der Bundesregierung liegt daran, dieses trübe Kapitel der Geschichte unserer Völker zu beenden und ein Verhältnis vertrauensvoller Nachbarschaft herzustellen.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3662.

<sup>10</sup> Am 17. Mai und am 11. Oktober 1964 bestand Bundesminister Seehofer als Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft bei dem Pfingsttreffen in Nürnberg bzw. in einer Rede in Burgkunstadt auf der Gültigkeit des Münchener Abkommens und forderte die Rückgabe des Sudeten-

gestört und uns den Vorwurf eingetragen, unsere Ostpolitik sei unaufrichtig. Selbst einige unserer Alliierten haben ihre Bedenken und Zweifel gelegentlich offen geäußert.<sup>11</sup>

Wenn wir unsere Beziehungen zur ČSSR wirklich verbessern wollen, ist es daher unbedingt erforderlich, daß das Kabinett so bald wie möglich klarstellt, wie die Bundesregierung die Begriffe Obhutspflicht und Heimatrecht interpretiert. Im Interesse unserer Ostpolitik wäre es wünschenswert, daß die Interpretation so ausfällt, daß sie einer Normalisierung unseres Verhältnisses zu der ČSSR und anderen osteuropäischen Staaten nicht im Wege steht. Wenn die Bundesregierung dieser Frage ausweichen sollte, wird die von ihr angekündigte Ostpolitik, jedenfalls was die ČSSR betrifft, ohne Erfolg bleiben.<sup>12</sup>

Die anliegende Instruktion kann einer Stellungnahme des Kabinetts zu diesem innenpolitisch so kontroversen Problem nicht vorgreifen. In den Verhandlungen muß sich unsere Delegation daher auf Fragen nach einer Interpretation des „Heimatrechts“ und der „Obhutspflicht“ vorläufig rezeptiv verhalten.<sup>13</sup>

III. Die tschechoslowakische Regierung hat in einer uns gestern zugeleiteten Note Entschädigungsforderungen an uns angemeldet.<sup>14</sup> Es handelt sich dabei größtenteils um privatrechtliche Forderungen, wie sie gegenüber einer Anzahl westlicher Staaten durch das Londoner Schuldenabkommen<sup>15</sup> geregelt worden sind. Wenn wir unser Verhältnis zur ČSSR normalisieren wollen, werden wir auch mit ihr eine entsprechende Regelung treffen müssen. Unsere Delegation wird sich zu den tschechoslowakischen Entschädigungsforderungen nicht äußern<sup>16</sup>, da eine Prüfung durch die Ressorts noch nicht möglich war.

Abgesehen davon sollten wir uns bewußt sein, daß wir uns die Normalisierung unseres Verhältnisses zu Osteuropa etwas kosten lassen müssen; denn die Aussicht auf wirtschaftliche Vorteile ist bei den osteuropäischen Regierungen

*Fortsetzung Fußnote von Seite 11*

landes an das „sudetendeutsche Heimatvolk“. Vgl. dazu DzD IV/10, S. 566–585, sowie den Artikel „Erhard über Seeborn unwillig“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 238 vom 13. Oktober 1964, S. 3. Vgl. dazu ferner AAPD 1965, I, Dok. 28.

Am 21. Oktober 1966 führte der CSU-Vorsitzende Strauß gegenüber der „Sudetendeutschen Zeitung“ aus, das Münchener Abkommen „sei nun einmal ein völkerrechtlich wirksamer Vertrag, der auch dann rechtsgültig bleibt, wenn er von einem Vertragspartner – nämlich von Hitler, als er im Frühjahr 1939 die Rest-Tschechoslowakei durch deutsche Truppen besetzen ließ – willkürlich und in eindeutiger Absicht gebrochen wurde“. Eine Auffassung, die das Abkommen als nicht existent bezeichnete, „würde niemals die Zustimmung der CSU finden“. Für den Wortlaut des Interviews vgl. Referat V 1, Bd. 756.

<sup>11</sup> Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 31.

<sup>12</sup> Dieser Absatz wurde von Bundesminister Brandt hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Vormerken für Erörterung im Kabinett“.

<sup>13</sup> Im Entwurf der Instruktion vom 5. Januar 1967 wurde dazu ausgeführt, die Delegation der Bundesrepublik solle hinsichtlich einer Stellungnahme zu den Begriffen „Obhutspflicht“ und „Heimatrecht“ die Bereitschaft erklären, „Fragen der tschechoslowakischen Seite entgegenzunehmen und der Bundesregierung weiterzuleiten“. Vgl. VS-Bd. 4243 (II A 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der durch die amerikanische Botschaft in Prag übermittelten Note vom 19. Dezember 1966 vgl. VS-Bd. 4243 (II A 3).

<sup>15</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 333–485.

<sup>16</sup> Der Passus „zu den tschechoslowakischen ... nicht äußern“ wurde von Staatssekretär Lahr hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung des Bundesministers Brandt: „Bei allen tschechoslowakischen Entschädigungsforderungen sehe ich die Schwierigkeit, daß die Frage nach dem Aufrechnen gegen sudetendeutsche Vermögensverluste herausgefordert wird!“

ein wesentliches, oft das wichtigste Motiv, engere Beziehungen zu uns herzustellen. Abteilung II ist der Ansicht, daß wir denjenigen osteuropäischen Staaten, die sich uns gegenüber aufgeschlossen zeigen, unseren Möglichkeiten entsprechend wirtschaftlich und finanziell<sup>17</sup> entgegenkommen sollten. Damit würden wir anderen osteuropäischen Staaten, die sich uns gegenüber zurückhaltend zeigen, einen wesentlichen Anreiz zur Änderung ihrer Haltung geben.

Aus diesem Grunde sollte die deutsche Delegation in Prag ganz allgemein und ohne auf Einzelheiten einzugehen, die Erwartung aussprechen, daß sich mit einer grundlegenden Verbesserung des gegenwärtigen Verhältnisses die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der ČSSR und uns erheblich ausweiten werde.<sup>18</sup>

Diese Aufzeichnung ist mit Abt. V abgestimmt.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>19</sup> dem Herrn Minister<sup>20</sup> mit der Bitte um Billigung der anliegenden Instruktion vorgelegt.

Ref. II A 5 hat mitgezeichnet.

Sahm

**VS-Bd. 4243 (II A 3)**

<sup>17</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lahr hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Das wird nur in ziemlich engen Grenzen möglich sein.“

<sup>18</sup> Vgl. dazu weiter Dok. 10.

<sup>19</sup> Hat den Staatssekretären Schütz und Lahr am 5. bzw. 6. Januar 1967 vorgelegen.

<sup>20</sup> Hat Bundesminister Brandt am 8. Januar 1967 vorgelegen.

## Bundesminister Brandt, z.Z. Rom, an das Auswärtige Amt

**Z B 6-1-10009/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 4**  
**Citissime mit Vorrang**

**Aufgabe: 3. Januar 1967, 13.00 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 3. Januar 1967, 15.06 Uhr**

An Ministerbüro

Dem Bundeskanzler noch am Dienstag oder Mittwoch früh<sup>2</sup> vorzulegen. Nachrichtlich den Staatssekretären<sup>3</sup> und den zuständigen Herren des Hauses.

Betr.: Nichtverbreitungsabkommen<sup>4</sup>

I. Wir müssen davon ausgehen, daß eine Einigung zwischen USA und SU bald erfolgen könnte. In dieser Lage ist es von entscheidender Bedeutung, daß wir

- 1) uns nicht isolieren und uns nach Möglichkeit auch nicht isolieren lassen,
- 2) uns auch nicht zum Gefangenen überholter Fragestellungen und veralteter eigener Überlegungen machen.

Vielmehr kommt es darauf an, [die] Ernsthaftigkeit dessen zu beweisen, was in [der] Regierungserklärung<sup>5</sup> niedergelegt wurde. Auf konkreten Fall bezogen heißt dies vor allem

- 1) Klarstellung, daß Friedenssicherung Generalnenner unserer auswärtigen Politik ist,
- 2) angemessener Aktionsradius für [die] deutsche Außenpolitik, ohne Diskriminierung,
- 3) unorthodoxes, aber beharrliches Wirken für die Einigung Europas.

<sup>1</sup> Der Drahtbericht wurde vom Botschaftsrat I. Klasse Weinhold, Rom, übermittelt: „Der Herr Minister bittet um Durchgabe folgender Mitteilung.“  
 Bundesminister Brandt hielt sich anlässlich der Konferenz der Parteivorsitzenden der Sozialistischen Internationale vom 3. bis 6. Januar 1967 in Rom auf.

<sup>2</sup> 3. bzw. 4. Januar 1967.

<sup>3</sup> Klaus Schütz und Rolf Lahr.

<sup>4</sup> Nach Abschluß der Sitzungsperiode der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf am 25. August 1966 fanden amerikanisch-sowjetische Gespräche über einen gemeinsamen Entwurf für ein Nichtverbreitungsabkommen statt. Vgl. dazu AAPD 1966, II, Dok. 352.

Die Bundesregierung wurde über diese Kontakte „nur in großen Zügen“ unterrichtet. So war am 1. Dezember 1966 im Auswärtigen Amt lediglich bekannt, daß zu diesem Zeitpunkt weder der amerikanische Vertragsentwurf vom 21. März 1966 noch der sowjetische vom 24. September 1965 Verhandlungsgrundlage waren. Gleichzeitig wurde jedoch vermutet, daß „sich Amerikaner und Sowjets [...] näher gekommen“ seien und einen baldigen Vertragsschluß anstrebten. Vgl. die Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter vom 1. Dezember 1966; VS-Bd. 3985 (II B 1), B 150, Aktenkopien 1966.

Ergebnis der bilateralen Gespräche war ein Entwurf für den Artikel I (Pflichten der Nuklearmächte) eines Nichtverbreitungsabkommens, den der amerikanische Außenminister Rusk Staatssekretär Schütz am 16. Dezember 1966 übergab. Vgl. dazu AAPD 1966, II, Dok. 413. Für den Wortlaut vgl. Dok. 7, Anm. 3.

<sup>5</sup> Bundeskanzler Kiesinger führte am 13. Dezember 1966 vor dem Deutschen Bundestag aus: „Die deutsche Regierung tritt für eine konsequente und wirksame Friedenspolitik ein, durch die politische Spannungen beseitigt und das Wettrüsten eingedämmt werden. Wir werden an Vorschlägen zur Rüstungskontrolle, Rüstungsminderung und Abrüstung mitarbeiten.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3662.

II. Der Wunsch nach mehr Selbständigkeit auch im Verhältnis zu den USA ist sinnvollerweise nicht an einem Punkt zu strapazieren, an dem wir beide Weltmächte gegen uns hätten, in Ost und West als Störenfried empfunden würden und auch durch Frankreich – bei allem, was jetzt zu übersehen ist – keine Entlastung erführen. Theoretisch läßt sich sagen, daß es schwieriger sein könnte, vom Vertrag wieder loszukommen, als ihn nicht zu unterzeichnen. Es gehört jedoch nicht viel Phantasie dazu, sich die Einflüsse vorzustellen, denen wir im Falle der Nichtunterzeichnung ausgesetzt sein würden. Die vorauszuberechnenden Manöver Ostberlins dürfen dabei nicht unterschätzt werden. Außerdem gilt es zu bedenken, daß eine der beiden die Bundesregierung tragenden Parteien im Zusammenhang mit der Regierungsbildung ausdrücklich erklärt hat: ein Atomwaffensperrvertrag, der die Bundesrepublik nicht diskriminiere, müsse unterstützt werden.<sup>6</sup> Der Hinweis auf unsere aus der Teilung resultierende Sonderlage wird in diesem Zusammenhang nur sparsam vorgebracht werden können. Sonst lenken wir nur zusätzliches Mißtrauen auf uns. Wir müssen unsere Interessen kraftvoll und beharrlich vertreten. Dies muß hier jedoch – wie vor dem Bundeskabinett mit Zustimmung des Bundeskanzlers dargelegt<sup>7</sup> – zusammen mit anderen als gemeinsame Interessenvertretung geschehen. Hieraus leitet sich die Erwägung ab, uns in Europa mit Staaten wie Italien<sup>8</sup> und Schweden<sup>9</sup>, außerhalb Europas mit Staaten wie Japan<sup>10</sup>, Indien<sup>11</sup> und Kanada<sup>12</sup> möglichst weitgehend abzustimmen. Die Ab-

<sup>6</sup> In den „Erläuterungen des Acht-Punkte-Programms: Aufgaben einer neuen Bundesregierung“ erklärte die SPD am 12. November 1966: „Jede Forderung auf nuklearen Mitbesitz oder nukleare Verfügungsgewalt der Bundesrepublik Deutschland ist unrealistisch, verhindert die Verständigung und Entspannung und hat daher zu unterbleiben. Ein Atomwaffensperrvertrag, der die Bundesrepublik nicht diskriminiert, muß auch aus diesem Grunde unterstützt werden.“ Vgl. DZD IV/12, S. 1675.

<sup>7</sup> Zur Sitzung des Bundeskabinetts am 20. Dezember 1966 vgl. VS-Bd. 5901 (L 1). Vgl. dazu auch den Artikel „Gute Wünsche für das gemeinsame Werk – Kiesinger entläßt das Bundeskabinett in den Weihnachtsurlaub“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 296 vom 21. Dezember 1966, S. 8.

<sup>8</sup> Die Frage der Nichtverbreitung wurde auch in der Unterredung des Bundesministers Brandt mit dem italienischen Außenminister Fanfani am 5. Januar 1967 angesprochen. Vgl. Dok. 8, besonders Anm. 39.

<sup>9</sup> Am 17. Januar 1967 richtete Bundesminister Brandt ein Schreiben an den schwedischen Außenminister Nilsson, in dem er die Position der Bundesregierung zu einem Nichtverbreitungsabkommen darlegte und sein Interesse am Kennenlernen der schwedischen Position äußerte. Vgl. dazu Referat II B 1, Bd. 795.

<sup>10</sup> Am 19. Januar 1967 teilte Botschafter Krapf, Tokio, aus einem Gespräch mit dem stellvertretenden japanischen Außenminister mit, daß Japan in der Frage der Nichtverbreitung mit der Bundesrepublik und Italien Konsultationen aufnehmen wolle. Shimoda habe allerdings darum gebeten, daß diese Konsultationen „in aller Stille“ stattfinden sollten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 35; VS-Bd. 4085 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>11</sup> Am 29. Januar 1967 berichtete Botschafter Freiherr von Mirbach, Neu Delhi, aus einem Gespräch mit dem Staatssekretär im indischen Außenministerium, Jha, die Position der Bundesregierung und die indische Haltung in der Frage der Nichtverbreitung kämen sich „sehr nahe“. Indien vertrete die Auffassung, daß ein Nichtverbreitungsabkommen vor allem eine Sicherheitsgarantie für nichtnukleare Staaten und die Verpflichtung zur Abrüstung für die Nuklearstaaten enthalten müsse. Vgl. den Drahtbericht Nr. 78; VS-Bd. 924 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>12</sup> Am 27. Februar 1967 kam es zu einem Meinungsaustausch mit Kanada hinsichtlich des geplanten Artikels III (Kontrollartikel) eines Nichtverbreitungsabkommens. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ramisch; VS-Bd. 4215 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

stimmung mit Frankreich<sup>13</sup> einerseits, England<sup>14</sup> andererseits liegt auf einer anderen Ebene.

III. Die amerikanische Regierung kennt unser lebhaftes Interesse an eingehender Konsultation. Ich habe dies im Brief an Rusk unterstrichen.<sup>15</sup> Was der amerikanische Botschafter mir<sup>16</sup> und was Rusk unserem Botschafter<sup>17</sup> gesagt hat, kann Grundlage konkreter Beratungen sein. Das durch Rusk an Knappstein übergebene Papier<sup>18</sup> habe ich gerade durchsehen und noch nicht im einzelnen prüfen können. Generell möchte ich sagen: Mit den amerikanischen Interpretationen sollten wir uns nicht nur juristisch, sondern vor allem politisch auseinandersetzen. Uns kann zum Beispiel nicht daran liegen, vernünftige Absichtserklärungen entwerfen zu helfen, zu denen sich [die] US-Regierung im Zusammenhang mit Abkommen entschließen würde.

Auf jeden Fall sollten wir versuchen, dem amerikanischen Wunsch nach einer zunächst streng vertraulichen Behandlung Rechnung zu tragen. Ob das nach bisherigen Bonner Erfahrungen möglich ist, wird sich zeigen müssen.

IV. Gemeinsam mit anderen Staaten, und zwar auch solchen außerhalb der atlantischen Allianz, sollten wir

1) die Frage aufwerfen, warum die beiden eigentlichen Nuklearmächte nicht die Absicht zur Reduzierung ihrer nuklearen Bestände in das Abkommen aufnehmen bzw. mit dem Abkommen verbinden wollen oder können,<sup>19</sup>

<sup>13</sup> Aufgrund der französischen Position, einem Nichtverbreitungsabkommen nicht beitreten zu wollen, stellte dieses Thema keinen Diskussionsgegenstand bei den regelmäßig stattfindenden deutsch-französischen Konsultationen dar.

<sup>14</sup> Bundesminister Brandt sprach das Thema Nichtverbreitung am 12. Januar 1967 gegenüber dem britischen Botschafter Roberts an. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. VS-Bd. 10089 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>15</sup> Bundesminister Brandt sicherte dem amerikanischen Außenminister Unterstützung beim Abschluß eines Nichtverbreitungsabkommens zu, „wenn dadurch die Möglichkeiten der kollektiven Selbstverteidigung nicht beeinträchtigt und unsere schutzwürdigen Interessen ebenso wie die anderer nicht-nuklearer Mächte gewahrt werden. Um uns ein Urteil bilden zu können, bedarf es allerdings einer umfassenden Unterrichtung und eingehender Prüfung.“ Dazu schlug er Konsultationen in Washington vor. Für das Schreiben vom 28. Dezember 1966 vgl. VS-Bd. 3985 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>16</sup> Am 20. Dezember 1966 versicherte der amerikanische Botschafter McGhee, daß das geplante Nichtverbreitungsabkommen keine Auswirkungen auf die in der Bundesrepublik stationierten nuklearen Waffen bzw. auf das in der NATO vereinbarte Konsultationsverfahren haben werde. Vgl. dazu AAPD 1966, II, Dok. 407.

<sup>17</sup> Der amerikanische Außenminister sicherte Botschafter Knappstein, Washington, u. a. zu, daß die innerhalb der NATO institutionalisierten Konsultationen durch ein Nichtverbreitungsabkommen nicht berührt würden und der Prozeß der europäischen Einigung nicht beeinträchtigt werde. Zudem werde sich der Vertrag nur auf die nuklearen Sprengköpfe und nicht auf die Trägersysteme beziehen. Zum Gespräch vom 29. Dezember 1966 vgl. AAPD 1966, II, Dok. 416.

<sup>18</sup> Der amerikanische Außenminister übergab Botschafter Knappstein, Washington, am 29. Dezember 1966 eine „informal note“, in welcher der Entwurf vom 16. Dezember 1966 für den Artikel I eines Nichtverbreitungsabkommens sowie die dazu am 20. Dezember 1966 von Botschafter McGhee gegenüber Bundesminister Brandt vorgetragenen Erläuterungen wiederholt wurden. Ferner wurde darin ein amerikanischer Vorschlag für einen Artikel II über die Verpflichtungen der nichtnuklearen Staaten sowie für einen Artikel IV, der sich mit den Möglichkeiten nachträglicher Vertragsänderungen befaßte, übermittelt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3092 vom 29. Dezember 1966; VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>19</sup> Am 1. Februar 1967 führte die Politische Abteilung II des Auswärtigen Amts zu dieser Problematik aus, daß ein Nichtverbreitungsabkommen eine Verpflichtung der Kernwaffenmächte, „die Produktion spaltbaren Materials für militärische Zwecke einzustellen“, enthalten sollte: „Die Ver-



2) ohne illusionäre Argumentation das Interesse daran bekunden, daß im Abkommen oder im Zusammenhang damit die Verpflichtung bekundet wird, daß nukleare Zerstörungsmacht nicht als Mittel des Drucks, der Drohung oder der Erpressung gegenüber nichtnuklearen Staaten benutzt werden darf,<sup>20</sup>

3) für das durch die Vereinten Nationen verbriefte Recht auf kollektive Selbstverteidigung<sup>21</sup> eintreten, ohne von uns aus dabei die nukleare Komponente besonders zu betonen – im wesentlichen kommt es auf den einfachen Gedanken an, daß ein Staat und ein Volk das Recht haben müssen, sich durch die gleiche Art von Waffen schützen zu lassen, durch die sie potentiell bedroht sind,

4) volle und uneingeschränkte Beteiligung an der friedlichen Entwicklung der Atomwissenschaft und Atomwirtschaft fordern, wobei es sich nicht allein darum handelt, daß die Befassung mit der Kernenergie zu friedlichen Zwecken nicht behindert werden darf, sondern daß die nichtnuklearen Staaten auch nicht von solchen Erkenntnissen ausgeschlossen sein dürfen, die sich für die Nuklearmächte aus der Befassung mit der militärischen Seite der Sache ergeben.

V. Zu den Grundsätzen der deutschen Politik gehört es, daß der Weg nach Europa nicht versperrt, auch nicht unnötig erschwert werden darf. Ich habe allerdings schon früher daran gezweifelt, ob es ein entwicklungsfähiger Gedanke war, eine „europäische Option“ in [ein] NV-Abkommen hineinzubringen. Meiner Überzeugung nach ist den Interessen Europas besser gedient, wenn man davon ausgeht – und dies auch offen sagt –, daß ein vereinigtes Europa durch das in Aussicht genommene Abkommen gar nicht gebunden werden kann.

Das Argument, der Weg zur Einigung Europas werde verbaut, wirkt nicht überzeugend, zeugt jedenfalls nicht von europäischem Selbstbewußtsein. Wir müssen davon ausgehen: Es gibt keine europäische Lösung der nuklearen Probleme, bevor nicht eine relativ weit entwickelte Form der politischen Einigung Europas gefunden worden ist. Dann stellt sich ohnehin die Frage, wie die begrenzten Potentiale Frankreichs und Großbritanniens eingebracht werden können.

Heute haben wir davon auszugehen, daß Frankreich nicht daran denkt, uns an seinen nuklearen Möglichkeiten zu beteiligen. Für England gilt das gleiche. Wenn die europäische Einigung politisch ernsthaft vorankommt, entfaltet sich andererseits eine historische Kraft, die keiner übersehen kann, auch nicht die SU.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 16*

tragsverpflichtungen zwischen Kern- und Nichtkernwaffenmächten sollten ausgewogen und nicht diskriminierend sein.“ Darüber hinaus solle ein Nichtverbreitungsabkommen „klarstellen, daß die Nonproliferation ein Schritt zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung ist, der andere Schritte, insbesondere der nuklearen Abrüstung, folgen werden“. Vgl. das „Positionspapier Nr. 1“ und das „Positionspapier Nr. 2“ vom 1. Februar 1967; VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>20</sup> Zu diesen Überlegungen vgl. auch Dok. 38, Anm. 17.

<sup>21</sup> Artikel 51 der UNO-Charta (Auszug): „Nothing in the present Charter shall impair the inherent right of individual or collective self-defense if an armed attack occurs against a Member of the United Nations, until the Security Council has taken measures necessary to maintain international peace and security.“ Vgl. CHARTER OF THE UNITED NATIONS, S. 686.

VI. Was die atlantische Option angeht, so halte ich Projekte in Anlehnung an [die] MLF<sup>22</sup> seit langem nicht mehr für wirklichkeitsnah. Die hierzu neuerdings von amerikanischer Seite gegebenen Hinweise<sup>23</sup> halte ich für nicht ganz seriös. Wir sind in der Gefahr, hinter einem Wurstzipfel herzuhopsen, den wir doch nicht erwischen. Statt dessen sollten wir sagen, daß wir von uns aus bereit sind, den Produktivitätsverzicht<sup>24</sup> um den Erwerbsverzicht zu ergänzen und sogar hinzufügen, daß wir weder Mitbesitz noch Verfügungsgewalt erstreben. Dies würde uns Luft verschaffen. Wenn wir das nicht tun, besteht die Gefahr, abgeschüttelt oder auf „freundschaftliche“ Weise erpreßt zu werden. Klar bleibt: Wir haben ein vitales Interesse an der Strategie des Bündnisses. Hieraus ergibt sich unser Anspruch auf volle Beteiligung an Planung und Krisenmanagement. Es kommt darauf an, was man aus der jetzt gegebenen Apparatur des Bündnisses machen kann. Hier würde ich von der amerikanischen These ausgehen, daß das Abkommen die anstehenden bündnisinternen Probleme nicht berühren kann. Schließlich gehe ich davon aus: Der Vertrag kann nicht verhindern, daß wir ein Vetorecht<sup>25</sup> in Anspruch nehmen bezüglich nuklearer Waffen, die auf deutschem Boden stehen oder (vielleicht weniger realistisch) die gegen Ziele auf deutschem Boden gerichtet sind.

[gez.] Brandt

**VS-Bd. 10083 (Ministerbüro)**

<sup>22</sup> Der Vorschlag zur Gründung einer multilateralen NATO-Atomstreitmacht (MLF) wurde von Präsident Kennedy und Premierminister Macmillan am 21. Dezember 1962 im Abkommen von Nassau formuliert und griff damit eine amerikanische Anregung aus dem Jahr 1960 auf. Am 14. Januar 1963 erklärte sich die Bundesregierung zur Teilnahme an dem Projekt bereit. Premierminister Wilson unterbreitete während seines Aufenthalts vom 7. bis 9. Dezember 1964 in Washington den Gegenvorschlag einer „Atlantic Nuclear Force“.

Am 20. Dezember 1965 bekräftigte Bundeskanzler Erhard in Washington gegenüber Präsident Johnson den Willen der Bundesregierung zur Bildung einer multilateralen Atomstreitmacht und schlug dazu den Namen „Gemeinsame Nukleare Streitmacht“ vor. Die GNS sollte SACEUR unterstellt werden und im „gemeinsamen Eigentum und unter der gemeinsamen Verwaltung der daran beteiligten Partner stehen“. Für das Memorandum „Die nukleare Frage“ vgl. VS-Bd. 421 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965.

Während die Planungen für eine multilaterale Atomstreitmacht 1966 stockten, wurde die Einbeziehung nicht-nuklearer NATO-Staaten in die Nuklearplanung der Allianz weiter institutionalisiert. Zum Stand der Überlegungen vgl. AAPD 1966, II, Dok. 406.

<sup>23</sup> Am 20. Dezember 1966 teilte der amerikanische Botschafter McGhee Bundesminister Brandt mit, daß das geplante Nichtverbreitungsabkommen „Gemeinschaftslösungen in Anlehnung an das MLF-Projekt“ nicht ausschließen würde, „falls keine Übertragung des Besitzes von War-heads erfolge“. Vgl. AAPD 1966, II, Dok. 407.

<sup>24</sup> Die Bundesrepublik verzichtete in der Schlußakte der Londoner Neunmächte-Konferenz vom 3. Oktober 1954 auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6979 f.

<sup>25</sup> Am 15. Dezember 1966 regte Bundesminister Schröder im NATO-Ministerrat an zu untersuchen, „ob und in welcher Weise den Verbündeten, von deren Gebiet aus nukleare Waffen eingesetzt werden oder in deren Gebiet sie zur Abwehr eines Angriffs wirken würden, ein besonderer Einfluß auf die Entscheidung zur Freigabe dieser Waffen eingeräumt werden“ könne. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2332 des Botschafters Grewe, Paris (NATO); VS-Bd. 8528 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

## 5

**Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr**

St.S. 32/67

4. Januar 1967<sup>1</sup>

Betr.: Ausrüstungshilfe

Der Verteidigungsausschuß des Bundestages beabsichtigt, sich in seiner Sitzung vom 18. Januar 1967 mit der SPD-Vorlage V/535<sup>2</sup> über Ausrüstungshilfe zu befassen. Auch im Zusammenhang mit dem Bundeshaushalt 1967 wird der Bundestag die Frage der Ausrüstungshilfe demnächst zu behandeln haben.<sup>3</sup> Die Erörterungen, die im Bundestag in jüngster Zeit, d.h. bis zur Regierungsneubildung<sup>4</sup>, über die grundsätzliche Zweckmäßigkeit, die Modalitäten und den Umfang der Ausrüstungshilfe stattgefunden haben, haben unterschiedliche Auffassungen erkennen lassen. Von Abgeordneten, namentlich der SPD, wurden grundsätzliche Bedenken gegenüber jeder Ausrüstungshilfe, die anderen als NATO-Verbündeten zu geben ist, geäußert. Andere haben die Höhe und die Modalitäten der Ausrüstungshilfe kritisiert.

Die Auffassung der Regierung, in der das Auswärtige Amt federführend ist, war bisher folgende:

1) Die Ausrüstungshilfe hat sich gegenüber einer begrenzten Anzahl von Ländern (namentlich afrikanischen Entwicklungsländern) und bei Beachtung gewisser Kautelen als ein wertvolles Instrument unserer Außenpolitik erwiesen. Mit verhältnismäßig geringfügigen Beträgen können verhältnismäßig große politische Effekte erzielt werden. Eine Hilfe, an der die betreffende Regierung

<sup>1</sup> Durchdruck.

<sup>2</sup> Am 20. April 1966 brachte die SPD-Fraktion im Bundestag einen Entschließungsantrag ein, in dem die Bundesregierung u.a. aufgefordert wurde, „künftige Waffenlieferungen und Ausbildungshilfe sowie den Verkauf nicht mehr benötigter militärischer Waffen grundsätzlich auf die Mitgliedstaaten des Nordatlantikvertrages zu beschränken“. Ferner solle sie sicherstellen, daß die gewährten Lieferungen nicht außerhalb des Vertragsgebiets der NATO verwendet werden. Schließlich solle künftig jede Militär- und Polizeihilfe an Staaten außerhalb des NATO-Gebietes dem Bundestag zur politischen und haushaltsrechtlichen Beschlußfassung vorgelegt werden. Für den Wortlaut des Antrags vgl. BT ANLAGEN, Bd. 104, Drucksache V/535.

Der Verteidigungsausschuß des Bundestages beschloß am 1. Februar 1967, den Text des Antrags der SPD zu streichen mit Ausnahme der Aufforderung, die Bundesregierung möge die bisherige Praxis der Gewährung von Ausrüstungshilfe überprüfen. Nach der Abstimmung erklärten die Ausschußmitglieder der SPD, daß sie sich vorbehielten, einen neuen Antrag einzubringen. Die Vertreter der CDU entgegneten, der Antrag sei von ihnen „nicht abgelehnt worden, sondern werde für überflüssig gehalten, da die Politik der Bundesregierung dem Antrag bereits entsprechen“. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Graf von Hardenberg vom 2. Februar 1967; Referat III A 4, Bd. 547.

<sup>3</sup> Am 19. Januar 1967 beschloß das Kabinett Maßnahmen zum Ausgleich des Bundeshaushalts für das Rechnungsjahr 1967. Die Deckungslücke im Entwurf des Haushaltsplans hatte sich seit der Neubildung der Regierung am 1. Dezember 1966 von 1,517 Mrd. DM auf insgesamt 3,677 Mrd. erhöht und sollte vor allem durch Ausgabenkürzungen und den Abbau von Steuervergünstigungen geschlossen werden. Die Maßnahmen sahen für den Zuständigkeitsbereich des Auswärtigen Amtes eine Herabsetzung der Ausrüstungshilfe um 20 Mio. DM vor. Vgl. dazu BULLETIN 1967, S. 57–59.

<sup>4</sup> Bundeskanzler Erhard erklärte am 30. November 1966 seinen Rücktritt. Am 1. Dezember 1966 wurde Kurt Georg Kiesinger zum Bundeskanzler gewählt und bildete eine Koalition aus CDU, CSU und SPD. Die neuen Minister wurden am 1. Dezember 1966 von Bundespräsident Lübke ernannt. Vgl. dazu BULLETIN 1966, S. 1229–1231.

für ihre eigene politische Konsolidierung unmittelbar interessiert ist, wird naturgemäß noch höher bewertet als eine Hilfe, die irgendeinem wirtschaftlichen oder kulturellen Vorhaben zugute kommt. Auch dem Prestigebedürfnis der Regierungen der jungen Entwicklungsstaaten, die nun einmal meinen, daß zu einem modernen Staat eine wenn auch noch so bescheidene militärische oder polizeiliche Ausrüstung gehört, kommen derartige Hilfeleistungen entgegen. Hilfeleistungen östlicher Staaten, die an unsere Stelle treten, wenn wir selbst uns versagen, pflegen sich gegen den Westen und namentlich gegen uns auszuwirken. Wir sind ganz besonders darauf angewiesen, uns Freundschaft und Unterstützung zu gewinnen, denn wir brauchen Hilfe und Verständnis der anderen, namentlich bei der Unterstützung unserer Deutschland-Politik in internationalen Gremien und bei anderen Anlässen, immer wieder. Hierzu genügt nicht der Appell an hohe Ideale, sondern diese jungen Staaten erwarten, daß, wenn sie Verständnis für unsere Belange zeigen sollen, wir auch Verständnis für ihre Belange zu bekunden haben. Die deutsche Hilfe wird besonders geschätzt, weil wir – abgesehen von dem allgemeinen Verständnis für unsere Deutschland-Politik – keine politischen Bedingungen stellen, insbesondere keine politischen Ambitionen in den betreffenden Ländern haben.

So hat zum Beispiel die deutsche Ausrüstungshilfe für Guinea<sup>5</sup> entscheidend dazu beigetragen, daß Sékou Touré, der schon im Begriff stand, diplomatische Beziehungen mit Pankow aufzunehmen<sup>6</sup>, sich wieder uns zugewandt hat. Auch in den neun anderen Nicht-NATO-Staaten, die Ausrüstungshilfe von uns bisher erhalten haben (Nigeria, Sudan, Tansania, Äthiopien, Somalia, Iran, Niger, Libyen, Madagaskar und Jordanien), sind wertvolle Ergebnisse erzielt worden. Umgekehrt ist offensichtlich die Israel gewährte Ausrüstungshilfe zu bewerten.<sup>7</sup> Hieraus sind die erforderlichen Konsequenzen und Erfahrungen gezogen worden.

2) Unsere Ausrüstungshilfe ist nicht, wie vielfach angenommen wird, Waffenhilfe. Abgesehen vom Iran<sup>8</sup> haben wir in den letzten Jahren überhaupt kei-

<sup>5</sup> Aufgrund eines Vertrags vom 16. Oktober 1964 gewährte die Bundesregierung Guinea Ausrüstungshilfe in Höhe von 20 Mio. DM. Das Projekt umfaßte u. a. die Errichtung von Militärwerkstätten (Schuh-, Kleider- und Uniformfabriken, Instandsetzungswerkstatt) in Alpha Yaya. Vgl. dazu die Vorlage des Bundesministeriums der Finanzen für den Haushaltsausschuß des Bundestages vom 28. Juni 1966; Referat III A 4, Bd. 553.

<sup>6</sup> Am 5. März 1960 wurden Meldungen bekannt, Guinea habe die DDR anerkannt. Bundesminister von Brentano sprach sich am 6. März 1960 dafür aus, in diesem Fall die diplomatischen Beziehungen zu Guinea abbrechen: „Wenn wir ausgerechnet von einem Lande wie Guinea einen so dreisten Affront hinnehmen, dann können wir mit Gewißheit damit rechnen, daß man unsere Politik nicht mehr für konsequent und nicht mehr für glaubwürdig hält. Und dann werden nach dem Grundsatz, daß böse Beispiele gute Sitten verderben, andere das gleiche tun; und wir haben uns dann selbst die Hände gebunden“. Vgl. Arnulf BARING, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949–1964, Hamburg 1974, S. 284 f.

<sup>7</sup> Im August 1962 genehmigte Bundeskanzler Adenauer eine Ausrüstungshilfe an Israel mit einem Gesamtumfang von 240 Mio. DM. Im Oktober 1964 gelangten Nachrichten über die unter dem Decknamen „Frank[reich]/Kol[onien]“ durchgeführten bzw. noch auszuführenden geheimen Lieferungen, die u. a. auch 150 Panzer aus amerikanischer Produktion beinhalteten, an die Öffentlichkeit. Die Bundesrepublik zahlte für die zugesagten, aber nicht mehr ausgelieferten 90 Panzer an Israel eine Ablösungssumme von insgesamt 140 Mio. DM. Vgl. dazu AAPD 1964, II, Dok. 289 und Dok. 396, sowie AAPD 1965, I, Dok. 2 und Dok. 185.

<sup>8</sup> Zur Ausrüstungshilfe an den Iran vgl. das Schreiben des Bundesministers Schröder an Bundesminister Lücke vom 3. Februar 1966; AAPD 1966, I, Dok. 28.

Die Bundesrepublik und der Iran schlossen am 11. September 1966 ein Abkommen über Ausrü-

ne Waffen im technischen Sinne geliefert, sondern nur Ausrüstungsgegenstände wie LKW's, Funkausrüstung usw. Soweit Waffen geliefert worden sind, hat es sich nicht um Angriffswaffen gehandelt. Wir beabsichtigen, von der Lieferung von (Verteidigungs-) Waffen gänzlich abzukommen.

3) Es ist auch nie unser Ehrgeiz gewesen, den Kreis der Empfängerländer weit zu ziehen. Es handelt sich nur um sorgfältig ausgewählte Länder von begrenzter Zahl (siehe oben). Dementsprechend hat es sich, soweit es um Nicht-NATO-Länder geht, um bescheidene Summen gehandelt (180 Millionen DM, davon etwa 100 Millionen DM allein für den Sudan<sup>9</sup>, in fünf Haushaltsjahren, also jährlich im Durchschnitt 36 Millionen DM).

4) Es war immer unser Grundsatz und dieser ist im Anschluß an den Fall Israel verstärkt herausgestellt worden, in Spannungsgebiete keine Waffen<sup>10</sup> und möglichst auch keine Ausrüstungsgegenstände zu liefern oder – negativ ausgedrückt – keine Lieferungen zu bewirken, die zwar im Empfängerland Genugtuung, bei den Nachbarn aber Verärgerung und Verstimmung hervorrufen. Das gilt insbesondere für den gesamten Nahen Osten und den Raum Indien/Pakistan<sup>11</sup>. Der größere Teil der Empfängerländer befindet sich in Afrika, und zwar in den ruhigen Teilen des Kontinents.

5) Aus der Zeit, in der uns vom Bundestag noch keine Schwierigkeiten gemacht wurden, besteht eine Reihe von Lieferzusagen, die wir honorieren müssen, um

*Fortsetzung Fußnote von Seite 20*

stungshilfe in Höhe von 22 Mio. DM. Das Abkommen sah für die Jahre 1967 bis 1969 die technische und personelle Unterstützung für den Bau des Gewehrs G 3, die Lieferung von 10 000 Gewehren G 3 und 1 000 Maschinengewehren MG 1 sowie 5 Mio. Schuß Munition vor. Für den Wortlaut des Abkommens vgl. Referat III A 4, Bd. 569.

<sup>9</sup> Am 22. September 1966 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Middelmann, daß die Ausrüstungshilfe für den Sudan durch das Abkommen vom 7. Dezember 1961 geregelt sei und die Ausrüstung von Grenzschutzverbänden sowie die Modernisierung eines Militärflughafens und des Funknachrichtennetzes im Wert von insgesamt 120 Mio. DM beinhalte. Vgl. dazu VS-Bd. 2627 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>10</sup> Als Reaktion auf Pressemeldungen von Ende Dezember 1957, die israelische Regierung wolle sich darum bemühen, „gewisse unentbehrliche Ausrüstungsteile für die israelischen Streitkräfte durch eine Mission in der Bundesrepublik beschaffen zu lassen“, erklärte das Auswärtige Amt, daß eine Lieferung von Waffen nach Israel im Rahmen des Abkommens über Wiedergutmachung vom 10. September 1952 (Luxemburger Abkommen) ausgeschlossen sei. Außerdem entspreche es der Praxis der Bundesregierung, „im Rahmen der ihr rechtlich und verfassungsmäßig zu Gebote stehenden Mittel jede Lieferung von Waffen in Gebiete, die im Mittelpunkt eines akuten Konflikts stehen, zu unterbinden, um auf diese Weise eine Verschärfung der dort bestehenden Spannungen zu vermeiden“. Vgl. den Artikel „Keine deutschen Waffen für Israel“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 300 vom 28. Dezember 1957, S. 1.

Nach Bekanntwerden der Waffenlieferungen an Israel bekräftigte die Bundesregierung am 26. Januar 1965 ihren Willen, künftig keine Waffen mehr in Spannungsgebiete zu liefern. Vgl. dazu AAPD 1965, I, Dok. 39 und Dok. 40.

Am 3. Februar 1965 bekräftigte Bundeskanzler Erhard erneut diese Haltung. Vgl. dazu den Vermerk des Staatssekretärs Carstens vom 3. Februar 1965; VS-Bd. 8420 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965. Vgl. auch die Erklärung des Chefs des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, von Hase, vom 12. Februar 1965; BULLETIN 1965, S. 218 f.

<sup>11</sup> Am 19. September 1966 bekräftigte Staatssekretär Lahr gegenüber dem pakistanischen Handelsminister Faruque die Auffassung der Bundesregierung, „keine Waffen und sonstiges Kriegsmaterial in Spannungsgebiete zu liefern“. Dem pakistanischen Wunsch nach Lieferung von Flugzeugen aus dem Bestand der Bundeswehr könne daher nicht entsprochen werden. Vgl. AAPD 1966, II, Dok. 292.

nicht wortbrüchig zu werden und damit großen Ärger hervorzurufen.<sup>12</sup> Was künftig zu gebende Zusagen anbetrifft, so hat sich die Bundesregierung schon bereit erklärt, jeweils nur in Übereinstimmung mit dem Auswärtigen Ausschuß und dem Haushaltsausschuß zu handeln. Das Parlament hat also volle „Mitbestimmung“ und Mitverantwortung.

6) All dies vorausgeschickt, haben wir veranlaßt, daß im Bundeshaushalt für 1967 106 Millionen DM vorgesehen sind, von denen 70 Millionen DM auf NATO-Länder<sup>13</sup> und 36 Millionen DM auf Nicht-NATO-Länder und zwar fast ausschließlich auf die Erfüllung bereits gegebener Zusagen (Gesamtumfang 170 Millionen DM)<sup>14</sup> entfallen. Je mehr dieser Betrag gesenkt wird, um so mehr müssen wir gegebene Zusagen strecken, was sicherlich Enttäuschung und damit außenpolitischen Schaden hervorrufen wird.

7) Zur begrifflichen Klärung könnte man künftig unterscheiden zwischen Verteidigungshilfe für NATO-Länder (einschließlich Waffen) und „Ausrüstungshilfe für Entwicklungsländer“ (praktisch ohne Waffen).

Dies vorausgesetzt würde ich vorschlagen,

a) die beteiligten Parlamentsausschüsse über den Charakter unserer bisherigen Ausrüstungshilfe zu unterrichten und die vorhandenen Bedenken unter Hinweis auf die künftige Mitwirkung der beiden zuständigen Parlamentsausschüsse soweit wie möglich abzubauen,

b) unter Trennung von Verteidigungshilfe und Ausrüstungshilfe für die letztere den von der Bundesregierung vorgesehenen Betrag von 36 Millionen DM möglichst durchzusetzen.

Hiermit dem Herrn Minister<sup>15</sup> mit der Bitte um Entscheidung vorgelegt, ob die vorgenannten Überlegungen auch als solche der neuen Bundesregierung betrachtet werden können.

Lahr<sup>16</sup>

**Büro Staatssekretär, Bd. 151**

<sup>12</sup> Für eine Aufstellung der vertraglich zugesicherten, aber noch ausstehenden Ausrüstungshilfe insbesondere für Nigeria, den Sudan, Tansania, Äthiopien, Somalia und den Niger vgl. das Schreiben des Bundesministeriums der Verteidigung vom 27. Januar 1967; Referat III A 4, Bd. 547.

<sup>13</sup> Die Bundesregierung gewährte Griechenland und der Türkei Verteidigungshilfe, die sich im Rechnungsjahr 1967 auf 30 Mio. DM bzw. auf 40 Mio. DM belief. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort vom 18. Januar 1967 sowie das Schreiben des Bundesministeriums der Verteidigung vom 27. Januar 1967; Referat III A 4, Bd. 547.

<sup>14</sup> An dieser Stelle Fußnote: „NATO-Länder 106,5 Millionen DM; sonstige Länder 60 Millionen DM.“

<sup>15</sup> Am 24. Januar 1967 vermerkte Legationsrat Ristedt handschriftlich, daß nach Auskunft des Referats III A 4 „bis jetzt eine Entscheidung des Ministers nicht vorliegt, daß aber auch keine Äußerungen des Ministers bekannt geworden sind, die den bisher für die Gewährung von Ausrüstungshilfe zugrunde gelegten Überlegungen entgegenstehen. Abt[eilung] III geht deshalb davon aus, daß die bisher beachteten Grundsätze noch weiter gelten.“ Vgl. Referat 201, Bd. 1762.

<sup>16</sup> Paraphe vom 6. Januar 1967.

## 6

**Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter****II A 7-81.08/2-18/67 geheim****4. Januar 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Fortgang der Dreier-Gespräche

I. Nach der letzten Runde der Dreier-Gespräche, die vom 28. bis 30.11.1966 in Bonn stattfanden<sup>2</sup>, ist folgender Stand der verteidigungspolitischen Untersuchungen erreicht:

1) Die Untersuchung der Bedrohung ist mit der Annahme des Berichts „Sowjetische Absichten und Vorwarnung hinsichtlich eines Angriffs der Sowjets oder des Warschauer Pakts auf die NATO“ am 30.11.1966<sup>3</sup> im wesentlich abgeschlossen worden.

In folgenden Einzelfragen ist noch keine Einigung erzielt:

a) Zeitbedarf des Warschauer Pakts für die Mobilisierung seiner Streitkräfte und Dauer der militärischen Vorwarnzeit, mit der die NATO im Falle eines Angriffs des Warschauer Pakts mit Mobilisierung rechnen kann (deutsche und britische Übereinstimmung, abweichende amerikanische Ansicht).<sup>4</sup>

b) Umfang der Streitkräfte, die der Warschauer Pakt bei einem Angriff ohne Mobilisierung einsetzen kann (deutsch-britische Übereinstimmung; abweichende amerikanische Auffassung).

c) Kann die NATO mit einer der militärischen Vorwarnzeit vorangehenden politischen Vorwarnzeit rechnen und ist der Begriff der politischen Vorwarnzeit für die militärischen Planungen der NATO relevant? (Briten bejahen diese Frage; Deutsche und Amerikaner verneinen sie).

In diesen drei Fragen ist eine Einigung vorläufig kaum zu erreichen und auch für den Fortgang der Dreier-Gespräche nicht erforderlich.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Scheske und Vortragendem Legationsrat Behrends konzipiert.

<sup>2</sup> Zur dritten Runde der Verhandlungen zwischen den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik über Fragen der Verteidigungspolitik, der Verteidigungslasten und der sich aus der Truppenstationierung in der Bundesrepublik ergebenden Devisenprobleme vgl. AAPD 1966, II, Dok. 386. Während der ersten Gesprächsrunde, die am 20./21. Oktober 1966 in Bonn stattfand, wurde die Einsetzung von drei Arbeitsgruppen beschlossen, die das militärische Potential der Warschauer-Pakt- bzw. der NATO-Staaten sowie die Auswirkungen der Truppenstationierung auf die Zahlungsbilanzen der Entsende- bzw. des Gaststaates prüfen sollten. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 4059 des Staatssekretärs Carstens vom 21. Oktober 1966; VS-Bd. 997 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des Berichts der Arbeitsgruppe I vgl. VS-Bd. 999 (II A 7).

<sup>4</sup> In den Verhandlungen der Arbeitsgruppe für Verteidigungsplanung der NATO versuchten die USA, die Zustimmung zu einer möglichst langen Vorwarnzeit zu erreichen. Botschafter Grewe, Paris (NATO), meldete am 22. Oktober 1966, daß 30 und mehr Tage im Gespräch seien: „Dennoch ist kaum anzunehmen, daß die Amerikaner in ihren offiziellen Vorschlägen zunächst über die 15 Tage Vorwarnzeit hinausgehen werden, die McNamara vorschweben. Eine möglichst lange Vorwarnzeit wird auf amerikanischer Seite u. a. benötigt, um den wiederholten Vorwürfen zu begegnen, sie könnten im Ernstfall nicht rechtzeitig die nötigen militärischen Verstärkungen nach Europa bringen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1935; VS-Bd. 2007 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1966.

2) Die Beurteilung des Potentials der NATO im Abschnitt Europa-Mitte ist ebenfalls im wesentlichen abgeschlossen.<sup>5</sup> Offen bleibt noch die Frage, welche quantitativen und qualitativen Unterschiede („imbalances“) zwischen den deutschen, britischen und amerikanischen Streitkräften in Europa bestehen und welche Folgerungen aus diesem Streitkräftevergleich gezogen werden können. Zur Zeit wird anhand von Fragebögen, die vom amerikanischen Verteidigungsministerium vorbereitet wurden, Material für die weitere Untersuchung der „imbalances“ durch die Arbeitsgruppe II (militärische Fragen) gesammelt. Das Bundesverteidigungsministerium beabsichtigt, die deutsche Antwort auf den Fragebogen bis zum 25.1. fertigzustellen. Die Arbeitsgruppe II wird wahrscheinlich Ende Januar in Washington zur weiteren Untersuchung dieser Frage zusammentreten.<sup>6</sup>

### 3) Strategische Fragen

Der Konsensus, der in den strategischen Fragen erzielt wurde, ist in den sechs am 10.11. in Washington angenommenen Punkten, die in Teil III Abs. 1 des Zwischenberichts an die NATO aufgeführt sind, beschrieben (s. Anlage).<sup>7</sup> Die Rede, die Verteidigungsminister Healey in der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung am 14.12. in Paris hielt, zeigt jedoch, daß die Briten trotzdem an ihrer Auffassung festhalten, daß eine konventionelle Verteidigung in Zentraleuropa aussichtslos ist und daß daher weder starke konventionelle Streitkräfte noch Kriegsvorratung für mehr als 14 Tage in Zentraleuropa erforderlich sind.<sup>8</sup> Nach deutscher und amerikanischer Auffassung sind dagegen starke, auf nukleare Waffen abgestützte konventionelle Streitkräfte in Europa und ein Kriegsvorrat von mindestens 30 Tagen erforderlich, um die Abschreckung glaubhaft zu erhalten und die Zwangslage zu vermeiden, bei jedem sowjetischen Angriff lediglich die Wahl zwischen der Kapitulation oder sofortigem Einsatz von Nuklearwaffen zu haben.

Eine Einigung in diesen Fragen ist vorläufig nicht zu erwarten, solange die britische Regierung an ihrer Absicht festhält, ihre Streitkräfte in Deutschland zu vermindern.<sup>9</sup> Die britische strategische Doktrin soll den Nachweis erbringen, daß eine solche Verminderung der Streitkräfte militärisch vertretbar ist.

<sup>5</sup> Für den Bericht der Arbeitsgruppe II, die sich vom 18. bis 20. November 1966 in London mit Fragen des Streitkräftebedarfs und der Streitkräftestruktur der NATO befaßte, vgl. VS-Bd. 996 (II A 7). Vgl. dazu auch AAPD 1966, II, Dok. 354.

<sup>6</sup> Die Arbeitsgruppe II trat erneut am 1./2. März 1967 in London zusammen.

<sup>7</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für den Wortlaut des Berichts über die dritte Runde der Dreier-Verhandlungen vgl. VS-Bd. 999 (II A 7).

<sup>8</sup> Der britische Verteidigungsminister äußerte Zweifel an „der Wertung der politischen Vorwarnzeit bei einem Großangriff, der Art und Dauer von denkbaren Operationen in Europa, der Möglichkeit eines Großangriffs infolge Fehlbeurteilung (miscalculation). Healey meinte, daß sich etwaige Änderungen der sowjetischen Politik über eine längere Zeit (Wochen oder Monate) ankündigen würden, so daß man mit einer ausreichenden politischen Vorwarnzeit zusätzlich zur militärischen von vier bis fünfzehn Tagen rechnen könne. Infolgedessen wäre auch eine Rückverlegung (redeployment) von Truppen aus England zeitlich durchaus möglich. [...] Die Streitkräfte der Allianz könnten konventionell nur einige Tage kämpfen.“ Healey zog daraus den Schluß, daß frühzeitig nukleare Waffen eingesetzt werden müßten: „Aus diesen Gründen könne die britische Regierung eine Bevorratung für eine konventionelle Kampfdauer von mehr als 15 Tagen nicht ins Auge fassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2329 des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 15. Dezember 1966; VS-Bd. 8528 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>9</sup> Zur britischen NATO-Strategie vgl. AAPD 1966, II, Dok. 304.



4) In den bisherigen Dreier-Gesprächen noch nicht erörtert sind die Folgerungen, die aus der Untersuchung der Bedrohung und des NATO-Potentials für die künftige Stärke der in Mitteleuropa präsenten NATO-Streitkräfte zu ziehen sind. Dabei handelt es sich insbesondere um die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Rückverlegung von gegenwärtig in Deutschland stationierten britischen und amerikanischen Einheiten in die USA und nach Großbritannien militärisch vertretbar ist.

Die Untersuchung dieser Frage setzt voraus, daß zunächst auf Expertenebene geprüft wird, welche technischen Voraussetzungen (See- und Lufttransport-Kapazität, Anlande-Kapazität in Europa, Einlagerung von Schwervergerät in Europa) bestehen oder geschaffen werden müssen, um im Falle eines drohenden Angriffs rechtzeitig Verbände aus den USA und von Großbritannien nach Deutschland verlegen zu können.

Ferner bedarf noch die Frage, ob und auf welche Weise die Sowjetunion zu einer angemessenen Verminderung ihrer in Osteuropa stationierten Streitkräfte bewogen werden kann, einer abschließenden Prüfung.<sup>10</sup>

## II. Vorschläge für das weitere Verfahren

1) Die Bundesregierung sollte zunächst den Leiter der deutschen Delegation in den künftigen Dreier-Verhandlungen bestimmen.<sup>11</sup>

Für den Erfolg der Dreier-Gespräche ist es besonders wichtig, daß Mr. Thomson und Mr. McCloy die Leitung der britischen und amerikanischen Delegation behalten. Mr. Thomson hat als Kabinettsminister einen beträchtlichen Spielraum in der Verhandlungsführung. Er hat sich als aufgeschlossener und konzessionsbereiter Verhandlungspartner erwiesen, der genügend politische Statur besitzt, um sich gegenüber dem britischen Verteidigungsministerium und der Treasury, die einen härteren Kurs in der Devisenfrage steuern, durchzusetzen. Dies gilt in gleichem Maße von Mr. McCloy, der lediglich dem Präsidenten<sup>12</sup> verantwortlich ist und damit die unterschiedlichen Auffassungen des State Department, des Pentagon und des amerikanischen Finanzministeriums in einer den deutschen Interessen entgegenkommenden Weise koordinieren kann.

Die Wahl des deutschen Delegationsleiters wird nicht ohne Einfluß darauf bleiben, ob Mr. Thomson und Mr. McCloy weiterhin die Leitung ihrer Delegationen behalten.

2) Sobald der Leiter der deutschen Delegation bestimmt ist, sollten die amerikanischen und die britische Regierung davon unterrichtet und ihnen die grundsätzliche Bereitschaft der Bundesregierung mitgeteilt werden, die Dreier-Gespräche fortzusetzen.

<sup>10</sup> Dazu bemerkte Botschafter Schnippenkötter handschriftlich: „Zum letzten Absatz von Abschnitt I bleibt gesonderte Aufzeichnung vorbehalten.“

<sup>11</sup> Mit Schreiben vom 16. Januar 1967 an Bundesminister Brandt stimmte Bundeskanzler Kiesinger der vorgeschlagenen Ernennung des Botschafters a. D. Duckwitz zum Leiter der Delegation der Bundesrepublik bei den Dreier-Verhandlungen zu. Vgl. VS-Bd. 999 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>12</sup> Lyndon B. Johnson.

3) Dem Leiter der deutschen Delegation sollten Instruktionen<sup>13</sup> an die Hand gegeben werden, die vom Auswärtigen Amt gemeinsam mit dem Bundesministerium der Verteidigung ausgearbeitet und vom Herrn Bundeskanzler, eventuell auch vom Bundesverteidigungsrat, genehmigt werden sollten. Die Instruktionen sollten allgemein gehalten sein, um den Verhandlungsspielraum des deutschen Delegationsleiters nicht zu sehr einzuengen.

4) Die Initiative zur Einberufung der nächsten Runde der Dreier-Gespräche sollte der amerikanischen und britischen Regierung überlassen werden. Vom deutschen Standpunkt aus besteht keine Notwendigkeit, die Dreier-Gespräche unverzüglich fortzusetzen, weil in den finanziellen Fragen vor der zweiten Februarhälfte keine Fortschritte erzielt werden können. Die Untergruppe III (finanzielle Fragen)<sup>14</sup> wird erst wieder Mitte Februar zusammentreten.<sup>15</sup> Außerdem muß die Erörterung der unter I 4) erwähnten Fragen durch Untersuchungen der Arbeitsgruppe II vorbereitet werden. Wir sollten uns jedoch einem eventuellen Wunsch der Amerikaner und Briten, die Dreier-Gespräche bereits Ende Januar oder Anfang Februar fortzusetzen und dabei zunächst die finanziellen Fragen auszuklammern, nicht versagen.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>16</sup> vorgelegt.

Schnippenkötter

VS-Bd. 999 (II A 7)

<sup>13</sup> Am 18. Januar 1967 legte Ministerialdirektor Ruete einen Entwurf für die Instruktionen vor. Vgl. VS-Bd. 999 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>14</sup> Zum Stand der Erörterungen über einen Devisenausgleich wurde in einem Aide-mémoire der Bundesregierung vom 30. Dezember 1966 dargelegt, daß bei den Sitzungen der Arbeitsgruppe III vom 21. bis 25. November 1966 in London die „wesentlichen früheren Meinungsverschiedenheiten“ nicht nur fortbestanden, sondern sich auch neue ergaben, so bei der „Berechnung der Zahlungsbilanzwirkungen der deutschen Offset-Leistungen“. Die Bundesregierung sei allerdings „nach sorgfältiger Prüfung zu der Schlußfolgerung gelangt, daß die von der deutschen Delegation zugrundegelegten Annahmen und die angewandten Methoden der Wirklichkeit so nahe wie möglich kommen und daher aufrechterhalten werden müssen“. Da sie annehme, daß auch die britische und die amerikanische Seite bei ihren Berechnungen blieben, schlage sie vor, „die Berechnungen des Netto-Devisenzu- und abflusses aufgrund der amerikanischen und britischen Truppenstationierung in der Bundesrepublik Deutschland und der deutschen Offset-Leistungen vorerst nicht fortzusetzen“. Vgl. VS-Bd. 999 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1966.

In einer Kabinettsvorlage des Auswärtigen Amts vom 18. Januar 1967 wurde vorgeschlagen, „schon in Kürze und ohne Rückhalt die Grenzen einer deutschen Devisenhilfe in den nächsten Jahren mitzuteilen“. Vgl. VS-Bd. 999 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>15</sup> Im Aide-mémoire vom 30. Dezember 1966 bat die Bundesregierung darum, die für den 12. Januar 1967 vorgesehene Sitzung der Arbeitsgruppe III zu verschieben und für „Mitte Februar in Washington vorzusehen“. Vgl. VS-Bd. 999 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1966.

Am 5. bzw. 6. Januar 1967 stimmten die USA und Großbritannien zu. Vgl. dazu die Vermerke des Ministerialdirektors Harkort vom 5. bzw. 9. Januar 1967; Referat III A 5, Bd. 545.

<sup>16</sup> Hat den Staatssekretären Schütz und Lahr am 20. Januar 1967 vorgelegen.

## Aufzeichnung des Botschafters Grewe, z.Z. Bühler Höhe

MB 18/67 geheim

4. Januar 1967<sup>1</sup>Betr.: Nichtverbreitungs-Vertrag<sup>2</sup>

hier: von amerikanischer Seite am 16.12.66 in Paris übergebene Formulierungen<sup>3</sup>

Zu den mir zur Kenntnis gebrachten neuen Textentwürfen für einen Nichtverbreitungs-Vertrag, die der amerikanische Außenminister am 16. Dezember 1966 in Paris dem Herrn Staatssekretär übergeben hat, nehme ich aus meiner Sicht wie folgt Stellung:

1) Die Politik der vorigen Bundesregierung ging in der Frage der Nichtverbreitungs-Politik von dem Grundsatz aus, daß sie einen Beitritt Deutschlands zu dem in Genf verhandelten Vertrag erst dann prüfen werde, wenn zuvor eine befriedigende Lösung der Nuklear-Probleme innerhalb der Allianz gefunden sei.<sup>4</sup>

Dieser Grundsatz stellte nicht nur eine Bedingung auf, sondern implizierte in Wirklichkeit noch eine zweite: Die Prüfung des konkreten Vertragsprojektes mußte zu dem Ergebnis führen, daß es tragbar sei.

2) Falls die neue Bundesregierung<sup>5</sup> an diesem Grundsatz festhalten wollte, müßte sie zu dem Ergebnis kommen, daß das von den Amerikanern als „akzeptabel“ bezeichnete sowjetische Projekt beide Bedingungen nicht erfüllt:

- weder sind die Nuklearprobleme der Allianz gelöst;
- noch kann der von der Sowjetunion vorgeschlagene Text als tragbar bezeichnet werden.

3) Man wird davon ausgehen dürfen, daß die neue Bundesregierung auf jeden Fall an der zweiten Bedingung festhalten will. Was die erste Bedingung anlangt, so wird sie sie wahrscheinlich zum mindesten modifizieren wollen. Wenn

<sup>1</sup> Ablichtung.

Hat Botschafter Schnippenkötter am 5. Januar 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Stand der Diskussion über ein Nichtverbreitungsabkommen vgl. Dok. 4, besonders Anm. 4.

<sup>3</sup> Auf der NATO-Ministerratstagung am 15./16. Dezember 1966 in Paris übergab der amerikanische Außenminister Rusk Staatssekretär Schütz den sowjetischen Entwurf zu Artikel I (Pflichten der Nuklearmächte) eines Nichtverbreitungsabkommens, der der amerikanischen Regierung annehmbar erschien: „Each nuclear-weapon state party to this treaty undertakes not to transfer to any recipient whatsoever nuclear weapons or other nuclear explosive devices or control over such weapons or explosive devices directly, or indirectly; and not in any way to assist, encourage, or induce any non-nuclear-weapon state to manufacture or otherwise acquire nuclear weapons or other nuclear explosive devices, or control over such weapons or explosive devices.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1318 des Botschafters Schnippenkötter vom 28. Dezember 1966 an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 3985 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>4</sup> Zur Haltung der von Bundeskanzler Erhard geführten und von CDU, CSU sowie FDP getragenen Bundesregierung, erst dann einen Beitritt zu einem Nichtverbreitungsabkommen in Erwägung zu ziehen, wenn innerhalb der NATO eine „wirksame kollektive Abschreckung“ organisiert worden sei, vgl. AAPD 1966, II, Dok. 277.

<sup>5</sup> Zur Neubildung der Bundesregierung am 1. Dezember 1966 vgl. Dok. 5, Anm. 4.

man sie nicht gänzlich fallen lassen will, ließe sich an folgende Modifizierung denken: Die Bundesregierung macht die Prüfung eines konkreten Vertragsprojektes im Hinblick auf ihren Beitritt nicht mehr von einer vorherigen befriedigenden Regelung innerhalb der Allianz abhängig. Sie besteht jedoch darauf, daß ein Nichtverbreitungs-Vertrag die künftige befriedigende Regelung der Nuklear-Probleme innerhalb der Allianz oder im Rahmen eines europäischen Zusammenschlusses nicht erschweren oder unmöglich machen darf.

4) Eine weitere Bedingung ist unerlässlich (wobei noch offen bleiben kann, in welchem Zeitpunkt sie zu präsentieren ist): Die Bundesrepublik Deutschland sollte einen Nichtverbreitungs-Vertrag in jedem Falle nur mit der Maßgabe unterzeichnen, daß ihr Beitritt erst mit der Ratifizierung des Beitritts aller anderen potentiellen Nuklearmächte (die in einer Liste aufzuführen wären) wirksam wird.

5) Diese letztgenannte Bedingung ist für sich allein genommen jedoch unzureichend: Sie schließt noch weniger als die anderen Bedingungen die Möglichkeit aus, daß die Vereinigten Staaten auf der Basis des uns jetzt mitgeteilten Textes mit der Sowjetunion zum Vertragsschluß schreiten. Selbst wenn unser Beitritt infolge der ausbleibenden Ratifikation anderer potentieller Nuklearmächte unwirksam bliebe, hätten sich die Vereinigten Staaten damit für die Zukunft die Hände gebunden. Die NATO würde auf dem gegenwärtigen Niveau ihrer Nuklearorganisation (mit den beiden jetzt gegründeten Ausschüssen<sup>6</sup>) eingefroren; alle europäischen Entwicklungen wären blockiert. Auch bilaterale Arrangements bescheidenster Art wären ausgeschlossen.

6) Wir werden daher diese letztgenannte Bedingung (Ziffer 4) nur als letzte Rückfallposition ansehen dürfen. Das Schwergewicht unserer Gegenvorstellungen wird bei den beiden ersten Bedingungen liegen müssen – die jetzt (wenn die unter Ziffer 3 skizzierte Modifikation angenommen wird) nur noch eine Gesamtbedingung darstellen: Der Vertragstext muß für uns tragbar sein – und dazu gehört, daß er kollektive Zukunftslösungen atlantischer oder europäischer Art offen läßt. Zur „Tragbarkeit“ gehört auch, daß die Beitrittsklausel akzeptabel für uns ist und nicht das Modell des Moskauer Teststopp-Vertrages wiederholt.<sup>7</sup>

7) Das Ziel unserer Aktion müßte in erster Linie die Sicherstellung eines tragbaren Vertragstextes sein. Dies ist auch eine diplomatisch und publizistisch besser zu verteidigende Position als der Vorbehalt unseres Nichtbeitritts. Dieser Zielrichtung müßte auch unsere Argumentation angepaßt sein: sie müßte deutlicher als bisher sagen, daß wir einen amerikanisch-sowjetischen Vertrags-

<sup>6</sup> Auf der NATO-Ministerratstagung am 15./16. Dezember 1966 wurde beschlossen, einen „Ausschuß für nukleare Verteidigungsangelegenheiten“ zu schaffen, dem alle Mitgliedstaaten angehören konnten, sowie, diesem nachgeordnet, „eine Nukleare Planungsgruppe von sieben Mitgliedern, die Einzelfragen bearbeiten wird“. Vgl. das Kommuniqué; EUROPA-ARCHIV 1967, D 44.

Mit diesem Beschluß wurde die Arbeitsgruppe für Nukleare Planung des „Special Committee“ der NATO (McNamara Committee) institutionalisiert, das am 31. Mai 1965 vom amerikanischen Verteidigungsminister McNamara – damals noch unter der Bezeichnung „Select Committee“ – ins Leben gerufen worden war. Vgl. dazu AAPD 1965, II, Dok. 235, und AAPD 1966, II, Dok. 297.

<sup>7</sup> Nach Artikel III des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 stand der Vertrag allen Staaten zum Beitritt offen. Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 292.

Dadurch wurde es der DDR ermöglicht, am 8. August 1963 dem Teststopp-Abkommen durch Unterzeichnung des Vertragstextes in Moskau beizutreten. Vgl. dazu DzD IV/9, S. 612.

schluß auf der uns jetzt präsentierten Basis als unvereinbar mit dem Geiste des Nordatlantikpaktes und der Idee der atlantischen Partnerschaft betrachten. Diese Argumentation hat auch in der NATO die beste Aussicht auf Widerhall; sie entspricht völlig der Linie, die Brosio bisher vertreten hat.<sup>8</sup>

8) Es bleibt eine Frage der taktischen Abwägung, wie weit wir mit der Andeutung gehen, daß auch unsere künftige NATO-Politik von der amerikanischen Entscheidung in der Frage des Nichtverbreitungs-Vertrages abhängen wird (z. B. unsere „Integrationsfreudigkeit“).

Jedenfalls können wir in unseren eigenen Überlegungen nicht die Augen davor verschließen, daß die NATO beim Abschluß des jetzt zur Diskussion stehenden Vertragstextes ihren Charakter endgültig entscheidend verändern würde: Nachdem sie militärpolitisch (infolge der französischen Haltung) bereits zu einer Rumpforganisaton von 14 Staaten geschrumpft ist<sup>9</sup>, würde ihre integrierte Militärstruktur mehr und mehr auf konventionelle Streitkräfte beschränkt werden; die europäischen Partner müßten sich mehr denn je auf die amerikanische Nukleargarantie<sup>10</sup> verlassen, obwohl die amerikanische Verteidigungspolitik klarer denn je erkennen läßt, daß sie vor dem vollen Einsatz nuklearer Waffen zur Verteidigung Europas zurückschreckt und es vorzieht, ihren Beistand mit konventionellen Mitteln zu leisten.

Auf weitere Sicht verwandelt sich die NATO damit tatsächlich zu einem Instrument amerikanischer Kontrolle des militärischen Gleichgewichts und der politischen Stabilität in Europa auf der Basis des Status quo.

9) Bei diesen Überlegungen wird davon ausgegangen, daß

- die jetzt vorgenommene Institutionalisierung des „McNamara-Komitees“ noch nicht als „befriedigende Lösung der Nuklearprobleme der Allianz“ angesehen werden kann;

<sup>8</sup> Der NATO-Generalsekretär äußerte sich bereits in einer frühen Phase der Planungen ablehnend zu einem Nichtverbreitungsabkommen; es stelle einen „schwerwiegenden Verstoß gegen den Geist der Allianz“ dar. Vgl. AAPD 1965, II, Dok. 291.

<sup>9</sup> In Noten vom 10./11. sowie 29. März 1966 an die NATO-Mitgliedstaaten teilte Staatspräsident de Gaulle mit, daß Frankreich die Unterstellung seiner Streitkräfte unter das integrierte NATO-Kommando zum 1. Juli 1966 beenden werde. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 100.

Zur Neuregelung der rechtlichen Voraussetzungen für den Aufenthalt und die Rechtsstellung französischer Truppen in der Bundesrepublik vgl. dazu AAPD 1966, II, Dok. 401.

Am 23. November 1966 fand das erste Gespräch zwischen dem Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, Lemnitzer, und dem Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte, Ailleret, über die Frage des künftigen Verhältnisses der französischen Truppen zur NATO und des militärischen Auftrages der französischen Truppen in der Bundesrepublik im Kriegsfall statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2197 des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 29. November 1966; VS-Bd. 8134 (201); B 150, Aktenkopien 1966. Vgl. dazu weiter Dok. 249.

<sup>10</sup> Die amerikanische Nukleargarantie für Europa basierte auf der Beistandsverpflichtung in Artikel 5 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

Diese Sicherheitsgarantie wurde auf der NATO-Ministerratstagung am 18./19. Dezember 1957 durch die Entscheidung präzisiert, daß angesichts der sowjetischen Bedrohung „Lager mit Atomsprengköpfen“ in Europa angelegt werden sollten, die dann „im Notfall für die Verteidigung der Allianz sofort verfügbar“ seien. Ferner wurde beschlossen, SACEUR Mittelstreckenraketen zur Verfügung zu stellen. Vgl. das Kommuniqué vom 19. Dezember 1957; DzD III/3, S. 2157.

Ergänzend sicherten die USA auf der NATO-Ministerratstagung am 4. bis 6. Mai 1962 in Athen zu, daß „ihre Strategischen Streitkräfte auch weiterhin die Verteidigung gegen solche Bedrohungen der Allianz sicherstellen werden, denen zu begegnen über die Möglichkeiten der NATO-Streitkräfte hinausgeht“. Vgl. das Kommuniqué vom 6. Mai 1962; DzD IV/8, S. 484.

- es im gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch weder möglich noch politisch zweckmäßig ist, genauer zu definieren, welche Lösung wir als „befriedigend“ ansehen würden.

Die jetzt geschaffenen Nuklear-Ausschüsse der NATO versprechen wegen ihrer Zusammensetzung (zu viele Mitglieder) und ihrer Kompetenz (Beschränkung auf Erörterung allgemeiner nuklearer Planungsprobleme) keine gewichtige Verstärkung unseres Einflusses auf die amerikanische Nuklear-Strategie. Die Bedeutung der Ausschüsse hängt völlig vom guten Willen der Amerikaner ab. Das 1962 in Athen gegründete „NATO Nuclear Committee“<sup>11</sup> haben sie vertrocknen lassen. Ob es den neuen Ausschüssen besser gehen wird, ist zum mindesten ungewiß.

Eine wirklich „befriedigende“ Lösung der Frage gibt es wahrscheinlich nicht – jedenfalls so lange nicht, als nicht der europäische Zusammenschluß einen hohen Grad politischer Integration erreicht hat.

Die in den vergangenen Jahren erfolglos verhandelten „multilateralen“, auf Mitbesitz an nuklearen Waffensystemen gegründeten Projekte<sup>12</sup> wiesen erhebliche Schwächen auf, daneben jedoch auch Vorteile, die sie von bloßen Systemen der Konsultation und der Planungsbeteiligung abhoben:

- sie hätten die Vereinigten Staaten zu einer konkreteren Konsultation gezwungen, als sie die jetzt geschaffene Organisation gewährleistet;
- sie hätten den nicht-nuklearen Mitgliedstaaten einen etwas höheren Grad des Einflusses auf die Einsatzentscheidung verschafft;
- sie hätten ihnen einen erheblichen Einfluß auf die Dislozierung gewisser strategischer Nuklearwaffen gesichert;
- sie hätten ihnen ein stärkeres Bewußtsein eigener nuklearer Verantwortlichkeit gegeben;
- sie hätten ihnen ein stärkeres politisches Gewicht bei Abrüstungs- und damit zusammenhängenden Verhandlungen verschafft.

Da solche Projekte gegenwärtig keine Verwirklichungschance haben, hat es keinen Sinn, sich neue Versionen auszudenken, die die Schwächen der bisherigen Projekte vermeiden und jedenfalls ihre Vorzüge erhalten. Wir sollten jedoch nach meiner Auffassung nicht auf die Verwendung dieses oder ähnlicher Modelle in einer künftigen Lösung verzichten. Es sollte genügen, wenn wir außerhalb eines Vertragstextes erklären, daß solche Lösungen gegenwärtig nicht aktuell sind und daß sie daher keinen Gegenstand der gegenwärtigen Politik der Bundesregierung bilden.

#### 10) Schlußfolgerungen:

Der uns jetzt vorgelegte, angeblich von sowjetischer Seite stammende Text ist völlig unakzeptabel. Ich schließe mich in der Bewertung der uns vorgelegten Texte den Analysen der Abteilung II vom 20.12.66 (II B 1-80.31/0-1142/66

<sup>11</sup> Auf der NATO-Ministerratstagung vom 4. bis 6. Mai 1962 wurde beschlossen, „besondere Verfahren einzurichten, die es allen Mitgliedern des Bündnisses gestatten, Informationen über die Rolle der Kernwaffen bei der NATO-Verteidigung auszutauschen“. Vgl. DzD IV/8, S. 483–486.

<sup>12</sup> Vgl. dazu Dok. 4, Anm. 22.

geh.<sup>13)</sup> und vom 23.12.66 (II B 1-80.31-1153/66 geh.<sup>14)</sup> und II B 1-80.31-1159/66 geh.<sup>15)</sup> an.

Würden die Vereinigten Staaten ohne Rücksicht auf unsere Bedenken einen Vertrag dieses Inhalts mit der Sowjetunion abschließen, so könnte man darin nur einen schweren Schlag gegen den Geist des atlantischen Bündnisses sehen, – insbesondere aber, da sich die sowjetische Politik in dieser Frage klar und eindeutig gegen uns richtet – gegen die deutsch-amerikanische Bündnis- und Freundschaftsbeziehung.

Die Art und Weise, in der uns dieses Projekt zur Stellungnahme vorgelegt wird, verstößt im übrigen offensichtlich in mehrfacher Hinsicht gegen Treu und Glauben. Wie weit die Vereinigten Staaten diesen Text durchzusetzen gewillt sind – oder wie weit sie nur die deutsche Reaktion auf einen solchen Text testen wollten – ist offen.

Ich neige dazu, ihr jetziges Vorgehen für einen Test zu halten, mit dem sie erkunden wollen, was der neuen Bundesregierung in dieser Frage zugemutet werden kann. Ich halte daher eine sehr entschiedene und unzweideutige Reaktion in der oben skizzierten Art für geboten.<sup>16)</sup>

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>17)</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>18)</sup> mit der Bitte um Vorlage auch bei dem Herrn Bundeskanzler vorgelegt.

gez. Grewe

**VS-Bd. 10083 (Ministerbüro)**

<sup>13)</sup> Die Aufzeichnung setzte sich mit dem am 16. Dezember 1966 übergebenen Entwurf für den Artikel I eines Nichtverbreitungsabkommens auseinander und kam zu dem Schluß: „Der Vorschlag läßt den Kernwaffenmächten zwar die Möglichkeit, Nichtnukleare unter einem ‚Kernwaffenschirm‘ zu halten, entzieht den Nichtnuklearen aber rechtlich unanfechtbare Möglichkeiten, auf ihre Nuklearverteidigung selbst Einfluß zu nehmen. [...] Die Annahme einer derartigen Formulierung kann nicht empfohlen werden. Sie trägt unseren Sicherheitsinteressen gegenüber der Kernwaffenmacht Sowjetunion weder innerhalb der NATO noch in unseren bilateralen Beziehungen zu den drei westlichen Kernwaffenmächten Rechnung.“ Vgl. VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>14)</sup> Ministerialdirektor Ruete bewertete die Erläuterungen des amerikanischen Botschafters McGhee vom 20. Dezember 1966 zum geplanten Nichtverbreitungsabkommen als rechtlich unverbindlich: „Sie haben daher nur Wert, solange sich die Amerikaner daran halten, soweit die Sowjets sie hinnehmen und solange Rüstungstechnik oder politische Entwicklung keine Änderungen der in Frage stehenden politischen Arrangements erfordern. Angesichts des sehr breiten Interpretationsspektrums der Formel sind ungünstigere Auslegungen politisch zu erwarten und juristisch auch durchaus vertretbar.“ Vgl. VS-Bd. 3985 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>15)</sup> Ministerialdirektor Ruete resümierte den Stand der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über ein Nichtverbreitungsabkommen. Zusammenfassend stellte er fest: „Der Nichtverbreitungsvertrag lockert auf längere Sicht unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika und den westeuropäischen Ländern unwiderruflich. Er fördert die sowjetischen Einflußmöglichkeiten in Deutschland und stärkt das politische Konzept von der Existenz zweier deutscher Staaten.“ Vgl. VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>16)</sup> Zur Haltung der Bundesregierung in der Frage eines Nichtverbreitungsabkommens vgl. weiter Dok. 24.

<sup>17)</sup> Klaus Schütz.

<sup>18)</sup> Am 10. Januar 1967 leitete Bundesminister Brandt die Aufzeichnung an Bundeskanzler Kiesinger mit dem Vermerk weiter: „Beiliegend übersende ich Ihnen zu Ihrer Unterrichtung eine Aufzeichnung von Botschafter Grewe zur Frage des Nichtverbreitungs-Vertrags, die ich selbst mir jedoch nicht in allen Teilen zueigen machen konnte.“ Vgl. VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

## 8

## Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem italienischen Außenminister Fanfani in Rom

Z A 5-3.A/67 VS-vertraulich

5. Januar 1967<sup>1</sup>

Der italienische Außenminister, Herr Fanfani, empfing am 5. Januar 1967 um 11.30 Uhr, in Anwesenheit von Generalsekretär Ortona sowie der Botschafter Lucioli und von Herwarth, den Herrn Bundesminister des Auswärtigen zu einer 1 ½-stündigen Unterredung.<sup>2</sup>

Nach der Begrüßung erklärte sich Herr Minister *Fanfani* bereit, mit seinem deutschen Kollegen die Fragen zu besprechen, die dieser anzuschneiden wünsche. Es stehe bereits fest, daß er Gelegenheit haben werde, Bundeskanzler Kiesinger und seinen Außenminister anläßlich der geplanten Gipfelkonferenz der Sechs in Rom<sup>3</sup> wiederzusehen; die italienische Regierung würde sich aber auch freuen, einige Zeit später den deutschen Bundeskanzler und Vizekanzler zu einem bilateralen Besuch in Rom empfangen zu können. Bundeskanzler Kiesinger möge bestimmen, welcher Zeitpunkt ihm hierfür am geeignetsten erscheine.

Außenminister *Brandt* begrüßte die Gelegenheit, abgesehen von dem Treffen in einem größeren Kreis auch zu Gesprächen zwischen den beiden Regierungschefs und Außenministern erneut nach Rom zu kommen. Er glaube, daß der Monat Juni hierzu günstig sei. Vielleicht sei es gut, einen Termin zu wählen, der nicht allzu nahe an der für Anfang April geplanten Gipfelkonferenz liege. Er werde unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Bonn Herrn Bundeskanzler Kiesinger den italienischen Vorschlag vortragen.<sup>4</sup>

Er würde es begrüßen, wenn in dem heutigen Gespräch die drei folgenden Themenkreise erörtert werden könnten:

- 1) einige Fragen im Zusammenhang mit Europa;
- 2) einige deutsche Vorschläge zu der italienischen Initiative zur Überwindung des technologischen Rückstands in Europa;<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Bouverat am 10. Januar 1967 gefertigt. Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Brandt hielt sich vom 3. bis 6. Januar 1967 anläßlich der Konferenz der Parteivorsitzenden der Sozialistischen Internationale in Rom auf. Vgl. dazu den Schriftbericht des Botschafters Herwarth von Bittenfeld, Rom, vom 12. Januar 1967; Referat I A 3, Bd. 601.

<sup>3</sup> Im Anschluß an Gespräche zwischen dem 17. und 21. Dezember 1966 mit Bundeskanzler Kiesinger, Bundesminister Brandt, Staatspräsident de Gaulle sowie den Außenministern der Benelux-Staaten, Luns, Harmel und Werner, lud der italienische Außenminister Fanfani mit Schreiben vom 3. Januar 1967 die Regierungen der EWG-Staaten ein, „in der Hauptstadt der Italienischen Republik zusammenzukommen, um den 10. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge feierlich zu begehen und bei diesem Anlaß in Rom ein Gipfeltreffen der Staatsoberhäupter oder der Regierungschefs der sechs Länder abzuhalten“. Für das Schreiben vgl. Referat I A 2, Bd. 1195. Für die Gespräche von Kiesinger und Brandt mit Fanfani vom 19. bzw. 20. Dezember 1966 vgl. AAPD 1966, II, Dok. 404 und Dok. 405.

<sup>4</sup> Der Besuch von Bundeskanzler Kiesinger und Bundesminister Brandt in Rom fand erst vom 31. Januar bis 2. Februar 1968 statt.

<sup>5</sup> Am 16. September 1966 übermittelte die italienische Regierung den übrigen NATO-Mitgliedstaaten ein Memorandum, in dem auf die technologische Rückständigkeit der europäischen Staa-



## 3) Fragen der Non-Proliferation.

Bevor er zum ersten Punkt übergehe, habe er sich jedoch eines Auftrages zu entledigen: Einige Freunde der italienischen Kunst haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß zusätzlich zu der bisherigen Hilfe an Florenz ein weiterer Betrag in Höhe von einer Million DM für die Wiederherstellung beschädigter Kunstwerke zur Verfügung gestellt werden könne.<sup>6</sup> Botschafter von Herwarth werde diesen Betrag in den nächsten Tagen dem Bürgermeister der betroffenen Stadt<sup>7</sup> übergeben.

Herr *Fanfani* dankte für die bereits gewährte und neu angekündigte deutsche Unterstützung. Er sehe darin einen Beweis der Anteilnahme und Solidarität der deutschen Regierung und Bevölkerung. Er regte an, daß diese Geste in eine Presseverlautbarung<sup>8</sup> aufgenommen werde.

Der Herr *Minister* erläuterte, zu Punkt 1) – Europa – habe er eher einige Fragen zu stellen als Vorschläge zu machen. Für die Bundesregierung wäre es wichtig, wenn möglich, zu erfahren, welcher Rahmen für die geplante Konferenz der sechs Regierungschefs in Rom nach dem jetzigen Stand der Dinge ins Auge gefaßt werde. Er wäre ferner dankbar, wenn Herr *Fanfani* ihm mitteilen könnte, ob vorgesehen sei, die Frage der Erweiterung der EWG<sup>9</sup> mit den gemeinsamen französischen Freunden und Partnern anzuschneiden. Bundeskanzler Kiesinger und er selbst werden, wie bekannt, Mitte Januar in Paris einen Besuch abstatten.<sup>10</sup> De Gaulle habe die Bundesregierung wissen lassen, daß er vor allem an einer Besprechung der Ost-West-Beziehungen interessiert

*Fortsetzung Fußnote von Seite 32*

ten aufmerksam gemacht und ein Kooperationsabkommen mit den USA nach dem Vorbild des Marshallplans sowie eine engere Zusammenarbeit der europäischen Staaten auf technologischem Gebiet gefordert wurde. Wesentliches Ziel des Abkommens müsse die Ausarbeitung und Durchführung eines „Zehnjahresplans für technologische Entwicklung“ durch eine zu schaffende „internationale Institution“ sein. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 29. September 1966; Referat I A 6, Bd. 83.

Am 7. Dezember 1966 erläuterte der italienische Außenminister *Fanfani* im EWG-Ministerrat ein weiteres Memorandum seiner Regierung, „in dem Einzelheiten über geographischen Rahmen, Sektoren, Mittel, Organisation und Verfahren einer Aktion auf diesem Gebiet aufgezeigt werden“. Der EWG-Ministerrat beschloß, die Aussprache auf einer Sondersitzung im Frühjahr 1967 fortzusetzen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2094 des Botschafters Sachs, Brüssel (EWG/EAG); Referat I A 6, Bd. 83.

<sup>6</sup> Am 4. November 1966 richtete eine Flutkatastrophe in Florenz erhebliche Schäden an Kunstwerken und Baudenkmälern der Stadt an. Am 23. November 1966 teilte Staatssekretär Lahr im Bundestag mit, daß sofort nach Bekanntwerden der Schäden über die Botschaft in Rom Hilfsmaßnahmen zur Rettung der Kunstwerke eingeleitet worden seien. So sei der UNESCO eine Geldspende überreicht und der Nationalbibliothek sowie dem Archäologischen Museum in Florenz Materialien zum Trocknen von Büchern und Handschriften übermittelt worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 800 des Botschafters Herwarth von Bittenfeld, Rom, vom 18. November 1966; Referat IV 6, Bd. 1378. Vgl. ferner BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 60, S. 3416.

Die Geld- und Sachspenden aus der Bundesrepublik erreichten einen Gesamtwert von 10,78 Mio. DM; hinzu kamen Kosten für die Transporte sowie freiwillige Arbeitsleistungen im Wert von 1,9 Mio. DM. Vgl. dazu BULLETIN 1967, S. 220.

<sup>7</sup> Piero Bargellini.

<sup>8</sup> In der gemeinsamen Erklärung wurde bekanntgegeben, „daß die ‚Vereinigung der deutschen Freunde von Florenz‘ eine weitere Spende von einer Million DM zur Behebung der Unwetterschäden an Kunstgut beschlossen hat“. Für den Wortlaut vgl. den Drahtbericht Nr. 20 des Botschafters Herwarth von Bittenfeld, Rom, vom 5. Januar 1967; Referat I A 2, Bd. 1195.

<sup>9</sup> Vgl. dazu Dok. 1, Anm. 11.

<sup>10</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 13./14. Januar 1967 vgl. Dok. 14–17 und Dok. 19.

sei. Von deutscher Seite gedenke man einige bilaterale Punkte zu präsentieren, jedoch eher in Form eines Katalogs, mit der Absicht, diese Fragen bis zum Sommer durch Experten prüfen zu lassen. Die Bundesregierung gedenke aber, neben den Ost-West-Beziehungen und Problemen der Non-Proliferation auch Europa-Fragen anzuschneiden und den Versuch zu unternehmen, bei dem französischen Staatspräsidenten bestehende Bedenken und Zweifel aufzulockern. Bei seinem Gespräch mit General de Gaulle vor Weihnachten<sup>11</sup> habe er den Eindruck gewonnen, daß die Bedenken des Generals gegen den Eintritt Großbritanniens nicht mehr so stark zum Ausdruck gebracht worden seien wie früher.<sup>12</sup>

Er habe diesmal eher betont, die Engländer seien „Geschäftsleute“, die am liebsten gleichzeitig drinnen und draußen seien. Er selbst – Brandt – habe den Engländern bereits gesagt, daß ein gleichzeitiges Drinnen-und-Draußen-Sein nicht möglich wäre, sie müßten sich dazu entschließen, ganz hereinzukommen. Die Frage der Regelungen für die Übergangszeit müßte vorweg gelöst werden; alles Weitere müßte dann mit den anderen Partnern gemeinsam am Tisch beraten werden. Er halte es für gut, in diesem Sinne auf die Engländer einzuwirken. Später könne man über die politische Koordinierung mit dem Ziel einer politischen Integration sprechen. Er neige dazu, daß man sich nicht an irgendwelche in der Vergangenheit ausgearbeitete Formeln gebunden fühlen dürfte. Man müsse vorurteilslos neue Ansatzpunkte, die von allen übernommen werden könnten, herausarbeiten. Vielleicht könne man zunächst zu einer Art von „qualifizierten Konsultationen“ kommen.

Außenminister *Fanfani* erklärte, die schnellste Art und Weise, auf die Fragen 2) und 3) seines deutschen Kollegen zu antworten, bestehe darin, ihm zu sagen, daß in den beiderseitigen Auffassungen ein Höchstmaß an Übereinstimmung bestehe. Was die erste Frage nach dem Rahmen der Gipfelkonferenz betreffe, denke er an einen zeremoniellen Teil, dem eine eigentliche Regierungskonferenz folgen sollte. In dem Einladungsschreiben, das an die verschiedenen Regierungen ergangen sei, habe er eine sehr deutliche Trennung dieser beiden Dinge, die zeitlich zusammenfallen, vorgeschlagen. Aus Anlaß des 10. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge<sup>13</sup> sollte im Capitol eine Feier stattfinden, zu der außer den Teilnehmern an der Gipfelkonferenz auch die führenden Persönlichkeiten aus den drei Europäischen Gemeinschaften sowie diejenigen eingeladen werden sollten, die die Verträge vor 10 Jahren unterzeichnet hätten, ferner Vertreter des italienischen Parlaments und der Regierungsbehörden. Einer kurzen Begrüßungsansprache des Bürgermeisters von Rom<sup>14</sup> würde eine Festrede des italienischen Staatsoberhauptes<sup>15</sup> folgen, auf die der turnusmäßige Präsident des EWG-Ministerrates<sup>16</sup> antworten würde. Eine derartige Formel würde es ermöglichen, etwaige personelle Bedenken,

<sup>11</sup> Für das Gespräch vom 15. Dezember 1966 vgl. AAPD 1966, II, Dok. 398.

<sup>12</sup> Zur Haltung der französischen Regierung gegenüber einem britischen Beitritt zur EWG vgl. AAPD 1966, I, Dok. 37 und Dok. 113.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

<sup>14</sup> Amerigo Petrucci.

<sup>15</sup> Giuseppe Saragat.

<sup>16</sup> Pierre Harmel.

z.B. seitens de Gaulles gegen die Anwesenheit von Hallstein<sup>17</sup>, zu umgehen. Es sei vorgesehen, diese Feier im Capitol am Nachmittag des ersten Tages zu veranstalten, damit die verschiedenen Delegationen am Vormittag anreisen könnten. Der Präsident der italienischen Republik würde anschließend die Regierungschefs zu einem Abendessen einladen. Die Regierungskonferenz könnte am nächsten Vormittag und, wenn erforderlich, auch nachmittags tagen. In dem Einladungsschreiben habe die italienische Regierung vorgeschlagen, daß die eigentliche Tagesordnung auf diplomatischem Wege festgelegt werden solle. Er glaube aber, daß man möglichst frei (larghi) sein sollte. Er selbst – Fanfani – denke insbesondere an die folgenden zwei Punkte:

- 1) offene und zukünftige Fragen der Gemeinschaft;
- 2) Erweiterung des Gemeinsamen Marktes.

Zur Frage, warum von italienischer Seite der 5. April vorgeschlagen worden sei, erklärte Außenminister Fanfani, er habe vermeiden wollen, daß das Gipfeltreffen zeitlich mit der Ministerratstagung der WEU zusammenfalle. Da ursprünglich beschlossen worden sei, diese Tagung am 4.–5. April abzuhalten, stünden die hieran beteiligten Persönlichkeiten für diesen Termin frei. Andererseits habe man ein günstiges Argument in der Hand, um die WEU-Sitzung um 1 bis 2 Wochen zu verschieben.<sup>18</sup> Es stelle sich die Frage, ob die Franzosen bis zum 5. April das verfassungsmäßige Verfahren für die Vorstellung der neuen Regierung vor der Abgeordnetenversammlung beendet haben werden.<sup>19</sup> Die Regierung selbst werde bis zum 3. April gebildet sein. Es sei möglich, daß Frankreich um eine Verschiebung bitte, die jedoch nicht zu groß sein dürfe, damit diese erste Europäische Gipfelkonferenz nach längerer Zeit nicht mitten in die Englandverhandlungen<sup>20</sup> falle. Um auf die weitere Frage des Herrn Ministers eine erste Antwort zu geben, erkläre er, Fanfani, daß man, seiner Auffassung nach, beharrlich und systematisch auf den Erfolg des Beitritts Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt hinarbeiten müsse. Im Hinblick auf dieses Ziel dürfe die Gipfelkonferenz weder direkt noch indirekt in den Zusammenhang

<sup>17</sup> Staatspräsident de Gaulle warf dem Präsidenten der EWG-Kommission, Hallstein, vor, den politischen Zusammenschluß der EWG-Staaten zu nachhaltig zu betreiben. Ferner kritisierte er, daß unter der Präsidentschaft von Hallstein die EWG-Kommission „als eine Art Staatschef“ auftrete. Vgl. dazu AAPD 1965, III, Dok. 416 und Dok. 467.

Diese Bedenken gegen die Amtsführung von Hallstein führten schließlich dazu, daß die französische Regierung ihn als Präsidenten der vereinigten Kommission der europäischen Gemeinschaften ablehnten. Vgl. dazu AAPD 1966, II, Dok. 230.

<sup>18</sup> Die WEU-Ministerratstagung fand am 4./5. April 1967 in Rom statt. Vgl. dazu Dok. 119.

<sup>19</sup> Am 5. und am 12. März 1967 fanden die Wahlen zur französischen Nationalversammlung statt.

<sup>20</sup> Am 10. November 1966 kündigte Premierminister Wilson vor dem Unterhaus eine neue Initiative der britischen Regierung für einen Beitritt zur EWG an. Er erklärte, er wolle zu diesem Zweck eine Konferenz der Regierungschefs der EFTA-Staaten einzuberufen und anschließend Sondierungsgespräche in den einzelnen EWG-Mitgliedstaaten führen. Vgl. dazu HANSARD, Bd. 735, Sp. 1540. Vgl. ferner AAPD 1966, II, Dok. 371.

Am 5. Dezember 1966 unterstützten die Ministerpräsidenten der EFTA-Staaten das britische Vorhaben. Die britische Regierung gab bekannt, daß Wilson und Außenminister Brown am 16./17. Januar Rom und am 24./25. Januar 1967 Paris besuchen würden. Weitere Gespräche fanden am 31. Januar und 1. Februar in Brüssel, am 15./16. Februar in Bonn, am 26./27. Februar 1967 in Den Haag und am 8. März 1967 in Luxemburg statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2386 des Botschafters Blankenhorn, London, vom 7. Dezember 1966; Referat I A 2, Bd. 1462. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Kiesinger vom 15. und 16. Februar 1967 vgl. Dok. 55 und Dok. 57.

mit den Beitrittsverhandlungen gestellt werden, sonst bestehe die Gefahr, daß beides scheitere. In der Konferenz der Regierungschefs sollte vielmehr eine Möglichkeit zur Vorbereitung der Geister auf konstruktive und gelassene Englandverhandlungen gesehen werden. Er sehe also keinen Widerspruch zwischen Gipfelkonferenz und dem Beitritt Englands. Er, Fanfani, habe aus seinem Gespräch mit de Gaulle den Eindruck gewonnen, daß dieser heute zwar „keine Lust habe, ein französisches Veto einzulegen, sich aber auch nicht vor ein beschleunigendes Ultimatum gestellt sehen wolle“. Er wolle diskutieren und werde Zweifel äußern. Im Hinblick darauf wäre es gut, den britischen Freunden einige Ratschläge für die Verhandlungen mit auf den Weg zu geben. Außenminister Brown habe ihn, Fanfani, gefragt, ob im Falle einer Ablehnung de Gaulles die Fünf anderen bereit wären, mit Großbritannien gegen Frankreich zu gehen.<sup>21</sup> Er habe seinem britischen Kollegen mit einem klaren „nein“ geantwortet; ein derartiges Vorgehen würde falsche Illusionen erwecken und den Ruin der Sechser- und einer erweiterten Gemeinschaft bedeuten. Man könne nicht gleichzeitig Bauherr und Sprengstoffleger sein.

Der Herr *Minister* antwortete, seiner Meinung nach sollte man den Engländern zwei Dinge nahelegen:

Erstens, wie bereits gesagt, sollten die Engländer sich so stark wie möglich mit den Problemen der Übergangszeit befassen. Es sei nicht denkbar, daß für die verschiedenen Bereiche unterschiedliche und allzu lange Übergangszeiten vorgesehen würden.

Zweitens sollte man den britischen Freunden auch den Rat geben, die Frage des £-Sterlings möglichst bald zu einem technischen Problem zu erklären.<sup>22</sup>

Herr *Fanfani* stimmte mit dem Herrn Minister in der Frage der Übergangszeit überein. Man dürfe nicht vergessen, daß für die „Sechs“ der erste (1.) Juli 1968 als fester Termin für die völlige Liberalisierung gelte.<sup>23</sup> Hieran dürfe man

<sup>21</sup> Vgl. dazu auch Dok. 15, besonders Anm. 52 und 53.

<sup>22</sup> Der Wunsch Großbritanniens nach einem Beitritt zur EWG warf die Frage nach der Sonderstellung des Pfund Sterling als Leit- und Reservewährung auf. Ende September 1966 betrugen die britischen Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland 6,339 Mrd. Pfund, davon 3,087 Mrd. Pfund gegenüber anderen Sterling-Staaten und 1,531 Mrd. Pfund beim Internationalen Währungsfonds (IWF). Dem standen britische Ansprüche in Höhe von 1,148 Mrd. Pfund gegenüber. Da sich die Gold- und Devisenreserven Großbritanniens zum gleichen Zeitpunkt nur auf 1,129 Mrd. Pfund beliefen, reichten die Währungsreserven gegebenenfalls nicht aus, um alle Mitglieder des Sterling-Gebiets, die Guthaben umzutauschen wünschten, „auszahlen“ zu können. Hinzu kam, daß von den IWF-Schulden 300 Mio. bis 350 Mio. Pfund bis Ende 1967 und weitere 500 Mio. Pfund bis zum Frühjahr 1971 zurückzahlen waren. In diesem Zusammenhang wies Ministerialdirigent Berger am 9. November 1966 darauf hin, daß Artikel 108 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 eine gegenseitige Beistandspflicht im Falle von Zahlungsbilanzschwierigkeiten eines Mitgliedstaates vorsehe: „Es wird schwerlich den EWG-Partnern Großbritanniens zuzumuten sein, das Pfund, wie im Vertrag vorgesehen, zu stützen, wenn der Ursprung der Schwierigkeiten in anderen Gebieten des Sterling-Raums liegt, nicht aber in Großbritannien selbst.“ Vgl. Referat III A 2, Bd. 167. Vgl. dazu ferner die Aufzeichnung des Gesandten Freiherr von Ungern-Sternberg, London, vom 22. Dezember 1966; Referat I A 2, Bd. 1462.

<sup>23</sup> Am 11. Mai 1966 beschloß der EWG-Ministerrat, die Binnenzölle für Waren der gewerblichen Wirtschaft zum 1. Juli 1967 um weitere 5 % zu senken; die restlichen 15 % der zwischen den EWG-Mitgliedstaaten noch bestehenden Zölle sollten zum 1. Juli 1968 abgebaut und damit der freie Warenverkehr von diesem Datum an hergestellt werden. Ferner wurde ein Zeitplan festgelegt, der eine stufenweises Inkrafttreten der noch ausstehenden Markt- und Preisorganisationen für Obst und Gemüse, Zucker und Fette, Reis sowie Milch, Milcherzeugnisse und Rindfleisch bis spätestens 1. Juli 1968 vorsah. Für die wichtigsten Agrarerzeugnisse sollten dann europäische Marktordnungen

nicht rütteln. Die Folge davon sei, daß die Übergangszeit eher kurz bemessen sein müsse. Heute glaubten die Engländer noch, daß sie für einige Produkte Ausnahmeregelungen durchsetzen könnten. Man müsse ihnen aber klar machen, daß keine größeren Abweichungen zu dem beschlossenen Termin zulässig seien.

Hinsichtlich des £-Sterling-Problems erscheine ihm der deutsche Rat gut: je „technisierter“ die Frage, und je autonomer und präliminärer sie geregelt werde, desto besser sei es, sonst könnte man an einen Kreuzweg gelangen, der einen in große Verlegenheit bringen könnte. Er, Fanfani, sei also solidarisch mit seinem deutschen Kollegen, wenn dieser erkläre, die britischen Freunde müßten bereits vor den Beitrittsverhandlungen manches klären, auch schon, um General de Gaulle keine Gegenargumente in die Hand zu geben.

Der *Herr Minister* sagte, er sei weitgehend mit Herrn Fanfani einverstanden. Was das £-Sterling betreffe, sei er zwar nicht sicher, daß die gesamten Fragen vor dem Eintritt geklärt werden könnten, jedoch dürfe dieses Problem General de Gaulle nicht als Vorwand dienen, um den gesamten Prozeß hinauszuschieben. Man müßte die Experten befragen, welche Lösungen sie anzubieten hätten. Ganz allgemein habe er, der Herr Minister, zwei Bemerkungen zu machen:

1) Er habe bereits in Bonn und am Vorabend in einem Gespräch mit Ministerpräsident Moro<sup>24</sup> Gelegenheit gehabt, seine Überzeugung zu äußern, daß für die zukünftige Entwicklung sehr vieles von regelmäßigen Kontakten zwischen Italien und Deutschland im Hinblick auf Paris und London abhängen.

Rom und Bonn sollten laufend vertrauensvolle Gespräche über all diese Fragen führen und ihre Ansichten abstimmen, ohne daß eine Institutionalisierung dieser Beratungen erforderlich sei.

Herr Außenminister *Fanfani* erklärte sich hiermit einverstanden. Er halte eine derartige Abstimmung der Meinungen in der vorbereitenden Phase wie auch in den Verhandlungen für entscheidend.<sup>25</sup>

Der *Herr Minister* berichtete sodann über die Bemühungen, die von deutscher Seite im Hinblick auf die Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Rumänien, Ungarn und möglicherweise auch der Tschechoslowakei gemacht würden. Er halte es nicht für zweckmäßig, diesen Dingen eine größere Publizität zu geben, sei jedoch der Auffassung, daß die befreundeten Staaten über diese Versuche und entsprechenden Reisen deutscher Persönlichkeiten unterrichtet werden sollten. Er sei sicher, daß die italienische Regierung wie bisher der russischen wie auch anderen Seiten gegenüber die Bundesregierung vor falschen Auslegungen schütze. Wenn diese sich bemühe, ihre Beziehungen zu der So-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 36*

gen und ein einheitliches Preisniveau bestehen. Vgl. dazu den Runderlaß des Ministerialdirigenten Graf von Hardenberg vom 13. Mai 1966; Referat III A 6, Bd. 197. Vgl. ferner ZEHNTER GESAMTBERICHT 1966/67, S. 67f. und S. 216f.

<sup>24</sup> Für das Gespräch vom 4. Januar 1967 vgl. VS-Bd. 10089 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>25</sup> In der gemeinsamen Erklärung über das Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem italienischen Außenminister Fanfani wurde festgestellt, daß Brandt die Teilnahme der Bundesregierung an einer Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Staaten bestätigt habe. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 20 des Botschafters Herwarth von Bittenfeld, Rom, vom 5. Januar 1967; Referat I A 2, Bd. 1195.

wjetunion zu verbessern, diplomatische Beziehungen zu anderen osteuropäischen Staaten herzustellen, und Bemühungen unternehme, um in den inner-deutschen Beziehungen menschliche Erleichterungen zu erreichen, so ändere all dies nichts an der Überzeugung der Bundesregierung, daß die Deutschen die Möglichkeit erhalten sollten, wieder zusammenzuleben. Er wäre dankbar, wenn die italienische Regierung bei dem bevorstehenden Besuch von Staatspräsident Podgornyj auf diesen legitimen Wunsch der Deutschen hinweisen und um Verständnis dafür werben würde.<sup>26</sup>

Herr *Fanfani* antwortete hierauf, er könne nicht nur eine entsprechende Versicherung abgeben, sondern erklären, daß dies die ständige Linie der italienischen Politik seit 20 Jahren sei. Er habe bereits Gelegenheit gehabt, Außenminister Gromyko klarzumachen, daß es falsch wäre, der Bundesregierung eine kriegshetzerische Absicht zu unterstellen.<sup>27</sup> Dies würde nicht einer realen Einschätzung der Lage entsprechen. In dem Gespräch, daß er einen Tag darauf mit dem sowjetischen Außenminister geführt habe, habe dieser ihm gegenüber erklärt, daß man möglicherweise die Note Schröders<sup>28</sup> auch als „nicht böswillig“ auslegen könne. Was die anderen osteuropäischen Länder betreffe, habe er Gelegenheit gehabt, im September mit dem rumänischen Außenminister Manescu zusammenzutreffen und die Haltung dieses Landes gegenüber Deutschland zu erörtern.<sup>29</sup> Er habe damals den Eindruck gewonnen, daß von allen osteuropäischen Ländern Rumänien mit der größten Einsicht (*consapevolezza*), was mehr als nur Verständnis (*comprensione*) sei, an die Beziehungen zur Bundesrepublik herangehe. Die Rumänen zeigten hierbei auch eine größere Umsicht (*avvedutezza*) als manche Länder des Westens, wie er zu seiner Freude festgestellt habe. Der Herr Minister könne absolut sicher sein, daß er [sich] bei den Gesprächen mit Podgornyj keine Gelegenheit entgehen lassen werde, um die deutsche Sache in diesem Sinne zu vertreten.

Außenminister *Brandt* erklärte zur Frage der Technologie, in Paris habe er in allgemeiner Form die diesbezüglichen italienischen Initiativen begrüßt und

<sup>26</sup> Der Vorsitzende des Obersten Sowjet der UdSSR besuchte vom 24. bis 31. Januar 1967 Italien. Für das Kommuniké vgl. PRAVDA, Nr. 31 vom 31. Januar 1967, S. 1.

Dazu übermittelte Botschafter Herwarth von Bittenfeld, Rom, am 2. März 1967, Informationen aus dem italienischen Außenministerium, wonach „Moro Deutschland gegen Podgornyj in ganz außergewöhnlich energischer Form in Schutz genommen habe. [...] Es trifft zu, daß die Italiener bis an die Grenze der Unhöflichkeit gegangen sind: Fanfani hat einer der Tischreden Podgornyjs nicht applaudiert; es ist Podgornyj abgeschlagen worden, in den Fosse Ardeatine einen Kranz niederzulegen; Saragat hat gedroht, zu einem Essen nicht zu erscheinen, falls nicht gewisse Passagen aus einer Tischrede Podgornyjs gestrichen würden. In der Sache hat Saragat den Sowjets vorgehalten, daß sie den Fehler nicht wiederholen dürften, den die großen Mächte nach dem ersten Weltkrieg gegenüber Deutschland begangen hätten; man dürfe die demokratischen Kräfte in Deutschland nicht enttäuschen; heute vor allem nicht in bezug auf die Wiedervereinigung. Moro hat betont, daß Deutschland eine kräftige, vertrauenswürdige Demokratie sei.“ Vgl. VS-Bd. 2448 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. dazu auch Dok. 119.

<sup>27</sup> Zu den Gesprächen des sowjetischen Außenministers vom 21. bis 23. April 1966 in Rom vgl. AAPD 1966, I, Dok. 133.

<sup>28</sup> Für den Wortlaut der Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 vgl. BULLETIN 1966, S. 329–331. Vgl. dazu auch AAPD 1966, I, Dok. 58.

<sup>29</sup> Der rumänische Außenminister führte vom 5. bis 7. September 1966 Gespräche in Rom. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1966, Z 159.

unterstützt.<sup>30</sup> In der deutschen Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 sei ein entsprechender Hinweis enthalten.<sup>31</sup> Er habe heute einige etwas konkretere Vorschläge zu diesem Thema vorzutragen:

1) Ganz allgemein möchte er unterstreichen, daß die Bundesregierung mit der italienischen Regierung dahingehend einig sei, daß die bisherigen Leistungen unzureichend seien. Der Vorschlag Fanfanis sei daher von sehr großem Interesse, um auf bestimmten Gebieten den technologischen Fortschritt der USA aufholen zu können.

2) Als rationelle Voraussetzung für eine technologische Zusammenarbeit erscheinen ihm die Ausarbeitung einer gemeinsamen europäischen Forschungspolitik. Infolgedessen sollte die Arbeitsgruppe, die sich innerhalb der EWG mit der wissenschaftlichen Forschung und technischen Entwicklung befasse<sup>32</sup>, das Mandat erhalten, ihre Tätigkeit zu intensivieren und in nächster Zeit einen Bericht mit konkreten Ergebnissen vorzulegen. Das genannte Mandat könne auf einer Sondersitzung des EWG-Ministerrats an die Arbeitsgruppe erteilt werden. Sein italienischer Kollege sei sicher mit ihm einig in der Ansicht, daß die technische Entwicklung in den in Betracht gezogenen Ländern im wesentlichen in den Händen der Privatindustrie liege und der Staat hier nur einen fördernden Einfluß ausüben könne. Von staatlicher Seite könne man aber bestimmte patentrechtliche sowie finanzielle und währungspolitische Grundlagen schaffen, die es den europäischen Unternehmen ermöglichen sollten, moderne Betriebsgrößen zu erreichen und neue Verfahrenstechniken auszuarbeiten. Es müßte geprüft werden, wie weit derartige Maßnahmen mit den marktrechtlichen Strukturen vereinbar seien. Im Hinblick auf die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika sei zu untersuchen, ob für bestimmte Aspekte die OECD nicht als geeignete Plattform anzusehen sei. Vielleicht könnte diese Organisation zu dem genannten Zweck auf einigen Gebieten reaktiviert werden. Die OECD biete den Vorteil, daß auch andere moderne Länder, die weder der NATO noch der EWG angehören, in den Prozeß einbezogen werden könnten.

Außenminister *Fanfani* antwortete, es bestehe bereits Übereinstimmung in diesem Punkte insofern als am 16. Dezember in einer NATO-Sitzung, an der

<sup>30</sup> Bundesminister Brandt führte am 15. Dezember 1966 im NATO-Ministerrat aus, „daß die Bundesrepublik mit großem Ernst beim Aufbau der Europäischen Gemeinschaften mitgearbeitet hat und auf ihren Ausbau hofft, wirtschaftlich und politisch. Wenn ich wirtschaftlich sage, dann beziehe ich auch den Vorschlag von Außenminister Fanfani über technologische Zusammenarbeit ein, die wir gern unterstützen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2330 des Legationsrats I. Klasse Droege, Paris (NATO); VS-Bd. 711 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>31</sup> Am 13. Dezember 1966 erklärte Bundeskanzler Kiesinger vor dem Bundestag: „Die Regierung muß insbesondere auch durch gemeinsame Anstrengungen mit befreundeten Staaten der Gefahr eines technologischen Rückstandes entgegenwirken.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3659.

<sup>32</sup> Auf Initiative Frankreichs wurde im April 1965 im Rahmen des „Ausschusses für mittelfristige Wirtschaftspolitik“ die Arbeitsgruppe „Politik auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung“ gegründet. Ihre Aufgabe war es, „die Probleme zu untersuchen, die sich unter Berücksichtigung der Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit anderen Ländern für die Ausarbeitung einer koordinierten bzw. gemeinsamen Politik auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung ergeben, und Maßnahmen zur Inangriffnahme einer solchen Politik vorzuschlagen“. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 23. Dezember 1966; Referat I A 6, Bd. 14.

Staatssekretär Schütz teilgenommen habe, entsprechende Möglichkeiten und Aussichten geprüft worden seien.<sup>33</sup> Man sei auch hier zu dem Ergebnis gelangt, daß die OECD, mit neuen – operativen – Kapazitäten sowie perfektionierten oder neugeschaffenen Instrumenten ausgestattet, als das geeignete Gremium erscheine. Auf dieser Linie sollte man sich fortbewegen. Im Rahmen der Sechs könnte man im Februar das genannte Mandat an die Arbeitsgruppe der Gemeinschaft erteilen und gleichzeitig eine Sitzung der ständigen Vertreter des NATO-Rates vorbereiten, damit etwa im Mai oder Juni ein entsprechender Bericht mit Inaussichtnahme eines Gremiums ausgearbeitet werde<sup>34</sup>, an dem außer den 15 NATO-Staaten auch weitere Länder sich beteiligen könnten. Es stelle sich hier die praktische Frage, ob man es von deutscher Seite für nützlich halte, daß noch vor der Ad-hoc-Konferenz in Brüssel oder unmittelbar nachher Regierungsexperten aus Deutschland und Italien getrennt zusammenkämen.

Der Herr *Minister* verwies auf ein bereits beschlossenes Treffen zwischen Bundesforschungsminister Stoltenberg und dem italienischen Forschungsminister<sup>35</sup>. In diesem Zusammenhang oder getrennt davon könnten Experten aus den beiderseitigen Außenministerien, von Sachverständigen aus anderen Ressorts begleitet, ebenfalls zusammentreten.

Der Herr Minister brachte anschließend das Gespräch auf die Frage der Non-Proliferation. Der deutsche Botschafter in Washington<sup>36</sup> befinde sich zur Zeit in Bonn, wo er mit Bundeskanzler Kiesinger und anschließend mit ihm selbst, dem Herrn Minister, über diese Fragen sprechen werde. Er, der Herr Minister, glaube, es sei nicht sicher, daß es sehr bald zu einem Vertragsabschluß zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR komme. Es könnte aber sein, daß dies doch in den nächsten Wochen geschehe. Auf deutscher Seite bemühe man sich, Näheres zu erfahren, habe jedoch keine klare Übersicht. Er, der Herr Minister, habe zwischen Weihnachten und Neujahr Rusk wissen lassen, daß in der kommenden Woche eine Kabinettsitzung stattfinde, im Hinblick auf die man gerne klarer sehen würde.<sup>37</sup> Die deutsche Haltung habe sich auf drei Gebieten herausgearbeitet:

1) Man habe bestimmte Auffassungen in bezug auf Fragen von allgemeinem Interesse für alle Nichtnuklearstaaten innerhalb oder außerhalb der NATO. Für diese Länder sei es z.B. von entscheidender Bedeutung, ob die beiden Hauptatomkräfte ihre militärischen Bestände abbauen werden oder nicht.

<sup>33</sup> Am 16. Dezember 1966 beschloß der NATO-Ministerrat, die italienischen Vorschläge zu prüfen, „damit so bald wie möglich Maßnahmen ergriffen werden können, um der internationalen Zusammenarbeit auf technologischem Gebiet neue Impulse zu geben“. Der Ständige NATO-Rat sollte dem NATO-Ministerrat auf seiner nächsten Tagung Vorschläge unterbreiten. Ferner wurde NATO-Generalsekretär Brosio beauftragt, „dem Ständigen Rat alsbald einen Bericht über die in der NATO bereits in Angriff genommenen wissenschaftlichen und technologischen Programme vorzulegen, und zwar im Hinblick auf den Beitrag, den diese Arbeiten zur Verringerung technologischer Disparitäten leisten können“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 46.

Zur NATO-Ministerratstagung vgl. auch AAPD 1966, II, Dok. 410.

<sup>34</sup> Zum Beschluß der NATO-Ministerratstagung vom 14. Juni 1967 vgl. Dok. 220, Anm. 20.

<sup>35</sup> Leopoldo Rubinacci.

<sup>36</sup> Heinrich Knappstein.

<sup>37</sup> Zum Schreiben des Bundesministers Brandt an seinen amerikanischen Kollegen Rusk vom 28. Dezember 1966 vgl. Dok. 4, Anm. 15.



Auch liege es im allgemeinen Interesse der Nichtnuklearmächte, daß sie bei der friedlichen Entwicklung der Atomenergie nicht behindert würden und in den Besitz von Kenntnissen auch aus dem militärischen Bereich kommen könnten, die für die friedliche Entwicklung von Bedeutung seien. Dies sei wichtig, auch schon um den bereits erwähnten technologischen Rückstand zu vermindern, zum Beispiel für Länder wie Schweden, Japan, Kanada. Einige grundsätzliche Fragen in diesem Zusammenhang müßten insbesondere mit den Vereinigten Staaten besprochen werden, damit sie, wenn auch nicht in dem Non-Proliferation-Vertrag selbst, so doch wenigstens in gleichzeitig mit der Unterzeichnung abzugebenden Absichtserklärungen ihren Niederschlag finden.

2) Zur Frage der europäischen Option erklärte der Herr Minister, er wisse zwar nicht, was das Bundeskabinett hierzu beschlossen habe; da dieser Punkt jedoch in den Koalitionsverhandlungen besprochen worden sei, könne er hier seine Ansicht dahingehend äußern, daß Europa nicht gedient wäre, wenn jetzt eine sehr umstrittene, kleine und schwache europäische Option vorgesehen würde. Die Position Europas würde dagegen viel stärker, wenn man sagen würde, daß das zukünftige Zustandekommen eines europäischen Zusammenschlusses auch in diesen Fragen neue Tatbestände schaffen würde, die noch nicht in einem jetzt abzuschließenden Non-Proliferation-Vertrag erfaßt werden könnten.

3) Was die atlantische Option betreffe, glaube er, diejenigen wären nicht gut beraten, die ein Projekt, wie das der MLF, jetzt weiterbetreiben würden.

Andererseits bestehe ein lebendiges Interesse an einer Beteiligung an der gemeinsamen Strategie und an dem Krisenmanagement.<sup>38</sup> In diesem Zusammenhang müßte man die USA davon überzeugen, daß nichts in den Vertrag aufgenommen werden dürfe, was zu der Mitwirkung der Nichtnuklearmächte an der gemeinsamen Planung, der Ausarbeitung einer gemeinsamen Strategie und dem Krisenmanagement in Widerspruch stünde. Dies liege unterhalb der Schwelle der Frage des Besitzes, des Erwerbs und der Verfügungsgewalt der war heads. Es bleibe die deutsche Frage; er glaube aber nicht, daß die USA etwas unternehmen könnten, was hiermit in Konflikt stehen würde. Die Bundesregierung wolle sich das Vetorecht auf die auf deutschem Boden stationierten Nuklearwaffen vorbehalten.

Es handle sich bei diesen seinen Ausführungen um eine erste Meinungsbildung nach dem heutigen Stand der Dinge. Vielleicht zeige sich nach der erwähnten Kabinettsitzung, daß diese Vorstellungen von der Regierung allgemein vertreten würden.

Außenminister *Fanfani* dankte für diese Erläuterungen und sprach die Hoffnung aus, daß diese Vorstellungen seines deutschen Kollegen auch als endgültige Meinung von der deutschen Regierung übernommen würden. Aufgrund einiger Elemente, die nach der NATO-Ratstagung vom Dezember zu seiner Kenntnis gekommen seien, glaube er annehmen zu können, daß die Verhandlungen zum Abschluß eines Non-Proliferation-Abkommens schon ziemlich fort-

<sup>38</sup> Zur Institutionalisierung der Arbeitsgruppe für Nukleare Planung des Special Committee vgl. Dok. 7, Anm. 6.

geschritten seien. Man müsse aber die ehrliche Anstrengung unternehmen, um die Vereinigten Staaten auf die Interessen der anderen Länder hinzuweisen. Allerdings dürfe man sich keinen zu großen Illusionen im Hinblick auf eine Abänderung bereits getroffener Vereinbarungen hingeben. Es ergebe sich seiner Auffassung nach nicht nur das Problem, wie die Vereinigten Staaten auf die genannten Interessen hingewiesen werden könnten, sondern auf die Frage nach der Form, in der etwaige Vorbehalte angemeldet werden könnten. In der Taktik wie in der Substanz bestehe zwischen den beiden Regierungen Übereinstimmung. Auch die italienische Regierung beabsichtige, ihre Auffassungen demnächst in einem Schreiben an Außenminister Rusk zu übermitteln. Zur weiteren Prüfung der Frage wäre es günstig, wenn man sich über die beiderseitigen Botschafter gegenseitig über den jeweiligen Stand der Dinge unterrichten könnte.<sup>39</sup>

VS-Bd. 10089 (Ministerbüro)

## 9

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Diehl

Pl-82.02-2/5/67 streng geheim

10. Januar 1967

Betr.: Atomare Probleme im deutsch-französischen Verhältnis

I. Frankreich hat die Entwicklung und Herstellung von Atomwaffen im wesentlichen gemeistert. Die Entwicklung der Wasserstoffbombe innerhalb der nächsten Jahre wird voraussichtlich keine größeren Schwierigkeiten bieten. Die Entwicklung der Träger (Flugzeuge, Mittelstreckenraketen und Atom-U-Boote) ist technisch abgeschlossen. In fünf Jahren werden die ersten französischen taktischen Atomwaffen einsatzbereit sein.<sup>1</sup>

Wirtschaftlich wird die Produktion der strategischen und taktischen Waffen, die Härtung der Raketen durch Verbunkerung sowie der Bau der Atom-U-Bootflotte (erstes Atom-U-Boot 1970) der französischen Wirtschaft eine Periode stärkerer Anspannung bringen. Frankreich wird in den kommenden Jahren wahrscheinlich die Last der nuklearen Rüstung drückender empfinden als bisher. Dem kann es auch nicht entgehen, indem es die konventionellen Streitkräfte gänzlich vernachlässigt, denn seine Bedeutung als Militärmacht beruht nicht nur auf der Kernwaffe allein.

<sup>39</sup> Am 12. Januar 1967 teilte Ministerialdirigent Frank aus einem Gespräch mit dem italienischen Botschafter mit, „daß man sich in Rom wegen der Auswirkungen eines Beitritts zum Non-Proliferations-Vertrag große Sorgen macht“. Luciolli habe dazu ausgeführt, daß eine „für Außenminister Fanfani angefertigte Bewertung der bisherigen Vertragsbestimmungen durch die politische Abteilung des italienischen Außenministeriums [...] zu dem Ergebnis gekommen [sei], dieser Vertrag bedeute ‚eine vollständige Kapitulation‘.“ Vgl. VS-Bd. 2448 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Zum französischen Verteidigungsprogramm für die Jahre 1965 bis 1970, das von der Nationalversammlung am 2. Dezember 1964 verabschiedet wurde, vgl. AAPD 1964, II, Dok. 370.

II. Gegen Ende der IV. Republik (1956/57) boten sich im deutsch-französischen Verhältnis hinsichtlich des Atoms gewisse Ansatzpunkte zur Zusammenarbeit (z. B. deutsche Beteiligung an der Isotopen-Trennungsanlage in Pierrelatte<sup>2</sup>).

Nach seiner Machtübernahme im Mai 1958 verfolgte de Gaulle zunächst seinen Plan eines atlantischen Dreier-Direktoriums, dessen politischer Kern im weltweiten Zusammenwirken mit den angelsächsischen Mächten auf nuklearem Gebiet liegen sollte.<sup>3</sup> Frankreich wäre damit zum Sprecher Kontinentaleuropas in diesem Gremium geworden. Die Amerikaner haben dieses Konzept abgelehnt.<sup>4</sup> Die ursprünglich Erfolg versprechenden Ansätze zu einer französisch-britischen nuklearen Zusammenarbeit wurden durch das amerikanisch-britische Abkommen von Nassau (Dezember 1962)<sup>5</sup> zerstört. Die Engländer lösten sich nicht aus ihrem engen Abhängigkeitsverhältnis zu den USA.

Daraufhin hatte sich de Gaulle zunehmend auf die Entwicklung einer eigenen Kernwaffe konzentriert.<sup>6</sup> Es gibt Anzeichen dafür, daß er nicht von vornherein jede Möglichkeit deutscher Mitwirkung oder eine europäische Lösung ausschloß.<sup>7</sup>

<sup>2</sup> Am 25. November 1957 unterzeichneten die Verteidigungsminister Frankreichs, der Bundesrepublik und Italiens, Chaban-Delmas, Strauß und Taviani, ein Protokoll über militärische Rüstungszusammenarbeit, u. a. auf dem Gebiet der Nuklearforschung und -rüstung. Vgl. DDF 1957, Bd. II, Dok. 380.

Aus den nachfolgenden Kontakten ging eine weitere Vereinbarung hervor, die u. a. die gemeinsame Entwicklung und Produktion einer Isotopentrennungsanlage bei Pierrelatte vorsah. Die Vereinbarung, die eine Aufteilung der Kosten zwischen Frankreich, der Bundesrepublik und Italien im Verhältnis 45:45:10 vorsah, wurde im April 1958 paraphiert. Das Projekt wurde nach der Regierungsübernahme von Staatspräsident de Gaulle nicht weiter verfolgt. Vgl. dazu STRAUSS, Erinnerungen, S. 313–316.

<sup>3</sup> Der französische Staatspräsident leitete am 17. September 1958 Präsident Eisenhower und Premierminister Macmillan ein geheimes Memorandum zu, in dem er eine Erweiterung des Wirkungsbereiches der NATO und eine unmittelbare Beteiligung Frankreichs an den politischen und strategischen Entscheidungen des Bündnisses forderte („Dreier-Direktorium“). Für den Wortlaut vgl. DE GAULLE, Lettres, notes et carnets 1958–1960, S. 83 f.

<sup>4</sup> Am 20. Oktober 1958 teilte Präsident Eisenhower in einem Schreiben an Staatspräsident de Gaulle mit, daß erweiterte Konsultationen nicht auf London und Paris beschränkt bleiben dürften, sondern alle NATO-Partner einbeziehen müßten. Für den Wortlaut des Schreibens vgl. Edward WEINTAL/Charles BARTLETT, Facing the Brink. A Study of Crisis Diplomacy, London 1967, S. 101 f. Im Rückblick hielt der amerikanische Außenminister Rusk zum französischen Memorandum vom 17. September 1958 fest: „We were prepared to consult with de Gaulle and his government on all matters, but it wasn't consultation he wanted as much as our acknowledgment of a special position for France. De Gaulle never forgave us.“ Vgl. Dean RUSK, As I Saw It. A Secretary of State's Memoirs, London/New York 1990, S. 241 f.

<sup>5</sup> Vom 18. bis 21. Dezember 1962 trafen in Nassau (Bahamas) Präsident Kennedy und Premierminister Macmillan zusammen. Sie kamen überein, daß Großbritannien amerikanische Polaris-Raketen zur Ausrüstung von U-Booten erhalten sollte. Damit erhielt das bereits 1960 von amerikanischer Seite angeregte Projekt einer NATO-Atomstreitmacht neuen Auftrieb. Für den Wortlaut des Kommuniqués und der gemeinsamen Erklärung von Kennedy und Macmillan („Nassau-Abkommen“) vom 21. Dezember 1962 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 48, 1963, S. 43–45; Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 30–32.

<sup>6</sup> So erläuterte Staatspräsident de Gaulle bereits am 3. November 1959 in der französischen Militärakademie die Nuklearkonzeption Frankreichs und kündigte den Aufbau einer nationalen Atomstreitmacht – Force de frappe – an. Für den Wortlaut der Rede vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 3, S. 125–129.

<sup>7</sup> Anlässlich der deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 3./4. Juli 1964 in Bonn deutete Staatspräsident de Gaulle gegenüber Staatssekretär Carstens die Möglichkeit einer Mitwirkung der Bundesrepublik beim Aufbau der Force de frappe an. Vgl. dazu AAPD 1964, II, Dok. 186.

Inzwischen hat Frankreich eine nationale Kernwaffenrüstung aufgebaut und gleichzeitig ausdrücklich zu verstehen gegeben, daß es von uns erwarte, wir würden keine nationale Verfügungsgewalt über Atomwaffen und keinen Besitz oder Mitbesitz an solchen Waffen anstreben. De Gaulle ist der Auffassung, daß ein Land mit ungelösten territorialen Problemen wie die Bundesrepublik Deutschland keine Atomwaffen erhalten solle.<sup>8</sup> Es ist zweifelhaft, ob nach Lösung der deutschen Frage Frankreich eine nationale deutsche Atomwaffe für diskussionsfähig hielte. Europäische Lösungen sind aus französischer Sicht unmöglich, solange Europa nicht politisch geeint ist.<sup>9</sup>

Allerdings hat die französische Ostpolitik in der jüngsten Vergangenheit den Kurs in der atomaren Frage wesentlich bestimmt. Frankreich wird auf absehbare Zeit seine atomare Bewaffnung mit niemandem teilen wollen. Dennoch bleibt eine Reihe von Möglichkeiten für ein deutsch-französisches Gespräch aktuell, wenn es gelungen ist, ein Vertrauensverhältnis wiederherzustellen.

III. Die Bundesrepublik hat gegenüber ihren Verbündeten auf die Herstellung atomarer Waffen auf ihrem Gebiet verzichtet (genau genommen nicht auf Erwerb, nicht auf Herstellung im Ausland, nicht auf Beteiligung an multilateralen Lösungen). Nach dem Einschlafen des MLF-Projektes sind wir derzeit, was nukleare Mitsprache anbetrifft, multilateral allein auf die Konsultationen in der ständigen nuklearen Planungsgruppe der NATO angewiesen.

Die amerikanisch-sowjetischen Vorstellungen hinsichtlich eines Nichtverbreitungsabkommens gehen darauf hinaus, uns mehr als dies auch in Zukunft nicht zuzugestehen. Eine europäische Lösung der Kernwaffenfrage mag, was Washington anbelangt, noch nicht völlig abgelehnt sein;<sup>10</sup> ihre realen Chancen sollten jedoch nicht überschätzt werden. Das gilt auch für ein Raketenabwehrsystem.<sup>11</sup>

<sup>8</sup> Der französische Staatspräsident sprach sich am 31. August 1965 gegenüber dem Staatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium, Ball, vor allem gegen eine Beteiligung der Bundesrepublik an einer MLF aus. Nach Darstellung des stellvertretenden Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Schaetzel, betonte de Gaulle, „daß Deutschland in einer besonderen Lage sei und deshalb nicht erwarten könne, im Bereich der Nuklearpolitik auf gleichem Fuße behandelt zu werden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2256 des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 1. September 1965; VS-Bd. 3973 (II A 6); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>9</sup> Am 9. November 1964 führte de Gaulle gegenüber dem ehemaligen Bundeskanzler Adenauer aus: „Heute, zu einer Zeit, wo tatsächlich zwischen Deutschland und Frankreich keine andere politische oder militärische Solidarität bestehe als die Solidarität der NATO, das heißt über Amerika, könne er nicht sagen, daß Frankreich andere Länder an seiner atomaren Kapazität teilhaben lassen könne. Was er aber sagen könne, sei dies, daß an dem Tag, da eine wirkliche politische Organisation in Europa bestehe, die eine kollektive Verantwortung trage und Kollektivpolitik und Verteidigungspolitik betreibe, daß an jenem Tag die französische Atomwaffe zu einem Teil der Verteidigungsmittel Europas werde und unumgänglich für die Verteidigung Europas, das heißt an erster Stelle natürlich die Verteidigung Deutschlands, eingesetzt werde.“ Vgl. AAPD 1964, II, Dok. 318.

<sup>10</sup> Zur amerikanischen Haltung in der Frage einer europäischen Nukleartreitmacht vgl. Dok. 24, besonders Anm. 12.

<sup>11</sup> Am 10. Januar 1967 erklärte Präsident Johnson vor dem Kongreß: „The Soviet Union has in the past year increased its long-range missile capabilities. It has begun to place near Moscow a limited antimissile defense. [...] I expect in the days ahead to closely consult and seek the advice of the Congress about the possibilities of international agreements bearing directly upon this problem.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1967, I, S. 10f. Vgl. dazu ferner DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 56, 1967, S. 171f.

Am 24. Januar 1967 kündigte der amerikanische Präsident vor dem Kongreß im Rahmen der Vorstellung des Haushalts für das Rechnungsjahr 1968 an: „In 1968, we will [...] take no action now to

Die französische Position zum Nichtverbreitungsvertrag ist noch nicht völlig deutlich gemacht worden. Man kann nicht davon ausgehen, daß Frankreich diesem Vertrag beitreten wird. Möglicherweise wird Frankreich sich vielleicht vertragskonform verhalten ohne beizutreten. Es liegt auf der Linie der französischen Politik, dafür zu sorgen, daß Deutschland dem Vertrag beitrifft.

Es sollte festgestellt werden, wie die französische Haltung zum Nichtverbreitungsvertrag ist, und ob de Gaulle und Kossygin über den Nichtverbreitungsvertrag und insbesondere den deutschen Status gesprochen haben.<sup>12</sup>

Es muß unser Bestreben sein, dem französischen Gesprächspartner klarzumachen, daß die auf Atomwaffen verzichtende Bundesrepublik schutzwürdige nationale Interessen auf nuklearem Gebiet besitzt, deren Respektierung sie verlangen kann. Hierzu gehören:

- Verzicht aller Atomkräfte, uns zu bedrohen, zu erpressen oder anzugreifen;
- glaubwürdige Garantien gegen Verletzung dieser Verpflichtung;
- unsere Entschlossenheit, unsere friedliche Kernindustrie nur paritätisch gehandhabten internationalen Kontrollen zu unterwerfen (Kontrollen auch in der UdSSR);
- unser Anspruch, in der friedlichen Nutzung der Kernenergie und in der Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse weder behindert noch beschränkt zu werden;
- diese unsere Interessen decken sich weitgehend mit denen der übrigen Nicht-nuklearen.

IV. Im Zusammenhang mit der Darlegung unserer Interessen auf nuklearem Gebiet wären den französischen Gesprächspartnern Möglichkeiten aufzuzeigen, die eine begrenzte, aber ausbaufähige Zusammenarbeit beider Mächte auf dem militärischen und friedlichen Atomgebiet einleiten könnten.

1) Infolge unserer exponierten strategischen Lage sind und bleiben wir zu einem wesentlichen Teil auf Frankreich angewiesen. Deshalb müssen von uns bald mit Frankreich Gespräche über nukleare Strategie und crisis management geführt werden, zumal Frankreich dem Ausschuß der 14 für nukleare Planung und dessen Untergruppen nicht angehört. Angesichts des zunehmenden Gewichts der „force de dissuasion“ ist es für uns von lebenswichtiger Bedeutung, auf ihre Verwendung (Einsatz sowohl wie Nichteinsatz) in Strategie und crisis management Einfluß zu nehmen.

Hierdurch könnten sich ohne besondere institutionelle Vorkehrungen Ansätze zu einer europäischen Nuklearstrategie und -politik herausbilden.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 44*

deploy an anti-ballistic missile (ABM) defense; initiate discussions with the Soviet Union on the limitation of ABM deployments; in the event these discussions prove unsuccessful, we will reconsider our deployment decision“. Vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1967, I, S. 48.

Vgl. dazu weiter Dok. 40, besonders Anm. 10 und 16.

<sup>12</sup> Der sowjetische Ministerpräsident hielt sich vom 1. bis 9. Dezember 1966 in Paris auf. Dazu teilte Botschafter Klaiber, Paris, aus einem Gespräch mit dem französischen Außenminister Couve de Murville mit, daß Kossygin in der Frage der Nichtverbreitung von Kernwaffen erklärt worden sei, die französische Regierung verspüre „wenig Neigung“, sich einem entsprechenden Abkommen anzuschließen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2010 vom 6. Dezember 1966; VS-Bd. 2500 (I A 3); B 150, Aktenkopien 1966.

Frankreich hat in der Vergangenheit wiederholt erkennen lassen, daß es zu Konsultationen hierüber bereit sei. Wir könnten hier eine wichtige Funktion als Bindeglied zwischen dem Außenseiter Frankreich und dem Gros der NATO-Mächte übernehmen. Hierzu bedarf es allerdings einer besonders vertrauensvollen Zusammenarbeit. Sie könnte sich, ohne die Allianz zu sprengen, mit der Zeit dahin verdichten, auf der europäischen Seite der Allianz eine spezielle deutsch-französische Komponente zu bilden mit zunehmendem Einfluß auf uns besonders berührende strategische und nuklear-politische Probleme.

2) Wenn die nationale französische Atomwaffe leistungsfähig bleiben soll, wird sie vermutlich auf ein ausreichendes Vorwarnsystem als Schutz gegen Überraschungsangriffe und damit auf die deutsche Mitarbeit Wert legen. Hier können Frankreich in der Zukunft nützliche deutsche Beiträge geboten werden, die auch im wohlverstandenen Interesse unserer Verbündeten diesseits und jenseits des Atlantiks liegen.

3) Die Franzosen verfügen noch nicht über Pläne oder Entwicklungen auf dem Gebiet der Raketenabwehr. Es ist nicht völlig ausgeschlossen, daß Ende der siebziger Jahre auf europäischem Boden ein wirksames Raketenabwehrsystem aufgebaut werden könnte. Es würde die gemeinsame Wirtschaftskraft mehrerer westeuropäischer Länder vermutlich nicht übersteigen, während für ein Land die Kosten prohibitiv sein könnten.

Gemeinsame deutsch-französische Studien über die Interessenlage sowie über die technische, wirtschaftliche und politische Durchführbarkeit in Europa und für Europa könnten den Ausgangspunkt bilden.

4) Möglicherweise könnten die deutschen Erfahrungen im U-Boot-Bau der französischen Entwicklung von Atom-U-Booten nutzbar gemacht werden. Darüber hinaus bestehen deutsche Erfahrungen auf dem Gebiet des nuklearen Schiffsantriebs. Daraus könnte sich ein nützlicher Austausch von Kenntnissen ergeben.

5) Eventuell sollte man eine Zusammenarbeit der deutschen und der französischen Industrie beim Bau von Trägersystemen ins Auge fassen und entsprechende Bestrebungen unterstützen.

6) Auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie hat Frankreich bis zum heutigen Tage oft seine Bereitschaft zu engerer Zusammenarbeit zu erkennen gegeben. Dies gilt sowohl bilateral wie innerhalb der multilateralen Organisationen (EURATOM und OECD; beide Organisationen lassen der nationalen Betätigung weites Feld). Die französischen Ideen für das Zusammenwirken mit uns sind bisher nicht ausgeschöpft (Möglichkeiten engerer Zusammenarbeit bei schnellen Reaktoren<sup>13</sup>, chemischer Aufarbeitung, Plutoni-

<sup>13</sup> Nachdem Bundesminister Lenz und der französische Wissenschaftsminister Palewski im Herbst 1964 den gemeinsamen Bau eines Hochflußreaktors vereinbart hatten, einigten sich Bundesminister Stoltenberg und sein französischer Kollege Peyrefitte am 15. Dezember 1966 auf den Entwurf eines entsprechenden Regierungsabkommens, der am 19. Januar 1967 unterzeichnet wurde. Er sah die Errichtung eines Reaktors in Grenoble vor, für den beide Regierungen insgesamt 120 Mio. DM für den Bau und jährlich 35 Mio. DM für die Betriebskosten zu Verfügung stellen sollten. Vgl. dazu die Aufzeichnungen des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 19. Dezember 1966; Referat I A 6, Bd. 60. Für den Wortlaut des Abkommens vgl. Referat I A 6, Bd. 76. Vgl. dazu ferner BULLETIN 1967, S. 40.

um-Technologie, neuen Isotopen-Trennungsv erfahren, nuklearem Schiffsantrieb, bei EURATOM: Zusammenwirken in der Forderung der Konzentration der Mittel auf das Wesentliche).

Es ist wahrscheinlich nicht ratsam, den ganzen Katalog bei der ersten Fühlungnahme der neuen Bundesregierung mit Präsident de Gaulle anzusprechen. Die Entscheidung darüber kann unter Umständen in der Verhandlung selbst getroffen werden.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>14</sup> dem Herrn Minister<sup>15</sup> vorgelegt.

Diehl

VS-Bd. 10423 (Planungsstab)

## 10

### Vortragender Legationsrat I. Klasse Wickert, z.Z. Prag, an Staatssekretär Schütz

Z B 6-1-10198/67 geheim

Aufgabe: 11. Januar 1967, 23.30 Uhr<sup>1</sup>

Delegationstelegramm Nr. 2

Ankunft: 12. Januar 1967, 08.15 Uhr

Citissime

Nur für Staatssekretär, D II<sup>2</sup> und Dg IIa<sup>3</sup>

In heutiger Vormittagssitzung im Prager Außenministerium schilderte ich auf tschechischen Wunsch unsere Vorstellungen über die Modalitäten einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen, insbesondere Absprache über die effektive Wahrnehmung der Berliner Interessen durch unsere zukünftige Botschaft in Prag, politische Erklärung bei der Aufnahme der Beziehungen, sowie Wahrung unserer Rechtsauffassung über die gesamtdeutschen Aufgaben der Bundesregierung.<sup>4</sup>

<sup>14</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 11. und 17. Januar 1967 vorgelegen.

<sup>15</sup> Hat Bundesminister Brandt am 16. Februar 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hierüber muß im Zusammenhang mit Einzelauswertung der Pariser Gespräche gesprochen werden.“

Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 13./14. Januar 1967 vgl. Dok. 14–17 und Dok. 19.

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Brandt am 12. Januar 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hans Ruete.

<sup>3</sup> Ulrich Sahn.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 3, besonders Anm. 5-8 und 13.

Die Verhandlungen wurden am 10. Januar 1967 in Prag aufgenommen. Dazu teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Wickert, z.Z. Prag, mit, er habe gegenüber dem Abteilungsleiter im tschechoslowakischen Außenministerium, Rezek, zu bedenken gegeben, ob die Frage einer Einbeziehung von Berlin (West) nicht leichter zu lösen sei, „wenn man sie in größeren Zusammenhang stellte, d.h., wenn man auch über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen spreche. [...] Rezek schien auf die Möglichkeit, die Verhandlungen in diesem weiteren Rahmen zu führen, nicht vorbereitet zu sein; er muß dazu offenbar Weisungen einholen.“ Vgl. das Delegationstelegramm Nr. 1; VS-Bd. 10071 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

Aus den an uns gerichteten Fragen ging hervor, daß die tschechoslowakischen Gesprächspartner Parallelen zur Aufnahme der deutsch-sowjetischen Beziehungen<sup>5</sup> suchten. Einzelheiten der Modalitäten wurden heute Nachmittag in Unterarbeitsgruppe erörtert, an der von unserer Seite VLR I Dr. Blomeyer teilnahm. Tschechoslowaken nahmen unsere Ausführungen sowohl in Vollsitzung als auch in Unterarbeitsgruppe verständnisvoll auf und erhoben dagegen bisher keine Einwände. Sektionschef Rezek sagte, er wolle uns wenn irgend möglich noch vor Abschluß der Prager Gespräche eine erste Stellungnahme zu den Einzelpunkten und zu dem Gesamtkomplex der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mitteilen.

Der zweite Punkt der heutigen Sitzung war das Münchener Abkommen. Dazu erklärte Rezek: Seine Regierung gehe von der „objektiven Tatsache“ aus, daß das Münchener „Diktat“ ein Gewaltakt und eine Aggressionsmaßnahme Hitlers gewesen und daher von Anfang an null und nichtig gewesen sei.<sup>6</sup> Der Hinweis in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers, das Münchener Abkommen sei unter Gewaltandrohung zustandegekommen<sup>7</sup>, sei ein Fortschritt. Allerdings habe die Bundesregierung daraus nicht die logische Folgerung gezogen, und es als null und nichtig von Anfang an erklärt.<sup>8</sup> Rezek erklärte weiter, aus der tschechoslowakischen Auffassung ergäben sich für das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR folgende Konsequenzen:

1) Da der tschechoslowakische Staat bei<sup>9</sup> allen seinen Handlungen stets von der ex-tunc-Ungültigkeit ausgegangen sei, würde es sich weder auf die jetzige

<sup>5</sup> Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik wurde am 13. September 1955 während des Besuchs des Bundeskanzlers Adenauer in Moskau vereinbart. In gleichlautenden Schreiben von Adenauer und des Ministerpräsidenten Bulganin vom selben Tag wurde die Erwartung ausgedrückt, „daß die Herstellung und Entwicklung normaler Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion zur Lösung der ungeklärten Fragen, die das ganze Deutschland betreffen, beitragen wird und damit auch zur Lösung des gesamten nationalen Hauptproblems des deutschen Volkes – der Wiederherstellung der Einheit eines deutschen demokratischen Staates – verhelfen wird.“ Vgl. DZD III/1, S. 335–337.

<sup>6</sup> Die tschechoslowakische Regierung verwies zur Begründung ihrer Rechtsauffassung, das Münchener Abkommen von 1938 sei „ex tunc“ unwirksam, auf Artikel 64 der tschechoslowakischen Verfassung von 1920, demgemäß jede Abtretung von Staatsgebiet der Zustimmung einer Mehrheit von drei Fünfteln des Abgeordnetenhauses und des Senats bedürfe, eine Genehmigung des Parlaments aber nicht vorgelegen habe. Ferner sei das Abkommen nur infolge eines auf die Tschechoslowakei ausgeübten völkerrechtswidrigen Zwanges zustande gekommen und daher nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen nichtig. Schließlich hätten die beteiligten Staaten gegen eine Reihe von vertraglichen Verpflichtungen verstoßen, wie sie insbesondere in der Satzung des Völkerbundes, im deutsch-tschechoslowakischen Schiedsvertrag vom 16. Oktober 1925 sowie im französisch-tschechoslowakischen Beistandspakt vom 16. Oktober 1925 festgelegt worden seien. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Thierfelder vom 7. November 1966; Referat V 1, Bd. 756.

<sup>7</sup> Am 13. Dezember 1966 erklärte Bundeskanzler Kiesinger vor dem Bundestag: „Die Bundesregierung verurteilt die Politik Hitlers, die auf die Zerstörung des tschechoslowakischen Staatsverbandes gerichtet war. Sie stimmt der Auffassung zu, daß das unter Androhung von Gewalt zustandegewonnene Münchener Abkommen nicht mehr gültig ist.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3662.

<sup>8</sup> Am 5. Mai 1966 bekräftigte die tschechoslowakische Regierung in der Antwort auf die Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 ihren Rechtsstandpunkt und erklärte, es sei für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Staaten „unerlässlich“, daß die Bundesregierung hinsichtlich des Münchener Abkommens dessen „von Anfang an bestehende Ungültigkeit ausdrücklich anerkennt“. Vgl. DZD IV/12, S. 653.

<sup>9</sup> Korrigiert aus: „an“.



Staats- und Verwaltungspraxis der ČSSR auswirken, noch uns Nachteile bringen, wenn wir uns die tschechoslowakische Auffassung zu eigen machen. Die Regierung der ČSSR würde daraus weder neue Rechtsfolgen ableiten noch Forderungen an uns stellen. Es liege ihr fern, uns „in eine Falle zu locken“ und uns nach Anerkennung der ex-tunc-Ungültigkeit des Münchener Abkommens „zur Kasse zu bitten“.

2) Die tschechoslowakische Regierung erwarte (Rezek machte deutlich, daß dies keine Forderung, sondern nur eine Erwartung sei), daß die Bundesregierung sich während der Normalisierung des deutsch-tschechoslowakischen Verhältnisses dem Standpunkt der ČSSR anschließe. Die sofortige Anerkennung des ex-tunc-Standpunktes sei jedoch keine Vorbedingung für den Beginn einer Normalisierung, die sicherlich ein längerer Prozeß sein werde.

Ich erwiderte, daß wir das Münchener Abkommen nicht für null und nichtig von Anfang an ansehen könnten, und begründete das. (Unsere Gesprächspartner nahmen dies ohne weitere Einwände zur Kenntnis.) Wir seien jedoch bereit, unsere Verurteilung der Hitlerschen Gewaltpolitik, die zu dem Münchener Abkommen geführt habe, bei der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen der ČSSR gegenüber zu wiederholen. Von einer Diskussion über die rechtliche Gültigkeit oder Ungültigkeit „ungleicher Verträge“ versprachen wir uns nicht viel. Ich erinnerte daran, daß auch unter den kommunistischen Regierungen hierüber Uneinigkeit herrscht (Sowjetunion–China) und daß dieses Problem schließlich auch gewaltsame Gebietsveränderungen berühren müsse, die im Einvernehmen zwischen Hitler und Stalin vorgenommen worden sind.<sup>10</sup>

Uns interessierte vor allem, welche Rechtsfolgen sich aus dem tschechoslowakischen Standpunkt zum Münchener Abkommen ergäben. Gemäß Instruktion schlug ich daher vor, eine Rechtsexpertengruppe zur Untersuchung dieser Fragen einzusetzen.<sup>11</sup>

Die Tschechoslowaken erwiderten, sie wüßten nicht, welche Rechtsfolgen zu untersuchen seien. Von sich aus sähen sie keine Veranlassung, eine solche Sachverständigengruppe einzusetzen. Die tschechoslowakischen Gesetze und Verordnungen seien ja veröffentlicht und uns bekannt. Wenn wir es aber für nützlich hielten, zu prüfen, welche Rechtsfolgen sich für die Bundesrepublik aus der unterschiedlichen Auffassung von der Ungültigkeit bzw. Nichtigkeit des Münchener Abkommens ergäben, könnten sie uns hierbei vielleicht helfen. Eine endgültige Stellungnahme zu unserem Vorschlag wollten sich Tschechoslowaken noch vorbehalten. Nachdem sie aber zu erkennen gegeben haben, daß sie von uns keine ex-tunc-Nichtigkeitserklärung fordern und daraus auch keine Vorbedingung für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und eine Normalisierung des deutschen-tschechischen Verhältnisses machen, stellt sich die Frage, ob wir auf unserem Vorschlag, eine Expertengruppe einzusetzen,

<sup>10</sup> In einem geheimen Zusatzprotokoll zum Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 steckten das Deutsche Reich und die UdSSR ihre Interessensphären ab und einigten sich dabei auf eine Teilung Polens entlang einer Linie, die durch die Flüsse Pissa, Narew, Weichsel und San bestimmt wurde. Weitere Gebietsveränderungen wurden im Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 vorgenommen. Für den Wortlaut der Verträge vgl. ADAP, D, VII, Dok. 228 und Dok. 229.

<sup>11</sup> Vgl. dazu Dok. 3, Anm. 7.

bestehen sollten. Wir werden daher in morgiger Sitzung unseren Vorschlag nicht forcieren.

Wenn keine besonderen Schwierigkeiten auftauchen, scheint Beendigung dieser Gesprächsphase am Freitag möglich.

Rezek bat nachdrücklich darum, Themen und Ergebnisse der Besprechungen geheim zu halten, um Verlauf der Konferenz nicht zu gefährden.

[gez.] Wickert

VS-Bd. 10071 (Ministerbüro)

## 11

### Drahterlaß des Staatssekretärs Schütz

St.S. 106<sup>I</sup>/67 geheim

11. Januar 1967<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 107 Plurex

Aufgabe: 12. Januar 1967, 09.20 Uhr

Citissime für Paris

Betr.: Gespräch mit den drei alliierten Botschaftern<sup>2</sup> am 10.1.1967

Über das Gespräch unterrichte ich Sie wie folgt:

1) Innerberliner Kontakte

Ich erläuterte unseren Standpunkt, daß die stärkere Verantwortlichkeit des Senats Berlin für diese Fragen nach außen hin unterstrichen werden sollte. Dabei sei sicherzustellen, daß es eine laufende, wenn irgend möglich aber nicht öffentliche Konsultation mit und in Bonn gebe. Die drei Botschafter zeigten Verständnis und begrüßten diesen Vorschlag.

Ich verwies auf die Versuche, zu einer weiteren Regelung über die Härtestelle zu kommen.<sup>3</sup> Auf Bitte der Botschafter um meine Einschätzung der Lage er-

<sup>1</sup> Drahterlaß an die Botschaften in Paris, London, Washington und Moskau.

<sup>2</sup> George C. McGhee (USA), Frank K. Roberts (Großbritannien) und François Seydoux de Clausonne (Frankreich).

<sup>3</sup> Die 4. Passierschein-Vereinbarung vom 7. März 1966 räumte Einwohnern von Berlin (West) das Recht ein, „in dringenden Familienangelegenheiten mit Passierscheinen ihre nächsten Verwandten in Berlin (Ost)“ besuchen zu dürfen. Diese Regelung galt für den gesamten Zeitraum der Vereinbarung – also bis zum 30. Juni 1966 – und war somit nicht an bestimmte Besuchszeiträume gebunden. Die Passierscheinstelle, die diese Härtefälle bearbeitete, befand sich in Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 196. Für den Wortlaut der Vereinbarung vgl. DzD IV/12, S. 291–294. Während die Verhandlungen für eine weitere Passierschein-Vereinbarung scheiterten, kamen Senatsrat Korber und der Staatssekretär beim Ministerrat der DDR, Kohl, am 6. Oktober 1966 überein, die Tätigkeit der „Härtestelle“ auf der Basis der Vereinbarung vom 7. März 1966 bis zum 31. Januar 1967 fortzusetzen. Für den Wortlaut des Protokolls vgl. DzD IV/12, S. 1464. Vgl. dazu ferner AAPD 1966, II, Dok. 312.

Am 4. Januar 1967 informierte Staatssekretär Krautwig, Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, im Koordinierungsausschuß der Staatssekretäre darüber, daß Korber „in den nächsten Tagen der anderen Seite neue Gespräche (Härtestelle-Regelung für die Zeit vom 1.2.–31.12.1967) vorschlagen werde“. Korber habe Kohl für den 11. Januar 1967 zu einem Gespräch nach Berlin

klärte ich, daß es sehr schwer sei, sich ein genaues Bild zu machen, jedoch beurteilte ich die Aussichten, auch die Härtestelle zu behalten, nicht sehr günstig.<sup>4</sup> Diese Einschätzung entsprach der Meinung der Gesprächsteilnehmer.

## 2) Postangelegenheiten

### a) Allied Working Party on International Accounting of PTT<sup>5</sup> (AWP)

(Zur Vorgeschichte: vergleiche Plurex 4571 geh. vom 2.12.<sup>6</sup>)

Es ist zu vermuten, daß die SBZ ihre Bediensteten in den AWP nach Fertigstellung der Abrechnung für 1966, d.h. in den nächsten Monaten, zurückziehen sowie keine Abrechnungsdaten für 1967 liefern wird. Die Zone zielt mit ihren Maßnahmen darauf ab, ihre Stellung in internationalen Post- und Fernmeldeorganisationen aufzuwerten und ihre Forderung nach einer Internationalisierung des innerdeutschen Postverkehrs zu untermauern. Wir haben deshalb an dem Fortbestand der AWP erhebliches Interesse. Die drei Verbündeten teilen unsere Auffassung. Sie stimmen mit uns auch darin überein, daß die Zone in der derzeitigen Phase der Angelegenheit vielleicht darauf ausgehe, die Haltung des Westens auf Härte oder Nachgiebigkeit zu testen. Es kam daher beim Aufbau der Gegenposition darauf an, solche Maßnahmen zu ergreifen, die die Zone zu einem stillschweigenden Rückzug veranlassen könnten: Weiterarbeit der AWP auch nach einem eventuellen Rückzug der Bediensteten der SBZ; Protestschritt der Verbündeten bei den Sowjets am 19.12.1966;<sup>7</sup> Demarchen bei der UPU und ITU<sup>8</sup>. Der Mitteilung der SBZ an andere Staaten,

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 50*

(West) eingeladen. Vgl. die Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter vom 9. Januar 1967; VS-Bd. 4180 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Am 12. Januar 1967 teilte der Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der DDR, Abusch, in einem Schreiben an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Albertz, mit, daß die „Härtestelle“ bis zum 31. März 1967 weitergeführt werden könne. Am 31. März 1967 gab die Nachrichtenagentur ADN bekannt, daß der „Leiter der Passierscheinstelle der Deutschen Demokratischen Republik für dringende Familienangelegenheiten in Westberlin“ erklärt habe, „er werde mit seinen Mitarbeitern am 1. April 1967 wiederkommen und die Tätigkeit der Passierscheinstelle für dringende Familienangelegenheiten fortsetzen“. Vgl. DzD V/1, S. 302 bzw. S. 829 f.

<sup>5</sup> Post and Telecommunications.

<sup>6</sup> Mit dem am 30. November 1966 konzipierten Drahterlaß informierte Staatssekretär Carstens die Botschaften in Washington, London, Paris und Moskau über den Verlauf seines Gesprächs mit den Botschaftern der Drei Mächte am 28. November 1966. Vgl. VS-Bd. 427 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1966.

Am 23. November 1966 schlug die DDR in Noten an die Regierungen der Drei Mächte vor, das 1947 vom Alliierten Kontrollrat zum Zweck der Abrechnung des Postverkehrs zwischen Deutschland als Ganzem und dem Ausland eingerichtete Alliierte Abrechnungsbüro (AWP) zum 1. Januar 1967 aufzulösen. Am 15. Dezember 1966 teilte sie mit, daß sie mit Wirkung vom 1. Januar 1967 ihre Mitarbeit in der AWP einstellen und künftig die Abrechnung mit den Postverwaltungen der beteiligten Staaten direkt abwickeln werde. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Jung vom 19. Dezember 1966; VS-Bd. 4144 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966. Vgl. ferner die Erklärung der DDR vom 14. Januar 1967; DzD V/1, S. 307 f.

<sup>7</sup> In einer Stellungnahme, die der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin übergeben wurde, teilten die Drei Mächte mit, daß sie ein Fortbestehen des Alliierten Abrechnungsbüros wünschten und die Fortsetzung der Mitarbeit der DDR erwarteten. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Jung vom 19. Dezember 1966; VS-Bd. 4144 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>8</sup> Am 21. Dezember 1967 übermittelte die Bundesregierung dem Internationalen Bureau des Weltpostvereins (UPU) eine Note, in der darum gebeten wurde, von einer Zirkulierung der Erklärung der DDR vom 13. Dezember 1966 abzusehen, mit der die UPU davon in Kenntnis gesetzt worden war, daß die DDR ihre Mitarbeit im Alliierten Abrechnungsbüro einstellen werde. Für den Wortlaut der Note vgl. VS-Bd. 4144 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Am 28. Dezember 1966 übergaben die USA und Großbritannien dem Generalsekretär der Inter-

daß sie ihre Beteiligung an der AWP einstelle und um Vereinbarung bilateraler Verrechnungsbestimmungen bitte, soll dadurch entgegengewirkt werden, daß die AWP die PTT-Verwaltungen mittels eines Zirkulars vom Weiterbestehen der AWP unterrichtet und bittet, das bisherige Abrechnungsverfahren fortzusetzen. Über dieses Zirkular besteht unter uns und den Verbündeten noch keine Einigkeit; die Franzosen wünschen – bevor an das Ausland herantreten wird – eine Klärung der Frage, in welcher Weise sich die Weiterarbeit nach einem evtl. Auszug der SBZ gestalten würde.<sup>9)</sup>

Ich bat die drei Botschafter um baldige Zustimmung, damit zur Vermeidung von Mißverständnissen bei anderen Postverwaltungen das AWP kurzfristig sein Zirkular herauschicken könnte.

Die drei Botschafter erklärten, sich hierum bemühen zu wollen.<sup>10)</sup>

b) Forderung der Ostberliner Postverwaltung

(Vorgeschichte: Die SBZ hat am 29.9. und am 1.10.1966 das Bundespostministerium und den Senator für Post- und Fernmeldewesen in Berlin<sup>11)</sup> zu „zwischenstaatlichen Vereinbarungen“ über die Zusammenarbeit aufgefordert und Forderungen auf Zahlungen von mehreren 100 Millionen DM für Dienstleistungen der SBZ-Post angemeldet.<sup>12)</sup> Diese Aufforderung wurde nicht beantwortet. Das Problem besteht darin, ob der Zonen-Post für ihre Dienstleistungen Entschädigungen – soweit diese gerechtfertigt sind – zugehen könnten, ohne daß unser Standpunkt – PTT-Verkehr in Deutschland ist eine inner-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 51*

nationalen Fernmeldeunion (ITU) in Genf, Sarwate, eine Note, in der ausgedrückt wurde, daß der Bitte der DDR um Unterstützung bei der direkten Abrechnung mit ausländischen Postverwaltungen nicht entsprochen werden solle. Eine entsprechende Demarche Frankreichs erfolgte am 4. Januar 1967. Dazu teilte Botschafter von Keller, Genf (Internationale Organisationen), mit, daß Sarwate zugesagt habe, „die Mitteilung der SBZ über ihren Rückzug aus der Alliierten Postverrechnungsstelle in Berlin und die von ihr angegebene neue Adresse für die Verrechnung von Post- und Fernmeldegebühren nicht veröffentlichen zu lassen“. Vgl. den Schriftbericht vom 19. Januar 1967; Referat II A 1, Bd. 710.

<sup>9)</sup> Dazu bemerkte Ministerialdirektor Ruete am 2. Januar 1967, in der Bonner Vierergruppe sei seitens der Bundesregierung das Verfahren eines „Zirkulars“ des Alliierten Abrechnungsbüros an die mit ihr korrespondierenden Postverwaltungen angeregt worden. Während die USA in dieser Angelegenheit zu einer „weltweiten politischen Demarche“ neigten, wolle die französische Regierung vermeiden, „daß finanzielle Forderungen an die Zone auf die drei Alliierten – als Vorstand der AWP – zukämen“. Vgl. VS-Bd. 4144 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10)</sup> Am 13. Februar 1967 informierte Ministerialdirektor Ruete darüber, daß das Alliierte Abrechnungsbüro (APW) am 20. Januar 1967 die mit ihm korrespondierenden Postverwaltungen darum gebeten habe, mit der DDR keine bilateralen Abrechnungsverfahren einzurichten. Am 30. Januar 1967 seien die Abrechnungspartner dann über die Modalitäten unterrichtet worden, die im Falle einer Einstellung der Mitarbeit der DDR eine Weiterarbeit des APW sicherstellen sollten: „Mit diesen Maßnahmen sind der Aktion der Zone überall Barrieren entgegengestellt worden. Es bleibt nunmehr abzuwarten, ob die Zone auf dem angekündigten Weg weitergehen wird.“ Vgl. den Rund-erlaß von Ruete; Referat II A 1, Bd. 710.

<sup>11)</sup> Klaus Schütz.

<sup>12)</sup> Für die Schreiben des Ministers für Post- und Fernmeldewesen der DDR, Schulze, vgl. Referat II A 1, Bd. 419.

Am 30. November 1966 übermittelte das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der DDR dem Fernmeldetechnischen Zentralamt der Bundespost in Darmstadt eine spezifizierte Rechnung „auf der Grundlage der international festgelegten Verrechnungssätze zuzüglich Zins und Zinseszins“. Danach beliefen sich die Forderungen und Verbindlichkeiten vom 1. Juli 1948 bis 31. Dezember 1965 auf insgesamt 881,1 Mio. DM. Am 1. Dezember 1966 übermittelte das Ministerium dem Senator für Post- und Fernmeldewesen in Berlin, Schütz, Forderungen in Höhe von 523,45 Mio. DM. Vgl. dazu Referat II A 1, Bd. 419.

deutsche Angelegenheit – beeinträchtigt würde. Es ist sicher, daß die Post der SBZ wegen des Übergewichts des aus dem Bundesgebiet in die SBZ laufenden Postverkehrs, für den die Gebühren bei uns anfallen, erhebliche Dienstleistungen erbringt, ohne ein Entgelt dafür zu bekommen. Es besteht immerhin die Möglichkeit, daß die SBZ den innerdeutschen Postverkehr blockiert, wenn sie keinen Ausgleich erhält.)

Ich erklärte den Botschaftern, daß nach Gesprächen zwischen den Bundesressorts<sup>13</sup> in dieser Frage eine generelle Entscheidung des Kabinetts ausstehe. Ich deutete an, daß das Auswärtige Amt der Meinung zuneige, man sollte auf technischer Ebene über die Modalitäten künftiger Zahlungen für zu erbringende Leistungen im innerdeutschen Postverkehr zu ermitteln versuchen.<sup>14</sup>

### 3) Binnenschiffahrtsgebühren

(Vorgeschichte: Durch neue Vorschriften der SBZ vom 19.11.1966<sup>15</sup> wurden mit Wirkung vom 1.12.1966 die alten Binnenschiffahrtsgebühren um 6 bis 200 % erhöht. Die drei westlichen Botschafter haben schon am 28. November 1966 gegenüber Staatssekretär Carstens die Ansicht vertreten, daß diese neuen Abgaben im Vergleich mit Westeuropa nicht als überhöht anzusehen seien. Zum gleichen Ergebnis kam das BM Verkehr. Die neuen Anordnungen werfen aber für Berlin (West) besondere rechtliche Fragen auf, da die Binnenwasserstraßen und Schleusen in Berlin (West) von dem Wasserstraßenhauptamt in Ostberlin betrieben werden.<sup>16</sup> Bei Berliner Senat und Allierter Kommandantur besteht Übereinstimmung darüber, daß die Zone nur ein Betriebsrecht über die Wasserstraßen in Berlin hat. Folglich ist das Wasserstraßenhauptamt in Ostberlin für die Festsetzung der in Berlin-West zu erhebenden Gebühren

<sup>13</sup> Am 4. Januar 1967 entschied der Koordinierungsausschuß der Staatssekretäre, daß das Bundesministerium für Post- und Fernmeldewesen eine Kabinettsvorlage ausarbeiten solle mit dem Ziel, Richtlinien für Gespräche des Fernmeldetechnischen Zentralamtes der Bundespost in Darmstadt mit der zuständigen Stelle der DDR zu verabschieden. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter vom 9. Januar 1967; VS-Bd. 4180 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>14</sup> In einer gemeinsamen Kabinettsvorlage des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen vom 16. Januar 1967 wurde dazu festgestellt, daß die Forderungen der DDR zwar überhöht sein mögen; es sei jedoch „nicht zu vertreten, auf den Versuch einer Regelung im Verhandlungswege zu verzichten“. Vgl. VS-Bd. 4189 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967. Am 28. Juni 1967 beschloß das Kabinett, mit der Postverwaltung der DDR Verhandlungen unter der Voraussetzung zu führen, daß auch Berlin (West) durch die Bundesrepublik vertreten werde, keine Abrechnung auf internationaler Basis erfolge und die Drei-Staaten-Theorie nicht anerkannt werde. Ferner sollten nur Kosten für Leistungen ab 1967 ersetzt werden. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ritzel vom 17. Juli 1967; VS-Bd. 4189 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut der „Anordnung über den Schlepp- und Bugsiertarif der Binnenschiffahrt für nicht in der Deutschen Demokratischen Republik ansässige Auftraggeber“ sowie der „Anordnung über die Erhebung von Schiffsabgaben auf den Binnenwasserstraßen“ vgl. GESETZBLATT DER DDR 1966, Teil II, S. 795–797 bzw. S. 797–809.

<sup>16</sup> Mit BK/L (61) 23 vom 12. Juli 1961 und BK/L (62) 27 vom 25. September 1962 erläuterte die Alliierte Kommandantur Berlin die Befugnisse des Wasserstraßenhauptamtes von Ost-Berlin dahingehend, daß ein Recht zur Verwaltung der Schleusen Spandau, Charlottenburg, Plötzensee sowie der Ober- und Unterschleuse im Landwehrkanal bestehe und für die Benutzung dieser Schleusen Gebühren erhoben werden dürften. Vgl. dazu das Schreiben des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Albertz, vom 16. Januar 1967 an die Alliierte Kommandantur; Referat II A 1, Bd. 709. Am 2. Januar 1967 vermerkte Ministerialdirektor Ruete, daß eine unmittelbare Anwendung [der Anordnungen der DDR vom 19. November 1966 „die sowjetzonale These unterstreichen [würde], daß diese Wasserstraßen das Hoheitsgebiet der ‚DDR‘ seien“. Vgl. Referat II A 1, Bd. 712.

nicht zuständig. Vorschriften der SBZ können ohnehin nicht unmittelbar in Berlin (West) gelten. Der Wortlaut einer förmlichen Protesterklärung der drei Alliierten gegenüber Ostberlin (Feststellung der Nichtgültigkeit der SBZ-Anordnung für Westberlin) ist am 6.1.1967 in der Bonner Vierer-Gruppe vereinbart und den Regierungen zur Zustimmung zugeleitet worden.<sup>17</sup> Die Kommandantur und der Senat von Berlin werden die Frage der Herausgabe einer besonderen Anordnung des Senats über die Höhe der in Rede stehenden Abgaben für die Westberliner Wasserstraßen prüfen.<sup>18)</sup>

Die Botschafter sagten weitere Prüfung der Angelegenheit zu. Derjenige Botschafter, der in nächster Zukunft als erster mit Botschafter Abrassimow zusammentrifft, wird die Angelegenheit zusätzlich zu sonstigen Schritten zur Sprache bringen.

#### 4) Berlin-Teil des NATO-Kommunikés<sup>19</sup>

Botschafter Roberts informierte mich, daß ein sowjetischer Protest zum Berlin-Teil des NATO-Kommunikés vorliege. Zu seinem Bedauern war er nicht in der Lage, mir den Wortlaut zu geben.<sup>20</sup>

Über die Antwort bestand zwischen den Herren keine Übereinstimmung. Roberts befürwortete eine Antwort, McGhee bezweifelte die Notwendigkeit, Seydoux äußerte keine Meinung.<sup>21</sup>

#### 5) „Automatische Berlin-Klausel“

Ich habe die Herren darauf hingewiesen, daß auf unseren mit dem deutschen Memorandum vom 12.7.1966<sup>22</sup> übermittelten Vorschlag völlig ungenügend,

<sup>17</sup> Am 19. Januar 1967 übergab der Vorsitzende der Alliierten Kommandantur Berlin, Banfield, dem Chef des Protokolls an der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin ein Schreiben, in dem festgestellt wurde, daß die einseitige Festsetzung der Schleusengebühr durch das Wasserstraßenhauptamt von Ost-Berlin juristisch unwirksam sei. Chruschew nahm vom Inhalt Kenntnis, verweigerte jedoch die Annahme des Schreibens unter Hinweis darauf, daß die Verantwortung für die Wasserwege bei der DDR liege. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Mitarbeiters der Senatskanzlei von Berlin, Kunze, vom 24. Januar 1967; Referat II A 1, Bd. 712.

<sup>18</sup> Am 14. März 1967 stellte der Kontaktausschuß fest, daß der Senat von Berlin den Entwurf einer Abgabenordnung für die Benutzung der Wasserstraßen von Berlin (West) vorgelegt habe. Die Alliierte Kommandantur habe daraufhin angeregt, vor Inkrafttreten der Verordnung Gespräche mit dem Wasserstraßenhauptamt von Ost-Berlin einzuleiten. Vgl. dazu den Auszug aus dem Protokoll; Referat II A 1, Bd. 712.

<sup>19</sup> Im Kommuniké über die NATO-Ministerratstagung am 15./16. Dezember 1966 in Paris stellten die USA, Großbritannien, Frankreich und die Bundesrepublik fest: „Die Außenminister bekräftigten, daß ihre Regierungen weiterhin für die Sicherheit und Lebensfähigkeit des freien Berlin verantwortlich sein würden.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 45.

<sup>20</sup> In dem Aide-mémoire wurde ausgeführt, daß das Kommuniké über die NATO-Ministerratstagung am 15./16. Dezember 1966 in Paris auch im Namen der Bundesrepublik veröffentlicht worden sei. Der entsprechende Passus erwecke daher den Eindruck, als ob die Bundesregierung hinsichtlich der Sicherheit von Berlin (West) eine Zuständigkeit anstrebe, die sie nicht besitze und die im Widerspruch zur rechtlichen und faktischen Stellung der Stadt stehe. Für den englischen Wortlaut des Aide-mémoires vom 5. Januar 1967 vgl. VS-Bd. 4180 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>21</sup> Am 14. Februar 1967 leiteten die Drei Mächte einen Antwortentwurf auf das Aide-mémoire der UdSSR vom 5. Januar 1967 an das Auswärtige Amt. Darin wurde bestätigt, daß die Erklärung im Kommuniké über die NATO-Ministerratstagung am 15./16. Dezember 1966 keine Änderung ihres Standpunktes ausdrücke und die Sicherheit der Westsektoren Berlins in ihrer alleinigen Verantwortung liege. Vgl. VS-Bd. 4180 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>22</sup> In einem am 12. Juli 1966 von Ministerialdirigent Ruete den Vertretern der Drei Mächte übergebenen Rechtsgutachten wurde darauf hingewiesen, daß sich eine Einbeziehung von Berlin (West)

nämlich mit einem Gegenvorschlag, der auf den Inhalt unseres Memorandums nicht einging, und wohl auch sehr zögernd (nämlich erst im Oktober 1966) seitens der Alliierten reagiert worden sei.<sup>23</sup> Dieser Vorgang sei wegen unserer Bemühungen um Entspannung und Normalisierung der Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten von hervorragender Bedeutung, und ich bäte darum, diese politische Bedeutung zu erkennen.

Ich bat um eine baldige und klare politische Entscheidung, bei der meines Erachtens der Rechtsstandpunkt der Mächte in Berlin unbeeinträchtigt bleibe und bei der meines Erachtens auch der Status quo in und um Berlin nicht verändert zu werden brauche.

6) Zum Abschluß baten die Botschafter um einen kurzen Überblick über unsere Bemühungen mit den osteuropäischen Staaten. Ich habe ihnen den Standpunkt der Bundesregierung erläutert.

Zusatz für Paris: Wie Herrn Gesandten Limbourg durch LR I Blech mitgeteilt worden ist, beabsichtige ich, die mit den Botschaftern besprochenen Punkte auch in meinem für Freitagvormittag vorgesehenen Gespräch mit Alphand zu behandeln.<sup>24</sup>

Schütz<sup>25</sup>

**VS-Bd. 426 (Büro Staatssekretär)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 54*

insbesondere in bilaterale völkerrechtliche Verträge mit Ostblock-Staaten immer schwieriger gestalte. Die Bundesregierung rege daher an, daß die Drei Mächte und die Alliierte Kommandantur Berlin sich damit einverstanden erklären sollten, Berlin (West) auch ohne besondere Berlin-Klausel „automatisch“ als in jede internationale Vereinbarung einbezogen zu betrachten, die Berlin (West) nicht ausdrücklich ausschließe. Das Recht der Alliierten Kommandantur, im Einzelfall Einspruch einzulegen, bleibe davon unberührt. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 2795 des Ministerialdirektors Werz vom 13. Juli 1967; VS-Bd. 4185 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966. Vgl. dazu auch AAPD 1966, I, Dok. 136.

<sup>23</sup> Am 19. Oktober 1966 schlugen die Vertreter der Drei Mächte im Rahmen der Bonner Vierergruppe vor, die Bundesregierung solle gegenüber den Alliierten die Einbeziehung von Berlin (West) nicht mehr in Form einer bindenden Klausel feststellen, sondern lediglich versichern, daß sie „auf die eine oder andere Weise zumindest eine stillschweigende Verständigung darüber erzielt hätte, daß der Vertragspartner der Einbeziehung Berlins nicht widerspreche und nicht widersprechen werde“. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Wieck vom 20. Oktober 1966; VS-Bd. 8519 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. dazu auch AAPD 1966, II, Dok. 408.

<sup>24</sup> Zum Gespräch des Staatssekretärs Schütz mit dem Generalsekretär im französischen Außenministerium am 13. Januar 1967 vgl. Dok. 15, Anm. 6.

<sup>25</sup> Paraphe vom 12. Januar 1967.

## 12

**Ministerialdirektor Ruete, z.Z. Bukarest,  
an das Auswärtige Amt**

Z B 6-1-10205/67 geheim

Aufgabe: 12. Januar 1967, 14.40 Uhr

Fernschreiben Nr. 32

Ankunft: 12. Januar 1967, 15.33 Uhr

Delegationstelegramm Nr. 4

Citissime

Rumänischer Außenminister Manescu empfing mich zusammen mit Herrn Strätling am 11.1.1967 zu einer etwa anderthalbstündigen Unterredung.<sup>1</sup>

Eingangs überbrachte ich Grüße des Herrn Bundesaußenministers, der die Hoffnung habe, daß es ihm bald möglich sein werde, Herrn Manescu in Bonn zu empfangen.<sup>2</sup> Sodann gab ich – verbunden mit Ausführungen über die grundsätzlichen politischen Ziele der Bundesregierung – eine Darstellung des bisherigen Verhandlungsergebnisses aus deutscher Sicht.

Herr Manescu erwiderte die Grüße des Herrn Bundesaußenministers auf das herzlichste und bat mich, dem Herrn Bundesminister seine aufrichtigen Wünsche für eine lange und erfolgreiche Amtszeit zu übermitteln. Er freue sich sehr darauf, bald die Bekanntschaft des Herrn Bundesministers machen zu können und hoffe, daß bei den Gesprächen in Bonn nicht nur die Frage der diplomatischen Beziehungen, sondern eine Reihe von anderen Themen erörtert werden würde. Im Verlaufe des Gesprächs machte Herr Manescu folgende Ausführungen:

## 1) Allgemein

Durch alle Ausführungen Manescus zog sich wie ein roter Faden der Gedanke unserer gegenwärtigen Interessengleichheit. Die rumänische Regierung messe der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland große politische Bedeutung bei.<sup>3</sup> Von rumänischer Seite würden weder

<sup>1</sup> Zum Stand der Bemühungen der Bundesregierung um die Aufnahme von Verhandlungen mit Rumänien über die Herstellung diplomatischer Beziehungen vgl. AAPD 1966, II, Dok. 412. Die Verhandlungen wurden am 7. Januar 1967 in Bukarest aufgenommen. Zu Beginn legte Ministerialdirektor Ruete dar, daß die Bundesregierung vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen fünf „Vorfragen“ klären wolle: a) die Form der Beziehungen; b) die gemeinsame politische Erklärung anlässlich der Beziehungsaufnahme; c) den Alleinvertretungsvorbehalt der Bundesregierung; d) die Wahrnehmung der Interessen von Berlin (West) durch die diplomatische Vertretung der Bundesrepublik in Bukarest; sowie e) die Frage der Familienzusammenführung. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 13; VS-Bd. 10071 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Am 5. September 1966 übermittelte Bundesminister Schmücker in Bukarest dem rumänischen Außenminister Manescu eine Einladung der Bundesregierung zum Besuch in die Bundesrepublik. Die Einladung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Strätling, Bukarest, am 26. Dezember 1966 im Namen der neuen Bundesregierung erneuert. Vgl. dazu AAPD 1966, II, Dok. 273. Vgl. ferner den Drahtbericht Nr. 864 von Strätling vom 27. Dezember 1966; VS-Bd. 4209 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>3</sup> Am 19. Dezember 1966 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Naupert über Äußerungen des Stellvertretenden Leiters der rumänischen Handelsvertretung in Frankfurt/Main. Vlad habe ausgeführt, daß die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vom 13. Dezember 1966 „in ihrem Teil über Osteuropa zweifellos einen Fortschritt darstelle. Seine Regierung sei unverändert an einer möglichst baldigen Aufnahme von diplomatischen Beziehungen [...] interes-



Bedingungen gestellt, noch Schwierigkeiten gemacht werden. Man verlange nicht, daß wir unsere grundsätzlichen politischen Positionen aufgäben. Auf der anderen Seite könne die rumänische Seite uns diese Positionen aber auch nicht attestieren; dies würde sich schädlich auf die weitere Entwicklung nicht nur des deutsch-rumänischen Verhältnisses, sondern auch des gesamten Ost-West-Verhältnisses auswirken. Rumänien müsse sehr vorsichtig vorgehen und keine unbesonnenen Schritte unternehmen. Er glaube andererseits, daß die Ergebnisse der jetzt zu treffenden deutsch-rumänischen Vereinbarungen Ausstrahlungen haben würden und daß die Vereinbarungen einen Modellfall für etwaige weitere Verhandlungen mit anderen Ländern darstellen könnten.

## 2) Form der Vereinbarung

Bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion sei seinerzeit die Form eines Briefwechsels gewählt worden.<sup>4</sup> Die Situation habe sich inzwischen geändert. Um den Fortschritten in den internationalen Beziehungen Rechnung zu tragen, ziehe er unter den gegebenen Umständen die Form eines gemeinsamen Kommuniqués vor, das seiner Ansicht nach mehr sei als ein Briefwechsel: Da es sich einer gemeinsamen Sprache bediene, spiegele es den tatsächlichen Stand der Beziehungen besser wider.<sup>5</sup> Er begrüße es daher, daß wir auf diese Anregung eingegangen seien.

## 3) Inhalt des Kommuniqués

Es sei ein Gebot der politischen Klugheit, das Kommuniqué nicht mit gewagten politischen Erklärungen zu belasten. Die rumänische Regierung bringe dem deutschen Wiedervereinigungsbestreben großes Verständnis entgegen. Eine derartige Haltung einer Nation entspreche auch der marxistisch-leninistischen Ideologie. Er bitte jedoch um Verständnis dafür, daß die rumänische Regierung in dieser Frage bei Abfassung eines gemeinsamen Kommuniqués gegenwärtig nicht die gleiche Sprache sprechen könne wie wir. Niemand würde davon Gewinn ziehen. Wenn die rumänische Regierung schon jetzt derartige Erklärungen zur Wiedervereinigungsfrage<sup>6</sup> abgebe, würde sie<sup>7</sup> an Autorität für den Fall verlieren, daß sie<sup>8</sup> später vielleicht auch einige Ideen

*Fortsetzung Fußnote von Seite 56*

siert. Man sehe den Sondierungsgesprächen mit ‚gewisser Ungeduld‘ entgegen. Die Zeit müsse im Interesse beider Staaten genutzt werden.“ Vgl. VS-Bd. 4208 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>4</sup> Zum Beschluß vom 13. September 1955 über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 5.

<sup>5</sup> Am 9. Januar 1967 erklärte der Abteilungsleiter im rumänischen Außenministerium, Bogdan, seine Regierung neige hinsichtlich der Form der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu einem gemeinsamen Kommuniqué anlässlich des Treffens des Bundesministers Brandt mit seinem rumänischen Kollegen Manescu, „da dann Bedeutung des Aktes betont und ‚Moskauer Modell‘ nicht kopiert werde“. Er übergab den Entwurf eines Kommuniqués und bat um Änderungs- bzw. Ergänzungsvorschläge. Vgl. den Drahtbericht Nr. 18 des Ministerialdirektors Ruete, z. Z. Bukarest; VS-Bd. 10071 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Am 9. Januar 1967 schlug Ministerialdirektor Ruete, z. Z. Bukarest, vor, den rumänischen Entwurf für ein gemeinsames Kommuniqué durch einen Hinweis auf die „Anerkennung des Rechts eines jeden Volkes, sein Schicksal selbst zu bestimmen und seine Gesellschaftsordnung selbst zu wählen“, zu ergänzen. Ferner sollten beide Staaten ihrer Hoffnung Ausdruck verleihen, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen „zur Verbesserung der Voraussetzungen für die Lösung der deutschen Frage, einschließlich der Vereinigung Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Basis, beitragen“ werde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 18; VS-Bd. 10071 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Korrigiert aus: „es“.

<sup>8</sup> Korrigiert aus: „es“.

zur Wiedervereinigung beisteuern könne. Er bitte daher, die auf die Wiedervereinigung Deutschlands bezüglichen Formulierungen aus dem Entwurf herauszunehmen, da sie Rumänien nur in eine schwierige Lage bringen und der Möglichkeit berauben würden, das gleiche unter besseren Umständen zu sagen.

#### 4) Alleinvertretungs-Vorbehalt<sup>9</sup>

Manescu zeigte Verständnis dafür, daß die Bundesregierung anlässlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien ihren Rechtsstandpunkt klarstellen wolle, daß sie zur Vertretung des gesamten deutschen Volkes berechtigt sei. Er bat andererseits auch um Verständnis dafür, daß die rumänische Regierung in diesem Falle ihre eigene Haltung zum Ausdruck bringen müsse. Die von Rumänen eingegangenen Verpflichtungen erlaubten es ihm nicht, auf eine derartige Verlautbarung zu verzichten. Hinsichtlich der Form, in der diese Klarstellung erfolgen würde, könne er sich nicht festlegen. Dies hänge entscheidend vom Ton der deutschen Ausführungen ab. Er meinte, wir sollten bemüht sein, die negativen Akzente zu vermeiden und mehr den positiven Aspekt herauszustellen. Manescu erwähnte folgende Möglichkeiten einer rumänischen Stellungnahme: Erklärung des Ministerpräsidenten oder Außenministers, Verlautbarung der rumänischen Presseagentur Agerpress, Aufnahme in einem Leitartikel.

Ich glaube nicht, daß gegenwärtig in dieser Frage eine stärkere Festlegung von rumänischer Seite zu erwarten ist.

#### 5) Tätigwerden einer künftigen deutschen Botschaft für die Interessen Berlins<sup>10</sup>

Der Minister hob – ohne auf Einzelheiten einzugehen – hervor, daß dies für ihn kein Problem sei. Alle Aspekte seien lösbar. Er hoffe, daß wir den Rumänen auf dem Wege einer praktischen Lösung der Probleme folgen und ihnen Vertrauen entgegenbringen würden. Sie seien nicht in der Lage, uns schriftliche Zusicherungen zu geben, jedoch würden sie fest zu mündlichen Abmachungen stehen. Sein Hinweis, daß die Handelsvertretung bisher ohne schriftliche Abmachungen, jedoch mit Wissen und stillschweigender Billigung der rumänischen Regierung, Befugnisse ausgeübt und Rechte wahrgenommen ha-

<sup>9</sup> Am 10. Januar 1967 teilte Ministerialdirigent Sahm Ministerialdirektor Ruete, z. Z. Bukarest, mit, der rumänische Verhandlungspartner solle lediglich von der Absicht unterrichtet werden, daß die Bundesregierung – möglichst durch Bundeskanzler Kiesinger – erklären wolle, sie habe sich zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien „in Wahrung und Aufrechterhaltung unseres Rechtsanspruchs entschlossen [...]“. Unschädlich wäre es, wenn rumänische Regierung ihrerseits zu gegebener Zeit ihren Standpunkt darlegen würde.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 16; VS-Bd. 4208 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> In den Instruktionen für die Delegation der Bundesrepublik wurde festgestellt, daß eine effektive Betreuung der Bewohner von Berlin (West) durch die Botschaft in Bukarest und ihre Konsularabteilung sichergestellt werden müsse. Da eine förmliche Vereinbarung hierüber „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ nicht zu erreichen sein werde, sei eine Zusicherung seitens Rumäniens anzustreben, welche die Vertretung der Interessen von Berlin (West) durch die Botschaft der Bundesregierung „in der Praxis“ gewährleiste. Eine entsprechende Absprache solle, „wenn irgend möglich, schriftlich fixiert werden, und sei es nur in sehr lockerer Form“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 10 des Legationsrats I. Klasse Blech vom 4. Januar 1967 an Legationsrat Soenksen, z. Z. Rom; VS-Bd. 10071 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

be, die weit über den durch Abmachungen gesetzten Rahmen gingen<sup>11</sup>, war sicher als Appell an uns zu verstehen, der rumänischen Regierung auch in Zukunft Vertrauen zu schenken.

#### 6) Familienzusammenführung<sup>12</sup>

Wie Bogdan, mit dem ich am Vormittag ein längeres Gespräch über diese Frage hatte<sup>13</sup>, betonte Manescu, daß die rumänische Regierung sich bisher keinem ausländischen Staat gegenüber in derartigen Fragen schriftlich verpflichtet habe. Es handele sich um rumänische Staatsangehörige, über die Rumänien als souveräner Staat nach eigenen Gesetzen entscheide. Aus humanitären Gründen bringe die rumänische Regierung diesen Fragen jedoch Verständnis entgegen. Sie sei bereit, unter diesem Gesichtspunkt den deutschen Anträgen Aufmerksamkeit zu schenken und im Laufe der Zeit immer mehr Fälle zu lösen. Bogdan hatte am Vormittag gebeten, ihm eine größere Liste „ausgewählter Fälle“ zukommen zu lassen, um deren schnelle Abwicklung er sich bemühen werde. Meiner Ansicht nach würde dies möglicherweise auf eine Reduzierung der bisher angemeldeten Anträge hinauslaufen und muß sehr genau überlegt werden. Ich habe mich daher nicht festgelegt.

#### 7) Deutschlandbesuch Manescus

Mit Wünschen für den Deutschlandbesuch, nach denen ich gefragt hatte, war der Minister zurückhaltend. Er sei bereit, sowohl hinsichtlich der Gesprächspartner als auch hinsichtlich des Programms unseren Anregungen Folge zu leisten. Das hauptsächliche Arbeitsdokument solle seiner Ansicht nach das *Kommuniqué* sein.<sup>14</sup>

Die Atmosphäre nahm während des Gesprächs laufend an Herzlichkeit zu. Um dieses zu unterstreichen, ließ sich der Minister zum Schluß die übrigen Herren

<sup>11</sup> Im Rahmen der Verhandlungen über die Errichtung von Handelsvertretungen vereinbarten Ministerialdirektor Krapf und der rumänische Stellvertretende Außenminister Pele am 17. Oktober 1963 mündlich, die Ausübung von Paß- und Sichtvermerksbefugnissen stillschweigend zu dulden. Infolge unterschiedlicher Auslegungen dieser Absprache wurden seit dem Sommer 1965 erneut Gespräche über die Befugnisse der Handelsvertretungen geführt. Am 1. April 1966 erklärte die rumänische Regierung, daß sie sowohl die Ausstellung von Visa als auch von Pässen durch die Handelsvertretung der Bundesrepublik in Bukarest „nicht zur Kenntnis“ nehmen werde. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 96.

<sup>12</sup> Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 57.

In den Instruktionen für die Delegation der Bundesrepublik wurde ausgeführt, daß dem Deutschen Roten Kreuz gegenwärtig noch etwa 72 000 Ausreisearträge von Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben vorlägen. Hätten bis Mitte Mai 1965 monatlich noch mehrere hundert Personen Rumänien verlassen dürfen, seien seit Anfang 1966 die Zahlen erheblich zurückgegangen (August 1966: 46 Personen; September 1966: 62 Personen; Oktober 1966: 40 Personen; November 1966: 30 Personen). Im Rahmen der Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen solle daher auf „möglichst verbindliche rumänische Zusagen für eine zügige Behandlung der engsten Familienzusammenführung [...] und der Härtefälle“ gedrängt werden. Vgl. den Drahterlaß Nr. 10 des Legationsrats I. Klasse Blech vom 4. Januar 1967 an Legationsrat Soenksen, z. Z. Rom; VS-Bd. 10071 (Ministerbüro1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>13</sup> Dazu teilte Ministerialdirektor Ruete, z. Z. Bukarest, mit, er habe vom Abteilungsleiter im rumänischen Außenministerium „eine über allgemeine Wohlwollenserklärung hinausgehende, wenn auch nicht sehr substantielle Zusicherung einer Erhöhung der Ausreisegenehmigungen“ erhalten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 31 vom 12. Januar 1967; VS-Bd. 10071 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>14</sup> Zum Besuch des rumänischen Außenministers Manescu vom 30. Januar bis 4. Februar 1967 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 39.

der deutschen Delegation<sup>15</sup> vorstellen und brachte in Gegenwart der beiden Delegationen einen Toast auf das Gelingen der Verhandlungen und die deutsch-rumänische Verständigung aus.

Über den Stand der Verhandlungen berichte ich getrennt.<sup>16</sup>

[gez.] Ruete

VS-Bd. 10071 (Ministerbüro)

### 13

#### Vortragender Legationsrat I. Klasse Wickert, z.Z. Prag, an Staatssekretär Schütz

Z B 6-1-10215/67 geheim  
Delegationsbericht Nr. 3  
Citissime

Aufgabe: 12. Januar 1967, 20.00 Uhr  
Ankunft: 12. Januar 1967, 23.00 Uhr

Nur für Staatssekretär, D II<sup>1</sup> und Dg II<sup>2</sup>

Gespräche mit tschechoslowakischem Außenministerium sind, soweit in diesem Stadium möglich, heute zu Ende geführt worden. Heutiger Meinungsaustausch betraf in erster Linie Münchener Abkommen<sup>3</sup>, Austausch von Gewaltverzichtserklärungen<sup>4</sup> und Einbeziehung Berlins.

1) Zum Münchener Abkommen:

Tschechoslowakischer Arbeitsgruppenleiter Rezek sagte, indem er seine Ausführungen von gestern<sup>5</sup> noch einmal zusammenfaßte, die Regierung der ČSSR erwarte, daß die Bundesregierung, wenn es ihr um eine Normalisierung der Beziehungen gehe, die Richtigkeit des tschechoslowakischen Standpunktes zum Münchener Abkommen (ex tunc-Ungültigkeit) einsehe, anerkenne, in irgendeiner Form deutlich zum Ausdruck bringe und entsprechend handle. Dies sei eine Erwartung, aber keine Forderung. Wenn die Bundesregierung sich dem tschechoslowakischen Standpunkt anschließe, ergäben sich für die ČSSR

<sup>15</sup> Teilnehmer der Delegation der Bundesrepublik waren neben Ministerialdirektor Ruete die Legationsräte I. Klasse Hillger und Haas.

<sup>16</sup> Vgl. Dok. 20.

<sup>1</sup> Hans Ruete.

<sup>2</sup> Ulrich Sahn.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

<sup>4</sup> In der Note vom 25. März 1966 schlug die Bundesregierung vor, „mit den Regierungen der Sowjetunion, Polens, der Tschechoslowakei und jedes anderen osteuropäischen Staates, der dies wünscht, förmliche Erklärungen auszutauschen, in denen jede Seite gegenüber dem anderen Volk auf die Anwendung von Gewalt zur Regelung internationaler Streitfragen verzichtet“. Vgl. BULLETIN 1966, S. 330 f. Vgl. dazu auch AAPD 1966, I, Dok. 58.

Zur Frage eines Austauschs von Gewaltverzichtserklärungen mit der Tschechoslowakei vgl. auch AAPD 1966, II, Dok. 310.

<sup>5</sup> Zu den Verhandlungen vom 11. Januar 1967 vgl. Dok. 10.

keine neuen Rechtsfolgen; eine solche Entscheidung habe auch „keinen Einfluß auf tschechoslowakische Handlungen“.

Unser Vorschlag, eine Kommission von Rechtsexperten einzusetzen<sup>6</sup>, finde wenig Beifall, da eine solche Maßnahme zu spektakulär sei.

Die Anregung Rezek's, in Bonn noch einmal zu überlegen, ob eine Expertenkommission notwendig sei oder ob die uns interessierenden Fragen auf eine andere, formlosere Weise mit der tschechoslowakischen Seite geklärt werden könnten, nahmen wir an.

## 2) Zum Austausch von Gewaltverzichtserklärungen:

Ich stellte noch einmal eingehend unsere Friedenspolitik dar und unterbreitete den in der Instruktion enthaltenen Vorschlag, erweiterte Gewaltverzichtserklärungen auszutauschen.<sup>7</sup> Rezek erwiderte, dieses Thema überschreite die Kompetenz seiner Abteilung. Die tschechoslowakische Regierung lehne Diskussionen, die den Frieden und die Sicherung des Friedens beträfen, nicht grundsätzlich ab. Die ČSSR habe bereits als Mitglied der UN auf Gewaltanwendung verzichtet.<sup>8</sup> Er müsse darauf aufmerksam machen, daß sein Land Mitglied der sozialistischen Familie sei. Seine Regierung würde eine europäische Friedenssicherung in einem weiteren Rahmen vorziehen.<sup>9</sup> Im übrigen sollten wir wohl auch den anderen in unseren Gesprächen erörterten Fragen den Vorrang geben. Ich stimmte Rezek's letzter Bemerkung zu.

## 3) Zur Einbeziehung Berlins:

VLR I Dr. Blomeyer übergab, nachdem darüber bereits gestern in Unterarbeitsgruppe gesprochen worden war, Entwurf für einen Briefwechsel zur Einbeziehung Berlins in ein Handelsabkommen. Entwurf enthält drei Alternativformeln<sup>10</sup>. Tschechoslowakische Gesprächspartner drückten Befriedigung dar-

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 3, Anm. 7.

<sup>7</sup> In der Instruktion vom 5. Januar 1967 für die Verhandlungen mit der Tschechoslowakei wurde die Delegation der Bundesrepublik ermächtigt zu erklären, daß die Bundesregierung „nach wie vor bereit [sei], mit der Regierung der ČSSR Gewaltverzichtserklärungen auszutauschen. Um aber jeden Verdacht zu zerstreuen, wir wollten die Deutschlandfrage gewaltsam lösen, schlage die Bundesregierung vor, beide Seiten sollten zusätzlich versichern, daß sie eine Lösung der Deutschlandfrage nur mit friedlichen Mitteln wünschen und daß sie sich auch in dieser Hinsicht jeder Gewalt oder Drohung mit Gewalt enthalten werden.“ Vgl. VS-Bd. 4243 (II A 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> In Artikel 2, Absatz 3 und 4 der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 verpflichten sich die Mitgliedstaaten, ihre Konflikte mit friedlichen Mitteln zu lösen und sich der Androhung oder des Einsatzes von Gewalt gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit anderer Staaten zu enthalten. Vgl. CHARTER OF THE UNITED NATIONS, S. 676.

<sup>9</sup> Am 27. April 1966 schlug der sowjetische Außenminister Gromyko in Rom die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz vor, auf der die Frage des Abzugs von Truppen des Warschauer Pakts und der NATO, die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa sowie die Möglichkeiten einer „friedlichen Regelung des deutschen Problems“ behandelt werden sollten. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 142.

Der Vorschlag war ebenfalls Gegenstand der Tagung des Warschauer Pakts vom 4. bis 6. Juli 1966 in Bukarest. In ihrer Abschlusserklärung („Bukarester Deklaration“) regten die Mitgliedstaaten an, eine europäische Konferenz „zur Erörterung von Fragen der Gewährleistung der Sicherheit in Europa und zur Anbahnung der europäischen Zusammenarbeit“ einzuberufen. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1966, D 423.

<sup>10</sup> In dem Entwurf des Briefwechsels wurde das Einverständnis formuliert, a) „daß dieses Abkommen denselben rechtlichen Geltungsbereich haben soll wie das deutsch-tschechoslowakische Protokoll über den Zahlungsverkehr vom 24. September 1956“; b) „daß dieses Abkommen in den Gebieten gilt, in denen die Deutsche Mark und die tschechoslowakische Krone gesetzliche Zah-

über aus, daß Einbeziehung Berlins nicht im Abkommenstext selbst, sondern in einem gesonderten Briefwechsel festgelegt werden soll, worin sie einen Fortschritt und eine Erleichterung ihrer Position erblickten.

Rezek stellte darauf die Frage, ob diplomatische Beziehungen bereits vor Abschluß eines Handelsabkommens aufgenommen werden könnten. Frage kam nicht überraschend, da tschechoslowakischer Völkerrechtsreferent bereits gestern in Unterarbeitsgruppe zu verstehen gegeben hatte, daß man auch bereit sei, zu prüfen, ob bei Aufnahme diplomatischer Beziehungen die generelle Einbeziehung Berlins in alle künftigen Verträge in die Vereinbarung über die effektive Wahrnehmung der Berliner Interessen durch unsere künftige Prager Botschaft eingebaut werden könne. Blomeyer stellte daher heute in der Vollsetzung einen Entwurf für eine Vereinbarung zur Diskussion, den er ausdrücklich als persönlichen Beitrag zu dem Gespräch bezeichnete. Entwurf hat folgenden Wortlaut:

„Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag wird auch die Interessen Berlins und der Berliner Bevölkerung in der Tschechoslowakei vertreten. Ferner sollen auch alle künftig zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik abgeschlossenen Vereinbarungen ipso jure zugleich für das Gebiet von Berlin (West) gelten.

Die tschechoslowakische Delegation hat in diesem Zusammenhang ihren grundsätzlichen politischen Standpunkt hinsichtlich der Stellung Berlins zum Ausdruck gebracht. Die deutsche Delegation hat hiervon Kenntnis genommen.“

Rezek sagte, seine Behörden würden alle in dieser Sitzung erörterten Vorschläge zur Einbeziehung Berlins ernsthaft prüfen. Heute könne er nur folgendes sagen:

- Die ČSSR sei nach wie vor an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu uns interessiert.
- Die Anknüpfung diplomatischer Beziehungen sei ein Schritt auf dem Wege zur Normalisierung des deutsch-tschechoslowakischen Verhältnisses und müsse in diesem Zusammenhang betrachtet werden.
- Die tschechoslowakische Regierung habe aus den Gesprächen erkannt, daß es uns jetzt darum gehe, in den Beziehungen zur ČSSR konkrete Schritte zu unternehmen. Sie werde die Vorschläge in künftigen Gesprächen weiterbehandeln.
- Sie nehme zur Kenntnis, daß die Bundesregierung wünsche, daß West-Berlin in internationale Abmachungen zwischen der Bundesregierung und der tschechoslowakischen Regierung einbezogen werde und daß die zukünftige Botschaft in Prag effektiv die Westberliner Interessen wahrnehme. Hierzu sei jedoch ein qualifizierter Vorbehalt zu machen: Die Auffassung der Bundesregierung dürfe den politischen Standpunkt der ČSSR zur Berlin-Frage nicht beeinträchtigen.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 61*

lungsmittel sind“; c) „daß der Waren- und Zahlungsverkehr zwischen den beiden Vertragspartnern in dem Gebiet abgewickelt wird, in dem die Deutsche Mark und die tschechoslowakische Krone gesetzliche Zahlungsmittel sind“. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Wickert vom 17. Januar 1967; VS-Bd. 10071 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

In der folgenden Gesprächsphase werde die tschechoslowakische Regierung zu den von uns vorgebrachten Punkten detailliert Stellung nehmen. Einen Terminvorschlag für die nächste Besprechung werde man uns voraussichtlich spätestens Ende März mitteilen.<sup>11</sup>

Zum Abschluß gab Rezek, gewissermaßen als Pflichtübung, seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß den ermutigenden Worten der Regierungserklärung<sup>12</sup> keine grundsätzliche Änderung unserer Position gefolgt sei. Man habe mehr Entgegenkommen und wirkliche neue Vorschläge von uns erwartet. Unsere Forderung, West-Berlin einzubeziehen, habe die Gespräche keineswegs erleichtert.<sup>13</sup> Auch in der Frage des Münchener Abkommens seien wir auf halbem Wege stehen geblieben. Rezek fügte jedoch sofort hinzu, diese Bemerkungen sollten unsere künftigen Kontakte nicht belasten.

4) Unseren Hinweis, wir würden im Zusammenhang mit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen klarstellen, daß die Bundesregierung sich als Sprecher für das ganze Volk betrachte, wurde ohne Einwand entgegengenommen.

5) Rezek bat dafür zu sorgen, daß keine Diskrepanz zwischen deutscher und tschechoslowakischer Presseinformation über die Gespräche auftrete, damit Prag nicht zu Dementis genötigt werde. Wir sollten heute Abend allgemeine Linie für Presseverlautbarungen<sup>14</sup> absprechen, die jede Seite gesondert abgeben sollte.

Ich benutzte diese Gelegenheit zu dem Hinweis, daß es für die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen förderlich sein würde, wenn die tschechoslowakische Presse sich in Zukunft jeglicher Polemik gegen uns enthielte, die die Bundesregierung zwar nicht beeindrucken würde, in unserer Öffentlichkeit aber unerwünschte Reaktionen hervorrufen könne. Maßvolle Worte, wie sie Präsident Novotny in seiner Neujahrsansprache<sup>15</sup> gefunden habe, seien dem deutsch-tschechoslowakischen Verhältnis sicher dienlicher.

6) Gespräche verliefen in angenehmer, freundlicher Atmosphäre. Die tschechoslowakischen Gesprächspartner waren interessiert und bemühten sich um Verständnis unserer Situation. Gelegentlich war allerdings Mißtrauen gegenüber unseren Absichten spürbar. Zu einer sofortigen, verbindlichen Antwort auf unsere Vorschläge, auf deren Umfang und konkrete Form sie offensichtlich

<sup>11</sup> Vgl. dazu Dok. 174.

<sup>12</sup> Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vom 13. Dezember 1966 vgl. Dok. 3, Anm. 9.

<sup>13</sup> Dazu führte Vortragender Legationsrat I. Klasse Wickert zusammenfassend aus, daß die tschechoslowakische Delegation sowohl den Entwurf für eine generelle Einbeziehung von Berlin (West) in ein Abkommen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen als auch die Vorschläge für eine Berlin-Klausel zur Einbeziehung in ein Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr als „unbefriedigend“ bezeichnet, eine Prüfung allerdings zugesagt habe. Außerhalb der Sitzungen habe sie deutlich gemacht, daß die Forderung der Bundesregierung nach einer schriftlichen Einbeziehung von Berlin (West) „das größte und entscheidende Hindernis für eine Normalisierung der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen sein werde“. Die tschechoslowakische Regierung neige nicht dazu, „bei der Akzeptierung einer Berlin-Klausel in der gegenwärtigen Phase die Avantgarde zu bilden“. Vgl. die Aufzeichnung vom 17. Januar 1967; VS-Bd. 10071 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>14</sup> Vgl. dazu die Meldung „Bonn nennt Gespräch in Prag ‚sehr nützlich‘“; DIE WELT, Nr. 12 vom 14. Januar 1967, S. 4.

<sup>15</sup> Für einen Auszug aus der Rede vgl. DzD V/1, S. 243 f. (Auszug).

nicht vorbereitet waren, sahen sie sich nicht imstande.<sup>16</sup> Entscheidung wird mit Sicherheit nicht im Außenministerium, sondern auf höchster Ebene, d. h. im Zentralkomitee und letztlich wohl von Novotny getroffen werden.

[gez.] Wickert

VS-Bd. 10071 (Ministerbüro)

## 14

### Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Staatspräsident de Gaulle in Paris

ZA 5-7.A/67 geheim

13. Januar 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler führte am 13. Januar 1967 um 11.45 Uhr in Paris ein erstes Gespräch unter vier Augen mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle.

Einleitend sagte General *de Gaulle*, er freue sich, den Herrn Bundeskanzler begrüßen zu können, zunächst einmal, weil es sich um diesen Bundeskanzler handle, vor allem aber, weil es sich um den Kanzler der Bundesrepublik Deutschland handle. Er werde über alle gemeinsam interessierenden Themen in aller Ruhe sprechen können.

Der Herr *Bundeskanzler* bedankte sich und betonte, er freue sich, daß sein erster Auslandsbesuch ihn nach Frankreich führe. Er erinnere den General daran, daß er ihm schon beim letzten Besuch in Bonn<sup>2</sup> gesagt habe, in einem Jahr werde sich ein Meinungswandel vollzogen haben. Er habe damals noch nicht wissen können, daß das Schicksal ihn an die Spitze des deutschen Volkes rufen werde. Er habe die Aufzeichnungen über die Gespräche seines Vorgängers mit dem General aufmerksam gelesen, wolle aber dessen Zeit und Energie nicht

<sup>16</sup> Am 17. Januar 1967 faßte Vortragender Legationsrat I. Klasse Wickert die Gespräche dahingehend zusammen, daß das Hauptmotiv der Tschechoslowakei zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen „zweifelloso der Wunsch [seil], den Handel zu verstärken. In den Verhandlungen sprachen die Tschechoslowaken [...] von dem ‚sanften Druck‘ des Außenhandelsministeriums. In privatem Gespräch gingen sie noch weiter. Sie sagten, sie würden nicht nur vom Außenhandelsministerium, sondern auch von anderen Sektionen des Außenministeriums gedrängt, Erfolge zu melden. Sie äußerten die Sorge, bei einer weiteren Integration der EWG-Länder und angesichts der Orientierung Österreichs zum Gemeinsamen Markt werde die tschechoslowakische Position im Handel mit dem Westen immer ungünstiger. Im privaten Gespräch sagte Rezek wörtlich: ‚Wir haben Angst, daß wir diesmal nicht nur den Zug verpassen, sondern daß plötzlich der ganze Bahnhof weggefahren ist.‘“ Vgl. VS-Bd. 10071 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 16. Januar 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Der französische Staatspräsident hielt sich am 21. Juli 1966 zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen in Bonn auf. Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Kiesinger, nahm als Bevollmächtigter der Bundesrepublik für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit teil. Für die Gespräche des Bundeskanzlers Erhard und des Bundesministers Schröder mit de Gaulle und mit dem französischen Außenminister Couve de Murville vgl. AAPD 1966, II, Dok. 228–230.



damit beanspruchen, die damals behandelten Themen nutzlos zu wiederholen. Es liege ihm am Herzen, dem General zu sagen, daß die Regierungserklärung über das deutsch-französische Verhältnis aufrichtig und ernst gemeint sei.<sup>3</sup> Hinter dieser Erklärung stehe die überwältigende Mehrheit des Bundestages und damit die große Mehrheit des deutschen Volkes, das in der großen Koalition so breit wie noch nie zuvor vertreten sei.

General *de Gaulle* warf hier in deutscher Sprache ein, er habe die Erklärung sehr sorgfältig gelesen und wohl zu würdigen gewußt.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, er komme nicht als Demandeur, sondern als jemand, der mit großer Zustimmung den deutsch-französischen Vertrag<sup>4</sup> begrüßt habe und als jemand, der mit der bisherigen Realisierung des Vertrages nicht zufrieden sei. Er sei bereit, alles in seiner Macht stehende gemeinsam mit seiner Regierung zu tun, um nach Maßgabe der heutigen Umstände das Versäumte nachzuholen und insbesondere den politischen Kern des Vertrages in die Tat umzusetzen.

General *de Gaulle* sagte, zu den Bedingungen und, wie er hinzufügte, dem Geist, in dem dieser Vertrag mit Dr. Adenauer abgeschlossen worden sei, wolle er bemerken, daß Frankreich und Deutschland darin in erster Linie die Demonstration der Aussöhnung der beiden Völker und ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit erblickt hätten.

Zusammenarbeit sei ein zugleich sehr vager und sehr präziser Begriff. Er sei vage, weil man auf alle mögliche Weise zusammenarbeiten könne, er sei präzise, weil zwei Länder wie Deutschland und Frankreich in der heutigen Welt, zwei Länder, die nicht identisch seien, denn Deutschland werde immer Deutschland und Frankreich immer Frankreich bleiben, in ihren politischen Handlungen sich immer soweit nur irgend möglich abstimmen können. Dies nenne er Zusammenarbeit. Darüber hinaus gebe es praktische Bestimmungen für die gemeinsame Arbeit, die der Herr Bundeskanzler in seiner bisherigen Eigenschaft<sup>5</sup> vollkommen durchgeführt habe und die dazu beitrügen, die Beziehungen und Gefühle im Grundlegenden zu vertiefen: in der Jugendarbeit<sup>6</sup>,

<sup>3</sup> Am 13. Dezember 1966 erklärte Bundeskanzler Kiesinger vor dem Bundestag dazu u. a., daß die Bundesregierung den Wunsch habe, „die im deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 enthaltenen Chancen zur Koordinierung der Politik beider Länder so konkret wie möglich zu nützen. Sie wird dafür Vorschläge unterbreiten.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3664.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>5</sup> Am 3. Juli 1963 erklärte sich das Kabinett mit dem Vorschlag der Ministerpräsidentenkonferenz einverstanden, den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg zum „Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit“ zu ernennen. Kiesinger und der französische Erziehungsminister Fouchet erörterten in der Folgezeit insbesondere Fragen des Schul- und Universitätswesens. Vgl. dazu AAPD 1964, II, Dok. 188.

<sup>6</sup> Das Kuratorium des Deutsch-Französischen Jugendwerks stellte auf seiner Tagung am 9. Januar 1967 in Paris fest, daß seit Ende 1963 ungefähr 1 Mio. Jugendliche an etwa 20 000 Kursen und Austauschprogrammen teilgenommen hätten. Vgl. dazu BULLETIN 1967, S. 28.

Am 17. Dezember 1966 vermerkte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg, daß der Schwerpunkt der Arbeit des Jugendwerks neben der Sprachförderung auf der Gewinnung und Ausbildung von Führungskräften sowie auf dem Austausch von berufstätigen Jugendlichen liege: „Besonders erfolgreich waren die Programme, an denen junge Juristen, Pädagogen, Wirtschaftler und Führungskräfte der Gewerkschaften teilgenommen haben. [...] Die Schwierigkeiten, denen sich das

im Wissenschaftsbereich<sup>7</sup> und natürlich in der Wirtschaft<sup>8</sup>. Es sei schon sehr viel, daß die beiden Länder im Gemeinsamen Markt zusammen seien. Dies sei sehr wichtig. Ganz allmählich komme es dazu, daß unvermeidlich die Solidarität des deutschen und französischen Lebens enger werde. Dasselbe gelte für die gemeinsamen Interessen nach außen, z.B. gegenüber Amerika, gegenüber der dritten Welt, gegenüber dem Osten, in der Wirtschaft. Aus diesen Gründen sei der Vertrag unterzeichnet worden. Es sei dann ganz offensichtlich nicht einfach gewesen, ihn mit aktivem Leben zu erfüllen, angesichts der Situation, in der sich Frankreich, vor allem aber Deutschland befunden habe, die er anerkenne. Es sei nicht leicht, weder innenpolitisch noch nach dem Osten und in erster Linie wegen der von Deutschland abgetrennten Zone, gegenüber den früheren Feinden Deutschlands, die um Deutschland herumlagen. All dies führe notgedrungen dazu, daß Deutschland in einer besonderen Lage sei, die nicht für Frankreich gelte. Er verstehe, daß in dieser Situation die Anwendung des Vertrages auf sehr präzise Weise durch Deutschland schwer sei, es sei denn, daß Einigkeit in den Auffassungen, in der deutschen Politik, zwischen den deutschen Politikern bestünde, die es aber nicht gebe. Folglich habe der Vertrag gelebt, aber mehr als ein Austausch guter Gefühle und als potentielle Möglichkeit, die eines Tages in die Wirklichkeit umgesetzt werden könnte. In diesem Geist habe Frankreich auch an dem Vertrag festgehalten und die regelmäßigen Kontakte mit der Bundesregierung fortgeführt, niemals irgend etwas Politisches gegen Deutschland getan, und er sage gleich, daß auch Deutschland nichts gegen Frankreich getan habe. Frankreich habe die Bundesregierung auch stets über seine politischen Handlungen und Absichten informiert. Schließlich sei im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich ein großer Fortschritt auf eine engere Solidarität getan worden. Dies sei nicht nichts, es sei nicht kolossal, aber es sei auch nicht nichts.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er habe schon darauf hingewiesen, daß er zu jenen gehöre, die mit der Realisierung des Vertrages nicht einverstanden gewesen seien. Damit wolle er nicht sagen, daß nichts geschehen sei. Er selbst habe zusammen mit Herrn Fouchet einen bescheidenen Beitrag leisten können. Natürlich gebe es zwischen den beiden Völkern eine Vielzahl wertvoller Beziehungen, die in der Zukunft noch enger werden sollten. Die neue Regierung sehe sich nun vor folgende Frage gestellt. Wie der General wisse, habe die SPD, als der deutsch-französische Vertrag zur Ratifikation angestanden habe, Wert auf eine Präambel gelegt, die zumindest zu falschen Interpretationen Anlaß geben konnte, welche dann auch von einigen vielleicht angestellt worden

*Fortsetzung Fußnote von Seite 65*

Jugendwerk gegenübersieht, beruhen vor allem auf der sehr verschiedenen Struktur und Mentalität der beiden Länder. Sie erschweren gelegentlich die Vermittlung der entsprechenden Partner im Nachbarlande. Trotz dieser Schwierigkeiten hat die Arbeit des Jugendwerkes schon im ersten Jahr alle Erwartungen übertroffen.“ Vgl. VS-Bd. 2483 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>7</sup> Zur wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich vgl. Dok. 19, Anm. 25.

<sup>8</sup> Am 28. Juni 1965 beschlossen Bundesminister Schmücker und der französische Wirtschaftsminister d'Estaing die Bildung einer Studiengruppe, welche die Kontakte zwischen Industrieunternehmen beider Staaten fördern und zur Lösung von Fragen unterschiedlicher Gesetzgebung und Verwaltungsstruktur beitragen sollte. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 17. Dezember 1966; VS-Bd. 2483 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

seien.<sup>9</sup> Es sei sicher, daß die SPD inzwischen einen gewissen Meinungswandel durchgemacht habe. Auch sie sei interessiert an einer Klärung des Verhältnisses zu Frankreich und einer progressiven Realisierung der Programmatik des deutsch-französischen Vertrages. Bei diesem Besuch möchte die Bundesregierung gern feststellen, welche konkreten praktischen Maßnahmen getroffen werden könnten, um die Realisierung des Vertrages befriedigender als bisher zu gestalten. Dabei denke die Bundesregierung nicht an spektakuläre plötzliche Aktionen, sondern an eine solide, realistische und kontinuierliche Verwirklichung der im Vertrag verankerten Absichten. Die bisher vorhandenen Schwierigkeiten in Deutschland seien zum größten Teil beseitigt. Gewiß gebe es in einigen Fraktionen und Parteien ein paar Leute, welche die Dinge anders sähen, so seien sie eine verschwindende Minderheit. Deswegen sei es jetzt gewiß möglich, das deutsch-französische Verhältnis realistischer zu behandeln, vor allem auch in Fragen der politischen Zusammenarbeit, wobei man gleichzeitig im Auge haben sollte die politische Zusammenarbeit der europäischen Staaten oder vielleicht sogar eine politische Union.

General *de Gaulle* bemerkte, da der Herr Bundeskanzler von der Absicht der Bundesregierung spreche, dem deutsch-französischen Vertrag neues Leben einzuhauchen, habe er vielleicht gewisse praktische Maßnahmen vorzuschlagen für die politische Zusammenarbeit. Er wiederhole in diesem Zusammenhang, daß praktische Zusammenarbeit gleichzeitig schwierig wie auch notwendig sei. Sie sei schwierig, weil die politische Situation Frankreichs nicht identisch sei mit der Deutschlands. Dies führe dazu, daß man die Dinge manchmal recht verschieden sehe, zumindest in der tagtäglichen Arbeit. Bei einer sehr weiten Perspektive dagegen bestünde vielleicht kaum eine Schwierigkeit, sich auf eine langfristige Zukunft zu einigen. In der Tagesarbeit sei dies aber nicht so einfach. Es sei nicht einfach gegenüber Amerika, gegenüber Rußland und seinen Verbündeten, sogar gegenüber Ländern wie England. Es sei nicht einfach, sich täglich abzustimmen. Trotzdem halte er die politische Zusammenarbeit für notwendig, und tatsächlich drängten alle Faktoren in beiden Ländern diese Zusammenarbeit auf. Sie seien beide Nachbarn, sie hätten viele Ähnlichkeiten in vieler Beziehung, sie hätten vor allem große gemeinsame Möglichkeiten, wenn sie diese Gemeinsamkeit praktizieren wollen. So sehe es aus. Der Weg sei schwierig und lang. Dennoch müsse man zusammenarbeiten und einander näher kommen. Nun gebe es mehrere politische Themen von Bedeutung. Da seien zunächst die Amerikaner. Da sei das Verhältnis zum Osten, d. h. zur Sowjetunion usw. Da sei das Verhältnis zur übrigen Welt, die nicht ohne Bedeutung sei, denn zu dieser übrigen Welt gehöre auch China, und da seien unmittelbare Themen, wie z. B. England. Er frage nun, wie Deutschland es mit Amerika halte, wie es sein zukünftiges Verhältnis zu Amerika sehe. Er frage auch, wie es für die Zukunft das Verhältnis sehe zwischen unse-

<sup>9</sup> In der Präambel des Zustimmungsgesetzes vom 15. Juni 1963 erklärte die Bundesrepublik ihren Willen, mit dem deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 u. a. „die Erhaltung und Festigung des Zusammenschlusses der freien Völker, insbesondere einer engen Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika“, sowie „die gemeinsame Verteidigung im Rahmen des nordatlantischen Bündnisses und die Integrierung der Streitkräfte der in diesem Bündnis zusammengeschlossenen Staaten“ zu fördern. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, II, S. 705. Zur Diskussion über die Aufnahme einer Präambel vgl. auch AAPD 1963, I, Dok. 99 und Dok. 136.

rem Europa und Amerika. Bislang habe Frankreich immer den Eindruck aus den Kontakten mit der Bundesregierung gewonnen, sogar zur Zeit Konrad Adenauers, um wieviel mehr also zur Zeit Erhards und Schröders, daß Deutschland zwar gute Beziehungen mit Frankreich wünsche, daß es vor allem und in erster Linie aber die absolute Notwendigkeit sehe (und er entschuldige sich für das harte Wort), in der Hörigkeit Amerikas zu stehen. Gewiß habe es Änderungen gegeben, die jedoch nicht auf deutsches Konto gingen, sondern vielmehr auf das Konto Amerikas, weil Amerika heute gegenüber Europa nicht mehr das sei, was es einmal gewesen sei, und dies aus vielen Gründen. Deswegen sei die Situation nicht mehr die gleiche. Wie aber, so frage er, sähen die tiefgreifenden Absichten Deutschlands für das deutsch-amerikanische Verhältnis aus?

Die gleiche Frage, vielleicht noch gewichtiger, stelle er zum Osten. Auch hier habe Frankreich die Bundesrepublik immer als ein Land angesehen, das dem Osten entgegenstehe, das vom Osten bedroht werde in Berlin und überall, das vom Osten zurückgestoßen werde, der gegen Deutschland Mißtrauen hege, ein Mißtrauen, das zugestandenermaßen zum Teil künstlich erzeugt sei, das aber doch recht tief gehe und recht verbreitet sei. Frankreich habe also Deutschland immer als ein Land gesehen, das dem Osten entgegenstehe und glaube, daß der Osten zurückweichen müsse, damit es wieder ein großes Deutschland geben könne. Er frage den Herrn Bundeskanzler, wie es damit stehe.

Schließlich sei da England. Im Grunde liebe Deutschland die Engländer nicht besonders und die Engländer liebten Deutschland nicht, wie sie ja niemanden liebten, denn sie seien nun mal Engländer, und das sei kein Vorwurf. Doch seien sie sehr geschickt und diplomatisch, hätten viele und zum Teil alte Bande mit Deutschland, vor allem im Bereich des Handels, hätten politische Verbindungen, insbesondere mit den deutschen Sozialisten und mit den Sozialisten überall, die ja in der ganzen Welt instinktiv für England seien und immer schon gewesen seien. Das gelte auch für die Sozialisten Frankreichs. Er frage aber, welche Absichten Deutschland gegenüber England habe. Denn man dürfe sich eines nicht verbergen: Wenn England von Frankreich und Deutschland so betrachtet würde, wie Frankreich und Deutschland sich selbst sähen, dann sei dies das Ende der wirklichen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland. Dann entstehe eine völlig neue und völlig andere Situation, in der Deutschland und Frankreich automatisch voneinander getrennt würden. Er frage also, welches die Absichten Deutschlands seien.

Der Herr *Bundeskanzler* dankte dem General dafür, daß er die konkreten Themen angesprochen habe, die für das Verhältnis zwischen den beiden Völkern von entscheidender Bedeutung seien. Als Adenauer mit de Gaulle den deutsch-französischen Vertrag vorbereitet habe, habe die Weltsituation etwas anders ausgesehen als heute. Dies sei zu berücksichtigen. Aus der Regierungserklärung habe der General bereits erkennen können, daß der Bundeskanzler mit dieser Erklärung seinen wesentlichen Schritt getan habe, um die Realisierung des deutsch-französischen Vertrages zu ermöglichen. Ehe er auf die drei von de Gaulle angeschnittenen Themen eingehe, wolle er eine allgemeine Erklärung abgeben. Das deutsche Volk habe aufgrund seiner Spaltung natürlich viele Jahre lang wie gebannt auf das Problem der Spaltung geblickt. Er per-

sönlich sei immer davon überzeugt gewesen, daß diese Tatsache die Bewegungsfreiheit der Bundesrepublik gefährlich lähmen könnte oder müßte. Dies bedeute nicht, daß für ihn die Lösung der Deutschlandfrage und die Überwindung der Spaltung Deutschlands und damit Europas weniger bedeutsam sei, als für einen seiner Vorgänger. Im Gegenteil, diese Frage sei für ihn zumindest ebenso wichtig. Er versuche jedoch (und das könne er für die gesamte Bundesregierung sagen), das Problem realistisch zu sehen. Ein Land mit einem solchen Problem neige dazu, Weltereignisse, im Verhältnis zu denen selbst eine so lebenswichtige Frage wie die deutsche Spaltung sekundärer Natur sei, weil diese Ereignisse auf Jahrzehnte hinaus einen Einfluß ausüben könnten, etwas zu übersehen. Er erinnere daran, daß früher einmal das Saarproblem eine sehr große Rolle gespielt habe.<sup>10</sup> Heute sei dieses Problem bereits vergessen. Als junger Mann habe er Tocqueville gelesen<sup>11</sup> und dort die erstaunliche Prophezeiung gefunden, daß in der Zukunft die Welt von Rußland und Amerika beherrscht werde.<sup>12</sup> Nun stelle sich die seltsame Tatsache ein, daß diese Voraussage im Augenblick ihrer Verwirklichung schon durch die Ereignisse überholt werde, denn auch Tocqueville, der einer der größten europäischen Prognostiker gewesen sei, habe die Möglichkeit des Aufkommens weiterer Giganten wie jetzt China nicht gesehen. Für ihn (den Herrn Bundeskanzler) sei das Auftauchen der chinesischen Macht das vielleicht faszinierendste Problem des Jahrhunderts. Er habe die Gewohnheit, von daher das Phänomen der deutschen Politik zu sehen und zu messen. Er stimme mit dem General überein, daß die Europäer einen Platz finden müßten, der es Europa erlaube, in einer Welt der Giganten zu existieren und sein eigenes Schicksal zu bestimmen, auch in den weiteren Jahrzehnten, in denen vielleicht der noch größere Riese China die Szene betrete. Er halte dies für einen gemeinsamen Ausgangspunkt und glaube, in dieser Beurteilung mit dem General noch mehr übereinzustimmen als irgendeiner seiner Vorgänger. Deswegen wolle er mit dem Problem des Verhältnisses zum Osten beginnen. In der Regierungserklärung habe er gesagt, daß er keine andere Möglichkeit für eine Politik sehe, die zu einer dauerhaften und gerechten europäischen Ordnung einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands führe, als eine Politik der Entspannung. Vielleicht könne er die Formel de Gaulles „détente, entente, coopération“<sup>13</sup> akzeptieren, obgleich die Realisie-

<sup>10</sup> Am 2. Januar 1946 wurde die Kohleindustrie des Saargebiets unter französische Verwaltung gestellt. Am 1. April 1948 folgte eine Zollunion des Saarlandes mit Frankreich und am 15. Juli 1948 die Einführung einer „saarländischen Staatsbürgerschaft“. Das zwischen Frankreich und der Bundesrepublik im Rahmen der Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 vereinbarte „Saarstatut“, das eine „Europäisierung“ der Saar im Rahmen der Westeuropäischen Union vorsah, wurde von der Bevölkerung des Saarlandes in einer Volksabstimmung am 23. Oktober 1955 abgelehnt. Schließlich wurde das Saarland nach dem deutsch-französischen Vertrag vom 27. Oktober 1956 zur Regelung der Saarfrage (Saar-Abkommen) zum 1. Januar 1957 in die Bundesrepublik eingegliedert, bildete jedoch für eine Übergangszeit bis zum 5. Juli 1959 weiterhin ein einheitliches Zoll- und Währungsgebiet mit Frankreich.

<sup>11</sup> Vgl. dazu KIESINGER, Jahre, S. 235.

<sup>12</sup> Vgl. dazu OEUUVRES, PAPIERS ET CORRESPONDANCES D'ALEXIS DE TOCQUEVILLE. Édition définitive publiée sous la direction de J.-P. Mayer. Bd. I,1: De la Démocratie en Amérique, Paris 1951, S. 430f.

<sup>13</sup> Am 31. Dezember 1966 führte Staatspräsident de Gaulle in seiner Neujahrsansprache aus: „En Europe, la guerre froide qui durait depuis vingt ans est en train de disparaître, parce qu'à l'Est comme à l'Ouest on s'aperçoit de ce qu'avait de stérile cet état de tension permanente et menaçante et qu'on mesure, au contraire, ce que la détente, puis l'entente, enfin la coopération, entre tous

rung dieser Formel für Deutschland schwieriger sei als für Frankreich. Die Formel sei leicht für einen Deutschen auszusprechen, aber die Konsequenzen aus ihr in einem politischen Programm zu ziehen, sei nicht ganz so leicht. In der Regierungserklärung habe er eine Reihe von Schritten nach vorne getan. Hinsichtlich der Tschechoslowakei habe er erklärt, das Münchener Abkommen sei nicht mehr gültig.<sup>14</sup> Er sei zwar nicht ganz so weit gegangen wie die Formel der Politik de Gaulles, daß das Münchener Abkommen von Anfang an null und nichtig gewesen sei<sup>15</sup>, doch halte er dies nicht für einen gravierenden Unterschied. Hinsichtlich Polens glaube er, mit seiner Formel an die Grenze dessen gegangen zu sein, was ein deutscher Regierungschef heute sagen könne.<sup>16</sup> Zwar reserviere er die Regelung einem Friedensvertrag, doch heiße dies nicht, daß man nicht schon vorher über das Problem sprechen könne. Des weiteren habe er gesagt, daß eine Lösung angestrebt werde, die beide Völker akzeptieren könnten. Die Deutschen seien gewiß Realisten in dieser Angelegenheit, doch dürfe man nicht übersehen, daß gefühlsmäßig für die zwölf Millionen Vertriebenen noch viel in dieser Problematik stecke. Nicht zu übersehen sei auch die Tatsache einer neuen nationalistischen Partei, deren Charakter sich noch nicht bestimmen lasse, deren nationalistische Tendenz jedoch eindeutig sei.<sup>17</sup> Nach der Auflösung der Vertriebenen-Partei und ihrem progressiven

*Fortsetzung Fußnote von Seite 69*

les peuples de notre Ancien Continent, lui apporteraient de chances pour régler ses propres problèmes, notamment la question de l'Allemagne, pour rétablir l'équilibre pacifique indispensable à l'univers, pour se placer une fois de plus à la tête du progrès humain.“ Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 5, S. 129.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675. Zur Frage der Gültigkeit vgl. Dok. 10, Anm. 6.

<sup>15</sup> Am 29. September 1942 erklärte das Französische Nationalkomitee in einer Note an die tschechoslowakische Exilregierung, daß sie das Münchener Abkommen als ungültig („nul et non avenue“) betrachte. Für den Wortlaut vgl. WAR AND PEACE AIMS OF THE UNITED NATIONS, hrsg. von Louise W. Holborn, Boston 1943, S. 574.

Die Ungültigkeit des Münchener Abkommens wurde erneut bestätigt in der gemeinsamen Erklärung der Provisorischen Regierung Frankreichs und der tschechoslowakischen Exilregierung vom 22. August 1944. Für den Wortlaut vgl. MEMOIRS OF DR. EDUARD BENEŠ. From Munich to New War and New Victory, London 1954, S. 236 f.

Anlaßlich seines Besuches vom 25. bis 28. Juli 1966 in Prag antwortete der französische Außenminister Couve de Murville auf entsprechende Fragen der Presse, daß die beiden Erklärungen von General de Gaulle im Sinne einer „Annullierung von der Wurzel aus“ abgegeben worden seien. Vgl. den Artikel „Couve will mit dem Besuch in Prag Bewegung schaffen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 172 vom 28. Juli 1966, S. 1.

<sup>16</sup> Am 13. Dezember 1966 führte Bundeskanzler Kiesinger vor dem Bundestag aus: „In weiten Schichten des deutschen Volkes besteht der lebhafteste Wunsch nach einer Aussöhnung mit Polen, dessen leidvolle Geschichte wir nicht vergessen haben und dessen Verlangen, endlich in einem Staatsgebiet mit gesicherten Grenzen zu leben, wir im Blick auf das gegenwärtige Schicksal unseres eigenen geteilten Volkes besser als in früheren Zeiten begreifen. Aber die Grenzen eines wiedervereinigten Deutschlands können nur in einer frei vereinbarten Regelung mit einer gesamtdeutschen Regierung festgelegt werden, einer Regelung, die die Voraussetzung für ein von beiden Völkern gebilligtes, dauerhaftes und friedliches Verhältnis guter Nachbarschaft schaffen soll.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3662.

<sup>17</sup> Die am 28. November 1964 durch Fusion der Deutschen Reichspartei mit kleineren Rechtsparteien gegründete Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) erreichte bei den Bundestagswahlen 1965 2,0% der Stimmen. Bei den Landtagswahlen in Hessen am 6. November 1966 erzielte die NPD 7,9% (8 Mandate) und bei den Landtagswahlen in Bayern am 20. November 1966 7,4% (15 Mandate). Vgl. dazu Horst W. SCHMOLLINGER, Nationaldemokratische Partei Deutschlands, in: PARTEIEN-HANDBUCH, II, S. 1954 und S. 1957. Vgl. dazu auch AAPD 1966, II, Dok. 366.

Verschwinden auch aus den Länderparlamenten<sup>18</sup> wäre es möglich, daß eine unvorsichtige Formulierung der deutschen Stellungnahme und Absicht zur Oder-Neiße-Linie dieser Partei einen großen Auftrieb gäbe. Er glaube jedoch, daß auch in Polen verstanden worden sei, daß diese Formel der Regierungserklärung ein eindeutiger Schritt nach vorne sei. Des weiteren werde die Bundesregierung ihre künftige Politik so einrichten, daß das Mißtrauen und die Sorge Polens allmählich abgetragen würden. Obgleich also die Lösung einem Friedensvertrag vorbehalten bleibe, sei nicht ausgeschlossen, daß zur rechten Zeit Kontakte und vorbereitende Gespräche stattfänden. Hinsichtlich der übrigen Ostländer beabsichtige die Bundesregierung, ihre Beziehungen mit all den Ländern zu normalisieren, die dazu bereit seien, ohne unannehmbare Bedingungen zu stellen. Dies scheine sich in einer Reihe von Ländern, insbesondere Rumänien, anzubahnen. Es bestehe weiter die Aussicht, daß auch weitere Länder sich daran beteiligen würden, während wiederum andere zögerlich seien oder von der Bundesrepublik etwas verlangten, was diese einfach nicht geben könne, nämlich die Anerkennung des Regimes in der Zone<sup>19</sup>. Die Errichtung diplomatischer Beziehungen und die schrittweise Normalisierung der Beziehungen zu den Ländern, die heute noch nicht so weit zu gehen bereit seien, könnten dazu beitragen, das Mißtrauen abzubauen und die allgemeine Atmosphäre der Hoffnung und des Vertrauens in eine friedliche Entwicklung in Europa zu verbessern. Bei der Errichtung diplomatischer Beziehungen denke die Bundesrepublik natürlich nicht daran, etwa auf diese Weise diese Länder gegen die Sowjetunion ausspielen zu wollen. Einen solchen Gedanken möge man einmal gehabt haben können zur Zeit des wirklichen Kalten Krieges, wenn damals überhaupt eine solche Politik möglich gewesen wäre, was er für die Bundesregierung zumindest verneine. Die Politik der Bundesregierung sei vielmehr darauf gerichtet, auch das deutsch-russische Verhältnis zu verbessern. Die Bundesregierung wisse, daß Moskau an der Zweistaatentheorie<sup>20</sup>

<sup>18</sup> Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE, seit 14. November 1952 Gesamtdeutscher Block/BHE) war seit seiner Gründung 1950 an Landesregierungen in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein beteiligt. Abgeordnete der Partei waren von 1950 bis 1957 im Bundestag vertreten und gehörten seit 1953 der Regierungskoalition unter Bundeskanzler Adenauer an. Bei der Bundestagswahl am 15. September 1957 scheiterte sie mit 4,6% der Stimmen an der Sperrklausel. Am 15. April 1961 fusionierte der Gesamtdeutsche Block/BHE mit der Deutschen Partei zur Gesamtdeutschen Partei (GDP/BHE), die aber bei der Bundestagswahl am 17. September 1961 nur 2,8% der Stimmen erringen konnte. Der Verlust der Landtagsmandate in Bayern und Schleswig-Holstein (1962), Niedersachsen (1963), Baden-Württemberg (1964) sowie Hessen (1966), verstärkte schließlich die Auflösungstendenzen der Partei in den Ländern und die Abwanderung von Parteimitgliedern zu den Bundestagsparteien. Vgl. dazu Richard STÖSS, Gesamtdeutscher Block/BHE, in: PARTEIEN-HANDBUCH, II, S. 1434–1438, S. 1448–1450, sowie ders., Gesamtdeutsche Partei (GDP bzw. GPD), in: PARTEIEN-HANDBUCH, II, S. 1463 f.

<sup>19</sup> Zur Forderung der polnischen Regierung nach einer Anerkennung der DDR als Vorbedingung für eine „Normalisierung der Beziehungen“ zwischen der Bundesrepublik und Polen vgl. AAPD 1966, II, Dok. 377.

Zur Haltung der UdSSR in der Frage der Anerkennung der DDR vgl. AAPD 1966, I, Dok. 349 und Dok. 393. Vgl. dazu auch Dok. 44.

<sup>20</sup> Am 26. Juli 1955 erklärte der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, Chruschtschow, in Ost-Berlin erstmals öffentlich, daß bei Verhandlungen über Deutschland der Tatsache der Existenz zweier deutscher Staaten Rechnung getragen werden müsse. Am besten sei, „wenn die deutsche Frage die Deutschen selbst lösen würden“. Für den Wortlaut der Rede vgl. DzD III/1, S. 232–236. Am 10. Januar 1959 legte die UdSSR den Entwurf für einen Friedensvertrag mit der Bundesrepublik Deutschland und der DDR bzw. mit einer Konföderation der beiden Staaten vor. Für den Wortlaut vgl. DzD IV/1, S. 545–566.

festhalte, obgleich Deutschland seit zwanzig Jahren niemanden bedroht und konsequent eine Gewaltverzichtspolitik getrieben habe. Moskau bezeichne bis heute die Bundesrepublik als revanchistisch und kriegslüsternd. Er gebe zu, daß es sich dabei um eine Mischung aus Taktik und Überresten echter Sorge handle. Die Bundesregierung versuche also, ihr Verhältnis zu Moskau schrittweise zu verbessern, auch im wirtschaftlichen<sup>21</sup> und kulturellen<sup>22</sup> Bereich. Vielleicht könne auch eine Entkrampfung im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und dem Regime in der DDR hilfreich sein, so daß Kontakte eine gewisse Zusammenarbeit ermöglichen, Kontakte, die nach deutscher Hoffnung auch den hermetischen Abschluß der Bevölkerung in der DDR beenden sollten. All dies zusammen könnte zu einer allgemeinen Klimaverbesserung führen. Die Bundesregierung halte es für unmöglich, daß Europa und damit Deutschland stets in feindseliger Konfrontation zu den Ostländern verharre. Sie wolle vielmehr als Europäer mit Europäern diese Konfrontation überwinden, und dabei könne die enge Zusammenarbeit mit Frankreich eine besonders wesentliche Rolle spielen. In den vergangenen Jahren sei die Problematik vielleicht kompliziert geworden durch die Tatsache, daß über eine gewisse Beteiligung der Bundesrepublik an der nuklearen Bewaffnung zumindest gleichzeitig gesprochen worden sei. Heute gehöre die MLF der Vergangenheit an. Die Bundesregierung habe erklärt, sie wolle nukleare Waffen weder produzieren, noch über sie verfügen. Der Abschluß eines Nonproliferationsvertrages stehe unmittelbar bevor.<sup>23</sup> Er werfe zwar eine Reihe von Problemen auf, doch handle es sich dabei in keiner Weise etwa um eine nukleare Bewaffnung für die Bundesrepublik, sondern vielmehr um Schutz- und Kontrollfragen und dergleichen. Diese Erschwerung der Lösung des europäischen Problems sei somit nicht mehr vorhanden. Er wolle hinzufügen, daß die Regierungserklärung natürlich auch gewisse Gegenreaktionen im Osten hervorgerufen habe.<sup>24</sup> So sei von östlicher Seite versucht worden, alle östlichen Nachbarn der Bundesrepublik auf

<sup>21</sup> Zum Stand der Verhandlungen mit der UdSSR über den Abschluß eines Abkommens über den Waren- und Zahlungsverkehr vgl. AAPD 1966, II, Dok. 369.

<sup>22</sup> Nach dem Auslaufen der Vereinbarung vom 30. Mai 1959 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über kulturellen und technisch-wirtschaftlichen Austausch wurden seitens der Bundesregierung nur solche Kulturveranstaltungen zugelassen bzw. gefördert, die sich noch aus der Vereinbarung ergaben oder internationalen Charakter wie etwa Festspiele trugen. Verhandlungen über eine Erneuerung der Vereinbarung, die vom 13. bis 21. Mai 1961 stattfanden, scheiterten an der vertraglichen Einbeziehung von Berlin (West) in den Kulturaustausch. Vgl. dazu AAPD 1965, III, Dok. 362.

Vom 22. Juli bis 21. August 1966 fand in Leningrad die „Deutsche Architekturausstellung“ statt. Die Ausstellung, die von Bundesminister Stoltenberg eröffnet wurde, wurde anschließend vom 26. September bis zum 26. Oktober 1966 in Kiew und vom 12. Dezember 1966 bis zum 10. Januar 1967 in Moskau gezeigt. Vgl. dazu Referat II A 4, Bd. 621. Vgl. ferner BULLETIN 1966, S. 773, sowie Joachim PECKERT, *Zeitwende zum Frieden. Ostpolitik miterlebt und mitgestaltet*, Herford 1990, S. 118–126.

<sup>23</sup> Am 22. Dezember 1966 teilte die Botschaft in Paris aus einem Gespräch im französischen Außenministerium mit, Staatspräsident de Gaulle „halte es derzeit für psychologisch wichtig, daß Bundeskanzler Kiesinger einen Verzicht Deutschlands auf das ‚atomare Mitbestimmungs- und Mitbeschlußrecht‘ in etwas verstärkter, feierlicher Form bekräftige. Die Sowjets lebten diesbezüglich in einer echten Angstpsychose, die automatisch auf alle Länder des sozialistischen Blocks übertragen werde.“ Vgl. VS-Bd. 4140 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>24</sup> Zur Reaktion der polnischen Regierung auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vom 13. Dezember 1966 vgl. Dok. 2, Anm. 7.  
Zur Reaktion der sowjetischen Regierung vgl. Dok. 15, Anm. 18.



eine Linie festzulegen, so daß sie alle diplomatische Beziehungen nur dann zulassen würde, wenn die Bundesregierung die DDR anerkenne. Dieser Versuch sei aber fehlgeschlagen, und eine Reihe von Ländern hätten sich ihre Entscheidung vorbehalten, wobei ihre eigene Anerkennung des DDR-Regimes natürlich aufrechterhalten bliebe.<sup>25</sup> In diesem Zusammenhang habe die Bundesregierung eine Sorge. Der General kenne die Hallstein-Doktrin<sup>26</sup>, die Jahre hindurch nützliche Dienste geleistet habe. Andererseits gehe die Zeit weiter und stellten sich Veränderungen ein. Es wäre jedoch ein schwerer Rückschlag für diese neue deutsche Politik, wenn die Erstellung diplomatischer Beziehungen zum Osten eine Kettenreaktion in der Anerkennung der DDR, z. B. durch die arabischen Staaten, auslösen würde. Dies möchte die Bundesregierung vermeiden, und vielleicht könne hier Frankreich mit gutem Rat und Tat zur Seite stehen.<sup>27</sup> In der Regierungserklärung habe er gesagt, daß man sich eine Zeit vorstellen könne, wo auch die Sowjetunion eine gesamteuropäische Friedensordnung als im Interesse Rußlands liegend erachte. Er gehöre zwar nicht zu jenen, die meinten, daß das chinesische Problem schon morgen für eine solche neue Einsicht Rußlands aktuell sei, erachte aber dennoch das chinesische Problem als das faszinierendste dieses Jahrhunderts, das in absehbarer Zeit für Europa bedeutsam werde.

General *de Gaulle* bedankte sich für diese klare und eindrucksvolle Darlegung und sagte, er wolle nun einmal dartun, wie Frankreich den Osten sehe. Es habe eine Zeit gegeben, als der Osten und insbesondere Moskau in Europa habe vordringen wollen. Das Ergebnis sei eine Bedrohung gewesen. Deswegen anerkenne er, daß das atlantische Bündnis und die NATO – wie immer auch die Unannehmlichkeiten der Integration ausgesehen haben mögen – nützlich gewesen seien. Nunmehr sei er ganz aufrichtig der Meinung, daß diese Gefahr vorüber sei. Er glaube nicht, daß Rußland vordringen wolle. Er meine vielmehr, daß Rußland sehr viel zu Hause zu besorgen habe. Rußland wisse, daß dies nicht einfach sei. Rußland ringe mit seiner Entwicklung, die sehr kompliziert sei wegen der ungeheuren Entfernungen in diesem Lande, weil das russische Volk keinen besonderen Sinn für Sparsamkeit und eher zur Vergeudung neige und weil dieses Volk nicht gerade sehr arbeitsam sei und auch keine große Initiative und Fähigkeit zum eigenen Handeln besitze. Dieses Volk neige

<sup>25</sup> Am 10. Januar 1967 führte Ministerialdirigent Sahm im Rahmen der deutsch-französischen Regierungsbesprechungen aus, daß eine Festlegung auf die Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Linie sowie den Verzicht auf eine atomare Mitbestimmung durch die Bundesrepublik als Bedingungen für die Normalisierung der Beziehungen vor allem in Polen zu verzeichnen sei: „Dagegen haben Rumänen uns gegenüber keine derartigen Bedingungen gestellt. In Ungarn wurden die drei Forderungen von Außenminister Péter auf dem letzten Parteitag ebenfalls erwähnt, jedoch nicht als Bedingungen für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, sondern als generelle Voraussetzungen einer Normalisierung des Verhältnisses zur Bundesrepublik Deutschland. Die Haltung der übrigen Ostblockstaaten scheint noch offen. Wir schließen aus diesen unterschiedlichen Reaktionen, daß Festlegung auf einheitliche Linie über die uns gegenüber zu erhebenden Forderungen im Ostblock nicht gelungen ist.“ Vgl. VS-Bd. 2392 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>26</sup> Die Hallstein-Doktrin wurde 1955 nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR entwickelt. Zur Entstehung und Weiterentwicklung der Hallstein-Doktrin vgl. AAPD 1963, II, Dok. 251, AAPD 1964, I, Dok. 171, und AAPD 1965, I, Dok. 56.

<sup>27</sup> Zur geplanten „Abschirmungsaktion“ der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ostblock-Staaten vgl. Dok. 18, besonders Anm. 5.

eher zur Unterwerfung und zum Gehorchen, besitze aber keine sehr starke Dynamik. All dies verlangsame die Entwicklung Rußlands, und die Russen wüßten dies sehr wohl. Die Situation im Zusammenhang mit den Satelliten würde für Rußland immer weniger einfach, denn die Gefahr erscheine heute nicht mehr oder zumindest nicht mehr so unmittelbar. Schließlich obsiege letztlich immer die nationale Idee, in Polen, Rumänien, Ungarn, sogar der Tschechoslowakei. Folglich gebe es immer mehr praktische Schwierigkeiten zwischen der Sowjetunion und den Satelliten, zwar keine Konflikte, aber doch Schwierigkeiten. Vor allem stehe der Westen (d.h. Deutschland, Frankreich, England, sogar Italien) wirtschaftlich und auch sozial wieder fester da, so daß der Kommunismus im Westen keine echte Chance habe, und auch das wüßten die Russen. Hinzu komme das Chinaproblem, das heute schon für Rußland unangenehm sei, das später gefährlich werde.<sup>28</sup> Weiterhin gebe es da Amerika und die grundlegende Idee in Rußland, einen Modus vivendi, ein Arrangement auch mit Amerika zu finden. Aus all diesen Faktoren habe sich eine völlige Veränderung ergeben, so daß man heute eindeutig sagen könne, der kalte Krieg sei vorbei. Unter diesen Umständen sei es für die Europäer in Mittel- und Westeuropa notwendig, sich nach Osten auszustrecken, wozu Frankreich im besonderen Maße geeignet sei, wobei natürlich der Osten gegenüber Deutschland sehr mißtrauisch sei, nicht aber gegenüber Frankreich. Dennoch gebe es auch für Deutschland so viele Möglichkeiten, so daß der Osten sich mit Deutschland arrangieren müsse, so wie er es mit Frankreich bereits getan habe, denn der Osten brauche die Hilfe Deutschlands. Der Herr Bundeskanzler habe von der Wiedervereinigung gesprochen. Er (de Gaulle) sei gewiß, daß die Russen wüßten, daß eines Tages Deutschland wieder werden werde. Dieser Tag sei noch nicht gekommen. Die Russen wollten heute noch nichts davon wissen, im Gegenteil, sie wollten die Spaltung aufrechterhalten, was, mit russischen Augen gesehen, auch verständlich sei. Die Russen wüßten aber, daß dies nicht immer so bleiben könne. Wenn also trotz aller Schwierigkeiten Frankreich, ja auch Deutschland mit dem Osten eine echte politische Entspannung betreibe, werde der Osten ganz allmählich seinen Widerstand aufgeben, werde den Kontakt suchen und von Deutschland den Nutzen zu erreichen trachten, den Deutschland für den Osten insbesondere im wirtschaftlichen Bereich bringen könne. Diese Tatsache sei allbeherrschend. Diese Politik müsse man betreiben, weil es einfach keine andere mögliche Politik gebe. Eine kriegsartige Wiedervereinigung Deutschlands sei undenkbar. Die logische Folge davon sei, daß man Frieden schließen müsse. Frankreich halte dies als im deutschen Interesse liegend. Es wolle voranschreiten zu einer ausgeprägten und eindeutig gewollten Entspannung in Europa, zu praktischen Abmachungen, damit ganz allmählich mehr Gemeinsamkeit in das Leben der europäischen Völker komme. Wenn es gelinge, die gesamteuropäische Psychologie zu verändern, dann werde der Tag kommen, an dem Ulbricht nicht mehr sehr viel bedeute, weil er sogar für Rußland völlig uninteressant geworden sei. Eine sol-

<sup>28</sup> In einem weiteren Gespräch mit Bundeskanzler Kiesinger am 14. Januar 1967 erläuterte Staatspräsident de Gaulle dazu, daß die Volksrepublik China „eine große Zukunft vor sich habe. Frankreich glaube aber, daß China noch sehr lange brauchen werde, um eine wirkliche Macht zu werden. Eines Tages werde es jedoch eine Macht, sogar eine sehr große Macht werden.“ Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 20; B 150, Aktenkopien 1967.

che Politik laufe auch den letztlich amerikanischen Überlegungen nicht zuwider. Natürlich befinde sich heute Amerika im Vietnamkrieg, einer schändlichen und absurden Angelegenheit<sup>29</sup>, aber dieser Zustand werde nicht ewig fort dauern. Kaum aber werde die Vietnamfrage erledigt sein, würden die Amerikaner sich schon mit den Russen abstimmen, zwar nicht für immer, aber doch für eine lange Zeit. Folglich sei letzten Endes auch Amerika an einem ruhigen, friedlichen und mit keinen schwerwiegenden Problemen behafteten Europa interessiert und sehe einen Vorteil für sich selbst darin.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, er stimme mit der Analyse des Generals hinsichtlich des heutigen und zukünftigen Verhältnisses zum Osten überein. Er habe erklärt, daß die Deutschen an einem dauerhaften Frieden interessiert seien. Deutschland wünsche lediglich, daß in diesem Prozeß das deutsche nationale Problem nicht vernachlässigt werde. Hierzu möchte er ein Wort sagen. Es habe viele deutsche Politiker gegeben, die geglaubt hätten, sie müßten jeden Sonntag eine Wiedervereinigungsrede halten, sei es auch nur, weil sie damit sie Stimmen für sich zu gewinnen dachten. Diese Leute hätten sich getäuscht. Nicht als wolle die Bevölkerung der Bundesrepublik die Wiedervereinigung nicht, aber sie wisse sehr wohl, wie lang und schwierig der Weg dorthin sei. Natürlich könne man nur im Rahmen des menschlich Erkennbaren handeln, und die Geschichte habe eine reichere Phantasie als die Menschen. Dennoch müsse man mit dem rechnen, was nach menschlichem Ermessen geschehen werde. Das deutsche Volk wisse um all die Schwierigkeiten und sei nicht ungeduldig. Wenn jedoch heute die ganze Welt von der Bundesrepublik erwarte, daß sie deutliche Maßnahmen zur politischen Entspannung in Europa ergreife, dann sei eines notwendig, ja unerlässlich: daß das deutsche Volk die Überzeugung hege, daß seine Partner, mit denen es eine gemeinsame Politik betreibe, der Wiedervereinigung nicht nur Lippendienst erweisen, sondern daß deutlich werde, daß in diesem Entspannungsprozeß die Wiedervereinigungshoffnung nicht bloß vage für irgendwelche Zukunft angedeutet werde, sondern daß man sie stets und ständig im Auge habe. Wenn er sage, daß man die Wiedervereinigung im Auge haben müsse, so bedeute dies nicht, daß etwa Deutschland jedes Jahr eine feierliche Erklärung zur Wiedervereinigung erwarte, wenngleich man es auch bei Gelegenheit immer wieder den Russen sagen müsse, und er bedanke sich an dieser Stelle besonders dafür, daß der General dies so deutlich getan habe.<sup>30</sup> Das deutsche Volk müsse die Gewißheit

<sup>29</sup> Zur französischen Haltung gegenüber dem Vietnam-Krieg vgl. auch AAPD 1966, II, Dok. 228.

In seiner Neujahrsansprache am 31. Dezember 1966 erklärte Staatspräsident de Gaulle: „Mais, tandis que l'Europe prend le chemin de la paix, la guerre sévit en Asie du Sud-Est. Guerre injuste, car elle résulte, en fait, de l'intervention armée des États-Unis sur le territoire du Vietnam. Guerre détestable, puisqu'elle conduit une grande nation à en ravager une petite. Au nom du bon sens, de l'attachement que nous gardons à l'égard de l'Indochine, de l'amitié deux fois séculaire que nous portons à l'Amérique, nous tenons pour nécessaire que celle-ci mette un terme à l'épreuve en ramenant ses forces sur son sol.“ Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 5, S. 130.

<sup>30</sup> Am 23. Juni 1966 informierte Botschafter von Walther, Moskau, daß Staatspräsident de Gaulle in Gesprächen während seines Besuchs in der UdSSR vom 20. Juni bis 1. Juli 1966 gegenüber dem Ersten Sekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, gesagt habe: „La zone soviétique est votre création donc artificielle dont la reconnaissance n'aurait ni signification ni intérêt pratique.“ Vgl. AAPD 1966, I, Dok. 204.

Anläßlich der Gespräche des sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin in Paris vom 1. bis 9. Dezember 1966 wurde von der französischen Regierung darauf hingewiesen, „daß an dem Konfe-

haben, daß die schwierige und langwierige Entspannungspolitik gleichzeitig Wiedervereinigungspolitik sei. Es sei dies auch eine Frage der Psychologie und der Formulierung. Wenn das deutsche Volk diese Überzeugung hegen könne, dann hätten die nationalistischen Kräfte keine Chance.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, was die Haltung gegenüber Amerika anbelange, so habe er bereits gesagt, daß auch die Bundesregierung meine, daß europäische Angelegenheiten zuallererst im Interesse der Europäer zu behandeln seien und diese das europäische Problem zu lösen versuchen müßten. Es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß jeder Staat Politik in seinem Interesse betreibe. Vielleicht sei dies oft auch das Interesse des Nachbarn oder gar des Nachbarn des Nachbarn. Es habe eine gewisse Zeit gegeben, als die europäischen und amerikanischen Interessen weitgehend identisch gewesen seien. Er erinnere z.B. daran, daß Sir Winston Churchill, als der Europarat gebildet worden sei<sup>31</sup>, erklärt habe, nun müsse es eine europäische Verteidigungsarmee und einen europäischen Verteidigungsminister geben.<sup>32</sup> Dies sei eine solche Situation gewesen, weil alle der Gefahr sich bewußt gewesen seien. Es sei natürlich schwer zu sagen, ob der kalte Krieg endgültig vorüber sei. Niemand könne dies jedenfalls garantieren. Auf der Grundlage der von de Gaulle soeben analysierten Situation halte er es aber [für] vernünftig, wenn man sage, daß eine Gefahr unwahrscheinlich sei. Er stimme mit all den Faktoren überein, die de Gaulle für diese Unwahrscheinlichkeit genannt habe. Offen gestanden habe er sogar gewisse Zweifel, ob angesichts der chinesischen Erfahrung ein kommunistisches Westeuropa für Rußland angenehm wäre. Jedenfalls aber sei das amerikanische Interesse an einer europäischen Ordnung eben amerikanischer Natur. Die deutsche Haltung gegenüber Amerika werde von dieser Erkenntnis bestimmt. Vor Jahren schon habe er im Bundestag einmal gesagt und damit seine Freunde erschreckt, die NATO sei kein Dogma, sie sei mit anderen Worten ein Instrument, das in einer gegebenen Situation die Sicherheit garantie-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 75*

renztisch nur die Bundesrepublik als Sprecher für Deutschland Platz haben könne. Außerdem sei die europäische Sicherheit mit der Lösung der Deutschlandfrage im Sinne der deutschen Wiedervereinigung verbunden. Da die Sowjetunion sich dieser Einsicht noch verschließe, könne man in Paris zur Zeit der Idee einer Sicherheitskonferenz keine Chancen geben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2010 des Botschafters Klaiber, Paris, vom 6. Dezember 1966; VS-Bd. 2500 (I A 3); B 150, Aktienkopien 1966.

<sup>31</sup> Der Europarat wurde am 5. Mai 1949 von zehn europäischen Staaten (Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen und Schweden) gegründet mit dem Ziel, „einen engeren Zusammenschluß unter seinen Mitgliedern zu verwirklichen, um die Ideale und Grundsätze, die ihr gemeinsames Erbe sind, zu schützen und zu fördern und um ihren wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu begünstigen“. Im Laufe des Jahres traten noch Griechenland und die Türkei dem Europarat bei. Der Bundesrepublik wurde am 31. März 1950 der Status eines assoziierten Mitglieds angeboten; am 2. Mai 1951 wurde sie Vollmitglied. Für die Satzung vgl. BUNDESGESETZBLATT 1950, S. 263–273. Vgl. dazu ferner AAPD 1949/50, Dok. 52.

<sup>32</sup> Am 11. August 1950 unterbreitete der Vorsitzende der Konservativen Partei, Churchill, der Konsultativversammlung des Europarats in Straßburg einen Antrag über die Bildung einer europäischen Armee. Nachträglich stellte Churchill gegenüber der Presse fest, daß auch die Bundesrepublik einzubeziehen sei. Die Konsultativversammlung nahm eine entsprechende Resolution auf der Basis des Antrags von Churchill mit 89 gegen 5 Stimmen bei 27 Enthaltungen an. Für den Wortlaut der Rede vgl. THE COLLECTED WORKS OF SIR WINSTON CHURCHILL. Centenary Limited Edition, Bd. XXIX: Post-War Speeches, Bd. 2: In the Balance, [London] 1975, S. 347–352. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1950, S. 3374–3376.

re.<sup>33</sup> Soweit wie die französische Politik sei man in Deutschland heute noch nicht. Deutschland glaube gute Gründe zu haben, nicht nur im Bündnis, sondern auch in der Integration zu bleiben. Dennoch stelle die Bundesregierung Überlegungen an im Zusammenhang mit diesen Fragen und diskutiere diese Überlegungen auch mit den Amerikanern. Sie respektiere die französische Haltung und versuche, ihre eigene heutige Haltung soweit wie möglich in Einklang mit der Frankreichs zu bringen. Er glaube daher nicht, daß zu diesem Punkt ein gefährlicher oder prinzipieller Meinungsunterschied bestehe. Die Bundesregierung wolle nicht das Moment der Sicherheit aufgeben, welches die NATO ihr biete und befinde sich auch Amerika gegenüber nicht in derselben Situation wie Frankreich, besitze nicht dieselbe Bewegungsfreiheit. Auch die Bundesregierung mache sich Sorgen wegen Vietnam, aber auch hier müsse er sagen, daß sie wegen der anders gelagerten Situation gegenüber Amerika nicht die Möglichkeit habe, die amerikanische Vietnampolitik zu kritisieren. Natürlich sei sie genauso daran interessiert, daß der Vietnamkonflikt sich nicht in einen größeren Konflikt ausweite. Das Ziel sei somit gemeinsam, und er denke nicht daran, seine Politik in Hörigkeit von Amerika zu betreiben. Er werde darauf bedacht sein (und habe dies den amerikanischen Politikern auch gesagt), ein freundschaftliches Verhältnis zu pflegen, doch wolle die Bundesregierung ihr Problem selbst sehen und lösen.

General *de Gaulle* bedankte sich für diese Ausführungen.

Das Gespräch endete um 13.15 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 20**

<sup>33</sup> Am 29. Juni 1956 führte der CDU-Abgeordnete Kiesinger im Bundestag aus, daß die Durchsetzung einer allgemeinen Entspannung auch „die Notwendigkeit, bestimmte Verteidigungsvorkehrungen von seiten der westlichen Welt aufrechtzuerhalten“, ändern würde: „Wir hängen an der NATO nicht als an einem Dogma oder weil wir einmal diesen Weg beschritten haben und nun nicht mehr von ihm abkommen können.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 31, S. 8519. Kiesinger wiederholte seinen Standpunkt am 23. Januar 1958: „Ich habe selber von dieser Stelle aus gesagt, die NATO sei für uns kein Dogma. Ich habe es ernst gemeint, wiederhole es und meine es ebenso ernst. Wir haben die NATO immer nur als einen Notbehelf betrachtet angesichts der Situation, in die Europa durch die sowjetrussische Politik nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges geraten ist.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 39, S. 330.

## 15

### Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris

Z A 5-12.A/67 geheim

13. Januar 1967<sup>1</sup>

Aufzeichnung über eine Unterredung unter vier Augen zwischen dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen und dem französischen Außenminister, Herrn Couve de Murville, am 13. Januar 1967 um 11 Uhr 45 im französischen Außenministerium am Quai d'Orsay.

Der französische *Außenminister* gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Herr Bundeskanzler und der Herr Minister zu einem der üblichen halbjährlichen Treffen nach Paris gekommen seien. Dies biete die Gelegenheit zu einem wertvollen Kontakt mit der neuen deutschen Regierung. Anschließend fragte er, worüber der Herr Minister zu sprechen wünsche; über die allgemeinen Züge und Orientierungen der beiderseitigen Politik oder über spezielle Themen?

Der Herr *Minister* dankte für die freundliche Aufnahme. Sein französischer Kollege wisse, daß die neue deutsche Regierung in ihrer Regierungserklärung ihren ehrlichen Willen bekundet habe, das deutsch-französische Verhältnis mit mehr Leben zu erfüllen.<sup>2</sup> Er wisse auch, daß seit 1963 die Welt nicht stillgestanden sei. Es stelle sich also nicht nur die Frage, wie der bestehende Rahmen des deutsch-französischen Vertrags<sup>3</sup> ausgefüllt werden könne, sondern auch, wie auf die veränderten Verhältnisse zu reagieren sei. Er – der Herr Minister – habe an und für sich keine Vorschläge für den Gang der Gespräche zu machen, glaube aber, daß es vielleicht nützlich sei, zunächst einige Ost-West-Fragen zu erörtern. Er selbst könnte Herrn Couve de Murville berichten über den derzeitigen Stand der Versuche, die Beziehungen zu Rumänien und der Tschechoslowakei zu verbessern. Anschließend könnte man über weitere europäische Angelegenheiten sprechen. Er habe auch durch seine Mitarbeiter prüfen lassen, wo die Dinge liegen geblieben seien und an welche Punkte man neu herangehen könnte. Diese Fragen, auf die er im Laufe des Tages zurückzukehren gedenke, könnten bis zur nächsten Begegnung der Regierungschefs im Juli<sup>4</sup> weiterbehandelt werden.

Herr *Couve de Murville* schlug vor, den zweiten Teil der Fragen in der Nachmittagssitzung im größeren Kreis<sup>5</sup> zu besprechen. Der Herr Minister könnte

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Bouverat am 18. Januar 1967 gefertigt. Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>2</sup> Zu den Ausführungen des Bundeskanzlers Kiesinger vom 13. Dezember 1967 vgl. Dok. 14, Anm. 3.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>4</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 12./13. Juli 1967 vgl. Dok. 261–264.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Dok. 17.

Ein weiteres Gespräch zwischen Bundesminister Brandt und dem französischen Außenminister Couve de Murville, an dem auch Staatssekretär Schütz und der Generalsekretär im französischen Außenministerium, Alphand, teilnahmen, fand am Nachmittag des 13. Januar 1967 statt und behandelte insbesondere die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich. Vgl. dazu VS-Bd. 8520 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

dann die praktischen Probleme erläutern, mit denen die beiderseitigen Mitarbeiter sich bis zum Juli beschäftigen könnten. In der Zwischenzeit werde Herr Staatssekretär Schütz mit Generalsekretär Alphand wohl über Berlin- und innerdeutsche Fragen – „ces éternels problèmes de Berlin“ – sprechen.<sup>6</sup> Er – Couve – glaube, daß eine Tour d'horizon über die Ost-West- und die West-West-Beziehungen nützlich sei.

Der Herr *Minister* führte hierzu aus, es seien je eine deutsche Delegation nach Bukarest<sup>7</sup> und nach Prag<sup>8</sup> gereist. Die Unterredungen in Bukarest schienen gut zu verlaufen. Der Leiter der deutschen Delegation werde von Außenminister Manescu empfangen und dessen Einladung nach Bonn bestätigen. Der Sinn der derzeitigen Gespräche in Rumänien bestehe darin, die Voraussetzungen für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vorweg zu klären, damit in Bonn darüber nicht mehr viel zu sprechen sei. Ursprünglich habe es so ausgesehen, als ob es wegen der Berlin-Frage einige Schwierigkeiten geben würde. Er – der Herr Minister – glaube, daß dieser Punkt inzwischen erledigt sei. Die Rumänen seien zwar nicht bereit, eine schriftliche Verpflichtung einzugehen, jedoch ihr Wort dafür zu geben, daß – wie schon im Zusammenhang mit dem Abkommen über die Errichtung einer Handelsvertretung<sup>9</sup> –, unbeschadet der Rechtsinterpretation, die deutschen Vertreter auch die Interessen von Berliner Firmen und Einzelpersonen wahrnehmen können. Es sei ferner ein Kommuniké-Entwurf über den Besuch von Außenminister Manescu ausgearbeitet worden<sup>10</sup>; dieser habe sich zu nationalen Fragen verständnisvoll geäußert, jedoch darum gebeten, daß man im Kommuniké selbst nicht zu deutlich sein möchte. Die rumänische Regierung sei bereit, eine deutsche Erklärung entgegenzunehmen – was nicht gleichbedeutend sei mit einer Billigung –, wonach die Bundesregierung die einzige gewählte legitimierte deutsche Regierung sei.<sup>11</sup> Manescu habe dazu gesagt, je positiver die entsprechende Formulierung sei und je weniger kritisch gegenüber dem anderen Teil Deutschlands, um so leichter sei eine Entgegennahme. Er – der Herr Minister – glaube demnach,

<sup>6</sup> Staatssekretär Schütz und der Generalsekretär im französischen Außenministerium erörterten am 13. Januar 1967 neben der Tätigkeit der Passierscheinstelle für dringende Familienangelegenheiten und den Folgen der Ankündigung der DDR, aus dem bisherigen alliierten Abrechnungsverfahren für den Postverkehr zwischen Deutschland als Ganzem und dem Ausland auszuscheiden, vor allem die Frage einer „automatischen Berlin-Klausel“ zur Einbeziehung von Berlin (West) in völkerrechtliche Verträge der Bundesrepublik. Alphand bekräftigte die Haltung der französischen Regierung, daß es bisher gelungen sei, „osteuropäische Staaten zu veranlassen, [den] deutschen Standpunkt praktisch zu akzeptieren. Wolle man nun weiter gehen, entstehe die Gefahr, daß diese Staaten ausdrücklich und schriftlich [die] Ablehnung der Einbeziehung Berlins feststellen. Dies aber wäre ein Rückschlag.“ Vgl. VS-Bd. 2473 (I A 2); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Zu den Gesprächen des Ministerialdirektors Ruete vom 7. bis 16. Januar 1967 in Bukarest vgl. Dok. 12 und Dok. 20.

<sup>8</sup> Zu den Gesprächen des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Wickert vom 10. bis 12. Januar 1966 vgl. Dok. 10 und Dok. 13.

<sup>9</sup> Vgl. dazu Dok. 12, Anm. 11.

Für den Wortlaut des Protokolls vom 17. Oktober 1963 zwischen der Bundesrepublik und Rumänien über die Errichtung von Handelsvertretungen und des zugehörigen Briefwechsels vgl. VS-Bd. 3080 (II 5); B 150, Aktenkopien 1963.

<sup>10</sup> Vgl. dazu Dok. 12, Anm. 5 und 6.

Zum Besuch des rumänischen Außenministers Manescu vom 30. Januar bis 3. Februar 1967 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 39.

<sup>11</sup> Für die Erklärung des Bundeskanzlers Kiesinger am 1. Februar 1967 vor dem Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 4170.

daß auch dieser Punkt in Ordnung sei trotz der starken Störversuche Ostberlins in den letzten Tagen.<sup>12</sup>

Was die Beziehungen zu Prag betreffe, sei am Vortage die erste Runde der Gespräche zum Abschluß gebracht worden. Eine erforderliche zweite Runde werde voraussichtlich im März stattfinden.<sup>13</sup> Auf deutscher Seite habe man den Eindruck, daß Prag etwas überrascht worden sei; man habe dort offensichtlich nicht erwartet, daß die deutsche Delegation die Frage der Anknüpfung diplomatischer Beziehungen zur Sprache bringen würde. Die Herren der tschechischen Delegationen seien wohl nur instruiert worden, über die Errichtung einer Handelsvertretung zu verhandeln. Das Gesamtbild der Gespräche sei nicht ungünstig. Wie immer habe die Frage des Münchener Abkommens eine wichtige Rolle gespielt. Die Tschechen hätten die deutsche Erklärung anerkannt, wonach Hitler das Abkommen mit Gewalt gebrochen habe. Es bleibe nunmehr noch der – seiner Auffassung nach – dogmatische Streit zu klären, ob das Münchener Abkommen „ex tunc“ ungültig sei. Bisher habe die Bundesregierung erklärt, „es sei nicht mehr gültig“. Die Tschechen legten Wert auf eine Erklärung, wonach es „nie gültig“ gewesen sei. In den Gesprächen mit den deutschen Beamten habe die tschechische Seite aber nur gesagt, sie würde es begrüßen, wenn diese letztere Interpretation anerkannt werde; dieser Wunsch sei aber nicht in die Form einer Bedingung gekleidet worden. Von deutscher Seite sei angeregt worden, nach Herstellung der diplomatischen Beziehungen durch beiderseitige Rechtsexperten prüfen zu lassen, welche praktischen Folgen sich aus den unterschiedlichen Auslegungen ergeben würden. Hieran hätten die Tschechen sich nicht sehr interessiert gezeigt; sie schienen eher für eine formlose Untersuchung zu sein. Auch in Prag habe die Berlin-Frage zu Schwierigkeiten geführt, wie in allen osteuropäischen Staaten; diesmal seien sie aber nicht so stark hervorgehoben worden wie früher. Die deutsche Delegation habe verschiedene Formulierungen vorgetragen.<sup>14</sup> Die Tschechen hätten erklärt, es sei nicht ausgeschlossen, daß eine dieser Formulierungen anwendbar sei, unter der Voraussetzung, daß sie nicht in das Abkommen über die Herstellung diplomatischer Beziehungen aufgenommen werde. Dies sei ein Punkt, wo er – der Herr Minister – sich denken könnte, daß ein förderndes Wort von französischer Seite in den nächsten Wochen helfen könnte. Er glaube, daß es nicht zu lange dauern werde, bis auch dort eine Normalisierung möglich sei. Man habe den deutlichen Eindruck gewonnen, daß die Delegation des tschechischen Außenministeriums diese Frage zur politischen Entscheidung an das Zentralkomitee weitergeleitet habe, da sie durch Novotny selbst entschieden werden muß.

Herr *Couve de Murville* bemerkte hierzu, es sei natürlich eine große politische Angelegenheit.

<sup>12</sup> Zur Reaktion der DDR auf die Bemühungen der Bundesregierung um eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit osteuropäischen Staaten vgl. den Artikel „Ost-Berlins Nervosität wegen Bonns Ostpolitik wächst“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 19 vom 23. Januar 1967, S. 1.

<sup>13</sup> Zur Fortführung der Verhandlungen mit der Tschechoslowakei vgl. Dok. 174.

<sup>14</sup> Vgl. dazu Dok. 13, Anm. 13.



Der Herr *Minister* brachte dann das Gespräch auf Ungarn; Staatssekretär Lahr beabsichtige, Ende Januar für zwei Tage nach Budapest zu fahren.<sup>15</sup> Man hoffe, auch dort weiter zu kommen. Ganz schwierig sei dagegen der polnische Fall.

Herr *Couve de Murville* bestätigte, daß Polen „natürlich der schwierigste Fall“ sei.

Der Herr *Minister* führte hierzu aus, der dänische Ministerpräsident Krag befinde sich zur Zeit in Polen. Er habe ausführlich über seine Begegnungen berichtet und dabei gesagt, in seinen Gesprächen mit Gomulka, Cyrankiewicz und Rapacki habe er festgestellt, daß man in der Form gegenüber der Bundesrepublik weniger negativ, dem Inhalt nach jedoch weiter schwierig sei. Am flexibelsten habe sich Cyrankiewicz gezeigt.<sup>16</sup>

Herr *Couve de Murville* warf ein, er sei nicht kommunistisch, während Gomulka die starrste Haltung einnehme.

Der Herr *Minister* bemerkte hierzu, daß Gomulka aber mit Krag doch sehr ausführlich über die deutsche Frage und über die europäische Zukunft argumentiert habe. Er habe sogar veranlaßt, daß die Abreise seines Besuchers hinausgeschoben wurde, um mehr Zeit für ein derartiges Gespräch zu haben.<sup>17</sup> Über Rapacki habe Krag berichtet, daß dieser während des Kalten Krieges am aufgeschlossensten gewesen sei, jetzt dagegen, in einer Zeit, in der die Ost-West-Beziehungen im Wandel begriffen seien, zeige der polnische Außenminister sich viel reservierter.

Aus Moskau habe die Bundesregierung bisher keine wirkliche Reaktion auf die in der Regierungserklärung bekundete Absicht, sich um eine Verbesserung der Beziehungen zur UdSSR zu bemühen, gespürt.<sup>18</sup> Der sowjetische Botschafter

<sup>15</sup> Für die Gespräche mit dem ungarischen Stellvertretenden Außenminister Szilágyi und Außenhandelsminister Bíró am 24. Januar 1967 vgl. Dok. 27 und Dok. 28.

<sup>16</sup> Ministerpräsident Krag hielt sich vom 3. bis 7. Januar 1967 in Polen auf. Für das Kommuniqué vgl. DzD V/1, S. 282 (Auszug).

Am 10. Januar 1967 teilte Botschafter Simon, Kopenhagen, mit, daß die polnische Regierung in den Gesprächen mit Ministerpräsident Krag die Verbesserung der Beziehungen zur Bundesregierung weiterhin von der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und der Anerkennung der DDR abhängig gemacht habe: „Der Ton der Äußerungen über die Bundesrepublik Deutschland sei zwar etwas höflicher als früher, in der Sache jedoch ganz unnachgiebig gewesen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 10; VS-Bd. 2455 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>17</sup> Dazu übermittelte der Leiter der Handelsvertretung in Warschau, Böx, die Information, daß der dänische Ministerpräsident vom Ersten Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei am Vormittag des letzten Besuchstages empfangen worden sei: „Dabei waren [...] lediglich zwei Dolmetscher anwesend. Gespräch mit Gomulka zog sich mit über zwei Stunden unerwartet in die Länge, so daß Aufbruch zum Flugplatz in aller Hast erfolgen mußte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 8 vom 9. Januar 1967; VS-Bd. 4207 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>18</sup> Bundeskanzler Kiesinger bekundete am 13. Dezember 1966 vor dem Bundestag den Willen der Bundesregierung zur Verständigung sowie zu gutnachbarlichen Beziehungen. Ferner erneuerte er das Angebot zum Austausch von Gewaltverzichtserklärungen mit der UdSSR und erklärte die Bereitschaft, „das ungelöste Problem der deutschen Teilung in dieses Angebot einzubeziehen“. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3662.

Am 13. Januar 1967 führte der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Gorki aus, die Regierungserklärung zeuge davon, „daß die Zielsetzungen des westdeutschen Imperialismus leider die alten bleiben. [...] Die neue Regierung der Bundesrepublik Deutschland spricht zwar von ihrer Absicht, die Entspannung in Europa zu fördern. Kanzler Kiesinger sagte namentlich, seine Regierung werde bestrebt sein, mit der Sowjetunion Verständigung und Vertrauen zu vertiefen, um Voraussetzungen für zukünftige erfolgreiche Gespräche und Verhandlungen zu schaffen. Doch all

Zarapkin sei zwar vor Weihnachten bei ihm – dem Herrn Minister – gewesen und habe am Schluß der Unterredung gesagt, daß er ihn nach seiner Rückkehr aus Moskau wieder aufsuchen werde.<sup>19</sup> Bisher habe er sich aber nicht gemeldet, was wohl bedeute, daß er keine Instruktionen mitgebracht habe. Zwar habe er einige Male mit Staatssekretär Lahr gesprochen, aber offensichtlich habe er von der politischen Führung nicht die Weisung erhalten, sich zu der Regierungserklärung zu äußern.<sup>20</sup> Der deutsche Botschafter in Moskau<sup>21</sup> sei inzwischen in Bonn gewesen und habe berichtet, daß Semjonow Interesse an einem informellen Gespräch über den Gewaltverzicht gezeigt habe. Entsprechende Gespräche hätten schon zwischen Staatssekretär Carstens und Zarapkin<sup>22</sup>, wie auch zwischen ihm – dem Herrn Minister – und dem russischen Botschafter in Ostberlin, Abrassimow,<sup>23</sup> stattgefunden. Die Russen hätten zunächst einen Satz völlig mißverstanden, der von deutscher Seite in der Vorstellung, daß dadurch die Dinge erleichtert werden könnten, eingefügt worden sei. Es handle sich um die Erklärung, daß die Probleme des geteilten Deutschland in den Austausch der Gewaltverzichtserklärungen einbezogen werden sollten. Damit habe man dem russischen und polnischen Argument begegnen wollen, daß im Falle einer Ausklammerung des entsprechenden Gebietes alles offen bliebe. Abrassimow und Zarapkin hätten den Punkt verstanden, aber in Moskau habe man, nach Auskunft des deutschen Botschafters, das Gegenteil des Beabsichtigten hineingelesen.<sup>24</sup> Allgemein könne man sagen, daß die Sprache der Rus-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 81*

das bleibt vorläufig nur Gerede, und dieses Gerede wird übrigens durch andere Erklärungen widerlegt, die im Programm der neuen Regierung der Bundesrepublik Deutschland enthalten sind.“ Vgl. DzD V/1, S. 306.

<sup>19</sup> Für das Gespräch vom 8. Dezember 1966 vgl. AAPD 1966, II, Dok. 393.

<sup>20</sup> Vgl. dazu auch BRANDT, Begegnungen und Einsichten, S. 225 f. Bundesminister Brandt traf am 19. Januar 1967 anläßlich eines Empfangs für das Diplomatische Corps in Bonn mit dem sowjetischen Botschafter zusammen. Zarapkin äußerte die Meinung, „es gehe für die Bundesrepublik darum, einen grundsätzlichen Wandel ihrer Außenpolitik zu vollziehen und entscheidende, längst unhaltbar gewordene Positionen endlich aufzugeben.“ Es gehe vor allem anderen darum, „daß die Bundesrepublik die DDR zur Kenntnis nehme. Sonst seien Gespräche mit der [Slowjet]U[nion] wenig sinnvoll. Der Herr Minister erwiderte, der Botschafter werde sehen, daß es auch in der schwierigen innerdeutschen Frage nicht an Initiativen der Bundesregierung fehlen werde. Er fragte, ob er den Botschafter richtig verstanden habe, daß politische Gespräche keinen Sinn hätten. Botschafter Zarapkin korrigierte sich und betonte, er stehe zu Gesprächen jederzeit zur Verfügung.“ Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. VS-Bd. 10089 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>21</sup> Gebhardt von Walther.

<sup>22</sup> Staatssekretär Carstens und der sowjetische Botschafter Zarapkin führten am 10. Oktober und 21. November 1966 Gespräche, bei denen insbesondere die Frage nach der Einbeziehung der DDR in den Geltungsbereich einer solchen Erklärung behandelt wurde. Vgl. dazu AAPD 1966, II, Dok. 340 und Dok. 374.

<sup>23</sup> Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Brandt, traf im Laufe des Jahres 1966 zu fünf Gesprächen mit dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Abrassimow, zusammen, zuletzt am 12. Oktober 1966. Vgl. dazu die Aufzeichnung von Brandt vom 13. Oktober 1966; VS-Bd. 4134 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966. Vgl. dazu auch AAPD 1966, II, Dok. 326.

<sup>24</sup> Am 29. Dezember 1966 berichtete Botschafter von Walther, Moskau, der sowjetische Stellvertretende Außenminister habe zur Frage des Austauschs von Gewaltverzichtserklärungen erklärt, „daß auch auf diesem Gebiet die Regierungserklärung einen Rückschritt gegenüber den Erklärungen von Herrn Carstens darstelle, da die ‚DDR‘ von diesen Erklärungen ausgeschlossen werde“. Auf den Hinweis von Walther, daß der Vorschlag der Bundesregierung „die Bundesgenossen der Sowjetunion“, also auch die DDR, einschließe, habe Semjonow erwidert, „daß gerade dieser Punkt in der Regierungserklärung nicht zu finden sei“. Walther habe dies sofort als „Fehlinterpretation“ zurückgewiesen. Vgl. AAPD 1966, II, S. 1716.

sen nicht mehr so unfreundlich und feindselig, sondern reserviert sei. Sie zeigten sich aber nicht bereit, ein Gespräch mit der deutschen Seite anzufangen, es sei denn über die Frage des Gewaltverzichts, wo ein Versuch möglich erscheine. Bevor er – der Herr Minister – in die Regierung eingetreten sei, d. h. Ende November<sup>25</sup>, sei ihm von russischer Seite gesagt worden, in seiner Eigenschaft als Parteivorsitzender wäre er im Laufe des Jahres 1967 zu einem Besuch in Moskau willkommen.<sup>26</sup> Er habe sich damals interessiert gezeigt, aber keinen Zeitpunkt festgelegt. Inzwischen, seit er Außenminister sei, hätten sich die Voraussetzungen für eine Rußlandreise geändert. In seiner jetzigen Funktion lasse sich der Vorschlag nicht ohne weiteres erneuern. Er habe keinen entsprechenden Hinweis gemacht, da er es nicht für richtig halte, von sich aus das Thema wieder aufzunehmen. Woran ihm liege, sei ja nicht ein Besuch als solcher, sondern die Aussicht, in der Sache Fortschritte machen zu können, damit der Wert des Besuches über das Atmosphärische hinausgehe.

Herr *Couve de Murville* dankte dem Herrn Minister für seine Ausführungen, die ihn sehr interessiert hätten. Er habe den Eindruck, daß der Herr Minister eine Politik habe und Vorstellungen über eine politische Aktion in den wesentlichen Bereichen. Was die Ost-West-Beziehungen betreffe, stehe man noch am Anfang; der Prozeß werde lang und schwierig sein, aber er sei sehr wichtig, vielleicht das Wichtigste. Er verstehe, daß man auf deutscher Seite an die Herstellung diplomatischer Beziehungen mit den osteuropäischen Ländern denke, ohne die Frage der DDR zu stellen. Er glaube, daß dies taktisch richtig sei. Natürlich werde es zu Schwierigkeiten wegen der DDR kommen, die über die jetzigen Pläne nicht sehr zufrieden sein werde. Die DDR sei gegen die Entspannung und für die Starrheit, und schätze den Gedanken wohl nicht, daß die Bundesrepublik nunmehr mit den osteuropäischen Staaten Beziehungen anknüpfen wolle. Natürlich müsse man in dieser Lage die Vorteile und Nachteile abwägen. Man müsse die möglicherweise auftauchenden neuen Schwierigkeiten nehmen wie sie sind, sie in Rechnung stellen und versuchen, sie zu überwinden. Im Zusammenhang mit Rumänien würden sich wohl wenig Hindernisse ergeben, da es sich nicht um ein Nachbarland der Bundesrepublik handle und keine Grenzfragen bestünden. Er sei erfreut darüber, daß die Gespräche mit den Rumänen schon so weit gediehen seien. Demnach sei zu erwarten, daß die Herstellung der diplomatischen Beziehungen anläßlich des Besuchs von Außenminister Manescu in Bonn angekündigt werde. In bezug auf die Tschechoslowakei bestehe die Schwierigkeit in der Tat in den langwierigen Diskussionen darüber, ob das Münchener Abkommen je existiert habe oder seine Gültigkeit verloren habe. Dies sei eine theoretische, gefühlsbeladene Streitfrage. Die praktischen Folgen seien Nationalitätsfragen. Es sei wohl am besten, darüber zu sprechen, um sie in der einen oder anderen Weise zu klären. Die

<sup>25</sup> Zur Neubildung der Bundesregierung am 1. Dezember 1966 vgl. Dok. 5, Anm. 4.

<sup>26</sup> Bereits bei dem Treffen am 6. Juni 1966 hatte der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin einen Besuch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin angeregt. Über das Gespräch am 22. November 1966 notierte Brandt rückblickend: „Noch bevor wir uns im Gästehaus des Senats zu Tisch setzten, überbrachte mir Abrassimow eine offizielle Einladung, als Vorsitzender der SPD – gemeinsam mit meiner Frau – Moskau zu besuchen; jede Einladung könne ohne Schwierigkeiten auf eine neue Funktion übertragen werden. Ich sagte, wir wüßten dies zu schätzen, aber nun müsse man erst sehen, wie sich die Situation klären werde.“ Vgl. BRANDT, Begegnungen und Einsichten, S. 118 und S. 121.

französische Regierung sei gerne bereit, den Tschechen ein Wort über diese Probleme zu sagen. Wenn es zu diplomatischen Beziehungen mit Prag komme, sei dies eine gute Sache. Mit Ungarn würden die Dinge wohl weniger schwierig sein, da schon Verbindungen bestünden.<sup>27</sup> Voraussetzung sei, daß sich keine Grundsatzfragen wegen der DDR ergeben.

Der Herr *Minister* verwies im Zusammenhang mit Ungarn darauf, daß zur Zeit ein großes gemeinsames deutsch-französisches wirtschaftliches Projekt geplant sei.<sup>28</sup> Es wäre auch gut, wenn sich auch beiderseitige Firmen für eine Zusammenarbeit in anderen Ländern, wie etwa Rumänien, bereit fänden.

Herr *Couve de Murville* bestätigte, daß er dies für einen sehr guten Gedanken, für eine sehr nützliche Form von Zusammenarbeit halte.

Anschließend brachte er das Gespräch auf Polen. Dieses Land biete die größten Schwierigkeiten, weil es noch stark „traumatisiert“ sei. Es gehe im wesentlichen um die Grenzfrage, den Bestand Polens. Der polnische Außenminister Rapacki werde am 26. Januar 1967 in Paris erwartet<sup>29</sup> zu einem schon lange beschlossenen Gegenbesuch des Besuchs des französischen Außenministers vom vergangenen Juli in Polen<sup>30</sup>. Er – Couve de Murville – nehme an, daß Rapacki sich zu der deutschen Frage sehr negativ – wohl am negativsten von allen – äußern werde. Man werde ja sehen. Er – Couve – halte jede Art von offiziellen und offiziellen Kontakten für nützlich. Man müsse versuchen, das Eis aufzutauen und das enorme Mißtrauen, das auf polnischer Seite vorhanden sei, zu überwinden.

Im Zusammenhang mit Rußland führte Herr Couve de Murville aus, er habe im Dezember nach der NATO-Tagung<sup>31</sup> mit Botschafter Sorin, der bekanntlich kein Freund Deutschlands sei, gesprochen und dabei das Abschlußkommuniqué kommentiert. Er habe Zorin gesagt, daß er den Eindruck habe, die neue deutsche Regierung habe eine Politik und sei entschlossen, einen Wandel in den Beziehungen zu Osteuropa und Rußland herbeizuführen und sich damit an den Entspannungsbemühungen zu beteiligen. Er – Couve – habe hinzugefügt, man sei damit noch ganz am Anfang, die Regierung sei erst neu, man müsse die weitere Entwicklung abwarten. Er habe Verständnis dafür, daß man auf russischer Seite vorsichtig sei. Zorin habe keine Reaktion erkennen lassen.

<sup>27</sup> Auf der Basis des Abkommens vom 10. November 1963 errichteten die Bundesrepublik und Ungarn Handelsvertretungen in Budapest bzw. Köln. Vgl. dazu AAPD 1963, II, Dok. 339.

Die seit November 1963 geführten Gespräche mit der Tschechoslowakei über die Errichtung von Handelsvertretungen blieben bislang ohne Ergebnis. Vgl. dazu AAPD 1966, Dok. 122.

<sup>28</sup> Am 6. Januar 1967 unterzeichneten die ungarische Regierung und ein deutsch-französisches Konsortium, bestehend aus der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG (MAN) und der Ferrostaal AG, Essen, sowie der Firma SERI-Renault-Engineering einen Auftrag für den Bau einer Motorenfabrik mit einem Gesamtwert von etwa 120 Mio. DM. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr vom 12. Januar 1967; Büro Staatssekretär, Bd. 152.

<sup>29</sup> Zum Besuch des polnischen Außenministers Rapacki vom 26. bis 30. Januar 1967 in Frankreich vgl. Dok. 41.

<sup>30</sup> Der französische Außenminister Couve de Murville besuchte vom 18. bis 21. Mai 1966 Polen und unterzeichnete Abkommen über die kulturelle, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1966, Z 104. Vgl. auch COUVE DE MURVILLE, *Politique Étrangère*, S. 215–217.

<sup>31</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 15./16. Dezember 1966 in Paris vgl. AAPD 1966, II, Dok. 410 und Dok. 414.

Er – Couve – glaube, daß Rußland abwarten wolle; auch die Russen müßten auf ihre Freunde Rücksicht nehmen, es gebe auch dort verschiedene Tendenzen. Unter den osteuropäischen Staaten sei keine einheitliche politische Linie zu erkennen. Hinzu komme die Frage der DDR, die sehr schwierig sei; im Grunde sei sie das Haupthindernis. Vielleicht könnte man von französischer Seite im Osten ein Wort zu der Frage eines Nichtangriffspaktes sagen, oder ob dies der deutschen Seite nicht wünschenswert erscheine?

Der Herr *Minister* antwortete, die Bundesregierung würde es sehr begrüßen, wenn die französische Regierung bei Gelegenheit ein erklärendes Wort über die Absichten der Bundesregierung anbringen könnte. Was die Tschechoslowakei betreffe, wolle er die Rückkehr der Delegation aus Prag abwarten und mit seinen Mitarbeitern über den Stand der Dinge sprechen. Gegenüber Rapacki wäre ihm jede hilfreiche Interpretation von französischer Seite sehr willkommen.<sup>32</sup>

Herr *Couve de Murville* erklärte sich damit einverstanden, in bezug auf die Tschechen noch zu warten.

Der Herr *Minister* erläuterte, daß er hierüber eine Dokumentation zusammenstellen lassen werde, damit die Mitarbeiter von Herrn Couve de Murville nicht nur auf eigene Eindrücke angewiesen seien.

Jugoslawien habe in den letzten vierzehn Tagen mehrmals versucht, etwas über die deutschen Absichten hinsichtlich einer Wiederherstellung der Beziehungen zu erfahren.<sup>33</sup> Die Jugoslawen seien das Opfer des Beschlusses, wonach die Bundesrepublik aus<sup>34</sup> einem Staat, der diplomatische Beziehungen zu Pankow anknüpfe, ihren Botschafter abberufe.<sup>35</sup> Während seines Rom-

<sup>32</sup> Am 24. Januar 1967 unterrichtete Bundesminister Brandt seinen französischen Kollegen Couve de Murville davon, daß die „Aussöhnung mit dem durch den Zweiten Weltkrieg besonders hart betroffenen polnischen Nachbarvolk [...] eines der vornehmsten Ziele der deutschen Außenpolitik“ sei. Brandt erklärte ferner, daß ihm die in der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 zum Verhältnis mit Polen dargelegte politische Zielsetzung „persönlich am Herzen“ liege: „Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie in den kommenden Gesprächen die Aufmerksamkeit des polnischen Außenministers auf diese Bedeutung der Erklärung lenken und ihm die Ernsthaftigkeit des deutschen Friedens- und Verständigungswillens näherbringen könnten.“ Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 4177 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>33</sup> Politische Gespräche zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien fanden zuletzt am 4. September 1964 statt. Vgl. dazu AAPD 1964, I, Dok. 243.

Am 8. Februar 1967 stellte Ministerialdirektor Ruete fest, „daß eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien vorläufig nicht vorgesehen ist“, die Bundesregierung sich einem Meinungsaustausch aber nicht verschließen solle: „Alle offiziellen und offiziellen jugoslawischen Stimmen lassen klar erkennen, daß Belgrad an eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen keine Bedingungen knüpft. Als Voraussetzung für eine ‚volle Normalisierung‘ der Beziehungen nennen die Jugoslawen allerdings die Befriedigung ihrer Wiedergutmachungs- und Reparationsforderungen, das Verbot ‚terroristischer‘ Emigrantenumtriebe im Bundesgebiet sowie eine vertragliche Regelung des Status der jugoslawischen Gastarbeiter. [...] Äußerungen jugoslawischer Diplomaten in Belgrad und Bonn – und BND-Meldungen – sind dahin zu verstehen, daß Belgrad die besonderen außenpolitischen Schwierigkeiten, die mit einer Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen verbunden sind, sehen und – soweit wie möglich – auch würdigen will. [...] Die Jugoslawen haben uns wissen lassen, daß sie den ersten Schritt von uns erwarten. Sie haben einen Meinungsaustausch zwischen den Außenministern oder Staatssekretären oder auf jeder anderen uns genehmen Ebene angeregt.“ Vgl. VS-Bd. 4258 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>34</sup> Korrigiert aus: „mit“.

<sup>35</sup> Die Anerkennung der DDR durch Jugoslawien am 10. Oktober 1957 führte aufgrund der Hallstein-Doktrin zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien am 19. Oktober 1957.

Aufenthaltes<sup>36</sup> habe der dortige jugoslawische Botschafter<sup>37</sup> über einen italienischen Staatssekretär versucht, Fühlung mit ihm aufzunehmen, um zu erfahren, ob Jugoslawien bei dem geplanten Vorhaben ausgeklammert werden solle, oder ob die deutsche Seite bereit sei, in den nächsten Monaten über die Möglichkeit einer Wiederanknüpfung der Beziehungen nachzudenken. Er selbst – der Herr Minister – würde es sehr begrüßen, wenn es möglich wäre, mit Ländern wie Ägypten und Indien, vorweg zu sprechen, damit in der Dritten Welt aus der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien trotz der bestehenden Beziehungen zur DDR nicht falsche Schlüsse gezogen werden. Das Auswärtige Amt beabsichtige, durch seine<sup>38</sup> Botschaften in den Ländern der Dritten Welt eine Unterrichtung der jeweiligen Regierungen durchzuführen.<sup>39</sup> Dabei soll unterstrichen werden, daß sich an der Überzeugung und Haltung der Bundesregierung gegenüber Pankow nichts geändert habe. Die Bemühungen um diplomatische Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten seien als Beitrag zum Frieden zu werten, weil diese Länder auch zu Europa gehörten und sich die deutsche Frage ohne sie nicht regeln lasse.

Der französische *Außenminister* wies darauf hin, daß das Auswärtige Amt bereits mit der französischen Seite über die Frage der Beziehungen zwischen den Drittländern und [der] DDR gesprochen habe.<sup>40</sup> Er werde sehen, ob man auf französischer Seite eventuell etwas tun könne, um die Situation zu erläutern und falsche Schlüsse zu vermeiden. Das Beste wäre, die in Frage kommenden Länder zu nennen. Im Zusammenhang mit den arabischen Ländern sei ein derartiges *Procedere* wohl nicht aktuell.

Der Herr *Minister* betonte, daß einige deutsche Botschafter erklärt hätten, ihre eigene Aktion würde viel mehr Gewicht haben, wenn sie durch den jeweiligen französischen Botschafter unterstützt würde. Das Auswärtige Amt werde diese Länder dem *Quai d'Orsay* gerne nennen.<sup>41</sup>

<sup>36</sup> Vgl. dazu Dok. 8, besonders Anm. 2.

<sup>37</sup> Ivo Vevoda.

<sup>38</sup> Korrigiert aus: „ihre“.

<sup>39</sup> Zur geplanten „Abschirmungsaktion“ der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ostblock-Staaten vgl. Dok. 18, besonders Anm. 5.

<sup>40</sup> Am 4. Januar 1966 bat Staatssekretär Schütz, Botschafter Klaiber, Paris, das französische Außenministerium über die geplanten Maßnahmen der Bundesregierung zur „Abschirmung“ der beabsichtigten Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Ostblock-Staaten zu unterrichten. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 23 vom 6. Januar 1967; VS-Bd. 419 b (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1967.

Am 10. Januar 1967 erörterten Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg und der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, de Beaumarchais, die Beziehungen der Bundesrepublik zu den osteuropäischen Staaten. Für das Konsultationsgespräch vgl. VS-Bd. 2392 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>41</sup> Am 24. Januar 1967 bat Bundesminister Brandt die französische Regierung darum, in ihrer Eigenschaft als Schutzmachtvertretung für die deutschen Interessen bei den Regierungen des Irak, des Libanon sowie Syriens durch Demarchen „die deutsche Politik zu unterstützen und die Haltung Frankreichs in der Deutschlandfrage zum Ausdruck zu bringen“. Entsprechende Demarchen sollten von der französischen Botschaft auch in der VAR und in Algerien durchgeführt werden. Ferner würde es die Bundesregierung begrüßen, wenn Frankreich seinen Einfluß in Kambodscha und Laos sowie in den „afrikanischen Staaten französischer Prägung“ geltend machen könnte. Für das Schreiben an den französischen Außenminister Couve de Murville vgl. VS-Bd. 4177 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Mit den Arabern laufe praktisch eine Parallelaktion in Richtung auf eine Normalisierung. Vier arabische Staaten hätten sich in diesem Zusammenhang an die Bundesregierung gewandt.<sup>42</sup> Er habe auch ein Schreiben des Vorsitzenden der Arabischen Liga, Hassouna, erhalten, in dem dieser ihm mitteile, daß er ihn gerne sehen möchte.<sup>43</sup> Bisher habe er trotz seines Interesses an einer Normalisierung eine gewisse Zurückhaltung gezeigt, damit nicht auch hier falsche Schlüsse gezogen würden.

Herr *Couve de Murville* sagte, er verstehe, daß man sich einig sei, um gemeinsam zu handeln, soweit und wo es auf deutscher Seite für möglich gehalten werde. In bezug auf die arabischen Staaten bemerkte er, daß es sehr schwierig sei, einmal abgebrochene diplomatische Beziehungen wieder herzustellen, selbst wenn man es wünsche. In diesem Raum sei Ägypten entscheidend. Wenn dieses Land eine Bewegung mache, würden alle anderen folgen.<sup>44</sup> Dies gelte auch für Hassouna. Man habe auf deutscher Seite ein weites Programm.

Der Herr *Minister* brachte dann das Gespräch auf die kulturellen Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten und wies darauf hin, daß es im Hinblick auf künftige Anstrengungen von deutscher Seite sehr wertvoll wäre, wenn man an den französischen Erfahrungen auf diesem Gebiet teilhaben könnte.

Herr *Couve de Murville* gab eine entsprechende Zusage.

Anschließend erklärte er, daß für eine Besprechung der Westfragen nicht mehr viel Zeit übrig sei und fragte, ob es besonders aktuelle Fragen gebe, die sich in diesem Zusammen[hang] stellten.

Der Herr *Minister* fragte nach dem Standpunkt der französischen Regierung zur Konferenz in Rom.<sup>45</sup>

Herr *Couve de Murville* erwiderte, daß er es für normal halte, den 10. Jahrestag der Unterzeichnung der Verträge zu begehen, „die ja schließlich die Grundlagen der europäischen Politik seien“. Dieser Anlaß biete den Teilnehmern Gelegenheit, sich zu sehen. Es seien keine Entscheidungen und Ergebnisse (*décisions et conclusions*) zu erwarten. Man werde sich sehen und „über das sprechen, worüber man wolle“.

<sup>42</sup> Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch die Mehrzahl der arabischen Staaten vgl. AAPD 1965, II, Dok. 203.

Zu den Bemühungen der Bundesregierung um eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Jordanien und zum Sudan vgl. AAPD 1966, II, Dok. 389.

Bereits im November und Dezember 1965 kam es zu Kontakten mit Algerien und – über die ägyptische Botschaften in Paris, Athen und Tunis – auch mit der VAR. Vgl. dazu AAPD 1965, III, Dok. 432 und Dok. 472, sowie AAPD 1966, II, Dok. 257 und Dok. 402.

<sup>43</sup> Am 27. Dezember 1966 notierte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg, der Generalsekretär der Arabischen Liga habe „in den letzten Wochen mehrfach wissen lassen“, daß er mit Blick auf die nächste Tagung der Arabischen Liga im März 1967 an Gesprächen in Bonn interessiert sei: „Um diese Entwicklung zu fördern, haben wir dem Bonner Büro der Liga am 23. Dezember mitgeteilt, daß der Bundesminister des Auswärtigen sich freuen würde, mit Generalsekretär Hassouna in Bonn ein Gespräch zu führen.“ Vgl. VS-Bd. 10085 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>44</sup> Zu den Bemühungen der Bundesregierung um die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu den arabischen Staaten vgl. weiter Dok. 36.

<sup>45</sup> Zum Vorschlag des italienischen Außenministers Fanfani, anläßlich des 10. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs der europäischen Gemeinschaften in Rom zu veranstalten, vgl. Dok. 8.

Der Herr *Minister* betonte, daß er dem Herrn Bundeskanzler geraten habe, daß man sich für die politische Zusammenarbeit an keine der früher ausgearbeiteten Formeln<sup>46</sup> gebunden sehen sollte. Er sei bereit, von sich aus über jede Möglichkeit und jede Form zu sprechen, um die politische Konsultation und Koordination in Gang zu bringen.

Herr *Couve de Murville* erklärte, hier sei es von Anfang an unerlässlich, zwischen Frankreich und Deutschland zu gemeinsamen Ansichten über die Politik zu kommen. Wenn Deutschland und Frankreich sich einig seien, würden die anderen Vier folgen, aber der Ausgangspunkt müsse zwischen Deutschland und Frankreich geschaffen werden. Hierin liege das Problem. Man dürfe nicht dogmatisch vorgehen. Es sollten keine Institutionen geschaffen werden. Zunächst müsse man sehen, ob über die wichtigen Fragen Einverständnis bestehe.

Der Herr *Minister* fragte, ob im Rahmen der EWG ein neuer Versuch gemacht werden sollte, um die im Prinzip beschlossene Fusion<sup>47</sup> durchzuführen und die Übergangsprobleme zu lösen.

Herr *Couve de Murville* antwortete, die Fusion sei von allen gutgeheißen und beschlossen worden. Er halte sie für eine gute Sache. Wenn man sie bisher noch nicht habe verwirklichen können, habe dies einzig und allein an einer Personalfrage gelegen.<sup>48</sup> In einem Jahr werde alles leichter sein. Er sehe keine eigentliche Schwierigkeit.

Der Herr *Minister* verwies auf den Vorschlag, den Herrn Staatssekretär Lahr anlässlich eines von Herrn Luns gegebenen Mittagessens vor Weihnachten gemacht habe.<sup>49</sup>

Der französische *Außenminister* sagte hierzu, der ihm bekannte Vorschlag von Herrn Lahr lasse doch die Frage offen, wer der erste Präsident sein solle. Das Problem sei dadurch nicht aus der Welt geschafft, sondern nur in anderer Form präsentiert worden. Dies habe er auch Herrn Lahr gesagt.

<sup>46</sup> Zum Stand der Diskussion über die Form einer europäischen politischen Zusammenarbeit vgl. AAPD 1966, II, Dok. 362 und Dok. 367. Für den Wortlaut der beiden „Fouchet-Pläne“ vom 2. November 1961 bzw. 18. Januar 1962 vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 466–484.

<sup>47</sup> Am 8. April 1965 schlossen die Mitgliedstaaten der drei europäischen Gemeinschaften den Vertrag zur Einsetzung eines gemeinsamen Rats und einer vereinigten Kommission zum 1. Juli 1966. Durch die EWG-Krise wurde das Ratifikationsverfahren jedoch verzögert und konnte erst am 21. Juni bzw. 25. Oktober 1966 mit der Zustimmung der niederländischen Abgeordnetenversammlung und des Senats abgeschlossen werden. Einvernehmen mußte insbesondere noch über die personelle Zusammensetzung der vereinigten Kommission erzielt werden. Erst dann sollte nach einem Beschluß des EWG-Ministerrats vom 29. Januar 1966 mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden begonnen werden. Vgl. ZEHNTER GESAMTBERICHT, S. 406 f. Für den Wortlaut des „Fusionsvertrages“ vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil II, S. 1454–1497.

<sup>48</sup> Zum Vorschlag der Bundesregierung, den Präsidenten der EWG-Kommission, Hallstein, zum Präsidenten der vereinigten Kommission zu wählen, sowie zu den französischen Vorstellungen über die Besetzung des Postens vgl. Dok. 8, Anm. 17.

<sup>49</sup> Am 22. Dezember 1966 schlug Staatssekretär Lahr vor, den Präsidenten der EWG-Kommission, Hallstein, statt der im Rotationssystem vorgesehenen zwei Jahre bis zum 1. Juli 1968 zum Präsidenten der vereinigten Kommission zu ernennen und das Präsidium für diesen Zeitraum ferner mit den Präsidenten der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Del Bo, und der Kommission der Europäischen Atomgemeinschaft, Chatenet, sowie einem Vertreter der Benelux-Staaten zu besetzen. Vgl. dazu AAPD 1966, II, Dok. 411.



Zur Frage des Beitritts von Großbritannien zur EWG führte der Herr *Minister* sodann aus, er glaube, daß man erst einmal die Rundreise von Premierminister Wilson und Außenminister Brown<sup>50</sup> abwarten sollte, um zu sehen, welches die britischen Vorschläge seien. Auf deutscher Seite bereite man einige Fragen vor, von deren Beantwortung dann viel abhängen werde.<sup>51</sup> Man würde es begrüßen, wenn anschließend nochmals gesprochen werden könnte.

Herr *Couve de Murville* sagte, man müsse in der Tat abwarten, was die Engländer sagten und dann darüber sprechen. Es handle sich um eine „enorme Frage, die sehr wichtig sei“.

Der Herr *Minister* erwähnte, daß er inzwischen von Herrn Fanfani ein Schreiben erhalten habe; der italienische Außenminister scheine wegen einiger Pressemeldungen etwas nervös zu sein. Auf der Konferenz der Sozialistischen Internationale in Rom habe Nenni bestimmte Erklärungen abgegeben<sup>52</sup>, denen er selbst grundsätzlich widersprochen habe.<sup>53</sup> Er – der Herr *Minister* – habe sowohl Staatspräsident Saragat, wie auch Nenni und den anderen italienischen Gesprächspartnern gesagt, daß die Politik der Bundesregierung in der Englandfrage die gleiche sei wie die der italienischen Regierung. Fanfani habe großen Wert darauf gelegt, daß wegen der Erklärungen Nennis keine Fehlinterpretationen entstünden.

Herr *Couve de Murville* sagte abschließend, er kenne die Haltung Nennis.

**VS-Bd. 10089 (Ministerbüro)**

<sup>50</sup> Zu den geplanten Sondierungsgesprächen vgl. Dok. 8, Anm. 20.

<sup>51</sup> Für die Gespräche des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem britischen Premierminister Wilson vom 15. und 16. Februar 1967 vgl. Dok. 55 und Dok. 57.

<sup>52</sup> Im Rahmen der Tagung der Sozialistischen Internationale am 4./5. Januar 1967 führte der Vorsitzende der Vereinigten Sozialistischen Partei Italiens (PSU) aus: „Nous voulons l'entrée de la Grande-Bretagne dans le Marché commun ... Si les élections françaises de mars laissent inchangée ou presque la situation politique en France, les Cinq plus la Grande-Bretagne et les autres pays prêts à adhérer au Marché commun devront s'engager sur la voie de l'intégration politique et économique. Ils ne devront pas se laisser arrêter par le général de Gaulle comme ils l'ont fait après le veto de 1964.“ Vgl. den Artikel „L'entrée de la Grande-Bretagne dans le Marché commun thème principal des débats de la conférence socialiste“, LE MONDE, Nr. 6838 vom 6. Januar 1967, S. 3.

<sup>53</sup> Am 12. Januar 1967 informierte Bundesminister Brandt den britischen Botschafter Roberts über ein Gespräch mit dem britischen Außenminister in Rom: „Brown sei etwas unzufrieden mit ihm gewesen, weil er die Frage verneint habe, ob man auch deutscherseits dafür sei, wie dies von anderer Seite angeregt worden sei, im Falle eines französischen Neins Frankreich durch Großbritannien zu ersetzen. Man könne die Landkarte Europas nicht immer wieder ändern. Ebenso wenig wie Paris und Washington austauschbar seien, gelte dies für Paris, London, Bonn und Rom. Sein Nein auf die Frage von Außenminister Brown heiße, daß man in Paris die eigene Position klarmachen und versuchen werde, Widerstände zu überwinden, wenn sie sich zeigen sollten. Dies wollten auch die Italiener tun.“ Vgl. VS-Bd. 10089 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

## 16

## Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Staatspräsident de Gaulle in Paris

Z A 5-8.A/67 geheim

13. Januar 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler führte am 13. Januar 1967 um 14.40 Uhr in Paris ein zweites Gespräch<sup>2</sup> unter vier Augen mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle.

Der Herr *Bundeskanzler* wies einleitend darauf hin, daß Deutschlands Lage in der Frage des britischen Beitritts zum Gemeinsamen Markt<sup>3</sup> schwierig sei. Vor seiner Abreise habe er einen fast beschwörenden Brief der Vertreter der deutschen Industrie erhalten, welcher die wirtschaftliche Bedeutung dieses Problems aufgezeigt habe.<sup>4</sup> Ihm seien Zahlen gegeben worden, welche zeigten, daß die deutsche Handelsbilanz in der EWG passiv sei oder fast gar keine Überschüsse aufweise, während die notwendigen Überschüsse im Handel mit den EFTA-Ländern erzielt würden.<sup>5</sup> Darum sei die deutsche Industrie natürlich sehr daran interessiert, daß die Zollgrenzen zur EFTA abgebaut würden. Dasselbe gelte für die öffentliche Meinung in Deutschland. Deswegen habe er in seiner Regierungserklärung davon gesprochen, daß die Bundesregierung eine Politik der offenen Tür betreiben wolle.<sup>6</sup> Natürlich kenne er die Haltung des

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 16. Januar 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Für das erste Gespräch vgl. Dok. 14.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 8, besonders Anm. 22.

<sup>4</sup> Am 11. Januar 1967 führte der Präsident des BDI, Berg, in einem Schreiben an Bundeskanzler Kiesinger aus, daß parallel zur Konsolidierung der europäischen Gemeinschaften nach innen versucht werden müsse, mit Frankreich auch zu einer Einigung hinsichtlich einer Regelung der Außenbeziehungen der EWG zu kommen. Dazu reiche ein erfolgreicher Abschluß der Kennedy-Runde „durch eine kompromißbereite Mitarbeit aller EWG-Partner“ jedoch nicht aus: „Mit Rücksicht auf unsere traditionellen Handelsbeziehungen zu den EFTA-Ländern muß auch die französische Regierung Verständnis für unseren Wunsch haben, die EWG durch alle beitriffs- und assoziierungswilligen europäischen Staaten zu erweitern. Ich fürchte, daß ein erneutes französisches Veto gegenüber einem britischen Beitrittsbegehren zu einer erheblichen EWG-Verdrossenheit in unserem Lande führen würde. Denn damit würde der Eindruck verstärkt, daß Frankreich die EWG einseitig nach seinen Vorstellungen zu gestalten versucht.“ Vgl. Referat I A 2, Bd. 1479.

<sup>5</sup> Im Jahr 1965 verzeichnete die Bundesrepublik im Handel mit den EWG-Staaten ein Defizit von 1,428 Mrd. DM. Demgegenüber betrug der Überschuß an Exporten in die EFTA-Staaten im selben Jahr 7,209 Mrd. DM (1964: 7,0 Mrd. DM). Dazu bemerkte der BDI, daß der Handelsbilanzüberschuß der Bundesrepublik „praktisch ausschließlich im Warenverkehr mit dem EFTA-Raum erwirtschaftet“ werde: „Es ist kaum anzunehmen, daß die EFTA-Länder in der Lage sind, einen so hohen Devisenabfluß auf die Dauer hinzunehmen. Eine Schrumpfung der deutschen Ausfuhr in den EFTA-Raum ist auch deshalb zu befürchten, weil [...] die Einräumung von Preiszugeständnissen mit dem Ziele der Markterhaltung ihre Grenzen hat. Für diese Situation muß auch Frankreich Verständnis haben, da ein Ausfall bzw. eine wesentliche Verminderung des deutschen Aktiv-Saldos gegenüber dem EFTA-Raum es der Bundesrepublik außerordentlich schwer, wenn nicht gar unmöglich machen würde, die erheblichen Devisenzahlungen in die gemeinsame Agrarkasse zu leisten.“ Für das Schreiben vom 27. Januar 1967 vgl. Referat I A 2, Bd. 1479.

<sup>6</sup> Am 13. Dezember 1966 erklärte Bundeskanzler Kiesinger vor dem Bundestag: „Wir werden auf den konsequenten Ausbau der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und ihrer Institutionen hinwirken. Die Gemeinschaft der Sechs soll allen europäischen Staaten offenstehen, die sich zu ihren Zielen bekennen. Besonders würden wir eine Teilnahme Großbritanniens und anderer EFTA-

Generals sowie deren Motive, auf die der General in sehr ernsten Worten hingewiesen habe.<sup>7</sup> Er habe lange in Europa zu jenen gehört, welche die Theorie der Integration mit dem schließlichen Beitritt Großbritanniens zur Gemeinschaft der Sechs vertreten hätten. Dieser Gedanke habe in Deutschland noch viele Wurzeln. Er sei auf seine Weise eine großartige Idee. In der Politik handle es sich aber nicht darum, Ideen zu proklamieren, sondern Realitäten zu sehen. Deshalb habe er in seiner Regierungserklärung gesagt, das Wünschenswerte dürfe das Mögliche nicht verhindern. Er wisse, daß es in Deutschland und insbesondere in der deutschen Industrie einen ständigen Druck geben werde, um nach Wegen für einen britischen Beitritt zu suchen. Es handle sich dabei nicht so sehr um eine Frage der Beteiligung Großbritanniens an einer politischen Union<sup>8</sup>. Er habe noch nicht genügend nachgedacht, ob es etwa möglich wäre, die politischen und wirtschaftlichen Aspekte zu trennen. Er habe zu jenen gehört, die unmittelbar nach dem Krieg der Auffassung gewesen seien, daß England Europa führen solle, denn es habe so ausgesehen, als sei England am wenigsten geschwächt und sein Nationalbewußtsein am wenigsten beeinträchtigt. Diesen Gedanken habe er lange Zeit hindurch vertreten. Dann habe er die bittere Erfahrung machen müssen, daß Großbritannien dies gar nicht wolle. Wie viele seiner Landsleute habe er nicht einmal die Rede Winston Churchills in Zürich aufmerksam gelesen, der ja gar nicht ein Europa mit England vorgeschlagen habe, sondern einen Zusammenschluß auf dem Kontinent, wobei England und Amerika als eine Art Beobachter dabei wären.<sup>9</sup> Großbritannien habe besondere Beziehungen mit Amerika gewollt und eine eigene Position im Commonwealth. Er verstehe dies von einem Land, das nach dem Römischen Reich das imposanteste Imperium aufgebaut habe. Die deutsche Position gegenüber England sei in erster Linie wirtschaftlicher und nicht so sehr politischer Natur. Natürlich gebe es auch Deutsche, welche eine enge politische Mitarbeit Großbritanniens wünschten, doch hege er persönlich Zweifel daran, ob Großbritannien dazu bereit wäre. Seiner Regierung würde es schwerfallen, sich einem englischen Begehren zu verschließen, wenn Großbritannien bereit sei, alle Bedingungen des Gemeinsamen Marktes anzunehmen. Er halte jedoch diesen Zeitpunkt noch nicht für gekommen. Herr Wilson habe zwar angedeutet, daß die Absicht Englands ernst gemeint sei<sup>10</sup>, doch bestehe über die Zeit und die Bedingungen noch keine klare Vorstellung. Man könne es

*Fortsetzung Fußnote von Seite 90*

Länder an den europäischen Gemeinschaften begrüßen.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3663.

<sup>7</sup> Zur Haltung der französischen Regierung gegenüber einem britischen Beitritt zur EWG vgl. AAPD 1966, I, Dok. 37 und Dok. 113.

<sup>8</sup> Vgl. dazu Dok. 8, Anm. 20.

<sup>9</sup> Am 19. September 1946 regte der Vorsitzende der Konservativen Partei, Churchill, in der Universität Zürich die Schaffung „einer Art Vereinigte Staaten von Europa“ an. Für den Wortlaut der Rede vgl. THE COLLECTED WORKS OF SIR WINSTON CHURCHILL. Centenary Limited Edition, Bd. XXVIII: Post-War Speeches, Bd. 1, Teil 1: The Sinews of Peace, [London] 1975, S. 165 f. Vgl. dazu KIESINGER, Jahre, S. 323–325.

<sup>10</sup> Am 10. November 1966 erklärte der britische Premierminister vor dem Unterhaus zur Ankündigung einer neuen Initiative für einen EWG-Beitritt: „I want the House, the country, and our friends abroad to know that the Government are approaching the discussions I have foreshadowed with the clear intention and determination to enter E.E.C. if, as we hope, our essential British and Commonwealth interests can be safeguarded. We mean business.“ Vgl. HANSARD, Bd. 735, Sp. 1539 f.

daher im Augenblick der Zukunft überlassen, wie man auf eine eventuelles britisches Begehren reagiere. Wenn er aber offen sein solle, müsse er die Wirtschaftsinteressen klar darlegen, die im übrigen auch für die Kennedy-Runde gelten. Er füge sofort hinzu, daß er auch die französische Haltung respektiere. Das Problem sei nicht leicht, doch wiederhole er, daß seine Regierung nicht beabsichtige, eine Politik zu treiben, die gegen den französischen Widerstand die Beteiligung Englands an der politischen Zusammenarbeit fordere. Man müsse sehen, welche Wege es gebe, um die Schwierigkeiten für die deutsche Wirtschaft zu überwinden.

General *de Gaulle* bemerkte, zu dem Thema England wolle er etwas sagen über die wirtschaftliche und über die politische Frage. Der Herr Bundeskanzler sage ihm, die deutsche Industrie hege den starken Wunsch, daß keine Zollgrenze auf dem Weg zu England stehe. Das glaube er. Der Herr Bundeskanzler müsse andererseits verstehen, daß man mit der Gemeinschaft der Sechs ja nicht etwa eine Freihandelszone geschaffen habe. Auch das hätte man tun können. Es wäre einfach gewesen, insbesondere für Deutschland, da die deutsche Industrie sehr viel wettbewerbsfähiger sei. Man hätte also eine reine Freihandelszone mit England, Dänemark, Norwegen, Österreich, Spanien schaffen können. Man habe es aber nicht getan. Man habe eine Gemeinschaft gewollt, also mehr als eine Freihandelszone, nämlich eine wirtschaftliche Solidarität. Vielleicht erkenne die deutsche Industrie dies nicht in vollem Umfang. Das jedenfalls habe man getan. Der Rom-Vertrag<sup>11</sup> und alle inzwischen mit großen Schwierigkeiten zustande gekommenen Zusätze bedeuteten eine wirtschaftliche Solidarität in Industrie, Landwirtschaft, ja sogar im Handel, in der Technologie, im Finanzwesen. Dabei gehe es nicht um einen reinen Freihandel und um Zollfragen, sondern um eine echte Gemeinschaft. Er frage nun, ob England wirtschaftlich in den Gemeinsamen Markt eintreten könne. Vielleicht werde dies eines Tages der Fall sein, heute könne dies England bestimmt nicht tun. Käme es in die Gemeinschaft, wäre die Gemeinschaft keine Gemeinschaft mehr, sondern eine Freihandelszone, denn England werde sich nicht denselben Regeln unterwerfen, welche die Sechs im industriellen und landwirtschaftlichen Bereich auf sich genommen hätten, auch in den Fragen der Besteuerung und der Währung. Deutschland habe eine Währung, Frankreich habe eine Währung, England habe keine Währung, sondern nur die Fiktion einer Währung.<sup>12</sup> Folglich bestehe heute keine Beitrittsmöglichkeit. Er sage nicht, daß dieser Satz für immer gelte, er gelte aber für heute.

Zur politischen Frage wolle er bemerken, daß letzten Endes die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft mit einer politischen Absicht geschaffen worden sei. Über die Wirtschaft habe man allmählich eine politische Solidarität zwischen Deutschland, Frankreich, Italien und sogar den Benelux-Ländern schaffen wollen. Eine solche Solidarität könnten die Sechs haben, weil ihre Nachbarschaftsinteressen dieselben seien und weil sie keinen Groll gegeneinander hegten, in keiner Beziehung. Zwar könnten die Sechs unterschiedliche Haltungen heute einnehmen gegenüber Amerika oder Rußland, aber dies ändere nichts an

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

<sup>12</sup> Zur Stellung des Pfund Sterling vgl. Dok. 8, Anm. 22.

der unmittelbaren Beziehung zwischen den Sechs, zwischen denen es keine politischen Divergenzen geben könne und die keine politischen Dienstbarkeiten kennten. Sie hätten kein Commonwealth. Frankreich und sogar Deutschland hätten keine privilegierten Bindungen mit Amerika. Heute habe Deutschland zwar ein engeres Verhältnis mit Amerika als Frankreich, aber es handle sich dabei nicht um eine definitive Subordination. England sei an Amerika gebunden und könne gar nicht anders. Wenn Amerika England verliesse, dann bräche das Pfund, die Wirtschaft, das Commonwealth in sich zusammen. England befinde sich somit nicht in der gleichen politischen Situation. Wenn England zu den Sechs hinzutrete, so würde es eine politische Einheit verhindern, denn es würde wie stets den einen gegen den anderen, Frankreich gegen Deutschland, Frankreich gegen Italien, ausspielen. Man könne natürlich den Rom-Vertrag aufgeben, auf die Gemeinschaft verzichten. Dies sei möglich, dann aber müsse man es sagen. Und dann könnte man etwas anderes anfangen mit England, Schweden, Spanien, Dänemark usw. Es wäre dann aber keine Gemeinschaft mehr. England in die Gemeinschaft aufzunehmen, sei nicht praktikabel, nicht möglich, es sei denn, die Gemeinschaft höre in ihrer Existenz auf. Hierum gehe es. Die Engländer hätten wohl gewußt, daß sie der Gemeinschaft von Anfang an nicht beitreten konnten, und sie hätten geschworen, die Gemeinschaft zu bekriegen. Herr Macmillan sei damals nach Frankreich gekommen und habe gesagt, England werde der Gemeinschaft den Krieg erklären, werde diese Kontinentalsperre zerschlagen. Es habe sie nicht zerschlagen, aber nicht, weil es nicht gewollt hätte. England habe dann erkannt, daß die Gemeinschaft erfolgreich sei, und deswegen wolle es jetzt hinzutreten, aus ganz eigensüchtigen Motiven. Es wolle damit seine wirtschaftlichen und Währungsprobleme erleichtern. Nun meine er ganz und gar nicht, man solle den Engländern sagen, sie könnten niemals kommen. Man sollte vielmehr sagen, vielleicht könnten sie eines Tages kommen. Im Augenblick aber sehe er die Möglichkeit dafür nicht. Wenn Frankreich in eine Situation geriete, in der seine Partner in der Gemeinschaft auf einem britischen Beitritt bestünden, dann würde Frankreich sagen, nun gut, aber wir verlassen dann diese Gemeinschaft, die ja gar keine Gemeinschaft mehr ist.<sup>13</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, er verstehe die Position des Generals und sei keineswegs hierher gekommen, um zu versuchen, ihn von der Notwendigkeit eines englischen Beitritts zum Gemeinsamen Markt zu überzeugen. Er kenne die Haltung des Generals seit langem und verstehe dessen Argumente. Er habe ihm lediglich die innenpolitischen Schwierigkeiten in Deutschland dargelegt. Das Denken der Industrie gehe natürlicherweise in erster Linie auf das Geschäft. Solange die Formel des vereinigten Europa das Geschäft nicht störe,

<sup>13</sup> Am 14. Januar 1967 erklärte Staatspräsident de Gaulle gegenüber Bundeskanzler Kiesinger: „Was England anbelange, so sei Frankreich keineswegs englandfeindlich, es respektiere vielmehr England als ein großes Volk, das sich im übrigen in einer schwierigen Situation befinde. Dennoch bleibe wahr, daß England immer England sein werde. England befinde sich im Augenblick in einer zwiespältigen Situation, denn es habe nicht gewählt zwischen dem Ozean und dem Kontinent. Aus unmittelbaren Gründen sagten die Engländer zwar, sie wollten sich Europa anschließen, aber diese Gründe gingen nicht tief. Vielleicht wollten die Engländer dies eines Tages wirklich. Heute seien sie jedoch noch nicht so weit. Man wolle aber nicht Europa zerschlagen, um eine Kraft, nämlich England, hereinbringen zu können, die heute noch nicht dafür geschaffen sei, mit den Europäern zusammen zu sein.“ Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 20; B 150, Aktenkopien 1967.

sei es gut. Gerieten diese beiden Dinge jedoch in Gegensatz, dann werde es schwierig. Er meine, man sollte zunächst einmal abwarten, was England zu sagen habe, und vielleicht werde sich das Problem überhaupt nicht stellen. Er versichere dem General, daß er die Ernsthaftigkeit und das Gewicht seiner Argumente verstehe. Andererseits erwarte der General sicherlich nicht von ihm, daß er jetzt sage, Deutschland werde sich einem Eintrittsbegehren Großbritanniens abwehrend entgegensetzen. Man könne diese Frage vielleicht im Rahmen des Gedankenaustausches weiterbehandeln.

General *de Gaulle* betonte, wegen des gegebenen politischen Interesses Frankreichs und Deutschlands und wegen einer politischen Verständigung des Sechs bleibe diese Frage zur Zeit am besten suspendiert. Man sollte keine großen Reden und Erklärungen darüber abhalten. Der Augenblick dafür sei einfach nicht gekommen. Frankreich sei durchaus für eine solch abwartende Haltung.

An dieser Stelle traten Premierminister Pompidou und die Außenminister Willy Brandt und Couve de Murville zu dem Gespräch hinzu.<sup>14</sup>

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 20

## 17

### Deutsch-französische Regierungsbesprechung in Paris

Z A 5-9.A/67 geheim

13. Januar 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler führte am 13. Januar 1967 um 15.15 Uhr in Paris ein Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten *de Gaulle*, bei dem außerdem Premierminister Pompidou, Bundesaußenminister Willy Brandt und Außenminister Couve de Murville zugegen waren.

General *de Gaulle* sagte einleitend, er habe mit dem Herrn Bundeskanzler eine Reihe von Themen besprochen: den deutsch-französischen Vertrag<sup>2</sup>, seinen Geist und die darin vorgesehene Zusammenarbeit; ein langes Gespräch über die Beziehungen zum Osten<sup>3</sup>; ein Wort über England<sup>4</sup>. Ein noch nicht behandeltes Problem, das sich vielleicht stellen werde, sei die politische Tagung in Rom<sup>5</sup>. Er fragte, ob man deutscherseits der Meinung sei, diese Veranstaltung

<sup>14</sup> Vgl. weiter Dok. 17.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 16. Januar 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>3</sup> Für das Gespräch am Vormittag des 13. Januar 1967 vgl. Dok. 14.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 16.

<sup>5</sup> Zum Vorschlag des italienischen Außenministers Fanfani, anlässlich des 10. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs der europäischen Gemeinschaften in Rom zu veranstalten, vgl. Dok. 8.

solle abgehalten werden. Wenn ja, welches seien dann die Fragen, die nach deutscher Auffassung zu behandeln wären?

Bundesminister *Brandt* sagte, er habe am Vormittag am Ende seiner Besprechung mit Herrn Couve de Murville ein Wort zu dieser Frage gesagt.<sup>6</sup> Dabei habe er geglaubt, davon ausgehen zu können, daß die französische Zusage bereits vorliege.<sup>7</sup> Die Bundesregierung halte eine solche Tagung für gut.<sup>8</sup> Die Erinnerung an zehn Jahre Rom-Vertrag<sup>9</sup> sei wichtig und würdig, den Völkern nahegebracht zu werden. Über eine mögliche Tagesordnung habe man sich deutscherseits noch keine Gedanken gemacht. Er wolle jedoch sagen, daß man deutscherseits an keine Form gebunden sei, wie sie bislang für eine für eine mögliche politische Zusammenarbeit erörtert worden sei.<sup>10</sup> Die Bundesregierung glaube vielmehr, jedem Weg, der Fortschritte verspreche, sei es nun Kooperation oder Konsultation, zustimmen zu können. Des weiteren wolle er sagen, daß die deutsche und die französische Regierung weit genug über den politischen Inhalt einig sein müßten, um die anderen mitziehen zu können.

General *de Gaulle* wies darauf hin, falls Deutschland und Frankreich die Tagung in Rom akzeptierten, sollten sie sich einigen über die zu erörternden Themen beziehungsweise klar werden über die Fragen, welche besser gar nicht oder nur sehr kurz behandelt werden sollten. Nur so könne eine solche Tagung ordentlich verlaufen, denn wenn Frankreich und Deutschland getrennt seien, werde es sofort zur Unordnung kommen und man werde wie schon zweimal<sup>11</sup> ohne jegliche Schlußfolgerung auseinandergehen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, man sollte seines Erachtens kein Thema behandeln, bei dem von Anfang an Zweifel bestünden oder die Gewißheit, daß es von den Sechs nicht akzeptiert würde. Ein Fehlschlag würde die Lage nach einer solchen Konferenz noch schlechter machen als sie vorher sei. Damit sei die Frage aufgeworfen, welche Themen geeignet seien. Wenn nur die deutsche

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 15.

<sup>7</sup> Am 4. Januar 1967 berichtete Botschafter Klaiber, Paris, der Staatssekretär im französischen Außenministerium habe erklärt, daß der Vorschlag zu einer Konferenz der Staats- und Regierungschefs von der französischen Regierung „günstig aufgenommen“ worden sei: „Auf die Frage, ob General de Gaulle bereit sei, der Einladung zu einem solchen Treffen nachzukommen, erwiderte Bourges: „Ja.““ Vgl. den Drahtbericht Nr. 22; Referat I A 2, Bd. 1195.

Am 4. Februar 1967 unterrichtete der italienische Außenminister Fanfani Botschafter Herwarth von Bittenfeld, Rom, darüber, „daß formelle Zusagen aller EWG-Staaten, bis auf Frankreich, zur Teilnahme am Gipfeltreffen eingegangen seien“. Der italienische Botschafter in Paris, Fornari, „werde angewiesen werden, bei Couve de Murville zu sondieren und um möglichst baldige formelle endgültige Zusage zu bitten, nachdem de Gaulle bereits wohlwollende Prüfung zugesagt und voraussichtliche Zusage angedeutet habe“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 101 von Herwarth vom 4. Februar 1967; VS-Bd. 2387 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Vgl. dazu Dok. 8, Anm. 25.

Die Bundesregierung teilte am 12. Januar 1967 der italienischen Regierung mit, daß sie die Einladung für ein Treffen der Staats- und Regierungschefs in Rom „dankend annimmt“. Für das Schreiben des Bundesministers Brandt an seinen italienischen Kollegen Fanfani vgl. Referat I A 2, Bd. 1195.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

<sup>10</sup> Zur Diskussion über eine europäische politische Zusammenarbeit vgl. Dok. 15, Anm. 46.

<sup>11</sup> Die Regierungschefs der EWG-Staaten trafen sich am 10./11. Februar 1961 in Paris und am 18. Juli 1961 in Bonn. Die Beschlüsse über den politischen Zusammenschluß blieben ohne Folgen. Für den Wortlaut der Communiqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1961, D 128 f. und D 469 f.

und die französische Regierung sich in Rom trafen, so hätte er keine Sorgen, gemeinsame Themen zu finden. Er wisse aber nicht, ob dies auch bei den Sechs der Fall sei.<sup>12</sup> Sicherlich würden sich jedoch Themen finden lassen. Da es sich um die Zehnjahresfeier des Rom-Vertrages handle, meine er, daß man sicher-gehe, wenn man das Thema Rom-Vertrag behandle. Falls man über die politi-sche Union oder eine über den Rom-Vertrag hinausgehende politische Zusam-menarbeit der Sechs sprechen wollte, müßte man vorher sorgfältig abklären, ob eine solche Diskussion überhaupt einen Sinn hätte. Herr Luns habe ihn anläßlich der WEU-Konferenz<sup>13</sup> kurz besucht und ihm gesagt, er habe gegen das Treffen in Rom zwar nichts einzuwenden, verspreche sich aber auch nicht viel davon. Er glaube, daß hier die alte holländische Haltung vorliege.

Premierminister *Pompidou* bemerkte, auch er sei der Meinung, wenn die Sechs sich trafen, müsse man den Eindruck geben, daß diese Tagung einen gewissen Nutzen gehabt habe, weil sonst tatsächlich die Situation nur noch schlechter würde. Was die Thematik anbelange, so meine er, daß man um den Gemein-samen Markt herum eine Reihe von Themen finden könne. Er denke dabei zu-nächst einmal zum Beispiel an die Entwicklung des Gemeinsamen Marktes in den der Zollunion<sup>14</sup> verwandten Aspekten, das heißt Fortschritte bei der Har-monisierung etwa der Steuer<sup>15</sup>- und Währungspolitik<sup>16</sup>. Vielleicht könne man

<sup>12</sup> Am 7. Januar 1967 berichtete Botschaftsrat I. Klasse Röhrig, Brüssel, daß nach Ansicht des belgi-schen Außenministers die Staats- und Regierungschefs „an dem Thema Eintritt Großbritanniens in die EWG nicht vorbeikommen“ würden. Harmel habe dazu weiter ausgeführt: „Hier sei aber ‚prudence‘ geboten. Eine erste Erörterung dieses Themas auf einer Gipfelkonferenz sei nicht ohne Gefahr und könne leicht der Sache schaden. Dasselbe gelte von einem anderen Thema, das immer wieder die Gemüter beschäftige, der ‚relance européenne‘. Einmal müsse man sich fragen, ob man schon soweit sei, die relance européenne mit einem politischen Inhalt zu erfüllen. [...] Es habe aber keinen Sinn, ein politisches Gremium der Gemeinschaftsländer zu schaffen, wenn man nicht min-destens auf einigen Teilgebieten der Politik bereit sei, eine gewisse Gemeinsamkeit zu akzeptie-ren. Das Minimum sei eine Vereinbarung etwa des Inhalts, daß auf bestimmten Teilgebieten der Politik kein Mitgliedsstaat irgendwelche Entscheidungen treffen oder Schritte unternehme, ohne sich vorher mit den anderen Mitgliedsstaaten konsultiert zu haben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 8; VS-Bd. 2387 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>13</sup> Der zweite Teil der 12. Sitzungsperiode der WEU-Versammlung fand vom 12. bis 15. Dezember 1966 in Paris statt. Für den Wortlaut der Empfehlungen vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 37–D 42. Für die Rede des Bundesministers Brandt vom 14. Dezember 1966 vgl. den Drahtbericht Nr. 2065 des Botschafters Klaiber, Paris, vom selben Tag; Referat I A 1, Bd. 661.

<sup>14</sup> Vgl. dazu Dok. 8, Anm. 23.

<sup>15</sup> Am 12. Juni 1964 legte die EWG-Kommission Vorschläge vor, die einen Ersatz der bestehenden Umsatzsteuersysteme durch ein gemeinsames Mehrwertsteuersystem bis zum 1. Januar 1970 mit dem Ziel vorsahen, die Wettbewerbsneutralität im inländischen wie im innergemeinschaftlichen Warenaustausch herzustellen. Ergänzend wurde am 14. April 1965 der Entwurf einer weiteren Richtlinie über die Struktur- und Anwendungsmodalitäten des gemeinsamen Mehrwertsteuersys-tems unterbreitet. Am 9. Februar 1967 einigte sich der EWG-Ministerrat auf beide Richtlinien zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften auf dem Gebiet der Umsatzsteuern. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 489 des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 13. Februar 1967; Referat I A 2, Bd. 1295. Vgl. dazu ferner ACHTER GESAMTBERICHT, S. 105, und NEUNTER GESAMTBERICHT, S. 105.

<sup>16</sup> Mit der geplanten Vollendung der Zollunion zum 1. Juli 1968, dem Beginn der Steuerharmonisie-rung und der Einführung gemeinsamer Agrarpreise, die eine Abrechnung in Rechnungseinheiten vorsah, stellte sich auch die Frage einer Harmonisierung der Währungspolitik der EWG-Staaten, da insbesondere Änderungen der Wechselkurse Auswirkungen auf die Berechnung der betreffen-den Preise in Rechnungseinheiten haben konnte. Die Gemeinschaft müsse deshalb danach trach-ten, „eine Situation zu schaffen, in der die Risiken von Wechselkursänderungen zwischen den Währungen der Mitgliedsländer beseitigt werden“. Vgl. ZEHNTER GESAMTBERICHT, S. 180 f.



sogar versuchen, in der Währungspolitik eine gemeinsame Position zu erarbeiten für die internationalen Währungsbeziehungen<sup>17</sup> und die Gespräche, die insbesondere mit Amerika und England geführt würden. Vielleicht könnte auch ein Wort gesagt werden über die gemeinsame Haltung zur Kennedy-Runde, wobei ihm allerdings die amerikanische und britische Haltung sehr weit von dem entfernt zu sein scheine, was einen Fortschritt zulassen würde<sup>18</sup>; möglicherweise handle es sich dabei aber um eine taktische Position. Vielleicht sollte man nicht über die politische Union, aber doch über politische Konsultationen sprechen, die auf alle Fälle zwischen der Bundesrepublik und Frankreich stattfinden, vielleicht aber sogar unter den Sechs erfolgen könnten. Ein mögliches Thema sei außerdem die Ausweitung des Gemeinsamen Marktes<sup>19</sup>, doch meine er, daß man hier noch sehr weit von einer klaren Situation entfernt sei, daß die britische Haltung recht ungewiß sei.

Außenminister *Couve de Murville* sagte, man sollte es vermeiden, über rein theoretische Fragen zu sprechen, wie etwa irgendwelche Konsultationen oder Einsetzung politischer Organisationen. Er halte die Zeit dafür noch nicht für reif und meine, daß die Sechs noch nicht bereit dazu wären. Es wäre somit nicht recht sinnvoll, alte Pläne wieder aufzugreifen oder modifizieren zu wollen. Es handle sich folglich im Grunde um eine Konsultation auf sehr hoher Ebene. Zunächst gehe es darum, die zehn Jahre Rom-Vertrag zu begehen, wo-

<sup>17</sup> Hinsichtlich der internationalen Währungspolitik bestand die Notwendigkeit, eine gemeinsame Haltung der EWG-Staaten in der Frage des Dollars als Leitwährung und des Goldpreises zu finden. In diesem Zusammenhang hatte Staatspräsident de Gaulle bereits am 4. Februar 1964 die Finanzpolitik der USA kritisiert und für eine Rückkehr zum Goldstandard plädiert. Vgl. dazu DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 332.

Dazu stellte Referat III A 1 fest: „Da die meisten Länder den Dollar als Währungsdeckung wie Gold behandeln, ihn also nicht gegen Gold umtauschen [...], trägt der Reservewährungscharakter des Dollars dazu bei, daß die USA nicht besonders rigoros bei der Bekämpfung ihrer Zahlungsbilanzdefizite vorzugehen brauche. Der Reservecharakter des Dollars begünstigt daher, wie von französischer Seite gelegentlich argumentiert wird, eine ungestörte Investitionspolitik der großen amerikanischen Firmen und damit die amerikanische ‚Überfremdung‘ Europas. [...] Das französische Hauptziel dürfte die Enthronung des Dollars als Reservewährung sein, was nach französischer Auffassung angesichts des Bedarfs an zusätzlicher internationaler Liquidität entweder durch eine substantielle Goldpreiserhöhung oder durch eine neu zu schaffende Reserveeinheit mit enger Bindung an das Gold (da nur so der Dollar als Reserveeinheit verdrängt werden könne) möglich ist.“ Vgl. den Beitrag für die Konferenzmappe zum Besuch des Bundeskanzlers Kiesinger am 13./14. Januar 1967 in Paris; VS-Bd. 2483 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>18</sup> Zur unterschiedlichen Bewertung der im Rahmen der Kennedy-Runde vorgelegten Angebote durch Großbritannien und die EWG stellte Referat III A 2 fest: „Die britische Regierung ist der Auffassung, daß die Gemeinschaft erheblich weniger angeboten habe als sie selbst: Großbritannien hat daher angedroht, einen Teil seines Angebots zurückzuziehen, falls die EWG ihr Angebot nicht verbessert. Demgegenüber sind die EWG-Kommission und mehrere Mitgliedstaaten der Ansicht, daß die Angebote der EWG und Großbritanniens gleichwertig sind; sollte Großbritannien Teile seines Angebots zurücknehmen, müßte die EWG ihrerseits Zurückziehungen vorsehen.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 27. Januar 1967; Referat III A 2, Bd. 281.

Hinsichtlich der Verhandlungen zwischen der EWG und den USA bestanden weiterhin unterschiedliche Auffassungen über die Anwendung des „American Selling Price System“ zur Ermittlung des Zollwertes für chemische Produkte. Ferner lehne die EWG eine von den USA im Rahmen des geplanten Getreideabkommens verlangte Zusicherung über eine Beteiligung an den Lasten einer Nahrungsmittelhilfe zugunsten der Entwicklungsländer ab, die „allein Deutschland jährlich 200 bis 300 Millionen DM kosten“ würde. Schließlich hätten die USA damit gedroht, ihre Senkungssätze zu überprüfen, wenn die EWG nicht verbesserte Angebote vorlege. Demgegenüber sei der EWG-Ministerrat der Ansicht, daß die Angebote „etwa gleichwertig“ seien und „auf amerikanische Rückzüge mit Rücknahmen ihrerseits antworten müßte“. Vgl. Referat III A 2, Bd. 281.

<sup>19</sup> Zur Frage des Beitritts weiterer europäischer Staaten bzw. deren Assoziation vgl. Dok. 1, Anm. 11.

bei man die Gelegenheit nutzen könnte, um einen Meinungsaustausch durchzuführen. Vielleicht könnte man zu dem Beschluß gelangen, (den er allerdings bereits als das Höchste der Gefühle bezeichnen würde) daß die Sechs es für nützlich hielten, auch in Zukunft sich zu konsultieren und dazu von Zeit zu Zeit zusammenzutreten. Es scheine ihm, daß ganz natürlich über die Fragen gesprochen werden könnte, mit welchen die einzelnen Länder sich beschäftigten, also den Gemeinsamen Markt sowie die allgemeine Politik. Dazu könnten zum Beispiel auch Fragen gehören, die der General mit dem Bundeskanzler und Willy Brandt mit ihm selbst erörtert habe: der Osten, das europäische Problem, die Deutschland-Frage, das heißt alle Themen, welche stets in den bilateralen und multilateralen Gesprächen behandelt würden.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, es könnte nützlich sein, in dieser Tagung, wenn man über die Grenzen des Rom-Vertrags hinausgehen wolle, zu beschließen, daß von Zeit zu Zeit Treffen und Konsultationen stattfänden. Dies wäre ein sehr vorsichtiger Anfang in einer beiderseits erwünschten Richtung. Was die Behandlung anderer politischer Fragen auf der Konferenz anbelange, hätte er gewisse Sorgen. So erhielte ein Gespräch über die Deutschland-Frage, die ja überall angesprochen sei, wenn man von europäischer Politik usw. spreche, sehr leicht einen improvisierten Charakter.

Da es sich dabei jedoch um eine ernsthafte und schwierige Problematik handle, bedürfe ein Gespräch darüber seines Erachtens sorgfältiger Vorbereitung, um auf einer solchen Konferenz erörtert werden zu können. Wenn man sie erörtere, dürfe es kein rein akademischer Meinungsaustausch sein, sondern man sollte versuchen, mit einer gemeinsamen Position abzuschließen. Er wage nicht zu hoffen, daß für die Vorbereitung genügend Zeit sei.

General *de Gaulle* bemerkte humorig, es scheine nicht ganz leicht zu sein, überhaupt etwas zu finden, was man sagen könnte. Das Treffen werde notgedrungen improvisierten Charakter haben.

Außenminister *Brandt* sagte, im Zusammenhang mit dem Gemeinsamen Markt gebe es ein Thema, das zunächst von Frankreich und nunmehr von Italien aufgeworfen worden sei, nämlich das technologische Nachhinken Europas<sup>20</sup>. Er hielte es für eine schöne Geste gegenüber den italienischen Gastgebern, wenn man dieses Thema erörterte. Wenn es darüber hinaus den beiden Regierungen in den kommenden zwei Monaten gelänge, die Übergangsprobleme im Zusammenhang mit der Fusion der Gemeinschaften<sup>21</sup> zu regeln, würde es einen guten Eindruck machen, wenn in Rom beschlossen würde, nunmehr die Fusion durchzuführen.

General *de Gaulle* fragte, ob der Herr Minister nicht befürchte, daß bei der Diskussion über die Technologie sofort Herr Luns und auch andere kämen und erklärten, Herr Wilson habe doch gerade gesagt, daß die englische Technologie einen guten Beitrag leisten könnte, wenn Großbritannien in den Gemeinsamen Markt käme<sup>22</sup>, so daß man sofort mit diesem Problem konfrontiert wäre. Im

<sup>20</sup> Zum Vorschlag des italienischen Außenministers Fanfani über die Durchführung eines „Zehnjahresplans für technologische Entwicklung“ vgl. Dok. 8, Anm. 5.

<sup>21</sup> Vgl. dazu Dok. 15, Anm. 47.

<sup>22</sup> Am 14. November 1966 erklärte der britische Premierminister in einer Rede in der Guildhall in London: „I would like to see ... a drive to create a new technological community to pool with Europe

übrigen habe Fanfani den Vorschlag einer atlantischen Technologie gemacht. Spreche man darüber, so meine er, daß dann nur die amerikanische Handhabe in der europäischen Technologie wachse und eine solche Bemühung sich eher zugunsten der amerikanischen als der europäischen Technologie auswirken würde. Die Frage der Fusion sei ja weitgehend von Deutschland abhängig.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, die Fusion als mögliches Diskussionsthema setze voraus, daß ein Kompromiß im Hallstein-Problem<sup>23</sup> gefunden werde. Wenn ein solcher Kompromiß unter der Hand vorbereitet würde zwischen Frankreich und Deutschland, könnte am Ende der Konferenz der Beschluß zur Fusion stehen.

General *de Gaulle* fragte, wie lange Herr Hallstein eigentlich schon Präsident in Brüssel sei. Man antwortete ihm, es sei jetzt acht Jahre her, daß er Präsident geworden sei.<sup>24</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, natürlich wolle die Bundesrepublik Herrn Hallstein nicht für ewig als Präsident sehen. Wenn er von einem Kompromiß gesprochen habe, dann denke er an eine Formel, die es gestatten würde, einen verdienten Mann noch einige Zeit als Präsident der fusionierten Gemeinschaft zu belassen und danach das routierende System einzuführen. Wenn man sich im Grundsatz darüber einig sei, handle es sich nur noch um eine Frage der Zeit.

General *de Gaulle* bemerkte, es handle sich um die Einhaltung des geschlossenen Vertrages, und die Beibehaltung von Herrn Hallstein sei eben nicht verfassungskonform.

Außenminister *Brandt* sagte, hier spiele auch ein praktischer Gesichtspunkt eine Rolle. Die Sachverständigen sagten, daß von der Administration her gesehen die beiden anderen Behörden einer Auffrischung bedürften. Er meine, daß der Vorgang der Fusion so erfolgen sollte, daß Herr Hallstein während einer Übergangszeit Präsident bliebe und die beiden anderen Präsidenten<sup>25</sup> als Vizepräsidenten bei sich habe, wobei dann im nächsten Frühjahr oder Sommer das routierende System beginnen könnte.<sup>26</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 98*

the enormous technological inventiveness of Britain and other European countries, to enable Europe on a competitive basis to become more self-reliant and neither dependent on imports nor dominated from outside, but basing itself on the creation of competitive indigenous European industries." Vgl. den Artikel „Into Europe with Industry's Help"; THE TIMES, Nr. 56789 vom 15. November 1966, S. 1.

<sup>23</sup> Am 22. März 1966 schlug Staatssekretär Lahr dem EWG-Ministerrat vor, den Präsidenten der EWG-Kommission, Hallstein, für zwei Jahre zum Präsidenten der vereinigten Kommission zu ernennen. Nach Auffassung der Bundesregierung sollte mit ihm das auf der EWG-Ministerratstagung am 4./5. April 1966 in Brüssel beschlossene Rotationssystem beginnen. Sie verwies dabei auf eine für die Durchführung der Fusion als notwendig erachtete Kontinuität der Verwaltungsspitze. Demgegenüber wünschte Frankreich, bereits bei der ersten Besetzung der Präsidenten- und Vizepräsidentenposten das Rotationsprinzip anzuwenden. Eine Kandidatur von Hallstein wäre damit ausgeschlossen. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 101 und Dok. 116.

Zu den Vorbehalten der französischen Regierung gegenüber Hallstein vgl. auch Dok. 8, Anm. 17.

<sup>24</sup> Walter Hallstein war seit dem 1. Januar 1958 Präsident der EWG-Kommission.

<sup>25</sup> Präsident der Hohen Behörde der EGKS in Luxemburg war Rinaldo Del Bo, Präsident der EURATOM-Kommission in Brüssel Pierre Chatenet.

<sup>26</sup> Zum Vorschlag des Staatssekretärs Lahr vom 22. Dezember 1966 vgl. Dok. 15, Anm. 49.

General *de Gaulle* warf ein, EURATOM hätte so oder so mehr oder weniger zu verschwinden, und die Montanunion brauche lediglich in die Gemeinschaft eingebracht zu werden. Man sollte vielleicht Herrn Hallstein so rechtzeitig seine Freiheit wiederschenken, daß er die Weihnachtsgans in Ruhe zu Hause verzehren könne.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er denke an einen Kompromiß, wobei er selbst etwas bescheidener sei als Außenminister Brandt. Als Kompromiß denke er daran, daß man in Rom die Fusion beschließe, wobei dann Herr Hallstein im Laufe des Jahres abgelöst würde.

General *de Gaulle* sagte, wenn man in Rom die Fusion beschließe und Herrn Hallstein bis Ende des Jahres freigebe, erscheine ihm dies eine sehr ehrenwerte Lösung.

Das Gespräch ging noch ein paar Mal hin und her, worauf General *de Gaulle* sagte, wenn die Bundesregierung in Rom vorschlagen würde, daß die Fusion nunmehr unverzüglich stattzufinden habe (als Datum wurde der 1. Juni genannt) und daß Herr Hallstein bis Jahresende Präsident bleiben solle, dann würde die französische Regierung dem zustimmen.

Der Herr *Bundeskanzler* bedankte sich und sagte, er müsse diese Formel natürlich noch in Bonn nachprüfen, halte sie jedoch persönlich für akzeptabel. Man hätte damit ein konkretes Ergebnis der Rom-Konferenz.

General *de Gaulle* kam dann noch einmal auf den Gedanken der Technologie zu sprechen. Wenn in Rom der Vorschlag gemacht werde, daß die Sechs als Sechs eine Kommission oder etwas ähnliches einrichten wollten, um die Frage der europäischen Technologie der Sechs zu prüfen sowie das Verhältnis dieser europäischen Technologie der Sechs zu Amerika, England, Rußland usw., würde die französische Regierung diesem Vorschlag zustimmen. Diese Kommission werde dann Teil der Gemeinschaft.

Premierminister *Pompidou* bemerkte, in der Technologie, wenn sie mehr als bloße Worte sein solle, handle es sich in erster Linie um das, was Deutschland und Frankreich tun könnten.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, die Bundesregierung sei in diesem Zusammenhang zu jeder Art der Kooperation bereit. Auch die deutsche Industrie habe ihm in einem Brief versichert, daß auch sie zu jeder Art der Zusammenarbeit bereit sei.<sup>27</sup>

General *de Gaulle* sagte, die Finanzminister der Sechs wollten insbesondere zur Behandlung von Währungsfragen ebenfalls zusammentreffen. Er wisse nicht, ob man vielleicht darüber ein Wort in Rom sagen sollte, oder ob es wegen der zahlreichen Verlängerungen und Verästelungen dieser Problematik besser wäre, nicht darüber zu sprechen.

Premierminister *Pompidou* bemerkte, in dieser Frage seien die Sechs relativ einig, wenn man außerhalb der Gemeinschaft gelegene Probleme außer acht lasse.

<sup>27</sup> Zum Brief des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Berg, vom 11. Januar 1967 vgl. Dok. 16, Anm. 4.

General *de Gaulle* erklärte, in Rom könnte man vielleicht auch gemeinsam etwas sagen, was die Gemeinschaft als solche betreffe, das heißt die Fusion, die Technologie und vielleicht ein Wort zur Währungspolitik. Wenn er richtig verstehe, wünsche die Bundesregierung nicht, daß man über die eigentlichen politischen Fragen spreche, weil es schwer sei, zu dieser Thematik eine Einigkeit in den Auffassungen zu erzielen. Abschließend sei nun noch die Frage zu stellen, ob man überhaupt nach Rom gehen solle.

Die deutsche Delegation stutzte zunächst, und dann sagte Außenminister *Brandt*, er habe gedacht, in dieser Frage in Paris mehr erfahren als mitbringen zu können. Die deutsche Delegation sei in dem Gedanken nach Paris gekommen, daß zwischen der französischen und italienischen Regierung bereits eine Vorklärung stattgefunden habe, der sich die Bundesregierung gerne angeschlossen habe. Er meine, daß angesichts alles bisher Geschehenen es schlecht wäre, wenn nun die Konferenz gar nicht stattfinden würde. Zu den politischen Fragen wolle er bemerken, was dagegen spräche, wenn die Sechs einen Meinungsaustausch über die ost-/westeuropäischen Fragen durchführten. Hier gebe es keine grundsätzlichen Gegensätze zwischen den Sechs. Man könnte sich darauf aufbauend einigen, von Zeit zu Zeit Konsultationen über nichtwirtschaftliche Fragen abzuhalten. Man hätte sich dann aufgrund der Erörterungen bereits eines Sachthemas auch über die Verfahrensweise geeinigt.

General *de Gaulle* erwiderte, was den ersten Punkt anbelange, nämlich die Absprachen mit Herrn Fanfani, so wolle er sagen, daß Herr Fanfani anläßlich der NATO-Tagung zu ihm gekommen sei<sup>28</sup> und von der NATO und der Tatsache gesprochen habe, daß die Zehnjahresfeier doch in Rom stattfinden könnte, und daß bei dieser Gelegenheit die Staats- und Regierungschefs anwesend sein könnten, wobei sie vielleicht ohne Tagesordnung und vorher festgelegte Thematik zusammentreten könnten, damit man wenigstens dartun könne, daß die Sechs überhaupt noch zusammen kommen könnten. Dazu habe Frankreich nicht nein gesagt. Es sei dann zu dem Ausfall des Herrn Nenni gekommen<sup>29</sup>, der nicht gerade ermunternd für eine Rom-Fahrt gewirkt habe. Dennoch sei Fanfani wieder auf die Frage zurückgekommen, so daß Frankreich darauf erklärt habe, nun gut, wir werden es uns gerne überlegen. Frankreich gebe sich aber keinen großen Illusionen hin, daß es etwa zu positiven politischen Schlußfolgerungen kommen werde. Wenn es jedoch möglich wäre, daß die Sechs, ohne Streit zu bekommen und aneinander zu geraten, etwas sagten über das Verhältnis Westeuropas zum Osten heute und in Zukunft, so sei Frankreich ganz und gar nicht dagegen. Es wäre sogar ein großer politischer Erfolg der Sechs, wenn sie ohne sich zu streiten etwas zusammen sagen könnten über die Frage des Verhältnisses zum Osten. Er wage dies nur nicht recht zu hoffen.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, wenn man das Verhältnis zum Osten erörtere, werde dabei notwendigerweise auch das deutsche Problem angesprochen, und dies hielte er in gewissem Sinne für gefährlich. Er kenne das Kon-

<sup>28</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 15./16. Dezember 1966 in Paris vgl. AAPD 1966, II, Dok. 410. Das Treffen zwischen Staatspräsident de Gaulle und dem italienischen Außenminister Fanfani fand am 17. Dezember 1966 statt. Vgl. dazu den Artikel „Rome ne s'engage qu'avec prudence sur la voie d'une relance de l'Europe politique“; LE MONDE, Nr. 6822 vom 18./19. Dezember 1966, S. 1.

<sup>29</sup> Zu den Ausführungen des Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Italiens (PSI) vgl. Dok. 15, Anm. 52.

zept des Generals und die französische Politik, und das deutsche Volk habe Vertrauen in<sup>30</sup> diese Konzeption, das heißt, daß in dieser Konzeption die deutsche Frage mit ihrer gebührenden Bedeutung berücksichtigt sei. Er wisse jedoch nicht, ob in einer Diskussion in Rom dies so klar und exakt zum Ausdruck käme. Er müsse auch sagen, daß er kaum eindrucksvolle gemeinsame Ergebnisse zu erhoffen wage, so sehr er sie wünsche. Vor 12 Jahren sei er im Europarat mit Herrn Spaak in Streit geraten, als er gesagt habe, er halte es für unsinnig zu hoffen, daß der Gemeinsame Markt von selbst in eine politische Union umschlagen werde beziehungsweise daß dies so spät geschehen würde, daß dann die Europäer nur noch Objekt der Weltereignisse wären. Er halte es daher immer noch für wesentlich, daß Europa, anfangend mit den Sechs, ein Minimum an solidarischem Verhalten in der politischen Welt zeige. So sehr er dies wünsche, so wenig wage er zu hoffen, daß dies in Rom erzielt werden könnte. Dennoch werde die deutsche Politik stets bereit bleiben, ein solches Vorgehen zu unterstützen. Wenn man den Versuch jedoch wagen wollte, müsse man vorher sehr deutlich darüber nachdenken.

General *de Gaulle* bemerkte, offensichtlich werde die Tagung in Rom ziemlich hohl sein.

Außenminister *Couve de Murville* bemerkte, selbst wenn man nicht zu Schlußfolgerungen gelangte, scheine es doch schwer vorstellbar, daß die Sechs unter diesen Umständen und auf dieser Höhe zusammenträten, ohne über ein internationales politisches Problem zu sprechen.

General *de Gaulle* erklärte, gerade deswegen bringe dieses Treffen viele Risiken mit sich. Frankreich habe noch nicht endgültig beschlossen, nach Rom zu gehen, falls dieses Treffen stattfinde. Es prüfe diese Frage noch. Jedenfalls könne Frankreich nicht vor dem 1. Mai oder allerfrühestens Ende April dorthin gehen. Bis dahin könne man ja noch sehen. Jedenfalls halte er es für gut, wenn die deutsche und die französische Regierung sich über die Tagung in Rom in der Öffentlichkeit möglichst vage auslasse und sage, dies sei eine sympathische Idee, und wenn das Treffen stattfinde, gehe es in erster Linie um die Begehung der von der Gemeinschaft im wirtschaftlichen und finanziellen Bereich geschaffenen Solidarität, die zu vervollkommen sei. Vielleicht könne dann auch ein politischer Meinungsaustausch ohne Tagesordnung und somit ohne gemeinsame bereits zu fassende Beschlüsse stattfinden. Sonst würde in den Zeitungen wieder geschrieben, nun werde Europa geschaffen, nun werde man über England, Amerika, Rußland befinden, während tatsächlich die armen Sechs sich über gar nichts einigen könnten. Man sollte daher sehr vorsichtig vorgehen.<sup>31</sup>

Das Gespräch endete um 16.15 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 20**

<sup>30</sup> Korrigiert aus: „auf“.

<sup>31</sup> Am 17. Januar 1967 drückte Staatspräsident de Gaulle gegenüber Botschafter Klaiber, Paris, sein Bedauern darüber aus, „daß die verstärkte deutsch-französische Zusammenarbeit noch nicht zu einer Koordinierung der Außenpolitik der sechs EWG-Partner zu führen scheine. Deshalb stehe er der Gipfelkonferenz in Rom mit Skepsis gegenüber und wisse noch nicht, ob er daran persönlich teilnehmen werde. Die holländische Regierung und insbesondere Außenminister Luns lebten offenbar im cauchemar eines deutsch-französischen Direktoriums in Europa und wollten zur Zerstö-

## 18

**Runderlaß des Staatssekretärs Schütz****II A 1-83.01-56/67 geheim****Aufgabe: 13. Januar 1967, 13.23 Uhr<sup>1</sup>****Dipex Nr. 2****Citissime**

Für Missionschef o.V.i.A.

Betr.: Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu osteuropäischen Staaten;  
 hier: Sondierung bei Regierung Gastlandes<sup>2</sup>

A. Die Bundesregierung hat in ihrer Regierungserklärung vom 13.12.66<sup>3</sup> ihren Wunsch ausgedrückt, das Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn zu verbessern und, wo immer dies nach den Umständen möglich ist, auch diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Daher läßt die Bundesregierung gegenwärtig sondieren, ob und wo es möglich ist, diese Schritte zu tun. Es ist damit zu

*Fortsetzung Fußnote von Seite 102*

rung dieser Zusammenarbeit England im Gemeinsamen Markt haben. Andererseits habe auch die italienische Regierung mit den Nenni-Sozialisten in ihrer Koalition ihre innenpolitischen Rücksichten zu nehmen.“ Klaiber teilte dazu weiter mit, daß auch „die europäische politische Initiative, die der frühere Bundeskanzler Erhard bei seinem Besuch in Rambouillet im Januar 1965 ergriffen hat und die von Fanfani mit der Einladung zu einem Außenministertreffen der sechs EWG-Partner nach Venedig weitergeführt wurde, von de Gaulle im letzten Moment durchkreuzt wurde. Als Begründung für diese enttäuschende Haltung hat uns seinerzeit de Gaulle erklärt, die Chancen für eine politische europäische Union und die Erarbeitung einer gemeinsamen Außenpolitik der Sechs seien angesichts der Haltung gewisser Partner so zweifelhaft, daß eine solche Konferenz verfrüht sei. Ähnliche Gedanken scheinen de Gaulle auch heute wieder zu bewegen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 105 von Klaiber vom 18. Januar 1967; VS-Bd. 419 b (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirektor Ruete vorgelegen.

Hat Staatssekretär Lahr vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „An alle Vertretungen gemäß Anl(agen) 1–5, ferner zur Unterrichtung an alle übrigen bilateralen diplomatischen Vertretungen sowie Unogerma, NATO Paris, Generalkonsulat Genf, Eurogerma Brüssel.“ Dazu ergänzte Ministerialdirigent Sahm handschriftlich: „Bei allen außer Anlage 1–5 offener Ergänzungshinweis: Nur zur Unterrichtung“. Vgl. Anm. 9.

Für die von Lahr erwähnten Anlagen mit der Auflistung der Vertretungen in 70 Staaten des Nahen Ostens, Asiens, Afrikas, Lateinamerikas und Europas vgl. VS-Bd. 4176 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> In einer internen Besprechung des Auswärtigen Amts am 28. Dezember 1966 unter Leitung des Staatssekretärs Schütz wurde vereinbart, zur Vorbereitung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit osteuropäischen Staaten die Auslandsvertretungen „in den gegenüber der SBZ anfälligen Ländern [...] zur Stellungnahme über die voraussichtliche Reaktion der Länder und die Möglichkeiten deutscher Gegenmaßnahmen“ aufzufordern. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Naupert; VS-Bd. 4190 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966. Für den Runderlaß Nr. 36 von Schütz vom 4. Januar 1967 vgl. VS-Bd. 4176 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. ferner AAPD 1966, II, Dok. 412.

Im Anschluß war vorgesehen, parallel zu den Gesprächen mit der Tschechoslowakei und Rumänien die Auslandsvertretungen anzuweisen, im Rahmen einer „diplomatischen Sondierungsaktion in den ‚unsicheren‘ Staaten“ über die beabsichtigten Schritte der Bundesregierung zu unterrichten. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter vom 11. Januar 1967; VS-Bd. 4176 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 61, S. 3656–3665.

rechnen, daß insbesondere mit Rumänien diplomatische Beziehungen in Kürze aufgenommen werden.<sup>4</sup>

Es ist möglich, daß einige Staaten Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu osteuropäischen Ländern falsch auslegen und daraus für uns nachteilige Folgerungen ziehen könnten. Derartiger Reaktion gilt es mit Energie zu wehren. Verbündete und Freunde sollen zu gegebener Zeit eingeschaltet werden.<sup>5</sup>

B. Sie werden gebeten, unverzüglich Regierungschef oder Außenminister Gastlandes aufzusuchen und mit Bitte um streng vertrauliche Behandlung etwa folgendes darzulegen:

I. Wir ließen uns bei unserer Osteuropapolitik von folgenden Erwägungen leiten:

1) Nur Entspannung kann zu friedlichem Ausgleich der Interessen führen und gerechte Friedensordnung in Europa vorbereiten. Ohne aktiven deutschen Beitrag kann Verbesserung der Ost-West-Beziehungen in Europa nicht gelingen. Bundesregierung daher bemüht, Beziehungen zu osteuropäischen Staaten zu verbessern. Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu ihnen würde wesentlicher deutscher Beitrag zur Entspannung und damit zur Friedenssicherung sein.

2) Wir streben längst fällige Verbesserung der Beziehungen zwischen Nachbarstaaten mit vielfältigen historisch-kulturellen Bindungen an und trachten gleichzeitig danach, die Verbreitung und Vertiefung europäischen Gedankens zu fördern. Diesem Ziel dienen bereits Errichtung von Handelsvertretungen in osteuropäischen Ländern 1963<sup>6</sup>, unsere Friedensnote vom 25.3.1966<sup>7</sup> und die Regierungserklärung vom 13.12.1966.

3) Bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu osteuropäischen Staaten ist für uns aber nur Lösung annehmbar, die uns erlaubt, unseren Rechtsstandpunkt in der Frage des geteilten Deutschland zu wahren. Von uns erstrebte allgemeine Entspannungswirkung eines Botschafteraustausches würde beeinträchtigt werden, wenn dritte Länder aus unserer Politik die falschen Schlüsse zögen, insbesondere wenn sie Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bundesrepublik Deutschland und osteuropäischen Staaten ihrerseits zum Anlaß für verstärkte Kontakte mit Ostberlin nähmen.

4) Die Bundesregierung schließt sich mit ihrem Schritt lediglich einer weltweit eingenommenen Haltung an. Die Aufnahme oder Verstärkung von politischen

<sup>4</sup> Zu den Verhandlungen mit Rumänien über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vgl. zuletzt Dok. 12 und weiter Dok. 20.

<sup>5</sup> Am 20. Januar 1967 führte Ministerialdirektor Ruete aus, daß die Regierungen Argentinien, Australiens, Brasiliens, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Japans, Kanadas, Mexikos, Pakistans und der USA gebeten werden sollten, die Regierungen der betreffenden blockfreien Staaten offiziell davon zu unterrichten, daß sie die Politik der Bundesregierung unterstützen und ihre Haltung in der Deutschland-Frage unverändert sei. Gegebenenfalls könnten ihre Vertreter auch in Gesprächen erklären, daß der Schritt der Bundesregierung begrüßt werde, und die Hoffnung aussprechen, „daß diese Bemühungen nicht gestört werden“. Ferner sei beabsichtigt, „an Norwegen und Dänemark mit der Bitte um diplomatischer Abschrückung unserer Position in Finnland heranzutreten“, sowie den NATO-Rat zu unterrichten, „wobei die Verbündeten um Unterstützung unserer Politik gebeten werden sollen“. Vgl. VS-Bd. 4176 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Auf der Basis von Abkommen vom 7. März 1963 mit Polen, vom 17. Oktober 1963 mit Rumänien, vom 10. November 1963 mit Ungarn und vom 6. März 1964 mit Bulgarien eröffnete die Bundesrepublik Handelsvertretungen in Warschau (18. September 1963), in Bukarest (13. Juli 1964), in Budapest (15. Juli 1964) und in Sofia (19. Oktober 1964).

<sup>7</sup> Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1966, S. 329–331. Vgl. dazu auch AAPD 1966, I, Dok. 58.



Kontakten zum kommunistisch beherrschten Teil Deutschlands ist dagegen eine einseitige Option für den Osten. Sie ist daher gerade mit dem Grundsatz der Ungebundenheit nicht vereinbar.

5) Die kommunistischen Staaten in Ost- und Südosteuropa sind demgegenüber in besonderer Lage, da sie als Teil des Ostblocks schon früher Ostberlin anerkannt haben.<sup>8</sup>

6) Regierungserklärung vom 13.12.1966 bekräftigte, daß allein Bundesregierung frei, rechtmäßig und demokratisch gewählt und daher berechtigt und verpflichtet ist, für ganzes deutsches Volk zu sprechen. Wir werden weiterhin jede Anerkennung des Ulbricht-Regimes als unfreundlichen Akt ansehen und darauf derart reagieren, daß Interessen deutschen Volkes gewahrt bleiben.

II. Sie seien beauftragt, Regierung Gastlandes hiervon zu unterrichten und darum zu bitten, an bisherigem Verhalten in der deutschen Frage unverändert festzuhalten. Es sei damit zu rechnen, daß Sowjetregierung und Ostberliner Regime diese Schritte so darzustellen versuchten, als würde Bundesregierung ihre Rechtsauffassung aufgeben. Wir seien jedoch fest davon überzeugt, daß unsere Politik von Regierung des Gastlandes richtig verstanden und gefördert werde, und geben uns der Erwartung hin, daß sie an ihrer bisherigen Politik, insbesondere Nichtanerkennung Ostberliner Regimes, unverändert festhalte.

III. Bitte Ihre Ausführungen auf besondere Verhältnisse Gastlandes abstellen. Dies gilt insbesondere für Darlegung zu Ziffer B. I. 3 bis 6.

C. Drahtbericht erbeten. Dieser Erlaß geht allen nicht angewiesenen Vertretungen nur zur Information zu (siehe offener Eingangshinweis).<sup>9</sup>

Zusatz für<sup>10</sup> Schutzmachtvertretungen in arabischen Ländern: Bitte sowohl bei höchster Ihnen zugänglicher Stelle vorstellig werden, als auch Chef Ihrer Vertretung bitten, bei Außenminister zu demarchieren.<sup>11</sup>

[gez.] Schütz<sup>12</sup>

**VS-Bd. 4176 (II A 1)**

<sup>8</sup> Die DDR nahm am 15. Oktober 1949 diplomatische Beziehungen zur UdSSR auf, am 17. Oktober 1949 zu Bulgarien, am 18. Oktober 1949 zu Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei und Ungarn sowie am 2. Dezember 1949 zu Albanien. Der Errichtung diplomatischer Missionen folgte 1953, im Falle Albaniens 1955 der Austausch von Botschaftern. Eine Vereinbarung mit Jugoslawien über die Errichtung von Gesandtschaften wurde im Oktober 1957 abgeschlossen; im Rahmen des Besuchs des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht vom 26. September bis 2. Oktober 1966 in Jugoslawien wurde beschlossen, diese in den Rang von Botschaften zu erheben.

<sup>9</sup> Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Sahm zurück. Vorher lautete er: „Dieser Erlaß geht allen übrigen diplomatischen Vertretungen nur zur Information zu.“ Vgl. Anm. 1.

<sup>10</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Sahm gestrichen: „angewiesene“.

<sup>11</sup> Am 25. Januar 1967 resümierte Ministerialdirektor Ruete das Ergebnis der Sondierungsaktion dahingehend, daß in keinem Fall eine negative Reaktion zu verzeichnen sei: „Daß über 40 Staaten sogar formell versichert haben, sie würden an ihrer bisherigen Linie in der Deutschlandpolitik festhalten, stellt ein ermutigendes Ergebnis dar. [...] Die deutsche Stellung in der Dritten Welt gibt uns somit keinen Anlaß, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu osteuropäischen Staaten zurückzustellen.“ Vgl. den Sprechzettel für die Kabinettsitzung am 26. Januar 1967; VS-Bd. 4208 (II A 3); B 150, Aktenkopien 1967.

Für eine Aufstellung der Reaktionen der einzelnen Staaten vgl. die Aufzeichnung von Ruete vom 11. Februar 1967; VS-Bd. 4177 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>12</sup> Dazu bemerkte Staatssekretär Lahr handschriftlich: „[siehe] Konzept v[om] 12.1.[1967].“

## 19

**Deutsch-französische Regierungsbesprechung in Paris****I A 1-80.11-48/67 geheim****14. Januar 1967<sup>1</sup>**

Die Abschlusssitzung fand, unter Teilnahme der beiderseitigen Delegationen, am 14. Januar 1967 in der Zeit von 11.00 Uhr bis 12.40 Uhr im Elysée-Palast statt. Eine Teilnehmerliste ist beigelegt.<sup>2</sup>

Präsident *de Gaulle* erklärte einleitend, französische Seite sei sehr befriedigt über den Verlauf des Treffens. Alle Themen von Bedeutung seien angesprochen worden. Wenn auch die Ausgangspunkte Frankreichs und Deutschlands nicht immer identisch seien, so habe man einmal mehr die Notwendigkeit festgestellt sowie die Nützlichkeit und die Befriedigung darüber, daß unsere Länder in besonderer Weise zusammenarbeiten. Wesentliche Gegenstände: Europa, Zusammenwirken der Sechs, Haltung gegenüber Großbritannien und den USA., aber auch Fragen, die übrige Welt betreffen. Er unterstrich Befriedigung über diese Möglichkeit, sich besonders abzustimmen. Dies sei der Sinn des Vertrages von 1963<sup>3</sup>. Der Vertrag lebe; nachdem er etwas im Schatten gestanden hatte, sei er jetzt wieder ins Licht getreten.<sup>4</sup> Der Vertrag entspreche einer fundamentalen Notwendigkeit und den Interessen der beiden Länder. Keine grundsätzlichen Widersprüche beständen in der Europapolitik: Verstärkung des organisierten Zusammenwirkens der Sechs auf wirtschaftlichem Gebiet, zu ergänzen durch Zusammenarbeit in Technologie; Bemühungen auch um engere politische Zusammenarbeit in Form etwas organisierter Kontakte.

Ebenfalls keine fundamentalen Gegensätze in Politik gegenüber dem Osten. Beiderseitige Überzeugung von der Notwendigkeit, kalten Krieg durch etwas Neues zu ersetzen, nämlich Entspannung. Vielleicht Möglichkeit gewisser Abkommen, besonders auf Wirtschafts- und Kulturgebiet.

Kein Gegensatz im Prinzip in beiderseitiger Haltung gegenüber Teilung Europas und gegenüber östlicher (abgetrennter) Hälfte des Kontinents.

Ebenfalls kein fundamentaler Gegensatz in Gefühlen bezüglich Amerika, wenn auch vielleicht nicht ganz dieselbe Wellenlänge. Unterschied in praktischer

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg am 31. Januar 1967 an Staatssekretär Schütz und Bundesminister Brandt geleitet.

Hat Schütz am 2. Februar 1967 vorgelegen.

Hat Brandt vorgelegen.

<sup>2</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>4</sup> Am 18. Januar 1967 berichtete Botschafter Klaiber, Paris, daß ihn der französische Staatspräsident im Anschluß an den Empfang des diplomatischen Corps am Vortag zu einer Unterredung unter vier Augen gebeten habe. De Gaulle „betonte nochmals seine große Zufriedenheit über die kürzliche Begegnung mit Bundeskanzler und Bundesaußenminister, denen er volles Vertrauen entgegenbringe und deren staatsmännische Qualitäten er schätze. Er habe den Eindruck, daß in den deutsch-französischen Beziehungen nicht nur die Atmosphäre verbessert sei, sondern daß nunmehr wesentliche und konkrete Schritte zur Wiederbelebung des deutsch-französischen Vertrages getan werden könnten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 105; VS-Bd. 419 b (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1967.

Politik, nicht aber in freundschaftlichen Gefühlen zu Amerika. Franzosen glaubten, daß Großmachtposition Amerikas zu einiger Vorsicht und zu bestimmten Vorkehrungen Anlaß gebe. Europa müsse gegenüber Amerika Europa bleiben. Dies habe praktische Konsequenzen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet. Aber auch Frankreich wolle Verbindungen zu Amerika halten; z. B. auf Wirtschaftsgebiet wünsche Frankreich Regelungen (Kennedy-Runde). Dies alles dürfe aber nach französischer Ansicht nur bis zu bestimmten Grenzen gehen.

Keine fundamentalen Gegensätze auch bezüglich amerikanischem Vorgehen in Asien; allerdings bringe Frankreich bestehende Bedenken lauter zum Ausdruck<sup>5</sup> – er wolle aber auf diesem Punkt nicht insistieren.

Was Großbritannien betreffe, lasse sich sagen, daß wirtschaftliche Organisation Europas auch anders, anders als in Form der Rom-Verträge<sup>6</sup>, hätte vorgenommen werden können, z. B. als Freihandelszone. Dann wäre Großbritannien dabei gewesen. Das aber sei nicht geschehen. Römische Verträge hätten eben keine Freihandelszone, sondern eine Gemeinschaft geschaffen, also Solidarität der Sechs, insbesondere auch zwischen Frankreich und Deutschland, auf allen einschlägigen Gebieten (Wirtschaft, Industrie, Landwirtschaft, Handel, Finanzen, Währung etc.). Franzosen glaubten, soweit zu erkennen, daß sofortiger Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt zur Zeit die bestehende Lage völlig ändern würde, eine Situation, die mühsam im Verlauf von 10 Jahren geschaffen worden sei. Die Zukunft bleibe natürlich offen. Bundesregierung sei in ihrer Haltung pauschaler, weniger vorsichtig und zurückhaltend. Aber es gebe zwischen uns auch hier keinen fundamentalen Gegensatz insoweit, als Frankreich und Deutschland – auch angesichts dieser Situation – zusammenbleiben wollen.

Dies sei sein Résumé der geführten politischen Gespräche. Er wolle mit der Feststellung schließen, beide Seiten hätten erkannt, daß deutsch-französische Solidarität, deutsch-französische Zusammenarbeit auf allen diesen Gebieten unersetzlich seien, die praktiziert werden müßten, was die Franzosen auch tun wollten.

*Bundeskanzler* dankte für Gelegenheit, die großen Probleme zu besprechen, die beide Länder und Europa angehen und ihr Schicksal bestimmen. Für ihn als Regierungschef, der sein Amt gerade übernommen hat<sup>7</sup>, sei es ein besonderes Privileg, mit großem Staatsmann wie de Gaulle diese Dinge durchzusprechen. (Bitte um Nachsicht, da er noch nicht über alle Fragen mit wünschenswerter Souveränität sprechen könne; Einwurf de Gaulles: Da Sie schon so gut anfangen – wie wird es in 14 Jahren sein?). Er sei glücklich, Résumé des französischen Präsidenten völlig zustimmen zu können. Keine fundamentalen Gegensätze in Beurteilung politischer Lage in der Welt durch de Gaulle und französischer Haltung dazu. Auch wenn die Dinge sich wandelten (in einem Jahrzehnt geschehe heute mehr als früher in einem Jahrhundert), so bleibe in allem Wandel eine Konstante, nämlich das gemeinsame Interesse beider Länder,

<sup>5</sup> Zur französischen Haltung zum Vietnam-Krieg vgl. Dok. 14, Anm. 29, und Dok. 21, Anm. 5.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

<sup>7</sup> Zur Neubildung der Bundesregierung am 1. Dezember 1966 vgl. Dok. 5, Anm. 4.

in besonderer Weise zusammenzuarbeiten, und zwar mehr und qualitativ anders als mit anderen. Dies gelte auch für das für uns Deutsche vielleicht heikelste Thema: Entspannung in Europa. Auf de Gaulles Formel „erst détente, dann entente, schließlich vielleicht coopération zwischen West und Ost in Europa“<sup>8</sup> anspielend, sagte Bundeskanzler, Herstellung von entente sei für Frankreich verhältnismäßig einfach, wenn erst genügend Fortschritte bei Entspannung zu verzeichnen. Für uns lägen die Dinge sehr viel schwieriger (Hinweis auf harte Haltung Moskaus in Wiedervereinigungsfrage, sowjetisches Mißtrauen gegenüber Deutschland etc.). Wir wüßten aber, daß Aussicht auf Wiedervereinigung Deutschlands nur im Prozeß der Entspannung bestehe; dies sei nach menschlichem Ermessen der einzige Weg. Unsere und sowjetische Interessen, die zur Zeit in Gegensatz ständen, müßten so zusammengestimmt werden, daß auf die Dauer auch Sowjetunion die Wiedervereinigung Deutschlands als wünschenswert erkenne. Wir hätten auf Gewalt verzichtet<sup>9</sup>, und wir stünden ohne jeden Hintergedanken zu diesem Wort; Hintergedanken wären in einer Welt wie der heutigen selbstmörderisch. Das deutsche Volk sähe die Dinge auch viel nüchterner als einige „Sonntagsredner“. Es müsse aber die Zuversicht haben können, daß unsere Partner dieses große deutsche Problem nicht aus den Augen verlieren. Sicher seien nicht bei jeder Gelegenheit förmliche Erklärungen nötig; nötig aber sei bestimmte grundsätzliche Haltung. Diese Grundsatzhaltung habe de Gaulle.

Er dankte französischem Präsidenten für dessen in Moskau gezeigte feste Haltung (der Nichtanerkennung Ostberliner Regime);<sup>10</sup> diese habe großen Eindruck in Deutschland gemacht, da die Deutschen ihm glaubten. Das deutsche Volk kenne die Auffassung de Gaulles von der Nation; keine gesunde Nation könne aber weiterleben, ohne ein solches, wie das der Wiedervereinigung, lösen zu wollen. Ausgangspunkt: Frankreich wie Deutschland wollen Frieden. Europa könne sich nur im Frieden organisieren, um in der Welt der Giganten den ihm gebührenden Platz einzunehmen. Europa solle dem Gehalt und der Seele nach wiederbelebt werden; in diesem Zusammenhang komme Frankreich eine große Rolle in Europa zu. Er, der Herr Bundeskanzler, hoffe, daß dies gelingen möge.

Zu Amerika übergehend erklärte Bundeskanzler, Europa sei in erster Linie Anliegen der Europäer. Amerikaner machen in Europa amerikanische Politik. Wir wissen dies. Amerikaner wären auch töricht, wenn sie etwas anderes täten. Weil dies so sei, müßten Amerikaner aber auch erkennen, daß für amerikanische Politik in Europa Grenze dort liege, wo sie auf Interessen der Euro-

<sup>8</sup> Zu den Ausführungen des Staatspräsidenten de Gaulle vom 31. Dezember 1966 vgl. Dok. 14, Anm. 13.

<sup>9</sup> Anlässlich des Beitritts zur NATO und zur WEU erklärte die Bundesrepublik auf der Londoner Neun-Mächte-Konferenz (28. September bis 3. Oktober 1954) ihre Bereitschaft, „daß sie sich aller Maßnahmen enthalten wird, die mit dem streng defensiven Charakter dieser beiden Verträge unvereinbar sind. Insbesondere verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland, die Wiedervereinigung Deutschlands oder die Änderung der gegenwärtigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland niemals mit gewaltsamen Mitteln herbeizuführen und alle zwischen der Bundesrepublik und anderen Staaten gegebenenfalls entstehenden Streitfragen mit friedlichen Mitteln zu lösen.“ Für den Wortlaut der Erklärung vom 3. Oktober 1954, die in die Schlußakte der Londoner Neun-Mächte-Konferenz aufgenommen wurde, vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6981.

<sup>10</sup> Zu den Äußerungen des Staatspräsidenten de Gaulle im Rahmen seines Besuches in der UdSSR vom 20. Juni bis 1. Juli 1966 vgl. Dok. 14, Anm. 30.

päer stößt. Wir würden uns bemühen, dies Amerikanern deutlich zu machen. Er glaube nicht, daß Amerikaner von uns eine Politik im Kielwasser der USA erwarten. Unter Hinweis auf de Gaulles Vorstellungen von „Europapolitik“<sup>11</sup> bemerkte Bundeskanzler, daß dort vielleicht gewisse Divergenzen zwischen Frankreich und Deutschland in ihrer Haltung zu Amerika steckten. Im übrigen gäbe es auch Unterschiede in konkreten Punkten, z.B. hinsichtlich NATO – wir wollten im integrierten System der NATO bleiben, das Frankreich verlassen habe. Das hindere nicht, daß wir in den Grundanschauungen einig seien. Bezüglich Großbritanniens respektierten wir die Dinge, so wie sie sind. Er habe dem französischen Präsidenten die Gründe genannt, die erleichterten Handel für uns zu dringendstem Anliegen machten, weil wir in der EFTA die Überschüsse erzielen müßten, die wir in der EWG nicht erhalten.<sup>12</sup> Ein Erfolg der Kennedy-Runde wäre wichtig und würde den Zollgraben zwischen EWG und EFTA vermindern.

Insgesamt fühle er sich glücklich über Ergebnis der Gespräche. Neue deutsche Regierung werde an dem festhalten, was hier besprochen wurde (hierbei Anspielung auf Bemerkung de Gaulles in einer früheren Konsultation, daß nach Abschluß derartiger Besprechungen leicht „kleine Dämonen kämen, um das Erreichte wieder zu zerstören“). Was hier besprochen wurde, werde getan werden: Dank der Position der zwei großen Parteien, die Rückhalt in überwiegender Mehrheit des deutschen Volkes hätten.

Auf Vorschlag [des] französischen Präsidenten übernimmt *Bundesaußenminister* Darstellung der Besprechungsergebnisse mit französischem Premierminister und Außenminister, insbesondere bezüglich konkreter Gegenstände der Zusammenarbeit. Deutsche Delegation sei aufgrund genauer Definition der Interessen unseres Staates nach Paris gekommen. Unser vordringlichstes Interesse – vielleicht noch stärker als bei Frankreich – sei, Frieden in Europa zu organisieren. Entlastung, Entkrampfung unseres Verhältnisses zum Osten sei unbedingt erforderlich. In der Regierungserklärung (vom 13.12.1966)<sup>13</sup> sei dies klar ausgesprochen worden. In den Besprechungen mit dem Premierminister und dem französischen Außenminister habe er berichtet über unsere Bemü-

<sup>11</sup>Zur Europapolitik notierte Referat I A 3, daß de Gaulle „für Frankreich und für ein späteres ‚europäisches‘ Europa die Rolle einer weitaus stärkeren Kraft im atlantischen Bündnis“ erstrebe, die auf voller Gleichberechtigung mit den USA beruhen solle: „In de Gaulles Sicht ist die amerikanische Politik gegenwärtig der Hauptgegner der französischen Unabhängigkeit. Er sieht in ihr kein Angebot auf wirklicher Gleichberechtigung beruhender Zusammenarbeit, sondern den Versuch, die nach dem Kriege entstandene amerikanische Vorherrschaft in Europa zu institutionalisieren.“ Das atlantische Bündnis dürfe „nach seiner Ansicht nicht über die Form einer klassischen Allianz hinausgehen [...]. Die Abneigung gegen ein von den USA abhängiges Europa [...] gründet sich aber auch auf die Überlegung, daß der Schutz Europas und die Vertretung seiner Interessen gegenüber den kommunistischen Staaten auf die Dauer nicht den USA anvertraut werden können. [...] Nach Ansicht de Gaulles haben sowohl seine Partnerstaaten in den europäischen Gemeinschaften wie Großbritannien die Notwendigkeit einer wirklich europäischen Politik noch nicht erfaßt. Frankreich soll deshalb, solange nicht eine für Frankreich akzeptable gemeinsame Politik erarbeitet ist, die Hände frei behalten; es muß stellvertretend für Europa handeln, solange die anderen europäischen Staaten noch nicht bereit sind, die gaullistische Politik mitzumachen“. Vgl. den Beitrag für die Konferenzmappe zum Besuch des Bundeskanzlers Kiesinger am 13./14. Januar 1967 in Paris; VS-Bd. 2483 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>12</sup>Vgl. dazu Dok. 16.

<sup>13</sup>Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vgl. BT STENOGRAPHISCHE BE-  
RICHTEN, Bd. 63, S. 3656–3665.

hungen gegenüber der Sowjetunion (die sich sehr schwierig anließen), gegenüber der osteuropäischen Staaten (wo die Dinge sich besser und leichter entwickelten) sowie gegenüber dem anderen Teil Deutschlands (wo die größten Schwierigkeiten lägen). Da deutsch-französische Interessen sich berühren, könnten wir auf Verständnis und wohlwollende Unterstützung Frankreichs rechnen sowohl in Osteuropa und in dritter Welt.<sup>14</sup> Fortsetzung des laufenden politischen Meinungsaustausches auf diesem Gebiet sei vereinbart worden wie auch die Möglichkeit, daß wir uns in konkreten Fällen bei konkreten Fragen unter Umständen mit der Bitte um Unterstützung an französische Regierung wenden würden.

Was Fortsetzung der Zusammenarbeit auf verschiedenen Einzelgebieten betreffe, würden auf beiden Seiten die Außenministerien und etwa sonst zuständige Ressorts die Weiterverfolgung übernehmen. Erneute Überprüfung des Programms beim nächsten Treffen der Außenminister (Frühjahr)<sup>15</sup> oder der Staats-/Regierungschefs (im Sommer)<sup>16</sup>. Er wolle jetzt nicht auf alle Einzelheiten eingehen, aber festhalten z.B. Übereinstimmung, daß Zusammenarbeit auf Wirtschaftsgebiet schon bisher gute Erfolge gezeitigt habe; noch mehr zu tun sei aber nötig. Wichtig z.B. stärkere beiderseitige Koordinierung der Aktivität der Privatindustrie in Europa, besonders in Osteuropa, aber auch in den Entwicklungsländern. Außerdem Zusammenwirken beim Ausbau der Europäischen Gemeinschaft. Dabei darf allerdings bei Partnern nicht der Eindruck deutsch-französischer „Auflagen“ an sie entstehen; nötig aber und zweckmäßig konzertierte Aktion etwa bezüglich Steuerharmonisierung, Ausarbeitung gemeinsamer Energiepolitik und beschleunigte Beschlußfassung über gemeinsame Verkehrspolitik.

Auf politischem Gebiet Feststellung, daß beide Regierungen Fanfanis Vorschlag einer „Gipfelkonferenz“ in Rom<sup>17</sup> mit Sympathie gegenüberstehen. Zu diesem Thema weiterer deutsch-französischer Kontakt.

Auf Gebieten Kultur, Erziehung und Jugend Übereinstimmung, da besonders deutsch-französisches Jugendwerk beträchtlicher Erfolg; Vertiefung seiner Wirkung durch stärkere Heranziehung junger, potentieller Führungskräfte.<sup>18</sup> Auf Erziehungsgebiet verstärkte Fortsetzung der Arbeiten zur Herbeiführung der Gleichwertigkeit von Diplomen.<sup>19</sup> Außerdem gemeinsame Prüfung der

<sup>14</sup> Zur Unterstützung der geplanten „Abschirmungsaktion“ der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ostblock-Staaten durch Frankreich vgl. Dok. 18, besonders Anm. 5.

<sup>15</sup> Bundesminister Brandt und der französische Außenminister Couve de Murville trafen sich am 27./28. April 1967 in Bonn zu weiteren Gesprächen. Vgl. dazu Dok. 118, Anm. 11, und Dok. 134, Anm. 9.

<sup>16</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 12./13. Juli 1967 vgl. Dok. 261–264.

<sup>17</sup> Vgl. dazu Dok. 8, besonders Anm. 3.

<sup>18</sup> Zum deutsch-französischen Jugendwerk vgl. Dok. 14, Anm. 6.

Am 31. Januar 1967 informierte Bundeskanzler Kiesinger den Bundesminister für Familie und Jugend, Heck, daß beide Staaten in den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen Übereinstimmung erzielt hätten, „sich mehr als bisher auf den Austausch von jungen Führungskräften zu konzentrieren, der Sprachförderung noch mehr Beachtung zu schenken und dadurch die Wirkung des Jugendwerks noch zu steigern“. Für das Schreiben vgl. Referat I A 1, Bd. 705.

<sup>19</sup> Die Herstellung der Gleichwertigkeit von Diplomen war Gegenstand der Konsultationen zwischen dem Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für die Durchführung des deutsch-französischen Vertrages in kulturellen Angelegenheiten und dem französischen Erziehungsminister. Zum Stand der Gespräche stellte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg am 17. Dezember

Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf technologischem Gebiet und der Förderung von Einzelvorhaben.<sup>20</sup>

Komplex künftiger Sicherheitspolitik sei ebenfalls berührt worden. Vereinbarung gemeinsamer Prüfung langfristiger weltpolitischer Entwicklung durch die Außen- und Verteidigungsministerien und gemeinsame Studien über Möglichkeiten der Sicherheit Europas in den 70er Jahren.<sup>21</sup> Außerdem Übereinstimmung, gemeinsame Rüstungsproduktion zu fördern<sup>22</sup>, und überhaupt institutionelle Vorschriften des Vertrages von 1963 in diesem Bereich zu aktivieren und mit Leben zu erfüllen.

Mit Außenminister Couve habe er auch über Problem der Atomwaffennichtverbreitung gesprochen. Ausgangslage beider Regierungen sei natürlich verschieden. Wir dächten aber nicht daran, Politik im amerikanischen Kielwasser zu betreiben. Deutsche Interessen seien die eines mittelgroßen Industriestaates in Europa, der aus guten Gründen keine nuklearen Ambitionen entfalten will und kann. Uns liegt vor allem an internationaler Abrüstung, an Nichtdiskriminierung auf nichtatomarem Gebiet sowie an Wahrung unserer Interessen auf dem Gebiet der technologischen Auswirkungen der Atomindustrie. Dieser Fragenkreis daher weiter auf drei Ebenen zu behandeln: in europäischen Gemeinschaften, in NATO und bilateral.

Hinsichtlich der Lage in Westeuropa und der Haltung gegenüber Großbritannien wolle er sagen, daß deutsche Regierung nicht beabsichtige, die Geschäfte

*Fortsetzung Fußnote von Seite 110*

1966 fest, daß bereits eine Einigung über das Verfahren bei der Feststellung von Gleichwertigkeiten in den Bereichen materielle Äquivalenz, formelle Äquivalenz sowie effectus civilis habe erzielt werden können. Vgl. dazu VS-Bd. 2483 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>20</sup> Im Anschluß an einen Vorschlag des Bundesministers Lenz vom Herbst 1964 fanden im Laufe des Jahres 1966 deutsch-französische Gespräche über den gemeinsamen Bau eines Hochflußreaktors bei Grenoble statt. Das Abkommen über den Bau des „Max von Laue–Paul Langevin-Instituts“ wurde am 19. Januar 1967 von Bundesminister Stoltenberg und seinem französischen Kollegen Peyrefitte in Grenoble unterzeichnet. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Frank vom 13. Dezember 1966; Referat I A 6, Bd. 60. Für den Wortlaut des Abkommens vgl. Referat I A 6, Bd. 76. Vgl. dazu ferner BULLETIN 1967, S. 40.

Nach Vorgesprächen im November 1966 legte eine deutsch-französische Arbeitsgruppe am 10. März 1967 den Entwurf für ein Regierungsabkommen über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung des Fernmeldesatelliten-Projekts SAROS-OLYMPIA vor. Vgl. dazu die Kabinettsvorlage des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung vom 20. März 1967; Referat I A 6/I B 1, Bd. 141.

<sup>21</sup> Am 13. Januar 1967 unterbreitete Bundesminister Brandt dem französischen Außenminister Vorschläge zur verteidigungs- und rüstungspolitischen Zusammenarbeit. Im einzelnen regte er an: „Gemeinsame Prüfung der langfristigen weltpolitischen Entwicklung durch die Außen- und Verteidigungsministerien und gemeinsame Studien über die Möglichkeiten der Sicherheit Europas in den 70er Jahren.“ Vgl. VS-Bd. 8520 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. dazu weiter Dok. 264, Anm. 15.

<sup>22</sup> Zum Stand der Rüstungszusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich vgl. AAPD 1966, II, Dok. 362.

Am 3. Januar 1967 äußerte Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheske in einem Vermerk für Abteilung I Zweifel, „ob Frankreich an engen Bindungen an die Bundesrepublik Deutschland auf militärischem Gebiet interessiert ist“. Sowohl auf strategischem als auch auf nuklearem Gebiet sei bisher keinerlei Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit zu erkennen gewesen. Schließlich sei auch hinsichtlich der gemeinsamen Entwicklung und Produktion von Rüstungsgütern der Spielraum gering, vor allem da die Bundesregierung an den Kauf von militärischem Gerät aus den USA gebunden sei. Scheske kam zu dem Schluß, daß auf lange Sicht ein Verteidigungsabkommen anzustreben sei, in dem neben den „operativen Aufgaben der französischen Streitkräfte in Deutschland im Spannungs- und Krisenfall“ insbesondere die Verlegung französischer Einheiten in die Nähe ihres tatsächlichen Einsatzortes und die verstärkte Nutzung von Anlagen in Frankreich durch die Bundeswehr vereinbart werden sollte. Vgl. VS-Bd. 937 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

anderer zu betreiben. Französische Seite habe aber auch nicht verlangt, daß wir von in Regierungserklärung festgelegter Haltung<sup>23</sup> abgehen sollten. Wir würden sehr genau zuhören, was Briten (bei bevorstehender Rundreise Wilson – Brown<sup>24</sup>) zu sagen hätten. Wir würden ihnen auch sicher ganz präzise Fragen stellen über ihre Absichten, bestehende vertragliche Bestimmungen zu akzeptieren.

Premierminister *Pompidou* übernahm sodann Zusammenfassung der Besprechungsergebnisse hinsichtlich Zusammenarbeit beider Regierungen auf einzelnen Gebieten. Zunächst sei Fortführung des ständigen Gedankenaustausches in allen wichtigen politischen Fragen vereinbart worden. Weitere Zusammenarbeit auf den Gebieten Kultur und Jugend. Übereinstimmung, alles zu fördern, was enge Bande zwischen beiden Völkern schafft, insbesondere Jugendaustausch, Sprachenförderung und Reiseverkehr. Behandlung wirtschaftlicher Aspekte habe unter dem Vorzeichen gestanden: Entwicklung der Gemeinschaften, Ausbau der Solidarität der Sechs und besonders der deutsch-französischen Solidarität. Einzeln behandelte Komplexe:

– Technologie

Einverständnis, daß stärkere Zusammenarbeit im Rahmen europäischer Gemeinschaften nötig, um technologischen Rückstand Europas aufzuholen.

Aber auch besonders deutsch-französische Zusammenarbeit erforderlich. Daher vereinbart, gemeinsames Büro oder gemeinsame Arbeitsgruppe zu bilden, die Möglichkeiten der Zusammenarbeit näher prüfen und den beiden Regierungen konkrete Vorschläge unterbreiten solle. Vorgesehen, daß diese Arbeitsgruppe aus Beamten bestehen würde, aber auch Vertreter der Industrie, der Wissenschaft und der Gewerkschaften zu umfassen hätte. Zusammensetzung im einzelnen, genaue Zielsetzung und Arbeitsmethode dieser Gruppe müßten präzise festgelegt werden, um wirksames Vorgehen zu gewährleisten.<sup>25</sup>

– Entwicklung der EWG

Römische Verträge und folgende Beschlüsse hätten Gemeinschaft geschaffen, keine Freihandelszone. Dieser Tatsache müsse man sich bewußt sein.

An konkreten Punkten seien besprochen worden:

Europäisches Gesellschaftsrecht; Harmonisierung der Steuerpolitik, der Sozialpolitik, der Verkehrs- und Energiepolitik.

<sup>23</sup> Vgl. dazu Dok. 16, Anm. 6.

<sup>24</sup> Zu den geplanten Sondierungsgesprächen des britischen Premierministers Wilson und des Außenministers Brown in den EWG-Staaten vgl. Dok. 8, Anm. 20.

Für die Gespräche mit Bundeskanzler Kiesinger vom 15. und 16. Februar 1967 vgl. Dok. 55 und Dok. 57.

<sup>25</sup> Am 31. Januar 1967 bat Bundeskanzler Kiesinger Bundesminister Brandt, „unter Beteiligung der anderen zuständigen Bundesminister sicherzustellen, daß die deutschen Herren für diese Arbeitsgruppe bald benannt werden, und daß ein erster Bericht der gemeinsamen Arbeitsgruppe in drei bis vier Monaten erstattet wird“. Für das Schreiben vgl. Referat I A 1, Bd. 705.

Der Delegation gehörten neben dem Auswärtigen Amt noch Vertreter der Bundesministerien der Finanzen sowie für Wirtschaft und für wissenschaftliche Forschung, der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Konferenz der Kultusminister der Länder, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und des Deutschen Gewerkschaftsbundes an. Die konstituierende Sitzung der deutsch-französischen Arbeitsgruppe fand am 11. April 1967 statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Sanne vom 24. April 1967; Referat I A 1, Bd. 695.



Deutsch-französische Abstimmung dort besonders nötig; sie würde auch Ermunterung für die Sechser-Gemeinschaft bedeuten, Fortschritte auf genannten Gebieten seien möglich, aber auch dringlich wegen Herannahen des Jahres 1970 (Eintritt in die Endphase des Gemeinsamen Marktes)<sup>26</sup>. Die Römischen Verträge erforderten tiefgreifende Solidarität des Handelns. Entwicklung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanz- und Währungspolitik sei um so weniger ohne ständige Konsultationen möglich, als auf diesen Gebieten zu treffende Entscheidungen jedes einzelnen Mitgliedstaates auch jedes der anderen Völker unmittelbar berührten. In diesem Zusammenhang spielte Pompidou auch auf den deutschen Entschluß einer Erhöhung der Umsatzausgleichsteuer<sup>27</sup> an.

Ebenso wirke mit Entstehen der Zollunion<sup>28</sup> die wirtschaftliche Entwicklung in jedem einzelnen Mitgliedstaat, sei sie inflationär oder deflationär, sich auf die anderen Staaten aus. Dies gelte besonders für die Hauptpartner. Daher auch in Währungs-, Steuer- und ähnlichen Fragen besonders enger deutsch-französischer Kontakt erforderlich. Unter diesen Vorzeichen auch vereinbart baldiges Treffen der deutschen Minister Schiller und Strauß mit französischem Minister Debré.<sup>29</sup>

Währungsproblem auch insofern von Bedeutung, als noch keine gemeinsame europäische Währung und keine gemeinsame Währungspolitik bestehen. Verzahnung der Wirtschaften der Mitgliedstaaten aber so stark, daß laufende Abstimmung der Positionen erforderlich.

<sup>26</sup> Am 22. Juli 1965 unterbreitete die EWG-Kommission dem EWG-Ministerrat ein Konzept über die Schaffung des freien Warenverkehrs und die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik, das als Ende der Übergangszeit des Gemeinsamen Marktes den 31. Dezember 1969 vorsah. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, D 430–437.

Der EWG-Ministerrat verabschiedete auf seiner Tagung vom 22. bis 24. Juli 1966 in Brüssel die bereits am 4./5. April und am 11. Mai 1966 gefaßten Beschlüsse über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik in der Übergangszeit. Darüber hinaus wurden die letzten Maßnahmen zur Verwirklichung des gemeinsamen Agrarmarktes und die noch ausstehenden Marktordnungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse beschlossen. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 9/10-1966, S. 7–19. Vgl. dazu ferner die Aufzeichnungen des Staatssekretärs Lahr vom 6. April und vom 25. Juli 1967; AAPD 1966, I, Dok. 101, und AAPD 1966, II, Dok. 235.

<sup>27</sup> Am 13. Oktober 1966 beschloß der Finanzausschuß des Bundestages eine Erhöhung der Umsatzausgleichsteuersätze für 264 Warenpositionen, davon 214 Positionen auf den Eisen- und Stahlsektor, zum 1. Januar 1967. In Demarchen erklärten daraufhin die Regierungen Belgiens, Dänemarks, Frankreichs, Luxemburgs, der Niederlande, Norwegens und Schwedens sowie die finnische Handelsvertretung ihre Bedenken wegen der zusätzlichen Belastungen des Handelsverkehrs. Am 29. Dezember 1966 fanden deutsch-französische Expertengespräche in Bonn statt, in denen die französische Delegation forderte, „die Bundesrepublik möge bei den für Frankreich ‚sensiblen‘ Positionen die Umsatzausgleichsteuer-Erhöhung auf maximal einen Punkt beschränken“. Dies beziehe sich auf die Erhöhungen im Eisen- und Stahlbereich, die bei 1,5 bis 5 Punkten lägen und „Bestandteil der vom Bundesminister für Wirtschaft zur Entlastung der deutschen eisen-schaffenden Industrie vorgeschlagenen Hilfsmaßnahmen“ seien. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort vom 6. Januar 1967; Referat III A 1, Bd. 171.

<sup>28</sup> Zur geplanten Einführung eines einheitlichen Zollgebietes zum 1. Juli 1968 vgl. Dok. 8, Anm. 23.

<sup>29</sup> Am 10. Februar 1967 erörterten die Bundesminister Schiller und Strauß mit dem französischen Finanz- und Wirtschaftsminister Debré eine Erhöhung der Umsatzausgleichsteuersätze sowie Fragen der Zusammenarbeit auf dem Stahlsektor. Dabei wurde dargelegt, „daß sich die deutschen Maßnahmen im Rahmen des EWG-Vertrages und des GATT halten und daß die gesamte Problematik mit der Einführung der Mehrwertsteuer in Deutschland entfallen wird. Minister Debré hat darauf verzichtet, die Frage weiter zu verfolgen.“ Ferner wurde die Einsetzung eines gemeinsamen Ausschusses zur Untersuchung der langfristigen Zusammenarbeit auf dem Stahlsektor beschlossen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats III A 5 vom 13. April 1967; Referat III A 5, Bd. 561.

Außenminister *Couve* erklärt: Bundesaußenminister hat bereits alles Wesentliche gesagt. Im Grunde hat es sich im diesbezüglichen Teil der Besprechungen um Festlegung eines Programms der Zusammenarbeit für nächste 3-6 Monate gehandelt. Für wirtschaftliche Bereiche verwies *Couve* auch auf Ausführungen Premierministers *Pompidou*. Die wesentlichen Punkte im politischen Bereich zählte er nur summarisch auf: Ost-Politik (insbesondere auch Koordinierung hinsichtlich Ost-Europa und Dritter Welt), Koordinierung in anderen Bereichen, besonders Entwicklung der EWG, Vorschlag eines Gipfeltreffens in Rom und laufende Probleme des Aufbaus Brüsseler Gemeinschaften.

Präsident *de Gaulle* schließt Sitzung mit Hinweis, daß Bundeskanzler und er sich vielleicht in Rom treffen würden (es sei nicht ausgeschlossen). Jedenfalls erneutes Treffen in Bonn im Laufe des Jahres. Bis dahin sei Gelegenheit, die Themen und Probleme der weiteren deutsch-französischen Zusammenarbeit anzugehen. Bezüglich Gipfeltreffen Rom könne er nur sagen, daß er Entwicklung mit Ruhe, Vorsicht aber auch mit gutem Willen abwarte.

Bundeskanzler dankt französischem Präsidenten für erwiesene Gastfreundschaft und für Möglichkeit zu vorgenommenem Gedankenaustausch. Wir hätten eine große gemeinsame Aufgabe, und er freue sich auf die künftigen Treffen.<sup>30</sup>

VS-Bd. 8520 (Ministerbüro)

## 20

### Ministerialdirektor Ruete, z.Z. Bukarest, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-10244/67 geheim  
Fernschreiben Nr. 42  
Citissime

Aufgabe: 15. Januar 1967, 15.00 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 15. Januar 1967, 16.05 Uhr

Delegationstelegramm Nr. 5

Der Stand der deutsch-rumänischen Gespräche<sup>2</sup> läßt sich jetzt wie folgt zusammenfassen:

I. 1) Es besteht – immer vorbehaltlich der Genehmigung der jeweiligen Regierungen – Einverständnis darüber, daß möglichst bald diplomatische Beziehungen aufgenommen werden sollen.

<sup>30</sup> Im Anschluß an die Gespräche führte Bundeskanzler Kiesinger vor der Presse aus: „Ich bin mehr als zufrieden, ich bin glücklich. [...] Der Vertrag ist wieder am Leben. Er ist aus dem Schatten der Vergangenheit heraus in neues Licht getreten.“ Vgl. den Artikel „Der erste Besuch des Bundeskanzlers Kiesinger bei de Gaulle“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 13 vom 16. Januar 1967, S. 4.

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Brandt am 16. Januar 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur Unterredung vom 11. Januar 1967 vgl. Dok. 12.

2) Der Beschluß über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen soll anläßlich des Besuchs von Außenminister Manescu in Bonn<sup>3</sup> bekanntgegeben werden.

3) Die Bekanntgabe erfolgt in einem Kommuniqué, über dessen Wortlaut Einigung erzielt worden ist. Er liegt dort zur Billigung vor.<sup>4</sup>

4) Die Rumänen haben von der Absicht der Bundesregierung, anläßlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen ihren Rechtsstandpunkt hinsichtlich des Alleinvertretungsrechts öffentlich – wahrscheinlich durch eine Erklärung des Herrn Bundeskanzlers<sup>5</sup> – zum Ausdruck zu bringen, Kenntnis genommen. Die rumänische Reaktion<sup>6</sup> wird sich nach Form und Inhalt der deutschen Erklärung richten.

II. Die Frage, in welchem Umfange die künftige deutsche Botschaft in Bukarest auch die Interessen Berlins und der Berliner Bevölkerung in Rumänien vertreten könne, stand während der letzten Tage im Mittelpunkt der Gespräche. Dabei ist folgendes klar geworden:

1) Sie sind nicht bereit, sich in irgendeiner Form – auch nicht in der eines vertraulichen Briefwechsels – schriftlich festzulegen.

Die Rumänen zeigten sich auch rechtlichen Hilfskonstruktionen gegenüber (z.B. Beauftragung der Bundesregierung durch die drei Westmächte; Schutz-machtkonzeption) völlig ablehnend. Die Rumänen müssen offensichtlich bei allen Absprachen Rücksicht auf ihre Vertragspartner im Warschauer Pakt nehmen. Daher können sie keinen Formulierungen zustimmen, die einer Aufgabe ihres Rechtsstandpunktes auch nur ähnlich sähen.

Die künftige deutsche Botschaft in Bukarest wird daher nach rumänischer Auffassung nicht „aus eigenem Recht“ handeln, sondern nur die ihr zur Kenntnis gebrachten „Berliner Fälle“ unterstützend bei den rumänischen Behörden aufnehmen können. In dieser Funktion wird sie von den Rumänen nicht zurückgewiesen werden.

2) Soweit eine Einschaltung rumänischer Behörden nicht erforderlich ist, kann die Botschaft – was die Rumänen wohl ohnehin nicht erfahren würden und deshalb auch nicht verhindern könnten – in vollem Umfange für Berlin und die Berliner Bevölkerung tätig werden. Die Rumänen stellten dabei klar, daß eine von der deutschen Botschaft für einen Berliner ausgestellte Urkunde von den rumänischen Behörden nicht anerkannt werden würde. Dies entspricht ihrem Standpunkt in der Paßfrage, für die die gegenwärtige Praxis<sup>7</sup> bestehen bleiben soll.

<sup>3</sup> Zum Besuch vom 30. Januar bis 4. Februar 1967 vgl. Dok. 39.

<sup>4</sup> Der Wortlaut des gemeinsamen Kommuniqués wurde von Ministerialdirektor Ruete, z.Z. Bukarest, am 12. Januar 1967 übermittelt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 31; VS-Bd. 10071 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

Für den am 31. Januar 1967 veröffentlichten Wortlaut vgl. BULLETIN 1967, S. 81, sowie DzD V/1, S. 430 f.

<sup>5</sup> Für die Erklärung des Bundeskanzlers Kiesinger am 1. Februar 1967 vor dem Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 4170.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der rumänischen Nachrichtenagentur „Agerpress“ vom 1. Februar 1967 vgl. DzD V/1, S. 448 f.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Dok. 12, Anm. 10.

3) Im übrigen präzierte Bogdan den rumänischen Standpunkt wörtlich wie folgt:

„Wir versichern Ihnen, daß die Einwohner West-Berlins auf unserem Territorium mit aller Aufmerksamkeit behandelt und entsprechend den internationalen Gepflogenheiten und unseren Gesetzen jeglichen Schutz erhalten werden. Aus humanitären Gründen (mit humanitärem Titel)<sup>8</sup> werden das rumänische Außenministerium und die rumänischen Behörden zugunsten natürlicher und juristischer Westberliner Personen vorgetragene Unterstützungsgesuche der zukünftigen deutschen Botschaft oder anderer ausländischer Botschaften berücksichtigen, an die sich diese Personen in Fällen, in denen sie es für nötig halten, wenden. Es ist nicht möglich, eine umfassende Liste dieser Kategorien aufzustellen. Eine solche Liste wäre auch nicht im Interesse der Westberliner, denn sie könnte die Regelung starrer machen, anstatt – wie wir es wünschen – flexibler. Im Sinne dieser Kriterien werden wir alle auftretenden Fälle prüfen.“

4) Zur Frage der Vertretung Berlins und Berliner Firmen in Wirtschaftsfragen hat Bogdan jetzt vorgeschlagen, daß die Aufgaben und Befugnisse der beiden Handelsvertretungen nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen auf die Wirtschaftsabteilungen der beiden Botschaften übergehen und daß das Protokoll vom 17.10.1963 sowie die Briefwechsel<sup>9</sup> insoweit fortgelten sollen. Er betonte dabei, daß der Wirtschaftsabteilung unserer künftigen Botschaft in bezug auf Berlin nur diejenigen Befugnisse zugestanden werden könnten, die der Handelsvertretung gegenwärtig zuständen; die Botschaft werde also für Berliner Firmen nicht in Ausübung des diplomatischen oder konsularischen Schutzrechts handeln können.<sup>10</sup> An einem Fortbestehen der rumänischen Handelsvertretung in Deutschland haben sich die Rumänen nicht interessiert gezeigt. Im einzelnen ist folgendes zu bemerken:

a) Die schriftliche Fixierung einer solchen Absprache lehnte Bogdan wiederum kategorisch ab, er sprach zunächst sogar nur von einer „stillschweigenden Übereinkunft“. Nachdem ich darauf hingewiesen hatte, daß der Begriff „stillschweigend“ hier wohl schon deshalb nicht am Platze sei, weil man den Inhalt der Absprache ja ausdrücklich erörtere, und daß wir – wenn die rumänische Seite schon die Schriftform ablehne – auf einer ausdrücklichen mündli-

<sup>8</sup> Dazu führte der Abteilungsleiter im rumänischen Außenministerium, Bogdan, am 12. Januar 1967 aus, daß die rumänische Regierung „den Begriff ‚humanitär‘ keineswegs restriktiv auslegen werde. Von ihrem Standpunkt aus könne sie es aber nur unter Hinweis auf den humanitären Aspekt rechtfertigen, wenn sie Unterstützungsgesuche für Berliner von der nach ihrer Auffassung unzuständigen deutschen Botschaft entgegennähme.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 31 des Ministerialdirektors Ruete, z. Z. Bukarest; VS-Bd. 10071 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des von Ministerialdirektor Krapf und dem rumänischen Stellvertretenden Außenminister Pele unterzeichneten Protokolls und des zugehörigen Briefwechsels vgl. VS-Bd. 3080 (II 5); B 150, Aktenkopien 1963.

<sup>10</sup> Dazu erklärte der Abteilungsleiter im rumänischen Außenministerium, Bogdan, daß es hingenommen werden könne, wenn „eine Handelsvertretung auf wirtschaftlichem Gebiet für Berlin tätig werde. Werde die gleiche Tätigkeit jedoch von einer Botschaft ausgeübt, so könne dies als eine Änderung der rumänischen Haltung in den Grundsatzfragen ausgelegt werden.“ Allerdings sei denkbar, „die Wahrnehmung der Interessen Berliner Firmen durch die künftige Wirtschaftsabteilung der Botschaft gegenüber rumänischen Stellen in die Kategorien der unter ‚humanitären‘ Gesichtspunkten zu behandelnden Fälle einzuordnen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 31 des Ministerialdirektors Ruete, z. Z. Bukarest, vom 12. Januar 1967; VS-Bd. 10071 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

chen Einigung in jedem Fall bestehen müßten, stellte Bogdan eine erneute Prüfung in Aussicht. Ich habe den Eindruck, daß die Rumänen in diesem Punkt keine Schwierigkeiten machen werden.

b) Für den Inhalt der mündlichen Vereinbarung habe ich folgende Formulierung vorgeschlagen, die Bogdan auch für akzeptabel hielt: „Es besteht Einverständnis darüber, daß die Aufgaben und Befugnisse der Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest und der Handelsvertretung der Sozialistischen Republik Rumänien in Frankfurt/Main in dem Umfange, in dem sie gegenwärtig auf Grund des Art. 5 des deutsch-rumänischen Protokolls vom 17.10.1963<sup>11</sup> und der Briefwechsel<sup>12</sup> vom gleichen Tage ausgeübt werden, nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern auf die Wirtschaftsabteilungen der zu errichtenden diplomatischen Vertretungen übergehen werden und daß dieses Protokoll und die Briefwechsel fortgelten werden. Ferner besteht Einverständnis darüber, daß der Anwendungsbereich des am 24. Dezember 1963 unterzeichneten deutsch-rumänischen Abkommens über den Warenverkehr<sup>13</sup> durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern nicht berührt wird.“

c) Diese Lösung wäre meines Erachtens, obgleich es unschön ist, daß Rumänen eine schriftliche Fixierung ablehnen, akzeptabel. Sie hätte immerhin den Vorteil, daß zumindest für den wirtschaftlichen Bereich eine gewisse Rechtsgrundlage für das Tätigwerden der Botschaft bestünde. Es ist zwar richtig, daß wir eine solche Lösung nur bei den Ländern wiederholen könnten, in denen Handelsvertretungen bestehen, und daß sie daher für Prag nicht erreichbar wäre.<sup>14</sup> Dies sollte aber meines Erachtens kein Grund dafür sein, sie im vorliegenden Falle abzulehnen.

d) Für den Fall, daß wir diese Lösung ablehnen sollten, würden die Rumänen unserer künftigen Botschaft auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Interessenvertretung von Berliner Firmen lediglich ein Tätigwerden unter „humanitären“ Gesichtspunkten zugestehen. Darüber hinaus könnten Zweifel entstehen, ob der Berlin-Brief zum Warenabkommen fortbesteht. Die Rumänen teilen zwar unsere Auffassung, daß insoweit eine Klarstellung erforderlich wäre, und betonen, daß sich an dem Anwendungsbereich des Warenabkommens keinesfalls

<sup>11</sup> Artikel 5 des Protokolls vom 17. Oktober 1963 zwischen der Bundesrepublik und Rumänien über die Errichtung von Handelsvertretungen: „Die Aufgabe der Handelsvertretungen ist die Durchführung der zwischen den beiden Staaten bestehenden oder abzuschließenden Handels- und Zahlungsabkommen.“ Vgl. VS-Bd. 3080 (II 5); B 150, Aktenkopien 1963.

<sup>12</sup> In gleichlautenden Schreiben vom 17. Oktober 1963 stellten Ministerialdirektor Krapf und der rumänische Stellvertretende Außenminister Pele fest, daß die in Artikel 5 des Protokolls vom 17. Oktober 1963 zwischen der Bundesrepublik und Rumänien über die Errichtung von Handelsvertretungen vereinbarte Aufgabe „in den Währungsgebieten der DM-West und des Leu“ ausgeübt werde. Vgl. VS-Bd. 3080 (II 5); B 150, Aktenkopien 1963.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 57 vom 21. März 1964, S. 1 f. Im beigefügten „Berlin-Brief“ wurde dazu festgelegt, daß das Warenverkehrsabkommen in den Währungsgebieten Anwendung finden sollte, in denen die Handelsvertretungen ihre Aufgabe ausübten. Vgl. VS-Bd. 8372 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.

<sup>14</sup> Zur Errichtung von Handelsvertretungen der Bundesrepublik in Warschau, Bukarest, Budapest und Sofia vgl. Dok. 18, Anm. 6. Am 15. März 1965 wurden die Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei über die Errichtung von Handelsvertretungen unterbrochen. Vgl. dazu AAPD 1965, I, Dok. 144.

etwas ändern werde; sie lehnen jedoch auch hier eine schriftliche Fixierung strikt ab.

III. Ich beurteile aufgrund der gesamten, hier geführten Gespräche die Situation wie folgt:

1) Die Formulierung des Kommuniqués erscheint mir akzeptabel. Wesentliche Verbesserungen werden nicht zu erreichen sein. Insbesondere halte ich es für ausgeschlossen, daß die Rumänen sich in der Deutschlandfrage auf Formulierungen einlassen werden, die unseren Wünschen<sup>15</sup> entsprechen. Sowohl Manescu wie Bogdan<sup>16</sup> haben mir nachdrücklich dargelegt, daß sie dies mit Rücksicht auf die anderen sozialistischen Länder nicht könnten und daß die Verwendung unserer Formulierungen im Kommuniqué nicht nur für ihre Position, sondern auch für unsere gesamten ostpolitischen Anliegen schädlich sein müsse. Mir scheint diese Begründung überzeugend. Ich bin daher der Ansicht, daß wir keine weiteren Versuche unternehmen sollten, die Rumänen auf gemeinsame Formulierungen zur Deutschlandpolitik festzulegen.

2) In der Frage des Alleinvertretungsvorbehalts, die ich auch eingehend mit Manescu besprochen habe, dürfte gegenwärtig kein Raum für weitere Verhandlungen sein. Die Rumänen planen, wenn wir unseren Rechtsstandpunkt öffentlich darlegen, ihrerseits auf den uns bekannten rumänischen Standpunkt hinzuweisen. Die Form, in der dies geschehen soll, wird von der Tonart abhängen, in der unser Vorbehalt abgefaßt sein wird. Dieses Thema könnte beim Besuch Manescus noch einmal erörtert werden.

3) Zur Frage der Familienzusammenführung habe ich eine Wohlwollenserklärung und eine – allerdings nicht sehr substantiierte – Zusage baldiger Erhöhung der Zahlen erhalten.

4) In der Berlin-Frage bin ich aufgrund der Verhandlungen und der verschiedenen von mir geführten Gespräche der Ansicht, daß gegenwärtig nicht mehr zu erreichen sein wird. Die Rumänen sind lediglich bereit, Formulierungen zu akzeptieren, die bei anderen sozialistischen Ländern keinen Anstoß erregen und von diesen evtl. auch übernommen werden könnten.

Die Rumänen sind m. E. nicht in der Lage, uns im gegenwärtigen Augenblick mehr zuzugestehen. Ich habe mit allen taktischen Mitteln versucht, größere Zugeständnisse herauszuholen, bin aber immer wieder auf eine Wand der gleichen Argumentation gestoßen; sie zu durchdringen, erscheint mir angesichts der gesamten politischen Situation der Rumänen und ihrer Interessenlage gegenwärtig nicht möglich.

a) Wir müssen uns darüber klar sein, daß die mit der rumänischen Regierung möglichen Absprachen keine vollauf befriedigende Lösung darstellen. Die Rumänen können ihren Rechtsstandpunkt in der Berlin-Frage nicht aufgeben; sie

<sup>15</sup> Vgl. dazu Dok. 12, Anm. 6.

<sup>16</sup> Am 12. Januar 1967 teilte Ministerialdirektor Ruete, z. Z. Bukarest, mit, daß der Abteilungsleiter im rumänischen Außenministerium, Bogdan, entgegen seiner anfänglichen Absicht, sich hinsichtlich des Wortlauts des gemeinsamen Kommuniqués dem Standpunkt der Bundesregierung anzunähern und auf deren beabsichtigter Erklärung über die Wahrung des Alleinvertretungsanspruchs „maßvoll zu reagieren“, auf Weisung des rumänischen Außenministers Manescu jetzt „deutlich die Grenzen rumänischen Entgegenkommens aufgezeigt“ habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 31; VS-Bd. 10071 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

können höchstens bei Aufrechterhaltung ihres Rechtsstandpunktes praktische Lösungen in Aussicht stellen.

Trotz weitgehender rumänischer Wohlwollenserklärungen wird daher immer ein gewisses Maß an Unsicherheit im Hinblick auf die Behandlung Berliner Angelegenheiten durch unsere Botschaft bestehen bleiben. Die Billigung unseres Tätigwerdens für Berliner Interessen wird immer vom politischen Willen und – was noch gravierender ist – von den politischen Möglichkeiten der rumänischen Regierung abhängen.

Als „Modellfall“ sehen die Abmachungen mit den Rumänen auf den ersten Blick für uns nicht sehr attraktiv aus. Sie haben jedoch den Vorteil, daß sie auch von den anderen sozialistischen Ländern akzeptiert werden könnten. Der Inhalt der ihnen dann gegeben werden wird, hängt von der internen Interpretation ab. Dies gilt aber auch für eine klare schriftliche Fixierung.

b) Auf der anderen Seite müssen wir uns darüber klar sein, daß Rumänien in den ihm gesteckten Grenzen bereit ist, den besten Willen zu entfalten. Die rumänische Regierung hat keinerlei Bedingungen für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen gestellt. Themen wie Anerkennung der SBZ, Oder-Neiße-Linie, Atomwaffenverzicht sind mit keinem Wort erwähnt worden. Die Rumänen haben zugesichert, daß die Absprachen von einem Geist erfüllt werden würden, der nach ihrer Auffassung praktisch die Erledigung aller denkbaren Fälle ermöglichen würde. Ich bin überzeugt, daß Herr Manescu bei seinem Besuch in Bonn dies gegenüber dem Herrn Bundesminister bekräftigen wird.

c) Schließlich müssen wir uns darüber klar sein, daß wir die Rumänen nicht überfordern dürfen und daß wir mit demonstrativen Aktionen, die auf ein spektakuläres Herausstellen der Zuständigkeit des Bundes für Berlin hinauslaufen, zurückhalten sollten, weil wir damit unserer Ostpolitik nur Schaden zufügen und die Position Rumäniens im Ostblock erschweren. Es wird daher darauf ankommen, daß die zukünftige Botschaft in Bukarest an die Berlin-Fragen mit besonderem Takt herangeht. Tut sie dies, dann wird sie m.E. bei den Rumänen kaum Schwierigkeiten erleben.

Dies bedeutet nicht, daß wir unseren Rechtsstandpunkt aufgeben, sondern nur, daß wir ihn in weiser Beschränkung vertreten und nicht willkürlich kritische Situationen herbeiführen sollten, womit wir unseren politischen Zielen, auf lange Sicht gesehen, nur schaden würden.

IV. Angesichts dieser Situation sehe ich drei Möglichkeiten:

- 1) Die Gespräche zu beenden und das Ergebnis der Bundesregierung vorzulegen.
- 2) Einen neuen Termin für die Fortsetzung der Gespräche in Bonn zu verabreden.
- 3) Eine Verbesserung des Gesprächsergebnisses bei dem Besuch Manescus in Deutschland anzustreben.

Obwohl ich glaube, daß eine Verbesserung des Gesprächsergebnisses bei dem Besuch Manescus in Bonn nicht wahrscheinlich ist, sollte man diese Möglichkeit nicht außer Betracht lassen. Von einer Unterbrechung der Gespräche und ihrer baldigen Fortsetzung in Bonn verspreche ich mir jedoch kein besseres Ergebnis.

Wir sollten andererseits nicht länger warten, denn die Zeit dürfte im sozialistischen Lager nicht für uns arbeiten. Auch die Rumänen scheinen an schnellen Ergebnissen interessiert zu sein (Maurer und Ceausescu sind – wie ich weiß – laufend über den Stand der Gespräche unterrichtet worden).

Angesichts dieser Situation beabsichtige ich, Montag nachmittag Bogdan, der die Abfassung eines gemeinsamen Protokolls ablehnt, über meine Wertung der Ergebnisse der Gespräche zusammenfassend zu unterrichten.<sup>17</sup> Ich wäre dankbar, wenn ich bis dahin eine Weisung erhalten könnte<sup>18</sup>.

Ich schlage vor, mich zu ermächtigen:

- 1) eine mündliche Vereinbarung gemäß Ziffer II 4 b) unter Vorbehalt der Zustimmung der Bundesregierung zu treffen;
- 2) die Gespräche mit den Rumänen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern ohne Festsetzung einer neuen Gesprächsrunde zu beenden;
- 3) der rumänischen Delegation mitzuteilen, daß die Bundesregierung über das Gesprächsergebnis befinden werde und daß wir bei positiver Entscheidung der Bundesregierung Vorschläge für baldigen Besuch des rumänischen Außenministers in Bonn auf diplomatischem Wege übermitteln würden.<sup>19</sup> (Nach dem Zeitplan des rumänischen Außenministers käme ein Besuch in Bonn wahrscheinlich in der letzten Februarwoche<sup>20</sup> in Frage.)<sup>21</sup>

[gez.] Ruete

**VS-Bd. 10071 (Ministerbüro)**

<sup>17</sup> Am 16. Januar 1967 übermittelte Ministerialdirektor Ruete die Information, er habe gegenüber dem Abteilungsleiter im rumänischen Außenministerium ein „Ergebnisprotokoll“ verlesen, in dem er seinen Eindruck von den Verhandlungen festgehalten habe. Bogdan habe dem Protokoll nicht widersprochen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 44; VS-Bd. 10071 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>18</sup> Der Passus „wenn ich ... könnte“ wurde von Bundesminister Brandt durch ein Kreuz hervorgehoben.

<sup>19</sup> Am 16. Januar 1967 teilte Staatssekretär Lahr Ministerialdirektor Ruete, z. Z. Bukarest, mit, daß dem vorliegenden Entwurf für ein gemeinsames Kommuniqué zugestimmt werden könne. Die Erklärung der Bundesregierung zur Aufrechterhaltung ihres Alleinvertretungsanspruchs und die entsprechende rumänische Erklärung sollten – gegebenenfalls während des Besuchs des rumänischen Außenministers Manescu in Bonn – abgestimmt werden. Die Regelung der Wahrnehmung der Interessen von Berlin (West) erscheine annehmbar. Allerdings müsse hinsichtlich der wirtschaftlichen Vertretung von Berlin (West) und der dort ansässigen Firmen „auf ausdrücklicher mündlicher Einigung“ bestanden werden: „Wortlaut gemäß Absatz II. 4 b) können Sie akzeptieren. [...] Sobald eine positive Entscheidung der Bundesregierung getroffen sei, würden Vorschläge für baldigen Besuch Manescus in Bonn auf diplomatischem Wege übermittelt werden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 23; VS-Bd. 4208 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>20</sup> Die Wörter „letzten Februarwoche“ wurden von Bundesminister Brandt durch ein Kreuz hervorgehoben.

<sup>21</sup> Am 23. Januar 1967 bat Ministerialdirektor Ruete die Handelsvertretung in Bukarest, im rumänischen Außenministerium mitzuteilen, daß das Bundeskabinett den Bericht des Bundesministers Brandt über die Verhandlungen „günstig“ aufgenommen habe: „Es hat Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien noch nicht beschlossen; an einer baldigen positiven Entscheidung ist aber nicht zu zweifeln.“ Als Termin für den Besuch des rumänischen Außenministers Manescu werde der 30. Januar bis 4. Februar 1967 vorgeschlagen. Vgl. den Drahterlaß Nr. 31; VS-Bd. 4263 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.



## 21

**Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger  
mit dem amerikanischen Botschafter McGhee****Z A 5-11.A/67 geheim****16. Januar 1967<sup>1</sup>**

Der Herr Bundeskanzler empfing am 16. Januar 1967 um 18.15 Uhr in Anwesenheit von VLR I Dr. Boss den amerikanischen Botschafter McGhee zu einem Gespräch.

Nach einigen einleitenden Worten bemerkte der Herr *Bundeskanzler*, er wolle dem Botschafter über seinen Besuch in Paris<sup>2</sup> berichten und insbesondere über die Gespräche zum Verhältnis mit Amerika. Die Unterhaltung mit de Gaulle sei sehr klar gewesen. Ihm selbst sei es darum gegangen, den deutsch-französischen Vertrag<sup>3</sup> neu zu beleben, andererseits jedoch keine Ungewißheiten zu lassen. Er habe das Gefühl gehabt, daß bei den Gesprächen in der Vergangenheit manche Fragen gelegentlich etwas im Dunkel geblieben sei. Das habe er vermeiden wollen. De Gaulle habe zur Haltung Frankreichs gegenüber den Vereinigten Staaten das gesagt, was er schon des öfteren dargetan habe. Er habe mit großer Achtung von den Vereinigten Staaten gesprochen, jedoch darauf hingewiesen, daß die Vereinigten Staaten schon aufgrund der Kraft ihrer Existenz gar nicht umhin könnten, einen beherrschenden Einfluß auszuüben. Frankreich aber wolle sich einem solchen beherrschenden Einfluß nicht unterwerfen, selbst wenn dieser Einfluß freundschaftlich sei.<sup>4</sup> De Gaulle habe weiter erklärt, er wolle selbstverständlich die Bande und das Bündnis mit den Vereinigten Staaten aufrechterhalten, jedoch seine unabhängige Politik verfolgen. De Gaulle habe die Meinung vertreten, die Deutschen seien vielleicht etwas zu gehorsam gegenüber den Vereinigten Staaten; das habe sogar für Adenauer und erst recht für alle anderen gegolten. Er (der Herr Bundeskanzler)

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 17. Januar 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 13./14. Januar 1967 vgl. Dok. 14–17 und Dok. 19.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>4</sup> Am 14. Januar 1967 führte Staatspräsident de Gaulle im Gespräch mit Bundeskanzler Kiesinger aus: „Nun gebe es die Amerikaner. Die Amerikaner seien neu und ein wesentlich jüngerer Volk als das französische und deutsche Volk. Sie seien tatsächlich immer wieder neu. Es habe verschiedene Amerikas gegeben. Es habe das Amerika seiner Jugend gegeben, dann das Amerika des Ersten Weltkrieges, dann das Amerika des Zweiten Weltkrieges. Nun gebe es wieder ein neues Amerika, das ungeheuer viel Mittel, Hilfsquellen und auch Ehrgeiz besitze, selbst dann, wenn dieser Ehrgeiz nicht öffentlich verkündet werde. Dieser Ehrgeiz erwache notgedrungen, denn jetzt sei Amerika an der Reihe. Somit finde es Amerika natürlich, zu herrschen, und zwar überall: in Asien, in Amerika und vor allem Südamerika, in Afrika, in Europa. Er sage nicht, daß Amerika die Unterdrückung suche, er sage lediglich, daß es herrschen wolle. Damit könne Frankreich nicht einverstanden sein. Gerade wegen der Situation Frankreichs, die er beschrieben habe, wolle Frankreich sich keiner anderen Herrschaft unterwerfen, auch nicht einer freundschaftlichen Herrschaft. Es wolle Freund Amerikas sein, wie es dies immer gewesen sei. Es wolle aber keine amerikanische Herrschaft, also keine Integration, weder militärisch, noch politisch, noch wirtschaftlich, noch währungsmäßig.“ Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 20; B 150, Aktenkopien 1967.

habe de Gaulle darauf hingewiesen, daß die deutsche Position hier etwas anders aussehe als die französische. Natürlich habe die amerikanische Politik in Europa die amerikanischen Interessen im Auge und er betrachte dies als legitime Aufgabe und hielte es für töricht, wenn Amerika anders handelte. Es sei nunmehr notwendig, festzustellen, in welchem Umfang die amerikanischen Interessen übereinstimmen mit den europäischen Interessen sowie den Interessen der einzelnen europäischen Länder oder nicht. Gewiß habe auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges die vollständigste Übereinstimmung geherrscht. Nunmehr sei es möglich, daß es Überschneidungen gebe. Es sei gut, darüber zu sprechen. Für die Bundesrepublik ergebe sich also ein anderes Bild als für Frankreich. Dennoch handle es sich für die Bundesrepublik nicht darum, den Vereinigten Staaten gegenüber gehorsam zu sein, sondern darum, mit den Vereinigten Staaten eine Politik zu betreiben, welche die Bundesregierung im eigenen Interesse für gut befände. Hier gebe es verschiedene Bereiche. Erstens werde die Bundesrepublik weiterhin zur NATO stehen und auch in der Integration bleiben. Des weiteren wünsche sie die Anwesenheit der amerikanischen Streitkräfte in Europa und Deutschland und beabsichtige, in diesem Sinne mit Amerika zusammenzuarbeiten. Er habe darauf hingewiesen, daß die Bundesrepublik mit Frankreich darin übereinstimme, daß die europäischen Staaten mehr und mehr ihren eigenen Beitrag zur Gestaltung des zukünftigen Schicksals Europas verstärken müßten. Er habe hinzugefügt, wie er die Dinge sehe, wünsche die amerikanische Politik dasselbe. Über diese Fragen sei keineswegs viel gestritten worden. De Gaulle habe die andersgeartete deutsche Position und Haltung anerkannt. Zumindest gelte dies „for the time being“, denn wenn de Gaulle von solchen Dingen rede, weise er stets darauf hin, daß eines Tages Deutschland die französische Auffassung teilen werde. Es sei festgestellt worden, daß solche Unterschiede in der Haltung keine Grund seien, die besondere deutsch-französische Zusammenarbeit, wie sie der Vertrag vorsehe, nicht wiederzubeleben. De Gaulle habe dann kurz auch über Vietnam gesprochen. Er (der Herr Bundeskanzler) habe sich dabei ziemlich zurückgehalten. Auch de Gaulle habe darüber nicht viel gesagt. Er habe lediglich erklärt, Amerika befinde sich hier in einer schlechten Position, denn ein Sumpf sei nun einmal nicht zu erobern, doch werde Amerika das selbst feststellen. Jedenfalls befinde sich in dieser Beziehung die amerikanische Politik auf dem falschen Weg.<sup>5</sup> Er (der Herr Bundeskanzler) habe hier erklärt, die Bundesrepublik könne in dieser Sache nicht dasselbe sagen wie Frankreich, sei es auch nur, weil Deutschland ein geteiltes Land sei.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, des weiteren sei über die Frage der Entwicklung des Gemeinsamen Marktes gesprochen worden und über die Fragen in Zusammenhang mit einer möglichen britischen Mitgliedschaft im Gemein-

<sup>5</sup> Am 14. Januar 1967 führte Staatspräsident de Gaulle gegenüber Bundeskanzler Kiesinger aus: „Frankreich habe selbst in Indochina lange genug Krieg geführt, um zu wissen, daß die Amerikaner diesen Krieg nicht gewinnen könnten, denn ein Sumpf, ein Morast sei nun einmal nicht zu gewinnen. Deswegen sei die Vietnam-Angelegenheit verloren, vor allem auch moralisch. Vietnam aber entferne Amerika von Europa. Dies störe Frankreich nicht, aber es könne keinen Vorteil darin erblicken, deswegen sei es dagegen und sage dies auch. Natürlich könne Frankreich Amerika nicht daran hindern, in Vietnam Krieg zu führen. Es sei aber gewiß, daß dieser Krieg kein gutes Ende nehmen werde.“ Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 20; B 150, Aktenkopien 1967.

samen Markt. Hier habe de Gaulle seine alten Bedenken geäußert. Er selbst habe in diesem Zusammenhang auf die Regierungserklärung<sup>6</sup> verwiesen, daß die Tür für eine britische Mitgliedschaft offen gehalten werden solle. Er habe betont, daß die deutschen Handelsinteressen die Bundesrepublik sehr stark zur EFTA verwiesen und daß deswegen die Bundesregierung ein großes Interesse daran habe, die Zollschranken zu jenem Raum abzubauen. Im gleichen Sinne habe die Bundesregierung ein starkes Interesse an einer erfolgreichen Kennedy-Runde. Er habe des weiteren gesagt, die Frage eines britischen Beitritts sei ja von den Sechs zu beschließen und de Gaulle werde in einigen Tagen ein Gespräch mit Wilson führen, so daß er meine, man solle abwarten, was Herr Wilson dabei zu sagen habe und welche Ergebnisse das Gespräch mit de Gaulle zeitigen werde.<sup>7</sup>

Der Herr Bundeskanzler sagte dann, de Gaulle habe eine Politik der europäischen Entspannung besonders betont, die ihm sehr am Herzen liege. De Gaulle meine dabei daß das Gegeneinander in Europa schrittweise verringert werden müsse und daß es sich dabei um einen langen und schweren Prozeß handle. Dennoch glaube de Gaulle, daß Rußland in der heutigen Situation mit weniger Schwierigkeiten für eine Entspannung zu gewinnen sei, wobei dann wirtschaftliche und kulturelle Abkommen getroffen werden könnten. De Gaulle habe erklärt, Frankreich wolle sich selbst neu gestalten und entwickeln und brauche dazu den Frieden. Er (der Herr Bundeskanzler) habe darauf verwiesen, daß in der Regierungserklärung dieselbe Politik angekündigt sei, daß auch Deutschland den Frieden wolle, und zwar sowohl allgemein als auch, weil er keine andere Möglichkeit der Lösung des Deutschlandproblems sehe als durch Entspannung. Natürlich sei es wichtig, daß in diesem Prozeß das große Problem der Wiedervereinigung nicht aus den Augen verloren werde. Das deutsche Volk denke nüchtern über diese Frage, wolle aber das Vertrauen darauf haben, daß seine Partner, mit denen es die Entspannung betreibe, während des gesamten Prozesses die Wiedervereinigung im Auge hätten, ohne daß es heute schon möglich wäre, einen genauen Zeitplan für die Einzeldurchführung festzulegen, den man der Zukunft überlassen müsse. Deutschland könne aber keine Entspannung nur um der Entspannung willen treiben, die dann nach de Gaulles Formel<sup>8</sup> über die Entente zur Zusammenarbeit führen sollte, wobei man meinte, daß am Ende automatisch die Wiedervereinigung stünde,

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vgl. BT STENOGRAPHISCHE BE-  
RICHTTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

<sup>7</sup> Der britische Premierminister und Außenminister Brown trafen am 24./25. Januar 1967 mit Staatspräsident de Gaulle zusammen. Dazu berichtete Botschafter Klaiber, Paris, daß nach Informationen des französischen Außenministeriums die Gespräche „keine Lösungen gebracht, aber wichtige Probleme eingegrenzt hätten“. Brown habe vier Hauptprobleme herausgestellt: „1) die bei Beitritt zur Gemeinschaft im Inland erforderlichen Preiserhöhungen; 2) die durch diese entstehenden Produktionsverzerrungen; 3) die Beziehung zu Neuseeland; 4) die finanziellen Leistungen an den Agrarfonds im Zusammenhang mit den Abschöpfungen. Die Schwierigkeiten aus 1) und 2) habe er durch Übergangsregelungen für lösbar erklärt. Für 3) müsse eine dauernde Ausnahmeregelung gefunden werden. Im Hinblick auf 4) zeichne sich zur Zeit keine Lösung ab.“ Wilson habe ein „optimistisches Exposé über die Entwicklung der Zahlungsbilanz“ gegeben und erklärt, daß die „aus dem Charakter der Sterling-Zone und des Pfundes herrührenden Verpflichtungen [...] nach britischer Meinung kein Risiko für die EWG-Partner beinhalten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 165 vom 28. Januar 1967; VS-Bd. 2427 (I A 2); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Zu den Ausführungen des Staatspräsidenten de Gaulle vom 31. Dezember 1966 vgl. Dok. 14, Anm. 13.

ohne daß man die ganze Zeit darüber nachzudenken hätte, sondern daß tatsächlich während der gesamten Bemühungen um die Entspannung das Wiedervereinigungsproblem aktiv im Auge behalten werde und auch vorher, wann immer die Gelegenheit sich biete, etwas getan werden müsse. De Gaulle habe dem zugestimmt.

Botschafter *McGhee* bemerkte, er habe es immer schon für verwegen gehalten, wenn jemand gemeint habe, die Umstände vorherzusagen, unter denen die Wiedervereinigung stattfinden werde oder nicht, denn die Geschichte kenne vielerlei Wege.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er habe in Paris darauf hingewiesen, daß man natürlich nur nach menschlichem Ermessen vorgehen könne und die Bundesregierung heute die Wiedervereinigung nur im Prozeß einer Entspannung sich vorstellen könne. Andererseits habe die Geschichte viel mehr Phantasie als die Menschen. Auch de Gaulle habe diesem Gedanken zugestimmt. Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, er habe in dem Gespräch nicht mit letzter Klarheit feststellen können, wie de Gaulle im einzelnen die Stufen Entspannung, Entente, Zusammenarbeit sehe. Er stehe aber unter dem Eindruck, daß de Gaulle ernsthaft der Auffassung sei, daß die Sowjetunion aus einer Reihe von Gründen (innere Entwicklung, Verhalten der sogenannten Satelliten in Europa, China-Verhalten) genügend mit ihren eigenen Problemen beschäftigt sei und deshalb geneigter sein könnte, den Gegensatz zu überwinden und zu gewissen Formen der Zusammenarbeit bereit zu sein.<sup>9</sup>

Botschafter *McGhee* verwies darauf, daß Amerika sich wegen des Parisbesuchs des Herrn *Bundeskanzlers* sich keinerlei Sorgen gemacht habe, und all das, was über diesen Besuch bisher gehört habe, entspreche dem, was der Herr *Bundeskanzler* ihm soeben dargelegt habe. Er ziehe daraus den Schluß, daß dieser Besuch höchst erfolgreich verlaufen sei und tatsächlich nur positive Wirkungen haben könne. Die von dem Herrn *Bundeskanzler* aufgezeigten Absichten über die Ostpolitik entsprächen genau den Auffassungen des Präsidenten<sup>10</sup>. Es sei recht interessant festzustellen, daß im Laufe der Zeit alle diesen Gedanken aufgenommen hätten. Deutschland habe diesen Gedanken im Jahre 1961 aufgegriffen, während der Präsident vor 2 ½ Jahren in einer Rede sich dazu bekannt habe<sup>11</sup>, wobei de Gaulle zunächst in den Jahren 1961/62 dage-

<sup>9</sup> Staatspräsident de Gaulle führte im Gespräch mit *Bundeskanzler Kiesinger* vom 14. Januar 1967 dazu aus: „Rußland sei eine ungeheure Macht, aber auch eine Macht mit Schwierigkeiten. Dieses Rußland sei zu gewinnen. Gewinnen heiße hier natürlich nicht erobern, sondern haben, halten, umgeben, denn Rußland sei einsam. China sei gegen Rußland, Amerika sei gegen Rußland, auch wenn es gewisse Absprachen und Abkommen mit Rußland treffe, denn eine amerikanisch-russische Rivalität sei unvermeidlich, weil diese beiden Länder Supermächte seien. Die Länder um Rußland herum (Polen, Tschechoslowakei, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Albanien) seien nicht für Rußland. Sie seien mit Rußland, weil sie keinen anderen Weg hätten, aber für Rußland seien sie nicht. Deutschland sei ebenfalls nicht für Rußland. Somit sei Rußland einsam. Es empfinde aber die Notwendigkeit, nicht allein zu sein. Frankreich glaube, daß jetzt der Moment gekommen sei, diese Situation zu nutzen, um Rußland an sich zu ziehen und sich mit ihm zu verbünden. Rußland sei nicht kriegslüster, denn es könne gar nicht kriegslüster sein. Folglich müsse man diese Situation nützen.“ Vgl. *Bundeskanzleramt*, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 20; B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Lyndon B. Johnson.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Johnson vom 23. Mai 1964 in Lexington, Virginia, vgl. *PUBLIC PAPERS, JOHNSON* 1963/64, Bd. 1, S. 708–710.

gen gewesen sei, als Amerika im Namen Deutschlands mit Rußland habe verhandeln wollen<sup>12</sup>. Nunmehr habe auch de Gaulle sich dieser Auffassung angeschlossen, so daß die Politik aller Staaten sich in diesen Punkten glücklich treffe. Sicherlich könne Frankreich Deutschland bei der Realisierung seiner Bemühungen behilflich sein, obgleich Amerika der Auffassung sei, daß Deutschland für den Osten viel attraktiver sei als Frankreich. Amerika könne zur Zeit nicht sehr behilflich sein, da es in den Vietnam-Krieg verwickelt sei, doch besitze es in einigen Ländern Ansatzmöglichkeiten, die es gerne der Bundesrepublik zur Verfügung stelle. Er freue sich darüber, daß de Gaulle zugebe, daß die Wiedervereinigung früher eintreten könne als erst am Abschluß des Heilungsprozesses des großen europäischen Schisma. Auch Amerika wolle keinesfalls sagen, daß diese Wiedervereinigung etwa erst ganz am Schluß stattfinden könnte, und die Bundesregierung solle jede von ihr gebotene Möglichkeit nutzen. Es sei ganz offensichtlich, daß viele der deutschen Interessen sich von denen Frankreichs unterschieden. Er habe in diesem Zusammenhang mit großem Interesse die Tischrede des Herrn Bundeskanzlers<sup>13</sup> gelesen, daß jedes Land seine Politik nach seinen eigenen Interessen gestalten müsse. Tatsächlich sei die einzige Variation die Tiefe, bis zu der man die eigenen Interessen analysiere und die Bereitschaft, die Dinge in einer langfristigen und breiten Perspektive zu sehen, wenn man seine Interessen in einem zu engen Raum definierte, werde man nichts erreichen können, weil man ja zur Durchsetzung seiner eigenen Interessen die Unterstützung der anderen brauche. Amerika erwarte ganz klar, daß bei allen Fragen, die es Deutschland vortrage, Deutschland in der Beantwortung nach seinem Eigeninteresse verfare, und daß es, falls eine Sache nicht in seinem Interesse liege, auch solche Vorschläge nicht akzeptiere. Er nehme an, daß Deutschland dasselbe Verfahren mit Frankreich verfolge. Es gebe keine Sonderbeziehungen, welche so weit gingen, daß man den Eigeninteressen zuwiderlaufende Dinge tue. Amerika habe heute sehr starke Bande mit England und Deutschland und erwarte trotzdem nicht, daß eines dieser Länder etwas tue, was nicht in seinem eigenen Interesse liege. Er habe über die Feiertage ein langes Gespräch mit dem Präsidenten gehabt, der den Herrn Bundeskanzler sehr herzlich grüßen lasse und sich auf ein Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler freue. Die Reisepläne des Präsidenten seien noch nicht ein konkretes Stadium getreten. Der Präsident hoffe immer noch, nach Europa kommen zu können, habe jedoch hinsichtlich der genauen Zeit noch keine festen Pläne. Vielleicht werde der Zeitpunkt sich in etwa verschieben.<sup>14</sup>

<sup>12</sup> Nach Vorgesprächen zwischen dem amerikanischen Außenminister Rusk und seinem sowjetischen Kollegen Gromyko trafen am 6. Oktober 1961 Präsident Kennedy und Gromyko am Rande der UNO-Generalversammlung in New York zu einem Meinungsaustausch über die Deutschland- und Berlin-Frage zusammen. Am 21. Oktober 1961 lehnte Staatspräsident de Gaulle in einem Schreiben an Kennedy eine Beteiligung Frankreichs an Gesprächen mit der UdSSR über die Deutschland- und Berlin-Frage ab und machte seine Verhandlungsbereitschaft davon abhängig, daß die UdSSR zunächst die alliierten Rechte in Berlin anerkenne und von weiteren einseitigen Schritten Abstand nehme. Vgl. DE GAULLE, *Lettres, notes et carnets* 1961–1963, S. 156.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Tischreden des Bundeskanzlers Kiesinger vgl. Referat I A 1, Bd. 705.

<sup>14</sup> Bundeskanzler Kiesinger und Präsident Johnson trafen anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den ehemaligen Bundeskanzler Adenauer zusammen. Für das Gespräch vom 26. April 1967 vgl. Dok. 147.

Botschafter McGhee fuhr fort, drei Dinge lägen dem Präsidenten besonders am Herzen. Das erste sei der Nichtverbreitungsvertrag. Das zweite sei die Ostpolitik, über die der Präsident im Oktober gesprochen habe<sup>15</sup> und die er für alle Beteiligten als höchst bedeutsam erachte. Der Präsident sei besonders einverstanden mit der sehr aufgeschlossenen Haltung der Bundesregierung und der Absicht, wo immer möglich, diplomatische Beziehungen zu Ostländern zu erstellen. Aus amerikanischer Sicht bestünden hier sehr gute Chancen, insbesondere in Bukarest, Prag und Bulgarien, vielleicht eines Tages mit französischer Hilfe auch in Warschau. Die dritte Frage, die den Präsidenten ganz besonders interessiere, sei die Kennedy-Runde. Allmählich werde die Zeit knapp, und wenn die Kommission kein ausreichendes Mandat erhalte, werde die Verhandlungsvollmacht des Präsidenten ablaufen, wobei zu befürchten sei, daß bei einer erneuten Vollmacht die Bewegungsfreiheit nicht mehr so groß werde.<sup>16</sup> Wenn von Seiten der Kommission kein genügender Verhandlungsspielraum vorhanden sei, würden auch die EFTA-Länder keine Konzessionen machen.<sup>17</sup> Nach amerikanischer Auffassung gebe es in Brüssel zwei Hindernisse, wobei er gleich sage, daß die letzte Brüsseler Sitzung am 12. Januar<sup>18</sup> sehr positiv zu werten sei. Die zwei Problemkreise seien erstens der gesamte Bereich der chemischen Produkte<sup>19</sup>, wobei es sich sehr negativ auswirken würde, wenn die Chemieprodukte ausgenommen würden, und zweitens das Getreide, das ja den Hauptteil des landwirtschaftlichen Sektors darstelle. Gerade im landwirtschaftlichen Sektor brauche Amerika gewisse Fortschritte, da es insbesondere der Agrarblock gewesen sei, der im Kongreß dafür gesorgt habe, daß der Präsident eine so weite Verhandlungsvollmacht erhalten habe. Wenn es

<sup>15</sup> Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Johnson am 7. Oktober 1966 vor der National Conference of Editorial Writers in New York vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1966, S. 1125–1130. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1966, D 517–521. Vgl. dazu AAPD 1966, II, Dok. 347.

<sup>16</sup> Die als Kennedy-Runde bezeichnete Verhandlungsserie im Rahmen des GATT wurde durch den Trade Expansion Act vom 11. Oktober 1962 ermöglicht, der die amerikanische Regierung zu drastischen Zollsenkungen und Verhandlungen u. a. mit der EWG über den Abbau der Außenzölle bis zum 30. Juni 1967 ermächtigte. Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 47, 1962, S. 656–660. Am 13. Januar 1967 berichtete Botschafter Sachs, Brüssel (EWG/EAG), im Rahmen des Besuchs einer amerikanischen Delegation bei der EWG-Kommission sei zu verstehen gegeben worden, „daß eine unveränderte Verlängerung des Trade Expansion Act über den 1. Juli 1967 hinaus nicht möglich sein werde. Dem Kongreß lägen bereits eine Reihe von Änderungsvorschlägen zum Trade Expansion Act vor, die sämtlich protektionistische Tendenzen verfolgten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 57; Referat III A 2, Bd. 281.

<sup>17</sup> Zu den Einwänden gegen die von der EWG angebotenen Senkungssätze vgl. auch Dok. 17, Anm. 18.

<sup>18</sup> Am 12. Januar 1967 beschloß der EWG-Ministerrat, keine Listen über mögliche Angebotsrücknahmen vorzulegen: „Die Verhandlungen mit USA und Großbritannien sollen auf Fragen der Disparitäten und der nichttariflichen Handelshemmnisse konzentriert werden. Mit skandinavischen Ländern und der Schweiz soll [die] Kommission [...] Verhandlungen [...] mit dem Ziel führen festzustellen, welche Verbesserungen des Angebots der Gemeinschaft erforderlich sind, um zu einem ausgewogenen Verhandlungsergebnis zu gelangen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 134 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Robert vom 13. Januar 1967; Referat III A 2, Bd. 189.

<sup>19</sup> Im Rahmen der GATT-Verhandlungen unterbreiteten die USA den Vorschlag, die Zölle für chemische Produkte um 50 % bei einer Beibehaltung des American Selling Price System (ASP) zu senken, dafür aber verminderte Gegenleistungen der GATT-Partner zu akzeptieren; nach einer Abschaffung des ASP sei dann erneut über erweiterte Angebote der GATT-Partner zu beraten. Demgegenüber bestand das Verhandlungsmandat der EWG-Kommission darauf, die entsprechenden Kapitel aus der Zollsenkung herauszunehmen, wenn der amerikanische Kongreß einer Abschaffung des ASP nicht zustimme. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort vom 3. Januar 1967; Referat III A 2, Bd. 281.

der Bundesrepublik gelänge, Brüssel zu größerer Schmiegsamkeit in dieser Frage zu bringen, wäre dies sehr gut. Er weise in diesem Zusammenhang darauf hin, daß gerade Deutschland ein zumindest ebenso großes Interesse an einer Regelung der genannten Fragen haben müsse, da seine Einnahmen ja zu 16 v. H. aus dem Außenhandel kämen, während für Amerika dieser Anteil nur 4 v. H. betrage.

Der Botschafter sagte dann, Amerika sei besonders erfreut über den Kabinettsbeschluß, daß im Prinzip der Nichtverbreitungsvertrag angenommen werde.<sup>20</sup> Die amerikanische Regierung verstehe, daß die Einzelformulierung noch manche Problematik für Deutschland aufwerfe. Die konkreten Punkte, die Botschafter Knapstein aufgeworfen habe, seien bereits beantwortet worden<sup>21</sup> und vielleicht besitze der Herr Bundeskanzler diese Antwort schon (der Herr Bundeskanzler verneinte dies). Er meine, daß diese Antworten sehr viel weiterhelfen. Botschafter McGhee übergab dem Herrn Bundeskanzler ein Exemplar der letzten Fassung des Vertragsentwurfs<sup>22</sup> und bemerkte, dieser Entwurf sei nun mit Ausnahme eines Kapitels vollständig. Das betreffende Kapitel beziehe sich auf Sicherungen und in diesem Zusammenhang insbesondere auf das Verhältnis dieser Sicherungen zwischen der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien und EURATOM.<sup>23</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er werde sich mit dieser Problematik in den nächsten Tagen beschäftigen. Das Kabinett habe erklärt, daß es keineswegs den Abschluß des Vertrages erschweren, sondern im Gegenteil dazu beitragen wolle. Natürlich müsse man dabei die Interessen im Auge behalten, welche jede nichtnukleare Macht gewährleisten sehen müsse.

Botschafter *McGhee* verwies darauf, daß einige der Botschafter Knapstein erteilten Antworten hier nützlich seien. Der Vertrag habe nichts zu tun mit der friedlichen Verwendung der Kernenergie mit Ausnahme von Explosionen, was die Bundesrepublik jedoch praktisch überhaupt nicht betreffe, da Explosionen in Deutschland gar nicht stattfinden könnten, während Amerika solche unterirdischen Explosionen durchführen könnte. Es sei auch ganz klar, daß die Russen wüßten, daß alles gestattet sei, was der Vertrag nicht ausdrücklich verbiete. Nach amerikanischer Auffassung sei für das Problem einer späteren europäischen Streitmacht der Ausdruck „Transfer“ vertragstechnisch nicht anwendbar, da hier es sich um eine „Sukzession“ handeln würde. Komme es also einmal zu einem vereinigten Europa, so könnte dieses die Nachfolge der französischen oder französischen und englischen Streitmacht antreten.<sup>24</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, natürlich gebe es hier verschiedene Probleme. Ein zukünftiges Europa könnte auf sehr verschiedene Weise organisiert sein. Es könne ein Bundesstaat sein oder aber nur ein Staatenbund. Manche Leute

<sup>20</sup> Zur Sitzung des Bundeskabinetts vom 20. Dezember 1966 vgl. Dok. 4, Anm. 7.

<sup>21</sup> Zum Gespräch des Botschafters Knapstein, Washington, am 13. Januar 1967 im amerikanischen Außenministerium vgl. Dok. 24, Anm. 8, 14, 15, 18 und 22.

<sup>22</sup> Zum amerikanischen Entwurf für ein Nichtverbreitungsabkommen, der am 13. Januar 1967 übergeben wurde, vgl. den Drahtbericht Nr. 96 des Botschafters Knapstein, Washington; VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967. Für Auszüge vgl. Dok. 38, Anm. 12, 13, 18 und 19.

<sup>23</sup> Am 31. Januar 1967 übergaben die USA ein Aide-mémoire mit einem Formulierungsvorschlag für Artikel III (Kontrollartikel) eines Nichtverbreitungsabkommens. Vgl. dazu Dok. 42, Anm. 8.

<sup>24</sup> Vgl. dazu die Verbalnote der amerikanischen Regierung vom 13. Januar 1967; Dok. 24, Anm. 12.

hätten Bedenken, ob auch im Falle eines Staatenbundes von einer Sukzession gesprochen werden könnte.

Botschafter *McGhee* wies darauf hin, nach amerikanischer Interpretation sei die Sachlage so, daß jede supranationale Autorität, die über die Außen- und Verteidigungspolitik zu bestimmen berechtigt sei, einen neuen Staat darstellen würde. Aber selbst, wenn es keine solche Einrichtung geben würde, könne Deutschland mit Frankreich stets dasselbe Verhältnis in der nuklearen Frage haben wie heute mit Amerika, d.h., daß General de Gaulle eben das letzte Wort hätte. Deutschland könne dann wie jetzt schon seine eigenen Trägersysteme haben, nur nicht über die Waffe selbst verfügen. Auch könnte es dann einen Rat geben, der bei der Entscheidungsbildung zur Seite stünde, wobei de Gaulle lediglich das endgültige Wort zustehen würde. Es werde mit anderen Worten ein genaues spiegelbildliches Verhältnis zu dem, was Deutschland heute schon mit Amerika habe. Letztlich handle es sich hier um eine sehr theoretische Eventualität, wobei hinzuzufügen sei, daß der Vertrag auch eine Klausel enthalte, daß jeder vertragschließende Teil jederzeit sich aus dem Vertrag zurückziehen könne, wenn außergewöhnliche Ereignisse lebenswichtige Interessen, die Vertragsgegenstand bildeten, gefährdeten.<sup>25</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* verwies darauf, daß die in diesem Zusammenhang aufgetretenen Probleme sich weniger mit dieser im übrigen weit entfernten Möglichkeit befäßen, sondern vielmehr die Sorge beträfen, ob der Vertrag ein in irgendeiner Form vereinigt Europa hindern würde, eine eigene europäische Streitmacht aufzubauen, wobei diese Tatsache als solche bereits dem den europäischen Prozeß selbst stören könnte. Diese Frage habe z.B. Herrn Hallstein und eine Reihe seiner Freunde bewegt, die man keineswegs als nukleare Krieger betrachten könne.

Botschafter *McGhee* sagte, nichts läge Amerika ferner, als die Störung dieses Prozesses, denn es habe sich ja immer, soweit ein Außenseiter dies tun könne, zum Fürsprecher der europäischen Einigung gemacht und wünsche dem nichts in den Weg zu legen. Tatsächlich gebe er zu, daß die nukleare Frage ein Anreiz für die europäische Zusammenarbeit sein könne. Der Herr Bundeskanzler könne sicher sein, daß Amerika gegen alle Vorkehrungen sei, welche den Europäern das Recht auf die Einigung absprächen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, man werde zunächst den Vertragstext sorgfältig prüfen müssen und könne dann, wenn noch Fragen übrig blieben, wieder darüber sprechen.

Botschafter *McGhee* sagte, das State Department sei jederzeit bereit, Herrn Knappstein zu empfangen, und er selbst stehe stets zur Verfügung.

Zum Schluß des Gespräches sagte Botschafter *McGhee* noch, der Unterstaatssekretär im State Department Eugene Rostow werde nächste Woche nach Bonn kommen, um mit der Bundesregierung über das Ernährungsproblem in Indien zu sprechen.<sup>26</sup> Amerika habe hier einen zusätzlichen Beitrag vorgesehen und wolle alle anderen Länder zu demselben Vorgehen einladen. Er hoffe,

<sup>25</sup> Für den Wortlaut des Artikels VI (Rücktrittsklausel) des amerikanischen Entwurfs vom 13. Januar 1967 für ein Nichtverbreitungsabkommens vgl. Dok. 24, Anm. 19.

<sup>26</sup> Vgl. dazu Dok. 32, Anm. 9.



daß Herr Rostow mit den entsprechenden deutschen Beamten positive Gespräche führen könne. Vielleicht sei der Bundesaußenminister der geeignete Gesprächspartner dafür.

Das Gespräch endete um 19 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 20**

## 22

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Truckenbrodt

V 1-86.00/1-23/67 geheim

17. Januar 1967

Betr.: Schulfrage in Baden-Württemberg<sup>1</sup>

Der Herr Bundesminister empfing heute den Apostolischen Nuntius<sup>2</sup> (auf dessen Wunsch) zu einer Erörterung der mit der Schulfrage in Baden-Württemberg zusammenhängenden Probleme. Bei dem Gespräch waren Monsignore Kada, der stellvertretende Chef des Protokolls<sup>3</sup> und der Unterzeichnete anwesend.

Der Nuntius leitete das Gespräch mit der Bemerkung ein, daß er in großer Sorge zu dem Herrn Bundesminister komme, weil die Schulfrage in Südwürttemberg sich in „äußerst gefährlicher“ Weise weiterentwickle. Falls das geplante Gesetz<sup>4</sup> durch den Landtag verabschiedet werde, würde eine „schwerwiegende und offenkundige Verletzung“ des Reichskonkordats<sup>5</sup> vorliegen, die der Vatikan nicht unwidersprochen hinnehmen könnte; als mindestens sei für diesen Fall ein Protest zu erwarten.

Er müsse besonders auf die juristischen Folgen hinweisen, die aus einer solchen Situation entstehen würden. In den 22 Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges habe der Vatikan das Reichskonkordat „peinlich genau“ eingehalten, und zwar auch dort, wo es mit Schwierigkeiten verbunden gewesen

<sup>1</sup> Die Landesregierung von Baden-Württemberg bereitete eine Schulreform vor mit dem Ziel, „Zwergschulen“ zu größeren Einheiten mit Jahrgangsklassen, wie z. B. Mittelpunktschulen, zusammenzufassen. Von dieser Umstrukturierung waren im Regierungsbezirk Südwürttemberg/Hohenzollern auch katholische und evangelische Bekenntnisschulen betroffen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Thierfelder vom 16. Januar 1967; Referat 500, Bd. 1470.

<sup>2</sup> Erzbischof Bafile.

<sup>3</sup> Johannes Graf von Welzeck.

<sup>4</sup> Ziel des Gesetzes war eine Revision der Artikel 14 und 15 der Verfassung von Baden-Württemberg, die den Fortbestand der Konfessionsschulen neben den Gemeinschaftsschulen sicherten. Vorgesehen war allerdings die Möglichkeit, die Konfessionsschulen in staatlich geförderte private Bekenntnisschulen umzuwandeln, wenn diese die nach dem Privatschulrecht notwendigen Voraussetzungen erfüllten und die Umwandlung durch die Erziehungsberechtigten von mindestens 80 Schülern gefordert wurde. Für den Wortlaut des Gesetzes vom 8. Februar 1967 zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg und zur Ausführung von Artikel 15, Abs. 2 der Verfassung vgl. GESETZBLATT FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG, Nr. 2 vom 10. Februar 1967, S. 7–9.

<sup>5</sup> Art. 23 des Konkordats vom 20. Juli 1933 zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl gewährleistete Fortbestand und Neueinrichtung katholischer Bekenntnisschulen. Vgl. REICHSGESETZBLATT 1933, Teil II, S. 685 f.

sei: er meine in den Ostgebieten.<sup>6</sup> Der Vatikan habe nicht nur von Grenzveränderungen in der kirchlichen Organisation abgesehen, sondern auch keine neuen residierenden Bischöfe ernannt.<sup>7</sup> Auch heute – nach 22 Jahren – gebe es noch keine neuen Bischöfe in Breslau oder im Ermland.

Diese Haltung des Heiligen Stuhls beruhe auf zwei Gründen: Einmal entspreche es einer allgemeinen Politik des Vatikans, Grenzveränderungen nicht vorzunehmen, bevor neue staatliche Grenzen nicht in internationalen Verträgen anerkannt seien; zum anderen habe sich der Vatikan durch das Reichskonkordat gebunden gefühlt. Gegen den gegen ihn erhobenen Vorwurf der Parteilichkeit zu Gunsten der Deutschen habe sich der Vatikan mit dem Hinweis auf die Verpflichtungen aus dem Reichskonkordat<sup>8</sup> verteidigen können. Durch die vorgesehene „flagrante Verletzung“ des Reichskonkordats werde dem Vatikan die Rechtsgrundlage für dessen peinliche Einhaltung entzogen werden. Er frage sich, wie man es vor der öffentlichen Meinung, insbesondere vor den polnischen Katholiken, rechtfertigen könne, daß man das Reichskonkordat so treu „über das Notwendige hinaus“ eingehalten habe.

Das vorgesehene Gesetz sei viel konkordatswidriger als das niedersächsische Gesetz von 1954<sup>9</sup>, das zu dem Prozeß vor dem Bundesverfassungsgericht geführt habe.<sup>10</sup> Das niedersächsische Gesetz habe die Bekenntnisschule zwar be-

<sup>6</sup> In den 1945 der polnischen Verwaltung unterstellten Ostgebieten des Deutschen Reiches bestanden die im Reichskonkordat vom 20. Juli 1933 bestätigte Diözesanzirkumskription sowie -organisation fort. Die geistliche Betreuung der Katholiken in diesen Gebieten lag bei vier polnische Prälaten mit Amtssitzen in Oppeln, Allenstein, Breslau und Landsberg/Warthe, die der Papst zu Titularbischöfen ernannt hatte.

<sup>7</sup> Änderungen der Diözesangrenzen waren nach einer jährlich wiederholten Verlautbarung des Vatikans erst dann vorgesehen, wenn territoriale Veränderungen völkerrechtliche Anerkennung erlangt hatten. Auch in der Auflistung der Kirchenprovinzen im Päpstlichen Jahrbuch für 1967 wurde die Erzdiözese Breslau unter dem Stichwort „Deutschland“ geführt. Vgl. dazu ANNUARIO PONTIFICIO 1967, S. 1255 und S. 1257.

Hinsichtlich des vakanten Bistums Ermland gab es allerdings Bestrebungen seitens des Heiligen Stuhls, einen residierenden Bischof zu ernennen. Die Antwort der Bundesregierung, die um stillschweigende Zustimmung zu diesem Schritt gebeten worden war, stand Anfang 1967 noch aus. Am 13. Januar 1967 teilte Botschafter Sattler, Rom (Vatikan), aus einem Gespräch mit Erzbischof Dell'Aqua mit, daß die Bundesregierung mit ihrer Entscheidung „noch etwas Zeit“ habe: „Ich schätze, daß wir noch 2–3 Monate den derzeitigen Zustand hinziehen können.“ Durch das zeitliche Zusammentreffen dieser Frage mit dem Schulstreit in Baden-Württemberg könne es jedoch zu einer „Beschleunigung“ kommen. Für den Drahtbericht Nr. 1 vom 13. Januar 1967 vgl. VS-Bd. 5647 (V 1); B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. dazu auch AAPD 1966, Dok. 409.

<sup>8</sup> Art. 11 des Reichskonkordats vom 20. Juli 1933: „Die gegenwärtige Diözesanorganisation und -zirkumskription der katholischen Kirche im Deutschen Reich bleibt bestehen“. Vgl. REICHSGESETZBLATT 1933, Teil II, S. 682.

<sup>9</sup> Korrigiert aus: „1945“.

Der niedersächsische Landtag verabschiedete am 1. September 1954 das Gesetz über das öffentliche Schulwesen in Niedersachsen, das am 1. Oktober 1954 in Kraft trat und vorsah, daß ungefähr 90 % der katholischen Bekenntnisschulen in Niedersachsen in Gemeinschaftsschulen umgewandelt werden sollten. Auch die Möglichkeit zur Neuerrichtung von Bekenntnisschulen auf Antrag der Erziehungsberechtigten wurde eingeschränkt. Vgl. dazu das Schreiben des niedersächsischen Ministerpräsidenten Kopf an Bundeskanzler Adenauer vom 3. September 1954 sowie das Schreiben des Apostolischen Nuntius in Deutschland, Muench, an Adenauer vom 25. September 1964; Referat 500, Bd. 288.

<sup>10</sup> Am 14. März 1955 reichte die Bundesregierung beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen die niedersächsische Landesregierung wegen Verletzung des Reichskonkordats vom 20. Juli 1933 ein, und zwar trotz des Hinweises der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts, daß juristische Bedenken gegen eine derartige Normenkontrollklage bestünden. Eine Normenkontrollklage, so Ministerialdirektor Berger, sei nur möglich, wenn Artikel 23 des Konkordats vom 20. Juli 1933 „inner-

schränkt, als Institution aber bestehen lassen. Die Frage sei dann durch das niedersächsische Konkordat<sup>11</sup> geregelt worden. Im Falle Baden-Württembergs solle die Bekenntnisschule aber grundsätzlich abgeschafft werden, und zwar auch dort, wo gar keine Notwendigkeit dafür vorhanden sei. Die vorgesehene Regelung stehe im Widerspruch zu den bildungspolitischen Leitsätzen der SPD, in denen erklärt werde, daß die Eltern eine andere Regelung als die Gemeinschaftsschule haben könnten, wenn sie dies wünschten.<sup>12</sup> Auf katholischer Seite sei man über die niedersächsische Regelung glücklich gewesen, weil sie zwar nicht eine ideale, aber doch ziemlich gute Lösung für die katholische Kirche darstelle.

Der Herr Bundesminister erwiderte, daß er am 6. d. M. in Rom sehr glücklich über den Empfang durch den Papst gewesen sei.<sup>13</sup> In dem Gespräch habe der Papst in freundlicher Weise auch auf dieses ernste Problem hingewiesen. Der Herr Bundesminister fuhr fort, daß er der Sache – nachdem er sich bereits in der Vergangenheit ihrer angenommen habe – erneut nachgehen werde, und zwar in Kenntnis der verfassungsrechtlichen Grenzen, die seinen Einwirkungsmöglichkeiten gesetzt seien. Er werde noch einmal mit seinen politischen Freunden sprechen und den Herrn Bundeskanzler bitten, auch seinerseits auf seine politischen Freunde einzuwirken. Er sei von der Notwendigkeit überzeugt, daß eine Lösung im Wege der Verständigung gefunden werden müsse. Im Augenblick sei er sich nicht ganz im klaren darüber, was der genaue Inhalt des Gesetzes sein werde und ob der angekündigte Beschluß der Landesregierung eine Diskussionsgrundlage oder lediglich eine Mitteilung über die gesetzgeberischen Absichten darstellen werde.

Der Nuntius erwiderte hierauf zunächst mit einem Appell an die Vertragstreue der Bundesrepublik und erinnerte an das in den Leitsätzen enthaltene Versprechen der SPD. Ihm sei bekannt, daß die Bundesregierung rechtlich keine Einwirkungsmöglichkeiten auf die Landesregierung besitze; aber schließlich regiere doch in Bonn und in Stuttgart die gleiche Koalition, die das Grundge-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 130*

staatlich als Bundesrecht fortgelten“ würde. Für die Aufzeichnung vom 1. Februar 1955 vgl. Referat 500, Bd. 286.

Am 1. April 1957 wies das Bundesverfassungsgericht den Antrag der Bundesregierung auf Normenkontrolle als unbegründet zurück. Vgl. dazu *ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS*, hrsg. von Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts. Bd. 6, Tübingen 1957, S. 367.

<sup>11</sup> Artikel 6, Absatz 1 des Konkordats vom 26. Februar 1965 zwischen dem Land Niedersachsen und dem Heiligen Stuhl: „Das Land gewährleistet die Beibehaltung und Neuerrichtung von katholischen Bekenntnisschulen. Diese Volksschulen können grundsätzlich nur mit gleichen Schulen zusammengefaßt werden; entsprechendes gilt für Schulen, die als einzige Schule im Bereich eines Schulträgers einen weit überwiegenden Anteil katholischer Schüler haben.“ Vgl. *DIE KONKORDATE UND KIRCHENVERTRÄGE IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND*, hrsg. von Joseph Listl, Berlin 1987, Bd. 2, S. 10.

<sup>12</sup> Vgl. dazu *BILDUNGSPOLITISCHE LEITSÄTZE DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS*, hrsg. vom Vorstand der SPD, Stuttgart 1964, S. 12.

<sup>13</sup> Am 6. Januar 1967 wurde Bundesminister Brandt von Papst Paul VI. zu einer zwanzigminütigen Audienz empfangen. Botschafter Sattler, Rom (Vatikan), teilte dazu mit, daß der Papst die Frage des Schulgesetzes in Baden-Württemberg „kurz erwähnt“ und damit deutlich gemacht habe, „welch großes Gewicht man hier auch an höchster Stelle auf eine befriedigende Lösung legt“. Vgl. den Schriftbericht vom 12. Januar 1967; VS-Bd. 5645 (V 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Brandt hielt sich vom 3. bis 6. Januar 1967 zu einer Konferenz der Parteivorsitzenden der Sozialistischen Internationale in Rom auf. Er traf sich dort auch mit dem italienischen Außenminister Fanfani. Vgl. dazu Dok. 8.

Zum Aufenthalt von Brandt in Rom vgl. auch *BULLETIN* 1967, S. 16.

setz in der erforderlichen Weise ändern könne, da sie über die Zweidrittelmehrheit verfüge.<sup>14</sup>

Hier warf der Herr Bundesminister ein, daß nicht sicher sei, ob die für eine Verfassungsänderung notwendige Zustimmung der Länder erreicht werden könne. Zusammenfassend erklärte der Herr Minister, daß er die Ausführungen des Nuntius im Augenblick nur entgegennehmen könne. Er persönlich würde es für falsch halten, wenn in Baden-Württemberg ein einseitiger Weg beschritten werden sollte. Um der Sache willen halte er es für notwendig, zu einer Verständigung über das Problem zu gelangen. Neben dem bereits erwähnten Gespräch mit seinen politischen Freunden werde er die Angelegenheit in der nächsten Kabinettsitzung vortragen. Im Interesse der Sache würde er es für gut halten, wenn das Schulproblem in Baden-Württemberg nicht mit einer anderen Frage gekoppelt würde, vor allen Dingen nicht in öffentlicher Diskussion. Er habe bereits Briefe von Vertriebenen erhalten, die sich besorgt über die Lage im Ermland äußerten.<sup>15</sup>

Der Nuntius bemerkte hierzu, daß seiner Auffassung nach die Zeit noch nicht gekommen sei, im Ermland etwas zu tun, solange nicht das Auswärtige Amt hiermit einverstanden sei. Es sei seine Absicht gewesen, die Lösung dieser Frage hinauszuzögern, und er habe bisher geglaubt, dies noch lange fortsetzen zu können, bis das Problem eines Tages einvernehmlich geregelt werden könne. Er müsse aber wiederholen, daß durch das geplante baden-württembergische Gesetz die Rechtsgrundlage für eine peinlich genaue Einhaltung des Reichskonkordats entfallen werde. Wie könne der Vatikan seine bisherige Linie beibehalten, ohne der Parteilichkeit beschuldigt zu werden, wenn er von Stuttgart eine solche Ohrfeige (sic!) bekomme. Die Lage werde für den Heiligen Stuhl „äußerst schwierig“ werden. Er sage nicht, daß etwas Neues geschehen werde, sondern nur, daß die Rechtsgrundlage entzogen würde. Was geschehen werde, könne er persönlich nicht voraussehen. Er könne nur sagen: hoffentlich nichts! Er bitte, die Angelegenheit sehr ernst zu nehmen, die Schulbestimmungen des Reichskonkordats seien für die Kirche – neben den Bestimmungen über die Lehrerbildung<sup>16</sup> – die wichtigsten; alle anderen Bestimmungen seien

<sup>14</sup> Die Bundesregierung wurde seit dem 1. Dezember 1966 von einer Koalition aus CDU, CSU und SPD, die baden-württembergische Landesregierung wurde seit dem 16. Dezember 1966 von einer Koalition aus CDU und SPD getragen. Die Regierungsmehrheit im Bundestag betrug 86,9 % bzw. 468 von 518 Mandaten; im baden-württembergischen Landtag stützte sich die Regierung auf eine Mehrheit von 83,5 % bzw. 106 von 120 Mandaten.

<sup>15</sup> In einem Schreiben an Bundesminister Brandt vom 11. Januar 1967 wies der Vorsitzende des Ständigen Rates der Ostdeutschen Landesvertretungen, von Bismarck, darauf hin, daß die geplante Übergabe der Leitung des Seelsorgebezirks Ermland an einen polnischen Bischof bedeuten würde, daß „erstmalig unter Außerachtlassung des Reichs- und preußischen Konkordats ein Bischof-Stuhl in Deutschland mit einem Ausländer besetzt wird, dessen Staat sogar die Annexion seiner Diözese betreibt“. Damit würde der Heilige Stuhl erstmals „vor der Welt zum Ausdruck bringen, daß er das südliche Ostpreußen [...] nicht mehr als einen Teil Deutschlands betrachtet“. Am 16. Januar 1967 äußerte der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Rehs, seine „schwere und akute Sorge“ hinsichtlich der vom Vatikan geplanten Maßnahme. Für die Schreiben vgl. Referat V 1, Bd. 816.

<sup>16</sup> Artikel 24, Absatz 1 des Reichskonkordats vom 20. Juli 1933: „Im Rahmen der allgemeinen Berufsausbildung der Lehrer werden Einrichtungen geschaffen, die eine Ausbildung katholischer Lehrer entsprechend den besonderen Erfordernissen der katholischen Bekenntnisschule gewährleisten.“ Vgl. REICHSGESETZBLATT 1933, Teil II, S. 686.

weniger wichtig und enthielten zu meist auch nur Verpflichtungen der Kirche gegenüber dem Staat.

Der Herr Bundesminister betonte erneut, daß er keinen Zusammenhang zwischen dem Schulproblem in Baden-Württemberg und dem Problem in den Ostgebieten sehe und daß er keinesfalls mit einem Druckmittel operieren wolle. Er habe seine Möglichkeiten bereits zu nutzen gesucht und werde sich weiter um eine Lösung bemühen.<sup>17</sup>

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>18</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>19</sup> mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Truckenbrodt

VS-Bd. 5645 (V 1)

## 23

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort

III A 5-81.01-94.09-37/67 VS-vertraulich

17. Januar 1967

I. Für den Devisen-Teil der Dreiergespräche<sup>1</sup> scheint die Stunde der Wahrheit gekommen.

Im Herbst 1966, als die Gespräche begannen, durfte man noch hoffen, den amerikanischen und britischen Wünschen in gewissem Umfang entsprechen zu können. Ein voller Ausgleich, wie er uns abverlangt wurde, stand für uns freilich von an Anfang an nicht zur Diskussion.<sup>2</sup>

<sup>17</sup> Am 17. Januar 1967 wies der Apostolische Nuntius Bundesminister Brandt ein weiteres Mal auf den Zusammenhang hin zwischen einer auch den Heiligen Stuhl befriedigenden Schulreform in Baden-Württemberg und der vatikanischen Haltung in der Frage einer Neubesetzung der Ostdiözesen. Bafle betonte, der Vatikan könne nicht „seine bisherige Linie beibehalten, ohne der Parteilichkeit beschuldigt zu werden, wenn er von Stuttgart eine solche Ohrfeige“ bekomme. Daraufhin sprach Brandt am 20. Januar 1967 mit dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg. Er äußerte den Wunsch, „Filbinger möge sein Augenmerk darauf richten, daß die Schulregelung in Baden-Württemberg unbedingt mit den konkordatären Verpflichtungen der Bundesrepublik in Einklang“ stehe. Vgl. den Drahterlaß Nr. 5 des Ministerialdirektors Thierfelder vom 23. Januar 1967; VS-Bd. 5645 (V 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Vgl. dazu weiter Dok. 69.

<sup>18</sup> Klaus Schütz.

<sup>19</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>1</sup> Vgl. dazu Dok. 6, besonders Anm. 14.

<sup>2</sup> Sowohl von amerikanischer als auch von britischer Seite wurde ein voller Ausgleich für die Devisenverluste verlangt, die durch die in der Bundesrepublik stationierten Truppen entstanden. Während die USA ihren jährlichen Kostenaufwand mit ca. 2,85 Mrd. DM angaben, bezifferte die britische Regierung ihren finanziellen Aufwand mit 800 Mio. DM pro Jahr. Der amerikanischen Regierung wurde am 27. September 1966 die Übernahme von 350 Mio Dollar jährlich angeboten. Vgl. dazu AAPD 1966, II, Dok. 301.

Während der Gespräche mit dem britischen Schatzkanzler Callaghan am 13./14. Oktober 1966 auf dem Petersberg bei Bonn schlug Bundesminister Dahlgrün einen Ausgleich in Höhe von etwa 50 % der britischen Kosten, nämlich 350 Mio. DM zuzüglich eines noch zu bestimmenden „Betrages x“ vor. Dieses Angebot wurde von britischer Seite zurückgewiesen. Vgl. dazu AAPD 1966, II, Dok. 331.

Die katastrophale Entwicklung der Haushaltslage 1967 und die Sicherheit, daß sie in den folgenden Jahren nicht leichter sein wird;<sup>3</sup> das stärker werdende Drängen unserer jetzt nach Rüstungsaufträgen hungrigeren Industrie; Tendenzen für eine stärkere rüstungswirtschaftliche Zusammenarbeit mit Frankreich<sup>4</sup>. Alle diese verstärkten oder neuen Elemente zwingen jetzt zu einer sehr pessimistischen Beurteilung unserer Möglichkeiten für eine Devisenhilfe an die beiden Partnerländer.

II. Das Ergebnis der Arbeiten und Besprechungen der beteiligten Ministerien (AA, BMVtdg, BMF, BMWi) und der Bundesbank in den letzten Wochen<sup>5</sup> haben zu den folgenden Ergebnissen geführt:

1) Die Zahlungen für Rüstungskäufe (einschl. der Zahlungen für Ausbildung in den Vereinigten Staaten) betragen, wenn man, wie notwendig, die unter dem laufenden Abkommen mit den Vereinigten Staaten<sup>6</sup> erfolgenden Vorauszahlungen<sup>7</sup> berücksichtigt, also nur neue, noch nicht vereinbarte Zahlungen ins Auge faßt:

	Vereinigte Staaten	Vereinigtes Königreich
Kalenderjahr 1967	0	0
Kalenderjahr 1968	200 – 700 Mio.	120 Mio.

Die Bruttoaufwendungen in DM für amerikanische Stationierungskosten betrugen letzthin jährlich etwa 2850 Mio. DM, die britischen 950 Mio. DM.

Für die folgenden Jahre sind nach Ansicht des BMVtdg überhaupt keine Zahlenangaben möglich: (Ungewißheit über die Gesamtgröße des Verteidigungshaushalts, über die Höhe der Beschaffungen im Ausland, über den Anteil der beiden Länder daran). Alles hängt von zukünftigen finanziellen, militärpolitischen (Waffensysteme) und einfach außenpolitischen Entscheidungen (mehr Zusammenarbeit mit Frankreich oder nicht) ab.<sup>8</sup>

<sup>3</sup> Zur Situation des Bundeshaushalts vgl. Dok. 5, Anm. 3.

<sup>4</sup> Vgl. dazu die deutsch-französische Regierungsbesprechung vom 14. Januar 1967; Dok. 19, besonders Anm. 21 und 22.

<sup>5</sup> Am 21. Dezember 1966 fand im Auswärtigen Amt eine Ressortbesprechung statt. Es wurde festgestellt, daß die „Nettogewinn- und -verlustrechnungen zur Bestimmung des deutschen Devisengewinns aus der amerikanischen und britischen Truppenstationierung“ bislang zu keinem Ergebnis geführt hätten. Die Bundesregierung könne selbst die für sie „günstigste Feststellung eines deutschen Devisengewinns von jährlich 2,5 Mrd. DM nicht zur Grundlage eines deutschen Angebots zum Ausgleich der amerikanischen und britischen Devisenkosten“ machen. Daher sollte den USA und Großbritannien vorgeschlagen werden, „diese Untersuchungen zu beenden“. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort vom 21. Dezember 1966; VS-Bd. 8525 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des deutsch-amerikanischen Protokolls vom 11. Mai 1964 über einen Devisenausgleich vgl. VS-Bd. 5052 (III A 5); B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>7</sup> Für die Laufzeit des Abkommens vom 1. Juli 1965 bis zum 30. Juni 1967 war vereinbart, daß die Bundesrepublik Vorauszahlungen für noch zu erteilende Rüstungsaufträge auf ein vom amerikanischen Finanzministerium verwaltetes Konto überweisen sollte. Dieses Guthaben betrug Ende 1966 ca. 2 Mrd. DM. Vgl. dazu das Schreiben des Bundesministers Strauß an den Chef des Bundeskanzleramts, Knieper, vom 6. Dezember 1966; Referat III A 5, Bd. 489.

<sup>8</sup> Das Bundesministerium der Verteidigung führte am 10. Januar 1967 aus, „daß in der zweiten Hälfte des Jahres 1967 für ein etwaiges weiteres Abkommen mit den USA weder aus Investitionsmitteln noch aus fortdauernden Ausgaben (Ausbildung, Entwicklung, gemeinsame Logistik usw.) irgendwelche Beträge verfügbar gemacht werden können, da der ganze Jahresansatz 1967 zur Erfüllung des alten Abkommens gebraucht wird. Auch das Jahr 1968 wird durch die Abschul-

2) Leistungen aus anderen Haushalten als dem Rüstungshaushalt sind ausgeschlossen. Also keine Käufe von amerikanischen Überschubrohstoffen für eine strategische Reserve oder Finanzierung amerikanischer Lieferungen aus der deutschen Entwicklungshilfe.

3) Die mit den Briten bisher betriebene Anrechnung von zivilen Käufen der öffentlichen Hand (die ohnedies in Großbritannien gekauft würden, nur registriert werden, die Haushalte aber nicht zusätzlich belasten) könnte fortgesetzt werden.<sup>9</sup> Das hat aber eigentlich nur Sinn, wenn auf diese Weise eine wesentliche Hauptleistung (Rüstungskäufe) optisch aufge bessert erscheint, und wenig Sinn, wenn die Hauptleistung Null oder minimal ist. Die amerikanische Regierung hat an diesem Anrechnungsverfahren kein Interesse gezeigt.

4) Die Ressorts und die Bundesbank sind sich darüber einig, daß die von den Amerikanern (nicht von den Briten) gewünschte sogenannte „Neutralisierung“ unseres Devisenzuflusses aus der Stationierung, wenn sie überhaupt möglich ist, nur zwischen den beiden Notenbanken vereinbart werden kann<sup>10</sup> und deshalb außerhalb der Dreiergespräche, die Regierungsverhandlungen sind und auf Regierungsabkommen abzielen, behandelt werden muß.

III. Es liegt jeder Anlaß zu der Befürchtung vor, daß die Dreiergespräche zu einem abrupten Ende kommen, wenn diese unsere finanziellen Karten auf den Tisch gelegt werden. Es ist mit einer sehr ernst zu nehmenden Verschlechterung unseres Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten und zu Großbritannien zu rechnen. Ein erheblicher Teil der britischen Truppen wird wahrscheinlich noch in diesem Jahr abgezogen werden.<sup>11</sup> Für die Beurteilung der außenpolitischen Folgen wäre D II zuständig.<sup>12</sup> Auch wäre zweifellos eine Weiterführung des militärisch-politischen Teils der Dreiergespräche sehr erwünscht.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 134*

dung so stark belastet, daß für die Beschaffung von Rüstungsmaterial in den USA (Investitionen) keine Mittel zur Verfügung stehen werden. [...] Diese Situation wäre allerdings anders zu beurteilen, wenn das 5-Jahres-Programm der Bundeswehr für die Jahre 1967 bis 1971 mit einem Gesamtfinanzbedarf von ca. 113 Mrd. DM haushaltsmäßig abgedeckt werden könnte.“ Vgl. die als Beitrag zu einer Kabinetttvorlage dem Auswärtigen Amt übersandte Aufzeichnung; Referat III A 5, Bd. 545.

<sup>9</sup> Vortragender Legationsrat Hermes äußerte dazu die Einschätzung, daß im Verlauf des Jahres 1967 zivile Beschaffungen in Großbritannien in Höhe von 250 Mio. DM vorgenommen werden würden. Vgl. die Aufzeichnung vom 22. Februar 1967; Referat III A 5, Bd. 566.

<sup>10</sup> Zur Neutralisierung eines Teils der Dollarguthaben der Bundesbank mit dem Ziel der Entlastung der amerikanischen Zahlungsbilanz wurden mehrere Möglichkeiten erörtert. So konnte die Bundesbank den USA einen Währungskredit einräumen oder zusätzliche Schatzanleihen kaufen. Am 19. Januar 1967 bemerkte dazu Hilfsreferent Thiele, daß es sich dabei allerdings um die Erfüllung einer regierungsseitigen Verpflichtung handeln würde, die dem Notenbankgesetz widerspreche. Vgl. Referat III A 5, Bd. 566.

Am 1. Februar 1967 teilte der Präsident der Bundesbank, Blessing, Botschafter a. D. Duckwitz mit, das Mitglied des Direktoriums der Bundesbank, Tüngeler, werde am 2. Februar 1967 zu Gesprächen in die USA reisen. Es gelte vor allem herauszufinden, „was die Amerikaner unter ‚Neutralisierung‘ verstünden. Man werde das klären und dann sehen, ob sich die Möglichkeit eines Gentlemen's Agreement zwischen den Zentralbanken abzeichne.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Hermes vom 2. Februar 1967; Referat III A 5, Bd. 545.

<sup>11</sup> Von britischer Seite wurde die Beibehaltung der Stärke britischer Truppen in der Bundesrepublik von der Übernahme der Übernahme von Devisenkosten durch die Bundesregierung abhängig gemacht. Vgl. dazu AAPD 1966, II, Dok. 304. Zur Reduzierung britischer Truppen vgl. weiter Dok. 30.

<sup>12</sup> Dazu vermerkte Ministerialdirektor Harkort handschriftlich: „Auf[zeichnung] D II liegt jetzt vor (19.1.)“.

Ministerialdirektor Ruete kam in dieser Aufzeichnung zu dem Schluß, daß sich bei einer Vermin-

Nach der „Theorie“ der Dreiergespräche sollte, und das ist ja auch logisch, die Aufstellung der militärisch-politischen Bilanz<sup>13</sup> die Grundlage abgeben für die Feststellung, wie hoch in den kommenden Jahren die Stationierungskosten, die Rüstungs- und anderen Offset-Leistungen, die Lücke zwischen beiden sein würden und wie sie ganz oder teilweise zu schließen wäre. Der Sache nach freilich haben die Amerikaner die Dreiergespräche erfunden<sup>14</sup>, um uns von dem Druck der Briten auf vollen Devisenausgleich für einige Monate zu befreien, die Devisenhilfe aus dem rein finanziellen Rahmen, in den die Briten sie gestellt hatten, herauszunehmen und in den ihr zukommenden militärisch-politischen Rahmen hineinzustellen; in einem anderen sozusagen geregelten Verfahren auch für sich die Devisenhilfe, an der ihnen viel liegt, für eine Reihe von Jahren zu fixieren.

Obschon also theoretisch die Devisenhilfe nur der Schwanz des Hundes „militärisch-politische Bilanz“ ist, ist es doch der Schwanz „Devisenhilfe“, der diesen Hund wedelt. Um im Bilde zu bleiben: Kann der Hund weiterleben, wenn der Schwanz praktisch ab ist?

IV. Trotz der offenkundigen Gefahr eines Abbruchs der Dreiergespräche sind die Vertreter der beteiligten Ressorts und für das Auswärtige Amt jedenfalls Botschafter Duckwitz<sup>15</sup> und ich selbst einig: Wenn die finanziellen Möglichkeiten so sind, wie oben unter II. dargelegt, ist es nicht vertretbar, unsere Partner darüber im Dunkeln zu lassen, daß, was immer die militärisch-strategischen Überlegungen ergeben mögen, Deutschland in den nächsten zwei Jahren (außer eventuell auf dem Felde der Neutralisierung und dies jedenfalls nicht in einem Regierungsabkommen) praktisch keine Zahlungen leisten und für die folgenden Jahre nichts sagen kann.

Es scheint deswegen unabweisbar, daß den Partnern spätestens Mitte Februar gesagt wird, was von uns finanziell zu erwarten ist. Mitte Februar deshalb, weil die Tagung der Gruppe „Zahlungsbilanzen“, die eigentlich am 12. Januar stattfinden sollte, auf unseren Antrag auf Mitte Februar verschoben worden ist.<sup>16</sup> Eine erneute Verschiebung zu begründen, wäre sehr schwierig.

Allerdings meinen die Ressorts, es könne nicht Aufgabe der Arbeitsgruppe sein, den Partnern zu eröffnen, was sie zu erwarten haben. Es ist dies schließlich die wichtigste Erklärung, die ihnen im Rahmen der Dreiergespräche gemacht werden wird. Es erscheint deswegen richtig, daß Mitte Februar statt der

*Fortsetzung Fußnote von Seite 135*

derung der britischen und amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik das militärische Kräfteverhältnis in Europa „zu Ungunsten der Allianz verändern und die Fähigkeiten der NATO-Streitkräfte, Angriffen zu begegnen, proportional vermindern“ werde. Die Verantwortung für diese „Schwächung der Sicherheit Europas“ werde „ausschließlich“ der Bundesregierung zugeschoben werden. Vgl. VS-Bd. 5112 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>13</sup> Zu den Berichten der Arbeitsgruppen I und II vgl. Dok. 6.

<sup>14</sup> Mit Schreiben vom 25. bzw. 26. August 1966 schlug Präsident Johnson Bundeskanzler Erhard bzw. Premierminister Wilson eine Konferenz der Finanz-, Außen- und Verteidigungsminister vor „zu einer ersten Untersuchung des ‚Problems der Streitkräfte, der Dislozierung und der Aufteilung der Devisenlast‘“ ab Mitte 1967. Vgl. AAPD 1966, II, Dok. 270.

<sup>15</sup> Zur Ernennung des Botschafters a. D. Duckwitz zum Leiter der deutschen Delegation bei den Dreier-Verhandlungen vgl. Dok. 6, Anm. 11.

<sup>16</sup> Vgl. dazu Dok. 6, Anm. 15.



Arbeitsgruppe die Drei selbst zusammentreten; oder daß Botschafter Duckwitz die beiden Hauptstädte besucht, um seine Partner zu unterrichten.<sup>17</sup>

Eine Sitzung der Arbeitsgruppe „Zahlungsbilanzen“ hat zunächst keinen Sinn: die Weiterführung der Nettorechnungen haben wir selbst abgesagt; die Angabe der Größenordnung neuer Zahlungen für Rüstungskäufe sollte, wie gesagt, nicht in der Gruppe erfolgen; zusätzliche zivile Käufe, die den Haushalt belasten, scheiden als Themen aus; nur „anrechenbare“, die Haushalte nicht belastende zivile Käufe, sind für sich allein kein Gesprächsgegenstand; die „Neutralisierung“ soll zwischen den Notenbanken besprochen werden.

V. Es ist zu überlegen, ob – wenn die Partner das Dreiergespräch unter den neuen Umständen überhaupt fortführen wollen – Ziel der Besprechungen weiter ein finanzielles Abkommen (oder ein Abkommen mit einem finanziellen Teil) sein soll. Man sieht nicht leicht, welchen Inhalt ein Devisenhilfeabkommen haben könnte, so wie die Dinge jetzt liegen. Vielleicht ergibt sich die Möglichkeit, statt dessen ein ganz allgemein gehaltenes Abkommen über rüstungswirtschaftliche Zusammenarbeit vorzuschlagen.<sup>18</sup>

VI. Die anliegende Kabinettsvorlage<sup>19</sup> ist in ihren Grundzügen in einer Direktorenbesprechung der beteiligten Ressorts (AA, BMVtdg, BMF, BMWi) und der Bundesbank am 13. Januar 1967 festgelegt, ihr Text auf Referentenebene abgestimmt worden. Zu dem Text des Abschnitts über sonstige Maßnahmen (IV 2)<sup>20</sup> ist das Einverständnis der Bundesbank eingeholt worden.

Die Vorlage sollte, wenn irgend möglich, am 19. Januar verteilt werden. Das Bundeskanzleramt wird sie auf die Tagesordnung der Kabinettsitzung am 25. Januar<sup>21</sup> setzen. Es wird der Versuch gemacht, noch vor dem 25. Januar den Bundesverteidigungsrat mit der Vorlage zu befassen.<sup>22</sup>

Mitzeichnung: keine. – Abteilung II legt gesondert eine politische Stellungnahme vor.<sup>23</sup>

Hiermit über L 1<sup>24</sup> und den Herrn Staatssekretär<sup>25</sup> dem Herrn Minister<sup>26</sup> vorgelegt. Mit der Bitte, die Reinschrift an den Herrn Chef des Bundeskanzleram-

<sup>17</sup> Zu den Gesprächen des Botschafters a.D. Duckwitz vom 4. bis 11. Februar 1967 in Washington und London vgl. Dok. 52.

<sup>18</sup> Dazu vermerkte Staatssekretär Lahr handschriftlich: „Der wunde Punkt liegt darin, daß wir verhältnismäßig wenig für unsere Verteidigung aufbringen. Anteil der Verteidigungslasten am Brutto sozialprodukt 1965: USA 8,2%, UK 6,8%, Frankreich 6,5%, Deutschland 5,7% (ohne Einbeziehung der Ausgaben für Berlin: 5,1%).“

<sup>19</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt. Für den Wortlaut der Kabinettsvorlage vom 18. Januar 1967 vgl. VS-Bd. 999 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>20</sup> In Abschnitt IV 2 der Kabinettsvorlage des Auswärtigen Amtes vom 18. Januar 1967 wurden Maßnahmen zur Neutralisierung eines Teils der Dollarguthaben der Bundesbank genannt. Vgl. dazu VS-Bd. 999 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>21</sup> Das Bundeskabinett befaßte sich am 26. Januar 1967 mit der Frage des Devisenausgleichs. Vgl. dazu Dok. 30, Anm. 12.

<sup>22</sup> Zur Frage eines Devisenausgleichs mit Großbritannien vgl. weiter Dok. 30.

<sup>23</sup> Vgl. Anm. 12.

<sup>24</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritzel am 18. Januar 1967 vorgelegen.

<sup>25</sup> Hat Staatssekretär Lahr am 18. Januar 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich darf anregen, daß der Herr Minister zunächst Herrn D III und mich zum Vortrag empfängt.“

<sup>26</sup> Hat Bundesminister Brandt am 19. Januar 1967 vorgelegen.

tes<sup>27</sup> zu unterzeichnen sowie das Konzept und das Konzept des Schreibens an die Herren Bundesminister abzuzeichnen.

Harkort

VS-Bd. 5105 (III A 5)

## 24

### Botschafter Knapstein, Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-10361/67 geheim  
Fernschreiben Nr. 144  
Citissime

Aufgabe: 18. Januar 1967, 20.15 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 19. Januar 1967, 06.05 Uhr

Betr.: Nichtverbreitungsvertrag;  
hier: Zweites Erkundungsgespräch

Bezug: DB Nr. 99 vom 13.01.67<sup>2</sup>  
DE Plurex Nr. 152 vom 17.1.67 – II B 1-81.01-54/67 geheim<sup>3</sup>

I. Weisungsgemäß habe ich Foster heute zu einem zweiten Gespräch über die Auslegung des Entwurfs zu einem Nichtverbreitungsvertrag aufgesucht. Von amerikanischer Seite nahmen daran Fisher, Bunn, Meeker, Springsteen (anstelle von Leddy) und Baker teil. In meiner Begleitung waren von Staden und Fräulein Bärensprung.

Wie das erste Gespräch so nahm auch dieses einen guten und angenehmen Verlauf. Foster hat alle an ihn gerichteten Fragen offen und eingehend beantwortet, teilweise unterstützt durch Meeker und Fisher. Die Darstellung des Gesprächsverlaufs im einzelnen lasse ich folgen.

II. Einleitend erklärte ich Foster, daß ich ihm unseren Dank für seine ausführliche und bereitwillige Beantwortung unserer Fragen bei der ersten gemeinsamen Besprechung am letzten Freitag aussprechen möchte. Das Auswärtige Amt habe mich jetzt instruiert, eine Reihe weiterer Fragen zu stellen, die teilweise an die des letzten Males anknüpften. Ein unterschiedlicher Aspekt sei,

<sup>27</sup> Werner Knieper.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Wilke am 19. Januar 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Minister vorzulegen (S. 12!)“. Vgl. Anm. 23.  
Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>2</sup> Botschafter Knapstein, Washington, berichtete, daß am 13. Januar 1967 ein erstes „Erkundungsgespräch“ über den von amerikanischer Seite übermittelten Entwurf für ein Nichtverbreitungsabkommen stattgefunden hatte. Vgl. VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967. Für Auszüge vgl. Anm. 8, 12, 14, 15, 22.

<sup>3</sup> Als Reaktion auf das erste „Erkundungsgespräch“ übermittelte Botschafter Schnippenkötter weitere Fragen zu einem Nichtverbreitungsabkommen mit der Bitte, im amerikanischen Außenministerium um Erläuterung des Textentwurfs zu bitten. Für den am 16. Januar 1967 konzipierten Drahterlaß vgl. VS-Bd. 4086 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

daß sich manche der neuen Fragen spezifisch auf die sowjetische Haltung bezögen.

Foster dankte und erklärte, daß er zunächst zwei Bemerkungen allgemeiner Art machen wolle.

a) Er wolle wiederholen, daß dieser Vertrag im Einvernehmen mit den Sowjets nur das festlegen solle, was verboten sei und sich nicht auf das beziehen solle, was nicht verboten ist.

b) Die Sowjets hätten klar zu verstehen gegeben, daß sie viele Fragen von sich aus nicht aufbringen würden (they would not ensue a number of things). Sie würden stillhalten, wenn man sie nicht in eine Position hineinmanövrierte, in der sie zu einer Reaktion gezwungen sein würden. Die Sowjets hätten zahlreiche Konzessionen gemacht. Solange sie nicht mit der Nase auf gewisse Probleme gestoßen würden (forced to rub their noses), würden sie stillhalten. Falls man gleichsam mit einer Leuchtschrift am Himmel auf gewisse offene Möglichkeiten hinweisen wollte, müßte man jedenfalls klar erkennen lassen, daß dies nur die eigene Leuchtschrift sei und nicht die sowjetische; andernfalls laufe man Gefahr, daß es überhaupt keinen Vertrag geben werde.

Ich erwiderte, wir müßten aber darauf achten, nicht in die Lage zu kommen, später etwas zu tun, was wir selber für zulässig angesehen hätten und wogegen die Sowjets dann auf einmal protestieren könnten.

Foster entgegnete, man könne natürlich nicht voraussehen, was die Sowjets unter bestimmten Umständen später tun würden. In den Hearings zur Ratifikation werde aber klargestellt werden, welches der amerikanische Standpunkt sei. Auf meine Bemerkung, daß die Congressional Records diese Interpretationen dann wohl auch wiedergeben würden, antwortete Foster bejahend.

1) Ich ging dann zu den einzelnen Fragen über und erkundigte mich zuerst, wie sich die sowjetische Seite während der amerikanisch-sowjetischen Gespräche<sup>4</sup> zur Frage geäußert hätte, ob Konsultationen zulässig seien.

Foster erwiderte, Rusk habe in seinen Besprechungen mit Gromyko klargemacht, daß die Amerikaner nicht bereit seien, die Sowjetunion als eine Art sechzehntes Mitglied in der NATO zu akzeptieren und zuzulassen, daß die Sowjetunion ihnen vorschriebe, worüber sie mit ihren Alliierten sprechen könnten. Gromyko habe dazu gesagt, er sei sich darüber im klaren, daß nur das verboten sei, was der Vertrag ausdrücklich verbiete. Er habe ferner gesagt, die Sowjets hätten nicht die Absicht, die Frage der Konsultation hochzubringen. Foster fügte hinzu, die Sowjets wollten dem McNamara-Committee<sup>5</sup> nicht durch irgendwelche Äußerungen ausdrücklich zustimmen (do not want to endorse), sie seien sich aber völlig im klaren darüber, daß die Konsultation durch den Vertrag nicht ausgeschlossen werde. Sollten die Sowjets nachträglich eine andere Haltung beziehen, dann wäre das jedenfalls nicht im Einklang mit dem

<sup>4</sup> Zu den bilateralen Gesprächen im Herbst 1966 über ein Nichtverbreitungsabkommen vgl. Dok. 4, Anm. 4.

Am 22. und 24. September 1966 kam es in New York zu Treffen des amerikanischen Außenministers Rusk mit seinem sowjetischen Amtskollegen Gromyko. Vgl. dazu AAPD 1966, II, Dok. 336.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Dok. 7, Anm. 6.

Verlauf der Verhandlungen. Im übrigen werde das in den Hearings klargestellt werden.

In meiner Antwort verwies ich auf die Äußerungen Breschnews in Gorki am 13.1. und bemerkte, daß diese von Beobachtern in Moskau offenbar dahingehend gedeutet worden seien, daß der sowjetische Parteichef damit auch Konsultationslösungen habe ablehnen wollen.<sup>6</sup>

Foster erklärte, dies habe Breschnew nicht gesagt. Man müsse natürlich damit rechnen, daß die Sowjets, bis der Vertrag dem Kongreß vorgelegt würde, alles tun würden, um seine Auslegung durch öffentliche Erklärungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Es könne aber keinen Zweifel daran geben, welches understanding in den Verhandlungen erreicht worden sei. Bunn setzte hinzu, man müsse unterscheiden zwischen allgemeinen Angriffen der Sowjets auf die NATO, die fraglos weiterlaufen würden, und Behauptungen über angebliche Verletzungen des Vertrages. Ich stimmte zu, daß solche Äußerungen, in denen eine Vertragsverletzung nicht behauptet würde, rechtlich unerheblich sein würden.

2) Weiter führte ich aus, es sei uns gesagt worden, daß Konsultationen erlaubt seien, solange sie nicht zu „transfer“ von Waffen und „control“ führten. Dabei sei der Begriff „control“ definiert worden als „decision to fire“. Das sei also eine Definition, die alles aus dem Begriff ausschließe, was vor der eigentlichen Entscheidung liege, die Waffe abzuschießen. Wir möchten wissen, ob eine solche Definition auch von sowjetischer Seite während der amerikanisch-sowjetischen Gespräche akzeptiert worden sei. Foster erwiderte, der amerikanische Entwurf, der im letzten Herbst erörtert worden sei, habe eine eingehende Definition von „control“ enthalten.<sup>7</sup> Die Sowjets hätten gegen diese Definition eingewendet, sie könne so gedeutet werden, daß die Bundesrepublik möglicherweise autorisiert werden könnte, Nuklearwaffen abzuschießen, nachdem die USA ihre Zustimmung gegeben hätten. Amerikanischerseits habe man daraufhin auf eine Definition des Begriffs „control“ in dem Vertrag überhaupt verzichtet. Die Sowjets hätten ihrerseits auch keine Definition dafür vorgeschlagen. Nach amerikanischer Ansicht liege „transfer of control“ erst dann vor, wenn eine „independent power to fire nuclear weapons“ delegiert würde.

Ich präziserte noch einmal die Frage, ob nur solche Maßnahmen ausgeschlossen seien, die den Endpunkt einer Entwicklung zum „transfer“ von Waffen oder zu „control“ darstellen oder etwa auch solche, die von den Sowjets als Vor-

<sup>6</sup> In der Rede anlässlich der Überreichung des Lenin-Ordens an das Gebiet von Gorki erklärte der Erste Sekretär der KPdSU, der „westdeutsche Revanchismus“ stelle eine politische Gefahr dar. Breschnew betonte: „Wir werden aber nicht für einen Augenblick in dem Kampf dafür erlahmen, daß dem westdeutschen Imperialismus endgültig der Zugang zu Kernwaffen gesperrt wird; sonst ließe sich eine Regelung des Problems des Friedens in Europa kaum denken.“ Vgl. DZD V/1, S. 305 f. (Auszug). Für den vollständigen Wortlaut vgl. PRAWDA, Nr. 14 vom 14. Januar 1967, S. 1 f.

Botschafter von Walther, Moskau, wies am 14. Januar 1967 darauf hin, daß es sich bei der Rede in Gorki um die erste Stellungnahme eines „führenden Politikers“ der UdSSR zur Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 handele. Breschnew habe darin „die bereits in der Presse in den letzten Wochen erschienene ablehnende Einstellung in vollem Umfang“ übernommen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 53; VS-Bd. 4244 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> In Artikel IV des amerikanischen Entwurfs vom 21. März 1966 für ein Nichtverbreitungsabkommen wurde festgelegt: „Control' means right or ability to fire nuclear weapons without the concurrent decision of an existing nuclear-weapon State.“ Vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1966, S. 160.

stufen eines entsprechenden Prozesses angesehen werden könnten. Vor der Entscheidung, eine Waffe abzuschießen, gebe es doch verschiedene Stadien der Vorbereitung, zum Beispiel Konsultation über Zielplanung, Strategie usw. Die Frage sei, ob solche Maßnahmen in den Vorstadien der eigentlichen Entscheidung verboten seien. Foster wiederholte, daß Konsultation nicht verboten sei. Es gebe sogar in späteren Stadien vor der Endentscheidung ein „mounting of weapons on vehicles“; d.h. eine Verbindung der Nuklearsprengköpfe mit den Trägern. Das werde aber vom Vertrag nicht berührt und sei zulässig. Es stelle keinen „transfer“ dar. Die Sowjets wußten dies auch. Wesentlich sei, daß die endgültige Entscheidung, die Waffen abzuschießen, eine Entscheidung der USA sei. Nur eine Delegation dieser Entscheidung wäre „transfer of control“. Die Vor- und Zwischenstadien seien nicht verboten.

Ich erwiderte, dies sei zwar die amerikanische Haltung, aber unsere Frage richte sich gleichsam an die sowjetische Seite: Sei es auch deren Haltung? Foster entgegnete, er müsse wiederholen: Was nicht verboten sei, sei erlaubt.<sup>8</sup> Es sei den Sowjets gesagt worden, daß die amerikanische Gesetzgebung dem Präsidenten der USA die Entscheidung über den Einsatz von Nuklearwaffen allein vorbehalte<sup>9</sup>, und so sei auch der Vertrag zu verstehen. Die Sowjets hätten mehrfach gesagt, daß sie mit dieser Erklärung einverstanden seien.

3) Ich fragte dann, ob es die amerikanische Interpretation des Entwurfs sei, daß Änderungen „bestehender nuklearer Arrangements“, z.B. beim Zweischlüsselsystem<sup>10</sup>, durch Austausch gegen modernere Waffen oder auf Grund neuer technischer Entwicklungen zulässig sein würden. Es sei eine Frage, ob die Waffen und Arrangements immer die gleichen bleiben müßten oder ob sie ersetzt, ergänzt oder geändert werden könnten. Waffensysteme veralteten bekanntlich rasch.

Foster entgegnete, der Vertrag behandle die Frage des „deployment“ von Nuklearwaffen nicht. Die Sowjets sähen das „deployment“ von Nuklearwaffen (d.h. deren Stationierung auf dem Boden und bei den Streitkräften der Alliierten der USA) natürlich nicht gern, aber nach dem Vertrag sei es nicht verbo-

<sup>8</sup> Schon während des Gesprächs am 13. Januar 1967 hatte sich Botschafter Knapstein, Washington, danach erkundigt, ob nach dem vorliegenden Vertragstext innerhalb der NATO auch künftig Konsultationen über Zielplanung, strategische Planung und Eventualfallplanung zulässig seien. Der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Leddy, bestätigte dies, bemerkte dazu allerdings: „Die Sowjets würden öffentlich nie sagen, daß sie dies akzeptiert hätten. Es ergebe sich aber aus den Verhandlungen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 99 vom 13. Januar 1967; VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Die Verfügungsgewalt über Kernwaffen unterlag den Bestimmungen des amerikanischen Atomenergie-Gesetzes (McMahon Act). Die strikte Kontrolle atomarer Technologie, wie sie in der Fassung des Gesetzes vom 20. Juni 1946 vorgesehen war, wurde 1958 nur insoweit abgeschwächt, als eine begrenzte nukleare Zusammenarbeit mit verbündeten Staaten und die Stationierung von Mittelstreckenraketen im Bündnisgebiet gestattet wurde. Vgl. CONGRESSIONAL RECORD, Bd. 92, S. 6076–6082, und Bd. 104, S. 16479 und S. 16487.

<sup>10</sup> Auf der Tagung des NATO-Ministerrats vom 16. bis 19. Dezember 1957 in Paris wurde beschlossen, Mittelstreckenraketen (IRBM) sowie taktische Nuklearwaffen unter den Befehl des Oberkommandierenden der amerikanischen Streitkräfte und Alliierten Oberfehlhabers Europa (SACEUR) zu stellen. Ihre Stationierung sowie die Bedingungen für den Einsatz sollten in Abkommen mit den unmittelbar beteiligten Staaten nach dem sogenannten „Zwei-Schlüssel-System“ festgelegt werden. Dabei sollten die Atomsprenköpfe in amerikanischer Verfügungsgewalt bleiben, die Trägerwaffen jedoch in den Besitz des jeweiligen Bündnispartners übergehen. Für das Kommuniqué vgl. EUROPA-ARCHIV 1958, S. 10473–10475.

ten. Die USA hätten auch ständig ältere Nuklearwaffen durch neuere ersetzt. Nichts im Vertrag hindere dies. Der Vertrag spreche eindeutig nur von „transfer of weapons or control over weapons to any recipient whatsoever“.<sup>11</sup>

4) Weiter fragte ich, ob die sowjetische Seite sich während der sowjetisch-amerikanischen Gespräche zu den Thesen geäußert habe, die in der uns übergebenen „oral note“ vom 13.1.<sup>12</sup> niedergelegt seien und in welchem Sinne. Stimmten die Sowjets mit den Amerikanern über den Inhalt dieses Papiers überein? Foster entgegnete, die amerikanische Seite habe den Sowjets „privat“ gesagt, daß ein neuer europäischer Staat („United States of Europe“) Nachfolger (successor) seiner nuklearen Komponenten Frankreich und Großbritannien sein würde. Die Sowjets hätten sich darüber nicht beschwert (complained). Sie seien sich über diesen Punkt (situation) völlig im klaren. Es sei aber umso besser, je weniger darüber öffentlich gesagt werde. Die amerikanische Presse<sup>13</sup> habe die Sowjets in dieser Hinsicht beunruhigt. Die amerikanische Regierung stehe zu der uns gegebenen Erklärung. Es sei den Sowjets klar gemacht worden, daß die USA keinesfalls einen Vertrag unterschreiben würden, der irgendwelche (in any way) Schwierigkeiten für die Schaffung der „United States of Europe“ machen könnte. Während des Ratifikationsprozesses würden von amerikanischer Seite Fragen zu beantworten sein, die sich auch hierauf bezögen.

Ich fragte, ob die Sowjets sich insbesondere dazu geäußert hätten, ob sie einen Vertrag zwischen mehreren europäischen Einzelstaaten zur Gründung einer europäischen Union mit politischer Zentralgewalt und gemeinsamer Außen- und Verteidigungspolitik als einen Verstoß gegen den Nichtverbreitungsvertrag ansehen würden. Es interessiere uns, ob die Sowjets die Frage überhaupt erwähnt hätten; sie seien ja bekanntlich gegen die europäische Integration, weil sie dadurch eine wesentliche Stärkung des freien Europas befürchteten. Foster erwähnte, daß er diese Frage mit seinen vorhergehenden Ausführungen und den anderen uns abgegebenen Erklärungen glaube beantwortet zu haben.

<sup>11</sup> Für Artikel I (Pflichten der Nuklearmächte) des Entwurfs vom 16. Dezember 1966 für ein Nichtverbreitungsabkommen vgl. Dok. 7, Anm. 3.

<sup>12</sup> Im Verlauf des ersten „Erkundungsgesprächs“ wurde Botschafter Knapstein, Washington, eine Stellungnahme des amerikanischen Außenministeriums übergeben, derzufolge ein Beitritt europäischer Staaten zu einem Nichtverbreitungsabkommen nicht ausschließen würde, daß eine zukünftige europäische Union über Kernwaffen verfügen könnte: „The draft non-proliferation treaty would not bar succession by a federated European state to the nuclear status of one of its former components. The draft does not prohibit non-nuclear weapon states from joining with nuclear-weapon states to form a new state that would have its own nuclear weapons. The new state would ‚succeed‘ to the nuclear weapons of its former nuclear-weapon state component or components without a ‚transfer‘ of such weapons (which is prohibited by the treaty) being involved. In our view, under the draft treaty a new federated European state would not have to be so centralized as to assume all governmental functions. It would have to control all of its external security functions including defense and all foreign policy matters relating to external security. Other functions of an internal nature would not have to be centralized.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 99 vom 13. Januar 1967; VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>13</sup> So wurde beispielsweise am 5. Januar 1967 unter der Überschrift „Bonn Clarifies A-Treaty Stance“ gemeldet: „In other words, Bonn wants to keep for itself and other European nations the freedom to build their own security system, including a European nuclear force, should Europe eventually achieve the degree of political unity that would make such an arrangement viable.“ Vgl. THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 39 793, S. 1.

5) Ich erinnerte daran, daß mir in unserem letzten Gespräch erklärt worden sei, eine etwaige „europäische Verteidigungsgemeinschaft“ als Zwischenstufe zu einer europäischen Föderation würde das Recht haben, über alle Arten von „delivery vehicles“ zu verfügen (to own, to manage and to control), wie z. B. Raketen, Abschußvorrichtungen oder sonstige Einrichtungen. Wie sei dabei aber die Lage in bezug auf Waffen, bei denen der Sprengkopf mit dem Träger untrennbar verbunden sei?

Foster bestätigte erneut, daß der Vertrag nicht die nuklearen „delivery vehicles“ betreffe. Hierüber bestehe Einverständnis mit den Sowjets. Auch auf sowjetischer Seite gebe es Träger, die im Besitz (operated by) ihrer Alliierten im Warschauer Pakt seien. Diskussionen über solche Projekte sollten aber aus psychologischen Gründen sehr diskret („in low key“) geführt werden. Falls man öffentlich erklären würde, daß solche Projekte unter dem Vertrag möglich seien, würde man entsprechende Reaktionen auf sowjetischer Seite hervorrufen und möglicherweise das Zustandekommen des Vertrags gefährden. Die USA beabsichtigten nicht, diese Frage mit irgend jemandem in allen Details zu diskutieren, auch nicht im NATO-Rat. Foster erklärte weiter, selbst bei Polarisraketen könne der Sprengkopf vom Träger getrennt werden. Die bestehenden Arrangements seien im übrigen so ausgearbeitet worden, daß sie mit den Begrenzungen, die nach der amerikanischen Gesetzgebung vorgeschrieben seien, übereinstimmten. Dies gelte so lange, als die „Waffen“ (d. h. die warheads) selbst oder die Kontrolle darüber nicht transferiert würden. Der Vertrag würde entsprechende Vereinbarungen auch für andere Arten von Trägern (custodial arrangements for other kinds of vehicles) nicht einschränken.

Ich erwiderte, dann wäre es z. B. für eine etwaige EVG also im Prinzip möglich, eine Polaris-Flotte zu haben, bei der die Sprengköpfe durch „permissive links“ gesichert seien. Hierzu sagte Foster, solange die Sprengköpfe nicht transferiert würden, sei dies vereinbar mit der amerikanischen Gesetzgebung und Artikel I des Vertrags.

Ergänzend legte Meeker dar, die amerikanische Auffassung, die von den Sowjets wohl auch akzeptiert werde, sei, daß die bestehenden Arrangements mit der Verpflichtung, nicht zu transferieren, in Einklang stünden.<sup>14</sup> Man habe diese Arrangements in jedem Falle vorher sehr ernsthaft darauf geprüft, ob sie mit der Atomenergiegesetzgebung der USA übereinstimmten. Die Prüfung habe ergeben, daß dies der Fall sei. Die Kriterien seien genau die gleichen wie die des Vertrags.

Ein Aspekt von politischer Bedeutung sei, daß die bilateralen Arrangements ja gegenwärtig bereits bestünden. Wenn die Sowjets sagen würden, diese Arrangements stimmten nicht mit dem Vertrag überein, wäre dies „upsetting“ (d. h. es müßte die Verhandlungen gefährden). Die Sowjets hätten aber deutlich gemacht, daß sie nichts gegen die bestehenden Arrangements tun würden. Etwas schwieriger sei es aber mit der Erweiterung solcher Vereinbarungen in einem

<sup>14</sup> Bereits am 13. Januar 1967 wurde Botschafter Knapstein, Washington, von amerikanischer Seite mitgeteilt, den sowjetischen Gesprächspartnern sei „klargemacht worden, daß kein Geschäft zu machen sei [...], wenn sie die bestehenden Arrangements unterbinden wollten. Diese [...] entsprechen der amerikanischen Gesetzgebung und beinhalteten keine Weitergabe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 99; VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

anderen (d.h. multilateralen) Rahmen. Es sei politisch nicht möglich, von den Sowjets ein Einverständnis mit einer solchen Erweiterung zu erhalten (to extract agreement). Es sei aber die amerikanische Auffassung, daß multilaterale Vereinbarungen ebenso mit dem Vertrag im Einklang stehen würden, wie bilaterale (d.h. die bestehenden Arrangements), wenn sie im übrigen von der gleichen Art wären. Dessen seien sich die Sowjets „privat“ auch bewußt. Es gelte auch hier: Was nicht verboten sei, sei erlaubt.

Foster erläuterte, man könne nicht erwarten, daß die Sowjets dies öffentlich sagten. Amerikanischerseits sei man aber der Meinung, daß das, was die Sowjets in der gegenwärtigen Phase öffentlich sagten, nicht wesentlich sei. Es sei mit den Sowjets klar abgesprochen, daß erlaubt sei, was nicht verboten sei.

6) Ich sagte darauf, ich wollte mich nochmals vergewissern, ob der Sprachgebrauch, wonach unter „nuclear weapons“ nur die Sprengköpfe, d.h. die „nuclear warheads“ zu verstehen seien, auch von den Sowjets akzeptiert worden sei und was dieser Sprachgebrauch für Waffen bedeute, bei denen sich der Sprengkopf vom Träger nicht trennen lasse. Foster bestätigte, die Sowjets hätten akzeptiert, daß der Vertrag „delivery vehicles“ nicht betreffe.

7) Ich stellte dann die Frage, ob es nach amerikanischer Auffassung rein defensive Nuklearwaffen gebe. Seien z.B. die Atomic Demolition Mines (ADM) als rein defensive Nuklearwaffen anzusehen? Foster erklärte, Transfer atomarer Sprengköpfe sei nach dem Vertrag verboten, sogar wenn es sich um Explosivkörper für friedliche Zwecke handele. Es mache keinen Unterschied, ob nukleare Sprengköpfe defensiv oder offensiv seien.

8) Ich fragte, ob sich die sowjetische Seite bei den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über die Frage eines deutschen Vetos gegen den Kernwaffeneinsatz von deutschem Boden aus geäußert habe. Es bestehe zwischen uns und den Amerikanern ja wohl schon Einverständnis, daß das Veto eine Angelegenheit des amerikanischen Präsidenten und des Bundeskanzlers sei.<sup>15</sup> Foster erklärte, die Frage sei nicht direkt mit den Sowjets besprochen worden, es sei aber undenkbar (unconceivable), daß sie etwas für verboten ansehen würden, was ihnen noch größere Sicherheit gebe als schon im Vertrag vorgesehen sei. Der amerikanische Präsident werde gegebenenfalls in Konsultation mit dem deutschen Bundeskanzler zu entscheiden haben. Die Entscheidung „ja oder nein“ liege beim Präsidenten. Die USA würden ihre Alliierten jedoch nicht zwingen, einen Atomschlag auf sich zu ziehen.

<sup>15</sup> Zur Frage einer Mitbeteiligung der Bundesregierung an der Entscheidung über den Einsatz von auf dem Gebiet der Bundesrepublik stationierten Kernwaffen vgl. bereits Dok. 4, Anm. 25.

Am 13. Januar 1967 teilte der Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster, Botschafter Knapppstein, Washington, mit, der amerikanische Botschafter „habe in Bonn bereits dargelegt, daß die deutsche Regierung das Recht habe, zu entscheiden, ob Nuklearwaffen von ihrem Gebiet aus abgefeuert werden dürften. Eines besonderen ‚Mechanismus‘ bedürfte es dazu ja nicht, sondern nur einer entsprechenden Mitteilung des deutschen Bundeskanzlers an den amerikanischen Präsidenten. Es würde im Zusammenhang mit dem Ratifikationsprozeß klargemacht werden, daß es die Ansicht der amerikanischen Regierung sei, daß das Vetorecht unberührt bleibe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 99; VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

Zu den Gesprächen des amerikanischen Botschafters McGhee am 20. Dezember 1966 mit Bundeskanzler Kiesinger und Bundesminister Brandt vgl. AAPD 1966, Dok. 406 und Dok. 407.



Ich fragte, ob die Einrichtung eines Mechanismus (organisation) zur Ausübung eines solchen Vetos, wenn sie sich als erforderlich erweisen sollte, gegen den Entwurf verstoße. Foster wiederholte, daß ein solcher Mechanismus nicht notwendig sein würde, weil die Entscheidung beim Präsidenten liegen würde.

9) Ich fragte, ob die Sowjets sich in den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen darüber geäußert hätten, ob der Nichtverbreitungsvertrag der Zusammenarbeit im Bereich der friedlichen nuklearen Forschung und Industrie Grenzen setzen würde. Die amerikanische Seite habe mir beim letzten Gespräch gesagt, daß Atomforschung und Atomwirtschaft für friedliche Zwecke nach dem Vertrag nicht eingeschränkt seien mit Ausnahme des Verbots der Herstellung von „nuclear explosive devices“. Foster bestätigte, daß es keine anderen Begrenzungen gebe.

Ich fragte, ob demnach die Sowjets den Vertrag nicht als ein Instrument benutzen könnten, um die nukleare Forschung und industrielle Entwicklung und Produktion zu behindern. Foster bestätigte, daß dies so sei; er sagte, der frühere sowjetische Entwurf<sup>16</sup> sei außerordentlich weit gefaßt gewesen. Man habe ihn nicht angenommen, da man gerade diejenigen Begrenzungen, die er beinhaltet habe, nicht habe akzeptieren wollen.

Ich fragte, ob uns bestätigt werden könne, daß unsere volle und uneingeschränkte Beteiligung an der friedlichen Entwicklung in der Atomwissenschaft und der Atomwirtschaft nach dem Vertrag sichergestellt sei. Foster bejahte diese Frage.

10) Ich fragte, ob der Vertrag alle Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit anderen Ländern, die der McMahon Act vorsehe, offenlasse oder sie einschränke. Fisher antwortete, soweit es die Bundesrepublik Deutschland betreffe, liege keine Einschränkung vor. In bezug auf andere Staaten, die über Nuklearwaffen verfügten, gingen die Restriktionen weiter als im McMahon Act. Es gebe einen anderen „Kollegen“ von mir, der hier vielleicht Schwierigkeiten habe (England), aber für eine Nichtnuklearmacht sei der Fall klar.

11) Ich fragte, welche besonderen Konzessionen die Sowjets gemacht hätten, um in dem Entwurf der amerikanischen Gesetzgebung Rechnung zu tragen; während des letzten Gespräches sei dies erwähnt worden. Foster entgegnete, die Beschränkung auf die Verben „transfer“ und „control“ sei das Entscheidende gewesen. Die Sowjets hätten ursprünglich erheblich mehr gewollt, wie ihr eigener erster Entwurf zeige. Sie hätten auch mit ihrer Bereitschaft, über safeguards zu diskutieren, eine Konzession gemacht. Sie hätten ferner in Bezug auf den Kossygin-Vorschlag für Sicherheitsgarantien<sup>17</sup> nicht weiter insistiert. Man müsse sich den sowjetischen Entwurf ansehen, über den nicht mehr gesprochen werde, dann sehe man genau, wo die Sowjets Konzessionen

<sup>16</sup> Für den Wortlaut des sowjetischen Entwurfs vom 24. September 1965 für ein Nichtverbreitungsabkommen vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1965, S. 443–446.

<sup>17</sup> Am 1. Februar 1966 schlug der sowjetische Ministerpräsident auf der Genfer Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission vor, in ein Nichtverbreitungsabkommen als Sicherheitsgarantie für nicht-nukleare Staaten ein „Verbot der Anwendung von Atomwaffen gegen nichtatomare Teilnehmerstaaten des Vertrags, auf deren Territorium keine Atomwaffen vorhanden sind“, aufzunehmen. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1966, D 167. Vgl. dazu auch AAPD 1966, I, Dok. 50.

gemacht hätten. Fisher setzte hinzu, auch ein deutsches Veto wäre nach dem damaligen sowjetischen Entwurf nicht möglich gewesen.

12) Ich fragte, ob sich die Bestimmung in Artikel IV, 3 des Entwurfs, wonach eine Konferenz nach Ablauf von fünf Jahren prüfen solle, ob „purposes and provisions“ des Vertrags verwirklicht worden seien<sup>18</sup>, auch auf die eventuell in der Präambel niedergelegten „purposes“ beziehe und wie die Präambel gegebenenfalls laute. Foster antwortete, es gebe keinen abgeschlossenen Entwurf einer Präambel. Man hoffe aber, daß es möglich sein werde, in einer Präambel die allgemeinen Ziele der Abrüstung (objectives) niederzulegen, besonders mit Rücksicht auf Probleme, die die nichtnuklearen Nationen interessierten, z.B. Begrenzungen des nuklearen Wettrüstens und allgemeine Abrüstung. Dies solle in allgemeiner Form angesprochen werden, ohne Aufzählung spezifischer Maßnahmen, wie Einfrierung der strategischen Nuklearwaffen oder vollständiger Testbann. Dies wäre ein „purpose“, der die Unterzeichner, besonders die Nuklearstaaten, dazu anhalten würde, ihre Nuklearrüstung zu begrenzen und zu reduzieren.

Ich erläuterte, daß unsere Frage sich auf folgendes beziehe: Wenn es in der Präambel heißen würde, daß die Nuklearmächte das Wettrüsten einstellen müßten und wenn dies in fünf Jahren nicht geschehen sei, würde dann die Überprüfungsklausel oder gar die Rücktrittsklausel eingreifen? Foster bestätigte, daß dies der Fall sei (womit er Art. VI über den Rücktritt<sup>19</sup> aber offensichtlich nicht einschloß). Man wolle einerseits einen gewissen Druck auf die Sowjets ausüben und andererseits Sorge dafür tragen, daß die nicht-nuklearen Mächte nicht in einen zu großen Abstand zu den nuklearen Mächten gerieten. Er glaube nicht, daß es größere Schwierigkeiten in bezug auf ein „statement of intention“ geben werde.

13) Ich bemerkte an dieser Stelle, uns sei vollständige Konsultation („fullest consultation“) zugesagt worden. Wie vertrage sich das aber mit der Äußerung Fosters in unserem letzten Gespräch, daß Änderungen des Entwurfs sehr schwierig sein würden. Sinn von Konsultationen könne es doch nur sein, daß Änderungen, wo notwendig, möglich blieben; dabei seien ja auch Verbesserungen im Interesse aller möglich. Foster antwortete, man habe große Schwierigkeiten mit den Sowjets in den letzten Jahren gehabt. Er selbst habe monatelang sehr hart verhandelt. Davon könnten viele der Anwesenden reden. Er könne persönlich sagen, daß Änderungen sehr schwierig sein würden. Der

<sup>18</sup> Botschafter Knapstein, Washington, übermittelte am 13. Januar 1967 Textvorschläge für die Artikel I, II und IV bis VII eines Nichtverbreitungsabkommens. Die ersten beiden Artikel entsprachen den der Bundesregierung bereits vorliegenden Entwürfen.

Artikel IV, Absatz 3 sollte lauten: „Five years after the entry into force of this treaty, a conference of parties shall be held in Geneva, Switzerland, in order to review the operation of the treaty with a view to assuring that the purposes and provisions of the treaty are being realized.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 96; VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>19</sup> Artikel VI (Rücktrittsklausel) des Entwurfs vom 13. Januar 1967: „This treaty shall be of unlimited duration. Each party shall in exercising its national sovereignty have the right to withdraw from the treaty if it decides that extraordinary events, related to the subject matter of this treaty, have jeopardized the supreme interests of its country. It shall give notice of such withdrawal to all other parties to the treaty and to the United Nations Security Council three months in advance. Such notice shall include a statement of the extraordinary events it regards as having jeopardized its supreme interests.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 96 des Botschafters Knapstein, Washington; VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

Entwurf sei aber ad referendum verhandelt worden. Im Prinzip blieben Änderungen möglich. Man wolle wirklich eine volle Konsultation. Man habe ja auch unserem Wunsch entsprochen, die Diskussion im NATO-Rat zu verschieben.<sup>20</sup> Der 21.2. stelle allerdings eine „deadline“ dar.<sup>21</sup> In Genf werde es ja auch mit den Nichtnuklearmächten außerhalb der Allianz zu einem lebhaften Austausch kommen, und eine ganze Anzahl von Anregungen sei zu erwarten. Gerade deshalb empfehle es sich, mit einer einigermaßen festen Grundlage (a reasonably firm base) in diese Verhandlungen hineinzugehen.

14) Ich fragte, ob es die amerikanische Rechtsauffassung sei, daß nach Völkerrecht ein neuer europäischer Bundesstaat durch den Nichtverbreitungsvertrag gebunden werde, oder ob es seine freie Entscheidung sein würde, dem Vertrag beizutreten oder nicht. Meeker erläuterte, man habe diese Frage geprüft. Die allgemeine Regel des Völkerrechts in bezug auf diese Art von Verträgen, die sehr wichtige militärpolitische Angelegenheiten behandelten, sei, daß ein neuer Staat die vertraglichen Verpflichtungen seiner Mitglieder nicht übernehme. Amerikanischerseits hoffe und erwarte man aber, daß die „Vereinigten Staaten von Europa“ dem Vertrag beitreten würden. Es sei auch denkbar, daß andere Parteien von dem Vertrag zurücktreten würden, wenn ein neuer Bundesstaat dem Vertrag nicht beitreten sollte. Nach dem Völkerrecht aber wären die „Vereinigten Staaten von Europa“ nicht automatisch gebunden.

15) Wir erkundigten uns abschließend nach dem Begriff des „transfer over conduit“ (DB Nr. 99 vom 13.1. II, 2.22) Meeker erklärte, der Begriff spiele im Zusammenhang mit den Worten „directly or indirectly“ eine Rolle. Der Fall des „indirectly“ sei z.B. dann gegeben, wenn A an B über einen Dritten (conduit) Nuklearwaffen weitergebe. Es sei „a way of getting it over an intermediary c“.

Ich dankte Foster für die Ausführungen und behielt mir vor, späterhin noch weitere Fragen vorzubringen.

III. Meines Erachtens sind die gestellten Fragen ausreichend beantwortet worden. Von möglichen einzelnen Ausnahmen abgesehen, glaube ich nicht, daß ihre weitere Vertiefung wesentliche zusätzliche Ergebnisse erbringen würde.

<sup>20</sup> Am 16. Januar 1967 bat Botschafter Schnippenkötter Botschafter Knapstein, Washington, darum, im amerikanischen Außenministerium anzuregen, daß der Entwurf des Nichtverbreitungsabkommens nicht, wie ursprünglich vorgesehen, am 25. Januar 1967, sondern erst am 1. Februar 1967 im NATO-Rat diskutiert werde: „Die sehr knappe Zeitspanne bis zum 25.1. würde uns nicht die Möglichkeit lassen, den Fragenkreis so eingehend zu prüfen, wie die Bedeutung des Nichtverbreitungsvertrages es erfordere.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 141; VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>21</sup> Am 21. Februar 1967 trat die Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission, die sich im August 1966 vertagt hatte, wieder in Genf zusammen.

<sup>22</sup> Im Verlauf des ersten „Erkundungsgesprächs“ stellte Botschafter Knapstein, Washington, die Frage, „welche Bedeutung der Ausdruck ‚indirect transfer‘ haben sollte, wenn die Weitergabe an Staaten und Staatengruppen oder -zusammenschlüsse durch den Ausdruck ‚transfer to any recipient whatsoever‘ schon gedeckt sei“. Darauf habe der Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster, erwidert, „das Wort ‚indirectly‘ sei ein ‚word of art‘, es solle der Sowjetunion etwas mehr ‚psychological reassurance‘ geben. Die Sowjets hätten den Vertragsinhalt viel weiter ziehen wollen als die USA.“ Der Rechtsberater im amerikanischen Außenministerium, Meeker, erläuterte dazu, „die Worte ‚directly or indirectly‘ bedeuteten, daß kein ‚transfer over conduit‘ stattfinden solle. Alle Formen der Weitergabe – aber nur dieser – seien verboten, es komme nicht darauf an, auf welche Weise die Weitergabe vorgenommen werde.“ Vgl. VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

Insbesondere halte ich es nicht für wahrscheinlich, daß wir noch weitere Einzelheiten über die sowjetische Haltung erfahren könnten. Der dargestellte Gesprächsverlauf läßt erkennen – im Gespräch selbst war dies noch deutlicher spürbar –, daß die vorläufige Einigung zwischen den beiden Großmächten über den vorliegenden Text einesteils auf der Grundregel beruht, daß alles erlaubt sei, was nicht verboten ist, und andererseits die stillschweigende Übereinkunft einschließt, von der sowjetischen Seite nicht zu verlangen, daß sie bestehende oder nach dem Vertragswortlaut zulässige künftige Arrangements unter den westlichen Alliierten ausdrücklich billigt. Ein Versuch, insoweit weitere Festlegungen zu erreichen, würde deshalb ergebnislos verlaufen und könnte allenfalls dazu beitragen, unsere eigene Freiheit in der Auslegung des Textes einzuschränken. Ich möchte deshalb auch empfehlen, die mit dem vorletztem Absatz des Bezugerlasses in Aussicht gestellten weiteren Fragen auf ein Mindestmaß zu beschränken. Wie weit das Ergebnis der dort laufenden technischen Prüfung solche zusätzlichen Fragen als unerlässlich erscheinen läßt, kann von hier aus natürlich nicht beurteilt werden.<sup>23</sup>

[gez.] Knapstein

VS-Bd. 10083 (Ministerbüro)

## 25

### Botschafter Grewe, z.Z. Rom, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-10380/67 geheim

Fernschreiben Nr. 63

Citissime

Aufgabe: 19. Januar 1967, 11.40 Uhr

Ankunft: 19. Januar 1967, 12.34 Uhr

Betr.: Nichtverbreitungsvertrag

Generalsekretär Brosio bat mich heute während unseres gemeinsamen Aufenthaltes in Rom<sup>1</sup> zu einem Gespräch über die am 1. Februar<sup>2</sup> auf der Tagesordnung des Rates stehende Non-Proliferations-Frage. Er kennt die neuen Texte<sup>3</sup>, deren Verteilung Cleveland für die nächsten Tage versprochen hat, noch nicht. Er rückte daher zunächst die Verfahrensfrage in den Vordergrund:

<sup>23</sup> Der Passus „daß die vorläufige Einigung ... nicht beurteilt werden“ wurde von Vortragendem Legationsrat Wilke hervorgehoben.

Zur Position der Bundesregierung zu einem Nichtverbreitungsabkommen vgl. weiter Dok. 38.

<sup>1</sup> Am 19. Januar 1967 wurde die Verteidigungsakademie der NATO, die aus Frankreich verlegt worden war, in Rom eröffnet.

<sup>2</sup> Diese Terminwahl erfolgte auf Wunsch der Bundesregierung, ursprünglich war der 25. Januar 1967 für die Diskussion des Vertragsentwurfs im NATO-Rat vorgesehen. Vgl. dazu Dok. 24, Anm. 20.

<sup>3</sup> Für den jüngsten Entwurf eines Nichtverbreitungsabkommens, der alle Artikel mit Ausnahme des Artikels III (Kontrollartikel) enthielt, vgl. den Drahtbericht Nr. 96 des Botschafters Knapstein, Washington, vom 13. Januar 1967; VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967. Für Auszüge vgl. Dok. 24, Anm. 18 und 19, sowie Dok. 38, Anm. 12, 18 und 19. Für Artikel I vgl. Dok. 7, Anm. 3.

Was ist der Zweck der Konsultation am 1. Februar? Wollen die Vereinigten Staaten die Zustimmung ihrer Alliierten dazu, daß die amerikanische Delegation in Genf den neuen Text einbringt? Oder erwarten sie, daß sich die Bündnispartner am 1. Februar auch für sich selbst verbindlich auf den ihnen jetzt vorgelegten Text festlegen?

Nach Brosios Auffassung ist nur die erste Erwartung vertretbar. Die Vereinigten Staaten könnten nicht erwarten, daß sich die NATO-Verbündeten zu einem Zeitpunkt verpflichteten, in dem die Haltung anderer Staaten außerhalb der Allianz noch gar nicht abzusehen sei.

Brosio deutete an, daß er in den Verfahrensfragen seinen Einfluß zur Geltung bringen könne. Dies sei jedoch nur sinnvoll, wenn es einige NATO-Regierungen gebe, die die amerikanischen Bestrebungen zu bremsen oder zu modifizieren beabsichtigten. Dafür kämen nur Deutschland und Italien in Frage, da die kleineren Bündnispartner aus ihrer Interessenlage heraus (als nicht einmal potentielle Nuklearmächte) auf jeden Fall für den Non-Proliferations-Vertrag seien. Deutschland und Italien würden jedoch jetzt zum ersten Male grundsätzlich in eine andere Kategorie eingereiht als die beiden anderen traditionellen Großmächte Europas, England und Frankreich.<sup>4</sup> Vielleicht stehe dahinter der Versuch, eine Konsequenz des verlorenen Krieges zu ziehen. Er, Brosio, müsse wissen, ob die italienische und die deutsche Regierung das hinzunehmen bereit seien. Wenn sie es nicht seien, so habe er dafür alles Verständnis und sei bereit, sich entsprechend zu verhalten. Er bemühe sich, während seines Aufenthalts in Rom noch mit den führenden<sup>5</sup> Persönlichkeiten der italienischen Regierung (insbesondere mit Moro, Fanfani und Saragat) zu sprechen. Welche Haltung werde die deutsche Regierung einnehmen? Davon werde die italienische Haltung stark beeinflusst werden. Keine Regierung könne es wagen, sich in dieser Frage zu isolieren. Eine Fühlungnahme der deutschen mit der italienischen Regierung<sup>6</sup> erscheine ihm daher sehr wichtig. Er, Brosio, könne in seiner Stellung nicht als Vermittler oder Anreger solcher Fühlungnahme auftreten. Er könne aber helfen, wenn wir eine Initiative ergreifen.

Brosio ließ keinen Zweifel daran, daß er die amerikanische Politik in dieser Frage nach wie vor für verhängnisvoll hält und auf weitere Sicht von ihr eine Erosion der Allianz befürchtet.<sup>7</sup> Er sieht jedoch klar, daß er von sich aus wenig tun kann, wenn die hauptsächlich betroffenen Regierungen nichts tun wollen oder können.

<sup>4</sup> Am 23. Januar 1967 forderte Staatssekretär Schütz aus diesem Grund eine „nichtdiskriminierende Kontrolle der zivilen Kernaktivität von Kernwaffenmächten und zivilen Atommächten gleichermaßen“. Vgl. den Runderlaß Nr. 223; VS-Bd. 2469 (D I/Dg I A); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Korrigiert aus: „früheren“.

<sup>6</sup> Zu einer ersten Kontaktaufnahme vgl. Dok. 8.

Am 20. Januar 1967 teilte der für Fragen der Abrüstung zuständige italienische Botschaftsrat Spinelli Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lahusen mit, der italienische Außenminister Fanfani habe sich „die Bedenken gegen den Entwurf eines Nichtverbreitungsvertrags, die der Botschafter Lucioli uns [...] am 17. Januar 1967 dargelegt habe, zueigen gemacht“ und „teile im wesentlichen auch die Bedenken, die Botschafter Dr. Schnippenkötter dem italienischen Botschafter im Zuge der Darstellung unserer vorläufigen Erwägungen mitgeteilt habe“. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete vom 20. Januar 1967; VS-Bd. 4086 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Zur Haltung des NATO-Generalsekretärs zu einem Nichtverbreitungsabkommen vgl. Dok. 7, Anm. 8.

Er erwartet daher von mir eine baldige vertrauliche Unterrichtung über unsere Absichten. Ich bitte mich dazu sobald dies möglich ist, instand zu setzen.<sup>8</sup>

[gez.] Grewe

VS-Bd. 4086 (II B 1)

## 26

### Staatssekretär Lahr an Botschafter von Walther, Moskau

III A 6-85.00-94.29-46/67 VS-vertraulich

19. Januar 1967

Fernschreiben Nr. 71

Aufgabe: 20. Januar 1967, 11.56 Uhr

Citissime

Betr.: Fortsetzung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen<sup>1</sup>

Gestern suchte mich Botschafter Zarapkin auf, um die von mir kürzlich gestellte Frage nach dem Zeitpunkt der Fortsetzung der Wirtschaftsverhandlungen wieder aufzunehmen. Er ließ erkennen, daß die sowjetische Regierung erst dann wieder verhandeln wolle, wenn wir in der Lage seien, auf die sowjetischen Wünsche nach Erleichterung unserer Einfuhr sowjetischer Waren eine präzise Antwort zu geben. Die sowjetischen Wünsche faßte er dahin zusammen, daß die deutsche Einfuhrkontingentierung vollständig entfallen müsse und die Sowjetunion die gleichen Zollvorteile von uns erhalten müsse wie unsere EWG-Partner.<sup>2</sup>

Ich erwiderte ihm, angesichts der Entwicklung des deutsch-sowjetischen Warenverkehrs in den letzten drei Jahren, die eine ständig zunehmende und für

<sup>8</sup> Am 26. Januar 1967 teilte Staatssekretär Schütz Botschafter Grewe, Paris (NATO), mit, er könne NATO-Generalsekretär Brosio wissen lassen, daß die Bundesregierung nichts dagegen einzuwenden habe, wenn der Zweck der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 1. Februar 1967 darauf beschränkt bliebe, „daß die Amerikaner den Abkommensentwurf erläutern und ihre Bündnispartner mit der von ihnen den Sowjets gegenüber eingenommenen Haltung vertraut“ machten. Vielmehr entspreche „der Gedanke, die Bündnispartner könnten sich in der Sitzung am 1. Februar den amerikanisch-sowjetischen Text zu eigen machen oder sich sogar bereits jetzt verbindlich darauf festlegen“, keinesfalls den Vorstellungen der Bundesregierung. Vgl. den Drahterlaß Nr. 299; VS-Bd. 4086 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Zur Diskussion im Ständigen NATO-Rat vgl. Dok. 42.

<sup>1</sup> Die Wirtschaftsverhandlungen mit der UdSSR wurden am 12. Oktober 1966 ergebnislos abgebrochen, nachdem die sowjetische Regierung die von der Bundesregierung am 6. Mai 1966 bekanntgegebene Liberalisierung der Einfuhr von Waren aus Ostblock-Staaten als unzureichend und für die UdSSR „diskriminierend“ abgelehnt hatte. Der Waren- und Zahlungsverkehr wurde daher weiter ohne vertragliche Grundlage auf der Basis einer jährlichen Fortschreibung derjenigen Einfuhrkontingente abgewickelt, die gemeinsam mit dem am 31. Dezember 1963 abgelaufenen Abkommen vom 31. Dezember 1960 festgelegt worden waren. Vgl. dazu AAPD 1964, I, Dok. 19, sowie AAPD 1966, II, Dok. 318 und Dok. 369.

<sup>2</sup> Zum Abbau der Binnenzölle in der EWG vgl. Dok. 8, Anm. 23.

uns unzumutbar gewordene<sup>3</sup> Passivierung aufweise<sup>4</sup>, liege das aktuellste Problem in der Frage, was von sowjetischer Seite geschehen könne, um die Einfuhr deutscher Waren in die Sowjetunion auszuweiten. Hierzu hatte Herr Zarapkin nichts Konkretes zu sagen.

Ich wies weiter darauf hin, daß wir ungeachtet dieser starken Passivierung durchaus bereit seien, Möglichkeiten einer Erweiterung unserer Einfuhr aus der Sowjetunion ins Auge zu fassen, wie es der Beschluß des Bundeskabinetts vom 11. Januar zeige.<sup>5</sup> Natürlich sei es nicht der Sinn einer weiteren Liberalisierung, nur das deutsche Passivum zu erhöhen, sondern es gehe darum<sup>6</sup>, einen Beitrag zur gegenseitigen Ausweitung unserer Handelsbeziehungen zu leisten. Unsere erste Liberalisierung habe etwa 55 % der in Betracht kommenden Einfuhrpositionen erfaßt. Bei der zweiten Liberalisierung solle es sich um eine fühlbare Erhöhung dieses Prozentsatzes handeln.

Eine 100%ige Liberalisierung sei natürlich jetzt nicht erreichbar. Auch der Prozeß der Liberalisierung gegenüber den westlichen Staaten habe eine Reihe von Jahren beansprucht. Da die Sowjetunion mit einer größeren Anzahl westlicher Länder Handelsabkommen auf der Basis „teils liberalisiert, teils kontingentiert“ abgeschlossen habe<sup>7</sup>, sollte zwischen der sowjetischen und der deutschen Regierung eine Einigung auf der gleichen Grundlage möglich sein. Herr Zarapkin unterstrich in ständiger Wiederholung die Forderung nach völliger Beseitigung der Kontingentierung. Ich verwies auch darauf, daß die Forderung nach zollrechtlicher Gleichbehandlung mit den EWG-Partnern wohl unrealistisch und gegenüber den anderen EWG-Partnern von der Sowjetunion nicht aufrechterhalten worden sei. Auch in diesem Punkt ließ Herr Zarapkin ein Einlenken nicht erkennen.

Ich faßte dahin zusammen, daß es nach meiner Auffassung im Interesse beider Regierungen liege, die Verhandlungen demnächst wieder aufzunehmen und zu einem baldigen Abschluß zu gelangen, auch ohne daß jetzt schon die Ergebnis-

<sup>3</sup> Der Passus „die eine ständig ... gewordene“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Lahr zurück. Vorher lautete er: „der eine neuerdings zunehmende und für uns unzumutbare“.

<sup>4</sup> Der Wert in die Bundesrepublik exportierter sowjetischer Güter stieg von 937 Mio. DM im Jahr 1964 über 1101 Mio. DM im Jahr 1965 auf 1153 Mio. DM im Jahr 1966. Im gleichen Zeitraum ging der Wert der Waren, die aus der Bundesrepublik in die UdSSR ausgeführt wurden, von 774 Mio. DM über 586 Mio. DM auf 541 Mio. DM zurück. Vgl. dazu STATISTISCHES JAHRBUCH 1967, S. 320 und 322.

<sup>5</sup> Das Bundeskabinett faßte den Beschluß, „das Verfahren zur Ausschreibung mit laufender Antragstellung für Einfuhren aus den Staatshandelsländern in angemessenem Umfang“ über den mit der Liberalisierungsliste vom 6. Mai 1966 beschlossenen Rahmen hinaus zu erweitern. Ministerialdirigent Berger erläuterte dazu: „Es handelt sich hierbei um einen Grundsatzbeschluß; das Bundesministerium für Wirtschaft und das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten werden nunmehr eine Liste liberalisierter Waren vorbereiten“. Der Beschluß verfolgte vor allem die Absicht, für Rumänien und Bulgarien, die eine passive Handelsbilanz gegenüber der Bundesrepublik aufwiesen, den Export in die Bundesrepublik zu erleichtern. Vgl. den Runderlaß Nr. 133 von Berger vom 13. Januar 1967; Referat III A 6, Bd. 231.

Vgl. dazu auch den Auszug aus dem Kurzprotokoll der Kabinettsitzung; Referat III A 6, Bd. 231.

<sup>6</sup> Die Wörter „es gehe darum“ wurden von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt.

<sup>7</sup> So wurde beispielsweise am 11. Mai 1966 ein französisch-sowjetisches Handelsabkommen unterzeichnet, das sowohl Lieferkontingente vorsah als auch „Zusatzposten, die im gegenseitigen Einvernehmen jährlich revidiert werden können“. Vgl. den Schriftbericht des aus Moskau vom 15. Juni 1966; Referat III A 6, Bd. 290.

se der zweiten Liberalisierung voll bekannt seien, und führte hierfür<sup>8</sup> folgende Gründe an:

- 1) Es würde für beide Seiten und sicherlich nicht zuletzt für die sowjetische Seite von Vorteil sein, den Warenaustausch auf eine vertragliche, d.h. zuverlässig übersehbare Grundlage zu stellen.
- 2) Die Sowjetunion gelange damit sofort in den Genuß einer 55%igen Liberalisierung.
- 3) Die Wiederaufnahme der Verhandlungen biete der sowjetischen Seite die Gelegenheit, ihre Liberalisierungswünsche weiter zu präzisieren und einen Gedankenaustausch über die Möglichkeiten der Realisierung durchzuführen.
- 4) Der Abschluß eines neuen deutsch-sowjetischen Handelsabkommens nach längerem vertragslosem Zustand dürfte sicherlich von der Öffentlichkeit beider Länder sowie von der Weltöffentlichkeit als deutlich sichtbarer Beweis des guten Willens beider Regierungen, auch im deutsch-sowjetischen Verhältnis zu einer Entspannungspolitik beizutragen, begrüßt werden.

Herr Zarapkin blieb bei der Wiederholung der schon erwähnten Formeln. Wir stellten fest, daß das Gespräch uns noch nicht zu einem Ergebnis geführt habe, aber – sei es in Moskau, sei es hier – weiter geführt werden sollte. Ich erklärte mich mit beiden Alternativen<sup>9</sup> einverstanden. Herr Zarapkin wird die Meinung seiner Regierung hierzu einholen.

Das Gespräch ließ für die deutschen Teilnehmer die Frage aufkommen, ob die Sowjets überhaupt zu einem neuen Abkommen zu gelangen wünschen. Die sehr hart vorgetragenen, offensichtlich völlig unrealistischen Forderungen könnten hierauf schließen lassen; ich bin hiervon jedoch nicht überzeugt, sondern könnte mir das sowjetische Verhalten auch mit den bekannten sowjetischen Praktiken erklären. Ziemlich fest steht jedoch wohl, daß sie nicht bereit sein werden, das Gespräch vor dem Bekanntwerden unserer neuen Liberalisierungsmaßnahmen wieder aufzunehmen. Wir sollten uns, wie heute morgen fernmündlich besprochen, noch einmal die Mühe machen, den Sowjets die Vorteile eines baldigen Abschlusses vor Augen zu führen.

Weitere Weisung wird nach Eingang Ihres Berichts über das heutige Gespräch mit Manschulo folgen.<sup>10</sup>

Lahr<sup>11</sup>

**VS-Bd. 8381 (III A 6)**

<sup>8</sup> Die Wörter „seien, und führte hierfür“ wurden von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „seien. Ich führte“.

<sup>9</sup> Die Wörter „beiden Alternativen“ wurden von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „beidem“.

<sup>10</sup> Am 1. Februar 1967 teilte Staatssekretär Lahr Botschafter von Walther, Moskau, mit, aus den Äußerungen sowohl des sowjetischen Botschafters Zarapkin als auch des Abteilungsleiters im sowjetischen Außenhandelsministerium, Manschulo, müsse geschlossen werden, daß die sowjetische Regierung nicht dazu bereit sei, „die im Oktober unterbrochenen Wirtschaftsverhandlungen demnächst wieder aufzunehmen“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 138; VS-Bd. 8381 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>11</sup> Paraphe vom 20. Januar 1967.



## 27

**Gespräch des Staatssekretärs Lahr mit dem  
ungarischen Stellvertretenden Außenminister Szilágyi  
in Budapest**

24. Januar 1967<sup>1</sup>

Teilnehmer: St.S. Lahr, von Arz, Brückner, Szilágyi, Vadász, Solti, Jahoda.

*Szilágyi:* Wir begrüßen, Herr Staatssekretär, Ihr Erscheinen. Es ist das erste Mal seit Kriegsende, daß ein hoher Gast aus der Bundesrepublik zu uns gekommen ist<sup>2</sup>, damit sind wir bei einem neuen Abschnitt angelangt, und wir sehen darin ein gutes Zeichen. Am Ende der Besprechungen wird man entscheiden können, welche Schritte getan werden können, um die Beziehungen zu verbessern. Wir meinen es ernst und glauben, daß eine Verbesserung durchaus möglich sein wird; es mag nicht einfach und leicht sein, aber man wird Mittel und Wege finden. Im Augenblick ist unsere Aufgabe zu prüfen, über welche zweiseitigen Beziehungen wir heute sprechen und welche Arbeitsteilung wir zwischen Minister Péter und mir vornehmen wollen.

*Lahr:* Ich bedanke mich für die freundliche Aufnahme, die ich gefunden habe. Mein Kommen ist Teil der Aktivität einer Außenpolitik unter neuen Akzenten. Sie ist jedoch keine neue Politik. Die Absicht ist, einen Beitrag zur Entspannung der allgemeinen Atmosphäre zu leisten, die Bundesregierung und deutsche Öffentlichkeit lebhaft wünschen<sup>3</sup>. Sie wissen kaum, mit welchem Interesse die deutsche Öffentlichkeit diese Reise beobachtet. Wir haben auch schon in anderen Ländern, in Bukarest<sup>4</sup> und Sofia<sup>5</sup>, Sondierungen vorgenommen, um zu erfahren, was man in diesen Ländern über die Bundesrepublik denkt. Diese Reise verfolgt den gleichen Zweck. Es muß jedoch nicht bei Sondierungen blei-

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse, Brückner, Budapest, am 30. Januar 1967 gefertigt.

Staatssekretär Lahr notierte zu den Aufzeichnungen von Brückner über die Gespräche am 24./25. Januar 1967 in Budapest, daß sie keine Wortprotokolle darstellten, „wie es den Anschein hat. Sie beruhen offenbar auf Verhandlungsnotizen, aus denen dann ein Text rekonstruiert worden ist. So erklären sich Ungenauigkeiten und Lücken, auch einige Unrichtigkeiten. Soweit es meine Zeit erlaubte, habe ich Verbesserungen vorgenommen. Alles in allem geben die Aufzeichnungen jedoch ein anschauliches Bild von dem Gesamtablauf der Gespräche.“ Vgl. den Vermerk vom 7. Februar 1967; Referat II A 5, Bd. 1049.

Für die wesentlichen Änderungen von Lahr vgl. Anm. 3, 7, 8, 11, 13, 17, 20, 21, 24, 25, 43–49, 51–53 und 57–59.

<sup>2</sup> Lahr hielt sich vom 23. bis 26. Januar 1967 in Ungarn auf. Er führte am 24. Januar 1967 Gespräche mit dem Stellvertretenden Außenminister Szilágyi und dem Außenhandelsminister Bíró. Am folgenden Tag kam er mit dem Stellvertretenden Außenhandelsminister Bacsoni, mit Außenminister Péter und erneut mit Szilágyi zusammen. Für die Gesprächsaufzeichnungen vgl. Referat II A 5, Bd. 1049.

Für das Gespräch mit Bíró vgl. Dok. 28.

<sup>3</sup> Der Passus „die Bundesregierung ... wünschen“ wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt.

<sup>4</sup> Erste Gespräche fanden bereits anläßlich der „Technischen Ausstellung der Bundesrepublik Deutschland“ vom 17. bis 22. Mai 1965 in Bukarest statt. Vgl. dazu AAPD 1965, II, Dok. 224.

<sup>5</sup> Staatssekretär Lahr besuchte Bulgarien vom 20. bis 26. September 1966 anläßlich der XXII. Internationalen Mustermesse Plovdiv. Vgl. dazu AAPD 1966, II, Dok. 293.

ben. Wir fangen mit Gesprächen an, vielleicht können wir mit Verhandlungen enden. Es ist dies seit Bestehen der neuen Bundesregierung<sup>6</sup> die erste Reise in Ostblockländer auf höherer Ebene und wir finden es ganz in Ordnung, daß sie Ungarn zum Ziel hat.<sup>7</sup> Die Reihenfolge unserer Reisen ist in keiner Weise von einer besonderen Absicht bestimmt. Wenn wir in Rumänien begonnen haben, so hängt das damit zusammen, daß wir glaubten, dort eine Atmosphäre besonderer Aufgeschlossenheit vorzufinden. Jedoch hat bei uns stets der Gedanke vorgeherrscht, mit unseren Schritten alle sozialistischen Länder Europas zu erfassen<sup>8</sup>.

Ich wiederhole, unsere Politik ist keine neue, sondern wir setzen nur die bisherige mit besonderer Energie fort. Zunächst haben wir in Ungarn mit Handelsbeziehungen angefangen<sup>9</sup>, aber schon seinerzeit hatten wir an mehr gedacht.

Der neue Außenminister und der neue Bundeskanzler haben wiederholt erklärt, daß unsere gegenwärtige Aktivität nicht gegen Moskau gerichtet ist.<sup>10</sup> Es wäre ein grober Irrtum, wenn man das annehmen würde. Es hat früher einmal Überlegungen gegeben,<sup>11</sup> ob das Schwergewicht der Bemühungen auf Moskau oder auf die anderen Länder des sozialistischen Lagers gelegt werden soll, heute wissen wir, daß beides geschehen muß. Wir haben auch nicht die Absicht, den anderen Teil Deutschlands zu isolieren. Wir gehen von dem Tatbestand aus, wie er ist, d.h. von den Beziehungen, die zwischen Ihnen und dem anderen Teil Deutschlands bestehen.<sup>12</sup> Wir gehen auch davon aus, daß wir in einer Reihe sonstiger Fragen anderer Meinung sind als Sie. Jedoch können wir feststellen, daß auf bilateralem Gebiet zwischen uns keine größeren Streitfragen existieren.

Da es in den multilateralen<sup>13</sup> Fragen beträchtliche Meinungsverschiedenheiten gibt, wäre es verfehlt, zu versuchen uns näherzukommen, indem wir gerade mit diesen heiklen Problemen beginnen. Es kommt vielmehr darauf an, eine Plattform für dieses weitgesteckte Ziel zu schaffen. Wir sollten uns in der Tat

<sup>6</sup> Zur Neubildung der Bundesregierung am 1. Dezember 1966 vgl. Dok. 5, Anm. 4.

<sup>7</sup> Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Lahr zurück. Vorher lautete er: „Es ist dies die erste Reise in Ostblockländer auf höherer Ebene seit Bestehen der neuen Regierung, und wir finden es ganz in Ordnung, daß wir in Ungarn beginnen.“

<sup>8</sup> Der Passus „alle ... zu erfassen“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Lahr zurück. Vorher lautete er: „den ganzen Südostraum zu erfassen“.

<sup>9</sup> Am 10. November 1963 schloß die Bundesrepublik mit Ungarn ein Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr sowie über die Errichtung von Handelsvertretungen ab. Für den Wortlaut vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 14 vom 22. Januar 1964, S. 1f.

<sup>10</sup> Am 16. Januar 1967 führte Bundeskanzler Kiesinger gegenüber der Presse zu seinen Gesprächen am 13. Januar 1967 mit Staatspräsident de Gaulle aus: „Es war klare Übereinstimmung, daß nicht etwa der Versuch gemacht werden soll, einzelne dieser östlichen Nachbarn gegen die Sowjetunion auszuspielen, etwa dadurch, daß wir zu solchen Ländern diplomatische Beziehungen aufnehmen.“ Vgl. BULLETIN 1967, S. 33f.

Bundesminister Brandt erklärte am 24. Januar 1967 vor dem Europarat in Straßburg zur Ostpolitik der Bundesregierung: „Sie ist gegen niemand gerichtet, vor allem nicht gegen die Sowjetunion, den Verbündeten der anderen ost- und südeuropäischen Staaten.“ Vgl. BULLETIN 1967, S. 60.

<sup>11</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lahr gestrichen: „die heute aber überholt sind.“

<sup>12</sup> Ungarn unterhielt seit dem 18. Oktober 1949 diplomatische Beziehungen zur DDR.

<sup>13</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „materiellen“.

das Leben gegenseitig nicht schwerer machen, als es ist und nichts von dem anderen fordern, was dieser nicht geben kann.

Wir stehen in Kontakten mit Rumänien, Bulgarien und der ČSSR. Wir haben dort über die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen gesprochen, auch hier wollen wir das gleiche tun. Jedoch ist das nicht ein Selbstzweck, es ist nur der formelle Teil. Wir versuchen, eine Basis für die eigentlichen Gespräche zu schaffen, die einmal geführt werden müssen. Ohne daß wir es wollten, hat die Frage der diplomatischen Beziehungen in der Öffentlichkeit einen zu starken Akzent bekommen. Sie sind bestimmt nicht alles.

Es gibt eine Reihe zweiseitiger Probleme nicht-wirtschaftlichen Charakters, die wir besprechen können. Auch wäre es möglich, uns über allgemeine politische Fragen zu unterhalten, aber ich möchte damit nicht gern dem Gespräch mit Minister Péter vorgreifen.<sup>14</sup>

*Szilágyi:* Ihre Aufgabe, Herr Staatssekretär, ist es, eine Sondierung vorzunehmen, und Sie erklären, daß die Gespräche nicht gegen Moskau oder andere sozialistische Länder gerichtet sein sollen. Wir möchten betonen, daß wir nur ungarische Außenpolitik treiben, die von der ungarischen Regierung bestimmt wird. Das heißt nicht, daß wir mit den anderen sozialistischen Ländern keine Gespräche über die Bundesrepublik geführt haben.

Wir haben die Regierungserklärung<sup>15</sup> der neuen Regierung sehr gründlich studiert. Ich möchte den Ton der Erklärung hervorheben, der durchaus anders geworden ist. Das kann ich nur erfreulich nennen. Es ist das erste Mal seit vielen Jahren vorgekommen, daß die Bundesregierung eine solche neue Sprache anschlägt. Ich möchte mich nicht dazu äußern, ob das auch bedeutet, daß Ihre Politik eine andere geworden ist oder nicht doch die alte geblieben ist.

Andererseits will ich aber damit nicht sagen, daß wir mit Ihrer Regierungserklärung im großen und ganzen einverstanden sind. Es ist Ihre Regierungserklärung und es ist nicht unsere Aufgabe, sie zu kritisieren. Das würde unsere Arbeit auch nicht erleichtern.

Ich bin einverstanden, wenn Sie sagen, daß die diplomatischen Beziehungen nur einen Teil unserer Beziehungen darstellen. Jedenfalls gibt es aber Dinge, die vor Aufnahme der diplomatischen Beziehungen geregelt werden müssen. Ich will damit nicht sagen, daß wir in diesem Zusammenhang irgendwelche Forderungen stellen wollen. Allerdings wissen wir nicht genau, was Sie Ihrerseits gegebenenfalls unter Forderungen verstehen. Ich frage Sie deshalb: Wollen Sie Ungarn irgendwelche Forderungen stellen oder nicht? Wenn Forderungen gestellt werden, müssen wir prüfen, ob wir sie annehmen können. Jedenfalls werden wir keine Forderungen stellen, die Ihren Aufenthalt in Budapest

<sup>14</sup> Das Gespräch, das am 25. Januar 1967 stattfand, leitete der ungarische Außenminister mit den Worten ein, daß „Deutschland im geteilten oder nicht geteilten Zustand immer ein wesentlicher Faktor in der Geschichte Europas sein“ werde. Péter betonte: „Wir werden einander nicht ausweichen können.“ Staatssekretär Lahr erklärte daraufhin, daß es das Ziel der Bundesregierung sei, „mit allen sozialistischen Ländern, falls dort die Bereitschaft besteht und keine unmöglichen Bedingungen gestellt werden, diplomatische Beziehungen aufzunehmen“. Die Unterredung mit Péter behandelte schwerpunktmäßig die Modalitäten einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Vgl. Referat II A 5; Bd. 1049.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

schwermachen würden. Auch ich bin mit Ihnen der Meinung, daß die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen in der Öffentlichkeit einen zu starken Akzent bekommen hat, aber nicht durch uns, sondern durch die westliche Presse.<sup>16</sup> Wir sind daran gewöhnt, daß in der westlichen Presse sehr viel spekuliert wird. Sie möchte immer ganz genau wissen, was man im Osten über die einzelnen Probleme denkt. Ich mache Ihnen den Vorschlag, daß wir die allgemeinen politischen Fragen auf morgen verschieben, auf das Gespräch mit Minister Péter, und daß wir uns zunächst auf die Frage der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen beschränken, wozu ich Ihnen selbst Rede und Antwort stehen kann.

*Lahr:* Da der Ton nicht unwichtig für die Atmosphäre ist, in der sachliche Entscheidungen getroffen werden sollen, so möchte ich noch ein paar Worte dazu sagen. Offenbar ist es Ihre Auffassung, daß die bisherige deutsche Außenpolitik sehr negativ war, aber ich möchte doch darauf hinweisen, daß bereits der frühere Außenminister, Minister Schröder<sup>17</sup>, die gegenwärtige Politik eingeleitet hat.<sup>18</sup> Die Errichtung der Handelsvertretung reicht bereits drei Jahre zurück.<sup>19</sup> Ich weiß, daß sich in der Vergangenheit ganze Berge von Mißverständnissen, Irrtümern und Vorurteilen zwischen uns angehäuft haben, die abgeräumt werden müssen. Erst wenn das geschehen ist, wird man wissen, wo eigentlich die Wahrheit liegt. Es wäre falsch, schon jetzt den Versuch zu unternehmen, sich von den gegenseitigen Ansichten überzeugen zu wollen, das ist sicher heute noch nicht möglich. Damit würde man das Pferd beim Schwanz aufzäumen. Man sollte daher nicht versuchen, zuerst die großen politischen Fragen lösen zu wollen und dann erst die diplomatischen Beziehungen aufzunehmen, sondern wir müssen es gerade umgekehrt machen. Auch wir haben keine Bedingungen zu stellen. So wäre also Gegenstand unserer Unterhaltung, über die Modalitäten der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu sprechen, und da ich nicht das erste Mal derartige Gespräche führe, sehe ich vor meinen Augen einen Fragebogen, der damit zusammenhängt.

Da ist zunächst die Frage: wie machen wir das formal? Man kann die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen durch ein gemeinsames Kommuniqué beschließen oder durch einen Briefwechsel. Jedenfalls braucht es dazu keinen Vertrag; wir können, wenn wir wollen, einen formlosen Weg wählen. Natürlich müssen wir in der Bundesrepublik uns fragen, wie verhält sich die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu unserer Deutschlandpolitik. Keineswegs verlangen wir, daß Sie mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen unsere Deutschlandpolitik anerkennen.<sup>20</sup> Wenn wir diplomatische Beziehungen auf-

<sup>16</sup> So wurde unter der Überschrift: „Bonner Sondierungsbesuch jetzt in Budapest“ gemeldet: „Offensichtlich soll Lahr das Terrain für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen sondieren, auch wenn noch keine Rede von Verhandlungen sein kann.“ Vgl. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 70 vom 24. Januar 1967, S. 1.

<sup>17</sup> Der Passus „der frühere ... Schröder“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Lahr zurück. Zuvor lautete er: „unser Minister Schröder“.

<sup>18</sup> Für eine zusammenfassende Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete vom 23. Dezember 1966 zur Ostpolitik in den Jahren 1963 bis 1966 vgl. AAPD 1966, II, Dok. 412.

<sup>19</sup> Die Handelsvertretung der Bundesrepublik in Budapest wurde am 15. Juli 1964 eröffnet.

<sup>20</sup> Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Lahr zurück. Vorher lautete er: „Niemanden werden wir verlangen, daß Sie mit der Aufnahme auch unsere Deutschlandpolitik anerkennen“.

nehmen wollen, dann bedeutet das nicht, daß Sie oder wir wichtige Positionen aufgeben oder verändern können. Als Bundeskanzler<sup>21</sup> Adenauer in Moskau war, hat er der sowjetischen Regierung einen einseitigen Brief geschrieben, in dem er den deutschen Standpunkt in der deutschen Frage klarstellt.<sup>22</sup> Er betonte, daß sich unsere Meinung nicht geändert hat und die russische Regierung hat dies auch zur Kenntnis genommen. Selbstverständlich ist dieses Moskauer Modell nicht bindend. Ob man einen Brief schreibt, oder ob man eine Regierungserklärung im Bundestag abgibt oder vor der Presse, das hängt ganz von den Umständen ab. Wenn Sie Ihrerseits durch eine Erklärung unterstreichen, daß Sie Ihren Standpunkt in der deutschen Frage nicht geändert haben, so ist das Ihre Sache.<sup>23</sup>

Schwieriger scheint mir die Berlin-Frage zu sein. Sie können von uns nicht erwarten, daß wir unseren Standpunkt in dieser Frage geändert haben und wir erwarten das auch nicht von Ihnen. In der Einigung über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen bedarf es keiner Berlin-Klausel; im internen Gespräch müssen wir jedoch wissen, wie wir diese Frage behandeln wollen. West-Berlin ist nun einmal da; es gibt Menschen, Firmen, Organisationen aus West-Berlin, die an Beziehungen mit Ungarn interessiert sein mögen. Wir betrachten es als unsere Aufgabe, uns dieser Menschen, Firmen etc.<sup>24</sup> anzunehmen, und wir müssen wissen, wie Sie dazu stehen.

Was die wirtschaftlichen Beziehungen<sup>25</sup> angeht, haben wir früher bereits einen Kompromiß gefunden<sup>26</sup>, wenn er auch vielleicht nicht voll befriedigt. Aber man könnte ihn übernehmen. Nach unserer Auffassung wäre es nicht besonders glücklich, neben der Botschaft auch noch die Handelsvertretung bestehen zu lassen, sondern wir zögen es vor, wenn diese die Wirtschaftsabteilungen der Botschaften würden und wenn die Rechte und Pflichten der Handelsvertretung auf diese Wirtschaftsabteilungen der Botschaften übergängen. Das wäre insofern gut, weil wir dann über gewisse Probleme nicht zu sprechen brauchen.

Für den anderen, den nichtwirtschaftlichen Bereich jedoch sollte eine Lösung gefunden werden, die so aussehen muß, daß kein Teil das Gesicht zu verlieren braucht. Deshalb denken wir, daß wir die West-Berlin-Frage pragmatisch erledigen sollten.<sup>27</sup>

<sup>21</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt.

<sup>22</sup> Zum Schreiben vom 13. September 1955 vgl. Dok. 10, Anm. 5.

<sup>23</sup> Am 25. Januar 1967 führte der ungarische Außenminister Péter zum Vorschlag eines einseitigen Schreibens aus: „Ich meine, daß die Lösung von 1955, die man in Moskau gefunden hat, für 1967 nicht mehr anwendbar ist. [...] Vergessen Sie nicht, nach jener Erklärung brach der Kalte Krieg aus. Man sollte jedoch eine Lösung finden, die tunlich vermeidet, daß wir auf offener Bühne miteinander streiten müssen.“ Vgl. Referat II A 5, Bd. 1049.

<sup>24</sup> Die Wörter „Firmen etc.“ wurden von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt.

<sup>25</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Probleme“.

<sup>26</sup> Im Abkommen mit Ungarn vom 10. November 1963 über den Waren- und Zahlungsverkehr und über die Errichtung von Handelsvertretungen wurde die Einbeziehung von Berlin (West) dadurch sichergestellt, daß ein vertraulicher Briefwechsel über den Zahlungsverkehr, in dem „die Währungsgebiete des Forint und der Deutschen Mark (DM-West)“ als Geltungsbereich der Vereinbarung festgelegt wurden, mit dem Abkommen verklammert war. Für den Briefwechsel vgl. VS-Bd. 8374 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963. Vgl. dazu auch AAPD 1963, II, Dok. 339.

<sup>27</sup> Zur Frage einer Berücksichtigung von Berlin (West) bei einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Ungarn erläuterte Staatssekretär Lahr am 25. Januar 1967 gegenüber dem ungari-

Es kann auch über andere Probleme unserer Außenpolitik gesprochen werden, sofern Sie das wünschen. Ich bin bereit, auf jede Frage eine Antwort zu geben, über das Münchener Abkommen<sup>28</sup> oder die Oder-Neiße-Grenze<sup>29</sup>. Ich werde sie nicht anschneiden, aber wenn Sie eine Antwort verlangen, werde ich sie Ihnen geben. Ich bin auch bereit, über Nonproliferation zu sprechen, und ich würde gern auch noch etwas über unsere seinerzeitige Friedensnote<sup>30</sup> sagen.

Aber es gibt auch andere Einzelfragen, in denen wir vielleicht gegenseitig etwas füreinander tun könnten, so z. B. in den Fragen der Anwendung des Bundesrückerstattungsgesetzes<sup>31</sup>, der Sichtvermerke, der ungarischen Emigrantenorganisationen, der Familienzusammenführung<sup>32</sup>, der Donaukonvention<sup>33</sup> und überhaupt der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern.

*Szilágyi:* Zunächst müssen wir über die Modalitäten der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen sprechen. Das Stellen von Forderungen wäre in diesem Zusammenhang wirklich nicht vernünftig. Wenn wir dies tun, dann müßten wir vielleicht das Gespräch rasch beenden. Da finde ich das Wort Modalitätä-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 157*

schen Außenminister Péter: „Die Westberliner sind nun einmal vorhanden und ihre Existenz wird auch in den Beziehungen mit Ungarn eine Rolle spielen. Westberliner, die hierher kommen, brauchen gelegentlich Rat und Unterstützung. Eine eigene Vertretung werden sie bestimmt nicht haben. Sie werden an dieser Tatsache nicht vorbeigehen können.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Brückner, Budapest; Referat II A 5, Bd. 1049.

<sup>28</sup> Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

<sup>29</sup> Zur Oder-Neiße-Linie führte Staatssekretär Lahr am 25. Januar 1967 gegenüber dem ungarischen Außenminister Péter aus, daß es sich dabei nicht um eine Grenze der Bundesrepublik handele, und sie daher kein „deutsch-ungarisches Problem“ darstelle. Zudem kenne er keinen „maßgebenden deutschen Politiker“, der für ein wiedervereinigtes Deutschland die Grenzen von 1937 fordere. Lahr betonte: „Das Problem der Oder-Neiße-Linie ist eine Frage, die, wenn sie spruchreif geworden ist, mit kühlem Realismus gelöst werden muß.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Brückner, Budapest; Referat II A 5, Bd. 1049.

<sup>30</sup> Für den Wortlaut der Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 vgl. BULLETIN 1966, S. 329–331. Vgl. dazu auch AAPD 1966, I, Dok. 58.

<sup>31</sup> Für den Wortlaut des Bundesgesetzes zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz) vom 19. Juli 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil I, S. 734–742.

<sup>32</sup> Zum Stand der Familienzusammenführung legte Vortragender Legationsrat Müller-Dethard dar, daß nach den „neuesten ungarischen Unterlagen“ noch etwa 220 000 „Personen deutscher Volkszugehörigkeit“ in Ungarn lebten. Die Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn vertrete die Ansicht, daß davon ca. 40 000 bis 50 000 Personen den Wunsch haben, „im Rahmen einer erweiterten Familienzusammenführung“ in die Bundesrepublik zu übersiedeln. Das Deutsche Rote Kreuz halte „diese Zahlen jedoch für überhöht“, da ihm z. Z. nur etwa 6 000 Ausreisearträge vorlägen. Müller-Dethard regte an, Staatssekretär Lahr solle bei seinen Gesprächen in Budapest darauf hinweisen, daß es sich primär um ein humanitäres Problem handele, und auf eine großzügige und schnelle Bearbeitung der vorliegenden Anträge dringen. Vgl. die Aufzeichnung vom 12. Januar 1967; Referat II A 5, Bd. 1049.

<sup>33</sup> Für den Wortlaut der Belgrader Donaukonvention vom 18. August 1948 zwischen der UdSSR, der Ukrainischen SSR, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Ungarn, der Tschechoslowakei und (seit 1960) Österreich vgl. UNTS, Bd. 33, S. 181–225.

In seinem Gespräch mit dem ungarischen Stellvertretenden Außenhandelsminister Baczoni erklärte Staatssekretär Lahr zur Donaukonvention, daß die Bundesrepublik „vor einiger Zeit den Antrag auf Aufnahme gestellt“ habe. Er fuhr fort: „Wir wollen nicht drängen, aber wir wollen auch in diesem Gremium unter dem Gesichtspunkt ‚Verstärkung der Beziehungen zwischen Ost und West‘ mitarbeiten. Wir betrachten die Donau-Kommission als eine besonders gute Möglichkeit hierzu.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Brückner, Budapest; Referat II A 5, Bd. 1049.

ten schon besser. Wir kennen den Brief Adenauers. Ich glaube aber nicht, daß es zweckmäßig ist, darüber zu sprechen.

Berlin ist tatsächlich eine schwierige Frage. Sollten Sie diese Stadt in die Aufgaben Ihrer Botschaft offiziell einbeziehen wollen, so würde das ein sehr heikles Problem aufwerfen. Ebenso würde eine Diskussion über das Alleinvertretungsrecht unsere Gespräche belasten.<sup>34</sup> Wenn wir erst einmal anfangen, die juristische Seite dieser Fragen zu besprechen, finden wir sicher keine Ende.

Ich fange zunächst mit der Zeit seit 1963 an, als wir unseren Handelsvertrag abgeschlossen haben. Damals verbanden wir unsererseits keine großen Erwartungen hinsichtlich der politischen und kulturellen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern, jedoch hatten wir solche über den Handel. Wir sind darin aber etwas enttäuscht worden. Auch auf diesem Gebiet ist das Leben nach Errichtung der Handelsvertretung nicht sehr viel einfacher geworden. Das Tempo, das zur Normalisierung unserer wirtschaftlichen Beziehungen führen sollte, blieb ein sehr langsames. Es ist richtig, daß wir einige Probleme mit einem ganz guten Ergebnis erledigt haben, bei anderen sind wir aber zu keinem Resultat gekommen, und wenn wir alles in allem nehmen, darf ich sagen, daß wir mit der Entwicklung der letzten drei Jahre nicht zufrieden waren.<sup>35</sup> Sie hatten einmal vorgeschlagen, Visafragen durch die Handelsvertretung stillschweigend erledigen zu lassen, damit konnten wir uns jedoch nicht einverstanden erklären, denn jede Frage, auch diese, sollte so wie das zwischen Ländern im allgemeinen üblich ist, gelöst werden. Selbstverständlich galt das auch für die kulturellen Fragen, und wir waren nicht mit einem Tätigwerden der Handelsvertretung auf diesem Gebiet einverstanden.<sup>36</sup>

Wenn ich ein paar Worte zu den Visaschwierigkeiten sagen darf, möchte ich erwähnen, daß gerade diese Frage unsere Beziehungen belastet. Es ist schon sehr störend, wenn ein gewöhnlicher Tourist vier Wochen warten muß, aber wenn das gleiche auf Handelsleute zutrifft, so ist das einfach nicht normal.<sup>37</sup> Auch mit der Art, wie Sie Fragebogen im Zusammenhang mit Reisen von Ungarn nach Deutschland ausschreiben, sind wir nicht zufrieden. Wir sind in allen diesen Fragen viel beweglicher.

<sup>34</sup> Im zweiten Gespräch mit dem ungarischen Stellvertretenden Außenminister Szilágyi, das am 25. Januar 1967 stattfand, schlug Staatssekretär Lahr vor, den Beschluß zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen in einem Kommuniqué zu veröffentlichen, in dem „einfach stehen“ werde, „daß die beiden Länder beschlossen haben, diplomatische Beziehungen aufzunehmen, gefolgt von einigen schönen Worten, aber Sie werden darin nichts von einem Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik finden, auch nichts von unserer rechtlichen Auffassung, daß wir Westberlin zu vertreten berechtigt sind usw.“ Vgl. Referat II A 5, Bd. 1049.

<sup>35</sup> Zur ungarischen Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung vgl. Dok. 28, besonders Anm. 14.

<sup>36</sup> Im April 1965 schlug die Bundesregierung vor, den Zuständigkeitsbereich der Handelsvertretung in Budapest um konsularische und kulturelle Befugnisse zu erweitern. Die ungarische Regierung lehnte dies ab. Vgl. dazu AAPD 1965, II, Dok. 170, und AAPD 1965, III, Dok. 383.

<sup>37</sup> Vortragender Legationsrat Dreher erläuterte die lange Wartezeit auf ein Visum damit, daß „die Sichtvermerke zur Einreise in die Bundesrepublik Deutschland auf Grund einer deutsch-alliierten Vereinbarung aus dem Jahre 1955 durch die französische Botschaft“ erteilt würden. Diese müsse wiederum „aus Sicherheitsgründen“ alle Anträge dem Auswärtigen Amt vorlegen, das diese seinerseits an das Bundesministerium des Innern weiterleite. Das Bundesministerium des Innern wiederum bitte die Sicherheitsbehörden und die „Ausländerbehörden des Zielorts“ um Stellungnahme. Erst danach könne die französische Botschaft in Budapest „zur Sichtvermerkserteilung ermächtigt“ werden. Vgl. die Aufzeichnung vom 18. Januar 1967; Referat II A 5, Bd. 1049.

Was die Presse im Zusammenhang mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen angeht, so sind wir in keiner Weise, weder durch die Sowjetunion noch durch die DDR, unter irgendwelchen Druck gesetzt worden. Aber was Ihre Presse z.B. über unsere Wirtschaftsreform<sup>38</sup> schreibt, wo sie berichtet, daß unser Wirtschaftsleben katastrophal sei, erfreut uns nicht gerade sehr. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang den Austausch von Journalistengruppen, wie das 1966 der Fall war. Das war ein guter Schritt. Im übrigen ist die Zahl der Journalisten, die Ungarn besuchen, sehr angestiegen. 1965 waren es 250, 1966<sup>39</sup> bereits 400. Natürlich sind viel weniger Journalisten aus Ungarn in die Bundesrepublik gefahren, das hängt aber mit der Größe der beiden Länder zusammen. Wenn Sie sich manchmal beklagen, daß unsere Presse zuviel Nachteiliges über die Bundesrepublik schreibt, so brauchen wir nur den „Spiegel“ und andere Blätter zu lesen, um vieles, was wir sagen, dort bestätigt zu finden. Diese Berichte haben den ungarischen Journalisten wesentlich geholfen, auch negative Meldungen über die Bundesrepublik verbreiten zu können.

Noch ein Wort zu den internationalen Organisationen. Im GATT hat sich nur eine einzige Stimme gegen unseren Versuch, einen Beobachter dorthin zu schicken, erhoben, und die gehörte der Bundesrepublik.<sup>40</sup> Wir haben das nicht verstanden. Man müßte in allen internationalen Organisationen Methoden finden, die das Leben für uns Ungarn dort erleichtern und nicht erschweren.

Was die Wiedergutmachung<sup>41</sup> angeht, so möchte ich keine Detailfragen erörtern. Ich mache den Vorschlag, daß man in naher Zukunft Besprechungen oder besser gesagt Verhandlungen über diese Frage aufnimmt, entweder in Budapest oder in Bonn. Die Fachleute müssen sich hierüber unterhalten, denn die damit zusammenhängenden juristischen und finanziellen Fragen sind zu schwierig, als daß wir sie hier behandeln könnten. Ich betone, daß dies keine

<sup>38</sup> Ende Mai 1966 veröffentlichte das ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei eine „Resolution über die Reform des Wirtschaftsmechanismus“. Diese Reform sollte zum 1. Januar 1968 eingeführt werden; die Jahre 1966 und 1967 sollten zur Vorbereitung dienen. Ihr Charakteristikum war die „organische Verbindung von zentralisierter Planlenkung und aktiver Rolle des Marktes“. Ein wichtiger Bestandteil war die Einführung eines „rationaleren und flexibleren Preissystems“. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Brückner, Budapest, vom 20. Juni 1966; Referat III A 6, Bd. 276.

<sup>39</sup> Korrigiert aus: „1964“.

<sup>40</sup> Dazu erläuterte Ministerialdirektor Harkort: „Die ungarischen Vorhaltungen entsprechen nicht den Tatsachen: Im Sommer 1966 stellte die ungarische Vertretung in Genf bei dem Generaldirektor des GATT den Antrag, als Beobachter bei den Vollsitzungen der GATT-Vertragsparteien teilnehmen zu können. [...] Die Vertretung Genf erhielt daraufhin am 31. Oktober 1966 Weisung, der Teilnahme Ungarns als Beobachter entsprechend der GATT-Praxis sowie der Behandlung dieser Frage im nächsten GATT-Rat zuzustimmen. Die Vertretung verhielt sich weisungsgemäß. In der Sitzung des GATT-Rates am 17. November 1966 wurde der ungarische Antrag von 19 Vertragsparteien unterstützt, Gegenstimmen wurden nicht abgegeben. Der Antrag ist damit angenommen.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 1. Februar 1967; Referat III A 2, Bd. 274.

<sup>41</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Roedel führte dazu am 16. Januar 1967 aus, daß die ungarische Regierung „offenbar nur die Befriedigung der rückerstattungsrechtlichen Ansprüche von 62 000 in Ungarn lebenden Antragstellern“ verlange, die fristgerecht Anträge nach dem Bundesrückerstattungsgesetz vom 19. Juli 1957 gestellt hatten. Diese Ansprüche könnten zur Zeit aufgrund fehlender diplomatischer Beziehungen mit Ungarn nicht befriedigt werden; die Bundesregierung könne jedoch nach Paragraph 45, Absatz 2 des Bundesrückerstattungsgesetzes bestimmen, daß Ungarn behandelt werde, als bestünden diplomatische Beziehungen. Roedel verwies darauf, daß solche Beschlüsse im Falle Finnlands, Israels, Guatemalas und Honduras' ergangen seien. Vgl. Referat II A 5, Vd. 1049.



Forderung im Zusammenhang mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen ist, aber ich muß betonen, daß dieses Problem für uns sehr wichtig ist und wir legen großen Wert darauf, daß es endlich geregelt wird. Auch das Problem der ungarischen Emigranten-Organisationen in der Bundesrepublik<sup>42</sup> möchte ich nicht sehr vertiefen. Ich verweise nur darauf, daß es in der Bundesrepublik zur Zeit 45 derartige Verbände gibt, die über 19 Zeitungen in ungarischer, deutscher und englischer Sprache verfügen. Die Leiter dieser Organisationen und Zeitungen sind zumeist ehemalige Offiziere aus der Horthy-Armee, der Polizei oder der Gendarmerie, und viele unter ihnen sind Mitglieder ehemaliger ungarischer faschistischer Organisationen. Heute üben sie von dem Territorium der Bundesrepublik eine Tätigkeit gegen die Volksrepublik Ungarn aus, die man wirklich nur feindlich nennen kann. Die Normalisierung unserer Beziehungen müßte auch eine Besserung in dieser Frage zur Folge haben. Wir sind in der Lage, Ihnen alle Namen dieser Zeitungen und Organisationen zu nennen, so daß Sie in Ruhe dieses Problem studieren könnten. Uns besonders unangenehm aufgefallen ist, daß einige dieser Organisationen von Ihnen finanzielle Unterstützungen bekommen. Auch hierüber können wir Angaben machen. Aber es gibt noch andere Einrichtungen, deren Tätigkeit uns nicht behagt. Z.B. die Sendungen von Radio Free Europe, die man wirklich nur als feindselig der Volksrepublik Ungarn gegenüber bezeichnen kann. Auch in deren Leitung sind frühere Faschisten, zum Teil der Pfeilkreuzlerpartei, tätig. Einige von ihnen gelten in Ungarn sogar als Kriegsverbrecher. Ich gebe zu, daß Radio Free Europe sich seit Januar 1963 einer etwas anderen Politik befleißigt, jedoch betrifft das nur die Propagandamethoden. Auch für die „Deutsche Welle“ gilt das gleiche. Da alle diese Organisationen ihre Tätigkeit vom Gebiet der Bundesrepublik ausüben, so müßte überlegt werden, welche Schritte zur Bremsung dieser feindlichen Tätigkeit unternommen werden können.

Ich räume ein, daß ein weiterer Ausbau der Beziehungen noch auf vielen anderen Gebieten zwischen unseren beiden Ländern möglich ist, auch auf der politischen Ebene, jedoch ziehe ich es vor, hierüber im gegenwärtigen Augenblick noch nicht zu sprechen. Erst müssen die Modalitäten für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen gefunden werden, dann können wir an die Lösung der anderen Probleme gehen.

Ich möchte im Augenblick auch nicht auf die Frage eingehen, ob die Handelsvertretungen weiter existieren sollen oder nicht. Sicher ist eine Normalisierung auf dem gesamten Gebiet der politischen Probleme möglich. Ich glaube aber nicht, daß wir damit sehr schnell vorankommen können. Wir müssen über alte und schlechte Vorstellungen aus der Vergangenheit siegen, wir müssen aber auch die gegenwärtigen europäischen Verhältnisse berücksichtigen. Sie

<sup>42</sup> Dazu erläuterte Referat II A 5, daß ca. 30 000 Emigranten aus Ungarn in der Bundesrepublik lebten. Darunter befanden sich „verschiedene prominente Persönlichkeiten aus der Horthy-Zeit, so u. a. der Generaloberst a. D. Hennyey, der den Ungarn ein besonderer Dorn im Auge“ sei. Allerdings enthielten sich die ungarischen Emigranten und ihre Organisationen in der Bundesrepublik „jeder politischen Aktion, die unmittelbar gegen Ungarn und seine Regierung gerichtet ist. Die Interessen Ungarns und die deutsch-ungarischen Beziehungen werden durch sie nicht berührt.“ Die Bundesregierung betrachte deshalb die „von ungarischer Seite immer wieder erhobenen unqualifizierten Vorwürfe als eine Einmischung“ in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik, die sie zurückweisen müsse. Für die undatierte Aufzeichnung vgl. Referat II A 5, Bd. 1049.

sind sich im klaren, daß die DDR unser Verbündeter ist und daß wir Schritte machen können, die ihr Schaden verursachen würden. Sie haben recht, wenn Sie sagen, daß wir die Frage des Status quo West-Berlins und des sogenannten Alleinvertretungsrechts irgendwie praktisch lösen müssen. Vielleicht haben Sie konkrete Vorschläge, die Sie morgen mit Minister Péter besprechen wollen.

*Lahr:* Ich komme zunächst auf die Tätigkeit der Handelsvertretung zurück, die meiner Meinung nach in den vergangenen drei Jahren zu einem fühlbaren Fortschritt geführt hat. Wir waren allerdings der Auffassung, daß man die Tätigkeit der Handelsvertretung nicht auf den Wortlaut der Abmachungen hätte beschränken müssen und wir hätten eine etwas liberalere Auffassung Ihrerseits sehr begrüßt. Aber nachdem Sie anderer Meinung waren, haben wir das mitgemacht. Wir müssen nun sehen, daß es in Zukunft besser wird.

Das Auswärtige Amt hat sein bestes getan, um die Fristen bei der Visumerteilung abzukürzen. Es dauert heute im allgemeinen doch nur mehr zwei Wochen. Bei diesem Problem spielt in der Bundesrepublik folgendes eine Rolle. Wir haben keine Fremdenpolizei in dem Sinne, wie man sie anderswo kennt<sup>43</sup>; wenn sich ein Ausländer in der Bundesrepublik bereits aufhält, ist er praktisch der<sup>44</sup> Beaufsichtigung entzogen, sofern er nicht gerade mit den Strafgesetzen in Konflikt gerät. Bei uns ist der Akt der Einreise im allgemeinen<sup>45</sup> die einzige Möglichkeit, eine Kontrolle auszuüben. Dazu kommt, daß wir ein Bundesstaat sind und dem Bund in dieser Frage fast keine Rechte zustehen, sie liegen bei den Ländern. Wir müssen uns jeweils mit den Ländern ins Benehmen setzen, und das nimmt rein technisch viel Zeit in Anspruch. Aber auch in den Fragen der Einreise<sup>46</sup> wird die Aufnahme diplomatischer Beziehungen wohl eine Besserung bringen. Ich glaube, wir brauchen bezüglich dieses Problems für die Zukunft keine allzu großen Befürchtungen zu hegen.

Was die Presse anbelangt, so ist das ein schwieriges Kapitel, da es in die Politik hineinspielt. Auch wenn die DDR einen Druck ausgeübt hätte, so haben wir Ihnen in dieser Frage keine Vorschriften zu machen, wir könnten dies auf keinen Fall verhindern.<sup>47</sup> Der Vorwurf träfe dann aber nicht Budapest, sondern allein Ostberlin.

Was die Vorwürfe unserer Presse gegen die Wirtschaftsentwicklung in Ungarn angeht, so werden derartige Vorwürfe auch gegen die Wirtschaft des eigenen Landes erhoben. Immer wird es Fragen geben, die von der Presse einer kritischen Würdigung unterzogen werden, auf beiden Seiten. Das ergibt sich schon aus der Unterschiedlichkeit der Standorte. Was ich aber vorschlagen möchte, ist, den Ton der Kritik<sup>48</sup> zu ändern. In keiner Kritik braucht etwas Verletzendes oder Kränkendes für den anderen enthalten zu sein. Sie können unsere

<sup>43</sup> Der Passus „in dem Sinne ... kennt“ wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt.

<sup>44</sup> Die Wörter „praktisch der“ wurden von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „jeder“.

<sup>45</sup> Die Wörter „im allgemeinen“ wurden von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt.

<sup>46</sup> Der Passus „in den ... Einreise“ wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „hier“.

<sup>47</sup> Der Passus „Was die Presse ... verhindern“ wurde von Staatssekretär Lahr angeschlängelt. Dazu Fragezeichen und handschriftlicher Vermerk: „Lücken! Aber ich kann auch nicht mehr rekonstruieren.“

<sup>48</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lahr gestrichen: „etwas“.

Politik kritisieren, ohne solche diffamierenden Ausdrücke wie Revanchisten und Kriegstreiber zu benutzen. Wir sind bereit, uns mit Ihrer Kritik sachlich<sup>49</sup> auseinanderzusetzen. Wir hoffen sehr, daß mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen sich auch in diesem Punkte manches ändern wird. Auch ich bin der Meinung, daß der Journalistenaustausch eine sehr gute Sache gewesen ist.

Was Ihre Beschwerde über unsere Haltung im GATT anbetrifft, so ist mir das neu und nicht verständlich. Das steht so gar nicht in Einklang mit unserer generellen Haltung, die wir in dieser Frage im allgemeinen im Interesse der sozialistischen Staaten eingenommen haben. Die Bundesrepublik ist z. B. sehr für den Beitritt Polens<sup>50</sup> gewesen und nicht dagegen, wie es unlängst in Warschau hieß. Natürlich haben wir gewisse Probleme, die durch einen solchen Beitritt aufgeworfen werden, gründlich zu prüfen. Aus wirtschaftlichen Gründen sind wir daran interessiert, daß Ungarn dem GATT beitrifft. Hinsichtlich des Bundesrückerstattungsgesetzes hoffe ich, daß diese Klippe in absehbarer Zeit nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen umschifft sein wird. Denn dann findet auch auf Sie das Rückerstattungsgesetz uneingeschränkt Anwendung. Soviel ich weiß, liegen in der Bundesrepublik 62 000 Anträge von Ungarn vor, und ich versichere Ihnen, daß diese Anträge nach Aufnahme der Beziehungen genauso behandelt werden wie alle anderen. Wenn Sie wollen<sup>51</sup>, kann man über diese Frage des näheren<sup>52</sup> sprechen. Ich sehe jedenfalls eine positive Lösung,<sup>53</sup> wie Sie sie erwarten.

Nun zur leidigen Frage der Emigrantenorganisationen. Es stimmt, auch wir haben mit diesem Problem viel Ärger, und wir versuchen unser bestes, um ihn zu verringern. Was diese ungarischen Emigranten angeht – ungefähr 30 000 – so ist mir in der Vergangenheit kein konkreter Fall zu Ohren gekommen, wo sich diese ungarischen Emigranten so radikal verhalten hätten wie z. B. die jugoslawischen.<sup>54</sup> Niemals sind von ihnen Straftaten begangen worden. Unser Standpunkt in dieser Frage ist durch das Grundgesetz bestimmt. Es kennt ein

<sup>49</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt.

<sup>50</sup> Polen war seit November 1959 mit dem GATT assoziiert und nahm ohne Stimmrecht an den Arbeiten dieser Organisation teil. Am 16. Dezember 1966 stellte Polen einen Antrag auf volle Mitgliedschaft im GATT. Dieser wurde seitens der Wirtschaftsabteilung des Auswärtigen Amts sehr skeptisch beurteilt, u. a. deshalb, weil der polnische Staat über ein „lückenloses Außenhandelsmonopol“ verfüge und daher die Preise für Exportwaren „manipuliert“ werden könnten, weil dann das Kontingentsystem der Bundesrepublik, das eine Sicherheit für die deutsche Wirtschaft darstelle, entfallen müsse und weil die „anderen Ostblockstaaten“ voraussichtlich „früher oder später die gleichen Bedingungen für sich im GATT verlangen“ würden. Trotz dieser Bedenken stimmte die Bundesrepublik am 10. Januar 1967 im GATT-Rat der Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Prüfung des polnischen Beitrittsesuches zu. Ministerialdirektor Harkort betonte jedoch: „Dies präjudiziert nicht die künftige deutsche Haltung.“ Vgl. die Aufzeichnung von Harkort vom 30. Dezember 1966; Referat III A 2, Bd. 273. Vgl. dazu auch den Drahtbericht Nr. 12 des Legationsrats I. Klasse Kruse, z. Z. Genf, vom 11. Januar 1967; Referat III A 2, Bd. 273.

<sup>51</sup> Die Wörter „Wenn Sie wollen“ wurden von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Trotzdem“.

<sup>52</sup> Die Wörter „des näheren“ wurden von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt.

<sup>53</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lahr gestrichen: „auf uns zukommen, so“.

<sup>54</sup> So verübte beispielsweise am 29. November 1962 eine kroatische Emigrantenorganisation ein Attentat auf das Gebäude der ehemaligen jugoslawischen Botschaft in Mehlem bei Bonn, in dem die „Abteilung für die Wahrnehmung jugoslawischer Interessen“ bei der schwedischen Botschaft untergebracht war. Vgl. dazu die Erklärung des Auswärtigen Amts vom 1. Dezember 1962; BULLETIN 1962, S. 1887.

Asylrecht<sup>55</sup>, aber auch die Koalitionsfreiheit<sup>56</sup> für alle in der Bundesrepublik lebenden Menschen. Wir können nur eingreifen, wenn Vereine gegen die deutschen Gesetze verstoßen. Auch in Zukunft wird es zunächst immer wieder darauf ankommen, ob sich diese Ausländer-Organisationen entsprechend unseren Gesetzen verhalten oder nicht. Jedoch könnte<sup>57</sup> die Aufnahme diplomatischer Beziehungen auch in diesem Punkte Erleichterungen bringen: sollten Sie etwas feststellen, was nach Ihrer Meinung gegen die deutschen Gesetze verstößt, dann mögen Sie es uns sagen, und wir<sup>58</sup> werden der Sache nachgehen. Auch Radio Free Europe und die Deutsche Welle müssen sich nach den deutschen Gesetzen richten. Wir können jedoch nicht hindern, daß sie die Verhältnisse mit kritischen Augen betrachten. Das tun sie auch gegenüber den Verhältnissen<sup>59</sup> in der Bundesrepublik. Ihre Kritik sollte nichts Herabsetzendes oder Ehrenrühriges enthalten. Hoffentlich wird die allgemeine Entspannung gegenseitige scharfe Kritiken überflüssig machen.

Wir sind bereit, jederzeit über die Erweiterung des Handelsabkommens zu sprechen, auch über eine engere wirtschaftliche oder technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit. Wir sind in diesen Fragen sehr aufgeschlossen.

*Szilágyi:* Was Sie bezüglich der Wiedergutmachung sagen, ist mir klar. Sie hätten allerdings schon vorher einen Ausweg gehabt, wenn Sie gewollt hätten. Das Gesetz gab Ihnen dazu Möglichkeiten, Sie haben sie nur nicht ausgenutzt. Jedenfalls wiederhole ich den Vorschlag, daß sich Sachverständige bald zusammensetzen und diese Fragen besprechen mögen.

Was die Emigrantenorganisationen und den Rundfunk angeht, so müssen die Beteiligten nicht immer gleich zu Mord und Totschlag greifen, damit sie intervenieren können. Ich gebe zu, daß eine gewisse Entspannung bei Radio Free Europe und der Deutschen Welle fühlbar und auch die Sprache etwas besser geworden ist. Es handelt sich aber nicht nur um den Ton, sondern um die Menschen, die bei diesen Institutionen tätig sind, und wir können Ihnen Namen nennen, die wirklich nicht erfreulich sind.

Im allgemeinen sind wir mit unserem heutigen Gespräch zufrieden, hoffentlich auch meine Kollegen. Es täte mir leid, wenn ich manchmal zu unhöflich gewesen wäre. Die Fragen, die wir beiderseitig besprochen haben, waren wichtig. Wir sind einen guten Schritt weitergekommen. Vielen Dank.

**Referat II A 5, Bd. 1049**

<sup>55</sup> Artikel 16, Absatz 2 GG (Auszug): „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“

<sup>56</sup> Artikel 9, Absatz 1 GG: „Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.“

<sup>57</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „wird“.

<sup>58</sup> Der Passus „dann mögen ... nachgehen“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Lahr zurück. Vorher lautete er: „dann bitte ich Sie, es zu sagen. Wir“.

<sup>59</sup> Die Wörter: „gegenüber den Verhältnissen“ wurden von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt.

## 28

**Gespräch des Staatssekretärs Lahr mit dem  
ungarischen Außenhandelsminister Bíró in Budapest**24. Januar 1967<sup>1</sup>

Teilnehmer: StS Lahr, von Arz, Brückner, Bíró, Szilágyi, Buzás, Solti

*Bíró:* Wir begrüßen Ihr Erscheinen, Herr Staatssekretär, denn die persönlichen Verbindungen fördern auch die offiziellen.<sup>2</sup> Vergessen Sie nicht, daß 40 % unseres gesamten Nationaleinkommens dem Außenhandel zu verdanken ist. Die Bundesrepublik ist außerdem der größte westliche Handelspartner Ungarns, und ich hoffe sehr, daß dieser Besuch zu einer weiteren Verbesserung unserer wirtschaftlichen Beziehungen beitragen wird. Wir selbst werden uns auf die Fragen des Außenhandels beschränken, und ich würde gern Ihre Meinung über die zukünftige Entwicklung erfahren.

*Lahr:* Dies ist tatsächlich der erste politische Kontakt mit Ungarn auf höherer Ebene nach dem Kriege. Damit wird eine neue Seite in der Geschichte der deutsch-ungarischen Beziehungen aufgeschlagen. Ich wäre dankbar, wenn wir über alle Themen sehr frei und offen sprechen könnten mit dem klaren Ziel, zu einer Verbesserung der Beziehungen zu gelangen. Auf dem Handelsgebiet haben wir gemeinsam einiges<sup>3</sup> erreicht<sup>4</sup>, aber es bleibt noch vieles zu tun. Was in der Vergangenheit geschehen ist, war durchaus so, daß wir darauf mit Zufriedenheit zurückblicken können. Unser Gesamtvolumen ist bereits sehr nahe an die 700 Mio. DM gekommen.<sup>5</sup> Es hat sich seit 1962 fast verdoppelt. Das ist ein schöner Erfolg. Diese Aufwärtsentwicklung wird sich meiner Meinung nach fortsetzen. Wir freuen uns, daß wir unter den nichtsozialistischen Handelspartnern Ungarns der erste sind und wir wollen diese Stellung nicht nur halten, sondern verstärken. Der Handel ist einigermaßen ausgeglichen<sup>6</sup>, was durchaus nicht mit allen sozialistischen Ländern der Fall ist. Gegenüber Ru-

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Brückner, Budapest, am 30. Januar 1967 gefertigt. Vgl. dazu auch Dok. 27, Anm. 1.

Für die wesentlichen Änderungen des Staatssekretärs Lahr vgl. Anm. 3, 17, 18 und 21–24.

<sup>2</sup> Zum Aufenthalt des Staatssekretärs Lahr vom 23. bis 26. Januar 1967 in Ungarn vgl. Dok. 27, Anm. 2.

<sup>3</sup> Die Wörter „gemeinsam einiges“ wurden von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „das meiste“.

<sup>4</sup> Am 10. November 1963 schloß die Bundesrepublik mit Ungarn ein Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr und über die Errichtung von Handelsvertretungen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 14 vom 22. Januar 1964, S. 1 f.

Die Handelsvertretung der Bundesrepublik in Budapest wurde am 15. Juli 1964 eröffnet.

<sup>5</sup> Nach einer Information des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Klarenaar für die Vertretung in Budapest betrug der Gesamtumsatz im Handel mit Ungarn im Jahr 1966 692,4 Mio. DM. Vgl. den Drahterlaß Nr. 13 vom 8. Februar 1967; Referat III A 6, Bd. 276.

<sup>6</sup> Im Jahr 1966 wurden aus Ungarn Waren im Wert von DM 371,3 Mio. DM in die Bundesrepublik importiert; der Export nach Ungarn hatte einen Gesamtwert von 321,1 Mio. DM. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 13 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Klarenaar vom 8. Februar 1967; Referat III A 6, Bd. 276.

mänien<sup>7</sup> und Bulgarien<sup>8</sup> sind wir hoch aktiv geworden. Dann gibt es zwei Länder, wo wir stark passiv sind, das sind Rußland<sup>9</sup> und Polen<sup>10</sup>. In der goldenen Mitte befinden sich Ungarn und die Tschechoslowakei<sup>11</sup>. Wir werden das unsrige dazu tun, daß die Aufwärtsentwicklung anhält. Wie Sie wissen, hat die Bundesregierung einen Grundsatzbeschluß gefaßt, der eine zweite Liberalisierungswelle einleiten soll.<sup>12</sup> Wir haben schon im vergangenen Jahr ein Bündel von Maßnahmen zur Förderung des Handels mit den sozialistischen Ländern beschlossen, aufgrund dessen im ganzen 55 % unserer Waren liberalisiert wurden.<sup>13</sup> Wie stark dieser Satz erhöht werden kann, hängt von der Prüfung im einzelnen ab. Es ist jedoch anzunehmen, daß wir einen weiteren namhaften Schritt in dieser Richtung tun werden.

Wir sind aus zwei Gründen optimistisch: Zunächst aus wirtschaftlichen.

Auch in unserer Wirtschaft spielte der Außenhandel eine große Rolle für die Erreichung des Wohlstandes, den wir nach Kriegsende erworben haben. Wir können mit Zufriedenheit feststellen, daß wir im Welthandel an zweiter Stelle stehen, gleich nach den USA, noch vor Großbritannien und den anderen. Man muß sich aber täglich darum bemühen, diese Position zu halten. Die sozialistischen Länder sind für uns interessante Handelspartner geworden. Wir versprechen uns von dem Handel mit ihnen eine zusätzliche Förderung unseres gesamten Außenhandels. Andererseits ist der Warenabsatz Schrittmacher für die anderen Beziehungen. Wir wissen das aus vielen Beispielen. Und wir hoffen, daß sich dies auch im Verhältnis Bundesrepublik Deutschland-Ungarn bestätigen wird.

*Bíró:* Ich freue mich über Ihre optimistische Bewertung. Ich will Ihrer Beurteilung der Entwicklung nicht widersprechen, aber die Schwierigkeiten, die diesem Ziel entgegenstehen, müssen erörtert werden. Es stimmt, daß die Tendenz des Handels bisher immer progressiv war. Wenn wir diese Entwicklung jedoch mit der anderer westlicher Länder vergleichen, so war sie mit der Bundesrepublik in den letzten Jahren langsamer<sup>14</sup>, und es sind nach meiner Auffassung

<sup>7</sup> In den Monaten Januar bis Oktober 1966 erreichte der Export rumänischer Waren in die Bundesrepublik eine Höhe von 246,4 Mio. DM, während Rumänien aus der Bundesrepublik Güter im Wert von 412,3 Mio. DM importierte. Für den Vergleichszeitraum des Jahres 1965 betrugen die Werte 221,5 Mio. DM versus 392,3 Mio. DM. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort vom 13. Januar 1967; Referat III A 6, Bd. 259.

<sup>8</sup> Bulgarien exportierte im Verlauf des Jahres 1966 Güter im Wert von 165 Mio. DM in die Bundesrepublik und bezog dafür Waren im Wert von 415 Mio. DM. Vgl. dazu den Schriftbericht des Legationsrats I. Klasse Groll, Sofia, vom 30. Juni 1967; Referat III A 6, Bd. 237.

<sup>9</sup> Zur Entwicklung des Handels mit der UdSSR vgl. Dok. 26, Anm. 4.

<sup>10</sup> Im Zeitraum von Januar bis November 1966 erreichte der Export polnischer Güter in die Bundesrepublik eine Höhe von 428,2 Mio. DM, während Polen aus der Bundesrepublik Waren im Wert von 327,6 Mio. DM importierte. Für den Vergleichszeitraum des Jahres 1965 betrugen die Werte 370,7 Mio. DM versus 323,1 Mio. DM. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort vom 27. Januar 1967; Referat III A 6, Bd. 251.

<sup>11</sup> Im Jahr 1966 führte die Tschechoslowakei Waren im Wert von 67,8 Mio. Dollar aus der Bundesrepublik ein und exportierte in die Bundesrepublik Güter im Wert von 94,2 Mio. Dollar. Vgl. dazu den Entwurf eines Aide-mémoires vom 15. November 1966 an die französische Regierung; Referat III A 6, Bd. 270a.

<sup>12</sup> Zur Entscheidung des Bundeskabinetts vom 11. Januar 1967 vgl. Dok. 26, Anm. 5.

<sup>13</sup> Zum Beschluß der Bundesregierung vom 6. Mai 1966 vgl. Dok. 26, Anm. 1.

<sup>14</sup> Diese Ansicht trug auch der ungarische Stellvertretende Außenhandelsminister Baczoni in dem Gespräch mit Staatssekretär Lahr am 25. Januar 1967 vor. Lahr entgegnete darauf, daß nach sei-

eine ganze Reihe von Möglichkeiten zur Umsatzsteigerung versäumt worden. Wenn man die künftigen Chancen des deutsch-ungarischen Handels beurteilen will, dann muß man von der Wirtschaftsstruktur Ungarns ausgehen. Leider hat z.B. die Liberalisierung des vergangenen Jahres für Ungarn nicht so günstige Auswirkungen gehabt, wie für die anderen sozialistischen Länder. Sicher ist im Prinzip die Liberalisierung des vorigen Jahres ein positiver Schritt gewesen, aber materiell wirkte sie sich nicht sehr stark aus. Von unserer Ausfuhr in die Bundesrepublik Deutschland in Höhe von ungefähr 300 Mio. DM entfallen auf die landwirtschaftlichen Produkte 200 Mio. DM und hier wiederum 160 Mio. auf Marktwirtschaftsgüter. Allein der Posten von Schlachtrindern beträgt 60 Mio. DM. Die zukünftige große Beeinflussung des landwirtschaftlichen Exports durch die Marktregelung<sup>15</sup> wird sich nachteilig auf die ungarischen Agrarausfuhren auswirken; das ist unzweifelhaft. Damit ist ein großer Unsicherheitsfaktor in den Export Ungarns gekommen, und das wird bereits im nächsten Jahr spürbar werden, wenn die Produktionskosten auf den ungarischen Verkaufspreis Einfluß nehmen werden<sup>16</sup>, mit anderen Worten, wenn Ungarn nicht mehr so billig exportieren können. Die Auswirkungen der neuen Liberalisierungsmaßnahmen können wir noch nicht beurteilen, da wir sie in Einzelheiten selbst noch nicht kennen. Aber ich glaube, selbst wenn sie Ungarn zum Vorteil gereichen sollten, werden sie gewiß nicht die Nachteile, die durch die marktwirtschaftliche Ordnung auf dem Agrarsektor entstehen, ausgleichen. Will man das jetzige Niveau unseres Handels aufrechterhalten, bedarf es neuer Maßnahmen, und man sollte diese bald besprechen. Die bedingungslose Anwendung der Meistbegünstigungsklausel ist eine andere Frage, die diskutiert werden muß, ferner die Auswirkungen der Kennedy-Runde, der geplanten Liberalisierung und der neuen Marktwirtschaftsordnungen der EWG. So haben wir im letzteren Fall den Eindruck, daß sie z. B. nicht so scharf auf Dänemark angewendet werden wie auf Ungarn. Der neue Wirtschaftsmechanismus wird Möglichkeiten zur Ausweitung des Handels geben, aber auch Rückschritte bringen. Ungarn muß seinen Außenhandel in Übereinstimmung mit den Gewohnheiten des Welthandels neu ordnen. Die Außenhandelspartner Ungarns verlangen, daß ein Aktivum mit ihren Ländern von diesen verbraucht wird. Wir haben bisher stark das Prinzip der Konvertibilität betont, aber die westlichen Partner zwingen uns wieder zur Bilateralität zurück. Sicherlich kann eine Verbesserung des politischen Lebens auch zu einer Verbesserung der Wirtschaft führen. Es gibt zweifellos auch neben den negativen Seiten positive im deutsch-ungarischen Handel. Es stimmt, daß Sie mit einem 20%igen Anteil am Handel mit nichtsozialistischen Ländern an erster Stelle unter diesen Staaten stehen. Ich betone, daß dabei die Schlachtrinder 10-12% der deutschen Einfuhren ungarischer Güter ausmachen. Auch die Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit hat sich ganz günstig entwickelt. Das Klima be-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 166*

nen Unterlagen die Ausfuhren aus der Bundesrepublik nach Ungarn im ersten Halbjahr 1966 um 47% zugenommen hätten, die Ausfuhren aus Italien und Frankreich dagegen nur um 20% bzw. 14%. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Brückner, Budapest; Referat II A 5, Bd. 1049.

<sup>15</sup> Zu den Beschlüssen des EWG-Ministerrats, der vom 22. bis 26. Juli 1966 in Brüssel tagte, vgl. AAPD 1966, II, Dok. 235.

<sup>16</sup> Zu den ungarischen Wirtschaftsreformen vgl. Dok. 27, Anm. 38.

ginnt, sich langsam so zu gestalten, daß wir der Zukunft mit etwas größerer Hoffnung entgegensehen können.

*Lahr:* Was die Steigerung unseres Handels betrifft, so sind unsere Zahlen nicht die schlechtesten. Frankreich hat eben erst, vor zwei Jahren, den Wert eines Handels mit Ungarn erkannt und inzwischen etwas stärker aufgeholt. Immerhin beträgt unsere Steigerung in den ersten 9 Monaten des Jahres 1966 bei der Einfuhr 18% und bei der Ausfuhr 26%. Wenn wir jedes Jahr 20% zulegen können, so können wir damit ganz zufrieden sein. Hinsichtlich der Liberalisierung bitte ich Sie, selbst die Erzeugnisse, die nach Ihren Wünschen in der zweiten deutschen Liberalisierungsliste enthalten sein sollen, zu nennen. Ich weiß nicht, ob ich Ihnen versprechen kann, daß sich alle Ihre Anregungen verwirklichen werden, aber wir wollen uns Mühe geben, daß möglichst viel davon realisiert wird. Was die landwirtschaftlichen Erzeugnisse angeht, so bereitet die EWG-Politik allen unseren Außenhandelspartnern außerhalb der EWG Sorge. Man kann eben heute noch nicht genauer<sup>17</sup> feststellen, in welcher Richtung der Weg gehen wird. Ich konnte bisher aber immer beobachten, daß sich die meisten Befürchtungen<sup>18</sup> nicht realisiert haben. Was den Rinderexport anbetrifft, so war die Entwicklung des vergangenen Jahres in der Praxis keineswegs so unerfreulich, wie man befürchtet hatte. Er betrug 1966 66 Mio. DM, d.h. etwa so viel wie 1965 und mehr als in den vorangegangenen Jahren, obwohl die Marktordnung für Rinder<sup>19</sup> den größten Teil des letzten Jahres bereits in Kraft war. Ich will die Dinge durchaus nicht bagatellisieren. Die Entwicklung macht uns auch gewisse Sorgen. Aber was wir tun können, um im Rahmen der Wirtschaftsgemeinschaft zur weiteren Förderung des Außenhandels mit den anderen Ländern, insbesondere mit dem Osten, zu kommen, werden wir tun. Der gesunde Menschenverstand wird sich durchsetzen, da ja alle Länder der EWG am Ost/West-Handel sehr interessiert sind. Und was die Meistbegünstigungen angeht, so muß hier ein Mißverständnis vorliegen, über das wir uns noch näher unterhalten müssen. Sicher werden Sie an den Ergebnissen der Kennedy-Runde partizipieren können, und wenn auch die Liberalisierung gegenüber den sozialistischen Ländern im Vergleich zu den westlichen nachhinkt, so darf man eben nicht vergessen, daß wir 12 Jahre später begonnen haben. Um auf den heute fast 100%igen Liberalisierungsgrad unter den westlichen Ländern zu kommen, brauchten wir fast 10 Jahre. So lange wird es mit dem Osten sicher nicht dauern. Aber in 1–2 Jahren läßt sich der Rückstand nicht aufholen. Man muß auch in dieser Frage behutsam vorgehen.

Was die Marktordnung der EWG angeht, so kann man nicht von Diskriminierung sprechen, denn sie gilt für alle Länder außerhalb der Gemeinschaft in

<sup>17</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt.

<sup>18</sup> Die Wörter „die meisten Befürchtungen“ wurden von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „irgendwelche Befürchtungen bisher“.

<sup>19</sup> Die gemeinsame Marktordnung für Rindfleisch wurde am 5. Februar 1964 vom EWG-Minister rat verabschiedet. Sie sollte ab 1. Juli 1964 in Kraft treten. Vgl. dazu SIEBTER GESAMTBERICHT, S. 193f.

Nach der Marktordnung galten für ausgewachsene Rinder und für Kälber Orientierungspreise, die abweichend von Artikel 2 der Verordnung Nr. 14/64/EWG auch nach dem 1. April 1966 beibehalten. Vgl. dazu ZEHNTER GESAMTBERICHT, S. 213.



gleicher Weise. Die Sonderregelung mit Dänemark<sup>20</sup> ändert meiner Meinung nach daran nichts, aber es ist hier wohl nicht der Platz, diese Frage zu vertiefen. Es spricht vorerst manches dafür, daß wir auch weiterhin einen ausgeglichenen Handel haben werden. Wir haben nicht den Ehrgeiz, im Verhältnis zu Ungarn nennenswerte Aktiva herauszuwirtschaften. Wir wünschen das auch nicht gegenüber<sup>21</sup> anderen sozialistischen Ländern. Wir haben allerdings der Sowjetunion und Polen erklärt, daß es auf die Dauer unzumutbar ist, wenn sie nur die Hälfte dessen abnehmen, was wir kaufen. Im Handel mit diesen Ländern haben wir den Eindruck, daß natürliche Gegebenheiten ungenügend beachtet werden<sup>22</sup>, wobei das Gefühl bleibt, daß hier nicht nur wirtschaftliche Überlegungen mitspielen. Ich baue auf die Wechselwirkung zwischen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen. Bis jetzt sind wir allerdings mit unseren wirtschaftlichen Beziehungen erheblich weiter gekommen als mit den politischen. Wenn es uns gelingen sollte, diplomatische Beziehungen herzustellen, dann wird dies sicher nicht ohne Einfluß auf die wirtschaftlichen bleiben. Die Möglichkeiten des Handels zwischen unseren beiden Ländern sind bestimmt noch nicht ausgeschöpft, wenn wir auch nicht zu Zahlen kommen können wie sie früher bestanden. Aber besser kann es werden. Denn die Voraussetzungen sind gut. Sie ergeben sich aus der Fülle der Beziehungen, aus der geographischen Lage, aus der Tradition usw., Voraussetzungen, die alle auch heute noch bestehen. Wir verfolgen mit großem Interesse Ihre wirtschaftliche Entwicklung in der Hoffnung, daß sich daraus eines Tages noch günstigere<sup>23</sup> gegenseitige Handelsperspektiven ergeben werden. Es ist nur natürlich, daß sich Ihre Wirtschaftsentwicklung ganz besonders auf jene Länder auswirken wird, die Ungarn am nächsten liegen<sup>24</sup>.

*Bíró:* Die statistischen Ziffern müssen von beiden Seiten geprüft werden. Wenn jetzt nicht Zeit bleibt, dann später einmal. Allgemeine Regelungen, das sind unsere Erfahrungen, treffen verschiedene Partner verschieden: den einen günstig, den anderen schlechter. Die Liberalisierung des vergangenen Jahres, so sehr sie an und für sich zu begrüßen ist, hat dem deutsch-ungarischen Handelsverkehr nicht viel geholfen. Deshalb begrüßen wir ganz besonders den deutschen Vorschlag, eine Liste unserer Wünsche zu überreichen.<sup>25</sup>

<sup>20</sup> Am 22. Dezember 1966 erinnerte Ministerialdirektor Harkort an ein deutsch-dänisches Protokoll vom Sommer 1964, in dem beide Seiten eine jährliche Lieferung von 225 000 dänischen Rindern in die Bundesrepublik als „traditionell“ anerkannten und sich verpflichteten, „alles in ihren Kräften stehende zu tun, um die traditionellen Handelsströme aufrechtzuerhalten und, wenn möglich, zu verstärken“. Diese Maßnahme weiche von der EWG-Agrarpolitik ab, die die Beibehaltung bilateraler Kontingente ausschließe. Vgl. Ministerbüro, Bd. 357.

<sup>21</sup> Der Passus „Wir wünschen ... gegenüber“ wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Wir tun das auch nicht mit“.

<sup>22</sup> Der Passus „Im Handel ... beachtet werden“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Lahr zurück. Vorher lautete er: „Im Handel mit diesen Ländern haben wir die Auffassung, daß vielfach natürliche Gegebenheiten gröblich mißachtet werden“.

<sup>23</sup> Die Wörter „noch günstigere“ wurden von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „günstige“.

<sup>24</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „stehen“.

<sup>25</sup> Am 14. April 1967 übersandte der ungarische Stellvertretende Außenhandelsminister Staatssekretär Lahr eine Liste von Waren, „deren Liberalisierung von Ungarn von Nutzen wäre“. Baczoni schlug darüber hinaus Besprechungen vor, da „entsprechende Bedingungen geschaffen“ werden

Auch bezüglich der Rinderausfuhr wird es notwendig sein, die Preise der ungarischen Rinder und die besonderen ungarischen Sortiments auf diesem Gebiet mehr als bisher zu berücksichtigen und nicht einfach die ungarische Ausfuhr auf diesem Gebiet unter allgemeine Regeln fallen zu lassen. Wir können meiner Meinung nach alle zweiseitigen Probleme lösen und vermeiden, daß dadurch allgemeine Regelungen verletzt werden.<sup>26</sup>

**Referat II A 5, Bd. 1049**

## 29

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete

**II A 7-83.03/0-213/67 VS-vertraulich**

**24. Januar 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Verlegung der französischen Luftstreitkräfte in Deutschland nach Frankreich und Übernahme des Flugplatzes Lahr durch die kanadische Luftwaffe<sup>2</sup>

I. Der französische Verteidigungsminister hat bereits im Juli 1966 den damaligen Bundesminister der Verteidigung davon unterrichtet, daß die französische Regierung erwäge, ihre in Deutschland stationierten Luftstreitkräfte nach Ost-Frankreich zurück zu verlegen<sup>3</sup>, weil durch den Abzug der amerikanischen und kanadischen Luftstreitkräfte aus Frankreich<sup>4</sup> eine Reihe von Flugplätzen

*Fortsetzung Fußnote von Seite 169*

müßten, „um eine schnellere Steigerung der Ausfuhr ungarischer gewerblicher Erzeugnisse in die Bundesrepublik Deutschland sicherzustellen. Es wäre wünschenswert, die Ausfuhr ungarischer gewerblicher Güter in die Bundesrepublik Deutschland vollkommen zu liberalisieren.“ Für das Schreiben und die beigelegte Liste vgl. Referat III A 6, Bd. 276.

<sup>26</sup> Im weiteren Verlauf des Jahres führten am 30. August 1967 der Abteilungsleiter im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Stalman, und am 4. September 1967 Ministerialdirigent Sahm Gespräche im ungarischen Außenministerium. Beide Unterredungen erbrachten keine wesentlichen Fortschritte auf dem Gebiet des Handels. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Brückner, Budapest, vom 30. August 1967 sowie die Aufzeichnung von Sahm vom 7. September 1967; Referat III A 6, Bd. 276.

Ministerialdirektor Ruete kam am 18. Dezember 1967 zu dem Schluß: „Die Ungarn schienen grundsätzlich gewillt, aber tatsächlich nicht im Stande, das Gespräch fortzusetzen.“ Er machte zudem darauf aufmerksam, daß Ungarn „seit Monaten besonders nachdrücklich seine Linientreue gegenüber Moskau“ demonstrierte. Vgl. Referat III A 6, Bd. 274.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Scheske und vom Vortragenden Legationsrat Behrends konzipiert.

<sup>2</sup> Zu Überlegungen, kanadische Luftstreitkräfte in Lahr zu stationieren, vgl. AAPD 1966, II, Dok. 372.

<sup>3</sup> Bundesminister von Hassel und der französische Verteidigungsminister Messmer trafen sich anlaßlich der Tagung der NATO-Verteidigungsminister am 25./26. Juli 1966 in Paris.

Am 12. August 1966 notierte Staatssekretär Carstens, Hassel habe ihm telefonisch mitgeteilt, daß Messmer „vor einiger Zeit“ vorgeschlagen habe, die französische Luftwaffe solle „die Flugplätze in Lahr und Brengarten gegen französische Flugplätze in Ostfrankreich, die zur Zeit von den Amerikanern belegt seien“, tauschen. Vgl. VS-Bd. 1469 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>4</sup> Die französische Regierung forderte die USA und Kanada mit Aide-mémoire vom 29. März 1966 auf, bis zum 1. April 1967 ihre Luftstreitkräfte aus Frankreich abziehen. Für den Wortlaut vgl.

frei würde.<sup>5</sup> Ende Dezember 1966 teilte das französische Außenministerium der Botschaft Paris auf Anfrage mit, daß die französische Regierung im Grundsatz die Rückverlegung der französischen Luftstreitkräfte aus Deutschland nach Frankreich beschlossen habe, daß jedoch über Zeitpunkt und Modalitäten noch keine Entscheidung getroffen sei.<sup>6</sup>

Nachdem die französischen Luftverteidigungseinheiten (NIKE und HAWK) bereits im vergangenen Jahre aus Deutschland abgezogen wurden<sup>7</sup>, werden davon folgende Einheiten und Anlagen betroffen:

- Hauptquartier I<sup>er</sup> CATAC in Lahr;
- Flugplatz Lahr mit zwei Staffeln Kampfflugzeuge und Flugschule;
- Flugplatz Bremgarten mit zwei Staffeln Kampfflugzeugen.

Das Auswärtige Amt hat im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Verteidigung der hiesigen kanadischen Botschaft mit Verbalnote vom 22. 11. 1966<sup>8</sup> zugesagt, daß der Flugplatz Lahr der kanadischen Luftwaffe zur Aufnahme der aus Frankreich abzuziehenden kanadischen Einheiten (Hauptquartier I. Luftwaffendivision, zwei Staffeln F 104, eine Verbindungs- und Transportstaffel) zur Verfügung gestellt wird, falls die französische Luftwaffe diesen Platz räumt.

Inzwischen scheint die französische Regierung auch den Zeitplan für die Verlegung der französischen Luftwaffeneinheiten aus Deutschland nach Frankreich festgelegt zu haben. Nach Mitteilung der hiesigen kanadischen Botschaft<sup>9</sup> haben französische militärische Stellen den Kanadiern folgende Einzelheiten mitgeteilt:

- 1) Die in Bremgarten stationierten Luftwaffeneinheiten werden ab 1. April 1967 nach Toul verlegt. Bremgarten soll bis zum 1. Juni 1967 vollständig geräumt werden.
- 2) Die Räumung von Lahr wird ebenfalls am 1. April 1967 beginnen. Bis zum 1. August soll ein großer Teil der französischen Einheiten in Lahr verlegt sein. Die französische Flugschule in Lahr wird nach der Sommerpause im September nicht wieder eröffnet. Die Räumung von Lahr wird jedoch erst zum 1. Januar 1968 abgeschlossen sein.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 170*

LA POLITIQUE ETRANGERE 1966, S. 56–58. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1966, D 241–243.

<sup>5</sup> Durch den Abzug der amerikanischen und kanadischen Luftwaffeneinheiten wurden in Frankreich insgesamt zwölf Flugplätze frei. Da andererseits „für die deutschen und alliierten fliegenden Verbände in Deutschland nicht genügend Flugplätze zur Verfügung“ standen, sprach sich das Auswärtige Amt bereits im August 1966 für eine Übernahme der Flugplätze Lahr und Bremgarten durch kanadische Einheiten aus. Vgl. AAPD 1966, II, Dok. 252.

<sup>6</sup> Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2132 des Gesandten Limbourg, Paris, vom 27. Dezember 1966; VS-Bd. 1469 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>7</sup> Am 13. Juni 1966 teilte der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, de Beaumarchais, Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg mit, daß von dem bevorstehenden Abzug französischer Truppen aus der Bundesrepublik auch NIKE- und HAWK-Einheiten betroffen seien. Vgl. dazu die Aufzeichnung von Meyer-Lindenberg vom 14. Juni 1966; VS-Bd. 2478 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>8</sup> Korrigiert aus: „25.10.66“.

Für die Verbalnote vgl. VS-Bd. 1469 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>9</sup> Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 452 des Ministerialdirektors Ruete vom 8. Februar 1967; VS-Bd. 1469 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

Die deutsche Regierung ist von den Franzosen bisher von diesen Plänen noch nicht unterrichtet worden.<sup>10</sup>

II. Die kanadische Botschaft hat Referat II A 7 auf Anfrage am 23. Januar 1967 wie folgt über den Stand der französisch-kanadischen Verhandlungen unterrichtet. Sie hat dabei um vertrauliche Behandlung gebeten.

1) Am 13. Januar 1967 hätten in Metz Verhandlungen zwischen dem Befehlshaber der Kanadischen Luftwaffendivision in Europa und dem Stabschef der 1<sup>er</sup> CATAC stattgefunden. In diesen Verhandlungen, in denen sich die französische Seite im Gegensatz zu ihrer bisherigen Haltung sehr kooperativ gezeigt habe, seien folgende Vereinbarungen getroffen worden:

a) Die französische Seite habe ihren bisherigen Vorschlag, vorübergehend den Flugplatz Bremgarten anstelle von Lahr zu übernehmen, fallengelassen. Sie habe der kanadischen Auffassung zugestimmt, daß eine solche Zwischenlösung nicht zweckmäßig ist.

b) Die Anlagen in Lahr sollen bis zur Räumung durch die Franzosen, die erst am 1. Januar 1968 abgeschlossen werden kann, von der kanadischen und französischen Luftwaffe gemeinsam benutzt werden. Die französische Seite ist damit einverstanden, daß folgende kanadische Einheiten bis zum 1. April nach Lahr überführt werden:

- Stab der I. Kanadischen Luftwaffendivision;
- „Air-head“ für die kanadischen transatlantischen militärischen Flugverbindungen;
- Verbindungs- und Transporteinheit für den kanadischen militärischen Luftverkehr innerhalb Europas (Communications Unit 109).

c) Die Frage der Verlegung der zwei F 104 Staffeln von Marleville nach Lahr sei noch nicht geklärt. Die französische Seite lege offensichtlich Wert darauf, daß alle kanadischen Einheiten bis zu dem von den Franzosen gesetzten Termin des 1. April 1967 Frankreich verlassen. Nachdem die französische Luftwaffe das Projekt Bremgarten fallengelassen habe, werde sie prüfen, ob und in welchem Umfang bis zum 1. April 1967 zusätzlicher Raum für die F 104 Staffeln verfügbar gemacht werden kann. Die französische Seite habe konzidiert, daß vom Standpunkt der Flugsicherheit aus die vorübergehende gleichzeitige Belegung von Lahr durch französische und kanadische Kampfflugzeuge unbedenklich sei. Die kanadische Luftwaffendivision nehme daher an, daß die Verlegung zumindestens der Mehrzahl der F 104 nach Lahr bis zum 1. April 1967 ermöglicht werden könne.

d) Die Franzosen werden bis 1. April 1967 eine beschränkte Anzahl von Familienunterkünften für die Kanadier bereitstellen.

2) Die französische Seite lege Wert darauf, daß die Räumung von Lahr und Bremgarten durch die französische Luftwaffe und die Übernahme von Lahr durch die kanadische Luftwaffe zunächst streng vertraulich behandelt werde. Die kanadische Regierung habe daher eine entsprechende Anfrage im kanadi-

<sup>10</sup> Dazu vermerkte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg handschriftlich auf einem Durchdruck der Aufzeichnung: „Bedeutet dies, daß auch weder a) das B[undes]M[inisterium der] Verteidigung noch b) der deutsche General Köhler nicht unterrichtet ist?“ Vgl. VS-Bd. 2397 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

schen Parlament lediglich mit dem Hinweis beantwortet, daß die Verhandlungen über die Verlegung der kanadischen Luftwaffeneinheiten zufriedenstellend verliefen, und daß die Stärke der kanadischen Luftwaffendivision in Europa voraussichtlich nicht wegen mangelnder Unterbringungsmöglichkeiten reduziert zu werden brauche.

3) Die kanadische Botschaft teilte ferner mit, daß die kanadische Luftwaffe in Lahr mindestens 400 deutsche Zivilangestellte beschäftigen werde. Sie werde daher voraussichtlich in der Lage sein, alle zur Zeit von der französischen Luftwaffe auf dem Flugplatz Lahr beschäftigten Zivilangestellten zu übernehmen.

4) Die kanadische Botschaft wies schließlich darauf hin, daß nach Angaben kanadischer militärischer Stellen das Stabsgebäude in Lahr, das zur Zeit vom Stab der I<sup>er</sup> CATAC belegt sei und vom Stab der I. Kanadischen Luftwaffendivision übernommen werde, keine NATO-Einrichtung sei. Die kanadischen Stellen prüften zur Zeit, welche Konsequenzen sich daraus ergäben.<sup>11</sup>

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>12</sup> vorgelegt.<sup>13</sup>

Ruete

VS-Bd. 2038 (II A 7)

<sup>11</sup> Am 16. Februar 1967 teilte der Erste Sekretär an der kanadischen Botschaft, Roy, mit, daß sich durch die Verlegung der kanadischen Luftwaffenverbände die Zahl der in der Bundesrepublik stationierten kanadischen Soldaten auf 11 655 erhöhen werde. Er bat darum, die Zustimmung zu dieser Erhöhung möglichst bald zu erteilen, da die Verlegung „bereits in den nächsten Wochen beginnen“ werde. Vgl. den Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Behrends; VS-Bd. 5707 (V 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>12</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 31. Januar 1967 vorgelegen.

Hat Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg am 31. Januar 1967 vorgelegen. Vgl. VS-Bd. 2397 (IA 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>13</sup> Mit Verbalnote vom 31. März 1967 wurde der kanadischen Regierung die Zustimmung zur Stationierung der aus Frankreich abgezogenen Truppen in der Bundesrepublik mitgeteilt. Für den Wortlaut vgl. VS-Bd. 1469 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

## 30

### Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem britischen Botschafter Roberts

Z A 5-16.A/67 geheim

25. Januar 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 25.1.1967 um 16 Uhr den britischen Botschafter Sir Frank Roberts.

Der *Botschafter* wies einleitend darauf hin, daß er Weisung habe, den Herrn Bundesminister noch vor der Kabinettsitzung am 26.1. zu sehen. Die Darlegungen, die Staatssekretär Schütz in London<sup>2</sup> über die finanziellen Schwierigkeiten<sup>3</sup> gegeben habe, hätten große Bestürzung und ernste Besorgnis ausgelöst. Wenn man die Ausführungen richtig verstanden habe, bestünden Schwierigkeiten, einen Zeitplan für die Wiederaufnahme der Dreiergespräche festzulegen, und es erscheine zweifelhaft, ob eingehalten werden könne, was auf dem Petersberg im vergangenen Oktober in Aussicht gestellt worden sei: ein Betrag von 350 Millionen DM plus ein Betrag X, der sich aus den Verhandlungen ergeben würde.<sup>4</sup> Außenminister Brown habe nach dem ersten Gespräch<sup>5</sup> Minister Thomson gebeten, die Fragen noch einmal im einzelnen mit Staatssekretär Schütz zu besprechen, doch habe diese Unterredung nur eine Bestätigung der betrüblichen Nachricht erbracht.<sup>6</sup> Wenn er es richtig verstehe, gehe die Bundesregierung davon aus, zwar das laufende Abkommen zu erfüllen, sehe sich aber nicht in der Lage, 1967 oder 1968 darüber hinauszugehen. Er wisse zwar, daß im Kabinett eine Entscheidung noch nicht gefallen sei, doch dürfte es wahrscheinlich sein, daß sie auf dieser Linie liegen werde.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 25. Januar 1967 gefertigt.

Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>2</sup> Staatssekretär Schütz hielt sich am 23./24. Januar 1967 in London auf, wo er zu Gesprächen mit dem britischen Außenminister Brown, dem Staatsminister für Abrüstungsfragen, Lord Chalfont, und dem Kanzler des Herzogtums Lancaster, Thomson, zusammenkam. Vgl. dazu die drei Aufzeichnungen von Schütz vom 26. Januar 1967; VS-Bd. 10089 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967. Für Auszüge vgl. Anm. 5, 6 und 9.

<sup>3</sup> Zur Frage eines Devisenausgleichs mit Großbritannien vgl. zuletzt Dok. 23.

<sup>4</sup> Zu den Gesprächen vom 13./14. Oktober 1966 vgl. Dok. 23, Anm. 2.

<sup>5</sup> Staatssekretär Schütz notierte über das Gespräch mit dem britischen Außenminister am 23. Januar 1967: „Ich machte deutlich, daß unsere Haushaltssituation es uns unmöglich machen werde, alle Wünsche, die an uns gestellt würden, zu berücksichtigen. Werde aus diesem Grunde eine Truppenreduzierung bzw. -verlegung von britischer Seite für notwendig erachtet, so sei es sicher zweckmäßig, wenn man entsprechende Maßnahmen auf der Seite des Warschauer Paktes erreiche.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 26. Januar 1967; VS-Bd. 10089 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Am 24. Januar 1967 wies der Kanzler des Herzogtums Lancaster Staatssekretär Schütz darauf hin, daß die britische Regierung unter „großem Druck“ stehe: „Sie werde gefragt werden, was jetzt geschehe, nachdem sie im Verlauf der Dreier-Gespräche sich bereit erklärt habe, die endgültige Entscheidung über die Reduzierung der Rheinarmee um sechs Monate hinauszuschieben.“ Schütz legte dar, daß die Aussichten „sehr schlecht“ seien, „nicht nur für 1967, sondern auch für 1968“. Darauf antwortete Thomson, „er könne die Schwierigkeit der Situation nicht genügend betonen – und zwar im Hinblick auf unsere und die britische Situation in der NATO wie auch im Hinblick auf das deutsch-britische Verhältnis.“ Vgl. die Aufzeichnung von Schütz vom 26. Januar 1967; VS-Bd. 10089 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

Minister Thomson habe hervorgehoben, daß er die Ernsthaftigkeit dieser Situation und die sich daraus für das britisch-deutsche Verhältnis sowie die NATO ergebenden Folgen gar nicht stark genug hervorheben könne.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß es keine Kabinettsentscheidung gebe, was aber nichts an der schwierigen Lage ändere. Die Äußerungen von Staatssekretär Schütz beruhten auf der Grundlage, die das Finanzministerium gegeben habe. In der Kabinettsitzung werde Herr Strauß die Lage darlegen, und er werde, im Zusammenhang damit, auf die politischen Fragen eingehen, worauf sich das Kabinett eine Meinung bilden müsse. Sollte es so sein, daß das Kabinett keinen Weg sehe, etwas anzubieten, was von Engländern und Amerikanern als vernünftige Grundlage betrachtet werden könnte, so sei er gleichwohl der Meinung, daß eine Zusammenkunft der drei Leiter<sup>7</sup> stattfinden sollte. Aufgrund dieser Zusammenkunft könnte der deutsche Delegationsleiter über die Reaktionen und Ansichten der beiden Gesprächspartner dem Kabinett berichten, das dann zu einer zweiten Erörterung zusammentreten könnte. Herr Harkort habe ihm gesagt, es sei nicht sinnvoll, wenn sein Ausschuß<sup>8</sup> zusammentrete, ehe die Leiter gesprochen hätten.

Der *Botschafter* betonte mit Nachdruck, daß er Weisung habe, unmißverständlich auf den Ernst der Lage hinzuweisen. Großbritannien sei dabei, seine eigene Wirtschaft in Ordnung zu bringen und habe dabei im internen Bereich bisher gute Fortschritte erzielt. Der Gesamterfolg hänge aber auch von der Regelung der Devisenfrage ab. Der Botschafter verwies ferner auf die unmögliche Situation, die sich im Parlament für die Regierung ergeben könnte. Sollte die Kabinettsentscheidung in dem befürchteten Sinne ausfallen, da der finanzielle Druck so stark sei, bleibe der britischen Regierung keine andere Wahl als eine beträchtliche Verminderung ihrer Streitkräfte in Deutschland.<sup>9</sup> Hierdurch würden die Bemühungen der NATO erheblich gefährdet werden. Weisungsgemäß bitte er darum, daß das Bundeskabinett keine Entscheidung treffe, ehe die Delegationsleiter noch einmal zusammengetreten seien und die Angelegenheit im vollen Umfang erörtert hätten. Die Weisung die er erhalten habe, enthalte die stärksten Formulierungen, welche er in seiner Laufbahn, zumindest während seiner vierjährigen Tätigkeit in Deutschland, in einem Telegramm gesehen habe. Wenngleich er nicht die Interessen der Amerikaner zu vertreten habe, so seien diese doch auch aufs stärkste beunruhigt.<sup>10</sup> Er be-

<sup>7</sup> Die britische Delegation bei den Dreier-Verhandlungen wurde vom Kanzler des Herzogtums Lancaster, Thomson, geleitet, die amerikanische Delegation vom Sonderbeauftragten des amerikanischen Präsidenten für die Dreier-Verhandlungen, McCloy. Zur Ernennung des Botschafters a. D. Duckwitz zum Nachfolger des Staatssekretärs Carstens als Leiter der deutschen Delegation vgl. Dok. 6, Anm. 11.

<sup>8</sup> Ministerialdirektor Harkort war Verhandlungsleiter der Bundesrepublik in der deutsch-britischen Gemischten Kommission.

<sup>9</sup> Vgl. dazu den Vermerk des Staatssekretärs Schütz vom 26. Januar 1967: „Aus den Gesprächen, die ich am 23. Januar 1967 mit Außenminister Brown und Lord Chalfont in London führte, gewann ich den Eindruck, daß die Engländer erneut Überlegungen über die Reduzierung ihrer Truppen, zumindest auf dem europäischen Kontinent, anstellen.“ Nach Ansicht von Schütz wären allerdings „derartige Maßnahmen [...] offensichtlich weniger als Reaktion auf das Ausbleiben des Devisenausgleichs durch uns, sondern mehr als echte Abrüstungsschritte mit politischer Zielsetzung gedacht“. Vgl. VS-Bd. 10089 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Bundesminister Brandt sprach am 27. Januar 1967 mit dem amerikanischen Botschafter über Fragen eines Devisenausgleichs mit Großbritannien und den USA. Nach Ansicht von McGhee

fürchte, daß in gewissen Kreisen Großbritanniens darauf hingewiesen werde, daß gegenüber den britischen Verteidigungsausgaben die 6,8% des Bruttosozialprodukts darstellten, die Bundesrepublik nur 5,7%, einschließlich der Hilfe für Berlin, ausgabe.

Vor kurzem sei er mit Bundesminister Strauß zusammengetroffen<sup>11</sup>, der ihm zwar gesagt habe, er habe kein Geld, doch habe er nicht den negativen Eindruck gemacht, wie es jetzt den Anschein habe. Strauß habe ihn gefragt, mit wieviel die Engländer denn zufrieden seien, und er selbst habe keineswegs den Eindruck gewonnen, daß Großbritannien ganz leer ausgehen sollte. Die Äußerungen von Staatssekretär Schütz seien als unerwartete Überraschung gekommen.

Der Botschafter betonte zusammenfassend noch einmal den Ernst der Lage und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß eine Kabinettsentscheidung bis nach einem Gespräch der drei Delegationsleiter verschoben werde, falls die Situation tatsächlich so düster sei.<sup>12</sup>

Der Herr *Minister* erwähnte beiläufig, daß möglicherweise die von den Finanz- und Wirtschaftsministern in Chequers behandelten Fragen einen Einfluß auf dieses Problem hätten.

Wie der *Botschafter* bemerkte, habe man mit Bewunderung von den mutigen Maßnahmen Kenntnis genommen, welche die Bundesregierung beschlossen habe,<sup>13</sup> doch werde in Großbritannien sicher darauf hingewiesen, daß man dort auch die Steuern erhöht habe.

Der Herr *Minister* erwiderte, man könnte dies wohl auch in Deutschland tun, da er die psychologischen Schwierigkeiten nicht für zu groß halte, doch würde ein solcher Schritt sich im laufenden Jahr nicht auswirken. Außerdem seien die Minister Schiller und Strauß der Auffassung, daß eine Steuererhöhung die angestrebte neue Expansion verzögern würde.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 175*

„lasse sich das Problem gegenüber den Vereinigten Staaten vereinfachen. Amerikanischerseits wünsche man nicht, daß die Deutschen irgendetwas kaufen müßten, was sie nicht wollten. Da deutsche Soldaten in Amerika ausgebildet würden und die Bundeswehr ferner Ersatz für Waffen und Gerät aus Amerika beziehe, habe Bundeskanzler Erhard geglaubt, zur Abdeckung dieser Kosten einen Betrag von 350 Millionen zusagen zu können. Es gehe praktisch nur um die ‚Neutralisierung‘ des Restbetrags. Da Herr Blessing kein Gold kaufen wolle, bleibe praktisch die Möglichkeit des Erwerbs von auf Dollar lautenden Papieren. Er hoffe, daß dieser Weg gangbar sei.“ Vgl. VS-Bd. 10089 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>11</sup> Am 10. Januar 1967 suchte Botschafter Roberts Bundesminister Strauß auf, „um sich bei ihm u. a. nach den deutschen Ansichten hinsichtlich der Erfüllung des am 31. März 1967 auslaufenden deutsch-britischen Devisenausgleichs-Abkommens zu erkundigen. Die Antwort von Bundesminister Dr. Strauß war: wir beurteilen die Aussichten gut und werden alles tun, um wie bei dem analogen Abkommen mit den Vereinigten Staaten das Abkommen vertragsmäßig zu erfüllen.“ Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort vom 13. Januar 1967; Referat III A 5, Bd. 545.

<sup>12</sup> Staatssekretär Schütz notierte nach der Sitzung des Bundeskabinetts am 26. Januar 1967, daß beschlossen worden sei, die Dreier-Verhandlungen fortzusetzen. Den amerikanischen und britischen Gesprächspartnern sollten die „außerordentlichen Schwierigkeiten“ verdeutlicht werden, die sich aus der Haushaltslage für künftige Devisenhilfeabkommen ergäben. Zudem sei in „vertraulichen Protokollvermerken“ festgelegt worden, „1) daß haushaltsmäßige Voraussetzungen für neue Devisenhilfeabkommen nicht gegeben sind; 2) daß der Bundesbank nahegelegt werden soll – wie es in der Kabinettsitzung bereits geschehen ist – an der Lösung der Zahlungsbilanzprobleme mitzuwirken.“ Vgl. den Vermerk vom 26. Januar 1967; Vgl. VS-Bd. 999 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>13</sup> Zu den Beschlüssen des Bundeskabinetts vom 19. Januar 1967 vgl. Dok. 5, Anm. 3.



Der *Botschafter* bat, seine Bemerkung nicht als Kritik aufzufassen, doch befürchte er, daß dieses Argument in der englischen Öffentlichkeit gebraucht werden könnte.

Abschließend bemerkte der Botschafter, man hoffe allseits auf eine Entspannung und bessere Beziehungen mit dem Osten, was dann einen Abbau der Rüstung möglicherweise denkbar erscheinen lasse, doch wäre es das Schlechteste, wenn man aus finanziellen Gründen eine Truppenverminderung ins Auge fassen müßte. Gleichzeitig warnte er vor den Folgen, die ein solches Beispiel in anderen Ländern, wie z. B. in Belgien und den Niederlanden, auslösen würde.

Die Unterredung endete um 16.20 Uhr.

**VS-Bd. 10089 (Ministerbüro)**

## 31

### Ministerialdirektor Ruete an die Botschaft in Washington

**II A 1-83.01-187/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 87**

**Aufgabe: 25. Januar 1967, 19.35 Uhr<sup>1</sup>**

Betr.: In der SBZ inhaftierte amerikanische Staatsangehörige<sup>2</sup>  
Auf DB Nr. 175 vom 20.1.1967<sup>3</sup>

I. Sie werden gebeten, die Gesprächsführung im State Department zu der vorstehenden Angelegenheit in sehr konzilianter Form unter Verwendung der folgenden Überlegungen fortzusetzen:

1) Wir hätten für die inoffiziellen amerikanischen Bemühungen, die Freilassung der vier verhafteten amerikanischen Staatsangehörigen zu erreichen, das größte Verständnis, da wir ähnliche Probleme<sup>4</sup> täglich am eigenen Leibe spürten.

<sup>1</sup> Der Drahterlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Lücking sowie den Legationsräten Gescher und Wentker konzipiert.

Hat Ministerialdirektor Thierfelder am 25. Januar 1967 zur Mitzeichnung vorgelegen.

<sup>2</sup> Vgl. dazu AAPD 1966, II, Dok. 381.

<sup>3</sup> Gesandter von Lilienfeld, Washington, berichtete, daß „im Einverständnis mit den amerikanischen Stellen“ der DDR für die Freilassung der vier inhaftierten amerikanischen Staatsbürger eine „großzügigere Erteilung“ von „Temporary Travel Documents“ (TTD) auf den Gebieten des Handels, der Kultur und des Sports angeboten werden solle. Darüber hinaus werde eine ständige Aufenthaltsgenehmigung für einen DDR-Journalisten zur Akkreditierung bei der UNO genehmigt und für die Einfuhr von Waren aus der DDR neben der bisher vorgeschriebenen Bezeichnung „Germany (Soviet Occupied)“ die Bezeichnung „Germany, East“ zugelassen. Dazu wurde Lilienfeld im amerikanischen Außenministeriums mitgeteilt, daß diese Regelung als „wenig befriedigend“ empfunden werde, „dies um so weniger, als Pankow die Annahme von Lösegeld bisher abgelehnt habe“. Vgl. VS-Bd. 4178 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Die Wörter „ähnliche Probleme“ wurden von Ministerialdirektor Ruete handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „dieses Problem“.

2) Wir hielten es gleichwohl für bedenklich, wenn sich die amerikanischen Gesprächspartner auf Forderungen der SBZ-Stellen nach Konzessionen auf dem Gebiet der Aufwertungspolitik Pankows einließen.<sup>5</sup> Es handle sich hier um eine unverhüllte politische Erpressung. Die Methode, für einmalige individuelle humanitäre Erleichterungen dauerhafte politische Konzessionen zu erpressen, bestimme die gesamte Taktik Ostberlins im Bereich der innerdeutschen Kontakte (das deutlichste Beispiel sei das langjährige Ringen um Passierschein-Regelungen für West-Berliner Verwandtenbesuche im Ostsektor der Stadt)<sup>6</sup>. Unsere Erfahrung gehe leider dahin, daß politische Konzessionen die Zonen-Machthaber nur ermuntern, ihre Forderungen immer weiter hochzuschrauben.

3) Die Gefahr, in einen schwer zu revidierenden Anfangsfehler verwickelt zu werden, liege hier<sup>7</sup> besonders nahe. Die geforderten politischen Konzessionen wären – wenn auch teilweise in sich nicht sehr erheblich (z. B. TTDs<sup>8</sup> für Handels- und Kulturreisende) – als Gegenleistung für die Freilassung von vier amerikanischen Verhafteten ein erheblicher Erfolg der sowjetzonalen Taktik. Komme es zwischen den Beteiligten zu einer derartigen Absprache, so sei mit Sicherheit damit zu rechnen, daß Pankow bei nächster Gelegenheit erhöhte Forderungen präsentieren werde. Daß sich daraus eine verstärkte Gefährdung amerikanischer Staatsangehöriger, die sich zeitweise in der SBZ aufhielten, ergäbe, liege auf der Hand.

4) Wie in den letzten Jahren in der Presse berichtet, sei auch von privater Seite aus der Bundesrepublik Deutschland mehrfach der Versuch erfolgreich betrieben worden, die Freilassung von deutschen Häftlingen aus der SBZ zu erreichen. (Jede offizielle deutsche Beteiligung sei dabei unterblieben, um den Erfolg dieser Aktionen nicht zu gefährden).<sup>9</sup> Im Zuge dieser Aktionen seien der

<sup>5</sup> Der Passus „auf Forderungen ... einließen“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirektors Ruete zurück. Vorher lautete er: „von den SBZ-Stellen mit unmittelbaren Forderungen von Konzessionen an die Aufwertungspolitik Pankows konfrontieren lassen“.

<sup>6</sup> Zum Protokoll vom 6. Oktober 1966 für Verwandtenbesuche in dringenden Familienangelegenheiten vgl. Dok. 11, besonders Anm. 3 und 4.

Am 26. Oktober scheiterten die Passierschein-Gespräche über eine Regelung der allgemeinen Verwandtenbesuche für Weihnachten 1966 und den Jahreswechsel 1966/67. Vgl. dazu AAPD 1966, II, Dok. 359.

<sup>7</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Ruete handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „in dem in Rede stehenden Fall“.

<sup>8</sup> Als Reaktion auf den Bau der Mauer in Berlin ab 13. August 1961 beschlossen die NATO-Staaten auf Grund eines Vorschlags der drei Westmächte und der Bundesrepublik vom 26. August 1961, Einwohnern der DDR, die die Berufsfelder Landwirtschaft, Medizin und Wissenschaft, Politik, Kultur, Sport sowie Journalismus vertraten, im Prinzip keine Einreisegenehmigungen (Temporary Travel Documents) mehr zu erteilen. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 110.

Am 2. Mai 1963 und 18. März 1964 beschlossen der Politische Ausschuß der NATO bzw. der Ständige NATO-Rat Lockerungen der TTD-Bestimmungen für Wissenschaftler, Künstler und Sportler, solange diese nicht als Vertreter der DDR auftraten oder Spitzenorganisationen der DDR repräsentierten. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 163, und AAPD 1964, I, Dok. 91.

Am 1. Februar 1966 billigte der Ständige NATO-Rat neue TTD-Regelungen für die Kategorien „sport“ und „political“. Darüber hinaus wurde ein vereinfachtes Visum- und TTD-Verfahren für Rentner eingeführt. Vgl. dazu den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oncken vom 3. März 1966; VS-Bd. 4140 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>9</sup> Die ersten acht Häftlinge wurden im Herbst 1963 freigekauft. Zur Organisation und zum Ablauf des Häftlingsfreikaufs vgl. Ludwig A. REHLINGER, Freikauf. Die Geschäfte der DDR mit politisch Verfolgten 1963–1966, Berlin/Frankfurt a.M. 1991, S. 10–67.

Am 2. Februar 1966 wurde in der Presse berichtet, daß bis zum Januar 1966 etwa 2600 politische Häftlinge durch Warenlieferungen im Werte von 97 Mio. DM aus der DDR freigekauft worden sei-

Zone finanzielle und wirtschaftliche Angebote (Lieferung bestimmter Mengen von in der Zonenindustrie dringend benötigten Gütern) gemacht worden. Die Zonenstellen seien – nach meist sehr langwieriger Gesprächsführung – auf diese Angebote eingegangen.

5) Das State Department sollte gebeten werden, im Lichte dieser Erfahrungen nochmals mit den in dieser Angelegenheit tätigen amerikanischen Persönlichkeiten Fühlung zu nehmen. Dabei sollte unseres Erachtens erwogen werden, die (offenbar bereits gemachten) finanziellen Angebote weiter mit Beharrlichkeit vorzutragen (das Interesse der Zonenstellen an Geldleistungen sollte nicht unterschätzt werden, auch wenn es oft erst spät im Verhandlungsverlauf hervortritt). Ferner sollte geprüft werden, ob die finanziellen Angebote nicht durch wirtschaftliche Lieferangebote ergänzt werden könnten.

II. Bericht über das dort Veranlaßte und die amerikanische Reaktion erbeuten.<sup>10</sup>

Ruete<sup>11</sup>

VS-Bd. 4178 (II A 1)

*Fortsetzung Fußnote von Seite 178*

en. Vgl. den Artikel „Die Freilassung politischer Zonen-Häftlinge“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 27 vom 2. Februar 1966, S. 5.

Im Rückblick notierte Bundesminister Mende, daß in den Jahren 1964 bis 1966 insgesamt 4000 politische Häftlinge aus der DDR freigekauft worden seien. Die Bundesrepublik habe dafür Warenlieferungen im Wert von 198 Mio. DM aufgewendet. Vgl. MENDE, Wende, S. 142. Vgl. auch AAPD 1964, II, Dok. 300. Vgl. ferner BARZEL, Es ist noch nicht zu spät, S. 31–41.

<sup>10</sup> Am 1. Februar 1967 teilte Botschafter Knappstein, Washington, mit, daß die „inoffiziellen Verhandlungen bereits zu weit gediehen sind, als daß noch eine Überprüfung des amerikanischen Angebots erwogen werden könnte“. Im amerikanischen Außenministerium sei ferner darauf hingewiesen worden, daß die großzügigere Genehmigung von TTDs für Reisende aus der DDR „zwar ein Entgegenkommen, aber keinesfalls politische Konzessionen“ darstellten, zumal die von den USA verfolgte „restriktive Einreisepolitik [...] ohnehin kaum in dem bisherigen Rahmen [hätte] aufrechterhalten werden können. Auch bezüglich der Zulassung eines zweiten ADN-Korrespondenten hätte das State Department den Wünschen des Generalsekretariats der Vereinten Nationen auf die Dauer nachgeben müssen. [...] Mit der Änderung der Herkunftsbezeichnung sei allerdings in der Tat eine – wenn auch [...] nicht ins Gewicht fallende – politische Konzession gemacht worden.“ Knappstein übermittelte abschließend seinen Eindruck, „daß die Deutschland-Abteilung der fraglichen Regelung offenbar unter erheblichem Druck anderer beteiligter Stellen zugestimmt hat“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 285; VS-Bd. 4178 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Die vier in der DDR inhaftierten amerikanischen Staatsangehörigen wurden am 3. Februar 1967 aus der Haft entlassen. Vgl. dazu den Artikel „Americans Freed by East Germany“; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 39823 vom 4./5. Februar 1967, S. 1.

<sup>11</sup> Paraphe vom 25. Januar 1967.

## 32

**Aufzeichnung des Referenten Bahr**

**Streng geheim**  
**Persönlich**

**26. Januar 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Gespräch mit Mr. Cline<sup>2</sup>

1) C. machte mich damit vertraut, daß auf Weisung des Präsidenten Kennedy, erneuert durch Präsident Johnson, jeweils drei oder vier Personen der einzelnen NATO-Staaten unterrichtet wurden über den Stand der amerikanischen Erkenntnisse der sowjetischen Raketen-Rüstung anhand von Satellitenfotos. Diese Kenntnis hatten in der Bundesrepublik die Herren Adenauer, Erhard, von Hassel und Westrick. Er selbst hat seinerzeit diese Unterrichtung Erhards vorgenommen und stelle nun fest, daß nach dem Wechsel<sup>3</sup> keine der entsprechenden Persönlichkeiten der Bundesregierung mit diesem Wissen vertraut sei. (Schröder gehörte bisher nicht dazu.) Auf eine entsprechende Frage habe ich gesagt, daß ein derartiges Briefing sicher nützlich sei; ob es die Amerikaner machen wollten, hinge von ihnen ab und sie selbst müßten dazu die Initiative ergreifen.

(C. hat im Arbeitszimmer seines Hauses eine Vergrößerung des Originalfotos vom 14. Oktober 1962, das er seinerzeit Kennedy gezeigt hat. Es ist die erste klare Aufnahme russischer Raketen auf Kuba.)<sup>4</sup>

2) Betreffend off-set<sup>5</sup> könne er mir definitiv drei Punkte sagen:

a) Die Amerikaner würden sich damit zufriedengeben, wenn die Bundesregierung die Verpflichtungen der bisherigen Bundesregierung erfüllt<sup>6</sup> und im Kalenderjahr 1967 keine weiteren Zahlungen erfolgen.

b) Washington rechnet nicht damit, daß Sie etwas über spätere Zahlungen, Zahlen oder irgendwelche Details sagen; erwartet aber etwas über die Linie des Denkens zu hören, in der die neue Regierung an dieses Problem herangeht; ob 50 % oder auch weniger oder sehr viel weniger.

c) Die Bundesrepublik soll nicht gedrückt werden, Waffen oder Material zu kaufen, was sie nicht braucht oder will.<sup>7</sup>

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>2</sup> Das Gespräch wurde in Vorbereitung des Besuchs des Bundesministers Brandt vom 7. bis 11. Februar 1967 in den USA geführt.

Zur Behandlung der hier angesprochenen Themen in den Gesprächen von Brandt in Washington vgl. Dok. 48.

<sup>3</sup> Zur Neubildung der Bundesregierung am 1. Dezember 1966 vgl. Dok. 5, Anm. 4.

<sup>4</sup> Am 14. Oktober 1962 stellte die amerikanische Regierung anhand von Aufklärungsflügen über Kuba fest, daß auf der Insel Abschußbasen errichtet und Raketen sowjetischen Ursprungs stationiert worden waren. Zur dadurch ausgelösten Kuba-Krise vgl. den Briefwechsel zwischen Ministerpräsident Chruschtschow und Präsident Kennedy, mit dem die Krise beigelegt wurde; FRUS 1961-1963, IV, S. 165-233.

<sup>5</sup> Zum Devisenausgleich mit Großbritannien und den USA vgl. Dok. 23.

<sup>6</sup> Zum deutsch-amerikanischen Protokoll vom 11. Mai 1964 und den bisherigen Zahlungen der Bundesregierung vgl. Dok. 23, Anm. 6 und 7.

<sup>7</sup> Vgl. dazu auch die Ausführungen des amerikanischen Botschafters McGhee am 27. Januar 1967 gegenüber Bundesminister Brandt; Dok. 30, Anm. 10.

Zu a)

Es würde wirkliche Schwierigkeiten geben, wenn die Bundesrepublik das „laufende Abkommen“ ändern wollte. Dabei wäre es sicher kein Beinbruch, wenn eine geringfügige zeitliche Verzögerung für verhältnismäßig geringfügige Reste angekündigt eintreten würde.

Zu b)

Gemessen an den erstrangigen Fragen der effektiven Sicherheit und den besonders auf deutscher Seite fehlenden Überlegungen der Definition der deutschen Interessen seien die Probleme der Zahlungsbilanz zweitrangig. Man könne auch sagen, daß sie ein wenig unwürdig behandelt worden sind. Die amerikanische Seite hätte Verständnis, wenn der Außenminister<sup>8</sup> sich zur Zeit auf gar keine Diskussion von Zahlen festlegt oder einläßt. Man erwartet eine allgemeine Versicherung des guten Willens, weiterhin zum Ausgleich der Zahlungsbilanz-Probleme durch den Kauf von Waffen und Gerät beizutragen, soweit es die deutschen Notwendigkeiten und die Lage des deutschen Budgets ermöglichen.

Dabei brachte er von sich aus das Thema Indien auf, wobei ich mich nicht mehr erinnern kann, ob dies ein Punkt sein wird, der Ihnen gesprächsweise in Washington vorgelegt wird, oder ob das Botschafter McGhee bei seinem Vortrag heute nachmittag schon aufbringen will.<sup>9</sup>

Zu c)

Es werde sicher eine Reihe von Leuten geben, die aus diesem an sich technischen Problem ein politisches machen und Druck ausüben wollen. Das sei nicht auszuschließen, liege aber nicht im Interesse oder der Absicht der amerikanischen Regierung.

C. würde es für gut halten, sofern die unter a) bis c) dargelegten Gesichtspunkte den deutschen Überlegungen entsprechen, diese Linie anzusteuern, ohne das vorher in der Öffentlichkeit deutlich werden zu lassen.

3) C. legte großen Wert darauf, zu unterstreichen, daß es bisher keine beschlossenen Pläne über einen teilweisen Abzug oder eine Verringerung amerikanischer Streitkräfte aus der Bundesrepublik gibt. Es gebe mehrere Erörterungen; darunter auch die an sich vernünftige einer „double-basis“ einzelner Formationen, die mit Kommando und Ausrüstung hier, mit ihrer wesentlichen Mannschaftsstärke in den Staaten sein könnten.<sup>10</sup> Auch dies sei nicht be-

<sup>8</sup> Willy Brandt.

<sup>9</sup> Das Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem amerikanischen Botschafter fand am Vormittag des 27. Januar 1967 statt. McGhee kam darin auf einen Vorschlag des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Eugene Rostow, zu sprechen, „zur Deckung des indischen Getreidebedarfs, der sich auf 10 Millionen Tonnen belaufe, ein internationales Konsortium zu bilden“. Die amerikanische Regierung hoffe, daß sich auch die Bundesrepublik beteiligen werde; ihr Beitrag könne „im Rahmen des Devisenausgleichs verrechnet werden“. McGhee zeigte sich darüber informiert, „daß hierfür Schritte des Bundestags erforderlich seien, weil Mittel des Verteidigungshaushalts dann für landwirtschaftliche Zwecke ausgegeben werden müßten. Von einem Gesamtbetrag von 1 Milliarde Dollar würde sich der deutsche Anteil auf 35 Millionen Dollar belaufen. Er hoffe, daß sich das Kabinett nächste Woche mit der Angelegenheit befassen könnte und der Herr Minister eine hoffentlich gute Nachricht mit nach Washington bringe.“ Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. VS-Bd. 10089 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Den Transport von in den USA stationierten, aber für den Einsatz in Europa vorgesehenen Einheiten erprobte die amerikanische Regierung erstmals im Oktober 1963 in der Übung „Big Lift“.

schlossen. Die „lead-time“, d. h. die Spanne zwischen Entscheidung und Durchführung, würde dafür  $1\frac{1}{2}$  bis 2 Jahre betragen. Die entsprechende Spanne für neue strategische Konzeptionen oder Einführung von Waffensystemen betrage in der Regel fünf Jahre. McNamara habe alle gängigen Probleme seines Bereichs in dieses System der Zeitspannen zwischen Entscheidung und Realisierung eingeordnet. Man müsse dies wissen, um zu verstehen, daß Planungen und Überlegungen, die zum Teil öffentlich angestellt werden, im Grunde um diese Zeitspanne für ihre Realisierung voraus seien.

Die amerikanische Regierung sei für Erörterungen der deutschen Vorstellungen und des deutschen Denkens dankbar. Das Thema der Truppenverringering dürfe kein Tabu sein. Es diene dem gegenseitigen Vertrauen, es in aller Öffentlichkeit zu erörtern. Aber nochmals: Es sind keine Entscheidungen gefallen.

Die Dreier-Gespräche könnten sehr gut auf dieser Basis fortgesetzt werden, obwohl er persönlich bezweifle, daß die damit befaßten Personen<sup>11</sup>, was strategische Überlegungen angeht, kompetent genug seien.

4) McGhee sei angewiesen, mit dem Minister allgemein vorbereitende Gespräche für seinen Besuch zu führen und habe keinen Auftrag, zu irgendeinem Punkt besondere Vorstellungen gegenüber der Bundesrepublik zu erheben.

C. betrachtet den Botschafter als einen tragischen Fall, der den besten Willen hat, ohne zu wissen, wie man es macht; am besten nach Amerika zurückginge, in Washington aber den Ruf hat, ein Advokat der Deutschen zu sein.

5) Man hat in der US-Botschaft in dem gestrigen Vortrag Botschafter Grewes<sup>12</sup> den Beweis erblickt, daß eine Reihe objektiver falscher Informationen oder Interpretationen des NP-Vertrages von Paris über Grewe in amtliche deutsche Kanäle gekommen sind und ist über die Tatsache eines derartigen öffentlichen Vortrages und seine Tendenz<sup>13</sup> erstaunt oder beunruhigt. (Als ich den Bericht

*Fortsetzung Fußnote von Seite 181*

Vgl. dazu AAPD 1963, III, Dok. 396.

Staatssekretär Carstens notierte dazu am 23. August 1966: „Aufgrund der Möglichkeit des Transports größerer Truppeneinheiten von den USA nach Europa im Wege einer Operation Big lift müssen bestimmte verteidigungspolitische Vorstellungen neu überdacht werden. Es kann sich als zweckmäßig erweisen, unter diesen Umständen einen Teil der in Deutschland stationierten amerikanischen Truppen nach Amerika zu verlegen. Das gleiche gilt für Kampfflugzeuge des Typs F 111, die ab 1969 eingesetzt werden sollen.“ Vgl. VS-Bd. 433 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>11</sup> Zu den Delegationsleitern bei den Dreier-Verhandlungen vgl. Dok. 6.

<sup>12</sup> Am 25. Januar 1967 warnte der Ständige Vertreter der Bundesrepublik bei der NATO in Paris in einem Vortrag vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn „eindringlich“ davor, „dem zwischen Washington und Moskau vorgesehenen Non-proliferation-Vertrag über die Nichtweitergabe von Atomwaffen [...] beizutreten, sofern er die Bildung einer europäischen strategischen Nuklearmacht auf alle Zeiten untersage und die friedliche Nutzung der Atomkraft behindere. Er hielt es auch für bedenklich, daß die Vereinigten Staaten sich durch einen solchen Vertrag der Möglichkeit begäben, zu einem späteren Zeitpunkt bei der Aufstellung einer europäischen Nuklearstreitmacht Hilfe zu leisten.“ Vgl. den Artikel „Grewe warnt vor Beitritt zum Atomwaffen-Sperrvertrag“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 22 vom 26. Januar 1967, S. 3.

Zur Haltung von Grewe zu einem Nichtverbreitungsabkommen vgl. auch Dok. 7.

<sup>13</sup> Wilhelm Grewe führte dazu im Rückblick aus: „Ich hatte mit diesem Vortrag beabsichtigt, die Aufmerksamkeit der bis dahin in dieser Frage ziemlich lethargischen Öffentlichkeit auf die für uns schädlichen Konsequenzen des Kernwaffensperrvertrages zu lenken, den Amerikaner und Sowjets über unsere Köpfe hinweg miteinander verhandelten. [...] In diesem Zusammenhang ist nur von Bedeutung, daß mir dieser Vortrag eine feindselige Kritik von sozialdemokratischer Seite und für die Zukunft ein schlechendes Mißtrauen eintrug.“ Vgl. GREWE, Rückblenden, S. 655 f.

über den Vortrag heute morgen in der FAZ las, war ich versucht, den Minister provokatorisch zu bitten, mir die Erlaubnis zu einem öffentlichen Vortrag zu geben, der die Gegenposition bezieht nach der Devise, gleiches Recht für alle.)<sup>14</sup>

Ich habe C. erklärt, daß es keine definitive Stellung der Bundesregierung zum Nonproliferations-Vertrag gibt, daß die Bundesregierung weder zetern noch jammern werde, einige vitale Interessen anderer Länder teile und nach Abschluß einer sorgfältigen Prüfung Position beziehen werde. Dies fand er völlig o.k.

6) C. ist nach Deutschland geschickt worden, um europäische Sicherheitsfragen im Zusammenhang mit den Interessen der Sowjetunion und anderer osteuropäischer Länder unter den Gesichtspunkten seiner Behörde zu verfolgen.<sup>15</sup> Er hat sich bis vor kurzer Zeit mit deutscher Innenpolitik bisher kaum beschäftigt. Er legte dar, daß man nach amerikanischen Erfahrungen, sofern man genau weiß, was man will, mit den Russen Übereinkünfte schließen könnte, an die sie sich auch halten. Er ist ein alter Kennedy-Mann. Nonproliferation wird zweifellos von den Amerikanern in der Hoffnung betrieben, nukleare Sicherheit durch bilaterale Garantie zu erreichen. Das ist leichter als Abrüstung von Blöcken. C. ist der Meinung (wie auch Kissinger), daß es logisch und politisch nicht möglich ist, die NATO zu einem Instrument der Entspannung zu machen. Sie bleibt im Gegenteil ein unentbehrliches Sicherheitsinstrument, bis ein neues System der Sicherheit es überflüssig macht. Ich habe ihm gesagt, daß derartige Überlegungen uns in keine Panik versetzen.

Bahr

Willy Brandt-Archiv, Bestand Außenminister

<sup>14</sup> Im Rückblick schrieb Egon Bahr dazu: „Im Amt waren einige erschrocken, als die Amerikaner den von den Sowjets vorgeschlagenen nicht vollständigen Text eines NV-Vertrages übermittelten und ihn praktisch als ‚akzeptabel‘ bezeichneten. Unser Botschafter bei der NATO, Wilhelm Grewe, telegraphierte aufgebracht, der Vorschlag sei ‚völlig unakzeptabel‘ und eigentlich erst zu prüfen, nachdem das Bündnis seine nuklearen Probleme gelöst habe. [...] Offensichtlich waren die Amerikaner mit den Sowjets häufiger einig als mit ihren Verbündeten.“ Bahr verwies auf den 1954 von der Bundesregierung ausgesprochenen Produktionsverzicht für atomare, biologische und chemische Waffen und fuhr fort: „Aber dies, so mußte ich mich belehren lassen, hätte Hintertüren offengelassen: Der damalige Verzicht betraf nur das deutsche Gebiet, war nur den Bündnispartnern gegenüber ausgesprochen, umfaßte nicht die Kontrolle oder Mitkontrolle und hatte die Form einer einseitigen Erklärung. Jetzt würde der Verzicht umfassend [...]. Alle Schlupflöcher würden verstopft werden, und gerade das wollten einige bei uns unbedingt vermeiden.“ Vgl. BAHR, Zu meiner Zeit, S. 207.

<sup>15</sup> Ray S. Cline war seit dem 20. Juni 1966 Attaché an der amerikanischen Botschaft in Bonn. Egon Bahr notierte dazu im Rückblick: „Mr. Cline war Resident der CIA in Bonn. Ich hatte ihn nach dem Einzug ins Amt kennengelernt, ohne die beiderseitige Anrede mit Vornamen zu erreichen.“ Vgl. BAHR, Zu meiner Zeit, S. 206.

## Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg

I A 2-80.50-238/67 VS-vertraulich

26. Januar 1967<sup>1</sup>

Betr.: Fusion der Organe der europäischen Gemeinschaften;  
hier: Offene Fragen

1) Aus der Sicht der Abteilung I bestehen noch gewisse Unklarheiten über den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Fusionsvertrages<sup>2</sup> und den Beginn der Amtsperiode des Präsidenten der Kommission der europäischen Gemeinschaften, Hallstein, sowie über den Zeitpunkt, in dem die einzuberufende Regierungskonferenz der Sechs sich über die personelle Zusammensetzung der Kommission der europäischen Gemeinschaften einigen soll. Unserer Ansicht nach sollte die Fusion möglichst schnell in Kraft treten, daher hätte die Regierungskonferenz möglichst anlässlich der Ratstagung vom 8./9.2.<sup>3</sup> einberufen werden sollen; man hätte sich auf dieser Konferenz über die personelle Zusammensetzung der neuen Kommission einigen können. Nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunden im Februar 1967 und formeller Ernennung der Präsidenten, Vizepräsidenten und Mitglieder der neuen Kommission (Art. 38, Abs. 2<sup>4</sup> und Art. 32, Abs. 2<sup>5</sup> des Fusionsvertrages) hätte der Fusionsvertrag am 1. März in Kraft treten und die neue Kommission bereits tätig werden können.

Nach französischer Auffassung soll über Personalfragen und Inkrafttreten des Fusionsvertrages erst auf der Gipfelkonferenz in Rom<sup>6</sup>, deren genauer Zeitpunkt noch nicht feststeht, entschieden werden. Der Fusionsvertrag soll am 1. 7. 67 in Kraft treten. Am gleichen Tage würde die Amtsperiode des Präsidenten der Kommission der europäischen Gemeinschaften, Hallstein, beginnen. Dieser Ansicht hat sich wohl der Herr Bundeskanzler bei seinem Gespräch mit der französischen Regierung am 13./14. Januar 1967 angeschlossen.<sup>7</sup> Damit

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Baron von Stempel konzipiert.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut des Vertrages vom 8. April 1965 über die Fusion der Exekutiven der Europäischen Gemeinschaften vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil II, S. 1454–1497.

<sup>3</sup> Der EWG-Ministerrat erörterte am 8./9. Februar 1967 in Brüssel die Beziehung der Gemeinschaft zu Spanien und zu den Maghrebstaaten sowie die Kennedy-Runde. Ferner wurde der Entwurf eines „Programms für die mittelfristige Wirtschaftspolitik“ verabschiedet und über Vorschläge der EWG-Kommission zur Vereinheitlichung der Umsatzsteuern in den EWG-Mitgliedstaaten beraten. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 489 des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 13. Februar 1967; Referat I A 2, Bd. 1295.

<sup>4</sup> Artikel 38, Absatz 2 des Vertrags vom 8. April 1965: „Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des auf die Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde folgenden Monats in Kraft.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil II, S. 1478.

<sup>5</sup> Artikel 32, Absatz 2 des Vertrags vom 8. April 1965: „Der Präsident, die Vizepräsidenten und die Mitglieder der Kommission werden unmittelbar nach Inkrafttreten dieses Vertrags ernannt. Die Kommission nimmt ihre Tätigkeit am fünften Tage nach der Ernennung ihrer Mitglieder auf. Gleichzeitig endet das Amt der Mitglieder der Hohen Behörde und der Kommissionen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil II, S. 1476.

<sup>6</sup> Zum Vorschlag des italienischen Außenministers Fanfani, anlässlich des zehnten Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaften zu veranstalten, vgl. Dok. 8.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Dok. 17.



wäre die Amtsperiode Hallsteins auf 6 Monate beschränkt<sup>8</sup>, von denen 1½ Monate, nämlich die Zeit vom 1.8. bis 15.9. als Ferienzeit ausfällt und der Dezember mit Abschiedsfeierlichkeiten ausgefüllt würde.

Äußerungen des französischen Außenministers<sup>9</sup> vom 22. Dezember anlässlich des Mittagessens der Außenminister der Sechs ist zu entnehmen, daß die französische Regierung bereits vor Inkrafttreten des Fusionsvertrages Eini-gung der Sechs über den Nachfolger von Präsident Hallstein erzielen möchte. Die Wirkungsmöglichkeiten von Präsident Hallstein in den ersten Monaten seiner Amtsperiode als Präsident der neuen Kommission wären auch dadurch weiter beschränkt, zumal sich alles schon auf seinen Nachfolger einrichten würde.

2) Die Unterrichtung unserer anderen EWG-Partner über die deutsch-französische Vereinbarung zur Personenfrage erscheint immer dringender, um das Mißtrauen der Vier gegenüber Frankreich und Deutschland zu beseitigen und zu verhindern, daß die Vier die Nachfolge Hallsteins ohne unsere Beteiligung erörtern. Es erscheint daher ein deutsch-französisches Gespräch über die Art der Unterrichtung der vier anderen EWG-Staaten nach Beseitigung des deutsch-französischen Dissenses dringend erforderlich.

3) Wir müssen zu der Frage Stellung nehmen, ob wir den möglicherweise von Frankreich und Italien präsentierten Fürst Colonna als Präsidenten der neuen Kommission akzeptieren können. Colonna ist Beamter und kein Politiker. Die Holländer scheinen ihn aus diesem Grunde abzulehnen. Wir sind insofern in einer schlechten Position, als von den derzeitigen fünf deutschen Mitgliedern der europäischen Exekutiven drei Beamte sind (Hallstein, von der Groeben, Hettlage).

4) Intern müssen wir uns über unsere drei Kandidaten für die neue Kommission endgültig einigen. Dazu bedarf es einer Erörterung im Kabinett, insofern man vom Kabinettsbeschluß vom vorigen Sommer, in dem Hallstein, von der Groeben und Hellwig als Kandidaten vorgesehen wurden, abweichen will. Eine Aufzeichnung hierüber liegt dem Herrn Minister vor.

5) Im Falle des Rücktritts von Prof. Hallstein zum 1.1.68 steht uns ein Vizepräsidentenposten zu. Es ist zu klären, ob Prof. Hallstein bereit wäre, deutscher Vizepräsident der neuen Kommission ab 1.1.68 zu werden und ob die französische Regierung dem zustimmen würde. Der Mitgliedstaat, der den Präsidenten nach dem 1.1.1968 stellt, muß uns seinen bis dahin innegehabten Vizepräsidentenposten freimachen. Wir müssen uns darüber klarwerden, wen wir zum Vizepräsidenten vorschlagen für den Fall, daß Präsident Hallstein keinen Wert darauf legt, deutscher Vizepräsident zu werden.<sup>10</sup>

<sup>8</sup> Zum Vorschlag der Bundesregierung, den Präsidenten der EWG-Kommission, Hallstein, zum Präsidenten der vereinigten Kommission zu wählen, sowie zu den französischen Vorstellungen über die Besetzung des Postens vgl. Dok. 8, Anm. 17.

<sup>9</sup> Maurice Couve de Murville.

<sup>10</sup> An dieser Stelle wurde gestrichen: „6) Es muß klargelegt werden, ob der Kompromißvorschlag von Herrn Staatssekretär Lahr vom 22. Dezember 1966 betreffend den vorzeitigen Rücktritt des Präsidiums der neuen Kommission zum 1.7.68 durch die deutsch-französische Vereinbarung als nicht mehr relevant anzusehen ist.“

Infolge der Streichung änderte sich die Numerierung des nachfolgenden Absatzes.

6) In der Hohen Behörde kursiert das Gerücht, man habe vor, Präsident Hallstein nach seinem Rücktritt anzubieten, die Verhandlungen über die Verschmelzung der drei Gemeinschaften im Auftrag der sechs Regierungen zu leiten. Es fragt sich, ob man Prof. Hallstein ein derartiges Angebot machen soll. Seine Stellung wäre mit der Stellung Spaaks als Leiter der Verhandlungen zur Gründung des EWG-Vertrages<sup>11</sup> insofern nicht vergleichbar, als Spaak damals gleichzeitig belgischer Außenminister war, während Prof. Hallstein kein deutsches Regierungsamt innehätte.<sup>12</sup>

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>13</sup> vorgelegt.

Meyer-Lindenberg

VS-Bd. 2424 (I A 2)

### 34

## Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete

II A 4-82.00-94.29-71/67 geheim

26. Januar 1967

Betr.: Gespräche mit der Sowjetunion

I. 1) Die neue Formulierung eines Nichtverbreitungsabkommens, die uns von amerikanischer Seite mitgeteilt wurde, verlangt von uns Konzessionen, für die wir keine Gegenleistung erhalten. Wir werden in eine Situation versetzt, in der wir gezwungen sind, den Amerikanern Konzessionen zuzugestehen, die wir tatsächlich in erster Linie den Sowjets erbringen. Man sollte daher überlegen, ob man diese Konzessionen, zu denen wir im Prinzip bereit sind, nicht zum Gegenstand eines direkten Gesprächs mit den Sowjets machen und bei dieser Gelegenheit versuchen sollte, auch von sowjetischer Seite Konzessionen zu erhalten. Es ist nicht einzusehen, warum wir nicht das direkte Gespräch mit den Sowjets suchen, sondern uns unter amerikanischer Kuratel zu Konzessionen bereithalten.<sup>1</sup>

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1013.

<sup>12</sup> Am 14. Februar 1967 führte Staatssekretär Lahr vor dem Ältestenrat des Deutschen Bundestages aus, daß die Frage der personellen Besetzung des Präsidiums einer Kommission der europäischen Gemeinschaften „auf der für April in Aussicht genommenen Gipfelkonferenz in Rom gelöst werden könnte. Bei dieser Gelegenheit könnte auch die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Fusionsvertrag erfolgen. Die Franzosen hätten ihre Zustimmung dazu gegeben, daß Prof. Hallstein erster Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften wird; während uns eine Amtszeit von Präsident Hallstein bis zum 1.7.68 vorschwebte, neigten die Franzosen eher dazu, die Amtszeit von Hallstein bereits Ende 1967 ablaufen zu lassen. Die deutsch-französischen Erörterungen über diesen Punkt seien noch nicht abgeschlossen.“ Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank vom 15. Februar 1967; VS-Bd. 2424 (I A 2); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>13</sup> Hat Staatssekretär Lahr vorgelegen.

<sup>1</sup> Dieser Absatz wurde von Bundesminister Brandt durch Häkchen hervorgehoben.

2) Das Gespräch mit den Sowjets könnte durch die Behandlung der Frage des Abzugs von Truppen aus Europa<sup>2</sup> angereichert werden. Hier handelt es sich zwar um eine Frage, in der wir nicht unmittelbar zur Gesprächsführung legitimiert sind; wir werden jedoch den Sowjets klarmachen können, daß der Abzug ausländischer Truppen aus Deutschland sehr stark mit der Einstellung der Bundesregierung zusammenhängt, und daß daher die Bereitschaft der Bundesregierung, in gewissem Umfang dem Abzug ausländischer Truppen zuzustimmen, auch ein echtes Zugeständnis sein kann.<sup>3</sup>

3) Schließlich könnte das Thema Gewaltverzicht, das von Staatssekretär Carstens bereits mit Botschafter Zarapkin erörtert worden ist<sup>4</sup>, wobei die Sowjets ein gewisses Maß an Interesse gezeigt haben, in den Gesprächskomplex einbezogen werden.<sup>5</sup>

II. Diesen Möglichkeiten, das sowjetische Interesse an einem Gespräch zu wecken, steht unser Interesse gegenüber, den Spielraum für unsere Ostpolitik zu erweitern.

Bei der Verfolgung einer aktiven Ostpolitik werden wir ständig durch die Notwendigkeit gehindert, für vertragliche Abmachungen eine Berlinklausel vorzusehen bzw. in andere Absprachen Berlin einzubeziehen. An dem Erfordernis einer Berlinklausel ist seit Jahren der Abschluß von Kultur- und Handelsabkommen mit der Sowjetunion<sup>6</sup>, seit Mitte 1964 auch der Abschluß von Kulturabkommen mit den osteuropäischen Ländern<sup>7</sup>, gescheitert.

<sup>2</sup> Bereits im Oktober 1966 stellte Staatssekretär Carstens Überlegungen an, mit der sowjetischen Regierung Gespräche über eine Verminderung der in der Bundesrepublik und der DDR stationierte alliierten Truppen zu führen. Vgl. dazu AAPD 1966, II, Dok. 340.

Zu amerikanischen Vorstellungen bezüglich einer Restrukturierung von Truppen in Europa vgl. Dok. 32.

<sup>3</sup> Dieser Absatz wurde von Bundesminister Brandt durch Häkchen hervorgehoben.

<sup>4</sup> Zum Gespräch vom 21. November 1966 vgl. Dok. 15, Anm. 22.

<sup>5</sup> Dieser Absatz wurde von Bundesminister Brandt durch Häkchen hervorgehoben.

<sup>6</sup> Zum Nichtzustandekommen eines Handelsabkommens mit der UdSSR in den Jahren 1964 bis 1966 vgl. Dok. 26, Anm. 1.

Zum Scheitern der Verhandlungen mit der sowjetischen Regierung über ein Kulturabkommen vgl. Dok. 14, Anm. 22.

Vortragender Legationsrat Peckert führte am 20. Januar 1967 aus, daß die Kontakte seitens der Bundesregierung „nach zwei Methoden“ gefördert würden. Zum einen würden, wo vorhanden, „deutsche kulturelle Spitzenorganisationen“ veranlaßt, „mit entsprechenden sowjetischen Organisationen Austauschprogramme zu vereinbaren“. Solche Spitzenorganisationen gebe es jedoch nicht für den Kunstaustausch: „Hier führen private Veranstalter auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und in Koordination mit dem Auswärtigen Amt Einzelvorhaben durch.“ Vgl. VS-Bd. 10064 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Zu den kulturellen Beziehungen mit Polen führte Legationssekretär Schoenwaldt am 17. Februar 1967 aus, daß diese „bisher weder durch ein Kulturabkommen noch durch Vereinbarungen anderer Art geregelt“ seien. Die „auch 1965/66 fortgesetzten deutschen Bemühungen, durch vertiefte Kulturbeziehungen einen Beitrag zur Entspannung des deutsch-polnischen Verhältnisses zu leisten“, hätten auf polnischer Seite nicht die „erhoffte Aufnahme“ gefunden. Vgl. Referat IV (ZAB), Bd. 125.

Vortragender Legationsrat Peckert legte am 9. Januar 1967 dar, daß die ungarische Regierung „mehrfach einen Kulturvertrag ohne Berlin“ angeregt habe, und kommt zu dem Schluß: „Die Annahme liegt nahe, daß es der ungarischen Regierung vor allem darauf ankommt, von der Berlinklausel abzurücken, der sie im Vertrag über die Errichtung von Handelsvertretungen vom 10. November 1963 zugestimmt hatte.“ Vgl. Referat IV (ZAB), Bd. 124.

Am 9. Juni 1966 scheiterten Gespräche mit der rumänischen Regierung mit dem Ziel einer Aufnahme von Verhandlungen über ein Kulturabkommen, da keine Lösung hinsichtlich der Einbezie-

Wir würden große Erleichterungen für den gesamten Bereich unserer Ostpolitik bekommen, wenn es uns gelänge, mit den Sowjets eine Absprache über Berlin zu treffen, bei der die Bindungen Berlins an den Bund nicht geschmälert, sondern die Lebensfähigkeit Berlins gestärkt werden könnte. Wir sollten daher überlegen, ob wir nicht diese Gelegenheit nutzen könnten, wo wir gewisse, für die Sowjets interessante Konzessionsmöglichkeiten haben, die uns nicht zu einer Aufgabe unserer grundsätzlichen Position in der Deutschlandfrage zwingen. Die Wahrscheinlichkeit, daß die Sowjets zu Konzessionen in der Berlinfrage bereit sind, ist nicht sehr groß, zumal die Entwicklung auf dem Gebiet der Nichtverbreitung und des Truppenabzugs<sup>8</sup> bereits sehr weit fortgeschritten ist. Man sollte jedoch sondieren.<sup>9</sup>

III. Welche Regelungen für die Berlinfrage den Sowjets im einzelnen vorgeschlagen werden könnten, müßte noch untersucht werden. Man könnte evtl. prüfen, ob man die Idee einer international garantierten „Freistadt Berlin“<sup>10</sup>, die in einem besonderen Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland steht und durch die Bundesregierung außenpolitisch vertreten wird, ins Gespräch bringen sollte. Hiermit müßten internationale Garantien für den freien Zugang nach Berlin verbunden sein.

In diesem Zusammenhang wird von den Sowjets mit Sicherheit die Frage einer Beteiligung der „DDR“ aufgeworfen werden. Lösungsmöglichkeiten für dieses Problem wären, ohne daß eine unmittelbare Anerkennung erfolgt, bei gutem Willen der Sowjets denkbar.

IV. Wenn wir uns entschließen sollten, ein Gespräch mit den Sowjets zu suchen, ist Eile geboten; denn auf dem Gebiete der Nichtverbreitung werden wahrscheinlich sehr bald schwerwiegende Entscheidungen zu fällen sein. Gespräche mit den Sowjets müßten sehr geheim geführt werden. Sie müßten selbstverständlich im Einverständnis mit dem Berliner Senat erfolgen. Auch müßte man bei den Gesprächen taktisch sehr vorsichtig vorgehen, damit man nicht in der Berlinfrage zusätzlich zu den sonstigen Konzessionen wichtige Positionen aufgibt. Die Ansicht, daß man die heikle Berlinfrage in einem Zustand der Ruhe von deutscher Seite nicht anrühren sollte, scheint mir nicht unbedingt gerechtfertigt; wenn man geheim und sehr vorsichtig vorgeht, wird unsere Initiative den Sowjets sicher keine Veranlassung geben, ihrerseits Bewegungen in der Berlinfrage zu unternehmen. Sie wissen aus den Erfahrungen mit den

*Fortsetzung Fußnote von Seite 187*

hung von Berlin (West) gefunden werden konnte. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 153.

An der Frage einer Einbeziehung von Berlin (West) scheiterten im Oktober 1965 auch die Gespräche mit der bulgarischen Regierung über ein Kulturabkommen Vgl. dazu AAPD 1965, III, Dok. 408.

<sup>8</sup> Zu den britischen Absichten hinsichtlich einer Reduzierung der Rheinarmee vgl. Dok. 30, besonders Anm. 5 und 9.

<sup>9</sup> Dieser Absatz wurde von Bundesminister Brandt durch Häkchen hervorgehoben.

<sup>10</sup> Dazu Fragezeichen des Bundesministers Brandt.

Der Vorschlag, Berlin in eine „Freie Stadt“ umzuwandeln, wurde erstmals von der sowjetischen Regierung im sog. Berlin-Ultimatum vom 27. November 1958 unterbreitet. In der Note an die Drei Mächte forderte die UdSSR, „daß die Frage Westberlin gegenwärtig durch Umwandlung Westberlins in eine selbständige politische Einheit – eine Freistadt – gelöst werde, in deren Leben sich kein Staat, darunter auch keiner der bestehenden zwei deutschen Staaten, einmischen würde“. Die „Freistadt“ sollte „entmilitarisiert“ und es sollten „dasselbst keinerlei Streitkräfte stationiert werden“. Dieser Status war durch die Vier Mächte, die UNO oder die beiden deutschen Teilstaaten zu garantieren. Vgl. DzD IV/1, S. 174 f.

Initiativen Chruschtschows<sup>11</sup>, daß derartige Aktionen nur dazu dienen, den Zusammenhalt des Westens zu stärken.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>12</sup> dem Herrn Minister<sup>13</sup> mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Ich bitte, diese Überlegungen nur als „erste Gedanken“ zu werten und rege an, möglichst bald eine kleine Arbeitsgruppe zum Studium dieses Komplexes einzusetzen. Diese könnte sich evtl. auf Material stützen, das anlässlich der Berlinlinkrise im Jahre 1959 erarbeitet worden ist.

Ruete

VS-Bd. 4202 (II A 4)

### 35

#### Legationsrat I. Klasse Groll, Sofia, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-10580/67 VS-vertraulich

Aufgabe: 26. Januar 1967, 15.00 Uhr

Fernschreiben Nr. 12

Ankunft: 27. Januar 1967, 07.38 Uhr

Citissime

Auf Drahterlaß Nr. 8 vom 24. – AZ: III A 6 - 80.06/0-55/67 VS-v<sup>1</sup>

I. Gestriges zweistündiges Gespräch mit Stellvertretendem Außenhandelsminister Penkow ergab folgendes:

Bulgarische Regierung nimmt mit Interesse zur Kenntnis, daß Einladung an Außenhandelsminister Budinow<sup>2</sup> weiterhin gültig. Minister Budinow ist bereit, nach Bonn zu kommen, wenn damit Lösung „wichtigsten Problems in bilate-

<sup>11</sup> Neben dem Berlin-Ultimatum vom 27. November 1958 sah ein weiterer sowjetischer Vorschlag vor, die in den Westsektoren von Berlin stationierten Truppen der drei Westmächte durch Polizeieinheiten der UNO zu ersetzen. Für die Erklärung der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur TASS vom 12. Juli 1962 vgl. DzD IV/8, S. 835. Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 62.

<sup>12</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 27. Januar 1967 vorgelegen.

<sup>13</sup> Hat Bundesminister Brandt am 30. Januar 1967 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Schütz vermerkte: „Ich bin für eine solche Arbeitsgruppe. Im übrigen: Rücksprache“. Dazu vermerkte Schütz handschriftlich am 4. Februar 1967: „Rücksprache erledigt am 4.2.“

<sup>1</sup> Ministerialdirigent Graf von Hardenberg teilte der Handelsvertretung in Sofia mit, daß zur Zeit eine „Hermes-Limit-Erhöhung“ für Bulgarien geprüft werde, dabei sei an eine „Aufstockung um 15 Mio. DM auf 65 Mio. DM jährlicher Fälligkeiten gedacht“. Der bulgarischen Regierung könne mitgeteilt werden, „daß [die] Bundesregierung zur Zeit [eine] Erweiterung der Kreditmöglichkeiten prüft; mit [einem] Ergebnis sei in Kürze zu rechnen“. Zudem sollte „noch einmal ausdrücklich“ bestätigt werden; „daß [die] neue Bundesregierung [die] Einladung für [den] bulgarischen Außenhandelsminister aufrechterhält. Auf [eine] entsprechende Frage können Sie ferner [...] unsere Bereitschaft bestätigen, auch mit Bulgarien diplomatische Beziehungen aufzunehmen.“ Vgl. VS-Bd. 8364 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Die Einladung an den bulgarischen Außenhandelsminister Budinow wurde von Staatssekretär Lahr während seines Aufenthaltes vom 20. bis 26. September 1966 in Bulgarien ausgesprochen. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 3805 des Ministerialdirektors Ruete vom 3. Oktober 1966; Referat II A 5, Bd. 994.

ralen Beziehungen“ verbunden, d.h. wenn Bundesregierung Bulgarien durch „große Geste“ hilft, für 1967 zu erwartende Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu überwinden. Darauf könne neue Phase wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit eingeleitet werden. Bulgarien wünscht „differenzierte“ Behandlung gegenüber anderen osteuropäischen Ländern, die wirtschaftlich weiter fortgeschritten. Auf meine Frage, ob Bulgarien in der Lage sei, auch differenziert zu reagieren, oder durch Absprachen gebunden sei, antwortete Penkow wörtlich: „Wir sind bereit und imstande, weitere Schritte zu gehen – es kommt nur darauf an, was man und wie man es macht“.

Bulgarische Regierung habe zwar auf Regierungserklärung<sup>3</sup> nicht offiziell reagiert, verfolge aber Entwicklung Ostpolitik mit großem Interesse, insbesondere Kontakte zu Bukarest, Budapest und Prag. Auch sie sei bereit, über Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu sprechen. Auf Penkows Frage, welche Bedingungen wir dafür stellten, antwortete ich, im einzelnen nicht informiert zu sein, daß unsererseits aber wohl keine Bedingungen gestellt, sondern vielmehr Formeln gesucht würden, die es gestatteten, vielleicht im Wege einseitiger Erklärungen, den jeweiligen Standpunkt zu wahren.

Auf seine spezielle Frage nach einer Formel für die Einbeziehung Berlins wiederholte ich, nicht unterrichtet und nicht zu Verhandlungen ermächtigt zu sein, aber frühere Überlegungen zu kennen, wonach Senat oder Regierender Bürgermeister generell erklären oder entsprechende Erklärungen wiederholen könnten, daß völkerrechtliche Abkommen der Bundesrepublik auch in Berlin gültig sind und der Bund Berlin außenpolitisch vertritt. Dies würde zwar nichts am gegenwärtigen Zustand ändern, den sozialistischen Ländern aber Möglichkeiten geben, dies als Willenserklärung eines angeblich selbständigen politischen Gebildes Westberlin auszulegen und zu respektieren.

Zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten erklärte Penkow im einzelnen, nach bulgarischer Statistik für 1966 betrage Zahlungsbilanzdefizit im Handel mit Bundesrepublik 340 (alle Zahlen in Millionen DM). Statt wie geplant für etwa 350 nach Bundesrepublik zu exportieren, hätten bulgarische Exporte nur 168 betragen. Entstandene Deckungslücke in Höhe von etwa 180 werde es Bulgarien im Jahre 1967, in dem große Warenkredite fällig werden, fast unmöglich machen, internationalen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Schlechte Verkäufe 1966 führte bulgarische Regierung vor allem auf Maßnahmen EWG zurück, besonders auf Abschöpfungsbeträge für Eier, Tomaten und Fleisch<sup>4</sup>. Zusatzabschöpfung von 150 Dollar pro Tonne Eier zu bisherigen 124 Dollar mache es unmöglich, Mindestpreis von 400 Dollar einzuhalten und hätten Einstellung Eierexports zur Folge. Tabakexporte in die Bundesrepublik ließen

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vom 13. Dezember 1966 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

<sup>4</sup> Die EWG-Kommission beschloß am 26. April 1966, aufgrund von Angeboten an Eiern in der Schale, die unter dem Einschleusungspreis lagen, eine zusätzliche Abschöpfung zu erheben. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 6/1966, S. 20.

Bei der Einfuhr von Tomaten und von Geflügel aus bestimmtem Staatshandelsländern wurde „zeitweilig“ eine Ausgleichsabgabe erhoben. Vgl. dazu ZEHNTER GESAMTBERICHT, S. 215.

Zur gemeinsamen Marktordnung für Rindfleisch vgl. Dok. 28, Anm. 19.

auch nach<sup>5</sup>; sie könnten vielleicht durch Hinweis amtlicher deutscher Stellen gefördert werden.

Unter „großer Geste“ versteht bulgarische Regierung offenbar Moratorium in Höhe Deckungslücke für 1967 und befristete Aussetzung gewisser Abschöpfungen für wichtige Agrarprodukte. Diese Maßnahmen sollten „differenziert“ angewandt werden, d.h. auf Bulgarien und vielleicht Rumänien beschränkt bleiben, die im europäischen Raum als Entwicklungsländer anzusehen seien. Wenn Bundesregierung bereit sei, hierüber ernsthaft zu verhandeln, Konzessionen zu machen, sei Deutschlandreise Außenhandelsminister Budinow sicher. Notwendig wäre aber gründliche Vorbereitung. Bulgarische Regierung sei bereit, ihn (Penkow) oder anderen verantwortlichen Unterhändler zu Vorgesprächen nach Bonn zu entsenden bzw. Herrn Staatssekretär Lahr oder anderen Herrn in Sofia zu empfangen. Nach Regelung dieser akuten Probleme könnte Besuch Budinows dann Ausgangspunkt für großangelegte wirtschaftliche Zusammenarbeit sein und auch zu einer allgemeinen Normalisierung führen, da bilaterale politische Probleme ja „noch weniger als im Falle Rumäniens (Auslandsdeutsche<sup>6</sup>)“ im Wege stünden.

II. Bulgarien hat offenbar nicht nur erkannt, daß wirtschaftlicher Fortschritt am schnellsten mit Hilfe westlicher Technologie zu verwirklichen ist, sondern auch von Moskau erreicht, als osteuropäisches Land mit der geringsten Entwicklungsstufe und treuer Alliierter Fragen politischer Solidarität, die es bilateral nicht berühren, vernachlässigen zu dürfen, wenn es nachweisen kann, daß sein wirtschaftlicher Aufstieg dadurch entscheidend gefördert wird; mit anderen Worten: Einer politischen Entscheidung der Bundesregierung, das wirtschaftliche Kooperationsangebot Bulgariens aufzugreifen, würde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen als logische Konsequenz folgen. Andererseits hat die bulgarische Regierung offensichtlich kein Interesse daran, Herrn Budinow nach Bonn zu entsenden, wenn nicht im voraus sicher ist, daß dieser Besuch ein reelles Ergebnis hat.

Ein Scheitern oder Nichtzustandekommen des Besuches würde hier als Beweis dafür angesehen, daß die Dogmatiker, die der Ostpolitik der Bundesregierung Unaufrichtigkeit vorwerfen, recht haben, und einen Erfolg für Ostberlin darstellen, das hier seit Anfang Januar mit einer großen Pressekampagne und auf anderem Wege versucht, eine Annäherung zwischen Sofia und Bonn zu verhindern.

Habe Herrn Penkow, der sich der Tragweite des entsprechenden Beschlusses der Bundesregierung voll bewußt ist, zugesagt, daß Leiter Handelsvertretung<sup>7</sup>

<sup>5</sup> Am 8. August 1966 stellte Referat III A 6 dazu fest, die „Benachteiligung Bulgariens durch die den mit der EWG assoziierten Ländern Griechenland und Türkei eingeräumten Zollvorteile sei jedoch nicht so groß, wie man zunächst annehmen müsse“, da Bulgarien aufgrund der niedrigeren Lebenshaltungskosten auf Dauer billiger produzieren könne. Allerdings müßten sich die bulgarischen Tabakbauern „auf die größeren Pflanzen (Burley) umstellen, da die bisher gepflanzten feineren und wertvolleren Sorten bei dem steigenden Anteil von Filterzigaretten – in Deutschland bereits 82 % – schwerer absetzbar seien“. Vgl. Referat III A 6, Bd. 237.

<sup>6</sup> Zur Frage der Familienzusammenführung vgl. Dok. 12, Anm. 12.

<sup>7</sup> Heinz Herrmann.

ihn in absehbarer Zeit über Reaktion Bundesregierung<sup>8</sup> auf seinen Vorschlag unterrichten werde.<sup>9</sup>

[gez.] Groll

VS-Bd. 4254 (II A 5)

### 36

## Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem tunesischen Wirtschaftsminister Ben Salah

Z A 5-19.A/67 VS-vertraulich

27. Januar 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am Freitag, den 27. Januar 1967 den tunesischen Wirtschaftsminister, Herrn Ben Salah, zu einem Gespräch.

Der Herr *Minister* hieß seinen Gast zunächst willkommen und führte aus, er freue sich, daß diese Begegnung zustande gekommen sei. Leider könne er dem Vortrag, den der tunesische Minister am Nachmittag halte<sup>2</sup>, nicht beiwohnen, werde sich jedoch darüber Bericht erstatten lassen.

Man erinnere sich noch gern des Besuches, den Präsident Bourguiba im vergangenen Sommer der Bundesrepublik Deutschland abstattete.<sup>3</sup> Wenn Herr Ben Salah einverstanden sei, könne man die Gelegenheit dieser Begegnung dazu benutzen, einige gemeinsam interessierende Fragen zu besprechen.

<sup>8</sup> Am 3. Februar 1967 teilte Ministerialdirektor Ruete der Vertretung in Sofia mit, die „Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Bulgarien sollte nicht mit Wirtschaftsfragen verquickt werden“. Während der Wirtschaftsverhandlungen im Herbst 1966 seien die „bulgarischen Wünsche und Klagen eingehend erörtert worden“. Auch die „Teilliberalisierung vom 6. Mai 1966 und [die] am 11. Januar 1967 im Grundsatz beschlossene erweiterte Liberalisierung eröffnen weitere Möglichkeiten für [einen] Abbau [des] bulgarischen Passivsaldos“. Die von bulgarischer Seite gewünschte „befristete Aussetzung gewisser Abschöpfungen für wichtige Agrarprodukte“ sei allerdings nach den EWG-Richtlinien nicht möglich. Bulgarien könne jedoch „nach [dem] Muster anderer Staatshandelsländer [eine] Garantieerklärung gegenüber [der] EWG-Kommission auf Einhaltung der Mindestpreise abgeben, womit [eine] Erhebung von Zusatzabschöpfungen auf bulgarische Erzeugnisse weitgehend abgewendet werden könnte“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 17; VS-Bd. 4254 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Am 2. Februar 1967 teilte Legationsrat I. Klasse Groll, Sofia, mit, daß der bulgarische Stellvertretende Außenhandelsminister Penkow beabsichtige, „in Kürze Bundesrepublik einwöchigen Besuch abzustatten“. Als Termin komme voraussichtlich die Woche zwischen dem 13. und dem 18. Februar in Frage. Vgl. den Drahtbericht Nr. 19; VS-Bd. 4254 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

Zum Aufenthalt von Penkow vgl. Dok. 50.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Merten am 27. Januar 1967 gefertigt. Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

Hat im Durchdruck den Staatssekretären Schütz und Lahr am 2. Februar 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Laut einer Pressenotiz hielt der tunesische Wirtschaftsminister Ben Salah in der Universität zu Köln einen Vortrag über tunesische Wirtschaftsfragen. Vgl. dazu FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 22 vom 26. Januar 1967, S. 4.

<sup>3</sup> Zum Aufenthalt des tunesischen Präsidenten vom 18. bis 22. Juli 1966 in der Bundesrepublik vgl. AAPD 1966, II, Dok. 227.



An der dann folgenden Besprechung nahm auch Herr Staatssekretär Lahr teil. Herr *Ben Salah* dankte für die freundlichen Worte des Herrn Ministers und legte dar, er wolle anlässlich seines kurzen Besuches in Bonn gerne auf einige Fragen zu sprechen kommen. Zunächst wolle er betonen, wie erfolgreich der Besuch Präsident Bourguibas in der Bundesrepublik Deutschland verlaufen sei. Man habe sich sehr über den herzlichen Empfang gefreut, der Präsident Bourguiba in allen Teilen Deutschlands, die er besucht habe, zuteil wurde.

Man freue sich in Tunesien auch darüber, daß Herr Minister Brandt nunmehr Mitglied der Bundesregierung sei<sup>4</sup> und die Partei, die er vertrete, damit Regierungspartei geworden sei. Man erwarte sich daraus auch einen günstigen Einfluß auf die Kontakte, die bereits zwischen der SPD und der tunesischen Néo-Destour-Partei bestehen.<sup>5</sup> Zugleich erwarte man, daß die neue deutsche Politik dahin führe, daß Deutschland in stärkerem Maße zu einem Element des Friedens werde, nicht nur in Europa, sondern auch in den Teilen der Welt, mit denen Tunesien stärker verbunden sei, also mit der afrikanischen und arabischen Welt.

Er wolle es sich sparen, auf die Einzelheiten der Entwicklung der Beziehungen der arabischen Länder zu Deutschland einzugehen. In Tunesien sei man jedoch besorgt über die Haltung, welche Deutschland in der Frage der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen<sup>6</sup> zu diesen Ländern vielleicht einnehmen könnte. Man wäre in Tunesien sehr glücklich, wenn die Beziehungen Deutschlands zu den arabischen Ländern bald wieder aufgenommen werden könnten. Man habe jedoch kein Verständnis dafür, daß die Wiederaufnahme der Beziehungen möglicherweise in bestimmten Formen und über Organisationen eingeleitet würde, welche für Tunis das Streben nach Hegemonie verkörpern und sich als Element der Störung erwiesen hätten. Von tunesischer Seite sei man bestrebt gewesen, die Arabische Liga neu und besser zu gestalten. Sie stelle jedoch nunmehr ein ins Sinken gekommenes Schiff dar, das man nicht mehr flott machen wolle. Man wünsche, daß die Bundesrepublik Deutschland die diplomatischen Beziehungen zu jedem einzelnen arabischen Land wieder aufnehme. Aus Unterhaltungen mit Vertretern dieser Länder, insbesondere mit den Wirtschaftsministern des Sudan<sup>7</sup>, Saudi-Arabiens<sup>8</sup> und auch des Scheichtums Kuwait<sup>9</sup>, habe er den Eindruck gewonnen, daß man damals nur gezwungenermaßen und ohne recht an die eigene Haltung zu glauben, dem Abbruch der Beziehungen zu Deutschland zugestimmt habe. Man sei einem Trauma erlegen. Wenn man deutscherseits nunmehr mit der Arabischen

<sup>4</sup> Zur Neubildung der Bundesregierung am 1. Dezember 1966 vgl. Dok. 5, Anm. 4.

<sup>5</sup> Die Néo-Destour-Partei wurde 1934 als gemäßigt sozialistische Partei von dem späteren tunesischen Präsidenten Bourguiba gegründet und trat bis 1956 für die Erlangung der tunesischen Unabhängigkeit ein.

Das Jahrbuch der SPD für 1966/67 nannte die „Sozialistische Destour Partei Tunesiens“ als eine der Parteien in Afrika, „zu denen im Lauf der Jahre und dank des persönlichen Einsatzes führender deutscher Sozialdemokraten ein besonders enges Verhältnis entwickelt wurde“. Vgl. JAHRBUCH DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS 1966/67, S. 152.

<sup>6</sup> Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch die Mehrzahl der arabischen Staaten vgl. AAPD 1965, II, Dok. 203.

<sup>7</sup> Hamza Mirghani.

<sup>8</sup> Prinz Musa'id Ibn Abd Ar-Rahman.

<sup>9</sup> Scheich Abdullah Al-Jaber.

Liga verhandeln wolle<sup>10</sup>, arbeite man in die Hand eines Regimes, das nach Vormacht strebe.

Was Afrika anbelange und hier besonders die Länder des Maghreb, so sei man davon überzeugt, daß die Bundesrepublik Deutschland in der Frage des wirtschaftlichen und technischen Austauschs mit diesen Ländern eine vorrangige Rolle spielen könne. Insbesondere könnte die Bundesrepublik Deutschland die Kandidatur Tunesiens in Brüssel<sup>11</sup> unterstützen. Der Wunsch Tunesiens ginge dahin, daß die Bundesrepublik eine führende Rolle bei der Unterstützung des tunesischen Antrags spiele. Man müsse dabei gegen einen bestimmten Widerstand ankämpfen, der nicht so sehr im Zusammenhang mit den tunesischen Obst- und Gemüseausfuhren<sup>12</sup> stehe, sondern vielfach politisch bedingt sei. Des weiteren halte man es für hinderlich, daß man mit allen Maghreb-Staaten gemeinsam verhandeln wolle.<sup>13</sup> Immerhin käme Algerien und auch Marokko eine gewisse Präferenzstellung zu; Tunesien fühle sich dabei diskriminiert. Oft habe man gesagt, daß Tunesien ein Land sei, das sich ernsthaft um seine eigene Wirtschaft bemühe, die Diskriminierung gehe aber weiter. Man erwarte sich aus dem Abschluß eines Abkommens mit der EWG auch nicht „die Lösung des Problems schlechthin“. Man wisse, ganz im Gegenteil, daß man nach Abschluß eines solchen Abkommens noch mehr tun müsse und noch größere Verantwortung auf sich nehmen müsse. Man könne aber dann in positiverer Weise an Entwicklungsprobleme herangehen, während man sich bisher noch mit Problemen der Unterentwicklung habe befassen müssen. Der Presse habe man entnommen, daß die deutsche Wirtschaft zur Zeit mit Schwierigkeiten kämpfen müsse, man glaube aber an die Vitalität der deutschen Wirtschaft und auch daran, daß diese Schwierigkeiten schnell behoben werden könnten. Vertreter beider Länder könnten dann prüfen, wie man die bestehende beiderseitige Zusammenarbeit weiter fördern und ausbauen könne.

Er habe auch den Wunsch, daß der deutsche Vertreter in der Beratungsgruppe der Weltbank die Vertreter der anderen Länder zu einer positiven Stellung-

<sup>10</sup> Zu ersten Kontakten zwischen der Bundesregierung und der Arabischen Liga vgl. Dok. 15, besonders Anm. 43.

Am 17. Januar 1967 führte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg dazu aus, daß der Generalsekretär der Arabischen Liga, Hassouna, „die ihm mündlich übermittelte Einladung des Bundesaußenministers zu einem Gespräch in Bonn begrüßt“ habe. Er habe den „dringenden Wunsch, daß sein Besuch in Bonn erfolgreich verlaufen und der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen“ dienen werde. Vgl. VS-Bd. 2565 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

Zum Aufenthalt von Hassouna in Bonn vgl. Dok. 136.

<sup>11</sup> Zum Antrag Tunesiens vom 8. Oktober 1963 auf Assoziierung mit der EWG vgl. Dok. 1, Anm. 16.

<sup>12</sup> Die Assoziierungsverhandlungen der EWG mit Tunesien ruhten zwischen Mitte 1965 und Ende 1966, da die EWG-Kommission die Ansicht vertrat, daß die Verhandlungen ohne eine Einfuhrregelung für Obst, Gemüse und Olivenöl aus den Maghrebstaaten „nicht sinnvoll fortgesetzt“ werden könnten. Erst nachdem der EWG-Ministerrat am 13. Mai 1965 Ausgleichsabgaben auf eine Reihe von Obst- und Gemüsesorten, deren Einfuhrpreise unter dem festgesetzten Referenzpreis lagen, beschlossen hatte, prüfte die EWG-Kommission erneut Stand und Probleme der Assoziierungsverhandlungen mit den drei Maghreb-Staaten. Sie unterbreitete dem EWG-Ministerrat „am 15. Dezember 1966 ein Dokument mit Vorschlägen für die Ausarbeitung eines neuen Mandats im Hinblick auf die Fortsetzung der Verhandlungen mit Tunesien und Marokko und die Aufnahme von Verhandlungen mit Algerien“. Vgl. ZEHNTER GESAMTBERICHT, S. 345.

Zur Verordnung vom 13. Mai 1965 vgl. NEUNTER GESAMTBERICHT, S. 173 f.

<sup>13</sup> Die Assoziierungsverhandlungen der EWG mit den drei Maghreb-Staaten wurden von einer Arbeitsgruppe „Algerien, Marokko, Tunesien“ behandelt.

nahme gegenüber den Wünschen Tunesiens ermuntere.<sup>14</sup> Als Vertreter seiner Partei wolle er schließlich noch dem Wunsche Ausdruck geben, daß der bestehende Austausch von Informationen zwischen der SPD und der Néo-Destour-Partei sich weiter günstig entwickle. Man könne daran denken, gegenseitig Informationen über alle Teile der Welt auszutauschen.

Der Herr *Minister* dankte seinem tunesischen Kollegen für diese Darlegungen und erklärte, er wolle die einzelnen angeschnittenen Fragen nacheinander beantworten. Was die Frage der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu den arabischen Staaten anbelange, wolle er mit allem Ernst sagen, daß man einer Entwicklung zur Normalisierung hin das Wort rede. Man werde dabei jedoch nicht die vergessenen, die Deutschland treu geblieben seien. Man wolle auch nicht die Befürchtungen rechtfertigen, daß man noch eine Prämie an die zahlen wolle, welche seinerzeit die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen hätten. In jedem Falle bleibe man Tunesien für die damals eingenommene Haltung dankbar.

Es habe bereits bilaterale Kontakte gegeben mit dem Ziel, herauszufinden, unter welchen Gegebenheiten die Beziehungen wieder angeknüpft werden könnten.<sup>15</sup> Nun habe er den Darlegungen Herrn Ben Salahs entnommen, man befürchte in Tunesien, daß die Rolle der Arabischen Liga und ihres Generalsekretärs<sup>16</sup> möglicherweise in Deutschland falsch eingeschätzt würde. Der Generalsekretär habe von sich aus wissen lassen, er wolle mit der deutschen Seite ins Gespräch kommen. Man wolle dies auch tun, sehe jedoch darin keinen Ersatz für zweiseitige Verhandlungen. Es gehe dabei lediglich darum, auch die Meinung des Generalsekretärs der Arabischen Liga kennenzulernen.

In diesem Zusammenhang weise er auf eine Frage hin, die bereits eine Rolle gespielt habe und die auch schon in einer Sitzung der Bundesregierung behandelt wurde. Man habe die Absicht, gegenüber der arabischen Welt eine besondere Geste als Ausdruck unseres guten Willens zu erbringen. In Zusammenarbeit mit den Flüchtlingsorganisationen der Vereinten Nationen wolle man für die Palästinaflüchtlinge auf dem Gebiet des Bildungs- und Gesundheitswesens tätig werden.<sup>17</sup> Den Generalsekretär der Arabischen Liga wolle man über diese geplante Geste der Bundesregierung informieren.

<sup>14</sup> Als Vertreter der Bundesrepublik bei der IWF-Delegation, die vom 4. bis 19. April 1967 Konsultationsgespräche mit der tunesischen Regierung führen sollte, wurde J. Kratz benannt. Vgl. dazu den Vermerk des Legationsrats I. Klasse Ungerer vom 31. März 1967; Referat III A 1, Bd. 190.

<sup>15</sup> Vgl. dazu Dok. 15, Anm. 42.

<sup>16</sup> Mohammed Abdel Khalek Hassouna.

<sup>17</sup> Dazu führte Vortragender Legationsrat I. Klasse Gehlhoff aus, daß die angestrebte Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu osteuropäischen Staaten der DDR die Gelegenheit bieten werde, ihre seit Mai 1965 ohnehin erhöhte Aktivität im Nahen und Mittleren Osten auszuweiten, „um ihre These von der Existenz zweier deutscher Staaten“ durchzusetzen. Angesichts der angespannten Haushaltslage in der Bundesrepublik sei es nicht einfach, diesen Bestrebungen entgegenzutreten. Die vorgesehene „Sonderhilfe von 50 Mio. DM für die Palästina-Flüchtlinge“ stelle einen realistischen Weg der Stärkung der Position der Bundesrepublik dar, da hierfür im Haushalt 1967 lediglich 10 Mio. DM bereitgestellt werden müssen, „während für die übrigen 40 Mio. DM eine Bindungsermächtigung, verteilt auf die Jahre 1968–71, ausreicht“. Gehlhoff machte allerdings darauf aufmerksam, daß „effektive Zahlungen“ erst geleistet werden sollten, wenn die diplomatischen Beziehungen „tatsächlich wieder aufgenommen werden“. Vgl. die Aufzeichnung vom 16. Januar 1967; VS-Bd. 2563 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit beider Länder freue er sich, daß man diese in Tunesien so hoch bewerte. Man habe in Deutschland alles Interesse daran, sie weiter auszubauen. Von den wirtschaftlichen und haushaltsmäßigen Schwierigkeiten, in denen die Bundesrepublik Deutschland zur Zeit steckt<sup>18</sup>, sei schon die Rede gewesen. Auch er rechne damit, daß man in relativ kurzer Zeit diese Schwierigkeiten überwinden könne. Am Jahresende rechne er damit, daß bereits deutliche Zeichen einer wirtschaftlichen Expansion sichtbar würden. Allerdings habe man nicht nur gegen konjunkturelle, sondern auch gegen strukturelle Schwierigkeiten anzukämpfen. Eine Zeitlang müsse man noch mit einem Abstieg, dann aber könne man mit einem Aufschwung rechnen. Der Haushalt gebe allerdings noch für einige Jahre Anlaß zur Besorgnis. Er sage dies nicht mit dem Gedanken, darzulegen, man sei nicht in der Lage, eingegangene Verpflichtungen einzuhalten. Zumindest für das Jahr 1967 müsse man allerdings stärker als bisher die Frage prüfen, was man tun könne und was man nicht leisten könne. Er glaube, daß das beiderseitige Interesse verlange, unseren Freunden dies offen darzutun. Was die Fragen anbelange, die im Zusammenhang mit dem Gemeinsamen Markt vorgetragen wurden, bitte er Herrn Staatssekretär Lahr, darauf zu antworten.

Herr Staatssekretär *Lahr* schloß zunächst noch eine Bemerkung über die Gespräche mit der Arabischen Liga an. Er führte aus, man habe bei den Kontakten, die bisher stattgefunden haben, dargelegt, daß man von deutscher Seite eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu den arabischen Staaten sehr positiv gegenüberstehe. Allerdings habe man auch den Eindruck gehabt, daß einzelne Staaten zu einer isolierten Aktion bereit gewesen seien. Erst seit einiger Zeit hätten alle Gesprächspartner dargelegt, man solle über die Arabische Liga vorgehen.<sup>19</sup> Somit folge man nur einem Rat, den alle Gesprächspartner gegeben hätten.

Was die Frage der Assoziierungsverhandlungen mit den drei Maghreb-Staaten anbelange, so sei der Gedanke, mit diesen Staaten gemeinsam zu verhandeln, von der Brüsseler Kommission ausgegangen. Diese habe sich dabei wohl von dem Gedanken einer Arbeitersparnis leiten lassen, vielleicht auch von der Auffassung, es sei eine gewisse Identität oder Parallelität der Interessen dieser Staaten gegeben. Allerdings habe die Kommission die taktische Ausgangslage dieser Staaten wohl nicht richtig bewertet. Während Tunesien Interesse daran habe, möglichst schnell zu einem Abschluß zu gelangen, sei es für Algerien wohl vorteilhaft, die Dinge hinauszuschieben, weil die derzeitige Lage Algeriens möglicherweise vorteilhafter sei, als die nach einer Assoziierung entstehende Lage.<sup>20</sup> Marokko stehe in dieser Frage wohl mehr auf der tunesischen

<sup>18</sup> Zur Lage des Bundeshaushalts vgl. Dok. 5, Anm. 3.

<sup>19</sup> Am 14. Dezember 1966 gab Botschafter Klaiber, Paris, die Information seines ägyptischen Amtskollegen Naggar weiter, daß der Generalsekretär der Arabischen Liga, Hassouna, von der VAR und anderen arabischen Staaten mit den Verhandlungen über eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik betraut worden sei: „Diese Verlagerung der Verhandlungen auf die Arabische Liga sei, so meinte Naggar, sicher für beide Seiten von großem Vorteil; insbesondere werde ein gegenseitiges Sichüberspielenwollen arabischer Staaten damit vermieden, außerdem werde die Angelegenheit wieder auf das politische Gebiet zurückgeführt.“ Vgl. VS-Bd. 2633 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>20</sup> So hatte Frankreich Algerien, das zu den erdölfördernden Staaten gehörte, mit Abkommen vom 29. Juli 1965 zugesichert, daß es ihm „zu einem gewissen Handelsaustausch mit raffinierten Er-

als auf der algerischen Seite. In jedem Falle sei die Bundesrepublik Deutschland bereit, die tunesischen Wünsche und Interessen dabei zu unterstützen. Das gleiche gelte auch für die Arbeiten in der Beratungsgruppe der Weltbank.

Der Herr *Bundesminister des Auswärtigen* führte sodann noch aus, er freue sich über die besonderen politischen Kontakte, die zwischen seiner Partei und der Néo-Destour-Partei in Tunesien bestehen. Herr Ben Salah habe gewiß noch Gelegenheit, Herrn Wischniewski zu sehen, der jetzt Bundesminister für die wirtschaftliche Zusammenarbeit ist, sich weiterhin aber auch im Rahmen der Partei um die Fragen der internationalen Zusammenarbeit kümmere. Er selbst könne sich nicht mehr so stark wie vorher um Fragen der Partei kümmern, allerdings würden ihm alle wichtigen Fragen vorgelegt. Er habe gehofft, anläßlich einer Tagung des Wiener Instituts im Frühjahr nach Tunis kommen zu können. Allerdings müsse er mit Schwierigkeiten dabei rechnen, die sich aus seinem Terminkalender ergäben. Für den Fall, daß ihm ein Besuch in Tunesien möglich würde, wolle er seinen Aufenthalt so bemessen, daß er auch Djerba und die Oasen wiedersehen könne.

Das Gespräch endete um 11.35 Uhr.

VS-Bd. 10089 (Ministerbüro)

### 37

#### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg

I B 1-86.11-241/67 VS-vertraulich

27. Januar 1967<sup>1</sup>

Betr.: Weltraumvertrag<sup>2</sup>;  
hier: Maßnahmen gegen Folgen der Zeichnung durch die SBZ

Bezug: Kabinettsvorlage vom 23. Januar 1967

1) Es ist zu erwarten, daß die SBZ den seit heute in Washington, London und Moskau zur Zeichnung aufliegenden Weltraumvertrag, der eine offene Beitrittsklausel enthält<sup>3</sup>, in Moskau zeichnet. Nach dem Vertrage ist die Sowjet-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 196*

zeugnissen“, entweder mit den sechs EWG-Mitgliedstaaten oder, falls dies nicht möglich sei, mit Frankreich allein verhelfen wolle. Im Verlauf der Beratungen der EWG-Arbeitsgruppe „Algerien, Marokko, Tunesien“ wies Frankreich darauf hin, es könne nicht daran gedacht werden, „durch das mit Algerein geplante Abkommen die Lage zu verschlechtern, die Algerien gegenwärtig – wenn auch auf umstrittenen Rechtsgrundlagen – in allen Mitgliedstaaten der EWG eingeräumt werde“. Vgl. die Aufzeichnung „Gruppe Algerien, Marokko, Tunesien“ vom 10. Februar 1967; Referat I A 2, Bd. 1191.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin I. Klasse von Puttkamer und von Vortragendem Legationsrat von Hassell konzipiert.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 19. Dezember 1966 „über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums, einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper“ vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 1–5.

<sup>3</sup> Artikel XIV, Absatz 1 des Abkommens vom 19. Dezember 1966 über die friedliche Erforschung und Nutzung des Weltraums: „Dieser Vertrag steht allen Staaten zur Unterzeichnung offen. Jeder

union als Depositär verpflichtet, alle Unterzeichnungen bzw. Beitritte den übrigen Vertragsstaaten zu notifizieren.<sup>4</sup> Es ist nicht auszuschließen, daß die SBZ auch selber versucht, ihren Beitritt anderen Staaten durch Note zur Kenntnis zu bringen.

2) Obwohl der Beitritt der SBZ an ihrem rechtlichen Status nichts ändert, sollten wir dennoch tunlichst vermeiden, daß der „Beitritt“ der SBZ von anderen Staaten, die unsere Auffassung in der Deutschland-Frage teilen, ausdrücklich bestätigt wird.<sup>5</sup>

Dasselbe Problem hatte sich bereits 1963 im Falle des Teststopp-Vertrages<sup>6</sup> gestellt, der aufgrund der gleichen Beitrittsregelung von der SBZ gezeichnet wurde.<sup>7</sup> Im Jahre 1963 sind die deutschen Auslandsvertretungen in allen in Betracht kommenden Staaten gebeten worden, bei den Regierungen der Gastländer mit dem Petitum vorstellig zu werden, die Notifizierung über den Beitritt der SBZ entweder mit dem Bemerken, die SBZ sei kein Staat, zurückzuweisen oder aber die diesbezügliche Note völlig unbeantwortet zu lassen (Dipex Nr. 2 vom 6. August 1963).<sup>8</sup> Daraufhin hatte eine große Anzahl von Staaten unserem Wunsch entsprochen und die Notifizierung teils zurückgewiesen, teils ignoriert.<sup>9</sup> Abteilung I ist in Übereinstimmung mit den Abteilungen II und V der Auffassung, daß im vorliegenden Fall dieses Verfahren nicht wiederholt werden sollte. Denn wir haben keine Sicherheit, daß heute noch die gleiche Zahl von Staaten wie 1963 auf unseren Vorschlag eingeht; jede Abweichung würde dann vom Osten propagandistisch ausgenutzt werden können. Außerdem muß mit weiteren Verträgen auf dem gleichen Gebiet und auch auf anderen Gebieten gerechnet werden, bei denen sich aller Voraussicht nach dieselbe

*Fortsetzung Fußnote von Seite 197*

Staat, der diesen Vertrag vor seinem Inkrafttreten gemäß Paragraph 3 dieses Artikels nicht unterzeichnet, kann ihm zu jedem anderen Zeitpunkt beitreten.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 5.

Zu den Vorbehalten der Bundesregierung hinsichtlich der Beitrittsklausel vgl. AAPD 1966, II, Dok. 395.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Artikel XIV, Absatz 5 des Abkommens vom 19. Dezember 1966 über die friedliche Erforschung und Nutzung des Weltraums; EUROPA-ARCHIV 1967, D 5.

<sup>5</sup> Am 5. Januar 1967 legte Ministerialdirigent Truckenbrodt eine Aufzeichnung zur Beitrittsklausel des Abkommens vom 19. Dezember 1966 über die friedliche Erforschung und Nutzung des Weltraums vor. Darin kam er zu dem Schluß, daß „der Ostblock mit dem Weltraumvertrag nach dem Teststopp-Vertrag den zweiten Einbruch in unsere Position in der Frage der Beitrittsklausel zu multilateralen Verträgen erzielt hat und daß dies unsere Bemühungen zur Verhinderung von All-Staaten-Klauseln in Zukunft beträchtlich erschweren wird. Da die Amerikaner bei ihren Stellungnahmen zu dem Vertrag dessen Abrüstungsaspekt in den Vordergrund schieben, wird sich die Erschwerung unserer Abwehr der All-Staaten-Klausel gerade in dem wichtigen Bereich der Abrüstung auswirken. [...] Sollte die All-Staaten-Klausel in Zukunft weiter vordringen und die SBZ ihre Mitgliedschaft in einer größeren Anzahl von Verträgen behaupten können, so müßte dies zwar nicht notwendig zu ihrer Anerkennung als Staat, könnte aber zu ihrer Anerkennung als Völkerrechtssubjekt sui generis mit eigenen, begrenzten Außenbeziehungen führen.“ Vgl. VS-Bd. 2467 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 5. August 1963 über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291-293.

<sup>7</sup> Die Beitrittsklausel des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 (Artikel 3, Absatz 1) lautete: „This Treaty shall be open to all States for signature. Any State which does not sign this Treaty before its entry into force in accordance with paragraph 3 of this Article may accede to it at any time.“ Vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 292.

Zum Beitritt der DDR zum Teststopp-Abkommen vgl. Dok. 7, Anm. 7.

<sup>8</sup> Für den Runderlaß des Staatssekretärs Carstens vgl. AAPD 1963, II, Dok. 279.

<sup>9</sup> Auf den Runderlaß des Staatssekretärs Carstens vom 6. August 1963 antworteten insgesamt 93 Regierungen. Vgl. dazu VS-Bd. 8499 (Ministerbüro).

Frage stellen wird; das im Falle des Teststopp-Vertrages angewendete Verfahren läßt sich aber nicht beliebig oft wiederholen. Im übrigen haben wir den Good-will, den wir bei dritten Staaten genießen, gerade in letzter Zeit ohnehin durch wiederholte Demarchen in der Deutschlandfrage schon sehr strapaziert.<sup>10</sup>

3) Abteilung I schlägt daher vor:

a) Ausdrückliche Zurückweisungserklärungen unter Hinweis auf die fehlende Staatlichkeit der SBZ sollten dieses Mal nur von uns selbst und den drei Verbündeten abgegeben werden.

b) Alle anderen in Frage kommenden Staaten sollten jedoch durch eine Verbalnote der betreffenden Auslandsvertretung gebeten werden, von einer Bestätigung der Notifikation eines SBZ-Beitritts abzusehen; eine neue Demarche wäre dann nicht erforderlich.

c) Den Regierungen der WEU-Staaten sollte darüber hinaus mitgeteilt werden, daß wir in diesem Fall auf eine Erklärung gem. WEU-Rats-Empfehlung C (62) 143 vom 31. Oktober 1962<sup>11</sup> verzichten. (Die Empfehlung sieht vor, daß Erklärungen der SBZ im multilateralen Bereich mit Gegenerklärungen über ihre Nicht-Anerkennung durch den betreffenden Staat zurückgewiesen werden). Dies sollten wir deshalb tun, damit nicht der Eindruck entsteht, wir betrachteten diese Empfehlung als überholt.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>12</sup> mit der Bitte um Zeichnung des anliegenden Entwurfs eines Dipex<sup>13</sup> sowie eines Drahterlasses an die Botschaften Washington, London und Paris<sup>14</sup> vorgelegt. Die Abteilungen II und V haben mitgezeichnet.<sup>15</sup>

Meyer-Lindenberg

**VS-Bd. 2467 (I A 6)**

<sup>10</sup> Vgl. dazu Dok. 18.

<sup>11</sup> Gemäß dem Beschluß der WEU sollten „Erklärungen der sogenannten ‚Deutschen Demokratischen Republik‘ über einen Beitritt zu einem internationalen Abkommen oder dessen Anwendung [...] nicht zur Kenntnis genommen und anderen Partnerstaaten des Abkommens auch nicht zur Kenntnis gebracht werden. Falls solche Erklärungen der sogenannten ‚Deutschen Demokratischen Republik‘ der Depositarmacht durch Vermittlung eines anderen Staates zugestellt werden, so soll die Depositarmacht diesem Staat mitteilen, daß sie die Erklärung [...] nicht anerkennen und unterstützen kann.“ Vgl. das Aide-mémoire der Bundesregierung vom 26. Juli 1963, in dem der Beschluß des WEU-Ministerrats wiedergegeben wird; VS-Bd. 436 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1963.

<sup>12</sup> Hat Staatssekretär Lahr am 27. Januar 1967 vorgelegen.

<sup>13</sup> Staatssekretär Lahr informierte die Auslandsvertretungen mit Runderlaß Nr. 4 vom 27. Januar 1967, daß die Bundesrepublik das Weltraumabkommen noch am selben Tag in Washington, London und Moskau zeichnen werde. Die DDR werde allein in Moskau den Vertrag unterzeichnen können. Die Auslandsvertretungen wurden angewiesen, bei den jeweiligen Regierungen darauf aufmerksam zu machen, „daß Bundesregierung dortiger Regierung verbunden wäre, wenn Notifizierung über Beitritt SBZ nicht bestätigt würde“. Vgl. VS-Bd. 2467 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>14</sup> Staatssekretär Schütz bat die Botschaften darum, „mit Nachdruck darauf zu dringen, daß [die] Regierung [des] Gastlandes eine Notifizierung des Unterzeichnung des Weltraumvertrags durch die SBZ mit einer Erklärung erwidert, die eindeutig die mangelnde Legitimation der SBZ (als Nicht-Staat) für Partnerschaft in internationalen Verträgen feststellt“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 298 vom 27. Januar 1967; VS-Bd. 2467, B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>15</sup> Am 28. Januar 1967 wurde die Bundesregierung durch die sowjetische Regierung davon unterrichtet, daß die DDR das Abkommen vom 19. Dezember 1966 über die friedliche Erforschung und

## Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter

II B 1-81.01-146/67 geheim

30. Januar 1967<sup>1</sup>

Betr.: Nichtverbreitungsvertrag (NV-Vertrag);  
hier: weiteres Verfahren

Bezug: Weisung des Staatssekretärs vom 24. Januar zu dem am gleichen Tage übergebenen amerikanischen Aide-mémoire – St.S. 296/67 geh.<sup>2</sup>

### I. Vorbemerkung

Ein Teil unserer Wünsche kann im Rahmen des vorliegenden amerikanisch-sowjetischen Vertragsentwurfs<sup>3</sup> erfüllt werden, ohne daß dessen Text geändert werden müßte. Voraussetzung wäre insoweit eine Garantie, daß die – wie früher dargelegt – sehr vagen Formulierungen stets in einer Weise angewendet werden, die mit unseren Interessen vereinbar ist (vgl. unten II). Ein anderer Teil unserer Wünsche ist durch die vorliegenden Formulierungen auch bei weiter Auslegung nicht gedeckt; hier müssen wir also Streichungen, Änderungen oder Ergänzungen des Textes fordern (vgl. unten III). Die bekannten Probleme, die sich aus der zu erwartenden Beteiligung der SBZ am Verträge ergeben (Beitrittsverfahren, Ausschluß von den vertraglich vorgesehenen Konferen-

### *Fortsetzung Fußnote von Seite 199*

Nutzung des Weltraums in Moskau unterzeichnet habe. Staatssekretär Schütz bat daraufhin am 1. Februar 1967 die Botschaft in Moskau, das sowjetische Außenministerium in einer Note vom Alleinvertretungsrecht der Bundesregierung zu unterrichten. Gleichzeitig teilte Schütz mit, daß die drei Westmächte noch keine feste Zusage für eine Erklärung, wie sie mittels Drahterlaß Nr. 298 vom 27. Januar 1967 erbeten worden war, erteilt hätten. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 360; VS-Bd. 2467 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

Am 1. Februar 1967 teilte Botschafter Knapstein, Washington, mit, daß die amerikanische Regierung im Falle einer Unterzeichnung des Abkommens vom 19. Dezember 1966 über die friedliche Erforschung und Nutzung des Weltraums durch die DDR wie nach dem Beitritt der DDR zum Teststopp-Abkommen vom 5. August 1963 reagieren wolle: durch einen entsprechenden Vorbehalt in ihrer Antwortnote auf die sowjetische Notifikation, durch eine Zirkulierung dieser Antwortnote bei allen Staaten, die das Weltraumabkommen in Washington unterzeichnen werden und durch entsprechende Erklärungen vor dem Ausschuß für auswärtige Beziehungen des amerikanischen Senats. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 297 vom 1. Februar 1967; VS-Bd. 2467 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lahusen konzipiert.

<sup>2</sup> Staatssekretär Schütz vermerkte: „Der amerikanische Gesandte Hillenbrand suchte mich heute auf und überreichte mir beiliegendes Aide-mémoire nebst dem Wortlaut des Entwurfs eines Nichtverbreitungsabkommens, der in dem Aide-mémoire erläutert wird. [...] Ich habe Abteilung II um umgehende Stellungnahme zum Inhalt des Entwurfs und zur Frage der weiteren Prozedur gebeten“. Für das amerikanische Aide-mémoire und den Vertragsentwurf vgl. VS-Bd. 4086 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Abteilung II erarbeitete insgesamt 10 „Positionspapiere“ zu den die Bundesregierung besonders interessierenden Teilaspekten eines Nichtverbreitungsabkommens. Vgl. Anm. 4, 7, 11, 13, 14, 16, 17 und 21.

Zu „Positionspapier Nr. 1“ und „Positionspapier Nr. 2“ vgl. Dok. 4, Anm. 19.

<sup>3</sup> Dieser Textvorschlag war wortgleich mit dem am 13. Januar 1967 von Botschafter Knapstein, Washington, übermittelten Entwurf. Vgl. den Drahtbericht Nr. 96; VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967. Für Auszüge vgl. Dok. 24, Anm. 18 und 19.



zen)<sup>4</sup> werden hier nicht behandelt. Sie werfen ähnliche Fragen auf wie die Beteiligung der SBZ an anderen politisch bedeutenden internationalen Verträgen.

## II. Deutsche Wünsche, die keine Textänderungen erfordern

Die große Variationsbreite der Auslegungsmöglichkeiten, die der Vertragsentwurf bietet, gibt, wie die ausführlichen amerikanischen Erläuterungen<sup>5</sup> gezeigt haben, in vielen Fällen ausreichenden Raum für eine Berücksichtigung unserer Wünsche. Wir brauchen aber die Garantie, daß dieser Raum auch in Zukunft offen bleibt, also nicht etwa durch fortschreitend restriktive Textinterpretationen laufend weiter eingeengt wird.

A. Bei einem wesentlichen Teil unserer Wünsche geht es im Kern darum, daß der künftigen Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und der NATO sowie zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland keine Grenzen gezogen werden, durch die Deutschlands Sicherheit und seine Zukunftschancen im wissenschaftlich-technischen und im wirtschaftlichen Bereich geschädigt würden. Es handelt sich dabei im wesentlichen um

1) die bestehenden multilateralen und bilateralen nuklearen Arrangements<sup>6</sup> und die Konsultationen im Kernwaffenbereich, einschließlich der durch zukünftige politische und technische Entwicklungen etwa erforderlich werdenden Anpassungen und Verbesserungen,

2) die künftige deutsch-amerikanische Zusammenarbeit in der Forschung und bei der Anwendung der Kernenergie für zivile Zwecke.

Entscheidend für eine befriedigende Behandlung beider Komplexe in der Zukunft ist – mit oder ohne Nichtverbreitungsvertrag – die Haltung der Vereinigten Staaten uns und dem westlichen Bündnis gegenüber. Niemand kann die politisch, militärisch und wirtschaftlich stärkste Macht der Erde daran hindern, mit uns und dem westlichen Bündnis zusammenzuarbeiten, wie sie will, soweit die Bestimmungen des NV-Vertrages nicht ausdrücklich entgegenstehen. Hier kann uns die dem amerikanisch-sowjetischen Vertragsergebnis zugrundeliegende Maxime helfen: „Was nicht ausdrücklich verboten ist, ist erlaubt“. Wir können aber selbstverständlich keine Blanko-Verpflichtungen übernehmen, deren Ausmaß von späteren amerikanischen Regierungen, vielleicht im Zuge einer wachsenden amerikanisch-sowjetischen Annäherung, lau-

<sup>4</sup> Zu dieser Problematik führte Abteilung II am 17. Februar 1967 aus, daß sich die Bundesregierung mit einer All-Staaten-Klausel als Beitrittsregelung in einem Nichtverbreitungsabkommen abfinden könnte, da sie sonst, entgegen ihrer bisherigen Haltung, gezwungen wäre, „ein spezifisch deutsches Problem in den Vordergrund zu rücken“. Als „unerlässlich“ werde jedoch eine Disclaimer-Erklärung angesehen, die vorzugsweise in die Präambel des Abkommens aufgenommen werden sollte, „hilfsweise“ aber auch in Form von einseitigen Erklärungen der Verbündeten abgegeben werden könne. Ferner müsse darauf Wert gelegt werden, daß die DDR weder an der nach Artikel IV (Konferenzklausel) vorgesehenen Vertragsdurchführungskonferenz noch an einer Revisiionskonferenz teilnehmen dürfe. Gleichfalls „nicht akzeptabel“ sei ein „Eindringen der SBZ in die LAEO“; diesem Gesichtspunkt müsse bei der Formulierung des noch ausstehenden Artikels III (Kontrollartikel) Rechnung getragen werden. Vgl. das „Positionspapier Nr. 10“; VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Dok. 24.

<sup>6</sup> Vgl. dazu beispielsweise das „Zwei-Schlüssel-System“ zur Einsatzfreigabe von Kernwaffen; Dok. 24, Anm. 10.

fend erweitert werden könnte, ohne daß der Vertragstext dem zuwiderliefe. Wir brauchen daher verbindliche amerikanische Interpretationen. Es müßte auch sichergestellt werden, daß die Sowjets von diesen Interpretationen offiziell Kenntnis erhalten, damit sie später nicht behaupten können, der Vertrag sei in den bilateralen amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen im beiderseitigen Einverständnis weiter ausgelegt worden, als in der uns von den Amerikanern zu gebenden verbindlichen Interpretation. Eine Zustimmung der Sowjetunion ist insoweit aber nicht erforderlich. Es handelt sich hier im Grunde um das Problem der Grenzen künftiger militärischer, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Bündnispartnern. Zur Klarstellung unserer Position und aus taktischen Gründen dürfte es sich empfehlen, sich bei der Lösung der vorstehend unter A aufgeführten Fragen nicht von vornherein auf Bemühungen um eine verbindliche amerikanische Interpretation zu beschränken, sondern zunächst Textänderungen vorzuschlagen, durch die unseren Wünschen voll Rechnung getragen werden könnte.

B. Ein anderer Teil unserer Wünsche könnte zwar ebenfalls im Rahmen der vorliegenden Vertragsformulierungen erfüllt werden. Eine amerikanische verbindliche Interpretation uns gegenüber reicht hier aber zur Gewährleistung unserer Interessen allein nicht aus. Denn die Sowjets würden in diesem Bereich durch den vagen Vertragstext automatisch zu unserem Nachteil ein Mitspracherecht erlangen, wenn es nicht durch ihre verbindliche Festlegung auf bestimmte Grenzen der Interpretation ausdrücklich ausgeschlossen wird.

Es handelt sich im wesentlichen um

1) Möglichkeiten unserer Zusammenarbeit mit anderen Ländern im Bereich der Anwendung der Kernenergie für zivile Zwecke (Wissenschaft, Technologie, Wirtschaft). Eine Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika würden die Sowjets schon unter den oben A genannten Voraussetzungen nicht verhindern können. Anders liegt es aber bei unserer Zusammenarbeit mit anderen Ländern. Die Sowjetunion könnte sich, unter Berufung auf eine – wie früher dargelegt – juristisch nicht zu beanstandende weitere Textinterpretation z.B. gegen denkbare künftige Entwicklungen einer deutsch-französischen oder deutsch-schwedischen Zusammenarbeit wenden und zu Recht ihre Abstellung fordern. Die Gefahr eines solchen sowjetischen Vetorechts muß ausgeschlossen werden.<sup>7</sup>

<sup>7</sup> Mitte Februar 1967 führte Abteilung II dazu aus, daß die in einem Nichtverbreitungsabkommen ausgesprochenen Verbote nur Kernwaffen betreffen und „möglichst nicht Sprengvorrichtungen für friedliche Zwecke“ einschließen sollten. Die bilaterale oder internationale Zusammenarbeit in der Forschung, in der Industrie und im Handel dürfe nicht behindert werden, vielmehr sollten sich „Kernwaffenmächte“ und „zivile Atommächte“ verpflichten, „die Nutzung der Kernenergie für friedliche Zwecke zu fördern und zu diesem Zweck nukleares und nichtnukleares Material, Gerät und Ausrüstung, Informationen und Lizenzen unbehindert zu angemessenen Bedingungen und Preisen zur Verfügung zu stellen“. Ferner sollten sich die über Atomwaffen verfügenden Staaten dazu bereit erklären, die Nichtnuklearen an den Erkenntnissen teilhaben zu lassen, die „sie aus der militärischen Beschäftigung auf nuklearem Gebiet“ gewinnen. Ein Nichtverbreitungsabkommen, das diese Zusammenarbeit untersage, stelle ein „Instrument einer wirtschaftlichen Nonproliferationspolitik“ dar. Vgl. das undatierte „Positionspapier Nr. 6“, VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

2) Dies gilt in noch stärkerem Maße für künftige Entwicklungen der nationalen deutschen Wissenschaft und Wirtschaft im Bereich der zivilen Anwendung der Kernenergie. Die Sowjets haben uns wiederholt erklärt (z. B. in ihrer Antwort auf unsere Friedensnote<sup>8</sup>, in ihrer Erklärung vom 28. Januar 1967<sup>9</sup>), daß sie jegliche deutsche Aktivität im Bereich der nuklearen Forschung und der zivilen Anwendung der Kernenergie mißbilligen. Ihre bisherige Haltung läßt uns höchst nachteilige Folgen durch künftige Auslegung eines vage formulierten NV-Vertrages erwarten, wenn wir sie nicht von vornherein auf eine den Interessen der deutschen Wissenschaft und Wirtschaft Rechnung tragende Interpretation verbindlich festlegen. Wenn dies nicht geschieht, werden uns auch unsere amerikanischen Freunde gegen sowjetische Einsprüche später nicht mehr helfen können.

3) Auch die Möglichkeiten einer künftigen Einigung Europas im Kernwaffenbereich würden, wie früher dargelegt, bei einer – juristisch zulässigen – extensiven Interpretation des Vertrages dem sowjetischen Veto unterliegen. Die Amerikaner haben uns eine Interpretation gegeben, nach der ein europäischer Bundesstaat nach vollzogener Gründung über die Kernwaffen seiner Gliedstaaten verfügen könnte.<sup>10</sup> Wie auch immer wir uns hierzu stellen wollen, wir brauchen nicht nur eine verbindliche amerikanische, sondern auch eine verbindliche sowjetische Interpretation des Textes, wenn wir nicht riskieren wollen, daß die Sowjetunion durch den Vertrag ein Vetorecht gegen die Einigung Europas erlangt.<sup>11</sup>

Für die unter 1–3 aufgeführten Fälle brauchen wir also außer einer verbindlichen amerikanischen auch eine verbindliche sowjetische Interpretation des Vertragstextes, um zu verhindern, daß die Sowjets durch den Vertrag ein weit-

<sup>8</sup> In der Antwortnote vom 17. Mai 1966 auf die Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 erklärte die sowjetische Regierung: „Es ist kein Geheimnis, daß das hartnäckige Bestreben der Bundesrepublik Deutschland, sich im Rahmen der NATO Zugang zu den Kernwaffen zu verschaffen, mit dem forcierten Aufbau einer eigenen Atomindustrie in Westdeutschland einhergeht. [...] Aus veröffentlichten Angaben läßt sich entnehmen, daß die westdeutsche Atomindustrie schon jetzt in der Lage ist, erhebliche Mengen spaltbaren Materials herzustellen. [...] Die Regierung der UdSSR erachtet es für ihre Pflicht, erneut zu erklären, daß, wenn die Bundesrepublik Deutschland versuchen sollte, vom Wort zur Tat zu schreiten und sich direkt oder indirekt, allein oder im Einvernehmen mit anderen, in den Besitz von Kernwaffen zu setzen, sie und alle, die ihr dabei Schützenhilfe leisten, die ganze Verantwortung für die ungeheuer schwerwiegenden Folgen eines solchen Vorgehens tragen müssen.“ Vgl. DzD IV/12, S. 728 f.

<sup>9</sup> In der Erklärung vom 28. Januar 1967 betonte die sowjetische Regierung, sie habe „die Staaten und Völker bereits mehrfach darauf aufmerksam gemacht, daß in der BRD insgeheim an der Schaffung der materiell-technischen Basis für eine eigene Atom- und Raketenindustrie“ gearbeitet werde: „Das Schwergewicht auf die Entfaltung weitgehender atomarer Forschungen legend, sind die herrschenden Kreise der BRD zugleich bestrebt, auch auf dem Gebiet der Kernwaffen-Trägermittel ‚Unabhängigkeit‘ zu erlangen.“ Vgl. DzD V/1, S. 405. Vgl. dazu auch Dok. 44, Anm. 7.

<sup>10</sup> Zur Verbalnote („oral note“), die Botschafter Knapstein, Washington, am 13. Januar 1967 übergeben wurde, vgl. Dok. 24, Anm. 12.

<sup>11</sup> Abteilung II legte in diesem Zusammenhang dar, daß auch die „wohlmeinende amerikanische Interpretation“, wie sie in der Verbalnote vom 13. Januar 1967 zum Ausdruck komme, den europäischen Interessen nicht voll Rechnung trage. Sie lasse zwar zu, „daß ein europäischer Bundesstaat nach vollzogener Gründung über die Kernwaffen seiner Gliedstaaten“ verfügen könne, schließe aber aus, „daß auf dem Wege zur europäischen Einigung – vor Gründung eines europäischen Bundesstaates – europäische Gemeinschaftslösungen mit Verfügungsgewalt über atomare Sprengköpfe“ verwirklicht werden könnten. Vgl. das „Positionspapier Nr. 8“ vom 1. Februar 1967; VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

reichendes Einmischungsrecht in die deutsche Wissenschaft und Wirtschaft und ihre internationale Zusammenarbeit sowie in künftige europäische Lösungen im Kernwaffenbereich erhalten. Daß ihr Bestreben hierauf gerichtet ist, folgt u. a. aus der am 28. 1. 67 durch TASS veröffentlichten Erklärung der Sowjetregierung „über den Nazismus und Militarismus in der Bundesrepublik Deutschland“. Aus taktischen Gründen dürfte es sich auch hier empfehlen, unsere Bemühungen nicht von vornherein auf verbindliche Interpretationen zu beschränken, sondern zunächst Textänderungen vorzuschlagen, durch die unserem Standpunkt voll Rechnung getragen werden könnte.

### III. Deutsche Wünsche, die Textänderungen erfordern

Einige der Wünsche, die wir mit Rücksicht auf die deutschen Interessen vorbringen müssen, können nur erfüllt werden, wenn der Vertragsinhalt – sei es durch Änderungen des Vertragstextes, sei es durch Zusatzprotokolle, Briefwechsel o.ä. – ergänzt wird. Es handelt sich

1) um Fragen, die sich aus der Einbeziehung von nuklearen Sprengvorrichtungen für zivile Zwecke in den Verbotskatalog der Artikel I und II<sup>12</sup> ergeben. Nach dem Wortlaut des Entwurfs dürfen solche Sprengvorrichtungen auch an internationale Organisationen nicht weitergegeben werden. Die Kernwaffenmächte erhalten also zum Nachteil der übrigen Länder, insbesondere der zivilen Atommächte, eine Monopolstellung. Wenn den zivilen Atommächten schon die Herstellung und der Erwerb von nuklearen Sprengvorrichtungen für zivile Zwecke verboten werden, sollte zumindest sichergestellt sein, daß sie, falls sie derartige Vorrichtungen benötigen, nicht auf die Kernwaffenmächte angewiesen sind, sondern daß eine internationale Organisation im Bedarfsfalle solche Sprengvorrichtungen zur Anwendung bringen kann.<sup>13</sup>

2) Um die Verhinderung eines wachsenden wissenschaftlich technischen Abstandes zwischen kernwaffenlosen Mächten und Kernwaffenmächten infolge der fortdauernden Beschäftigung der letzteren mit den Fragen der militärischen Verwendung der Kernenergie.

3) Um die Frage der Sicherheitskontrollen<sup>14</sup> (der entsprechende Artikel III ist noch nicht formuliert, soll aber nach den amerikanischen Mitteilungen weder

<sup>12</sup> Während in Artikel I des vorgeschlagenen Nichtverbreitungsabkommens einem Kernwaffenstaat untersagt wurde, „to transfer to any recipient whatsoever nuclear weapons or other nuclear explosive devices“, war in Artikel II festgelegt, daß kein Nichtkernwaffenstaat sich darum bemühen dürfe, Kernwaffen oder andere nukleare Sprengsätze „from any transferor whatsoever“ zu erhalten. Vgl. den am 24. Januar 1967 vom amerikanischen Gesandten Hillenbrand Staatssekretär Schütz übergebenen Entwurf; VS-Bd. 4086 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>13</sup> Zur Behandlung der zivilen Atommächte in einem zukünftigen Nichtverbreitungsabkommen regte Abteilung II an, daß deren „vorbildliche Rolle“ hervorgehoben „und durch volle Gleichstellung mit den Kernwaffenmächten bei der Behandlung der Fragen der zivilen Anwendung der Kernenergie und der Verfahrensfragen anerkannt werden“ solle. Die zivilen Atommächte leisteten „als einzige im NV-Vertrag echte Verzichte“, da sie technisch „jetzt oder bald“ in der Lage seien, Atomwaffen herzustellen, „jedoch im Interesse der Erhaltung und Sicherung des Weltfriedens und der Entspannung diese Option“ nicht benutzen. Vgl. das „Positionspapier Nr. 7“ vom 1. Februar 1967; VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>14</sup> Zur Frage der Sicherheitskontrollen schlug Abteilung II im „Positionspapier Nr. 3“ vom 1. Februar 1967 vor, daß der noch zu formulierende Artikel III eines Nichtverbreitungsabkommens nicht die Arbeit von EURATOM beeinträchtigen dürfe und, zumindest im zivilen Bereich, Kernwaffenstaaten und Nichtnuklearstaaten gleichermaßen Kontrollen unterwerfen müsse. EURATOM stelle ein wesentliches Bindeglied der europäischen Gemeinschaft dar, daher müßten EURATOM-Kon-

die EURATOM-Kontrollen berücksichtigen noch vorsehen, daß die Anlagen der Kernwaffenmächte im zivilen Bereich ebenso kontrolliert werden, wie die der kernwaffenlosen Mächte).<sup>15</sup>

4) um künftige Möglichkeiten, Westeuropa durch ein rein defensives, nukleares Antiraketensystem zu schützen.<sup>16</sup> Die Einrichtung eines solchen Systems ist nach dem Entwurf ausgeschlossen, da er, wie die Amerikaner uns gesagt haben, keinen Unterschied zwischen offensiven und rein defensiven Kernwaffen kennt.

5) um die Aufnahme eines Artikels, der es den Kernwaffenmächten verbietet, ihre Kernwaffen gegen kernwaffenlose Staaten zum Zwecke des Drucks, der Drohung und der Erpressung zu mißbrauchen.<sup>17</sup>

6) um eine flexiblere Gestaltung der Verfahrensbestimmungen (Artikel IV<sup>18</sup>,

*Fortsetzung Fußnote von Seite 204*

trollen als gleichwertig mit Kontrollen der IAEO anerkannt werden. Abteilung II räumte allerdings ein, daß sich diese Bedingung aufgrund der Haltung der sowjetischen Regierung, die weder EURATOM-Kontrollen anerkenne noch diese auf sowjetischem Territorium zulasse, voraussichtlich nicht umsetzen lassen werde. Daher sei zu überlegen, ob nicht besser, „der britischen Haltung entsprechend, auf einen Artikel über Sicherheitskontrollen verzichtet werden“ solle. Grundsätzlich inakzeptabel seien Kontrollen nur der Nichtnuklearstaaten. Dies würde eine „offene Diskriminierung im zivilen Bereich“ bedeuten und „die weltweite Annehmbarkeit des NV-Vertrages in Frage stellen“. Vgl. VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>15</sup> Am 27. Januar 1967 teilte Botschafter Knapstein, Washington, mit, das amerikanische Außenministerium habe „vertraulich zusätzliche Auskünfte“ zum Stand der Diskussion über den Artikel III gegeben. Danach habe sich die sowjetische Seite bereit erklärt, eine „stärkere ‚operative‘ Kontrollklausel anzunehmen“, sie habe dies aber nur unter der Bedingung getan, daß „den Nuklearmächten keine Verpflichtung auferlegt würde, sich Kontrollen zu unterwerfen und daß die Klausel ausdrücklich und allein IAEO-Kontrollen vorsähe“. Auch eine „neutrale Formulierung“, die im Sinne einer „Gleichwertigkeit der EURATOM-Kontrolle ausgelegt werden könnte“, werde von der UdSSR abgelehnt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 233; VS-Bd. 2515 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>16</sup> Im „Positionspapier Nr. 5“ vom 1. Februar 1967 plädierte Abteilung II dafür, daß ein Nichtverbreitungsabkommen „die Einführung eines europäischen Raketenabwehrsystems für später rechtlich offenlassen“ sollte. Die Einführung eines solchen ABM-Systems könne für Staaten, die nicht mit „nuklearen Offensivwaffen (strike forces)“ ausgerüstet seien, „lebenswichtig sein, im Gegensatz zu den Nuklearwaffenmächten, deren Sicherheit auf der Abschreckung durch Offensivwaffen“ beruhe. Nach dem vorliegenden Entwurf für ein Nichtverbreitungsabkommen bliebe lediglich die „Einführung eines rein amerikanischen ABM-Systems in Europa“ gestattet – eine „höchst unrealistische Möglichkeit“. Vgl. VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>17</sup> Abteilung II erläuterte dazu, daß das geplante Nichtverbreitungsabkommen ein Verbot des „politischen Mißbrauchs von Kernwaffen gegen Nichtnukleare“ enthalten solle. Werde ein Staat „unter Druck gesetzt, bedroht oder erpreßt“, so solle er „jederzeit die Vertragsdurchführungskonferenz anrufen können, damit sie sich mit diesem Tatbestand befaßt“. Begründet wurde dies mit dem Verzicht der nichtnuklearen Staaten auf Kernwaffen, dem „kein Verzicht der Nuklearmächte [...], ihre Kernwaffen weder militärisch noch politisch gegen Nichtkernwaffenstaaten einzusetzen“ gegenüberstehe. Vgl. das „Positionspapier Nr. 4“ vom 1. Februar 1967; VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>18</sup> Artikel IV (Konferenzklausel), Absätze 1 und 2 des Entwurfs vom 24. Januar 1967: „1) Any party to this treaty may propose amendments to this treaty. The text of any proposed amendment shall be submitted to the depositary governments which shall circulate it to all parties to the treaty. Thereupon, if requested to do so by one third or more of the parties, the depositary governments shall convene a conference, to which they shall invite all the parties, to consider such an amendment. 2) Any amendment to this treaty must be approved by a majority of the votes of all the parties to the treaty, including the votes of all nuclear-weapon states party to this treaty. The amendment shall enter into force for all parties upon the deposit of instruments of ratification by a majority of all the parties, including the instruments of ratification of all nuclear-weapon states party to this treaty.“ Vgl. VS-Bd. 4086 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Für den Wortlaut des dritten und letzten Absatzes des Artikels IV vgl. Dok. 24, Anm. 18.

VI<sup>19</sup> und VI<sup>20</sup>): a) Prüfung der Leistungen der Kernwaffenmächte auf dem Gebiet der nuklearen Rüstungsbegrenzung und der nuklearen Abrüstung durch die vorgesehene Vertragsdurchführungskonferenz (Artikel IV, Abs. 3); Möglichkeit der Einberufung dieser Konferenz auch vor und nach Ablauf von 5 Jahren; Präzisierung der Verfahrensbestimmungen für diese Konferenz.

b) Abschaffung oder Eingrenzung des Vetorechts der Kernwaffenmächte auf der Revisionskonferenz (Artikel IV, Abs. 1 und 2), insbesondere soweit es um die nukleare Rüstungsbegrenzung und Abrüstung seitens der Kernwaffenmächte und um Fragen der zivilen Anwendung der Kernenergie geht.

c) Hiermit im Zusammenhang steht die Forderung nach einer Berücksichtigung der besonderen Stellung der zivilen Atommächte. Der Entwurf unterscheidet nur zwischen Kernwaffenmächten einerseits, kernwaffenlosen Mächten andererseits. Diese Unterscheidung läßt zum Nachteil der zivilen Atommächte außer acht, daß bei der Behandlung von Fragen der Anwendung der Kernenergie für zivile Zwecke aller Atommächte – ob es sich um Kernwaffenmächte oder um zivile Atommächte handelt – als Staaten gleichen Rechts behandelt werden sollten. Es ist nicht einzusehen, warum Länder, die die Kernenergie zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen benutzen, vertraglich besser gestellt werden sollen als andere, die wie z.B. Indien, Japan, die Schweiz, Schweden oder Deutschland auf eine solche Verwendungsmöglichkeit der Kernenergie verzichten. Eine ungerechtfertigte Sonderstellung der Kernwaffenmächte findet sich in Artikel IV, Abs. 2 und in Artikel V, Abs. 3 des Entwurfes.

d) Rücktrittsklausel: Die gegenwärtige Fassung ist so eng, daß ein Rücktritt nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts vielleicht sogar eher möglich wäre, wenn der Vertrag überhaupt keine sogenannte Rücktrittsklausel enthalten würde. Die Formulierung des Entwurfs dient damit nur den Interessen der Kernwaffenmächte, nicht denen der kernwaffenlosen Länder.<sup>21</sup>

<sup>19</sup> Artikel V (Beitrittsklausel) des Entwurfs vom 24. Januar 1967: „1) This treaty shall be open to all states for signature. Any state which does not sign the treaty before its entry into force in accordance with paragraph 3 of this article may accede to it at any time. 2) This treaty shall be subject to ratification by signatory states. Instruments of ratification and instruments of accession shall be deposited with the governments of ..., which are hereby designated the depositary governments. 3) This treaty shall enter into force after its ratification by all nuclear-weapon states signatory to this treaty, and ... other signatories to this treaty and the deposit of their instruments of ratification. 4) For states whose instruments of ratification or accession are deposited subsequent to the entry into force of this treaty, it shall enter into force on the date of the deposit of their instruments of ratification or accession. 5) The depositary governments shall promptly inform all signatory and acceding states of the date of each signature, the date of deposit of each instrument of ratification or of accession, the date of the entry into force of this treaty, and the date of receipt of any requests for convening a conference or other notices. 6) This treaty shall be registered by the depositary governments pursuant to article 102 of the Charter of the United Nations.“ Vgl. VS-Bd. 4086 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>20</sup> Für den Wortlaut von Artikel VI (Rücktrittsklausel) des Entwurfs vom 13. Januar 1967 vgl. Dok. 24, Anm. 19.

<sup>21</sup> Hinsichtlich der Rücktrittsklausel äußerte Abteilung II Bedenken gegen die vorgesehene dreimonatige Kündigungsfrist. Darüber hinaus regte sie an, den „Nichtnuklearen weitergehende Kündigungsmöglichkeiten“ einzuräumen, da das Nichtverbreitungsabkommen den Nichtatommächten größere Souveränitätsbeschränkungen auferlege als den Kernwaffenstaaten. Die vorliegende Fassung des Artikels VI erschwere auch deshalb einen Rücktritt vom Abkommen, weil der Kündigungsgrund in einem inhaltlichen Zusammenhang mit dem Gegenstand des Abkommens stehen

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>22</sup> weisungsgemäß vorgelegt. Ich schlage vor, diese Aufzeichnung zunächst in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am 2. Februar und des Bundesverteidigungsrats am 3. Februar zu verwenden. Zu jedem der in der Aufzeichnung aufgeführten Sachthemen sind kurze, in „Vorschlag, Begründung und Ausführung“ gegliederte Positionspapiere vorbereitet worden, die im Anschluß an diese Aufzeichnung vorgelegt werden.<sup>23</sup> Die Abteilungen I und V und das Referat L I haben Doppel erhalten.

i.V. Schnippenkötter

VS-Bd. 4086 (II B 1)

*Fortsetzung Fußnote von Seite 206*

müsse. Daraus ergebe sich die „Gelegenheit zu der Ausübung von politischem Druck und zur Einleitung von Sanktionsmaßnahmen“ gegenüber austrittswilligen Staaten. Vgl. das „Positionspapier Nr. 9“ vom 17. Februar 1967; VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>22</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 31. Januar 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dem H[errn] Min[ister] vorzulegen“.

Hat Bundesminister Brandt am 1. Februar 1967 vorgelegen.

<sup>23</sup> Am 16. Februar 1967 führte Botschafter Schnippenkötter zu den von Abteilung II vorgelegten Positionspapieren aus: „Es handelt sich um Vorschläge zur Fixierung unserer Positionen für den internen Gebrauch im Auswärtigen Amt. Inwieweit diese Positionen in unseren Verhandlungen mit den Amerikanern, bei unseren Fühlungen mit den Genfer Abrüstungsdelegationen [...] oder gegenüber der Öffentlichkeit vertreten werden, wird zu entscheiden sein.“ Insbesondere machte er darauf aufmerksam, daß in der Diskussion mit den Verbündeten die in den Positionspapieren erwähnten Vorbehalte vorsichtig geäußert werden sollten: „Rechtlich ist es nicht einfach, zulässige Vorbehalte zu formulieren. [...] Falls wir einen Vorbehalt mit einigen anderen Ländern abstimmen, wird sich der Eindruck eines ‚ganging up‘, bei dem wir nach Lage der Dinge unter Umständen als ‚gangleader‘ erscheinen könnten, schwer vermeiden lassen.“ Vgl. VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

## Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Haas

II A 5-82.00/94.22 VS-NfD

1. Februar 1967<sup>1</sup>

Betr.: Besuch von Außenminister Manescu<sup>2</sup>

hier: Arbeitsbesprechungen am 30. und 31. Januar 1967.

30. Januar; 16.00 – 18.15 Uhr

1) Während des Gesprächs unter vier Augen der beiden Außenminister<sup>3</sup> legen die deutsche und die rumänische Delegation unter Leitung von MD Ruete und Direktor Bogdan letzte Hand an das Gemeinsame Kommuniqué.<sup>4</sup>

2) Da die Erklärung des Bundeskanzlers zur deutschen Rechtsauffassung im Wortlaut noch nicht feststeht, kann sie nicht – wie ursprünglich vorgesehen – mit der rumänischen „Gegenerklärung“ abgestimmt werden.<sup>5</sup>

3) Auf deutsche Anregung hin erläutert die rumänische Delegation (Direktor Flitan) das Verhältnis Rumäniens zur UNO. Flitan verweist vor allem auf die Initiative zur Verbesserung der gutnachbarlichen Beziehungen zwischen europäischen Staaten (Resolution 2129 vom Dezember 1965)<sup>6</sup> und bestätigt, daß

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirektor Ruete am 1. Februar 1967 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Schütz und Bundesminister Brandt verfügte.

Hat Schütz am 3. Februar 1967 vorgelegen.

Hat Brandt vorgelegen.

<sup>2</sup> Der rumänische Außenminister hielt sich vom 30. Januar bis 3. Februar 1967 in der Bundesrepublik auf.

Zu den Gesprächen des Ministerialdirektors Ruete vom 7. bis 16. Januar 1967 in Bukarest vgl. Dok. 12 und Dok. 20.

<sup>3</sup> Am 30. Januar 1967 hob der rumänische Außenminister Manescu im Gespräch mit Bundesminister Brandt die Bereitschaft seiner Regierung hervor, „die diplomatischen Beziehungen zu den in Bukarest besprochenen Modalitäten sofort aufzunehmen. [...] Abweichende Gesichtspunkte in bestimmten politischen Fragen und nach verschiedenen Seiten eingegangene Bündnisverpflichtungen sind hierfür kein Hindernisgrund.“ Die von Brandt gegebene Darstellung der „Deutschland- und Berlin-Politik wurde ohne Erhebung von Gegenargumenten zur Kenntnis genommen.“ Vgl. die undatierte Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Arz von Straussenburg; VS-Bd. 10089 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 31. Januar 1967 vgl. BULLETIN 1967, S. 81.

<sup>5</sup> Am 1. Februar 1967 erklärte Bundeskanzler Kiesinger vor dem Bundestag: „Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sozialistischen Republik Rumänien bedeutet keine Änderung des [...] deutschen Rechtsstandpunkt[es], daß die Bundesregierung allein berechtigt und verpflichtet ist, für das ganze deutsche Volk zu sprechen.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 4170.

Am 1. Februar 1967 erklärte die rumänische Regierung: „Dieser Akt, der die diplomatischen Beziehungen der beiden Staaten auf eine normale Grundlage stellt, ist das Ergebnis der Entwicklung ihrer wirtschaftlichen, technischen, kulturell-wissenschaftlichen Beziehungen, er stellt einen weiteren Fortschritt dar in der Entwicklung der gegenseitigen Verständigung, er dient den Interessen beider Länder.“ Die rumänische Regierung erachte es „für notwendig, erneut auf ihren hinreichend bekannten Standpunkt hinzuweisen, wonach eine der grundlegenden Tatsachen, die sich in Europa als Folge des Zweiten Weltkrieges und der späteren Entwicklung der Ereignisse ergeben haben, das Bestehen zweier deutscher Staaten – der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik – ist.“ Vgl. DzD V/1, S. 448 f.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 2129 vom 21. Dezember 1965 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS Serie I, Bd. X, S. 106. Vgl. dazu auch Dok. 76, Anm. 6.



sich Außenminister Manescu – mit guter Aussicht auf Erfolg – um die Präsidentschaft der nächsten UNO-Vollversammlung bewirbt.<sup>7</sup>

4) Nach ihrem Vier-Augen-Gespräch übernehmen die Außenminister die Leitung ihrer Delegationen bei der Arbeitsbesprechung.

Sie stellen fest, daß ihre Unterredung das Ergebnis der Bukarester Vorgespräche bestätigt habe; es sei nützlich und natürlich, die bereits weit entwickelten zwischenstaatlichen Beziehungen<sup>8</sup> durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen weiter zu fördern.

Der Bundesminister betont, daß eine solche Politik, die vom deutschen Volk gebilligt werde, gegen niemand gerichtet sei. Minister Manescu hebt hervor, daß die „Normalisierung der diplomatischen Beziehungen“ nicht nur den beiden Staaten, sondern auch anderen zum Nutzen gereichen werde.

31. Januar, 9.30 – 11.00 Uhr

Die Außenminister leiten die Besprechung.

#### I. Aufnahme diplomatischer Beziehungen

1) Der Bundesminister stellt mit Zustimmung von Minister Manescu fest, daß über das Gemeinsame Kommuniqué Einigkeit besteht und daß damit die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbart ist. Die Minister bekräftigen diese Vereinbarung mit einem Handschlag.

Spätestens im Laufe dieses Frühjahrs wollen die Regierungen um die Agréments für ihre Botschafter nachsuchen und Botschaften errichten.<sup>9</sup>

Der Bundesminister dankt für die Einladung nach Rumänien.<sup>10</sup> Minister Manescu betont, daß der Bundesminister und Frau Brandt in Bukarest jederzeit willkommen seien.

2) Der Bundesminister stellt mit Zustimmung von Außenminister Manescu fest, daß im gestrigen Gespräch der beiden Minister das Einverständnis bestätigt worden sei über

a) den Übergang der Wirtschaftsbefugnisse der Handelsvertretungen auf die Wirtschaftsabteilungen der Botschaften in ihrem bisherigen Umfang<sup>11</sup>,

b) die Bereitschaft der rumänischen Regierung, unter – wie die Rumänen sagen – „humanitärem“ Aspekt die Wahrung der Interessen Berlins und der Berliner durch die deutsche Botschaft in Bukarest zu dulden und den Begriff „humanitär“ nicht restriktiv, sondern extensiv auszulegen.

3) Der Bundesminister stellt fest, daß auch in den Fällen, die ausschließlich unter rumänischer Jurisdiktion stehen, die rumänische Regierung eine wohl-

<sup>7</sup> Corneliu Manescu wurde am 19. September 1967 von der UNO-Generalversammlung zum Präsidenten gewählt.

<sup>8</sup> Auf der Basis des Abkommens vom 17. Oktober 1963 eröffnete die Bundesrepublik Deutschland am 13. Juli 1964 eine Handelsvertretung in Bukarest.

<sup>9</sup> Am 27. Mai 1967 teilte das Auswärtige Amt mit, daß die Bundesregierung Constantin Oancea und die rumänische Regierung Erich Strätling das Agrément erteilt habe. Vgl. BULLETIN 1967, S. 472.

<sup>10</sup> Bundesminister Brandt besuchte vom 3. bis 7. August 1967 Rumänien. Vgl. dazu Dok. 292 und Dok. 293.

<sup>11</sup> Vgl. dazu Dok. 20, Anm. 10.

wollende Prüfung der Familienzusammenführung<sup>12</sup> unter humanitären Gesichtspunkten zugesagt habe.

4) Der Bundesminister teilt mit, daß der Bundeskanzler beabsichtige, am 1. Februar vor dem Bundestag den deutschen Rechtsstandpunkt in einer verbindlichen und niemand verletzenden Form zu bekräftigen.

## II. Stand der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen<sup>13</sup> zwischen Deutschland und Rumänien

Auf Vorschlag des Bundesministers erörtern die Delegationen den Stand der Wirtschafts- und Kulturbeziehungen.

1) Staatssekretär Lahr weist darauf hin, daß sich der Handelsaustausch vor allem seit 1963 erfreulich entwickelt habe.<sup>14</sup> Diese Entwicklung werde sich voraussichtlich fortsetzen. Der deutsche Aktivsaldo im Warenverkehr dürfe nicht überraschen, da Deutschland dem sich industriell entwickelnden Rumänien fast ausschließlich Investitionsgüter liefere. Besondere Zahlungsprobleme dürften sich, weil wir die Lieferungen aktivieren, für Rumänien nicht ergeben. Nichtsdestoweniger wollten wir helfen, das Ungleichgewicht zu verringern. Die Bundesregierung werde demnächst die Ostimporte weiter liberalisieren<sup>15</sup> und verwende sich innerhalb der EWG für eine Respektierung der traditionellen Handelsströme auch bei Agrareinfuhren. Einen gewissen Ausgleich für den Passivsaldo im Warenverkehr stelle der rumänische Aktivsaldo im Dienstleistungsverkehr dar.<sup>16</sup>

Minister Manescu erwidert, daß er schon gestern mit den Ministern Schiller und Schmücker über den rumänischen Wunsch gesprochen habe, den Handelsaustausch nicht nur weiter zu entwickeln, sondern auch auszugleichen. Auch wenn sich Zahlungsprobleme nicht ergäben, sei festzustellen, daß die rumänischen Ausfuhren in die Bundesrepublik Deutschland nur 60 % der Einfuhren deckten. Hierfür müsse man nach Lösungen suchen.

Der Bundesminister weist erneut auf unsere Liberalisierungsmaßnahmen und -bemühungen innerhalb des Gemeinsamen Marktes hin. Es bleibe zu prüfen, ob neue Wege für einen besseren Ausgleich im Handelsverkehr zu finden seien.

2) Staatssekretär Lahr gibt einen Überblick über den regen deutsch-rumänischen Kulturaustausch der letzten Zeit. Es stelle sich die Frage, ob diese Entwicklung durch eine Kulturvereinbarung weiter gefördert werden könne. Ein Abkommen sei aus den bekannten Gründen nicht ganz unproblematisch, doch müßten nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen Experten diese

<sup>12</sup> Vgl. dazu Dok. 12, Anm. 12.

<sup>13</sup> Ungeachtet der an der Frage der Einbeziehung von Berlin (West) gescheiterten Bemühungen um den Abschluß eines Kulturabkommens umfaßten die Kulturbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien u. a. wechselseitige Buch- und Kunstausstellungen, den Austausch von Wissenschaftlern und Gastspiele von Ensembles.

Zu den gescheiterten Bemühungen um den Abschluß eines Kulturabkommens vgl. AAPD 1966, I, Dok. 153.

<sup>14</sup> Zu den Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik zu Rumänien vgl. Dok. 28, Anm. 7.

<sup>15</sup> Zur Liberalisierung des Handels mit den osteuropäischen Staaten vgl. Dok. 26, Anm. 1 und 5.

<sup>16</sup> Im Jahr 1965 standen im Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik mit Rumänien 42,2 Mio. DM Ausgaben 21,4 Mio. DM Einnahmen gegenüber. In den Monaten Januar bis November 1966 betrugen die Ausgaben 49,0 Mio. DM, die Einnahmen 28,5 Mio. DM. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats III A 6 vom 30. Januar 1967; Referat III A 6, Bd. 259.

Frage prüfen. Die Bundesregierung habe mit Bulgarien kürzlich eine Vereinbarung dieser Art getroffen<sup>17</sup>; eine deutsch-rumänische Vereinbarung solle allerdings substantieller und umfangreicher sein.

Minister Manescu bestätigt, daß der Kulturaustausch mit der Bundesrepublik Deutschland heute bereits größer sei als mit manchen Staaten, mit denen Rumänien Kulturabkommen geschlossen habe. Ein deutsch-rumänisches Kulturabkommen scheine ihm normal und erforderlich zu sein. Er schlage vor, daß in naher Zukunft deutsche und rumänische Experten die Möglichkeit einer Kulturvereinbarung prüfen. Eine Lösung der Probleme halte er für möglich. Wenn allerdings jede Seite jedes Mal ihre bekannten Rechtsstandpunkte erneut erkläre, verlängere dies nur die Diskussion.

Der Bundesminister erklärte sich mit Expertengesprächen über eine Kulturvereinbarung einverstanden. Er weist darauf hin, daß innerhalb des kulturellen Austauschs dem wissenschaftlich-technischen Austausch, der eng mit Wirtschaftsfragen zusammenhänge, besondere Bedeutung zukomme. Dieser Hinweis könne den Experten vielleicht dienlich sein.

Im übrigen habe bei den deutsch-französischen Konsultationen im Januar Einigkeit bestanden, daß die technologische Zusammenarbeit zwischen West- und Osteuropa entwickelt werden soll, um den technologischen Abstand zwischen den europäischen Staaten und den Weltmächten zu verringern.<sup>18</sup>

Minister Manescu glaubt, daß auch diese Frage bei den vorgeschlagenen Kulturgesprächen erörtert werden könne.

In seinem Schlußwort dankt Minister Manescu dem Bundesminister und der deutschen Delegation. Er bezeichnet die Aufnahme diplomatischer Beziehungen als einen Akt, der geeignet ist, eine bessere Atmosphäre zu schaffen und der Sicherheit und dem Frieden zu dienen. Die deutsch-rumänischen Kontakte würden sich nach Errichtung der Botschaften in den verschiedensten Bereichen vermehren und wirksamer werden.

Der Bundesminister dankt Minister Manescu dafür, daß er der Einladung nach Bonn so schnell gefolgt sei. Die Gespräche seien gut und sachlich gewesen. Der Bundesminister würdigt die Aufnahme diplomatischer Beziehungen einerseits als Bestätigung des bereits Erreichten und zugleich als einen neuen Abschnitt für alles, was Deutschland und Rumänien – von verschiedenen Ausgangspunkten aus – an Pflichten für eine europäische und internationale Zusammenarbeit aufgegeben ist.

Haas

**Referat II A 5, Bd. 1029**

<sup>17</sup> Zu den Kulturbeziehungen der Bundesrepublik mit Bulgarien vgl. Dok. 34, Anm. 7.

<sup>18</sup> Vgl. dazu die Gespräche des Bundeskanzlers Kiesinger und des Bundesministers Brandt am 13./14. Januar 1967 in Paris; Dok. 14, Anm. 8, und Dok. 19.

## Aufzeichnung des Ministerialdirektors Diehl

Pl 17/67 VS-vertraulich

1. Februar 1967<sup>1</sup>

Betr.: Besprechungen in Washington vom 21. bis 27. Januar 1967

Anlaß der Reise waren seit längerer Zeit angesetzte Besprechungen mit dem Planungsstab des State Department. Dieses Treffen gab Gelegenheit zu zahlreichen Unterhaltungen mit führenden Männern der Regierung Präsident Johnsons. Die Gespräche wurden auf beiden Seiten als unverbindlicher Meinungsaustausch betrachtet.

### 1) Allgemeiner Eindruck

Die amerikanische Politik wird gegenwärtig stark von der Überzeugung beherrscht, die USA hätten sich in der Welt übermäßig engagiert. Diese Überzeugung führt zu dem Verlangen, die Verpflichtungen zu reduzieren und mehr Handlungsfreiheit zurückzuerlangen. Die von Dulles konzipierte Politik der die Welt abdeckenden Bündnisse, die die Vereinigten Staaten praktisch in jedem Konfliktsfall überall zum Einsatz zwingen, wird überprüft, um selbst das Maß des Engagements bestimmen zu können und nicht wider Willen zu Leistungen gezwungen zu werden, die in keinem Verhältnis zum politischen Interesse der USA stehen. Der Krieg in Vietnam gibt derartigen Erwägungen eine aktuelle Schärfe.

Ein Element bei diesen Überlegungen ist auch der Eindruck, daß die Verbündeten der USA im Ernstfall diese die Suppe allein auslöffeln ließen. Dies gilt nicht nur für das militärische Gebiet, sondern auch für andere große Aufgaben, wie z.B. der Entwicklungshilfe. Walt Rostow sprach von einer „Neuverteilung der Lasten“ und erwähnte hierbei neben der Verteidigung der Allianz die Mission seines Bruders Eugene, um mit dem Welternährungsproblem fertig zu werden.<sup>2</sup> Botschafter Harriman sagte, wenn die Verbündeten nicht dazu beitrügen, die Lasten einer anspruchsvollen Politik gegenüber der Sowjetunion zu tragen, dann könne man es den USA nicht verübeln, wenn sie versuchten, durch Absprachen mit den Sowjets diese Lasten zu verringern. Dabei würden die USA weder eigene vitale Interessen noch diejenigen der Verbündeten aufs Spiel setzen.

Es handelt sich nicht um eine Art von Isolationismus. Alle führenden Persönlichkeiten sind sich darüber im klaren, daß die USA Europa nicht unter den Einfluß einer feindlichen Macht fallen lassen können, wenn sie sich Freiheit und Sicherheit bewahren wollen. Ein atlantisches Bündnis bleibt ein Eckpfeiler der amerikanischen Außenpolitik.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Diehl am 9. Februar 1967 an Botschafter Knappstein, Washington, übermittelt. Für das Begleitschreiben vgl. VS-Bd. 11580 (Planungsstab); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Zur geplanten Nahrungsmittelhilfe für Indien, an der sich die Bundesrepublik finanziell beteiligen sollte, vgl. Dok. 32, Anm. 9.

## 2) Nichtausbreitung

Die Gespräche bestätigten im wesentlichen die von der Botschaft Washington berichteten Vorgänge.<sup>3</sup> Immerhin ist folgendes bemerkenswert. Falls eine Verstimmung über unsere Kontakte mit den anderen nichtnuklearen Mächten bestanden haben sollte<sup>4</sup>, so ist sie verschwunden. Sowohl Foster wie Kohler und de Palma, aber auch andere Persönlichkeiten, unterstrichen, daß sie es für verständlich und normal hielten, wenn wir uns mit anderen Regierungen in ähnlicher Interessenlage konsultierten. De Palma sagte, er hoffe, daß Botschafter McGhee keinen falschen Eindruck vermittelt habe.<sup>5</sup> Ich habe darauf hingewiesen, daß der Vertrag neue trennende Unterscheidungen zwischen den Mächten verfestige, und zu unserer eigenen Überraschung fänden wir uns, die wir gewohnt seien, große Politik nur gemeinsam mit den Mitgliedern der Allianz zu treiben, in dieser Frage Seite an Seite auch mit Regierungen, die eine Politik des non alignment verfolgten.<sup>6</sup> Unsere eigenen Absichten gingen dahin, den Vertrag nicht zu einer Ursache neuer Spaltungen, zu einer Quelle ständiger Zwiste werden zu lassen. Wir hätten ein einfaches, solides Argument, den Vertrag zu wollen und ihm beizutreten. Wir hätten bereits auf Produktion und Erwerb atomarer Waffen verzichtet. Infolgedessen bestehe in Deutschland ein starkes Interesse daran, daß auch andere, möglichst alle Nuklearen wie Nicht-nuklearen, unseren Standard erreichten. Der Vertrag habe m.E. eine Reihe schwerer Mängel, und es gehöre einiger Mut dazu, ihn zu vertreten. Wir glaubten, daß er verschiedener „Durchdringungshilfen“ bedürfe, um für alle oder die meisten Mitglieder der Staatengemeinschaft annehmbar zu werden. Es gebe für viele Länder spezielle Probleme. Diese könnten im Vertrag selbst vermutlich nicht ausdrücklich geregelt, sondern müßten bilateral behandelt werden. Im deutsch-amerikanischen Verhältnis gehörten dazu z.B. die bestehenden Abmachungen im nuklearen Bereich zwischen den amerikanischen und deutschen Streitkräften. Andere Probleme hätten jedoch universelle Bedeutung. Die Atommächte müßten m.E. wenigstens eine Absichtserklärung in den Vertrag, am besten in die Präambel, aufnehmen, daß sie weiter ernsthaft die nukleare Abrüstung zu verwirklichen suchen. Ferner sollten sie generell erklären, die Nichtnuklearen weder zu bedrohen, zu erpressen oder anzugreifen. Unter Umständen ließe sich später aus diesem Ansatz ein Garantiesystem entwickeln, das derzeit nicht zu erhalten sei. Schließlich müßten die Nuklearmächte sich m.E. im Vertrag verpflichten, diesen Vertrag in keiner Weise zu

<sup>3</sup> Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 144 des Botschafters Knappstein, Washington, vom 18. Januar 1967; Dok. 24.

<sup>4</sup> Zu den Kontakten zu Italien, Schweden, Japan, Indien und Kanada vgl. Dok. 4, Anm. 8–12.

<sup>5</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem amerikanischen Botschafter am 16. Januar 1967; Dok. 21.

<sup>6</sup> Am 24. Januar 1967 führte Botschafter Knappstein, Washington, zu den Kontakten der Bundesrepublik aus: „Ich befürchte eine negative Reaktion in Washington, wenn wir die amerikanische Regierung nicht wenigstens über die Substanz unserer Überlegungen in Kenntnis setzen, wenn gleich ich es nicht für unbedingt notwendig halte, ihr auch mitzuteilen, in welchem Umfang wir mit dritten Ländern in Konsultationen eingetreten sind.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 198; VS-Bd. 4085 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

mißbrauchen, um die zivile Forschung und die Nutzung der Atomenergie in den nichtnuklearen Unterzeichnerstaaten zu behindern.<sup>7</sup>

Was die Frage der europäischen Option anbetreffe, so lasse sich der Text zur Not in dem Sinne interpretieren, daß eine europäische Staatengemeinschaft eine eigene nukleare Streitmacht aufbauen könne.<sup>8</sup> Da die Sowjetunion dies aber sicher bestreiten würde, bleibe die positive Interpretation des Westens fragwürdig.

Foster sagte, über die Präambel sei mit den Sowjets noch nicht gesprochen worden. Es gebe daher eine gewisse Möglichkeit, sie entsprechend auszugestalten. Die Sowjets hätten allerdings zu verstehen gegeben, daß die Präambel ihrer Meinung nach kurz sein und sich darauf beschränken sollte zu sagen, der Vertrag diene der Entspannung und dem Frieden.

Die zivile Forschung und Nutzung solle in der Tat nicht behindert werden. Eine Ausnahme bildeten Atomexplosionen, da hier keine Unterscheidung zwischen ziviler und militärischer Verwendbarkeit gemacht werden könne.

Zur Frage der unterschiedlichen Interpretation durch die Sowjetunion sagte Foster mit einiger Bestimmtheit, wenn die Sowjetregierung öffentlich eine andere Auslegung des Textes vornehme als die Regierung der Vereinigten Staaten, dann werde es keinen Vertrag geben. Ich hatte den Eindruck, daß Foster und andere hohe Beamte es für unmöglich hielten, dann eine Zustimmung des Senats und des Kongresses für den Vertrag zu erhalten. Die Sowjets könnten in der Tat bis zur Ratifikation stillhalten und die Diskussion später eröffnen.

Als ich den Inhalt des Ergänzungsartikels<sup>9</sup> kritisch besprach, sagte Foster, die USA müßten am Veto festhalten, weil sie ihre nukleare Sicherheitspolitik nicht der Kontrolle anderer Mächte unterwerfen könnten.

Meiner Auffassung, die Einrichtung von ABM-Systemen<sup>10</sup> in der Sowjetunion und den USA, die Europa „nackt in der Kälte“ lasse, stelle einen Rücktrittsgrund im Sinne des Vertragstextes dar, stimmten sowohl Foster wie auch Kohler und Bowie zu. Hinter dieser mich überraschenden Reaktion dürfe die Hoffnung stehen, mit den Sowjets zu einer Vereinbarung über ABMs zu kommen. Foster sagte weiter, über den Artikel III, der die Kontrollfrage behandeln soll, sei noch keine Einigung erzielt worden.<sup>11</sup> Die Sowjets wollten den Artikel

<sup>7</sup> Zur Haltung der UdSSR in der Frage der zivilen Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik vgl. Dok. 38, Anm. 9.

<sup>8</sup> Vgl. dazu die Verbalnote („oral note“) der amerikanischen Regierung vom 13. Januar 1967; Dok. 24, Anm. 12.

<sup>9</sup> Zu Artikel IV (Konferenzklausel) des Entwurfs vom 13. Januar 1967 vgl. Dok. 38, Anm. 18.

<sup>10</sup> Zur Frage des Aufbaus von Raketenabwehrsystemen vgl. Dok. 9, Anm. 11.

Am 2. Februar 1967 bemerkte Botschafter Knapstein, Washington, gegen die Einrichtung eines Raketenabwehrsystems sprächen „die Kosten, die Effektivität, (an der man zweifelt), die Entspannungspolitik und das sowjetisch-amerikanische Verhältnis. Die Bedeutung, die diesem Komplex jetzt gegeben wird, ist aber auch durch die Sorge bedingt, daß es im Kongreß und bei einer Anzahl nichtnuklearer Mächte Schwierigkeiten für das Zustandekommen des Nichtverbreitungsvertrags geben könnte, wenn die Großmächte in eine neue Phase des Wettrüstens eintreten sollten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 310; VS-Bd. 10078 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>11</sup> Zum Verhältnis von EURATOM zu IAEA vgl. Dok. 38, Anm. 14.

Am 2. Februar 1967 hielt Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg zu den in Artikel III des Nichtverbreitungsabkommens vorgesehenen Kontrollen fest: „Nach Angabe der Amerikaner hat die Sowjetunion in den Verhandlungen über den Nichtverbreitungsvertrag unnachgiebig jedes regio-

weglassen. Die USA wollten versuchen, den Kontrollartikel einzufügen, da sie sonst befürchten müßten, daß einige Staaten, wie z. B. Israel<sup>12</sup> und die VAR<sup>13</sup>, einem Verträge, der die Kontrollfrage ungeregelt lasse, nicht beitreten würden. Amerikanische Versuche, Israel und die VAR zu zweiseitigen Vereinbarungen über atomare Verzicht zu bewegen, seien an der Kontrollfrage gescheitert. M. E. hat die Bundesregierung kein besonderes Interesse daran, daß die Kontrollfrage im Vertrag behandelt wird, es sei denn, die Nuklearmächte einschließlich der Sowjetunion wären ebenfalls bereit, sich den Kontrollen zu unterwerfen.

Gegen Schluß des Gespräches mit Foster, aber auch bei allen anderen Gelegenheiten habe ich darauf hingewiesen, daß der Vertrag die wesentlichen allgemeinen Interessen der Nichtnuklearen berücksichtigen müsse. Anderenfalls werde es auch in Deutschland trotz unserer Absicht, dem Verträge beizutreten, große Schwierigkeiten geben. Sollten die USA und die Sowjetunion sich nicht in der Lage sehen, den legitimen Wünschen der nichtnuklearen Staaten zu entsprechen, so müsse man damit rechnen, daß eine Gruppe von Nichtnuklearen, darunter wir, an die Öffentlichkeit gehen würde. Bedauerlicherweise werde dann der Eindruck einer neuen Teilung der Welt durch den Vertrag noch verstärkt werden. Wir glaubten, daß unsere Gedanken und Vorschläge auch das amerikanische Interesse berücksichtigten.

Meine Beurteilung geht dahin, daß der eigentliche Kern des Vertrages nur sehr schwer verändert werden kann. Trotzdem sollte der Versuch unternommen werden. Bei der Präambel dagegen bestehen wahrscheinlich noch Möglichkeiten für eine Verbesserung, die den Vertrag in ein anderes Licht setzen und erlauben könnten, sich einem Mißbrauch zu widersetzen. Diese Möglichkeiten sollten wir energisch nutzen. Wir sollten in jedem Fall darauf bestehen, daß uns schriftlich eine verbindliche Interpretation gegeben wird. Die Erklärungen der amerikanischen Regierung in der Ratifizierungsdebatte stellen m. E. keine amerikanische Bindung uns gegenüber dar.

### 3) Deutschland und Ostpolitik

Die Aktivierung der deutschen Ostpolitik hat in Washington einen starken Eindruck hinterlassen. Es wird mit Anerkennung, ja Bewunderung von Konzept und Durchführung gesprochen. Es ist jedoch nach meinen Eindrücken unbedingt notwendig, immer wieder deutlich zu machen, daß unsere Politik Ausdruck des Selbstvertrauens und nicht der Resignation ist. Viele, auch wohlmeinende Beobachter glauben nämlich, die Deutschen hätten sich nun mit dem Status quo abgefunden und die nächste Etappe werde die Anerkennung

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 214*

nale Kontrollsystem (gemeint ist EURATOM) abgelehnt.“ Vgl. VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>12</sup> Zum Nichtverbreitungsabkommen erklärte der israelische Ministerpräsident Eshkol: „Mein Eindruck ist, daß die Sache noch weit davon entfernt ist, reif zu sein. In diesem Augenblick befassen wir uns mit ihr überhaupt nicht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 91 des Botschafters Pauls, Tel Aviv, vom 3. März 1967; Referat II B 1, Bd. 784.

<sup>13</sup> Am 6. April 1967 berichtete Botschafter Blankenhorn, London, „daß die VAR in nächster Zeit eine positive Stellungnahme zu dem Vertragsentwurf abgeben werde. Das werde die Ägypter allerdings nicht daran hindern, weiterhin ihre gemeinsamen Interessen mit den anderen Nichtnuklearen hervorzuheben, schon um als potentielle Atommacht anerkannt zu werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 730; Referat II B 1, Bd. 783.

der SBZ sein. Es ist nicht schwierig – und die Reaktion des Regimes in Pankow hilft dabei – zu zeigen, daß unsere Politik einen dynamischen Charakter hat, der die Abnormität der SBZ noch stärker ins Bewußtsein hebt, ihre relative Schwäche selbst im Gefüge des Warschauer Pakts aufdeckt. Wir erhöhen unseren Anspruch, so sagte ich, nunmehr selbst im Bannkreise unseres Gegners, und einzelne kommunistische Regierungen fühlten sich dadurch nicht gehindert, mit uns diplomatische Beziehungen zu unterhalten. Die Nichtanerkennung der SBZ sei noch immer das beste politische Mittel, die Dringlichkeit einer Lösung der deutschen Frage im Bewußtsein der Welt zu halten. Alfred Puhani sagte mir sehr ernst, wenn wir nicht unmißverständlich unsere Entschlossenheit bekundeten, unser gutes Recht zu verteidigen und das SBZ-Regime zu überwinden, werde selbst in den USA eine kräftige Strömung für die Anerkennung der SBZ entstehen.

Im State Department und auch im englischen Planungsstab, dessen Leiter John Thompson an einem Teil der Besprechungen teilnahm, wird nicht nur die Entwicklung der Deutschlandpolitik aufmerksam verfolgt, sondern auch ständig daran gearbeitet, neue Möglichkeiten für ein gemeinsames oder abgestimmtes Vorgehen zu erkunden.

Die Engländer gehen offensichtlich mit dem Gedanken um, den Vorschlag einer „ständigen Konferenz“ der Außenministerstellvertreter der Vier Mächte wieder aufzugreifen. Diese könnten, so wurde gesagt, z.B. gewisse Vorschläge der deutschen Friedensnote<sup>14</sup> erörtern. Unter Umständen könnten andere interessierte Staaten hinzutreten. Die Konferenz könnte ergänzt werden durch eine gemischte gesamtdeutsche Kommission, etwa nach dem Muster der Genfer Deutschlandpläne des Jahres 1959.<sup>15</sup>

Die Amerikaner waren interessiert, aber doch zögernd. Sie fürchteten, daß schnell die gleichen Komplikationen entstehen würden, vor allem hinsichtlich der SBZ, wie bei einer europäischen Sicherheitskonferenz.

Als über die Bemühungen gesprochen wurde, Kontakte zum anderen Teil Deutschlands herzustellen, fragte Prof. Brzezinski, was wir wollten, Humanisierung des Regimes oder Wiedervereinigung. Das seien verschiedene Dinge. Wenn uns an Wiedervereinigung gelegen sei, müßten wir das Regime in einem gewissen Zustand der Abnormität halten. Ich sagte, wir glaubten immer noch, daß letztlich Freiheit gleich Wiedervereinigung sei, und jedes Mehr an Freiheit infolgedessen die Wiedervereinigung etwas näher bringe. Brzezinski sagte auch, im größeren Verhältnis des Westens zur kommunistischen Welt stecke das gleiche Problem. Um den Status quo zu überwinden, müsse die Politik der

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 vgl. BULLETIN 1966, S. 331 f. Vgl. dazu auch AAPD 1966, I, Dok. 58.

<sup>15</sup> Der Friedensplan, der vom amerikanischen Außenminister Herter während der Außenministerkonferenz der Vier Mächte in Genf am 14. Mai 1959 als gemeinsamer Vorschlag der Westmächte vorgelegt wurde (Herter-Plan), sah die Bildung eines „Gemischten Deutschen Ausschusses“ vor, dem 25 Mitglieder aus der Bundesrepublik und 10 Mitglieder aus der DDR angehören sollten. Der Ausschuß sollte beauftragt werden, „Vorschläge zu formulieren, a) um die technischen Kontakte zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu koordinieren und zu erweitern; b) um die Freizügigkeit von Personen, Ideen und Veröffentlichungen zwischen beiden Teilen Deutschlands sicherzustellen; c) um die Menschenrechte in beiden Teilen Deutschlands sicherzustellen und zu gewährleisten; d) für einen Gesetzentwurf, der allgemeine, freie und geheime Wahlen unter unabhängiger Kontrolle vorsieht.“ Vgl. DzD IV/2, S. 79.



Entspannung einen bestimmten aggressiven Charakter behalten, sie dürfe nicht Selbstzweck werden. So sei „peaceful engagement“ zu verstehen.

#### 4) Raketenabwehr-System

Die amerikanische Regierung versucht derzeit, mit der Sowjetunion zu einer Vereinbarung zu gelangen, die es den Vereinigten Staaten erlaubt, auf die Einrichtung eines Raketenabwehrsystems zu verzichten. Die Aussicht, in einen sinnlosen Rüstungswettlauf getrieben zu werden, der gewaltige Mittel verschlingen würde, ohne im Endergebnis irgendeinem der Wettbewerber mehr Sicherheit zu geben, ist für die führenden Männer der Regierung ein Alptraum.<sup>16</sup> Walt Rostow hat in meiner Gegenwart John Thompson, der ihn fragte, ob er eine Botschaft für Kossygin habe, nahezu beschwörend gesagt, Wilson und Brown möchten doch Kossygin klar machen, welch ein Unglück ein neues Wettrüsten darstellen würde.<sup>17</sup> Die amerikanische Regierung könne nicht wie die sowjetischen Führer das Abwehrsystem auf bestimmte Städte oder Gebiete beschränken, sie müsse infolge der demokratischen Struktur des Landes das ganze Territorium abdecken und außerdem noch die Angriffswaffen verstärken, um die gegnerische Abwehr durchschlagen zu können.

Foster und Kohler bestätigten ungefragt, daß bereits intensiv mit der Sowjetunion in dieser Sache verhandelt wird. Als ich bezweifelte, daß es gelingen könnte, zu einem befriedigenden Abkommen zu gelangen, sagte Kohler, er sei auch nicht übermäßig optimistisch, glaube aber, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Sowjetregierung veranlassen könnten, eine Vereinbarung wenigstens über die Begrenzung der Abwehrsysteme zu treffen. Im Pentagon und im State Department hörte ich, daß die Kostenrelation zwischen einer Verstärkung der Angriffswaffen und dem Aufbau eines Abwehrsystems sich dem Gleichstand nähere. Bisher war man der Überzeugung, daß die Verstärkung der Angriffswaffen ungleich wirtschaftlicher sei.

#### 5) Vietnam

Vizepräsident Humphrey, den ich kurz im Hause von Prof. B[rzezinski] sprach, sagte über die weitere Behandlung des Vietnamkrieges, die USA hätten zuviel geredet. Das Reden wolle man jetzt Hanoi überlassen und inzwischen still und wirksam die Arbeit erledigen, auf eine, wie er hinzufügte, „germanische Weise“. Diese Bemerkung kennzeichnet eine der Tendenzen. Die andere, in der Publizistik lautstarke Richtung, bezweifelt den Sinn eines wachsenden Einsatzes.

Im Pentagon hörte ich, daß man die Truppen in Vietnam 1967 bis auf etwa 450 000 Mann verstärken wolle.<sup>18</sup> Der Vietkong kehre zur Guerillataktik zu-

<sup>16</sup> Am 23. Januar 1967 erläuterte der amerikanische Verteidigungsminister McNamara vor dem Verteidigungsausschuß des Senats, daß die USA eine Einigung mit der UdSSR, welche die Einführung kostspieliger Raketenabwehrsysteme überflüssig machen würde, anstrebten, „weil die Errichtung solcher Systeme lediglich zu einer Eskalation des Wettrüstens ohne wirklichen Sicherheitsgewinn für beide Länder führen würde“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, Z 42.

<sup>17</sup> Der sowjetische Ministerpräsident hielt sich vom 6. bis 13. Februar 1967 in Großbritannien auf. Vgl. dazu Dok. 55, Anm. 8.

<sup>18</sup> Die amerikanische Truppenstärke in Vietnam betrug im März 1967 423 000 Mann und wurde vor allem durch eine Aufstockung der Kampftruppen des Heeres im April 1967 auf 435 400 und im Juni 1967 auf 455 400 Mann erhöht. Vgl. die Schriftberichte des Militärattachés Sagner, Saigon, vom 16. März, 15. April und 8. Juni 1967; Referat I B 5, Bd. 329.

rück, nachdem er mit dem Einsatz größerer Einheiten schlechte Erfahrungen gemacht habe. Das Hauptproblem sei die Schließung der Zugangswege. Man scheue sich, sowjetischen und chinesischen Nachschub auf nordvietnamesischem Gebiet anzugreifen.

Der Gedanke, die Bundesrepublik stärker in Vietnam zu engagieren, ist noch nicht aus allen Köpfen verschwunden.<sup>19</sup> Ich wurde gefragt, wie ich den Gedanken einer „Internationalisierung“ aller Einheiten und Maßnahmen beurteilte, die der „Befriedung“ (pacification) des Landes dienten. Maßgebliche Amerikaner haben mir aber keine Andeutung dieser Art gemacht. Die Versuche Johnsons, sich durch Absprachen mit den Sowjets zu entlasten<sup>20</sup>, können u. a. als Gegenzüge zu den innenpolitischen Wirkungen des Vietnamkrieges gesehen werden. Eine Wiederwahl Johnsons ist nach Meinung vieler Beobachter nicht mehr absolut sicher.

#### 6) England

Die Entwicklung der Stellung Englands im Bündnis und in Europa wird in Washington mit größter Sorge verfolgt. Man erkennt, daß das Vereinigte Königreich auf absehbare Zeit keine oder nur sehr geringe Aussichten hat, Mitglied des Gemeinsamen Marktes zu werden. Man befürchtet, daß die britische Regierung nach einem Fehlschlag der neuen Verhandlungen gezwungen sein könnte, eine Neuorientierung ihrer Politik vorzunehmen, die sie von Europa wegführt. Die Amerikaner warnen vor dem Versuch, sich wieder stärker an die USA und Kanada anzulehnen. Sie sind aber gleichzeitig bemüht, der englischen Politik Hilfen zu geben, um ihr die weitere Ausrichtung auf Europa und einen künftigen Beitritt zu seinen Organisationen zu ermöglichen. Das führt zu einem Druck auf uns, klar Stellung zu nehmen, da Gaulle für ein Scheitern der britischen Beitrittsbemühungen verantwortlich zu machen und möglichst mit den Vier und England eine wie auch immer organisierte wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit zu beginnen.

Ich habe klargemacht, daß wir die Zielsetzung bejahen, aber Formen finden müßten, die keine Frontstellung der Fünf gegen Frankreich symbolisierten.

Das Weiße Haus ist im Zusammenhang mit der Offset-Frage über die Aussicht beunruhigt, daß die Rheinarmee abgezogen werden könnte. Dabei spielen die befürchteten negativen politischen Auswirkungen eine größere Rolle als die militärischen. Bator machte in diesem Zusammenhang unsere konservative Wirtschaftspolitik für die ganze Offset-Misere mitverantwortlich. Wir würden, so meinte er, nur dann wieder aus der Finanzkrise<sup>21</sup> herausfinden, wenn wir ein deficit spending betrieben, d. h. die Steuern senkten und die öffentlichen Ausgaben erhöhten.

<sup>19</sup> Zur Diskussion über eine Unterstützung des amerikanischen Engagements in Vietnam durch Bundeswehreinheiten vgl. AAPD 1966, I, Dok. 24 und Dok. 115.

<sup>20</sup> Gesandter Freiherr von Stackelberg, Washington, berichtete, daß die Rede des Präsidenten Johnson am 26. August 1966 in Idaho Falls von der amerikanischen Presse als „ungewöhnlich starker und beredter Appell an die Sowjetunion zu gemeinsamen Anstrengungen zur Wahrung des Weltfriedens herausgestellt“ werde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2052 vom 29. August 1966; Referat II B 1, Bd. 970. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1966, S. 900–903. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1966, D 486–488 (Auszug).

<sup>21</sup> Zu den Maßnahmen der Bundesregierung zum Ausgleich des Bundeshaushalts 1967 vgl. Dok. 5, Anm. 3.

## 7) Arbeiten der Planungsstäbe

Die Beratungen mit dem amerikanischen Planungsstab, der eng mit den operativen Abteilungen im State Department, im Pentagon und im Weißen Haus zusammenarbeitet, haben sehr gute Einblicke in die Methoden der Planung vermittelt. Wichtigster Gewinn waren die Erkenntnisse über Ziele und Probleme der amerikanischen Politik. An zwei Tagen nahm Mr. J. Thompson, Foreign Office, an den Arbeiten teil.

Henry Owen und die übrigen Herren haben verschiedentlich betont, die Besprechungen erschienen ihnen als ein wesentliches Mittel zur Verbesserung der Kommunikation. Das Verschweigen bestimmter Spannungen und Interessengegensätze habe dem Bündnis letzten Endes nur geschadet.

Es wurde verabredet, jährlich zweimal Treffen der drei Planungsstäbe abzuhalten, die alternierend in den USA und Europa (Bonn oder London) stattfinden sollen.<sup>22</sup>

Diehl

VS-Bd. 11580 (Planungsstab)

## 41

**Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt****Z B 6-1-10722/67 VS-vertraulich****Aufgabe: 1. Februar 1967, 15.50 Uhr****Fernschreiben Nr. 184****Ankunft: 1. Februar 1967, 16.29 Uhr****Citissime**

Betr.: Kurzanalyse des Rapacki-Besuchs in Paris vom 26. – 30.1.1967<sup>1</sup>,  
angefordert durch den Herrn Bundeskanzler

Bezug: Ferngespräch VLR I Boss – Botschafter Klaiber

Im Mittelpunkt der Gespräche während des Rapacki-Besuches stand, wie zu erwarten, die Deutschlandfrage. Die neuen Initiativen der Bundesrepublik in Osteuropa erfüllen Warschau bekanntlich mit Sorge.<sup>2</sup> Diese steigerte sich noch

<sup>22</sup> Die Planungsstäbe trafen erneut vom 10. bis 12. Juli 1967 in London zusammen. Vgl. dazu Dok. 269.

<sup>1</sup> Der polnische Außenminister wurde von Staatspräsident de Gaulle empfangen und führte Gespräche mit Außenminister Couve de Murville.

<sup>2</sup> Am 27. Januar 1967 teilte Botschafter Klaiber, Paris, mit, daß nach Informationen des Abteilungsleiters im französischen Außenministerium, de Beaumarchais, die polnische Regierung zwischen „Entspannung als Taktik und wirklicher Entspannung [unterscheide]. Was den Entspannungswunsch der deutschen Regierung betreffe, so wisse die polnische Regierung noch nicht, ob er wirklich ernst zu nehmen und nicht nur taktisch gemeint sei. Zwei Tatsachen ließen an einem wirklichen Wandel der Haltung der Bundesregierung zweifeln: Die Bundesregierung habe ihre Haltung in der Grenzfrage bisher nicht geändert, und sie sei nach wie vor gegenüber der ‚DDR‘ feindlich eingestellt. Vielleicht sei da und dort eine gewisse Entspannungsgeste aus Bonn zu bemerken, aber einen wirklichen Beitrag zur Lösung der Problematik im Sinne der Entspannung habe die

nach dem Besuch des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers in Paris<sup>3</sup>, da seitdem von einer gemeinschaftlichen französisch-deutschen Ostpolitik die Rede ist. Polen sieht sich zu seiner Überraschung in einer fortschreitenden Isolierung.

Der dadurch bedingte Pessimismus Rapackis ist seinen französischen Gesprächspartnern allgemein aufgefallen. Nach polnischer<sup>4</sup> Auffassung enthält die deutsche Regierungserklärung<sup>5</sup> in der Substanz keine neuen Elemente. Der Standpunkt Bonns in den entscheidenden Fragen (Nuklearwaffen, Grenzen, „DDR“) sei unverändert.

Die Franzosen haben darauf erwidert, sie verstünden zwar die Sorgen der Polen, begrüßten aber die deutsche Regierungserklärung und die neuen deutschen Initiativen im Osten mit Optimismus. Die französische Analyse stelle darin zahlreiche positive Elemente fest, die einen Wechsel (renversement) der bisherigen deutschen Ostpolitik erwarten ließen. Bonn habe den Grundsatz der Entspannung akzeptiert und komme allmählich aus der Reserve seiner früheren Regierungen heraus. Diese neuen Elemente sollten nicht durch erhöhte Forderungen und scharfe Entgegnungen entmutigt werden. Was die polnischen Vorbedingungen<sup>6</sup> für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik anbelange, seien die Franzosen mit den ersten beiden (Verzicht auf Zugang zu Atomwaffen<sup>7</sup> und Oder-Neiße-Grenze<sup>8</sup>) im wesentlichen einig. Hinsichtlich des Verhältnisses zur „DDR“ könnten die Polen jedoch nicht auf Verständnis bei den Franzosen rechnen. Wenn Polen die Entspannung und „Normalisierung“ Europas wolle – was Rapacki wiederholt versichert habe –, so werde es die nationale Einheit des deutschen Volkes eines Tages hinnehmen müssen.

Das Verhalten Rapackis auf der nachfolgenden Pressekonferenz zeigt, daß diese Darlegungen ihre Wirkung nicht verfehlt haben. Rapacki vermied dort jegliche Invektiven, sprach von der künftigen Wiedervereinigung und forderte für

*Fortsetzung Fußnote von Seite 219*

Bundesregierung bisher nicht geleistet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 162; VS-Bd. 4212 (IIA5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vom 13./14. Januar 1967 vgl. Dok. 14–17 und Dok. 19.

<sup>4</sup> Korrigiert aus: „politischer“.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vom 13. Dezember 1966 vgl. BT STE-NOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

<sup>6</sup> Zu den polnischen Vorbedingungen zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik vgl. AAPD 1966, II, Dok. 377.

<sup>7</sup> Die französischen Bedenken gegen die MLF richteten sich vor allem gegen eine Teilhabe der Bundesrepublik an Entscheidungen über den Einsatz von Kernwaffen. Der französische Außenminister Couve de Murville erklärte darüber hinaus gegenüber Bundesminister Schröder am 9. Dezember 1964, daß aufgrund der amerikanischen Dominanz eine Realisierung des MLF-Projekts mit der europäischen politischen Zusammenarbeit unvereinbar sei. Vgl. dazu AAPD 1964, II, Dok. 377.

<sup>8</sup> Die Frage der deutschen Ostgrenzen wurde während des Besuchs des polnischen Ministerpräsidenten in Paris am 10. September 1965 angesprochen. Cyrankiewicz teilte der Presse nach einem ersten Gespräch mit Staatspräsident de Gaulle mit, die Oder-Neiße-Linie werde von Frankreich gutgeheißen. Es gelang der Bundesregierung nicht, Frankreich zu einer Berichtigung dieser Erklärung zu bewegen. Vgl. dazu den Artikel „M. Cyrankiewicz rappelle que la frontière Oder-Neisse est approuvée par la France“; LE MONDE, Nr. 6427 vom 12./13. September 1965, S. 1. Vgl. dazu ferner Horst OSTERHELD, Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963–1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt, Düsseldorf 1992, S. 234.

Zur französischen Haltung zur Oder-Neiße-Linie vgl. ferner AAPD 1965, III, Dok. 342.

die Aufnahme diplomatischer Beziehungen (statt der Anerkennung der „DDR“) eine andere „politische Tendenz“ gegenüber Pankow.<sup>9</sup> Die deutsch-französische Konsultation hat sich somit gut bewährt, obwohl nicht daran zu zweifeln ist, daß die polnische Haltung weiterhin grundsätzlich hart bleiben wird.<sup>10</sup>

Am Quai d'Orsay wird aber angenommen, daß der Höhepunkt der polnischen Versteifung damit überschritten ist. Es liege an der Bundesrepublik, den polnischen Umstellungsprozeß zu beschleunigen, indem sie in ihren Erklärungen zur Ostpolitik weiteres Verständnis für die polnische Situation zeige.

[gez.] Klaiber

VS-Bd. 4261 (II A 5)

## 42

### Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-10739/67 geheim  
Fernschreiben Nr. 194

Aufgabe: 1. Februar 1967, 21.00 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 1. Februar 1967, 23.23 Uhr

Auf Drahterlaß Nr. 299 vom 27.1. geh. – AZ: II B 1-80.01-89/67<sup>2</sup>

Betr.: Amerikanisch-sowjetischer Entwurf eines Nichtverbreitungsvertrages

I. In Ratssitzung am 1.2. gab Botschafter Cleveland Erklärung ab, derzufolge vorliegender Vertragsentwurf über Nichtverbreitung<sup>3</sup> keine endgültige Formulierung darstelle und bisher von keiner der beiden Seiten angenommen sei. Er behandelte insbesondere drei Punkte:

<sup>9</sup> Auf der Pressekonferenz vom 27. Januar 1967 betonte der polnische Außenminister, „das Deutschlandproblem könne nicht von einer Position der Stärke gelöst werden. Die Lösung der deutschen Frage könne nur mittels einer allmählichen Entspannung unter Bedingungen der Sicherheit und europäischen Zusammenarbeit erzielt werden. Die Vereinigung Deutschlands könne nur stattfinden, wenn sie von beiden bestehenden deutschen Staaten gewünscht werde, wenn sie mit den Nachbarn Deutschlands und mit allen europäischen Staaten abgestimmt werde.“ Hinsichtlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen äußerte Rapacki: „Die Umgehung der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die BRD, die Behandlung der Existenz der DDR als ein ‚Staatsgeheimnis‘, ermutige jene Kräfte in der BRD, die gefährliche Illusionen hinsichtlich der Möglichkeit, den gegenwärtigen Zustand von einer Position der Stärke zu ändern, hegen.“ Vgl. DzD V/1, S. 398–400.

<sup>10</sup> Am 7. März 1967 bestätigte Gesandter Oncken, Paris (NATO), daß auch die britische Regierung nach ihren Gesprächen mit dem polnischen Außenminister vom 21. bis 27. Februar 1967 in London den Eindruck gewonnen habe, die „Haltung der Polen gegenüber Deutschland sei unverändert hart und unnachgiebig“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 407; VS-Bd. 4241 (II A 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Ablichtung.

<sup>2</sup> Für den Drahterlaß des Staatssekretärs Schütz, der am 26. Januar 1967 konzipiert wurde, vgl. VS-Bd. 4086 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967. Für Auszüge vgl. Anm. 19 sowie Dok. 25, Anm. 8.

<sup>3</sup> Zum Entwurf vom 24. Januar 1967 vgl. Dok. 38.

1) US beabsichtigten nicht, von Sowjetunion – insbesondere öffentliche – Zustimmung zu ihren Auslegungen des Vertragstextes zu verlangen. Für USA sei Interpretation in den Hearings des US-Senats maßgebend. Ähnlich wie beim Testbann-Vertrag<sup>4</sup> würde Sowjetunion wahrscheinlich ihre Ratifikation zurückstellen, um Erklärungen vor US-Senat abzuwarten. Propagandistische Angriffe gegen diese Interpretationen seien nicht bedeutungsvoll.

2) Friedliche Kernexplosionen ließen sich praktisch nicht von kriegerischen unterscheiden. Bisher gebe es noch keine friedliche Anwendungsmöglichkeit, sie sei jedoch nur thermonuklear denkbar, da sonst Strahlung zu stark sei. Eine Entwicklung lediglich zu friedlichem Gebrauch sei aus finanziellen Gründen undenkbar. Friedliche Explosionen könnten aber für alle Staaten von den Nuklearmächten durchgeführt werden; USA seien bereit, nähere Einzelheiten zu diskutieren.

3) Weiteres Verfahren sei als „process of continuing consultation“ gedacht. Nach Abschluß der NATO-Konsultation, die möglichst bis 8. Februar erfolgen solle, seien Gespräche mit Sowjets vorgesehen, damit Vertragsentwurf am 21.2. der Genfer Konferenz präsentiert werden könne. Ähnlich wie bei Weltraumvertrag<sup>5</sup> solle Entwurf erst nach Abschluß gemeinsamer Konsultation zur Zeichnung ausgelegt werden (im Gegensatz zu Vertrag, der mit Unterschrift der Atommächte den anderen Staaten präsentiert worden war). Artikel III<sup>6</sup> werde diese Woche mit EURATOM-Staaten besprochen, danach im NATO-Rat diskutiert werden.

Wenn ein Vertrag jetzt nicht zustande käme, sei Gelegenheit vermutlich end-

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 5. August 1963 über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.

Die UdSSR ratifizierte das Abkommen am 10. November 1963.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Abkommens „über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums, einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper“, vom 19. Dezember 1966 vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 1–5.

Vgl. dazu auch Dok. 37.

<sup>6</sup> Am 31. Januar 1967 übergaben die USA ein Aide-mémoire mit einem Formulierungsvorschlag für einen Kontrollartikel. Für den Wortlaut vgl. VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

Am 2. Februar 1967 notierte dazu Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg: „Mit dem Aide-mémoire vom 31.1.1967 werden die amerikanischen Vorstellungen zu den Sicherheitskontrollbestimmungen für den Entwurf des Nichtverbreitungsvertrages (Art. III) präzisiert. Die amerikanische Regierung vertritt weiterhin die Ansicht, daß grundsätzlich die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO, Wien) die angestrebte weltweite verbindliche Sicherheitskontrolle der Nichtkernwaffenmächte durchführen soll. Sie hat sich bemüht, auch die Anerkennung des Kontrollsystems der Europäischen Atomgemeinschaft als gleichwertige und wirksame regionale Lösung durchzusetzen.“ Vgl. VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

Am 7. Februar 1967 teilte der Erste Sekretär an der amerikanischen Botschaft, Shaw, Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ramisch mit, der Formulierungsvorschlag für Artikel III „sei kein fertiger und endgültiger Text, er sei auch noch nicht mit den Sowjets diskutiert worden“. Die vorgesehene Übergangsperiode für EURATOM bedeute, daß „während der Übergangszeit EURATOM-Kontrollen für Exporte von nuklearem Material an Nichtkernwaffenstaaten“ angewandt werden könnten. Nach amerikanischen Informationen sei auch die UdSSR bereit, Kontrollen der IAEO für Exporte an „Nichtnukleare“ zu dulden. Was den Einwand angehe, daß der vorgeschlagene Artikel III EURATOM schwächen würde, so müsse abgewogen werden zwischen den Interessen dieser Organisation und „dem weltweiten Vorteil zu Gunsten der effektiven Verhinderung der Weiterverbreitung von Atomwaffen“. Vgl. die Aufzeichnung von Ramisch vom 8. Februar 1967; VS-Bd. 4119 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

gültig vorbei. USA versuchten, atomare Rüstungsspirale bei ABM's zu stoppen<sup>7</sup>, und Sowjets seien zumindest bereit, darüber zu reden. NV-Vertrag gebe Hoffnung auf weitere Vereinbarungen.

II. 1) In anschließender Diskussion sprachen sich belgischer<sup>8</sup>, britischer<sup>9</sup>, dänischer<sup>10</sup> und norwegischer Vertreter<sup>11</sup> ohne Vorbehalte für bisher bekannten Vertragsinhalt aus, wobei dänischer Vertreter unterstellte, daß Artikel I<sup>12</sup> Möglichkeiten eines europäischen Bundesstaates nicht beeinträchtige, und norwegischer Botschafter Hoffnung ausdrückte, durch Entwurf werde MLF-Lösung endgültig ausgeschlossen. Cleveland antwortete, zumindest co-ownership sei ausgeschlossen, nicht aber Konsultation und gegenwärtige Nuklear-Arrangements. An ein „explicit write-off“ der MLF-Lösung sei jedoch nicht gedacht.

2) Kanadischer<sup>13</sup> und niederländischer Botschafter<sup>14</sup> begrüßten Vertragsentwurf ebenfalls, ließen jedoch einige Bedingungen erkennen. Kanadischer Botschafter erklärte, er gehe davon aus, daß kürzerer und unpräziser Text des neuen Artikels I

- NATO-Konsultationen nicht behindere;
- nukleare Teilhabevereinbarungen bilateraler Art zwischen USA und NATO-Verbündeten nicht erschwere und
- Möglichkeiten einer europäischen bundesstaatlichen Lösung offenlasse.

Es müsse Gleichgewicht von Pflichten und Rechten aller Vertragspartner erzielt werden, daher sei eine Präambel notwendig, die Bemühungen um Test-stop ins Auge fasse. Wenn friedliche Atomexplosionen schon verboten würden, müßten sie zumindest von Atommächten den anderen Staaten leicht zugänglich gemacht werden. Hierzu schlug niederländischer Botschafter Aufnahme eines Artikels über einen „international explosive service“ in den Vertrag vor, der diskriminierenden Charakter des Vertrags abmildere, indem er Nicht-Nuklearstaaten aus der Abhängigkeit der Nuklear-Staaten löse. Er erwähnte außerdem Problem der EURATOM-Kontrollen und betonte, daß seine Regierung IAEO-Kontrollen vorziehe. Weiterhin fragte er, ob Worte in Artikel I und II „any recipient whatsoever“<sup>15</sup> eine Aufgabe bisheriger Optionsmöglichkeiten bedeute.

3) Griechischer<sup>16</sup>, italienischer<sup>17</sup> und, in schwächerer Form, türkischer Botschafter<sup>18</sup> brachten Bedenken gegen Vertragsentwurf vor. Italienischer Bot-

<sup>7</sup> Zu den wahrscheinlichen Auswirkungen eines Nichtverbreitungsabkommens auf die Einrichtung eines Raketenabwehrsystems in Europa vgl. Dok. 38, Anm. 16.

<sup>8</sup> André de Staercke.

<sup>9</sup> Sir Bernard Burrows.

<sup>10</sup> Henning Hjorth-Nielsen.

<sup>11</sup> Georg Kristiansen.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des Artikels I eines Nichtverbreitungsabkommens, der der Bundesregierung bereits am 16. Dezember 1966 übergeben wurde, vgl. Dok. 7, Anm. 3.

<sup>13</sup> Charles Ritchie.

<sup>14</sup> Hendrik N. Boon.

<sup>15</sup> Zu der für Artikel I vorgeschlagenen Formulierung bzw. dem analogen Passus in Artikel II („any transferor whatsoever“) vgl. Dok. 38, Anm. 12.

<sup>16</sup> Christos Palamas.

<sup>17</sup> Adolfo Alessandrini.

<sup>18</sup> Muharrem Nuri Birgi.

schafter forderte, gewisse Prinzipien müßten in einem NV-Vertrag gewahrt sein.

- er dürfe europäische Einigung nicht erschweren. Auch soweit sie unterhalb der Stufe eines Bundesstaates bleibe, müsse europäische Organisation im Interesse der Gleichheit der Partner Verantwortung für Kernwaffen übernehmen können;
- er müsse so ausgestaltet sein, daß ihn alle potentiellen Kernwaffenstaaten und alle Nachbarn Italiens akzeptieren könnten;
- er müsse bei friedlicher Nutzung der Kernexplosionen jede Diskriminierung ausschließen.

Türkischer Vertreter forderte, Entwurf müsse verbessert werden, um möglichst vielen Staaten annehmbar zu erscheinen. Es müsse geklärt werden, ob den nicht-nuklearen Staaten eine Garantie (assurance) gegeben werden könne. Schließlich sei festzustellen, ab wann Proliferation „in case of war“ erlaubt sei (insbesondere im Hinblick auf das Problem der „predelegation“).

Hierauf antwortete Cleveland, diese Frage sei nicht im Vertrag behandelt, sondern müsse innerhalb der Allianz diskutiert werden. Rusk habe Gromyko in diesem Zusammenhang erklärt, „in event of war all bets are off“.

Griechischer Botschafter fragte, welche Vorteile solch ein Vertrag dem Westen überhaupt bringe. Es sei zweifelhaft, ob wir Interesse daran hätten, z.B. Indien am Erwerb von Atomwaffen zu hindern, während China ungehindert Atomwaffen produziere. Durch eine atomare Garantie würde es nur abhängig werden. Ob Beseitigung der Neutralität der Dritten Welt durch erzwungene Allianzen mit Atommächten für Westen ein Vorteil sei, müsse bezweifelt werden.

Ich gab Erklärung gemäß Bezugserlaß ab.<sup>19</sup>

4) Französischer Botschafter<sup>20</sup> erklärte, seine Regierung beabsichtige nicht, Vertrag zu unterzeichnen. Deshalb habe es keinen Sinn, daß er sich an Diskussion beteilige.

III. Generalsekretär Brosio hat sich bemüht, die Verhandlung so zu führen, daß die Diskussion nicht als eine die Regierungen bindende, förmliche Konsultation verstanden werden konnte. In diesem Sinne schlug er auch vor, es zunächst bei der heutigen Aussprache bewenden zu lassen und vor einer erneuten Diskussion die Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen abzuwarten. In Verkennung seiner Absichten bestand italienischer Botschafter jedoch auf baldiger Fortsetzung der Diskussion, so daß das Thema am 8. Februar noch einmal auf der Ratstagesordnung erscheinen wird.<sup>21</sup> Ich bin mit Brosio dar-

<sup>19</sup> Staatssekretär Schütz wies Botschafter Grewe, Paris (NATO), mit Drahterlaß Nr. 299 vom 26. Januar 1967 an, für den Fall, daß die Vertreter einzelner Regierungen in der Sitzung des NATO-Rats Stellungnahmen abgäben, darzulegen, die Bundesregierung messe dem Abschluß eines Nichtverbreitungsabkommens besonderen Wert bei, da sie sich als einziger Staat durch internationale Verpflichtungen gebunden habe, keine Kernwaffen herzustellen. Auf einzelne Punkte des Vertragsentwurfs solle er dagegen nicht eingehen; auch die aus der Teilung Deutschlands resultierenden Probleme eines Beitritts wolle die Bundesregierung zunächst bilateral mit den USA erörtern. Vgl. VS-Bd. 4086 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>20</sup> Pierre de Leusse.

<sup>21</sup> Gesandter Oncken, Paris (NATO), teilte aus der Sitzung des Ständigen NATO-Rats vom 8. Februar 1967 mit, daß von amerikanischer Seite die Bedenken der NATO-Partner gegen den vorliegen-



über einig, daß dabei die Bedeutung der weiteren Gespräche im Rat möglichst heruntergespielt werden soll.

Amerikaner sind sich jedenfalls darüber im klaren, daß sie heute weder eine Zustimmung des Rates zu ihrem Text noch ein ausdrückliches Mandat zur Vorlage dieses Textes in Genf erhalten haben.

[gez.] Grewe

VS-Bd. 2471 (I A 1)

### 43

## Bundesminister Brandt an die Botschaft in Washington

I A 2-87.27-154<sup>1</sup>/67 geheim

2. Februar 1967<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 406 Plurex  
Citissime

Aufgabe: 7. Februar 1967, 10.58 Uhr

Betr.: Nichtverbreitungsvertrag;  
hier: Amerikanische Erwägungen zu Artikel III<sup>2</sup>

Bezug: Plurex Nr. 324/31 – VS-v vom 31.1.1967

Bitte bei hoher Stelle State Department, möglichst noch am Dienstag<sup>3</sup>, folgendes vorzutragen:

Vertragsformulierung<sup>4</sup> ohne Anerkennung EURATOM-Kontrollen als „gleichwertige Kontrollen“ würde Europäischer Atomgemeinschaft wesentliche Grund-

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 224*

den Entwurf eines Nichtverbreitungsabkommens mit Verständnis aufgenommen worden seien. Der amerikanische Vertreter habe zugestanden, daß in der Präambel des Abkommens „unmißverständlich“ klargestellt werden solle, „daß der Vertrag die friedliche Nutzung nuklearer Energie in keiner Weise einzuschränken suche“. In der Diskussion habe sich der italienische Vertreter mit „kategorischer Ablehnung“ zu dem vorliegenden Textentwurf geäußert, da er „nicht hinreichend die Interessen eines künftigen vereinten Europa“ berücksichtige. Zudem „diskriminiere der Vertragsentwurf die Nicht-Nuklear-Länder“ wie Italien; den von den Nichtkernwaffenstaaten verlangten „Opfern“ stünden keine entsprechenden Gegenleistungen der Atommächte gegenüber. Im Gegensatz dazu setzten sich Belgien, Norwegen, Dänemark und Kanada sowie, mit Einschränkungen, auch die Niederlande für eine Annahme des Entwurfs aus. Der britische Botschafter Burrows unterstützte den Textvorschlag „zurückhaltend“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 229; VS-Bd. 4096 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Der Drahterlaß wurde vom Vortragenden Legationsrat Poensgen konzipiert.

Hat Ministerialdirigent Frank und Botschafter Schnippenkötter am 2. Februar 1967 vorgelegen.

Hat Ministerialdirektor Ruete vorgelegen.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 42, besonders Anm. 6.

<sup>3</sup> 7. Februar 1967.

Die Wörter „noch am Dienstag“ wurden von Bundesminister Brandt handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Außenminister“.

<sup>4</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Frank handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Verzicht auf Vertragsformulierung“.

lage entziehen.<sup>5</sup> Frankreich wird sicherlich als Kernwaffenstaat IAEÖ-Kontrollen ablehnen, womit Mitgliedstaaten EAG im Bereich der zivilen Nutzung der Kernenergie unterschiedlich behandelt würden. Frankreich wird darüber hinaus voraussichtlich bisherige intensive Zusammenarbeit mit EURATOM-Partnern nicht fortsetzen, weil diese gemeinschaftsfremden Kontrollen unterliegen, die es ablehnt. Damit würde EAG in lose Forschungsorganisation verwandelt und auch den Europäischen Gemeinschaften insgesamt geschadet. Gerade Bundesrepublik erlitt Nachteil<sup>6</sup> im Bereich multilateraler und bilateraler Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Zusätzlich könnten<sup>7</sup> folgende Gesichtspunkte hervorgehoben werden:

- 1) Die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit EAG und IAEÖ wird anerkannt. Die deutsche Regierung hat hierzu bereits konkrete Vorschläge am 6. Dezember 1966 im EAG-Rat unterbreitet<sup>8</sup> und ihren guten Willen bewiesen. Dies gilt auch für die Kontrolle von Exporten, die den EURATOM-Bereich verlassen. Auch für verstärkten Informationsaustausch und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen ist die deutsche Regierung eingetreten. Hier scheint ein geeigneter Ansatz zu liegen.
- 2) Die Zustimmung zum Grundsatz der weltweiten Kontrolle darf nicht dazu führen, daß ein anerkannt wirksames und weitgehendes regionales Kontrollsystem, das sogar den zivilen Bereich einer Kernwaffenmacht einschließt, ausgehöhlt wird. Damit würde ein nichtdiskriminierendes System durch ein möglicherweise<sup>9</sup> diskriminierendes<sup>10</sup> ersetzt und neuer Konfliktstoff geschaffen.<sup>11</sup>

<sup>5</sup> Am 24. Januar 1967 informierte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg die Botschaft in Paris über die Bedeutung der EURATOM-Kontrollen: „Fielen diese Kontrollen weg oder würden in einem Teil des EURATOM-Gebiets doppelte Kontrollen (durch EURATOM und IAEÖ) zugelassen, so sei dies eine Schwächung der Gemeinschaft, zumal die Zulassung von IAEÖ-Kontrollen die EURATOM-Kontrollen entwerfe, zu einer Aufspaltung des gemeinsamen Marktes für Kernerzeugnisse in solche Länder, die IAEÖ-Kontrollen akzeptieren und solche, die sie ablehnen und in weiterer Folge zu negativen Rückwirkungen auf die Bedingungen der Lieferung von Kernbrennstoffen aus den Vereinigten Staaten für die Gemeinschaftsländer, die keine IAEÖ-Kontrollen akzeptieren, sowie zu Schwierigkeiten bei der Gestaltung der von uns für notwendig gehaltenen gemeinsamen Energiepolitik führe.“ Für den Schrifterlaß vgl. VS-Bd. 2464 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Brandt handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „nachteiligen Schaden“.

<sup>7</sup> Die Wörter „Zusätzlich könnten“ wurden von Ministerialdirigent Frank handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Insbesondere könnten zusätzlich“.

<sup>8</sup> Auf der EWG-Ministerratstagung vom 6. Dezember 1966 regte die Delegation der Bundesrepublik an, „zwischen EURATOM und IAEÖ ein Abkommen abzuschließen, welches sowohl die Anerkennung der EURATOM-Kontrollen durch die IAEÖ, als auch IAEÖ-Kontrollen bei Kernmaterialexporten aus der Gemeinschaft vorsehe.“ Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 2. Februar 1967; VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Brandt handschriftlich eingefügt.

<sup>10</sup> Zur „Diskriminierung“ der Bundesrepublik notierte Legationsrat I. Klasse Ungerer: „Bei Kontrolle aller nuklearen Tätigkeit durch IAEÖ würde Möglichkeit zum Aufbau europäischer Nuklearmacht mit gleichberechtigter Beteiligung Deutschlands im Fall politischer Einigung Europas verbaut.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 4. Januar 1967; VS-Bd. 2464 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967. Am 24. Januar 1967 teilte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg der Botschaft in Paris mit, daß für die Bundesrepublik „eine Doppelkontrolle eine Diskriminierung gegenüber anderen Ländern bedeuten würde und daß mit möglichen Beschränkungen der deutschen Ausfuhr von Kernerzeugnissen in solche Staaten gerechnet werden müsse, die IAEÖ-Kontrollen nicht akzeptieren.“ Für den Schrifterlaß vgl. VS-Bd. 2464 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>11</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Ruete der Absatz gestrichen: „Die IAEÖ hat kaum praktische Kontrollerfahrungen. Die Modalitäten ihrer Kontrolle liegen noch nicht fest. Sie ist mit

3) Die amerikanische Regierung würde<sup>12</sup> von ihrem bisherigen Standpunkt abweichen, wonach die EURATOM-Kontrollen für sie<sup>13</sup> maßgebend sind. Im Rahmen des bilateralen Abkommens der Vereinigten Staaten mit der EAG<sup>14</sup> findet ein bedeutender Austausch von Kernmaterial und Informationen statt, der in diesem Fall bedroht wäre.

Damit würde schließlich eine Gefährdung der Europäischen Gemeinschaften schlechthin eintreten und einem erklärten gemeinsamen Ziel Abbruch getan werden.<sup>15</sup>

4) Angesichts der<sup>16</sup> Lage der Bundesrepublik Deutschland ist die mit den EURATOM-Partnern geschaffene Solidarität auf dem Gebiet der friedlichen Verwendung der Kernenergie von besonderem Wert. Diese über ein Jahrzehnt gewachsene wirksame Bindung sollte nicht aufs Spiel gesetzt<sup>17</sup> werden.<sup>18</sup>

Brandt<sup>19</sup>

VS-Bd. 2515 (I A 6)

*Fortsetzung Fußnote von Seite 226*

den angeborenen Mängeln aller weltweiten internationalen Organisationen behaftet (Hang zum Kompromiß, unsachliche Personalpolitik, Ablehnung unerwünschter Kontrolleure).“

12 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Ruete gestrichen: „bei Durchführung dieser Erwägungen“.

13 An dieser Stelle wurde von Bundesminister Brandt gestrichen: „allein“.

14 Für den Wortlaut des Abkommens zwischen EURATOM und den USA vom 29. Mai und 18. Juni 1958 vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN 1959, S. 309–311. Vgl. dazu auch ERSTER GESAMTBERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DER GEMEINSCHAFT (Januar 1958–September 1958), hrsg. von der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, [Brüssel] 1958, S. 82–85.

15 Dieser Absatz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundesministers Brandt zurück. Vorher lautete er: „Sie würde damit schließlich eine Gefährdung der Europäischen Gemeinschaften schlechthin herbeiführen und einem erklärten Ziel ihrer Außenpolitik entgegenarbeiten“.

16 An dieser Stelle wurde von Bundesminister Brandt gestrichen: „besonderen politischen“.

17 Die Wörter „aufs Spiel gesetzt“ wurden von Bundesminister Brandt handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „zugunsten weniger präziser Vorstellungen geopfert“.

18 Am 7. Februar 1967 berichtete Botschafter Knapstein, Washington, er habe weisungsgemäß den Inhalt des Drahterlasses Nr. 406 dem stellvertretenden Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium vorgetragen: „Stoessel verhielt sich im wesentlichen rezeptiv und führte zur Sache lediglich aus, die USA seien an den Auffassungen der EURATOM-Staaten sehr interessiert und begrüßten insoweit unsere Stellungnahme. [...] Auch die amerikanische Regierung sei darauf bedacht, EURATOM nicht zu schwächen. Auf der anderen Seite seien die Vorteile eines bindenden Kontrollartikels sehr groß. Die Sowjets würden jedoch einen Artikel, der auf EURATOM Bezug nehme oder der die IAEA nicht erwähne, nicht akzeptieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 356; VS-Bd. 2515 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

19 Paraphrase.

## 44

**Aufzeichnung des Botschafters von Walther, Moskau****St.S. 507/67 VS-vertraulich****3. Februar 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Meine Besprechung mit Stellvertretendem Außenminister Semjonow  
vom 2. Februar 1967

Verabredungsgemäß hatte ich nach meiner Rückkehr aus Bonn und meiner Entlassung aus dem Hospital ein Gespräch mit dem Stellvertretenden Außenminister Semjonow, in dem außer politischen Fragen von allgemeinem Interesse die Fragen

- 1) Luftverkehr<sup>2</sup>,
- 2) Haftfälle Naumann/Sonntag<sup>3</sup> und Schaffhauser<sup>4</sup> sowie
- 3) Botschaftsbau in Bonn

besprochen wurden. Aus dem Gespräch über politische Fragen scheinen mir die folgenden Punkte besonders erwähnenswert.

I. 1) Ich leitete das Gespräch mit der Frage ein, ob Botschafter Zarapkin inzwischen einen Termin zur Besprechung der Angriffs-Ausschließungserklärung<sup>5</sup> bekommen habe. Semjonow erwiderte, daß Zarapkin bisher noch nicht berichtet habe, daß aber sowjetischerseits weiterhin Interesse an einer Weiterführung des Gespräches bestünde.<sup>6</sup>

2) Ich brachte sodann das Gespräch auf die „Erklärung“ der Sowjetregierung<sup>7</sup> und fragte zunächst, ob er, Semjonow, als guter Kenner Deutschlands das Auf-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Botschafter von Walther, Moskau, mit Schreiben vom 9. Februar 1967 an Staatssekretär Schütz übermittelt. Vgl. dazu VS-Bd. 429 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Im November 1965 stimmte die UdSSR der Aufnahme des Linienflugverkehrs auf der Grundlage wechselseitiger Betriebsgenehmigungen zu. Ungeklärt blieb dagegen die Streckenführung, da die UdSSR auf einer Zwischenlandeurlaubnis in Berlin-Schönefeld bestand, die Bundesrepublik allerdings eine die alliierten Luftkorridore nicht berührende Streckenführung über Eger bevorzugte. Vgl. dazu AAPD 1966, II, Dok. 361.

<sup>3</sup> Die beiden Heidelberger Studenten Walter Naumann und Peter Sonntag befanden sich seit September 1961 unter dem Vorwurf der Spionagetätigkeit für die Bundesrepublik in sowjetischer Haft. Zu den Bemühungen der Bundesregierung um deren Freilassung vgl. AAPD 1965, III, Dok. 363.

<sup>4</sup> Der Heidelberger Student Volker Schaffhauser wurde am 5. Januar 1967 in Leningrad wegen „subversiver Tätigkeit“ festgenommen und „zu vier Jahren Arbeitslager“ verurteilt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 547 des Botschafters von Walther, Moskau, vom 20. April 1967; Referat II A 4, Bd. 769.

<sup>5</sup> Zum Vorschlag der Bundesregierung, mit der UdSSR Gewaltverzichtserklärungen auszutauschen, vgl. Dok. 15, besonders Anm. 24.

<sup>6</sup> Vgl. dazu weiter Dok. 46.

<sup>7</sup> Am 28. Januar 1967 wurde Botschafter von Walther, Moskau, mit einer Note der Text der Erklärung der sowjetischen Regierung vom selben Tag übergeben. Darin wurde vor einem Erstarken der NPD sowie vor den Bemühungen der Bundesrepublik auf dem Gebiet der Atom- und Luftfahrtforschung gewarnt und die Anerkennung der DDR gefordert. Vgl. den Drahtbericht Nr. 152 des Botschafters von Walther, Moskau; Referat II A 4, Bd. 754. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. DzD V/1, S. 403–409. Für einen Auszug vgl. Dok. 38, Anm. 9.

Dazu bemerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Blumenfeld, die Erklärung stelle „eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland dar und müßte als solche zurückgewiesen werden. Immerhin enthält sie keine direkten Angriffe gegen die neue Bundesre-

tauchen der NPD im politischen Leben<sup>8</sup> wirklich für eine Gefahr ansehe. Semjonow bejahte und wies darauf hin, daß man auch in den zwanziger Jahren die NSDAP nicht für eine Gefahr gehalten und die politische Aktivität Hitlers belächelt habe. Das traurige Ergebnis dieser Fehleinschätzung hätten wir alle miterlebt. Ich erwiderte zunächst, daß er als Kommunist in der Analyse der Vorbedingungen einer revolutionären Bewegung wesentlich bewanderter sein sollte als ich. Mir schiene es aber, daß in den zwanziger Jahren die Voraussetzungen für eine revolutionäre Bewegung durch die Arbeitslosigkeit, die tiefe Enttäuschung über den Versailler Vertrag<sup>9</sup> und ein Gefühl der allgemeinen Verzweiflung wirklich gegeben gewesen sei. Außerdem sei Hitler ein wirklicher Demagoge gewesen, der es verstanden hätte, diese Verhältnisse auszunutzen. Heute lägen diese Voraussetzungen in der Bundesrepublik nicht vor, und außerdem sei Herr von Thadden kein Hitler; seine Gefolgschaft bestünde in der Mehrzahl aus verworrenen „Übriggebliebenen“.

Meiner Ansicht nach ließe sich die Bewegung am ehesten vergleichen mit den Poujadisten, obwohl auch da ein Vergleich zwischen Thadden und Poujade kaum möglich sei; aber auch diese Bewegung in Frankreich sei zusammengebrochen (Semjonow machte sich über diesen Teil des Gespräches sehr eifrig Notizen; ich hatte den Eindruck, daß er meine Ausführungen an höherer Stelle wiederzugeben beabsichtigte).

Ich stellte dann die provozierende Frage, welche Reaktion sowjetischerseits auf die Erklärung erwartet würde. Semjonow erwiderte, die Erklärung der sowjetischen Regierung vom 28. 1. 1967 sei nicht zufällig, sie sei nicht ein Ergebnis einer bestimmten politischen Konstellation oder von laufenden politischen Ereignissen diktiert, sie sei im Gegenteil die Darstellung eines langen Entwicklungsprozesses mit gefährlichen Tendenzen, speziell für die sozialistischen Länder. Bei der Erklärung handele es sich nicht um Propaganda, sondern um eine als Resultat einer langen Beobachtungsphase niedergelegte Überzeugung.

Im Widerspruch zu der Behauptung, die sowjetische Erklärung sei nicht das Ergebnis einer bestimmten politischen Konstellation, erklärte er im weiteren Verlauf des Gesprächs, der von der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien erneut herausgestellte Alleinvertretungsanspruch könne nicht als ein Akt der angeblich von der Bundesregierung verfolgten Politik des Friedens betrachtet werden. Diese Forderung der Bundesregierung sei Revanchismus.

Ich erwiderte hierauf mit längeren historischen Ausführungen aus der russischen Geschichte und wies insbesondere darauf hin, daß niemals in Europa das Bestreben der Moskauer Großfürsten auf Rückeroberung der von den Tartaren besetzten Gebiete oder auf Rückgewinnung der von den Polen den Russen entrissenen Hauptstadt Kiew oder aber die Forderung der Polen auf Wiedervereinigung nach den polnischen Teilungen nicht als moralisch berechtigt anerkannt worden sei. So müsse auch unsere Forderung auf Wiederverei-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 228*

gierung und schließt deshalb weitere sachliche Kontakte nicht aus.“ Für die Aufzeichnung vom 31. Januar 1967 vgl. VS-Bd. 4244 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Vgl. dazu Dok. 14, Anm. 17.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 28. Juni 1919 zwischen dem Deutschen Reich und den alliierten und assoziierten Mächten vgl. REICHSGESETZBLATT 1919, S. 687–1349.

nigung als moralisch berechtigt anerkannt werden. Vor allem, da wir ausdrücklich immer wieder erklärten, keine Gewaltlösung anzustreben.

3) Außerdem habe ja im Potsdamer Abkommen<sup>10</sup> die Sowjetregierung ebenso wie ihre Alliierten die Verpflichtung übernommen, die vier Besatzungszonen und das Territorium von Berlin zu vereinigen. Als Semjonow hierauf antwortete, daß wir durch die bedingungslose Kapitulation unsererseits die Verpflichtung übernommen hätten, das Potsdamer Abkommen durchzuführen, widersprach ich scharf. Das Potsdamer Abkommen habe zwar Verpflichtungen zwischen den Alliierten geschaffen, für Deutschland aber resultierten Verpflichtungen aus dem Potsdamer Abkommen nicht. Hier schiene mir auch ein wesentlicher Mangel an Logik in der sowjetischen Note und der Erklärung zu liegen; während die Note Verpflichtungen der Bundesrepublik aus dem Potsdamer Abkommen herleiten wolle, sei die ebenfalls im Potsdamer Abkommen verankerte Verpflichtung der Wiederherstellung Gesamtdeutschlands von der Sowjetzone in den Wind geschlagen worden. Semjonow verwies kurz auf den Notenwechsel des Jahres 1954<sup>11</sup>, „das Jahr der verpaßten Gelegenheiten“, und ging dann auf Berlin über.

4) Zu Berlin bemerkte Semjonow, die vier Besatzungszonen seien nicht mehr existent. Sowjetischerseits gebe es in dem Teil Berlins, der früher sowjetische Besatzungszone gewesen sei, kein Besatzungsregime mehr. In diesem Teil sei die volle Souveränität der „DDR“ gegeben. Anders in Westberlin: dort gäbe es drei Kommandanten, und diese hätten eindeutig erklärt, daß die Existenz westdeutscher Organe in Westberlin nicht anerkannt werden könne.<sup>12</sup> Dies werde auch dadurch illustriert, daß die Westberliner Bundestagsabgeordneten auf Grund ausdrücklicher Vetos der westlichen Alliierten im Bundestag nur eine beratende Stimme hätten.<sup>13</sup> Die westlichen Alliierten könnten sich auch

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) vgl. DZD II/1, S. 2101–2148.

<sup>11</sup> Am 31. März 1954 schlug die UdSSR den drei Westmächten in einer Note vor, „ein auf den gemeinsamen Bemühungen aller europäischen Staaten beruhendes Sicherheitssystem“ zu schaffen. Daraufhin wiesen die Westmächte in einer Note vom 8. Mai 1954 einen „neuen kollektiven Sicherheitsvertrag“ zurück, „der offen auf der Neutralisierung und fortdauernden Teilung Deutschlands basiert“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6533 bzw. S. 6618.

<sup>12</sup> Bereits während der Beratungen über den Entwurf für das Grundgesetz im Frühjahr 1949 erhoben die Alliierten Einwände gegen die Absicht des Parlamentarischen Rats, Berlin als zwölftes Land in den Geltungsbereich des Grundgesetzes einzubeziehen. Die Militärgouverneure der USA, Großbritanniens und Frankreichs, Clay, Robertson und Koenig, führten in einem Memorandum vom 2. März 1949 aus, daß „mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage der Teil des Artikels 22, der sich auf Berlin bezieht, suspendiert werden“ müsse. Es bestünden allerdings keine Bedenken, „daß die verantwortlichen Behörden in Berlin eine kleine Zahl von Vertretern dazu bestimmen, den Sitzungen des Parlamentarischen Rates beizuwohnen“. Diese Auffassung bestätigten die drei Militärgouverneure mit Schreiben vom 22. April 1949. Sie legten dar, ihre Außenminister könnten nicht akzeptieren, „daß Berlin als ein Land in die ursprüngliche Organisation der deutschen Bundesrepublik einbezogen wird“. Vgl. DER PARLAMENTARISCHE RAT, Bd. 8, S. 135 bzw. S. 244.

<sup>13</sup> Am 12. Mai 1949 genehmigten die Militärgouverneure der Drei Mächte, Clay, Robertson und Koenig, das am 8. Mai 1949 vom Parlamentarischen Rat in Bonn beschlossene Grundgesetz, äußerten hinsichtlich der Anwendung des Grundgesetzes in Berlin (West) jedoch den Vorbehalt: „A third reservation concerns the participation of Articles 23 and 144 (2) of the Basic Law as constituting acceptance of our previous request that while Berlin may not be accorded voting membership on the Bundestag or Bundesrat nor be governed by the federation she may, nevertheless, designate a small number of representatives to attend the meetings of those legislative bodies.“ Vgl. DER PARLAMENTARISCHE RAT, Bd. 8, S. 275.

Paragraph 26 des Wahlgesetzes vom 15. Juni 1949 zum ersten Bundestag und zur ersten Bundes-

nicht anders verhalten, weil sie sonst Gefahr liefen, ihre eigene Rechtsgrundlage für ihre Anwesenheit in Berlin zu untergraben. Unsere Ansprüche auf Westberlin seien ohne Rechtsgrundlage, und wenn sie trotzdem erhoben würden, sei dies als Revanchismus zu betrachten. Er könne auch nicht recht verstehen, wieso wir eigentlich unbedingt nach Berlin wollten.

Ich wies darauf hin, daß die Alliierten uns auf Grund ihrer souveränen Rechte in Berlin gewisse Rechte der Exekutive im weitesten Sinne übertragen hätten. Das von ihm angeführte Beispiel beziehe sich auf die Legislative, und nur hieraus sei die Einschränkung der Rechte der Abgeordneten zu erklären. Die Rechte der Exekutive seien aber unsere Pflicht und unser gutes Recht; daß wir unsere moralischen Ansprüche auf die alte Hauptstadt des Reiches aufrechterhielten, schiene mir ebenso selbstverständlich wie die sowjetischen Ansprüche auf Kiew oder Lwow.

5) Semjonow gab zu, daß diese historischen Ansprüche nicht abzuleugnen seien. Es gebe aber einen Unterschied zwischen auf die Geschichte begründeten moralischen Ansprüchen und den Realitäten der Politik. Im gegenwärtigen Europa hätten wir eine bestimmte Situation, es existierten das selbständige Territorium Westberlin und die beiden Deutschland<sup>14</sup>, die wiederum ihrerseits bestimmte, als existent zu betrachtende Verpflichtungen eingegangen seien. Die westdeutsche Seite neige dazu, die Lösung bestimmter Fragen und die Entwicklung der sonstigen Beziehungen zwischen zwei Ländern in eine wechselseitige Abhängigkeit zu stellen. Die Sowjetunion tue dies niemals. Semjonow wies darauf, daß es zwischen Rumänien und der UdSSR die ungelöste Bessarabien-Frage gebe. Man lasse diese aber beiseite und arbeite trotzdem zusammen. Eine Frage unter moralischen Aspekt zu stellen, sei eine Sache. Eine andere sei die Frage der staatlichen Regierungspolitik. Er habe den Eindruck, daß unsererseits jede Weiterentwicklung der Lösung von Fragen abhängig gemacht werde, die offensichtlich ohne Krieg nicht zu lösen seien. Die sowjetische Seite reagiere so, wie es in einem Sprichwort heißt: Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus. Wir bräuchten es einfach nicht fertig, politischen Ballast abzuwerfen; das sei natürlich unsere Sache. Breschnew seinerseits habe erklärt, wenn in der westdeutschen Politik wirklich Elemente enthalten wären, die der Festigung der Sicherheit in Europa dienten, könnte diese durchaus als Gesprächsbasis betrachtet werden. Man müsse es also fertig bringen, sich von Ballast freizumachen. Es sei unmöglich, eine Politik zu betreiben, die nur in der Änderung von Worten bestehe. Ein solches Verfahren könne die Lage nur verschlechtern.

Das Verhalten der Bundesregierung komme ihm so vor, als ob diese darauf bedacht sei, ja nichts falsch zu machen, und daß ihr eben durch dieses Verhalten die eigentlichen Fehler unterliefen. Die Politik der derzeitigen Bundesregie-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 230*

versammlung der Bundesrepublik Deutschland: „Groß-Berlin hat das Recht, bis zum Eintritt des Landes Berlin in die Bundesrepublik Deutschland acht Abgeordnete mit beratender Funktion in den Bundestag zu entsenden.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 24.

<sup>14</sup> Zur sowjetischen Zwei-Staaten-Theorie vgl. Dok. 14, Anm. 20.

Zur sowjetischen Note vom 27. November 1958, mit der eine „Umwandlung Westberlins in eine selbständige politische Einheit – eine Freistadt –“ gefordert wurde, vgl. Dok. 34, Anm. 10.

rung sei darauf abgestimmt, in der Bevölkerung Revanchegefühle zu stimulieren, wofür die NPD symptomatisch sei.

Auf seine Bemerkung, „wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus“ eingehend, bemerkte ich, daß ja die Sowjetregierung mit ihrer Erklärung ziemlich laut in den Wald hineingerufen habe. Ich fragte mich, ob die Sowjetregierung nun erwarte, daß wir aus dem Wald ebenso laut herausschallen würden. Semjonow umging diese Frage lachend mit der Bemerkung, ich stelle da eine ziemlich schwierige Frage an ihn, die er kaum beantworten könne.

Da eine Fortführung dieses bereits über eine Stunde dauernden Gespräches nicht mehr nützlich schien, leitete ich auf die oben erwähnten Einzelfragen über.

II. 1) Trotz aller propagandistischen Verbrämungen, die Semjonow nach Lage der Dinge naturgemäß anbringen mußte, ist die sowjetische Erklärung vom 28.1.1967 durch „laufende politische Ereignisse“ diktiert, nämlich durch unsere Bemühungen zur Normalisierung unserer Beziehungen zu den Staaten Osteuropas. Dies ergibt sich m.E. eindeutig aus seinem Hinweis auf den von uns erneut herausgestellten Alleinvertretungsanspruch anlässlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien. Ich hatte den Eindruck, daß Semjonow die Erklärung herunterspielen wollte, indem ihm offensichtlich daran gelegen war, sie nicht als Startschuß für einen neuen deutsch-sowjetischen „Notenkrieg“ gewertet zu sehen.

Die Berechtigung unserer Forderung auf Wiedervereinigung und auf die Wiedergewinnung von Berlin muß Semjonow als nationaler Russe und als Kenner der deutschen Verhältnisse im Grunde als natürlich anerkennen. Es ist interessant, daß er mir gegenüber auch in diesem Gespräch nicht das sonst in Gesprächen anderen gegenüber gebrauchte Argument der Trennung Österreichs von Deutschland anführt, weil er selbst dieses Argument als für historisch nicht haltbar erkennt.

2) Der Kern seiner Ausführungen liegt in seinem Werben, man solle von der gegenwärtigen in Europa bestehenden Lage ausgehen und die Bundesregierung möge „Ballast“ abwerfen. Unter dem letzteren dürfte er zumindest die Ausklammerung unseres Wunsches nach Wiedervereinigung aus der praktischen Politik verstehen. In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß Semjonow sich auf meine Frage hin dafür aussprach, die Bemühungen um begrenzte Einigungen im Bereich der deutsch-sowjetischen Beziehungen fortzusetzen, wie er dies bei unserem Gespräch vom 28.12.1966 graphisch dargestellt hatte.<sup>15</sup> Die Ausführungen Semjonows zeigen klar die Divergenz der deutschen und der sowjetischen Motive im Bereich der Entspannungspolitik: Die Sowjetunion möchte im Wege der Entspannung einen Zustand erreichen, der die historische Anomalität der Teilung Deutschlands durch die völkerrechtliche An-

<sup>15</sup> Botschafter von Walther, Moskau, teilte dazu mit, daß der sowjetische Stellvertretende Außenminister in einem Gespräch am 29. Dezember 1966 zwei sich überschneidende Kreise aufgezeichnet habe, „wobei er die Überschneidung schraffierte und dabei ausführte, daß durch die Realitäten gewisse Gebiete geschaffen worden wären, über die zu sprechen keinen Sinn habe. Dagegen bedeute die schraffierte Fläche den Komplex jener Fragen, über die man sich durchaus verständigen könne.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1810; AAPD 1966, II, Dok. 415.



erkennung der Realitäten ausräumt. Im Gegensatz dazu suchen wir die Entspannung, um durch sie die Teilung Deutschlands zu überwinden.

3) Für die Einstellung Semjonows und der von ihm vertretenen Gruppe der sowjetischen Politiker scheint mir seine abschließende Antwort auf meine Frage, „wie soll denn die deutsch-sowjetische Politik im Augenblick nach Ihrer Erklärung weitergehen“: Er verwies nochmals auf seine graphische Darstellung der beiden Kreise mit den Worten: „Wir wollen von den Dingen sprechen, von denen wir im Augenblick sprechen können.“

Hiermit Herrn Staatssekretär Schütz<sup>16</sup> ergebenst vorgelegt.

Walther

VS-Bd. 429 (Büro Staatssekretär)

## 45

### Botschaftsrat Hoffmann, Saigon, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-11025/67 VS-vertraulich

6. Februar 1967

Chi-Brief

Ankunft: 15. Februar 1967, 12.30 Uhr

Betr.: Amerikanischer Kontaktversuch zum Vietcong unter Einschaltung eines Botschaftsangehörigen

Der von unserer Vertretung in Phnom Penh an die Botschaft Saigon abgeordnete LR Joetze wurde gelegentlich eines der üblichen Gesprächskontakte mit amerikanischen Kollegen vom Kambodscha-Referenten der US-Botschaft, Lee Chandler, am 31. Januar gefragt, ob er nach seiner Rückkehr nach Phnom Penh bereit sei, Kontakte mit den dortigen Vertretern der FNL zu vermitteln.

Daß dieses Ansinnen ernst zu nehmen war und von den Vorgesetzten des amerikanischen Gesprächspartners gebilligt sein mußte, ergibt sich daraus, daß die Amerikaner sogar anboten, durch ihre Bonner Botschaft beim Auswärtigen Amt die Genehmigung für eine solche Vermittlungstätigkeit zu erwirken.

Joetze entzog sich der Fortsetzung dieses Gesprächs mit dem Bemerkens, daß über alle seine Tätigkeit betreffenden Fragen zunächst sein unmittelbarer Dienstvorgesetzter<sup>1</sup> hier zu entscheiden habe. Außerdem sei der Zeitpunkt seiner Rückkehr nach Phnom Penh noch nicht abzusehen.

<sup>16</sup> Hat Schütz am 13. Februar 1967 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Brandt verfügte. Vgl. das Schreiben des Botschafters von Walther, Moskau, vom 9. Februar 1967 an Staatssekretär Schütz; VS-Bd. 429 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1967.  
Hat Brandt vorgelegen.

<sup>1</sup> Wilhelm Kopf.

Chandler führte zur Begründung seiner Bitte an, seine Regierung habe sich entschlossen, Kontakte mit der FNL aufzunehmen.<sup>2</sup> Der Kreis der Gesprächsthemen sei unbeschränkt. Er gehe von Gefangenen-Austausch bis zur Verlängerung des zum vietnamesischen Neujahrsfest vorgesehenen Waffenstillstandes<sup>3</sup> und zur Vorbereitung von Friedensverhandlungen durch politische Gespräche<sup>4</sup>. Die Schwierigkeit sei, Gesprächspartner zu finden, die mit dem Hauptquartier der FNL Verbindung hätten und Instruktionen einholen könnten; für die Vertreter der FNL in Phnom Penh sei dies am leichtesten. Seine Regierung gehe in der Suche nach Kontakten sehr pragmatisch vor, man „drücke auf jeden Knopf“ („push-button policy“), man habe jeden angegangen, der als Verbindungsmann geeignet erschien: Er nannte Franzosen und Engländer (offenbar nicht in Phnom Penh), einen Philippino in Malaysia und Indonesier.

Herr Joetze wird bis auf weiteres Kontakte mit Herrn Chandler meiden; sollten die Amerikaner erneut wegen Auskunfts- und Vermittlungstätigkeit in Phnom Penh auf ihn zukommen, wird er ausweichend reagieren.

Herr Joetze hat über seine Gespräche mit Chandler eine Niederschrift gefertigt, die auf Anforderung mit nächster Kuriergelegenheit vorgelegt werden kann.<sup>5</sup>

[gez.] Hoffmann

VS-Bd. 2584 (I B 5)

<sup>2</sup> Am 8. Februar 1967 regte Präsident Johnson in einem Schreiben an den nordvietnamesischen Präsidenten Ho Chi Minh die Aufnahme von Gesprächen an: „There is one good way to overcome this problem and to move forward in the search for a peaceful settlement. That is for us to arrange for direct talks between trusted representatives in a secure setting and away from the glare of publicity.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1967, S. 391.

Am 15. Februar 1967 nannte Ho Chi Minh in einem Schreiben an Johnson hierfür Bedingungen: „Wenn die amerikanische Regierung wirklich solche Gespräche will, so muß sie vor allem erst einmal bedingungslos ihre Bombenangriffe und alle sonstigen Kriegshandlungen [...] einstellen. [...] Das vietnamesische Volk wird sich niemals der Gewalt beugen. Es wird niemals Gespräche unter der Drohung von Bomben akzeptieren.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 204 f.

<sup>3</sup> Aus Anlaß des buddhistischen Neujahrsfestes trat am 8. Februar 1967 eine viertägige Waffenruhe in Kraft. Aufgrund neuer Nachschubtransporte für den Vietcong nahmen die USA am 13. Februar 1967 ihre Luftangriffe gegen die Demokratische Republik Vietnam (Nordvietnam) wieder auf. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1967, Z 54.

Zur Wiederaufnahme der Angriffe vgl. auch die Erklärung des Präsidenten Johnson vom 13. Februar 1967; PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1967, S. 178.

<sup>4</sup> Gesandter von Lilienfeld, Washington, berichtete am 9. Februar 1967, die amerikanische Regierung sei „seit längerem mit der Ausarbeitung ihrer Verhandlungsposition beschäftigt. Seit dem vorigen Sommer besteht ein unter dem Vorsitz Harrimans stehendes ‚Special Negotiation Committee‘, in dem Weißes Haus, State Department, Pentagon und CIA an der Formulierung eines Verhandlungsprogramms zusammenwirken. Der in der Öffentlichkeit erhobene Vorwurf, die US-Regierung sei schon deshalb nicht zu Verhandlungen bereit, weil sie für sie nicht genügend vorbereitet sei, ist nach unserer Kenntnis unbegründet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 372; VS-Bd. 2584 (I B 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Mit Drahterlaß Nr. 21 vom 21. Februar 1967 bat Vortragender Legationsrat I. Klasse Bassler die Botschaft in Saigon um Vorlage der Aufzeichnung vom 1. Februar 1967. Vgl. VS-Bd. 2584 (I B 5); B 150, Aktenkopien 1967.

Botschaftsrat Hoffmann, Saigon, übersandte die Aufzeichnung mit Schreiben vom 23. Februar 1967 an das Auswärtige Amt.

Am 22. März 1967 vermerkte Vortragender Legationsrat Fischer dazu handschriftlich: „M[eines] E[rachtens] können wir zum jetzigen Zeitpunkt in Phnom Penh nicht in der gewünschten Form tätig werden“. Vgl. VS-Bd. 2584 (I B 5); B 150, Aktenkopien 1967.

## 46

**Aufzeichnung des Staatssekretärs Schütz****St.S. 476/67 VS-vertraulich****8. Februar 1967**

Betr.: Gespräch mit Botschafter Zarapkin

Aus einem zweieinhalbstündigen Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter am 7. Februar 1967, das anlässlich eines Frühstücks in seiner Wohnung stattfand, halte ich folgendes fest:

- 1) Zarapkin versuchte, mir in immer neuen Variationen klar zu machen, daß die Bundesrepublik Deutschland endlich eine „realistische Politik“ treiben sollte. Das bedeute, daß die Bundesrepublik Deutschland auch ihre Beziehungen zur DDR normalisieren, d. h. die DDR anerkennen müsse. Er könne sich nicht vorstellen, daß es wirklich gute Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion gäbe, solange jene dies nicht täte.
- 2) Ich habe ihm so variationenreich wie möglich unter Hinweis auf die Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966<sup>1</sup> erläutert, eine Anerkennung der DDR<sup>2</sup> komme für uns nicht in Frage. Es habe keinen Sinn, daß wir darüber ständig neu Diskussionen führten.<sup>3</sup>
- 3) Grundsätzlich müsse ich ihm sagen, daß wir meiner Ansicht nach in unseren persönlichen Gesprächen, aber auch in den Kontakten der beiden Regierungen nicht weiterkämen, wenn eine Seite versuche, der anderen Seite ihre Rechtsauffassung in der Deutschland-Frage aufzudrängen. Wir suchten nach Möglichkeiten gemeinsamer Aktionen, und seien sie noch so klein, die wir mit der UdSSR, aber auch mit anderen Ländern Osteuropas unternehmen könnten, ohne daß beide Seiten gezwungen würden, ihre Rechtsauffassungen preiszugeben. Dieser Gedanke habe uns bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion geleitet. Nicht anders hätten wir uns im Falle Rumänien verhalten.

<sup>1</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

<sup>2</sup> Dieses Wort war ursprünglich in Anführungszeichen gesetzt, die von Staatssekretär Schütz gestrichen wurden.

<sup>3</sup> Bereits am 11. November 1966 notierte Ministerialdirektor Diehl, daß die Bundesregierung bereit sei, „fallweise den Zonenbehörden aufgrund der ihnen von der Sowjetunion übertragenen Befugnisse eine beschränkte, außerdem bis zur Wiedervereinigung oder bis zum Inkrafttreten neuer, Deutschland als Ganzes betreffender internationaler Vereinbarungen befristete, Geschäftsfähigkeit zuzubilligen.“ Vgl. VS-Bd. 11576 (Planungsstab); B 150, Aktenkopien 1966.

Am 14. Februar 1967 erläuterte Diehl erneut die Notwendigkeit, der DDR eine „sachlich beschränkte und zeitlich bis zur Wiedervereinigung begrenzte Geschäftsfähigkeit“ zuzubilligen: „Die SBZ ist kein Staat sondern ein Gebiet ohne eigenes Staatsvolk und ohne eigenen Staatswillen, das durch eine fremde Macht und ein von dieser eingesetztes Regime vom übrigen Deutschland getrennt gehalten wird. Von der Verantwortung für die in diesem Gebiet herrschenden Zustände kann die Sowjetunion bis zur Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht befreit werden. Da dem Regime die Legitimation durch den Träger der deutschen Souveränität, nämlich das deutsche Volk, fehlt, muß ihm die Anerkennung durch uns und Dritte verweigert werden. Die ‚DDR‘ ist mit Sicherheit kein souveräner Staat außerhalb des gesamtdeutschen Staatsverbandes.“ Vgl. VS-Bd. 11576 (Planungsstab); B 150, Aktenkopien 1967.

4) Nach weiterem Insistieren Zarpkins auf Anerkennung der DDR<sup>4</sup> durch die Bundesrepublik Deutschland habe ich ihn klar gefragt, ob diese Anerkennung als eine Vorbedingung für jedes Gespräch zwischen uns beiden oder den beiden Regierungen angesehen werden müsse. Das würde in der Tat ein ernster Fall sein. Ich glaubte immer noch, daß es Fragen gebe (wie z.B. die Frage des Austauschs von Erklärungen über Gewaltverzicht und Fragen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet), die unter Wahrung der beiderseitigen Standpunkte lösbar seien.

5) Darauf erklärte Zarpkin, er sei selbstverständlich nicht in der Bundesrepublik Deutschland, um die Beziehungen zu verschlechtern, sondern um sie zu verbessern. Er meinte, man könne unabhängig von dem hauptsächlich interessierenden Punkt (Anerkennung der DDR) über andere wichtige Fragen sprechen – wie er glaube, mit Aussicht auf Erfolg.

6) Zarpkin verwies dann von sich aus auf seine Vorgespräche mit Staatssekretär Carstens.<sup>5</sup> Er erinnerte daran, daß dieser ihm dabei eine schriftliche Darstellung der deutschen Vorstellungen zum Austausch von Erklärungen über Gewaltverzicht angekündigt habe. Er sei interessiert, darüber etwas zu hören.

7) Ich übergab ihm daraufhin die vorbereiteten Texte.<sup>6</sup> Ich erläuterte dabei, daß wir uns, wie er sehen werde, jeden Satz sehr eingehend überlegt hätten, und daß ich dankbar wäre, wenn er in eine gründliche Prüfung der Frage eintreten würde, ob wir nach den bisherigen „privaten“ Kontakten offizielle Gespräche über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen aufnehmen könnten.

8) Zarpkin bedankte sich für die Texte. Er zeigte sich interessiert an dem Satz, in welchem die Bundesregierung erklärt, daß sie sich bei der Behandlung von Streitfragen mit der Sowjetunion oder einem ihrer Verbündeten auch in Zukunft nur friedlicher Mittel bedienen wird und daß sie auf Anwendung von Gewalt oder Drohung mit Gewalt zur Regelung solcher Streitfragen verzichtet. Zarpkin meinte allerdings, der letzte Satz des Entwurfs, nach welchem die Bundesrepublik Deutschland bei der Verfolgung ihrer Ziele in der Deutschland-Frage auf Anwendung von Gewalt oder Drohung mit Gewalt verzichtet, sei mißverständlich; er müsse befürchten, die Bundesrepublik Deutschland könne, falls die Sowjetregierung diese Formulierung akzeptiere, annehmen, daß die Sowjetregierung gleichzeitig auch die Deutschland-Politik der Bundesregierung als gerechtfertigt anerkenne. Das sei jedoch nicht der Fall.

9) Ich habe Zarpkin erklärt, daß wir diesen Satz in den Erklärungsentwurf aufgenommen hätten, um die schon früher von der Sowjetregierung erhobenen und auch jetzt wieder möglichen Beschuldigungen, die Politik der Bundesre-

<sup>4</sup> Dieses Wort war ursprünglich in Anführungszeichen gesetzt, die von Staatssekretär Schütz gestrichen wurden.

<sup>5</sup> Zu den Gesprächen vom 10. Oktober und 21. November 1966 vgl. AAPD 1966, II, Dok. 340 und Dok. 374.

<sup>6</sup> Dem Vorgang nicht beigefügt.

Für die vom Auswärtigen Amt ausgearbeiteten Entwürfe einer Erklärung der Bundesregierung und einer Erklärung der sowjetischen Regierung vom 7. Februar 1967 vgl. VS-Bd. 429 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. dazu auch DzD V/1, S. 482.

gierung in der Deutschland-Frage sei auf eine Aggression gegen den anderen Teil Deutschlands gerichtet, zu widerlegen. Ich könne mir sehr gut denken, daß mögliche Einwände der Sowjetregierung uns veranlassen könnten, auf diesem Satz nicht zu bestehen. Jetzt gehe es darum, ob die Sowjetregierung bereit sei, in verbindliche Gespräche zu diesen Punkten einzutreten.

10) Ich deutete Zarapkin an, daß unabhängig von der Gesamtbewertung der Note, die die Sowjets am 28. Januar 1967 übermittelt hätten, wir möglicherweise Fragen zu dem Teil der Note hätten, der sich mit der zivilen Kernforschung in der Bundesrepublik Deutschland beschäftige.<sup>7</sup> Diesen Punkt halte die Bundesrepublik Deutschland für wichtig. Falls er zu dieser Frage weitere Erläuterungen zu geben hätte, wären wir für Mitteilung dankbar. Zarapkin verhielt sich zu diesem Punkt völlig rezeptiv.

11) Es wurde vereinbart, die Gespräche fortzusetzen, falls eine der beiden Seiten das für notwendig hält. Ich bat Zarapkin um Mitteilung, wenn seine Regierung die Prüfung unseres Vorschlags abgeschlossen habe.<sup>8</sup>

Hiermit dem Herrn Minister<sup>9</sup> vorgelegt.

Schütz

VS-Bd. 10089 (Ministerbüro)

## 47

### Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin

Z A 5-25.A/67 geheim

8. Februar 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler empfing am 8. Februar 1967 den sowjetischen Botschafter Zarapkin um 16.30 Uhr im Palais Schaumburg zu einem Gespräch, an dem von deutscher Seite Ministerialdirektor Dr. Osterheld und von sowjetischer Seite der Presseattaché der sowjetischen Botschaft, Bogomolow, teilnahmen. Das Gespräch dauerte bis 19.00 Uhr.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte einleitend, er erinnere sich noch sehr genau an die interessante Woche 1955 in Moskau anlässlich der damaligen Regierungsverhandlungen.<sup>2</sup> In seiner Regierungserklärung Ende vorigen Jahres<sup>3</sup> habe er erwähnt, daß er 1955 in Moskau zu denjenigen Delegationsmitgliedern gehört

<sup>7</sup> Vgl. dazu Dok. 38, Anm. 9.

<sup>8</sup> Vgl. dazu weiter Dok. 110.

<sup>9</sup> Hat Bundesminister Brandt am 12. Februar 1967 vorgelegen.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Buring am 9. Februar 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer vom 9. bis 13. September 1955 in der UdSSR vgl. Dok. 10, Anm. 5. Vgl. dazu ferner KIESINGER, Jahre, S. 487–497.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Erklärung vom 13. Dezember 1966 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

habe, die für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion gewesen seien. Er habe in der Regierungserklärung hinzugefügt, daß sich die Hoffnungen, die beide Seiten damals an die Aufnahme der Beziehungen geknüpft hatten, leider nicht erfüllt hätten. Er bedauere, daß der Botschafter erst heute Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem hiesigen Regierungschef habe.

Botschafter *Zarapkin* antwortete, er freue sich, den Herrn Bundeskanzler in seiner Residenz begrüßen zu können, und danke ihm dafür, daß er ihn zu einem Gespräch empfangen habe. Er hoffe, daß dieses Gespräch Ansätze für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern bringen werde. Die sowjetische Regierung habe ihn in der Hoffnung nach Bonn entsandt, daß es gelingen werde, das Verhältnis zu verbessern, vor allem jetzt nach dem Regierungswechsel und nachdem der Herr Bundeskanzler Regierungschef geworden sei.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, auch er hoffe und wünsche eine Verbesserung der Beziehungen und bitte, in dieser Formulierung nicht nur eine Änderung sprachlicher Art zu sehen, sondern der Bundesregierung zu glauben, daß sie ernsthaft bestrebt sei, ein besseres Verhältnis zur Sowjetunion zu erreichen. Hierbei dürfe auch nicht übersehen werden, daß es sich nunmehr um eine Regierung der Großen Koalition handele.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort und sagte, daß seit vielen Jahren von den beiden Regierungen abweichende Standpunkte und unterschiedliche rechtliche und politische Auffassungen vertreten würden, wodurch sich beim Austausch der zumeist unveränderten Argumente ein ermüdender Zirkel ergebe und man nicht von der Stelle käme. Da nicht zu erwarten sei, daß eine der beiden Seiten in absehbarer Zeit ihren Standpunkt grundsätzlich ändern werde, stelle sich nun die Frage, welche Methode anzuwenden sei, um zu einer Verbesserung der Beziehungen zu gelangen. Die Bundesregierung messe dieser Frage eine große Bedeutung bei, und er wolle hinzufügen, daß seit der Umbildung der Regierung bereits einiges getan worden sei, um diesem Ziel näher zu kommen. So sei beispielsweise in der letzten Regierungserklärung einiges Neues gesagt worden über 1) das Münchener Abkommen<sup>4</sup>, 2) die Beziehungen zu Polen, 3) die Bereitschaft, zu den östlichen Nachbarn – ähnlich wie zur Sowjetunion –, wo immer dies möglich sei, diplomatische Beziehungen aufzunehmen, um das Verhältnis zu den osteuropäischen Ländern zu verbessern.<sup>5</sup> Die Politik der Verbesserung des Verhältnisses zu den östlichen Nachbarn werde auch dadurch vertrauenswürdiger gemacht, daß die Bundesregierung eine Wiederbelebung des deutsch-französischen Vertrages<sup>6</sup> vorgenommen habe mit dem Ziel, ihre Politik mit der Politik Frankreichs abzustimmen. Die Bundesregierung sei

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

<sup>5</sup> Am 13. Dezember 1966 erklärte Bundeskanzler Kiesinger dazu vor dem Bundestag: „Deutschland war jahrhundertlang die Brücke zwischen West- und Osteuropa. Wir möchten diese Aufgaben auch in unserer Zeit gerne erfüllen. Es liegt uns darum daran, das Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn, die denselben Wunsch haben, auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens zu verbessern und, wo immer dies nach den Umständen möglich ist, auch diplomatische Beziehungen aufzunehmen.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTS, Bd. 63, S. 3662.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

dabei von der Überlegung ausgegangen, daß der Wunsch Frankreichs nach Freundschaft zu den Ländern des Ostens ja doch evident sei.

Die Bundesregierung habe ferner ihre Vorschläge über eine Gewaltverzichtserklärung, die sich auf alle Länder erstrecken sollte, wiederholt und präzisiert. Er sei sich natürlich darüber im klaren, daß es nach so langen Jahren eines gewissermaßen sterilen Verhältnisses zwischen den beiden Ländern eines großen Maßes an Takt und Geduld bedürfe, um voranzukommen. Wenn beide Seiten jedoch mit gutem Willen und großer Behutsamkeit voringen, so glaube er, daß es möglich sei, allmählich zu einer Verbesserung des Verhältnisses zu kommen. Natürlich könne die Bundesregierung nicht gegen den Willen der Bevölkerung arbeiten. Die Bevölkerung müsse davon überzeugt werden, daß die von der Bundesregierung betriebene Politik richtig sei, und müsse sie billigen. Dieses Ziel strebe die Bundesregierung an, und er würde sich freuen, sagte der Herr Bundeskanzler, wenn die sowjetische Regierung Verständnis für diese Haltung zeigte.

Botschafter *Zarapkin* antwortete, die sowjetische Regierung habe natürlich mit großer Aufmerksamkeit die Stellen in der Regierungserklärung und in entsprechenden Äußerungen des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers registriert, in denen der Wunsch nach Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Ländern zum Ausdruck gebracht worden sei. Es habe aber leider in der Regierungserklärung und in anderen Äußerungen führender Politiker der Bundesrepublik Aussagen gegeben, die keineswegs als Wunsch gewertet werden könnten, das Verhältnis zu den Staaten des Ostens zu verbessern. Er wolle heute nicht im einzelnen auf diese Äußerungen eingehen, zumal der Herr Bundeskanzler sicher wisse, was er meine. Die Sowjetunion habe in der Vergangenheit wiederholt ihren Wunsch nach Verbesserung der Beziehungen zur Bundesrepublik bekundet. So habe erst kürzlich Herr Breschnew in seiner großen Rede in Gorki davon gesprochen, daß die sowjetische Regierung bemüht sei, zu allen Ländern – und dies gelte auch für die Bundesrepublik Deutschland – gute Beziehungen zu unterhalten.<sup>7</sup> Ein ähnlicher Hinweis finde sich auch in der Note, die er gestern auftragsgemäß Staatssekretär Schütz übergeben habe.<sup>8</sup>

Um dieses Ziel zu erreichen, sei jedoch eine entsprechende Grundlage erforderlich. Was unter dieser Grundlage zu verstehen sei, sei in der Bukarester Deklaration der sozialistischen Staaten vom Sommer 1966<sup>9</sup> in aller Klarheit dargelegt worden. In diesem wichtigen Dokument werde der grundlegende Standpunkt der sozialistischen Länder zu Fragen des Friedens und der Si-

<sup>7</sup> Zur Rede des Generalsekretärs des Zentralkomitees der KPdSU vom 13. Januar 1967 vgl. Dok. 24, Anm. 6.

<sup>8</sup> In der Note der sowjetischen Regierung vom 7. Februar 1967 wurde ausgeführt: „Im Laufe vieler Jahre sprach die Sowjetregierung wiederholt den Wunsch aus, gute Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD zu entwickeln, falls die Regierung der BRD ihrerseits dazu bereit ist. Diesen Wunsch hat die sowjetische Seite auch jetzt.“ Vgl. DzD V/1, S. 484. Vgl. dazu ferner Referat II A 4, Bd. 754.

Vgl. dazu auch den Entwurf der Bundesregierung für Gewaltverzichtserklärungen; Dok. 46, besonders Anm. 6.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 6. Juli 1966 vgl. EUROPA-ARCHIV 1966, D 414–424. Vgl. dazu auch AAPD 1966, II, Dok. 240.

cherheit in Europa erläutert. In dieser Deklaration werde auch der Wunsch der in Bukarest vertretenen Staaten hervorgehoben, freundschaftliche Beziehungen zu allen europäischen Staaten, darunter auch zur Bundesrepublik Deutschland, anzustreben. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen allein sei keine ausreichende Grundlage, um das Verhältnis zwischen zwei Ländern zu verbessern. Der Herr Bundeskanzler sei ja 1955 selbst in Moskau dabeigewesen, als damals die Aufnahme diplomatischer Beziehungen beschlossen worden sei. Diesem Akt sei leider nicht die von beiden Seiten erhoffte Entwicklung gefolgt. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen sei nur als ein Instrument, als eine Form zu werten, der dann der entsprechende Inhalt gegeben werden müsse. Entscheidend jedoch sei, mit welchem Inhalt man diese Form ausfülle. Er könne nur wiederholen, daß es nach sowjetischer Ansicht höchste Zeit sei, das Verhältnis zwischen den beiden Ländern der tatsächlichen Lage in Europa anzupassen. Sich zu diesem Standpunkt durchzuringen, bereite der Bundesregierung offensichtlich Schwierigkeiten. Sie müsse sich jedoch dazu durchringen, ganz radikal eine von Grund auf neue Politik zu betreiben, wenn sie den Wunsch habe, das Verhältnis zur Sowjetunion zu verbessern.

Botschafter Zarapkin fuhr fort und sagte, er gehöre zu der Kategorie von Diplomaten, die ihre Gedanken nicht verhehlten und die der Ansicht seien, daß sich durch Offenheit am ehesten eine Verständigung erreichen lasse. Er sei stets für eine offene Aussage dessen gewesen, was einen bewege, und er erhoffe sich von dieser Einstellung gute Ergebnisse. Er wolle bei dieser Gelegenheit nochmals auf die beiden jüngsten sowjetischen Dokumente<sup>10</sup> hinweisen, die dem Herrn Bundeskanzler sicherlich zur Kenntnis gebracht worden seien. Diese Dokumente spiegelten die Sorge der sowjetischen Regierung über den Stand der Beziehungen zwischen den beiden Ländern und ihre Bemühungen um eine Verbesserung derselben wider. Er wolle hier noch einmal in Erinnerung bringen, daß nach sowjetischer Ansicht die wichtigste Aufgabe der Bundesregierung darin bestehe, ihre Einstellung zur DDR, zum Grenzproblem und zur Atomfrage zu revidieren. Leider sei in keiner dieser Fragen eine Veränderung des Standpunkts der Bundesregierung festzustellen. Man dürfe jedoch nicht müde werden, um nach Wegen zu suchen, die zu einer Übereinkunft in diesen Fragen führen könnten. Eine Verbesserung der Beziehungen liege nicht nur im Interesse der beiden beteiligten Länder, sondern würde auch dem Frieden und der Sicherheit in Europa und der ganzen Welt zugute kommen. Europa sei der neuralgische Punkt, wo härteste Gegensätze aufeinander prallten und wo starke Mächtegruppierungen einander gegenüberstünden. Es sei jedoch der Wille der sowjetischen Regierung, daß Europa nicht länger ein solcher neuralgischer Punkt bleibe, sondern in einen Raum verwandelt werde, wo Frieden und Sicherheit herrschten. Dieses Ziel sei jedoch nicht durch Rüsten oder Wettrüsten, sondern nur durch eine allgemeine Entspannung zu erreichen. Die Bukarester Deklaration zeige in aller Deutlichkeit, wie man dabei am besten vorgehen müsse.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, er sei ebenfalls der Ansicht, daß alle Völker in Europa ihre Kräfte dafür einsetzen sollten, um den Frieden zu sichern, und daß das Wettrüsten diesem Ziel keineswegs diene. Die Bundesregierung

<sup>10</sup> Zur Erklärung der sowjetischen Regierung vom 28. Januar 1967 vgl. Dok. 44, Anm. 7.



werde ihrerseits alles tun, um ihren Beitrag zur Abrüstung zu leisten. Auf eine Stelle aus der Regierungserklärung Bezug nehmend sagte der Herr Bundeskanzler, er sei davon überzeugt, daß in Zukunft die Völker Europas stärker miteinander verbunden und stärker voneinander abhängig sein würden.<sup>11</sup> Dies gelte gewiß auch für das Verhältnis zwischen den beiden Ländern, und er wäre glücklich, wenn er die sowjetische Regierung davon überzeugen könnte, daß die neue deutsche Bundesregierung ein gutes, ja sogar ein freundschaftliches Verhältnis zur Sowjetunion im gesamteuropäischen Interesse anstrebe. Wie er schon ausgeführt habe, werde es erforderlich sein, viel Geduld aufzubringen, um diesem Ziel näherzukommen. Man könne zwei so entgegengesetzte Auffassungen z. B. zur Frage der Wiedervereinigung, wie sie einerseits in der Bukarester Deklaration und andererseits von der Bundesregierung wie auch teilweise von ihren Verbündeten geäußert worden seien, nicht von heute auf morgen miteinander in Einklang bringen. Die Bundesregierung versuche jedoch, einen Weg zu finden, und allein dies sei doch schon sehr wichtig. Es genüge nicht, entweder immer nur Kritik zu äußern oder aber lediglich Worte des guten Willens zu finden; es müsse mehr geschehen. Er wolle ein Beispiel dafür geben: In der Bundesrepublik sei früher die Formel vertreten worden „keine Entspannung ohne Wiedervereinigung“. Er halte diese Formel nicht länger aufrecht. Wenn die Bundesregierung an ihrem Ziel festhalte, d. h. wenn sie eine Wiedervereinigung zu akzeptablen Bedingungen anstrebe, so sei dies nur im Zuge eines längeren Prozesses in einer entspannten Atmosphäre und nur bei allmählicher Überwindung der gegensätzlichen Auffassungen und des Mißtrauens möglich. Wichtig sei es, Schritte auf diesem Wege zu tun, wenngleich auch zunächst nur kleine Schritte möglich seien. Er glaube, daß mit der Zeit die Verhältnisse sich so wandeln könnten, daß später einmal auch größere Schritte möglich wären.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, er habe sich keineswegs eingebildet, daß es bei dem heutigen Gespräch möglich sein werde, schwierige zwischen den beiden Ländern bestehende Probleme zu lösen. Andererseits habe aber auch der sowjetische Botschafter sicher nicht erwartet, daß er, der Bundeskanzler, sich heute im Namen der Bundesregierung mit den Bukarester Beschlüssen einverstanden erklären werde. Immerhin könne er, was den Zugang der Bundesrepublik zu Atomwaffen anbelange, sagen, daß die prinzipiellen Entscheidungen bereits gefallen seien. Die Bundesregierung sei hierbei in ihren Erklärungen und Bindungen weiter gegangen als alle anderen Länder.<sup>12</sup> Sicher gebe es in diesem Zusammenhang noch offene Fragen, doch wolle er das Ergebnis des Nichtverbreitungsvertrages nicht vorwegnehmen. Obwohl viele Probleme da-

<sup>11</sup> Zu Europa erklärte Bundeskanzler Kiesinger am 13. Dezember 1966 vor dem Bundestag: „Freilich muß sich jedes europäische Land, das dazu entschlossen ist, eingestehen, daß seine eigenen Kräfte begrenzt sind und daß die europäischen Völker einen viel stärkeren Beitrag für den Frieden in der Welt und die Wohlfahrt der Völker leisten könnten, wenn sie ihre Kräfte miteinander verbänden. [...] Wir sind daher davon überzeugt, daß die wirtschaftliche und politische Einigung Europas ebenso im Interesse der europäischen Völker wie in dem der Vereinigten Staaten liegt, und ich wage die Hoffnung auszusprechen, daß eines Tages auch die Sowjetunion in einem solchen einigen Europa ein wesentliches Element der Friedensordnung in unserer Welt erblicken wird.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3663.

<sup>12</sup> Zum Verzicht der Bundesrepublik vom 3. Oktober 1954 auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 4, Anm. 24.

mit verbunden seien, deren Lösung die Bundesrepublik wünsche, strebe sie keine Verfügungsgewalt über Atomwaffen an. Sie mache auch keine, wie in der sowjetischen Note behauptet werde – worüber er sehr erstaunt gewesen sei –, Anstrengungen zwecks Erlangung eines nuklearen Potentials.<sup>13</sup>

Botschafter *Zarapkin* warf an dieser Stelle die Frage ein, ob denn die Bundesregierung bereit sei, den Nichtverbreitungsvertrag zu unterzeichnen.

Der Herr *Bundeskanzler* wiederholte in seiner Antwort, daß er das Ergebnis nicht vorwegnehmen wolle. Die Bundesregierung wolle noch Aufklärung über gewisse Fragen haben, doch hätten diese Fragen nichts mit dem Wunsch nach Besitz oder Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu tun. Es gehe der Bundesregierung dabei um den Schutz und um Garantien für die Sicherheit der Bundesrepublik, ferner um Probleme der technologischen Entwicklung auf friedlichem Gebiet. Aus diesen Gründen wolle er jetzt keine definitive Erklärung zu diesem Fragenkomplex abgeben. Die Bundesregierung sei lebhaft daran interessiert, daß der Besitz von Atomwaffen nicht gefährlich ausgebreitet, sondern beschränkt werde. Sie würde es außerordentlich begrüßen, wenn die Atommächte gleichzeitig eine atomare Abrüstung vornähmen.

Auf das Verhältnis zum anderen Teil Deutschlands übergehend, sagte der Herr Bundeskanzler, er habe kürzlich die Äußerung eines führenden sowjetischen Politikers gelesen – sie könne auch aus einer der letzten sowjetischen Noten stammen –, wonach sich die Bundesrepublik „die DDR einverleiben wolle“. Dies sei nicht das Ziel der Bundesregierung. Die Bundesrepublik Deutschland beabsichtige nicht, sich den anderen Teil Deutschlands einzuverleiben, sie wünsche aber auch nicht, ihrerseits einverleibt zu werden. Wiedervereinigung bedeute in der Sicht der Bundesregierung nicht Einverleibung des anderen Teil Deutschlands, sondern bedeute vielmehr eine Entwicklung, einen Prozeß. Eine künftige Wiedervereinigung müsse dem Willen der Deutschen in beiden Teilen Deutschlands gerecht werden und müsse auch die berechtigten Interessen der beteiligten Staaten berücksichtigen.

Botschafter *Zarapkin* antwortete, er wolle in diesem Zusammenhang die Aufmerksamkeit des Herrn Bundeskanzlers auf eine Stelle in der sowjetischen Erklärung vom 29. Januar lenken.<sup>14</sup> An dieser Stelle werde festgestellt, daß die Abgrenzung der beiden deutschen Staaten voneinander auf gesellschaftlicher und klassenmäßiger Grundlage erfolgt sei. Es gebe nunmehr zwei souveräne deutsche Staaten, auf der einen Seite die Deutsche Demokratische Republik, auf der anderen Seite die Bundesrepublik Deutschland. In diesen beiden Staaten herrschten unterschiedliche ökonomische, soziale und politische Systeme. Ebenso wenig wie man Feuer und Wasser miteinander vereinen könne, ließen sich diese beiden so grundverschiedenen Systeme auf einen Nenner bringen. Die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung in

<sup>13</sup> Für einen Auszug aus der Erklärung der sowjetischen Regierung vom 28. Januar 1967 vgl. Dok. 38, Anm. 9.

<sup>14</sup> Zur Erklärung der sowjetischen Regierung vom 28. Januar 1967 teilte Botschafter von Walther, Moskau, am selben Tag mit: „Aus der Diktion der Erklärung ist zu ersehen, daß ihre Redaktion unter Mitarbeit des im Augenblick in Moskau ‚auf Urlaub‘ befindlichen ‚Außenministers‘ Winzer vorgenommen wurde. [...] Für den Zeitpunkt der Abgabe der Erklärung dürfte der Besuch Maneuscu in Bonn bestimmend gewesen sein. Inhalt und Ton der Erklärung ähneln dem Duktus früherer Noten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 152; Referat II A 4, Bd. 754.

dem einen deutschen Staat sei nun einmal völlig anders verlaufen als in dem anderen. Wenn man sich die Geschichte betrachte, so könne man feststellen, daß es eine Zeit gegeben habe, wo Deutsche einzig und allein aus religiösen Gründen ihr Land verlassen mußten, was dann schließlich zur Bildung der Schweiz geführt habe. Wenn man sich dies vor Augen halte, so werde einem klar, daß es natürlich noch viel, viel schwieriger sei, die Interessen eines sozialistischen Staates mit denen eines – wie es in der sowjetischen Terminologie heiße – monopol-kapitalistischen Staates in Einklang zu bringen. Dies seien im Grunde genommen unvereinbare Dinge, und wenn man unter diesen Umständen von Wiedervereinigung spreche, so sei dies lediglich ein Jonglieren mit Worten.

Anmerkung: An dieser Stelle verlas der Botschafter ein Zitat aus der Erklärung der sowjetischen Regierung vom Januar dieses Jahres.

„In konstruktiver Weise läßt sich die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt nur in Angriff nehmen, wenn man von der tatsächlichen Lage und insbesondere von dem Faktum der Existenz zweier deutschen Staaten, der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, ausgeht. Beteiligten sich beide deutsche Staaten gleichberechtigt an den Bemühungen um den Ausbau und die Festigung der intereuropäischen Zusammenarbeit auf den verschiedenen Gebieten, so gäbe dies ihrer Bevölkerung die Möglichkeit, ebenso wie die anderen europäischen Völker zum Fortschritt und zum Frieden beizutragen. Die als Folge der Zerschlagung des Hitlerreichs und einer langen Nachkriegsentwicklung erfolgte Abgrenzung der beiden genannten souveränen Staaten voneinander hat sich auf gesellschaftlich-klassenmäßiger Grundlage vollzogen; daran etwas zu ändern, steht in niemandes Macht.“<sup>15</sup>

Nach Verlesung des Zitats sagte der Botschafter, die sowjetische Regierung sei der Auffassung, daß die beiden souveränen deutschen Staaten in erster Linie vor folgende Aufgabe gestellt seien: Beide Staaten müßten bei der Erhaltung von Frieden und Sicherheit in Europa ihre Mission, ihre Rolle spielen. Die Bundesregierung dürfe davon überzeugt sein, daß die Sowjetunion keineswegs gewillt sei, die Bundesrepublik bei der Erfüllung dieser wichtigen Aufgabe auszuklammern. Sie vertrete vielmehr den Standpunkt, daß der Bundesrepublik hierbei eine äußerst aktive Rolle zufalle, und die sowjetische Regierung sei entschlossen, bei der Schaffung einer Friedensordnung in Europa eng mit der Bundesrepublik zusammenzuarbeiten. Natürlich müsse dieser Wunsch auch auf der anderen Seite vorhanden sein.

Der Bundeskanzler habe gesagt, fuhr Botschafter Zarapkin fort, daß es sehr schwierig sein werde, das Verhältnis zur DDR zu verbessern und daß es nur im Zuge eines langwierigen Prozesses möglich sein werde, zu einer Annäherung zu gelangen. Es sei jedoch wichtig, sagte Botschafter Zarapkin, einen Anfang zu machen. Sowjetischerseits bestehe der Eindruck – und dies sei auch der Eindruck anderer europäischer Politiker –, daß die Politiker in der Bundesrepublik Opfer ihrer eigenen, gegen die DDR gerichteten Propaganda geworden

<sup>15</sup> Vgl. dazu auch DzD V/1, S. 407.

seien. Dieser Kurs müsse geändert werden, sonst sei eine Bereinigung des Verhältnisses unmöglich.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, ihm sei die aus der sowjetischen Erklärung zitierte Stelle keineswegs entgangen. Es handele sich hierbei offensichtlich um einen geschichtsphilosophischen Gegensatz bei der Interpretation der gegebenen Lage. Er müsse allerdings bestreiten, daß die erwähnten Gegensätze im Bewußtsein der Menschen im anderen Teil Deutschlands existierten. Er wolle dies ganz offen aussprechen. In der Bundesrepublik glaube man nicht, daß die deutsche Bevölkerung drüben – im Gegensatz zu den Menschen in der Sowjetunion – ein anderes gesellschaftlich-staatliches Bewußtsein habe als die hiesige Bevölkerung.

Andererseits müsse er zugeben, daß die im anderen Teil Deutschlands völlig anders gelagerten Verhältnisse im Zuge eines Annäherungsprozesses eine große Schwierigkeit darstellten. Es gelte daher, zunächst mit gutem Willen und Blick auf die Erhaltung des Friedens kleine Schritte zu unternehmen. Mit der Zeit würden sich dann auch Lösungen für die deutsche Frage ergeben. Die Bundesregierung habe ausdrücklich erklärt, daß sie gewillt sei, ihr Verhältnis zum anderen Teil Deutschlands zu entkrampfen und überall dort, wo dies möglich sei ohne Aufgabe ihres Rechtsstandpunkts, eine Verbesserung anzustreben.<sup>16</sup> Dieses Bemühen solle jedenfalls zur allgemeinen Entspannung beitragen. Sollte jedoch die eine oder die andere Seite eine Politik nach dem Grundsatz „alles oder nichts“ betreiben, dann werde man nicht vorankommen. Dann werde man gewissermaßen beim Status quo bleiben, und dies wäre nicht gut für Europa.

Es sei nicht richtig festzustellen, daß die deutschen Politiker Gefangene ihrer eigenen Propaganda seien. In Wirklichkeit sei es doch so, daß alles im Fluß sei, die Zeit eile, die Dinge in der ganzen Welt wandelten sich, und es gelte daher, sich diesen Wandlungen anzupassen. Wenngleich auch die Bundesregierung nicht in der Lage sei, Grundsätzliches preiszugeben, so könne sie doch in mancher Beziehung ihre Methoden ändern und dadurch Erleichterungen schaffen. Er wolle nochmals betonen, daß die Bundesregierung nicht beabsichtige, auf der bestehenden Situation zu beharren, und auch nicht wünsche, daß man sich in der Zukunft feindselig gegenüberstehe. Die Zeit sei ein wichtiger Faktor, den man entsprechend nutzen müsse. Die Bundesregierung sei entschlossen, jede Chance zu prüfen, die die beiden Teile Deutschlands in dieser oder jener Frage einander näherbringen könnte.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort und sagte, er teile nicht die von dem Botschafter dargelegte Feuer-Wasser-Theorie. Sollte es jemals zu einer Wiedervereinigung Deutschlands kommen, so beabsichtige die Bundesrepublik keineswegs, ihr soziales und Wirtschaftssystem einfach auf den anderen Teil

<sup>16</sup> Bundeskanzler Kiesinger erklärte dazu am 13. Dezember 1966 vor dem Bundestag: „Wir wollen entkrampfen und nicht verhärten, Gräben überwinden und nicht vertiefen. Deshalb wollen wir die menschlichen, wirtschaftlichen und geistigen Beziehungen mit unseren Landsleuten im anderen Teil Deutschlands mit allen Kräften fördern. Wo dazu die Aufnahme von Kontakten zwischen Behörden der Bundesrepublik und solchen im anderen Teil Deutschlands notwendig ist, bedeutet dies keine Anerkennung eines zweiten deutschen Staates.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3664.

Deutschlands zu übertragen. Auch dort seien Fakten geschaffen worden, die nicht einfach beseitigt werden könnten. Man müsse bei diesen Fragen realistisch vorgehen.

Botschafter *Zarapkin* antwortete, er sei mit dem Bundeskanzler der gleichen Meinung, daß man realistisch vorgehen müsse. Er sehe allerdings nicht, wie die Bundesregierung eine Annäherung an die DDR erreichen wolle, wo sie doch jedwede Verbindung zu diesem Staat ebenso wie dessen Anerkennung ablehne. Außerdem beharre doch die Bundesregierung auf dem sogenannten Alleinvertretungsrecht. Diese Haltung sei mit dem von dem Herrn Bundeskanzler geäußerten Wunsch nach Annäherung völlig unvereinbar. Der Bundeskanzler habe heute geäußert, daß er diese Annäherung und im weiteren Verlauf die Wiedervereinigung nicht über eine Einverleibung der DDR erzielen wolle. Da die Bundesrepublik also nach den Worten des Herrn Bundeskanzlers keine Einverleibung der DDR anstrebe, gebe es für eine tatsächliche Annäherung doch nur einen Weg, nämlich die Aufnahme normaler Beziehungen zu dem anderen deutschen Staat.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, daß gedanklich auch andere Lösungen möglich seien. Er wolle einmal ein unverbindliches Gedankenspiel machen. Er wolle dabei von der Annahme ausgehen, daß die Bundesregierung trotz Wahrung ihres Rechtsstandpunkts (Alleinvertretungsrecht) versuche, dem Faktum Rechnung zu tragen, daß im anderen Teil Deutschlands eine – er wolle den Terminus vorsichtig wählen – politische Organisation bestehe, mit einer Regierung und allem, was zu den Charakteristika eines Staates gehöre. Ausgehend von dieser Annahme bestünde dann die Möglichkeit, Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der erwähnten politischen Organisation zu unterhalten, ohne diese Organisation im Rechtssinne als souveränen Staat anzuerkennen.

Der *Botschafter* entgegnete, Tatsachen seien doch nun einmal Tatsachen, die Existenz zweier deutscher Staaten sei nicht abzustreiten, ganz gleich, welchen Rechtsstandpunkt man vertrete. Mit diesen Tatsachen müsse man rechnen. Im übrigen erinnere der Rechtsstandpunkt der Bundesregierung an das Verhalten eines gewissen Staates gegenüber der Sowjetunion vor etwa 25 bis 30 Jahren. Auf deutschem Boden wurde damals immer wieder verkündet, die Sowjetunion sei nicht als Staat, sondern lediglich als „geographischer Begriff“ zu betrachten. Ähnlich sei auch der von der Bundesregierung vertretene Rechtsstandpunkt im Verhältnis zur DDR, der in die gleiche Kategorie falle. Die DDR sei ein Völkerrechtssubjekt und habe bereits mehrere internationale Verträge abgeschlossen, darunter einen Vertrag mit der Sowjetunion im Jahre 1964.<sup>17</sup> Sie besitze alle Attribute eines souveränen Staates, so daß in dieser Beziehung alles klar sei. Was nun das Bewußtsein der Bevölkerung in der DDR angehe, so habe diese schon wiederholt bekunden können, wo sie innerlich stehe. Er denke dabei an die Wahlen zum Parlament der DDR, bei denen die Bevölkerung bei einer Beteiligung mit 97 bis 98 % sich eindeutig für das Programm der SED und die von dieser Partei aufgestellten Kandidaten ausgesprochen habe. Dies

<sup>17</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. Juni 1964 über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR XII, S. 1021–1025.

beweise doch eindeutig, wie die Bevölkerung dort eingestellt sei. Somit sei auch in dieser Beziehung alles klar.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er wolle sich nicht auf ein Streitgespräch über diese Frage einlassen, was auch nicht das Ziel des heutigen Gesprächs sein könne. Auch bei Beibehaltung der unterschiedlichen Rechtsauffassungen sei es doch ein großer Unterschied, ob man die bestehenden Differenzen immer und immer wieder mit aller Härte und Schärfe betone oder ob man, ohne dabei von seiner Rechtsauffassung abzugehen, versuche, die bestehenden Schwierigkeiten allmählich zu überwinden. Die letztgenannte Methode sei doch sicherlich der einzig geeignete Weg, um weiterzukommen, wobei er durchaus an eine Evolution glaube. Der Botschafter werde ihm nun vielleicht entgegnen, dies sei die irrtümliche Auffassung eines Nichtsozialisten oder Nichtkommunisten im Hinblick auf den Ablauf der Geschichte. Er glaube aber dennoch, daß seine Auffassung die richtige sei. Er sei ferner der Meinung, daß die Interessen unserer Völker in der Zukunft mehr Gemeinsames aufzuweisen haben werden als bisher. Trotz der von Botschafter Zarapkin dargelegten Schwierigkeiten und Hindernisse glaube er, daß es bei einem geduldigen Vorgehen möglich sein werde, das Verhältnis zwischen den beiden Ländern zu entkrampfen und zu entspannen. Die Geschichte liefere eine Reihe von Beispielen dafür, daß gegensätzliche Rechtsauffassungen in manchen Fällen zu Konflikten geführt hätten; in anderen Fällen sei es jedoch in pragmatischer Weise gelungen, befriedigende Lösungen zu finden. Er würde sich freuen, führte der Herr Bundeskanzler weiter aus, wenn die Tatsache des Bestehens diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern und die Tatsache, daß die Großmacht Sowjetunion hier in Bonn durch einen Botschafter vertreten sei, in Zukunft stärker für einen regelmäßigen offenen Meinungsaustausch genutzt würden. Dabei sollte man den Versuch machen, zu einem besseren gegenseitigen Verständnis zu gelangen und ein Klima in den Beziehungen zu schaffen, das von Vertrauen getragen sei. Es wäre gewiß falsch, resignieren zu wollen. Er sei Optimist und könne im Sinne einer Verbesserung des Verhältnisses den guten Willen der Bundesregierung anbieten. Er wende sich mit dem Appell an die sowjetische Regierung, der Bundesregierung, die doch erst kurze Zeit im Amt sei, das zu geben, was die Engländer mit „benefit of the doubt“ bezeichneten. Man solle versuchen, im Interesse des Friedens in Europa neue Wege zu beschreiten. Die Bundesregierung überschätze dabei keineswegs ihre Möglichkeiten, denn die Bundesrepublik sei im Gegensatz zur Sowjetunion natürlich keine Großmacht. Was jedoch in ihrer Macht stünde, wolle sie tun, um zur Festigung des europäischen Friedens beizutragen.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, er wolle nun noch ein kurzes Wort zur sowjetischen Note von Ende Januar sagen. In dieser Note werde immer wieder vom Militarismus und vom Anwachsen militaristischer Tendenzen in der Bundesrepublik gesprochen. Diese Behauptungen müsse er als unzutreffend zurückweisen. Er bestreite das Vorhandensein militaristischer Strömungen. Natürlich müsse man sich zunächst einmal darüber klarwerden, was unter dem Begriff Militarismus zu verstehen sei. Militarismus in einem militanten, aggressiven Sinne, also in der negativsten Erscheinungsform, gebe es jedenfalls nicht in der Bundesrepublik. Zu dieser Überzeugung müsse jeder kommen, der sich vor allem die hiesige Jugend betrachte. Was nun die Tätigkeit gewisser

neonazistischer Gruppen angehe, so werde die Bundesregierung deren Verhalten wachsam beobachten. Sollte sich eine wirkliche Gefahr aus dieser Richtung ankündigen, so werde die Bundesregierung diese Gruppen ganz gewiß nicht ermutigen, sondern alles tun, um einen negativen Nationalismus, der mit einem gesunden Nationalgefühl nichts zu tun habe, zu verhindern.

Botschafter *Zarapkin* antwortete, er sei dem Bundeskanzler sehr dankbar, daß er die Zeit gefunden habe, ihn zu einem so ausführlichen Informationsgespräch zu empfangen, welches jedenfalls dazu beigetragen habe, die beiderseitigen Standpunkte zu präzisieren. Im Augenblick könne er allerdings noch nicht feststellen, daß man sich bezüglich der Auffassungen nähergekommen sei. Er wolle den Herrn Bundeskanzler nochmals bitten, die jüngsten sowjetischen Dokumente aufmerksam zu studieren. Das gleiche gelte für Äußerungen führender Politiker zu den wichtigsten politischen Problemen, die in einem konstruktiven Sinne und ausgehend von der tatsächlichen Lage gelöst werden müßten. Unter der tatsächlichen Lage verstehe er das, was im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung entstanden sei. Vor allem müsse die Bundesregierung ihre Haltung gegenüber der DDR ändern. Sollte sie auf ihrem jetzigen Rechtsstandpunkt beharren, so werde es nicht möglich sein, die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik aus der Sackgasse, in die sie geraten seien, herauszubringen. Der Anstoß dazu müsse natürlich von der Bundesregierung ausgehen. Eine zweite wichtige Frage sei die Einstellung der Bundesregierung zum Grenzproblem und zu anderen aktuellen Problemen. All dies müsse die Bundesregierung im Auge behalten, wenn sie ihr Verhältnis zur Sowjetunion verbessern wolle, was unbedingt nötig und wünschenswert sei. Sollte sich in der Zukunft eine Verbesserung der Beziehungen erreichen lassen, so würden sich daraus sehr gute Perspektiven auf wirtschaftlichem, kulturellem und politischem Gebiet ergeben.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, er sei sehr froh über das heutige Gespräch, von dem er, wie schon gesagt, natürlich nicht erwartet habe, daß es große Fortschritte in bezug auf die Beseitigung unterschiedlicher Auffassungen bringen werde. Mit Geduld und gutem Willen werde man seiner Ansicht nach allmählich vorankommen. Allerdings dürfe die eine Seite nicht erwarten, daß sich die andere Seite allen Bedingungen des Gesprächspartners beuge. Die Tatsache, daß kleinere nationalistische Gruppen ihn als Bundeskanzler und die neue Bundesregierung attackierten, und zwar vor allem wegen seiner Regierungserklärung, beweise ja doch, daß die neue Bundesregierung keine engstirnige Konzeption vertrete, sondern die Sicherung des Friedens und eine gegenseitige Verständigung anstrebe. Von diesem Streben könne sich der Botschafter auch überzeugen, wenn er den Alltag in der Bundesrepublik aufmerksam beobachte. Er hoffe, daß er künftig noch öfters mit Botschafter *Zarapkin* zusammentreffen werde, um sich mit ihm über beide Länder betreffende Probleme zu unterhalten.<sup>18</sup> Es sei sein Wunsch, daß derartige Kontakte in der Zukunft häufiger zustande kämen als in der Vergangenheit.

Botschafter *Zarapkin* antwortete, er begrüße den Vorschlag des Bundeskanzlers, sich künftig häufiger zu treffen, und stehe jederzeit gern zur Verfügung.

<sup>18</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem sowjetischen Botschafter *Zarapkin* am 11. Juli 1967 vgl. Dok. 253.

Zu der Äußerung des Bundeskanzlers, wonach die eine Seite von der anderen nicht fordern dürfe, sich allen ihren Bedingungen zu beugen, wolle er noch ein kurzes Wort sagen, um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen. Die Sowjetunion stelle der Bundesrepublik keine Bedingungen, und sie fordere auch nicht von ihr, daß sie irgendetwas aufgebe. Sie habe auch keine Forderungen an die Bundesrepublik. Das einzige, was sie wünsche, sei, daß die Bundesregierung die tatsächlichen Verhältnisse in Europa anerkenne und sich entsprechend darauf einstelle. Ein derartiger Wandel der Einstellung werde die Bundesrepublik, um es einmal so auszudrücken, keinen Pfennig kosten. Er sei davon überzeugt, daß in der Zukunft der Realismus die Oberhand gewinnen werde.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte abschließend, auch die Bundesregierung sei für eine realistische Betrachtung der Dinge. Wichtig sei es, daß die Dinge in Bewegung blieben und daß guter Wille auf beiden Seiten gezeigt werde. Die Bundesregierung sei fest entschlossen, bei der Verfolgung ihrer Ziele ohne jede Gewalt, also mit rein friedlichen Mitteln vorzugehen. Sie wolle dabei niemandem schaden, sondern nur helfen.

Im Hinblick auf die Information der Presse schlug der Herr Bundeskanzler folgende Formel vor, die auch von Botschafter Zarapkin akzeptiert wurde: „Der Bundeskanzler führte mit dem sowjetischen Botschafter ein offenes, ausführliches Informationsgespräch“. <sup>19</sup>

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 21**

<sup>19</sup> Vgl. dazu den Artikel „Kiesinger macht Zarapkin Bonns Rechtsstandpunkt klar“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 34 vom 9. Februar 1967, S. 1.



## 48

**Bundesminister Brandt, z.Z. Washington,  
an Staatssekretär Schütz**

**Z B 6-1-10893/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 366**  
**Citissime mit Vorrang**

**Aufgabe: 8. Februar 1967, 23.40 Uhr**  
**Ankunft: 9. Februar 1967, 07.23 Uhr**

Für Staatssekretär<sup>1</sup> und Ministerbüro. Bitte sofort Herrn Bundeskanzler vorzulegen.

Betr.: Gespräche von Bundesaußenminister Brandt in Washington am 8.2.1967<sup>2</sup>

I. In zwei Gesprächen mit Rusk und seinen Mitarbeitern von zusammen drei Stunden habe ich Fragen des Nichtverbreitungsvertrags, der Ost-West-Beziehungen, der Allianz, der europäischen Integration, des Devisenausgleichs, der Kennedy-Runde und der Indien-Hilfe erörtert.

1) Auf Bitte von Rusk erläuterte ich zuerst unsere Überlegungen zum Nichtverbreitungsvertrag. Unsere Politik sei in erster Linie auf die Sicherung des Friedens gerichtet. Auch das Ziel der Wiedervereinigung sei nur auf diesem Wege zu erreichen. Darin liege keine Änderung unserer Wiedervereinigungspolitik, aber eine Verschiebung ihrer Akzente. Wir seien deshalb auch für den Nichtverbreitungsvertrag. Es gäbe aber eine Anzahl von Problemen, die nicht spezifisch deutsche Probleme seien, sondern die wir mit anderen Ländern teilen. Auch sei zu berücksichtigen, daß wir die Zustimmung des deutschen Bundestags brauchten.

Wir wünschten eine Verbindung zwischen dem Nichtverbreitungsvertrag und Fortschritten in der Abrüstung und hofften, daß Formulierungen gefunden werden könnten, die dies angemessen ausdrückten.

Weiter hätten wir die Sorge, daß die nichtnuklearen Staaten nuklearer Bedrohung und Erpressung ausgesetzt sein könnten.

Von größter Bedeutung sei für uns, daß der Vertrag nicht zu einer Diskriminierung Deutschlands im Bereich der friedlichen Verwendung der Kernenergie mißbraucht werden dürfte. (Ich erwähnte hier den bekannten Fall einer deutschen Firma, die kürzlich durch ihre amerikanische Konkurrenz mit dem Argument des Nonproliferationsvertrages um ein Auslandsgeschäft gebracht worden ist.) Wir mußten auf diese Frage eine Antwort finden, möglichst durch entsprechende Fassung der Präambel.

Eng verbunden damit sei die Kontrollfrage. Wir befürchteten – ich wies im weiteren Gespräch auf die Ausführungen des sowjetischen Memorandums vom

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 9. Februar 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Brandt hielt sich vom 7. bis 11. Februar 1967 zu einem Besuch in den USA auf. Am 8. Februar 1967 fanden Gespräche mit Vizepräsident Humphrey, Außenminister Rusk und Präsident Johnson in Washington statt. Am folgenden Tag traf Brandt mit dem amerikanischen Verteidigungsminister zusammen. Zu den Ergebnissen der Reise vgl. den Dratherlaß Nr. 540 des Ministerialdirigenten Sahm vom 15. Februar 1967; VS-Bd. 4216 (II A 6); B 150, Aktenkopien 1967. Für das Gespräch mit McNamara vgl. Dok. 49.

28.1. über unsere Nuklearindustrie hin<sup>3</sup> –, daß die IAEO-Kontrolle unsere technischen Fortschritte anderen Mächten offenlege und zum Versuch von Eingriffen führen würden.

Weiterhin gebe es eine zweite Gruppe von Problemen, die sich auf die Allianz bezögen. Ich wisse mich mit dem Bundeskanzler einig, daß die zur europäischen Option gegebenen amerikanischen Erläuterungen für uns annehmbar sein könnten. Der Nichtverbreitungsvertrag dürfe nicht ein Hindernis für die europäische Einigung werden. Diese Einigung könne sich auch nicht in einem Zuge vollziehen, sondern nur in Stufen. Zwischenlösungen würden wohl erforderlich sein.

Abschließend führte ich aus, daß wir es begrüßen würden, wenn die amerikanische Auslegung des Vertrages zu den wesentlichen Punkten durch eine offizielle Note an uns bestätigt werden könnte, die auch den Sowjets zuzustellen wäre. Aus zeitlichen Gründen und mit Rücksicht auf den Bundestag sei es nicht möglich abzuwarten, bis die entsprechenden amerikanischen Erklärungen nach den Genfer Verhandlungen und nach Unterzeichnung des Vertrags in den Hearings vor dem Senat abgegeben würden.

Rusk erwiderte, die Auslegungsfrage werde seiner Ansicht nach keine Schwierigkeiten bereiten. Wenn die nuklearen Signatarmächte sich über die wesentlichen Auslegungsfragen nicht verständigen könnten, wäre ein Vertrag nicht möglich. Sofern größere Unterschiede in der Auslegung bestünden, werde man das im Verlauf der weiteren Unterhandlungen mit Sicherheit erfahren. Foster setzte hinzu, daß fast alle der von mir erwähnten Punkte in den Gesprächen mit den Sowjets schon erwähnt worden seien und ihnen deshalb nicht überraschend kommen könnten. Man sei amerikanischerseits bereit, uns eine Note über die Auslegungsfragen zuzustellen und auch der sowjetischen Seite von ihrem Inhalt Kenntnis zu geben.

Rusk betonte, auch die Vereinigten Staaten seien an Fortschritten in der Abrüstung stark interessiert. Er ging dabei auf das ABM-Problem ein.<sup>4</sup> Er glaube, daß es möglich sein werde, eine Erklärung über Abrüstung in die Präambel aufzunehmen. Ich bemerkte, daß das ABM-Problem auch ein europäisches werden könnte.

Rusk sah in der Gefahr nuklearer Erpressung kein Problem für Mitglieder einer Allianz. Schwierig sei die Frage im Verhältnis zu nichtgebundenen Ländern wie Indien, die eine Garantie wünschten, aber nicht bereit seien, ihrerseits Verpflichtungen zu übernehmen. Man könne von den Vereinigten Staaten nicht erwarten, ihre Existenz ohne gegenseitige Verpflichtung aufs Spiel zu setzen.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 38, Anm. 9.

<sup>4</sup> Zur Diskussion über die Möglichkeit, ein ABM-System zu entwickeln, vgl. Dok. 9, Anm. 11. Am 24. Januar 1967 berichtete Botschafter Knapstein, Washington, dazu: „Es spricht einiges dafür, daß man amerikanischerseits [...] dahin tendieren wird, die Verständigung schwerpunktmäßig im Bereich der ABM zu suchen. Das würde den Vereinigten Staaten die Freiheit lassen, ihre bereits eingeleitete Modernisierung der strategischen Waffen – ohne deren zahlenmäßige Vermehrung – fortzusetzen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 200; VS-Bd. 4121 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

Zur Frage der friedlichen Verwendung von Kernenergie wolle er klarstellen, daß der Vertrag nur nukleare Sprengkörper betreffe<sup>5</sup> und die friedliche Forschung und Entwicklung darüber hinaus in keiner Weise einschränke. Ob sich aus der Nuklearrüstung ein wesentlicher Gewinn für die friedliche Entwicklung ergebe, sei geprüft worden, und es habe sich ergeben, daß dies nur in marginalen Bereichen der Fall sei.

Als ernstes Problem bezeichnete Rusk die Kontrollfrage. Kontrollen seien nach amerikanischer Ansicht unerläßlich, weil bis etwa 1980 genug spaltbares Material erzeugt werden würde, um auch kleineren Mächten die Herstellung von Kernwaffen zu erlauben. Man denke nicht daran, die EURATOM-Kontrolle abzuschaffen, sondern sie durch IAEО-Kontrolle zu ergänzen. Die Frage würde erschwert, wenn Frankreich Einwendungen erheben sollte. Falls diejenigen Mitgliedsstaaten von EURATOM, die dem Vertrag beitreten, bereit wären, auf ihrem Territorium IAEО-Kontrollen zusätzlich zu den EURATOM-Kontrollen zu akzeptieren, könne das Problem gelöst werden.

Zur europäischen Option meinte Rusk, es sei schwierig, über Entwicklungen zu urteilen, die in der Zukunft lägen. Keinesfalls dürfe der Nichtverbreitungsvertrag die europäische Einigung behindern. Die politische Einigung Europas wäre im übrigen ein Ereignis von solcher Tragweite, daß gegebenenfalls auch die Rücktrittsklausel<sup>6</sup> in Anspruch genommen werden könnte.

Auf meine Frage nach dem weiteren Verfahren, führte Rusk aus, daß Foster beabsichtige, nach Abschluß der laufenden Konsultationsrunde in der NATO noch vor Beginn der Genfer Konferenz mit seinem sowjetischen Kollegen<sup>7</sup> zusammenzutreffen. Wenn auf der inzwischen erarbeiteten Grundlage eine Einigung als möglich erschiene, werde man die Alliierten erneut konsultieren. Man werde keinen Text in Genf vorlegen, der nicht zuvor mit den Alliierten und insbesondere uns erörtert worden sei. (In einem privaten Gespräch mit einem Botschaftsangehörigen während des Essens erläuterte Foster zusätzlich, daß man auch nach einer zweiten Konsultationsrunde voraussichtlich keinen förmlichen sowjetisch-amerikanischen Entwurf in Genf vorlegen werde, sondern lediglich einen Text, den man als eine mögliche Basis für eine Einigung bezeichnen werde.)

Ich dankte Rusk für seine Erklärungen besonders zur Auslegungsfrage. Da sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Sowjetunion für die VN-Resolution über Abrüstung<sup>8</sup> gestimmt hätten, sollte es nicht schwierig sein, diesen Grundsatz im Vertrag erneut zu unterstreichen. Das Problem der nuklearen Erpressung sei für uns nicht nur ein militärisches, es bliebe die Gefahr der politischen Pression. In bezug auf die friedliche Verwendung der Kernenergie gelte unsere Sorge nicht dem Problem der friedlichen Kernexplosionen, das für uns aus geographischen Gründen nicht aktuell sei. Die Gefahr für uns liege in

<sup>5</sup> Vgl. dazu Artikel I des amerikanischen Entwurfs vom 16. Dezember 1966 für ein Nichtverbreitungsabkommen; Dok. 7, Anm. 3.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Artikel VI (Rücktrittsklausel) des amerikanischen Entwurfs vom 13. Januar 1967 für ein Nichtverbreitungsabkommen; Dok. 24, Anm. 21.

<sup>7</sup> Alexej A. Roschtschin.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 2162 vom 5. Dezember 1966 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XI, S. 126 f.

der diskriminierenden Kontrollklausel, die unsere Forschung und Industrie fremden Augen offen lege.

Rusk und Foster erwiderten mit Erläuterungen zur Technik der IAEO-Kontrollen. Die bisherigen Erfahrungen mit dem amerikanischen Reaktor, der diesen Kontrollen unterläge, bestätigten unsere Besorgnisse nicht. Die Zusammensetzung der Kontrollteams würde zwischen der Wiener Organisation und dem zu kontrollierenden Land vereinbart.

Ich wies abschließend darauf hin, daß man es im Zusammenhang mit dem Nichtverbreitungsvertrag tatsächlich mit drei Gruppen von Staaten zu tun hätte: den Nuklearmächten, den potentiellen Nuklearmächten und den übrigen. Diese Unterschiede müsse man berücksichtigen.

2) Auf Bitte von Rusk schilderte ich Verlauf und Aussichten unserer Kontakte mit Ungarn und der Tschechoslowakei, sowie die besonderen Probleme mit Polen und Jugoslawien. Abschließend wies ich darauf hin, daß sich die sowjetische Haltung uns gegenüber letzthin eher verschärft habe.

Wir beabsichtigten, die sowjetische Note vom 28.1. zu beantworten, um uns zu den darin erhobenen Behauptungen nicht zu verschweigen.<sup>9</sup>

Rusk wies darauf hin, daß die bilaterale sowjetisch-amerikanische Zusammenarbeit durch den Vietnamkrieg nicht behindert werde.

3) Zur Europa-Politik berichtete ich, daß wir hofften, die Frage der Fusion der Exekutiven der Europäischen Gemeinschaften bald zu lösen.

Im Verhältnis zu Frankreich seien wir bereit, den deutsch-französischen Vertrag<sup>10</sup> wieder zu beleben. Der gemeinsame Beschluß, daß die Außen- und Verteidigungsminister Überlegungen über die europäische Verteidigung und Sicherheit in den 70er Jahren anstellen sollten<sup>11</sup>, bedeute keine Änderung unserer Allianzpolitik. Das deutsch-französische Verhältnis müsse bei richtiger Betrachtung als Element angesehen werden, das die Allianz als Ganzes stärke.

Am britischen Beitritt zum Gemeinsamen Markt hätten wir ein Eigeninteresse. Wir würden alles uns mögliche tun, um zu vermeiden, daß die Situation von 1963<sup>12</sup> sich wiederholte. Wir müßten unser Zahlungsbilanzdefizit in der EWG durch den Handel mit der EFTA ausgleichen. Auch bestehe die Gefahr, daß die EFTA auseinanderfiehe und England in eine Isolation geriete. Österreich verhandelte bekanntlich schon mit der EWG<sup>13</sup>, und auch Dänemark hätte auf die Länge keine andere Möglichkeit.

<sup>9</sup> Zur Erklärung der sowjetischen Regierung vom 28. Januar 1967 vgl. Dok. 44, Anm. 7.

Zum Entwurf einer Antwortnote der Bundesregierung vgl. Dok. 65, Anm. 4.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESSETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>11</sup> Vgl. dazu Dok. 19, besonders Anm. 21.

<sup>12</sup> Zum Scheitern der Verhandlungen am 28./29. Januar 1963 über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG vgl. AAPD 1963, I, Dok. 60.

<sup>13</sup> Dazu erklärte Bundeskanzler Klaus am 16. März 1967: „Wir Österreicher glauben, daß die Regelung unserer wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Gemeinsamen Markt durch den Abschluß eines Vertrages mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft [...] nicht unnötig weiter verzögert werden sollte. [...] Ein solches Abkommen wird freilich den Besonderheiten und Vorbehalten Rechnung tragen müssen, die sich für uns aus dem Willen zur strikten Einhaltung internationaler Verpflichtungen und zur Wahrung der von uns erklärten ‚immerwährenden‘ Neutralität ergibt“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 149.

Die Bedeutung der Kennedy-Runde<sup>14</sup> werde von uns voll verstanden. Ich sagte Rusk, daß ich mich selbst in Brüssel um Fortschritte bemühen würde, wies allerdings darauf hin, daß auch auf amerikanischer Seite Schwierigkeiten gemacht würden.

Rusk unterstrich die fortdauernde Unterstützung Amerikas für die europäische Einigung. Man wünsche, daß Europa mit einer Stimme spreche und sich instand setze, weltweite Verantwortungen zu übernehmen. Es wäre alarmierend, wenn Amerika sich in diesen Verantwortungen allein sehen müßte. Man frage sich, ob es im Hinblick auf die französische Haltung nicht das Beste sei, wenn die USA von jeder offenen Einwirkung absähen.

Mit Nachdruck unterstrich Rusk das anhaltende amerikanische Interesse an der integrierten Struktur der NATO, die nicht allein auf die Integration der Führungsstäbe beschränkt sei. Die Integration sei für die Vereinigten Staaten aus sehr praktischen Gründen von größter Bedeutung, weil ihre Armee in Europa in diese Struktur eingebettet sein müßte. Es sei von großer Bedeutung, zu gemeinsamen Auffassungen über die Art der Bedrohung und die benötigten eigenen Kräfte zu kommen. Gewisse Erosionserscheinungen in der Allianz – Rusk nannte britische<sup>15</sup>, belgische<sup>16</sup> und luxemburgische<sup>17</sup> Maßnahmen – seien gefährlich und könnten Rückwirkungen in den Vereinigten Staaten haben. Das sei deshalb bedenklich, weil die eigene Stärke nach amerikanischer Auffassung nicht eine Funktion der Entspannungspolitik sei, sondern eine Funktion der Stärke des Gegners sein sollte. Den Dreier-Gesprächen käme deshalb hohe Bedeutung zu. Der Vietnam-Konflikt habe das amerikanische Interesse an Europa nicht gemindert.

Ich führte aus, daß wir die integrierte Organisation der NATO fortsetzen wollen. Die Erörterung über Truppenverminderung sei jedoch nicht von uns, sondern von amerikanischer Seite begonnen worden. Wenn politische oder technische Entwicklungen Veränderungen möglich machten, sollte man darüber sprechen, aber nicht aus emotionalen Gründen oder ausschließlich aus Zahlungsbilanzgründen handeln. Rusk antwortete mit Ausführungen über Lastenverteilung und das amerikanische Zahlungsbilanzproblem. Eine Verschlechterung der amerikanischen Stimmung gegenüber Europa sei durch die Politik von General de Gaulle verursacht, dessen Haltung von vielen Amerikanern mit der Haltung der Europäer schlechthin identifiziert würde.

<sup>14</sup> Am 2. Februar 1967 hob der amerikanische Senator Robert Kennedy in einem Gespräch mit Bundeskanzler Kiesinger die Bedeutung der Verhandlungen für die USA hervor: „Wenn es jetzt nicht gelinge, die Kennedy-Runde zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen, dann bestehe keine Möglichkeit, an den Ausgangspunkt zurückzukehren und einen neuen Anfang zu machen. 1961 und 1962 sei dies möglich gewesen. Deswegen sei es außerordentlich wichtig, die Sache zu einem guten Abschluß zu bringen.“ Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 21; B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>15</sup> Zu den britischen Überlegungen hinsichtlich einer Reduzierung der Streitkräfte in der Bundesrepublik notierte Ministerialdirektor Ruete: „Die Briten vertreten die Ansicht, daß die Wahrscheinlichkeit eines sowjetischen Angriffs auf Europa sehr gering geworden und daß auf jeden Fall mit einem frühzeitigen Erkennen etwaiger aggressiver Absichten der Sowjetunion, also mit einer langen politischen Normalzeit zu rechnen sei.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 7. Februar 1967; VS-Bd. 1331 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>16</sup> Zu den Plänen einer belgischen Truppenreduzierung vgl. Dok. 179.

<sup>17</sup> Das Großherzogtum Luxemburg schaffte die allgemeine Wehrpflicht zum 1. Juli 1967 ab.

Zur Frage der Indien-Hilfe wiederholte Rostow die schon bekannte Anregung, einen deutschen Beitrag in Höhe von 35 Mio. Dollar in Weizenkäufen in den USA anzulegen und auf den Zahlungsbilanzausgleich anzurechnen.<sup>18</sup>

Ich antwortete, daß ich diesen Vorschlag lediglich entgegennehmen und in Bonn darüber berichten könne. Wir seien uns über die Bedeutung des Problems im klaren. Wir stünden aber in der Indien-Hilfe ohnedies an der Spitze aller europäischen Nationen.<sup>19</sup> Unsere noch verfügbaren Mittel für Entwicklungshilfe seien durch Zusagen an andere Länder gebunden. Schließlich würde die deutsche Öffentlichkeit, die mit den Kürzungen des Bundeshaushalts<sup>20</sup> erhebliche Opfer habe auf sich nehmen müssen, eine zusätzliche Aufwendung für Indien-Hilfe nicht ohne weiteres akzeptieren. Bei Abschluß des Gesprächs wies ich darauf hin, daß wir in bezug auf den laufenden Devisenausgleich die Stundung eines geringfügigen Betrags zur Diskussion stellen wollten. Ich erläuterte den Hintergrund dieses Problems im Zusammenhang mit den Steuervergünstigungen für Berlin.

II. In dem knapp einstündigen Gespräch mit Präsident Johnson erwiderte dieser in herzlichen Wendungen die Grüße, die ich ihm namens des Bundespräsidenten und Bundeskanzlers überbrachte. Er gab der Hoffnung Ausdruck, mit dem Bundeskanzler in einigen Monaten zusammentreffen zu können.<sup>21</sup> (Auch Rusk hatte sich vorher in einem Vieraugengespräch zu der Frage eines Besuchs des Bundeskanzlers geäußert.) Die Frage eines Europabesuchs schnitt der Präsident von sich aus nicht an. Ich sagte ihm, daß wir keinen Druck auf seinen Terminkalender ausüben wollten. Er dürfe aber überzeugt sein, daß er in Deutschland eine gute Aufnahme finden würde, wenn er sich in der Lage sähe, eine Europareise zu unternehmen.

Der Präsident bekundete sein Interesse an der Arbeit der neuen Bundesregierung und ging davon aus, daß wir nicht nur bilateral, sondern auch in der NATO und anderen internationalen Zusammenhängen weiterhin gut zusammenwirken würden. Er äußerte sich vor allem zum Ost-West-Problem, zu Vietnam und zu Indien. (Das Problem unserer Beteiligung an dem zusätzlichen Programm für Getreidelieferungen wurde in allen Unterredungen des heutigen Tages mit Nachdruck zur Sprache gebracht.) Zum Thema der Nonproliferation hoffte er, nachdem Rusk über unsere Unterhaltung berichtet hatte, daß wir gemeinsame Antworten finden und dadurch einen Beitrag zur Sicherung des Friedens leisten könnten. Er hoffte weiter, daß wir zu einem möglichst guten Ergebnis der Kennedy-Runde beitragen würden. Auf Veranlassung von Finanzminister Fowler, der mir diesen Gegenstand heute mittag auch persönlich nahebrachte, erbat er unsere positive Mitwirkung bei der Lösung der interna-

<sup>18</sup> Vgl. dazu Dok. 32, Anm. 9.

<sup>19</sup> Am 9. Februar 1967 hielt Botschaftsrat I. Klasse Werner, Neu Delhi, zur Höhe der Entwicklungshilfe für Indien fest: „Die Reihenfolge der wichtigsten Geberländer, geordnet nach dem Umfang ihrer Gesamtzusagen, ist [...] wie folgt: USA 12,84 Mrd. Rs.; UdSSR 4,84 Mrd. Rs.; Bundesrepublik Deutschland 4,47 Mrd. Rs.; Großbritannien 3,65 Mrd. Rs.; Canada 1,91 Mrd. Rs.; Japan 1,65 Mrd. Rs.“. Für die Aufzeichnung vgl. Referat I B 5, Bd. 308.

<sup>20</sup> Zu den Kürzungsmaßnahmen beim Bundeshaushalt für das Rechnungsjahr 1967 vgl. Dok. 5, Anm. 3.

<sup>21</sup> Bundeskanzler Kiesinger und Präsident Johnson trafen sich zunächst anläßlich der Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen ehemaligen Bundeskanzler Adenauer. Für das Gespräch vom 26. April 1967 vgl. Dok. 147.

tionalen Währungsprobleme. Die Offset-Frage wurde nur ganz am Rande erwähnt.

III. Außenminister Rusk äußerte sich unter vier Augen u. a. zur Lage in Vietnam und über das Verhältnis zu China, zu dem oben erwähnten Indienprojekt, über unser Verhältnis zu den arabischen Ländern und zu künftigen innerdeutschen Beziehungen, von denen er meinte, wir sollten sie mit Selbstvertrauen anstreben. Zum Gegenstand der Dreier-Verhandlungen kamen Rusk und ich überein, sie nicht zum Gegenstand der Erörterungen im Konferenzzimmer zu machen, um nicht zu unnötigen zusätzlichen Presseerörterungen beizutragen.

[gez.] Brandt

VS-Bd. 4093 (II B 1)

## 49

### Bundesminister Brandt, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/10920/67 geheim

9. Februar 1967<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 119

Aufgabe: 10. Februar 1967, 00.30 Uhr

Citissime

Ankunft: 10. Februar 1967, 07.37 Uhr

Betr.: Besuch von Bundesminister Brandt bei Verteidigungsminister  
McNamara<sup>2</sup>

Zunächst hatte ich mit dem Verteidigungsminister ein Gespräch unter vier Augen, bei dem über das Offset-Problem gesprochen wurde. McNamara betonte, daß auch er großen Wert darauf lege, daß die Dreiergespräche weitergingen, weil unbedingt vermieden werden müsse, daß die Engländer aus diesen Gesprächen ausschieden und unvereinbarte Truppenabzüge vornähmen. Ein solches Vorgehen würde unabsehbare Folgen auch für die amerikanische Haltung haben, vor allem für die Diskussion im Kongreß.

Er entwickelte mir dann gewisse Vorstellungen über strategische und auch finanzielle Möglichkeiten zur Lösung des Problems, über die ich aber erst nach meiner Rückkehr mündlich berichten möchte.

Anschließend fand ein Gespräch im erweiterten Kreise statt, das sich mit einigen Problemen des Nichtverbreitungsvertrages befaßte. Ich hob unsere grundsätzliche Bereitschaft zur Mitarbeit an einem internationalen Vertrag hervor, der wirklich zu einer Einschränkung der nuklearen Rüstung sowohl in horizontaler wie in vertikaler Richtung führen werde. Wir brächten dabei keine

<sup>1</sup> Hat dem SPD-Abgeordneten Jahn vorgelegen.

Zur Ernennung von Jahn zum Parlamentarischen Staatssekretär am 17. April 1967 vgl. Dok. 152, Anm. 1.

<sup>2</sup> Zum Aufenthalt des Bundesministers Brandt vom 7. bis 11. Februar 1967 in den USA vgl. Dok. 48, besonders Anm. 2.

spezifisch deutschen Interessen zur Sprache, doch sei es ihm gewiß verständlich, daß die nicht-nuklearen Mächte mit hoher Industrialisierung darauf achten müßten, daß ihre nationalen Interessen dabei nicht geschädigt würden. Dazu gehöre außer dem Schutz vor nuklearer Bedrohung und Erpressung vor allem eine Garantie, daß auch die Nuklearmächte nicht weiter nuklear aufrüsteten oder gar eine neue Eskalation der Nuklearrüstung in Gang brächten. Vor allen Dingen müsse eindeutig geklärt werden, daß die Nichtnuklear-Mächte keinerlei Einschränkungen in der nuklearen Forschung für friedliche Zwecke und in der entsprechenden Nuklear-Industrie durch den Vertrag zu befürchten hätten.

McNamara entgegnete darauf, daß nach dem Vertrag eindeutig nukleare Forschung und die Verwendung nuklearer Energie für friedliche Zwecke – mit Ausnahme der großen Explosionen – völlig frei seien. Er möchte gern einem „Mythos“ entgegentreten, der in Europa offenbar verbreitet sei, so als ob die nuklearen Mächte aus der Entwicklung und Produktion von Nuklearwaffen große industrielle Vorteile genössen, das treffe ganz allgemein nicht zu, und gewisse Gewinne, die sich dabei einstellten, stünden in gar keinem Verhältnis zu den gewaltigen, dafür aufgewandten Kosten. Im übrigen seien die Vereinigten Staaten, wie bisherige Beispiele gezeigt hätten, jederzeit bereit, gewisse „spin-offs“ (Nebenprodukte) an Erkenntnissen aus der atomaren Waffenentwicklung, die für den zivilen Bereich nützlich seien, allen Ländern der Welt zur Verfügung zu stellen.<sup>3</sup> Von dieser Seite her also erwüchse den industriellen Nichtnuklear-Mächten keine Gefahr und kein Schaden.

Das Gespräch mit McNamara verlief in einer freundlichen und sachlichen Atmosphäre. Der Verteidigungsminister wies noch darauf hin, daß er im April mit dem Bundesverteidigungsminister zusammentreffen werde<sup>4</sup> und daß bei der Gelegenheit dann auch noch technisch-militärische Fragen der Nichtverbreitung besprochen werden könnten.

[gez.] Brandt

VS-Bd. 4216 (II A 6)

<sup>3</sup> Am 9. Februar 1967 teilte Militärattaché Boie, Washington, ergänzend weitere Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers aus dem Gespräch mit: „Im allgemeinen würden die auf diese Weise gewonnenen Erkenntnisse [...] bei weitem überschätzt. Das träfe im Nuklearbereich noch mehr zu als in der sonstigen militärischen Technologie. Es sei doch bezeichnend, daß zwei große Industrienationen wie Japan und Deutschland keine militärische Forschungs-, Entwicklungs- und Rüstungsindustrie unterhielten. Aus einer Rüstungsindustrie würden einem Lande keine Vorteile für die zivile Industrie erwachsen. Eine Rüstungsindustrie sei außerordentlich teuer. Sie sei nur auf die Verteidigung angelegt. Im Rahmen der Wirtschaft sei sie ein instabiler Faktor. Er gäbe zwar zu, daß ein gewisser Gewinn dabei für die allgemeine Industrie abfiele, möchte jedoch erneut betonen, daß dieser Gewinn erheblich überbewertet werde.“ Vgl. VS-Bd. 10089 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Bundesminister Schröder hielt sich vom 5. bis 12. April 1967 in den USA auf. Nach Sitzung der neuen Nuklearen Planungsgruppe in Washington fand am 8. April 1967 ein Gespräch mit dem amerikanischen Verteidigungsminister statt. Vgl. dazu den Artikel „Schröder bespricht im Pentagon Fragen der Atomstrategie“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 82 vom 8. April 1967, S. 1.



## Legationsrat I. Klasse Groll, Sofia, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-10956/67 VS-vertraulich

Aufgabe: 11. Februar 1967, 15.25 Uhr

Fernschreiben Nr. 29

Ankunft: 11. Februar 1967, 17.45 Uhr

Citissime

I. Anlässlich Penkow-Besuchs in Bonn am 13.2.<sup>1</sup> wird ein Gespräch zwischen Ministerialdirektor im bulgarischen Außenhandelsministerium, Stefanow, und LR Dr. Spalcke wiedergegeben, das während eines von Stefanow kurzfristig angesetzten privaten Abendessens am 10.2. stattfand. Obwohl sich Spalcke weitgehend rezeptiv verhielt, kam Stefanow immer wieder auf den aktuellen Stand der deutsch-bulgarischen Beziehungen zurück.

1) Stefanow bedauerte Verhalten Bundesregierung bei Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien. Stellungnahme Bundeskanzlers<sup>2</sup> habe durch Person des Sprechers weit mehr Gewicht gehabt als rumänische Agerpress-Erklärung<sup>3</sup>; Theaterdonner in deutscher Presse sei schädlich<sup>4</sup>; deutsche Note<sup>5</sup>, die in Bonn allen ausländischen Botschaften, einschließlich sowjetischer, überreicht wurde, habe Sowjets zu ihrer letzten Note<sup>6</sup> geradezu provoziert. Alles zusammen habe zur Warschauer Außenministerkonferenz<sup>7</sup> geführt, durch die bulgarischer Bewegungsspielraum bedauerlicherweise eingeengt werde.

<sup>1</sup> Der bulgarische Stellvertretende Außenhandelsminister Penkow führte am 13. Februar 1967 ein Gespräch mit Staatssekretär Lahr. Er führte darin aus, daß „die befriedigende Lösung der wirtschaftlichen Frage eine Art Vorbedingung“ für die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen sei und brachte „im Zusammenhang mit dem hohen Passivsaldo im Handelsverkehr beider Länder zur Überbrückung der Zahlungsschwierigkeiten eine deutsche Kredithilfe zur Sprache“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 25 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Klarenaar vom 17. Februar 1967; VS-Bd. 8364 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Für die Erklärung des Bundeskanzlers Kiesinger am 1. Februar 1967 vor dem Bundestag vgl. Dok. 39, Anm. 5 (Auszug).

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der rumänischen Nachrichtenagentur vgl. DzD V/1, S. 448 f.

<sup>4</sup> Vgl. dazu die Artikel „Brandt zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen ermächtigt“ und „Kiesinger im Bundestag: Zur geglückten Einigung mit Bukarest“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 24 und 27 vom 28. Januar und 1. Februar 1967, S. 3 bzw. S. 1. Vgl. dazu ferner den Artikel „Manescu in Bonn“, SÜDEUTSCHE ZEITUNG, Nr. 26 vom 31. Januar 1967, S. 1.

<sup>5</sup> Mit Verbalnote vom 31. Januar 1967 erklärte das Auswärtige Amt „nachdrücklich, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sozialistischen Republik Rumänien keine Änderung des [...] Rechtsstandpunkts der Bundesregierung darstellt, daß sie als die frei, rechtmäßig und demokratisch gewählte deutsche Regierung berechtigt und verpflichtet ist, für das deutsche Volk zu sprechen.“ Vgl. DzD V/1, S. 432.

<sup>6</sup> Am 7. Februar 1967 erklärte die sowjetische Regierung, die Bundesregierung müsse „von der Tatsache des Bestehens zweier deutscher Staaten ausgehen, ihre Ansprüche auf eine Revision europäischer Grenzen aufgeben, auf ihren Alleinvertretungsanspruch für ganz Deutschland und ihre Versuche verzichten, Druck auf die Staaten auszuüben, die die Deutsche Demokratische Republik anerkennen wollen, sich vom verbrecherischen Münchner Diktat lossagen und es als von Anfang an ungültig anerkennen.“ Vgl. DzD V/1, S. 483 f.

<sup>7</sup> Vom 8. bis 10. Februar 1967 fand eine Konferenz der Außenminister der Staaten des Warschauer Pakts statt, die laut Communiqué „in einer Atmosphäre kameradschaftlicher Zusammenarbeit und völligen Einvernehmens“ verlief. Vgl. DzD V/1, S. 518.

In einem Bericht der Nachrichtenagentur dpa wurde dazu gemeldet, daß die Teilnehmer „nur unter Mühe einen Kompromiß in der Streitfrage erzielt [hätten], wann und wie andere kommunistisch beherrschte Länder nach dem Vorpellen Rumäniens diplomatische Beziehungen zur Bun-

Spalcke teilte bulgarische Bedenken nicht, zumal die letzten Sowjetnoten<sup>8</sup> viel zu propagandistisch seien, um wirklich ernst genommen zu werden; außerdem würden eventuelle Schwierigkeiten erst durch das völlig irrationale Verhalten Pankows hervorgerufen. Stefanow reagierte auf erste Bemerkung mit Schweigen, auf die zweite mit einem überraschend unbeherrschten Ausdruck wütender Verachtung.

Für Bulgarien wünschte sich Stefanow jedenfalls „elegantere“ Lösungen: Müsse mündliche Erklärung gerade von Regierungschef abgegeben und könnten Noten nicht in aller Stille in ausländischen Hauptstädten – Moskau ausgenommen – übergeben werden?

2) Auch Stefanow betonte, daß deutsch-bulgarisches Verhältnis weniger durch politische als durch wirtschaftliche Schwierigkeiten belastet sei. Infolge krasen bulgarischen Defizits in Handelsbilanz<sup>9</sup> erwäge Außenhandelsministerium Lizenzverweigerung für Einfuhren aus Bundesrepublik.

Seine „privaten“ Überlegungen zur Lösung des Dilemmas: Die Bundesrepublik gewährt Bulgarien einen zinslosen Kredit in Höhe bis Ende 1967 zu erwartenden Handelsdefizits, d. h. von ca. 600 Mio. DM; Laufzeit 15 bis 30 Jahre.

Auf Spalckes Gegenfrage, wie denn Bulgarien die nächsten 30 Jahre ohne anti-deutsche Propaganda überleben könne, wurde Stefanow sehr ernst und unterstrich, man solle in Bonn nicht den psychologisch wichtigen Augenblick übersehen.

3) Angesprochen auf Psychologie bemerkte Spalcke, es sei befremdlich, daß die Bulgaren in einem Zeitpunkt, wo man zu besseren Beziehungen kommen wolle, das materialistische Element derart in den Vordergrund rückten.

Stefanow begann daraufhin, den Ausdruck „Paket“ zu gebrauchen. Er habe keine Ahnung, ob Penkow in Bonn Politik und Wirtschaft als ein Paket oder als zwei getrennte Pakete vortragen werde. Er schien zu befürchten, zu starkes bulgarisches Insistieren auf Wirtschaftsfragen könne sich abzeichnende politische Lösungen verzögern. Eine gewisse taktische Meinungsverschiedenheit zwischen Stefanow und Pankow wurde angedeutet.

II. Gesamtatmosphäre des Gesprächs bestärkte folgenden Eindruck:

1) Bulgaren sind offenbar über Rumänen verärgert, weil diese in ihrer eigenen Erklärung über die deutsch-rumänischen Meinungsverschiedenheiten in Form und Gewicht hinter der entsprechenden deutschen Stellungnahme zurückgeblieben sind. Dies wird hier wohl als unzulässige Nachgiebigkeit gewertet.

2) Pankow scheint die Bulgaren in letzter Zeit derart massiv „bearbeitet“ zu haben, daß Sofia über SBZ-Methoden ungehalten ist.

[gez.] Groll

**VS-Bd. 5615 (V 1)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 257*

desrepublik aufnehmen sollten. [...] Der Kompromiß von Warschau besteht [...] praktisch darin, daß interessierte Ostblockstaaten den Botschafteraustausch mit Bonn auf einen späteren Zeitpunkt verschieben, um einen Prestigeverlust der ‚DDR‘ zu vermeiden.“ Vgl. DzD V/1, S. 517.

<sup>8</sup> Zu den Noten der sowjetischen Regierung vom 28. Januar bzw. 7. Februar 1967 vgl. Dok. 38, Anm. 9 (Auszug), und Dok. 47, Anm. 8.

<sup>9</sup> Vgl. dazu Dok. 28, Anm. 8.

## 51

**Aufzeichnung des Staatssekretärs Schütz****St.S. 500/67 VS-vertraulich****13. Februar 1967****Betr.: Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien****Bezug: Weisung des Herrn Ministers vom 6.2.1967<sup>1</sup>,****Aufzeichnungen der Abteilung II:**1) II A 5-82.00/94.13-44/67 VS-Vertraulich vom 19.1.1967<sup>2</sup>2) II A 5-82.00/94.13-137/67 VS-Vertraulich vom 2.2.1967<sup>3</sup>3) II A 5-82.00/94.13-169/67 VS-Vertraulich vom 8.2.1967<sup>4</sup>4) II A 5-82.01/94.13.172/67 VS-Vertraulich vom 9.2.1967<sup>5</sup>

I. 1) Diese Aufzeichnung geht davon aus, daß Jugoslawien zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen ohne Vorbedingungen bereit ist. Sie geht ferner davon aus, daß diese Wiederaufnahme im deutschen Interesse liegt und in Übereinstimmung mit der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966<sup>6</sup> angestrebt werden sollte.

2) Die erste Schwierigkeit dieses Schrittes:

Die Jugoslawen setzen zu hohe Erwartungen in wirtschaftliche und konkret finanzielle Leistungen der Bundesrepublik Deutschland.<sup>7</sup>

<sup>1</sup> Korrigiert aus: „4.2.1967“.

Bundesminister Brandt nahm Bezug auf den von Ministerialdirektor Ruete konzipierten „Entwurf eines Erlasses zur Sprachregelung über Jugoslawien“ und vermerkte handschriftlich für Staatssekretär Schütz: „Der Erlaß sollte im besprochenen Sinne noch einmal überarbeitet und mir dann unmittelbar nach meiner US-Reise vorgelegt werden. [...] Betrifft] Organisation des Hauses: Es ist nicht einzusehen, weshalb dieser Vorgang, der bei Ihnen am 2. durchgelaufen ist, mich erst am 6. erreicht.“ Vgl. VS-Bd. 4258 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. Anm. 3.

<sup>2</sup> Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete vgl. VS-Bd. 4258 (II A 5).

<sup>3</sup> Ministerialdirektor Ruete legte einen „Entwurf eines Erlasses zur Sprachregelung über Jugoslawien“ vor und regte an, „den Jugoslawen bald einen politischen Meinungsaustausch, zunächst auf Referentenebene, in Belgrad anzubieten. [...] Darüber hinaus werden in der Aufzeichnung konkrete Maßnahmen zur Verstärkung der wirtschaftlichen, kulturellen und auch politischen Beziehungen angeregt.“ Vgl. VS-Bd. 4258 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete vgl. VS-Bd. 4258 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967. Für einen Auszug vgl. Anm. 7.

<sup>5</sup> Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete vgl. VS-Bd. 4259 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967. Für einen Auszug vgl. Anm. 9.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

<sup>7</sup> Bereits am 8. Februar 1967 behandelte Ministerialdirektor Ruete die Weiterentwicklung des Verhältnisses zu Jugoslawien unter der Voraussetzung, „daß eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen [...] vorläufig nicht vorgesehen ist.“ Er führte weiter aus: „Ohne beim ersten Kontakt in Belgrad wirtschaftliche Einzelfragen aufzugreifen, können wir uns mit einem baldigen Zusammentritt des deutsch-jugoslawischen Gemischten Ausschusses in Belgrad einverstanden erklären. [...] Vor übertriebenen finanziellen Erwartungen sollten wir rechtzeitig warnen.“ Vgl. VS-Bd. 4258 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

Am 14. Februar 1967 wies Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastl den kommissarischen Leiter der Abteilung zur Wahrnehmung jugoslawischer Interessen bei der schwedischen Botschaft in Bonn, Rožman, „bei Erwähnung der wirtschaftlichen Beziehungen auf die prekäre finanzielle Lage der Bundesregierung hin, die keinerlei Vermehrung finanzieller Leistungen in Zukunft erwarten lasse“. Vgl. die Aufzeichnung vom 15. Februar 1967; Referat II A 5, Bd. 1002.

Die tatsächliche Lage unserer Wirtschaft und die schwierige Haushaltslage im Bund verbieten alle Gespräche über andere Punkte, die als „Ersatz“ für diplomatische Beziehungen denkbar sind. Wir können nur die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen vorschlagen.<sup>8</sup> Die von den Jugoslawen erhoffte „volle Normalisierung“ können wir uns nicht leisten. Wir können sie den Jugoslawen auch nicht als „Trostpflaster“ oder gar als Vorleistung anbieten.

3) Die zweite Schwierigkeit dieses Schrittes:

Einige Staaten der Dritten Welt könnten durch eine Fehlinterpretation unseres Schrittes zu falschen Schlußfolgerungen in ihrem Verhalten gegenüber Ostberlin kommen.<sup>9</sup> Diese Gefahr besteht seit Beginn unserer Bemühungen um Normalisierung unserer Beziehungen mit Osteuropa. Diese Gefahr kann und konnte nur durch unser eigenes Auftreten gebannt werden. Hier bedarf es einer klaren und unmißverständlichen Sprache für unsere Vertretungen im Ausland, in einigen Hauptstädten möglicherweise einer Interpretation unseres Standpunktes auf hoher Ebene und – auch in gewissem Sinne – der Mithilfe der Jugoslawen selbst.<sup>10</sup>

4) Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen ist selbstverständlich nicht ohne Risiko, aber das gleiche gilt für eine Politik des weiteren Abwartens. Die Haushaltslage des Bundes und die Wirtschaftslage unseres Landes verbieten „Ersatzlösungen“. Andererseits sollten wir ein Land mit dem Gewicht und Einfluß in der Dritten Welt wie Jugoslawien nicht unnötig lange warten lassen. Die<sup>11</sup> Glaubwürdigkeit der in der Regierungserklärung vom 13.12.1966 niedergelegten Europapolitik<sup>12</sup> steht gerade in Jugoslawien vor der Probe.<sup>13</sup>

5) Nach Abwägung aller Risiken sollte die Bundesrepublik Deutschland die diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien wiederaufnehmen, wenn wir zumindest zu zwei weiteren Staaten in Osteuropa ohne Schaden in der Dritten Welt diplomatische Beziehungen aufgenommen haben.

II. Vorschlag:

1) Die Bundesregierung ist bereit, nachdem der Prozeß der Normalisierung des Verhältnisses zu Südost- und Osteuropa und die Aufnahme diplomatischer

<sup>8</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Brandt eingeklammert.

<sup>9</sup> Bereits am 9. Februar 1967 notierte Ministerialdirektor Ruete dazu: „Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien, gleich ob wir sie in naher oder in ferner Zukunft vollziehen, erheischt die Überlegung, welche Argumente dritte Staaten davon überzeugen können, daß wir dennoch unsere bisherige Rechtsauffassung in der Frage des geteilten Deutschland aufrecht erhalten, und welche Argumente dritte Staaten daran hindern werden, die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Belgrad mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ostberlin zu beantworten.“ Ruete kam zu dem Schluß, daß die Argumente „zur Zeit nicht ausreichen, um in der Dritten Welt die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Belgrad wirksam abzuschirmen“. Zugleich hielt Ruete „an den Bedenken gegen eine umgehende Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Belgrad aus den wiederholt vorgetragenen Gründen fest“. Vgl. VS-Bd. 4259 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Dazu vermerkte Bundesminister Brandt handschriftlich: „Absicherung durch Verbündete?“

<sup>11</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Brandt gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Wegen der“.

<sup>12</sup> Vgl. dazu Dok. 47, Anm. 11.

<sup>13</sup> Der Passus „steht gerade ... Probe“ wurde von Bundesminister Brandt gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „kann Jugoslawien nicht ‚ausgespart‘ werden“.

Beziehungen zu weiteren Staaten Fortschritte gemacht haben, im Geiste der Regierungserklärung vom 13.12.1966 die vollen diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien wiederaufzunehmen.

2) Ein Erlaß zur Sprachregelung über unsere Jugoslawien-Politik geht unseren Vertretungen im Ausland zu. Er muß abgestimmt sein mit möglichen Äußerungen des BPA im Inland (anliegend wird der Erlaß vorgelegt)<sup>14</sup>.

3) Den Jugoslawen wird so bald wie möglich durch unseren Vertreter in Belgrad<sup>15</sup> die Einleitung eines politischen Meinungsaustausches auf hoher Ebene mit dem Ziel der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen vorgeschlagen werden. Der Meinungsaustausch sollte dann sofort durch einen Referenten des Amtes (VLR I Kastl) vorbereitet werden.<sup>16</sup>

4) Unsere Botschafter in New Delhi<sup>17</sup>, Rangun<sup>18</sup>, Djakarta<sup>19</sup> und Colombo<sup>20</sup> sollten befragt werden, ob eine Interpretation dieser Jugoslawien-Politik auf hoher Ebene notwendig ist.<sup>21</sup> Danach sollten die entsprechenden Schritte unternommen werden.<sup>22</sup>

Hiermit dem Herrn Minister<sup>23</sup> weisungsgemäß und mit der Bitte um Zustimmung vorgelegt.

Schütz

**VS-Bd. 430 (Büro Staatssekretär)**

<sup>14</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. den undatierten Entwurf des Staatssekretärs Schütz „Erlaß zur Sprachregelung über die deutsche Jugoslawien-Politik“; VS-Bd. 430 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>15</sup> Hans-Werner Loeck.

<sup>16</sup> Am 14. Februar 1967 bat Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastl den kommissarischen Leiter der Abteilung zur Wahrnehmung jugoslawischer Interessen bei der schwedischen Botschaft in Bonn, Rožman, „seiner Regierung mitzuteilen, daß wir der Verbesserung der deutsch-jugoslawischen Beziehungen besondere Aufmerksamkeit widmen. Bekanntlich stelle Jugoslawien im Kreis der osteuropäischen Staaten einen Sonderfall dar, der besondere Probleme hinsichtlich der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen aufwerfe. Der Denkprozeß sei noch nicht abgeschlossen.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 15. Februar 1967; Referat II A 5, Bd. 1002.

<sup>17</sup> Dietrich Freiherr von Mirbach.

<sup>18</sup> Rolf von Keiser.

<sup>19</sup> Kurt R. Luedde-Neurath.

<sup>20</sup> Herbert Schwörbel.

<sup>21</sup> Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 1021 des Staatssekretärs Schütz vom 23. März 1967, der am 28. März 1967 übermittelt wurde; VS-Bd. 4258 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>22</sup> Dazu vermerkte Bundesminister Brandt handschriftlich: „Algerien, Kairo etc.“

<sup>23</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hierzu eigene Aufzeichnung vom 4/3“.

Für die Aufzeichnung vgl. Dok. 88.

## Aufzeichnung des Botschafters a.D. Duckwitz

II A 7-81.08/2-444/67 VS-vertraulich

13. Februar 1967<sup>1</sup>

Betr.: Besuch von Premierminister Wilson in Bonn;<sup>2</sup>  
hier: Dreier-Gespräche und Devisenausgleich

I. 1) In meinen Gesprächen in Washington<sup>3</sup> habe ich den Eindruck gewonnen, daß die amerikanische Regierung sich letzten Endes damit abfinden wird, gemäß dem Kabinettsbeschluß vom 26.1.<sup>4</sup> nach Ablauf des gegenwärtigen Offset-Abkommens im Jahre 1967<sup>5</sup> keine und im Jahre 1968 nur geringe Zahlungen für Beschaffungen in den Vereinigten Staaten zu erhalten, vorausgesetzt, daß

- a) das gegenwärtige Abkommen erfüllt wird,
- b) die normalen Beschaffungen der Bundeswehr in den Vereinigten Staaten fortgesetzt werden,
- c) Arrangements mit der Bundesbank zur Neutralisierung eines Teils ihrer Dollar-Guthaben getroffen werden können.<sup>6</sup>

2) Die amerikanische Regierung ist sehr daran interessiert, die Dreier-Gespräche fortzusetzen und Einvernehmen über die künftige Stärke der amerikanischen und britischen Streitkräfte in Europa zu erzielen. Sie befürchtet jedoch, daß die britische Regierung den Kabinettsbeschluß vom 26.1. als Hindernis für die Fortsetzung der Dreier-Gespräche betrachten wird. Falls die Briten wegen unseres Unvermögens, Devisenausgleich zu leisten, ihre Streitkräfte in Deutschland wesentlich vermindern, würde der innenpolitische Druck auf Präsident Johnson so stark werden, daß er sich gezwungen sehen könnte, ohne Rücksicht auf die Dreier-Gespräche ebenfalls eine wesentliche Verminderung der amerikanischen Streitkräfte in Europa anzuordnen. Die amerikanische Regierung hat daher stärkstes Interesse daran, daß wir Großbritannien eine annehmbare Lösung für den Offset vorschlagen.

II. In meinen Gesprächen in London<sup>7</sup> habe ich festgestellt, daß diese amerika-

<sup>1</sup> Durchdruck.

<sup>2</sup> Zum Besuch des britischen Premierministers am 15./16. Februar 1967 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 55 und Dok. 57.

<sup>3</sup> Botschafter a. D. Duckwitz hielt sich vom 4. bis 8. Februar 1967 in den USA auf.

Zu den Gesprächen mit dem Sonderbeauftragten des amerikanischen Präsidenten für die Dreier-Verhandlungen, McCloy, und dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Eugene Rostow, vgl. die Drahtberichte Nr. 341 bzw. Nr. 348 von Duckwitz, z. Z. Washington, vom 6. Februar 1967; VS-Bd. 2009 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

Zum Gespräch mit dem stellvertretenden Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Bator, vgl. den Drahtbericht Nr. 359 von Duckwitz, z. Z. Washington, vom 8. Februar 1967; VS-Bd. 999 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 30, Anm. 12.

<sup>5</sup> Zum Protokoll vom 11. Mai 1964 über den deutsch-amerikanischen Devisenausgleich, das am 30. Juni 1967 auslief, vgl. AAPD 1964, I, Dok. 125.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 117, Anm. 6.

<sup>7</sup> Botschafter a. D. Duckwitz hielt sich am 9./10. Februar 1967 in London auf. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Hermes vom 14. Februar 1967; VS-Bd. 5105 (III A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

nischen Befürchtungen zu Recht bestehen und daß der Devisenausgleich mit Großbritannien der Schlüssel zur Lösung des Problems ist<sup>8</sup>, wie eine einvernehmliche Regelung der künftigen Stärke der amerikanischen und britischen Truppen in Deutschland, die unseren politischen und militärischen Interessen gerecht wird, gefunden werden kann.

1) Der Beschluß des Bundeskabinetts vom 26. Januar trifft Großbritannien in ungleich stärkerem Maße als die Vereinigten Staaten:

a) Die Zahlungsbilanz-Situation Großbritanniens ist viel prekärer als die der Vereinigten Staaten. Die britische Regierung ist überzeugt, daß sie ihr vorrangliches Ziel, die britische Zahlungsbilanz in Ordnung zu bringen, nur dann erreichen kann, wenn die Devisenausgaben für die britischen Streitkräfte in Deutschland ausgeglichen werden.<sup>9</sup> Falls Deutschland nicht bereit ist, zum Offset dieser Devisenausgaben beizutragen, wird der britischen Regierung keine andere Wahl bleiben, als ihre Streitkräfte in Deutschland drastisch zu vermindern oder ganz abzuziehen.

b) Nach Ablauf des laufenden Offset-Abkommens mit den Vereinigten Staaten wird Deutschland über ein hohes Guthaben (etwa 3,5 Milliarden DM) in den Vereinigten Staaten verfügen, das den Fortgang der normalen militärischen Beschaffungen in den Vereinigten Staaten in den Jahren 1967 und 1968 ermöglicht.

Im Falle Großbritanniens können wir auf ein solches Guthaben nicht zurückgreifen, so daß der Beschluß des Bundeskabinetts vom 26.1. bedeutet, daß nach Erfüllung des gegenwärtigen Abkommens nur noch geringe militärische Beschaffungen in Großbritannien vorgenommen werden können.

c) Während im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten Arrangements der Bundesbank zur Neutralisierung eines Teils der Dollarguthaben der Bundesbank zum Devisenausgleich beitragen können, besteht diese Möglichkeit im Verhältnis zu Großbritannien nicht.

2) Wenn in der nächsten Runde der Dreier-Gespräche am 27.2. in London<sup>10</sup> die deutsche Seite an der vom Kabinett am 26.1. beschlossenen Haltung zur Frage der Offset-Leistungen an Großbritannien festhält, ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß Großbritannien die Fortführung der Dreier-Gespräche ablehnen und unverzüglich eine drastische Verminderung britischer Streitkräfte in

<sup>8</sup> Bereits am 7. Februar 1967 notierte Ministerialdirektor Ruete dazu: „Zahlungsbilanzschwierigkeiten werden schon seit Jahren geltend gemacht. [...] Sie dürften der Hauptbeweggrund für britische Reduzierungsabsichten sein; nach bisherigem Eindruck von den Dreier-Gesprächen kann angenommen werden, daß die Briten keine Reduzierung anstreben würden, wenn sie weiterhin vollen Devisenausgleich für ihre Stationierungskosten erhielten.“ Vgl. VS-Bd. 1331 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Am 17. Februar 1967 übermittelte Gesandter Freiherr von Stackelberg, Washington, Informationen, die aus Material der britischen Botschaft stammten: „Danach entsteht für die britische Regierung eine Lücke von 67 Mio. Pfund zwischen den geplanten und den im Fall der Nichtfortsetzung des Offset erwarteten Ersparnissen für das Jahr 1967/68. Dies werde das Parlament nicht akzeptieren. Wenn auch die britische Zahlungsbilanz in letzter Zeit sich etwas verbessert habe, beruhe die Position des Pfunds auf dem ihm entgegengebrachten Vertrauen. Wenn die Regierung für 1967/68 ein Defizit auf dem Verteidigungssektor von 67 Mio. Pfund vorsehen würde, könnte dieses Vertrauen weiter getrübt und das bisher erreichte wieder gefährdet werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 447; VS-Bd. 2513 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Vgl. dazu Dok. 74.

Deutschland in Angriff nehmen wird. Dies kann dazu führen, daß auch die amerikanische Regierung sich gezwungen sehen wird, dem britischen Beispiel zu folgen. Großbritannien wird ebenso wie die Vereinigten Staaten und die übrigen NATO-Partner die Bundesregierung für diese Entwicklung verantwortlich machen. Das Verhältnis Deutschlands zu Großbritannien und den USA wird einer schweren Belastungsprobe unterworfen und die atlantische Allianz wird geschwächt werden. Dies wird gleichzeitig das politische Gewicht Deutschlands und die Aussichten einer aktiven deutschen Ostpolitik vermindern.

3) Die britische Regierung fordert nach wie vor einen vollen Ausgleich ihrer Devisenausgaben für die britischen Truppen, die sie auf jährlich 860 Mio. DM beziffert. Falls die Bundesregierung der britischen Regierung jedoch Offset-Leistungen in Aussicht stellt, die einen größeren Teil dieser Devisenverluste ausgleichen, kann damit gerechnet werden, daß Großbritannien entweder auf die Verminderung der britischen Streitkräfte in naher Zukunft verzichtet oder zumindest bereit ist, Truppenvermindernungen auf Grund einer einvernehmlichen Regelung in den Dreier-Gesprächen in einer Weise vorzunehmen, die unsere Sicherheit und unsere politischen Interessen nicht wesentlich beeinträchtigt.

III. Ich schlage daher vor, daß der Herr Bundeskanzler

1) den oben dargestellten Sachstand im Bundeskabinett zur Sprache bringt und vorschlägt, den Beschluß des Bundeskabinetts vom 26.1. mit dem Ziel zu überprüfen, zusätzliche Offset-Leistungen an Großbritannien in den Jahren 1967 und 1968 zu ermöglichen;

2) Premierminister Wilson bei seinem bevorstehenden Besuch die deutsche Haushaltslage erläutert, ihm jedoch in Aussicht stellt, daß die Bundesregierung alle Möglichkeiten von Offset-Leistungen an Großbritannien erneut prüfen wird.

Für den Devisenausgleich mit den USA kommt es darauf an, daß eine Regelung zwischen der Bundesbank einerseits und dem Federal Reserve System und der US-Treasury andererseits über die Neutralisierung eines Teils der Dollarguthaben der Bundesbank erreicht wird.

Ich schlage daher vor, daß die Bundesregierung weiterhin im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf die Bundesbank einwirkt, um eine solche Vereinbarung zu ermöglichen.

D II<sup>11</sup> und D III<sup>12</sup> haben mitgezeichnet.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>13</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>14</sup> mit dem Vorschlag der weiteren Vorlage bei dem Herrn Bundeskanzler vorgelegt.

[gez.] Duckwitz

**VS-Bd. 8525 (Ministerbüro)**

<sup>11</sup> Hans Ruete.

<sup>12</sup> Günther Harkort.

<sup>13</sup> Klaus Schütz.

<sup>14</sup> Hat Bundesminister Brandt am 13. Februar 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dem Herrn Bu[ndes]ka[nzler] heute vorgelegt“.



## 53

**Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr****St.S. 517/67 geheim****14. Februar 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Forderung der israelischen Regierung zur Frage der Wiedergutmachung von Gesundheitsschäden NS-Verfolgter

Bezug: Aufzeichnung vom 25. Januar 1967 – V 2 - 80.SL/4-92.19 VS-NfD<sup>2</sup>

Zu der in Ziffer 4 der Aufzeichnung der Abteilung V vom 25. Januar behandelten Frage des Verhaltens der Bundesregierung in den Kabinettsitzungen vom 4. und 11. Mai 1966<sup>3</sup> möchte ich bemerken:

In der Kabinettsitzung vom 4. Mai habe ich, wie es auch das Sitzungsprotokoll ergibt, den Standpunkt des Auswärtigen Amts klar dahin zum Ausdruck gebracht, daß die israelische Forderung auf Nachzahlung eines Betrages von mehreren 100 Mio. DM „völlig unbegründet“ sei und wir uns sowohl gegen materielle Verhandlungen als gegen den Abschluß einer Schiedsvereinbarung aussprechen müßten. In der nachfolgenden Debatte ergab sich, daß zwar einzelne Kabinettsmitglieder, darunter der Herr Bundeskanzler<sup>4</sup> und der Herr Bundesfinanzminister<sup>5</sup>, ebenfalls Bedenken gegen die israelische Forderung vorzubringen hatten, keines der Kabinettsmitglieder jedoch bereit war, die israelische Forderung abzulehnen, sich vielmehr alle dafür aussprachen, es müsse irgendetwas geschehen. Hierzu wurden verschiedene Vorschläge gemacht, ohne daß sich das Kabinett auf einen dieser Vorschläge festgelegt hätte. Ich wurde daher dahingehend instruiert, mich auf die Erklärung einer grundsätzlichen Bereitschaft zu beschränken.

Ich habe daraufhin Botschafter Ben Natan in einem Gespräch vom 6. Mai 1966 gesagt, daß sich das Bundeskabinett einer Überlegung über die Frage der Gesundheitsschäden „nicht grundsätzlich verschließen wolle“.<sup>6</sup> In der Kabinettsitzung vom 11. Mai berichtete ich dem Kabinett über die zwischenzeitlichen

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Roedel vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Ergebnis Gespräch Ben Nathan-B[un]desmin[ister] Strauß sollte abgewartet werden. 2) W[ieder]v[or]lage] 1.7.67“.

<sup>2</sup> Ministerialdirektor Thierfelder resümierte die „Forderungen der israelischen Regierung, sie von Leistungen mindestens teilweise freizustellen, die sie infolge des Israel-Vertrages von 1952 zur Wiedergutmachung von Gesundheitsschäden bestimmter NS-Verfolgter erbringt“. Unter Ziffer 4 führte er aus: „Die Bundesregierung hat sich in den Kabinettsitzungen vom 4. und 11. Mai 1966 im Zusammenhang mit den damals stattfindenden Wirtschaftsverhandlungen mit Israel mit dem israelischen Wunsch befaßt. Der Ausgang der Kabinettsitzung ist nicht unbestritten. Während das Finanzministerium das Protokoll der 2. Kabinettsitzung dahin interpretiert, daß man die israelischen Forderungen nicht nur dilatorisch, sondern darüber hinaus mit dem Ziel zu behandeln habe, ihre Erfüllung endgültig abzulehnen, ist Herr Staatssekretär Lahr der Auffassung, daß ein solcher abschließender Beschluß nicht gefaßt worden sei.“ Vgl. VS-Bd. 5654 (V 2): B 150, Aktenkopien 1967. Für einen weiteren Auszug vgl. Anm. 8.

<sup>3</sup> Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 135, Anm. 2, bzw. Dok. 146.

<sup>4</sup> Ludwig Erhard.

<sup>5</sup> Rolf Dahlgren.

<sup>6</sup> Zum Gespräch des Staatssekretärs Lahr mit dem israelischen Botschafter Ben Natan am 6. Mai 1966 vgl. AAPD 1966, I, Dok. 135.

Verhandlungen, einschließlich dessen, was ich weisungsgemäß über die Gesundheitsschäden gesagt hatte. Zu meiner Überraschung erklärte der Herr Bundeskanzler jetzt, er sei immer für die Ablehnung der israelischen Forderung gewesen. Ich verwies demgegenüber auf das Ergebnis der vorangegangenen Kabinettsitzung, wobei mir Herr Bundesminister Scheel demonstrativ bestätigte, daß das Kabinett in seiner letzten Sitzung sich in der Tat grundsätzlich dafür ausgesprochen habe, im Bereich der Gesundheitsschäden noch etwas zu tun und ich gegenüber Botschafter Ben Natan die schwächste Erklärung abgegeben hätte, die bei diesem Ergebnis der Kabinettsberatungen überhaupt möglich gewesen sei. Die weiteren Besprechungen führten zu keinem klaren Ergebnis.

Ich habe dann Botschafter Ben Natan am 11. Mai gesagt, das Bundeskabinett habe sich erneut mit der Frage der Gesundheitsschäden befaßt. Hierbei hätten sich noch stärkere Schwierigkeiten als schon zuvor ergeben. Wir sähen vorläufig noch nicht, was und wie etwas geschehen könne.

Mein eigener Standpunkt ist unverändert der, den ich in der Kabinettsitzung vom 4. Mai vorgetragen habe. Wir dürfen aber nicht übersehen, daß die Bundesregierung jedenfalls zeitweise einen hiervon abweichenden Standpunkt eingenommen hat. Wir können heute darauf verweisen, daß die damals schon hervorgehobenen Haushaltsschwierigkeiten sich ganz beträchtlich weiter gesteigert hätten<sup>7</sup> und daher nichts geschehen könne.<sup>8</sup> Eine grundsätzliche Erörterung hingegen bringt die Gefahr mit sich, Erinnerungen wachzurufen<sup>9</sup>, an denen wir kein Interesse haben.

Hiermit über Herrn Staatssekretär I<sup>10</sup> Herrn D V<sup>11</sup>

Lahr

VS-Bd. 5654 (V 2)

<sup>7</sup> Zu den Maßnahmen für einen Ausgleich des Bundeshaushalts 1967 vgl. Dok. 5, Anm. 3.

<sup>8</sup> Zu den möglichen Auswirkungen einer Einigung mit Israel notierte Ministerialdirektor Thierfelder am 25. Januar 1967: „Ein Eingehen auf die israelische Forderung ist wegen der präjudiziellen Wirkung gefährlich: Die Forderung wird trotz der im Vertrag enthaltenen formellen Abschlusßklausel erhoben. Solche Abschlusßquittungen sind in alle die Wiedergutmachung betreffenden Abkommen mit anderen Staaten aufgenommen worden; sie dürfen nicht entwertet werden.“ Vgl. VS-Bd. 5654 (V 2); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Korrigiert aus: „wachrufen“.

<sup>10</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 14. Februar 1967 vorgelegen, der handschriftlich verfügte: „Dem H[errn] Min[ister] vorzulegen“.

Hat Brandt am 14. Februar 1967 vorgelegen.

<sup>11</sup> Hat Ministerialdirektor Thierfelder am 21. Februar 1967 vorgelegen.

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete****II B 1-81.01-3/67 streng geheim****14. Februar 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Nichtverbreitungsvertrag;

hier: Fühlungnahme mit der französischen Regierung gemäß Erörterung im Bundesverteidigungsrat am 3. Februar

## 1) Zweck der Fühlungnahme

a) In der Sitzung des Bundesverteidigungsrates am 3. Februar hat der Bundeskanzler erklärt, es solle mit der französischen Regierung „sehr vorsichtig“ Fühlung aufgenommen werden, um nach Möglichkeit zu ermitteln, welche Haltung sie in der Frage einer deutschen Beteiligung an einem Nichtverbreitungsvertrag (NV-Vertrag) einnehme. Dabei soll, wie die vorhergehende Diskussion im Bundesverteidigungsrat ergab, auch festgestellt werden,

- ob, gegebenenfalls in welchem Umfang, die Franzosen uns diplomatische Unterstützung gewähren würden, falls wir Verbesserungen des vorliegenden Vertragsentwurfs fordern,
- wie die Franzosen unsere Haltung zum NV-Vertrag in ihren Auswirkungen auf EURATOM sehen,
- wie der NV-Vertrag im Rahmen der französischen Ostpolitik beurteilt wird.

Der Bundeskanzler hat darauf hingewiesen, daß diese Frage bei seinem letzten Gespräch mit General de Gaulle nicht ausführlich genug erörtert worden sei<sup>2</sup>; er glaube, die Franzosen seien sehr dafür, daß wir den NV-Vertrag unterschreiben; er sei sich aber nicht sicher, ob die Franzosen die deutsche Unterschrift wünschten.

## b) Der vorgesehenen Fühlungnahme muß die Annahme zugrundegelegt werden

- daß Frankreich sich nicht am NV-Vertrag beteiligen wird,
- daß die Frage, ob wir unterschreiben, nicht unterschreiben oder uns nur unter Vorbehalt beteiligen, offen ist.

Bei dieser Konstellation hat jede deutsche Entscheidung unausweichlich Auswirkungen auf die künftige deutsch-französische Zusammenarbeit, die deutsche und die französische Ostpolitik einschließlich der Probleme der Wiedervereinigung Deutschlands, und die Europapolitik beider Länder, insbesondere auch soweit es um EURATOM geht. Wir müssen in Rechnung stellen, daß die deutsche Haltung gerade in der Nuklearfrage schon in der Vergangenheit von besonderer Bedeutung für das deutsch-französische Verhältnis war (MLF).<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lahusen konzipiert.

<sup>2</sup> Vgl. dazu das Gespräch vom 13. Januar 1967; Dok. 14.

<sup>3</sup> Während Frankreich eine eigene Beteiligung an der geplanten MLF von Beginn an ablehnte, machte es gegen eine Teilnahme der Bundesrepublik zunächst keine Bedenken geltend. So erklärte etwa Informationsminister Peyrefitte anlässlich der deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen am 9. Mai 1963, „die französische Regierung habe gegen die Aufstellung einer interalli-

Die französische Regierung wünscht zwar offensichtlich, daß wir keine Verfügungsgewalt über Kernwaffen erhalten und auch, daß Deutschland sich nicht an multilateralen Lösungen beteiligt. Es ist aber nicht auszuschließen, daß Frankreich eine dementsprechende deutsche Verzichtleistung in einem weltweiten Vertrag, an dem Frankreich sich nicht beteiligt, weniger günstig beurteilt, als die konsequente Durchführung einer solchen deutschen Politik des Verzichts auf Kernwaffen außerhalb des weltweiten NV-Vertrages. Gewisse Möglichkeiten deutsch-französischer Zusammenarbeit könnten beeinträchtigt werden, wenn der NV-Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich eine Grenze zöge. Frankreich würde infolge unserer Bindung im Rahmen eines amerikanisch-sowjetisch bestimmten NV-Vertrages auch die Möglichkeit verlieren, bei Durchführung seiner Politik gegenüber den kommunistischen Ländern Osteuropas als Garant des friedlichen Verhaltens der Bundesrepublik Deutschland aufzutreten. Seine politische Schiedsrichterfunktion in der Ost-West-Auseinandersetzung würde geschwächt, die Position der Amerikaner und der Sowjets gestärkt.

Im einzelnen wäre durch die Fühlungnahme festzustellen, wie nach französischer Auffassung im Falle einer deutschen Beteiligung am NV-Vertrag nachteilige Auswirkungen auf die vereinbarte deutsch-französische Zusammenarbeit in der Europapolitik und in der Ostpolitik am zweckmäßigsten verhindert werden. Außerdem wäre zu ermitteln, in welchem Ausmaß wir bei der Präzisierung unserer Haltung zum NV-Vertrag mit französischer diplomatischer Unterstützung rechnen könnten.

c) Die Fühlungnahme müßte so angelegt werden, daß sie zu einem eindeutigen Ergebnis führt, so daß dem Bundesverteidigungsrat das für seine Entscheidung bisher noch fehlende Element anhand gegeben werden kann. Wir müssen verbindlich erfahren, welche deutsche Haltung zum NV-Vertrag nach französischem Urteil nicht zu einer neuen Belastung des deutsch-französischen Verhältnisses führen würde. Wir müssen der französischen Regierung unsere Fragen daher in einer Weise stellen, die eine klare, nicht hinhaltende Antwort erzwingt. Hierfür bieten sich zwei Ansatzpunkte. Der erste ist eine unterschiedliche Haltung der EURATOM-Partner in der Beitrittsfrage. Der zweite ist – unbeschadet des Unterschieds zwischen Kernwaffenmacht und nichtnuklearem Land – daß beide Regierungen grundsätzlich die Nonproliferationspolitik bejahen und praktizieren, aber mehr oder weniger starke Bedenken gegen eine Beteiligung an einer internationalen NV-Regelung gemäß vorliegendem amerikanisch-sowjetischen Vertragsentwurf haben könnten.

## 2) Form der Fühlungnahme

a) Die Fühlungnahme muß in so vorsichtiger Form erfolgen, daß die französische Regierung sie nicht zu unserem Nachteil gegenüber Dritten verwerten kann. Schriftwechsel dürfte daher ausscheiden.

Sie muß andererseits genügend Gewicht erhalten, um die französische Regierung von ihrer ersten Bedeutung und ihrer Verbindlichkeit zu überzeugen.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 267*

ierten Atomstreitmacht der NATO, insbesondere gegen eine deutsche Beteiligung daran, nichts einzuwenden.“ Vgl. AAPD 1963, I, Dok. 168.

Seit Herbst 1964 wandte sich Frankreich gegen einen möglichen Beitritt der Bundesrepublik zur MLF. Vgl. dazu Dok. 9, Anm. 8.

Das vorgeschlagene Gespräch sollte demgemäß auf einer entsprechend hohen Ebene geführt werden.

b) Die Fühlungnahme muß so gestaltet werden, daß jeder Anschein des Eindrucks vermieden wird, auf deutscher Seite seien innerpolitische Erwägungen im Spiel. Sie sollte zeigen, daß wir eine nüchterne, sachliche Abwägung außenpolitischer Interessen wünschen. Daher sollte als deutscher Gesprächspartner kein Politiker in besonderer Mission gewählt werden. Wenn der Herr Minister das Gespräch führen würde, könnte es schwierig werden, sich etwaigen unannehmbaren französischen Wünschen zu entziehen, ohne neue Verstimmungen hervorzurufen. Dieselbe Erwägung dürfte auch für eine Gesprächsführung durch den Herrn Staatssekretär<sup>4</sup> gelten.

Es wird vorgeschlagen, unseren Botschafter in Paris<sup>5</sup> mit der Fühlungnahme zu beauftragen.

c) Auf französischer Seite sollten wir einen möglichst hochgestellten Gesprächspartner wählen, um den Franzosen die Möglichkeit hinhaltenden Finassierens zu nehmen, die ihnen der Weg über zwischengeschaltete französische Instanzen bieten würde. Die französische Antwort hat als Entscheidungselement für den Bundesverteidigungsrat nur dann das nötige Gewicht, wenn sie von einer maßgebenden Persönlichkeit gegeben wird. In erster Linie sollte daher der französische Außenminister<sup>6</sup> als Gesprächspartner in Betracht kommen.

### 3) Gesprächsführung

Es wird vorgeschlagen, dem französischen Außenminister zu sagen:

Der NV-Vertrag stelle uns vor schwere Probleme; Entscheidungen von großer Tragweite seien zu treffen. Die Entwicklung sei gegenwärtig noch im Fluß; endgültige Festlegungen seien noch nicht erfolgt.

Was die französische Haltung angehe, müßten wir auf Grund der uns gegebenen französischen Stellungnahme davon ausgehen, daß Frankreich den NV-Vertrag nicht unterzeichnen werde.<sup>7</sup> Bei der Präzisierung unserer eigenen Haltung wollten wir naturgemäß etwaige nachteilige Auswirkungen unseres Verhaltens auf die deutsch-französische Zusammenarbeit, insbesondere in der Europapolitik (im außenpolitischen, verteidigungsspolitischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Bereich) und in der Ostpolitik nach Möglichkeit ausschließen. Daher sei für uns eine französische Antwort auf folgende Fragen von besonderem Interesse:

<sup>4</sup> Klaus Schütz.

<sup>5</sup> Manfred Klaiber.

<sup>6</sup> Maurice Couve de Murville.

<sup>7</sup> Dazu teilte Botschafter Klaiber, Paris, bereits am 12. Januar 1967 aus „der Umgebung des französischen Staatspräsidenten“ mit, Frankreich werde „das Abkommen voraussichtlich nicht unterzeichnen, womit es der Bundesregierung erleichtert werden könnte, dies auch nicht zu tun. Man könne sich sogar eine gemeinsame Erklärung vorstellen, die darauf hinweise, daß ein solches Abkommen, das zwischen den beiden atomaren Supermächten ausgehandelt worden sei, keine wirkliche Abrüstungsmaßnahme, sondern eigentlich nur eine Konsolidierung des unnatürlichen Übergewichts dieser Supermächte darstelle.“ Sollte die Bundesrepublik eine derartige Formulierung für zu weitgehend erachten, werde sie sicherlich ein Interesse daran haben, sich „die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit Frankreich an einer späteren europäischen Force de frappe offen zu halten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 71; VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

Sind aus französischer Sicht nachteilige Auswirkungen auf die deutsch-französische Zusammenarbeit zu befürchten, wenn wir

- a) dem vorliegenden NV-Vertragsentwurf zustimmen,
- b) ihn ablehnen,
- c) Änderungen fordern.

Zu b) und c) wäre es für uns gegebenenfalls wichtig zu wissen, in welchem Umfange (bei c auch: hinsichtlich welcher Änderungswünsche) wir mit der diplomatischen Unterstützung Frankreichs rechnen könnten.

Bevor wir unsere Haltung festlegten, wollten wir Frankreich hiermit Gelegenheit zur Stellungnahme geben.

Wir stellten unsere Fragen auf Grund des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 22.1.1963<sup>8</sup>.

Entwurf eines entsprechenden Erlasses an unseren Botschafter in Paris ist beigelegt.<sup>9</sup>

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>10</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>11</sup> mit der Bitte um Genehmigung vorgelegt<sup>12</sup>.

Abteilung I hat mitgezeichnet und Doppel erhalten.

Ruete

**VS-Bd. 3601 (II B 1)**

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>9</sup> Dem Vorgang beigelegt.

Am 14. Februar 1967 wurde Botschafter Klaiber, Paris, gebeten, den französischen Außenminister Couve de Murville aufzusuchen, die möglichen Positionen der Bundesrepublik in der Frage eines Nichtverbreitungsabkommens darzulegen und die Haltung Frankreichs zu sondieren. Es seien „gewisse Parallelen unverkennbar. Beide Länder [...] bejahten den Grundsatz der Nichtdissemination und praktizierten eine entsprechende Politik. Auch sei nicht ausgeschlossen, daß es mehr oder weniger gemeinsame Vorbehalte gegen den amerikanisch-sowjetischen NV-Vertragsrahmen gebe.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 292 des Staatssekretärs Schütz; VS-Bd. 3601 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Am 23. Februar 1967 informierte Klaiber, daß ein Gespräch mit dem französischen Außenminister nicht zustande gekommen sei. Statt dessen habe ihm der Generalsekretär im französischen Außenministerium, Alphand, unter dem Vorbehalt der Prüfung eines endgültigen Vertragsentwurfs, insbesondere des Kontrollartikels, erklärt, daß „die französische Regierung volles Verständnis habe für deutsche Wünsche nach Vertragsveränderungen oder Zusicherungen im Hinblick auf die Sicherung der industriellen und technologischen Anlagen für friedliche Atomnutzung“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 320; VS-Bd. 3601 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 20. Februar 1967 vorgelegen.

<sup>11</sup> Hat Bundesminister Brandt am 21. Februar 1967 vorgelegen.

<sup>12</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Schütz eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „und dem Vorschlag vorgelegt, das Einverständnis des Herrn Bundeskanzlers herbeizuführen“.

## 55

**Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger  
mit Premierminister Wilson****Z A 5-29.A/67 VS-vertraulich****15. Februar 1967<sup>1</sup>**

Der Herr Bundeskanzler führte am 15. Februar 1967 um 9.50 Uhr ein erstes Gespräch im kleinen Kreise mit dem britischen Premierminister Wilson. Bei der Unterhaltung waren der Bundesminister des Auswärtigen und der britische Außenminister Brown zugegen.<sup>2</sup>

Nach der Begrüßung und einer kurzen Besprechung der zu behandelnden Thematik führte Premierminister *Wilson* zur Frage eines Beitritts Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt aus, er brauche die Haltung seiner Regierung wohl nicht darzulegen. Er wolle lediglich unterstreichen, daß sein Vorgehen von dem gesamten britischen Kabinett gestützt werde. Er habe gesagt, seine Regierung meine es ernst, und dies sei eine Tatsache. Es gebe natürlich Schwierigkeiten, und man müsse feststellen, wie sie zu überwinden seien. Bei den ersten drei Zusammenkünften mit europäischen Regierungen sei es gelungen, einige der Schwierigkeiten einzuengen, doch dürfe man sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß weiterhin Schwierigkeiten vorhanden seien. In der Landwirtschaftsfrage zum Beispiel zeichne sich die Antwort auf manche Fragen ab, doch sei die Agrarfinanzregelung auch weiterhin ein höchst ansehnliches Problem, das im übrigen auch manche Sorgen in der Regionalplanung auslöse. Des weiteren verblieben einige große Commonwealthfragen, doch hätten die drei bisher besuchten Hauptstädte die Bereitschaft gezeigt, diese zu lösen. Die von der britischen Regierung im November eingeschlagene Linie erfreue sich starker und wachsender Unterstützung in Großbritannien. Der Herr Bundeskanzler wisse, daß auch die EFTA-Minister den britischen Schritt begrüßt hätten. Natürlich verhandle England nicht für die EFTA-Mitglieder, doch seien diese mit Großbritannien der Auffassung, daß der von England unternommene Schritt richtig sei. Es gebe in der EFTA einen oder zwei Vorbehalte, aber das Bestreben sei, die wirtschaftliche Spaltung Europas zu überwinden. Vor und seit dem britischen Kabinettsbeschluß sei der politischen Seite sehr großer Wert beigemessen worden. Gerade dieser Aspekt werde besonders unterstrichen. Er glaube, die britische Haltung mit drei Stichworten kennzeichnen zu können: Einheit, Stärke, Unabhängigkeit. Wenn es gelinge, diese Integration zu erreichen, so werde dies nicht eine Schwächung, sondern eine Stärkung der Sechs darstellen, denn Großbritannien beabsichtige, die Verpflichtungen, welche die Sechs übernähmen, in vollem Umfange durchzuführen. Hinsichtlich des Rom-Vertrags<sup>3</sup> selbst sehe Großbritannien keine Schwie-

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 17. Februar 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Premierminister Wilson und der britische Außenminister Brown hielten sich im Rahmen einer Rundreise durch die EWG-Mitgliedstaaten am 15./16. Februar 1967 in Bonn auf. Vgl. dazu Dok. 8, Anm. 20.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

rigkeiten, glaube vielmehr, daß der Eintritt Großbritanniens und einiger EFTA-Länder den Zusammenhalt der Sechs stärken und vertiefen werde. Nach britischer Auffassung könne keine Rede davon sein, daß eine Erweiterung der Gemeinschaft ihre Schwächung bedeute. Vielmehr meine er, daß eine Erweiterung wirtschaftlich und somit politisch eine Quelle großer Stärke sei, weil ein größerer Markt auch die Zusammenfassung der in den einzelnen Ländern vorhandenen technischen Kenntnisse ermögliche. Dies stelle man insbesondere bei der Luftfahrtindustrie fest, da sich heute ja niemand leisten könne, für einen kleinen Abnehmerkreis ein modernes Militärflugzeug zu entwickeln. Dasselbe gelte für andere technologische Bereiche, wie z. B. Elektronenrechner. Politisch sehe Großbritannien seine Beziehungen genauso wie Deutschland. Es sei ein gutes Mitglied des atlantischen Bündnisses, meine jedoch, daß dieses Bündnis an Stärke gewinnen werde, wenn Europa weniger abhängig von den amerikanischen technologischen Geschäftsinteressen sei. England sehe eine scharfe Unterscheidung zwischen den Beziehungen zur amerikanischen Regierung, d.h. den politischen Beziehungen, und der Frage der amerikanischen Geschäftsinteressen. Es meine daher, daß man Europa als Europa aufbauen solle. Damit würden auch Wege zur Entspannung zwischen Ost und West aufgezeigt. Die von der Bundesregierung ergriffenen bedeutsamen Initiativen könnten durch ein stärker geeintes Europa gefördert werden. Des weiteren könnte ein solches Europa auch in Weltangelegenheiten eine größere Rolle spielen. Er wisse, daß gewisse Mitglieder der Gemeinschaft Schwierigkeiten im Auge hätten, die zu überwinden seien. Seine Regierung habe noch keinen endgültigen Beschluß gefaßt und könne dies vor Abschluß der Gesprächsrunde gar nicht tun, doch fühle sie sich durch die Ergebnisse der bisherigen Gespräche ermutigt. Natürlich gebe es Fragezeichen. Nach den Gesprächen in Paris gebe er sich keineswegs der Illusion hin, dort nun etwa eine offene Tür vorzufinden, doch meine er, daß viele Schwierigkeiten und viel Mißtrauen überwunden worden seien.<sup>4</sup>

Außenminister *Brown* bemerkte, es gebe wenige Bereiche, wo England Anpassungen oder permanente Regelungen verlangen müsse. Er nenne Neuseeland sowie die Höhe der an die Gemeinschaft zu zahlenden Abschöpfungen<sup>5</sup>. Fast alle anderen Probleme dürften sich jedoch durch Übergangszeiten regeln lassen. England werde daher nicht sehr viele dauernde Veränderungen fordern müssen. Die Länge der Übergangszeiten sei für die verschiedenen Themen verschieden. Er meine daher, daß ein Beitritt jetzt einfacher wäre, vorausgesetzt, daß er auf kein Veto stoße.

<sup>4</sup> Am 25. Januar 1967 informierte Botschafter Klaiber, Paris, daß es „nach übereinstimmendem Eindruck aller britischen Teilnehmer“ dem Premierminister gelungen sei, Staatspräsident de Gaulle von der „Aufrichtigkeit und Ernsthaftigkeit des britischen Beitrittswunsches zu überzeugen, was als Erfolg zu werten sei“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 140; Referat I A 2, Bd. 1462.

<sup>5</sup> In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 23. März 1967 wurde festgestellt, daß der Beitritt zur EWG für Großbritannien „durch die Verteuerung der Einfuhr von Agrarprodukten aus EWG-Ländern und den Netto-Beitrag zum Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft eine Mehrbelastung [...] von 2,0–2,8 Mrd. DM“ ergeben würde. Vgl. Referat III A 2, Bd. 168.



Der Herr *Bundeskanzler* sagte, der Premierminister kenne die deutsche Haltung, die auch in der Regierungserklärung<sup>6</sup> zum Ausdruck gekommen sei. In den Pariser Gesprächen sei die Frage eines englischen Beitritts zur EWG sehr eingehend behandelt worden.<sup>7</sup> Deutschland wünsche diesen Beitritt aus vielen Gründen. Wie für jeden, der die Gemeinschaft zu einer vollen Wirtschaftsgemeinschaft einschließlich aller Fragen, wie z.B. Sozial- und Währungspolitik, entwickeln wolle, stelle sich natürlich für Deutschland die Frage, ob Großbritannien denselben Willen habe, die EWG zu einer wirklichen Gemeinschaft im eigentlichen Sinne mit allem, was dies einschließe, zu entwickeln. Tatsächlich sei die Entwicklung ja weit über den eigentlichen Wortlaut des Rom-Vertrages hinausgegangen, und die Sechs beabsichtigten, noch weiter zu gehen, d.h. über eine Zollunion und einen Gemeinsamen Markt das zu entfalten, was man eine wirkliche Wirtschaftsunion nennen könne, wobei am Ende für alle so etwas wie eine politische Union stehen solle. Diese Frage wolle er jedoch für den Augenblick ausklammern, ebenso wie die Frage, ob diese politische Union supranational, eine Föderation oder eine Konföderation sein solle, offen sei. So also sehe die Hauptfrage für Deutschland aus. Es wünsche einen britischen Beitritt, und es wünsche diesen Beitritt mit dem britischen Willen, dieses Ziel voll zu erreichen.

Der *Premierminister* sagte, er wolle, wie er das auch in Paris getan habe, klarstellen, daß Großbritannien, wenn es beitrete, von dem Willen beseelt sein werde, die Gemeinschaft zu entwickeln. Er habe de Gaulle gesagt, daß es in der Welt nichts Statisches gebe außer dem Tod. Die Alternative heiße also vorwärts oder rückwärts. Stehenbleiben sei gleichbedeutend mit rückwärts gehen. Englands Haltung sei es, die Gemeinschaft so zu nehmen, wie sie im Augenblick des Zeitpunkts eines britischen Beitritts sei, und mit ihr voranzuschreiten. In gewissem Sinne befinde sich die Gemeinschaft immer noch im Übergangsstadium zwischen einer Freihandelszone mit vielen Aspekten eines gemeinsamen Marktes und einer echten Gemeinschaft, die sie ja noch nicht sei. Was die Fusion anbelange, so trete Großbritannien den drei Gemeinschaften bei, wenn es noch die drei gebe, gehe dagegen die Fusion schnell vonstatten, trete Großbritannien der einzigen Gemeinschaft bei. Es werde dann auch auf der technologischen Seite einen großen Beitrag leisten können. Er dürfe nicht so verstanden werden, als denke er an eine getrennte technologische Gemeinschaft, es sei denn, die Sechs wollten dies, so daß es dann eine vierte Gemeinschaft gäbe. Man könnte auch daran denken, EURATOM in diesem Sinne auszubauen. Es scheine jedoch eher, als ob all diese Aspekte in eine einzige Gemeinschaft eingebracht würden. Jedenfalls lasse sich die technologische Zusammenarbeit nicht trennen von der Integration des Marktes. Die Alternative also heiße, vorwärts oder rückwärts, und er wolle betonen, daß England nicht rückwärts gehen wolle. Was die Entwicklung einer viel engeren politischen Einheit anbelange, meine er, daß man logischerweise dahin gelangen werde. Alle Beispiele der Geschichte wiesen darauf hin, daß eine enge Wirt-

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

<sup>7</sup> Vgl. dazu die deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 13./14. Januar 1967; Dok. 16 und Dok. 19.

schaftsunion politische Konsequenzen unvermeidlich mache, so daß sie letzten Endes zu einer gewissen Form einer politischen Union führe. Der Fortschritt auf diesem Wege werde wie bei einem Geleitzug bestimmt von der Geschwindigkeit des langsamsten Mitglieds, und er wolle sagen, daß Großbritannien nicht das langsamste Mitglied sein werde. Es sei heute natürlich noch zu früh, die genaue politische Gestalt Europas schon vorhersagen zu wollen. Es gebe hier zu viele unbekannte Faktoren im Verhältnis zwischen England und Frankreich, Frankreich und Deutschland, England und Deutschland usw. Er sei jedoch in dieser Beziehung hoffnungsvoll. Es erhebe sich auch die Frage, ob nicht das Ergebnis der letztwöchigen Bemühung in London im Zusammenhang mit dem Kossygin-Besuch<sup>8</sup> eine Entspannung in Europa erleichtere. Wenn dies der Fall sei, gelange man zu einem politisch bewußteren Europa. Großbritannien wolle mit Deutschland in das Gefährt einsteigen und versuchen, dieses in die richtige Richtung zu lenken. Es lasse sich noch nicht sagen, wie die Straße genau aussehen werde und wo das Endziel stehe, aber jedenfalls wolle England mitfahren und nicht etwa hinterherlaufen. Er wolle nun ganz offen sagen, wenngleich er erst die Hälfte seiner Besuchsrunde absolviert habe, werde das Ergebnis dieser Runde doch weitgehend davon abhängen, welchen Einfluß Deutschland in Paris geltend machen könne. Dabei denke er nicht daran, daß die Bundesregierung etwas unternehmen sollte, was eine Belastung der eben wieder in Gang gesetzten deutsch-französischen Beziehungen darstellen würde, denn Großbritannien lege diesen Beziehungen große Bedeutung bei, weil zu vieles in der Geschichte wegen der deutsch-französischen Zwietracht geschehen sei. England wolle keine Schwierigkeiten und keine Reibungen hervorrufen. Er glaube, daß die französische Regierung sehr darauf bedacht sei, Großbritannien sehr nahe an dem neuen Europa zu haben. Er habe gewisse Zweifel, ob Frankreich den Weg bis zu Ende zu gehen bereit sei, und an dieser Stelle werde der deutsche Einfluß bedeutsam. De Gaulle habe bei der Zusammenfassung der Pariser Gespräche gesagt, er sei von der Stärke der vorgetragenen Argumente beeindruckt und sei sicher, daß England nunmehr am europäischen Pier festmachen wolle. Dies sei wichtig, weil de Gaulle 1963 gerade dies bezweifelt habe.<sup>9</sup> Offensichtlich sei daher eine große Entwicklung der Vorstellung de Gaulles von der britischen Auffassung vor sich gegangen. Nun seien natürlich Analogien und Gleichnisse immer gefährlich. Er (Wilson) habe niemals geglaubt, daß „am Pier festmachen“ gleichbedeutend sei mit dem Betreten des Festlandes. Natürlich stelle man beim Festmachen am Pier auch die Telefonverbindung her. Er sei etwas unter dem Eindruck, daß ein oder zwei Gemeinschaftsländer (und dies gelte ein wenig auch für die EWG-Kommission,

<sup>8</sup> Der sowjetische Ministerpräsident besuchte vom 6. bis 13. Februar 1967 Großbritannien. Der Gesandte Freiherr von Ungern-Sternberg, London, teilte am 13. Februar 1967 dazu mit, Kossygin habe in der Deutschland-Frage „auch in den offiziellen Besprechungen eine harte und unnachgiebige Linie vertreten [...] die Sowjets beharrten nach wie vor auf ihrem Standpunkt, daß der Status quo aufrechterhalten werden müsse.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 292; VS-Bd. 4104 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1967.

Auf einer Pressekonferenz am 9. Februar 1967 in London erklärte Kossygin hinsichtlich eines Nichtverbreitungsabkommens: „Was die BRD betrifft, so muß ich sagen, daß sie sich dem Kernwaffensperrvertrag anschließen muß, ob sie will oder nicht.“ Vgl. DzD V/1, S. 505 f.

<sup>9</sup> Zum Scheitern der Verhandlungen am 28./29. Januar 1963 über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG vgl. Dok. 1, Anm. 11.

obwohl sie sehr entgegenkommend gewesen sei) das Gefühl hätten, daß nach zehn Jahren der Entwicklung des Gemeinsamen Marktes eine Art gemütlicher Familienkreis entstanden sei, wobei jeder Neuankömmling diese Gemütlichkeit stören könnte. Diese Leute dächten wohl, daß ein gemütliches Haus einfach nicht mehr dasselbe sein könne, wenn England und einige EFTA-Länder hinzukämen, weil man dann anbauen müsse. Vielleicht habe deswegen de Gaulle davon gesprochen, daß man ein ganz neues Gebäude errichten müsse. Die größte Schwierigkeit liege vielleicht in einer gewissen Beharrungstendenz.

Außenminister *Brown* sagte, gerade an dieser Stelle könnten die deutschen Freunde England helfen, indem sie nämlich Bestrebungen entmutigten, nach etwas völlig Neuem Ausschau halten zu wollen. Die Schlußbemerkung de Gaulles, man könnte vielleicht an eine Assoziierung denken, akzeptiere England nicht, denn die wirtschaftlichen Fragen mögen zwar wichtig sein, doch liege die eigentliche Anziehungskraft im politischen Bereich. England würde es daher begrüßen, wenn solche Gedanken von deutscher Seite entmutigt würden. Vielmehr meine er, man solle England gerade in diesem Augenblick aufnehmen, wo sich viele Veränderungen in der Welt abzeichneten. Je früher England in die Gemeinschaft komme, desto größer werde die Wirkung sein. Wenn man das de Gaulle sage, sei es sehr nützlich.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er habe bereits darauf hingewiesen, daß er mit de Gaulle ausführlich über den britischen Beitrittswunsch gesprochen habe. Er habe dieses Thema aufgebracht, indem er de Gaulles Aufmerksamkeit auf die Regierungserklärung gelenkt habe. Er habe de Gaulle sogar gesagt, daß er am Vortage einen Brief der deutschen Industrie<sup>10</sup> erhalten habe mit der Bitte, sich für einen britischen Beitritt einzusetzen. Er habe gesagt, daß in all den Jahren es das Ziel der deutschen Politik gewesen sei, Großbritannien in die Gemeinschaft aufzunehmen. Daraufhin habe de Gaulle lange und nachdrücklich seine Position dargelegt und alle Argumente wiederholt, die nach seiner Meinung gegen einen britischen Beitritt zum augenblicklichen Zeitpunkt sprächen. De Gaulle habe mit großem Respekt, ja sogar mit freundschaftlichem Respekt von England gesprochen, jedoch die Meinung geäußert, daß ein Beitritt Englands und weiterer Länder das Wesen der Gemeinschaft zerstören würde, die dann nicht mehr Gemeinschaft, sondern Freihandelszone wäre. Natürlich könnte man auch eine Freihandelszone schaffen, sofern man dies wünsche. Frankreich jedoch wünsche wie die übrigen EWG-Mitglieder eine echte Gemeinschaft, und er (de Gaulle) glaube nicht, daß England wirklich bereit sei, alles zu akzeptieren, was notwendig sei für den Bestand und die Entwicklung der Gemeinschaft. Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, er habe dann mit großem Interesse gelesen, daß de Gaulle mit Wilson tatsächlich einen Schritt auf England zu getan habe, indem er die Überzeugung geäußert habe, daß England am europäischen Pier festmachen wolle. In seinen Augen sei dies tatsächlich ein Fortschritt. Was nun den möglichen deutschen Einfluß auf die Haltung Frankreichs und de Gaulles anbelange, habe die Bundesregierung schon damit begonnen, de Gaulle ihre Haltung zu diesem Thema darzulegen, wie es überhaupt seine Absicht sei, keine Unklarheiten übrig zu lassen, sondern klar zu machen, wo die deutsche Haltung anders aussehe, wie z.B. in der NATO, in

<sup>10</sup> Zum Schreiben des Präsidenten des BDI, Berg, vom 11. Januar 1967 vgl. Dok. 16, Anm. 4.

der von Deutschland gewünschten Anwesenheit alliierter Truppen auf deutschem Gebiet und in der Frage des britischen Beitritts. Dies seien die drei Hauptpunkte, in denen Uneinigkeit habe festgestellt werden müssen. In der Abschlusssitzung sei dies noch einmal dargetan worden, gleichzeitig aber sei gesagt worden, daß dennoch die beiden Völker auf besondere Weise und auf lange Zeit politisch zusammenarbeiten würden. Dies sei ein bedeutsames Ergebnis, denn seit Abschluß des deutsch-französischen Vertrags<sup>11</sup> habe es viele Mißverständnisse und Enttäuschungen und Rückschläge gegeben, die teilweise darauf zurückzuführen seien, daß manches in der Vergangenheit im Unklaren gelassen worden sei. Dieses sehr empfindliche Pflänzchen habe gerade erst wieder zu wachsen begonnen. Deswegen müsse man vorsichtig vorgehen. Die Zusammenarbeit zwischen den beiden großen Partnern auf dem Kontinent sei nicht nur für Frankreich und Deutschland, sondern für ganz Europa wichtig. Man müsse daher sehen, was man gemeinsam machen und was man in den Fragen tun könne, in denen Uneinigkeit herrsche. Zu letzteren gehöre derzeit auch ein britischer Beitritt. Wie könne Deutschland nun Einfluß ausüben? Er glaube nicht, daß man de Gaulle durch Druck oder Druckähnliches besonders beeindrucken könne. Im übrigen meine er, daß Deutschland gar nicht viele Möglichkeiten für Druck habe. Was Deutschland nach den Jahren des Mißbehagens und der gerade eingeleiteten Wiederbelebung des deutsch-französischen Vertrages tun könne, sei zu überzeugen, und zwar durch gute Argumente. Man müsse zusammen mit den Franzosen sehen, welche Sorgen unberechtigt seien und welche berechtigten Sorgen auf welche Weise ausgeräumt werden könnten. Man müsse Methoden finden, die einen britischen Beitritt ermöglichen, ohne dadurch das Wesen der Gemeinschaft zu zerstören. Je mehr die Bundesregierung die französischen Erwartungen auf eine gute Entwicklung der deutsch-französischen Zusammenarbeit erfüllen könne, desto besser sei ihre Position in der anderen Frage. Über die NATO oder die Anwesenheit alliierter Truppen brauche mit Frankreich ja nicht verhandelt zu werden, weil hier Tatsachen geschaffen seien, die man nur feststellen könne, so z. B. daß die Bundesregierung in der NATO-Frage und hinsichtlich der Anwesenheit von Truppen eben eine andere Entscheidung getroffen habe als Frankreich. Das dritte Thema, in dem zwischen Frankreich und Deutschland Uneinigkeit bestehe, sei jedoch schwieriger, weil dort eine echte Einigung erforderlich sei. Die Bundesregierung sei bereit, das ihr Mögliche mit der erforderlichen Geduld und Energie zu tun.

Premierminister *Wilson* betonte, die Weiterentwicklung<sup>12</sup> des deutsch-französischen Vertrages sei nicht nur für Deutschland und Frankreich, sondern für ganz Europa von Bedeutung, und England werde von der Bundesregierung nichts verlangen, was diese Angelegenheit belasten würde. Hinsichtlich der Darlegung des Herrn Bundeskanzlers zur Haltung der französischen Regierung und insbesondere de Gaulles vor und nach dem Besuch Wilsons in Paris stimme er mit der Beurteilung überein. Tatsächlich habe sich ein Fortschritt feststellen lassen. Er stimme mit dem Herrn Bundeskanzler auch darin voll

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>12</sup> Korrigiert aus: „Wiederentwicklung“.

überein, daß jeder Druck, der als Druck erkennbar wäre, sehr wohl das Gegenteil erreichen könnte. Umso wichtiger sei es, de Gaulle zu überzeugen, der ja gewisse Sorgen habe. Er selbst habe festgestellt, daß de Gaulle sehr aufgeschlossen sei für Fakten, insbesondere für solche, die ihm vorher noch niemand gesagt habe. Er habe ein langes Gespräch mit Pompidou und Couve de Murville über Landwirtschaftsfragen geführt.<sup>13</sup> Danach seien sie alle ins Elysée gefahren, wobei Pompidou eine Minute vorher bei de Gaulle gewesen sei. Als de Gaulle ihn dann hereingerufen habe, habe er recht erregt geschienen, und es habe sich herausgestellt, daß diese Erregung darauf zurückzuführen sei, daß er erfahren habe, Großbritannien baue heute 13 Mio. Tonnen Getreide an. Wahrscheinlich habe de Gaulle gemeint, England baue nur wenig Getreide an. Wenn England dem Gemeinsamen Markt beitrete, werde sich nach den derzeitigen Agrarregelungen die Getreideproduktion bedeutsam steigern, vielleicht sogar zu sehr. Man rechne dann damit, daß England 1971 20 Mio. Tonnen Getreide anbauen werde. In Fußballterminologie ausgedrückt scheine es, daß die 13 Mio. Tonnen England in de Gaulles Augen mit Frankreich in die Bundesliga versetzten. Er (Wilson) habe dann auch darauf hingewiesen, wenn man den Getreidepreis des Gemeinsamen Marktes anwende, werde England viel Getreide nach Frankreich ausführen. Dieses Faktum habe de Gaulle ebenfalls, allerdings in anderem Sinne, beeindruckt. Beeindruckt sei de Gaulle auch von allem, was er (Wilson) über die Technologie gesagt habe. De Gaulles Hoffnung habe gelautet, daß man vielleicht bilateral im technologischen Bereich zusammenarbeiten könnte, wie dies in großem Umfang in der Luftfahrtindustrie bereits geschehe. Er (Wilson) habe aber darauf hingewiesen, daß ein großer Unterschied bestehe zwischen Militäraufträgen, die von der Regierung vergeben würden, und der Zusammenarbeit zwischen zivilen Firmen, die von den Firmen selbst zu beschließen sei. Jedenfalls habe das technologische Argument de Gaulle stark beeindruckt. Er (Wilson) habe in diesem Zusammenhang aber betont, daß eine echte technologische Zusammenarbeit nicht von der Marktintegration zu trennen sei. In einem weiteren Punkt sei es gelungen, de Gaulles Zweifel zu zerstreuen, denn de Gaulle habe anerkannt, daß hinsichtlich der militärischen Position (die ja die Verhandlungen 1963 geschädigt habe) ein großer Unterschied bestehe. Dies sei zum Teil darauf zurückzuführen, daß der Nachweis gelungen sei, daß die Royal Air Force in der nächsten Phase völlig abgestellt werde auf die von England und Frankreich gemeinsam entwickelten drei Militärflugzeugtypen.

Premierminister Wilson betonte dann, es wäre tragisch, wenn der heute in England vorhandene Drang zum Gemeinsamen Markt verloren ginge, weil man in Europa an eine völlig neue Alternativlösung, wie z. B. an eine Freihandelszone denken würde. Natürlich lasse sich manches Argument finden, daß eine Freihandelszone für England sehr gut wäre und einige der Wirtschaftsprobleme aus der gegenwärtigen Spaltung Europas in zwei Wirtschaftsgruppen lösen würde. Eine Freihandelszone wäre natürlich besser als die jetzige

<sup>13</sup> Premierminister Wilson betonte in dem Gespräch vom 24. Januar 1967, daß die britische Regierung die gemeinsame Agrarpolitik nicht ablehne, sie „wünsche jedoch Übergangsregelungen und Anpassungen (adjustments), um die Lasten des Vereinigten Königreichs bei voller Übernahme des EWG-Agrarsystems zu vermindern“. Vgl. die Aufzeichnung des Referats I A 2 vom 3. Februar 1967; Referat I A 2, Bd. 1463.

Situation. Aber eine Freihandelszone würde völlig versagen, wo es um eine politische Einheit gehe. Er habe de Gaulle gesagt (und dies auch Kossygin gegenüber zitiert), daß England die jetzigen Gespräche nicht als rein wirtschaftlich bedingt ansehe, sondern daß der politische Wert eines Beitritts weit über die wirtschaftlichen Vorteile hinausgehe. Natürlich gebe es Wirtschaftsfragen wie Getreide und Neuseeland-Butter. Es wäre aber tragisch, wenn die Erörterungen auf diese Thematik beschränkt blieben. Man dürfe den eigenen Weitblick nicht dadurch einengen, daß man meine, die Problematik könnte durch irgendwelche oberflächlich attraktiven Wirtschaftsarrangements geregelt werden. In noch größerem Maße gelten diese Überlegungen für den Gedanken, ein völlig neues Gebäude zu erstellen.

Außenminister *Brown* sagte, gerade in diesem Bereich sollten Deutschland und England im engsten Kontakt bleiben. Der Herr Bundeskanzler habe von der Notwendigkeit gesprochen, Geduld zu haben. Er selbst müsse aber auf die Notwendigkeit hinweisen, die in England zur Zeit vorhandene Strömung auch zu nutzen. Die britische Regierung bedürfe deutscher Ratschläge hinsichtlich des Rhythmus, mit dem man vorgehen müsse, wobei sie die Entwicklung der innenpolitischen Szenerie nicht außer acht lassen dürfe.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, die Schwierigkeiten seien ihm voll bewußt, und gerade das bereite ihm Sorge. Aus dem Eindruck seiner Pariser Gespräche befürchte er, daß man mit einem starken französischen Widerstand rechnen müsse. Da die Bundesregierung aber gerade angefangen habe, das deutsch-französische Verhältnis wiederzubeleben, müsse man davon ausgehen, daß es einige Zeit brauchen werde, bis man umstrittene Fragen lösen könne. Andererseits sei er sich bewußt, daß in England die Strömung heute besonders günstig sei. Er nehme an, daß die britische Öffentlichkeit nach Abschluß der Besuchsrunde etwas erwarte. Er halte es für nützlich, sich zu überlegen, was man tun könne, um eine Lücke zwischen dem Abschluß der Besuchsrunde und neu zu ergreifenden Schritten zu schließen. Dies für den Fall, daß der französische Widerstand anhalte. Bis jetzt sei ihm noch nichts Besonderes zu diesem Thema eingefallen, außer daß man vielleicht an eine Kommission denken könnte, welche die Fragen prüfen und vorbereiten sollte, um keine Lücke entstehen zu lassen. Eines sei gewiß: nicht nur für ein Land von der Bedeutung und Tradition Großbritanniens, sondern für alle wäre es unerträglich, wenn die Situation von 1963 sich wiederholen würde. Dies sei unter allen Umständen zu vermeiden. Man müsse sich daher überlegen, wie eine solche Lücke überbrückt werden könnte, um überall den Eindruck zu geben, daß die Dinge in Bewegung blieben.

Premierminister *Wilson* bemerkte, es sei sehr wichtig, daß England mit seinen Freunden überlege, was nach Abschluß der Besuchsrunde zu tun sei. Die ideale Lösung wäre, wenn möglichst bald danach die tatsächlichen Beitrittsverhandlungen begönnen, weil sonst die derzeitige Strömung nicht andauern würde. Dies wolle er besonders unterstreichen. Die große Mehrheit der britischen öffentlichen Meinung sei für einen Beitritt.<sup>14</sup> Dabei verlasse sich die

<sup>14</sup> Am 26. Januar 1967 berichtete Botschafter Blankenhorn, London, daß sich laut einer in der britischen Presse veröffentlichten Meinungsumfrage 59 % der Bevölkerung für einen Beitritt Großbritanniens zur EWG ausgesprochen hätten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 166; Referat I A 2, Bd. 1462.

englische Regierung nicht auf reine Meinungsumfragen, aber wenn solche Meinungsumfragen angestellt würden mit mehreren Alternativen, so würde sich eine überwältigende Mehrheit für die europäische Lösung aussprechen. Würde dem britischen Beitritts-gesuch wiederum ein Veto, wenn auch in höflicherer Form, entgegengestellt, würde nach seiner Meinung das britische Volk sagen, die Dinge könnten nicht so bleiben, wie sie seien. Überdies würde der Regierung vorgeworfen, sie habe gar keine Überseewirtschaftspolitik. Es ergäbe sich dann ein starker Druck für die Suche nach einer anderen Lösung.

Außenminister *Brown* warf ein, dieser Druck käme aus zweierlei Richtungen: es gebe erstens recht mächtige Kollegen, die gegen den britischen Beitritt seien, und es werde auch einen Druck innerhalb der EFTA geben, da nicht alle Mitglieder der EFTA von der gleichen Europabegeisterung beseelt seien. Damit würde der Graben noch tiefer.

Premierminister *Wilson* wies darauf hin, daß sogar noch Schlimmeres passieren könnte. Es gebe heute die EWG und die EFTA, und diese beiden Gruppierungen stellten die wirtschaftliche Spaltung Europas dar. Es könnte aber sehr wohl zu etwas kommen, was fast einem Wirtschaftskrieg ähnlich wäre. So litten gewisse EFTA-Länder zum Beispiel unter dem Agrarprogramm des Gemeinsamen Marktes. Im GATT habe es schon Widerstände gegeben, die darauf hingewiesen hätten, daß die EWG Dinge tue, die gegen den Geist von GATT gerichtet seien. Es könnte sehr wohl sein, daß sich dies verschärfe. Gerade deswegen sage er, die Alternative heiße: vorwärts oder rückwärts.

Der Herr *Bundesaußenminister* erklärte, die britische Regierung sollte vielleicht noch über zwei Dinge unterrichtet werden, die in nächster Zeit stattfinden und möglicherweise zusätzliche Sorgen auslösen könnten. Das erste sei die wahrscheinliche Konferenz in Rom zum Zehnjahrestag der Unterzeichnung des Rom-Vertrages. Die Frage sei bereits in den letzten Wochen aufgetaucht<sup>15</sup>, ob dort etwas passieren würde, was die Dinge schwieriger machen könnte. Er glaube, daß eine solche Gefahr nicht vorliege. Zwar würde es begrüßt, wenn man politisch schon weiter wäre, aber die Dinge lägen nun einmal anders. Es könnte sich höchstens darum handeln, daß weitere Regierungszusammenkünfte vereinbart würden, die aber nichts präjudizierten. Das zweite sei die wahrscheinliche Fusion der drei Exekutiven. Hier könne man wohl davon ausgehen, daß noch vor Sommer – unabhängig von der Frage des britischen Beitritts – die Fusion der drei Exekutiven erfolgen werde, wobei es danach etwa zwei Jahre dauern werde, ehe man die Verträge fusionieren könne. Davon abgesehen meine er, daß es nicht nur für die bilateralen Bemühungen, Paris zu überzeugen, sondern auch für die Gespräche unter den Sechs und manchmal zwischen den fünf Partnern und dem sechsten Partner wichtig sei, als Ergebnis der jetzigen Zusammenkunft soviel Konkretes wie möglich zu erfahren. Dies wäre sicherlich nützlich.

Der *Premierminister* erklärte, er halte die Landwirtschaft für das größte Problem.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte noch zu der möglichen Konferenz in Rom, in Paris sei darüber folgendes besprochen worden: De Gaulle habe sich zunächst

<sup>15</sup> Zum Vorschlag einer Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten in Rom am 29./30. Mai 1967 vgl. Dok. 8.

gefragt, ob man überhaupt dorthin gehen solle, denn es sei ja nicht sehr sinnvoll, nur zu einer Geburtstagsfeier zusammenzukommen, sondern man müßte schon auch etwas politische Substanz haben. Später habe er auf eine Anregung Couve de Murvilles bemerkt, man könnte vielleicht ohne jede Tagesordnung über gewisse Fragen sprechen und möglicherweise sogar vereinbaren, daß die Außenminister sich gelegentlich wiederträfen. De Gaulle habe auch dem Gedanken zugestimmt, die Exekutiven schnell zu fusionieren und sogar gemeint, dieser Beschluß könnte am Ende der Rom-Tagung stehen, so daß die Fusion kurz darauf stattfinden könnte. Die Frage der Fusionierung und der Zeitplan für einen britischen Beitritt habe ebenfalls Bedeutung, denn es gebe auch außerhalb Frankreichs viele Leute, die es für besser hielten, wenn die Beitrittsverhandlungen und die Verhandlungen über die Fusionierung sich nicht überschnitten.

Premierminister *Wilson* bezeichnete es als wichtig, davon auszugehen, daß nicht die gesamte Innendekoration des Hauses schon fertiggestellt werde in allen Einzelheiten, ehe man überhaupt über einen britischen Beitrittsantrag spreche. Je früher England in die Gemeinschaft eintrete, desto mehr könne es mitwirken an der Gestaltung der einzigen Gemeinschaft.

Premierminister *Wilson* sagte dann, er frage sich, wie nach Auffassung des Herrn Bundeskanzlers die Gespräche mit Kossygin die gemeinsame Zielsetzung hinsichtlich des Gemeinsamen Marktes berührten. Er habe den Eindruck, daß der Herr Bundeskanzler ihm mit großer Autorität den Wunsch der Bundesregierung nahe bringe, ein besseres Verhältnis zu den osteuropäischen Ländern und eine Entspannung im Verhältnis zu jenem Bereich zu erzielen, vorausgesetzt, daß keine lebenswichtigen deutschen Interessen geopfert würden. Wenn dies der Fall sei, dann seien natürlich die Beziehungen zur Sowjetunion von Wichtigkeit. Frankreich habe gute Beziehungen zu Rußland, und dasselbe gelte für Englands Beziehungen zu Rußland, die allerdings anders geartet seien. De Gaulle messe einer Ost-West-Entspannung in Europa große Bedeutung bei. Er spreche ja von dem Europa bis zum Ural.<sup>16</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* warf ein, die neueste Formel laute „Europa von einem Ende zum anderen“.

Premierminister *Wilson* fuhr fort, offensichtlich seien die französischen Beziehungen zu Rußland besonderer Natur, und die Beziehungen Englands zu Rußland seien ebenfalls, wenn auch in anderer Weise, besonderer Natur, und in mancher Hinsicht sogar bedeutsamer. England könnte daher bei der Erreichung der von der Bundesregierung gesetzten Ziele hilfreich sein. Kossygin habe in der Öffentlichkeit vieles gesagt, und es sei zu bemerken, daß er in privaten Gesprächen in vielen Punkten flexibler sei, obwohl dies nicht für seine Haltung gegenüber Deutschland gelte. England habe nunmehr äußerst gute

<sup>16</sup> Staatspräsident de Gaulle erklärte am 23. November 1959 in Straßburg, daß Europa in seiner Gesamtheit vom Atlantik bis zum Ural das Schicksal der Welt entscheiden werde und daß im Falle des Weiterbestehens der Teilung Europas in zwei feindliche Lager der Krieg früher oder später die menschliche Rasse zerstören werde. Vgl. den Artikel „Le voyage présidentiel en Alsace“; LE MONDE, Nr. 4615 vom 24. November 1959, S. 4.

Ähnlich äußerte sich de Gaulle in seiner Tischrede während des Besuchs in Bonn am 4. September 1962. Vgl. dazu DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 5. Vgl. ferner BULLETIN 1962, S. 1402.



Beziehungen zur sowjetischen Regierung geknüpft. Gromyko habe darauf hingewiesen, er meine, diese Beziehungen hätten geradezu einen Höchststand erreicht. Dies sei gelungen, ohne ein einziges deutsches Interesse zu opfern. Außenminister Brown habe schon eine Art Erziehungsaufgabe gegenüber den Russen übernommen. Er frage sich nun, wie die Bundesregierung dazu stehe, ob sie etwa in der Annäherung zwischen England und Rußland eine Barriere für die Gespräche über den Beitritt zum Gemeinsamen Markt erblicke. England sei sogar eine Art Mittler geworden zwischen Amerika und Rußland in Fragen, in denen diese beiden Länder nur schwer miteinander direkt sprechen könnten, wie z. B. Vietnam. Er glaube, daß im Laufe der Zeit England auch in einer Reihe von Deutschland betreffenden Fragen die deutsche Haltung den Russen nahebringen könnte, obgleich der Erfolg solcher Überredungskünste sicherlich nicht sehr schnell zu erwarten sei. Mit Kossygin habe er auch ziemlich lange über den Gemeinsamen Markt gesprochen und ihn dabei überraschend entspannt gefunden. Bei früheren Besuchen in der Sowjetunion<sup>17</sup> habe er immer sehr heftige Reaktionen gegen den Gemeinsamen Markt vorgefunden, was dieses Mal nicht zugetroffen habe. Bei seiner Fernsehansprache sei Kossygin gefragt worden, ob der Eintritt Englands in den Gemeinsamen Markt störend sei. Darauf habe Kossygin erwidert, er sei natürlich nicht enthusiastisch. Bei der Aushandlung des Kommuniqués<sup>18</sup> hätten die Russen Bedenken erhoben gegen die Einfügung eines Satzes über den britischen Beitritt in den Gemeinsamen Markt. Zu keinem Zeitpunkt habe Kossygin jedoch darauf hingewiesen, ein britischer Beitritt würde von russischer Seite als eine schwerwiegende Sache empfunden. Es habe sogar Gerüchte gegeben, Kossygin dränge Finnland zu engeren Beziehungen mit dem Gemeinsamen Markt, obgleich Rußland im Falle Österreichs eine andere Haltung einnehme. Gegen die Einfügung eines diesbezüglichen Satzes in das Kommuniqué habe Kossygin eingewandt, Rußland sei gegen den Gemeinsamen Markt, weil dieser zu klein sei. Insgesamt, sagte Wilson, fühle er sich durch die Gespräche ermutigt. Er fragte dann noch einmal, ob der Herr Bundeskanzler hier irgendwelche Schwierigkeiten sehe für das Thema EWG.

Der Herr *Bundeskanzler* verwies darauf, er habe noch nicht die Zeit gehabt, die Abmachungen Englands mit der Sowjetunion zu prüfen. Natürlich entspreche jeder Schritt nach vorne in der Frage der Entspannung zwischen den westlichen Ländern und der Sowjetunion den deutschen Auffassungen, solange das deutsche Problem dabei nicht verloren gehe. Was den Gemeinsamen Markt anbelange, so wisse er nicht, ob die frühere feindselige russische Haltung vielleicht darauf zurückzuführen gewesen sei, weil die Russen nicht nur den Gemeinsamen Markt, sondern eine politische Union mit einer möglichen Verteidigungsgemeinschaft darin erblickt hätten. Möglicherweise habe der Nichtverbreitungsvertrag einige Sorgen der Sowjets in dieser Beziehung beseitigt. Kossygin sei ja geradezu brutal gewesen in seiner Formulierung, die Bundesrepublik werde unterzeichnen müssen, ob sie wolle oder nicht. Möglicherweise dächten die Russen, wenn der Nichtverbreitungsvertrag einmal unterschrieben

<sup>17</sup> Premierminister Wilson hielt sich vom 22. bis 24. Februar und vom 16. bis 19. Juli 1966 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 62 bzw. HANSARD, Bd. 732, Sp. 382–390.

<sup>18</sup> Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 140–144.

sei, werde der Gemeinsame Markt gar nicht sich in etwas Politisches oder militärisch Wirksames entwickeln können, was die Interessen der Sowjetunion bedrohen könnte. Der Herr Bundeskanzler betonte, er wisse nicht, ob dies ein Grund sei. Vielleicht wäre die russische Haltung jedoch anders, wenn zur Zeit nicht der Nichtverbreitungsvertrag anstünde.

Zu der brutalen Äußerung Kossygins bemerkte Außenminister *Brown*, diese sei auf einen Übersetzungsfehler zurückzuführen gewesen. Die von den Russen später gelieferte genaue Formulierung sei sehr viel weniger brutal.

Der Herr *Bundeskanzler* verwies kurz darauf, daß die russische Botschaft sowie *Prawda* die schärfere Formulierung bestätigt hätten.

Das Gespräch endete um 11.40 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 21**

## 56

### Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

**St.S. 531/67 VS-vertraulich**

**15. Februar 1967**

Betr.: Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien

Bezug: Aufzeichnung vom 13. Februar 1967 – St.S. 500/67 VS-v<sup>1</sup>

Gegen die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Jugoslawien sprechen folgende, meines Erachtens nicht widerlegbare Bedenken:

1) Es ist nicht anzunehmen, daß Länder der Dritten Welt auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen uns und Rumänien mit der Schaffung solcher Beziehungen zu Pankow antworten werden. Sie haben verstanden, daß sich ein Land wie Rumänien – das gleiche gilt für Bulgarien, Ungarn, die Tschechoslowakei und Polen – deshalb in einer grundsätzlich anderen Lage gegenüber Pankow befunden hat und befindet als sie selbst, weil es für diese Länder niemals eine Alternative gegeben hat, sondern mit der Entstehung der „sozialistischen Volksrepubliken“ die Verbindung mit Pankow untrennbar verbunden war. Dieses Argument gilt nicht für Jugoslawien.<sup>2</sup>

2) Man kann auch nicht damit argumentieren, daß Jugoslawien „ja auch zu den sozialistischen Ländern“ gehöre. Als sozialistische Länder fühlt sich auch eine Reihe anderer Staaten, und zwar gerade solche, bei denen die Gefahr einer Anerkennung der DDR in besonderem Maße gegeben ist (Algerien, Mali, Guinea, Tansania, Kongo Brazzaville, VAR, Syrien, Yemen, Irak)<sup>3</sup>, und dieses „Gefühl“ ist keineswegs Einbildung, denn in der Tat bestehen in bezug auf

<sup>1</sup> Für die Aufzeichnung des Staatssekretärs Schütz vgl. Dok. 51.

<sup>2</sup> Dazu handschriftliche Bemerkung des Bundesministers Brandt: „1948/55“.

<sup>3</sup> Dazu handschriftliche Bemerkung des Bundesministers Brandt: „Europa“.

Planwirtschaft, Einparteiensystem, Staatshandel usw. starke Affinitäten mit Jugoslawien. Der Hinweis, daß Jugoslawien „dürfe“, kann von diesen anderen Ländern nur als Erlaubnis betrachtet werden, das gleiche zu tun.

3) Wir können zwar weiter damit drohen, unsere Beziehungen abubrechen, wenn Beziehungen mit Pankow aufgenommen werden. Aber wer wird das ernst nehmen, wenn wir gleichzeitig die Beziehungen mit dem Land wieder aufnehmen, das den „Sündenfall“<sup>4</sup> begangen hat. Die anderen Länder werden erkennen, daß wir die Beziehungen mit Belgrad wieder aufgenommen haben, weil wir glauben, auf die Dauer mit einem Land von der Bedeutung Jugoslawiens nicht ohne diplomatische Beziehungen in unserer internationalen Politik auskommen zu können. Das werden dann aber Länder wie Indien, die VAR und andere nicht zu Unrecht von sich selbst ebenfalls annehmen.

4) Gewiß ist es mißlich, keine Beziehungen zu Jugoslawien zu haben, während Beziehungen zu den anderen Ländern Südosteuropas bestehen. Aber noch mißlicher wäre der Zusammenbruch der Hallstein-Doktrin, d.h. der Verteidigung unseres Alleinvertretungsanspruchs gegenüber der übrigen Welt. Man mag einwenden, daß diese Doktrin ohnehin gefährdet sei – nach meiner Auffassung kann man hoffen, daß sie hält –, aber das bleibt doch jedenfalls abzuwarten. Wir sollten den Zusammenbruch nicht beschleunigen.

5) Ich möchte hieraus folgern, daß wir uns zunächst auf die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Bulgarien, Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen konzentrieren sollten. So lange diese Aktion nicht abgeschlossen ist, kann sich Herr Tito nicht in überzeugender Weise beschweren. Ist der Abschluß einmal erreicht, dann gelingt es vielleicht, die nicht-europäischen Länder davon zu überzeugen, daß aus geographischen Gründen – weil nämlich Jugoslawien sonst das einzige Land unseres Kontinents wäre, mit dem wir keine diplomatischen Beziehungen hätten – eine Ausnahme geduldet werden sollte. Auch halte ich es nicht für ausgeschlossen, daß Tito eine solche Aktion bei seinen Freunden in New Delhi und Kairo usw. unterstützen würde. Aber das ist eine Frage, die sich nicht in der allernächsten Zukunft stellt.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär I<sup>5</sup> dem Herrn Minister<sup>6</sup> vorgelegt.

Im Konzept gezeichnet: Lahr

**VS-Bd. 430 (Büro Staatssekretär)**

<sup>4</sup> Die Anerkennung der DDR durch Jugoslawien am 10. Oktober 1957 führte zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien am 19. Oktober 1957.

<sup>5</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 17. Februar 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Minister. Meine Auffassung ist Ihnen bekannt.“ Vgl. dazu Dok. 51.

<sup>6</sup> Hat Bundesminister Brandt am 19. Februar 1967 vorgelegen.

## 57

### Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Premierminister Wilson

ZA 5-30.A/67 VS-vertraulich

16. Februar 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler führte am 16. Februar 1967 um 9.30 Uhr ein zweites Gespräch<sup>2</sup> im kleinen Kreise mit dem britischen Premierminister Wilson in Anwesenheit von Bundesminister Brandt und Außenminister Brown.

Eingehend bemerkte Außenminister *Brown*, nach dem Gespräch am Vorabend habe er heute vormittag noch einmal mit Herrn Minister Strauß gesprochen und dabei zu seiner Überraschung festgestellt, daß dieser bei seiner harten Linie geblieben sei.<sup>3</sup>

Premierminister *Wilson* betonte, die Frage des Nichtverbreitungsabkommens sei natürlich kein in die Problematik des Gemeinsamen Marktes gehörendes Thema, doch sei dieser Vertrag sehr wichtig. Vor allem liege Großbritannien sehr viel daran, den Abschluß des Vertrages sicherzustellen. Gewisse Fortschritte seien wohl in den Gesprächen zwischen den zwei von den beiden Außenministern genannten Beamten erzielt worden, vielleicht aber wäre es doch gut, wenn die britische Regierung ihren wissenschaftlichen Chefberater Sir Solly Zuckerman nach Bonn entsenden würde, der nicht nur über die Nichtverbreitungsseite dieser Frage gut informiert sei, sondern vor allem auch über die wissenschaftlichen Probleme. Natürlich würde Sir Zuckerman nicht darüber sprechen können, ob eventuell eine europäische Verteidigungsgemeinschaft geschaffen werden solle, doch könne er genau Auskunft geben, wie weit die deutschen Befürchtungen für eine Benachteiligung der zivilen Forschung berechtigt seien.

Der Herr *Bundeskanzler* bezeichnete dies als sehr nützlich.

Der *Premierminister* regte an, daß auch die beiden Außenminister noch weiter über diese Frage sprechen könnten, beziehungsweise könnte Lord Chalfont nach Bonn entsandt werden.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, er meine, der britischen Regierung bei dieser Gelegenheit etwas sagen zu müssen. Die Haltung, die Herr Strauß in dieser Frage jetzt einnehme, sei ein gewisses Symptom für eine Unruhe in Deutschland, die sich auf die verschiedenste Weise ausdrücke. Betrachte man die deutsche Presse, so finde man in vielen Zeitungen ähnliche Empfindungen, daß Deutschland degradiert und endgültig zu einer Nation zehnter Klasse gestem-

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 17. Februar 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Für das Gespräch vom 15. Februar 1967 vgl. Dok. 55.

<sup>3</sup> Bereits am 8. Februar 1967 erklärte Bundesminister Strauß zu einem Nichtverbreitungsabkommen, damit werde „die Höchstrüstung der Höchstgerüsteten garantiert und die Ohnmacht der Nichtshabenden institutionell verewigt.“ Vgl. AdG 1967, S. 13018.  
Bei einem Empfang für Premierminister Wilson äußerte sich Bundesminister Strauß am 15. Februar 1967 dazu: „Das ist ein neues Versailles, und zwar eines von kosmischen Ausmaßen.“ Vgl. den Artikel „Schlag der Trommeln“; DER SPIEGEL, Nr. 10 vom 27. Februar 1967, S. 18.

pelt werde. Dieses Gefühl werde nicht nur durch den Vertrag selbst und seinen Inhalt hervorgerufen, sondern auch die Art und Weise, wie der Vertrag vorbereitet und das Problem an die Bundesregierung herangetragen worden sei. Es bestehe aber auch eine Stimmung, daß alles, worauf man sich bisher verlassen habe, ungewiß geworden sei. Auf das Bündnis sei kein Verlaß mehr, die NATO zeige keinen Zusammenhalt und sei unter den jetzigen Umständen ein Anachronismus, Amerika verfolge eigentlich eine ganz andere Politik, dasselbe gelte auch für Großbritannien, und bei allen sei das deutsche Problem abgeschrieben. Er sage, daß es sich hier um eine Stimmung handle, die durch eine Reihe von Ereignissen der vergangenen Jahre hervorgerufen worden sei. Er wolle diese Sache nicht dramatisieren. Auch die NPD sei in gewisser Weise ein Ausfluß dieser Stimmung. Wenn aber jemand wie Herr Strauß, dem man keinerlei nazistische Tendenzen vorwerfen könne, solche Dinge sage, so bedeute dies lediglich, daß die Sache ernst sei. Er wäre daher dankbar für jede Hilfe, die England geben könne. Es handle sich vor allem um eine psychologische Hilfe. Es wäre schon von sehr großem Nutzen, wenn England zum Beispiel sagte, daß man tatsächlich von den Nichtnuklearmächten sehr vieles erwarte und daß bestimmte Interessen erwogen werden sollten. Schon am Vortage sei kurz über die brutalen Äußerungen Kossygins gesprochen worden.<sup>4</sup> Man sei von deutscher Seite an die russische Botschaft herangetreten, um den genauen Wortlaut zu erfahren. Die Botschaft habe sich Zeit genommen, was offensichtlich bedeute, daß sie zurückgefragt habe. Zu seiner Überraschung (denn er habe schon an einen Übersetzungsfehler geglaubt) sei dann aber amtlich die schärfere Formulierung bestätigt worden, daß nämlich die Bundesrepublik unterzeichnen müsse, ob sie wolle oder nicht. Diese Äußerung sei somit gewiß nicht unbeabsichtigt von sowjetischer Seite getan worden. Der Herr Bundeskanzler verwies auf die Regierungserklärung<sup>5</sup> und sagte, daraus sei klar zu erkennen, daß diese Bundesregierung wirklich eine Politik des Friedens, der Verständigung und der Überwindung der europäischen Gegensätze durchführen wolle. Diese Bewegung habe möglicherweise zunächst in der Zone offensiv gewirkt, weil sie eine gewisse Unruhe in das Warschauer-Pakt-Lager getragen habe. Das sei aber unvermeidlich, solange die SBZ fordere, jeder, der mit der Bundesrepublik diplomatische Beziehungen aufnehme, müsse vorher verlangen, daß die Bundesregierung ihren Alleinvertretungsanspruch aufgebe. Das Vorgehen der Bundesregierung sei keineswegs offensiv, und er sei gewiß, daß auf die Dauer diese Politik zum Frieden beitragen werde. Diese Friedenspolitik werde gestützt von den beiden großen Koalitionsparteien. Sie komme zu einer Zeit, da in Deutschland Unruhe gäre. Das werde bestimmt gewisse Schwierigkeiten mit sich bringen. Der Vizekanzler<sup>6</sup> und er seien aber fest entschlossen, diese Politik fortzuführen. Nach dem gestrigen Gespräch und der heutigen Morgenunterhaltung zwischen Außenminister Brown und Minister Strauß habe ihm aber daran gelegen, die Situation einmal zu skizzieren. Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, er sei gewiß, diese Politik durchsetzen zu können, doch

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 55, besonders Anm. 8.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

<sup>6</sup> Willy Brandt.

brauche sie eine gewisse Hilfe, auch psychologischer Natur. Schließlich sei Deutschland in letzter Zeit doch ziemlich viel zugemutet worden.

Premierminister *Wilson* bemerkte, er verstehe sehr wohl, daß die Bundesregierung das Gefühl entwickeln könnte, in letzter Zeit etwas herumgeschubst worden zu sein. Auch England bekomme dieses Gefühl, und zwar schubsten oft die besten Freunde. Die Frage der NPD sei seines Erachtens von großer Bedeutung. Sie habe in Großbritannien einige Sorgen ausgelöst und bilde selbstverständlich eine tiefgehende Besorgnis für Rußland. Er hielte es für nützlich, wenn die Bundesregierung die britische Regierung auf dem laufenden halten würde. Fragen dazu seien dem Außenminister schon im Unterhaus gestellt worden und er habe sie mit großer Ruhe und Gelassenheit behandelt. Er halte es aber für sehr wichtig, in diesen Fragen die Russen zu erziehen, und Außenminister Brown habe damit schon begonnen<sup>7</sup>. Aus den Bemerkungen des Herrn Bundeskanzlers entnehme er, daß wahrscheinlich die NPD Ausfluß einer allgemeinen Unzufriedenheit sei und somit eine Art Poujade-Bewegung. In ähnlichen Situationen gebe es auch in England poujadistische Strömungen. Zur Frage der dem Nichtverbreitungsvertrag zugrunde liegenden Philosophie stimme er sehr mit dem Herrn Bundeskanzler überein, und Lord Chalfont habe in Genf hart gearbeitet, weil der Druck von seiten Indiens und Schwedens noch stärker gewesen sei. Es wäre unglücklich, wenn es zwei Klassen von Nationen geben würde, die Besitzenden und die Nicht-Besitzenden, insbesondere, wenn militärischer Nichtbesitz gleichzeitig Nachteile für die Zivilindustrie mit sich brächte. Er habe vor einem Jahr in Moskau, im vergangenen Juli<sup>8</sup> und nunmehr wieder letzte Woche mit Kossygin<sup>9</sup> darüber gesprochen und insbesondere vergangene Woche darauf hingewiesen, daß bei den Neutralen sehr große Bedenken bestünden, die natürlich auch für die Bundesregierung gelten, daß sie nämlich sagten, wenn sie auf nukleare Entwicklung verzichteten, dann müßten die Nuklearmächte mit größter Dringlichkeit selbst auf eine eigene Denuklearisierung hinarbeiten. Er habe Kossygin außerdem gesagt, daß diese Länder auch militärische Garantien wollten. Kossygin habe erste Schritte schon unternommen, indem er erklärt habe, daß die Nuklearmächte sich verpflichten sollten, nukleare Waffen nicht gegen Nichtnuklearmächte einzusetzen. Natürlich glaube niemand daran, daß jemand im Kriegsfall sich an solche Verpflichtungen halten würde. Er (*Wilson*) habe Kossygin gesagt, man müsse schon noch weitergehen und eine Art kollektive Garantie haben, daß die Nichtnuklearmächte auch nicht nuklear angegriffen würden. Das Problem sei natürlich Indien, das eine chinesische Aggression befürchte und darum Garantien fordere. Es könne, da es zur neutralen Welt gehöre, weder eine rein amerikanische noch eine amerikanisch-britische Garantie akzeptieren, son-

<sup>7</sup> Am 15. Februar 1967 erklärte der britische Außenminister nach Auskunft des Chefs des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, von Hase, zur NPD: „The situation is, for heaven's sake let us concentrate on the more than 90 per cent who are supporting the various democratic parties, rather than concentrating too much on the less than 10 per cent who have coalesced behind the NPD.“ Vgl. BULLETIN 1967, S. 132.

<sup>8</sup> Premierminister *Wilson* hielt sich vom 22. bis 24. Februar und vom 16. bis 19. Juli 1966 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 55, Anm. 17.

<sup>9</sup> Zum Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 6. bis 13. Februar 1967 in Großbritannien vgl. Dok. 55, Anm. 8.

dern nur eine Garantie durch die drei Großmächte. Dies sei den Russen bisher schwergefallen, da sie sich nicht öffentlich als chinafeindlich erklären wollten. Zum letzten Punkt habe die britische Regierung Kossygin gegenüber genau die gleiche Linie eingenommen wie in den Gesprächen mit der Bundesregierung. Sie spreche also nicht zwei verschiedene Sprachen je nach Anlaß. Sie habe auch zur wichtigen Frage der europäischen Option erklärt, nach ihrer Auslegung bedeute der Vertragstext keine Weitergabe an irgendein nichtnukleares Land oder Gruppe von Ländern. Wenn jedoch zu irgendeinem Zeitpunkt ein neuer Staat (keine bloße lose Verbindung oder ein Klub, sondern ein echter Staat mit eigener Souveränität) entstünde, unter dessen Komponenten sich eine Nuklearmacht befinde, dieser Staat die Erbfolge antrete. Wenn zum Beispiel die Vereinigten Staaten und Kanada einen neuen Staat bilden würden (was keineswegs wahrscheinlich sei), würde dieser neue Staat die heutigen Rechte der Vereinigten Staaten erben.

Außenminister *Brown* sagte, für ihn folgere aus all dem, daß England dann die größte Ermutigung geben könne, wenn es in die europäische Gemeinschaft hereinkomme. Dadurch werde dieses Problem um so dringlicher. Wenn England wirklich zu Europa hinstoße, dann werde dadurch der Glaube der Bevölkerung gestärkt, für sich selbst stehen zu können. Daher sei der Beitritt so dringend. Es bedeute, daß man nicht die Auffassung vertreten könne, auch ein Nein wäre in Kauf zu nehmen oder eine längere Zeit des Abwartens sei akzeptabel.

Der *Premierminister* bemerkte, er halte es für wichtig, sich zu einigen, was man in dieser Frage der Presse sagen werde. Er hielte es für richtig, zu erklären, daß man natürlich über dieses Problem gesprochen habe und zwar auf englische Initiative. Des weiteren sei zu sagen, daß dieses Problem nicht im Zusammenhang des Gemeinsamen Marktes erörtert worden sei, sondern auf Grund der Presseberichte. Sachverständige hätten sich zusammengesetzt und würden weiter die Frage prüfen, da man wisse, daß hier lebenswichtige Belange der Zivilindustrie auf dem Spiele stünden. Die Frage selbst sei natürlich von der Problematik des Beitritts zum Gemeinsamen Markt zu trennen. Wenn die Frage gestellt würde, ob Gespräche mit einzelnen Ministern hierüber stattgefunden hätten, würde er (Wilson) sagen, er sei zu Gesprächen mit der Bundesregierung hierher gekommen und habe nicht über Gespräche mit einzelnen Ministern zu berichten.

Der Herr *Bundeskanzler* fügte hinzu, wenn Wilson noch durchblicken lassen könnte, daß er die Probleme der Nichtnuklearmächte verstehe, wäre dies sehr hilfreich.

*Premierminister Wilson* bemerkte, man müsse aber die Antworten vor allem darauf abstellen, daß die Besorgnis bestehe, daß der Nichtverbreitungsvertrag tiefe Rückwirkungen für die Industrie und die friedliche Entwicklung der Atomenergie haben würde.

Der Herr *Bundeskanzler* kam dann auf die Gespräche vom Vortage zurück und sagte, bei seiner Tischrede habe *Premierminister Wilson* einen starken Appell an die Bundesregierung gerichtet, mehr zu tun als nur England in seinem Beitrittsgesuch zu unterstützen, sondern vielmehr mit all ihrer Macht und Stärke

für diesen Beitritt einzutreten.<sup>10</sup> Er habe dem Premierminister am Vorabend bereits gesagt, daß es für die Bundesregierung, wenn sie wirklich helfen wolle, (und dies wolle sie ehrlich und energisch) wichtig sei, auf Grund der in Paris geführten Gespräche<sup>11</sup> vorsichtig vorzugehen. Es sei notwendig, die Problematik gründlich mit dem französischen Partner zu erörtern. Die Bundesregierung werde Paris den Eindruck vermitteln, den sie aus den britischen Argumenten gewonnen habe. Sie werde versuchen, die Sorgen des französischen Partners zu beseitigen. Sie wolle dies tun. Sie könne dies aber nur vorsichtig, das heißt klug anfangen, denn er erinnere sich noch aller Worte, die General de Gaulle beim letzten Besuch gesagt habe, und es seien dies starke Worte gewesen. Die Aufgabe sei somit nicht einfach. Die britische Regierung könne jedoch überzeugt sein, daß auf Grund der gestrigen und heutigen Gespräche die Bundesregierung als ehrlicher Makler versuchen werde, die Schwierigkeiten in Paris zu überwinden. Aus diesem Grunde bitte er, es auch richtig zu verstehen, wenn die Bundesregierung keine großen feierlichen Erklärungen in der Öffentlichkeit abgebe. Er betone, daß die britische Regierung sich darauf verlassen könne, daß die Bundesregierung ihr Mögliches in Paris tun werde. Beunruhigt sei er auch weiterhin durch die Frage, was passiere, wenn die Besuchsrunde Wilsons<sup>12</sup> abgeschlossen sei, denn er befürchte, daß das Überwinden des französischen Widerstandes nicht so schnell erfolgen könne. Er denke immer noch darüber nach, was man tun könne, um eine entstehende Lücke durch vernünftige Aktion auszufüllen. Dies sei seine eigentliche Sorge. Zunächst aber bleibe abzuwarten, wie die französische Reaktion auf die Unterrichtung über die deutschen Eindrücke ausfallen werde, die sofort erfolge.

Der *Premierminister* begrüßte diese Zusicherung und sagte, dies sei das wichtigste Ergebnis, welches diese Gespräche haben könnten. Auch er teile die Meinung, daß Ergebnisse wichtiger seien als Erklärungen, und wenn man mit geschicktem Vorgehen mehr Aussicht auf Erfolg habe als mit ungestümem Drängen, sei er sicherlich dafür. Er müsse jedoch noch einmal unterstreichen, wie wichtig es sei, die derzeitige Strömung auszunutzen. Die britische Regierung werde unter ständigem Druck von seiten des Parlaments, und zwar von seiten der Befürworter wie der Gegner eines Beitritts stehen. Dennoch wolle er sagen, daß die beiden Parteien in ihrer Führung und Mehrheit geschlossen für einen Beitritt seien, wobei in beiden Parteien eine Minderheit dagegen sei. Sehr gefährlich wäre es aber, wenn die jetzige Strömung sich verlief. Er sehe die Gefahr eines Beschlusses zu einem formellen Beitrittsgesuch, wenn man mit einer zweiten und diesmal wohl tödlichen Ablehnung rechnen müßte.<sup>13</sup> Andererseits sehe er eine ebenso große Gefahr, wenn man nichts tue. Man müsse also weiterkommen. Man müsse den Fuß sozusagen in die Tür bekommen, damit die Dinge ständig weitergehen könnten, während gleichzeitig die Bundesregierung de Gaulle zu überzeugen versuche. Nach seiner Meinung

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der Tischrede des Premierministers Wilson vom 15. Februar 1967 vgl. BULLETIN 1967, S. 131 f. (Auszug).

<sup>11</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 13./14. Januar 1967 vgl. Dok. 14–17 und Dok. 19.

<sup>12</sup> Vgl. dazu Dok. 8, Anm. 20.

<sup>13</sup> Zum Scheitern der Verhandlungen am 28./29. Januar 1963 über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG vgl. Dok. 1, Anm. 11.



spielten zwei Faktoren in de Gaulles Auffassung eine Hauptrolle. Der erste Faktor sei das Pfund Sterling und der zweite Faktor das Beharrungsvermögen in einer gemütlichen kleinen Gemeinschaft. Je mehr er darüber nachdenke, desto stärker falle der zweite Faktor ins Gewicht, denn de Gaulle sitze in dieser kleinen Gemeinschaftshütte im Großvaterstuhl und habe keine Lust, sich darum gar mit dreien zu schlagen, wo er schon genügend Arbeit habe, die Bundesregierung davon abzuhalten, sich auch einmal in diesen Stuhl setzen zu wollen.

Bundesminister *Brandt* fragte, wie man verfahren sollte. Er glaube, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt der beste Gedanke nicht wäre, jetzt schon multilaterale Verhandlungen über einen britischen Beitritt zu beginnen. Dazu wäre abzuwarten, bis man durch zwei kombinierte bilaterale Operationen weitergekommen sei. Der deutsch-französische Vertrag<sup>14</sup> sehe regelmäßige Konsultationen vor. Am Freitag fänden die Konsultationen der politischen Direktoren statt, er selbst werde Couve de Murville bald sehen<sup>15</sup> und der Bundeskanzler werde de Gaulle das nächste Mal hier begrüßen<sup>16</sup>. Andererseits gebe es schon eine deutsch-britische Wirtschaftskommission. Wenn die Bundesregierung als Ergebnis der Konsultationen mit Frankreich noch offene Fragen feststelle, dann könnte die deutsch-britische Wirtschaftskommission (vielleicht auf höherer Ebene) darüber sprechen, wobei die Ergebnisse solcher Besprechungen dann wieder in die andere Konsultation eingebracht werden könnten. Selbst wenn die Bundesregierung keine großen öffentlichen Erklärungen abgebe, werde die Bundesregierung doch ihre Auffassung in dieser Frage in der Europa-Debatte des Bundestages in der nächsten Woche noch einmal unterstreichen.<sup>17</sup> Eine andere Frage sei, wie man in den nächsten Wochen mit den anderen Außenministern zusammentreffen werde. Er selbst werde nach Brüssel gehen und dabei Couve de Murville<sup>18</sup> und auch einige andere Kollegen sehen. Anfang April sei die WEU-Tagung in Rom<sup>19</sup>, die wiederum als Tagesordnungspunkt die zukünftige Wirtschaftslage Europas habe. George Brown und er selbst seien übereingekommen, nach Rom zu fahren und dächten, dadurch auch Couve zur Anwesenheit bewegen zu können.

Premierminister *Wilson* bemerkte, auch die im Zusammenhang mit der Kennedy-Runde auftretenden Fragen könnten vielleicht der deutsch-britischen Wirtschaftskommission überwiesen werden.

Außenminister *Bown* bemerkte, diese Aktivität helfe, einen weiteren Monat zu überbrücken, er frage sich aber, was am Ende dieses Monats geschehen solle.

Premierminister *Wilson* sagte, er bekomme allmählich den Eindruck, daß der richtige Augenblick vielleicht etwas später liege für ein Beitrittsgesuch. Es wä-

<sup>14</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>15</sup> Zum Gespräch am 28. April 1967 vgl. Dok. 134, Anm. 9.

<sup>16</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 12./13. Juli 1967 vgl. Dok. 261–264.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut der Debatte des Bundestages am 22. Februar 1967 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 4371–4411.

<sup>18</sup> Bundesminister Brandt und der französischen Außenminister Couve de Murville hielten sich anlässlich der EWG-Ministerratstagung am 20./21. Februar 1967 in Brüssel auf. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1967, Z 67.

<sup>19</sup> Zur WEU-Ministerratstagung am 4./5. April 1967 in Rom vgl. Dok. 118.

re aber schlecht, wenn man die Dinge von Monat zu Monat hinziehen würde, denn die achtzehnmonatigen Verhandlungen beim letzten Eintrittsgesuch hätten einen schlechten Eindruck hinterlassen.

Außenminister *Brown* sagte, die heutige englische Presse habe den Tenor vertreten, der Kanzler sei entmutigend gewesen.<sup>20</sup>

Premierminister *Wilson* kam noch einmal darauf zurück, daß das britische Kabinett einem ständigen Druck ausgesetzt sein werde, eine Entscheidung zu treffen. Wenn nach Beendigung seiner Rundreise das Kabinett beschlösse, daß die lebenswichtigen Interessen gewährleistet werden könnten, sollte man vielleicht Verhandlungen eröffnen zu den vier oder fünf Hauptthemen, wobei die Detailverhandlungen erst nach erfolgtem Beitritt stattfinden könnten. Bei der letzten Verhandlung hätten sich im Laufe der Zeit große Zweifel ergeben, weil die achtzehnmonatige Dauer den Eindruck eines ständigen Kuhhandels erweckt habe. Es gebe aber tatsächlich nur vier oder fünf große Probleme, deren größtes die Agrarfinanzregelung sei. Außerdem habe das Kabinett noch nicht die gemeinsame Agrarpolitik akzeptiert.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte zu den Presseberichten, daß die Bundesregierung entmutigend gewesen sei, die Bundesregierung hätte drei mögliche Haltungen einnehmen können. Die erste und einfachste hätte darin bestanden zu sagen, Deutschland wolle zwar den britischen Beitritt, aber die Franzosen wollten ihn ja nicht. Diese Haltung habe die Bundesregierung nicht eingenommen, weil sie ehrliche Anstrengungen machen wolle. Eine zweite mögliche Haltung wäre gewesen, starke Zusicherungen zu geben, die gewiß die Dinge mit Paris verdorben hätten. Dessen sei er nach seinem Gespräch mit de Gaulle absolut sicher. Folglich habe die Bundesregierung die dritte Haltung eingenommen, nämlich der britischen Regierung zu versichern, daß ihre Argumente die Bundesregierung beeindruckt hätten und in ihrer Haltung für einen britischen Beitritt unterstützt hätten, und daß Deutschland mit dieser Kenntnis und mit festem Willen das Problem sachlich mit Frankreich erörtern werde. Dies sei das Beste, was die Bundesregierung tun könne, und das sollte auch anerkannt werden.

Premierminister *Wilson* verwies darauf, daß er aus der frei gehaltenen Tischrede vor Veröffentlichung den Satz habe streichen lassen, der den starken Appell an die Bundesregierung zum Gegenstand gehabt habe. Wenn in der Pressekonferenz Fragen an ihn gerichtet würden in dieser Beziehung, würde er darauf antworten, der Herr Bundeskanzler sei ganz fest bei der Linie geblieben, die er in seiner öffentlichen Erklärung eingeschlagen habe. Wenn er gefragt werde, ob die Bundesregierung versprochen habe, den Engländern in Paris zu helfen, werde er antworten, daß dies Angelegenheit der Partner des Gemeinsamen Marktes sei, in die er sich nicht einmische.

Außenminister *Brown* fügte hinzu, es sei ja nicht der Zweck dieses Besuches gewesen, zu erreichen, daß die Bundesregierung nun im Namen Englands handele.

<sup>20</sup> Vgl. zum Beispiel den Artikel „British leaders soothe German feelings“, THE TIMES, Nr. 56867 vom 16. Februar 1967, S. 1.

Premierminister *Wilson* kam dann auf die Kennedy-Runde zurück und sagte, er wolle zur gestrigen Diskussion noch einen Punkt hinzufügen. Die britische Ausnahmeliste umfasse nur runde 5% der meistbegünstigten Importe, während die Ausnahmeliste des Gemeinsamen Markts 18% dieser Produkte umfasse. Diese Differenz müßte natürlich ausgeräumt werden, wobei England es gern sähe, wenn dies durch zusätzliche Angebote des Gemeinsamen Marktes geschehe. Die am Vortage genannte Skandinavien-Frage könnte nützlich sein.

Der *Bundesaußenminister* sagte, vielleicht wäre es gut, wenn auch in diesem Zusammenhang die deutsch-britische Wirtschaftskommission gemeinsam prüfe, was die beiden Länder tun könnten.

Der *Premierminister* merkte zur Offset-Frage nur kurz an, daß dieses Problem für beide Seiten sehr schwierig sei. Was immer auch geschehen möge, hoffe er doch, daß dadurch die Freundschaft nicht leide. Falls die Bundesregierung keine Lösung für das britische Problem finden könne, könnte es sein, daß Großbritannien ernsthafte Schritte unternehmen müsse. Man sollte sich darüber aber um Gottes Willen nicht aufregen, sondern es mit der Gelassenheit eines chirurgischen Eingriffs vornehmen. Es gebe noch verschiedene Lösungsmöglichkeiten. Unter anderem setze er große Hoffnungen auf die allerdings in nicht unmittelbarer Zukunft liegende Frage des deutschen Flugzeugbeschaffungsprogramms.

Außenminister *Brown* bemerkte, wenn schon ernste Schritte unternommen werden müßten, so sollten sie um Gottes Willen aus rationalen Gründen erfolgen.

Premierminister *Wilson* fügte noch hinzu, Kossygin sei dieses Mal im Zusammenhang mit einer gegenseitigen Truppenverminderung weniger ermutigend gewesen.

Außenminister *Brown* bemerkte, wahrscheinlich habe Kossygin zuviel über einseitige Truppenverminderungen gehört, daß er eine Gegenleistung nicht mehr für notwendig halte.

Premierminister *Wilson* sagte, auch Kossygin habe viel Ärger und erwecke manchmal den Anschein, als fürchte er, dem Zonenregime das Herz zu brechen. Auch Kossygin habe sich eben mit Poujadisten herumzuschlagen.

Das Gespräch endete um 10.35 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 21**

## 58

### Ministerialdirektor Thierfelder an die Botschaften in London und Paris

V 1 - 80.24/2 F 3-66/67 geheim

16. Februar 1967<sup>1</sup>

Betr.: Einbeziehung des Landes Berlin in die völkerrechtlichen Verträge der Bundesrepublik Deutschland;  
hier: Änderung des bisherigen Verfahrens gemäß der Anordnung der Alliierten Kommandatura BKC/L (52) 6 vom 21. Mai 1952 – (Negative Berlin-Klausel)<sup>2</sup>

Bezug: Erlaß vom 13. Juli 1966 – II A 1-84.25/0-1078/66 geheim<sup>3</sup>

I. Die deutsch-alliierten Verhandlungen über die sogenannte automatische Berlin-Klausel sind seit dem 12. Juli 1966 nur schleppend vorangekommen. Auf französischer und britischer Seite scheinen Widerstände zu bestehen, die zum Teil auf sachlichen Mißverständnissen beruhen. Die deutsch-französische Konsultation vom 13. Januar 1967 z.B. zeigte, daß Generalsekretär Alphand hinsichtlich der Haltung der kommunistischen Länder gegenüber der Berlin-Klausel von unzutreffenden Voraussetzungen ausgeht.<sup>4</sup> Es kann heute nämlich nicht mehr gesagt werden, daß es uns weiterhin gelingt, die osteuropäischen Staaten dazu zu veranlassen, „den deutschen Standpunkt praktisch zu akzeptieren“.

Die Anerkennung verschleierte Berlin-Klauseln in den Vereinbarungen mit Rumänien<sup>5</sup>, Ungarn<sup>6</sup> und Bulgarien<sup>7</sup> von 1962-63 ist ein einmaliger Fall ge-

<sup>1</sup> Der Drahterlaß wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Blomeyer-Bartenstein konzipiert.

<sup>2</sup> Die Anordnung der Drei Mächte regelte den Status sowie die Einbeziehung von Berlin (West) in die internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik. Dazu wurde festgelegt: „Der Name Berlin soll in dem Wortlaut solcher Verträge und Übereinkommen genannt werden. Sollte es aus irgendeinem Grunde nicht möglich sein, den Namen Berlins in den Wortlaut eines Vertrages einzufügen, so soll die Bundesrepublik entweder in der Urkunde, durch die sie dem Vertrag beitrifft, oder in einer gesonderten Erklärung, die zur Zeit der Unterzeichnung des Vertrages ausgestellt wird, erklären, daß die Bestimmungen des Vertrages in Berlin angewendet werden. Bei Handels- und Zahlungsverträgen soll angenommen werden, daß Berlin als in den Vertrag einbezogen gilt, wenn der Vertrag die Angabe enthält, daß das Anwendungsgebiet des Vertrages das Währungsgebiet der DM-West ist.“ Vgl. DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE 1944–1966, S. 176.

<sup>3</sup> Am 13. Juli 1966 teilte Ministerialdirektor Werz den Botschaften in London, Paris und Washington mit, daß den Vertretern der Drei Mächte, Hillenbrand, Tomkins und Graf d'Aumale, ein Memorandum des Auswärtigen Amtes vom 12. Juli 1966 zur Änderung der Berlin-Klausel übergeben worden sei. Es sei vereinbart worden, Konsultationen zu dieser Frage in Bonn aufzunehmen. Vgl. den Drahterlaß Nr. 2795; VS-Bd. 4185 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>4</sup> Für das Gespräch des Staatssekretärs Schütz mit dem Generalsekretär im französischen Außenministerium am 13. Januar 1967 in Paris vgl. Dok. 15, Anm. 6.

<sup>5</sup> Zum Protokoll vom 17. Oktober 1963 zwischen der Bundesrepublik und Rumänien über die Errichtung von Handelsvertretungen und zu den gleichlautenden Begleitschreiben vgl. Dok. 20, Anm. 11 und 12.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 10. November 1963 zwischen der Bundesrepublik und Ungarn über den Waren- und Zahlungsverkehr und die Errichtung von Handelsvertretungen vgl. VS-Bd. 8374 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1963.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. März 1964 zwischen der Bundesrepublik und Bulgarien über den Waren- und Zahlungsverkehr und die Errichtung von Handelsvertretungen vgl. VS-Bd. 3125 (II 4); B 150, Aktenkopien 1964.

blieben. Unsere Bemühungen um den Abschluß von Kulturabkommen sind an dieser Frage gescheitert. Es ist unwahrscheinlich, daß wir neue Handelsvereinbarungen mit Berlin-Klauseln werden schließen können. Nur der Umstand, daß wir uns bisher mit Verlängerungen behelfen konnten, hat uns vor großen Unzuträglichkeiten bewahrt. Sobald neue selbständige Vereinbarungen getroffen werden müssen, wird sich das Berlin-Problem in seiner ganzen Schwere stellen. Im Falle der Aufnahme diplomatischer Beziehungen kann es lediglich deshalb umgangen werden, weil sich hier nicht die Frage eines förmlichen Abkommens stellt.

Die Haltung der Sowjetunion hat sich verhärtet.<sup>8</sup> Der Abschluß eines Kulturabkommens ist wegen der Berlin-Frage völlig unmöglich geworden. Auch der Abschluß von Handelsvereinbarungen dürfte kaum mehr in Betracht kommen, solange die Rechtslage hinsichtlich der Berlin-Klausel unverändert bleibt.

Die vorstehenden Überlegungen zwingen uns dazu, den Plan einer automatischen Berlin-Klausel intensiv voranzutreiben. Ein Hinweis auf ihre mögliche Bedeutung für unser Verhältnis zu den Ostblockstaaten kann darin gesehen werden, daß in den vorbereitenden deutsch-tschechischen Gesprächen, die Anfang Januar in Prag stattfanden, von tschechischer Seite die Frage gestellt wurde, ob uns jetzt eine solche Klausel zur Verfügung stünde.<sup>9</sup>

II. 1) Die alliierte Antwort auf das den drei Gesandten am 12. Juli 1966 übergebene Memorandum war wenig befriedigend.<sup>10</sup> Die Verbündeten übergaben in einer Konsultationsbesprechung eine schriftlich fixierte Erklärung, in der sie für Verträge mit kommunistischen Staaten ein Ausnahmeverfahren vorschlugen. Danach sollte die Bundesregierung nicht mehr wie bisher den Alliierten gegenüber festzustellen brauchen, daß eine bindende Vereinbarung über die Einbeziehung Berlins getroffen worden sei; die von der Bundesregierung abzugebende Äußerung sollte lediglich Sicherheit geben, daß die Bundesregierung eine stillschweigende Verständigung darüber erzielt habe, daß der Vertragspartner der Einbeziehung Berlins nicht widerspreche und nicht widersprechen werde.

2) Am 20. Dezember wurde den Gesandten der drei verbündeten Mächte dargelegt, daß die Bundesregierung mit dieser Antwort nicht zufrieden sei.<sup>11</sup> Der alliierte Vorschlag enthalte nur geringfügige Verbesserungen. Die wesentlichen Nachteile der bisherigen Berlin-Regelung blieben jedoch aufrechterhalten:

a) Es würde nach wie vor notwendig sein, das Problem der Einbeziehung Berlins bei jedem einzelnen Vertrag aufzugreifen. Uns liege demgegenüber daran, die zusätzliche Belastung von Vertragsverhandlungen durch das Berlin-Pro-

<sup>8</sup> Vgl. dazu Dok. 26.

<sup>9</sup> Vgl. dazu Dok. 13, besonders Anm. 13.

<sup>10</sup> Ministerialdirektor Thierfelder sah in der Stellungnahme der drei Westmächte vom 19. Oktober 1966 „nichts anderes als eine nur schwach verhüllte Ablehnung unseres Vorschlags einer grundsätzlichen Umgestaltung des Verfahrens zur Einbeziehung des Landes Berlin in die völkerrechtlichen Verträge der Bundesrepublik Deutschland. Besonders fällt auf, daß die Botschaften sich keinerlei Mühe gegeben haben, [...] auch nur allgemein zu begründen, warum sie diese Vorschläge nicht akzeptieren wollen.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 8. Dezember 1966; VS-Bd. 5633 (V 1); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>11</sup> Zum Gespräch des Ministerialdirektors Thierfelder mit dem amerikanischen, britischen und französischen Gesandten Hillenbrand, Tomkins und Graf d'Aumale vgl. AAPD 1966, II, Dok. 408.

blem auszuschalten. Nur so bestünde die Aussicht, die in Abschnitt I geschilderte Behinderung unserer Ostpolitik durch die Berlin-Frage zu beseitigen.

b) Die unterschiedliche Behandlung der Staaten des Ostblocks gegenüber denjenigen der freien Welt erscheine uns unzweckmäßig. Wenn nämlich bei Verträgen mit den ersteren die Berlin-Klausel entfallen würde, während sie in allen anderen Verträgen enthalten bliebe, müßte die Bundesregierung mit Fragen der deutschen Öffentlichkeit rechnen. Ihre Antwort, daß Berlin in einem Vertrag mit einem Ostblockstaat trotz Fehlens einer Berlin-Klausel dennoch einbezogen sei, würde sehr wahrscheinlich zu einer negativen Reaktion des betreffenden Ostblockstaates und damit in der Praxis zu einer Gefährdung der Beteiligung Berlins führen. Aber auch diejenigen Staaten der freien Welt, die aus politischen Gründen Hemmungen hätten, sich durch die Annahme der Berlin-Klausel festzulegen, würden sich auf unser Verfahren gegenüber den kommunistischen Staaten berufen und gleiche Behandlung verlangen.

Uns läge daran, zu verhindern, daß durch die Berlin-Klausel unnötigerweise politische Probleme in das Verfahren beim Abschluß oft rein technischer Verträge hineingebracht würden; wir strebten dies auf dem Wege einer Änderung des BKC/L (52) 6 an, durch welche die Berlin-Klausel in Fortfall käme und eine automatische Einbeziehung Berlins erreichen würde, ohne daß das Recht der Kommandatura, zu jedem einzelnen Vertrag ihr Votum abzugeben, eingeschränkt würde. In dem gleichzeitig übergebenen Aide-Mémoire<sup>12</sup> wurde unser Wunsch dahin zusammengefaßt, daß durch die Annahme des deutschen Vorschlages eine nach der praktischen Seite hin wesentlich verbesserte Methode der Erstreckung von Verträgen auf Berlin erreicht werde, die dem Interesse Berlins an einer lückenlosen Einbeziehung in das Vertragssystem der Bundesrepublik Deutschland Rechnung trüge, gleichzeitig aber die politischen Probleme verringerte, die sich in diesem Zusammenhang für die Bundesregierung ergeben. Die Interessen der Alliierten in bezug auf Berlin würden nicht beeinträchtigt, da nach wie vor der Grundsatz der ausdrücklichen Zustimmung der alliierten Kommandatura in jedem Falle aufrechterhalten bliebe.

3) Nachdem Herr Staatssekretär Schütz die drei Botschafter am 10. Januar nachdrücklich auf die Bedeutung der Angelegenheit hingewiesen hatte<sup>13</sup>, fand am 30. eine erneute Unterredung des Leiters der Rechtsabteilung mit den drei Gesandten statt.<sup>14</sup> Hierbei zeigte sich, daß die amerikanische Botschaft ermächtigt war, unsere Vorschläge voll zu billigen, sich jedoch ihrer beiden Verbündeten wegen zurückhielt. Sowohl von englischer wie von französischer Seite kam indessen zum Ausdruck, daß die jeweiligen Außenministerien nur sehr

<sup>12</sup> Für das Aide-mémoire vom 20. Dezember 1966 vgl. VS-Bd. 5633 (V 1); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>13</sup> Am 10. Januar 1967 bat Staatssekretär Schütz die Botschafter McGhee (USA), Roberts (Großbritannien) und François Seydoux (Frankreich) „um eine baldige und klare politische Entscheidung, bei der [...] der Rechtsstandpunkt der Mächte in Berlin unbeeinträchtigt bleibe und bei der [...] auch der Status quo in und um Berlin nicht verändert zu werden brauche“. Vgl. die Aufzeichnung vom 11. Januar 1967; VS-Bd. 4180 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>14</sup> Am 30. Januar 1967 erläuterte Ministerialdirektor Thierfelder den Gesandten der Drei Mächte, Hillenbrand, Tomkins und Graf d'Aumale, daß die „Diskussion um die Berlin-Klausel [...] nicht selten zu einer ganz überflüssigen Erörterung des Berlin-Problems [führe]. Überdies trage die Klausel oft ein politisches Element in meistens völlig unpolitische Vertragsverhandlungen hinein.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 1. Februar 1967; VS-Bd. 5633 (V 1); B 150, Aktenkopien 1967.

zögernd an eine Änderung des Status quo heranzugehen bereit sind. Britischerseits wurde bemerkt, daß es vielleicht gut sei, zunächst die Auswirkungen der neuen deutschen Politik gegenüber den Ostblockstaaten abzuwarten. Der französische Gesandte ließ erkennen, daß man in Paris in jeder Änderung eine mögliche Beeinträchtigung des derzeitigen alliierten Status in Berlin sehe. Sowohl der französische wie der britische Gesandte deuteten an, daß es zweckmäßig sein könne, wenn die deutschen Botschaften in Paris und London auf höherer politischer Ebene die Angelegenheit aufgreifen würden.

III. Sie werden deshalb gebeten, im dortigen Außenministerium vorstellig zu werden und die Schwierigkeiten darzulegen, die sich aus der Frage der Einbeziehung Berlins für unsere Außenpolitik ergeben. Bitte weisen Sie unter Verwendung der oben wiedergegebenen Argumente aus dem Gespräch vom 20. Dezember dringend auf unseren Wunsch nach einer baldigen positiven Antwort hin.

Um Bericht über das Veranlaßte wird gebeten.<sup>15</sup>

Thierfelder<sup>16</sup>

VS-Bd. 5633 (V 1)

<sup>15</sup> Am 21. Februar 1967 informierte Botschafter Klaiber, Paris, über ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium. De Beaumarchais habe angeregt, „daß die Änderung der Anordnung von 1952 in unserem Sinne mit einer zusätzlichen Erklärung publiziert werde, wonach sich durch die Prozeduränderung nichts am bisherigen rechtlichen Verhältnis Berlins zur Bundesrepublik ändere“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 309; VS-Bd. 4185 (II A 1); B 150, Aktienkopien 1967.

Zu den Gesprächen des Ministerialdirektors Thierfelder am 6. März 1967 in London vgl. Dok. 89.

<sup>16</sup> Paraphe.

### Generalkonsul Kempff, Helsinki, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-11064/67 geheim  
Fernschreiben Nr. 32  
Cito

Aufgabe: 16. Februar 1967, 16.30 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 16. Februar 1967, 17.00 Uhr

- 1) Der Besuch Bundesminister Wehners in Helsinki am 15. 2. war für unsere Sache – wie schon jetzt gesagt werden kann – in mehrfacher Hinsicht ein voller Erfolg.<sup>2</sup>
- a) Staatspräsident Kekkonen, der in seiner Vaasa-Rede<sup>3</sup> erst kürzlich die deutschen friedlichen Absichten in Zweifel gezogen hatte, konnte aus beruflichem Munde und in überzeugender Weise die Politik der Bundesregierung dargelegt werden. Kekkonen scheint von diesen Darlegungen beeindruckt gewesen zu sein.
- b) Ebenso nützlich war zweifellos das auf Parteiebene geführte Gespräch mit Ministerpräsident Paasio, dem Vorsitzenden der finnischen Sozialdemokraten.
- c) Unser Interesse an Finnland, das wir nach einer gewissen Vernachlässigung in der Vergangenheit schon im Herbst durch den Besuch Bundesminister Dollingers sichtbar gemacht hatten, wurde erneut mit Nachdruck dokumentiert.<sup>4</sup>
- d) Die Tatsache, daß sich ein Bundesminister von so hervorragendem Rang die Mühe gemacht hat, nach Helsinki zu kommen, hat in der Öffentlichkeit große Beachtung gefunden.

<sup>1</sup> Ablichtung.

<sup>2</sup> Am 30. Januar 1967 informierte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg die Handelsvertretung in Helsinki, daß der eintägige Aufenthalt von Bundesminister Wehner erfolge, um die Haltung der Bundesregierung in der Ostpolitik zu verdeutlichen und um „zu verhindern, daß Finnland diese falsch interpretiert und seine Deutschlandpolitik ändert“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 9; VS-Bd. 2509 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. ferner den Artikel „Wehner über Helsinki“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG; Nr. 41 vom 17. Februar 1967, S. 1.

<sup>3</sup> Am 6. Januar 1967 erklärte der finnische Präsident in Vaasa: „Wenn in der Vergangenheit von gegen die Sowjetunion gerichteter westdeutscher Machtpolitik als Grundlage für die Vereinigung Deutschlands die Rede war und wenn Westdeutschlands Beteiligung an nuklearer Bewaffnung geplant wurde, dann weckte dies in mir als Finnen tiefe Besorgnis, denn es handelte und es handelt sich hierbei im Grunde nicht so sehr um eine Politik der Verteidigung als vielmehr um eine Politik des Krieges.“ Vgl. DzD V/1, S. 263 f. Vgl. ferner Referat I A 4, Bd. 354.

Am 27. Januar 1967 führte Staatssekretär Schütz ein Gespräch mit dem finnischen Generalkonsul Mäkelä und brachte die „Enttäuschung“ der Bundesregierung über die Ausführungen des Präsidenten in Vaasa zum Ausdruck. Der Generalkonsul erwiderte, „daß Formulierungen Kekkonens nicht überbewertet werden sollten. Dieser sehe sich im Zuge schwieriger finnischer Gleichgewichtspolitik gelegentlich veranlaßt, durch verbale Gesten [die] sowjetische Führung zu beschwichtigen. [Die] finnische Regierung begrüße deutsche Entspannungsbemühungen; Fehlinterpretation der deutschen Ostpolitik oder Änderung finnischer Haltung zur Deutschland-Frage komme nicht in Betracht.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 9 des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 30. Januar 1967; VS-Bd. 2509 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Bundesminister Dollinger hielt sich vom 22. bis 26. September 1966 in Helsinki auf. Anlässlich eines Gesprächs mit Präsident Kekkonen am 26. September 1966 erläuterte er die Deutschland- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 113 des Generalkonsuls Kempff, Helsinki, vom 27. September 1966; VS-Bd. 4146 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.



e) Nicht zuletzt ist der Minister durch die ganze Art seines Auftretens und durch die Glaubwürdigkeit seiner Argumentation gerade in Finnland besonders gut angekommen.

2) Das Gespräch Wehners mit Präsident Kekkonen, das unter vier Augen in schwedischer Sprache geführt wurde, dauerte eindreiviertel Stunden. Nach den Schilderungen des Ministers, der dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen im einzelnen noch berichten will, hat Kekkonen seinen Ausführungen mit intensiver Aufmerksamkeit zugehört. Wehner erläuterte eingangs die außen- und innenpolitischen Notwendigkeiten, die zur Großen Koalition geführt haben, und leitete auf diese Weise das Gespräch auf außenpolitische Fragen über. Dabei hat der Minister vor allem das Deutschlandproblem, die Grenzfragen, unsere Ostpolitik und die Atompolitik behandelt. Als Wehner im Zusammenhang mit der Grenzfrage, die in einem Friedensvertrag geregelt werden müsse, die deutsche Bereitschaft zu Gewaltverzichtserklärungen erwähnte, fragte Kekkonen interessiert, ob dies auch für Ostdeutschland gelte, was der Minister bejahte. Auf die Frage Kekkonens, es würde gesagt, wir wollten mit unserer neuen Ostpolitik zwischen die Ostblockstaaten einen Keil treiben, erwiderte Wehner, daß ein solcher Gedanke angesichts der Größenordnung selbstmörderisch wäre, daß wir im Gegenteil zu allen Ostblockstaaten ohne Unterschied bessere Beziehungen herstellen wollten und daß wir trotz aller Rückschläge ehrlich danach strebten, mit der Sowjetunion ins Reine zu kommen. Kekkonen meinte hierzu noch, er frage sich, wie wir bei der Fortführung unserer Ostpolitik die Hallstein-Doktrin durchhalten wollten, ohne jedoch hierbei irgendwelche Konsequenzen für Finnland anzudeuten.

Bei der Erläuterung unserer Atomwaffenpolitik erinnerte sich Kekkonen an die diesbezüglichen Ausführungen Bundesminister Dollingers, der dargetan hatte, daß unser Wunsch nach Mitbestimmung auch beinhalte, uns die Möglichkeit zu geben, in einem bestimmten Falle die Verwendung von Kernwaffen durch unser Veto zu verhindern. Als Wehner davon sprach, wie schwierig es sei, die Sowjets von der Ehrlichkeit unserer friedlichen Absichten zu überzeugen, meinte Kekkonen ganz von sich aus, daß er bereit sei, bei seinem nächsten Gespräch mit Sowjetführern (er nannte u. a. Breschnew), das von Wehner Gehörte weiterzugeben. Zum Schluß wurde noch das Verhältnis Bundesrepublik – Finnland gestreift, wobei beide Seiten darin übereinstimmten, daß es aktuelle bilaterale Probleme zwischen den beiden Ländern nicht gebe. Nur am Rande erwähnte und bedauerte Kekkonen die stark passive finnische Handelsbilanz gegenüber der Bundesrepublik.<sup>5</sup>

Kekkonen bat Wehner, Herrn Bundeskanzler Kiesinger und Herrn Außenminister Brandt Grüße zu übermitteln.

3) Am Nachmittag des 15.2. hatte Wehner ein zweistündiges Gespräch mit dem finnischen Ministerpräsidenten und sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Paasio, an dem der stellvertretende Parteivorsitzende Lindblom, der persönliche Sekretär Paasios, Burman, und Parteisekretär Raatikainen teil-

<sup>5</sup> Die Bundesrepublik importierte 1966 Waren im Wert von 701,7 Mio. DM aus Finnland, während für 1118,8 Mio. DM Waren exportiert wurden. Im Jahr 1967 sank der Import finnischer Waren auf 592,6 Mio. DM; zugleich ging der Export auf 1036,2 Mio. DM zurück. Vgl. STATISTISCHES JAHRBUCH 1968, S. 295.

nahmen. Wehner erläuterte auch hier die Gründe für die Regierungsbeteiligung der SPD, die deutsche Ostpolitik, die Deutschlandfrage und Grenzfragen sowie unsere Atompolitik.

Paasio seinerseits gab Wehner einen Überblick über die finnische Politik und über die Auffassung der finnischen Sozialdemokraten. Zusammenfassend stellten die Gesprächspartner fest, daß sie als Sozialdemokraten die beiderseitigen Standpunkte respektierten und sich jeder bemühen werde, die Politik des anderen nicht nur nicht zu stören, sondern auch, wo immer es möglich sei, zu unterstützen. Von den finnischen Sozialdemokraten wurde außerdem noch der Wunsch vorgebracht, die guten Beziehungen zur SPD auch in Zukunft weiterzuführen und zu vertiefen.

4) Das große Interesse der finnischen Öffentlichkeit an der Person des Ministers und seinem hiesigen Besuch zeigte sich schon bei seiner Ankunft am 14.2. auf dem Flugplatz, wo ihn trotz der mitternächtlichen Stunde zahlreiche Presse- und Rundfunkvertreter erwarteten, die durch eine dpa-Meldung<sup>6</sup> aus Deutschland alarmiert worden waren. Als Grund für seinen Besuch gab Wehner vor Presse und Rundfunk an, er hole ein Zusammentreffen nach, das zwischen den Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, und finnischen Sozialdemokraten während deren Parteitag im November letzten Jahres<sup>7</sup> geplant war und kurzfristig wegen der Regierungsbildung in Bonn abgesagt werden mußte. Außerdem werde er Staatspräsident Kekkonen einen Höflichkeitsbesuch abstaten. Diese Begründung wiederholte der Minister auch bei Fernseh-, Presse- und Rundfunkinterviews<sup>8</sup> vor seinem Abflug. In den Interviews nahm Wehner u. a. zur deutschen Ostpolitik und zur Deutschlandfrage Stellung. Die Frage, ob sein Besuch mit der Vaasa-Rede Kekkonens zusammenhinge, beantwortete Wehner ausweichend unter Hinweis auf die bereits angegebenen Gründe und mit dem Bemerkens, daß es bilateral zwischen Finnland und der Bundesrepublik zur Zeit keine Diskussionsthemen gäbe. Letzterer Hinweis war besonders wichtig, um Gerüchten entgegenzutreten, die besagten, er sei als Feuerwehr gekommen, um den Finnen eine Anerkennung der Zone auszureden.

[gez.] Kempff

VS-Bd. 4190 (II A 1)

<sup>6</sup> Für den Wortlaut vgl. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 39 vom 15. Februar 1967, S. 4.

<sup>7</sup> Der Parteitag der finnischen Sozialdemokraten fand vom 26. bis 28. November 1966 in Helsinki statt. Vgl. dazu den Schriftbericht des Generalkonsuls Kempff, Helsinki, vom 16. Dezember 1966; Referat I A 4, Bd. 334.

<sup>8</sup> Vgl. etwa das Interview des Bundesministers Wehner mit dem Hessischen Rundfunk; DzD V/1, S. 560 f.

## 60

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahn****II A 7-83.03-511/67 geheim****17. Februar 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Besuch des belgischen Außenministers Harmel bei dem Herrn Bundesminister am 20. Februar 1967<sup>2</sup>;  
 hier: Untersuchung der künftigen Aufgaben der NATO; „Harmel-vorschlag“

Anlg.: 3<sup>3</sup>

Herr Harmel wird bei seinem Gespräch mit dem Herrn Bundesminister Wert darauf legen, seine Vorstellungen über den auf seine Initiative vom NATO-Ministerrat im Dezember 1966 gefaßten Beschluß zu erläutern, wonach ein Ausschuß hoher Regierungsvertreter die Entwicklung der internationalen Lage seit Gründung der Allianz untersuchen und Vorschläge für ihre künftigen Aufgaben formulieren soll.<sup>4</sup> Eine erste Sitzung dieses Ausschusses hat am 15. Februar 1967 stattgefunden. Deutschland war hierbei durch Herrn Staatssekretär Schütz vertreten. Ein Durchdruck der Aufzeichnung, die Abteilung II ihm als Unterlage für diese Sitzung vorlegte<sup>5</sup>, und ein Abdruck seiner Rede<sup>6</sup> sind beigelegt.

I. Da der Beschluß des Ministerrats vage gefaßt war, hatten die Teilnehmer der Sitzung vom 15. Februar die Themen näher zu bestimmen, die der Ausschuß künftig behandeln wird. Die Briten und Amerikaner schlugen die Behandlung konkreter Themen vor, so zum Beispiel Verbesserung der Konsultationen, Streitkräfteverminderung in Ost und West, Europäische Sicherheitskonferenz, Chinafrage.

Generalsekretär Brosio und Herr Harmel schlugen dagegen eine weiter gespannte Untersuchung vor, eine Bestandsaufnahme der Allianz im Lichte der Entwicklung im kommunistischen Lager, der Verhältnisse in Europa und der Dritten Welt, und die Prüfung von Folgerungen, die hieraus zu ziehen seien. Dies kam unseren Vorstellungen mehr entgegen. Staatssekretär Schütz regte an, die politischen Ziele und Methoden der Sowjetunion zu prüfen, die europäi-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Scheske und von Legationsrat I. Klasse Verbeek konzipiert.

<sup>2</sup> Vgl. dazu den Artikel „Harmel heute in Bonn“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 43 vom 20. Februar 1967, S. 1.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 5, 6 und 11.

<sup>4</sup> Am 15./16. Dezember 1966 wurde auf der NATO-Ministerratstagung in Paris die Einsetzung einer Studiengruppe zur Untersuchung der zukünftigen Aufgaben der Allianz beschlossen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1967, D 44. Vgl. dazu auch AAPD 1966, II, Dok. 414.

Für den Wortlaut der Entschließung über die zukünftigen Aufgaben der NATO vgl. Anhang C des Communiqués über die NATO-Ministerratstagung am 15./16. Dezember 1966 in Paris; EUROPA-ARCHIV 1967, D 46.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahn vom 14. Februar 1967 vgl. VS-Bd. 1661 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für den Wortlaut vgl. Anlage 2 zur Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahn vom 14. Februar 1967; VS-Bd. 1661 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

sche Sicherheit und Möglichkeiten einer Verminderung von Streitkräften der NATO und des Warschauer Paktes zu untersuchen, allgemeine Fragen der Entspannung und der Erhaltung des Kräftegleichgewichts einzuschließen und hieraus Schlußfolgerungen für die künftigen Aufgaben der Allianz zu ziehen.

Der Entwurf einer Resolution<sup>7</sup>, auf die sich die Teilnehmer einigten, ist weit gefaßt und läßt Raum für die Behandlung fast aller vorgeschlagenen Themen. Es soll ein besonderer Ausschuß von Regierungsvertretern unter Vorsitz des Generalsekretärs<sup>8</sup> gebildet werden, der die Aufgabe hat, die politischen Entwicklungen zu untersuchen, die für die Zwecke der Allianz von Bedeutung sind, und Schlußfolgerungen hieraus für die künftige Politik der Allianz zu ziehen.

Über den Entwurf wird in der Ratssitzung vom 22. Februar beschlossen werden. Wir werden dem Entwurf zustimmen.

II. Abteilung II schlägt vor, daß der Herr Bundesminister Herrn Harmel unser besonderes Interesse an der künftigen Arbeit des Ausschusses bekundet. Dieser stehe vor einer doppelten, schwierigen Aufgabe. Einerseits müßten die Untersuchungen breit angelegt werden und zu einem Resümee der wichtigsten politischen Entwicklungen führen, die für die Allianz von Interesse seien. Andererseits sollten sich die Teilnehmer aber auch auf praktische Schlußfolgerungen für ihre künftige Politik einigen. Dieses sei das Wichtigste. Drei Fragen ständen unserer Auffassung nach im Vordergrund:

1) Wie können die Mitglieder der Allianz die neuen Ost-West-Beziehungen und die Entspannung für ihre Interessen nützen?

Das Ziel dieser Überlegungen müsse es sein, die Konstellation im mitteleuropäischen Raum so zu verändern, daß eine Überwindung des Eisernen Vorhangs und eine Lösung der Deutschlandfrage möglich werde.

2) Wie können die europäischen Staaten im NATO-Rahmen ihre Solidarität untereinander stärken, und zwar auch im Verteidigungsbereich?

Lösungen, wie sie in der Vergangenheit erörtert worden seien, so die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, seien angesichts der Entwicklungen der letzten Jahre, besonders in Frankreich, zur Zeit nicht realisierbar. Auf diesem Gebiet solle man pragmatisch vorgehen. Die Europäische Zusammenarbeit im Rüstungsbereich sei beispielsweise ein erörterungswertes Thema.

3) Wie kann die politische und militärische Solidarität im Atlantischen Bündnis erhalten und gestärkt werden?

Wenn die Entspannung zu einer Schwächung der NATO führe, bestehe die Gefahr, daß die Sowjetunion hieraus mehr Vorteile ziehe als der Westen, und die Sowjetführer zu Fehlschlüssen über die Verteidigungsbereitschaft der Mitglie-

<sup>7</sup> Der Entwurf einer Resolution wurde am 15. Februar 1967 von Botschafter Grewe, Paris (NATO), übermittelt. Darin hieß es: „1) To carry out its mandate [...] the Council will direct the exercise and be responsible for it. 2) To that effect the Council constitutes an open-ended special group of representatives designated by governments, under the chairmanship of the Secretary General. 3) The special group will study a) the development of political events as it effects the purposes of the alliance and b) the consequent future tasks of the alliance.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 282; VS-Bd. 1661 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Manlio Brosio.

der der NATO verleitet würden. Europa und das Atlantische Bündnis müßten komplementäre Kräfte bleiben. Die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Europa, der amerikanische atomare Schutz und die Mitwirkung der USA bei den europäischen Sicherheitsfragen seien unserer Auffassung nach unerläßliche Voraussetzungen einer weiteren erfolgreichen Politik gegenüber der Sowjetunion.

III. Herr Harmel wird vielleicht fragen, wer die Bundesregierung künftig in dem Ausschuß vertreten werde. Abteilung II schlägt vor, hierauf zu antworten, daß wir noch keine endgültige Entscheidung getroffen hätten, uns aber den übrigen Mitgliedstaaten anpassen würden. Wahrscheinlich werde der Leiter der Politischen Abteilung (MD Ruete) oder sein Vertreter entsandt werden, wenn nicht Teilnahme des Herrn Staatssekretärs selbst geboten ist.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>9</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>10</sup> vorgelegt.

Der Bericht unserer NATO-Vertretung über die Ergebnisse der Sitzung vom 15. Februar (Drahtbericht Nr. 282 vom 15. Februar) ist beigelegt.<sup>11</sup>

Sahn

VS-Bd. 1661 (II A 7)

<sup>9</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 17. Februar 1967 vorgelegen.

<sup>10</sup> Hat Bundesminister Brandt am 18. Februar 1967 vorgelegen.

<sup>11</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vgl. Anm. 7 (Auszug).

## 61

**Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter****II B 3-81.00/176<sup>II</sup>/67 geheim****18. Februar 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Nichtverbreitungsvertrag

hier: Vorläufiges Ergebnis der Arbeiten des interministeriellen Arbeitsstabes, der in der Sitzung des Bundesverteidigungsrats vom 3. Februar eingesetzt wurde<sup>2</sup>Bezug: Vorlage vom 16. Februar 1967 – II B 1-81.01-176<sup>I</sup>/67 geheim<sup>3</sup>

Anlg.: 1

A. Stand der Arbeiten des Arbeitsstabes am 17. 2. 1967:

1) Die wissenschaftlichen Experten, Prof. Dr. W. Häfele und Prof. Dr. K. Wirtz, haben zu einem vom Arbeitsstab aufgestellten Fragenkatalog ein gemeinsames Memorandum vom 16. 2. vorgelegt, das als Anlage beigelegt ist.<sup>4</sup> Das Memorandum nimmt vor allem zu den Problemen der Interpretation, der Sicherung der ungehinderten Forschung, der industriellen und wirtschaftlichen Betätigung im zivilen Bereich sowie der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit im Hinblick auf das deutsche nukleare Entwicklungsprogramm, des freien und gleichen Zugangs zu Kernbrennstoffen, der Sicherheitskontrollen und des „spin-off“ Stellung.

2) Auf Grund der Empfehlungen im Memorandum und der Diskussionsbeiträge der Ressorts wurden folgende Verhandlungsziele als wünschenswert festgestellt:

– Wegfall des Kontrollartikels (Artikel III)<sup>5</sup>.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Ramisch konzipiert. Hat Bundesminister Brandt am 19. Februar 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Der interministerielle Arbeitsstab trat erstmalig am 10. Februar 1967 zusammen und bestand aus Vertretern des Bundeskanzleramtes, der Bundesministerien des Auswärtigen, der Verteidigung, für Wirtschaft sowie des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung. Außerdem waren der Direktor des Instituts für Angewandte Reaktorphysik des Kernforschungszentrums Karlsruhe, Häfele, und der Direktor des Instituts für Neutronenphysik und Reaktortechnik des Kernforschungszentrums Karlsruhe, Wirtz, als wissenschaftliche Berater beteiligt. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lahusen vom 15. Februar 1967; VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Am 16. Februar 1967 legte Botschafter Schnippenkötter erneut die „Positionspapiere“ Nr. 1 bis 8 „nach Ergänzung zu jedem Einzelpapier“ vor und erläuterte dazu: „Es handelt sich um Vorschläge zur Fixierung unserer Positionen für den internen Gebrauch im Auswärtigen Amt. Inwieweit diese Positionen in unseren Verhandlungen mit den Amerikanern, bei unseren Fühlungen mit den Genfer Abrüstungsdelegationen oder auf diplomatischem Wege, oder gegenüber der Öffentlichkeit vertreten werden, wird zu entscheiden sein.“ Vgl. VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967. Für einen Auszug vgl. Anm. 5.

<sup>5</sup> Im Memorandum des Direktors des Instituts für Angewandte Reaktorphysik des Kernforschungszentrums Karlsruhe, Häfele, und des Direktors des Instituts für Neutronenphysik und Reaktortechnik des Kernforschungszentrums Karlsruhe, Wirtz, vom 16. Februar 1967 wurde dazu ausgeführt: „Die jetzige Form von Artikel III muß ernste Besorgnisse hervorrufen. [...] Eine Lösung dieser Schwierigkeiten könnte darin bestehen, den Artikel III aus dem Vertragswerk völlig wegzulassen.“

- Falls ein Kontrollartikel unvermeidlich ist, sollte er weltweit akzeptabel gemacht werden. Weltweite Annahme wäre bezüglich der Exportwettbewerbsfähigkeit vorteilhafter, als wenn der Kontrollartikel Grund für den Nichtbeitritt von Staaten würde.
- Festlegung der Zielrichtung des Kontrollartikels auf den eigentlichen Vertragszweck durch Aufnahme etwa folgenden Satzes:  
„Die Sicherungen der IAEO haben den ausschließlichen Zweck, die Herstellung von Kernwaffen (und anderen nuklearen Sprengkörpern) zu verhindern“.
- Beim Kontrollverfahren kein perfektionistisch-dogmatisches, sondern evolutionär-pragmatisches Vorgehen. Möglichst wenig personelle Kontrollen (Inspektoren), dafür moderne automatische Kontrollen an für den Brennstoffzyklus wichtigen strategischen Punkten („black boxes am Schornstein“).
- Die wissenschaftlichen Experten werden Vorschläge für ein im Sinne der Nichtverbreitung von Waffen wirksames, aber für die freie Betätigung im zivilen Bereich unschädliches Kontrollsystem erarbeiten. Hier bieten sich auch Möglichkeiten für einen deutschen Beitrag zur Lösung der künftigen Kontrollprobleme in der IAEO.
- Wegen der Monopolstellung der Vereinigten Staaten bindende Zusicherung bezüglich ausreichender Versorgung mit Kernbrennstoffen in einem „Liefervertrag“, für dessen Inhalt die wissenschaftlichen Berater Anregungen geben werden.
- Bindende Zusicherungen zur Teilhabe am friedlichen „spin-off“.
- Geeignete Übernahme der günstigen Regelungen des Vertrags zur Ächtung der Kernwaffen in Lateinamerika<sup>6</sup>, wie Interpretation von „Kernwaffe“ (Artikel 5<sup>7</sup>, wesentlich enger als z.B. im WEU-Vertrag<sup>8</sup>).

*Fortsetzung Fußnote von Seite 302*

An seine Stelle könnte ein Interpretationsvertrag treten, den die Bundesrepublik zum Beispiel mit den USA abschließen könnte und dessen Inhalt von den USA nachrichtlich der Sowjetunion mitgeteilt werden könnte. Mit einem solchen Vertrag würden voraussichtlich Kontrollen verbunden sein, doch würden sich derartige Kontrollen zunächst im Rahmen der zwischen USA und EURATOM getroffenen Regelungen abspielen können.“ Vgl. VS-Bd. 10083 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 14. Februar 1967 über die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco) vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1967, S. 69–83.

<sup>7</sup> Artikel 5 des Vertrags vom 14. Februar 1967 über die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco): „For the purposes of this Treaty, a nuclear weapon is any device which is capable of releasing nuclear energy in an uncontrolled manner and which has a group of characteristics that are appropriate for use for warlike purposes. An instrument that may be used for the transport or propulsion of the device is not included in this definition if it is separable from the device and not an indivisible part thereof.“ Vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1967, S. 72. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 155.

<sup>8</sup> In Anlage II des Protokolls Nr. III über die Rüstungskontrolle des WEU-Vertrags vom 23. Oktober 1954 wurde definiert: „(a) Als Atomwaffe gilt jede Waffe, die Kernbrennstoff oder radioaktive Isotope enthält oder eigens dazu bestimmt ist, solche aufzunehmen oder zu verwenden und welche – durch Explosion oder andere unkontrollierte Kernumwandlung des Kernbrennstoffes oder durch Radioaktivität des Kernbrennstoffes oder der radioaktiven Isotope – Massensterbungen, Massenschäden oder Massenvergiftungen hervorrufen kann. (b) Als Atomwaffe gilt ferner jeder Teil, jede Vorrichtung, jede Baugruppe oder Substanz, welche eigens für eine unter (a) aufgeführte Waffe bestimmt oder für sie wesentlich ist.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 269.

Keine Behinderung oder Beschränkung im zivilen Bereich (Artikel 17)<sup>9</sup>.  
Zulassung von Kernsprengungen für friedliche Zwecke unter angemessenen Bedingungen und Sicherheitsvorkehrungen (Artikel 18)<sup>10</sup>.

- Möglichst ausdrückliche Verpflichtung im NV-Vertrag zur Förderung der friedlichen Nutzung der Kernenergie.
- B. Weitere Aufgaben für den Arbeitsstab
  - Vorschläge der wissenschaftlichen Experten zum Kontrollverfahren und zum Inhalt des „Liefervertrages“.
  - Rascher Abschluß der fortgeschrittenen Studie des Instituts der Stiftung Wissenschaft und Politik über das „spin-off“-Problem.<sup>11</sup>
  - Bericht an den Bundesverteidigungsrat über die bisherigen Ergebnisse des Arbeitsstabes.<sup>12</sup>

Schnippenkötter

VS-Bd. 10083 (Ministerbüro)

<sup>9</sup> Artikel 17 des Vertrags vom 14. Februar 1967 über die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco): „Nothing in the provisions of this Treaty shall prejudice the rights of the Contracting Parties, in conformity with this Treaty, to use nuclear energy for peaceful purposes, in particular for their economic development and social progress.“ Vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1967, S. 77. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 160.

<sup>10</sup> In Artikel 18 des Vertrags vom 14. Februar 1967 über die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco) wurde u. a. festgelegt: „Contracting Parties intending to carry out, or to co-operate in carrying out, such an explosion shall notify the Agency and the International Atomic Energy Agency, as far in advance as the circumstances require, of the date of the explosion [...] The General Secretary and the technical personnel [...] may observe all the preparations, including the explosion of the device, and shall have unrestricted access to any area in the vicinity of the site of the explosion in order to ascertain whether the device and the procedures followed during the explosion are in conformity with the information supplied [...] and the other provisions of this Treaty.“ Vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1967, S. 77f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 160.

<sup>11</sup> Zur Studie „Hinweise zur Beurteilung des Verhältnisses von Kernwaffenverzicht und allgemeiner technologischer Entwicklung“ vom 1. März 1967 vgl. Referat II B 3, Bd. 962.

<sup>12</sup> Am 1. März 1967 legte Referat II B 1 ein „Zwischenergebnis der Arbeiten des interministeriellen Arbeitsstabes“ vor. Vgl. VS-Bd. 925 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.



## 62

**Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger  
mit dem belgischen Außenminister Harmel****Z A 5-34.A/67 VS-vertraulich****20. Februar 1967<sup>1</sup>**

Der Herr Bundeskanzler empfing am 20. Februar 1967 den belgischen Außenminister, Herrn Harmel, zu einem Gespräch. Anwesend waren: von belgischer Seite der Generaldirektor für Politik im belgischen Außenministerium, Baron van der Straten-Waillet, der Kabinettschef des Herrn Außenministers, Vicomte Davignon, sowie der belgische Botschafter in Bonn, Herr Loridan; von deutscher Seite der deutsche Botschafter in Brüssel, Herr Federer, der stellvertretende Protokollchef, Dr. Graf Welczeck, sowie Herr Ministerialdirigent Frank.

Der Herr *Bundeskanzler* hieß seinen Gast zunächst willkommen und entschuldigte sich dafür, daß er verspätet zu dieser Besprechung gekommen sei. Er habe an einer parlamentarischen Debatte über das Nichtverbreitungsabkommen teilnehmen müssen. Der *belgische Außenminister* erwiderte, er habe volles Verständnis für die Bedeutung solcher parlamentarischen Aussprachen. Er freue sich, dem Herrn Bundeskanzler die Grüße des belgischen Ministerpräsidenten<sup>2</sup> überbringen zu können. Ferner habe er Grüße auszurichten von vielen belgischen Parlamentariern, die früher mit dem Herrn Bundeskanzler in der Beratenden Versammlung des Europarats zusammen gearbeitet haben.<sup>3</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* bedankte sich für die Übermittlung dieser Grüße. Er erinnere sich mit Freuden an die gemeinsame Arbeit mit seinen belgischen Kollegen in Straßburg. Er danke ferner für die Grüße des belgischen Ministerpräsidenten.

Er habe eine längere Zeitspanne etwas abseits des politischen Geschehens verbracht. In seinen acht Jahren in Stuttgart<sup>4</sup> habe er zwar die deutsche Außenpolitik und die europäische Politik weiter verfolgt, müsse aber nunmehr feststellen, daß er doch einiges aufzuholen habe.

Herr Minister *Harmel* legte sodann dar, er habe heute morgen bereits mit seinem deutschen Kollegen Brandt über Probleme der europäischen Politik gesprochen.<sup>5</sup> Im Einvernehmen mit Herrn Minister Brandt wolle er nunmehr auf das präzise Thema eingehen, das er mit dem Herrn Bundeskanzler besprechen wolle.

Bekanntlich habe der italienische Außenminister, Herr Fanfani, in den sechs Hauptstädten der Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaften den Vorschlag unterbreitet, anläßlich des zehnten Jahrestages der Unterzeichnung der

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Merten am 22. Februar 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Paul Vanden Boeynants.

<sup>3</sup> Der CDU-Abgeordnete Kiesinger gehörte von 1950 bis 1958 der Beratenden Versammlung des Europarats in Straßburg an. Vgl. dazu KIESINGER, Jahre, S. 454–457.

<sup>4</sup> Kurt Georg Kiesinger war von 1958 bis 1966 Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg.

<sup>5</sup> Für das Gespräch vom 20. Februar 1967 vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steg vom 24. Februar 1967; Referat I A 3, Bd. 585.

Rom-Verträge diesen Tag in Rom nicht nur feierlich zu begehen, sondern diesen Anlaß auch dazu zu benutzen, im Rahmen einer „Gipfelkonferenz“ unter Teilnahme der Regierungschefs den Gedanken der Wiederbelebung der politischen Einigung Europas zu behandeln.<sup>6</sup> Belgischerseits sei man gewiß für ein feierliches Begehen dieses Jahrestages; man könne die Öffentlichkeit nicht oft genug daran erinnern, welche Fortschritte seit Unterzeichnung der Rom-Verträge<sup>7</sup> erzielt wurden. Er habe allerdings Herrn Fanfani schon dargelegt, daß schon die Veranstaltung einer Zeremonie nicht sehr leicht sei, wenn davon ausgegangen werden müsse, daß die Regierungschefs anwesend wären, nicht jedoch Mitglieder der Kommission, die somit gar nicht zu Worte kämen. Noch schwieriger gestalte sich die Ausrichtung einer Gipfelkonferenz, welche im Anschluß an diese Zeremonie stattfinden solle. Es sei vielleicht noch nicht möglich, bei dieser Konferenz ein Hauptproblem, nämlich den Antrag Großbritanniens auf Beitritt zu den europäischen Gemeinschaften, zu behandeln. Immerhin habe Großbritannien sich noch nicht endgültig über die Frage geäußert, ob und in welcher Form es einen solchen Antrag vorbringen würde. Im übrigen sei es wohl auch besser, bei einer solchen Konferenz keine Fragen zu behandeln, welche in die Zuständigkeit der Gemeinschaften, somit ihres Ministerrates und der Kommission fallen. Schwierigkeiten ergäben sich insoweit schon aus der Tatsache, daß möglicherweise nicht alle Regierungen wünschten, daß die Kommission an einer solchen Konferenz teilnehme. Man solle daher über die Fragen der politischen Einigung Europas bei dieser Konferenz nur dann verhandeln, wenn man mit einem noch so bescheidenen Ergebnis rechnen könne. Es gelte, einen Mißerfolg solcher Besprechungen zu vermeiden. Man dürfe nicht aus einer Haltung des „Als-ob“ heraus verhandeln; es wäre sonst besser, überhaupt nicht über diese Fragen zu sprechen.

Er habe sich in dieser Hinsicht mit seinen holländischen und luxemburgischen Kollegen, den Herren Luns und Grégoire, abgesprochen. Von seiten der Benelux-Länder sei keine Initiative zu erwarten. Man wisse aber, daß möglicherweise die Bundesrepublik, Frankreich und Italien eine solche Initiative zu ergreifen wünschen. Hinsichtlich der Gedanken, die man in Rom besprechen könne, gehe er von folgender Überlegung aus<sup>8</sup>:

Man habe nicht die Absicht, auf den Fouchet-Plan zurückzukommen, weder auf die erste noch auf die zweite Fassung dieses Planes. Man könne jedoch den Gedanken prüfen, ob es möglich sei, den Außenministern den Auftrag zu erteilen, mit ihren Kollegen aus anderen europäischen Ländern, die zur atlantischen, nicht jedoch zur europäischen Gemeinschaft gehören, bestimmte Fragen gemeinsam zu erörtern. Er denke dabei insbesondere an eine Beteiligung Großbritanniens, das ja der größte atlantische Partner in Europa sei. Man solle dabei eine Liste von Themen für diese Aussprache vorbereiten. Er denke zum Beispiel an Fragen der Ost-West-Beziehungen, an den technologischen Rück-

<sup>6</sup> Zum Vorschlag des italienischen Außenministers Fanfani, anläßlich des 10. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs der europäischen Gemeinschaften in Rom zu veranstalten, vgl. Dok. 8.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

<sup>8</sup> Die folgenden Ausführungen wurden zwei Tage später in Form eines Aide-mémoires Bundesminister Brandt übergeben. Vgl. Dok. 82, besonders Anm. 5 und 6.

stand Europas sowie an ein oder zwei weitere, noch zu bestimmende Themen. Sein Gedanke dabei sei folgender: Man müsse die Themen so auswählen, daß jeder an der Aussprache teilnehmende Staat sich verpflichte, zu diesen Themen keine Entscheidung zu treffen, bevor er die anderen Staaten über die eigenen Auffassungen nicht informiert habe. Somit kämen wohl Fragen der Verteidigung nicht in Betracht, weil Frankreich sich dem wohl widersetzen würde. Man könne auch keine Fragen behandeln, welche in die Zuständigkeit der EWG fallen. Es blieben somit nur Themen der Außenpolitik. Für die teilnehmenden Staaten bedeute dies keine Aufgabe ihrer endgültigen Entscheidungssouveränität. Man solle sich lediglich verpflichten, vor einer Beschlußfassung zu bestimmten Fragen, mit den Regierungen der anderen Staaten in einen Meinungsaustausch einzutreten.

Solche Besprechungen halte er für den möglichen Beginn einer weitergehenden politischen Zusammenarbeit in Europa. Mit weniger könne man allerdings nicht beginnen. Es sei bekannt, daß die sich ständig wiederholenden Besprechungen der Außenminister, zum Beispiel im Rahmen der WEU, leider sehr wenig fruchtbar seien.

Man halte in Belgien einen solchen Vorschlag keineswegs für ein Wundermittel. Immerhin verdiene er eine Prüfung. Entscheidend für seine Verwirklichung sei allerdings eine gemeinsame Initiative von Seiten Frankreichs und der Bundesrepublik. Er habe diesen Gedanken auch schon mit den Herren Wilson und Brown besprochen.<sup>9</sup> Er habe dies für erforderlich gehalten, weil man glaube, daß die Engländer über eine weitergehende politische Zusammenarbeit im Rahmen der EWG gerade jetzt informiert sein sollten. Herr Minister Thomson, den er in der letzten Woche gesprochen habe, habe dazu ausgeführt, man sei nicht unbedingt für eine solche Initiative, weil man nicht zwei Dinge gleichzeitig erledigen könne. Für Großbritannien sei die Erreichung des ersten Zieles von vordringlicher Bedeutung. Wenn allerdings ein Land der Gemeinschaft, zum Beispiel die Bundesrepublik, einem solchen Gedanken zustimme, habe man britischerseits keine Bedenken, sich an solchen Besprechungen zu beteiligen. Man wünsche jedoch, so rasch wie möglich daran beteiligt zu werden.

Herr Minister Harmel erklärte sodann noch, er erwarte heute selbstverständlich keine endgültige Antwort auf diesen Vorschlag. Allerdings liege die Entscheidung darüber, ob man diese Vorstellungen für nützlich halte oder nicht, nunmehr bei dem Herrn Bundeskanzler. Bis zu den geplanten Treffen in Rom sei auch noch Zeit zum Nachdenken gegeben.

Der Herr *Bundeskanzler* dankte dem Herrn belgischen Außenminister für diese sehr interessanten Informationen und sagte zu, man werde deutscherseits darüber nachdenken. Allerdings wisse Herr Minister Harmel genauso gut wie der Herr Bundeskanzler, daß die „sehr interessante“ Stadt, in der über all das mitentschieden werde, Paris heiße. Nachdem man selbst über diese Vorschläge nachgedacht habe, wolle man mit Paris darüber sprechen. Anlässlich der letzten deutsch-französischen Regierungsbesprechungen in Paris, am 13.

<sup>9</sup> Premierminister Wilson und der britische Außenminister Brown hielten sich im Rahmen einer Rundreise durch die EWG-Mitgliedstaaten vom 31. Januar bis 1. Februar 1967 in Brüssel auf, um Fragen eines EWG-Beitritts zu besprechen. Vgl. dazu Dok. 8, Anm. 20.

Januar<sup>10</sup>, habe man bereits über das in Rom geplante Treffen gesprochen. General de Gaulle habe zum Ausdruck gebracht, er wisse nicht genau, ob ein solches Treffen sinnvoll sei oder nicht. Er selbst stimme mit General de Gaulle darin überein, daß eine Art europäisches Honoratiorentreffen in Rom wohl keinen guten Eindruck hinterließe. Die öffentliche Meinung erwarte von einer solchen Begegnung mehr. Vielleicht könne man politische Besprechungen ohne feste Tagesordnung vorsehen, müsse andererseits aber die Gebiete, welche man behandeln wolle, genauer abgrenzen, um einen Mißerfolg zu vermeiden. Deutscherseits sei man mit solchen Besprechungen einverstanden, habe allerdings auch keinen zu großen Ehrgeiz dabei. Herr Minister Harmel habe auch zu Recht ausgeführt, daß es zu Schwierigkeiten Anlaß geben könne, wenn auf der Tagesordnung einer solchen Konferenz Fragen stünden, welche in die Zuständigkeit der EWG fallen. Er habe im Januar in Paris den Eindruck gewonnen, daß die Haltung der französischen Regierung gegenüber einem solchen Treffen wohl positiv sei, man wisse jedoch nicht allzu genau, was man davon halten könne. Vielleicht könne man Fragen der Zusammenlegung der Exekutiven besprechen; allerdings handle es sich dabei auch wieder um eine Frage, die in die Zuständigkeit der Sechsergemeinschaft falle.

Seit den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen in Paris habe man über diese Frage keinen weiteren Meinungsaustausch mehr gehabt. Man wolle nunmehr über die Anregungen des belgischen Außenministers nachdenken, und wenn man zu dem Ergebnis gelange, daß die ganze Sache der Mühe wert sei, wolle man in Paris diesen Gedanken vortragen. Über die Reaktion der französischen Regierung könne allerdings jetzt noch nichts gesagt werden. Er glaube aber, daß man unter den Themen, die Herr Minister Harmel angeregt habe, doch solche finden könnte, die man besprechen könne.

Skeptischer sei er hinsichtlich der Beteiligung von Staaten an solchen Gesprächen, welche nicht der EWG angehören. Er selbst sei gewiß nicht gegen eine Beteiligung Großbritanniens. Im übrigen sei der von Minister Harmel gemachte Vorschlag sehr ähnlich einem Vorschlag, welchen er selbst vor etwa zehn Jahren als Berichterstatter der Beratenden Versammlung des Europarates unterbreitet habe. Er habe auch keine Bedenken dagegen, daß Mitglieder der Kommission sich an der in Rom vorgesehenen Zeremonie beteiligen.

Herrn Minister *Harmel* führte aus, er freue sich herzlich, feststellen zu können, daß es keine neuen Gedanken gebe. Durch die Reife des Alterns sei sein Gedanke in der Zwischenzeit vielleicht besser geworden. Er wolle jedoch noch einmal darauf hinweisen, daß es leicht sei, eine kurze Liste von Themen für ein solches Treffen der Außenminister auszuarbeiten. Schwieriger sei es aber, diese Themen so zu wählen, daß die beteiligten Regierungen sich auch verpflichteten, in diesen Fragen erst dann eine Entscheidung zu treffen, wenn sie sich mit den anderen Regierungen darüber abgesprochen haben. Dies sei allerdings ein Testfall.

Der Herr Bundeskanzler habe Zweifel geäußert, ob es möglich sei, über den Kreis der Sechs hinauszugehen. Er müsse dazu bemerken, daß eine Nichteinladung Großbritanniens zu solchen Gesprächen große Unruhe in diesem Land

<sup>10</sup> Vgl. dazu Dok. 17.

hervorrufen könne. Was könne auch geschehen, wenn Großbritannien an solchen Gesprächen beteiligt würde? Er selbst sei in immer stärkerem Maße davon überzeugt, man könne nicht das „totalere“ Europa schaffen, von dem General de Gaulle spreche, wenn dieses Europa nicht auf einem dreifüßigen Stativ verankert wäre. Dieses Stativ werde nach seiner Auffassung von Frankreich, der Bundesrepublik und Großbritannien gebildet. Wie wolle man zum Beispiel Fortschritte in den Ost-West-Beziehungen erzielen, wenn Europa nicht zu einem soliden Gebilde heranreife? Die jetzt noch bestehenden Bedenken gegenüber einem Beitritt Großbritanniens zu den europäischen Gemeinschaften könne man überwinden, wenn der politische Wille dazu vorhanden sei. Er habe auch nicht den Eindruck gewonnen, daß es von seiten General de Gaulles ein absolutes „non possumus“ gebe. Wenn alle gemeinsam mit Phantasie an die Lösung der bestehenden Probleme herangehen wollten, müsse es gelingen, die bestehenden Hindernisse auszuräumen.

Er wolle noch ein Wort zum Problem der Fusion der Exekutiven sagen: Man habe in Erfahrung gebracht, daß eine Lösung dieses Problems nunmehr in Sicht sei. Belgischerseits sei man der Auffassung, daß die Übergangszeit bis zum Inkrafttreten des Rotationssystems ausreichend lang, wenngleich nicht zu lang, beschaffen sein sollte. Die Übergangszeit dürfe keine Wartezeit [sein], in der nichts geschehe. Wenn also eine Lösung des Problems sich abzeichne, sei es besser, diese Lösung sofort anzuwenden, und damit nicht bis Ostern oder bis zum Dreifaltigkeitstag zu warten. Man laufe sonst Gefahr, daß die Übergangszeit zu kurz werde, so daß der Mann, welcher die Verantwortung für das Funktionieren der Gemeinschaften zu übernehmen habe, nämlich Präsident Hallstein, keine Zeit habe, das Schiff auf den neuen Kurs zu steuern.

Über die Gespräche, welche er mit Herrn Minister Brandt geführt habe, werde der Herr Bundeskanzler wohl durch seine Mitarbeiter unterrichtet. Man habe dabei auch das Thema der Ost-West-Beziehungen gestreift.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, er stimme mit den Bemerkungen Minister Harmels zum Thema der geplanten Fusion überein. Zu den anderen angeschnittenen Fragen wolle er bemerken, daß auch er in der derzeitigen Haltung Frankreichs keine unüberwindbaren Hindernisse erblicken könne. Man müsse ständig versuchen, die Dinge voranzutreiben. Er halte den Vorschlag, den der Minister gemacht habe, für eine Anregung, die sich in bescheidenem Gewande vorstelle, immerhin aber so substantiell sei, daß sie des Nachdenkens wert erscheine.

Abschließend wünschte Herr Minister *Harmel* dem Herrn Bundeskanzler alles Gute für seine Arbeit in dieser bewegten Zeit.

Der Herr *Bundeskanzler* bedankte sich und wünschte seinem Gast gleichfalls alles Gute.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 21**

## Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg

I B 4-82.00-92.22-358/67 geheim

21. Februar 1967<sup>1</sup>

Betr.: Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Jordanien

Bezug: Anliegende Weisung des Herrn Staatssekretärs vom 21. Februar 1967<sup>2</sup>

1) Nach dem anliegenden Drahtbericht der Vertretung Amman<sup>3</sup> hat sich die jordanische Regierung bereit erklärt, die diplomatischen Beziehungen zu uns sofort wieder aufzunehmen, und uns gebeten, den Zeitpunkt hierfür festzulegen.

In unseren seit dem vergangenen November laufenden vertraulichen Kontakten mit Jordanien<sup>4</sup> waren bereits der Wortlaut eines bei dieser Gelegenheit zu veröffentlichenden gemeinsamen Kommuniqués sowie eines Telegrammaustauschs zwischen dem Herrn Bundespräsidenten und König Hussein vereinbart worden. Die Texte liegen bei.<sup>5</sup> Der Herr Bundespräsident hat der Wiederaufnahme der Beziehungen und dem Text des Telegrammaustauschs zugestimmt.

Als Zeitpunkt für die Wiederaufnahme der Beziehungen wird Freitag, der 24. Februar 1967, vorgeschlagen. Das gemeinsame Kommuniqué sollte im Hinblick auf die Bundespressekonferenz am Freitag vormittag um 11 Uhr hiesiger Zeit, 12 Uhr jordanischer Zeit, veröffentlicht werden. Der nachfolgende Samstag und Sonntag sind für uns pressemäßig weniger günstig. Montag, der 27. Februar, ist wegen der Abreise des Herrn Bundespräsidenten zu Staatsbesuchen in Asien<sup>6</sup> der letzte in Frage kommende Termin. Der Telegrammwechsel zwischen dem Herrn Bundespräsidenten und König Hussein soll am Tage der Wiederaufnahme der Beziehungen vorgenommen werden.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Gehlhoff und von Legationsrat I. Klasse Redies konzipiert.

<sup>2</sup> Dem Vorgang beigelegt. Staatssekretär Schütz bat die Abteilung für die Wahrnehmung deutscher Interessen bei der französischen Botschaft in Amman, der jordanischen Regierung die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen für den 24. oder 27. Februar 1967 vorzuschlagen. Zugleich teilte Schütz mit, daß die Bundesregierung „in Aussicht genommen [habe], eine besondere deutsche Hilfe für die Palästina-Flüchtlinge bereitzustellen“. Für den Drahterlaß Nr. 8 vgl. VS-Bd. 2633 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für den Drahtbericht Nr. 13 des Legationsrats I. Klasse von Eichborn, Amman, vom 20. Februar 1967 vgl. VS-Bd. 2633 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Vgl. das Gespräch des Ministerialdirigenten Böker mit Ministerpräsident Tell am 28. November 1966 in Amman; AAPD 1966, II, Dok. 380.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 2633 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

Aufgrund jordanischer Einwände mußte auf den dritten Absatz einer gemeinsamen Erklärung, in dem beide Regierungen ihr gegenseitiges Verständnis für das Problem der palästinensischen Flüchtlinge bzw. für das Problem der deutschen Teilung ausdrückten, verzichtet werden. Vgl. dazu den Chi-Brief des Legationsrats I. Klasse von Eichborn, Amman, vom 28. Februar 1967; VS-Bd. 2568 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Bundespräsident Lübke besuchte vom 28. Februar bis 19. März 1967 die Republik Korea, Malaysia, Nepal und Afghanistan.

2) Es ist damit zu rechnen, daß der Schritt Jordaniens König Hussein neuen Angriffen seitens der radikalen arabischen Staaten, vor allem seitens Syriens und der VAR, aussetzen wird. Wir sollten uns deshalb bemühen, die jordanische Regierung im Rahmen des uns Möglichen zu unterstützen. Hierfür erscheint am besten geeignet, daß wir die jordanische Regierung von unserer in Aussicht genommenen Hilfe für die Palästina-Flüchtlinge<sup>7</sup> unterrichten und ihr anheimstellen, dies gleichzeitig mit der Veröffentlichung des Kommuniqués über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen bekanntzugeben. Es war zwar zunächst daran gedacht, die Bekanntgabe unserer in Aussicht genommenen Flüchtlingshilfe bis zu dem Gespräch mit Liga-Generalsekretär Hassouna zurückzustellen. Hassouna hat jedoch bisher auf die schriftliche Einladung des Herrn Bundesministers vom 31. Januar 1967<sup>8</sup> zu Gesprächen in Bonn nicht reagiert. Es ist deshalb ungewiß, wann es zu einem solchen Gespräch kommen wird.<sup>9</sup>

Durch Bekanntgabe der in Aussicht genommenen Flüchtlingshilfe erreichen wir gleichzeitig, daß andere arabische Staaten eher geneigt sein werden, sich dem jordanischen Schritt bald anzuschließen, und daß unsere Sonderhilfe auch ohne einen vorherigen Besuch Hassounas in Bonn bei der vorgesehenen Beratung der deutsch-arabischen Beziehungen auf der Liga-Tagung am 13. März<sup>10</sup> eine günstige Wirkung ausübt. Um die gesamtarabische Wirkung unserer Flüchtlingshilfe sicherzustellen, sollten wir außerdem kurz vor Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Jordanien entsprechende Nachrichten in der deutschen und arabischen Presse lancieren.

3) Der Herr Bundeskanzler muß über die bevorstehende Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Jordanien ebenfalls unterrichtet werden. In der Anlage ist der Entwurf eines Schreibens des Herrn Bundesministers an den Herrn Bundeskanzler<sup>11</sup> sowie eines Drahterlasses des Herrn Staatssekretärs an die Vertretung Amman<sup>12</sup> beigelegt.<sup>13</sup>

<sup>7</sup> Zur geplanten Unterstützung für Palästina-Flüchtlinge vgl. bereits das Schreiben des Bundesministers Schröder vom 13. Oktober 1966 an Bundeskanzler Erhard; AAPD 1966, II, Dok. 328.

Am 26. Januar 1967 notierte Bundesminister Brandt, daß das Bundeskabinett übereingekommen sei, eine „Sonderhilfe für Palästinaflüchtlinge“ zu leisten. „Vertraulich wurde auch festgehalten, daß Zahlungen erst geleistet werden sollen, wenn die diplomatischen Beziehungen mit den arabischen Staaten tatsächlich wieder aufgenommen werden.“ Vgl. VS-Bd. 2565 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Korrigiert aus: „30. Januar 1967“.

Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 2565 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Die Gespräche von Bundesminister Brandt mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga fanden am 21./22. April 1967 statt. Vgl. dazu Dok. 136.

<sup>10</sup> Der Verteidigungsrat der Arabischen Liga hielt vom 11. bis 14. März 1967 in Kairo eine Tagung ab. Vgl. dazu den Artikel „Deutsch-arabische Beziehungen nicht auf der Tagesordnung“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 62 vom 14. März 1967, S. 3.

<sup>11</sup> Dem Vorgang beigelegt. In dem am 21. Februar 1967 übermittelten Schreiben informierte Bundesminister Brandt, daß die jordanische Regierung „sofort“ mit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen einverstanden sei. Vgl. VS-Bd. 2633 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>12</sup> Vgl. Anm. 2.

<sup>13</sup> Am 27. Februar 1967 nahmen die Bundesrepublik und Jordanien die diplomatischen Beziehungen wieder auf. Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung sowie des Telegrammwechsels zwischen Bundespräsident Lübke und König Hussein vgl. BULLETIN 1967, S. 172.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>14</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>15</sup> mit der Bitte um Zustimmung vorgelegt.

Meyer-Lindenberg

VS-Bd. 2633 (I B 4)

## 64

### Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-11126/67 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 302  
Citissime

Aufgabe: 21. Februar 1967, 10.05 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 21. Februar 1967, 10.40 Uhr

Betr.: Altbundeskanzler Adenauer bei de Gaulle

Auf der Rückreise von seinem Spanien-Besuch<sup>2</sup> wurde Altbundeskanzler Adenauer gestern vormittag von Staatspräsident de Gaulle zu einer einstündigen Unterredung unter vier Augen empfangen. Anschließend gab der General ihm zu Ehren ein Frühstück, an dem auch die Minister Couve de Murville und Peyrefitte teilnahmen. Die Tischreden<sup>3</sup> standen im Zeichen der Freundschaft, die die beiden Staatsmänner verbindet.

Die Unterhaltung mit de Gaulle hatte nach den Informationen, die mir der Altbundeskanzler gab, etwa folgenden Verlauf: Zunächst habe Adenauer den französischen Staatspräsidenten über seine recht positiven Eindrücke zu der wirtschaftlichen Entwicklung in Spanien und zur Person General Francos unterrichtet. Es müsse alles getan werden, um Spanien sowohl wirtschaftlich wie politisch näher an die europäischen Organisationen zu binden. Der General habe sich sehr interessiert gezeigt, da er persönlich keine Kenntnis von Franco und Spanien habe.

Daraufhin habe Adenauer im Sinne seiner Rede in Madrid<sup>4</sup> dem General seine Gedanken zur Notwendigkeit einer europäischen politischen Union und zu dem geplanten Atomsperrvertrag<sup>5</sup> vorgetragen. Nach Ansicht Adenauers be-

<sup>14</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 21. Februar 1967 vorgelegen.

<sup>15</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirigent Frank am 21. Februar 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Der ehemalige Bundeskanzler Adenauer hielt sich vom 14. bis 19. Februar 1967 in Spanien auf. Vgl. dazu den Artikel „Adenauer findet Spanien auf dem Weg nach Europa“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 43 vom 20. Februar 1967, S. 2.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Tischrede des Staatspräsidenten de Gaulle vgl. DE GAULLE, Discours et messages, S. 145 f.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Rede vom 16. Februar 1967 vgl. Konrad ADENAUER, Erinnerungen 1959–1963. Fragmente, Stuttgart 1968, S. 238–246.

<sup>5</sup> Der ehemalige Bundeskanzler Adenauer erklärte in einem Interview zur Frage eines Nichtverbreitungsabkommens: „Ich bin der Auffassung, daß man etwas zu spät erkannt hat, was da wirklich dahintersteckt. Ich bin weiter der Auffassung, daß man zu ruhig darauf reagiert hat – auch



zwecke die Sowjetunion mit diesem Vertrag die europäische und insbesondere die deutsche Industrie zu entmachten. Die Folge würden für die Bundesrepublik Arbeitslosigkeit und soziale Unruhen sein, die von der Sowjetunion schließlich zur Unterwerfung Deutschlands unter den sowjetischen Willen ausgewertet werden könnten. Dies bedeute dann auch für Frankreich eine unmittelbare Gefahr. De Gaulle habe daraufhin erklärt, der Vertrag würde von Frankreich nicht unterzeichnet werden, und habe anerkannt, daß dieser Vertrag in seiner jetzigen Form eine Zementierung der Vormachtstellung der beiden Atomgiganten in der Welt bedeute. Weiter ließ sich aber der General anscheinend nicht aus seiner Reserve rauslocken. Insbesondere hat er es vermieden, Adenauer irgendeinen Rat für die künftige Haltung der Bundesregierung zum Atomsperrvertrag zu geben.<sup>6</sup>

Auch zu der Frage der Notwendigkeit einer europäischen politischen Union scheint sich der General zurückhaltend geäußert zu haben. Nach der Ansicht Adenauers wolle er vor den Wahlen noch keine Stellungnahme beziehen und sei auch noch unsicher, ob er zu der geplanten Gipfelkonferenz nach Rom fahren solle<sup>7</sup>. Er sei mißtrauisch, ob die Holländer und auch die Italiener (mit den Nenni-Sozialisten in ihrer Regierungskoalition) zu einer wirklichen politischen Zusammenarbeit der sechs Partner der EWG bereit seien, obwohl er nach wie vor zur Wiederaufnahme der Verhandlungen auf der Grundlage des Fouchet-Plans bereit sei.

Der neuen deutschen Bundesregierung stehe der General durchaus positiv gegenüber, obwohl er nach dem Eindruck Adenauers noch skeptisch sei, ob die Bundesregierung ihre Politik der engen deutsch-französischen Zusammenarbeit und der Entspannungspolitik gegenüber dem Osten gegen innere Widerstände werde durchhalten können.

[gez.] Klaiber

VS-Bd. 2392 (I A 1)

*Fortsetzung Fußnote von Seite 312*

die Presse. Man soll zwar dann und wann in der Politik Ruhe haben, aber doch nicht zu häufig. Ich finde diese ganze Sache ungeheuerlich. Das ist wirklich der Morgenthau-Plan im Quadrat.“ Vgl. DER SPIEGEL, Nr. 10 vom 27. Februar 1967, S. 21.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 54.

<sup>7</sup> Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten in Rom am 29./30. Mai 1967, anläßlich des 10. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge, an der Staatspräsident de Gaulle teilnahm, vgl. Dok. 197.

## 65

**Vermerk des Referenten Bahr****22. Februar 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Deutschlandpolitik

Die Zone, aufgeschreckt durch Erfolge unserer Osteuropapolitik, in der Gefahr der Isolierung, zum ersten Mal in der Defensive, hat begonnen, eine Gegenoffensive zu starten.

Die Gegenoffensive geht darauf aus, die sozialistischen Länder zu binden<sup>2</sup>, die Bundesrepublik zu blockieren und sie zu zwingen, die DDR anzuerkennen.

Die veränderte Haltung der Bundesrepublik hat die Zone dabei genötigt, Positionen einzunehmen und Methoden zu benutzen, die sie selbst in die Gefahr der Isolierung bringen. Sie versucht das durch die übersteigerte Form des Separatismus zu überspielen. Es handelt sich um eine verbesserte Neuausgabe der Rolle des „unentbehrlichen Satelliten“.

Die Auswirkungen auf Osteuropa werden diese Länder mit Unbehagen verfolgen, obwohl sie an der Durchführungsmethode, der Spaltung des deutschen Nationalbewußtseins, nichts kritisieren können noch wohl wollen.

Auf eine Kurzformel gebracht heißt das: Die Zone hat einen Wettlauf mit der Bundesrepublik angetreten, bei der es um die Frage geht: Wer isoliert wen; wer zwingt dem anderen seine Konzeptionen auf; wer blockiert wen?

In dieser Situation wird es nicht nur für unsere Osteuropapolitik, sondern für unsere Deutschlandpolitik entscheidend, mit der Sowjetunion in ein Gespräch zu kommen und uns in Osteuropa weiter zu etablieren.

Wenn der gegenwärtige Zonenkurs einige Jahre gehalten werden kann, werden neue, schwer revidierbare Tatsachen des Bruches zwischen den beiden Teilen Deutschlands geschaffen, die undogmatischen Kräfte entmutigt und in den Hintergrund gedrängt und die Friedenspolitik der Bundesrepublik bis nahezu an den Rand der Unbeweisbarkeit gestört.

Umgekehrt erscheint es in diesem Anfangsstadium noch möglich, diesen Kurs der Zone zu beeinflussen oder gar umzukehren.

Dies erfordert einen neuen Anlauf. Dabei denke ich nicht an äußerlich sichtbare dramatische Akzente, sondern intensive diplomatische Aktionen, bis Erfolge eintreten.

Es versteht sich am Rande, daß Teile der öffentlichen NP-Diskussion hierzu-lande in diesem Zusammenhang besonders konzentriertes Gift sind. Aber gerade dies ist ein zusätzlicher Grund, im Rahmen der nicht vermeidbaren „competition“ mit der Zone neue eigene Aktionen zu unternehmen.

Bahr<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Undatierter Vermerk. Datum gemäß der Paraphe des Staatssekretärs Schütz.

Hat Bundesminister Brandt vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Schütz verfügte.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 50, Anm. 7.

<sup>3</sup> Paraphe.

P.S. Mein morgen folgender Entwurf der Antwort-Note berücksichtigt die Lagebeurteilung.<sup>4</sup>

Willy-Brandt-Archiv, Bestand Außenminister

## 66

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahn

II A 1-85.50/1-627/67 VS-vertraulich

22. Februar 1967<sup>1</sup>

Betr.: Internationaler Sportverkehr;  
hier: Erklärung der Bundesregierung zu der Frage der SBZ-Symbole  
und -Bezeichnungen bei internationalen Sportveranstaltungen

Bezug: Weisung des Herrn Staatssekretärs nach der Ministerbesprechung vom  
21. 2. 1967 im BMI<sup>2</sup>

Anlg.: 1<sup>3</sup>

1) Auf dem Wege über das Abspielen von Hymnen sowie das Zeigen von Emblemen, Flaggen und Bezeichnungen bei internationalen Messen und Sportveranstaltungen sucht die SBZ mit Unterstützung des Ostblocks ihre Deutschlandthesen in einer für die Öffentlichkeit eingängigen Weise durchzusetzen. Sie will sich so im Bewußtsein der Weltöffentlichkeit als „zweiter deutscher Staat“ etablieren und ihre These vom „besonderen Territorium Westberlin“ untermauern.

<sup>4</sup> Für den Entwurf vom 24. Februar 1967 vgl. VS-Bd. 10064 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967. Dazu erläuterte Referent Bahr „daß es nicht opportun erscheint, gegen einzelne Anschuldigungen [...] zu polemisieren, sondern mit der Note der Bundesregierung einen möglichst starken Druck auf die Sowjetunion mit dem Ziel auszuüben, Gespräche aufzunehmen. Ob demgegenüber ausdrücklich auf früheren Notenwechsel und Einzelanschuldigungen, insbesondere den Vorwurf geheimer raketentechnischer Vorbereitungen, eingegangen werden soll, [...] ist eine politische Entscheidung.“ Vgl. VS-Bd. 10064 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

Eine Antwortnote wurde nicht übergeben. Statt dessen wurden im Auswärtigen Amt weitere Entwürfe konzipiert. Vgl. VS-Bd. 4105 (II B 2).

Mit Verbalnote vom 22. Dezember 1967 erklärte die Bundesregierung, sie habe „es nicht für angebracht gehalten, die [...] Erklärungen, die jede eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland darstellten, zu beantworten. Sie ist der Auffassung, daß es den Bemühungen um Verständigung und Entspannung nicht dienlich ist, eine gegenseitige Polemik zu entfalten.“ Vgl. DzD V/1, S. 2276.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jung und von Legationsrat von der Gablentz konzipiert.

<sup>2</sup> Am 22. Februar 1967 vermerkte Staatssekretär Schütz mit Blick auf die geplante Hausbesprechung des Bundesministers Brandt mit den Abteilungsleitern auf dem Begleitvermerk zur Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Jung für Ministerialdirektor Ruete handschriftlich: „Für die Besprechung am 23.2. sollte auch der Entwurf einer möglichen ‚Generalerklärung‘ vorgelegt werden.“

Zur Ministerbesprechung vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Jung vom 21. Februar 1967; VS-Bd. 4179 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Für die Hausbesprechung vom 23. Februar 1967 vgl. Dok. 68.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 8.

Wenn sich auch die Bemühungen der Zone in diesem Bereich im Vorfeld der völkerrechtlichen Anerkennung abspielen und es daher nicht um die Anerkennung, sondern nur um eine Status-Verbesserung der Zone geht, so liegt die große politische Bedeutung dieser Aktivität dennoch auf der Hand. Es kann uns nicht gleichgültig sein, ob sich das Bild „zweier deutscher Staaten“ auf diesem wichtigen Gebiet internationaler Zusammenarbeit festsetzt.

2) Unsere Bemühungen, ein solches Auftreten der SBZ bei internationalen Sportveranstaltungen zu verhindern, führten zu einer dauernden Auseinandersetzung mit den internationalen und nationalen Sportverbänden sowie zu diplomatischen Interventionen bei befreundeten Regierungen, die Belastungen unserer internationalen Stellung mit sich brachte.<sup>4</sup>

Um dieser lästigen Auseinandersetzung zu entgehen, schlugen in der Ministerbesprechung vom 21.2.1967 die Bundesminister des Innern<sup>5</sup> und für gesamtdeutsche Fragen<sup>6</sup> nunmehr vor, in einer „Generalerklärung“ darzulegen, daß unsere Rechtsauffassung nicht beeinträchtigt werde, wenn bei ausländischen Sportveranstaltungen Zonensymbole und -bezeichnungen verwandt würden. Anlaß für diese Generalerklärung könnte eine Stellungnahme der Bundesregierung zum Ostberliner „Staatsbürgergesetz“ vom 20.2.1967<sup>7</sup> sein, die vom Bundestag gebilligt und allen ausländischen Regierungen zugestellt werden könnte.

Eine vorläufige Skizze einer solchen Generalerklärung ist als Anlage beigelegt.<sup>8</sup>

3) Ein ähnlicher Gedanke war bereits von Bundesminister Mende in der Kabinettsitzung vom 14.9.1966 und bei einer Besprechung des Bundesministeriums des Innern mit dem Deutschen Sportbund vom 17.10.1966 vorgeschlagen worden. Die Abteilungen des Auswärtigen Amts hatten sich damals mit folgenden Argumenten dagegen gewandt:

Eine „salvatorische Erklärung“, die mit der faktischen Hinnahme der SBZ-Symbole und -Bezeichnungen verbunden wäre, würde die Glaubwürdigkeit unserer gesamten Deutschlandpolitik erschüttern. Sie würde als Zeichen der Schwäche angesehen und könnte bei Staaten der Dritten Welt Reaktionen her-

<sup>4</sup> Vgl. dazu die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 21. Juni 1966; AAPD 1966, I, Dok. 199.

<sup>5</sup> Paul Lücke.

<sup>6</sup> Herbert Wehner.

<sup>7</sup> Am 20. Februar 1967 trat das Gesetz über die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik (Staatsbürgerschaftsgesetz) in Kraft. Darin wurde festgestellt, daß mit der Gründung der DDR „in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik“ als „Ausdruck der Souveränität“ entstanden sei. Vgl. DzD V/1, S. 603.

<sup>8</sup> Dem Vorgang beigelegt. In einem undatierten ersten Entwurf nahm Referat II A 1 mit Blick auf das Staatsbürgerschaftsgesetz der DDR vom 20. Februar 1967 Stellung zur Frage des internationalen Sportverkehrs. Darin wurde ausgeführt: „Wir alle wissen, daß unsere Landsleute aus dem anderen Teil Deutschlands im allgemeinen nur an internationalen Sportveranstaltungen teilnehmen dürfen, wenn die äußeren Symbole der erzwungenen Spaltung auf dem Sportplatz erscheinen. Wir wissen aber auch, daß politischer Druck zwar gewisse Bezeichnungen, das Zeigen gewisser Embleme und Flaggen und das Spielen von Hymnen erzwingen – aber nie die Einheit eines Volkes zerbrechen kann. Wenn wir daher im Gegensatz zum Regime in Ostberlin menschliche Begegnungen höher stellen als gewisse Symbole einer dauernden politischen Erpressung, so wissen wir, daß unsere Haltung von den Völkern dieser Welt verstanden wird. [...] Unsere Rechtsauffassung haben wir damit nicht geändert.“ Vgl. VS-Bd. 4143 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

vorrufen, die unser Alleinvertretungsrecht ernsthaft gefährdeten. „Salvatorische Erklärungen“ könnten stets nur dazu dienen, mögliche Mißdeutungen einer klaren und konsequenten Politik der Nichtanerkennung und des Alleinvertretungsanspruchs auszuschließen. Wenn aber der Eindruck entstehe, daß die Bundesrepublik Deutschland ihren Alleinvertretungsanspruch nicht mehr effektiv wahren und gegebenenfalls opferbereit für ihn kämpfen wolle, so würden „salvatorische Erklärungen“ den Zusammenbruch der zu verteidigenden Positionen beschleunigen.

4) Wenn man heute das Für und Wider des neuen Vorschlags einer „Generalerklärung“ abwägt, so ergibt sich als Vorteil, daß Niederlagen in der Auseinandersetzung über das Zeigen von SBZ-Symbolen bei ausländischen Sportveranstaltungen verhindert werden können. Ebenso würden die außerordentlich lästigen Verhandlungen zwecks Niederhaltung der Zonenaktivität und damit auch die Gefahr entfallen, befreundete Regierungen und Verbände zu verstimmen. Ein weiterer Vorteil könnte sein, daß die Bundesregierung im Zuge einer offensiven Deutschlandpolitik bei der weitergehenden Auseinandersetzung mit dem Ulbricht-Regime mehr Bewegungsfreiheit als bisher erhielte.

Solange aber eine offensive Deutschlandpolitik nur verkündet, aber noch nicht ausgeführt wird, ergeben sich folgende Nachteile:

– Die Fachverbände und ausländischen Regierungen würden überwiegend sogleich auf die mit der Erklärung neu formulierte Minimal-Position einschwenken, so daß künftig unsere Einwirkungsbemühungen nur noch ausnahmsweise Erfolg haben könnten. Es dürfte nicht möglich sein, die Minimal-Position durch eine weniger scharfe Fassung der Erklärung zu verbergen. Vor allem würde unsere noch gut abgesicherte Position in den NATO-Staaten ohne Gegenleistung aufgegeben.

– Die Erklärung läßt sich nicht auf das Gebiet des Sports beschränken, sie hat notgedrungen Rückwirkungen auf das weite Gebiet der Messen und Ausstellungen sowie der nichtstaatlichen Organisationen (NGOs). Messen und Ausstellungen sowie NGOs haben zum Teil einen starken politischen Einschlag (bei NGOs z.B. die Interparlamentarische Union, die International Law Association, der Weltverband der VN-Gesellschaften). Ein Rückzug der Bundesregierung würde sich daher praktisch auf den gesamten „vorrechtlichen“ Raum beziehen und einer Status-Verbesserung der Zone Tür und Tor öffnen.

– Die Generalerklärung könnte den Eindruck hervorrufen, als würden wir jetzt das Steuer unserer Deutschlandpolitik abrupt herumwerfen. Diesen Eindruck aber hatten wir gerade mit unserer Abschirmungsaktion im Fall Rumänien verhindern wollen.<sup>9</sup> Unsere immer wiederholte Rechtsauffassung könnte somit unglaublich werden.

5) Als Ergebnis der Abwägung wird festgehalten, daß die Nachteile die Vorteile heute bei weitem überwiegen. Wir würden Terrain aufgeben und Trümpfe aus der Hand geben, ohne dafür substantielle Gegenleistungen zu erhalten. Im Zuge einer offensiven Deutschlandpolitik mag sich später eine bessere Konstellation ergeben. Von der Abgabe einer Erklärung sollte zunächst abgesehen werden.

<sup>9</sup> Zur „Abschirmungsaktion“ der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ostblock-Staaten vgl. Dok. 18, besonders Anm. 5.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>10</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>11</sup> für die Besprechung am 23.2.1967 vorgelegt. Die Abteilungen I, III, IV und V haben mitgezeichnet (durch die Referate I B 1, III A 1, IV 5 und V 1).

Sahm

VS-Bd. 4143 (II A 1)

## 67

### Botschafter Freiherr von Mirbach, Neu Delhi, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-11141/67 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 150

Aufgabe: 22. Februar 1967, 11.40 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 22. Februar 1967, 07.53 Uhr

Betr.: Deutsche Waffenlieferungen an Iran und Pakistan

1) Der Staatssekretär des Außenministeriums bat mich zu sich und las mir aus einem Bericht der indischen Botschaft Teheran vor, daß vier Militärattachés, darunter der deutsche<sup>2</sup>, kürzlich den iranischen Flugplatz Dezful besucht und u. a. nach den dort angeblich stationierten, aus der Bundesrepublik gelieferten, aber nicht vorhandenen F-86-Flugzeugen gefragt hätten. Die iranische Antwort habe gelautet, daß sie auf andere iranische Flugplätze überführt worden seien. Nach den Erkundungen der indischen Botschaft, z. T. beruhend auf iranischen Äußerungen, seien sie aber auf den restlichen iranischen Flugplätzen in Teheran, Hamadan und Schiraz auch nicht zu sighten gewesen. Hieraus müsse er den Schluß ziehen, daß alle von der Bundesrepublik gelieferten 88 Flugzeuge sich zur immerwährenden Überholung in Pakistan aufhielten. Als ich zu meiner üblichen Erklärung über die nicht anzuzweifelnden Zusagen des Schahs<sup>3</sup> ansetzte, winkte C.S. Jha ab und sagte, er müsse leider feststellen, daß er wie wahrscheinlich auch ich auf die iranischen Zusicherungen<sup>4</sup> herein-gefallen sei. Er sei der Bundesregierung für ihre unterstützende Haltung in

<sup>10</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 22. Februar 1967 vorgelegen, der handschriftlich für Bundesminister Brandt notierte: „H[errn] Min[ister]. Ich bin anderer Meinung. Eine Generalerklärung muß gefunden werden.“

<sup>11</sup> Hat Brandt am 22. Februar 1967 vorgelegen.

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirigent Sahm am 22. Februar 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Ludwig Hauswedell.

<sup>3</sup> Reza Pahlavi.

<sup>4</sup> Am 30. Dezember 1966 informierte Staatssekretär Lahr die Botschaft in Neu Delhi, daß der indische Botschafter „ernste Besorgnisse“ vorgetragen habe. Banerji sei davon unterrichtet worden, daß „die iranische Regierung uns auf Rückfrage dieser Tage versichert habe, [...] sie werde auch in Zukunft die uns gegenüber eingegangenen Verpflichtungen einhalten [...]“. Botschafter wurde darauf hingewiesen, daß wir die von indischer Seite vorgebrachten Vermutungen über Verbleib der Flugzeuge ohne nähere Angaben nicht überprüfen könnten und wir bisher keinerlei Anlaß gehabt hätten, amtliche iranische Zusicherungen in Zweifel zu ziehen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 556; VS-Bd. 5123 (III A 4); B 150, Aktenkopien 1966.

dieser Frage sehr dankbar. In der nächsten Parlamentssitzung könne sich das Außenministerium aber auf die mit Sicherheit zu erwartende Anfrage nicht mehr hinter der bisherigen Formulierung der Zusicherung befreundeter Mächte über die Rückführung besagter Flugzeuge verschanzen, sondern werde mit dem von ihm festgestellten Tatbestand herausrücken müssen. Diese Ansicht ist alles andere als beruhigend.

2) Staatssekretär C. S. Jha berief sich anschließend auf meine frühere Erklärung, daß die Bundesrepublik seit Ausbruch des indo-pakistanischen Konflikts keine Waffen an die betroffenen Staaten liefere.<sup>5</sup> Ich benutzte diese Gelegenheit, um den Staatssekretär darauf hinzuweisen, daß wir den pakistanischen Wunsch auf Lieferung von U-Booten abgelehnt hätten, worauf dieser für unseren Schiffsbau nützliche Auftrag an Frankreich gegangen sei. C. S. Jha ging hierauf nicht ein, sondern sagte, aus einem Bericht der indischen Hochkommission in Rawalpindi gehe hervor, daß die Firma Bölkow, Ottobrunn, vor kurzem Sachverständige dorthin geschickt habe, um die von ihr in Lizenz an Pakistan gegebene Tank-Abwehr-Rakete zu verbessern oder aufgetretene Fehlerquellen zu beseitigen. Das sei nun zwar keine direkte Waffenlieferung, jedoch eine zusätzliche Hilfe zu der gegen Indien gerichteten pakistanischen Aufrüstung. Er wäre der Bundesregierung zu Dank verbunden, wenn sie auch derartige Maßnahmen unterbinden könne.

3) Die Ausführungen des Staatssekretärs waren ruhig-freundlich mit dem von ihm diesmal angeschlagenen resignierenden Ton, daß derartige Dinge leider immer wieder die sonst so guten deutsch-indischen Beziehungen störten.

[gez.] Mirbach

**VS-Bd. 903 (II A 7)**

<sup>5</sup> Bereits im Oktober 1965 und erneut am 4. Juli 1966 versicherte Botschafter Freiherr von Mirbach, Neu Delhi, gegenüber dem Staatssekretär im indischen Außenministerium, Jha, daß die Bundesrepublik weder direkt noch über Drittstaaten Waffen an Pakistan liefere. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 709 und 724 vom 11. bzw. 13. Oktober 1965; VS-Bd. 2593 (I B 5); B 150, Aktenkopien 1965. Vgl. ferner den Drahtbericht Nr. 553 vom 5. Juli 1966; VS-Bd. 2593 (I B 5); B 150, Aktenkopien 1966.

## 68

## Hausbesprechung

II A 1-83.15/5-635/67 geheim

23. Februar 1967<sup>1</sup>

Der Herr *Minister* eröffnete die Besprechung mit dem Vorschlag, zwei Dinge neu zu überdenken:

1) Die Deutung dessen, was Alleinvertretungsanspruch genannt werde, sei zu überdenken.

Man müsse bedenken, daß es uns an einem effektiven Einfluß auf die Verhältnisse im anderen Teil Deutschlands fehle. Angesichts der verrinnenden Zeit müßten wir uns immer wieder fragen, ob und wie wir drüben verstanden würden.

2) Bei allem Respekt vor dem Geschick und der Beharrlichkeit, mit denen das Auswärtige Amt unsere Positionen bei internationalen Veranstaltungen im nichtstaatlichen Bereich bisher verteidigt habe, müsse man immer wieder die Frage aufwerfen, ob sich nicht inzwischen bei der Bevölkerung im anderen Teil Deutschlands ein höherer Grad von Identifizierung mit dem Regime entwickelt habe.

Diese Identifizierung erstreckte sich natürlich nicht auf die SED-Führung, sondern beziehe sich auf die quasi-staatliche Ordnung, die drüben entstanden sei. Die Tendenz, sich mit der herrschenden Ordnung zu arrangieren, könne nicht mehr übersehen werden. Der Herr Minister bezog sich zur Erläuterung auf ein Beispiel aus seinem Freundeskreis.

Der Herr *Staatssekretär* berichtete über die Ministerbesprechung, die am 21.2.1967 im BMI unter Beteiligung der Bundesminister des Innern<sup>2</sup> und für gesamtdeutsche Fragen<sup>3</sup> sowie von ihm selbst stattgefunden habe (vgl. Ergebnisprotokoll vom 21.2.1967 – II A 1-83.15/5/615/67 geheim<sup>4</sup>). Bei dieser Besprechung sei man zu dem Ergebnis gekommen, daß unsere bisherige Politik der Bekämpfung von Zonensymbolen auf internationalen Sportveranstaltungen nicht mehr gehalten werden könne. Es sei vorgeschlagen worden, in einer

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jung gefertigt und von Ministerialdirektor Ruete am 23. Februar 1967 an Staatssekretär Schütz übermittelt. Vgl. VS-Bd. 4179 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Hat Schütz am 27. Februar 1967 vorgelegen.

An der Hausbesprechung über die „Haltung gegenüber dem Vordringen der SBZ bei internationalen Veranstaltungen nichtstaatlichen Charakters“, die von 9.50 bis 10.50 Uhr stattfand, nahmen teil: Bundesminister Brandt, Staatssekretär Schütz, Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg (D I), Ministerialdirektor Ruete (D II), Ministerialdirektor Harkort (D III), Ministerialdirektor Thierfelder (D V), Referent Bahr, Ministerialdirigent Overbeck (D IV i. V.), Ministerialdirigent Sahm (Dg II A), Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnold (Leiter des Ministerbüros), Vortragender Legationsrat I. Klasse Jung (Referatsleiter II A 1) und Vortragende Legationsrätin von Puttkamer (Referatsleiterin I B 1).

<sup>2</sup> Paul Lücke.

<sup>3</sup> Herbert Wehner.

<sup>4</sup> Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Jung vgl. VS-Bd. 4179 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. dazu Dok. 66, Anm. 2.



„Generalerklärung“<sup>5</sup> darzulegen, daß unsere Rechtsauffassung nicht beeinträchtigt werde, wenn bei ausländischen Sportveranstaltungen Zonensymbole und -bezeichnungen verwandt würden. Anlaß für diese Generalerklärung könnte eine Stellungnahme der Bundesregierung zum Ostberliner Staatsbürgerschaftsgesetz vom 20. 2. 1967<sup>6</sup> sein. Eine Erstreckung auf Veranstaltungen von Kunst und Wissenschaft liege nahe. Die Angelegenheit sei dringlich, da die Stellungnahme zum Staatsbürgerschaftsgesetz bald abgegeben werden müsse. Im Gegensatz zu der Aufzeichnung der Abteilung II vom 22. 2. – II A 1-85.50/1-633/67 VS-vertraulich<sup>7</sup> – befürworte er eine solche Generalerklärung, die mit dem BMG, BMI und BKA abgestimmt werden müsse.

Der Herr *Minister* erklärte, er halte ein Argument aus der Aufzeichnung vom 22. 2.<sup>8</sup> für sehr gewichtig, nämlich daß mit einer solchen Generalerklärung gewartet werden solle, bis mit der Ausführung einer offensiven – besser aktiven – Deutschlandpolitik begonnen sei. Es sei richtig, daß die Ausführung dieser Politik wegen anderer Aufgaben noch nicht weiter in Gang gekommen sei. Er frage sich, ob man nicht alsbald – besonders im Hinblick auf den kommenden SED-Parteitag<sup>9</sup> – bereits einzelne Elemente dafür formulieren könne. Der Herr *Staatssekretär* meinte, durch die geplante Generalerklärung könne man die Tür dafür öffnen.

D II führte aus, eine Generalerklärung in diesem Zeitpunkt würde von fremden Regierungen als Freibrief für die Zulassung von Zonenaktivitäten aufgefaßt werden. Dieser Vorgang würde auch bei unseren NATO-Verbündeten nicht Halt machen. Letzten Endes würden auch Veranstaltungen im Bundesgebiet davon erfaßt werden. Ebenso müsse man mit einer Ausdehnung auf das Gebiet der Messen und aller nichtstaatlichen Organisationen (NGO's) mit ihrem bedeutenden politischen Einfluß rechnen. Die Maßnahme führe daher dazu, daß der Raum vor der völkerrechtlichen Anerkennung für die Zone freigegeben werde. Er sei nicht im Prinzip gegen eine solche Entwicklung, nur müsse man sie in das Gesamtkonzept einer aktiven Deutschlandpolitik einbetten, einer Politik, die möglicherweise Elemente des Gebens und des Nehmens enthalte. Solange diese Konzeption nicht geschaffen sei, sollten wir unsere bisherige Politik fortsetzen, gleichzeitig aber schnellstens eine neue Deutschlandpolitik ausarbeiten, die dann die Billigung des Kabinetts oder des Herrn Bundeskanzlers finden müsse. Es sei richtig, daß auf dem Sportsektor ein gewisser Zeitdruck bestehe. Im übrigen sei unsere Stellung aber noch relativ gefestigt. Mit einer Generalerklärung über internationale Veranstaltungen anzufangen, sei seines Erachtens ein Eröffnungszug, der die ganze Partie gefährden könne.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß Kunst und Wissenschaft für die nationale Substanz eigentlich noch wichtiger als der Sport seien.

<sup>5</sup> Zum undatierten ersten Entwurf einer Generalerklärung vgl. Dok. 66, Anm. 8 (Auszug).

<sup>6</sup> Zum Gesetz vom 20. Februar 1967 über die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik (Staatsbürgerschaftsgesetz) vgl. Dok. 66, Anm. 7.

<sup>7</sup> Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Jung vgl. VS-Bd. 4141 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Vgl. Dok. 66.

<sup>9</sup> Der VII. Parteitag der SED fand vom 17. bis 22. April 1967 in Ost-Berlin statt. Vgl. dazu PROTOKOLL DER VERHANDLUNGEN DES VII. PARTEITAGES DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS, Bd. I–IV, Berlin [Ost] 1967.

*D IV i. V.* vertrat die Ansicht, daß die in Rede stehende Generalerklärung eine hundertprozentige Abkehr unseres bisherigen Standpunktes sei.

Der Herr *Staatssekretär* wies auf den Zeitfaktor hin. Wenn wir dazu entschlossen seien, den Sport in die Generalerklärung aufzunehmen, dann sollten wir von Anfang an auch Wissenschaft und Kunst dazu nehmen.

Herr *Bahr* trug drei Punkte bei:

- Er sprach sich für die schnelle Abgabe einer Generalerklärung zum Staatsbürgergesetz aus.
- Bei unserer Haltung zu Zonensymbolen sollten wir nicht zu sehr zwischen Bundesgebiet, NATO-Ländern und ungebundenen Staaten differenzieren.
- Was die aktive Deutschlandpolitik anbetreffe, so seien zwei bis drei Wochen für die Skizzierung eines Gesamtkonzeptes notwendig.

Im übrigen müßten wir Positionen aufgeben, die auch bisher nicht voll gehalten worden seien. Unsere neue Einstellung zu Zonensymbolen müsse bis 1972<sup>10</sup> haltbar sein.

*D V* führte aus, daß unsere Linie trotz mancher Schlappen bisher im Prinzip nicht geändert worden sei. Die geplante Generalerklärung für internationale Veranstaltungen sei ein völlig neuer Anfang, der einer Räumung des nichtstaatlichen Feldes gleichkomme. Auswirkungen auf den Bereich staatlicher Organisationen seien unvermeidbar (bis hin zur Möglichkeit einer SBZ-Beobachter-Delegation bei den Vereinten Nationen).

*D II* erklärte, es gebe zwei Arten von Zeitdruck: einmal handele es sich um die drängende Erklärung zum Staatsbürgergesetz, zum anderen befänden wir uns hauptsächlich auf dem Sportsektor in einer schwierigen Lage. Unter diesen Umständen solle man zunächst eine Erklärung zum Staatsbürgergesetz abgeben, in der unser Standpunkt dargelegt werde, ohne daß unsere weiteren Schritte präjudiziert würden. Der Herr *Staatssekretär* präziserte, daß „Zeitdruck“ nur bedeute, daß wir uns selbst unter einen Zeitdruck stellten.

*D I* vertrat die Auffassung, daß, je mehr wir darauf verzichteten, die SBZ-Aktivitäten im Vorfeld der völkerrechtlichen Anerkennung abzuwehren, desto schwieriger dann die Abwehr im staatlichen Bereich sei. Es gehe um eine hochpolitische Entscheidung mit großen Auswirkungen. Im übrigen frage er sich, ob nicht der Gesetzgeber tätig werden müsse, wenn man das Zeigen der Zonenflagge im Bundesgebiet dulden wolle.<sup>11</sup>

*Dg II A* sprach sich für eine Generalerklärung ohne einen Sportteil aus, die den Bereich der menschlichen Kontakte zwischen beiden Teilen Deutschlands

<sup>10</sup> Ministerialdirektor Diehl erläuterte am 22. Februar 1967 hinsichtlich der XX. Olympischen Sommerspiele 1972 in München: „Falls die Zone, unterstützt von den Ostblockstaaten, bei der Olympiade in München auf zwei deutschen Mannschaften bestehen sollte (unter Boykottandrohung z. B.), wird die Bundesrepublik einlenken müssen. Ein Fernbleiben unsererseits ist nicht vorstellbar. Sollte es dem IOC bis 1972 nicht gelingen, Flaggen und Nationalhymnen ganz abzuschaffen, wird sich die Entwicklung zu zwei deutschen Mannschaften nicht vermeiden lassen.“ Vgl. VS-Bd. 4179 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>11</sup> Am 23. Februar 1967 notierte Ministerialdirektor Thierfelder dazu: „Es gibt keine spezielle Vorschrift gegen das Zeigen der Spalterflagge und das Absingen der Becherhymne in der Bundesrepublik Deutschland.“ Vgl. Referat II A 1, Bd. 707.

einschlieÙe und geeignet sei, Gegenstand der Anknüpfung für spätere Erklärungen bezüglich Sport, Kunst und Wissenschaft zu sein.

Der Herr *Minister* warf die Frage auf, ob man etwas weitergehen solle und drei Hauptpunkte in der Erklärung unterbringen könne:

- a) Die Erklärung zum Staatsbürgergesetz;
- b) Ausführungen über die Wünschbarkeit menschlicher Begegnungen in Deutschland unbeschadet der bestehenden Herrschaftssysteme.
- c) Allgemeine Gedanken, wie bei internationalen Begegnungen Kontakte unserer Landsleute aus dem anderen Teil Deutschlands erleichtert werden könnten, z. B. auf dem Gebiet des Sports. In diesem Teil sollte auch beschrieben werden, wie sehr wir uns bemühten, trotz der Isolierungspolitik des Ostberliner Regimes und seiner bewegungseinschränkenden Bestimmungen viel dafür zu tun, um unseren Landsleuten Berührungen mit dem Ausland zu erleichtern, z. B. bei internationalen Sportveranstaltungen.

Es sei klar, daß der Kabinettsausschuß für innerdeutsche Beziehungen und das Kabinett den Wortlaut einer solchen Erklärung sicher genau prüfen müÙte.

Herr *Arnold* wies auf die gerade eingegangene Aufzeichnung des Planungsstabes<sup>12</sup> hin.

*Referatsleiter I B 1* vertrat die Meinung, daß die Freigabe eines nur kleinen Sektors für die Zone ein Übergreifen auf andere nichtstaatliche, aber auch staatliche Sektoren im Ausland unvermeidbar mache. Der Prozeß des Rutschens sei dann nicht mehr aufzuhalten. Man müsse sich fragen, ob es dann nicht besser sei, sogleich uno actu das gesamte Feld der nichtstaatlichen und staatlichen Organisationen der Zone freizugeben.

*D III* führte aus, daß bei den Teilnehmern der Besprechung zwar Einigkeit in den Zielen, jedoch bei vielen ein Zögern im Hinblick auf die Ausführung festzustellen sei. Wenn wir schon jetzt handelten, werde der Spielraum geringer. Es ergebe sich die Gefahr des Abrutschens.

*D V* erklärte, er habe sich oft gefragt, ob man nicht eine Grenze zwischen technischen und politischen Organisationen schaffen könne. Eine solche Grenze habe sich bisher nicht ermitteln lassen. Wenn man eine Ausdehnung auf andere Sektoren verhindern wolle, könne als einzig stichhaltiger Grund nur das Motiv der Erleichterung für die Zonenbevölkerung verwertet werden.

Der Herr *Minister* wollte es nicht ein für alle Mal ausschließen, daß sich die Bundesrepublik zu einem Zeitpunkt, in dem wir uns kräftig genug fühlten, etwa in den Vereinten Nationen, stärker als bisher bemerkbar mache.

*D I* vertrat die Ansicht, daß wir es uns innenpolitisch nicht leisten könnten, das Feld der staatlichen internationalen Organisationen für die Zone freizugeben.

*Referatsleiter II A 1* erklärte, er halte die Argumente in der Aufzeichnung vom 22.2.1967 auch noch nach der bisherigen Diskussion für gültig. Der unmittelbare Zeitdruck, der bestehe, liege nur darin, daß man gerade jetzt eine gute Gelegenheit habe, in der Erklärung zum Staatsbürgergesetz noch andere Ge-

<sup>12</sup> Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Diehl vom 22. Februar 1967 vgl. VS-Bd. 4179 (IIA 1); B 150, Aktenkopien 1967. Für einen Auszug vgl. Anm. 10.

biete unterzubringen. Dieser Zeitdruck sei aber nicht so groß, daß wir nicht die Entscheidung über unsere Haltung gegenüber dem Vordringen der Zone bei internationalen Veranstaltungen etwas hinausschieben könnten. Man solle deshalb die Generalerklärung so fassen, daß man bei ihr später ungezwungen anknüpfen könne, ohne daß dann der Eindruck entstehe, eine völlig neue Politik werde begonnen. Es sollte vermieden werden, daß die Generalerklärung bereits Ankündigungen enthalte, weil dann in der Öffentlichkeit sofort schädliche Spekulationen einsetzen.

Der Herr *Staatssekretär* warf die Frage auf, wie lange man denn noch warten wolle, und regte an, daß die Staatssekretäre der beteiligten Ressorts einen Entwurf abstimmten. Im Zusammenhang hiermit wies er darauf hin, daß es notwendig sei, zu einer Entscheidung über unsere Haltung gegenüber der „offenen Arbeit“ der KPD zu gelangen (Frage der Zurückweisung von einreisenden Zonenangehörigen).

*D IV i. V.* hielt die Zulassung von Zonenflaggen und -hymnen im Bundesgebiet nicht für vertretbar. Der Herr *Staatssekretär* präzisierte, daß auch er das nicht empfehle; er wolle es lediglich zur Diskussion stellen. Auf keinen Fall sollten wir uns von den Ereignissen jagen lassen, wie das bei bevorstehenden Weltmeisterschaften gelegentlich zu beobachten sei.

Herr *Bahr* legte Wert auf die Forderung, daß unsere Flagge auch in der Zone gezeigt werden müsse.

*D III* stellte fest, daß offenbar das Gebiet der Messen und Ausstellungen in die bisherige Planung nicht einbezogen werde. Er halte das auch nicht für notwendig.

Der Herr *Minister* bat um die Vorlage einer wohlabgewogenen Erklärung. *D I* brachte zum Ausdruck, er halte die Dinge für hinreichend erörtert. Alle Teilnehmer wußten, worum es gehe. Die Entscheidung, die zu treffen sei, sei eine rein politische Entscheidung (die allerdings von den Abteilungen vorbereitet werden müsse, wie der Herr *Staatssekretär* einwarf). *Dg II A* sagte zu, den Versuch einer Neuformulierung für den Beitrag des Auswärtigen Amts zu einer Generalerklärung zu machen.<sup>13</sup>

**VS-Bd. 4179 (II A 1)**

<sup>13</sup> Im zweiten Entwurf einer Generalerklärung vom 1. März 1967 wurde ausgeführt: „Das neue Staatsbürgergesetz hat eine neue Lage im gespaltenen Land geschaffen. [...] Wir werden uns durch die Isolierungsmaßnahmen Ostberlins nicht davon abbringen lassen, Deutsche als Deutsche anzusehen. Ungeachtet der rechtlichen Konstruktionen und der verschiedenen politischen Ordnungen werden wir jetzt noch stärker um die Festigung der menschlichen Beziehungen besorgt sein. [...] [Die Bundesregierung] begrüßt daher jede menschliche Begegnung der Deutschen – sei es im eigenen Land, sei es im Ausland. Diese Begegnungen sind auf den Gebieten der Kultur und der Wissenschaft und auch des Sports von besonderer Bedeutung. [...] Die Bundesregierung achtet im Gegensatz zum Regime in Ostberlin menschliche Beziehungen Deutscher mit Deutschen hoch. Sie weiß, daß diese Haltung gerade angesichts des krampfhaften Anerkennungsdrangs der Machthaber im anderen Teil Deutschlands von den Völkern dieser Welt richtig verstanden wird. [...] Durch den Gebrauch gewisser Bezeichnungen, durch das Zeigen von Emblemen und Flaggen und auch durch das Spielen von Hymnen kann das Zusammengehörigkeitsgefühl unseres Volkes nicht zerbrochen werden.“ Vgl. die Anlage zum Schreiben des Legationsrats I. Klasse Blech vom 7. März 1967; VS-Bd. 4143 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. dazu weiter Dok. 129.

**Botschafter Sattler, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt**

V 1 – 120/67 geheim  
Schriftbericht Nr. 11

23. Februar 1967

Betr.: Kirchenverwaltung der polnisch besetzten Gebiete

Im Anschluß an Fernschreiben Nr. 10/67 geheim vom 21.2.1967<sup>1</sup> möchte ich die heute stattgehabte Besprechung mit Msgr. Samorè etwas näher schildern.

I. Msgr. Samorè erschien mit der formlosen Aufzeichnung, deren Text am 22.2. mit Fernschreiben Nr. 11<sup>2</sup> durchgegeben wurde, legte sie zunächst aber auf den Tisch und bat, zuerst über die Frage Allenstein zu sprechen. Ich teilte ihm mit, daß ich nach unserem ersten Gespräch vom 7.2. (siehe Bericht vom 7.2.1967, V 1-86.00 Nr. 10/67 geheim<sup>3</sup>) heute konkretere Vorschläge überbringe. Die Bundesregierung erkläre sich angesichts der bekannten seelsorgerischen Schwierigkeiten in den polnisch besetzten Gebieten Ostdeutschlands mit der Einsetzung eines Apostolischen Administrators auf Zeit für das Bistum Ermland einverstanden. Msgr. Samorè antwortete sofort, daß dies leider nicht genügend sei und er schon bei der Erklärung seines Memorandums vom 24.10.1966<sup>4</sup> darauf hingewiesen habe, daß die polnische Seite sich mit einem Apostolischen Administrator nicht mehr zufrieden geben werde.

Ich erklärte daraufhin, daß ich für diesen Fall mitteilen könne, daß die Bundesregierung erwäge, auch gegen die Ernennung weiterer Apostolischer Administratoren ad tempus für das gesamte polnisch besetzte Gebiet, also auch für Breslau, Landsberg an der Warthe und Oppeln, keinen Protest zu erheben. Dieser Vorschlag sei allerdings noch nicht mit allen politischen Kräften in der Bundesrepublik abgestimmt worden. Außerdem müßten noch 2 Punkte geklärt

<sup>1</sup> Für den Drahtbericht des Botschafters Sattler, Rom (Vatikan), vgl. VS-Bd. 2506 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Botschafter Sattler, Rom (Vatikan), übermittelte den Text einer Aufzeichnung des Abteilungsleiters im Päpstlichen Staatssekretariat, Samorè, vom 21. Februar 1967, in der es hieß: „Das am 8.2. vom Landtag in Stuttgart gebilligte Schulgesetz verletzt Art. 23 des Konkordats vom 20.7.1933, indem es die staatliche Bekenntnisschule in Baden-Württemberg abschafft. Der Heilige Stuhl beklagt diese Verletzung in hohem Maße, erhebt Gegenvorstellungen und bittet die zuständigen Behörden, diesem Stand der Dinge abzuweichen, während er selbst sich volle Freiheit in bezug auf weitere Schritte gemäß dem Völkerrecht und den internationalen Gebräuchen vorbehält. Die deutsche Botschaft wird gebeten, obiges der Bundesregierung mitzuteilen und ihre guten Dienste für die Suche nach einer freundschaftlichen Lösung gemäß Art. 33 des Konkordats zur Verfügung zu stellen.“ Vgl. VS-Bd. 2506 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1967.  
Vgl. dazu zuletzt Dok. 22.

<sup>3</sup> Für den Schriftbericht des Botschafters Sattler, Rom (Vatikan), vgl. VS-Bd. 5647 (V 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> In dem Memorandum wurde hinsichtlich des Bistums Ermland angeregt: „Der Heilige Stuhl ernannt einen residierenden Bischof ohne Rücksicht auf die Bestimmungen [...] des Konkordats mit Preußen und [...] des Reichskonkordates. Die Bundesregierung verhält sich, als ob sie diese Unterlassung nicht zur Kenntnis genommen habe, und erhebt auch aus Gefälligkeit gegenüber dem Heiligen Stuhl keinen Einwand gegen dieses Verfahren.“ Vgl. die Anlage 1 zum Schriftbericht Nr. 17 des Botschafters Sattler, Rom (Vatikan), vom 7. Dezember 1966; VS-Bd. 5646 (V 1); B 150, Aktenkopien 1966.

werden. Die Bundesregierung gehe nämlich davon aus, daß in dem geographischen Teil des Päpstlichen Jahrbuches die unter Germania aufgeführten Bistümer auch in Zukunft dort verblieben. Msgr. Samorè antwortete mir hierauf sofort, daß es nach seiner Meinung bei dieser geographischen Aufstellung wie bisher verbleiben könne. Er müsse die Angelegenheit allerdings noch einmal prüfen und dem Papst<sup>5</sup> vortragen.

Ich sprach dann von dem zweiten Punkt, nämlich dem Wunsche der Bundesregierung, die Einsetzung Apostolischer Administratoren ausdrücklich mit einer Befristung bis zur Friedensregelung zu verbinden. Hierzu meinte Msgr. Samorè, daß eine solche Befristung für den Heiligen Stuhl sehr schwer sei. Apostolische Administratoren trügen in sich den Charakter des Provisoriums und könnten jederzeit ad nutum des Papstes wieder aufgehoben werden. Das heißt der Papst könne jederzeit, wenn er es für notwendig halte, seinen Beschluß rückgängig machen. Es wäre wohl kaum möglich, von diesem Brauch abzugehen. Er wolle aber auch dieses prüfen und eine Entscheidung des Papstes herbeiführen. Freilich sei der Fall deswegen fast aussichtslos, weil ja kein Mensch sagen könne, wann und ob der Friedensschluß überhaupt zustande komme.

Erzbischof Samorè erklärte dann seine Befriedigung darüber, daß nun mit den eigentlichen Verhandlungen begonnen werde, und versprach mir baldige Antwort auf die gestellten Fragen. Allerdings müßten diese Dinge mit Msgr. Casaroli besprochen werden. Dieser Experte für Ostblockfragen werde am 7. März für einige Tage zurückerwartet. Da er sämtliche Bischöfe in Polen besuchen wolle, werde er aber kurz darauf nochmals nach Polen reisen, zu Ostern wieder einige Tage in Rom verbringen und dann auf einer dritten Reise nach Polen seine Informationen vervollständigen. Er habe nicht den Auftrag, mit polnischen Behörden zu verhandeln, wohl aber eingehend mit der Versammlung der polnischen Bischöfe wie auch jedem einzelnen Bischof, „um zu informieren und sich zu informieren“.

Nach diesem offiziellen Teil wünschte Msgr. Samorè noch einige weitere Erklärungen. Er habe schon beim Besuch von Staatssekretär Nahm<sup>6</sup> nicht ganz verstanden, wieso man in Deutschland jetzt an eine Lösung durch Administratoren für alle fraglichen Diözesen denke, statt, wie das natürlich sei, zunächst einmal einen Bereich zu regeln. Die Verhältnisse in Breslau, Landsberg und Oppeln schienen ihm aus verschiedenen Gründen so viel komplizierter, daß man sie jetzt lieber noch nicht anrühren solle.

Ich erwiderte darauf, daß ich ihm hierzu nur meine persönliche Meinung sagen könne und keinen Auftrag der Bundesregierung dazu habe. Ich nähme an, daß man den Flüchtlingen in Deutschland lieber auf einmal die ganze Wahrheit sagen wolle. Außerdem müsse man die Zukunft der sowjetisch besetzten Zone

<sup>5</sup> Paul VI.

<sup>6</sup> Am 16. Februar 1967 berichtete Botschafter Sattler, Rom (Vatikan), über den Besuch des Staatssekretärs im Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Nahm, vom 9. bis 12. Februar 1967 in Rom. In einem Gespräch mit dem Abteilungsleiter im Päpstlichen Staatssekretariat, Samorè, am 10. Februar 1967 habe Nahm in seiner Funktion als Präsident des Katholischen Flüchtlingsrates ausgeführt, daß er sich „Lösungen nicht nur für Ermland, sondern für die gesamten polnisch besetzten Gebiete vorstellen“ könne. Vgl. den dechiffrierten Brief; VS-Bd. 5647 (V 1); B 150, Aktenkopien 1967.

im Auge behalten. Man glaube wohl, daß das Angebot von vier Administratoren beim Heiligen Stuhl doch mehr wöge als nur das eines Administrators. Gegenüber einem Residenzialbischof wäre das Provisorium von Administratoren doch weniger nachteilig.

Erzbischof Samorè erwiderte, er wolle zwar die Frage von 4 Administratoren ernsthaft prüfen und sie auch dem Papst vorlegen. Er fürchte aber, daß die polnische Regierung sich auf keinen Fall mit Administratoren einverstanden erklären würde. Schon 1951 habe der Vatikan versucht, an Stelle der von Kardinal Hlond getroffenen Regelung<sup>7</sup> in die Diözesen im polnisch besetzten Gebiet Ostdeutschlands Apostolische Administratoren zu entsenden. Dies sei an dem Widerstand der polnischen Regierung gescheitert. Auch vor 1 1/2 Jahren habe Kardinal Wyszynski erklärt, daß die polnische Regierung sich nach wie vor keinesfalls auf Apostolische Administratoren einlassen würde.

Ich erwiderte, ich sähe eine gewisse Unlogik darin, daß er, Msgr. Samorè, am 2.2.1966 Botschaftsrat Jaeschke gegenüber doch überhaupt nur von einem Apostolischen Administrator gesprochen habe.<sup>8</sup> Noch im Juli 1966 habe sein Vorschlag „entweder einen Apostolischen Administrator oder einen Residenzialbischof für Allenstein“ gelautet.<sup>9</sup> Erst in der schriftlichen Formulierung vom 24.10.1966 sei dann nur noch von einem Residenzialbischof die Rede gewesen. Die deutsche Seite hätte natürlich mit der Möglichkeit von Apostolischen Administratoren rechnen müssen. Wenn diese schon seit 1951 nicht genügend seien, hätte man uns lieber gar nicht davon sprechen sollen.

Diese Feststellung war Msgr. Samorè augenscheinlich nicht ganz angenehm. Er wies darauf hin, daß man durch weitere Nachrichten von Kardinal Wyszynski in den letzten Monaten immer mehr die Überzeugung gewonnen habe, daß der Zweck der ganzen Veränderung der polnischen Regierung gegenüber mit der Entsendung von Apostolischen Administratoren nicht erfüllt werden könne.

Ich schnitt dann einen anderen Punkt an, der bei den Verhandlungen eine gewisse Rolle spielen könnte, und zwar das Schicksal von Kapitularvikar Hoppe, Münster. Ich frug nämlich, ob auch nach der Ernennung eines Apostolischen Administrators für Allenstein, Hoppe mit der bisherigen Bezeichnung Kapitularvikar in der Anmerkung zu dem Bistum Breslau (Päpstliches Jahrbuch 1967, S. 77) weiterhin aufgeführt bleiben könne. Msgr. Samorè erklärte mir dazu, daß dies nicht geschehen könne, sondern man für diesen Fall wohl eine Lösung vorsehen werde, wie sie in Danzig anläßlich der Nominierung<sup>10</sup> des gegenwärtigen Bischofs Nowicki getroffen worden sei. Man hat damals für

<sup>7</sup> Vgl. dazu Dok. 22, Anm. 6.

<sup>8</sup> Botschaftsrat I. Klasse Jaeschke, Rom (Vatikan), berichtete über das Gespräch mit dem Abteilungsleiter im Päpstlichen Staatssekretariat. Samorè habe die Frage gestellt, „ob der Heilige Stuhl nicht den Polen ein gewisses Entgegenkommen zeigen könne, indem man den in Allenstein sitzenden Titularbischof zum Apostolischen Administrator für den praktisch von ihm verwalteten Bezirk ernennen würde“. Jaeschke führte aus, er habe Samorè dazu erklärt, er halte „die Erteilung einer, und sei es auch nur stillschweigenden, Zustimmung der Bundesregierung zu dem [...] Schritt für ausgeschlossen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 7 vom 2. Februar 1966; VS-Bd. 2449 (I A 4); B 150, Aktienkopien 1966.

<sup>9</sup> Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 174.

<sup>10</sup> 7. März 1964.

denjenigen Teil des Klerus und der Gläubigen von Danzig, die außerhalb der Diözese wohnen, einen Apostolischen Visitator in der Person von Msgr. Anton Behrendt ernannt. Dieser erhielt durch Dekret der Konsistorialkongregation jurisdiktionelle Vollmacht, wie sie den residierenden Bischöfen eigen ist, außerdem die völlige Jurisdiktionsgewalt der Ortsordinarien (d.h. der Bischöfe, in deren Gebiet sich die Vertriebenen aufhalten) über die vertriebenen Priester, die in der Diözese Danzig inkardiniert sind und sich in Deutschland oder auch in anderen Ländern aufhalten. Endlich hat er den Auftrag, sich in allgemeiner Form um die Seelsorge der vertriebenen Gläubigen zu bemühen.

II. Wir kamen dann auf den Schulstreit in Württemberg zu sprechen, wobei mir Msgr. Samorè zunächst die anfangs erwähnte formlose Aufzeichnung übergab und dazu betonte, daß dies kein offizieller Protest sei. Er kam auf unser Gespräch vom 7. Februar zurück (siehe Bericht vom gleichen Tag, V 1-86.00 Nr. 10/67 geheim, S. 3) und betonte, daß ich damals auf die unangenehmen Folgen eines solchen Protestes hingewiesen hätte. Das Wort Protest sei deswegen hier nicht benutzt worden.

Er sprach dann von der Möglichkeit weiterer Verhandlungen über das in Stuttgart am 8. Februar beschlossene Schulentwicklungsgesetz<sup>11</sup>. Man wisse, daß die Hauptentscheidung gefallen sei, glaube aber doch, durch Verhandlungen noch einiges erreichen zu können. Vor allem denke er dabei an die Zahl der katholischen Konfessionsschulen. Wenn es jetzt so aussehe, daß nur noch circa 12 solche Schulen von den bisherigen 650 als Privatschulen in Süd-Württemberg und Hohenzollern übrig blieben, so sei dies doch ein beschämend kleiner Prozentsatz. Ferner hoffe er durch Verhandlungen eine weitere Verstärkung des christlichen Charakters der vorgesehenen Gemeinschaftsschulen zu erreichen, und endlich solle das schlechte Beispiel, was hier gegeben sei, nicht auf die bevorstehenden Verhandlungen in anderen deutschen Ländern weiterwirken.<sup>12</sup>

Ich frag dann, ob er entgegen seiner Meinung von Ende November jetzt bereit sei, eine Kommission aus Stuttgart zu empfangen. Msgr. Samorè erklärte, er habe in manchen Fällen, so z.B. mit Österreich, doch auch gute Erfahrungen mit solchen Verhandlungen in Rom gemacht und sei bereit, mit Ministerpräsident Filbinger und dessen Referenten hier im Vatikan zu verhandeln. Er müsse dazu aber auch Nuntius Bafile sowie Vertreter der Bistümer Freiburg und Rottenburg bitten. Außerdem müsse der Deutsche Botschafter an diesen Besprechungen teilnehmen. Ich erklärte, daß das Verhältnis von Bund und Ländern in Deutschland in diesem Fall besonders schwierig sei und man eventuell auch noch einen Bundesminister oder Beauftragten der Bundesregierung für diese Verhandlungen entsenden werde. Msgr. Samorè erklärte sich damit vollständig einverstanden. Er habe nur zum Ausdruck bringen wollen, daß die Bundesregierung auf jeden Fall vertreten sein müsse, da sein Gegenüber im

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des Gesetzes vom 8. Februar 1967 zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg und zur Ausführung von Artikel 15, Abs. 2 der Verfassung vgl. GESETZBLATT FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG, Nr. 2 vom 10. Februar 1967, S. 7-9.

<sup>12</sup> Zur Schulfrage in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Thierfelder vom 6. April 1967; Referat V 1, Bd. 815.



Reichskonkordat<sup>13</sup> nicht eine Landesregierung, sondern die Bundesregierung sei.

Msgr. Samorè erzählte mir dann von zwei Herren vom Generalvikariat Rotenburg, die ihn am Vortage besucht hätten<sup>14</sup> und einen recht vernünftigen Eindruck gemacht hätten. Ich nehme an, daß dies ihn bezüglich der Verhandlungen in Rom umgestimmt hat und er jetzt in einer eleganten Weise versucht, die Verhandlungen an sich zu ziehen, wobei er natürlich Nuntius Bafile teilnehmen lassen muß. Er sprach dann davon, daß bis zum 1. August für diese Verhandlungen Zeit sei und daß er sich etwa zwei Sitzungen vorstelle: eine mehr vorbereitende schon sehr bald, die andere, abschließende etwa im Juli. Die übrigen Verhandlungen könnten dann in Deutschland stattfinden.

Zum Abschluß der trotz aller Schwierigkeiten in freundschaftlichem Ton geführten Unterhaltung betonte Msgr. Samorè nochmals, daß er wegen der 4 Administratoren bald Nachricht geben wolle und wir die mir übergebene Aufzeichnung nicht als offiziellen Protest auffassen sollten.

III. Zu diesem letzten Punkt möchte ich auf folgendes hinweisen: Das Wort Protest kommt weder hier noch in dem Schreiben von Nuntius Bafile an den Herrn Bundesaußenminister vom 17. Februar<sup>15</sup> vor. Auch der Hinweis auf die schädliche Wirkung in bezug auf andere Paragraphen des Reichskonkordates, die Nuntius Bafile im Oktober–November 1966 verwendet hat<sup>16</sup>, taucht jetzt nicht mehr auf.

Trotzdem bleibt die Äußerung des Vatikans einem Protest sehr nahe. Es wird festgestellt, daß das Reichskonkordat gebrochen ist. Der Heilige Stuhl behält sich weitere Schritte vor. Mit Hinweis auf den Artikel 33<sup>17</sup> wird um weitere Verhandlungen gebeten.

Was nun diese Verhandlungen betrifft, so scheinen mir tatsächlich die Vorteile größer als die Nachteile, wenn man hier in Rom verhandelt. Man würde hier nicht nur den Nuntius Bafile, sondern den im Ton wesentlich freundlichen Msgr. Samorè (siehe die Formulierungen im Brief Bafiles vom 17. 2. und die Aufzeichnung Samorès vom 21. 2.) vor sich haben. Darüber hinaus hätte man noch die Möglichkeit, sich an den zwar nicht zuständigen, aber doch einflußreichen Msgr. Dell'Acqua wenden zu können.

Wie erinnerlich, hatte schon Ministerpräsident Kiesinger Ende November 1966 den Badisch-Württembergischen Kultusminister Hahn gebeten, eventuell nach

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des Konkordats vom 20. Juli 1933 zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl vgl. REICHSGESETZBLATT 1933, Teil II, S. 679–690.

<sup>14</sup> Zum Besuch des Generalvikars Knaupp vgl. den Artikel „Stuttgarts Schulgesetz im Vatikan erörtert“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 44 vom 21. Februar 1967, S. 3.

<sup>15</sup> Für das Schreiben des Apostolischen Nuntius, Erzbischof Bafile, vom 17. Februar 1967 an Bundesminister Brandt vgl. Referat V 1, Bd. 815.

<sup>16</sup> Vgl. dazu auch das Schreiben des Apostolischen Nuntius, Erzbischof Bafile, vom 25. Oktober 1966 an Ministerpräsident Kiesinger; Referat V 1, Bd. 814.

<sup>17</sup> Artikel 33 des Reichskonkordats vom 30. Juli 1933: „Die auf kirchliche Personen oder kirchliche Dinge bezüglichen Materien, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, werden für den kirchlichen Bereich dem geltenden kanonischen Recht gemäß geregelt. Sollte sich in Zukunft wegen der Auslegung oder Anwendung einer Bestimmung dieses Konkordates irgendeine Meinungsverschiedenheit ergeben, so werden der Heilige Stuhl und das Deutsche Reich im gemeinsamen Einvernehmen eine freundschaftliche Lösung herbeiführen.“ Vgl. REICHSGESETZBLATT 1933, Teil II, S. 688.

Rom zu fahren. Damals hat Msgr. Samorè solche Verhandlungen abgelehnt und erklärt, daß er nur auf ganz dringenden Wunsch der Bundesregierung und unter Teilnahme des Deutschen Botschafters beim Heiligen Stuhl sich solche Verhandlungen vorstellen könne. Es kam dann sowieso nicht dazu, weil die Regierung in Baden-Württemberg umgebildet wurde<sup>18</sup> und der damals gesetzte Termin vom 1. Dezember schon vorüber war. Ministerpräsident Filbinger hat mich nun am 10. Februar angerufen und mir mitgeteilt, daß er bereit sei, zu Verhandlungen nach Rom zu kommen. Ich erklärte ihm gleich, daß Samorè solche Verhandlungen im November abgelehnt habe und es unwahrscheinlich sei, daß er jetzt seine Meinung geändert habe. Dies ist aber jetzt tatsächlich eingetreten, so daß ich bei einem Telefongespräch am Nachmittag des 21. Februar Herrn Ministerpräsidenten Filbinger mitteilen konnte, daß Samorè im Prinzip mit solchen Verhandlungen einverstanden sei und es jetzt nur noch auf die Stellungnahme der Bundesregierung ankomme. Ministerpräsident Filbinger nannte dann als möglichen Termin den 21. und 22. März. Auf meinen Hinweis, daß die Karwoche für den Vatikan sehr ungünstig sei, erklärte er sich bereit, schon in der Woche vom 12.–18. März nach Rom zu kommen.<sup>19</sup> Die erwähnte Kommission aus Rottenburg hat sich am 21. 2. bei Botschaftsrat Prälat Höfer gemeldet. Generalvikar Dr. Knaupp wollte aber den Besuch möglichst privat gestalten und zog es deswegen vor, mich selbst nicht aufzusuchen.

Sattler

VS-Bd. 5647 (V 1)

<sup>18</sup> Am 16. Dezember 1966 wählte der Landtag von Baden-Württemberg den vormaligen Innenminister Filbinger als Nachfolger von Kurt Georg Kiesinger zum Ministerpräsidenten.

<sup>19</sup> Am 29. Mai 1967 teilte Botschafter Sattler, Rom (Vatikan), mit, Ministerpräsident Filbinger habe seinen Plan, „in Rom Verhandlungen über die Schulfrage zu führen, vorerst zurückgestellt [...]“. Im Staatssekretariat ist man im übrigen der Meinung, daß die Schulfragen zwischen den Landesregierungen und den betreffenden Bischöfen oder Ordinariaten verhandelt werden sollten.“ Vgl. Referat V 1, Bd. 1042.

## 70

**Legationsrat I. Klasse Harder, Kairo, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-11186/67 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 92**

**Aufgabe: 23. Februar 1967, 13.00 Uhr**  
**Ankunft: 23. Februar 1967, 13.40 Uhr**

Im Anschluß an Drahtbericht Nr. 89 vom 22.2.1967

Betr.: Wiederaufnahme der deutsch-arabischen diplomatischen Beziehungen

I. Mitarbeiter führte gestern mit Vizemarschall Mahmoud Khalil, der zu der engeren Umgebung Präsident Nassers und Marschall Amers gehört und mit deren Gedankengängen vertraut ist, ein Gespräch. Khalil führte in seinem Gespräch folgendes aus:

1) Nach wie vor sei der gute Wille der VAR zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit uns vorhanden. Der psychologische Zeitpunkt sei jedoch vor Aufnahme der Beziehungen mit Rumänien günstiger gewesen. Unsere neue Osteuropapolitik lasse die deutsch-arabischen Beziehungen „komplizierter“ erscheinen.

2) Die Bundesregierung verlasse sich im Zuge ihrer Bemühungen um Normalisierung ihrer Beziehungen zu den arabischen Staaten allzusehr auf die Arabische Liga. Ob die nächste Ratssitzung am 13. März überhaupt stattfinde<sup>1</sup>, werde im Lichte der innerarabischen Konflikte immer zweifelhafter. Selbst wenn die Ratssitzung nicht vertagt würde, gäbe es wahrscheinlich vordringlichere innerarabische Themen zu diskutieren.

3) Der von uns erwartete Beschluß des Rates der Liga sei im Grunde genommen eine „Formalität“. Zwar hätten der Leiter der Westeuropa-Abteilung im Außenministerium, Gamal Mansour, und der ägyptischen Botschafter in Paris<sup>2</sup> den Weg über die Liga empfohlen – er zeigte sich hierüber gut unterrichtet –, beide könnten als amtliche Vertreter ihres Landes aus naheliegenden Gründen jedoch keine anderen Erklärungen abgeben. Sie hätten die „Aktiv-Legitimation“ des Rates, der den Abbruch<sup>3</sup> beschlossen habe, zu respektieren.

Da die einzelnen Ratsmitglieder weisungsgebundene Vertreter ihrer Länder seien, käme es entscheidend auf eine rechtzeitige und sorgfältige Vorarbeit unsererseits in den „Schwerpunktländern“ der Liga an. Viel Zeit sei nicht zu verlieren, da diese nicht für uns arbeite.

Auf Einwand Mitarbeiters, daß wir leicht in innerarabische Konflikte hineingezogen werden könnten, was bekanntlich nicht unsere Politik sei, antwortete er, daß jede Publizität vermieden werden müsse und unauffällig bilaterale Kontakte hergestellt werden sollten. Über die personelle Seite solcher Kontakte mit der VAR sei eine Einigung schnell zu erreichen, wenn wir im Prinzip einverstanden seien.

<sup>1</sup> Zur Tagung des Verteidigungsrats der Arabischen Liga vgl. Dok. 63, Anm. 10.

<sup>2</sup> Abdel Moneim el-Naggar.

<sup>3</sup> Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik durch die Mehrzahl der arabischen Staaten vgl. AAPD 1965, II, Dok. 203.

II. Präsident Nasser betonte in gestriger Rede<sup>4</sup> anlässlich des „Tages der Einheit“ mit besonderer Schärfe die Gegensätze innerhalb der arabischen Welt und brachte erneut zum Ausdruck, daß mit den reaktionären Staaten, insbesondere Tunesien, Saudi-Arabien und Jordanien, die er als Lakaien des Westens bezeichnete, eine fruchtbare Zusammenarbeit nicht mehr möglich sei. Auch im Hinblick hierauf dürfte bilateralen deutsch-arabischen Kontaktgesprächen wachsende Bedeutung beizumessen sein.<sup>5</sup>

[gez.] Harder

VS-Bd. 2563 (I B 4)

## 71

### Vortragender Legationsrat I. Klasse Brückner, Budapest, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-11230/67 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 32  
Citissime

Aufgabe: 24. Februar 1967, 17.10 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 24. Februar 1967, 20.00 Uhr

Betr.: Fortsetzung der Gespräche über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen

Bezug: Bericht FS Nr. 26 vom 14. 2. 1967<sup>2</sup>

Herr Vadász, Abteilungsleiter West im Außenministerium, hat mich am 24. zu sich gebeten, um mir die Herrn Staatssekretär Lahr zugesagte Antwort über die Fortsetzung der Budapester Gespräche<sup>3</sup> mitzuteilen.

<sup>4</sup> Zur Rede des Präsidenten Nasser am 22. Februar 1967 vgl. den Artikel „Jordan Envoy Withdrawn from Cairo“, THE TIMES, Nr. 56874 vom 24. Februar 1967, S. 5.

<sup>5</sup> Am 24. Februar 1967 bat Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg die „Abteilung für die Wahrnehmung deutscher Interessen“ bei der italienischen Botschaft in Kairo, dem ägyptischen Rüstungsbeauftragten Khalil folgendes mitzuteilen: „Wie ihm sicherlich bekannt sei, hätten wir es immer als eine Angelegenheit der arabischen Regierungen selber angesehen, darüber zu entscheiden, ob sie die diplomatischen Beziehungen zu uns gemeinsam, etwa nach einem Beschluß der Arabischen Liga, oder einzeln wiederaufnehmen wollen. Wir seien deshalb auch bereit gewesen, vorbereitende Gespräche sowohl mit Arabischer Liga wie mit einzelnen Regierungen zu führen. In diesen Gesprächen habe sich auch gezeigt, daß einige arabische Staaten offensichtlich vorziehen, die Wiederaufnahme der Beziehungen nicht von vorherigem Liga-Beschluß abhängig zu machen. Wir würden auf derartige Initiativen ebenso eingehen wie auf Gespräche mit der Liga.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 47; VS-Bd. 2563 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Ablichtung wurde von Ministerialdirigent Sahm am 28. Februar 1967 an Staatssekretär Schütz und Bundesminister Brandt weitergeleitet. Vgl. VS-Bd. 4211 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967. Hat Schütz am 3. März und Brandt am 4. März 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Brückner, Budapest, informierte über die Bereitschaft der ungarischen Regierung, diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik aufzunehmen: „Der Druck derjenigen Kreise, die hauptsächlich aus wirtschaftlichen Gründen die Aufnahme nicht länger hinausschieben wollen, [...] ist stark.“ Vgl. Referat II A 5, Bd. 1048.

<sup>3</sup> Staatssekretär Lahr hielt sich vom 23. bis 26. Januar 1967 in Ungarn auf. Für die Gespräche mit

Als erstes rechtfertigte er den verspäteten Zeitpunkt – ursprünglich war die Antwort für den 10. oder 11. Februar in Aussicht gestellt worden – mit einigen neuen Umständen, die nach der Abreise des Herrn Staatssekretärs eingetreten seien.

Zunächst entsprächen die Gedankengänge der von mir am 4.2. überreichten Aufzeichnung (siehe Erlaß FS Nr. 12 vom 3.2. – II A 5-82.01-94.28-136/67 VS-v<sup>4</sup>) nicht exakt den von Herrn Staatssekretär mündlich erläuterten sogenannten Modalitäten. Auf meine Frage nach den Divergenzen wurde mir geantwortet, die Diskussion hierüber sollte den zukünftigen Gesprächen vorbehalten bleiben.

Ferner wären in der Bundesrepublik die Verhandlungen und Erörterungen über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen sowohl mit Rumänien als auch mit Ungarn von einer Propagandakampagne begleitet worden, die, wie V[adász] sich ausdrückte, teilweise fast an die Zeiten des Kalten Krieges erinnert hätte. Ebenso wären im Zusammenhang mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen verschiedene Äußerungen in der deutschen Öffentlichkeit gemacht worden, die Herr Minister Szilágyi in seinen Gesprächen mit Herrn Lahr erwähnt und gerade vermeiden wissen wollte. Die Nachrichten über die Budapester Gespräche seien wiederholt mit Angriffen gegen andere Länder verbunden worden, besonders störend wurde ein „Spiegel-Artikel“ über Lahrs Besuch in Budapest<sup>5</sup> empfunden. Das gründliche Studium gerade dieser Ausführungen würde uns die besten Hinweise geben, was die ungarische Seite gerade nicht haben wolle. Diese laute Begleitmusik habe eine unfreundliche Atmosphäre geschaffen, die die ungarische Regierung dazu zwang, alle Probleme nochmals gründlich zu überlegen. Auf meine Frage, ob irgendwelche Äußerungen offizieller Stellen, des Herrn Bundeskanzlers, des Herrn Außenministers,

*Fortsetzung Fußnote von Seite 332*

dem Stellvertretenden Außenminister Szilágyi bzw. dem Außenhandelsminister Bíró am 24. Januar 1967 vgl. Dok. 27 und Dok. 28. Für das Gespräch mit Außenminister Péter am selben Tag vgl. Referat II A 5, Bd. 1049.

<sup>4</sup> Ministerialdirektor Ruete übermittelte den Text einer Notiz an den Leiter der Handelsvertretung in Budapest mit der Bitte, diese im Außenministerium „ohne Briefkopf, Datum, Paraphe oder Stempel“ zu übergeben. Zugleich sollte Brückner erläutern, daß sich die darin „enthaltenen Modalitäten für Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ungarn [...] soweit möglich an deutsch-rumänische Absprachen“ anlehnten. Vgl. den Drahterlaß Nr. 12; VS-Bd. 4265 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

In dieser Notiz wurde angeregt, daß anläßlich eines Besuchs des ungarischen Außenministers in Bonn die Aufnahme diplomatischer Beziehungen durch ein gemeinsames Kommuniqué bekanntgegeben werden könnte. In zwei Erklärungen, die „nach Möglichkeit vorher abgestimmt“ werden sollten, könnten die verschiedenen Auffassungen über den „Rechtsstandpunkt in der Frage des geteilten Deutschlands“ dargelegt werden. „In der Berlin-Frage ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die künftige Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Budapest grundsätzlich berechtigt sein wird, die Interessen Berlins und der Berliner – ebenso wie die Interessen jedes anderen deutschen Staatsangehörigen – in Ungarn zu vertreten. Die Bundesregierung ist sich allerdings darüber im klaren, daß die ungarische Regierung eine abweichende Auffassung vertritt und daß daher eine pragmatische Lösung gefunden werden muß“. Vgl. die Anlage zur Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete vom 3. Februar 1967; VS-Bd. 4265 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> In dem Artikel hieß es: „AA-Sonderbotschafter Rolf Lahr, der in der letzten Woche in Budapest sondierte, stieß auf offensichtliche Bereitschaft, die Beziehungen zur Bundesrepublik zu normalisieren. Ein Funktionär des ungarischen Außenministeriums war sogar leicht befremdet, weil eine westdeutsche Botschaft zunächst in Bukarest und nicht in Budapest eröffnet wird“. Vgl. den Artikel „In geheimer Mission“; DER SPIEGEL, Nr. 6 vom 30. Januar 1967, S. 18.

des Herrn Staatssekretärs Lahr usw. genannt werden könnten, die im Widerspruch zu dem von Herrn Lahr in Budapest vertretenen Standpunkt der Bundesrepublik stünden, und auf die oben erwähnte Charakterisierung zutreffen würde, antwortete V[adász] ausweichend. Auch darüber werde man sich am besten im Verlauf zukünftiger Gespräche unterhalten.

Herr V[adász] gab dann sehr deutlich und wiederholt zu verstehen, daß Ungarn auf eine diskrete Behandlung der weiteren Gespräche allergrößten Wert lege. Der Inhalt des Besprochenen sollte auf einen ganz engen Kreis innerhalb der beiden Außenämter beschränkt bleiben. Es müsse insbesondere dafür Sorge getragen werden, daß möglichst wenig an die Öffentlichkeit, vor allem an die Presse, gelange. Sofern wir uns nicht daran halten würden, könnte das die weitere Behandlung der Angelegenheit außerordentlich erschweren. Der Vorwurf über unsere angeblichen Verstöße gegen diese Grundsätze war nicht zu überhören, wenn er auch nicht konkret ausgesprochen wurde.

Schließlich wurde mir ein Papier folgenden Inhalts mit der Bitte um Weitergabe überreicht<sup>6</sup>:

Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland hat während seines Besuches in Budapest vom 24. bis 25. Januar 1967 den Standpunkt der Bundesregierung betreffend die Modalitäten einer allgemeinen Verbesserung der Beziehungen beider Länder, inbegriffen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, dargestellt. Der Leiter der Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland in Budapest<sup>7</sup> überreichte am 4. Februar 1967 auch die schriftliche Darlegung der Standpunkte über das genannte Thema.

Die schriftliche Darlegung der Standpunkte weicht in einigen wesentlichen Beziehungen vom mündlich dargelegten Standpunkt ab.

Andererseits gibt sie die vom Außenminister<sup>8</sup>, bzw. vom Stellvertretenden Außenminister<sup>9</sup> im Namen der Regierung der Ungarischen Volksrepublik dargelegten Ansichten über das besprochene Thema nicht wieder.

In Anbetracht der Tatsache, daß auf beiden Seiten prinzipielle Übereinstimmung darüber besteht, daß bei Vorhandensein der entsprechenden Bedingungen die Verbesserung der Beziehungen der beiden Länder, inbegriffen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, nützlich und zweckmäßig sei, ist es notwendig<sup>10</sup>, die Ansichten im Laufe der künftigen Verhandlungen abzustimmen.

Das Außenministerium der Ungarischen Volksrepublik ist der Meinung, daß die schriftliche Darlegung der Ansichten der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über die wichtigsten Grundzüge der auf der Tagesordnung befindlichen Fragen den Meinungsaustausch erleichtert.

<sup>6</sup> Am 28. Februar 1967 nahm Ministerialdirigent Sahn eine „Bewertung des ungarischen Papiers“ vor: Der „Vermerk enthält keine konkrete Stellungnahme zu den Modalitäten der Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Er stellt lediglich insofern eine Antwort auf unsere Vorschläge dar, als der abweichende ungarische Rechtsstandpunkt in der Frage des Alleinvertretungsrechts und in der Frage der Vertretung Berlins dargelegt wird“. Vgl. VS-Bd. 4211 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Hardo Brückner.

<sup>8</sup> János Péter.

<sup>9</sup> Béla Szilágyi.

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „es notwendig ist“.

I. Es ist eine gegebene Realität der gegenwärtigen historischen Epoche, daß es zwei, in verschiedener Gesellschaftsordnung lebende, souveräne deutsche Staaten gibt: die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik. Mit der letzteren unterhält die Ungarische Volksrepublik freundschaftliche Beziehungen, steht mit ihr im Bündnis und achtet ihre Interessen.

Aufgrund dieser Realität vertritt die Regierung der Ungarischen Volksrepublik den Standpunkt, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland nur berechtigt ist, die Bundesrepublik Deutschland und ihre Bevölkerung zu vertreten. Folglich kann die zu errichtende Botschaft der Bundesrepublik Deutschland nur berechtigt sein, die Bundesrepublik Deutschland zu vertreten und ihren Staatsbürgern Rechtsschutz zu gewähren.

II. West-Berlin ist nicht ein Teil der Bundesrepublik Deutschland, sondern eine Stadt mit besonderer Rechtsstellung, die noch einer endgültigen Regelung bedarf. Die Regierung der Ungarischen Volksrepublik ist aufgrund dieser Tatsache der Ansicht, daß die zu errichtende Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Budapest nicht berechtigt sein kann, West-Berlin zu vertreten.

III. Die Regierung der Ungarischen Volksrepublik geht davon aus, daß die Verbesserung der Beziehungen der Ungarischen Volksrepublik und der Bundesrepublik Deutschland sich nicht gegen ein drittes Land richten darf.

IV. Die Regierung der Ungarischen Volksrepublik geht ferner davon aus, daß die Verbesserung der Beziehungen der Ungarischen Volksrepublik und der Bundesrepublik Deutschland der Verbesserung des Verhältnisses der beiden souveränen deutschen Staaten dienen wird.

V. Die Regierung der Ungarischen Volksrepublik ist der Meinung, daß die Verbesserung der Beziehungen der beiden Länder und die darüber geführten Verhandlungen nur dann dem Frieden und den internationalen Bestrebungen zur Festigung der europäischen Sicherheit dienen, wenn sie den Weg zur Lösung der deutschen Frage ebnen und mit der Verbesserung der allgemeinen internationalen Atmosphäre zur Vorbereitung der Konferenz über die europäische Sicherheit beitragen.

Budapest, den 24. Februar 1967

Das Original folgt mit Kurier am 27. Februar.<sup>11</sup>

Die schriftliche Aufzeichnung soll offensichtlich Grundlage für die weiteren Gespräche sein und läßt die bei zukünftigen Verhandlungen zu erwartenden Schwierigkeiten und Klippen bereits deutlich erkennen.

Auf meine Frage, wie sich die ungarische Regierung die weitere Behandlung der Angelegenheit denke, antwortete Herr Vadász, hierauf hätten die Herren Péter und Szilágyi Herrn Lahr bereits eine Antwort gegeben. Der ungarische Standpunkt hätte sich nicht geändert. Es ist damit unmißverständlich auf die Möglichkeit der Gesprächsfortsetzung in Bonn oder Budapest angespielt worden.

Die Ebene, auf der die Unterhaltungen weiter geführt werden könnten – entweder Szilágyi/Lahr oder Experten – ist in Budapest offen geblieben.

<sup>11</sup> Vgl. Referat II A 5, Bd. 1048.

Man erwartet nun den nächsten Schritt von Bonn und rechnet mit einem deutschen Vorschlag.<sup>12</sup>

[gez.] Brückner

VS-Bd. 4147 (II A 1)

## 72

### Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem amerikanischen Botschafter McGhee

Z A 5-36.A/67 geheim

27. Februar 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 27. Februar 1967 um 16.35 Uhr den amerikanischen Botschafter, Herrn George McGhee, zu einem Gespräch.

Der *Botschafter* sagte, er habe in der vergangenen Woche den Herrn Bundeskanzler auf seine Bitte hin aufgesucht und ihm eine Kopie des Dokumentes übergeben<sup>2</sup>, das er auch dem Herrn Minister überreicht habe. Darin seien einige der Probleme angesprochen und einige der Fragen beantwortet, die er, der Herr Minister, in Washington aufgeworfen habe.<sup>3</sup> Natürlich handle es sich dabei noch nicht um eine offizielle Antwort, die erst dann gegeben werden könne, wenn der endgültige Vertrag vorliege.<sup>4</sup>

<sup>12</sup> Am 28. Februar 1967 bat Ministerialdirektor Ruete die Handelsvertretung in Budapest, im ungarischen Außenministerium die Fortsetzung der Gespräche anzuregen. Vgl. den Drahterlaß Nr. 17; VS-Bd. 4211 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

Vgl. dazu weiter Dok. 77.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Feldweg am 28. Februar 1967 gefertigt. Hat Bundesminister Brandt vorgelegen. Vgl. dazu den Begleitvermerk von Feldweg vom 28. Februar 1967; VS-Bd. 10089 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Am 22. Februar 1967 übergab der amerikanische Botschafter McGhee ein Memorandum der amerikanischen Regierung vom selben Tag an Bundeskanzler Kiesinger und führte hinsichtlich eines Nichtverbreitungsabkommens aus: „Nach amerikanischer Auffassung sollte möglichst bald eine Diskussion über den (schwierigsten) Artikel 3 in der NATO erfolgen. Insbesondere müßte dabei festgestellt werden, daß die IAEO-Normen nicht im Widerspruch zu den EURATOM-Kontrollen stünden. Dann hoffe Amerika, den Artikel 3 auf den Tisch legen zu können, das heißt, daß dann die sowjetische Regierung erstmalig in der Lage sei, den Gesamtvertrag zu prüfen. Da über Artikel 3 noch keine Einigung erzielt sei, könne man nicht davon sprechen, daß der Vertrag etwa schon vereinbart sei.“ Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 21; B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Bundesminister Brandt hielt sich vom 7. bis 11. Februar 1967 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 48 und Dok. 49.

<sup>4</sup> Bereits am 21. Februar 1967 bat Staatssekretär Schütz die Botschaft in Washington, anlässlich von Verhandlungen im amerikanischen Außenministerium hinsichtlich eines Nichtverbreitungsabkommens bei der möglichen Entgegennahme eines amerikanischen Memorandums „oder unabhängig davon“, folgendes auszuführen: „Die deutsche Regierung, die eine konsequente Politik der Nichtverbreitung verfolgt, ist bereit, in konstruktivem Geist an der Verwirklichung eines zweckdienlichen weltweiten Vertrages zur Verhinderung der weiteren Verbreitung von Kernwaffen mitzuarbeiten. Allerdings muß der Vertrag sich auf sein eigentliches Ziel konzentrieren. [...] Der NV-Vertrag hat bei uns eine Reihe von Bedenken und Wünschen ausgelöst, die wir gerne offen und



Er sei sehr erfreut und ermutigt gewesen durch das, was der Herr Minister im Bundestag<sup>5</sup> und am vergangenen Wochenende vor dem SPD-Gremium<sup>6</sup> gesagt habe. Er habe dabei den Nichtverbreitungsvertrag in fairer und angemessener Weise dargestellt. Die noch ausstehenden Antworten würden so rasch wie möglich gegeben.

Auch wolle er den Herrn Minister fragen, ob er noch irgendwelche Vorschläge hinsichtlich der Formulierung der Präambel und des Artikels III habe. Mr. Foster werde gerne nach Bonn kommen, wenn dies von deutscher Seite gewünscht werde.<sup>7</sup>

Der Herr *Minister* entgegnete, er habe zwar ursprünglich gewisse Zweifel hinsichtlich des Besuchs von Mr. Foster gehabt, nunmehr aber würde er sich freuen, ihn zu sehen. Allerdings sei er nicht sicher, ob er in der kommenden Woche selbst überhaupt in Bonn sein könne. Der mögliche Besuch von Mr. Foster sei auch schon erwähnt worden als er, der Minister, in Washington gewesen sei und dies insbesondere bei einem Gespräch in der dortigen deutschen Botschaft. Er habe damals deshalb gewisse Zweifel gehabt, weil ein solcher Besuch bekannt werde und dann sicherlich von manchen Leuten im Hinblick auf die schwierigen Deutschen hochgespielt werde, wenn Deutschland als einziges Land von dem US-Chefdelegierten besucht werde. Seither nun sei so viel über diese Fragen diskutiert worden, daß nicht viel mehr Schaden in der Öffentlichkeit entstehen könne. Auf der anderen Seite würde es sehr nützlich sein, noch weitere Diskussionen zu führen.

Wenn jedoch Mr. Foster am kommenden Dienstag Bonn besuche, dann werde es für ihn schwierig sein, Mr. Foster zu empfangen, da er an diesem Tag in Brüssel beim Gemeinsamen Markt sein werde.<sup>8</sup> Praktisch den ganzen Rest der Woche müsse er in Berlin verbringen, wo ein volles Programm mit zahlreichen Sitzungen der Bundestagsausschüsse vorgesehen sei.<sup>9</sup>

Er selbst habe Mr. Foster auch schon in Washington gesprochen. Wenn dieser aber jetzt den Bundeskanzler besuchen wolle und sich hier mit Experten unterhalten wolle, dann wäre dies sicher eine gute Sache.

Der *Botschafter* entgegnete, Mr. Foster sei ja schon zweimal hier gewesen<sup>10</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 336*

mit dem Ziel, den Vertrag allgemein akzeptabel zu machen, mit der amerikanischen Seite erörtern würden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 620; VS-Bd. 4088 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Am 1. Februar 1967 erklärte Bundesminister Brandt vor dem Bundestag: „Der Nichtverbreitungsvertrag [...] erhält eine besondere Problematik dadurch, daß eine Grenze zwischen der Anwendung der Kernenergie für militärische und für zivile Zwecke gezogen werden muß. [...] Auf dem Gebiet von Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken ist das Angebot der Vereinigten Staaten von Interesse, solche Sprengungen für Nichtkernwaffenstaaten unter angemessenen Sicherheitsvorkehrungen vorzunehmen.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 4165.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Brandt auf der Parlamentarischen Arbeitskonferenz der SPD am 25. Februar 1967 vgl. BULLETIN 1967, S. 175–178.

<sup>7</sup> Der Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster, hielt sich am 9./10. März 1967 in Bonn auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Kiesinger bzw. Bundesminister Brandt vgl. Dok. 92 und Dok. 94.

<sup>8</sup> Die EWG-Ministerratstagung fand am 7. März 1967 statt.

<sup>9</sup> Die Fraktionen und Ausschüsse des Bundestags hielten zwischen dem 6. und 10. März 1967 Sitzungen in Berlin (West) ab.

<sup>10</sup> Der Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster, hielt sich zuletzt vom 30. Juni bis 2. Juli 1966 in Bonn auf. Vgl. dazu AAPD 1966, II, Dok. 218.

und er habe doch wohl einen guten Eindruck hier gemacht, da er es nicht von vornherein als gegeben annehme, daß die Anschauungen beider Seiten identisch seien, also die Auffassungen der Amerikaner und des deutschen Volks. Er würde gerne jetzt noch einmal mit dem Herrn Bundeskanzler und mit den Fachleuten auf deutscher Seite sprechen. Diese könnten dann sagen, sie hätten sich mit Foster unterhalten und von ihm Erläuterungen, Bestätigungen und Versicherungen erhalten.

Sie, die Amerikaner, würden alles tun, um ihre führenden Leute nach Bonn zu schicken. Es sei nunmehr Sache des Herrn Ministers, nach seiner Einschätzung der psychologischen Lage auf deutscher Seite zu beurteilen, ob ein solcher Besuch nützlich wäre.

Der Herr *Minister* meinte dazu, vor drei Wochen sei die Lage noch anders gewesen. In der Zwischenzeit seien die Wogen der emotionalen Reaktionen hochgegangen. Er sei nunmehr sehr dankbar für die Bereitschaft von Mr. Foster zu einem solchen Besuch.

Der *Botschafter* führte aus, Dr. Kratzer von der Atomenergiekommission und Leiter des Ausschusses für die Kontrollen werde am Mittwoch sich hier mit den Fachleuten auf technischer Ebene aus dem Auswärtigen Amt und aus dem Ministerium für Wissenschaftliche Forschung besprechen. Er habe sich auch schon mit Herrn Minister Stoltenberg darüber unterhalten, ob er (McGhee) und Minister Stoltenberg bei dieser Sitzung anwesend sein sollten, oder ob diese Gespräche nur auf technischer Ebene geführt werden sollten. Natürlich wolle er (McGhee) nicht dabei sein, wenn der Minister für Wissenschaftliche Forschung nicht teilnehme. Nach einer solchen Besprechung würden zumindest die Fachleute klarer sehen, auch wenn ihnen noch nicht alle Antworten gegeben werden könnten.

Die Lage sei natürlich insofern schwierig, als man noch nicht einen fertigen Vertrag vorweisen könne, und man könne auch nicht der Öffentlichkeit das sagen, was im kleinen Kreis besprochen worden sei. Wegen dieser Notwendigkeit der Geheimhaltung sei es wohl auch hier so gewesen, daß die Informationen noch nicht bis zu den technischen Ebenen durchgedrungen seien. Daraus ergäben sich wohl auch manche Schwierigkeiten mit der Erläuterung des Vertrags.

Deshalb habe er auch an diese beiden Möglichkeiten gedacht, daß Dr. Kratzer sich hier mit den Fachleuten auf technischer Ebene besprechen könnte, und daß auch Mr. Foster zu einem Besuch nach Bonn kommen könnte.

Wenn der Herr Minister noch irgendwelche Fragen oder Ansichten dazu habe, dann würde er sich freuen, sie entgegennehmen zu dürfen.

Der Herr *Minister* erwiderte, er habe eine schriftliche Stellungnahme zu dem ihm von dem Botschafter übergebenen Dokument vorbereitet<sup>11</sup>, und sie zur weiteren Bearbeitung an Herrn Staatssekretär Schütz gestern abend übergeben. Dieser sei jedoch heute leider krank, und daher rühre eine gewisse Verzögerung. Er habe von ihm aus diesem Grunde auch noch nicht die überarbeitete

<sup>11</sup> Ministerialdirektor Ruete führte am 24. Februar 1967 zum Memorandum der amerikanischen Regierung vom 22. Februar 1967 aus, daß es „nur einen Teil unserer den Amerikanern übermittelten Wünsche“ berücksichtige. Vgl. VS-Bd. 4089 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Fassung bekommen. Es handle sich aber jedenfalls dabei nur um eine Stellungnahme zu einigen wenigen Punkten, denn die offizielle Antwort könne erst später gegeben werden. Jedenfalls werde aber dieses Dokument morgen oder übermorgen fertig sein.<sup>12</sup>

Viele der Probleme auf deutscher Seite seien ja schon gut beantwortet, doch gebe es noch einige Gebiete, auf denen noch Fragen zu beantworten seien. Er denke hier insbesondere an die Frage von EURATOM.

Der *Botschafter* fragte, wie der Herr Minister bei der Sitzung am 7. März<sup>13</sup> dieses Problem behandeln wolle.

Der Herr *Minister* antwortete, er werde bei dieser Sitzung in Brüssel sein, aber zunächst müsse man noch hören, was die Franzosen dazu sagen würden. Viel hänge von der französischen Stellungnahme ab. Die Franzosen hätten ja bereits erklärt, nach ihrer Auffassung sei EURATOM nicht das richtige Gremium zur Diskussion dieser Fragen.

Der *Botschafter* meinte dazu, die Franzosen stellten sich zwar auf diesen Standpunkt, doch sei es ja wohl noch nicht klar, ob sie sich hier querlegen wollten, und ob sie gegen die parallele Einführung der IAEQ und EURATOM-Vorschriften seien. Die Stichproben könnten natürlich von den Franzosen blockiert werden.

Er fragte, ob sich der Herr Minister Sorgen mache über dieses Problem der Überwachung durch die IAEQ oder durch die Europäische Atomgemeinschaft.

Der Herr *Minister* erwiderte, die Frage der Überwachung und der Kontrollen sei überschätzt worden. Deutsche Wissenschaftler glaubten, daß – ob nun EURATOM oder Wien die Überwachung vornähme – auf jeden Fall innerhalb von wenigen Jahren aufgrund des technischen Fortschrittes neue Überwachungsmethoden gefunden werden müßten. Dabei könnte, nach Ansicht dieser Wissenschaftler, in einigen Jahren zumindest ein Teil des jetzt vorgesehenen Überwachungssystems durch die black boxes ersetzt werden.<sup>14</sup>

Der *Botschafter* führte dazu aus, man habe auch auf amerikanischer Seite innerhalb der Atomenergiekommission die Frage der Kontrolle durch die IAEQ geprüft und sei zu dem Schluß gekommen, daß die Möglichkeiten für eine Industriespionage begrenzt seien.

Für die Deutschen sei doch wohl diese Gefahr bei einer Überwachung durch EURATOM größer, da hier die Hauptkonkurrenten Deutschlands säßen, wogegen die osteuropäischen Nationen noch einen großen Rückstand hätten. Allerdings bewegten sich hier die Argumente im Kreise.

<sup>12</sup> Der Wortlaut der Stellungnahme wurde am 8. März 1967 von Staatssekretär Schütz an die Botschaft in Washington übermittelt. Dazu führte er aus: „Wir begrüßen die Tatsache, daß der Entwurf des Interpretationspapiers unseren Wünschen befriedigend entgegenkommt und sehen darin ein konstruktives Ergebnis unserer bisherigen Gespräche. Wir halten es jedoch für notwendig, zu bestimmten Punkten Formulierungsänderungen und -ergänzungen vorzuschlagen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 772 vom 7. März 1967; VS-Bd. 4089 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>13</sup> Korrigiert aus: „6. März“.

<sup>14</sup> Zum Memorandum des Direktors des Instituts für Angewandte Reaktorphysik des Kernforschungszentrums Karlsruhe, Häfele, und des Direktors des Instituts für Neutronenphysik und Reaktortechnik des Kernforschungszentrums Karlsruhe, Wirtz, vom 16. Februar 1967 vgl. Dok. 61, Anm. 5.

Nicht zutreffend sei jedenfalls die Behauptung, die im Zusammenhang mit der geplanten deutschen Reaktorlieferung nach Spanien aufgestellt worden sei. Es sei nicht wahr, daß die Deutschen dann das Rohmaterial nicht liefern dürften. Das bedeute der Nichtverbreitungsvertrag keinesfalls, und jenes amerikanische Privatunternehmen habe die Lage hier falsch dargestellt. Die Deutschen könnten offen sagen, daß es sich hier um eine Lüge handle, und von amerikanischer Seite könne bestätigt werden, daß die Amerikaner weiterhin den Deutschen den benötigten Kernbrennstoff liefern würden.

Werde eine neue Basis auf internationaler Ebene gefunden, so würde das den Austausch zwischen den beiden Völkern und die Geschäftsbeziehungen zwischen den Deutschen und Dritten erleichtern. Er könne sich jedenfalls nicht vorstellen, wie sie, die Deutschen, oder EURATOM davon beeinträchtigt würden.

Der Herr *Minister* entgegnete darauf, die Erregung in den vergangenen Wochen sei auch auf die russische Note vom 28. Januar<sup>15</sup> zurückzuführen. Sie habe sich auf die friedliche Tätigkeit hier konzentriert und diese als Vorbereitung für gefährliche Aktivitäten gekennzeichnet. Daher sagten einige Leute hier: Wenn die Russen schon während der Verhandlungen über den Vertrag solches behaupten, dann werden sie uns noch lange Zeit auch nach Vertragsabschluß und Unterzeichnung angreifen. Und wenn sie schon heute eine solche Sprache führen, dann steht zumindest zu befürchten, daß sie uns auch später das Leben schwerzumachen versuchen.

Der *Botschafter* erwiderte darauf: Wenn der Nichtverbreitungsvertrag akzeptiert sei und die Sowjetunion nach wie vor die Bundesrepublik attackiere, dann erschienen die Russen zumindest in einem weniger glaubhaften Licht. Wenn man sich einmal auf die Kontrolle durch die IAEO geeinigt habe, dann gebe es für die Russen keine Grundlage für solche Angriffe mehr, und eine solche Überwachung würde auch dazu dienen, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den osteuropäischen Ländern zu verbessern; er zitierte in diesem Zusammenhang den polnischen Vorschlag, wonach eine solche Kontrolle in diesem Zusammenhang gefordert worden sei. Durch sie könnten die Beziehungen mit Deutschland verbessert werden.

Er fragte, ob dieses ganze Problem des Nichtverbreitungsvertrags eine größere Belastung für die Koalition darstelle.

Der Herr *Minister* entgegnete, es handle sich hier um kein ernstes Problem innerhalb der Koalition, doch habe der Kanzler innerhalb seiner Partei gewisse Schwierigkeiten, wobei es jedoch mit Ausnahme von sehr wenigen keine allgemeine Opposition dem Grundsatz nach gebe.<sup>16</sup>

Er habe sich darüber auch vor etwas über einer Woche mit einer Gruppe von außenpolitischen Fachleuten unterhalten, und es gebe heute über die Substanz dieser Frage keine Diskussion mehr. Er glaube nicht, daß dieses Problem zu einer Krise führen werde.

<sup>15</sup> Zur Erklärung der sowjetischen Regierung vom 28. Januar 1967 vgl. Dok. 44, Anm. 7. Für einen Auszug vgl. Dok. 38, Anm. 9.

<sup>16</sup> Zur Diskussion in der Bundesrepublik vgl. Dok. 90, Anm. 6, 9 und 11.

Der *Botschafter* sagte dazu, auch er hoffe dies nicht. Dieses ganze Problem treffe die noch junge Regierung schon so früh, und es wäre bedauerlich, wenn daraus eine schwerwiegende Streitfrage zwischen den Koalitionspartnern entstünde.

Der Herr *Minister* erwiderte, er habe darüber mit seinen Kollegen in der Koalition und auch im Bundestag gesprochen, und es gebe keine Mehrheit, die für eine überwiegend negative Einstellung sei. Dies bedeute allerdings nicht, daß nicht eine Reihe von Kollegen dieses oder jenes noch genauer wissen wollten und noch nähere Informationen zu erhalten wünschten.

Der *Botschafter* erwiderte darauf, der Herr Minister und der Herr Bundeskanzler, insbesondere am vergangenen Wochenende in Stuttgart, hätten sich sehr klar und nützlich zu diesem Problem ausgesprochen. Natürlich könne man die Diskussion darüber nicht unterbinden, jedoch habe der Herr Bundeskanzler sehr geschickt versucht, die öffentliche Diskussion darüber auf eine weniger emotional betonte Ebene zu bringen. Emotionen könne man natürlich nur sehr schwer in den Griff bekommen.

Er wolle jedoch noch eine andere Frage aufgreifen: Eine Bemerkung des Herrn Ministers, die er in den Vereinigten Staaten gemacht habe, habe ihn etwas überrascht. Der Herr Minister habe ausgeführt, er erbitte das Verständnis und die Unterstützung der Amerikaner für die deutsche Ostpolitik, und er (McGhee) sei immer der Meinung gewesen, daß die Ansichten und die Politik beider Regierungen hier identisch seien.

Der Herr *Minister* erwiderte, er müsse sich seine damals gemachten Bemerkungen noch einmal ansehen, er habe aber jedenfalls nicht die Politik der US-Regierung gemeint, sondern die öffentliche Meinung und auch gewisse im Kongreß vertretene Ansichten.

Dazu erklärte der *Botschafter*, der Kongreß und die Regierung der Vereinigten Staaten hätten nicht immer identische Auffassungen. Doch werde die heutige deutsche Politik zumindest von der amerikanischen Regierung hundertprozentig unterstützt. Er hoffe, daß der Minister mit seiner Frage nicht diese Unterstützung durch die amerikanische Regierung habe in Zweifel ziehen wollen.

Er fragte, ob die amerikanische Regierung in irgendeiner Weise die deutsche Ostpolitik unterstützen könne.

Der Herr *Minister* antwortete, auch der amerikanische Außenminister<sup>17</sup> habe ihn aufgefordert, ihm doch zu sagen, ob die amerikanische Regierung der deutschen in irgendeiner Weise behilflich sein könne.

Der *Botschafter* sagte, beide Regierungen verfolgten hier doch eine identische Politik. Auch habe die amerikanische Regierung trotz Vietnam noch einen erheblichen Einfluß in den osteuropäischen Staaten, insbesondere in Polen. Natürlich wolle man dort nichts unternehmen, solange dies die Bundesregierung nicht für konstruktiv halte.

Wenn jedoch beispielsweise eine Analyse der Situation nützlich wäre, dann würde eine solche gerne geliefert. Darüber sollte man sich vielleicht noch im

<sup>17</sup> Dean D. Rusk.

einzelnen unterhalten, um festzustellen, was von amerikanischer Seite hier an Hilfestellung gegeben werden könne.

Der Herr *Minister* führte aus, man bereite zur Zeit eine Antwortnote an die Sowjetunion auf deren aggressive Note vom 28. Januar vor.<sup>18</sup> Dabei werde man sich um eine ruhige Antwort bemühen, in der keine Gegenangriffe enthalten seien, sondern in der die Notwendigkeit einer Verbesserung der Beziehungen betont werde.

Übrigens habe man auch mit dem ersten der arabischen Länder, wenn auch nicht mit dem wichtigsten, nämlich mit Jordanien, wieder Beziehungen aufgenommen.

Der *Botschafter* meinte dazu, er habe sich darüber sehr gefreut, und er hoffe, andere würden folgen.

Der Herr *Minister* erwiderte, das nächste Land werde wohl der Sudan sein, und dann werde vielleicht auch Algerien folgen.

Der *Botschafter* gratulierte dem Herrn Minister zu den bemerkenswerten Leistungen, die er während seiner noch kurzen Amtszeit schon erbracht habe.

Der Herr *Minister* sagte, man bemühe sich um kleine Schritte.

Der *Botschafter* bat den Herrn Minister, ihn nach der internen Klärung wissen zu lassen, wie er es mit dem Besuch von Mr. Foster halten wolle.

Das Gespräch endete um 17.00 Uhr.

**VS-Bd. 10089 (Ministerbüro)**

## 73

### Aufzeichnung des Staatssekretärs Schütz

**St.S. 645/67 VS-vertraulich**

**28. Februar 1967<sup>1</sup>**

Zu meinem Bedauern stehe ich zur Vorbereitung und Durchführung der Besprechung im Kabinettsausschuß für innerdeutsche Angelegenheiten nicht zur Verfügung. Daher einige Anregungen:

Die Bundesregierung sollte das Staatsbürgergesetz der DDR<sup>2</sup> zum Anlaß nehmen, die Initiative zu einer aktiven Politik der Öffnung im innerdeutschen Raum und der Freizügigkeit in ganz Deutschland zu ergreifen. Dabei müssen drei Hindernisse ausgeräumt werden:

1) TTD

Der Bundesminister des Auswärtigen sollte im Kabinettsausschuß eine Überprüfung der bisherigen TTD-Regelung mit dem Ziel der Aufhebung vorschla-

<sup>18</sup> Vgl. dazu Dok. 65, Anm. 4.

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Lahr vorgelegen.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut des Gesetzes vom 20. Februar 1967 „über die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik“ vgl. DzD V/1, S. 603–607. Vgl. dazu auch Dok. 68.

gen. Dabei ist es wichtig zu wissen, daß diese Regelung ursprünglich nicht Bestandteil der „Deutschlandpolitik“ war, sondern eine der ganz wenigen „Gegenmaßnahmen“ gegen die Berliner Mauer darstellte.<sup>3</sup> Diese Maßnahme ist so weit durchlöchert, daß sie in der Tat nur noch zu einem kleinen Prozentsatz Funktionäre, sonst fast ausschließlich die Bürger im anderen Teil Deutschlands betrifft. Da es sich hier um eine NATO-Regelung handelt, muß die Abschaffung im NATO-Rat beschlossen werden.

Vorschlag: Der Bundesminister des Auswärtigen unterrichtet den Kabinettsausschuß. Gleichzeitig wird Abteilung II über das Ministerbüro angewiesen, einen entsprechenden Erlaß für die NATO-Vertretung zu erarbeiten und vorzulegen.<sup>4</sup>

## 2) Innerdeutsche Zwangsmaßnahmen

Es bleibt weiterhin klar, daß Personen mit Spionage- und Agentenaufträgen festgesetzt werden müssen. Es muß bis auf weiteres wohl auch klar bleiben, daß Teilnehmer an Veranstaltungen, die ganz offensichtlich dem KPD-Verbot zuwiderlaufen, nicht unbehelligt bleiben dürfen. Alle anderen aus dem anderen Teil Deutschlands in die Bundesrepublik Deutschland herübergeschickten Bürger, die etwa zu „Kontaktgesprächen“ oder derartigen Konferenzen kommen, sollten weder an der Grenze zurückgewiesen noch etwa durch Zwangsabschiebung an die Demarkationslinie zurückgebracht werden.

Vorschlag: In dieser Frage müßte der Bundesminister des Innern<sup>5</sup> vom Kabinettsausschuß beauftragt werden, eine einheitliche Praxis mit den Ländern zu vereinbaren. Bis jetzt gibt es diese einheitliche Praxis nicht.<sup>6</sup>

## 3) Internationale Veranstaltungen auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Kultur und des Sports

Auf diesem Gebiet sollten wir aktiv werden und mit einer „Generalerklärung“ etwa des beigefügten Inhalts<sup>7</sup> die Handlungsfreiheit zurückgewinnen. Wir würden damit aufhören, hinter der Entwicklung herzurennen.<sup>8</sup>

Die Schwierigkeiten hier liegen bei dem Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland selbst:

Ob und unter welchen Umständen Flaggen, Symbole und Hymnen des anderen Teils Deutschlands gezeigt werden dürfen.

Vorschlag: Bei innerdeutschen Veranstaltungen sollten derartige Symbole unterbleiben. Bei internationalen Veranstaltungen können diese Symbole hingenommen werden.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 31, Anm. 8.

<sup>4</sup> Dieser Absatz wurde von Bundesminister Brandt durch Häkchen hervorgehoben. Zur Weisung von Brandt an die Abteilung II vgl. Dok. 93, besonders Anm. 2.

<sup>5</sup> Paul Lücke.

<sup>6</sup> Dieser Absatz wurde von Bundesminister Brandt durch Häkchen hervorgehoben.

<sup>7</sup> Dem Vorgang beigefügt. Für den zweiten Entwurf einer Generalerklärung vom 1. März 1967 vgl. VS-Bd. 426 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1967. Für einen Auszug vgl. Dok. 68, Anm. 13.

<sup>8</sup> Dieser Absatz wurde von Bundesminister Brandt hervorgehoben. Dazu bemerkte er handschriftlich: „Neben dem Aspekt der Begegnung zw[ischen] Deutschen und Deutschen ist auch wichtig: Wir wollen die Landsleute nicht um den Vorteil internat[ionaler] Begegnungen bringen.“

Vorschlag: Der Bundesminister des Innern sollte nach Abstimmung mit den Innenministern der Länder eine sinnvolle Änderung des dieses Gebiet regelnden bestehenden Erlasses herbeiführen.

Hiermit dem Herrn Minister<sup>9</sup> vorgelegt.

Schütz

VS-Bd. 426 (Büro Staatssekretär)

## 74

### Aufzeichnung des Botschafters a.D. Duckwitz

II A 7-81.08/2-649/67 VS-vertraulich

28. Februar 1967<sup>1</sup>

Betr.: Bericht über die Sitzung der Dreier-Gespräche am 27. Februar 1967 in London

I. Zu Beginn der Sitzung verlas Minister Thomson eine Erklärung, die er ausdrücklich als unter den beteiligten Ressorts abgestimmt und vom britischen Kabinett gebilligt bezeichnete. Diese Erklärung bezog sich ausschließlich auf Fragen der Devisenhilfe.

Aus ihr sind folgende Punkte festzuhalten:

1) Seit einem Jahr habe die britische Regierung immer wieder erklärt, daß sie den Devisenausgleich für ihre Truppen in Deutschland erwarte<sup>2</sup>, anderenfalls sie sehr erhebliche Truppenreduzierungen nach dem vorgesehenen NATO- und WEU-Verfahren beantragen werde.

2) Trotz des Ernstes der Zahlungsbilanz habe die britische Regierung aus Verantwortung für das Atlantische Bündnis eine Entscheidung bisher aufgeschoben, den Dreier-Gesprächen zugestimmt und der neuen Bundesregierung Zeit zur Beurteilung der Lage gegeben. Auf Grund zusätzlicher amerikanischer Käufe in Großbritannien habe sie zugestimmt, vor dem 1. Juli 1967 keine Änderungen der Kampfstärke ihrer Truppen in Deutschland vorzunehmen. Trotzdem sei man heute einer Einigung nicht näher, sondern eher ferner als zu Beginn der Dreier-Gespräche<sup>3</sup>.

3) Der Eckstein der britischen Außen- und Verteidigungspolitik sei die Mitgliedschaft in der NATO, deren Wirksamkeit aber absolut von der wirtschaftlichen Stärke Großbritanniens und der Behebung der Zahlungsbilanzprobleme abhängen. Das hierzu begonnene Wirtschaftsprogramm verlange große Opfer vom britischen Volk. Die Arbeitslosigkeit sei im Januar auf über 600 000 ange-

<sup>9</sup> Hat Bundesminister Brandt am 1. März 1967 vorgelegen.

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Lahr am 1. März 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Vgl. dazu die deutsch-britische Regierungsbesprechung in London am 23. Mai 1966; AAPD 1966, I, Dok. 158.

<sup>3</sup> Zum Beginn der Dreier-Verhandlungen am 20./21. Oktober 1966 in Bonn vgl. Dok. 23, Anm. 2.



stiegen. Die Deviseneinsparungen in Deutschland seien nicht das einzige Mittel der Kürzung überseeischer Ausgaben, aber ein entscheidender Teil des Programms.

4) Die britische Regierung sei zu Beginn der Dreier-Gespräche davon ausgegangen, daß die Bundesregierung mindestens eine Devisenhilfe von 31,5 Mio. £ (350 Mio. DM) für 1967 garantiert habe. Deutsche Minister hätten weiter die Hoffnung ausgedrückt, eine wesentliche Erhöhung des Betrages möglich zu machen, worüber in den Dreier-Gesprächen verhandelt werden sollte. Die britische Regierung habe daher gehofft, zusammen mit eigenen administrativen und logistischen Einsparungen den vollen Devisenausgleich erreichen zu können.

5) Nachdem aber Botschafter Duckwitz am 9. Februar in London<sup>4</sup> – wie auch zuvor in Washington<sup>5</sup> – den Standpunkt der deutschen Regierung dargelegt habe, sei eine äußerst gefährliche Situation entstanden. Schon jetzt stehe die britische Regierung unter stärkstem Druck des Parlaments und der öffentlichen Meinung, sofort Truppen aus Deutschland abziehen. Wenn die Bundesregierung keinen Versuch unternehme, die bestehende Devisenlücke zu schließen, werde der Druck so zunehmen, daß die britische Regierung keine andere Wahl habe, als in großem Umfang Truppen aus Deutschland abziehen. Das werde die politische Einheit der NATO ernstlich berühren und wohl auch nicht das Ende des in Gang gesetzten Prozesses sein. Die britische Regierung könne nicht glauben, daß die Bundesregierung die Verantwortung übernehmen wolle, diese Folgen überstürzt herbeizuführen. Das letzte deutsche Wort könne daher noch nicht gesprochen sein.

6) Einige Erklärungen von Sprechern der Bundesregierung in der letzten Zeit zum Thema Devisenausgleich, insbesondere zur Höhe der zivilen und militärischen Beschaffung 1967 und 1968, seien nicht im Einklang mit dem gewesen, was Botschafter Duckwitz am 9. Februar erklärt habe. Darüber erwarte man Aufklärung.<sup>6</sup>

Grundsätzlich gelte nach britischer Ansicht:

a) Zivile öffentliche Beschaffungen

Anrechnung ja, aber sie müßten in erster Linie echte zusätzliche Aufträge sein. Ein Devisenausgleich, der fast vollständig aus zivilen Beschaffungen bestehe, die in jedem Fall vorgenommen würden, sei nicht annehmbar.

b) Militärische Beschaffungen

Ein hoher militärischer Anteil am gesamten Devisenausgleich sei notwendig. Ein Beschaffungsprogramm müßte fest vereinbart oder fest zugesagt und langfristig sein. Schätzungen von Möglichkeiten genügten nicht.

c) Andere Möglichkeiten

Zu einer Diskussion sei die britische Regierung bereit. Allerdings sei es wenig

<sup>4</sup> Zu den Dreier-Verhandlungen vgl. Dok. 52, Anm. 7.

<sup>5</sup> Zu den Gesprächen vom 4. bis 8. Februar 1967 vgl. Dok. 52, Anm. 3.

<sup>6</sup> Am 15. Februar 1967 führte Bundesminister Strauß vor der Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages aus: „Für das Haushaltsjahr 1967 und 1968 stehen ausreichende Haushaltsmittel [...] für den Abschluß neuer Offset-Abkommen nicht zur Verfügung.“ Vgl. BULLETIN 1967, S. 164.

sinnvoll, in diesem Zusammenhang eine weitere kurz- oder mittelfristige britische Verschuldung ins Auge zu fassen.

7) Bei der Beurteilung der notwendigen Truppenstärke spielten die finanziellen Faktoren eine große, wenn nicht entscheidende Rolle. Die Dreier-Gespräche sollten sich daher zunächst auf die finanziellen Fragen konzentrieren.

8) Zum zeitlichen Fortgang der Dreier-Gespräche:

Es blieben noch sechs bis acht Wochen bis zum Abschluß der Arbeiten. Am 9. Mai träten die NATO-Verteidigungsminister zusammen.<sup>7</sup> An diesem Tag müßten dann gegebenenfalls die britischen Anträge auf Truppenabzug in der NATO und gleichzeitig der WEU gestellt werden, um die entsprechenden Vorbereitungen für den Abzug der Truppen ab 1. Juli 1967 rechtzeitig treffen zu können.

Nach Minister Thomson gab ich eine vorbereitete Erklärung ab, deren Wortlaut in der Anlage beigelegt ist.<sup>8</sup> Ich warnte abschließend nachdrücklich davor, unter Zeitdruck eine Entscheidung zu treffen, die jede spätere Zusammenarbeit auf den Gebieten, wo wir jetzt noch keine Zusagen machen könnten, erschweren oder sogar unmöglich machen würde.

Mr. Bowie beschränkte sich auf einige Bemerkungen. Er hielt es für richtig, die Fragen der Sicherheit und die sich aus ihnen ergebenden finanziellen Folgen gemeinsam zu erörtern. Seine Sorge galt aber der öffentlichen Präsentation dieses Zusammenhangs. Truppenstärke und finanzielle Probleme dürften nicht zu eng miteinander verbunden werden. Die gegenwärtige Diskussion fiele unglücklicherweise mit großen Schwierigkeiten in allen drei Ländern (USA: Vietnam, Großbritannien: Zahlungsbilanz, Deutschland: Haushalt) zusammen. Diese gegenwärtigen und vorübergehenden Schwierigkeiten dürften aber nicht den Blick in die Zukunft verstellen. Kurz auf die Gespräche zwischen der US-Treasury und der Deutschen Bundesbank eingehend<sup>9</sup>, äußerte Bowie Verständnis dafür, daß die Deutsche Bundesbank in keiner Weise in die Dreier-Gespräche einbezogen zu werden wünsche. Auch in den Vereinigten Staaten werde die Neutralisierung nicht als ein ideales Mittel des Devisenausgleichs betrachtet. Sie könnte aber im Ergebnis eine annehmbare Lösung darstellen.

<sup>7</sup> Zur Tagung des Ausschusses für Verteidigungsplanung vgl. Dok. 157, besonders Anm. 13 und 14.

<sup>8</sup> Dem Vorgang beigelegt. Botschafter a. D. Duckwitz erklärte einleitend, daß „das Problem des Devisenausgleichs [...] ein Gewicht erlangt hat, das alle anderen wichtigen Fragen der Dreier-Gespräche in den Hintergrund zu schieben droht. Es besteht die Gefahr, daß das Atlantische Bündnis und seine Fortentwicklung einseitig als eine Funktion von Devisenregelungen betrachtet wird.“ Die Bundesregierung erkenne an, „daß die DM-Aufwendungen für die amerikanischen und britischen Truppen in Deutschland ein ernstes Problem für die Zahlungsbilanzen beider Länder darstellen. [...] Sie hat daher in der Vergangenheit große Anstrengungen unternommen, um einen Devisenausgleich – wenn auch nicht immer vollständig – auf verschiedene Weise herbeizuführen.“ Vgl. VS-Bd. 1000 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Am 1. Februar 1967 informierte der Präsident der Bundesbank, Blessing, daß das Mitglied des Direktoriums der Bundesbank, Tüngeler, am folgenden Tag zu Gesprächen „mit den Herren des Federal Reserve System und der US-Treasury nach New York und Washington reisen werde. Die Gespräche trügen exploratorischen Charakter“. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Hermes vom 2. Februar 1967; VS-Bd. 999 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

Am 20. Februar 1967 notierte Ministerialdirektor Harkort hinsichtlich der Ergebnisse der Reise von Tüngeler, es sei „nichts Neues zu berichten“. Die amerikanische Seite habe allerdings für die „vorgetragenen notenbankpolitischen Überlegungen“ Verständnis gezeigt. Vgl. Referat III A 5, Bd. 566.

Mr. Bowie legte sodann großen Wert darauf, daß die Arbeitsgruppe II ihren Bericht „imbalances“ sobald wie möglich abschließe.<sup>10</sup>

Mr. Hockaday machte auf die Auswirkungen der von Mr. Thomson angekündigten möglichen britischen Schritte in der NATO und der WEU auf die Streitkräfteplanung der NATO aufmerksam. Der vom Ausschuß für Verteidigungsplanung im November 1966<sup>11</sup> beschlossene Zeitplan sehe vor, daß die NATO-Verteidigungsminister in ihrer Sitzung am 9. Mai Richtlinien für die Ausarbeitung von Streitkräfteplänen durch die Militärbehörden der NATO beschließen. Sodann würden die Militärbehörden bis Mitte Juli ihre Streitkräfte-Vorschläge vorlegen. In der nächsten Phase würden bis Ende September oder Anfang Oktober die nationalen Streitkräftepläne der einzelnen NATO-Staaten vorgelegt, die sodann gemeinsam beraten würden. Erst in der Ministerkonferenz der NATO im Dezember 1967<sup>12</sup> werde die Streitkräfteplanung der NATO für die Zeit bis 1972 beschlossen.

Dies bedeute, daß die Empfehlungen der Dreier-Beratungen über die künftige Stärke der alliierten Streitkräfte in Deutschland sich frühestens im Dezember in einem Beschluß des zuständigen NATO-Gremiums niederschlagen könne. Falls die britische Regierung bereits früher Einheiten aus Deutschland abziehen wolle, bedeute dies, daß sie unabhängig von der Streitkräfteplanung der NATO die besonderen für diesen Fall vorgesehenen NATO- und WEU-Verfahren einleiten müsse. Hier handle es sich um zwei Verfahren: das militärische Verfahren für den Fall, daß ein NATO-Staat wichtige quantitative und qualitative Änderungen seines NATO-Beitrags beabsichtigt und das mit dem WEU-Verfahren gekoppelte finanzielle Verfahren für den Fall, daß Großbritannien wegen untragbarer Belastungen seiner Zahlungsbilanz eine Herabsetzung seiner NATO- und WEU-Verpflichtungen beantragt. Es sei ihm nicht klar, welches dieser beiden Verfahren die britische Regierung in Gang setzen wolle. Das militärische Verfahren sei mit der Streitkräfteplanung der NATO schwer vereinbar. Das finanzielle Verfahren werde sicherlich länger als zwei Monate in Anspruch nehmen. In beiden Fällen sei zu befürchten, daß die Streitkräfteplanung der NATO beeinträchtigt würde und der dafür vorgesehene Zeitplan nicht mehr eingehalten werden könne. Diese Konsequenz könne allenfalls dann vermieden werden, wenn Großbritannien das finanzielle Verfahren unverzüglich und nicht erst Anfang Mai einleite.

Mr. Thomson erklärte, seine Regierung werde die Argumente von Mr. Hockaday sorgfältig erwägen.

II. In der anschließenden Diskussion wurden folgende Punkte behandelt:

1) Auf die Frage Thomsons, weshalb die Bundesregierung jetzt die Zahl von 250 Millionen jährlich für zivile Beschaffungen in Großbritannien anbiete, während ich bei meinem Besuch in London am 9. Februar die Zahl von 150 Millionen genannt habe, erwiderte ich, daß neueste Berechnungen des Bundesministeriums der Finanzen, die seit dem 9. Februar durchgeführt worden seien, zu

<sup>10</sup> Für den Bericht der Arbeitsgruppe II vom 2. März 1967 vgl. VS-Bd. 996 (II A 7).

<sup>11</sup> Zur Sitzung vom 25. November 1966 vgl. die Drahtberichte Nr. 2180 und 2181 des Botschafters Grewe, Paris (NATO); VS-Bd. 1992 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>12</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel vgl. Dok. 433.

dem Ergebnis geführt hätten, daß im Jahre 1967 der Betrag von 250 Millionen für zivile Beschaffungen in Großbritannien erreicht werden könne. Es werde von der Entwicklung der Haushaltslage in Bund, Ländern und Gemeinden abhängen, ob der gleiche Betrag auch im kommenden Jahr erreicht werden könne.

2) Zu dem von Thomson in seiner Erklärung angesprochenen deutschen Angebot in der Petersberg-Konferenz erklärte ich, dieses Angebot sei damals von der britischen Seite als ungenügend abgelehnt und von ihr seitdem nicht mehr erwähnt worden. Leider habe sich inzwischen gezeigt, daß die Verminderung der Steuereinnahmen des Bundes solche Proportionen angenommen habe, daß eine neue Situation entstanden sei, die das Petersberg-Angebot zumindest höchst zweifelhaft erscheinen lasse. Thomson widersprach und betonte, daß Schatzkanzler Callaghan das deutsche Angebot sofort angenommen habe. Minister Dahlgrün habe damals erklärt, die von uns angebotenen 350 Mio. DM könnten als Garantie betrachtet werden.

Da mir eine Vertiefung der Diskussion über diese Frage nicht zweckmäßig erschien, habe ich mich auf den Hinweis beschränkt, daß hier offensichtlich grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten bestünden. Ich würde mich bemühen, diese Frage in Bonn aufzuklären.<sup>13</sup>

3) Zu der möglichen Beschaffung von Phantom und Jaguar erklärte Thomson, daß die von deutscher Seite für den Sommer dieses Jahres in Aussicht gestellte Entscheidung zu spät kommen werde. Im übrigen werde im Falle einer positiven Entscheidung die Beschaffung dieser Waffensysteme erst ab 1971 zu größeren Zahlungen an Großbritannien führen. Diese Projekte könnten daher nur dann zur Lösung der gegenwärtigen Probleme beitragen, wenn die Bundesregierung zu Vorauszahlungen bereit sei.

Ich habe darauf hingewiesen, daß eine militärische Entscheidung erst in etwa zwei Monaten getroffen werden könne. Die anschließende Klärung der haushaltsmäßigen Voraussetzungen werde ebenfalls einige Monate in Anspruch nehmen. Wir hätten Verständnis für die Zeitnot, in der sich die britische Seite befinde. Wir würden es andererseits außerordentlich bedauern, wenn diese Zeitnot die britische Seite veranlassen würde, kurzfristig Entscheidungen zu treffen, die nicht rückgängig gemacht werden könnten und die spätere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der militärischen Beschaffungen erschweren würden. Thomson betonte in seiner Erwiderung erneut die Dringlichkeit des Problems und verwies darauf, daß Schatzkanzler Callaghan am 11. April vor dem Unterhaus seine Budget-Erklärung abgeben müsse.<sup>14</sup>

4) Thomson bat um Unterrichtung über das Ergebnis der Gespräche zwischen der Bundesbank und der US-Treasury über die Neutralisierung von Dollar-

<sup>13</sup> Unmittelbar nach der Sitzung informierte Botschafter a. D. Duckwitz, z. Z. London, das Auswärtige Amt telephonisch über die britische Haltung und betonte, daß er „die Lage als sehr ernst“ betrachte: „Man müsse [...] den Briten – wohl aus dem Verteidigungshaushalt – etwas anbieten. 200 Mio. könnten gegenwärtig nicht durch deutsche Einkäufe auf dem Militärssektor verbraucht werden. Man könne den Betrag jedoch auf Konto stehen lassen für spätere Einkäufe [...]. Man müsse jetzt helfen, sonst ginge die Sache schief. [...] Nach der Sitzung habe Bowie ihn [...] beiseite genommen und ihm sehr zugeredet, daß wir auf die britischen Wünsche eingehen sollten.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Arnold vom 27. Februar 1967; VS-Bd. 8525 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>14</sup> Zur Rede des britischen Schatzkanzlers vgl. HANSARD, Bd. 744, Sp. 973–1010.

Guthaben der Bundesbank. Bowie und ich erklärten übereinstimmend, daß diese Gespräche außerhalb des Rahmens der Dreier-Gespräche geführt werden müßten. Die Kontakte zwischen der Bundesbank und der Treasury seien noch nicht so weit fortgeschritten, daß bereits über ihre Ergebnisse berichtet werden könne.

5) Thomson bat um nähere Auskunft über die von mir erwähnte Zusammenarbeit auf nuklearem Gebiet. Ich erwiderte, daß es sich hier um Gespräche handle, die zwischen dem Bundesministerium für Wissenschaftliche Forschung und den zuständigen britischen Stellen geführt werden. Nähere Einzelheiten darüber seien mir nicht bekannt.

III. Abschließend wurde beschlossen, daß die Dreier-Gespräche am Freitag, dem 3. März um 10.30 Uhr fortgesetzt werden.<sup>15</sup> Falls notwendig, wird die Sitzung am Sonnabend, dem 4. März vormittags fortgeführt werden.

Ferner wurde beschlossen, daß die Untergruppe II am Mittwoch, dem 1. März zusammentritt, um einen Bericht über die Frage der „imbalances“ anzufertigen. Der Bericht soll den Principals spätestens am Sonnabend, dem 4. März vorgelegt werden.

Thomson regte an, daß eine kleine Gruppe von Finanzexperten am Montag, dem 6. März die Einzelheiten des Devisenausgleichs prüfen sollte. Zu dieser Anregung nahmen weder Bowie noch ich Stellung. Sie erscheint mir beim gegenwärtigen Stand unserer internen Überlegungen kaum zweckmäßig.

Hiermit dem Herrn Bundesminister unmittelbar vorgelegt.

Duckwitz

**VS-Bd. 1000 (II A 7)**

<sup>15</sup> Vgl. dazu Dok. 84.

## 75

**Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-11295/67 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 377**

**Aufgabe: 28. Februar 1967, 18.50 Uhr**  
**Ankunft: 28. Februar 1967, 20.34 Uhr**

Auf Drahterlaß Nr. 245 vom 27. Februar II A 1-85.50/1-643/67 VS-v<sup>1</sup>

Betr.: TTD-Frage

I. In dreistündiger Sitzung Politischen Ausschusses am 28. Februar wurde dänischer Vorschlag einer Revision TTD-Systems diskutiert. Außer den Sprechern Kanadas, Griechenlands, Islands, Luxemburgs und der Türkei beteiligten sich alle Delegationen an der Aussprache.

1) Dänischer Vertreter präziserte Vorschläge seiner Regierung wie folgt: Falls von ATO<sup>2</sup> ordnungsgemäß konsultierte nationale Militärmission in Berlin Wunsch auf Ausstellung TTDs geäußert habe, solle ATO im Falle beabsichtigter Ablehnung eines TTDs vor Vollzug dieses Beschlusses nochmals Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Falls nationale Behörden TTD weiterhin befürworten, sei es von ATO zu erteilen. TTD solle zwar allein zulässiges Reisedokument für SBZ-Bewohner bleiben, letzte Entscheidung über seine Ausstellung aber ATO entzogen werden. Die Visa-Politik jedes einzelnen NATO-Landes müsse zur entscheidenden Richtlinie für Einreiseerlaubnis von SBZ-Bewohnern werden.

2) Vom konkreten Fall ausgehend<sup>3</sup>, begründete dänischer Vertreter diesen Vorschlag nachdrücklich (in zehn Wortmeldungen) wie folgt:

a) Entscheidung im Falle der drei Journalisten sei nicht unter förmlichem Verstoß gegen geltende TTD-Regeln (hier: Ziffer 17 NATO-Dokument C-M (66) 133 vom 1. Dezember 1966<sup>4</sup>) erfolgt. Immerhin sei dänische Regierung fälschlich von ATO in Annahme bestärkt worden, fragliche TTDs würden erteilt, und habe sich daher frühzeitig öffentlich engagiert. Ablehnung durch Bonner Gruppe sei dann erfolgt, ohne daß Dänen an maßgeblicher Stelle, also in Bonn, Gelegenheit zur Darlegung ihres Standpunktes gehabt hätten.

b) Obwohl bisher nur Einzelfall, bestehe wegen subjektiver Kriterien der Kate-

<sup>1</sup> Ministerialdirigent Sahm bat die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris, auf eine Präzisierung dänischer und norwegischer Vorstellungen hinsichtlich einer Lockerung der TTD-Richtlinien auf der Sitzung des Politischen Ausschusses der NATO am 28. Februar 1967 hinzuwirken. Vgl. VS-Bd. 4142 (II A 2); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Das Allied Travel Office in Berlin (West) war eine für die Vergabe von Einreisegenehmigungen an Einwohner der DDR zuständige Einrichtung der drei Westmächte.

<sup>3</sup> Auf der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 22. Februar 1967 brachte der dänische Botschafter Hjorth-Nielsen die abgelehnte Reise von drei Journalisten aus der DDR nach Dänemark und Norwegen zur Sprache und erklärte: „Der vorliegende Fall habe die dänische Öffentlichkeit erregt, wengleich er im Rahmen der geltenden ATO-Kompetenzen entschieden worden sei. Das jetzige TTD-System stehe jedoch im Widerspruch zu dem ‚pattern of our general policy‘, den liberalen Traditionen Dänemarks [und] den besonderen Interessen der ‚Nachbarländer‘ der SBZ.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 331 des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 23. Februar 1967; VS-Bd. 4141 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut vgl. VS-Bd. 4141 (II A 1).

gorie „politische Anträge“<sup>5</sup> große Wahrscheinlichkeit wiederkehrender Meinungsverschiedenheiten zwischen ATO und dänischer Regierung, zumal Dänemark höchst liberale Visa-Politik verfolge.

c) Wenn sich ATO in Grenzfällen gegenüber nationalen Regierungen durchsetze, verleihe erst das hierdurch ausgelöste Aufsehen den betreffenden Fällen – wie vorliegendem – eindeutig politischen Charakter im Sinne Ziffer 17 b).

d) Bei Grenzfällen solle man mehr dem Verantwortungsbewußtsein und der politischen Wachsamkeit der führenden Schichten in NATO-Ländern vertrauen. Auf alle Fälle gehe es geradezu „gegen den Strich“ der dänischen Lebensform, Parlamentarier in der Frage eventueller SBZ-Kontakte zu bevormunden.

e) Voraussichtlich werde es zwischen nationalen Regierungen und ATO auch künftig nur in ganz seltenen Fällen Meinungsverschiedenheiten geben (für Dänemark: in 3 bis 4 Fällen aus 300). Es werde sich nur um Fälle handeln, in denen die dänische Gast-Regierung eo ipso die tatsächlich bestqualifizierte Behörde zur Beurteilung des Charakters einer Reise sein wird.

f) Vorgeschlagenes Verfahren könne zwar vorläufig einheitliche Behandlung von TTD-Anträgen beeinträchtigen. Als Folge gemachter Erfahrungen und Meinungsaustausch in NATO werde sich aber bald neue Einheitlichkeit einstellen. Gleichförmige Behandlung sei auf TTD-Gebiet ohnedies kein so zwingendes Erfordernis wie etwa bei Regelung Wirtschaftsbeziehungen mit SBZ.

g) 1946 bis 1960 und vom Herbst 1960 bis Herbst 1961 sei es NATO-Staaten zugestanden gewesen, zur Wahrung nationaler Interessen SBZ-Bewohnern mit auf losen Blättern erteilten Visa Einreise trotz Verweigerung alliierter Reisedokumente zu ermöglichen. Dänemark sei „quite willing to accept this system again“ und verpflichte sich für diesen Fall, seine Alliierten über alle gemachten Ausnahmen zu unterrichten, dieses System böte sich vielleicht an, falls das ATO nicht dazu gezwungen werden soll, bei Meinungsverschiedenheiten TTDs entgegen seiner Überzeugung zu erteilen.

Wie bereits in Bezugerlaß angenommen, betonte norwegischer Vertreter lediglich, daß es im vorliegendem Falle nicht zu echtem Meinungsaustausch zwischen norwegischer Militärmission und ATO oder Bonner Gruppe gekommen sei. Er schien lediglich nahelegen zu wollen, daß bei ähnlichen Fällen künftig norwegische Botschaft eingeschaltet wird.

II. Dänische Vorschläge wurden von keiner Delegation ausdrücklich unterstützt. Differenzierte Reformvorschläge wurden lediglich von niederländischem und belgischem Delegierten vorgebracht:

1) Niederländischer Vertreter betonte Absicht seiner Regierung, am TTD-System festzuhalten und legte Dänemark nahe, keine Scheu davor zu haben, dieses System in der Öffentlichkeit zu verteidigen. Dennoch und trotz damit verbundenen Risikos völliger Auflösung des Systems verdiene dänische Initiative sympathische Behandlung.

<sup>5</sup> Am 3. März 1966 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Oncken in einem Runderlaß, daß der Ständige NATO-Rat am 1. Februar 1966 neue TTD-Regelungen u. a. für die Kategorie „Political“ gebilligt habe: „Ausnahmsweise können TTDs auch höheren Funktionären des SED-Regimes zu technischen Besprechungen im westlichen Ausland erteilt werden, wenn gewährleistet wird, daß der Besuch nicht politisch ausgenutzt werden kann.“ Vgl. VS-Bd. 4140 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

Niederländer gab ohne Weisung zu bedenken, ob strittige Fälle nicht künftig nach Behandlung in Bonner Gruppe vom Rat oder vom politischen Ausschuß (sozusagen als Berufungsinstanz) diskutiert und mit daraus resultierenden Empfehlungen anschließend an Bonner Gruppe zurückverwiesen werden sollten.

Auch italienischer Vertreter (ohne Weisung) schien von Gedanken einer stärkeren Einschaltung politischen Ausschusses beeindruckt. ATO sei früher aufgrund detaillierter von NATO ausgearbeiteter Kategorien nur administrativ, quasi automatisch, tätig gewesen. Als Folge der Neuregelung vom Dezember 1966 sei ATO unversehens zu einer mit diffizilen politischen Entscheidungen befaßten Behörde geworden.

2) Belgischer Vertreter schlug vor, künftig die Botschaft jeweilig betroffenen Landes in Bonn vor Ablehnung eines erbetenen TTDs einzuschalten. Gleichzeitig stellt er auch Wiedereinführung des früheren Systems von Ausnahme-genehmigungen (siehe oben I. 2 g) zur Diskussion.

III. 1) Portugiesischer Vertreter lehnte nach vorheriger Fühlungnahme mit uns schlichtweg Änderung jetzigen TTD-Systems ab.

2) Drei-Mächte-Vertreter verhielten sich fast ausschließlich rezeptiv. Amerikaner legte nahe, sich vom konkreten Fall ab- und der Prinzipienfrage zuzuwenden. Brite bemerkte beiläufig, ATO besitze mehr Erfahrung und größeren Überblick als jede andere mögliche Instanz. Deutscher Sprecher erklärte unwidersprochen, daß es angesichts der Bedeutung des TTD-Systems für die Allianz und für Deutschland ermutigend sei, feststellen zu können, daß in dieser Diskussion niemand dieses System als solches in Frage gestellt habe.

IV. Diskussion vermittelte Eindruck, daß dänischer Vertreter Weisung hat, wesentliche Änderung jetziger TTD-Regelung zu erzwingen, daß es ihm jedoch nicht gelungen ist, Besorgnisse der Mehrheit über Auswirkungen dänischer Wünsche auf Fortbestand TTD-Systems überhaupt zu zerstreuen. Belgischer, dem norwegischen Wunsch entsprechender Kompromißvorschlag (erste Alternative II. 2) dürfte Aussicht auf Zustimmung relativ vieler Delegationen haben, da er nur bestehende Konsultationspflicht zu ergänzen sucht. Niederländischer Vorschlag dürfte letztlich an damit verbundener Umständlichkeit scheitern.

V. Diskussion wird am 14. März fortgesetzt.<sup>6</sup> Bei dieser Gelegenheit wird Stellungnahme der Bonner Gruppe zu den unter I. und II. berichteten Vorschlägen erwartet. Es dürfte sich empfehlen, in dieser Stellungnahme besonders den Gesichtspunkt zu betonen, daß keiner einzelnen Regierung eines NATO-Landes höchste Qualifikation für Beurteilung der Frage zukommen kann, welche Rückwirkungen Reisen politischer SBZ-Persönlichkeiten auf Prestige Ulbricht-Regimes in der Zone und in dritten NATO-Ländern haben können.

[gez.] Grewe

VS-Bd. 4141 (II A 1)

<sup>6</sup> Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete vom 13. März 1967; VS-Bd. 4142 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. dazu auch den Drahtbericht Nr. 441 des Legationsrats I. Klasse Dröge, Paris (NATO), vom 14. März 1967; VS-Bd. 4142 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.



## 76

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Frank****I A 4-82.00-94.19-656/67 VS-vertraulich****1. März 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Besuch des österreichischen Außenministers Dr. Lujo Tončić-Sorinj  
in Bonn am 28.2.1967<sup>2</sup>;  
hier: Gespräch mit Herrn St.S. Lahr

Der Herr Minister war mit Rücksicht auf das Staatsbegräbnis von MdB Erler in Pforzheim<sup>3</sup> verhindert, den Gast zu empfangen.

Die einstündige, mit Herrn St.S. geführte Unterredung erstreckte sich auf folgende Punkte:

1) Tito-Besuch in Österreich<sup>4</sup>

Auf die Frage von St.S. Lahr erklärte AM Tončić, daß Tito, der übrigens gut deutsch spreche, vermieden habe, auf die deutsche Frage bei den Wiener Besprechungen einzugehen. Möglicherweise habe er Österreich nicht als den rechten Ort angesehen, um diesen Fragenkomplex zu behandeln. Auch das Thema deutscher Beitritt zur Donaukonvention<sup>5</sup> habe er nicht berührt. Von jugoslawischer Seite sei betont worden, daß die Deutschlandfrage nicht zu den vom „Neunerclub“<sup>6</sup> zu behandelnden Themen gehöre. Für den „Neunerclub“ hätten Norwegen, Türkei und auch die Schweiz Interesse gezeigt.

Tito halte viel von Nasser und scheine noch an eine besondere Aufgabe Jugoslawiens in der „nichtengagierten“ Welt zu glauben.

Er habe seine anti-rotchinesische Einstellung bekräftigt. Nach seiner Auffassung sei es Chinas Ziel, einen Konflikt zwischen UdSSR und USA dadurch herbeizuführen, daß es russische Lieferungen nach Nordvietnam auf dem Landwege verhindert. Die Russen müßten den Seeweg wählen und würden so voraussichtlich mit amerikanischen Blockademaßnahmen in Konflikt geraten.

Tito habe sich für ein „starkes und geeintes Europa, das seinen alten Platz in der Welt wieder einnehmen könne“, erklärt. Außer der Deutschlandfrage gebe

<sup>1</sup> Durchdruck.

Hat Ministerialdirektor Ruete am 6. März 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Der österreichische Außenminister Tončić-Sorinj hielt sich auf Einladung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn auf.

<sup>3</sup> Das Staatsbegräbnis des am 22. Februar 1967 verstorbenen stellvertretenden Vorsitzenden der SPD fand am 28. Februar 1967 statt.

<sup>4</sup> Der jugoslawische Präsident hielt sich vom 13. bis 17. Februar 1967 zu einem Staatsbesuch in Österreich auf.

<sup>5</sup> Zur Belgrader Donaukonvention vom 18. August 1948 und zum Antrag der Bundesregierung auf Beitritt vgl. Dok. 27, Anm. 33.

<sup>6</sup> Österreich brachte gemeinsam mit Belgien, Bulgarien, Dänemark, Finnland, Jugoslawien, Rumänien, Schweden und Ungarn die UNO-Resolution Nr. 2129 vom 21. Dezember 1965 über „Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen europäischen Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung“ ein. Unter österreichischem Vorsitz trafen sich die Außenminister der neun Staaten im Oktober 1966 in New York, um über die Umsetzung der Resolution zu beraten. Dabei wurde auch die Möglichkeit einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz erörtert. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats II B 2 vom 20. Februar 1967; VS-Bd. 4254 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

es in Europa kein Problem zwischen Ost und West, das nicht schon jetzt lösbar scheine.

Tito habe sich nicht gegen die Aufnahme von EWG-Beziehungen Österreichs geäußert. Zusammenfassend erklärte AM Tončić den Besuch für einen Erfolg. Die zunehmend günstige Einstellung der Öffentlichkeit in Österreich zum Tito-Besuch sei eine angenehme Überraschung für die Regierung gewesen.<sup>7</sup>

## 2) Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Ostblockstaaten

St.S. Lahr berichtete über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu osteuropäischen Ländern.

## 3) Donaukonvention

Auf die Frage von AM Tončić, ob Österreich etwas für unseren Beitritt unternehmen könnte, wies St.S. Lahr darauf hin, daß Herr Tončić kürzlich noch erklärt habe, Österreich seien Grenzen für eine etwaige Intervention zu unseren Gunsten gesetzt. AM Tončić entgegnete, daß der Anschein zu engen Zusammenwirkens zwischen Deutschland und Österreich bei den übrigen Partnern vermieden werden müsse. Er erbot sich aber, gelegentlich bei den Jugoslawen als Signatarmacht vorstellig zu werden, damit es sich zu unserem Beitritt äußere.

## 4) „Neunerclub“

St.S. Lahr bat um eine Erklärung über die österreichischen Absichten, insbesondere auch hinsichtlich einer europäischen Sicherheitskonferenz.

AM Tončić wollte dieses Thema bis zum Eintreffen des Herrn Ministers<sup>8</sup> oder zur Besprechung mit dem Herrn Bundeskanzler zurückstellen.

## 5) Auslegung des Kreuznacher Abkommens<sup>9</sup>

AM Tončić gab zu verstehen, daß ihm viel an einer Verständigung über die von

<sup>7</sup> Am 13. Februar 1967 teilte der Staatssekretär im österreichischen Außenministerium, Bobleter, Staatssekretär Schütz mit, die „Beziehungen Österreichs zu Jugoslawien seien nicht nur normalisiert, sondern es bestehe sogar eine gute Lage an der Grenze; kein Visumszwang und lebhafter kleiner Grenzverkehr, auch Warengrenzverkehr. Die Autonomiebestrebungen der Kroaten und Serben seien sehr stark. Wenn der ‚Altösterreicher‘ Tito zum Besuch nach Österreich komme, werde er vom slowenischen Landeshauptmann begleitet werden.“ Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Frank; VS-Bd. 2451 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Ein Gespräch mit Bundesminister Brandt fand nicht statt.

In einem Schreiben an den österreichischen Außenminister Tončić-Sorinj vom 13. März 1967 erläuterte Brandt, daß ihn „widrige Verkehrsverhältnisse“ daran gehindert hätten, „nach den Beisetzungsfeierlichkeiten für Fritz Erler rechtzeitig wieder in Bonn einzutreffen“. Vgl. Referat I A 4, Bd. 357.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 27. November 1961 mit Österreich „zur Regelung von Schäden der Vertriebenen, Umsiedler und Verfolgten, über weitere finanzielle Fragen und Fragen aus dem sozialen Bereich (Finanz- und Ausgleichsvertrag)“, der am 12. Juni 1961 in Bad Kreuznach paraphiert wurde, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1962, Teil II/1, S. 1041–1063.

Dieser Vertrag hatte zum Ziel, österreichischen und deutschen Staatsangehörigen sowie deutschen Volkszugehörigen, insbesondere solchen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit, „die 1) am 1. Januar 1960 in Österreich ständigen Aufenthalt hatten, oder 2) nach dem 1. Januar 1960 im Wege der Familienzusammenführung oder als Heimkehrer nach Österreich gekommen sind oder kommen, dort im Zeitpunkt der Antragstellung einen ständigen Aufenthalt von mindestens sechs Monaten hatten, oder 3) vor dem 1. Januar 1960, nach mindestens sechs Monaten Aufenthalt in Österreich, aus Österreich in die Bundesrepublik Deutschland abgewandert sind und dort am 1. Januar 1960 ständigen Aufenthalt hatten“, nach „Maßgabe einer Erweiterung des österreichischen Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz (KVSG) in seiner jeweils geltenden Fassung ohne Rücksicht auf ihre

österreichischer Seite vorgebrachten Wünsche gelegen sei. Hier handele es sich nicht nur um reine Rechtsfragen, die zwischen den Rechtsabteilungen beider Außenministerien geklärt werden könnten; möglicherweise müsse das Schiedsgericht<sup>10</sup> angerufen werden. Dies müsse man schon deshalb vermeiden, weil es „sehr weit zurückreichende Dinge“ wieder zu behandeln hätte, die beiden Parteien vielleicht unangenehm wären. Wichtig seien die politischen Aspekte, weil der Druck der Vertriebenenorganisationen dahinter stünde. Auch seitens des Finanzministeriums werde immer wieder nach einer Lösung verlangt. St.S. Lahr wies darauf hin, daß auch seitens unseres Finanzministeriums „Schwierigkeiten“ gemacht würden. Im übrigen stünden die Leiter der Rechtsabteilungen ja im Gespräch, und wir würden im Gespräch mit dem österreichischen Botschafter bleiben.

#### 6) Österreich und die EWG

St.S. Lahr berichtete über den letzten Stand der Brüsseler Verhandlungen.<sup>11</sup> AM Tončić teilte mit, daß die Franzosen um Weihnachten ihre Unterstützung angeboten hatten. Österreich habe diese bei der Frage des Osthandels erbeten.

Um die Schwierigkeiten für ein Abkommen zu beheben, müsse Österreich – in Abweichung von der Übung bei der EWG – das Recht zu selbständigen, präventiven Maßnahmen in Bezug auf den Osthandel vorbehalten bleiben. Auch die Fragen des landwirtschaftlichen Sektors habe man bereits in Angriff genommen. St.S. Lahr wies darauf hin, daß ein etwaiger Widerstand gegen die österreichischen Bestrebungen nicht bei der EWG-Kommission zu suchen sei, da diese nur gemäß den Weisungen handle, die sie von den Regierungen (Ministerrat) erhalten habe. Österreich müsse daher schon bei den Regierungen selbst intervenieren.

AM Tončić trug ferner vor, daß ein Gemeinschaftsorgan der EWG nicht mit der österreichischen Souveränität vereinbar wäre. Es werde aber erwogen, dieses möglicherweise durch ein autonomes staatliches Organ zu ersetzen, das mit entsprechenden Funktionen auszustatten sei. St.S. Lahr empfiehlt, der Frage des Verhältnisses des Osthandels zum Umfang des gesamten Außenhandels besondere Beachtung zu schenken.

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 354*

Staatsangehörigkeit“ die gleichen Entschädigungen und „sonstigen Leistungen“ zu gewähren, wie den „im genannten Gesetz bereits berücksichtigten Gruppen von Personen“. Der Anteil der Bundesrepublik an den zu gewährenden Leistungen wurde auf 125 Mio. DM festgelegt. Dieser Betrag war in „vier gleichen Jahresraten“ zu entrichten, die erste Rate wurde sechs Monate nach Inkrafttreten des Vertrags fällig. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1962, Teil II/1, S. 1044 und 1048.

<sup>10</sup> Nach Artikel 25 des Vertrags mit Österreich vom 27. November 1961 sollten „Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Vertragsstaaten über die Auslegung und Anwendung“ des Vertrags durch ein „jeweils einzuberufendes Schiedsgericht auf Antrag eines der beiden Vertragsstaaten endgültig entschieden“ werden. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1962, Teil II/1, S. 1047.

<sup>11</sup> Zu den Verhandlungen über die Beziehungen zwischen der EWG und Österreich vgl. Dok. 1, Anm. 11. Vortragender Legationsrat I. Klasse Baron von Stempel erläuterte dazu am 20. Februar 1967, daß sich vor allem die Gespräche über die von Österreich gewünschte Sonderregelung für den Osthandel schwierig gestalteten: „Österreich will sich aus politischen Gründen das Recht vorbehalten, Zollkontingente zugunsten seines Osthandels eröffnen zu können, und zwar nicht nur korrektiv (wenn der Osthandel bereits gesunken ist), sondern auch präventiv. [...] Österreich hat klar gemacht, daß eine befriedigende Regelung des Osthandels Voraussetzung für den Abschluß des Abkommens überhaupt ist.“ Vgl. Referat I A 2, Bd. 1256.

## 7) Interzonenhandel

St.S. Lahr erklärt unsere Bemühungen auf diesem Gebiet. Herr Tončić sagte die Beantwortung des von St.S. Lahr dem österreichischen Botschafter Ender kürzlich übergebenen Papiers zu.

## 8) Farbfernsehen

St.S. Lahr verzeichnete mit Genugtuung, daß Österreich das System PAL für das Farbfernsehen gewählt habe.

Das in einer freundlichen Atmosphäre geführte Gespräch endete um 18.10 Uhr. Teilnehmer:

AM Tončić, Botschafter Dr. Ender, St.S. Lahr, MDg Dr. Frank, VLR I Dr. Graf Welczek, VLR Dr. Oppenheim, LR I Dr. Wilke.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>12</sup> dem Herrn Minister vorgelegt.

In Vertretung  
gez. Frank

VS-Bd. 4260 (II A 5)

## 77

**Vortragender Legationsrat I. Klasse Brückner, Budapest,  
an das Auswärtige Amt**

Z B 6-1-11334/67 geheim  
Fernschreiben Nr. 33

Aufgabe: 2. März 1967, 08.30 Uhr  
Ankunft: 2. März 1967, 10.54 Uhr

Betr.: Fortsetzung der Budapester Gespräche betr. Aufnahme diplomatischer Beziehungen

Von einem Vertrauensmann des ungarischen Außenministeriums, der bereits wiederholt für inoffizielle Mitteilungen des Ministeriums an mich benutzt wurde und dessen Nachrichten bisher immer zuverlässig waren, ist mir gesagt worden, daß die ungarische Regierung an die Aufnahme diplomatischer Beziehungen nach wie vor keine Bedingungen knüpfen wird.

Aus den weiteren Gesprächen mit dem VM, zu dem ich ein gutes Verhältnis habe und der mir wiederholt über seine Aufträge hinaus interessante Informationen im Rahmen des in Ostblockstaaten möglichen zukommen ließ, entnehme ich, daß die Berlinfrage der strittigste Punkt der künftigen Verhandlungen sein wird. Voraussichtlich will man im Gegensatz zu der mit Rumänien gefundenen Regelung<sup>1</sup> jede, auch eine nur faktische oder aus humanitären

<sup>12</sup> Rolf Lahr.

<sup>1</sup> Zu einer Vertretung der Interessen von Berlin (West) durch die Botschaft der Bundesrepublik in Bukarest, indem auf den Geltungsbereich des Warenverkehrsabkommens vom 24. Dezember 1963 Bezug genommen wurde, vgl. Dok. 20, Anm. 11 und 12.

Gründen übernommene Vertretung Westberliner Bürger durch die Botschaft der BR strikt ablehnen.<sup>2</sup> Von einem „Recht“ der BR auf Vertretung Westberlins war ja niemals die Rede gewesen. Der ungarische Rechtsstandpunkt hinsichtlich Berlins als Gebilde *sui generis*, über dessen Schicksal erst die Zukunft entscheidet und das jedenfalls kein Teil der BR ist, war in den Gesprächen mit StS Lahr<sup>3</sup> klar zum Ausdruck gebracht worden.

Was die Fortsetzung der Gespräche anbetrifft, so sollte man sie nicht unnötig hinauszögern, was aufgrund der durch die Warschauer Konferenz<sup>4</sup> veränderten Lage z.Zt. mit Budapest zu klären ist – und ich glaube, hier gibt es Ansatzpunkte – sollte zu klären versucht werden. Man muß jedoch mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit damit rechnen, daß vor den Karlsbader Besprechungen der Ostblockstaaten (24.–27. April) von ungarischer Seite keine Entscheidungen zu erwarten sind. Aber wie es Ungarn in Warschau offensichtlich geholfen hat, auf sein korrektes, mit Moskau vorher abgesprochenes Verhalten in den Besprechungen mit StS Lahr hinweisen zu können, das einen totalen Widerruf des mit der BR Besprochenen für Ungarn unzumutbar erscheinen läßt, so könnte auch diesmal Budapest ein Interesse daran haben, sich in bestimmtem Umfang „festzulegen“, um damit seine Position in Karlsbad zu stärken.<sup>5</sup>

Ich weise nochmals auf das eminente Interesse Budapests an strikter Geheimhaltung der neuen Gespräche hin und zwar nicht nur im Hinblick auf Presse und Öffentlichkeit, sondern auch mit Rücksicht auf die anderen sozialistischen Länder, insbesondere auf die „DDR“, denen man nicht bereit ist, alle Karten des Spiels vorzeitig aufzudecken. Moskau scheint hiervon ausgenommen zu sein. Rußland gegenüber hat man volle Unterrichtung über geplante Gespräche und über Details zugesagt. Immerhin hat das geschickte und verschwiegene Vorgehen Rumäniens, das anscheinend niemanden über seine Absichten oder über Einzelheiten seiner Besprechungen mit der BR informierte, hier großen Eindruck gemacht und man erwartet von uns in Zukunft allergrößte Diskretion.<sup>6</sup>

<sup>2</sup> Zum ungarischen Standpunkt vgl. zuletzt Dok. 71.

<sup>3</sup> Zum Gespräch des Staatssekretärs Lahr mit dem ungarischen Stellvertretenden Außenminister Szilágyi am 24. Januar 1967 in Budapest vgl. Dok. 27.

<sup>4</sup> Zur Konferenz der Außenminister der Staaten des Warschauer Pakts vom 8. bis 10. Februar 1967 vgl. Dok. 50, Anm. 7.

<sup>5</sup> Mit Schriftbericht vom 28. April 1967 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Brückner, Budapest, mit, der Erste Sekretär der ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, Kádár, habe die Bundesrepublik „noch niemals so scharf und hartnäckig angegriffen wie diesmal in Karlsbad“. Kádár habe sicherlich unter „starkem Druck Moskaus“ gestanden. Brückner vertrat die Ansicht, daß Ungarn hinsichtlich einer möglichen Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwar „noch einen Spalt der Türe“ offenlasse, doch sei dieser „viel schmaler geworden. Damit wurde eine Lage geschaffen, die es der ungarischen Regierung gegebenenfalls leicht macht, die Tür ganz zuzuziehen [...]. Sollten die Gespräche über diplomatische Beziehungen wieder aufgenommen werden, so darf man mit Bestimmtheit voraussagen, daß sie viel schwieriger sein werden.“ Vgl. Referat II A 5, Bd. 1048.

<sup>6</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Brückner, Budapest, berichtete am 10. März 1967, er habe am Vortag dem Abteilungsleiter im ungarischen Außenministerium, Vadász, die Bereitschaft der Bundesregierung mitgeteilt, die Gespräche über eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen in Budapest oder Bonn fortzusetzen. Vadász habe dieses Angebot „ohne Kommentar zur Kenntnis“ genommen und lediglich darauf hingewiesen, „daß der Besuch des Bundeskanzlers in Berlin und unsere Haltung in der Nonproliferationsfrage die deutsch-ungarischen Gespräche nicht gerade erleichterten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 41; VS-Bd. 4211 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

Kadárs Reise nach Moskau soll nichts mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Ungarn und der BR zu tun haben. Diesbezüglich sei mit Moskau bereits alles in Warschau besprochen worden. Sie dient vielmehr der Vorbereitung der Karlsbader Besprechungen über europäische Sicherheit (d. h. der deutschen Frage im allgemeinen) und der vorgesehenen Konferenz aller kommunistischen Parteien Europas.

[gez.] Brückner

VS-Bd. 4190 (II A 1)

## 78

### Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Generalsekretär Brosio, NATO

Z A 5-37.A/67 VS-vertraulich

2. März 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler empfing am 2. März 1967 um 12.30 Uhr den Generalsekretär der Nordatlantikpaktorganisation, Herrn Manlio Brosio, zu einem Gespräch, an dem von deutscher Seite Herr Staatssekretär Lahr, Botschafter Prof. Dr. Grewe und Herr VLR I Dr. Boss teilnahmen. Im Gefolge des Generalsekretärs befanden sich Herr Dr. Jaenicke, Beigeordneter Generalsekretär für politische Angelegenheiten, und Kabinettschef Bacchetti.

Der Herr *Bundeskanzler* begrüßte den Generalsekretär herzlich und drückte seine Freude darüber aus, daß er schon so kurz nach der Amtsübernahme der neuen Regierung die Gelegenheit habe, mit ihm zusammenzutreffen und mit ihm über Probleme zu diskutieren, die, wie er glaube, gemeinsame Probleme seien.

In seiner Regierungserklärung<sup>2</sup> habe er bereits zum Ausdruck gebracht, daß seine Regierung dem Weiterbestehen des Nordatlantikpaktbündnisses und der Zugehörigkeit der Bundesrepublik dazu lebenswichtige Bedeutung beimesse. Auch trete seine Regierung für eine Reform, oder vielmehr für eine zeitgemäße Weiterentwicklung des Bündnisses in der Zukunft ein. In diesem Geiste heiße er ihn, den Generalsekretär, als einen der führenden Repräsentanten der NATO noch einmal herzlich willkommen.

Der *Generalsekretär* dankte dem Kanzler aufrichtig für seine herzliche Begrüßung. Er sei sehr daran interessiert gewesen, bald mit der neuen deutschen Regierung zusammenzukommen, da ihr in vielerlei Beziehung eine große Bedeutung zukomme, und da ihr auch außerhalb der Bundesrepublik größtes Interesse entgegengebracht werde. Wenn auch die Situation von Land zu Land natürlich unterschiedlich sei, so wolle er doch als Italiener sagen, daß sich die

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Feldweg am 3. März 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut der Erklärung vom 13. Dezember 1966 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

derzeitige italienische Regierung in einer ähnlichen Lage befinde, da es sich dabei auch um eine Koalitionsregierung aus christlichen Demokraten und Sozialisten handle.

Die Persönlichkeiten der neuen Bundesregierung, die er noch nicht gekannt habe, habe er aus vielen Gründen gerne bald kennenlernen wollen, besonders um mit ihnen über die heiklen Probleme des Bündnisses zu sprechen. Daher sei er sehr daran interessiert gewesen, sobald wie möglich mit der neuen Bundesregierung Kontakt aufzunehmen, und er freue sich über diese Gelegenheit und sei dankbar dafür, jetzt über die Probleme des Nordatlantikbündnisses sprechen zu können.

Er stimme darin überein, daß man gemeinsame Sorgen über dieselben Probleme habe. Er wolle den Herrn Bundeskanzler, dessen jüngste Erklärung<sup>3</sup> er mit großem Interesse gelesen habe, bitten, ihm vertraulich zu sagen, worin im wesentlichen seine Sorgen bestünden, und wie nach seiner Auffassung die NATO in praktischer und fruchtbarer Weise zur Lösung dieser Probleme beitragen könne.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, der Generalsekretär habe sich auf seine erst einige Tage zurückliegende Erklärung bezogen. Er werde gerne versuchen, unsere, der deutschen Bundesregierung, Sorgen darzustellen. Wir hätten das Gefühl, und er habe dies schon wiederholt ausgeführt, daß die NATO zu einem bloßen Gehäuse zu erstarren drohe. Jedes Bündnis und insbesondere jedes militärische Bündnis müsse aber einen gemeinsamen politischen Inhalt haben. Fehle ein solcher gemeinsamer politischer Inhalt, der ja in der Nordatlantikpaktorganisation immer schwierig gewesen sei und der noch am ehesten auf dem Höhepunkt des kalten Krieges verwirklicht worden sei, so bestehe die Gefahr, daß das Bündnis austrockne. Dazuhin gebe es heute Interessenkonflikte innerhalb der Allianz, die diese in eine Krise führen könnten. Er habe das Gefühl gehabt, die Partner diskutierten fast nur noch über Einzelfragen, und zwar vor allem strittige Einzelfragen. Der große politische Inhalt, so wie ihn auch der Generalsekretär erstrebe, fehle aber.

Daher sei er auch sehr froh über die Bildung der Harmel-Kommission gewesen – in der auch die Bundesrepublik gerne mitarbeiten werde –, um die Probleme des Inhalts des NATO-Bündnisses zu untersuchen und sich mit den hieraus ergebenden Konsequenzen auseinanderzusetzen. Betonen wolle er noch einmal unser Interesse an einem starken Bündnis. Er trete keineswegs für jene Ten-

<sup>3</sup> In der Rede am 27. Februar 1967 vor dem Verein Unions-Presse äußerte sich Bundeskanzler Kiesinger u. a. zur Deutschlandfrage, zur Ostpolitik und zu einem Nichtverbreitungsabkommen. Hinsichtlich des Verhältnisses zu den USA führte er aus: „Ich habe meinen amerikanischen Besuchern in der letzten Zeit immer wieder gesagt: So kann es nicht weitergehen. Wir reden ja überhaupt nur noch über Streitfragen miteinander. Wir reden ja gar nicht mehr über gemeinsame Politik. Was wir einmal aufgebaut haben und was angefüllt war mit einem unbändigen Willen zur Freiheit der Welt, das droht zum leeren Gehäuse, zum bloßen Apparat zu werden: NATO, Bündnisgeist der NATO.“ Kiesinger zeigte sich vor allem angesichts der „fast paradoxen“ Entwicklung besorgt, daß sich neben dem fortbestehenden „Antagonismus“ zwischen USA und UdSSR „so eine Form des atomaren ‚Komplimentums‘ oder der gemeinsamen atomaren Verantwortlichkeit gebildet“ habe, die „diese Antagonisten immer näher und näher zusammenzwängt“. Für den Wortlaut der Rede vgl. ACDP, Bestand I-226 (NL Kiesinger); B 150, Aktenkopien 1967.

Vgl. dazu ferner den Artikel „Kiesinger über das Verhältnis zu Washington besorgt“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 50 vom 28. Februar 1967, S. 1.

denzen ein, die sich gegen die NATO richten, sondern er sei im Gegenteil für ihre Stärkung und weitere Entwicklung, die sie davor bewahre, zu einem Gehäuse auszutrocknen.

Der *Generalsekretär* antwortete, er sei sehr dankbar für diese klare Äußerung und für diese Darstellung der Sorgen, die sich die deutsche Bundesregierung um die NATO mache, und die ja weitgehend von vielen Leuten geteilt würden.

Auftrag der NATO sei es, eine hinlängliche militärische Kraft gegen die Bedrohung durch die Sowjetunion zu bilden. Damit meine er nicht nur die Bedrohung mit einer Aggression, die zur Zeit nicht akut sei, die aber wiederkehren könne, wenn wir schwächer würden. Er meine vielmehr auch die Möglichkeit der Sowjetunion, politischen Druck auf der Grundlage überlegener militärischer Stärke auf die einzelnen NATO-Alliierten und auf die europäischen Staaten insgesamt auszuüben, um Lösungen zu erzwingen, die gegen unsere Interessen gerichtet wären. Dies sei der erste Punkt, der zwar passiv, aber nichtsdestoweniger wesentlich sei.

Weiterhin wolle er die Harmel-Kommission erwähnen, in der in Kürze die Diskussionen eröffnet würden<sup>4</sup>, und er habe sich sehr darüber gefreut, daß der Herr Bundeskanzler diese Frage erwähnt habe. Dabei gehe es ja um die politische Ausrichtung, so wie sie auch der Herr Bundeskanzler anstrebe. Die politischen Ziele des Bündnisses seien ursprünglich bei seiner Schaffung durch den Vertrag<sup>5</sup> klar niedergelegt worden. Sein Zweck sei unter anderem auch gewesen, zur deutschen Wiedervereinigung beizutragen, so wie dies 1954 klar zum Ausdruck gebracht worden sei.<sup>6</sup> Heute aber sei diese Frage der politischen Zielsetzung schwieriger, weil inzwischen eine relative Entspannung eingetreten sei und weil der Konflikt weniger akut sei.

An dieser Stelle müßten die Überlegungen im Harmel-Ausschuß einsetzen, die wichtig und schwierig zugleich seien, und die die Gefahr mit sich brächten, daß sich aus ihnen vielleicht mehr und mehr ergebe, wie groß die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten sind. Wenn aber diese Diskussion freimütig und auf der Basis gegenseitigen Verständnisses geführt würde, so könnten sich hieraus grundlegend wesentliche politische Zielsetzungen ergeben, und das könnte dann zu sehr bedeutsamen Resultaten führen. Es handle sich nicht um den Versuch einer Reform der NATO-Struktur, dies sei ein sekundäres Problem. Das Hauptproblem liege in der eigentlichen Aufgabe, nämlich die gemeinsamen Ziele der Verbündeten, besonders im Hinblick auf Europa, klarzustellen. Die Entspannung sei nur ein Element, und zwar nur ein psychologi-

<sup>4</sup> Die „Studiengruppe zur Untersuchung der zukünftigen Aufgaben der Allianz“ nahm ihre Arbeit am 6. März 1967 auf. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 401 des Gesandten Oncken, Paris (NATO); VS-Bd. 1661 (II A 7); B 150, Arbeitskopien 1967.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 289–292.

<sup>6</sup> In einer Erklärung, die in die Schlußakte der Londoner Neunmächte-Konferenz vom 3. Oktober 1954 aufgenommen wurde, bestätigten die Drei Mächte, ein wesentliches Ziel ihrer Politik sei „eine zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden bilden soll. Sie sind weiterhin darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu dieser Regelung aufgeschoben werden“ müsse. Diese Erklärung fand Eingang in das Protokoll über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum NATO-Vertrag vom 23. Oktober 1954. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 309.



sches Element, und sei als solches nicht genug. Es gehe darum, welche Probleme man innerhalb dieser Entspannung lösen könne.

Er freue sich über die Übereinstimmung zwischen der deutschen Bundesregierung und M. Harmel. Man müsse den Versuch machen, diesen Bestrebungen zum Erfolg zu verhelfen, und er hoffe, daß die deutsche Bundesregierung hierbei einen aktiven Beitrag leiste, denn dies sei wesentlich für die Lösung der europäischen Probleme.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, er sei völlig einig mit diesen Zielen, und seine Regierung werde alles tun, um die politischen Zielsetzungen der NATO wieder klarer zu definieren und um ihr wieder politischen Inhalt zu geben. Seine Regierung werde gerne dazu beitragen.

Wenn Schwierigkeiten aufträten, so müsse man ihnen ins Auge sehen. Erst vor wenigen Tagen habe er auf diese Schwierigkeit hingewiesen. Ursprünglich sei die NATO im Hinblick auf die Gefahr aus dem Osten geschaffen worden, und alle erinnerten sich noch gut an jene gefährlichen Tage. Auf dem Höhepunkt des kalten Krieges habe die größte Einigkeit bestanden. In der Zwischenzeit aber habe sich eine paradoxe Situation entwickelt. Der militärische Antagonismus und auch der politisch-ideologische Antagonismus zwischen dem Osten und dem Westen bestünden weiterhin, wenn auch nicht mehr mit derselben Aggressivität wie früher. Gleichzeitig entwickelten sich zwischen den beiden großen Atommächten Beziehungen besonderer Art. Er sage damit dem Generalsekretär nichts Neues, sondern wolle dabei nur die Besorgnisse der Bundesregierung darstellen. Diese Beziehungen seien verursacht oder vielleicht auch aufgezwungen worden durch die Verantwortung, die sie als die beiden größten nuklearen Mächte in der Welt trügen. Doch sei hierin eine gewisse Gefahr für das Bündnis zu sehen, denn es stelle sich die Frage, ob die Interessen der Vereinigten Staaten noch dieselben seien wie die Interessen ihrer europäischen NATO-Partner oder ob sie in gewissem Ausmaße auseinander gingen, oder sich möglicherweise auch gegeneinander stellten. Die Frage, inwieweit diese Interessen nicht mehr übereinstimmten, müsse offen gestellt werden. Die Franzosen hätten daraus ihre eigene Konsequenz gezogen, die die Bundesregierung nicht ziehen werde, wie er kürzlich bei seinem Gespräch Präsident de Gaulle klar gesagt habe.<sup>7</sup>

Doch bringe die Diskussion über den Nichtverbreitungsvertrag, der der deutschen öffentlichen Meinung und der deutschen Bundesregierung Sorgen mache, Probleme mit sich. Es sei bitter notwendig, diese Probleme in der NATO offen und rechtzeitig zu besprechen, also noch bevor eine Entscheidung getroffen werde.

Der *Generalsekretär* erwiderte, er teile diese Besorgnis. Die Probleme zu sehen, genüge nicht, sondern man müsse sich auch klar werden, was man tun könne. Die reine Analyse, nämlich die Dinge rechtzeitig richtig zu sehen, sei nicht ausreichend.

Dies aber sei nicht seine einzige Sorge im Zusammenhang mit dem Nichtverbreitungsvertrag, denn als Generalsekretär der NATO habe er die Aufgabe, alle zusammenzuhalten und es nicht zu einer Spaltung kommen zu lassen.

<sup>7</sup> Für das Gespräch vom 23. Januar 1967 vgl. Dok. 14.

Doch sehe er hier eine Gefahr für das Bündnis, nämlich einen Widerspruch zwischen ihm und einem weltweiten Abkommen unter Einschluß der Sowjetunion und ihrer Alliierten; dies sei eine historische Tatsache.

Der Herr *Bundeskanzler* stimmte ihm zu und der *Generalsekretär* fuhr fort, er wolle nicht wiederholen, was er am Vormittag mit Herrn Minister Wehner besprochen habe, wolle aber doch darauf hinweisen, daß seiner Meinung nach der Nichtverbreitungsvertrag über die bestehenden Bündnissysteme hinausgehe. Zwar sei er mit den Allianzen vereinbar und erfülle auch ein erstrebenswertes Ziel, wenn es sich dabei lediglich um ein weltweites allgemeines Abkommen handle. Wenn aber der Nichtverbreitungsvertrag gegen Europa und insbesondere gegen Deutschland gerichtet sei, dann handle es sich um etwas völlig anderes, und so verstünden ihn jedenfalls die Russen.

Der Herr *Bundeskanzler* pflichtete dem *Generalsekretär* bei, und dieser führte aus, die Diskussion über ein Problem zu eröffnen sei nur die eine Seite. Es sei leichter, ein Problem zu sehen, als etwas zu tun. Nach seinen Erfahrungen mit den Konsultationen innerhalb der NATO blieben diese oft an der Oberfläche. Es sei manchmal schon schwierig, in bilateralen Gesprächen offen zu reden, aber diese Schwierigkeit sei in multilateralen Gesprächen noch größer. Deshalb dürfe man von Diskussionen im Rat der NATO nicht zu viel erwarten. Von den Diskussionen in der Harmel-Kommission dürfe man vielleicht eher praktische Ergebnisse erwarten, aber sie bedeuteten auch das Risiko, die Spaltung noch zu vertiefen, anstatt sie zu heilen. Es handle sich hier um ein komplexes Problem, und deshalb seien auch die sogenannten „Harmel-Exercises“ sowohl nützlich wie auch mit Risiko beladen.

Im Hinblick auf den Nichtverbreitungsvertrag wolle er noch eine ganz unverblünte Frage an den Herrn Bundeskanzler richten: Wolle die Bundesregierung den Vertrag, wenn auch unter gewissen Bedingungen, unterzeichnen, oder habe sie hier Bedenken? Man könne beispielsweise sagen, man werde den Vertrag unter der Bedingung weltweiter Teilnahme unterzeichnen, oder aber nur für eine begrenzte Zeit, oder nur dann, wenn die nukleare Stärke der NATO gewahrt bliebe, oder wenn die friedliche Nutzung der Kernenergie nicht beeinträchtigt würde. Doch werde es natürlich schwierig sein, hier Änderungen einzuführen, und die beiden Mächte, die das Abkommen in Gang brachten, würden sich natürlich größeren Änderungen widersetzen.

Er wolle fragen, welche Haltung die Bundesregierung zu dem NV-Vertrag einnehme. Natürlich handle es sich dabei sowohl um eine praktische wie auch um eine schwierige Frage, und er erwarte keine endgültige Antwort darauf, sondern er wolle nur in etwa die Gedankenrichtung der Bundesregierung kennenlernen, wolle also nicht eine Antwort mit ja oder mit nein haben.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, wir seien das erste Land und das erste Volk gewesen, das innerhalb der WEU auf die Produktion von Kernwaffen verzichtet habe. Auch hätten wir wiederholt in feierlichen politischen Erklärungen gesagt, daß wir keinen nationalen Besitz an und keine nationale Verfügung über Kernwaffen anstrebten.

Abgesehen von den vielen Fragen der freien wissenschaftlichen Forschung auf diesem Gebiet und der damit in Verbindung stehenden wirtschaftlichen Entwicklung stelle sich die grundlegende Frage über die Zukunft Europas und

über die mögliche Zukunft einer europäischen Föderation oder Konföderation. Wenn es zu keiner nuklearen Abrüstung gekommen sein sollte bis zu jenem Zeitpunkt, zu dem die Frage der Bildung einer europäischen Föderation oder Konföderation sich stellen sollte, so könnte man eine einfache Antwort geben, die auch heute schon von manchen so formuliert werde: Es handle sich dann um neue Tatsachen und um eine neue Situation, auf die der Vertrag nicht anzuwenden sei. Man könne aber auch versuchen, die Frage jetzt schon juristisch zu prüfen, ob ein europäischer Bundesstaat von dem Vertrag nicht betroffen werde. Die dritte Möglichkeit sei, zu sagen, die Entwicklung lasse sich noch nicht absehen, es gebe auch keine Einigkeit unter den nuklearen Mächten über die Interpretation des Vertrages, und deshalb müsse man vor der Unterzeichnung des Vertrages warnen. Er wolle dazu sagen, innerhalb der Bundesregierung sei man noch mitten in der Prüfung dieser Fragen. Für uns sei jedenfalls das Problem des Nichtverbreitungsvertrages von größter Bedeutung.

Er stimme mit dem Generalsekretär in folgendem überein: Obwohl die beiden Nuklearmächte mit dem Vertrag dasselbe Ziel verfolgten, nämlich die Nichtverbreitung, seien doch die Motive und die wirklichen Ziele grundsätzlich verschieden. Er sei mit dem Generalsekretär einer Meinung, daß die Sowjetunion den Vertrag als gegen die Bundesrepublik gerichtet betrachte, aber vielleicht nicht so sehr gegen die Bundesrepublik, weil wir die einzige Nation seien, die bisher auf nuklearen Besitz und nukleare Verfügungsgewalt verzichtet habe, sondern gegen die Bundesregierung als Teil Europas und der NATO.

Es würde ihn interessieren, wie der Generalsekretär die Wirkung des Vertrages auf die künftige Entwicklung des Nordatlantikbündnisses beurteile.

Der *Generalsekretär* erwiderte, er persönlich hätte es vorgezogen, wenn es überhaupt zu keinem solchen Vertrag gekommen wäre, denn das Atlantikpaktbündnis sei der beste Nichtverbreitungsvertrag gewesen, und dies noch dazu auf freiwilliger und fester politischer Basis. Deutschland und Italien zum Beispiel hätten nie um Kernwaffen gebeten, weil sich alle Partner innerhalb des Bündnisses sicher gefühlt hätten. Daher habe kein Bedürfnis nach einem Nichtverbreitungsvertrag bestanden, der jetzt nur ein Element der Diskussion und der Schwächung bedeute. Diese Initiative aber sei nun doch ergriffen worden, und es sei eine Tatsache, daß die Vereinigten Staaten ihren Alliierten Veränderungen vorgelegt hätten, über die sie sich vorher mit der Sowjetunion geeinigt hätten.<sup>8</sup> Doch sei es vorher zu einer Konsultation über den ersten Entwurf gekommen<sup>9</sup> und niemand habe gesagt zu den Amerikanern: Seid vorsichtig.

<sup>8</sup> Zu Veränderungen an dem amerikanischen Entwurf vom 17. August 1965 vgl. AAPD 1966, I, Dok. 30. Am 2. März 1967 führte Botschafter Knapstein, Washington, dazu gegenüber dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Leddy, aus, daß auch die Unterrichtung der Bundesregierung über den seit Herbst 1966 mit der UdSSR diskutierten Vertragsentwurf „sehr spät erfolgt sei, nämlich erst, nachdem der entscheidende Artikel I im Entwurf bereits vorgelegen habe [...]“. Auch die Wendung der amerikanischen Haltung in der Kontrollfrage sei für uns überraschend gekommen, nachdem die amerikanische Delegation selbst noch während der letzten Genfer Gesprächsrunde einen Kontrollartikel vorgelegt habe, der nicht zwingend gewesen sei und die Gleichwertigkeit der EURATOM-Kontrolle anerkannt habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 522 vom 3. März 1967; VS-Bd. 10082 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Zur Diskussion im NATO-Rat über den amerikanischen Entwurf vom 17. August 1965 für ein Nichtverbreitungsabkommen vgl. AAPD 1965, II, Dok. 308.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte dazu, er habe keinen Vorwurf gegen die Amerikaner richten wollen, sondern er habe ebensosehr die anderen einschließlich seiner eigenen Regierung gemeint.

Der *Generalsekretär* fuhr fort, die Leute hätten gehofft, die Vereinigten Staaten würden nicht so weit gehen, und die Zeit würde Änderungen herbeiführen. Man sollte vielleicht jetzt nicht sagen, wir unterzeichnen nicht, denn dies würde eine Krise großen Ausmaßes bedeuten. Ungerne und gegen seinen eigenen Willen zu unterzeichnen, könnte jedoch auch zu einer Krise führen.

Die USA sollten bereit sein, über den Vertrag mit ihren NATO-Partnern zu diskutieren, um zu einem Kompromiß zu gelangen. So könnte ein Vertrag mit gewissen Änderungen entstehen, ohne von den Russen abgelehnt zu werden. Sonst könnte uns eine ungewisse Zukunft bevorstehen. Es könnte gesagt werden, daß der Vertrag unterzeichnet werde, wenn gewisse wesentliche Bedingungen respektiert würden. Zum Beispiel könnte gesagt werden, der Vertrag müsse weltweit sein unter Einschluß aller nichtnuklearen Mächte. China und Frankreich stellten aber ein anderes, sehr schwieriges Problem dar. Zur Bedingung könne gemacht werden, daß die Entwicklung Europas eindeutig ungehindert bleiben müsse und daß die nuklearen Abmachungen innerhalb des Bündnisses nicht berührt werden dürften. Man könnte auch an die Möglichkeit des Rücktrittes von dem Vertrag denken, wenn innerhalb einer bestimmten Zeit keine Abrüstung erzielt würde. Die friedliche Entwicklung der Kernenergie müsse unangetastet bleiben.

Doch zu so weitgehenden Textänderungen wären die Vereinigten Staaten nicht bereit, weil die Sowjetunion dazu nicht bereit wäre, und die Vereinigten Staaten seien mit den Russen schon zu weit gegangen, um sich noch zurückziehen zu können. Das Wichtigste sei jetzt, Zeit zu gewinnen und die Dinge ernsthaft zu diskutieren. Er glaube, eine vernünftige Lösung lasse sich nicht innerhalb kurzer Zeit finden.

Herrn Botschafter Grewe gegenüber habe er schon seinen Vorschlag einer europäischen Konferenz erwähnt. Dazu würden die Vereinigten Staaten natürlich nein sagen. Immerhin hätten die lateinamerikanischen Länder eine solche Konferenz abgehalten.<sup>10</sup> Natürlich wolle er damit nicht einen formellen Vorschlag machen, sondern nur einen Gedanken in die Debatte werfen. Auch wolle er sich selbstverständlich nicht gegen die Vereinigten Staaten stellen, die ja die Grundlage des Bündnisses seien. Es sei dies nur eine Anregung für ein mögliches Verfahren und nur ein Gedanke seinerseits. In jeder raschen Lösung könne er jedenfalls nur eine Gefahr sehen. Habe man aber Zeit, so könne man vielleicht erfolgreich sein. Dies sei leider alles, was er dazu sagen könne, doch sei die Lage eben so schwierig.

Der Herr *Bundeskanzler* stimmte zu, es sei wichtig, Zeit zu gewinnen. Als der Botschafter der Vereinigten Staaten ihm am 20. Dezember von dem neuen Vertrag erzählt habe<sup>11</sup>, habe er ihn gefragt, wann der Vertrag perfekt sei, und

<sup>10</sup> Am 14. Februar 1967 unterzeichneten 14 lateinamerikanische Staaten in Mexico City einen Vertrag über die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco). Vgl. dazu Dok. 61, Anm. 7, 9 und 10.

<sup>11</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Botschafter McGhee vgl. AAPD 1966, II, Dok. 406.

er habe die Antwort bekommen, daß es sich dabei vielleicht nicht um Tage, aber doch nur um wenige Wochen handle. Das habe eine fast unmögliche Situation geschaffen. Er brauche dem Generalsekretär nicht zu sagen, welche Zumutungen der Vertrag für die nichtnuklearen Nationen bedeute. Die Kritik daran, daß nicht ausreichend und nicht in großem politischen Rahmen konsultiert worden sei, richte sich nicht nur gegen die Vereinigten Staaten, sondern ebenso auch gegen unsere Regierungen. Er habe erst vor wenigen Tagen ausgeführt, daß man nicht immer nur über Einzelfragen und insbesondere über strittige Einzelfragen diskutieren dürfe; vielmehr müßten beide Seiten, die Regierung der Vereinigten Staaten und wir über alle Fragen diskutieren, die die Mitglieder des Nordatlantikpaktbündnisses betreffen.

Er wolle jedoch noch einen Gedanken zur Sprache bringen, zumal der Generalsekretär davon gesprochen habe, man müsse den Tatsachen ins Auge sehen. Wenn man annähme, der Nichtverbreitungsvertrag laufe den lebenswichtigen Interessen Europas und des Nordatlantikpaktes zuwider, dann stelle sich die Frage, ob die Vereinigten Staaten von Amerika bereit wären, die NATO für den Nichtverbreitungsvertrag zu opfern. Mit anderen Worten, man müsse auch hier den Tatsachen ins Auge blicken und sich fragen, ob nicht Unheil vermieden werden könne, ob es also nicht gefährlich wäre, den Kampf zu früh aufzugeben.

Er freue sich, daß der Generalsekretär mit ihm darin übereinstimme, daß man Zeit gewinnen müsse, um schnelle, übereilte Lösungen zu vermeiden, denn sonst würden vielleicht Fragen beantwortet, ungute Gefühle aber zurückbleiben. Er hoffe jedenfalls sehr, daß man Zeit gewinnen könne und daß man in der Diskussion zu einem für alle akzeptablen Ergebnis komme. Mehr könne er im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sagen. Jedenfalls seien innerhalb der Bundesregierung zur Zeit sorgenvolle Überlegungen im Gange, die nicht nur die eigenen nationalen Interessen, sondern auch die Zukunft Europas und des atlantischen Bündnisses beträfen.

Der *Generalsekretär* dankte für diese Antwort und sagte, er wolle klarstellen, was er mit seiner Bemerkung gemeint habe, man müsse den Tatsachen ins Auge blicken. Er hätte es vorgezogen, wenn es überhaupt keinen Nichtverbreitungsvertrag gegeben hätte. Doch hätten nun einmal die Vereinigten Staaten die Initiative ergriffen, und dieser Tatsache müsse man ins Auge sehen. Eine andere Frage sei es, ob die anderen den Vertrag so akzeptierten, wie er sei. Deutschland, Italien und alle anderen könnten vielleicht sagen, wenn sie aufgefordert würden, den Vertrag innerhalb von fünfzehn Tagen zu unterzeichnen, sie könnten dies nicht tun. Er hätte es, wie gesagt, vorgezogen, wenn es überhaupt nicht zu dem Vertrag gekommen wäre, doch dies sei nun einmal geschehen, und man könne nur noch sagen: Wir können dies oder jenes nicht akzeptieren, was gegen unsere lebenswichtigen Interessen, gegen die vitalen Interessen der atlantischen Gemeinschaft gerichtet ist. Er und der Herr Bundeskanzler seien in diesem Punkt derselben Meinung. Es handle sich hier um eine heikle Situation und um eine schwierige diplomatische Frage.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, man könnte noch über viele andere Fragen diskutieren, er wolle jedoch nur das Problem des Devisenausgleichs erwähnen, das bei der derzeitigen miserablen Finanzlage der Bundesrepublik

große Schwierigkeiten verursache. Er hoffe und bemühe sich sehr, dieses neue Problem zu überwinden, doch sei es im gegenwärtigen Zeitpunkt unmöglich, den Vereinigten Staaten und Großbritannien die erwarteten Zahlungen zu leisten. Dies sei eine schwere Sorge für uns.

Er wolle dazu nur sagen, dahinter steckten keine geheimen Tendenzen. Wenn wir in der Lage wären zu bezahlen, dann würden wir das auch tun. Er hoffe, hinsichtlich der Vereinigten Staaten werde man eine Lösung, einen Kompromiß finden; am wichtigsten erscheine ihm die Frage der Verminderung der britischen Truppen. Er sei sich nicht sicher, ob Großbritannien nicht auch dann die Truppen verringern werde, wenn Deutschland Devisenausgleich zahle.

Der *Generalsekretär* entgegnete, er glaube, die Briten seien dazu vielleicht auf jeden Fall entschlossen. Daher müsse die Diskussion darüber in den strategischen Gremien der NATO beschleunigt werden, denn es sei nicht angängig, die Truppenstärke aus reinen finanziellen Gesichtspunkten zu vermindern. Auch handle es sich hier ja nicht nur um das Problem der Amerikaner und der Briten, sondern auch um ein ähnliches auf Seiten der Belgier<sup>12</sup> und der Luxemburger<sup>13</sup>. Morgen könnten andere folgen, und das würde eine Kettenreaktion ergeben. Er habe auch schon einen Plan dazu in Umlauf gesetzt, diese Frage auf rein militärischer Basis neu zu diskutieren, und zwar auf der Grundlage, daß bis dahin jedes Land seine eigene Reaktion aufschieben sollte. Der Herr *Bundeskanzler* meinte dazu, dies wäre sehr nützlich, und der *Generalsekretär* fuhr fort, wenn er, der Herr *Bundeskanzler*, damit einverstanden sei, dann könne man versuchen, in dieser Richtung etwas zu unternehmen. Leicht werde es jedoch nicht sein, da die Briten ihren Plan ausführen wollten. Es gebe jedoch Augenblicke, in denen er es als seine Pflicht ansehe, etwas in dieser Richtung zu tun.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, dies wäre sehr konstruktiv und nützlich.

Der *Generalsekretär* pflichtete dem bei und versicherte dem Herrn *Bundeskanzler*, er denke jeden Morgen, jeden Abend und auch noch bei Nacht an diese Problem.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, er hoffe sehr, der *Generalsekretär* werde sich mit seiner Überzeugung durchsetzen, denn wir seien alle vital an dem Nordatlantikpaktbündnis interessiert.

Das Gespräch endete um 13.30 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 21**

<sup>12</sup> Vgl. dazu Dok. 155, Anm. 18.

<sup>13</sup> Das Großherzogtum Luxemburg schaffte die allgemeine Wehrpflicht zum 1. Juli 1967 ab.

## Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 673/67 geheim

2. März 1967<sup>1</sup>

Betr.: Dreier-Gespräche

In der heutigen Sitzung des Bundesverteidigungsrats fand unter dem Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers nach einem einleitenden Bericht von Botschafter Duckwitz und Ausführungen von meiner Seite, die sich an die Aufzeichnung vom 1. März – II A 7-81.03/0-660/67 geh.<sup>2</sup> – anschlossen, eine eingehende Aussprache über die Fortführung der Dreier-Gespräche statt.

Es kam nicht zu abschließenden Ergebnissen. Der Herr Bundeskanzler bezeichnete es vielmehr als erforderlich, in nächster Zeit folgende Fragen weiter zu prüfen:

- 1) Was ist unsere verteidigungspolitische Konzeption? Welche Bedeutung haben die britischen Truppen für diese Konzeption?
- 2) Muß nicht damit gerechnet werden, daß sich Großbritannien in jedem Fall, d.h. also unabhängig von unserem Verhalten in der Frage der Devisenhilfe, zu Verminderung seiner bei uns stationierten Truppen entschließen wird?
- 3) Ist bei einem Rückzug britischer Truppen im Anschluß an das Scheitern der Dreier-Verhandlungen mit einer „Kettenreaktion“ der USA zu rechnen?

Die Frage zu 1) wird vom Bundesverteidigungsministerium zu beantworten sein. Sie wird voraussichtlich zu lebhaften Kontroversen im Bundeskabinett führen. Die heute von Staatssekretär Carstens entwickelten Gedanken wurden von Herrn Bundesminister Strauß heftig attackiert.

Zur Frage 2) läßt sich auf Grund der heutigen Diskussion folgendes sagen: Es ist anzunehmen, daß die britische Regierung in nächster Zeit den Umfang der stationierten Truppen vermindern wird. Hierbei braucht nur auf die letzten Äußerungen der Minister Healey und Brown vor dem britischen Unterhaus (vgl. FS aus London Nr. 445 vom 1. März<sup>3</sup>) verwiesen zu werden. Weitgehend

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Staatssekretär Lahr an Ministerialdirektor Ruete geleitet. Hat Ruete am 10. März 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur Vorbereitung der Sitzung des Bundesverteidigungsrates führte Referat II A 7 aus, daß der Stand der Dreier-Verhandlungen „Anlaß zu den ernstesten Besorgnissen“ gebe: „Es hat sich gezeigt, daß der Kabinettsbeschuß vom 26. 1. 1967, nach dem für militärische Beschaffungen in den Vereinigten Staaten und Großbritannien 1967 keine und 1968 nur geringe neue Beträge (für Großbritannien 120 Mio. DM) bereit gestellt werden können, eine erfolgreiche deutsche Verhandlungsführung nicht ermöglicht. [...] Die britische Regierung [...] hat keinen Zweifel daran gelassen, daß sie spätestens Anfang Mai eine drastische Verminderung der britischen Streitkräfte in Deutschland um mindestens die Hälfte ihrer gegenwärtigen Stärke in Angriff nehmen wird, falls die deutsche Seite zu keinem Entgegenkommen bereit ist.“ Vgl. VS-Bd. 1000 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Botschafter Blankenhorn, London, teilte mit, der britische Verteidigungsminister Healey habe während der Debatte am 27./28. Februar 1967 im Unterhaus betont, daß Großbritannien, wenn kein befriedigendes Devisenausgleichsabkommen zustandekomme, einen Teil seiner auf dem europäischen Kontinent stationierten Truppen abziehen werde. Diese würden jedoch weiterhin „in einer Krise der NATO zur Verfügung stehen“. Vgl. Referat I A 5, Bd. 310.  
In der gleichen Debatte bezeichnete der britische Außenminister Brown die Folgen eines unüber-

unklar ist jedoch, in welchem Umfang, in welchem Rhythmus und mit welchen Modalitäten dieser Rückzug vor sich gehen wird. Ich wies darauf hin, daß unser Verhalten in der Devisenfrage hierbei für die Briten sicherlich einen wichtigen Gesichtspunkt darstellen würde. Wenn es zum Abbruch der Dreier-Gespräche kommen würde, wie es gegenwärtig zu befürchten ist, dürften Umfang und Tempo der Reduzierung wesentlich größer sein, als wenn wir uns mit den Briten arrangieren. (Bekanntlich hat Minister Thomson Botschafter Duckwitz zu erkennen gegeben, daß in ersterem Fall mindestens die Hälfte zurückgezogen werden würde.)<sup>4</sup> General de Maizière sprach davon, daß wohl in jedem Fall um ein Drittel reduziert werden würde, verbesserte sich aber nachher dahingehend, daß die Devisenfrage hierbei sicherlich eine Rolle spielen werde. Letztlich können natürlich nur die Engländer eine klare Antwort auf diese Frage geben. Botschafter Duckwitz wird sich in dem morgigen Gespräch<sup>5</sup> bemühen, hierüber etwas zu erfahren.

Der Herr Bundeskanzler erklärte grundsätzlich, daß es „verbrecherisch“ wäre, für die Devisenfrage keine Lösung zu finden, wenn wir zu der Überzeugung gelangen, daß die britischen Truppen für unsere Sicherheit notwendig sind. Hiervon müsse er sich aber erst noch überzeugen.

Zwischen Verteidigungsministerium und uns besteht offenbar keine volle Übereinstimmung darüber, wie gegebenenfalls zu helfen sei. Auf Grund der Sitzungsunterlagen hatte ich ausgeführt, daß zu dem „zivilen“ Betrag von 200 bis 250 Millionen DM 200 Millionen DM zusätzliche Mittel für den Verteidigungshaushalt, die zur Bezahlung von Bestellungen oder zu Vorauszahlungen zu verwenden seien, hinzukommen müßten. Staatssekretär Carstens scheint zu bezweifeln, ob dies ein geeigneter Weg sei, und verwies seinerseits auf das 100 Millionen DM Munitionsgeschäft, das uns vielleicht der Lösung näher bringe. Hierüber wird also noch präzise mit dem Verteidigungsministerium zu sprechen sein, ehe wir die Erörterung der Angelegenheit wieder aufnehmen.

In dem Gespräch mit Generalsekretär Brosio<sup>6</sup> ging der Herr Bundeskanzler ebenfalls auf die Frage der Dreier-Gespräche ein. Herr Brosio bemerkte hierzu, die NATO dürfe es nicht zulassen, daß die Briten allein aus Devisengründen Truppenreduzierungen vornehmen. Es sei daran zu denken, daß andere NATO-Mitglieder in vergleichbarer Position seien. Gestatte man den Engländern den Rückzug aus einem solchen Grunde, so bedeute dies den Beginn der Auflösung der NATO.

Es wurde kein Termin für die Fortsetzung des Gesprächs bestimmt. Wir werden unsererseits für eine baldige Fortsetzung eintreten müssen. Botschafter Duckwitz glaubt, die Engländer höchstens noch 14 Tage hinhalten zu können. Weiteres werden wir von ihm nach seiner Rückkehr aus London erfahren.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 367*

legten Rückzugs britischer Truppen vom europäischen Festland als „verheerend“ („disastrous“). Eine Rückverlegung von Einheiten in Abstimmung mit der NATO-Strategie und angesichts einer verminderten Bedrohung durch die Ostblock-Staaten könne jedoch unvermeidlich werden, wenn es nicht gelinge, einen Ausgleich für die britischen Devisenkosten zu erhalten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 436 von Blankenhorn vom 1. März 1967; VS-Bd. 1000 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Zu den Dreier-Verhandlungen vom 27. Februar 1967 in London vgl. Dok. 74.

<sup>5</sup> Zum Fortgang der Dreier-Verhandlungen am 3. März 1967 vgl. Dok. 84.

<sup>6</sup> Für das Gespräch vom 2. März 1967 vgl. Dok. 78.



Hiermit über Herrn Staatssekretär I<sup>7</sup> dem Herrn Minister<sup>8</sup> mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Lahr

VS-Bd. 1000 (II A 7)

## 80

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Graf von Hardenberg

III A 6-85.00-94.00-131/67 VS-vertraulich

2. März 1967<sup>1</sup>

Betr.: Deutsch-albanische Beziehungen;  
hier: Verhandlungen zwischen dem Ostausschuß der Deutschen Wirtschaft und der Handelskammer der Volksrepublik Albanien über den Abschluß eines Warenabkommens

Bezug: Weisung von D III vom 23. Januar 1967<sup>2</sup>; Aufzeichnung der Abt. II vom 23. November 1966 – II A 5-82.50-94.00-1360<sup>1</sup>/66 VS-v<sup>3</sup>

Anl.: 1<sup>4</sup>

1) Verhandlungen, die seit August 1966 zwischen dem Ostausschuß der Deutschen Wirtschaft und Vertretern der Handelskammer von Albanien über den Abschluß eines Warenverkehrsabkommens geführt wurden, haben bisher zu keinem Erfolg geführt. Eine Einigung konnte lediglich über die Warenlisten und die Laufzeit des Abkommens erzielt werden; der jährliche Warenaustausch soll danach in jeder Richtung rd. 15 Mio. DM betragen und das Abkommen zunächst für ein Jahr gültig sein.

Die Frage der Einbeziehung von Berlin bereitete erwartungsgemäß Schwierigkeiten. Zwar erklärten sich die Albaner von Anfang an zur Einbeziehung der Berliner Firmen in den Warenverkehr bereit, weigerten sich jedoch, eine Vereinbarung über die Einbeziehung von Berlin, sei es im Abkommen selbst oder in einem Briefwechsel hierzu, zu treffen. Die Verhandlungen sind deshalb seit November 1966 unterbrochen. Bisher bestehen keine Anzeichen für eine Änderung der albanischen Haltung; vielmehr hoffen die Albaner im Zusammenhang

<sup>7</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 3. März 1967 vorgelegen.

<sup>8</sup> Hat Bundesminister Brandt am 4. März 1967 vorgelegen.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Klarenaar und von Legationsrat I. Klasse Enders konzipiert.

<sup>2</sup> Ministerialdirektor Harkort vermerkte: „Der Herr Minister hat die Anregung gegeben, unser Verhältnis zu Albanien zu überprüfen. Insbesondere wäre zu erwägen, ob das kürzlich geschlossene private Abkommen Ostausschuß-Albanien in irgendeiner Weise aufgewertet werden könnte. Er bitte Vorlage.“ Vgl. VS-Bd. 8361 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Hoffmann vgl. VS-Bd. 8361 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 6.

mit der von uns angestrebten Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu süd-osteuropäischen Ländern auf eine nachgiebigere deutsche Haltung in der Berlin-Frage. Der Ostausschuß hat um Stellungnahme gebeten, ob die Verhandlungen unter diesen Umständen fortgesetzt werden sollen.

2) Ein nennenswertes wirtschaftliches Interesse besteht unsererseits bei dem verhältnismäßig geringen Volumen des deutsch-albanischen Warenaustausches<sup>5</sup> nicht; dies liegt vielmehr in erster Linie auf der Gegenseite (Ausgleich des Defizits mit Hilfe fester Kontingente, Teilnahme an deutschen Liberalisierungsmaßnahmen und staatliche Absicherung von Krediten). Entgegengesetzt ist die Interessenlage unter politischen Gesichtspunkten: Wir streben den Abschluß eines Kammerabkommens als ersten Schritt in Richtung auf amtliche Handelsbeziehungen an, die evtl. politisch ausgebaut werden könnten. Deshalb ist der bisherige Abkommensentwurf<sup>6</sup> so formuliert, daß er ohne wesentliche Änderungen in ein Regierungsabkommen umgewandelt werden kann. Die Albaner haben dagegen kein politisches Interesse am Vertragsabschluß, wie sich aus ihren offiziellen Äußerungen zur Deutschland- und Berlin-Frage ergibt, die an Aggressivität entsprechende Erklärungen aller anderen Warschauer Pakt-Staaten übertreffen.

3) Unser politisches Interesse am Vertragsabschluß rechtfertigt jedoch keine Fortsetzung der Verhandlungen um den Preis eines Verzichts auf die Berlin-Klausel überhaupt oder einer lediglich mündlichen Einbeziehung Berlins. Da wir von Anfang an auf der Aufnahme einer Berlin-Klausel bestanden haben, könnte ein solches Nachgeben unsere Verhandlungen mit anderen östlichen Ländern über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen nur ungünstig präjudizieren. Bei der kürzlich mit Rumänien vereinbarten Aufnahme diplomatischer Beziehungen konnten wir für uns den wirtschaftlichen Bereich immerhin auf bereits bestehende schriftliche Vereinbarungen über die Einbeziehung Berlins (Warenverkehrsabkommen vom 24.12.1963) stützen.<sup>7</sup> Es ist nicht ersichtlich, warum im Falle Albaniens, von dem auf absehbare Zeit keinerlei politisches Entgegenkommen zu erwarten ist, die deutsche Position derart abgebaut werden soll.

Dem Ostausschuß sollte daher empfohlen werden, die Albaner zu unterrichten, daß die deutsche Seite leider keine Möglichkeit zu einer Änderung ihres während der Verhandlungen eingenommenen Standpunktes sieht.

4) Sollte es sich später als zweckmäßig erweisen, einen irgendwie gearteten ständigen Kontakt zu Albanien aufzunehmen, könnten wir immer noch auf die vom Ostausschuß geführten Gespräche zurückkommen.

Wir könnten dann den Albanern einen neuen Entwurf zuleiten lassen, dessen Form und Inhalt den „privatrechtlichen“ Charakter der Vereinbarung – der

<sup>5</sup> Die Bundesrepublik führte 1966 im Direkthandel mit Albanien Waren für 0,4 Mio. DM ein und exportierte Güter im Wert von 2,5 Mio. DM. Vgl. dazu Referat III A 6, Bd. 235.

<sup>6</sup> Der Entwurf einer Vereinbarung zwischen dem Ostausschuß der Deutschen Wirtschaft und der albanischen Handelskammer regelte „Handelsgeschäfte, die innerhalb der Geltungsdauer der Vereinbarung zwischen Industrie- und Handelsfirmen, die durch den Ostausschuß der Deutschen Wirtschaft vertreten werden, und Außenhandelsunternehmen, die durch die Handelskammer der Volksrepublik Albanien vertreten werden, abgeschlossen werden.“ Vgl. VS-Bd. 8361 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Dok. 20, Anm. 11 und 12.

Terminus „Abkommen“ wäre zu vermeiden – zwischen dem Ostausschuß der Deutschen Wirtschaft und der albanischen Handelskammer stärker betont und uns daher weitere Konzessionen erleichtert. Da eine solche Vereinbarung nicht als Vorstufe oder Modell für ein künftiges zwischenstaatliches Handelsabkommen gewertet werden könnte, brauchte nicht befürchtet zu werden, daß das Fehlen einer Bestimmung über die Einbeziehung Berlins in den räumlichen Geltungsbereich einer solchen Vereinbarung präjudizielle Wirkung für den zwischenstaatlichen Bereich hätte. Privatrechtliche Vereinbarungen haben im allgemeinen keinen räumlichen Geltungsbereich; es müßte daher lediglich eine Einbeziehung der Berliner Firmen – nicht des Landes Berlin – sichergestellt werden. Dies ließe sich etwa durch die Formulierung „Industrie- und Handelsfirmen, die durch den Ostausschuß der Deutschen Wirtschaft vertreten werden“ erreichen. Der Entwurf einer entsprechenden Vereinbarung ist beigelegt.<sup>8</sup>

Eine solche Vereinbarung brächte allerdings keinen nennenswerten außenpolitischen Vorteil: da sie nicht als Modell für die Regelung der zwischenstaatlichen Handelsbeziehungen dienen und auch politisch nicht aufgewertet werden könnte, würde sie uns trotz des Anscheins eines gewissen Fortschritts unserem eigentlichen Ziel nicht näherbringen.

Mitzeichnung: Abt. II, Abt. V (haben im Entwurf mitgezeichnet).

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>9</sup> dem Herrn Minister<sup>10</sup> mit dem Vorschlag vorgelegt, einer Unterrichtung des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft im Sinne von Ziff. 3 zuzustimmen.<sup>11</sup>

Hardenberg

VS-Bd. 4190 (II A 1)

<sup>8</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für einen Auszug vgl. Anm. 6.

<sup>9</sup> Hat Staatssekretär Lahr am 3. März und Staatssekretär Schütz am 6. März 1967 vorgelegen.

<sup>10</sup> Hat Bundesminister Brandt am 7. März 1967 vorgelegen.

<sup>11</sup> Mit handschriftlichem Vermerk vom 8. März 1967 bat Vortragender Legationsrat I. Klasse Klarenaar Legationsrat I. Klasse Enders, den Geschäftsführer des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft, Kirchner, zu verständigen. Am 15. März 1967 notierte Enders dazu: „Erl[edigt].“

## 81

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Gehlhoff

I B 4-82.00-90.09-432/67 geheim

2. März 1967<sup>1</sup>

Auf Anregung des algerischen Außenministeriums<sup>2</sup> und entsprechend der Weisung des Herrn Staatssekretärs<sup>3</sup> habe ich mich vom 25.2. bis 1.3.1967 in Algier aufgehalten und dort mit dem Staatssekretär des Außenministeriums, Rahal, dem Leiter der Politischen Abteilung im Amt des Ministerpräsidenten, Mouloud Kassem (einem Freund von Herrn Bundesminister Wischnewski), dem Innenminister Medeghri und Herrn Hamida, Berater im Innenministerium, Gespräche über das deutsch-algerische Verhältnis und die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen<sup>4</sup> geführt.

Aus den Gesprächen, die in aufgeschlossener und zum Teil freundschaftlicher Weise verliefen, gewann ich folgenden Gesamteindruck:

- 1) Die algerische Regierung betrachtet die Bundesrepublik Deutschland als einen ihrer wichtigsten Wirtschaftspartner<sup>5</sup> und hält auch aus politischen Gründen ein gutes Verhältnis zu uns für erstrebenswert.
- 2) Sie ist daran interessiert, die diplomatischen Beziehungen zu uns in absehbarer Zeit wieder aufzunehmen, ohne wahrscheinlich schon einen Zeitpunkt dafür festgelegt zu haben. Die algerische Regierung dürfte nicht den Ehrgeiz haben, nach Jordanien<sup>6</sup> der zweite arabische Staat zu sein, der die Beziehungen zu uns wieder aufnimmt; andererseits will sie offensichtlich bei den von

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde am 2. März 1967 von Ministerialdirigent Böker über die Staatssekretäre Schütz und Lahr an Bundesminister Brandt geleitet.

Hat Schütz am 2. März, Lahr am 3. März und Brandt am 4. März 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Am 21. Februar 1967 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Gehlhoff, daß ihm der wirtschaftliche Berater bei der algerischen Regierung, Rechenberg, mitgeteilt habe, „die algerische Regierung wolle möglichst umgehend Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen aufnehmen und bitte deshalb darum, möglichst noch in dieser Woche einen bevollmächtigten ‚Direktor‘ nach Algier zu entsenden. Dieser sollte unter absoluter Diskretion mit Außenminister Bouteflika über die Wiederaufnahme der Beziehungen verhandeln.“ Vgl. VS-Bd. 2625 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Am 23. Februar 1967 erteilte Staatssekretär Schütz Vortragendem Legationsrat I. Klasse Gehlhoff die Instruktion, gegenüber der algerischen Regierung die Bereitschaft der Bundesregierung zum Ausdruck zu bringen, die diplomatischen Beziehungen „so bald wie möglich wieder aufzunehmen“. Gehlhoff sei allerdings „nicht ermächtigt, in Algier irgendwelche bindenden schriftlichen Abmachungen zu treffen“. Lediglich über den Wortlaut eines Kommuniqués über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen könne verhandelt werden. Irgendwelche festen Zusagen, etwa über „künftige deutsche Wirtschaftshilfen“, dürften nicht erteilt werden. Vgl. VS-Bd. 2625 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Algerien am 14. Mai 1965 vgl. AAPD 1965, II, Dok. 203.

<sup>5</sup> Dazu führte Legationsrat I. Klasse Lewalter am 22. Februar 1967 aus, daß die Bundesrepublik für Algerien nach Frankreich und neben Großbritannien sowie Italien der wichtigste Handelspartner sei. Die Ausfuhren nach Algerien hätten im ersten Halbjahr 1966 eine Höhe von 25 Mio. DM erreicht, im gleichen Zeitraum habe die Bundesrepublik aus Algerien Waren im Wert von 175 Mio. DM importiert. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen am 14. Mai 1965 habe auf den Handel keine negativen Auswirkungen gehabt. Vgl. VS-Bd. 2625 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Jordanien vgl. Dok. 63.

uns aufgenommenen Kontakten zu den arabischen Staaten nicht ins Hintertreffen geraten.

3) Die Tatsache, daß während meines Aufenthaltes in Algier die diplomatischen Beziehungen zu Jordanien wieder aufgenommen wurden, spielte in den Gesprächen keine Rolle.

4) Dank unserer Wirtschaftskraft, des bedeutsamen algerischen Ausfuhrüberschusses im deutsch-algerischen Handel und nicht zuletzt dank unseres Gewichtes in der EWG<sup>7</sup> besitzen wir in Algier eine gute politische Position, die wir auch bei künftigen Gesprächen ins Spiel bringen sollten.

5) Die algerische Regierung steht unter ganz erheblichem Druck seitens der Sowjetunion und anderer osteuropäischer Länder, aber auch einzelner arabischer Staaten (VAR, Syrien), die DDR anzuerkennen oder wenigstens ein Ostberliner Generalkonsulat in Algier zuzulassen.<sup>8</sup> Die algerische Regierung dürfte von sich aus zwar nicht an politischen Beziehungen zur DDR, wohl aber an Ostberliner Krediten interessiert sein. Mit der Möglichkeit, daß im Laufe dieses oder des nächsten Jahres ein Ostberliner Generalkonsulat in Algier zugelassen wird, muß gerechnet werden.

Über meine telegraphische Berichterstattung hinaus sind aus den Gesprächen noch folgende Einzelheiten festzuhalten:

a) Mein später Empfang bei Staatssekretär Rahal ist auf ungenügende Vorbereitung auf der algerischen Seite zurückzuführen. Während sich Herr Hamida auf mein Eintreffen am 27.2. eingerichtet hatte, bat Herr Kassem kurzfristig darum, ich solle schon am 25.2. ankommen.

b) Staatssekretär Rahal hatte in seinem Gespräch mit mir zwar betont, die algerische Regierung müsse erklären können, daß neue, seit 1965 eingetretene Entwicklungen die Wiederaufnahme der Beziehungen jetzt rechtfertigen. Diese etwas formelle Bemerkung dürfte, wie der weitere Gesprächsverlauf ergab, jedoch mehr dem taktischen Zweck gedient haben, sich eine Verhandlungsposition aufzubauen.

<sup>7</sup> Zum Antrag Algeriens vom 18. Dezember 1963 auf Assoziierung mit der EWG vgl. Dok. 1, Anm. 17. Am 23. Februar 1967 vermerkte dazu Legationsrat I. Klasse Zimmermann, daß die Bundesregierung diesen Antrag trotz der abgebrochenen diplomatischen Beziehungen unterstützt und sich „für die rasche Verabschiedung eines Mandats an die EWG-Kommission zur Aufnahme von Assoziierungsverhandlungen“ eingesetzt habe. Gleichfalls sei sie – im Gegensatz zu allen anderen EWG-Staaten außer Frankreich – am 1. Januar 1966 bereit gewesen, „die damals fällige Binnenzollsenkung auf Algerien auszudehnen“. Vgl. VS-Bd. 2625 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Am 31. Januar 1967 unterrichtete Staatssekretär Lahr den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Wischniewski, daß die DDR in Algerien „außerordentlich aktiv und bemüht“ sei, durch „eine Kumulierung von Besuchen, Einladungen und Vereinbarungen unsere Abwesenheit zu ihren Gunsten auszunutzen. Sie versteht es geschickt, Nachrichten über weitreichende Hilfspläne – es ist von Krediten bis 500 Millionen Dinar die Rede – auszustreuen und sich im Verhältnis zu uns als den interessanteren Partner hinzustellen. Es besteht also weiterhin die Gefahr, daß sich die algerische Regierung zu einer Aufwertung der SBZ bewegen läßt.“ Vgl. VS-Bd. 2636 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

Am 14. Februar 1967 gab Botschaftsrat I. Klasse Caspari, New York (UNO), mit Drahtbericht Nr. 134 die Information der algerischen Vertretung bei der UNO weiter, daß Ministerpräsident Boumedienne ein Schreiben des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Ulbricht, erhalten habe mit dem Vorschlag einer „Formalisierung“ der bilateralen Beziehungen. Vgl. VS-Bd. 4177 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Der Staatssekretär wies in diesem Zusammenhang noch darauf hin, daß Algerien einen wichtigen Platz in der Arabischen Liga einnehme und seine Stimme bei der Ratstagung am 13. März<sup>9</sup> zur Geltung bringen könne. Er äußerte ferner von sich aus, daß wohl kein arabischer Staat erwarten könne, wir würden die diplomatischen Beziehungen mit Israel wieder abbrechen.

c) Innenminister Medeghri betonte in dem etwa 40 Minuten dauernden Gespräch, das am 1. März auf algerische Initiative zustande kam, der seinerzeitige Abbruch der diplomatischen Beziehungen sei auf gewisse Besonderheiten der damaligen algerischen Regierung (das enge Verhältnis Ben Bellas zu Nasser) zurückzuführen. Die algerische Regierung sei heute jedoch nicht mehr gewillt, ihre eigenen Interessen zugunsten der viel beredeten arabischen Solidarität zurückzustellen. Auch aus den osteuropäischen Ländern habe Algerien bisher mehr schöne Worte zu hören bekommen als wirkliche Hilfe erfahren. Algerien werde sich deshalb auch insoweit künftig stärker nach seinen eigenen Interessen orientieren. Man wisse, daß insbesondere mit der Bundesrepublik Deutschland günstige und vielfältige Voraussetzungen für eine fruchtbare Zusammenarbeit bestehen.

d) Herr Hamida sagte mir kurz vor meiner Abreise, er habe Präsident Boumedienne ganz kurz über den Verlauf der Gespräche unterrichten können, aber noch keine nähere Reaktion von ihm erhalten. Die algerische Regierung werde sich alsbald nach Rückkehr des Außenministers Bouteflika aus Addis Abeba und jedenfalls noch vor der Sitzung der Arabischen Liga am 13. März mit der Frage der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu uns befassen. Mit der Bekanntgabe der algerischen Entscheidung sei jedoch erst nach der Liga-Tagung zu rechnen.<sup>10</sup>

d) Den schweizerischen Botschafter in Algier, Herr Ganz, der dort unsere Interessen wahrnimmt, habe ich am Morgen des 1. März über den Inhalt meines Gesprächs mit Staatssekretär Rahal unterrichtet. Botschafter Ganz ließ zwar zuerst erkennen, daß er es begrüßt hätte, wenn ich alsbald nach meinem Ein-

<sup>9</sup> Zur Tagung des Verteidigungsrats der Arabischen Liga vgl. Dok. 63, Anm. 10.

<sup>10</sup> Am 3. März 1967 teilte Legationsrat I. Klasse Strenziok, Algier, mit, er habe noch am Vorabend eine Unterredung mit dem Berater im algerischen Innenministerium gehabt: „Hamida forderte nicht, sondern bat inständig um formelle Dementierung deutscher und ausländischer Pressemeldungen über Gehlhoff-Mission durch Sprecher Auswärtigen Amts. Er begründete diese Bitte damit, daß bei Ausbleiben solchen Dementis diejenigen Algerier [...], die auf baldige bilaterale, bedingungslose (!) Wiederaufnahme Beziehungen hinarbeiteten, Position und Einfluß verlieren würden und anderen Kräften Platz machen müßten, die Bundesrepublik gegenüber eine andere Politik verfolgen oder gar SBZ bevorzugen.“ Strenziok führte weiter aus: „Ausgang und Nachwirkungen dieses ersten Kontaktversuchs, über den amtliche Mitteilung Auswärtigen Amts an mich erst am Tag Eintreffens VLR I Dr. Gehlhoff einging, über dessen Einleitung hiesige deutsche Journalisten jedoch schon mehrere Tage zuvor öffentlich sprachen, hat bei Kenntnis hiesiger Kräfteverhältnisse sofort aufgetretenen Verdacht bestätigt, daß es sich bei sog. ‚offizieller algerischer Initiative‘ um forcierten Alleingang kleiner deutschfreundlicher Gruppe (Hamida und Freunde) handle. Es wird ungeklärt bleiben, ob und inwieweit Staatssekretär Rahal persönlich davon gewußt hat oder sogar mitbeteiligt war. Diese Behauptung basiert allein auf Aussagen von Hamida und Rechenberg. Heute jedenfalls distanziert sich Rahal völlig von diesem Unternehmen und bestreitet energisch, jemals einen Herrn Gehlhoff gesehen zu haben.“ Strenziok verlieh seiner Verwunderung Ausdruck, „wie im Auswärtigen Amt der Eindruck entstehen konnte, man könne Algerien aus der Front Ägypten – Syrien – Mali – Guinea – Tansania herausbrechen und zu einem Alleingang ohne oder gar gegen Kairo bewegen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 101; VS-Bd. 2625 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

treffen in Algier mit ihm Verbindung aufgenommen hätte; er zeigte sich dann über die Unterrichtung aber befriedigt.

Gehlhoff

VS-Bd. 2625 (I B 4)

82

**Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger  
mit dem französischen Botschafter François Seydoux**

Z A 5-38.A/67 VS-vertraulich

3. März 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler empfing am 3. März 1967 um 17 Uhr in Anwesenheit von Herrn VLR I Dr. Boss den französischen Botschafter Seydoux im Palais Schaumburg zu einer Unterredung.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, vor seinem Abflug nach Tübingen möchte er Herrn Seydoux über folgendes unterrichten:

Wie bekannt, sei der belgische Außenminister Harmel vor einiger Zeit in Bonn gewesen. Im Laufe des Gesprächs<sup>2</sup> habe dieser ihn mit einem Vorschlag für Rom überrascht. Er habe einen normalen Höflichkeitsbesuch erwartet, jedoch sei ihm von belgischer Seite ein Plan für Rom<sup>3</sup> mit folgendem Inhalt vorgetragen worden:

„1) Étant donné l'importance d'une réunion groupant les Premiers Ministres ou les Chefs d'États il est indispensable que les conclusions de la réunion aient une consistance suffisante pour démontrer que l'idéal de l'unification européenne est toujours vivace. ...

2) Dans les circonstances présentes il n'est pas possible de rediscuter les suggestions connues sous le nom de „plan Fouchet“ (première ou deuxième version). Par contre si certains États estimaient que les conditions étaient réunies pour faire un premier progrès dans la voie de l'unification européenne une suggestion minimale modeste mais concrète pourrait sans doute être examinée. Les États s'engageraient sur une liste limitée de sujets politiques à ne prendre aucune décision unilatérale sans consultation préalable. ...

3) Cette consultation devrait être ouverte à d'autres pays européens démocratiques participant aux mêmes alliances que les Six et qui en accepteraient les règles. De cette façon la Grande-Bretagne aurait la possibilité de se joindre dès le début à cette première réalisation concrète de l'unification européenne ...“

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Bouverat am 6. März 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem belgischen Außenminister Harmel am 20. Februar 1967 vgl. Dok. 62.

<sup>3</sup> Zur geplanten Konferenz der Staats- und Regierungschefs anlässlich des 10. Jahrestags der Unterzeichnung der Römischen Verträge vgl. Dok. 8.

Das Aide-mémoire, dem dieses Zitat entstamme, habe Herr Harmel allerdings nicht ihm (dem Herrn Bundeskanzler), sondern dem Bundesminister des Auswärtigen übergeben.<sup>4</sup>

Demnach sollten also die Regierungschefs oder Staatsschefs in Rom die Außenminister beauftragen, zu einem späteren Zeitpunkt zusammenzutreffen und sich nicht über Angelegenheiten des Gemeinsamen Marktes, sondern über andere Fragen, wie etwa die Ost-West-Beziehungen usw.<sup>5</sup>, also über Außenpolitik, unterhalten. Über die Europäischen Gemeinschaften sollte weiterhin nur unter den Sechs gesprochen werden; zur Erörterung außenpolitischer Fragen sollte aber der Kreis über die Sechs hinaus erweitert werden. Dies sei das trojanische Pferd.

Er (der Herr Bundeskanzler) habe Herrn Harmel gesagt, diese Vorschläge seien sehr interessant, aber sie müßten überlegt werden. Herr Harmel habe übrigens am Schluß seiner Ausführungen betont, die Benelux-Staaten würden keine Initiative für Rom ergreifen – obwohl der genannte Plan ja eine Initiative sei. – Der letzte Absatz des Aide-mémoire laute:

„Pour être utile cette suggestion devrait être certaine de recueillir l'adhésion de tous les partenaires de la Communauté. Il appartient à la République fédérale allemande de décider s'il convient de poursuivre l'examen de cette question avec les Gouvernements français et italien.“

Ferner habe der belgische Außenminister erklärt, es wäre nicht gut, wenn am ersten Tag kein Mitglied der Kommission dabei sei; dies lasse sich wohl nicht gut machen. Für den zweiten Tag sei die Anwesenheit der Kommission nicht vorgesehen.

Herr Harmel habe ihm – dem Herrn Bundeskanzler – gesagt, daß er während seines Besuchs in Bonn keine endgültige Antwort auf seinen Vorschlag erwarte. Harmels Plan sei also sozusagen bei ihm – dem Herrn Bundeskanzler – deponiert worden.<sup>6</sup>

<sup>4</sup> Das Aide-mémoire wurde am 22. Februar 1967 vom Sekretär an der belgischen Botschaft, Baron Guillaume, Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnold übergeben. Für den Wortlaut vgl. VS-Bd. 2387 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> In dem am 22. Februar 1967 übergebenen Aide-mémoire der belgischen Regierung wurden als mögliche Themen genannt: „1) les différents aspects de la détente Est-Ouest; 2) les moyens de diminuer le retard technologique européen; 3) la recherche de l'élaboration d'une position européenne commune au sein des organismes internationaux.“ Vgl. VS-Bd. 2387 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Am 7. März 1967 nahm Ministerialdirigent Frank zu den Vorschlägen des belgischen Außenministers Stellung. Zwar sei ein neuer Anlauf zur Schaffung einer europäischen politischen Zusammenarbeit zu begrüßen. Um Schwierigkeiten schon im Vorfeld zu begegnen, bemühe sich Harmel, möglichst wenig kontroverse Gesprächsthemen zu finden und denkbare Einwände gegen die Konsultationsverpflichtung durch den Hinweis aufzufangen, „daß die Souveränität der einzelnen Partnerstaaten nicht beeinträchtigt würde, da jeder, sobald konsultiert worden ist, seine Entscheidung frei treffen könnte. Dennoch erscheint es recht fraglich, ob Harmels Gedanken Aussicht auf Zustimmung bei allen sechs Regierungen und damit auf Verwirklichung haben. [...] Wesentlich größere Probleme noch wirft Harmels weitere Idee auf, Großbritannien sofort an der vorgeschlagenen Konsultationsabmachung zu beteiligen. Ein derartiger Vorschlag wäre voraussichtlich Anlaß für Frankreich, nicht an der ‚Gipfelkonferenz‘ teilzunehmen oder zumindest jede Erörterung von Fragen der europäischen politischen Zusammenarbeit auf der Konferenz abzulehnen. Er würde mit ziemlicher Sicherheit auch die Bemühungen um den Beitritt Großbritanniens zur EWG weiter erschweren.“ Vgl. VS-Bd. 2387 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.



Der französische *Botschafter* fragte, ob die Bundesregierung als einzige Kenntnis von dem Plan erhalten habe.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, er müsse dies annehmen. Er habe sich Harmel gegenüber unverbindlich geäußert und gesagt, er finde diese Vorstellungen ganz interessant, er sehe, daß sie einige Probleme enthalte, man müsse darüber nachdenken.

Herr *Seydoux* stellte anschließend die Frage, ob er der einzige sei, mit dem der Herr *Bundeskanzler* bisher über diesen Vorschlag spreche; ob er mit dem italienischen *Botschafter*<sup>7</sup> noch nicht darüber gesprochen habe und dies in den nächsten Tagen zu tun gedenke.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, es entspreche dem Geist des deutsch-französischen Vertrages<sup>8</sup>, daß die beiden Partner zuerst unter sich darüber sprächen. Die Frage des französischen *Botschafters*, ob er glaube, daß Harmel schon mit seinen beiden Kollegen aus Benelux<sup>9</sup> und auch mit Wilson während dessen Besuch in Brüssel<sup>10</sup> gesprochen habe, bejahte der Herr *Bundeskanzler*. Es handle sich um einen an und für sich begrüßenswerten Versuch, in Europa Fortschritte zu erzielen und außenpolitische Konsultationen anzubahnen, aber zugleich auch um einen Versuch, den Kreis zu erweitern und Großbritannien die Möglichkeit zu geben, an den Gesprächen teilzunehmen. Dies sei das Problem.

Der Herr *Bundeskanzler* übergab *Botschafter Seydoux* eine Ablichtung des belgischen Aide-mémoire, der dazu als persönliche Bemerkung sagte, es sei schon unter den Sechs vieles nicht so leicht, wie viel schwieriger erscheine es, den Gedanken Harmels aufzugreifen und zu mehr als Sechs anzufangen.

Der Herr *Bundeskanzler* bestätigte, daß auch ihm das Problem klar sei.

Was den Termin für Rom betreffe, meinte Herr *Seydoux*, daß die Konferenz wohl kaum vor Mitte April stattfinden könne: Selbst wenn die Wahlen für de Gaulle und die Regierung günstig ausfielen, müßte man noch einige Zeit warten.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte hierzu, auch er habe nichts mehr darüber gehört, wann die Konferenz sein solle.

Herr *Seydoux* bat nochmals um Bestätigung der Reaktion der deutschen Regierung und besonders des Herrn *Bundeskanzlers* auf den belgischen Vorschlag.

Der Herr *Bundeskanzler* wiederholte, er habe Herrn Harmel gesagt, daß er seine Vorstellungen für interessant halte, sie sich ansehen werde und mit den französischen Freunden darüber sprechen und darüber nachdenken werde. Aus dem Text der Aufzeichnung über sein Gespräch mit dem belgischen Außenminister, den er anschließend auszugsweise zitierte, gehe sogar hervor, daß er Herrn Harmel gegenüber „nicht ganz höflich“ gewesen sei. Es heiße darin

<sup>7</sup> Mario Lucilli.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706-710.

<sup>9</sup> Joseph Luns (Niederlande) und Pierre Werner (Luxemburg).

<sup>10</sup> Der britische Premierminister hielt sich am 31. Januar und 1. Februar 1967 im Rahmen seiner Rundreise durch die EWG-Mitgliedstaaten zu Gesprächen über einen EWG-Beitritt in Brüssel auf. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 234 des Botschafters Blankenhorn, London, vom 3. Februar 1967; VS-Bd. 2511 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

zum Beispiel: „Der Herr Bundeskanzler habe Zweifel geäußert, ob es möglich sei, über den Kreis der Sechs hinauszugehen.“ „Man wolle nunmehr über die Anregungen des belgischen Außenministers nachdenken, und wenn man zu dem Ergebnis gelange, daß die ganze Sache der Mühe wert sei, wolle man in Paris diesen Gedanken vortragen. Über die Reaktion der französischen Regierung könne allerdings jetzt noch nichts gesagt werden.“ „Skeptischer sei er hinsichtlich der Beteiligung von Staaten an solchen Gesprächen, welche nicht der EWG angehören.“

Herr *Seydoux* bemerkte, man könnte über politische Probleme nur unter den Sechs sprechen und an dem Tag, an dem andere Staaten in die EWG aufgenommen würden oder man sich über eine andere Formel einige, weiter sehen.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, der entscheidende Satz in dem Aide-mémoire sei folgender: „...à ne prendre aucune décision unilatérale sans consultation préalable.“

Herr *Seydoux* dankte dem Herrn Bundeskanzler für das Aide-mémoire und seine Erläuterungen, über die er Paris berichten werde.

Der Herr *Bundeskanzler* erwähnte in diesem Zusammenhang noch, er habe erst aus dem Text des Aide-mémoire ersehen, daß Harmel davon ausgehe, daß er – der Herr Bundeskanzler – sich gegebenenfalls auch an die Italiener wenden sollte. Wenn die Italiener nun erführen, daß die Benelux-Gruppe den genannten Vorschlag bei der Bundesregierung deponiert habe, – so merkwürdig es auch sei, plötzlich zum Agenten benannt zu werden! – könnten sie beleidigt sein, gar nichts zu erfahren. Vielleicht sollte er – der Herr Bundeskanzler – doch im Laufe der kommenden Woche den italienischen Botschafter unterrichten. Da er erst Ende der Woche aus Berlin zurückkehre, werde er Herrn Staatssekretär Knieper bitten, das Gespräch mit Herrn Luciolli zu führen, damit nicht zu viel Zeit verstreiche.<sup>11</sup>

Der französische *Botschafter* betonte, daß es für ihn sehr schwierig sei zu sagen, welches die Reaktion von Paris sein werde. Seine – Seydoux' – erste persönliche Reaktion wäre folgende: „Unter den Sechs vielleicht – zu mehreren sehr fraglich.“<sup>12</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er kenne diese Auffassung, müsse aber doch sagen, daß der Plan sicher den Versuch darstelle, auf europäischer Ebene die Zusammenarbeit zu institutionalisieren und dabei Großbritannien mit einzuschließen. Er selbst werde von sich aus keine Initiative ergreifen; er beschrän-

<sup>11</sup> Mit Drahterlaß Nr. 45 vom 17. März 1967 bat Ministerialdirigent Böker die Botschaft in Brüssel, das belgische Außenministerium davon zu unterrichten, daß Bundeskanzler Kiesinger „den ihm von Außenminister Harmel übergebenen Vorschlag zu einer Belebung der europäischen politischen Zusammenarbeit dem hiesigen französischen und italienischen Botschafter zur Unterrichtung und mit dem Anheimstellen einer Stellungnahme der französischen und italienischen Regierung übergeben hat“. Vgl. VS-Bd. 2387 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>12</sup> Am 8. März 1967 hielt Staatssekretär Schütz nach einem Gespräch mit dem französischen Botschafter vom Vortag fest: „Die Harmel-Initiative im Hinblick auf die Gipfelkonferenz in Rom stimmte die Franzosen offensichtlich unglücklich. Sie halten sie nicht für sinnvoll. Seydoux meinte, sie habe den General nicht gerade in seinen Plänen stimuliert, nach Rom zu kommen. Es sei für die Franzosen schlechthin unverständlich, in diesem Stadium eine Art ‚Gipfelkonferenz‘ mit den Engländern zusammen durchzuführen.“ Vgl. VS-Bd. 10089 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

ke sich darauf, den französischen und möglicherweise den italienischen Botschafter zu unterrichten.

Herr *Seydoux* stellte die Frage, von wem aus denn eine etwaige Initiative ausgehen könnte, falls dies nicht von deutscher Seite geschehe und auch die Belgier es nicht beabsichtigten.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, Frankreich, Deutschland und Italien müßten unter sich einig werden, bevor jemand eine Initiative ergreifen könne. Zur Zeit befinde man sich nur im Stadium der Information. Die Bundesregierung werde natürlich keine Initiative ergreifen, weil sie gewisse Bedenken in Paris zu kennen glaube oder zu antizipieren glaube fähig zu sein.

Herr *Seydoux* fragte ferner, ob er nach Paris berichten könne, daß „auch der Herr Bundeskanzler über den belgischen Vorschlag bis zu einem gewissen Grad überrascht gewesen sei“.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, dies sei zu viel. Man könne sagen, „er sei nicht darauf gerüstet gewesen“.

Auf eine weitere Frage, ob er – der Herr Bundeskanzler – nicht auch glaube, daß es etwas verfrüht wäre, schon über politische Fragen zu sprechen, „etwas zu früh, nicht nur unter den Sechs und um so mehr schon mit den anderen“, antwortete der Herr Bundeskanzler, die französische Regierung kenne den deutschen Standpunkt, der in der Frage Großbritannien etwas anders sei als der französische, und verwies in diesem Zusammenhang auf die Regierungserklärung<sup>13</sup> und die öffentliche Meinung in Deutschland. Da er die Bedenken de Gaulles kenne, nehme er an, daß diese Bedenken sich auch auf das belgische Projekt beziehen werden.

Herr *Seydoux* stellte die Zwischenfrage, ob der Herr Bundeskanzler denke, „daß Paris Bedenken haben würde“. Der Herr *Bundeskanzler* berichtete, „daß Paris Bedenken haben *könnte*“ – und deswegen werde er keine Initiative ergreifen. Er habe sich zunächst gefragt, ob er den belgischen Vorschlag nicht vorerst bei sich behalten solle, dies hätte aber Ärger verursachen können. Er wisse nicht, was die Benelux-Staaten sich dabei gedacht hätten; ob sie tatsächlich an eine Einigung glaubten oder den Plan entworfen hätten, damit es nicht zu einer Einigung über Rom komme. In Rom sollten im übrigen nur die Sechs vertreten sein.

Herr *Seydoux* führte hierzu aus, es sei sehr schwierig, diese Ideen zu durchschauen, aber „man könne denken, daß es ein Versuch sei, die ganze Sache zu torpedieren“. Es könne sein, daß man in Brüssel gemeint habe, „man müsse der englischen Regierung gegenüber eine Reverenz erweisen“. All dies gebe ihm – und er sage dies als alter Diplomat – den Eindruck, „viele hätten nicht verstanden, daß man in einer ganz neuen Zeit lebe, in der all diese Methoden der alten Diplomatie nicht geeignet sind, um die Probleme zu lösen“.

Nachdem der Herr *Bundeskanzler* nochmals seinen Standpunkt bekräftigt hatte, brachte der französische *Botschafter* das Gespräch auf seinen Besuch vom Vortage bei Botschafter Abrassimow in Ostberlin.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vom 13. Dezember 1966 vgl. BT STE-NOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

Derartige Begegnungen fänden von Zeit zu Zeit statt. Er sei seit seiner zweiten Amtszeit<sup>14</sup> in Bonn zum dritten Mal mit Abrassimow zusammengekommen. Ursprünglich sollte der Besuch in Ostberlin schon früher stattfinden, er habe ihn aber um 10 Monate hinausgeschoben, da dies an und für sich nicht zu seiner normalen Arbeit gehöre. Der russische Botschafter spreche dabei jeweils fast nur über die Sowjetzone. Die einzige Sache, die bei dem jüngsten Besuch für seinen Gesprächspartner gezählt habe, sei die Anerkennung der DDR als Staat. Abrassimow habe gefragt, ob Frankreich nicht die Anerkennung aussprechen und seinen bisherigen Standpunkt ändern könnte. Natürlich sei dabei zu bedenken, daß Abrassimow Botschafter in Pankow sei und man daher erwarten müsse, daß er diese These noch mehr als andere betone. Er habe auch über die neue Bundesregierung gesprochen und gesagt, daß deren Bemühungen auf ihn keinen Eindruck machten, daß sein Land keinen großen Wert darauf lege, solange die Bundesrepublik den Anspruch erhebe, das ganze Deutschland zu vertreten. Er – Seydoux – habe geantwortet, daß er seine Meinung nicht teile und daß man in Frankreich – und besonders er selbst als französischer Botschafter in Bonn – alles, was der Herr Bundeskanzler angefangen habe, mit Interesse und Sympathie verfolge. Er – Seydoux – persönlich, sei der Auffassung, daß man diese Bemühungen nicht entmutigen sollte. Er habe ferner versucht, Abrassimow zu sagen, was „für beide gut wäre“.

Der *Bundeskanzler* sagte hierzu, er habe ähnliche Erfahrungen mit Botschafter Zarapkin gemacht. Es handele sich offensichtlich – wie auch Herr Seydoux bemerkte – um eine „Platte“. Die Haltung der Russen könne sich aber sehr rasch ändern. Natürlich hätten sie die Verpflichtung, das Regime in Pankow zu stärken, weil durch die Anknüpfung von Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und anderen osteuropäischen Ländern die Position Pankows geschwächt werde. Bisher seien keine Freundschaftsverträge zwischen Pankow und anderen Staaten abgeschlossen worden, nur mit der Sowjetunion.<sup>15</sup> Er – der Herr Bundeskanzler – glaube aber, daß Pankow nichts daran ändern könne, daß die anderen Länder mit der Bundesrepublik diplomatische Beziehungen aufnähmen. Er habe mit den Sowjets immer wieder erlebt, daß es Leute seien, von denen man nicht wissen könne, ob sie nicht eines Tages ihre Stellung ändern werden. 1955 z.B. seien sie in Moskau immer härter geworden und hätten dann im letzten Moment nachgegeben.<sup>16</sup> Die Bundesregierung wolle ihre Beziehungen zu dem sowjetzonalen Regime nicht verschärfen, sondern sei bereit, einige Schritte weiter zu gehen. Die These der Bundesregierung bestehe nicht darin, die Zone einzuverleiben oder zu annektieren, sondern die Wiedervereinigung nur aufgrund des Willens der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands herbeizuführen. Dies könne nicht in einem einzigen Akt, nicht durch eine plötzlich anberaumte Abstimmung erfolgen. Mit der Zeit müsse die Bevölkerung der Zone in die Lage kommen, ihren Willen zu äußern.

<sup>14</sup> François Seydoux de Clausonne war von 1958 bis 1962 und erneut seit dem 19. Februar 1965 Botschafter in Bonn.

<sup>15</sup> Die DDR und die UdSSR schlossen am 12. Juni 1964 einen Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit. Für den Wortlaut vgl. DzD IV/10, S. 717–723.

<sup>16</sup> In Verhandlungen vom 9. bis 13. September 1955 vereinbarten die Bundesrepublik und die UdSSR nach einer Regelung der Kriegsgefangenen-Frage die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Vgl. dazu Dok. 10, Anm. 5.

Wenn sie sage, daß sie ein Staat für sich bleiben wolle, sei dies ihr Wille – sie werde dies aber nicht wollen. Es komme also auf die Menschen dort an. Das Alleinvertretungsrecht dürfe nicht so interpretiert werden, als ob die Bundesrepublik den Vormund für die Bevölkerung der Zone spielen wolle. Dies sei früher nicht so deutlich gesagt worden. Das Alleinvertretungsrecht gelte insofern, als die dortige Bevölkerung nicht die Möglichkeit habe, ihren Willen zu äußern. Die Bundesrepublik spreche nicht an ihrer Stelle. Man wolle nur die Bahn frei machen, damit sie ihren Willen äußern könne, und diesen Willen dann respektieren.

Herr *Seydoux* hob hervor, daß er den Eindruck habe, der Herr Bundeskanzler sehe die Ost-Politik ähnlich wie Paris, ohne daß man wissen könne, ob dieser Standpunkt richtig oder falsch sei. Es handele sich jedenfalls um eine aktive Politik, an die man im Osten bisher nicht gewohnt war; vielleicht sei man deshalb dort so erstaunt.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte abschließend, die Bundesregierung werde sich nicht provozieren lassen und diese Politik ruhig fortsetzen, um die bestehenden Gegensätze wo immer möglich zu überwinden.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 21**

### 83

#### **Botschafter Knapstein, Washington, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-11367/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 521**  
**Citissime**

**Aufgabe: 3. März 1967, 12.36 Uhr**  
**Ankunft: 3. März 1967, 21.29 Uhr**

Betr.: Amerikanische Verteidigungspolitik  
 hier: Raketenabwehr ABM (Anti Ballistic Missile System)

Bezug: DB 3095 vom 30.12.66 – II A 6-84.00-91.36-2925/66 VS-v<sup>1</sup>

1) Der gestrigen Ankündigung von Präsident Johnson, daß Kossygin sich in einer Antwort auf den Brief des Präsidenten vom 27.1. bereit erklärt habe, in einen Meinungs austausch über Möglichkeiten einzutreten, das Wettrüsten in offensiven und defensiven nuklearen Raketenwaffen zu begrenzen<sup>2</sup>, kommt

<sup>1</sup> Botschafter Knapstein, Washington, berichtete von der Debatte in der amerikanischen Öffentlichkeit über die Installation einer Raketenabwehr in der UdSSR, wobei allerdings Unklarheit über Ausmaß und Wirksamkeit dieses ABM-Systems bestehe. Sollte sich jedoch der Eindruck festsetzen, „daß man es mit weitreichenden, langfristigen Aufbauplänen zu tun habe“, so werde die amerikanische Regierung „die bisher immer wieder verschobene Entscheidung über den Aufbau eines eigenen entsprechenden Waffensystems nicht mehr lange vertagen können“. Vgl. VS-Bd. 1662 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

Für weitere Auszüge vgl. Anm. 4 und 7.

<sup>2</sup> Präsident Johnson äußerte sich auf einer Pressekonferenz am 2. März 1967. Auf Nachfrage bestätigte er, daß die Gespräche unabhängig von den Verhandlungen der Konferenz der 18-Mächte-

m.E. große politische Bedeutung zu. Der Präsident hat die Frage, wann die Antwort Kossygins ihm zugegangen sei, in seiner Pressekonferenz unbeantwortet gelassen. Ohne daß wir ein bestimmtes Datum in Erfahrung hätten bringen können, ist uns aber vertraulich gesagt worden, daß die Antwort, soweit in der Abrüstungsbehörde bekannt, in den letzten Tagen eingetroffen sei. Nicht zuletzt im Hinblick auf den Fortgang der Verhandlungen über einen Nichtverbreitungsvertrag kommt die positive Antwort Kossygins dem Präsidenten zeitlich zweifellos sehr gelegen. Sie wird es der Administration auch erlauben, den von Kongreß und von der militärischen Führung ausgehenden Druck auf eine baldige amerikanische Entscheidung zur Errichtung eines eigenen Anti-Raketensystems Widerstand zu leisten. Wie die Presse berichtet, war die erste Reaktion der Senatoren Mansfield und Fulbright, aber auch des Oppositionsführers Dirksen auf die Ankündigung des Präsidenten positiv.<sup>3</sup> Senator Jackson, der Vorsitzende des Unterausschusses für nationale Sicherheit, hat allerdings sofort auf das voraussichtlich schwierigste Problem in diesem Zusammenhang hingewiesen, indem er Zweifel daran äußerte, daß der Senat bereit sein könnte, einer Verminderung der amerikanischen Offensivwaffen in Zusammenhang mit einer eventuellen Vereinbarung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zuzustimmen.

Wie der Präsident angekündigt hat, sollen die Gespräche in Moskau zwischen Botschafter Thompson und der sowjetischen Regierung aufgenommen werden. Über einen Zeitpunkt für den Beginn dieser Gespräche hat sich der Präsident nicht geäußert. Wie wir dazu hören, ist zunächst auch noch niemand in der Lage, einen solchen Zeitpunkt annähernd vorauszusagen. Die Einbeziehung der Offensivwaffen kompliziert den Fragenkomplex natürlicherweise erheblich, und es sei, so wurde uns gesagt, noch nicht abzusehen, zu welchem Zeitpunkt eine erste amerikanische Verhandlungsposition, die vorbereitet werde, ausgearbeitet sein könnte.

2) Die gestrige Ankündigung gibt mir Anlaß, an meinen Bezugsbericht vom 30.12. zu erinnern. So sehr es ohne Frage zu begrüßen ist, daß mit der gestrigen Ankündigung zumindest eine Hoffnung auf Fortschritte im Bereich der eigentlichen Abrüstung sichtbar wird, sollten doch die folgenden Überlegungen nicht außer Acht gelassen werden:

Die im Bezugsbericht, Ziffer 5a), geäußerte Besorgnis, daß die starke Betonung des amerikanischen Interesses an diesen Gesprächen zu einer Schwächung der amerikanischen Ausgangsposition führen könnte<sup>4</sup>, kann zwar in diesem frühen

*Fortsetzung Fußnote von Seite 381*

Abrüstungskommission in Genf durch den amerikanischen Botschafter Thompson in Moskau geführt werden und sich sowohl mit Defensiv- als auch mit Offensivwaffen befassen sollten. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1967, S. 259.

<sup>3</sup> Vgl. dazu den Artikel „Johnson Says Soviet Has Agreed to Talk About Missile Curbs“, THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 39850 vom 3. März 1967, S. 1.

<sup>4</sup> Botschafter Knapstein, Washington, äußerte sich zu den Aussichten für ein sowjetisch-amerikanisches Gespräch über ABM: „Wenn der Präsident trotz der wenig günstigen Ausgangslage für diese Gespräche zu einem Erfolg gelangen will, dann wird sich die amerikanische Seite möglicherweise, ebenso wie im Falle des Nichtverbreitungsvertrags, vor die Frage gestellt sehen, ob sie gegebenenfalls bereit ist, der sowjetischen Seite Konzessionen zuzugestehen. Diese Besorgnis ist auch deshalb nicht unbegründet, weil die amerikanische Seite sich auch jetzt wieder in die Lage des Demandeurs begeben hat, der ein stärkeres Interesse an Vereinbarungen bekundet als der andere Teil.“ Vgl. VS-Bd. 1662 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

Zeitpunkt des Verfahrens noch nicht bestätigt werden, doch ist immerhin festzustellen, daß die amerikanische Seite schon jetzt zwei nicht unwesentliche Zugeständnisse gemacht hat. Sie zeigt sich bereit, die Gespräche in Moskau zu führen, und sie hat der sowjetischen Forderung stattgegeben, die Verhandlungen von Anfang an auch auf die Offensivwaffen auszudehnen.

Insbesondere dem zweiten Punkt dürfte erhebliche Bedeutung zukommen. Nach unserer Unterrichtung hatte die Sowjetunion auf den von amerikanischer Seite 1964 in Genf gemachten Vorschlag eines „freeze“ im Bereich der strategischen Nuklearwaffen<sup>5</sup> mit der Begründung negativ reagiert, daß die hierzu gemachten Vorschläge für eine Kontrolle der Durchführung inakzeptabel seien.<sup>6</sup> Demgegenüber habe die sowjetische Seite die Frage des Gleichgewichts im Bereich der strategischen Angriffswaffen damals nicht ausdrücklich aufgeworfen. Es ist aber kein Geheimnis mehr, daß die Gleichgewichtsfrage beim sowjetischen Verlangen, die Offensivwaffen einzuschließen, heute eine ausschlaggebende Rolle spielt. Es liegt auf der Hand, daß die Diskussion hierüber äußerst schwierig und langwierig sein dürfte. Die Meinung hiesiger Fachleute geht auch dahin, daß die Gespräche sich möglicherweise über Jahre hinziehen könnten. Unter den Faktoren, die im Hinblick auf das Gleichgewicht von Bedeutung sind, spielen keineswegs allein die reinen Zahlen der beiderseits verfügbaren interkontinentalen Raketen eine Rolle. Hinzu treten so schwierige Komplexe wie die Weiterentwicklung dieser Raketen und ihrer nuklearen Sprengköpfe (multiple war heads) und die unterschiedliche relative Verwundbarkeit der Bevölkerung und Industrien beider Länder.

Es wird von Fachleuten ferner nicht bestritten, daß die Erörterung des Kräfteverhältnisses sich wohl auch auf die Frage der auf Europa gerichteten sowjetischen Mittelstreckenraketen werde erstrecken müssen. Ohne daß es hierfür schon Anzeichen gäbe, kann deshalb – ich habe hierauf mit Bezugsbericht, Ziffer 5c)<sup>7</sup> schon einmal hingewiesen – nicht ausgeschlossen werden, daß mit der Zeit auch weitere Felder europäischer Sicherheitspolitik in die Erörterung einbezogen werden. Diese Entwicklung würde voraussichtlich nur schrittweise verlaufen. Man nimmt in der Abrüstungsbehörde an, daß das Gespräch mit einer Erörterung der politischen Aspekte der Problematik beginnen, später aber sehr tief in die gesamte Technik der Nuklearverteidigung und Nuklearrüstung hineinführen würde.

<sup>5</sup> Am 21. Januar 1964 richtete Präsident Johnson eine Botschaft an die Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission, in der er einen Meinungsaustausch über ein „Einfrieren“ strategischer Atomwaffenträger, eine Einstellung der Produktion von spaltbarem Material für militärische Zwecke, die Einrichtung von Bodenbeobachtungsposten, eine Einigung über die Nichtverbreitung von Kernwaffen sowie die Einstellung sämtlicher Atomwaffenversuche anregte. Vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1964, S. 7–9.

Vgl. dazu auch AAPD 1964, I, Dok. 38.

<sup>6</sup> Zur ablehnenden sowjetischen Reaktion vgl. die Äußerungen des sowjetischen Delegierten bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission, Zarapkin, am 4. Februar 1964; DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1964, S. 23–32.

<sup>7</sup> Botschafter Knapstein, Washington, machte darauf aufmerksam, daß die amerikanische Regierung als Zugeständnis an die UdSSR dazu bereit sein könnte, „nicht nur die strategischen Offensivwaffen in die Diskussion einzubeziehen, sondern beispielsweise auch europäische Sicherheitsfragen. Es gibt bereits Presse-Spekulationen über die mögliche Einbringung von Fragen wie die der Truppenstationierung in Europa in das Gesprächspaket“. Vgl. VS-Bd. 1662 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

3) Ich möchte bei dieser Sachlage meine Empfehlung gemäß Bezugsbericht, Ziffer 5c), mit Nachdruck wiederholen, daß wir rechtzeitig, und zwar möglichst bald, in aller Form um eine vollständige Unterrichtung und um Konsultation bitten sollten, da ja schon eine Erörterung über die sogenannten „external forces“, also die strategischen Streitkräfte von SAC[EUR], auf denen nach eigener amerikanischer Auffassung das Verteidigungskonzept für Europa weitgehend beruht, unsere Sicherheitsinteressen entscheidend berühren kann.

Ein solcher Wunsch wäre um so begründeter, als der Präsident in seiner gestrigen Pressekonferenz selbst darauf hingewiesen hat, daß die Verhandlungen einerseits in einem anderen Verfahren (nämlich nicht in Genf) stattfinden würden, als ursprünglich (nämlich bei den Genfer Vorschlägen von 1964) vorgesehen war, während er andererseits erwähnte, daß sein Briefwechsel mit Kossygin zur „weiteren Erörterung dieses Gegenstands in Moskau und mit den Alliierten“ der Vereinigten Staaten führen werde.

4) Eine erste Gelegenheit, das Thema auf Arbeitsebene aufzunehmen, könnte sich schon bei den Gesprächen der NATO-Abrüstungsexperten ergeben, die vom 7.–10. März in Paris stattfinden werden<sup>8</sup> (vgl. DB 503 vom 1.3.67). Danach wird sich auch bei der Tagung der nuklearen Planungsgruppe in Washington auf Ebene der Verteidigungsminister<sup>9</sup> eine Gelegenheit bieten, wie ja die amerikanische Seite selbst angekündigt hat, daß sie das Thema der ABM<sup>10</sup> bei dieser Gelegenheit aufnehmen würde. Unabhängig hiervon sollten wir aber auch bilateral um frühzeitige und vollständige Unterrichtung bitten, um zu vermeiden, daß sich die beim Nichtverbreitungsvertrag angewandte Verfahrensweise auf weitere Bereiche ausdehnt, die unsere Sicherheitsinteressen unmittelbar berühren.

[gez.] Knapstein

VS-Bd. 4098 (II B1)

<sup>8</sup> Zu den Ergebnissen der Tagung vgl. Dok. 107.

<sup>9</sup> Die Tagung der Nuklearen Planungsgruppe fand am 6./7. April 1967 statt.

Am 6. März 1967 teilte Botschafter Knapstein, Washington, mit, der amerikanische Verteidigungsminister McNamara messe dem Treffen große Bedeutung bei. Er halte die Nukleare Planungsgruppe für ein „ausgezeichnetes Gremium“, um die atomaren Probleme der Allianz „in aller Freimütigkeit“ zu erörtern. Hinsichtlich der ABM-Frage wolle die amerikanische Regierung „eine Studie über die Anwendbarkeit des Systems für Europa“ vorlegen: „Diese Studie werde keine Empfehlungen geben, da es nach amerikanischer Auffassung Sache der Europäer sei, Entscheidungen in diesem Bereich zu treffen. Ferner sei daran gedacht, das mögliche weitere Vorgehen für den Fall zu erörtern, daß kommende Gespräche mit den Sowjets über die ABM-Frage ergebnislos verlaufen sollten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 533; VS-Bd. 1839 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „AZM“.



**Botschafter a.D. Duckwitz, z.Z. London,  
an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-111373/67 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 467**  
**Citissime**

**Aufgabe: 3. März 1967, 19.30 Uhr<sup>1</sup>**

**Ankunft: 3. März 1967, 22.29 Uhr**

Betr.: Sitzung der Dreiergespräche am 3. März 1967

I. Die am 27. Februar unterbrochene Sitzung der Dreiergespräche in London<sup>2</sup> wurde am 3. März wieder aufgenommen. Die Sitzung stand unter dem Eindruck einer mit großem Ernst vorgetragenen Erklärung von Mr. McCloy, in der er Kritik an der britischen Haltung übte, jedoch auch die im Zusammenhang mit dem Nichtverbreitungsvertrag in Deutschland geäußerten Vorwürfe gegen die Vereinigten Staaten bedauerte. Er betonte, es sei die wichtigste Aufgabe der Dreiergespräche, die atlantische Allianz mit neuem Leben zu erfüllen. Diese Aufgabe habe man in letzter Zeit aus den Augen verloren. Anstatt dessen seien Drohungen und Ankündigungen einseitiger Maßnahmen üblich geworden. Diese Drohungen und neuen Fristsetzungen seien unglücklicherweise zu einer Zeit geäußert worden, in der die neue Bundesregierung ihre Politik neu definiere. Die amerikanische Regierung sehe mit Sorge, daß innerhalb der Allianz eine Atmosphäre des Mißtrauens und nationalistischer Eigensucht um sich greife. Selbst die ernstesten innenpolitischen Probleme könnten eine solche Politik nicht rechtfertigen. Auch habe man das Gefühl, daß einzelne Allianzpartner sich mehr vom Westen als vom Osten bedroht fühlen. Es sei dringend erforderlich, daß die Allianz und die drei Regierungen zum Geist der Zusammenarbeit und der gemeinsamen Anstrengung zurückfänden. Die amerikanische Regierung lege daher Wert darauf, daß die Dreiergespräche auf der Grundlage folgender Prinzipien geführt würden:

- 1) Keine Seite sollte allein aus finanziellen Gründen Maßnahmen treffen, die die gemeinsame Sicherheit gefährden.
- 2) In dem gleichen Maße, in dem die Sicherheit ein gemeinsames Problem ist, gilt dies auch für das finanzielle Problem, das in gemeinsamer Anstrengung und im Geiste der Zusammenarbeit gelöst werden sollte.
- 3) Streitkräftestärken sollten vereinbart und nicht einseitig entschieden werden.
- 4) Alle Entscheidungen der Dreiergespräche müßten im Rahmen der NATO beraten und bestätigt werden.

McCloy betonte, daß seine Regierung die Entspannung wünsche. Sie sei sich jedoch darüber im klaren, daß das sowjetische militärische Potential in letzter

<sup>1</sup> Botschafter a. D. Duckwitz bat darum, den Drahtbericht sofort Bundeskanzler Kiesinger vorzulegen. Darüber hinaus sollte der Drahtbericht an das Bundesministerium der Verteidigung sowie an das Bundesministerium der Finanzen und das Bundesministerium für Wirtschaft weitergeleitet werden.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 74.

Zeit ständig stärker geworden sei, insbesondere auf nuklearem Gebiet. Die amerikanische Regierung habe keinerlei Illusionen über die Möglichkeiten einer Entspannung. Es sei dennoch nur natürlich, daß die beiden stärksten Nuklearmächte der Welt, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, sich Gedanken darüber machten, wie das Rüstungswettrennen angehalten werden könne. Dies bedeute keineswegs, daß die Vereinigten Staaten die atlantische Allianz durch eine Entspannung ersetzen wollen. Sie werde alle ihre Verpflichtungen gegenüber der NATO erfüllen. Präsident Johnson habe ihm bestätigt, daß die Vereinigten Staaten sich keinem Projekt verschließen würden, das auf eine Verstärkung der Zusammenarbeit in der Allianz abziele.

Thomson, der von dieser Kritik offensichtlich betroffen war, betonte in seiner Erwiderung, daß die atlantische Allianz der Eckpfeiler der britischen Verteidigungspolitik sei. Die britische Regierung wünsche durchaus Einvernehmen darüber herbeizuführen, wie die Allianz am besten bewahrt werden könne. Sie habe seit zwei Jahren ihre strategische Konzeption in der NATO vertreten. Die Zahlungsbilanzprobleme seien jedoch so dringlich, daß die britische Regierung nicht warten könne, bis die strategischen Fragen<sup>3</sup> ausdiskutiert seien. Die britische Regierung habe nicht den Wunsch, Streitkräfte abzuziehen. Sie sei jedoch darauf angewiesen, eine befriedigende Lösung des Devisenausgleichsproblems zu erreichen.

Ich habe erklärt, die Bundesregierung sei beunruhigt darüber, daß die Probleme der Sicherheit der Allianz von finanziellen Fragen überschattet würden. Es sei gefährlich, langfristig wirksame Entscheidungen von größter Tragweite für die Allianz unter dem Eindruck vorübergehender finanzieller Schwierigkeiten zu treffen. Wenn finanzielle Fragen in den Vordergrund gestellt würden, ehe das strategische Konzept der NATO geklärt sei, könnten allenfalls Übergangsregelungen erwogen werden. Das Bundeskabinett werde diese Frage in einer seiner nächsten Sitzungen erneut prüfen.<sup>4</sup> Ich müsse jedoch auf die schwierige Haushaltslage hinweisen und könne keinerlei Voraussagen über das Ergebnis dieser Prüfungen machen. Die von Mr. Thomson in Aussicht gestellten massi-

<sup>3</sup> Zu den Arbeiten der Studiengruppe zur Untersuchung der zukünftigen Aufgaben der Allianz (Harmel-Studie) vgl. Dok. 60.

<sup>4</sup> Am 10. März 1967 erstellte das Auswärtige Amt eine Kabinettsvorlage mit dem Antrag, Botschafter a. D. Duckwitz zu ermächtigen, der britischen Regierung für das bis zum März 1968 laufende Haushaltsjahr 1967 die Zahlung von 200 Mio. DM für „militärische Beschaffungen und Dienstleistungen“ anzubieten. Dieser Betrag sei zusätzlich und zweckgebunden in den Haushalt des Bundesministeriums der Verteidigung aufzunehmen. Weiterhin solle Duckwitz in die Lage versetzt werden, „200–250 Mio. DM ziviler Käufe der öffentlichen Hand in Großbritannien für den gleichen Zeitraum“ zuzusagen. Dieses Angebot müsse allerdings an die Bedingung gebunden sein, daß Großbritannien bis Ende März 1968 keine Streitkräfte aus der Bundesrepublik abzieht. Ferner müsse deutlich werden, daß über März 1968 hinaus keine Zusagen möglich seien. Vgl. VS-Bd. 1000 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

In der Sitzung des Bundeskabinetts am 15. März 1967 führte Bundeskanzler Kiesinger zur Frage eines Devisenausgleichs gegenüber Großbritannien aus: „Niemand werde verstehen, daß wir aus einem Verteidigungshaushalt von 18 Mrd. DM nicht 200 Mio. DM hätten herausholen können für eine Angelegenheit, die für unsere Sicherheit und die ganze Allianz so entscheidend sei.“ Der daraufhin von Bundesminister Strauß vorgetragene Vorschlag, einen Betrag von 200 Mio. DM „abzüglich bis dahin anfallender laufender Zahlungen für militärische Beschaffungen und Dienstleistungen am Ende des ersten Quartals 1968 nach Großbritannien“ zu überweisen, fand die Zustimmung des Bundeskabinetts. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Koch vom 30. März 1967; VS-Bd. 1000 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

von Truppenabzüge aus Deutschland würden sehr ernste Auswirkungen auf die Solidarität der NATO haben und unabsehbare Kettenreaktionen auslösen. Es sei die gemeinsame Verantwortung der drei Regierungen, dies zu verhindern.

Ich habe ferner darauf verwiesen, daß die Ergebnisse der Dreier-Gespräche in die Streitkräfteplanung der NATO eingeführt [werden] und sich im Dezember dieses Jahres in Entscheidungen der NATO niederschlagen sollten.

Unter Bezugnahme auf die Erklärung von Außenminister Brown im Unterhaus vom 28. Februar 1967<sup>5</sup> habe ich betont, daß eine ausgewogene Verminderung von Streitkräften auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs der einzig angemessene Weg zur Verminderung der Verteidigungslasten sei. In den Dreier-Gesprächen müsse unverzüglich geprüft werden, ob einseitige Truppenverminderungen im Westen nicht die Aussichten für eine derartige parallele Streitkräfteverminderung in Ost und West verschütten würden. Ferner habe ich vorgeschlagen, die Arbeitsgruppe II mit der Prüfung der Frage zu beauftragen, in welchem Zeitraum und unter welchen militärischen und technischen Bedingungen die Streitkräfte im Zentralabschnitt der NATO durch Einheiten der Vereinigten Staaten und Großbritannien verstärkt werden können. Thomson begrüßte es, daß die Bundesregierung die Frage des Devisenausgleichs erneut prüfen wolle.

II. In der anschließenden Diskussion wurden folgende Fragen behandelt:

1) Es wurde vereinbart, daß die nächste Runde der Dreier-Gespräche am 20. März 1967 in Washington stattfindet.<sup>6</sup>

2) Zu der von mir angesprochenen Frage paralleler Maßnahmen erklärte Mr. McCloy, dies sei ein nützlicher Schritt, wenn die Truppenverminderungen auf beiden Seiten militärisch ausgewogen seien. Man müsse sich darüber im klaren sein, daß eine solche ausgewogene Truppenverminderung in Ost und West nicht kurzfristig realisiert werden könne. Seine Regierung sei jedoch bereit, in eine eingehende Prüfung dieses Problems einzutreten. Thomson setzte sich ebenfalls für eine Prüfung dieser Frage in den Dreier-Gesprächen ein. Er verwies darauf, daß die britische Regierung diese Frage mit Kossygin während seines Besuchs in London<sup>7</sup> erörtert habe. Die sowjetische Reaktion sei jedoch nicht sehr aufschlußreich gewesen.

3) Der von der Arbeitsgruppe II ausgearbeitete Bericht über „imbalance“<sup>8</sup> wurde ohne Diskussion zur Kenntnis genommen und seine Weiterleitung an den Ausschuß für Verteidigungsplanung der NATO beschlossen.

4) Die Arbeitsgruppe II wurde beauftragt, die Frage der Verstärkung der NATO-Streitkräfte im Zentral-Abschnitt im Krisenfall sowie die militärischen

<sup>5</sup> Vgl. dazu Dok. 79, Anm. 3.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 109.

<sup>7</sup> Zum Aufenthalt des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 6. bis 13. Februar 1967 in London vgl. Dok. 55, Anm. 8.

<sup>8</sup> Für die vergleichende Untersuchung vom 2. März 1967 über die Land- und Luftstreitkräfte der Bundesrepublik, Großbritanniens und der USA in der Bundesrepublik vgl. VS-Bd. 996 (II A 7).

Faktoren einer parallelen Verminderung der Streitkräfte in Ost und West zu prüfen. Die Arbeitsgruppe wird am 15. März in Washington zusammentreten.<sup>9</sup>

5) Thomson trat mit besonderem Nachdruck dafür ein, daß die Arbeitsgruppe III für finanzielle Fragen unverzüglich zusammentritt, um Höhe und mögliche Formen des Devisenausgleichs zu beraten. Wir haben, unterstützt von den Amerikanern, ein derartiges Mandat der Arbeitsgruppe abgelehnt. Es wurde schließlich folgendes Mandat beschlossen, das unseren Wünschen entspricht:

„Working group III is instructed to continue its work in the light of the tripartite discussions which have been conducted since the last meeting of the group, and, having regard to the need for early decisions, to report to the next meeting of the principals on March 20.“

Die Arbeitsgruppe wird am 9. und 10. März in London und am 17. März in Washington zusammentreten.<sup>10</sup> Wir haben der britischen Seite klar gemacht, daß wir die Sitzung am 9./10. März nur annehmen, weil das britische Kabinett und die Öffentlichkeit erwarten, daß die Arbeiten auf dem finanziellen Gebiet weitergehen, daß wir aber sicher sind, in dieser Sitzung praktisch nichts beitragen zu können. Am ehesten können wir noch auf die sicher zu erwartende Frage antworten, weshalb wir jetzt mit 200 bis 250 Mio. DM zivilen Käufen rechnen statt mit der auf dem Petersberg genannten 60 Mio. DM.<sup>11</sup> Ferner wollen die Briten mehr erfahren über mögliche deutsch-britische Zusammenarbeit auf nuklearem Gebiet. Schließlich werden sie versuchen, uns Offerten für mögliche Rüstungskäufe zu machen. Über dieses Thema ist für nächste Woche eine der üblichen Routinegespräche mit dem Bundesministerium der Verteidigung vorgesehen.

III. In der Nachmittagssitzung, an der nur McCloy, Thomson und ich teilnahmen, ergaben sich keine neuen Gesichtspunkte. McCloy betonte, daß er von Präsident Johnson den ausdrücklichen Auftrag erhalten habe, zu versuchen, den toten Punkt in den deutsch-britischen Offset-Verhandlungen zu überwinden. Er begrüße es daher besonders, Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler zu erhalten.<sup>12</sup> Der Abzug auch nur eines Teils der britischen Truppen in Deutschland müsse vermieden werden. Das erfordere nicht nur die innenpolitische Lage in den Vereinigten Staaten, sondern auch die dadurch entstehende Gefährdung der europäischen Verteidigungspolitik. Thomson betonte seinerseits, daß seine Regierung nicht den Wunsch habe, einen Truppenabzug vorzunehmen. Die Zahlungsbilanzlage sei jedoch nach wie vor

<sup>9</sup> Für den Bericht der Arbeitsgruppe II vom 17. März 1967 über die Sitzung vom 15./16. März 1967 vgl. VS-Bd. 1000 (II A 7).

<sup>10</sup> Ministerialdirektor Harkort faßte am 13. März 1967 die Erörterungen vom 9./10. März 1967 dahingehend zusammen, daß die Tagung in erster Linie ein deutsch-britischer „Dialog über bereits bekannte Dinge“ gewesen sei. Seitens der britischen Regierung habe ein „überwiegend von optischen Motiven getragenes Bedürfnis“ vorgeherrscht, einen „großen Teil der in den bisherigen Verhandlungen geprüften Möglichkeiten von Beiträgen zum Devisenausgleich nochmals vor der Sitzung der Arbeitsgruppe in Washington am 17.3.1967 durchzugehen und auf ihre Ergiebigkeit für künftige Jahre zu prüfen.“ Vgl. VS-Bd. 5105 (III A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

Die für den 17. bis 19. März 1967 in Washington vorgesehene Sitzung der Arbeitsgruppe III fiel aus. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 854 des Vortragenden Legationsrats Behrends vom 14. März 1967; VS-Bd. 1000 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>11</sup> Zu den Gesprächen am 13./14. Oktober 1966 auf dem Petersberg vgl. Dok. 23, Anm. 2.

<sup>12</sup> Für das Gespräch vom 4. März 1967 vgl. Dok. 87.

so angespannt, daß der Verbleib der Truppen ohne entsprechenden Devisenausgleich nicht mehr verantwortet werden könne.

Die Dreier-Gespräche werden fortgesetzt. Die deutsche Delegation ist damit noch einmal über die Runden gekommen; ein weiteres Mal wird das nicht gelingen.

[gez.] Duckwitz

VS-Bd. 1000 (II A 7)

## 85

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Frank

I A 2-87.27/2-NV-326/67 geheim

3. März 1967<sup>1</sup>

Betr.: Auswirkungen des Nichtverbreitungsvertrages auf die Europäische Atomgemeinschaft

Bezug: Weisung von Herrn Staatssekretär Lahr vom 15.2.1967

I. Der NV-Vertrag in seiner bisherigen Fassung unter Berücksichtigung des von den Amerikanern vorgeschlagenen Artikels III<sup>2</sup> (IAEO-Kontrolle für die gesamte nukleare Tätigkeit der Nichtnuklearwaffenmächte und Verpflichtung, Kernmaterial und Ausrüstungsgegenstände nur an solche Nichtnuklearwaffenmächte zu liefern, die hierfür IAEO-Kontrollen akzeptieren) konfrontiert die Europäische Atomgemeinschaft mit folgenden Problemen:

1) Die Sicherheitskontrollen der EAG erstreckten sich bisher auf die friedliche Verwendung der Kernenergie in allen Mitgliedstaaten. Diejenigen EAG-Staaten, die dem NV-Vertrag beitreten, übernehmen die Verpflichtung, IAEO-Kontrollen zuzulassen.<sup>3</sup> Sie hätten also auf ihrem Gebiet zwei verschiedene Kontrollsysteme zu dulden, so daß gegenüber denjenigen EAG-Mitgliedstaaten, die dem Vertrag nicht beitreten (hier handelt es sich in erster Linie um Frankreich), sie sich in einer ungleichen Lage befänden. Dies könnte dazu führen, daß die Neigung der EAG-Mitglieder, EURATOM-Kontrollen zuzulassen, mit

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Baron von Stempel und von Legationsrat I. Klasse Ungerer konzipiert.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 42, Anm. 6. Zur Diskussion über den Kontrollartikel vgl. Dok. 72.

<sup>3</sup> Ministerialdirektor Diehl legte dazu am 9. März 1967 dar, daß die amerikanische Forderung, die Kontrollen der IAEO als „einheitliches weltweites, aber die Kernwaffenmächte ausschließendes“ System in einem Nichtverbreitungsabkommen festzuschreiben, in einer Rücksichtnahme auf die UdSSR begründet sei. Diese lehne Kontrollen auf ihrem Staatsgebiet grundsätzlich ab und erkenne Überwachungen durch EURATOM „wegen ihres Charakters als ‚bündnisinterne‘ Kontrollen“ nicht an. Das IAEO-Kontrollsystem sehe eine Überwachung „des Materialverbleibs durch Meldungen und Inspektionen“, die Vorlage von „Betriebsplänen, Programmen und Betriebsaufzeichnungen“ sowie eine Kontrolle „jeder militärischen Tätigkeit auf nuklearem Gebiet, auch wenn sie nicht der Waffenherstellung dient“, vor. Darüber hinaus seien „bestimmte Verfahren“ sowie „Exporte, selbst wenn sie nur der Lohnveredelung dienen“, genehmigungspflichtig. Vgl. VS-Bd. 11572 (Planungsstab); B 150, Aktenkopien 1967.

der Zeit nachläßt.<sup>4</sup> Der Vorschlag der Bundesregierung, die Beziehungen zwischen EURATOM und der IAEAO vertraglich zu regeln<sup>5</sup> mit dem Ziel, die EURATOM-Kontrollen als gleichwertige Kontrollen durch die IAEAO anerkannt zu bekommen, erhält durch den NV-Vertrag eine noch größere Bedeutung.

2) Wenn nicht alle EAG-Mitgliedstaaten den NV-Vertrag unterschreiben, würde der durch den EAG-Vertrag<sup>6</sup> geschaffene gemeinsame Markt auf dem Kernenergiegebiet in Teilmärkte aufgesplittet werden. Den Unterzeichnerstaaten des NV-Vertrages wäre es nicht erlaubt, Kernmaterial und Ausrüstungsgegenstände an einen EAG-Staat zu liefern, der den NV-Vertrag nicht unterzeichnet und keine IAEAO-Kontrollen zuläßt. In diesem Fall würden die EAG-Mitgliedstaaten, die den NV-Vertrag unterzeichnen und IAEAO-Kontrollen übernehmen, sowohl gegen den EAG-Vertrag als auch gegen den EWG-Vertrag<sup>7</sup> (wegen der nicht-nuklearen Ausrüstungsgegenstände) verstoßen.

Das Folgerecht der IAEAO-Kontrollen würde die Zersplitterung des gemeinsamen Kernenergiemarktes mit sich bringen, falls Frankreich sich als Nuklearwaffenmacht weigert, IAEAO-Kontrollen auf seinem Gebiet zuzulassen.

3) Die bilaterale Zusammenarbeit zwischen solchen Mitgliedstaaten, die dem Vertrag beitreten, und anderen, die ihm nicht beitreten, würde – was die Lieferung von Kernmaterial und Ausrüstungsgegenständen betrifft – außerordentlich erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Auch die gemeinschaftseigene Forschungstätigkeit der Gemeinschaft würde negativ beeinflusst. Die gemeinsame Erstellung von Forschungsstätten würde sehr erschwert. Bei der EURATOM-Kommission könnte die Tendenz entstehen, einen Teil der gemeinschaftseigenen Forschungsarbeiten nach Frankreich zu verlegen, weil sie dort der IAEAO-Kontrolle entzogen wären.

4) Auch der Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten würde beeinträchtigt. Ein EAG-Mitgliedstaat, der keinen IAEAO-Kontrollen unterliegt, könnte zögern, den Informationsaustausch mit solchen Mitgliedstaaten, die IAEAO-Kontrollen unterliegen, aufrechtzuerhalten oder gar zu intensivieren, weil er [die] Preisgabe von Fabrikationsgeheimnissen durch die IAEAO-Inspektoren befürchtet.<sup>8</sup>

<sup>4</sup> Zu den unterschiedlichen Kontrollformen von EURATOM und IAEAO vgl. die synoptische Aufzeichnung des Referats I A 2 vom 19. Februar 1967: „Vergleich der Struktur und Organisation von EURATOM und IAEAO im Hinblick auf die im NV-Vertrag erwogenen Sicherheitskontrollen“; VS-Bd. 2462 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Frank vom 22. November 1966; AAPD 1966, II, Dok. 376.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des EURATOM-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 1014–1155.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1967 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1013.

<sup>8</sup> Am 17. Februar 1967 legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Haedrich dar, daß die IAEAO im Rahmen ihrer Kontrolltätigkeit „Einblick in alle Pläne, Programme, Betriebsabläufe, besondere Vorfälle im Betrieb und Materialbewegungen“ erhalten würde. Ihre Inspektoren seien nur „in begrenztem Maße ablehnbar“; selbst Angehörige von Ostblock-Staaten könnten nicht mit der Begründung zurückgewiesen werden, „daß ihr Entsendestaat sich nicht den Kontrollen unterwirft“. Es bestehe folglich die Gefahr, daß sie in „die wesentlichen Betriebsgeheimnisse einschließlich des wertvollen internationalen ‚know how‘“ einer Nuklearanlage Einblick erhielten. Vgl. VS-Bd. 2516 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

5) Die EURATOM-Kontrolle wird von den dem NV-Vertrag beitretenden EAG-Staaten als lästige und überflüssige Doppelkontrolle angesehen werden; es muß daher mit einer Tendenz zur Abschaffung dieser Kontrolle gerechnet werden.

Da die EURATOM-Kontrolle ein wesentliches Element der EAG darstellt, wäre bei Wegfall ihrer Bedeutung und Notwendigkeit eine Schwächung der Gemeinschaft unvermeidlich. Die im EAG-Vertrag verankerte Eigentumsregelung an Kernbrennstoffen sowie die Kanalisierung der Brennstoffversorgung über die EURATOM-Versorgungsagentur wäre dann ihres eigentlichen Sinns beraubt. Weiterhin würde es der Kommission schwerfallen, in Abkommen mit Drittländern günstigere Bedingungen als die einzelnen Mitgliedstaaten auszuhandeln. (Die bisherigen Abkommen der Gemeinschaft mit Drittländern zeichneten sich gegenüber den bilateralen Abkommen dadurch aus, daß die Kontrollbedingungen günstiger und die Plafonds für Plutonium- und Uran 235-Lieferungen höher waren). Die ohnehin vorhandenen Tendenzen der Mitgliedstaaten, ihre Außenbeziehungen und die Brennstoffversorgung in eigene Hände zu nehmen, könnten dann nicht mehr aufgehalten werden. Zusammen mit den durch den NV-Vertrag auftretenden Hemmnissen für den Informationsaustausch und die gemeinsame Forschungstätigkeit würde dies ausreichen, um EURATOM auf die Bedeutung einer intergouvernementalen Organisation, wie sie die Kernaгентur der OECD darstellt, herabdrücken. Ob die Mitgliedstaaten der EAG es dann vorziehen würden, EURATOM ganz fallenzulassen und lieber im weiteren Rahmen der OECD-Kernaгентur zusammenzuarbeiten, muß dahingestellt bleiben.

6) Zu den sachlichen Bedenken treten rechtliche: Nach Art. 192, Abs. 2 des EAG-Vertrages<sup>9</sup> unterlassen die Mitgliedstaaten alle Maßnahmen, welche die Verwirklichung der Ziele des Vertrages gefährden. Nach Art. 103 des Vertrages<sup>10</sup> können die Mitgliedstaaten Abkommen mit dritten Staaten oder zwischenstaatlichen Einrichtungen erst dann schließen, wenn die Kommission keine Bedenken gegen die Abkommensentwürfe erhoben hat, wenn die Bedenken der Kommission zerstreut wurden oder wenn der europäische Gerichtshof auf Antrag die Vereinbarkeit der beabsichtigten Abkommensbestimmungen mit den Vorschriften des EAG-Vertrages bestätigt hat.

Die unter 2)–5) gemachten Ausführungen lassen den Schluß zu, die Unterzeichnung des NV-Vertrages in seiner gegenwärtigen Fassung stelle eine Maßnahme dar, welche die Verwirklichung der Ziele des EAG-Vertrages gefährdet. Dessen ungeachtet läßt der Art. 192, Abs. 2 EAGV eine weite Auslegung zu, so daß nicht sicher ist, daß diese Auffassung auch von anderen Mitgliedstaaten

<sup>9</sup> Artikel 192, Absatz 2 des EURATOM-Vertrags vom 25. März 1957 besagte zu den Pflichten der Mitgliedstaaten: „Sie unterlassen alle Maßnahmen, welche die Verwirklichung der Ziele dieses Vertrags gefährden könnten.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 1114.

<sup>10</sup> Artikel 103 des EURATOM-Vertrags vom 25. März 1957 (Auszug): „Die Mitgliedstaaten haben der Kommission ihre Entwürfe von Abkommen und Vereinbarungen mit einem dritten Staat, einer zwischenstaatlichen Einrichtung oder einem Angehörigen eines dritten Staates mitzuteilen, soweit diese Abkommen und Vereinbarungen den Anwendungsbereich dieses Vertrags berühren. Enthält der Entwurf Bestimmungen, welche die Anwendung dieses Vertrags beeinträchtigen, so gibt die Kommission dem betreffenden Mitgliedstaat innerhalb eines Monats nach Eingang der an sie gerichteten Mitteilung ihre Einwendungen bekannt. Der Staat kann das beabsichtigte Abkommen oder die beabsichtigte Vereinbarung erst schließen, wenn er die Bedenken der Kommission beseitigt hat“. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 1076.

geteilt wird. Es muß sogar angenommen werden, daß Frankreich, die Niederlande und Belgien anderer Ansicht sind.

Eindeutiger ist die aus Art. 103 EAGV resultierende Verpflichtung, der Kommission den Vertragsentwurf mitzuteilen. Ob die Kommission in Weiterung ihres an den Ministerrat gerichteten Vermerks vom 10. Februar 1967<sup>11</sup> formelle Bedenken gegen die Unterzeichnung des NV-Vertrags durch die Mitgliedstaaten vorbringen würde, ist zweifelhaft.

II. Für die deutsche Haltung zum NV-Vertrag ergibt sich aus Vorstehendem eine Reihe von Folgerungen:

1) Die deutsche Regierung sollte den Vertrag erst unterschreiben, nachdem das Verfahren nach Art. 103 EAGV abgeschlossen ist, da der NV-Vertrag ohne Zweifel den EAG-Vertrag beeinträchtigt.

2) Wir sollten darauf hinwirken, daß die Mitgliedstaaten der EAG und die EURATOM-Kommission eine einheitliche Haltung zum NV-Vertrag, insbesondere aber zu dem amerikanischen Vorschlag für einen Art. III einnehmen.

3) Ziel einer gemeinsamen Politik der 6 – oder zumindest der 5 Nichtnuklearmächte – müßte der Wegfall des Art. III oder seine Umwandlung in eine Absichtserklärung sein, unter gleichzeitiger Fortsetzung der im November 1966 von uns vorgeschlagenen Politik, durch ein Zusammenarbeitsabkommen zwischen IEAO und EURATOM zu einer Anerkennung des EURATOM-Kontrollsystems durch die IEAO zu kommen.

Hierbei könnte ggf. der von der amerikanischen Regierung vorgebrachte Gedanke aufgegriffen werden, die IEAO in den Stand zu setzen, die Wirksamkeit der EURATOM-Kontrollen zu überprüfen.<sup>12</sup> Allerdings sollte ein unmittelbares und generelles Inspektionsrecht der IEAO im EURATOM-Bereich ausgeschlossen bleiben. Die Überprüfung der Wirksamkeit müßte sich auf das EURATOM-Kontrollsystem beschränken, sollte auf der Grundlage der Gegenseitigkeit erfolgen (Überprüfung der Wirksamkeit der IEAO-Kontrollen bei der Ausfuhr von Kernmaterial aus dem EURATOM-Bereich) und wäre in Form regelmäßiger Konsultationen zwischen dem IEAO-Generalsekretariat und der EURATOM-Kommission vorzunehmen.<sup>13</sup>

<sup>11</sup> Die EURATOM-Kommission vertrat die Ansicht, daß die Unterzeichnung eines Nichtverbreitungsabkommens mit dem vorgeschlagenen Artikel III durch die EURATOM-Mitgliedstaaten deren Beziehungen zu den Lieferanten nuklearer Brennstoffe auf eine veränderte Basis stellen würde und diese Veränderung in die bestehenden Abkommen mit den USA, Großbritannien und Kanada Eingang finden müßte. Sollten nur einige der EURATOM-Mitgliedstaaten das Nichtverbreitungsabkommen unterzeichnen, so würde eine Situation entstehen, „qui ferait obstacle à l'application du Traité d'EURATOM“. Vgl. VS-Bd. 2516 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>12</sup> Im amerikanischen Aide-mémoire vom 31. Januar 1967 wurde dargelegt, daß innerhalb einer Übergangsperiode zwischen EURATOM und IEAO vereinbart werden sollte, in welcher Form die IEAO „Sicherheitskontrollen in Nichtkernwaffenstaaten der EAG“ durchführen werde: „Diese Verfahren könnten neben parallelen oder gemeinsamen Inspektionen auch eine Überprüfung der Wirksamkeit des EURATOM-Kontrollsystems beinhalten.“ Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Ungerer vom 20. Februar 1967; VS-Bd. 2464 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>13</sup> Ministerialdirektor Diehl schlug am 9. März 1967 als Verhandlungsziel der Bundesregierung vor, daß das Kontrollsystem auf eine Überwachung des Materialverbleibs beschränkt und eine Methode der „automatischen (Apparate-) Kontrolle“ aufgebaut werden sollte. Zudem sollte sich das Kontrollsystem auf die friedliche Nutzung der Kernenergie in allen Unterzeichnerstaaten des Nichtverbreitungsabkommens erstrecken. Vgl. VS-Bd. 11572 (Planungsstab); B 150, Aktenkopien 1967.



Wenn dies gegenüber den Amerikanern nicht durchsetzbar wäre, könnte erwogen werden, der IAEO die Möglichkeit einzuräumen, sich stichprobenartig durch Begleitung von EURATOM-Inspektoren davon zu überzeugen, daß die EURATOM-Inspektionen dem Kontrollsystem gemäß durchgeführt werden.

D II<sup>14</sup> hat Durchdruck erhalten.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>15</sup> vorgelegt.

Frank

VS-Bd. 2516 (I A 2)

## 86

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Jung

II A 1-80.00-702/67 VS-vertraulich

3. März 1967<sup>1</sup>

Betr.: Diskussion über Deutschlandpolitik am 27.2.1967, 17.00–19.00 Uhr

An der Diskussion nahmen in Abwesenheit von LPL<sup>2</sup> und Dg II A<sup>3</sup> teil: D V<sup>4</sup>, Herr Bahr, Dg I A<sup>5</sup>, Ref[eratsleiter] V 1<sup>6</sup>, Ref[eratsleiter] II A 1<sup>7</sup>.

I. Die Diskussion ging aus von den von Herrn Blomeyer übermittelten Aufzeichnungen über die Neuformulierung unserer Deutschlandpolitik im multilateralen Bereich (27.2.1967)<sup>8</sup> und über die Frage der Anerkennung der sog. „DDR“ durch die Bundesrepublik Deutschland vom 26.2.1959<sup>9</sup>. Nach diesen

<sup>14</sup> Ministerialdirektor Ruete.

<sup>15</sup> Hat Staatssekretär Lahr am 5. März 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte mit der Aufzeichnung des VLR I Röding vergleichen.“ Dazu bemerkte Legationsrat York von Wartenburg am 8. März 1967 handschriftlich: „Nach Rücksprache mit Herrn St[aa]ts[S]ekretär II ist nachstehende Weisung überholt.“

<sup>1</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Jung verfügte am 3. März 1967 die Weiterleitung einer Ausfertigung der Aufzeichnung an Legationsrat von der Gablentz und vermerkte handschriftlich: „Es könnte sein, daß sich Herr Blomeyer in meiner Abwesenheit an Sie wendet.“

Hat von der Gablentz am 20. März 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herr Blomeyer hat die Sache bisher nicht aufgegriffen.“

<sup>2</sup> Günter Diehl.

<sup>3</sup> Ulrich Sahn.

<sup>4</sup> Rudolf Thierfelder.

<sup>5</sup> Paul Frank.

<sup>6</sup> Horst Blomeyer-Bartenstein.

<sup>7</sup> Ernst Jung.

<sup>8</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Blomeyer-Bartenstein legte dar, daß die vom Planungsstab „erörterte Ausdehnung der Beitrittsmöglichkeiten zu multilateralen Verträgen und internationalen Organisationen auf ‚Gebiete‘ von zweifelhaftem Wert“ sei. Dagegen sei die vorgeschlagene „Möglichkeit der Trennung von Alleinvertretung und Alleinpräsenz unter völkerrechtlichen Gesichtspunkten praktikabel“. Vgl. VS-Bd. 4125 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Der damalige Konsul I. Klasse Blomeyer-Bartenstein führte aus, daß die Bundesrepublik durch das gegenüber der DDR aufrechterhaltene „Nichtanerkennungsdogma in eine taktisch schlechte Lage in der Auseinandersetzung mit dem Ostzonenregime geraten“ und ständig „Erpressungs-

Gedankengängen gesteht man der Zone im wesentlichen zu, im nicht-politischen multilateralen Bereich als Völkerrechtssubjekt – aber ohne die Eigenschaften eines souveränen Staates – mitzuwirken. Damit könnte auf diesem Gebiet eine Unterscheidung zwischen unserem Alleinvertretungsanspruch und unserer Alleinpräsenz praktisch erreicht werden. Es müßte aber vermieden werden, daß die Zone in den politischen Bereich (insbesondere in die VN) aufgenommen wird. Die internationale Welt müßte an zwei verschiedene Typen von Mitgliedern der Völkerrechtsgemeinschaft gewöhnt werden.

Herr Bahr legte Wert darauf, daß die Definition haltbar und für den Mann auf der Straße verständlich sein müsse. Wenn wir jetzt sagten, die Zone sei kein Staat, sondern etwas anderes, ohne dafür ein gängigeres Bild zu finden, dann kämen wir in Schwierigkeiten. Warum solle man die Zone nicht als Staat durchgehen lassen, wenn auch nur als einen ohne Legitimität? Die Anerkennung der Zone als unser Verhandlungspartner sei letzten Endes unumgänglich, sei es auch nur, um zu einer beide deutsche Teile umgreifenden Konstruktion zu gelangen, die keine Souveränität Ostberlins erlaube. Das Nichtverbreitungsabkommen (insbesondere die Frage der Mitgliedschaft Ostberlins in der IAEO) und das Problem eines europäischen Sicherheitssystems würden die Zone unweigerlich wieder als Partner ins Gespräch bringen. Die Formel von Brandt/Wehner (der Zone fehle die demokratische Legitimation und sie könne von uns nicht als Ausland betrachtet werden), sei nur eine politische Faustregel. – Eine Schwierigkeit besonderer Art sei es, eine Bindung Ostberlins hinsichtlich der Unabhängigkeit Berlins und der Unantastbarkeit seiner Zugangswege zu erreichen.

II. Die Diskussion ging sodann auf eine andere Ebene über, nachdem Dg I A die Frage aufgeworfen hatte, ob denn durch die Abhaltung innerdeutscher Gespräche auf höherer Ebene, durch die Zubilligung einer beschränkten Geschäftsfähigkeit für die Zone<sup>10</sup> und durch die Zulassung der Zone zur internationalen technischen Zusammenarbeit unsere Wiedervereinigungspolitik überhaupt gefördert werden könne. Herr Bahr führte aus, daß dem alten Konzept der „Wiedervereinigung durch Anschluß“ das neue Konzept „Wiedervereinigung durch Umarmung“ entgegengestellt werden müsse („die Dogmatiker in Ostberlin sollen sich nicht mehr halten können“). Eine Änderung der

*Fortsetzung Fußnote von Seite 393*

versuchen im Hinblick auf eine Anerkennung ausgesetzt“ sei. Gerade im Verhältnis zu dritten Staaten, auf die zum Teil Druck ausgeübt werden müsse, um sie von einer Anerkennung der DDR abzuhalten, führe dies zu „politischen Schwierigkeiten“. Diese Inanspruchnahme „politischen Kapitals“ werde auf Dauer nicht möglich sein, „denn die Tatsache, daß in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands eine Gebietskörperschaft von 17 Millionen Menschen besteht [...], läßt sich je länger desto weniger hinwegfingieren“. Nach einer Überprüfung rechtlicher Gesichtspunkte befürwortete Blomeyer-Bartenstein, „der Sowjetzone die Qualität eines deutschen Landes“ und damit eine, „freilich durch die Zuständigkeit des Gesamtstaates eingeschränkte, eigene Völkerrechtspersönlichkeit“ zuzuerkennen. Die „Regierung der sowjetisch besetzten Zone“ müsse folglich als „de facto-Regierung“ gelten, mit der die Bundesregierung „ohne allzu große Schwierigkeiten“ verkehren und an deren Sitz sie sogar einen Bevollmächtigten entsenden könne. Auch andere westliche Staaten könnten unter dem Vorbehalt, daß es sich um ein Land Deutschlands handle, in der DDR Gesandtschaften errichten. Vgl. VS-Bd. 4125 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1959.

<sup>10</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des Ministerialdirektors Diehl vom 11. November 1966 bzw. 14. Februar 1967 über eine „sachlich beschränkte und zeitlich bis zur Wiedervereinigung begrenzte Geschäftsfähigkeit“ der DDR; Dok. 46, Anm. 3.

Deutschlandpolitik sei nur durch eine weitere Entwicklung der Entspannungspolitik möglich.

Im Verlauf der Diskussion kam mehrfach zum Ausdruck, daß die bisherige Deutschlandpolitik nicht mehr „in die Landschaft passe“. Es erhob sich die Frage, ob wir die noch vorhandenen Trümpfe (noch bestehende Abschreckung vor weiterer Aufwertung oder Anerkennung, Zurückhaltung unserer Freunde bei Kontakten, TTD-System, Nichtzulassung der Zone im nichtstaatlichen Raum (Sport, Kunst, Wissenschaft), noch bestehende Handelsrestriktionen, Bezeichnung der Zone) nicht auswerten sollten, statt sie ohne Gegenleistung über Bord zu werfen. Die Gegenfrage erhob sich, auf welchem Weg wir zu einer Auswertung der Trümpfe kommen könnten (Berlin?). Auch wurde eingewandt, daß eine Verwertung der Trümpfe mit einer auf unsere derzeitige Interessenlage abgestimmten Deutschlandpolitik nicht leicht zu koppeln sei. Fortschritte könnten nur eintreten, wenn das Ostberliner Regime seinen „stalinistischen Anker“ kappe und sich daraufhin anpassen müsse. Der Fall Jugoslawiens sei beispielhaft. Deshalb müßten wir eigentlich – wenn wir keine weitere Rücksicht zu nehmen brauchten – als erstes mit diesem Land unsere Beziehungen verbessern.

Es wurde die Frage gestellt, wie die derzeitige Verhärtung des Ostberliner Regimes gegenüber Kontaktversuchen zu erklären sei. Herr Bahr meinte, die Reaktion Ostberlins auf unsere Osteuropa- und Kontaktpolitik sei zunächst Torschlußpanik gewesen, sodann habe ein kühl berechnetes Wettlaufdenken um sich gegriffen, bei dem es darum gehe, wer wen zunächst isoliere: Ostberlin uns durch erfolgreiche Fortführung der separatistischen Politik, oder wir Ostberlin, indem wir es innerhalb des Ostblocks zu einem zur Anpassung verurteilten Gebiet machten.

III. Die Diskussion konzentrierte sich schließlich auf folgende Erwägungen: Für Herrn Bahr ist der Plan einer Zulassung der SBZ zur internationalen technischen Zusammenarbeit nur ein Übergangsproblem, das aber heute innenpolitisch „verkraftbar“ sei. Die Übergangslösung werde ein solches Eigengewicht entwickeln, daß sie notwendigerweise zu neuen, wichtigeren Konstellationen führen müsse. Allerdings müsse man die Grenzen kennen, an denen man den Prozeß noch aufhalten könne. D V wiederholte seinen Gedanken, daß man sich bei einer Neuformulierung der Deutschlandpolitik zunächst an den Zielen orientieren müsse und erst dann eine theoretische Untermauerung zu suchen habe, die innenpolitisch akzeptabel sei. Das von LPL und Referatsleiter V 1 skizzierte Projekt wurde demgemäß als ein Instrument unserer Deutschlandpolitik, als der Eröffnungszug einer neuen Partie bezeichnet.

Man kam zu dem Ergebnis, daß ein Papier für den Herrn Minister ausgearbeitet werden solle (etwa bis Mitte März)<sup>11</sup>, der die Angelegenheit dann mit Bundesminister Wehner und anschließend mit Bundesminister Schiller besprechen müsse (BMWi deshalb, weil sich die Zone in einer Wirtschaftsstrukturkrise befinde und ihre Monopolstellung in Osteuropa zu verlieren im Begriff sei). Am Schluß müsse der Plan mit dem Bundeskanzler besprochen und dann als Vor-

<sup>11</sup> Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Diehl vom 17. März 1967 vgl. Dok. 105.

lage im Kabinett erörtert werden. Bei allem werde auch die Berlinfrage eine große Rolle spielen.

Das Papier sollte folgende pragmatische Gliederung enthalten:

- 1) Eine Zusammenstellung bekannter Äußerungen der Regierung und ihrer Mitglieder mit erkennbaren Zielrichtungen zur Deutschlandpolitik.
- 2) Die sich anbietenden Instrumente für die Verstärkung innerdeutscher und internationaler Kontakte der Zone.
- 3) Die Folgen, die sich hieraus für unsere Deutschlandpolitik ergäben, insbesondere wie unser Alleinvertretungsanspruch evtl. neu zu definieren sei.

Herr Bahr wird noch schriftlich präzisieren, wie er sich den Aufbau der Aufzeichnung denkt. Es bestand Übereinstimmung, daß die Aufzeichnung vom Planungsstab vorbereitet werden solle und daß dazu Ref[eratsleiter] V 1 und II A 1 Herrn Diehl nach seiner Krankheit über das Ergebnis der Diskussion vom 27.2.1967 unterrichten sollten.

E. F. Jung

VS-Bd. 4125 (II A 1)

## 87

### Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem amerikanischen Sonderbeauftragten McCloy in Stuttgart

Z A 5-39.A/67 geheim

4. März 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler empfing am 4. März 1967 um 16.30 Uhr in Stuttgart den Sonderbeauftragten des amerikanischen Präsidenten, Herrn John McCloy, und den amerikanischen Botschafter, Herrn George McGhee, zu einem Gespräch, an dem von deutscher Seite Herr Neusel teilnahm.

*McCloy* führte aus, er wisse kaum, wo er beginnen solle, so viel sei er in der letzten Zeit zwischen New York, Washington und London hin- und hergereist. Vor den Dreiergesprächen in London habe die amerikanische Regierung unter starkem politischen Druck in Washington gestanden.

Er (*McCloy*) habe zwei lange Unterredungen mit dem amerikanischen Präsidenten geführt, davon die eine bei einem Frühstück im Weißen Haus, an dem führende Persönlichkeiten der Republikaner und der Demokraten, wie Mansfield, Russell und andere teilnahmen, und die andere zusammen mit dem Außenminister und dem Verteidigungsminister.<sup>2</sup> Dabei sei es um die Stationie-

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Feldweg am 8. März 1967 gefertigt. Für einen amerikanischen Drahtbericht über dieses Gespräch vgl. FRUS 1964–1968, XIII, S. 538–545.

<sup>2</sup> Ein Gespräch des Sonderbeauftragten McCloy mit Präsident Johnson, Außenminister Rusk und Verteidigungsminister McNamara über eine Rotation amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik fand am 24. Februar 1967 statt. Vgl. dazu FRUS 1964–1968, XIII, S. 534–536.

rung der US-Streitkräfte in Deutschland gegangen, und es habe sich starker Widerstand gegen die Beibehaltung des Status quo gezeigt.

Dann habe er (McCloy) sich auf die Bitte des Präsidenten zum Kongreß begeben, um dort auf dem „Hügel“ führenden Persönlichkeiten des Senats und des Repräsentantenhauses, wie zum Beispiel Senator Fulbright, dem Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Senats, ferner dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses<sup>3</sup> und dem Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses<sup>4</sup>, weitere Erläuterungen zu geben.

Währenddessen sei der Bericht über die Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers vor dem Verein Unionspresse<sup>5</sup>, und zwar zunächst in der ersten, ungünstigen Form, eingetroffen.

Der Präsident habe nach Kenntnisnahme der ursprünglichen harten Version, ihn (McCloy) aufgefordert, nach Deutschland zu reisen, um, wie der Präsident sagte, seinem Freund, dem Herrn Bundeskanzler, zu sagen, wie verflixt schwierig die Lage für ihn werde, wenn die Regierungschefs anfangen, sich gegenseitig zu kritisieren. Ihn „jucke es“ (he felt the itch) auch bisweilen, die Gaulle zu kritisieren, doch beherrsche er sich. Wenn die Regierungschefs zumindest der wichtigen Länder, wie Britannien, Vereinigte Staaten und Deutschland, sich der gegenseitigen öffentlichen Kritik enthielten, so komme man besser miteinander aus. Er sei über die Äußerung von der „atomaren Komplizenschaft“ verärgert gewesen, denn er mache nichts hinter dem Rücken seiner Freunde. Man dürfe ihm, Johnson, sicher nicht vorwerfen, er wolle die NATO zugunsten einer Entspannung mit der Sowjetunion opfern, denn er wolle im Gegenteil die NATO mit neuem Leben erfüllen, um die Schwächung durch Frankreich auszugleichen.

Der Präsident habe ihm (McCloy) ferner gesagt, er versuche, die gegenwärtige Linie zu halten und allen Tendenzen entgegenzuwirken, die auf einen Rückzug von Truppen aus der NATO gerichtet seien. Um kämpfen zu können, brauche er jedoch Bewegungsfreiheit (fighting room), denn die Gefühle im Kongreß seien sehr stark für eine Reduzierung der Streitkräfte. Er wisse, was es bedeute, mit Gefühlen kämpfen zu müssen. Führende Persönlichkeiten vertreten nun einmal diese Auffassung, denn sie glaubten nicht mehr an die NATO, und zwar aus einer Kombination von Motiven heraus, einmal weil die Franzosen sich zurückgezogen hätten<sup>6</sup>, zum anderen, weil wir, die Amerikaner, sowieso schon mehr als unseren Teil beitrügen und schließlich wieder andere, weil sie einfach Isolationisten seien.

<sup>3</sup> Richard B. Russell.

<sup>4</sup> Thomas E. Morgan.

<sup>5</sup> Zur Erklärung vom 27. Februar 1967 vgl. Dok. 78, Anm. 3.

In den USA erreichte die Bemerkung des Bundeskanzlers Kiesinger Aufsehen, daß hinsichtlich des angestrebten Nichtverbreitungsabkommens eine „atomare Komplizenschaft“ zwischen den Kernwaffenmächten bestehe. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 498 und 508 des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 28. Februar bzw. 1. März 1967; Referat II B 1, Bd. 784.

<sup>6</sup> Zum Ausscheiden der französischen Truppen aus der militärischen NATO-Integration am 1. Juli 1966 vgl. Dok. 7, Anm. 9.

Er (der Präsident) brauche Unterstützung, und dann sei er auch bereit zu kämpfen. Ferner habe der Präsident ausgeführt, wenn die anderen eine Karte auf den Tisch legten, dann habe er immer noch einen stärkeren Trumpf, und er werde länger im Spiel bleiben. Er sei bereit, mit seinen Vorstellungen von der Zusammenarbeit in der NATO weiter zu gehen als alle anderen. Es gebe jedoch keine Grundlage für eine Kritik an den Vereinigten Staaten, denn sie hätten innerhalb des Bündnisses die nukleare Abschreckung, sie hätten 350 Tausend Soldaten in Deutschland stationiert, seien fest an die NATO gebunden und unterhielten im Mittelmeer eine starke Flotte. Das seien Symbole der Stärke der Vereinigten Staaten und ebenso ihrer Bereitschaft, ihren Beitrag zu leisten.

Es dürfe jetzt nichts geschehen, was das Bündnis gefährden könnte, denn die NATO sei schon aufgrund der wachsenden Kritik an der amerikanischen Politik einer Entspannung mit der Sowjetunion in Gefahr. Außenminister Rusk habe dazu ergänzt, die Alliierten träten sich schon gegenseitig auf die Füße, weil jeder beim Truppenabzug der erste sein wolle. Die Vereinigten Staaten aber wollten die letzten sein.

Der Präsident habe ihn (McCloy) beauftragt, dem Herrn Bundeskanzler zu sagen, daß er (der Präsident) Gefahr laufe, die politische Kontrolle zu verlieren, wenn der gegenwärtige Zustand anhalte. An die Stelle einseitiger Aktionen müßten wieder multilaterale Absprachen treten. Nicht mehr die finanziellen und budgetären Voraussetzungen dürften bestimmend sein, sondern die strategischen Notwendigkeiten müßten wieder die breite Basis innerhalb der NATO bilden. Das habe der Präsident besonders betont.

Dem Präsidenten sei besonders daran gelegen, daß er (McCloy) dem Herrn Bundeskanzler sage, er – ebenso wie wir alle – habe schwere politische Probleme zu Hause. Die Briten hätten zwar in dieser Frage die akutesten Probleme, wie sich aus der Tatsache ergebe, daß Wilson Leute aus seiner eigenen Partei habe zurechtweisen müssen, was außergewöhnlich sei. Natürlich habe auch der Herr Bundeskanzler seine politischen Probleme, aber, wie der Präsident betonte, wir hätten alle unsere Probleme. Doch könne er, der Herr Bundeskanzler, sicher sein, daß die Vereinigten Staaten bereit seien, so weit wie alle anderen zu gehen, wenn nicht noch weiter. Das habe allerdings der Präsident gesagt, solange er den zweiten Bericht von den Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers noch nicht gesehen habe.

Der Botschafter ergänzte dazu, danach habe der Präsident noch weitere Berichte mit Klarstellungen von der amerikanischen Botschaft erhalten, einschließlich einer Zusammenfassung über die Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers anläßlich des Frühstücks für Generalsekretär Brosio.<sup>7</sup>

Der Sonderbeauftragte fuhr fort, der Herr Bundeskanzler habe wiederholt gesagt, wir sprächen nur noch über strittige Dinge, doch habe man mit Außenminister Brandt erst in jüngster Zeit einen guten Austausch gehabt<sup>8</sup>, der allgemeine Grundfragen betraf. Mit ihm habe man sich insbesondere über die neuere deutsche Ostpolitik unterhalten, in geringerem Ausmaß auch über die

<sup>7</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit NATO-Generalsekretär Brosio am 2. März 1967 vgl. Dok. 78.

<sup>8</sup> Zum Besuch des Bundesministers Brandt vom 7. bis 11. Februar 1967 in den USA vgl. Dok. 48.

Dreiergespräche, und ferner auch über den Nichtverbreitungsvertrag. Auch bisher schon habe man viele Besuche von den Deutschen bekommen. Alle sechs Monate sei Bundeskanzler Erhard oder sonst ein Mitglied aus der Regierung in Washington gewesen, und man habe mit den Deutschen mehr Konsultationen geführt als mit den Briten oder irgendeiner anderen Nation. Er (der Präsident) verstehe gerade nach dem Brandt-Besuch nicht, warum die Politik der Vereinigten Staaten kritisiert werde.

Er (McCloy) wolle später noch kurz auf den Nichtverbreitungsvertrag und insbesondere auch auf die Dreiergespräche zurückkommen, denn dabei sei eine Zusammenarbeit besonders wichtig, um das Problem der Stationierung der Streitkräfte lösen zu können.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er habe nicht die Regierung der Vereinigten Staaten kritisiert, sondern gesagt, wir konzentrierten uns nur noch auf strittige Fragen. Als er von der „Komplizenschaft“ gesprochen habe, habe er dies mit einem Lächeln gesagt, und er habe fortgefahren, sie ergebe sich aus der gemeinsamen nuklearen Verantwortung der beiden Mächte.

Zu Anfang habe es nur den West/Ost-Antagonismus und die NATO gegeben, aber jetzt sei noch ein drittes Problem dazu gekommen: Es habe sich daraus entwickelt, daß die beiden Mächte die Hauptatommächte seien. Er habe sie nicht angeklagt und von der „Komplizenschaft“ habe er nur scherzweise gesprochen.

Hinsichtlich der Konsultationen über den Nichtverbreitungsvertrag glaube er, der Herr Bundeskanzler, sie hätten früher beginnen können und nicht erst in den letzten Phasen der Entwicklung. Doch sei natürlich die Bundesregierung vorher gewarnt worden, daß so etwas kommen könne. Sie habe jedoch nichts getan, sondern sich das nur angehört, wie er aus den Protokollen entnommen habe. Wenn hier Fehler gemacht worden seien, dann auf beiden Seiten, und er wolle niemanden anklagen.

Der *Sonderbeauftragte* antwortete, er sei Vorsitzender des Ausschusses, der Präsident Johnson und Außenminister Rusk berate, und auch Vorsitzender der Abrüstungsbehörde, die sich mit der Abrüstung und mit der Rüstungsbeschränkung befasse<sup>9</sup>. Daher habe er viel mit dem Teststoppabkommen<sup>10</sup>, dem Nichtverbreitungsvertrag usw. zu tun.

Er habe dem Außenminister und auch Mr. Foster gesagt, man solle vorsichtig sein und man solle sich nicht festlegen, bevor man mit den davon besonders betroffenen Deutschen gesprochen habe. Man habe schon lange von der Nichtverbreitung gesprochen, habe aber zuerst herausfinden müssen, ob man mit den Sowjets zu irgendwelchen größeren Fortschritten kommen könne. Daher habe man mit ihnen Kontakte aufgenommen. Von diesen Kontakten habe man die Deutschen aber informiert. Man habe zunächst feststellen müssen, ob die Sowjets an der Substanz interessiert seien. Vielleicht habe man allerdings die Deutschen nicht früh genug informiert. Er wolle zwar jetzt nicht von dem Nichtverbreitungsvertrag an sich sprechen, sondern nur darüber, wie sich die-

<sup>9</sup> John J. McCloy war 1961/62 Vorsitzender der Arms Control and Disarmament Agency.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.

ser auf das Bündnis auswirke; die Auffassung aber, die Amerikaner wollten ein neues Sicherheitssystem an die Stelle der NATO setzen, sei hundertprozentig falsch.

Der Präsident habe sich über Adenauers Äußerung, der Nichtverbreitungsvertrag sei ein Morgenthauplan im Quadrat<sup>11</sup>, sehr geärgert.

Der Herr *Bundeskanzler* wies auf seinen Briefwechsel mit Adenauer hin<sup>12</sup> und sagte, dieser habe ihn flau genannt. Herr *McCloy* fuhr fort, drei Leute hätten seinerzeit den Morgenthauplan zu Fall gebracht, nämlich er (McCloy), Stimson<sup>13</sup> und Anthony Eden. Sie hätten sich dabei gegen den harten Widerstand von Churchill und Roosevelt durchsetzen müssen, doch habe der Morgenthauplan nur eine Woche gelebt. Jetzt versuche man, allen, einschließlich der Deutschen, Sicherheit zu bringen, und es sei töricht zu sagen, man wolle Deutschland in ein Land der Hirten und Bienenzüchter verwandeln.

Er wolle jetzt auf die Frage der Truppenstationierung und der Dreiergespräche zu sprechen kommen. Gestern habe er darüber ein Gespräch mit Duckwitz und Thomson geführt.<sup>14</sup> Dabei sei ihm sehr daran gelegen gewesen, den Gedanken zu unterstreichen, daß wir jetzt an einem kritischen Punkt in der Geschichte, an dem das ganze NATO-Bündnis in Gefahr sei, angekommen seien. Er (McCloy) habe gesagt, jetzt müßten wir handeln, und es müsse etwas Positives auf dem Gebiet der Zusammenarbeit getan werden. Nach der Vormittagssitzung habe er noch allein mit Thomson und Duckwitz gesprochen.

Der Präsident habe klar zum Ausdruck gebracht, daß er noch nicht über die Truppenstärke entschieden habe, und er habe ihm (McCloy) auch nicht den Auftrag gegeben, dazu konkret etwas ins Gespräch zu bringen. Das habe er gestern auch mit Wilson besprochen.

Der Präsident brauche jetzt für die Diskussion Fakten, aber die Zeit dränge.

Er (McCloy) habe ausgeführt, man dürfe nicht die Lage der Briten getrennt von der der Amerikaner sehen. Die Stärke der britischen Truppen habe viel mit der Stärke der US-Truppen zu tun. Wenn die Briten ihre Truppen massiv zurückziehen sollten, dann wäre es für die Amerikaner sehr schwierig, in voller Stärke zu bleiben.

Wilson habe ihm (McCloy) zu verstehen gegeben, er würde gerne die Truppen in Deutschland lassen, wenn er den Devisenausgleich bekomme. Auch sei es für die Briten wohl schwierig, zu Hause Platz für ihre Soldaten zu finden.

<sup>11</sup> Zu den Äußerungen des ehemaligen Bundeskanzlers gegenüber dem „Spiegel“ vgl. Dok. 64, Anm. 5.

<sup>12</sup> Am 27. Februar 1967 erläuterte der ehemalige Bundeskanzler Adenauer gegenüber Bundeskanzler Kiesinger seine Haltung in der Frage eines Nichtverbreitungsabkommens: „Ich habe sehr ernste Sorgen wegen der flauen Haltung Ihrer Regierung und Ihrer selbst, die Sie gegenüber der US und SU in dieser lebenswichtigen Frage einnehmen. Wenn Sie und Ihre Regierung und die von dieser beeinflusste Presse, Funk und Fernsehen eine solch euphoristische Sprache haben, wird Ihre Stimme kein Gehör finden. Ich bitte Sie, mir das aufgrund meiner langjährigen Erfahrung zu glauben. Auch das, was wir unter der Kanzlerschaft Erhards erlebt haben, bestätigt diese Meinung.“ Für das Schreiben von Adenauer und das Antwortschreiben vom 28. Februar 1967, in dem Kiesinger „auf das Entschiedenste“ widersprach, vgl. ACDP, Bestand I-226 (NL Kiesinger); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>13</sup> Korrigiert aus: „Stimson“.

<sup>14</sup> Zu den Dreier-Verhandlungen vom 3. März 1967 in London vgl. Dok. 84.



Er (McCloy) habe auch Duckwitz darauf hingewiesen, daß die britische Entscheidung eine direkte Rückwirkung auf die Lage der Amerikaner haben werde. Der britische Premierminister sei höflich, aber in der Sache fest gewesen, und er habe auch auf die Stellungnahme des britischen Schatzministers<sup>15</sup> in dieser Frage hingewiesen.

Herr McCloy meinte, er habe die Hoffnung noch nicht verloren, doch müßten im Interesse des Bündnisses Deutschland, Amerika und Großbritannien gleichmäßig ihren Beitrag leisten. Dann könne man vielleicht in Reichweite des Zieles kommen, nämlich entweder überhaupt keine Truppen zurückzuziehen, oder nur geringfügige Reduzierungen vorzunehmen. Das würde dann jeder als weitere Bestätigung unserer Treue zur NATO erkennen, und das könne nicht als Beginn einer Auflösung der NATO aufgefaßt werden.

Gestern habe Duckwitz Thomson gefragt, ob die Briten Truppen abziehen würden, und wenn ja, wie viele, wenn die Deutschen überhaupt nichts mehr bezahlten. Thomson habe erwidert, der Abzug werde dann massiv sein, und es werde sich um mindestens die Hälfte der in Deutschland stationierten Truppen handeln.

Duckwitz habe darauf die Frage gestellt, ob Thomson versichern könne, daß nicht mehr als eine Brigade zurückgezogen würde, wenn das Petersberg-Angebot<sup>16</sup> erneuert würde, und darauf habe Thomson geantwortet, diese Versicherung könne er nicht geben. Dann hätten die beiden, Duckwitz und Thomson, darüber gesprochen, wie die beiden Standpunkte einander angenähert werden könnten.

Er (McCloy) habe dann gegenüber Herrn Duckwitz geäußert, und zwar als Ergebnis seines Gesprächs mit dem Herrn Bundeskanzler, daß die Amerikaner etwas tun müßten, um zu zeigen, daß sie nicht mehr die harte Stellung wie gegenüber Erhard einnehmen. Die Amerikaner stellten hinsichtlich des Devisenausgleichs nicht mehr dieselben exakten Forderungen auf, und sie überließen den Deutschen die Entscheidung, was sie kaufen wollten, und sie ließen es ihnen auch freigestellt, anderswo billiger einzukaufen. Doch da schon so viel militärische Ausrüstung in den Vereinigten Staaten gekauft worden sei, ergäben sich daraus wohl auch Möglichkeiten für weitere Käufe in den USA. Er wolle die Deutschen nicht mit präzisen Forderungen unter Druck setzen, sondern er wolle nur die allgemeine Größenordnung des möglichen Devisenausgleichs in Erfahrung bringen. Der Rest könne dann vielleicht über Blessings Währungsreserven abgewickelt werden.

Thomson habe Duckwitz unter Druck gesetzt und mehr gefordert, als dieser anbieten konnte. Duckwitz habe klargestellt, er müsse erst die Kabinettsitzung<sup>17</sup> abwarten, und eine Entscheidung sei ihm vorher nicht möglich. Duckwitz habe von dem Rückzug einer der sechs britischen Brigaden gesprochen.

Interessant sei gewesen, daß Thomson immer wieder unterstrichen habe, die Briten hätten nicht den Wunsch, ihre Truppenstärke in Deutschland aus irgendwelchen anderen als finanziellen Gründen zu senken. Die Briten wollten

<sup>15</sup> James L. Callaghan.

<sup>16</sup> Zu den Gesprächen vom 13./14. Oktober 1966 vgl. Dok. 23, Anm. 2. Vgl. dazu auch Dok. 98.

<sup>17</sup> Zur Kabinettsitzung vom 15. März 1967 vgl. Dok. 84, Anm. 4.

nicht etwa Truppen abziehen, weil sie die Bedrohung für nicht mehr existent hielten. Ausschlaggebend für sie seien nur finanzielle Gründe. Es sei ihnen daran gelegen, ihre Truppen in Deutschland zu belassen, einmal, weil die Bedrohung nicht nachgelassen habe, und zum anderen, weil sie auch daran interessiert seien, daß die USA ihre Truppen in Deutschland nicht verminderten. Thomson habe die Meinungsverschiedenheiten überbrücken und darauf hinarbeiten wollen, daß die Briten nicht gezwungen sein würden, mehr als etwa 5000 von den gegenwärtig rund 55 000 britischen Soldaten aus Deutschland abzuziehen. Die verbleibenden 50 000 Soldaten wären dann ein Symbol für die Bedeutung, die Großbritannien der Truppenstationierung beimißt.

Duckwitz habe dann erneut gefragt, ob die Briten nicht mehr als 5000 Soldaten abziehen würden, wenn das Petersberg-Angebot wiederholt würde. Das habe Thomson zwar nicht versprochen, doch habe er es klar gemacht, daß auch die Briten nicht mehr als 5000 Mann abziehen wollten. An dieser Stelle sei das Gespräch, in dem es mehr um die Beziehungen zwischen den Briten und der Bundesrepublik Deutschland als zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland gegangen sei, beendet worden. Thomson habe allerdings vorher noch ausgeführt, der von Blessing vorgeschlagene Weg der Neutralisierung von Währungsreserven<sup>18</sup> sei im Hinblick auf die schlechte Position der britischen Zahlungsbilanz für die Briten nicht möglich. Sie seien zu schwer verschuldet und befänden sich daher in einer anderen Lage als die Vereinigten Staaten. Etwas allerdings könne man vielleicht auf dem Weg über die Neutralisierung vornehmen, aber er habe nicht gesagt, wieviel.

Thomson habe dann anschließend ihn (McCloy) noch gefragt, ob nicht ein Teil der deutschen Gelder in den Vereinigten Staaten wieder den Deutschen zur Verfügung gestellt werden könnte, damit sie dafür in Großbritannien einkaufen könnten. Er (McCloy) habe erwidert, dies würde für Fowler und den amerikanischen Präsidenten sehr schwierig sein, da diese Zahlen bereits in der amerikanischen Zahlungsbilanz erschienen seien. Ein Teil des Geldes sei auch schon im Sinne einer Anzahlung auf künftige Käufe verbucht worden. Davon könne also nicht viel weggenommen werden.

Er (McCloy) wolle jetzt so rasch wie möglich herausfinden, wozu die Deutschen den Engländern und Amerikanern gegenüber bereit seien, damit sich der Präsident über die ihm offenstehenden Alternativen klar werden könne. Man müsse jetzt rasch Entscheidungen treffen, damit sich die ganze Grundkonzeption der NATO nicht noch weiter verschlechtere. Der Zwist müsse jetzt aufhören.

Die Briten hätten die Amerikaner einer Verzögerungstaktik beschuldigt, weil diese die Dreiergespräche vorgeschlagen hätten.<sup>19</sup> Die Deutschen ihrerseits hätten die Amerikaner beschuldigt, sie seien ihren Wünschen und Bedürfnissen gegenüber nicht aufgeschlossen. Dabei sei es doch das Ziel der Vereinigten Staaten nach beiden Weltkriegen gewesen, die Deutschen als gleichberechtigte Partner zu behandeln. Er brauche hier nicht an die Geschichte zu erinnern, doch hätten die Amerikaner auf Poincaré und andere einzuwirken versucht, die Deutschland an zweite Stelle drängen wollten. Nach dem Zweiten Welt-

<sup>18</sup> Vgl. dazu Dok. 23, Anm. 10.

<sup>19</sup> Zum Vorschlag des Präsidenten Johnson vom 25./26. August 1966 vgl. Dok. 23, Anm. 14.

krieg hätten die Amerikaner gesagt, diesmal dürfe man nicht wieder denselben Fehler wie zur Zeit der Weimarer Republik machen, diesmal müsse man die Deutschen auf der Basis der Gleichberechtigung behandeln.

Auch durch den Nichtverbreitungsvertrag habe man die Deutschen keineswegs ins zweite Glied abdrängen wollen, sondern man habe ein Problem lösen und feststellen wollen, ob auch Deutschland daran interessiert sei. Der Präsident habe es klargemacht, daß er bereit sei, für das Bündnis zu kämpfen, aber er brauche etwas, womit er kämpfen könne (give me something to fight with).

Er (McCloy) wisse nicht genau, was man im Hinblick auf die Bundesbank tun könne. Auch sei er sich nicht recht klar über die Beziehungen zwischen der Bundesregierung und der Bundesbank unter Blessing. Diese Beziehungen habe er schon seinerzeit unter Vocke nicht ganz verstanden. Wenn aber die Bundesregierung hier einen Einfluß ausüben könne, dann solle sie Blessing dazu bringen, hinsichtlich der Neutralisierung der Reserven so liberal wie möglich zu verfahren. Die Vereinigten Staaten seien auch mit einer Vorbehaltsklausel (saving clause) einverstanden.

Der *Botschafter* ergänzte dazu, Herr Blessing habe klargemacht, er sei dazu bereit, wenn es nicht so aussehe, als tue er das der Regierung zuliebe. Den Amerikanern sei es gleichgültig, warum er dies tue, als Bundesbank in eigener Sache oder für die Bundesregierung.

Herr *McCloy* fuhr fort, er wolle gerne über alles Konstruktive sprechen, was der Herr Bundeskanzler diskutieren wolle, denn sie, die Amerikaner, wollten den Versuch machen, in diesen Fragen voranzukommen.

Der Präsident habe den Eindruck gehabt, man habe konstruktive Gespräche mit Außenminister Brandt geführt. Der Herr Bundeskanzler möge es ihm doch bitte sagen, oder auch dem Präsidenten selbst schreiben, was er noch besprechen wolle.

Er (McCloy) dränge auf Eile, denn die Briten hätten hier ein Problem der Fälligkeit von Beträgen. Man werde sich für die Dreiergespräche noch einmal am 20. März treffen<sup>20</sup>, und bis dahin sei ja auch das Kabinett hier in Bonn zusammengetreten.

Nicht nur die Briten könnten nicht mehr lange warten, sondern auch der Präsident habe Schwierigkeiten mit Mansfield, Russell und anderen, deren Drängen auf eine rasche Entscheidung er nicht mehr unbegrenzt lange Widerstand leisten könne. Wir müßten es alle klarmachen, daß wir zur NATO stehen, sonst werde sie in weitere Schwierigkeiten geraten.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, wir hätten dieses Problem vor ein paar Tagen behandelt. Unsere Fachleute hätten den Eindruck, daß die Briten ihre Truppen auf jeden Fall massiv verringern würden, das heißt um ein Drittel oder sogar vielleicht um die Hälfte.

Als Wilson in Bonn war, habe er einen Satz über die Lage gesagt, nämlich, die Deutschen befänden sich ebenso wie die Briten hier in einer schwierigen Lage, wir müßten rasch etwas tun, das heißt eine Operation vornehmen, von der er

<sup>20</sup> Vgl. dazu Dok. 109.

hoffe, daß sie keine unguten Gefühle zurücklasse.<sup>21</sup> Das habe den Eindruck verstärkt, daß die Briten auf jeden Fall entschlossen seien, Truppen zurück-zuziehen. Auch habe das britische Weißbuch über die Verteidigung vorgeschlagen, die NATO-Streitkräfte zu vermindern. Dazu seien noch weitere Reden und Äußerungen gekommen, die uns den Eindruck vermittelt hätten, die Briten würden auf jeden Fall eine Truppenreduzierung vornehmen. Was die Vereinigten Staaten betreffe, so seien von dort Gerüchte über Pläne McNamaras und einflußreicher Gruppen im Senat eingetroffen, wonach die Truppen auf jeden Fall vermindert würden.

Dies sei aber nur ein Aspekt, neben dem der andere gesehen werden müsse, nämlich die dem Sonderbeauftragten ja bekannte schlechte Situation des Bundeshaushalts. Darüber hinaus habe unser Verteidigungsminister ausgeführt, es gebe keine militärischen Objekte, die er in Großbritannien kaufen könne.

Die Briten seien darüber erstaunt, daß ihnen im Oktober letzten Jahres 350 und x Millionen angeboten worden seien und daß davon jetzt nichts mehr übrig sei. Das sei aber nun einmal unsere Lage. Niemand habe vorher gewußt, wie die Dinge wirklich lägen. Das sei erst nach der Amtsübernahme der neuen Regierung festgestellt worden. Es gebe aber keinen Zweifel darüber, daß wir die Stationierung der amerikanischen und britischen Truppen hier wollen.

Jedoch habe Minister Strauß gesagt, es sei kein Geld zur Verfügung, und, wie er schon erwähnt habe, habe auch Verteidigungsminister Schröder darauf hingewiesen, daß es in Großbritannien jetzt keine militärischen Objekte zu kaufen gebe. Er (der Herr Bundeskanzler) habe diese Frage auf die Tagesordnung der übernächsten Kabinettsitzung gesetzt.

Was in London besprochen worden sei, sei nützlich gewesen. Vielleicht lasse sich noch ein Weg finden, er werde es auf jeden Fall versuchen.

Auch wolle er noch einmal einen Versuch mit der Bundesbank machen, über dessen Ergebnis er natürlich noch nichts wisse.

Hinsichtlich der „Komplizenschaft“ sei er falsch interpretiert worden. Er müsse aber nochmals betonen, es gebe neben der Ost-West-Spannung und der NATO jetzt noch ein drittes wichtiges Element in der internationalen Politik, nämlich die spezielle Beziehung zwischen Washington und Moskau, die den USA und der Sowjetunion natürlich aufgezwungen worden sei, denn diese beiden Mächte seien verantwortlich für das, was geschehen könnte, wenn ein Atomkrieg ausbrechen sollte.

Noch nicht gesprochen habe man über die Motive für den Nichtverbreitungsvertrag, denn die Motive der USA seien sicherlich verschieden von denen der Sowjetunion. Er könne sich vorstellen, was die Sowjetunion mit dem Nichtverbreitungsvertrag beabsichtige. Ihr stärkstes Motiv sei Deutschland.

Das sei bewiesen durch das, was sowjetische Führer in den letzten Wochen gesagt hätten. So habe Kossygin in London gesagt, wir, die Deutschen, müßten den Vertrag unterzeichnen, ob wir wollten oder nicht.<sup>22</sup> Man habe dann noch

<sup>21</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Premierminister Wilson am 16. Februar 1967 vgl. Dok. 57.

<sup>22</sup> Zu den Äußerungen des sowjetischen Ministerpräsidenten am 9. Februar 1967 vgl. Dok. 55, Anm. 8.

nachgefragt, was er wirklich gesagt habe, aber die sowjetische Botschaft habe die harte, die brutale Version bestätigt.

Diese unterschiedlichen Motive seien etwas, was zwischen verbündeten Nationen diskutiert werden sollte.

In seiner Regierungserklärung habe er (der Herr Bundeskanzler) diesen Punkt berührt.<sup>23</sup> Er habe auch unserem Volk gesagt, die Vereinigten Staaten hätten ihre Probleme, und wir müßten versuchen, sie zu verstehen.

Es sei aber keine wirkliche Politik und keine echte Konsultation, wenn uns der Nichtverbreitungsvertrag vorgelegt werde und wir müßten die Alliierten fragen, warum der Vertrag so wichtig sei und warum er so schnell unterzeichnet werden müsse. Für uns sei dies eine gewaltige Sache.

Wenn er (der Herr Bundeskanzler) in Washington gewesen wäre, hätte er dies gesagt und diese Fragen gestellt, denn er habe die Reaktionen von Adenauer, Strauß und anderen vorausgesehen.<sup>24</sup> Sogar Birrenbach, einer der stärksten Anhänger der amerikanisch-deutschen Freundschaft, sei sehr beunruhigt gewesen.

Dieses dritte Element der internationalen Politik müsse klarer und offener zwischen den Alliierten besprochen werden, auch im Hinblick auf die öffentliche Meinung.

Es habe sich hier eine etwas paradoxe Situation entwickelt. Er (der Herr Bundeskanzler) wolle eine Stärkung der Allianz, und er stimme nicht mit de Gaulle überein und habe ihm dies auch wiederholt gesagt; dies sei auch in der Abschlusserklärung zum Ausdruck gekommen.

Doch verstärke sich allgemein das Gefühl, daß etwas falsch gelaufen sei, daß es nicht mehr den alten NATO-Geist gebe und daß sich die NATO in ein Gehäuse ohne Inhalt verwandle. Ob dies nun richtig sei oder nicht, dieses Gefühl sei jedenfalls da.

Die NPD werde nachdrücklich versuchen, aus den antiamerikanischen Gefühlen Kapital zu schlagen. Er (der Herr Bundeskanzler) wolle dies allerdings nicht dramatisieren, denn er glaube nicht, daß die NPD damit Erfolg haben werde. Meinungsumfragen hätten gezeigt daß sie nach den Wahlen in Bayern und Hessen<sup>25</sup> schon wieder Anhänger verloren habe.

Es gebe aber in dieser Beziehung eine gewisse Gefahr, und er sei sehr unglücklich über die Äußerungen von Adenauer über den Morgenthauplan sowie über die Stellungnahme von Strauß gewesen. Sogar ein Mann wie Probst Grüber habe von einem Versailles gesprochen. All das beziehe sich keineswegs ausschließlich auf den Nichtverbreitungsvertrag, der nur der Tropfen gewesen sei, der das Faß zum Überlaufen brachte.

Er selbst wolle nur helfen und versuchen, unserem Volk das Gefühl zu geben, daß unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten sind, was sie waren.

<sup>23</sup> Für den entsprechenden Passus der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 vgl. Dok. 4, Anm. 5.

<sup>24</sup> Neben dem ehemaligen Bundeskanzler Adenauer äußerten weitere Politiker aus der Bundesrepublik Bedenken gegen ein Nichtverbreitungsabkommen. Vgl. dazu Dok. 57, Anm. 3, und Dok. 90, Anm. 9 und 11.

<sup>25</sup> Zu den Landtagswahlen vom 6. bzw. 20. November 1967 in Hessen und Bayern vgl. Dok. 14, Anm. 17.

Er (McCloy) kenne ja den unglücklichen Besuch Erhards in Washington<sup>26</sup>, der einer der Gründe dafür gewesen sei, daß Erhard sein Amt als Regierungschef aufgeben mußte. Vielleicht habe unsere Presse darüber nicht ganz objektiv berichtet; das wisse er nicht, da er ja nicht dabei gewesen sei.

Es verbreite sich aber das Gefühl, daß die Dinge nicht mehr so seien, wie sie waren, und das wolle er ändern.

Weil wir versuchten, den deutsch-französischen Vertrag<sup>27</sup> wiederzubeleben, glaubten manche Amerikaner, wir wollten die Einstellung von Präsident de Gaulle gegenüber den Vereinigten Staaten übernehmen. Er (der Herr Bundeskanzler) habe von Anfang an allen Besuchern aus den USA gesagt, das Gegenteil sei der Fall. Wir wollten vielmehr versuchen, de Gaulle davon zu überzeugen, daß er nicht Recht habe. Er (der Herr Bundeskanzler) glaube allerdings nicht, daß wir mit diesen Bemühungen sehr erfolgreich sein würden.

Er habe in einer britischen Zeitung gelesen, ein Staatsmann habe gesagt, einige Minister in diesem Lande blickten auf de Gaulle wie ein von der Schlange hypnotisiertes Kaninchen. Das sei aber nicht so. De Gaulle sei natürlich eine Persönlichkeit, aber er habe seine Ansichten und wir die unseren. Wir wollten mit den Franzosen zusammenarbeiten, ohne uns dadurch von unseren anderen Alliierten entfernen zu lassen. Er (der Herr Bundeskanzler) habe dabei keine Hintergedanken, und er wäre unglücklich, wenn unsere Politik von unseren Verbündeten nicht verstanden würde. Während der letzten zwei bis drei Jahre sei Frankreich enttäuscht gewesen und uns gegenüber verbittert geworden. Diese Entwicklung könne man nicht anhalten lassen, insbesondere nicht innerhalb der NATO.

Leider seien der neuen Bundesregierung gleich zu Anfang die Probleme des Nichtverbreitungsvertrags, des Devisenausgleichs usw. vorgelegt worden.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik lehne sich die Öffentlichkeit gegen einen Vorschlag auf, der von den mit uns verbündeten Vereinigten Staaten komme, aber natürlich nicht nur von ihnen, sondern in gewissem Ausmaß sei dies ein gemeinsamer Plan der Vereinigten Staaten und jener Macht, die unser entschlossenster Gegner sei, nämlich der Sowjetunion. Der Vertrag fordere von uns, daß wir uns gegenüber der Sowjetunion verpflichteten.

Wir hätten uns aber bereits innerhalb der WEU gegenüber Freunden und Verbündeten darauf festgelegt, daß wir keine Atombomben bauen wollten.

Während wir nun unsere Überlegungen über den Vertrag anstellten, sage Kosygin etwas derart Brutales. Wenn die Regierung dies akzeptiere, müsse sie viele Wähler verlieren.

Er wolle wiederholen, er verstehe sehr gut, daß den Vereinigten Staaten aus vielen Gründen daran gelegen sei, diesen Vertrag zustande zu bringen, aber solange man unserem Volk nur sage, man wolle damit vermeiden, daß Israel

<sup>26</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Johnson am 26. September 1966; AAPD 1966, II, Dok. 298.

<sup>27</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

die Atombombe bekomme, oder daß China die Atombombe an Ägypten weitergebe, sei das nicht überzeugend.

Und da nun einmal vom Morgenthauplan gesprochen worden sei, werde die NPD, wenn wir den Vertrag unterzeichneten, uns noch auf Jahre hinaus vorwerfen, wir hätten einen zweiten Morgenthauplan unterschrieben, und sie werde sich dabei auf keinen geringeren als Adenauer berufen.

Er (der Herr Bundeskanzler) glaube, wir könnten zu einem annehmbaren Ergebnis kommen, doch werde dieses dritte Element in unseren internationalen Beziehungen von unserer eigenen Nation noch nicht voll verstanden.

Botschafter *McGhee* sagte dazu, die Amerikaner hätten so lange auf dieses Ziel hingearbeitet, daß sie schon als feststehende Tatsache angenommen hätten, die anderen teilten ihre Auffassung.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, das Ziel der Abrüstung werde von allen verstanden. Doch scheine es nicht so sehr um die Abrüstung zu gehen, nach Meinung vieler Leute scheine es sich vielmehr um eine Monopolisierung der Kernwaffen ohne allgemeine Abrüstung zu handeln.

Der *Botschafter* erwiderte, in der Vollversammlung der Vereinten Nationen sei die Weitergabe von Kernwaffen als Gefahr ipso facto dargestellt worden, und daher sei die Nichtweitergabe als wertvolles Ziel in sich betrachtet worden. Auch müsse der Aspekt der dadurch herbeiführbaren Entspannung gesehen werden. Die Amerikaner hätten nie daran gedacht, daß dieser Vertrag gegen Deutschland gerichtet sein könne.

Dazu bemerkte der Herr *Bundeskanzler*, dies sei er aber sicherlich in der Sicht der Sowjetunion.

Der *Botschafter* gab zu erwägen, daß die deutsche Unterschrift unter ein Nichtverbreitungsabkommen geeignet sein könne, die deutsche Ostpolitik, vielleicht nicht gegenüber der Sowjetunion, jedenfalls aber gegenüber den übrigen Ostblockstaaten, zu fördern.

Der Herr *Bundeskanzler* verwies darauf, die Alliierten hätten uns versichert, sie wollten uns helfen, zur Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit zu kommen. Jetzt aber hätten Kossygin und andere sowjetische Führer von Revanchismus und aggressivem Militarismus der Deutschen gesprochen, und nur ein Staatsmann, nämlich Saragat, habe dagegen etwas unternommen. Er habe Podgornyj in Rom aufgefordert, ihm zuvor den Text seiner Rede zu zeigen, und er habe ihm gesagt, wenn er das alles gegen Deutschland ausführen wolle, dann werde er, Saragat, aufstehen und dagegen sprechen.<sup>28</sup>

Wir, die Deutschen, hätten das Gefühl, allein gelassen zu sein. Wir wollten nicht Macht gebrauchen, selbst wenn wir die Mittel dazu hätten.

Der *Botschafter* wies darauf hin, daß gestern Foster in Genf für die Deutschen gesprochen habe.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, es handle sich hier um ein Mosaik. Er denke auch immer daran, wie wir in der Vergangenheit versagt hätten. Wir könnten nicht immer wieder unsere Alliierten bitten, sie sollten ihre feierlichen

<sup>28</sup> Zum Besuch des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR, Podgornyj, vom 24. bis 31. Januar 1967 in Italien vgl. Dok. 8, Anm. 26.

Erklärungen wiederholen, ohne daß wir selbst ein Konzept vorlegten. Das aber sei es, was er jetzt versuche.

Als nach dem Besuch von Kossygin in London und nach den Äußerungen von George Brown über die Oder-Neiße-Grenze<sup>29</sup> Wilson in Bonn gewesen sei, habe er, ohne dies irgendwie unfreundlich zu meinen, darauf hingewiesen, daß die britisch-russischen Beziehungen – nicht die britisch-sowjetischen Beziehungen – jetzt einen Höhepunkt erreicht hätten. Dies sei nicht unsere Sache, sondern eine Frage der britischen Politik. Doch wenn man ihm dies sage, dann erinnere er sich auch daran, was Kossygin in London gesagt habe. Dazu habe man von britischer Seite nur geäußert, gewissermaßen hinter der vorgehaltenen Hand habe man Kossygin darauf aufmerksam gemacht, er dürfe so nicht sprechen.

Der *Sonderbotschafter* erwiderte, er habe gerade dieses Thema am Vortag zur Sprache gebracht, nämlich daß Kossygin in Paris die Vereinigten Staaten und in London die Bundesrepublik kritisiert habe, und das sei auf dem Boden von Verbündeten geschehen.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, wenn ein Russe hier in Deutschland so spräche, dann würde er (der Herr Bundeskanzler) sich deutlich dagegen stellen.

Der *Botschafter* unterrichtete den Herrn Bundeskanzler über eine Äußerung von Heath über eine Äußerung von Kossygin und übergab den vollständigen Text des Nichtverbreitungsabkommens einschließlich der Präambel aber ausschließlich des Artikels III, sowie eine Verbalnote vom 3. März 1967<sup>30</sup>.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte, was jetzt mit dem Vertrag passieren solle und ob sich die Vereinigten Staaten jetzt mit den Alliierten konsultieren wollten.

Der *Botschafter* erläuterte, daß die USA die Vorlage dieses Vertrages jetzt hinausschieben wollen, bis alle Alliierten gefragt seien. Foster werde am 9. und 10. März in Bonn sein.<sup>31</sup>

Dazu ergänzte Herr *Neusel*, eine Besprechung zwischen dem Herrn Bundeskanzler und Mr. Foster werde am 9. möglich sein, für den 10. jedoch sei eine Kabinettsitzung vorgesehen.

Der Herr *Bundeskanzler* äußerte dazu, wir müßten uns jetzt die Zeit nehmen, über diese Dinge zu sprechen.

Der *Botschafter* erwiderte, Foster werde sich natürlich mit dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen besprechen, er würde aber auch gerne mit dem Herrn Bundeskanzler zusammenkommen. Von Bonn werde er weiter nach

<sup>29</sup> Am 13. Februar 1967 antwortete der britische Außenminister auf einer Pressekonferenz im Anschluß an den Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin in Großbritannien auf die Frage, „ob die im britisch-sowjetischen Kommuniqué erwähnte Vertiefung bilateraler Kontakte und der Zusammenarbeit zwischen europäischen Ländern eine britische Anerkennung der Oder-Neiße-Linie“ bedeute: „Ja, in gewisser Weise.“ Brown und der ebenfalls anwesende Premierminister Wilson betonten allerdings, daß die britische Regierung „Deutschland als ein einziges Land betrachte“. Am 15. Februar 1967 stellte dazu der Chef des Presse- und Informationsamtes, von Hase, auch im Auftrag der britischen Regierung fest, Großbritannien vertrete „unverändert“ die Haltung, daß die Festlegung der deutschen Grenzen erst in einem Friedensvertrag erfolgen könne. Vgl. DZD V/1, S. 561f.

<sup>30</sup> Für den Wortlaut vgl. VS-Bd. 10082 (Ministerbüro).

<sup>31</sup> Für die Gespräche des Bundeskanzlers Kiesinger und des Bundesministers Brandt mit dem Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde vgl. Dok. 92 und Dok. 94.



Rom, Den Haag und Brüssel fahren.<sup>32</sup> Die Amerikaner wollten den Vertragstext erst vorlegen, nachdem sie ihn mit ihren Verbündeten diskutiert hätten. Sie seien noch immer bereit, über alles zu sprechen. Die von ihm übergebene Verbalnote enthalte Versicherungen und hoffentlich überzeugende Antworten auf viele Fragen, die von deutscher Seite aufgeworfen worden seien. Herr McCloy dankte dem Herrn Bundeskanzler sehr für seine Ausführungen und sagte, er verstehe seine Sorgen voll und ganz. Auch wolle er noch einmal darauf hinweisen, daß er in London die Einstellung der Briten kritisiert habe, die nicht auf die brutale Äußerung Kossygins reagiert hätten.

Der Herr Bundeskanzler habe auch die Frage der Oder-Neiße-Linie erwähnt. Als er (McCloy) hier in Deutschland gewesen sei<sup>33</sup>, habe er die Frage der Oder-Neiße-Linie auf folgender Grundlage mit den Sowjets besprochen: Er habe die Frage gestellt, ob die Sowjets um den Preis der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze einer Wiedervereinigung Deutschlands aufgrund von freien Wahlen zustimmen würden. Diesen Gedanken habe Chruschtschow im Gespräch als interessant bezeichnet.

Er (McCloy) habe dann anschließend mit Adenauer darüber gesprochen, der wütend geworden sei, da er sich vor den Stimmen der Flüchtlinge und Vertriebenen gefürchtet habe.

Damals im Jahre 1951 hätte man nach seiner (McCloy's) Auffassung ernstlich über die deutsche Wiedervereinigung reden können.

Bevor er Deutschland verlassen habe, habe er darüber noch einmal mit Chruschtschow gesprochen, der gesagt habe, dieses Problem sei jetzt schwieriger geworden, aber man könne noch darüber reden, wenn die Amerikaner bereit seien, ihre Truppen gegen die Deutschen in Marsch zu setzen, falls die Deutschen diese Grenze verletzen sollten. Er (McCloy) habe erwidert, die USA könnten im Falle einer Grenzverletzung sowohl gegen die Deutschen wie auch gegen die Sowjetunion marschieren. Chruschtschow habe erwidert, er traue den Amerikanern nicht, und er (McCloy) habe geantwortet, die USA hätten ein reineres Gewissen, womit er auf den sowjetischen Pakt mit Ribbentrop<sup>34</sup> angespielt habe.

Chruschtschow habe sich auf den Standpunkt gestellt, eine solche Lösung sei jetzt zwar schwieriger aber nicht undenkbar.

Jedoch sei er (McCloy) mit Adenauer zu keinem Ergebnis gekommen, obwohl er ihn gefragt habe, ob ihm die nächsten Wahlen wichtiger seien als die Wiedervereinigung.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, dies sei eine der allerschwierigsten Fragen. Der deutsche Kanzler, der sich bereit erkläre, so etwas zu akzeptieren, werde in sehr schlechten Ruf kommen (would have a terrible record) und dazu brauche es großen Mut.

<sup>32</sup> Vgl. dazu Dok. 92, Anm. 29.

<sup>33</sup> John J. McCloy war von 1949 bis 1952 amerikanischer Militärgouverneur bzw. Hoher Kommissar für Deutschland.

<sup>34</sup> Für den Wortlaut des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags vom 23. August 1939 und des geheimen Zusatzprotokolls vom selben Tag vgl. ADAP, D, VII, Dok. 228 und Dok. 229.

Der *Botschafter* wies darauf hin, de Gaulle habe auch Algerien aufgegeben und sei wiedergewählt worden.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, das sei etwas anderes. Er wisse auch nicht, wie er in dieser Lage gehandelt hätte. Bisweilen denke er noch bei Nacht darüber nach, was er tun würde, wenn er vor diese Entscheidung gestellt würde.

Herr *McCloy* wies darauf hin, deutsche Zeitungen fragten, was denn die Amerikaner schon getan hätten, um den Deutschen zur Wiedervereinigung zu verhelfen.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, solche Äußerungen seien ungerecht. Herr *McCloy* wiederholte, der Präsident habe noch keine Entscheidung über einen Truppenabzug getroffen.

Er (*McCloy*) habe sich überlegt, was getan werden könnte, wenn die Amerikaner gezwungen wären, Truppen abzuziehen. Ihm scheine der Gedanke attraktiv, innerhalb der NATO teilweise Truppen abzuziehen. Dabei denke er insbesondere an die 24. Division, die in Bayern strategisch schlecht stationiert sei. Dort werde sie nicht gebraucht, sondern zum Schutz der Norddeutschen Tiefebene. Diese Division könnte bis auf jeweils eine Brigade und das Divisionshauptquartier in die Vereinigten Staaten zurückverlegt werden. Diese Brigade sollte dann so ausgewechselt werden, daß jede der drei Brigaden einmal im Jahr hier wäre. Die Ausrüstung sollte ebenfalls hier bleiben (Zwei-Basen-System). Die beiden anderen kampfbereiten (combat ready) Brigaden könnten dann jeweils kurzfristig durch eine Luftbrücke hierher gebracht werden. Das gäbe eine Verminderung des Zahlungsbilanzproblems und würde es ermöglichen, jederzeit Verstärkungen einzufliegen. Die Division als solche verbliebe hier, lediglich die Soldaten würden ständig ausgewechselt. Voraussetzung für eine derartige Lösung sei aber, daß kein massiver britischer Abzug erfolge.

Er habe im US-Verteidigungsausschuß über diese Frage gesprochen. Mit diesem Plan sei keine Auflösung der NATO beabsichtigt, sondern man würde im Gegenteil den Russen zeigen, daß die Amerikaner jederzeit Truppen zurückbringen könnten. Allerdings sollte man vielleicht im Falle einer Spannung nicht gleich die ganze Division nach Deutschland zurückschaffen.

Der *Botschafter* ergänzte dazu, eine solche Lösung würde sicher zumindest manche Leute verwirren.

Der *Sonderbotschafter* meinte, sie habe auch militärischen Wert, und er fragte den Herrn *Bundeskanzler*, was er davon halte.

Dies sei auch eine Frage der Sicherheit, denn die Russen hätten in letzter Zeit ihr nukleares Potential erhöht, und es sei jetzt kein guter Zeitpunkt, den Russen zu sagen, wir verminderten unsere militärische Stärke. Diesem Plan zufolge blieben immer noch sechs Divisionen hier, denn auch die rotierende Division wäre ja noch in Deutschland.

Die Möglichkeit, mit den Russen über einen Parallelabzug in Gespräche einzutreten, bliebe offen.

Er wiederholte, die NATO müsse mit neuem Leben und mit neuer Kraft erfüllt werden, weil sie die Basis für die Lösung unserer Ost-West-Probleme sei.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, dieser Vorschlag sei interessant, er sei jedoch kein Militärexperte und müsse darüber noch nachdenken.

Herr *McCloy* entgegnete, amerikanische Militärfachleute hätten mit ihren deutschen Kollegen darüber gesprochen, und diese hielten diesen Vorschlag für interessant.

Doch müsse unterstrichen werden, daß die Vereinigten Staaten ihre Truppen hier in Deutschland – bei teilweisem Abzug einer Division – nur dann halten könnten, wenn auch von britischer Seite nur wenige Soldaten abgezogen würden. Wenn die Deutschen sich mit den Briten einigen könnten, dann hätte das eine erhebliche Rückwirkung auf die Lage der Amerikaner.

Der Herr *Bundeskanzler* führte aus, diese Situation sei ihm völlig klar. Er werde sein Bestes tun, wisse aber noch nicht, wie wir dieses Problem lösen könnten. Die Einstellung der USA zu dieser Frage sei jedoch eine große Hilfe.

Der *Sonderbeauftragte* verwies auf eine Äußerung von Bundesminister Strauß über mögliche militärische Beschaffungen von deutscher Seite in Frankreich.

Wenn auf amerikanischer Seite der Eindruck entstünde, daß die Deutschen versuchten, den Amerikanern den Devisenausgleich zu verweigern, um bei den Franzosen einzukaufen, dann gäbe das in den Vereinigten Staaten große Schwierigkeiten, denn schließlich seien die Vereinigten Staaten treue Anhänger der NATO, nicht aber die Franzosen. Eine solche Verlagerung der deutschen militärischen Beschaffung wäre für die Vereinigten Staaten sehr hart.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, am 13. und 14. Januar sei darüber nicht gesprochen worden.<sup>35</sup> In den siebziger Jahren könnte man an eine engere Zusammenarbeit auf diesem Gebiet denken. Was er versuche, sei, die Dinge wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Er habe das Gefühl gehabt, daß unsere Beziehungen und unsere eigenen Standpunkte für die Alliierten jeweils nicht mehr klar und verständlich gewesen seien; das betreffe insbesondere die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten, Deutschland und Großbritannien. So habe etwa Wilson erwartet, wir (die Deutschen) sollten Druck auf Frankreich ausüben, was uns nirgends hinbringen würde.

Der *Sonderbeauftragte* wies darauf hin, daß er am nächsten Tag nach London zurückkehren werde, um Thomson aufzusuchen, und daß er anschließend in die Vereinigten Staaten zurückreisen werde. Er bedankte sich bei dem Herrn *Bundeskanzler* für die Unterredung.

Der Herr *Bundeskanzler* dankte für das Gespräch und bat den Sonderberater, Grüße an Präsident Johnson auszurichten.

Es wurde vorläufig vereinbart, der Herr *Bundeskanzler* werde am 9. März um 17.00 Uhr Mr. Foster empfangen.

Das Gespräch endete um 18.15 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 21**

<sup>35</sup> Für die deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vgl. Dok. 14–17 und Dok. 19.

## Bundesminister Brandt an Bundeskanzler Kiesinger

MB 971/67 geheim

6. März 1967<sup>1</sup>

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Hiermit übermittele ich Ihnen meine Überlegungen zur Behandlung des Falles Jugoslawien.

Sie werden feststellen, daß diese Aufzeichnung unsere Gespräche zu dieser Frage berücksichtigt.

Ich darf davon ausgehen, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, daß wir in der vorgeschlagenen Form prozedieren werden, wenn ich nichts Gegenteiliges von Ihnen höre.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Brandt

Anlage zu MB 971/67 geheim

Betr.: Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien<sup>2</sup>

1) Die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen liegt – im Sinne der Regierungserklärung vom 13.12.1966<sup>3</sup> – im Interesse der deutschen Europa- und Entspannungspolitik.

Zahlreiche Äußerungen und Informationen von jugoslawischer Seite sprechen dafür, daß Belgrad zur Wiederaufnahme ohne Vorbedingungen bereit ist.

2) Die Schwierigkeit liegt darin, daß einige Staaten der Dritten Welt die Wiederaufnahme fehlinterpretieren und ihrerseits diplomatische Beziehungen mit Ostberlin aufnehmen könnten.

Aus diesem Grunde wird die Wiederaufnahme erst dann erfolgen können, wenn die darzulegenden Voraussetzungen geklärt sein werden.

3) Andererseits sind Zwischenlösungen nur begrenzt möglich, vor allem, weil sie sehr schnell den Bundeshaushalt belasten. Das heißt praktisch, daß der Weg einer von den Jugoslawen erwünschten „Normalisierung“ für uns auf Grund unserer finanziellen und wirtschaftlichen Lage nicht begangen werden kann.

4) Unter dieser Voraussetzung sollte in einem Beamtengespräch in Belgrad in Kürze geklärt werden, was unmittelbar geschehen kann, um die Beziehungen zwischen den beiden Staaten zu verbessern<sup>4</sup>, z. B. durch

<sup>1</sup> Durchschlag als Konzept.

<sup>2</sup> Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien am 19. Oktober 1957 vgl. Dok. 56, Anm. 4.

<sup>3</sup> Korrigiert aus: „31.12.1966.“

Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

<sup>4</sup> Zum Gespräch des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kastl mit dem Abteilungsleiter im jugoslawischen Außenministerium, Lučić, am 30./31. März 1967 in Belgrad vgl. Dok. 127, Anm. 4.

- a) Anhebung des Status der auf sub-diplomatischer Ebene tätigen Beamten, einschließlich der Umwandlung unseres Konsulats in Zagreb in ein Generalkonsulat,
  - b) Zusammentreten der Gemischten Wirtschaftskommission, um ein Zusatzprotokoll zum Warenabkommen zu vereinbaren (u.a. mit dem Ziel, wie 1964 eine ausdrückliche Berlinklausel zu erreichen)<sup>5</sup>,
  - c) unsere Bereitschaft, die Bemühungen Jugoslawiens um einen Handelsvertrag mit der EWG<sup>6</sup> zu unterstützen,
  - d) jugoslawische Unterstützung unseres Bemühens um Beitritt zur Donaukonvention<sup>7</sup>,
  - e) Wiederaufnahme der Gespräche über ein Gastarbeiter- und Sozialversicherungsabkommen<sup>8</sup>,
  - f) Errichtung eines Goethe-Instituts in Belgrad und eines entsprechenden jugoslawischen Instituts in der Bundesrepublik bzw. weiterreichende Vereinbarung über kulturellen und wissenschaftlichen Austausch,
  - g) Anberaumung eines Gesprächs (auf Staatssekretärebene) über politische Fragen, mit dem Ziel der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen.
- 5) Die Absicherung gegen Fehlinterpretationen muß erfolgen durch
- a) uns selbst,
  - b) die Jugoslawen,
  - c) unsere Verbündeten.

<sup>5</sup> Nach Artikel IX des Abkommens vom 11. Juni 1952 mit Jugoslawien über den Waren- und Zahlungsverkehr war die Einrichtung einer Gemischten Kommission vorgesehen, die neben der Überwachung der Einhaltung des Abkommens die Aufgabe hatte, Vorschläge für die Verbesserung der Handelsbeziehungen zu unterbreiten. Für den Wortlaut des Abkommens vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 169 vom 2. September 1952, S. 1.

Die 5. Zusatzvereinbarung vom 16. Juli 1964 zum Abkommen vom 11. Juni 1952 über den Waren- und Zahlungsverkehr mit Jugoslawien diente der Anpassung von Warenlisten und sonstigen Bestimmungen über den Warenverkehr an die in den zurückliegenden Jahren eingetretene Entwicklung. Für den Wortlaut vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 17 vom 27. Januar 1965, S. 1–3. Vgl. dazu ferner BULLETIN 1964, S. 1089. Vgl. dazu auch AAPD 1964, II, Dok. 243.

Zu den Verhandlungen der Gemischten Kommission vom 24. bis 29. April 1967 in Belgrad vgl. Dok. 156.

<sup>6</sup> Erste technische Gespräche zwischen einer Delegation der EWG-Kommission und einer jugoslawischen Abordnung vom 25. bis 29. Januar 1965 in Brüssel über den Abschluß eines Handelsabkommens verliefen ergebnislos. Vgl. dazu Referat I A 2, Bd. 1404.

Am 8. Februar 1967 kam Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg zu dem Schluß, daß es nun zweckmäßig erscheine, die von der Bundesregierung bisher eingenommene „negative Haltung zur Frage des Abschlusses eines Handelsvertrags zwischen EWG und Jugoslawien schrittweise aufzulockern. Ein Handelsabkommen wird letzten Endes nicht zu vermeiden sein, wenn die übrigen fünf Mitgliedsländer dafür eintreten. Wir sollten uns in diesem Falle nicht negativ gegenüber einem Land exponieren, das immer wieder seine Zwischenstellung zwischen Ost und West betont.“ Vgl. VS-Bd. 2430 (I A 2); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Zur Belgrader Donaukonvention vom 18. August 1948 und zum Antrag der Bundesregierung auf Beitritt vgl. Dok. 27, Anm. 33.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastl sprach dieses Thema am 30./31. März 1967 gegenüber dem Abteilungsleiter im jugoslawischen Außenministerium an: „Lučić versicherte nicht unglaublich würdig, die jugoslawische Haltung sei grundsätzlich positiv, wir dürften aber nicht vergessen, daß die Bürokratie der Donaukonvention schwerfällig arbeite.“ Vgl. die Aufzeichnung von Kastl vom 5. April 1967, VS-Bd. 10071 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Zur Wiederaufnahme von Gesprächen über den Abschluß einer Anwerbevereinbarung mit Jugoslawien sowie eines Sozialversicherungsabkommens vgl. Dok. 156, Anm. 16.

zu a):

Wir selbst sind mit der Gefahr einer Fehlinterpretation nicht nur hier im erörterten Fall, sondern ganz allgemein bei unserem Bemühen um diplomatische Beziehungen zu den Staaten Osteuropas konfrontiert.

Die Erfahrung mit Rumänien<sup>9</sup> liegt hinter uns. Es ist zu keinem Dammbbruch gekommen. Trotzdem kann niemand garantieren, daß es in der weiteren Entwicklung nicht die eine oder andere Regierung geben könnte, die es für opportun hielte, sich eines Vorwandes zu bedienen, um ihr Verhältnis zu Ostberlin „aufzuwerten“.

Im wesentlichen wird die vermutete Gefahr durch unser eigenes Auftreten (klare Sprachregelung für unsere Missionen, in einigen Fällen Darlegung unseres Standpunktes durch Sonderbeauftragte) und durch die Hilfe der Verbündeten (Unterrichtung und Konsultation) abgewendet werden können.

zu b):

Wir haben die Jugoslawen Anfang Januar wissen lassen, daß es von ihrem Einwirken auf Neu Delhi und Kairo mit abhängen werde, ob eine Wiederaufnahme bald möglich sei. Inzwischen gibt es Reaktionen, aus denen geschlossen werden kann, daß Belgrad den Hinweis verstanden hat.

zu c):

Die Verbündeten haben bei verschiedenen Gelegenheiten wissen lassen, daß sie es begrüßen würden, wenn unsere Entspannungspolitik gegenüber Osteuropa auch zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Jugoslawien führte. Hieran können wir anknüpfen, wenn wir um Absicherung bitten.

6) Unsere Argumentation wird vor allem von folgendem auszugehen haben:

a) Unsere Politik ist in entscheidendem Maße eine europäische Politik. Sie zielt darauf ab, die Zusammenarbeit zwischen den Völkern dieses Kontinents zu fördern und einer europäischen Friedensordnung den Weg zu ebnen.

Jugoslawien ist ein Mitglied der europäischen Staatengemeinschaft. Wir können es aus unserer Politik der Entspannung und der Kooperation nicht ausklammern. Dies ist um so weniger möglich, als die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit mit Jugoslawien enger ist als mit anderen osteuropäischen Staaten.

Eine friedliche Ordnung in Europa ist von ausschlaggebender Bedeutung für den Frieden der Welt. Dieser Zusammenhang muß außereuropäischen Regierungen nahegebracht werden.

b) Wir meinen weiterhin, daß Jugoslawien 1957 eine falsche Entscheidung gefällt hat, als es – wohl auch in Verkennung einiger wesentlicher Gegebenheiten – diplomatische Beziehungen zu Ostberlin aufnahm. An der Überzeugung, daß die Bundesregierung berechtigt und verpflichtet ist, für das deutsche Volk in seiner Gesamtheit zu sprechen, hat sich für uns bekanntlich nichts geändert.

Man wird andererseits gelten lassen müssen, daß Jugoslawien in den schwersten Jahren des Kalten Krieges und der akuten Berlinbedrohung nicht gegen uns Stellung genommen hat – zum Unterschied von der Sowjetunion, mit der

<sup>9</sup> Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien am 31. Januar 1967 vgl. Dok. 39.

die diplomatischen Beziehungen aufrechterhalten blieben, und von den anderen Staaten des Warschauer Paktes, um die wir uns gegenwärtig bemühen.

Jugoslawien war seit 1948 „blockfrei“. Nach dem Ende der Stalin-Ära hatte es seit 1955 sein Verhältnis zur Sowjetunion und zum sowjetischen Einflußbereich in Europa neu geordnet. Hieraus ergab sich die Entscheidung von 1957. Dieser Zusammenhang macht deutlich, daß der jugoslawische Fall nicht als Alibi für ganz andersgeartete, außereuropäische Interessen in Anspruch genommen werden kann.

(Dies ergäbe zugleich die Möglichkeit – und die Notwendigkeit –, unsere grundsätzliche Position zurechtzurücken: Entscheidender Orientierungspunkt unserer Deutschlandpolitik ist Friedenssicherung plus Organisation Europas. Nichtanerkennung ist Mittel, nicht Selbstzweck. Insoweit Hallsteindoktrin nur als Negierung der „DDR“ verstanden worden ist, muß sie entstaubt werden.)

7) Die Wiederaufnahme – möglicherweise im Laufe dieses Jahres – wird erst in Betracht kommen können, wenn

- a) die unter 4) genannten Gespräche stattgefunden haben,
- b) die sonstigen Bemühungen gegenüber den osteuropäischen Staaten weiter gediehen sind,
- c) die unter 5) skizzierte Absicherung eingeleitet ist.

Dann wird – im Sinne der Regierungserklärung und der ergänzenden Ausführungen des Bundeskanzlers – zu klären sein, ob die Aufnahme diplomatischer Beziehungen „nach den Umständen möglich“ ist.

**VS-Bd. 10017 (Ministerbüro)**

## 89

### Gespräche des Ministerialdirektors Thierfelder in London

**V 1-141/67 geheim**

**6. März 1967<sup>1</sup>**

An den Gesprächen, die Ministerialdirektor Dr. Thierfelder am 6. März 1967 im Foreign Office führte, nahmen auf britischer Seite teil:

11.15-11.45 Uhr: Lord Hood, Deputy Under-Secretary of State. Mr. A.H. Campbell, Leiter des Western Department,

11.45-12.30 Uhr: Mr. A.H.Campbell und

15.30-16.00 Uhr: Mr. J. L. Simpson, Legal Counsellor. Mr. J.C.C. Bennett, First Secretary Western Department,

16.00-16.30 Uhr: Sir Francis Vallat, Legal Adviser, Mr. J. L. Simpson.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschaftsrat Schulte-Strathaus, London, am 7. März 1967 gefertigt und von Botschafter Blankenhorn übermittelt.  
Hat Ministerialdirigent Truckenbrodt am 13. März und den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Jung und von Plehwe am 15. bzw. 19. April 1967 vorgelegen.

I. Bei der Besprechung mit Lord Hood stellte *Dr. Thierfelder* einleitend die Schwierigkeiten dar, in die insbesondere unsere Ostpolitik in zunehmendem Maße durch das bisherige Verfahren der Einbeziehung Berlins in internationale Verträge und Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland<sup>2</sup> gerate. Unsere Vorschläge zielten auf eine Änderung der Prozedur, nicht des juristischen Status von Berlin. Die höchste Autorität in Berlin solle nach wie vor eindeutig bei den Alliierten liegen. Wenn die Bundesregierung wünsche, Berlin und seine Bevölkerung nach außen zu vertreten, so letztlich unter der höchsten alliierten Verantwortung<sup>3</sup>. Daran werde sich nichts ändern, wenn unsere Vorschläge durchgeführt würden.

Das von den Alliierten für Verträge mit kommunistischen Staaten vorgeschlagene Ausnahmeverfahren habe uns nicht weitergebracht. Das Dilemma bestehe darin, daß die Bundesregierung bei Abschluß von Verträgen mit Oststaaten, die keine ausdrückliche Berlin-Klausel enthielten, in Schwierigkeiten mit dem Parlament und der Öffentlichkeit oder aber mit dem osteuropäischen Vertragspartner geraten müsse. Die Frage sei, wie man die Prozedur verbessern solle und wie dies bekanntzugeben sei. Es gebe verschiedene Möglichkeiten.

*Lord Hood* stellte hierzu fest, die britische Regierung wolle im Rahmen des Möglichen der Bundesregierung helfen, ihre Politik der Verbesserung der Beziehungen mit Osteuropa fortzuführen. Unsere Ostpolitik sei „weise und staatsmännisch“ und für die gesamte westliche Politik eine große Hilfe. Wegen Deutschlands geographisch zentraler Lage in Europa sei unser Beitrag besonders wichtig. „Wir begrüßen das sehr und wollen helfen, so gut wir können“.

Die bei den Verhandlungen mit den osteuropäischen Regierungen eingetretenen Schwierigkeiten hätten dazu geführt, daß die Bundesregierung einen Weg suche, ohne die Berlin-Klausel auszukommen. Warum betrachte sie aber dann die Angelegenheit global und nicht lediglich als ein auf die osteuropäischen Staaten beschränktes Problem?

*Dr. Thierfelder* erwiderte hierauf, daß die Schwierigkeiten mit dem Osten zwar den Ausgangspunkt darstellten; man könne sie aber nicht aus dem gesamten Komplex herauslösen. Auch gegenüber der westlichen Welt habe die Berlin-Klausel zu Schwierigkeiten für uns geführt.<sup>4</sup> Wir möchten unsere Vertragsverhandlungen und Vertragsabschlüsse von diesem politischen Element entlasten, sie „entpolitisieren“. Dies sei jedoch nicht der Hauptgrund für unser jetziges Anliegen, sondern nur ein zusätzliches Motiv.

*Dr. Thierfelder* bestätigte *Lord Hood* auf dessen Frage, daß uns die letzten alliierten Vorschläge nicht zufriedenstellten. Auf den Einwand Hoods, die Rumänen hätten aber doch unterzeichnet, erklärte er, daß in diesem Falle kein Ab-

<sup>2</sup> Zur Einbeziehung von Berlin (West) durch Aufnahme einer Währungsgebietsklausel in Abkommen und zu den Bemühungen der Bundesregierung um eine Änderung des Verfahrens vgl. Dok. 58.

<sup>3</sup> Der Passus „wünsche ... alliierten Verantwortung“ wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jung gestrichen. Dafür wurde handschriftlich eingefügt: „Berlin und seine Bevölkerung nach außen vertrete, so mit Auftrag und Ermächtigung der Alliierten“.

<sup>4</sup> Vgl. dazu beispielsweise die Verhandlungen mit der Schweiz über ein Abkommen zur Finanzierung des Ausbaus des Rheins, in denen die schweizerische Regierung zunächst die Aufnahme einer Berlin-Klausel ablehnte; AAPD 1966, I, Dok. 27.



kommen unterschrieben worden sei, sondern daß man den gemeinsamen Entschluß gefaßt habe, diplomatische Beziehungen aufzunehmen.<sup>5</sup>

Auf die weitere Frage *Hoods*, wo die Berlin-Klausel als Störungsfaktor in Erscheinung getreten sei, verwies *Dr. Thierfelder* auf Kulturabkommen, Wirtschaftsverträge, technische Übereinkommen verschiedenster Art etc. Bisher hätten wir uns einigermaßen mit der Formel „Währungsgebiet DM-West“, mit Bezugnahme auf den Geltungsbereich früherer Verträge und dergleichen helfen können, stießen aber nun bei den osteuropäischen Staaten auf einen sich versteifenden Widerstand gegen die Berlin-Klausel, – und dies nicht nur im Osten.

Auch *Mr. Campbell* betonte, daß die britische Seite guten Willens sei, dieses Hindernis unserer Ostpolitik auszuräumen. Er frage sich allerdings, wie man einzelne Verträge – was doch offenbar auf Grund der alliierten Vorbehaltsrechte notwendig sei – von der Anwendbarkeit auf Berlin ausnehmen könne, wenn die Alliierten unserem Vorschlag entsprechend öffentlich erklärten, daß die von der Bundesregierung abgeschlossenen Verträge generell auch für Berlin gültig seien.

Auf die Frage *Lord Hoods*, ob es Beispiele für den Zusammenbruch von Verhandlungen aus Anlaß der Berlin-Klausel gebe, verwies *Dr. Thierfelder* darauf, daß uns von den Tschechen im Januar d.J. in Prag als erstes die Frage gestellt worden sei, ob uns jetzt eine automatische Berlin-Klausel zur Verfügung stehe.<sup>6</sup> Er, *Dr. Thierfelder*, möchte von den Briten wissen, ob es wirklich konkrete Gründe gebe, die gegen eine solche Formel sprächen.

Hierauf erwiderte *Lord Hood*, der einzige Grund sei die damit möglicherweise verbundene Implikation, daß im Verhältnis Berlins zur Bundesrepublik Deutschland eine Änderung eintrete. Die Formel könnte als ein Schritt zur Anerkennung Berlins als Land der Bundesrepublik ausgelegt werden. Dies wiederum könnte die Sowjets zu Protesten oder „sogar zu Maßnahmen“ veranlassen. Letzteres, ergänzte *Hood*, sofern sie zu der Überzeugung gelangten, daß es sich um eine substantielle Statusänderung Berlins handele.

Demgegenüber entgegnete *Dr. Thierfelder*, daß wir durchaus einverstanden wären, wenn von alliierter Seite in aller Form erklärt werde, in Berlin trete hinsichtlich Status und Verantwortung der Alliierten keine Veränderung ein.

*Mr. Campbell* bekräftigte, daß die Statusfrage das einzige Bedenken grundsätzlicher Art sei, das es von britischer Seite gebe. Probleme der Formulierung könnten mit den Legal Advisers erörtert werden.

Abschließend stellten *Dr. Thierfelder* und *Lord Hood* übereinstimmend fest, daß es sich in der Hauptsache um eine politische Frage handle. Unter Bezugnahme auf ein vor zwei Wochen mit Herrn Staatssekretär Schütz geführtes Gespräch unterstrich *Dr. Thierfelder* unser Interesse an einer normaleren Art des Verhandelns auch mit unseren Freunden. Beispielsweise habe es mit den Schweizern und sogar mit internationalen Organisationen wie dem Roten

<sup>5</sup> Vgl. dazu Dok. 39.

<sup>6</sup> Zum Gespräch des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Wickert am 10. Januar 1967 vgl. Dok. 10, Anm. 4.

Kreuz<sup>7</sup> Schwierigkeiten wegen der Berlin-Klausel gegeben. Die britische Seite möge jedoch nicht glauben, wir nähmen den Ostkomplex nur als Vorwand, um zu einer generellen Neuregelung zu gelangen. Die Alliierten sollten es ganz klar machen, daß der Berlin-Status unverändert bleibe.

II. In der anschließenden Besprechung mit dem Rechtsberater des Western Department, Mr. J. L. Simpson, rekapitulierte Mr. *Campbell* zunächst die Ausführungen Dr. Thierfelders in dem Gespräch mit Lord Hood und dessen Stellungnahme, wonach die britische Regierung

- der deutschen Ostpolitik helfen möchte, andererseits aber
- großen Wert darauf lege, daß der Status von Berlin nicht verändert werde.

Man dürfe nicht das Risiko eingehen, etwas zu tun, was von der anderen Seite fälschlich als Statusänderung aufgefaßt werden könnte.

Dr. *Thierfelder* bezeichnete den im britischen „Talking Paper“ von 1966<sup>8</sup> enthaltenen Vorschlag eines Ausnahmeverfahrens für Verhandlungen mit kommunistischen Staaten als unbefriedigend, doch könne dieses Papier als Ausgangspunkt für weitere Erörterungen dienen. Unsere Überlegungen gingen in Richtung auf eine allgemeine öffentliche Erklärung über die künftige Prozedur. Bei dieser Gelegenheit könne ebenfalls öffentlich erklärt werden, daß das neue Verfahren an der Substanz der alliierten Verantwortung für Berlin nichts ändere.

Eine unterschiedliche Behandlung der Staaten des Ostblocks gegenüber denjenigen der freien Welt scheine uns unzweckmäßig. Es sei unmöglich, unserer Öffentlichkeit zu erklären, daß ein Vertrag etwa mit Rumänien ohne Berlin-Klausel – wegen des stillschweigenden Einverständnisses der Rumänen – ebenso auf Berlin angewandt werden würde wie die mit den Weststaaten abgeschlossenen Verträge, die eine Berlin-Klausel enthielten. Sage die Bundesregierung dies der Öffentlichkeit, so würde sie unangenehme Reaktionen der östlichen Vertragspartner geradezu provozieren. Sage sie es der Öffentlichkeit aber nicht, so setze sie sich dem Vorwurf aus, gegenüber dem Osten die Drei-Staaten-Theorie zu akzeptieren.

Sollte etwa die Sowjetunion oder ein anderer Oststaat in einem Vertrag mit der Bundesrepublik die Klausel verlangen, daß der Vertrag nicht für Berlin gelte, so könne man diesem Wunsch entsprechen, denn eine solche Klausel impliziere, daß alle anderen Verträge ohne diese Klausel auch für Berlin gültig seien. Es gebe ja bereits Verträge auf Gebieten alliierte Vorbehaltsrechte, wie z. B. der Zivilluftfahrt<sup>9</sup>, in denen ausdrücklich festgestellt werde, daß sie nicht auf Berlin anwendbar seien.

Die Frage Mr. *Campbells*, ob wir Anzeichen dafür hätten, daß kommunistische Regierungen nach Unterzeichnung eines Vertrages mit uns, der keine Berlin-Klausel enthalte, dessen Anwendung auf Berlin hinnehmen würden (*acquiesce*

<sup>7</sup> Die DDR trat 1956 den vier Genfer Rotkreuz-Konventionen vom 12. August 1949 bei. Für einen Auszug aus der Erklärung der Bundesregierung vom 28. Mai 1957 gegenüber der Schweiz vgl. AAPD 1963, II, Dok. 284, Anm. 5.

<sup>8</sup> Zur britischen Reaktion vom 19. Oktober 1966 auf das Memorandum des Auswärtigen Amts vom 12. Juli 1966 vgl. Dok. 58, Anm. 10.

<sup>9</sup> Vgl. dazu etwa die laufenden Verhandlungen mit der UdSSR über die Benutzung der Luftkorridore von und nach Berlin (West); Dok. 102.

in this), wurde von *Dr. Thierfelder* mit dem Hinweis auf das bereits gegenüber Lord Hood erwähnte Interesse der Tschechen an einer neuen Berlin-Formel beantwortet. Für die osteuropäischen Regierungen sei es leichter, mit uns ein Abkommen zu unterzeichnen, in welchem Berlin unerwähnt bleibe, und dann später die Anwendung auf Berlin stillschweigend hinzunehmen.

Rechtsberater *Simpson* warf dann praktische Fragen auf,

- welche Aktion in Berlin unternommen werden müßte, wenn man das Verfahren ändern wolle, und
- in welcher Form dies bekanntzugeben sei.

In jedem Falle müsse man ja wohl in den Vereinten Nationen und anderwärts mit einer scharfen Reaktion des Ostens rechnen. Ob die deutsche Erwartung, daß die kommunistischen Staaten sich nach einem zunächst scharfen Protest bald wieder beruhigen würden, zutreffend sei, könne er nicht beurteilen.

Auf die Frage *Simpsons* nach dem Status der alliierten Kommandatura versicherte *Dr. Thierfelder*, daß wir ohne Einverständnis mit den Alliierten keinen Vertrag unterschreiben, ratifizieren und in Berlin in Kraft setzen würden.

*Mr. Simpson* erinnerte daran, daß die Kommandatura manchmal Verträge nur mit gewissen Einschränkungen in Kraft gesetzt habe. Wie solle dies geschehen, wenn es keine Berlin-Klausel gebe? Hierauf sagte *Dr. Thierfelder*, wenn wir uns nicht auf einen Vertragstext einigen könnten, dann würden wir auf den Vertrag verzichten oder eine negative Berlin-Klausel einfügen.

*Mr. Campbell* warf die Frage auf, von wem und in welcher Form die öffentliche Erklärung abgegeben werden solle, falls man sich auf eine Formel einige. Wie könne dies so geschehen, daß man die Schärfe der zu erwartenden Reaktion des Ostens auf ein Minimum begrenze? Dächten wir an eine gleichzeitig von deutscher und von alliierter Seite abzugebende Erklärung? *Dr. Thierfelder* entgegnete, eine Verlautbarung der Kommandatura in Berlin sei aus Gründen der politischen Zweckmäßigkeit einer deutschen Erklärung vorzuziehen.

Zur Frage nach der Form der Deklaration (legal enactment or public statement) meinte *Mr. Simpson*, das beste werde wohl eine Mitteilung der Kommandatura an den Senat sein, die dann veröffentlicht werden würde. Inhaltlich würde die Erklärung auf das bisher angewandte Verfahren Bezug nehmen und es durch die neue Formel ersetzen, etwa in der Weise, daß die Verträge der Bundesrepublik Deutschland auf Berlin anzuwenden seien, sofern dies nicht im Vertragstext ausdrücklich ausgeschlossen sei. Die Verträge müßten aber immer noch der Kommandatura vorgelegt werden. Hier jedoch entstehe eine Schwierigkeit: sie könnten entweder für Berlin als Ganzes angenommen oder abgelehnt, nicht aber – wie bisher – mit Auflagen oder Einschränkungen versehen werden.

Auf die Fragen *Mr. Campbells* und *Mr. Benetts*, was wir tun würden, wenn wir von den Polen oder Tschechen das Einverständnis zu einem Vertrag, z.B. einem Kulturabkommen, mit Wirkung für die Bundesrepublik, nicht aber für Berlin erreichten, meinte *Dr. Thierfelder*, daß wir dann wahrscheinlich auf den Vertrag überhaupt verzichten würden. *Mr. Campbell* sagte, wenn wir aber den Vertrag trotz der Nichtanwendbarkeit auf Berlin wünschten, gebe es zwei

Möglichkeiten: ihn mit einer negativen Berlin-Klausel zu versehen oder ihn der Kommandatura nicht vorzulegen.

*Dr. Thierfelder* bezeichnete den alliierten Vorschlag von 1966 als brauchbar, sofern er nicht als Ausnahme auf die kommunistischen Staaten beschränkt bleibe, sondern allgemein angewandt werden könnte.

Bei der Diskussion einer generellen Erklärung, daß Verträge für Berlin gelten, wenn nichts Gegenteiliges festgestellt sei, müsse man die Position der Kommandatura berücksichtigen, erklärte *Mr. Simpson*. Dieser Aspekt bedürfe noch eines eingehenden Studiums.

Von *Mr. Campbell* nach der Haltung der anderen Alliierten befragt, teilte *Dr. Thierfelder* mit,

- die Amerikaner hätten uns inoffiziell wissen lassen, daß sie keine Einwände gegen unser Anliegen erhöhen,
- die Franzosen zeigten jetzt mehr Interesse als früher; wir würden weiter mit ihnen sprechen.

Abschließend meinte *Mr. Campbell*, das beste werde sein, das Thema in Bonn mit den drei Botschaftern weiter zu erörtern. Das Foreign Office werde die Ausführungen *Dr. Thierfelders* sorgfältig studieren und den britischen Botschafter in Bonn<sup>10</sup> sobald wie möglich mit entsprechenden Weisungen versehen.

III. Bei dem am Nachmittag mit *Mr. Simpson* geführten Gespräch sagte *Dr. Thierfelder* zu, dessen Frage, ob die Berliner Gesetzgebung unverändert bleibe, oder – wenn nicht – in welcher Weise sie zu ändern sei, einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und die Briten über das Ergebnis zu unterrichten. Man sollte vielleicht versuchen, die Zustimmung der Kommandatura in ein späteres Stadium zu verlegen.

IV. Der Rechtsberater des Foreign Office, *Sir Francis Vallat*, brachte anschließend gegenüber *Dr. Thierfelder* u. a. seine Befriedigung über die Lösung des Problems der in Deutschland gedruckten, für Rhodesien bestimmten Banknoten<sup>11</sup>, das ihn in letzter Zeit stark beschäftigt habe, zum Ausdruck.

*Sir Francis* teilte weiterhin mit, er würde es begrüßen, den deutschen Standpunkt zu einzelnen Fragen (*clausula rebus sic stantibus, ius cogens* etc.) der bevorstehenden Vertragsrechtskonferenz der International Law Commission kennenzulernen. Die Entwürfe der International Law Commission würden etwa im April d.J. vorliegen. *Sir Francis'* Vorschlag, daß die deutsche und die

<sup>10</sup> Frank K. Roberts.

<sup>11</sup> Die seit dem 11. November 1965 in Rhodesien herrschende, von Großbritannien nicht anerkannte und von der UNO mit Sanktionen belegte weiße Minderheitsregierung beauftragte im April 1966 eine Münchener Wertpapierdruckerei mit der Herstellung von 28 t neuer rhodesischer Banknoten. Nach einem Hinweis der britischen Botschaft in Bonn beschlagnahmte die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main eine erste Lieferung der Banknoten am 20. Dezember 1966 auf dem Flughafen, unmittelbar bevor sie nach Rhodesien geliefert werden sollten. Nach Gerichtsverfahren vor dem Amts- bzw. Landgericht Frankfurt/Main kam es am 8./9. Februar 1967 zu einem Vergleich zwischen der Reserve Bank of Rhodesia, London, und der Münchener Firma. Danach wurden die Banknoten „unter gemeinsamem Verschuß“ der Reserve Bank of Rhodesia, London, und der Wertpapierdruckerei bei der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank eingelagert; die Druckerei erhielt eine Entschädigung von 3 Mio. DM. Vgl. den Vermerk des Vortragenden Legationsrats Steinmann vom 9. März 1967; Referat III B 5, Bd. 505.

britische Seite ihre Kommentare dazu austauschen und vielleicht im Juni auch mündlich diskutieren sollten, wurde von Dr. Thierfelder begrüßt.

VS-Bd. 5633 (V 1)

## 90

### Gespräch des Botschafters von Walther mit dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Semjonow in Moskau

St.S. 1169/67 geheim

7. März 1967<sup>1</sup>

Der Herr *Botschafter* eröffnete die Unterredung mit der Bemerkung, er wäre gern mit MdB Dr. Möller gekommen, der heute nun wieder nach Deutschland zurückgefliegen sei<sup>2</sup>; auf der anderen Seite hätte eine Unterredung Dr. Möllers mit Semjonow wohl sachlich nichts Neues gebracht. Er schloß dann eine kurze Information über den Besuch und die Unterredungen Dr. Möllers in Moskau an. Hierauf erwiderte Herr *Semjonow* etwas später in anderem Zusammenhang, er bitte um Entschuldigung, daß er den Herrn Botschafter erst heute empfangen; er sei im Ausland und darunter auch in Berlin gewesen und erst gestern wieder nach Moskau zurückgekehrt.

Der Herr *Botschafter* fuhr dann fort, er habe aus Bonn nichts Neues mitgebracht, und fragte Herrn Semjonow, wie ihm das Papier gefallen habe, das StS Schütz Botschafter Zarapkin übergeben habe.<sup>3</sup> Herr *Semjonow* erwiderte, das Papier werde zur Zeit „aufmerksam geprüft“, er könne infolgedessen jetzt noch nichts Näheres sagen. Der Herr *Botschafter* erläuterte, seine Frage erkläre sich mit der für die nächste Woche geplanten Abreise einer Gruppe sowjetischer Journalisten nach Deutschland; während dieses Deutschland-Besuches werde das bewußte Thema sicherlich angeschnitten werden<sup>4</sup>; er frage sich, ob man dieses Papier erwähnen solle.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 8. März 1967 gefertigt.

Hat Staatssekretär Schütz am 20. März 1967 vorgelegen, der Ministerialdirektor Ruete um Rücksprache bat.

Hat Ruete am 23. März 1967 vorgelegen.

Hat Botschafter Schnippenkötter vorgelegen.

<sup>2</sup> Der SPD-Abgeordnete Alex Möller hielt sich vom 3. bis 7. März 1967 in Moskau auf. Er führte dort Gespräche mit Persönlichkeiten des politischen und kulturellen Lebens. Als Vorstandsmitglied einer deutschen Filmgesellschaft pflegte er Kontakte mit den Leitern der sowjetischen Staatskomitees für Filmwesen und Kulturbeziehungen mit dem Ausland. Vgl. dazu die Notiz „Alex Möller von Moskau nach Wien“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 57 vom 8. März 1967, S. 1.

<sup>3</sup> Am 8. Februar 1967 übergab Staatssekretär Schütz dem sowjetischen Botschafter den Entwurf für eine Gewaltverzichtserklärung. Vgl. dazu Dok. 46.

<sup>4</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit sowjetischen Journalisten am 17. März 1967 vgl. Dok. 110, besonders Anm. 7.

Herr *Semjonow* verwies darauf, bisher sei das Dokument, einer Bitte des Auswärtigen Amtes folgend, vertraulich behandelt worden, die sowjetischen Journalisten seien nicht darüber unterrichtet, es sei auch nichts darüber veröffentlicht worden. Die weitere Behandlung stelle er jedoch voll und ganz ins Ermessen der deutschen Seite. Hierauf meinte der Herr *Botschafter*, es sei dann wohl besser, weiter so zu verfahren und dieses Thema auszuspähen oder mit einem ganz kurzen Hinweis abzutun.

Herr *Semjonow* fragte nach der Situation in Bonn, und der Herr *Botschafter* schilderte, wie die Regierung langsam zusammenkomme, erwähnte kurz die ersten Erfolge der neuen Regierung auf wirtschaftspolitischem und finanziellem Gebiet, berichtete, wie erstaunt die Öffentlichkeit über die gute Zusammenarbeit zwischen den Ministern Schiller und Strauß sei und erwähnte die Diskussion über ein neues Wahlrecht, das unter Umständen NPD und FDP beseitigen werde; er fügte hinzu, unter dem Eindruck der jüngsten Wahlerfolge der NPD<sup>5</sup> werde diese Frage wahrscheinlich sogar beschleunigt behandelt werden und äußerte gewisse Zweifel, ob es gut sei, mit Hilfe eines Mehrheitswahlrechts eine „schwelende Opposition“ zu schaffen. Schließlich erwähnte er, viele Menschen in der Bundesrepublik seien im Zweifel, ob die wirtschaftspolitischen „Spritzen“ nicht zu früh angesetzt seien.

Herr *Semjonow* fragte nach der Opposition gegen ein Nonproliferations-Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland. Der Herr *Botschafter* erwähnte die Rede Weizsäckers, die gewaltigen Eindruck gemacht habe, weil Weizsäcker als entschiedener Kernwaffengegner bekannt sei, und es infolgedessen erstaunt habe, mit welcher Intensität er auf die Folgen des Paragraphen (Kontroll-Paragraph) hingewiesen habe.<sup>6</sup>

Die Diskussion über die Europa-Klausel<sup>7</sup> sei in Deutschland fast völlig verstummt, die Diskussion über die zivile Anwendung (zivile Sprengungen) lasse sich durch einen öffentlichen Hinweis auf die grundsätzliche Zulässigkeit ziviler Sprengungen vielleicht abstoppen, während der Kontroll-Paragraph nach wie vor äußerst problematisch sei, da befürchtet werde, daß die Kontrolle zu Industrie-Spionage führe. Er (der Herr Botschafter) sei trotzdem der Meinung, man könne durch Abänderung des Vertrages zu positiven Ergebnissen kom-

<sup>5</sup> Zu den Landtagswahlen vom 6. bzw. 20. November 1966 in Hessen und Bayern vgl. Dok. 14, Anm. 17.

<sup>6</sup> Am 21. Februar 1967 wies der Physiker und Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker vor den Mitgliedern der Arbeitskreise Außenpolitik und Wissenschaft der CDU/CSU-Bundtagsfraktion darauf hin, daß ein Nichtverbreitungsabkommen die zivile Nuklearforschung in der Bundesrepublik nicht behindern dürfe: „Weizsäcker riet den Abgeordneten, die Diskussion über den Sperrvertrag auf diesen Punkt zu konzentrieren. Es müsse erreicht werden, daß der Vertrag zugunsten der zivilen Nutzung der Atomenergie abgeändert oder verbindlich erläutert werde.“ Darüber hinaus schlug er vor, „die technische Kontrolle an den Reaktoren zu automatisieren. Man könne dort [...] Apparate anbringen, von denen die relevanten Daten für die Kontrolle abgelesen werden könnten. Darüber solle eine internationale Abmachung getroffen werden.“ Vgl. den Artikel „Weizsäcker: Automatische Kontrollen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 45 vom 22. Februar 1967, S. 4.

<sup>7</sup> Zum Vorschlag der Bundesregierung, in einem Nichtverbreitungsabkommen einen künftigen politischen Zusammenschluß Europas zu berücksichtigen, vgl. Dok. 48.

Vgl. dazu auch die amerikanischen Verbalnoten vom 13. Januar („oral note“) und 22. Februar 1967; Dok. 24, Anm. 12, und Dok. 72, Anm. 2.

men, zumal der Lateinamerikanische Vertrag<sup>8</sup> zwangsläufig Änderungen im Nonproliferations-Vertrag mit sich bringe.

Herr *Semjonow* fuhr mit Nachdruck fort, der Brief und die Äußerungen des Herrn Bundesministers Strauß<sup>9</sup> hätten in der Sowjetrepublik Erstaunen und Bedenken hervorgerufen. Der *Botschafter* antwortete, daß die Schärfe der Äußerungen des Herrn Strauß zurückzuführen sei auf die bisher bekannt gewordene unglückliche Fassung des NV-Vertrages<sup>10</sup>, die noch erst einer Interpretation bedürfe.

Herr *Semjonow* fuhr dann fort, es sei sein Eindruck, daß die in Westdeutschland geäußerten Bedenken und Einwände gegen den Nonproliferations-Vertrag lediglich eine neue Variante der alten Bestrebungen „gewisser deutscher Kreise“ nach Zugang zu Kernwaffen darstellten. So verstehe man hier die Äußerungen Strauß' ebenso wie die Weizsäckers. Demgegenüber verwies der Herr *Botschafter* darauf, die Person Weizsäckers, der als schärfster Atomwaffengegner bekannt sei, sei ausreichender Beweis für die Irrigkeit von Semjonows Meinung, die man leider auch in der hiesigen Presse antreffe. Strauß, der nun einmal als ehemaliger Verteidigungsminister den Ruf eines „Aufrüsters“ habe, wolle er beiseite lassen; aber die Person Weizsäckers und eine Analyse seiner Äußerungen sollte Herrn Semjonow zu einer Revision seines Urteils bringen. Er (der Herr *Botschafter*) gebe zu bedenken, daß die deutsche Industrie sich auf dem Reaktorgebiet die Aufschlüsselung einer neuen und für Deutschland unendlich wichtigen Energiequelle und einen großen Export verspreche. Deshalb und aus grundsätzlichen Erwägungen sei für sie der Gedanke einer Kontrolle, die wie Industriespionage erscheine, unerträglich.

Herr *Semjonow* stellte fest, ein Politiker müsse langfristig denken und wies darauf hin, daß die gegen eine Kontrolle erhobenen Einwände bei aller subjektiven Berechtigung im Angesicht der technischen Entwicklung „leicht in ihr Gegenteil umschlagen könnten“. Man könne unterstellen, daß auch der Abwurf

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 14. Februar 1967 über die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Lateinamerika vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1967, S. 69–83. Für Auszüge vgl. Dok. 61, Anm. 8, 10 und 11.

<sup>9</sup> Am 15. Februar 1967 faßte der Bundesminister der Finanzen in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der CSU seine Bedenken gegen ein Nichtverbreitungsabkommen in einem Schreiben an Bundeskanzler Kiesinger zusammen. Darin führte Strauß aus: „Wir dürfen hier weder aus Furcht vor der ‚Weltmeinung‘ noch unter dem Druck der amerikanischen Erpressung eine Unterschrift unter einen Vertrag leisten, der Deutschland endgültig zum geteilten Objekt eines Superkartells der Weltmächte abwertet, Europas Aussichten auf eine politische Einigung zerschlägt und den Bündnisgeist innerhalb der NATO noch restlos zerstört. Eine deutsche Regierung, für die es noch den Begriff Nation und Geschichte gibt, kann und darf diesen Vertrag nicht unterzeichnen. Eine Regierung, die diesen Vertrag unterschreibt, hat das wesentlichste Recht der Souveränität aus Schwäche oder aus Blindheit hinsichtlich der Tragweite preisgegeben. Ich warne mit allem Nachdruck vor den außen- und innenpolitischen Folgen. Aus Gründen der Ehrlichkeit sage ich voraus, daß ich auf keinen Fall hier einem unter weiß Gott welchen Bedingungen zustande gekommenen Kabinettsbeschuß (‚wir können ja doch nicht anders‘) mich beugen würde. Ich werde gegen das Ja zu diesem Vertrag zunächst innerhalb der gegebenen Gremien, dann aber auch in der Öffentlichkeit mit letztem Nachdruck kämpfen. Hier ist für mich und für viele andere die Grenze dessen erreicht, was man Gewissen nennt. Hier endet Opportunismus und Taktik, hier beginnt der Bereich der letzten Verantwortung.“ Vgl. ACDP, Bestand I-226 (NL Kiesinger); B 150, Aktenkopien 1967. Zu den Äußerungen von Strauß während des Besuchs des Premierministers Wilson in Bonn vgl. Dok. 57, Anm. 3.

<sup>10</sup> Für Auszüge aus dem Entwurf vom 13. bzw. 24. Januar 1967 vgl. Dok. 7, Anm. 3, Dok. 24, Anm. 18 und 19, sowie Dok. 38, Anm. 12, 18 und 19.

einer Atombombe auf Nagasaki aus der Situation heraus begreiflich sei; jedoch stehe bereits in der Bibel: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.“ Zu Weizsäckers Darlegungen zurückkehrend, meinte Herr Semjonow ironisch, dieser sei zwar offensichtlich „gut in Physik, aber schwach in Politik“. Semjonow nannte die Verhütung eines nuklearen Krieges das Hauptziel, das im deutschen ebenso wie im sowjetischen Interesse liege; von daher sei die Kontrollfrage äußerst wichtig. Die Idee der Kontrolle gehe im übrigen auf die Amerikaner zurück.

Insoweit sei auch die amerikanische Idee richtig und werde von der Sowjetunion unterstützt. Man dürfe nicht zulassen, daß die Privatinteressen einiger Monopole die politischen Entscheidungen diktierten. Die sowjetische Seite sehe den Nonproliferations-Vertrag als ersten Schritt im Streben der Staaten und Völker nach Ausschaltung der Gefahren eines nuklearen Krieges und die Unterzeichnung eines solchen Vertrages lediglich als Auftakt für weitergehende Bemühungen, andere Gefahrenquellen anzugehen und die Abrüstung in Angriff zu nehmen.

Herr Semjonow fuhr fort, er habe in der deutschen Presse Äußerungen durchaus einflußreicher Politiker<sup>11</sup> gelesen, wonach man mit allen Mitteln verhindern müsse, daß die Kontrolle nur teilweise erfolge; dies werde – für sein Gefühl fälschlicherweise – als gegen einen Vertrag sprechendes Motiv benutzt. Er halte dies für eine höchst durchsichtige Tarnung des Strebens nach Zugang zu Kernwaffen. Es sei bekannt, daß einflußreiche westdeutsche Kreise der Meinung seien, die Bundesrepublik könne nur im Zustand starker internationaler Spannungen existieren und eine Entspannung sei ihren politischen Zwecken nicht dienlich. Es sei eine Ironie des Schicksals, daß hier die Interessen gewisser westdeutscher Kreise mit denen Chinas zusammenfielen. Jedoch sei hier der Wunsch der Vater des Gedankens. Er sei nicht sehr verwundert über das, was Adenauer, der Inspirator und Propagandist des Kalten Krieges, äußere<sup>12</sup>; er sei eigentlich auch über die Äußerungen anderer westdeutscher Politiker nicht gerade sehr verwundert, sehe sie jedoch als Versuch, eine internationale Entspannung zu verhindern. Daß er all dies weit deutlicher ausspreche, als es in der sowjetischen Presse geschehe, möge der Herr Botschafter als Zeugnis seiner Aufrichtigkeit ansehen.

Der Herr *Botschafter* begegnete dem mit folgenden Einwänden:

1) Niemand in der Bundesrepublik wende sich grundsätzlich gegen einen Nonproliferations-Vertrag, und niemand in der Bundesrepublik wolle eigene

<sup>11</sup> Bedenken gegen ein Nichtverbreitungsabkommen äußerten in erster Linie die Bundesminister Stoltenberg und Höcherl, der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Barzel, der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages, Zimmermann, sowie der FDP-Abgeordnete Genscher. Vgl. dazu den Artikel „Die Opposition gegen den Sperrvertrag lautstärker“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 43 vom 20. Februar 1967, S. 1.

Barzel betonte am 20. Februar 1967 vor dem Hamburger Übersee-Club, die „deutsche Besorgnis wegen des Kontrollmechanismus und der potentiellen wissenschaftlichen und ökonomischen Interventionsmöglichkeiten des Atomsperrvertrages sei nicht von ungefähr, sondern durch die Sowjets geweckt worden. Moskau wolle die friedliche Tätigkeit verhindern. ‚Dagegen gibt es nur eines: Nein!‘“ Vgl. den Artikel „Barzel fordert Koordination in der NATO“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 44 vom 21. Februar 1967, S. 4.

<sup>12</sup> Vgl. dazu Dok. 64, Anm. 5.



Kernwaffen, da jedermann klar sei, daß ein Kernwaffenkrieg gleich zu Beginn die Auslöschung Deutschlands bedeute.

2) Jedermann in der Bundesrepublik Deutschland sei sich bewußt, daß der Versuch einer eigenen Kernwaffenproduktion sofort an der sowjetischen Intervention scheitern würde.

3) Niemand in der Bundesrepublik wolle sich einer Kontrolle entziehen. Es gehe infolgedessen nicht um das „was“, sondern lediglich um das „wie“. Wenn Herr Semjonow von den Interessen einiger Monopole spreche, erkenne er, daß es sich hier um eine Frage von grundlegender Bedeutung für die deutsche Wissenschaft handle.

Daß die Sowjetunion sich bisher immer einer Kontrolle ganz generell widersetzt habe, habe sicher seine Gründe; deshalb solle die Sowjetunion auch bereit sein, die deutschen Gründe anzuerkennen. Man wolle letzten Endes nichts weiter als eine Prüfung der deutschen Vorschläge und Einwände, was um so verständlicher sei, als die Unterzeichnung des Vertrages die Bundesrepublik Deutschland auf Jahrzehnte hinaus binden werde.

Herr *Semjonow* bezeichnete diese Ausführungen als interessant und fuhr fort, er wolle einmal ganz offen sein. Der Sowjetregierung sei bekannt, daß die Bundesregierung hinter den Kulissen erhebliche Anstrengungen unternehme, um den Abschluß eines Nonproliferations-Vertrages zu verhindern. Als Informanten nannte er die Länder, die von der Bundesrepublik entsprechend beeinflusst würden. Er bitte, nicht mißverstanden zu werden: Er kritisiere das nicht, sondern stelle das lediglich fest, es sei dies das Recht der Bundesregierung. Man spreche im Augenblick viel von den friedliebenden Tendenzen der Kiesinger-Regierung (neue Orientierung der Ost-Politik), und der Herr Botschafter könne versichert sein, daß die Sowjetregierung all diese Erscheinungen sehr aufmerksam verfolge. Dem stünden jedoch Tatsachen wie die oben erwähnten gegenüber; die Sowjets seien geneigt, Tatsachen mehr zu glauben als Worten. Die von ihm erwähnte Tätigkeit der Bundesregierung müsse notwendigerweise alarmierend wirken und eine ganz bestimmte Einstellung hervorrufen. Er wolle all dies lediglich konstatieren, damit man sich in diesem freundschaftlichen Gespräch richtig verstehe. Im übrigen hoffe er, daß der Nonproliferations-Vertrag unterzeichnet werde, und man werde es nur begrüßen, wenn die Bundesrepublik unter den ersten Staaten sei, die ihn unterzeichneten. Wenn jedoch die Bundesrepublik ihre Politik des Kalten Krieges weiter verfolge, werde sie unausweichlich in weitere Isolation geraten.

Der Herr *Botschafter* erwiderte, Herr Semjonow habe bei seinen Worten offensichtlich an Indien gedacht; Indien habe allerdings ganz anders gelagerte Interessen (chinesische Bedrohung). Es sei geradezu fatal, daß bei der augenblicklichen Diskussion über das Thema der Nichtweiterverbreitung die Bundesrepublik in einem Atem genannt werde wie Länder, die erhebliche militärische Interessen an der Nuklearfrage hätten (Indien, Pakistan, Israel, arabische Länder), wobei völlig verkannt werde, daß ein solches militärisches Interesse bei der Bundesrepublik nicht vorliege: Es sei allgemein bekannt, wie viel mehr sowjetische als amerikanische Mittelstreckenraketen in Europa vorhanden seien; die Bundesrepublik besitze keine Trägerwaffen; es sei völlig klar, daß die Bundesrepublik das erste Opfer einer nuklearen Auseinandersetzung

würde. Dagegen bestehe in der Bundesrepublik, die als einzige Nichtnuklearmacht eine nennenswerte Kernforschung treibe, ein erhebliches wirtschaftliches Interesse. Außerdem wolle er wiederholen, daß sich bei uns niemand einer Kontrolle entziehen wolle, sondern im Gegenteil deutsche Kontrollvorschläge vorlägen<sup>13</sup>; man wolle auf deutscher Seite nicht mehr, als daß sie geprüft würden.

Herr *Semjonow* erklärte, er wolle hier nicht erörtern, an welche Staaten er im einzelnen gedacht habe, weil das zu weit führe. Zu den Worten des Herrn Botschafters meinte er, Diplomaten und Wissenschaftler arbeiteten ja nicht isoliert voneinander, sondern konsultierten sich gegenseitig und wüßten jeder von den Problemen des anderen; die Sowjetregierung jedenfalls berate sich bei der Vorbereitung des Nonproliferations-Vertrages mit ihren Fachwissenschaftlern.

Sich der Frage der Kontrollbehörde (EURATOM oder IAE0) zuwendend, bezeichnete Semjonow die Dienste der IAE0 als „weit nützlicher für die Vertragsstaaten, als es jetzt den Anschein habe“; er wisse, daß die Bundesrepublik der EURATOM den Vorzug geben würde, jedoch bedeute das lediglich Eigenkontrolle und habe keinerlei Wirkung (Herr S. sprach davon, daß man damit „den Bock zum Gärtner mache“). Der Herr *Botschafter* wandte ein, die Bundesregierung sei gar nicht grundsätzlich gegen Kontrolle durch die IAE0; sie schlage bestimmte Arten der Kontrolle vor, wobei es eher eine zweitrangige Frage sei, wer diese Kontrolle durchführe. Man müsse zwischen der Kontrolle über die Herstellung des Ausgangsmaterials für Bomben und der Kontrolle der Nuklearkräfte als Energiequelle unterscheiden. Der Herr Botschafter machte darauf aufmerksam, die IAE0-Kontrolle gehe weit über das von der Sowjetunion vorgeschlagene Maß an Kontrolle hinaus. Die Kontrolle müsse nach deutschen Vorstellungen auf die Kontrolle des Sprengmaterials beschränkt bleiben; demgegenüber postulierte *Semjonow*, die Kontrolle müsse „vom Standpunkt der Aufgaben des Vertrages her wirksam“ sein und fuhr fort, man könne ja nur von dem sprechen, was im Vertrag gesagt werde, nicht von dem, was im Vertrag nicht enthalten sei. Als der Herr *Botschafter* klar machte, der Vertrag sei aber ein viel zu weit gesteckter Rahmen, beendete Herr *Semjonow* die Diskussion über die Kontrolle mit der Bemerkung, man könne diese Fragen hier ohnehin nur gleichsam im Vorübergehen und als „Freischützen“ behandeln.

Der Herr *Botschafter* konstatierte, die Schwierigkeiten seien letztlich gar nicht so groß, und er denke, man werde zu einer Einigung kommen. Er knüpfte hieran eine Bemerkung, daß die Differenzen sich etwa in der deutschen Presse viel größer ausnehmen, liege lediglich daran, daß zu viele Menschen von Dingen sprächen oder schrieben, für die ihnen die nötige Sachkenntnis fehle, was in einem liberalen und demokratischen Staat nicht zu vermeiden sei. Herr *Semjonow* erwiderte, was der Herr Botschafter als „liberal“ bezeichne, sei militaristisch, und sprach in diesem Zusammenhang von Strauß, der „nicht dumm“ sei und „höchst geschickt“ auf den „Wellen des Militarismus“ schwimme.

Damit war die Unterredung beendet. Der Herr *Botschafter* informierte Herrn

<sup>13</sup> Vgl. dazu Dok. 85, Anm. 13.

Der Vorschlag einer automatisierten Materialkontrolle wurde am 9. März 1967 dem Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster, vorgetragen. Vgl. dazu Dok. 92.

Semjonow noch kurz darüber, daß die Herren Rossig und Röding heute in Moskau eintreffen im Zusammenhang mit dem Botschaftsneubau.

Er schnitt abschließend ganz kurz die Wirtschaftsgespräche vom Herbst 1966 und die von sowjetischer Seite (Herr Manschulo) vorgetragenen Liberalisierungswünsche an und teilte mit, die von Herrn Manschulo gewünschte Liberalisierung der 15% des Handels sei bereits in die Wege geleitet. Er hoffe, Herrn Manschulo dazu bewegen zu können, daß zwischenzeitlich über die übrigen Fragen weiterverhandelt werde, sei sich aber eines Erfolges nicht sicher. Herr *Semjonow* meinte, die Sowjetunion werde sicherlich „die Tür nicht zuschlagen“, worauf der Herr *Botschafter* erwiderte, das sei in Anbetracht der augenblicklichen sowjetischen Aktivbilanz auch ungünstig.

**VS-Bd. 429 (Büro Staatssekretär)**

## 91

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete

**II B 1-81.00-441/67 geheim**

**7. März 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Amerikanisch-sowjetische Bemühungen um einen Nichtverbreitungsvertrag;

hier: Folgerungen für unsere Haltung gegenüber

- 1) der Sowjetunion
- 2) den Vereinigten Staaten
- 3) Frankreich
- 4) Großbritannien
- 5) anderen Ländern Westeuropas
- 6) den übrigen zivilen Atommächten

1) Die Sowjetunion tritt in den Nichtverbreitungsverhandlungen gegenüber Deutschland als Fordernder auf, ohne uns – außer einer jederzeit widerruflichen Mitwirkung an weltweiter Entspannung – etwas anzubieten. Ihre Bemühungen um den Vertrag zielen vornehmlich auf Deutschland: Entweder nimmt Deutschland unter Bedingungen teil, die der Sowjetunion als Positionsgewinne willkommen sind, oder Deutschland sträubt sich und bietet der sowjetischen Politik damit eine bessere Basis für verstärkte Angriffe.

Ob es, dazwischen liegend, eine Gestaltung des NV-Vertrages gibt, die allgemein akzeptabel ist, wird die deutsch-amerikanische Verhandlung und die weltweite Verhandlung über den NV-Vertrag zeigen müssen.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lahusen konzipiert.

Hat Ministerialdirigent Böker am 8. März 1967 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Frank und Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg verfügte.

Hat Frank am 9. März und Meyer-Lindenberg am 20. März 1967 vorgelegen.

Aber auch im Falle unserer Mitwirkung an einem weithin akzeptablen Vertrag ist bei einer mehrdeutigen, vagen Formulierung des Vertragstextes keineswegs auszuschließen, daß die Sowjetunion ihn benutzt, um ihre bisherige Politik uns gegenüber von einer legalistischen Basis aus mit größerer Aussicht auf Erfolg fortzusetzen. Dieser Gefahr müssen wir begegnen. Unsere Teilnahme am Nichtverbreitungsvertrag müßte bestimmte Abstriche an der bisherigen antideutschen Politik der Sowjetregierung mit sich bringen und Ansatzpunkt für einen Wandel der deutsch-sowjetischen Beziehungen werden. Daraus folgt:

a) Wir sollten sowohl über die Amerikaner als auch direkt von den Sowjets eine verbindliche Festlegung darauf anstreben, daß die Sowjetunion unsere Teilnahme an einem weltweit akzeptablen Vertrag als wesentlichen deutschen Entspannungsbeitrag und als Erfüllung einer der drei Bedingungen annimmt, die sie für die Normalisierung der deutsch-sowjetischen Beziehungen stellt („kein Zugang zu Kernwaffen“).

b) Wir sollten die Zusicherung verlangen, daß die Sowjets angesichts unseres Nuklearverzichts ihre Kernwaffen uns gegenüber künftig nicht mehr verwenden werden, um Druck, Drohung oder Erpressung auszuüben (Wohlverhaltensklausel).

c) Die Sowjets sollten auch darauf verzichten, uns weiterhin wegen unserer Haltung in der Nuklearfrage zu diffamieren.

d) Die Sowjets sollten sich verpflichten, künftig nicht etwa unter Berufung auf den Vertrag in die Verwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke in Deutschland oder in unsere Zusammenarbeit mit anderen Ländern auf diesem Gebiet einzugreifen.

e) Den Sowjets sollte die Möglichkeit genommen werden, unter Berufung auf den Vertrag ein Veto gegen die europäische Einigung schlechthin oder im Verteidigungsbereich einzulegen.

Zu a) bedarf es – möglichst noch vor der Beitrittsphase – eines deutschen Gesprächs mit der Sowjetregierung.<sup>2</sup>

Zu b) bis d) haben wir den Amerikanern über die Botschaft Washington Vorschläge zum Vertragstext und zur Präambel gemacht<sup>3</sup>, mit denen unseren Interessen Rechnung getragen werden könnte.

Zu e) wird mit den Vereinigten Staaten und den interessierten europäischen Ländern zu klären sein, wie eine sowjetische Einmischung in die europäische

<sup>2</sup> Ministerialdirektor Diehl machte allerdings schon am 2. Februar 1967 darauf aufmerksam, daß die Problematik des geplanten Nichtverbreitungsabkommens für ein solches Gespräch nicht geeignet sei. Das Einverständnis der Bundesregierung sei deshalb als Handelsobjekt nicht mehr tauglich, weil die wesentlichen Gegensätze zwischen USA und UdSSR über den Vertragsinhalt ausgeräumt seien. Um die sowjetische Zustimmung zu Änderungen im Vertragstext zu erhalten, seien die möglichen Gegenleistungen der Bundesrepublik zu gering, eine „Sprengung des Vertrages“ würde den Rückhalt im Atlantischen Bündnis für die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung erschüttern: „Selbst wenn wir nur die sowjetische Interpretation des Vertrages erkunden und/oder beeinflussen wollten, könnte unser Schritt als Absicht fehlinterpretiert werden, den Vertrag zu verhindern. Das läge nicht nur der SU nahe, sondern auch den USA. Wir büßten damit alle anderen Möglichkeiten der Wahrung unserer Interessen durch die amerikanische Interpretation ein und gefährdeten unsere bisherigen Ansätze in der Ostpolitik durch die Diskreditierung unserer friedlichen Absichten.“ Vgl. VS-Bd. 11572 (Planungsstab); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 72, Anm. 4.

Einigung am zweckmäßigsten ausgeschlossen wird. Die lateinamerikanischen Länder haben die Aufnahme eines Passus in die Präambel durchgesetzt, wonach der Nichtverbreitungsvertrag das Recht zur Bildung kernwaffenfreier Zonen nicht beeinträchtigt; wir könnten Aufnahme einer ähnlichen Bestimmung darüber verlangen, daß auch Staatenzusammenschlüsse durch den Vertrag nicht behindert werden dürfen.

Außerdem müßte die Sowjetunion von allen Interpretationen des Vertrages, die die Amerikaner uns bilateral geben wollen, Kenntnis erhalten, damit sie später nicht behaupten kann, in den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen sei der Vertrag anders interpretiert worden. Die Amerikaner haben sich bereit erklärt, die Sowjets über ihre uns gegebenen Interpretationen<sup>4</sup> zu unterrichten.

Wir sollten ferner erneut erwägen, ob wir nicht durch ein direktes deutsch-sowjetisches Gespräch dem sowjetischen Bemühen entgegenwirken sollten, sich die deutschen Zugeständnisse von den Amerikanern einräumen zu lassen, ohne Deutschland Gegenleistungen anzubieten. Jedenfalls sollte wenigstens der Versuch unternommen werden, in Aussicht stehende erweiterte deutsche Nuklearverzicht in den Dienst einer Entspannung im deutsch-sowjetischen Verhältnis zu stellen.

2) Die Vereinigten Staaten wissen, daß Deutschland das Hauptziel der sowjetischen Nichtverbreitungspolitik ist. Die aus sowjetischer Sicht mögliche Alternative, den Vertrag so zu gestalten, daß Deutschland ihn nicht annehmen kann, ist den Amerikanern verschlossen; sie würden damit ihre bisherige Allianz-, Deutschland- und Europapolitik aufs Spiel setzen. (Unser Botschafter in Washington hat die amerikanische Regierung schon Ende Oktober vorigen Jahres mit Nachdruck auf den Ernst dieser Alternative hingewiesen.<sup>5</sup> Er hat diese Demarche nach Genehmigung durch den neuen Bundesminister des Auswärtigen Anfang Dezember wiederholt.<sup>6</sup>) Die Amerikaner brauchen also, um die mit den Sowjets eingeleitete Entspannungspolitik fortzusetzen, die deutsche Zustimmung zum NV-Vertrag.

Wir sollten diese [für] uns nicht ungünstige Ausgangslage und den Zeitgewinn, der dadurch entstanden ist, daß Amerikaner und Sowjets der Genfer Konferenz einen Entwurf noch nicht vorgelegt haben, rasch ausnutzen. Wir sollten fortfahren, den Amerikanern unsere Wünsche an einen akzeptablen Nichtver-

<sup>4</sup> Vgl. dazu die amerikanischen Verbalnoten vom 13. Januar („oral note“) und 22. Februar 1967; Dok. 24, Anm. 12, und Dok. 72, Anm. 2.

<sup>5</sup> Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 4106 des Staatssekretärs Carstens vom 24. Oktober 1966 an Botschafter Knapstein, Washington; AAPD 1966, II, Dok. 352.

<sup>6</sup> In dem am 2. Dezember 1966 übermittelten Drahterlaß Nr. 4552 vom 30. November 1966 wies Staatssekretär Carstens Botschafter Knapstein, Washington, an, den amerikanischen Außenminister Rusk oder dessen Stellvertreter „nachdrücklich“ darum zu bitten, die Bundesregierung „über die neuen amerikanischen Formulierungen in einem möglichst frühen Stadium zu konsultieren“, und zwar noch „bevor die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen fortgesetzt werden“. Vgl. VS-Bd. 3985 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1966.

Am 7. Dezember 1966 teilte Knapstein mit, der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Katzenbach, habe zugesichert, daß Bundesminister Brandt durch Rusk am Rande der NATO-Ministerratstagung am 15./16. Dezember 1966 in Paris über den Stand der Gespräche unterrichtet werde. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2945; VS-Bd. 3985 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1966.

breitungsvertrag in aller Offenheit darzulegen und die deutschen Vorstellungen nicht von vornherein auf unsere Rückfallpositionen reduzieren. In einer freimütigen, ausführlichen Erörterung unserer legitimen Wünsche gewinnen wir auch eine bessere Grundlage für die später zu treffende Entscheidung in der Beitrittsfrage. Wenn der größte Teil unserer Wünsche erfüllt werden kann, wird eine positive Entscheidung über unsere Beteiligung am Verträge wesentlich leichter fallen.

Die amerikanische Regierung ist für diese Erörterung mit uns auch deswegen aufgeschlossen, weil sie weiß, daß sie das deutsch-amerikanische Verhältnis im vorigen Herbst erheblich strapaziert hat, als sie uns vor den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen nicht, wie früher, konsultierte und uns über dessen Fortgang nicht auf dem laufenden hielt.<sup>7</sup>

Wir haben den Amerikanern am 22. Februar durch die Botschaft Washington eine Übersicht über unsere Wünsche gegeben<sup>8</sup> und einzelne unserer Vorstellungen in den folgenden Tagen, teilweise unter Übergabe von Formulierungsvorschlägen, noch präzisiert.<sup>9</sup> Der Prozeß dient nicht bloßem Zeitgewinn, sondern der vollständigen und gründlichen Behandlung aller Fragen und ist deswegen noch nicht abgeschlossen.

3) Von Frankreich werden wir eine klarere Stellungnahme in der Frage unserer Mitwirkung am NV-Vertrag, als wir sie bisher bekommen haben, nicht erhalten können. Die Franzosen werden den Nichtverbreitungsvertrag nicht unterschreiben und haben ihn offiziell mit starken Worten abqualifiziert; zudem haben sie uns geraten, nach unseren eigenen Interessen zu verfahren. Weiter können sie in ihren Ratschlägen, schon mit Rücksicht auf die Sowjets, dem wichtigsten Partner der französischen Ostpolitik, kaum gehen.

Wir können aufgrund des uns Gesagten davon ausgehen, daß die Franzosen uns weder Schwierigkeiten machen werden, wenn wir an einem uns akzeptablen Nichtverbreitungsvertrag teilnehmen, noch, wenn wir einen unannehmbaren Vertrag zurückweisen, sofern wir unsere Politik des Nuklearverzichts konsequent fortsetzen.

Auch die französische Haltung legt es uns im Interesse der künftigen deutsch-französischen Zusammenarbeit und Europapolitik nahe, auf einen optimalen NV-Vertrag hinzuarbeiten, mag die Haltung der gegenwärtigen französischen Regierung auch keine wesentlichen Fortschritte in Richtung auf die europäische Einigung erwarten lassen.

4) Großbritannien als entspannungsfreudigste Kernwaffenmacht kann durch den Vertrag in seiner gegenwärtigen diskutierten Fassung nichts verlieren und einiges gewinnen. Damit steht es zwischen den Vereinigten Staaten, die besonderen Bedacht auf die Erhaltung der westlichen Allianz nehmen müssen, und der Sowjetunion. Das große britische Interesse an der EWG bietet uns aber die Möglichkeit, von den Briten eine positivere Haltung zu den Problemen

<sup>7</sup> Vgl. dazu Dok. 4, Anm. 4.

<sup>8</sup> Zum Vorschlag der Bundesregierung vgl. den Drahterlaß Nr. 631 des Ministerialdirektors Ruete vom 22. Februar 1967; VS-Bd. 4088 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Zu Anregungen für Text und Präambel eines Nichtverbreitungsabkommens vgl. den Drahterlaß Nr. 747 des Staatssekretärs Schütz vom 3. März 1967; VS-Bd. 4089 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

zu erwarten, vor die der NV-Vertrag die EWG-Partner als Partner der EURATOM-Gemeinschaft stellt, und deren Lösung für die Annehmbarkeit des Vertrages in Westeuropa von Bedeutung ist.

5) Die übrigen allianzgebundenen europäischen Länder haben bisher eine recht unterschiedliche Haltung zum NV-Vertrag eingenommen.<sup>10</sup> Am negativsten ist die der Mittelmeer-Anrainer, am positivsten die der nordeuropäischen Bündnispartner. Wir sollten unsere Position in den spezifisch europäischen Fragen (Auswirkungen des NV-Vertrages auf die europäische Einigung<sup>11</sup>, Möglichkeit eines künftigen europäischen ABM-Systems, EURATOM-Sicherheitskontrollen) nicht nur mit den Amerikanern, sondern auch mit den interessierten europäischen Ländern abstimmen. Dabei wird sich möglicherweise ein geographischer Bereich gleichinteressierter Länder ergeben, der die bestehenden europäischen Bündnisse und Gemeinschaften überlagert.

6) Die anderen nichtnuklearen Länder mit entwickelter Kernindustrie (z. B. Indien, Japan, Kanada, Schweden, Brasilien, Israel) sind nicht daran interessiert, mit uns eine nach außen gemeinsam agierende Gruppe zu bilden. Auch uns ist daran im Hinblick auf unser Verhältnis zu den Vereinigten Staaten und die Wirkung auf die Weltöffentlichkeit nicht gelegen. Andererseits blicken diese Länder mit größter Aufmerksamkeit auf die Bundesrepublik Deutschland als das in der friedlichen Nukleartechnologie mit Kanada am weitesten fortgeschrittene Land. Wir sollten daher die immer deutlicher hervortretende Parallelität der Interessen dieser Länder gegenüber der gegenwärtigen Fassung des amerikanisch-sowjetischen Nichtverbreitungs-Vertragsentwurfes, wie bisher, durch enge diplomatische Fühlungen und womöglich diskrete Abstimmungen in den Dienst unserer Politik stellen.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>12</sup> dem Herrn Bundesminister mit der Bitte um Genehmigung vorgelegt. Über neue Folgerungen aus Ziffer 1 (Sowjetunion), Ziffer 4 (England), Ziffer 5 (Europäer) werden dann gesonderte Vorschläge vorgelegt werden.

Im Hinblick auf den Besuch des amerikanischen Abrüstungsdelegierten Foster in Bonn am 9. und 10. März<sup>13</sup> wird Vorlage der Aufzeichnung bei dem Herrn Bundeskanzler zu dessen Unterrichtung angeregt.

gez. Ruete

VS-Bd. 2469 (I A 6)

<sup>10</sup> Zu den Positionen europäischer NATO-Staaten vgl. Dok. 42.

<sup>11</sup> Zum Vorschlag der Bundesregierung, in einem Nichtverbreitungsabkommen einen politischen Zusammenschluß Europas zu berücksichtigen, vgl. Dok. 48.

<sup>12</sup> Klaus Schütz.

<sup>13</sup> Für die Gespräche des Bundeskanzlers Kiesinger und des Bundesministers Brandt mit dem Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde vgl. Dok. 92 und Dok. 94.

## 92

### Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster

Z A 5-41.A/67 geheim

9. März 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler empfing am 9. März 1967 um 17.15 Uhr Botschafter Foster zu einem Gespräch, an dem von deutscher Seite Bundesminister Schröder, Bundesminister Stoltenberg, Staatssekretär Knieper, Staatssekretär Schütz, Ministerialdirektor Osterheld, Ministerialdirigent Bachmann, Botschafter Schnippenkötter, Herr Ahlers sowie Regierungsdirektor Neusel, von amerikanischer Seite Botschafter McGhee, Mr. Palmer und Mr. Sutterlin teilnahmen.<sup>2</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* begrüßte die Herren Botschafter herzlich und sagte, er sei froh, die persönliche Bekanntschaft von Botschafter Foster zu machen. Wir seien zusammengekommen, um über eine ernste Frage zu sprechen, die nicht nur für beide Seiten, sondern für die ganze Welt wichtig sei. Er wolle zunächst einige Vorbemerkungen machen.

In der vergangenen Woche habe er sich gelegentlich zu den Problemen geäußert. Er wolle sich auf einen Artikel beziehen, den Herr Foster im Jahre 1965 für *Foreign Affairs* geschrieben habe.<sup>3</sup> Sicher sei er in den letzten Wochen oft zitiert worden. In diesem Artikel habe er (Foster) auf die Probleme hingewiesen, die ein Nichtverbreitungsvertrag im Rahmen des Bündnisses für die NATO und für die Bundesrepublik verursachen könne. Er (Foster) habe damals auch die Möglichkeit einer Erosion des Bündnisses unterstrichen. Auch wir hätten ähnliche Sorgen.

Was diese Regierung wolle, sei ein Ergebnis, für das nicht dieser hohe Preis bezahlt werden müsse, ein Ergebnis, das nicht nur keine Erosion des Bündnisses bedeute, sondern im Gegenteil eine neue Stärkung dieses Bündnisses. Die-

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Feldweg am 10. März 1967 gefertigt und vom Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 14. März 1967 an Bundesminister Brandt und Staatssekretär Schütz weitergeleitet. Vgl. dazu VS-Bd. 10089 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Vor der Unterredung mit dem Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster, fand eine vorbereitende Besprechung des Bundeskanzlers mit den Bundesministern Schröder und Stoltenberg sowie mit Staatssekretär Schütz statt. Darin stellte Kiesinger fest, daß aufgrund der sowjetischen Haltung ein Nichtverbreitungsabkommen ohne die Mitwirkung der Bundesregierung nicht zustandekommen könne. Daher gelte es, Zeit zu gewinnen, um die Verhandlungen mit den USA „möglichst zu einem guten Ende zu führen“. Diese Gespräche sollten noch vor der Vorlage eines Textentwurfs auf der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf zu einem Abschluß kommen, geführt werden sollten sie in Washington auf hoher Ebene, eventuell sogar durch Bundesminister Brandt oder den Bundeskanzler. Foster müsse auf jeden Fall „klar werden, daß seine Bonner Gespräche noch nicht die von McCloy zugesagten weiteren deutsch-amerikanischen Besprechungen sein könnten“. Vgl. die Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter vom 9. März 1967; VS-Bd. 4090 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Vgl. William C. FOSTER, *Risks of Nuclear Proliferation*. New Directions in Arms Control and Disarmament. In: *Foreign Affairs* 43 (1964/65), S. 587–601.



ser Geist leite uns bei allen unseren Gesprächen mit unseren amerikanischen Freunden und Alliierten.

Die Haltung der Sowjetunion habe uns in eine etwas schwierige Situation gebracht. Er wolle nicht von den Anklagen und Beschuldigungen sprechen, die die Sowjetunion ständig gegen uns vorbringe, doch wolle er bei dieser Gelegenheit dem Botschafter herzlich dafür danken, daß er in Genf die ungerechtfertigten Angriffe der Sowjetunion, die uns bezichtigt habe, wir strebten nach Atomwaffen, klar und überzeugend zurückgewiesen habe.<sup>4</sup> Er wolle nicht von diesen Beschuldigungen sprechen – wenn er auch fürchte, sie würden weiterhin erhoben werden, selbst wenn wir den Vertrag unterzeichnet hätten –, sondern von den Äußerungen führender Persönlichkeiten der Sowjetunion, wonach die Sowjetunion nur unterzeichnen werde, wenn auch die Bundesrepublik unterzeichne. Das mache unsere Lage schwieriger als die anderer Länder. Diese Haltung der Sowjetunion lege uns eine sehr große Verantwortung auf, über die wir uns völlig im klaren seien.

Gegenüber der Erklärung Kossygins in London, der Bundesrepublik werde nichts anderes übrig bleiben, als zu unterzeichnen, ob sie wolle oder nicht<sup>5</sup> – dies sei die offizielle, später bestätigte Version gewesen –, habe er geantwortet: Ob wir den Vertrag unterzeichneten, werde von unserer Einsicht und von unserem Gewissen bestimmt, und er habe ausdrücklich das Wort Gewissen gebraucht, um darauf hinzuweisen, daß wir uns unserer Verantwortung bewußt seien.

Er habe in den letzten Wochen gelegentlich gesagt, unsere Beziehungen mit den Vereinigten Staaten seien in eine gewisse Unsicherheit geraten<sup>6</sup>, und dabei habe er ebenso uns wie die Vereinigten Staaten gemeint und keine Anklage ausgesprochen. Er habe ausgeführt, in unseren Beziehungen gehe es zu sehr nur noch um Einzelfragen und besonders um strittige Fragen.

Er (Foster) selbst habe – und dazu wolle er (der Herr Bundeskanzler) ihm ein Kompliment machen – das Problem klar in seinem Artikel dargestellt, in dem er über die großen Linien und die Grundzüge geschrieben habe.

Er (der Herr Bundeskanzler) hätte gewünscht, die Bundesrepublik hätte, als diese sehr wichtige Idee erstmals zur Sprache kam, sich gründlich damit beschäftigt und darüber ein umfassendes Gespräch mit Washington geführt, und zwar über die Möglichkeit der Erosion, über Prioritäten und über die künftigen Beziehungen zwischen den beiden Ländern auch innerhalb der NATO. Trotz vieler Informationen und Konsultationen sei es bis zur Stunde dazu noch nicht gekommen. Zwar habe er das Vergnügen gehabt, sich häufig über diese Dinge

<sup>4</sup> In der Eröffnungssitzung der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission am 21. Februar 1967 beschuldigte der Leiter der sowjetischen Delegation, Roschtschin, „führende Kreise“ in der Bundesrepublik, Zugang zu Kernwaffen zu verlangen und damit „die Lösung vieler Fragen der Abrüstung“ zu behindern. Diese Äußerung wurde vom Leiter der amerikanischen Delegation, Foster, aber auch von seinem britischen Kollegen Lord Chalfont, unter Hinweis auf den Verzicht der Bundesrepublik auf die Produktion von Kernwaffen zurückgewiesen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 109 des Botschafters Schnippenkötter, z. Z. Genf, vom 21. Februar 1967; Referat II B 1, Bd. 789.

<sup>5</sup> Zu den Äußerungen des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 9. Februar 1967 vgl. Dok. 55, Anm. 8.

<sup>6</sup> Vgl. dazu beispielsweise den Artikel „Kiesinger über das Verhältnis zu Washington besorgt“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 50 vom 28. Februar 1967, S. 1.

mit Botschafter McGhee zu unterhalten<sup>7</sup>, und er habe auch mit Herrn McCloy, dem Sonderbeauftragten des Präsidenten der Vereinigten Staaten<sup>8</sup>, dem er für seinen Besuch sehr dankbar sei, darüber gesprochen<sup>9</sup>, doch seien alle diese Gespräche improvisiert und Stückwerk.

Er habe das Gefühl, daß das Unbehagen im deutschen Volk über den Vertrag auf die Frage zurückgehe, ob denn der Vertrag in eine weltweite Konzeption eingebettet sei, in eine gemeinsame Konzeption über die Zukunft beider Nationen. Der Vertrag sei (in einer bestimmten Beziehung) prekär. Zwar gebe es ein übereinstimmendes Interesse der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten an der Nichtverbreitung, doch könne niemandem verborgen bleiben, daß die Motive der Sowjetunion, warum sie für den Vertrag eintrete, unterschiedlich seien von denen der Vereinigten Staaten, die wir respektierten und anerkannten.

Mr. Foster dankte dem Herrn Bundeskanzler und sagte, er freue sich sehr, daß er (der Herr Bundeskanzler) die Gelegenheit gehabt habe zu lesen, was er (Foster) vor zwei Jahren geschrieben habe, denn er stehe diesen Problemen sehr nahe und habe sich seit vielen Jahren mit dem Zusammenschluß Europas beschäftigt. Er habe in einem vorausgegangenen Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler schon erwähnt, daß er ungefähr zwanzig Jahre seines Lebens besonders diesem Problem gewidmet habe. Er sei schon von Anfang des Marshallplanes an dabei gewesen, oder vielmehr schon ein Jahr bevor der Marshallplan in Gang gesetzt worden sei, und er habe die Ehre gehabt, Deutschland häufig besuchen zu dürfen und beobachten zu können, wie gut und wie mutig die Deutschen sich von den Unbilden der Vergangenheit erholt hätten. Er habe sogar schon vor Herrn McCloy hier angefangen, denn er habe bereits 1948 mit General Clay zusammengearbeitet und dabei auch an der Planung des Vorgängers des Herrn Bundeskanzlers, des seinerzeitigen Ministers Erhard, mitgewirkt.<sup>10</sup>

In diesen Jahren sei er mit Deutschland vertraut geworden und habe auch seinen Beitrag zum Zusammenschluß Westeuropas in einer starken und lebensfähigen Gemeinschaft geleistet. Dabei sei er dem amerikanischen Außenministerium und seinem eigenen Außenminister einen Schritt voraus gewesen, denn er habe noch nachdrücklicher auf die europäische Einigung (unification) gedrängt, und ihm sei gesagt worden, er solle nicht so sehr darauf drängen, denn es müsse sich mehr um eine Integration als um einen Zusammenschluß (unification) handeln. Er habe nie sein Interesse daran verloren, und was wir jetzt tun, könne zu diesem Ziele beitragen.

Trotz der Gefühle, der Nichtverbreitungsvertrag werde die Einigungsbestrebungen schwächen, sei es in Wirklichkeit so, daß er die Grundlage für ihre Stärkung sein könne. Was auch immer seine Behörde und er selbst täten, sie dächten immer an dieses Ziel, das wichtig für die Sicherheit der ganzen Welt sei.

<sup>7</sup> Vgl. dazu zuletzt das Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter am 27. Februar 1967; Dok. 72.

<sup>8</sup> Lyndon B. Johnson.

<sup>9</sup> Für das Gespräch vom 4. März 1967 vgl. Dok. 87.

<sup>10</sup> William C. Foster war von 1946 bis 1950 der Stellvertreter des ECA-Sonderbeauftragten für Europa in Paris.

Er (der Herr Bundeskanzler) habe gesagt, unglücklicherweise gebe es den Anschein von Meinungsverschiedenheiten zwischen uns. Er (Foster) wolle noch einmal auf die Erklärungen des amerikanischen Präsidenten und des amerikanischen Außenministers hinweisen, wonach wir immer noch im Stadium der Konsultationen seien und wonach es noch keinen Vertrag gebe, auf den man sich schon geeinigt habe.<sup>11</sup> Die Auffassung sei falsch, daß die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten sich bereits geeinigt hätten, und daß sie von den anderen nur noch die Unterschrift haben wollten. Die Vereinigten Staaten hätten es in den letzten sechs Monaten klargemacht, daß man ein Verfahren definieren wolle (*we are formulating a process*). Erst nach Konsultationen mit den Alliierten wolle man das Ergebnis dem 18-Nationen-Abrüstungsausschuß vorlegen, denn das sei der Ort, wo auch die anderen 75 daran interessierten Länder vertreten seien, also nicht nur die Alliierten der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten.

Im August letzten Jahres habe sich eine Änderung der Haltung der Sowjetunion abzuzeichnen begonnen. Bis dahin habe die Sowjetunion nur ein Ziel gehabt: die Bundesrepublik. Sie habe Deutschland den Zugang zu Kernwaffen sperren wollen. Regelmäßig dreimal pro Woche habe er (Foster) sein (des Herrn Bundeskanzlers) großes Land (*your great country*) dagegen verteidigt, daß es angeblich nach Kernwaffen strebe.

Im August 1966 habe sich dann plötzlich die Haltung der Sowjetunion geändert, und zwar aus Gründen, die ihm nicht bekannt seien. Damals sei in einer sowjetischen Äußerung ein wichtiger Satz enthalten gewesen, nämlich der Kern der Sache sei die Verbringung (*transfer*) von Kernwaffen. Da dies in Übereinstimmung mit der Politik und der Gesetzgebung der Vereinigten Staaten in der Frage der Kernenergie stehe, hätten die Vereinigten Staaten dies als Signal aufgegriffen und versucht herauszufinden, was die Sowjets wirklich meinten. In Genf hätten sie sich zwar ausweichend geäußert, aber dann habe Gromyko im September dreimal mit Rusk während eines Essens gesprochen, und dabei sei auch er (Foster) zugegen gewesen.

Bei diesen Gesprächen sei klar geworden, daß die Sowjets nicht mehr ausschließlich wegen Deutschland beunruhigt gewesen seien – und der Herr Bundeskanzler habe ja bereits auf die unglückselige Äußerung Kossygins hingewiesen –, sondern daß sie sich auch darüber Sorgen machten, daß andere Länder die Fähigkeit erwerben könnten, Kernwaffen zu bauen, insbesondere Indien, Israel, die Vereinigte Arabische Republik und die skandinavischen Länder, und davon wieder vor allem Schweden. Auch seien die Sowjets darüber besorgt gewesen, daß innerhalb von zehn Jahren eine Anzahl weiterer Nationen die Möglichkeit schaffen könnten, Kernwaffen herzustellen.

Bei den erwähnten drei Gesprächen, von denen zwei in New York und eines in Washington<sup>12</sup> stattgefunden haben, sei eine Änderung in der Haltung der Sowjetunion klar zu erkennen gewesen. Sie habe sich auch bei einem Treffen

<sup>11</sup> Vgl. dazu etwa die Äußerungen des amerikanischen Außenministers Rusk am 8. Februar 1967 gegenüber Bundesminister Brandt; Dok. 48.

<sup>12</sup> Am 22. und 24. September 1966 kam es in New York zu Treffen des amerikanischen Außenministers Rusk mit seinem sowjetischen Amtskollegen Gromyko. Am 10. Oktober 1966 sprach Präsident Johnson mit Gromyko in Washington. Vgl. dazu AAPD 1966, II, Dok. 336.

zwischen Gromyko und dem amerikanischen Präsidenten ergeben. Es sei der Wille auf seiten der Sowjets zu erkennen gewesen, den Versuch zu machen, zu der Formulierung eines Vertrags zu gelangen, der nur festlege, was verboten sei. Diese Entwicklung sei daraus entstanden, daß Rusk immer darauf bestanden habe, daß erstens die Konsultationen unter den westlichen Alliierten, insbesondere im McNamara-Ausschuß, und zweitens die Stationierung amerikanischer Kernwaffen auf dem Boden der Bundesrepublik und anderer Länder die Sowjetunion nichts angehe, und daß drittens ein solcher Vertrag, bevor er den blockfreien Nationen in Genf vorgelegt werden könne, von seiten der Sowjetunion und der USA jeweils mit ihren Alliierten diskutiert werden müsse. Rusk habe betont, solange man kein Einverständnis über diese Prinzipien erzielt habe, sei es nicht nützlich, sich weiterhin in Genf zu treffen und sich ständig gegenseitig zu kritisieren.

Bei den erwähnten Besprechungen sei man sich darüber einig gewesen, daß die Sache dringend und gefährlich sei, weil andere Nationen schon an dem Punkt angelangt seien, wo sie Kernwaffen bauen könnten, und weil, wie Präsident Kennedy einmal ausgeführt habe, diese Kernwaffen dann in die Hände irgendeines Verrückten an der Spitze einer Regierung kommen könnten. Gromyko habe dargelegt, er möge zwar die Konsultationen nicht, er wolle auch nicht, daß unsere Kernwaffen in anderen Ländern stationiert seien und er sei auch nicht für ein vereinigtes Europa, aber das seien politische Fragen, die im Vertrag nicht berührt werden sollten.

Sein (Fosters) Ministerium habe ihm dann den Auftrag gegeben, zusammen mit seinem sowjetischen Verhandlungspartner<sup>13</sup> eine Formulierung zu finden, um sie dann den Alliierten vorzulegen. Damit habe man im Oktober angefangen.

In seinem eigenen Lande sei er kritisiert worden, daß die Alliierten nicht früh genug unterrichtet worden seien, und daher wolle er (Foster) als Nebenbemerkung darauf hinweisen, daß Bundeskanzler Erhard und Minister Schröder bei ihrem Besuch Ende September<sup>14</sup> informiert worden seien.

Es sei noch keine Vereinbarung getroffen worden, man habe vielmehr lediglich versucht, eine Formulierung zu finden, nachdem die Sowjets ihren Entwurf<sup>15</sup> hatten fallen lassen, weil wir (die Amerikaner) klargemacht hätten, daß er nicht akzeptabel sei. Man habe sich bemüht, einen Entwurf zu formulieren, um der Lösung der Frage näherzukommen, doch hätten die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten nicht verhandelt, um einen fertigen Vertrag vorzulegen. Es gebe keinen Vertrag.

Die Sowjetunion habe den gleichen Text wie die Bundesregierung, doch habe man sich darüber noch nicht geeinigt, wenn auch die Sowjets wüßten, was die Amerikaner in die Präambel hereinbringen wollten, in der viele der Punkte be-

<sup>13</sup> Alexej Alexandrowitsch Roschtschin.

<sup>14</sup> Zum Besuch vom 24. bis 27. September 1966 in Washington vgl. AAPD 1966, II, Dok. 297, Dok. 298 und Dok. 300–302.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut des sowjetischen Entwurfs vom 24. September 1965 für ein Nichtverbreitungsabkommen vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1965, S. 443–446.

rücksichtigt seien, die die Bundesrepublik vorgeschlagen habe.<sup>16</sup> Die Sowjetunion habe also ebenfalls einen Entwurf, in dem der Artikel III offengelassen sei, und sie habe darauf hingewiesen, sie sei nicht bereit, diesen Entwurf mit ihren Alliierten zu diskutieren, solange er nicht in vollständiger Form vorliege. Daran müsse zumindest wahr sein, daß sie ihn noch nicht mit allen ihren Alliierten diskutiert habe, denn zwei von ihnen hätten sich bei seinen (Fosters) Mitarbeitern darüber beschwert, daß sie noch nicht informiert seien. Die Sowjetunion habe gesagt, sie könne ihre Alliierten erst informieren, wenn der komplette Text vorliege.

Er (Foster) habe nach Weisung Ruskis und sein russischer Gesprächspartner nach Weisung Gromykos bis zu dem Tag, an dem sie in New York auseinander gegangen seien, nach Wegen gesucht, eine Formulierung zu finden. Für Artikel I<sup>17</sup> allerdings, der ein Schlüsselartikel sei, habe man in der ersten Dezemberwoche eine Formulierung gefunden, die dann Rusk Mitte Dezember in der NATO vorgetragen habe.<sup>18</sup> Damals sei zum ersten Mal etwas formuliert worden. Andere Sitzungen hätten in Washington stattgefunden, doch sei es dabei nicht um Worte, sondern um Prinzipien gegangen. Am 16. Februar hätten die Vereinigten Staaten in Genf der Sowjetunion vorgelegt, was die für die nichtnuklearen Nationen vorgesehenen Forderungen spiegelbildlich für die nuklearen Mächte bedeuteten.<sup>19</sup>

Abschließend zu der Frage der Konsultationen wolle er sagen, daß er sie begrüße, daß sie Teil des vorgesehenen Verfahrens seien, daß sie weitergehen müßten, und dies sei auch der Grund, warum er hier sei und sich schon am Nachmittag mit Herrn Minister Stoltenberg unterhalten habe<sup>20</sup> und warum er sich auch gerne noch mit anderen Herren unterhalten wolle.

Die Verhandlungssituation sei also so, daß es noch keinen Entwurf gebe, auf dem man sich schon geeinigt habe. Die Sowjetunion wolle den Entwurf, solange er unvollständig sei, ihren Alliierten nicht empfehlen. Weil aber nur die Alliierten der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion davon Kenntnis hätten, was im Entwurf steht, würden viele Fragen gestellt, die beantwortet werden könnten, wenn der Entwurf vorgelegt würde. Das sei ein Grund, warum er hoffe, mit der Sache voranzukommen, also nicht um zu einer endgültigen Version zu kommen, sondern um unrichtige Vorstellungen klären zu können.

<sup>16</sup> Zu den Anregungen für die Präambel eines Nichtverbreitungsabkommens vgl. den Drahterlaß Nr. 747 des Staatssekretärs Schütz vom 3. März 1967; VS-Bd. 4089 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut vgl. Dok. 7, Anm. 3.

<sup>18</sup> Vgl. dazu AAPD 1966, II, Dok. 413.

<sup>19</sup> Zu Artikel II des Nichtverbreitungsabkommens, der die Verpflichtungen der Kernwaffenstaaten regelte, vgl. Dok. 38, Anm. 12.

<sup>20</sup> In dem Gespräch schlug der Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster, folgende neue Überlegungen zu dem geplanten Kontrollartikel (Artikel III) eines Nichtverbreitungsabkommens vor: Eine Übergangszeit von drei Jahren „für EURATOM bis zur Überlagerung durch IAEO-Kontrollen“, die auch von der UdSSR akzeptiert würde. Die Überwachung sollte sich auf spaltbares Material und nicht auf die Anlagen beschränken und die Sicherheitskontrollen sollten auf den „Vertragszweck“ begrenzt werden, „etwa: to prevent diversion of materials (nicht: fissionable material) to weapons production.“ Bundesminister Stoltenberg betonte darüber hinaus den Wunsch nach Automatisierung der Kontrollen. Vgl. die Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter vom 9. März 1967; VS-Bd. 4090 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Es gebe zwei Gründe, warum es gut wäre, den Entwurf vorlegen zu können. Erstens würden die blockfreien Nationen ungeduldig, sie setzten sich zusammen und wollten sich über dies oder jenes beschweren oder Änderungen haben, obwohl sie nur die Grundzüge und nicht die Formulierung kennten. Es sei wichtig, ihnen die Gelegenheit zu geben, an der Diskussion teilzunehmen. Der zweite Grund betreffe die Bundesrepublik, denn in den Zeitungen werde es bisweilen so dargestellt, als wolle eine Gruppe den Entwurf abändern, bevor ihn die Blockfreien gesehen hätten. Es werde behauptet, die westlichen Alliierten, besonders die Bundesrepublik, wollten durch eine Konspiration die Blockfreien an gewissen Dingen hindern.

Wenn einige der Punkte, die die Deutschen vorgebracht hätten, von anderen vorgebracht würden, dann würden sie dadurch eher akzeptabel.

Er wolle wiederholen, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sich noch nicht geeinigt hätten, daß man sich auch noch mit keinem Alliierten geeinigt habe, und sich nach wie vor im Stadium der Konsultationen befinde. Ein großer Vorteil liege darin, daß die Frage der Nichtverbreitung durch eine einstimmige Entschließung, gegen die nur Albanien gestimmt habe, nach Genf verwiesen worden sei.<sup>21</sup>

Man sei also nach wie vor mit Konsultationen über den Vertrag befaßt, dessen Ziel es sei, die Verbreitung von Kernwaffen zu verhindern. Eine solche Verhinderung bedeute natürlich auch Restriktionen, denn dies sei ja Ziel des Vertrags, der dazu beitragen werde, die Sicherheit und Stabilität aller Nationen zu verbessern. Durch den Vertrag werde man auch eine Grundlage gewinnen, auf der man vielleicht andere günstige Entwicklungen einleiten könne, wie zum Beispiel im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und dem Osten, oder im Hinblick auf eine breitere Aktivität in Westeuropa, was ja auch Ziel der NATO sei.

Es gebe also diese beiden Gründe, wovon der eine taktischer Natur sei, da man die Vorschläge anderer bekommen wolle, denn wenn dieselbe Äußerung von anderen stamme, dann sei sie eher akzeptabel. Wenn wir denselben Vorschlag machten, aber damit allein stünden, dann werde er schwieriger durchzubringen sein.

Als nächstes wolle er auf den Eindruck zu sprechen kommen, die Sowjets drängten auf die Sicherung, weil sie damit die friedliche Entwicklung der Kernenergie beeinträchtigen wollten. Das sei nicht so, denn die Sowjets würden auch einem Vertrag ohne Sicherungen zustimmen. Vielmehr seien die Vereinigten Staaten und ihre Alliierten der Auffassung, daß ohne Sicherungen die Dauerhaftigkeit des Vertrags in Gefahr wäre. Es bestehe, besonders im Hinblick auf benachbarte Länder wie Israel und die Vereinigte Arabische Re-

<sup>21</sup> Mit Resolution Nr. 2028 (XX) vom 19. November 1965 beauftragte die UNO-Generalversammlung die Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf, „to give urgent consideration to the question of non-proliferation of nuclear weapons and, to that end, to reconvene as early as possible with a view to negotiating an international treaty to prevent the proliferation of nuclear weapons“. Dieser Beschluß wurde einstimmig bei fünf Enthaltungen gefaßt; 19 Staaten, darunter auch Albanien, blieben der Abstimmung fern. Vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. X, S. 30 und S. 103 f.

publik oder wie Indien und Pakistan, der Verdacht, daß ohne Sicherungen der Vertrag nicht die gewünschte Stabilität haben würde.

Er wolle noch auf einen dritten Punkt zu sprechen kommen, und zwar habe er erst hier in Bonn in einer Zeitung gelesen, ein amerikanischer Beamter habe behauptet, die Sowjets wollten den Abschluß des Vertrags verzögern.<sup>22</sup> Das sei nicht wahr. In Gegenteil bedränge die Sowjetunion die Vereinigten Staaten, und sie wolle am liebsten den Vertragsentwurf schon in der kommenden Woche vorlegen, da sie den fünften Jahrestag der Gründung des 18-Nationen-Abrüstungsausschusses<sup>23</sup> als eine passende Gelegenheit dafür ansehe. Die Vereinigten Staaten hätten klar gesagt, sie seien dazu nicht bereit, weil sie den Entwurf noch nicht mit ihren Alliierten diskutiert hätten. Kein Beamter der Vereinigten Staaten, zumindest keiner in einer höheren Stellung, könne daher diese Einstellung der Sowjetunion zugeschrieben haben.

Schließlich wolle er nur noch auf Artikel III zu sprechen kommen, der ein schwieriges Problem darstelle und viele technische, juristische und vertragliche Komplikationen mit sich bringe. Doch fange man an, auch hier Möglichkeiten einer Lösung zu sehen.

Die Sowjetunion sei nicht gegen EURATOM, nur betrachte sie EURATOM nicht als ein wirklich internationales System. Sie anerkenne seine Existenz und habe keine Einwendungen dagegen, daß EURATOM noch ein, zwei oder drei Jahre weiter arbeite, doch dann müsse, nach Auffassung der Sowjetunion, das System der EURATOM-Sicherungen durch ein echtes internationales System ersetzt oder ergänzt werden. Er habe darüber eingehend mit Herrn Minister Stoltenberg gesprochen. Er (Foster) sei nicht technisch-fachlich genug eingestellt, um hier selbst einen Ausweg zu finden, jedoch glaubten seine Kollegen, schon die Richtung zu sehen, in der eine für alle Beteiligten akzeptable Lösung gefunden werden könne. Er hoffe sehr, daß dies möglich sein werde.<sup>24</sup>

Zusammenfassend wolle er sagen, es sei schon seit vielen Jahren Ziel der Vereinigten Staaten gewesen, die Ausbreitung von Kernwaffen zu begrenzen, und damit könne der Anfang für die Verminderung anderer nuklearer Gefahren gemacht werden, wofür die Vereinigten Staaten schon verschiedene Vorschläge gemacht hätten. Damit könnte man nicht nur die Welt stabilisieren, sondern auch Mittel und Hilfsquellen freisetzen, um die Welt besser zu machen. Die Vereinigten Staaten würden dazu beitragen, was in ihrer Macht stehe.

<sup>22</sup> Vgl. dazu etwa den Artikel „Bonn muß mit harten Gesprächen über den Sperrvertrag rechnen“, in dem dargelegt wurde, „hohe amerikanische Diplomaten“ hätten die Ansicht geäußert, daß sich die sowjetische Regierung „vornehmlich mit einer unzureichenden Kontrolle nicht einverstanden erklären“ würde. Vgl. DIE WELT, Nr. 58 vom 9. März 1967, S. 1.

<sup>23</sup> Die erste Sitzung der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission fand am 14. März 1962 statt.

<sup>24</sup> Am 7. März 1967 teilte Botschafter Knapstein, Washington, mit, daß die Form eines zukünftigen Kontrollsystems auch innerhalb der amerikanischen Regierung eine „hart umkämpfte Frage“ darstelle. Allerdings „habe man die frühere Haltung aufgegeben, nach der die USA ihrerseits Kontrollen grundsätzlich nur in dem Ausmaß akzeptieren wollten, wie die Sowjets dazu bereit seien. Man überlege in den USA und Großbritannien, die gesamte Industrie für friedliche Zwecke der Wiener Kontrolle zu unterstellen, um die Annahme des Kontrollartikels zu erleichtern. Eine Entscheidung sei indessen noch nicht gefallen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 542; VS-Bd. 10082 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

Durch den Vertrag würde auch die NATO gestärkt, und es würde nicht zu ihrer Erosion kommen. Vor zwei Jahren habe er ja in dem erwähnten Artikel ausgeführt, es bestünde die Gefahr einer Erosion, wenn man nicht weise an das Problem herangehe. Wenn man dies aber tue, dann werde es zu einer Stärkung kommen, und das könnte zur europäischen Einheit beitragen, die die Vereinigten Staaten als wünschenswertes Ziel betrachteten. Dadurch würde der ganzen Welt geholfen.

In dem Vertragsentwurf stehe nichts, wodurch der Rückzug amerikanischer Kernwaffen aus der Bundesrepublik oder aus anderen Ländern erforderlich würde. Diese Stationierung von Kernwaffen sei im Vertrag nicht verboten. Die Sowjets sähen sie zwar nicht gerne, doch müßten sie sie dulden, da die Vereinigten Staaten ihre (der Sowjetunion) Einmischung auf diesem Gebiet nicht akzeptierten. Wenn der Herr Bundeskanzler noch irgendwelche Fragen habe, werde er sich sehr gerne bemühen, sie zu beantworten.

Der Herr *Bundeskanzler* dankte Mr. Foster für die eingehende Darstellung. Er wolle noch einige Bemerkungen machen, bevor er Herrn Minister Stoltenberg bitte, eine Zusammenfassung des Gesprächs zu geben, das er am Nachmittag mit dem Herrn Botschafter über Detailfragen geführt habe.

Der Botschafter habe erwähnt, daß es wünschenswert wäre, wenn gewisse Einwände nicht von der Bundesrepublik, sondern von anderen kämen. Dies sei völlig richtig. Er selbst sei froh über alle von anderen kommenden Einwendungen, die Probleme betreffen, die für uns lebenswichtig zu sein schienen.

Der Botschafter habe erwähnt, wie wichtig es sei, daß die Nationen der sogenannten Dritten Welt, die non-aligned nations, nicht den Eindruck gewöhnen, es solle eine Übereinkunft hinter ihren Rücken, von der sie ausgeschlossen wären, getroffen werden. Über dieses Problem habe er (der Herr Bundeskanzler) sich von Anfang an Sorgen gemacht. Nach seiner Meinung wäre es das richtige Verfahren gewesen, wenn innerhalb der Alliierten der Vertrag hinter geschlossenen Türen besprochen worden wäre, und zwar bevor der Wille, einen Vertrag zu schließen, öffentlich bekannt geworden wäre. Dies sei eine Feststellung, die ebenso an unsere Adresse wie an die anderer gerichtet sei. Die Tatsache lasse sich nicht leugnen, daß die NATO-Länder ein spezielles Interesse an der Gestaltung des Vertrags hätten.

Zu Beginn habe er schon darauf hingewiesen, daß unsere Lage prekär sei, weil die Sowjetunion uns eine hohe Verantwortung auferlegt habe, indem sie sagte, daß der Vertrag mit unserer Unterschrift stehe oder falle. Über diese Verantwortung seien wir uns im klaren, aber wir hätten auch eine Verantwortung gegenüber unserem Volk und seinen lebenswichtigen Interessen.

Wir befänden uns jetzt in einem Stadium, in dem es nicht leicht sei, das nachzuholen, was am Anfang hätte stehen können. Der Botschafter wisse ja, und er danke ihm dafür, daß er das in Genf betont habe, daß unser Land auf Atombomben verzichtet habe. Es habe dies innerhalb der WEU gegenüber Freunden und Alliierten getan. Neu sei, daß der Vertrag uns jetzt eine Verpflichtung gegenüber der Sowjetunion bringen wolle.

Es gebe keinen Zweifel daran, und er habe dies auch in seiner Regierungserklärung ausgeführt, daß wir bessere Beziehungen zu der Sowjetunion wünsch-



ten.<sup>25</sup> Ziel unserer Politik sei es, nach und nach den europäischen Antagonismus zu überwinden und die europäische Spaltung zu beseitigen, was zur Lösung der deutschen Frage, nach der wir suchten, beitragen könne. Wir hielten nicht an einer starren Formel fest, wonach zuerst die Wiedervereinigung kommen müsse und dann etwas, was zur Entspannung beiträgt. Wir könnten aber auch nicht die umgekehrte Form akzeptieren, wonach zuerst die Entspannung stehen müsse und dann in ferner Zukunft, wie der Apfel, der vom Baum fällt, die Lösung der deutschen Frage kommen könne. Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion seien sehr schwierig.

Wir sähen natürlich die Gefahr, daß wir zwar den Vertrag unterzeichnet hätten – und er wolle das wiederholen, daß aber auch in Zukunft die gleiche Haltung und die gleichen Beschuldigungen der Sowjetunion uns gegenüber anhalten würden. Es könnte sogar die Gefahr einer Drohung bestehen, die in kritischen Situationen zu Erpressung werden könnte. Damit wolle er nicht sagen, daß die derzeitigen Führer der Sowjetunion derartiges im Sinn hätten, doch könne man nicht in die Zukunft blicken, und eine solche Lage könnte entstehen. Dann würde sich für uns, nicht für die Blockfreien, die spezielle Frage ergeben, wie wir, die wir einer solchen Bedrohung gegenüber wehrlos wären, die Sicherheit unseres Volkes gestalten könnten, und zwar im Hinblick auf das Bündnis, auf die NATO und im Hinblick auf die Haltung der Vereinigten Staaten. So ergebe sich von neuem die Frage, wie die Vereinigten Staaten die Entwicklung des Nordatlantikbündnisses in diesem Zusammenhang sähen. Daher drängten wir auch darauf, nicht nur über den Vertrag und seine Formulierung zu sprechen, sondern auch über diesen wichtigen Punkt.

Er hoffe, es werde uns nicht als Arroganz ausgelegt, wenn wir so großen Wert darauf legten. Wir glaubten aber, mit Recht sagen zu dürfen, daß unsere Lage wesentlich verschieden sei von der der blockfreien Nationen.

Er wolle jetzt zur Frage des Verfahrens kommen. Er sei froh, daß noch keine Vereinbarung über den Vertrag und seinen Text getroffen worden sei, der nach dem Wunsch der Sowjetunion schon innerhalb weniger Tage öffentlich vorgelegt werden sollte. Vielleicht stünden hier unsere Interessen leider etwas gegeneinander. Die Vereinigten Staaten seien für eine rasche Lösung, während uns noch viele Fragen ungeklärt erschienen. Daher wollten wir Zeit gewinnen. Dies sei nicht schlechter Wille, und wir wollten nicht das Zustandekommen des Vertrags verhindern. Nur wollten wir einen Vertrag, den wir auch unserem Volk mit guten Gründen und mit gutem Gewissen vorlegen könnten. Deshalb würde es ihn auch sehr interessieren, noch mehr über das künftige Verfahren zu hören.

Herr Foster habe dazu zwar schon einige Hinweise gegeben, doch wäre es vielleicht gut, noch einmal klarer zu erfahren, welche Stadien der Konsultationen mit den Alliierten und mit uns vorgesehen seien und wann der Vertragstext zur öffentlichen Diskussion vorgelegt werden könnte oder sollte. Er wolle nicht die Sorge verhehlen, daß, wenn einmal der Vertragstext, der mit so viel Geduld, Anstrengungen und Arbeit gefunden worden sei, vorgelegt sei, grundsätzlich die Entscheidung schon gefallen sein könnte. Wenn im Vertrag – die-

<sup>25</sup> Für einen entsprechenden Auszug aus der Erklärung vom 13. Dezember 1966 vgl. Dok. 15, Anm. 18.

ses Unglück möge verhütet werden – Formulierungen wären, die wir nach besten Wissen und Gewissen auf Grund vernünftiger und verantwortlicher Prüfung nicht akzeptieren könnten, dann wäre das eine schlimme Lage.<sup>26</sup>

Zur Zeit verhandeln wir in Washington, während er (Foster) in Genf sei. Unser Botschafter verhandle in Washington mit seinem Vertreter.<sup>27</sup> Dies schaffe eine schwierige Situation. Im Hinblick auf das Verfahren und die Methode wäre zu überlegen, wie wir zu klaren Konsultationen kommen könnten, denn wir könnten hier etwas besprechen, was zu Verwirrung in Washington führen könnte, und umgekehrt. Über dieses Problem sei er etwas besorgt.

Die Sicherungen seien ein sehr wichtiger Teil des Vertrages. Er (Foster) habe in dem erwähnten Artikel von der Überschneidung von militärischen nuklearen Bemühungen und von friedlicher nuklearer Entwicklung geschrieben. Dieser Punkt habe bei uns Wissenschaftler auf den Plan gerufen, die der Frage der atomaren Bewaffnung der Bundesrepublik ablehnend gegenüberstünden.<sup>28</sup> Das unterstreiche den Ernst des Problems.

Er wolle wiederholen, wir müßten Zeit gewinnen, um die Möglichkeit zu haben, unsere eigenen Überlegungen anzustellen und um gründliche und umfassende Konsultationen nicht nur über den Vertrag zu führen. Daher wäre er dankbar, wenn er von Herrn Foster noch etwas klarere Angaben über den vorgesehenen Zeitplan und die einzelnen Stadien bekommen könnte.

Der *Botschafter* erwiderte, es gebe keinen festen Zeitplan, der zeitliche Ablauf hänge von den engen Konsultationen unter den Alliierten ab. Wenn er vom 14. März gesprochen habe, dann nur um zu zeigen, daß es nicht stimme, daß die Sowjetunion den Fortgang der Verhandlungen aufhalte. Vielmehr wolle die Sowjetunion, wie sie vor zehn Tagen vorgeschlagen habe, den Entwurf zum 5. Jahrestag der Gründung des 18-Nationen-Abrüstungsausschusses vorlegen. Wenn man jedoch zu lange weitermache ohne zu einer konkreten Formulierung zu kommen, dann werde es ohne Zweifel bei anderen Ländern weitere Probleme geben, weil sie sich darüber Gedanken machten, was wir zu tun versuchten.

<sup>26</sup> Botschafter Knapstein, Washington, berichtete am 7. März 1967, aus Gesprächen mit Mitarbeitern der amerikanischen Abrüstungsbehörde habe er den Eindruck gewonnen, daß „Foster alles ihm mögliche tun wird, um den Vertragsentwurf möglichst schnell in Genf vorzulegen. Dabei geht die Tendenz dahin, Verhandlungen über etwaige Änderungen der Konferenz selbst zu überlassen. Es klang der Wunsch an, die amerikanische Verhandlungsposition gegenüber den Sowjets auf diese Weise zu entlasten und die sowjetische Seite zu zwingen, sich selbst mit den Argumenten der Konferenzteilnehmer auseinanderzusetzen.“ Nach Ansicht von Knapstein biete diese amerikanische Haltung „ein zusätzliches Argument dafür, unsere noch nicht präzisierten Vorschläge sobald wie möglich zu formulieren, damit wir uns der amerikanischen Seite gegenüber darauf in jedem Falle berufen können“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 542; VS-Bd. 10082 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>27</sup> Am 8. März 1967 führte Botschafter Knapstein, Washington, ein ausführliches Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Fisher. Gegenstand der Erörterung waren eine mögliche Begrenzung der Geltungsdauer eines Nichtverbreitungsabkommens sowie die Formulierung der Artikel, die die Einberufung einer Revisions- bzw. Vertragsdurchführungskonferenz und die Modalitäten einer Kündigung sowie des Inkrafttretens des Abkommens regeln sollten. Ferner trug Knapstein die Stellungnahme der Bundesregierung zur Verbalnote vom 22. Februar 1967 vor, in der die amerikanische Regierung einen Interpretationsentwurf zum Nichtverbreitungsabkommen übermittelt hatte. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 551 und 552; VS-Bd. 10082 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>28</sup> Vgl. dazu die Äußerungen des Physikers und Philosophen Carl Friedrich von Weizsäcker vom 21. Februar 1967; Dok. 90, Anm. 6.

Aus diesem Grunde gebe es eine gewisse Notwendigkeit, die sonst nicht bestünde, den Vertrag vorzulegen. Wenn die Konsultationen unter den Alliierten zu lange dauern sollten, dann könnten manche Länder die politische Entscheidung treffen, ihre eigenen Kernwaffen herzustellen. Einige Länder, zum Beispiel Indien, seien schon nahe daran. Es gebe keinen Zeitplan, und die Bundesregierung habe bestimmt Gelegenheit zu verhandeln.

Er habe von Besuchen in Washington gesprochen. Verschiedene Vertreter der Bundesregierung hätten dort innerhalb der letzten 24 Stunden verhandelt, und Washington sei der richtige Ort dafür. Die Amerikaner seien in Genf sehr beschäftigt, daher sei Washington die richtige Stelle für Verhandlungen. Innerhalb der letzten 24 Stunden seien die Herren Knapstein, von Lilienfeld und von Staden mit Vorschlägen gekommen. Er (Foster) verfüge nur über eine kleine Organisation und er hoffe, daß immer nur jeweils einer mit Vorschlägen komme. Die Hälfte seiner leitenden Beamten sei sowieso in Genf. Seine Behörde verfüge insgesamt über 200 Mitarbeiter, von denen 75 höhere Beamte seien, und 15 der leitenden Herren seien in Europa. Mit Verhandlungen in Washington komme man schneller voran, als wenn man hier mit Herrn McGhee oder mit ihm spreche. Er selbst habe viele Probleme gleichzeitig zu erledigen, und daher sei sein Vertreter der richtige Verhandlungspartner. Botschafter Schnippenkötter kenne ihn ja. Auf viele Vorschläge seien die Vereinigten Staaten ja schon eingegangen, auf andere würden sie noch zurückkommen.

Gewisse Schwierigkeiten würden sich aus einer zweiseitigen Revision der materiell erheblichen Abschnitte (operative paragraphs) des Vertrags durch die Bundesrepublik und die Vereinigten Staaten ergeben, denn dies würde zu Problemen nicht nur bei der Sowjetunion, sondern auch bei den anderen Alliierten führen. Er sei nicht übermäßig optimistisch im Hinblick auf alle deutschen Änderungsvorschläge, aber einige davon könnten sicherlich berücksichtigt werden. Wo Schwierigkeiten bestünden, müsse man innerhalb der westlichen Alliierten gemeinsam vorgehen, und dafür wiederum sei Washington der richtige Ort. Eine zeitliche Begrenzung gebe es nicht. Die Bundesregierung werde jede gewünschte Gelegenheit für Konsultationen und Verhandlungen haben.

Er habe auf Weisung seiner Regierung vor, die anderen Hauptstädte in der kommenden Woche zu besuchen<sup>29</sup>, sowie in Paris mit dem Nordatlantikat Gespräche zu führen, um Fragen zu beantworten und in Konsultationen einzutreten. Was immer wir täten, müßten wir mit der vollen Unterstützung aller tun. Die Bundesregierung habe also Zeit, wenn er auch sagen müsse, daß die Zeit nicht unbedingt für uns arbeite.

Er wolle noch eine kurze Bemerkung zu dem Verfahren anfügen, von dem er schon gesprochen habe, nämlich zu dem Versuch, auf multilateraler Basis innerhalb der westlichen Alliierten, also insbesondere innerhalb der NATO, alle Kenntnisse in die künftige Entwicklung einzuarbeiten, so wie sie sich aus den einzelnen Gesprächen ergeben hätten. Daher hoffe er, daß in Paris die Konsultationen in der NATO weiter geführt würden, so daß alle Nationen Anteil an

<sup>29</sup> Der Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster, führte zwischen dem 11. und dem 16. März 1967 Gespräche mit der italienischen, der niederländischen und der belgischen Regierung. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1967, Z.80.

der Entwicklung hätten. Damit, so hoffe er ferner, könnten viele der Probleme gelöst werden, die der Herr Bundeskanzler erwähnt habe. Wenn es nämlich unmöglich sein sollte, den Wünschen und Bedürfnissen des deutschen Volkes zu entsprechen, so werde es überhaupt keinen Vertrag geben. Deshalb hoffe er, daß es möglich sein werde, eine diesen Notwendigkeiten und Wünschen entsprechende Lösung zu finden, wodurch der Westen und insbesondere die Einigung Europas gestärkt würden. Eine solche Lösung sei im Hinblick auf ihre Auswirkung auf die Zukunft der ganzen Welt sehr wichtig; diese werde sonst durch die Verbreitung dieser tödlichen Waffen bestimmt.

Der Herr *Bundeskanzler* dankte dem Botschafter für das Gespräch über die allgemeinen Aspekte des Problems. Man sei ja nicht zusammengekommen, um an diesem Tisch diese sehr schwierige Aufgabe zu lösen, sondern um gemeinsame Anstrengungen um einen Fortschritt zu machen. Er wolle die Zeit des Botschafters nicht über Gebühr beanspruchen, jedoch wolle er noch Herrn Minister Stoltenberg kurz bitten – da nicht alle Anwesenden an dem Gespräch am Nachmittag teilgenommen hätten –, einen kurzen Bericht über diese Unterredung zu geben.

Herr Minister *Stoltenberg* führte aus, er wolle einige der wesentlichen Punkte darstellen, müsse jedoch dabei wichtige Ausführungen des Botschafters zu Einzelproblemen auslassen.

Bezüglich des Verbots von Kernwaffen sei man darüber einig gewesen, daß darunter nicht Geräte und Anlagen für die friedliche Nutzung, insbesondere für den für uns in den kommenden Jahren besonders wichtigen Brennstoffzyklus fallen. Das zu hören sei besonders wichtig gewesen, da die Sowjets früher einen anderen Standpunkt eingenommen hätten.

Ferner habe man das Problem der Inspektion diskutiert und Herr Foster habe eine Reihe von neuen Überlegungen zu Artikel III gebracht. Technische Probleme habe man nur kurz gestreift, doch sei man sich einig gewesen, daß das Inspektionssystem durch eine klare Tendenz in Richtung auf Automatisierung und Entpersönlichung bestimmt sein solle. Er habe die Frage gestellt, ob nicht eine diesbezügliche vertragliche Verpflichtung in eine Zusatzvereinbarung oder in die IAEÜ eingebaut werden könnte. Diese Frage sei offen geblieben, doch hätten wir dies deutlich als wünschenswert und notwendig bezeichnet. In diesem Zusammenhang habe man ferner über das allgemeine Problem gesprochen, wie die Kontrollpraxis der IAEÜ konkretisiert werden könnte.

Zwei auf anderen Gebieten liegende Punkte seien kurz behandelt worden, nämlich erstens das Problem von EURATOM, das juristische und schwierige praktische Fragen aufwerfe, vor allem im Hinblick auf die erklärte Absicht Frankreichs, dem Vertrag nicht beizutreten. Das von der IAEÜ praktizierte und vom Vertrag vorgesehene Territorialprinzip werde dann Frankreich in eine andere Rolle als die der anderen Staaten versetzen. EURATOM habe aber gemeinschaftliche Institutionen für die Forschung, an denen alle sechs Staaten beteiligt seien. Es werde dann die Gefahr geben, daß Forschungs- und Entwicklungsinstitutionen von EURATOM nicht inspiziert würden, wenn sie in Frankreich lägen, jedoch inspiziert würden, wenn sie außerhalb Frankreichs lägen. Dadurch werde die Inspektion als solche, aber auch das ganze Programm der Zusammenarbeit bedroht. Er habe auf das Beispiel des Forschungsreaktors

von Grenoble<sup>30</sup> verwiesen; 60 % des Brennstoffs dafür würden, laut Vereinbarung zwischen den Regierungen, von Deutschland, und 40 % von Frankreich geliefert. Hier liege ein eigentümliches Problem. Es bestehe die Gefahr, daß sich Frankreich ganz aus diesem Gemeinschaftsunternehmen zurückziehen könnte. Herr Foster habe mit ihm darin übereingestimmt, daß dieses Problem in Gesprächen mit der EURATOM-Kommission gewürdigt werden müsse, und wir hätten zugesagt, unseren Beitrag zur Lösung dieser Frage zu leisten.

Als Letztes sei die Frage gestreift worden, ob trotz der Weigerung der Sowjetunion, ihre zivilen nuklearen Einrichtungen der Inspektion zu unterwerfen, die westlichen Atommächte nicht doch einen Weg sähen, vielleicht über eine Zusatzvereinbarung, ihre zivilen Anlagen ebenso einer Inspektion zu unterwerfen, wie diejenigen der Nichtkernwaffenmächte. Dies würde der Politik der westlichen Atommächte, ein umfassendes Kontrollsystem zu schaffen, entsprechen. Auch wäre in Wien die Lage anders, wenn somit eine Identität innerhalb der westlichen Länder erreicht werden könnte. Schließlich wäre dann auch das ganze Problem der Inspektion nicht so schwerwiegend, wie wenn verschiedene Staaten unterschiedlich behandelt würden.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte den Botschafter, ob er einverstanden sei, der Presse, die erfahren wolle, was besprochen worden sei, eine Erklärung zu übergeben.

Der Entwurf einer Presseverlautbarung wurde verlesen und übersetzt.

Der *Botschafter* bemerkte dazu, er habe gewisse Bedenken dagegen, in diese Erklärung den Hinweis aufzunehmen, daß es keinen festen Zeitplan gebe. Seiner Meinung nach sei es besser, nur zu sagen, enge Konsultationen würden weitergeführt. Natürlich sei es so, daß es keinen festen Zeitplan gebe, doch wolle er dies lieber nicht öffentlich sagen, um Druck auf die Sowjetunion auszuüben, damit sie ihre „Hausaufgaben“ mache.

Der Hinweis darauf, daß es keinen festen Zeitplan gebe, wurde in der endgültigen Fassung gestrichen.<sup>31</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* dankte dem Botschafter für das nützliche Gespräch und drückte die Hoffnung aus, daß wir zu einem Stadium kommen würden, wo eine unserer Verantwortung entsprechende Lösung gefunden werden könne. Er hoffe, der Botschafter werde verstehen, daß wir alles tun würden, um unsere Verantwortung gegenüber dem Weltfrieden und der Sicherheit unseres Volkes zu erfüllen.

Der *Botschafter* dankte dem Herrn *Bundeskanzler* für die Gelegenheit, dieses Gespräch zu führen, das sehr nützlich gewesen sei. Er werde jederzeit für weitere Besprechungen zur Verfügung stehen.

Das Gespräch endete um 19.15 Uhr.

**VS-Bd. 10089 (Ministerbüro)**

<sup>30</sup> Vgl. dazu Dok. 9, Anm. 13.

<sup>31</sup> Für den Wortlaut der Pressemitteilung vgl. BULLETIN 1967, S. 207.

## 93

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete****II A 1-85.50/1-750/67 VS-vertraulich****9. März 1967<sup>1</sup>**

Betr.: TTD

Bezug: Weisung des Herrn Bundesaußenministers nach anliegendem Schreiben MB 910/67 VS-v vom 6.3.1967<sup>2</sup>Anl.: 3<sup>3</sup>

Aufgrund der vorgenannten Weisung soll Abteilung II einen Erlaß an die NATO-Vertretung vorlegen, sich im NATO-Rat für die Abschaffung der bisherigen TTD-Regelung einzusetzen. Vor Ausführung dieser Weisung möchte ich auf folgendes hinweisen:

I. 1) Der NATO-Rat kann die TTD-Regelung als solche nicht abschaffen, da sie eine der Maßnahmen der Alliierten ist, die diese in Ausübung ihrer Verantwortung für Deutschland als Ganzes getroffen haben. Der NATO-Rat kann lediglich die Richtlinien für die Erteilung von TTDs durch das ATO abändern oder die NATO-Partner von der Verpflichtung befreien, Deutsche aus der Zone nur mit TTDs einreisen zu lassen. (Vgl. hierzu Anlage 1: TTD-Regelung und NATO<sup>4</sup>)

2) Ein Antrag in der NATO über eine Änderung der TTD-Regelung müßte gemäß unseren Verpflichtungen aus dem Deutschlandvertrag<sup>5</sup> zunächst mit den Drei Mächten konsultiert werden und sollte als gemeinsamer Schritt der ATO-Mächte und der Bundesregierung gestellt werden.

II. 1) Ein solcher Vorstoß zur Abschaffung der TTD-Regelung kann weitreichende Auswirkungen auf die Grundlagen unserer bisherigen Deutschlandpolitik haben:

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Lücking und Legationsrat von der Gablentz konzipiert.

<sup>2</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnold teilte Ministerialdirektor Ruete mit, daß Staatssekretär Schütz Bundesminister Brandt vorgeschlagen habe, „im Kabinettsausschuß eine Überprüfung der bisherigen TTD-Regelung mit dem Ziel der Aufhebung“ anzuregen. Dabei dürfe nicht vergessen werden, daß „diese Regelung ursprünglich nicht Bestandteil der ‚Deutschland-Politik‘ war, sondern eine der ganz wenigen ‚Gegenmaßnahmen‘ gegen die Berliner Mauer“. Diese Maßnahme sei mittlerweile derart „durchlöchert“, daß sie nur noch zu einem geringen Prozentsatz die Funktionäre, „sonst fast ausschließlich die Bürger im anderen Teil Deutschlands“ betreffe. Die Abschaffung der TTD-Regelung müsse im Ständigen NATO-Rat beschlossen werden. Abteilung II werde angewiesen, „einen entsprechenden Erlaß für die NATO-Vertretung zu erarbeiten und vorzulegen“. Vgl. VS-Bd. 4142 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 2, 4 und 8.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die undatierte und ungezeichnete Aufzeichnung, die der Aufzeichnung des Botschafters Schnippeköter als „Unterlage 2“ beigelegt war, vgl. Dok. 116.

<sup>5</sup> Artikel 2 des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten vom 26. Mai 1952 (Deutschlandvertrag) in der Fassung vom 23. Oktober 1954 (Auszug): „Im Hinblick auf die internationale Lage, die bisher die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrags verhindert hat, behalten die Drei Mächte die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 218.

a) Mit ihrer Zustimmung zur TTD-Regelung haben sich alle NATO-Partner zur Viermächte-Verantwortung für Deutschland als Ganzes bekannt und sich darauf festgelegt, den anderen Teil Deutschlands rechtlich und auch faktisch nicht als „zweiten deutschen Staat“ zu behandeln.

b) Die TTD-Regelung ist eines der wenigen Gebiete, auf denen die Drei Mächte ihre Verantwortung für Deutschland als Ganzes auch für die Deutschen in der Zone wahrnehmen. Ihr Wegfall könnte auch Rückwirkungen auf die Lage in Berlin (Verantwortung für Sowjetsektor) haben.

c) Wenn das TTD als Reisedokument für die Bewohner des anderen Teils Deutschlands entfällt, bleibt dem westlichen Ausland keine andere Wahl, als den „DDR“-Paß als gültiges Reisedokument anzuerkennen. Es besteht kein Zweifel, daß dies – zumal in Verbindung mit dem Staatsbürgergesetz<sup>6</sup> – wesentlich dazu beitragen würde, daß der andere Teil Deutschlands in den Augen der übrigen Welt als „zweiter deutscher Staat“ angesehen wird. Es würde für uns wesentlich schwerer werden, unsere These international durchzusetzen, daß der andere Teil Deutschlands für uns kein Ausland ist.

d) Die Regierungen der NATO-Staaten haben bisher das TTD-System als solches – d.h. die Verpflichtung der NATO-Staaten, Deutsche aus dem anderen Teil Deutschlands nur mit TTD einreisen zu lassen – nicht in Frage gestellt. Dänemark hat am 22.2.1967 im NATO-Rat lediglich gefordert, in Zweifelsfällen selbst entscheiden zu können, wer TTDs erhält.<sup>7</sup> Dieser Forderung kann durch eine Änderung der Regeln zur Erteilung von TTDs praktisch Genüge getan werden.

2) Für die Deutschen im anderen Teil Deutschlands würde die Abschaffung der TTD-Regelung keine Erleichterung mit sich bringen, sondern lediglich der politisch-propagandistischen Arbeit Ostberlins im westlichen Ausland freie Bahn geben. (Vgl. hierzu Anlage 2: Ostberlin und die TTD-Regelung<sup>8</sup>).

3) Vor einem Verzicht auf das TTD-System sollten wir uns generell darüber klar werden, ob wir entschlossen sind, gegen politisch-propagandistische Reisen von Vertretern Ostberlins in das westliche Ausland in Zukunft keine Einwendungen mehr zu erheben. Wenn dies nicht beabsichtigt ist, würde die Abschaffung der TTD-Regelung unser Verhältnis zu den NATO-Partnern eher belasten, weil immer wieder erforderliche Demarchen unserer Botschafter zur Unterbindung einer politisch-propagandistischen Ausnutzung dieser Reisen

<sup>6</sup> Zum Gesetz vom 20. Februar 1967 über die Staatsbürgerschaft der DDR vgl. Dok. 66, Anm. 7, sowie Dok. 129.

<sup>7</sup> Zum dänischen Vorschlag einer Revision der TTD-Regelung vgl. Dok. 75.

Am 10. März 1967 erläuterte der dänische Botschafter, Graf Knuth-Winterfeldt, gegenüber Ministerialdirektor Ruete, daß die dänische Regierung „das TTD-System als solches nicht angreife“. Sie wolle vielmehr erreichen, daß „die Gastländer vor [einer] Verweigerung von TTDs stärker gehört würden“. Vgl. die Aufzeichnung von Ruete vom 13. März 1967; VS-Bd. 4142 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Dem Vorgang beigelegt. In dem undatierten und ungezeichneten Vermerk wurde dargelegt, daß die DDR die TTD-Regelung als „völkerrechtswidrig“ und alleiniges Hindernis, das einer Aufhebung der Ausreiseperrre für Privatreisende entgegenstehe, bezeichne. Doch auch nachdem der Ständige NATO-Rat im Dezember 1965 beschlossen habe, Rentner aus der DDR auch ohne TTD in NATO-Staaten einreisen zu lassen, habe bislang „kein Rentner die Ausreisegenehmigung erhalten“. Vgl. VS-Bd. 4142 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

weit unangenehmer sind, als der jetzt mögliche Hinweis auf die allgemeine TTD-Regelung, welcher der betreffende Staat selbst zugestimmt hat.

III. 1) Wegen der Rückwirkungen eines deutschen Vorstoßes zur Abschaffung des TTD-Systems auf die gesamte Deutschlandpolitik der westlichen Allianz schlägt Abteilung II vor, die Verwirklichung dieser Absicht in den größeren Rahmen einer neuen Deutschlandpolitik einzufügen, wo diese Konzession mit der Forderung nach Gegenleistungen der Zone verbunden werden kann.

2) Sollte dieser Vorschlag keine Zustimmung finden, schlage ich vor, daß der Herr Staatssekretär die drei Botschafter<sup>9</sup> von der Überlegung der Bundesregierung unterrichtet und verabredet, daß die weiteren Schritte in der Bonner Vierergruppe abgesprochen werden sollen.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>10</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>11</sup> mit der Bitte um Billigung des beabsichtigten Vorgehens vorgelegt.<sup>12</sup>

Ruete

VS-Bd. 4142 (II A 1)

## 94

### Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster

Z A 5-42.A/67 geheim

10. März 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 10. März 1967 um 9 Uhr den amerikanischen Sonderbotschafter Foster zu einem Gespräch, an dem von deutscher Seite Botschafter Schnippenkötter und Herr VLR I Dr. Arnold, von amerikanischer Seite Botschafter McGhee, Herr DePalma<sup>2</sup> und Herr Sutterlin teilnahmen.

Der Herr *Minister* dankte für diese weitere Möglichkeit zu einem Meinungsaustausch. Leider habe er gestern bei dem Gespräch nicht anwesend sein kön-

<sup>9</sup> George C. McGhee (USA), Frank K. Roberts (Großbritannien), François Seydoux de Clausonne (Frankreich).

<sup>10</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 10. März 1967 vorgelegen, der handschriftlich für Bundesminister Brandt vermerkte: „Ich bitte das Vorgehen zu III, 2 zu billigen.“

<sup>11</sup> Hat Bundesminister Brandt am 13. März 1967 vorgelegen.

<sup>12</sup> Hat Staatssekretär Lahr am 15. März 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Der Herr Minister will über diese Sache mit uns nach Ostern sprechen.“

Hat Staatssekretär Schütz erneut am 21. März 1967 vorgelegen, der auf gesondertem Blatt handschriftlich für Legationsrat I. Klasse Blech vermerkte: „1) Nach R[ücksprache] mit D II wird eine neue Aufzeichnung in dieser Angelegenheit bis zum 4.4. vorgelegt. 2) Dann W[ieder]v[orlage].“ Vgl. VS-Bd. 4142 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Für die Aufzeichnung vom 4. April 1967 vgl. Dok. 116.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Feldweg am 11. März 1967 gefertigt.

Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>2</sup> Korrigiert aus: „Palmer“.



nen<sup>3</sup>, doch habe er einen Bericht darüber bekommen, was Herr Foster mit dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Minister Stoltenberg besprochen habe.<sup>4</sup> Er habe den Eindruck, daß in diesen Gesprächen die meisten Fragen schon behandelt worden seien.

Der *Sonderbotschafter* erwiderte, er glaube, es habe sich um einen nützlichen Meinungsaustausch gehandelt, und er hoffe, daß auch der Herr Bundeskanzler und die Kollegen des Herrn Ministers derselben Meinung seien, aber es gebe noch viele Fragen.

Von seinem Büro in Washington habe er heute erfahren, daß nach den drei Demarchen des vorgestrigen Tages<sup>5</sup> gestern eine weitere mit noch mehr Fragen gefolgt sei.<sup>6</sup> In seiner kleinen Behörde seien sie schon ganz überwältigt von so vielen Fragen. Er hoffe jedoch, sie beantworten zu können.

Der Herr *Minister* erwiderte, meist handele es sich dabei nicht um neue Fragen, sondern um Versuche, allgemeine Vorschläge in Worte zu kleiden.

Der *Sonderbotschafter* fuhr fort, wir (die Amerikaner) versuchten, so bald wie möglich zu antworten, aber einzelne Fragen seien sehr schwierig.

Er hoffe, die Bundesregierung werde auch andere Regierungen Vorschläge machen lassen, denn wenn wir nur zweiseitige Gespräche zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesregierung führten, dann werde es zu Widerständen kommen, die sonst nicht aufträten. Die Regierung der Vereinigten Staaten könnte viele der deutschen Vorschläge akzeptieren, aber wenn sie das vor einer Diskussion mit anderen Ländern tue, dann fürchte er, daß Einwände erhoben würden, die sonst nicht kämen. Das sei eine taktische Überlegung. Viele Vorschläge könnten die Amerikaner und könnte sicher auch die Bundesregierung unterstützen, wenn sie von dritter Seite kämen.

Viele der jetzt vorgetragenen Punkte habe er, der Herr Minister, selbst in allgemeiner Form in Washington<sup>7</sup> aufgeworfen. Einigen davon habe man schon in der Präambel gerecht zu werden versucht, doch gäbe es hier eine grundlegende Frage:

Wenn man den Charakter der materiell wirksamen Abschnitte (operative paragraphs) des Vertrags zu ändern versuche und, statt nur Verbote aufzunehmen, Dinge einfüge, die getan werden müßten, dann öffne man diesen materiell wirksamen Teil des Vertrags für weitere Wünsche und Anträge. Es sei einfacher – wie dies auch Gromyko vorgeschlagen habe – nur Verbote einzufügen. Von dem, was nicht drinstehe, sei dann anzunehmen, daß es erlaubt sei.

<sup>3</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster, vgl. Dok. 92.

<sup>4</sup> Vgl. dazu die Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter vom 9. März 1967; VS-Bd. 4090 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967. Für Auszüge vgl. Dok. 92, Anm. 2 und 20.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Dok. 92, Anm. 27.

<sup>6</sup> Am 9. März 1967 erörterte Botschafter Knappstein, Washington, erneut mit dem stellvertretenden Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Fisher, das geplante Nichtverbreitungsabkommen. Inhaltlicher Schwerpunkt des Gesprächs war die zukünftige Gewährleistung einer ungehinderten Nutzung der Kernenergie für friedliche Zwecke. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 560; VS-Bd. 4090 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Zum Aufenthalt des Bundesministers Brandt vom 7. bis 11. Februar 1967 in den USA vgl. Dok. 48 und Dok. 49.

Füge man einige positive Dinge ein, dann müsse man auch viele andere aufnehmen.

Der Herr *Minister* bemerkte dazu, das gelte aber wohl nicht für die Präambel.

Der *Sonderbotschafter* erwiderte, das sei ein anderer Fall, denn darin stünden Absichten usw.

Botschafter *McGhee* ergänzte dazu, wenn man einige positive Dinge einfüge, werde die Aufmerksamkeit auf andere gelenkt, die nicht im Vertrag stünden.

Der Herr *Minister* antwortete, wir seien daran interessiert, nicht von anderen isoliert zu werden, die ähnliche Interessen hätten.

Er könne versichern, daß wir keinen Ehrgeiz hätten als diejenigen zu erscheinen, die gewisse Dinge in den Vertrag hineinbringen wollten.

Hinsichtlich der Interpretation, auf die man sich bei seinem Besuch in Washington geeinigt habe, würde er es begrüßen, wenn diese Interpretation nicht nur gegenüber der Bundesrepublik Deutschland sondern auch gegenüber anderen ausgesprochen würde. Zwar gebe es einige bilaterale Probleme, aber die wesentlichen Dinge, wo NATO-Probleme angesprochen würden, könne man nicht nur zweiseitig behandeln.<sup>8</sup>

Der *Sonderbotschafter* entgegnete, dies sei auch einer seiner Gründe für seine anschließende Reise durch die Hauptstädte.<sup>9</sup> Er wolle dabei vor allem multilaterale Probleme klären, und deswegen werde er nach Rom, Den Haag, Brüssel und anschließend zum Nordatlantikrat nach Paris fahren. Dann könnten die anderen nicht behaupten, daß die Vereinigten Staaten nur den Vorschlägen der Bundesrepublik Deutschland Beachtung schenkten. Natürlich gebe es Dinge, an denen die Bundesregierung ein besonderes Interesse habe, doch wollten sich die Vereinigten Staaten mit allen konsultieren.

Botschafter *McGhee* erläuterte dazu, es sei nicht allgemein bekannt, wie weit die Amerikaner bei der Präambel auf deutsche Vorschläge eingegangen seien.

Der *Sonderbotschafter* fuhr fort, er wolle noch auf die in Zukunft einzuschlagende Taktik zu sprechen kommen: es sei besser, wenn einige der Vorschläge nicht von den Alliierten, sondern von den Blockfreien kämen. Daher wäre es gut, den ganzen Vertragstext so bald wie möglich öffentlich vorzulegen; dies sollte aber erst nach Konsultationen mit den Alliierten geschehen.

Der Herr *Minister* stellte die Frage, ob nicht die Vereinigten Staaten nach der Vorlage des Vertrags in ihrer Bewegungsfreiheit eingeengt sein würden.

Der *Sonderbotschafter* erwiderte, wie er dem Herrn Bundeskanzler gestern schon gesagt habe, hätten sich die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten noch auf nichts geeinigt. Die Bewegungsfreiheit sei allerdings größer bei der Präambel als bei den Dingen, die in dem Vertrag verboten würden.

<sup>8</sup> Am 17. März 1967 warnte Ministerialdirektor Ruete vor einem „deutsch-amerikanischen Bilateralismus“, der von den „übrigen Bündnispartnern bereits jetzt mit einem gewissen Unbehagen“ verfolgt werde. Er riet dazu, die NATO-Verbündeten möglichst bald über den Stand der Gespräche zu informieren. Dies würde auch in den USA „dem gelegentlich beobachteten Eindruck entgegenwirken“, die Bundesregierung versuche, die weitere Erörterung eines Nichtverbreitungsabkommens zu verzögern. Vgl. VS-Bd. 4090 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Vgl. dazu Dok. 92, Anm. 29.

Eine Schwierigkeit sei aus der Tatsache entstanden, daß der Text bisher nur den Alliierten bekannt gegeben worden sei. Dadurch hätten sich falsche Auffassungen über das ergeben, was im Vertrag stehe. In Genf habe man den Blockfreien nur eine Zusammenfassung gegeben. Nunmehr sagten sie auf Grund von Zeitungsberichten, wenn dies oder jenes darin stehe, könnten sie den Vertrag nicht akzeptieren.

Jedenfalls befinde sich der Vertrag nach wie vor im Stadium der Konsultationen, und auch die Vereinigten Staaten behielten sich ihre Stellungnahme zu der endgültigen Form des Vertrags vor.

Der Vorsitzende der Vereinigten Atomenergie-Ausschüsse der Vereinigten Staaten habe gestern im Kongreß gesprochen und sich dabei besonders mit dem Problem EURATOM-IAEO befaßt.<sup>10</sup>

Als EURATOM aufgebaut worden sei, habe die Absicht bestanden, die Sicherungen später auf ein wahrhaft internationales System zu übertragen. In der EURATOM-Denkschrift<sup>11</sup> sei dies übersehen worden, aber M. Constant habe diese Zielsetzung im Jahre 1957/58 klar ausgedrückt. In der Zwischenzeit sei das in der EURATOM-Gemeinschaft vergessen worden.

Botschafter *McGhee* wies darauf hin, daß Herr Foster auch einige Klarstellungen zu Artikel III gebracht habe.<sup>12</sup> Herr Professor Wirtz habe diese Klarstellungen sehr nützlich gefunden.

Der *Sonderbotschafter* wies zu Artikel III darauf hin, daß es dafür noch keinen Entwurf sondern erst Ziele gebe. Man versuche noch, zusammen mit EURATOM eine Formulierung zu finden.

Eine Bemerkung aus der Rede von Mr. Pastore<sup>13</sup> sei ihm besonders aufgefallen, nämlich, daß die IAEO insgesamt nur 18 Inspektoren habe, was im Gegensatz zu einer gestern von deutscher Seite geäußerten Behauptung über die Zahl der Inspektoren stehe.

Die Sowjetunion anerkenne das Vorhandensein von EURATOM und auch die Tatsache, daß die IAEO zur Zeit noch nicht über den notwendigen Stab verfüge, um alle nuklearen Aktivitäten zu inspizieren. Daher habe sie eine Übergangszeit von ein bis drei Jahren vorgeschlagen, doch seien die Sowjets der Auffassung, daß innerhalb der EURATOM Alliierte einander inspizierten. Die Sowjets meinten dazu, ihre Alliierten würden durch die IAEO einer echten internationalen Inspektion unterworfen, nicht aber die Alliierten der USA innerhalb von EURATOM, und sie hätten gefragt, ob die Amerikaner glücklich wären, wenn die Afrikaner eine regionale Organisation für die gegenseitige Inspektion gründeten. Daran sei natürlich etwas Wahres.

<sup>10</sup> Am 9. März 1967 befürwortete Senator Pastore vor dem amerikanischen Senat strenge internationale Sicherheitskontrollen im Rahmen eines Nichtverbreitungsabkommens. Diese könnten auch durch regionale Organisationen wie EURATOM durchgeführt werden, jedoch könnten EURATOM-Kontrollen eine Überwachung durch die IAEO nur ergänzen, nicht ersetzen. Für den Wortlaut der Ausführungen vgl. CONGRESSIONAL RECORD, Bd. 113, S. 5983–5986.

<sup>11</sup> Zum Vermerk an den EURATOM-Ministerrat vom 10. Februar 1967 vgl. Dok. 85, Anm. 11.

<sup>12</sup> Vgl. dazu Dok. 92, besonders Anm. 20.

<sup>13</sup> Korrigiert aus: „Pastory“.

Auf einen Punkt habe er gestern besonders hingewiesen: nicht der Sowjetunion liege an den Sicherungen, sondern dem Westen, insbesondere Schweden, Norwegen, Kanada und in erster Linie den USA. Die Vereinigten Staaten seien der Auffassung, daß die Sicherungen zur Dauerhaftigkeit des Vertrags beitragen könnten, weil dadurch Argwohn und Mißtrauen abgebaut würden.

Botschafter *McGhee* wies darauf hin, die Auffassung sei falsch, die Sowjets versuchten über Artikel III die Kontrolle über Deutschland zu gewinnen, denn sie wollten den Vertrag auch ohne Artikel III.

Der *Sonderbotschafter* äußerte, nach amerikanischer Auffassung von den Sicherungen böten sie keine Gelegenheit für Industriespionage und beschränkten auch die friedliche nukleare Entwicklung nicht. Dies wäre auch ganz entgegen der bisherigen Entwicklung der Vereinigten Staaten, die sich auf die Nutzung der potentiellen Möglichkeiten der friedlichen Verwendung der Kernenergie richte. Darüber könne man etwas in der Präambel sagen.

Botschafter *McGhee* erwähnte Gespräche mit Deutschen, die geargwohnt hätten, hinter Artikel III steckten amerikanische Wirtschaftsinteressen.

Der *Sonderbeauftragte* erklärte, daran sei nie gedacht worden. Der für die Kernforschung bei General Electric zuständige Vizepräsident, der gleichzeitig auch Vorsitzender des Atomic Industrial Forum sei, in dem die ganze amerikanische Industrie zusammenarbeite, und der auch im Laufe dieses Jahres zu einer internationalen Konferenz nach Deutschland kommen werde, habe im Gegenteil gesagt, es falle ihm schwer zu verstehen, warum man sich über die Sicherungen Sorgen mache. Sie seien auch Inspektionen unterworfen, und das störe sie nicht.

Die Vereinigten Staaten hätten einige ihrer Reaktoren – als symbolisches Angebot – den IAEО-Sicherungen unterworfen. Vor zwei Jahren hätten sie in Genf vorgeschlagen, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sollten alle ihre Reaktoren diesen Sicherungen unterstellen<sup>14</sup>, aber das sei von der Sowjetunion nicht akzeptiert worden. Daher hätten die Vereinigten Staaten einen ihrer Reaktoren unter die Kontrolle der IAEО gestellt, sozusagen um die Sache mal zu erproben. Bisher seien zehn Mal Inspektoren ohne vorherige Ankündigung gekommen. Sie prüften die Unterlagen, die Regelstäbe und einen Teil der mechanischen Einrichtungen. Obwohl es sich immerhin um eine 300-Megawatt-Anlage handle, hätten diese Inspektoren nie gestört, nie eine Belastung ergeben, und die Inspektoren hätten nie irgendwelche Kenntnisse gewonnen, die nicht sowieso schon veröffentlicht gewesen seien. Er habe das gestern schon mit Herrn Minister Stoltenberg und Herrn Botschafter Schnippenkötter besprochen.

Diese Herrn hätten eine weitere Automation der Inspektion vorgeschlagen, und das sei eine Anregung, die weiterer Sondierung wert sei, und er werde sich bemühen, ob nicht hierfür ein Forschungsauftrag vergeben werden könne, um das menschliche Element noch weiter auszuschalten. Sie hätten bisher schon derartige Geräte entwickelt, allerdings nur für außer Betrieb genommene Re-

<sup>14</sup> Für das amerikanische Memorandum vom 29. April 1965, das der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission zusammen mit einem Entwurf für ein Nichtverbreitungsabkommen vorgelegt wurde vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1965, S. 102–111.

aktoren, wogegen die automatische Überwachung von Reaktoren im Betrieb schwieriger sei. Man stelle sich so etwas vor wie einen Zähler, auf dem ja auch der Stromverbrauch noch von Menschen abgelesen werden müsse.

Herr Botschafter *Schnippenkötter* ergänzte dazu, als Zählerableser könnten auch sowjetische Inspektoren fungieren.

Die Amerikaner hätten zwar den Eindruck, daß die Inspektoren den Betrieb der Reaktoren nicht störten, doch wenn man sich die Vorschriften der IAEО ansehe, dann könnten sich die Inspektoren auch die Planzeichnungen und so weiter vornehmen und nicht nur die Reaktoren inspizieren, sondern auch die Fabrikation der Stäbe, die Wiederaufbereitung etc.<sup>15</sup> Das sei ein Problem der Reorganisation der Vorschriften der IAEО, damit die Inspektion sich wirklich nur auf die Dinge richte, für die sie beabsichtigt sei.

Dazu meinte der *Sonderbotschafter*, die IAEО sei ja nicht irgendein Fremdkörper, sondern sei habe einen Gouverneursrat, der eine echte demokratische und repräsentative Zusammensetzung habe. Artikel IV der IAEО-Satzung<sup>16</sup> sei sehr interessant, weil darin stehe, wie dieser Rat aufgebaut sei, der die Vorschriften mache. Darin vertreten seien die nuklearen Mächte, nämlich Frankreich, die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich und die UdSSR, ferner eine Gruppe, die von den 97 Mitgliedern gewählt werde, also auch von den nichtnuklearen Mächten, die Wahl erfolge alle zwei Jahre usw.

Herr Botschafter *Schnippenkötter* führte dazu aus, er sei mit dem Aufbau der Organisation und mit der Zusammensetzung des Gouverneursrats vertraut.

Unsere Wissenschaftler und Techniker hätten die Vorstellung, daß die IAEО-Inspektion sich nur auf Flußdiagramme und spaltbares Material beschränken solle, damit dieses nicht für Kernwaffen mißbraucht werden könne. Unangemessene Einblicke in die Anlagen aber sollten vermieden werden. Das sei bei der derzeitigen Praxis der IAEО nicht hinlänglich berücksichtigt. Ob man das Problem durch Automation löse oder die Inspektion auf die Ablaufdiagramme (flow charts) begrenze, seien technische Überlegungen.

Der Herr *Minister* sagte, er habe am Montag eine Fernsehsendung über einen britischen Reaktor gesehen, der der Wiener Kontrolle unterstellt sei. Der Reporter habe den Leiter der Anlage gefragt, ob die Inspektoren nicht auch in unzulässige Bereiche eindringen. Dieser habe geantwortet, die Inspektoren suchten sie nicht von sich aus auf, doch würden sie bisweilen dazu eingeladen. Das sei interessant, denn hier handle es sich offensichtlich um eine beschränkte Anwendung der Wiener Vorschriften.<sup>17</sup>

Der *Sonderbotschafter* entgegnete, wenn die Vorschriften der IAEО aus unaufrichtigen Motiven heraus angewandt würden, dann könne es zu mehr als den nötigen Einblicken kommen, doch könnten diese Regeln ja verbessert und

<sup>15</sup> Zum Kontrollsystem der IAEО vgl. auch Dok. 85, Anm. 4.

<sup>16</sup> Für Artikel IV der Statuten der Internationalen Atomenergieorganisation vom 26. Oktober 1956 vgl. UNTS, Bd. 276, S. 8–10.

<sup>17</sup> Zur Unterstellung des Atomkraftwerks Bradwell unter IAEО-Kontrolle und zur Presseerklärung der britischen Regierung, nur Inspektoren aus solchen Staaten zu akzeptieren, die ihrerseits IAEО-Kontrollen zuließen, vgl. den Schriftbericht des Gesandten Freiherr von Ungern-Sternberg, London, vom 3. November 1966; Referat I A 6, Bd. 118.

abgeändert werden, da es sich um eine dynamische Institution handle. Der Gouverneursrat könne sie der Zwecksetzung anpassen.

Die Amerikaner machten sich keine Sorgen um die Inspektion und um ein mögliches Eindringen der Inspektoren in unzulässige Bereiche, denn wenn zwei Inspektoren eine große Anlage aufsuchten, dann könnten sie dabei nicht viel in Erfahrung bringen.

Zweck der Sicherungen sei jedenfalls, die Nichtverbreitung zu sichern. Die Inspektion sei ausschließlich zu diesem Zweck gedacht. Um die Einwirkung von Menschen auf ein Minimum herabzuschrauben, könne man sich der noch zu entwickelnden black boxes bedienen.

Botschafter *Schnippenkötter* fügte an, unsere Wissenschaftler und Techniker seien der Auffassung, daß durch eine weitergehende Automatisierung viele der Befürchtungen im Zusammenhang mit einer weltweiten Inspektion zerstreut werden könnten.

Der *Sonderbotschafter* betonte, die drei Punkte, die er gestern Herrn Minister Stoltenberg gegenüber erwähnt habe, könnten hier eingebaut werden, insbesondere, daß es nur um spaltbares Material und um die Vermeidung seiner Weitergabe für Kernwaffenzwecke gehe.

Auf eine Frage des Herrn *Ministers* nach den gestrigen Besprechungen über den Zeitplan erläuterte der *Sonderbotschafter*, er habe lediglich nicht gewollt, daß in der offiziellen Verlautbarung erwähnt werde, es gebe keinen festen Zeitplan, denn es solle nicht der Eindruck erweckt werden, als sei man nicht an einem raschen Fortgang der Entwicklung interessiert. Jedoch gebe es tatsächlich keinen festen Zeitplan, und die Konsultationen könnten und würden weitergeführt [werden].

Eine Reihe von Fragen sei schon mit Herrn Knappstein und anderen besprochen worden. Man werde sicherlich zur Lösung vieler Fragen kommen, denn manche seien so geartet, daß es keinen Vertrag geben werde, wenn sie nicht gelöst würden.

Auch im Nordatlantikrat wolle man die Diskussionen fortsetzen.<sup>18</sup> Dort werde alle zwei Wochen ein mündlicher Bericht über die Entwicklungen in Genf erstattet. Das Wichtigste, worum es in Genf gehe, sei die Nichtverbreitung.

Er habe auf dem Weg über Botschafter Cleveland Generalsekretär Brosio vorgeschlagen, den nächsten mündlichen Bericht um zwei Wochen bis nach seinen multilateralen Besuchen aufzuschieben. Er werde am kommenden Mittwoch in einer Woche in Paris sein.

Herr *DePalma* fügte ergänzend an, man könne den Rat nicht wochenlang uninformiert lassen über die Diskussionen zwischen unseren Regierungen. Es komme die Zeit, da zweiseitige Gespräche in eine Form gebracht werden müßten, die man dem Rat vorlegen könne, sonst könnte es geschehen, daß die anderen sich nachdrücklich gegen die Lösung vieler Fragen wendeten, die zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik besprochen worden seien.

<sup>18</sup> Die Diskussion im Ständigen NATO-Rat wurde am 4. April 1967 wiederaufgenommen. Vgl. dazu Dok. 114.

Der *Sonderbotschafter* meinte dazu, er hoffe, viele Fragen könnten gelöst werden, bevor er am übernächsten Mittwoch in Paris Bericht erstatte.

Herr Botschafter *Schnippenkötter* wies darauf hin, daß die Probleme der NATO-Partner anders seien als diejenigen der blockfreien Nationen. Für uns ergebe sich ein besonderes Problem daraus, daß wir in Genf nicht mitsprächen, auch seien wir dadurch in Genf in unseren Möglichkeiten eingeschränkt, daß wir dort nicht öffentlich sprächen und daß wir nicht Partner in dem Forum seien, in dem dort die Verhandlungen geführt würden. Die Deutschen könnten ihre Wünsche nur auf dem Wege über die Amerikaner bekanntmachen,

Der *Sonderbotschafter* verwies auf die Möglichkeit, daß die Bundesrepublik auch durch den Nordatlantikrat sprechen könne. Dort habe sie zwar nicht das Ohr der Blockfreien, aber immerhin aller wesentlichen Alliierten mit Ausnahme von Japan.

Herr Botschafter *Schnippenkötter* unterstrich, daß wir auch nach der Vorlage des Entwurfs in Genf nicht die Möglichkeit hätten, dort unsere Meinung zum Ausdruck zu bringen; wir könnten auch dann nur den Vereinigten Staaten sagen, was unsere Wünsche seien.

Der *Sonderbotschafter* erwähnte in diesem Zusammenhang noch einmal den Nordatlantikrat und die dort stattfindenden regelmäßigen Kontakte. Dort werde abwechselnd eine Woche mündlich und die nächste Woche schriftlich Bericht erstattet. Einer der Herren, entweder er oder Chalfont oder Burns oder Cavaletti, begäben sich regelmäßig einmal pro Woche nach Paris zum Nordatlantikrat. Dort könnten auch die Deutschen ihre Probleme zur Sprache bringen. Auch treffe er ja täglich in Genf mit Herrn Schnippenkötter zusammen, und der könne ihm alles sagen.

Botschafter *McGhee* betonte, die zweiseitigen Gespräche in Washington müßten innerhalb der nächsten zehn Tage fortgeführt werden<sup>19</sup>, und man müsse sich auch darüber verständigen, welche Vorschläge die Bundesregierung im Nordatlantikrat zur Sprache bringen wolle und welche sie lieber noch zurückhalten wolle. Es wäre vielleicht besser, dort nicht alle Fragen aufzuwerfen, sondern mit einer vereinfachten Fragenliste aufzutreten. Wenn nämlich jeder zu viele Fragen habe, dann werde es in Paris schwierig werden.

Der *Sonderbotschafter* erwähnte, man könne sich hierüber auch vielleicht mit Italien verständigen, das in einigen Punkten dieselben Probleme habe wie die Bundesregierung.

Am Montag werde er nach Rom reisen und am Mittwoch Den Haag besuchen, wo er sich mit verschiedenen gesetzgebenden Ausschüssen besprechen wolle und wo er auch mit dem voraussichtlich nächsten Außenminister der Niederlande, mit Herrn Luns, zusammenkommen werde. Anschließend werde er sich nach Brüssel zu Gesprächen mit der EURATOM-Kommission und mit der belgischen Regierung begeben.

Er sei so viel unterwegs wie ein Handlungsreisender und bekomme jeden Tag neue Einladungen. Ein Problem sei für ihn, daß er verschiedene Hüte trage: in

<sup>19</sup> Zum Fortgang der Gespräche des Botschafters Knappstein, Washington, im amerikanischen Außenministerium vgl. Dok. 106.

Genf und New York beispielsweise vertrete der die Vereinigten Staaten, doch sei er dazu noch Leiter einer Behörde in Washington. Darüber hinaus habe er auch noch Herrn DePalma, der stellvertretender Direktor der Behörde sei, mit sich nach Europa genommen, so daß seine Behörde praktisch ohne Leiter zurückgeblieben sei.

Er erläuterte im einzelnen die Notwendigkeit, sich auch darum zu kümmern, daß seine Behörde vom Kongreß die notwendigen Mittel bewilligt bekomme.

Der Herr *Minister* dankte dem Sonderbotschafter für seine Geduld und für den Geist guter Zusammenarbeit. Wenn man sich jetzt mehr Zeit für die Lösung der Probleme nehme, dann habe man vielleicht später damit weniger Schwierigkeiten.

Der *Sonderbotschafter* unterstrich noch einmal die eindeutige Politik des amerikanischen Außenministers<sup>20</sup>, erst nach Konsultationen mit den Alliierten zu einer Vereinbarung mit der Sowjetunion zu kommen. Wenn man länger brauche, dann werde das Ergebnis vielleicht besser. Die Vereinigten Staaten wollten zu einem Ergebnis kommen, das von allen Alliierten voll verstanden werde. Ein gewisser Druck rühre lediglich von den blockfreien Nationen her, insbesondere von Indien, der Vereinigten Arabischen Republik, Schweden, Brasilien und Mexiko – wenn auch die beiden letzteren Nationen nicht eigentlich blockfrei seien –, denn diese Nationen wollten sehen, was im Zusammenhang mit dem Vertrag getan worden sei. Indien sei ein besonders gutes Beispiel, denn wenn man es zu lange warten lasse, dann könne es vielleicht die politische Entscheidung fällen, selbst Kernwaffen zu bauen. Ein solcher Entschluß würde zu großen weiteren Problemen führen.

Er dankte dem Herrn Minister für die Gelegenheit zu dieser Unterredung, der sich seinerseits für das nützliche Gespräch bedankte.

Das Gespräch endete um 9.50 Uhr.

**VS-Bd. 10089 (Ministerbüro)**

<sup>20</sup> Dean Rusk.



## 95

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete****II A 5-81.15/2-94.13-271/67 VS-vertraulich****10. März 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Deutsch-jugoslawisches Verhältnis  
 hier: Jugoslawische Emigranten im Bundesgebiet

Bezug: Randvermerk des Herrn Ministers auf der Aufzeichnung  
 II A 5 - 82.00-94.13-44/67 VS-vertraulich vom 19. Januar 1967<sup>2</sup>

In der Bezugsaufzeichnung hieß es: „Versuche des Auswärtigen Amts, die in der Tat oft störende Aktivität der Emigrantenorganisationen besser unter Kontrolle zu bekommen und die Unterstützung einiger dieser Organisationen aus Bundesmitteln einzustellen, sind bisher an innenpolitischen Widerständen gescheitert“.

Hierzu hat der Herr Bundesminister vermerkt:

a) welche Bundesmittel?

b) welche Widerstände?

I. Zu a) Das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte hat Haushaltsmittel für „Zuwendungen zur Betreuung der heimatlosen Ausländer“. Im Haushaltsjahr 1964 betrugen sie 1,45 Mio. DM. Die Verteilung der Mittel im Jahre 1964 ist aus der Anlage<sup>3</sup> ersichtlich.

Die Haushalte 1965 und 1966 sahen je 1,6 Mio. DM vor. Der Entwurf für den Haushalt 1967 sieht 1,55 Mio. DM vor.

Ob das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung Emigranten direkt oder indirekt unterstützt, war bisher nicht zu erfahren.

Öffentliche Mittel für Emigranten dürften auch in Länderhaushalten vorgesehen sein.

Zu b) Unsere Emigrantenpolitik des ersten Nachkriegsjahrzehnts war dadurch bestimmt, daß der Antikommunismus der Emigranten mit der westlichen Politik der Ost-West-Konfrontation in vollem Einklang stand. Oft wurden Emigranten oder Emigrantengruppen schon wegen ihrer antikommunistischen Gesinnung als unverdächtig oder gar förderungswürdig angesehen.

Nachwirkungen dieser Politik waren bis in die letzten Jahre bei politischen Parteien aber auch in der Verwaltungspraxis einiger Bundesressorts und Länderbehörden zu spüren.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Kastl und von Legationsrat Haas konzipiert.

<sup>2</sup> Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete vgl. VS-Bd. 4258 (II A 5).

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die undatierte Aufstellung des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte über „Beihilfen im Rechnungsjahr 1964 aus Kapitel 2602, Titel 603 an Volksgruppen, internationale Verbände und Kirchengruppen“ vgl. VS-Bd. 4258 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

So sind Bemühungen des Auswärtigen Amts (1964), die Emigrantenverbände durch das Bundesministerium des Innern öffentlich mahnen zu lassen, das Gastrecht zu beachten, erfolglos geblieben.

Auch seine Bitte an das Bundesministerium für Vertriebene (1965), der Zeitschrift des „Kroatischen Nationalkomitees“, das die Schaffung eines unabhängigen Kroatien und damit die Desintegration des jugoslawischen Staats propagiert, die finanzielle Unterstützung zu entziehen, blieb unerfüllt.<sup>4</sup>

II. Die jugoslawischen Beschwerden über Emigranten im Bundesgebiet gründen sich auf folgendes:

Von den weit über 100 000 Jugoslawen im Bundesgebiet (zumeist Gastarbeiter) sind rund 20 000 Emigranten. Von diesen wiederum sind einige Tausend politisch organisiert. Vor allem die Kroaten fallen durch ihre radikalen Programme und teilweise terroristischen Methoden politisch auf. Zu ihren Lasten gingen in den vergangenen fünf Jahren drei Attentate auf jugoslawische Beamte im Bundesgebiet.<sup>5</sup>

Diese Kroaten sind Belgrad besonders deswegen verdächtig, weil ihre Aktivität das Trauma einer kroatisch-deutschen „Verschwörung“ gegen die Integrität des Vielvölkerstaates Jugoslawien lebendig erhält.<sup>6</sup> Hinzu kommt die Sorge, die jugoslawischen Gastarbeiter in Deutschland könnten von den Emigranten beeinflusst werden.

Die jugoslawische Propaganda wirft uns vor, die Emigrantenumtriebe zu dulden; in Zeiten besonderer politischer Spannung behauptet sie zudem, die Bundesregierung bediene sich der „terroristischen Ustaschi“ für ihre „antijugoslawische Politik“.

III. Mit Blick auf eine glaubhafte Entspannungs- und Annäherungspolitik gegenüber Osteuropa sollten wir uns in der Emigrantenfrage von folgenden Überlegungen leiten lassen:

<sup>4</sup> Am 20. Januar 1966 machte Staatssekretär Carstens den Staatssekretär des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Nahm, darauf aufmerksam, daß die finanzielle Unterstützung des Kroatischen Nationalkomitees (KNK) und der von ihm herausgegebenen Zeitung „Der Kroatische Staat“ unangebracht sei. Nahm antwortete darauf am 14. März 1966, daß hinsichtlich der finanziellen Unterstützung des Kroatischen Nationalkomitees „kein konkreter Anlaß zu Beanstandungen“ bestehe. Er führte weiter aus: „Bei der Beurteilung der kroatischen Emigration kann nicht unberücksichtigt bleiben, daß die Mentalität und das Temperament ihrer Angehörigen ganz anders geartet ist, als beispielsweise die der Balten. Kroaten sind unruhige, impulsive, gefühlsbetonte Menschen. Ihr Tun fällt daher leicht auf und setzt sie viel stärker öffentlicher Kritik aus als Volksgruppen, die in ihrer Wesensart zurückhaltender veranlagt sind.“ Nahm vertrat die Ansicht, daß die finanzielle Unterstützung erreicht habe, daß sich die Emigranten „einer positiven Gesamthaltung zu dem deutschen Gastland befleißigen“, und dazu beigetragen haben, „unruhige Menschen vor Unbedachtsamkeiten und Fanatismus zurückzuhalten“. Für die beiden Schreiben vgl. Referat II A 5, Bd. 1000 A.

<sup>5</sup> Am 8. Juni 1965 wurde in Meersburg ein Anschlag auf den jugoslawischen Konsul Klarić verübt. Am 30. Juni 1965 wurde in Düsseldorf der ehemalige jugoslawische Gesandte Dezelic ermordet, am 30. August 1966 in Stuttgart der jugoslawische Konsularbedienstete Milovanović. In allen drei Fällen wurde gegen Exilkroaten ermittelt bzw. Anklage erhoben. Vgl. dazu Referat II A 5, Bd. 1000 A.

<sup>6</sup> So ließ die jugoslawische Regierung im September 1966 verlautbaren, „die ungehinderte kriminelle Tätigkeit anti-jugoslawischer terroristischer Organisationen in dem Land, von dem Hitlers Aggression ausgegangen sei, könne die Völker und Regierungen der Länder der Anti-Hitler-Koalition nicht gleichgültig lassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 98 des Legationsrats Weisel, Belgrad, vom 10. September 1966; Referat II A 5, Bd. 1000 A.

1) Es besteht kein Anlaß, unser Verhalten gegenüber den osteuropäischen Emigranten grundsätzlich zu ändern: Ihr weitaus überwiegender Teil verhält sich ohnehin loyal.

2) Soweit Emigranten unter Achtung unserer freiheitlichen Grundordnung, im Rahmen des Gastrechts und ohne Schädigung unserer außenpolitischen Belange politisch tätig sind, ist nichts zu unternehmen.

Wir sollten aber unter außenpolitischen Aspekten strenger als bisher prüfen, ob wir diese legale politische Betätigung direkt oder indirekt aus öffentlichen Mitteln unterstützen können.

3) Aus außenpolitischen Gründen sollten wir uns gegen jede Emigrantenaktivität verwahren, die sich gegen die Integrität osteuropäischer Staaten richtet und uns auf den Standpunkt stellen, daß eine solche Tätigkeit erhebliche außenpolitische Belange der BRD gefährde.

Abteilung II wird – sobald sich geeignete Anlässe bieten – vorschlagen, diese Überlegungen dem Bundesminister des Innern<sup>7</sup> und dem Bundesminister für Vertriebene<sup>8</sup> in Schreiben des Herrn Ministers mitzuteilen.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>9</sup> dem Herrn Minister<sup>10</sup> mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Ruete

**VS-Bd. 4258 (II A 1)**

<sup>7</sup> Paul Lücke.

<sup>8</sup> Kai-Uwe von Hassel.

<sup>9</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 10. März 1967 vorgelegen, der handschriftlich für Bundesminister Brandt vermerkte: „Mein Vorschlag: Wir bitten zu einer Besprechung von Staatssekretären der in Frage kommenden Ressorts.“

<sup>10</sup> Hat Bundesminister Brandt am 13. März 1967 vorgelegen.

## 96

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Diehl****PI-82.06-27/67 geheim****10. März 1967**

Betr.: Außenpolitisches Aktionsprogramm der Großen Koalition

Bezug: Außenpolitische Bestandsaufnahme vom 5. 1. 1967

PI-184/66 geh.<sup>1</sup>

Die Große Koalition hat bis zu den Wahlen 1969 verhältnismäßig wenig Zeit, um größere außenpolitische Aktionen zu planen und durchzuführen. Eine große Koalition ist aber andererseits auch außenpolitisch besser gerüstet, Entscheidungen zu treffen, die eine breite Basis im Parlament und in der Bevölkerung erfordern. Wenn die zu Verfügung stehende Zeit gut genutzt wird, könnte die Bundesregierung das im folgenden grob skizzierte Programm in Angriff nehmen, dessen einzelne Teile nicht hintereinander, sondern weitgehend gleichzeitig realisiert werden müßten. Dieses Programm, das auf der Außenpolitischen Bestandsaufnahme vom 5. Januar 1967 beruht, könnte ergänzt werden, aber schon in der aufgezeichneten Größe erfordert seine Durchführung eine große Anstrengung, auch wenn es oft nur darum geht, den vorhandenen Kräften und Bewegungen eine andere Richtung oder neue Impulse zu geben. Wenn die Tendenz der Aufzeichnung von der Amtsleitung ganz oder teilweise gebilligt wird, könnte der Planungsstab in Abstimmung mit den operativen Abteilungen und interessierten Ressorts genauere Untersuchungen und Vorschläge zu den einzelnen Themenkreisen machen. Die erforderlichen Materialsammlungen sind begonnen worden.

1) Die Ostpolitik ist schon in ein operatives Stadium eingetreten. Ziel ist die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu allen Staaten des Warschauer Pakts sowie zu Jugoslawien. Es ist zu prüfen, ob Jugoslawien nicht vorgezogen werden müßte, falls Ungarn, Bulgarien und die CSR sehr lange auf sich warten lassen. Sollte Polen schließlich alleine ohne diplomatische Beziehungen mit der BRD übrig bleiben, so wäre eine Lösung anzustreben, die Absichtserklärungen beider Seiten enthält. Die polnische Seite könnte erklären, daß sie sich einer friedlichen Wiedervereinigung nicht widersetzen würde. Die deutsche Seite könnte erklären, daß sie im Falle der Wiedervereinigung die Oder-Neiße-Linie anerkennen würde.

<sup>1</sup> In dieser Aufzeichnung kam Ministerialdirektor Diehl zu dem Schluß: „Eine Politik, die das Bündnis mit den USA erhält, die europäische Einheit verwirklicht und den Austausch mit Osteuropa und der Volksrepublik China in Gang setzt, hält für den Fall größerer machtpolitischer Verschiebungen mehrere Optionen offen und ist vorbereitet für jede mögliche Entwicklung. [...] Es kommt darauf an, den Weg offen zu halten, der zur deutschen Einheit führt und sich auf eine langandauernde, jahrzehntelange Auseinandersetzung ebenso einzustellen wie auf einen schnellen Wechsel der Lage. Die Existenz der atomaren Waffen hat die Kriegsfurcht in der Welt so gesteigert, daß das Verlangen nach Veränderung des Besitzstandes in dem politisch hochempfindlichen Raum Europa allgemein als gefährlich empfunden wird. Die deutsche Politik muß daher vor allem die Gewißheit bieten, daß sie den Frieden nicht gefährden, sondern ihn dauerhaft begründen will.“ Vgl. VS-Bd. 11576 (Planungsstab); B 150, Aktenkopien 1967.

Wichtig ist, daß nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem betreffenden Lande ein reger Austausch in Gang kommt. So könnte z.B. eine deutsch-rumänische Arbeitsgruppe bald daran gehen, das Feld der Kooperation abzustecken. Vorbereitende Arbeiten für die einzelnen Länder und Osteuropa insgesamt sollten jetzt beginnen. Verbesserung der Energieversorgung, Land- und Forstwirtschaft, Forschung und Lehre und Tourismus könnten Schwerpunkte unserer Tätigkeit sein. In diesem ganzen Bereich kann die Bundesregierung bilateral aus eigenen Entschlüssen handeln. In den großen Fragen der Sicherheit und Abrüstung dagegen würden deutsche Alleingänge wahrscheinlich zu einer Verschlechterung unserer Lage in Ost und West führen. Auf diesem Gebiet ist engste Konsultation mit den Alliierten erforderlich.

Der Austausch mit der Sowjetunion sollte auf jede denkbare Weise gefördert werden. Ein gewisse Dichte der Beziehungen schafft bessere Voraussetzungen für das politische Gespräch, das, auch wenn es einstweilen nur klärenden Charakter haben sollte, in Kürze systematisch begonnen und fortgeführt werden muß.

Ein prominenter Politiker und Beamte sollten Rotchina bereisen. Sollte der Vietnam-Krieg bis 1969 abklingen oder enden, so hätten diese Kontakte die dann fällige Errichtung einer Handelsvertretung oder die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vorbereitet.

2) Die Beziehungen zur Dritten Welt müssen auf eine neue Basis gestellt werden. Wenn unsere wirtschaftliche Kraft eine großzügige Entwicklungshilfe nicht mehr zuläßt, dann müssen die verbleibenden Mittel um so wirtschaftlicher eingesetzt werden. Zuerst sollte unsere Beteiligung an multilateralen Vorhaben reduziert werden. Es gilt für die Dritte Welt ein „Deutsches Programm“ zu formulieren, das sich auf das Wichtige konzentriert. Das Problem der Überbevölkerung wird abgesehen von der Geburtenkontrolle durch eine Vergrößerung der Ernährungsbasis und durch Industrialisierung gemildert werden können. Ein „Deutsches Programm“ sollte sich richten auf ein System, das einschließt Boden- und Meeresforschung, Land- und Forstwirtschaft und Fischerei, Düngemittelfabriken, die Energieversorgung und die Bildung. Die Wirtschaft kann überall dahin gehen (mit Hermesdeckung und Bürgschaften), wo sie eine gute Rendite erwartet. Die öffentlichen Mittel sollten sich auf das „Deutsche Programm“ beschränken.

Politisch sollten wir die Beziehungen zu wichtigen Ländern der Dritten Welt aktivieren und wo immer möglich an ihrer Seite stehen. Es sollte untersucht werden, welchen Ländern für eine deutsche Politik besondere Bedeutung zukommt. Für diese Länder könnten Konsultationen und Delegationsreisen systematischer (unter Beteiligung des Bundestages) eingerichtet werden.

Bei den Bemühungen, die arabischen Staaten zurückzugewinnen, hat die Methode, sowohl mit der VAR als mit der Liga und einzelnen Staaten mehr oder weniger gleichzeitig zu verhandeln, bisher nicht zum Erfolg geführt. Wahrscheinlich wäre es besser, die Liga zu vernachlässigen und entschlossen auf die VAR und einzelne Länder zuzugehen. Im Falle, daß die Beziehungen wieder aufgenommen werden, sollte das System des „Deutschen Programms“ angewandt werden. Erfahrungen und Techniken könnten so im ganzen voll ausgewertet werden.

3) Die Europa-Politik ist in ein gefährliches Stadium der Schwäche und Ratlosigkeit eingetreten. Dies ist besonders für Deutschland nachteilig. Sicherheit und Wiedervereinigung werden sehr wesentlich bestimmt werden von unserem Verhältnis zu unseren Nachbarn, unseren Beziehungen zu Europa überhaupt. Viele Verbindungen haben sich deutlich und übermäßig nach den USA orientiert. Europa ist zu kurz gekommen.

Buchstäblich jede Art von Kooperation innerhalb und außerhalb der bestehenden Organisationen trägt politisch Früchte. Besonders, wenn es nicht gelingt, England bald in die EWG zu bringen, müssen andere Formen der Kooperation entwickelt werden, zu zweit, aber auch zu dritt mit England und Frankreich, z.B. auf dem Gebiet der Rüstung. Es ist zu prüfen, ob die politische Zusammenarbeit an den Rahmen der EWG gebunden bleiben oder von ihm gelöst werden sollte. Ein Nahziel sollte dennoch sein, regelmäßige Außenministertreffen der EWG-Staaten einzurichten.

Die bestehenden Einrichtungen, z.B. der Europarat, sollten kräftiger eingesetzt werden. Er könnte auch für die Verbindung in Osteuropa aktiviert werden.

Die „Technologische Lücke“ sollte und könnte weitgehend durch stärkere europäische Zusammenarbeit in Industrie und Forschung geschlossen werden.

4) Eine deutsche Mitwirkung an der Reform der NATO setzt ein deutsches Verteidigungskonzept voraus. Es muß also erarbeitet werden. Die Bedeutung der taktischen Atomwaffen muß dabei genau untersucht werden.

Vermutlich wird es bis 1969 nicht zu einer europäischen Sicherheitskonferenz kommen, aber es wäre dennoch gut, Unterlagen für die Entscheidungen vorzubereiten, die dann die Stellung Deutschlands in der NATO bzw. in einem Sicherheitssystem festlegen.

Die USA als Führungsmacht des atlantischen Bündnisses sind in besonderem Maße an der deutschen Entwicklung interessiert. Dieses Interesse muß gepflegt werden. Dazu gehört die nahezu ständige gemeinsame Beratung weltpolitischer Probleme. Es gibt bisher keine festverabredete, regelmäßige bilaterale politische Konsultation zwischen der Bundesrepublik und den USA. Die politischen Auffassungen haben sich in den letzten Jahren in beunruhigender Weise voneinander entfernt. Es muß vor allem Klarheit über unsere Stellung in einer kooperativen Bipolarität Washington-Moskau geschaffen werden. Dazu gehört eine bessere außenpolitische Information in Deutschland, z.B. darüber, daß ohne eine gewisse Harmonie zwischen den USA und der UdSSR die friedliche Wiederherstellung der Einheit Deutschlands nicht zu verwirklichen ist.

5) Die Deutschlandpolitik wird als der eigentliche Prüfstein der Großen Koalition angesehen. Dabei unterliegen wesentliche Faktoren nicht oder nur zu einem geringen Grade unserer Einwirkung. Die eigenen Möglichkeiten sind begrenzt. Wenn Ostpolitik, die Politik der Dritten Welt, Europa und Bündnispolitik, wo die Bundesregierung freier ist, das Ziel der Wiedervereinigung festhalten und dabei Fortschritte machen, läßt sich auch in der Deutschlandpolitik Bewegung auslösen. Voraussetzung wäre, daß man Alleinvertretung und Alleinpräsenz trennt und dem Regime in der SBZ eine gewisse Geschäftsfähigkeit zubilligt.

Ein Amt für innerdeutsche Beziehungen, die Mitwirkung der „DDR“ in internationalen Verträgen und Organisationen, die Mobilmachung der Vereinten Nationen für die deutsche Frage zählen zu den wichtigsten Programmpunkten.

6) Die Friedenspolitik muß alle anderen Gebiete außenpolitischer Tätigkeit umschließen. Hier ist ein kräftiger Wandel vonnöten, weil unsere Diktion und unser Verhalten oft unsere Komplexe verrät, von einem unruhigen, unausgeglichenen Volk Zeugnis gibt. Die Teilung erklärt manches, aber nicht alles. Unsere Umwelt wird nicht bereit sein, nach den gemachten Erfahrungen das kleinste Risiko mit einem wiedervereinigten Deutschland, ja sogar nicht mit seinen Teilen einzugehen, wenn der deutsche Friedenswille sich nicht in Wort und Tat manifestiert.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> dem Herrn Minister<sup>3</sup> vorgelegt.

Diehl

VS-Bd. 11576 (Planungsstab)

## 97

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete

II A 4-83.00-94.29-326/67 VS-vertraulich

13. März 1967<sup>1</sup>

Betr.: Britisch-sowjetischer Vertrag über „Freundschaft und friedliche Zusammenarbeit“ (vgl. britisch-sowjetisches Kommuniqué zum Abschluß von Kossygins Besuch in Großbritannien vom 13. Februar 1967<sup>2</sup>)

Im Mai 1955 kündigte die Sowjetunion ihren mit Großbritannien (1942<sup>3</sup>) und Frankreich (1944<sup>4</sup>) auf jeweils zwanzig Jahre geschlossenen Vertrag über Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe einseitig auf. Sie begründete diesen

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 30. März 1967 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Blumenfeld und von Legationsrätin Steffler konzipiert.

<sup>2</sup> Im Kommuniqué wurde u. a. festgelegt: „Im Lichte des erreichten Fortschritts [...] begrüßte die Regierung Großbritanniens den Vorschlag des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR zum Abschluß eines Vertrags über Freundschaft und friedliche Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und dem Vereinigten Königreich. [...] Beide Regierungen werden die Bemühungen zur Erweiterung der Bereiche der Kongruenz ihrer Standpunkte fortsetzen. Sie bekräftigten ihren Wunsch, auch weiterhin periodische Zusammenkünfte und Aussprachen abzuhalten.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 144.

Zum Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 6. bis 13. Februar 1967 in London vgl. Dok. 55, besonders Anm. 8.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des britisch-sowjetischen Beistandspakts vom 26. Mai 1942 vgl. DzD I/3, S. 384–386.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des französisch-sowjetischen Beistandspakts vom 10. Dezember 1944 vgl. DROIT INTERNATIONAL ET HISTOIRE DIPLOMATIQUE. Documents choisis par Claude-Albert Colliard, 2. Auflage, Paris 1950, S. 610–612. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1947, S. 1046.

Schritt mit der Ratifizierung der Pariser Abkommen vom 23. Oktober 1954<sup>5</sup> durch die beiden Staaten. Schon ab 1958 legte sie jedoch den Ländern des Westens das Angebot eines Freundschafts- und Nichtangriffspakts in der einen oder anderen Form immer wieder neu auf den Tisch.

Als erste westliche Regierung hat jetzt die britische dem Abschluß eines bilateralen Vertrags der „Freundschaft und friedlichen Zusammenarbeit“ mit der Sowjetunion zugestimmt. Sie ist auf Kossygins Angebot<sup>6</sup> eingegangen, ohne vorher ihrer Pflicht nachzukommen, den NATO-Rat zu konsultieren. Auch das deutsch-britische Konsultationsversprechen vor wichtigen Schritten hat sie außer acht gelassen. Dagegen hat sie sich dem sowjetischen Wunsch auf Einbeziehung des Nichtangriffsaspekts in den Vertrag versagt und beabsichtigt auch, den vorgesehenen Vertragsinhalt mit den Verbündeten abzustimmen.

Im Foreign Office wurde dem deutschen Botschafter erklärt, daß man mit dem Vertrag die bilateralen Beziehungen zur Sowjetunion zu intensivieren gedenke, sich möglichen sowjetischen Wünschen auf Berücksichtigung auch militärischer und Grenzfragen jedoch widersetzen werde.<sup>7</sup>

Im NATO-Rat berief sich der britische Vertreter darauf, daß seit der Ministersitzung vom Dezember 1966<sup>8</sup> die Entspannung eines der Ziele der Allianz sei und der geplante Vertrag auf dieser Linie liege.

Dennoch war die Reaktion im NATO-Rat bisher vorwiegend kritisch. Nur<sup>9</sup> die Vertreter Kanadas, Dänemarks und Norwegens begrüßten den britischen Schritt vorbehaltlos. Demgegenüber machte der Vertreter Frankreichs darauf aufmerksam, daß seine Regierung einen entsprechenden sowjetischen Vorschlag im Hinblick auf die Gebote der Allianz-Solidarität zurückgewiesen habe.

Generalsekretär Brosio zeigte sich bisher entschlossen, darauf zu bestehen, daß die Problematik eines förmlichen Freundschaftsvertrags zwischen einem Mitglied der Allianz und ihrem potentiellen Gegner im NATO-Rat gründlich erörtert wird. Wie Gesandter Oncken mitgeteilt hat, geht Brosio davon aus, daß insbesondere die deutschen Interessen berührt werden. Er erwartet daher eine deutsche Unterstützung seiner Initiative.<sup>10</sup> Die britische Regierung hat

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 7127–7139 und S. 7171–7181.

<sup>6</sup> Am 21. März 1967 teilte der britische Gesandte Tomkins dazu mit, daß der sowjetische Ministerpräsident während seines Besuches in Großbritannien „unerwartet mit dem Vorschlag eines Nichtangriffspaktes an die Briten herangetreten“ sei. Dies habe die britische Regierung als „unvereinbar mit ihren Bündnisverpflichtungen abgelehnt und statt dessen einen Freundschaftsvertrag vorgeschlagen“. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete; VS-Bd. 4249 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Der Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Lord Hood, teilte am 6. März 1967 Botschafter Blankenhorn mit, der Inhalt des geplanten britisch-sowjetischen Freundschaftsvertrags werde „relativ bescheiden“ sein. Schwerpunktmäßig sollten „häufige Kontakte“ zwischen Ressortministern und hohen Beamten, wirtschaftliche, technologische und kulturelle Zusammenarbeit sowie „reziproke Maßnahmen auf dem Gesundheitsgebiet“ vereinbart werden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 475; VS-Bd. 4205 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 15./16. Dezember 1966 in Paris vgl. AAPD 1966, II, Dok. 410.

<sup>9</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Brandt hervorgehoben. Dazu Fragezeichen am Rand.

<sup>10</sup> Am 7. März 1967 berichtete Gesandter Oncken, Paris (NATO), mit Drahtbericht Nr. 406 über die Diskussion im Ständigen NATO-Rat hinsichtlich eines britisch-sowjetischen Freundschaftsvertrags. Generalsekretär Brosio habe „mit deutlichem Unterton der Beunruhigung den Vertrag als Präzedenzfall“ bezeichnet und „eingehende“ Konsultationen befürwortet. Kritik sei auch von belgi-



zugesagt, Anregungen und Wünsche der Allianzpartner bei der Abfassung des Vertrags zu berücksichtigen, will jedoch den Wortlaut einzelner Bestimmungen nicht zur Diskussion stellen. Da der britisch-sowjetische Vertrag bereits anlässlich des Besuchs von Außenminister Brown in Moskau im Mai d.J. unterzeichnet werden soll, wird sich der NATO-Rat in den kommenden Wochen vordringlich mit diesem Thema zu befassen haben.

Die Sowjetunion setzt mit diesem Freundschaftsvertrag konsequent ihre Bemühungen fort, das westliche Bündnis aufzuspalten.<sup>11</sup> Wenn auch die zwei-seitigen Abmachungen zwischen der Sowjetunion und Frankreich<sup>12</sup> in ihren praktischen Folgen mindestens so weit<sup>13</sup> gehen wie das geplante britisch-sowjetische Abkommen, so hat ein förmlicher Freundschaftsvertrag doch ein erhebliches psychologisch-politisches Gewicht. Seine Auswirkungen auf die Allianz und die übrige Welt werden sich im Laufe der Zeit erweisen.

Zunächst ist damit zu rechnen, daß die Sowjetunion ähnliche Angebote an weitere Länder der Allianz richtet, die es nach dem britischen Beispiel schwer haben dürften, auszuweichen.

Für die Bundesrepublik Deutschland ist einerseits entscheidend, daß sie kein Opfer dieser sowjetischen Politik wird, die klar darauf abzielt, sie weiter zu isolieren. Vielmehr müssen wir es erreichen, die Entwicklung im Sinne der Unteilbarkeit der Entspannung zu beeinflussen, damit sie uns zugute kommt und der NATO nicht schadet. Andererseits ist es wichtig, daß unsere Bemühungen um Vermeidung der Isolierung nicht zu einer Störung des deutsch-britischen Verhältnisses führen.

Im NATO-Rat, über unsere Verbündeten und im bilateralen Gespräch können wir auf die Gestaltung des Vertrags einwirken. Dabei werden wir besonders darauf achten müssen, daß die britische Regierung ihre Zusicherungen hinsichtlich eines politisch möglichst unproblematischen Charakters des Vertrags auch gegenüber dem sowjetischen Verhandlungspartner durchsetzt. Das britisch-sowjetische Kommuniqué zum Abschluß des Besuchs Kossygin in London offenbart eine gewisse Bereitschaft der britischen Seite, Formulierungen zuzustimmen, die unterschiedlich interpretierbar sind. Da die Sowjets derartige Möglichkeiten stets in ihrem Sinne zu nutzen wissen, ist große Behutsamkeit gerade auch bei der Formulierung des Vertrags (die die Briten nicht zur Diskussion stellen wollen) am Platz. Es ist wünschenswert, daß auf diesen Punkt – wenn auch möglichst nicht durch uns – im Verlauf der NATO-Ratsdebatten besonders hingewiesen wird.

Wir selbst sollten uns bei der Diskussion auf die sachliche Wahrung unserer Interessen beschränken, ohne das deutsch-britische Verhältnis durch Kritik

*Fortsetzung Fußnote von Seite 464*

scher und niederländischer Seite geäußert worden. Dabei sei darauf hingewiesen worden, daß vor allem der Titel des geplanten Abkommens „psychologisch schwierige Probleme aufwerfe“. Brosio habe gegen den britischen Wunsch eine weitere Erörterung des Themas im Ständigen NATO-Rat für den 15. März 1967 festgesetzt. Vgl. VS-Bd. 906 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>11</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Schütz und Bundesminister Brandt hervorgehoben. Dazu Fragezeichen am Rand.

<sup>12</sup> Vgl. dazu etwa die französisch-sowjetische technologischen Zusammenarbeit; AAPD 1966, I, Dok. 144, Anm. 18.

<sup>13</sup> Der Passus „in ihren ... so weit“ wurde von Bundesminister Brandt hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen am Rand.

am Vertragswerk als solchem unnötig zu belasten. In diesem Sinne vorzugehen, ist die NATO-Botschaft Paris, die um Weisung bis zum 14. März gebeten hatte, mit dem anliegenden Erlaß<sup>14</sup> angewiesen worden.<sup>15</sup>

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>16</sup> dem Herrn Minister<sup>17</sup> mit der Bitte um Kenntnisnahme und Billigung der beabsichtigten Haltung vorgelegt. Abteilung I hat mitgezeichnet.<sup>18</sup>

Ruete

VS-Bd. 4249 (II A 4)

<sup>14</sup> Dem Vorgang beigelegt. Ministerialdirektor Ruete wies die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris an, sie solle darauf aufmerksam machen, daß nach Ansicht der Bundesregierung der Inhalt eines britisch-sowjetischen Freundschaftsvertrags im NATO-Rat zur Diskussion gestellt werden müsse. Weiterhin solle sie darauf hinweisen, daß die auch von der Bundesregierung gewünschte Entspannung nicht erzielt werde, „wenn einzelne NATO-Partner davon ausgeschlossen bleiben und wenn die Geschlossenheit der Allianz dadurch gefährdet wird“. Sie solle darauf hinwirken, „daß der Inhalt des Vertrags möglichst entpolitisiert und damit unproblematisch gestaltet wird“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 852 vom 14. März 1967; VS-Bd. 4249 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>15</sup> Am 15. März 1967 befaßte sich der Ständige NATO-Rat erneut mit dem Vorhaben eines britisch-sowjetischen Freundschaftsvertrags. Gesandter Oncken, Paris (NATO), teilte dazu mit Drahtbericht Nr. 449 mit, daß sich in dieser Sitzung die Befürworter des Projekts nicht mehr zu Wort meldeten: „So waren in [der] Diskussion nur Äußerungen direkter oder indirekter Kritik zu verzeichnen.“ Er selbst habe die „Gefahr der von Sowjets angestrebten Diskriminierung und Isolierung Deutschlands“ betont und sei darin „von belgischem, amerikanischem und niederländischem Botschafter unterstützt“ worden. „Generalsekretär Brosio unterstrich ebenfalls [die] Gefahren der gegen uns gerichteten Isolierungspolitik der Sowjets und bezog sich dabei auf Erklärungen, die Breschnew kürzlich zu diesem Thema abgegeben hatte. Brosio empfahl den Mitgliedern des Rates die Lektüre dieser Ausführungen.“ Vgl. VS-Bd. 2456 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>16</sup> Hat Staatssekretär Schütz vorgelegen.

<sup>17</sup> Hat Bundesminister Brandt am 18. März 1967 vorgelegen.

<sup>18</sup> Im April 1967 reiste der Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Greenhill, nach Moskau, um der sowjetischen Regierung einen britischen Entwurf für einen Freundschaftsvertrag vorzulegen. Nach der Schilderung des britischen Ständigen Vertreters bei der NATO, Shuckburgh, habe die sowjetische Seite sich jedoch nur „über britische Vorstellungen informiert, ohne in eigentliches Gespräch einzutreten“. Eine sowjetische Delegation werde allerdings „demnächst in London erwartet, wo Detail-Verhandlungen erwartet würden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 675 von Grewe vom 20. April 1967; VS-Bd. 4249 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

Ein britisch-sowjetischer Freundschaftsvertrag wurde 1967 nicht mehr geschlossen. Zu den weiteren Verhandlungen vgl. AAPD 1968.

**Aufzeichnung des Botschafters a. D. Duckwitz****238/67 VS-vertraulich****14. März 1967**

In einer am 13. März 1967, nachmittags, stattgefundenen Unterredung zwischen Minister Thomson und mir wiederholte Thomson seine bereits früher abgegebene Erklärung, daß die englische Regierung einen Abzug ihrer Truppen aus der Bundesrepublik nicht wünsche, daß sie aber durch die angespannte Lage ihrer Zahlungsbilanz gezwungen sei, eine massive Reduzierung vorzunehmen, wenn nicht ein ausreichender Devisenausgleich durch die Bundesregierung vorgenommen werde. Die britische Regierung sei sich der Folgen einer solchen Reduktion durchaus bewußt, sehe aber aus dem oben angeführten Grunde keinen Weg, diese Folgen zu vermeiden. Außer der Stationierung britischer Truppen in der Bundesrepublik habe Großbritannien noch erhebliche andere weltweite Verpflichtungen, die aus den gleichen Gründen schrittweise abgebaut werden müßten.

Nach Ansicht von Minister Thomson sollten wir das seinerzeit bei den Petersbergbesprechungen<sup>1</sup> gemachte Angebot als Basis weiterer Verhandlungen betrachten. Damals sei man von einem bereits durch interne englische Maßnahmen verminderten Gesamtbetrag von 860 Mio. DM ausgegangen. Die deutsche Seite habe demgegenüber einen Betrag von 350 Mio. DM angeboten, und zwar 200 für militärische Ausrüstung und 150 für zivile Einkäufe der öffentlichen Hand. Dieser Betrag sei von dem damaligen Bundesfinanzminister<sup>2</sup> ausdrücklich „garantiert“ worden. Man habe ferner eine Zahl x eingesetzt, die nicht näher beziffert werden konnte, jedoch Möglichkeiten zu weiteren Einkäufen in Großbritannien einschließen sollte. Dieses Angebot sei für die englische Delegation unannehmbar gewesen. Später sei in privaten Gesprächen von deutscher Seite inoffiziell ein möglicher Betrag von 550 bis 600 Mio. genannt worden.

Gehe man – unter der Voraussetzung, daß der Kabinettsbeschluß vom 26. Januar<sup>3</sup> wieder aufgehoben werde –, von der „garantierten“ Summe von 350 Mio. DM aus, so ergebe sich eine Differenz von 510 Mio. DM gegenüber der englischen Forderung, die die britische Regierung nicht zu tragen in der Lage sei. Minister Thomson bat zu erwägen, ob dieser Fehlbetrag nicht dadurch ausgeglichen werden könne, daß die Amerikaner, die Engländer und wir je ein Drittel übernehmen. Nach diesem Vorschlag entfielen auf die Bundesrepublik ein Betrag von weiteren 170 Mio. DM. (Die Amerikaner sind bereit, ein Drittel zu übernehmen, wenn wir unsere Bereitschaft erklären. Sie werden u. a. eine Devisenhilfe für die aus Frankreich abgezogenen, jetzt in England stationierten amerikanischen Verbände zahlen.)

<sup>1</sup> Zu den Verhandlungen vom 13./14. Oktober 1966 vgl. Dok. 23, Anm. 2.

<sup>2</sup> Rolf Dahlgrün.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 30, Anm. 12, und Dok. 79, Anm. 2.

Ich habe diesen Vorschlag zunächst nur zur Kenntnis genommen, jedoch vorsorglich darauf hingewiesen, daß ich große Schwierigkeiten sähe, den „Basisbetrag“ der Petersbergbesprechungen um rund die Hälfte zu erhöhen.

Da wir jedoch laut Berechnung des Finanzministeriums im Jahre 1967 auf einen Betrag von 250 Mio. für zivile Einkäufe kommen, d. h. 100 Mio. mehr als im Petersberger Angebot vorgesehen, würde sich unser Anteil an dem Differenzbetrag auf 70 Mio. DM ermäßigen. (Da die Engländer diese zivilen Einkäufe der öffentlichen Hand, wenn auch unter Bedenken, anerkennen, haben wir keine Veranlassung, diese auch nach unserer Ansicht dubiosen Beträge anzuzweifeln.) Es müßte versucht werden, den noch verbleibenden Rest von 70 Mio. DM mit den Ersparnissen, die durch den Abzug einer Brigade entstehen, auszugleichen.

Während die britische Delegation es bisher strikt abgelehnt hatte, eine Entlastung ihrer Zahlungsbilanz durch Anleihen oder Kredite zu erwägen, da dies nur zu einer Erhöhung ihrer Schulden beitragen würde, bezeichnete Minister Thomson es in unserer gestrigen Unterredung als wünschenswert, wenn wir die britischen Devisenverpflichtungen z. B. aus zugesagter Entwicklungshilfe, durch Vergebung einer Anleihe erleichtern würden. Es solle sich nicht um eine Anleihe von Regierung zu Regierung, sondern um eine solche zwischen den Banken handeln. Er ließ dabei offen, ob die Notenbanken oder ob Privatbanken als Geber bzw. Empfänger einer solchen Anleihe auftreten sollten. Es scheint mir notwendig, daß dieser Punkt durch Besprechungen in der Arbeitsgruppe Finanzfragen näher untersucht wird.

Über den Herrn Staatssekretär<sup>4</sup> dem Herrn Minister<sup>5</sup> vorzulegen.

Duckwitz

VS-Bd. 5105 (III A 5)

<sup>4</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 17. März 1967 vorgelegen, der am 21. März 1967 handschriftlich für Ministerialdirektor Harkort vermerkte: „[Bitte] um eilige Klärung und Stellungnahme.“

Hat Harkort am 24. März 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Angelegenheit ist, soweit sie die Dreier-Gespräche betrifft, durch die Besprechung in Washington erledigt: die britische Regierung ist bereit, ohne die Gewährung eines Kredits abzuschließen.“

<sup>5</sup> Hat Bundesminister Brandt am 18. März 1967 vorgelegen.

**Botschafter von Walther, Moskau, an Bundesminister Brandt**

Z B 6-1-11543/67 geheim  
Fernschreiben Nr. 334

Aufgabe: 14. März 1967, 10.00 Uhr  
Ankunft: 14. März 1967, 11.09 Uhr

Nur für Staatssekretär<sup>1</sup> und Außenminister.

Im Anschluß an Drahtbericht Nr. 308 vom 9. März 1967 und Drahtbericht Nr. 325 vom 11. März 1967.

Wie berichtet ging Generalsekretär Breschnew in seiner Wahlrede vom 10. März 1967<sup>2</sup> eindringlicher als Podgornyj<sup>3</sup> und Kossygin<sup>4</sup> in ihren kürzlichen Wahlreden für das Landesparlament RSFSR auf die Deutschland-Frage ein. Die Wahlreden, die zum Anlaß für umfassende außenpolitische Ausführungen dienten, sind zweifellos in Wirklichkeit nicht für die lokalen Wähler, sondern für das Ausland bestimmt gewesen. Neben einem besonderen persönlichen Engagement sind die Gründe für Breschnews Konzentration auf europäische Fragen vor allem in folgendem zu suchen:

Als Generalsekretär der KPdSU fühlt sich Breschnew in erster Linie für eine Regelung des Streites mit der KPdCH verantwortlich. Er ist der Hauptinitiator des Planes einer internationalen Konferenz der kommunistischen Parteien, der von den Sowjets im Jahre 1965 wieder aufgenommen wurde. Ein Nichtzustandekommen dieser Konferenz würde sein Prestige stark vermindern.

Zwar konnte die Sowjetunion bisher auf die Unterstützung durch die ost- und südosteuropäischen Parteien sowie der SED (Ausnahme Rumänien) rechnen. Es spricht jedoch vieles dafür, daß diese sowjetischen Verbündeten begonnen haben, sich in mehr oder weniger diskreter Form ihre Zustimmung abkaufen zu lassen. Die Meinungsverschiedenheiten, die im Ostblock durch die neue Ostpolitik der Bundesregierung ausgelöst wurden und die dazu führten, daß die Warschauer Konferenz vom Februar dieses Jahres zunächst ohne substantielles Ergebnis auseinander ging, muß Breschnew infolgedessen als besonders störend empfinden, da für ihn zur Zeit von der Einheit des sozialistischen La-

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Lahr am 14. März 1967 vorgelegen.

Hat Ministerialdirektor Ruete am 15. März 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eilt!“.

<sup>2</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU führte aus: „Man kann nicht umhin wahrzunehmen, daß gerade in der letzten Zeit die Kräfte des Nazismus und Militarismus in der BRD erneut das Haupt erhoben haben und daß die Bundesregierung keinen Schritt breit von der revanchistischen Haltung in der Frage der bestehenden europäischen Grenzen und den Ansprüchen auf West-Berlin abgegangen ist. [...] Jeden beliebigen außenpolitischen Akt sucht die Regierung der BRD dazu auszunutzen, ihre absurden Ansprüche auf das Recht, im Namen aller Deutschen zu sprechen, zu erhärten. Allein schon diese Ansprüche sind ein genügender Beweis für den aggressiven Charakter der Politik Westdeutschlands.“ Vgl. DzD V/1, S. 734 f.

<sup>3</sup> Am 9. März 1967 betonte der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Podgornyj, in einer Rede in Moskau, daß die „neue Bundesregierung [...] im Grunde genommen das ganze Rüstzeug revanchistischer Forderungen und Losungen“ von der Regierung unter Bundeskanzler Erhard übernommen habe. Vgl. DzD V/1, S. 720.

<sup>4</sup> Am 6. März 1967 warnte Ministerpräsident Kossygin auf einer Wahlveranstaltung in Moskau vor dem „Wachstum des Neofaschismus in Westdeutschland“, das der Politik der Bundesrepublik eine „noch gefährlichere Wendung geben“ könne. Vgl. DzD V/1, S. 695.

gers – ganz allgemein gesprochen – sehr viel abhängt und er befürchten muß, von seinen Verbündeten für ihre Unterstützung mit Preisforderungen konfrontiert zu werden. Infolge der sowjetischen Sicherheitserwägungen und des besonderen Gewichts ihrer Parteien befinden sich die SBZ und Polen dabei in einer besonders günstigen „bargaining position“. Beide unternehmen alles in ihren Kräften stehende, um die Sowjets dazu zu veranlassen, jeden Einbruch Bonns in die Phalanx der ost- und südosteuropäischen Länder zu verhindern. Es kommt eine allgemeine Nervosität hinzu, da die Sowjets das Gefühl haben, angesichts der wachsenden politischen Gefahr in Asien die Ernte in Europa schneller einfahren zu müssen, als dies ohne den Konflikt mit China der Fall gewesen wäre.

Entgegen der hiesigen Sprachregelung, die sowjetischen Beamten und Journalisten vorschrieb, die Bedeutung unserer Schritte in Osteuropa herunterzuspielen, sind die Sowjets offenbar in Wirklichkeit über den Gang der Ereignisse sehr besorgt.

Es zeigt sich, daß eine „elastischere“ deutsche Ostpolitik unter Beibehaltung unserer Grundposition hier als zunehmende Gefährdung empfunden wird und jede deutsche Initiative in Richtung Osteuropa eine Versteifung der sowjetischen Politik zur Folge hat. (Friedensnote<sup>5</sup> – Bukarester Konferenz<sup>6</sup>, Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien – sowjetische Erklärung vom 28. 1.<sup>7</sup> und Warschauer Konferenz mit nachfolgenden neuformulierten Freundschaftspakten<sup>8</sup>). Es kann dahingestellt bleiben, ob diese Erkenntnis erst jetzt entstanden ist. Dies geht auch deutlich aus einem Gespräch hervor, das einer der führenden gut informierten Journalisten der Sowjetunion vor einigen Tagen in meinem Hause in Gegenwart meiner Frau mit einem deutschen Korrespondenten führte und in dem er jede Zurückhaltung fallen ließ. Er erklärte, es sei eine besondere Perfidie der Bundesregierung, daß sie ausgerechnet mit Rumänien gleichsam hinter dem Rücken der Sowjetunion diplomatische Beziehungen aufgenommen habe und damit einen Keil zwischen die Staaten des Warschauer Paktes treiben wolle. Er ging so weit, dem deutschen Gesprächspartner vorzuhalten, daß die deutsche Politik à la longue zum Krieg führen würde. Eine Formulierung, die übrigens dem Sinn nach in letzter Zeit auch von Mitgliedern des MID vorgebracht wurde. Die Sowjetunion, so fügte er hin-

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 vgl. BULLETIN 1966, S. 329–331. Vgl. dazu auch AAPD 1966, I, Dok. 58.

<sup>6</sup> Der Politische Beratende Ausschuß des Warschauer Pakts tagte vom 4. bis 6. Juli 1966 in Bukarest. Vgl. dazu Dok. 13, Anm. 10, und AAPD 1966, II, Dok. 240.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der sowjetischen Regierung „über den Nazismus und Militarismus in der Bundesrepublik Deutschland“ vgl. DzD V/1, S. 403–409. Für einen Auszug vgl. Dok. 38, Anm. 9.

<sup>8</sup> Vom 28. Februar bis 2. März 1967 hielt sich der tschechoslowakische Staatspräsident Novotny in Polen auf. Am 1. März 1967 wurde ein polnisch-tschechoslowakischer Vertrag über „Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ unterzeichnet, der einen Beistandsvertrag vom 10. März 1947 ersetzte. Für den Wortlaut vgl. DzD V/1, S. 668–670.

Am 14./15. März 1967 besuchte der Staatsratsvorsitzende der DDR, Ulbricht, Polen. Am 15. März 1967 wurde ein Vertrag über „Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ geschlossen. Für den Wortlaut vgl. DzD V/1, S. 740–743.

Am 16. März 1967 reiste Ulbricht weiter nach Prag. Für den Wortlaut des Vertrags über „Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ zwischen DDR und der Tschechoslowakei vom 17. März 1967 vgl. DzD V/1, S. 767–770.

zu, könne sich im übrigen eines Tages gezwungen sehen, Pankow das Alleinvertretungsrecht zuzugestehen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch der mit Nachdruck vorgebrachte Hinweis Semjonows auf die mögliche „Isolierung“ der Bundesrepublik als Folge ihrer Politik<sup>9</sup> einen ähnlichen Gedanken andeuten sollte. Ich habe den Eindruck, daß die Sowjets sich jeder echten oder vermeintlichen Aufweichung ihrer westlichen Front, die sie trotz aller gegenteiligen Versicherungen deutscher Politiker als Ziel der Bonner Politik sehen, mit aller Kraft widersetzen werden. Dabei ist zu fürchten, daß der Kreml, ähnlich wie jetzt schon Pankow, die beste Defensive in offensivem Vorgehen sieht und seine Bemühungen, die Bundesrepublik zu isolieren, zunächst zur Annahme des unveränderten NV-Vertrages zu zwingen und sie dann weiter aller politischen Alternativen zu berauben und damit ihren Willen im Sinne der sowjetischen Wünsche zu beugen, verstärken wird. Infolge des offensichtlichen amerikanischen Interesses, mit den Sowjets ein NV- und ein ABM-Abkommen auch unter Hintansetzung der Interessen ihrer Alliierten abzuschließen, könnte ihnen der gegenwärtige Zeitpunkt hierfür besonders günstig erscheinen.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß nach vorhergehendem längeren Schweigen Westberlin immer häufiger in Ansprachen führender Sowjetfunktionäre erwähnt wird. Es ist kaum damit zu rechnen, daß die Sowjets, die davon ausgehen, daß das Berlin-Problem sich mit der Annahme ihrer Forderungen (insbesondere Anerkennung der DDR) von selbst erledigt, eine größere Berlin-Krise heraufbeschwören wollen, die das westliche Lager erneut zusammenschweißen würde und sie insbesondere in einen Gegensatz zu General de Gaulle bringen müßte. Zu befürchten ist jedoch, daß Moskau Ulbricht grünes Licht für gesetzgeberische und administrative Maßnahmen gegeben hat oder geben wird, die, ohne die Beziehungen zu den westlichen Alliierten grundlegend zu stören, die Schwäche der Bundesrepublik vor der Welt demonstrieren sollen. Das Hochspielen der Berlin-Frage erweist sich gleichzeitig als ein willkommener Hemmschuh für unsere weiteren Bemühungen in Osteuropa. Die Sowjets wissen, daß wir bei Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten auf einer wenigstens faktischen, zufriedenstellenden Regelung des Problems der Vertretung Berlins bestehen müssen. Indem sie gegenwärtig West-Berlin wieder in den Vordergrund schieben, richten sie das Augenmerk der kommunistischen Welt erneut auf dieses Problem und machen es damit jedem verbündeten Staat schwerer, hier nachzugeben.

Ob es unter den gegenwärtigen, für uns besonders ungünstigen Umständen nicht vorzuziehen wäre, unsererseits vorübergehend auf spektakuläre Maßnahmen wie z.B. Beantwortung der Sowjeterklärung vom 28. 1. zu verzichten, darf ich der dortigen Erwägung anheimstellen. Dies um so mehr, als der Zerfall der NPD der sowjetischen Erklärung viel von ihrem Gewicht genommen hat. Es ist eine immer wieder festzustellende sowjetische Taktik, auf Konzessionen oder verständigungsbereite Erklärungen des Gegners den Preis zu erhöhen und den Ton zu verschärfen.

[gez.] Walther

VS-Bd. 4202 (II A 4)

<sup>9</sup> Zu dieser Äußerung des sowjetischen Stellvertretenden Außenministers vgl. Dok. 90.

## 100

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete****II A 5-82.50-94.27-351/67 VS-vertraulich****15. März 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Lieferung von Großröhren in die Tschechoslowakei

Bezug: Aufzeichnung der Abteilung III – III A 6-84.01-94.27 vom 14.3.1967<sup>2</sup>

I. Abweichend von der in der Bezugsaufzeichnung dargelegten Auffassung der Abteilung III ist Abteilung II der Auffassung, daß wir im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht von der bisherigen Haltung der Bundesregierung in der Frage der Absicherung von Kreditgeschäften mit der Tschechoslowakei abgehen sollten.

II. Die Bundesregierung hat im März 1965 allgemeine Richtlinien für die Übernahme von Bundesbürgschaften für Kredite an kommunistische Staaten festgelegt.<sup>3</sup> Geschäfte mit der Tschechoslowakei hat sie bis zum Abschluß eines Warenverkehrsabkommens<sup>4</sup> von dieser Regelung ausgenommen. Das Auswärtige Amt hat seinerzeit diesen Beschluß aus der politischen Erwägung heraus befürwortet, daß wir das tschechoslowakische Interesse an der Fortführung der Verhandlungen über ein neues Warenverkehrsabkommen und den Austausch von Handelsvertretungen wachhalten sollten.

III. Die für den damaligen Beschluß der Bundesregierung maßgebende Erwägung ist auch für die heutige Situation noch gültig. Die Tschechoslowaken haben immer wieder, so auch in jüngster Zeit, versucht, den Abschluß eines Warenverkehrsabkommens vorzuziehen und die Aufnahme amtlicher Beziehungen zurückzustellen. Diese Bemühungen beweisen deutlich, daß sich das tschechoslowakische Interesse auf die wirtschaftlichen Vorteile eines Waren-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Kastl und von Legationsrätin I. Klasse Finke-Osiander konzipiert.

<sup>2</sup> Ministerialdirektor Harkort führte aus, die Firma Hoesch habe mitgeteilt, daß sie in Verhandlungen mit tschechoslowakischen Außenhandelsorganisationen über die Lieferung von 300 000 t Großröhren im Wert von rd. 250 bis 300 Mio. DM für den Bau einer Erdgasleitung stehe. Hoesch habe darauf hingewiesen, daß Aussichten auf einen Abschluß dieses Geschäfts nur bestünden, wenn der Tschechoslowakei „mittelfristige Zahlungsziele“ von etwa 3 bis 4 Jahren eingeräumt würden, und angefragt, ob sie von einer Absicherung der Kredite durch die Bundesregierung ausgehen könne. Harkort sprach sich für einen positiven Bescheid an die Firma Hoesch aus. Zu dieser Aufzeichnung vermerkte Staatssekretär Lahr handschriftlich für Staatssekretär Schütz: „Ich trete der Auffassung der Abt[eilung] III bei und möchte in diesem Sinne entscheiden.“ Vgl. Referat III A 6, Bd. 270 a.

<sup>3</sup> In einer Besprechung unter Vorsitz des Bundeskanzlers Erhard am 10. März 1965 wurde beschlossen, „mittel- und langfristige Kredite im Verhältnis zu den kommunistischen Staaten generell bis zu 5 Jahren und im Falle eines Konkurrenzangebots seitens einer ausländischen Firma [...] bis zu 7 Jahren (Sowjetunion) bzw. bis zu 8 Jahren (übrige Ostblock-Staaten) abzusichern“. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Klarenaar vom 2. Juni 1967; Referat III A 6, Bd. 270 b.  
Vgl. dazu auch AAPD 1965, I, Dok. 123.

<sup>4</sup> Am 23. Mai 1967 erläuterte Vortragender Legationsrat I. Klasse Klarenaar den Stand der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei. Danach herrschte seit dem Auslaufen des Protokolls vom 23. März 1961 über den Warenverkehr am 31. Dezember 1964 ein vertragsloser Zustand. Verhandlungen über ein neues Warenverkehrsabkommen scheiterten im März 1965. Vgl. dazu Referat III A 6, Bd. 272.  
Vgl. dazu auch AAPD 1965, I, Dok. 144.



verkehrsabkommens konzentriert. Unser Interesse richtet sich dagegen auf die Verbesserung der politischen Beziehungen zwischen beiden Staaten. Befriedigen wir das tschechoslowakische Interesse an wirtschaftlichen Vorteilen vorab, verringern wir damit die tschechoslowakische Konzessionsbereitschaft in den für uns wichtigen politischen Fragen.

Abteilung III vertritt die Auffassung (vgl. Seite 2, letzter Absatz der Bezugsaufzeichnung<sup>5</sup>), daß wir politische Zugeständnisse von der ČSSR nicht erzielen können, indem wir ihr wirtschaftliche Vorteile vorenthalten. Diese Auffassung wird von Abteilung II geteilt, soweit dabei unmittelbar an deutsch-tschechoslowakische Verhandlungen gedacht wird. Wir wissen jedoch, daß die an einer erweiterten wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland interessierten Kräfte innerhalb von Partei und Regierung der ČSSR für ein besseres Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland eintreten, und daß die damit verbundenen Vorteile in der internen tschechoslowakischen Diskussion eine Rolle spielen. (VLR I Dr. Wickert ist im Januar von seinen Gesprächspartnern in Prag<sup>6</sup> erneut bestätigt worden, daß sich das tschechoslowakische Außenministerium entsprechend Druck ausgesetzt sieht, Möglichkeiten für die Fortführung der Verhandlungen mit uns zu finden.)

Abteilung II hält es daher nach wie vor für richtig,

- die mit dem Abschluß eines Warenverkehrsabkommens verbundenen Vorteile (staatliche Kreditabsicherung, Liberalisierung des Einfuhrverfahrens) nicht vorzeitig zu verschenken,
- an der parallelen Regelung der wirtschaftlichen Fragen und der Aufnahme der Beziehungen zwischen beiden Staaten festzuhalten.

IV. Über die rein bilateralen Aspekte hinaus bestehen auch im Hinblick auf unsere Beziehungen zu den übrigen osteuropäischen Staaten Bedenken gegen ein spektakuläres Kreditgeschäft mit der ČSSR im gegenwärtigen Zeitpunkt.

Wir haben alles Interesse daran, diejenigen osteuropäischen Staaten zu ermutigen, die innerhalb des Warschauer Pakts ihrerseits bemüht sind, sich nicht auf eine starre gemeinsame Linie gegenüber der Bundesrepublik Deutschland festlegen zu lassen. Dafür ist wichtig, daß wir in unserer Haltung differenzieren zwischen denjenigen osteuropäischen Staaten, die eine Erweiterung ihrer Beziehungen zu uns anstreben, und denjenigen, die uns gegenüber die Politik des Kalten Krieges fortsetzen. Diese Differenzierung muß auf jeden Fall den wirtschaftlichen Bereich einschließen, der für alle osteuropäischen Staaten einen wesentlichen Faktor ihrer Beziehungen zu uns bildet.

Die künftige Politik der ČSSR gegenüber der Bundesrepublik Deutschland ist zur Zeit ungewiß. Sollte der Abschluß von Freundschaftsverträgen mit War-

<sup>5</sup> Ministerialdirektor Harkort legte dar: „Abteilung III hält es hingegen nach der bisher im Verkehr mit den Ostblockstaaten gemachten Erfahrungen für nahezu ausgeschlossen, daß die tschechoslowakische Seite um der wirtschaftlichen Vorteile willen, die ihr zur Zeit vorenthalten werden, in Fragen von grundsätzlicher politischer Bedeutung zu einer nachgiebigeren Haltung bereit sein wird. Dies hat sich in der Vergangenheit auch in der unverändert negativen tschechoslowakischen Haltung zur Frage der Einbeziehung von Berlin in ein Warenverkehrsabkommen, das der tschechoslowakischen Seite gegenüber dem derzeitigen Stand der Wirtschaftsbeziehungen beider Länder außerordentliche Vorteile bieten würde, erwiesen.“ Vgl. Referat III A 6, Bd. 270 a.

<sup>6</sup> Zu den Verhandlungen mit der Tschechoslowakei vom 10. bis 12. Januar 1967 über eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen vgl. Dok. 10 und Dok. 13.

schau und Ostberlin<sup>7</sup> etwa dazu führen, daß Prag auf die starre polnische Linie uns gegenüber einschwenkt, müßte der Abschluß eines großen Kreditgeschäftes fast wie eine Demonstration dafür wirken, daß man jede beliebige Politik uns gegenüber treiben kann, ohne die Wirtschaftsbeziehungen zu beeinträchtigen. Diesen Eindruck sollten wir vermeiden.

V. Abteilung II ist daher der Auffassung, daß wir der Firma Hoesch gegenwärtig keine Zusicherung geben sollten, die eine – auch nach Ansicht der Abteilung III erst später mögliche – endgültige Entscheidung der Bundesregierung präjudizieren würden.

Es wird deshalb vorgeschlagen, der Firma Hoesch mitzuteilen, daß die Absicherung eines mittelfristigen Kredits unter der Voraussetzung wohlwollend geprüft werden kann, daß in der Zwischenzeit ein deutsch-tschechoslowakisches Warenverkehrsabkommen geschlossen wird.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>8</sup> mit der Bitte um Entscheidung vorgelegt.<sup>9</sup>

Ruete

VS-Bd. 4264 (II A 5)

## 101

### Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 758/67 VS-vertraulich

16. März 1967

Betr.: Beitritt Großbritanniens zur EWG

In der Besprechung bei dem Herrn Bundeskanzler vom 13. Februar, die der Vorbereitung des Wilson-Besuchs<sup>1</sup> diente, stellte der Herr Bundeskanzler die Frage, ob die Bundesressorts nach wie vor der Meinung seien, daß die Wiederaufnahme der Beitrittsverhandlungen wünschenswert sei. Zur allgemeinen Überraschung erklärte Herr Staatssekretär Neef, nach seiner Meinung müsse zuvor die Fusion der Gemeinschaften durchgeführt werden. Diese Ansicht war niemals zuvor vom Wirtschaftsministerium oder einer anderen deutschen Stelle oder irgendeinem unserer ausländischen Partner geäußert worden. Ich bemerkte hierzu, daß damit die Beitrittsfrage auf nicht absehbare Zeit abge-

<sup>7</sup> Zu den Verträgen vom 1. bzw. 17. März 1967 vgl. Dok. 99, Anm. 8.

<sup>8</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 17. März 1967 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Ruete vermerkte: „Die von D III erbetene Entscheidung habe ich getroffen.“

<sup>9</sup> Am 8. Mai 1967 gab das Bundesministerium für Wirtschaft die Information der Firma Hoesch weiter, daß das „angekündigte Röhrenexportgeschäft im Werte von ca. 250 Mio. DM wieder fraglich geworden sei“. Die Firma Hoesch habe noch kein Angebot abgegeben, „ein tschechoslowakischer Röhrenauftrag kann im Augenblick nicht mehr als aktuell und wahrscheinlich angesehen werden“. Vgl. Referat III A 6, Bd. 270a.

<sup>1</sup> Der britische Premierminister hielt sich am 15./16. Februar 1967 im Rahmen seiner Rundreise durch die EWG-Mitgliedstaaten in Bonn auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Kiesinger und Bundesminister Brandt vgl. Dok. 55 und Dok. 57.

schrrieben sei, denn im Augenblick sei noch nicht einmal ganz sicher, wann es zu ernsthaften Verhandlungen über die Fusion der Gemeinschaften kommen werde. Im übrigen wüßten alle Beteiligten, daß es sich hierbei um eine Angelegenheit von mehreren Jahren handle und der Ausgang ungewiß sei.

Bei einem Mittagessen, zu dem der Herr Bundeskanzler am Tag des Wilson-Besuchs einige deutsche Gesprächsteilnehmer eingeladen hatte, kam er hierauf zurück und meinte, der Beitritt Großbritanniens sei sicherlich grundsätzlich zu bejahen, aber nicht jetzt. Der Gedanke, zuvor die Fusion der Gemeinschaften durchzuführen, leuchte ihm ein. Auch einige Parlamentarier hätten sich ihm gegenüber hierfür ausgesprochen. Ich bemühte mich erneut, dem Herrn Bundeskanzler klarzumachen, daß dies praktisch ein Nein gegenüber dem Beitritt Großbritanniens bedeute, denn ich glaubte nicht, daß Großbritannien bereit sei, als Petent mehrere Jahre vor der Tür der Gemeinschaft stehenzubleiben. In jedem Fall würde ein solches deutsches Votum in Großbritannien als ein Nein und damit als eine Abkehr von unserer bisher ständig vertretenen Haltung aufgefaßt werden. Den Gedanken der Fusion der Gemeinschaften habe auch das Auswärtige Amt immer begrüßt, und wir würden sicherlich gemeinsam mit dem Bundeswirtschaftsministerium unser Bestes tun, um nach der Durchführung der Fusion der Exekutiven das Gespräch über die Fusion der Gemeinschaften in Gang und zu einem positiven Ergebnis zu bringen. Aber die Behandlung dieser beiden Fragen dürfe sich nicht gegenseitig ausschließen; sie müßten parallel zueinander behandelt werden. Dies hielte ich technisch für durchaus möglich, denn als wir 1962/63 sehr intensiv mit Großbritannien über den Beitritt verhandelt hatten, seien wir sehr wohl in der Lage gewesen, die ebenfalls sehr intensiven Gespräche des Ministerrats über die interne Fortentwicklung der Gemeinschaft gleichzeitig durchzuführen.

Aus Mitteilungen aus anderer Seite entnehme ich, daß der Herr Bundeskanzler den Gedanken, die Fusion der Gemeinschaften zeitlich vorzuziehen, weiterhin in seine Überlegungen, in die sicherlich auch noch andere Momente hineinwirken, einschließt.

Hiermit dem Herrn Minister<sup>2</sup> mit der Anregung vorgelegt, über die Angelegenheit mit Herrn Bundesminister Schiller<sup>3</sup> zu sprechen.

Konzept Herrn Staatssekretär I<sup>4</sup> mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Lahr

**VS-Bd. 418 (Büro Staatssekretär)**

<sup>2</sup> Hat Bundesminister Brandt am 17. März 1967 vorgelegen.

<sup>3</sup> Der Passus „über die ... Schiller“ wurde von Bundesminister Brandt hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Gespräch heute geführt.“

<sup>4</sup> Hat Staatssekretär Schütz im Konzept vorgelegen. Vgl. VS-Bd. 418 (Büro Staatssekretär).

102

**Staatssekretär Lahr an Staatssekretär Carstens,  
Bundesministerium der Verteidigung**

III A 4-86.08-49<sup>1</sup>/67 geheim16. März 1967<sup>1</sup>

Betr.: Benutzung der Luftstraße U A 9 durch „Aeroflot“

Bezug: Dortiges Schreiben S III-S III I – Az. 31-02-02-02 vom 23. Dezember 1966 geheim<sup>2</sup>

Lieber Herr Carstens!

Mit dem Bezugsschreiben hatte das Bundesministerium der Verteidigung mitgeteilt, daß SACEUR auf unsere Frage, ob wir der sowjetischen Regierung für den deutsch-sowjetischen Fluglinienverkehr zwischen Frankfurt und Moskau auch einen Anflug Frankfurts über Hamburg vorschlagen können, Sicherheitsbedenken geltend macht und darüber hinaus wünscht, daß die Benutzung von Luftstraßen über dem Bundesgebiet durch Flugzeuge der Staaten des Warschaupaktes und des Sowjetblocks restriktiv behandelt wird.

Wie Sie wissen, sind unsere Verhandlungen mit der Sowjetunion über den Fluglinienverkehr mit Moskau dadurch zum Stillstand gekommen, daß die sowjetische Regierung auf eine Fluglinienführung über Berlin-Schönefeld beharrt, während wir einen Ein- und Ausflug über Eger vorgeschlagen haben.<sup>3</sup> Um das Gespräch wieder in Gang zu bringen, sollten wir in der Lage sein, eine Streckenführung über Hamburg vorzuschlagen.

Ich finde die Bedenken von SACEUR nicht überzeugend, zumal sich die Sowjets wohl kaum eigener Linienflugzeuge bedienen müssen, um ihr Informationsbedürfnis zu befriedigen. Abgesehen davon sind die über das Bundesgebiet führenden Luftstraßen seinerzeit mit den Alliierten abgestimmt worden und als internationale Luftstraßen bei der International Civil Aviation Organisation (ICAO) als für alle Mitgliederstaaten der ICAO benutzbar angemeldet worden. Auch solche ICAO-Mitglieder wie Polen, Tschechoslowakei, Rumänien und Ungarn machen nach Mitteilung des Bundesministeriums für Verkehr seit Jahren von diesen Straßen freien Gebrauch. Es fragt sich somit, ob die Benutzung der Luftstraßen für diese Staaten überhaupt einschränkbar ist.

Auf dem Gebiet des Luftverkehrs mit Moskau hat schon seit Jahren unter den Luftverkehrsgesellschaften verschiedener Staaten ein harter Konkurrenzkampf eingesetzt. Im wesentlichen geht es hier nicht um den Verkehr von und nach Moskau, sondern um eine Ausgangsposition für den darüber hinaus führenden Verkehr, über Sibirien nach dem Fernen Osten. Mit der Freigabe dieser Strecke, die in nicht zu ferner Zukunft erwartet werden kann, würden die Moskau bereits anfliegenden Luftverkehrsgesellschaften einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil erhalten. Die Japaner und neuerdings die Skandinavier

<sup>1</sup> Durchschlag als Konzept.

<sup>2</sup> Vgl. VS-Bd. 8349 B (III A 4).

<sup>3</sup> Zum Abbruch der Verhandlungen im Mai 1966 vgl. AAPD 1966, I, Dok. 213, Anm. 23.

haben hierfür von den Sowjets schon gewisse Zusagen erhalten, und es ist wichtig, daß auch die Lufthansa bald in die Lage versetzt wird, sich eine Anwartschaft auf die Transsibirienstrecke zu sichern. Hierfür muß sie aber den Linienverkehr mit Moskau aufgenommen haben.

Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß die Entscheidung von SACEUR nicht nur von Sicherheitsbedenken, sondern auch von anderen Gesichtspunkten beeinflusst wurde.

Ich wäre daher für eine Stellungnahme Ihres Hauses dankbar, ob eine Änderung der SACEUR-Entscheidung möglich ist und – falls dies nicht der Fall sein sollte – ob wir den vorgebrachten Sicherheitsbedenken durch eine Änderung der Luftstraßenführung zwischen Hamburg und Frankfurt/Main Rechnung tragen könnten.<sup>4</sup>

Mit freundlichen Grüßen

Lahr<sup>5</sup>

VS-Bd. 8349 (III A 4)

## 103

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete

II A 1-83.60-785/67 geheim

16. März 1967<sup>1</sup>

Betr.: Konsultation der aktuellen Deutschland- und Berlin-Fragen in der deutsch-alliierten Vierergruppe Bonn

I. Die turnusmäßige Vollsitzung der Bonner Vierergruppe (14-tägig) hat gestern, am 15.3.1967, einen ungewöhnlichen Verlauf genommen. Die Vertreter der drei Verbündeten stellten dem deutschen Vertreter eine bisher nicht vorgekommene Anzahl von Fragen zu den anstehenden Problemen der Deutschland- und Berlin-Politik. Aus den Fragen ging insgesamt hervor, daß die Verbündeten befürchten, wir nähmen in wesentlichen Punkten Änderungen unserer Deutschland- und Berlin-Positionen vor, ohne daß sie darüber ins Bild gesetzt oder konsultiert würden.

II. Es handelte sich im einzelnen um folgende Fragen:

1) Notstandsgesetzgebung: Die drei Verbündeten erbaten eine umgehende Un-

<sup>4</sup> Für das Antwortschreiben des Staatssekretärs des Bundesministeriums der Verteidigung, Carstens, vom 17. April 1967 vgl. VS-Bd. 8349 B (III A 4).

Bei den Konsultationen der Bonner Vierergruppe am 14. Juni 1967 wurden die Vertreter der Drei Mächte erneut gebeten, die weiterhin vorhandenen Bedenken gegen eine Benutzung von Luftstraßen über der Bundesrepublik durch die sowjetische Fluggesellschaft Aeroflot zu überprüfen. Vgl. dazu den Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Jung vom 15. Juni 1967; VS-Bd. 8349 B (III A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Paraphe vom 16. März 1967.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Lücking und von Legationsrat Wentker kopiert.

terrichtung über den im Kabinett verabschiedeten Entwurf.<sup>2</sup> Sie führten aus, daß sich dieser Konsultationswunsch klar aus den alliierten Vorbehaltsrechten ergebe<sup>3</sup> und auch 1962 (anlässlich des damals vorliegenden Entwurfs<sup>4</sup>) eingeleitet worden sei. Es liege im übrigen im gemeinsamen Interesse, wenn diese Konsultation rechtzeitig – d. h. vor Beginn der parlamentarischen Behandlung des Entwurfs<sup>5</sup> – vorgenommen werde.

2) Widerrufsklausel im Interzonenhandel<sup>6</sup>: Die Verbündeten äußerten gegen einen Fortfall der Widerrufsklausel Bedenken, die sich aus dem bestehenden Junktin zwischen Interzonenhandel und freiem Berlin-Verkehr ergäben. Besonders der amerikanische Vertreter wies darauf hin, daß die Gegenmaßnahmen im IZH-Bereich bei Berlin-Zugangskrisen Bestandteil der Viernächte-Eventualfallplanung seien. Da ein Wegfall der Widerrufsklausel das vereinbarte Arsenal von Gegenmaßnahmen verändere, sei die Angelegenheit konsultationsbedürftig.<sup>7</sup>

3) Berlin-Fragen: Generell stellten die Verbündeten hierzu fest, daß sie selbstverständlich bereit seien, in allen Berlin-Fragen den Standpunkt der Bundesregierung zu unterstützen. Dies sei freilich nur möglich, wenn sie über unsere Haltung zu den Einzelfragen informiert würden. Insbesondere sei den Verbündeten häufig unklar, wieweit die Auffassungen des Berliner Senats mit der Bundesregierung abgestimmt und von dieser gebilligt seien. Dies gelte vornehmlich für folgende Probleme:

<sup>2</sup> Am 10. März 1967 verabschiedete das Bundeskabinett in einer Sondersitzung den Entwurf von Notstandsgesetzen, die im „Fall der äußeren Gefahr“, der Bedrohung der freiheitlich-demokratische Grundordnung „sowie für den Fall schwerer Katastrophen“ dazu beitragen sollte, die Sicherheit der Bundesrepublik zu gewährleisten. Vgl. BULLETIN 1967, S. 209.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Artikel 2 des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten vom 26. Mai 1952 in der Fassung vom 23. Oktober 1954 (Deutschlandvertrag); BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 218.

<sup>4</sup> Die Bundesregierung verabschiedete bereits am 13. Januar 1960 in Ergänzung des Grundgesetzes den Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Ausnahmezustandes. Vgl. dazu BULLETIN 1960, S. 97–100. Vgl. dazu auch Referat 514, Bd. 1199.

Für Entwürfe einzelner Notstandsverordnungen aus dem Jahr 1962 vgl. VS-Bd. 5742 (V 3).

<sup>5</sup> Die erste Lesung der Notstandsgesetze fand am 29. Juni 1967 statt. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 64, S. 5893–5902.

<sup>6</sup> Seit dem erneuten Inkrafttreten des Abkommens über den Interzonenhandel am 1. Januar 1961 wurden Warenbegleitscheine „unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs“ erteilt, der im Falle einer Behinderung des Berlin-Verkehrs durch die DDR in Kraft treten sollte. Zu Überlegungen, die Widerrufsklausel aufzuheben, vgl. AAPD 1965, II, Dok. 222.

<sup>7</sup> Am 20. April 1967 erläuterte Vortragender Legationsrat I. Klasse Klarenaar gegenüber dem Ersten Sekretär an der amerikanischen Botschaft, Dux, daß die Widerrufsklausel geschaffen worden sei, um „wirksame Maßnahmen im Interzonenhandel nicht durch eine Kündigung des Interzonenhandelsabkommens, die nur zum Ende eines Jahres vorgenommen werden kann, ergreifen zu müssen. Die Eventualfallplanung habe erst nach Errichtung der Mauer am 13. August 1961 eingesetzt, und die Schaffung der Widerrufsklausel stehe demnach nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Eventualfallplanung.“ Klarenaar machte darüber hinaus darauf aufmerksam, „daß von der Widerrufsklausel in der Vergangenheit niemals, auch nicht nach der Errichtung der Mauer [...], Gebrauch gemacht worden sei [...]“. Andererseits wiesen die sowjetzonalen Behörden bei Verhandlungen mit Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland immer wieder auf die den Interzonenhandel hemmende Wirkung dieser Klausel hin, was wohl in der Vergangenheit mehrfach dazu geführt habe, daß Geschäfte nicht zustandekamen und sowjetzonale Aufträge in westliche Industriestaaten vergeben worden seien.“ Vgl. die Aufzeichnung von Klarenaar vom 21. April 1967, VS-Bd. 8367 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

a) Änderung der West-Berliner Aufenthaltsbestimmungen für Staatsangehörige der Ostblockländer<sup>8</sup>: Bei dem in Bonn (Abteilung V) konsultierten Entwurf sei eine Aufenthaltsdauer von höchstens einem Monat vorgesehen.<sup>9</sup> Den Verbündeten sei jedoch bekannt, daß der Senat Gegenvorschläge unterbreitet habe, die von einer Aufenthalts-Höchstdauer von drei Monaten ausgingen. Die Alliierten erbäten dringend unsere Stellungnahme zu den Berliner Überlegungen.

b) Sowjetisches Handels-Kontor in West-Berlin:<sup>10</sup> In dieser Angelegenheit scheine zwischen Bundesregierung und Senat eine „total confusion“ (wörtlich!) zu bestehen. Angesichts der grundsätzlichen Bedeutung, die die Frage einer irgendwie gearteten sowjetischen Repräsentanz in West-Berlin für die deutsche und alliierte Berlin-Politik besitze, sei für die alliierte Orientierung eine Unterrichtung über den Stand der Angelegenheit unerlässlich.

c) Sowjetisches Grundstück Lietzenburger Straße:<sup>11</sup> Die Briten – in deren Zuständigkeit die Angelegenheit fällt – äußerten auch hier den dringenden Wunsch nach einer deutschen Stellungnahme. Die britische Regierung sei sich allerdings darüber im klaren, daß unsere Haltung erst dann endgültig festgelegt werden könne, wenn die Berliner Vorstellungen im einzelnen bekannt seien.

<sup>8</sup> Gemäß den Bestimmungen des Ausländergesetzes vom 28. April 1965 und der Durchführungsverordnung zum Ausländergesetz vom 10. September 1965 bedurften Reisende aus Ostblock-Staaten in Berlin (West) einer Aufenthaltserlaubnis, die von einer Auslandsvertretung der Bundesrepublik oder nach der Einreise nach Berlin (West) vom Polizeipräsidenten der Stadt nachträglich in Form eines Sichtvermerks zu erteilen war. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil I, S. 353–362 bzw. S. 1341–1344.

<sup>9</sup> Am 17. Juli 1967 erließen die drei westlichen Stadtkommandanten die BK/O (67) 7, die den Aufenthalt von Reisenden aus Ostblock-Staaten in Berlin (West) neu regelte. Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher führte dazu am 31. Juli 1967 aus, daß diese Regelung keineswegs eine „Aufhebung des Sichtvermerkszwangs für die Einreise nach Berlin (West)“ bedeute. Es werde „lediglich die bereits bestehende Befreiung von Staatsangehörigen osteuropäischer Staaten, die sich aufgrund des auch von uns bejahten Prinzips der Freizügigkeit innerhalb der geteilten Stadt von Ostberlin über die Sektorengrenze nach Berlin (West) begeben haben, von bisher einem Tag auf 31 Tage ausgedehnt. Diese Maßnahme entspricht einem Wunsch des Senats von Berlin und ist zwischen der Bundesregierung, dem Senat von Berlin und den Schutzmächten abgesprochen worden. Staatsangehörige osteuropäischer Staaten, die Berlin (West) nicht über die Sektorengrenze betreten, benötigen nach wie vor eine Aufenthaltserlaubnis in der Form des Sichtvermerks.“ Vgl. Referat II A 1, Bd. 700.

<sup>10</sup> Zu Überlegungen, die Errichtung einer sowjetischen Handelsvertretung in Berlin (West) zuzulassen, vgl. Dok. 104.

<sup>11</sup> Zum Haus Lietzenburger Straße 11 im britischen Sektor von Berlin, das sich in sowjetischem Eigentum befand, vgl. AAPD 1966, II, Dok. 326.

Am 2. Mai 1967 legte Ministerialdirektor Ruete dar, daß sich die sowjetische Regierung „seit Jahren“ bemühe, „wieder ihre Hand auf das in ihrem Eigentum befindliche, im Krieg stark beschädigte Grundstück im britischen Sektor von Berlin zu legen“. Nachdem diese Versuche von der Bundesregierung, dem Senat von Berlin und der Alliierten Kommandantur zurückgewiesen worden seien, sei im Februar 1967 die britische Regierung erneut an den Senat von Berlin mit der Bitte um Prüfung der Frage herangetreten, „ob den Sowjets unter einschränkenden Bedingungen nicht doch eine Nutzung des Gebäudes gestattet werden könnte [...]“. Dieses Ersuchen stand im Zusammenhang mit den bekannten Überlegungen des Berliner Senats zur Erweiterung der Berliner Beteiligung am Ost-West-Handel, in deren Rahmen auch die Frage der Errichtung kommerzieller Ostblock-Vertretungen in West-Berlin gehörten“. Ruete machte darauf aufmerksam, daß im Falle der Genehmigung einer Nutzung des Hauses Lietzenburger Straße 11 „das zentrale Problem darin liegt, wie ein politischer Mißbrauch des Grundstücks durch die Sowjets verhindert werden kann“. Vgl. VS-Bd. 5628 (V 1); B 150, Aktenkopien 1967.

d) Kürzung der Subventionen im Flugreiseverkehr nach Berlin.<sup>12</sup> Die Verbündeten nahmen ausdrücklich keine Konsultationen in Anspruch. Angesichts der politischen und psychologischen Bedeutung der Frage hielten sie jedoch eine vorhergehende Erörterung für angebracht. Sie baten auch hier um baldige Unterrichtung über unsere Überlegungen.

III. 1) Im Lichte der bisherigen Praxis besteht kein Zweifel, daß die alliierten Informations- und Konsultationswünsche berechtigt sind. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes hat die Fragen der Alliierten, die sich auf die bedauerlicherweise sehr intensive Presse-Behandlung aller genannten Probleme beziehen konnten, zur Kenntnis genommen und sie, soweit es ihm möglich war, beantwortet. Die vorläufigen deutschen Ausführungen konnten die Verbündeten allerdings nicht zufrieden stellen.

2) Um Mißverständnisse und Fehlinterpretationen unserer Deutschland- und Berlin-Politik zu vermeiden, schlägt Abteilung II vor, daß die drei Botschaften auf Abteilungsleiter-Ebene über die vorstehenden Fragen unterrichtet werden, soweit dies tunlich erscheint.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>13</sup> dem Herrn Bundesminister mit der Bitte um Zustimmung zu dem Vorschlag unter Ziffer III, 2) vorgelegt.

Ruete

VS-Bd. 4179 (II A 1)

<sup>12</sup> Mit Kabinettsvorlage vom 13. März 1967 schlug das Bundesministerium der Finanzen vor, die finanziellen Beihilfen im Berlin-Verkehr, und zwar sowohl im Flug- als auch im Güterverkehr, zu kürzen. Neben den Bundesministerien für gesamtdeutsche Fragen und für Wirtschaft erhob auch das Referat II A 1 Bedenken, denn aufgrund der Öffentlichkeitswirkung der vorgeschlagenen Maßnahmen müsse mit „Mißverständnissen über die Berlin-Politik der Bundesregierung“ gerechnet werden. Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Lücking vom 14. März 1967; Referat II A 1, Bd. 709.

<sup>13</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 19. März 1967 vorgelegen, der Ministerialdirektor Ruete um Rücksprache bat.



## 104

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete****II A 1-84.50-789/67 VS-vertraulich****16. März 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Frage der Errichtung eines sowjetischen Handelskontors in Berlin (West)

Bezug: Zuschrift des Leiters des Ministerbüros vom 13.3.1967 an Herrn D II (beigefügt)<sup>2</sup>

Anlg.: 1<sup>3</sup>

I. 1) Der Gedanke der Errichtung einer sowjetischen Vertretung für Handelskontakte in Berlin (West) gehört in den Rahmen der Überlegungen des Berliner Senats, die Beteiligung Berlins am Ost-West-Handel zu erweitern. Die nicht zu leugnende Stagnation des Berliner Wirtschaftslebens hat den Berliner Senat (im Sommer/Herbst 1966) veranlaßt, Erwägungen über die Intensivierung des Handels mit Osteuropa anzustellen<sup>4</sup> (Gründung einer Handels-Informationsstelle, einer internationalen AG oder GmbH für Investitionen und Kreditgeschäfte usw.).<sup>5</sup> Der Senat vertrat hierbei die Auffassung, daß auch die Errichtung kommerzieller Büros der Außenhandels-Organisationen der Ostblockländer in West-Berlin zu der gewünschten Belebung beitragen könnte.

2) Die mögliche Errichtung einer sowjetischen Handelsvertretung ist Ende November 1966 zwischen Herrn Staatssekretär Lahr und dem Berliner Wirtschaftssenator König besprochen worden.<sup>6</sup> Das Thema ist ferner eingehend zwischen den zuständigen Beamten des Auswärtigen Amts und Vertretern des Berliner Senats und der Berliner Wirtschaft erörtert worden. Bei diesen Besprechungen bestand Einvernehmen, daß alles vermieden werden müsse, was als Zulassung einer separaten Handelsvertretung der Sowjets oder anderer Ostblockstaaten in West-Berlin fehlgedeutet werden und sich damit im Sinne

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Legationsrat I. Klasse Lücking und von Legationsrat Wentker kopiert.

<sup>2</sup> Dem Vorgang beigefügt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnold vermerkte für Ministerialdirektor Ruete: „Der Herr Bundeskanzler hat um eine grundsätzliche Aufzeichnung zu dem Thema ‚Sowjetisches Handelskontor in Berlin‘ gebeten. Um Vorlage dieser Aufzeichnung an den Herrn Bundesminister zur Weiterleitung an den Herrn Bundeskanzler wird gebeten.“ Ruete verfügte dazu handschriftlich am 15. März 1967: „Dg II A/II A 1 wie besprochen in Zusammenarbeit mit Abt[eilung] III“. Vgl. VS-Bd. 4137 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Vgl. Anm. 2.

<sup>4</sup> Dazu vermerkte Bundesminister Brandt handschriftlich: „Nicht nur dies. Ich habe als [Regierenden] B[ürgermeister] auf diese zusätzliche Aktivierung schon 1965 hingewiesen.“

<sup>5</sup> Zu diesen Überlegungen vgl. AAPD 1966, II, Dok. 303 und Dok. 381.

<sup>6</sup> Das Gespräch fand am 28. November 1966 statt und diente der Vorbereitung einer Reise des Senators König nach Moskau. Staatssekretär Lahr wies darauf hin, daß die von König vorgeschlagenen Maßnahmen, die einer „Verprovinzialisierung der Berliner Wirtschaft“ entgegenwirken sollten, nicht von „östlicher Seite“ politisch mißbraucht werden dürften. So müsse alles vermieden werden, was als eine „Zulassung von Handelsvertretungen der Ostblockstaaten in Berlin und damit als eine Unterstützung der Drei-Staaten-Theorie ausgelegt werden könne“. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Döring; VS-Bd. 4137 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

der kommunistischen Berlin-Politik auswirken könnte. Aus diesem Grunde kämen kommerzielle Repräsentanzen aus Ostblockstaaten in West-Berlin nur in Betracht, wenn ihre Abhängigkeit von den Handelsvertretungen dieser Länder in der Bundesrepublik Deutschland (die für das Land Berlin mit zuständig sind!) sichergestellt wäre.

3) Das Auswärtige Amt hat bei diesen Erörterungen den Eindruck gewonnen, daß auf Berliner Seite volles Verständnis für den politischen Standpunkt der Bundesregierung besteht. Dem Auswärtigen Amt liegen keine Informationen vor, die auf eine Änderung der Berliner Haltung schließen ließen.

II. 1) Die in der Presse lebhaft kommentierten Äußerungen Senator Königs von Anfang März 1967 über die Möglichkeit eines „sowjetischen Handelskontors in West-Berlin“<sup>7</sup> sind zum Anlaß genommen worden, um über die Vertretung Berlins beim Bund Erkundigungen über die derzeitige Haltung Berlins einzuholen. Eine Klarstellung der Berliner Absichten wurde auch deshalb erforderlich, weil der Abteilung II Anfragen der drei Verbündeten<sup>8</sup> vorlagen. Sie befürchten, hier könnte eine wesentliche Änderung der deutschen Berlin-Politik vollzogen werden, ohne daß sie informiert würden.

Die Erkundigungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Ausführungen Senator Königs als persönliche, zum Teil auch aus der Berliner Wahlkampf-Atmosphäre zu erklärende Meinungsäußerungen aufzufassen seien. Der grundsätzliche Standpunkt des Senats zur Frage kommerzieller Vertretungen aus Ostblockländern in West-Berlin habe sich nicht geändert.

2) Im übrigen hat sich ergeben, daß die Berliner Überlegungen zur Intensivierung des Ost-West-Handels bisher noch keinen praktischen Niederschlag gefunden haben. Dabei dürfte die wachsende Einsicht in die – auch vom Auswärtigen Amt gegenüber Berlin immer wieder betonte – Tatsache mitsprechen, daß der Berliner Maßnahmenkatalog (unter Ziffer 1) weitgehend von westlichen Außenhandels-Vorstellungen ausgeht, und daher bei Wirtschaftsbeziehungen mit den osteuropäischen Staatshandelsländern kaum mit Erfolg angewandt werden kann.

3) Zusammenfassend ist festzustellen, daß zur Zeit beim Berliner Senat noch keine präzisen und praktikablen Vorstellungen zu einer Intensivierung der Berliner Handelsbeziehungen mit Osteuropa und der Sowjetunion vorliegen. Dies gilt auch für die Frage der Errichtung kommerzieller Vertretungen aus Ostblockländern in West-Berlin. Abteilung II ist in Übereinstimmung mit Abteilung III der Auffassung, daß in dieser Frage mit überraschenden Entwicklungen nicht zu rechnen ist. Die Angelegenheit wird weiter beobachtet.<sup>9</sup>

<sup>7</sup> Der Berliner Senator für Wirtschaft, König, setzte sich in einer Rede am 1. März 1967 vor dem Verein der Auslandspresse in Berlin für die Eröffnung einer sowjetischen Handelsvertretung in Berlin (West) ein. Vgl. dazu den Artikel „Für Handelskontor Moskaus in Berlin“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 52 vom 2. März 1967, S. 3.

<sup>8</sup> Vgl. dazu Dok. 103.

<sup>9</sup> Dazu vermerkte Bundesminister Brandt handschriftlich: „Wir sollten nicht nur beobachten, sondern den Berlinern durch positive Hinweise helfen!“

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>10</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>11</sup> vorgelegt. Abteilung III hat mitgezeichnet.

Ruete

VS-Bd. 4137 (II A 1)

## 105

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Diehl

Pl 21<sup>II</sup>/67 geheim

17. März 1967<sup>1</sup>

Betr.: Ergebnis der Deutschlanddiskussion

Bezug: Weisung des Herrn Bundesministers – MB 90/67 vom 20. Januar 1967<sup>2</sup>

I. Die neue Bundesregierung hat in ihrer Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966<sup>3</sup> eine positive und aktive Osteuropapolitik als Teil ihrer auf Entspannung gerichteten Friedenspolitik formuliert. Dazu gehört eine entsprechende Deutschland-Politik.

In der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 wurde eine Deutschland-Politik umrissen, die darauf gerichtet ist, auch in den innerdeutschen Fragen Gräben zu überwinden und die Isolierung der Menschen im kommunistisch beherrschten Teil Deutschlands mit allen Kräften zu durchbrechen. Dazu gehört die Aufnahme von Kontakten zwischen Behörden der Bundesrepublik und

<sup>10</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 18. März 1967 vorgelegen.

<sup>11</sup> Hat Bundesminister Brandt am 18. März 1967 vorgelegen.

Am 21. März 1967 notierte Staatssekretär Schütz in einem gesonderten handschriftlichen Vermerk für Ministerialdirektor Ruete: „Der H[err] Min[ister] hat diese Aufzeichnung gesehen. Er hat zwei Randbemerkungen angebracht. Eine neue Aufzeichnung unter Berücksichtigung der beiden Bemerkungen sollte schnellstmöglich für den H[errn] Bundeskanzler erstellt werden.“ Vgl. VS-Bd. 4137 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Ruete verfügte am 21. März 1967 die Weiterleitung der Aufzeichnung an Referat II A 1.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jung am 22. März 1967 vorgelegen, der am 29. März 1967 vermerkte: „Weisung erledigt.“

Für die Aufzeichnung von Ruete vom 22. März 1967 vgl. VS-Bd. 4137 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 18. März und Bundesminister Brandt am 20. März 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Mit Begleitvermerk führte Ministerialdirektor Diehl für Bundesminister Brandt aus: „Gemäß Ihrer Weisung vom 20. Januar 1967 hat eine Arbeitsgruppe, an der ständig oder zeitweise die Herren Thierfelder, Ruete, Bahr, Böker, Sahm, Frank, Frau von Puttkamer und die Herren Blomeyer und Jung teilgenommen haben, die sich aus der Regierungserklärung und eigenen Überlegungen ergebenden Schlußfolgerungen für die Deutschlandpolitik eingehend erörtert. Außerdem hat der Planungsstab anschließend an frühere Arbeiten intern die einzelnen Gegenstände, die in der Arbeitsgruppe beraten wurden, ebenfalls geprüft und diskutiert. Das Ergebnis wurde in der anliegenden Aufzeichnung zusammengefaßt. Ich würde es für gut halten, wenn die Leitung des Hauses nach Kenntnisnahme der Aufzeichnung Gelegenheit zu einer Aussprache geben würde.“ Vgl. VS-Bd. 11576 (Planungsstab); B 150, Aktenkopien 1967.

Zur Besprechung der Arbeitsgruppe vgl. Dok. 86.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vor dem Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

solchen im anderen Teil Deutschlands, ohne damit einen zweiten deutschen Staat anzuerkennen.

Die<sup>4</sup> neue Konzeption der Deutschland-Politik ist Teil der auf die Sicherung des Friedens gerichteten Gesamtpolitik der neuen Bundesregierung und will durch ein geregeltes Nebeneinander der beiden Gebiete, in denen Deutsche wohnen, die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung schaffen. Für das Gelingen dieser Politik ist notwendig, daß die deutsche und ausländische Öffentlichkeit deutlich diese Stoßrichtung erkennt.<sup>5</sup>

Die allgemeine Grundlage des Vorhabens ist eine Politik der Entspannung, die ein gewisses Maß an Kooperation der USA und der Sowjetunion ermöglicht. Eine deutsche Mitwirkung an der Entspannungspolitik, die Fortführung unserer Ostpolitik, der ständige Dialog mit den USA und der Sowjetunion und schließlich die Aktivierung unserer Politik mit den Staaten der Dritten Welt sind Pfeiler, die das Gebäude einer neuen Deutschland-Politik tragen müssen. Die verschiedenen Maßnahmen stehen untereinander in einem engen politischen Zusammenhang. Auch der richtige zeitliche Ablauf gehört zu den Voraussetzungen des Erfolgs. Das ganze Unternehmen setzt sorgfältige Planung und eine große geistige und materielle Anstrengung voraus. Wenn Zweifel bestehen, ob die Kräfte für eine derartige Offensive ausreichen, sollte man sich besser auf das Halten wohlbefestigter Stellungen beschränken. Die Große Koalition ist aber mehr als jede andere Regierung verpflichtet, die in ihr liegenden Möglichkeiten auch für die Deutschland-Politik auszuschöpfen.

## II. Elemente einer neuen Deutschland-Politik

### A. Innerdeutsche Elemente

1) Die Bundesregierung errichtet in Bonn ein „Amt für innerdeutsche Beziehungen“. Dieses Amt koordiniert alle Kontakte mit Behörden im anderen Teil Deutschlands und ist zuständig für die politischen Beziehungen mit der „DDR“.

Das Amt wird von einem Staatssekretär oder Staatsminister geleitet und untersteht dem Minister für gesamtdeutsche Fragen. Alle interessierten Ressorts und die Länder sind im Amt angemessen vertreten.

In Berlin wird eine „Dienststelle Berlin“ eingerichtet<sup>6</sup>, die unter Beachtung der Alliierten Rechte in Berlin an die Weisungen des Leiters des Amtes für innerdeutsche Beziehungen gebunden ist. Im Verkehr mit Ostberliner oder ostzonalen Behörden tritt die „Dienststelle Berlin“ selbständig auf.

Hinsichtlich des Niveaus, auf dem mit dem Regime in der SBZ verhandelt werden kann, erfolgt keine Festlegung. Es soll dem jeweiligen Gegenstand der Verhandlungen „angemessen“ sein.

Anlaßlich der Einrichtung des Amtes veröffentlicht die Bundesregierung eine kurze Erklärung etwa folgenden Wortlauts:

„Die Bundesrepublik Deutschland trägt als freiheitlicher Rechtsstaat mit einem frei gewählten Parlament und einer frei gewählten Regierung Verantwor-

<sup>4</sup> Dazu vermerkte Bundesminister Brandt handschriftlich: „Diese...“

<sup>5</sup> Dazu Fragezeichen des Bundesministers Brandt.

<sup>6</sup> Dazu Fragezeichen des Bundesministers Brandt.

tung für die ganze deutsche Nation. Um die bedrohte Einheit des deutschen Volkes zu schützen, hat die Bundesregierung beschlossen, ein Amt für innerdeutsche Beziehungen zu errichten.<sup>7</sup> Das Amt soll in einer koordinierten Weise alle Beziehungen zu unseren Landsleuten im anderen Teil Deutschlands nach Kräften fördern. In Berlin wird eine Dienststelle Berlin eingerichtet.“<sup>8</sup>

Das Regime in der SBZ wird wahrscheinlich scharf ablehnend reagieren. Das Amt sollte davon unbeirrt Kontakte mit dem Regime auf allen Ebenen suchen und konkrete Vorschläge machen. Eine Zusammenarbeit könnte in Gang kommen, wenn die beiderseitigen Rechtsstandpunkte in der Frage der Alleinvertretung neutralisiert werden. Die „DDR“ müßte sich – ähnlich wie die sowjetische<sup>9</sup> und die rumänische Regierung<sup>10</sup> – mit der Feststellung ihrer Auffassung begnügen und darauf verzichten, von der Bundesregierung die Anerkennung der „DDR“ als Bedingung für die Aufnahme organisierter Kontakte zu verlangen.

2) Die Bundesregierung schlägt die Bildung eines „Deutschen Rates“ vor. Der Rat setzt sich zusammen aus Vertretern der BRD und der „DDR“, die entweder im Verhältnis zur Bevölkerungszahl (ein Vertreter für eine Million Einwohner) oder je zur Hälfte vom Bundestag und der Volkskammer entsandt werden. Sie müssen nicht notwendigerweise Abgeordnete sein.

Der Deutsche Rat tagt abwechselnd in West- und Ost-Berlin oder in Frankfurt und Leipzig. Er diskutiert Fragen der innerdeutschen Beziehungen und gibt Empfehlungen. Er kann Kommissionen zur Behandlung von Einzelfragen bilden. Die Vier Mächte können Beobachter zu den Beratungen entsenden.

3) Die Bundesregierung läßt die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der SBZ untersuchen, da ein Interesse der SBZ an Investitionshilfen und verstärktem Handel angesichts der Strukturschwierigkeiten der Zonenwirtschaft vorausgesetzt werden kann. Diese Arbeit müßte in erster Linie vom Wirtschaftsministerium geleistet werden. Die Untersuchung sollte breit angelegt werden und die Stellung der Wirtschaft der SBZ im internationalen Gefüge einbeziehen. Auf Grund der Untersuchung sollten dann konkrete Vorschläge entwickelt und gegebenenfalls über das Amt für innerdeutsche Beziehungen an die „DDR“-Behörden herangetragen werden. Derartige Vorschläge bilden einen wichtigen Bestandteil des ganzen Programms und beeinflussen die Erfolgsaussichten erheblich.

#### B. Internationale Elemente

1) Die Bundesregierung erklärt, daß sie im Interesse der europäischen Sicherheit und des Weltfriedens die Teilnahme der „DDR“ an internationalen Verträgen und Abkommen wünscht, die der Abrüstung und der Sicherheit dienen.<sup>11</sup> Die Bundesregierung hält es für richtig, daß die Streitkräfte und Waffen, über

<sup>7</sup> Dazu Fragezeichen des Bundesministers Brandt.

<sup>8</sup> Dazu Fragezeichen des Bundesministers Brandt.

<sup>9</sup> Zu den Schreiben des Bundeskanzlers Adenauer und des Ministerpräsidenten Bulganin vom 13. September 1955 vgl. Dok. 10, Anm. 5.

<sup>10</sup> Anlässlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien am 31. Januar 1967 bekräftigte Bundeskanzler Kiesinger den Rechtsstandpunkt der Bundesregierung am 1. Februar 1967 vor dem Bundestag. Vgl. dazu Dok. 39, Anm. 5.

<sup>11</sup> Dazu handschriftlicher Vermerk des Bundesministers Brandt: „andere Verträge?“

die das Regime verfügt, international gebunden und kontrolliert werden, zumal sie keiner demokratischen, rechtsstaatlichen Kontrolle, sondern nur sowjetrussischen Entscheidungen unterliegen. Die Zugehörigkeit zu einem multilateralen Vertragswerk bedeutet keine Anerkennung der SBZ durch die übrigen Vertragspartner. Dafür könnten die bisherigen Techniken wie verschiedene Depositar-Mächte und „Disclaimer“ beibehalten werden.

2) Auf einer der nächsten Vollversammlungen der Vereinten Nationen ruft die Bundesregierung ein Votum hervor, mit dem sich die Völkergemeinschaft zu dem Recht des deutschen Volkes auf Einheit bekennt. Die Bundesregierung erklärt dazu, die „DDR“ sei kein souveräner Staat außerhalb der deutschen Nation, ihr fehle Staatsvolk und Staatswille. Aus diesem Grunde habe die Bundesregierung und mit ihr die überwältigende Mehrheit der Staatengemeinschaften die „DDR“ nicht als Staat anerkannt. Die Bundesregierung wünsche im Dienste des Friedens und der Wiedervereinigung aus ihrer Verantwortung für alle Deutschen den anderen Teil Deutschlands in die Politik der Entspannung einzubeziehen. Die Bundesregierung sei daher bereit, der „DDR“ als einem Teil Deutschlands, als einem notleidenden deutschen Land zur Mitgliedschaft und Mitarbeit in allen technischen internationalen Organisationen und Verträgen zu verhelfen sowie ihren Handel zu fördern.<sup>12</sup> Sie geht dabei davon aus, daß die „DDR“ sich weiterhin als einen Teil der deutschen Nation ansehe und am Ziel der Wiedervereinigung festhalte.

Die Aktion würde eine langfristige sorgfältige Vorbereitung bei allen UNO-Mitgliedstaaten erfordern. Über einen solchen weitreichenden Schritt sollte außerdem vorher eine Fühlungnahme mit dem SBZ-Regime stattfinden, um Zugeständnisse im innerdeutschen Bereich zu erlangen. Von dieser Fühlungnahme wären die Vier Mächte zu unterrichten.

Sollte unser Angebot beim SBZ-Regime auf völlige Ablehnung stoßen, so könnte, falls die übrige Staatenwelt bereit wäre, unserer Interpretation der Aktion zu folgen und keine Anerkennung des Regimes auszusprechen, das Vorhaben dennoch mit Aussicht auf langfristigen Erfolg durchgeführt werden.

Es wurden in der Diskussion gewichtige Gründe dafür angeführt, daß ein derartiger Schritt nahezu zwangsläufig zu einer Anerkennung der SBZ durch die Mehrheit der Mitglieder der Staatengemeinschaft sowie zur Gleichstellung der Bundesrepublik mit der SBZ in den Vereinten Nationen führen werde. Die Präsenz der Zonenvertretung in New York werde auch eine starke Operationsbasis für die Arbeit in den USA liefern.

Eine andere Meinung war, daß bei richtiger Präsentation und entsprechender Vorbereitung ein „Dammbruch“ angesichts unserer besseren Stellung in der Staatenwelt verhindert werden kann.

3) Zu einem späteren Zeitpunkt, etwa im Anschluß an eine erfolgreich verlaufende UNO-Aktion, könnte die Bundesregierung dann eine „Vorkonferenz“ der Vier Mächte mit gesamtdeutscher Beteiligung anregen und begünstigen, die, beginnend mit Gegenständen von geringerem Gewicht, schließlich den Friedensvertrag und ein europäisches Sicherheitssystem vorbereitet.

<sup>12</sup> Dazu Fragezeichen des Bundesministers Brandt.

III. Die Durchführung der verschiedenen Projekte setzt voraus, daß man erstens dem Regime in der SBZ eine gewisse, beschränkte Geschäftsfähigkeit zubilligt und zweitens Alleinvertretung und Alleinpräsenz begrifflich und praktisch trennt. Beides ist völkerrechtlich ohne Anerkennung der „DDR“ möglich.

1) Die SBZ ist ein Gebiet ohne eigenes Staatsvolk und ohne eigenen Staatswillen, das durch eine fremde Macht und ein von dieser eingesetztes Regime vom übrigen Deutschland getrennt gehalten wird. Von der Mitverantwortung für dieses Gebiet sollte die Sowjetunion bis zur Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht befreit werden.

Da dem Regime die Legitimation durch den Träger der deutschen Souveränität, nämlich das deutsche Volk, fehlt, muß ihm die Anerkennung durch uns und Dritte verweigert werden. Die „DDR“ ist mit Sicherheit kein souveräner Staat außerhalb des gesamtdeutschen Staatsverbandes.

Die Bundesregierung ist allein berechtigt und verpflichtet, für das ganze deutsche Volk zu sprechen. Sie ist aber nur voll handlungsfähig innerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes. Sie beansprucht keine Ausübung ihrer Souveränität für das deutsche Gebiet außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes.

Es entspricht dieser Auffassung, den Behörden in der SBZ eine beschränkte Geschäftsfähigkeit zuzubilligen, die auf der ihnen von der Besatzungsmacht übertragenen Gewalt beruht und von uns insoweit respektiert wird.

Wenn den Deutschen im anderen Teil Deutschlands die Möglichkeit eröffnet würde, sich frei zu entscheiden, so würde auch der Alleinvertretungsanspruch hinfällig, und für den Fall, daß es der freie Wille der Bevölkerung der SBZ sein sollte, einen neuen Staat zu bilden, wäre auch eine Anerkennung möglich.

2) Der Anspruch, für das ganze deutsche Volk zu sprechen und treuhänderisch tätig zu sein, kann auch dort vertreten werden, wo er bestritten wird. In kommunistisch geführten Staaten erheben wir unseren Alleinvertretungsanspruch, obwohl diese an ihrer Auffassung, die „DDR“ sei ein Staat, festhalten. Die betreffenden Staaten sehen darin keinen Grund, eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen abzulehnen. Die Bundesregierung macht ihre politische Präsenz im kommunistischen Bereich nicht davon abhängig, daß die SBZ abwesend ist.

Die „Hallstein-Doktrin“ ist eine von uns selbst gewählte Methode, die Staatenwelt zu zwingen, die SBZ nicht als Staat anzuerkennen. Sie enthielt in ihrer ursprünglichen Fassung keine feste Formel, die automatisch zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen führte, sondern ließ die Wahl der Mittel offen, mit denen der „unfreundliche Akt“ geahndet werden sollte. Es besteht keine Notwendigkeit, in der nichtkommunistischen Staatenwelt die „Hallstein-Doktrin“ aufzugeben. Allerdings sollten die diplomatischen Beziehungen im Prinzip nicht von unserer Seite abgebrochen, sondern alle anderen Mittel eingesetzt werden, um die Regierung, die mit einer Anerkennung der „DDR“ gegen unsere vitalen Interessen verstößt, das Selbstbestimmungsrecht mißachtet und die Politik der Entspannung gefährdet, im Maße unserer Möglichkeiten bei der Verfolgung ihrer wirtschaftlichen und politischen Ziele zu behindern,

3) Bei internationalen Verträgen und Organisationen könnte analog die Anwesenheit der „DDR“ geduldet werden, wenn dies im deutschen oder übergeord-

neten Interesse liegt, obwohl die Bundesregierung und die anderen Vertragsstaaten die „DDR“ nicht anerkennen. Unsere Position ist besser, wenn die Bundesregierung diesen Entschluß aus freien Stücken faßt und die einleuchtende Begründung gibt, daß sie im Dienste der Einheit des deutschen Volkes und der Entspannung handelt.

IV. Wie bereits unter I. angeführt, bedarf die Deutschland-Politik im engeren Sinne der Ergänzung durch Aktionen auf anderen Gebieten unserer politischen Tätigkeit. Hier sollen erwähnt werden Abrüstung und Sicherheit, wo Vorschläge für eine ausgewogene Verminderung der Streitkräfte zu beiden Seiten der Demarkationslinie und für den Abschluß von Nichtangriffs- und Schiedsverträgen mit den Staaten des Ostblocks günstige Wirkungen auf die Deutschland-Politik haben könnten. Auch die Politik gegenüber der „Dritten Welt“ beeinflusst unmittelbar die weitere Behandlung der deutschen Frage und insbesondere die Auseinandersetzung mit dem SBZ-Regime. Schließlich ist die Fortführung unserer Ostpolitik eine der wesentlichen Voraussetzungen für das Gelingen der Deutschland-Politik.

Es versteht sich, daß die einzelnen Teilvorhaben, wenn sie zur Durchführung kommen sollen, gesondert und bis in die Einzelheiten von den operativen Abteilungen vorbereitet werden müssen. Ferner ist von der Sache her die Mitwirkung anderer Ressorts unerlässlich. Dies gilt insbesondere für das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Dieses sollte gebeten werden, einen Katalog unserer Wünsche und Forderungen an die Behörden der „DDR“ aufzustellen, der in Beziehung gesetzt werden könnte zu Leistungen unsererseits.

Nach Abschluß der internen Überlegungen im Auswärtigen Amt sollten zunächst Besprechungen mit Herrn Bundesminister Wehner stattfinden, denen dann Beratungen im engeren und weiteren Kreise unter Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers folgen würden.<sup>13</sup>

Diehl

VS-Bd. 11576 (Planungsstab)

<sup>13</sup> Am 29. Mai 1967 vermerkte Bundesminister Brandt dazu in einer beigelegten handschriftlichen Notiz für Staatssekretär Schütz: „Dieses Thema sollten wir in unsere Vorbereitungen für das Kolloquium mit dem Bu[ndes]ka[nzler] Ende Juni einbeziehen. B[undes]M[inister] Wehner sagte mir vor einigen Tagen, er habe keine wesentlichen Einwände – bis auf die Figur ‚Amt für innerdeutsche Beziehungen‘, die herausbleiben sollte. (Hierzu stellt sich die Frage ohnehin neu, wenn in der Antwort auf den Stoph-Brief ‚Beauftragte‘ vorgeschlagen werden.)“ Vgl. VS-Bd. 11576 (Planungsstab); B 150, Aktenkopien 1967.



## 106

**Botschafter Knapstein, Washington, an das Auswärtige Amt****Z B 6-1-11636/67 geheim****Aufgabe: 17. März 1967, 19.15 Uhr<sup>1</sup>****Fernschreiben Nr. 627****Ankunft: 18. März 1967, 03.33 Uhr**

Betr.: Nichtverbreitungsvertrag;

hier: deutsch-amerikanische Verhandlungen; Sicherheitskontrollen  
nach Artikel IIIBezug: Im Nachgang zu Drahtbericht Nr. 622 vom 17.3.67 geheim (Verhand-  
lungsbericht Nr. 10)<sup>2</sup>

Verhandlungsbericht Nr. 14

An der heutigen Verhandlung, über die mit Bezugsbericht teilweise schon berichtet wurde, nahmen von amerikanischer Seite Fisher, Leddy, Scoville, Hinton und Kranich teil; von unserer Seite außer mir Staden, Bärensprung und Fleischhauer.

Im Anschluß an die Übergabe der mit Bezugsbericht bereits nach dort übermittelten „talking points“ schnitt Fisher die Frage von Sicherheitskontrollen der friedlichen Nuklearindustrie von Nuklearmächten an. Sie sei auch von Bundesminister Stoltenberg gegenüber Mr. Foster aufgeworfen worden.<sup>3</sup> Es bestehe keine Aussicht, daß die Sowjetunion sich einer solchen Kontrolle unterwerfen werde. Wenn die Bundesregierung der amerikanischen Regierung jedoch erklären würde, daß ihr die Annahme der vorgeschlagenen Sicherheitskontrollen leichter wäre, wenn die amerikanische nichtmilitärische Nuklearindustrie dieser Kontrolle ebenfalls weitgehend unterworfen würde, dann wäre man bereit, sich ein solches Anerbieten zu überlegen.

In meiner vorläufigen Erwiderung auf die amerikanischen Ausführungen dankte ich zunächst dafür, daß man unsere Vorschläge so eingehend und in einem so konstruktiven Geist geprüft habe. Wir begrüßten, daß der Zweck der Sicherheitskontrollen auf die Verhinderung nuklearer Waffenproduktion festgelegt werden solle<sup>4</sup>, über die technischen Aspekte wolle ich jetzt nicht sprechen, zumal uns auch Prof. Dr. Wirtz vom Forschungszentrum in Karlsruhe als Sachkenner beigegeben worden sei. Ich beabsichtigte, ihn bei der Erörte-

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>2</sup> Der stellvertretende Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Fisher, übergab Botschafter Knapstein, Washington, Gesprächsunterlagen zu den deutschen Vorschlägen hinsichtlich der Formulierung des Artikels III eines Nichtverbreitungsabkommens. Vgl. VS-Bd. 10082 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967. Für Auszüge vgl. Anm. 4 und 8.

<sup>3</sup> Zum Gespräch vom 9. März 1967 vgl. Dok. 92, besonders Anm. 20.

<sup>4</sup> In den Gesprächsunterlagen führte die amerikanische Regierung aus: „We agree with the FRG that the purpose of safeguards is to assure that nuclear material is not diverted to the manufacture of nuclear weapons. The purpose of a safeguards article, in the US view, is certainly not to provide a license for intervention in the peaceful industrial and scientific affairs of any party. We are, therefore, prepared to suggest an appropriate clause in a safeguards article which would clearly state that the purpose of the article is to provide assurance that nuclear materials used or produced in peaceful nuclear facilities are not diverted to the manufacture of nuclear weapons or other nuclear explosive devices.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 622 des Botschafters Knapstein, Washington, vom 17. März 1967; VS-Bd. 10082 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

rung der einschlägigen Fragen hinzuzuziehen.<sup>5</sup> (Fisher nahm diese Mitteilung sehr positiv auf). Auf den ersten Blick stelle sich allerdings noch eine Anzahl von Fragen:

Man müsse sich fragen, ob die ins Auge gefaßte Kontrollregelung uns die uneingeschränkte weitere Zusammenarbeit mit Frankreich erlauben werde. Diese Frage stelle sich besonders im Hinblick auf Einrichtungen von EURATOM oder etwaige bilaterale deutsch-französische Unternehmungen außerhalb Frankreichs. In diesem Zusammenhang sei auch daran zu erinnern, daß wir Mitglied von EURATOM seien, und daß die erforderlich werdenden Beschlüsse der Gemeinschaft einstimmig gefaßt werden müßten. Wir seien in dieser Frage also nicht frei.<sup>6</sup> Ferner müsse ich daran erinnern, daß wir angeregt hätten, die Nuklearmächte selber möchten auf die Entsendung von Inspektoren ihrer Nationalität durch die IAEA verzichten.<sup>7</sup> Wir hätten unseren Gedanken diese Form gegeben, weil es voraussichtlich leichter wäre, die Sowjets zu einem freiwilligen Verzicht zu veranlassen, als sie immer wieder der Ablehnung sowjetischer Inspektoren bei der Kontrolle auszusetzen. Schließlich bat ich um Erläuterung, was unter „Verifikation“ zu verstehen sei.<sup>8</sup> Die Frage sei, ob es sich dabei um eine Zustimmung der Wiener Behörde zu den Kontrollregeln und Kontrollverfahren von EURATOM handeln solle oder um eine tatsächliche (zweite) Nachprüfung der EURATOM-Kontrolle am Ort der Kontrolle.

Unterstützt durch Scoville und Leddy beantwortete Fisher meine Fragen in folgendem Sinne:

Er bestätigte, daß der amerikanische Vorschlag nur die Nichtnuklearstaaten berühre und daher spaltbares Material in Frankreich weiterhin allein der

<sup>5</sup> Am 18. März 1967 übermittelte Botschafter Knapstein, Washington, eine Stellungnahme des Direktors des Instituts für Neutronenphysik und Reaktortechnik am Kernforschungszentrum Karlsruhe. Wirtz kam zu dem Schluß, daß die amerikanische Reaktion den Anschein erwecke, auf die Vorschläge der Bundesregierung zur Sicherheitskontrolle einzugehen: „Der Gewinn dürfte jedoch für die Praxis nicht bedeutend sein“. Auch wenn Formulierungen geändert worden seien, so bleibe der Inhalt des ursprünglich vorgeschlagenen Artikels III fast unverändert. „Eine echte Änderung des Kontrollartikels gegenüber den bisherigen Formulierungen werde wohl nur dann erreicht werden können, wenn das Prinzip der automatischen Kontrolle durch ‚black boxes‘ oder ähnliche Instrumente an wohldefinierten strategischen Punkten explizit und als Prinzip in die Formulierungen des Vertrages bzw. der Interpretationen aufgenommen würde.“ Hinsichtlich der Herkunft der Inspektoren äußerte Wirtz die Ansicht, vom technisch-wissenschaftlichen Standpunkt her sei eine „sowjetische Inspektion nicht gefährlicher als die anderer Mächte“. „Wichtiger wäre, in Expertengesprächen die Prinzipien und die Technik der Inspektionen grundsätzlich festzulegen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 640; VS-Bd. 10082 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Zu den rechtlichen Bindungen durch den EURATOM-Vertrag vgl. Dok. 85.

<sup>7</sup> Diesen Vorschlag trug Botschafter Knapstein, Washington, am 9. März 1967 im amerikanischen Außenministerium vor. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 560; VS-Bd. 4090 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Die Gesprächsunterlagen der amerikanischen Regierung enthielten folgende Ausführungen: „Finally, we are prepared to consider language which would provide for the possibility of IAEA acceptance and verification of EURATOM safeguards. Under this approach, the international safeguards required by the article would be either those of the IAEA or such other international safeguards generally consistent therewith which are accepted by the IAEA under verification procedures mutually agreed by the authorities of the IAEA and the authorities of the other international safeguards system concerned. [...] In any case where the agreement on the means of IAEA verification or another international safeguards system had not been reached within three years from the date of entry into force of the treaty, the safeguards of the IAEA would be applied.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 622 des Botschafters Knapstein, Washington, vom 17. März 1967; VS-Bd. 10082 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

EURATOM-Kontrolle unterworfen bliebe. Eine Kontrolle gemeinschaftseigener oder deutsch-französischer Einrichtungen außerhalb Frankreichs nach den ins Auge gefaßten Regeln sollte amerikanischer Auffassung nach kein zureichender Grund für Frankreich sein, sich entsprechenden Vereinbarungen zwischen EURATOM und der IAE0 zu widersetzen.

Zu unserem Hinweis darauf, daß wir an Entscheidungen von EURATOM gebunden seien, wurde geantwortet, das brauche nicht auszuschließen, daß wir innerhalb der Gemeinschaft einen bestimmten Vorschlag unterstützten. Es sei im übrigen auch noch einmal daran zu erinnern, daß der Entwurf eines Artikel III, wenn es zur Vorlage in Genf komme, ja lediglich zur Beratung gestellt werde, ohne daß wir uns darauf zu verpflichten brauchten.

Meine Bemerkungen über den Verzicht der Nuklearmächte, insbesondere der Sowjetunion, auf Entsendung von Inspektoren, wurden mit längeren Ausführungen über die Kontrollregeln der IAE0<sup>9</sup> beantwortet. Es wurde darauf hingewiesen, daß einzelne Inspektoren zurückgewiesen werden könnten, und daß die Sowjets keinesfalls in der Lage wären, die Wiener Organisation zu beherrschen. Das Zurückweisungsrecht sei deswegen eingeschränkt, weil man vermeiden wolle, daß einzelne Vertragsparteien sich grundsätzlich nur ihre Freunde als Inspektoren aussuchten. Man könne sich aber nicht vorstellen, daß der Rat der Gouverneure der IAE0 in delikaten Fällen die Entsendung sowjetischer Inspektoren vorschlagen werde. Auch für die Vereinigten Staaten habe sich diese Frage bisher nie gestellt. Lediglich ein jugoslawischer Inspektor sei einmal in den USA gewesen. Man habe es in dieser Frage mit der IAE0 unmittelbar zu tun und nicht etwa mit der Sowjetunion.

Man sei amerikanischerseits durchaus bereit, den Gedanken zu unterstützen, daß Staaten, die sich selbst nicht kontrollieren ließen, auch keine Inspektoren zur Kontrolle anderer Staaten entsendeten. Ein solcher Vorschlag könne sogar schriftlich unterbreitet werden. Es erscheine jedoch nicht günstig, dies im gegenwärtigen Zeitpunkt zu tun. In der multilateralen Verhandlung würden vermutlich mehrere Nichtnuklearstaaten entsprechende Forderungen erheben, und man habe eine stärkere Position, wenn man sich das zunutze mache.

Zu der Frage, was „Verifikation“ bedeute, wurde ausgeführt, man könne das heute noch nicht sagen. Es werde jedoch voraussichtlich mehr erforderlich sein als lediglich eine Verifikation auf dem Papier. Ein gewisses, vielleicht stichprobenartiges Nachprüfen der tatsächlichen Durchführung von EURATOM-Kontrollen werde wohl erforderlich sein.<sup>10</sup> Unser Einwurf, daß EURATOM in Verhandlungen mit der IAE0 eine sehr schwache Position hätte, wenn von vorneherein feststehe, daß bei mangelnder Einigung die IAE0-Kontrolle nach

<sup>9</sup> Vgl. dazu die Bestimmungen in Artikel XII der Statuten der Internationalen Atomenergiebehörde; UNTS, Bd. 276, S. 26–30.

<sup>10</sup> Am 28. März 1967 bezeichnete der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Leddy, gegenüber Staatssekretär Schütz den Gedanken einer Verifizierung der EURATOM-Kontrollen durch die IAE0 als „hilfreich“. Eine „Verifizierung“ sei etwas anderes als Inspektion. Sie solle das EURATOM-System intakt lassen.“ Leddy verwies darauf, wie die „im Verhältnis Vereinigte Staaten – EURATOM“ üblichen Verifizierungen gehandhabt würden: „Techniker trafen sich periodisch, um darzutun bzw. sich davon zu überzeugen, daß die EURATOM-Kontrollen adäquat seien.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lahusen vom 29. März 1967; VS-Bd. 4091 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

drei Jahren auf jeden Fall eingeführt würde, wurde mit dem wiederholten Hinweis darauf beantwortet, daß die Wiener Organisation keineswegs durch die Sowjetunion beherrscht würde. Sie habe ihre eigene Vertragsschließungsbefugnis und entscheide mit Mehrheit im Rat der Gouverneure und mit 2/3 Mehrheit in der Versammlung, wenn der Rat der Gouverneure eine Angelegenheit als „wichtige Frage“ erkläre.<sup>11</sup> Amerikanischerseits sei man jedenfalls entschlossen, jede Unterstützung zu geben, damit eine vernünftige und akzeptable Vereinbarung zustandekomme.

Zu unserer wiederholten Frage, wie etwa gemischte deutsch-französische Einrichtungen auf deutschem Boden kontrolliert würden, wurde bestätigt, daß dies nach den im Vertragsentwurf vorgesehenen Regelungen für die Kontrolle nichtnuklearer Staaten werde erfolgen müssen.

Ich sagte abschließend zu, daß ich mich um eine schnelle Reaktion unsererseits auf die amerikanischen Ausführungen bemühen werde.<sup>12</sup> Sie erschienen mir im ganzen gesehen hilfreich.

[gez.] Knapstein

VS-Bd. 10082 (Ministerbüro)

## 107

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete

II B 1-81.14-525/67 geheim

21. März 1967<sup>1</sup>

Betr.: Amerikanisch-sowjetische Verhandlungen über eine Begrenzung des Wettrüstens auf dem Gebiet offensiver und defensiver Nuklearraketen

Die folgende Aufzeichnung stützt sich zum wesentlichen Teil auf Informationen, die die Amerikaner während der NATO-Ratstagung vom 7. März und auf der anschließenden Tagung der NATO-Abrüstungsexperten (7.–10. März) in Paris gaben.<sup>2</sup> Sie verzichtet auf technische Details und kann die Problematik einer ABM-Aufstellung nur teilweise ansprechen.

<sup>11</sup> Zu den Aufgaben der Generalversammlung und des Rats der Gouverneure vgl. die Artikel V und VI der Statuten der Internationalen Atomenergiebehörde; UNTS, Bd. 276, S. 10–16.

<sup>12</sup> Am 22. März 1967 teilte Ministerialdirektor Ruete der Botschaft in Washington mit, im Auswärtigen Amt sei der „Gesamteindruck“ entstanden, daß „die Amerikaner bemüht sind, auf unsere Probleme der ungehinderten Forschung und Entwicklung im friedlichen nuklearen Bereich einzugehen; die Gefahr ist jedoch nicht auszuschließen, daß ohne klare Trennung und Abwägung der einzelnen Fragen die Diskussion von unserem Interessenstandpunkt aus ungleichgewichtig wird“. Ruete übermittelte eine Reihe von „Einzelfragen der Sicherheitskontrollen“, die noch im amerikanischen Außenministerium erörtert werden müßten. Vgl. den Drahterlaß Nr. 287; VS-Bd. 4091 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Hauber konzipiert.

<sup>2</sup> Der amerikanische Botschafter Cleveland verlas auf der Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats am 7. März 1967 eine „längere Erklärung“ zum Stand der amerikanisch-sowjetischen Gespräche in der ABM-Frage. Er teilte mit, daß die USA zur Zeit eine Verhandlungsposition vorbereite und

I. Die amerikanische Regierung steht vor der Entscheidung, ob sie ein System von antiballistischen Raketen (ABM), an dessen Entwicklung sie seit vielen Jahren arbeitet (NIKE X-System), aufstellen soll. Sie wird zu dieser Entscheidung in erster Linie durch sowjetische Maßnahmen (Aufbau eines ABM-Systems rund um Moskau) und innenpolitische Auseinandersetzungen gedrängt. Die amerikanische Regierung möchte jedoch den sich abzeichnenden Rüstungswettlauf wenn irgend möglich vermeiden und begründet dies u. a. wie folgt:

- 1) Hohe Kosten (4 bis 40 Mrd. Dollar, je nach Umfang des ABM-Systems).
- 2) Keine größere Stabilität, bestenfalls Aufrechterhaltung des bipolaren Patts mit der Sowjetunion auf höherer Ebene.
- Sowjetunion würde Aufstellung von amerikanischen ABMs mit Verstärkung ihrer Offensivwaffen beantworten. Folge: amerikanische Verlustziffern würden nicht kriegsentscheidend reduziert.
- Auch wenn Sowjetunion in Zukunft zuerst ein ABM-System aufstellte, würde amerikanische Abschreckung ausreichen, die Sowjetunion von einem Präventivschlag abzuhalten. Verbesserte amerikanische Offensivwaffen würden auch einer durch ABM geschützten Sowjetunion unannehmbare Verluste zufügen.

Behauptungen, die Sowjets hätten in ihrer ABM-Entwicklung einen technischen Durchbruch erzielt, werden energisch dementiert. Pressemeldungen über die Wirkungen von Röntgenstrahlen bei nuklearen Detonationen seien unzutreffend. Sowjetunion habe noch kein einsatzbereites ABM-System, der Aufbau beschränke sich auf den Raum Moskau. Amerikanisches NIKE X-System mit den neuen Raketen Spartan und Sprint sei technisch überlegen.

### 3) Keine Eile gegenüber China

Amerikanisches ABM-System würde zwar gegen (kleine und verhältnismäßig primitive) Interkontinental-Streitmacht der Chinesen, mit deren Aufstellung in den 70er Jahren zu rechnen ist, gute Abwehrwirkungen erzielen; Amerikaner betonen aber, daß ihre Vorbereitungen es erlauben, schneller ein ABM-System aufzustellen als Chinesen später mit Aufbau ihrer ICBMs vorankommen können. Daher bestünde Zeit abzuwarten.

### 4) Steigerung der Ost-West-Spannung

- Wettrüsten würde westlicher Entspannungspolitik zuwiderlaufen. Es könnte zu einer gefährlichen Belastung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen führen.
- Politik der Rüstungskontrolle würde allgemein erschwert werden (vollständiger Teststopp etc.).

Der folgende Gesichtspunkt wurde von den Amerikanern in Paris nicht vorgebracht, dürfte aber eine wesentliche Rolle spielen:

Das Fortschreiten der vertikalen Proliferation (Entwicklung und Aufstellung von Angriffs- und Verteidigungswaffen stehe in einem unlösbaren Zusammen-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 492*

daß auch die offensiven Nuklearwaffen Gegenstand dieser Gespräche sein sollten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 409 des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 8. März 1967; VS-Bd. 1662 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

hang) könnte Rückwirkungen auf die horizontale Proliferation haben und den Abschluß eines NV-Vertrages erschweren. Ein bereits abgeschlossener Vertrag würde Belastungen ausgesetzt. Auf der anderen Seite könnte schon die Ankündigung amerikanisch-sowjetischer Verhandlungen über eine Begrenzung der vertikalen Proliferation eine günstige Wirkung auf die Haltung mancher Staaten zum NV-Vertrag haben.

II. Die USA haben Anfang 1964 in Genf einen Vorschlag zum „Einfrieren“ (freeze) der strategischen Kernwaffenträger gemacht.<sup>3</sup> Das damals von Präsident Johnson vorgeschlagene Stillhalteabkommen sah ein Festlegen der Anzahl und Typen der strategischen Kernwaffenträger vor, und zwar Boden-Bodenraketen mit einer Reichweite von mehr als 1000 km, seegebundene Raketen mit einer Reichweite von mehr als 100 km, ferner strategische Bomber über 25000 kg Leergewicht und strategische Raketen-Abwehrsysteme (ABM). Für die Kontrolle dieses Abkommens hatten die Amerikaner ein Verifizierungssystem vorgeschlagen, das Ortsinspektionen von Produktions-, Montage- und Testeinrichtungen vorsah.

Die Sowjetunion hatte diesen amerikanischen Vorschlag wiederholt und entschieden abgelehnt.<sup>4</sup> Gründe: Sowjetische Unterlegenheit auf dem Gebiet der strategischen Kernwaffenträger und Ablehnung einer Inspektion sowjetischen Territoriums („Spionage ohne Abrüstung“).

Die Amerikaner haben den Sowjets außerdem schon seit längerem nahegelegt, sich über die Begrenzung der Aufstellung von ABM-Systemen zu verständigen. Die Sowjetunion hat sich nach anfänglichem Zögern am 18. Januar 1967 zu Verhandlungen bereit erklärt, unter der Voraussetzung, daß auch offensive strategische Waffen einbezogen werden. Die Amerikaner haben dem am 27. 1. 67 zugestimmt<sup>5</sup> und bereiten zur Zeit ihre Verhandlungsposition vor. Die Verhandlungen sollen zunächst bilateral in Moskau geführt und dort in Kürze eingeleitet werden. Die Verbündeten sollen im NATO-Rat konsultiert werden. Der NATO-Rat soll noch vor Aufnahme substantieller Gespräche gehört werden. Auf die Notwendigkeit voller Konsultationen haben am 7. März Generalsekretär Brosio und verschiedene Delegationen, darunter die deutsche, hingewiesen.

III. Die Vereinigten Staaten wollen bei ihren künftigen Verhandlungen die Bedenken der Sowjetunion gegen den „Einfriervorschlag“ von 1964 bis zu einem gewissen Grade berücksichtigen, um zu einer Einigung zu kommen. Der alte Vorschlag soll nicht wieder aufgegriffen werden.

Nach den in Paris gegebenen Hinweisen erwägen die USA vielmehr, ganz auf Ortsinspektionen zu verzichten und sich stattdessen auf nationale Aufklärungsmöglichkeiten zu verlassen. Offenbar meinen sie damit in erster Linie Satelliten-Aufklärung. Das von ihnen nunmehr ins Auge gefaßte Stillhalteabkommen soll sich im wesentlichen auf die Zahl der Abschußrampen strategischer (offensiver und defensiver) Raketen beschränken, weil diese durch „uni-

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 83, Anm. 5.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 83, Anm. 6.

<sup>5</sup> Zum Schriftwechsel zwischen Präsident Johnson und dem Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, Kossygin, vgl. Dok. 83.

lateral inspection methods“ festgestellt werden können. Erfasst werden sollen die Abschußrampen für Interkontinental- und Mittelstreckenraketen (ICBM, IRBM, MRBM), nicht aber taktische Waffen, wie die Pershing. Nuklearwaffen auf deutschem Boden würden also nicht betroffen. Im Gegensatz zum Einfrier-vorschlag von 1964 wäre die Fabrikation zusätzlicher Raketen und die Verbesserung der Waffen erlaubt, weil sonst Ortsinspektionen notwendig würden. Strategische Bomber sollen nicht erfasst werden, jedoch die Zahl der U-Boote. Die Aufstellung von beweglichen Interkontinental-Raketen, die bisher nicht vorhanden sind, bliebe verboten.

Wie die Amerikaner sagen, ist die Aufrechterhaltung der bestehenden relativen Stabilität für sie maßgebender Gesichtspunkt. Das erlaube ihnen wegen ihrer derzeitigen Überlegenheit eine gewisse Großzügigkeit. Das Kräfteverhältnis werde wesentlich von der Zahl der Abschußrampen beeinflusst. Die Zahl der Reserve-Raketen sei nicht entscheidend, da gehärtete unterirdische Stellungen nur eine Rakete abfeuern könnten und „weiche“ Stellungen im Gegenschlag zerstört würden, ehe das Abfeuern einer zweiten Rakete möglich sei. Die Amerikaner glauben, daß die Sowjets aus ökonomischen Gründen ein echtes Interesse an den Verhandlungen haben.

Auf einen zu erwartenden sowjetischen Vorschlag einer Reduzierung der amerikanischen Offensivwaffen scheinen sich die Amerikaner nicht einlassen zu wollen.

Es besteht auch die Möglichkeit, daß die Sowjets die Verhandlungen lange hinziehen, um in der Zwischenzeit die Zahl ihrer Interkontinental-Raketen an die der Amerikaner anzunähern und den Aufbau ihres ABM-Systems voranzutreiben. Die Amerikaner scheinen diese Gefahr zu erkennen. Sie wollen die Entwicklung und Prüfung ihres NIKE X-Systems auf jeden Fall energisch fortsetzen; dafür sind 440 Mio. Dollar im Haushalt 1967/68 vorgesehen. Für den Fall des Fehlschlagens der Verhandlungen sind zusätzlich 375 Mio. Dollar in den Haushalt 1967/68 aufgenommen, um die Produktion von NIKE X aufnehmen zu können.

#### IV. Beurteilung

1) Wir sollten die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen grundsätzlich begrüßen. In unserer Stellungnahme zum NV-Vertrag haben wir betont, daß auch die vertikale Proliferation eingeschränkt werden müsse.<sup>6</sup> Dieser Standpunkt wird von der internationalen Staatengemeinschaft wohl ausnahmslos geteilt. Eine Einschränkung des amerikanisch-sowjetischen Wettrüstens würde in der ganzen Welt Zustimmung finden.

Würden hingegen beide Weltmächte auf dem Gebiet der defensiven und offensiven Nuklearwaffenträger einen erneuten Rüstungswettlauf beginnen, so müßte dies die Ost-West-Spannung verschärfen und unserer auf Auflockerung der Fronten und friedlichen Ausgleich in Europa abzielenden Politik schaden.

2) Unter verteidigungspolitischen Gesichtspunkten bedürfen die amerikanischen Pläne, die das Ost-West-Kräfteverhältnis und die europäische und deutsche Sicherheit entscheidend berühren können, eingehender Prüfung und Kon-

<sup>6</sup> Vgl. dazu etwa den Runderlaß des Staatssekretärs Schütz vom 23. Januar 1967; Dok. 25, Anm. 4.

sultation in der Allianz. Hierauf haben wir schon im NATO-Rat hingewiesen. Die Botschaft Washington ist gebeten worden, das State Department um laufende Unterrichtung über den Stand der Vorbereitungsarbeiten zu den geplanten Verhandlungen zu bitten.

Mit einer schnellen amerikanisch-sowjetischen Einigung ist nicht zu rechnen.

Das Bundesministerium der Verteidigung war in Paris vertreten und ist um eine vorläufige Stellungnahme gebeten worden.

Die Referate II A 7 und II B 3 haben im Entwurf mitgezeichnet.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>7</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>8</sup> vorgelegt.

Ruete

VS-Bd. 4098 (II B 1)

## 108

### Staatssekretärbesprechung

V 1-86.00/4-172/67 geheim

21. März 1967<sup>1</sup>

An der Besprechung<sup>2</sup>, die im Auswärtigen Amt unter Vorsitz von Staatssekretär Schütz stattfand, nahmen teil: Staatssekretär Nahm, Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte; Staatssekretär Krautwig, Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen; Ministerialdirektor Römer, Bundesministerium der Justiz; VLR I Boss, Bundeskanzleramt; sowie vom Auswärtigen Amt Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg, Ministerialdirektor Ruete, Ministerialdirektor Thierfelder.

Staatssekretär *Schütz* erklärte einleitend, daß eine Verständigung über die Regelung der kirchlichen Verwaltung in den polnisch besetzten Ostgebieten notwendig sei. Mit den kirchlichen Stellen in Bonn und in Rom sei in letzter Zeit der Kontakt eng gewesen. Er halte es unter den gegebenen Umständen für die beste Lösung, wenn die Bundesregierung sich mit der Einsetzung von vier Administratoren einverstanden erkläre. Hierdurch würde verhindert, daß andere, für uns schwerwiegendere Entscheidungen auf dem Gebiete der Kirchenverwaltung im deutschen Osten getroffen würden. Er glaube im übrigen, daß die Einsetzung von Administratoren in den Ostgebieten nicht notwendigerweise Rückwirkungen auf die Zone haben müsse.<sup>3</sup>

<sup>7</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 22. März 1967 vorgelegen.

<sup>8</sup> Hat Bundesminister Brandt am 24. März 1967 vorgelegen.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Blomeyer-Bartenstein am 22. März 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Staatssekretär Schütz lud mit Schreiben vom 27. Februar 1967 zu der Besprechung ein. Vgl. VS-Bd. 5807 (V 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Dazu führte Ministerialdirigent Truckenbrodt am 4. Januar 1967 aus, daß sich „in kirchlichen Kreisen der Zone [...] in letzter Zeit in zunehmendem Maße ein Stimmungswandel bemerkbar“



Staatssekretär *Nahm* bezeichnete es als den Vorteil der Administratorenlösung, daß sie das Reichskonkordat<sup>4</sup> unberührt lasse. Von Seiten der Flüchtlingsverbände sähe er keine Schwierigkeiten. Allerdings sei auf zwei Probleme hinzuweisen:

In Allenstein würde die Stellung des Kapitularvikars Hoppe (Münster) beeinträchtigt. Für ihn müsse ein Ausgleich geschaffen werden. Eventuell könne er die Ehrenwürde eines Kapitularvikars auf Lebzeiten erhalten. Der Gedanke, ihn zum apostolischen Visitator für die im Bundesgebiet lebenden Ermländer zu ernennen, sei wegen der scheinbaren Parallelität zum Falle Danzig<sup>5</sup> wenig glücklich. Für die in Deutschland lebenden Katholiken aus Danzig (das nicht unter das Konkordat fällt<sup>6</sup>) sei gleichfalls ein apostolischer Visitator<sup>7</sup> bestellt worden.

Was den Bezirk Görlitz der Erzdiözese Breslau angehe<sup>8</sup>, so sei es zwar möglich, daß auch Bischof Schaffran zum Administrator ernannt würde. Ein solcher Schritt sei jedoch nicht notwendig. Bischof Schaffran könne ohne weiteres auch künftig den Bezirk als Kapitelsvikar und Titularbischof verwalten.

Im ganzen bezeichnete der Staatssekretär die Einsetzung von Administratoren als eine Verbesserung gegenüber der augenblicklichen Lage.

Staatssekretär *Schütz* erörterte die möglichen Auswirkungen von Änderungen der kirchlichen Verwaltung in den Ostgebieten auf die SBZ und berichtete hierbei über einen Besuch von Erzbischof Bengsch und Generalvikar Adolph bei dem Regierenden Bürgermeister von Berlin. Der Bischof habe dort ausgeführt, daß er sich genötigt sähe, auf eine Trennung von der Fuldaer Bischofskonferenz hinzuwirken. Der Staatssekretär unterstrich die Stärke des Drucks auf die Kirche in der Zone.

Staatssekretär *Krautwig* sah in dem Problem Görlitz den Drehpunkt, über den eine Änderung des Status in den Ostgebieten sich unmittelbar auch auf die Zone auswirken müsse. Er äußerte auf Grund eines Gesprächs, das er mit Generalvikar Adolph geführt hatte, Zweifel daran, ob im Falle einer Änderung in

*Fortsetzung Fußnote von Seite 496*

gemacht habe: „Infolge der Maßnahmen der Zonenbehörden sei eine Verlagerung der geistlichen und administrativen Aufgaben auf die in der Zone örtlich zuständigen geistlichen Stellen notwendig geworden. Dadurch sei der Eindruck einer Isolierung der Kirche in der Zone entstanden. Zugleich breite sich ein Gefühl der Vernachlässigung durch die westdeutschen Bischöfe aus, das nicht immer ganz frei von Ressentiments sei.“ So wirkten mittlerweile „katholische Bischöfe aus der Zone in Rom auf die Entsendung apostolischer Administratoren für diejenigen Zonengebiete“ hin, die zu in der Bundesrepublik gelegenen Bistümern gehörten. Vgl. VS-Bd. 5807 (V 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Konkordats vom 20. Juli 1933 zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl vgl. REICHSGESETZBLATT 1933, Teil II, S. 679–690.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Dok. 69.

<sup>6</sup> In Abschnitt XI (Artikel 100–108) des Friedensvertrags vom 28. Juni 1919 zwischen dem Deutschen Reich und den alliierten und assoziierten Mächten (Vertrag von Versailles) wurde für Danzig ein Sonderstatus als „Freie Stadt“ unter dem Schutz des Völkerbundes festgelegt. Vgl. REICHSGESETZBLATT 1919, Teil II, S. 869–877.

<sup>7</sup> Anton Behrendt.

<sup>8</sup> Der Kirchenbezirk Breslau bestand aus dem östlich von Oder und Neiße liegenden Teil der ehemaligen Diözese Breslau ohne die in die DDR ragenden Gebiete.

den Ostgebieten ein Dammbuch in der Zone verhindert werden könne.<sup>9</sup> Eventuell würde wohl auch ein eigener Administrator für West-Berlin notwendig werden, da sonst West-Berlin in die ostzonale Bischofskonferenz einbezogen würde.

Auf den Einwurf von Staatssekretär *Nahm*, ob dies nicht von einem politischen Vorteil sein könne, bemerkte Staatssekretär *Schütz*, daß ihm dies zweifelhaft erscheine. Zwar wäre es begrüßenswert, wenn es möglich wäre, die kirchliche Verwaltung von der staatsrechtlichen Situation zu trennen. Man müsse aber in dieser Hinsicht realistisch denken.

Der Staatssekretär erklärte abschließend, daß eine umfassende Regelung, die auch eine Antwort für eventuelle weitere Entwicklungen enthalte, heute und hier nicht gefunden werden könne. Es gehe zunächst um eine pragmatische Lösung des Problems der Ostdiözesen. Heute gehe es deshalb nur um die Frage, ob der Einsetzung von Administratoren für die vier im polnisch besetzten Gebiet liegenden kirchlichen Verwaltungsbezirke Allenstein, Landsberg, Breslau und Oppeln zugestimmt werden könne.

Staatssekretär *Krautwig* erklärte sich unter der Bedingung einverstanden, daß in Görlitz aus den von ihm genannten Gründen kein Administrator eingesetzt werde. Auch sollte die Bundesregierung nicht etwa der Bestellung von Administratoren ausdrücklich zustimmen, sondern diese lediglich hinnehmen.

Die übrigen Anwesenden stimmten dem zu.

**VS-Bd. 5647 (V 1)**

<sup>9</sup> Am 26. Oktober 1966 führte der Generalvikar des Bistums Berlin, Adolph, gegenüber dem Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Krautwig, aus: „Die katholische Kirche sei nach sorgfältiger Prüfung dieser Frage zu dem Ergebnis gelangt, daß das Zonenregime geistlichen Würdenträgern mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland wahrscheinlich nicht mehr gestatten werde, in die Zone zu reisen, um dort ein kirchliches Weisungsrecht auszuüben. Die katholische Kirche denke nicht daran, sich durch diese Haltung des Regimes zu einer Neuordnung der Amtsbereiche ihrer Bistümer bewegen zu lassen. Sie werde sich jedoch unter Umständen dazu gezwungen sehen, Administratoren einzusetzen, die, auch ohne Weisungen aus dem Bundesgebiet zu erhalten, in dem erforderlichen Umfang tätig werden könnten.“ Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete vom 2. November 1966; VS-Bd. 4178 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

## 109

**Botschafter a. D. Duckwitz, z.Z. Washington,  
an Bundesminister Brandt**

**Z B 6-1-11686/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 666**

**Aufgabe: 21. März 1967, 22.10 Uhr**  
**Ankunft: 22. März 1967, 00.50 Uhr**

Nur für Minister, Staatssekretär<sup>1</sup>, Bundeskanzleramt, D II<sup>2</sup> und D III<sup>3</sup>; auch für BMVtdg S III 3, BMF, BMWi (nur für Minister<sup>4</sup> und Staatssekretär<sup>5</sup>)

Betr.: Dreiergespräche

Bezug: FS Nr. 656 vom 21. 3. 1967 geheim<sup>6</sup>

Die Dreiergespräche wurden am 20. März abends und am 21. März vormittags und nachmittags im kleinen Kreise fortgesetzt. Es zeichnet sich eine dreiteilige Vereinbarung ab: Vereinigte Staaten/Deutschland, Vereinigte Staaten/Großbritannien, Großbritannien/Deutschland.

Diese Vereinbarungen sind als Paket anzusehen und sollen nur gemeinsam in Kraft treten.

**I. Amerikanisch-deutsche Vereinbarung**

Die finanziellen Vereinbarungen wurden nicht im einzelnen erörtert. Es ist jedoch klar geworden, daß die Amerikaner sich für das laufende Jahr mit Vereinbarungen zwischen der Bundesbank und dem Federal Reserve System zufrieden geben werden. Die Übernahme einer Verpflichtung zum Kauf militärischer Ausrüstungen wird von uns nicht verlangt.<sup>7</sup>

<sup>1</sup> Klaus Schütz.

<sup>2</sup> Hans Ruete.

<sup>3</sup> Günther Harkort.

<sup>4</sup> Franz Josef Strauß bzw. Karl Schiller.

<sup>5</sup> Walter Grund bzw. Johann Baptist Schöllhorn.

<sup>6</sup> Botschafter a.D. Duckwitz, z.Z. Washington, resümierte den Verlauf der Dreier-Verhandlungen am 20. März 1967. Die britische Seite habe sich erfreut gezeigt über das Angebot der Bundesregierung, „200 Mio. DM für militärische Beschaffungen bereit zu stellen“. Bei Einrechnung aller deutschen Zahlungen sowie Beschaffungsvorhaben in Großbritannien werde „insgesamt eine Ausgleichsleistung von 500–550 Mio. DM“ erreicht. Unter Berücksichtigung amerikanischer Devisenausgleichszahlungen an Großbritannien verbliebe somit eine „ungedechte Lücke von 15–17 Mio. Pfund“. Die britische Regierung könne einen „solchen Devisenverlust nicht tragen und müsse daher „gewisse Verminderungen der britischen Streitkräfte in Deutschland vorschlagen“. Sie sei allerdings bereit, diesen Truppenrückzug auf eine Brigade zu begrenzen und auch erst nach dem 1. Januar 1968 vorzunehmen. Eine Bedingung für dieses Zugeständnis sei allerdings, daß die Verhandlungen zwischen britischer Regierung und Bundesbank über einen Ankauf britischer Regierungsanleihen zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden. Duckwitz kam zu dem Schluß, daß es der britischen Seite „vor allem um eine günstige Präsentation gegenüber der britischen Öffentlichkeit“ gehe. Vgl. VS-Bd. 1000 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Am 21. März 1967 berichtete Botschafter a. D. Duckwitz, z.Z. Washington, daß durch die „von der Bundesbank in Aussicht genommene Neutralisierung von 500 Millionen US-Dollar“ nicht die gesamten amerikanischen Devisenverluste ausgeglichen werden könnten. Zwar gehe die amerikanische Regierung davon aus, daß die „normalen deutschen Beschaffungen“ in den USA fortgesetzt werden, doch werde die amerikanische Regierung keine „zusätzlichen Ausgleichsleistungen“ seitens der Bundesregierung, etwa in Form von „vertraglichen Verpflichtungen zu militärischen Beschaffungen“ fordern. Vgl. den Drahtbericht Nr. 655; VS-Bd. 1000 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967. Zum Schriftwechsel zwischen Bundesbank und Federal Reserve System vgl. Dok. 117, Anm. 6.

Dagegen wurde der amerikanische Plan der Einführung eines Rotationssystems für eine Division und einige Luftwaffeneinheiten<sup>8</sup> behandelt. Es ist offensichtlich, daß die Amerikaner diesen Rotationsplan vorgeschlagen haben, um der innenpolitischen Opposition, die nach wie vor einen erheblichen Abzug amerikanischer Truppen fordert, den Wind aus den Segeln zu nehmen und dabei gleichzeitig ein Höchstmaß an Sicherheit aufrecht zu erhalten. Außerdem hält es die Administration für schwierig, die den Engländern gewährte Devisenhilfe vor der Öffentlichkeit vertreten zu können, wenn nicht auch sie eine devisensparende Maßnahme vorweisen kann. Ausgearbeitete Pläne liegen noch nicht vor, sollen aber mit äußerster Beschleunigung erstellt werden, um noch im Laufe der nächsten zehn Tage die ersten Besprechungen mit deutschen militärischen Experten aufnehmen zu können. Nach Rücksprache mit dem hier anwesenden Vertreter des Bundesverteidigungsministeriums habe ich erklärt, daß die deutschen Experten zur Verfügung stehen, sobald die Amerikaner sprechbereit sind. In einem späteren Stadium sind selbstverständlich auch die zuständigen Institutionen der NATO zu befassen.

Die Engländer sind sehr unglücklich darüber, daß diese Prüfungen den endgültigen Abschluß der Gesamtvereinbarung unvermeidlich verzögern werden.

## II. Britisch-amerikanische Vereinbarung

Über diesen Gegenstand ist in den Dreiergesprächen nicht verhandelt worden. Der Grund dafür ist darin zu suchen, daß die Engländer mit den Amerikanern noch nicht zu einer endgültigen Vereinbarung gekommen sind.<sup>9</sup>

<sup>8</sup> Mit Schreiben vom 11. März 1967 schlug Präsident Johnson Bundeskanzler Kiesinger einen begrenzten Rotationsplan vor. Vgl. FRUS, 1964–1968, XIII, S. 546–549.

Am 13. März 1967 teilte der Sonderbeauftragte des amerikanischen Präsidenten, McCloy, Botschafter a. D. Duckwitz mit, daß der Rotationsplan, den er Kiesinger am 4. März 1967 in „großen Zügen“ als einen „unverbindlichen Vorschlag“ vorgestellt habe, mittlerweile eine „verbindliche Zusage seitens der amerikanischen Regierung darstelle“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 538 von Duckwitz, z. Z. London; VS-Bd. 8525 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

Am 16. März 1967 erläuterte der amerikanische Botschaftsrat Sutterlin dieses Konzept gegenüber Vortragendem Legationsrat Behrends. Sutterlin führte aus, daß „die 24. amerikanische Division, die zur Zeit im Raum München stationiert sei, in den Raum nördlich von Frankfurt/M.“ verlegt werden solle. Für diese Division werde folgendes Rotationssystem erwogen: „a) Das Divisionshauptquartier und eine Brigade (insgesamt 6000 Mann) sowie administrative und logistische Unterstützungseinheiten würden in Deutschland bleiben. b) Zwei Brigaden in Stärke von 10 000 Mann würden in die USA zurückverlegt. Die in Deutschland verbleibende Brigade werde nach Ablauf einer gewissen Zeit durch eine der Brigaden in den Vereinigten Staaten abgelöst werden. Das Schwergewicht der beiden abgezogenen Brigaden werde in Deutschland eingelagert werden. c) Logistische Unterstützungseinheiten in Stärke von 10 000 Mann würden ebenfalls in die USA zurückverlegt. [...] d) 15 000 Familienangehörige der Division würden in die USA zurückgeführt.“ Das gleiche Rotationssystem sei für die „drei in Deutschland stationierten Kampfgeschwader (Fighter Aircraft Wings)“ geplant: „Von jedem Geschwader werde eine Staffel (squadron) in Deutschland bleiben und zwei in die USA zurückverlegt. Die in Deutschland bleibenden drei Staffeln würden alle vier bis sechs Monate durch drei der rückverlegten Staffeln abgelöst. Dieses Rotationssystem werde die Rückverlegung von 144 von insgesamt 216 Kampfflugzeugen und von etwa 5500 Mann sowie von 12 000 Familienangehörigen zur Folge haben.“ Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete; VS-Bd. 1000 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Am 15. März 1967 hatten die Verhandlungen den Stand erreicht, daß sich die USA dazu bereit erklärten, aufgrund der Verlegung amerikanischer Truppen von Frankreich nach Großbritannien der britischen Regierung zusätzlich sieben Mio. Pfund Sterling zukommen zu lassen. Darüber hinaus erhielt Großbritannien sechs Mio. Pfund Sterling von den 12,5 Mio. Pfund Sterling „from the old deal as a contribution to closing the gap“. Vgl. FRUS, 1964–1968, XIII, S. 549.

### III. Deutsch-britische Vereinbarung

Dieser Gegenstand stand im Mittelpunkt der Tagung. Das Verhandlungsergebnis ist in dem Entwurf von „agreed minutes“ niedergelegt, die als Anlage 1 zu diesem Drahtbericht folgen.<sup>10</sup> Der Entwurf wurde in sehr langwierigen und oft schwierigen Verhandlungen formuliert und von mir ad referendum angenommen.

Ich nehme zu diesem Entwurf wie folgt Stellung:

Zu Absatz 1: Beschränkung der Geltungsdauer aller Abreden auf das britische Fiskaljahr 1. April 1967 bis 31. März 1968.

Zu Absatz 2<sup>11</sup>: Die Engländer sind einverstanden mit der Zahlung von 50 Mio. im Kalenderjahr 1967 und 150 Mio. im ersten Vierteljahr 1968.

Zu Absatz 3<sup>12</sup>: Der auf 250 Mio. erhöhte Betrag läßt sich rechtfertigen durch die sehr unverbindliche Formulierung, die nur von Bemühungen im Rahmen der Möglichkeiten der Regierung spricht. Da, wie bereits in meinem gestrigen Drahtbericht erwähnt, die englische Delegation mehr Wert auf optisch hohe Zahlen legt als auf Verpflichtungen, sah ich keine Bedenken, dem Wunsch der Engländer auf eine Erhöhung der Zahl zuzustimmen, habe aber dennoch den Vorbehalt der Zustimmung des Bundeswirtschaftsministers gemacht.

Zu Absatz 4<sup>13</sup>: Beide Regierungen sind sich darüber einig, daß es von ihrer beider Bemühungen abhängt, ob dieser Restbetrag eines alten Deposits in der vorgesehenen Weise zeitgerecht verwendet werden kann. Die Aufnahme von anrechenbaren Käufen auf Grund dieses Kontos in das neue Abkommen erfolgt von britischer Seite aus den schon genannten optischen Gründen. Nach Meinung der hier anwesenden Beamten aller Häuser einschließlich des Bundesfinanzministeriums hätte dieses Restkonto in jedem Fall für diesen Zweck verwendet werden müssen, sodaß durch die hier vorgesehene Zusage keine Belastung des Bundeshaushalts eintritt. Vorsichtshalber habe ich mir zu diesem Punkt vorbehalten, ihm erst nach Einholung der Meinung des Bundesfinanzministers<sup>14</sup> zuzustimmen.

Zu Absatz 5<sup>15</sup>: Hierdurch wird sichergestellt, daß es für das neue Offset-Abkommen bei den bisherigen Anrechnungsregelungen bleibt.

<sup>10</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 1000 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967. Für Auszüge vgl. Anm. 11–13 und 15–18.

<sup>11</sup> Absatz 2 der deutsch-britischen Vereinbarung vom 21. März 1967: „The German Government will make purchases in the defence sector from the U.K. of the value of DM 200 million in the financial year April 1, 1967 to March 31, 1968.“ Vgl. VS-Bd. 1000 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>12</sup> Absatz 3 der deutsch-britischen Vereinbarung vom 21. März 1967: „The German Government will endeavour within the limits of its possibilities to reach DM 250 million for public procurements in the civilian sector in the same period.“ Vgl. VS-Bd. 1000 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>13</sup> Absatz 4 der deutsch-britischen Vereinbarung vom 21. März 1967: „The British and German Government will use their best endeavours to promote commercial purchases with a view to reaching accountable payments of up to DM 100 million in the same period. The remaining funds, not yet contractually committed in the DM 94 million account will be used for this purpose.“ Vgl. VS-Bd. 1000 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>14</sup> Franz Josef Strauß.

<sup>15</sup> Absatz 5 der deutsch-britischen Vereinbarung vom 21. März 1967: „The undertakings in the three preceding paragraphs are based on the assumption that the principle of the agreement of 1964 as extended by the protocol of 1965 and the decisions of the Anglo-American joint committee continue to apply. The two governments will now enter into a new agreement on the above basis.“ Vgl. VS-Bd. 1000 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

Zu Absatz 6<sup>16</sup>: Entgegen früheren Ankündigungen haben die Engländer sich bereit erklärt, von den Landstreitkräften nur eine Brigade abzuziehen. Außerdem sagen sie zu, den Abzug dieser Brigade nicht vor dem 1. Januar 1968 durchzuführen. Es wird ferner festgelegt, daß das Unterstellungsverhältnis dieser Brigade unter SACEUR unverändert bleibt.

Im letzten Augenblick der Verhandlungen erklärt Mr. Thomson, dem diese späte Eröffnung offensichtlich peinlich war, daß außer der Brigade bis zu vier Squadrons der zweiten tactical air force abgezogen würden. Er fügte allerdings sofort hinzu, daß mit einem Abzug in dieser Höhe praktisch nicht zu rechnen sei. Auf unsere entschiedenen Gegenvorstellungen hin fand er sich schließlich bereit, die Zahl der abzuziehenden Squadrons auf zwei zu beschränken. Auch für diese Squadrons gilt, daß der Abzug nicht vor dem 1. Januar 1968 beginnt und daß sie unverändert SACEUR unterstellt bleiben.

Ich bin zwar nicht der Ansicht, daß wir an diesen zwei Staffeln die sich in allen anderen Punkten abzeichnende Einigung scheitern lassen sollten, habe aber gleichwohl einen Vorbehalt eingelegt.

Es ist logisch, daß wir einer in den Dreiergesprächen erzielten Einigung auch in der WEU zur Annahme verhelfen müssen.

Zu Absatz 7 und 8<sup>17</sup>: Die von uns durchgesetzte Formulierung stellt klar, daß wir nicht die strategische Auffassung der Engländer billigen und daß wir eine militärische Begründung des Abzugs nicht unterstützen werden.

Zu Absatz 9<sup>18</sup>: Feststellung des Paketcharakters der Gesamteinigung.

Die britische Seite hat ausdrücklich erklärt, daß die Einigung unabhängig davon ist, ob die von ihr in den letzten Tagen geführten Besprechungen über einen deutschen Kredit zu positiven Ergebnissen führen oder nicht.

Der Entwurf stellt nach meiner Überzeugung das Maximum des Erreichbaren dar. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß durch weiteres Verhandeln ein besseres Ergebnis nicht zu erzielen ist. Ich würde empfehlen, daß wir die von mir vorsichtshalber gemachten Vorbehalte so schnell wie möglich aufheben. Die britische Seite war bereit, heute definitiv abzuschließen.<sup>19</sup>

<sup>16</sup> Absatz 6 der deutsch-britischen Vereinbarung vom 21. März 1967: „Subject to the agreement of W.E.U., the British Government will withdraw one brigade group (about 5000 men) from Germany to the United Kingdom during the first quarter of 1968. This brigade group will remain earmarked for assignment to NATO. Apart from the physical implications of its change of location, there will be no change in its relation to SACEUR. In addition, and on the same basis, the British Government would propose to transfer to the U.K. two squadrons of the 2nd Tactical Air Force.“ Vgl. VS-Bd. 1000 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>17</sup> Absätze 7 und 8 der deutsch-britischen Vereinbarung vom 21. März 1967: „When the British Government make the necessary application to W.E.U., the German Government, taking account of the balance of payments arguments advanced, will use its best endeavours to ensure the success of the application as being the only solution which has been found in the tripartite talks. 8) The U.S. and German Governments will similarly support the agreed position in NATO.“ Vgl. VS-Bd. 1000 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>18</sup> Absatz 9 der deutsch-britischen Vereinbarung vom 21. März 1967: „These understandings are contingent on the completion of satisfactory financial and force level arrangements between the United States and the FRG and UK in the trilateral talks and will become effective only in conjunction with such related arrangements.“ Vgl. VS-Bd. 1000 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>19</sup> Zum Abschluß eines Devisenausgleichsabkommens am 5. Mai 1967 vgl. Dok. 151.

Die nächste und vermutlich letzte Sitzung der Dreiergruppe soll sobald wie möglich stattfinden. Ein genauer Termin konnte nicht festgelegt werden, da nicht genau vorausszusehen ist, bis wann das Problem der Rotation der amerikanischen Division ausreichend geklärt ist. Unterdessen besteht allergrößtes Interesse daran, daß über die bisher erzielten Ergebnisse strengstes Stillschweigen bewahrt wird. Insbesondere die britische Regierung befürchtet, daß ein vorzeitiges Bekanntwerden der hier dargestellten Lösung es ihr unmöglich machen würde, an der Vereinbarung festzuhalten.

Die drei Delegationsführer<sup>20</sup> haben die Mitglieder ihrer Delegationen entsprechend verpflichtet. Die vorgesehenen Pressekonferenzen sind abgesagt worden. Das vereinbarte Kommuniqué ist als Anlage 2 beigelegt.<sup>21</sup>

[gez.] Duckwitz

VS-Bd. 1000 (II A 7)

## 110

### Aufzeichnung des Staatssekretärs Schütz

St.S. 796/67 geheim

22. März 1967

Während und nach einem Frühstück am 22.3.1967 habe ich mit dem sowjetischen Botschafter<sup>1</sup> vor allem über die weitere Behandlung des Vorschlags der Bundesregierung zur Gewaltverzichtserklärung gesprochen. Zu den allgemeinen Punkten der Unterhaltung gehört:

1) Der Botschafter wäre dankbar für einen Termin mit dem Herrn Minister. (Ich werde mit dem Herrn Minister darüber persönlich sprechen). An einem Gespräch mit Bundesminister Wehner ist dem Botschafter ebenfalls sehr gelegen. Es scheint dort etwas durch die Initiative von Herrn Beitz schwierig gelaufen zu sein. Der Botschafter wäre mir dankbar, wenn ich das in Ordnung bringen würde.

2) Der Botschafter hat mich um meine Auffassung zu der Initiative der Bukarester Konferenz im Hinblick auf eine europäische Sicherheitskonferenz<sup>2</sup> gebeten. Ich habe ihm erklärt, daß es dazu noch keine Auffassung der Bundesregierung gebe. Sicher habe er die Auffassung von Bundesminister Wehner in der heutigen Presse gelesen.<sup>3</sup> Ich könnte mir denken, daß die Bundesregierung ih-

<sup>20</sup> John J. McCloy (USA), Georg Ferdinand Duckwitz (Bundesrepublik), George Thomson (Großbritannien).

<sup>21</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 1000 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Semjon Konstantinowitsch Zarapkin.

<sup>2</sup> Zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 4. bis 6. Juli 1966 vgl. Dok. 13, Anm. 10.

<sup>3</sup> Am 21. März 1967 betonte Bundesminister Wehner im „Norddeutschen Rundfunk“ die Bemühungen der Bundesregierung um Verständigung mit den Ostblock-Staaten. Er verwies darauf, daß die Bundesregierung allen Staaten in Ost- und Südosteuropa sowie „auch für den unter sowjetischer

re Auffassung zu dieser Frage in absehbarer Zeit darlegt. Sie müsse allerdings schon jetzt darauf hinweisen, daß das Problem DDR bei allen derartigen Konferenzen bestehe. Ebenso sei die Frage der Beteiligung der Vereinigten Staaten zu klären. Ich habe allerdings mehrfach betont, daß eine Stellungnahme der Bundesregierung zu dieser Frage noch nicht vorliegt.

Zu dem Vorschlag über Gewaltverzichtserklärungen wurden folgende Punkte behandelt:

1) Der Botschafter fragte mich, ob dies noch immer als eine „private“ Angelegenheit angesehen und ob der vertrauliche Charakter weiter gewahrt wird.<sup>4</sup> Er habe aus dem Gespräch des Bundeskanzlers in der letzten Nummer des „Spiegel“<sup>5</sup> den Eindruck gewonnen, daß der Kanzler diese Vertraulichkeit brechen wolle. Ich habe dem Botschafter erklärt, daß wir weiterhin an dem „privaten“ Charakter dieser Gespräche festhalten werden. Ich bin überzeugt, diese Auffassung wird auch vom Bundeskanzler geteilt.

2) Der Botschafter erinnerte mich an seine Feststellung gegenüber Staatssekretär Carstens vom 24. November 1966, daß nach Auffassung der Sowjetunion die DDR bei der Aktion Gewaltverzichtserklärung nicht Objekt, sondern Subjekt sein müsse, d. h. sie dürfe nicht nur passiv, sie müsse vielmehr als aktiver Teilhaber in Erscheinung treten.<sup>6</sup>

Gleichzeitig erinnerte der Botschafter daran, daß der Herr Bundeskanzler am 16. März 1967 vor sowjetischen Journalisten Gewaltverzichtserklärungen als „Eckpfeiler“ der deutschen Ostpolitik bezeichnet hat<sup>7</sup>, und daß er zu „jeder denkbaren juristischen Form“ in dieser Frage seine Zustimmung geben würde.

Die Frage des Botschafters: Sind wir bereit, auch mit der DDR Gewaltverzichtserklärungen auszutauschen? Was verstehen wir unter „jeder denkbaren juristischen Form“?

Ich habe darauf erklärt, daß unterschiedliche Formen von Gewaltverzichtserklärungen denkbar sind, etwa Austausch von einseitigen Erklärungen, gemeinsame Erklärungen, Abkommen und Verträge. Auch über den Inhalt gibt es bei uns noch eine Variation von möglichen Formen.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 503*

Kontrolle befindlichen Teil Deutschlands“ einen Austausch von Gewaltverzichtserklärungen angeboten habe. Mit Blick auf die Bukarester Erklärung vom 6. Juli 1966, in der festgestellt wurde, daß ein zukünftig vereinigtes Deutschland ein friedliebender Staat sein werde, von dem niemals eine Bedrohung ausgehen werde, stellte Wehner die Frage: „Warum sperrt man sich dann so gegen Schritte, die der innerdeutschen Entspannung dienen würden? Warum versucht man, Gräben zu vertiefen, statt sie zu überwinden?“ Vgl. DZD V/1, S. 790–792.

Zur Berichterstattung über die Rede in der Presse vgl. den Artikel „Kalten Krieg nicht tragisch nehmen“; DIE WELT, Nr. 69 vom 22. März 1967, S. 1.

<sup>4</sup> Zum Entschluß, dieses Vorhaben vertraulich zu behandeln, vgl. Dok. 90.

<sup>5</sup> In einem Gespräch mit dem Herausgeber des „Spiegel“, Augstein, und dem Chefredakteur, Jacobi, antwortete Bundeskanzler Kiesinger auf die Frage, ob die Bundesregierung Polen und der Tschechoslowakei nicht „die Beruhigung sicherer Grenzen“ geben könne: „Was wir zunächst geben, das ist Gewaltverzicht. Damit wollen wir ernst genommen werden. Das ist außerordentlich wichtig. Ich kann mir denken, daß man uns das nicht überall gerne glaubt [...]. Aber dieser Gewaltverzicht ist ein Eckstein unserer Politik: Ohne ihn, den wir in jede rechtliche Form zu gießen bereit sind, wäre unsere Politik nicht realistisch.“ Für den Wortlaut des Interviews unter dem Titel „Gibt es Freundschaft nur noch auf französisch?“ vgl. DER SPIEGEL, Nr. 13 vom 20. März 1967, S. 42–53.

<sup>6</sup> Für die Unterredung vom 21. November 1966 vgl. AAPD 1966, II, Dok. 374.

<sup>7</sup> Für das Gespräch, das am 17. März 1967 stattfand und in dem Bundeskanzler Kiesinger einen Gewaltverzicht als „Eckstein unserer Politik“ bezeichnete, vgl. DZD V/1, S. 758–762.



Ich habe allerdings den Botschafter darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung nicht bereit ist, mit der DDR den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen zu vereinbaren. Nach längeren Erläuterungen des Botschafters, daß die Einbeziehung der DDR „unerlässlich“ sei, erklärte ich unter Hinweis auf eine Bemerkung des Bundesministers des Auswärtigen beim Besuch der sowjetischen Journalisten, daß ich nur den Auftrag hätte, mit ihm als dem Botschafter der Sowjetunion bei der Bundesrepublik Deutschland über Gewaltverzichtserklärungen zwischen der UdSSR und uns zu sprechen.

Die Bundesregierung ist weiterhin bereit, Gewaltverzichtserklärungen auch mit anderen Ländern in Osteuropa abzuschließen. Mit wem wir dieses tun würden, würden wir uns aber von niemandem vorschreiben lassen.

Ich bat den Botschafter, zur Kenntnis zu nehmen, daß er nicht als Botschafter der DDR in Bonn ist, und daß wir nur bereit sind, mit ihm über Gewaltverzichtserklärungen zu verhandeln, die die UdSSR und uns betreffen. Wir seien allerdings bereit, in diese Gewaltverzichtserklärungen einen Hinweis auf unseren Gewaltverzicht gegenüber Verbündeten der UdSSR aufzunehmen. Meines Wissens sei auch die DDR ein Verbündeter der UdSSR. Der Botschafter möge zur Kenntnis nehmen, daß eine Anerkennung der DDR als „Nebenprodukt“ von Gewaltverzichtserklärungen durch die Bundesregierung nicht akzeptiert werden wird.

2) Der Botschafter kam dann zur Sache. Er fragte, in welcher juristischen Form und mit welcher eigentlichen inneren Kraft die Gewaltverzichtserklärungen abgeschlossen werden sollten. Ich habe ihm erklärt, daß wir einen Vorschlag gemacht haben (Austausch von Erklärungen)<sup>8</sup>, wir aber für Anregungen der sowjetischen Regierung dankbar seien. Die Bundesregierung ist erklärtermaßen gegen die Anwendung von Gewalt. Sie ist deshalb für jede mögliche Bindung in dieser Frage. Ich habe dem Botschafter erklärt, daß ich zu Erörterungen möglicher Anregungen zur Verfügung stehe.

3) Der Botschafter fragte nach dem eigentlichen Motiv der Gewaltverzichtserklärungen. Wollten wir damit die Erklärungen der UNO-Charta<sup>9</sup> oder Beschlüsse der Generalversammlung der Vereinten Nationen über die Unverletzlichkeit des Territoriums souveräner Staaten ersetzen? Ich habe dem Botschafter erklärt, daß wir, obwohl nicht Mitglied der Vereinten Nationen, bemüht seien, immer im Rahmen der Beschlüsse dieser Organisation zu bleiben.

Wir wollten also mit dem Austausch von Gewaltverzichtserklärungen<sup>10</sup> bisherige Beschlüsse der Vereinten Nationen weder mißachten noch aus dem Wege räumen. Wir wollten sie auch nicht ersetzen durch unsere Aktion. Unser Vorschlag geht daraufhin, eine bilaterale Vereinbarung nur für das Verhältnis der Sowjetunion zur Bundesrepublik und umgekehrt zu erreichen.

4) Der Botschafter verwies auf die Anwesenheit von ausländischen Truppen auf dem Gebiet der Bundesrepublik. Er fragte, wie die Anwesenheit dieser

<sup>8</sup> Vgl. dazu Dok. 47.

<sup>9</sup> Zu Artikel 2, Absatz 4 der UNO-Charta, in dem alle Mitgliedstaaten darauf verpflichtet werden, keine Gewalt gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit eines anderen Staates auszuüben oder anzudrohen, vgl. Dok. 13, Anm. 9.

<sup>10</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Schütz gestrichen: „nicht“.

Truppen mit den Gewaltverzichtserklärungen vereinbar ist, ob wir diese Truppen in unsere Erklärung mit einbeziehen wollen und ob wir für das Verhalten dieser Truppen die gleichen Garantien abgeben würden wie für unser eigenes Verhalten.

Ich habe den Botschafter darauf hingewiesen, daß es in der Frage des Verhältnisses zwischen ausländischen Truppen auf deutschem Boden und der Entscheidungsfreiheit der Bundesregierung klare Regelungen gibt. Ich habe dem Botschafter angekündigt, bei unserem nächsten Treffen<sup>11</sup> diesen Punkt noch eingehend darzulegen.

Hiermit dem Herrn Minister<sup>12</sup> vorgelegt.

Schütz

**VS-Bd. 10089 (Ministerbüro)**

<sup>11</sup> Für ein weiteres Gespräch des Staatssekretärs Schütz mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin vgl. Dok. 189.

Am 28. März 1967 kam es in privatem Rahmen zu einem Treffen des Botschafters a. D. Duckwitz mit dem sowjetischen Botschafter, über das Duckwitz am 30. März 1967 eine Aufzeichnung anfertigte. Danach habe Zarapkin die Ansicht geäußert, daß die Bundesregierung bewußt freundliche Beziehungen zur UdSSR behindere: „Es fange bei den Schwierigkeiten an, ein der Sowjetunion und ihrer Bedeutung angemessenes Botschaftsgebäude zu finden [...] und höre bei den Regierungserklärungen auf. Sie seien von einem revanchistischen Geist getragen.“ Weitere Themen seien das geplante Nichtverbreitungsabkommen gewesen, dessen Abschluß nach Auffassung von Zarapkin durch die „starre Haltung der Bundesrepublik“ verhindert werde, die Dreier-Verhandlungen und der Vorschlag einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa. Im Verlauf des Gesprächs habe Zarapkin bedauert, „daß er in Bonn so wenig wirkliche Kontakte zu den maßgebenden Männern habe“. Ein Austausch von Gewaltverzichtserklärungen wurde nicht erwähnt. Vgl. VS-Bd. 4245 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>12</sup> Hat Bundesminister Brandt am 23. März 1967 vorgelegen.

Hat Staatssekretär Schütz erneut am 3. April 1967 vorgelegen.

### Botschaftsrat I. Klasse Mangold, Genf (Internationale Organisationen), an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-11768/67 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 295

Aufgabe: 29. März 1967, 11.35 Uhr  
Ankunft: 29. März 1967, 14.50 Uhr

Betr.: Abrüstungskonferenz – Beobachterbericht Nr. 55

Bezug: Ferngespräch VLR I Lahusen/LR I Dr. Diesel am 22. 3;  
Beobachterbericht Nr. 54, Drahtbericht Nr. 288 vom 23. 3. 1967<sup>1</sup>

Folgt ein von LR I Dr. Diesel gefertigter Entwurf einer Aufzeichnung über den Stand der Abrüstungsverhandlungen in Genf (Beitrag Mappe Humphrey<sup>2</sup>).

I. Die diesjährige Sitzungsperiode des Genfer 18-Mächte-Abrüstungsausschusses (ENDC) begann am 21. 2. 1967. Sie wurde nach nur einmonatiger Dauer auf amerikanischen Antrag am 23. 3. bis 9. 5. 1967 vertagt.

II. Der bedeutendste politische Aspekt dieser ersten Verhandlungsphase bestand darin, daß entgegen den ursprünglichen Absichten der Amerikaner<sup>3</sup> keine gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen Textformulierungen vorgelegt wurden. Die Amerikaner begründeten dies damit, daß die Sowjets eine vollständige amerikanisch-sowjetische Einigung über den Vertragsinhalt – einschließlich Artikel III (Sicherheitskontrollen) und Präambel – zur Voraussetzung gemacht hatten und vor Vorlage in Genf den Entwurf einer Überprüfung auf hoher Ebene unterziehen und ihre Alliierten konsultieren mußten. Auf amerikanischer Seite habe man davon abgesehen, einen Teilentwurf ohne sowjetische Mitwirkung einzubringen, weil man die Sowjetunion nicht aus ihrer Verantwortung für dieses gemeinsame Projekt entlassen wolle.

III. Die Generaldebatte zum NV-Problem entwickelte sich wegen des Fehlens von Vertragstexten in allgemeiner Form:

1) In einer vom amerikanischen Chefdelegierten Foster verlesenen Botschaft an die ENDC ging Präsident Johnson auf die Wünsche und Bedenken, insbesondere hinsichtlich der Verwendung von Kernenergie für friedliche Zwecke ein, die von zahlreichen Ländern, darunter auch von uns<sup>4</sup>, vorgebracht wurden.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Korrigiert aus: „23. 2. 1967“.

<sup>2</sup> Der amerikanische Vizepräsident besuchte am 29./30. März 1967 die Bundesrepublik. Am Nachmittag des 29. März führte er ein informelles Gespräch mit Bundesminister Brandt, das jedoch „keine wesentlich neuen Gesichtspunkte erbrachte“. Vgl. den Entwurf vom 29. März 1967 für ein Schreiben von Brandt an Bundeskanzler Kiesinger; VS-Bd. 10078 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

Am 5./6. April 1967 hielt sich Humphrey zu einem Arbeitsbesuch in Bonn auf. Vgl. dazu Dok. 120.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 42.

<sup>4</sup> Zu den Bedenken der Bundesregierung vgl. zuletzt Dok. 106.

Vgl. dazu auch den Drahtbericht Nr. 587 aus Washington vom 14. März 1967, in dem Botschafter Knappstein die deutschen Bemühungen schilderte, durch einen Passus in der Präambel und durch eine Ausweitung der Möglichkeiten, das Abkommen zu kündigen, „das Problem der Verhinderung von Drohung und Erpressung“ von Nichtnuklearstaaten durch Kernwaffenmächte zu lösen; VS-Bd. 10082 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Botschaft vom 21. Februar 1967 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1967, S. 98 f.

2) Der sowjetische Delegierte Roschtschin warf in seiner Eröffnungsrede einigen Ländern, besonders der Bundesrepublik Deutschland vor, Erklärungen gegen den Abschluß eines NV-Vertrages abzugeben.<sup>6</sup> So werde behauptet, daß ein NV-Vertrag die friedliche Nutzung der wissenschaftlichen Entdeckungen im Bereich der Kernenergie bei den Nichtkernwaffenstaaten behindere. Hinter diesen Behauptungen verberge sich jedoch nur der deutsche Wunsch, einen NV-Vertrag zu torpedieren. Einen ähnlichen Tenor hatten die Reden des

3) polnischen,

4) bulgarischen<sup>7</sup> und

5) tschechischen Delegierten<sup>8</sup>, von denen sich am schärfsten der polnische Delegierte Blusztajn äußerte, der die gesamte Politik der Bundesregierung einer scharfen Kritik unterzog. Er hatte dabei gewisse Schwierigkeiten, die deutschen Bedenken gegen einige Aspekte der NV-Regelung zurückzuweisen und die teilweise ähnlichen Bedenken ungebundener Staaten als berechtigt anzuerkennen.

6) Die Rumänen sprachen als einziges Ostblockland nicht. Es ist jedoch bekannt, daß sie Bedenken gegen das NV-Konzept und insbesondere Garantiewünsche an die Kernwaffenmächte haben.

7) Der britische Delegierte Lord Chalfont versuchte, die Bedenken der Nichtkernwaffenmächte hinsichtlich der friedlichen Nutzung der Kernenergie zu zerstreuen.<sup>9</sup> Er legte dabei eine verständnisvollere Haltung gegenüber den Besorgnissen der EURATOM-Länder bezüglich der Sicherheitskontrollen an den Tag. Der britische Wunsch, EURATOM beizutreten, ist für diese Haltung maßgebend.

8) Der italienische Delegierte Cavaletti präzierte die Forderungen Italiens: Ausgewogenheit der Verpflichtungen aller Beteiligten, keine Einschränkung der zivilen Kernaktivität der Nichtkernwaffenmächte, nicht diskriminierende Sicherheitskontrollen für die friedliche Kernaktivität der Kern- und Nichtkernwaffenmächte durch die IAEO oder gleichwertige Organisationen, keinerlei Beeinträchtigung der europäischen Einigungsbestrebung.

9) Der kanadische Delegierte Burns wünschte eine Absichtserklärung hinsichtlich der nuklearen Abrüstung der Kernwaffenmächte; periodische Vertragsüberprüfung; Internationalisierung der friedlichen Kernexplosionen; allgemein akzeptable Sicherheitskontrollen.

10) Die schwedische Delegierte Frau Myrdal wünschte eine Paketlösung für das NV-Problem: gleichzeitige Verhandlungen über a) Nonproliferation, b) vollständigen Testbann, c) allgemeine und vollständige Abrüstung, d) Verbot der Entwicklung und Produktion chemischer und bakteriologischer Waffen und e) Einstellung der Produktion spaltbaren Materials für militärische Zwecke.<sup>10</sup>

11) Der nigerianische Delegierte Sule Kolo forderte Schutz vor nuklearer Be-

<sup>6</sup> Zu den Ausführungen des sowjetischen Delegierten am 21. Februar 1967 vgl. Dok. 92, Anm. 4.

<sup>7</sup> Kroum Christoff.

<sup>8</sup> Pavel Winkler.

<sup>9</sup> Vgl. dazu die Erklärung vom 21. März 1967; DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1967, S. 168–172.

<sup>10</sup> Vgl. dazu die Ausführungen vom 23. Februar 1967; DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1967, S. 103–105.

drohung, keine Behinderung der friedlichen Nutzung der Kernenergie und einen vollständigen Testbann.

12) Der brasilianische Delegierte Azeredo de Silveira forderte ebenfalls Garantien und Schutz der friedlichen Nutzung der Kernenergie.<sup>11</sup>

13) Der Delegierte der VAR, Khallaf, forderte ein Einsatzverbot für Kernwaffen, Schutz der friedlichen Kernaktivität und Abrüstungsmaßnahmen der Kernwaffenmächte.<sup>12</sup>

14) Der mexikanische Delegierte Garcia Robles wünschte einen Vertragsartikel zum Schutz der friedlichen Nutzung der Kernenergie, eine Absichtserklärung der Kernmächte zur nuklearen Abrüstung und ein Kernwaffeneinsatzverbot.

15) Der indische Delegierte Trivedi ergriff das Wort nicht. Die starken Bedenken Indiens erläuterte Trivedi uns im Gespräch. Indiens Sorgen gelten China, daher wünscht es vor allem einen nuklearen Rüstungsstopp der Kernmächte. Indien ist möglicherweise andernfalls nicht zum Vertragsbeitritt bereit.

16) Der amerikanische Delegierte Foster, bemerkenswert sekundiert von Roschtschin (der uns gegenüber im Verlauf der Zeit eine Nuance elastischer zu werden schien), begründete die Notwendigkeit des Verbots auch der friedlichen Kernexplosionen und bot an, diese Explosionen durch die Kernmächte unter Zwischenschaltung einer internationalen Organisation ausführen zu lassen.

17) Eine vierköpfige SBZ-Delegation unter „Vizeaußenminister“ Stibi weilte, nachdem ihr die Schweizer Behörden zunächst gewisse Schwierigkeiten bei der Visa-Erteilung bereitet hatten<sup>13</sup>, vom 24. Februar bis 10. März in Genf, um mit den Delegierten Fühlung zu nehmen. Eine von Stibi mitgebrachte „Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an den 18-Staaten-Abrüstungsausschuß“, in der die bedingungslose Bereitschaft der SBZ zur Vertragsunterzeichnung bekundet und die Bundesrepublik Deutschland angegriffen wird, wurde von Roschtschin am 7.3. in der ENDC verlesen. Das Interesse an der SBZ-Delegation war dieses Mal allgemein geringer als in den Vorjahren, möglicherweise weil das Problem der nuklearen Teilhaberschaft in der NATO zurücktrat und die Bedeutungslosigkeit des SBZ-Regimes bei der Entwicklung eigener Positionen zum NV-Problem jetzt evidenter wird.

IV. Foster versuchte, Bedenken der EURATOM-Länder gegen den NV-Vertrag, besonders gegen die Kontrollbestimmungen, durch eine Reise in deren Hauptstädte<sup>14</sup> zu zerstreuen. Ähnliches versuchte Lord Chalfont am EURATOM-Sitz Brüssel.<sup>15</sup> Das Ergebnis der Reise Fosters hat die Amerikaner jedoch davon

<sup>11</sup> Zu den Darlegungen vom 14. März 1967 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1967, S. 135–143.

<sup>12</sup> Vgl. dazu die Erklärung vom 16. März 1967; DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1967, S. 154–160.

<sup>13</sup> Am 23. Februar 1967 teilte Botschafter Buch, Bern, dazu mit, daß diese anfängliche „Visa-Verweigerung SBZ verdeutlichen“ sollte, daß „von ihr allein gestellte Einreiseanträge für politische Funktionäre von Schweiz mit Rücksicht auf Nicht-Anerkennung der Zone als Staat unberücksichtigt bleiben“ müßten. Erst nachdem die Anträge von der sowjetischen Botschaft in Bern und vom Leiter der sowjetischen Delegation bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf, Roschtschin, unterstützt worden seien, seien Einreisegenehmigungen erteilt worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 22; VS-Bd. 4098 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>14</sup> Vgl. dazu Dok. 92, Anm. 29.

<sup>15</sup> Am 1. März 1967 teilte Botschafter Schnippenkötter, z. Z. Genf, dazu aus einem Gespräch mit dem britischen Delegierten mit, daß nach Ansicht von Lord Chalfont die „Meinungsverschiedenheiten über den Kontrollartikel das schwierigste Problem der Verhandlungen“ darstellten. Wenn diese

überzeugt, daß sie mit einer baldigen Beendigung der Konsultationen im NATO-Rahmen und mit einer schnellen Überwindung der Bedenken der EURATOM-Länder nicht rechnen können. Sie schlugen daher eine Vertagung der ENDC vom 23. März bis 9. Mai vor, der die Sowjets nach einigem Zögern und die Ungebundenen teilweise unter Protest (besonders Schweden) zustimmten.

V. Die Zeit bis zum 9. Mai wird daher Gelegenheit zu intensiver Konsultation bieten. Allerdings ist mit der festen Absicht der Amerikaner zu rechnen, spätestens zu diesem Zeitpunkt einen Entwurf als gemeinsame sowjetisch-amerikanische Empfehlung zu präsentieren. In der Zwischenzeit werden also nicht nur inneralliierte, sondern auch sowjetisch-amerikanische Verhandlungen stattfinden; inwieweit auch die Sowjetunion, die gewisse Schwierigkeiten mit Rumänien zu haben scheint, Konsultationen mit ihren Alliierten pflegen muß, ist nicht zu übersehen. Die Hauptschwierigkeit sehen die Amerikaner in der Frage der Sicherheitskontrollen und der EURATOM-Haltung dazu<sup>16</sup>; es ist möglich, daß sie hier einige Konzessionen machen werden. Anders scheint es hinsichtlich unserer übrigen Wünsche an den Vertrag zu stehen, die die Amerikaner offenbar nur in sehr geringem Umfang berücksichtigen wollen, teils, weil sie sie nicht anerkennen, teils, weil sie, sofern die Wünsche mit denen anderer Nichtkernwaffenmächte konvergieren, es vorziehen, daß diese anderen Länder nach Textvorlage in der späteren Verhandlungsphase der ENDC ihre Wünsche anmelden und damit das „deutsche Etikett“ entfiele. Wir könnten den Amerikanern hierzu sagen, daß inzwischen (z.B. von mexikanischer Seite<sup>17</sup>) derart konkrete Vorschläge zur friedlichen Nutzung vorliegen, daß sie diese bereits jetzt in den Vertrag aufnehmen könnten, ohne daß dabei „das deutsche Etikett“ in Erscheinung träte. Damit könnten die späteren Verhandlungen beschleunigt werden.

Zustatten kommt den Kernwaffenmächten in dieser Phase jedenfalls, daß es den Nichtkernwaffenmächten nicht gelungen ist und wahrscheinlich auch während der Konferenzpause nicht gelingen wird, eine ähnlich gemeinsame Haltung gegenüber dem NV-Vertrag einzunehmen, wie sie die beteiligten Kernwaffenmächte ihrerseits entwickelt haben.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 509*

Schwierigkeiten nicht bald überwunden werden könnten, würde dies, so Chalfont, zwar nicht „das Schicksal des NV-Vertrages“ gefährden, wohl aber „die weitere Entwicklung der Sechsergemeinschaft“, denn „einzelne ihrer Partner seien offenbar eher bereit, auf die Sechsergemeinschaft als auf den NV-Vertrag zu verzichten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 151; VS-Bd. 4089 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>16</sup> So äußerte bereits am 3. März 1967 der stellvertretende amerikanische Delegationsleiter DePalma gegenüber Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lahusen, z. Z. Genf, sein Bedauern darüber, daß „noch keine entwicklungsfähige Stellungnahme der EURATOM-Partner zu Artikel III“ vorliege. Nach Ansicht von DePalma werde eine Einigung mit den sowjetischen Verhandlungspartnern „hauptsächlich durch die innerwestlichen Meinungsverschiedenheiten zu Artikel III aufgehalten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 171; VS-Bd. 2516 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>17</sup> Am 21. März 1967 schlug der mexikanische Delegierte Garcia Robles vor, die zulässigen Formen eines friedlichen Gebrauchs der Kernenergie nicht nur in der Präambel eines Nichtverbreitungsabkommens zu erwähnen, sondern in mehreren Artikeln zu regeln. In ihnen sollte festgelegt werden, „that no provision of the treaty should be interpreted as detracting from the right of the contracting parties to use nuclear energy for peaceful purposes in any manner not contrary to the obligations assumed under the treaty itself“. In weiteren Artikeln könnte z.B. geregelt werden, daß aus friedliche Kernexplosionen gewonnene Erkenntnisse allen Vertragsparteien gleichermaßen zugänglich gemacht werden müßten. Vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1967, S. 162–168.

Wenn also auch

- Zeit gewonnen ist,
- die Johnson-Botschaft auf die deutschen Besorgnisse eingeht,
- die Legitimität unserer Bedenken zunehmend anerkannt wird,
- einige unserer Bedenken mit denen der bedeutendsten Nichtkernwaffenmächte, ob ungebunden oder alliiert, konvergieren,
- bei EURATOM der Widerstand gegen die bisherige Fassung von Artikel III sich zu verdichten scheint,

so ist während der Vertagung allenfalls in der Kontrollfrage mit einer Bewegung zu rechnen, während wir mit unseren übrigen Anliegen wohl eher enttäuscht oder vertröstet und unter starken amerikanischen Druck hinsichtlich unserer Zustimmung zur Textvorlage geraten werden. Vizepräsident Humphrey, der sich in Genf mit der amerikanischen Delegation beriet, ohne daß, soweit in Erfahrung zu bringen war, dabei neue Gesichtspunkte hervortraten, dürfte auf dieser Linie in Bonn operieren.

[gez.] Mangold

VS-Bd. 4097 (II B 1)

## 112

### Gespräch des Staatssekretärs Schütz mit Staatssekretär Katzenbach, amerikanisches Außenministerium

St.S. 846/67 VS-vertraulich

30. März 1967<sup>1</sup>

Under-Secretary of State Katzenbach, begleitet vom Gesandten Moline, seinem persönlichen Referenten Mr. Moris und Mr. Wolfson von der amerikanischen Botschaft, stattete am 30. März Herrn Staatssekretär Schütz einen Besuch ab. Von deutscher Seite waren MDg Dr. Sahm und Botschafter Dr. Schnippenkötter anwesend.

Zu Beginn des Gesprächs drückte der Herr *Staatssekretär* seine Zufriedenheit über die Gespräche mit Vizepräsident Humphrey aus.<sup>2</sup> Man glaube einer Lösung aller zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland bestehenden Probleme, vor allem auf dem Gebiet der Nichtverbreitung, nähergekommen zu sein. Weiterhin begrüßte er den amerikanischen Beitrag zur Beschleunigung der Dreier-Gespräche, wobei besonders Mr. McCloy eine hervorragende Rolle gespielt habe.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationssekretär Ueberschaer am 31. März 1967 gefertigt. Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Aufenthalt des amerikanischen Vizepräsidenten am 29./30. März 1967 in Bonn vgl. Dok. 111, Anm. 2.

<sup>3</sup> Vgl. dazu auch das Gespräch mit dem amerikanischen Sonderbeauftragten am 4. März 1967; Dok. 87.

Auf die Frage der Stationierung amerikanischer Truppen in Deutschland eingehend, wies der Herr Staatssekretär darauf hin, daß man zur Zeit dabei sei, alle Aspekte des amerikanischen Rotationsprojekts zu prüfen. Neben den verteidigungspolitischen und psychologischen Problemen müsse man auch die Empfindlichkeit der übrigen NATO-Partner bei zwei- bzw. dreiseitigen Verhandlungen berücksichtigen. Mr. *Katzenbach* stimmte dem zu und betonte gleichzeitig, daß dieses Rotationssystem sich in wesentlichen Punkten von der seinerzeitigen „big lift“-Planung<sup>4</sup> unterscheide. Er stimmte der Auffassung des Herrn Staatssekretärs zu, daß die „big lift“-Planung in Spannungszeiten gefährliche Auswirkungen mit sich bringen und gleichzeitig zu empfindlichen Zeitverlusten führen könnte. Der Unterschied des Rotationssystems liege aber gerade in seiner von weltpolitischen Spannungen unabhängigen Automatik. Der besondere Vorteil dieses Systems für die Vereinigten Staaten bestehe in einer erheblichen Devisenersparnis gegenüber dem augenblicklichen Zustand.

Auf die Frage des Herrn *Staatssekretärs* nach der zeitlichen Planung für die alliierten Vorbesprechungen über den Nichtverbreitungsvertrag bemerkte Mr. *Katzenbach*, daß die noch offenen Punkte vor dem NATO-Rat in der Zeit vom 4. bis 19. April 1967 diskutiert werden sollten.<sup>5</sup> Er wies darauf hin, daß es für die meisten dieser Streitfragen eine Lösung geben werde, da eine freimütige Diskussion unter Verbündeten für das gegenseitige Verständnis sehr vorteilhaft sei. Maßgeblich für einen echten Einigungswillen sei die Frage, welches Gewicht alle Partnerländer der Notwendigkeit des Abschlusses eines Nichtverbreitungsvertrags beilegen.

Der Herr *Staatssekretär* betonte, daß Deutschland für den baldigen Abschluß des Nichtverbreitungsvertrages sei, aber noch einige besondere Probleme zuvor gelöst wissen wolle. Zum Beispiel habe Deutschland eine Anzahl gemeinsamer Nuklear-Forschungsprojekte mit Frankreich abgeschlossen.<sup>6</sup> Da man Wert darauf lege, auch einige dieser Projekte auf deutschem Gebiet durchführen zu können, müsse der NV-Vertrag solche Möglichkeiten offen lassen.

Der Herr Staatssekretär begrüßte die Tatsache, daß durch die manchmal recht heiße Debatte über das Problem des Nichtverbreitungsvertrags die deutsche Öffentlichkeit über diese Frage weit besser als bisher informiert sei und daher möglichen Lösungen mit größerer Aufgeschlossenheit gegenüberstehe. Mr. *Katzenbach* meinte hierzu, daß alle Länder erkennen müßten, die Bedeutung des Nichtverbreitungsvertrags für die gesamte Welt zu sehen und nicht nur ihre eigenen Sonderinteressen im Auge zu haben.

Der Herr *Staatssekretär* ging dann auf die politischen Aussichten der kommenden Monate über. Er drückte seine Hoffnung aus, daß für die Besprechungen der Kennedy-Runde nunmehr ein erfolgreicher Abschluß zu erkennen sei. Dazu machte Mr. *Katzenbach* aus amerikanischer Sicht gewisse Bedenken geltend: Man wisse nie, ob der Kongreß der von der amerikanischen Regierung schließlich ausgehandelten Lösung zu guter Letzt auch zustimmen werde. Es

<sup>4</sup> Zu der im Oktober 1963 erstmals durchgeführten Übung „Big Lift“ vgl. Dok. 32, Anm. 10.

<sup>5</sup> Zur Diskussion im NATO-Rat vgl. weiter Dok. 121.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 9, Anm. 13, sowie Dok. 92.



werde schwierig sein, den Abgeordneten klar zu machen, unter welchen Umständen der ausgehandelte Kompromiß zu erreichen gewesen sei.

Auf die Frage des Herrn *Staatssekretärs* nach der Beurteilung der neuen deutschen Ostpolitik meinte Mr. *Katzenbach*, daß hier ein deutlicher Fortschritt zu verzeichnen sei. Allerdings halte man schnelle Lösungen nicht für möglich; man werde hier weiterhin sehr viel Geduld aufzubringen haben.

Anschließend ging Mr. *Katzenbach* noch einmal auf die Frage des Nichtverbreitungsvertrags ein und fragte den Herrn *Staatssekretär*, ob er an eine Verabschiedung dieses Vertrages noch in diesem Jahr glaube, und wie hoch er das Interesse der Russen daran veranschlage. Der Herr *Staatssekretär* bemerkte, er hoffe, daß der Vertrag bis Ende Mai zustandekomme. Er habe den Eindruck, daß sich die Einstellung der Russen zu diesem Vertrag seit Herbst 1966 gewandelt habe. Während in russischer Sicht der Vertrag ursprünglich weitgehend zur Eindämmung des angeblichen nuklearen Ehrgeizes der Bundesrepublik Deutschland gedacht gewesen sei, habe man jetzt den Eindruck, daß auch die russische Seite sich ihrer Verantwortung als Weltmacht zur Erhaltung des Friedens bewußter geworden sei.

Zum Abschluß fragte der Herr *Staatssekretär* Mr. *Katzenbach*, wie er die Chancen eines Beitritts Indiens zum NV-Vertrag einschätze. Mr. *Katzenbach* meinte hierzu, daß Indien keinen objektiven Bedarf an Atomwaffen habe, da man ihm im Falle einer chinesischen Bedrohung helfen werde. Dem Einwand des Herrn *Staatssekretärs*, daß deswegen trotzdem das Problem der nuklearen Erpressung nicht aus dem Wege geräumt sei, entgegnete Mr. *Katzenbach*, daß das Risiko, das China in einem solchen Falle eingehe, zu groß sei. Außerdem mache bei der Überlegenheit Chinas auf dem Gebiet der konventionellen Waffen eine zusätzliche nukleare Bedrohung durch China relativ wenig aus.

VS-Bd. 10089 (Ministerbüro)

## 113

### Aufzeichnung des Staatssekretärs Schütz

St.S. 833/67 geheim

31. März 1967

Am gestrigen Abend hatte ich zusammen mit dem Direktor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Dr. Wolfgang Wagner, anläßlich eines privaten Abendessens eine längere Aussprache mit Professor Dr. Antonin Snejdarek. Snejdarek ist Leiter des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft in Prag. Es war eine interessante Unterhaltung. Ich verweise zusätzlich auf die Aufzeichnung, die MDg Dr. Sahm mit Datum vom 30. März 1967 über seine Unterhaltung mit S. erstellt hat.<sup>1</sup> Diese Aufzeichnung wird Ihnen<sup>2</sup> vorgelegt.

<sup>1</sup> Gegenüber Ministerialdirigent Sahm erläuterte der Leiter des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft in Prag, daß er dem Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige

Meine wesentlichen Eindrücke der Unterhaltung fasse ich wie folgt zusammen:

1) Durch das Gespräch ging ein allgemeines Bedauern, daß die augenblicklichen Aktionen Osterlins und Moskaus<sup>3</sup> zwei von Snejdarek für entscheidend gehaltene Schritte verzögern:

a) Die allgemeine Normalisierung zwischen dem sozialistischen Lager und der Bundesrepublik Deutschland als Teil einer europäischen Entspannungspolitik und

b) die notwendige Annäherung der kommunistischen Regierungsparteien in Osteuropa an die sozialdemokratischen Parteien in Westeuropa, hier insbesondere an die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (S. legte auf diesen Gedanken während des Gesprächs besonderen Wert).

2) Die Stellung Ulbrichts in der DDR sei unumstritten. Nur in Rumänien und in der DDR gebe es heute noch die Ein-Mann-Herrschaft alten Typs. Dies seien die beiden einzigen Länder ohne eine wirklich kollektive Führung. Es sei bedauerlich – wenn auch wohl fast unausweichlich –, daß die ersten Schritte der neuen deutschen Bundesregierung<sup>4</sup> nicht zu einer Stärkung der flexiblen Kräfte im sozialistischen Lager geführt hätten, sondern im Gegenteil dazu, daß Ulbrichts Stellung in der DDR stärker geworden sei und daß er jetzt ein Sammelpunkt aller reaktionären Kräfte im sozialistischen Lager geworden wäre. Er hätte dadurch zusätzliches Gewicht in Moskau bekommen. Moskau könne im Augenblick in Europa ohne Ulbricht oder gar gegen Ulbricht nicht entscheiden.

3) Nach Einschätzung Snejdareks steht die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und der Bundesrepublik Deutschland nicht unmittelbar bevor. Es müßte mit großer Geduld an die Frage herangegangen werden. Die übergroße Mehrheit der tschechoslowakischen Führung stehe dem Gedanken sehr positiv gegenüber. Wir sollten aber nicht vergessen, daß der Druck von Moskau und Ostberlin sehr stark ist. Nicht zuletzt seien 70% des tschechoslowakischen Außenhandels auf diese beiden Länder gerichtet. Snejdarek meinte, es sei nicht unrealistisch, Ende des Jahres doch mit diplomatischen Beziehungen rechnen zu können. Dabei wäre es wichtig, wenn Ungarn und Bulgarien vorangingen. Diplomatische Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland mit Jugoslawien würde er begrüßen. Im Falle Tschecho-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 513*

Politik in Bonn einen Austausch von Wissenschaftlern und „von Artikeln angesehener Wissenschaftler in den beiderseitigen Publikationsorganen“ sowie die „Abhaltung von ‚round-table‘-Konferenzen über gemeinsame Probleme“ vorgeschlagen habe. Snejdarek plädierte für eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen auf wissenschaftlichem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet und bedauerte, daß „die Bundesregierung nicht schon vor einem Jahr die Initiative“ zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen ergriffen habe, denn „damals hätte es keine Schwierigkeiten gegeben“. Sahm kam zu dem Schluß, daß sich Snejdarek offensichtlich bemühte, „den europäisch gesinnten Freund einer deutsch-tschechischen Verständigung darzustellen, was ihm überzeugend gelungen wäre, wenn man nicht sein bisheriges Wirken kenne. So kann man nur schließen, daß er diese Rolle auf Grund eines Auftrages spielte, die schwierige Lage der tschechischen Regierung und die Verzögerung der Antwort auf die Wickert-Mission zu erklären.“ Vgl. VS-Bd. 4264 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Willy Brandt.

<sup>3</sup> Zur Verhärtung der Haltung seitens der UdSSR und der DDR vgl. Dok. 99.

<sup>4</sup> Die Bundesrepublik nahm am 31. Januar 1967 diplomatische Beziehungen zu Rumänien auf. Vgl. dazu Dok. 39.

slowakei würden sie aber nicht die von uns vielleicht erhoffte Initialzündung ausüben, aber es würde ohne Zweifel ein störender Faktor beseitigt.

4) Wichtig für die Argumentation im sozialistischen Lager sei es, daß die Bundesregierung im innerdeutschen Verhältnis versucht, neue Tatbestände zu schaffen. Es sei schon wichtig, wenn den anderen Ländern des sozialistischen Lagers einmal zusammengefaßt dargestellt würde, wie eng und wie intensiv heute bereits die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR und zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion auf allen nichtstaatlichen Gebieten seien. Eine Darstellung dieser nichtstaatlichen Beziehungen würde denen im östlichen Lager helfen, die Auseinandersetzung mit den „reaktionären Kräften“ besser führen zu können.

5) Snejdarek legte großen Wert auf die Beachtung der Rolle, die die sozialdemokratischen Parteien, insbesondere die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, im Prozeß der Normalisierung einnehmen. Er hält es für eine wesentliche Voraussetzung jeder Normalisierung, daß die kommunistischen Parteien in Osteuropa und die sozialdemokratischen Parteien in Westeuropa Formen der Kooperation finden. Der Besuch von Helmut Schmidt in Prag wäre gut und beispielhaft gewesen.<sup>5</sup> Snejdarek rät dazu, ständigen, allerdings auch qualitativ hochstehenden Kontakt zu pflegen. Es sollte in nicht allzu langen Abständen ein führender Sozialdemokrat nach Prag zu Gesprächen kommen.

6) Snejdarek begrüßt, daß ich zur ECE nach Genf komme.<sup>6</sup> Er glaubt sicher zu sein, daß der stellvertretende Außenminister Klička dort ist. Die Gespräche könnten nützlich sein. Er macht aber ausgesprochen darauf aufmerksam, daß die entscheidenden Leute nicht im Außenministerium sitzen. Sie seien in der Parteiführung zu finden, und deshalb sei das Gespräch mit der Parteiführung von entscheidender Bedeutung.

7) Wir haben vereinbart, wenn irgend möglich, in Verbindung zu bleiben.

Hiermit dem Herrn Minister<sup>7</sup> vorgelegt.

Schütz

**VS-Bd. 430 (Büro Staatssekretär)**

<sup>5</sup> Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Schmidt, bereiste im August 1966 Polen, die UdSSR und die Tschechoslowakei. Am 10. August 1966 berichtete er Staatssekretär Carstens, die Gesprächspartner in Prag, „hätten von sich aus dringend die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vorgeschlagen“. Sie hätten erklärt, „dies sei tschechischerseits ohne Bedingungen möglich“. Vgl. VS-Bd. 430 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>6</sup> Die XXII. Jahresversammlung der Europäischen Wirtschaftskommission (ECE) tagte vom 10. bis 28. April 1967. Die Delegation aus der Bundesrepublik wurde von Bundesminister Carlo Schmid geleitet, stellvertretender Delegationsleiter war Staatssekretär Schütz. Vgl. dazu Dok. 127.

<sup>7</sup> Hat Bundesminister Brandt am 31. März 1967 vorgelegen.

**Staatssekretär Schütz an Botschafter Grewe, Paris (NATO)****II B 1-81.01-635/67 geheim****31. März 1967<sup>1</sup>****Fernschreiben Nr. 1063 Plurex****Aufgabe: 1. April 1967, 11.21 Uhr****Citissime**

Betr.: Behandlung des Nichtverbreitungsvertrages im NATO-Rat am 4. April;  
hier: Taktik und Verfahren

**I. Zur Unterrichtung**

1) Durch den Besuch des amerikanischen Abrüstungsbeauftragten Foster in Bonn<sup>2</sup> und das anschließende Schreiben des amerikanischen Präsidenten an den Herrn Bundeskanzler<sup>3</sup> war ein gewisser Zeitdruck von uns genommen worden. Wir haben Zusicherung erhalten, daß die für die deutsch-amerikanischen Konsultationen benötigte Zeit zur Verfügung stehen wird. Daß die Amerikaner die Konsultationen mit ihren Verbündeten ernst nehmen, macht auch die auf ihr Betreiben erfolgte Vertagung der Genfer Konferenz bis zum 9. Mai deutlich<sup>4</sup>, obwohl nur die ohnehin im Frühjahr übliche Konferenzpause vorverlegt wird, und die beiden Weltmächte damit eine ihren Interessen nach Lage der Dinge besser entsprechende Zeiteinteilung erzielen.

2) Wir werden aber insofern wieder unter Zeitdruck gesetzt, als die Amerikaner sich nicht darauf festgelegt haben, der Genfer Konferenz den amerikanisch-sowjetischen Entwurf erst nach befriedigendem Abschluß der Konsultationen mit ihren Verbündeten vorzulegen. Nach der neuen amerikanischen Zeiteinteilung sollen die Konsultationen bis zum 19. April auf jeden Fall praktisch abgeschlossen sein, damit die Sowjets vor der Vorlage eines gemeinsamen Entwurfes am 9. Mai in Genf noch zwei Wochen Zeit zur Prüfung haben.

3) Die Amerikaner möchten den Sowjets und danach der Konferenz zumindest sagen können, daß ihre Verbündeten gegen die gemeinsame Vorlage auf der Genfer Abrüstungskonferenz keine Bedenken hätten, wenn sie sich auch nicht mit dem Text identifizierten.

Die Amerikaner sind darüber hinaus aber offenbar bemüht, wenigstens einige ihrer Verbündeten möglichst auch auf den Vertragsinhalt festzulegen. Dies soll bereits zu einem Zeitpunkt geschehen, zu dem sie sich noch nicht der Zustimmung der anderen Mitglieder der Genfer Konferenz versichern konnten.

4) Wie sehr uns bei dieser Lage an Beschleunigung, aber auch an Vollständigkeit der deutsch-amerikanischen Verhandlungen in Washington liegen muß,

<sup>1</sup> Der Drahterlaß wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lahusen konzipiert.

Hat Botschafter Schnippenkötter am 31. März 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Für die Gespräche mit Bundeskanzler Kiesinger am 9. März und Bundesminister Brandt am 10. März 1967 vgl. Dok. 92 und Dok. 94.

<sup>3</sup> Für das Schreiben des Präsidenten Johnson vom 11. März 1967 vgl. FRUS 1964–1968, Bd. XIII, S. 546–549.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 111.

zeigen die Gründe, mit denen die Amerikaner in den uns am 17. und am 22. März übergebenen „talking points“<sup>5</sup> etliche deutsche Wünsche ablehnen oder zurückstellen wollen.

a) Manche Wünsche könnten von der amerikanischen Regierung nicht akzeptiert werden: Die Möglichkeit, solche Wünsche doch noch durchzusetzen, wird nach Mitteilung des neuen Entwurfs<sup>6</sup> an die Sowjets und Vorlage auf der Genfer Konferenz praktisch nicht mehr gegeben sein.

b) Manche unserer Wünsche seien für die Sowjets nicht negotiabel: Nach Beginn der Verhandlungen in Genf wird die amerikanische Bereitschaft, das amerikanisch-sowjetische Gespräch und die Konferenz mit solchen Wünschen zu belasten, noch geringer sein als vorher.

c) Vielleicht könne der eine oder andere unserer Wünsche aufgrund des Vorbringens anderer Konferenzteilnehmer, insbesondere der Ungebundenen, schließlich noch berücksichtigt werden: Da wir einerseits nicht Konferenzteilnehmer, andererseits aber, nach Ansicht der Amerikaner und der Sowjets, Hauptbetroffene sind, können wir uns für die Wahrnehmung unserer eigenen Interessen nicht auf Dritte verweisen lassen, die sich in einer völlig anderen Ausgangslage befinden.

Auch die Situation in der Allianz spricht dafür, die deutsch-amerikanischen Verhandlungen mit größter Beschleunigung voranzutreiben: Unter den nicht-nuklearen Allianzpartnern zeigt sich eine zunehmende Unruhe über Ausmaß und Intensität der bilateralen deutsch-amerikanischen Konsultationen. Die Amerikaner selbst haben uns bereits darauf hingewiesen<sup>7</sup>, um damit ihrerseits die Notwendigkeit einer Beschleunigung der deutsch-amerikanischen Verhandlungen zu begründen.

5) Wir haben vor niemandem etwas zu verbergen und erheben keine deutschen Sonderwünsche. Unsere Wünsche liegen vielmehr im Interesse aller Nichtnuklearen, insbesondere der europäischen Bündnispartner und der zivilen Atomkräfte. Wir sollten daher mit Nachdruck einen baldigen befriedigenden Abschluß der deutsch-amerikanischen Verhandlungen und ihre anschließende Überleitung in die Konsultationen im NATO-Rahmen zu einem möglichst frühen Zeitpunkt anstreben. Mit der Verteilung der beiden Informationspapiere gemäß Plurex Nr. 930 und 931 vom 17. März an die übrigen NATO-Delegationen<sup>8</sup> hatten wir bereits für deren angemessene Unterrichtung vorgesorgt. Wir sollten die beiden Papiere am 4. April erläutern.

<sup>5</sup> Zur amerikanischen Stellungnahme vom 17. März 1967 auf die deutschen Vorschläge zu einem Nichtverbreitungsabkommen vgl. Dok. 106, Anm. 2, 4 und 8.

Am 22. März 1967 übergab der stellvertretende Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Fisher, Botschafter Knappstein, Washington, eine weitere Stellungnahme zu den Vorschlägen der Bundesregierung. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 674; VS-Bd. 10082 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967; B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Zum überarbeiteten amerikanischen Entwurf für ein Nichtverbreitungsabkommen, der Botschafter Knappstein, Washington, am 31. März und den übrigen NATO-Partnern am 3. April 1967 übermittelt wurde, vgl. Dok. 121, Anm. 3.

<sup>7</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Leiters der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster, mit Bundesminister Brandt am 10. März 1967; Dok. 94.

<sup>8</sup> Mit Drahterlaß Nr. 930, der am 16. März 1967 konzipiert und am 17. März 1967 übermittelt wurde, unterrichtete Staatssekretär Schütz die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris über die Überlegungen der Bundesregierung zum Inhalt des bisher vorliegenden Entwurfs eines Nichtver-

6) Wir müssen allerdings darauf bestehen, daß zunächst die deutsch-amerikanischen Verhandlungen, dann die Konsultationen in der NATO zu einem alle Allianzpartner in ihren wesentlichen Interessen befriedigenden Abschluß gebracht werden, bevor die Amerikaner am 21. April die Verhandlungen mit den Sowjets wieder aufnehmen und den Entwurf gemeinsam mit den Sowjets der Genfer Abrüstungskonferenz vorlegen. Verfrühte Festlegungen, um die sich die Amerikaner heute ebenso bemühen, wie sie sie in den vergangenen Wochen angestrebt haben, sollten wir unbedingt vermeiden. Sie würden auf eine Beeinträchtigung wesentlicher Interessen der gesamten Allianz hinauslaufen.

Es muß daher sichergestellt werden, daß der Verlauf der Sitzung am 4. April nicht dahin gedeutet werden kann, wir hätten gegen die Vorlage des gegenwärtigen Entwurfs auf der Genfer Abrüstungskonferenz – ohne seinem Inhalt im einzelnen zuzustimmen – keine Bedenken. (Foster hatte einen solchen irrigen Schluß aus dem Verlaufe der letzten NATO-Ratssitzung über den Nichtverbreitungsvertrag gezogen, vergl. Drahtbericht aus Genf Nr. 134 vom 24. Februar, Ziffer 2<sup>9</sup>).

7) Wir sollten uns aber nicht dagegen zur Wehr setzen, daß die deutsch-amerikanischen Verhandlungen und die NATO-Konsultationen in den nächsten zwei Wochen ihre entscheidende Phase durchlaufen. Die Durchsetzung unserer wichtigsten Interessen kann nicht länger aufgeschoben werden, da wir die Fortführung der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in der zweiten Aprilhälfte und die gemeinsame Vorlage eines Entwurfs in Genf doch nicht verhindern können. Nach dem 19. April werden die Chancen für das Zustandekommen eines für Deutschland, Europa und das westliche Bündnis annehmbaren Nichtverbreitungsvertrages wesentlich geringer sein als vorher.

Die entscheidende Phase für die Durchsetzung der Wünsche der Allianzpartner hat für uns mit der Übergabe der amerikanischen Antwort zum Hauptteil unserer Wünsche am 22. März begonnen und wird mit der Konsultation im NATO-Rat am 19. April enden.

II. Ich bitte Sie demgemäß, in der Ratssitzung am 4. April zu erklären:

– Den Konsultationen in der NATO vor der Vorlage des Entwurfs auf der Genfer Konferenz komme entscheidende Bedeutung zu.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 517*

breitungsabkommens und „zu einer amerikanischen Interpretation des NV-Vertragsentwurfs“. Vgl. VS-Bd. 4090 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Mit Drahterlaß Nr. 931, der ebenfalls am 16. März 1967 konzipiert und erst am Tag darauf übermittelt wurde, übersandte Schütz der Ständigen Vertretung bei der NATO in Paris eine Aufstellung derjenigen Punkte, die nach Ansicht der Bundesregierung „im Hinblick auf die Belange der Allianz und die Erfordernisse der militärischen Sicherheit der nichtnuklearen Bündnispartner“ vor einer amerikanisch-sowjetischen Einigung „in verbindlicher Form sichergestellt“ sein sollten. Vgl. VS-Bd. 4090 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Am 24. Februar 1967 teilte Botschafter Schnippenkötter, z. Z. Genf, mit, daß der Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde die Ansicht vertreten habe, „die Alliierten hätten im NATO-Rat am 8. Februar dem vorgesehenen Verfahren zugestimmt, ohne damit allerdings den Inhalt des Entwurfs zu billigen. Ich sagte dazu, wir hätten das vorgesehene Verfahren nicht ausdrücklich unterstützt; wir seien der Meinung, daß zunächst die Konsultation fortgesetzt werde. Foster bestätigte das, meinte aber, wir hätten im NATO-Rat keine Einwände gegen die Vorlage des Entwurfs erhoben.“ Vgl. VS-Bd. 4089 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

– Wir könnten der Vorlage eines amerikanisch-sowjetischen Entwurfs in Genf dann<sup>10</sup> zustimmen, wenn<sup>11</sup> der Entwurf und zusätzliche amerikanische Interpretationen wichtigen Interessen Deutschlands, der NATO und der europäischen Einigung genügend<sup>12</sup> Rechnung trügen.

– Wir könnten nicht darauf bauen, daß deutsche Interessen auf der Genfer Konferenz von anderen (z.B. den Ungebundenen) wahrgenommen würden, die sich in einer völlig anderen Ausgangslage befänden. Da wir nicht Mitglied der Genfer Konferenz seien, müßten wir Wert darauf legen, alle uns interessierenden Fragen, auch soweit sie nicht unmittelbar die NATO und Europa betreffen, im Verhältnis zu unseren engsten Verbündeten vorab zu Gehör zu bringen und uns mit ihnen abzustimmen. Auch sei, wenn der Entwurf erst einmal von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion gemeinsam vorgelegt worden sei, mit einer noch geringeren sowjetischen Bereitschaft zu rechnen, den Wünschen der NATO-Verbündeten entgegenzukommen.

– Im Hinblick auf die gesamte Verhandlungssituation seien wir an einer Beschleunigung der Konsultationen innerhalb des Bündnisses interessiert. Sie sollten nach unseren Vorstellungen zumindest in ihrer letzten Phase im multilateralen Rahmen des NATO-Rats geführt werden.<sup>13</sup>

III. Bemerkungen zur Erläuterung unserer den dortigen NATO-Delegationen übergebenen beiden Informationspapiere (Drahterlaß Plurex Nr. 930 und 931 vom 17. März) werden gesondert übermittelt.

Schütz<sup>14</sup>

**VS-Bd. 4091 (II B 1)**

<sup>10</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Schütz handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „so lange nicht“.

<sup>11</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Schütz handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „wie“.

<sup>12</sup> Korrigiert aus: „ungenügend“.

<sup>13</sup> Zur Diskussion im NATO-Rat vgl. Dok. 121.

<sup>14</sup> Paraphe vom 31. März 1967.





## 115

**Vortragender Legationsrat I. Klasse Herrmann, Sofia,  
an das Auswärtige Amt****Z B 6-1-11821/67 geheim****Fernschreiben Nr. 224****1. April 1967****Aufgabe: 3. April 1967, 10.15 Uhr****Ankunft: 3. April 1967, 12.03 Uhr**

I. Heute hatte ich das vor etwa zwei Wochen erbetene Gespräch mit Außenminister Baschew. Ich habe dem Minister unsere Bereitschaft, auch mit Bulgarien diplomatische Beziehungen aufzunehmen, ausgesprochen und dargelegt, daß wir in Zusammenhang hiermit auch über die Deutschland- und Berlinfrage zu sprechen wünschten. Im einzelnen habe ich mich an die Weisung im Drahterlaß Nummer 22 vom 10. Februar<sup>1</sup> gehalten.

Baschew machte daraufhin zunächst allgemeine Ausführungen über die außenpolitische Linie Bulgariens, nach der eine Normalisierung zwischen allen Staaten wünschenswert sei. Eine solche Normalisierung könnte in verschiedenen Formen zwischenstaatlicher Beziehungen verwirklicht werden. Seine Regierung wisse, daß der Normalisierung zwischen den Staaten Schwierigkeiten verschiedener Grade entgegenstünden und sie nicht leicht, schnell und manchmal auch nicht in einem Zug realisiert werden könnte. Die an einer Befriedung und Normalisierung interessierten Regierungen sollten die hierbei hinderlichen Probleme nicht ungelöst vor sich herschieben, andererseits aber auch keine überstürzten Entscheidungen treffen, die schaden könnten.

Konkret zur deutsch-bulgarischen Normalisierung übergehend meinte Baschew, daß bilateral keine Probleme zwischen beiden Ländern bestünden. Es gäbe vielleicht privatwirtschaftliche Fragen aus der Kriegs- und Vorkriegszeit. Diese könnten aber zunächst unerwähnt bleiben. Die deutsch-bulgarischen Beziehungen auf wirtschaftlichen und anderen Gebieten seien gut, aber noch entwicklungsfähig. Einer Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen stehe leider die unausgeglichene Handelsbilanz<sup>2</sup> entgegen, wobei die Bedeutung, die Bulgarien dieser Frage beimesse, auf deutscher Seite nicht immer voll verstanden werde. Baschew erwähnte auch die diskriminierenden Zölle und Abschöpfungen der EWG und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es in den deutsch-bulgarischen Wirtschaftsbeziehungen nicht zu einem Ausgleich der

<sup>1</sup> Ministerialdirektor Ruete bat Vortragenden Legationsrat I. Klasse Herrmann, Sofia, im bulgarischen Außenministerium die Bereitschaft der Bundesrepublik zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu erklären. In dem Gespräch solle er auch die Rechtsauffassung der Bundesregierung in der Deutschland-Frage und in der Berlin-Frage darlegen: „Die Bundesregierung würde bei einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen Wert darauf legen, ihre grundsätzliche Rechtsauffassung, zur Vertretung des ganzen deutschen Volkes legitimiert zu sein, zu wahren und dies auch öffentlich zu erklären. [...] In Kenntnis der abweichenden Rechtsstandpunkte beider Seiten in der Berlinfrage hielten wir es für erforderlich, pragmatische Regelungen zu finden, die sicherstellen, daß die Belange Berlins und der Berliner durch unsere künftige Botschaft befriedigend wahrgenommen werden können. Unter Aufrechterhaltung der beiderseitigen Rechtsstandpunkte sei es gelungen, mit Rumänien in diesen Fragen praktikable Lösungen zu finden. Vgl. VS-Bd. 4206 (II A 5); B 150; Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 28, Anm. 8.

Handelsbilanz auf niederem Niveau, sondern zu einer weiteren Entwicklung komme. Der Minister bat mich, die großen bulgarischen Besorgnisse hinsichtlich dieser Frage in meinem Bericht zu unterstreichen.

Als Leitlinie der bulgarischen Politik stellte Baschew die friedliche Koexistenz, die Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Länder, den gegenseitigen Vorteil und das Streben nach europäischer Sicherheit heraus. Es gäbe allerdings einige Probleme von grundsätzlicher Bedeutung, bei denen leider noch unterschiedliche Auffassungen bei der deutschen und bei der bulgarischen Regierung vorherrschten. Die Ursache dafür sei nach bulgarischer Ansicht in der nicht realistischen Beurteilung der gegenwärtigen Lage in Europa durch die Bundesregierung zu sehen. Zu diesen strittigen Problemen gehörten die Zweistaatentheorie, die Berlinfrage, die Nichtigkeit des Münchener Abkommens ex tunc<sup>3</sup> und die Oder-Neiße-Linie.

Die Bereitschaft der Bundesregierung, diplomatische Beziehungen mit Bulgarien aufzunehmen, sei an sich zu begrüßen. Es sei aber nicht realistisch, wenn die Bundesregierung z.B. in der Frage der Wahrnehmung der Interessen Berlins und der Berliner gewissermaßen Bedingungen stelle.<sup>4</sup> Beide Seiten müßten vielmehr bestrebt sein, die noch offenen grundsätzlichen Fragen zu lösen, da anderenfalls ein anderer Status in den Beziehungen keinen Vorteil bringe und wenig zweckmäßig sei.

Ich erwiderte dem Außenminister, daß erfreulicherweise zu einem Teil Übereinstimmung in der Auffassung bestehe. Auch wir würden die nicht ausgeglichene Handelsbilanz mit Sorge betrachten, sähen jedoch in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen einen politischen Akt, der der Entspannung in Europa dienen solle. Eine Verquickung wirtschaftlicher und politischer Fragen würden wir daher nicht nur im Falle Bulgariens, sondern auch in allen anderen Fällen ablehnen müssen. Allerdings bestehe kein Zweifel, daß die wirtschaftlichen Belange Bulgariens durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen weit mehr gefördert würden, als dies sonst möglich wäre.

Auf die verschiedenen Auffassungen in politischen Grundsatzfragen eingehend, gab ich zu bedenken, daß von den von Baschew genannten Problemen nur die Deutschland- und Berlinfrage bilaterale Probleme berührten und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen schließlich eine bilaterale Angelegenheit sei. Auf meine Frage, ob die von ihm erwähnte notwendige Lösung der Grundsatzfragen nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen erfolgen könne oder als Voraussetzung für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen gedacht sei, erklärte Baschew, daß er die Lösung solcher Grundsatzfragen als Vorstufe zur Normalisierung betrachte, da man andernfalls einen Verzicht auf den eigenen Standpunkt unterstellen könnte. Bulgarien sei jederzeit bereit, zur Lösung der von ihm genannten Grundsatzfragen beizutragen, um zur Normalisierung zwischen beiden Ländern zu gelangen.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675. Zur Auffassung der Bundesregierung hinsichtlich der Gültigkeit des Abkommens vgl. Dok. 3, Anm. 7.

<sup>4</sup> Zur Forderung der Bundesrepublik nach Aufnahme einer Berlin-Klausel in völkerrechtliche Verträge vgl. auch Dok. 11, besonders Anm. 22 und 23.

Ich wiederholte unser Anerbieten, eine Delegation zur Erörterung der Deutschland- und Berlinfrage nach Sofia zu entsenden und ließ die Möglichkeit durchblicken, daß diese Delegation gegebenenfalls auch die anderen von Baschew genannten Grundsatzprobleme behandeln könnte. Der Minister wich einer Antwort aus und sagte, daß es wohl zweckmäßig sei, zunächst die Reaktion der Bundesregierung auf unser heutiges Gespräch abzuwarten; er gab aber schon jetzt zu bedenken, daß die Entsendung einer Delegation in einem so frühen Stadium wohl nicht erforderlich sei. Es wäre besser, im bisherigen Rahmen weiter zu verhandeln; er würde aber unser Angebot, eine Delegation zu entsenden, seiner Regierung vortragen.

Abschließend bat Baschew, das heutige Gespräch vertraulich zu behandeln und keineswegs durch Presseverlautbarungen die Förderung durchaus vorhandener positiver Faktoren zu stören.

II. Baschews Formulierung, daß „die Lösung der Probleme von grundsätzlicher Bedeutung Vorstufe der Normalisierung sei“, hält unsere Frage bewußt in der Schwebe. Die Antwort kann bedeuten:

Eine getarnte Ablehnung, da – wie Baschew weiß – die Probleme kurzfristig nicht gelöst werden können;

Den Wunsch, diese Probleme wenigstens soweit abzuklären, daß sie in Zukunft nicht ständig die technische Verwirklichung der deutsch-bulgarischen Beziehungen stören,

oder eine im Augenblick verständliche taktische Verzögerung.

Aus dem gesamten Gespräch, vor allem aber aus der Bereitschaft, das Gespräch fortzusetzen, und der Bemerkung, Bulgarien werde jederzeit an der Lösung der Probleme mitarbeiten, entnehme ich, daß sowohl eine Verzögerung als auch die weitere Abklärung gemeint sein kann.

III. In unserer Stellungnahme zu den Ausführungen Baschews sollten wir geltend machen, daß die völlige Bereinigung der grundsätzlichen Probleme über den Rahmen des deutsch-bulgarischen Verhältnisses hinausgeht und praktisch ein Hinausschieben der diplomatischen Beziehungen auf Jahre hinaus bedeuten würde. Ferner müßten wir wohl zu erkennen geben, daß die von Baschew als Bedingung bezeichnete pragmatische Lösung der Berlinfrage durchaus nicht als Preisgabe des eigenen Standpunktes verstanden werden müßte, wie dies Baschew vorgibt. Ein ausführlicherer Hinweis auf die rumänische Regelung<sup>5</sup> könnte dieses Argument bekräftigen.

Ich halte es jedenfalls für zweckmäßig, das Gespräch jetzt nicht abreißen zu lassen, und erbitte Weisung.<sup>6</sup>

[gez.] Herrmann

VS-Bd. 4206 (II A 5)

<sup>5</sup> Zur Wahrung des jeweiligen Rechtsstandpunkts von Rumänien und der Bundesrepublik bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen vgl. Dok. 20.

<sup>6</sup> Für den Drahterlaß Nr. 163 des Ministerialdirektors Ruete vom 9. Mai 1967 vgl. Dok. 161.

## 116

**Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter**

II A 1-85.50/1-887/67 VS-vertraulich

4. April 1967<sup>1</sup>

Betr.: TTD

hier: Abschaffung der TTD-Regelung

Bezug: Mündliche Weisung des Herrn Staatssekretärs vom 21. 3. 1967<sup>2</sup>Anlg.: 1 (mit 3 Unteranlagen)<sup>3</sup>

I. Als Anlage wird weisungsgemäß<sup>4</sup> der Entwurf einer Kabinettsvorlage vorgelegt. Danach soll das Auswärtige Amt beauftragt werden, Gespräche mit den Drei Mächten zu eröffnen mit dem Ziel, die Abschaffung der TTD-Regelung zu erreichen.

Die Begründung beschränkt sich weisungsgemäß<sup>5</sup> auf eine Erläuterung des Verfahrens. Eine kurze Übersicht über die Grundlagen der gegenwärtigen TTD-Regelung ist der Kabinettsvorlage beigelegt.

Für den Fall, daß die Kabinettsvorlage dem Kabinettsausschuß für innerdeutsche Beziehungen vorgelegt werden soll, müßte sie auch sachlich begründet werden. Eine sachliche Begründung müßte zu den unter II dieser Aufzeichnung genannten Argumenten Stellung nehmen.<sup>6</sup>

II. Zur Frage, ob das Auswärtige Amt einen Vorstoß für eine Abschaffung der TTD-Regelung unternehmen soll, ist zu bemerken:

Vorbemerkung: Wenn das TTD als Reisedokument für die Bewohner des anderen Teils Deutschlands entfällt, bleibt dem westlichen Ausland praktisch keine andere Wahl, als den „DDR“-Paß als gültiges Reisedokument anzuerkennen. Nur wenige Staaten kennen Sonderregelungen (z.B. regelmäßige Ausstellung eines Paßersatzes durch die Visabehörde des Einreiselandes). Die Einführung einer Sonderregelung in allen westlichen Staaten wird sich nicht durchsetzen lassen.

A. Die Abschaffung der TTD-Regelung hätte folgende Vorteile<sup>7</sup>:

1) Wir machen eine unübersehbare Geste unserer Bereitschaft zur Entspannung. Wir beweisen unsere Entschlossenheit, alle Dinge abzuschaffen, die den

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jung und von Legationsrat von der Gablentz konzipiert.

<sup>2</sup> Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Schütz gestrichen.  
Zur Weisung von Schütz vgl. Dok. 93, Anm. 12.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt.

Als „Unteranlage 3“ fügte Botschafter Schnippenkötter die Aufzeichnung des Staatssekretärs Schütz vom 28. Februar 1967 bei; vgl. Dok. 73.

<sup>4</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Schütz gestrichen.

<sup>5</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Schütz gestrichen.

<sup>6</sup> Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Schütz gestrichen.

<sup>7</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Schütz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „B. Bei einer Abschaffung der TTD-Regelung ergeben sich folgende Vorteile“. Vgl. Anm. 9.

Eindruck erwecken, als könnten sie den freien Verkehr zwischen Ost und West behindern.

2) Wir beseitigen einen Vorwand, den Ostberlin benutzt, um die Ausreise von Privatpersonen ins westliche Ausland zu unterbinden.

3) Wir beseitigen eine Regelung, die in der Vergangenheit gelegentlich<sup>8</sup> zu Auseinandersetzungen mit unseren NATO-Partnern geführt hat.

B.<sup>9</sup> Bei einer Abschaffung der TTD-Regelung ergeben sich folgende Nachteile:

1) Wir tragen selbst wesentlich dazu bei, den anderen Teil Deutschlands im Ausland als „zweiten deutschen Staat“ in Erscheinung treten zu lassen. Die Anerkennung des Passes hat Symbolwert.<sup>10</sup>

2) Wir verschaffen Ostberlin eine wesentliche internationale Statuserhöhung ohne Gegenleistung z. B. auf dem Gebiet des freien Verkehrs.<sup>11</sup>

3) Wir werden voraussichtlich keine Reiseerleichterung für unsere Landsleute drüben erreichen. Das SED-Regime wird diese Maßnahme vielmehr als Bestätigung seiner bisherigen Erpressungspolitik (Verbot der Benutzung von TTDs für Private und Geistliche, Zustimmung zur Benutzung für dem Regime nützliche Reisende) auffassen und nicht daran denken, die Ausreiseperrre zu lockern.<sup>12</sup>

4) Wir gefährden die Grundlagen unserer bisherigen Deutschlandpolitik:

a) Mit ihrer Zustimmung zur TTD-Regelung haben sich alle NATO-Partner zur Viermächte-Verantwortung für Deutschland als Ganzes bekannt und sich darauf festgelegt, in der täglichen Praxis den anderen Teil Deutschlands nicht als „zweiten deutschen Staat“ zu behandeln.

b) Die TTD-Regelung ist eines der wenigen Gebiete, auf denen die Drei Mächte ihre Verantwortung für Deutschland als Ganzes auch für die Deutschen in der Zone wahrnehmen. Ihr Wegfall könnte auch Rückwirkungen auf die Lage in Berlin (Verantwortung für den Sowjetsektor) haben.

c) Ein deutscher Vorstoß gegen die TTD-Regelung, der keinen direkten Nutzen für unsere Deutschlandpolitik verspricht, verleitet unsere NATO-Partner zu dem Fehlschluß, wir wollten die Grundlagen der bisherigen Deutschlandpolitik aufgeben. Ein solcher Fehlschluß hätte unabsehbare Folgen.<sup>13</sup>

<sup>8</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Schütz handschriftlich eingefügt: „sogar“.

<sup>9</sup> Dieser Buchstabe wurde von Staatssekretär Schütz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „A.“ Vgl. Anm. 7.

<sup>10</sup> Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Schütz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Der andere Teil Deutschlands könnte im Ausland als ‚zweiter deutscher Staat‘ in Erscheinung treten. Möglicherweise hat die Anerkennung des Passes Symbolwert.“

<sup>11</sup> Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Schütz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Möglicherweise erhält Ostberlin eine wesentliche internationale Statuserhöhung ohne sofortige Gegenleistung.“

<sup>12</sup> Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Schütz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Möglicherweise wird es Reiseerleichterung für unsere Landsleute drüben nicht geben. Das Regime wird diese Maßnahme als Bestätigung seiner bisherigen Politik auffassen und nicht daran denken, die Ausreiseperrre zu lockern.“

<sup>13</sup> Die unter Punkt 4) folgenden Ausführungen „4) Wir gefährden ... unabsehbare Folgen“ wurden von Staatssekretär Schütz gestrichen.

5) Unser Verhältnis zu den NATO-Partnern in bezug auf Einreisen aus der „DDR“ wird nicht entlastet, sondern voraussichtlich neuen Belastungen ausgesetzt werden:

a) Die gegenwärtige TTD-Regelung sieht eine TTD-Verweigerung nur noch in den Fällen vor, in denen die Reise eindeutig den politisch-propagandistischen Zielen Ostberlins dient.

b) Wenn darüber hinaus ein besonderes innenpolitisches Interesse eines NATO-Partners an der Einreise besteht, kann eine Sonderregelung für den Einzelfall gefunden werden. Nach einem von den Drei Mächten und uns dem Politischen Ausschuß der NATO vorgelegten Vorschlag<sup>14</sup> sollen solche Sonderregelungen von den Drei Mächten und uns nach Konsultationen mit dem betreffenden NATO-Partner in Bonn beschlossen werden. Auseinandersetzungen mit den NATO-Partnern über TTD-Einzelfälle werden damit voraussichtlich weiter eingeschränkt werden.

c) Mit der TTD-Regelung würde auch das generelle Verbot der politisch-propagandistischen Reisen aus der „DDR“ in den NATO-Bereich fallen, an das sich die NATO-Partner halten. Vor einem Verzicht auf das TTD-System sollten wir uns daher darüber klar werden, ob wir entschlossen sind, gegen politisch-propagandistische Reisen von Vertretern Ostberlins in das westliche Ausland in Zukunft keine Einwendungen mehr zu erheben. Wenn dies nicht beabsichtigt ist, würde die Abschaffung der TTD-Regelung unser Verhältnis zu den NATO-Partnern eher belasten, weil immer wieder erforderlich werdende Demarchen unserer Botschafter zur Unterbindung einer politisch-propagandistischen Ausnutzung dieser Reisen weit unangenehmer sind als der jetzt mögliche Hinweis auf die allgemeine TTD-Regelung, welcher der betreffende Staat selbst zugestimmt hat.<sup>15</sup>

III. Abteilung II gelangt zu dem Ergebnis, daß es im Rahmen der augenblicklichen Deutschlandpolitik der Bundesregierung keine überzeugenden Gründe für einen deutschen Vorstoß zur Abschaffung des TTD-Systems gibt. Es wird daher vorgeschlagen, von einer solchen Initiative abzusehen und die Angelegenheit nicht in das Kabinett zu bringen.

Die Abschaffung der TTD-Regelung sollte nach Auffassung von Abteilung II nur im Rahmen einer neuen Deutschlandpolitik erwogen werden, wo sie mit der Forderung nach Gegenleistungen der Zone verbunden werden kann und die Glaubwürdigkeit unserer Haltung in der Deutschlandfrage nicht gefährdet.<sup>16</sup>

<sup>14</sup> Dieser Vorschlag vom 21. März 1967 wurde am 5. April 1967 im Politischen Ausschuß der NATO beraten und angenommen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 565 des Gesandten Oncken, Paris (NATO), vom 5. April 1967; VS-Bd. 4142 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. dazu ferner Dok. 144, Anm. 6.

<sup>15</sup> Die unter Punkt 5) folgenden Ausführungen „5) Unser Verhältnis ... zugestimmt hat“ wurden von Staatssekretär Schütz gestrichen.

<sup>16</sup> Die unter III. folgenden Ausführungen „Abteilung II gelangt ... nicht gefährdet“ wurden von Staatssekretär Schütz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Ich komme zu dem Ergebnis vorzuschlagen, die beigefügte Kabinettsvorlage dem Kabinettsausschuß für innerdeutsche Beziehungen zu unterbreiten.“

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>17</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>18</sup> mit der Bitte um Billigung des Vorschlages unter III. vorgelegt.

i. V. Schnippenkötter<sup>19</sup>

#### Unteranlage 1

Das Bundeskabinett wolle beschließen:

Das Bundeskabinett beauftragt den Bundesminister des Auswärtigen, Gespräche mit den Drei Mächten mit dem Ziel zu eröffnen, die Abschaffung der TTD-Regelung zu erreichen.

Zur Begründung:

- 1) Die derzeitige TTD-Regelung beruht auf den Vorbehaltsrechten der Alliierten und auf Vereinbarungen mit den NATO-Partnern.
- 2) Da die TTD-Regelung auf die in Artikel 2 des Deutschlandvertrages<sup>20</sup> den Drei Mächten vorbehaltenen „Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes“ zurückgeht, muß die Abschaffung der TTD-Regelung von den Drei Mächten beschlossen werden. Die Bundesregierung hat die Möglichkeit, diese Abschaffung im Rahmen der nach Art. 7, Abs. 4 des Deutschlandvertrages<sup>21</sup> vorgesehenen Konsultationen über die Ausübung der alliierten Vorbehaltsrechte vorzuschlagen. Die Konsultationen werden auf deutscher Seite vom Auswärtigen Amt wahrgenommen.
- 3) Sollten die Alliierten unserer Anregung Folge leisten, so wäre der nächste Schritt voraussichtlich eine Mitteilung der ATO-Mächte an die NATO-Partner, daß sie die Abschaffung des TTD-Systems beschlossen hätten und daß damit die Grundlage der TTD-Empfehlungen des NATO-Rats entfielen. Die Form dieser Mitteilung und die Art einer eventuellen deutschen Beteiligung müßte mit den Alliierten vereinbart werden.

#### Unteranlage 2

Die TTD-Regelung

- 1) Die derzeitige TTD-Regelung, nach der Deutsche aus dem anderen Teil Deutschlands nur mit einem gültigen Temporary Travel Document (TTD) des Allied Travel Office (ATO) ins westliche Ausland reisen können, beruht auf

<sup>17</sup> Hat Staatssekretär Schütz vorgelegen, der die Wörter „über den Herrn Staatssekretär“ strich.

<sup>18</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>19</sup> Die Unterschrift wurde von Staatssekretär Schütz in eckige Klammern gesetzt. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Schütz“.

Am 8. April 1967 unterzeichnete Schütz eine gemäß seinen handschriftlichen Bemerkungen überarbeitete Fassung der Aufzeichnung, die noch am selben Tag von Bundesminister Brandt gebilligt wurde. Vgl. VS-Bd. 4142 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>20</sup> Für den Wortlaut des Artikels 2 des Vertrages vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten (Deutschlandvertrag) in der Fassung vom 23. Oktober 1954 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 306. Für einen Auszug vgl. Dok. 93, Anm. 5.

<sup>21</sup> Artikel 7, Absatz 4 des Vertrages vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten (Deutschlandvertrag) in der Fassung vom 23. Oktober 1954: „Die Drei Mächte werden die Bundesrepublik in allen Angelegenheiten konsultieren, welche die Ausübung ihrer Rechte in bezug auf Deutschland als Ganzes berühren.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 309.

- dem TTD-System des ATO (Berlin) (2);
- der Vereinbarung aller NATO-Partner, die Einreise von Deutschen aus der SBZ<sup>22</sup> nur mit einem gültigen TTD zu gestatten (TTD-Erfordernis) (3);
- den vom NATO-Rat gebilligten Regeln für die Ausgabe von TTDs (TTD-Regeln) (4).

## 2) TTD-System

Das von den drei Militärregierungen ausgestellte TTD war nach 1945 das einzige Reisedokument für Deutsche, die ins westliche Ausland fahren wollten. Die allgemeine Anerkennung des Bundespasses machte seit Anfang der fünfziger Jahre die Ausstellung von TTDs für Deutsche in der Bundesrepublik Deutschland überflüssig. Bei Aufhebung der Besatzungsherrschaft 1955 wurde daher mit den Verbündeten vereinbart, daß die drei westlichen Kommandanten in Berlin durch das neugebildete ATO im wesentlichen TTDs für Deutsche aus dem anderen Teil Deutschlands ausstellen sollten, deren „DDR“-Pässe im westlichen Ausland nicht anerkannt werden (vgl. Anlage 2: Schreiben der Alliierten Hohen Kommission vom 3.5.1955<sup>23</sup>).

## 3) TTD-Erfordernis

Da das westliche Ausland (NATO-Staaten und andere befreundete Staaten, z. B. Australien, Neuseeland, Südafrika) den „DDR“-Paß nicht als gültiges Reisedokument anerkannten, war das TTD bei Ausbruch der Berlin-Krise 1958 das normale Reisedokument für Reisen von Deutschen aus dem anderen Teil Deutschlands in westliche Ausland. Es war eines der Gebiete, auf denen westliche Gegenmaßnahmen gegen Übergriffe des Ostens in Berlin ergriffen werden konnten.<sup>24</sup> Diese Gegenmaßnahmen wurden im NATO-Rat vereinbart, der z. B. am 26.8.1961 nach dem Bau der Mauer eine einschneidende TTD-Sperre verhängte.<sup>25</sup> Seit der Berlin-Krise sind daher die NATO-Partner an der Festlegung der Regeln für die TTD-Erteilung (in Form von Empfehlungen des NATO-Rats) beteiligt. Ihre bisherige Praxis, Deutsche aus dem anderen Teil Deutschlands nur mit TTD einreisen zu lassen, wurde damit Teil einer NATO-Vereinbarung.<sup>26</sup>

## 4) TTD-Regeln

Das ATO hatte schon immer eine gewisse TTD-Sperre praktiziert und so unerwünschte Reisen hoher SBZ-Funktionäre ins westliche Ausland verhindert.<sup>27</sup> Die während der Berlin-Krise am 9.3. und am 24.9.1960 eingeführte TTD-Sperre für bestimmte Personengruppen wurde nach dem Bau der Mauer

<sup>22</sup> Die Wörter „der SBZ“ wurden von Staatssekretär Schütz gestrichen. Dafür fügte er ein: „dem anderen Teil Deutschlands“.

<sup>23</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für den Wortlaut des Schreibens des Generalsekretärs der Alliierten Hohen Kommission, Geppert, an Ministerialdirektor Blankenhorn vgl. VS-Bd. 4142 (II A 1).

<sup>24</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Schütz gestrichen. Dafür fügte er ein: „Es galt als eine der westlichen Gegenmaßnahmen.“

<sup>25</sup> Vgl. dazu Dok. 31, Anm. 8.

<sup>26</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Schütz handschriftlich eingefügt: „Über die Wirksamkeit dieser Regelung in Spannungszeiten gibt es geteilte Meinungen. Die ‚Wirksamkeit‘ heute ist mehr als zweifelhaft.“

<sup>27</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Schütz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Das ATO hatte eine gewisse TTD-Sperre praktiziert. Einige, aber nicht alle der unerwünschten Reisen hoher DDR-Funktionäre ins westliche Ausland konnten verhindert werden.“



am 26.8.1961 wesentlich verschärft. Diese TTD-Sperre, die sich auch auf Sport, Wissenschaft und Kultur erstreckte, wurde dann am 2.5.1963<sup>28</sup>, am 18.3.1964<sup>29</sup>, am 30.6.1965<sup>30</sup>, am 1.2<sup>31</sup> und am 7.12.1966 weitgehend abgebaut. Heute werden nur noch für Reisen mit eindeutig politisch-propagandistischem Charakter keine TTDs erteilt (nur etwa 1% aller TTD-Anträge wird zur Zeit abgelehnt).<sup>32</sup> Dem NATO-Rat liegt ein Vorschlag der drei ATO-Mächte und Deutschlands zur Beschlußfassung vor, nach dem auf ausdrücklichen Wunsch eines NATO-Partners im Einzelfall Ausnahmen von der geltenden TTD-Regelung gemacht werden können. Damit kann praktisch allen besonderen Interessen des westlichen Auslandes – ohne Aufsehen und ohne das TTD-System zu gefährden – Rechnung getragen werden.<sup>33</sup>

**VS-Bd. 4142 (II A 1)**

<sup>28</sup> Vgl. dazu den Runderlaß des Ministerialdirigenten Reinkemeyer vom 9. Mai 1963; AAPD 1963, I, Dok. 163.

<sup>29</sup> Vgl. dazu die Aufzeichnung der Politischen Abteilung II vom 10. April 1964; AAPD 1964, I, Dok. 91.

<sup>30</sup> Vgl. dazu den Runderlaß des Ministerialdirektors Krapf vom 8. Juli 1965; VS-Bd. 3563 (II 1); B 150, Aktenkopien 1965. Vgl. dazu ferner die Aufzeichnung des Referats II A 1 vom 2. Dezember 1965; AAPD 1965, III, Dok. 442.

<sup>31</sup> Vgl. dazu den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oncken vom 3. März 1966; VS-Bd. 4140 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966. Vgl. dazu ferner den Drahterlaß des Ministerialdirektors Werz vom 10. Mai 1966 an die Botschaft in Washington; AAPD 1966, I, Dok. 143.

<sup>32</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Schütz handschriftlich eingefügt: „Allerdings hinderten die Behörden in Ostberlin alle Bürger, deren Tätigkeit nicht im direkten Interesse des Regimes liegen, die Anträge zu stellen.“

<sup>33</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Schütz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Es bleibt zweifelhaft, ob damit allen besonderen Interessen des westlichen Auslandes – vor allem aber allen Reisewünschen der Deutschen aus dem anderen Teil unseres Landes – Rechnung getragen wird. Es ist natürlich auch zweifelhaft, ob die Deutschen drüben mehr Bewegungsspielraum bei Abschaffung der TTD-Regelung erhalten. Der freie Teil Deutschlands würde jedoch eine Barriere beseitigen.“

## Bundeskanzler Kiesinger an Präsident Johnson

MB 1238/67

4. April 1967<sup>1</sup>

Sehr verehrter Herr Präsident,

ich danke Ihnen herzlich für Ihren Brief vom 11. März 1967.<sup>2</sup> Ich begrüße sehr Ihren Vorschlag eines kontinuierlichen und umfassenden Gedankenaustauschs und hoffe, daß wir bald Gelegenheit zu einem persönlichen Gespräch haben werden.

Ich hatte mich über die Nachricht, daß Sie vielleicht selbst bald zu einem Besuch nach Europa und dabei auch nach Bonn kommen würden, aufrichtig gefreut. Sollten Sie diesen Plan nicht verwirklichen, so würde ich Ihre Anregung gerne aufgreifen, daß wir uns in absehbarer Zeit zu einem Meinungsaustausch treffen, wo und wann Sie dies für nützlich halten. Vielleicht kann ich über diese Frage in den nächsten Tagen mit Herrn Vizepräsidenten Humphrey sprechen<sup>3</sup>, über dessen Besuch wir uns freuen.

In meiner Regierungserklärung habe ich, wie Sie wissen, auf die hohe Bedeutung unseres Bündnisses mit den Vereinigten Staaten hingewiesen. Ich sagte dabei: „Diese Regierung wird keine der großen Hilfen vergessen, die uns die Vereinigten Staaten in den vergangenen beiden Jahrzehnten geleistet haben. Sie weiß, daß das Bündnis mit den Vereinigten Staaten und den übrigen Partnern des Nordatlantischen Pakts auch heute und in der Zukunft, die wir zu überblicken vermögen, für uns lebenswichtig ist.“<sup>4</sup>

Diese Überzeugung wird von der überwältigenden Mehrheit unserer Bevölkerung geteilt. Ich habe in meiner Regierungserklärung hinzugefügt, daß jedes Bündnis nur soviel wert ist und nur soviel Festigkeit hat wie das Vertrauen der Bündnispartner zueinander, daß ihre vitalen Interessen vom Partner verstanden und berücksichtigt werden. Und ich habe es deutlich ausgesprochen, daß dies sowohl für uns wie für die Vereinigten Staaten gelte.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Staatssekretär Schütz wies Bundesminister Brandt am 4. April 1967 darauf hin, daß das Auswärtige Amt ohne Einfluß auf die letzte Fassung des Schreibens gewesen sei, obwohl es einen ersten Entwurf konzipiert habe. Das Bundeskanzleramt habe zwar den Hinweis aufgegriffen, daß „die bilateralen Gespräche über das Rotationssystem der Amerikaner [...] nur in Vorbereitung der Erörterungen im Rahmen der NATO durchgeführt werden“ sollten. Dafür sei aber der Anregung, bei der Frage der Nichtverbreitung von Kernwaffen auch die Gespräche von Brandt vom 7. bis 11. Februar 1967 in Washington zu erwähnen, nicht entsprochen worden. Schließlich sei auch „ziemlich am Anfang des Briefes“ der Satz hinsichtlich der „Anteilnahme an den Problemen und Sorgen der Vereinigten Staaten“ wegen des Vietnam-Krieges erst nachträglich aufgenommen worden. Schütz führte weiter aus, daß er den Chef des Bundeskanzleramts, Knieper, um Änderung dieses Passus gebeten habe, da er „persönlich Zweifel hätte, ob es notwendig und sinnvoll ist, den Vietnam-Krieg zu erwähnen. Herr Knieper teilte [...] daraufhin mit, daß der Brief schon abgesandt ist.“ Vgl. VS-Bd. 4215 (II); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Für das Schreiben des Präsidenten Johnson vgl. FRUS 1964–1968, XIII, S. 546–549.

<sup>3</sup> Für das Gespräch vom 5. April 1967 vgl. Dok. 120.

<sup>4</sup> Für diesen Passus aus der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTS, Bd. 63, S. 3663.

Auch diese Überzeugung wird vom deutschen Volk geteilt. Unsere beiden Länder haben ihre Sorgen und Probleme, die vom Bündnispartner Verständnis, und wo dies möglich ist, Unterstützung fordern. Nur auf diese Weise bleibt ein Bündnis in den Wechselfällen der geschichtlichen Entwicklung dauerhaft und fest. Seien Sie überzeugt, daß ich mit großer Anteilnahme Ihre eigenen Probleme und Sorgen, insbesondere die schwere Last des Krieges in Vietnam verfolge.

Ich habe in den vergangenen Wochen gelegentlich meiner Sorge über die Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern Ausdruck gegeben und gesagt, daß ein intensiverer und umfassenderer Austausch der Meinungen und Absichten wünschenswert sei um des notwendigen gegenseitigen Verständnisses willen, vor allem, wenn es um Entscheidungen von großer Tragweite geht.

Es ist mir daher ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen für das Verständnis zu danken, daß Sie für diese Sorge zeigten, und für die Initiativen, die Sie ergriffen haben. Sie haben nicht nur mir, sondern auch dem deutschen Volk das Vertrauen in die künftige Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen bestärkt. Diesen freundschaftlichen und engen Beziehungen messe ich, ohne die Möglichkeiten meines Landes ungebührlich zu überschätzen, nicht nur im Blick auf die Interessen unserer beiden Völker, erhebliche Bedeutung bei.

Zu den von Ihnen berührten Problemen möchte ich folgendes bemerken:

Meine Regierung ist sich der großen Bedeutung der Dreiergespräche bewußt. Sie begrüßt es daher, daß ein erfolgreicher Abschluß dieser Gespräche, die Ihrer Initiative zu verdanken sind<sup>5</sup>, bald zu erwarten ist. Ich freue mich, feststellen zu können, daß die Auffassung der Vereinigten Staaten, die Sie in Ihrem Schreiben erläutern, weitgehend mit den Vorstellungen meiner Regierung übereinstimmt. Ich teile Ihre Meinung, daß die Stärke und die Gliederung der Streitkräfte der NATO ausschließlich nach den Erfordernissen der gemeinsamen Sicherheit und nicht unter dem Einfluß vorübergehender finanzieller Schwierigkeiten bestimmt werden sollten.

Wie Sie wissen, hat das bisher angewandte System des Devisenausgleichs für die in Deutschland stationierten amerikanischen Streitkräfte durch deutsche militärische Beschaffungen in den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren zu wachsenden Schwierigkeiten geführt, die zeitweise die Beziehungen unserer beiden Länder belastet haben. Ich begrüße daher lebhaft Ihren Vorschlag, dieses System aufzugeben und durch Regelungen zu ersetzen, die dem Problem besser gerecht werden. Mit Befriedigung habe ich erfahren, daß die zu diesem Zweck mit Unterstützung der Bundesregierung geführten Verhandlungen zwischen der Deutschen Bundesbank einerseits und dem Federal Reserve System und der US-Treasury andererseits soweit gediehen sind, daß eine Regelung in Kraft treten kann, die einer Entlastung der amerikanischen Zahlungsbilanz dient.<sup>6</sup>

<sup>5</sup> Zum Vorschlag vom 25. bzw. 26. August 1966 vgl. Dok. 23, Anm. 14.

<sup>6</sup> Vortragender Legationsrat Hermes teilte der Botschaft in Washington am 31. März 1967 mit: „Unterstaatssekretär Deming und Chairman Martin haben der Deutschen Bundesbank das Einverständnis mit den zwischen der Bundesbank und der US-Treasury bzw. dem Federal Reserve Board vorbereiteten Abmachungen über die Anlage von 500 Mio. Dollar in mittelfristigen ameri-

Die deutsche Regierung weiß, daß bei den Dreiergesprächen dem Bemühen um eine befriedigende Regelung des Devisenausgleichs für die in Deutschland stationierten britischen Streitkräfte besondere Bedeutung zukommt. Dank der kooperativen Haltung Ihrer Regierung ist es der Bundesregierung möglich geworden, trotz der überaus angespannten deutschen Haushaltslage der britischen Regierung ein neues Angebot zu machen. Auf der Grundlage dieses Angebots konnte in den Dreiergesprächen in Washington am 20. und 21. März 1967 eine weitgehende Einigung erzielt werden.<sup>7</sup> Ich hoffe, daß die beteiligten Regierungen bald zu abschließenden Vereinbarungen kommen werden.

Ich verkenne nicht, daß weite Kreise im Kongreß und in der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten für eine drastische Verminderung der amerikanischen Streitkräfte in Europa eintreten. Um so mehr begrüße ich Ihre eigene entschiedene Haltung in dieser Frage.

Ich habe mit Interesse den von Ihnen erwähnten und von Herrn McCloy erläuterten Plan<sup>8</sup> eines begrenzten, turnusmäßigen Austauschs von Truppen zur Kenntnis genommen. Ich bin darüber unterrichtet worden, daß in den Dreiergesprächen in Washington am 20. und 21. März zur Vorbereitung der Beratungen in der NATO eine gemeinsame deutsch-amerikanische Prüfung des Rotationsplans, der zur Zeit vom amerikanischen Verteidigungsministerium ausgearbeitet wird, vereinbart worden ist.

Sie wissen, Herr Präsident, daß die im anderen Teil Deutschlands massierten sowjetischen Streitkräfte, deren Kampfkraft in den letzten Jahren ständig verstärkt wurde, Anlaß zu ernststen Sorgen in der deutschen Bevölkerung geben. Die deutsche Regierung ist daher der Auffassung, daß eine Rückziehung oder Rückverlegungen alliierter Streitkräfte grundsätzlich in Zusammenhang mit einer angemessenen Verminderung der sowjetischen Streitkräfte im anderen Teil Deutschlands und in Osteuropa gebracht werden sollten. Die deutsche Regierung hält es daher für wichtig, daß die Allianz das Ziel einer schrittweisen und ausgewogenen Verminderung der Truppenstärken in Ost und West nicht aus den Augen verliert, auch wenn sich seiner Verwirklichung vorübergehende Schwierigkeiten entgegenstellen. Ich schlage daher vor, daß die in den Dreiergesprächen begonnene Prüfung dieser Frage auch nach dem Abschluß dieser Gespräche fortgesetzt wird.

Hinsichtlich des Problems der internationalen Liquidität haben mir meine Mitarbeiter berichtet, daß die gemeinsamen Besprechungen im IWF und in der Zehnergruppe einen guten Verlauf nehmen, so daß die Fertigstellung eines für

*Fortsetzung Fußnote von Seite 531*

kanischen Schatzanweisungen (in vier gleichmäßigen Raten, beginnend im Juli 1967 und endend im April 1968) telegrafisch erklärt. Das Auswärtige Amt hat der Bundesbank daraufhin bestätigt, daß der Austausch der vorgesehenen Briefe nunmehr erfolgen kann.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 300; VS-Bd. 5107 (III A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

Für den Schriftwechsel zwischen dem Präsidenten der Bundesbank, Blessing, und dem Vorsitzenden der amerikanischen Notenbank, Martin, vom 30. März bzw. 13. April 1967 sowie für das Schreiben des Bundeskanzlers Kiesinger vom 30. März 1967 an Blessing vgl. HEARINGS BEFORE THE COMBINED SUBCOMMITTEE OF FOREIGN RELATIONS AND ARMED SERVICES COMMITTEES ON THE SUBJECT OF UNITED STATES TROOPS IN EUROPE, U.S. Senate, 90th Congress, 1st Session, 3. Mai 1967, Washington D.C. 1967, S. 81 f.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Dok. 109.

<sup>8</sup> Für das Gespräch mit dem Sonderbeauftragten des amerikanischen Präsidenten am 4. März 1967 vgl. Dok. 87.

alle annehmbaren Plans für den Eventualfall (contingency-plan) in absehbarer Zeit möglich erscheint.<sup>9</sup> Die deutsche Regierung wird hierzu nach ihren besten Kräften beitragen. Ich habe angeordnet, daß ich über den Fortgang der Beratungen ständig unterrichtet werde.

Ihre Bemerkungen zur Frage eines Nichtverbreitungsvertrages, insbesondere Ihre Zusicherung gründlicher und die notwendige Zeit berücksichtigender Konsultationen mit dem Ziel, Lösungen zu erarbeiten, die auch für die Bundesrepublik annehmbar wären, habe ich mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Sie wissen, daß die prinzipielle Haltung der Sowjetunion gegenüber der Bundesrepublik und die völlig unberechtigten Angriffe, Anschuldigungen und Drohungen führender sowjetischer Politiker gegen die Politik der Bundesregierung<sup>10</sup> für uns in diesem Zusammenhang ein besonders schwieriges Problem darstellen. Das deutsche Volk erwartet von seiner Regierung, daß sie ihre Entscheidung in dieser hochwichtigen Frage nach ihrer eigenen Einsicht und ihrem eigenen Gewissen trifft. Das heißt, daß sie dabei ebenso das hohe Ziel internationaler Entspannung und Friedenssicherung wie die Lebensinteressen unseres eigenen Landes im Auge behält. Die Besprechungen, die ich vor kurzem mit Botschafter Foster<sup>11</sup> in dieser Frage hatte, sind, wie ich hoffe, für den weiteren Fortgang unserer Beratungen nützlich gewesen. Auch bei der Lösung dieser Frage hat meine Regierung den Bestand und die Dauerhaftigkeit unseres Bündnisses und die gemeinsamen Interessen unserer beiden Völker im Auge.

Ich danke Ihnen, Herr Präsident, für die freundlichen Wünsche, die Sie mir und meiner Familie gesandt haben. Meine Frau und ich erwidern diese guten Wünsche für Sie selbst, für Mrs. Johnson und Ihre Familie auf das Herzlichste.

Aufrichtig  
[gez.] Ihr Kiesinger

VS-Bd. 10078 (Ministerbüro)

<sup>9</sup> Vgl. dazu Dok. 147, Anm. 17.

<sup>10</sup> Vgl. dazu die sowjetische Erklärung vom 28. Januar 1967 „über den Nazismus und Militarismus in der Bundesrepublik Deutschland“; DzD V/1, S. 403–409. Für Auszüge vgl. Dok. 38, Anm. 9, und Dok. 44, Anm. 7.

<sup>11</sup> Für das Gespräch mit dem Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde vom 9. März 1967 vgl. Dok. 92.

**Botschafter Herwarth von Bittenfeld, Rom,  
an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-11864/67 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 228**

**Aufgabe: 5. April 1967, 10.10 Uhr**  
**Ankunft: 5. April 1967, 11.32 Uhr**

Betr.: Gespräche des Herrn Bundesministers des Auswärtigen mit Delegationschefs der WEU-Staaten vor der Ratstagung<sup>1</sup>

Bundesminister hatte eingehende Unterhaltungen mit den Ministern Fanfani, Luns, Brown, Grégoire, van Elsdale und Generalsekretär Alphand. Hierbei wurden folgende Themen berührt.

1) Gipfelkonferenz Rom<sup>2</sup>

Botschafter Alphand äußerte sich gegenüber Bundesminister und Italienern dahin, daß wohl voraussichtlich mit einer Teilnahme de Gaulles zu rechnen sei, nachdem der General bereits bei Erhalt der Einladung sich mündlich wohlwollend geäußert habe. Alphand rechnet damit, daß endgültige Antwort schon nächste Woche erfolgt.<sup>3</sup> Er gab unmißverständlich zu verstehen, daß Beitritt Großbritanniens nicht auf Tagesordnung stehen dürfe und nicht im Konferenzsaal behandelt werden sollte. Gespräche am Rande der Konferenz könne man selbstverständlich führen. Italiener nehmen, falls de Gaulles Zusage bald kommt, Termin um den 10. Mai in Aussicht.<sup>4</sup> Fanfani beabsichtigt, Gipfelkonferenz in Rom nicht durch große Tagesordnung zu belasten. Man müsse sich damit begnügen, kleinen Schritt nach vorwärts zu machen. Am 1. Tage werde 10jähriges Jubiläum Römischer Verträge gewürdigt werden, am 2. Tage könnte man Fragen wie Ost-West-Probleme (da darüber weitgehend Einigkeit bestehe und infolgedessen keine Schwierigkeiten zu erwarten wären) behandeln und die Fusion abschließend besprechen, im übrigen eine Formel finden, die es gestattet, daß die Regierungschefs oder Außenminister zu gegebener Zeit sich erneut zur Behandlung politischer Fragen treffen.

<sup>1</sup> Zur WEU-Ministerratstagung am 4./5. April 1967 in Rom vgl. Dok. 119.

<sup>2</sup> Zum Vorschlag des italienischen Außenministers Fanfani, anlässlich des zehnten Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaften zu veranstalten, vgl. Dok. 8.

<sup>3</sup> Zur Frage einer Teilnahme des französischen Staatspräsidenten vgl. Dok. 17, besonders Anm. 7. Am 11. April 1967 informierte der Generalsekretär im französischen Außenministerium, Alphand, Botschafter Kläiber, Paris, darüber, daß Staatspräsident de Gaulle am Vortag seine Bereitschaft zur Teilnahme an der geplanten Konferenz der Staats- und Regierungschefs mitgeteilt habe: „Allerdings gehe de Gaulle davon aus, daß das Gipfeltreffen ohne feste Tagesordnung einberufen werde. Gesprächsgegenstand könnten der weitere Ausbau der EWG zur Wirtschaftsunion, die Fusion der Exekutiven, Ost-West-Probleme und sonstige gemeinsam interessierende politische Fragen sein. Lediglich die Angelegenheit des Eintritts Großbritanniens in den Gemeinsamen Markt halte de Gaulle noch nicht als Gesprächsthema am Konferenztisch in Rom für geeignet. Sollten die EWG-Partner mit dieser französischen Auffassung übereinstimmen, so sei der General bereit, persönlich nach Rom zu kommen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 591; Ministerbüro, Bd. 332.

<sup>4</sup> Am 28. April 1967 unterrichtete der italienische Botschafter Luciolli Bundesminister Brandt darüber, „daß sich alle sechs Regierungen der EWG mit der Wahl des 29. und 30. Mai für das geplante Treffen in Rom [...] einverstanden erklärt haben“. Für das Schreiben vgl. Referat I A 2, Bd. 1195.

Im Gespräch mit Fanfani und Grégoire hat Bundesminister Standpunkt vertreten, daß Harmels Ideen<sup>5</sup> (Konsultationsabsprache) nicht weiterführen. Derartige Absprache wäre an sich vernünftig, weiterer Gedanke, Briten sofort zu beteiligen, wäre aber bedenklich und würde auf Widerstand stoßen.

### 2) Fusion der Gemeinschaftsorgane und Nachfolge Hallsteins<sup>6</sup>

Außenminister sind übereinstimmend der Auffassung, daß schon vor Gipfelkonferenz Rom über nunmehrige Durchführung der Fusion endgültige Klarheit geschaffen werde müsse. Bundesminister unterrichtete seine Kollegen über bisherige Besprechungen zwischen Deutschland und Frankreich, wobei Amtsdauer Hallsteins mit berührt wurde. Es liege hinsichtlich des Rücktrittsdatums Hallsteins noch kein Einverständnis mit Franzosen vor. Deutsche Regierung sei dafür eingetreten, daß Hallstein noch neun Monate bis ein Jahr nach Bildung der neuen Kommission im Amt bleibe. Diese Übergangsperiode habe Hallstein aufgrund seiner großen Leistungen verdient. Außerdem erfreue sich Hallstein großen Ansehens im Deutschen Bundestag. De Gaulle habe aber auf 31. Dezember 1967 bestanden. Auch Botschafter Alphand äußerte sich in Rom im gleichen Sinne. Infolge der französischen Wahlen habe sich der Besuch Couves in Bonn verzögert.<sup>7</sup> Er hoffe, daß bald eine deutsch-französische Einigung über Hallstein zustande komme. Er versprach Fanfani sofortige Unterrichtung. Die Fusion sollte spätestens am 1. Juli in Kraft treten.

Als Nachfolger für Hallstein schlug Minister Luns Mansholt vor. Bundesminister wies darauf hin, daß Franzosen wohl Mansholt ablehnen würden. Minister Fanfani erklärte, daß italienische Regierung aus Loyalität gegenüber deutschen Bundesgenossen nicht über Nachfolger Hallsteins sprechen werden, bis Einigung über Übergangszeit Hallsteins erreicht sei. Gerüchtweise werden als Kandidaten für Nachfolge Hallsteins genannt: italienischer EWG-Kommissar Colonna und belgischer EWG-Kommissar Rey. Belgischer Minister äußerte sich über Nachfolge nicht, da Kommission sich in Brüssel befinde. Aus Gespräch Alphand ergab sich Eindruck, daß Franzosen vielleicht belgischen Kandidaten Vorzug geben würden. Bundesminister hat italienischer Seite für loyales Verhalten bei der Lösung dieses Problems gedankt, ihnen aber geraten, falls sie auf italienischen Kandidaten Wert legen, diesen schon jetzt zu benennen.

### 3) Eintritt Großbritanniens in die EWG

Minister Brown erklärte in Gegenwart von Staatsminister Mulley gegenüber Bundesminister, daß britische Regierung voraussichtlich Mitte Mai grundsätzliche Erklärung über Beitritt abgeben werde. Reine Grundsatzerklärung habe nach seiner Meinung verschiedene Nachteile, aber keine Vorteile. Ferner sei er der Ansicht, daß es besser sei, neuen Antrag zu stellen, als alten Antrag zu erneuern.<sup>8</sup> Endgültige Entscheidung hierüber sei aber noch nicht gefallen.

<sup>5</sup> Zum Aide-mémoire der belgischen Regierung, das am 20. Februar 1967 Bundesminister Brandt übergeben wurde, vgl. Dok. 82.

<sup>6</sup> Vgl. dazu auch Dok. 17.

<sup>7</sup> Zum Besuch des französischen Außenministers Couve de Murville am 28. April 1967 in Bonn vgl. Dok. 134, Anm. 9.

<sup>8</sup> Auf der EWG-Ministerratstagung vom 28./29. Januar 1963 konnte keine Einigung über einen britischen zur EWG erzielt werden, so daß der Antrag Großbritanniens vom 10. August 1961 formal weiterhin Bestand hatte. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 60.

Wilson sei sich noch nicht im klaren. Augenblicklich würde Beitrittsfrage im Kabinett fortlaufend beraten. Eine kleine Minorität sei dagegen; u. a. sei auch mit Rücktritten zu rechnen. Mit der EFTA müsse demnächst über Beitritt gesprochen werden.<sup>9</sup> Sobald Entscheidung im Kabinett gefallen sei, müsse parlamentarische Fraktion der Labour-Party unterrichtet werden, darauf folge zwangsläufig Debatte im Parlament. Minister Brown legte eindeutig dar, daß ein Hinziehen dieser Prozedur aus innenpolitischen Gründen nicht möglich sei. Mitte Mai würde dieser Prozeß voraussichtlich abgeschlossen sein.

Bundesminister legte noch einmal Gründe dar, aus denen uns späteres Datum für Stellung des Antrages günstiger erscheine.<sup>10</sup> Minister Brown meinte, daß Franzosen wohl kein Veto aussprechen, aber Behandlung des Antrages möglichst verzögern würden. Bundesminister versprach Minister Brown, ihn rechtzeitig über bevorstehendes Gespräch mit französischem Außenminister in Bonn zu unterrichten, soweit es Großbritannien berühre.<sup>11</sup>

Fanfani legte entscheidenden Wert darauf, daß Briten Antrag auf Beitritt nicht vor Zusage de Gaulles zur Gipfelkonferenz und möglichst auch nicht vor Gipfelkonferenz stellen, da sonst Gipfelkonferenz unnötig belastet werde.

#### 4) Ostpolitik

Bundesminister unterrichtete Fanfani und Alphand über Absichten Bundesregierung, auf sowjetische Erklärung vom Januar Antwort zu erteilen.<sup>12</sup> Alphand meinte, daß eine deutsche Antwort an sich nicht nötig sei, da sowjetische Erklärung ja an alle gerichtet gewesen sei und Fortführung Polemik zu nichts führe. Bundesminister erwiderte, daß Note nicht polemisch sein werde, sondern dazu dienen solle, Dialog mit den Sowjets fortzusetzen.

<sup>9</sup> Zur EFTA-Ministerratstagung am 28. April 1967 vgl. Dok. 124, Anm. 5.

<sup>10</sup> Am 15. März 1967 bat Staatssekretär Lahr Botschafter Blankenhorn, London, der britischen Regierung mitzuteilen, „daß die Beitrittsverhandlungen erst nach Beendigung der Kennedy-Runde aufgenommen werden sollten, womit wahrscheinlich vor Ende Juni nicht gerechnet werden kann“. Ferner sei zu beachten, daß Frankreich die Unausgeglichenheit der britischen Zahlungsbilanz zum Anlaß nehmen werde, die Verhandlungen hinauszuschieben. Schließlich benötige die EWG-Kommission ein Verhandlungsmandat des Ministerrats; eine „Erörterung im Rat über ein derartiges Mandat birgt die Gefahr der Uneinigkeit in sich, was der Sache nur schaden könnte. Wir haben uns von jeher auf den Standpunkt gestellt, daß die Möglichkeiten des bilateralen Vorgesprächs vor Eintritt in das multilaterale Gespräch auszuschöpfen seien, um das Risiko eines Fehlschlags der letzteren möglichst zu verringern.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 903; VS-Bd. 2427 (I A 2); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>11</sup> Am 28. April 1967 informierte Bundesminister Brandt den britischen Außenminister Brown über die Gespräche mit dem französischen Außenminister Couve de Murville: „1) Im Gegensatz zur bisherigen Haltung ist Frankreich einverstanden, daß auf der Ende Mai in Rom stattfindenden Gipfelkonferenz über alle anstehenden Fragen und damit auch über das Beitrittsproblem Großbritanniens zur EWG gesprochen wird. [...] 2) Couve de Murville ist einverstanden, daß ein etwaiges Beitrittsgesuch Großbritanniens auf einer EWG-Ratstagung noch vor dem 17.7., d.h. vor den Sommerferien, behandelt wird; 3) er hat ausgeführt, daß die Assoziierung Großbritanniens an die EWG nach Auffassung Frankreichs die beste Lösung darstellen würde. Die wirtschaftlichen Interessen Großbritanniens könnten dadurch ebenso gut befriedigt werden wie durch einen Beitritt. Der Hinweis, daß Großbritannien den Beitritt zum Gemeinsamen Markt nicht zuletzt aus politischen Gründen wünsche, sei nicht stichhaltig, denn der Gemeinsame Markt habe keinen politischen Charakter.“ Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 2492 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>12</sup> Für die Erklärung vom 28. Januar 1967 vgl. DzD V/1, S. 403–409. Für Auszüge vgl. Dok. 38, Anm. 9, und Dok. 44, Anm. 7.

Zur Frage einer Antwortnote der Bundesregierung vgl. Dok. 65, Anm. 4.



Bundesminister besprach mit Alphand Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Jugoslawien wegen möglicher Rückwirkungen auf dritte Staaten.<sup>13</sup> Alphand meinte, es wäre an sich besser, wenn Aufnahme Beziehungen mit Jugoslawien gleichzeitig gewissermaßen in einem Paket mit Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu einem anderen Oststaate erfolge. Er meinte aber, daß, falls Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Ungarn nicht so bald gelingen würde, manches dafür spreche, die Reihe mit Jugoslawien allein fortzusetzen.

#### 5) Nichtverbreitungsvertrag

Fanfani entwickelte gegenüber Bundesminister noch einmal Haltung Italiens und wiederholte im Großen und Ganzen Ausführungen Generalsekretärs Ortomas nach Besuch Humphrey in Rom (siehe Drahtbericht Nr. 221 vom 1.4.1967 – VS-v)<sup>14</sup>.

Fanfani unterstrich, daß Vorsicht bei Verhandlungen mit Amerikanern notwendig sei, da Vertrag leicht „schwere Belastung für unsere Enkel“ mit sich bringen könne.

In der NATO-Rats-Diskussion müsse nach Möglichkeit eine wirkliche Erklärung erfolgen. Bundesminister stimmte dem zu und erklärte, daß das NATO-Bündnis gefährdet werde, falls Vertragsentwurf im Zustand der Unreife aus NATO-Behandlung herausgenommen werde.

[gez.] Herwarth

**VS-Bd. 2424 (I A 2)**

<sup>13</sup> Am 31. März 1967 übermittelte Botschafter von Walther, Moskau, die Einschätzung, daß die sowjetische Regierung im Falle einer Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik zu Jugoslawien zwar mit der Herstellung von Beziehungen zwischen blockfreien Staaten und der DDR rechne: „Doch dürfte demgegenüber die Sorge Moskaus um eine einheitliche, restriktive Linie der Warschauer-Pakt-Mitglieder in der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik den Vorrang haben. Der Versuch der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Jugoslawien würde im Sinn einer Prestige- und Konkurrenzfrage das Interesse einer Reihe Warschauer-Pakt-Staaten an der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik steigern. Dies wiederum würde für die Sowjetunion als Führungsmacht des Warschauer Paktes ein weiterer Grund sein, die intransigenten Grundprinzipien ihrer gegenwärtigen Deutschland-Politik zur Geltung zu bringen und sie veranlassen, den Wünschen Ulbrichts in der Verfolgung seiner Ziele in höherem Maße Gehör zu leihen, als dies vielleicht in ihren Intentionen liegt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 435; VS-Bd. 4259 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>14</sup> Botschafter Herwarth von Bittenfeld, Rom, berichtete, dem amerikanischen Vizepräsidenten Humphrey sei bei seinen Gesprächen mit der italienischen Regierung am 31. März und 1. April 1967 „nochmals klar und scharf“ erklärt worden, daß auch die Nuklearmächte eine Abrüstungsverpflichtung eingehen müßten und hierfür eine allgemeine Erklärung in der Präambel nicht ausreiche: „Italien habe im Hinblick auf seine Mittelmeerlage (Ägypten und Israel) besondere Sicherheitsinteressen. Italien müsse Wert darauf legen, daß Vertrag für möglichst große Zahl von Staaten annehmbar wäre. Vertrag dürfe friedliche Anwendung der Nuklearenergie nicht hindern. Ebenfalls dürfe die von Italien vorgeschlagene Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung und technischen Entwicklung nicht behindert werden. Italien müsse darauf Wert legen, daß im Falle europäischer politischer Einigung nukleare europäische Lösung offengehalten werde. [...] Italienischerseits habe man darauf hingewiesen, daß die Sicherheitsgarantie der NATO gegenüber einem nuklearen Angriff zeitlich bedingt sei, während der Verzicht, der den nichtnuklearen Staaten abverlangt werde, dauernd sei. Auch deshalb würde Italien es vorziehen, wenn der Nicht-Verbreitungsvertrag zunächst nur eine versuchsweise Lösung darstelle, die zeitlich begrenzt sei.“ Vgl. VS-Bd. 4272 (II A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

119

**Vortragender Legationsrat I. Klasse Forster, z.Z. Rom,  
an das Auswärtige Amt**

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 229

Aufgabe: 5. April 1967, 10.30 Uhr

Ankunft: 5. April 1967, 12.19 Uhr

Betr.: WEU-Ministersitzung in Rom

1) WEU-Ministerrat trat am 4. April in Rom zusammen. Die Mitgliedstaaten waren durch ihre Außenminister vertreten; Belgien durch den Minister für europäische Angelegenheiten van Elslande, Frankreich durch Generalsekretär Alphand. Im Rahmen der politischen Konsultation erörterte der Rat folgende Themen: Ost-West-Beziehungen, die Lage im Kongo und die Beziehungen NATO-WEU.

2) Ost-West-Beziehungen:

Unterstaatssekretär Lupis berichtete über Verlauf und Ergebnisse des Besuche des sowjetischen Staatspräsidenten Podgornyj in Rom.<sup>1</sup> Dieser Besuch habe das Interesse bestätigt, das Moskau an der Verbesserung der Beziehungen zu westlichen Staaten habe. In Bezug auf Deutschland habe Podgornyj den bekannten starren Standpunkt der Sowjetunion vertreten. Eine europäische Sicherheitskonferenz soll nach seiner Ansicht zum Ziel haben, die tatsächlichen Verhältnisse in Europa anzuerkennen. Hierbei sei auch der Gedanke einer vorbereitenden Konferenz erörtert worden. Italiener seien bereit, positiven Beitrag dazu zu leisten, sähen aber die dort zu behandelnden Fragen in Zusammenhang mit dem Problem des europäischen Gleichgewichts. Sicherheitskonferenz solle nach italienischer Ansicht eine Etappe auf dem Wege zu allmählicher Verbesserung der Verhältnisse in Europa auf wirtschaftlichem, kulturellem und menschlichem Gebiet darstellen. WEU-Rat sei geeigneter Ort, Eindrücke der einzelnen Regierungen über ihre Kontakte mit führenden Vertretern des Ostblocks auszutauschen. Italiener hätten den sowjetischen Vertretern gesagt, man solle einer Entspannung in Europa nicht zuviel Hindernisse entgegenstellen und die Bemühungen, die besonders von der Bundesregierung im gegenwärtigen Zeitpunkt zu einer Auflockerung des Ost-West-Verhältnisses unternommen würden, unterstützen.

Bei der Erörterung des Nichtverbreitungsvertrages hätten Italiener sich für allgemeinen Vertrag ausgesprochen, der ihre Interessen wahre. Nach sowjetischer Ansicht sei für eine Lösung in Vietnam ein Ende der amerikanischen Bombenangriffe unbedingte Voraussetzung. Italiener hätten Sowjets aufgefordert, ihre Stimme in Hanoi zur Geltung zu bringen. Am Ende der Gespräche habe Podgornyj auf die Möglichkeit hingewiesen, bilaterale Beziehungen auf zehn Jahre hinaus zu programmieren. Italienischerseits habe man vorsichtig

<sup>1</sup> Zum Aufenthalt des Vorsitzenden des Obersten Sowjet der UdSSR vom 24. bis 31. Januar 1967 in Italien vgl. Dok. 8, Anm. 26.

reagiert und eine solche langfristige Planung nur bei Einzelprojekten (Fiat<sup>2</sup>) in Aussicht gestellt.

Der Bundesminister berichtete über den Stand der deutschen Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten und sagte, daß nach unserem Eindruck der Tschechoslowakei, Ungarn und Bulgarien an der Aufnahme von Beziehungen mit uns gelegen sei, daß Polen dagegen sich starr verhalte. Mit Widerständen gegen eine Aktivierung unserer Ostpolitik hätten wir von vornherein rechnen müssen. Ostberlin und Warschau hätten, unterstützt von Moskau, eine rege diplomatische und propagandistische Tätigkeit entfaltet. Auf der Warschauer Außenministerkonferenz<sup>3</sup> sei versucht worden, die unter den kommunistischen Staaten bestehenden Meinungsverschiedenheiten über die deutsche Entspannungspolitik zu überbrücken. Der dort erzielte Kompromiß stelle nachträgliche Sanktionierung der rumänischen Auslegung der Bukarester Erklärungen vom Juli 1966<sup>4</sup> dar, wonach Formalisierung nicht gleichbedeutend mit Normalisierung der Beziehungen sei. Diese Unterscheidung ermögliche es den einzelnen kommunistischen Staaten, verbal ihre Solidarität mit Moskau zu bekunden, ohne sich ihrer Handlungsfreiheit bei der Aufnahme von Beziehungen mit uns zu begeben. Von Warschau abgesehen<sup>5</sup>, hätten es die übrigen osteuropäischen Regierungen bisher sorgfältig vermieden, die Frage der Aufnahme von Beziehungen mit Bedingungen zu verknüpfen. In mittelbarem Zusammenhang mit der Warschauer Konferenz ständen die kürzlich zwischen Ostberlin, Prag und Warschau geschlossenen Freundschaftsverträge<sup>6</sup>, durch die die bisher fehlende Einbeziehung der Zone in das bilaterale Vertragsnetz des Warschauer Paktes nachgeholt werde. Als Auswirkung der von Ostberlin entfalteten Aktivität rechneten wir mit einer gewissen Verzögerung der Verhandlungen über die Aufnahme von Beziehungen und auch mit einer gewissen Erschwerung dieser Verhandlungen. Wir würden aber unsere Politik mit Beharrlichkeit und Geduld fortsetzen. Ebenso strebten wir auch die Verbesserung des deutsch-jugoslawischen Verhältnisses an, das zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen führen solle. Bei unseren Bemühungen, die Beziehungen zur Sowjetunion zu verbessern, sähe es im Augenblick nicht so aus, als ob wir zu raschen und überzeugenden Ergebnissen gelangen würden. Der Vorwurf, den man uns mache, den anderen Teil Deutschlands isolieren zu wollen, gehe an die falsche Adresse. Wir gingen davon aus, den Komplex der deutschen Teilung aus einer Politik der europäischen Entspannung nicht auszuklammern. Unser Bemühen, die innerdeutsche Situation zu entkräften<sup>7</sup>, begegne aber auf der anderen Seite keinerlei Aufnahmebereitschaft.

<sup>2</sup> Die Fiat-Werke vereinbarten am 5. Mai 1966 mit der sowjetischen Regierung „die Errichtung einer vollständigen Anlage von Personenkraftwagen in der Sowjetunion“. Das Fiat-Werk entstand in Toljatti (Stawropol). Vgl. den Schriftbericht Nr. 230 des Legationsrats I. Klasse Pfeffer, Rom, vom 10. Mai 1966; Referat III A 6, Bd. 284.

<sup>3</sup> Zur Konferenz vom 8. bis 10. Februar 1967 vgl. Dok. 50, Anm. 7.

<sup>4</sup> Zur Bukarester Deklaration vom 6. Juli 1966 vgl. Dok. 13, Anm. 9.

<sup>5</sup> Zu den polnischen Vorbedingungen für eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik vgl. Dok. 41.

<sup>6</sup> Am 15. und am 17. März 1967 schloß die DDR mit Polen bzw. mit der Tschechoslowakei Verträge „über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“. Für den Wortlaut vgl. DzD V/1, S. 740–743 und S. 767–770.

<sup>7</sup> Korrigiert aus: „entkräften“.

Der Bundesminister betonte, daß die politische Unterstützung unserer Bemühungen durch unsere Verbündeten für uns von großer Bedeutung sei. Er warnte jedoch davor, daß die Krise im westlichen Bündnis den Prozeß der Entspannung ernstlich beeinträchtigen könne. Es spreche manches dafür, daß die sowjetische Führung auf deutsche Angebote deshalb nicht eingehe, weil sie glaube, es zahle sich besser aus, westliche Schwierigkeiten zu Lasten Deutschlands auszunutzen. Dauerhafte Entspannung gedeihe nicht auf dem Hintergrund einer Vertrauenskrise im westlichen Lager. Jede Verständigung auf Kosten von Verbündeten wäre nicht nur kurzfristig, sondern auch gefährlich. Entspannungspolitik erfordere konkrete Verhandlungsziele, die über die Konfrontation der Militärbündnisse hinausweise. Angesichts der Tagesordnung des Rats habe er ein eher bedrückendes Gefühl vom Abstand zwischen Notwendigkeiten und den aktuellen Gegebenheiten der Beratungen. Wenn die WEU sich in der nächsten Zukunft nicht mehr vornehme, könne nichts Entscheidendes erreicht werden. Die Initiative für eine gemeinsame europäische Politik müsse von den Europäern kommen, oder sie werde überhaupt nicht kommen.

Außenminister Brown führte aus, daß in den Ost-West-Beziehungen eine neue Lage entstanden sei. Als entscheidendes Moment nannte er die dramatische Verschlechterung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen. Er zweifle persönlich daran, daß es zu Lebzeiten Maos zu einer Wiederannäherung zwischen beiden Ländern komme. Dennoch habe die Sowjetunion ihre Karten in Europa geschickt ausgespielt. Sie versuche vor allem, einen Keil zwischen die Vereinigten Staaten und ihre europäischen Verbündeten zu treiben. Dies sei besonders deutlich beim Besuch Kossygins in London<sup>8</sup> geworden. Auch die ständigen Angriffe gegen die Bundesrepublik Deutschland gehörten zu dieser Politik. Diese beiden Linien, auf denen die Sowjetunion agiere, ständen miteinander in Widerspruch. Der Westen müsse versuchen, die schwierige Situation, in die die Sowjetunion dadurch komme, zum eigenen Vorteil zu nutzen. Vor allem müsse der Westen seine Einheit, z.B. in WEU und der Atlantischen Allianz, bewahren; diese Einheit jetzt zu zerstören würde bedeuten, daß der Westen seine stärkste Karte wegwirft, wenn er sie unbedingt spielen muß. Institutionen der westlichen Zusammenarbeit könnten eine wichtige Rolle als Instrument der Entspannung spielen; selbstverständlich könnten jeweils bilaterale Kontakte zum Osten hinzukommen. Die organisatorischen Institutionen könnten sie aber nicht ersetzen.

Anschließend betonte Brown nachdrücklich, daß der beabsichtigte Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion in keiner Weise Großbritanniens Verpflichtungen gegenüber seinen Verbündeten beeinträchtigen würde. Der Vertrag solle nur Rahmen für Entwicklung der bilateralen Beziehungen bilden. Britische Regierung werde bezüglich des Vertrags weiter in Kontakt mit ihren Alliierten bleiben.

Im Zusammenhang mit Besuch Rapackis in London<sup>9</sup> beglückwünschte Brown

<sup>8</sup> Zum Aufenthalt des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 6. bis 13. Februar 1967 vgl. Dok. 55, besonders Anm. 8.

<sup>9</sup> Der polnische Außenminister hielt sich vom 21. bis 27. Februar 1967 in Großbritannien auf. Der Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Lord Hood, teilte Botschafter Blankenhorn, London, aus den Gesprächen von Rapacki mit Premierminister Wilson und Außenminister Brown

deutsche Regierung zu den Fortschritten, die sie bei Verbesserung der Beziehungen zu osteuropäischen Staaten erzielt habe. Diese Fortschritte beunruhigten die Polen. Polnische Haltung stehe dabei im Kontrast zu der anderer osteuropäischer Regierungen. Er habe Rapacki gesagt, der Moment sei gekommen, polnisch-deutsche Beziehungen zu verbessern; Polen sollten diese Gelegenheit ergreifen.

Frage einer europäischen Sicherheitskonferenz sei ebenfalls behandelt worden. Nach britischer Ansicht wäre derartige Konferenz nützlich, müsse aber so vorbereitet werden, daß auch die offenen europäischen Probleme (deutsche Teilung) behandelt werden könnten. Die Vereinigten Staaten müßten an dieser Konferenz beteiligt werden. Rapacki habe sich hinsichtlich einer amerikanischen Beteiligung wesentlich zurückhaltender geäußert als früher. Brown glaubt, daß es sich lohne, mit den osteuropäischen Regierungen den Gedanken einer Sicherheitskonferenz weiter bilateral zu erörtern; dabei müsse auf westlicher Seite aber engste Verbindung gehalten werden. Die Entspannung müsse soweit vorangetrieben werden, daß Ost und West an einem Tisch gemeinsam die Probleme beraten. Je eher Großbritannien und andere europäische Staaten der EWG beitreten könnten, desto eher werde Westeuropa stark genug sein, um mit Osteuropa zu verhandeln. Daher rühre auch Interesse an der Erhaltung des vor bald 20 Jahren geschaffenen westlichen Sicherheitssystems (NATO und WEU); dieses System sei kein Hindernis für Entspannung, sondern könne vielmehr geeigneten Rahmen bieten.

Belgischer Europa-Minister van Elsslande berichtete über Gespräche mit rumänischem Außenminister in Brüssel und über die polnisch-belgischen Kontakte auf Beamtenebene, die im September 1966 vereinbart worden seien. Aus seinen Ausführungen über Gespräche mit Manescu ist festzuhalten: dessen Befriedigung über Herstellung diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland (wobei er allerdings hinzufügte, es sei logisch, daß beide deutsche Staaten mit anderen normale Beziehungen unterhielten) und seine Bemerkung, daß bei Abschluß eines Nichtverbreitungsvertrages auch Kernmächte Abrüstungsverpflichtungen übernehmen müßten. Außenminister Harmel habe Anregung Manescus, Zusammenarbeit europäischer Länder im Rahmen der ECE der Entspannung dienstbar zu machen, aufgegriffen. In den belgisch-polnischen Experten-Besprechungen (Januar 1967) seien behandelt worden: Gewaltverzicht, Nichteinmischung, britische „Erklärung über Europa“<sup>10</sup> und

*Fortsetzung Fußnote von Seite 540*

mit, daß es bei der Erörterung der Deutschland-Frage „nicht an Klagen über den neuerwachenden Nationalismus in der Bundesrepublik gefehlt [habe]. Brown hätte all dies zum Anlaß genommen, in einer wohl vorbereiteten, sehr entschiedenen Antwort die Bundesrepublik in Schutz zu nehmen und wirkungsvoll darzustellen, daß weder von einem neuen faschistischen Nationalismus noch Revanchismus die Rede sein könne. [...] Um volle Klarheit zu schaffen, habe Brown von sich aus auch die Frage der Oder-Neiße angesprochen und erklärt, daß die Regelung dieser Frage einem Friedensvertrag mit dem wiedervereinigten Deutschland vorbehalten bleiben müsse und daß die britische Regierung nach wie vor dafür sei, zu gegebener Zeit beiderseits der Oder-Neiße Linie in Abstimmung den Willen der Bevölkerung festzustellen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 407 vom 24. Februar 1967; VS-Bd. 4261 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Zum Entwurf einer britisch-tschechoslowakischen „Deklaration über die Grundsätze europäischer Friedenspolitik“ („Declaration on Europe“), die dem Auswärtigen Amt erstmals am 16. Juli 1966 zur Kenntnisnahme übermittelt wurde, vgl. AAPD 1966, II, Dok. 360, Anm. 35 und 36.

Referat II A 3 bemerkte dazu: „Ob das Projekt verwirklicht werden kann, ist zweifelhaft. Seine ‚Bilateralität‘ ist im Grunde eine Fiktion, da die Deklaration in beiden Paktsystemen erörtert

regionale Sicherheitsmaßnahmen. Der Nichtverbreitungsvertrag sei nur allgemein gestreift worden, da zur Zeit Akzent auf den Genfer Verhandlungen liege. Bei der Erörterung nuklearer Fragen sei man vom Gomulka-Plan<sup>11</sup> und von Harmel-Erklärung vom 17.1.1967 ausgegangen; Belgier hätten aber darauf hingewiesen, daß Gomulka-Plan besser ausgewogen sein und territorial erweitert werden müsse sowie nicht nur auf Nuklearwaffen beschränkt bleiben dürfe. Experten-Gespräche würden fortgesetzt. Außerdem bestehe die Idee, in ECE gemeinsam belgisch-polnischen Resolutionsentwurf über Verstärkung der Ost-West-Beziehungen einzubringen. Anschließend gab van Elslande einen Bericht über den Sachstand bezüglich der belgischen Initiative einer interparlamentarischen europäischen Konferenz und über die jugoslawische Idee, parallel dazu eine Konferenz der europäischen Parlamente zu organisieren. Außenminister Luns bezeichnete Entspannung als Ziel, das auch nach niederländischer Ansicht aktiv verfolgt werden müsse, wobei auch bilaterales Vorgehen von Nutzen sei. Zentralen Punkt bilde aber Notwendigkeit, Entwicklung zu vermeiden, bei der Verbesserung der Beziehungen westlicher Staaten zu Osteuropa schneller voranschreite als deutsche Bemühungen in dieser Richtung. Hier sei große Vorsicht am Platze, denn Sowjets verfolgten gleichzeitig zwei Ziele: Entspannung und Isolierung der Bundesrepublik.

Generalsekretär Alphand gab einen Abriß der französischen Bemühungen um Verstärkung der Beziehungen zum Osten auf der Linie de Gaulles: erst Detente, dann Entente, schließlich Kooperation.<sup>12</sup> Er teilte nicht Ansicht des Bundesministers, Sowjetunion wolle gewisse Spannungen im westlichen Lager ausnutzen. Negative Akzente in der Haltung Moskaus und gewisser osteuropäischer Staaten seien vorwiegend dem Einfluß Ulbrichts zuzuschreiben. Zusammenfassend sagte Alphand, Frankreich und Deutschland stimmten in ihren Ansichten bezüglich der Ostpolitik weitgehend überein; diese Haltung sei von der amerikanischen nicht weit entfernt. Im übrigen sei er mit Brown der Meinung, daß die westliche Entspannungspolitik gegenüber Osteuropa, auch wo sie bilateral betrieben werde, den Zusammenhalt im Westen nicht auflockern dürfe.

Außenminister Grégoire schloß sich in seinen Ausführungen vollinhaltlich der niederländischen Haltung an.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 541*

wurde [...]. Schon um kein Hindernis für eine Entspannungsinitiative zu bilden, [...] haben wir Bedenken nicht gegen den Plan selbst, sondern gegen einzelne Wendungen des Textes geäußert [...]. Die Briten haben uns daher informell in sehr loyaler Weise bei der Textredaktion konsultiert und unsere Anregungen [...] berücksichtigt. Unsere grundsätzlich freundliche Einstellung dürfte sichern, daß wir weiterhin konsultiert werden. Das ist auch notwendig.“ Vgl. die Aufzeichnung für die Konferenzmappe zum Besuch des Bundesministers Brandt vom 12. bis 14. April 1967 in London; VS-Bd. 2510 (I A 5); B 150, Aktienkopien 1967.

<sup>11</sup> Nachdem der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Gomulka, am 28. Dezember 1963 auf der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf einen Vorschlag über das „Einfrieren“ der Nuklearwaffen in Mitteleuropa angekündigt hatte, konkretisierte die polnische Regierung am 29. Februar 1964 ihre Vorstellungen in einem an Frankreich, Großbritannien, die USA, die UdSSR, die Tschechoslowakei, die Bundesrepublik Deutschland, die DDR, Kanada, Belgien und die Niederlande gerichteten Memorandum. Danach sollten in der Tschechoslowakei, Polen, der DDR und der Bundesrepublik keine weiteren Atomwaffen stationiert und die Produktion in diesen Staaten untersagt werden. Für den Wortlaut der Erklärung von Gomulka sowie des Memorandums vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 180 und D 224 f.

<sup>12</sup> Vgl. dazu Dok. 14, Anm. 13.

Anschließend betonte der Bundesminister, daß die Bundesregierung die belgische Initiative für eine europäische IPU-Konferenz unter den bisher beschlossenen Bedingungen begrüße, sich aber gegen jede Bestrebung wenden werde, der Zone Sitz und Stimme in diesem Gremium zuzuerkennen. Zur europäischen Sicherheitskonferenz erklärte er, die Bundesregierung wolle jeden vernünftigen Vorschlag prüfen, der dem Abbau der Spannungen in Europa diene, und schließe dabei auch Gedanken einer Sicherheitskonferenz nicht aus. Vor Einberufung einer solchen Konferenz müsse aber geklärt werden, ob begründete Aussicht auf Erfolg bestehe, daß die USA beteiligt würden, und daß Ostberlin nicht auf dem Umweg über diese Konferenz einer staatlichen Anerkennung näherkommen dürfe. Außerdem wies er auf die schwierige Stellung der Bundesrepublik in den Entspannungsbemühungen hin. Die Freunde unserer Freunde müßten nicht sofort auch die unsrigen werden, blieben sie aber länger unsere Feinde, dann werde sich das aber ungünstig auch auf den Kreis der WEU-Mitgliedstaaten auswirken. Wie Alphand gesagt habe, bestehe ein hohes Maß an Übereinstimmung der Regierungen in der Grundhaltung; man dürfe aber nicht glauben, daß man bei der Abstimmung der Auffassungen über den Inhalt der zu erstrebenden europäischen Friedensordnung schon wesentlich vorangekommen sei.

### 3) Kongo

Van Elslande gab einen Bericht über die letzte Entwicklung der Lage im Kongo, wozu auch Staatssekretär Mulley einige Bemerkungen machte, der außerdem über den Umsturz in Sierra Leone referierte.

### 4) Beziehungen NATO/WEU:

Generalsekretär gab kurzen Zwischenbericht über bisher im Ständigen Rat geleistete Arbeit, wobei er sich auf Dokument CM (67/2) bezog. Auf seine Bitte erteilten die Minister dem Ständigen Rat den Auftrag, auch noch jene politischen Fragen zu prüfen, die beim bisherigen Arbeiten nicht berücksichtigt wurden. Ein endgültiges Dokument soll der Ministerratssitzung in Den Haag vorgelegt werden.

### 5) Termin der nächsten Sitzung:

Auf Vorschlag von Luns wurde vereinbart, Termin für die nächste Ministerratstagung am 4. und 5. Juli in Den Haag in Aussicht zu nehmen. Endgültiger Beschluß ist vor allem noch von französischer Zustimmung (nach Regierungsneubildung) abhängig.<sup>13</sup>

[gez.] Forster

**VS-Bd. 8520 (Ministerbüro)**

<sup>13</sup> Zur WEU-Ministerratstagung am 4./5. Juli 1967 vgl. Dok. 236, besonders Anm. 7.

## 120

### Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Humphrey

Z A 5-49.A/67 geheim

5. April 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler führte am 5. April 1967 um 12.15 Uhr ein erstes Gespräch unter vier Augen mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Hubert H. Humphrey.<sup>2</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* sagte einleitend, er freue sich über die Möglichkeit, einige der Probleme aus deutscher Sicht erläutern und vielleicht manches Mißverständnis aufklären zu können. Er sei manchmal erstaunt, in deutschen und amerikanischen Zeitungen zu lesen, was in seinem eigenen Kopf angeblich vorgehe. Um so mehr begrüße er diese Gelegenheit, die Situation seiner Regierung im Zusammenhang mit der gesamten Weltlage und insbesondere im Blick auf die Vereinigten Staaten erläutern zu können. In der Presse gebe es zu viele Spekulationen, und die fruchtbare Phantasie mancher Journalisten mache es notwendig, sich ohne das Medium solcher Interpreten auszusprechen. Der Herr Bundeskanzler sagte dann, vielleicht wolle der Vizepräsident ihm jedoch zunächst einige Gedanken vortragen. Der Vizepräsident könne sicher sein, daß alles, was er dem Herrn Bundeskanzler und seiner Regierung sage, mit großer Aufmerksamkeit und Verantwortungsbewußtsein aufgenommen werde.

Vizepräsident *Humphrey* bemerkte, die Probleme, die er während seines kurzen Europa-Besuchs erörtert habe, lägen dem Herrn Bundeskanzler sehr am Herzen und seien weitgehend auch ein Anliegen Deutschlands. Zunächst nenne er die Kennedy-Runde. Diese Zollverhandlungen bedeuteten für die Vereinigten Staaten aus vielerlei Gründen außerordentlich viel. Schlügen sie fehl, so hätten die protektionistischen Kräfte in Amerika einen großen Sieg errungen. Des weiteren würde ein solcher Fehlschlag auch zu einer Verstärkung der isolationistischen Strömung führen. Deswegen sei die Kennedy-Runde von ganz besonderer Wichtigkeit. Natürlich umfasse diese Zollverhandlung viele Probleme, doch glaube er, daß man gute Fortschritte schon erzielt habe. Ein weiteres Thema, das er in Holland, in Italien<sup>3</sup> und England schon diskutiert habe, sei der Nichtverbreitungsvertrag. Dieser sei selbstverständlich eine große Sorge für Deutschland und andere Länder. Gleichzeitig messe Präsident Johnson ihm eine hohe Dringlichkeitsstufe bei. Das dritte Thema seiner Gespräche be-

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 6. April 1967 gefertigt und am 14. April 1967 vom Vortragenden Legationsrat Rouget, Bundeskanzleramt, an Legationsrat I. Klasse Wilke übermittelt.

Hat den Staatssekretären Schütz und Lahr am 22. bzw. 24. April 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Der amerikanische Vizepräsident besuchte zwischen dem 26. März und dem 10. April 1967 die Niederlande, Großbritannien, Italien, Frankreich und Belgien. Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 56, 1967, S. 678–685.

Vom 5. bis 7. April 1967 hielt sich Humphrey in Bonn auf. Für ein zweites Gespräch mit Bundeskanzler Kiesinger am 5. April 1967 vgl. VS-Bd. 10089 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. dazu ferner BULLETIN 1967, S. 285–287.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 118, Anm. 14.



treffe den Gesamtbereich der Ost-West-Beziehungen. Die Vereinigten Staaten seien interessiert an dem, was die Bundesregierung zur Verbesserung der Beziehungen mit den osteuropäischen Ländern tue. Viertes Thema sei die Gesamtproblematik der internationalen Liquidität. In dieser Frage sei die deutsche Mitarbeit sehr gut gewesen, wofür er sich besonders bedanken wolle. Ein fünftes Thema behandle das Bündnis und die Stationierung der NATO-Streitkräfte. Präsident Johnson habe ihn gebeten, dem Herrn Bundeskanzler klar zu sagen, daß die Vereinigten Staaten bereit seien, das zu tun, was als amerikanischer Beitrag zur Sicherheit Westeuropas erforderlich sei. Im Rahmen der Dreiergespräche seien bereits Schritte unternommen worden, die eine bessere Regelung für die Devisenkosten vorsähen, als sie bisher vorhanden gewesen seien. Jedenfalls wolle Amerika in keiner Weise einseitig vorgehen.

Der Vizepräsident fuhr fort, bevor er vor 10 Tagen Washington verlassen habe, habe Präsident Johnson ihn gebeten, dem Herrn Bundeskanzler doch zu sagen, daß es niemals einen stärker prodeutschen amerikanischen Präsidenten gegeben habe als heute. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika lege großen Wert darauf, mit Bundeskanzler Kiesinger so zusammenzuarbeiten und ihn so zu konsultieren, wie er dies mit dem Vorgänger des Herrn Bundeskanzlers<sup>4</sup> sowie anderen getan habe. Amerika lege auf das Verhältnis zu Deutschland sehr großen Wert und wolle in ein offenes und freies Gespräch eintreten. Der Präsident habe darauf hingewiesen, daß er in Johnson City und Fredericksburg mit deutschen Jungen und Mädchen aufgewachsen sei. Der Präsident habe die Deutschen gern und wolle dem Verhältnis zur Bundesrepublik und zum Herrn Bundeskanzler persönlich höchste Priorität zumessen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er wolle gleich zu Anfang dieses Gesprächs versuchen, einige Mißverständnisse aufzuklären, die möglicherweise seit Bildung dieser Bundesregierung in Washington aufgetreten seien. Vielleicht gebe es sogar einige Leute in Amerika, die Mißverständnisse schaffen wollten.

Vizepräsident *Humphrey* warf ein, ein paar solcher Leute gebe es sicherlich.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, solche Leute gebe es wohl überall. Er wolle aber ganz klar sagen, daß seine Regierung keineswegs wünsche, das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten zu schwächen, sondern im Gegenteil diese Beziehungen zu stärken. Dies liege im ureigensten deutschen Interesse, denn in der heutigen Welt könne Europa sich nur gemeinsam mit Amerika gegen die gemeinsame Gefahr durchsetzen und gemeinsame Chancen wahrnehmen. Vielleicht habe die Wiederbelebung des deutsch-französischen Vertrages<sup>5</sup> an einigen Stellen Anlaß zu der Meinung gegeben, als wolle die Bundesregierung ihre Zusammenarbeit und kooperative Politik mit Frankreich deswegen beleben, um von Amerika und dem atlantischen Bündnis wegzukommen. Nichts wäre unwahrer als das. Er habe schon anderen amerikanischen Besuchern (Botschafter McGhee, Mr. McCloy usw.) dargetan, daß die Bundesregierung General de Gaulle und seinen Mitarbeitern ganz klar gemacht habe, daß sie unter keinen Umständen den französischen Schritt tun könne, sich aus dem

<sup>4</sup> Ludwig Erhard.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

integrierten NATO-System zurückzuziehen.<sup>6</sup> Die Zusammenarbeit mit Frankreich habe gerade erst wieder neu eingesetzt, und der Vertrag bedürfe der Interpretation. Man sei nun dabei festzustellen, wo es Gebiete für ein gemeinsames Vorgehen mit Frankreich gebe, und wo notwendigerweise die jeweiligen Positionen unterschiedlich sein müßten. Er kenne die Gespräche, die früher mit de Gaulle geführt worden seien, und habe gerade deswegen besonderen Wert darauf gelegt, nichts im Unklaren zu lassen, sondern ganz genau auszusprechen, wo Einigkeit und wo verschiedene Meinungen gegeben seien. De Gaulle habe sich dieser Methode auch völlig angeschlossen, was insbesondere in den Abschlusßerklärungen beider Seiten<sup>7</sup> zum Ausdruck gekommen sei. Er sehe daher nicht den geringsten Grund, warum eine deutsch-französische Zusammenarbeit, die sich insbesondere im Gebiet des Verhältnisses zu Osteuropa und überhaupt im europäischen Bereich abspielen werde, das deutsche Verhältnis zur NATO und den Vereinigten Staaten in irgendeiner Weise stören könnte. Er sei im Gegenteil felsenfest davon überzeugt, daß Deutschland längerfristig gesehen sogar dazu beitragen könne, selbst die französische Haltung gegenüber der NATO wiederum etwas positiver zu gestalten.

Vizepräsident *Humphrey* stimmte dieser Auffassung zu.

Der Herr *Bundeskanzler* bekräftigte, dies sei jedenfalls die deutsche Absicht.

Vizepräsident *Humphrey* betonte, die amerikanische Regierung halte ein enges deutsch-französisches Verhältnis für wesentlich für ein starkes und unabhängiges Europa. Bei richtiger Konsultation zwischen Deutschland und Amerika könne dies nur Gutes zeitigen. Die Stimmen, die in seinem Lande laut geworden seien und Zweifel und Sorge über den deutsch-französischen Vertrag und das deutsch-französische Verhältnis ausgedrückt hätten, seien keine verantwortlichen Stimmen von Regierungsseite. Amerika habe das deutsch-französische Verhältnis gefördert, das natürlich nicht zu Lasten anderer gehen dürfe, sondern dazu dienen müsse, die Gesamtlage zu verbessern.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte dann, er habe sogar Komplimente in der amerikanischen Presse erhalten (und sich darüber gefreut), daß die Bundesregierung nunmehr gegenüber den Vereinigten Staaten eine unabhängigere Haltung einnehmen wolle. Sicherlich begehe er keinen Vertrauensbruch, wenn er dem Vizepräsidenten nun etwas von seinem Gespräch mit de Gaulle mitteile. De Gaulle habe in dieser Unterhaltung gesagt, die Deutschen seien alle (sogar Adenauer) den Amerikanern gegenüber zu folgsam. Frankreich wolle eine unabhängige Politik verfolgen. Er (der Herr Bundeskanzler) habe darauf erwidert, er werde gewiß keine Politik verfolgen, die man als „folgsam gegenüber Amerika“ bezeichnen könne. Er sei aber der Auffassung, daß es gemeinsame Interessen gebe, die eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit und insbesondere das deutsche Verbleiben im integrierten System der NATO sowie das Verbleiben der amerikanischen Truppen auf deutschem Boden erforderten.

<sup>6</sup> Zum Ausscheiden der französischen Streitkräfte aus der militärischen Integration der NATO am 1. Juli 1966 vgl. Dok. 7, Anm. 9.

Zu den Gesprächen des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem Sonderbeauftragten des amerikanischen Präsidenten, McCloy, am 16. Dezember 1966 und mit dem amerikanischen Botschafter McGhee am 20. Dezember 1966 vgl. AAPD 1966, II, Dok. 400 bzw. Dok. 406.

<sup>7</sup> Für die deutsch-französische Regierungsbesprechung am 14. Januar 1967 vgl. Dok. 19.

Er betrachte sich nicht als einen Satelliten, sondern als einen Verbündeten. Natürlich wisse er, daß Deutschland kein sehr großes Land sei und es immer zu Problemen führe, wenn eine sehr große Macht mit einer kleineren verbündet sei. Bei gegenseitigem Verständnis sollten aber die daraus resultierenden Fragen gelöst werden können. Er habe dann darauf hingewiesen, daß man nützlicherweise vielleicht überlegen sollte, inwieweit die Interessen Amerikas, das selbstverständlich in Europa amerikanische Lebensinteressen vertrete, mit den europäischen Interessen übereinstimmten. Als der kalte Krieg auf seinem Höhepunkt gewesen sei, sei diese Übereinstimmung vielleicht fast hundertprozentig gewesen. Jetzt sei dies möglicherweise etwas anders, denn die Vereinigten Staaten hätten weltweite Sorgen, was notwendigerweise zu einer gewissen Verlagerung führe. Setze man sich aber hin und spreche über diese Dinge, wie Unabhängigkeit, kleine Länder, Großmächte, und vergleiche einmal die jeweiligen Interessen mit dem Ziel, die übereinstimmenden Interessen festzustellen, so könne man von dieser Grundlage aus weiter diskutieren. Gewiß habe er de Gaulle nicht überzeugt und de Gaulle habe ihn nicht überzeugt. Dennoch glaube er und habe dies auch einigem entnommen, was de Gaulle gesagt habe, daß de Gaulle wie jeder andere wisse, daß die Zukunft Europas ohne enge Bande zwischen Europa und Amerika nicht gesichert werden könne. De Gaulle glaube dies, auch wenn er eine Politik der Unabhängigkeit verfolge.

Vizepräsident *Humphrey* sagte, tatsächlich habe es, als der kalte Krieg auf seinem Höhepunkt gewesen sei, gegolten, sich gegen den Strom einer potentiellen kommunistischen Aggression zu stellen, und dies sei der Zement gewesen, der das Bündnis zusammengehalten habe. Nunmehr sei man in eine neue Periode eingetreten, in der Westeuropa viel stärker sei und die einzelnen europäischen Länder sehr viel blühender geworden seien, eine moderne Industrie aufgebaut hätten, so daß ein völlig neues Gesamtbild entstanden sei. Dies bedeute nicht, daß die sowjetische Bedrohung nicht mehr vorhanden sei. Er gehöre nicht zu den Leuten, die meinten, man habe nun eine Entspannung. Das Wort Entspannung habe einen ganz besonderen Charakter. Er habe Botschafter McGhee gesagt, allzu oft verwende man die Worte zu leichtfertig. Wenn man einem Mädchen sage, man habe es gern, so dies ganz anders, als wenn man zu ihm sage: „Ich liebe dich“. Man müsse also auf die Worte achten, die man sage. „Entspannung“ bedeute, daß alle Probleme gelöst oder beiseite geschoben seien. Ein solcher Zustand sei aber noch nicht erreicht. Natürlich hoffe Amerika, ein besseres Verständnis fördern zu können und zu erreichen, daß die Sowjetunion und die NATO-Länder gemeinsam ein vernünftiges Verhältnis fänden, was letztlich bedeute, daß die Sowjetunion ihr Verhältnis zum Westen vernünftiger betrachte. Deswegen ermutige Amerika Ost-West-Sondierungen, Handel und kulturellen Austausch. Die Sowjetunion sei heute vorsichtiger geworden, nicht etwa, weil der Westen weich gewesen sei, sondern weil er fest geblieben sei, gleichzeitig aber nach Mitteln und Wegen gesucht habe, um darzutun, daß er vernünftig vorzugehen gedenke und eine friedliche Koexistenz wünsche. Wer meine, daß die NATO heute keine Rolle mehr spielen müsse, weil Europa stabiler geworden sei und eine Entspannung sich abzeichne, falle einem Irrtum anheim. Er (der Vizepräsident) glaube, daß die NATO jetzt eine neue Rolle übernehmen müsse. Man löse ja auch nicht die Polizei auf, wenn die Verbrechen zurückgingen. Die neue Rolle der NATO bestehe darin, in ver-

stärktem Umfang vielerlei Fragen zu beraten und sich gegenseitig zu konsultieren, damit die einzelnen Mitgliedstaaten in ihren Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern keine getrennten Wege gingen. Natürlich sei die tatsächliche Durchführung der Politik jeweils bilateral, aber es müsse eine Verständigung aller Partner erzielt werden, wie man vorgehen solle. Ein Grund dafür, warum es bei manchen Sprechern Mißverständnisse gebe, liege darin, daß eine neue Situation heute gegeben sei. Es gebe heute ein neues Europa und einen neuen europäischen Nationalismus, denn die Europäer seien stolz darauf, Europäer zu sein. Auch das Gefühl für die europäische Einheit wachse. Dies widerspreche keineswegs dem Prinzip einer Partnerschaft mit Amerika, vorausgesetzt, daß alle als Partner akzeptiert würden und den Willen zur Zusammenarbeit hätten. Der gemeinsame Markt bedeute für Amerika zwar eine schärfere Konkurrenz, gleichzeitig aber ein stärkeres Europa. Die amerikanische Politik sei gekennzeichnet durch die von Präsident Kennedy eingeleitete und von Präsident Johnson durchgeführte Konzeption der atlantischen Partnerschaft. Je mehr alle Beteiligten zu gleichberechtigten Partnern würden, um so stärker werde das Bündnis. Wenn man darum über Fragen wie Handel, Nichtverbreitungsvertrag und Ost-West-Beziehungen spreche, so müsse man diese Dinge gemeinsam erarbeiten, denn jedes Land lasse sich letztlich von seinen eigenen Interessen leiten, und es gebe kein stärkeres Motiv als das Eigeninteresse, das natürlich nicht dem anderen schädlich sein dürfe. Nur jene Verträge seien etwas wert, die gegenseitig wünschenswert seien. Er sage ganz offen, daß manches Mißverständnis in der Presse teilweise darauf zurückzuführen sei, daß eine neue Situation gegeben und neue Initiativen getroffen worden seien. Er nehme als Beispiel den Nichtverbreitungsvertrag, der für jeden ein mächtiger Schritt sei. Wenn man oberflächlich davon spreche, sei dieser Vertrag eine wunderbare Sache, und auch tatsächlich komme ihm äußerste Bedeutung bei. Es sei aber nur recht und billig, wenn Deutschland, Italien usw. sich die Frage stellten, ob dieser Vertrag, der nun dem eigenen Lande gewisse Rechte abspreche, wirklich notwendig sei, ob er mit der zivilen Kernwissenschaft kollidiere. Wenn Zweifel aufträten, müßten sie geklärt werden. Auch die Frage, ob dieser Vertrag der Industriespionage Vorschub leiste, sei als Frage berechtigt. Desgleichen die Frage, ob die Sicherungen angemessen seien, ohne so weit zu gehen, daß sie eine regionale Entwicklung oder nationale Interessen hemmten. Dies seien ehrliche Fragen. Manche Amerikaner seien durch diese Fragen beunruhigt worden. Aber der Präsident und er selbst seien durch die Fragen nicht beunruhigt. Beunruhigt wären sie erst, wenn nach Erteilung ehrlicher Antworten die Fragen immer noch gestellt würden.

Der Herr *Bundeskanzler* kam zunächst noch einmal auf die Kennedy-Runde zurück und betonte, daß Deutschland ein großes Interesse an einer baldigen erfolgreichen Beendigung dieser Verhandlungen habe. Die Frist laufe im übrigen ja am 30. April ab.<sup>8</sup> Natürlich sei er selbst kein Sachverständiger auf die-

<sup>8</sup> Am 8. März 1967 beschloß der EWG-Rat, die Verhandlungen am 30. April 1967 abzuschließen, um in den verbleibenden zwei Monaten bis zum Auslaufen des Trade Expansion Act am 30. Juni 1967 genügend Zeit für die technische Vorbereitung der Schlußakte durch das EWG-Generalsekretariat und für die Verabschiedung der Verhandlungsergebnisse in den einzelnen Mitgliedstaaten zu lassen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 384 des Botschafters Sachs, Brüssel (EWG/EAG), vom 8. März 1967; Referat III A 2, Bd. 281.

sem Gebiet. Ihm sei gesagt worden, eine Schwierigkeit bereite die von amerikanischer Seite gewünschte Verbindung der Ernährungshilfe mit der Kennedy-Runde<sup>9</sup> selbst. Er wisse nicht, ob diese Verbindung nicht möglicherweise verzögernd wirken könne. Er wolle jedoch nur auf das Problem hinweisen, da er es im einzelnen nicht geprüft habe. Jedenfalls gehöre unter den EWG-Staaten die Bundesrepublik zu jenen, die am stärksten auf eine erfolgreiche Beendigung der Kennedy-Runde drängten. Die EFTA-Länder seien diejenigen, aus denen die Bundesrepublik insbesondere ihre Handelsüberschüsse erziele, und ein erfolgreicher Abschluß der Kennedy-Runde würde in gewissem Maße den wirtschaftlichen Graben in Europa ebnen.

Vizepräsident *Humphrey* bemerkte, die amerikanische Regierung wisse, daß die Verbindung der Ernährungshilfe mit der Kennedy-Runde ein komplizierender Faktor sei. Andererseits werde in den nächsten zehn Jahren die Mangellage auf dem Nahrungsmittelsektor in der Welt so ausgeprägt werden, daß die amerikanische Regierung meine, daß seitens der Industriestaaten eine gewisse Verpflichtung hinsichtlich der Ernährungshilfe eingegangen werden müsse. Amerika hoffe, daß diese Verpflichtung quantitativer Art sein könne. Zumindest aber sollte das Prinzip selbst in die Kennedy-Runde mit aufgenommen werden und möglicherweise mit einem bescheidenen Beginn einer quantitativen Verpflichtung verbunden werden. Der Grund dafür sei ganz einfach. Der Nahrungsmittelüberschuß in Amerika gehe allmählich zu Ende. Die neuesten Berichte deuteten an, daß Amerika selbst einen gewissen Mangel an Nahrungsmitteln erleiden werde, da der Winterweizen nur die halbe Ernte erbracht habe. Er selbst sei lange Zeit hindurch im landwirtschaftlichen Bereich tätig gewesen und wisse, daß der amerikanische Haushalt riesige Gelder für Ernährungshilfe vorsehe. Allmählich sagten sich die Amerikaner, auch andere Länder sollten daran ein Interesse zeigen. Viele seien der Auffassung, daß diese Frage in die OECD gehöre, doch sollte in der Kennedy-Runde wenigstens das Prinzip festgehalten werden, worauf dann die OECD oder die DAC<sup>10</sup> die Einzelheiten erarbeiten könnten. Zum zweiten mache sich Amerika hinsichtlich des Getreides natürlich Sorgen wegen des Zugangs zum Gemeinsamen Markt. Damit sei gleichzeitig der Getreidepreis angesprochen. Der Preis für Futtergetreide sei kein besonderes Problem, doch sei für Weizen von den Exportländern das Angebot gemacht worden, einen Preis von 1,85 Dollar pro bushel festzulegen. Möglicherweise sei dieser Preis aushandlungsfähig. Er glaube, daß man deutscherseits nicht gegen einen guten Weizenpreis sei, andererseits wäre

*Fortsetzung Fußnote von Seite 548*

Zum zeitlich befristeten Mandat der amerikanischen Regierung aufgrund des Trade Expansion Act vom 11. Oktober 1962 vgl. Dok. 21, Anm. 16.

<sup>9</sup> Dazu stellte Referat III A 2 am 30. Januar 1967 fest: „Die USA verlangen im Rahmen des geplanten weltweiten Getreideabkommens Zusicherungen über die Abnahme von Getreide durch die zahlungskräftigen Importländer und eine Beteiligung dieser Länder an den Lasten der Ernährungsmittelhilfe zugunsten der Entwicklungsländer. Die EWG ist der ersten Forderung zum Teil entgegengegangen, lehnt jedoch eine Nahrungsmittelhilfe im Rahmen der Kennedy-Runde ab; eine Verwirklichung der amerikanischen Wünsche würde allein Deutschland jährlich 200 bis 300 Millionen DM kosten. [...] Eine Einbeziehung von Fragen der Entwicklungs- und Nahrungsmittelhilfe in die Kennedy-Runde würde diese so erschweren, daß kaum mit einem rechtzeitigen Abschluß gerechnet werden könnte. In den GATT-Verhandlungen sollten sich alle Länder deshalb auf die kommerziellen Aspekte beschränken und Fragen in der Nahrungsmittelhilfe getrennt von der Kennedy-Runde in der FAO behandeln.“ Vgl. Referat III A 2, Bd. 281.

<sup>10</sup> Development Advisory Committee of the OECD.

der Weizen bei diesem Preis doch recht kostspielig. Nach seiner persönlichen Auffassung sollten die Industriestaaten tatsächlich auf dem Gebiet der Ernährungshilfe etwas tun. Er wisse, daß die Bundesregierung natürlich Sorgen mit ihren Bauern habe. Das Wichtigste sei aber der Zugang zum Gemeinsamen Markt. Die Länder des Gemeinsamen Markts hätten bisher die Auffassung vertreten, in der Getreideerzeugung sei der Gemeinsame Markt zu 90% autonom. Er habe gewisse Zweifel daran und meine, daß die Unterhändler des Gemeinsamen Markts ebenfalls wüßten, daß es sich hier in derselben Weise um eine Verhandlungsposition handle wie bei dem Preis von 1,85 Dollar pro bushel. Deutschland habe andererseits ein Interesse an Industrieprodukten. Die Verhandlungen auf diesem Gebiet schienen gut zu verlaufen mit Ausnahme des selling-Preissystems für chemische Produkte<sup>11</sup>. Die Kennedy-Runde habe eine sehr starke Rückwirkung auf die amerikanische Innenpolitik. Seltsamerweise werde sie auch von den konservativsten Kräften sehr genau beobachtet. Schlüge diese Verhandlung fehl, und bekomme Amerika auf landwirtschaftlichem Gebiet keine Konzessionen, dann werde die amerikanische Landwirtschaft auf den rechten Flügel überschwenken; dort aber säßen die Leute, die forderten, Amerika solle seine Truppen abziehen und hohe Importzölle für Stahl, Textilien, Schuhe usw. einführen. Er sage diese Dinge natürlich nicht öffentlich, wolle sie aber dem Herrn Bundeskanzler nicht vorenthalten, denn Amerika sei unter dem Gesichtspunkt einer langfristigen internationalen Zusammenarbeit fast ebenso stark politisch an einer erfolgreichen Kennedy-Runde interessiert wie wirtschaftlich.

Der Herr *Bundeskanzler* kam dann auf den Nichtverbreitungsvertrag zu sprechen und bemerkte, dieser sei sicherlich das schwierigste Problem, das seit langer Zeit in der Entwicklung zwischen Amerika und Deutschland aufgetreten sei. Er müsse dies ganz klar sagen, damit erkennbar werde, wie ernst es der Bundesregierung sei. Auf den ersten Blick könne die deutsche Situation im Zusammenhang mit dem Nichtverbreitungsvertrag paradox erscheinen. Tatsächlich habe die Bundesrepublik sich im WEU-Vertrag verpflichtet, auf die Erzeugung nuklearer Waffen auf deutschem Boden zu verzichten. Sie habe darüber hinaus wiederholt erklärt (zuletzt in seiner eigenen Regierungserklärung<sup>12</sup>), daß sie keinen nationalen Besitz und keine nationale Verfügungsgewalt über nukleare Waffen anstrebe. Sie meine dies ernst und sage es nicht nur, um brav zu erscheinen, denn man müsse ja die Realitäten der Welt und Europas sehen. Die Bundesregierung vertrete klar die Auffassung, daß weder die Bundesrepublik noch ein wiedervereinigtes Deutschland den Finger am Abzug haben solle. Was sie offenhalten wolle, sei die europäische Option<sup>13</sup>, denn wenn Europa sich vereine, müsse es auch in der Lage sein, ein modernes Verteidigungssystem zu haben. Dafür sei eine Reihe von Lösungen denkbar. Aber selbst in einem solchen vereinigten Europa, so weit entfernt es noch scheinen möge, täte Deutschland sehr klug daran (natürlich könne er nur für sich selber sprechen), wenn es auch in einem vereinigten Europa nicht den

<sup>11</sup> Vgl. dazu Dok. 17, Anm. 18.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

<sup>13</sup> Vgl. dazu Dok. 49.

Ehrgeiz hätte, zu nahe an die nukleare Entscheidung herankommen zu wollen. Die europäische Option müsse jedoch offen bleiben, und dies sei ja nicht nur ein deutscher Wunsch. Er wisse auch, daß Frankreich nicht wolle, daß Deutschland nukleare Waffen besitze.<sup>14</sup> Dieser Wunsch sei verständlich und natürlich und werde von Deutschland respektiert. Man könnte also erwartet haben, daß Deutschland gegen den Nichtverbreitungsvertrag keine größeren Bedenken geltend mache.

Vizepräsident *Humphrey* betonte, die europäische Option sei etwas, dem auch Amerika zustimme. Hier spiele das Sukzessionsrecht eine Rolle. Es gebe ja schon europäische Nuklearmächte wie Frankreich und England, und wenn eine europäische Zentralregierung eines dieser Gebiete umschlösse und eine gemeinsame Verteidigungs- und Außenpolitik festzulegen habe, stehe ihr dieses Recht der Sukzession zu.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, soweit er feststellen könne, bestehe hier Übereinstimmung mit den Vereinigten Staaten. Er wisse allerdings nicht, wie die Sowjetunion darüber denke, und auch das müsse natürlich ganz klar sein. Dieses Problem liege selbstverständlich in weiter Zukunft, doch müsse eine Lösung dafür vorhanden sein. Die Schwierigkeiten, die Deutschland sehe, lägen zunächst auf zivilem Sektor, den der Vizepräsident bereits angesprochen habe. Über diese Frage werde zur Zeit verhandelt, und er hoffe, daß die Sorgen im Bereich der Wissenschaft, der Wirtschaft, „spin-off“, Kontrolle positiv gelöst werden könnten. Das Kabinett prüfe die Dinge noch. Er werde am folgenden Tage zum ersten Mal einen vollständigen Bericht der Arbeitsgruppe<sup>15</sup> über die Problematik und den Stand der Verhandlungen erhalten.

Vizepräsident *Humphrey* sagte, er nehme an, daß die Erörterungen des Kabinetts auf der Grundlage des letzten Vertragsentwurfs erfolge, der schon eine Revisionsklausel nach fünf Jahren<sup>16</sup> enthalte. Das Hauptproblem stelle wohl der Artikel III über die Sicherungen dar, wobei EURATOM angesprochen sei.<sup>17</sup> Darüber werde man sich wohl noch weiter unterhalten müssen. Er selbst wäre daran interessiert, die Auffassungen des Kabinetts kennenzulernen.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er glaube nicht, daß schon am nächsten Tage eine Entscheidung fallen könne. Es handle sich um die erste vollständige Unterrichtung des Kabinetts. Sicherlich werde er und der Außenminister den deutschen Unterhändlern die Auffassungen mitteilen, welche die Bundesregierung erarbeite. In der Bundesregierung habe es auf den Vertragsvorschlag gewisse Reaktionen gegeben, die er persönlich und auch der größte Teil der Bundesregierung in der vorgetragenen Weise nicht teilten.<sup>18</sup> Die Fragestellung dieser Reaktionen habe gelautet, ob ein solcher Vertrag überhaupt politisch akzeptabel sei oder nicht. Sicherlich sei der Vizepräsident über diese Erklärungen informiert. Allgemein glaube er sagen zu können, daß die deutsche Be-

<sup>14</sup> Vgl. dazu Dok. 9, Anm. 8.

<sup>15</sup> Zur Arbeit des interministeriellen Arbeitsstabes über das Nichtverbreitungsabkommen vgl. Dok. 61.

<sup>16</sup> Vgl. dazu Dok. 24, Anm. 18.

<sup>17</sup> Vgl. dazu Dok. 85.

Zum amerikanischen Entwurf für ein Nichtverbreitungsabkommen, der Botschafter Knappstein, Washington, am 31. März 1967 übergeben wurde, vgl. Dok. 121, besonders Anm. 3.

<sup>18</sup> Vgl. dazu Dok. 90, besonders Anm. 9 und 11.

völkerung, obgleich die Diskussion in der Presse äußerst lebhaft gewesen sei, das Problem ruhig und vernünftig betrachte. Einige Aspekte spielten natürlich in der Diskussion seine sehr große Rolle. Das Kernproblem sei politischer Natur und beziehe sich auf das Verhältnis zur Sowjetunion. In dem Nichtverbreitungsvertrag würde die Bundesregierung sich gegenüber einem Lande verpflichten, das seit Jahren die Bundesrepublik ungerechtfertigt angreife, verleumde und sogar bedrohe. Es sei der Bundesregierung ernst mit ihrem Bemühen, das Verhältnis zur Sowjetunion zu verbessern. Sie habe auch Vorschläge dazu gemacht. Ergebnis all dieser Bemühung sei eine russische Note<sup>19</sup> gewesen, welche von einer militaristischen nuklearen Verschwörung in der Bundesrepublik gesprochen und behauptet habe, von allen Häusern hingen Hakenkreuze, und in der der Bundesregierung Revanchismus vorgeworfen worden sei aus dem bloßen Grund, daß sie das Deutschland-Problem ohne Gewaltanwendung auf friedlichem Wege lösen wolle. Es habe die Erklärungen von Herrn Kossygin in London gegeben<sup>20</sup>, der brutal gesagt habe, die Bundesrepublik werde unterzeichnen müssen, ob sie wolle oder nicht. Und nun soll eine solche Macht auch (und das sei vielleicht der wichtigste Teil) direkt oder indirekt in mehr oder weniger großem Maße an der Kontrolle teilnehmen, die ja nicht begrenzt sei auf den bloßen militärischen Bereich, sondern weit in den zivilen Bereich hineinzureichen drohe.

Vizepräsident *Humphrey* bemerkte, er verstehe, daß dieses Problem außerordentlich ernst sei. Amerika habe in seinen Gesprächen mit den Sowjets auch dieses Problem im Auge. Die sowjetische Note sei arrogant, unhöflich und falsch, und der Antwort Ho Chi Minhs an Präsident Johnson<sup>21</sup> sehr ähnlich. Manchmal habe er das Gefühl, daß die Sowjets diese Sprache sprächen, weil Herr Ulbricht und seine Genossen immer wieder einen Loyalitätsbeweis haben wollten. Die Frage der Sicherungen und der Kontrolle werde in dem Maße bedeutsam, als es darum gehe, daß möglicherweise russische Kontrolleure Zugang zu deutschen nuklearen Einrichtungen hätten.<sup>22</sup> Er meine, daß dieses Problem ganz offen zwischen dem Herrn Bundeskanzler und Präsident Johnson sowie mit anderen Regierungschefs besprochen werden müsse, um in konkrete Fragen einzutreten. Hinter der gesamten Diskussion in der Presse stehe, insbesondere in Deutschland, dieses zentrale politische Thema. Gelänge es, das Problem für Deutschland zu lösen, so würden gewiß Italien und andere schnell sich dem anschließen. Der Herr Bundeskanzler habe ja den letzten Vorschlag zur Formulierung des Artikels III gesehen. Er bedürfe einer sehr genauen Prüfung, denn es sei eine höchst komplizierte Materie. In seinen eigenen Gesprächen mit Amerikanern sei er zu der Auffassung gelangt, daß es fast möglich sein sollte, die Frage der Sicherungen und Kontrollen in der Form zu lösen, daß die inspierte Regierung ihre Zustimmung zu den Inspektoren geben müsse, etwa in der Form, wie man auch einen Botschafter zur Persona non grata machen könne. Ganz sicher sei er nicht, ob eine solche Lösung gelingen

<sup>19</sup> Zur Note vom 28. Januar 1967 vgl. Dok. 38, besonders Anm. 9.

<sup>20</sup> Zur Kritik des sowjetischen Ministerpräsidenten an der Bundesrepublik während seines Aufenthalts vom 6. bis 13. Februar 1967 in London vgl. Dok. 55, besonders Anm. 8.

<sup>21</sup> Zur Antwort des Präsidenten Ho-Chi Minh vom 15. Februar 1967 auf das Schreiben des Präsidenten Johnson vom 8. Februar 1967 vgl. Dok. 45, Anm. 2.

<sup>22</sup> Vgl. dazu Dok. 85, besonders Anm. 8.



werde, denn ein Gespräch mit den Russen sei immer sehr schwierig. Anfangs seien die Sowjets an Sicherungen überhaupt nicht interessiert gewesen. Er meine fast, als die Sowjets bemerkt hätten, daß man auf westlicher Seite an Sicherungen dachte, hätten sie für sich den Schluß daraus gezogen, daß sie auf diese Weise Zwietracht im Bündnis säen könnten. Die amerikanische Regierung hoffe, daß die Euratom-Normen für Inspektionen mit den IAEO-Normen harmonisiert werden könnten, so daß weitgehend eine Selbstkontrolle stattfinde, wobei natürlich Stichproben durch die IAEO erfolgen müßten. Dann erhebe sich die Frage, welches Personal der IAEO diese Stichproben durchführe. Er meine fast, daß hier eine Lösung gefunden werden könnte. So bezweifle er zum Beispiel, daß die Sowjets jemals Amerikaner als Inspektor in osteuropäische Länder akzeptieren würden. Dies könnte vielleicht ausgenutzt werden, indem man sage, daß NATO-Staaten und Warschauer-Pakt-Staaten gegenseitig Inspektoren des anderen Bündnisses ausschließen, so daß Angehörige nichtgebundener Staaten als Inspektoren eingesetzt werden müßten. Je früher man dieses Ziel erreichen könne, desto besser. Was die zivile Technologie anbelange, so versichere er dem Herrn Bundeskanzler, daß die amerikanische Regierung zu voller Zusammenarbeit bereit sei. Diese Zusicherung umfasse auch die Lieferung von produziertem Plutonium und angereichertem Uran. Das müsse natürlich eindeutig festgelegt werden, ebenso wie die europäische Option, um sicherzustellen, daß die sowjetische Interpretation nicht von der amerikanischen abweiche. Letztlich aber laufe alles auf die politische Frage hinaus, wie die Sicherungen durchgeführt werden könnten und ob dabei die Möglichkeit bestehe, daß die Bundesrepublik von sowjetischen Inspektoren oder Inspektoren aus den Satellitenstaaten belästigt werde. Dies wolle Amerika auf keinen Fall. Deutschland habe hier in Amerika einen Freund.

Es wurde vereinbart, dieses Gespräch am Nachmittag fortzusetzen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er freue sich, daß die Devisenverhandlungen für ein Jahr eine Regelung gefunden hätten.<sup>23</sup> Zum Abschluß dieses Teils des Gesprächs müsse er darauf hinweisen, daß die Bundesrepublik sich in einer sehr schlechten finanziellen Lage befinde. Dies sei auch der Grund gewesen, warum sein Vorgänger habe gehen müssen, weil dessen Regierung einfach mit der Situation nicht fertig geworden sei. Wichtigste Aufgabe der Bundesregierung sei es daher, die Wirtschafts- und Finanzlage zu ordnen. Dies sei außerordentlich schwierig, wenn man einmal daran denke, daß ein Defizit von 6 bis 8 Milliarden zu decken sei. In den Ausgaben sei die Bundesregierung ja durch Gesetze gebunden. Dies sei auch ein Grund, warum es für die Bundesregierung so schwierig sei, zum Beispiel jetzt in der Getreidefrage und Entwicklungshilfe gewisse Dinge zu tun, wenngleich sie ihren Beitrag natürlich leisten wolle. Es sei daher außerordentlich wichtig gewesen, in der Devisenfrage eine Regelung zu finden, die auch die Zukunft berücksichtige. Somit sei jetzt der Nichtverbreitungsvertrag das Zentralthema der Erörterungen.

Vizepräsident *Humphrey* wies darauf hin, das Problem der internationalen Liquidität und die Beratungen in der Zehnergruppe und im IWF<sup>24</sup> stünden eben-

<sup>23</sup> Vgl. dazu Dok. 151.

<sup>24</sup> Vgl. dazu Dok. 17, Anm. 17.

falls in Verbindung mit der Devisenfrage. Er müsse offen sagen, daß Amerika die aktive Mitarbeit Deutschlands in dieser Frage brauche. Er wisse, daß Frankreich eine völlig andere Auffassung vertrete und Deutschland natürlich Beziehungen mit Frankreich habe. Natürlich könne niemals jemand hundertprozentig seine Wünsche erfüllt bekommen, da aber Amerika sich in einer sehr ernsten Zahlungsbilanzsituation befinde, brauche es zusätzliche Liquidität, weil es sonst Entscheidungen treffen müßte, die Deutschland gewiß nicht gefallen würden. Zusätzliche Liquidität könnte erzielt werden durch größere Zielungen auf den Internationalen Währungsfonds oder durch die Schaffung einer neuen Reserveeinheit. Tauschten die Franzosen nämlich erneut ihre Dollars in Gold um, würde das Problem für Amerika verschärft. Dies wäre ein gefährliches Spiel. Auf irgendeine Weise müsse Amerika Abhilfe schaffen. Durch den Fremdenverkehr habe Amerika zum Beispiel im vergangenen Jahr 2 Milliarden Dollar verloren. Ein weiterer Abfluß ergebe sich durch amerikanische Investitionen im Ausland. Natürlich könnte dem Einhalt geboten werden, doch möchte Amerika einen solchen Schritt nicht tun. In der Liquiditätsfrage müßten daher Amerikas Freunde das Problem der Vereinigten Staaten ganz ernsthaft erwägen. Bekäme Amerika keine Hilfe, wäre es gezwungen, sich selbst zu helfen auf eine Weise, die den Europäern möglicherweise schädlich wäre.

Der Herr *Bundeskanzler* versicherte, die Bundesregierung sei sich dieser Tatsache bewußt und werde aktiv mitarbeiten. Dies habe er dem Präsidenten auch geschrieben und ihm gesagt, daß er persönlich diese Frage genau verfolgen werde.<sup>25</sup>

Das Gespräch endete um 13.30 Uhr.

**VS-Bd. 10089 (Ministerbüro)**

<sup>25</sup> Für das Schreiben vom 4. April 1967 vgl. Dok. 117.

**Gesandter Oncken, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-11877/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 559**

**Aufgabe: 5. April 1967, 18.00 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 5. April 1967, 19.43 Uhr**

Im Nachgang zu Drahtbericht Nr. 557 geheim vom 5.4.<sup>2</sup>

Betr.: Nichtverbreitungsvertrag

hier: Ratssitzung am 4.4.1967

I. Über den Verlauf der o.a. Sitzung ist im einzelnen folgendes zu berichten:

1) Foster erläuterte ausführlich den revidierten amerikanischen Vorschlag für einen Nonproliferationsvertrag.<sup>3</sup>

a) In der Frage der Präambel seien die USA nicht in der Lage, Bestimmungen vorzuschlagen, die eine Absichtserklärung der Nuklearstaaten enthielten, das atomare Wettrennen zu beenden; die SU werde dies nicht akzeptieren.

b) In der Frage der nuklearen „Erpressung“ seien die USA zwar für ein Verbot. Dabei stelle sich aber das Problem der „security assurances“. Hierfür seien die VN zuständig. Außerdem würden Sowjets bei einem solchen amerikanischen Vorbringen auf die Kossygin-Formel zurückgreifen (Beschränkung des Schutzes gegen Erpressung auf solche Staaten, die nicht über nukleare Waffen verfügen und auf ihrem Boden keine Waffen dieser Art zulassen).<sup>4</sup> Falls ungebundene Staaten auf besonderem Erpressungsschutz beständen, müsse ein Kompromiß gefunden werden, der etwa dem deutschen Vorschlag<sup>5</sup> entsprechen könne.

c) In der Frage der „Rücktrittsklausel“ könne eine großzügigere Formulierung dazu führen, daß einzelne Teilnehmerstaaten vor einer Vertrags-Durchführungskonferenz im Interesse des Ausbaus der eigenen Position mit Rücktritt

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>2</sup> Für den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vgl. VS-Bd. 10082 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967. Für einen Auszug vgl. Anm. 12.

<sup>3</sup> Am 31. März 1967 übergab der stellvertretende Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Fisher, Botschafter Knappstein, Washington, den überarbeiteten Entwurf für ein Nichtverbreitungsabkommen. Fisher erläuterte, daß die amerikanische Regierung mit dem Vorschlag die Hoffnung verbinde, „die Konsultationen in der Allianz bis zum 19. April 1967 beenden zu können, sich danach mit den Sowjets abzustimmen und am 9. Mai gemeinsam mit den Sowjets den Vertragsentwurf in Genf vorzulegen“. Für den Drahtbericht Nr. 734 vgl. VS-Bd. 10082 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967. Für Auszüge vgl. Dok. 133, Anm. 11 und 13.

Der Vorschlag wurde am 3. April 1967 der EURATOM-Kommission in Brüssel und den Vertretungen der NATO-Mitgliedstaaten in Paris zur Kenntnis gebracht. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 533 des Botschaftsrats I. Klasse Kutscher, Brüssel (EWG/EAG), vom 5. April 1967; VS-Bd. 2462 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. dazu ferner den Vermerk des Botschafters Schnippenkötter vom 3. April 1967; VS-Bd. 10082 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Vorschlags des Ministerpräsidenten Kossygin vom 1. Februar 1966, der am folgenden Tag veröffentlicht wurde, vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1966, S. 9–13. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1966, D 166–168. Vgl. dazu ferner AAPD 1966, I, Dok. 50.

<sup>5</sup> Zu den Vorstellungen der Bundesregierung hinsichtlich der Aufnahme einer „Wohlverhaltensklausel“ in ein Nichtverbreitungsabkommen vgl. Dok. 91.

drohten. Aus diesem Grunde sei auch die SU gegen eine großzügigere Formulierung.

2) Italienischer Botschafter Alessandrini ergriff als erster das Wort. Er brachte italienische Bedenken zum Ausdruck.

a) Unbegrenzte Dauer des Verzichts auf Atomwaffen sei gefährlich, da NATO Gegengewicht zum Vertrag sei und Allianzen temporär zu sein pflegten.

b) Vertrag dürfe Einheit Europas nicht beeinträchtigen. Daher solle der letzte Satz in Punkt 6 „Interpretations“<sup>6</sup>, der die Voraussetzungen für das Zustandekommen eines europäischen Staatswesens behandle, geändert werden. Gemeinsame Organe für Außen- und Verteidigungspolitik sollten genügen, um europäischer Föderation Recht auf nukleare Waffen zu geben.

c) Italiener wünschten Änderung des Artikels IV in dem Sinne, daß Vertrags-Durchführungskonferenz auch Bemühungen um allgemeine Abrüstung in ihre Erwägungen einbeziehe. Die Änderung solle bereits jetzt und nicht erst in Genf – wie USA vorgeschlagen hätten – erfolgen.

d) In Artikel VI solle festgestellt werden, daß Staaten, die auf Vertrags-Durchführungskonferenz keine Bedenken angemeldet hätten, damit ihren Vertragsbeitritt bestätigten.

e) Zu Artikel III werde er nach Prüfung Stellung nehmen. Ihn beunruhige im Zusammenhang mit der Kontrollfrage:

- die Gefahr der Industriespionage;
- ein endgültiges Absinken Italiens zu Staat zweiter Klasse;
- die unklaren Befugnisse der vorgesehenen Vorbereitungskonferenz;
- mögliche Änderungen im Statut der IAEÖ.

3) Anschließend gab Botschafter Grewe die deutsche Stellungnahme ab (vgl. hierzu Drahtbericht 557 und 558 geh.<sup>7</sup> vom 5.4.67). Er wies darauf hin, daß eine formelle Stellungnahme der NATO zur Frage der Unterbreitung des Vertragsentwurfs in Genf in Anbetracht der großen Bedeutung der Angelegenheit voraussetze, daß alle 15 Mitgliedstaaten zustimmten. Andernfalls sei es besser, von formellen Beschlüssen abzusehen.

4) Britischer Botschafter Burrows schloß sich Foster an. Immerhin regte er an, im amerikanischen Text auch Wünsche der Alliierten zu berücksichtigen; er habe dann größere Aussicht auf Annahme auch durch Staaten der Dritten Welt. Festzuhalten ist sein Hinweis, daß die Frage der Kontrollen genau geprüft werden muß. Seine Regierung lege hierauf besonderen Wert, Großbritannien sei „potentielles Mitglied von EURATOM“.

5) Norwegischer und dänischer Botschafter<sup>8</sup> sprachen sich für Vertragsentwurf aus. Der neue Text stelle wesentlichen Fortschritt dar. Weitere Bemühungen

<sup>6</sup> Punkt 6, Satz 4 der Interpretationen zum Entwurf für ein Nichtverbreitungsabkommen, der Botschafter Knappstein, Washington, am 31. März 1967 übergeben wurde: „While not dealing with succession by such a federated state, the treaty would bar transfer of nuclear weapons (including ownership) or control over them to any recipient, including a multilateral entity.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 734; VS-Bd. 10082 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Für den Drahtbericht des Gesandten Oncken, Paris (NATO), vgl. VS-Bd. 2517 (I A 6); B 150; Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Georg Kristiansen und Henning Hjorth-Nielsen.

um Perfektionierung könnten das Zustandekommen des Vertragswerkes überhaupt in Frage stellen. Dies gelte auch für die Kritik an den geplanten Kontrollen durch IAEO, die durchaus akzeptabel erschienen.

6) Belgischer Botschafter de Staercke unterstützte im Grundsatz die amerikanische Absicht, den Entwurf auf der ENDC vorzulegen; gleichwohl betonte er, daß ihm die nachstehenden deutschen Wünsche legitim erschienen:

- Einfügung eines operativen Artikels für zivile Nutzung der Kernenergie;
- Einfügung der Worte [die] „at the earliest possible date“ (Einleitung nuklearer Abrüstungsmaßnahmen) in die Präambel.

Ihm erscheine ferner unsere Auffassung beachtenswert, daß zwischen dem Nonproliferationsvertrag und dem Fortbestand der NATO eine Art Junktim bestehe. Man müsse diesem Problemkreis bei den Untersuchungen im Zuge der Harmel-Studie Aufmerksamkeit schenken.

7) Kanadischer Abrüstungsbeauftragter, General Burns, war der Meinung, daß Diskriminierung nichtnuklearer Staaten gemindert werden könne, falls Nuklearwaffen-Staaten ihre nuklearen Anlagen ebenfalls der Inspektion unterwerfen würden. Auch er unterstützte den Wunsch, Worte „at the earliest possible date“ in die Präambel einzufügen.

8) Niederländischer Botschafter<sup>9</sup> teilte die von de Staercke vorgetragenen Auffassungen. In der Kontrollfrage erklärte er, daß es notwendig sei, eine Lösung zu finden, die nicht zu einer Abwertung von EURATOM führe. Er schloß seine Ausführungen mit Hinweis, daß man bei der Konsultation auch die Notwendigkeit im Auge haben müsse, das Zusammenstehen der NATO vor der Öffentlichkeit zu demonstrieren.

9) Abschließend äußerten sich griechischer Botschafter und türkischer Vertreter. Ihre Ausführungen waren farblos. Botschafter Palamas stellte fest, daß er gewisse unserer Bedenken teile – daß sich Griechenland aber in einer anderen Ausgangslage befände, da es keine nuklearen „Möglichkeiten“ habe. Insofern könne er sich dem amerikanischen Vorhaben anschließen. Die Ausführungen des türkischen Vertreters, der die amerikanischen Unterbreitungspläne ebenfalls unterstützte, klangen noch positiver.

10) Foster gab in abschließender Stellungnahme zu bedenken, daß es notwendig sei, den Vertragstext bald vorzulegen; sonst bestehe die Gefahr, daß Vertrag überhaupt nicht zustande komme. Zu einzelnen Punkten erklärte er folgendes:

- a) Er könne unsere Auffassung nicht teilen, daß Nichtmitglieder der ENDC bei der Vertragsformulierung benachteiligt seien; die USA hätten ihre Alliierten in jeder Weise ausreichend konsultiert. Vertrag sei nur erste Plattform für weitere Bemühungen auf dem Gebiet der Abrüstung.
- b) Von Italienern beanstandete mögliche Änderung des Modus der IAEO-Kontrollen bewerte er nicht negativ. Der endgültige Modus hänge von der Entscheidung der Mitglieder der IAEO ab, in der Westen Mehrheit besitze.
- c) USA seien bereit, Unterstellung ihrer friedlichen Atomindustrie unter IAEO-Kontrolle zu prüfen. Amerikanische Industrie sei ohnehin nationalen Kontrol-

<sup>9</sup> Hendrik N. Boon.

len unterworfen, die wesentlich schärfer als internationale Kontrollen arbeiten!<sup>10</sup>

11) Britischer Botschafter erklärte, sein Land sei ebenfalls bereit zu prüfen, ob die eigene friedliche Atomindustrie IAEA-Kontrollen unterworfen werden könne.<sup>11</sup>

12) Zur Frage des weiteren Prozedere wird auf Bezugsbericht, Ziff. 4<sup>12</sup>, verwiesen.

II. Nachstehend wird der Eindruck des Sitzungsverlaufes zusammengefaßt:

1) Die Diskussion zeigte, daß die überwiegende Mehrheit der Ratsmitglieder trotz vorgebrachter Bedenken und trotz grundsätzlicher Ablehnung der Diskriminierung bereit sein dürfte, die amerikanische Absicht einer Vorlage des Vertragsentwurfes auf der ENDC zu unterstützen. Eine kritische Haltung liegt in dieser Frage nur bei uns, den Italienern und den Franzosen vor, die sich nicht an der Diskussion beteiligten.

2) Es ist unter Umständen möglich, daß wir vor dem 19. April [durch] Konsultation die Berücksichtigung einiger unserer Wünsche erreichen. Dies könnte jedoch nur für diejenigen Punkte gelten, bei denen wir eine Unterstützung anderer Mächte fanden:

a) Die Respektierung von EURATOM, in diesem Zusammenhang die Verlängerung der Fristen für eine Übergangsregelung in der Kontrollfrage (Unterstützung durch Belgien, Niederlande, Großbritannien);

b) Geltungsdauer von Nonproliferations-Vertrag und NATO-Vertrag (Belgien, Italien, Niederlande);

c) In der Frage nuklearer Abrüstungsmaßnahmen Belassung der Worte „at the earliest possible date“ in die Präambel (Belgien, Niederlande, Kanada);

d) Eventuell Einfügung eines operativen Artikels über zivile Nutzung der Kernenergie (Belgien).

3) Hinsichtlich unserer anderen Vorschläge dürfte weniger Aussicht auf Unterstützung im Rat bestehen. Es ist möglich, daß sich die Amerikaner bei diesen Punkten gerade der Unterstützung anderer Ratsmitglieder bedienen wollen, um uns zu einem Fallenlassen unserer Petita zu veranlassen. Da es sich hierbei um die Mehrzahl unserer Wünsche handelt, könnte eine Konsultation

<sup>10</sup> Am 20. April 1967 teilte der Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster, dem Ständigen NATO-Rat mit, daß die amerikanische Regierung bereit sei, „Kontrollen über ihre zivilen Nuklearkapazitäten zu akzeptieren“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 671 des Botschafters Grewe, Paris (NATO); VS-Bd. 925 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>11</sup> Dazu gab der britische Gesandte Tomkins gegenüber Ministerialdirektor Ruete am 18. April 1967 eine förmliche Erklärung ab: „At such time as international safeguards are put into effect in the non-nuclear-weapon states in implementation of a non-proliferation treaty we will be prepared to afford an opportunity for the application of similar safeguards in the United Kingdom subject to the exclusions for military or national security reasons only.“ Vgl. VS-Bd. 4093 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>12</sup> Ziffer 4 des Drahtberichts Nr. 557 des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 5. April 1967: „In anschließender Erörterung wurde Übereinstimmung erzielt, daß der Rat die Konsultation ab 12. April 1967 fortführen soll. Generalsekretär Brosio schlug vor, zunächst die Fosterschen Ausführungen sowie die Diskussion im Rat am 4. April in den Hauptstädten prüfen zu lassen. Aufgrund des Prüfungsergebnisses könnten dann die weiteren Verhandlungen im NATO-Rat vorbereitet werden.“ Vgl. VS-Bd. 10082 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

innerhalb der NATO für uns Nachteile mit sich bringen. In diesem Zusammenhang wird auf die im Rat bestehende Tendenz verwiesen, das Argument der Geschlossenheit der Allianz in die Debatte zu werfen, ein Argument, das unsere Bewegungsfreiheit im Rat einengen kann. Die Vorteile der bilateralen Konsultation liegen auf der Hand.

4) Es war auffällig, daß sich die von Foster indirekt vorgetragene Kritik an der Verzögerung des Zustandekommens des Vertragswerkes in erster Linie gegen uns richtete, obwohl der italienische Vertreter seine Bedenken nicht weniger deutlich vorgetragen hatte und obwohl diese inhaltlich weitgehend mit den unseren identisch waren.

5) Vorstehende Hinweise geben der Vertretung Veranlassung, das Petitum der Botschaft Washington (vgl. Drahtbericht Washington Nr. 762<sup>13</sup>) zu unterstützen, in der Frage unserer Forderungen Prioritäten festzustellen.

[gez.] Oncken

VS-Bd. 10082 (Ministerbüro)

## 122

### Botschafter von Walther, Moskau, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-11907/67 geheim  
Fernschreiben Nr. 474

Aufgabe: 6. April 1967, 18.35 Uhr  
Ankunft: 6. April 1967, 17.38 Uhr

Hatte gestern längeres Gespräch zunächst mit Botschafter Charles Bohlen und dann mit ihm zusammen und Botschafter Thompson. Aus dem Gespräch erscheinen mir folgende Punkte besonders erwähnenswert:

1) Beide Herren waren außerordentlich pessimistisch hinsichtlich des Zustandekommens des Nichtverbreitungsabkommens, da die Russen eine Änderung des Vertrages nicht hinnehmen würden. Bohlen sah den am schwierigsten zu überwindenden Widerstand in der italienischen Haltung, ohne sich über die einzelnen Punkte auszulassen. Ich habe in längeren Ausführungen versucht darzulegen, daß die Sowjetregierung an dem Abschluß eines Vertrages das allerhöchste Interesse habe. Da ihnen gerade zum 50. Jubiläumsjahr der Revolution ein solcher außenpolitischer Erfolg aus Gründen ihrer Innenpolitik und aus Gründen ihrer Politik innerhalb des kommunistischen Raums an einem Erfolg gelegen sein müsse. Ich persönlich sei auch nicht der Ansicht, daß die Russen eine strikte Änderung des Vertrages hinnehmen würden, daß sie aber

<sup>13</sup> Botschafter Knapstein, Washington, bemerkte am 4. April 1967 hinsichtlich der Verhandlungen über das Nichtverbreitungsabkommen: „Zur Befassung des Kabinetts und besonders des Bundesverteidigungsrats mit dem NV-Vertrag möchte ich nochmals darauf hinweisen, daß es aus hiesiger Sicht dringend erforderlich erscheint, daß wir uns – im gegenwärtigen Stadium zumindest intern – über gewisse Schwerpunkte klar werden, auf die wir uns in unseren Forderungen den Amerikanern gegenüber konzentrieren wollen, sowie möglicherweise über Rückfallpositionen in anderen Punkten.“ Vgl. VS-Bd. 4092 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

wahrscheinlich bereit wären, kleinere Änderungen und verbindliche Interpretationen zu akzeptieren. Wenn heute ihre Haltung unerschütterlich erschiene, so sei dies zu erklären durch die alte russische Taktik, bis zum letzten Augenblick völlige Unnachgiebigkeit zu zeigen. Beide Botschafter gaben mir recht, daß auch nach ihrer Auffassung ein Nachgeben der Russen im allerletzten Augenblick auf ihrer taktischen Linie läge.

2) Hinsichtlich des Zustandekommens eines ABM-Vertrages waren beide pessimistisch, ohne aber, nach ihren eigenen Worten, handfeste Gründe für diesen Pessimismus angeben zu können.

3) Bohlen vertritt zweifellos auch heute noch seine in Jalta vertretene Ansicht<sup>1</sup>, daß sich die USA und die Sowjetunion unbedingt einigen müßten, um dadurch auf der Welt eine Gleichgewichtslage zu schaffen. Aus seinen Worten war zu erkennen, daß er ein wesentliches Hindernis für das Zustandekommen einer solchen Einigung in dem deutschen Widerstand gegen die Anerkennung des Status quo in Europa sieht.<sup>2</sup> Wenn auch die SU keine wirklichen Befürchtungen vor der Bundesrepublik Deutschland hätte, so sei sie doch auch heute noch besorgt, daß die Bundesrepublik Deutschland die USA irgendwie für die Änderung des Status quo in Europa einspannen könne. Auch in dem deutschen Widerstand gegen den Nichtverbreitungsvertrag in seiner jetzigen Form sieht Bohlen ganz offenbar ein Gefahrenmoment für die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Er gab zu verstehen, daß er die Einführung der Kontrollvorschriften in den Vertrag durch die USA bedauere.

4) Bohlen hat von seinen hiesigen Freunden nur Kusnezow gesehen. Aus diesem Gespräch wies er darauf hin, daß Kusnezow sich in sehr aggressiver Weise über das Wiedererstehen des Nationalsozialismus in Deutschland ausgelassen habe. Bohlen hat ihm nach seiner Darstellung erwidert, daß diese Befürchtungen völlig unbegründet seien. Die sozialen Voraussetzungen für die Entwicklung der NSDAP und der NPD seien völlig verschieden. Auch in der Person des

<sup>1</sup> Vgl. dazu auch Charles E. BOHLEN, *Witness to History 1929–1969*, London 1973, S. 173–201.

<sup>2</sup> Am 1./2. April 1967 hielt sich der Abteilungsleiter im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Schirmer, zu Gesprächen mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Blatow, über die „Überwindung des europäischen Antagonismus“ in Moskau auf. Die Reise fand im Auftrag des Bundeskanzlers Kiesinger und im Einverständnis mit Bundesminister Wehner, aber ohne Beteiligung des Auswärtigen Amtes statt. Auf sowjetischer Seite waren Generalsekretär Breschnew, Ministerpräsident Kossygin, Außenminister Gromyko und das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Schelepin, informiert. Am 5. April 1967 faßte Schirmer die Ergebnisse des Aufenthalts zusammen: „1) Die sowjetischen Partner haben an der direkten vertraulichen Aussprache mit uns Interesse gezeigt. [...] 2) Von sowjetischer Seite wurde zum Ausdruck gebracht, daß sich die Sowjetunion als ein Teil Europas fühlt und eine europäische Zusammenarbeit anstrebt. 3) Die Einheit des deutschen Volkes wurde bejaht. Der Gesprächsverlauf erlaubt den Schluß, daß man interessiert ist, einen für beide Teile annehmbaren Weg zu finden. Blatow war jedoch nicht in der Lage, ohne Rücksprache mit seinem Vorgesetzten dieses Thema zu vertiefen. 4) Blatow wies darauf hin, daß Herr Breschnew in Gorki zum Ausdruck gebracht habe, daß die Sowjetunion alle vernünftigen und für den Frieden Europas nützlichen Schritte, darunter auch diejenigen der Bundesrepublik, natürlich unterstützen würde. Blatow erwähnte besonders, daß Herr Kossygin gegenüber Botschafter Walther Vorschläge zur Frage der internationalen Entspannung gemacht habe. Leider habe man bisher keine Antwort erhalten. [...] Blatow faßte am Ende der Besprechung zusammen, daß man die Themen Nonproliferationsvertrag, Atomwissenschaftler, Sicherheitsfragen als gesprächsreif ansehen könne. Er werde seinem Vorgesetzten (Gromyko) entsprechende Vorschläge machen. Er halte den direkten vertraulichen Kanal zur Vorbereitung auch anderer Themen für nützlich.“ Vgl. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Bestand I-519 (NL Schirmer); B 150, Aktenkopien 1967.



Führers der NPD<sup>3</sup> sähe er in keiner Weise eine Gefahr des Wiedererstehens des Nationalsozialismus.

Im übrigen hat sich Bohlen verständlicherweise von seiner Bewunderung für de Gaulle, die ich vor drei Jahren habe feststellen können, freigemacht. Er lehnt aber jede Gefahr für Europa nach dem Ausscheiden de Gaulles ab, da sich dann in Frankreich eine bürgerliche Mehrheit bilden werde, wobei er seine Hoffnungen auf Giscard d'Estaing setzt. Auch die Möglichkeit einer fortschreitenden Desintegration Europas weist er ab.

Mein vorsichtiger Hinweis darauf, daß die amerikanische Politik der SU gegenüber in Jalta den Verlust Osteuropas mit sich gebracht hätte, glaubte er mit Irrtümern der amerikanischen Militärs erklären zu sollen.

5) Mit Rücksicht auf die von sowjetischer Seite allen Gesprächspartnern immer wieder vorgetragene Gefahr des Neonazismus darf ich nochmals meinen bereits in der Aufzeichnung II A 4-82.00-94.29-200 geh. vom 4. 4. 67<sup>4</sup> gemachten Vorschlag wiederholen, bei nächster Gelegenheit auf die Erscheinung rechtsradikaler Bewegungen in allen Demokratien Europas hinzuweisen.

[gez.] Walther

VS-Bd. 4202 (II A 4)

<sup>3</sup> Korrigiert aus: „der Führer der NPD“.

Parteivorsitzender war Adolf von Thadden.

<sup>4</sup> Botschafter von Walther, z. Z. Bonn, schlug vor, die in der sowjetischen Erklärung vom 28. Januar 1967 erhobenen Vorwürfe über die Gefahr eines aufkommenden Nationalsozialismus in der Bundesrepublik in einer Antwortnote u. a mit folgenden Argumenten zu entkräften: „Die Bundesregierung weist mit Nachdruck darauf hin, daß diese Behauptungen in keiner Weise den Realitäten entsprechen. [...] In jedem demokratischen Land Europas hat es seit Beendigung des Krieges derartige Erscheinungen gegeben, ohne daß dies die Umwelt beunruhigt hätte. Die Bundesregierung glaubt, daß die echte Wertung der Realitäten eine objektive Analyse auch auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik Anwendung finden sollte.“ Vgl. VS-Bd. 4202 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

## 123

**Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger  
mit Präsident Tombalbaye**

Z A 5-55.A/67

12. April 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler empfing am 12. April 1967 um 12.45 Uhr den tschadischen Staatspräsidenten, Herrn Tombalbaye, in Anwesenheit von Außenminister Baroum und Botschafter Toura sowie auf deutscher Seite von Bundesminister Wischniewski, Staatssekretär Lahr, MD Osterheld und die Botschafter Schwarzmann und Döring zu einer halbstündigen Unterredung im Palais Schaumburg.<sup>2</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* hieß Präsident Tombalbaye herzlich willkommen und sprach seine Freude über dessen Besuch aus. Gleich zu Beginn des Gesprächs möchte er dem tschadischen Volk und seiner Regierung danken für die Haltung, die sie in bezug auf die Probleme Deutschlands eingenommen hätten. Erfreulich seien auch die freundschaftlichen Beziehungen, die seit der Erlangung der Unabhängigkeit<sup>3</sup> zwischen den beiden Ländern bestünden. Präsident Tombalbaye seien die Ziele der jetzigen deutschen Regierung sicher bekannt, insbesondere auch im Hinblick auf die Hilfe, die die Bundesrepublik den weniger begünstigten, sich in der Entwicklung befindlichen Ländern in Afrika gewähren könne und möchte. Er (der Herr Bundeskanzler) habe zwar vor dem Bundestag über die sehr wenig befriedigende Finanzlage des Bundes berichten müssen<sup>4</sup>; im Grunde genommen gebe es nur zwei Gebiete, in bezug auf die er dem Parlament angekündigt habe, daß die Ausgaben nicht unter das Niveau des Vorjahres herabgesetzt werden würden: 1) wissenschaftliche und technische Entwicklung und 2) Hilfe an die weniger begünstigten Länder. In anderen Worten, die Bundesregierung halte diese beiden Punkte für so wichtig, daß hier die Ausgaben sich weiterhin aufwärts bewegen würden, wenn man auch nicht umhin könne, diese Gebiete ebenfalls dem Gesetz der notwendig gewordenen Sparsamkeit zu unterstellen. Er (der Herr Bundeskanzler) erwähne diese Tatsachen und lenke die Aufmerksamkeit seines Gastes auf die Regierungserklärung – die feierlichste Erklärung, die eine Regierung abgeben könne –, um den ernsten Willen seiner Regierung zu unterstreichen, auch und insbesondere auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe einen Beitrag zu der wichtigsten Aufgabe für alle zu leisten: in allen Ländern eine Ordnung der Gerechtigkeit und des Wohlstandes herzustellen. Gerne würde er ein riesiges Programm entwerfen und Hunderte von Millionen DM im laufenden Haushalt hierfür vorsehen. Leider sei dies nicht möglich, aber er hoffe, daß die vorübergehenden Schwierigkeiten überwunden werden könnten. Er bitte den tschadischen

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Bouverat am 18. April 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Präsident Tombalbaye besuchte die Bundesrepublik vom 11. bis 18. April 1967. Am 11./12. April 1967 hielt er sich in Bonn auf. Für das Kommuniké vgl. BULLETIN 1967, S. 317.

<sup>3</sup> 11. August 1960.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

Staatspräsidenten davon überzeugt zu sein, daß sich an der Grundsatzentscheidung der Bundesregierung nichts ändern werde, selbst wenn „in diesen Jahren“ die Lage prekär sei.

Präsident *Tombalbaye* dankte dem Herrn Bundeskanzler für den warmherzigen und freundschaftlichen Empfang; mit Freude habe er dieser Einladung Folge geleistet. Das Problem des Tschad bestehe in folgendem: im Inneren des Landes die Einheit wahren, um arbeiten zu können. Ohne Einheit könne man keine gute Arbeit verrichten und ohne Arbeit sei kein Fortschritt möglich. Dementsprechend laute der nationale Wahlspruch: Einheit – Arbeit – Fortschritt. Er verhehle nicht, daß der Tschad als junges Land die Unterstützung und Hilfe seiner Freunde brauche, weil er sich seines Rückstandes bewußt sei. Ein Land, das hilflos und ohne Mittel zu seiner Verteidigung dastehe, könne nichts tun in der modernen Welt. Aus diesem Grund sei der Tschad seit der Erlangung seiner Unabhängigkeit immer für die echte Freiheit der jungen Staaten eingetreten und habe im Lager derer gekämpft oder abgestimmt, die die Hauptsache, d.h. die Selbstbestimmung suchen und verteidigen. Der Grundsatz der Selbstbestimmung sei in der Verfassung des Tschad verankert und sei Teil seiner – Tombalbays – politischen Philosophie. Also habe er weder Scham noch Furcht davor, dies hier in Deutschland auszusprechen.

Der tschadische Staatspräsident führte weiter aus, sein Land sei aufrichtig dankbar für die Hilfe, die es ohne darum zu bitten von Deutschland erhalten habe.<sup>5</sup> Da er „sich vor Gott selbst und nicht nur vor seinen Engeln befinde“, möchte er folgendes ausführen: Die Afrikaner, die für ihren Kontinent eines Tages die Einheit herbeisehnten – sie werde nicht sofort, sondern erst in der Zukunft zu erreichen sein –, seien der Auffassung, daß Europa insgesamt, nicht einzelne europäische Länder, wie Deutschland und Frankreich mit ihren gelegentlichen Maßnahmen, in einem umfassenderen Rahmen viel wirksame Hilfe leisten könnte und daß ein derartiges Europa mit Afrika zusammen eine kolossale Macht, ein „drittes Element“ in der Welt darstellen würde. Wenn Europa und Afrika in Freundschaft und in einer aufrichtigen Zusammenarbeit zusammenstünden, wäre dies ein nicht zu übergelender Faktor. Dies habe er auch den Franzosen gesagt. Eine Zusammenarbeit unter europäischem Vorzeichen schließe allerdings eine bilaterale Zusammenarbeit nicht aus. Ein geeinigtes Europa könnte aber noch mehr verrichten als der Gemeinsame Markt. Er werde weiter im Rahmen seiner Philosophie dafür wirken, daß die Völker in Freiheit und ohne Zwang ihr eigenes Schicksal selbst bestimmen können.

Anläßlich seines Besuchs beim Oberbürgermeister der Stadt Bonn<sup>6</sup> habe er – Tombalbaye – gesagt, daß es vielleicht nicht schlecht wäre, wenn mehr und mehr Deutsche, Geschäftsleute und andere, selbst nach dem Tschad reisen würden und dort aus eigener Anschauung und nicht nur aus schriftlichen Be-

<sup>5</sup> Zur Wirtschaftshilfe der Bundesrepublik für den Tschad vgl. die Aufzeichnung des Botschafters Fischer, Fort Lamy, vom 3. März 1967; Referat I B 3, Bd. 727.

Am 12. April 1967 sicherte Bundesminister Brandt seinem tschadischen Amtskollegen Baroum Unterstützung bei der Durchführung des Fünf-Jahres-Plans von 1966 bis 1970 zu. Anschließend unterzeichneten die Außenminister einen Vertrag über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. VS-Bd. 10092 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. dazu ferner BULLETIN 1967, S. 317.

<sup>6</sup> Wilhelm Daniels.

richten – die Probleme des Landes genau kennenlernen könnten. Deutschland habe viel Geld für die Hilfe an unterentwickelte Länder ausgegeben, aber die effektive Präsenz sei vielleicht noch wünschenswerter als die Zusammenarbeit etwa im Rahmen der EWG.

Präsident Tombalbaye erläuterte anschließend die Grundzüge seiner Politik: 1) alle – die großen und kleinen – Mächte davon abhalten, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen; 2) sich für die Menschlichkeit und für die Freiheit aller Menschen einsetzen – dazu gehöre das Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht vor den Vereinten Nationen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet sei der Tschad als Binnenland in einer unglücklichen Lage. Die Waren aus dem Ausland seien wegen der hohen Transportkosten übertrieben teuer. Das gleiche gelte für den Preis der ausgeführten Tropenprodukte. Die Regierung versuche regulierend auf die Preise einzuwirken. Im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten seines Landes wiederholte der Präsident die Anregung, daß möglichst viele Besucher aus befreundeten Ländern in den Tschad reisen möchten, um sich an Ort und Stelle ein Bild zu machen. Dies sei ein dringender Wunsch seiner Regierung und er glaube, daß es für deutsche Geschäftsleute nicht unmöglich sein dürfte. Auf diesem Gebiet sei noch viel zu tun. Der Tschad werde mit der Zeit auch mehr aus dem Ausland kaufen und sei stets bereit, seine Pflicht zu tun.

Zusammenfassend erklärte Präsident Tombalbaye, er habe den Wunsch, daß sein Besuch in der Bundesrepublik – ohne seine französischen Freunde zu stören – zur Vertiefung der praktischen Freundschaft zwischen den beiden Ländern beitragen möge.<sup>7</sup>

Bevor er sich vom Herrn Bundeskanzler verabschiede, möchte er noch zwei kleinere Punkte zur Sprache bringen, die in den Akten zur Vorbereitung des Staatsbesuchs nicht aufgeführt seien:

Es gebe in der Hauptstadt Fort Lamy zwar einen Rundfunksender, der jedoch wegen seiner geringen Stärke kaum das nationale Netz bedienen könne. Einige deutsche Geschäftsleute hätten sich bereit erklärt, in Form einer gemischten Gesellschaft einen 100 KW-Sender zu errichten, der auch für Werbesendungen europäischen Interesses benutzt werden könnte. Von der zentralen Lage des Tschad aus, könnten derartige Sendungen auch in die Nachbarländer ausgestrahlt werden. Der tschadische Staat würde das Gelände zur Verfügung stellen, während sich die Geschäftsleute dazu verpflichten würden, ein etwa entstehendes Defizit aus eigenen Mitteln zu decken.

Der zweite Punkt betreffe die Ausfuhrmöglichkeiten für Fleisch. Er (Tombalbaye) sei der Auffassung, daß man trotz der veterinär-polizeilichen Bestimmungen, die sich der Einfuhr von Fleischprodukten nach Deutschland entgegenstellen, prüfen sollte, ob eine derartige Einfuhr auf lange Frist nicht doch möglich sein könnte.

<sup>7</sup> Am 11. Mai 1967 berichtet Botschafter Fischer, Fort Lamy, über den positiven Eindruck, den der Besuch des Präsidenten Tombalbaye in der Bundesrepublik im Tschad hervorgerufen habe. So habe Tombalbaye gegenüber Staatspräsident de Gaulle am 27. April 1967 ausgeführt, daß er „als Vertreter eines frankophonen Volkes [...] von den Deutschen sehr gut empfangen worden [seil], die die besten Freunde Frankreichs sind und ihrerseits dieses Nachbarland als ihren besten Verbündeten ansehen“. Vgl. Referat I B 3, Bd. 727.

Auf die Ausführungen des tschadischen Staatspräsidenten antwortete der Herr *Bundeskanzler*, er sei erfreut feststellen zu können, daß seine politische Philosophie weitgehend, wenn nicht sogar völlig mit der seines Besuchers übereinstimme. Auch er sei der Auffassung, daß Europa in seiner Gesamtheit eine große Aufgabe habe, insbesondere auch diejenige, Afrika zur Seite zu stehen. Dies sei mit vereinten Kräften natürlich besser möglich, als in aufgeteiltem Zustand. Er hoffe sehr, daß aus diesen und anderen Gründen die europäische Einheit in einer nicht allzu fernen Zukunft geschaffen werden könne; man arbeite jeden Tag daran. Er sei ebenfalls davon überzeugt, daß Europa und Afrika aufeinander angewiesen seien. Für Präsident Tombalbaye sei es eine, wenn auch schwierige, so doch faszinierende und großartige Aufgabe, als führender Staatsmann für die Zukunft seines eigenen Landes und Afrikas insgesamt zu arbeiten. Tombalbaye habe recht, wenn er sage, daß man sich an Ort und Stelle ein besseres Bild von einem Land machen könne, als wenn man es nur aus Berichten kenne. Was die Bundesregierung tun könne, um auch deutsche Geschäftsleute für Reisen nach dem Tschad zu interessieren, werde geschehen. Derartige Besuche dienten insbesondere auch, um die menschlichen Beziehungen zu fördern, ohne die keine Politik zu machen sei. Politik könne nicht auf dem Reißbrett gemacht werden, man müsse wissen, wie der andere fühle und empfinde.

Zu den beiden Punkten, die Präsident Tombalbaye am Schluß erwähnt hat, sagte der Herr *Bundeskanzler*, er habe in der Tat bisher keine Kenntnis von diesen tschadischen Wünschen (Rundfunksender und Fleischverkauf) gehabt. Auf den ersten Blick scheine es ihm – auch wegen des langen Transportweges – praktischer, das Fleisch zunächst an Ort und Stelle zu verarbeiten und es dann gegebenenfalls in Form von Konserven auszuführen.

Herr Minister *Wischniewski* bemerkte hierzu, bisher sei noch nie Frischfleisch aus Afrika nach Deutschland eingeführt worden.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte zu, daß er die genannten Punkte gerne prüfen werde.

Zu dem Hinweis seines Gesprächspartners auf die Beziehungen zu Frankreich, unterstrich der Herr *Bundeskanzler*, daß zwischen Deutschland und Frankreich eine gute und enge Zusammenarbeit bestehe und alle Entscheidungen – auch im Hinblick auf Afrika – in Zukunft in noch engerer Zusammenarbeit getroffen werden würden.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 22**

## 124

### Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem britischen Außenminister Brown in London

I A 5-82.20-94.09-645/67 geheim

12. April 1967<sup>1</sup>

An der Konferenz, die von 15 bis 17.25 Uhr dauerte, nahmen auf deutscher Seite teil: Bundesaußenminister Brandt, MD Professor Dr. Meyer-Lindenberg, VLR I Dr. von Plehwe, VLR I Dr. Arnold, VLR Kusterer, LR I Dr. Ruhfus; Botschafter Blankenhorn, Gesandter Dr. von Ungern-Sternberg, BR I Dr. Naupert, BR Dr. Schulte-Strathaus.

Auf britischer Seite nahmen teil: Mr. Brown, Foreign Secretary; Mr. Mulley, Minister of State; Mr. Thomson, Minister of State; Sir Frank Roberts, Ambassador; Lord Hood, Deputy Under-Secretary of State; Sir Con O'Neill, Deputy Under-Secretary of State; Sir John Rennie, Deputy Under-Secretary of State; Mr. Barnes, Counsellor; Mr. MacLehose, Counsellor; Mr. Campbell, Counsellor; Mr. Maitland, Counsellor; Mr. H. Smith, Counsellor; Mr. Statham, Counsellor; Mr. Street, Counsellor; Mr. Bennett, First Secretary.

#### I. Großbritannien und die EWG

Außenminister *Brown* gab einleitend eine kurze Darstellung des gegenwärtigen Standes der Beitrittsfrage. Die Serie der Kabinetts- und Fraktionssitzungen hierüber sei noch im Gange. Zu drei Problemen, die im Vordergrund des britischen Interesses ständen, würde er gern die deutsche Ansicht hören:

- Das Verhalten der EFTA-Mitglieder
- Form und Zeitpunkt des britischen Aufnahmeantrags
- Kennedy-Runde.

Nach dem Dank an die Gastgeber für die Gelegenheit zu diesem Meinungsaustausch führte Außenminister *Brandt* u. a. aus, unsere grundsätzlich positive Einstellung zum Beitritt sowohl Großbritanniens als auch anderer EFTA-Länder zur EWG sei bekannt. Er habe sie noch vor zwei Tagen in Brüssel zum Ausdruck gebracht<sup>2</sup> und auch anderswo vertreten. In London solle kein Zweifel daran bestehen, daß er die gleiche Haltung gegenüber der französischen Regie-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschaftsrat Schulte-Strathaus, London, gefertigt und am 13. April 1967 von Botschafter Blankenhorn übermittelt.

Hat Staatssekretär Schütz am 18. April 1967 vorgelegen.

Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Brandt führte auf der EWG-Ministerratstagung am 10. April 1967 u. a. aus: „Schon bald stellt sich vermutlich die Frage der Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Großbritannien und anderen europäischen Ländern. Wir haben den Eindruck gewonnen, daß es Großbritannien [...] ernst ist mit dem Wunsch, der Gemeinschaft beizutreten. Ebenfalls meinen wir, daß die sicher nicht einfachen Fragen des Beitritts Großbritanniens zur Gemeinschaft sachlich gelöst werden können. [...] Beitrittswillige Staaten müssen sich allerdings der gemeinsamen Grundauffassung der Sechs von der wirtschaftlichen und politischen Einigung Europas anschließen. Das gilt auch für die aufgrund des Vertrages bisher gefaßten Beschlüsse. [...] Ein Beitritt Großbritanniens und anderer EFTA-Staaten wird den Graben zwischen den beiden europäischen Wirtschaftsgruppierungen zuschütten. Wir können nicht damit rechnen, daß sich solche Gelegenheiten beliebig wiederholen werden.“ Vgl. BULLETIN 1967, S. 302.

rung einnehme. Er werde dies auch tun, wenn Couve de Murville am 27. April zu einer der üblichen deutsch-französischen Konsultationen nach Bonn komme.<sup>3</sup>

Er zögere, fuhr Herr Brandt fort, zur Frage des Zeitpunkts einer britischen Absichtserklärung und/oder eines Aufnahmeantrags Stellung zu nehmen, da die Entscheidung hierüber hauptsächlich aufgrund der Entwicklung in Großbritannien getroffen werde oder jedenfalls diese Entwicklung mitberücksichtigen müsse. Wir neigten zu der Ansicht, daß einem formellen Antrag Verhandlungen unmittelbar folgen sollten. Da die Kennedy-Runde den ganzen Monat April beanspruchen werde und Brüssel bereits Anfang Juli auf mindestens zwei Monate in die Ferien gehe, bestehe das Risiko, daß man bei Stellung des Aufnahmeantrags im Mai nicht gleich anschließend mit den Verhandlungen beginnen könne. Das bedeute aber nicht, daß die britische Regierung etwa mit ihren Absichten hinsichtlich des Gemeinsamen Marktes hinter dem Berge halten solle. Die Franzosen hätten für Ende Mai einem Treffen der Regierungschefs anlässlich der Zehnjahresfeier zugestimmt.<sup>4</sup> Über die Gesprächsthemen werde er, Brandt, noch mit Couve de Murville reden. Uns sei an einem raschen Abschluß der Verhandlungen zur Kennedy-Runde gelegen, damit anschließend über die restlichen Probleme des britischen Beitritts gesprochen werden könne. Wir würden so hilfreich wie möglich sein, um das Gespräch in Gang zu bringen, auch wenn die wirklichen Diskussionen erst später im Jahr beginnen könnten.

Zur EFTA-Frage warf Mr. *Brown* ein, daß die britische Regierung versuche, ihre Haltung den übrigen Mitgliedsländern klar zu machen.<sup>5</sup> Dies führe vielleicht parallel mit dem britischen Aufnahmeantrag zu weiteren Anträgen, so z.B. von Dänemark und Norwegen, möglicherweise auch von Schweden. Nach dem britischen Zeitplan würden die nächsten Schritte wahrscheinlich schon bald („pretty early“) erfolgen.

Hierzu betonte Staatsminister *Mulley*, wie wichtig es für die britische Regierung sei, den durch die Besuchsrunde in den EWG-Hauptstädten<sup>6</sup> bewirkten Antriebs auszunutzen. Wenn man dies nicht tue, laufe man Gefahr, daß die Gegner eines britischen Beitritts bei jedem neuen Anlauf erneut eine Konferenz einberufen und jeweils weitere Vertagung fordern würden. Großbritanniens Freunde würden allmählich zu der Meinung kommen, die Briten könnten sich nicht entschließen.

Zum Treffen der Regierungschefs in Rom stellte Herr *Brandt* klar, daß es sich dabei nicht um den Ministerrat als Organ der EWG handle.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 118, Anm. 11.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 118, besonders Anm. 3.

<sup>5</sup> Am 28. April 1967 beschloß der EFTA-Ministerrat in London, es jedem Mitgliedstaat freizustellen, einen Beitrittsantrag zur EWG zu stellen. Zur Vermeidung neuer Zollgrenzen zwischen den Staaten, deren Beitritt vollzogen sei, und jenen, deren Beitrittsverhandlungen noch nicht abgeschlossen seien, sollten erstere dazu verpflichtet werden, mit den EWG-Staaten Übergangszeiten auszuhandeln, in denen der EFTA-Handel nicht durch den Außenzolltarif der EWG beeinträchtigt würde. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 927 des Botschafters Blankenhorn, London, vom 2. Mai 1967; Referat I A 2, Bd. 1464. Für das Communiqué vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 246.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 8, Anm. 20.

Die beiden Fragen Lord *Hoods*, ob er die öffentliche Absichtserklärung der britischen Regierung für wichtiger halte als den formellen Antrag und ob die Erklärung vor der Römischen Konferenz abgehalten werden solle, bejahte Bundesminister *Brandt*: Die britische Regierung müsse entscheiden, ob sie die öffentliche Erklärung mit Briefen an die sechs Regierungen verbinden und gleichzeitig oder etwas später den Aufnahmeantrag stellen solle. Unsere Botschaft in Paris habe soeben berichtet, daß de Gaulle einer Erörterung verschiedener Themen in Rom zugestimmt habe; er halte jedoch die Angelegenheit Großbritannien – Gemeinsamer Markt noch nicht als Gesprächsthema am Konferenztisch für geeignet. Sollten die EWG-Partner mit dieser französischen Auffassung übereinstimmen, sei der Präsident bereit, nach Rom zu kommen (Zwischenbemerkung *Browns*: „jolly good democrat“).

In der abschließenden Debatte über die mögliche französische Reaktion wiederholte Brown, er glaube, die britische Regierung werde bald den Antrag stellen. Ein französisches Veto gleich zu Beginn werde beträchtliche Wirkung haben („very considerable effect“).

In positiver Bewertung der Frage, ob ein baldiger erfolgreicher Abschluß der Verhandlungen zur Kennedy-Runde möglich sei, stimmten die beiden Außenminister überein.

## II. Ost-West-Beziehungen

Bundesminister *Brandt* gab zunächst eine ausführliche Darstellung unserer Bemühungen um Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten. Nach dem Übereinkommen mit Rumänien<sup>7</sup> und gut verlaufenen Gesprächen mit Prag<sup>8</sup> und Budapest<sup>9</sup> habe unter dem Einfluß Moskaus (Erklärung vom 28. Januar<sup>10</sup>), Ostberlins und Warschaus eine gegenläufige Bewegung eingesetzt.<sup>11</sup> Über die bilateralen Freundschaftsverträge Ostberlins mit einigen osteuropäischen Regierungen<sup>12</sup> seien wir nicht sehr besorgt. Diese Verträge würden in manchen der beteiligten Hauptstädte, wie z.B. in Budapest angesehen wie „ein Badeanzug, den man anlegt, bevor man schwimmen geht“.

Aus unseren halbamtlichen und privaten Kontakten sei starke Zurückhaltung in Warschau, dagegen Gesprächsbereitschaft im Südosten, aber auch in der ČSSR erkennbar. Mit Ungarn, Bulgarien und auch der ČSSR hofften wir auf Fortschritte im Sommer oder Herbst dieses Jahres. Eine Analyse der Abschirmung unserer Ostpolitik bei den ungebundenen Staaten habe ergeben, daß ei-

<sup>7</sup> Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien am 31. Januar 1967 vgl. Dok. 39.

<sup>8</sup> Zu den Gesprächen vom 10. bis 12. Januar 1967 vgl. Dok. 10 und Dok. 13.

<sup>9</sup> Zu den Gesprächen vom 24./25. Januar 1967 vgl. Dok. 27 und Dok. 28.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut vgl. DzD V/1, S. 403–409. Für Auszüge vgl. Dok. 38, besonders Anm. 9, und Dok. 44, Anm. 7.

<sup>11</sup> Vgl. dazu Dok. 50, Anm. 7.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. Juni 1964 zwischen der DDR und der UdSSR „über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit“ vgl. DzD IV/10, S. 717–723.

Am 15. März 1967 schloß die DDR mit Polen und am 17. März 1967 mit der Tschechoslowakei Verträge „über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“. Für den Wortlaut vgl. DzD V/1, S. 740–743 bzw. S. 767–770.



ne wirkliche Unterstützung nur von britischer und französischer Seite geleistet werden konnte – eine Hilfe, für die wir besonders dankbar seien.<sup>13</sup>

In unsere Bemühungen um eine allgemeine Entspannung werde auch Jugoslawien einbezogen, obwohl es aus den bekannten Gründen ein Sonderfall sei und wir uns daher zunächst auf das Vorfeld der diplomatischen Beziehungen (Gastarbeiter, Wirtschaft, Kultur, Sozialgesetzgebung, Anhebung des Status der Diplomaten beider Länder in den Schutzmachtvertretungen<sup>14</sup> usw.) beschränken müßten. Natürlich seien wir sehr daran interessiert, daß diese Entwicklung in Hauptstädten wie Kairo und Neu Delhi nicht mißverstanden werde, und würden ein aufklärendes Wort von britischer Seite zu schätzen wissen.

Warum die Sowjetunion im Januar d. J. ihre Einstellung uns gegenüber so radikal verschlechtert habe, sei uns nicht ganz klar, fuhr Herr Brandt fort. Noch im Oktober/November v. J. habe Kossygin sich durchaus für eine Intensivierung unserer Wirtschafts-, Kultur- und Konsularbeziehungen interessiert.<sup>15</sup> Der Gesinnungswandel um die Jahreswende sei wohl nicht nur auf Ulbricht zurückzuführen, sondern wahrscheinlich auch auf die Hoffnung der Sowjetunion, die Situation in der westlichen Allianz für sich auszunutzen. Mit der Verschlechterung der Beziehungen zu uns laufe der Versuch parallel, mit anderen Mitgliedern der Allianz in ein besseres Verhältnis zu gelangen, also einen Keil zwischen uns und unsere Bundesgenossen zu treiben. Wir könnten uns nicht vorstellen, daß die Sowjets uns für töricht genug hielten, daß wir glaubten, wir könnten durch unsere Ostpolitik die kommunistischen Länder Osteuropas von der Sowjetunion abspalten. Immerhin würden wir in der in Arbeit befindlichen Antwort<sup>16</sup> auf die sowjetische Note vom 28. Januar versuchen, auch bei der Sowjetregierung um Verständnis für unsere Politik zu werben und hätten Mr. Brown, bei seinem bevorstehenden Besuch in Moskau<sup>17</sup> das gleiche zu tun.

<sup>13</sup> Vgl. dazu Dok. 18.

Als Ergebnis der „Abschirmungsaktion“ hielt Ministerialdirektor Ruete am 11. Februar 1967 fest: „Es ist beachtlich, wie positiv die erste, in vielen Fällen spontane Reaktion der Staaten der ungebundenen Welt auf unsere Osteuropapolitik ist. Ebenso bemerkenswert ist die Tatsache, daß unseren Missionschefs in fast allen Hauptstädten in mehr oder weniger kategorischer Form bei der Sondierung geantwortet wurde, eine Anerkennung Ostberlins und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur SBZ sei nicht beabsichtigt.“ Allerdings müsse diese Reaktion dahingehend verstanden werden, daß sich die angesprochenen Staaten „keinesfalls für alle Zukunft [...] in der Deutschlandfrage festlegen wollten. [...] Gerade in den Hauptstädten der Staaten mit starken Bindungen zur SBZ haben jedoch die Gesprächspartner unseren Missionschefs gegenüber mehr oder weniger deutlich die Überlegung anklingen lassen, daß es für die deutsche Politik schwierig sein werde, auf die Dauer den bisherigen Standpunkt aufrechtzuerhalten.“ Vgl. VS-Bd. 4177 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>14</sup> Die „Abteilung für die Wahrnehmung deutscher Interessen“ in Belgrad befand sich in der französischen Botschaft. Die Interessen Jugoslawiens in der Bundesrepublik wurden von der schwedischen Botschaft in Bonn vertreten.

<sup>15</sup> Vgl. dazu auch das Gespräch des Botschafters von Walther, Moskau, mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten vom 31. Oktober 1966; AAPD 1966, II, Dok. 361.

<sup>16</sup> Vgl. dazu Dok. 65, Anm. 4.

<sup>17</sup> Der britische Außenminister hielt sich vom 24. bis 26. Mai 1967 in der UdSSR auf. Dazu teilte Botschafter Blankenhorn, London, mit, daß Brown den sowjetischen Außenminister „dringend gebeten“ habe, gegenüber der Bundesrepublik „eine realistischere und verständnisvollere Haltung“ einzunehmen. Gromyko habe dagegen eingewandt, daß er bei der Bundesregierung „eine Verbesserung des Tones, nicht aber eine Änderung in der politischen Substanz feststellen [könne]. In der Haltung gegenüber den Grenzfragen, der Anerkennung der DDR, der Stellung Westberlins sei

Im Verhältnis zur SBZ habe unsere Politik größerer Bereitschaft, gemeinsam mit den Behörden im anderen Teil Deutschlands Probleme von praktischer Bedeutung für die Bevölkerung anzupacken, leider zu nichts geführt. Ostberlin gebe sich starrer und feindseliger als je. Jetzt unternehme die SPD einen neuen Schritt; sie sende einen offenen Brief an die Delegierten des SED-Partei-kongresses mit der Aufforderung, zur Lösung menschlicher, wirtschaftlicher und technischer Probleme beizutragen.<sup>18</sup> Dem Schreiben werde eine Regierungserklärung beigelegt, in der eindeutig klargestellt werde, daß Ostdeutschland nicht aus der allgemeinen Entspannung der Beziehungen zwischen West- und Osteuropa ausgenommen bleiben dürfe.<sup>19</sup> Dieser Schritt sei nicht als Propagandaübung gedacht, sondern solle unserer Regierungserklärung vom Dezember 1966<sup>20</sup> mehr Substanz geben. Wir wollten dem Auseinanderleben der beiden Teile Deutschlands entgegenwirken. Für uns sei die innerdeutsche Entspannung ein notwendiger Beitrag zur europäischen Entspannung. Unsere Vorschläge zielten auf Erleichterungen im Verkehr von Menschen und Wirtschaftsgütern, auf einen verstärkten wissenschaftlich-technischen und kulturellen Austausch usw.

Mr. Brown brachte das Einverständnis der britischen Regierung mit der deutschen Ostpolitik zum Ausdruck, wiederholte sein Unterstützungsangebot und fragte, ob wir hinsichtlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen Präferenzen hätten. Was die veränderte Haltung der Sowjetunion angehe, so frage er sich, ob nicht die jüngste Entwicklung in China und deren Auswirkungen auf das chinesisch-sowjetische Verhältnis die Ursache für Moskaus Bemühungen sei, sein Lager in Europa zu konsolidieren. Den Wunsch Rapackis und anderer osteuropäischer Politiker auf Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz habe die britische Regierung hinhaltend behandelt.<sup>21</sup> Nach ihrer Ansicht müßten die Amerikaner beteiligt werden.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 569*

nichts Neues zu erkennen. In der Frage der Nichtverbreitung treibe die Bundesregierung spürbare Obstruktion. [...] Alles in allem sehe die Sowjetunion keinen Grund für Optimismus. Sie verhalte sich deshalb völlig abwartend.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1102 vom 31. Mai 1967; VS-Bd. 2456 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>18</sup> In dem „Offenen Brief“ vom 12. April 1967 an die Delegierten des VII. Parteitages der SED, der vom 17. bis 22. April 1967 in Ost-Berlin stattfand, bekräftigte der Parteivorstand der SPD seine Bereitschaft zu einem Redneraustausch zwischen SPD und SED und erklärte: „Wenn und solange die Führung der SED aber einen offenen Meinungsaustausch in ihrem eigenen Machtbereich nicht zulassen will, sollte sie [...] doch wenigstens keine Hindernisse dagegen errichten oder zusätzlich verstärken, daß die Beziehungen zwischen den Menschen in beiden Teilen Deutschlands erleichtert werden.“ Vgl. DzD V/1, S. 910.

<sup>19</sup> Am 12. April 1967 unterbreitete Bundeskanzler Kiesinger vor dem Bundestag Vorschläge „zur Erleichterung des täglichen Lebens für die Menschen in den beiden Teilen Deutschlands“, zur Verstärkung der wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Zusammenarbeit sowie für den wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Austausch. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 4687.

<sup>20</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vom 13. Dezember 1966 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

<sup>21</sup> Während seines Aufenthalts vom 21. bis 27. Februar 1967 in Großbritannien drängte der polnische Außenminister wiederholt auf die baldige Durchführung einer europäischen Sicherheitskonferenz. Nach Informationen des britischen Außenministeriums regte Rapacki an, in bilateralen Gesprächen zunächst eine Einigung über den Inhalt einer europäischen Sicherheitskonferenz zu erzielen und anschließend eine Kommission zur weiteren Vorbereitung einzusetzen. Britischerseits sei darauf hingewiesen worden, daß etwa die Frage der Nichtverbreitung von Atomwaffen im Rahmen der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf verhandelt werde und des-

Herr *Brandt* erwiderte, daß uns besonders eine Verbesserung unseres Verhältnisses zur ČSSR, aber auch zur Sowjetunion am Herzen liege. Es sei bedeutungsvoll, daß Regierungen in anderen Teilen der Welt nicht etwa den Eindruck erhielten, das deutsche Problem werde durch Anerkennung der „DDR“ gelöst. Eine Anerkennung würde das Problem nicht lösen, sondern nur in anderer Form wieder aufleben lassen.

Im Vorfeld der diplomatischen Beziehungen gebe es gewisse politische Aspekte (z. B. Flaggen bei Sportereignissen, TTD-Beschränkung und dergl.), die an Gewicht verloren hätten und die man ohne Vorurteil und ohne Bindung an Präzedenzfälle prüfen könne. Hinsichtlich der Vertretungen dritter Länder in Ostberlin könne man an nichtstaatliche Handelsvertretungen, Handelskammern etc. denken. Die SBZ vom Handel mit dem Westen abzuschneiden, bedeute, sie in stärkere Abhängigkeit von Moskau zu zwingen.

Auf die Frage Mr. *Browns*, ob Herr Brandt hinsichtlich der innerdeutschen Beziehungen „more relaxed“ als sein Vorgänger sei, entgegnete der *Bundesaußenminister*, wenn wir früher gesagt hätten, daß die Wiedererringung der deutschen Einheit das zentrale Ziel unserer Außenpolitik sei, so könne er heute sagen, die Bewahrung und Organisierung des Friedens sei unser Hauptziel, durch das wir zur Wiedervereinigung zu gelangen hofften.

Vor dem Versuch, den sowjetisch-chinesischen Konflikt auszunutzen, sei zu warnen. Es könnte allerdings eines Tages notwendig werden, unseren nicht unbeträchtlichen wirtschaftlichen Interessen in China<sup>22</sup> in irgendeiner Form amtlichen Schutz zu gewähren. Wir hätten dies bisher mit Rücksicht auf die Sowjets und die in Vietnam engagierten Amerikaner nicht getan.

An der von der britischen Regierung vorbereiteten und z. Z. zwischen ihr und der tschechoslowakischen Regierung erörterten „Erklärung über Europäische Sicherheit“<sup>23</sup> seien wir sehr interessiert. Wir würden es begrüßen, über die weitere Entwicklung dieser Angelegenheit auf dem laufenden gehalten zu werden.

Ost-West-Konferenzen, wie die der IPU könnten nützlich sein, vielleicht noch mehr, wenn sie sich mit praktischen Fragen, etwa wirtschaftlicher oder technischer Art befassen, als mit rein politischen. Eine Europäische Sicherheitskonferenz ohne Beteiligung der USA sei für uns nicht denkbar.

Zum geplanten britisch-sowjetischen „Nichtangriffs- und Freundschafts“-Vertrag sagte Herr *Brandt*, wir wüßten es zu schätzen, daß wir von den Briten in-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 570*

halb „keine Notwendigkeit bestehe, sie in gesonderten bilateralen Gesprächen neu aufzunehmen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 407 des Botschafters Blankenhorn, London, vom 24. Februar 1967; VS-Bd. 4261 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

Zum Vorschlag des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 27. April 1966 vgl. Dok. 13, Anm. 9.

<sup>22</sup> Am 6. Oktober 1966 hielt Ministerialdirigent Berger dazu fest, daß die Bundesrepublik 1965 mit Exporten in die Volksrepublik China in Höhe von 79 Mio. Dollar vor Großbritannien (72 Mio. Dollar) den ersten Platz unter den westeuropäischen Staaten, als Importeur chinesischer Waren aber mit 73 Mio. Dollar hinter Großbritannien (83 Mio. Dollar) den zweiten Rang eingenommen habe. Im ersten Halbjahr 1966 habe sich der Export der Bundesrepublik in Höhe von 57 Mio. Dollar gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres (28 Mio. Dollar) verdoppelt; der Import sei von 36 Mio. Dollar (1965) auf 45 Mio. Dollar im ersten Halbjahr 1966 gestiegen. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 3822 an die Botschaften in Washington und Seoul; Referat III A 6, Bd. 214.

<sup>23</sup> Vgl. dazu Dok. 119, Anm. 10.

formiert worden seien.<sup>24</sup> Die Worte „Non-Aggression“ und „Friendship“ hätten einen etwas anderen Klang und Inhalt als die deutschen Worte „Nichtangriff“ und „Freundschaft“. Es gebe Aspekte im Entwurf des britisch-sowjetischen Vertrags, die den von uns vorgeschlagenen gegenseitigen Gewaltverzichtserklärungen<sup>25</sup> glichen. Wir würden stärker als vorher betonen, daß wir bereit seien, das Problem der Wiedervereinigung mit einer Gewaltverzichtserklärung zu verbinden.

Hierzu erklärte Mr. *Brown*, die Wiedervereinigung als wesentliches Ziel der deutschen Politik gehöre zu denjenigen absoluten Prioritäten, „welche sich die britische Politik zu eigen gemacht habe“. („It's a prime consideration of British policy“). Wir würden von den Briten über die Verhandlungen sowohl um die Europaerklärung als auch um den Freundschaftsvertrag auf dem laufenden gehalten werden. Unsere entspannte Einstellung gegenüber der Ostzone werde auf britischer Seite positiv bewertet. Brown habe den Eindruck, daß die Sowjets sich in letzter Zeit gegenüber Großbritannien entgegenkommender gezeigt hätten, – eine Entwicklung, die auch der deutschen Politik zugute kommen könne.

Lord *Hood* warf ein, daß man sich im Rahmen der NATO um Behebung des von Bundesminister Brandt festgestellten Mangels einer gemeinsamen ostpolitischen Grundlage des Westens bemühe. Sollte aber nicht auch der Rat der WEU damit befaßt werden? Mr. Brown unterstützte diesen Vorschlag. Es bestand Übereinstimmung darüber, daß er von Lord Hood und Professor Meyer-Lindenberg weiter verfolgt werden solle.

Mr. *Thomson* teilte mit, er werde am 19. April in Prag mit den Tschechoslowaken über die „Declaration of Principles“ sprechen. Der Entwurf sei den Tschechoslowaken vor einiger Zeit übergeben worden. Eine Stellungnahme läge bisher nicht vor, doch sei Prag jetzt gesprächsbereit. Die britische Regierung habe bei allen ihren Kontakten mit osteuropäischen Staaten die wesentlichen deutschen Anliegen im Sinn. Sie bemühe sich in den östlichen Hauptstädten um eine konstruktivere Haltung. Jede deutsche Anregung hierzu sei willkommen.

Herr *Brandt* sagte Thomson eine Darstellung unserer Verhandlungen mit Prag zu. Die tschechoslowakische Regierung habe auf Druck Moskaus den Fortgang der Diskussion vertagt und dazu den Komplex „Münchener Abkommen“ als Vorwand benutzt. Unsere rechtliche Position zum Münchener Abkommen<sup>26</sup> sei von der britischen nicht sehr weit entfernt.<sup>27</sup> Wir strebten eine für beiden Sei-

<sup>24</sup> Zum Gespräch des Staatsministers im britischen Außenministerium, Lord Hood, mit Botschafter Blankenhorn, London, am 6. März 1967 vgl. Dok. 97, Anm. 7.

Am 21. März 1967 teilte der britische Gesandte Tomkins Ministerialdirektor Ruete weitere Einzelheiten über den geplanten Freundschaftsvertrag mit. Vgl. dazu die Aufzeichnung von Ruete; VS-Bd. 4249 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>25</sup> Vgl. dazu Dok. 46, besonders Anm. 6.

<sup>26</sup> Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

<sup>27</sup> Am 5. August 1942 führte der britische Außenminister Eden in einem Schreiben an den Außenminister der tschechoslowakischen Exilregierung, Masaryk, aus, daß das Münchener Abkommen mit dem deutschen Einmarsch in Prag und der Proklamation des „Reichsprotectorats“ Böhmen und Mähren am 15./16. März 1939 hinfällig geworden sei. Für das Schreiben vgl. DzD I/3, S. 649. Der britische Außenminister Stewart bekräftigte diese Auffassung während seines Besuchs vom 22. bis 24. April 1965 in Prag. Er betonte, daß es „zwei verschiedene Dinge seien, ob ein Vertrag

ten annehmbare Lösung der Staatsangehörigkeits-, Eigentums- und sonstigen Probleme an, die mit der Ablösung des Münchener Abkommens verbunden seien. Die Reparationsfrage werde Friedensverhandlungen vorbehalten bleiben müssen.

### III. Nichtverbreitung

Herr *Brandt* sprach die Hoffnung aus, daß wir aufgrund der gegenwärtigen Verhandlungen in Washington unsere NATO-Vertretung schon bald mit Weisungen zum Entwurf des Nichtverbreitungsabkommens versehen könnten. Im Bundeskabinett werde argumentiert, man solle den Vertrag auf eine bestimmte Zeit, etwa 10 Jahre, begrenzen und ihn dann im Lichte der inzwischen erfolgten Entwicklung neu prüfen. Er, Brandt, sei nicht sehr optimistisch bezüglich der Unterstützung, die man für diese Idee finden könne. Heute stünden im wesentlichen folgende Punkte zur Diskussion:

- Vermeidung der Diskriminierung zwischen Nuklear- und Nichtnuklear-Mächten im Bereich der zivilen Nutzung der Atomenergie,
- Bereitschaft der Nuklearmächte zu eigener Rüstungsbegrenzung und Rüstungsminderung,
- Nichtgefährdung bestehender Sicherheitsvorkehrungen in der westlichen Allianz,
- Aspekte späterer europäischer Entwicklungen, sowie
- wirksame Überwachung der Nichtverbreitung unter Verwendung bestehender Kontrollsysteme.

Hinsichtlich der friedlichen Verwendung der Atomenergie komme der neue amerikanische Entwurf mit der Betonung dieses Elements in der Präambel unserer Vorstellung näher. Es würde die psychologische Situation in Deutschland, Italien und anderen Ländern erleichtern, wenn wenigstens die westlichen Nuklearstaaten sich einer Kontrolle der friedlichen Nuklearverwendung unterwerfen und damit dieses zusätzliche Element der Diskriminierung beseitigen würden.

Was die Abrüstung der Nuklearstaaten angehe, so scheine der italienische Gedanke diskutabel, den Artikel IV im neuen amerikanischen Entwurf<sup>28</sup> über die Konferenz zur Durchführung des Vertrags auch auf das Abrüstungsziel der Präambel anzuwenden. Zu den bestehenden Sicherheitsvorkehrungen der Allianz sollten die Amerikaner der Sowjetunion klarmachen, daß der Vertrag niemanden berechtige, diese Einrichtungen in Frage zu stellen.

Der eine der beiden europäischen Aspekte – Übergabe von Nuklearpotential auf einen europäischen Bundesstaat – sei mit Premierminister Wilson und Außenminister Brown bei ihrem Besuch in Bonn besprochen worden.<sup>29</sup> Der andere Aspekt – Vereinbarkeit oder Nichtvereinbarkeit von EURATOM-Kontrolle und Nichtverbreitungsvertrag – sei in Brüssel diskutiert worden. Wir hielten

*Fortsetzung Fußnote von Seite 572*

ungerecht sei, oder ob er niemals abgeschlossen worden sei“. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 17. September 1965, Referat V 1, Bd. 1016.

<sup>28</sup> Zum amerikanischen Entwurf für ein Nichtverbreitungsabkommen, der Botschafter Knapstein, Washington, am 31. März 1967 und den Regierungen der anderen NATO-Staaten am 3. April 1967 übermittelt wurde, vgl. Dok. 121, besonders Anm. 3.

<sup>29</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Premierminister Wilson am 16. Februar 1967 vgl. Dok. 57.

es für möglich, eine Formel zu finden, die etwa der jetzigen Zusammenarbeit zwischen EURATOM und USA entspreche. Artikel III habe positive Aspekte. Eine Verbindung von EURATOM- und IAEО-Kontrolle könnte gefunden werden. Der amerikanische Gedanke, wenn man sich nicht in drei Jahren einig, das IAEО-System in Kraft treten zu lassen, versetze EURATOM in eine schwierige Lage. Er, Brandt, frage sich, ob man nicht die in Artikel IV vorgesehene Zeitspanne und die Periode der Übergangszeit für die Kontrolle einander angleichen könne: entweder beides drei Jahre oder beides fünf Jahre. Es sei möglich, daß die Italiener sich in der NATO der Stimme enthielten. Auch wir müßten dies in Erwägung ziehen, wenn wir nicht zu einer positiven Einstellung gelangten.

Wenn der Vorschlag nicht zustande komme, meinte dazu Mr. *Brown*, seien wir „in a pretty big disaster“. Er nehme an, daß die gegenwärtige Stimmung der Russen einen positiven Ausgang ermöglichen werde. „Ich hoffe stark, daß wir zu einer Einigung kommen“.

Brown habe es sowohl Kossygin wie auch Gromyko so klar gemacht wie nur möglich, daß der Vertrag nicht mit Dingen belastet werden dürfe, die nicht hineingehörten. Die europäische Option in Form des Übergangs nationaler Nuklearkapazität auf einen europäischen Bundesstaat sei offen, und die Sowjets wüßten es.

Zur Kontrollfrage vertrete die britische Regierung die Ansicht, daß EURATOM und IAEО miteinander verschränkt (dovetailed) werden sollten. EURATOM dürfe nicht geschwächt oder gar zerstört werden. Hinsichtlich der Übergangsperiode wolle er noch keine Stellung beziehen, sehe aber ein, daß man EURATOM nicht unter den Druck einer Zeitgrenze von drei oder gar nur zwei Jahren stellen sollte.

Die Briten würden ihr bestes tun,

- in Genf eine ausdrückliche Absichtserklärung der Nuklearmächte betr. Verringerung ihres eigenen militärischen Nuklearpotentials zustande zu bringen,
- die Amerikaner zu bewegen, „safeguards“ über ihr ziviles Nuklearpotential zu akzeptieren, und
- für die EURATOM-Interessen zu wirken.

Zur Erklärung einiger Bedenken in Deutschland schilderte Herr *Brandt* die Gründe, die zum Verlust eines finnischen Auftrags auf Bau eines großen Nuklear-Kraftwerks führten. Gegenüber dem preisgünstigsten deutschen Angebot sei von konkurrierender amerikanischer Seite geltend gemacht worden, das deutsche Angebot sei vielleicht besser, doch hätten die Finnen keine Garantie auf Lieferung von Nuklear-Brennstoff, da ja demnächst der Nichtverbreitungsvertrag unterschrieben werde. Schließlich hätte die sowjetische Intervention bewirkt, daß keiner der westlichen Interessenten den Auftrag erhielt.

Abschließend brachte Bundesminister Brandt die Zusammensetzung des IAEО-Rats zur Sprache. Bei den „safeguards“ für die Wiener Organisation spiele der Ratsvorsitzende eine Rolle. Großbritannien und Frankreich seien die einzigen ständigen Ratsmitglieder. Man brauche kein deutscher Nationalist zu sein, um die Frage zu stellen, ob Deutschland auch einen ständigen Sitz erhalten solle.

Die Aussprache über das Nichtverbreitungsabkommen wurde am 13. April fortgesetzt.

**VS-Bd. 10089 (Ministerbüro)**

## 125

### **Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Jung**

**II A 1-80.00-912/67 geheim**

**12. April 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Deutschlandpolitik

hier: Verwertung von Positionsvorteilen der Bundesrepublik Deutschland

#### **I. 1) Bestandsaufnahme unserer Positionsvorteile**

Unsere bisherige Deutschlandpolitik hat bewirkt, daß wir im internationalen Feld dem Ostberliner Regime gegenüber zahlreiche Positionsvorteile errungen haben, die noch einen beträchtlichen Wert besitzen und über deren Bedeutung für unsere künftige Deutschlandpolitik wir uns klar werden müssen.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit können hier im einzelnen genannt werden:

a) Noch bestehende Abschreckung der Dritten Welt vor weiterer Aufwertung und Anerkennung der SBZ

Der internationale Status der Zone hat sich in der Vergangenheit nur langsam verbessert. Der entscheidende Durchbruch einer diplomatischen Anerkennung ist ihr in der freien Welt an keiner Stelle geglückt. Unsere Politik, eine Aufwertung oder Anerkennung der Zone durch das Ausland als unfreundlichen Akt zu betrachten, ist nicht ohne Erfolg geblieben und wäre auch heute nicht ohne Aussicht auf Erfolg.

b) Zurückhaltung unserer Verbündeten und Freunde bei Kontakten zum Ostberliner Regime

Bisher haben unsere Verbündeten und Freunde unseren Wunsch, sich in ihren Kontakten zum Ostberliner Regime zurückzuhalten, respektiert. Sie würden sich auch heute einem solchen Wunsch nicht verschließen.

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirigent Sahn am 12. April 1967 vorgelegen, der mit Begleitvermerk notierte: „Die Arbeitsgruppe L[eiter] P[lanungsstab] Diehl/Herr Bahr hatte das Ergebnis ihrer Deutschlanddiskussion mit einer Aufzeichnung vom 17. 3. 1967 – Pl 21 II/67 geh. – der Leitung des Hauses vorgelegt. In dem Papier sind die wichtigen Fragen, was mit den uns verbleibenden Positionsvorteilen gegenüber dem Zonenregime geschehen soll, wie wir zu einer Verbesserung der Lage Berlins kommen können, nicht behandelt worden. Als Anlage lege ich eine Aufzeichnung [...], die sich mit diesen Fragen befaßt und Aufmerksamkeit verdient, als Ergänzung des Deutschlandpapiers der Arbeitsgruppe über den Herrn Staatssekretär dem Herrn Bundesminister vor.“ Vgl. VS-Bd. 8530 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Diehl vgl. Dok. 105.

Hat Staatssekretär Schütz am 14. April 1967 vorgelegen.

Hat Bundesminister Brandt am 17. April 1967 vorgelegen.

c) Nicht-Zulassung des Zonenregimes im internationalen nicht-staatlichen Raum (insbesondere in Sport, Kunst und Wissenschaft)

Da es uns nicht gleichgültig sein konnte, ob sich in der Weltöffentlichkeit das Bild von zwei deutschen Staaten festsetzte, haben wir den Bestrebungen der Zone im internationalen nicht-staatlichen Bereich überall dort entgegenge wirkt, wo sie mit dem Anspruch ein zweiter deutscher Staat zu sein, auftreten wollte. Der Erfolg unserer Bemühungen war ja nach Regionalbereich (Ostblock, Dritte Welt, Verbündete, Bundesgebiet) unterschiedlich; dennoch konnten früher und könnten noch heute weite Gebiete vor Einbrüchen abgesichert werden.

d) TTD-System

Das von den Alliierten im Einvernehmen mit uns aufrechterhaltene TTD-System hat im NATO-Bereich die Anerkennung des DDR-Passes verhindert und die politische Agitation der Zone in Westeuropa unter Kontrolle gehalten. (Nach Ansicht des geflüchteten Chefs der polnischen Militärmission in Westberlin, Tykocinski, ist das TTD-System ein noch wirkungsvolleres Instrument als die Hallstein-Doktrin<sup>2</sup>). Das TTD-System könnte noch heute gehalten werden.

e) Noch bestehende Handelsrestriktionen

Noch heute bestehen westliche Handelsbeschränkungen im Interzonenhandel und im Handelsverkehr von NATO-Ländern mit der SBZ (Widerrufsklausel, Kontingentierung, Kreditbeschränkungen, Embargo strategischer Güter). Ostberlin ist weiterhin an der Aufhebung dieser Restriktionen interessiert.

f) Bezeichnung des anderen Teils Deutschlands

In der Bezeichnungsfrage ist es Ostberlin bisher nicht gelungen, die für sich beanspruchte Staatsbezeichnung weltweit durchzusetzen. Wir selbst, unsere Verbündeten und verschiedene internationale Organisationen (NATO, UNO) legen sich weiterhin Zurückhaltung auf.

Man mag die Frage aufwerfen, ob es sich in diesen Fällen für uns um wirkliche Positionsvorteile handelt. Daß dem so ist, geht daraus hervor, daß die oben angeführten Positionen das Zonenregime (nicht notwendigerweise die Bevölkerung im anderen Teil Deutschlands) in einem Minderstatus halten. Diesen zu überwinden, ist das erste außenpolitische Ziel Ulbrichts. Was aber für das Ostberliner Regime Nachteile sind, sind in diesen Fällen für uns Vorteile. Wenn es zu einer Entwertung aller von uns gehaltenen Trümpfe käme, hätte Ostberlin sein außenpolitisches Nahziel erreicht. Die Glaubwürdigkeit der rechtlich-politischen Begründung unserer Deutschland-Politik würde dadurch beeinträchtigt werden.

2) Bewertung unserer Trümpfe für die Zukunft

Eine Prognose des Wertes unserer Trümpfe hängt einerseits von der Entwicklung des Ostberliner Regimes, zum anderen von unserer eigenen Deutschland-Politik ab.

<sup>2</sup> Nach seiner Flucht am 16. Mai 1965 berichtete der ehemalige Leiter der polnischen Militärmission in Berlin (West), Tykocinski, über die sowjetische Deutschlandpolitik. Er bezeichnete die Tätigkeit des für die TTD zuständigen Allied Travel Office (ATO) als „wirksame Waffe gegen die Zone. Sie sei effektiver als die Hallstein-Doktrin“. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Wieck vom 6. Juni 1966; VS-Bd. 4171 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.



### a) Entwicklung des Ostberliner Regimes

Das Zonenregime ist seit 1949 langsam, aber stetig stärker geworden. Eine fühlbare Konsolidierung hat sich seit dem Bau der Berliner Mauer ergeben. Eine vorsichtige Beurteilung zwingt dazu, auch in Zukunft eher mit einer Stärkung als mit einer Schwächung des Regimes und seiner Stellung in der Welt zu rechnen. Eine solche Prognose würde bedeuten, daß unsere Positionsvorteile weiter abnehmen, aber nicht ohne weiteres verschwinden müssen.

### b) Einfluß unserer Deutschland-Politik auf unsere Positionsvorteile

Von ganz besonderem Einfluß auf unsere Positionsvorteile ist unsere eigene Deutschland-Politik. Man muß davon ausgehen, daß wir unsere Trümpfe im wesentlichen bis auf weiteres halten könnten, wenn wir dazu entschlossen wären.

Die deutsche Beteiligung an der Entspannungspolitik, unsere Osteuropa-Politik und unsere Politik der verstärkten Kontakte zum anderen Teil Deutschlands zwingen uns jedoch zu gewissen Rücksichtnahmen. Bei einer solchen Politik müssen wir im Laufe der Zeit mit Rückwirkungen auf die Haltung des Auslands gegenüber der Zone rechnen. Je mehr wir Ostberlin in die Entspannung einbeziehen, je mehr wir uns mit der vorläufigen Existenz des Zonenregimes abfinden, desto weniger können wir das Ausland von verstärkten Beziehungen zu Ostberlin und damit die Zone vom internationalen Verkehr abhalten. Bestehende Trümpfe werden damit gefährdet.

Hiervon zu unterscheiden ist der Fall, daß wir uns dazu entschließen, von uns aus Positionen (wie z.B. die noch bestehende Nicht-Zulassung der Zone zum internationalen Sportverkehr oder das TTD-System) abzubauen, entweder in der Absicht, das Spannungsklima zu verbessern, oder in der Erwartung, die Auseinandersetzung mit Ostberlin insoweit zu beseitigen. Hier handelt es sich um den freiwilligen Rückzug ohne substantielle Gegenleistungen.

Insgesamt läßt sich sagen, daß unsere derzeitige Politik die Gefahr eines unkontrollierten Abbaus unserer Positionsvorteile in sich trägt.

### 3) Folgen einer Entwertung unserer Trümpfe

Je mehr die unter Ziffer I 1) aufgeführten Trümpfe ihren Wert verlieren, desto mehr wird sich die DDR konsolidieren und desto mehr wird sich die Teilung Deutschlands weiter verfestigen. Im ungünstigen Fall würde das zu einer Anerkennung Ostberlins zwar nicht durch uns und unsere engen Verbündeten und Freunde, aber doch durch die Dritte Welt führen. Die weitere Verfestigung der deutschen Teilung würde eine besondere Gefahr für Berlin bilden, dessen Status zwischen Ost und West weiter umstritten bliebe und das damit „in der Luft hänge“. Nicht nur würde die Wiedervereinigung als politisches Ziel weiter in den Hintergrund rücken. Es würde auch nicht bei einer Zweiteilung Restdeutschlands bleiben. Vielmehr würde die prekäre Stellung Berlins dem Osten den Hebel belassen, mit dem zunächst eine Dreiteilung Restdeutschlands in Gang gesetzt würde, bei der sich Berlin auf die Dauer nicht halten könnte.

### II. 1) Verwertung unserer Trümpfe

a) Wenn es richtig ist, daß die bestehenden Positionsvorteile auf die Länge der Zeit schwinden, aber noch geraume Zeit gehalten werden können, dann drängt sich der Gedanke auf, sie nur für Gegenleistungen abzugeben, mit anderen

Worten, sie in eine Politik des Gebens und Nehmens einzubauen. Dies sollte geschehen, solange die Trümpfe noch etwas wert sind.

b) Als Gegenleistung kommt eine Verbesserung des Status' Westberlins und des Zugangs zu ihm in Betracht. Andere Konzessionen dürften nach der Interessenlage des Zonenregimes und der Sowjetunion von vornherein ausscheiden. Im Fall Westberlins erscheinen Zugeständnisse Ostberlins und Moskaus – wenn man einmal von deren Interessen ausgeht – durchaus denkbar.

Nach dem Mauerbau und nach dem Anstieg des Lebensstandards in der Zone hat Westberlin seine „Bedrohung“ für das Zonenregime weitgehend verloren, da es als Fluchtweg und als „provozierendes“ Schaufenster des Westens heute keine Rolle mehr spielt. Warum sollte der Osten nicht die Zugehörigkeit Westberlins zur Bundesrepublik zulassen und den Zugang zur Stadt garantieren, wenn die Zone dafür beträchtliche Konzessionen bezüglich ihres Status' erhielte? Der östliche Standpunkt, Westberlin als „selbständige politische Einheit“ (so der Vertrag Ostberlin-Moskau 1964<sup>3</sup>) oder als „besondere politische Einheit“ (so die Verträge Ostberlin-Warschau/Prag 1967<sup>4</sup>) zu betrachten, könnte bei weiter Auslegung sogar aufrechterhalten bleiben.

Ein brauchbarer Ausgangspunkt wären insoweit die amerikanischen „Draft Principles“ vom März/Juni 1962, die zwar von den Franzosen und uns damals nicht akzeptiert wurden, von den Russen aber niemals abgelehnt worden sind (vgl. Anlage 1<sup>5</sup>).

c) Schwierige Probleme, die einer gesonderten Untersuchung bedürften, wären die Einführung des Komplexes in zu erstrebende Verhandlungen sowie die Modalitäten dieser Verhandlungen. Solange es nicht zu erfolgreichen Verhandlungen gekommen ist, sollten wir uns mit Konzessionen gegenüber Ostberlin zurückhalten, es sei denn, Ulbricht liefere Entspannungsbeweise.

## 2) Mögliche Einwendungen

Folgende Einwendungen gegen den Gedanken eines Berlin-„Handels“ sind – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – möglich:

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. Juni 1964 „über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit“ vgl. DzD IV/10, S. 717–723.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der am 15. und am 17. März 1967 zwischen der DDR und Polen bzw. der Tschechoslowakei geschlossenen Verträge „über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ vgl. DzD V/1, S. 740–743 und S. 767–770.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigelegt. Der amerikanische Außenminister Rusk schlug am 22. Juni 1962 allgemeine Grundsätze für eine neue Berlinpolitik vor: „Die Parteien stimmen darin überein, daß der Ausschuß der Außenminister-Stellvertreter bei seinen fortlaufenden Verhandlungen die allgemeinen Grundsätze berücksichtigen sollte, daß bis zur Wiederherstellung der deutschen Einheit 1) es Westberlin freistehen soll, seine eigene Lebensweise zu wählen; 2) die Parteien sich verpflichten sollten, die Gesellschaftsordnung, die innerhalb der Stadt Gestalt angenommen hat, zu achten; 3) seine Lebensfähigkeit [...] aufrechterhalten bleiben soll; 4) uneingeschränkte Verbindungen zwischen Westberlin und Westdeutschland sichergestellt werden. [...] Sie erklären ferner, daß sie sich um das Zustandekommen einer Einigung der Behörden in West- und Ostberlin bemühen werden zwecks Einsetzung einer Gesamtberliner technischen Kommission, bestehend aus Beamten, die von den Behörden Westberlins und Ostberlins ernannt würden, um Angelegenheiten wie die Erleichterung des Verkehrs von Personen, Transportfahrzeugen und Gütern zwischen West- und Ostberlin und eine Regelung betreffend öffentliche Versorgungsbetriebe und Kanalisation zu behandeln.“ Vgl. VS-Bd. 8530 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

a) Eine Verwertung unserer Trümpfe gegen Gegenleistungen bezüglich Westberlins sei zu spät.

Es ist richtig, daß eine Initiative in dieser Richtung vor Jahren bessere Aussichten gehabt hätte. Ein Versuch dürfte aber noch immer lohnend sein.

b) Ein solcher „Handel“ müsse zu einer Anerkennung der DDR führen.

Wichtig ist, daß Verhandlungen vom Ausland nicht mißdeutet werden dürfen. Eine Anerkennung durch unsere engen Verbündeten und Freunde läßt sich vermeiden, solange die Anerkennungsabsicht fehlt. Ob eine Anerkennung der DDR durch Länder der Dritten Welt auf die Dauer zu verhindern ist, ist allerdings ohnehin fraglich.

c) Schon der Versuch zu Verhandlungen führe zur Aufgabe westlicher Positionen, ohne daß ein positives Verhandlungsergebnis vorausgesagt werden könne. Es kommt darauf an, das Thema so in die Diskussion einzuführen und die Verhandlungen so zu beginnen und zu führen, daß eine Präjudizierung unserer Verhandlungsposition vermieden wird. Die Erreichung dieses Ziels kann nicht von vornherein ausgeschlossen werden.

### III. Zusammenfassung

Unsere im internationalen Felde dem Ostberliner Regime gegenüber bestehenden zahlreichen Positionsvorteile, die von uns noch geraume Zeit gehalten werden könnten, sollten nur gegen Gegenleistungen des Ostens aufgegeben werden. Als Gegenleistung kommt insbesondere eine Verbesserung des Status' West-Berlins und des Zugangs zu ihm in Betracht. Der Komplex müßte behutsam in die Ost/West-Diskussion eingeführt werden. Mit Konzessionen gegenüber dem Zonenregime sollten wir uns so lange zurückhalten, bis Ulbricht einen Entspannungsbeweis bezüglich Berlins gegeben hat.

Jung

**VS-Bd. 8530 (Ministerbüro)**

## 126

## Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem britischen Außenminister Brown in London

I A 5-82.20-94.09-646/67 geheim

13. April 1967<sup>1</sup>

Ergebnisniederschrift des Gesprächs zwischen Bundesminister Brandt und Außenminister Brown vom 13. April 1967, 15.00 – 16.30 Uhr

Britische Teilnehmer: Sir Frank Roberts; Lord Hood; Sir John Rennie; Mr. Barnes; Mr. Campbell; Mr. Steel; Mr. Goodall und andere.

Deutsche Teilnehmer: Botschafter Blankenhorn; MD Professor Dr. Meyer-Lindenberg; Gesandter von Ungern-Sternberg; VLR I Dr. von Plehwe; VLR I Dr. Arnold; VLR Kusterer; LR I Dr. Schauer; LR I Dr. Ruhfus (zeitweilig); LR Dr. Bräutigam.

### I. Atomsperrvertrag

Die britische Seite übergab, wie am Vormittag vereinbart worden war, ein Papier mit den Darlegungen der beiden Minister vom Vortage.<sup>2</sup> Um die Aufzeichnung nicht auf eine bloße Gegenüberstellung der beiderseitigen Positionen zu beschränken, schlug Außenminister *Brown* einen zusätzlichen Absatz etwa folgenden Inhalts vor: „The Ministers were very happy to note the extent to which they find themselves in harmony on the problems discussed.“

Bundesminister *Brandt* erklärte sich mit der Einfügung eines solchen Absatzes einverstanden. Die Delegationen wurden beauftragt, das Papier entsprechend zu ergänzen.

### II. Britische SBZ-Kredite

Außenminister *Brown* führte aus, seine Regierung habe gegenwärtig nicht die Absicht (no present intention), SBZ-Kredite mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren zu garantieren. Sie sei ferner bereit, auf deutschen Antrag Angaben (relevant figures) zu Kreditgarantien mit einer Laufzeit von zwei bis fünf Jahren zu machen, vorausgesetzt, daß auch die deutsche Regierung der britischen Seite entsprechende Informationen (comparable figures) zur Verfügung stelle.

Außenminister *Brown* räumte ein, daß sich sein Vorschlag auf den Austausch von Informationen beschränke. Eine Verpflichtung zu regelmäßigen Konsultationen könne die britische Regierung in diesem Bereich nicht übernehmen.

Bundesminister *Brandt* erläuterte die Motive der deutschen Politik gegenüber der SBZ und skizzierte kurz die Haltung der EWG-Partner<sup>3</sup> und einiger anderer westlicher Staaten (Dänemark, Schweden und Österreich).

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat Bräutigam, London, gefertigt.

Hat Staatssekretär Schütz am 18. April 1967 vorgelegen.

Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>2</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

Für das Gespräch vgl. Dok. 124.

<sup>3</sup> Zur staatlichen Absicherung von Krediten gegenüber der DDR führte Referat III A 2 am 23. März 1967 aus: „Unsere fünf EWG-Partner haben sich im Jahre 1966 verpflichtet, im Interesse des In-

Zu dem britischen Vorschlag stellte der Herr Bundesminister die Frage, ob man sich vielleicht auf den Terminus „discussion“ einigen könne, wenn die Briten eine Konsultationsverpflichtung nicht glaubten übernehmen zu können. Für Deutschland komme es darauf an, daß man über die Frage der SBZ-Kredite sprechen könne, wenn wir feststellten, daß der innerdeutsche Handel durch den SBZ-Handel unserer Freunde zurückgedrängt (pushed back) werde.

Am Ende des Gesprächs überreichte die britische Seite einen schriftlich formulierten Text des britischen Vorschlags.<sup>4</sup> Bundesminister Brandt wies nach einer kurzen Prüfung darauf hin, daß dieser Vorschlag zum Beispiel hinter der Position Dänemarks zurückbleibe. Dieses EFTA-Land habe zugesagt, in dieser Frage den Vorschlägen der EWG zu folgen (follow the advice of the Common Market). Außenminister *Brown* fügte daraufhin in den britischen Text vor „consultations“ das Wort „regular“ ein. Die Neufassung des britischen Vorschlags lautet damit: „without leading to regular consultations.“

### III. NATO und WEU (Dreiergespräche, Truppenabbau)

Außenminister *Brown* dankte seinem deutschen Kollegen für die Unterstützung, die Herr Brandt persönlich in der Frage eines deutschen Beitrags zum britischen Devisenausgleich der britischen Regierung gegeben habe. Allerdings könne er nicht verschweigen, daß der in den Dreiergesprächen ausgearbeitete Vorschlag<sup>5</sup> hinter der Zusage zurückbleibe, die die britische Regierung im Unterhaus gegeben habe, und zwar

- fehlten für einen befriedigenden Devisenausgleich immer noch rund 10 Millionen Pfund Sterling;
- beschränke sich das Arrangement auf das laufende Haushaltsjahr;
- habe Großbritannien sich verpflichtet, lediglich eine Brigade abzuziehen.

Um die gesamte Devisenbelastung für die eine Brigade einzusparen, werde es Großbritannien – im Gegensatz zu den USA – nicht möglich sein, das militärische Gerät (equipment) dieser weiterhin der NATO assignierten Brigade in Deutschland zurückzulassen.

Das schwerwiegendste Problem, das sich in diesem Zusammenhang für die britische Regierung stelle, sei die Regelung des Devisenausgleichs in den kommenden Jahren. Großbritannien könne nicht jedes Jahr wieder durch diese erbärmliche Prozedur (blasted misery) gehen. Die Schwierigkeiten entstünden nicht zuletzt durch die im WEU-Vertrag enthaltene Verpflichtung Großbritanniens, in Deutschland zahlenmäßig festgelegte Truppen zu unterhalten.<sup>6</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 580*

terzonenhands die staatliche Sicherung von Ausfuhrkrediten für Lieferungen in die SBZ auf fünf Jahre zu begrenzen. Die Bundesrepublik Deutschland wird sich bei vergleichbaren Maßnahmen ebenfalls an eine Obergrenze von fünf Jahren halten. Zum Verfahren wurde beschlossen, daß uns die übrigen EWG-Mitgliedstaaten alle Vierteljahre über das Volumen der staatlich abgesicherten Kredite gegenüber der SBZ unterrichten, während wir Informationen über das Volumen des Interzonenhandels liefern. Alle halben Jahre, im Bedarfsfalle auch zwischenzeitlich, sollen Konsultationen stattfinden, um sicherzustellen, daß sich der Umfang der staatlichen Kreditabsicherung unserer Partner nach der Entwicklung des Interzonenhandels richtet.“ Vgl. VS-Bd. 2510 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Dem Vorgang nicht beigefügt.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Dok. 109, besonders Anm. 11–13 und Anm. 15–18.

<sup>6</sup> Großbritannien war nach Artikel 6 des Protokolls Nr. II zum WEU-Vertrag vom 23. Oktober 1954 verpflichtet, auf dem europäischen Festland 4 Divisionen und die 2. Taktische Luftflotte zu unterhalten. Mit Notenwechsel vom 3. Oktober 1958 einigten sich die Bundesrepublik und Großbritan-

(„It is this commitment of specific numbers which pushes us into this difficult position.“) Deshalb werde die britische Regierung nach dem Abschluß der Dreiergespräche nicht nur die Zustimmung der WEU zu dem Rückzug der Brigade verlangen; sie wünsche darüber hinaus, von der Verpflichtung, zahlenmäßig festgelegte Truppenstärken in Deutschland zu halten, entbunden zu werden (relief of stated numbers). Dieses Verlangen bedeute indessen nicht, daß sich Großbritannien von dem Kontinent zurückziehen wolle. Britische Truppen sollten auch in Zukunft in Deutschland bleiben („We would still be there“).

Außenminister Brown ließ erkennen, daß gegen einen solchen Schritt im Foreign Office starke Bedenken geltend gemacht worden seien. Er sei jedoch in dieser Frage an eine Kabinettsentscheidung gebunden.

*Sir Frank Roberts* gab zu bedenken, ob nicht eine Lösung ähnlich der in der Schlußakte der Neunmächte-Konferenz vom 3. Oktober 1954<sup>7</sup> enthaltenen amerikanischen Erklärung (s. Anlage<sup>8</sup>) gefunden werden könne. Außenminister *Brown* stimmte dem zu: „Could we suggest a formula with which you could live?“

Bundesminister *Brandt* erwiderte, er halte eine Entbindung Großbritanniens von seiner im WEU-Vertrag festgelegten Verpflichtung gegenüber den europäischen Partnern für höchst bedauerlich (most deplorable). Zunächst müsse er diese Frage mit seinen Kollegen erörtern. Er fürchte allerdings, daß ihre Reaktion nicht sehr positiv (not too positive) sein werde.

Zu den Terminproblemen in den Dreiergesprächen erklärte der Herr Bundesminister, daß die letzte Runde nicht vor Ende April stattfinden könne. Die Prüfung des amerikanischen Rotationsplanes<sup>9</sup> durch die Bundesregierung könne nicht früher abgeschlossen werden. Auch seien die z.Z. laufenden Verhandlungen mit der amerikanischen Treasury im Augenblick noch nicht beendet.<sup>10</sup>

Außenminister *Brown* erklärte sich mit einer Sitzung der Dreiergruppe in der letzten Aprilwoche (27./28. April) einverstanden, vorausgesetzt, daß dies die letzte Runde sei. Anschließend werde die britische Regierung sofort den bereits erläuterten Antrag in der WEU einbringen.<sup>11</sup>

Zu der vorgesehenen Unterrichtung des NATO-Rates über die Dreiergespräche sagte Bundesminister *Brandt*, es sei wohl richtiger, nicht schon jetzt zu sehr in die Einzelheiten zu gehen, Außenminister *Brown* bemerkte, daß eine zu de-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 581*

nien auf die neue Sollstärke der britischen Rheinarmee in Höhe von 55 000 Mann. Für den Wortlaut des WEU-Vertrags und des Notenwechsels vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 264 bzw. 1959, Teil II, S. 545–549.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6978–6987.

<sup>8</sup> Dem Vorgang beigelegt. Der amerikanische Außenminister Dulles erklärte, „daß die Vereinigten Staaten weiterhin in Europa einschließlich Deutschlands diejenigen Verbände ihrer Streitkräfte belassen werden, die gegebenenfalls erforderlich und angemessen sind, um einen fairen Beitrag zu dem zu leisten, was für die gemeinsame Verteidigung des nordatlantischen Gebietes benötigt wird, solange eine Bedrohung dieses Gebietes besteht, und weiterhin diese Streitkräfte im Einklang mit der vereinbarten Nordatlantikstrategie für die Verteidigung dieses Gebietes einsetzen werden.“ Vgl. VS-Bd. 10089 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Vgl. dazu Dok. 145.

<sup>10</sup> Vgl. dazu Dok. 117, Anm. 6.

<sup>11</sup> Vgl. dazu Dok. 151.

taillierte Unterrichtung des NATO-Rates vor allem den Amerikanern unerwünscht sei.

Bundesminister *Brandt* begrüßte die in dem britischen Entwurf für „agreed minutes“ vom 31. März 1967 enthaltenen Vorschläge zur Frage einer Truppenreduzierung der Warschauer Paktstaaten (Ziffer 7 des Entwurfs).<sup>12</sup> Über das Prinzip bestehe zwischen beiden Regierungen volle Einigkeit.

Zu Ziffer 10 des gleichen Entwurfs wandte der Herr Bundesminister ein, daß der beabsichtigte britische Antrag in der WEU (betreffend Herabsetzung der britischen Truppenstärken) nach deutscher Auffassung zu sehr auf finanzielle Gründe abstelle.<sup>13</sup> Die Bundesregierung würde eine umfassendere Begründung für richtiger halten. Außenminister *Brown* stimmte dem im Grundsatz zu, warf aber die Frage auf, auf welche Gründe außer den bekannten finanziellen der Rückzug der Brigade im jetzigen Stadium gestützt werden könnte. Die gemeinsame Überprüfung der strategischen Probleme sei noch nicht weit genug vorangeschritten, um eine entsprechende Motivierung mit einzubeziehen.

Zu dem amerikanischen Rotationsplan führte Bundesminister *Brandt* aus, daß die Bundesregierung den Plan z. Z. sorgfältig prüfe. Eine eingehendere Stellungnahme sei ihm deshalb in diesem Augenblick nicht möglich. Soviel aber könne er schon jetzt sagen, daß – was immer der Plan für die NATO bedeute – er jedenfalls für Deutschland gerade auch unter politischen und psychologischen Gesichtspunkten schwerwiegende Probleme aufwerfe.

Auch der beabsichtigte Rückzug einer britischen Brigade aus Deutschland dürfe nicht allein unter finanziellen und rein militärischen Gesichtspunkten gesehen werden. Man müsse sich in allem Ernst fragen, wie sich dieser Schritt auf die Westliche Allianz, die Zukunft Europas und die Ost-West-Beziehungen auswirken werde.

#### IV. Technologische Kooperation

Bundesminister *Brandt* schlug vor, die Probleme, die sich im Rahmen der EWG stellen, in diesem Gespräch nicht zu behandeln und sich statt dessen auf die bilateralen Aspekte zu konzentrieren.

<sup>12</sup> Die britische Regierung übermittelte der Bundesregierung am 31. März 1967 den Entwurf für eine Vereinbarung über die Vorlage der Ergebnisse der Dreier-Verhandlungen an den Ausschuß für Verteidigungsplanung der NATO. Ziffer 7 des Entwurfs beschäftigte sich mit den geplanten Truppenreduzierungen: „The three Permanent Representatives would propose that the D.P.C. should discuss how these plans could best be exploited to promote reductions of Soviet or Warsaw Pact Forces in Eastern Europe. Subject to the agreement of NATO, a possible procedure would be: A) A private approach to the Soviet Government by one or more members of NATO, indicating that: 1) these moves were being made; 2) they gave the Russians an opening to do likewise; 3) if the Russians made substantial reductions, further reductions by the West would not be excluded, thus opening the way to a process of balanced reductions by mutual example in the spirit of arms control. B) Followed by a public statement by NATO, drawing attention to the planned moves and calling on the Soviet Government and Warsaw Pact to respond.“ Vgl. die Aufzeichnung des Referats II B 2 vom 11. April 1967; VS-Bd. 2510 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>13</sup> Ziffer 10 des britischen Entwurfs für eine Vereinbarung vom 31. März 1967 über die Vorlage der Ergebnisse der Dreier-Verhandlungen an den Ausschuß für Verteidigungsplanung der NATO erläuterte das Verfahren gegenüber der WEU: „The British case would be based mainly on financial grounds.“ Vgl. die Aufzeichnung des Referats II B 2 vom 11. April 1967; VS-Bd. 2510 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

Der Bundesminister sprach die Hoffnung aus, daß bald eine Entscheidung der EURATOM-Gemeinschaft über das Dragon-Projekt in Winfrith Heath<sup>14</sup> getroffen werde. Er ging sodann auf die mit der langfristigen Versorgung der europäischen Staaten mit natürlichem und angereichertem Uran verbundenen Probleme ein. Die Lösung dieses Problems werde immer dringlicher. Hier sei eine europäische Zusammenarbeit notwendig. Es sei im übrigen bekannt, daß Großbritannien noch über ungenutzte Kapazitäten für Urananreicherung verfüge. Diese Fragen müßten sowohl unter wirtschaftlich-finanziellen wie unter politischen Gesichtspunkten geprüft werden. Der Bundesminister erwähnte in diesem Zusammenhang, daß Deutschland nicht beabsichtige, eine Isotopentrennanlage zu errichten; es besitze aber eine eigene Brennelementeindustrie und denke daran, eigene Wiederaufbereitungsanlagen zu schaffen.

Unabhängig von den zahlreichen Expertentreffen im industriell technologischen Bereich (Beispiel Airbus<sup>15</sup>) schlug Bundesminister Brandt einen Besuch von Staatssekretär Lahr (Begleiter von Experten aus anderen Ministerien) in London für den kommenden Monat vor. Außenminister *Brown* stimmte dem Vorschlag zu. Er werde – auch um den politischen Charakter der Besprechungen zu unterstreichen – Staatsminister Chalfont oder Staatsminister Mulley mit der Leitung der britischen Delegation beauftragen. In den Besprechungen sollten Empfehlungen an die beiden Regierungen ausgearbeitet werden.<sup>16</sup>

#### V. Rhodesien

Außenminister Brown gab einen kurzen Überblick über die britische Beurteilung der Lage in Rhodesien. Die Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 16. Dezember 1966<sup>17</sup> habe die Wirkung der Sanktionen ver-

<sup>14</sup> Die „Gruppe Atomfragen“ in EURATOM erörterte am 10. Mai 1967 die Möglichkeit einer weiteren Beteiligung an dem britischen Hochtemperaturreaktor-Projekt „Dragon“. Im Gegensatz zu den übrigen EURATOM-Mitgliedstaaten lehnte die französische Delegation den Vorschlag der EURATOM-Kommission ab, eine vorläufige Verlängerung der Zusammenarbeit für das Jahr 1968 zu beschließen. Vgl. das „Aide-mémoire über die Sitzung der Gruppe Atomfragen“ vom 25. Mai 1967; Referat I A 6, Bd. 97.

<sup>15</sup> Am 15. März 1967 wurde das Bundesministerium für Wirtschaft vom Bundeskabinett ermächtigt, die Verhandlungen mit Frankreich und Großbritannien über die Entwicklung eines Mittelstreckenflugzeugs („Airbus“) fortzuführen. Zur Finanzierung des Projekts, an dem sich die Bundesrepublik mit 25 %, Großbritannien und Frankreich mit jeweils 37,5 %, beteiligen sollten, stellte Referat III A 4 fest: „Die Frage der zeitweisen Vorfinanzierung der Kosten der Entwicklung durch die Industrie soll in den nächsten Jahren je nach Haushaltslage entschieden werden. Die Industrie soll sich auf eine mögliche Vorfinanzierung einstellen. Das Airbusprojekt wird von uns als möglicher Kernpunkt einer beschränkten europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Luftfahrtindustrie gefördert.“ Vgl. die Aufzeichnung des Referats III A 4 vom 7. April 1967; VS-Bd. 2510 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>16</sup> Am 1. Juni 1967 hielt sich Staatssekretär Lahr in London auf. In einem Gespräch mit dem Staatsminister im britischen Außenministerium, Mulley, erörterte er „1) das Ausmaß des technologischen Rückstands Europas gegenüber den USA und die Notwendigkeit einer europäischen Zusammenarbeit; 2) die technologische Zusammenarbeit nach einem Beitritt Großbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften; 3) Verstärkung der deutsch-britischen Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technologie.“ Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 2. Juni 1967; Referat I A 6, Bd. 73.

<sup>17</sup> Am 16. Dezember 1966 beschloß der UNO-Sicherheitsrat obligatorische Wirtschaftssanktionen aller UNO-Mitgliedstaaten gegen Rhodesien. Auch Nichtmitglieder der UNO waren dazu aufgefordert, sich diesen Maßnahmen anzuschließen und „dem illegalen rassistischen Regime in Südrhodesien weder finanzielle noch sonstige wirtschaftliche Hilfe zu leisten“. Für die Resolution Nr. 232 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 15. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 68 f.



schärft. Seitdem sei sich auch die Bevölkerung mehr und mehr über den Ernst der Lage klar geworden. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten seien in der letzten Zeit eindeutig größer geworden. Schon die Tabakernte 1966 habe nur zu einem geringen Teil verkauft werden können. Mit der diesjährigen Ernte würden die Schwierigkeiten weiter zunehmen. Von entscheidender Bedeutung sei indessen die Frage der Ölversorgung. Die britische Regierung übe zur Zeit einen beträchtlichen Druck auf die portugiesische Regierung aus, um diese zur Einführung einer Ölrationierung in Mozambique zu veranlassen. Wenn die portugiesische Regierung einem solchen System zustimme und die französische Ölgesellschaft, die in Mozambique tätig sei, sich kooperativ zeige, könne in Zukunft der Ölverkauf an Rhodesien in Mozambique verhindert werden. Südafrika werde nach britischem Eindruck möglicherweise stillschweigend davon Abstand nehmen, die durch eine Ölrationierung in Mozambique entstehenden Ausfälle zu kompensieren. Die neue südafrikanische Regierung Vorster nehme in der Rhodesienfrage eine gelassene Haltung (*relaxed attitude*) ein. Brown bat um strengstes Stillschweigen in dieser Angelegenheit, damit die britischen Bemühungen nicht vereitelt würden.

Außenminister Brown betonte, daß seine Regierung neuen Druck in den Vereinten Nationen auf die westlichen Industrieländer unbedingt vermeiden wolle. Das liege auch im deutschen Interesse. Die britische Regierung wäre dankbar, wenn die Bundesregierung dafür Sorge tragen könnte, daß deutsche Geschäftsleute nicht mit fragwürdigen (*tedious*) und erfinderischen (*ingenious*) Mitteln die VN-Sanktionen umgehen. Nach britischen Informationen habe eine deutsche Firma im Juni 1966 einen über fünf Jahre laufenden Lieferungsvertrag für rhodesisches Kupfer im Werte von 4½ Mio. Pfund Sterling pro Jahr abgeschlossen. Außenminister Brown fragte, ob es der Bundesregierung nicht möglich wäre, eine Durchführung dieses Vertrages zu unterbinden. Nicht ganz so gravierend sei der langfristige Asbestvertrag einer deutschen Firma. Dieser habe einen Wert von 1½ Mio. Pfund Sterling pro Jahr, laufe aber, wenn er richtig unterrichtet sei, Ende dieses Jahres aus.

Bundesminister *Brandt* legte die deutschen Maßnahmen gegenüber Rhodesien dar.<sup>18</sup> Er verwies auf den starken Rückgang der deutschen Importe seit August 1966 und erläuterte den besonderen Fall des bereits im Frühjahr 1966 in deutschen Freihäfen eingelagerten rhodesischen Tabaks. Ein Eingriff in laufende Verträge sei der Bundesregierung jedoch aus rechtlichen Gründen nicht möglich.

<sup>18</sup> Zu den Maßnahmen der Bundesregierung stellte Referat III B 5 fest: „Für alle Embargo-Waren wurden Einfuhr, Ausfuhr, Transit und Transport mit deutschen Schiffen und Flugzeugen verboten. Der in der UN-Resolution geforderte Eingriff in alte, noch laufende Verträge ist nicht möglich [...] Die Haltung der Bundesregierung in diesem Punkt entspricht der anderer großer Handelsländer. Längerfristige Lieferverträge bestehen für Kupfer und Asbest. Hierbei fällt nur Kupfer mengenmäßig ins Gewicht. Wegen der gespannten Lage auf dem Kupfermarkt [...] kann Deutschland auf diese Lieferungen nicht verzichten [...]. Es wird verschiedentlich versucht, Deutschland den ‚Schwarzen Peter‘ zuzuschieben. Es werden Aufträge über Londoner Firmen an deutsche Tochtergesellschaften oder Unternehmen weitergeleitet. Es ist zu bemerken, daß noch im ersten Halbjahr 1966 75% der deutschen Warenbezüge aus Rhodesien über Großbritannien abgewickelt wurden. Der Export Großbritanniens nach Rhodesien soll im Jahre 1966 noch 11 Mio. Pfund betragen haben.“ Vgl. die Aufzeichnung des Referats III B 5 für die Konferenzmappe zum Besuch des Bundesministers Brandt vom 12. bis 14. April 1967 in London; VS-Bd. 2510 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

## VI. Britische Einladung des deutschen Bundeskanzlers

Außenminister *Brown* sagte, daß seine Regierung einen Besuch des Bundeskanzlers in Großbritannien noch in diesem Jahr sehr begrüßen würde. Als Zeitpunkt erscheine ihm die zweite Oktoberwoche günstig. Dieser Termin liege nach der Labour-Partei-Konferenz, aber noch vor den zahlreichen internationalen Verpflichtungen im Spätherbst.

Außenminister *Brandt* befürwortete einen Kanzlerbesuch in Großbritannien. Die italienische Regierung habe die Absicht geäußert, den Bundeskanzler für November nach Rom einzuladen. Es erscheine ihm richtig, wenn der Bundeskanzler noch vor der Rom-Reise nach London komme.<sup>19</sup>

Auf eine Frage Brandts erklärte Außenminister *Brown*, daß die Februarreise Wilsons nach Bonn<sup>20</sup> zur Erörterung eines britischen EWG-Beitritts als offizieller Besuch im protokollarischen Sinne anzusehen sei.

VS-Bd. 10089 (Ministerbüro)

## 127

## Aufzeichnung des Staatssekretärs Schütz

St.S. 925/67 geheim

13. April 1967<sup>1</sup>

Aus Anlaß der Jubiläumstagung der Europäischen Wirtschaftskommission in Genf<sup>2</sup> habe ich am 11. April 1967 eine Reihe von Kontakten mit Delegierten gehabt. Zwei längere Gespräche – das eine mit Belovski, Sonderbotschafter und Hilfe des Außenministers von Jugoslawien<sup>3</sup> (zuständig für internationale europäische Fragen), das andere mit Otokar Klička, stellvertretender Außenminister der ČSSR – waren besonders bemerkenswert. Der Charakter der Gespräche wurde als privat bezeichnet. Von jeder Veröffentlichung wurde abgesehen.

I. Mit Belovski habe ich, anknüpfend an die Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Bundesministers des Auswärtigen sowie an die Gespräche, die Herr VLR I Kastl in Belgrad geführt hat<sup>4</sup>, die augenblickliche Si-

<sup>19</sup> Zum Aufenthalt des Bundeskanzlers Kiesinger vom 23. bis 25. Oktober 1967 in London vgl. Dok. 362–365.

<sup>20</sup> Zum Aufenthalt vom 15./16. Februar 1967 vgl. Dok. 55 und Dok. 57.

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 18. April 1967 erneut vorgelegen, der für Ministerialdirektor Ruete handschriftlich vermerkte: „1) S[iehe] Punkt 4 das Gespräch mit K[lička]; 2) B[itte] St[ellungnahme] und dann R[ücksprache].“ Vgl. Anm. 6.  
Hat Ruete am 19. April 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Vom 11. bis 13. April 1967 fand die Jubiläumsfeier der Europäischen Wirtschaftskommission (ECE) anlässlich ihres zwanzigjährigen Bestehens statt. Vgl. dazu BULLETIN 1967, S. 293 f.

<sup>3</sup> Marko Nikesić.

<sup>4</sup> Am 30./31. März 1967 führte Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastl Gespräche in Belgrad u. a. mit dem Abteilungsleiter im jugoslawischen Außenministerium. Lučić erklärte, daß die jugoslawische Regierung hinsichtlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik

tuation erörtert. Dabei ist deutlich geworden, daß das Interesse der Jugoslawen an der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen weiterhin sehr groß ist, daß aber auch ein Unterton von Ungeduld deutlich wird. Mir erscheint besonders bemerkenswert:

1) Es war Verständnis für die augenblickliche Situation der Bundesregierung vorhanden. Es wurde aber darauf hingewiesen, daß man die „Stimmung“ in der jugoslawischen Führung nicht falsch einschätzen sollte. Diese Stimmung kann sich ändern. Es kann zu unerfreulichen Reaktionen für uns kommen. Mehrmals wurde darauf hingewiesen, daß es bisher so gut wie nur positive Kommentare zur neuen Bundesregierung aus Belgrad gegeben habe. Gleichzeitig hieß es aber, das werde nicht ewig so bleiben, und daß man nicht allzu lange warten wolle.

2) Es wurde darauf hingewiesen, daß zwei Punkte aus öffentlichen Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung stören würden:

a) Die Überbewertung der bestehenden Beziehungen;  
b) die Mitteilung, man sei in ständigen Kontakten oder es gäbe laufend Gespräche zwischen der jugoslawischen Regierung und der Bundesregierung.

3) Es wurde darauf hingewiesen, daß eine Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen vor der Normalisierung unseres Verhältnisses zu den arabischen Ländern möglicherweise hilfreich sein könne.

4) Es wurde die klare Meinung vertreten, „daß Jugoslawien nicht beabsichtigt, seine Freunde in der Dritten Welt bei der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland zu verstärktem Kontakt mit Ostberlin zu ermuntern“.

II. Mit Klička habe ich in einem langen und intensiven Gespräch die Gesamtlage erörtert. Ich muß allerdings sagen, so freundlich die Unterhaltung war, sie war nicht ganz so freimütig wie andere Gespräche. Folgende Punkte erscheinen mir bemerkenswert:

1) Die ständige Betonung, daß wir nicht vergessen sollten, daß die DDR ein wichtiger Partner Prags und Warschaws auf dem Gebiet der Wirtschaft und auf dem Gebiet der Sicherheit für ihre Grenzen ist. Jede Aktion gegen Ostberlin erschwere den Normalisierungsprozeß mit Osteuropa. Mehrmals wurde gesagt, daß der rumänische Vorgang<sup>5</sup> besonders in seinen publizistischen Begleiterscheinungen äußerst störend gewesen ist.

2) Als Gegenstück wurde darauf hingewiesen, daß jede positive Aktion gegenüber Ostberlin dem Normalisierungsprozeß helfen würde. Jeder habe Ver-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 586*

„eine völlig klare Haltung“ einnehme: „Blockfrei, souverän und von ideologischen Vorurteilen unbeschwert, akzeptiere es gern und ohne Bedingungen die Wiederaufnahme, die für sie keine Probleme stelle.“ Kastl erklärte die Bereitschaft der Bundesregierung zu Wirtschaftsverhandlungen im Rahmen des Gemischten Regierungsausschusses sowie zur Aufnahme von Verhandlungen über das Anwerbe- und Sozialversicherungsabkommen für jugoslawische Gastarbeiter in der Bundesrepublik. Zur Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten der jeweiligen Schutzmachtvertretungen regte er u. a. die Einrichtung eines Chiffrier-, Kurier-, und Funkfernschreibverkehrs an. Schließlich schlug er die Errichtung von „Zweig- und Nebenstellen des Goethe-Instituts in Jugoslawien“ vor. Vgl. die Aufzeichnung von Kastl vom 5. April 1967; VS-Bd. 10071 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien am 31. Januar 1967 vgl. Dok. 39.

ständnis, daß eine „Anerkennung“ der DDR für die Bundesrepublik Deutschland nicht möglich ist. Aber eine offenbare Isolierungspolitik könne auch von Prag nicht hingenommen werden. Auch die ČSSR müsse, vor eine Alternative gestellt, sich an die Seite Ostberlins stellen.

3) Die konkrete Frage, ob es sinnvoll ist, jemanden zur Weiterführung der offiziellen Kontakte nach Prag zu entsenden, wurde klar verneint. Allerdings wurde eine positive Entwicklung in dieser Frage im zweiten Teil des Jahres nicht für völlig ausgeschlossen erklärt. Wichtig sei vor allem auch für die Herstellung diplomatischer Beziehungen, ob es uns gelänge, unser Verhältnis zu Moskau vernünftiger zu gestalten.

4) Klička bat zu prüfen, ob als „Übergangslösung“ nicht ein Handelsvertrag zwischen der ČSSR und der Bundesrepublik Deutschland denkbar ist. Ich habe, wenn auch in vorsichtiger Form, unsere Bedenken vorgetragen, aber gleichzeitig zugesagt, daß wir die Frage überprüfen werden.<sup>6</sup> (In diesem Zusammenhang war interessant, daß Klička interessiert schien zu erfahren, ob wir wirklich mit der Volksrepublik China in Gesprächen über die Neugestaltung unserer Beziehungen ständen; ich habe dies klar verneint.)

III. Bundesminister Carlo Schmid wird möglicherweise den Stellvertretenden Außenminister Polens, J. Winiewicz, im weiteren Verlauf der Konferenz sprechen. Ich habe Winiewicz zweimal kurz gesprochen im Zusammenhang mit einem Essen, das Eugene Rostow gegeben hat. Er schien nicht interessiert zu sein an einer intensiven Unterhaltung.

Hiermit dem Herrn Minister<sup>7</sup> vorgelegt.

Schütz

VS-Bd. 4210 (II A 5)

<sup>6</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Brandt hervorgehoben. Vgl. Anm. 1.

Für die Stellungnahme des Ministerialdirektors Ruete vom 19. Mai 1967 vgl. Dok. 174.

<sup>7</sup> Hat Bundesminister Brandt am 16. April 1967 vorgelegen.

## 128

**Drahterlaß des Ministerialdirigenten Frank****I A 2-81.50/4****Aufgabe: 13. April 1967, 18.34 Uhr<sup>1</sup>****Fernschreiben Nr. 1211**

EAG/EWG-Rat tagte am 10. und 11.4. in Brüssel unter belgischem Vorsitz. Deutschland war vertreten durch den Bundesminister des Auswärtigen, der namentlich an der Behandlung der Tagesordnungspunkte „Erklärung der deutschen Delegation“ und „Beziehungen EAG/IAEO“ teilnahm, sowie durch die Staatssekretäre Lahr, Neef und von Heppe. Für Agrarfragen nahmen Bundesminister Höcherl und Staatssekretär Hüttebräuker teil.

I. EWG-Rat behandelte folgende Fragen:

1) Erklärung des Bundesministers des Auswärtigen im Rat zur schwerpunktmäßigen Entwicklung der Gemeinschaft. Wortlaut der Erklärung vgl. Bulletin des BPA Nr. 37 vom 12.4.1967<sup>2</sup>.

Delegationen der anderen Mitgliedstaaten äußerten Genugtuung und Zustimmung. Dabei setzten sie, ohne auf Einzelheiten einzugehen, unterschiedliche Akzente:

Außenminister Harmel sagte, die belgische Regierung teile besonders die deutschen Vorstellungen betreffend Fusion der Exekutiven, gemeinsame Energiepolitik, Entwicklung der Drittlandsbeziehungen. Die deutschen Ausführungen über die Beziehungen der Gemeinschaft zu Osteuropa entsprächen genau dem Ergebnis der belgischen Kontakte.

Außenminister Luns hob hervor, seine Regierung wünsche besonders die baldige Fusion der Exekutiven und die politische Einigung der Gemeinschaftsländer. Die Stärkung der fusionierten Kommission müsse von einer Stärkung der parlamentarischen Kontrolle begleitet werden. Besonders begrüßte er die deutschen Ausführungen zu den Drittlandsbeziehungen. Ein Mißerfolg der Kennedy-Runde würde den Außenzoll und die Agrarpolitik der Gemeinschaft erneut heftigen Angriffen aussetzen.

Italienischer Handelsminister Tolloy unterstrich die bedeutende Rolle, die die Gemeinschaft in der heutigen Welt spielen könne, wenn sie politisch auch als Einheit handle. Im gleichen Maße würde auch das Prestige der EWG wachsen.

Botschafter Boegner entschuldigte die Abwesenheit Außenministers Couve de Murville, der sich wegen interministerieller Verhandlungen in Paris über die Kennedy-Runde vertreten ließ und erst nachmittags eintraf. Auch Frankreich wünsche eine schnelle Fusion der Exekutiven und baldige Verschmelzung der Gemeinschaften. Der Botschafter erinnerte besonders an die für die Vollendung der Zollunion noch erforderlichen Agrarverordnungen. Die französische

<sup>1</sup> Der Drahterlaß an die Botschaften in Washington, Brüssel, Paris, Rom, Den Haag und London wurde vom Vortragenden Legationsrat Poensgen konzipiert.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut der Erklärung vom 10. April 1967 vgl. BULLETIN 1967, S. 301 f. Für Auszüge vgl. Dok. 124, Anm. 2, und Dok. 134, Anm. 14.

Regierung sei an Fortschritten der Steuerharmonisierung und der gemeinsamen Verkehrspolitik ebenso interessiert wie die deutsche. Sie hoffe zudem auf baldige Schaffung einer Rechtsform für europäische Handelsgesellschaft. Zu den Außenbeziehungen äußerte sich Boegner nicht.

Außenminister Grégoire unterstrich den Wunsch nach schneller Fusion der Exekutiven. Die luxemburgische Regierung könne der Erklärung des Bundesministers voll zustimmen.

Präsident Hallstein äußerte Freude und Befriedigung der Kommission darüber, daß die neue Bundesregierung die bewährte deutsche Europa-Politik unverändert fortsetze. In einer sich wandelnden Umwelt sei auch die Bestätigung der deutschen Beständigkeit dankenswert. Die Kommission habe immer mit der deutschen Regierung den Grundsatz des Gleichgewichts geteilt.

## 2) Beziehungen EWG/Spanien (in kleinstem Kreis)

Staatssekretär Lahr erklärte einleitend, die Gemeinschaft schulde Spanien eine baldige positive Antwort<sup>3</sup>, da diese für die Ausrichtung seines neuen Wirtschaftsplans von entscheidender Bedeutung sei. Außerdem sei die innenpolitische Entwicklung Spaniens in Richtung auf eine Demokratisierung und Liberalisierung noch nicht gewährleistet. Es sei eine europäische Aufgabe, die Kreise zu stützen, die für diese Entwicklung einträten und zugleich auch Europa offen gegenüberständen. Deshalb müßten die Gespräche mit Spanien bald aufgenommen werden, wofür nicht unbedingt ein umfassendes Mandat erforderlich sei.

Anhand Fragebogens Ständiger Vertreter wurde zu folgenden Punkten Stellung genommen:

- a) Abkommen soll zwei aufeinanderfolgende Phasen umfassen.
- b) Dauer der ersten Phase soll sechs Jahre betragen (Kompromiß).
- c) Übergang von einer Phase zur anderen soll nicht automatisch erfolgen.

Keine Einigung wurde erzielt zu folgenden Fragen:

- d) Einzelheiten des Zollabbaus durch Gemeinschaft und Abbaus von Zoll und mengenmäßigen Beschränkungen durch Spanien.

Zur Frage des Austausches von Präferenzen auf dem Agrarsektor forderte italienischer Vertreter<sup>4</sup>, zwecks Aufrechterhaltung gleichgewichtiger wirtschaftlicher Entwicklung in Gemeinschaft müsse sich der Rat vor Gewährung weiterer Präferenzen an Drittländer schon jetzt verpflichten, für typische Mittelmeererzeugnisse gleiche Garantien zu geben wie für andere Agrarerzeugnisse.

- e) Ziel der zweiten Phase.

<sup>3</sup> Zum spanischen Antrag vom 9. Februar 1962 auf Assoziierung mit der EWG vgl. Dok. 1, Anm. 15. Am 30. März 1967 erkundigte sich der spanische Botschafter de Erice bei Staatssekretär Lahr „nach dem Stand der Vorbereitung für die Aufnahme der Verhandlungen zwischen der EWG und Spanien [...]“. Staatssekretär Lahr wiederholte, daß sich die deutsche Regierung für die baldige Verabschiedung eines geeigneten Mandats einsetzen werde, machte jedoch zugleich darauf aufmerksam, daß von niederländischer und namentlich von italienischer Seite noch Widerstände zu überwinden wären. Es lägen verschiedene Anzeichen dafür vor, daß die italienische Regierung der Erteilung eines geeigneten Mandats nicht ohne weiteres zustimmen werde.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Poensgen vom 31. März 1967; Referat I A 2, Bd. 1262.

<sup>4</sup> Antonio Venturini.

f) Festlegung der Einzelheiten des Ziels der zweiten Phase; dies soll erst im Laufe der ersten Phase erfolgen.

Niederländischer Minister Luns nahm zu strittigen Punkten mehrfach nicht Stellung.

Ständige Vertreter wurden beauftragt, dem Rat konkrete Lösungen für die Punkte a) – d) vorzuschlagen, sowie Untersuchungen zu den Punkten e) und f) fortzusetzen.<sup>5</sup>

### 3) Beziehungen zu den Maghrebländern

Mangels Einigung der Ständigen Vertreter zu anstehenden Sachfragen befaßte sich Rat mit allgemeinen politischen Fragen, nämlich Globalisierung der Verhandlungen durch Einbeziehung Algeriens, Dauer des Abkommens und finanzielle Zusammenarbeit.

Es zeigte sich, daß vor allem hinsichtlich der Einbeziehung Algeriens in die Verhandlungen noch unterschiedliche Auffassungen zwischen der italienischen Delegation und den übrigen Delegationen bestehen. Auf Anregung von Minister Harmel kam der Rat überein, den Ausschuß der Ständigen Vertreter zu beauftragen, wie im Falle Spanien die noch offenen Fragen zu konkretisieren und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

### 4) Über „GATT-Handels-Konferenz“ ergeht besonderer Drahterlaß.<sup>6</sup>

II. In der EAG-Ratstagung konnte über die Fragen der Anpassung des 2. Forschungsprogramms, insbesondere die Einbeziehung des italienischen Schnellbrüter-Projekts PEC, keine Einigung erzielt werden. Die Ständigen Vertreter wurden beauftragt, eine Gesamtlösung zu suchen. Im Mittelpunkt der Beratungen stand der deutsche Kompromißvorschlag, zunächst die vorbereitenden Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für PEC in das 2. Forschungsprogramm aufzunehmen. Dieser Vorschlag wurde von den vier übrigen Delegationen und der Kommission unterstützt.<sup>7</sup>

Bemerkenswert war die Festigkeit, mit der die zahlreich erschienene italienische Delegation alle Kompromißvorschläge ablehnte und auf der Finanzierung des Baus des Reaktors PEC bestand. Sie brachte hierbei ihre allgemeine Unzufriedenheit mit der Entwicklung der italienischen Beteiligung bei EURATOM zum Ausdruck.

<sup>5</sup> Am 27. April 1967 forderte die italienische Delegation im Ausschuß der Ständigen Vertreter bei der EWG die „Einführung eines Garantiesystems, das die Italiener gegen eventuelle Verluste absichere, die sich aus der Gewährung von Agrarpräferenzen an Mittelmeerländer ergeben könnten. Diese Verluste, von denen nur Italien betroffen würde, müßten von der Gemeinschaft getragen werden.“ Die übrigen Mitgliedstaaten der EWG lehnten diese Forderung jedoch ab. Daraufhin schlug die Bundesregierung vor, ein Teilmandat ohne Bestimmungen für Präferenzen von Apfelsinen, Mandarinen und Clementinen für die Aufnahme von Verhandlungen mit Spanien zu verabschieden. Vgl. die Aufzeichnung des Referats I A 2 vom 3. Mai 1967; Referat I A 2, Bd. 1262.

Am 10./11. Juli 1967 stimmte der EWG-Ministerrat der Eröffnung von Verhandlungen mit Spanien über den Abschluß eines Präferenzabkommens zu. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 9-10/1967, S. 70.

<sup>6</sup> Für den Drahterlaß Nr. 346 des Staatssekretärs Lahr vom 15. April 1967 vgl. Referat III A 2, Bd. 281.

<sup>7</sup> Am 11. Juli 1967 beschloß der EURATOM-Ministerrat, sich an den Kosten für die wissenschaftliche Vorbereitung des PEC-Projekts, nicht aber am Bau des Reaktors selbst zu beteiligen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialrats Haunschild, Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung, vom 14. Juli 1967 über das Gespräch des Bundesministers Stoltenberg mit dem italienischen Wissenschaftsminister Rubinacci am 10. Juli 1967; Referat I A 6, Bd. 74.

Beziehungen EAG/IAEO (Auswirkungen NV-Vertrag auf EURATOM) wurden im engsten Rahmen behandelt. Hierüber ist besonderer Erlaß<sup>8</sup> ergangen.

III. Arbeitskalender: Nächste Ratstagung am 24./25. April.<sup>9</sup>

Frank<sup>10</sup>

Referat I A 2, Bd. 1295

## 129

### Vortragender Legationsrat I. Klasse Jung an die Botschaft in Ottawa

II A 1-81.00/0-909<sup>I</sup>/67 VS-vertraulich

13. April 1967<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 1217

Aufgabe: 14. April 1967, 13.27 Uhr

Betr.: SBZ-„Staatsbürgerschaftsgesetz“ vom 20. 2. 1967<sup>2</sup>

I. NATO-Vertretung Paris drahtete am 5. 4. 1967 unter Nr. 570 VS-v<sup>3</sup>:

„In Sitzung Politischen Ausschusses am 5. April gab kanadischer Vertreter bekannt, seine Regierung beabsichtige, kanadische Staatsbürger und in Kanada ansässige Ausländer, die früher in der SBZ beheimatet gewesen seien und die nach dem neuen Staatsbürgergesetz der SBZ als SBZ-Bürger gelten könnten, vor Reisen in die SBZ und in Länder, die die SBZ diplomatisch anerkennen, wegen der Möglichkeit gegen sie gerichteter Repressalien zu warnen. Kanadischer Sprecher fragte an, ob andere NATO-Staaten ähnliche Maßnahmen beabsichtigten.“

II. NATO-Vertretung Paris erhielt daraufhin mit Drahterlaß Nr. 429 vom 7. 4. 1967 VS-v<sup>4</sup> folgende Weisung:

„Auswärtiges Amt erarbeitet zur Zeit mit den zuständigen Ressorts unter rechtlichen und politischen Aspekten Stellungnahme zum Staatsbürgerschaftsgesetz. Es ist beabsichtigt, sobald Prüfung abgeschlossen ist, unsere Auslandsvertretungen mit einer Sprachregelung zu versehen. Darüber hinaus wird er-

<sup>8</sup> Für den Drahterlaß Nr. 1187 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steg vom 12. April 1967 vgl. VS-Bd. 2462 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

Zu den Ausführungen des Bundesministers Brandt auf der EURATOM-Ministerratstagung vgl. Dok. 133.

<sup>9</sup> Die Tagung wurde auf den 2. Mai 1967 verschoben. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 7/1967, S. 79 f.

<sup>10</sup> Paraphe vom 13. April 1967.

<sup>1</sup> Der Drahterlaß wurde vom Legationsrat I. Klasse Lücking konzipiert und hat den Referaten II A 6 und V 3 zur Mitzeichnung vorgelegen.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut des Gesetzes „über die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik“ vgl. DzD V/1, S. 603–607. Vgl. dazu auch Dok. 68.

<sup>3</sup> Für den Drahtbericht des Gesandten Oncken, Paris (NATO), vgl. VS-Bd. 4128 (II A 1).

<sup>4</sup> Für den Drahterlaß des Ministerialdirigenten Sahm vgl. VS-Bd. 4128 (II A 1).



wogen, daß unsere Auslandsvertretungen die Gastregierungen über die Auffassung der Bundesregierung zum Staatsbürgerschaftsgesetz unterrichten.

Wir wären den Kanadiern dankbar, wenn sie die beabsichtigte Warnung zunächst zurückstellen würden, bis die Prüfung des Staatsbürgerschaftsgesetzes durch die Bundesregierung abgeschlossen ist und deren Stellungnahme vorliegt.

Im übrigen würde die von den Kanadiern beabsichtigte Warnung zumindest im gegenwärtigen Stadium den politischen Bestrebungen der SBZ Vorschub leisten, die mit dem Staatsbürgerschaftsgesetz aufgeworfenen Fragen in der Öffentlichkeit zu diskutieren und Unruhe und Unsicherheit unter den betroffenen Personen hervorzurufen. Grundsätzlich müßte zu der kanadischen Absicht unsere Botschaft in Ottawa gehört werden, die in erster Linie zur Wahrung der Interessen der in Kanada lebenden Deutschen berufen ist.

Bitte unter Verwendung dieser Argumente in Ihnen geeignet scheinender Weise die von den Kanadiern im Politischen Ausschuß aufgeworfene Frage zu beantworten.

Anfragen, ob ehemalige SBZ-Flüchtlinge bei der Reise nach Mitteldeutschland infolge des neuen Staatsbürgerschaftsgesetzes gefährdet sind, werden nach einem im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen verfaßten Musterantwortschreiben wie folgt beantwortet:

Das ‚Gesetz über die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik‘, das die Volkskammer am 20. Februar 1967 verabschiedet hat, hat vermutlich in erster Linie politische Bedeutung. Das SED-Regime will damit dokumentieren, daß im anderen Teil Deutschlands ein eigenes Staatsvolk lebt. Die Trennung von der Bundesrepublik Deutschland soll unterstrichen und die eigene Staatlichkeit herausgestellt werden.

Die Auswirkungen des neuen Gesetzes lassen sich noch nicht übersehen. Insbesondere ist die Bedeutung jener Bestimmung noch nicht klar, die von den ‚Bürgern der DDR‘ die Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Pflichten fordert.

Es ist jedoch denkbar, daß ehemalige SBZ-Flüchtlinge bei einem Besuch Mitteldeutschlands oder bei einer Reise auf dem Landweg nach Berlin (West) nicht stärker gefährdet sein werden als bisher. Diese Überlegung gründet sich darauf, daß das SED-Regime bereits seit einigen Jahren die ehemaligen Flüchtlinge als ‚Bürger der DDR‘ bezeichnet. So heißt es beispielsweise in einem Staatsratserlaß vom 21. August 1964, daß ‚Bürgern der DDR‘, die vor dem 13. August 1961 – also vor dem Bau der Berliner Mauer – unter Verletzung der gesetzlichen Bestimmungen außerhalb der ‚DDR‘ Aufenthalt genommen haben, Straffreiheit für die ‚Republikflucht‘ gewährt wird.<sup>5</sup>

Ich betone jedoch, daß eine endgültige Aussage zur Zeit noch nicht möglich ist, und daß die Sicherheit eines Reisenden angesichts der Unberechenbarkeit der Behörden im anderen Teil Deutschlands nicht garantiert werden kann.

Ich füge ein Merkblatt<sup>6</sup> bei, aus dem Sie weiterhin Wissenswertes bei einer

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Erlasses des DDR-Staatsrats „über die Aufnahme von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik, die ihren Wohnsitz außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik haben“, vgl. DzD IV/10, S. 867.

<sup>6</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

Reise nach Mitteldeutschland oder nach Berlin (West) auf dem Landweg ersehen können.

Infolge der Fülle von Anfragen hinsichtlich des ‚Staatsbürgerschaftsgesetzes‘ ist es mir leider nicht möglich, jedes Schreiben ausführlich zu beantworten. Ich bitte Sie daher um Verständnis, daß die Antwort in dieser Form erfolgt.“

Dieses Musterantwortschreiben wird lediglich zur dortigen Information übersandt. Es sollte insbesondere den Kanadiern nicht zur Verfügung gestellt werden, da unsere Rechtsabteilung aufgrund neuester Erkenntnisse Bedenken gegen einige Formulierungen des Antwortschreibens hat.

III. NATO-Vertretung Paris drahtete daraufhin mit Nr. 612 vom 12.4.1967 VS-v<sup>7</sup>: „Mitarbeiter hat kanadische Delegation am 10. April 1967 von der Prüfung des ‚Staatsbürgerschaftsgesetzes‘ durch die deutsche Regierung unterrichtet und unseren Wunsch nach Zurückstellung der von den Kanadiern ins Auge gefaßten Warnung vorgetragen. Kanadischer Gesprächspartner versprach, unser Petition unverzüglich seiner Regierung zu berichten; er glaubte versichern zu können, daß die kanadische Regierung ihm Rechnung tragen würde. Er regte an, daß, ungeachtet der Fühlungnahme im Rahmen der NATO, auch unsere Botschaft Ottawa gebeten werden sollte, sich wegen der Angelegenheit mit dem kanadischen Außenministerium in Verbindung zu setzen.

In Sitzung des Politischen Ausschusses am 11. April 1967 hat deutscher Sprecher unseren Wunsch in allgemeiner Form bekanntgegeben und Unterrichtung über die Stellungnahme der Bundesregierung zum ‚Staatsbürgerschaftsgesetz‘ zu gegebener Zeit in Aussicht gestellt.

Auf die vom kanadischen Sprecher am 5. April 1967 aufgeworfene Frage, ob andere NATO-Staaten ähnliche Maßnahmen wie die kanadische Regierung beabsichtigten, antworteten die Sprecher Großbritanniens und der Vereinigten Staaten, daß ihre Regierungen nicht derartige Absichten hätten. Britischer Sprecher fügte hinzu, daß seine Regierung unserer Stellungnahme mit Interesse entgegensähe.“

IV. Sie werden gebeten, sich wegen der Angelegenheit im Sinne der oben wiedergegebenen, am 7.4.1967 an unsere NATO-Vertretung Paris ergangenen Weisung mit dem kanadischen Außenministerium in Verbindung zu setzen.

Stellungnahme der Bundesregierung zum „Staatsbürgerschaftsgesetz“ ist inzwischen Gegenstand einer Ressortbesprechung gewesen. Auswärtiges Amt bleibt um baldmögliche Sprachregelung bemüht.<sup>8</sup>

Jung<sup>9</sup>

VS-Bd. 4128 (II A 1)

<sup>7</sup> Für den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vgl. VS-Bd. 4128 (II A 1).

<sup>8</sup> Am 9. Mai 1967 erklärte Bundesminister Lücke im Kabinettsausschusses für innerdeutsche Beziehungen, das der am 1. März 1967 „verteilte Entwurf einer ‚Generalerklärung‘ der Bundesregierung [...] beschleunigt überarbeitet werden [solle], da der Hinweis auf das ‚Staatsbürgerschaftsgesetz‘ der DDR inzwischen überholt“ sei. Es wurde beschlossen, einen überarbeiteten Entwurf „bis Ende Mai“ anfertigen zu lassen, „da die Erklärung selbst noch vor den Sommerferien veröffentlicht werden soll“. Vgl. die Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter vom 10. Mai 1967; VS-Bd. 4143 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Paraphe vom 13. April 1967.

## 130

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahn****II A 1-84.24/3-972/67 VS-vertraulich****14. April 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Stimmrecht Berlins im Bundesrat

1) Aus dem Schriftwechsel, den der Herr Bundesminister mit dem Bundesratspräsidenten in der Angelegenheit des Berliner Stimmrechts im Bundesrat führt<sup>2</sup> und der Abteilung II im Durchdruck zur Kenntnis gegeben worden ist, ergibt sich, daß die Absicht besteht, das Stimmrecht Berlins im Bundesrat bis zur Grenze der alliierten Vorbehalte auszuschöpfen.

In dem Genehmigungsschreiben der Militärgouverneure vom 12. Mai 1949<sup>3</sup> war erklärt worden: „Wir interpretieren den Inhalt der Artikel 23<sup>4</sup> und 144, Abs. 2<sup>5</sup> des Grundgesetzes dahin, daß er die Annahme unseres früheren Ersuchens ...<sup>6</sup> darstellt, demzufolge Berlin keine abstimmungsberechtigte Mitgliedschaft im Bundestag oder Bundesrat erhalten und auch nicht durch den Bund regiert werden wird, daß es jedoch eine beschränkte Anzahl Vertreter zur Teilnahme an den Sitzungen dieser gesetzgebenden Körperschaft benennen darf.“<sup>7</sup> Das bedeutet nach deutscher Auslegung, daß im Bundesrat die Stimmen Berlins nur bei abschließenden Entscheidungen zu Gesetzen nicht mitgezählt werden dürfen.

2) Das Auswärtige Amt hatte sich früher auf den Standpunkt gestellt, daß jegliche Verbesserung des Stimmrechts der Berliner Vertreter im Bundesrat mit den Botschaften der drei Westmächte konsultiert werden sollte, bevor der Bundesrat eine Änderung seiner bisherigen Praxis beschließen oder stillschweigend vornehmen sollte.<sup>8</sup>

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jung konzipiert.

<sup>2</sup> Bundesminister Brandt wies Bundesratspräsident Lemke am 13. März 1967 darauf hin, daß sich das Auswärtige Amt bemühe, die Vorbehaltsrechte der Drei Mächte in Berlin (West) „an die tatsächlichen Verhältnisse anzupassen. Solange wir diese Vorbehalte nicht in neuen Vereinbarungen mit den drei Mächten verändert haben, muß andererseits im Bundestag und Bundesrat der volle Entscheidungsspielraum für die Berliner Vertreter ausgeschöpft werden. Dies bedeutet praktisch, daß im Bundesrat die Stimmen Berlins nur bei abschließenden Entscheidungen zu Gesetzen nicht mitgezählt werden dürfen.“ Vgl. Referat II A 1, Bd. 700.

<sup>3</sup> Korrigiert aus: „5. Mai 1949“.

<sup>4</sup> Artikel 23 GG (Fassung vom 23. Mai 1949) legte den Geltungsbereich des Grundgesetzes auch für das Land „Groß-Berlin“ fest. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949/50, S. 3 f.

<sup>5</sup> Artikel 144, Absatz 2 GG (Fassung vom 23. Mai 1949): „Soweit die Anwendung dieses Grundgesetzes in einem der in Artikel 23 aufgeführten Länder oder in einem Teile eines dieser Länder Beschränkungen unterliegt, hat das Land oder der Teil des Landes das Recht, gemäß Artikel 38 Vertreter in den Bundestag und gemäß Artikel 50 Vertreter in den Bundesrat zu entsenden.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949/50, S. 19.

<sup>6</sup> Auslassung in der Vorlage.

<sup>7</sup> Für das Schreiben der Militärgouverneure der britischen, französischen und amerikanischen Besatzungszonen, Robertson, Koenig und Clay, an den Präsidenten des Parlamentarischen Rates, Adenauer, vgl. DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE 1944–1966, S. 124 f.

<sup>8</sup> Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 6. Dezember 1966; AAPD 1966, II, Dok. 387.

Die Alliierten sind bisher über eine Erweiterung des Berliner Stimmrechts im Bundesrat nicht konsultiert worden. Der Herr Staatssekretär hat den drei alliierten Botschaftern am 24. Februar 1967<sup>9</sup> lediglich gesagt, daß Bundestag und Bundesrat prüften, ob der gesamte Entscheidungsraum unterhalb der alliierten Vorbehalte wirklich ausgefüllt sei; wo dies noch nicht geschehen sei, würden sicher in der nächsten Zeit Initiativen zu erwarten sein.

3) Dem Auswärtigen Amt ist bekannt geworden, daß der Gesandte Hillenbrand von der amerikanischen Botschaft in Bonn erklärt hat, die Alliierten beobachteten<sup>10</sup> die Frage der Erweiterung des Berliner Stimmrechts im Bundesrat sehr genau. Vielleicht seien sie gezwungen, es hinzunehmen, wenn das Stimmrecht Berlins ohne ihre Zustimmung erweitert werde; es werde aber eine ernste Verstimmlung auslösen und unsere Position bei unseren Verhandlungen mit den Alliierten in anderen Berlin betreffenden Fragen beträchtlich erschweren.<sup>11</sup>

4) Im Hinblick auf diese Äußerung und angesichts der Anfrage des Bundesratsvizepräsidenten Altmeier an den Herrn Bundeskanzler vom 14. März 1967<sup>12</sup>, ob sich der bisherige Standpunkt der Schutzmächte geändert habe (vgl. das der Leitung des Hauses vorliegende Schreiben des Chefs des Bundeskanzleramts vom 4. April 1967 – Az.: I/4-16103-2520/67<sup>13</sup>), sollte die Frage geprüft werden, ob die Alliierten nunmehr wegen einer Erweiterung des Stimmrechts konsultiert werden sollen. Abteilung II schlägt eine solche Konsultation vor, falls sie nicht schon – was hier nicht bekannt ist – auf höherer Ebene erfolgt sein sollte.<sup>14</sup>

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>15</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>16</sup> mit der Bitte um Zustimmung zu dem Vorschlag zu Ziffer 4) vorgelegt.<sup>17</sup> Abteilung V und Referat L 1 haben mitgezeichnet.

Sahn

**VS-Bd. 4136 (II A 1)**

<sup>9</sup> Vgl. dazu die Aufzeichnung des Staatssekretärs Schütz; VS-Bd. 4180 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „beobachten“.

<sup>11</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Schütz hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>12</sup> Für das Schreiben vgl. Referat II A 1, Bd. 700.

<sup>13</sup> Für das Schreiben des Chefs des Bundeskanzleramts, Knieper, vgl. Referat II A 1, Bd. 700.

<sup>14</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Schütz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Nein“.

<sup>15</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 17. April 1967 vorgelegen, der zu den Absätzen 1, 2 und 4 für Bundesminister Brandt mit beigefügtem handschriftlichen Vermerk notierte: „1) Aus grundsätzlichen Erwägungen bin ich der Auffassung, daß diese Fragen nicht konsultiert werden sollten. Gegen eine auch vorherige Darstellung unseres Standpunkts bei den Drei Mächten habe ich nichts einzuwenden – aber hier liegt deutscher Spielraum; 2) konsultiert werden muß m[eines] E[rachtens] die Ablösung oder Veränderung der alliierten Vorbehalte. 4) Aus diesem Grunde komme ich zu einem anderen Urteil als D II.“ Vgl. VS-Bd. 4136 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>16</sup> Hat Bundesminister Brandt am 23. April 1967 vorgelegen.

<sup>17</sup> Am 24. April 1967 wies Staatssekretär Schütz darauf hin, daß eine Direktwahl der Berliner Abgeordneten nicht durchsetzbar sei. Dagegen betrachtete er die Gewährung des Stimmrechts für Berliner Abgeordnete als „zeitgemäße Weiterentwicklung der in den Verträgen festgelegten Vorbehalte der Drei Mächte [...]“. Entscheidend wird werden, ob es gelingt, einerseits darzustellen die Ernsthaftigkeit der deutschen Seite und andererseits die Überzeugung, daß mit dieser Neuereg-

## 131

## Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter, z.Z. Washington

II B 1-81.01-677<sup>1</sup>/67 geheim14. April 1967<sup>1</sup>

Betr.: Sitzung des Bundesverteidigungsrates am 18. April 1967;  
hier: Stand der deutsch-amerikanischen Verhandlungen über deutsche  
Wünsche zum Nichtverbreitungsvertrag nach der Konsultationsrunde  
vom 10. bis 14. April 1967 in Washington

A. Entsprechend dem Beschluß des Bundesverteidigungsrats vom 6. April 1967<sup>2</sup> hat der Abrüstungsbeauftragte der Bundesregierung vom 10. bis 14. April 1967 in Washington mit dem amerikanischen Abrüstungsdelegierten<sup>3</sup> über unsere Wünsche zum Nichtverbreitungsvertrag verhandelt. Botschafter Schnippenkötter war von Sachverständigen der Bundesministerien der Verteidigung und für wissenschaftliche Forschung sowie des Auswärtigen Amts und einem wissenschaftlichen Sachverständigen vom Kernforschungszentrum Karlsruhe<sup>4</sup> begleitet.

Unsere Wünsche an einen akzeptablen Nichtverbreitungsvertrag waren in den Verhandlungen schwerpunktweise wie folgt gruppiert worden:

- Abrüstung und Entspannung (I);
- Zivile Nutzung der Kernenergie einschließlich Sicherheitskontrollen (II);
- Allianz- und Europa-Fragen (III).

*Fortsetzung Fußnote von Seite 596*

lung keine Statusveränderung innerhalb Berlins angestrebt wird.“ Schließlich verband Schütz mit einer „optimalen Ausarbeitung des Stimmrechts der Berliner Vertreter unter ‚möglichst‘ freier Interpretation der Vorbehalte der Drei Mächte“ keine Konsultationspflicht: „Praktisch bedeutet das, daß die Vertreter Berlins im Bundestag und Bundesrat an allen Abstimmungen – mit Ausnahme der Schlußabstimmung zu Gesetzen – voll beteiligt werden und ihr Stimmrecht voll mitgezählt wird. Es bedeutet auch [...], daß bei Wahlen und dem Wahlakt gleichwertigen Abstimmungen die Berliner Stimmen voll mitgezählt und gewertet werden.“ Vgl. VS-Bd. 4136 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Abschrift eines Auszugs aus dem Drahtbericht Nr. 851 des Botschafters Schnippenkötter, z.Z. Washington, vom 14. April 1967; VS-Bd. 10081 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

Vortragender Legationsrat Mertes leitete die Aufzeichnung mit Begleitvermerk vom 15. April 1967 über Staatssekretär Schütz an Bundesminister Brandt weiter. Dazu notierte er: „Botschafter Schnippenkötter empfiehlt, die schriftliche Vorlage mit Abschnitt B [...] abzuschließen und die Vorschläge des Auswärtigen Amtes für das weitere Vorgehen dem mündlichen Vortrag des Bundesaußenministers vorzubehalten. Nach Ankunft (Sonntagvormittag, 16. April) hält Botschafter Schnippenkötter sich zur eventuellen Beratung zur Verfügung.“ Vgl. VS-Bd. 10081 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

Hat Brandt am 16. April und Schütz am 18. April 1967 vorgelegen.

Hat Schnippenkötter nach Rückkehr erneut vorgelegen. Für die dann vorgeschlagenen Änderungen vgl. Anm. 5, 21 und 22.

<sup>2</sup> Für eine Zusammenfassung der Beschlüsse des Bundesverteidigungsrats vgl. den Drahterlaß Nr. 1140 des Staatssekretärs Schütz vom 7. April 1967 an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 4092 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> William C. Foster.

<sup>4</sup> Wolf Häfele.

Die Besonderheiten des amerikanisch-sowjetischen Vertragsentwurfs haben uns veranlaßt, bei jedem Wunsch auf

- soviel vertragliche Klarheit;
- soviel Ausgewogenheit der Verpflichtungen zwischen Kernwaffenmächten und Nichtkernwaffenmächten;
- so wenig Diskriminierung

wie möglich zu dringen.<sup>5</sup>

Der gegenwärtige Stand der zunächst durch die Botschaft Washington, anschließend vom 10. bis 14. April durch den Abrüstungsbeauftragten geführten deutsch-amerikanischen Verhandlungen ergibt folgendes Bild:

#### I. Abrüstung und Entspannung

1) Wir haben angestrebt, die Nuklearverzichtse der Nichtkernwaffenmächte in einen größeren sachlichen und zeitlichen Zusammenhang mit Maßnahmen zur Rüstungsbegrenzung und Rüstungsminderung einzufügen, die vor allem den Kernwaffenmächten obliegen müßten; wir haben Aufnahme entsprechender Absichtserklärungen in die Präambel gewünscht, dabei aber zur Voraussetzung gemacht, daß eine vertragliche Institution, die Durchführungskonferenz, in regelmäßigen Zeitabständen prüfen müsse, ob die Absichtserklärungen in die Tat umgesetzt werden.

Die Amerikaner haben sich bereit erklärt, diesen Wünschen nachzukommen. Sie haben uns entsprechende Formulierungen unter Vorbehalt der Billigung durch die amerikanische Regierung mitgeteilt. Sie möchten jedoch die Änderungen erst nach Einbringung des Vertragsentwurfs auf der Genfer Abrüstungskonferenz vorschlagen. Sie glauben, daß die Änderungen sich auf der Konferenz mit Hilfe der übrigen daran interessierten Länder leichter gegen etwaigen sowjetischen Widerstand durchsetzen lassen.

2) Die Amerikaner wollen auf unser Drängen hin außerdem versuchen, den Abrüstungstext der Präambel so umzuformulieren, daß eine den Sowjets gefährliche Ansatzpunkte bietende Verbindung zwischen Entspannung und Abrüstung in Absatz 7 der Präambel beseitigt wird. Die Sowjets hätten sonst die Möglichkeit zu behaupten, Abrüstungsmaßnahmen könnten erst dann getroffen werden, wenn Entspannung eingetreten sei, diese wiederum erfordere zunächst Anerkennung der SBZ<sup>6</sup>.

3) Zur Verbindung der Absichtserklärungen der Präambel mit der Durchführungskonferenz haben die Amerikaner uns bestätigt, daß nach ihrer Auffassung, die sie weiterhin vertreten würden, alle die Abrüstung betreffenden Präambelsätze Vertragszwecke seien, die der Nachprüfung durch die Konferenz

<sup>5</sup> Der Passus „soviel vertragliche Klarheit ... möglich zu dringen“ wurde von Botschafter Schnippenkötter gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „– soviel Ausgewogenheit; – so wenig Diskriminierung; – soviel Klarheit wie möglich zu dringen. Die Forderung nach größerer Ausgewogenheit des Vertrages bezieht sich sowohl auf ein angemessenes Verhältnis zwischen den Verpflichtungen der Kernwaffenmächte und der nichtnuklearen Staaten als auch auf das Verhältnis zwischen den materiellen und den prozeduralen Bestimmungen des Vertrages einschließlich der Frage der Geltungsdauer (IV).“

<sup>6</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Brandt gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „DDR“.

unterlägen. Sie wollen dies durch eine Ergänzung der Bestimmungen über die Konferenz nach Vorlage des Vertrages in Genf im Vertragstext verankern.<sup>7</sup>

Wenn es den Amerikanern gelingt, ihre uns gegebenen Zusagen durchzusetzen, könnten damit unsere Wünsche zur Abrüstung erfüllt werden, allerdings erst nach Vorlage des Entwurfs auf der Genfer Konferenz.

Um in der generellen Regelung des Vertrages den Besonderheiten des deutsch-sowjetischen Verhältnisses gerecht zu werden, haben wir drei Wünsche vorgebracht:

4) Wir haben angeregt, in der Präambel zum Ausdruck zu bringen, daß der Vertrag auch der Entspannung dienen solle. Eine Formulierung, die unseren Wünschen Rechnung trägt, ist in die Präambel (Stand 3. April<sup>8</sup>) aufgenommen worden.

5) Wir haben die Aufnahme eines Präambelsatzes gewünscht, durch den es für unzulässig erklärt wird, die Nuklearbewaffnung als politisches Mittel zum Zwecke von Druck, Drohung oder Erpressung gegen Nichtkernwaffenmächte auszuspielen. Die Amerikaner sind bereit, dafür zu sorgen, daß dieses Problem auf der Genfer Konferenz zu Sprache gebracht wird, mit dem Ziel, einen entsprechenden Passus in eine VN-Resolution aufzunehmen. Die Amerikaner möchten von sich aus keine Aufnahme in den Vertrag betreiben. Für den Fall kollidierender Wünsche anderer Länder halten sie unseren Vorschlag für eine nützliche Kompromißformel und zur Aufnahme in die Präambel geeignet.

6) Wir haben außerdem einen Präambelsatz gewünscht, wonach die Vertragspartner im Anwendungsbereich des Vertrages fortan von gegenseitigen Diffamierungen absehen sollten. Die Amerikaner halten eine besondere Regelung dieses Problems im Verträge nicht für erforderlich, sie sehen es als einen Unterfall des Präambelsatzes über die Entspannung an. Sie haben angeregt, daß wir hierüber selbst mit den Sowjets sprechen sollten.

Unsere Wünsche zur Entspannung würden somit teilweise erfüllt, falls sich die amerikanischen Absichten in Genf verwirklichen lassen.

## II. Sicherung der friedlichen Nutzung der Kernenergie und Sicherheitskontrollen

7) Wir haben einen optimalen Schutz der ungehinderten friedlichen Nutzung der Kernenergie durch eine bindende Verpflichtung in Form eines operativen Artikels im Vertragstext angestrebt. Die Amerikaner sind bereit, unserem

<sup>7</sup> Dazu berichtete Botschafter Schnippenkötter, z. Z. Washington, am 11. April 1967: „Wir haben klargestellt, daß für uns, je unbefriedigender die Abrüstungsziele in der Präambel, ihre Verbindung mit der Durchführungskonferenz sowie deren Kompetenzen ausgestaltet würden, desto stärker der Gedanke einer Befristung des gesamten Vertrages an Bedeutung gewinnen müsse. Es müsse dabei auch in Rechnung gestellt werden, daß der politische Druck auf die Kernwaffenmächte, Abrüstungsmaßnahmen zu ergreifen, infolge der vertraglichen Nuklearverzichte der Nichtkernwaffenmächte erheblich nachlassen werde. [...] Die Amerikaner erklärten sich bereit, selbst dafür Sorge zu tragen, daß die Einführung der Vertragsziele der Präambel und Kompetenz der Durchführungskonferenz auf der Genfer Konferenz durch andere Delegationen beantragt würden. Sie erklärten sich außerdem bereit, den Vorschlag dann zu unterstützen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 819; VS-Bd. 10082 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Zum amerikanischen Entwurf für ein Nichtverbreitungsabkommen, der Botschafter Knapstein, Washington, am 31. März 1967 und allen NATO-Staaten am 3. April 1967 übergeben wurde, vgl. Dok. 121, Anm. 3.

Wunsch zu entsprechen. Der uns überreichte Entwurf<sup>9</sup> ist weitgehend identisch mit unserem Vorschlag. Die Amerikaner beabsichtigen, die im Rahmen des Artikels III in Aussicht genommenen Bestimmungen vor Einbringung des Vertragsentwurfes in Genf mit den Sowjets zu verhandeln.

8) Die von uns gewünschte Sicherung der Teilhabe am „spin-off“ – der militärischen Nutzung der Kernenergie in den Kernwaffenstaaten – einschließlich Informationen und Erfindungen – ist in einen Präambelparagraph aufgenommen worden, der unseren Vorstellungen im wesentlichen Rechnung trägt.

9) Wir haben als Aufhänger für die Sicherung langfristiger Kernbrennstoffversorgung die Verankerung der Teilhabe am „kapazitiven fall-out“ im Vertrag gewünscht. Dies haben die Amerikaner abgelehnt, weil sie keine Verpflichtungen in dieser Hinsicht z.B. gegenüber kommunistischen Staaten eingehen wollen. Sie sind jedoch bereit, durch eine bilaterale Zusicherung (USA-EURATOM) unseren Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Bezüglich der von uns angestrebten langfristigen Regelung der ausreichenden Versorgung mit Kernbrennstoffen im Zusammenhang mit dem Vertragsschluß haben die Amerikaner Zusicherungen gemacht, die unsere eigene Versorgung betreffen und amerikanische Liefergarantien von spaltbarem Material bei deutschen Reaktorexporten einbeziehen. Den Zusicherungen fehlt allerdings der von uns betonte dynamische Charakter, der erst der zu erwartenden Ausweitung der friedlichen Nutzung der Kernenergie voll Rechnung trüge. Die Ausgestaltung der amerikanischen Zusicherungen bedarf weiterer Verhandlungen.

10) Das von uns gewünschte Bekenntnis zur Förderung der friedlichen Nutzung der Kernenergie im Verträge (als Gegenleistung für den nuklearen Rüstungsverzicht der Nicht-Kernwaffen-Mächte) ist in einer gegenüber unserem Vorbringen abgeschwächten Form in einen Präambelparagraph aufgenommen worden. Der Passus soll mit den Sowjets vor Einbringung des Vertragsentwurfes in Genf besprochen werden. Ein Hinweis auf den Förderungsgedanken ist auch in den neuen Entwurf für Artikel III, Ziff. 5<sup>10</sup> aufgenommen worden.

11) Wir haben angestrebt, die Entwicklung nuklearer Sprengkörper für zivile Zwecke für den Fall ihrer Unterscheidbarkeit von den militärischen Sprengsätzen offenzuhalten. Unser Anliegen wird in begrenzter Weise dadurch befriedigt, daß im Interpretationspapier eine Begründung für das Verbot aller

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des Artikels III des amerikanischen Entwurfs für ein Nichtverbreitungsabkommen, der Botschafter Schnippenkötter am 14. April 1967 und der sowjetischen Delegation bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf am 25. April 1967 übergeben wurde, vgl. den Drahtbericht Nr. 847; VS-Bd. 10081 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967. Für Auszüge vgl. Anm. 10–12.

<sup>10</sup> Artikel III, Absatz 5 des amerikanischen Entwurfs für ein Nichtverbreitungsabkommen, der Botschafter Schnippenkötter am 14. April 1967 und der sowjetischen Delegation bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf am 25. April 1967 übergeben wurde: „The international safeguards required by the article shall be implemented in a manner designed to avoid hampering the economic or technological development of the parties having them. Nothing in this treaty shall prejudice the rights of the parties, in conformity with this treaty, 1) to use nuclear energy for peaceful purposes, in particular for their economic development and social progress, 2) to participate in the safeguarded international exchange of nuclear material and equipment for the processing, use or production of nuclear material for peaceful purposes, and 3) to participate in the fullest possible exchange of scientific information for, and to contribute [...] to the further development of the applications of atomic energy for peaceful purposes.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 847; VS-Bd. 10081 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.



nuklearen Sprengvorrichtungen gegeben wird. Wenn die Begründung in Zukunft hinfällig werden sollte, würde auch das Verbot nicht mehr zu gelten brauchen.

12) Wir haben ferner eine Zusicherung gewünscht, daß nukleare Sprengdienste den Nichtnuklearen zu nicht-kommerziellen Bedingungen zur Verfügung gestellt werden. Unsere Anregung aufgreifend, haben die Amerikaner einen Passus in die Präambel aufgenommen, der festlegt, daß nukleare Sprengdienste durch die Kernwaffenmächte zu möglichst niedrigen Preisen ohne Berechnung der Forschungs- und Entwicklungskosten zur Verfügung gestellt werden sollen. Dieser Absatz wird zwischen den Amerikanern und den Sowjets vor der Vorlage des Entwurfs in Genf besprochen werden.

13) Bei der Regelung der Sicherheitskontrollen haben wir beharrlich angestrebt, im Vertrag das Prinzip der instrumentierten Spaltstoff-Flußkontrolle an bestimmten strategischen Punkten zu verankern. Unserem Wunsch gemäß soll ein entsprechender neuer Passus in die Präambel aufgenommen werden, dessen Wortlaut den deutschen Vorstellungen voll Rechnung trägt. Die Amerikaner wollen hierüber mit den Sowjets sprechen. Dies bedeutet jedoch nicht, daß der Vorschlag im Entwurf enthalten sein wird, der ab 9. Mai in Genf vorgelegt werden soll. Die Amerikaner möchten diesen Punkt als Konzessionsmöglichkeit gegenüber anderen Staaten bereithalten, wenn die Sowjets der Formulierung zustimmen.

14) Unserem Wunsch entsprechend wird die Beschränkung der Sicherheitskontrollen auf Ausgangs- und besonders spaltbares Material in allen Kontrollbereichen durch eine Änderung der Bestimmungen im neuen Artikel III, Abs. 1<sup>11</sup> eindeutig festgelegt. Die Beschränkung der Sicherheitskontrollen auf den eigentlichen Vertragszweck der Verhinderung der Weiterverbreitung von Atomwaffen war uns bereits früher zugestanden worden.

15) Im neuen Artikel III wird unseren Wünschen entsprechend festgelegt, daß die Kontrollen in einer Weise durchgeführt werden sollen, daß sie die wirtschaftliche und technologische Entwicklung nicht stören.

16) Wir haben uns darum bemüht, daß nicht nur die Mitgliedstaaten von EURATOM, sondern auch alle Mitglieder der IAEО verpflichtet werden, das Verifikationsabkommen zwischen IAEО und EURATOM zu fördern. Eine entsprechende neue Bestimmung ist im neuen Entwurf zu Art. III, Ziff. 2<sup>12</sup> enthalten.

<sup>11</sup> Artikel III, Absatz 1 des amerikanischen Entwurfs für ein Nichtverbreitungsabkommen, der Botschafter Schnippenkötter am 14. April 1967 und der sowjetischen Delegation bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf am 25. April 1967 übergeben wurde: „Each non-nuclear-weapon state party to this treaty undertakes to have international safeguards meeting the requirements of the article on all – source or special fissionable materials for peaceful purposes – within its territory or under its jurisdiction. In cooperating with any non-nuclear-weapon state with respect to peaceful nuclear activities within the territory or under the jurisdiction of such state, each party to this treaty undertakes not to provide a) source or special fissionable material unless the material shall be subject to such safeguards, or b) equipment or material especially designed or prepared for the processing, use or production of special fissionable material unless the special fissionable material shall be subject to such safeguards.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 847; VS-Bd. 10081 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>12</sup> Artikel III, Absatz 2 des amerikanischen Entwurfs für ein Nichtverbreitungsabkommen, der Botschafter Schnippenkötter am 14. April 1967 und der sowjetischen Delegation bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf am 25. April 1967 übergeben wurde: „After the original

Zu 7), 10), 14) bis 16): der neue Entwurf des Artikels III ist von den Amerikanern ausdrücklich als „mögliche Revision“ bezeichnet.

17) Die von uns erbetene Zusicherung der Amerikaner, daß mit der Anwendung der NV-Vertragskontrollen zusätzliche bilaterale Kontrollen hinfällig werden, ist von ihnen mündlich grundsätzlich gegeben worden. Sie bedarf noch einer förmlichen Bestätigung, zu der die Amerikaner bereit sind.

18) Wir haben großen Wert auf eine nicht-diskriminierende Kontrollregelung im NV-Vertrag gelegt, d. h., daß Kernwaffenstaaten und Nichtnukleare den gleichen Kontrollen im gesamten zivilen Bereich unterworfen sein sollen. Auch der neue Entwurf für den Kontrollartikel III sieht weiterhin eine diskriminierende Lösung vor und stellt die Kernwaffenstaaten von Kontrollen auf ihrem Gebiet frei.

Zur eventuellen Milderung der Diskriminierung liegt eine bedingte amerikanische Bereitschaft vor, amerikanische zivile nukleare Anlagen (bei Firmen auf freiwilliger Basis), IAEO-Kontrollen zu unterstellen.

Eine solche Unterstellung haben wir als nicht ausreichend bezeichnet. Wir haben den Wunsch aufrechterhalten, daß, wie Frankreich in EURATOM, Amerika und England spaltbares Material im gesamten zivilen nuklearen Bereich aufgrund einer völkerrechtlichen Verpflichtung unter die gleichen NV-Kontrollen stellen.

Die Forderung nach Nichtdiskriminierung wird von EURATOM weiter verfolgt.<sup>13</sup>

19) Wir haben uns mit Nachdruck dafür eingesetzt, daß die automatische Einführung von IAEO-Kontrollen im EURATOM-Bereich, falls innerhalb von drei Jahren kein Verifikationsabkommen abgeschlossen ist, entfällt. Unsere entsprechenden Bemühungen blieben erfolglos, wenngleich die Verhandlungsposition von EURATOM für den Abschluß des Verifikationsabkommens relativ dadurch verbessert wird, daß im neuen Artikel III auch die IAEO-Mitgliedstaaten zur Förderung dieses Abkommens verpflichtet werden sollen.<sup>14</sup>

### III. Allianz- und Europa-Fragen

20) Wegen der unbestimmten und mehrdeutigen Formulierungen der Artikel I und II des Vertrages, die nach Lage der Dinge unvermeidliche Grundlage einer möglichen Einigung mit den Sowjets sind, haben wir Verbindlichkeit der amerikanischen Interpretationen gefordert, durch die die Bündnisbelange abgesi-

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 601*

entry into force of this treaty each non-nuclear-weapon state party to this treaty which has – source or special fissionable material – subject to any international safeguards system other than that of the International Atomic Energy Agency, and each other party to the treaty which is a member of that agency, undertakes to facilitate agreement, as provided for in this article, on verification by that agency of the effectiveness of the international safeguards system applied to such material.“  
Vgl. den Drahtbericht Nr. 847; VS-Bd. 10081 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>13</sup> An dieser Stelle wurde von Bundesminister Brandt handschriftlich eingefügt: „Wir sollten sie auch unabhängig davon selbst weiter verfolgen. Die Besprechungen des Bundesaußenministers in London lassen vermuten, daß mit den Engländern und Amerikanern eine befriedigende Regelung erreicht werden kann.“

<sup>14</sup> An dieser Stelle wurde von Bundesminister Brandt handschriftlich eingefügt: „Ein Ergebnis der Beratungen in Brüssel – wegen einer Stellungnahme der EURATOM-Kommission gegenüber den Amerikanern – steht noch aus. Hierüber wird vermutlich auch mit dem französ[ischen] Außenminister zu sprechen sein.“

chert werden sollen. Wir haben darauf gedrängt, daß diese Interpretationen den Verbündeten notifiziert und den Sowjets offiziell zur Kenntnis gebracht werden, damit diese sich später nicht darauf berufen können, sie legten den Vertrag aufgrund ihrer Gespräche mit den Amerikanern anders aus.

Die Amerikaner haben sich mit einer solchen Regelung einverstanden erklärt.

21) Im einzelnen besagen die Interpretationen, die sie uns geben wollen,

- a) daß alles, was nicht vertraglich verboten ist, vom Verträge nicht berührt wird,
- b) daß Kernwaffen im Sinne des Vertrages nur Sprengköpfe und Bomben sind,
- c) daß die Übertragung von Kernwaffenträgern und Trägersystemen durch den Vertrag nicht berührt wird,
- d) daß Konsultationen und Planungen („consultations and planning“) durch den Vertrag nicht berührt werden,
- e) daß nukleare Arrangements im Bündnis (nicht ausdrücklich: gegenwärtige und künftige) durch den Vertrag nicht berührt werden,
- f) daß der Vertrag nur so lange gilt, bis eine Entscheidung getroffen wird, zum Kriege zu schreiten.

Diese Formulierung befriedigt uns nicht. Wir haben gedrängt, daß der Vertrag nur so lange gelten dürfe, bis nach Ausbruch von Feindseligkeiten eine Entscheidung getroffen wird, Kernwaffen zum Einsatz vorzubereiten.<sup>15</sup>

22) Wir haben weitere Interpretationen gefordert, die nicht in diese Interpretationserklärung aufgenommen werden konnten, weil die Amerikaner Schwierigkeiten mit den Sowjets befürchten. Wir haben deshalb vorgeschlagen, sie uns neben der Interpretationserklärung und ohne Mitteilung an die Sowjets zu geben. Es handelt sich um

- a) Definition des Begriffs „control“, durch die extensiven Auslegungen vorgebeugt werden soll. Die Amerikaner haben die Formulierung „unabhängige Verfügungsgewalt zum Einsatz von Kernwaffen“ in Aussicht gestellt, die befriedigend erscheint. Sie sind bereit, darüber eine Erklärung vor dem NATO-Rat abzugeben. Wir könnten uns dann später auf das Sitzungsprotokoll stützen.
- b) Sicherstellung, daß der Vertrag ein deutsches Vetorecht gegen den Abschluß von Kernwaffen vom Territorium der Bundesrepublik Deutschland aus und gegen deutsches Territorium nicht ausschließt. Die Amerikaner sind der Meinung, daß dieser Wunsch durch die vorstehende Interpretation zu a) gedeckt sei. Dem könnte beigepflichtet werden, weil ein Vetorecht sicherlich keine „unabhängige Verfügungsgewalt zum Einsatz von Kernwaffen“ ist, sondern vielmehr die rechtliche Möglichkeit, den Einsatz von Kernwaffen zu verhindern.

(Europafragen)<sup>16</sup>

23) Die Amerikaner sind bereit, uns in ihren Interpretationen, von denen die Sowjets Kenntnis erhalten sollen, folgendes zu erklären:

„Der Vertrag behandelt nicht das Problem der europäischen Einheit und würde die Rechtsnachfolge eines europäischen Bundesstaates in den nuklearen Status eines seiner früheren Gliedstaaten nicht hindern. Ein neuer europäischer

<sup>15</sup> Dieser Absatz wurde von Bundesminister Brandt und von Staatssekretär Schütz gestrichen.

<sup>16</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Brandt gestrichen.

Bundesstaat würde die Verfügungsgewalt über alle Funktionen seiner äußeren Sicherheit einschließlich Verteidigung und über alle mit der äußeren Sicherheit zusammenhängenden auswärtigen Angelegenheiten ausüben, aber nicht so zentralisiert sein müssen, um sämtliche Regierungsfunktionen ausüben zu können. Während der Vertrag die Rechtsnachfolge durch einen solchen Bundesstaat nicht behandelt, würde er die Übertragung von Kernwaffen (einschließlich Eigentum) oder Verfügungsgewalt an jeglichen Empfänger, einschließlich einer multilateralen Organisation verhindern.“

Diese Formulierung erscheint nicht befriedigend. Wir haben gefordert zu streichen:

- die beiden ersten „alle“ im zweiten Satz;
- den gesamten Schlußteil der Erklärung ab „aber nicht so zentralisiert sein müssen“.

Die Amerikaner waren hierzu nicht bereit, weil sie Schwierigkeiten mit den Sowjets befürchteten. Da es sich bei dieser Erklärung in Wahrheit gar nicht um eine Interpretation, sondern um die Darlegung einer Rechtsmeinung handelt, haben wir den Amerikanern auch die Frage gestellt, ob – vorbehaltlich weiterer deutscher Erwägungen – darauf verzichtet werden könnte, das Problem in den Interpretationen zu behandeln. Sie antworteten, ebenfalls unter Vorbehalt, sie würden die Frage dem amerikanischen Außenminister<sup>17</sup> vorlegen.<sup>18</sup>

24) Für etwaige nukleare Zwischenstufen auf dem Wege zur Einigung Europas, z. B. eine nukleare EWG, haben die Amerikaner uns nur die Möglichkeiten einer Erledigung des gesamten Vertrages genannt.<sup>19</sup>

25) Für den Aufbau eines ABM-Systems in Europa, dessen Sprengköpfe weder unter der Kontrolle Amerikas, einer europäischen Nuklearmacht oder eines neuen europäischen Bundesstaates steht, haben die Amerikaner auf die Rücktrittsklausel verwiesen. Sie könne in Anspruch genommen werden, wenn die Kernwaffenmächte entgegen den in der Präambel aufgeführten Zielsetzungen ungehemmt nuklear weiterrüsteten.

#### IV. Zur Ausgewogenheit<sup>20</sup> des Vertrages

26) Wir haben im Interesse der Ausgewogenheit des Vertrages die Durchführungskonferenz, die Kündigungsklausel und die Geltungsdauer des Vertrages wiederholt zur Diskussion gestellt. Weil der Vertrag in die nationalen, regionalen und universalen Interessen der Staaten eingreift, kommt den diesbezüglichen Bestimmungen besondere Bedeutung zu. Dies gilt in noch stärkerem Maße, wenn der Vertrag materiell unbefriedigend, insbesondere einseitig und diskriminierend ist.

Wir haben vorgeschlagen, die Vertragsdurchführungskonferenz zwecks effektiver Überprüfung der Verwirklichung des Vertrages zu einer regelmäßig alle fünf Jahre zusammentretenden Einrichtung zu machen und sie mit Kompe-

<sup>17</sup> Dean Rusk.

<sup>18</sup> Der Passus „Diese Formulierung erscheint ... Außenminister vorlegen“ wurde von Bundesminister Brandt und von Staatssekretär Schütz gestrichen.

<sup>19</sup> Dieser Absatz wurde von Bundesminister Brandt und von Staatssekretär Schütz gestrichen.

<sup>20</sup> An dieser Stelle wurde von Bundesminister Brandt handschriftlich eingefügt: „und Geltungsdauer“.

tenzen auszustatten, die auch die Möglichkeit einer ganzen oder teilweisen Beendigung des Vertrages durch Mehrheitsbeschluß einschließen. Die Amerikaner lehnen die Periodisierung der Durchführungskonferenz und ihre Ausstattung mit solchen Kompetenzen nach wie vor ab und stellen den in Artikel IV eingefügten vorbereitenden Ausschuß als die Lösung hin (Stand 3. April).

27) Wir haben ohne Ergebnis eine Erweiterung der Kündigungsmöglichkeiten erörtert.

28) Das Problem der Geltungsdauer des Vertrages hat sich in den Erörterungen um so stärker herausgeschält, als es klar wurde, daß Verstärkung der Durchführungskonferenz und Erweiterung der Kündigungsgründe nicht erreichbar schien. Es kommt hinzu, daß die Durchführungs- und Revisionskonferenzen wegen der Mehrheitsverhältnisse zur Wahrung regionaler europäischer Interessen ungeeignet sind; deshalb wurde der Gedanke einer möglicherweise auch langfristigen ersten Geltungsperiode mit automatischer Vertragsverlängerung zu erwägen gegeben.

Die Amerikaner ließen sich auch auf diese Erwägungen nicht ein.<sup>21</sup>

B. Die Amerikaner wollen am 20. April 1967 im NATO-Rat Zustimmung zu folgendem Text erwirken:

„The Council understands that the United States as a co-chairman of the ENDC will now proceed to the tabling and negotiation in Geneva of a draft Treaty text. A universal treaty on non-proliferation is considered a desirable aim, but America's NATO Allies are not now committed to any particular text.“

Die Bundesregierung muß sich darüber schlüssig werden, ob und wie sie sich hierzu stellen wird.<sup>22</sup>

**VS-Bd. 4092 (II B 1)**

<sup>21</sup> An dieser Stelle wurde von Bundesminister Brandt handschriftlich eingefügt: „Auch im NATO-Rat hat sich keine Zustimmung zum Gedanken einer begrenzten Geltungsdauer ergeben. Es ist möglich, daß dieser Gedanke in Genf trotzdem eine Rolle spielen wird. Jedenfalls kann man, weil es im Interesse einer Reihe von Staaten liegt, davon ausgehen, daß dort über die Stellung der Durchführungskonferenz gesprochen werden wird.“

Der erste Satz dieser handschriftlichen Bemerkung von Brandt wurde von Botschafter Schnippenkötter gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Im NATO-Rahmen ist die unterschiedliche Geltungsdauer des NATO-Vertrages und des NV-Vertrages Gegenstand italienischer, niederländischer, belgischer und türkischer Überlegungen; im Rat ist die Frage einer befristeten Geltungsdauer des NV-Vertrages noch nicht diskutiert worden.“

<sup>22</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Brandt gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Es erscheint unbedenklich, daß die Bundesregierung hiergegen keine Einwendungen erhebt. Der deutsche Vertreter im NATO-Rat wird allerdings zu unterstreichen haben, daß hiermit noch keine materielle Stellungnahme der Bundesregierung zum Vertrag selbst verbunden ist. Mit der italienischen und französischen Delegation ist vor der Sitzung des NATO-Rats Fühlung zu nehmen, um sie über unsere Haltung zu unterrichten. Begründung: 1) Die Friedenspolitik der Bundesregierung könnte gefährdet werden, wenn wir einem Nichtverbreitungsvertrag grundsätzlich widersprechen. 2) Durch die deutsch-amerik[anischen] Konsultationen sind wesentliche Wünsche befriedigend erfüllt worden bzw. besteht begründete Aussicht, daß sie befriedigend erfüllt werden. 3) Über die offenen gebliebenen Fragen muß bilateral und multilateral – auch im NATO-Rat und im Rahmen von EURATOM – weiter verhandelt werden.“

Der Passus „Es erscheint ... Bundesregierung hiergegen“ im ersten Satz der handschriftlichen Bemerkung von Brandt wurde von Botschafter Schnippenkötter gestrichen. Dafür fügte er ein: „Das Auswärtige Amt schlägt vor, daß die Bundesregierung gegen die beabsichtigten nächsten Schritte der Amerikaner“.

## 132

**Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-12064/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 640**

**Aufgabe: 14. April 1967, 21.30 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 14. April 1967, 22.26 Uhr**

Betr.: Non-Proliferationsfrage;  
 hier: Weitere Behandlung im NATO-Rat

Bezug: Drahtbericht 610 geheim vom 12. 4. 1967<sup>2</sup>

Auf vertraulicher Sitzung wurden am 14. 4. folgende Punkte behandelt:

1) Zeitpunkt der Beendigung der Konsultation im NATO-Rat: Gegen den von uns vorgeschlagenen Termin der o. a. Sitzung, 20. 4., wurden keine Bedenken erhoben.

2) Französischer Botschafter<sup>3</sup> gab eine pointierte Erklärung dahingehend ab, daß die französische Regierung einen formellen Beschluß des Rates weder für wünschenswert noch für möglich halte. Er sei nicht möglich, weil er einstimmig gefaßt werden müsse, die französische Regierung jedoch weder den Inhalt des Vertragsentwurfs noch die amerikanische Verhandlungsinitiative als solche billigen könne.

Er sei auch nicht wünschenswert, weil es sich um eine Frage handle, welche die Regierungen in eigener Verantwortlichkeit entscheiden müßten und in der ein kollektiver Ratsbeschluß wenig nütze. Foster habe bisher stets betont, daß er in Genf unter der ausschließlichen Verantwortung der Vereinigten Staaten verhandle. Ebenso sei man auch verfahren, als die Engländer den Wunsch gehabt hatten, mit einzelnen Ostblockstaaten einen „code de bon conduite“ zu verhandeln.<sup>4</sup>

Französische Erklärung erregte Aufsehen und wurde von norwegischem Botschafter<sup>5</sup> als offensichtliche Änderung der bisherigen französischen Linie bezeichnet, die früher als Nichtteilnahme an Diskussionen sowohl wie an einer Entscheidung definiert worden war. Cleveland polemisierte lebhaft gegen diese französische Haltung und vertrat die Ansicht, daß sie den Rat als politisches Organ überhaupt bedeutungslos mache. Er deutete an, daß man notfalls eine Entscheidung im DPC treffen müsse – wogegen ich meinerseits einen Vorbehalt anmeldete.

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>2</sup> Botschafter Grewe, Paris (NATO), berichtete über die Diskussion im Ständigen NATO-Rat am selben Tag. Dabei sei deutlich geworden, daß die amerikanischen Verhandlungstaktik darauf abziele, „unter Benützung des Brosio'schen Vorschlags die NATO-Partner bis zum 19. April auf gemeinsame Linie in den NATO und Europa betreffenden Fragen (einschließlich der Interpretationen) festzulegen. [...] Diese gemeinsame Linie [solle] den Russen gegenüber als ‚non-negotiable‘ betrachtet werden [...]. Wenn die Sowjets diese Linie nicht akzeptierten, werde es keinen Vertrag geben.“ Vgl. VS-Bd. 10082 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Pierre de Leusse.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 119, besonders Anm. 10.

<sup>5</sup> Georg Kristiansen.

3) Diskussion konzentrierte sich im übrigen ganz auf die Frage, welcher niedrigste gemeinsame Nenner gefunden werden könne, um am 20. April eine möglichst einstimmige Auffassung des Rates zum Nichtverbreitungsprojekt zu formulieren.<sup>6</sup> Generalsekretär<sup>7</sup> befragte rund um den Tisch alle Delegationen nach ihrer Stellungnahme und erzielte damit zum erstenmal eine Diskussion, an der sich notgedrungen alle Delegationen beteiligen mußten. Mehrere Delegationen beschränkten sich allerdings unter Berufung auf noch fehlende Instruktionen auf sehr allgemein gehaltene Äußerungen (Island, Luxemburg, Portugal). Auch ich erklärte weisungsgemäß, mich heute weder an einer substantiellen noch an einer prozeduralen Diskussion beteiligen zu können. Im Hinblick auf die französische Stellungnahme hielt ich es jedoch für nützlich, wenn in die Überlegungen über die vom Rat in der nächsten Woche erwartete Entscheidung auch die Möglichkeit einbezogen werde, daß der Rat überhaupt keine formelle Entscheidung treffe, sondern lediglich in allgemeiner Form von der amerikanischen Absicht Kenntnis nehme, einen Vertragsentwurf in Genf zu unterbreiten.

4) Die meisten Delegationen bezeichneten es als wünschenswert, eine Formel zu finden, die möglichst weitgehende, wenn möglich sogar einstimmige Zustimmung finden könne. Unter diesem Gesichtspunkt wurde über drei Elemente diskutiert, die Cleveland als Mindestinhalt einer solchen Formel bezeichnete:

- daß ein universeller Non-Proliferationsvertrag wünschenswert sei;
- daß daher Einverständnis mit der Vorlage eines Entwurfs durch die Vereinigten Staaten bestehe;
- daß die NATO-Partner damit auf keinerlei Vertragstext festgelegt würden.

5) Italienischer Geschäftsträger unterstrich nachdrücklich, daß italienische Regierung keiner förmlichen Entschließung zustimmen könne, die die italienische Regierung in irgendeiner Weise binde. Sie habe sich dazu dem italienischen Parlament gegenüber verpflichtet. Es müßte daher zum Ausdruck kommen, daß die Amerikaner weiterhin unter eigener Verantwortung handelten. Was das gemeinsame Ziel anlange, so könne man vielleicht leichter zu einer Einigung kommen, wenn man das Prinzip oder die Politik der Non-Proliferation, aber nicht einen Non-Proliferationsvertrag als wünschenswert bezeichne. Unverläßlich sei es dabei auch, daß dieses Prinzip in den Gesamtzusammenhang der Abrüstung hineingestellt werde.

Britischer Botschafter<sup>8</sup> ging in gewissem Umfang auf diese Anregung ein und wies darauf hin, daß es besser sei, sich auf sehr allgemein gehaltene Formeln zu einigen, als eine ausdrückliche Distanzierung einzelner Mitgliedsregierungen von dem Vorhaben der amerikanisch-britischen Unterhändler in Genf zu riskieren.

6) Die Sitzung führte zu keinem Ergebnis. In anschließendem Einzelgespräch mit Cleveland und mir regte italienischer Geschäftsträger an, am Montag (17.4.) damit zu beginnen, daß man irgendeine schriftlich fixierte Formel den

<sup>6</sup> Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats vgl. Dok. 137, Anm. 9.

<sup>7</sup> Manlio Brosio.

<sup>8</sup> Sir Bernard Burrows.

weiteren Besprechungen zugrunde lege. Nur so könne man zu einem Ergebnis kommen.

Bitte mich zu ermächtigen, ggfs. an solchen Besprechungen und Formulierungsdiskussionen aktiv teilzunehmen, ggfs. à titre personnel. Ich würde es für nachteilig halten, wenn in dieser entscheidenden Phase unsere Stimme und unser Einfluß überhaupt nicht zur Geltung kämen. Endgültige Entscheidung der Bundesregierung würde dabei selbstverständlich vorzubehalten sein.<sup>9</sup>

[gez.] Grewe

VS-Bd. 10081 (Ministerbüro)

### 133

#### Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Ungerer

I A 2/6-87.27/2-584/2/67 geheim

15. April 1967

Betr.: Auswirkungen des NV-Vertrags auf EURATOM;  
hier: Bericht für den Verteidigungsrat<sup>1</sup> über den Stand der Verhandlungen im Rahmen von EURATOM

Es wird vorgeschlagen, den nachfolgenden Bericht der Vorlage für den Verteidigungsrat über den NV-Vertrag als Anlage beizufügen:

I. Die amerikanische Regierung hat ihren Entwurf eines Art. III des NV-Vertrags sowie ihr erläuterndes Memorandum von Ende Januar 1967<sup>2</sup> nicht nur den Mitgliedstaaten von EURATOM zugeleitet, sondern auch der EURATOM-Kommission. Die Kommission hat dazu mit einem an den EURATOM-Ministerrat gerichteten Vermerk vom 10.2.1967<sup>3</sup> Stellung genommen, der zu mehreren Erörterungen der Auswirkungen des NV-Vertrags auf EURATOM

<sup>9</sup> Am 18. April 1967 berichtete Botschafter Grewe, Paris (NATO), über den Verlauf der „informellen Besprechung mit italienischem, britischem, amerikanischem, belgischem und niederländischem Vertreter [...]“. Vertrauliche Fühlungnahme mit französischem Botschafter hatte mir bereits den Eindruck vermittelt, daß Franzosen auch mit einer vorher festgelegten bloßen Zusammenfassung des Diskussionsverlaufes durch den Generalsekretär nicht einverstanden sein würden, wenn daraus irgendeine Art von Zustimmung zu dem amerikanischen Verhandlungsplan herausgelesen werden könnte. Ebenso hatte Fühlungnahme mit italienischer Delegation erneut ergeben, daß Italiener keinem Verfahren und keiner Formel zustimmen wollen, die eine solche Auslegung zulassen würde. Im Hinblick auf diese [...] Situation hat amerikanischer Botschafter [...] davon abgesehen, auf irgendeinen Beschluß oder auch nur auf irgendeinen vorher festzulegenden und durch den Generalsekretär vorzutragenden Text zu insistieren. Auf Vorschlag der Holländer und Belgier einigte man sich darauf, daß NATO-Rat am 20. April keinerlei formellen Beschluß fällen wird. Die einzelnen Delegationen sollen in der Sitzung den Standpunkt ihrer Regierungen darlegen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 653; VS-Bd. 925 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Die Sitzung des Bundesverteidigungsrats vom 17. April 1967 fand am 18. April 1967 statt. Vgl. dazu auch den Sprechzettel der Abteilung II für Bundesminister Brandt; VS-Bd. 1001 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Zum Memorandum vom 31. Januar 1967 vgl. Dok. 42, besonders Anm. 6.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 85, besonders Anm. 11.



im Ausschuß der Ständigen Vertreter und zur Vorlage von weiteren Vermerken der Kommission am 7.3.<sup>4</sup> und 22.3. sowie eines Entwurfs einer Antwort auf das amerikanische Memorandum führte.

In den dem EURATOM-Rat vorgelegten Vermerken stellte die Kommission fest, der Art. III des NV-Vertrags berühre den Anwendungsbereich des EURATOM-Vertrags<sup>5</sup>. Er führe das Element der Diskriminierung in die auf den Grundsatz der Gleichheit der Mitgliedstaaten aufgebaute Gemeinschaft ein, beeinträchtige den gemeinsamen Markt für Kernerzeugnisse, führe zu Disparitäten zwischen den Gemeinschaftsländern bei der Versorgung mit Kernmaterial und verstoße gegen die Ausschließlichkeit der EURATOM-Kontrolle im Gebiet der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft, wie sie in den Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und EURATOM<sup>6</sup> anerkannt worden sei. Außerdem müsse mit einer Verlagerung von Kernanlagen in das Gebiet der Mitgliedstaaten gerechnet werden, die den im ursprünglichen Entwurf von Art. III des NV-Vertrags vorgesehenen IAEO-Kontrollen nicht unterlägen.

II. Die Haltung, die von den Vertretern der Mitgliedstaaten bei den Erörterungen im Ausschuß der Ständigen Vertreter eingenommen wurde, war zunächst sehr unterschiedlich. Die deutsche Delegation wies bereits am 17.2.<sup>7</sup> auf die Notwendigkeit hin, zu einer gemeinsamen Haltung der Mitgliedstaaten zu gelangen und brachte eine Reihe von Anregungen vor, wie durch eine Änderung des von den Amerikanern vorgeschlagenen Art. III Unvereinbarkeiten mit dem EURATOM-Vertrag beseitigt werden könnten. Die französische Delegation war der Auffassung, daß Probleme des NV-Vertrags ausschließlich Sache der Mitgliedstaaten seien und daß es daher nicht angebracht sei, selbst die mit Sicherheitskontrollen zusammenhängenden Fragen im Rahmen von EURATOM zu erörtern. Auch die niederländische Delegation nahm eine ablehnende Haltung ein, aus der zu ersehen war, daß die negativen Auswirkungen des NV-Vertrags auf EURATOM in Den Haag noch nicht erkannt worden waren. Aufgeschlossener war die Haltung der italienischen, belgischen und luxemburgischen Delegation.

Die weitere Erörterung trug dazu bei, daß das Verständnis der Problematik des NV-Vertrags für EURATOM, insbesondere bei der niederländischen Regierung, wuchs. Die französische Delegation nahm zwar an den Sitzungen teil, ergriff jedoch nicht das Wort. Für die aktive Beteiligung der deutschen Delegation an der Erörterung waren zwei Gründe maßgebend:

1) Die Durchsetzung unserer berechtigten Anliegen hinsichtlich der ungehinderten friedlichen Nutzung der Kernenergie und der Vermeidung von negativen Rückwirkungen auf die europäische Einigung wäre durch ein gemeinsames Auftreten zumindestens der fünf kernwaffenlosen EURATOM-Staaten<sup>8</sup> ge-

<sup>4</sup> Korrigiert aus: „17.3.“

Für den Vermerk vgl. VS-Bd. 2462 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des EURATOM-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 1014–1155.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 29. Mai und 18. Juni 1958 zwischen EURATOM und den USA vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN 1959, S. 309–311.

<sup>7</sup> Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 277 des Botschafters Sachs, Brüssel (EWG/EAG), vom 17. Februar 1967; VS-Bd. 2462 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Belgien, Niederlande, Luxemburg, Italien und die Bundesrepublik.

genüber den Amerikanern sicher besser zu erreichen gewesen als durch ein isoliertes Vorgehen.

2) Die Beeinträchtigung der Europäischen Atomgemeinschaft durch den NV-Vertrag könnte teilweise vermieden werden, wenn möglichst alle, zumindest alle kernwaffenlosen Mitgliedstaaten von EURATOM dem NV-Vertrag beitreten.

III. Die Sitzung des EURATOM-Ministerrats am 10.4. erbrachte ein gewisses Maß an Übereinstimmung.<sup>9</sup> Der Herr Minister hatte die Erörterung eingeleitet, in dem er darauf hinwies, ein isolierter Beitritt zum NV-Vertrag eines oder nur eines Teils der kernwaffenlosen EURATOM-Staaten verstoße gegen den EURATOM-Vertrag. Es müsse gemeinsam versucht werden, eine Änderung der Bestimmungen des NV-Vertrags zu erreichen, die EURATOM beeinträchtigen. Der von der amerikanischen Regierung vorgelegte neue Entwurf eines Art. III<sup>10</sup> sei insofern als Fortschritt zu werten, als er die Weiterexistenz regionaler Kontrollen, und damit der EURATOM-Kontrolle, zulasse und die Kontrolle beim Export von Kernerzeugnissen auf Ausgangsmaterial und besonderes spaltbares Material beschränke. Bedenken bestünden jedoch noch gegen die ausschließliche Anwendung der internationalen Kontrollen auf die friedliche Tätigkeit der kernwaffenlosen Staaten. Dadurch werde ein Element der Diskriminierung in die auf den Grundsatz der Gleichheit ihrer Mitgliedstaaten aufgebaute Europäische Atomgemeinschaft eingeführt. Ebenfalls bedenklich sei die automatische Anwendung von IAEA-Kontrollen im Fall einer Nichteinigung zwischen EURATOM und der IAEA über die Verifizierung der EURATOM-Kontrolle durch die IAEA nach Ablauf einer Frist von drei Jahren gemäß Abs. 4 des neuen Art. III.<sup>11</sup>

Die Außenminister der Benelux-Staaten<sup>12</sup> nahmen eine grundsätzlich positive Haltung zu der Erklärung des Herrn Ministers ein. Auch sie hielten die Frist des Abs. 4 von Art. III für bedenklich und wünschten, Diskriminierungen zu vermeiden. Die italienische Delegation und die EURATOM-Kommission unterstützten die deutsche Haltung. Die französische Delegation behielt sich ihre Stellungnahme vor, ob und wie sich die Gemeinschaft zum NV-Vertrag äußern solle.

Ein Beschluß des EURATOM-Rates über konkrete Abänderungsvorschläge zu dem neuen amerikanischen Entwurf eines Art. III kam nicht zustande, da ins-

<sup>9</sup> Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 578 des Botschafters Sachs, Brüssel (EWG/EAG), vom 10. April 1967; VS-Bd. 2462 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Zum amerikanischen Entwurf für ein Nichtverbreitungsabkommen, der am 31. März 1967 Botschafter Knapstein, Washington, und am 3. April 1967 den Regierungen der anderen NATO-Staaten übermittelt wurde, vgl. Dok. 121, besonders Anm. 3. Für Auszüge vgl. Anm. 11 und 13. Am 14. April 1967 legte die amerikanische Regierung einen neuen Entwurf des Artikels III für ein Nichtverbreitungsabkommens vor, der am 25. April 1967 der sowjetischen Delegation bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf übergeben wurde. Vgl. dazu Dok. 131.

<sup>11</sup> Artikel III, Absatz 4 des amerikanischen Entwurfs für eines Nichtverbreitungsabkommens, der Botschafter Knapstein, Washington, am 31. März 1967 übergeben wurde: „In any case where agreement on the implementation of IAEA verification of another international safeguards system, as provided for in this article, has not been reached within three years from the date of the original entry into force of this treaty, the safeguards of the IAEA shall be applied.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 734; VS-Bd. 10082 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>12</sup> Pierre Harmel (Belgien), Joseph Luns (Niederlande) und Pierre Grégoire (Luxemburg).

besondere die niederländische Delegation unseren Vorschlag, die Verpflichtung der Absätze 1 und 2 des neuen Art. III<sup>13</sup> nicht auf kernwaffenlose Staaten zu beschränken, ablehnte.

IV. In den anschließenden beiden Sitzungen der Ständigen Vertreter am 13. und 14. April war es nicht möglich, das Maß an Übereinstimmung, das im Rat zunächst unter den fünf kernwaffenlosen Staaten bestanden hatte, zu bewahren.

Die Kommission hatte einen neuen Antwortentwurf an die amerikanische Regierung vorgelegt<sup>14</sup>, in dem die deutschen Anregungen, die positiven Aspekte des neuen Entwurfs eines Art. III zu erwähnen und die Frist für Verhandlungen zwischen der IAE0 und EURATOM abzulehnen, berücksichtigt worden waren. Die Ablehnung der Frist war mit dem, belgischen Überlegungen entsprechenden, Vorschlag verbunden worden, die Anwendung der IAE0-Kontrolle erneut anlässlich der Revisionskonferenz gemäß Art. IV, Abs. 3 des NV-Vertrags zu erörtern. Die Gemeinschaft würde sich dann der Kontrolle der IAE0 unterwerfen, wenn dies alle Mitgliedstaaten der IAE0, eingeschlossen die Sowjetunion, tun würden. Konkrete Abänderungsvorschläge zum neuen Entwurf des Art. III enthielt der neue Entwurf der Kommission nicht.

Die von der deutschen Delegation gemachten Versuche, Abänderungsvorschläge zu Art. III in den Antwortentwurf einzufügen, scheiterten an der Ablehnung der anderen Delegationen. Die französische Delegation lehnte nicht nur, wie schon im Ministerrat, eine Antwort der Gemeinschaft ab, sondern bestritt nunmehr auch das Recht der Kommission, im eigenen Namen auf die amerikanischen Memoranden zu antworten.

Als Ergebnis der Erörterungen im Ausschuß der Ständigen Vertreter kann somit lediglich festgehalten werden, daß die Mehrheit der Delegationen eine Antwort der Kommission im eigenen Namen und unter ausschließlicher eigener Verantwortung billigt. Ob die EURATOM-Kommission nach der scharfen französischen Warnung der amerikanischen Regierung überhaupt noch eine formelle Antwort zukommen lassen wird, ist nicht sicher.

V. Abschließend muß festgestellt werden, daß die Versuche, zu einer gemeinsamen Antwort an die amerikanische Regierung hinsichtlich der Auswirkungen des NV-Vertrags auf EURATOM und Änderungen des Wortlauts von Art. III

<sup>13</sup> Artikel III, Absätze 1 und 2 des amerikanischen Entwurfs für ein Nichtverbreitungsabkommen, der Botschafter Knapstein, Washington, am 31. März 1967 übergeben wurde: „1) Each non-nuclear-weapon state party to this treaty undertakes to have international safeguards meeting the requirements of this article on all peaceful nuclear activities within its territory or under its jurisdiction. In cooperating with any non-nuclear-weapon state with respect to peaceful nuclear activities within the territory or under the jurisdiction of such state, each state party to this treaty undertakes not to provide: a) source or special fissionable material unless the material shall be subject to such safeguards; or b) equipment or material especially designed or prepared for the processing, use or production of special fissionable material unless the special fissionable material shall be subject to such safeguards. 2) After the original entry into force of this treaty, each non-nuclear-weapon state party to this treaty which has activities subject to any international safeguards system other than that of the International Atomic Energy Agency undertakes to facilitate verification by that agency of the effectiveness of the international safeguards system applied to such activities.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 734; VS-Bd. 10082 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut des Entwurfs einer Antwort der EURATOM-Kommission vom 7. April 1967 auf die amerikanischen Noten vom 1. Februar, 6. März und 3. April 1967 vgl. den Drahtbericht Nr. 600 des Botschafters Sachs, Brüssel (EWG/EAG), vom 13. April 1967; VS-Bd. 2462 (I A 6).

des NV-Vertrags zu kommen, bisher nicht erfolgreich waren. Dessen ungeachtet können die im Rahmen des EURATOM-Rats erfolgten Erörterungen als nützlich bezeichnet werden, da sie dazu beitrugen, den Mitgliedstaaten die Problematik des NV-Vertrags für EURATOM deutlich zu machen. In weiterer Folge führten sie über die Gespräche der EURATOM-Kommission und einzelner Mitgliedsregierungen mit den Amerikanern zu der Neuformulierung des Entwurfs von Art. III und damit zumindestens zur Berücksichtigung eines Teils der von uns und anderen vorgebrachten Bedenken.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>15</sup> dem Herrn Minister<sup>16</sup> mit der Bitte um Zustimmung vorgelegt.

Im Auftrag  
Ungerer

VS-Bd. 2517 (I A 6)

## 134

### Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem israelischen Botschafter Ben Natan

VS-vertraulich

18. April 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler empfing am 18.4.1967 (17.40–18.30 Uhr) Botschafter Ben Natan zu einem Gespräch, an dem der Unterzeichnete<sup>2</sup> teilnahm.

Botschafter *Ben Natan* bat, da er den ersten Besuch bei dem Herrn Bundeskanzler mache, mit einigen grundsätzlichen Bemerkungen beginnen zu dürfen. Die Gestaltung der Beziehungen zwischen beiden Ländern habe in der Vergangenheit stärker von Deutschland abgehangen – und den deutschen Politikern – als von Israel. 1952 sei die berühmte Vereinbarung über die Wiedergutmachung<sup>3</sup> zustandegekommen. Adenauer und Strauß hätten in den folgenden Jahren auch viel getan für die Sicherung Israels.<sup>4</sup> Erhard habe den histo-

<sup>15</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 15. April 1967 vorgelegen.

<sup>16</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, gefertigt.

<sup>2</sup> Horst Osterheld.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 10. September 1952 zwischen der Bundesrepublik und Israel über die Wiedergutmachung (Luxemburger Abkommen) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 37–97.

<sup>4</sup> Nach ersten Absprachen zwischen Bundesminister Strauß und dem Generalsekretär im israelischen Verteidigungsministerium, Peres, im Dezember 1957, genehmigte Bundeskanzler Adenauer im August 1962 eine Ausrüstungshilfe an Israel mit einem Gesamtumfang von 240 Mio. DM. Nach Bekanntwerden der durchgeführten und noch auszuführenden geheimen Lieferungen, die unter dem Decknamen „Frank[reich]/Kolonien“ liefen und u. a. auch 150 Panzer aus amerikanischer Produktion beinhalteten, erklärte die Bundesregierung am 12. Mai 1965 mit der Aufnahme diploma-

rischen Beschluß gefaßt, diplomatische Beziehungen aufzunehmen.<sup>5</sup> Es habe in Deutschland aber auch andere Richtungen gegeben. Neben führenden Deutschen, die sich ihrer persönlichen Verantwortung für die Sicherheit, ja die Existenz Israels bewußt gewesen seien, habe es solche gegeben, die rein pragmatisch vorgehen wollten, und es habe Leute gegeben, die meinten, daß die Rechnung nun endlich ausgeglichen sei und die Beziehungen zu Israel nicht wichtiger seien als die zu anderen Ländern der Welt.

Israel sei eine Bastion der Freiheit und der Demokratie im Nahen Osten und, so paradox es klingen möge, ein gesichertes Israel werde wesentlich zur Befriedung eines unruhigen und gefährdeten Erdteils beitragen. Der Ostblock sei dort sehr aktiv; es gehe ihm um das arabische Öl. In dieser noch zu erwartenden Auseinandersetzung werde die Existenz Israels eine Rolle spielen.

Israel werde noch einige Jahre hindurch schwierige Probleme zu lösen haben. Es müsse immer so stark sein, daß es seinen Nachbarn standhalten könne. Israel glaube nicht an eine größere Auseinandersetzung in nächster Zeit. Da sie aber immer möglich sei, dürfe Israel nicht schwach werden. 10 ½ % seines Bruttosozialproduktes wende es für die Verteidigung auf; das seien 600 DM jährlich pro Kopf der Bevölkerung.

Die wirtschaftliche Lage sei nicht sehr gut; sie sei ähnlich wie hier. Es gäbe 7 % Arbeitslose; 40 % der israelischen Industrie sei im Hoch- und Tiefbau beschäftigt gewesen; sie müsse nun teilweise umgestellt werden, was große Anstrengungen erfordere. Gleichwohl versuche Israel weiter, in der Dritten Welt eine gewisse Rolle zu spielen, was ihm in den Vereinten Nationen helfe, womit es aber auch der freien Welt einen Dienst erweise.

Zwischen Deutschland und Israel könne manches getan werden, was in beiderseitigem Interesse liege, und dies erhoffe sich Israel von dem Herrn Bundeskanzler und seiner Regierung. Eine wichtige Frage sei die EWG. Die Bundesregierung habe sich wohlwollend, aber abwartend verhalten, habe nie klare Stellung bezogen, so daß mancherorts der Eindruck entstanden sei, Deutschland sei nicht sehr interessiert. Die Frage werde in einigen Wochen akut werden; dann sei es von größter Bedeutung, was Deutschland sage. Die Wirtschaftsministerien seien für die Assoziierung Israels<sup>6</sup>; Israel könne auch der EWG manches geben.

Die Wirtschaftsverhandlungen im vorigen Jahr<sup>7</sup> seien langwierig und zum Teil nicht angenehm gewesen. Israel hoffe, nicht noch einmal derartige Verhandlungen führen zu müssen, wenn es auch mit dem Ergebnis des Vorjahres nicht unzufrieden gewesen sei. Man hoffe auch, daß der Betrag in diesem Jahr derselbe sein werde wie im vorigen. Das wäre aus vielen Gründen außerordentlich

*Fortsetzung Fußnote von Seite 612*

tischer Beziehungen auch die Einstellung der Ausrüstungshilfe. Vgl. dazu AAPD 1964, II, Dok. 289 und Dok. 396, sowie AAPD 1965, I, Dok. 2.

<sup>5</sup> Zum Beschluß vom 7. März 1965 vgl. AAPD 1965, I, Dok. 115.

<sup>6</sup> Zum israelischen Antrag bei der EWG vom 4. Oktober 1966, das am 1. Juli 1967 auslaufende Handelsabkommen durch ein Assoziierungsabkommen zu ersetzen, vgl. Dok. 1, Anm. 2.

<sup>7</sup> Zwischen dem 28. Februar und dem 11. Mai 1966 führten die Bundesrepublik und Israel Verhandlungen über ein Wirtschaftshilfeabkommen, das am 12. Mai 1966 unterzeichnet wurde und eine Kapitalhilfe der Bundesrepublik in Höhe von insgesamt 160 Mio. DM vorsah. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 146. Für den Wortlaut des Abkommens vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 111 vom 21. Juni 1966, S. 2.

wichtig. Die wachsende Arbeitslosigkeit und andere Wirtschaftsprobleme habe er schon erwähnt. Psychologisch sei es aber von noch größerer Bedeutung und Wirkung. Im nächsten Jahr könne man vielleicht eine andere Lösung ins Auge fassen. In diesem Jahr sollte es aber bei der Höhe des Vorjahres bleiben.

Im übrigen seien die Beziehungen zwischen beiden Ländern auf gutem Weg. Die Einstellung in Israel sei ausgewogener geworden. Manche Dinge könnten erst eine neue Generation erreichen. Die menschlichen Kontakte, die erfreulicherweise zunähmen, hätten sich als sehr hilfreich erwiesen. Wie in der Vergangenheit hänge auch auf diesem Gebiet mehr von der deutschen Haltung ab als von der Israels.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, zwischen beiden Ländern bestehe in der Tat ein besonderes Verhältnis; und das solle auch gewisse praktische Konsequenzen haben. Andererseits kenne der Botschafter unsere Schwierigkeiten in der arabischen Welt im Zusammenhang mit der Deutschland-Frage und den Bemühungen Pankows um Anerkennung. Diese Schwierigkeiten müsse man im Auge haben.

Er, der Herr Bundeskanzler, habe sich mit den Fragen, die der Botschafter angeschnitten habe, noch nicht genau genug befassen können und könne daher auch keine konkreten Zusagen machen. Ihm sei klar, daß die Verbindung zur EWG für Israel eine große Rolle spiele. Besondere Bedeutung komme in diesem Zusammenhang der Einstellung Frankreichs zu, worüber er aber mit Staatspräsident de Gaulle bei dem ersten Treffen<sup>8</sup> nicht gesprochen habe.

Die Frage der Verbindung Israels mit der EWG werde eingehend geprüft. Er hoffe, daß wir bald eine klare Position beziehen könnten, und er hoffe, daß sie positiv sein könne.

Was die Wirtschaftshilfe angehe, so hoffe er, daß der Haushaltsausschuß den Gesamtansatz für die Wirtschaftshilfe nicht kürze. Bleibe es bei dem Ansatz, so werde er sich dafür einsetzen, den bisherigen Betrag zu halten. Eine Zusage könne er jedoch natürlich nicht machen, er werde morgen darüber mit dem Außenminister sprechen.

Er wolle aber noch einmal auf die EWG zurückkommen. Wenn nur Konkurrenzbedenken vorlägen, würde er sich um die Einwände wenig kümmern. Frankreich habe aber besondere Beziehungen zu den arabischen Staaten, und es habe auch bestimmte Vorstellungen über die Begrenzung der Gemeinschaft.<sup>9</sup>

Was die Besserung der allgemeinen Beziehungen zwischen Israel und Deutschland angehe, so halte er das für eine wichtige Aufgabe; Konrad Adenauer habe sie begonnen; sie sei dann fortgeführt worden und werde auch in Zukunft fort-

<sup>8</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 13./14. Januar 1967 in Paris vgl. Dok. 14–17 und Dok. 19.

<sup>9</sup> Am 28. April 1967 hielt sich der französische Außenminister Couve de Murville zu einem Konsultationsgespräch mit Bundesminister Brandt in Bonn auf. Auf den Hinweis von Brandt, daß die Bundesrepublik bei der Frage der Beziehungen von Israel zur EWG eine „raisonable Lösung“ anstrebe und Israel „in jedem vertretbaren Umfang helfen“ wolle, erklärte Couve de Murville: „Muß es Assoziierung sein? Wir können schließlich nicht die ganze Welt assoziieren. Es muß jedoch etwas für Israel getan werden; dabei sind israelische Interessen zu berücksichtigen.“ Vgl. den Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Baron von Stempel vom 5. Mai 1967; Referat I A 2, Bd. 1219.

geführt. In der Regierungserklärung<sup>10</sup> sei er nur kurz darauf eingegangen. Aber er wisse, daß sich Israel in einer außerordentlichen Situation befinde. Es sei ständig in seiner Existenz gefährdet, und das könne die Welt nicht ohne weiteres akzeptieren.

Er, der Herr Bundeskanzler, habe das heute sagen wollen, damit der Botschafter einen klaren Eindruck bekomme. Man müsse – und das wisse der Botschafter – als Politiker auch innenpolitische Rücksichten nehmen. Und da habe er keine beflissene Haltung zeigen wollen. Was er sage, entspreche schon lange seiner Haltung. Da aber Gerüchte im Umlauf seien, würde Beflissenheit der Sache sofort wieder schaden. Er wolle eine saubere, klare, solide Sache machen, und es gäbe genug Leute in Deutschland, die dasselbe wollten.

In diesem Zusammenhang müsse auch unser Verhältnis zur arabischen Welt beachtet werden; er stehe aber nicht an zu sagen, daß das eine oder andere riskiert werde, wenn wir auf absolutes Unverständnis stoßen würden.

Um noch einmal auf die zwei wichtigsten Fragen einzugehen: Der Bericht der EWG-Kommission werde erst in 2–3 Wochen fertig sein.<sup>11</sup> Der Haushaltsausschuß habe sich noch nicht entschieden. Der Botschafter kenne die deutsche finanzielle Lage, die wirklich schlecht sei. Wir hätten uns über unsere Verhältnisse festgelegt. Gleichwohl bemühe sich die Bundesregierung, die Hilfe für andere Länder beibehalten zu können. Er, der Herr Bundeskanzler, hoffe auch, daß es bei dem bisherigen Betrag bleiben könne.

Botschafter *Ben Natan* dankte dem Herrn Bundeskanzler für die ausführliche Darlegung. Ohne schmeicheln zu wollen, wolle er sagen, daß der Herr Bundeskanzler in den wenigen Monaten, in denen er das Kanzleramt bekleide, den Ruf erworben habe, Beschlüsse aus innerer Überzeugung und gemäß seinem Gewissen zu fassen. Er habe durchaus verstanden, was der Herr Bundeskanzler gesagt habe.

Frankreich habe es verstanden, bei den Arabern eine Vorzugsstellung zu halten und gleichwohl der Hauptlieferant von Waffen für Israel zu sein. De Gaulle werde sich von den Arabern nicht hereinreden lassen und habe ganz klare Verhältnisse geschaffen. Die Araber seien in sich völlig gespalten. Er glaube nicht, daß ein arabischer Staat die DDR anerkenne, weil er dadurch als Satellit Moskaus abgestempelt würde.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, er sei nicht überängstlich. Vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien seien wegen der Araber Befürchtungen laut geworden.<sup>12</sup> Er glaube, daß wir die Risiken richtig einge-

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

<sup>11</sup> Am 7. Juni 1967 legte die EWG-Kommission dem Ministerrat einen Bericht über die Gespräche mit einer israelischen Delegation vom 23. bis 26. Januar 1967 in Brüssel vor. Sie kam darin zu dem Schluß, daß die EWG aus einer „gewissen Verantwortung“ für Israel heraus einen Assoziierungsvertrag nach Artikel 238 des EWG-Vertrags anbieten sollte. Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 19. Juni 1967 und für den Wortlaut des Berichts vgl. Referat I A 2, Bd. 1219.

<sup>12</sup> Vgl. dazu Dok. 18.

schätzt hätten und dies auch jetzt täten. In dieser Woche komme Hassouna nach Bonn.<sup>13</sup>

Botschafter *Ben Natan* warf ein, Hassouna könne nur für Ägypten sprechen. Der Herr *Bundeskanzler* sagte, wir überschätzten die Lage nicht; man müsse abwarten. *Ben Natan* fuhr fort, die Liga habe nur eine Lebensberechtigung, nämlich den Kampf gegen Israel. Aber selbst darin seien sich die Araber nicht einig.

Ben Natan kam dann auf den Nichtverbreitungs-Vertrag zu sprechen und sagte, Israel habe niemals gegenüber den Amerikanern Kontrollbestimmungen für diesen Vertrag verlangt (was die Amerikaner gelegentlich uns gegenüber behauptet hatten). Israel liege vor allem an einem Abkommen zwischen der SU, den USA, London und Paris, überhaupt keine Waffen mehr in den Mittleren Osten zu liefern. Wenn ein solches Abkommen die Nichtverbreitung von Atomwaffen einschließe, sei es gut – Kontrollen für den Nichtverbreitungs-Vertrag habe Israel aber nicht verlangt. Es habe sich überhaupt zu den Vertrag noch nicht geäußert und sich keiner Meinung anderer Staaten angeschlossen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, diese Ausführungen seien ihm interessant. Für uns sei bei dem Nichtverbreitungs-Vertrag das Verhältnis zur SU das Entscheidende. Ben Natan stimmte dem zu: Die Amerikaner wollten die vielen kleineren Länder von den Atomwaffen fernhalten; den Russen gehe es nur um die Deutschen.

Das Gespräch kam noch einmal auf die EWG-Fragen zurück. *Ben Natan* sagte, er habe auch Außenminister Brandt darauf hingewiesen, wie wichtig eine klare deutsche Aussage sei. Die Beamten im Auswärtigen Amt seien zurückhaltend. Brandt habe diese Frage aber in Brüssel schon in einem Nebensatz erwähnt.<sup>14</sup> Frankreich habe das Maghreb-Problem, werde aber sicher kein Veto einlegen. Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, wie wichtig für uns eine Abstimmung mit Frankreich sei; er wolle darüber auch mit Couve sprechen, wenn er in der nächsten Woche nach Bonn komme.

Botschafter *Ben Natan* schloß seine Ausführungen mit der Bemerkung, daß sein Land große Hoffnungen in den Herrn Bundeskanzler setze.

Auf Anregung des Botschafters wurde vereinbart, daß er die Tatsache dieses Antrittsbesuches (bei dem Herrn Bundeskanzler) der Presse bekannt geben könne.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 22**

<sup>13</sup> Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Hassouna, hielt sich vom 18. bis 21. April 1967 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Brandt am 21. April 1967 vgl. Dok. 136.

<sup>14</sup> Bundesminister Brandt erklärte am 10. April 1967 vor dem EWG-Ministerrat: „Die deutsche Regierung legt auch Wert darauf, daß Verhandlungen mit anderen Staaten über Assoziierung oder Sonderabmachungen zügig fortgeführt und zu einem befriedigenden Abschluß gebracht werden. [...] Die deutsche Regierung legt auch großen Wert auf den erbetenen Bericht über die Sondierungsgespräche der Kommission mit Israel.“ Vgl. BULLETIN 1967, S. 302.



## 135

**Botschafter Knapstein, Washington, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-12119/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 873**

**Aufgabe: 18. April 1967, 19.50 Uhr**  
**Ankunft: 19. April 1967, 02.40 Uhr**

Bitte Bundesminister<sup>1</sup>, StS Schütz und Botschafter Schnippenkötter noch vor der morgigen (Mittwoch) Kabinettsitzung vorzulegen.

Betr.: NV-Vertrag

Nach dem überraschenden Einlenken der Amerikaner am 14.4. ergibt sich aus hiesiger Sicht für uns folgende Situation:

1) Der Präsident hat – wie mir Vizepräsident Humphrey gestern bestätigte (DB 859 vom 17.4 geh.<sup>2</sup>) – persönlich eingegriffen und damit das positive Ergebnis der Konsultationen der beiden Abrüstungsbeauftragten<sup>3</sup> ermöglicht. Johnson hat zu erkennen gegeben, daß er einen offenen Gegensatz zur Bundesrepublik, mit allen daraus zu befürchtenden Folgen sowohl im bilateralen Verhältnis wie in der Allianz, vermeiden will. Er dürfte sich darüber klar geworden sein, daß eine derartige Belastung des Bündnisses den Sowjets zu sehr in die Hand spielen und sich auch innenpolitisch für ihn nachteilig auswirken würde. Er ist sich ferner bewußt, daß ohne unsere Teilnahme der Vertrag nicht zustandekommen würde, da ihn die Russen dann nicht unterzeichnen würden. Dies gibt uns gegenüber den Amerikanern eine Schlüsselposition, die jedoch auch Grund für ein besonders behutsames weiteres Vorgehen unsererseits sein sollte. Wir müssen versuchen, unsere berechtigten Interessen zu wahren, ohne dabei unsere Hand zu überspielen und unserem Gegner die Möglichkeit zu geben, uns als „Störenfriede“ darzustellen. Auch dürfen wir die besonderen Hypothesen nicht außer acht lassen, die – auch in amerikanischer Sicht – aus der Vergangenheit gerade in Fragen der Beteiligung im nuklearen Bereich noch auf uns liegen.

2) Der NV-Vertrag ist in den USA nicht wirklich „populär“. Er ist kein „political issue“, zu dem Politiker und Öffentlichkeit leidenschaftlich Stellung neh-

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>2</sup> Botschafter Knapstein, Washington, berichtete über ein Gespräch mit dem amerikanischen Vizepräsidenten. Humphrey teilte mit, daß „die Wandlung der amerikanischen Haltung auf neue Instruktionen des Präsidenten an die Abrüstungsbehörde zurückzuführen ist, die Mitte voriger Woche ergangen sein müssen“. Humphrey habe weiter mitgeteilt, „daß er am vorigen Dienstag dem Präsidenten eingehend über seine Europareise berichtet habe und dabei nachdrücklich auf die Wünsche von Bundeskanzler Kiesinger und Außenminister Brandt hingewiesen habe, ohne deren Berücksichtigung wahrscheinlich eine deutsche Mitarbeit an dem Nichtverbreitungsvertrag nicht zu erwarten sei. Insbesondere habe er den Präsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß die nukleare Abrüstung viel stärker in der Präambel festgelegt sein müßte, und daß die Sicherung der zivilen Nuklearentwicklung im Text des Vertrages verankert sein müßte. Beides sei dann wohl [...] vom Präsidenten angeordnet worden.“ Vgl. VS-Bd. 10081 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Zu den Gesprächen des Botschafters Schnippenkötter mit dem Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster, vom 10. bis 14. April 1967 in Washington vgl. Dok. 131.

men. Trotzdem lastet die Furcht vor einem Nuklearkrieg schwer auf dem ganzen Volk. Die Suche nach Möglichkeiten, die ursprünglich von den eigenen Wissenschaftlern entfesselten nuklearen Kräfte unter Kontrolle zu halten, gehört zu den vornehmsten Aufgaben jedes amerikanischen Präsidenten. Trotz mancher Opposition gegen die außenpolitischen Implikationen des Vertrages findet daher sein Ziel, die weitere Verbreitung von Nuklearwaffen zu verhindern, hier doch allgemeine Unterstützung.

3) Bei einer Konzentration auf die Punkte, die für uns von zentraler Bedeutung sind, erscheint die Aussicht doch noch zu einem für uns akzeptablen Vertrag zu gelangen, inzwischen erheblich besser. Regierung und Präsident sind offensichtlich betroffen über das Ausmaß des von verschiedensten Seiten aufgebrauchten Widerstandes. Manche dieser Bedenken sind hier erst allmählich – vor allem auch in der Diskussion mit uns – klar geworden. Auch hatte der Präsident wohl den innenpolitischen Wert des Vertrages, insbesondere im vergangenen Herbst vor den Kongreßwahlen, überschätzt und gleichzeitig seine Sprengwirkung in der Allianz unterschätzt. Er dürfte daher heute nicht bereit sein, den Russen einen zu hohen Preis zu zahlen, da er vermeiden muß, daß ihm später von seinen innenpolitischen Gegnern der Vorwurf der Vernachlässigung Europas gemacht wird. Auch ist er sich darüber klar, daß bei vielen unabhängigen Politikern beider Parteien, bei zahlreichen z.T. führenden Mitgliedern des State Departments, im Kongreß, bei der militärischen Führung wie z.T. auch in der Presse die Bedenken gegen ein zu rasches Vorantreiben der Entspannung zunehmen.

4) Trotz aller sich zur Zeit noch abzeichnenden Widerstände muß man aber doch wohl davon ausgehen, daß der Vertrag zustandekommen wird. Johnsons persönliches Prestige ist zu stark involviert, und zuviel Zeit und Mühe ist von beiden Weltmächten bereits aufgebracht worden. Die Frage entsteht daher, ob wir es uns dann leisten könnten, abseits zu stehen, ohne damit unsere Beziehungen sowohl zu den USA wie auch zum Osten zu sehr zu belasten.

Wenn wir uns auch – und dies wird von den Amerikanern nicht verkannt – in einer besonderen Lage befinden, so stellen die in den Konsultationen der letzten Monate und besonders der vergangenen Woche erzielten wesentlichen Verbesserungen des ursprünglichen Vertragsentwurfs doch eine recht weitgehende Berücksichtigung unserer Interessen dar, durch die der ursprüngliche Mangel an rechtzeitiger und vor allem vollständiger Konsultation in der Sache einigermaßen wieder ausgeglichen worden ist.

Wir sollten diese Bereitwilligkeit jetzt nicht durch zu weitgehendes Insistieren auf der Erfüllung aller unserer Forderungen oder gar durch Anmeldung neuer Forderungen überstrapazieren, da wir sonst in den Verdacht geraten könnten, den Vertrag insgeheim doch hintertreiben zu wollen. Es kann nicht bestritten werden, daß ein großer Teil der von uns als zentrale Interessen bezeichneten Punkte von den Amerikanern zugestanden worden ist und daß die Regelung einer Reihe anderer Punkte in Genf – mit von den USA zugesicherter Unterstützung – zu erhoffen ist. Wir sollten uns daher möglichst bald darüber klar werden, welche Forderungen wir aufrechterhalten können oder wollen. Dabei dürfte es (abgesehen von dem besonderen Komplex der Vereinbarkeit mit dem

EURATOM-Vertrag<sup>4</sup> und den damit zusammenhängenden – hier nicht übersehbaren – Fragen der deutsch-französischen Zusammenarbeit) wohl hauptsächlich um die noch ungelösten Verfahrensfragen einschließlich des Zeitelements gehen.

5) Die Verfahrensartikel bilden, wie die Verhandlungen unseres Abrüstungsdelegierten erneut bestätigt haben, den wahrscheinlich härtesten Kern der amerikanischen Position. Wir stehen hier also vor der grundsätzlichen Frage, ob wir unsere diesbezüglichen Forderungen und vor allem unseren Wunsch nach einer zeitlichen Begrenzung des Vertrages jetzt noch bilateral weiterverfolgen sollen. Da ich die Aussicht auf weitere Fortschritte in den Verfahrensfragen insbesondere in Richtung auf eine im Vertrag verankerte zeitliche Begrenzung im bilateralen Gespräch – selbst bei Einschaltung einer hohen Gesprächsebene – für sehr zweifelhaft halte, neige ich eher zu der Empfehlung, daß wir den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen jetzt kein Hindernis in den Weg legen sollten, aber wegen dieser Verfahrensfragen einen Vorbehalt anmelden sollten, den wir auch in Genf weiterverfolgen würden.

Unsere mit dem Verzicht von 1954 bereits gemachte Vorleistung<sup>5</sup> würde uns – falls es ratsam erscheinen sollte, davon Gebrauch zu machen – auch das moralische Recht geben, den Ablauf der Verhandlungen in Genf und die Entscheidungen der anderen Nicht-Nuklearländer erst abzuwarten, anstatt uns auf den jetzigen Vertragsentwurf festlegen zu lassen. Auch wäre es denkbar, die Ratifizierung des Vertrages von der Erfüllung der mit den Amerikanern getroffenen Nebenabmachungen abhängig zu machen.

6) Unsere Haltung zum NV-Vertrag sollte auch im Zusammenhang mit den langfristigen Zielen unserer Politik gesehen werden; insbesondere:

a) ihre Auswirkung auf unsere Entspannungs- und Ostpolitik einschließlich des Verhältnisses zum andern Teil Deutschlands und auf die Wiedervereinigung

b) ihre Auswirkung auf unser zukünftiges Verhältnis zu den USA, sowohl im Hinblick auf die für uns so bedeutende friedliche nukleare Zusammenarbeit wie auch auf die amerikanische Bereitwilligkeit, uns in Zukunft bei wichtigen Entscheidungen zu konsultieren oder uns bei unseren Anliegen, insbesondere unserer Ost- und Deutschlandpolitik, zu stützen.

[gez.] Knappstein

**VS-Bd. 10081 (Ministerbüro)**

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des EURATOM-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 1014–1155.

Vgl. dazu auch Dok. 85.

<sup>5</sup> Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung atomarer, biologischer und chemischer Waffen vgl. Dok. 4, Anm. 24.

## 136

### Gespräch des Bundesministers Brandt mit Generalsekretär Hassouna, Arabische Liga

VS-vertraulich

21. April 1967

Der Bundesminister empfing Hassouna am 21. April um 12 Uhr zu einstündigem Gespräch.<sup>1</sup> Gespräch wurde nach dem Frühstück, das Minister dem Generalsekretär gab, von etwa 14.20 Uhr bis 15.05 Uhr fortgesetzt.

Gesprächsteilnehmer:

Minister, D I<sup>2</sup>, Dg I B<sup>3</sup>, VLR I Gehlhoff, ferner VLR I Arnold, LR I Ruhfus.

Hassouna, Abu Bakr, Cabani, Azzam.

Der *Minister* erwähnt das Gespräch Hassounas mit dem Bundeskanzler und drückt die Hoffnung aus, daß unser Interesse an [einer] Normalisierung klar geworden ist. Er fragt, ob aufgrund des Gesprächs mit dem Bundeskanzler besondere Fragen zu erörtern seien.<sup>4</sup>

*Hassouna* bezeichnet sein Gespräch mit dem Bundeskanzler als ermutigend. Er wirft die Frage nach einer deutschen Erklärung über Palästina auf. Er bittet um ein „Statement of Policy“, welches das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung und ihr Heimatrecht bekräftigt und welches die Ankündigung einer deutschen Unterstützung für die Palästina-Flüchtlinge enthält. Durch diese Erklärung müsse klargestellt werden, daß die Hilfe, welche wir Israel geben, nicht gegen die Palästinenser gerichtet ist. Eine solche Erklärung sei ebenso für die deutsch-arabischen Beziehungen wie für die Palästinenser wichtig.

Hinsichtlich unserer besonderen Flüchtlingshilfe wolle die arabische Seite nichts mit der UNRWA zu tun haben.<sup>5</sup> Die Vereinten Nationen stellten in die-

<sup>1</sup> Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Hassouna, hielt sich vom 18. bis 21. April 1967 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Brandt am 19. April 1967 vgl. die von Referat I B 4 gefertigte Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 2565 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967. Zur Einladung an Hassouna vgl. auch Dok. 36, Anm. 10.

<sup>2</sup> Hermann Meyer-Lindenberg.

<sup>3</sup> Alexander Böker.

<sup>4</sup> Bundeskanzler Kiesinger empfing den Generalsekretär der Arabischen Liga am 20. April 1967. Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg vermerkte dazu, daß sich Hassouna mit dem bisherigen Verlauf seines Besuchs in Bonn zufrieden gezeigt und die Erklärung der Bundesregierung hervorgehoben habe: „1) Die deutschen Waffenlieferungen an Israel seien eingestellt worden und würden nicht wieder aufgenommen; 2) das Wiedergutmachungsabkommen mit Israel sei ausgelaufen und werde nicht erneuert; 3) die deutsche Politik beobachte im Nahen Osten den Grundsatz, sich nicht in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten oder in regionale Konflikte einzumischen. Für die arabische Seite seien noch zwei Fragen offen: 1) Eine deutsche Erklärung zur Palästina-Frage, in der sich die Bundesregierung für eine dem palästinensischen Volk gerecht werdende Lösung dieses Problems ausspreche; 2) eine finanzielle Hilfe für die Palästina-Flüchtlinge. [...] Der Herr Bundeskanzler verhielt sich hierzu rezeptiv.“ Vgl. VS-Bd. 10085 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Dazu stellte Ministerialdirigent Böker am 21. April 1967 fest: „Was unsere geplante Hilfe an die Palästina-Flüchtlinge anlangt, halte ich den Weg über die UNRWA für unverzichtbar. Die Behauptung Hassounas, daß dies für die Araber unakzeptabel sei, trifft schlechterdings nicht zu. Im Gegenteil, die große Mehrzahl der arabischen Regierungen dürfte diesen Weg bevorzugen. [...] Der

ser Hinsicht eine „charitable basis“ dar. Es würde von uns aber etwas anderes, nämlich Höheres, gefordert. Die Palästinenser waren Opfer einer Aggression; diese müsse ausgeglichen werden. 1952 habe die Absicht bestanden, einen Teil unserer Wiedergutmachungsleistungen an Israel<sup>6</sup> für die Flüchtlinge abzuweichen. Ein diesbezügliches Versprechen der Israelis sei jedoch nicht eingehalten worden.

Ferner äußert er die Bitte, Stipendien an palästinensische Studenten zu gewähren. Diese seien insoweit besonders bedürftig, was man von den Israelis nicht sagen könne.

Dies seien mehr oder weniger seine Äußerungen bei dem Bundeskanzler gewesen.

Die zu gewährenden Stipendien an palästinensische Flüchtlinge könnten durch die Arabische Liga zusammen mit dem deutschen Kulturattaché in Kairo abgewickelt werden.

Dasselbe Verfahren wäre für unsere besondere Flüchtlingshilfe anzuwenden. Die Hilfe sollte also an die Arabische Liga gegeben werden, evtl. auch an die Regierungen der Aufnahmeländer. Dann könnten geeignete Projekte ausgewählt werden. Es könnte ein Komitee gebildet werden, in dem die Liga, die Regierungen der Aufnahmeländer, die Bundesregierung und auch die UNRWA vertreten seien. Auf diese Weise würde sichergestellt, daß mit unserer Hilfe kein Mißbrauch getrieben werde.

Als letzte Frage müsse er noch die Assoziierung Israels mit dem Gemeinsamen Markt ansprechen. Hierüber sei aber mit dem Bundeskanzler nicht gesprochen worden, wohl aber mit einigen deutschen Herren bei dem Essen des afghanischen Botschafters<sup>7</sup> am 20. April.

Die arabischen Regierungen hätten in Brüssel bereits Noten überreicht<sup>8</sup>, deren Inhalt in Bonn gewiß bekannt sei. Dennoch müsse er wiederholen, daß die Assoziierung Israels große Schwierigkeiten im Verhältnis der EWG-Länder und der arabischen Länder schaffen würde. Es gebe zu bedenken, daß zwischen den sechs Gemeinschaftsländern und den arabischen Ländern ein Handelsvolumen von 5 Mrd. Dollar jährlich bestehe, zwischen den EWG-Ländern und Israel

*Fortsetzung Fußnote von Seite 620*

wahre Grund für den Einwand Hassounas gegen diese Form unserer geplanten Flüchtlingshilfe dürfte aber woanders liegen: Die arabischen Flüchtlinge sind in folgenden Ländern untergebracht: Syrien, Libanon, Jordanien, VAR. Die Flüchtlingshilfe und ihre Höhe würde dadurch zu einem Gegenstand der bilateralen Wiederaufnahmeverhandlungen werden und der Kabinettsbeschuß über die Einstellung aller Wirtschaftshilfen an die VAR (wegen des Ulbricht-Besuchs) wäre automatisch durchlöchert.“ Vgl. VS-Bd. 2656 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Am 10. September 1952 schloß die Bundesrepublik mit Israel das Abkommen über die Wiedergutmachung (Luxemburger Abkommen), das am 31. März 1966 auslief. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 37–97.

<sup>7</sup> Mohammed Yussof.

<sup>8</sup> Zur Reaktion der arabischen Staaten auf eine mögliche Assoziierung Israels mit der EWG vgl. Referat I A 2, Bd. 1218.

Am 2. Februar 1967 übermittelte die jordanische Regierung dem Präsidenten der EWG-Kommission, Hallstein, eine Verbalnote, in der auf die politischen Folgen einer Assoziierung Israels mit der EWG gewarnt wurde: „Daher wäre die Annahme des israelischen Ersuchens eine offenkundige Unterstützung einer kriegführenden Macht und stellte somit ein unmittelbares Eingreifen der EWG in den Konflikt zwischen den arabischen Staaten und Israel dar.“ Vgl. Referat I A 2, Bd. 1219.

aber nur ein Volumen von 300 Mio Dollar jährlich. Noch größer aber würden die politischen Schwierigkeiten sein. Gemäß den arabischen Grundsätzen dürften keine israelischen Waren in die arabischen Länder eingeführt werden. Im Falle einer Assoziierung Israels würde aber eine Unterscheidung zwischen Produkten der sechs EWG-Länder und solchen Israels aber sehr schwierig sein. Im Falle der drei Maghrebländer<sup>9</sup> ergebe sich eine besondere Lage, denn diese hätten aufgrund des Vertrages einen besonderen Anspruch.

Hassouna übergab dem Minister das Memorandum.<sup>10</sup>

Er wolle die Gespräche wie folgt zusammenfassen: Es gebe drei Probleme, nämlich das Verhältnis der Bundesregierung zur Palästina-Frage, das Verhältnis der Bundesregierung zu den Flüchtlingen und jenes zu den arabischen Staaten.

Zum ersten habe er bereits um ein Statement of Policy gebeten, welches das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung und ihr Heimatrecht unterstützt. Der Minister habe erklärt, in welcher Weise die Bundesregierung den Palästina-Flüchtlingen helfen könne. Es sei ratsam (advisable), daß diese Hilfe nicht über die Vereinten Nationen, sondern über die Arabische Liga geleistet werde. Ferner sei über die Stipendien für palästinensische Studenten gesprochen worden.

Zum zweiten habe der Minister erklärt, daß das Wiedergutmachungsabkommen mit Israel beendet sei und nicht erneuert werden würde. Er hat ferner erklärt, daß die Waffenlieferungen an Israel eingestellt seien und nicht wieder aufgenommen werden würden. Es müsse aber ferner noch geklärt werden, daß die Bundesrepublik mit Israel keine wissenschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere auf atomarem Gebiet, betreibe. (Demon?)<sup>11</sup> sei eine sehr gefährliche Einrichtung. Schließlich dürften auch keine Wissenschaftler auf diesem Gebiet in Israel tätig sein. Er erinnere sich der großen Aufregung, die wegen der deutschen Wissenschaftler in der VAR gemacht wurde.<sup>12</sup> Alsdann müsse zugesagt werden, daß unsere Botschaft nicht von Tel Aviv nach Jerusalem verlegt würde. Glücklicherweise würden wir mit einer solchen Verlegung gegen die UN-Beschlüsse verstoßen, glücklicherweise sei es bisher auch nicht geschehen.

Das Verhältnis der Bundesregierung zu den arabischen Staaten sei ein Gegenstand für Gespräche mit den einzelnen arabischen Regierungen.

<sup>9</sup> Algerien, Marokko und Tunesien.

<sup>10</sup> In dem Memorandum warnte die Liga der Arabischen Staaten die EWG vor einem Abkommen mit Israel, weil dieses den Status quo im Nahen Osten insbesondere auch im Hinblick auf die Lage der palästinensischen Flüchtlinge festschreiben könnte: „Une initiative pareille serait interprétée [...] comme une manifestation d'une volonté politique de la Communauté de rechercher une solution au problème palestinien sur les bases mentionnées, [...], elle ne manquerait pas d'avoir des incidences fâcheuses sur les relations entre les Etats Arabes et les Etats Membres de la Communauté, cela d'autant plus qu'elle représenterait une perte substantielle pour les pays du Magreb arabe car, elle accorderait aux produits d'Israel, sans contrepartie, le traitement de faveur accordé actuellement, par certains Etats Membres de la C.E.E., aux produits en provenance du Magreb et ceci en vertu des dispositions du Traité de Rome ou d'accords antérieurs au Traité lui-même.“ Vgl. Referat I A 2, Bd. 1219.

<sup>11</sup> So in der Vorlage.

<sup>12</sup> Zu den israelischen Protesten nach Bekanntwerden der Tätigkeit von Rüstungsexperten aus der Bundesrepublik in der VAR vgl. AAPD 1964, II, Dok. 313. Vgl. dazu ferner AAPD 1965, III, Dok. 322.

Zur deutschen Nahost-Politik hätten sowohl der Bundesminister wie der Bundeskanzler den Grundsatz der Nichteinmischung (non-intervention) bestätigt. Er müsse allerdings sagen, daß eine solche Einmischung auch nicht zur Debatte stehe. Die Bundesregierung habe schließlich mit der berühmten Drei-Mächte-Erklärung (von 1950?)<sup>13</sup> nichts zu tun.

Einen letzten Punkt müsse er zur Sprache bringen. Es wäre gegen ein Vertrauensverhältnis zwischen den Deutschen und den Arabern, wenn das deutsche Radio und andere Publikationsorgane einseitig für Israel und gegen die Araber Stellung nähmen. Er wisse gut, daß bei der Erörterung solcher Frage immer gesagt werde, die Presse sei frei. Dies könne aber nicht für die Rundfunk- und Fernsehanstalten gelten. Bei diesen Anstalten wenigstens müßte sichergestellt sein, daß sie nicht eine Seite bevorzugen und sich in den arabisch-israelischen Konflikt einmischen.

Der *Bundesminister* erwidert, es habe sich um einen Meinungsaustausch, nicht um Verhandlungen gehandelt. Er verstehe den Besuch Hassounas als eine Fact Finding Mission. Unser Hauptproblem sei die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen; hierzu habe Hassouna selber gesagt, daß sie bilateralen Gesprächen mit den Regierungen vorbehalten sei. Zu den anderen Problemen könne man aber Erläuterungen abgeben. Es sei jeder Seite überlassen, ihren Standpunkt zu erläutern. Wir würden gern Fragen beantworten, wir würden aber keine Bedingungen für die Wiederaufnahme der Beziehungen akzeptieren, eher würden wir auf die Wiederaufnahme verzichten.

Was die Erläuterung der deutschen Nahost-Politik betreffe, so habe er schon gesagt, daß wir einen Beitrag zu einer friedlichen und gerechten Lösung leisten wollten und, falls und wo das möglich sei, an der Aufrechterhaltung des Friedens mitarbeiten wollten. Wir seien nicht Mitglied der Vereinten Nationen. Wir hätten uns aber entschlossen, den Vereinten Nationen in grundsätzlichen Fragen zu folgen.

Zur Assoziierungsfrage: Der Ministerrat erwarte den Bericht der Kommission über die mit Israel geführten exploratorischen Gespräche.<sup>14</sup> Er selber habe auf die Vorlage dieses Berichts gedrängt. Persönlich fasse er eine Zeit ins Auge, wo der Gemeinsame Markt sich mit noch einigen weiteren Handelsfragen des Mittelmeerraums beschäftigen müsse. Er handele sich hier um längerfristige Entwicklungen. Zunächst stehe das Verhältnis EWG-EFTA im Vordergrund, dann gebe es den Aspekt der afrikanischen Länder. Im Mittelmeerraum schließlich bestehen Assoziierungsabkommen mit Griechenland und der Türkei.<sup>15</sup> Der Fall Spanien solle geregelt werden, ebenso das Verhältnis zu den drei Maghrebstaaten (wenn hier auch mit leichten Unterschieden). Jugoslawi-

<sup>13</sup> Am 25. Mai 1950 forderten die USA, Großbritannien und Frankreich ein Ende des Wettrüstens im Nahen Osten und die Anerkennung der bestehenden Grenzen. Für den Fall, daß eine der Konfliktparteien Grenzverschiebungen vorbereite, kündigten die drei Westmächte Gegenmaßnahmen inner- und außerhalb der UNO an. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 22, 1950, S. 886. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1955, S. 8007.

<sup>14</sup> Vgl. dazu Dok. 134, Anm. 11.

<sup>15</sup> Zum Assoziierungsabkommen vom 9. Juli 1961 zwischen Griechenland und der EWG vgl. BULLETIN DER EWG 7-8/1961, S. 31–38.

Das Assoziierungsabkommen vom 12. September 1963 zwischen der Türkei und der EWG trat am 1. Dezember 1964 in Kraft. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 1/1965, S. 20–22.

en verlange ein Handelsabkommen. Er sehe voraus, daß sich die Frage der Handelsbeziehungen auch für die Länder des östlichen Mittelmeeres stellen werde, und somit auch für einige arabische Länder. Es werde in erster Linie um landwirtschaftliche Fragen, insbesondere Zitrusfrüchte, gehen. Er denke jedenfalls in derartigen räumlichen Kategorien und nicht an punktuelle Beziehungen zu einem bestimmten Land. Aber, wie gesagt, zunächst müsse der Bericht der Kommission abgewartet werden.

Zur Flüchtlingsfrage: Wir verstehen die Leiden und Probleme der Flüchtlinge. Über Hassounas Anregung, die Hilfe über die Arabische Liga zu leisten, werde er der Bundesregierung berichten. Er frage sich aber doch, ob die Verbindung unseres Hilfsprogramms mit der UNRWA<sup>16</sup> aufgegeben werden sollte. Auf keinen Fall würde es sich bei unserer Hilfe um eine Art kleiner Wiedergutmachung handeln. Wir geben die Hilfe aus eigenem freien Willen, aufgrund von Anregungen unserer Freunde in der arabischen Welt, so auch der jordanischen Regierung, und aufgrund eines Appells des UN-Generalsekretärs<sup>17</sup>. Das alles spreche hier für den Weg über die UNRWA. Gewiß dürfte die Hilfe nicht zur Deckung eines Defizits verwendet werden. Wir wollten etwas Zusätzliches leisten und über die Projekte selber bestimmen. Er neige deshalb stark zu dem Weg der UNRWA, wolle aber seiner Regierung berichten. Vielleicht lasse sich eine Formel finden, die die verschiedenen Gesichtspunkte berücksichtige. Insbesondere müßte es sich um zusätzliche Projekte handeln, und die Frage der Projektauswahl spiele eine Rolle.

Wie dem auch sei, wir würden uns zu nichts zwingen lassen, und wir wollten mit unserer Hilfe auch nichts erkaufen. Es sei eine humanitäre Hilfe, mit der wir unser Verständnis für arabische Probleme zeigen wollten.

Mit sehr großem Wohlwollen betrachte er die Frage der Stipendien an palästinensische Flüchtlinge. Einzelheiten müßten noch geprüft werden.

Zur Frage des Rundfunks: Vielleicht sei er nicht vollständig unterrichtet. Er selber besitze nur eine dicke Akte mit unfreundlichen Kommentaren gegen die Bundesrepublik Deutschland aus einigen arabischen Staaten. Er habe diese Angelegenheit an sich nicht aufwerfen wollen, da es sich um bilaterale Fragen handle. Es sei richtig, daß alle wichtigen Rundfunk- und Fernsehanstalten nicht private Einrichtungen seien, sie würden aber auch nicht von der Regierung kontrolliert. Er sei im ganzen gern bereit, diese Frage weiter zu behandeln und Hassouna hierzu ein Aide-mémoire zukommen zu lassen.

Zu Beginn der Sitzung ab 14.20 Uhr wird der arabischen Seite eine englische Übersetzung der vorgesehenen deutschen Presseerklärung übergeben.<sup>18</sup>

*Hassouna* kommt auf die Frage der Assoziierung Israels mit der EWG zurück. Die frühere Bundesregierung habe erklärt, den israelischen Antrag zu unterstützen.<sup>19</sup> Er hoffe, daß die neue Bundesregierung das nicht tue. Was der Mi-

<sup>16</sup> Vgl. dazu Dok. 36, besonders Anm. 17.

<sup>17</sup> Sithu U Thant.

<sup>18</sup> Für den Wortlaut vgl. VS-Bd. 2656 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. auch BULLETIN 1967, S. 375 f.

<sup>19</sup> Zur Haltung der Bundesregierung unter Bundeskanzler Erhard gegenüber dem israelischen Antrag auf Assoziierung mit der EWG vgl. AAPD 1966, II, Dok. 288 und Dok. 320.



nister über langfristige Entwicklungen in diesem oder jenem Raum geäußert habe, sei schön und gut, entscheidend sei aber, daß die Bundesregierung keine führende Rolle für eine Unterstützung des israelischen Antrags spiele. Es sei ein Unterschied, ob Holland oder die Bundesregierung diesen Antrag unterstütze. Die Bundesregierung sollte keinerlei Initiative ergreifen. Die Behandlung des Antrags durch die Gemeinschaft sei eine andere Frage. Wenn wir eine Initiative ergriffen, müßte das die gegenwärtigen Bemühungen um Normalisierung erschweren.

Zur Frage der Flüchtlingshilfe: Er sei dankbar, daß der Minister die Frage des Weges überdenken und sie im Kabinett erörtern wolle. Bei dem Essen des afghanischen Botschafters am 20. April sei er von deutscher Seite auf das System unserer technischen Hilfe aufmerksam gemacht worden. Es sei auch zu begrüßen, daß die Bundesregierung ihre technische Hilfe an die arabischen Staaten fortgesetzt habe. Umso mehr aber müßten wir Hilfe für die Palästinenser geben. Dies sei wichtiger und besser, als wenn wir technische Hilfe an die anderen arabischen Staaten gäben.

Zum Entwurf unserer Presseerklärung: Sie sei nur sehr allgemein. Er frage sich ernsthaft, ob das etwa die einzige Grundlage für seinen Bericht an die Liga sein solle.

Der *Minister* erwidert, Hassouna müsse seinen Bericht nach eigenem Ermessen erstatten.

Zur Assoziierung Israels: Die Bundesregierung habe um Erstattung des Berichts der Kommission gebeten. Erst danach werde die Bundesregierung zu diesen Fragen Stellung nehmen. Das von Hassouna übergebene Memorandum werde geprüft (und beantwortet) werden. Für die Bunderegierung sei die Assoziierung Israels nicht der Hauptpunkt, sondern nur eines von vielen Problemen. Vielleicht werde die Bundesregierung die Assoziierung Israels unter langfristigen Aspekten diskutieren; deshalb habe er seine diesbezüglichen Ausführungen gemacht.

Zur Flüchtlingshilfe: Er werde der Bundesregierung berichten. Nach dem gegenwärtigen Stand neige er zu der Verbindung mit UNRWA. Jedenfalls aber werde die Hilfe zusätzlichen Projekten dienen. Auch könnten bei der Projektauswahl Vorschläge der Flüchtlinge selber ausgewählt werden. Ferner würde sichergestellt werden, daß die Projekte als deutsche erkennbar seien.

Er frage sich, wie er das Ergebnis dieser Prüfungen Hassouna übermitteln könne, und vor allem wann er dies tun müsse. In diesem Zusammenhang wolle er fragen, wann Hassouna dem Liga-Rat seinen Bericht unterbreiten werde.

*Hassouna*: Das sei noch unbestimmt. Die Ratstagung am 6. Mai werde sich mit Budgetfragen befassen, und in jedem Fall müßte er seinen Bericht an die Ratstagung auf Ebene der Außenminister erstatten.

Der *Minister* sagt, von dem Ergebnis der Kabinettserörterung könne er Hassouna sowohl über das hiesige Liga-Büro wie über unsere Vertretung in Kairo unterrichten. Ferner könne er ihm die Mitteilungen schriftlich oder mündlich durch einen Beauftragten übermitteln. Welchen Weg ziehe Hassouna vor?

*Hassouna:* Wichtig sei, daß er dem Liga-Rat einen Bericht unterbreiten könne, der auf einer gemeinsamen Vereinbarung zwischen ihm und dem Minister beruhe.<sup>20</sup>

Der *Minister* sagt, er werde prüfen, was wir zu einzelnen Besprechungspunkten vielleicht auch schriftlich sagen könnten. Hierzu müsse aber die Bundesregierung Stellung nehmen. Er habe in jedem Fall den Eindruck, daß in den Gesprächen ein Fortschritt erzielt worden sei.

*Hassouna* forderte mit schärferem Ton, daß in jedem Falle ein schriftliche deutsche Erklärung oder eine gemeinsam vereinbarte Erklärung notwendig sei. Der heruntergelassene Vorhang zwischen uns und der arabischen Welt könne ohne die Liga niemals wieder aufgezogen werden. Er müsse leider sagen, daß der jordanische Alleingang weder den Interessen Jordaniens noch denen der Bundesrepublik noch denen der deutsch-arabischen Beziehungen gedient habe. Erst müsse es einen Liga-Beschluß geben, dann könnten die einzelnen Regierungen ihre Entscheidungen treffen. Gegenwärtig seien die arabischen Regierungen nicht frei. Die Liga habe im März formell bestätigt, daß ohne Aufhebung des früheren Liga-Beschlusses kein einzelner Staat die Beziehungen zu uns wieder aufnehmen dürfte.<sup>21</sup> Und der Liga-Rat könne seine Entscheidung erst aufgrund von Hassounas Bericht treffen.

Der *Minister* weist darauf hin, daß – lasse man die Fragen der Assoziierung Israels mit dem Gemeinsamen Markt und die Fragen der Palästina-Flüchtlinge außer acht – unsere Haltung hinsichtlich der Waffenlieferungen<sup>22</sup>, des Wiedergutmachungsabkommens und der Nichteinmischung Teil der offiziellen deutschen Politik sei. Hierüber lägen bereits Erklärungen der Bundesregierung vor.

*Hassouna:* Es handele sich hier um einseitige Erläuterungen. Wichtiger sei, daß es jetzt eine gemeinsame, und zwar schriftliche Erklärung gebe. Die deutsche Haltung müßte jetzt formell auf der höchstmöglichen Ebene bestätigt werden.

Der *Minister* betonte nochmals, daß es sich nicht um Verhandlungen, sondern um einen Meinungsaustausch gehandelt habe. Er müsse auf diesen Punkt umso mehr hinweisen, als über die Wiederaufnahme der diplomatischen Bezie-

<sup>20</sup> Am 27. April 1967 übermittelte Bundesminister Brandt dem Generalsekretär der Arabischen Liga seinen Bericht an das Bundeskabinett über die gemeinsamen Gespräche vom 19. bis 21. April 1967. In einem Begleitschreiben bat er Hassouna, ihm auch seinerseits den Bericht an den Rat der Arabischen Liga „zugänglich zu machen“. Vgl. VS-Bd. 2656 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

Am 28. April 1967 teilte Hassouna Vortragendem Legationsrat I. Klasse Gehlhoff in Straßburg mit, daß er den Bericht von Brandt dem Rat der Arabischen Liga vorlegen werde. Damit sei die Bitte des Bundesministers, ihm „den Bericht an den Liga-Rat zugänglich zu machen, bereits beantwortet“. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Frank vom 3. Mai 1967 vgl. VS-Bd. 2656 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>21</sup> Der Verteidigungsrat der Arabischen Liga tagte vom 11. bis 14. März 1967 in Kairo. Referat I B 4 teilte dazu im Vorfeld des Gesprächs des Bundesministers Brandt mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga mit, daß Hassouna beauftragt worden sei, „mit der Bundesregierung in Kontakt zu treten, um größere Klarheit über die deutsch-israelischen und die deutsch-arabischen Beziehungen zu erhalten. Sofern seine Gespräche in Bonn erfolgreich verlaufen, soll Hassouna ermächtigt sein, auf einer Sondersitzung der Liga, evtl. Anfang Mai, die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Diskussion zu stellen.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 18. April 1967; VS-Bd. 2656 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>22</sup> Vgl. dazu Dok. 134, Anm. 4.

hungen nur mit den Regierungen der einzelnen Staaten gesprochen werden könne. Unser Ziel in den Gesprächen mit Hassouna sei es gewesen, unsere Haltung zu erläutern.

Kurz nach 15 Uhr wird die Besprechung beendet. Hassouna wird in Aussicht gestellt, daß er gegen 17 Uhr unterrichtet werden würde, wann ihn der Minister im Laufe des Tages noch einmal sehen könne.<sup>23</sup>

VS-Bd. 2565 (I B 4)

## 137

### Bundesminister Brandt an den amerikanischen Außenminister Rusk

II B 1-81.01-823/67 geh.

21. April 1967<sup>1</sup>

Dear Mr. Secretary!

Ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 18. April<sup>2</sup>, das mir Botschafter McGhee übermittelt hat. Ich teile und unterstütze das Bestreben der amerikanischen Regierung, alle Anstrengungen zu unternehmen, um den Frieden zu sichern und die internationalen Spannungen abzubauen unter gleichzeitiger Wahrung und Sicherung der lebenswichtigen Interessen der Mitglieder des Atlantischen Bündnisses.

Die gründlichen und ausführlichen Konsultationen zwischen unseren beiden Regierungen sind, wie ich glaube, diesem gemeinsamen Ziel dienlich gewesen.

Ich begrüße dankbar die in Ihrem Schreiben enthaltene Zusicherung, daß die Regierung der Vereinigten Staaten bereit ist, für das deutsche Reaktor-Programm angereichertes Uranium oder Plutonium, unter Einschluß des Bedarfs für die deutschen Reaktorexporte, langfristig zur Verfügung zu stellen.

Mit Befriedigung habe ich davon Kenntnis genommen, daß bei den kürzlichen Verhandlungen in Washington<sup>3</sup> wesentliche Fortschritte in der Frage der Sicherheitskontrollen erzielt worden sind und sich eine für alle annehmbare Lösung abzeichnet.

Ich weiß in diesem Zusammenhang die Bereitschaft der Vereinigten Staaten zu würdigen, ihre gesamte friedliche nukleare Tätigkeit durch eine völkerrechtliche Verpflichtung (international commitment) den im NV-Vertrag vorgesehe-

<sup>23</sup> Bundesminister Brandt und der Generalsekretär der Arabischen Liga, Hassouna, trafen am selben Tag gegen 20.30 Uhr zu einem weiteren Gespräch zusammen. Vgl. dazu den von Brandt handschriftlich erstellten Sprechzettel; VS-Bd. 2656 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Konzept.

Das Schreiben wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Ramisch und von Legationsrat I. Klasse Pfeffer konzipiert.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut vgl. VS-Bd. 10081 (Ministerbüro).

<sup>3</sup> Zu den Gesprächen des Botschafters Schnippenkötter mit dem Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster, vom 10. bis 14. April 1967 vgl. Dok. 131.

nen Kontrollen zu unterstellen.<sup>4</sup> Die Verwirklichung dieses Angebots in Forschung, Industrie und Wirtschaft dürfte unsere Bedenken wegen einer möglichen Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen nuklearen Forschung und industriellen sowie wirtschaftlichen Tätigkeit gegenüber vergleichbaren anderen Ländern ausräumen.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß die bei den Washingtoner Besprechungen abgesprochenen Formulierungen für Art. III Absatz 5 (operational article)<sup>5</sup> und für Absatz 5 der Präambel (instrumentierte Spaltstoff-Fluß-Kontrolle an strategischen Punkten)<sup>6</sup> bereits in die Vorlage eines Vertragsentwurfs in Genf aufgenommen werden.

Ich hoffe, daß das baldige Zustandekommen einer Vereinbarung zwischen EURATOM und der IAEA über Sicherheitskontrollen im Rahmen des NV-Vertrages von allen Beteiligten nachdrücklich gefördert werden wird. Falls Schwierigkeiten auftreten, sollte man ihre Behandlung auf der Durchführungskonferenz vorsehen.<sup>7</sup> Ich freue mich, daß auf der Sitzung des NATO-Rats am 20. April die amerikanische Delegation einer Formulierung für Art. III zugestimmt hat, die die Drei-Jahresfrist<sup>8</sup> lediglich auf den Abschluß des Abkommens zwischen der IAEA und EURATOM anwendet.<sup>9</sup>

Die Bundesregierung hat es stets dankbar vermerkt, daß die Vereinigten Staaten die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft seit ihrer Errichtung gefördert haben. Sie stellt mit Befriedigung fest, daß die amerikanische Regierung gemäß ihrer kürzlich wiederholten Erklärung an der Politik der Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft festhält.

Schlußformel.

Willy Brandt<sup>10</sup>

#### VS-Bd. 4093 (II B 1)

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 121, Anm. 10.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Entwurfs vom 14. April 1967, der am 25. April 1967 der sowjetischen Delegation bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf übergeben wurde, vgl. Dok. 131, Anm. 10.

<sup>6</sup> Die amerikanische Regierung zeigte sich zum Schluß der Verhandlungen des Botschafters Schnippenkötter mit dem Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster, am 14. April 1967 in Washington bereit, in der Präambel des Entwurfs für ein Nichtverbreitungsabkommen die Formulierung aufzunehmen: „Expressing their support for research, development and other efforts to further the application of the principle of safeguarding effectively the flow of source and special fissionable materials by use of instruments and other techniques at certain strategic points“. Vgl. Drahtbericht Nr. 847 von Schnippenkötter; VS-Bd. 10081 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> An dieser Stelle wurde gestrichen: „Der automatische Beginn von IAEA-Sicherheitskontrollen nach Ablauf einer Frist erscheint mir jedoch nicht als eine akzeptable Lösung.“

<sup>8</sup> Vgl. dazu Artikel III, Absatz 4 des amerikanischen Entwurfs für ein Nichtverbreitungsabkommen, der Botschafter Knapstein, Washington, am 31. März 1967 übergeben wurde; Dok. 133, Anm. 11.

<sup>9</sup> Botschafter Grewe, Paris (NATO), berichtete, daß die Sitzung des Ständigen NATO-Rats „ohne Überraschungen und Zwischenfälle in der Form, die sich bereits seit einigen Tagen abgezeichnet hatte“, verlaufen sei: „Keine Entschließung des Rates, kein Mandat für die amerikanische Delegation in Genf, keine Verpflichtung irgendeiner Regierung auf irgendeinen Text.“ Im weiteren Verlauf der Beratungen habe der Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster, aber den Vorschlag der Bundesregierung akzeptiert, wonach die in Artikel III, Absatz 4 festgehaltene Drei-Jahresfrist nur auf den Abschluß eines Abkommens zwischen IAEA und EURATOM angewandt werden solle. Vgl. den Drahtbericht Nr. 671 vom 20. April 1967; VS-Bd. 925 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Paraphe.

**Bundeskanzler Kiesinger an Bundesminister Brandt****Persönlich**  
**Vertraulich****24. April 1967<sup>1</sup>**

Sehr verehrter Herr Kollege,

der Erfolg der bevorstehenden Unterredungen<sup>2</sup> hängt entscheidend davon ab, daß die Mitglieder der Bundesregierung gegenüber unseren ausländischen Gästen die gleiche Sprache sprechen. Dies wird um so leichter sein, als in der Zusammenarbeit der letzten Monate eine Übereinstimmung in der Beurteilung der großen Linien unserer Politik immer neu zutage trat. In einigen, allerdings wichtigen Punkten weichen die Aufzeichnungen des Auswärtigen Amts jedoch von meinen eigenen Vorstellungen ab. Es handelt sich dabei um folgendes:

1) In der Gesprächsmappe für meine Gespräche mit Präsident Johnson<sup>3</sup> wird unter den Problemen, die das geplante NV-Abkommen für uns aufwirft, die Frage der Befristung nicht erwähnt. Ich messe jedoch gerade dieser größte Bedeutung bei. Ich neige dazu, den Amerikanern unsere Beteiligung an dem NV-Abkommen in Aussicht zu stellen, wenn das bisher in den deutsch-amerikanischen Konsultationen Erreichte bewahrt und der Vertrag zunächst auf eine Dauer von 10 Jahren befristet wird. Nach Ablauf dieser Frist sollen Wirksamkeit und Erfüllung aller proklamierten Vertragsziele überprüft werden. Ich lege auf die Frage der Befristung um so größeren Wert, als ich heute von Beschlüssen der CSU (Partei und Landesgruppe in der Fraktion)<sup>4</sup> erfahren habe, die auf eine Ablehnung dringen sollen. Solche Schwierigkeiten könnten durch eine Befristung wohl überwunden werden.

2) In der Aufzeichnung des Auswärtigen Amts für mein Gespräch mit Präsident de Gaulle<sup>5</sup> heißt es, daß noch im Mai mit einem britischen Beitritts-gesuch zu rechnen sei. Das Auswärtige Amt schlägt vor, daß in diesem Falle die Regierungen der Mitgliedstaaten der EWG unter Beteiligung der Kommission noch vor der Sommerpause mit den Briten offizielle Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens zur EWG beginnen und sie im Herbst fortsetzen sollten. Ich rate zu größerer Zurückhaltung, bis wir mit unserem französischen Partner gesprochen und ihm Gelegenheit gegeben haben, seine Meinung darzulegen. Ich weiß auch nicht, ob den britischen Interessen wirklich gedient ist,

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Brandt am 24. April 1967 vorgelegen.

Hat Staatssekretär Lahr am 29. April 1967 vorgelegen, der für Brandt handschriftlich vermerkte: „[Herrn] Minister zurückgereicht. Vorlage zu Ziff. 3 folgt.“

Hat Brandt erneut am 3. Mai 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Durch mündliche Erörterung erledigt.“

<sup>2</sup> Für die Unterredungen anlässlich der offiziellen Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen ehemaligen Bundeskanzler Adenauer vom 24. bis 26. April 1967 vgl. Dok. 139, Dok. 140 und Dok. 142, Dok. 143 sowie Dok. 146 und Dok. 147. Vgl. dazu auch Dok. 148.

<sup>3</sup> Für das Gespräch vom 26. April 1967 vgl. Dok. 147.

<sup>4</sup> Vgl. dazu auch die Haltung des CSU-Vorsitzenden Strauß gegenüber einem Nichtverbreitungsabkommen; Dok. 57, Anm. 3.

<sup>5</sup> Für die undatierte Aufzeichnung des Referats I A 2 vgl. Referat I A 2, Bd. 1463.

Für das Gespräch vom 25. April 1967 vgl. Dok. 142.

wenn ein Antrag in einem zu frühen Zeitpunkt, in dem die Probleme noch nicht genügend geklärt worden sind, gestellt würde.

3) In der Aufzeichnung für mein Gespräch mit Premierminister Wilson<sup>6</sup> wird mir mitgeteilt, es sei in London vereinbart worden, daß ein britischer Staatsminister des Foreign Office und StS Lahr demnächst zusammentreffen und Empfehlungen an die beiden Regierungen für die technologische Zusammenarbeit ausarbeiten sollten.<sup>7</sup> An sich ist der Gedanke einer solchen technologischen Zusammenarbeit mit England zweifellos gut. Aber auch hier sollten wir auf die im Januar in Paris besprochene und beschlossene deutsch-französische technologische Zusammenarbeit<sup>8</sup> eine gewisse Rücksicht nehmen. Bei den Franzosen darf nicht noch einmal der Eindruck einer das deutsch-französische Verhältnis abwertenden zwielichtigen Politik entstehen. Bevor das angekündigte Gespräch von StS Lahr<sup>9</sup> stattfindet, wäre ich deshalb für eine ausführliche Vorlage dankbar, die das Für und Wider eines solchen Plans objektiv abwägt.

Ich hoffe, daß Sie sich meinen Überlegungen anschließen können und bin mit freundlichen Grüßen Ihr

Kiesinger

Willy-Brandt-Archiv, Bestand Außenminister

<sup>6</sup> Für das Gespräch vom 25. April 1967 vgl. Dok. 143.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Dok. 126, besonders Anm. 15 und 16.

<sup>8</sup> Für die deutsch-französische Regierungsbesprechung am 14. Januar 1967 vgl. Dok. 19, besonders Anm. 20.

<sup>9</sup> Ministerialdirigent Frank legte am 2. Mai 1967 eine Aufzeichnung über die „deutsch-britische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung und technischen Entwicklung“ vor. Für die Gespräche des Staatssekretärs Lahr am 1. Juni 1967 in London schlug er vor, der britischen Regierung folgende Angebote zu unterbreiten: „a) Der Erfahrungsaustausch auf wissenschaftspolitischen Gebiet wird in den Besprechungen der Wissenschaftsminister fortgesetzt; b) die zuständigen deutschen und britischen Stellen bemühen sich, ihre Haltung in multilateralen Gremien [...] abzustimmen; c) die beiden Regierungen lassen [...] prüfen, welche Einzelgebiete für eine intensive Zusammenarbeit in Betracht kommen. Die Ergebnisse dieser Prüfung könnten [...] verglichen und [...] weiter bearbeitet werden. Von der Gründung einer deutsch-britischen Arbeitsgruppe für technologische Zusammenarbeit möchte das Auswärtige Amt absehen, nicht zuletzt, weil die Einsetzung von Institutionen eine besondere Form der Zusammenarbeit darstellt, die nach Möglichkeit den deutsch-französischen Beziehungen im Rahmen des deutsch-französischen Vertrages vorbehalten werden sollte.“ Vgl. Referat I A 6, Bd. 73.

## 139

### Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem amerikanischen Außenminister Rusk

Z A 5-59.A/67 VS-vertraulich

24. April 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen führte am 24. April 1967 von 15.45 bis 16.50 Uhr ein Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Rusk im Beisein von Botschafter McGhee.

Auf die Frage von Außenminister *Rusk*, was das wichtigste Gesprächsthema zwischen dem Präsidenten und dem Bundeskanzler<sup>2</sup> wohl sei, bemerkte der Herr *Minister*, die Hauptschwierigkeit bestehe darin, daß man nunmehr aus der Zeit der reinen Bipolarität herausgekommen und in ein Stadium getreten sei, wo es Bündnisse und gleichzeitig andere bilaterale Kontakte gebe. Außenminister *Rusk* bemerkte dazu, die beiden Außenminister sollten durch einen Botschafter oder persönliche Korrespondenz die durch Presse und andere Gerüchte entstehenden Mißverständnisse zu bereinigen versuchen. Als Beispiel nannte er die völlig falsche Vermutung, Amerika wolle die Bundesrepublik denuklearisieren. Genauso verrückt sei der Gedanke, Amerika wolle hinter dem Rücken der Europäer einen Handel mit den Sowjets wegen Vietnam machen. Es sei bekannt, daß Amerika schon seit vier Jahren den Gedanken einer Nichtverbreitung von Atomwaffen verfolge.

Dazu bemerkte der Herr *Minister*, er hoffe durch seine bevorstehende Erklärung im Bundestag<sup>3</sup> zu einer Verringerung der Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Nichtverbreitungsvertrag beitragen zu können. Er hoffe auch, daß es in EURATOM zu einer Einigung kommen werde. Der Gedanke einer zeitlichen Begrenzung des Vertrages liege insbesondere dem Bundeskanzler am Herzen. Man müsse jedoch zunächst einmal sehen, wieviel Anklang dieser Gedanke finde. *Rusk* sagte zu dem Gedanken einer zeitlich begrenzten Gültigkeit des Vertrages, es sei ein großer Unterschied, ob dieser Gedanke mit NATO-Abmachungen in Verbindung gebracht würde oder so ausgelegt werde, daß man sich die nukleare Option offenhalten wolle. Möglicherweise ließen sich die Probleme in diesem Zusammenhang durch eine Präambel bei der Ratifizierung (wie beim deutsch-französischen Vertrag<sup>4</sup>) regeln.

Zur Kontrolle bemerkte *Rusk*, er frage sich, ob die Russen nicht lieber einen Vertrag ohne Kontrollen hätten. Als mögliches Motiv dafür nannte er die russische Abneigung gegen die Vorstellung, daß Verbündete sich gegenseitig kon-

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 25. April 1967 konzipiert.

Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Gespräch mit Präsident Johnson am 24. April 1967 vgl. Dok. 140, Anm. 14.

Für das Gespräch vom 26. April 1967 vgl. Dok. 147.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Bundesministers Brandt vom 27. April 1967 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 64, S. 4939–4946.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Präambel des Ratifikationsgesetzes vom 15. Juni 1963 zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 705.

trollierten. Er betonte, der Kongreß werde einen Vertrag ohne Kontrollen jedoch kaum akzeptieren.

Rusk bemerkte weiter, es wäre interessant, festzustellen, was de Gaulle eigentlich von dem Vertrag halte. Frankreich werde wohl nicht unterzeichnen.<sup>5</sup> Andererseits hätten die Inder darauf hingewiesen, Frankreich habe in der Frage von Zusicherungen durch die Nuklearmächte ganz aufgeschlossen reagiert. Der Herr *Minister* sagte hierzu, er stehe etwas unter dem Eindruck, daß es den Franzosen unangenehm wäre, wenn Deutschland die Frage an Frankreich richten würde, ob nicht Deutschland und Frankreich gemeinsam nicht unterzeichnen sollten. Andererseits solle de Gaulle gesagt haben, die Deutschen hätten ja doch nicht genügend Mut zur Unabhängigkeit, was darauf hinweise, daß er davon ausgehe, daß Deutschland unterzeichnen werde.

*Rusk* hob besonders hervor, man dürfe nicht davon ausgehen, als gebe es schon eine Einigung zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten über den NV-Vertrag. Er erwarte in den Genfer Verhandlungen noch ernsthafte Probleme. Deswegen sei er auch nicht ganz so optimistisch für eine baldige Unterzeichnung des Vertrages wie einige seiner Kollegen. Bei einer Debatte im Senat käme sicherlich auch die Frage nach der Interpretation der Auswirkung des Vertrages auf die europäische Einigung.<sup>6</sup> Es könnte dann passieren, daß die Sowjets die dann gegebene Auslegung zurückwiesen. Der Herr *Minister* sagte dazu, in dieser Frage neige die Bundesregierung jetzt dazu, die Situation auch dann als unverändert anzusehen, wenn die Interpretation den einschlägigen Passus über die europäische Einigung nicht enthielte. *Rusk* betonte verschiedentlich, daß es bei der Aushandlung mit den Russen noch große Schwierigkeiten geben könne.

Auf eine entsprechende Frage von Rusk erläuterte der Herr *Minister* dann den derzeitigen Stand der Bemühungen in der Ostpolitik. Er unterstrich in diesem Zusammenhang auch die negative Haltung der Sowjets, die möglicherweise versuchten, aufgrund ihrer zahlreichen bilateralen Möglichkeiten die Bundesrepublik zu isolieren.

Auf die Frage von *Rusk*, wie es mit Ostdeutschland aussehe, bemerkte der Herr *Minister*, daß die dortige Haltung sich versteift habe. So würde Ärzten z. B. nicht mehr die Teilnahme an deutschen medizinischen Kongressen gestattet.

Zu Berlin sagte *Rusk*, er könne keine Anzeichen eines neuen Drucks von kommunistischer Seite erkennen. Der Herr *Minister* teilte diese Auffassung und sagte, die Hauptgefahr scheine ihm in Berlin in einer gewissen wirtschaftlichen Müdigkeit zu liegen.

<sup>5</sup> Vgl. dazu bereits Dok. 54, Anm. 7.

Am 30. März 1967 stellte Botschafter Schnippenkötter fest, die französische Regierung unterstütze zwar die Politik der Nichtverbreitung von Kernwaffen, halte aber „die gegenwärtige amerikanisch-sowjetische N[icht]V[erbreitungs]-Politik für ein ungeeignetes Mittel“. Schnippenkötter fuhr fort: „Frankreich, das schon den Testbannvertrag von 1963 negativ bewertete, betrachtet den N[icht]V[erbreitungs]-Vertrag als Perversion echter Abrüstungs- und N[icht]V[erbreitungs]-Politik.“ Vgl. VS-Bd. 2495 (I A 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 121, Anm. 6.



*Rusk* sagte dann, der Präsident werde mit dem Bundeskanzler auch über Währungsprobleme sprechen. Der Herr *Minister* verwies darauf, daß eine gründliche Erörterung mit dem Bundeswirtschaftsminister<sup>7</sup> wohl nützlich wäre, der den Eindruck habe, durch seine Kontakte mit Debré die französische Haltung doch gelockert zu haben.

Die Situation in Griechenland<sup>8</sup> bezeichnete *Rusk* als sehr schlecht und bemerkte, die amerikanische Regierung sei sich noch über ihre offizielle Haltung gegenüber der neuen Regierung im unklaren. Die ursprünglichen Anführer des Staatsstreichs stünden sehr weit rechts. Er hoffe, daß der König<sup>9</sup> und ältere Militärs einen mäßigen Einfluß ausüben könnten. Es bestehe jedoch sogar die Gefahr eines Bürgerkrieges. Der Herr *Minister* berichtete in diesem Zusammenhang von einer kürzlichen Unterhaltung mit einem jungen Dänen, der beim Sohn Papandreous sich gerade noch aufgehalten habe. Dieser habe nicht den Eindruck, daß ein Bürgerkrieg entstehen könnte.

Zur Frage verbesserter Konsultationen sagte der Herr Minister, es gehe nicht darum, nur wiederholte Erklärungen zu haben, daß alles unverändert sei. Vielmehr müsse man sich zusammensetzen, um sich klar zu werden, was man von den Veränderungen halte und wie die Entwicklung in den kommenden Jahren sein könne. Es sei unglaublich, welche Gerüchte zum Teil kolportiert würden. So habe ein ausländischer Journalist vor kurzem dem Bundeskanzler berichtet, in Washington hätten viele Leute im State Department von einer Konföderation der beiden Teile Deutschlands gesprochen. *Rusk* bemerkte hierauf, er habe seit Jahren das Wort Konföderation nicht mehr gehört. Es sei ja die Technik der Kolumnisten, Gerüchte weiterzutragen, um damit Stellungnahmen herauszulocken.

Auf die Frage von *Rusk*, ob Vietnam dem Bundesminister viel Ärger mache, erwiderte der *Minister*, dies sei nicht der Fall. Vietnam spiele hauptsächlich bei einem Teil der Intellektuellen eine Rolle. Er fragte dann, wie *Rusk* die weitere Entwicklung sehe. *Rusk* sagte, militärisch sei Amerika sehr viel stärker. Allerdings sei die Gegenseite politisch völlig verschlossen und bestehe z. B. auf einer völligen und bedingungslosen Einstellung der Bombardierungen. Wenn man dann frage, was Hanoi darauf täte, bekomme man keine Antwort. Die Frage sei, ob China und die Sowjetunion sich stärker einzuschalten beabsichtigten. Es seien jedoch zur Zeit keine chinesischen Truppenbewegungen in den Zügen festzustellen. Innenpolitisch sei das Problem die Ungeduld nicht etwa der „Friedenstauben“, sondern derer, die endlich Schluß gemacht sehen wollten. Seit 1. Januar habe Amerika 2500 Mann verloren. Die Verlustziffern der anderen Seite seien ungeheuer, so daß in absehbarer Zeit irgendetwas geschehen müsse, denn so wie es jetzt sei, könne es nicht unbegrenzt weitergehen.

**VS-Bd. 10089 (Ministerbüro)**

<sup>7</sup> Karl Schiller.

<sup>8</sup> Zum Staatsstreich in Griechenland am 21. April 1967 vgl. Dok. 177, besonders Anm. 3.

<sup>9</sup> König Konstantin.

## 140

**Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger  
mit Ministerpräsident Moro****Z A 5-62.A/67 VS-vertraulich****24. April 1967<sup>1</sup>**

Der Herr Bundeskanzler empfing am 24. April 1967 um 20.10 Uhr den italienischen Ministerpräsidenten Moro im Palais Schaumburg zu einer eineinhalb-stündigen Unterredung, an der von italienischer Seite Botschafter Luciolli und Gesandter Pompei, von deutscher Seite StS Knieper, Botschafter von Herwarth und MD Dr. Osterheld teilgenommen haben.

Ministerpräsident *Moro* brachte dem Herrn Bundeskanzler gegenüber die Gefühle tiefer Trauer des italienischen Volkes und seiner Regierung anlässlich des Hinscheidens von Bundeskanzler Konrad Adenauer zum Ausdruck.<sup>2</sup> Für die Italiener sei er im Augenblick des Todes noch größer geworden. Die italienische Regierung spreche der Bundesregierung ihre Anteilnahme für den Verlust eines großen Deutschen, großen Europäers und großen Demokraten aus.

Der Herr *Bundeskanzler* dankte Herrn Moro für seine Anteilnahme anlässlich des Todes eines hochverehrten Mannes. Die Bundesregierung empfinde es als eine ebenso große Ehre wie eine Geste der freundschaftlichen Verbundenheit, daß der italienische Regierungschef persönlich an den Trauerfeierlichkeiten teilnehme. Herr Moro wisse ja, daß Konrad Adenauer ein Freund Italiens gewesen sei. Man habe ihn – besonders in der christlich-demokratischen Partei – auch immer im Zusammenhang mit den anderen beiden großen Europäern de Gasperi und Robert Schuman gesehen. Nun sei der letzte dieses Dreigestirns dahingegangen, aber das deutsche Volk werde in ihrer aller Geiste seinen Weg weitergehen.

Präsident *Moro* unterstrich, daß man eine Lehre von diesen Männern übernehmen sollte: die Verpflichtung, wenn auch in einer veränderten und vielleicht schwierigeren Lage, dennoch weiter auf dem Weg voranzuschreiten, auf den sie vorzeitig gewiesen hätten.

In diesem Sinne sehe er sowohl die deutsch-italienische Zusammenarbeit wie auch die gemeinsamen Bemühungen zur Festigung der bestehenden europäischen Strukturen, wie der weiteren, solideren Strukturen, die noch zu schaffen seien. Wer sich so verhalte, folge der Spur dieser Männer, die die Grundlagen zur Geschichte des neuen Europa gelegt hätten.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, daß er diese Meinung teile. Was ihn selbst und seine Regierung betreffe, seien sie entschlossen, auf diesem Weg voranzuschreiten. Demnächst finde ja, wie er hoffe, in Rom ein Treffen statt<sup>3</sup> und es sei

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 28. April 1967 von Dolmetscherin Bouverat gefertigt.

<sup>2</sup> Der ehemalige Bundeskanzler Adenauer war am 19. April 1967 gestorben. Die offiziellen Trauerfeierlichkeiten begannen am 22. April und endeten mit der Beisetzung am 25. April 1967 in Rhöndorf. Vgl. dazu BULLETIN 1967, S. 333–371.

<sup>3</sup> Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten in Rom am 29./30. Mai 1967 vgl. Dok. 197.

denkbar, daß sich aus dieser Begegnung neue Impulse zur Konsolidierung der bestehenden und Entwicklung neuer Formen oder Institutionen ergäben.

Herr *Moro* sprach die Hoffnung aus, daß das Treffen von Rom – zu dem seine Regierung den Anstoß gegeben habe und demgegenüber, wie er mit großer Genugtuung feststellen könne, die anderen Regierungen günstig eingestellt seien – ein bedeutsamer Moment auf dem Wege einer vertrauensvolleren Wiederaufnahme des europäischen Dialogs darstellen möge. Natürlich habe er in diesem Zusammenhang sehr ehrgeizige Vorstellungen. Er halte das Treffen, auch wenn es nur kurz sei, für sehr wichtig, weil es nach mehreren Jahren der erste Kontakt der europäischen Länder auf dieser Ebene sei. Seiner Meinung nach sei es das beste, sich ebenso gemäßigt wie bestimmt dafür einzusetzen, daß in Rom ein weiterer Schritt auf dem gemeinsamen Weg getan werde. Er habe den Eindruck, daß auf französischer Seite eine „gelassene und aufgeschlossene Bereitschaft“ bestehe, auch für die nicht formelle Prüfung von Themen, wie etwa dem Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt, dem gegenüber die deutsche und italienische Regierung ja günstig eingestellt seien.

Auf die Frage des italienischen Ministerpräsidenten, ob er Informationen von französischer Seite besitze, aus denen eine Bestätigung dieser Aufgeschlossenheit hervorgehe, die ein wichtiger Faktor für eine positive Beurteilung der Konferenz von Rom wäre, antwortete der Herr *Bundeskanzler*, er habe keine präzisen Berichte. Am kommenden Tage werde er General de Gaulle sehen<sup>4</sup> und Gelegenheit haben, mit ihm über diese Fragen zu sprechen. Bereits vor den traurigen Ereignissen habe er die Absicht gehabt, mit Couve de Murville, der am 27. April nach Bonn kommen werde<sup>5</sup>, zu sprechen. Er habe aber den Eindruck, daß in Paris eine gewisse Aufgeschlossenheit für das Treffen bestehe. Ende der Woche werde man sicher mehr wissen.

Der Herr *Bundeskanzler* führte weiter aus, die Kunst der verantwortlichen Staatsmänner sollte darin bestehen, sowohl zu verhindern, daß es nur eine Begegnung mit rein zeremoniellem Charakter werde, als auch, daß es dabei zu so starken Friktionen komme, die zu einem Mißerfolg führen würden. Er sei aber fest davon überzeugt, daß es möglich sein werde, diese beiden unerwünschten Ergebnisse zu vermeiden. Er glaube, daß es in einem gewissen Maße gelingen werde, positive Ergebnisse zu erzielen, bzw. sich auf ein bestimmtes Verfahren zu einigen, das weitere Fortschritte ermögliche. Schon der feierliche Charakter des Treffens werde es geboten sein lassen, allzu heikle Fragen nicht zu forcieren. Im übrigen könne man außerhalb einer festen Tagesordnung manches erörtern, was, in den Rahmen einer festen Agenda gegossen, schwieriger zu behandeln wäre.

Herr *Moro* teilte die Auffassung, daß man keine starre Tagesordnung aufstellen sollte, auch wenn man sich schon denken könne, welche Themen in einem freieren und offenerem Rahmen zur Sprache kommen würden. Er glaube ebenfalls, daß man die Situation nicht forcieren, sondern sich um einen Erfolg bemühen sollte. Die Konferenz dürfe nicht zum „Wahrheitsbeweis“ werden. Er

<sup>4</sup> Für das Gespräch vgl. Dok. 142.

<sup>5</sup> Zu den deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen am 27./28. April 1967 vgl. Dok. 134, Anm. 9.

habe aber auch den Eindruck, daß einige positive Punkte registriert werden könnten. Dies werde wohl die Haltung der italienischen Regierung sein, und er glaube, daß alle vorsichtig und konstruktiv vorgehen sollten. Die verschiedenen Regierungen sollten seiner Auffassung nach aber nicht auf ihre grundlegenden Vorstellungen und Hoffnungen für eine zukünftige Vision von Europa verzichten, eines Europa, das zugleich umfassender und „organisierter“ (ital. *più ampia e più organizzata*) sein müsse. Jeden Tag sollte man in dieser Richtung die Schritte tun, die möglich seien, und man sollte die Gelegenheit des Treffens in Rom begrüßen und ergreifen, um zu positiven Ergebnissen zu gelangen. Es dürfe jedoch nichts unternommen werden, was sich als ein Hindernis auf dem einzuschlagenden Weg erweisen könnte.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte sich hiermit völlig einverstanden und sagte, daß seine Regierung zu allem den ihr möglichen Beitrag leisten werde. Wie bisher halte er weiterhin die Einigung Europas nach den möglichen Formen und Methoden für die größte Aufgabe dieses Jahrhunderts.

Präsident *Moro* wies anschließend darauf hin, daß es auch andere wichtige Temine in der internationalen Politik gebe, die einen Niederschlag auf die europäische Politik hätten, und zwar im Zusammenhang mit dem Nonproliferationsvertrag. Der Textentwurf, der den beiden Regierungen (der deutschen und der italienischen) übermittelt worden sei<sup>6</sup>, habe Anlaß zu einigen Zweifeln und Besorgnissen geboten. Einige der offenen Fragen seien zum Gegenstand eingehender Prüfungen gemacht worden und zum Teil sei daraufhin eine positive Antwort erfolgt. Andere Punkte dagegen befänden sich noch im Stadium von italienischerseits unterbreiteten Vorschlägen, auf die bisher zum Teil noch nicht positiv und zum Teil noch nicht negativ geantwortet worden sei. Teilweise seien die Antworten dubitativ hinsichtlich der Ebene und der Art des Landes, das diese Vorschläge aufs Tapet bringen sollte. Die italienische Regierung habe sich im NATO-Rat für die Nichtweitergabe von Atomwaffen ausgesprochen und grundsätzlich Verhandlungen zum Abschluß eines Vertrages befürwortet, der gerecht und von den meisten Staaten „dauerhaft akzeptabel“ sein müsse, da er sonst sein Ziel verfehlen würde. Er glaube, daß die Vorbereitung dieser Verhandlungen eher schwierig, aber sehr wichtig sei, nicht nur für Deutschland und Italien sondern für Europa.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte sich mit seinem italienischen Kollegen einverstanden. Es handele sich in der Tat um einen sehr wichtigen Gegenstand und die Haltung der beiden Länder sei besonders wichtig, da England und Frankreich Nuklearwaffen besäßen und daher ihre eigenen Positionen hätten. Von den größeren Ländern der EWG blieben nur Italien und die Bundesrepublik übrig. Diese befinde sich bei ihren Verhandlungen in der gleichen Lage wie Italien. Man habe bei den Amerikanern ein nicht unerhebliches Entgegenkommen gefunden, besonders in der letzten Phase der Verhandlungen in Washington.<sup>7</sup> Aber tatsächlich sei eine bestimmte Anzahl von Fragen offen geblieben. Die Vereinigten Staaten fragten sich ernsthaft, ob es nicht besser wäre,

<sup>6</sup> Zum amerikanischen Entwurf für ein Nichtverbreitungsabkommens, der Botschafter Schnippenkötter am 14. April 1967 in Washington und der sowjetischen Delegation bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf am 25. April 1967 übergeben wurde, vgl. Dok. 131.

<sup>7</sup> Zu den Verhandlungen des Botschafters Schnippenkötter vom 10. bis 14. April 1967 vgl. Dok. 131.

einen Teil dieser Fragen erst bei der Genfer Konferenz zu behandeln, weil ihrer Auffassung nach ein dort gezeigter Widerstand die Sowjetunion eher zum Nachgeben veranlassen könnte als im gegenwärtigen Stadium. Dies möge wohl so sein. Für Deutschland ergebe sich abgesehen von den generellen Problemen die Frage der Bindung für eine unbestimmte Zeit, die in einem gewissen Widerspruch mit dem für die Sicherheit Deutschlands maßgebenden begrenzten NATO-Vertrag stehe. Die Gefahr bestehe darin, daß niemand die prognostische Kraft habe, um vorauszusehen, wie die Entwicklung in den kommenden Jahren sein werde, und ob Verpflichtungen in bezug auf Punkte eingegangen würden, deren Folgerungen nicht vorausschaubar seien. Zu den allgemeinen Sorgen gehörten die Bemühungen darum, daß ein derartiger Vertrag, wenn er den Nichtnuklearstaaten schon zugemutet werde, auch tatsächlich einen Schritt auf dem Weg zur Atomwaffen-Abrüstung darstellen sollte. Für Deutschland sei die Sache besonders schwierig: Die Bundesregierung habe sich in der Westeuropäischen Union gegenüber ihren Partnern verpflichtet, keine Atomwaffen auf deutschem Boden herzustellen.<sup>8</sup> In späteren politischen Erklärungen sei sie noch weiter gegangen und habe auch auf das nationale Verfügungsrecht verzichtet. Er – der Herr Bundeskanzler – glaube aber, daß ein geeintes Europa eine moderne Verteidigungsorganisation besitzen müsse, wenn es überhaupt einen Sinn haben soll. Dann würde sich das delikate Problem der Beziehungen zur Sowjetunion stellen. Er sei durchaus bereit, darüber zu sprechen. Es sei für Deutschland schwierig, gegenüber einer Macht Verpflichtungen einzugehen, die eine so unnachgiebige Härte in den großen nationalen Fragen Deutschlands – wie der Wiedervereinigung – zeige und es als revanchistisch usw. verleumde. Dabei sei ziemlich klar, daß die Sowjetunion den NV-Vertrag speziell mit Blick auf die Bundesrepublik betreibe. Sie habe bereits erklärt, daß sie den Vertrag nicht unterzeichnen werde, falls die Bundesrepublik es nicht tue.<sup>9</sup> Ein schwieriges, speziell deutsches Problem ergebe sich natürlich auch mit dem großen Alliierten jenseits des Atlantik. Es müßten sehr schwierige Widerstände überwunden werden. Für die kommende Woche sei eine Debatte im Parlament auf dessen Wunsch anberaumt worden.<sup>10</sup> Eine starke Gruppe innerhalb des Bundestages neige dazu, den Vertrag abzulehnen.<sup>11</sup> Ihm selbst – dem Herrn Bundeskanzler – erschiene eine Annahme des Vertrages mit all seinen generellen und speziell deutschen Problemen eher möglich, wenn er für eine befristete Zeit abgeschlossen werden könnte, was im übrigen einer ursprünglich italienischen Anregung (Fanfani<sup>12</sup>) entspreche. Bis jetzt

<sup>8</sup> Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 4, Anm. 24.

<sup>9</sup> Vgl. dazu Dok. 55.

<sup>10</sup> Am 27. April 1967 behandelte der Bundestag eine Große Anfrage der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD über das Nichtverbreitungsabkommen sowie einen Antrag der FDP-Fraktion über „atomare Rüstung und friedliche Nutzung von Kernenergie“. Für den Wortlaut der Debatte vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 64, S. 4930–4976.

<sup>11</sup> Vgl. dazu Dok. 90, besonders Anm. 13 und 14.

<sup>12</sup> Der italienische Außenminister erläuterte am 29. Juli 1965 auf der Genfer Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission die Möglichkeit einer Alternative zu einem umfassenden Abkommen über die Nichtverbreitung von Atomwaffen. Dazu schlug er einseitige, zeitlich begrenzte Verzichtserklärungen vor, an die sich ein universeller Nichtverbreitungsvertrag anschließen könnte. Am 14. September 1965 wurde der italienische Vorschlag, den Fanfani nicht als Alternative, sondern als Ergänzung zum amerikanischen Entwurf vom 17. August 1965 für ein Nichtver-

hätten die Amerikaner diesen Gedanken zurückgewiesen, aber er – der Herr Bundeskanzler – glaube, daß er Erfolg haben könnte, wenn er von einer gewissen Anzahl von anderen Ländern ebenfalls vorgeschlagen würde. Er habe in diesen Tagen mit dem Schweizer Journalisten Luchsinger über den Gedanken einer Befristung gesprochen, und dieser habe ihm gesagt, daß er glaube, der Vorschlag würde in der Schweiz ein außerordentliches Interesse finden, ebenso in Schweden und in anderen Ländern. Während dieser Frist könnte man auf die Atommächte einen moralischen Druck ausüben, um sie zu veranlassen, energische Schritte in Richtung auf eine atomare Abrüstung zu veranlassen. Er wisse nicht, was die Sowjets über eine derartige Befristung sagen würden. Es sei aber anzunehmen, daß sie es gegebenenfalls vorziehen würden, einen befristeten Vertrag abzuschließen mit einer größeren Anzahl von Mitgliedstaaten als einen unbefristeten Vertrag, dem ganze Ländergruppen nicht beitreten würden.

Herr Moro erklärte, auch er sei einverstanden mit dem Grundsatz, daß es zweckmäßig sei, die Atomwaffen nicht weiterzuverbreiten. Italien habe auf eine Atombewaffnung verzichtet, obwohl es die technischen Möglichkeiten dazu besitze. Es habe sich aber nicht am Wettrüsten der Nuklearmächte beteiligen wollen. Seine Regierung sei jedoch besorgt, daß es zu einer Verankerung der De-facto-Situation durch einseitige Verpflichtungen mit unüberschaubaren politischen Auswirkungen kommen könnte. Als erste Reaktion auf den ursprünglichen Textentwurf habe die italienische Regierung ihre Änderungswünsche in den Vorschlag zusammengefaßt, daß die Nichtnuklearmächte sich zum Grundsatz eines Moratoriums bekennen, was im übrigen einer Anregung entspreche, die Italien bereits früher einmal in Genf vorgebracht habe. Dieser Vorschlag sei gemacht worden, weil der temporäre Charakter eines derartigen Beschlusses dem temporären Charakter des Atlantikpaktes<sup>13</sup> entspreche. Während einer derartigen Stillhaltezeit könnte die Situation psychologisch und politisch 1) auf eine atomare Abrüstung und 2) auf die Entspannung vorbereitet werden. Von einem temporären Zustand könnte man später zu einem definitiven Zustand übergehen. Die Antwort der Amerikaner auf diesen italienischen Vorschlag sei negativ ausgefallen, wobei die von Foster wiederholt vorgetragene Argumentation nicht überzeugend gewesen sei: daß im Falle eines nur temporären Verzichts die verschiedenen Länder sich veranlaßt sehen würden, sofort nach Beendigung des Moratoriums in den Besitz von Atomwaffen zu gelangen. Die italienische Regierung habe auch daran gedacht, das gleiche Ziel in einer etwas anderen Weise zu erreichen, und zwar durch eine Überarbeitung der Rückzugklauseln: Die automatische Verlängerung des Vertrags sollte bestätigt werden, sofern keine Kündigung angemeldet werde, wobei die Voraussetzungen für einen Rückzug aus dem Vertrag erleichtert werden sollten. Auch diese Änderungsvorschläge seien von den Amerikanern nicht günstig

*Fortsetzung Fußnote von Seite 637*

breitungsabkommen verstanden wissen wollte, offiziell vorgelegt. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, D 516–518.

Vgl. dazu auch AAPD 1965, II, Dok. 312, und AAPD 1965, III, Dok. 341.

<sup>13</sup> Vgl. Artikel 13 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949: „Nach zwanzigjähriger Geltungsdauer des Vertrags kann jede Partei aus dem Vertrag ausscheiden, und zwar ein Jahr, nachdem sie der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die Kündigung mitgeteilt hat“; BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 291 f.

aufgenommen worden. Er (Moro) habe auch Humphrey gegenüber immer wieder betont<sup>14</sup>, daß man auch mit einer nur temporären Verpflichtung das politische Ziel doch erreichen könne, ohne auf unbegrenzte Zeit eine Situation zu kristallisieren. Dies sei im übrigen in der Geschichte noch nie dagewesen und er halte den Versuch für psychologisch unklug. Man habe in Italien die Empfindung, daß auf amerikanischer Seite keine Bereitschaft zur Annahme der Vorschläge bestehe, weil man vielleicht einen Widerstand der Sowjetunion befürchte. Und dies obwohl die UdSSR einerseits schon durch den Verzicht auf die MLF, der im NV-Vertrag konkret beschlossen würde, eine Genugtuung erhalte und andererseits die vertraglichen Verpflichtungen auch für eine beträchtliche Zeit eingegangen werden würden.

Präsident Moro fragte den Herrn Bundeskanzler dann, ob dieser bei seinen letzten Kontakten, insbesondere bei seinem Gespräch mit Präsident Johnson<sup>15</sup> etwas Neues erfahren habe. Bis jetzt jedenfalls scheine der Gedanke einer Befristung ein schwankendes Schicksal zu erfahren. Es verbleibe die Besorgnis hinsichtlich des möglichen Niederschlags auf die europäische Einigung: erstens im Zusammenhang mit der Frage des Erwerbs von Atomwaffen seitens eines europäischen Bundesstaates, und zweitens in bezug auf die Möglichkeit, daß die Sowjetunion diesen Punkt als Druckmittel gegen die Schaffung eines Bundesstaates anwenden könnte.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, er habe die Ausführungen von Herrn Moro mit großem Interesse angehört und dabei festgestellt, daß abgesehen von den speziell deutschen Problemen die Sorgen der beiden Länder fast identisch seien. Man müsse nunmehr sehen, was die Vereinigten Staaten zu tun gedächten. Wenn eine bestimmte Anzahl von Ländern entschlossen an dem Gedanken eines temporären Moratoriums festhielten, könnten die Amerikaner sich in der Tat sagen, daß es besser sei, einen befristeten Vertrag abzuschließen, als gar keinen oder einen Vertrag, an dem sich wichtige Staaten nicht beteiligen würden.

Mit Präsident Johnson habe er über die Befristung noch nicht direkt gesprochen. Die eigentliche Arbeitsbesprechung finde erst am Mittwoch morgen statt.<sup>16</sup> Gerade im Hinblick auf die bevorstehende Debatte im Parlament müsse man aber in fairer Weise auf die Gefahren hinweisen. Die Amerikaner hätten eigentlich keine überzeugenden Erklärungen vorgebracht, weder über den Grund, weswegen sie den Vertrag wollten, noch über die Notwendigkeit der Kontrollen. Die Russen selbst wollten keine Kontrollen, während die Amerikaner sagten, die Kontrollen seien für bestimmte Länder mit Blickrichtung auf andere Länder erforderlich. Als Beispiel hätten sie den Fall Israels und Ägyptens angeführt. Als er (der Herr Bundeskanzler) aber den israelischen Bot-

<sup>14</sup> Zu den Gesprächen des amerikanischen Vizepräsidenten Humphrey am 31. März und am 1. April 1967 in Rom vgl. Dok. 118, Anm. 14.

<sup>15</sup> Bundeskanzler Kiesinger traf sich am 24. April 1967 zu einem ersten Gespräch mit Präsident Johnson. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 22; B150, Aktenkopien 1967. Vgl. dazu ferner den Artikel „Johnsons erste Aussprache im Palais Schaumburg“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 96 vom 25. April 1967, S. 1.

<sup>16</sup> Für das Gespräch vom 26. April 1967 vgl. Dok. 147.

schafter darauf angesprochen habe, habe dieser erklärt, Israel habe nie etwas Derartiges verlangt.<sup>17</sup>

Die öffentliche Meinung in Deutschland sei etwas unruhig geworden, und zwar beziehe sich diese Unruhe auf die ganze Frage nach dem Sinn und der Zukunft des Atlantikpaktes und die Haltung der Vereinigten Staaten zur NATO. Präsident Johnson und Vizepräsident Humphrey hätten ihm (dem Herrn Bundeskanzler) gesagt, Amerika habe seine Prioritäten nicht geändert. Er erinnere sich aber an einige Bemerkungen Fosters in der Zeitschrift „Foreign Affairs“ vom Juli 1965<sup>18</sup>, wo dieser offen dargelegt habe, was der Preis für den von den USA erstrebten Vertrag sein könnte: Die Erosion der atlantischen Allianz. Dies habe er im Jahre 1965 geschrieben. Zweifellos habe sich Foster dabei etwas gedacht. Der NV-Vertrag könnte zum Testfall für die ganze Allianz werden, an deren Fortführung und Konsolidierung die Bundesrepublik weiterhin festhalten müsse.

Ministerpräsident Moro betonte, daß die ursprünglichen italienischen Änderungsvorschläge in ihrer ganzen Struktur einfacher gewesen seien und er sei auch weiterhin davon überzeugt, daß ein befristetes Stillhalteabkommen der richtige Weg sei, um den verschiedenen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Er habe gegenüber seinen amerikanischen Gesprächspartnern nicht verhehlt, daß er von ihren Argumenten nicht überzeugt sei. Er hoffe, daß die Stellungnahmen der mit den USA befreundeten Länder einen Einfluß auf die Amerikaner haben werden. Er glaube auch, daß sie die grundlegenden Forderungen der Sowjetunion erfüllten.

Er (Moro) sei ebenfalls der Meinung, daß der NV-Vertrag eine sehr ernste Gelegenheit zur Prüfung des Standes der atlantischen Allianz biete. Er halte es auch für richtig, daß alles getan werde, um auf die politischen Gefahren hinzuweisen, im Geiste der Freundschaft mit den Vereinigten Staaten und in dem lebendigen Wunsch der Regierungen das atlantische Bündnis zu verbessern und es nicht in Frage zu stellen. Er hoffe und wünsche, daß die vorgebrachten Bemerkungen von den Amerikanern in diesem Sinne entgegengenommen würden, da man ja die Allianz nicht schwächen wolle.

Er (Moro) habe Verständnis für die besonderen Schwierigkeiten der deutschen Regierung und könne sich vorstellen, wie heikel die öffentliche Meinung in Deutschland reagiere. In Italien sei die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung vielleicht nicht in gleich starkem Maße auf diese Themen gelenkt worden. Auch zwischen Regierungsparteien gebe es Meinungsverschiedenheiten. Er glaube aber, daß auch die öffentliche Meinung in Italien unruhig würde, wenn sie die ganze Bedeutung der Frage mit ihren möglichen Folgerungen erfasse.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, er sei völlig einverstanden mit seinem italienischen Kollegen. Auch die Bundesregierung sei nicht für eine Erosion, sondern für eine Konsolidierung des atlantischen Bündnisses. Er hoffe, daß die

<sup>17</sup> Für das Gespräch mit dem israelischen Botschafter Ben Natan am 18. April 1967 vgl. Dok. 134.

<sup>18</sup> Vgl. William C. FOSTER, Risks of Nuclear Proliferation. New Directions in Arms Control and Disarmament, in: Foreign Affairs 43 (1964/65), S. 587–601. Zur Bewertung durch die Bundesregierung vgl. auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 9. Juli 1965; VS-Bd. 8501 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.



Parlamentsdebatte nicht dazu beitragen werde, die Unruhe in der öffentlichen Meinung zu steigern. Er würde es für besser halten, wenn Verhandlungen über ein so delikates Thema möglichst nicht zum Gegenstand öffentlicher Erörterungen gemacht würden. Ein so ernstes Thema sollte in der kühleren Luft des Verhandlungszimmers besprochen werden. Es sei gelungen, die vor einigen Monaten zum Ausbruch gelangten Emotionen – wobei z. B. der Ausdruck „Morgenthau-Plan“ gefallen sei<sup>19</sup> – zu dämpfen. Er hoffe, daß es gelingen werde, die Vorschläge der beiden Länder zur Annahme zu bringen.

Herr *Moro* erklärte sich bereit, seine Bemühungen fortzusetzen. Er halte es für nützlich, wenn die Stellungnahmen weitgehend in Übereinstimmung gebracht würden, damit sie, an geeigneter Stelle vorgebracht, ein größeres Gewicht hätten.

Zum Abschluß führte Herr *Moro* aus, daß er mit großem Interesse die Anstrengungen der deutschen Regierung um eine Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit den osteuropäischen Ländern verfolge. Dadurch werde auch von deutscher Seite ein Beitrag zum europäischen Dialog geleistet, selbst wenn der Weg schwierig sei. Bei seinen Kontakten mit der Sowjetunion und Polen habe er festgestellt, daß die dortige Einstellung gegenüber der Bundesrepublik sehr hart sei. Die italienische Regierung habe nicht unterlassen, derartigen Äußerungen ihr Vertrauen zu Deutschland entgegenzuhalten und anzuregen, daß es nützlich wäre für den Frieden und die Entwicklung der europäischen Beziehungen, wenn man dem demokratischen Deutschland mehr Vertrauen entgegenbrächte. Er hoffe, daß diese Anstrengungen schließlich zum Erfolg führen mögen.

Der Herr *Bundeskanzler* sprach seinen Dank für das Verständnis der italienischen Regierung für die neuen Versuche der deutschen Politik aus. Er halte sie für sehr wichtig. Auch wenn der Weg lang und hart sei, müsse man ihn doch zu gehen versuchen. Je mehr moralische Unterstützung die deutsche Politik von den Freunden – auch von Italien – erfahre, desto eher werde ihr ein Erfolg beschieden sein. Man müsse selbst einen Beitrag leisten und sich nicht mit schönen Worten begnügen, aber zum Erfolg gehöre der gute Wille auf beiden Seiten. Auch der Osten müsse Bereitschaft zeigen. Die Bundesregierung werde aber geduldig und zäh und mit langem Atem mit ihren Bemühungen fortfahren.

Präsident *Moro* erinnerte zum Abschluß an seine Begegnung mit dem Herrn *Bundeskanzler* in Stuttgart und sagte, wie beeindruckt er schon damals von seiner Gestalt und seinen Worten gewesen sei, als man noch nicht ahnte, daß er die Verantwortung für das Amt des Regierungschefs in Bonn übernehmen würde. Er wünsche ihm und Deutschland für seine Aufgabe alles Gute.

Es wurde vereinbart, daß die beiden Regierungen auch weiterhin in engem Kontakt bleiben sollten, um sich über die jeweiligen Gedanken und Sorgen zu unterrichten, wobei die bisherige Tätigkeit und hohe Qualität der beiderseitigen Botschafter besonders hervorgehoben wurden.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 22**

<sup>19</sup> Vgl. dazu Dok. 64, Anm. 5.

## Aufzeichnung des Bundesministers Brandt

MB 560/67

24. April 1967<sup>1</sup>

Betr.: Inoffizielle Begegnung mit Ministerpräsident Krag in Kopenhagen am  
23. April 1967<sup>2</sup>

Teilnehmer:

Auf dänischer Seite: Ministerpräsident Krag, Stellvertretender Außenminister Sölvhøj, Handelsminister Dahlgaard.

Auf deutscher Seite: Bundesminister Brandt, Bundesminister Wehner.

Folgende Themen wurden berührt:

### 1) Ost-West-Fragen

Die dänische Seite zeigte ein starkes positives Interesse an unseren Bemühungen um verbesserte Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten.

Am Ende erwähnte Ministerpräsident Krag, daß er wegen der Handhabung der TTD-Bestimmungen häufig Kritik hinzunehmen habe und deshalb an einer Auflockerung interessiert sei.<sup>3</sup> Wir stellten in Aussicht, daß dieses Problem insgesamt mit den Botschaftern der Drei Mächte<sup>4</sup> neu besprochen werden solle.<sup>5</sup>

Wegen eines demnächst in Kopenhagen stattfindenden Fußballspiels mit der Mannschaft der „DDR“<sup>6</sup> wurde von dänischer Seite bestätigt, daß es bei den bisherigen Abmachungen bleibe, d. h. ohne Flagge und Hymne.

### 2) Nichtverbreitungsabkommen

Die dänische Seite hatte um eine Erläuterung unserer Standpunkte gebeten. Diese Erläuterung führte offensichtlich dazu, daß Mißverständnisse ausgeräumt wurden.

### 3) EWG

Ministerpräsident Krag kündigte an, daß Dänemark zur gleichen Zeit wie Großbritannien seinen Antrag auf Beitritt stellen bzw. den seinerzeitigen Antrag wiederaufleben lassen werde.<sup>7</sup> Man zeigte sich besorgt wegen Gerüchten

<sup>1</sup> Ablichtung.

Hat Staatssekretär Lahr vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Harkort verfügte. Hat Harkort am 30. April 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Zu 4 u[nd] 5: H[err] Schack Larsen war am 26.4. zu einer Besprechung bei mir.“ Vgl. Anm. 8.

<sup>2</sup> Bundesminister Brandt hielt sich zusammen mit Bundesminister Wehner am 22./23. April 1967 in Kopenhagen auf. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 141 und Nr. 142 des Botschafters Simon, Kopenhagen, vom 24. April 1967; Referat I A 4, Bd. 353.

<sup>3</sup> Zur dänischen Haltung vgl. Dok. 75, besonders Anm. 3.

<sup>4</sup> George C. McGhee (USA), Frank K. Roberts (Großbritannien), François Seydoux de Clausonne (Frankreich).

<sup>5</sup> Zum Ergebnis der Beratungen der Bonner Vierergruppe vgl. Dok. 144, Anm. 7.

<sup>6</sup> Zum Fußballspiel vom 4. Juni 1967 vgl. den Artikel „1:1 im Idrætspark befriedigt nicht“; NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 152 vom 5. Juni 1967, S. 4.

<sup>7</sup> Zum Antrag vom 10. August 1961 vgl. Dok. 1, Anm. 11.

Zum Antrag Großbritanniens, Irlands und Dänemarks vom 11. Mai 1967 vgl. Dok. 197, besonders Anm. 4.

aus Brüssel, denen zufolge beabsichtigt sei, erst mit den Engländern zu verhandeln und andere beitrittswillige Staaten warten zu lassen. Ich erklärte, daß ich ein derartig schematisches Vorgehen auch nicht für gerechtfertigt hielte.

Die Dänen gehen davon aus, daß Norwegen seinen Antrag wenige Wochen nach der Entscheidung Dänemarks stellen würde. In Schweden sei die Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen. In der Wirtschaft überwiege die Meinung zugunsten des Beitritts. Bei den Politikern gebe es Zweifel wegen der Vereinbarkeit zwischen einem Beitritt und der Bündnisfreiheit.

#### 4) Kennedy-Runde

Es wurde vereinbart, daß ein hoher Beamter des dänischen Außenministeriums am Mittwoch nach Bonn kommt, um mit dem Leiter der Handelspolitischen Abteilung<sup>8</sup> darüber zu sprechen, ob und wie die Genfer Verhandlungen noch durch Hinweise gefördert werden können, die die Dänen dem gemeinsamen skandinavischen Unterhändler und wir dem EWG-Unterhändler geben können.

#### 5) Dänische Landwirtschaftsexporte

Die dänische Seite erläuterte erneut die Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Rinderexporte und der Ministerpräsident unterstrich die politische Bedeutung dieser Sache. Eine Aufzeichnung wurde übergeben.<sup>9</sup> Antwort darauf sollte vorbereitet werden.<sup>10</sup>

#### 6) Minderheitenausschuß

Nachdem der Kontaktausschuß für die deutsche Minderheit in Nordschleswig kürzlich in Kopenhagen getagt hatte<sup>11</sup>, war ich Anfang der vergangenen Woche schon in Flensburg darauf hingewiesen worden, daß der entsprechende Kontaktausschuß für die dänische Minderheit in Südschleswig auch wieder zusammentreten wolle. Er habe seit längerer Zeit nicht getagt. Ministerpräsident Krag warf diese Frage auf, und ich sagte ihm zu, mich um die Angelegenheit zu kümmern (bitte Bericht<sup>12</sup> hierüber nach Besprechung mit dem Bundesminister des Innern<sup>13</sup>).

Brandt

#### Referat III A 2, Bd. 165

<sup>8</sup> Das Gespräch des Ministerialdirektors Harkort mit dem Abteilungsleiter im dänischen Außenministerium, Larsen, fand am 26. April 1967 statt. Vgl. Anm. 1.

<sup>9</sup> Für die Aufzeichnung vom 22. April 1967 vgl. Referat III A 2, Bd. 165.

<sup>10</sup> Am 23. Mai 1967 teilte Bundesminister Brandt Ministerpräsident Krag mit, „daß die Bemühungen der Bundesregierung in Brüssel und in Genf zu einem Angebot der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in der Kennedy-Runde geführt haben, das dänischen Wünschen weit entgegenkam und wesentlich dazu beigetragen hat, daß die Delegation der skandinavischen Staaten in Genf das Verhandlungsergebnis der Kennedy-Runde billigen konnte. Die vereinbarte Zoll- und Abschöpfungsregelung stellt [...] einen großen Fortschritt dar und wird [...] die Rinderausfuhr Ihres Landes erheblich erleichtern.“ Vgl. Referat III A 2, Bd. 165.

<sup>11</sup> Zur Tagung vom 12. April 1967 vgl. den Schriftbericht des Botschafters Simon, Kopenhagen, vom 13. April 1967; Referat I A 4, Bd. 352.

<sup>12</sup> Dazu vermerkte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg am 7. Juni 1967: „Der Kontaktausschuß trat zuletzt am 18. Juli 1966 zusammen. [...] Die umfangreichen Tagesordnungswünsche der dänischen Minderheit, u. a. Fragen der Wiedergutmachung, des Notstandsrechts, der Sozialversicherung und des Bundeswahlrechts, haben die Einschaltung anderer Ressorts erforderlich gemacht. Da die Vorbereitungen für die Sitzung jetzt abgeschlossen sind, beabsichtigt das Bundesministerium

## Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Staatspräsident de Gaulle in Köln

Z A 5-61.A/67 geheim

25. April 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler führte am 25. April 1967 um 16.30 Uhr im Gürzenich in Köln<sup>2</sup> ein Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle im Beisein von Generalsekretär Burin de Rozières.

General *de Gaulle* fragte, welches denn die Hauptsorgen des Herrn Bundeskanzlers seien. Natürlich seien es amerikanische Geschichten, natürlich sei es der Nichtverbreitungsvertrag, natürlich seien es die Währungsfragen, die Kennedy-Runde und die Truppen, d.h. weniger die Truppen als eher das Geld für sie. Die Amerikaner verlangten viel, was aber böten sie dafür an?

Der Herr *Bundeskanzler* verwies darauf, daß er ein einstündiges Gespräch mit Präsident Johnson geführt habe.<sup>3</sup> Er habe Johnson gegenüber sehr freimütig gesprochen. Darauf habe Johnson natürlich allgemeine Zusicherungen gegeben und gesagt, Amerika sei an Europa genauso interessiert wie bisher. Zu den einzelnen Fragen jedoch, z.B. warum man die Truppen reduzieren wolle, ohne wenigstens den Versuch zu machen, ähnliches auf der anderen Seite zu erreichen, habe er keine Antwort gegeben. Das gelte auch für den Atomsperrvertrag. Es habe sich eine seltsame Lage entwickelt, die es der Bundesregierung auferlege, mit den Amerikanern ganz offen zu sprechen, was unglücklicherweise in der Vergangenheit nicht der Fall gewesen sei. Sein Vorgänger habe geglaubt, persönliche Freundschaft könne die Politik ersetzen. Er habe dann feststellen müssen, daß dies nicht stimme. In der Devisenausgleichsfrage sei eine Lösung gefunden worden.<sup>4</sup> Was Erhard im vergangenen Jahr abgelehnt worden sei<sup>5</sup>, sei nunmehr für dieses Jahr gelöst. Man müsse sehen, wie es weitergehe. Die Truppenreduzierungen schienen stark zu sein, insbesondere in der Luftwaffe, wo sie 50 v.H. betrügen. Auch diese Reduzierung erfolge einseitig ohne Versuch, mit den Russen zu sprechen. All das komme recht plötzlich. Es sei zwar verschiedentlich angekungen, Konsultationen hätten aber nie stattgefunden. Er werde den US-Präsidenten am nächsten Tage auf dessen

Fortsetzung Fußnote von Seite 643

um des Innern für den 4. und 5. Juli zu einer neuen Sitzung in Flensburg einzuladen.“ Vgl. Referat I A 4, Bd. 352.

<sup>13</sup> Paul Lücke.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer gefertigt.

<sup>2</sup> Staatspräsident de Gaulle hielt sich anlässlich der offiziellen Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen ehemaligen Bundeskanzler Adenauer in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Zum Gespräch vom 24. April 1967 vgl. den Artikel „Johnsons erste Aussprache im Palais Schaumburg“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 96 vom 25. April 1967, S. 1.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 145.

<sup>5</sup> Bundeskanzler Erhard scheiterte am 26./27. September 1967 in Washington mit dem Versuch, die amerikanische Regierung zu Konzessionen beim Devisenausgleich zu bewegen. Vgl. dazu AAPD 1966, II, Dok. 297, Dok. 298 und Dok. 300 und Dok. 301.

Wunsch zu einem längeren Gespräch empfangen.<sup>6</sup> Er nehme an, daß es ein sehr ernstes Gespräch werde. In den letzten Monaten habe er selbst gegenüber führenden Amerikanern und gelegentlich auch öffentlich gesagt, der Zustand des Bündnisses sei für die Bundesrepublik nicht mehr befriedigend und führe zu ständigen Streitereien.<sup>7</sup> Es sei daher notwendig, die Substanz des Bündnisses zu überprüfen und die gemeinsame Interessenlage festzustellen. Johnson habe sich darüber geärgert, weil seine innenpolitischen Gegner ihm aufgrund solcher Äußerungen vorgeworfen hätten, er lasse Europa abdriften. Dagegen sei Johnson sehr empfindlich. Er (der Herr Bundeskanzler) könne das aber nicht ändern, sondern habe die Notwendigkeit empfunden, diese Dinge zu sagen, weil sie auch der öffentlichen Meinung entsprächen. Er habe Johnson zum ersten Mal kennengelernt, während er die meisten anderen Persönlichkeiten von früher schon gekannt habe. Der Präsident lege großen Wert darauf, das Klima zu verbessern. Das könne aber nicht nur mit freundlichen Worten geschehen, sondern man müsse genau feststellen, wo man in den einzelnen Bereichen übereinstimme und wo nicht.

General *de Gaulle* sagte, er verstehe sehr wohl, daß der Herr Bundeskanzler sich um das Verhältnis zu den Amerikanern Sorge. Letzten Endes aber befinde sich Deutschland in der besseren Position. Genau betrachtet sei Deutschland heute in einer weniger verwickelten Lage als die Amerikaner. Die Russen würden Deutschland nicht angreifen, die Verständigung mit Frankreich sei sehr solide und in der Welt erscheine Deutschland als ein Land, das weit aufgestiegen sei. Er meine daher nicht, daß Deutschland Anlaß habe, aus einer psychologisch minderwertigen Situation heraus zu verhandeln. Dasselbe gelte für Frankreich. Natürlich sei es nicht notwendig, sich gegen Amerika zu stellen, das viel getan habe und das notwendig sei. Aber die Amerikaner hätten andere Probleme als die unsrigen. Was heute Deutschland und Frankreich zusammenbringen könne, sei die Haltung gegenüber den Amerikanern. Früher habe man befürchten müssen, daß die Russen vormarschierten. Dies würden die Russen zumindest jetzt nicht mehr tun. Was in zehn oder fünfzehn Jahren sei, könne man natürlich nicht sagen. Die europäische *raison d'être* sei daher die europäische Haltung gegenüber Amerika. Hier liege der entscheidende Punkt. Es gehe dabei um die europäische Haltung in den Währungsfragen, die ebenso wie der Handel und damit die Kennedy-Runde von äußerster Bedeutung seien. Es werde eines Tages sogar um die Verteidigung gehen. Man müsse eine europäische Position erarbeiten. Letzten Endes komme es dabei in allererster Linie auf Deutschland und Frankreich an. Alle übrigen seien in diesem Zusammenhang sekundär.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, es sei geradezu vorgezeichnet, daß die beiden Länder soweit wie möglich aus einer eigenen Position die Dinge in Europa mitgestalten. Was in Amerika passieren werde, könne man nicht wissen, denn es gebe dort mehrere Gruppen; die einen seien stärker an Europa interessiert, andere an anderen Dingen. Zunächst handle es sich um eine rein aktuelle Sorge, denn die Bundesregierung müsse entscheiden, ob sie den Nichtverbreitungsvertrag unterschreibe oder nicht. So wie der Vertrag heute aussehe, sei

<sup>6</sup> Für das Gespräch vom 26. April 1967 vgl. Dok. 147.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Dok. 78.

ziemlich sicher, daß sie ihn nicht unterzeichnen werde. Dies nicht etwa, weil Deutschland die Atombombe haben wolle, sondern weil es eine ewige politische Bindung insbesondere gegenüber der Sowjetunion scheue. Eine andere Frage sei die Möglichkeit eines befristeten Atomsperrvertrages, während dessen Laufzeit die Abrüstung vorangetrieben werden könnte. Eine Debatte über diese Frage stehe im Bundestag an. Dies aber sei im derzeitigen Augenblick die schwerwiegendste Frage für Deutschland. Es gebe andere sehr starke Widerstände gegen den Atomsperrvertrag, so z.B. in Italien, wobei man hier nicht gewiß sein könne, ob es sich nicht eher um eine „bargaining position“ handle. Außerdem spürten die Amerikaner jetzt, daß das europäische Problem nicht so einfach sei, wie sie gemeint hätten. Es gebe eine Reihe Amerikaner, die ein enges europäisch-amerikanisches Verhältnis für wichtig hielten und besorgt seien und ihn deshalb beschwören, den Versuch zu machen, eine Brücke zu bilden. Wie immer jedoch die Dinge weitergingen, sei er, wie er im Januar schon dem General gesagt habe<sup>8</sup>, überzeugt, daß Frankreich und Deutschland und die beiden Regierungen versuchen müßten, eine eigenständige Position gegenüber Amerika wie der Sowjetunion einzunehmen.

General *de Gaulle* kam noch einmal auf die Währungsverhandlungen zurück und unterstrich betont, daß es sehr wichtig sei, daß Deutschland und Frankreich zusammenblieben, denn das Problem selbst sei von großer Bedeutung und seine symbolische Bedeutung sei außerordentlich hoch, denn warum sollten die Europäer das schlechte amerikanische Geld annehmen, wo doch Deutschland wie Frankreich heute große Bemühungen machten, ihren Handel wiederherzustellen, so daß nicht einzusehen sei, warum die Amerikaner nicht gleich große Anstrengungen machten, um ihre Zahlungsbilanz in Ordnung zu bringen. Täten sie dies nicht, warum sollten dann die Europäer zahlen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, dieses Problem sei schwierig. Natürlich müsse es gemeinsam besprochen werden.

Abschließend bemerkte General *de Gaulle*, er werde am 7. Juni nach Polen reisen, dort etwa fünf bis sechs Tage bleiben, und würde gerne unmittelbar nach seiner Rückkehr zu dem Herrn *Bundeskanzler* nach Bonn kommen.<sup>9</sup>

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 22**

<sup>8</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 13./14. Januar 1967 vgl. Dok. 14–17 und Dok. 19.

<sup>9</sup> Der Besuch wurde wegen der Nahost-Krise verschoben und fand vom 6. bis 12. September 1967 statt. Vgl. dazu Dok. 315 und Dok. 319.

Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 12./13. Juli 1967 vgl. Dok. 261–264.

## 143

**Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger  
mit Premierminister Wilson**

Z A 5-63.A/67 VS-vertraulich

25. April 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler empfing am 25. April 1967 um 19 Uhr den britischen Premierminister, Herrn Wilson, zu einem Gespräch, an dem auf deutscher Seite der Herr Bundesminister des Auswärtigen, Staatssekretär Dr. Knieper und MD Dr. Osterheld, auf britischer Seite Botschafter Sir Frank Roberts und der persönliche Referent des Ministerpräsidenten teilnahmen.

Einleitend bemerkte der *Premierminister*, der Besuch des Herrn Bundesministers des Auswärtigen in London<sup>2</sup> sei sehr erfolgreich gewesen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, Herr Brandt sei ein guter Außenminister und er habe den Eindruck, daß er gern Außenminister sei.

Der Herr Bundeskanzler fuhr dann fort und bemerkte, es sei gut gewesen, daß Präsident Johnson gekommen sei, denn dies sei nicht nur ein Besuch in Bonn, sondern auch in Europa. Er habe Präsident Johnson früher nicht getroffen und freue sich daher besonders, ihn kennenzulernen.

Der *Premierminister* sagte, Johnson sei gerade und offen, man wisse immer, woran man bei ihm sei.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er habe ein erstes lebhaftes, aber freundschaftliches Gespräch<sup>3</sup> mit ihm geführt.

Der *Premierminister* sagte, er sei glücklich, daß Johnson nicht ausschließlich zu den Trauerfeierlichkeiten<sup>4</sup> gekommen sei. Für ihn selbst, Wilson, sei die Reise nach Bonn gewissermaßen eine EWG-Kontaktreise en miniature gewesen, da alle Regierungschefs der Sechs anwesend gewesen seien. Seine damalige Reise in die EWG-Länder<sup>5</sup> sei sehr nützlich gewesen, und er habe sich seither bemüht, das in den einzelnen Hauptstädten Gehörte sorgfältig auszuwerten. Einige Mitglieder seines Kabinetts seien nicht sehr angetan von der Idee eines Beitritts. Deshalb habe er beschlossen, dem Kabinett alle Informationen und Stellungnahmen zur Verfügung zu stellen. Er selbst wolle das Tempo beschleunigen und am Wochenende werde er das Kabinett in Chequers „einsperren“, um die ganze Frage noch einmal sorgfältig und erschöpfend zu prüfen. Er selbst sehe die Dinge so: Wirtschaftlich würde der Beitritt von Großbritannien einen sehr hohen Preis fordern, doch glaube er, daß die Mitgliedschaft langfristig gesehen ein Gewinn wäre. Dies sei seine Überzeugung, ohne daß er es beweisen könne. Ein Beitritt Großbritanniens würde der europäischen Ein-

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber gefertigt.

<sup>2</sup> Zum Besuch vom 12./13. April 1967 vgl. Dok. 124 und Dok. 126.

<sup>3</sup> Zum Gespräch vom 24. April 1967 vgl. den Artikel „Johnsons erste Aussprache im Palais Schaumburg“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 96 vom 25. April 1967, S. 1.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 140, Anm. 2.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Dok. 8, Anm. 20.

heit neuen Aufschwung geben und nicht nur Großbritannien und anderen beitretenden Ländern, sondern auch den Sechs neuen Elan verleihen. Bei kurzfristiger Betrachtungsweise müsse man sich eingestehen, daß die Entscheidung wirtschaftspolitisch gesehen sehr schwierig sei. Andererseits sei er aber zu der Erkenntnis gelangt, daß die politischen Argumente sehr viel stärker seien, als er zur Zeit seines letzten Bonner Aufenthalts<sup>6</sup> geglaubt habe. Der britische Schatzkanzler<sup>7</sup> habe Herrn Brandt eine begründete und umfassende Darlegung der wirtschaftspolitischen Überlegungen gegeben und man wisse, daß man wirtschaftspolitisch einen Preis zahlen müsse. In Bälde werde das Kabinett eine Entscheidung treffen, wobei verschiedene andere Daten berücksichtigt werden müßten, wie der Abschluß der Kennedy-Runde und die Konferenz in Rom<sup>8</sup>. Er neige zu der Auffassung, daß die Entscheidung vor der Rom-Konferenz und nicht nachher getroffen werden sollte. Er glaube, daß in der kommenden Woche die Prüfung des Für und Wider abgeschlossen und eine Entscheidung getroffen werden sollte. Falls die Entscheidung zugunsten eines Antrags ausfalle, wolle man die Verhandlungen auf drei oder vier wesentliche Punkte beschränken. Er wolle aber nicht in eine Lage geraten, in der er ein oder zwei Jahre lang hingehalten werde. Dies sei nicht tragbar. Falls man jetzt nicht in den Gemeinsamen Markt aufgenommen werde, sei es schwierig, eine Situation vorauszusagen, in der Großbritannien ein drittes Mal den Antrag stellen würde. Dies wäre eine sehr ernste Situation und man könne dann die Möglichkeit neuer Gruppierungen nicht ausschließen. Ein solcher Gang der Dinge wäre für Großbritannien aber nur die zweitbeste Lösung, und ihm scheine für die Zukunft Großbritanniens ein Beitritt zum Gemeinsamen Markt das beste zu sein.

Auf die Frage des Herrn *Bundeskanzlers*, welche politischen Überlegungen ausschlaggebend seien, erwiderte der *Premierminister*, zunächst habe er ein stärkeres und deutlicheres Gefühl darüber bekommen, was Europa tatsächlich bedeute. Weit mehr als durch Aktenlektüre sei ihm diese Erkenntnis durch die Gespräche in den verschiedenen Hauptstädten zuteil geworden. Sodann sei Europa in seiner jetzigen Form nicht stark genug und zu apologetisch. Er glaube ferner, daß ein wirtschaftlich starkes Europa auch den politischen Zusammenhalt Europas festigen würde und man in Gesprächen mit den Russen dann weiterkommen könnte. In dieser Überlegung gebe er de Gaulle recht, wenngleich er nicht mit seinen Methoden übereinstimme. Manchmal versuche de Gaulle das Wohlwollen und den Beifall der Russen durch Angriffe auf die amerikanische Politik in Vietnam zu erlangen, was etwas billig sei. Im Grunde genommen habe er aber wohl recht, da die Russen eher mit einem starken Partner verhandelten. Die große russische Sorge sei China, was auch aus öffentlichen Äußerungen Kossygin in London<sup>9</sup> deutlich geworden sei. Er selbst sei überzeugt, daß die Russen in der deutschen Frage einschwenken würden,

<sup>6</sup> Für die Gespräche mit Bundeskanzler Kiesinger am 15./16. Februar 1967 vgl. Dok. 55 und Dok. 57.

<sup>7</sup> James Callaghan.

<sup>8</sup> Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten in Rom am 29./30. Mai 1967 vgl. Dok. 197.

<sup>9</sup> Zum Aufenthalt des sowjetischen Außenministers vom 6. bis 13. Februar 1967 in London vgl. Dok. 55, besonders Anm. 8.



doch könnten sie nicht gleichzeitig in zwei entscheidenden Fragen innerhalb eines Jahres etwas tun.

Der Herr *Bundeskanzler* bezeichnete diese Überlegung als sehr interessant und sagte, er habe immer den Verdacht gehabt, Großbritannien wolle aus wirtschaftlichen Gründen der EWG beitreten.

Der *Premierminister* bemerkte, darüber habe auch der Herr Bundesminister des Auswärtigen mit ihm gesprochen. Was die wirtschaftspolitischen Argumente angehe, so sei seine Überzeugung nicht stärker geworden, doch hätten die Argumente zugunsten einer Zusammenarbeit auf technologischem Gebiet sehr viel für sich, und er glaube, daß man gemeinsam sehr viel erreichen könne, um sicherzustellen, daß Europa eine führende Position beibehalte. Gemeinsam könne man die Führung auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Atomenergie übernehmen. In diesem Zusammenhang erwähnte er, daß man in Großbritannien vor einem neuen „Durchbruch“ stehe, welcher Großbritannien auf dem Gebiet der friedlichen Atomnutzung eine überlegene Position gegenüber den Vereinigten Staaten einräumen werde. Auch bei den Elektronenrechnern könne man mit großen Erfolgen rechnen, wenn man einen Markt habe, der dem der Vereinigten Staaten entspreche. Andererseits müsse er aber auch sagen, daß man dem Gemeinsamen Markt nicht aus Freude darüber beitreten wolle, dann am gemeinsamen landwirtschaftlichen Markt teilnehmen zu dürfen. Als Realist müsse er aber zugeben, daß man das nicht ändern könne, und wenn man ein Mädchen heiraten wolle, an dem einem alles bis auf die Farbe der Augen gefalle, dann müsse man sich damit abfinden.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, die Landwirtschaft sei ein Kapitel für sich, und wenn in Kabinettsitzungen der Landwirtschaftsminister etwas vortrage, sei es für die anderen Mitglieder immer schwer, dem Landwirtschafts-Chinesisch zu folgen.

Der *Premierminister* erklärte weiter, man sei nicht so töricht zu glauben, daß man Verhandlungen führen könne mit dem Ziel, die Dinge zu ändern. Besorgt sei man allerdings über die Abschöpfungen. Hier sollte etwas getan werden, und er halte dies auch für möglich, da es sich seiner Ansicht nach nicht um einen unveränderlichen Bestandteil des Systems handle. Über unbedeutendere Fragen wolle man keineswegs feilschen.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte, ob es sich bei der Entscheidung, den Antrag vor oder nach Rom zu stellen, um eine taktische Erwägung handle. Auf die Antwort des *Premierministers*, wozu er (Bundeskanzler) raten würde, erwiderte der Herr *Bundeskanzler*, er habe den Eindruck, daß de Gaulle weniger starr sei als im Januar.<sup>10</sup>

Nach den Worten des *Premierministers* sei de Gaulle in dem letzten Gespräch sehr freundlich gewesen und sicher müsse er sich auch seine Gedanken über die Zukunft der Welt machen, in der wir nun einmal lebten. Offensichtlich wolle er aber England nicht im Gemeinsamen Markt haben, da er befürchte, daß dadurch die Gemeinschaft in ihrem Charakter verändert werde.

<sup>10</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Staatspräsident de Gaulle am 13. Januar 1967; Dok. 16.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er frage sich, wie die Entwicklung in Frankreich nach den Wahlen<sup>11</sup> weitergehe. Giscard d'Estaing habe seine eigenen Ansichten.

Der *Premierminister* bestätigte, daß Giscard d'Estaing für einen Beitritt Großbritanniens sei. Er, Wilson, würde es aber nur sehr ungern sehen, wenn diese Frage zum Gegenstand erbitterter Debatten im Pariser Parlament würde. Mit der Vorstellung, daß die Engländer wie ein Fußball von einer Seite auf die andere gekickt würden, könne er sich nur schwer befreunden. Auch Debré sei einigermmaßen zugänglich. Auf jeden Fall sei er nicht gegen einen britischen Beitritt. Wie er Herrn Brandt in London bereits gesagt habe, müsse man sich vor Augen halten, daß im Falle einer Zurückweisung oder einer schleppenden Behandlung dieser Frage die Dinge nicht mehr so seien wie zuvor. Die Vereinigten Staaten wären enttäuscht, da ihnen an der europäischen Einheit liege. Sollten die Kennedy-Runde, die Verhandlungen über die Währungsliquidität und die Frage der europäischen Einheit zu nichts führen, so gäbe es in den USA sicher Kräfte, die einen neuen Anfang machen wollten, der dann möglicherweise zu neuen Gruppierungen führen würde. Dies wäre schlecht für Europa und es wäre für Großbritannien sicher nicht die beste Lösung.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er sehe nicht die Möglichkeit einer zweiten Zurückweisung. Aus diesem Grunde habe er nach dem geplanten zeitlichen Ablauf der Dinge gefragt.

Der *Premierminister* gab der Befürchtung Ausdruck, daß ein erst nach der Konferenz von Rom gestellter Antrag zynisch und als reines Manöver wirken könnte und zu einer Verlangsamung des derzeitigen Schwunges führen müßte. Dann sei es auch nicht möglich, die Verhandlungen vor den Sommerferien aufzunehmen, d.h. zwischen seiner Reise in die Hauptstädte und dem Beginn der Verhandlungen wären sechs Monate verflossen. Liege kein Antrag vor, so könnten die einem britischen Beitritt ablehnend Gegenüberstehenden darauf hinweisen, daß nichts auf dem Tisch liege.

Der Herr *Bundesminister* des Auswärtigen verwies auf die Gespräche, die er über das gleiche Thema vor zwei Monaten geführt habe, als noch nicht feststanden habe, ob es zur Konferenz von Rom komme. Der formelle Antrag müßte so vorgelegt werden, daß es noch zu Verhandlungen komme, wenn es sich dabei vielleicht auch nur um Verfahrensfragen handle. Was die römische Konferenz angehe, so wolle der General das Thema zwar nicht auf der Tagesordnung haben, was aber kein Hindernis bedeute, da es keine Tagesordnung, sondern nur eine Tour d'horizon geben solle.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, de Gaulle habe ihm in Köln<sup>12</sup> gesagt, eine Tagesordnung brauche man nicht, da alle Fragen auf dem Tisch lägen. Er könnte zwar argumentieren, die Konferenz von Rom sei keine Konferenz im Rahmen des Römischen Vertrages, doch stehe auf jeden Fall fest, daß die Angelegenheit vom Ministerrat behandelt werden müsse. Der *britische Botschafter* machte darauf aufmerksam, daß demnächst der Herr Bundesminister des Auswärtigen den Vorsitz übernehmen werde.

<sup>11</sup> 5. und 12. März 1967.

<sup>12</sup> Für das Gespräch vom 25. April 1967 vgl. Dok. 142.

Der *Premierminister* wies darauf hin, daß er mit dem normalen Verfahren nicht vertraut sei, da es vielleicht kein normales Verfahren gebe, wenn aber ein britischer Antrag gestellt werde, dann wolle man britischerseits das weitere Schicksal dieses Antrags in der eigenen Hand behalten. Wenn die Motive politischer Art seien, könne der Antrag nicht wie eine Übung im Handel mit Gemüsewaren behandelt werden. Er sei mit den Verfahrensregeln des Ministerrats nicht vertraut, doch würde er bereit sein, falls dies zulässig wäre, den Antrag selbst einzubringen und eine umfassende Begründung dafür zu geben. Er wolle die Dinge mit Schwung behandeln und auf jeden Fall vermeiden sehen, daß der Antrag in einem Morast von Details stecken bleibe. Die Geschichte biete nur selten Möglichkeiten wie diese und deshalb solle man sie wahrnehmen.

Der Herr *Bundeskanzler* zeigte sich von diesen Argumenten beeindruckt und bemerkte, wenn der Antrag nicht vor der Konferenz von Rom gestellt werde, lasse sich natürlich argumentieren, warum man über etwas sprechen solle, was nicht auf dem Tisch liege. Er glaube nicht, daß de Gaulle dies tun werde, doch könnte das Argument als solches benutzt werden.

Der *Premierminister* betonte mit Nachdruck, daß er ein möglichst geschlossenes Kabinett hinter sich haben wolle. Ein Abstimmungsverhältnis von 13:8 innerhalb des Kabinetts werde er nicht akzeptieren. Zur Not lasse sich die Zusammensetzung des Kabinetts aber auch ändern. Außerdem wolle er eine klare Äußerung des Parlaments herbeiführen. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, als ob man nur mit halbem Herzen und innerlich gespalten an die Sache herangehe oder als ob dies nur ein Wunsch von Wilson und Brown sei, die vielleicht ohnehin nicht mehr lange im Amt blieben. Aus diesem Grund sei eine parlamentarische Debatte wünschenswert und wichtig. Die Äußerungen des Herrn *Bundeskanzlers* aufgreifend, daß de Gaulle weniger starr zu sein scheine, bemerkte der *Premierminister*, die Deutschen seien für de Gaulle sehr wichtig, doch glaube er, daß auch die Briten ihm etwas zu sagen hätten. Wenngleich man de Gaulle den General nenne, so sei er doch einer der tiefgründigsten politischen Denker dieses Jahrhunderts, wenngleich er, Wilson, nicht mit all seinen Schlußfolgerungen übereinstimme.

Auf den Devisenausgleich übergehend, erklärte der *Premierminister*, die Sachverständigen hätten gute Arbeit geleistet und die Lösung, die von allen Beteiligten als unbefriedigend angesehen werde, sei deshalb wohl als eine befriedigende Lösung zu betrachten.<sup>13</sup>

Auf den Sperrvertrag eingehend, sagte der *Premierminister*, Deutschland und England könnten viel gemeinsam tun, wenn die Zeit gekommen sei. Seiner Ansicht nach müsse EURATOM erhalten und gestärkt werden. Die Gespräche britischer Wissenschaftler mit deutschen Wissenschaftlern seien sehr nützlich gewesen. Desgleichen erwähnte er die berücksichtigten deutschen Änderungswünsche.

<sup>13</sup> Zum Entwurf für eine deutsch-britische Vereinbarung vom 21. März 1967 über den Devisenausgleich vgl. Dok. 109, besonders Anm. 11–13 und Anm. 15–18.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, man werde noch diese Woche eine Aussprache im Bundestag haben.<sup>14</sup> Die Amerikaner verstünden viele unserer Sorgen. Er erläuterte die Einwände, die politischer Natur seien und darauf hinausliefen, daß man gegenüber der Sowjetunion einen gewissen Handlungsspielraum wahren wolle und Bedenken dagegen habe, sich angesichts einer nichtvorhersehbaren Entwicklung die Hände binden zu lassen. Er glaube, daß die Bedenken überwunden werden könnten, wenn der Vertrag auf zehn Jahre begrenzt würde. Die Amerikaner argumentierten damit, daß dies nur ein Anreiz wäre, eine nukleare Kapazität für die Zeit nach Ablauf der zehn Jahre aufzubauen. Wenn während dieser zehn Jahre die Entwicklung zufriedenstellend verlaufen sei, könnte man den Vertrag für weitere zehn Jahre oder unbegrenzt verlängern. Es sei aber ein Unterschied, ob man gegenüber Freunden oder gegenüber der Sowjetunion gebunden sei.

Der Herr *Bundesminister* des Auswärtigen bemerkte, daß ihm sein belgischer Kollege gesagt habe, selbst wenn der Vertrag für unbestimmte Zeit vorgesehen sei, würde man ihn belgischerseits nur für einen begrenzten Zeitraum unterschreiben, weil sich dann nach drei oder fünf Jahren feststellen ließe, ob die Nuklearmächte ihrerseits auch etwas unternähmen.<sup>15</sup>

Der *Premierminister* fragte, ob eine zeitliche Begrenzung die Schwierigkeiten des Herrn Bundeskanzlers überwinden würde.

Der Herr *Bundeskanzler* bejahte diese Frage.

Der *Premierminister* fragte weiter, ob der Inhalt des Vertrages geschluckt werden könnte.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, unter Berücksichtigung der von amerikanischen Seite vorgenommenen Änderungen und Verbesserungen und unter der Voraussetzung der Befristung sei auch diese Frage zu bejahen. Moro habe ihm ähnliche Überlegungen vorgetragen und gesagt, es lasse sich nicht voraussehen, was einmal eintreten werde. Möglicherweise finde man sich eines Tages in einer Situation, die nicht vorausschaubar gewesen sei.<sup>16</sup>

Der *Premierminister* meinte scherzhaft, die Darlegungen des Herrn Bundeskanzlers brächten ihn auf den Gedanken, den britischen Antrag auf Beitritt zum Gemeinsamen Markt zunächst auch nur auf zehn Jahre zu befristen.

Der Herr *Bundeskanzler* deutete an, daß die Dinge doch nicht miteinander vergleichbar seien.

Zum Schluß des Gesprächs wiederholte der *Premierminister* seine Einladung an den Herrn Bundeskanzler, zu einem Besuch nach London zu kommen<sup>17</sup>,

<sup>14</sup> Zur Debatte im Bundestag am 27. April 1967 vgl. Dok. 140, Anm. 10.

<sup>15</sup> Am 10. April 1967 führte der belgische Außenminister Harmel gegenüber Bundesminister Brandt aus, „daß man versuchen solle, [...] einen Weg zu finden, der eine Zusammenarbeit von EURATOM mit der Wiener Agentur ermögliche. Hierbei regte er an zu versuchen, die im amerikanischen Vertragsentwurf (Artikel IV, 3) vorgesehene Frist von fünf Jahren auf drei Jahre zu verkürzen. Auf diese Weise würde diese Frist mit der für die Weiterarbeit von EURATOM von den Amerikanern vorgesehenen Frist von drei Jahren angeglichen werden. Eine solche Harmonisierung der beiden Fristen gebe einmal Gelegenheit, innerhalb der drei Jahre eine Zusammenarbeit zwischen EURATOM und der Wiener Agentur herbeizuführen, würde andererseits [...] EURATOM vor einer möglichen Strangulierung bewahren.“ Vgl. VS-Bd. 10092 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>16</sup> Für das Gespräch vom 24. April 1967 vgl. Dok. 140.

<sup>17</sup> Für die deutsch-britischen Regierungsgespräche vom 23. bis 25. Oktober 1967 vgl. Dok. 362–365.

wobei er zu erkennen gab, daß der Sommer der britischen Regierung genehm wäre. Er bemerkte ferner, er habe aus Zeitungsberichten entnommen, daß der Herr Bundeskanzler die Vereinigten Staaten zu besuchen beabsichtige<sup>18</sup>, was er für sehr nützlich halten würde.

Das Gespräch endete kurz vor 20 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 22**

## 144

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete

**II A 1-85.50/1-1012/67 VS-vertraulich**

**25. April 1967<sup>1</sup>**

Betr.: TTD;  
hier: Abschaffung der TTD-Regelung

Bezug: Anliegendes Schreiben des Büros StS - St.S 920<sup>1</sup>/67 VS-vertr. vom  
19. April 1967 (Anlage 1)<sup>2</sup>

Anlg.: 3 (davon eine mit 3 Unteranlagen)<sup>3</sup>

Der Herr Staatssekretär hat Weisung erteilt, die Reinschrift der von Herrn Minister am 8.4. gebilligten Kabinettsvorlage (Anlage 2)<sup>4</sup> anzufertigen und der Begründung einen Zusatz hinzuzufügen (Ziffer 2 der Anlage 1).

Vor Anfertigung der Reinschrift gibt Abteilung II folgendes zu bedenken:

I. 1) Die Abschaffung der TTD-Regelung sollte politisch dazu benutzt werden, Gegenleistungen Ostberlins auf dem Gebiete der Reiseerleichterungen im innerdeutschen Verkehr und im Verkehr mit dem westlichen Ausland zu erhalten (insbesondere großzügigere Ausreisegenehmigungen für Privatreisende). Diese Anregung ist bisher nicht erfolgt, weil in der Sache selbst noch keine Entscheidung des Herrn Ministers ergangen war.

<sup>18</sup> Vgl. dazu Dok. 254.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jung und von Legationsrat von der Gablentz konzipiert.

<sup>2</sup> Dem Vorgang beigelegt. Legationsrat I. Klasse Blech übermittelte den von Bundesminister Brandt gebilligten Entwurf einer Kabinettsvorlage zur Abschaffung des TTD-Systems. Blech wies unter Ziffer 2 der Aufzeichnung auf den Wunsch des Staatssekretärs Schütz hin, in die Begründung der Vorlage folgenden Zusatz einzufügen: „Nachdem die Regierungen der CSSR, Polens und der UdSSR die Maßnahmen der Ostberliner Regierung aufgegriffen und bei Einwohnern von Berlin-West bei Reisen in die genannten Länder den Reisepaß der BRD nicht mehr als Dokument anerkannten, sondern ein in den Personalausweis eingelegtes Blatt mit dem Visum, wurde die TTD-Regelung verschärft; allerdings wurde sie dann seither – lediglich als Gegenmaßnahme – gegen die Behinderung durch die Mauer verstanden, und der ursprüngliche Anlaß wurde nur noch selten erwähnt.“ Vgl. VS-Bd. 4142 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 2, 4 und 6.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die Aufzeichnung des Staatssekretärs Schütz vgl. VS-Bd. 4142 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. dazu auch Dok. 116, besonders Anm. 16.

Zur Begründung wird darauf hingewiesen, daß die SED an einer Abschaffung der TTD-Regelung außerordentlich interessiert ist, wie u.a. die Tatsache beweist, daß in der derzeitigen SED-Argumentation die Forderung nach Auflösung des ATO neben der Forderung nach Aufgabe der „Hallstein-Doktrin“, neben den Berlin-Vorschlägen und neben der Forderung nach „demokratischer Umgestaltung in Westdeutschland“ steht.

2) Gegenleistungen könnten z. B. in folgender Form angestrebt werden:

Nach einer Entscheidung des Kabinetts, daß in Zukunft auf das TTD-System grundsätzlich verzichtet werden soll, bittet das Auswärtige Amt die Alliierten und die NATO-Partner um Zustimmung zu einem öffentlichen Angebot der Bundesregierung an Ostberlin: Verzicht auf TTD-Regelung gegen (noch näher zu bestimmende) Reiseerleichterungen.

3) Die Verwirklichung dieser Anregung hätte vor allem folgende Vorteile:

- der Verzicht auf die TTD-Regelung könnte vor den Augen der Öffentlichkeit unseren Bemühungen um größere Freizügigkeit der Landsleute drüben dienstbar gemacht werden;
- wir könnten unsere Initiative den drei Alliierten<sup>5</sup> und den NATO-Partnern gegenüber mit den Notwendigkeiten einer beweglichen und aktiven Deutschlandpolitik rechtfertigen;
- wir stellen damit unsere Initiative in einen positiven politischen Zusammenhang und vermeiden den sonst entstehenden Eindruck, als wichen wir dem Druck des Ostens in der TTD-Frage aus;
- unser „Angebot“ schließt einen eventuellen späteren einseitigen Verzicht auf die TTD-Regelung nicht aus, der aber dann als großzügige Vorleistung und Entspannungsgeste dargestellt werden kann.

II. 1) Der Inhalt des Zusatzes (Ziffer 2 der Anlage 1) steht im Widerspruch zu den hier vorhandenen Unterlagen. Anlaß für Verschärfungen der TTD-Sperre waren nach den einschlägigen NATO-Dokumenten die Behinderung des freien Verkehrs in Berlin im September 1960 und vor allem im August 1961. Abteilung II schlägt daher vor, den Zusatz fallenzulassen.

2) Der auf S. 7 der Anlage 2 erwähnte Vorschlag der Drei Mächte<sup>6</sup> ist inzwischen vom Politischen Ausschuß der NATO gebilligt worden.<sup>7</sup> Der Hinweis sollte entsprechend geändert werden.

<sup>5</sup> Frankreich, Großbritannien und die USA.

<sup>6</sup> Abteilung II führte am 4. April 1967 aus: „Dem NATO-Rat liegt ein Vorschlag der drei ATO-Mächte und Deutschlands zur Beschlußfassung vor, nach dem auf ausdrücklichen Wunsch eines NATO-Partners im Einzelfall Ausnahmen von der geltenden TTD-Regelung gemacht werden können.“ Vgl. VS-Bd. 4142 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Am 17. April 1967 legte der Politische Ausschuß der NATO einen Bericht vor, der auf Beratungen der Bonner Vierergruppe zurückging und am 26. April 1967 vom Ständigen NATO-Rat gebilligt wurde. Ministerialdirigent Sahm bemerkte dazu: „Die Dänen haben in einer Erklärung [...] der probeweisen Einführung des Konsultationsverfahrens [...] zugestimmt. [...] Zur neuen Regelung ist zu bemerken: a) Auf Antrag eines NATO-Partners können Einzelfälle in Bonn mit den Vertretern der Drei Mächte und des Auswärtigen Amtes konsultiert werden. [...] b) Solche Sonderlösungen können sich z. B. beziehen auf: – ausnahmsweise TTD-Erteilung für an sich gesperrte Reisen; – Verfahrenserleichterungen (Verzicht auf persönlichen Antrag oder Vorsprache beim ATO, Nachsenden des TTDs ins Gastland); – Zustimmung zu Reisen ohne Benutzung eines TTDs für Geistliche oder Privatreisende, denen die sowjetzonalen Behörden die Benutzung eines TTDs untersagen.“ Vgl. den Runderlaß vom 9. Mai 1967; VS-Bd. 4142 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Hiermit über<sup>8</sup> den Herrn Staatssekretär<sup>9</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>10</sup> mit der Bitte um Billigung vorgelegt. Sollte die Anregung unter I. gebilligt werden, wird Abteilung II unverzüglich einen entsprechend überarbeiteten Entwurf einer Kabinettsvorlage vorlegen.<sup>11</sup>

Ruete

VS-Bd. 4142 (II A 1)

## 145

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete

II A 7-81.08/2-1358/67 geheim

25. April 1967

Sprechzettel für Sitzung des Bundeskabinetts am 26.4.1967

Betr.: Stand der Dreier-Gespräche und amerikanischer Rotationsplan

I. In den Dreier-Gesprächen zeichnet sich eine dreiteilige Vereinbarung

1) Deutschland – Vereinigte Staaten

2) Deutschland – Großbritannien

3) Vereinigte Staaten – Großbritannien

ab. Diese Vereinbarung, die eine Einheit bildet und als Ganzes in Kraft treten soll, betrifft sowohl den Devisenausgleich wie auch Fragen der Truppenstärken.

Auf der Grundlage des Kabinettsbeschlusses vom 15.3.1967<sup>1</sup> ist bereits im wesentlichen Einvernehmen über die Devisenhilfs-Regelungen mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien sowie über die künftige Stärke der britischen Streitkräfte in Deutschland erzielt worden.

Schwierigkeiten für die abschließende Regelung dieser Fragen in der letzten Runde der Dreier-Gespräche, die am 28. und 29. April in London stattfinden wird<sup>2</sup>, sind nicht zu erwarten.

<sup>8</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Schütz gestrichen.

<sup>9</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 26. April 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Vorlage soll – wie vom H[errn] Min[ister] entschieden – abgehen. Etwaige Interpretationen bleiben dem NATO-Ausschuß vorbehalten.“

Dazu bemerkte Legationsrat I. Klasse Blech am selben Tag: „Herr Staatssekretär hat seine handschriftliche Verfügung [...] auf meine Frage dahingehend interpretiert, daß in die Vorlage der in meiner Zuschrift vom 19.4.1967 enthaltene Textzusatz eingearbeitet werden soll.“ Vgl. VS-Bd. 4142 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. Anm. 2.

<sup>10</sup> Die Wörter „dem Herrn Bundesminister“ wurden von Staatssekretär Schütz gestrichen.

<sup>11</sup> Die Kabinettsvorlage wurde am 5. Mai 1967 in überarbeiteter Form erneut vorgelegt und von Bundesminister Brandt am selben Tag an den Chef des Bundeskanzleramts, Knieper, weitergeleitet. Vgl. dazu Dok. 216.

<sup>1</sup> Vgl. dazu Dok. 84, Anm. 4.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 151.

Ungeklärt ist lediglich noch die Frage der künftigen Stärke der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland.

## II. Bewertung des bisherigen Verhandlungsergebnisses

1) Die zwischen der Bundesbank einerseits und der US-Treasury und dem Federal Reserve System andererseits geschlossene Vereinbarung<sup>3</sup> ist kein Regierungsabkommen und erfordert keine deutschen Haushaltsmittel. Die amerikanische Regierung betrachtet jedoch mit dieser „Zentralbanklösung“ die zwischen den Regierungen anhängige Frage des Devisenausgleichs als für ein Jahr erledigt.

In den finanziellen Fragen hat die amerikanische Regierung ein beträchtliches Entgegenkommen gezeigt. Der Verzicht der Amerikaner auf das bisherige System des Devisenausgleichs durch militärische Beschaffungen ist ein wichtiger deutscher Verhandlungserfolg.

2) Es ist ferner positiv zu bewerten, daß die Vereinigten Staaten sich erstmals am Ausgleich der Devisenausgaben der britischen Streitkräfte in Deutschland beteiligen.

3) Die Regelung der Devisenhilfe für Großbritannien entspricht dem Beschluß des Bundeskabinetts vom 15. März 1967.

4) Die Bundesregierung war sich schon zu Beginn der Dreier-Gespräche im klaren, daß Verminderungen der britischen und amerikanischen Streitkräfte in Deutschland unvermeidlich sind und daß es darauf ankommt, sie so zu beeinflussen, daß sie unsere Sicherheitsinteressen möglichst wenig beeinträchtigen.

5) Im Falle der Briten konnte die angekündigte drastische Verminderung der britischen Rheinarmee<sup>4</sup> vermieden werden. In Übereinstimmung mit dem Beschluß des Bundeskabinetts hat die deutsche Seite in den Dreier-Verhandlungen dem Abzug einer Brigade nach dem 1. 1. 1968 zugestimmt.

Im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Verteidigung<sup>5</sup> hat das Auswärtige Amt sich damit einverstanden erklärt, daß diese Zustimmung sich auch auf zwei Staffeln der Luftwaffe erstreckt. Die Brigade und die zwei Staffeln bleiben weiterhin der NATO assigniert.

## III. Der amerikanische Rotationsplan

Ungeklärt ist lediglich noch die Frage der künftigen Stärke der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland. Die Amerikaner haben uns am 5. April einen Rotationsplan vorgelegt, dessen Grundzüge bereits von Mr. McCloy am 4. März dem Herrn Bundeskanzler<sup>6</sup> und am 13. März Botschafter Duckwitz<sup>7</sup> zur Kenntnis gebracht wurden.

Dieser Rotationsplan, der im Jahre 1968 durchgeführt werden soll, sieht folgendes vor:

<sup>3</sup> Zum Schriftwechsel vom 30. März 1967 vgl. Dok. 117, Anm. 6.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 79, Anm. 2.

<sup>5</sup> Gerhard Schröder.

<sup>6</sup> Für das Gespräch mit dem Sonderbeauftragten des amerikanischen Präsidenten, McCloy, in Stuttgart vgl. Dok. 87.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Dok. 109, Anm. 8.



- Zwei Brigaden einer in Deutschland stationierten Division sowie Unterstützungseinheiten in Stärke von insgesamt bis zu 28000 Mann werden in die Vereinigten Staaten zurückverlegt. Sie bleiben der NATO assigniert und können im Krisenfall innerhalb von höchstens 30 Tagen auf dem Luftwege nach Deutschland verlegt werden. Die in Deutschland bleibende Brigade wird alle sechs Monate durch eine der in die USA zurückverlegten Brigaden abgelöst.
- Bei der Luftwaffe sollen sechs Jagdbomber-Staffeln (144 Flugzeuge und bis zu 6500 Mann) in die USA zurückverlegt werden. Sie bleiben der NATO assigniert und können innerhalb von höchstens 10 Tagen nach Europa zurückgeführt werden.
- Die zurückgeführten Heeres- und Luftwaffeneinheiten sollen einmal im Jahr zu Übungen nach Deutschland zurückkehren.

Der Rotationsplan wurde vom Bundesministerium der Verteidigung geprüft und am 17. April im Bundesverteidigungsrat behandelt.<sup>8</sup> Wir haben den Amerikanern am 20. April Gegenvorschläge zur Änderung und Ergänzung des Planes vorgelegt.<sup>9</sup> Diese Vorschläge betrafen:

- a) den Zeitbedarf für die Rückführung der Streitkräfte nach Europa im Fall einer Krise;
- b) die Einfügung dieser Rückführung nach Europa in das NATO-Alarmsystem;
- c) die Zusammensetzung der für Rückverlegung vorgesehenen Heeres-Unterstützungstruppen;
- d) den Luftwaffenteil des Rotationsplanes.

In deutsch-amerikanischen militärischen Konsultationen, die am 25. April stattfanden, wurde grundsätzliches Einvernehmen über die ersten drei dieser Gegenvorschläge erzielt. Die Amerikaner zeigten sich dagegen nicht bereit, die Zahl der für die Rückverlegung vorgesehenen Staffeln zu vermindern.

#### IV. Bewertung des Rotationsplanes

1) Das Rotations-System, das für die Amerikaner mit erheblichen zusätzlichen Kosten verbunden ist (vor allem für Einlagerung von Waffen und Schwergerät und Lufttransporte) kann die militärischen Nachteile der Rückverlegung von Streitkräften vermindern. Es führt zu einer gewissen Schwächung der NATO-Verteidigung. Nach den Zusagen, die uns die Amerikaner in Beantwortung unserer Gegenvorschläge gegeben haben<sup>10</sup>, ist jedoch das Bundesministerium der

<sup>8</sup> Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete vom 17. April 1967; VS-Bd. 1001 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 1302 des Ministerialdirektors Ruete vom 19. April 1967 an die Vertretungen in Washington und London; VS-Bd. 1001 (II A 7); B150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Am 22. April 1967 übergab der Referatsleiter im amerikanischen Außenministerium, McAuliffe Botschafter Knappstein, Washington, ein Memorandum mit der Antwort auf die Vorschläge der Bundesregierung. Darin wurde ausgeführt: „The United States Government is conscious [...] of the possibility that there could be military disadvantages in unilateral force reductions by NATO. It regards its limited rotation plan as a measure which would not significantly reduce NATO military strength or alter the present power ratio [...]. The United States Government agrees [...] that significant reductions of Allied military strength should be part of a balanced plan for reducing military strength in both East and West. [...] The United States Government is willing to assure the German Government that it will strive to shorten the time requirement for the redeployment of forces. [...] US military experts are ready to work with German military experts to find ways to avoid weakening combat support units in connection with the redeployment of army support for-

Verteidigung zu dem Schluß gekommen, daß der Rotationsplan kein schwerwiegendes oder unannehmbares Sicherheitsrisiko bedeutet.

2) Bedenklicher sind die politischen Auswirkungen

- auf den Zusammenhalt der Allianz (Möglichkeit der Kettenreaktion bei anderen NATO-Staaten wie z. B. Belgien und Kanada),
- auf die öffentliche Meinung in Deutschland und ihr Vertrauen in den amerikanischen Verbündeten.

Dies gilt vor allem für den geplanten Abzug von sechs Jagdbomberstaffeln, mit dem die Hälfte der in Deutschland stationierten amerikanischen Luftstreitkräfte in die USA zurückverlegt wird. (Die militärischen Auswirkungen sind weniger bedenklich, da diese sechs Staffeln lediglich ein Drittel der für den Einsatz im Zentralabschnitt der NATO verfügbaren amerikanischen Jagdbomber darstellen und da ein Teil der zurückverlegten Staffeln bereits in 72 Stunden nach Deutschland zurückkehren kann.)

3) Der einseitige Abzug von 35 000 amerikanischen und 6 000 britischen Soldaten vermindert die Chancen, zu einer Ost-West-Vereinbarung über die Verminderung der Streitkräfte in beiden Teilen Deutschlands zu gelangen. Die amerikanische Regierung hat uns jedoch zugesichert, daß sie wesentliche Verminderungen ihrer Streitkräfte in Europa nur als Teil eines ausgewogenen Planes zur Reduzierung der Streitkräfte in Ost und West, der die Lösung der politischen Fragen fördert, vornehmen wird.

4) Andererseits sind folgende politische Faktoren zu berücksichtigen:

a) Da die Ergebnisse der Dreier-Gespräche ein unteilbares Ganzes bilden, würde unsere Ablehnung des Rotationsplanes die für uns sehr günstige Regelung des Devisenausgleichs mit den Vereinigten Staaten und möglicherweise auch die deutsch-britischen Abmachungen gefährden.

b) In Übereinstimmung mit dem Beschluß des Bundeskabinetts vom 15. März 1967 hat die deutsche Delegation in den Dreier-Gesprächen dem Abzug einer Brigade der britischen Rheinarmee zugestimmt. Die Amerikaner erwarten von uns, daß wir entsprechend unserer den Briten gegebenen Zusage uns verpflichten, auch den amerikanischen Rotationsplan in der NATO zu unterstützen.

c) Der Rotationsplan kann sich günstig auf die außenpolitische Position Deutschlands auswirken, wenn er für die nächsten Jahre klare Verhältnisse schafft und die ständigen deutsch-amerikanischen Friktionen in der Frage der Truppenstärken aus dem Wege räumt.

5) Es wird daher vorgeschlagen, daß die Bundesregierung die grundsätzliche Unterstützung des Rotationsplanes in der NATO zusagt. Falls die Amerikaner nicht bereit sind, die Zahl der aus Deutschland abzuziehenden Jagdbomber

*Fortsetzung Fußnote von Seite 657*

ces. [...] We are ready to negotiate a plan under which NATO countries [...] furnish the assurance that comparable actions will be taken, including for our part redeployment to Europe of our rotating forces, during a period of tension and no later than at the time of the announcement of alert phase 'military vigilance' for the Central Region by SACEUR. [...] We conclude that the rotation plan with regard to the Air Forces would not significantly reduce the nuclear or conventional Air Force potential needed for immediate response, or weaken the NATO Air Force as an essential factor of credible deterrence in Europe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 914 vom 23. April 1967; VS-Bd. 1001 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

staffeln zu vermindern, sollten wir uns insoweit unsere Stellungnahme in der NATO vorbehalten.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär dem Herrn Bundesminister<sup>11</sup> vorgelegt.

Ruete

VS-Bd. 1001 (II A 7)

## 146

### Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Ben Gurion

Z A 5-65.A/67 VS-vertraulich

26. April 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler empfing am 26. April 1967 um 9.45 Uhr den früheren israelischen Ministerpräsidenten Ben Gurion zu einem Gespräch, an dem StS von Hase, MD Dr. Osterheld und ein Begleiter von Herrn Ben Gurion teilnahmen.

Herr *Ben Gurion* erinnerte an seine New Yorker Begegnung mit Konrad Adenauer<sup>2</sup> und dessen Besuch in seinem Kibbuz in Israel.<sup>3</sup> Der Vortag sei für Deutschland ein ganz großer Tag gewesen.<sup>4</sup> Etwas Ähnliches habe man nur bei der Beisetzung von Kennedy und Churchill erlebt.

Der Herr *Bundeskanzler* sprach Herrn Ben Gurion noch einmal seinen Dank für die Teilnahme an den Trauerfeierlichkeiten aus. Er freue sich über die Gelegenheit zu diesem Gespräch und wolle die Absichten der Bundesregierung in einem Satz zusammenfassen: Im Verhältnis zu Israel wolle man fortsetzen, was Adenauer begonnen habe.

<sup>11</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber gefertigt und vom Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, überarbeitet.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Adenauer und der israelische Ministerpräsident trafen sich am 14. März 1960 im Waldorf-Astoria-Hotel in New York. Adenauer erklärte sein grundsätzliches Einverständnis zu den von Ben Gurion geäußerten Wünschen nach finanzieller und militärischer Unterstützung, ohne sich aber in Einzelheiten festzulegen. Dies führte zur Finanzhilfe im Rahmen der Aktion „Geschäftsfreund“ und zur Militärhilfe unter dem Decknamen „Frank[reich]/Kollonien“, die erst im Zuge der Nahost-Krise 1965 eingestellt wurden. Dabei wurde von israelischer Seite die Äußerung von Adenauer gegenüber Ben Gurion – „Wir werden Ihnen helfen“ – als konkrete Zusage interpretiert, daß die Bundesrepublik Israel eine Entwicklungshilfe auf kommerzieller Basis in Form eines Darlehens von jährlich 200 Mio. DM für 10 Jahre gewähren werde. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 120. Für die Gesprächsaufzeichnung der Dolmetscher Arie Manor und Heinz Weber vom März 1960 vgl. BEN GURION UND ADENAUER, S. 330–344.

<sup>3</sup> Der ehemalige Bundeskanzler Adenauer hielt sich vom 2. bis 9. Mai 1966 auf Einladung der israelischen Regierung in Israel auf. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 132 und Dok. 148. Vgl. ferner DEUTSCH-ISRAELISCHER DIALOG, Bd. 1, S. 306–316; Nahum GOLDMANN, Staatsmann ohne Staat. Autobiographie, Köln-Berlin 1970, S. 346–348; OSTERHELD, Außenpolitik, S. 315 f.

<sup>4</sup> Der ehemalige Bundeskanzler Adenauer wurde am 25. April 1967 beigesetzt. Vgl. dazu Dok. 140, Anm. 2.

Herr *Ben Gurion* würdigte die Verdienste Adenauers beim materiellen Aufbau und der moralischen Wiederaufrichtung seines Volkes. Für Israel habe er getan, was in seiner Macht gestanden habe. Schon bevor er mit ihm zusammengetroffen sei, habe er in Adenauer eine außergewöhnliche Persönlichkeit gesehen. Während der Begegnung in New York 1960 dann habe er gesagt, Sie (Adenauer) haben für Deutschland schon wieder gutgemacht, was in Ihren Kräften stand; ich bitte Sie jetzt um etwas, wozu Sie nicht verpflichtet sind; Adenauer habe sofort zugesagt und, solange er konnte, auch erfüllt, obgleich ihm manche Schwierigkeiten gemacht worden seien.

Adenauer sei eine der ganz großen Persönlichkeiten gewesen, ein Politiker, ein Staatsmann von höchstem Rang und ein Mensch. Das wisse die Welt, und das habe sie durch ihre Teilnahme an der Beerdigung gezeigt. Dieser Tag sei auch für Deutschland von größtem Wert.

Der Herr *Bundeskanzler* dankte für diese Worte und kam sodann auf einige konkrete Probleme zu sprechen, die er vor kurzem mit dem israelischen Botschafter erörtert habe.<sup>5</sup> Deutscherseits wolle man versuchen, das Verhältnis Israel-EWG in einem für alle annehmbaren und zufriedenstellenden Sinne zu lösen. Die zweite Frage betreffe die diesjährige Wirtschaftshilfe für Israel. Dem Botschafter sei es darum gegangen, wie im vergangenen Jahr wieder eine Anleihe von 160 Mio. zu erhalten.<sup>6</sup> Die Bundesrepublik befinde sich aber in sehr ersten Schwierigkeiten.

Auf den Einwand von Herrn *Ben Gurion*, daß die deutschen Ausfuhren doch höher denn je seien, erwiderte der Herr *Bundeskanzler*, das treffe zwar zu, doch liege das zum Teil daran, daß der einheimische Markt sehr schwach sei; man könne nicht viel im Ausland kaufen; außerdem werde wegen der Verluste auf dem Binnenmarkt oft zu Bedingungen exportiert, die keinen Gewinn übrig ließen. Zur Zeit seiner Amtsübernahme hätten das Finanzministerium und unabhängige Forschungsinstitute mit einem um 750 Mio. DM verringerten Einnahmenvolumen gerechnet. Anfang des Jahres habe der Betrag dann aber 1750 Mio. DM betragen. Die Rezession habe dazu geführt, daß das Steueraufkommen rasch zurückgegangen sei. Bei einem Haushalt von ca. 70 Milliarden DM habe man für 1967 ein Defizit von 4 Milliarden und für die nächsten Jahre eines von 8 bis 9 Milliarden jährlich zu erwarten.

Auf den Einwurf, die Wirtschaftslage Deutschlands sei aber doch besser als die der anderen europäischen Länder, entgegnete der *Bundeskanzler*, das treffe nicht zu; die Lage in Italien und Frankreich sei besser, da diese Länder die Rezession schon hinter sich hätten. Gleichwohl habe er dem Botschafter aber gesagt, wir würden versuchen, den Betrag der Anleihe für Israel auf dem bisherigen Stand zu halten.

Auf die Frage von Herrn *Ben Gurion*, woher der Widerstand gegen die Assoziierung mit der EWG komme, bemerkte der Herr *Bundeskanzler*, da seien zunächst natürlich die Länder, die Zitrusfrüchte erzeugten, vor allem Italien, aber auch Frankreich (wegen der Maghrebstaaten). Die Holländer setzten sich für Israel ein, und Israel habe vielleicht den Eindruck, daß sich die Deutschen

<sup>5</sup> Für das Gespräch mit dem israelischen Botschafter Ben Natan am 18. April 1967 vgl. Dok. 134.

<sup>6</sup> Zum Wirtschaftshilfeabkommen vom 12. Mai 1966 vgl. Dok. 134, Anm. 7.

hinter dem Rücken anderer versteckten. Man werde aber offen die eigene Haltung darlegen. Die Sechs hätten zur Prüfung der Frage einen besonderen Ausschuß eingesetzt, dessen Bericht noch nicht vorliege; wie man aber höre, seien die Schlußfolgerungen nicht sehr günstig.<sup>7</sup>

Herr *Ben Gurion* sagte, er sei mit den Einzelheiten nicht sehr vertraut; ihm gehe es vor allem um eine Frage: den Frieden in der Welt. Im Nahen Osten werde es zwischen Israelis und Arabern und unter den Arabern selbst keinen Frieden geben, solange kein Friede in der Welt herrsche. Der Friede in der Welt hänge aber von der Einigung Europas ab. Rußland sehe in China eine riesige Gefahr. Es werde mehr und mehr in östliche Richtung blicken und sich mit einem geeinten Europa abfinden; ein geeintes Europa aber könne der Welt den Frieden erhalten, soweit Menschen ihn zu sichern vermöchten; für den Frieden sei nichts von so entscheidender Bedeutung wie ein einiges Europa.

Man wisse nicht genau, was in China vor sich gehe. Ein ihm befreundeter Wissenschaftler sei ein Jahr lang in China gewesen und habe von sehr beachtlichen Fortschritten der Chinesen berichtet. Aus anderen Quellen habe er erfahren, daß die Bevölkerung, ohne selbst kommunistisch geworden zu sein, hinter der Regierung stehe. Im Gegensatz zu früher, als die Bevölkerung häufig gehungert habe und 80 % des Lesens und Schreibens unkundig gewesen sei, seien die Leute heute besser versorgt, und nur noch 10 bis 20 % seien Analphabeten. Die Russen befürchteten vor allem, daß China eine Nuklearmacht werde, die auch über Wasserstoffbomben verfüge, worin sie die größte Gefahr sähen. Als Gegengewicht würden sie ein geeintes Europa hinnehmen.

Wilson, mit dem er zusammengetroffen sei, habe seine Haltung in der Europafrage geändert. Nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen sei es wichtig, daß die Engländer mitmachen. Was Frankreich angehe, so seien Adenauers Beziehungen zu de Gaulle gut gewesen. De Gaulle sei zwar ein stolzer Franzose, doch habe er auch Hochachtung vor dem deutschen Volk. Es sei außerordentlich wichtig, die deutsch-französische Freundschaft zu erhalten, schon, weil es in erster Linie die Deutschen seien, die de Gaulle die Idee der europäischen Einheit näherbringen könnten. Er glaube, daß de Gaulle zwar im Grunde auch dafür sei, doch sei es bei ihm eine Frage der Zeit. Alles aber sei in diesem Zusammenhang eine Frage der Zeit. Man müsse die Entwicklung in Europa im Zusammenhang mit der Möglichkeit sehen, daß die Chinesen über die Wasserstoffbombe verfügten. Je eher ein geeintes Europa entstehe, desto besser sei es, weil man fast sicher sein könne, daß sich China nicht gegen Europa, Rußland und die USA stelle. Vieles hänge von de Gaulle ab. Er mache einen gesunden Eindruck, und er, Ben Gurion, gehe davon aus, daß de Gaulle die nächsten fünf Jahre an der Spitze Frankreichs bleibe. Je besser die deutsch-französischen Beziehungen seien, desto besser sei es für Europa. Je eher es den Deutschen gelinge, de Gaulle zur Idee eines geeinten Europa zu bekehren, desto größer sei der Dienst, der dem Frieden erwiesen werde. Alle Länder gäben ungeheure Summen für Rüstungszwecke aus. Wenn Friede herrsche, könnten diese Mittel für die Erziehung, die Bekämpfung von

<sup>7</sup> Zum Bericht der EWG-Kommission vom 7. Juni 1967 an den EWG-Ministerrat vgl. Dok. 134, Anm. 11.

Krankheiten und die Verbesserung der Lebensbedingungen ausgegeben werden. Amerika, Rußland und die europäischen Länder wollten keinen Krieg.

Die osteuropäischen Länder wollten nicht unter russischer Herrschaft bleiben. Sie wollten ihre Eigenständigkeit wahren. Eine europäische Regelung würde auch zur Lösung der deutschen Frage beitragen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er stimme voll und ganz mit Herrn Ben Gurion überein, und er sei sich der Verantwortung bewußt, die er trage.

Herr *Ben Gurion* wies darauf hin, daß keine andere Regierung den Franzosen so nahe stehe wie die deutsche. Der Umgang mit de Gaulle sei nicht immer ganz einfach, besonders wenn es um das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten gehe. Adenauer sei es aber gelungen, ihn nach Deutschland zu bringen, wo der stolze Franzose sogar deutsch gesprochen habe.<sup>8</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, die Ausführungen Herrn Ben Gurions, eines weisen und erfahrenen Staatsmannes, hätten ihn ermutigt. In seinem letzten Gespräch mit Adenauer habe dieser ihn voller Ungeduld geradezu gedrängt, die europäischen Dinge in die Hand zu nehmen. Adenauer habe ihn nach dem Gespräch in einem Brief wissen lassen, daß er über die Unterredung sehr froh und glücklich gewesen sei.

Herr *Ben Gurion* bemerkte, die Erfahrung habe gezeigt, daß de Gaulle durchaus seine Haltung zu ändern vermöge, auch wenn er zunächst gegen etwas sei. Er sei ein großer Mann. Am Vortage habe er ein kurzes Gespräch mit Johnson geführt und ihm gesagt, Europa solle nicht von Amerika abhängig sein, worauf Johnson erwidert habe, das wolle er auch nicht; das sei keineswegs die Vorstellung der Amerikaner.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß Johnson eine schwere Last zu tragen habe.

Herr *Ben Gurion* sagte, er sei ursprünglich sehr gegen den Krieg in Vietnam gewesen. Nachdem er aber den Bericht eines israelischen Generals gehört habe, der in Vietnam gewesen sei, sehe er die Dinge jetzt doch etwas anders. Es sei nicht so einfach, aus der Sache wieder herauszukommen. Er nehme aber an, daß bis zu den Wahlen in Amerika eine Änderung eintreten und der Krieg zu Ende sein werde. Übrigens habe ihm de Gaulle(?)<sup>9</sup> kurz nach dem Kriege vorgeschlagen, in Vietnam eine jüdische Exilregierung zu bilden.

Herr Ben Gurion betonte abschließend noch einmal die Notwendigkeit einer europäischen Einigung. Hierdurch würde auch die Position der Vereinigten Staaten stärker, und für die Russen würde die friedliche Koexistenz dann mehr als eine Phrase.

Das Gespräch endete kurz vor 10.30 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 23**

<sup>8</sup> Der französische Staatspräsident de Gaulle hielt sich vom 4. bis 9. September 1962 zu seinem ersten Staatsbesuch in der Bundesrepublik auf. Für den Wortlaut seiner Reden vgl. Charles DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4: Pour l'effort. Août 1962–décembre 1965, [Paris] 1970, S. 6–11, und S. 14–18. Vgl. ferner BULLETIN 1962, S. 1393 f., S. 1401–1403, S. 1409–1412, S. 1417 f. und S. 1425–1430; ADENAUER, Erinnerungen IV, S. 177–181.

<sup>9</sup> So in der Vorlage.

## Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Präsident Johnson

Z A 5-64.A/67 geheim

26. April 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler führte am 26. April 1967 um 10.30 Uhr ein Gespräch unter vier Augen mit dem amerikanischen Präsidenten Johnson.

Nach einer zwanglosen Unterhaltung im Familienkreise begann das politische Gespräch um 11 Uhr.

Der Herr *Bundeskanzler* unterstrich einleitend, er lege wirklich großen Wert auf ein gutes, enges und freundschaftliches Verhältnis mit den Vereinigten Staaten, der Regierung und dem Präsidenten. Der Präsident sei etwas verärgert gewesen über gewisse Kommentare in der letzten Zeit.<sup>2</sup> Hierzu wolle er sagen, daß man deutscherseits alles tun werde, dem Präsidenten keine Schwierigkeiten zu machen. Ebenfalls wolle er (der Herr Bundeskanzler) nicht durch solche Erklärungen in die inneren Auseinandersetzungen in Amerika hineingezogen werden, insbesondere dann nicht, wenn diese Auseinandersetzungen sich gegen den Präsidenten und seine Regierung richteten. Er wisse um die Bürde und Verantwortung, die der Präsident trage, und die Bundesrepublik wolle zu diesen Schwierigkeiten nicht noch weitere hinzufügen. Diese allgemeine Erklärung wolle er vorausschicken. Er freue sich über die Gelegenheit zum Gespräch und meine, daß diese Zusicherung vielleicht noch wichtiger sei als die Entscheidungen in Einzelfragen, welche in den nächsten Wochen und Monaten anstünden. Er betone, daß der Präsident, was den Bundeskanzler und seine Regierung anbelange, davon ausgehen könne, daß die große Mehrheit der beiden Parteien ebenso dächten wie er selbst, d. h. ein gutes Verhältnis mit Amerika wollten und in vollem Vertrauen dieses gute Verhältnis weiter auszubauen beabsichtigten. Der Präsident habe vorgestern gesagt<sup>3</sup>, wenn man über Sorgen spreche, so sollte dies nicht in der Öffentlichkeit, sondern in der Familie geschehen. Dem stimme er zu. Es habe im letzten Jahr insbesondere im Zusammenhang mit dem Regierungswechsel gewisse Sorgen gegeben, und manchmal sei es notwendig, auch der Öffentlichkeit ein Wort zu sagen. Er verstehe aber, daß jedes Wort oder jede Andeutung in amerikanischen Zeitungsberichten und Kommentaren übermäßig vergrößert erschienen. Der Präsident könne sicher sein, daß die Bundesregierung vorsichtig vorgehen werde.

Die Lage in der öffentlichen Meinung Deutschlands bezeichnete der Herr Bundeskanzler wie folgt: Der Präsident wisse, daß die Überzeugung, daß Deutschland und Frankreich sich aussöhnen und zusammenarbeiten müßten, sehr verbreitet sei. Gleichzeitig aber (und die Meinungsumfragen bestätigten dies)

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 28. April 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 78.

<sup>3</sup> Für das Gespräch vom 24. April 1967 vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 22; B 150, Aktenkopien 1967.

legten die gleichen Leute einem guten und freundschaftlichen Verhältnis und der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten ebenso viel Wert bei. Es bestehe zwischen diesen beiden Dingen kein Widerspruch. Man könne sogar sagen, daß kein anderes europäisches Land eine öffentliche Meinung habe, die so sehr für freundschaftliche Zusammenarbeit mit Amerika eintrete wie Deutschland. Dies zur allgemeinen Situation. Er wolle nun ein Wort sagen, daß gelegentlich Zweifel aufgekommen seien, die keineswegs auf den Präsidenten zurückzuführen seien, sondern sich aus der allgemeinen Entwicklung ergeben hätten, die schon vor Jahren eingesetzt habe. Diese Zweifel beträfen die Frage, ob die Vereinigten Staaten ihre Politik gegenüber Europa verändert hätten oder zu verändern beabsichtigten. Diese Zweifel seien ein Faktum, und es wäre gut, wenn es gelänge, diese Zweifel zu beschwichtigen. Es handle sich keineswegs um eine Vertrauenskrise, aber um eine Besorgnis. Sie hänge zusammen mit der Tatsache, daß der Kalte Krieg zu Ende sei und notwendige Veränderungen in der Welt sich ergeben hätten. Daran müßten sich die Leute erst gewöhnen.

Präsident *Johnson* bemerkte, er verstehe sehr wohl, daß das Hauptproblem des Herrn Bundeskanzlers die öffentliche Meinung sei. Auch für ihn sei die öffentliche Meinung ein großes Problem. Wenn es nun solche Zweifel in Deutschland gebe, so müsse er fragen, was die Ursache dafür sei. Amerika habe seine Truppen nicht reduziert und mache auf dem Gebiet der Zahlungsbilanz große Anstrengungen. Er verstehe die Unsicherheit, die sich aus der Bedrohung durch die Sowjetunion ergebe. Im vergangenen halben Jahr habe aber die amerikanische Presse immer wieder davon geschrieben, die Deutschen zweifelten an der Beständigkeit, Treue und Verlässlichkeit *Johnsons*. Was sei die Ursache für solche Zweifel? Amerika habe 500 000 Menschen in Europa und gebe jedes Jahr eine Milliarde Dollar dafür aus. *McNamara* müsse gerade an diesem Vormittag unter Eid aussagen, und die erste Frage, die ihm gestellt werde, laute, warum die Amerikaner sich denn nicht zurückzögen, denn die Deutschen glaubten ihnen ohnehin nicht mehr, Herr *Kiesinger* wolle mit Frankreich machen usw. Dann kämen die *Mansfields* und alle anderen und nutzten diese Debatte zu ungunsten Dingen aus.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, als Beispiel könne er den amerikanischen Beschluß nennen, die Zahl der Flugzeuge um die Hälfte zu verringern.<sup>4</sup> Nicht die Tatsache der Einführung einer Rotation sei so sehr die Schwierigkeit, vielmehr fragten sich die Menschen, warum die Amerikaner denn nicht versuchten, die Russen zu einer vergleichbaren Verringerung zu überreden. Desgleichen gebe es im Zusammenhang mit dem Nichtverbreitungsvertrag ungeheure Fragen. Die Menschen fragten z.B., ob die Amerikaner nicht die Russen dazu bewegen könnten, etwas zu tun, um die Kriegsgefahr zu verringern.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, im Januar in Paris habe General de Gaulle ihm gesagt<sup>5</sup>, die Deutschen, auch *Adenauer*, seien Amerika gegenüber zu gehorsam. Darauf habe er (der Herr *Bundeskanzler*) erwidert, dem sei ganz und gar nicht so. Es hätten sich seit Beendigung des Kalten Krieges gewisse Ver-

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 109, Anm. 10.

<sup>5</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsgesprächen am 13./14. Januar 1967 vgl. Dok. 14–17 und Dok. 19.



änderungen eingestellt. Solange der Kalte Krieg angedauert habe, seien die europäischen und amerikanischen Interessen beinahe identisch gewesen. Er wisse sehr wohl, daß Amerika natürlich und legitimerweise nur amerikanische Interessen verfolgen könne. Nun sollte man zwischen Paris und Bonn und noch besser mit Washington feststellen, wo die Interessen identisch sind und wo Interessenbereiche lägen, in denen es Reibungen geben könnte. In der Schlußsitzung im Januar sei festgestellt worden (und dies sei höchst bedeutsam, aber leider in den amerikanischen Zeitungen nicht zum Ausdruck gekommen), in welchen Bereichen Deutschland und Frankreich übereinstimmten und in welchen nicht. Zu den letzteren zähle die NATO, denn Deutschland wolle im integrierten System bleiben. Außerdem zähle die Haltung gegenüber amerikanischen Streitkräften in Europa zu den Punkten, in denen keine Einigkeit bestehe. Es bestehe weder die Gefahr noch die Absicht, von Amerika abzudriften. Leider könne man nicht vermeiden, daß gewisse Leute immer nur negative Seiten beleuchteten und die positiven Erklärungen überhaupt nicht werteten. Sein Vorgänger sei ein sehr guter Wirtschaftsminister gewesen<sup>6</sup> und habe sehr viel für den Aufbau getan. In der Außenpolitik sei er jedoch als zu naiv eingeschätzt worden und die Leute meinten, er habe die Interessenlage nicht analysiert. So hätten die Leute auch geglaubt, daß er im September<sup>7</sup> versagt habe, und dies sei ein Grund gewesen, warum er so rapide an Vertrauen verloren habe. Die Auswirkung sei gewesen, daß die CDU, die seit beinahe 20 Jahren immer die Mehrheit gehabt habe, plötzlich bei den Umfragen auf 38 v.H. abgesunken sei, während die SPD auf 50 v.H. angestiegen sei. Inzwischen habe sich diese Situation jedoch wieder gebessert. Das Unruhegefühl reiche zurück in die letzten Jahre der Eisenhower-Regierung, genauer gesagt, das Treffen mit Chruschtschow in Camp David.<sup>8</sup> Damit werde klar, daß es sich nicht um einen Zweifel an der Regierung Johnson handle, sondern vielmehr um einen langen Prozeß. Was das amerikanisch-russische Verhältnis anbelange, gebe es zwar kein wirkliches Mißtrauen, eher eine gewisse Resignation. Man müsse also etwas dagegen tun. Er selbst sei in der Haltung gegenüber Frankreich nie soweit gegangen wie Adenauer, der dies beinahe romantisch gesehen habe. Dennoch habe auch Adenauer genau gewußt, daß es keine Lösung der Sicherheitsfrage noch des deutschen nationalen Anliegens ohne Amerika geben könne. Man könne die Dinge nicht spektakulär ändern, sondern nur das Klima verbessern. Wenn Johnson und er zusammenträfen und die Leute sähen, daß die beiden sich gegenseitig vertrauten, werde dies sicherlich die Sorgen beschwichtigen. Die Deutschen seien keine Illusionisten und wüßten, daß das Deutschlandproblem ein schwierig zu lösendes Problem sei. Was die Beziehungen zwischen Amerika und Rußland anbelange, so seien solche Beziehungen notwendig, und er habe auch öffentlich darauf hingewiesen, denn diese beiden Mächte trügen eine besonders große Verantwortung. Was man deutscherseits

<sup>6</sup> Ludwig Erhard war von 1949 bis 1963 Bundesminister für Wirtschaft.

<sup>7</sup> Für die deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 26./27. September 1966 in Washington vgl. AAPD 1966, II, Dok. 297, Dok. 298 und Dok. 300–302.

<sup>8</sup> Im Rahmen des Besuchs des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 15. bis 27. September 1959 in den USA fand am 26./27. September zwischen Chruschtschow und Präsident Eisenhower im Landhaus des amerikanischen Präsidenten bei Gettysburgh in Pennsylvania auch ein Meinungsaustausch über Deutschland und Berlin statt. Für das Kommuniqué vgl. DzD IV/3, S. 284 f.

wünsche, sei echte Konsultation. Man wolle die Wiedervereinigung, die auch von den Verbündeten unterstützt werde. Dennoch griffen die Russen die Bundesrepublik ständig an und würfen ihr Revanchismus und anderes vor.

Präsident *Johnson* warf hier ein, der Herr Bundeskanzler solle sich einmal eine Zusammenstellung machen lassen, was die Russen über die Deutschen und was sie über Johnson sagten. Dann werde Johnson sicherlich als Erster abschneiden. Er habe keinerlei Illusionen hinsichtlich Rußlands und empfinde gegenüber Rußland die gleiche Reserve wie Adenauer, er rede nur weniger darüber.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, zwar nicht in Amerika, aber in manchen verbündeten Hauptstädten könnten die Russen die Deutschen angreifen, ohne daß ihnen entsprechend erwidert werde. Wenn in Bonn ein Russe solche Attacken gegen einen Verbündeten reiten würde, würde er dies nie hingehen lassen. Der einzige, der aufgestanden und Deutschland verteidigt habe, sei Herr Saragat gewesen.<sup>9</sup> Dies alles seien kleine Dinge, aber wenn viele solche Kleinigkeiten zusammenträfen, lösten sie Unruhe aus. Die Menschen verstünden nicht das vielschichtige System, das heute erforderlich sei für Amerika, daß es nämlich besondere Beziehungen mit Moskau haben müsse, auch wenn der ideologische Antagonismus weiterdauere, während gleichzeitig Probleme in Südostasien und anderswo auf Amerika einstürmten. Er betone, daß keine Krise bestehe, aber es habe nach der Erhard-Zeit ein so verbreitetes Unbehagen gegeben, daß man eine klare und feste Haltung habe einnehmen müssen. Die NPD, die man nicht als neonazistisch, vielmehr als poujadistisch bezeichnen könne, habe nur dann Erfolgchancen, wenn in Deutschland sich ein wirklich antiamerikanisches Gefühl verbreite. Die Wahlkampagne dieser Partei sei ganz darauf abgestellt gewesen, die Bundesregierung als Satellitenregierung der Vereinigten Staaten darzustellen. Die NPD habe in Schleswig-Holstein einen großen Erfolg erhofft, sei aber weit darunter geblieben.<sup>10</sup> Im Durchschnitt könne sie in Deutschland 3 v. H. zur Zeit für sich buchen, wobei dieser Prozentsatz vorher einiges höher gelegen habe. Die Entwicklung des Unbehagens sei aus einem langen Prozeß entstanden. Zu bemerken sei auch, daß ein so hochgeachteter Mann wie Adenauer natürlich Gehör finde, wenn er von einem Morgenthau-Plan spreche.<sup>11</sup>

Zum Atomsperrvertrag bemerkte der Herr Bundeskanzler, es sei ihm gesagt worden, daß wichtige Fragen in den Verhandlungen in Washington auf die persönliche Intervention des Präsidenten hin geklärt worden seien.<sup>12</sup> Wie der Text des Vertrages heute stehe, könnten wohl die einzelnen Bestimmungen jede für sich akzeptiert werden. Die Hauptfrage aber laute, ob die Bundesrepublik den Vertrag mit dem Blick auf die Russen annehmen könne. Natürlich wolle die Bundesrepublik keine nuklearen Waffen. Sie wolle außerdem ebenfalls bessere Beziehungen mit der Sowjetunion. Die Russen seien jedoch gegenüber diesen Bemühungen der Bundesregierung sehr zynisch. So habe Kossygin zum Bei-

<sup>9</sup> Vgl. dazu Dok. 8, Anm. 26.

<sup>10</sup> Bei den Landtagswahlen am 23. April 1967 in Schleswig-Holstein und in Rheinland-Pfalz erreichte die NPD 5,8 % (4 Mandate) bzw. 6,9 % (4 Mandate) der Stimmen.

<sup>11</sup> Vgl. dazu Dok. 64, Anm. 5.

<sup>12</sup> Vgl. dazu Dok. 135, besonders Anm. 2.

spiel erklärt, Deutschland müsse den Vertrag akzeptieren, ob es ihm gefalle oder nicht.<sup>13</sup> Hier liege die Gefahr. Zwar seien die amerikanischen Motive verständlich, doch könne man nicht übersehen, daß die Russen ganz andere Motive hätten. Im Parlament gebe es eine sehr starke Gruppe der CDU, die gegen eine Vertragsunterzeichnung sei.<sup>14</sup> Die CSU habe vergangene Woche einstimmig gegen den Vertrag votiert. Es sei ihm gelungen, die emotionalen Reaktionen zu beruhigen, welche Adenauer und Strauß ausgelöst hätten. Ihm stelle sich nun die Frage, was getan werden könne, um einerseits dem amerikanischen Wunsch nach einem solchen Vertrag gerecht zu werden, gleichzeitig aber den Vertrag auch durch den Bundestag zu bringen. Sein Gedanke sei daher eine Befristung der Vertragsdauer. Er habe diesen Gedanken mit Herrn Moro<sup>15</sup>, den Schweizern und Belgiern schon besprochen. Fanfani habe von fünf Jahren gesprochen, was ihm offen gestanden zu kurz erscheinen wolle. Er frage aber, ob nicht eine Befristung auf etwa zehn Jahre vorgesehen werden könnte. Während dieser zehn Jahre könnte man dann sehen, was politisch getan werden könne nicht nur im Blick auf die Abrüstung, sondern auch im Blick auf das deutsch-russische Verhältnis. Jedenfalls befände sich Deutschland in einer besseren Position, wenn es sich noch nicht auf alle Zeit verpflichtet hätte. Zunächst sei aber der Ausgang der Bundestagsdebatte<sup>16</sup> abzuwarten. Die Regierung werde jedenfalls einen beruhigenden Einfluß auszuüben versuchen.

Zu den Währungsfragen bemerkte der Herr Bundeskanzler, diese würden jetzt zwischen den Wirtschaftsministern besprochen.<sup>17</sup> Ihm sei gesagt worden, daß es gelungen sei, die Franzosen zu einer kooperativen Haltung zu bewegen, die sie zunächst abgelehnt hätten. In der Kennedy-Runde sei die Bundesrepublik bereit, alles in ihrer Macht Stehende für einen Erfolg zu tun.

Der Herr Bundeskanzler sagte dann, er hätte gerne mit dem Präsidenten über das Verhältnis zwischen Europa und Amerika sowie über die zukünftige Entwicklung in der Welt einschließlich Chinas gesprochen. Er wolle darauf hinweisen, daß die Deutschen nicht isoliert nur an Europa oder Deutschland dächten, sondern die Gesamtinteressen im Auge hätten.

(An dieser Stelle bat Präsident Johnson darum, sich kurz ins Badezimmer zurückziehen zu dürfen.)

<sup>13</sup> Zur Äußerung des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 9. Februar 1967 in London vgl. Dok. 55, besonders Anm. 8.

<sup>14</sup> Vgl. dazu Dok. 90, besonders Anm. 9 und 11.

<sup>15</sup> Für das Gespräch mit dem italienischen Ministerpräsidenten am 24. April 1967 vgl. Dok. 140.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut der Debatte des Bundestages vom 27. April 1967 über das Nichtverbreitungsabkommen vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 64, S. 4930–4976.

<sup>17</sup> Vgl. dazu bereits Dok. 17, Anm. 17.

Am 17./18. April 1967 berieten die Finanz- und Wirtschaftsminister der EWG in München über die „Verbesserung der internationalen Kreditmethoden“. In Vorbereitung der Konferenz der Zehnergruppe vom 23. bis 26. April 1967 in Washington verständigten sie sich u. a. für den Fall eines anerkannten Mangels an internationaler Liquidität auf die Möglichkeit der Schaffung von bedingten und unbedingten Ziehungen innerhalb des IMF. Ministerialdirektor Harkort informierte mit Runderlaß vom 21. April 1967, daß diese Einigung erst nach Gesprächen des Bundesministers Schiller mit seinem französischen Amtskollegen Debré möglich geworden sei. Vgl. den Runderlaß Nr. 1316; Referat III A 1, Bd. 182. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. BULLETIN 1967, S. 371.

Nachdem der Präsident wiedergekommen war, sagte der Herr Bundeskanzler, wann immer der Präsident es für nützlich halte, daß der Bundeskanzler ihn besuche, werde er gerne kommen.<sup>18</sup>

Der *Präsident* bemerkte, er überlege sich, wie er dem Herrn Bundeskanzler die deutschen und amerikanischen Probleme aus seiner Sicht dartun könne, ohne unangenehm zu werden. Das Bild, das der Herr Bundeskanzler ihm von dem deutschen Empfinden und der deutschen Öffentlichkeit gezeichnet habe, entspreche dem, was er vor seiner Reise nach Bonn selbst festgestellt habe. Er meine, daß in den nächsten Monaten die öffentliche Meinung hier und in Amerika sich entscheiden werde, welche Richtung sie in Zukunft nehme. Im Augenblick befinde sie sich in einem Zustand des Zweifels und des Fragens. Er wisse nicht, welches die Ursache dafür sei. Vielleicht sei es der Regierungswechsel, vielleicht die Adenauersche Sentimentalität gegenüber Frankreich, vielleicht das, was de Gaulle als zu großen Gehorsam gegenüber Amerika bezeichnet habe. Das Gefühl in der amerikanischen Öffentlichkeit zeige die gleichen Merkmale, die man beschreiben könnte mit dem Bild der Frau, deren Mann an ihrer Treue zweifle. Die Amerikaner meinten, man schätze sie nicht, obwohl sie doch 500 000 Menschen in Europa hätten und eine Milliarde dafür ausgaben. Sie hätten das Gefühl, man meine hier, die Amerikaner gehörten hier gar nicht her, man sei ja schließlich selbst erwachsen und wieder kräftig geworden. Währungs- und devisenmäßig gehe es den Europäern auch besser als Amerika; warum also sollten die Amerikaner in Europa bleiben. De Gaulle, Adenauer und die Deutschen hätten alle dieses Gefühl. Warum also sollten die Amerikaner nicht sagen, man könne doch die Dinge so regeln, wie es dem 20. Jahrhundert gemäß sei, wo es schnelle Flugzeuge gebe und man ins Raketenzeitalter eingetreten sei. Die Deutschen wollten die Amerikaner ja nicht, die Amerikaner seien ihnen gleichgültig, sie blickten auf eine Zukunft mit Frankreich, warum also solle man sie nicht einfach dorthin laufen lassen? Solche Fragen würden in Amerika gestellt. Es gebe 13 demokratische führende Persönlichkeiten, die die Auffassung verträten, die amerikanischen Truppen sollten nach Hause zurückkehren. Er habe sich dem hundertprozentig widersetzt. Er wisse aber nicht, wie das schließlich ausgehen werde. Die Frage sei, was man angesichts solcher Empfindungen tun könne und solle. Er wolle nicht als der Architekt dastehen, der die Allianz demontiert habe. Andererseits glaube er, daß im vergangenen Halbjahr große Schritte in dieser Richtung getan worden seien. Er meine, daß dies weitgehend darauf zurückzuführen sei, daß die deutsche Presse unbewußt in Amerika die Reaktion ausgelöst habe, Johnson sei alles gleichgültig, er wolle nur den Atomsperrvertrag, er sei an Asien und nicht an Europa interessiert. Die Leute in Amerika sagten, wenn das die Reaktion in Deutschland sei, warum solle man sich dann nicht zurückziehen? Es sei geradezu modisch in Deutschland gewesen, die Amerikaner zu kritisieren. Unbewußt oder unterbewußt sei auch die deutsche Führung hieran nicht ganz unschuldig. Hinzu komme, daß diese Empfindung von Frankreich her kräftig genährt werde, denn die Franzosen sagten, die Amerikaner betrachteten die Deutschen als Macht zweiter Klasse, meinten es nicht ernst mit dem nuklearen Schutz, wollten den Atomsperrvertrag und die Verständigung mit den

<sup>18</sup> Vgl. dazu Dok. 254.

Russen. All dies werde von den Leuten ausgenutzt, die Deutschland und Amerika entzweien wollten. Er (Johnson) halte derartige Auffassungen auf beiden Seiten des Atlantik für falsch. Er mache sich keinerlei Illusionen über die Russen, jedenfalls nicht mehr Illusionen als Adenauer und Dulles und sicherlich nicht soviel Illusionen wie Kennedy. Er meine nicht, daß sein Ansehen in Moskau besser sei als das des Herrn Bundeskanzlers. Die Feinde ließen die Dinge so erscheinen, als habe Amerika heimlich einen Handel mit den Russen gemacht oder vor. An seiner eigenen Überzeugung von der Wichtigkeit, Notwendigkeit und Wünschbarkeit einer konstanten Freundschaft mit dem deutschen Volk und gegenseitiger Loyalität habe sich nichts geändert. Er werde niemals die Partnerschaft aufgeben, die er angeboten habe, als der Mauerbau in Berlin erfolgte.<sup>19</sup> Er werde niemals die Wiedervereinigung oder die Unterstützung für ein einziges Deutschland abschreiben. Er werde niemals die Notwendigkeit übersehen, alles Erforderliche im Zusammenhang mit den Truppen in Deutschland zu tun, noch werde er den amerikanischen Wunsch übergehen, von der anderen Seite Konzessionen zu verlangen, ehe man selbst Konzessionen mache.

Zum Nichtverbreitungsvertrag betonte der Präsident, Amerika sei keineswegs nahe an einem Abkommen mit den Russen. Wenn Deutschland zu der Erklärung bereit sei, daß es keine nuklearen Waffen haben wolle, könne ein für Deutschland befriedigender Vertrag ausgehandelt werden, und tatsächlich seien auf deutschen Wunsch schon 25 Änderungen erfolgt. Die Deutschen meinten, der Vertrag mit den Russen sei praktisch schon unterschrieben. Dies sei einfach nicht wahr. Wenn man deutscherseits die Position einnehme, daß man keine nuklearen Waffen brauche, ließen sich alle übrigen Dinge ausarbeiten und aushandeln. Ein befristeter Vertrag sei weder für fünf noch für zehn noch für fünfzehn Jahre denkbar, denn die Russen würden dies nie akzeptieren. Er (Johnson) sei nicht bereit, Deutschland oder sein eigenes Land zu liquidieren. Er erwarte von dem Herrn Bundeskanzler, daß er zu dem amerikanischen Präsidenten als dem Hüter Deutschlands aufschau, dessentwillen man sich keine Sorgen zu machen brauche. Freilich dürfe man sich Sorgen machen und solle das auch ganz offen sagen. Was aber in Deutschland noch nicht begriffen worden sei, sei die Tatsache, daß schon 25 Änderungen in den Vertrag hineingeschrieben worden seien, um ihn für Deutschland annehmbarer zu machen. Was auch vergessen werde, sei, daß die Russen diesen Vertrag heute überhaupt nicht akzeptierten. Die deutsch-amerikanische Arbeitsgruppe für Atomfragen arbeite weiter. Ein Problem sei, daß der Kongreß zum Vertrag nein sagen würde, wenn er keine Kontrollen enthielte. Seien Kontrollen im Vertrag, würden die Russen nein sagen. Wenn überhaupt eine Arbeitsgrundlage mit den Russen geschaffen werden könnte, was er noch bezweifle, dann werde er (Johnson) mit dem Herrn Bundeskanzler, mit Moro usw. zusammenarbeiten. All die öffentlichen Erklärungen, Amerika habe hinter dem Rücken der Euro-

<sup>19</sup> Der damalige amerikanische Vizepräsident Johnson hielt sich vom 18. bis 21. August 1961 in Berlin (West) auf. Am 19. August 1961 erklärte er vor dem Abgeordnetenhaus: „Wir sind darauf vorbereitet, die Last zu tragen, die Opfer zu bringen und unser Teil dazu beizutragen, daß die Freiheit in der Welt bewahrt wird. Und alles, was wir fordern, ist, daß Sie an unserer Seite stehen, daß Sie Vertrauen gegen Vertrauen geben, Opfer für Opfer, und daß wir gemeinsam die Lasten teilen, die die Freiheit erfordert.“ Vgl. DzD IV/7, S. 153.

päer einen Handel mit den Russen gemacht, seien einfach unwahr. Die Deutschen wüßten gar nicht, daß schon von amerikanischer Seite so viele Änderungen in den Vertrag hineingeschrieben worden seien.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, er habe deutlich gesagt, daß Amerika in diesen Dingen entgegenkommend gewesen sei. Der Hauptgrund, der eine starke oppositionelle Gruppe ins Leben gerufen habe, sei die politische Bindung gegenüber Rußland. Auf dieser Argumentation beruhe der Gedanke einer Befristung. Man müsse aber nun sehen, wie die Dinge weitergingen. Bis jetzt sei es ihm gelungen, die Emotionen zu beruhigen.

Der *Präsident* sagte zusammenfassend, Amerika habe keinen Vertrag mit den Russen. Man müsse erst sehen, welche Fortschritte möglich seien, sofern überhaupt solche Fortschritte zustande kämen. Kämen sie zustande, werde er in ständiger Berührung mit dem Bundeskanzler bleiben. Der Herr Bundeskanzler dürfe sich nicht irreführen lassen durch die Äußerungen Kossygin in London, sofern diese Äußerungen wirklich in dieser Form zuträfen. Kossygin sei nicht Präsident der Vereinigten Staaten, auch Herr Foster nicht. Es gebe in Amerika nur einen Präsidenten, und den müsse der Herr Bundeskanzler selbst beurteilen. Natürlich könne man sich Erklärungen von Kossygin und Foster ansehen, Präsident aber sei er. In derselben Weise wolle er mit dem Bundeskanzler Deutschlands zu tun haben und Sorge sich nicht um Herren wie Strauß und andere.

Der Präsident fuhr fort und bemerkte, Adenauer genieße hohe Achtung in Amerika, denn er habe Großartiges beim Aufbau Deutschlands geleistet und seine demokratische Haltung sei besonders beliebt. Für das 20. Jahrhundert habe Adenauer das russische Problem besonders stark empfunden, nicht als sei dies in Amerika nicht ebenfalls der Fall, aber Amerika wolle die Tür nicht verschließen, weil sonst jemand die Tür zerschlagen könnte. Amerika meine, daß es bessere Wege gebe. Herrn Erhard habe man in Amerika keineswegs als einen Weichling angesehen, der die deutschen Interessen vernachlässigt hätte, vielmehr habe man in Amerika geglaubt, daß Herr Erhard den isolationistischen Trend in Amerika erkannt und befürchtet habe. Er erwarte, daß Deutschland ihm helfe, gegen den Isolationismus zu kämpfen, genauso wie er selbst bereit sei, bei der Bekämpfung des Nationalismus zu helfen. Amerika sei nicht böse auf Deutschland, sondern verstehe seine Sorgen. Die Amerikaner seien lediglich müde, weil sie sich an zu vielen Orten der Welt sähen und meinten, sie sollten wieder nach Hause gehen. Mit dieser Einstellung müsse man fertig werden. Seine eigene Stellung in der öffentlichen Meinung sei dadurch charakterisiert, daß er früher 80 v.H. für sich habe buchen können, während er jetzt auf 40 v.H. abgesunken sei. Der Grund dafür sei die weltweite Verpflichtung.

Präsident Johnson fuhr fort, der Herr Bundeskanzler habe von den Flugzeugen gesprochen. Es seien 662 Flugzeuge in Europa stationiert, davon sollten 144 abgezogen werden.

Herr von Hase warf hier ein, in der deutschen Presse würde dargestellt, daß die Hälfte der in Deutschland stationierten Flugzeuge abgezogen würden, und dies habe einen schlechten Effekt.

Präsident *Johnson* fragte, ob der Herr Bundeskanzler einen konkreten Gegenvorschlag zu machen habe.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, dies bedürfe noch der weiteren Diskussion.

Präsident *Johnson* sagte dann, im Grunde gehe es also um die Empfindungen in beiden Ländern. Amerika halte an seiner traditionellen Position fest, die es allen Bundeskanzlern gegenüber bekräftigt habe: Befürwortung der Wiedervereinigung, Beistand für Deutschland und stete Bereitschaft zur Verteidigung Deutschlands sowie Deutschland als treuer und vertrauensvoller Verbündeter der Vereinigten Staaten. Zum Atomsperrvertrag sei zu bemerken, daß schon viele Anpassungen auf Wunsch Deutschlands vorgenommen worden seien, daß der Vertrag noch keineswegs unterzeichnet sei, daß die technischen Kontakte weiterliefen, und daß nichts endgültig gemacht werde, ohne daß auf höchster Ebene ein Kontakt mit dem Herrn Bundeskanzler stattgefunden habe. Er habe schon Herrn Erhard gesagt, daß er nichts unternehmen wolle, ohne daß der Bundeskanzler davon wisse und dem zustimme.

Zu den Währungsfragen meine er, daß man deutscherseits vielleicht noch nicht ganz begriffen habe, wie wichtig das für Amerika sei. Der Herr Bundeskanzler sage, er wolle die Franzosen zur Mitarbeit bewegen. Dies sei natürlich schön und gut. Voraussetzung aber sei, daß die amerikanische Position nicht beeinträchtigt werde. Zur Kennedy-Runde habe der Herr Bundeskanzler gesagt, er werde alles tun, was er tun könne. Das wichtigste bei diesem Treffen sei jedoch, daß jeder Zweifel und jedes Gefühl der Vernachlässigung, Äußerungen über mangelnde Konsultation und Komplizität für den Herrn Bundeskanzler Probleme aufwerfe. Diese Dinge täten nicht Amerika weh, aber sie seien sehr schädlich für das deutsche Volk, wenn sie öffentlich in Amerika verbreitet werden. Dies lasse sich illustrieren damit, daß es etwas ganz anderes sei, ob man seiner Frau im Bett gewisse Zweifel sage, als wenn man es in den Zeitungen schreibe. Wann immer der Herr Bundeskanzler etwas habe, solle er jemanden zum amerikanischen Präsidenten schicken oder ihn einfach telephonisch anrufen. Man dürfe nicht die Fulbrights und Mansfields hochkommen lassen. Kämen sie hoch, so tue es ihm (*Johnson*) nicht weh, wohl aber Deutschland. Die Sowjets versuchten alles, um Amerika und Deutschland zu entzweien. Amerika aber wisse, wo seine eigentlichen Partner lägen, denn letztlich fließe europäisches Blut in amerikanischen Adern. Die Amerikaner wüßten, daß die Freiheit mit einem solchen Bündnis am besten gewährleistet werden könne. Halte Deutschland so konstant an Amerika fest, wie dies Amerika mit Deutschland tue, werde es keine Probleme geben. Die Zukunft Europas und die Hoffnung auf Wiedervereinigung seien abhängig von diesem Bündnis und dem Vertrauen zueinander. Er wolle, daß auch die Engländer und Italiener dabei ihre Rolle spielten und er sähe es gerne, wenn die Gaulle das gleiche täte. Wenn man nicht zulasse, daß irgendjemand das deutsch-amerikanische Verhältnis trübe, gehe alles gut. Amerika zähle auf Deutschlands Hilfe. In wirtschaftlichen Dingen und der Zahlungsbilanz sei diese Hilfe schon Tatsache geworden, in der Kennedy-Runde und den Währungsfragen könne Deutschland sehr viel Hilfe leisten. Zum Atomsperrvertrag solle der Herr Bundeskanzler dem deutschen Volk sagen, daß es keinen Vertrag zwischen Rußland und Amerika gebe, daß Herr Foster nicht für den Präsidenten

sprechen könne. Man müsse die Dinge durchdiskutieren, und wenn dem Herrn Bundeskanzler etwas nicht gefalle, dann werde er ... (der Satz blieb unvollendet.)

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er nehme dieses Angebot zur Diskussion gerne an. Er bitte noch einmal um Verständnis dafür, daß er der Sorge in den letzten Monaten einen gewissen Ausdruck habe verleihen müssen. Er glaube jetzt aber besser als zuvor zu wissen, daß jedes einzelne hier gesprochene Wort in Amerika in Übergröße erscheine.

Der *Präsident* warf hier lachend ein, er sei politisch keineswegs naiv und wisse, daß ein Staatsmann nur dann aktiv werden könne, wenn er gewählt werde. Der Herr Bundeskanzler habe also die Problematik des Atomsperrvertrags verstanden. Amerika arbeite wo immer möglich mit den Russen, denn es liege in seinem eigenen Interesse und im Interesse der freien Welt. Der Weltraumvertrag sei am Vortag angenommen worden<sup>20</sup>, der Konsularvertrag<sup>21</sup> stehe zur Aushandlung an, und sicherlich wäre es für alle von Interesse, wenn Amerikaner an Ort und Stelle seien, um über manches mehr zu erfahren, was man heute noch nicht wisse. In der Truppenfrage werde der Herr Bundeskanzler seine Auffassungen vortragen. Er habe verstanden, daß diese Frage für das deutsche Volk von großer Bedeutung sei. Sachverständige auf höchster Ebene sollten die Dinge prüfen. Gelange man nicht zu einem befriedigenden Übereinkommen, müsse man Anpassungen vornehmen, so daß beide Arm in Arm vor ihre Völker treten könnten. Wichtig sei dieser Händedruck, der symbolisiere, daß man letzten Endes beisammen stehe. Beide Länder stünden beisammen, wenn nicht der Herr Bundeskanzler etwas anderes sage. Jedenfalls wolle er enge Verbindung halten. Man könne der Presse sagen, die Freundschaft der beiden Völker sei bekräftigt worden und man habe vereinbart, die schon 20 Jahre anhaltenden herzlichen Beziehungen fortzusetzen. Es gebe Probleme gegenseitigen Interesses in der Wirtschaft, in der Währung, in der Kennedy-Runde, in der Truppenfrage und hinsichtlich des Atomsperrvertrages. Es habe eine allgemeine Aussprache stattgefunden und zu der völligen Übereinstimmung geführt, daß beide Seiten nichts tun würden, was nicht im besten Interesse ihrer Völker läge. Des weiteren würden die Gespräche in naher Zukunft fortgesetzt. Auch die Erörterungen über den Atomsperrvertrag gingen weiter. Der Besuch des Bundeskanzlers in Amerika werde jederzeit begrüßt, wann er kommen könne. Ein Datum dafür wäre in den nächsten Monaten zu erarbeiten. Wichtig sei, zu betonen, daß weder Amerika noch Deutschland sich gegenseitig übervorteilen wollten. Alles, was geschehe, werde in gegenseitiger Verständigung getan werden. Für Amerika sei es wichtig zu wissen, daß Deutschland sein Freund sei. Was ihn selbst (den Präsidenten) anbelange, so werde es allen Kolumnisten, Kommunisten und Primadonnen der Welt nicht gelingen, ihn mit dem deutschen Volk zu entzweien.

<sup>20</sup> Der amerikanische Senat ratifizierte am 24. April 1967 das Abkommen vom 19. Dezember 1966 „über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums, einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper“. Vgl. CONGRESSIONAL RECORD, Bd. 113, Teil 8, 1967, S. 10593–10595. Für den deutschen Wortlaut des Abkommens vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 1–5.

<sup>21</sup> Für den Wortlaut des Wiener Übereinkommens vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1969, II, S. 1585–1703.



Der Herr *Bundeskanzler* zeigte sich erfreut über diese Äußerungen und sagte, deutscherseits werde nichts getan, was die Beziehungen stören könnte. Er nehme gerne das Angebot des Präsidenten an, über Schwierigkeiten zu sprechen und eine gute Lösung im beiderseitigen Interesse zu finden. Er gab dann seiner Freude über den Besuch des amerikanischen Präsidenten Ausdruck. Die öffentliche Meinung sei für enge Beziehungen und Freundschaft der beiden Völker und der Präsident werde jederzeit hier Verständnis finden.

Präsident *Johnson* bat dann den Herrn Bundeskanzler, eine Sache besonders zu überprüfen, nämlich den amerikanischen Wunsch nach einer deutschen Beteiligung an Hilfeleistung an Indien in Form von Nahrungsmitteln, Düngemitteln usw. Dem amerikanischen Kongreß sei gesagt worden, der indische Bedarf belaufe sich auf sechs Millionen Tonnen. Davon werde Amerika drei Millionen Tonnen zur Verfügung stellen, vorausgesetzt, daß die restlichen drei Millionen aus der übrigen Welt abgedeckt würden.

Der Herr *Bundeskanzler* versprach, die Sache zu prüfen.<sup>22</sup> In diesem Zusammenhang erläuterte er eingehend die derzeitigen Haushaltsschwierigkeiten der Bundesregierung und bemerkte, dies sei der Grund, warum es Deutschland schwerfalle, soviel zu tun wie die Vereinigten Staaten.

Am Ende des Gesprächs ergab sich noch eine längere Unterhaltung über das, was im Anschluß der Presse gesagt werden sollte. Auf die tatsächlich abgegebenen Presseerklärungen<sup>23</sup> wird verwiesen.

Das Gespräch endete gegen 12.30 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 23**

## 148

### Aufzeichnung des Legationsrats Graf York von Wartenburg

St.S. 953/67

26. April 1967

Betr.: Gespräch des Herrn Bundesministers mit dem israelischen Außenminister Abba Eban am 24. April 1967

Außenminister Eban, der zu den Beisetzungsfeierlichkeiten für Dr. Adenauer<sup>1</sup> nach Bonn gekommen und von Botschafter Ben Natan begleitet war, gab zu Beginn des in harmonischer Atmosphäre geführten Gesprächs seinem Bedauern über den traurigen Anlaß seines Besuchs Ausdruck und betonte die besondere Bedeutung des ersten Zusammentreffens eines deutschen und eines israelischen Außenministers auf deutschem Boden. Der Herr Minister dankte

<sup>22</sup> Zur Wirtschaftshilfe für Indien vgl. auch Dok. 222.

<sup>23</sup> Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1967, S. 381.

<sup>1</sup> Vgl. dazu Dok. 140, Anm. 2.

Herrn Eban für sein Kommen und hob hervor, daß er darin mehr erblicke als nur eine protokollarische Geste.

Im weiteren Gespräch wurden folgende Probleme behandelt, die Außenminister Eban aus israelischer Sicht als besonders wichtig hervorhob:

#### 1) Assoziierung Israels mit der EWG

Diese Frage sei für die Zukunft der israelischen Wirtschaft von zentraler Bedeutung. Nach den exploratorischen Gesprächen müsse man jetzt zu praktischen Ergebnissen kommen. Hierzu erhoffe sich Israel – insbesondere im Hinblick auf die bevorstehende Stellungnahme der EWG-Kommission<sup>2</sup> und die dann fällige Entscheidung des Ministerrats – nicht nur die Unterstützung, sondern die Initiative der Bundesregierung vor allem gegenüber der französischen Regierung, die bisher nur für eine Verbesserung des im Juli auslaufenden Handelsabkommens<sup>3</sup>, nicht aber für eine Assoziierung Israels mit der EWG eintrete. Israel wünsche jedoch eine präferenzielle Vereinbarung in Richtung auf eine Wirtschaftsunion. Für die deutsch-israelischen Beziehungen habe unsere Hilfestellung die gleiche Bedeutung wie seinerzeit das Luxemburger Abkommen<sup>4</sup> und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen<sup>5</sup>. Israel habe keine Einwände gegen Vereinbarungen der EWG mit anderen Mittelmeerländern, solange der Abschluß solcher Vereinbarungen nicht zur Bedingung für seine eigene Assoziierung gemacht werde.

Der Herr Bundesminister versicherte Herrn Eban, daß wir dem israelischen Anliegen kooperativ gegenüberstünden. Die deutsche Regierung wünsche, daß die Stellungnahme der EWG-Kommission zu dem israelischen Antrag so positiv wie möglich ausfallen solle. Uns gehe es um eine vernünftige Regelung der Wirtschaftsbeziehungen der Gemeinschaft zum Mittelmeerraum. Hierbei sollten keine Interdependenzen geschaffen werden, die eine befriedigende Lösung nur erschweren würden. Jedoch dürfe der sachliche Zusammenhang der wirtschaftlichen Probleme einiger dieser Länder wie Spaniens, des Maghreb und auch Israels, mit deren Anträgen die Kommission befaßt sei, nicht übersehen werden.

#### 2) Wirtschaftshilfe für Israel 1967

Außenminister Eban wiederholte den Wunsch seiner Regierung, in diesem Jahr Wirtschaftshilfe in der gleichen Höhe wie 1966 zu erhalten.<sup>6</sup> Es gäbe zwar objektive Gründe für eine Reduzierung wie z.B. die Haushaltslage des Bundes. Subjektive, psychologische Erwägungen wie der Hintergrund der deutsch-jüdischen Beziehungen, dessen erneute Erörterung man bei den kommenden Verhandlungen vermeiden wolle, sprächen jedoch gegen eine Kürzung.

<sup>2</sup> Zum Bericht vom 7. Juni 1967 an den EWG-Ministerrat vgl. Dok. 134, Anm. 11.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 4. Juni 1964, das am 1. Juli 1967 auslief, vgl. Referat III A 2, Bd. 31.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 10. September 1952 zwischen der Bundesrepublik und Israel über die Wiedergutmachung (Luxemburger Abkommen) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 35–97.

<sup>5</sup> Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen am 12. Mai 1965 vgl. AAPD 1965, II, Dok. 203.

<sup>6</sup> Zum Wirtschaftshilfeabkommen vom 12. Mai 1966 vgl. Dok. 134, besonders Anm. 7.

Der Herr Bundesminister bezog sich hierzu auf die kürzliche Äußerung des Herrn Bundeskanzlers gegenüber Botschafter Ben Natan<sup>7</sup>, wonach die deutsche Seite hoffe, die diesjährige Wirtschaftshilfe im Rahmen der Vereinbarungen von 1966 zu halten.

### 3) Die Lage Israels gegenüber der arabischen Welt

ist nach Auffassung Außenminister Ebans günstiger, als es nach außen den Anschein habe. Einige arabische Staaten wie Tunesien, Marokko, Libanon und Jordanien hätten sich offen oder im Stillen mit der Existenz Israels abgefunden. Andere seien mit sich selbst und ihren Konflikten untereinander beschäftigt. Israel befürchte keinen Krieg, gebe sich aber auch nicht der Hoffnung auf einen baldigen Frieden mit der arabischen Welt hin. Allmählich werde sich eine Art passiver Koexistenz entwickeln. Die Anerkennung, die Israel mit seiner Hilfeleistung bei etwa 60 Ländern in Asien, Afrika und Südamerika gefunden habe, habe seine Position sehr gefestigt.

Befriedigt äußerte sich der israelische Außenminister darüber, daß die deutsche Regierung gegenüber Israel und den arabischen Staaten keine Politik der „negativen Interdependenz“ betreibe, sondern sich bemühe, die jeweiligen Beziehungen getrennt voneinander zu gestalten.

Der Herr Bundesminister erklärte, daß er diese Haltung kürzlich auch gegenüber dem Präsidenten der Arabischen Liga eingenommen habe.<sup>8</sup> Möglicherweise werde auch das Kabinett sie noch einmal bekräftigen. Bei dem Gespräch mit Hassouna hätte sich einige Hoffnung auf eine Normalisierung unserer Beziehungen zur arabischen Welt ergeben. Er habe jedoch deutlich gemacht, daß unser Verhältnis zu Israel kein Verhandlungsobjekt sei und daß weder Hilfeleistungen an Israel noch eine etwaige finanzielle Unterstützung der palästinensischen Flüchtlinge, die eine besondere deutsche Geste bleiben müsse, Gegenstand schriftlicher Abmachungen mit arabischen Staaten sein könnten.

### 4) Die deutsch-israelischen Beziehungen

haben sich nach übereinstimmender Auffassung trotz aller Vorbelastung zufriedenstellend entwickelt. Die politischen Kontakte sollen auf der Ebene der Parlamente verstärkt werden. Hierfür könne zunächst die Interparlamentarische Union den Rahmen bieten.

Der Herr Bundesminister gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß eine israelische Parlamentsdelegation Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres einer Einladung in die Bundesrepublik folgen möge.

### 5) NV-Vertrag

Beide Minister stimmten darin überein, daß die friedliche Entwicklung auf dem Gebiet der Atomenergie durch einen solchen Vertrag nicht behindert werden dürfe.

### 6) Handelsbeziehungen Israels zu Rumänien

Außenminister Eban berichtete über den Abschluß eines Handelsabkommens mit Rumänien, das u. a. eine weitgehende Zusammenarbeit auf chemischem

<sup>7</sup> Für das Gespräch vom 18. April 1967 vgl. Dok. 134.

<sup>8</sup> Für das Gespräch mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Hassouna, am 21. April 1967 vgl. Dok. 136.

und petrochemischem Gebiet mit beiderseitiger Kapitalbeteiligung vorsehe. Dieses Abkommen zeige deutlich das Bestreben Rumäniens nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit. Die Sowjets seien darüber offenbar nicht konsultiert worden.

Hiermit dem Herrn Minister<sup>9</sup> vorgelegt.

York

Ministerbüro, Bd. 470

## 149

### Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 954/67 VS-vertraulich

26. April 1967

Betr.: Wiedervereinigung/Oder-Neiße-Linie

Die Aufzeichnung der Abteilung II vom 29. März 1967 – II A 4-82.00/2-94.29-361/67 VS-v<sup>1</sup> – gibt mir zu folgenden Bemerkungen Anlaß: Nach meiner Auffassung würde eine deutsche Erklärung, derzufolge wir die Oder-Neiße-Linie für den Fall der deutschen Wiedervereinigung, d.h. also als die Grenze eines gesamt-deutschen Staates, anerkennen, sowohl unserer Entspannungspolitik wie unserer Deutschlandpolitik förderlich sein.

1) Die Abteilung II führt meines Erachtens zu Recht aus, daß die sowjetische Garantie gegenüber vermeintlichen „revanchistischen Absichten der Bundesrepublik Deutschland das wesentliche Kettenglied ist, das Polen an die Sowjetunion bindet“. Unser Interesse muß es sein, daß sich eine Abhängigkeit Polens von der Sowjetunion, die sich gegen uns auswirkt, lockert. Die bedingte Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze wird eben wegen ihrer Bedingtheit von den Polen zwar nicht als ein absoluter Erfolg und Fortschritt bewertet werden; vielleicht wird die polnische Regierung einen Fortschritt offiziell zunächst überhaupt nicht anerkennen. Aber mag Polen es offiziell zugeben oder nicht – natürlich liegt in einer solchen deutschen Erklärung für Polen ein Fortschritt, und diese Erkenntnis wird sich durchsetzen. Die gegenwärtige hemmungslose Propaganda uns gegenüber wird erschwert. Die bedingte Anerkennung wird

<sup>9</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>1</sup> Ministerialdirigent Sahm nahm Stellung zum möglichen Einfluß, den eine „veränderte Haltung der Bundesregierung zur Oder-Neiße-Linie auf die sowjetische Haltung zur deutschen Wiedervereinigung“ haben könnte: „Die Sowjets würden unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie [...] als einen ‚Erfolg ihrer Friedenspolitik‘ darstellen. Sie würden alles daran setzen, daß ein solcher Schritt nicht ein Prestigegewinn für die Bundesrepublik würde, und es muß damit gerechnet werden, daß – entsprechend der Verhärtung der sowjetischen Haltung nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen uns und Rumänien – eine Preisgabe unserer Rechtsposition gegenüber den polnischen Grenzansprüchen die sowjetischen Forderungen auf Anerkennung der Teilung Deutschlands und auf Beschränkungen unserer Verteidigungsmöglichkeit eher noch verstärken würde.“ Vgl. VS-Bd. 8530 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

also zunächst einmal dazu beitragen, das deutsch-polnische Verhältnis aus seiner Erstarrung zu lösen.

Die weiteren Auswirkungen sind natürlich nicht mit Sicherheit zu übersehen. Immerhin darf man damit rechnen, daß die bedingte Anerkennung ein neues Element in die polnischen Betrachtungen über die eigene Sicherheit und auch über die Wiedervereinigungsfrage einführen wird. Die Polen würden am liebsten gewiß beides erreichen, daß wir sowohl die Oder-Neiße-Linie als [auch] die „DDR“ anerkennen. Gegenwärtig mögen sie noch die Hoffnung haben, beides zu erreichen, aber wenn sich diese Hoffnung weiterhin als trügerisch erweisen wird und sie vor der Alternative stehen: ein getrenntes Deutschland ohne Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch uns oder ein wiedervereinigtes Deutschland mit dieser Anerkennung, dann kann sich die Waagschale sehr wohl zugunsten der zweiten Alternative senken. Anders ausgedrückt: Die bedingte Anerkennung wird, abgesehen von einer vielleicht schon jetzt eintretenden atmosphärischen Verbesserung des deutsch-polnischen Klimas, wohl nicht in nächster Zeit zu greifbaren Erfolgen führen, aber eine auf weite Sicht angelegte Politik – und nur so läßt sich eine neue Deutschland-Politik verstehen – sollte diese Betrachtung nicht außer acht lassen.

2) In Moskau – darin folge ich der Abteilung II – wird die bedingte Anerkennung keinen Beifall finden. Solange Moskau an seinen starren Positionen festhält, können wir dort überhaupt keinen Beifall ernten, es sei denn durch das Eingehen auf diejenige sowjetische Forderung, die gegenüber der Forderung nach der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie die primäre ist, die Anerkennung des zweiten deutschen Staates. In Moskau haben wir erst dann eine Chance, wenn man dort anfängt, über die gegenwärtig absolut starre Haltung in der Deutschland-Frage nachzudenken. Hierzu wird die bedingte Anerkennung der Oder-Neiße-Linie beitragen können, denn sie macht es auf die Dauer gesehen für Moskau schwer, an dieser Haltung festzuhalten.

3) In der gesamten übrigen Welt – und zwar sowohl bei den übrigen Ländern des europäischen Ostens wie in der Dritten Welt und bei unseren Verbündeten – wird die bedingte Anerkennung lebhaft begrüßt werden. Bei einigen unserer wichtigsten Verbündeten wie Frankreich und Großbritannien würde sie bedeuten, daß unsere Politik und die dieser Länder wieder gleichziehen. Die bedingte Anerkennung würde allgemein als ein sehr bedeutender Beitrag zur Entspannung gewertet werden. Ich wüßte kaum eine Maßnahme, die in dieser Richtung einen gleich großen Erfolg haben könnte, wie die in Frage stehende.

4) Schließlich sollte die Wirkung in der SBZ nicht unterschätzt werden. Dem dort verbreiteten Gefühl, daß die Bundesregierung mutige Schritte in Richtung auf die Wiedervereinigung scheue, würde entgegengewirkt werden. Daß wir der Wiedervereinigung eine klare Priorität einräumen, würde von den Landsleuten in der Zone als ermutigende Erleichterung aufgefaßt werden.

Ich bin mir darüber im klaren, daß sich innerpolitische Schwierigkeiten ergeben würden. Auch in dieser Hinsicht sollte aber der Zusammenhang mit der Wiedervereinigungsfrage beachtet werden. Der großen Mehrheit des deutschen Volkes ist zweifellos sehr viel mehr an der Wiedervereinigung als an der ganzen oder teilweisen Wiederherstellung der Grenzen von 1937 gelegen. Die Bundesregierung – dazu sollte und kann nur die jetzige Regierung in der Lage sein –

müßte klar herausstellen, daß, wenn wir beiden Zielen – der Wiedervereinigung und der gänzlichen oder teilweisen Wiederherstellung der Grenzen von 1937 – nachjagen, wir damit rechnen müssen, beides zu verlieren.

Hiermit über Herrn Staatssekretär I<sup>2</sup> dem Herrn Minister<sup>3</sup> vorgelegt.

Lahr

VS-Bd. 426 (Büro Staatssekretär)

## 150

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg

I A 1-80.11-1131<sup>I</sup>/67 VS-vertraulich

26. April 1967<sup>1</sup>

Betr.: Die Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses seit der Neubildung der Bundesregierung (1. 12. 1966)

Die deutsch-französischen Beziehungen haben sich seit Bildung der großen Koalition verbessert. Diese Wendung kann auf folgende Gründe zurückgeführt werden:

1) Die Regierungserklärung<sup>2</sup> und die daran anschließenden Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Außenministers haben Paris davon überzeugt, daß eine neue Grundlage für die Zusammenarbeit gefunden werden kann. Die Tatsache, daß dank der großen Koalition die Außenpolitik der Bundesregierung fortan auf einer breiten parlamentarischen Basis ruht, war für die französische Regierung ein weiterer Faktor, der Neubelebung des deutsch-französischen Vertrages<sup>3</sup> näherzutreten. Auch die von der Bundesregierung gezeigte feste Haltung gegenüber amerikanischen Wünschen und damit eine größere Unabhängigkeit von Washington verbesserten die Voraussetzungen für einen neuen Start in den deutsch-französischen Beziehungen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 27. April 1967 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Brandt am 29. April 1967 vorgelegen.

Mit Begleitvermerk vom 27. Mai 1967 notierte Brandt handschriftlich für Staatssekretär Schütz: „Ob wir hierüber einmal mit St[aat]S[ekretär] Lahr sprechen sollten? Thema für das Colloquium mit Bu[ndes]ka[nzler]?“ Dazu vermerkte Schütz handschriftlich: „Nach R[ücksprache] mit dem H[errn] Min[ister] am 15.7. z[u] d[en] A[kten].“ Vgl. VS-Bd. 426 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Forster konzipiert.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vom 13. Dezember 1966 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

2) Das Treffen zwischen dem französischen Staatspräsidenten und Bundeskanzler Kiesinger am 13./14. 1. 1967 in Paris<sup>4</sup> lieferte eine erste Bestätigung der neuen Entwicklung. Außer der Bekräftigung der im Vertrag vom 22. Januar 1963 niedergelegten Grundsätze für die Zusammenarbeit und der Besprechung konkreter Einzelfragen ist ein wichtiges Ergebnis darin zu sehen, daß beide Regierungen nunmehr dahin tendieren, zunächst diejenigen Probleme anzupacken, bei denen Aussicht auf gemeinsames Handeln besteht, und die kontroversen Probleme (Verhältnis zu den USA, Einstellung zum integrierten System der NATO) zurückzustellen.

3) Die neuen Impulse, die die Bundesregierung der Ostpolitik gegeben hat, sind in Frankreich auf große Sympathien gestoßen und haben Erwartungen geweckt. Die Überwindung des Status quo mit dem Ziel einer gesamteuropäischen Friedensordnung, in welche die Lösung des Deutschlandproblems eingebettet sein soll, ist nach wie vor der Grundgedanke der französischen Ostpolitik. Was die Bundesregierung zur Entspannung in Europa und zur Verbesserung ihrer Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten einschließlich der Sowjetunion tut, unterstützt die französische Ostpolitik. Andererseits ist Frankreich bereit, sich in den osteuropäischen Ländern zum Fürsprecher der deutschen Ostpolitik zu machen.

4) Es ist damit zu rechnen, daß die Neigung der französischen Regierung, zu einer politischen Zusammenarbeit der sechs europäischen Länder zu kommen, in der nächsten Zeit zunehmen wird. Allerdings sind den Bemühungen um die politische Zusammenarbeit in Europa durch die schwierige Frage der Beteiligung Großbritanniens zunächst Grenzen gesetzt. Die Gründe für die reservierte Haltung zum EWG-Beitritt Großbritanniens dürften in erster Linie auf politischem Gebiet liegen. Frankreich fürchtet, daß der Beitritt Großbritanniens die Struktur der Europäischen Gemeinschaften grundlegend verändert. Die Führungsrolle Frankreichs würde relativiert und Europa würde, wie der belgische Außenminister es formuliert hat, „wie ein Stativ auf vier Beinen sein: Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Italien“.<sup>5</sup>

5) Die innenpolitische Lage Frankreichs nach den Wahlen vom 5. März 1967 ist dadurch gekennzeichnet, daß das persönliche Prestige General de Gaulles zwar durch den Wahlausgang nicht gelitten hat, daß aber die parlamentarische Grundlage seiner Politik dünner und unsicherer geworden ist. Die Zeichen einer Wiederbelebung der traditionellen politischen Kräftegruppen in Frankreich und die Bemühungen der Opposition, zu einer Einigung der gesamten Linken einschließlich der Kommunisten zu kommen, sind nicht zu übersehen. Wenn auch diese Opposition dem Grundzug der Außenpolitik de Gaulles nach nationaler Unabhängigkeit im großen und ganzen zustimmt, so werden seine Europapolitik und sein Verhältnis zu Amerika sowie seine Militärlpolitik weitgehend kritisiert. Ob und gegebenenfalls wann eine gesammelte Linke politische Wirklichkeit werden kann, ist eine offene Frage. Immerhin ist nicht auszuschließen, daß General de Gaulle den Anzeichen einer politischen Gewichtsverschiebung in Frankreich schon jetzt Rechnung trägt.

<sup>4</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsgesprächen am 13./14. Januar 1967 vgl. Dok. 14–17 und Dok. 19.

<sup>5</sup> Vgl. dazu das Gespräch mit dem belgischen Außenminister vom 20. Februar 1967; Dok. 62.

6) Über den Umfang der deutsch-französischen Zusammenarbeit seit dem 1.12.1966 gibt die als Anlage beigefügte Aufzeichnung (I A 1-80.11-1131/67 VS-vertr.) vom 20. 4. 1967<sup>6</sup> im einzelnen Auskunft.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>7</sup> dem Herrn Bundesminister vorgelegt mit dem Vorschlag der Vorlage an den Herrn Bundeskanzler.

gez. Meyer-Lindenberg

VS-Bd. 2395 (I A 1)

## 151

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Thieme, Bundesministerium für Wirtschaft, z.Z. London

I B 2-0206 43/1-482/67 geheim

28. April 1967<sup>1</sup>

Bericht über deutsch-amerikanisch-britische Dreierverhandlungen zur Frage der Truppenstationierung und des Devisenausgleichs am 27. und 28. April 1967 in London<sup>2</sup>

I. 1) Die Dreierverhandlungen zwischen Deutschland, den USA und Großbritannien wurden am 27. und 28. April 1967 in London abgeschlossen. Sie standen unter Vorsitz des britischen Staatsministers Thomson. Die deutsche Delegation wurde von Botschafter a. D. Duckwitz, die amerikanische von Mr. McCloy geleitet.

2) Der Vorsitzende schlug als Tagesordnung folgende Punkte vor:

a) Bestätigung der während der Dreierverhandlungen ausgehandelten zweiseitigen Abkommen über militärpolitische sowie über Finanz- und Wirtschaftsfragen für das amerikanische und britische Fiskaljahr 1967/68 zwischen

aa) Deutschland und Großbritannien,

bb) Deutschland und den USA,

cc) den USA und Großbritannien;

b) Beschlußfassung über Form und Inhalt der Unterrichtung von NATO und WEU über das Ergebnis der Dreierverhandlungen;

c) Beschlußfassung über die Publizierung der getroffenen Vereinbarungen;

d) Devisenausgleichsabkommen für die weitere Zukunft.

II. 1) Für die vorstehenden Tagesordnungspunkte lagen mit Ausnahme des Entwurfs für ein deutsch-britisches Abkommen über Devisenausgleich und

<sup>6</sup> Referat I A 1 gab einen ausführlichen Überblick über „die Entwicklung des Verhältnisses der Bundesrepublik Deutschland zu Frankreich seit der Neubildung der Bundesregierung“; vgl. VS-Bd. 2395 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Staatssekretär Schütz.

<sup>1</sup> Ablichtung.

<sup>2</sup> Vgl. dazu auch BULLETIN 1967, S. 400 f.



Truppenreduzierung in der Zeit vom 1.4.1967 bis zum 31.3.1968<sup>3</sup> ausreichende Arbeitsunterlagen noch nicht vor. Der Text dieses Abkommens ist von der deutschen und britischen Regierung gebilligt. Seine Unterzeichnung soll am 9. Mai 1967 in Bonn erfolgen.<sup>4</sup> Minister Thomson gab bekannt, die britische Regierung werde im ersten Quartal 1968 zwar eine Heeresbrigade, aber anstelle der vorgeschlagenen zwei Luftgeschwader nur ein Hubschrauber-Geschwader abziehen. Seine Regierung erkenne die von Deutschland zugesagte Devisenhilfe für 1967/68 dankbar an.

2) Mr. McCloy berichtete, daß zwischen Deutschland und USA über die finanziellen Fragen eine befriedigende Übereinstimmung erzielt worden sei. Über die „Rotation“ bei den US-Luftstreitkräften werde zwischen den beiden Regierungen noch verhandelt. Dabei gehe es sowohl um die in die Rotation einzubeziehenden Flugzeugtypen als auch um die Anzahl der Geschwader. Die Verhandlungen stünden dank des Bonner Gesprächs Johnsons mit Kiesinger<sup>5</sup> unmittelbar vor ihrem Abschluß, so daß ihr Ergebnis noch während dieser Londoner Tagung in ein US-deutsches Abkommen aufgenommen werden könne.

3) Botschafter Duckwitz bestätigte den Bericht von McCloy und stellte einen gemeinsamen amerikanisch-deutschen Vorschlag für den nächsten Tag in Aussicht. Gegen den von Thomson vorgeschlagenen Tagesordnungspunkt „Devisenausgleichsabkommen für die weitere Zukunft“ (vgl. oben I., Ziff. 2 d) legte er einen Vorbehalt ein und erklärte, er habe ein Verhandlungsmandat lediglich für das Fiskaljahr 1967/68, aber keine Vollmacht für die Zeit danach.

Thomson erwiderte, auch er habe dafür keine Vollmacht; er sei aber der Ansicht, daß man für die Zukunft rechtzeitig etwas planen und wenigstens einen Zeitplan aufstellen müsse. (Aus Kreisen der britischen Delegation war in privaten Gesprächen zu hören, daß den Briten vorschwebt, bereits im August d. J. erneute Devisenausgleichsverhandlungen mit uns für das Fiskaljahr 1968/69 – und nach Möglichkeit für mehrere Jahre – einzuleiten. Sie begründen den frühen Zeitpunkt damit, daß sie für später etwa notwendig werdende Truppenabzüge eine ausreichende Vorbereitungszeit wegen der langen Verhandlungsdauer in WEU und NATO brauchen. Hieraus ist zu schließen, daß die Briten künftige Truppenabzüge schon zu Beginn und nicht erst am Ende eines Fiskaljahres vornehmen wollen.)

III. Hauptgegenstand des 2. Verhandlungstages (28.4.) war der inzwischen ausgearbeitete Entwurf eines US-deutschen Abkommens.<sup>6</sup> Er befaßt sich in Teil I mit den amerikanischen Rotationsplänen und in Teil II mit den finanziellen Absprachen. Nach langen, schwierigen Verhandlungen über die militärischen Rotationspläne wurde folgendes Übereinkommen erzielt:

A) Militärischer Rotationsplan:

1) Die Amerikaner nehmen bis zu 35 000 Soldaten (Land- und Luftstreitkräfte

<sup>3</sup> Zum Entwurf vom 21. März 1967 vgl. Dok. 109, besonders Anm. 11–13 und Anm. 15–18.

<sup>4</sup> Das Abkommen wurde am 5. Mai 1967 von Bundesminister Brandt und dem britischen Botschafter Roberts unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. Referat III A 5, Bd. 566.

<sup>5</sup> Für das Gespräch vom 26. April 1967 vgl. Dok. 147.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut vgl. den Drahtbericht Nr. 917 des Botschafters a.D. Duckwitz, z. Z. London, vom 29. April 1967; VS-Bd. 4106 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1967.

zusammen) aus Deutschland nach USA zurück. Die Soldaten bleiben NATO weiterhin unterstellt.

2) Landstreitkräfte: Von der 24. US-Inf[anterie] Division bleibt wenigstens eine Brigade ständig in Deutschland; zwei Brigaden = etwa 28 000 Mann gehen nach USA zurück. Einmal jährlich halten sich alle drei Brigaden zusammen zu Übungen in Deutschland auf und bilden eine volle Division. Die drei Brigaden werden halbjährlich untereinander ausgetauscht, so daß jede der drei ein halbes Jahr in Deutschland und ein Jahr in USA steht. Die Ausrüstung der zwei zurückgenommenen Brigaden bleibt in Deutschland. Dadurch kann die gesamte Division innerhalb von 30 Tagen in voller Kampfkraft wieder in Deutschland stehen. Die Amerikaner werden sich bemühen, die Frist von 30 Tagen so weit wie möglich zu verkürzen. Die weiteren fünf in Deutschland stationierten US-Divisionen bleiben von der Rotation unberührt.

3) Luftwaffe: Von den in Deutschland stationierten 3 taktischen Kampffliegereinheiten mit insgesamt 216 Atomwaffen tragenden Flugzeugen sollen 120 Flugzeuge ständig in Deutschland bleiben. Die restlichen 96 Flugzeuge und mit ihnen bis zu 6500 Soldaten kehren in die USA zurück. Sie kommen einmal jährlich zu Übungen nach Deutschland. Die 96 Flugzeuge bleiben auch in den USA so einsatzbereit, daß sie im Ernstfall innerhalb von 10 Tagen nach Europa zurückkehren können. Die USA werden sich bemühen, diese Frist auf 5 Tage zu verkürzen. Der Rotationsplan wird nicht vor dem 1.1.1968 in Gang gesetzt. Weitere Rückführungen erscheinen im Lichte der gegenwärtigen internationalen Lage nicht angezeigt.

Nach Ansicht der deutschen Militärs bedeutet vorstehende Luftwaffenlösung das Optimum des z.Z. Erreichbaren. Der vorherige US-Vorschlag<sup>7</sup> sah umgekehrt vor, daß nur 96 Kampfflugzeuge in Deutschland blieben, d.h. 4 Schwadronen mit je 24 Flugzeugen, und daß 120 Flugzeuge = 5 Schwadronen nach USA zurückgeführt würden. Diese Umkehr der Zahlen soll auf das Bonner Gespräch zwischen Kiesinger und Johnson zurückzuführen sein.

#### B) Finanzielle Absprachen:

Die Regelungen zugunsten der US-Zahlungsbilanzschwierigkeiten sind einmal zwischen der deutschen und amerikanischen Regierung, zum anderen zwischen der Deutschen Bundesbank und der US-Treasury getroffen worden.

1) Für die Zeit vom 1.7.1967 bis zum 30.6.1968 gelten folgende Grundsätze:

- a) Deutschland hat zu bestimmen, in welcher Höhe es in USA militärische Beschaffungen und Dienstleistungen in Anspruch nehmen will;
- b) es wird anerkannt, daß die Gesamtheit der vorgesehenen deutschen Beschaffungen in USA die amerikanischen Devisenausgaben für die Truppenstationierung in Deutschland nicht ausgleicht;
- c) für den danach fehlenden Devisenausgleich sind andere Möglichkeiten, einschließlich solcher zwischen den Notenbanken, beschlossen worden.

2) Deutsche militärische Beschaffungen in USA vom 1.7.1967 bis 30.6.1968:

- a) Die deutsche Regierung wird auch weiterhin militärische Güter und Dienst-

<sup>7</sup> Vgl. dazu Dok. 109, Anm. 8.

leistungen aus USA in Anspruch nehmen. Die Beschaffungen werden sich im Rahmen der deutschen militärischen Erfordernisse und Haushaltsmöglichkeiten sowie der Wirtschaftlichkeit des zu beschaffenden Materials halten;

b) zu diesem Zweck werden beide Regierungen ihre regelmäßigen militärischen und finanziellen Beratungen zwischen den zuständigen Ministerien fortsetzen.

3) Abkommen zwischen den Notenbanken (1. 7. 1967 bis 30. 6. 1967):

Die Bundesbank wird einen Betrag von 500 Mio. Dollar in besonderen mittelfristigen US-Schatzanweisungen anlegen und damit eine echte Kapitaleinfuhr in die USA leisten.

4) Andere Absprachen zwischen den Notenbanken:

Die Bundesbank wird wie bisher ihre Dollarbestände nicht in Gold der US-Treasury umtauschen. (Bezugnahme auf Briefwechsel zwischen beiden Notenbanken).<sup>8</sup>

5) Verfahrensfragen:

1) In NATO sollen die Notenbank-Absprachen nicht näher erläutert werden.

2) Sollten in anderen für monetäre Zusammenarbeit zuständigen internationalen Gremien Fragen gestellt werden (z. B. Weltbank, 10er-Club<sup>9</sup>), so wären sie durch die beiden Vertragschließenden zu beantworten.

3) Fragen der Publizierung sollen zwischen beiden Notenbanken koordiniert werden.

IV. In den Dreierverhandlungen am 27. und 28. April wurden folgende Ausarbeitungen verabschiedet:

1) Deutsch-britisches Abkommen über Devisenausgleich und Truppenreduzierung (vgl. oben II 1),

2) Deutsch-amerikanisches Abkommen über finanzielle Absprachen und Streitkräfterotation (vgl. oben III),

3) Abkommen zwischen USA und Großbritannien über zusätzliche US-Rüstungskäufe in England im Werte von 20 Mio. £ = 224 Mio. DM<sup>10</sup>,

4) Absprache über das zur Unterrichtung von NATO und WEU anzuwendende Verfahren<sup>11</sup>,

5) Erklärung des britischen Botschafters vor dem Verteidigungs-Planungsausschuß (DPC) der NATO am 2. 5. 1967<sup>12</sup>,

<sup>8</sup> Zum Schreiben des Präsidenten der Bundesbank, Blessing, vom 30. März 1967 an den Präsidenten der amerikanischen Notenbank, Martin, vgl. Dok. 117, Anm. 6.

<sup>9</sup> Dem Gremium der zehn Industriestaaten, die sich im Jahr 1962 zur gegenseitigen Unterstützung bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten zusammenschlossen, gehörten die USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, die Niederlande, Belgien, Schweden und die Bundesrepublik an.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 21. März 1967 vgl. FRUS, 1964–1968, XIII, S. 565 f.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut vgl. den Drahtbericht Nr. 918 des Ministerialdirektors Ruete, z. Z. London, vom 29. April 1967; VS-Bd. 1001 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>12</sup> Dazu vermerkte Botschafter a.D. Duckwitz, z. Z. London, am 29. April 1967: „Die Briten [...] werden sich in ihrer Erklärung vor der NATO für die unverzügliche Einleitung von Kontakten zu der Sowjetunion mit dem Ziel paralleler Maßnahmen einsetzen. Bei der Formulierung ihres Vorschlags haben sie den deutschen Wünschen, wie sie der Herr Bundesminister in London vorgebracht hat, Rechnung getragen. Wir werden in der Erklärung, die Botschafter Grewe abgeben

- 6) Erklärung des britischen Vertreters im WEU-Rat am 3. oder 4. 5. 1967,
- 7) Erklärung der britischen Regierung vor dem Unterhaus am 2. 5. 1967, 15.30 Uhr<sup>13</sup>,
- 8) Erklärung des US-Botschafters vor dem DPC der NATO am 2. 5. 1967<sup>14</sup>,
- 9) Erklärung des deutschen Botschafters vor dem DPC der NATO am 2. 5. 1967<sup>15</sup>,
- 10) Erklärung des deutschen Botschafters vor dem WEU-Rat am 3. oder 4. 5. 1967,
- 11) Wortlaut einer amerikanischen Presseerklärung, die wegen der britischen Erklärung im Unterhaus nicht vor dem 2. 5. 1967, 15.30 Uhr, abgegeben werden soll,
- 12) Schlußbericht der drei Delegationschefs über den Gesamtverlauf der Verhandlungen auf Chefebene und in den Arbeitsgruppen<sup>16</sup>,
- 13) Gemeinsames Kommuniqué<sup>17</sup>: es teilt nur mit, daß die drei Verhandlungsführer ihre Vorschläge den drei Regierungen zur Unterrichtung der Verbündeten vorlegen werden.

#### V. Würdigung

Das Schwergewicht der letzten Verhandlungsrunde lag, nachdem die finanziellen und wirtschaftlichen Fragen vorab bilateral zwischen Deutschland und USA, Deutschland und Großbritannien sowie USA und Großbritannien zufriedenstellend geklärt worden waren, bei folgenden zwei Punkten:

##### 1) Militärischer Rotationsplan der USA:

Die deutschen militärischen Sachverständigen hielten die Rotationsvorschläge auf dem Gebiet der Luftstreitkräfte für sehr gravierend und waren nicht bereit, die ursprünglichen US-Vorschläge (5 Schwadronen abzuziehen und nur 4 in Deutschland zu belassen – 1 Schwadron hat 24 Kampfflugzeuge –) anzunehmen. Hätten die Amerikaner – offenbar auf Weisung Johnsons – nicht in letzter Minute eingelenkt, so wären die Verhandlungen über das „Gesamtpaket“ vermutlich gescheitert.

Ergebnis: Die Truppenabzüge ab 1. 1. 1968 werden betragen:

bei den Briten: 1 Brigade Landstreitkräfte und 1 Schwadron Hubschrauber (anstelle von ursprünglich vorgesehenen 2 Schwadronen taktischer Kampfflugzeuge);

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 683*

wird, unsere grundsätzliche Unterstützung des britischen Vorschlags zum Ausdruck bringen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 917; VS-Bd. 4106 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1967.

Für den Wortlaut der Erklärung des Staatssekretärs im britischen Außenministerium, Lord Hood, vgl. den Drahtbericht Nr. 919 des Botschafters Blankenhorn, London; VS-Bd. 1001 (II A 7).

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Kanzlers des Herzogtums Lancaster, Thomson, vgl. den Drahtbericht Nr. 931 des Botschafters Blankenhorn, London, vom 3. Mai 1967; VS-Bd. 1001 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. dazu Dok. 155, Anm. 9.

<sup>14</sup> Zur Rede des amerikanischen Botschafters bei der NATO, Cleveland, vgl. Dok. 206.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut der von Botschafter Grewe, Paris (NATO), zu verlesenden Erklärung vgl. den Drahtbericht Nr. 918 des Ministerialdirektors Ruete, z. Z. London, vom 29. April 1967; VS-Bd. 1001 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. dazu Dok. 155, Anm. 6.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut vgl. FRUS 1964–1968, XIII, S. 562–570.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut vgl. Referat III A 5, Bd. 545.

bei den USA: 2 Brigaden Landstreitkräfte (16 verbleiben in Deutschland) und 4 Schwadronen taktischer Luftwaffe (5 bleiben in Deutschland).

Die deutschen Militärexperten halten diese Lösung für tragbar.

2) Künftiger Devisenausgleich ab 1968:

Die Briten – und etwas weniger pointiert auch die Amerikaner – wollten wenigstens einen Zeitplan für künftige Verhandlungen aufstellen. Dieser Vorschlag konnte ohne Gefährdung des derzeitigen Verhandlungsziels von uns zurückgewiesen werden.

Die USA hatten für das deutsch-amerikanische Abkommen folgenden Hinweis auf die Zukunft vorgesehen:

„The foregoing arrangements in the areas of military procurement and reserve management cooperation provide a basis for further bilateral discussions concerning arrangements to deal with the balance of payments consequences of US troops stationed in Germany which would apply after June 30, 1968.“

Auch hiergegen konnten wir uns erfolgreich zur Wehr setzen. Wir mußten dies um so mehr tun, als sonst die Gefahr bestand, daß die Briten auch einen solchen Passus in das britisch-deutsche Abkommen aufzunehmen wünschten.

Gleichwohl ließ sich ein Hinweis auf die Zukunft wegen der von den Amerikanern und Briten aufrechterhaltenen Forderung nicht ganz vermeiden. Auf unseren ausdrücklichen Wunsch erscheint ein solcher Hinweis nicht mehr in den zweiseitigen Abkommen, sondern nur im Begleitbrief der drei Delegationsleiter an ihre Regierungen, mit dem sie ihnen das gesamte Verhandlungsergebnis vorlegen. Der Hinweis ist damit nicht Gegenstand der Abkommen geworden und stellt auch infolge seiner vorsichtigen Wortfassung keine deutsche Bindung für die Zukunft dar. Er lautet:

„It is recognised that the balance of payments consequences resulting from the stationing of forces abroad for the common defence continue to pose a problem for joint attention.“<sup>18</sup>

Im übrigen muß von uns auch aufgrund privater Erklärungen von britischen Verhandlungsteilnehmern damit gerechnet werden, daß die Briten Ende August/Anfang September d.J. bitten werden, die Devisenausgleichsverhandlungen für die Zeit nach Ablauf dieses Fiskaljahres wieder aufzunehmen, und daß sich die Amerikaner diesem Begehren anschließen werden.

Thieme

VS-Bd. 2010 (II A 7)

<sup>18</sup> Vgl. FRUS 1964–1968, XIII, S. 563.

## Hauserlaß des Bundesministers Brandt

2. Mai 1967

Betr.: Hausanordnung über die Einrichtung eines Parlamentarischen Staatssekretärs<sup>1</sup>

1) Der Herr Bundespräsident hat das Mitglied des Deutschen Bundestages, Herrn Gerhard Jahn, zu meinem Parlamentarischen Staatssekretär ernannt.<sup>2</sup> Ich erwarte, daß alle Angehörigen des Amts dem Parlamentarischen Staatssekretär bei der Erfüllung seiner Aufgaben in jeder Weise behilflich sind und ihren Teil dazu beitragen, daß die neu geschaffene Einrichtung ein wirksames Instrument für die Arbeit des Auswärtigen Amts wird.<sup>3</sup>

2) Der Parlamentarische Staatssekretär hat vor allem die Aufgabe, die Verbindung zum Bundestag und Bundesrat sowie zu deren Ausschüssen, ferner zu den Fraktionen und deren Arbeitskreisen sowie zu den Parteien zu pflegen<sup>4</sup>. Der Parlamentarische Staatssekretär wird mich in der Fragestunde des Bundestages sowie bei der Abgabe von Erklärungen in den vorbezeichneten Gremien vertreten, soweit ich diese Aufgaben nicht selbst wahrnehme oder sie Herrn Staatssekretär Schütz oder Herrn Staatssekretär Lahr übertrage.

3) Weitere Aufgaben werde ich dem Parlamentarischen Staatssekretär durch besondere Weisung übertragen.<sup>5</sup> Diese erteile ich schriftlich, soweit dies zweckmäßig ist.<sup>6</sup>

<sup>1</sup> Die Berufung von Parlamentarischen Staatssekretären für das Auswärtige Amt, die Bundesministerien des Innern, der Verteidigung, der Finanzen, für Wirtschaft und für Verkehr sowie beim Bundeskanzler war Bestandteil der Vereinbarungen für die Bildung der Großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD am 1. Dezember 1966. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde am 20. Januar 1967 dem Bundesrat zugeleitet und am 15. März 1967 im Bundestag beschlossen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 4507–4515. Für den Wortlaut des Gesetzes vom 6. April 1967 über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre vgl. BUNDESGESETZBLATT 1967, Teil I, S. 396f.

Entwürfe des Hauserlasses über den Aufgabenbereich des Parlamentarischen Staatssekretärs im Auswärtigen Amt lagen am 18. April und in überarbeiteter Fassung am 2. Mai 1967 vor. Der Parlamentarische Staatssekretär Jahn nahm dazu am 20. April bzw. 3. Mai 1967 Stellung. Vgl. Willy-Brandt-Archiv, Bestand Außenminister; B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. dazu auch Anm. 3 und 10.

<sup>2</sup> Die Ernennung erfolgte am 17. April 1967. Vgl. dazu BULLETIN 1967, S. 381.

<sup>3</sup> Dieser Satz wurde auf Vorschlag des Parlamentarischen Staatssekretärs Jahn eingefügt. Vgl. dazu die Aufzeichnung von Jahn vom 20. April 1967; Willy-Brandt-Archiv, Bestand Außenminister; B 150, Aktenkopien 1967..

<sup>4</sup> An dieser Stelle wurde von Bundesminister Brandt gestrichen: „um so eine weitestgehende Übereinstimmung zwischen der ministeriellen Arbeit und der politischen Entscheidung sicherzustellen“.

<sup>5</sup> Am 16. Januar 1967 verfügte Bundesminister Brandt, daß der Parlamentarische Staatssekretär neben der Verbindung zu den gesetzgebenden Körperschaften der Bundesrepublik insbesondere folgende Aufgaben wahrnehmen solle: „Nach Bedarf Teilnahme an Direktorenkonferenz; europäische und internationale parlamentarische Versammlungen bzw. periodische Zusammenkünfte (Europarat, Europ[äisches] Parlament, WEU-Versammlung, NATO- und andere Parlamentarier-treffen, Regierungskongresse, Veranstaltungen der UNO); Auslandsreisen (insbesondere als Gegengewicht gegen Aktivitäten der Zone).“ Schließlich solle sich der Parlamentarische Staatssekretär der Vortragstätigkeit bei Organisationen und Verbänden sowie der Wahrnehmung repräsentativer Aufgaben widmen. Gedacht werde hier vor allem an die „Teilnahme an Nationalfeiertagen mindestens der wichtigeren Länder (bisher so gut wie vollständig ausgefallen), Teilnahme an Ver-

4) Der Parlamentarische Staatssekretär ist von allen Angelegenheiten von politischer und sonstiger grundsätzlicher Bedeutung laufend zu unterrichten, insbesondere erhält er Abdrucke von Kabinettsvorlagen, von Berichten über das Beratungsergebnis des Deutschen Bundestages und des Bundesrates und aller politisch wichtigen Aufzeichnungen<sup>7</sup>, die mir vorgelegt werden.

5) Der Geschäftsverkehr zwischen dem Parlamentarischen Staatssekretär und dem Ministerium läuft über den Staatssekretär.<sup>8</sup>

6) Zur Erledigung der ihm obliegenden besonderen Aufgaben kann der Parlamentarische Staatssekretär Auskünfte und Aktenvorlagen verlangen. Wer bei ihm Vortrag zu halten oder eine Rücksprache zu erledigen hat, teilt dies seinem Vorgesetzten mit, um ihm Gelegenheit zur Teilnahme zu geben.

7) Schreiben, die bei der Erledigung der ihm übertragenen Aufgaben anfallen, zeichnet der Parlamentarische Staatssekretär unter dem Briefkopf

„Der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesministers<sup>9</sup> des Auswärtigen“.<sup>10</sup>

8) Der Parlamentarische Staatssekretär erhält ein persönliches Büro, das nach seinen Weisungen arbeitet.

gez. Brandt

**Willy-Brandt-Archiv, Bestand Außenminister**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 686*

anstaltungen des Diplomatischen Corps (bisher wenig gepflegt), Abschiedsessen für scheidende Botschafter, Teilnahme außenpolitisch orientierten Kongressen, namentlich solchen mit Beteiligung prominenter Ausländer, Einladungen an hier zu Besuch weilende ausländische Minister und andere hochrangige Repräsentanten“. Vgl. Willy-Brandt-Archiv, Bestand Außenminister; B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Dieser Absatz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundesministers Brandt zurück. Vorher lautete er: „Weitere Aufgaben, die der Parlamentarische Staatssekretär übernehmen soll, werde ich ihm schriftlich übertragen, soweit dies möglich und zweckmäßig ist.“

<sup>7</sup> Die Wörter „aller politisch wichtigen Aufzeichnungen“ wurden von Bundesministers Brandt handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „von Aufzeichnungen, die politische, auch wirtschafts- und kulturpolitische Angelegenheiten betreffen oder allgemein unterrichtender Art sind und“.

<sup>8</sup> An dieser Stelle wurde von Bundesminister Brandt gestrichen: „Mündliche Auskünfte kann der Parlamentarische Staatssekretär unmittelbar bei der zuständigen Arbeitseinheit einholen.“

<sup>9</sup> Die Wörter „des Bundesministers“ wurden von Bundesminister Brandt handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „beim Bundesminister“.

<sup>10</sup> Dazu bemerkte der Parlamentarische Staatssekretär Jahn am 20. April 1967: „Gemäß meiner Ernennungsurkunde lautet meine Amtsbezeichnung: ‚Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Auswärtigen‘.“ Am 2. Mai 1967 ergänzte er: „In der Muster-Hausanordnung des BMI vom 17. April 1967 heißt die Formel für den Briefkopf: ‚Der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesministers ...‘. Wie ich höre, wollen auch das BMWi und das BMV dieser Regelung folgen. Sie scheint mir auch zweckmäßiger, da sie das Verhältnis des PStS zum Bundesminister klarer zum Ausdruck bringt. Im übrigen ist sie sprachlich besser. Der Genitiv (‚des Bundesministers‘) ist somit der in der Ernennungsurkunde gebrauchten präpositionalen Form (‚beim Bundesminister‘) [...] unter allen Gesichtspunkten vorzuziehen.“ Vgl. Willy-Brandt-Archiv, Bestand Außenminister; B 150, Aktenkopien 1967.

## 153

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete****II B 1-81.01-896/67 geheim****2. Mai 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Japanische Haltung zum NV-Vertrag;

hier: Deutsch-japanische Konsultationen am 24. April 1967 in Bonn

Am 24. April haben die japanischen Sonderbotschafter Nishimura und Tanaka im Rahmen einer Informationsreise, die sie außerdem nach Genf, Stockholm, Rom und Neu-Delhi führte, Bonn besucht, um sich über die Haltung der Bundesregierung zum NV-Vertrag zu unterrichten und ihrerseits die japanische Auffassung darzulegen. Sie wurden von Minister Stoltenberg empfangen; Staatssekretär Schütz gab ihnen zu Ehren ein Frühstück; der Abrüstungsbeauftragte der Bundesregierung setzte sie in mehrstündigen Besprechungen über den Gang der Verhandlungen in Washington<sup>2</sup> und über die Haltung der Bundesregierung zum bisherigen Vertragsentwurf<sup>3</sup> in Kenntnis. Bei dieser Gelegenheit wurde ihnen der Text des revidierten Vertragsentwurfs (Stand 15. April) gegeben. Die revidierten Interpretationen<sup>4</sup> wurden nur mündlich erläutert.

Die japanischen Überlegungen zum NV-Vertrag scheinen sich noch in einem Anfangsstadium zu befinden. So weit sie uns bekannt geworden sind, lassen sie sich wie folgt zusammenfassen:

**I. Abrüstung und Entspannung**

Wie wir wünscht Japan, daß der Abschluß eines NV-Vertrages eine internationale Politik der Entspannung und Abrüstung einleite. Aus diesem Grund und im Interesse der Ausgewogenheit der Verpflichtungen erwartet Japan, daß die Kernwaffenstaaten im Vertrag auch die Verpflichtungen zur nuklearen Abrüstung übernehmen. Angesichts der Bedrohung durch die Volksrepublik China sieht Japan seine Sicherheit jedoch nur durch den qualitativen und quantitativen Abstand zwischen der Rüstung der Vereinigten Staaten und Chinas gewährleistet. Darum glaubt es, die Vereinigten Staaten hinsichtlich der Abrüstung nicht zu sehr drängen und sich mit einer Absichtserklärung zur Abrüstung in der Präambel begnügen zu sollen.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Mertes und von Legationsrat Gescher konzipiert.

<sup>2</sup> Zu den Verhandlungen des Botschafters Schnippenkötter vom 10. bis 14. April 1967 in Washington, in deren Verlauf ihm ein neuer Entwurf des Artikels III (Kontrollartikel) für ein Nichtverbreitungsabkommen übergeben wurde, vgl. Dok. 131.

<sup>3</sup> Zum amerikanischen Entwurf für ein Nichtverbreitungsabkommen, der Botschafter Knappstein, Washington, am 31. März 1967 und den Regierungen der anderen NATO-Staaten am 3. April 1967 übermittelt wurde, vgl. Dok. 121, besonders Anm. 3.

<sup>4</sup> Für die revidierten Interpretationen zum Entwurf eines Nichtverbreitungsabkommens, die Botschafter Knappstein, Washington, am 31. März 1967 übergeben wurden, vgl. den Drahtbericht Nr. 734; VS-Bd. 10082 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967. Für einen Auszug vgl. Dok. 121, Anm. 6.

Die Interpretationen wurden am 28. April 1967 in Genf dem Leiter der sowjetischen Abrüstungsdelegation, Roschtschin, übergeben. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 742 des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 3. Mai 1967; VS-Bd. 4093 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.



## II. Friedliche Nutzung der Kernenergie

Aus den gleichen Gründen wie wir besteht Japan auf starkem Schutz der friedlichen Nutzung und auf nichtdiskriminierenden Sicherheitskontrollen im zivilen Bereich. Die Nichtbehinderung der friedlichen Nutzung soll durch einen operativen Artikel im Vertragstext gesichert werden.

Die von uns bei den Verhandlungen in Washington erreichten Fortschritte zur Sicherung des zivilen Bereichs erschienen den Japanern zufriedenstellend. Sie beschäftigen sich stark mit dem Problem der Nuklearexplosionen für friedliche Zwecke und streben eine Lösung im Sinne des Art. 18 des lateinamerikanischen Vertrages<sup>5</sup> an. Sie schienen besorgt, daß wir diese Frage nicht ernst genug nähmen. Wenn in Japan zur Zeit auch keine konkreten Pläne für derartige Explosionen bestünden, so seien die japanischen Wissenschaftler und Wirtschaftler der Ansicht, daß diese Möglichkeit offengehalten werden müsse, da niemand wissen könne, welche wissenschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung derartige Verfahren einmal erlangen könnten.

Die Japaner regten einen Gedankenaustausch zwischen deutschen und japanischen Experten zu diesem Punkt an.

## III. Sicherheitskontrollen

Japan hat sich IAEK-Kontrollen unterworfen. Diese Kontrollen betreffen z. Z. jedoch nur eingeführtes Ausgangs- und besonderes spaltbares Material, nicht aber im Land selbst gewonnenes oder hergestelltes. Durch den NV-Vertrag würde auch das in Japan produzierte Ausgangs- und spaltbare Material den IAEK-Kontrollen unterworfen.

Die japanischen Wissenschaftler und Wirtschaftler wünschen eine Vereinfachung der IAEK-Kontrollen. Sie sind an der Entwicklung einer instrumentierten Spaltstoff-Flußkontrolle interessiert. Sie fordern, wie wir, für die Kontrollen Nichtdiskriminierung, d. h. die Unterstellung des gesamten zivilen Bereichs, auch der Kernwaffenmächte, unter die gleichen Kontrollen.

Für regionale Kontrollsysteme und besonders EURATOM sind sie wegen ihrer IAEK-Unterstellung nicht sehr aufgeschlossen. Es wird wichtig sein, für die Beteiligung bewährter und wirksamer anderer Kontrollsysteme als der<sup>6</sup> IAEK weiter Verständnis zu wecken. Zu diesem Zweck sollte auf besondere Effektivität der Kontrolle unter benachbarten Staaten, die einander aufmerksamer beobachten als weit entfernte Staaten, und auf im NV-Vertragsentwurf vorgesehene Verifikation der anderen Systeme durch IAEK hingewiesen werden.

## IV. Verfahrensfragen

### a) Frist

Die Japaner befürworteten, daß im NV-Vertrag nichts über eine unbefristete Geltungsdauer des Vertrages gesagt wird. Ewige Geltungsdauer sei eine „amoralité juridique“, zumal der Vertrag nicht unter gleich Starken geschlossen werde und ungleiche Verpflichtungen auferlege.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Artikels 18 des Vertrags vom 14. Februar 1967 über die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco) vgl. Dok. 61, Anm. 10 (Auszug).

<sup>6</sup> Korrigiert aus: „des“.

Da die Unnachgiebigkeit der Amerikaner in der Frage einer Befristung bekannt sei, solle man einen Hinweis auf die Vertragsdauer im Vertrag überhaupt vermeiden. Damit folge man einer Praxis, die z. B. auch bei der Satzung der VN<sup>7</sup> und des Völkerbunds<sup>8</sup> angewendet werde. Den japanischen Sonderbotschaftern wurde gesagt, daß diese Lösung nicht ausreiche. Die Kündigungsklausel in ihrer jetzigen Fassung<sup>9</sup> lasse keinen Zweifel darüber – auch wenn die unbefristete Vertragsdauer nicht ausdrücklich erwähnt werde –, daß der Vertrag unbefristet gedacht sei.

#### b) Durchführungskonferenz

Wegen der Unübersehbarkeit der nuklearen Entwicklung und der mangelnden Ausgewogenheit des Vertrages (Verhältnis von Präambel zum operativen Teil) ist es nach japanischer Auffassung notwendig, im Vertrag eine Periodizität der Durchführungskonferenz festzulegen. Die japanischen Sonder-Botschafter wurden darauf hingewiesen, daß allein mit einer periodischen Wiederholung der Durchführungskonferenz nichts gewonnen sei, wenn diese nicht mit wirklichen Kompetenzen ausgestattet werde. Die Japaner machten sich dieses Argument zu eigen.

Neben den grundsätzlichen Parallelen der japanischen und deutschen Interessen gibt es zwei wesentliche Unterschiede.

1) In Japan sind keine amerikanischen Nuklearwaffen stationiert. Es hat daher wenig Neigung, sich in den „Allianzfragen“ zu engagieren, die die NATO in Verbindung mit einem NV-Vertrag beschäftigen.

2) Die Hauptsorge Japans gilt dem Sicherheitsproblem, das durch die Volksrepublik China aufgeworfen wird. Japan wünscht, daß die Tür zur Teilnahme Chinas am Vertrag offen bleibt. Obwohl es sich darüber im klaren ist, daß China – wenn überhaupt – nur als Kernwaffenstaat beitreten und damit hinsichtlich seiner nuklearen Rüstung keiner Beschränkung unterworfen wird, so sieht es in einer Unterschrift Chinas doch eine gewisse Zügelung seines großen kontinentalen Nachbarn.

V. Die japanische Regierung will versuchen, ihre Wünsche hinsichtlich des NV-Vertrages im wesentlichen durch bilaterale Besprechungen mit der amerikanischen Regierung durchzusetzen. Darüber hinaus beabsichtigt sie, ihre Fühlungnahme mit einigen Staaten der Genfer Abrüstungskonferenz, die parallele Interessen haben, zu verstärken; so vor allem mit Italien, Indien und Schweden. Japan ist an einem Gedankenaustausch deutscher und japanischer Experten über wissenschaftliche und technische Fragen interessiert. Ob Japan den Vertrag unterzeichnen wird, hängt zunächst von seiner endgültigen Ausgestaltung, möglicherweise auch noch von weiteren Faktoren (z. B. Beteiligung anderer) ab. Die Unterzeichnung wird der japanischen Regierung um so leichter fallen, je weniger der „wichtigen“ Staaten dem Vertrag fernbleiben.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. CHARTER OF THE UNITED NATIONS, S. 582–611.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Satzung des Völkerbunds vom 29. April 1919 vgl. REICHSGESETZBLATT 1919, S. 716–747.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut von Artikel VI (Rücktrittsklausel) des Entwurfs vom 13. Januar 1967 vgl. Dok. 24, Anm. 19.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>10</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>11</sup> vorgelegt.

Ruete

VS-Bd. 4093 (II B 1)

## 154

### Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter

II B 2-81.12/0-897/67 VS-vertraulich

2. Mai 1967<sup>1</sup>

Betr.: Gewaltverzichtserklärungen und „Karlsbader Aktionsprogramm“<sup>2</sup>  
hier: Fortsetzung der Gespräche mit Botschafter Zarapkin und öffentliche Reaktion auf Karlsbad

I. 1) In seinem bisher letzten, immer noch informellen Gespräch mit Staatssekretär Schütz über das Thema Gewaltverzicht am 22. März 1967<sup>3</sup> fragte der sowjetische Botschafter, wie die Anwesenheit fremder Truppen mit den (bilateralen) Gewaltverzichtserklärungen vereinbar sei; ob wir diese Truppen in unsere Erklärung einbeziehen wollten und für ihr Verhalten die gleichen Garantien abgeben würden wie für unser eigenes. Der Staatssekretär verwies auf das klar geregelte Verhältnis zwischen der Anwesenheit fremder Truppen auf deutschem Boden und der Entscheidungskompetenz der Bundesregierung. Er kündigte eingehende Darlegung dieses Punktes beim nächsten Treffen mit Botschafter Zarapkin an.

2) Etwa zur gleichen Zeit wurde einem Angehörigen unserer Botschaft Moskau von einem Beamten des Außenministeriums gesagt, der Erklärungstext, den Staatssekretär Schütz Botschafter Zarapkin (Anfang Februar 1967) übergeben habe, werde eingehend geprüft.<sup>4</sup> Man sei an der Angelegenheit ernsthaft interessiert. Was es bedeute, wenn der Bundeskanzler sage, er sei bereit, den Gewaltverzicht in jede beliebige Rechtsform zu gießen und die erforderlichen Garantien zu geben?<sup>5</sup> Welches sei im Falle eines Erklärungsaustausches die

<sup>10</sup> Hat Staatssekretär Lahr am 2. Mai 1967 vorgelegen.

<sup>11</sup> Hat Bundesminister Brandt am 4. Mai 1967 vorgelegen.

<sup>1</sup> Durchschlag als Konzept.

Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lankes konzipiert.

<sup>2</sup> Vom 24. bis 26. April 1967 tagte in Karlsbad eine Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas. Für den Wortlaut der Erklärung „Für den Frieden und die Sicherheit in Europa“ vgl. DzD V/1, S. 1047–1054.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 110.

<sup>4</sup> Zum Entwurf einer Erklärung der Bundesrepublik und einer Erklärung der UdSSR vom 7. Februar 1967 über einen Gewaltverzicht vgl. Dok. 46, besonders Anm. 6.

Vgl. dazu das Gespräch des Botschafters von Walther, Moskau, mit dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Semjonow am 7. März 1967 in Moskau; Dok. 90.

<sup>5</sup> Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers Kiesinger vom 20. März 1967 vgl. Dok. 110, Anm. 5.

Stellung der bei uns stationierten fremden Truppen? Könne man über diesen Komplex überhaupt mit uns sprechen, oder müsse man sich an die Stationierungsmächte wenden?

3) In den beiden genannten wie in anderen Gesprächen machten die sowjetischen Partner außerdem deutlich, daß die DDR bei der Aktion Gewaltverzicht nicht Objekt, sondern Subjekt zu sein habe oder daß mit dieser Aktion wenigstens ein erster Schritt „in der richtigen Richtung“, d. h. zur Anerkennung der DDR getan werden müsse.

4) Stärker als in der Bukarester Erklärung vom Juli 1966<sup>6</sup> wird im Karlsbader „Aktionsprogramm im Interesse der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit“ vom 26. April 1967 der Gewaltverzicht hervorgehoben. Er steht – nach Aufzählung der kommunistischen Maximalforderungen – an erster Stelle einer „Reihe von Zielen, die unter neuen Verhältnissen verwirklicht werden müssen“:

„Abschluß eines Vertrages aller Staaten Europas über den Verzicht in den gegenseitigen Beziehungen auf Anwendung von Gewalt oder Gewaltandrohung und auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten, eines Vertrags, der im Einklang mit den Prinzipien der UN-Charta<sup>7</sup> die Lösung aller strittigen Fragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln garantiert.“

Bisher war noch nie vom „Abschluß eines Vertrages aller Staaten Europas“ die Rede. Gomulka sprach sich offen über dessen Zweck aus<sup>8</sup>: „... zwischen allen Staaten, also auch unter Teilnahme der DDR“. Er fuhr fort:

„Ein solcher Vertrag würde im Unterschied zu den von der Bundesrepublik Deutschland betriebenen einseitigen Deklarationen oder zweiseitigen Abkommen über Nichtanwendung von Gewalt konkrete Verpflichtungen zur Frage der Sicherheit und der Unantastbarkeit der Grenzen aller europäischen Staaten enthalten“.

II. 1) Wir haben es somit beim augenblicklichen Stand der Angelegenheit im wesentlichen mit zwei Einwänden gegen unseren Vorschlag des bilateralen Austausches von Gewaltverzichtserklärungen zu tun:

- Nichtberücksichtigung der fremden Stationierungstruppen auf unserem Boden
- Ausklammerung des anderen Teils Deutschlands aus der eigentlichen Aktion und seine lediglich passive Beteiligung.

Beiden Mängeln soll nun laut „Karlsbader Aktionsprogramm“ durch die Rechtsform eines „Vertrages aller Staaten Europas“ abgeholfen werden.

2) Wenn damit – wie es aussieht – ein multilateraler Vertrag unter Einschluß zweier deutscher Staaten gemeint ist, können wir ebensowenig wie unsere Verbündeten zustimmen:

Gewaltverzicht in zwischenstaatlichen Beziehungen trägt seinen politischen Wert in sich selbst, und zwar dann um so mehr, wenn Streitfragen bestehen,

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Paktes vom 6. Juli 1966 vgl. EUROPA-ARCHIV 1966, D 414–424. Vgl. dazu AAPD 1966, II, Dok. 240.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut vgl. CHARTER OF THE UNITED NATIONS, S. 582–611.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Rede des Ersten Sekretärs des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei vom 24. April 1967 vgl. DzD V/1, S. 1015–1018 (Auszug).

bei denen die Möglichkeit oder Gefahr eines gewaltsamen Lösungsversuchs befürchtet wird. Gewaltverzicht bedeutet völkerrechtlich verbindliche Ausschließung dieser Lösungsmöglichkeit, ohne der Lösung vorzugreifen. Die in Karlsbad vorgeschlagene Form des Gewaltverzichts jedoch würde vorweg dasjenige Problem einseitig regeln oder doch schwerstens präjudizieren, das gerade durch den Gewaltverzicht feierlich und endgültig auf den Weg einer Lösung mit ausschließlich friedlichen Mitteln verwiesen werden soll: das Deutschlandproblem als strittigste Frage zwischen Ost und West.

Unser Vorschlag dagegen zielt darauf ab, die Lage zu entspannen und dadurch die spätere friedliche Lösung des Deutschlandproblems, auf dessen gewaltsame Lösung wir auch gegenüber dem Osten verzichten, zu erleichtern.

3) Wir sehen allerdings die Schwierigkeit, die für die sowjetische und die ost-europäischen Regierungen darin liegt, daß wir unser Angebot nicht auch an das Regime im anderen Teil Deutschlands richten können. Die von Botschafter Zarapkin selbst angeregte, in unseren bereits überreichten Erklärungsentwurf eingearbeitete Formel, daß wir uns bei der Behandlung von Streitfragen mit der Sowjetunion „oder einem ihrer Verbündeten“ auch in Zukunft nur friedlicher Mittel bedienen werden, ist die beste erkennbare Lösung dieser Schwierigkeit.

4) Wir sehen auch die weitere Schwierigkeit, die darin liegt, daß auf unserem Boden fremde Streitkräfte stehen und daß wir nicht in deren Namen auf Gewaltandrohung und Anwendung von Gewalt verzichten können. In diesem Punkt würde Abhilfe geschaffen, wenn die Drei Mächte, diese in erster Linie, eigene bilaterale Gewaltverzichtsangebote parallel zu dem unseren an die Sowjetunion richten würden. Implizite wäre damit die Sowjetunion als vierte der Vier Mächte und als diejenige Macht angesprochen, die allein im anderen Teil Deutschlands Stationierungskräfte unterhält.

Auch diese Gewaltverzichtserklärungen sollten auf „die Sowjetunion und ihre Verbündeten“ Bezug nehmen und damit den anderen Teil Deutschlands einschließen.

In diesen, auf die Zuständigkeiten in der Deutschlandfrage zugeschnittenen Erklärungsaustausch könnten, falls dies förderlich sein sollte, auch die Niederlande, Belgien und Kanada einerseits, Polen und die Tschechoslowakei andererseits einbezogen werden. Das Kriterium müßte jedenfalls sein, die von den kommunistischen Staaten eingewandte „Diskriminierung der DDR“ auf ein Minimum zu beschränken.

5) Eine allgemeine, nicht speziell auf das deutsche Problem zugeschnittene, an den Karlsbader Vorschlag anknüpfende Form des Gewaltverzichts bestünde darin, daß Staaten der beiden Bündnisse (alle oder beliebige) untereinander Gewaltverzichtserklärungen austauschen und dabei jeweils das ganze Gebiet des anderen Bündnisses einbeziehen. So käme es zu einem Netz von Gewaltverzicht.

Der von zwei Dritteln der beteiligten Staaten nicht als Staat anerkannte andere Teil Deutschlands würde unter diesem Netz ebenfalls volle und vielfache Garantie gegen Gewaltandrohung oder Anwendung von Gewalt besitzen.

III. Die erklärte Politik der Bundesregierung (Gewaltverzicht ihr „Eckstein“<sup>9</sup>) verlangt sowohl nach einer Fortsetzung des Gesprächs mit Botschafter Zarapkin wie nach einem Zurückspielen des Balles von Karlsbad.

Auf der Grundlage der unter II. angestellten Überlegungen wird hierfür vorgeschlagen:

1) ein weiteres Gespräch zwischen dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts und Botschafter Zarapkin. Dabei wäre

– zu fragen, zu welchem Ergebnis die sowjetische Regierung bei der Prüfung der im Februar übergebenen Erklärungsentwürfe gekommen ist, und ob nach sowjetischer Auffassung nunmehr mit „offiziellen“ bilateralen Gesprächen oder Verhandlungen über das Thema Gewaltverzicht begonnen werden kann, wozu wir bereit seien;

– mitzuteilen, daß wir den Hinweis des Botschafters auf die Anwesenheit fremder Streitkräfte auf unserem Boden im Zusammenhang mit dem Gewaltverzicht geprüft hätten. Die Grundsätze des Nordatlantischen Bündnisses verböten ohnehin jede Gewaltandrohung oder unprovokierte Gewaltanwendung von deutschem Boden. Wir seien jedoch bereit, die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich – vielleicht sogar ausschließlich in ihrer Viermächteeigenschaft – aufzufordern, ihrerseits mit der Sowjetunion Gewaltverzichts-erklärungen auszutauschen. Auch diese Erklärungen sollten den anderen Teil Deutschlands durch die von Herrn Zarapkin angeregte, nicht-diskriminatorische Formel „Sowjetunion und ihre Verbündeten“ einbeziehen.

Wir wären daran interessiert, die Meinung der sowjetischen Regierung zu diesen Gedanken einer weiteren Vervollständigung unseres ursprünglichen Vorschlags zu erfahren.

Ob es zweckmäßig sei, auch die Niederlande, Belgien und Kanada, die ja ebenfalls einige Streitkräfte bei uns stationiert hätten, sowie beispielsweise Polen und die Tschechoslowakei in den bilateralen Erklärungsaustausch einzubeziehen, überließen wir dem Urteil der sowjetischen Regierung. Uns käme es darauf an, den anderen Teil Deutschlands so wenig, wie mit dem Zweck des Gewaltverzichts verträglich, zu diskriminieren.

Dieser läge darin, das bestehende Mißtrauen abzubauen, die Lage zu entspannen und dadurch spätere friedliche Lösungen der bestehenden Streitfragen zu erleichtern. Er könne nicht darin liegen, solche Lösungen zu präjudizieren (siehe II. 2).

Je nach dem Verlauf der Gespräche mit Zarapkin müßte auch die Konsultation mit den Verbündeten über unseren Vorschlag fortgesetzt werden.<sup>10</sup>

2) In öffentlichen Erklärungen oder Reden des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers der nächsten Zeit sollten wir – unabhängig vom diplomatischen Gespräch – zur Verdeutlichung unserer Politik und als Antwort auf den Vorschlag im Karlsbader Aktionsprogramm

– mit Bestimmtheit sagen, daß Entspannungspolitik den beiderseitigen Willen

<sup>9</sup> Vgl. dazu die Äußerungen des Bundeskanzlers Kiesinger gegenüber dem „Spiegel“ vom 20. März 1967; Dok. 110, Anm. 5.

<sup>10</sup> Vgl. dazu Dok. 219.

- voraussetzt, einen Modus vivendi zu finden, nicht jedoch dazu dienen kann, einseitige Ziele durchzusetzen;
- darlegen, was Sinn und Zweck eines zwischenstaatlichen Gewaltverzichts ist und was nicht (siehe unter II. 2);
  - wiederholen, daß wir zu jeder die Deutschlandfrage nicht präjudizierenden Form für unseren Verzicht auf Gewaltanwendung auch hinsichtlich des anderen Teils Deutschlands bereit sind;
  - „die Staaten der beiden sich in Europa konfrontierenden Bündnisse“ auffordern, untereinander Gewaltverzichtserklärungen auszutauschen und dabei jeweils alle Verbündeten des Erklärungspartners einzubeziehen, so daß ein „Netz von Gewaltverzicht“ über das ganze Gebiet beider Bündnisse gelegt würde.<sup>11</sup>

Hiermit D II, Herrn MD Dr. Ruete, mit dem Vorschlag der Vorlage über den Herrn Staatssekretär<sup>12</sup> beim Herrn Bundesminister und dem Herrn Bundeskanzler<sup>13</sup> vorgelegt.

Schnippenkötter<sup>14</sup>

VS-Bd. 4105 (II B 2)

## 155

### Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt

**Z B 6-1-12337/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 734**  
**Cito**

**Aufgabe: 2. Mai 1967, 20.00 Uhr**  
**Ankunft: 2. Mai 1967, 21.42 Uhr**

Betr.: Dreier-Gespräche

1) In der Sitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung am 2.5. geben britischer<sup>1</sup>, amerikanischer<sup>2</sup> und deutscher<sup>3</sup> NATO-Vertreter ihre vorbereiteten Erklärungen über das Ergebnis der Dreier-Gespräche ab. (Text der amerikanischen Erklärung wird mit Kurier am 3.5. übersandt).

<sup>11</sup> Am 11. Mai 1967 erläuterte Bundesminister Brandt vor dem Foreign Correspondents' Club in Tokio diese „Vier Thesen zur Entspannungspolitik“. Vgl. dazu BULLETIN 1967, S. 435 f.

<sup>12</sup> Klaus Schütz.

<sup>13</sup> Am 9. Mai 1967 vermerkte Botschafter Schnippenkötter, daß die Aufzeichnung von Bundesminister Brandt gebilligt und Bundeskanzler Kiesinger übermittelt worden sei. Vgl. VS-Bd. 4105 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>14</sup> Paraphe vom 5. Mai 1967.

<sup>1</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des britischen Botschafters bei der NATO, Burrows, vgl. den Drahtbericht Nr. 729 des Brigadegenerals Schmückle, Paris (NATO), vom 1. Mai 1967; VS-Bd. 1001 (II A 7).

<sup>2</sup> Zur Erklärung des amerikanischen Botschafters bei der NATO, Cleveland, vgl. Dok. 206.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vgl. den Drahtbericht Nr. 918 des Ministerialdirektors Ruete, z. Z. London, vom 29. April 1967; VS-Bd. 1001 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967. Für einen Auszug vgl. Anm. 6.

2) Belgischer NATO-Botschafter antwortete als erster mit einer polemisch getönten Erklärung.<sup>4</sup> Er habe den Eindruck, in den Dreier-Gesprächen sei vieles im Sinne von Flexibilität und Entspannung unternommen worden. Doch gewönne man abschließend den Eindruck, der Preis sei schon bezahlt, bevor die Entscheidung fiel. Es wäre nicht auszuschließen, daß der belgische Verteidigungsminister<sup>5</sup> nunmehr vor dem Parlament ähnliche Erklärungen wie die Drei abgeben werde, im gleichen Geist und mit der gleichen politisch-militärischen Zielsetzung. Er, de Staercke, gehe davon aus, das Prinzip der Rückverlegung (redeployment) sei praktisch angenommen. Cleveland habe in seiner Erklärung festgestellt, die gegenwärtige internationale Situation rechtfertige keine weiteren Rückverlegungen, und in der deutschen Erklärung sei die Erwartung ausgesprochen, die vorgeschlagenen Rückverlegungen sollten keinen Prozess weiterer Reduzierungen in Bewegung setzen.<sup>6</sup> Wäre damit gemeint, was für die einen recht sei, sei für die anderen nicht billig?

Kanadischer NATO-Vertreter<sup>7</sup> erklärte, Kanada anerkenne, daß es in Großbritannien und Amerika finanzielle Probleme im Zusammenhang mit der Truppenstationierung gäbe und daß beide Regierungen unter dem Druck der öffentlichen Meinung, die Truppenrückführungen verlange, stünden. Kanada als das dritte Land, das Streitkräfte in Kontinentaleuropa unterhalte, stünde allerdings unter demselben Druck, der sich durch das Ergebnis der Dreier-Gespräche verstärke. Man müsse das Ergebnis der Dreier-Gespräche im Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) prüfen. Möglicherweise gelange man dann zu gemeinsam beschlossenen Übereinstimmungen, die die Möglichkeit einschlossen, daß auch andere Nationen ähnliche Verfahren wie die Briten und Amerikaner einführen.

Italienischer NATO-Vertreter<sup>8</sup> stellte die Frage, ob man das Ergebnis der Dreier-Gespräche noch als „Vorschläge“ bezeichnen könne, wenn man im gleichen Atemzug erfahre, daß sie heute nachmittag dem britischen Parlament<sup>9</sup> und der

<sup>4</sup> Bereits am 28. April 1967 kritisierte der belgische Botschafter bei der NATO, de Staercke, im Ständigen NATO-Rat die Ergebnisse der Dreier-Verhandlungen, bei denen mit „doppelter Moral“ gearbeitet worden sei: „Den übrigen NATO-Partnern versichere man, man werde sie eingehend konsultieren, bevor eine Entscheidung falle. Gleichzeitig erschienen in der Presse detaillierte Nachrichten über den Umfang von Truppenrückführungen, die zeigten, daß die Entscheidung im Kreise der Drei praktisch bereits gefallen sei. Auf diese Weise versuche man, durch Presseveröffentlichungen vollendete Tatsachen zu schaffen. Dieses Verfahren werfe ein psychologisches Problem für die NATO auf; es verdiene die Aufmerksamkeit aller Staaten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 727 des Gesandten Oncken, Paris (NATO); VS-Bd. 1001 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Charles Poswick.

<sup>6</sup> Am 2. Mai 1967 führte Botschafter Grewe, NATO (Paris), im Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) aus: „In conclusion, I wish to express the strong wish of my government that the redeployments now proposed will not set in motion a process of further force redeployments and reductions, but will, on the contrary, have a long-term stabilizing effect on the force structure of the alliance.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 918 des Ministerialdirektors Ruete, z. Z. London, vom 29. April 1967; VS-Bd. 1001 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Charles Ritchie.

<sup>8</sup> Adolfo Alessandrini.

<sup>9</sup> Am 2. Mai 1967 informierte der Kanzler des Herzogtums Lancaster, Thomson, das britische Unterhaus über die Ergebnisse der Dreier-Verhandlungen. Vgl. dazu HANSARD, Bd. 746, Sp. 332–337. Dazu berichtete Botschafter Blankenhorn, London, daß den Ausführungen von Thomson „im Unterhaus wie auch in der Presse wegen der unmittelbar zuvor abgegebenen Erklärung des Premierministers, daß Großbritannien einen Antrag auf Eintritt in die EWG stellen werde, wenig Be-



Öffentlichkeit<sup>10</sup> bekanntgegeben würden. Das Ergebnis der Dreier-Gespräche müsse im Ausschuß für Verteidigungsplanung untersucht werden, wobei die Erfahrungen von Big Lift<sup>11</sup> und Einzelheiten des Rotationssystems von den Amerikanern zu erläutern wären.

Türkischer<sup>12</sup> und niederländischer<sup>13</sup> NATO-Vertreter sprachen in ähnlichem Sinne. Der Niederländer wollte vor allem wissen, welches Unterstellungsverhältnis künftig die nach England bzw. nach Amerika zurückverlegten Verbände zu SACEUR besäßen. Die Absicht, durch Truppenrückverlegungen das Ost-West-Verhältnis aufzulockern, enthalte einige gefährliche Elemente. Man könne keine große Hoffnung auf eine positive russische Reaktion haben; falle die Antwort negativ aus, dann sei mit der Rückverlegung lediglich eine Verbesserung der strategischen Situation der Russen erreicht. Es sei nicht einzusehen, weshalb die Russen die ihnen verschaffte strategische Verbesserung aufgeben sollten. Die Niederlande seien nach wie vor Anhänger einer NATO-Abschreckung. Wenn die Gruppe der drei Großen im Bündnis jedoch nunmehr sage, Truppenrückführungen seien zu rechtfertigen, dann gerieten natürlich diejenigen Regierungen unter den Druck der öffentlichen Meinung, die ihre Streitkräfte auf ihrem bisherigen Stand zu halten gedächten. Früher hätten schon Aktionen eines einzigen Mitgliedstaates bedauerliche und unvermeidliche Forderungen für die anderen Mitgliedstaaten gehabt, um wieviel mehr müsse dies bei Aktionen zu erwarten sein, die von drei großen Mächten unternommen würden.

Dänischer NATO-Vertreter<sup>14</sup> begrüßte die britische Absicht, mit den Russen über Truppenreduzierungen ins Gespräch zu kommen. Natürlich beinhalteten solche politischen Aktionen immer einen Unsicherheitsfaktor, doch müsse man nicht den Pessimismus des niederländischen NATO-Botschafters teilen.

3) Die meisten NATO-Vertreter, die sich zum Ergebnis der Dreier-Gespräche äußerten, ließen erkennen,

a) daß sie sich durch das Ergebnis der Dreier-Gespräche weitgehend vor vollendete Tatsachen gestellt sehen;

b) daß man das Ergebnis der Dreier-Gespräche nicht gleichzeitig den Alliierten als Rückverlegung (redeployment) und den Russen als Truppenreduzierung (reduction) darstellen kann.

Andererseits stimmten sie überein,

c) daß die Ergebnisse der Dreier-Gespräche nunmehr eingehend multilateral zu behandeln sind;

*Fortsetzung Fußnote von Seite 696*

achtung geschenkt“ worden sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 931 vom 3. Mai 1967; VS-Bd. 1001 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Für die Erklärung der Bundesregierung vom 2. Mai 1967 vgl. BULLETIN 1967, S. 400 f.

Für die Erklärung des amerikanischen Außenministers Rusk vom 2. Mai 1967 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 56, 1967, S. 788 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 256–258 (Auszug).

<sup>11</sup> Vgl. dazu Dok. 32, Anm. 10.

<sup>12</sup> Muharrem Nuri Birgi.

<sup>13</sup> Hendrik N. Boon.

<sup>14</sup> Henning Hjorth-Nielsen.

- d) daß die Gefahr gegeben ist, daß auch andere NATO-Partner die in den Dreier-Gesprächen gefundenen Lösungen für sich beanspruchen.
- 4) Cleveland antwortete auf die Vorwürfe wie folgt:
- e) Die Ergebnisse der Dreier-Gespräche seien „Vorschläge“ und nicht „Entscheidungen“.<sup>15</sup>
- f) Es handele sich nach amerikanischer Auffassung um „Rückverlegungen“ und nicht um „Reduzierungen“ von Truppen.
- g) Wenn andere Nationen ähnliche Maßnahmen ins Auge faßten, könne er nur hoffen, daß sie ihrem Entschluß ebenso eingehende Studien und Verhandlungen, besonders auch mit Deutschland, vorschalteten.
- h) Was das Unterstellungsverhältnis der eventuell zurückzuführenden Streitkräfte unter SACEUR betreffe, so ändere sich daran insofern nichts, als sie auch künftig ab „verstärktem Alarm“ (reinforced alert) unter dessen Kommando stünden.
- i) Was die Auswirkungen der Truppenrückführungen auf das Ost-West-Verhältnis angehe, so habe dies nach amerikanischer Meinung Angelegenheit einer NATO-Untersuchung zu sein, wobei die Frage zu prüfen wäre, ob Rüstungskontrollmaßnahmen in Europa möglich sind. (An dieser Stelle ließ Cleveland den Meinungsunterschied zur britischen Auffassung deutlich erkennen.)
- j) Zusammenfassend stellte er fest, der amerikanische Vorschlag der Rotation sei nicht die schlechteste der denkbaren Lösungen.
- 5) Britischer NATO-Vertreter erläuterte aufgrund kritischer Fragen die Auffassungen seiner Regierung näher. Großbritannien sähe den Ost-West-Aspekt, soweit er Truppenreduzierungen beträfe, in zwei Phasen. Die eine Phase bestünde in der langfristigen Untersuchung, welche Auswirkungen die Truppenreduzierungen im einzelnen für Europa haben könnten. Mit dieser Frage sollte sich der politische Ausschuß, die Arbeitsgruppe für Verteidigungsplanung oder die Arbeitsgruppe 3 (Harmel-Studie) befassen. Die andere Phase gäbe Gelegenheit, den Russen jetzt und rasch zu sagen, daß Vorschläge für Truppenrückführungen der NATO vorgelegt sind. Dies sei für die Russen natürlich nichts Neues, nur läge die politische Chance darin, ihnen nahezulegen, Gleiches zu tun. Sollten die Russen den Vorschlag zurückweisen, halte er die niederländischen Bedenken für unbegründet, denn die vorgesehenen Truppenrückführungen würden die Abschreckung nicht wesentlich beeinflussen.
- 6) Da sowohl belgischer wie italienischer NATO-Vertreter Abs. 10 unserer Erklärung<sup>16</sup> näher erläutert wissen wollten und die Fragen stellten, ob die dort aufgeführten Grundsätze nur für einen Teil der Allianz-Mitglieder oder für alle

<sup>15</sup> Am 28. April 1967 erläuterte der amerikanische Botschafter bei der NATO, Cleveland, im Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC), daß bei der Bewertung der Dreier-Verhandlungen unterschieden werden müsse zwischen der dort erzielten Einigung über die Grundsätze der Strategie und des Streitkräfteaufbaus in Europa, die dem DPC übermittelt worden seien, dem finanziellen Teil, der nicht Angelegenheit der DPC sei, und den Verhandlungen über die Streitkräfte und ihre Stationierung: „In dieser Frage würden in den Dreiergesprächen keine endgültigen Entscheidungen fallen. Auch sei darauf hinzuweisen, daß solche Überlegungen sich erst in der Streitkräfteplanung 1968-73 niederschlagen würden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 727 des Gesandten Oncken, Paris (NATO); VS-Bd. 1001 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>16</sup> Vgl. Anm. 6.

gelten sollten, antwortete ich à titre personnel, wir betrachteten das Ergebnis der Dreier-Gespräche nicht als Ausdruck einer neuen Strategie oder einer neuen allgemeinen Konzeption von Truppenrückverlegungen. Es sei für uns keine Ideallösung, sondern das Resultat einer realistischen Einschätzung harter Tatsachen. Daher hielten wir es für verhängnisvoll, wenn sich die vom Generalsekretär<sup>17</sup> geäußerte Befürchtung eines „Schneeballsystems“ in dieser Frage realisieren sollte. In diesem Sinne richte sich unser in Absatz 10 zum Ausdruck gebrachter Appell an die Allianz als Ganzes.<sup>18</sup>

[gez.] Grewe

VS-Bd. 1001 (II A 7)

## 156

### Aufzeichnung des Botschafters Emmel

III C-403/67 VS-vertraulich

3. Mai 1967

Betr.: Bericht über die deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsverhandlungen vom 24. bis 29. April 1967 in Belgrad<sup>1</sup>

#### 1) Ziel der Verhandlungen

Das Handelsvolumen zwischen beiden Ländern hat sich seit den letzten Wirtschaftsverhandlungen im Jahre 1964<sup>2</sup> erheblich ausgeweitet (1966 fast 35 % größer als 1964). Die deutschen Überschüsse in diesen 3 Jahren betrugen etwa 470 Mio. DM. Eine Verbesserung der handelspolitischen Beziehungen ist nur

<sup>17</sup> Manlio Brosio.

<sup>18</sup> Am 9. Mai 1967 kündigte der belgische Verteidigungsminister Poswick im Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) eine Reorganisation der Streitkräfte an, „bei der vier der sechs gegenwärtig in Deutschland stationierten Brigaden als ‚Force d'Intervention‘ mit verbesserter Bewaffnung und Kampfkraft vorgesehen seien. Zwei Brigaden würden nach Belgien zurückverlegt werden und Teil der ‚Défense Intérieur‘ bilden. Sie könnten der NATO ggf. zur Verfügung gestellt bleiben.“ Der niederländische Verteidigungsminister de Toom erklärte, daß die geplante Rückverlegung amerikanischer und britischer Streitkräfte „angesichts der unverminderten Stärke der sowjetischen Streitkräfte beunruhigend [sei]. Die niederländische Regierung lege Wert auf eine gründliche Prüfung dieser Vorschläge durch die Militärbehörden der NATO und das DPC.“ Bundesminister Schröder wies darauf hin, „daß das Rotationssystem in Zukunft wachsende Bedeutung für die Streitkräfteplanung der NATO haben könne. Es müsse geprüft werden, welche technischen Voraussetzungen, wie z. B. Ausbau von Häfen, Flugplätzen und anderen Infrastrukturanlagen in Europa, geschaffen werden müßten, damit das System funktionsfähig sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 773 des Brigadegenerals Kraus, z. Z. Paris (NATO), vom 10. Mai 1967; VS-Bd. 2010 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Für den Wortlaut des Protokolls über die zweite Tagung des Gemischten Ausschusses der Bundesrepublik und Jugoslawiens vgl. Referat III A 5, Bd. 575.

Zur ersten Tagung vom 7. bis 9. April 1965 vgl. AAPD 1965, II, Dok. 175.

<sup>2</sup> Die Wirtschaftsverhandlungen fanden vom 29. Juni bis 16. Juli 1964 in Bonn statt und endeten mit der Unterzeichnung u. a. eines Protokolls und der 5. Zusatzvereinbarung zum Abkommen vom 11. Juni 1952 über den Warenverkehr zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien. Für den Wortlaut vgl. Referat III A 5, Bd. 394.

beschränkt möglich, da beide Seiten den Handel weitgehend liberalisiert haben. Jugoslawien genießt bei uns eine erheblich großzügigere Liberalisierung als die Ostblockstaaten<sup>3</sup>, aber nicht ganz in dem vollen Umfang wie die westeuropäischen Länder.

Das Ziel der Verhandlungen bestand für uns darin, einerseits einige Konzessionen zu gewähren, andererseits jedoch noch „Kapital“ für die künftigen Verhandlungen in der Hand zu behalten, um dadurch auf handelspolitischem Gebiet aktionsfähig und für die künftige politische Entwicklung von Interesse zu bleiben. Dieses Ziel scheint mir in vollem Umfang erreicht zu sein.

## 2) Ergebnis der Verhandlungen

Als einzige größere Konzession wurde zugestanden, daß jugoslawische Unternehmen an deutschen Lieferungen nach dritten Ländern nicht durch Sondervorschriften behindert werden. Das gleiche gilt auf dem Gebiet der Dienstleistungen.<sup>4</sup> Hierbei handelt es sich um den Fortfall der sogenannten Ostblockklausel<sup>5</sup> für Jugoslawien. Daneben wurden geringe Kontingenterhöhungen auf industriellem Sektor vorgenommen.<sup>6</sup> Außerdem wurde eine Reihe von Expertengesprächen in Aussicht genommen oder bereits beschlossen, so auf dem Gebiet des Verkehrs- und Veterinärwesens, Veredlungsindustrie, Filmwirtschaft und einigen anderen Gebieten.

Andere Forderungen der Jugoslawen wurden nicht erfüllt. So wurde die Preisschutzklausel des Jahres 1952<sup>7</sup> z.B. unverändert bestehen gelassen. Die Gleichstellung mit westeuropäischen Ländern hinsichtlich der Liberalisierung wurde nicht gewährt und gewisse Kontingente beibehalten.

<sup>3</sup> Zur Liberalisierung des Handels der Bundesrepublik mit den Ostblock-Staaten vgl. Dok. 26, Anm. 5.

<sup>4</sup> In einem vertraulichen Briefwechsel vom 29. April 1967 bestätigte Botschafter Emmel, z.Z. Belgrad, „daß die Beteiligung jugoslawischer Unternehmen an deutschen Lieferungen nach Entwicklungsländern künftig in das freie Ermessen der kontrahierenden deutschen und ausländischen Auftragnehmer und Auftraggeber gestellt und nicht durch Sondervorschriften behindert sein wird. Das gleiche gilt auf dem Gebiet der Dienstleistungen.“ Vgl. Referat III A 5, Bd. 575.

<sup>5</sup> In den Darlehensverträgen, die die Kreditanstalt für Wiederaufbau mit Entwicklungsländern schloß, befand sich eine Klausel, welche die Verwendung der Gelder zur Finanzierung von Lieferungen und Leistungen aus bestimmten, von der Bundesregierung auf einer Liste geführten Ostblock-Staaten ausschloß. Dazu stellte Ministerialdirektor Harkort am 17. April 1967 fest: „Die Jugoslawen lehnen mit Empörung ab, zu den Ostblockländern gerechnet zu werden. Neben emotionalen und Prestige-Gesichtspunkten sind auch sehr reale wirtschaftliche Interessen mit im Spiel. Die Anwendung der Ostblockklausel auf Jugoslawien verhindert – bei Projekten, die mit deutscher Kapitalhilfe finanziert werden – die Zusammenarbeit zwischen jugoslawischen und deutschen Unternehmen auf dritten Märkten, an deren Zustandekommen der jugoslawischen Regierung sehr viel gelegen ist.“ Vgl. Referat III A 5, Bd. 642.

<sup>6</sup> Im Protokoll vom 29. April 1967 des Gemischten Ausschusses der Bundesrepublik und Jugoslawiens wurden die Kontingente für Trinkwein und frische Karpfen neu festgelegt. Darüber hinaus wurden die jugoslawischen Wünsche nach einer Erhöhung der Kontingente für saure Gurken und Obstzubereitungen festgehalten. Für den Wortlaut des Protokolls vgl. Referat III A 5, Bd. 575.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 11. Juni 1952 über den Warenverkehr zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 169 vom 2. September 1952, S. 1–6. Eine Preisschutzklausel war erstmals Bestandteil der 2. Zusatzvereinbarung vom 26. Juni 1954 zum Warenabkommen vom 11. Juni 1952. In Artikel 1, Ziffer 1 behielt sich die Bundesregierung vor, „daß die Aufhebung der mengenmäßigen Beschränkungen rückgängig gemacht werden kann, falls jugoslawische Waren in solchen Mengen zu nicht marktgerechten Preisen oder zu Bedingungen in die Bundesrepublik ausgeführt werden, daß sie den deutschen Markt in diesen Warenbereichen ernsthaft stören“. Vgl. die Aufzeichnung des Botschafters Schlitter vom 23. Juli 1964; Referat III A 5, Bd. 463.

Die jugoslawische Seite hat, obwohl sie rechtlich betrachtet auf Grund ihrer neuerlichen Vollmitgliedschaft im GATT Einwand erheben könnte, sich hiermit letztlich einverstanden erklärt.

Daß von jugoslawischer Seite eine Intensivierung der wirtschaftlichen Besprechungen angestrebt wird, beweist die Vorlage eines Entwurfs für ein langfristiges Warenverkehrsabkommen<sup>8</sup>. Artikel 11 dieses Abkommens besagt: „Die Bestimmungen dieser Vereinbarung werden auch auf das Gebiet Berlin in Anwendung gebracht“. Ich habe Überprüfung dieses Entwurfs und baldige Stellungnahme zugesagt. Dadurch ist die Möglichkeit gegeben, im Laufe dieses Jahres die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Jugoslawien fortzusetzen.

### 3) Bewertung

Die Verhandlungen haben in Presse, Rundfunk und Fernsehen in Jugoslawien von Anfang an eine positive Berichterstattung erfahren. Der Staatssekretär des Außenhandelsministeriums, Šnuderl, hat mich in Vertretung seines Ministers<sup>9</sup> und der Sonderberater des Außenministers, Prica, in Vertretung seines Staatssekretärs<sup>10</sup> zu langen Unterredungen empfangen, die beide in freundlicher Atmosphäre stattfanden. Politische Fragen wurden hier nicht erörtert. Auf die Frage Pricas wurde lediglich festgestellt, daß der beiderseitige Standpunkt bei der Wiedergutmachung unverändert gegenüber früheren Erörterungen sei.<sup>11</sup> (Über die Besuche wurde mit Drahtbericht am 27. 4. bzw. 29. 4. ausführlich berichtet.<sup>12</sup>) Unverkennbar war, daß der jugoslawische politische Wille, zu einem Abschluß der Verhandlungen zu kommen, auch die Haltung der Ressortvertreter bestimmte. Bei früheren Verhandlungen jedenfalls wurden die jugoslawischen Forderungen in harter, unnachgiebiger Weise und übermäßig scharfen Formulierungen vorgetragen. Bei diesen Besprechungen war zwar die jugoslawische Haltung entschieden und klar, aber verständnisvoll und zu Kompromissen bereit. In der gleichen Linie liegt es, daß bei außerwirtschaftlichen Fragen erstmalig jugoslawische Zugeständnisse erreicht werden

<sup>8</sup> Für den Wortlaut vgl. Referat III A 5, Bd. 575.

<sup>9</sup> Nikola Džuverović.

<sup>10</sup> Mišo Pavićević.

<sup>11</sup> Vgl. dazu AAPD 1964, I, Dok. 77, und AAPD 1965, II, Dok. 175, S. 698–700.

Die Haltung der Bundesregierung wurde zuletzt in der Note vom 13. Oktober 1965 an die jugoslawische Regierung zum Ausdruck gebracht. Darin wurde festgestellt, daß sich die Bundesregierung in einer Vereinbarung mit Jugoslawien vom September 1963 bereits zu einer „Globalzahlung für jugoslawische Opfer pseudomedizinischer Versuche“ in Höhe von 8 Mio. DM bereit erklärt habe, darüber hinausgehenden Wünschen aber nicht entsprechen könne. Eine rechtliche Verpflichtung zu Verhandlungen über eine Entschädigung von jugoslawischen NS-Opfern bestehe insbesondere deshalb nicht, weil „die Reorganisation des deutschen Staates in der Bundesrepublik Deutschland, die Wiederherstellung der deutschen Souveränität und das Londoner Schuldenabkommen vom 27. Februar 1953, zu dessen Partnern auch Jugoslawien gehört, das gesamte Problem der Reparationen und Entschädigungen auf eine neue Grundlage gestellt“ hätten. Die Bundesrepublik könne deshalb „allgemeine Verhandlungen über die hiermit zusammenhängenden Fragen nur im Verhältnis zu solchen Staaten in Betracht ziehen, die anerkennen, daß allein die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in internationalen Angelegenheiten für das gesamte deutsche Volk zu sprechen und zu handeln vermag“. Vgl. Referat III A 5, Bd. 576.

<sup>12</sup> Zum Gespräch mit dem Staatssekretär im jugoslawischen Außenhandelsministerium, Šnuderl, vgl. den Drahtbericht Nr. 54 des Botschafters Emmel, z. Z. Belgrad, vom 27. April 1967; VS-Bd. 5113 (III A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

Zum Gespräch mit dem Sonderberater im jugoslawischen Außenministerium, Prica, vgl. den Drahtbericht Nr. 59 von Emmel vom 29. April 1967; Referat III A 5, Bd. 575.

konnten. Das Außenministerium sagte die Einleitung eines Amnestieverfahrens bei dem letzten in jugoslawischem Gewahrsam befindlichen Häftling Hans Kohl zu, der 1961 wegen Kriegsverbrechen zu 11 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde und inzwischen davon 6 Jahre verbüßt hat.<sup>13</sup> Außerdem wird das Außenministerium die Rückgabe zumindest eines Teils der Kunstgegenstände der Schauspielerin Tilla Durieux in die Wege leiten.<sup>14</sup>

Zusammenfassend glaube ich, daß nach mehreren Jahren Unterbrechung der wirtschaftlichen Gespräche nunmehr eine gute Basis geschaffen wurde und es möglich ist, den derzeitigen guten Willen zur Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten und Kontakte zu pflegen. Konzessionsmöglichkeiten sind allerdings nur in beschränktem Umfang vorhanden.

#### 4) Weiteres Vorgehen

Für unser weiteres Vorgehen sind 2 Punkte von entscheidender Bedeutung:

- a) Baldiger Beginn der Gastarbeiter-Verhandlungen
- b) Intensive Abstimmung mit den übrigen Ressorts bei künftigen Verhandlungen.

Zu a) Bereits im Jahre 1964 wurde im Protokoll folgender Hinweis aufgenommen: „Beide Regierungen werden unverzüglich in Besprechungen über Fragen, die sich aus der Beschäftigung jugoslawischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland ergeben, eintreten“. Noch im April 1967 hatte der Vertreter des Auswärtigen Amts bei den Beamtengesprächen ebenfalls auf unsere Bereitschaft und auf den baldigen Anfang dieser Besprechungen hingewiesen.<sup>15</sup> Natürlich wurde ich auf diese Frage gleich am ersten Tage angesprochen, und leider war es mir nicht möglich, einen Termin für die Verhandlungen zu benennen.<sup>16</sup> Diese Tatsache hat die gesamten Verhandlungen überschattet und

<sup>13</sup> Am 23. Dezember 1961 wurde der ehemalige Angehörige des Amtes Ausland/Abwehr des Oberkommandos der Wehrmacht und Leiter der Dienststelle in Belgrad, Kohl, in Titovo Uzica zu elf Jahren Zuchthaus verurteilt. Vgl. dazu den Artikel „Elf Jahre Zuchthaus für Kohl“, *SÜDDEUTSCHE ZEITUNG*, Nr. 309 vom 27. Dezember 1961, S. 4.

<sup>14</sup> Am 28. Mai 1963 bat die Schauspielerin Tilla Durieux das Auswärtige Amt um Unterstützung bei der Rückführung ihrer Sammlung von Bildern, Skulpturen und Büchern aus Zagreb. In der Folgezeit wurde die Angelegenheit seitens des Auswärtigen Amts wiederholt mit jugoslawischen Stellen erörtert. Am 10. November 1967 erkannte die Regionale Anstalt für den Schutz von Kulturdenkmälern in Zagreb zwar die Sammlung als Eigentum von Durieux an, lehnte eine Ausfuhr wegen ihrer „außerordentlichen Bedeutung und [ihres] großen kulturhistorischen und künstlerischen Wertes“ jedoch ab. Für das Schreiben von Durieux sowie den Bescheid der Regionalen Anstalt für den Schutz von Kulturdenkmälern vgl. Referat II A 5, Bd. 1013. Vgl. dazu ferner Tilla DURIEUX, *Eine Tür steht offen*, Berlin 1954, S. 339–342.

<sup>15</sup> Zu den Gesprächen des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kastl am 30./31. März 1967 in Belgrad vgl. Dok. 127, Anm. 4.

<sup>16</sup> Bedenken hinsichtlich der Aufnahme von Verhandlungen über ein Anwerbe- und Sozialversicherungsabkommen wurden vor allem seitens des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung geäußert. Dazu notierte Ministerialdirektor Thierfelder, das Ministerium verweise darauf, daß der Abschluß eines Anwerbeabkommens angesichts der derzeitigen Arbeitsmarktlage in der Bundesrepublik „innenpolitisch nicht verstanden“ werde. Ferner ginge ein Abkommen zu Lasten bereits bestehender Anwerberegelungen für Gastarbeiter aus Italien, Griechenland, der Türkei und Spaniens. Insbesondere Italien dränge als EWG-Mitgliedstaat darauf, daß angesichts des zum 1. Juli 1968 in Aussicht genommenen Gemeinsamen Marktes „Arbeitskräfte aus Drittländern solange nicht angeworben werden dürften, wie Arbeitskräfte innerhalb der Gemeinschaft zur Verfügung stünden“. Vgl. die Aufzeichnung vom 13. April 1967; VS-Bd. 4260 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

hätte um ein Haar die Verhandlungen scheitern lassen. Nach langwierigen Verhandlungen wurde schließlich mit nachstehender Formulierung abgeschlossen:

„Unter Berufung auf eine bereits erzielte beiderseitige grundsätzliche Übereinstimmung erneuerte die jugoslawische Delegation den Wunsch, den Termin für die Verhandlungen über den Abschluß eines Gastarbeiter- und Sozialversicherungsabkommens für den Monat Mai festzulegen.

Die deutsche Delegation sagte zu, sich bei ihrer Regierung für eine kurzfristige Festsetzung des Verhandlungstermins einzusetzen.“

In der umfangreichen fernschriftlichen Berichterstattung aus Belgrad habe ich ständig darauf hingewiesen, daß bereits die kurzfristige, vor allem aber auch die längerfristige Entwicklung unseres Verhältnisses zu Jugoslawien entscheidend bestimmt wird durch den möglichst baldigen Beginn dieser Gastarbeiter-Verhandlungen. Wenn dies nicht geschieht, wird die derzeitige jugoslawische Einstellung uns gegenüber schlagartig und erheblich einem neuerlichen Tiefpunkt entgegengeführt werden, ein Zustand, der bei späteren Wirtschaftsverhandlungen durch die Gewährung aller noch verbleibenden Konzessionen nicht wieder auf den derzeitigen Stand zurückgebracht werden könnte.

Zu b) Das Auswärtige Amt sollte sich bei den sich anbahnenden Gesprächen bzw. Verhandlungen von Experten einschalten, damit überall eine einheitliche Linie verfolgt werden kann.<sup>17</sup> Dies trifft in erster Linie zu bei den bevorstehenden Verkehrsverhandlungen, dann aber auch bei der Praxis des Ernährungsministeriums, zwischenzeitlich Kontingentserhöhungen ad hoc vorzunehmen, die dann bei offiziellen Verhandlungen nicht mehr gegeben werden können, ja in manchen Fällen sogar zurückgezogen werden sollen.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>18</sup> dem Herrn Minister vorgelegt.

Emmel

VS-Bd. 5110 (III A 5)

<sup>17</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lahr hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „richtig!“.

<sup>18</sup> Hat den Staatssekretären Lahr und Schütz am 6. bzw. 18. Mai 1967 vorgelegen.

## Aufzeichnung des Referats II A 7

II A 7-81.08/2-1395/67 geheim

3. Mai 1967<sup>1</sup>

Betr.: NATO-Verteidigungsplanung  
hier: Ministerweisung an die NATO-Militärbehörden

Bezug: 1) Weisung des Herrn Bundeskanzlers vom 27.4.67<sup>2</sup>  
2) DB NATO-Vertretung Nr. 701 geh. vom 26.4.67

Anlg.: 3<sup>3</sup>

I. In der NATO-Verteidigungsplanung wird in Kürze eine wichtige Entscheidung fallen. Der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) wird am 9. Mai auf der Ebene der Verteidigungsminister zusammentreten, um die Ministerweisung („Ministerial Guidance“) an die NATO-Militärbehörden zu beraten.<sup>4</sup> Der in langwierigen Verhandlungen im DPC ausgearbeitete Entwurf der Ministerweisung wird als Anlage vorgelegt.<sup>5</sup> Es ist damit zu rechnen, daß er von den Verteidigungsministern ohne wesentliche Änderungen verabschiedet wird.

Die Ministerweisung ist in erster Linie als Grundlage für die Ausarbeitung von Streitkräfte-Vorschlägen der NATO-Militärbehörden für die Jahre 1967–1972 bestimmt. Ihre eigentliche Bedeutung liegt jedoch darin, daß sie faktisch die „Politische Direktive“ aus dem Jahre 1956, die Grundlage der NATO-Strategie war<sup>6</sup>, ersetzen und die Revision des strategischen Konzepts der NATO einleiten wird. Die Vorbereitung der Ministerweisung lag auf deutscher Seite vorwiegend beim Bundesministerium der Verteidigung. Der Entwurf fußt in seinem strategischen Teil auf den Ergebnissen einer Studie des Militärausschusses der NATO über die verteidigungspolitische Lage der NATO bis 1975.<sup>7</sup> Die Vorbereitung dieses Dokuments lag auf deutscher Seite ausschließlich in den Händen des Bundesministeriums der Verteidigung.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Behrends und von Legationsrat I. Klasse Verbeek konzipiert.

<sup>2</sup> Am 27. April 1967 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnold für Staatssekretär Schütz: „Der Herr Bundeskanzler bittet um möglichst umgehende Unterrichtung zu dem vorbezeichneten Thema, wobei insbesondere der Inhalt des Fernschreibens unserer NATO-Vertretung Nr. 701 vom 26.4.1967 berücksichtigt werden soll.“ Vgl. VS-Bd. 2009 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

<sup>4</sup> Für das Kommuniqué über die Tagung des Ausschusses für Verteidigungsplanung der NATO vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 258.

<sup>5</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

<sup>6</sup> Am 14. Dezember 1956 verabschiedete der NATO-Ministerrat in Paris die Politische Direktive C-M (56) 138. Auf der Tagung des NATO-Ministerrats am 2./3. Mai 1957 wurden die entsprechenden Durchführungsbestimmungen MC 14/2 „Overall Strategic Concept for the Defense of the North Atlantic Area“ und MC 48/2 „Measures to Implement the Strategic Concept“ für ein Konzept der „massiven Vergeltung“ gebilligt. Für die Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1957, S. 9560–9571, sowie S. 9855 f.

<sup>7</sup> Für eine Zusammenfassung des Dokuments MCM-9-67 „Military appreciation of the situation as it will affect NATO through 1975“ vgl. VS-Bd. 2010 (II A 7).



Im Entwurf der Ministerweisung sind besonders bemerkenswert:

- der Abschnitt über die Strategie (Ziffern 16–25 des Entwurfs)
- die Einführung des Begriffs der „politischen Vorwarnzeit“ (Ziffer 15 des Entwurfs).

## II. Strategie

Die formell noch gültige NATO-Strategie, die im „Strategischen Konzept“ vom Oktober 1956 und der politischen Direktive vom Dezember 1956 (C-M (56) 138 Final) niedergelegt ist, ist eine Strategie der „massiven Vergeltung“. Sie besagt, daß jeder Angriff, der über Infiltrationen und örtlich begrenzte Feindseligkeiten hinausgeht, mit dem unverzüglichen Einsatz nuklearer Waffen beantwortet werden soll. Alle NATO-Staaten mit Ausnahme Frankreichs betrachten diese Doktrin als überholt und befürworten eine Strategie des „flexible response“.<sup>8</sup> Die seit langem überfällige Revision des strategischen Konzepts scheiterte bisher am Widerstand Frankreichs. Sie kann nunmehr in Angriff genommen werden, nachdem Frankreich aus der integrierten NATO-Verteidigung ausgeschieden ist und sich an der Diskussion des strategischen Konzepts nicht mehr beteiligt.

Die Strategie der „massiven Vergeltung“ ist aus folgenden Gründen überholt:

- 1) Die seit 1956 eingetretene Multiplizierung des nuklearen Potentials sowohl der Vereinigten Staaten wie der Sowjetunion und die heute fast vollständige Unverwundbarkeit des strategischen nuklearen Potentials beider Weltmächte haben die Bedingungen der nuklearen Kriegführung völlig verändert. Solange ein wirksames System der Raketenabwehr nicht besteht, führt jeder Einsatz strategischer Nuklearwaffen mit Sicherheit zum Gegenschlag der angegriffenen Nuklearmacht und damit letzten Endes zur Selbsterstörung des Angreifers. Im Gegensatz zu 1956 bietet der Ersteinsatz nuklearer Waffen kaum noch strategische Vorteile. Die Strategie der massiven Vergeltung läßt uns die Wahl zwischen Kapitulation und Selbsterstörung<sup>9</sup> und stellt daher keine glaubwürdige Abschreckung sicher.
- 2) Seit 1956 ist das nukleare Arsenal vor allem der NATO, in geringerem Maße auch des Warschauer Paktes, durch Entwicklung von nuklearen Sperrwaffen (Atomminen), Gefechtsfeldwaffen und taktischen Nuklearwaffen wesentlich erweitert worden. Dies erlaubt einen abgestuften und differenzierten Einsatz von Nuklearwaffen.
- 3) Während das strategische Konzept von 1956 einseitig auf den Fall eines nuklearen Überraschungsangriffs abgestellt war und kein Konzept eines begrenzten Krieges vorsah, ist heute ein nuklearer Überraschungsangriff die am

<sup>8</sup> Auf der Tagung des NATO-Ministerrats am 16./17. Dezember 1963 wurde ein vom Military Committee formulierter Entwurf MC 100/1 betreffend eine „Appreciation of the Military Situation as it Affects NATO up to 1970“ diskutiert. In diesem von der französischen Regierung abgelehnten Entwurf wurde eine Umstellung der vom Gedanken der „massive retaliation“ geprägten NATO-Strategie auf ein Konzept der „flexible response“ befürwortet. Hiernach sollten begrenzte Angriffe zunächst konventionell und, falls notwendig, mit taktischen Nuklearwaffen abgewehrt werden. Lediglich bei einem Großangriff sollte das strategische nukleare Potential in angemessener Weise zum Einsatz kommen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats II 7 vom 18. Dezember 1963; VS-Bd. 3939 (II A 6); B 150, Aktenkopien 1963.

<sup>9</sup> Korrigiert aus: „Selbsterstörung zu“.

wenigsten wahrscheinliche, ein kleinerer Angriff mit begrenzten Zielen dagegen die wahrscheinlichste Form eines Angriffs. Das Konzept von 1956 trägt der Notwendigkeit, alle heute denkbaren Formen des Angriffs (örtlich und kräftemäßig begrenzte Angriffe, konventionelle Angriffe ohne oder nach Mobilisation, Angriff mit Einsatz taktischer Nuklearwaffen) mit angemessenen Mitteln zu beantworten, nicht Rechnung.

4) Die seit 1956 gewonnenen Erfahrungen in schweren politischen Krisen (Kuba, Berlin) haben gezeigt, daß die Krisenbeherrschung durch vorsichtig dosierten Einsatz militärischer Mittel ein wichtiger Aspekt der Abschreckung ist.

Das Festhalten an einer Strategie der „massiven Vergeltung“ oder an der Forderung des unverzüglichen Einsatzes von Nuklearwaffen bei jeder Form des Angriffs wäre gerade mit den deutschen verteidigungspolitischen Interessen nicht vereinbar. Nicht nur ein mit strategischen Waffen geführter Nuklearkrieg, sondern auch eine auf dem Einsatz taktischer nuklearer Waffen beschränkte Kriegführung würde wahrscheinlich zu einer weitgehenden Verwüstung beider Teile Deutschlands führen und kann das Ende unserer nationalen Existenz bedeuten. Es liegt im deutschen Interesse, neben der nuklearen Option eine konventionelle Option für die Kampfführung der NATO-Streitkräfte sicherzustellen, um einen begrenzten nichtnuklearen Angriff ohne Einsatz von Nuklearwaffen abzuwehren und bei jedem nichtnuklearen Angriff die Sowjets mit konventioneller Abwehr in einem Ausmaß konfrontieren zu können, das für sie das ernste Risiko einer nuklearen Eskalation in sich birgt.

Die Abschreckung ist nur dann glaubwürdig, wenn sie sich auf eine vollständige Skala militärischer Einsatzmittel stützt, die von starken konventionellen Streitkräften über Gefechtsfeldwaffen und taktischen Nuklearwaffen bis zu strategischen Nuklearstreitkräften reicht.

III. Botschafter Grewe weist in seinem Bezugsbericht vom 26. April auf die Gefahren hin, die sich aus der einseitigen Interpretation der Strategie der „flexible response“ durch die Amerikaner ergeben können:

1) Die Amerikaner neigen dazu, die konventionelle Option überzubetonen. Auf Grund einer skeptischen Beurteilung der militärischen Fähigkeiten der Warschauer Pakt-Streitkräfte und einer Überbewertung der Fähigkeiten der NATO-Streitkräfte kommen sie zu dem Schluß, daß selbst bei einem konventionellen Großangriff die NATO-Streitkräfte während eines längeren Zeitraums (mehr als 6 Tage) sich ohne Einsatz nuklearer Waffen erfolgreich verteidigen können.

2) Diese Überbetonung der konventionellen Abwehr beeinträchtigt die Abschreckung, weil es den potentiellen Angreifer zu der Annahme verleiten kann, daß er zumindest einen begrenzten Angriff wagen kann, ohne das Risiko der Eskalation in den Nuklearkrieg eingehen zu müssen.

3) Das Konzept der Vorwärtsverteidigung ist mit einer solchen Überbetonung der konventionellen Kampfführung schwer zu vereinbaren. Dies gilt zumindest für die Vorwärtsverteidigung im bisherigen Sinne einer starren linearen Verteidigung, die nur dann durchführbar ist, wenn der Einbruch in diese Verteidigungslinie durch den Gegner den quasi-automatischen Einsatz von Nuklearwaffen zur Folge hat. Ein solches starres Verteidigungssystem birgt jedoch für

Deutschland, das in erster Linie Opfer des mit taktischen Nuklearwaffen ausgefochtenen Nuklearkrieges sein würde, ebenso große Gefahren in sich wie eine flexible Kampfführung. Aus diesem Grunde tendieren wir dahin, die Möglichkeit eines Einspruchsrechts auf politischer Ebene gegen den Einsatz von taktischen Nuklearwaffen vom Gebiet der Bundesrepublik aus oder auf Ziele auf deutschem Boden zu erwirken.

4) Die „Strategie der Flexibilität“ birgt das Konzept der Krisenbeherrschung und der dosierten Eskalation politisch/militärischer Maßnahmen auch nach Ausbruch von Feindseligkeiten in sich. Darin liegt nicht notwendig eine Gefahr, sondern auch ein Vorzug der neuen Strategie. Das Konzept einer solchen politisch dosierten Eskalation, das auch der Eventualplanung der Vier-Mächte für Berlin zugrunde liegt und in der Kubakrise von den Vereinigten Staaten mit Erfolg angewandt wurde, ist geeignet, die Abschreckung zu verstärken und die Gefahr einer Eskalation in den Nuklearkrieg aufgrund von Fehlbeurteilungen auf der Seite des Gegners zu vermindern.

5) Es trifft nicht zu, daß der „Strategie der Flexibilität“ notwendigerweise eine nur konventionell ausgerüstete Bundeswehr entspricht. Die Ausrüstung der NATO-Streitkräfte einschließlich der Bundeswehr mit taktischen Nuklearwaffen ist auch nach amerikanischer Auffassung ein notwendiges Element der Abschreckung. Die Zahl der in Europa stationierten taktischen Nuklearwaffen ist in den letzten Jahren erheblich gesteigert worden. Dieses taktische nukleare Potential in Europa ist heute so stark, daß nach Auffassung der NATO-Militärbehörden seine weitere Vermehrung keine zusätzliche Sicherheit bewirkt. Dies schließt nicht aus, daß wir die bei den Amerikanern vorhandenen Tendenzen, das taktische nukleare Potential in Europa abzubauen, sorgfältig verfolgen und ihnen nachdrücklich entgegenzutreten müssen, wenn sie die Wirksamkeit der Abschreckung zu beeinträchtigen drohen. Unsere Beteiligung an der Nuclear Planning Group der NATO gibt uns dazu die Möglichkeit.

IV. Die im Entwurf der Ministerweisung enthaltenen Grundsätze der NATO-Strategie sind das Ergebnis eines Umdenkungsprozesses in der NATO, der unter dem Eindruck der sich wandelnden strategischen Gegebenheiten bereits im Jahre 1959 eingesetzt hat und schon in den 1962 von der Ministerkonferenz der NATO angenommenen „Athener Guidelines“<sup>10</sup> zum Ausdruck kam. Der Entwurf der Ministerweisung ist kein revolutionärer Umschwung in der strategischen Konzeption der NATO. Es besteht daher kein Anlaß, die politischen Auswirkungen der Strategie der Flexibilität zu dramatisieren.

Der Entwurf ist eine Kompromißlösung, der die auf manchen Gebieten noch bestehenden unterschiedlichen Auffassungen nicht abklärt, sondern nur überdeckt und unterschiedliche Interpretationen zuläßt. Dennoch ist er nach Ansicht sowohl des Auswärtigen Amts wie des Bundesverteidigungsministeriums annehmbar, da er es ermöglicht, ein ausgewogenes System konventioneller und nuklearer Verteidigung mit der Möglichkeit vielfältiger militärischer Reaktionen zu erhalten.

<sup>10</sup> Auf der Tagung des NATO-Ministerrats vom 4. bis 6. Mai 1962 in Athen wurden „guidelines“ verabschiedet, die das Konsultationsverfahren im Bündnis für einen Einsatz von Atomwaffen regeln. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. DzD IV/8, S. 483–486.

Sollte sich künftig die amerikanische Tendenz verstärken, die nukleare Komponente im strategischen Konzept der NATO-Verteidigung weiter in den Hintergrund treten zu lassen, könnte dies in Europa Bestrebungen fördern, die dem französischen Konzept zuneigen oder eine neutrale Mittelstellung zwischen Ost und West anstreben.

Im Grunde sind sich jedoch die beteiligten NATO-Staaten darüber im klaren, daß dies in absehbarer Zukunft keine brauchbare Alternative ist. Die französische Atomstreitmacht kann den amerikanischen atomaren Schutz nicht ersetzen. Die Schaffung einer europäischen Atomstreitmacht mag zwar ein erwägenswertes Fernziel unserer europäischen Politik sein, ist jedoch keine brauchbare Alternative für unsere derzeitige Verteidigungspolitik. Eine neutralistische Politik scheidet aus.

Es kommt hinzu, daß Frankreich an der NATO-Verteidigungsplanung nicht mehr teilnimmt und eine ausschließlich nationale Verteidigungspolitik verfolgt. Dies wird Frankreich dadurch erleichtert, daß es keiner direkten sowjetischen Bedrohung ausgesetzt ist und durch die Verteidigungsanstrengungen der anderen NATO-Partner, mit denen es auch weiterhin durch die Beistandsverpflichtungen des Nord-Atlantik-Paktes<sup>11</sup> verbunden bleibt, mit geschützt wird. Frankreich hält an der Strategie der „massiven Vergeltung“ fest, begrenzt diese jedoch auf den Fall eines Angriffs auf das französische nationale Territorium, gegen den allein das nukleare Potential Frankreichs abschreckende Wirkung haben soll. Der Einsatz der französischen Nuklearwaffen ist erst dann wahrscheinlich, wenn Frankreich selbst so unmittelbar bedroht ist, daß es das Risiko des Vergeltungsvorschlages und der eigenen Zerstörung auf sich zu nehmen bereit ist.

V. Bemerkenswert ist an dem Entwurf der Ministerweisung ferner die Einführung des Begriffs der „Politischen Vorwarnzeit“ (Ziff. 15 des Entwurfs). Dieser zunächst von den Briten eingeführte<sup>12</sup> und dann von den Amerikanern übernommene Begriff geht von der Vorstellung aus, daß einem sowjetischen Angriff eine Periode politischer Spannungen vorausgehen werde, den die Allianz zur rechtzeitigen Verstärkung ihrer Streitkräfte nützen und daher in ihre Streitkräfteplanung einbeziehen könne. Durch die politische Vorwarnzeit, die nach

<sup>11</sup> Artikel 5 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949: „Die Parteien vereinbaren, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen [...] der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

<sup>12</sup> Am 14. Dezember 1966 führte der britische Verteidigungsminister im NATO-Ministerrat aus, daß der Entwurf der Ministerweisung noch Mängel „in der Wertung der politischen Vorwarnzeit bei einem Großangriff, der Art und Dauer von denkbaren Operationen in Europa [und] der Möglichkeit eines Großangriffs infolge Fehlbeurteilung (miscalculation)“ aufweise. Healey erklärte weiter, „daß sich etwaige Änderungen der sowjetischen Politik über eine längere Zeit (Wochen oder Monate) ankündigen würden, so daß man mit einer ausreichenden politischen Vorwarnzeit zusätzlich zur militärischen von vier bis fünfzehn Tagen rechnen könne. Infolgedessen wäre auch eine Rückverlegung (redeployment) von Truppen aus England zeitlich möglich.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2329 des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 15. Dezember 1966; VS-Bd. 8528 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

amerikanisch-britischer Auffassung Wochen, wenn nicht Monate dauern wird, soll die allgemein anerkannte, relativ kurze militärische Vorwarnzeit, die erst nach Erkennen militärischer Angriffsvorbereitungen des Gegners einsetzt, verlängert werden.

Die Amerikaner und Briten messen der politischen Vorwarnzeit als Faktor militärischer Planungen eine erhebliche Bedeutung bei, weil sie eine militärische Begründung für die Rückverlegung von Streitkräften vom europäischen Festland in die USA und Großbritannien liefert. Wenn die NATO von einer längeren politischen Vorwarnzeit ausgehen kann, ist genügend Zeit gegeben, um im Falle einer Krise die rückverlegten Einheiten nach Europa zurückzubringen.<sup>13</sup>

Nach deutscher Auffassung ist eine solche politische Vorwarnzeit zwar wahrscheinlich. Da jedoch ein Angriff ohne vorhergehende längere politische Krise nicht völlig ausgeschlossen werden kann, ist nach unserer Auffassung die politische Vorwarnzeit keine sichere Grundlage für die Streitkräfteplanung der NATO.

Die Formulierung in Ziffer 15 des Entwurfs ist ein Kompromiß, der mit dieser deutschen Auffassung noch vereinbar ist.<sup>14</sup>

Hiermit wegen der Eilbedürftigkeit dem Herrn Bundesminister mit dem Vorschlag der weiteren Vorlage an den Herrn Bundeskanzler unmittelbar vorgelegt.<sup>15</sup> Der Herr Staatssekretär<sup>16</sup> erhält gleichzeitig einen Durchdruck.

<sup>13</sup> Am 10. Mai 1967 berichtete Brigadegeneral Kraus, z. Z. Paris (NATO), über die Sitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung der NATO (DPC) vom Vortag, daß fast alle Verteidigungsminister „schwerwiegende Bedenken, die sich besonders auf das Problem der politischen Warnzeit und die sich daraus ableitenden Konsequenzen bezogen“, geäußert hätten. Demgegenüber habe der britische Verteidigungsminister Healey bekräftigt, daß eine politische Warnzeit „nicht [nur] ‚möglich‘, sondern sogar ‚gewiß‘ [seil], und ihre Berücksichtigung für die Streitkräfteplanung sei nicht mit ‚beträchtlichen‘, sondern nur mit ‚minimalen‘ Risiken verbunden. [...] Die Allianz könne im Vertrauen auf das strategische Potential der USA auch Risiken eingehen, im übrigen erlaube die politische Warnzeit, Truppen aus der Nähe des Eisernen Vorhangs abzuziehen. Für ihn bestehe die Abschreckung aus zwei Elementen, nämlich den strategisch nuklearen Waffen der Vereinigten Staaten plus der politischen Solidarität der NATO-Mitglieder.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 774; VS-Bd. 2010 (201); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>14</sup> Am 9. Mai 1967 nahm der Ausschuß für Verteidigungsplanung der NATO die Ministerweisung DPC/D (67) 15 ohne Änderungen an und beschloß, sie als verbindliche Richtlinie dem NATO-Militärausschuß für die weitere Verteidigungsplanung zu übermitteln. In der Sitzung trug Bundesminister Schröder dazu folgende Gesichtspunkte vor: „1) Die Weisung sei ein lange fälliger Schritt, offensichtlich sei es leichter, ein altes Konzept aufzugeben, als eine neue Strategie zu formulieren. 2) Trotz der erhöhten Bedeutung, die einer längeren konventionellen Verteidigung beigemessen wäre, würden die hierfür z[ur] V[er]fügl[ung] gestellten Kräfte durch ungünstige Entwicklungen geschwächt. 3) Das Abstellen der Streitkräfteplanung auf eine vielleicht mögliche politische Warnzeit bringe besonders für die an den Bereich der Warschauer Paktstaaten angrenzenden Länder erhebliche Risiken mit sich. 4) Die besondere Bedeutung der Verteidigung Europas müsse in der künftigen Strategie genügend Berücksichtigung finden. 5) Die Flexibilität dürfe nicht die Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung vermindern.“ Schröder unterstrich, daß es der Allianz immer noch gelinge, widerstrebende Interessen im Geiste der Zusammenarbeit auszugleichen. Deshalb könne er auch trotz der geäußerten Bedenken der Weisung zustimmen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 774 des Brigadegenerals Kraus, z. Z. Paris (NATO), vom 10. Mai 1967; VS-Bd. 2010 (201); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>15</sup> Die Erstaussfertigung der Aufzeichnung wurde laut handschriftlichem Vermerk des Vortragenden Legationsrats Behrends Bundesminister Brandt übergeben, der sie an Bundeskanzler Kiesinger weiterleitete.

<sup>16</sup> Klaus Schütz.

Die Aufzeichnung ist als Unterlage für die Beratung der Streitkräfteplanung der NATO in der Sitzung des Bundesverteidigungsrats am 5.5.1967 bestimmt.

VS-Bd. 2010 (201)

## 158

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Diehl

PI-82.02-39/67 geheim

3. Mai 1967<sup>1</sup>

Betr.: Politische und strategische Auswirkungen der Einrichtung von Raketenabwehrsystemen

Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion beschäftigen sich seit etwa einem Jahrzehnt mit der Entwicklung von Raketenabwehrsystemen. Nach den im Westen vorliegenden Informationen hat die Sowjetunion begonnen, über die Phase der Versuche hinaus nunmehr ein System zur Abwehr von Raketenwaffen einzurichten. Dieser Vorgang hat bedeutende Auswirkungen politischer und strategischer Art.

I. Beim gegenwärtigen Stand der Technik hat zunächst nur die Abwehr in der Endphase der Flugbahn von Raketenwaffen durch speziell konstruierte Boden-Luft-Raketen mit nuklearen Sprengköpfen praktische Bedeutung. Man unterscheidet hier zwischen der Fernabwehr in Höhen von 80 bis 150 km mit einer Reichweite von ca. 300 bis 600 km und der Nahabwehr mit einer Reichweite von ca. 50 km und in Höhen zwischen 10 und 80 km.

Auf amerikanischer Seite sind für die Fernabwehr die Langstreckenrakete Nike-Zeus (bzw. Spartan), auf sowjetischer Seite wahrscheinlich die Langstreckenraketen Griffon und Galosh mit den entsprechenden elektronischen Radar- und Funkleitsystemen entwickelt worden. Die Fernabwehr dient dazu, große Ziele wie Industriegebiete und Großstädte zu schützen. Durch die Zerstörung der gegnerischen Flugkörper in großer Höhe entstehen so gut wie keine Druck- und Hitzeschäden. Strahlung und fall out sind, wenn sie überhaupt auftreten, gering. Die schwerwiegenden Nachteile der Fernabwehr bestehen darin, daß ihre Abwehrraketen verhältnismäßig leicht durch Täuschungskörper, Lock-Raketen und ähnliches irregeführt werden können. Da die zu verteidigenden Ziele sehr verwundbar sind, genügen wenige oder ein einzelner Treffer, um einen totalen Ausfall zu verursachen.

Die Nahabwehr erfolgt durch Raketen mit sehr hoher Anfangsgeschwindigkeit, die in der Lage sind, den gegnerischen Flugkörper noch auf der letzten Strecke seiner Bahn abzuschießen. Die Vereinigten Staaten haben die Rakete SPRINT

<sup>1</sup> Für eine frühere Fassung vgl. die Aufzeichnung vom 22. November 1966; Sammlung Diehl; B 150, Aktenkopien 1966.

Vgl. dazu ferner Günter DIEHL, Zwischen Politik und Presse. Bonner Erinnerungen 1949–1969, S. 368–381.

entwickelt. Eine Abfangrakete für den Einsatz in noch geringerer Höhe (unter 10 km) ist in Entwicklung (HIBEX). Über ein sowjetrussisches Nahabfangsystem liegen bisher keine zuverlässigen Nachrichten vor, doch gibt es Anzeichen dafür, daß in der Sowjetunion eine der SPRINT ähnliche Rakete gebaut wird. Die Nahabfangwaffen haben den Vorteil, daß sie durch Lock-Raketen und andere Köder nicht mehr getäuscht werden können. Sie können aber aufgrund der geringen Reichweite nur räumlich kleine Ziele, wie z.B. eigene Raketenstellungen, schützen. Diese Ziele werden normalerweise durch Verbunkerung harte Ziele sein, d.h. daß auch einzelne Treffer nicht ihre totale Zerstörung bewirken können. Ein gravierender Nachteil der Nahabwehr ist, daß in Anbetracht der relativ niedrigen Höhe der Detonation unter Umständen starke Strahlungs- und fall out-Schäden, in vielen Fällen auch Druck- und Hitzeschäden entstehen werden.

Diese gegenwärtig in der Erprobung befindlichen Raketenabwehrsysteme bieten keinen vollständigen Schutz. Sie können gegenüber nuklearen Großangriffen nur eine gewisse Schadensminderung bewirken, die auf 30% geschätzt wird, d.h., im Falle eines großen nuklearen Schlagabtausches gefährdet der trotz eines funktionierenden Raketenabwehrsystems eintretende Substanzverlust die Existenz der Nation. Dabei sind die Kosten der Einrichtung von Raketenabwehrsystemen ungewöhnlich hoch. Sie werden für die Vereinigten Staaten für ein „dichtes“ Abwehrsystem mit insgesamt 20 bis 30 Mrd. Dollar allein für die eigentlichen Raketen und ihre elektronischen Systeme angegeben, zu denen weitere 20 Mrd. Dollar für Schutzräume kommen.<sup>2</sup>

Der Aufbau eines Raketenabwehrsystems ist nämlich nur dann sinnvoll, wenn er begleitet wird von einem umfassenden Programm zum Schutz der Zivilbevölkerung. Raketenabwehr und Bevölkerungsschutz bilden ein unteilbares Ganzes. Ohne den Bau von Schutzräumen, die gegen Druck-, Hitze- und Strahlungsschäden schützen, ist die Einführung eines Raketenabwehrsystems zwecklos, da bei dem Wirkungsgrad atomarer Waffen dann überhaupt keine nennenswerte Schadensminderung eintreten würde.

Die Fachleute in der westlichen Welt sind sich infolgedessen darin einig, daß im Grunde die Einrichtung von Raketenabwehrsystemen eine unwirtschaftliche und militärisch fragwürdige Maßnahme ist. Sie sehen, selbst für den Fall daß die Sowjetunion ein solches System aufbaut, die wirtschaftlichere und militärisch wirksamere Reaktion auf ein derartiges sowjetisches Vorgehen in einer Verstärkung der Angriffswaffen. Diese Verstärkung müßte einmal durch die Vermehrung der Waffen erfolgen, weil das schwierigste Problem der Abwehr in dem Erfassen und Abfangen einer großen Salve besteht, die dazu noch

<sup>2</sup> Nach Angaben des amerikanischen Verteidigungsministeriums beliefen sich die Kosten für den Schutz von 25 Städten der USA durch ein Raketenabwehrsystem auf 9,9 Mrd. Dollar und für den Aufbau eines entsprechenden „Großluftverteidigungsprogramms“ auf 19,0 Mrd. Dollar; jeweils zwei Drittel der Kosten würden auf die Anschaffung der notwendigen Radar- und Rechengerate entfallen. Hinsichtlich der Wirkung eines Raketenabwehrsystems wurde angenommen, daß ohne eine Luftverteidigung ein Erstschat der UdSSR in den USA etwa 120 Mio. Tote (Zweitschat: 100 Mio. Tote) fordern würde; unter der Annahme eines ABM-Systems für 25 amerikanische Städte beliefen sich die Schätzungen auf 40 Mio. Tote (Zweitschat: 30 Mio. Tote), bei einem umfassenderen ABM-Schutz auf 30 Mio. Tote (Zweitschat: 20 Mio. Tote). Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats II B 3 vom 15. Juni 1967; VS-Bd. 1662 (201); B 150, Aktenkopien 1967.

gleichzeitig mit Täuschungskörpern geschossen wird. Zum anderen müßten die Angriffswaffen dadurch verbessert werden, daß die Eindringhilfen weiter verfeinert und Angriffsraketen mit Mehrfach-Sprengkörpern (multiple war-heads) gebaut werden.

II. Obwohl einstweilen wirtschaftliche und militärische Gründe gegen die Einrichtung von Raketenabwehrsystemen sprechen, muß dennoch damit gerechnet werden, daß die Vereinigten Staaten der Sowjetunion folgen und ebenfalls Abwehrsysteme bauen werden. Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten wird vermutlich von ihrer politischen Führung verlangen, daß sie zumindest über die gleichen, wenn nicht besseren Möglichkeiten der Abwehr verfügt wie die Sowjetunion. Auch die Stellung der USA in der ganzen Welt und die Glaubwürdigkeit ihrer Schutzgarantien würden durch die Erkenntnis, daß die Sowjetunion über Waffentechniken gebietet, die die Vereinigten Staaten nicht besitzen, unter Umständen erheblich geschwächt werden. Es ist daher zu erwarten, daß die USA

- 1) ihre Angriffswaffen verstärken und verbessern,
- 2) versuchen, mit der Sowjetunion eine Absprache zu treffen, die ein Wettrüsten auf dem neuen Gebiet begrenzt<sup>3</sup>, und
- 3) Raketenabwehrsysteme einrichten.

Das militärische Kräfteverhältnis in der Welt würde sich durch den Aufbau von Antiraketensystemen in der Sowjetunion und in den Vereinigten Staaten voraussichtlich nicht grundlegend verändern. Die Sonderstellung der beiden atomaren Supermächte bliebe erhalten und träte möglicherweise noch deutlicher in Erscheinung. Das Verhältnis zwischen den beiden Großmächten erführe ebenfalls keine tiefgreifenden Veränderungen. Solange der einen oder anderen Seite kein technischer Durchbruch gelänge, wären beide angesichts der geringen Wirksamkeit der gegenwärtigen Abwehrmethoden auch nach der Errichtung von Raketenabwehrsystemen in der Lage, sich gegenseitig zu vernichten. Das Gleichgewicht des Schreckens bliebe bestehen. Man könnte daraus folgern, daß die Erkenntnis, mit einem Antiraketensystem trotz größter materieller Anstrengungen keine Veränderung der gegenwärtigen Lage erzielen zu können, beide Seiten veranlassen müßte, den unvermeidlichen neuen Rüstungswettlauf wenigstens in Grenzen zu halten.

Die Anlage von Raketenabwehrsystemen durch die beiden Großmächte würde allerdings mit hoher Wahrscheinlichkeit die Bedeutung der Atomkräfte der zweiten Kategorie in ihrem Verhältnis zu den atomaren Großmächten wesentlich einschränken. Gegenüber einem schwachen Gegner, der nur über eine kleine Anzahl und dazu relativ einfach konstruierter ballistischer Flugkörper verfügt, kann ein Abwehrsystem einen sehr hohen Wirkungsgrad erreichen und die militärische Bedrohung durch Atomkräfte der zweiten Kategorie nahezu vollständig ausschalten. Es ist daher denkbar, daß in den Vereinigten Staaten zunächst Abwehrsysteme gebaut werden, die in erster Linie die chinesische Atomrüstung mattsetzen sollen. Das gleiche gilt in der Theorie auch für die Sowjetunion im Hinblick auf die englische, französische und chinesische Atomrüstung. Eine derartige Entwicklung könnte sowohl die Vereinigten

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 83.



Staaten als auch die Sowjetunion dazu veranlassen, sich gegenseitig die Gewißheit zu geben, daß der Aufbau des Antiraketensystems sich nicht gegen die andere Großmacht richtet. Es versteht sich, daß im Zuge solcher Bemühungen die Probleme gegenseitiger Kontrolle wieder auftauchen würden; sie sind für Abwehrsysteme wegen der leichteren Ortung durch Aufklärungssatelliten einfacher zu lösen als für Angriffswaffen.

III. Die Einrichtung von Raketenabwehrsystemen würde die europäischen Mitglieder des atlantischen Bündnisses vor neue Probleme stellen. In Europa könnte – obwohl die bisher entwickelten Abwehrsysteme auch gegen Mittelstreckenraketen anwendbar wären – angesichts der Enge des Raumes und der dichten Besiedlung beim gegenwärtigen Stand der Technik nur eine sehr geringe Schadensminderung erreicht werden. Außerdem würde, solange nicht entscheidende Veränderungen in den technischen Voraussetzungen der Abwehr eintreten – und damit ist für die nächsten 10 Jahre mit einiger Wahrscheinlichkeit nicht zu rechnen –, der Aufbau einer eigenen Raketenverteidigung den europäischen Verbündeten auch dann noch schwer tragbare finanzielle Lasten aufbürden, wenn sie die Verteidigung gemeinsam unternehmen wollten. Es dürfte sich infolgedessen keine der europäischen Regierungen im Bündnis in absehbarer Zeit entschließen, ernsthaft den Versuch zu machen, ein Raketenabwehrsystem allein oder mit anderen aufzubauen.

Da die Sonderstellung der USA auf dem Gebiet der atomaren Rüstung im Vergleich zu ihren europäischen Verbündeten der europäischen Öffentlichkeit durchaus bewußt ist, würde voraussichtlich eine weitere Ungleichheit auf dem Gebiet der Abwehr nicht als unerträglich empfunden werden. Immerhin könnte das Verlangen, seitens der USA erneut bindende Zusagen für den strategischen atomaren Schutz Europas<sup>4</sup> zu erhalten, dringender werden.

Diese Selbstbescheidung würde in dem Zeitpunkt fragwürdig sein, wo durch neue technische Entwicklungen Systeme möglich werden, die wesentlich wirtschaftlicher und wirksamer als die gegenwärtigen sind. Dann würde ein freiwilliger oder erzwungener Verzicht auf Raketenabwehr die Allianz schweren Belastungen aussetzen. Die USA würden dann entscheiden müssen, ob sie selbst den Aufbau einer Raketenabwehr in Europa vornehmen oder eine europäische Organisation der Abwehr zulassen wollen.

Da in Westeuropa aller Voraussicht nach nationale Abwehrsysteme einen wesentlich geringeren Wirkungsgrad erzielen würden als ein mehr oder weniger integriertes Verbundsystem, könnte die Notwendigkeit, ein solches Verbundsystem zu bauen und zu betreiben, den Zwang zur politischen und militärischen Zusammenarbeit in Europa verstärken.

IV. Da der zivile Bevölkerungsschutz unverzichtbarer Bestandteil jedes Raketenabwehrsystems ist, ergibt sich für die westeuropäischen Staaten die praktische Schlußfolgerung, in naher Zukunft die Schutzvorkehrungen für die Zivilbevölkerung mit Nachdruck zu betreiben. Der Bevölkerungsschutz, insbesondere der Bau von Schutzräumen, ist mit oder ohne Raketenabwehrsystem notwendig und trägt in jedem denkbaren Fall eines konventionellen oder nuklearen Krieges zur Schadensminderung bei.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 7, Anm. 10.

Falls zu einem späteren Zeitpunkt unter besseren technischen und wirtschaftlichen Bedingungen ein Raketenabwehrsystem in Europa errichtet werden sollte, so würde ein bereits bestehendes Netz von Einrichtungen zum Schutz der Zivilbevölkerung die Organisation der Raketenabwehr wesentlich erleichtern und beschleunigen. Die erforderlichen finanziellen und wirtschaftlichen Anstrengungen könnten dann ungeteilt auf den Aufbau des Waffensystems selbst gerichtet werden.

Diehl

VS-Bd. 1662 (201)

## 159

### Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Kaiser Haile Selassie I.

Z A 5-68.A/67 VS-vertraulich

6. Mai 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler führte am 6. Mai 1967 um 15.30 Uhr ein Gespräch mit Kaiser Haile Selassie I. von Äthiopien.<sup>2</sup>

Kaiser *Haile Selassie* bedankte sich eingangs für die höchst großzügige Hilfe der Bundesregierung in der Vergangenheit.<sup>3</sup> Insbesondere auf dem Erziehungsgebiet seien große Anstrengungen unternommen worden. Es stelle sich aber die Frage, was die Leute, wenn sie einmal ihre Ausbildung abgeschlossen hätten, tun könnten. Sie müßten die Gelegenheit haben, ihre erworbenen Fähigkeiten in die Tat umzusetzen.

Der Kaiser unterstrich sodann, daß Äthiopien hauptsächlich von der Landwirtschaft abhängе. Gleichzeitig sehe es sich mit einem Nachbarn (Somalia) konfrontiert, das gemeinsam mit der Sowjetunion Uneinigkeit zu säen trachte.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 8. Mai 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Kaiser Haile Selassie I. hielt sich zu einem eintägigen Besuch in Bonn auf. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 1394 des Ministerialdirigenten Böker vom 28. April 1967 an die Botschaften in Washington, Ottawa und Paris; VS-Bd. 2594 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

Für das Gespräch des Bundespräsidenten Lübke mit Kaiser Haile Selassie I. am 6. Mai 1967 vgl. VS-Bd. 2615 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Die Bundesregierung gewährte Äthiopien bis zum 1. April 1967 Technische Hilfe (35 Projekte) im Gesamtwert von 36,7 Mio. DM. Hinzu kamen 55,4 Mio. DM Kapitalhilfe und 8,24 Mio. DM Kirchenhilfe, insbesondere für Bau und Einrichtung von Hospitälern und Lehrlingsheimen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort vom 28. April 1967; Referat III A 4, Bd. 552.

Aufgrund eines Verwaltungsabkommens vom 5. Juli 1965 zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung und dem äthiopischen Innenministerium über eine Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe in Höhe von 30 Mio. DM weilte seit Mitte Januar 1966 eine Beratergruppe in Äthiopien, um die Ausrüstung der äthiopischen Polizei mit dem von der Bundesrepublik gelieferten Gerät zu unterstützen. Zur Tätigkeit der Beratergruppe vgl. den Schriftbericht Nr. 351 des Botschafters Müller, Addis Abeba, vom 17. März 1967; Referat III A 4, Bd. 551. Für den Wortlaut des Abkommens vgl. Referat III A 4, Bd. 550.

Dem müsse entgegengetreten werden. Sowohl zur Entwicklung der Landwirtschaft als auch zur Landesverteidigung könne die Bundesrepublik beitragen. Er denke an ein Mehrzweckprojekt, dessen primäre Aufgabe darin bestünde, landwirtschaftliches Gerät herzustellen. Gleichzeitig sollte diese Fabrik auch in der Lage sein, Sprengmunition herzustellen. Er erinnerte daran, daß Somalia von der Sowjetunion ungeheure Waffenmengen erhalten habe<sup>4</sup>, so daß Somalia heute mehr Waffen für seine 2 Millionen Menschen besitze als Äthiopien für seine 25 Millionen Menschen. Er habe in Moskau die Frage gestellt, warum die Sowjetunion dies tue.<sup>5</sup> Die Antwort darauf sei unbefriedigend gewesen. Dennoch sei die Zielsetzung klar. Wenn der Friede in Ostafrika erhalten bleiben solle, müsse Äthiopien in der Lage sein, sich selbst zu verteidigen. Das von ihm genannte Mehrzweckprojekt wäre sowohl für die Entwicklung der Landwirtschaft wie für die Landesverteidigung geradezu ideal. Er habe in diesem Zusammenhang bereits Verbindung mit der deutschen Firma Fritz Werner aufgenommen, die eine erste Untersuchung vorgenommen habe.<sup>6</sup> Die Ergebnisse seien verfügbar. Die Kosten beliefen sich auf rund 70 Millionen DM. Eine dafür von Deutschland vergebene Anleihe würde zum allergrößten Teil wiederum zum Kauf von deutschem Gerät und deutschen Maschinen in Deutschland verausgabt. Der Kaiser bat außerdem um zusätzliche Stipendien für die Ausbildung junger Äthiopier in Deutschland. Des weiteren wäre er dankbar, wenn Deutschland bei der Suche nach Eisenerz in Äthiopien mitwirken könnte.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, wenn er richtig verstanden habe, gehe es dem Kaiser in erster Linie um die Mehrzweck-Maschinenfabrik. Zunächst wolle er sagen, daß Deutschland gerne bereit sei, im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten seinen Beitrag zur Entwicklung des Landes zu leisten. Dies gelte auch für die Stipendien und für die Frage der Erschließung von Eisenerzlagerstätten. Hinsichtlich der Mehrzweck-Maschinenfabrik gebe es die bekannten Schwierigkeiten.<sup>7</sup> Der Herr *Bundeskanzler* erinnerte an die Probleme, die im

<sup>4</sup> Vgl. dazu auch den Drahtbericht Nr. 237 des Botschafters Müller, Addis Abeba, vom 26. September 1966; AAPD 1966, II, Dok. 299.

<sup>5</sup> Zum Besuch des Kaisers Haile Selassie I. vom 27. Februar bis 2. März 1967 in der UdSSR vgl. den Schriftbericht Nr. 587 des Botschafters von Walther, Moskau, vom 9. März 1967; Referat III A 4, Bd. 551.

<sup>6</sup> Am 14. April 1967 informierte die Firma Fritz Werner GmbH, Berlin, das Auswärtige Amt darüber, daß sie gegen Zahlung von 1,155 Mio. DM den Auftrag übernommen habe, „eine detaillierte Studie für die geplante Errichtung einer Fabrik auszuarbeiten, die Granatwerfer, Mörsermunition, Fla-Granaten und Handgranaten herstellen soll. Auch an die Fertigung des NATO-Gewehrs G3 (deutsche Version) sei gedacht. Fritz Werner werde, da diese Produktion die Fabrik nicht auslaste, zugleich die Herstellung von Ersatzteilen für LKW einplanen, die für das verhältnismäßig noch wenig erschlossene Land von größter Bedeutung sei.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Middellmann; Referat III B 5, Bd. 644.

<sup>7</sup> Am 28. April 1967 stellte Ministerialdirektor Harkort fest, daß Mittel für das „Mehrzweckprojekt“ weder im Rahmen der Ausrüstungshilfe noch in ausreichendem Maße im Rahmen der Kapitalhilfe gewährt werden könnten. Lediglich vom Plafond für Bundesbürgschaften für Äthiopien in Höhe von 80 Mio. DM seien erst 17 Mio. DM abgerufen, so daß eine Finanzierung des Projekts „theoretisch also möglich“ sei. Allerdings bestünden „erhebliche politische Bedenken“, da das von einer amharischen Minderheit christlicher Religion beherrschte Äthiopien als Vielvölkerstaat von inneren Schwierigkeiten heimgesucht werde. So werde das von nomadisierenden Somalstämmen besiedelte Gebiet Ogaden von Somalia beansprucht; in der Provinz Eritrea wachse eine Befreiungsbewegung moslemischer Stämme, die vom Sudan und von weiteren arabischen Staaten unterstützt werde. Die Bundesregierung habe deshalb kein Interesse daran, sich „durch den Bau einer großen Munitionsfabrik politisch so stark zu engagieren“. Vgl. Referat III A 4, Bd. 552.

Zusammenhang mit Waffenlieferungen nach Israel aufgetaucht seien. Möglicherweise könnten jedoch die in diesem Zusammenhang entstandenen psychologischen und politischen Schwierigkeiten überwunden werden. Natürlich müsse jeder solchen Sache der Bundestag zustimmen, was das Verfahren kompliziere. Er versicherte, die Angelegenheit zunächst mit dem Bundesaußenminister und sodann mit dem Kabinett aufzugreifen und zu versuchen, einen deutschen Beitrag auch für dieses Projekt zu erreichen. Der Herr Bundeskanzler gab dann eine eingehende Schilderung der schlechten Finanzlage, in der sich die Bundesrepublik derzeit befinde. Er regte dann an, eine gemeinsame deutsch-äthiopische Sachverständigen-Kommission mit der möglichst schnellen Prüfung des Mehrzweckprojekts zu beauftragen, worauf man dann sehen könne, was und wie schnell etwas getan werden könne. Des weiteren bemerkte der Herr Bundeskanzler, der politischen Analyse des Kaisers stimme er zu. Dies sei ein Grund mehr für ihn, sich ernstlich für das Vorhaben einzusetzen.

Kaiser *Haile Selassie* unterstrich noch einmal, daß die Mehrzweckfabrik primär für die Herstellung landwirtschaftlichen Geräts vorgesehen sei. Er betonte dann, welcher Unterschied bestehe zwischen Waffenlieferungen an Israel und der Erstellung einer solchen Fabrik in Äthiopien. Was die Rückzahlung einer Anleihe anbelange, sei bekannt, daß Äthiopien immer pünktlich seinen Verpflichtungen nachgekommen sei. Im übrigen gebe es viele andere Möglichkeiten, wo die Bundesrepublik hilfreich sein könne, z. B. bei der Beschaffung von Transportfahrzeugen, Zelten und anderem Gerät.

Kaiser Haile Selassie sagte schließlich, Äthiopien könne als kleines Land der Bundesrepublik nicht sehr viel helfen, habe aber stets in diesem Sinne sein Bestes getan und sich niemals irgendwelchen Gruppierungen angeschlossen, welche der Bundesrepublik feindlich gesinnt seien. Auch in Tagungen der OAU und anderer internationaler Gremien habe es stets die Integrität der deutschen Afrikapolitik betont.

Der Herr *Bundeskanzler* bedankte sich bei dem Kaiser für die verständnisvolle und freundschaftliche Haltung, welche Äthiopien häufig zum Ausdruck gebracht habe. Deutschland bewundere die Stärke und Vitalität, mit denen Äthiopien und insbesondere der Kaiser eine bewegte Geschichte gemeistert hätten. Die Bundesrepublik wisse, daß Äthiopien ein Hort der Freiheit und Menschenwürde in Afrika darstelle. Den Unterschied zwischen Waffenlieferungen an Israel und einem Mehrzweckprojekt für Äthiopien erkenne er sehr wohl, dennoch müsse er auf die psychologischen Schwierigkeiten hinweisen. Trotzdem werde er sein Bestes tun, um das Projekt zu unterstützen. Er hoffe, dabei Erfolg zu haben. Er wiederholte dann seinen Vorschlag einer gemeinsamen Prüfung durch eine Sachverständigen-Kommission.<sup>8</sup>

<sup>8</sup> Am 25. Juli 1967 teilte Staatssekretär Knieper, Bundeskanzleramt, Staatssekretär Schütz mit: „Die Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers lassen – so meine ich – genügend Spielraum, um die politischen und sachlichen Probleme bei der Behandlung des Projekts ausreichend zu berücksichtigen. Im übrigen habe ich vom Generaldirektor der Firma Fritz Werner, Dr. Meyer, erfahren, daß diese Firma das Projekt so, wie es Äthiopien vorschwebt, selbst nicht befürwortet. Es sei für das technische Niveau des Landes zu ambitiös und für die geplante Kapazität zu groß.“ Vgl. Referat III B 5, Bd. 644.

Mit Drahterlaß Nr. 160 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Axenfeld am 27. Dezember 1967 die Botschaft in Addis Abeba darüber, daß nach eingehender Beratung mit Fachleuten

Kaiser *Haile Selassie* begrüßte diesen Vorschlag und sagte, er lege dem Herrn Bundeskanzler dieses Projekt ganz besonders ans Herz.

Der Herr *Bundeskanzler* versprach, sich sofort um diese Angelegenheit zu kümmern.

Das Gespräch endete um 16.45 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 23**

## 160

### Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem türkischen Außenminister Çaglayangil

I A 4-82.21-92.42-1288/67 VS-vertraulich

7. Mai 1967<sup>1</sup>

Es wurden folgende Themen besprochen:<sup>2</sup>

- a) Besuch des polnischen Außenministers Rapacki in der Türkei<sup>3</sup>, Deutschlandfrage, Ost-West-Verhältnis, NATO
- b) Lage im Nahen und Mittleren Osten und Zypern-Problem
- c) Wirtschaftliche Lage der Türkei und deutsche Wirtschaftshilfe

Zu a): Der *türkische Außenminister* berichtete über die Besprechungen mit dem polnischen Außenminister Rapacki. Die deutsche Frage habe einen wichtigen Platz eingenommen. Der Regierungswechsel habe zunächst einen günstigen Eindruck in Polen erweckt, jedoch seien polnische Hoffnungen auf neue Ansatzpunkte deutscherseits enttäuscht worden, insbesondere in der Frage der Oder-Neiße-Linie. Für Polen sei diese Frage durch das Potsdamer Abkommen<sup>4</sup> definitiv geregelt. Das Bestehen der „DDR“ müsse als Realität anerkannt werden.<sup>5</sup> Die Wiedervereinigung sei eine rein deutsche Frage, nicht eine europäi-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 716*

das Projekt als wirtschaftlich nicht vertretbar angesehen werde: „Wir wären jedoch bereit, Ersatzprojekte durch die vom Bundeskanzler zugesagte Sachverständigenkommission prüfen zu lassen. Notfalls sollte Bundeskanzler gebeten werden, entsprechenden Brief an Kaiser zu richten.“ Vgl. Referat III B 5, Bd. 668.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schwörbel gefertigt und am 8. Mai 1967 von Ministerialdirigent Frank an Staatssekretär Schütz mit der Bitte um Weiterleitung an Bundeskanzler Kiesinger geleitet. Ein weiterer Durchdruck wurde am 9. Mai 1967 an den Parlamentarischen Staatssekretär Jahn geleitet. Vgl. dazu den Begleitvermerk von Frank vom 8. Mai 1967; VS-Bd. 2447 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Ihsan Sabri Çaglayangil hielt sich in Begleitung von Ministerpräsident Demirel vom 9. bis 13. Mai 1967 in der Bundesrepublik auf. Für das Kommuniké über den Besuch vgl. BULLETIN 1967, S. 427 f.

<sup>3</sup> Der polnische Außenminister Rapacki hielt sich vom 2. bis 7. Mai 1967 in der Türkei auf.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Kommunikés vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) vgl. DzD II/1, S. 2101–2148.

<sup>5</sup> Am 8. Mai 1967 ergänzte Ministerialdirigent Sahm, daß nach Auskunft des türkischen Außenministers Çaglayangil der polnische Außenminister weiter ausgeführt habe: „Bestehen von zwei

sche. Der Ausbau der Beziehungen zu Osteuropa würde als Neubelebung der Hallstein-Doktrin aufgefaßt mit dem Ziel, die „DDR“ zu isolieren.

Bundesminister *Brandt* erläuterte die deutsche Ostpolitik im Sinne einer Friedenspolitik. Es ginge uns nicht um ein gegenseitiges Ausspielen der osteuropäischen Staaten, sondern um ein Eingehen auf nationale Identitäten. Man müsse den sowjetischen Bestrebungen, die Schwächen der westlichen Gemeinschaft auszunutzen und die Bundesrepublik Deutschland durch entsprechende Manipulierungen des bilateralen Verhältnisses zu den westlichen Alliierten zu isolieren, durch gemeinsame Bemühungen im westlichen Bündnissystem entgegenwirken. Er gab seiner Zuversicht Ausdruck, daß es zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit weiteren osteuropäischen Staaten kommen werde. Die Regelung der Oder-Neiße-Frage müsse einer Friedensregelung vorbehalten bleiben. Die Bundesregierung stelle die Lösung der deutschen Frage nicht vor die Lösung des europäischen Problems, jedoch sollten Entspannungsbemühungen im europäischen Bereich zur Lösung der deutschen Frage beitragen.<sup>6</sup>

Zu diesem Punkt setzten der Bundesaußenminister und der türkische Außenminister ihre Besprechungen nach dem Diner fort. Im einzelnen teilte Herr *Çaglayangil* noch folgendes mit:

Der polnische Außenminister habe mit ihm noch eine besondere Unterredung geführt, zu deren Beginn er ihm etwa Nachstehendes gesagt habe: Die Türkei habe als NATO-Staat ihren eigenen politischen Standpunkt, und es liege ihm fern, diese Haltung der Türkei irgendwie zu kritisieren. Er wolle jedoch Herrn *Çaglayangil* darauf aufmerksam machen, daß es sich für Polen in der Frage der Oder-Neiße-Grenze um eine Frage von vitaler Bedeutung handle. Polen fühle sich in dieser Frage so engagiert, daß er es nicht für ausgeschlossen halte, daß es über der Oder-Neiße-Frage tatsächlich einmal zum Kriege kommen könne. *Çaglayangil* habe hierauf geantwortet, wenn die Oder-Neiße-Frage tatsächlich für Polen von lebenswichtiger Bedeutung sei, so wolle er dies verstehen. Er müsse jedoch auf der anderen Seite darauf aufmerksam machen, daß der polnische Standpunkt in der Frage der Zweiteilung Deutschlands nicht verständlich sei. Im weiteren Verlauf dieses Gesprächs habe ihn dann *Rapacki* gefragt: „Wollen wir dieses Gespräch nun in unserer Eigenschaft als Außenminister führen, oder wie sonst?“ Er, *Çaglayangil*, habe darauf geantwortet: „Wir wollen es nicht in unserer amtlichen Eigenschaft führen, sondern als Menschen, die an einer guten Lösung der Probleme interessiert sind.“ Darauf habe ihm der polnische Außenminister gesagt, er könne sich sicher denken, daß in der Zukunft einmal ein Tag kommen werde, an dem sich die polnische Regierung an allem, was außerhalb der Grenzen Polens vorgehe, desinteressiert zeige.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 717*

deutschen Staaten sei zwar eine Anomalie, aber gleichzeitig auch eine Realität, die man anerkennen müsse. Es sei notwendig zu erkennen, daß, wenn die beiden Deutschlands sich unter der Flagge des Regimes in Ost-Berlin einigten, dies von Polen und gleichdenkenden Nationen befürwortet würde, während Türkei und andere gleichgesinnte Völker damit nicht einverstanden sein könnten. Wenn eine Einigung Deutschlands auf der Grundlage der Bundesrepublik erfolge, dann sei es genau umgekehrt. Im Augenblick bestehe daher kein anderer Ausweg als Anerkennung der Realität von zwei deutschen Staaten.“ Vgl. VS-Bd. 4212 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Zur polnischen Haltung gegenüber der Außenpolitik der Bundesrepublik vgl. weiter Dok. 202.

Zu b): Zur Zypernfrage führte der türkische Außenminister aus, eine Lösung könne nur in enger Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Griechenland gefunden werden, nicht durch einseitige Maßnahmen. Der neue griechische Außenminister, Economou-Gouras, habe diese Auffassung bei einem Gespräch mit Ministerpräsident Demirel anlässlich der Beisetzung von Dr. Konrad Adenauer<sup>7</sup> bestätigt. Es sei jedoch nicht zu verkennen, daß der türkische Volksteil von Zypern keinerlei Rechte habe und unterdrückt werde.

Bundesminister *Brandt* erwiderte darauf, die Bundesregierung sähe nichts lieber als entsprechende Verhandlungen, die zu einer friedlichen Lösung führen würden. Man müsse jedoch die Entwicklung in Griechenland abwarten.

Hierauf ging Außenminister *Çaglayangil* nochmals auf das Problem ein, für dessen Lösung er nicht um deutsche Unterstützung gebeten habe. Die schon 18 Monate laufenden Verhandlungen zwischen der Türkei und Griechenland hätten bisher zu keiner Entschärfung der explosiven Lage auf Zypern geführt, und kein Mensch könne verlangen, daß die Türkei noch lange zusehe, wie die Türken auf Zypern auf die gemeinste Weise behandelt würden. Die bisherige Zurückhaltung der Türkei werde falsch ausgelegt; unüberlegte Handlungen könnten aber automatisch Folgen nach sich ziehen.<sup>8</sup>

Zur Lage im arabischen Raum erklärte der türkische Außenminister, Syrien könne schon fast als sowjetische Bastion angesehen werden, während Nasser noch vor der Entscheidung schwanke, welcher der beiden Blöcke ihm größere Vorteile böte. Zu einem weltweiten Problem könne die Aufgabe Adens durch die Briten werden, da Ägypten und Saudi-Arabien darauf warteten, in dieses Vakuum einzudringen.

Die Türkei unterstütze die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den arabischen Staaten und böte die Vermittlungstätigkeit der Türkei an.

Bundesminister *Brandt* ging auf die Besprechungen mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Hassouna, ein<sup>9</sup> und wies auf die Schwierigkeiten hin, die sich zum einen aus der Absicht Hassounas ergaben, die Bundesregierung schriftlich auf eine anti-israelische Politik festzulegen, zum anderen aus den nicht erfüllbaren finanziellen Forderungen.<sup>10</sup>

<sup>7</sup> Vgl. dazu Dok. 140, Anm. 2.

<sup>8</sup> Am 11. Mai 1967 bat der Parlamentarische Staatssekretär Jahn die Botschaft in Nikosia, gegenüber Präsident Makarios zu dem Zypern betreffenden Passus des Kommuniqués über den Besuch von Ministerpräsident Demirel vom 9. bis 13. Mai 1967 in der Bundesrepublik zu erklären, daß die „äußerst kategorisch vorgetragenen Forderungen der Türken“ weit über das hinausgegangen seien, „was schließlich nach langen und zähen Verhandlungen erreicht worden ist. [...] Die schwierigen Verhandlungen konnten, wenn nicht der ganze Besuch scheitern sollte, nur durch Einschaltung der beiden Regierungschefs zu einem befriedigenden Ende gebracht werden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 25; VS-Bd. 2447 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Hassouna, hielt sich vom 18. bis 21. April 1967 zu Gesprächen mit Bundeskanzler Kiesinger und Bundesminister Brandt in Bonn auf. Vgl. dazu Dok. 136.

<sup>10</sup> Am 10. Mai 1967 nahm Legationsrat I. Klasse Wilke hierzu Stellung: „Ich war bei dem Gespräch zugegen und meine, daß das Gespräch zu diesem Punkt nicht richtig wiedergegeben wurde. 1) Der Herr Bundesminister hat nicht von einer Absicht des Generalsekretärs Hassouna gesprochen, die Bundesregierung schriftlich auf eine ‚anti-israelische Politik‘ festzulegen. Er hat seinem türkischen Gesprächspartner lediglich gesagt, Hassouna habe von der Bundesregierung eine Erklärung verlangt, in der diese ihre Politik im Nahen Osten und insoweit auch Israel gegenüber festlegt.“

(Eine Aufzeichnung über das Gespräch mit Hassouna wird dem türkischen Außenminister ausgehändigt.)

Zu c): Der *türkische Außenminister* wies auf die wirtschaftliche Gesundung des Landes dank der innenpolitischen Stabilität hin. Der nächste Fünfjahresplan strebe die wirtschaftliche Selbständigkeit an. Er gab seiner Hoffnung auf Fortsetzung der deutschen Wirtschaftshilfe<sup>11</sup> Ausdruck.

Bundesminister *Brandt* erklärte die grundsätzliche Bereitschaft zur Fortführung der deutschen Wirtschaftshilfe, wies jedoch auf noch bestehende haushaltspolitische Schwierigkeiten hin.

**VS-Bd. 2447 (I A 4)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 719*

Die Bundesregierung könne sich aber nicht darauf einlassen, einem Staate oder mehreren Staaten gemeinsam gegenüber die Politik festzulegen, die sie einem dritten Staate gegenüber einzuschlagen beabsichtige. 2) Der Herr Bundesminister hat seinem türkischen Gesprächspartner gegenüber nicht auf Schwierigkeiten hingewiesen, die sich aus den nicht erfüllbaren ‚finanziellen Forderungen‘ der Araber ergeben hätten. Derartige Forderungen hat Hassouna während seines Besuches meines Wissens überhaupt nicht vorgebracht. Der Herr Bundesminister hat seinem türkischen Gesprächspartner gegenüber lediglich erwähnt, daß er auf die Forderung Hassounas nach einer Änderung der Modalitäten für die von der Bundesregierung in Aussicht gestellte Zahlung an die Palästina-Flüchtlinge (Zahlung an die Arabische Liga statt an den UN-Fonds) nicht habe eingehen können.“ Vgl. VS-Bd. 2447 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>11</sup> Am 12. Mai 1967 führte Bundesminister Brandt in einem Interview mit dem Türkischen Rundfunk aus: „Unter den Ländern, die der Türkei zur Entwicklung ihrer Wirtschaft finanzielle Unterstützung gewähren, nimmt Deutschland nach den Vereinigten Staaten den zweiten Platz ein. Bei der Vergabe deutscher Kapitalhilfe steht die Türkei mit ihrer vergleichsweise sehr viel geringeren Bevölkerungszahl hinter Indien, das 480 Millionen Einwohner hat, an zweiter Stelle. In der Zeit von 1958 bis April 1967 hat Deutschland der Türkei Finanzhilfe in Höhe von insgesamt etwa 1,8 Milliarden DM gewährt. Hinzu kommen noch Bundesbürgschaften für deutsche Warenlieferungen und Kapitalinvestitionen in Höhe von 536 Mill[ionen] DM.“ Vgl. BULLETIN 1967, S. 437.



**Ministerialdirektor Ruete an die Handelsvertretung in Sofia**

II A 5-82.01-94.03-215<sup>1</sup>/67 geheim  
Fernschreiben Nr. 163

9. Mai 1967<sup>1</sup>  
Aufgabe: 24. Mai 1967, 17.20 Uhr

Auf Drahtbericht Nr. 224 vom 1.4.1967<sup>2</sup>

I. Verlauf Ihres Gesprächs mit Außenminister Baschew bestätigt unsere Beurteilung, daß bulgarische Regierung an Aufnahme diplomatischer Beziehungen gelegen ist, sie ihre Entscheidung jedoch zunächst zurückstellen möchte. Wir wollen in dieser Frage den<sup>3</sup> Kontakt mit Außenminister Baschew gemäß seinem Vorschlag fortführen.

Ebenso wie in dänisch-bulgarischem Gespräch (vgl. Drahtbericht Kopenhagen Nr. 90 vom 14.3.) hat sich Baschew im Gespräch mit Ihnen an die bekannte Unterscheidung zwischen „Formalisierung“ und „Normalisierung“ der Beziehungen gehalten und es sorgfältig vermieden, Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Auflagen zu verknüpfen. Sie werden gebeten, in künftigen Gesprächen diesen Unterschied auch Ihrerseits stärker zu berücksichtigen.

II. Zu einem Ihnen geeignet erscheinenden Zeitpunkt sollten Sie Außenminister Baschew erneut um Termin für die Fortführung des Gesprächs bitten. Der Abschluß des Pakts mit Ostberlin<sup>4</sup> (vgl. Drahtbericht vom 6.4., Nr. 250 VS-v) braucht nach unserer Auffassung ein zweites Gespräch nicht zu verhindern. In diesem Gespräch sollten Sie etwa folgendes ausführen:

Ihr Bericht über das Gespräch am 1.4. habe hier große Aufmerksamkeit gefunden. Wir stellten mit Genugtuung fest, daß beide Regierungen in ihren Auffassungen in wesentlichen Punkten übereinstimmten:

1) Auch wir wünschen die volle Normalisierung der Beziehungen und die Verständigung über die wesentlichen europäischen und internationalen Fragen, zu denen<sup>5</sup> nach unserer Auffassung auch die friedliche Regelung der Deutschlandfrage gehöre. Wir teilten die bulgarische Auffassung, daß die Normalisierung nicht von heute auf morgen zu erreichen ist. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen betrachteten wir als einen ersten Schritt, der die Behandlung zahlreicher konkreter Angelegenheiten erleichtern und der auch zu einer besseren Verständigung über grundsätzliche Probleme beitragen könne.

<sup>1</sup> Der Drahterlaß wurde von Legationsrätin I. Klasse Finke-Osiander konzipiert.  
Hat Staatssekretär Schütz am 24. Mai 1967 vorgelegen.  
Hat Staatssekretär Lahr vorgelegen.

<sup>2</sup> Vgl. Dok. 115.

<sup>3</sup> Die Wörter „in dieser Frage den“ wurden von Ministerialdirektor Ruete handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „daher diese Frage nicht forcieren. Sie sollten jedoch“.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. September 1967 zwischen der DDR und Bulgarien „über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ vgl. DzD V/1, S. 1593–1596.

<sup>5</sup> Die Wörter „zu denen“ wurden von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „da hierzu“.

2) Beide Regierungen wollten offensichtlich die Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht von Vorbedingungen abhängig machen. Wenn Außenminister Baschew meine, wir stellten in der Berlin-Frage Bedingungen, habe er uns mißverstanden. Uns ginge es darum, unter Wahrung der beiderseitigen Standpunkte gemeinsam mit der bulgarischen Regierung pragmatische Regelungen für bestimmte Probleme zu finden, die sich in der Praxis unvermeidlich stellen würden (z. B. Rechtsschutz für Deutsche mit Wohnsitz in Westberlin). Sie können daran erinnern, daß dies in den deutsch-rumänischen Verhandlungen möglich gewesen sei und zwar ungeachtet der abweichenden Rechtsstandpunkte beider Regierungen.<sup>6</sup>

3) Beide Regierungen wünschten, die Wirtschaftsbeziehungen zu intensivieren. Auch wir seien uns der schwierigen Folgen der unausgeglichene Handelsbilanz<sup>7</sup> bewußt und prüften sorgfältig, wie wir zum Ausgleich beitragen könnten.<sup>8</sup> Es verstehe sich, daß Ausgleichmaßnahmen auf innenpolitische Hemmnisse stießen (Haushaltssituation, Interessen deutscher Wirtschaftskreise), die sich bei positiver Entwicklung der allgemeinen deutsch-bulgarischen Beziehungen erheblich leichter überwinden ließen. (Hier können Sie als persönlichen Eindruck anfügen, daß es leichter ist, bei innerdeutschen Stellen Maßnahmen zugunsten einer engeren Zusammenarbeit mit Rumänien, das Unfreundlichkeiten vermeide, durchzusetzen.)

4) Beide Regierungen wollten den Kontakt über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen aufrechterhalten. Unsere Auffassungen unterschieden sich<sup>9</sup> möglicherweise hinsichtlich des Zeitpunktes für die Aufnahme. Wir seien zu baldiger Aufnahme bereit.

5) Sie bäten Außenminister Baschew, seine Regierung zu unterrichten und uns zu gegebener Zeit ihre Ansicht über das weitere Verfahren mitteilen zu wollen.<sup>10</sup>

Ruete<sup>11</sup>

**VS-Bd. 4206 (II A 5)**

<sup>6</sup> Zur Wahrung des jeweiligen Rechtsstandpunkts der Bundesrepublik und Rumäniens bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen vgl. Dok. 20.

<sup>7</sup> Zur Handelsbilanz mit Bulgarien vgl. Dok. 28, Anm. 8.

<sup>8</sup> Dazu führte Botschafter Schnippenkötter am 9. Mai 1967 aus: „Baschews Ausführungen zu wirtschaftlichen Fragen bestätigen, was wir seit Monaten wissen: Bulgariens Sorge um die Zahlungsbilanzschwierigkeiten in konvertierbaren Währungen dominiert die auswärtigen Beziehungen.“ Die ersten Rückzahlungen der von den EWG-Staaten gewährten Lieferkredite begannen ab 1967, ohne daß die errichteten Industrieanlagen bereits für den Export arbeiteten. Die bulgarische Regierung rechne daher für die nächsten drei Jahre mit erheblichen Zahlungsschwierigkeiten. Auch an die Bundesregierung als dem Hauptgläubiger sei daher schon der Wunsch nach Überbrückungskrediten herangetragen worden. Um zu verhindern, daß Bulgarien entweder seine Einfuhr aus westlichen Staaten einschränken oder sich um sowjetische Devisenhilfe bemühen müsse, und um ferner der Bildung eines Konsortiums der westlichen Gläubigerstaaten vorzubeugen, bei dem die Bundesrepublik die finanzielle Hauptlast einer Konsolidierungsaktion zu tragen hätte, solle geprüft werden, „ob sich nicht doch Möglichkeiten finden lassen, den Bulgaren in bilateralem Rahmen durch Erweiterung der Kredit- und Einfuhrmöglichkeiten entgegenzukommen. Ein solches handelspolitisches Entgegenkommen wird für die Verbesserung der deutsch-bulgarischen Beziehungen entscheidend sein.“ Vgl. VS-Bd. 4206 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Ruete gestrichen: „jedoch“.

<sup>10</sup> Vgl. dazu weiter Dok. 223.

<sup>11</sup> Paraphe vom 23. Mai 1967.

## 162

**Botschafter Sattler, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-12451/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 23**

**Aufgabe: 10. Mai 1967, 12.35 Uhr**  
**Ankunft: 10. Mai 1967, 13.43 Uhr**

Betr.: Kirchenverwaltung der polnisch verwalteten deutschen Ostgebiete

Bei Papstaudienz am 8. Mai habe ich zunächst die Gründe dargelegt, die den Herrn Bundeskanzler bewegt haben, um Zeitgewinn und eine Verschiebung der Ernennung der 4 apostolischen Administratoren in den polnisch verwalteten Gebieten Ostdeutschlands zu bitten. Eine offizielle Zustimmung der Bundesregierung zu diesen Plänen könne ich heute noch nicht mitteilen, doch sei zu hoffen, daß der entsprechende Kabinettsbeschluß bald gefaßt werde.<sup>1</sup> Vor allem sei der Bundesregierung an der unveränderten Situation der Kapitularvikare gelegen. Nachdem Präsident Ochab keinen Besuch beim Papst gestattet habe, bestehe jetzt doch wohl weniger Eile in der ganzen Frage.<sup>2</sup>

Papst erklärte dagegen, Veränderungen in den betreffenden Gebieten seien aus pastoralen Gründen jetzt nötig geworden. Er halte die Lösung mit den 4 Administratoren für reif und glaube nicht, daß man sie lange hinausschieben könne. Die Situation der Kapitularvikare sei schwierig, da sie kirchenrechtlich bei der Ernennung von Administratoren nicht weiter amtieren könnten. Er hoffe aber auch aus menschlichen Gründen, zu einer befriedigenden Lösung zu kommen. Vielleicht könnte man diese deswegen für Ermland und Breslau finden, weil dort gewisse Gebietsteile nicht von den neuen Administratoren verwaltet werden könnten. Für Schneidemühl treffe das allerdings nicht zu.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Vgl. dazu die Entscheidung der Staatssekretärbesprechung vom 21. März 1967; Dok. 108.

Am 17. Mai 1967 führte Bundeskanzler Kiesinger im Bundeskabinett aus, daß „der Vier-Administratoren-Lösung [...] doch durchaus positive Aspekte abgewonnen werden“ könnten: „Sie würde es für die polnische Seite schwieriger machen, weitgehende Forderungen zu stellen. Staatssekretär Krautwig erklärte, daß keine Auswirkungen auf die Zone zu befürchten seien. Bundesminister Prof. Carlo Schmid wies darauf hin, daß der Begriff des Administrators ad tempus den vorläufigen Charakter der Lösung zum Ausdruck bringe. Der Herr Bundeskanzler sagte hierzu, daß dies genau dem entspreche, was er den Flüchtlingen gegenüber vertreten habe. Die vorgesehene Lösung könne bis zum Abschluß eines Friedensvertrages andauern.“ Das Bundeskabinett beschloß, gegen die Einsetzung von vier Apostolischen Administrationen ad tempus in Breslau, Oppeln, Landsberg und Allenstein politisch keine Einwendungen zu erheben. Voraussetzung sei jedoch, daß die drei Kapitularvikare für Breslau, Ermland und Schneidemühl im Amt blieben und die Eintragungen im päpstlichen Jahrbuch in der vorgesehenen Weise erschienen. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Blomeyer-Bartenstein vom 18. Mai 1967; VS-Bd. 5647 (V1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Der Vorsitzende des polnischen Ministerrats hielt sich vom 6. bis 8. April 1967 zu einem Besuch in Italien auf. Dazu berichtete Botschafter Sattler, Rom (Vatikan), nach einem Gespräch mit dem Abteilungsleiter im Päpstlichen Staatssekretariat, Samorè, daß Ochabs Verhalten eine weitere Brückierung von Papst Paul VI. durch die polnische Regierung darstelle. Aus Angst vor Gomulka und Cyrankiewicz habe Ochab sich anscheinend nicht stark genug gefühlt, um mit dem Papst zu verhandeln oder irgendetwas zu besprechen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 18 vom 14. April 1967; VS-Bd. 5647 (V1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Zum Wunsch der Bundesregierung, die Kapitularvikare für Ermland, Breslau und Schneidemühl im Amt zu belassen, informierte Ministerialdirektor Thierfelder am 24. Mai 1967, „daß der Papst endgültig nur zur Belassung von zwei Kapitularvikaren bereit ist. Über die rechtliche Hürde, die der Belassung des Kapitularvikars für Schneidemühl entgegensteht, will er sich nicht hinwegset-

Bei der Ernennung der 4 Administratoren handle es sich um eine rein kirchliche Maßnahme, die das Konkordat<sup>4</sup> nicht berühre. Er habe aber trotzdem wegen der bestehenden guten Beziehungen die Bundesregierung befragt und bitte jetzt um eine baldige Entscheidung.<sup>5</sup>

Die Schwierigkeiten der Bundesregierung mit den deutschen Vertriebenen, die am liebsten gar keine Veränderung wünschten, seien ihm bekannt, doch betone die Ernennung von apostolischen Administratoren die Haltung des Heiligen Stuhles, die gegenwärtigen Verhältnisse in den fraglichen Gebieten als ein Provisorium anzusehen. So werde für einen späteren Friedensvertrag nichts präjudiziert.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs stellte mir der Papst die Frage nach meiner Meinung über Erzbischof Bengsch, die ich positiv beantwortete. Von irgendwelchen bevorstehenden Veränderungen in der Zone<sup>6</sup> sprach der Papst nicht.

Im Ganzen zeigte er sich während des mehr als halbstündigen Gesprächs, das fast ganz in italienischer Sprache geführt wurde, sehr gut unterrichtet, freundlich und in der Frage der 4 Administratoren weit mehr als entschlossen, als ich vorher in den Gesprächen mit seinen engsten Mitarbeitern den Eindruck gewonnen hatte.<sup>7</sup>

[gez.] Sattler

VS-Bd. 4191 (II A 2)

*Fortsetzung Fußnote von Seite 723*

zen.“ Bundeskanzler Kiesinger sei über diese Entscheidung in Kenntnis gesetzt worden und habe sich einverstanden erklärt. Vgl. VS-Bd. 5647 (V 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Konkordats vom 20. Juli 1933 zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl vgl. REICHSGESETZBLATT 1933, Teil II, S. 679–690.

<sup>5</sup> Am 9. Mai 1967 bat der Abteilungsleiter im Päpstlichen Staatssekretariat, Samorè, Ministerialdirektor Thierfelder, z. Z. Rom, „dringend um möglichst baldige Übermittlung des betreffenden Kabinettsbeschlusses“ noch vor dem Besuch des Bundeskanzlers Kiesinger am 29./30. Mai 1967 in Rom anlässlich des 10. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge. Falls die Stellungnahme erst danach eintreffe, „erhebe sich die Gefahr eines umgekehrten Ochab-Effekts, d. h., man werde in Polen darauf hinweisen, daß der Papst nur dem Bundeskanzler zuliebe diese für die Bundesrepublik so günstige, für Polen so wenig günstige Lösung gewählt habe“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 29 des Botschafters Sattler, Rom (Vatikan), vom 10. Mai 1967; VS-Bd. 5647 (V 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Am 12. Mai 1967 ergänzte Staatssekretär Lahr in einem Schreiben an Bundeskanzler Kiesinger, das Drängen von Papst Paul VI. zeige, „daß man in Rom die Befürchtung hegt, die zur Zeit noch bestehende Bereitschaft des polnischen Episkopats könnte unter dem Druck polnischer staatlicher Stellen nicht anhalten, so daß sich der Heilige Stuhl in absehbarer Zeit der einhelligen Forderung von polnischer Seite nach Einsetzung residierender Bischöfe gegenübersehen würde“. Vgl. VS-Bd. 5647 (V 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Zur Frage der kirchlichen Verwaltung von Gebieten der DDR, die Diözesanbezirken in der Bundesrepublik zugeordnet waren, vgl. Dok. 175.

<sup>7</sup> Am 18. Mai 1967 bat Ministerialdirektor Thierfelder Botschafter Sattler, Rom (Vatikan), dem päpstlichen Staatssekretariat das Ergebnis der Kabinettsitzung vom Vortag zu übermitteln. Er fügte hinzu, daß auch Bundeskanzler Kiesinger an einer Ernennung der vier Administratoren vor den Feierlichkeiten anlässlich des 10. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge gelegen sei. Dieser wolle „den Anschein des Zusammenhangs der Ernennung mit seinem Besuch vermeiden, um der Auslegung vorzubeugen, er sei befragt worden und habe persönlich zugestimmt“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 27; VS-Bd. 5647 (V 1); B 150, Aktenkopien 1967.

## 163

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Scheske

II A 7-81.33-1567/67 geheim

11. Mai 1967<sup>1</sup>

Betr.: Besuch von sowjetischen Diplomaten im Referat NATO und Verteidigung (II A 7)

I. Am 11. Mai 1967 suchten erstmals zwei Angehörige der sowjetischen Botschaft, der I. Sekretär Naumow und der II. Sekretär Nikolskij, das NATO-Referat auf. Das etwa 1 1/2-stündige Gespräch, das auf deutscher Seite VLR I Dr. Scheske und VLR Behrends führten, fand in einer angenehmen Atmosphäre statt. Herr Naumow, der auf sowjetischer Seite hauptsächlich das Wort führte, betonte wiederholt, daß dieser erste Kontakt der sowjetischen Botschaft mit dem NATO-Referat als Beweis dafür bewertet werden sollte, daß die sowjetische Botschaft auch auf Gebieten, in denen bisher keine Kontakte stattgefunden hätten, mit dem Auswärtigen Amt ins Gespräch kommen wolle. Zwar sei nach der uns bekannten sowjetischen Auffassung die NATO ein Hindernis für die Entspannung; die sowjetische Botschaft sei jedoch auch in NATO-Fragen an einem Meinungsaustausch interessiert. Von beiden Seiten wurde das Gespräch als ein persönlicher Meinungsaustausch bezeichnet.

Herr Naumow bezog sich zu Beginn auf einen Artikel im Bonner Generalanzeiger vom 10. Mai 1967, nach dem die Bundesregierung neue Abrüstungsvorschläge ausarbeite.<sup>2</sup> Aus seinen Ausführungen ergab sich, daß die sowjetische Botschaft vor allem an der deutschen Stellungnahme zu folgenden Fragen interessiert ist:

1) Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung in den Dreier-Gesprächen den Rückverlegungen amerikanischer und britischer Streitkräfte aus Deutschland<sup>3</sup> zugestimmt?

2) Welche Auswirkungen hat die Politik der neuen deutschen Regierung und ihr Bemühen um eine Entspannung auf unsere NATO-Politik? Werden neue Abrüstungsvorschläge ausgearbeitet?

Wie reagiert die Bundesregierung auf die Karlsbader Beschlüsse<sup>4</sup>? Befaßt sich das NATO-Referat mit der Auswertung der Karlsbader Beschlüsse?

3) Welches sind die politischen Motive für die neue Strategie der „flexible response“<sup>5</sup>? Begrüßten wir diese Motive oder betrachteten wir die Ergebnisse der

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Scheske und vom Vortragenden Legationsrat Behrends konzipiert.

<sup>2</sup> Vgl. den Artikel von F. Paul Schwakenberg: „Bonner Bemühungen um Abrüstung“; GENERALANZEIGER, Nr. 23549 vom 10. Mai 1967, S. 15.

<sup>3</sup> Zu der im Rahmen der Dreier-Verhandlungen am 27./28. April 1967 in London beschlossenen Truppenrückverlegung sowie zum amerikanischen Rotationsplan vgl. Dok. 151.

<sup>4</sup> Zur Erklärung der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas vom 26. April 1967 vgl. Dok. 154.

<sup>5</sup> Zur Verabschiedung einer neuen Politischen Direktive über die Verteidigungsstrategie durch die NATO-Verteidigungsminister am 9. Mai 1967 in Paris vgl. Dok. 157.

Verteidigungsminister-Konferenz als eine „Niederlage“ für Bundesminister Schröder? Was bedeutet die kürzliche Erklärung von Bundesminister Schröder, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre nukleare Verteidigung nicht allein ihren Verbündeten überlassen könne und daß die Bundeswehr taktische Nuklearwaffen benötige?<sup>6</sup>

II. Im einzelnen nahm das Gespräch folgenden Verlauf:

Zu 1): Die sowjetischen Diplomaten zeigten sich über das Ergebnis der Dreier-Gespräche genau unterrichtet. Sie wollten in Erfahrung bringen, ob die deutsche Zustimmung zu den Rückverlegungen amerikanischer und britischer Streitkräfte ausschließlich eine Nebenwirkung der Devisenausgleichsregelungen war oder ob ihr politische Motive zugrunde liegen. Die deutschen Gesprächspartner wiesen zunächst darauf hin, daß es sich um Rückverlegungen innerhalb des NATO-Bereichs und nicht um Verminderungen handele, und daß im Bedarfsfall die amerikanischen und britischen Streitkräfte wieder nach Europa zurückgebracht werden können. Nichtsdestoweniger würden die in Deutschland stationierten alliierten Streitkräfte vermindert. Ein wesentliches Motiv für unsere Zustimmung zu dieser Verminderung sei unsere Hoffnung, daß die Sowjetunion dem westlichen Beispiel folgen und ebenfalls Streitkräfte aus dem anderen Teil Deutschlands in die Sowjetunion zurückverlegen werde. Damit könne ein Anfang zu einer späteren vereinbarten oder im gegenseitigen Beispiel erfolgenden<sup>7</sup>, ausgewogenen Verminderung der Streitkräfte auf beiden Seiten gemacht werden. Falls die Sowjetunion dem westlichen Beispiel nicht folge, müsse dies von der NATO als Anzeichen dafür bewertet werden, daß die Sowjetunion an einer Verminderung der Streitkräfte auf beiden Seiten nicht interessiert sei und im Gegenteil militärische Vorteile zu erreichen suche.<sup>8</sup>

<sup>6</sup> Vgl. dazu den Artikel „Der Auftrag der Bundeswehr“ des Bundesministers Schröder vom 27. April 1967; BULLETIN 1967, S. 373 f.

<sup>7</sup> Am 7. Dezember 1964 erklärte die sowjetische Regierung in einem Memorandum an die UNO-Generalversammlung: „The Soviet Union is prepared to cut back its troops stationed in the territory of the German Democratic Republic and other European States if the Western Powers will likewise cut back their troops in the Federal Republic of Germany and other countries. This could also be done by way of mutual example.“ Vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 19th Session, Annexes, New York 1965, Annex Nr. 9, S. 4.

<sup>8</sup> Am 24. Mai 1967 führte Ministerialdirektor Ruete zu der Frage, ob der geplante Abzug amerikanischer und britischer Streitkräfte eine Truppenverminderung im Sinne einer Verminderung der Gesamttruppenstärke („reduction“) oder als Umgruppierung („redeployment“) zu bewerten sei, aus: „Die Kennzeichnung der geplanten Maßnahme als Umgruppierung ist richtig. Es liegt auch uns daran, die Verfügbarkeit der alliierten Truppen im Krisenfall deutlich zu machen und zu fixieren.“ Andererseits berücksichtige die Charakterisierung der vorgesehenen Truppenabzüge als ‚redeployment‘ nicht, daß die damit verbundene tatsächliche Herabsetzung der Präsenzstärken in der Bundesrepublik eine „Vorleistung auf militärische Entspannung“ darstelle: „Es liegt uns daran, daß die Sowjetunion den westlichen Umgruppierungen einen entsprechenden Schritt folgen läßt. Wenn sie es nicht tut, ist dies andererseits für die Beurteilung der sowjetischen Absichten bedeutsam. Keinesfalls sollten eventuelle Überlegungen des Kreml in Richtung auf Herabsetzung der sowjetischen Präsenzstärken im anderen Teil Deutschlands erschwert werden. Wir sollten deshalb in Gesprächen mit sowjetischen Beamten und in der Öffentlichkeit klar machen, daß die vorgesehenen westlichen Maßnahmen, auch wenn sie auf Rotation beruhen, eine Herabsetzung der Präsenz alliierter Streitkräfte in Deutschland bewirken, und daß ein entsprechender sowjetischer Schritt der Entspannung in Europa dienen würde.“ Vgl. VS-Bd. 4106 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1967.

Die sowjetischen Diplomaten nahmen diese Ausführungen mit offensichtlichem Interesse zur Kenntnis. Herr Naumow wies darauf hin, daß die deutsche Regierung früher immer die Ansicht vertreten habe, daß eine parallele Verminderung von Streitkräften die Sicherheit gefährde, weil die sowjetischen Streitkräfte aus der Sowjetunion sehr viel schneller in die DDR zurückgebracht werden könnten als amerikanische Streitkräfte aus den Vereinigten Staaten.

Ihm wurde entgegnet, daß natürlich eine parallele Verminderung der Streitkräfte militärisch ausgewogen sein müsse. Keine Seite dürfe im Verlaufe solcher parallelen Verminderungen militärischer Streitkräfte einen militärischen Vorteil erringen.

Herr Naumow beklagte diese „mechanistische und unpolitische“ Betrachtungsweise. Da die Sowjetunion ohnehin niemals angreifen werde, sei es unsinnig, daß wir uns über die militärische Ausgewogenheit von parallelen Truppenverminderungen Gedanken machten.

Auf deutscher Seite wurde erwidert, daß im anderen Teil Deutschlands zwanzig hoch gerüstete sowjetische Divisionen stationiert seien. Diese bildeten für unsere Sicherheitsüberlegungen ein hoch-politisches Faktum. Wenn wir gegenwärtig auch keinen Angriff befürchteten, so müßte doch die Existenz dieses großen Militärpotentials, das seit Kriegsende in Mitteldeutschland unterhalten werde, unsere Überlegungen stark beeinflussen. Die NATO habe ihre eigenen Verteidigungsanstrengungen nach dem Ausmaß dieses Potentials ausrichten müssen. Der Gedanke einer ausgewogenen Verminderung auf beiden Seiten sei daher keine „mechanistische“, sondern eine sehr politische Betrachtungsweise.

Zu 2): Auf die von sowjetischer Seite gestellte Frage nach den Auswirkungen der Bemühungen der neuen Bundesregierung um Entspannung auf unsere NATO- und Abrüstungspolitik wurde zunächst auf die konstruktiven Vorschläge in der deutschen Friedensnote vom März v. J.<sup>9</sup> und auf die grundsätzlich positive Haltung der Bundesregierung zu dem Gedanken eines Nichtverbreitungsvertrages verwiesen. Im militärischen Bereich habe die Bundesregierung mit ihrer Zustimmung zu den erwähnten Verlegungsmaßnahmen, die auf eine beträchtliche tatsächliche Verminderung der militärischen Präsenz hinausliefen, ihren Willen zur Entspannung bewiesen. Es sei für uns von großem Interesse zu erfahren, wie das Echo aus Moskau hierauf sein werde, nachdem der Abzug fremder Truppen von ausländischem Boden zu den Hauptforderungen der sowjetischen Regierung gehöre. Es sei denkbar, daß die sowjetische Regierung entsprechende Truppenstärken in die Sowjetunion verlege unter ähnlichen Bedingungen, wie sie der westliche „Rotationsplan“ vorsähe. Auch dies wäre ein Beitrag zur Entspannung.

Herr Naumow entgegnete, die Meinung seiner Regierung hierzu nicht zu kennen. Er halte es eher für wichtig, daß die deutsche Seite die Beschlüsse von Karlsbad eingehend studiere und sie zur Grundlage eigener Entspannungsüberlegungen mache. Z. B. könnte eine „europäische Sicherheitskonferenz“ das gesamte Problem der Friedenssicherung in Europa aufgreifen. Die Tatsache,

<sup>9</sup> Korrigiert aus: „d. J.“.

Für den Wortlaut der Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 vgl. BULLETIN 1966, S. 329–331. Vgl. dazu auch AAPD 1966, I, Dok. 58.

daß der NATO-Vertrag im Jahre 1969 „auslief“ (dieser Irrtum wurde korrigiert)<sup>10</sup>, könnte Anlaß geben, die Probleme neu zu durchdenken.

Ihm wurde entgegengehalten, daß die Karlsbader Beschlüsse, die hier noch nicht im einzelnen geprüft seien, den bekannten sowjetischen Standpunkt wiedergäben und Elemente enthielten, die unserer Auffassung über die Lösung der politischen Probleme in Europa in keiner Weise entsprächen. Wollte man die Probleme als Paket im Sinne der Karlsbader Beschlüsse behandeln, käme man kaum weiter. Man sollte eher versuchen, auf Teilgebieten schrittweise voranzugehen, und die NATO werde, wie dargelegt, im militärischen Bereich einiges tun, was als Beispiel dienen könne.

Herr Naumow bestritt den „Paket“-Charakter der Karlsbader Beschlüsse und stimmte zu, daß man auf Teilgebieten vorangehen könne.

Zu 3): Auf die von Herrn Naumow etwas polemisch zugespitzte Frage, ob Verteidigungsminister Schröder auf der Ministerkonferenz in Paris eine „Niederlage“ erlitten habe und was der Sinn der Festlegung einer neuen NATO-Strategie sei, wurde ihm der Sachverhalt kurz erläutert (Formulierung der seit Jahren de facto angenommenen Strategie der „flexible response“). Die sowjetischen Herren waren mit diesem Sachverhalt vertraut.

Die zitierte Äußerung von Bundesminister Schröder im Bulletin wurde von deutscher Seite als eine Klarstellung darüber erläutert, daß die Bundeswehr angesichts der Kräftelage in Europa auf Ausrüstung mit nuklearen Trägerwaffen (Sprengköpfe in amerikanischem Gewahrsam) nicht verzichten könne. Eine analoge Ausrüstung sei bei den europäischen Verbündeten der Sowjetunion gegeben.

Herr Naumow bemerkte abschließend, die Bundesrepublik Deutschland werde es noch einmal bedauern, so viel Geld (unnützerweise) für die Rüstung ausgegeben zu haben. Auf die Entgegnung, dies[es] Argument gelte wohl auch für andere Staaten, replizierte er, bei der Sowjetunion sei dies etwas anderes.

Die Herren Naumow und Nikolskij bedankten sich für das Gespräch und wollten es zu gegebener Zeit fortsetzen. Die deutsche Seite erklärte sich hierzu bereit.

## II. Bewertung

Dieses erstmals geführte Gespräch ist wahrscheinlich nicht allein der Initiative der hiesigen sowjetischen Botschaft zuzuschreiben, sondern auf höhere Weisung erfolgt. Es bleibt abzuwarten, wie und auf welcher Ebene die sowjetische Seite das Gespräch fortzuführen gedenkt und ob sie über den hier geschilderten ersten Gedankenaustausch über bekannte Positionen weiter hinauszugehen gedenkt.<sup>11</sup>

<sup>10</sup> Vgl. dazu Artikel 13 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949: „Nach zwanzigjähriger Geltungsdauer des Vertrags kann jede Partei aus dem Vertrag ausscheiden, und zwar ein Jahr, nachdem sie der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die Kündigung mitgeteilt hat“. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 291 f.

<sup>11</sup> Am 22. Mai 1967 notierte Ministerialdirektor Ruete, daß Angehörige der sowjetischen Botschaft auch Kontakt mit der amerikanischen und der britischen Botschaft in Bonn aufgenommen und dabei zu klären versucht hätten, „ob es sich bei den Abzügen britischer und amerikanischer Streitkräfte um Truppenverminderungen oder um Rückverlegungen handelt“. In diesem Zusammenhang habe der Erste Sekretär an der sowjetischen Botschaft, Borowsky, gegenüber dem amerikanischen Botschaftsrat Sutterlin ausgeführt: „Die Stationierung sowjetischer Streitkräfte in der DDR sei für die Sowjetunion keine Belastung ihrer Zahlungsbilanz. Im Gegenteil müsse die Sowjet-



Es wird vorgeschlagen, die Tatsache dieses Besuchs strikt vertraulich zu behandeln, zunächst auch gegenüber unseren Verbündeten, und den Herrn Minister in Tokio mit anliegendem Drahtbericht<sup>12</sup> kurz zu unterrichten.

Hiermit in Abwesenheit von Herrn DII<sup>13</sup> und Herrn DgIIA<sup>14</sup> dem Herrn Staatssekretär<sup>15</sup> unmittelbar vorgelegt.

[i.V.] Scheske

VS-Bd. 2010 (201)

## 164

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Graf von Hardenberg

III A 4-81.10-90.21-VS-NfD

11. Mai 1967<sup>1</sup>

Betr.: Ausrüstungshilfe für Marokko

Bezug: Aufzeichnung der Abteilung III vom 26. April 1967 –  
III B 6 - 87 SPK 30-90.21<sup>2</sup>

I. Der marokkanische Außenminister hat Herrn Staatssekretär Lahr erneut um Ausrüstungshilfe gebeten. Die dabei überreichte umfangreiche Materialliste<sup>3</sup> enthält vor allem Transportmittel, Funkgerät sowie anderes „Quartiermeister-

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 728*

union die Streitkräfte selbst unterhalten, wenn sie sie auf das Gebiet der Sowjetunion zurückverlege. (Anmerkung: Aus dieser Bemerkung Borowinskys ergibt sich, daß die SBZ aus ihrem Haushalt Stationierungskosten für die sowjetischen Streitkräfte aufbringen muß.) Dennoch sehe die sowjetische Regierung gewisse politische und wirtschaftliche Vorteile in einer Rückverlegung eines Teils der sowjetischen Streitkräfte in der DDR. Wenn die sowjetische Regierung sich dazu entschließen sollte, würde sie wahrscheinlich mehr als 35 000 Mann in die Sowjetunion zurückverlegen.“ Die amerikanische Botschaft habe ebenfalls zu erkennen gegeben, „daß die Amerikaner sich über die Bedeutung dieser sowjetischen Initiativen in Bonn nicht im klaren sind. Sie neigen jedoch ebenso wie Abteilung II zu der Auffassung, daß die sowjetische Botschaft auf Weisung aus Moskau handelt und daß der sowjetischen Initiative eine gewisse Bedeutung zukommt.“ Vgl. VS-Bd. 2010 (201); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>12</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für den Drahterlaß Nr. 133 des Staatssekretärs Lahr vom 11. Mai 1967 an Bundesminister Brandt, z. Z. Tokio, vgl. VS-Bd. 2010 (201); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>13</sup> Hat Ministerialdirektor Ruete nach Rückkehr am 23. Mai 1967 vorgelegen.

<sup>14</sup> Ministerialdirigent Sahm.

<sup>15</sup> Hat den Staatssekretären Lahr und Schütz am 12. bzw. 18. Mai 1967 vorgelegen.

<sup>1</sup> Ein Durchdruck der Aufzeichnung lag Ministerialdirigent Böker am 19. Mai 1967 vor, der handschriftlich vermerkte: „Ich hoffe, wir greifen die Sache nochmals auf. Der Vorschlag erscheint mir vernünftig.“ Vgl. VS-Bd. 2581 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Am 26. April 1967 erwähnte der marokkanische Außenminister Laraki im Gespräch mit Staatssekretär Lahr „die außerordentlich umfangreichen sowjetischen Waffenlieferungen (Wert über 200 Mio. Dollar)“ an Algerien „und die Tatsache, daß Algerien die von Marokko vorgeschlagene allgemeine UN-Kontrolle abgelehnt habe. Er bat zu prüfen, ob deutscherseits Möglichkeiten für die Gewährung von Ausrüstungshilfe gegeben seien und überreichte hierfür eine Niederschrift mit Vorschlägen.“ Vgl. Referat III B 6, Bd. 563.

<sup>3</sup> Für die Staatssekretär Lahr am 26. April 1967 übergebene Liste vgl. Referat III A 4, Bd. 558.

material“ (Zelte etc.), aber keine Waffen. Der Wert dürfte mindestens 10 Mio. DM betragen. Die auf Weisung des Herrn Staatssekretärs vorgenommene Prüfung, ob die Wünsche durch Mittel der Technischen Hilfe erfüllt werden können, hatte ein negatives Ergebnis.<sup>4</sup>

Die bereits früher vom marokkanischen König gegenüber dem Herrn Bundestagspräsidenten mündlich geäußerte Bitte um Ausrüstungshilfe<sup>5</sup> ist – nach Ablehnung durch den Auswärtigen Bundestagsausschuß<sup>6</sup> – zwar abschlägig beschieden worden, doch hat die marokkanische Regierung, wie aus dem beigefügten Chi-Bericht der Botschaft Rabat vom 19. April<sup>7</sup> hervorgeht, die Hoffnung noch nicht aufgegeben, die „halbe Zusage“ des Herrn Bundestagspräsidenten verwirklicht zu sehen. Nach Äußerungen aus der hiesigen marokkanischen Botschaft habe Herr Dr. Gerstenmaier bei einem Besuch des marokkanischen Außenministers am 26. April wiederum „wohlwollende Prüfung“ zugesagt.

Es müßte daher geprüft werden, ob es aussichtsreich erscheint, das frühere Projekt erneut den Ausschüssen zuzuleiten.

## II. Dafür sprechen folgende Gründe:

1) Wir hätten eine Gelegenheit, an einem Vorhaben, das keine Waffen enthält, deutlich zu machen, daß wir die Ausrüstungshilfe weiterhin als wichtiges Instrument der Außenpolitik ansehen und uns nicht darauf beschränken wollen, die laufenden Vorhaben abzuwickeln.

2) Wir haben bereits eine positive Entscheidung des Bundesverteidigungsrates<sup>8</sup> und gegenüber dem Auswärtigen Ausschuß den „Aufhänger“, daß dessen seinerzeitiger Ersatzvorschlag (zusätzliche Kapitalhilfe) sich nicht hat verwirklichen lassen und zudem für uns ungünstiger geworden wäre, was dem Ausschuß damals nicht zum Bewußtsein kam. (Unterschied: beim Ausschuß-Vorschlag einmalige Barzahlung von 10 Mio. DM an Marokko zur freien Verfügung, also auch zum Kauf – sogar von Waffen! – in dritten Ländern, dagegen bei Ausrüstungshilfe Verteilung der Zahlung von nur 8 Mio. DM auf 3 Haus-

<sup>4</sup> Am 27. April 1967 kam Legationsrat I. Klasse Hauthal zu dem Ergebnis, daß die Höhe des Betrages es ausgeschlossen erscheinen lasse, „den marokkanischen Wünschen unter Verwendung von Mitteln der Technischen Hilfe zu entsprechen. Die Tatsache, daß es sich um reine Materiallieferungen handelt, würde es außerordentlich schwierig machen, gegebenenfalls auch nur einen kleinen Teil auf diese Weise zu finanzieren.“ Vgl. Referat III A 4, Bd. 558.

<sup>5</sup> Anlässlich seines Besuches in Marokko vom 19. bis 22. April 1965 sagte Bundestagspräsident Gerstenmaier auf die Bitte des Königs Hassan II. um die Gewährung von Ausrüstungshilfe eine wohlwollende Prüfung zu. Hassan II. wiederholte diesen Wunsch im Rahmen seines Besuchs vom 29. November bis 2. Dezember 1965 in Bonn. Vgl. dazu die Vorlage des Auswärtigen Amtes vom 14. September 1967 für den Auswärtigen Ausschuß des Bundestages; Referat III A 4, Bd. 558.

<sup>6</sup> Der Auswärtige Ausschuß des Bundestages lehnte am 24. November 1966 den Antrag der Bundesregierung ab, Marokko eine Ausrüstungshilfe in Höhe von 8 Mio. DM zu gewähren. Auf Vorschlag des SPD-Abgeordneten Wischnewski wurde die Bundesregierung stattdessen aufgefordert, mit der marokkanischen Regierung Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, die Ausrüstungshilfe durch eine zusätzliche Kapitalhilfe in Höhe von 10 Mio. DM bei einer Laufzeit von 25 Jahren zu ersetzen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Graf von Hardenberg; Referat III A 4, Bd. 558.

<sup>7</sup> Dem Vorgang nicht beigefügt.

<sup>8</sup> Der Bundesverteidigungsrat billigte am 12. Juli 1966 die von der Bundesregierung beantragte Ausrüstungshilfe für Marokko in Höhe von 8 Mio. DM. Vgl. dazu das Schreiben des Ministerialdirigenten Graf von Hardenberg an die Botschaft in Rabat vom 14. Juli 1967; Referat III A 4, Bd. 558.

haltsjahre, Leistung der Zahlung an deutsche Firmen für von uns zu bestimmendes Gerät, also keine Waffen.)

3) Die politisch wertvolle Zusage könnte in absehbarer Zeit gegeben werden, die ersten Zahlungen würden erst 1968 fällig.

III. Andererseits wären für das Wiederaufgreifen einer Ausrüstungshilfe für Marokko folgende Vorbedingungen zu schaffen:

1) Die Frage müßte vor der erneuten Einbringung einer Vorlage beim Auswärtigen Ausschuß mit Herrn Bundesminister Wischniewski, von dem seinerzeit der Widerstand ausging<sup>9</sup>, sowie mit den führenden Vertretern der Regierungsparteien in diesem Ausschuß besprochen werden.

2) Anschließend müßte vor der Einbringung in den Haushaltsausschuß auch hier zumindest mit den Berichterstattem gesprochen werden, um klarzustellen, daß Zahlungen erst 1968 anfallen und dann im Rahmen des in den letzten Jahren üblichen und auf die Dauer angestrebten Jahresansatzes für Ausrüstungshilfe von etwa 90 Mio. DM geleistet werden können. Bei den Vorgesprächen mit den Vertretern beider Ausschüsse könnte die Unterstützung durch den Herrn Bundestagspräsidenten in Anspruch genommen werden.

3) Die Vorlage sollte den beiden Ausschüssen erst nach der Verabschiedung des Haushalts 1967 durch das Plenum zugehen.<sup>10</sup>

Abteilung I hat mitgezeichnet.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>11</sup> mit der Bitte um Kenntnisnahme und Entscheidung, ob zu gegebener Zeit das Marokko-Vorhaben unter den obigen Bedingungen wieder aufgegriffen werden soll.<sup>12</sup>

Hardenberg

Referat III A 4, Bd. 558

<sup>9</sup> Am 28. September 1966 unterrichtete der SPD-Abgeordnete Wischniewski Vortragenden Legationsrat Gehlhoff darüber, daß er „verschiedentlich und nicht ganz ohne Erfolg versucht [habe], seine algerischen Freunde wegen der geplanten Ausrüstungshilfe für Marokko zu beruhigen. Wenn die Bundesregierung lediglich Ausrüstungsgegenstände wie etwa Lastwagen, nicht dagegen Waffen liefere, so würde ein Teil der algerischen Befürchtungen wegfallen; gänzlich würden die algerischen Befürchtungen aber auch dann nicht schwinden.“ Vgl. Referat III A 4, Bd. 558.

<sup>10</sup> Der Auswärtige Ausschuß des Bundestages bewilligte am 9. November 1967 die von der Bundesregierung beantragte Ausrüstungshilfe für Marokko in Höhe von 8 Mio. DM. Die Mittel sollten in erster Linie der Anschaffung von Transport- und Fernmeldegerät, nicht aber für Waffen dienen. Dazu notierte Ministerialdirektor Harkort am selben Tag: „Die SPD enthielt sich – ausgenommen Herr Kahn-Ackermann – der Stimme. Herr Kahn-Ackermann stimmte mit Ja. Die Zustimmung wurde offensichtlich von vielen Abgeordneten recht ungern gegeben. Die Abneigung gegen die Ausrüstungshilfe als solche wurde erneut sehr deutlich.“ Vgl. Referat III A 4, Bd. 558. Der Haushaltsausschuß des Bundestages billigte einen entsprechenden Antrag am 7. Dezember 1967. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 222 des Ministerialdirigenten Graf von Hardenberg vom 8. Dezember 1967 an die Botschaft in Rabat; Referat III A 4, Bd. 558.

<sup>11</sup> Hat den Staatssekretären Schütz und Lahr am 18. bzw. 31. Mai 1967 vorgelegen.

<sup>12</sup> Der Passus „Zeit ... werden soll“ wurde von Staatssekretär Schütz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Ja“.

## 165

**Botschafter von Rom, Bamako, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-12487/67 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 43**

**Aufgabe: 11. Mai 1967, 13.15 Uhr**  
**Ankunft: 11. Mai 1967, 15.28 Uhr**

Im Anschluß an Drahtbericht Nr. 42 vom 9.5.1967<sup>1</sup>

Am 10.5. habe ich Modibo Keita den Brief des Herrn Bundespräsidenten<sup>2</sup> übergeben. Zunächst reagierte er eisig, bezeichnete zwei Stellen des Briefes und meine Einberufung zur Berichterstattung<sup>3</sup> als Druck, der „dignité africaine“ widerspräche. Ich erinnerte Modibo daran, daß Schlußsatz zweiten Absatz<sup>4</sup> mit Absicht seine eigenen Worte wiedergebe, die er mir bei letzter Audienz gesagt habe. Heute sei bekannt, daß Gerüchte nicht unfundiert waren.<sup>5</sup> Dadurch sei seine Position schwieriger geworden. Auch sei Legalität Ministeratsbeschluß in seiner Abwesenheit nicht zu bestreiten. Modibo bezeichnete das Problem Errichtung malischer Mission in Ostberlin erheblich komplizierter, als er damals angenommen habe. Der Beschluß sei rechtsgültig, aber völlig inopportun. Er habe sich unmittelbar nach meinem letzten Besuch bei Außenminister erkundigt, der ihm Errichtung malischer Mission bestätigte. Daraufhin habe er sofort Missionschef Fatogoma Koné zur Berichterstattung nach Bamako berufen. Er sei noch hier, und er habe noch nicht mit ihm gesprochen. Er habe auch wegen der Mission noch keinen Beschluß gefaßt. Ein Ausweg sei ihm noch völlig unklar. Bestritt, daß Mali Beziehungen zu Ostberlin Vorrang gäbe. Schließlich bestünden mit Bonn diplomatische Beziehungen. Ostberlin

<sup>1</sup> Botschafter von Rom, Bamako, informierte über die Entscheidung der malischen Regierung, in Ostberlin eine Handelsvertretung zu errichten. Nach Ansicht „prowestlicher Politiker“ in Mali sei der Beschluß „ordnungsgemäß durch Ministerrat“ gefaßt worden: „Diesbezügliche Sitzung hat stattgefunden, als Modibo Keita auf Inspektionsreise im Landesinnern, Jean-Marie Koné zu den Finanzverhandlungen mit Frankreich in Paris und Außenminister Ousmane Ba in Addis Abeba [war]. Nach ihrer Rückkehr haben Modibo und Jean-Marie den Beschluß kritisiert, [da] das Politbüro bei Errichtung der zonalen Handelsmission in Bamako beschlossen habe, die Gegenseitigkeit nicht in Anspruch zu nehmen, Ousmane Ba dagegen hat ihn gebilligt.“ Vgl. Referat I B 3, Bd. 728.

<sup>2</sup> Für das Schreiben des Bundespräsidenten Lübke vom 13. April 1967 vgl. Referat I B 3, Bd. 728. Für einen Auszug vgl. Anm. 4.

<sup>3</sup> Am 8. März 1967 bat Staatssekretär Lahr Botschafter von Rom, Bamako, gegenüber dem malischen Präsidenten Modibo Keita zu erklären, „daß Sie wegen Nachrichten über angebliche Errichtung Wirtschafts- und Handelsmission Malis in Ostberlin zur Berichterstattung nach Bonn einberufen seien. Deutsche Regierung würde einen solchen Schritt Malis, der Regime in Ostberlin aufwerte, als einen Schlag gegen deutsch-malische Freundschaft ansehen. [...] Nachdem die ghanaische Handelsvertretung in Ostberlin geschlossen worden sei, werde Mali das einzige Land Afrikas südlich der Sahara sein, das, trotz diplomatischer Beziehungen mit uns, den Aufwertungsbemühungen der SBZ in dieser Form entgegenkomme.“ Vgl. VS-Bd. 2425 (I A 2); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Im Schreiben vom 13. April 1967 führte Bundespräsident Lübke zur geplanten Errichtung einer malischen Handelsvertretung in Ostberlin aus: „Ein solcher Schritt würde im Gegensatz zu all unseren Abmachungen stehen und eine Entwicklung einleiten, die unsere Beziehungen schwer belasten müßte.“ Vgl. Referat I B 3, Bd. 728.

<sup>5</sup> Am 6. März 1967 berichtete der Leiter der Dienststelle Berlin des Auswärtigen Amts, Hoffmann, daß Mali in Ostberlin eine Handelsvertretung errichtet habe: „Der Leiter der Mission, Fatogoma Koné, traf am 3. März in Ostberlin ein und machte dem Stellvertretenden Außenminister der SBZ, Dr. Kieseewetter, am 4. März seinen Antrittsbesuch.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 786; Referat I B 3, Bd. 728.

habe gesamte Unterhaltskosten auf eigene Rechnung übernommen, Büroräume, Einrichtungen, Büromaterial und PKW zur Verfügung gestellt. Um Schließung Bonner Botschaft<sup>6</sup> zu vermeiden, habe er Abkommen angestrebt, das Mali von dafür notwendigen Devisen entlaste. Ousmane Ba habe ihm gesagt, daß Bonn abgelehnt habe. Insbesondere habe Staatssekretär Lahr Ousmane Ba in Genf dazu erklärt, dies sei als Präzedenzfall unmöglich. Außerdem würde Devisensonderregelung auch über den hier erforderlichen kleinen Betrag Frankreichs Bemühungen um Finanzabkommen mit Mali<sup>7</sup> stören. Man habe also Mali nicht nur nicht<sup>8</sup> geholfen, die Optik in Bonn zu wahren, sondern expressis verbis erklärt, auch in dieser Sache Mali zwingen zu wollen, französische Forderungen zu akzeptieren. Da mir nur Genfer Gespräche von 1965 bekannt, Botschaftsfrage aber erst ein Jahr später auftauchte, habe ich Darstellung bestritten und hinzugefügt: Hoffentlich sei Äußerung Ousmane Bas nur ein Mißverständnis.<sup>9</sup> Bundesrepublik sei besorgt, daß sich angesichts enger Verflechtung multilateraler Beziehungen zur EWG mit bilateralen zu Mitgliedsländern Störungen im deutsch-malischen Verhältnis ergeben könnten, deren Konsequenzen auch multilateraler Art nicht abzusehen seien. Auch Mali könne daran gewiß kein Interesse haben. Bundesrepublik habe laut Communiqué vom 9.5. verabredet, Zusammenarbeit mit Frankreich bei Entwicklungshilfe zu verstärken. Dies sei für frankophone Länder, auch Mali, bedeutsam. Es gäbe aber Leute in Bamako, die interessiert seien, unsere Beziehungen zu stören und Mali am liebsten in Schwierigkeiten mit uns, EWG und Frankreich zu bringen. Modibo bestritt das nicht. Diese Leute könnten jedoch die Politik Malis nicht entscheiden. Niemand im Politbüro würde einen Antrag stellen, die Beziehungen zur Bundesrepublik zu beeinträchtigen. Natürlich, sagte ich, weil sie dort zur Zeit keine ausreichende Unterstützung fanden. Gerade deshalb suchen sie andere Wege. Modibo erwiderte, daß Wachsamkeit dringend nötig sei. Nachdem ich unsere Deutschlandpolitik wieder einmal dargelegt hatte, äußerte Modibo sein Verständnis für unsere Sorgen, am Ende malische Botschaft in Ostberlin vorzufinden. Er versicherte, das sei ganz bestimmt nicht die Absicht Malis. Er habe auch abgelehnt, Ostberlins Antrag auf

<sup>6</sup> Am 3. August 1966 teilte der Kabinettschef des malischen Präsidenten, Mamadou Makkalou, Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf Welczek mit, daß Mali im Zuge „rigoroser Sparmaßnahmen“ gezwungen sei, die Botschaft in Bonn zu schließen. Vgl. Referat III B 5, Bd. 665.

<sup>7</sup> Am 15. Februar 1967 unterzeichneten Frankreich und Mali in Paris ein Finanzabkommen, das eine Regelung der malischen Auslandsschulden vorsah und es Mali ermöglichen sollte, wieder in die Westafrikanische Währungsunion zurückzukehren. Zu diesem Zweck verpflichtete sich Mali, „in Zusammenarbeit mit Frankreich ein wirtschaftliches und finanzielles Reorganisationsprogramm auf[zul]stellen und durch[zul]führen. Ohne daß es in den Texten klar ausgesprochen wird, bedeutet dieses Vorhaben eine weitgehende Aufgabe der staatssozialistischen Struktur der gegenwärtigen malischen Wirtschafts- und Finanzverfassung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 291 des Botschafters Klaiber, Paris, vom 17. Februar 1967; Referat III B 5, Bd. 666.

<sup>8</sup> Korrigiert aus: „noch“.

<sup>9</sup> Am 12. Mai 1967 nahm Staatssekretär Lahr hierzu Stellung: „Ich bin in Genf das letzte Mal im Jahre 1964 gewesen, also bevor die Botschaftsfrage hier akut geworden ist, und kann mich nicht entsinnen, Herrn Osman Ba dort getroffen zu haben oder gar von ihm auf die Finanzierung der Botschaft angesprochen worden zu sein. Aber ich will die Möglichkeit nicht ausschließen, daß mir bei irgendeiner Gelegenheit eine solche Frage gestellt worden ist und ich hierauf gesagt habe, daß das wohl eine schwierige Sache wäre. Sicherlich ist mir kein regelrechter Wunsch vorgetragen worden, weil ich sonst eine Prüfung der Frage veranlaßt hätte.“ Vgl. VS-Bd. 2547 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

UN-Mitgliedschaft<sup>10</sup> zu unterstützen. Errichtung Berliner Mission sei höchst unerfreuliche Panne (accident), für ihn aber eine heilsame Lehre. Er habe, wie gesagt, im Augenblick noch keine Vorstellung, wie er aus peinlicher Situation herauskomme und wisse daher nicht, was er dem Herrn Bundespräsidenten antworten solle. Er werde sich Antwortbrief überlegen, da er für den Herrn Bundespräsidenten besondere Verehrung hege und von gemeinsamen Sympathien überzeugt sei.<sup>11</sup>

Im Anschluß an meinen Besuch empfing er offensichtlich Generalsekretär Außenministerium und Fatogoma Koné.

Reaktion Modibos damit zu erklären, daß seine damaligen Äußerungen durch Tatsachen desavouiert, andererseits scheut er, eine Entscheidung zu treffen, die militante Linksgruppe als Nachgeben gegenüber Druck darstellen würde. Wegen wichtiger finanzieller und wirtschaftlicher Entscheidungen nach fünfzigprozentiger Abwertung Mali-Frankens am 5.5.<sup>12</sup> benötigt Modibo gerade dringend diese Stimmen.

SBZ hat trotz erheblicher Verstärkung technischer Hilfe und Unterstützung durch geschicktes Spiel ihrer malischen Freunde mit verteilten Rollen hauptsächlich Ziel, deutsch-malische Beziehungen nachhaltig zu stören, nicht erreicht. Selbst Erfolg Errichtung malischer Mission erscheint noch nicht endgültig gesichert. Mit Erneuerung ostzonaler Störversuche ist zu rechnen. Wegen Gespräch StS Lahr mit Ousmane Ba wird um Weisung gebeten.<sup>13</sup>

[gez.] Rom

**VS-Bd. 4145 (II A 1)**

<sup>10</sup> Zum Antrag der DDR vom 28. Februar 1966 auf Mitgliedschaft in der UNO vgl. AAPD 1966, I, Dok. 74.

<sup>11</sup> Am 9. November 1967 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Graf von Posadowsky-Wehner, daß die Antwort des malischen Präsidenten Modibo Keita am selben Tag Bundespräsident Lübke übergeben worden sei. Das Schreiben „enthält aber nur eine Rechtfertigung des Schrittes unter Betonung der unveränderten Haltung in der Deutschlandfrage“. Vgl. Referat I B 3, Bd. 728.

<sup>12</sup> Am 6. Mai 1967 wurde gemäß des französisch-malischen Finanzabkommens vom 15. Februar 1967 der Kurs des malischen Francs gegenüber der von Frankreich gestützten gemeinsamen Währung der Nachbarstaaten Malis, des CFA-Francs, um die Hälfte abgewertet. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 464 des Botschafters von Rom, Bamako, vom 30. Mai 1967; Referat III B 5, Bd. 665.

<sup>13</sup> Am 1. Juni 1967 informierte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg darüber, daß der Botschaft in Bamako die Stellungnahme des Staatssekretärs Lahr zugegangen sei. Er fuhr fort, daß die Schließung der malischen Botschaft in Bonn seinerzeit vielleicht zu verhindern gewesen wäre. Allerdings hätten weder dem Auswärtigen Amt noch dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit Haushaltsmittel zur Erfüllung der malischen Devisenwünsche zur Verfügung gestanden: „Nach Schließung der Botschaft hat die malische Regierung das Agrément für den früheren Minister Hamacire N'Douré eingeholt. Der neue Botschafter, der sein Beglaubigungsschreiben noch nicht übergeben hat, wird als Sonderbeauftragter Malis bei der EWG seine Residenz in Brüssel haben. Da das Haushaltsreferat erneut darauf hingewiesen hat, daß Mittel für eine Finanzierungshilfe nicht vorhanden sind, kann mit der Eröffnung einer Botschaft Malis in Bonn vorerst nicht gerechnet werden.“ Vgl. VS-Bd. 2547 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

166

**Parlamentarischer Staatssekretär  
Freiherr von und zu Guttenberg, z.Z. Washington,  
an Bundeskanzler Kiesinger**

**Z B 6-1-12501/67 geheim  
Fernschreiben Nr. 1026**

**Aufgabe: 11. Mai 1967, 18.45 Uhr  
Ankunft: 12. Mai 1967, 01.50 Uhr**

Für Bundeskanzler, bitte sofort vorzulegen

Betr.: NV-Vertrag

1) Ich habe die Frage einer zeitlichen Befristung des NV-Vertrages mit Rusk und Rostow sondiert. Beide waren aufgrund ihres Gesprächs mit dem Präsidenten sowie durch den Hinweis, den Gesandter von Lilienfeld Rostow gegenüber gemacht hatte (Drahtbericht der Botschaft Nr. 987 vom 08.05.67 geh.<sup>1</sup>), auf diesen Gedanken bereits vorbereitet und zeigten sich im Prinzip nicht ablehnend. Auch bei Gesprächen mit anderen führenden Persönlichkeiten aus Regierung und Kongreß, die ich im Rahmen der Tagung der Atlantikbrücke<sup>2</sup> hier führte, stieß diese Möglichkeit zumindest auf Verständnis, wenn nicht – je nach der persönlichen Einstellung des Gesprächspartners – sogar auf Zustimmung. Mit dem stellvertretenden Leiter der Abrüstungsbehörde, Fisher, sowie Prof. Bowie, dem politischen Berater des Außenministers, dem Leiter der Abteilung Nachrichtenwesen und Forschung im State Department, Hughes, sowie dem Stellvertretenden Leiter der Europa-Abteilung, Springsteen, wurde heute der Gedanke ebenfalls diskutiert.

2) Rusk zeigte gegenüber meinen eingehenden Erläuterungen unserer politischen Bedenken sowie der Gründe für den zum Teil heftigen Widerstand gegen den Vertrag in der deutschen Öffentlichkeit<sup>3</sup> und im Bundestag<sup>3</sup>, insbesondere der CDU/CSU-Fraktion<sup>4</sup>, deutliches Interesse. Er erklärte, daß man sich amerikanischerseits bereits Gedanken über eine zeitliche Verbindung des NV-Vertrages mit der Laufzeit der NATO oder über die Beendigung des Vertrages im Falle eines europäischen Zusammenschlusses gemacht habe. Hingegen sehe er in dem Versuch einer zeitlichen Befristung des Vertrages schlechthin oder eines zeitlich begrenzten Beitritts einzelner Staaten erhebliche Schwierigkeiten

<sup>1</sup> Gesandter von Lilienfeld, Washington, teilte dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Rostow, mit, „daß bei der endgültigen Entscheidung der Bundesregierung zum NV-Vertrag das Zeitelement weiterhin eine wichtige Rolle spiele. [...] Insbesondere der Bundeskanzler scheine gegenüber einer unbefristeten Geltungsdauer des Vertrages schwere Bedenken zu haben und nach wie vor entweder eine zeitliche Befristung der Vertragsdauer als solcher oder die Möglichkeit eines zeitlich befristeten Beitritts zur Voraussetzung einer positiven Haltung gegenüber dem Vertrag zu machen.“ Für den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vgl. VS-Bd. 10081 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Die 5. Deutsch-Amerikanische Konferenz der „Atlantik-Brücke“ und des „American Council on Germany“ fand vom 9. bis 12. Mai 1967 in Washington statt. Vgl. dazu den Schriftbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 23. Mai 1967; Referat II A 6, Bd. 253. Für Auszüge vgl. Anm. 5 sowie Dok. 182, Anm. 6.

<sup>3</sup> Zur Behandlung des Nichtverbreitungsabkommens im Bundestag vgl. Dok. 140, Anm. 10.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 57, Anm. 3, sowie Dok. 90, Anm. 9 und 11.

– vor allem auf sowjetischer Seite. Ich hatte jedoch nicht den Eindruck, daß er auch solche Möglichkeiten a priori ablehnte. Er schloß jedenfalls diesen Teil des Gespräches mit dem Hinweis ab, daß die Zeitfrage ja „von anderen“ – auf unsere Zwischenfrage bestätigte er „von den Italienern und anderen“ – in Genf vorgebracht und dort diskutiert werden würde. Auch schien Rusk anzudeuten, daß man sich auf amerikanischer Seite für den Fall des Nichtzustandekommens des NV-Vertrages Gedanken über andere Lösungsformen der Nichtverbreitung mache. Er betonte jedenfalls – wie auch Rostow – daß es bei zu starkem Widerstand der Sowjets keinen Vertrag „auf Kosten der Verbündeten“ geben werde.<sup>5</sup>

Auch Fisher wies den Gedanken einer zeitlichen Begrenzung nicht a limine zurück, riet jedoch nachdrücklich davon ab, dieses Thema vor dem Wiedertzusammentritt der Genfer Konferenz den Sowjets gegenüber zur Sprache zu bringen.

3) Diese Äußerungen und auch eine deutlich spürbare allgemeine Verhärtung der Stimmung gegenüber Moskau – vor allem aufgrund der letzten Entwicklung in Vietnam – bestätigen den von der Botschaft bereits berichteten Eindruck, daß die amerikanische Regierung und wohl auch der Präsident persönlich inzwischen doch Bedenken über die Auswirkungen des NV-Vertrages auf die Kohärenz der Allianz sowie auf das Verhältnis auch zu anderen befreundeten und neutralen Regierungen bekommen haben und kaum bereit sein dürften, unter diesen Umständen für den NV-Vertrag einen sehr hohen politischen Preis zu entrichten. Auch innenpolitisch und in der öffentlichen Diskussion besteht zur Zeit kein starker Druck in dieser Richtung, sondern eher wachsendes Unbehagen über die gesamte NV-Politik. Es ist daher nicht auszuschließen, daß Johnson bereit sein könnte, ein Scheitern der Bemühungen um den NV-Vertrag unter gewissen Bedingungen in Kauf zu nehmen. Für diesen Fall sollten wir jedoch zu vermeiden suchen, daß das Odium auf uns fällt.

Voraussichtlich wird es jedoch zunächst zu einem Wiedertzusammentritt der Genfer Konferenz kommen, da es sich beide Weltmächte kaum leisten können, ein Scheitern ihrer monatelangen intensiven Bemühungen bereits in diesem Stadium einzugestehen. Darüber hinaus ist anzunehmen, daß mindestens die amerikanische Seite bestrebt bleiben wird, doch zu irgendeiner Regelung des NV-Problems zu gelangen.

4) In dieser Situation halte ich die Absendung eines persönlichen Schreibens von Ihnen an Johnson (evtl. mit einem Parallel-Schreiben des Außenministers an Rusk) für zweckmäßig, da unser Wunsch nach einer zeitlichen Begrenzung des Vertrages nunmehr auch formell noch vor dem Wiedertzusammentritt der

<sup>5</sup> Im Rahmen der 5. Deutsch-Amerikanische Konferenz der „Atlantik-Brücke“ und des „American Council on Germany“ vom 9. bis 12. Mai 1967 in Washington erklärte der amerikanische Außenminister Rusk Mitgliedern der deutschen Delegation, „daß sich die Amerikaner mit den Sowjets nicht auf Kosten der Deutschen einigen würden. Der Nichtverbreitungsvertrag solle nach amerikanischer Auffassung eine Garantie zugunsten Deutschlands sein, indem er unsere östlichen Nachbarn davon abhalte, Nuklearmächte zu werden. Er, Rusk, habe bei den Verhandlungen um den Nichtverbreitungsvertrag immer das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands im Auge gehabt. Sollte der amerikanisch-sowjetische Entwurf eines Nichtverbreitungsvertrages nur auf Kosten der Allianz abschließbar sein, so werde es keinen solchen Vertrag geben.“ Vgl. den Schriftbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vom 23. Mai 1967; Referat II A 6, Bd. 253.



Genfer Konferenz am 18. Mai an höchster Stelle hier vorgebracht werden sollte.

In diesem Brief sollte allerdings auch klargestellt werden, daß

a) Sie nicht erwarten, daß die zeitliche Befristung nun von amerikanischer Seite noch vor den Genfer Gesprächen den Russen gegenüber als zusätzliche Textänderung angemeldet wird, sondern daß Sie damit einverstanden sind, daß diese Frage von anderer Seite in Genf – dann aber mit amerikanischer Unterstützung – aufgeworfen wird und daß

b) bei zufriedenstellender Berücksichtigung des Zeitelements im Verlauf der Genfer Verhandlungen und unter der Voraussetzung, daß die in unseren Konsultationen erzielten Verbesserungen beibehalten werden, von uns aus keine weiteren Wünsche angemeldet würden.

[gez.] Guttenberg

VS-Bd. 10081 (Ministerbüro)

## 167

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Frank

I B 4-82.00-92.19-1382/67 VS-vertraulich

12. Mai 1967<sup>1</sup>

Betr.: Teilnahme von Botschafter Pauls an der Militärparade in Jerusalem am 15. Mai

Bezug: Mündliche Weisung des Herrn Staatssekretärs vom 12. Mai

I. Der Botschafter Pauls erteilten Weisung<sup>2</sup>, nicht an der Militärparade in Jerusalem am 15. Mai teilzunehmen, lag folgender Sachverhalt zugrunde:

1) Anfang dieses Jahres hatte die israelische Regierung beschlossen, die Militärparade anlässlich des Nationalfeiertags am 15. Mai nicht in Tel Aviv, sondern in Jerusalem zu veranstalten, um ihrer Auffassung Nachdruck zu verleihen, daß Jerusalem im Gegensatz zu den Beschlüssen der Vereinten Nationen über die Internationalisierung der Stadt<sup>3</sup> uneingeschränkter Teil des israeli-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Gehlhoff und von Legationsrat I. Klasse Redies konzipiert.

<sup>2</sup> Am 11. Mai 1967 teilte Staatssekretär Lahr Botschafter Pauls, Tel Aviv, mit: „Die erstmalige Teilnahme an der Parade in Jerusalem ist in der augenblicklichen Lage nicht angebracht. Die Frage wird nächstes Jahr erneut geprüft werden. Sie werden ferner gebeten, sich auch mit größeren gesellschaftlichen Veranstaltungen in Jerusalem vorerst zurückzuhalten.“ Für den Drahterlaß Nr. 960 vgl. VS-Bd. 2567 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Am 29. November 1947 legte die UNO-Generalversammlung in einem „Teilungsplan für Palästina“ den Status von Jerusalem als „corpus separatum“ unter UNO-Verwaltung fest. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 181 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. 1, S. 322–343. Mit Resolution Nr. 194 vom 11. Dezember 1948 erklärte die UNO-Generalversammlung, daß Jerusalem auf Dauer unter internationale Kontrolle gestellt werden solle. Dies wurde in Resolution Nr. 303 vom 9. Dezember 1949 bekräftigt. Vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. 2, S. 85–89 und S. 305.

schen Staatsgebiets und die eigentliche Hauptstadt Israels ist. Durch Weglassen schwerer Waffen bei der Parade will die israelische Regierung zumindest vermeiden, daß gleichzeitig auch die Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens<sup>4</sup> verletzt werden.

Die arabischen Regierungen haben bei UN-Generalsekretär U Thant Protest gegen den Verstoß gegen die UN-Beschlüsse durch die israelische Regierung eingelegt.

2) Die israelische Regierung hat auch die in Israel akkreditierten ausländischen Botschafter zur Teilnahme an der Militärparade eingeladen. Nach unseren Rückfragen bei den Regierungen der größeren westlichen Länder und den Berichten der Botschaft Tel Aviv haben sich die einzelnen Staaten wie folgt entschieden:

a) Nicht teilnehmen werden: Großbritannien, Frankreich, Belgien, voraussichtlich Italien, Schweiz.

b) Teilnehmen werden wahrscheinlich: die skandinavischen Länder, Holland

c) Von den USA wird eine Entscheidung erst für den letzten Augenblick erwartet, da die US-Regierung Beeinflussungsversuchen von dritter Seite aus dem Wege gehen möchte. Das State Department ist gegen die Teilnahme, hat jedoch darauf hingewiesen, daß die Entscheidung auf höherer Ebene getroffen werde.

3) Die Botschaft Tel Aviv hat die Auffassung vertreten, daß wir unabhängig von der Haltung anderer Länder an der Parade teilnehmen sollten, da dies eine sehr positive Auswirkung auf die Einstellung der israelischen Öffentlichkeit und der jüdischen Kreise in New York zu uns haben werde.

II. Eine überwiegende Anzahl von Erwägungen sprach jedoch gegen eine Teilnahme unseres Botschafters an der Militärparade:

1) Wir haben uns in der Jerusalem-Frage auch bisher an die Beschlüsse der Vereinten Nationen gehalten und z.B. unsere Botschaft in Tel Aviv und nicht in Jerusalem eingerichtet.<sup>5</sup> Der kürzliche Empfang von Botschafter Pauls in Jerusalem hat erneut gezeigt, daß jeder Schritt in dieser Frage leicht als politische Stellungnahme ausgelegt und ausgewertet wird.

2) In den kürzlichen Gesprächen mit Liga-Generalsekretär Hassouna<sup>6</sup> haben wir es nachdrücklich abgelehnt, uns in den Palästina betreffenden Fragen auf eine pro-arabische Haltung festlegen zu lassen. Andererseits haben wir Hassouna aber zugesichert, daß die Bundesregierung sich, obwohl nicht Mitglied der Vereinten Nationen, grundsätzlich an deren Beschlüssen ausrichte. Wenn wir nicht eine klare Linie in diesem Sinne einhalten, werden wir immer wieder Versuchen ausgesetzt sein, uns auf die eine oder andere Seite zu ziehen.

<sup>4</sup> Artikel V, Absatz 1 (b) und Artikel VII, Absatz 1 des Waffenstillstandsabkommens vom 3. April 1949 zwischen Israel und Jordanien legten für Jerusalem fest, daß sich innerhalb einer Zone von 10 Kilometern beiderseits der Demarkationslinie ausschließlich defensive Streitkräfte aufhalten dürften. Vgl. dazu UNTS, Bd. 42, S. 308 und S. 312.

<sup>5</sup> Zu der im Rahmen der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel geführten Debatte um die Errichtung einer Botschaft der Bundesrepublik in Jerusalem oder Tel Aviv vgl. AAPD 1965, I, Dok. 133 und Dok. 172.

<sup>6</sup> Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Hassouna, hielt sich vom 18. bis 21. April 1967 zu Gesprächen mit Bundeskanzler Kiesinger und Bundesminister Brandt in Bonn auf. Vgl. dazu Dok. 136.

3) Die derzeitigen intensiven Bemühungen der SBZ um eine Anerkennung durch arabische Staaten lassen im gegenwärtigen Augenblick eine anti-arabische Parteinahme in der Jerusalem-Frage besonders unangebracht erscheinen. Der VAR würde Gelegenheit zu neuen Vorwürfen gegen uns gegeben und es den uns wohlgesonnenen Staaten schwieriger gemacht werden, sich für eine Wiederaufnahme der Beziehungen einzusetzen.

4) Wir können auch die Auswirkungen auf Jordanien nicht unberücksichtigt lassen, das durch alle Jerusalem berührenden Fragen besonders betroffen wird. Der jordanische Außenminister<sup>7</sup> hat uns sehr gebeten, auf die außenpolitische Stellung König Husseins Rücksicht zu nehmen und ihn nicht durch eine Teilnahme an der Parade neuen Angriffen wegen der Wiederaufnahme der Beziehungen<sup>8</sup> auszusetzen.

III. Abschließend darf noch folgendes bemerkt werden: Die israelische Regierung findet im allgemeinen für ihre Politik bei den westlichen Ländern viel Sympathie und Unterstützung. Sie kann eine solche positive Einstellung jedoch nicht erwarten, wenn sie die arabischen Staaten provozierende Schritte unternimmt, die zudem nicht vorher mit den westlichen Freunden abgestimmt sind. Schon der Angriff auf ein jordanisches Grenzdorf im vergangenen November, der zu Unruhen in Jordanien und einer Gefährdung der Stellung des pro-westlichen Königs Hussein führte<sup>9</sup>, hatte im Westen erhebliche Verärgierungen hervorgerufen und die Verurteilung Israels im Sicherheitsrat<sup>10</sup> mit den Stimmen der USA, Frankreichs und Großbritanniens zur Folge. Wie die Berichte unserer Vertretungen in diesen Ländern zeigen, hat das damalige israelische Vorgehen nicht unwesentlich zu den jetzigen negativen Entscheidungen über die Teilnahme an der Militärparade beigetragen.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>11</sup> vorgelegt.

Frank

VS-Bd. 2567 (I B 4)

<sup>7</sup> Mohammed Toukan.

<sup>8</sup> Zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jordanien am 27. Februar 1967 vgl. Dok. 63.

<sup>9</sup> Am 13. November 1966 drangen nach der Explosion einer Mine im israelisch-jordanischen Grenzgebiet, bei der drei israelische Soldaten ums Leben gekommen waren, israelische Streitkräfte in Westjordanien ein und sprengten zahlreiche Häuser im Gebiet von Hebron. Vgl. dazu den Artikel „Heftige Kämpfe im israelisch-jordanischen Grenzgebiet“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe, Nr. 313 vom 14. November 1966, Bl. 1. Vgl. ferner den Schriftbericht Nr. 716 des Legationsrats I. Klasse von Eichborn, Amman, vom 23. November 1966; Referat I B 4, Bd. 246.

Am 24. November 1966 warf Präsident Nasser anlässlich der Eröffnung der ägyptischen Nationalversammlung der jordanischen Regierung die unzureichende Bewaffnung der jordanischen Grenzbewohner vor. Am 25. November 1966 rief die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) zum Sturz des Königs Hussein auf und forderte den Rücktritt der jordanischen Regierung. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 807 des Botschaftsrats I. Klasse Lahn, Kairo, vom 25. November 1966; Referat I B 4, Bd. 210. Vgl. ferner EUROPA-ARCHIV 1966, Z 219.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 228 des UNO-Sicherheitsrates vom 25. November 1966 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 19.

<sup>11</sup> Hat Staatssekretär Lahr am 12. Mai 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Empfehle Abschrift an Botsch[after] Pauls (sowie Abschr[ift] der Äußerungen aus den arab[ischen] Hauptstädten).“

168

**Staatssekretär Schütz, z.Z. Tokio,  
an die Botschaft in Washington**

**Z B 6-1-12502/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 196**  
**Citissime mit Vorrang**

**Aufgabe: 12. Mai 1967, 11.30 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 12. Mai 1967, 08.39 Uhr**

Bundesminister bittet Sie, umgehend Rusk oder seinen Vertreter aufzusuchen und ihm folgende Überlegungen zur weiteren Behandlung des Entwurfs eines NV-Vertrags im NATO-Rat und in Genf darzulegen:

- 1) Die amerikanischen Unterrichtungen im NATO-Rat und in Genf vermitteln den Eindruck, daß sich die Co-Chairmen<sup>2</sup> vor dem für den 18. Mai vorgesehenen Wiederzusammentritt der Genfer Abrüstungskonferenz nicht über eine gemeinsame Fassung des Art. III einigen werden. Dieser Artikel ist aber für unser Verhältnis in und zur EURATOM wesentlich.
- 2) Im Hinblick darauf ist von amerikanischer Seite im NATO-Rat und in Genf der Gedanke in den Vordergrund gerückt worden, einen gemeinsamen sowjetisch-amerikanischen Entwurf unter Aussparung des Art. III in Genf vorzulegen. Wir haben, ebenso wie die Italiener, unsere Bedenken gegen ein derartiges Verfahren erhoben.<sup>3</sup>
- 3) Wir halten diese im NATO-Rat schon zweimal geltend gemachten Bedenken<sup>4</sup> aufrecht. Eine Aussparung des Art. III würde mit größter Wahrscheinlichkeit dazu führen, daß die Interessen von EURATOM beeinträchtigt werden. Nach unserer Auffassung sind diese Interessen in Genf nur zu wahren,

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirigent Sahm am 12. Mai 1967 vorgelegen.

Staatssekretär Schütz hielt sich anlässlich der deutsch-japanischen Konsultationsgespräche vom 9. bis 12. Mai 1967 in Tokio auf. Vgl. dazu Dok. 194, Anm. 14, sowie BULLETIN 1967, S. 452.

<sup>2</sup> William C. Foster und Alexej Alexandrowitsch Roschtschin.

<sup>3</sup> Am 10. Mai 1967 berichtete der amerikanische Botschafter bei der NATO, Cleveland, im Ständigen NATO-Rat, nach Ansicht des Leiters der sowjetischen Delegation bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission, Roschtschin, könne das Problem des Kontrollartikels „vorerst so behandelt werden, daß Vertragsentwurf am 18. Mai mit ausgespartem Artikel III eingebracht werde und beide Mit-Vorsitzende in unmißverständlicher Form (strong language) zum Ausdruck brächten, daß sie noch an gemeinsamer Formulierung arbeiteten“. Aus der anschließenden Diskussion hielt Botschafter Grewe, Paris (NATO), fest: „Italienischer Vorschlag, Idee eines Kontrollartikels ganz fallen zu lassen, wurde besonders von niederländischem Botschafter abgelehnt, der soweit ging zu erklären, Verzicht auf wirksame Kontrolle käme Verzicht auf sinnvollen Nichtverbreitungsvertrag gleich. Ich habe auf persönlicher Grundlage erklärt, ich könne mir vorstellen, daß meine Regierung italienischen Vorschlag günstig aufnehmen würde. Ich habe weisungsgemäß keinen Zweifel gelassen, daß wir sowohl gegen Vertragsentwurf mit ausgeklammertem Artikel III als auch mit nebeneinander gestellten amerikanischen und sowjetischen Versionen erhebliche Bedenken hätten. Briten, Dänen und Norweger sprachen sich für Ausklammerung des Artikels III aus.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 782 von Grewe vom 10. Mai 1967; VS-Bd. 926 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Bereits in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 5. Mai 1967 erläuterte Botschafter Grewe, Paris (NATO), entsprechende Einwände der Bundesregierung. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 1435 des Staatssekretärs Lahr vom 4. Mai 1967 an die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris sowie den Drahtbericht Nr. 753 von Grewe vom 5. Mai 1967; VS-Bd. 4093 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

wenn daran festgehalten wird, daß der Konferenz ein vollständiger gemeinsamer Entwurf vorgelegt wird, der den vertraglichen Verpflichtungen und Interessen von EURATOM Rechnung trägt.

4) Die Vorlage eines gemeinsamen sowjetisch-amerikanischen Entwurfs unter vorläufiger Aussparung des Art. III oder auch das Nebeneinanderstellen der amerikanischen und der sowjetischen Fassung für Art. III lassen eine entgegengesetzte Entwicklung erwarten. Wir müssen erhebliche Nachteile für EURATOM befürchten.

5) Unsere Bedenken richten sich auch gegen den Gedanken, zwei getrennte Vertragsentwürfe, einen amerikanischen und einen sowjetischen, vorzulegen, die sich lediglich im Artikel III unterscheiden. Angesichts einer hinhaltenden oder ablehnenden sowjetischen Taktik halten wir den Gedanken, daß der Konferenz zwei verschiedene Entwürfe vorgelegt werden, nur dann dem westlichen Interesse [für] weniger abträglich, wenn sich der amerikanische Entwurf im ganzen vorteilhaft von dem sowjetischen abhebt. Dies gilt um so mehr, als die Sowjets sich den fünften Absatz von Art. III<sup>5</sup> (über die unschädliche Durchführung der Sicherheitskontrollen und den Schutz des zivilen Bereichs) für ihren Entwurf durchaus zu eigen machen könnten.

6) Nach unserer Auffassung könnte sich der amerikanische Entwurf dadurch den anderen Teilnehmern der Konferenz empfehlen, daß er auch die anderen Verbesserungen enthält, die in den amerikanischen Zusicherungen und Erläuterungen<sup>6</sup> bereits in Aussicht genommen worden sind, aber als Entgegenkommen – besonders gegenüber den an der Konferenz beteiligten Ungebundenen – in Reserve gehalten werden sollten.

7) Außerdem müßte der Konferenz erklärt werden, daß die Aufrechterhaltung der Absätze 2 und 4 des amerikanischen Entwurfs für Artikel III<sup>7</sup> (EURATOM betreffend) eine Voraussetzung für westliche Zustimmung sind.

8) Sollten sich die Sowjets bis zum 18. Mai noch um eine konstruktive Einigung über Art. III bemühen, so könnte zur Erleichterung ihrer Zustimmung noch folgendes vorgebracht werden: In Artikel III Ziff. 4 könnten konkrete Formulierungen aufgenommen werden, die bestimmen, daß auch nach Ablauf der Dreijahresfrist<sup>8</sup> der Abschluß eines Verifikationsabkommens Vertragsziel bleibt, und daß die Vertragsdurchführungskonferenz mit dem Problem befaßt werden soll, falls wider alles Erwarten auch in der Zeit zwischen Fristablauf und Durchführungskonferenz der Abschluß des Abkommens nicht gelingt.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Artikels III, Absatz 5 des amerikanischen Entwurfs vom 25. April 1967 für ein Nichtverbreitungsabkommen, der Botschafter Schnippenkötter am 14. April 1967 in Washington übergeben wurde vgl. Dok. 131, Anm. 10.

<sup>6</sup> Für die revidierten Interpretationen zum Entwurf für ein Nichtverbreitungsabkommen, die Botschafter Knappstein, Washington, am 31. März 1967 übergeben wurden, vgl. den Drahtbericht Nr. 734; VS-Bd. 10082 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967. Für einen Auszug vgl. Dok. 121, Anm. 6.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Artikels III, Absatz 2 des amerikanischen Entwurfs vom 25. April 1967 für ein Nichtverbreitungsabkommen, der Botschafter Schnippenkötter am 14. April 1967 in Washington übergeben wurde, vgl. Dok. 131, Anm. 12.

Für den Wortlaut des Artikels III, Absatz 4, der wortidentisch mit dem Entwurf war, der Botschafter Knappstein, Washington, am 31. März 1967 übergeben wurde, vgl. Dok. 133, Anm. 11.

<sup>8</sup> Vgl. dazu auch Dok. 137, besonders Anm. 9.

9) Falls sich die Sowjetunion eine konstruktive Mitarbeit an einem hinsichtlich EURATOM annehmbaren Artikel III versagt, sollte bei der Vorlage getrennter Entwürfe in den amerikanischen Artikel III noch eine Bestimmung aufgenommen werden, die ausdrücklich feststellt, daß die Staaten, die sich keinen Kontrollen auf ihrem Territorium unterwerfen, auch nicht an der Kontrolle in fremden Territorien teilhaben können. Dies würde die Annehmbarkeit des amerikanischen Entwurfs für Artikel III bei den anderen Konferenzteilnehmern erhöhen.

10) Falls die Sowjets die Verantwortung für das Nichtvorwärtkommen der Verhandlungen dem Westen und insbesondere EURATOM zuschieben wollen, sollte erklärt werden, daß eine Einigung über die Kontrollregelung an der Weigerung der Sowjetunion scheitert, selbst Kontrollen auf ihrem Territorium zuzulassen. Es sei schlechthin unzumutbar, daß eine Macht, die für sich selbst keine Kontrollen zulasse, bestimmen soll, wie die Ausgestaltung der Kontrollen bei allen übrigen Teilnehmerstaaten am NV-Vertrag auszusehen habe. Nur wenn die Sowjets wie Frankreich in EURATOM und wie die Vereinigten Staaten und England durch freiwillige Unterstellung eine Kontrolle ihrer zivilen nuklearen Tätigkeit zuließen, würde grundsätzlich eine neue Lage entstehen, die Aussicht auf Einigung eröffne.<sup>9</sup>

[gez.] Schütz

**VS-Bd. 926 (II A7)**

<sup>9</sup> Am 17. Mai 1967 unterrichtete der amerikanische Außenminister Bundesminister Brandt in einem Schreiben davon, daß die USA an ihrer Absicht festhielten, gemeinsam mit der UdSSR der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf einen Entwurf für ein Nichtverbreitungsabkommen – gegebenenfalls ohne den Text des Artikels III (Kontrollartikel) und des Artikels IV, Absatz 2 – vorzulegen. Dazu erläuterte Rusk: „We also plan to inform the Soviets that, should the continued private co-chairmen negotiations fail to achieve agreement, the United States will propose to the ENDC our present language for Article III since we believe it deals realistically with the safeguards question. Both in continuing negotiations with the Soviets and as necessary in the ENDC, we shall continue to advocate the language for Article III which has been accepted by the FRG and other EURATOM countries. Should it nevertheless prove impossible in the ENDC to achieve general agreement on such a safeguards article, we would have to reassess the situation in the light of our primary objective of achieving a treaty which is widely acceptable. Any such reassessment would be made in close consultation with your government and with all our allies in the NATO council.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1049 des Botschafters Knappstein, Washington, vom 16. Mai 1967; VS-Bd. 10081 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

**Botschaftsrat I. Klasse Lahn, Kairo, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-12532/67 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 247**

**Aufgabe: 16. Mai 1967, 12.20 Uhr**  
**Ankunft: 16. Mai 1967, 12.03 Uhr**

Auf Plurex 1528 vom 12. Mai 1967 – I B 4 - 82.00-92-1276<sup>1</sup>-67 VS-v<sup>1</sup>

Betr.: Bewertung des Hassouna-Besuches<sup>2</sup> und seine Auswirkungen

I. Auf dem Empfang in der französischen Botschaft für Generalsekretär Alphand am Pfingstsonntag war wegen des verspäteten Eintreffens des französischen Gastes infolge seiner ausgedehnten Audienz bei Nasser<sup>3</sup> lange Zeit die Deutschlandfrage und die Winzer-Mission<sup>4</sup> das beherrschende Thema. Auswärtige Missionschefs, führende Regierungsmitglieder und Journalisten überboten sich in mehr oder weniger begründeten Privatanalysen, die je nach dem politischen Standpunkt als optimistisch oder pessimistisch anzusprechen waren. Nur Unterstaatssekretär El Feki, der über die wahren Ergebnisse der Winzer-Reise und die Absichten des Staatschefs am besten unterrichtet sein dürfte, hüllte sich in Schweigen.

Gamal Mansour war der Ansicht, daß durch den fehlgeschlagenen Hassouna-Besuch so gut wie alles verloren sei, wenn Bonn nicht noch einen Versuch zur Wiederherstellung der Vertrauensgrundlage unternehme. Die deutschen Freundschaftsbeteuerungen für Israel, die Unterstützung seines Assoziationsantrages und die Zusage baldiger neuer Wirtschaftshilfe<sup>5</sup> könnten zu einer Entwicklung führen, die wir immer haben verhindern wollen. Die Zeit arbeite nicht für uns. Zu Aglietti, der mich in all diesen Erörterungen unterstützte, äußerte Mansour: Bonn habe den Zug schon verpaßt.

Vizemarschall Mahmoud Khalil scheint nahe daran, alle Hoffnungen aufzugeben. Er versicherte mir, daß man im Februar, kurz vor Wiederherstellung un-

<sup>1</sup> Ministerialdirektor Frank informierte die Vertretungen in den arabischen Staaten über Verlauf und Ergebnisse des Besuchs des Generalsekretärs der Arabischen Liga, Hassouna, vom 18. bis 21. April 1967 in Bonn und bat, „durch Gespräche mit maßgeblichen arabischen Persönlichkeiten sowie durch Einflußnahme auf die Presse ein zutreffendes Bild [des] Hassouna-Besuchs zu geben und auf positive Beurteilung hinzuwirken“. Vgl. VS-Bd. 2565 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 136.

<sup>3</sup> Der Generalsekretär im französischen Außenministerium, Alphand, besuchte im Anschluß an eine Botschafterkonferenz in Beirut den Libanon, Syrien und die VAR. Am 22. Mai 1967 teilte er dazu Botschafter Klaiber, Paris, mit, daß er überall, wo sich die Gelegenheit ergeben habe, auf das Risiko einer diplomatischen Annäherung an die DDR hingewiesen habe: „Bei Nasser sei diese Frage nicht angeschnitten worden, dagegen habe er den ägyptischen Vize-Premierminister Mahmoud Fawzi [...] auf die Deutschlandfrage und die Wiederaufnahme der Beziehungen der VAR zur Bundesrepublik angesprochen. Fawzi habe ihm etwas allgemein darauf erwidert: ‚Um uns zu ermutigen, braucht es einer Ermutigung der Bundesrepublik‘.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 908; VS-Bd. 2564 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Der Außenminister der DDR, Winzer, besuchte vom 3. bis 19. Mai 1967 die VAR, Syrien, den Libanon, Algerien und den Irak. Vgl. dazu die Erklärung von Winzer vom 21. Mai 1967; AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. XV, S. 1143 f.

<sup>5</sup> Zum israelischen Antrag vom 4. Oktober 1966, das am 1. Juli 1967 auslaufende Handelsabkommen mit der EWG durch ein Assoziierungsabkommen zu ersetzen, sowie zur Wirtschaftshilfe der Bundesrepublik für Israel vgl. zuletzt Dok. 134.

serer Beziehungen zu Jordanien, Vorbereitungen für die Wiederaufnahme der Gespräche mit Bonn getroffen hätte. Meiner Frage, ob der Gromyko-Besuch in Kairo<sup>6</sup> einen Gesinnungswandel herbeigeführt habe, wich er aus. Auch er betonte, daß die Dinge jetzt in eine von uns nicht gewünschte Richtung trieben.

Gamal Nagib, Kabinettschef bei Fawzi, empfahl uns äußerste Sparsamkeit in allen Freundschaftsgesten für Israel und möglichst eine deutsche Initiative, vielleicht – wie er sagte – auf dem Gebiet der Schuldenregelung<sup>7</sup>.

Hassouna, den ich seit seinem Bonner Besuch zum zweiten Mal sprach, zeigte sich wie immer freundlich und verbindlich und keineswegs beleidigt oder gedemütigt. Meine Frage betreffend den Verlauf seines Besuches beantwortete er mit dem Hinweis, daß „viele Mißverständnisse“ in die Presse Eingang gefunden hätten. Er lud mich ein, ihn gelegentlich aufzusuchen.

## II. Bewertung:

Die Ereignisse der letzten Wochen und zahlreiche mir nicht nur aus den erwähnten Gesprächen zugegangene Informationen führen mich zu dem Schluß, daß in der Frage der deutschen diplomatischen Repräsentanz in den arabischen Ländern eine einstimmige Entscheidung der Liga zu unseren Gunsten schwerlich noch zu erreichen sein wird. Diese Tatsache ist nicht so sehr den im ganzen belanglosen Begleitumständen des Hassouna-Besuches zuzuschreiben, sondern vielmehr dem Umstand, daß die meisten arabischen Länder von uns das Sichtbarwerden einer gewandelten, abgeschwächten oder auch nur nuancierten Israelpolitik erwarten, der die Bundesregierung aus übergeordneten, nicht nur außenpolitischen Gründen nicht zustimmen kann. Auch das dem Brief des Herrn Bundesministers an Hassouna vom 3. Mai beigefügte Memorandum<sup>8</sup> kommt den Wünschen der arabischen Länder nicht genügend entgegen.

In den kommenden Monaten des beziehungslosen Zustandes zu neun arabischen Ländern wird Ostberlin, wie der Winzerbesuch gezeigt hat, seine Anstrengungen besonders in den sogenannten progressistischen Ländern verstärken, dort diplomatisch Fuß zu fassen. Sollten wir gleichzeitig der wachsenden Bereitschaft der anderen konservativen Staaten, die Beziehungen mit uns wiederherzustellen, wie im Falle Jordanien nachkommen, würden wir den von

<sup>6</sup> Der sowjetische Außenminister hielt sich vom 29. März bis 1. April 1967 in der VAR auf.

<sup>7</sup> Nach Auskunft des Bundesministeriums für Wirtschaft beliefen sich die ägyptischen Schulden gegenüber der Bundesrepublik auf 594 Mio. DM. Sie war damit nach der UdSSR zweitgrößter Gläubiger. Vgl. dazu die Aufzeichnung vom 16. März 1967; Referat III B 6, Bd. 540.

Dazu stellte Ministerialdirigent Graf von Hardenberg am 29. Mai 1967 fest: „Bisher mußte der Bund für Fälligkeiten aus der Zeit vom 1.11.1965 bis 31.12.1966 Entschädigungen in Höhe von etwa 25 Mio. DM im Rahmen der übernommenen Ausfuhrdeckungen leisten. Es muß damit gerechnet werden, daß ein weiterer, etwa gleich hoher Betrag der Fälligkeit 1966 nicht bezahlt ist, für den die Exporteure eine Entschädigung [...] noch nicht beantragt haben. Die bundesverbürgten Fälligkeiten des Jahres 1967 belaufen sich auf rund 170 Mio. DM, wovon nur ein sehr geringer Teil bezahlt sein dürfte.“ Hinsichtlich der Möglichkeit eines Umschuldungsabkommens, wie es die VAR mit einigen westlichen Staaten und dem Internationalen Währungsfonds anstrebe, habe das Bundesministerium für Wirtschaft sich gegen sofortige Verhandlungen ausgesprochen, „da gegenwärtig kaum Aussicht bestehe, eine Lösung zu finden, durch die für längere Zeit eine Stabilisierung der ägyptischen Wirtschafts- und Devisenlage erreicht werde“. Vgl. Referat III B 6, Bd. 540.

<sup>8</sup> Zum Schreiben des Bundesministers Brandt vom 27. April 1967 und der beigefügten Aufzeichnung vgl. Dok. 136, Anm. 20.



vielen für unvermeidlich gehaltenen Prozeß noch beschleunigen, an dessen Ende die sozialistischen Länder Beziehungen zu Ostberlin und die übrigen wieder zu Bonn hätten. Diese Entwicklung könnte besonders dann eintreten, wenn etwa Saudi-Arabien einem Botschafter-Austausch mit uns zustimmte.

Im Falle der VAR fällt weiter ins Gewicht, daß sich der wirtschaftliche Anreiz, die Beziehungen zu uns wieder zu normalisieren, mehr und mehr abschwächt. Bei Wiederaufnahme der Beziehungen müßte die VAR mit Sicherheit einer Schuldenregelung und Rückzahlung zustimmen, während sie sich bei einem endgültigen Bruch von der Schuldenlast befreien zu können glaubt, wie dies Nasser in seiner Rede vom 2. Mai erklärt hat.<sup>9</sup>

Der außenpolitische Kurs der ägyptischen Regierung, die feindselige Abkehr vom Westen, besonders von den USA und Großbritannien (mit Ausnahme Frankreichs und vielleicht auch Italiens), sowie die offene Übernahme der kommunistischen Thesen in der Deutschlandpolitik berechtigen überhaupt zu der Annahme, daß Kairo einem Botschafteraustausch mit uns erst dann zustimmen wird, wenn gleichzeitig oder kurz danach auch ein Ostberliner Botschafter hier akkreditiert werden kann. Dies scheint auch das abschließende Ergebnis des Winzer-Besuchs zu sein.<sup>10</sup>

[gez.] Lahn

VS-Bd. 4145 (II A 1)

<sup>9</sup> Am 1. Mai 1967 führte Präsident Nasser aus: „Wir zahlen die fälligen Raten an Westdeutschland nicht zurück, die sich auf insgesamt 75 Mill[ionen] ägyptische Pfund belaufen. Wir sagen ihnen, daß wir keine Kredite von Westdeutschland annehmen und mit Westdeutschland nicht verhandeln werden.“ Vgl. DzD V/1, S. 1082.

<sup>10</sup> Am 6. Mai 1967 führte Staatssekretär Lahr aus, daß eine Anerkennung der DDR durch die VAR nicht mehr ausgeschlossen werden könne: „Wie wir letztlich reagieren werden, wenn es tatsächlich zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Kairo und Ost-Berlin kommen sollte, hängt nicht zuletzt davon ab, ob ein solcher Schritt Kairos vereinzelt bleiben oder eine mehr oder weniger weitreichende Kettenreaktion auslösen wird. [...] Es kann auf die Dauer nicht unser Interesse sein, uns selbst aus dem Nahostraum auszuschalten. Auf Beziehungen allein zur VAR werden wir wohl mindestens für eine Zeit verzichten können. Das wirtschaftliche Interesse ist angesichts der trostlosen Wirtschaftslage Ägyptens sehr gering. Die Zukunft des Nasser'schen Regimes ist ungewiß. Je nachdem ob und in welchem Umfang andere arabische Länder dem Beispiel Nassers folgen werden, wird sich die Problematik anders darstellen. Vorerst bleibt daher die weitere Entwicklung abzuwarten.“ Vgl. VS-Bd. 4145 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

**Ministerialdirigent Graf von Hardenberg  
an Staatssekretär Lahr, z.Z. Tokio**

III A 2-86.09/2

Aufgabe: 17. Mai 1967, 15.39 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 138

Citissime

Für Staatssekretär Lahr<sup>2</sup>

1) Kennedy-Runde ist mit besserem Gesamtergebnis abgeschlossen worden, als zu erwarten war.<sup>3</sup>

Auf gewerblichem Sektor werden nach vorläufigen Schätzungen die Zollsensenkungen der Gemeinschaft im Durchschnitt 35 % oder mehr betragen. Die Zollsensenkungen der anderen Hauptteilnehmer werden etwa gleich groß sein. Die Bilanz der Leistungen und Gegenleistungen der EWG mit den USA, den nordischen Ländern und der Schweiz ist im großen und ganzen ausgeglichen; die Leistungen Großbritanniens und Japans bleiben hinter denen der EWG zurück.

Auf dem Agrarsektor ist das Ergebnis im Vergleich zum Industriesektor bescheiden. Gleichwohl sind die wichtigen Interessen der bedeutenden Agrarexportländer angemessen berücksichtigt worden (Getreide<sup>4</sup>, Lebewiehe für Dänemark, Gefrierfleisch für Argentinien). Der Agrarsektor wurde erstmalig in vollem Umfang in Zollverhandlungen einbezogen; der Agrarschutz ist damit in gewissem Umfang negoziabel geworden, ein gewisser Anfang für den Abbau des Agrarprotektionismus ist gemacht worden.

Ursprünglich vorgesehene umfassende Behandlung aller nichttarifären Maßnahmen konnte angesichts der verschiedenen Interessenslage der Verhandlungsteilnehmer nicht verwirklicht werden. Immerhin wurde neben vorläufiger be-

<sup>1</sup> Der Drahterlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Dittmann konzipiert.

<sup>2</sup> Staatssekretär Lahr hielt sich vom 16. bis 19. Mai 1967 anlässlich einer Botschafterkonferenz in Tokio auf.

<sup>3</sup> Die 48 Teilnehmerstaaten des GATT erzielten in der Nacht vom 15. zum 16. Mai 1967 in Genf eine Einigung über den linearen Abbau bestehender Zölle auf der Basis eines Gesamtvorschlags des Generalsekretärs des GATT, White. Wie das Mitglied der EWG-Kommission, Rey, am 18. Mai 1967 im EWG-Ministerrat berichtete, sei diese Einigung zustande gekommen, nachdem die Delegationen der USA, Großbritanniens und Japans am Nachmittag des 15. Mai 1967 ihre Zustimmung zu dem Vorschlag erklärt hätten, obwohl er diesen Staaten nach ihrer Ansicht „erhebliche Zugeständnisse“ zumute. Er selbst habe zustimmen können, da die Vorschläge von White „fast vollständig den Vorstellungen der Gemeinschaft Rechnung getragen“ hätten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 850 des Botschafters Sachs, Brüssel (EWG/EAG), vom 19. Mai 1967; Referat III A 2, Bd. 281. Vgl. dazu ferner BULLETIN 1967, S. 444, sowie ZEHNTER GESAMTBERICHT, S. 321–328. Für den Wortlaut der Schlußakte vom 30. Juni 1967 vgl. Referat III A 2, Bd. 282.

<sup>4</sup> Dazu informierte Ministerialdirigent Graf von Hardenberg: „Im Rahmen der Verhandlungen ist festgelegt worden, daß ein weltweites Getreideabkommen ausgehandelt wird, das das bestehende internationale Weizenabkommen ersetzt und für drei Jahre gültig sein soll. Das Abkommen wird eine Preisregelung für Weizen und eine Nahrungsmittelhilfe zugunsten der Entwicklungsländer zum Inhalt haben.“ Vgl. den Runderlaß vom 19. Mai 1967; Referat III A 2, Bd. 281.

dingter Abschaffung des ASP<sup>5</sup> ein Anti-Dumping-Codex ausgearbeitet, der die Bestimmungen des GATT durch Festlegung strenger Verfahrensregeln stärkt.

Zugunsten Entwicklungsländer wurde Zollabbau bei tropischen Produkten vorangetrieben. Außerdem kommen sie in den Genuß aller Zollsensungen ohne volle Gegenseitigkeit leisten zu müssen.

## 2) Wichtige Einzelergebnisse

Bei Chemie, Stahl und Nahrungsmittelhilfe wurde Wyndham Whites Vorschlag angenommen (vergl. Aufzeichnung III A 2-86-09/2 vom 16. 5. 1967<sup>6</sup>). Auf dem Stahlsektor erfolgt damit bedeutender Schritt in Richtung auf Harmonisierung der Stahlzölle. Die Nahrungsmittelhilfe wird auf Getreide beschränkt; Kosten für Deutschland etwa 100 Mio. DM jährlich.

Bei Pkw senken alle wichtigen Importländer die Zölle um 50 %.

Für Papiere sind die den nordischen Staaten von der Kommission angebotenen Verbesserungen verwirklicht worden; bei Grundpapier ist mit den nordischen Staaten eine Konsultationsklausel in Form eines Briefwechsels vereinbart worden.

Die ursprüngliche Ausnahmeliste der Gemeinschaft<sup>7</sup> wurde gekürzt. Nach Wegfall aller Disparitäten auf dem Stahl- und Chemiesektor, Anwendung der verschiedenen Klauseln bei den anderen Sektoren und zusätzlichem Verzicht der Gemeinschaft verbleiben Disparitäten mit einem EWG-Einfuhrvolumen von 244 Mio. Dollar.

Für Lebewild wurde mit Dänemark eine nur für dieses Land geltende Vereinbarung getroffen. Für Gefrierfleisch wurde mit Argentinien eine aufgrund der Meistbegünstigung auch anderen Lieferländer offenstehende Regelung vereinbart. In beiden Fällen werden die Zölle gesenkt<sup>8</sup> und einfuhrerleichternde Abschöpfungsregelungen gewährt.

<sup>5</sup> Zum „American Selling Price System“ (ASP) vgl. Dok. 17, Anm. 18, und Dok. 21, Anm. 19.

Die amerikanische Regierung erklärte sich bereit, zunächst eine Halbierung der Zölle für chemische Produkte vorzunehmen. In einem zweiten Schritt sollten die Chemieezölle bis auf ein Niveau von 20 % weiter reduziert und mit Zustimmung des Kongresses der ASP abgeschafft werden. Vgl. dazu den Runderlaß des Ministerialdirigenten Graf von Hardenberg vom 19. Mai 1967; Referat III A 2, Bd. 281.

<sup>6</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Robert notierte, daß sich die USA bereiterklärt hätten, bei chemischen Erzeugnissen in einem ersten Schritt die Zölle um 50 %, bei Erzeugnissen mit Zöllen bis zu 8 % um 20 % zu reduzieren; bei Farbstoffen seien allerdings nur Senkungen auf ein Niveau von 30 % (gegenüber 20 % bei den anderen Chemieerzeugnissen) vorgesehen. Im Gegenzug werde die EWG ihre Zölle in diesem Bereich um 20 %, bei Waren mit Zöllen über 25 % um 30 % senken; als Sonderregelung für die Schweiz werde der Zoll für sechs Waren um 35 % herabgesetzt. Ferner werde Großbritannien bei Stahl seine spezifischen Zölle um 20 % senken; die Angebote der USA und der EWG blieben bestehen, während Japan eine 50 % ige Zollsensung vornehmen werde. Schließlich seien mit Blick auf ein geplantes Getreideabkommen Nahrungsmittellieferungen als Entwicklungshilfe der Teilnahmestaaten des GATT in Höhe von 4,5 Mio. t jährlich bei einem Anteil der EWG von 23 % festgelegt worden. Vgl. Referat III A 2, Bd. 281.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Dok. 1, Anm. 10.

<sup>8</sup> Die Vereinbarung zwischen der EWG und Dänemark sah eine Senkung des Zolls für dänische Ausfuhr von Lebewild von 16 % auf 13 % vor. Für Gefrierfleisch aus Argentinien wurde eine Zollsensung von 20 % auf 16 % vereinbart; aufgrund der Meistbegünstigung kam diese Regelung auch anderen Lieferländern, insbesondere Uruguay, zugute. Vgl. den Runderlaß des Ministerialdirigenten Graf von Hardenberg vom 19. Mai 1967; Referat III A 2, Bd. 281.

3) Bei den Verhandlungen mit Japan standen Baumwolltextilien, Stahl und Kraftfahrzeuge sowie der Kontingentsabbau im Vordergrund. Japan ist mit den von der EWG angebotenen Kontingentsaufstockungen und Zollsenkungen bei Baumwolltextilien sehr unzufrieden; deutsche Versuche, größere EWG-Angebote durchzusetzen, scheiterten am Widerstand aller anderen Mitgliedstaaten. Die Zollverhandlungen bei Stahl konnten zufriedenstellend geregelt werden, nachdem Japan 50%ige Senkung anbietet; für Japan sind vor allem die amerikanischen Stahl-Zollsenkungen wichtig. Bei Pkw mit kleinem Zylinderinhalt will Japan eine 50%ige Senkung nur durchführen, sofern Italien die Einfuhr dieser Wagen liberalisiert. Mengenmäßige Beschränkungen wurden in der Kennedy-Runde nicht behandelt, bleiben vielmehr auf Verlangen der anderen EWG-Mitgliedstaaten weiterhin bilateralen Verhandlungen vorbehalten.

Insgesamt sind die Leistungen der Gemeinschaft umfangreicher als die Japans.<sup>9</sup>

4) Zugunsten der ostasiatischen Entwicklungsländer sind die von der Gemeinschaft vorgesehenen Konzessionen bei tropischen Erzeugnissen verwirklicht worden (vergl. Aufzeichnung vom 11. 5. III A 2 - 84.00/2).

Hardenberg

Referat III A 2, Bd. 281

<sup>9</sup> Zur japanischen Haltung bei den Verhandlungen der Kennedy-Runde notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Robert am 16. Mai 1967, daß die Angebote der japanischen Regierung zur linearen Zollsenkung 83 % der gewerblichen Einfuhren aus EWG-Staaten betrafen, während jene der EWG nur 43 % der Industrieimporten Japans umfaßten: „Bilaterale Verhandlungen zwischen Japan und der Gemeinschaft fanden kaum statt, da trotz deutschen Drängens die Gemeinschaft nicht bereit war, einen schrittweisen Abbau der quantitativen Restriktionen in die Verhandlungen der Kennedy-Runde mit einzubeziehen. Japans Rolle in der Kennedy-Runde war weder sehr bedeutend noch sehr konstruktiv. Auf dem Stahlgebiet drohten die Verhandlungen durch die japanische Beschränkung einer Zollsenkung auf 38 % zu scheitern und konnten erst durch ein Einlenken Japans im letzten Moment zu einem Ergebnis geführt werden. Auf dem Gebiet der Nahrungsmittelhilfe teilte Japan die deutsche Abneigung gegen eine Hilfe. Im Gegensatz zu uns zog es jedoch bis zum Augenblick noch nicht die erforderlichen Konsequenzen: Ein japanischer Wartevorbehalt gegenüber der Nahrungsmittelhilfe ist noch nicht aufgehoben.“ Vgl. Referat III A 2, Bd. 281.

## 171

**Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt****Z B 6-1-12558/67 geheim****Fernschreiben Nr. 818****Citissime****Aufgabe: 17. Mai 1967, 20.10 Uhr****Ankunft: 17. Mai 1967, 20.58 Uhr**Im Anschluß an DB Nr. 786 vom 11. Mai<sup>1</sup>

Betr.: Nichtverbreitungs-Vertrag

hier: Debatte des NATO-Rats am 17. Mai

## I. Zu Artikel III:

1) Zu Beginn der Sitzung des NATO-Rats am 17. Mai (nachmittags) teilte Botschafter Cleveland mit, daß sowjetische Delegation in Genf noch immer keine Weisung habe. Falls sich eine sowjetische Zustimmung zu der amerikanischen Version der Artikel III<sup>2</sup> und IV Abs. 2<sup>3</sup> nicht noch in letzter Minute erzielen lasse, beabsichtigten Amerikaner, diese Artikel bei der Vorlage in der ENDC offen zu lassen und Erklärung der beiden Vorsitzenden<sup>4</sup> abzugeben, daß sie an einem gemeinsamen Text weiter arbeiten und diesen sobald wie möglich vorlegen würden. Cleveland gab wörtlich die Absätze 5–9 des Rusk-Briefes<sup>5</sup> an Bundesminister wieder, ohne die Quelle seines Zitats zu nennen. Der Rat nahm die amerikanischen Absichtserklärungen in gleicher Weise wie bei den letzten Sitzungen zur Kenntnis, ohne einen Beschluß zu fassen. Aus Diskussionsbeiträgen und Zusammenfassung des Generalsekretärs<sup>6</sup> ergab sich erneut, daß Vorlage des Vertragsentwurfs die NATO-Partner in keiner Weise bindet, daß sie vielmehr unter ausschließlicher amerikanischer Verantwortung erfolgt und

<sup>1</sup> Botschafter Grewe, Paris (NATO), berichtete von der Sitzung des Ständigen NATO-Rats vom 10. Mai 1967. Vgl. VS-Bd. 926 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut des Artikels III (Kontrollartikel) des amerikanischen Entwurfs vom 25. April 1967 für ein Nichtverbreitungsabkommen vom 25. April 1967, der Botschafter Schnippenkötter am 14. April 1967 in Washington übergeben wurde, vgl. den Drahtbericht Nr. 847; VS-Bd. 10081 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967. Für Auszüge vgl. Dok. 131, Anm. 10–12.

<sup>3</sup> Artikel IV, Absatz 2 (Revisionsklausel) des amerikanischen Entwurfs für ein Nichtverbreitungsabkommen, der Botschafter Knappstein, Washington, am 31. März 1967 übergeben wurde: „Amendments shall enter into force for each party to the treaty accepting the amendments upon their acceptance by a majority of the parties to the treaty and thereafter for each remaining party to the treaty on the date of acceptance by it.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 734; VS-Bd. 10082 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

Zur Streichung eines Vetorechts der Nuklearmächte in der Revisionsklausel wurde in den Botschafter Knappstein, Washington, am 22. März 1967 vom stellvertretenden Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Fisher, übergebenen „Gesprächspunkten“ ausgeführt: „[This] provision [...] would also remove any concern that a nuclear-weapon-state might block amendments desired by most other parties, while still preserving the right of the nuclear-weapon-states not to be bound by amendments to which they object.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 674; VS-Bd. 10082 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> William C. Foster und Alexej Alexandrowitsch Roschtschin.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Schreibens des amerikanischen Außenministers Rusk vom 17. Mai 1967 vgl. den Drahtbericht Nr. 1049 des Botschafters Knappstein, Washington, vom 16. Mai 1967; VS-Bd. 10081 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967. Für einen Auszug vgl. Dok. 168, Anm. 9.

<sup>6</sup> Manlio Brosio.

alle Partner der Konsultation sich ihre Stellungnahme zum Text weiterhin vorbehalten.

2) Diskussion zu Artikel III wurde durch mich eröffnet. Ich trug Weisung des Herrn Bundesministers (Drahtbericht Nr. 196 vom 12. Mai aus Tokio AZ II B 3-81.00/2-956/67 geh.<sup>7)</sup> vor und berichtete über deutsch-amerikanische Konsultationen am 12. und 13. Mai in Washington. Nachdem amerikanische Regierung die von uns bevorzugten Verfahrensvorschläge nicht akzeptiert habe und auf gemeinsamem sowjetisch-amerikanischen Entwurf unter Aussparung des Art. III bestünde, hätten wir für diesen Fall gewisse Zusicherungen verlangt, die durch Erklärungen Clevelands jetzt gedeckt seien. Ich betonte jedoch abschließend, daß die bisherigen Vorbehalte zum amerikanischen Vorgehen in Genf auch für die Vorlage eines Entwurfes mit ausgespartem Art. III Gültigkeit hätten und die amerikanische Delegation dafür selbst die Verantwortung übernehmen müsse.

Italienischer Botschafter<sup>8</sup> wiederholte italienische Präferenz für völligen und endgültigen Wegfall des Art. III.<sup>9</sup> Werde das nicht akzeptiert, schlosse er sich den von deutscher Seite befürworteten Vorschlägen (in der gleichen Reihenfolge der Prioritäten) an. Auch er wiederholte abschließend die früheren generellen Vorbehalte.

Britischer Botschafter<sup>10</sup>, unterstützt von kanadischem Vertreter, schlug vor, bei Auslassen von Artikel III zumindest Artikel III, Abs. 5, der wohl nicht strittig sei, in Vertragsvorschlag stehen zu lassen. Niederländischer Botschafter<sup>11</sup> erweiterte Vorschlag dahin, man möge so viele Absätze von Artikel III in Vertragstext aufnehmen, wie durch Einigung mit Sowjets möglich werde, und daraus einen besonderen Artikel machen.

## II. Zu Artikel IV:

Ich gab hierzu Erklärung gemäß Weisung in Plurex 1531 vom 12. Mai<sup>12</sup> ab.

Auch italienischer und belgischer Botschafter<sup>13</sup> sprachen sich für Aussparung des Art. IV aus, Italien wieder unter ausdrücklicher Ablehnung des britischen

<sup>7</sup> Vgl. Dok. 168.

<sup>8</sup> Adolfo Alessandrini.

<sup>9</sup> Vgl. dazu Dok. 168, Anm. 3.

<sup>10</sup> Bernard Burrows.

<sup>11</sup> Hendrik N. Boon.

<sup>12</sup> Botschafter Schnippenkötter bat die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris, im Ständigen NATO-Rat auf einer Einfügung des Vorschlags der USA zur Revisionsklausel in ein Nichtverbreitungsabkommen festzuhalten und notfalls für dessen Aussparung im Entwurf einzutreten. Dazu führte er aus, daß die amerikanischen Änderungen „auf Abschaffung der Majorisierung und auf Abschaffung des Vetos der Kernwaffenmächte [zielten]. Die im ersten liegende Verbesserung ist offenkundig; sie macht es unmöglich, den Vertrag gegen unseren Willen zu verschärfen. Die Abschaffung des Veto-Rechts im Revisionsverfahren bedeutet folgende entscheidende Verbesserung: Nach der bisherigen Ausgestaltung des Vertrages ist die Revisionskonferenz überhaupt das einzige Mittel, um den Vertrag den sich wandelnden politischen und technischen Gegebenheiten anzupassen. Wenn in das Revisionsverfahren ein Veto eingebaut wird, verliert auch diese letzte und ohnehin schon ungenügende Möglichkeit zur Anpassung des Vertrages jeden praktischen Wert. Der Vetoberechtigte könnte eine Änderung des Vertrages, die von der Mehrzahl der nichtnuklearen Partner und möglicherweise auch von einer Kernwaffenmacht gewünscht wird, nicht nur für sich nicht akzeptieren, sondern er könnte das Zustandekommen des Revisionsbeschlusses überhaupt verhindern.“ Vgl. VS-Bd. 4115 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>13</sup> André de Staercke.

Kompromiß-Vorschlages, den lediglich niederländischer Botschafter verteidigte.

### III. Zur Frage der Interpretation:

Cleveland teilte mit, Roschtschin habe im Gespräch mit Foster über dieses Papier bei der Darlegung der amerikanischen Ansichten über den Zweck dieses Papiers „zustimmend genickt“ und habe lediglich gesagt: „Ich verstehe sie“.

Ich benutzte die Gelegenheit, auf die Nichtbeachtung unserer Einwendungen zum letzten Satz in Absatz 4 der Interpretation<sup>14</sup> hinzuweisen und im Hinblick auf die dort festgestellte künftige Unzulässigkeit der Weitergabe von Kernwaffen an eine „multilateral entity“ die Frage aufzuwerfen, was im Lichte dieser Interpretation die von Premierminister Wilson am 8. Mai erneut bekräftigte Absicht bedeute, die britische Kernstreitmacht zu „internationalisieren“ oder zu „kollektivieren“ (nachdem sie seit Ottawa bereits „assigniert“ sei<sup>15</sup>, und dies wohl nicht gemeint sein könne). Wie zu erwarten, blieben britische und amerikanische Botschafter eine substantielle Antwort schuldig, jedoch sagte britischer Botschafter Prüfung und spätere Antwort zu.

[gez.] Grewe

VS-Bd. 926 (II A 7)

## 172

### Botschafter Balken, Oslo, an Bundesminister Brandt

18. Mai 1967<sup>1</sup>

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Als ich mich vor einigen Wochen zur Übernahme meines Amtes bei Ihnen abmeldete, waren Sie so freundlich, mir zu sagen, daß ich in besonders gelagerten Fällen Ihnen persönlich schreiben könnte. Von dieser Möglichkeit möchte ich heute Gebrauch machen, da ich bei einer normalen Berichterstattung bezweifeln muß, ob die Reaktion mehrerer, nicht in allen Einzelheiten au courant befindlicher Mitleser die wäre, die der Sache dienlich ist. Ich halte es daher für besser, es Ihnen allein zu überlassen, das, was ich berichte, in der Ihnen angemessen erscheinenden Art und Weise zu verwenden.

Am 11. Mai habe ich dem hiesigen Verteidigungsminister Grieg Tidemand meinen Antrittsbesuch gemacht. Er empfing mich sehr herzlich und erklärte mir

<sup>14</sup> Für den Wortlaut von Punkt 6, Satz 4 der Interpretationen zum Entwurf eines Nichtverbreitungsabkommens, der Botschafter Knapstein, Washington, am 31. März 1967 übergeben wurde, vgl. Dok. 121, Anm. 6.

<sup>15</sup> Auf der Tagung vom 22. bis 24. Mai 1963 in Ottawa beschloß der NATO-Ministerrat im Rahmen von Maßnahmen zur Organisation der SACEUR zugeteilten nuklearen Streitkräfte u. a. die Assignierung der britischen V-Bomberflotte. Für das Kommuniké vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 266 f.

<sup>1</sup> Privatdienstschreiben.

Hat Bundesminister Brandt am 5. Juni 1967 vorgelegen.

in unverblümt burschikoser Form, daß die norwegische Regierung sehr froh darüber gewesen sei, daß ich und nicht der zunächst ernannte Herr Botschafter in Oslo geworden sei. Er teilte mir bald, nachdem das Gespräch in Gang gekommen war, ebenso unbefangen mit, daß er oft vom Kabinett gebeten werde, ausländischen Gesprächspartnern gegenüber heikle Dinge offen und nüchtern anzusprechen.

Nach dieser etwas ungewöhnlichen Einleitung, die – das muß ich betonen – in keiner Weise unfreundlich oder kühl klang, meinte Tidemand, er wolle nun zwei Punkte ganz offen ansprechen. Denn es liege ihm daran, daß meine Regierung über gewisse Fakten keinen Zweifel habe.

Der erste Punkt betrifft die deutsche Vertretung bei NATO-Stäben in Norwegen, insbesondere in Kolsås. Mir sei wohl bekannt, daß er den deutschen Admiral<sup>2</sup> und die jetzige Stärke durchgesetzt habe, nachdem die Vorgängerin der jetzigen Regierung sich lange um eine Lösung gedrückt habe.

Er müsse mir sagen, daß die Stationierung deutscher Soldaten in Norwegen nach wie vor ein heißes Eisen sei. Vor allem die Venstre, aber auch andere Gruppen im Storting beobachteten mit Argusaugen jede Veränderung. Außerdem sorgten auch die Sowjets unterschwellig dafür, daß das Eisen heiß bleibe.

Man könnte natürlich sagen, die Norweger sollten endlich vergessen und sich darauf besinnen, daß wir gemeinsam in der NATO wären und daß wir Deutschen ja auch helfen, Norwegen zu verteidigen. Das sei alles logisch, aber das Verhalten der Menschen sei nicht nur von Logik bestimmt. Man müsse eben Geduld und immer wieder Geduld haben. Die Dinge liefen nun einmal bei den Norwegern langsamer als auf dem Kontinent.

Durch unser ständiges Verlangen nach Verstärkung des deutschen Elements in Kolsås machten wir es unseren Freunden in Norwegen nur schwer.<sup>3</sup> Bei näherem Zusehen tue man nämlich auf norwegischer Seite eine ganze Menge, um still und unauffällig unsere militärische Zusammenarbeit zu normalisieren. Der Fortschritt sei in den vergangenen Jahren nicht zu übersehen. Er bäte uns dringend, zunächst einmal Zurückhaltung zu üben.

Der zweite Punkt betrifft die Haltung der Bundesregierung zum Problem der Non-Proliferation. Unsere Haltung stoße in Norwegen auf kein Verständnis. Auf meinen Hinweis, daß unsere Sorgen in erster Linie auf die Sicherung der friedlichen Entwicklung der Atomenergie gerichtet seien, meinte Tidemand, auch in Norwegen habe niemand ernstzunehmende Einwände dagegen, daß

<sup>2</sup> Vertreter der Bundesrepublik beim NATO-Oberkommando Europa Nord (AFNORTH), das die alliierten Streitkräfte Nordnorwegen, Südnorwegen sowie in den Ostseezugängen umfaßt, war seit Januar 1966 Konteradmiral Erdmann.

<sup>3</sup> Am 12. Juni 1967 stellte Referat II A 7 fest, daß beim NATO-Oberkommando Europa Nord (AFNORTH) 10 Offiziere der Bundeswehr tätig seien, was nicht dem Umfang und der Bedeutung des Verteidigungsbeitrags der Bundesrepublik in diesem NATO-Bereich entspreche: „Die Frage des deutschen Stellenanteils wurde [...] Ende Mai anlässlich des Besuchs des Staatssekretärs Lund vom norwegischen Verteidigungsministerium bei Staatssekretär Carstens erörtert. Dabei kam u. a. zur Sprache, daß nach einem NATO-Beschluß das NATO-Oberkommando AFNORTH ebenso wie andere Hauptquartiere einer Straffung (streamlining) zu unterziehen und dabei u. U. Gelegenheit gegeben sei, den deutschen Anteil an der Gesamtstellenzahl für Offiziere dadurch zu erhöhen, daß Deutschland nach einer Stellenverminderung die von ihm jetzt zur Besetzung zugebilligte Zahl an Stellen belassen wird.“ Vgl. VS-Bd. 937 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.



ein großes Industrieland sich gegen eine eventuelle wirtschaftliche und technologische Benachteiligung zur Wehr setze. In den politischen Kreisen Norwegens bestehe aber der Eindruck, daß es in Deutschland einflußreiche Gruppen und Einzelpersonen gebe, die in Wirklichkeit doch nach der Möglichkeit streben, eines Tages volle oder teilweise eigene Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen zu erhalten. Bei der letzten NATO-Ratssitzung habe der amerikanische Verteidigungsminister McNamara ihm, Tidemand, gegenüber die gleiche Besorgnis geäußert.

Er müsse mir ganz offen sagen, daß eine Weigerung der Bundesregierung, einen NV-Vertrag zu unterzeichnen, oder gar eine Mitwirkung der Bundesregierung am Nichtzustandekommen eines Vertrages zu einer außerordentlich schweren Belastung des deutsch-norwegischen Verhältnisses führen würde, deren Folgen nicht abzusehen wären.

Ich habe die Mitteilungen des Ministers natürlich nicht ohne Widerspruch entgegengenommen, und ich glaube auch, daß er selbst bereit ist, wenigstens einem Teil unserer Argumente zu folgen. Andererseits glaube ich, daß er, soweit es die Grundhaltung der norwegischen Öffentlichkeit und der Politiker, besonders was den zweiten Punkt angeht, recht hat.

Ich meine, daß es uns in der Frage unserer Vertretung in Kolsås möglich sein sollte, für die Zurückhaltung der Norweger Verständnis zu zeigen. Unabhängig von den besonderen Verhältnissen hier stehe ich auf dem Standpunkt, daß das verständliche Streben unserer Soldaten nach Perfektion und Effektivität seine Grenzen an gewissen, nicht mit Wollen allein zu überwindenden politischen Gegebenheiten findet. So schwer das manchem Deutschen, besonders den Soldaten, sein mag, wir müssen einsehen, daß auch die Vergangenheit noch ein Teil unserer heutigen politischen Wirklichkeit ist.

Abgesehen davon scheint mir auch ein zweiter, mehr aktueller Grund, uns Zurückhaltung zu empfehlen, gegeben zu sein: Die Frage, ob Norwegen auch nach 1969 weiter Mitglied der NATO sein soll, wird in den nächsten beiden Jahren hier ausgiebig diskutiert werden. Wenn ich auch bisher nicht glaube, daß ernsthaft Gefahr besteht, Norwegen könnte seine Mitgliedschaft aufkündigen, so meine ich doch, daß wir diese unvermeidliche Diskussion nicht noch mit unseren Vertretungswünschen belasten sollten. Es wäre willkommener Diskussionsstoff für diejenigen, die aus der NATO heraus wollen.

Was die Frage der Non-proliferation angeht, so stellt sich mir die Lage hier so dar: Es entspricht dem Grundcharakter dieses zahlenmäßig kleinen Volkes, das jahrhundertlang in Frieden gelebt hatte, die eigene Geschichte und die eigene Stellung in der Völkergemeinschaft auch zum Maßstab des Handelns anderer zu machen. Ebenso wird daraus eine Verpflichtung abgeleitet, wo immer und wann immer die Sache des Friedens zu fördern. Diese selbst gestellte Aufgabe stellt sich dem ausländischen Beobachter in den Wegen, die die Norweger zu ihrer Erfüllung wählen, oftmals naiv und sogar weltfremd dar. Aber – sie ist ein Teil der hiesigen Wirklichkeit. So finden vielfach Argumente, deren objektive Bedeutung für uns gegeben ist, hier nicht das entsprechende Gehör.

Es liegt mir fern, die norwegische Einstellung uns und unserer Politik gegenüber für sich als entscheidend dafür anzusehen, welche Entschlüsse die Bun-

desregierung zur Sicherung unserer Interessen in der Zukunft treffen muß. Mir scheint aber, daß mein norwegischer Gesprächspartner hier freimütig eine Haltung beschrieben hat, die nicht nur auf Norwegen beschränkt ist. Anderenorts ist man vielleicht nicht so offen und zieht es vor, seine „Sorgen“ hinter der vorgehaltenen Hand Dritten gegenüber erkennen zu lassen.

Es scheint meines Erachtens auch nicht ausgeschlossen, daß – Hinweis Tide-  
mands auf McNamara – die Amerikaner versuchen, die ihnen nicht unbekannte  
Grundhaltung einer Reihe unserer Verbündeten für eigene Zwecke auszunutzen.

Ich bitte, mir nachzusehen, sehr verehrter Herr Minister, wenn ich so ausführlich geworden bin. Ich glaube jedoch, daß Sie auch wegen Ihres bevorstehenden Besuches in Oslo<sup>4</sup> ein klares Bild haben sollten.

Ihr Ihnen sehr ergebener  
Balken

Willy-Brandt-Archiv, Bestand Außenminister

## 173

### Aufzeichnung des Staatssekretärs Schütz

St.S. 9/67 streng geheim

19. Mai 1967

Persönlich

Am 9. Mai hatte ich in Hongkong mit Fe Yi-Ming, dem Herausgeber der kommunistischen Zeitung Dagung Bao ein mehr als einstündiges Gespräch.<sup>1</sup> Fe Yi-Ming ist Mitglied der Konsultativkonferenz der Volksrepublik China in Peking. Er machte auf mich den Eindruck eines über die Angelegenheiten der Volksrepublik China informierten und sehr qualifizierten Gesprächspartners.

1) Die Kluft zwischen der Volksrepublik und der Sowjetunion ist unüberbrückbar tief. Als Beispiel wird angeführt, daß die Volksrepublik ihre durch den Koreakonflikt entstandenen Schulden bei der Sowjetunion mit Zins und Zinseszinsen bezahlen mußte. Nie werde man in der Volksrepublik vergessen, daß jahrelang die besten Produkte des Landes für diesen Zweck in die Sowjetunion transportiert werden mußten. Heute ist alles bezahlt, aber durch diesen Vorgang habe, wie durch keinen anderen vergleichbaren Schritt, die Solidarität zwischen diesen kommunistisch geführten Ländern schwer gelitten.

2) Die Volksrepublik China hat mit Interesse zur Kenntnis genommen, daß die neue Bundesregierung offensichtlich Frieden und Entspannung in Europa will.

<sup>4</sup> Bundesminister Brandt hielt sich am 25./26. Juni 1967 im Rahmen einer Skandinavien-Reise in Norwegen auf. Vgl. dazu DzD V/1, S. 1293–1295.

<sup>1</sup> Staatssekretär Schütz befand sich auf der Anreise zu den deutsch-japanischen Konsultationsgesprächen vom 9. bis 12. Mai 1967 in Tokio. Vgl. dazu Dok. 194, Anm. 14, sowie BULLETIN 1967, S. 452.

Sie hat festgestellt, daß es in Bonn sorgfältig vermieden worden ist, zum Vietnam-Konflikt Stellung zu nehmen. Ich habe dabei deutlich erklärt, daß die Vereinigten Staaten unsere Freunde seien und daß wir nicht vergessen würden, daß sie dem freien Teil Deutschlands und besonders Berlin in schwierigen Zeiten geholfen haben. Wir würden heute sowjetrussisches Gebiet sein, wenn die Amerikaner nicht an unserer Seite gestanden hätten.

3) In der Frage der DDR hat die Volksrepublik China bis jetzt Solidarität geübt. Dies sei ihr immer schwerer gefallen. Sie hätte festgestellt, daß die heftigsten Angriffe aus Ostberlin gekommen seien, besonders aber seien die heftigsten Angriffe aber auch von seiten der Sowjetunion in Ostberlin gegen die Volksrepublik China geäußert worden. Sehr interessiert wurde mein Hinweis darauf aufgenommen, daß es immerhin eigentümlich sei, daß sich sowohl die DDR wie die Sowjetunion in ihren Angriffen vor allen Dingen gegen zwei Staaten richten: Die Volksrepublik China und die Bundesrepublik Deutschland.

4) Mein Gesprächspartner hat auf den außergewöhnlich großen Handel der Bundesrepublik mit der Volksrepublik China hingewiesen.<sup>2</sup> Ich habe ihm erklärt, daß wir an wirtschaftlichen Beziehungen sehr interessiert seien. Ich hätte allerdings den Eindruck, daß eine „Formalisierung“ dieses Handels wohl im Augenblick nicht gewünscht sei. Mein Hinweis wurde mit Interesse aufgenommen, daß wir die Verbindung und das Gespräch zwischen der Volksrepublik China und der Bundesrepublik Deutschland nicht abreißen lassen wollen.

5) Meine allgemeinen Eindrücke sind

a) Zuversicht in eine in Frieden gesicherte Zukunft der Volksrepublik China („die Zeit arbeitet für uns“)

b) zur Bundesrepublik keine unbedingte Feindschaft, sondern im Gegenteil Verständnis für unsere Lage – auch für unser Verhältnis zu den USA

c) unverminderte Feindschaft zur Sowjetunion

d) es wird von uns aus keine unmittelbare Aktion in unseren bilateralen Verhältnissen erwartet. An einem beständigen Kontakt aber ist das Interesse äußerst groß.

Dem Herrn Minister<sup>3</sup> mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Schütz

VS-Bd. 447 (Büro Staatssekretär)

<sup>2</sup> Zu den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik China vgl. Dok. 124, Anm. 22.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Brandt am 20. Mai 1967 vorgelegen.

## 174

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete****II A 5-82.00-94.27-272/67 geheim****19. Mai 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen  
 hier: Eventueller Abschluß eines Handelsabkommens

Bezug: Aufzeichnung des Herrn Staatssekretärs vom 13. April 1967 –  
 StS.925/67 geh. und Randvermerk zu dieser Aufzeichnung vom 18.4.1967<sup>2</sup>

I. Der stellvertretende tschechoslowakische Außenminister Klička hat am 11. April 1967 vorgeschlagen, zu prüfen, ob nicht der Abschluß eines Handelsvertrages zwischen der ČSSR und der Bundesrepublik Deutschland als „Übergangslösung“ denkbar sei.

Diese Anregung entspricht dem schon früher erkennbaren tschechoslowakischen Wunsch, aus dem Gesamtkomplex der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen den Fragenkreis herauszulösen, an dem der ČSSR vordringlich gelegen ist.

II. Die deutsch-tschechoslowakischen Verhandlungen 1964/65 betrafen zwei Fragenkomplexe: den Abschluß eines Waren- und Zahlungsabkommens einerseits und andererseits die Aufnahme amtlicher Beziehungen in Form des Austausches von Handelsvertretungen.

Zu beiden Komplexen wurden seinerzeit praktisch paraphierungsreife Abkommensentwürfe ausgehandelt, eine Einigung über die Einbeziehung Berlins konnte aber nicht erzielt werden.<sup>3</sup> Seit dem 1. Januar 1965 besteht in den deutsch-tschechoslowakischen Wirtschaftsbeziehungen ein vertragsloser Zustand.<sup>4</sup>

Bereits in diesen Verhandlungen war deutlich, daß die tschechoslowakische Regierung vor allem auf den Abschluß eines Waren- und Zahlungsabkommens

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Kastl und von Legationsrätin I. Klasse Finke-Osiander konzipiert.

<sup>2</sup> Vgl. Dok. 127, besonders Anm. 1 und 6.

<sup>3</sup> Die Verhandlungen fanden vom 7. Dezember 1964 bis zum 15. März 1965 in Bonn und Prag statt. Am 11. Dezember 1964 einigten sich die Verhandlungsdelegationen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei auf einen Vertragsentwurf über den Austausch von Handelsvertretungen, in dem allerdings die Einbeziehung von Berlin (West) nicht angesprochen wurde. Die von tschechoslowakischer Seite geäußerte Bereitschaft, hinsichtlich des Gültigkeitsbereichs des Abkommens in einem separaten Briefwechsel eine Währungsgebietsklausel zu akzeptieren, wurde am 23. Februar 1965 bekräftigt, in den Verhandlungen vom 11. bis 15. März 1965 jedoch zurückgezogen, nachdem die Bundesregierung ihrerseits einen Briefwechsel über das Münchener Abkommen von 1938 abgelehnt hatte. Vgl. dazu AAPD 1964, II, Dok. 256, und AAPD 1965, I, Dok. 144. Für den Wortlaut des Vertragsentwurfs vom 14. Dezember 1964 vgl. VS-Bd. 3135 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>4</sup> Das Protokoll vom 23. März 1961 über den Warenverkehr zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei lief am 31. Dezember 1963 aus. Auf Anregung der tschechoslowakischen Regierung erklärte sich die Bundesregierung zur Aufnahme von Verhandlungen über ein neues Warenverkehrsabkommen bereit, stimmte einer Verlängerung des Protokolls aber nur bis zum 31. Dezember 1964 zu. Vgl. dazu BUNDESANZEIGER, Nr. 226 vom 5. Dezember 1963, S. 7. Für den Wortlaut des Protokolls vom 23. März 1961 vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 77 vom 21. April 1961, S. 1 f.

Wert legt, während der Austausch von Handelsvertretungen für sie von geringerer Bedeutung ist, da in Frankfurt bereits ein Büro tschechoslowakischer Außenhandelsgesellschaften besteht.

Mit dem Abschluß eines neuen Waren- und Zahlungsabkommens würden

1) die 1964/65 ausgehandelten Kontingentserhöhungen für die Einfuhr tschechoslowakischer Waren in Kraft treten (zur Zeit werden die Einfuhren auf der Grundlage der Kontingente von 1963 ausgeschrieben);

2) das für andere osteuropäische Staaten (Polen, Rumänien, Ungarn und Bulgarien) geltende Verfahren der Ausschreibungen mit laufender Antragstellung (Teilliberalisierung) auch auf Einfuhren aus der Tschechoslowakei ausgedehnt werden<sup>5</sup> und

3) die für die übrigen osteuropäischen Staaten geltende Regelung über die Absicherung von Krediten für einen Zeitraum bis zu fünf Jahren, im Falle eines von dritter Seite vorliegenden Konkurrenzangebots bis zu sieben bzw. acht Jahren<sup>6</sup>, auch auf Lieferungen in die ČSSR angewandt werden.

Damit würden sich die Absatzmöglichkeiten für tschechoslowakische Waren in der Bundesrepublik Deutschland und die Kreditbedingungen für deutsche Lieferungen in die ČSSR verbessern. Der Ausgleich der tschechoslowakischen Devisenbilanz würde erleichtert. Eine spektakuläre Ausweitung des deutsch-tschechoslowakischen Handels wäre allerdings kaum zu erwarten. Die politische Führung in Prag wünscht – wie wir wissen – bereits jetzt, die einseitige Ausrichtung des Handels mit westlichen Ländern auf die Bundesrepublik Deutschland zu vermeiden.

III. Ebenso wie in den entsprechenden Verhandlungen mit anderen osteuropäischen Staaten, haben wir in den deutsch-tschechoslowakischen Verhandlungen 1964/65 Wert darauf gelegt, zugleich mit dem Abschluß eines Waren- und Zahlungsabkommens, an dem in erster Linie der Tschechoslowakei gelegen ist, den Austausch amtlicher Vertretungen zu regeln, an dem in erster Linie uns gelegen ist. (Außer der „Vertretung Tschechoslowakischer Außenhandelsgesellschaften“ in Frankfurt, die tschechoslowakische Wirtschaftsinteressen vertritt, unterhält die ČSSR die Militärmission in Westberlin, die in gewissem Umfang auch konsularische Befugnisse wahrnimmt. Die Bundesrepublik Deutschland dagegen ist bisher in der ČSSR nicht vertreten.)

<sup>5</sup> Zum Beschluß des Bundeskabinetts vom 11. Januar 1967 über die Ausweitung des unter die Ausschreibung mit laufender Antragstellung fallenden Warenkreises vgl. Dok. 26, Anm. 5. Dazu erläuterte Vortragender Legationsrat I. Klasse Klarenaar am 23. Mai 1967, daß für die Anwendung der Teilliberalisierung bislang die Voraussetzungen, nämlich das Bestehen eines gültigen Handelsvertrages und die Vereinbarung über die Lieferung zu marktgerechten Preisen, gefehlt hätten. Durch die Beibehaltung der Kontingente aber sei es der Tschechoslowakei als dem industriell am weitesten entwickelten Ostblock-Staat nicht möglich, ihre Ausfuhr in die Bundesrepublik entsprechend ihren tatsächlichen Liefermöglichkeiten auszuweiten. Das habe umgekehrt zur Folge, daß auch die tschechoslowakische Seite mit einer gewissen Zurückhaltung bei ihren Einkäufen in der Bundesrepublik reagiere. Vgl. Referat III A 6, Bd. 272.

<sup>6</sup> Am 10. März 1965 wurde in einer von Bundeskanzler Erhard geleiteten Ressortbesprechung entschieden, die Laufzeit für Kredite an Ostblock-Staaten auf maximal 5 Jahre festzulegen; im Falle von Konkurrenzangeboten aus Drittstaaten konnten Kredite bis zu 8 Jahren gewährt werden. Vgl. dazu AAPD 1965, I, Dok. 123.

Wir haben uns deshalb bemüht, das einseitige Bestehen tschechoslowakischer Vertretungen in Deutschland, das noch auf Besatzungszeiten zurückgeht, durch eine neue Regelung auf der Basis der Gegenseitigkeit abzulösen. Die tschechoslowakische Seite erkennt dieses Anliegen als berechtigt an, zeigte sich jedoch bestrebt, die Verhandlungen über das Waren- und Zahlungsabkommen abzutrennen und die Verhandlungen über den Austausch von Handelsvertretungen auf einen Zeitpunkt nach Abschluß des Waren- und Zahlungsabkommens zu verschieben. Wir sind darauf nicht eingegangen. Wir befürchteten, daß Prag um der Vorteile eines Handelsabkommens willen für diesen Komplex eine Berlin-Regelung zugestehen wollte, nicht aber später für die Vereinbarung über den Austausch der Handelsvertretungen.

IV. Die seinerzeit gegebene Ausgangssituation hat sich nicht verändert. Die ČSSR ist das einzige osteuropäische Land, zu dem wir noch keine amtlichen Beziehungen unterhalten. Nach den Ausführungen des Stellvertretenden tschechoslowakischen Außenministers ist mit einer baldigen Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht zu rechnen. Der Gedanke einer „Übergangslösung“ wäre daher zu erwägen, wenn sie sowohl den Abschluß eines Waren- und Zahlungsabkommens, wie den Austausch von Handelsvertretungen umfaßt. Der Abschluß eines Waren- und Zahlungsabkommens allein wäre keine Alternative zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen, da er die Frage der Aufnahme amtlicher Beziehungen unberührt läßt.

Es ist allerdings zweifelhaft, ob der tschechoslowakischen Regierung der Austausch von Handelsvertretungen leichter fallen wird als die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Im Unterschied zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen erfordert der Austausch von Handelsvertretungen ein Abkommen über den Status der Vertretungen. In einem solchen Abkommen muß die Einigung über die Einbeziehung Berlins förmlich fixiert werden. Eine klare Einigung über die Einbeziehung Berlins – die in den bisherigen Verhandlungen nicht zu erzielen war – ist für uns eher noch wichtiger geworden, weil wir verhindern müssen, daß die Wahrnehmung der Berliner Interessen für die spätere Aufnahme diplomatischer Beziehungen negativ präjudiziert wird.

Auf einen etwaigen tschechoslowakischen Vorschlag, zunächst allein ein Waren- und Zahlungsabkommen zu schließen, sollten wir nicht eingehen.

Der Abschluß eines solchen Abkommens würde

- wirtschaftlich überwiegend der Tschechoslowakei Vorteile bringen, politisch für uns von geringem Nutzen sein;
- das tschechoslowakische Interesse an der Fortführung der Verhandlungen über die Aufnahme amtlicher Beziehungen mindern;
- eine Einigung in der Berlin-Frage bei späterem Austausch amtlicher Vertretungen erschweren. (Selbst wenn das Waren- und Zahlungsabkommen eine einwandfreie Berlin-Klausel erhält, wäre damit keineswegs sichergestellt, daß Prag auch bereit ist, der Wahrnehmung der Berliner Interessen durch unsere amtliche Vertretung zuzustimmen.)

V. Ich bin der Auffassung, daß wir

- 1) dem tschechoslowakischen Außenministerium unsere Bereitschaft zum Abschluß eines Handelsvertrages mitteilen, jedoch darauf hinweisen sollten, daß

wir gleichzeitig die Frage des Austausches amtlicher Vertretungen zu klären wünschen;

2) der tschechoslowakischen Seite ein Gespräch in Bonn oder an einem dritten Ort anbieten könnten;

3) bei dieser Gelegenheit darlegen sollten, daß wir die Aufnahme diplomatischer Beziehungen als umfassendere Regelung – die überdies eine förmliche Berlin-Klausel entbehrlich mache – entschieden vorziehen würden. Ersatzweise seien wir jedoch bereit, als Übergangslösung auch den Austausch von Handelsvertretungen erneut zu erwägen. Für den Abschluß einer Vereinbarung über Handelsvertretungen würde sich jedoch das Problem einer Berlin-Klausel unverändert stellen.

Die Mitteilung unter 1 sollte über unsere Vertretung in Genf erfolgen, die das Gespräch am 11.4. vorbereitet und in dieser Angelegenheit daher bereits mit der dortigen tschechoslowakischen Vertretung Kontakt gehabt hat. (Die ursprünglich erwogene Unterrichtung über Botschafter v. Mirbach in New Delhi erscheint nicht zweckmäßig, da sich bereits bei Übermittlung unserer Abrüstungsdankschrift<sup>7</sup> Schwierigkeiten ergaben, die offensichtlich auf politische Unsicherheit Botschafter Kohouts zurückgehen). Parallel dazu sollte hier der Leiter der Vertretung tschechoslowakischer Außenhandelsgesellschaften<sup>8</sup> in Frankfurt durch den Leiter des Referats III A 6<sup>9</sup> entsprechend unterrichtet werden.

Wenn sich die tschechoslowakische Seite gesprächsbereit zeigt, könnte eine erneute Zusammenkunft von Vertretern beider Außenministerien in Genf (etwa auf Referentenebene) angeregt werden.

Die Abteilungen III und V haben mitgezeichnet.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>10</sup> weisungsgemäß vorgelegt.

Ruete

**VS-Bd. 4210 (II A 5)**

<sup>7</sup> Die Bundesregierung legte am 7. April 1967 in einer Denkschrift ihre Haltung zu einem Nichtverbreitungsabkommen dar. Vgl. dazu Dok. 226, Anm. 3.

<sup>8</sup> Oldrich Novy.

<sup>9</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Klarenaar.

<sup>10</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 24. Mai 1967 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Brandt verfügte.

Hat Brandt am 27. Mai 1967 vorgelegen.

## 175

**Vortragender Legationsrat I. Klasse Blomeyer-Bartenstein  
an Ministerialrat Grundschtötel, Bundeskanzleramt**

V 1-80.23/0-294/67 geheim

19. Mai 1967

Betr.: Kirchliche Verwaltung der in der SBZ gelegenen Teile westdeutscher  
Diözesen

Bezug: 1. Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 27. Februar 1967 –  
V 1-80.23/0-100/67 VS-Vertr.<sup>1</sup>

2. Fernmündliche Rücksprache ORR Dollinger/VLR I Dr. Blomeyer

I. Die zu den westdeutschen Diözesen Osnabrück, Paderborn, Fulda und Würzburg gehörenden Diözesanteile Schwerin, Magdeburg, Erfurt und Meiningen stehen unter der Leitung von Generalvikaren, die von den residierenden Bischöfen eingesetzt sind. Die sowjetzonalen Behörden üben seit der Mitte des letzten Jahres einen immer stärkeren Druck in Richtung auf eine Verselbstständigung dieser Diözesanteile aus. Am 20. September 1966 wurde Erzbischof Bolte (Fulda) an der Einreise in die SBZ gehindert. Erzbischof Bengsch erfuhr hierzu von dem Sowjetzonen-Staatssekretär Seigewasser, daß es die souveräne DDR nicht dulden könne, wenn aus der Bundesrepublik Deutschland Personen einreisen, die sich Weisungsbefugnisse über Bürger der DDR anmaßen. Die katholische Kirche in der Zone rechnet mit einer steigenden Erschwerung der Kontakte zwischen den residierenden Bischöfen und ihren Generalvikaren in der Zone.<sup>2</sup>

Erzbischof Bengsch hat sich in Rom zum Sprecher derjenigen Kreise der katholischen Kirche in der Zone gemacht, die als Antwort auf die Abschnürungsmaßnahmen des Regimes die Einsetzung von Apostolischen Administratoren in den vier genannten Teildiözesen wünschten. Er hat dem Papste<sup>3</sup> anlässlich einer Audienz vorgeschlagen, gleichzeitig mit der geplanten Ernennung von vier Administratoren für die polnisch besetzten deutschen Ostgebiete einen parallelen Schritt hinsichtlich der Teildiözesen in der SBZ zu tun. Der Erzbischof ist hierbei nicht nur in Rom auf große Zurückhaltung gestoßen, auch die zuständigen westdeutschen Bischöfe haben wenig Bereitschaft gezeigt, auf seine Pläne einzugehen. Die Einsetzung von Administratoren in der SBZ hätte eine sachlich ganz ungerechtfertigte Parallele zu den völlig anders gearteten Zuständen in den polnisch besetzten deutschen Ostgebieten<sup>4</sup> geschaffen. Auf kirchlicher Seite in Westdeutschland war man allenfalls bereit, die Einsetzung von Administratoren im Sinne einer Eventualfallplanung für den Zeitpunkt vorzusehen, wo das weitere Funktionieren der bisherigen Lösung

<sup>1</sup> Durchdruck.

Für das Schreiben des Staatssekretärs Schütz vgl. VS-Bd. 5807 (V1); B 150, Aktenkopien 1967. Für einen Auszug vgl. Dok. 108, Anm. 2.

<sup>2</sup> Zur Situation der katholischen Kirche in der DDR vgl. Dok. 108, Anm. 3 und 9.

<sup>3</sup> Paul VI.

<sup>4</sup> Zur Kirchenverwaltung in den Ostgebieten des Deutschen Reichs unter fremder Verwaltung vgl. zuletzt Dok. 162 und weiter Dok. 180.



sich als unmöglich erweisen würde (z.B. Tod eines Generalvikars und Weigerung der Zone, die Ernennung seines Nachfolgers durch den zuständigen Bischof hinzunehmen).

II. Der Apostolische Nuntius, Erzbischof Bafile, hat am 5. Mai 1967 mit der dringenden Bitte um vertrauliche Behandlung folgendes dargelegt:<sup>5</sup>

Der Gedanke einer gleichzeitigen Einsetzung von Administratoren im polnisch besetzten Gebiet und in der SBZ wird von kirchlicher Seite abgelehnt, weil die Voraussetzungen in den beiden Gebieten ganz verschieden sind. Vielmehr ist beabsichtigt, den jetzigen Zustand im wesentlichen unverändert zu lassen, nach außen jedoch Dinge zu vermeiden, die auf die Behörden in der Zone „provokatorisch“ wirken könnten. Zugleich sollen den bisherigen Verwaltern der in der Zone gelegenen Teile westdeutscher Diözesen ein größeres Maß an eigener Zuständigkeit gewährt werden. Diese Lösung soll auf folgende Weise herbeigeführt werden:

a) Die Generalvikare<sup>6</sup>, die für das Bistum Osnabrück in Schwerin, für das Erzbistum Paderborn in Magdeburg, für das Bistum Fulda in Erfurt und für das Bistum Würzburg in Meiningen sitzen, sollen künftig den Titel erzbischöflicher bzw. bischöflicher Kommissar führen. Diese Bezeichnung ist, wie der Nuntius mitteilte, in der deutschen kirchenrechtlichen Entwicklung bereits eingebürgert und wird schon seit langer Zeit in den Bistümern Osnabrück, Paderborn und Fulda verwendet. Sie wäre deshalb unverfänglich und würde doch die in dem Titel Generalvikar liegende enge Verknüpfung mit dem Residenzbischof vermeiden.

In den kirchlichen Amtsblättern würden die Bekanntmachungen aus dem gleichen Grunde nicht mehr durch den Generalvikar im Namen des Bischofs sondern einfach durch den bischöflichen Kommissar erfolgen. Der Nuntius ließ in diesem Zusammenhang anklingen, daß die Generalvikare ihre Abhängigkeit vom Westen aus verständlichen und durchaus löblichen Gründen vielleicht zu stark betont hätten. Hierdurch würde unnötig eine Reaktion in der Zone heraufgefordert.

b) Den bischöflichen Kommissaren sollten alle diejenigen Vollmachten überlassen werden, die einem Generalvikar von Rechts wegen zustehen. Einschränkungen dieser Befugnisse, die auf Vorbehalten der residierenden Bischöfe beruhten, sollten aufgehoben werden. Darüber hinaus sollte ihnen durch den Papst für bestimmte Sonderfälle ein „Mandatum speciale“ – *quantenus opus sit* – erteilt werden.<sup>7</sup> Auf diese Weise seien die bischöflichen Kommissare in der Lage, ohne eine Änderung ihres Status alle erforderlichen Funktionen in dem von ihnen betreuten Gebiet auszuüben.

<sup>5</sup> Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Blomeyer-Bartenstein vom 8. Mai 1967; VS-Bd. 2506 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Weihbischof Hugo Aufderbeck (Fulda/Erfurt); Weihbischof Friedrich Rintelen (Paderborn/Magdeburg); Weihbischof Bernhard Schröder (Osnabrück/Schwerin); Prälat Joseph Schönauer (Würzburg/Meiningen).

<sup>7</sup> Die geistlichen Befugnisse (Fakultäten) kirchlicher Würdenträger wurden vom Papst üblicherweise für einen Zeitraum von fünf Jahren gewährt. Mit dem *Mandatum speciale* blieben die Fakultäten der bischöflichen Kommissare bis zum Ende der Amtszeit („*quantenus opus sit*“) gültig.

c) Im Falle des Todes oder der Verhinderung eines bischöflichen Kommissars soll der Nachfolger in der gleichen Weise wie bisher ernannt werden, d. h. durch den residierenden Bischof. Der Heilige Stuhl würde lediglich das Mandatum speciale zu bestätigen haben. Der Nuntius äußerte, falls Schwierigkeiten auftreten sollten, müsse man neue Lösungen suchen. Grundsatz sei stets, daß nur das Minimum an Änderungen erfolgen dürfe.

III. Ministerialdirektor Dr. Thierfelder verhielt sich gegenüber den Mitteilungen des Nuntius rezeptiv. Wie er inzwischen in Rom feststellen konnte, handelt es sich bei den von Erzbischof Bafile vorgetragenen Gedanken zwar um Überlegungen, die in Rom angestellt und auch mit den kirchlichen Kreisen in der Bundesrepublik und in der Zone eingehend erörtert werden; eine unmittelbare Initiative seitens des Heiligen Stuhls ist jedoch nach der Auskunft, die Ministerialdirektor Dr. Thierfelder von Erzbischof Samorè erhalten hat, nicht zu erwarten. Der Papst werde Empfehlungen an den deutschen Episkopat im Sinne der Gedanken des Erzbischofs Bafile erst dann geben, wenn er von den beteiligten Parteien einvernehmlich darum gebeten werde.<sup>8</sup>

Der Nuntius hat bei seiner Vorsprache eine Stellungnahme der Bundesregierung zu den von ihm gegebenen Darlegungen, die der Sache nach lediglich Fragen der innerkirchlichen Organisation betreffen, nicht erbeten. Die Bundesregierung würde sich nur dann einzuschalten haben, wenn sie gegen die ins Auge gefaßte Lösung ausschlaggebende politische Bedenken hätte. Derartige Bedenken werden von Seiten des Auswärtigen Amtes nicht gesehen. Das vom Heiligen Stuhl erwogene Vorgehen hat den Zweck, Angriffsflächen gegenüber der Zone zu vermeiden, auf der anderen Seite aber nach Möglichkeit den Status quo aufrecht zu erhalten. Soll die neue Lösung ihren Zweck erfüllen, müßte sie allerdings nicht erst als Folge neuer Erschwerungen der Lage in der Zone durchgeführt, sondern alsbald und aus freien Stücken in Angriff genommen werden. Sie würde es dann ermöglichen, den Zusammenhalt der beiderseits der Demarkationslinie liegenden Diözesen nicht nur kirchenrechtlich, sondern auch organisatorisch zu ermöglichen und einem offenkundigen Auseinanderfall entgegenzuwirken. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen wird zu der politischen Seite der Lösung um Stellungnahme gebeten werden.<sup>9</sup>

<sup>8</sup> Am 9. Mai 1967 erklärte der Abteilungsleiter im Päpstlichen Staatssekretariat, Samorè, Ministerialdirektor Thierfelder, z. Z. Rom, daß der Heilige Stuhl entsprechende Änderungen der Kirchenverwaltung in der DDR nur dann ergreifen werde, „wenn einstimmige Wünsche der Fuldaer Bischofskonferenz, der deutschen Bischöfe aus der Zone und der Bundesregierung vorlägen. Der Plan bezüglich der Kommissare sei bisher nur ein Vorschlag, der noch keineswegs beschlossen sei“. Auf die Frage, „wer eigentlich diese Kommissare einsetzen solle, die westdeutschen Bischöfe oder der Papst, erwiderte Samorè lächelnd: vielleicht beide“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 29 des Botschafters Sattler, Rom (Vatikan), vom 10. Mai 1967; VS-Bd. 5647 (V 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Mit Schreiben vom 29. Mai 1967 schloß sich der Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Krautwig, der Auffassung des Auswärtigen Amtes an. Die Ernennung von Apostolischen Administratoren für die in der DDR gelegenen Teile deutscher Bistümer wäre „politisch höchst unerwünscht“, während der vom Apostolischen Nuntius, Erzbischof Bafile, aufgezeigte Weg der Bestellung erzbischöflicher Kommissare „gewissen Entwicklungen vor[beuge], wie sie bei der Bestellung von Administratoren zu besorgen wären (z. B. Loslösung von der Fuldaer Bischofskonferenz). Den Erwägungen, wie sie unter III. 2. Absatz des Schreibens des Auswärtigen Amtes an den Chef des Bundeskanzleramtes vom 19. 5. 1967 dargelegt sind, ist durchaus zuzustimmen. Das gilt insbesondere auch für den Zeitpunkt, in dem die Bestellung zu Kommissaren erfolgen müßte.“ Vgl. VS-Bd. 4191 (II A 2); B 150, Aktenkopien 1967.

Da Erzbischof Bengsch die Frage der kirchlichen Verwaltung in der SBZ dem Papste selber vorgelegt hat, ist nicht ausgeschlossen, daß dieser anlässlich der Privataudienz für den Herrn Bundeskanzler<sup>10</sup> auf dieses Problem zu sprechen kommt.

Im Auftrag  
gez. Dr. Blomeyer

VS-Bd. 4191 (II A 2)

## 176

### Botschaftsrat Koehler, Islamabad, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-12607/67 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 128

Aufgabe: 19. Mai 1967, 12.10 Uhr  
Ankunft: 20. Mai 1967, 06.11 Uhr

Betr.: Unterredung Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier mit Staatspräsident Ayub Khan<sup>1</sup>

I. Bundestagspräsident Gerstenmaier wurde 18. Mai von Staatspräsident Ayub Khan empfangen. An etwa einstündiges Gespräch schloß sich Frühstück im kleinsten Kreise an. Danach bat Staatspräsident Bundestagspräsidenten noch zu Unterhaltung unter vier Augen, die knapp 30 Minuten dauerte. Vormittags hatte Bundestagspräsident Staatssekretäre des Auswärtigen<sup>2</sup> und der Finanzen<sup>3</sup> zu Informationsgespräch empfangen. Gespräche galten allgemeinen und bilateralen wirtschaftlichen Fragen, einer politischen Tour d'horizon und einer eingehenden Diskussion der gegenwärtigen besonderen Probleme beider Länder.

<sup>10</sup> Bundeskanzler Kiesinger nahm am 29./30. Mai 1967 an den Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge in Rom teil und wurde am 31. Mai 1967 von Papst Paul VI. empfangen. Vgl. dazu den Artikel „Kiesinger bespricht mit dem Papst die Ostpolitik“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 124 vom 1. Juni 1967, S. 3.

<sup>1</sup> Nach einem Besuch des Iran vom 2. bis 12. Mai 1967 hielt sich Bundestagspräsident Gerstenmaier vom 13. bis 19. Mai 1967 auf Einladung des Sprechers der pakistanischen Nationalversammlung, Abdul Jabbar Khan, in Pakistan auf.

Am 8. Mai 1967 bat Ministerialdirigent Frank die Botschaft in Teheran, Gerstenmaier die Information zu übermitteln, daß Pakistan nach Einstellung der amerikanischen Militärhilfe seine diesbezüglichen Hoffnungen nun in die UdSSR setze. Der Bundestagspräsident solle erklären, daß die Bundesregierung ihre freundschaftliche Einstellung gegenüber Pakistan „durch größtmögliche Hilfe beim Aufbau pakistanischer Wirtschaft“ beweise und damit zeige, „daß sie pakistanisches Verständnis für die deutsche Wiedervereinigung wohl zu schätzen wisse“. Ferner werde Gerstenmaier gebeten, in der Kaschmir-Frage „freundschaftliche Zurückhaltung“ zu üben; dies sei „mit Rücksicht auf Indien Gebot politischer Vernunft. Nur wenn wir nicht an Kaschmir-Frage rühren, besteht Aussicht, daß Indien in Deutschlandfrage auf bisheriger Linie zu halten ist.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 101 an die Botschaft in Teheran; Referat I B 5, Bd. 354.

Zum Besuch vgl. auch Dok. 222.

<sup>2</sup> Sheik Mohammed Yusuf.

<sup>3</sup> Ghulam Ishaq.

II. Im Informationsgespräch mit den Staatssekretären wurde Bundestagspräsident auf dessen Bitte zusammenfassende Darstellung über Vorgeschichte und Auswirkungen des 1960 abgeschlossenen Indus-Wasservertrages gegeben, sowie die besonderen Probleme erläutert, die sich für Westpakistan aus seiner geographischen Lage und der zwingenden wirtschaftlichen Notwendigkeit ergeben, für die Zukunft die Versorgung an Wasser und Energie sicherzustellen.<sup>4</sup> Bundestagspräsident zeigte besonderes Interesse an Projekt des Tarbela-Damms.<sup>5</sup> Er sagte zu, sich nach Rückkehr eingehend nach den Möglichkeiten zu erkundigen, die sich in der Bundesrepublik ergäben, einen Beitrag zur Schließung der noch bestehenden Finanzierungslücke (189 Mio. Dollar) zu leisten. Er vertrat mir gegenüber Auffassung, daß Tarbela-Damm als ein produktives und entwicklungspolitisch förderungswürdiges Projekt deutsche Unterstützung verdiene. Er werde sich in erster Linie dafür einsetzen, deutsche Beiträge in Form von Hermes-Garantien zu leisten, was allerdings zur Voraussetzung habe, daß deutsche Firmengruppe bei Ausschreibung erfolgreich sei.<sup>6</sup>

III. In politischen Gesprächen legte Bundestagspräsident seine Auffassung zu den die pakistanische Politik bestimmenden Faktoren dar:

Er sehe ein, daß die geopolitischen Gegebenheiten Pakistan zwingen, eine Politik guter Nachbarschaft mit der SU und der VR China zu pflegen, er müsse jedoch davor warnen, eine solche Politik ohne starke Rückendeckung in der freien Welt zu führen, da sich sonst Pakistan in Gefahr der Abhängigkeit übermächtiger kommunistischer Nachbarn begeben. In dieser Hinsicht bestünde Parallele zwischen pakistanischer und deutscher Situation; auch Deutschlands Politik eines Ausgleiches mit dem Osten sei ohne Einbettung in westliche Allianz nicht denkbar.

<sup>4</sup> Dazu wurde von pakistanischer Seite gegenüber Bundestagspräsident Gerstenmaier erläutert: „Unter dem Indusbecken-Abkommen 1960 sei lediglich vorgesehen, Pakistan für das zu entschädigen, was Indien zugesprochen sei. [...] Der Indus entspringe, wie Jhelum und Chenab, in dem jetzt von Indien kontrollierten Teil Kaschmirs, könne aber wegen der topographischen Verhältnisse am Oberlauf von den Indern praktisch kaum abgeleitet werden. Bei den beiden andern Flüssen, die Pakistan im Indusbecken-Vertrag zugesprochen seien, sei es dagegen stets auf das Wohlverhalten Indiens angewiesen.“ Deshalb sei geplant, einen Indus-Staudamm zu bauen. Diesem Tarbela-Damm komme noch besondere Bedeutung zu, da er „den über den Status quo hinausgehenden Wasser- und Energiebedarf für die wachsende Bevölkerung decken soll“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 521 des Botschaftsrats Koehler, Islamabad, vom 26. Mai 1967; Referat I B 5, Bd. 354.

<sup>5</sup> Dazu berichtete Botschafter Scholl, Islamabad, am 28. April 1967, daß der 65 km nordwestlich von Rawalpindi gelegene Tarbela-Damm eines der größten, jemals zur Ausschreibung gelangten Projekte seiner Art sei. Das sich an der Ausschreibung beteiligende Firmenkonsortium aus der Bundesrepublik sei zuversichtlich, daß es in der Lage sein werde, ein konkurrenzfähiges Angebot abzugeben. Es bestehe jedoch nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn „von allen zuständigen deutschen Stellen in bereitwilliger Weise die notwendige Unterstützung gewährt und wenn über Anfragen und Anträge des deutschen Konsortiums schnell und eindeutig entschieden werde“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 464; Referat III B 7, Bd. 376.

<sup>6</sup> Am 17. Juli 1967 beschloß der Lenkungsausschuß für Entwicklungspolitik, daß die Delegation der Bundesrepublik bei der Sitzung des Pakistan-Konsortiums der Weltbank am 20. Juli 1967 in Washington – vorbehaltlich der Zustimmung des Bundeskabinetts und des Bundestages – die Bereitschaft der Bundesregierung erklären solle, sich an der Restfinanzierung des Tarbela-Damms mit 100 Mio. Dollar zu beteiligen, wenn der Bauauftrag an Firmen der Bundesrepublik falle. Andernfalls könnten liefergebundene, bilaterale Zusagen in Höhe von etwa 50 Mio. Dollar zur Finanzierung einzelner, an Firmen der Bundesrepublik fallender Aufträge (z. B. Turbinen) gegeben werden. Vgl. dazu das Protokoll der 137. Sitzung des Lenkungsausschusses; Referat III B 7, Bd. 376.

Präsident Ayub Khan stimmte dieser Auffassung im wesentlichen zu, widersprach Bundestagspräsident jedoch in bezug auf Absichten der VR China, die, wie er mit Nachdruck erklärte, ihren Nachbarn gegenüber keine Aggressionspolitik verfolge. Indisch-chinesischer Konflikt 1962 sei nicht von China sondern von Indien provoziert worden.

Auf Vietnam übergehend, betonte Bundestagspräsident, daß amerikanischer Rückzug ohne vorangegangene vertragliche Vereinbarung keine Lösung des Konflikts darstelle. Bedingungsloser amerikanischer Abzug müsse zwangsläufig nachteilige Rückwirkungen nicht nur für Asien sondern auch für Europa haben und die notwendige weltpolitische Balance zugunsten kommunistischen Lagers verändern.<sup>7</sup> Staatspräsident Ayub Khan darauf hinwies, daß Vietnam für asiatische Völker andere Aspekte als für westliche habe. Er gebe zwar zu, daß Vereinigte Staaten legitime Interessen auch in Asien verfolgen und daß amerikanische Intervention in Vietnam als Versuch einer Wiederbelebung des Kolonialismus abzutun, am Kern des Problems vorbeigehe. Man dürfe jedoch nicht vergessen, daß bestimmender Faktor in Asien heute der Nationalismus sei, der auch hinter dem Vietnam-Konflikt stünde. Amerikaner versuchten, hier gegen Strom zu schwimmen und eine von der Mehrheit des vietnamesischen Volkes abgelehnte Rechtsregierung zu stützen. Er glaube nicht, daß selbst eine kommunistische nationale Regierung Vietnams unter chinesische Abhängigkeit kommen würde. Bei Fortdauer des Krieges, in dem Präsident Johnson jetzt anscheinend militärischen Sieg anstrebe, könnten Amerikaner aber gerade das erreichen.

In seinen Äußerungen über Indien wiederholte Staatspräsident seine Sorgen über die Folgen der ständig zunehmenden indischen Bemühungen, Militärpotential zu steigern („sie scheinen den Verstand verloren zu haben“). Pakistan sei gezwungen, um Frieden auf Subcontinent zu sichern, eine ausreichend starke, indische Angriffe abschreckende Wehrmacht zu halten und sich die notwendige Ausrüstung dort zu besorgen, wo man sie ihm anböte.

IV. Über Inhalt des vertraulichen Gesprächs beschränkte sich Bundestagspräsident auf Andeutungen, denen ich entnahm, daß Präsident Ayub Khan militärische Aspekte in seinem Verhältnis zu Indien, USA und SU vertiefte. Danach scheint Außenminister Pirzada von seinem Besuch aus Moskau<sup>8</sup> mit weitgehenden sowjetischen Zusagen auf Lieferung von Waffen für Verteidigungszwecke zurückgekehrt zu sein. Über Indien habe sich Staatspräsident wesentlich weniger polemisch als bei früheren Gelegenheiten, sondern besonnener und zurückhaltender geäußert.

Zum pakistanisch-deutschen Verhältnis habe Präsident Ayub Khan gegenüber Bundestagspräsident erklärt, sowjetische Führer hätten ihn wiederholt um Erklärungen gebeten, warum Pakistan noch immer Alleinvertretungsanspruch

<sup>7</sup> Am 26. Mai 1967 teilte Botschaftsrat Koehler, Islamabad, mit, Bundestagspräsident Gerstenmaier habe erklärt, „daß er einen Abzug der amerikanischen Streitkräfte unter der Voraussetzung gut heißen würde, daß eine Lösung erreicht werden könne, bei der die Vereinigten Staaten nicht ‚das Gesicht verlieren‘ würden und bei der sich das Gleichgewicht der Kräfte, in Asien und der Welt, insbesondere nicht zu Gunsten Chinas einseitig verändere. Auch Pakistan müsse an dem Fortbestand des Gleichgewichts zwischen den drei Großmächten interessiert sein.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 521; Referat I B 5, Bd. 354.

<sup>8</sup> Der pakistanische Außenminister hielt vom 7. bis 12. Mai 1967 in der UdSSR auf.

akzeptiere; er habe bis in jüngste Vergangenheit Sowjets wissen lassen, daß dies eine seit langem gültige Grundsatzentscheidung seiner Regierung sei, die er nicht zu ändern beabsichtige.

[gez.] Koehler

VS-Bd. 2588 (I B 5)

## 177

### Botschafter Schlitter, Athen, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-12618/67 VS-vertraulich

20. Mai 1967

Fernschreiben Nr. 165

Aufgabe: 22. Mai 1967, 09.00 Uhr

Ankunft: 22. Mai 1967, 08.35 Uhr

Im Anschluß an Drahtbericht Nr. 134 vom 5.5.67<sup>1</sup>

Beschluß US-Regierung, Verteidigungshilfe an Griechenland einzuschränken<sup>2</sup>, hat in Kreisen neuer griechischer Regierung<sup>3</sup> erhebliche Bestürzung und Verstimmung ausgelöst und, wie mir verläßlich bekannt wurde, auch schon einzelne Mitglieder militärischer Junta veranlaßt, in internen Gesprächen mit möglicher Verhärtung innenpolitischen Kurses zu drohen.

Der Beschluß, über den griechische Presse bisher nicht berichten durfte, hat mich insofern überrascht, als mein hiesiger amerikanischer Kollege Haltung seiner Regierung bislang dahin umrissen hatte, man müsse zwar alle sich bietenden Möglichkeiten wahrzunehmen versuchen, auf eine baldige Rückkehr zu verfassungsmäßigen Verhältnissen in Griechenland hinzuwirken, ohne hierbei

<sup>1</sup> Botschafter Schlitter, Athen, sprach sich dafür aus, daß die Bundesregierung im Rahmen der Allianz „mäßigend auf neue griechische Regierung einzuwirken und in ruhiger Weise auf Rückkehr zu rechtsstaatlichen Verhältnissen hinzuwirken versuchen“ solle. Die bisher von der Bundesrepublik gewährte Wirtschafts- und Verteidigungshilfe solle daher nicht ausgesetzt werden. Vgl. VS-Bd. 2441 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Am 23. Mai 1967 teilte Ministerialdirigent Graf von Hardenberg dazu mit, daß sich die Meldungen nach Informationen der Botschaft in Washington nicht bestätigt hätten. Zwar seien „die Lieferungen von schwerem Material aus dem laufenden Militärhilfsprogramm vorläufig zurückgestellt worden, von einer Kürzung des derzeitigen Programms kann jedoch keine Rede sein“. Vgl. VS-Bd. 1139 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> In der Nacht vom 20. zum 21. April 1967 kam es in Griechenland zu einem Putsch der Armee. Teile der Verfassung wurden außer kraft gesetzt. König Konstantin II. beauftragte den bisherigen Generalstaatsanwalt Kollias mit der Regierungsbildung. Vgl. dazu die Artikel „Ausnahmestand in Griechenland“ und „Militärdiktatur in Griechenland“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe, Nr. 109 vom 22. April 1967, Bl. 1, bzw. Nr. 110 vom 23. April 1967, Bl. 2.

Am 26. Mai 1967 führte Botschafter Schlitter, z.Z. Bonn, dazu aus: „Was am 20./21. April geschehen ist, war sicherlich eine Verletzung der Legalität, und dies teilweise unter recht unschönen Aspekten. Die Grundrechte bleiben vorerst weiterhin suspendiert, wenn auch eine gewisse Lockerung der Zensur zu erkennen ist, von dem Andauern einer Verhaftungswelle nicht mehr die Rede sein kann und bereits die Entlassung zahlreicher, nach dem Putsch festgenommener politischer Häftlinge begonnen hat. Andererseits läßt sich nicht verkennen, daß der Versuch einer Ausschaltung der kommunistischen Gefahr, ob imminent oder latent, im Prinzip im Interesse der westlichen Allianz und auch unserer spezifischen deutschen Interessen lag.“ Vgl. Referat I A 4, Bd. 414.

jedoch neue Machthaber unnötig in die Enge zu treiben (to corner) und so womöglich zu Kurzschlußreaktionen zu veranlassen.

Jetzt erkennbar gewordenes Drängen Washingtons und wohl vor allem US-Verteidigungsministeriums, von Regierung Kollias gewissermaßen einen Terminkalender für Wiederherstellung parlamentarischer Demokratie zu erhalten, und der mit Einschränkung der US-Verteidigungshilfe ausgeübte Druck lassen nunmehr [diesen von] Botschafter Talbot in Übereinstimmung mit früheren Äußerungen von Staatssekretär Rusk hervorgehobenen wichtigen Aspekt offenbar außer acht. Er halte dieses Vorgehen für wenig glücklich. Die Position der zivilen griechischen Regierungsmitglieder, die das Land tatsächlich in absehbarer Zeit – wenn auch erst nach einer Verfassungsreform, also auf veränderten Grundlagen – zur parlamentarischen Demokratie zurückführen wollen, wird hierdurch keineswegs, wie es wünschenswert wäre, gestärkt.

Demgegenüber erscheint es mir erfolversprechender, wenn wir beharrlich auf einen Abbau der derzeitigen Ausnahmesituation in Etappen hinwirken. Das würde auch weniger den Anschein von Pressionsversuchen erwecken. Dieses Verfahren wäre m.E. aus manchen Gründen realistischer und auch taktisch geschickter:

1) Schon die technische Vorbereitung und Durchführung der angekündigten Reformen beansprucht eine gewisse, im Augenblick datumsmäßig nicht genau vorherzubestimmende Zeit. Soweit diese Reform gegen kommunistische Zersetzungs- und Umsturzbestrebungen, Korruptionerscheinungen im öffentlichen Leben sowie auf die Verwirklichung bestimmter wirtschaftlicher, sozialer und administrativer Postulate gerichtet sind, gelten sie zweifellos auch den zivilen Regierungsmitgliedern und großen Teilen der Öffentlichkeit als unerlässlich. Eine Revision der Verfassung, die den Grundsatz der parlamentarischen Demokratie als solchen nicht antastet, könnte zudem Mängel und Unklarheiten der bisher geltenden Konstitution beseitigen, die in der Vergangenheit wiederholt zu Konflikten geführt haben. Eine solche Revision schwebte seinerzeit auch schon Ministerpräsident Karamanlis vor. Bestimmte wesentliche Artikel unseres Grundgesetzes könnten hierbei als Vorbild dienen.

2) Es wäre eine Illusion anzunehmen, daß mit Rückkehr zu einer parlamentarischen Demokratie die alten Parteien unverändert wiederaufleben. Das gilt nicht nur für die als Sammelbecken verschiedener politischer Gruppen zustandegedehnte Zentrumsunion, sondern ebenso für die ERE<sup>4</sup>. Vielmehr wird sich voraussichtlich ein von nicht abgenutzten Politikern getragener Wechsel von den alten Personal- zu neuen Programmparteien vollziehen. Auch hier möchte ich Einwirkungsmöglichkeiten für uns nicht ausschließen.

3) Sowohl aus psychologischen Gründen als auch aufgrund der zur Zeit bestehenden realen Machtverhältnisse in Griechenland hielte ich es für einen bedenklichen Fehler, etwa glauben zu wollen, man könne die Junta der jüngeren Offiziere gleichsam unter ein kaudinisches<sup>5</sup> Joch beugen. Durch fortdauernde, umfangreiche Umbesetzungen in den Führungsstellen der Streitkräfte hat sie ihre Position noch gefestigt. Diese personellen Veränderungen schließen die

<sup>4</sup> Ethniki Rizospastiki Enosis.

<sup>5</sup> Korrigiert aus: „kaudisches“.

Entlassung zahlreicher weiterer Generale ein. Sie entziehen damit zugleich dem König<sup>6</sup> zunehmend die Möglichkeit, etwas gegen die herrschende Offiziersgruppe unmittelbar auf die Streitkräfte einzuwirken. Unter diesen Umständen können eine Rückkehr zu normalen Verhältnissen in Griechenland und eine wirksame Unterstützung der gleichgerichteten Bestrebungen des Königs und der zivilen Regierungsmitglieder kaum durch Druck auf die Junta, sondern nur durch ebenso beharrliche wie geduldige Versuche, diese zu überzeugen, erreicht werden.<sup>7</sup>

4) Die mir vorschwebende Verfahrensweise hat den Vorteil, daß sie in größtmöglichem Umfang potentielle Empfindlichkeiten der militärischen Führungskräfte schon. In meiner Auffassung werde ich im übrigen durch die Eindrücke, die ich in bisherigen Kontakten mit Regierungsmitgliedern gewonnen habe, bestärkt. Danach scheint mir nur Innenminister Brigadegeneral Patakos ein eindeutig auf lange Sicht berechnetes diktatoriales Konzept zu vertreten. Koordinationsminister Oberst Makarezos zeigte sich demgegenüber in seinen Ausführungen recht maßvoll. Er schien zumindest grundsätzlich mit den Konzeptionen von Ministerpräsident Kollias und der Mehrheitsgruppe der zivilen Minister, die zudem auch von Vizeministerpräsident und Verteidigungsminister General Spantidakis im wesentlichen geteilt werden, übereinzustimmen. Präsidialminister Oberst Papadopoulos dürfte etwas zwischen beiden Gruppen stehen. Makarezos und Papadopoulos sind befähigte und überlegt handelnde Persönlichkeiten, die keineswegs nur militärisch qualifiziert, sondern dank ihrer Bildung und ihrer intellektuellen Eigenschaften auch politischen Einsichten zugänglich sind.

Zusammenfassend möchte ich feststellen, daß König und überwiegende Mehrheit gegenwärtiger Regierung Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie in angemessener Zeit wünschen. Ihre hierauf gerichteten Anstrengungen versprechen aber nur dann Erfolg, wenn die radikaleren Kreise nicht durch zu starken Druck in Richtung eines Nationalbolschewismus gedrängt werden.<sup>8</sup>

[gez.] Schlitter

VS-Bd. 2441 (I A 4)

<sup>6</sup> König Konstantin II.

<sup>7</sup> Am 23. Mai 1967 sprach sich auch Ministerialdirigent Graf von Hardenberg gegen eine Unterbrechung der Verteidigungshilfe an Griechenland aus. Bei den noch ausstehenden Lieferungen „handelt es sich überwiegend um 2 Großaufträge an deutsche Industriefirmen, die die Fertigung bereits beendet haben (Kühlwaggons und Fernmeldegerät). Diese Aufträge sind gegen schärfste ausländische Konkurrenz gewonnen worden. Ihre Durchführung liegt besonders im Interesse der notleidenden Berliner Waggon- und Elektroindustrie. Schließlich erscheint die Höhe des dann noch verbleibenden Betrages (11 Mio. DM) – im Gegensatz zur USA-Hilfe für Griechenland – kaum ausreichend, um auf die derzeitige griechische Regierung einen nennenswerten Druck in der angestrebten Richtung auszuüben.“ Vgl. VS-Bd. 1139 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Am 19. Juni 1967 führte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg zur Haltung der Bundesregierung aus, daß die von der griechischen Regierung und König Konstantin bekundete Absicht zur Wiederherstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse ernst genommen werden müsse: „Die rechtsstaatlichen Verhältnisse lassen sich in Griechenland jetzt nicht dadurch wiederherstellen, daß man Druck, etwa durch Einstellung aller Lieferungen oder Zahlungen, ausübt. Der Auffassung des deutschen Botschafters in Athen ist beizutreten, daß durch solche Maßnahmen nur eine Verhärtung und die Gefahr herbeigeführt werden, daß Griechenland sich für einen uns günstigen neutralistischen Kurs entscheidet.“ Vgl. VS-Bd. 2441 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1967.



**Aufzeichnung des Bundesministers Brandt****MB 1635/67 geheim****22. Mai 1967**Streng vertraulich<sup>1</sup>Vermerk für Herrn Staatssekretär Schütz<sup>2</sup>

Ein persönlicher Bekannter aus Prag, mit dem ich das letzte Mal im Februar in Berlin zusammengetroffen war, suchte mich heute durch Vermittlung des schwedischen Generalkonsuls in Berlin, Backlund, auf und teilte mir folgendes mit:

Er spreche mit mir auf Veranlassung von Persönlichkeiten in der Partei- und Staatsführung, deren Einfluß gewichtiger als der des Außenministers<sup>3</sup> sei. Er sei gebeten worden festzustellen, ob bei uns die Bereitschaft zu einem voraussetzungslosen Gespräch über die Möglichkeiten künftiger Zusammenarbeit gegeben sei. Er habe sich nicht früher gemeldet, weil sich gewisse, auch uns bekannte Entwicklungen ergeben und bestimmte Konferenzen<sup>4</sup> stattgefunden hätten. Auf die politischen Erklärungen der verantwortlichen Herren in Prag brauche er wohl nicht näher einzugehen, da er unterstellen könne, daß wir die einschlägigen Reden und Erklärungen gelesen hätten. Er sei darauf hingewiesen worden, nur noch einmal zu unterstreichen, daß man in Prag die DDR als einen sozialistischen Staat betrachte und als friedlichen Partner der slawischen Nachbarn zu schätzen wisse. Die Entwicklungen in der Bundesrepublik und die Erklärungen der Bundesregierung, vor allem auch die Stellungnahmen des Außenministers und seiner Freunde, seien mit Interesse registriert worden. Deshalb würde man ein Gespräch mit ihm oder mehreren Herren für nützlich halten, die im Auftrag des Außenministers sprechen könnten.

Dabei halte man es für sinnvoll, im gegenwärtigen Stadium zwei Themen auszuklammern, nämlich 1) die DDR und 2) die Frage des Münchener Abkommens<sup>5</sup>. Ich würde vielleicht selbst die Folgerung ziehen, daß Berlin nicht zu den auszuklammernden Themen gehöre. Dies bedeute, daß man es insoweit

<sup>1</sup> Handschriftlicher Vermerk des Bundesministers Brandt.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 24. Mai 1967 und Ministerialdirektor Ruete am 26. Mai und erneut am 6. Juni 1967 vorgelegen, der für Ministerialdirektor Ruete handschriftlich vermerkte: „1) Die Angelegenheit ist mit dem H[errn] Bundeskanzler besprochen. 2) Der Charakter der ‚Mission‘ soll halb-privat bleiben. 3) Es wäre gut, wenn Sie mit H[errn] Bahr (zusammen mit H[errn] Sahm und H[errn] Kastl) die Reise vorbesprechen würden. 4) Mir liegt an einer besonders vertraulichen Behandlung. 5) Zur Not: R[ücksprache] bei mir.“ Zu Punkt 3 vermerkte Ruete handschriftlich: „Am 5.6.67 besprochen.“ Vgl. VS-Bd. 10071 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967. Zu den Gesprächen des Referenten Bahr am 12./13. Juni 1967 in Prag vgl. Dok. 218.

<sup>3</sup> Václav David.

<sup>4</sup> Zur Konferenz der Außenminister der Staaten des Warschauer Pakts vom 7. bis 10. Februar 1967 in Warschau vgl. Dok. 50, Anm. 7.  
Zur Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas vom 24. bis 26. April 1967 in Karlsbad vgl. Dok. 154.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

nicht für unmöglich halte, eine für beide Seiten akzeptable Form oder Formel zu finden. Man sollte bei der Einleitung eines solchen Gesprächskontaktes völlig offen lassen, zu welcher Art von Zusammenarbeit es auf kurze Sicht kommen könne. Für diplomatische Beziehungen sei es wahrscheinlich noch zu früh, aber ausgeschlossen werde auch dies nicht. Vielleicht könne es sich beim nächsten Schritt nur um eine gewisse Formalisierung der Wirtschaftsbeziehungen handeln. Aber Klarheit darüber könnten nur die Gespräche selbst schaffen.

Seiner Seite liege daran, daß es möglichst schon in den nächsten Wochen zu einem solchen Kontakt komme. Ich schlug ihm daraufhin vor, daß zwei Herren, und zwar die Herren Egon Bahr und Dr. Hans-Ulrich Wilke, am Montag, dem 12. Juni, mit der Lufthansa von Frankfurt/Main nach Prag fliegen und sich darauf einstellen, jedenfalls zwei Tage, erforderlichenfalls aber auch noch einen dritten Tag für Unterhaltungen in Prag zur Verfügung zu stehen

Das Visum für die beiden Herren werde, so bemerkte der Gesprächspartner, ab Ende dieser Woche bei der tschechoslowakischen Militärmission parat liegen. Die Herren würden bei der formellen Beantragung des Visums als Reisegrund lediglich „Besuch in Prag“ angeben. Durch die Militärmission werde den Herren auch mitgeteilt, in welchem Hotel für sie Zimmer reserviert seien. Ich stellte klar, daß die Herren ihre Hotelrechnung selbst begleichen würden.

Sollte sich irgendeine technische Veränderung ergeben, könnte diese meinem Gesprächspartner durch den schwedischen Generalkonsul in Berlin übermittelt werden.

Wir waren uns einig, daß der Vorgang nicht öffentlich bekannt gemacht werden soll. Beim ersten Gespräch in Prag sollten die Herrn zweckmäßigerweise ein paar Sätze vereinbaren, die beiderseits veröffentlicht werden können, falls sich eine Notwendigkeit hierzu ergebe.

Brandt

**VS-Bd. 10071 (Ministerbüro)**

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete****II A 7-81.33-1662/67 VS-vertraulich****22. Mai 1967<sup>1</sup>****Betr.: Besuch des belgischen Verteidigungsministers Poswick in Bonn<sup>2</sup>**

I. Das Bundesministerium der Verteidigung hat folgende Einzelheiten über die Gespräche mitgeteilt, die der belgische Verteidigungsminister Poswick am 18. Mai 1967 mit Bundesminister Schröder geführt hat.

**1) Reorganisation der belgischen Streitkräfte in Deutschland<sup>3</sup>**

Minister Poswick habe sich in dieser Frage sehr zurückhaltend geäußert und betont, daß die Planungen der belgischen Regierung noch nicht abgeschlossen seien und daß diese noch keine Entscheidung getroffen habe. Sinn der Reorganisation sei es, die Qualität und Kampfkraft der Landstreitkräfte zu verbessern und ein günstigeres Verhältnis zwischen länger dienenden Spezialisten und Wehrpflichtigen herzustellen.<sup>4</sup> Der belgische Verteidigungshaushalt werde trotz der angespannten Haushaltslage in den nächsten Jahren entsprechend dem Zuwachs des Sozialprodukts erhöht werden. Die Gesamtzahl der Einheiten des belgischen Heeres werde reduziert werden. Die Frage der künftigen Dislozierung der belgischen Heereseinheiten sei jedoch noch völlig offen.

Wie der belgische Generalstabschef<sup>5</sup> dem Generalinspekteur der Bundeswehr<sup>6</sup> mitgeteilt hat, planen die Belgier, die gegenwärtig in Deutschland stationierten 6 Brigaden in 4 Brigaden zusammenzufassen und von diesen eine Brigade nach Belgien zurückzuverlegen.

Die beiden Minister vereinbarten folgende Sprachregelung gegenüber der Presse: Die belgische Regierung hat Pläne für die Reorganisation des belgischen Heeres ausgearbeitet. Über die künftige Dislozierung der belgischen Streitkräfte ist noch keine Entscheidung getroffen worden.

**2) Kompensation für belgische Devisenausgaben**

Minister Poswick schilderte die Belastung der belgischen Zahlungsbilanz durch

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Behrends konzipiert.

<sup>2</sup> Vgl. dazu die Pressemitteilung des Bundesministeriums der Verteidigung über den Besuch des belgischen Verteidigungsministers Poswick am 18. Mai 1967 in Bonn; BULLETIN 1967, S. 453.

<sup>3</sup> Vgl. dazu zuletzt Dok. 155, Anm. 18.

<sup>4</sup> Am 18. Mai 1967 erläuterte der belgische Verteidigungsminister Poswick Bundesminister Schröder, daß die Umstrukturierung der belgischen Streitkräfte „das Heer und die Luftwaffe betreffen. Im Heer solle vor allem die Panzerwaffe qualitativ verbessert und modernisiert werden. Bei der Luftwaffe sei die F-86 zu ersetzen; damit sei bis 1972 der Etat ausgeschöpft. Die Umrüstung auf neue Transportmaschinen könne erst nach 1972 erfolgen. Die Transall käme dabei mit in die Auswahl. Das gesamte Umrüstungsprogramm [...] ist von der belgischen Regierung [...] noch nicht verabschiedet. Nach Billigung des Programms durch die Regierung wird die NATO eingeschaltet werden. Ob ein Teil der in Deutschland stationierten Truppen abgezogen würde oder ob sämtliche belgischen Interventions-Streitkräfte hier verbleiben, sei noch offen. Auf jeden Fall würden belgische Truppen in Deutschland verbleiben.“ Vgl. die Aufzeichnung von Schröder vom 1. Juni 1967; VS-Bd. 905 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> U. Dessart.

<sup>6</sup> Ulrich de Maizière.

die DM-Ausgaben der belgischen Streitkräfte in Deutschland. Er betonte, daß die belgische Regierung keinen Devisenausgleich verlange und nicht dem Beispiel der Vereinigten Staaten und Großbritanniens nacheifern wolle.

Die belgische Regierung sei jedoch an einer gewissen Kompensation ihrer Devisenausgaben durch Beschaffungen der Bundeswehr in Belgien interessiert.<sup>7</sup>

Minister Schröder verhielt sich gegenüber diesem belgischen Wunsch, der nicht mit besonderem Nachdruck vorgetragen wurde, rezeptiv. Er sagte zu, den belgischen Wunsch zu prüfen und ihm im Rahmen des Möglichen zu entsprechen.

3) Bundesminister Schröder erläuterte den Stand des Transall-Problems und das Ergebnis seiner Besprechungen mit dem französischen Verteidigungsminister<sup>8</sup> über diese Frage. Er versuchte, den belgischen Verteidigungsminister am Kauf von Transall-Flugzeugen durch Belgien zu interessieren. Minister Poswick erläuterte, daß die belgische Beschaffungsplanung in der Priorität für die Beschaffung von Panzern und Jagdbombern vorgesehen sei. Bedarf an Transportflugzeugen werde erst 1972 entstehen.

Minister Schröder erwiderte, daß die Produktion der Transall bis 1972 andauern werde. Die Transall werde auch 1972 zu einem günstigeren Preis als alle Konkurrenz-Modelle angeboten werden können.

4) Minister Poswick berichtete in einem Gespräch unter vier Augen über seinen Besuch in Polen. Einzelheiten konnten bisher weder vom Bundesministerium der Verteidigung noch von der belgischen Botschaft in Erfahrung gebracht werden.

II. Diese Angaben über die Gespräche des belgischen Verteidigungsministers mit Bundesminister Schröder wurden am 19. Mai 1967 von Baron Guillaume von der belgischen Botschaft gegenüber VLR Behrends bestätigt. Guillaume betonte, daß die belgische Regierung ihren Reorganisationsplan für die belgischen Streitkräfte nur im Einvernehmen mit der NATO durchführen werde.<sup>9</sup>

VLR Behrends wies darauf hin, daß der Reorganisationsplan, wenn er zu einer wesentlichen Verminderung der belgischen Streitkräfte in Deutschland führen sollte, erhebliche Auswirkungen auf die deutsche öffentliche Meinung haben könnte. Zwar sei der Ausschuß für Verteidigungsplanung der NATO für die militärische Prüfung des Reorganisationsplanes zuständig. Der Plan berühre jedoch auch die deutsch-belgischen Beziehungen. Die Bundesrepublik Deutschland als Stationierungsland der belgischen Streitkräfte lege daher Wert dar-

<sup>7</sup> Am 1. Juni 1967 notierte Bundesminister Schröder, daß der belgische Verteidigungsminister auf einen jährlichen Devisenverlust für Belgien von rd. 3,8 Mrd. bfrs hingewiesen habe; demgegenüber würden Dienstleistungen der Bundesrepublik einen Ausgleich von rd. 290 Mio. bfrs erbringen. Poswick habe darum gebeten, daß Belgien bei der Vergabe von Rüstungsaufträgen in stärkerem Maße berücksichtigt werde. Er, Schröder, habe demgegenüber auf den belgischen Handelsbilanzüberschuß gegenüber der Bundesrepublik, der 1965 6 Mrd. bfrs betragen habe, aufmerksam gemacht. Vgl. VS-Bd. 905 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Bundesminister Schröder hielt sich vom 10. bis 12. Mai 1967 zu Gesprächen mit dem französischen Verteidigungsministere Messmer in Paris auf.

<sup>9</sup> Am 23. Juni 1967 erschienen Pressemeldungen, denenzufolge das belgische Verteidigungsministerium die Pläne zur Reorganisation der Streitkräfte der NATO vorgelegt habe. Vgl. dazu den Artikel „Die Belgier wollen Truppen reduzieren“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 142 vom 23. Juni 1967, S. 3.

Vgl. dazu weiter Dok. 252, Anm. 5.

auf, unabhängig von der Beratung in der NATO unverzüglich von der belgischen Regierung konsultiert zu werden, sobald sie eine Entscheidung über den Reorganisationsplan getroffen habe.

Eine entsprechende Weisung an die Botschaft Brüssel wird vorbereitet.<sup>10</sup> Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>11</sup> mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Ruete

VS-Bd. 937 (II A 7)

## 180

### Botschafter Sattler, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-12646/67 geheim  
Fernschreiben Nr. 34

Aufgabe: 23. Mai 1967, 19.30 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 23. Mai 1967, 20.02 Uhr

Betr.: Kirchenverwaltung der deutschen Ostgebiete

Bezug: Drahterlaß Nr. 28 VS-v vom 22.5.67, AZ: V 1-86.00<sup>2</sup>

1) Nach heutiger Rücksprache mit Erzbischof Samorè und Ferngesprächen mit MD Thierfelder und VLR I Blomeyer bereitet gemeinsame Presseverlautbarung große Schwierigkeiten.<sup>3</sup> Schon am 19.5. teilte mir Samorè mit, daß in der Veröffentlichung im „Osservatore Romano“ genauere Ausführungen über Na-

<sup>10</sup> Vgl. dazu auch den Drahterlaß Nr. 2387 des Ministerialdirektors Ruete vom 6. Juli 1967 an die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris; VS-Bd. 905 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>11</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 25. Mai 1967 vorgelegen.

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg am 24. Mai 1967 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Frank und Referat I A 4 verfügte.

Hat Frank am 30. Mai und Vortragendem Legationsrat Oppenheim am 1. Juni 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Blomeyer-Bartenstein bat Botschafter Sattler, Rom (Vatikan), beim Päpstlichen Staatssekretariat anzuregen, in dem am 19. Mai 1967 übermittelten Entwurf einer Presseerklärung den Passus über die Kapitularvikare zu streichen. Vgl. VS-Bd. 2449 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

Am 19. Mai 1967 hatte Sattler fernmündlich mitgeteilt, daß der Heilige Stuhl als Text für eine Presseerklärung vorschlage: „Der Heilige Stuhl hat aus seelsorgerischen Erwägungen in den Ostgebieten Deutschlands unter polnischer Verwaltung vier apostolische Administratoren eingesetzt. Da diese Maßnahme die Diözesangrenzen unverändert läßt, hat die Bundesregierung keinen Anlaß, Stellung zu nehmen. Die Bundesregierung stellt mit Befriedigung fest, daß die Kapitularvikare für diejenigen Gebiete, die nicht den apostolischen Administratoren anvertraut werden, bleiben. Ferner behalten sie ihre bisherigen, auf den Flüchtlingsklerus und die Flüchtlingsgläubigen bezüglichen Befugnisse und Aufgaben.“ Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Thierfelder vom 22. Mai 1967; VS-Bd. 5647 (V 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Am 23. Mai 1967 informierte Botschafter Sattler, Rom (Vatikan), fernmündlich, daß in den Verhandlungen eine „Eingung auf einen bestimmten Text [...] nicht möglich [sei]. Die vom Papste zu genehmigende Bekanntmachung im Osservatore Romano sei ein kirchlicher Akt, der sich einer Vereinbarung mit einem ausländischen Staate entziehe.“ So könne er „seiner Natur nach“ nicht mit dem von der Bundesregierung gewünschten Text übereinstimmen und insbesondere nicht darin aufgenommen werden, „daß die Bundesregierung keine Veranlassung habe, Stellung zu nehmen“. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Blomeyer-Bartenstein; VS-Bd. 5647 (V 1); B 150, Aktenkopien 1967.

men und Orte der neu ernannten Administratoren gegeben werden müßten und wir deshalb keinen gleichlautenden Text herausgeben könnten. Außerdem müsse dieser Text am Schluß vom Papst genehmigt werden, so daß er uns vorher sowieso keine bindenden Formulierungen sagen könne.

2) Von deutscher Seite wurde dann am 22.5. gebeten, den Absatz über die Kapitularvikare sowohl in der Verlautbarung des Vatikans wie auch in der deutschen Verlautbarung wegzulassen, womit sich Samorè einverstanden erklärte. Nur wenn der Vatikan später gefragt werde, werde er im besprochenen Sinne antworten.

3) Je mehr er nun, so meinte Samorè, an der Veröffentlichung im „Osservatore Romano“ feile, desto mehr sehe er, daß die Nachricht von der Ernennung der 4 apostolischen Administratoren von gewissen Erläuterungen begleitet sein müsse, um Mißverständnisse zu vermeiden. Er denke an folgendes:

a) Vatikan erkenne bekanntlich nur Grenzveränderungen an, die durch internationale Verträge festgelegt seien.<sup>4</sup> Bei den betreffenden Gebieten gebe es offene Grenzfragen.

b) Die Ernennung von apostolischen Administratoren erfolge aus seelsorgerlichen Erwägungen und bedeute keinerlei politischen Schritt in bezug auf die Grenzen, noch eine Präjudizierung eines späteren Friedensvertrages.

Diese Formulierungen müßten so hieb- und stichfest sein, daß sie später vom Heiligen Stuhl sowohl gegenüber der Bundesrepublik wie auch gegenüber Polen verteidigt werden können.

4) Ich frug dann, ob der Vatikan unsere Formulierung „Ostgebiete Deutschlands unter polnischer Verwaltung“ nicht übernehmen könne. Samorè antwortete, in vatikanischen Verlautbarungen der letzten Jahre sei meist nur von denjenigen Gebieten gesprochen worden, „die durch das Potsdamer Abkommen<sup>5</sup> 1945 der polnischen Verwaltung unterstellt wurden.“ Ich bat dann, wenigstens das Wort „deutsche“ Ostgebiete einzusetzen. Samorè versprach mir, wenn möglich dieses Wort doch hereinzubringen. Er könne aber nicht dafür garantieren.

5) Samorè erklärte mir, er hoffe, mir am Samstag, 27.5., den Artikel für den „Osservatore Romano“ im Wortlaut nach Genehmigung durch den Papst zeigen zu können. Montag, 29.5., vormittags hoffe er, den Artikel drucken lassen zu können, so daß er immer noch 2 Tage vor dem Besuch des Herrn Bundeskanzlers<sup>6</sup> publiziert würde.<sup>7</sup>

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 22, Anm. 7.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) vgl. DzD II/1, S. 2101–2148.

<sup>6</sup> Bundeskanzler Kiesinger nahm am 29./30. Mai 1967 an den Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge in Rom teil und wurde am 31. Mai 1967 von Papst Paul VI. empfangen. Vgl. dazu den Artikel „Kiesinger bespricht mit dem Papst die Ostpolitik“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 124 vom 1. Juni 1967, S. 3.

<sup>7</sup> Am 27. Mai 1967 gab der Heilige Stuhl bekannt, daß hinsichtlich „der Gebiete, die nach der Potsdamer Konferenz in polnische Verwaltung übergingen“, Papst Paul VI. beschlossen habe, „die vier Prälaten, die bisher die Betreuung der Katholiken in diesen Gebieten des Generalvikariats seiner Eminenz des Kardinalerzbischofs von Gnesen und Warschau leiteten, zu apostolischen Administratoren ‚ad nutum Sanctae Sedis‘ mit den Fakultäten residierender Bischöfe zu ernennen. Die neuen apostolischen Administratoren sind die Exzellenzen Monsignore Boleslaw Kominek, Titula-

Er ließ durchblicken, daß er an den polnischen Episkopat schon geschrieben habe.

6) Auf Samorès Anfrage erklärte ich, daß ich noch keine schriftliche, sondern nur eine telephonische Nachricht erhalten hätte, daß der Herr Bundeskanzler mit der am 19.5. übermittelten Formulierung einverstanden sei. Wegen der neuen Schwierigkeiten könne ich zur Zeit nicht mehr sagen.<sup>8</sup>

7) Zum ganzen Verlauf der Verhandlungen in den letzten Wochen möchte ich noch folgendes klarstellen:

a) Samorè hat immer betont, daß er nur seine eigenen Meinung wiedergeben könne.

b) Die schriftlichen Anfragen des Vatikans waren immer nur so formuliert: „Was würde die Bundesregierung sagen, wenn ...“, nicht aber: „Ist die Bundesregierung einverstanden?“. Es wurde also immer betont, daß wir keine Forderung stellen, sondern nur Wünsche äußern könnten, die womöglich berücksichtigt würden.

c) Da es sich bei der Ernennung von Administratoren, aber auch bei der Frage der Kapitularvikare um innerkirchliche Maßnahmen handelt, die die Diözesangrenzen nicht berühren, ist nach Ansicht des Heiligen Stuhles kein Zusammenhang mit dem Konkordat<sup>9</sup> gegeben.

d) Aus diesen Gründen kann sich der Vatikan auch nicht auf schriftliche Vereinbarungen festlegen. Einzige Ausnahme sollte das gemeinsame, sehr kurze Presse-Communiqué bilden. Bei näherer Betrachtung, vielleicht auch auf Wunsch des Papstes, stellte es sich heraus, daß der Vatikan die Ernennung der Administratoren durch eine Reihe von Erklärungen erläutern wolle, die den Rahmen eines gemeinsamen Presse-Communiqués gesprengt hätten.

8) Für die gesamten Verhandlungen der vergangenen 16 Monate muß festgehalten werden, daß es gelungen ist,

a) den Vatikan von dem Plan der Ernennung von einem oder mehreren Residenzbischöfen abzubringen und dafür vier apostolische Administratoren einzusetzen,

*Fortsetzung Fußnote von Seite 774*

rerzbischof von Eucaita mit Sitz in Wroclaw (Breslau), Mons[ignore] Franciszek Jop, Titularbischof von Daulia in Opole (Oppeln), [Monsignore] Joseph Drzazga, Titularbischof von Siniando in Alsztyń (Allenstein), und Mons[ignore] Wilhelm Pluta, Titularbischof von Leptis magna in Gorzow (Landsberg/Warthe).“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Blomeyer-Bartenstein vom 27. Mai 1967; VS-Bd. 5647 (V 1); B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. dazu den Artikel „Nomina di Amministratori Apostolici“, OSSERVATORE ROMANO, Nr. 122 vom 28. Mai 1967, S. 2. Für den entsprechenden Eintrag im päpstlichen Jahrbuch vgl. ANNUARIO PONTIFICIO 1968, S. 77 f. und S. 503.

<sup>8</sup> Am 24. Mai 1967 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Blomeyer-Bartenstein, das Bundeskabinett sei in der Sitzung vom selben Tag zu dem Ergebnis gekommen, „daß das Verhalten des päpstlichen Staatssekretariats uns keinen Anlaß gibt, unsere Haltung zu ändern. Wenn der Heilige Stuhl seine Verlautbarung im Osservatore Romano anders zu fassen wünsche, so könnten wir doch unsererseits bei der von uns vorgesehenen Formulierung bleiben.“ Vgl. VS-Bd. 5647 (V 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Für den Wortlaut der Erklärung der Bundesregierung zur Ernennung Apostolischer Administratoren vgl. BULLETIN 1967, S. 484.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des Konkordats vom 20. Juli 1933 zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl vgl. REICHSGESETZBLATT 1933, Teil II, S. 679–690.

b) zwei von den drei Kapitularvikaren durch Entgegenkommen des Papstes zu erhalten.

Außerdem ändert sich an der geographischen Aufzählung der Bistümer nichts.<sup>10</sup>

[gez.] Sattler

VS-Bd. 2506 (I A 4)

## 181

### Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-12658/67 geheim  
Fernschreiben Nr. 858  
Citissime

Aufgabe: 24. Mai 1967, 14.15 Uhr  
Ankunft: 24. Mai 1967, 14.55 Uhr

Betr.: Erörterung der Nahost-Krise auf NATO-Ratssitzung am 24. Mai 1967

1) NATO-Rat behandelte am 24.5. ausführlich Stand der Nahost-Krise<sup>1</sup>. Diskussion ließ durchweg Besorgnis der Ratsmitglieder im Hinblick auf Verschärfung der Lage erkennen. Wesentliche politische Elemente, die der Vertretung nicht durch Drahterlasse zur Kenntnis gebracht wurden, sind nicht erwähnt worden. Die Tendenz ging im allgemeinen dahin, den UN-Generalsekretär<sup>2</sup> wegen vorschnellen Handelns in der Frage des Rückzugs der UNEF-Truppen<sup>3</sup>

<sup>10</sup> Zur Auflistung der Kirchenprovinzen im päpstlichen Jahrbuch für 1968 vgl. ANNUARIO PONTIFICIO 1968, S. 1273.

<sup>1</sup> Nachdem die VAR am 15. Mai 1967 Truppen an der Sinai-Grenze zusammengezogen hatte, besetzten ägyptische Truppen am 21. Mai 1967 den Stützpunkt Sharm el-Sheik am Eingang des Golfs von Akaba. Einen Tag später erklärte Präsident Nasser, daß die VAR mit diesem Schritt ihre Rechte und ihre Souveränität im Golf von Akaba geltend mache und kein Schiff unter israelischer Flagge passieren lassen werde: „Die Juden drohen mit Krieg. Wir sagen ihnen, daß sie kommen können, wir sind zum Krieg bereit. [...] Dieses Gewässer gehört uns.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 297 f.

Am 23. Mai 1967 erwiderte Ministerpräsident Eshkol, daß jeder Eingriff in die freie Durchfahrt durch den Golf und die Meerenge „eine offene Verletzung des internationalen Rechts, einen Schlag gegen die souveränen Rechte anderer Nationen und einen Akt der Aggression gegen Israel“ darstelle. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 298.

<sup>2</sup> Sithu U Thant.

<sup>3</sup> Aufgrund der Beschlüsse der UNO-Generalversammlung vom 4./5. November sowie vom 7. November 1956 sicherten Truppen der „United Nations Emergency Force“ (UNEF) die Grenzen des Gaza-Streifens sowie den Golf von Akaba. Für den Wortlaut der Resolutionen Nr. 998, 1000 und 1001 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. V, S. 240 f.

Am 18. Mai 1967 ersuchte die ägyptische Regierung in einer Note den UNO-Generalsekretär darum, die UNEF-Truppen vom Gebiet der VAR abzuziehen. U Thant ordnete am 19. Mai 1967 den Abzug der UNEF-Truppen an und erklärte dazu am selben Tag in einem Bericht an die UNO-Vollversammlung, daß zu allen friedenserhaltenden Maßnahmen der UNO das Einverständnis des Gastlandes erforderlich sei. Mit der Note der VAR sei aber ein wesentlicher Teil der Grundlage für die Präsenz der UNEF in der VAR entfallen. Vgl. dazu den Artikel „Der Rückzug der UN-Truppen von der ägyptisch-israelischen Grenze“, NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe, Nr. 137 vom 21. Mai 1967, Bl. 2.

Am 22. Mai 1967 teilte Botschafter Pauls, Tel Aviv, nach Gesprächen im israelischen Außenmini-



zu kritisieren. Trotzdem wurde überwiegend die Auffassung vertreten, daß die UN das geeignete Gremium zur Bewältigung der gegenwärtigen Krise darstellten. Dieses Prozedere solle bilaterale Demarchen der Mitgliedstaaten bei den unmittelbar an der Krise Beteiligten, insbesondere VAR und Israel, nicht ausschließen.

2) Der Tenor der Ausführungen ließ erkennen, daß die Sympathien in der gegenwärtigen Krise eher auf Seiten Israels waren; jedoch gab es hier Nuancen. So machten die Erklärungen der an das Mittelmeer angrenzenden Länder Griechenland, Italien und Türkei klar, daß man dort bemüht ist, den Draht zur arabischen Seite nicht abreißen zu lassen. Dies wurde insbesondere auch bei der Behandlung des Themas des freien Zugangs Israels zum Roten Meer erkennbar. In diesem Punkt bezweifelte z. B. der griechische Vertreter die insbesondere von amerikanischer, britischer, niederländischer und belgischer Seite vorgetragene These, daß es sich bei dem Golf von Akaba um einen internationalen Seeweg handele.<sup>4</sup>

3) Es fiel auf, daß die an sich durch die Garantie-Erklärung von 1950<sup>5</sup> gegenüber Israel gebundenen drei Westmächte keine Bereitschaft zum unmittelbaren Einschreiten erkennen ließen. Die Sechste amerikanische Flotte wurde nicht erwähnt.

4) Die Diskussion hinterließ den Eindruck, als sei sich die Mehrheit der NATO-Mitgliedstaaten darüber klar, daß auch bei einem friedlichen Ausgang der gegenwärtigen Krise mit einer Schwächung der westlichen Position im Nahen Osten zu rechnen sei. In diesem Zusammenhang haben wiederum das Problem des freien Zugangs Israels zum Roten Meer und die Frage einer möglichen Stationierung von UN-Streitkräften auf israelischem Boden eine Rolle gespielt.

5) Die Frage, ob sich der arabische Vorstoß nicht u. U. auch gegen die konservativen arabischen Staaten, so insbesondere gegen Jordanien, richte, ist von uns aufgrund der Berichterstattung unserer Botschaft in Amman<sup>6</sup> angespro-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 776*

sterium mit, daß der Entschluß von U Thant „zur Verschärfung der Krise beigetragen und erst in der Nacht vom Freitag zum Samstag den Entschluß zur israelischen Teilmobilisierung ausgelöst [habe], nachdem bis dahin nur Spezialisten der Panzer- und Luftwaffe einberufen waren“. Nach israelischer Einschätzung habe der UNO-Generalsekretär „den möglicherweise gefährlichsten Punkt der Krisenentwicklung bloßgelegt“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 204; VS-Bd. 2576 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Am 24. Mai 1967 berichtete Botschafter Grewe, Paris (NATO), über die Sitzung des Ständigen NATO-Rats, daß nach Auffassung der Vertreter Belgiens, Großbritanniens, Kanadas, Italiens, der Niederlande und der USA „Handelsschiffen in Friedenszeiten ‚innocent passage‘ gewährt werden müsse, ob diese nun durch ägyptisches Territorialgewässer führe oder nicht. Wenn diese Forderung aus [dem] Abkommen über das Küstenmeer und die Anschließzonen vom 27.4.1958, das VAR nicht unterzeichnet habe, nicht abzuleiten sei, gebe dieses Abkommen doch nur Gewohnheitsrecht wieder, das auch für Golf von Akaba gelte. Danach stelle sich Golf als internationale Schifffahrtsstraße dar. Griechischer Vertreter war demgegenüber der Ansicht, daß der Charakter des Golfes als internationale Schifffahrtsstraße nicht feststehe.“ Vgl. VS-Bd. 2640 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Zur Erklärung der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA vom 25. Mai 1950 vgl. Dok. 136, Anm. 13.

<sup>6</sup> Mit Drahtbericht Nr. 57 vom 22. Mai 1967 berichtete Legationsrat I. Klasse von Eichborn, Amman, daß nach Ansicht der jordanischen Regierung im Grunde „nicht Israel, sondern Jordanien Ziel ägyptisch-syrischer Kampagne“ sei: „Diplomatische Kreise glauben [...], daß künstlich geschaffene Nahostkrise sowjetisch-ägyptisches Ablenkungsmanöver von Plänen um Aden und Südaus-

chen worden. Ähnliche Auffassungen wurden von griechischer und türkischer Seite vorgetragen.

6) Der Rat war sich darüber einig, daß Tatsache und Inhalt der heutigen Diskussion streng vertraulich zu behandeln seien.

7) Wiedergabe der Erklärungen, die im Laufe der Sitzung abgegeben worden sind, folgt gesondert.<sup>7</sup>

[gez.] Grewe

VS-Bd. 2640 (I B 4)

182

### Botschafter Knapstein, Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-12685/67 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 1106

Aufgabe: 24. Mai 1967, 19.10 Uhr  
Ankunft: 25. Mai 1967, 01.12 Uhr

Betr.: Deutsch-amerikanische Konsultationen

Bezug: DE 424 vom 16.5.67 – II A 6-82.00/0/67<sup>1</sup>

1) Der von der amerikanischen Botschaft gemachte Vorschlag regelmäßiger Konsultationen über Fragen der Ostpolitik geht offenbar auf verschiedene Überlegungen zurück:

a) Das State Department ist zunehmend bemüht, mehr über den Fortgang unserer Kontakte zu den osteuropäischen Staaten zu erfahren. Hierbei interessieren insbesondere die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, aber auch unsere Vorstellungen zur Regelung einzelner Probleme wie des Münchener Abkommens<sup>2</sup>, der Grenzfrage und der Berücksichtigung von Berlin.

Unsere Ostpolitik wird nicht nur in ihrer allgemeinen Bedeutung für das Ost-West-Verhältnis gesehen, sondern auch unter dem besonderen Aspekt der eigenen amerikanischen Bemühungen, durch eine „Politik des Brückenschlags“

*Fortsetzung Fußnote von Seite 777*

gang Rotes Meer darstellt. Blockade Schifffahrt im Norden oder Süden bei gleichzeitig feindlicher Haltung Syriens würde für Jordanien praktische Sperre gesamten Außenhandels bedeuten.“ Vgl. VS-Bd. 2576 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 860 des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 24. Mai 1967; VS-Bd. 2640 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967. Für Auszüge vgl. Anm. 4.

<sup>1</sup> Ministerialdirigent Sahm bat die Botschaft in Washington um Stellungnahme zu dem Vorschlag, zur Verbesserung der gegenseitigen „Konsultation in Fragen der Ostpolitik [eine] monatliche Begegnung zwischen Referenten des Auswärtigen Amtes und I. Botschaftssekretär Shaw“ durchzuführen. Ferner werde um Äußerung dazu gebeten, ob „regelmäßige Konsultationen auf Abteilungsleitersebene über alle gemeinsam interessierenden außenpolitischen Fragen (nach Muster unserer regelmäßigen Konsultationen mit Briten und Franzosen) vereinbart werden sollten“. Vgl. Referat II A 6, Bd. 253.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

die Beziehungen der USA zu den osteuropäischen Staaten zu verbessern. Hierbei spielt die Überlegung eine Rolle, wie weit ein Fortschritt in unseren Beziehungen zu diesen Ländern auch eine Entspannung im Verhältnis Osteuropas zu den USA fördern könnte.

Im übrigen ist von Mitarbeitern des State Departments wiederholt geäußert worden, daß die deutschen Vertretungen in Osteuropa über gute Kontakte verfügten und Gespräche über die beiderseitig gewonnenen Informationen wertvoll erschienen.

b) Der amerikanische Wunsch nach einem regelmäßigen Meinungsaustausch ist offensichtlich durch die Harmel-Studien verstärkt worden. Die Amerikaner wollen offenbar die besonderen Probleme der Deutschlandfrage möglichst erst mit uns bilateral erörtern, ehe sie im größeren Kreise der NATO behandelt werden.

c) Der Vorschlag ist möglicherweise auch als Teil der Bemühungen zu sehen, durch eine gemeinsame Meinungsbildung – insbesondere mit dem von einer Neugestaltung der Ost-West-Beziehungen am meisten betroffenen Partner – auch den politischen Zusammenhalt des Bündnisses zu fördern. Durch eine engere Zusammenarbeit innerhalb der Allianz glauben die Amerikaner ferner, einen verstärkten Druck in Richtung auf eine Liberalisierung in Osteuropa ausüben zu können. Rusk und Eugene Rostow haben auf der hiesigen Tagung der Atlantik-Brücke kürzlich die Abstimmung unter den Alliierten als wichtige Voraussetzung für die Lebensfähigkeit der Allianz sowie für neue Initiativen in der Deutschland-Frage besonders hervorgehoben (vgl. Schriftbericht II A 6-82.00-625/67 vom 23. 5. 67 VS-NfD<sup>3</sup>).

2) Es liegt in der Natur des komplizierten Vorganges, der schließlich zur Formung amerikanischer politischer Entscheidungen führt, daß deren Rückwirkungen – z. B. im Falle einer zu hastigen und ohne Koordination mit anderen Interessenten vorangetriebenen Entspannungspolitik – auf die europäischen Verbündeten und auf den Zusammenhalt der Allianz manchmal nicht voll einkalkuliert worden sind. Wie die Erfahrung mit dem NV-Vertrag gezeigt hat, macht dies einen offenen und rechtzeitigen Meinungsaustausch gerade auch bei unterschiedlicher Beurteilung der Lage um so notwendiger. Dabei sollten auch wir bestrebt sein, uns durch eigene Initiativen rechtzeitig in die amerikanische Entspannungspolitik einzuschalten.

Daher scheint mir jede Vertiefung des laufenden Meinungsaustausches erwünscht, insbesondere, wenn es gelänge, dabei in stärkerem Maße als bisher noch im Stadium der Meinungsbildung Kenntnis von den amerikanischen Überlegungen zu erhalten.

Regelmäßige Konsultationen auf Abteilungsleiterebene wären ebenfalls nützlich. Diese Frage wird von amerikanischer Seite sicher auch unter dem Gesichtspunkt unserer bereits bestehenden Konsultationsabsprachen mit Groß-

<sup>3</sup> Für den Schriftbericht des Botschafters Knapstein, Washington, vgl. Referat II A 6, Bd. 253. Für einen Auszug vgl. Anm. 6 sowie Dok. 166, Anm. 5.

Die V. Deutsch-Amerikanische Konferenz der „Atlantik-Brücke“ und des „American Council on Germany“ fand vom 9 bis 12. Mai 1967 in Washington statt.

britannien<sup>4</sup> und insbesondere mit Frankreich<sup>5</sup> gesehen. Wir sollten im Hinblick auf unsere Kritik an der Handhabung der Konsultation durch die Amerikaner in der jüngsten Vergangenheit vermeiden, daß uns von amerikanischer Seite der Vorwurf gemacht werden könnte, nun unsererseits nicht alles getan zu haben, um die Konsultation zu verbessern. Ob alle diese Konsultationen allerdings zeitlich („quantitativ“) festgelegt werden und ob sie hier oder in Bonn stattfinden sollen, scheint mir weniger wichtig zu sein, als daß es dabei nicht nur beim Austausch von Informationen über mehr oder weniger feststehende Regierungspositionen bleibt, sondern daß es dabei zu wirklich offener und tiefgründiger Diskussion der gegenseitigen Vorstellungen – möglichst auch auf höherer Ebene – kommt, also zu dem, was der Bundeskanzler einmal „qualitative Konsultation“ nannte.

Ich würde es begrüßen, wenn ein leitender Beamter des AA – z.B. Ministerialdirektor Ruete – demnächst zur Besprechung dieser Fragen auf ein oder zwei Tage nach Washington kommen könnte.

3) Wie ich seit längerem mehrfach berichtet habe, stößt vor allem unsere neue Deutschlandpolitik hier überall auf großes Interesse. Unsere Bereitwilligkeit, neue Wege zu gehen und auch Kontakte mit Behörden der Zone nicht zu scheuen, ohne das Regime als solches anzuerkennen, entspricht weitgehend hiesigen, seit längerem gehegten, von uns jedoch noch bis vor kurzem abgelehnten Vorstellungen einer größeren Flexibilität und wird daher überwiegend begrüßt. Zur Wirksamkeit dieser Politik benötigen wir jedoch nicht nur amerikanisches Verständnis und Vertrauen, sondern von Fall zu Fall auch aktive amerikanische Unterstützung gegenüber den Sowjets. Nur Washington kann es diesen klarmachen, daß sie – um die Früchte der Entspannung zu ernten – auch ihrerseits auf die Zonenmachthaber einwirken müßten, uns gegenüber kooperativer zu werden. Dieser Gedanke ist von mehreren Bundestagsabgeordneten anlässlich der Tagung der Atlantik-Brücke – entsprechend einer ihnen mitgegebenen Anregung des Bundeskanzlers – bereits zur Sprache gebracht worden.<sup>6</sup> Unsere Vorstellungen über unsere neue Deutschlandpolitik

<sup>4</sup> In einem Notenwechsel vom 18. Oktober bzw. 19. November 1965 äußerten die Bundesregierung und die britische Regierung ihre Bereitschaft zu einer Verstärkung der politischen Konsultationen. Nach Informationen des Leiters des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, vereinbarten Bundeskanzler Erhard und der britische Premierminister Wilson am 24. Mai 1966, „etwa einmal im Jahr“ zu bilateralen Gesprächen zusammenzukommen. Vgl. dazu AAPD 1966, I, S. 703, Anm. 23.

Zur ersten deutsch-britischen Konsultation auf Abteilungsleiterenebene am 1./2. Dezember 1966 vgl. AAPD 1966, II, Dok. 388.

<sup>5</sup> Im Rahmen des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vereinbarten die Bundesregierung und die französische Regierung regelmäßige Konsultationen zwischen Bundeskanzler und Staatspräsident (zweimal jährlich), zwischen den beiden Außenministern (vierteljährlich) und zwischen den Abteilungsleitern (monatlich). Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 707.

<sup>6</sup> Am 23. Mai 1967 berichtete Botschafter Knapstein, daß die Ostpolitik der Bundesregierung während der 5. Deutsch-Amerikanischen Konferenz von einigen Bundestagsabgeordneten angesprochen worden sei: „Auf die Frage des Abgeordneten Schmidt, wie die amerikanische Regierung diese beurteile, entgegnete Rusk, er halte diese Politik für gut. Das Ausbleiben von Fortschritten in der Wiedervereinigungsfrage sei auch auf die frühere Konfrontationspolitik zurückzuführen. [...] Die Frage des Abgeordneten Blumenfeld, ob die Vereinigten Staaten mit ihren Verbündeten zu neuen Initiativen in der Deutschland-Frage bereit wären, beantwortete Rusk mit einem freimütigen ‚Ja‘. Eine wichtige Voraussetzung hierfür sei allerdings die Abstimmung unter den Alliierten.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 625; Referat II A 6, Bd. 253.

sind hier jedoch noch zu wenig bekannt. Bisher liegen auf diesem Bereich – außer der Regierungserklärung<sup>7</sup> – im wesentlichen nur öffentliche Äußerungen von Regierungsseite sowie einzelne praktische Maßnahmen von Fall zu Fall vor. Eine wirkliche „Konsultation“ mit den Amerikanern hat m.W. – außer sehr am Rande anlässlich des Besuches des Bundesministers sowie MD Diehl, zu Anfang des Jahres<sup>8</sup> – noch nicht stattgefunden. Auch wenn unsere Deutschlandpolitik noch nicht im einzelnen in einer offiziellen Regierungsposition festgelegt ist, wäre es wichtig, auf möglichst höherer Ebene, bald mit den Amerikanern über unsere Grundgedanken zu sprechen, damit nicht der Eindruck entsteht, als seien wir bereit, in dieser Frage u.U. auch ohne Konsultation unsere eigenen Wege zu gehen. Die große prinzipielle Bedeutung, die hier z.B. der Entscheidung, den Stoph-Brief anzunehmen<sup>9</sup>, beigemessen wird, hat dies erneut deutlich gemacht. Wie ich u.a. mit Drahtbericht 3076 vom 27.12.1966 VS-v<sup>10</sup> ausgeführt habe, besteht eine gewisse Gefahr, daß die Amerikaner – bei aller Bereitwilligkeit, uns bei der Regelung der innerdeutschen Fragen weitgehend die Initiative zu überlassen – bei zu überraschenden Entscheidungen unsererseits doch ihr eigenes Interesse als in Europa engagierter Großmacht und als einer der vier für Deutschland verantwortlichen Mächte vernachlässigt sehen könnten. Wir sollten daher auch aus diesem Grunde in unserer gesamtdeutschen Politik nur in engster Fühlung mit den USA vorgehen. Vielleicht wäre das Abendessen der vier Außenminister in Luxemburg<sup>11</sup> eine Gelegenheit für

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vom 13. Dezember 1966 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

<sup>8</sup> Zum Besuch des Bundesministers Brandt vom 7. bis 11. Februar 1967 in Washington vgl. Dok. 48. Zu den Gesprächen des Ministerialdirektors Diehl vom 21. bis 27. Januar 1967 in Washington vgl. Dok. 40.

<sup>9</sup> Am 10. Mai 1967 regte der Vorsitzende des Ministerrats der DDR in einem Schreiben an Bundeskanzler Kiesinger die Aufnahme von Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der Regierung der DDR „über die Aufnahme normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten“ an. In diesen Verhandlungen könnten ferner die Fragen des Gewaltverzichts, der bestehenden Grenzen in Europa, der Halbierung der Rüstungsausgaben der Bundesrepublik und der DDR sowie des Verzichts auf Besitz, Verfügungsgewalt oder Beteiligung an der Verfügungsgewalt über Atomwaffen erörtert werden. Für den Wortlaut vgl. DZD V/1, S. 1115–1117.

Am 12. Mai 1967 wurden die diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik angewiesen, auf entsprechende Anfragen zu erklären: „Im Interesse Bemühung um innerdeutsche Kontakte Kenntnisnahme sowjetzonaler Antwort auf Regierungserklärung 12.4. erforderlich. Es handelt sich dabei um rein innerdeutschen Vorgang. Wir bleiben dabei, daß anderer Teil Deutschlands kein Ausland und Regime nicht vom Willen Bevölkerung getragen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 9 des Ministerialdirigenten Sahm; Referat II A 1, Bd. 695.

<sup>10</sup> Botschafter Knapstein, Washington, sprach sich angesichts der „innenpolitische[n] Motivation der amerikanischen Ostpolitik, welche die Administration immer wieder in Versuchung führt, die Entspannungspolitik [...] höher zu spielen, als verhandlungstaktisch opportun ist“, für eine „ständige und offene Konsultation“ zwischen der Bundesregierung und der amerikanischen Regierung aus: „Dabei kommt es aber sehr darauf an, rechtzeitig eigene konstruktive Gedanken und Alternativen zu entwickeln und sich nicht auf den Vortrag von Bedenken zu beschränken. Wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, als stünden wir einer richtig verstandenen Entspannungspolitik im Wege, sondern sollten uns durch eigene Initiativen im Rahmen unserer Möglichkeiten selber in diese Entspannungspolitik einschalten. Damit würden wir uns auch einen möglichen Einfluß auf die amerikanischen Entspannungsbemühungen sichern. Ohne eine solche eigene Entspannungspolitik bestünde stets die Gefahr, daß der amerikanische Partner versuchen könnte, die Konsultation auf ein Mindestmaß zu beschränken oder zu spät vorzunehmen.“ Vgl. VS-Bd. 4267 (II A 6); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>11</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Brandt mit seinen Amtskollegen Brown (Großbritannien), Couve de Murville (Frankreich) und Rusk (USA) am 13. Juni 1967 vgl. Dok. 219.

den Bundesminister, unsere Überlegungen zur Deutschlandfrage zur Diskussion zu stellen und eine weitere Vertiefung durch Konsultationsgespräche in den Hauptstädten anzuregen. Wenn von amerikanischer Seite auch wahrscheinlich keine entsprechende Frage gestellt würde und man seit dem letzten Zusammentreffen der vier Außenminister in Paris<sup>12</sup> offiziell die Haltung einnimmt, daß es sich hierbei um innerdeutsche Angelegenheiten handele, deren Regelung uns obliege, so sollte dies doch nicht über das große Interesse an unseren Absichten und über die Notwendigkeit einer Abstimmung mit den Amerikanern hinwegtäuschen.

Sicherlich sollte auch der Bundeskanzler bei seinem Besuch in Washington<sup>13</sup> mit dem Präsidenten und Rusk eingehend über die Deutschlandfrage sprechen.<sup>14</sup>

[gez.] Knapstein

VS-Bd. 4270 (II A 6)

<sup>12</sup> Zum Gespräch vom 14. Dezember 1966 vgl. AAPD 1966, II, Dok. 399.

<sup>13</sup> Bundeskanzler Kiesinger hielt sich am 15./16. August 1967 in Washington auf. Für die Gespräche mit Präsident Johnson vgl. Dok. 301 und Dok. 304. Zum Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Rusk vgl. Dok. 302.

<sup>14</sup> Am 8. Juni 1967 verwies Ministerialdirektor Ruete darauf, daß deutsch-amerikanische Konsultationen „bereits von Fall zu Fall in aller Offenheit“ stattfänden: „Eine Institutionalisierung erscheint nicht praktisch, insbesondere nicht auf der vorgeschlagenen Ebene. Vielmehr sollte die gegenseitige Unterrichtung wie bisher nach Maßgabe der anfallenden Probleme erfolgen. Zusätzlich könnte erwogen werden, diese durch gelegentliche Abstimmungen auf Abteilungsleiterebene zwischen dem Auswärtigen Amt und dem State Department zu ergänzen.“ Dazu vermerkte Vortragender Legationsrat Marré am 8. August 1967 handschriftlich: „Ich habe Herrn Sutterlin bei meinem Besuch am 4.8. auf den normalen Informationsaustausch verwiesen. Eine Institution erschiene nicht ratsam. Herr S[utterlin] nahm diese Bemerkungen ohne Widerspruch zur Kenntnis. Dg II A ist unterrichtet.“ Vgl. VS-Bd. 4270 (II A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

**Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-12698/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 866**

**Aufgabe: 25. Mai 1967, 13.10 Uhr**  
**Ankunft: 25. Mai 1967, 14.30 Uhr**

Im Anschluß an Schriftbericht vom 24. Mai 1967, AZ.: 20-10-5-1959/67 geh.<sup>1</sup>

Betr.: Nichtverbreitungs-Vertrag

hier: Erklärung Botschafter Clevelands vor dem NATO-Rat  
 am 24. Mai 1967

I. In Ratssitzung am 24. Mai berichtete Botschafter Cleveland über amerikanische-sowjetische Gespräche seit Wiederbeginn der Genfer Abrüstungskonferenz. Wegen Zeitmangels gab er in seiner mündlichen Erklärung nur einen zusammenfassenden Überblick. Den vorbereiteten Text einer vollständigen schriftlichen Erklärung verteilte er anschließend.

Clevelands mündliche Ausführungen enthielten folgende Punkte:

- 1) Der von den Sowjets vorgelegte neue Entwurf<sup>2</sup> unterscheide sich in einigen Punkten von dem letzten amerikanischen Entwurf.
- 2) Amerikaner betrachteten neuen sowjetischen Text und von Roschtschin dazu abgegebene Erklärungen als erste amtliche sowjetische Antwort auf neue amerikanische Formulierungen. Ob in dieser Antwort verhärtete sowjetische Haltung zu sehen sei oder ob sie bloßen Versuch darstelle, Verhandlungsposition zu verbessern, werde abzuwarten sein. Jedenfalls scheine es, daß sowjetische Seite derzeit in einem gewissen Umfang flexibel taktiere.
- 3) Obgleich sowjetische Antwort enttäuschend sei, enthielte sie keine Überraschungen. Sowjetische Opposition gegen amerikanische Vorschläge zu Artikel III<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Botschafter Grewe, Paris (NATO), übermittelte den Text der Erklärung seines amerikanischen Amtskollegen Cleveland vom selben Tag. Darüber hinaus war eine Synopse des amerikanischen Entwurfs vom 25. April 1967 für ein Nichtverbreitungsabkommen, der Botschafter Schnippenkötter am 14. April 1967 in Washington übergeben wurde, und des sowjetischen Entwurfs vom 20. Mai 1967 sowie eine Zusammenstellung der Unterschiede beider Entwürfe beigefügt. Vgl. VS-Bd. 4094 (II B 1).

<sup>2</sup> Am 22. Mai 1967 übermittelte Botschafter von Keller, Genf (Internationale Organisationen), den Wortlaut des sowjetischen Entwurfs für ein Nichtverbreitungsabkommen vom 20. Mai 1967. Zu den darin enthaltenen Gegenvorschlägen teilte er u. a. mit: „Artikel III (Sicherheitskontrollen) ist unverändert. Die Sowjets beharren auf einheitlichem Kontrollsystem. EURATOM laufe auf ‚closed system‘, Selbstkontrolle und Diskriminierung hinaus. [...] Artikel IV, Abs. 2 (im sowjetischen Text nunmehr Artikel VI Abs. 2): unverändert. Die Sowjets bestehen auf dem Veto der Kernmächte. Nach amerikanischer Auffassung wollen sie auf jeden Fall vermeiden, daß Artikel I und II Gefahr laufen, geändert zu werden. Amerikaner haben den Eindruck, daß den Sowjets die Vetofrage noch wichtiger ist als die Frage der Sicherheitskontrollen. [...] In den Präambelsatz zur nuklearen Abrüstung brachten die Sowjets drei neue Punkte ein: die Einstellung der Produktion von Kernwaffen, das Kernwaffen-Einsatzverbot (ban the bomb) und die Zerstörung aller vorhandenen Kernwaffenvorräte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 437; VS-Bd. 4115 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des Artikels III (Kontrollartikel) des amerikanischen Entwurfs vom 25. April 1967 für ein Nichtverbreitungsabkommen, der Botschafter Schnippenkötter am 14. April 1967 in Washington übergeben wurde, vgl. den Drahtbericht Nr. 847; VS-Bd. 10081 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967. Für Auszüge vgl. Dok. 131, Anm. 10–12.

und Artikel IV, 2<sup>4</sup> sei vor auszusehen gewesen. Ebenso hätte erwartet werden können, daß Sowjets amerikanische Klausel über friedliche Kernexplosionen annehmen würden.

4) Wiedervorlage Kossygin-Vorschlags<sup>5</sup> stelle zwar Abgehen von in letzter Zeit befolgter sowjetischer Haltung dar; es gebe aber Anzeichen, daß Sowjets Kossygin-Vorschlag nur aus taktischen Gründen wieder vorgebracht hätten. Man müsse berücksichtigen, daß Sowjets gezwungen worden seien, zu verschiedenen Formulierungen, die die Amerikaner auf Wunsch ihrer Alliierten vorgebracht hätten, Stellung zu nehmen. Sowjets hielten es nun wahrscheinlich ihrerseits für notwendig, Vorschläge vorzulegen, die die Ansichten ihrer Alliierten wiedergäben.

5) Das sowjetische Schweigen zu amerikanischen Interpretationen<sup>6</sup> und die konstruktiven und gemäßigten Eröffnungserklärungen Roschtschins<sup>7</sup> ließen die Deutung zu, daß Sowjets weiterhin das Projekt zum Erfolg führen möchten.

6) Hinsichtlich Änderungsklausel wünschten Sowjets offensichtlich, daß der Genfer Konferenz vorher vereinbarter Text vorgelegt werde. Amerikaner beabsichtigten weiterhin, auf Zweckmäßigkeit der Formulierungen des Weltraum-Vertrags<sup>8</sup> hinzuweisen, wobei möglicherweise das Zustandekommen von Vertragsänderungen von der Zustimmung einer Zweidrittel-Mehrheit, nicht einer einfachen Mehrheit abhängig gemacht werden solle!

7) Amerikaner beabsichtigten ferner, ihre starke Opposition gegen Kossygin-Vorschlag zum Ausdruck zu bringen.

8) Amerikaner sähen keine Aussichten für baldige Einigung mit Sowjets über Kontrollartikel. Sie glaubten, daß Inhalt des neuen sowjetischen Artikels V<sup>9</sup> (über das Recht der kernwaffenfreien Staaten auf friedliche Nutzung) in den

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Artikels IV, Absatz 2 (Revisionsklausel) des amerikanischen Entwurfs für ein Nichtverbreitungsabkommen, der Botschafter Knapstein, Washington, am 31. März 1967 übergeben wurde, vgl. Dok. 171, Anm. 3.

<sup>5</sup> Zum Vorschlag des Ministerpräsidenten Kossygin vom 1. Februar 1966 vgl. Dok. 121, besonders Anm. 4.

Artikel IV des sowjetischen Entwurfs vom 20. Mai 1967 für ein Nichtverbreitungsabkommen: „Nuclear-weapon states party to this treaty undertake never and under no circumstances to use or threaten to use nuclear weapons against non-nuclear-weapon states which undertake not to produce or acquire nuclear weapons, and which have no nuclear weapons in their respective territories.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 437 des Botschafters von Keller, Genf (Internationale Organisationen) vom 22. Mai 1967; VS-Bd. 4115 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 153, Anm. 4.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Leiters der sowjetischen Delegation bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission vom 18. Mai 1967 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1967, S. 217–223.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Artikels XV des Vertrags über die friedliche Erforschung und Nutzung des Weltraums vom 19. Dezember 1966 vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D5.

<sup>9</sup> Artikel V des sowjetischen Entwurfs für ein Nichtverbreitungsabkommen vom 20. Mai 1967: „Nothing in this treaty shall be interpreted as affecting the inalienable right of all the parties to the treaty to develop research, production and use of nuclear energy for peaceful purposes without discrimination and in conformity with articles I and II of this treaty, as well as the right of the parties to participate in the fullest possible exchange of information for and to contribute, alone or in cooperation with other states, to the further development of the applications of nuclear energy for peaceful purposes.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 437 des Botschafters von Keller, Genf (Internationale Organisationen), vom 22. Mai 1967; VS-Bd. 4115 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.



Kontrollartikel gehöre, weil er als Beweggrund zur Annahme von Kontrollen gelten solle.

9) Amerikaner wollten weitere Beurteilung der Verhandlungslage erst geben, wenn sie Gelegenheit gehabt hätten, den Grad der sowjetischen Flexibilität zu prüfen. Sie glaubten, daß sie sich bei ihrem weiteren Vorgehen an die Linie halten könnten, die sie am 17. Mai vor dem NATO-Rat<sup>10</sup> dargelegt hätten. Sie würden den Rat weiterhin laufend informieren.

II. Text der vollständigen Erklärung sowie eine von Amerikanern verteilte neue Synopse der amerikanischen und sowjetischen Entwürfe und eine Zusammenstellung der unterschiedlichen Positionen sind mit Kurier vom 24. Mai übersandt worden.<sup>11</sup>

[gez.] Grewe

VS-Bd. 4094 (II B 1)

## 184

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete

II A 7-83.03-1708/67 VS-vertraulich

26. Mai 1967<sup>1</sup>

Betr.: Stand der Harmel-Studie

I. Der Ausschuß zur Überprüfung der künftigen Aufgaben der Allianz, der bei der NATO-Ministerratssitzung im Dezember 1966 eingesetzt wurde<sup>2</sup>, hat inzwischen seine Arbeiten aufgenommen. Es wurde ein Sonderausschuß unter Vorsitz von Generalsekretär Brosio gebildet, der die weiteren Arbeiten koordinieren und überwachen wird. Ferner wurden vier Unterausschüsse zu folgenden Einzelthemen eingesetzt<sup>3</sup>:

<sup>10</sup> Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 17. Mai 1967 vgl. Dok. 171.

<sup>11</sup> Am 26. Mai 1967 notierte Ministerialdirektor Ruete über den sowjetischen Entwurf eines Nichtverbreitungsabkommens vom 20. Mai 1967, der Gegensatz zwischen der amerikanischen und der sowjetischen Position sei „zur Zeit so groß, daß im Augenblick noch kein Weg zu sehen ist, wie er überbrückt werden könnte. [...] Es besteht die Möglichkeit, daß die Verhandlungen in Genf weiter stagnieren. Die Sowjets haben durch die Aufnahme des Kossygin- und des ‚ban the bomb‘-Vorschlags direkte amerikanisch-sowjetische Differenzpunkte auf Gebieten geschaffen, auf denen zwischen den Amerikanern und ihren Verbündeten keine Meinungsverschiedenheiten bestehen. Damit ist es fürs erste erschwert, primär die EURATOM-Frage für die unbefriedigende Konferenzlage verantwortlich zu machen.“ Ruete schlug vor, die Entwicklung der Verhandlungen abzuwarten und sich mit Äußerungen in der Öffentlichkeit völlig zurückzuhalten. Vgl. VS-Bd. 4094 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Behrends und von Legationsrat I. Klasse Verbeek konzipiert.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 60, Anm. 4.

<sup>3</sup> Am 6., 13. und 17. März 1967 erörterte der Sonderausschuß zum Studium der zukünftigen Aufgaben der NATO die zu untersuchenden Themen und beschloß die Einsetzung von Unterausschüssen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 401 des Gesandten Oncken, Paris (NATO), vom 6. März 1967; VS-Bd. 1661 (201); B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. dazu ferner die Aufzeichnung des Referats II A 7 vom 19. April 1967; VS-Bd. 1657 (201); B 150, Aktenkopien 1967.

- 1) Die politischen Ziele der Allianz in bezug auf die
  - a) Ost-West-Beziehungen im allgemeinen
    - Berichterstatter: Mr. J.A. Watson, Assistant Under Secretary of State, Foreign Office – Großbritannien
  - b) die europäische Sicherheit, das Deutschlandproblem und die Art eines „European Settlement“
    - Berichterstatter: Staatssekretär Schütz
- 2) Die Beziehungen unter den Alliierten, Verstärkung der Bande zwischen den Mitgliedstaaten, Möglichkeiten einer innereuropäischen Zusammenarbeit in der Allianz
  - Berichterstatter: P. H. Spaak, Belgien
- 3) Verteidigungspolitik
 

Kollektive und regionale Sicherheit, Strategie, Streitkräfte, Ost-West-Übereinkommen über Streitkräfteverminderungen, nukleare Übereinkommen

  - Berichterstatter: F. Kohler, Deputy Under Secretary of State, USA
- 4) Entwicklungen in Regionen außerhalb des NATO-Bereichs
  - Berichterstatter: Dr. Patijn, Niederlande

II. Die Harmel-Studie gibt Gelegenheit zu einer gründlichen Überprüfung der Lage in der Allianz, wie sie sich schon früher – so bei dem Bericht der „Drei Weisen“ im Jahre 1956<sup>4</sup> – als nützlich erwiesen hat. Bei vielen NATO-Partnern (z.B. bei den Dänen, Niederländern, Briten und Belgiern) steht die publizistische Wirkung der Harmel-Studie im Vordergrund des Interesses. Einige Regierungen versprechen sich zudem von der Beschäftigung der NATO mit Fragen der Entspannung günstige Auswirkungen auf die öffentliche Meinung ihrer Länder. Ob die Harmel-Studie ein Unternehmen bleibt, das von den NATO-Regierungen nur mit halbem Ernst und mit deutlichem Blick auf die öffentliche Meinung durchgeführt wird, oder ob sie sich zu einer ernsthaften Prüfung der Allianz und ihrer Rolle in der Ost-West-Politik und bei der Herstellung einer „Europäischen Friedensordnung“ entwickelt, läßt sich zur Zeit noch nicht erkennen.

Für uns ist die Harmel-Studie eine Gelegenheit, unsere Vorstellungen zur Deutschlandfrage und zur europäischen Friedensordnung unseren Verbündeten nahe zu bringen. Dabei wirkt es sich als günstig aus, daß uns die Berichterstattung zu dieser Frage in Untergruppe I übertragen worden ist.

III. Die Diskussion in der Untergruppe I war bisher recht abstrakt. Hervorzuheben sind jedoch folgende Punkte:

<sup>4</sup> Am 5. Mai 1956 beschloß der NATO-Ministerrat in Paris die Einsetzung eines von den Außenministern Italiens, Norwegens und Kanadas, Martino, Lange und Pearson, geleiteten Ausschusses, der Empfehlungen zur Erweiterung der Zusammenarbeit der NATO-Mitgliedstaaten auf nichtmilitärischem Gebiet ausarbeiten sollte. In ihrem auf der NATO-Ministerratstagung vom 11. bis 14. Dezember 1956 in Paris gebilligten Bericht regten die „Drei Weisen“ u.a. eine verstärkte politische Konsultation sowie ein Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen NATO-Mitgliedstaaten an. Für den deutschen Wortlaut des Berichts vgl. EUROPA-ARCHIV 1957, S. 9560–9571.

## 1) Entspannung

Man war allgemein der Ansicht, daß Entspannung nicht Ziel der westlichen Politik sei, sondern nur ein Weg, Prozeß, Instrument oder Durchgangsphase. Ziel der westlichen Politik müsse ein gerechtes, dauerhaftes „European Settlement“ sein.

Verschiedentlich wurde darauf hingewiesen, daß der Osten die NATO spalten wolle, indem er gegenüber einigen Staaten der NATO eine verbindliche Haltung einnehme, andere – z.B. uns und die USA – aber scharf angreife. Die Ansicht war allgemein und deutlich ausgeprägt, daß die Entspannung unteilbar sei und sich auf alle NATO-Mitglieder erstrecken müsse.

## 2) Bilaterale und multilaterale Ost-West-Kontakte

Der amerikanische Vertreter<sup>5</sup> sagte, wenn auch die Entspannung „unteilbar“ sei, dürften bilaterale Ost-West-Kontakte, die die Entspannung förderten, doch nicht ausgeschlossen sein. Während die Belgier in einer Überschneidung der bilateralen und multilateralen Interessen bei Kontakten zum Osten überhaupt kein Problem sehen wollten, waren alle andern der Ansicht, daß bei einer Zunahme bilateraler Ost-West-Kontakte die Harmonisierung in der NATO verbessert werden müsse. Betont wurde häufig, daß die Information oder Konsultation nicht erst post festum erfolgen dürfe.

IV. Die Untergruppen 2, 3 und 4 haben bisher die ihnen übertragenen Themen nur einleitend erörtert.

In der Untergruppe 2 besteht weitgehendes Einvernehmen, daß der im Dezember 1956 vom NATO-Rat angenommene Bericht der „Drei Weisen“, der die Grundsätze und Verfahren der politischen Zusammenarbeit in der NATO behandelt, auch heute noch gültig ist und keiner Verbesserung bedarf. Die besonders schwierige Frage der innereuropäischen Zusammenarbeit innerhalb der Allianz wurde bisher nur am Rande erörtert. Die ungeklärte Lage in Europa – Haltung de Gaulles, EWG-Beitritt Großbritanniens, bevorstehende Konferenz in Rom<sup>6</sup> – ließ es als ratsam erscheinen, die Behandlung dieser Frage zurückzustellen.

Spaak wird in eigener Verantwortung einen Berichtsentwurf ausarbeiten, von dem sich namentlich Amerikaner und Niederländer aufschlußreiche Ergebnisse erhoffen.

Untergruppe 3 hat aufgrund eines deutschen Vorschlags den Begriff „Sicherheitspolitik der Allianz“ als Oberbegriff eingeführt. Er soll die beiden Kategorien von Maßnahmen, welche die Sicherheit der Allianz gewährleisten können, zusammenfassen:

- a) Verteidigungspolitik (Aufbau der Streitkräfte und Erhaltung der Abschreckung)
- b) Maßnahmen der Rüstungskontrolle und Abrüstung, aufgrund von Vereinbarungen mit dem potentiellen Gegner oder auf dem Wege des gegenseitigen Beispiels.

<sup>5</sup> Vertreter der USA in der Untergruppen 1(a) und 1(b) waren Zbigniew Brzezinski bzw. Helmut Sonnenfeldt.

<sup>6</sup> Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten am 29./30. Mai 1967 anlässlich des 10. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge vgl. Dok. 197.

Die Untergruppe sieht nunmehr ihre Aufgabe in der Beantwortung der folgenden noch nicht fixierten Fragestellung:

„Was sind die wesentlichen Elemente einer Sicherheitspolitik, die sich sowohl auf Verteidigungs- wie auf Rüstungskontrollpolitik stützt, wenn sie

- wie bisher Sicherheit und Freiheit des Westens als unabdingbare Grundlage für politische Lösungen verbürgen und
- möglichst auch einen direkten Beitrag zu den umfassenden politischen Zielen der Allianz, insbesondere einer dauerhaften europäischen Friedensordnung, leisten soll?“

In Untergruppe 4 legte der niederländische Berichterstatter Prof. Patijn einen Themenkatalog vor, der allgemein als zu theoretisch betrachtet wurde. Als Hauptproblem der NATO-Zusammenarbeit in Regionen außerhalb des NATO-Bereichs bezeichnete er, daß die USA dort zu große Lasten trügen, während die übrigen Alliierten sich ihren Verpflichtungen in der Dritten Welt nach und nach entzögen. Von der Mehrheit der Ausschußmitglieder wurde ihm entgegengehalten, daß die einzelnen NATO-Staaten in der Dritten Welt unterschiedliche Interessen hätten, die von ihrem Potential, sowie ihren historischen und wirtschaftlichen Bindungen zu diesen Gegenden bestimmt seien. Hauptaufgabe der NATO sei es, insoweit einen Interessenausgleich zu finden.

Prof. Patijn stellte ferner utopische Forderungen in bezug auf die Möglichkeiten der NATO-Staaten auf, ihre Politik in allen Teilen der Welt auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Auch dem wurde widersprochen. Dies ist besonders auch deswegen notwendig, da eine Enttäuschung zu hochgesteckter Hoffnungen sich für die NATO eher nachteilig auswirken kann.

V. Generalsekretär Brosio wird in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Sonderausschusses, der die Arbeiten der Unterausschüsse koordiniert, dem NATO-Ministerrat in Luxemburg ein[en] Zwischenbericht erstatten, in dem er die bisherigen Fortschritte und das gewählte Verfahren kurz schildern wird.<sup>7</sup> Zur Substanz der Studie wird er sich voraussichtlich noch nicht äußern.

VI. Die Franzosen haben bisher ohne Vorbehalt bei der Harmel-Studie mitgearbeitet. Es sind jedoch Schwierigkeiten mit den Franzosen zu befürchten, wenn die Untergruppe 1 – wie es wünschenswert wäre – die Ausarbeitung präziser, für die NATO-Regierungen verbindlicher Grundsätze für ihre Politik in Ost-West-Fragen und die Aufgaben der Allianz in diesem Bereich in Angriff nehmen sollte.

Es wird daher vorgeschlagen, daß der Herr Bundesminister die Harmel-Studie insbesondere mit dem französischen Außenminister<sup>8</sup> bespricht und versucht, nähere Aufschlüsse über die französische Haltung hierzu zu gewinnen, sowie

<sup>7</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Juni 1967 in Luxemburg vgl. Dok. 220.

Für den Wortlaut des Zwischenberichts des Sonderausschusses zum Studium der zukünftigen Aufgaben der NATO vom 30. Mai 1967 vgl. VS-Bd. 1657 (201).

<sup>8</sup> Maurice Couve de Murville.

auf den französischen Außenminister dahin einwirkt, daß die Franzosen unsere Auffassungen – insbesondere in Untergruppe 1 – unterstützen.<sup>9</sup>

Hiermit in Abwesenheit des Herrn Staatssekretärs unmittelbar<sup>10</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>11</sup> als Unterlage für die Gespräche vorgelegt, die er anlässlich der bevorstehenden Konferenz in Rom führen wird.

Ruete

VS-Bd. 1657 (II A 7)

## 185

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete

II A 5-82.00-94-/645/67 VS-vertraulich

26. Mai 1967<sup>1</sup>

Betr.: Stand und Fortentwicklung unseres Verhältnisses zu den östlichen Nachbarn

#### I. Stand im allgemeinen

Unsere Bemühungen, diplomatische Beziehungen zu den östlichen Nachbarn aufzunehmen und dadurch unser Verhältnis zu ihnen zu verbessern, sind ins Stocken geraten. Seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Rumänien ist es Ostberlin und Warschau, unterstützt von Moskau, gelungen, diejenigen osteuropäischen Staaten, die noch Anfang dieses Jahres die Bereitschaft erkennen ließen, mit uns ebenfalls über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu sprechen, zumindest zu einer Verschiebung neuer Gespräche zu bewegen (ČSSR, Ungarn und Bulgarien).

Die Freundschaftsverträge, die Ostberlin (außer mit Polen) mit der ČSSR und Ungarn abgeschlossen hat<sup>2</sup> und mit Bulgarien noch abschließen wird<sup>3</sup>, stellen unseren Bemühungen theoretisch zwar keine Hindernisse in den Weg, sie wirken praktisch aber als Bremsen. Der Abschluß der Verträge erlegt diesen Staa-

<sup>9</sup> Der Passus „sowie auf den ... unterstützen“ wurde von Bundesminister Brandt hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Ich habe hierüber nur kurz mit Couve sprechen können. Er geht davon aus, daß die Arbeiten an der Studie längere Zeit in Anspruch nehmen werden.“

<sup>10</sup> Der Passus Wörter „in Abwesenheit ... unmittelbar“ wurden von Ministerialdirektor Ruete handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „über den Herrn Staatssekretär“.

<sup>11</sup> Hat Bundesminister Brandt am 29. Mai 1967 vorgelegen.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Kastl konzipiert.

<sup>2</sup> Am 15. und am 17. März 1967 schloß die DDR mit Polen bzw. mit der Tschechoslowakei Verträge „über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“. Für den Wortlaut vgl. DzD V/1, S. 740–743 bzw. S. 767–770.

Für den Wortlaut des Vertrages vom 18. Mai 1967 „über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ zwischen der DDR und Ungarn vgl. DzD V/1, S. 1154–1156.

<sup>3</sup> Die DDR und Bulgarien schlossen am 7. September 1967 einen Vertrag „über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“. Für den Wortlaut vgl. DzD V/1, S. 1593–1596.

ten eine Karenzzeit auf, während der sie mit<sup>4</sup> Rücksicht auf Ostberlin und Moskau verpflichtet sind<sup>5</sup>, uns gegenüber Enthaltensamkeit zu üben. Die Moskauer Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der bolschewistischen Revolution<sup>6</sup> können ihnen zusätzliche Solidaritätspflichten auferlegen.

Abgesehen von diesen außenpolitischen Rücksichten halten diese Staaten vielleicht eine hinhaltende Taktik auch deshalb für richtig, weil sie für sich selbst Vorteile erzielen wollen. Seit Bildung der neuen Bundesregierung haben wir immer wieder erklärt, wir wünschten lebhaft, diplomatische Beziehungen zu den östlichen Nachbarn anzuknüpfen. Unsere Erklärungen mögen bei ihnen die Hoffnung erweckt haben und nähren, für die Erreichung dieses Ziels ließen sich uns durch Zuwarten höhere Preise politischer und wirtschaftlicher Art entlocken.

Zwei Indizien sprechen dafür, daß diesen Staaten gleichwohl an der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu uns nach wie vor ernsthaft gelegen ist. Sie deuten dies erstens vertraulich an und vermeiden in der Öffentlichkeit jegliche Festlegung, die ihnen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen auf die Dauer versperren könnte; zweitens sind sie um diskrete Fortführung der Kontakte mit uns bemüht.

## II. Stand im einzelnen

Warschau hat unseren Entspannungsbemühungen von Anfang an offenen Widerstand entgegengesetzt. Während die übrigen osteuropäischen Staaten bisher sorgfältig zwischen der Formalisierung der Beziehungen zu uns, an die sie keine Bedingungen geknüpft haben, und der nachfolgenden umfassenden Normalisierung unterscheiden, an die sie die Erfüllung der bekannten „Bukarester Bedingungen“<sup>7</sup> knüpfen, kehrt Gomulka (wie Ulbricht) diese Reihenfolge um und sucht damit, Fortschritte unserer Entspannungspolitik zu vereiteln. Im Gegensatz zu den übrigen osteuropäischen Staaten hat sich Polen auch nicht zu einem diskreten Dialog mit uns bereitgefunden.<sup>8</sup> Skeptiker fürchten, diese Unnachgiebigkeit werde zumindest andauern, solange Gomulka am Ruder bleibt. Jedenfalls zeigt sich uns heute noch kein Weg der Annäherung.

Prag wünscht, da es sich vorerst die Aufnahme diplomatischer Beziehungen noch nicht leisten zu können glaubt, eine „Übergangslösung“ zu verhandeln; sie müßte jedoch neben dem Abschluß eines Handelsabkommens auch den Austausch von Handelsvertretungen umfassen. Wir werden dies die Tschechen wissen lassen. Mit Rücksicht auf die Kompetenzen unserer späteren Botschaft in Prag werden wir weiterhin auf einer Einigung über die Einbeziehung Berlins bestehen müssen, die Prag bisher verweigert hat.

Budapest hat bislang auf unseren Vorschlag vom 9. März<sup>9</sup>, die Verhandlungen

<sup>4</sup> Korrigiert aus: „die“.

<sup>5</sup> Korrigiert aus: „verpflichten wird“.

<sup>6</sup> 7. November 1967.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der „Bukarester Deklaration“ vom 6. Juli 1966 vgl. DzD IV/12, S. 1061–1071.

<sup>8</sup> Vgl. dazu Dok. 2.

<sup>9</sup> Vgl. dazu Dok. 77, Anm. 6.

Am 14. Dezember 1967 kam Ministerialdirektor Ruete in einem Resümee zu dem Schluß, daß sich die ungarische Haltung verhärtet habe. Ungarn demonstriere „seit Monaten besonders nachdrücklich seine Linientreue gegenüber Moskau“. So sei ein am 9. März 1967 durch Vortragenden

fortzusetzen, noch nicht geantwortet. Nach der kürzlichen Unterzeichnung des Freundschaftsvertrages zwischen Ostberlin und Budapest könnten wir den Ungarn demnächst unsere unveränderte Bereitschaft zu Verhandlungen andeuten. Wir sollten uns freilich hüten, den Eindruck der Ungeduld zu erwecken. (In einer AP-Meldung vom 22.5.1967 heißt es, das ungarische Außenministerium erwarte „die Herstellung diplomatischer Beziehungen kaum vor Frühjahr 1968“).

Sofia wird durch unsere Handelsvertretung im gleichen Sinne Bescheid erhalten und zwar in Fortsetzung des Gesprächs, das BR I Herrmann mit Außenminister Baschew am 1. April<sup>10</sup> führte. Wir müssen allerdings mit einem schleppenden Gang der Kontakte rechnen, da die Unterzeichnung des an sich unterschriftsreifen Freundschaftsvertrages mit Ostberlin noch aussteht. (Eine Weisung an Herrn Herrmann liegt dem Herrn Staatssekretär zur Genehmigung vor.<sup>11</sup>)

### III. Fortentwicklung unseres Verhältnisses

Es fragt sich, welche zusätzlichen Maßnahmen uns aus der gegenwärtigen Flaute helfen können. Nachstehender Katalog von Maßnahmen erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

1) In amtlichen öffentlichen Erklärungen sollten wir die Aufrichtigkeit unseres Entspannungswillens wiederholen, die sich vor allem darin ausdrückt, daß unsere Ostpolitik weder gegen Moskau noch gegen Ostberlin gerichtet ist.

Es fragt sich, ob es nicht taktisch klug und innenpolitisch vertretbar wäre, in künftigen Erklärungen unseren Wunsch nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen in den Hintergrund treten zu lassen und statt dessen unseren Wunsch nach Austausch von Gewaltverzichtserklärungen hervorzuheben. (Dabei sollte allerdings der diesbezügliche Dialog mit Moskau zunächst intensiviert werden.)

2) Es wird sich empfehlen, in nächster Zeit, Reisen osteuropäischer Journalisten in die Bundesrepublik Deutschland zu fördern. Damit wäre unserer eigenen Unterrichtung gedient wie der Unterrichtung der osteuropäischen Führenden.

3) Reisen amtlicher deutscher Vertreter nach Osteuropa nützen, wenn sie aus gegebenem Anlaß (z. B. Messen) unser Interesse an der Förderung der Kontakte zum Osten demonstrieren. Sie schaden, wenn sie falsche Erwartungen erwecken.

Vertreter der Landesregierungen werden sich erfahrungsgemäß nicht an Ostreisen hindern lassen. Die Reisen können das Klima verbessern, doch sollten sie sorgfältig mit dem Auswärtigen Amt abgestimmt sein.

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 790*

Legationsrat I. Klasse Brückner, Budapest, übermitteltes Angebot, die Gespräche über eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen in Budapest oder Bonn fortzusetzen, unbeantwortet geblieben. Der Grund für dieses Verhalten liege allerdings in einer „Zwangslage“ Ungarns, die durch die starke wirtschaftliche und militärische Abhängigkeit von der UdSSR verursacht sei; grundsätzlich bleibe die ungarische Regierung an einer „Vertiefung der Beziehungen“ zur Bundesrepublik interessiert. Vgl. Referat II A 5, Bd. 1048.

<sup>10</sup> Vgl. Dok. 115.

<sup>11</sup> Für den am 9. Mai 1967 konzipierten Drahterlaß vgl. Dok. 161.

4) Bundestagsabgeordnete drängt es mehr und mehr nach dem Osten. Wohl-vorbereitete Gespräche qualifizierter Abgeordneter können durchaus unserer Ostpolitik dienen. Hierbei sollten wir darauf Wert legen, daß Abgeordnete zu-mindest beider Regierungsparteien Gespräche führen, um den östlichen Ge-sprächspartnern nahezubringen, daß die Ostpolitik der Bundesregierung sich auf eine breite parlamentarische Grundlage stützt.

5) Der Wirtschaft als Instrument unserer Ostpolitik kommt besondere Bedeu-tung zu.

Die osteuropäischen Staaten erwarten sich von uns vor allem wirtschaftliche Vorteile. Wir würden ihnen einen wirklichen Anreiz für die Aufnahme diplo-matischer Beziehungen bieten, wenn wir zeigen könnten, daß mit solchen Be-ziehungen wirtschaftliche Vorteile verbunden sind. Ein wichtiger Testfall hier-für werden die bevorstehenden deutsch-rumänischen Wirtschaftsgespräche der repräsentativen rumänischen Delegation<sup>12</sup> und der gemischten deutsch-rumä-nischen Kommission<sup>13</sup> sein. (Der Bundesminister für Wirtschaft<sup>14</sup> ist bereits von dem Herrn Bundesminister auf die Bedeutung der Kontingenterhöhung für rumänische Importe in die Bundesrepublik Deutschland und einer stärker-en Ausdehnung der Teilliberalisierung hingewiesen worden.)

6) Das Verhältnis zu Rumänien werden wir pflegen müssen, ohne jedoch die heikle Stellung Rumäniens im kommunistischen Lager unnötig zu belasten. Diesem Ziel dient u. a. die baldige Festsetzung des Termins für den Gegenbe-such des Herrn Bundesministers in Rumänien<sup>15</sup>, die Einladung des Herrn Bun-destagspräsidenten an rumänische Parlamentarier und unsere Bemühungen, den Sichtvermerkszwang für rumänische Besuchs- und Geschäftsreisen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit aufzuheben<sup>16</sup>.

<sup>12</sup> Vom 29. Mai bis 16. Juni 1967 hielt sich eine rumänische Wirtschaftsdelegation unter Leitung des Stellvertretenden Außenhandelsministers Albescu zu Gesprächen mit der Bundesregierung und Vertretern der Industrie in der Bundesrepublik auf. Dazu vermerkte Ministerialdirektor Harkort am 15. Juni 1967, daß der Besuch „unter reger Beteiligung der am Import rumänischer Erzeug-nisse interessierten deutschen Firmen stattgefunden“ habe: „Es sind Kontrakte zwischen deut-schen Firmen und rumänischen Außenhandelsgesellschaften abgeschlossen worden; im übrigen liegt es nunmehr an der rumänischen Seite, die angebahnten Geschäftsbeziehungen zu deutschen Firmen weiterzuverfolgen.“ Vgl. Referat III A 6, Bd. 264.

<sup>13</sup> Vom 27. Juni bis 4. Juli 1967 fand in Bukarest die erste Phase der Verhandlungen der Gemischten Kommission der Bundesrepublik und Rumäniens statt. Dabei paraphierten die Leiter beider De-legationen, Botschafter z. b. V. Schmidt-Horix und der Abteilungsleiter im rumänischen Außenhan-delsministerium, Petrescu, den Entwurf eines wirtschaftlich-technischen Kooperationsabkom-mens. Ferner wurde der rumänischen Regierung hinsichtlich der Erhöhung der Einfuhrkontingen-te mitgeteilt, daß ein Teil der Warenpositionen bereits liberalisiert worden sei und andere zur Li-beralisierung vorgesehen seien. Vgl. dazu die Aufzeichnung von Schmidt-Horix vom 5. Juli 1967; Referat III A 6, Bd. 266.

<sup>14</sup> Karl Schiller.

<sup>15</sup> Zum Besuch des Bundesministers Brandt vom 3. bis 7. August 1967 in Rumänien vgl. Dok. 292 und Dok. 293.

<sup>16</sup> Dazu führte Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher am 18. Mai 1967 aus, daß es aus politi-schen Gründen wünschenswert sei, hinsichtlich der Vereinfachung des Verfahrens bei der Ertei-lung von Visa an osteuropäische Staatsangehörige gegenüber Rumänien noch weiter zu gehen als gegenüber anderen Ostblockstaaten. Es könne daran gedacht werden, den Sichtvermerkszwang für Besuchs- und Geschäftsreisen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien „auf der Grundlage der Gegenseitigkeit aufzuheben“: „Es ist in unserem Interesse, nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Rumänien den Eindruck zu vermitteln, daß uns an engeren wirtschaftlichen, kul-



7) Die Aufrichtigkeit unseres Willens zur Verbesserung der Beziehungen können wir ferner durch Gesten unterstreichen:

a) Z. B. können wir osteuropäischen Staaten auf dem Gebiet der Zusammenarbeit in internationalen Organisationen entgegenkommen. Z. B. sollten wir nach Auffassung der Abteilung II das Ersuchen Bulgariens, der FAO beizutreten, unterstützen. Ebenso lohnt es sich außenpolitisch, dem Beitritt Polens zum GATT<sup>17</sup> zuzustimmen, sofern unsere wirtschaftlichen Anliegen berücksichtigt werden.

b) Berechtigten Wünschen bilateralen Charakters sollten wir gleichfalls entsprechen. Die ungarische Regierung hat z. B. Individualforderungen ungarischer Staatsangehöriger nach dem Bundesrückerstattungsgesetz angemahnt. Dem Bundesministerium der Finanzen ist empfohlen worden, vorab und unabhängig von der Aufnahme diplomatischer Beziehungen die Bearbeitung des ungarischen Anliegens zu beschleunigen. (Die Entschädigung kann laut Gesetz erst nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen gezahlt werden.<sup>18</sup>)

#### IV. Zusammenfassende Bewertung

Auf längere Sicht ist damit zu rechnen, daß sich das Interesse der ČSSR, Ungarns und Bulgariens an geregelten Beziehungen zu uns durchsetzen wird. Nach dem gegenwärtigen Sachstand ist es aber ungewiß, ob es noch in diesem Jahr zu erfolgreichen Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu einem dieser Staaten kommen wird.

Die vorstehend aufgeführten Maßnahmen werden die Verbesserung unseres Verhältnisses nicht entscheidend beschleunigen können. Sie können sie jedoch erleichtern. Sie dürfen allerdings nicht

- in den osteuropäischen Hauptstädten zu dem Fehlschluß verleiten, wir seien um jeden Preis auf einen Erfolg aus,
- in unserer Öffentlichkeit Hoffnungen wecken, die rasch enttäuscht würden, oder
- in Ostberlin zu neuem Gegendruck reizen.

Unsere Ostpolitik muß vor allem in den nächsten Monaten selbstsicher wirken und unanfällig sein.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>19</sup> dem Herrn Minister vorgelegt.

gez. Ruete

**VS-Bd. 10071 (Ministerbüro)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 792*

turellen, menschlichen und politischen Kontakten mit Rumänien – wo immer möglich – gelegen ist.“ Vgl. Referat V3, Bd. 1483.

<sup>17</sup> Vgl. dazu Dok. 27, besonders Anm. 37.

<sup>18</sup> Nach Paragraph 45 des Gesetzes zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz) vom 19. Juli 1957 konnten Ansprüche nicht befriedigt werden, „solange der Berechtigte seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt in Gebieten hat, mit deren Regierungen die Bundesrepublik Deutschland keine diplomatischen Beziehungen unterhält“. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil I, S. 742.

<sup>19</sup> Klaus Schütz.

## 186

**Runderlaß des Staatssekretärs Schütz**

**I B 4-83.00-92.-/1531/67 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 1735**  
**Citissime**

**26. Mai 1967<sup>1</sup>**

**Aufgabe: 27. Mai 1967, 13.36 Uhr**

Wir beurteilen gegenwärtige Nahost-Krise wie folgt:

1) Nach dem Abzug der Friedenssicherungs-Streitkräfte der Vereinten Nationen, der von UN-Generalsekretär U Thant aufgrund ägyptischer Forderung übereilt veranlaßt wurde, ist durch ägyptische Truppenkonzentration auf der Sinai-Halbinsel, an der auch Einheiten der Palästinensischen Befreiungsorganisation beteiligt sind, im Nahen Osten eine gefährliche Lage entstanden.<sup>2</sup> Die Krise hat sich durch die von Ägypten am 23. Mai verfügte Sperre des Eingangs zum Golf von Akaba noch erheblich verschärft. Die von Präsident Nasser für sein Vorgehen gegebene Begründung, er habe einem von Israel geplanten Angriff auf Syrien zuvorkommen müssen, betrachten wir lediglich als einen Vorwand.<sup>3</sup>

2) Es ist anzunehmen, daß Präsident Nasser sein jetziges Vorgehen mit den Sowjets abgesprochen hat und von ihnen sogar ermuntert worden ist, zumal die Sowjets stets ein Gegner der friedenserhaltenden Mission der UN-Truppen im Mittleren Osten gewesen sind. Wir bezweifeln jedoch, daß die Sowjets Nasser völlig freie Hand gegeben haben, da sie an dem Ausbruch eines großen Konflikts und an einer direkten Konfrontation mit den USA nicht interessiert sein dürften.

Nasser ist sich nach unserer Ansicht darüber im klaren, daß ein Vorgehen gegen Israel, das dessen Existenz bedroht, zu einem energischen amerikanischen Gegenschlag führen müßte, der Nassers eigene Position aufs Spiel setzen würde. Deshalb ist zu bezweifeln, daß Nasser zu einem solchen Vorgehen gegen Israel entschlossen ist.

<sup>1</sup> Der von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Gehlhoff konzipierte Runderlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Blech am 27. Mai 1967 Staatssekretär Schütz, z. Z. Berlin, mit der Bitte um Genehmigung bzw. der Mitteilung von Änderungen übermittelt. Vgl. VS-Bd. 2576 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

Für die von Schütz veranlaßten Änderungen vgl. Anm. 3–5.

Hat Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg und Ministerialdirigent Böker am 26. Mai 1967 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Blomeyer-Bartenstein am 26. Mai 1967 zur Mitzeichnung von Ziffer 5 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zu den ägyptischen Truppenkonzentrationen und zur Forderung von Präsident Nasser vom 18. Mai 1967 an UNO-Generalsekretär U Thant, die Truppen der „United Nations Emergency Force“ abzuziehen vgl. Dok. 181, Anm. 1 und 3.

<sup>3</sup> An dieser Stelle wurde auf Weisung des Staatssekretärs Schütz gestrichen: „Wir verkennen allerdings nicht, daß Israel durch die harten Gegenschläge, die es in Antwort auf arabische Infiltrationen am 13. November 1966 gegen das jordanische Dorf Samu und am 7. April 1967 gegen Syrien geführt hat, sowie durch seine Ankündigung weiterer harter Gegenschläge gegen Syrien vom 12. Mai 1967 seinerseits eine Politik betrieben hat, die das Entstehen der Krise begünstigte.“

3) Das ägyptische Vorgehen richtet sich nicht nur gegen Israel, sondern bedroht nach unserer Ansicht auch<sup>4</sup> die Regierung König Husseins von Jordanien und indirekt alle gemäßigten arabischen Länder. Eine Sperrung des Golfs von Akaba wiegt für Jordanien, das keinen anderen Ausgang zum offenen Meer besitzt, schwer<sup>5</sup>. Es muß auch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die Etablierung Shukeirys und seiner Palästinensischen Befreiungsorganisation im Gaza-Streifen zur Proklamation einer Republik Palästina führt. Dadurch würde Jordanien vor Gefahr der Aufspaltung stehen.

Ein Zusammenbruch Jordaniens wäre, nicht minder als eine Abschnürung Israels, ein schwerer Schlag für Iran und Saudi-Arabien, würde den Sudan und Libyen gefährden, Libanon und Israel isolieren und Irak zur Ausrichtung auf Kairo zwingen. Eine solche Entwicklung wäre darüber hinaus eine schwere Niederlage für den gesamten Westen und würde die Position der Sowjetunion im Mittleren Osten außerordentlich stärken.

4) Wir wissen nicht, ob Israel die Blockade des Golfs von Akaba auf die Dauer hinnehmen wird. Ein isolierter israelischer Durchbruchversuch birgt die Gefahr einer Eskalation in sich. Dasselbe gilt in noch höherem Maße für einen israelischen Verzweiflungsschlag gegen die im Gaza-Streifen und auf der Sinai-Halbinsel massierten ägyptischen und palästinensischen Streitkräfte.

Nach unserer Ansicht hätte nur eine energische und konzertierte westliche Aktion zur Freihaltung des Schifffahrtsweges im Golf von Akaba Aussicht, Nasser zum Einlenken zu bewegen, die Strangulierung Jordaniens zu verhindern und Israel aus seiner Zwangslage zu befreien, d. h. von einer militärischen Aktion abzuhalten.<sup>6</sup>

5) Wir verkennen nicht die komplizierte seerechtliche Lage im Golf von Akaba.<sup>7</sup> Aufgrund der allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätze des Seerechts

<sup>4</sup> Dieses Wort wurde auf Weisung des Staatssekretärs Schütz eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „mindestens im gleichen Maße“.

<sup>5</sup> Dieses Wort wurde auf Weisung des Staatssekretärs Schütz eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „noch schwerer als für Israel“.

<sup>6</sup> Am 5. Juni 1967 kam Vortragender Legationsrat I. Klasse Blomeyer-Bartenstein zu dem Ergebnis, daß eine Teilnahme der Bundesrepublik an der Entsendung eines blockadebrechenden Konvois in den Golf von Akaba weder unter Berufung auf eine „Repressalie“ im völkerrechtlichen Sinne der indirekten Rechtsdurchsetzung noch als Akt der individuellen Selbstverteidigung möglich sei. Auch gegen eine Berufung auf das Recht der kollektiven Selbstverteidigung bestünden Bedenken. Dagegen wäre eine Teilnahme der Bundesrepublik „an einem Konvoi zur friedlichen und gewaltlosen Erprobung der Ernsthaftigkeit der ägyptischen Blockade zwar eine h[iesigen] E[rachtens] weitreichende politische Demonstration zugunsten Israels“, bedürfte „rechtlich jedoch keiner besonderen Rechtfertigung“. Vgl. VS-Bd. 2640 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Dok. 181, besonders Anm. 4.

Dazu führte Vortragender Legationsrat I. Klasse Blomeyer-Bartenstein am 5. Juni 1967 aus, daß „hinsichtlich der Rechtslage an der Straße von Tiran und dem Golf von Akaba die israelische Auffassung (völlige Schifffahrtsfreiheit), die arabische Auffassung (Territorialgewässer mit der Folge der rechtlichen Möglichkeit der völligen Sperre) und die vermittelnde Auffassung der seefahrenden Staaten (Territorialgewässer, aber jedenfalls erweitertes Recht auf friedliche Durchfahrt) nebeneinander[stehen], ohne daß sich eine eindeutige Rechtsauffassung herausgebildet hätte“. Die Auffassung von einem erweiterten Recht auf friedliche Durchfahrt dürfte aber trotz ägyptischer Hoheitsrechte den allgemeinen Regeln des völkerrechtlichen Seerechts und den Prinzipien der UNO-Charta am nächsten kommen. Demnach sei die Sperrung des Golfs von Akaba „ein Verstoß gegen geltendes Völkerrecht und somit ein völkerrechtliches Delikt“. Vgl. VS-Bd. 2640 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

und der Charta der Vereinten Nationen<sup>8</sup> neigen wir jedoch zu der Ansicht, daß im Falle dieses Golfes, dessen Eingang von zwei Staaten beherrscht wird und an dessen Ende Häfen dritter Staaten gelegen sind, das Recht der friedlichen Durchfahrt gewährt werden muß und diese Durchfahrt nicht gesperrt<sup>9</sup> werden darf.

6) Im Sinne des französischen Vorschlages<sup>10</sup> würden wir es durchaus begrüßen, wenn für die gegenwärtige Krise eine Lösung in Beratungen zwischen den drei Westmächten und der Sowjetunion gefunden werden könnte. Wir sind jedoch sehr skeptisch, ob dies möglich sein wird. Die Sowjets sind unseres Erachtens zwar daran interessiert, den Ausbruch eines größeren Konflikts zu verhindern, nicht aber eine konstruktive Lösung zu finden, durch die die Lage sich beruhigen könnte. Auf jeden Fall sollte der Westen sich nicht der Gefahr aussetzen, daß durch hinhaltende sowjetische Manöver das von Nasser geschaffene *fait accompli* durch Zeitablauf sanktioniert und dadurch jede Gegenmaßnahme erschwert wird.

7) Sie werden gebeten, unsere Ansicht über gegenwärtige Nahost-Krise in geeigneter Form Regierung Gastlandes vorzutragen und zu betonen, daß wir an einem laufenden Kontakt mit ihr über die weitere Entwicklung der Krise interessiert sind.

Zusatz für Tunis, Rabat, Amman, Tel Aviv:

Es wird gebeten, Ziffer 7 nur insoweit durchzuführen, als dort keine schwerwiegenden Bedenken bestehen.

[gez.] Schütz

VS-Bd. 2576 (I B 4)

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. CHARTER OF THE UNITED NATIONS, S. 582–611.

<sup>9</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „gehindert“.

<sup>10</sup> Am 24. Mai 1967 schlug die französische Regierung eine Konferenz Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR und der USA zur Beilegung der Nahost-Krise vor. Für den Wortlaut der Erklärung des Ministerrats vgl. LA POLITIQUE ETRANGÈRE 1967/1, S. 101.

## Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Schah Reza Pahlevi

Z A 5-73.A/67 VS-vertraulich

28. Mai 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler empfing am 28. Mai 1967 um 12.15 Uhr Seine Kaiserliche Majestät den Schahanschah von Iran, Mohammad Reza Schah Pahlevi Aryamehr, zu einem Gespräch.<sup>2</sup> Anwesend waren: der Herr Bundesminister des Auswärtigen, der iranische Außenminister<sup>3</sup>, der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Teheran<sup>4</sup> sowie für den zweiten Teil des Gespräches (nach dem Frühstück) der Kaiserlich-Iranische Botschafter in Bonn<sup>5</sup>.

Der Herr *Bundeskanzler* gab zunächst seiner Freude darüber Ausdruck, Seine Majestät im Namen der Bundesregierung willkommen heißen zu können. Er wolle gleichzeitig seiner tiefen Sympathie für den Iran und die klugen, aber entschlossenen Maßnahmen Ausdruck geben, welche unter der Leitung Seiner Majestät für die Entwicklung des Iran ergriffen worden seien.<sup>6</sup> Persönlich freue er sich, zum zweiten Mal Gelegenheit zu haben, mit Seiner Majestät ein politisches Gespräch führen zu können.<sup>7</sup> Im Zeitpunkt des ersten Gespräches habe die Welt unter dem Eindruck der kurz zuvor ausgebrochenen Suezkrise gestanden. Die eigenwillige Phantasie der Geschichte wolle es, daß man wieder einmal an der Schwelle eines Konflikts in diesem Bereich der Welt stehe. Er wisse, daß Seine Majestät sich sehr um die Wahrung des Friedens dort bemühe; Seine Majestät könne dabei auf die Anteilnahme und, im Rahmen der zu Gebote stehenden Möglichkeiten, auf die Unterstützung Deutschlands rechnen.

Im politischen Bereich gebe es wohl keine schwerwiegenden Fragen zwischen dem Iran und Deutschland, wenn er sich auf sein bescheidenes Urteil verlassen könne. Dagegen stünden einige wirtschaftliche Fragen an. Falls Seine Majestät diese oder auch andere Fragen mit ihm besprechen wolle, stehe er zur Verfügung.

*Seine Majestät* bedankte sich zunächst für die Willkommensworte des Herrn Bundeskanzlers und erklärte, daß auch er sich freue, zum zweiten Male Gelegenheit zu einem politischen Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler zu haben, den er diesmal als Chef der Regierung und in Deutschland sehen könne.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Merten am 30. Mai 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Schah Reza Pahlevi besuchte vom 27. Mai bis 4. Juni 1967 die Bundesrepublik.

Zum Gespräch mit Bundeskanzler Kiesinger vgl. auch BULLETIN 1967, S. 475.

<sup>3</sup> Ardeshir Zahedi.

<sup>4</sup> Franz Josef Bach.

<sup>5</sup> Mozaffar Malek.

<sup>6</sup> Unter dem Namen „Weiße Revolution“ wurde im Iran seit 1962 ein Programm sozialer und wirtschaftlicher Reformen durchgeführt, das insbesondere die Landwirtschaft, das Erziehungs- und Bildungswesen sowie die öffentliche Verwaltung umfaßte. Vgl. dazu BULLETIN 1967, S. 467 f.

<sup>7</sup> Der CDU-Abgeordnete Kiesinger besuchte im November 1956 in seiner Funktion als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages im Rahmen einer Reise in den Irak, nach Afghanistan, Pakistan und Indien auch den Iran.

Seit dem Jahre 1956 habe sich viel Interessantes, aber auch viel Beklagenswertes ereignet. Das Interessante liege darin, daß die Zeit des Imperialismus und des Kolonialismus zu Ende gehe. Die Emanzipation der Völker schreite fort, sie gebe dem Antlitz der Menschheit neue Züge. Auch in den kommunistischen Ländern sei ein größerer Wandel festzustellen. Früher habe der Kommunismus versucht, mit brutaler Gewalt zum Ziel zu kommen. Er habe dabei jedoch die Erfahrung machen müssen, wie beispielsweise im Iran, daß er damit nicht zum Ziele komme. Im übrigen sei auch die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Sowjetrußland und den europäischen kommunistischen Ländern sehr interessant geworden. Als Hauptbedrohung für die ganze Welt sehe er die Tatsache an, daß es in zehn bis fünfzehn Jahren etwa 1,2 Milliarden Chinesen geben werde. Es sei hoffnungslos, eine Einigung mit den Chinesen anzustreben. Sie hätten eine ganz andere Mentalität, empfänden keine Todesfurcht, seien sich aber der Grenzen, die China gesteckt sind, bewußt. Dies könne und werde ihre ganze Politik bestimmen.

Andererseits sei nicht zu verkennen, daß sich auch die Russen stark gewandelt hätten, wenngleich sie ihre Politik der Eroberung der Welt für den Kommunismus noch nicht aufgeben hätten.

In seinem Teil der Welt fürchte man die Chinesen ob ihrer Arroganz und ihrer Aggressivität. Man halte sie für Kulturzerstörer, die aber immerhin verwegen genug seien, in der Mitte des 20. Jahrhunderts die Menschheit mit einer neuen Kultur beglücken zu wollen.

Als beklagenswerte Entwicklung sehe er an, daß die freie Welt ein Land wie Ägypten geradezu ermutigt habe, zu einer Bedrohung für seine Nachbarn zu werden. Ägypten entwickle eine neue Form des Imperialismus, betreibe eine Politik der Erpressung, die mit Gewalt, Propaganda, Subversion und Kriegsdrohungen versuche, Ziele zu verfolgen, die mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen<sup>8</sup> nicht vereinbar seien.

Die Iraner hätten dies vor 10 Jahren bereits vorausgesagt, leider aber hätten ihre Freunde oft nicht auf sie hören wollen. So sei es vielleicht zu der unverständlichen Haltung der westlichen Politiker gegenüber Ägypten gekommen, einer Haltung, die man schon im Konfliktsfalle Pakistan–Indien an den Tag gelegt habe. Man habe in seinem Land zwar das Vertrauen in das Bündnis mit dem Westen nicht verloren, strebe aber in der Zukunft eine unabhängige Politik an, die Begegnungen mit allen Ländern, auch mit den kommunistischen, umfassen müsse. Er sei darüber in Gesprächen mit den Türken und mit den Pakistanern begriffen. Man wolle weiterhin den Freunden vertrauen, aber nicht von ihnen abhängig werden, weil eine solche Politik der Abhängigkeit weder männlich noch würdig und auch nicht klug sei. Pakistan sei Mitglied der SEATO und der CENTO; außer dem Iran sei ihm aber seinerzeit niemand zu Hilfe gekommen. Es erhebe sich die Frage, was geschehen würde, wenn die Indier damals durchgebrochen wären. Er sei sicher, daß die Pakistaner niemals kapituliert hätten, sondern in die Berge zurückgewichen wären. Dies hätte ein

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. CHARTER OF THE UNITED NATIONS, S. 582–611.

zweites Vietnam in Asien bedeutet, man habe jedoch an einem Vietnam schon genug.

Im Iran glaube man, daß man aufgrund dieser Sachlage bis zu einer weltweiten kontrollierten Abrüstung deshalb für jeden Eventualfall gewappnet sein müsse. Was könne der Iran auch tun, wenn beispielsweise Rußland Lust verspüre, den Iran anzugreifen? Er halte zwar einen solchen Angriff für unwahrscheinlich, denn er könne einen Weltkrieg bedeuten, und wisse auch nicht, warum die Russen sein Land angreifen sollten. Aus der Fragestellung ergebe sich aber schon die Notwendigkeit, auf alles gerüstet zu sein. Es sei nicht gut, von der Intervention fremder Länder abhängig zu sein. Leider sei auch die UNO nicht so stark, wie es wünschenswert wäre. Bei der derzeitigen Konfrontation zweier großer, atomar bewaffneter Blöcke ergebe sich die Sachlage, daß im Konfliktsfalle die Atommächte lange zögern würden, bis sie ihr atomares Arsenal einsetzen. Daraus ergebe sich aber auch, daß dann derjenige erfolgreich bleibe, der stärker konventionell bewaffnet sei und die Nerven habe bis zum „Grat“ vorzugehen.

Der Iran habe keine Gebietsansprüche. Er brauche nichts und verfüge über Bodenschätze. Des weiteren sei die ganze Geschichte des Landes auf den Grundsätzen der Ethik aufgebaut. Er habe daher die Hoffnung, daß jede Tätigkeit im Iran in der Zukunft auf das Ziel der Freiheit des Menschen ausgerichtet sein könne.

Grundlage alles staatlichen Wirkens im Iran sei die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters. Leider falle die letzte Periode der Dekadenz im Iran mit der Zeit zusammen, in der die europäischen Länder ihren technischen Aufstieg erlebten. Nunmehr müsse man den Rückstand schnell aufholen. Dies könne nur erreicht werden, wenn man von oben her auf das Wirtschaftswesen des Landes einwirke. So erkläre sich die Tatsache, daß die Schwerindustrie und die Erdölvorkommen verstaatlicht seien, daß alles, was zu einer Kartellbildung führen könne, beim Staate verbleiben müsse. Auch die Wälder und Weideflächen seien zur Verstaatlichung vorgesehen. Der Großgrundbesitz solle eingeeengt werden<sup>9</sup>, die Wasservorkommen dürften nicht im Besitz einzelner stehen. Wasser und Wälder seien nicht von Menschenhand geschaffen und stellten daher kein Eigentum einzelner dar. Das Land leide unter Wassermangel. Vorrangig sei das Bewässerungsproblem. Die geographische Lage und Aufgliederung des Landes habe zu der Erkenntnis geführt, daß man in der Landwirtschaft nur auf genossenschaftlichem Wege weiterkomme. Der Privatmann könne aufgrund der erforderlichen sehr hohen Investitionen weitere Initiativen nicht mehr übernehmen. Der Staat müsse so vorgehen, daß alles, was geschehe, allen Bewohnern nutze. In Deutschland lägen die Dinge freilich anders, dort gebe es auch kein Bewässerungsproblem.

<sup>9</sup> Am 13. November 1967 informierte Legationsrat I. Klasse Grahn, Teheran, daß auf Grund des Gesetzes über die Bodenreform vom 9. Januar 1962 der Grundbesitz in zwei Phasen neu aufgeteilt werde: „In Phase I (Großgrundbesitz von mehr als einem Dorf) wurden bis August 1967 insgesamt 14 373 Dörfer und 594 Güter an 605 000 Bauern verteilt. In Phase II, die ab Februar 1965 den kleineren Großgrundbesitz erfaßte, wurden bis Juli 1967 die Besitzverhältnisse in insgesamt 53 605 Dörfern und 18 314 Gütern mit 2 376 500 Bauern neu geordnet. Zu 90 Prozent handelte es sich dabei um eine Ablösung der überkommenen Feudalstruktur und Begründung von Pachtverhältnissen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 288; Referat III B 6, Bd. 547.

Der Herr *Bundeskanzler* stimmte hier zu und bemerkte, daß freilich auch in Deutschland große Waldgebiete Staatseigentum seien.

*Seine Majestät* wies demgegenüber darauf hin, daß auch der private Waldbesitzer in Deutschland oder auch in Schweden z.B. wisse, wie er seinen Wald zu behandeln habe. Im Iran aber lägen die Dinge anders, dort müsse der Staat alle Fragen der Aufforstung und der Pflege des Waldes in seine Hand nehmen.

In der Schwerindustrie könne ein Privatmann heute nicht mehr die erforderlichen langfristigen Investitionen für 20 bis 30 Jahre gewährleisten. Selbst wenn aber diese Möglichkeit bestünde, machten doch Geschichte, Geographie und geistiges Erbe des Landes zum Gebot, daß der Staat die Schätze des Landes zum Nutzen der Mehrheit seiner Bewohner ausnutze. Man denke dabei nicht kommunistisch, wie er auch in seinem schon in Deutschland veröffentlichten Buch<sup>10</sup> dargelegt habe. Man sei überhaupt nicht Anhänger einer spezifischen Ideologie. Im übrigen glaube er, daß die moderne Technologie neue Ideologien entstehen ließe. Die Erfindung des Transistors oder des Computers bewirke neue Denkart, welche die Erfinder nicht vorausgesehen hätten.

Sein Streben sei darauf ausgerichtet, der Mehrheit der Bewohner seines Landes – und dies seien nun einmal Arbeiter und Bauern – zu einem besseren Lebensstandard, zu größerer Sicherheit und zu größerer menschlicher Freiheit zu verhelfen. Diese Grundsätze gelte es zu verteidigen. Er glaube, daß sein Land rasch ein wohlhabendes Land werden könne und man dadurch die Richtigkeit der iranischen Politik beweisen könne. Was hätten denn die sogenannten sozialistischen arabischen Republiken bisher für ihre Bevölkerungen getan? Man möge doch einmal Vergleiche anstellen! Im übrigen wünsche er, daß diese sogenannten sozialistischen arabischen Republiken, die bis zu den Zähnen bewaffnet seien, nicht den Fehler begingen, die Welt in Brand zu setzen und dann zu glauben<sup>11</sup>, „to get away with it“.

Hinsichtlich der Entwicklung in Europa äußerte *Seine Majestät* die Hoffnung, daß Großbritannien zu einem echten europäischen Land werde. Die Engländer seien dabei, ihre sogenannte imperialistische Politik aufzugeben. Dies läge auch in ihrem eigenen Interesse. Immerhin erhebe sich die Frage, wenn die Engländer einmal die jetzt zur Räumung anstehenden Gebiete verlassen hätten, welches Land dann in diesem Teil der Welt noch die Grundsätze verteidigen wolle, die auch für Länder wie Frankreich, Deutschland und Großbritannien verbindlich seien. Er hoffe, daß viele Länder dazu bereit seien, wolle aber erklären, daß man sich auf den Iran dabei verlassen könne.

Sein Land benötige daher die für seine Verteidigung erforderlichen Mindestmittel. Man sei sicher, daß man sie irgendwie schon bekommen könne, rechne aber dabei in erster Linie auf die eigenen Freunde.<sup>12</sup> Auch wenn diese keine

<sup>10</sup> Vgl. Mohamad Reza SHAH PAHLAWI ARYAMEHR, Kaiser von Iran, Die soziale Revolution Irans, Düsseldorf/Köln 1967.

<sup>11</sup> Korrigiert aus: „und dann glauben könnten“.

<sup>12</sup> Zur Ausrüstungshilfe für den Iran vgl. Dok. 5, Anm. 8.

Im November 1966 trug der iranische Botschafter im Auswärtigen Amt und im Bundesministerium der Verteidigung weitere Wünschen zur Vergrößerung des Kaiserlichen Arsenal vor, insbesondere den Ausbau bestehender Fertigungsanlagen, die Herstellung anderer Kaliber sowie von Minen, Bomben, Zündern und Handgranaten. Ferner war der Aufbau von Produktionsstätten für Nachrichtengeräte und Transportmittel sowie eines militärischen Labors geplant. Malek erläuterte



Verteidigungsmittel liefern wollten, wolle man deshalb das gegebene Wort nicht brechen. Allerdings habe man sich schon gezwungen gesehen, anderswo Waffen zu kaufen. Er habe jedoch gegenüber dem Herrn Bundespräsidenten bereits dargelegt, daß eine Waffe keine Seele habe. Entscheidend sei der Mann hinter der Waffe. Dieser müsse Vertrauen in sein Land haben, müsse daran glauben und stolz darauf sein; er müsse bereit sein, für das eigene Land sein Leben bedingungslos einzusetzen.

Das Wirtschaftsgefüge seines Landes könne er als gesund bezeichnen. Die Stabilisierung des Preisgefüges sei im Gange. Für dieses Jahr betrage die Zuwachsrate 9,5%. Er hoffe im Jahre 1967 auf eine Zuwachsrate von 10% und darauf, daß die Preise festliegen. Der laufende Fünfjahresplan habe zu einer Verdoppelung der Industrieproduktion des Landes geführt. Der nächste Fünfjahresplan strebe eine neuerliche Verdoppelung der Produktion an.

Zur Erreichung der gesteckten Ziele sei es erforderlich, daß gute Facharbeiter für die Tätigkeit im Lande ausgebildet würden. Deutschland habe bisher auf diesem Gebiet gute Hilfe geleistet; wenn diese noch gesteigert werden könne, sei man dafür sehr dankbar.<sup>13</sup> Er denke auch an Kapitalinvestitionen und an die Gründung „gemischter Gesellschaften“, weil durch diese Form der Investierung neben dem Kapital auch das technische Fachwissen ins Land käme. Er hoffe auch, daß man in der Lage sein werde, die erforderlichen militärischen Mittel zu erlangen, wobei er keineswegs an Raketen oder Überschallflugzeuge denke, aber an Kleinwaffen. Deutschland könne bei der Elektrifizierung des Landes große Dienste leisten. Er denke an die Vergabe großer Lose, die den Bau von Staudämmen, Bewässerungsanlagen mit den erforderlichen Gebäuden und Maschinen, den Bau von Ställen und die Anlage von Obstkulturen für die dann möglich gewordene Bearbeitung des Landes umfassen sollten.<sup>14</sup> Darüber hinaus sollte der Verbund der gewonnenen Energie mit dem bestehenden

*Fortsetzung Fußnote von Seite 800*

te hierzu, daß der Iran „im Falle einer Verweigerung der Fortsetzung der langjährigen deutsch-iranischen Zusammenarbeit auf dem Rüstungssektor [...] auf Ostblockangebote zurückgreifen“ müsse. Ministerialdirigent Graf von Hardenberg teilte dazu weiter mit, dem Botschafter sei seinerzeit erklärt worden, daß weder eine Erweiterung der Ausrüstungshilfe in Frage komme, noch ausreichend Kapitalhilfe zur Verfügung stehe. Zwischenzeitlich habe sich der Iran mit der Firma Fritz Werner Industrie-Ausrüstungen GmbH, Geisenheim/Rheingau, auf kommerzieller Basis über Lieferungen und Leistungen in Höhe von 200 Mio. DM geeinigt. Bezüglich der notwendigen Ausfuhrbürgschaft des Bundes sei allerdings seitens des Ausfuhrgarantieausschusses darauf aufmerksam gemacht worden, daß Lieferungen für die Waffen- und Munitionsherstellung, die bisher nur gegen Kassezahlung erfolgt seien, nun auf Kreditbasis abgewickelt würden. Ferner sei zu berücksichtigen, daß sich die bundesverbürgten Fälligkeiten des Iran bei einer Erfüllung der zusätzlichen Wünsche auf etwa 1 Mrd. DM belaufen würden. Vgl. Referat III A 4, Bd. 547.

<sup>13</sup> Die Bundesrepublik förderte seit 1959 zwei Gewerbeschulen in Teheran und Täbris durch Bereitstellung von Finanzmitteln und Lehrpersonal. Am 25. Oktober 1967 beschloß der Interministerielle Referentenausschuß für Technische Hilfe, der Fortsetzung der Förderung bei einem stufenweisen Abzug des Lehrpersonals bis Ende 1969 zuzustimmen und hierfür Mittel in Höhe von 1,09 Mio. DM bereitzustellen. Vgl. dazu den Auszug aus dem Kurzprotokoll; Referat III B 6, Bd. 559. Im Rahmen eines Besuches vom 16. bis 20. Mai 1967 in den Iran übergab Bundesminister Höcherl den seit 1960 mit Hilfe der Bundesrepublik errichteten landwirtschaftlichen Lehr- und Demonstrationsbetrieb Aliabad. Vgl. dazu BULLETIN 1967, S. 465 f.

<sup>14</sup> Am 8. Juli 1967 übermittelte Botschafter Bach, Teheran, Unterlagen des iranischen Ministeriums für das Wasser- und Elektrizitätswesen. Danach war die iranische Regierung daran interessiert, daß die Bundesrepublik „die Durchführung des Gesamtprojekts des Baus eines Staudammes am Karoun-Fluß einschließlich Elektrifizierung, Bewässerung und Fortleitung der Elektrizität in die bewohnten Gebiete Persiens“ übernehme. Vgl. Referat III B 6, Bd. 547.

Stromnetz betrieben werden. Es handele sich dabei um ein Programm für die Dauer von etwa 10 Jahren.

Das Gespräch wurde sodann abgebrochen und nach dem Frühstück in der „Redoute“ wieder aufgenommen.

Im zweiten Teil des Gesprächs legte Seine Majestät dar, er habe vor dem Frühstück bereits über seine Hoffnungen, seine Ziele, Kämpfe und Pläne gesprochen. Zwar sei zutreffend, daß in der Welt neue Erdölquellen erschlossen würden, wie in Libyen, Algerien, an der ostafrikanischen Küste und sogar in Ägypten. Dabei sei allerdings die Sicherheit der Versorgung zu bedenken. Man rechne immer noch mit einer weiteren Steigerung der Nachfrage an Öl um 10 %. In zehn Jahren könne man im Mittleren Osten auf eine Produktion von mehr als 500 Mill[ionen] Tonnen kommen. Dies gehe über die Produktionsleistung der Vereinigten Staaten und Sowjetrußlands zusammengekommen hinaus. Interessant sei die Feststellung, daß man russischerseits nunmehr die Absicht erkennen lasse, in den ölfördernden Gebieten des Mittleren Ostens, wie beispielsweise im Iran, Fuß zu fassen. Ganz allgemein befürchte er, daß einer der Gründe für verschiedene Vorgänge im Zusammenhang mit der großen Weltpolitik eben das Öl sei.

Was geschehe, wenn Europa von seiner Ölversorgung abgeschnitten würde? Man erlebe jeden Tag, daß die arabischen Staaten mit der Drohung operierten, die Tanks anzuzünden oder die Ölleitungen zu sperren. Bei einer Sperrung der Ölzufuhr aus dem Mittleren Osten könnten die Vereinigten Staaten vielleicht für zwei bis drei Jahre einspringen. Ersatz könne bei einer Sperrung der Ölzufuhr aus dem Mittleren Osten auch nicht aus Libyen oder Algerien erwartet werden, weil ja in diesen Ländern dann die gleichen Gründe für eine Sperrung der Ölzufuhr vorlägen. Hier sei mit einem Schneeballeffekt zu rechnen.<sup>15</sup>

Aus diesem Grunde glaube er nicht, daß man immer den Eindruck erwecken solle, nur zu wiederholen, was Washington sage. Es wäre schlecht, wenn dieser Eindruck entstünde. Man müsse sich auf die eigenen Füße stellen und ein freies Land bleiben. Unter den Ländern, die solche Bestrebungen verwirklichen sollten, denke er z. B. an die Türkei, deren Möglichkeiten zwar begrenzt seien, die aber noch Fortschritte, auch in der Landwirtschaft, erzielen könnte. Des weiteren verfüge sie über Stahl, Chrom und Aluminium. Eine wichtige Quelle könne für die Türkei auch die in unserer Zeit so bedeutungsvoll gewordene Erschließung des Tourismus darstellen. Gewiß wolle man die besten Beziehungen zu den amerikanischen Freunden unterhalten. Man sei sich darüber im klaren, daß es hart wäre, ohne die Amerikaner auskommen zu müssen. Man wolle auch mit allen westlichen Freunden in den bestmöglichen Beziehungen leben. Diese sollten jedoch verstehen, nach welchen eigenen Grundsätzen man vorgehen wolle und daß man nicht mehr länger nur noch Lautsprecher sein wolle.

<sup>15</sup> Am 1. Juli 1967 informierte Botschafter Bach, Teheran, daß im Iran über den Bau einer Ölleitung zum türkischen Mittelmeerhafen Alexandrette nachgedacht werde, um „durch die Beteiligung an neuen Raffinerien (Madras, Izmir) direkt ins internationale Ölgeschäft einzudringen und einen von den internationalen Ölkonzernen unabhängigen Absatzmarkt aufzubauen. Eine Ölleitung zu einem türkischen Mittelmeerhafen könnte nicht nur erheblich zur Versorgung der westeuropäischen Abnehmerländer beitragen, sondern auch günstige Voraussetzungen für die Belieferung der von der iranischen Regierung neu gewonnenen osteuropäischen Absatzmärkte schaffen.“ Vgl. Referat III B 6, Bd. 547.

Auch das pakistanische Volk schätze er sehr. Die Beziehungen Pakistans zu China gäben zu einiger Besorgnis Anlaß. Vertraulich wolle er mitteilen, daß nach einem Telegramm, welches er gestern erhalten habe, China Pakistan einen 250 Mill[ionen] Dollar-Kredit für Waffenkäufe in China eingeräumt habe. Hier habe man es mit einem gefährlichen Streben der Chinesen nach Popularität zu tun, aber die Pakistaner müßten wohl den Gang nach Peking antreten, weil sie nicht von den Indern überrannt werden wollten. Indien zähle 500 Mill[ionen] Menschen, die jetzt schon Hunger leiden. Die Probleme der indischen Regierung seien riesengroß: Sie müsse mit 150 verschiedenen Religionen und 148 Sprachen im Lande fertig werden, sie müsse zusehen, wie Kühe und Affen mehr Geltung besäßen als der Mensch. Unter der Asche glühe ein latenter Kommunismus, geboren aus Armut, Hunger, Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit. Warum solle Indien, das in seinem eigenen Lande keine Ordnung schaffen könne, Pakistan überrollen dürfen?

Sein Land wolle auch gute Beziehungen zu Rußland unterhalten. Allerdings müßten auch die Russen verstehen, daß ihnen an der Grenze des Iran Einhaltung geboten werde. Jedes Eindringen würde auf unerbittlichen Widerstand stoßen. Der Iran könne ein Beispiel dafür sein, wie man die Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigen könne. Was hätten denn die reichen, die geradezu unflätig (filthily) reichen arabischen Länder bisher für ihre Bevölkerungen getan? Wenn das iranische Experiment Erfolg habe, könne es beispielgebend dafür sein, daß es nicht gut ist, immer „dagegen“ zu sein, sondern daß eine konstruktive Arbeit sich lohnt.

Der Frage des Öls komme eine große Bedeutung zu. Er habe den Wunsch, daß die westlichen Freunde des Iran dieses Problem sorgfältig prüften und zu eigenen Folgerungen kommen sollten. Sein Land bleibe weiterhin eine „offene“ Versorgungsquelle. Der Iran sei überhaupt ein Land, dessen Fenster offen seien. Wenn die westlichen Freunde des Iran, darunter Deutschland, dazu beitragen wollten, das Schulwesen und die Technik des Landes zu fördern, und wenn sie einen Beitrag zur Elektrifizierung des Landes, zum Bau von Staudämmen, zur Verteidigungsbereitschaft des Iran leisten wollten, dann hätten sie dies nicht zu bedauern. Er bitte den Herrn Bundeskanzler um dessen Meinung zu den angeschnittenen Fragen.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte sich zunächst sehr beeindruckt von der Analyse der derzeitigen Lage, die Seine Majestät vorgetragen habe. Er habe schon zum Ausdruck gebracht, daß er praktisch mit allen Feststellungen einverstanden sei, die Seine Majestät im Laufe des Vormittags getroffen habe. Er glaube, daß die Politik, die darin bestehe, so kräftig wie möglich auf eigenen Füßen stehen zu wollen, eine gute Politik sei. Dies bedeute keine Feindschaft gegenüber den USA oder anderen Ländern. Er stehe unter dem Eindruck, daß die USA in der Vergangenheit ein etwas zu simples Konzept für die komplizierten Vorgänge im Weltgeschehen gehabt hätten. Seine Majestät könne davon ausgehen, daß Unterstützung aus einem Bündnis dann erwachse, wenn gemeinsame Interessen vorhanden seien. Auch Deutschland habe dies erfahren. Fehle es an der gemeinsamen Interessengrundlage, dann fehle es auch an Unterstützung. Dies sei das Wesen der Allianzen. Gemeinsame Interessen für das Bündnis Deutschlands mit der westlichen Großmacht hätten sich in der

Vergangenheit aus dem kalten Krieg ergeben. In der Zukunft sei vielleicht denkbar, daß es zu Unterschiedlichkeiten in den Auffassungen komme. Dies sei nun einmal das Wesen aller Allianzen. Deutschland sei ein überzeugter Bündnispartner, wolle aber nicht vollständig abhängig sein, sondern nach besten Kräften auf den eigenen Füßen stehen.

Nun sei klar, daß niemand wisse, was die Sowjetunion wirklich wolle. Hier liege das große Problem unserer Zeit. Es gäbe Leute, welche die Auffassung vertreten, die Sowjets seien friedlicher geworden. Man könne dem nicht so recht trauen, obwohl die Sowjets wohl auf direkte Angriffe auf Westeuropa oder andere Teile der Welt verzichtet hätten. Immerhin seien sie in anderen Konfliktzonen sehr emsig tätig. Man müsse herausfinden, welches Spiel sie betrieben, und dann versuchen, das Beste daraus zu machen. Dabei gelte es, wachsam zu sein. Schon vor Jahren habe er geglaubt, daß das chinesische Problem das Problem unseres Jahrhunderts sei. Es könne natürlich so kommen, daß China in sich zerfalle und wieder einmal von vielen verschiedenen Gouverneuren beherrscht werde. Allerdings müsse man auch mit der Möglichkeit rechnen, daß China sich sehr schnell weiter entwickle und es innerhalb von drei Jahrzehnten nicht nur auf eine Milliarde Menschen gebracht habe, sondern auch zu einer der größeren Mächte herangewachsen sei.

Er verstehe auch die Sorgen Seiner Majestät im Hinblick auf Pakistan. Niemand in Deutschland wünsche, daß Indien Pakistan niederzwingt. Er wisse auch, wie sehr man von den Ölländern des Nahen Ostens abhängt. Man habe es seinerzeit bei der Suezkrise verspürt, obwohl man in Deutschland Vorräte eingelagert hatte. Die neue deutsche Regierung versuche, in etwa das anzustreben, was Seine Majestät für sein eigenes Land dargelegt habe. Hinsichtlich der NATO bestünden unterschiedliche Auffassungen zwischen Frankreich und Deutschland. Anlässlich der Regierungskonsultationen hätten er und der Bundesminister des Auswärtigen im Januar d.J. diese Fragen mit General de Gaulle in Paris besprochen.<sup>16</sup> Damals sei es auch zu einer Wiederbelebung des deutsch-französischen Vertrages<sup>17</sup> gekommen. Er sei davon überzeugt, daß man eine deutsch-französische Lösung zur Überwindung des Antagonismus zwischen Ost und West in Europa anstreben müsse. Das Bündnis mit den Vereinigten Staaten und den anderen NATO-Partnern wolle man weiterentwickeln. Man wisse aber auch, daß nach der Periode des kalten Krieges eine neue Lage entstanden sei. Das Interesse der USA sei nunmehr anderen Teilen der Welt zugewandt. Als Präsident Johnson kürzlich in Deutschland war<sup>18</sup>, habe man versucht, ihn davon zu überzeugen, daß man die Bedeutung Europas in den Vereinigten Staaten nicht unterschätzen dürfe. Er glaube, daß ein Untergang Westeuropas auch das Ende der amerikanischen Freiheit bedeuten würde. Hier müsse ein neues „understanding“ angestrebt werden.

<sup>16</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 13./14. Januar 1967 in Paris vgl. Dok. 14–17 und Dok. 19.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>18</sup> Der amerikanische Präsident hielt sich anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den ehemaligen Bundeskanzler Adenauer in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Johnson am 26. April 1967 vgl. Dok. 147.

Präsident Johnson habe ihn zu Besprechungen eingeladen. Es habe eine Zeit gegeben, in der es nicht zu echten Konsultationen gekommen sei. Sich konsultieren bedeute nun aber, daß man sich gründlich über gemeinsame Interessen ausspreche. Wo diese fehlten, fehle es auch an der Grundlage für eine gemeinsame Politik.

Seine Majestät kenne das nationale Problem der Deutschen. Man wolle für die Ostdeutschen Freiheit erwirken und dabei mit Geduld die bestehenden Schwierigkeiten ausräumen. Die neue Regierung arbeite dabei insofern mit neuen Methoden, als man nicht mehr nur sitzen und abwarten, sondern diese Frage in Bewegung bringen wolle, keineswegs jedoch in feindlicher Haltung gegenüber Sowjetrußland, weil man wisse, daß eine Lösung nur mit Sowjetrußland erreicht werden könne. Von den Staaten des europäischen Ostens wolle man nichts als gute Beziehungen. Die Rumänen hätten deshalb mit Moskau einigen Ärger gehabt. Allerdings sei das Unabhängigkeitsbestreben in Rumänien besonders stark, weswegen dieses Land seinerzeit ja auch einen Flirt mit China begonnen habe. Deutschland wolle jedoch in das Verhältnis zwischen den osteuropäischen Ländern und Sowjetrußland weder Animosität noch Konfliktstoff bringen, man hoffe, daß die Sowjets eines Tages verstünden, daß die Deutschen ihre Sache nicht aufgeben wollen und daß sie weiterhin um Verständigung bemüht sind. Natürlich rechne man auch mit der Unterstützung der USA gegen eine mögliche kommunistische Aggression. Des weiteren sei man entschlossen, die europäische Einheit zu fördern. Er reise morgen zur Konferenz der Regierungschefs nach Rom.<sup>19</sup> Er hoffe, daß dabei Fortschritte, insbesondere im Hinblick auf die Fusion der drei europäischen Gemeinschaften erzielt werden könnten. Vielleicht könne man auch über das Beitrittsersuchen Großbritanniens Erwägungen anstellen. Seine Majestät habe bereits dargelegt, er wünsche, daß Großbritannien zu einem echten europäischen Lande werde. Die deutsche Regierung und auch die öffentliche Meinung Deutschlands teile diese Auffassung. Natürlich müßten sowohl Großbritannien als auch andere um den Beitritt ersuchende Länder, wie etwa Norwegen und Irland, die geschaffenen Realitäten ohne wesentliche Abänderungen akzeptieren. Zur Zeit gäbe es noch französische Bedenken, man hoffe aber, zu einer Lösung dieser Frage gelangen zu können.

Man wisse aber auch, daß man die Aufmerksamkeit nicht nur den europäischen Ländern zuwenden dürfe. Wenn die Zeit außerhalb Europas in Stücke gehe, dann auch in Europa. Daher könne er auch die Unterstützung Deutschlands für den Iran zusagen, wenngleich die Mittel Deutschlands begrenzt seien, insbesondere, wie Seine Majestät wohl wüßten, im militärischen Bereich.<sup>20</sup> Wirtschaftlich stecke Deutschland noch in einer Krise. Die öffentlichen Finanzen seien in sehr, sehr schlechter Verfassung. (Hierzu der Herr *Bundesminister des Auswärtigen*, daß seines Erachtens die Worte „sehr, sehr schlechte Verfassung“ einem „understatement“ gleichkämen.)

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte dann, man müsse nach Wegen für eine Lösung suchen. In seiner Regierungserklärung habe er ausdrücklich betont, daß

<sup>19</sup> Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten am 28./29. April 1967 anlässlich des 10. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge vgl. Dok. 197.

<sup>20</sup> Zur geplanten Kürzung der Ausrüstungshilfe im Bundeshaushalt vgl. Dok. 5, besonders Anm. 3.

der Haushalt in zwei Ansätzen nicht beschnitten werden dürfe: erstens bei den Mitteln für Wissenschaft und Technik und zweitens bei den Mitteln für Hilfeleistung nach außen.<sup>21</sup> Für das Jahr 1967 habe man im Haushalt diese Ansätze nicht gekürzt, während alle anderen Ansätze gekürzt wurden. Was die Hilfe an den Iran anbelange, belaufe sich die Kapitalhilfe Deutschlands für dieses Jahr auf 40 Millionen DM, die durch Aufbringung weiterer Mittel auf 70 Millionen anstiege.<sup>22</sup> Man werde weiterhin bemüht sein, dazu beizutragen, daß der Iran ein Land der Stabilität bleibe. Nach Überwindung der eigenen finanziellen Schwierigkeiten denke man die Hilfe weiter fortzusetzen. Freilich könne man nicht voraussagen, wann man der Schwierigkeiten Herr geworden sei. Die Prophezeiungsgabe der Staatsmänner sei leider nicht so wie sie sein sollte. Außenpolitik sei ein sehr schwieriges Geschäft geworden. Paul Valéry habe einmal in seinem Buch „Regards sur le monde actuel“ gesagt, früher habe man sich in der Außenpolitik über begrenzte Teilbereiche der Welt informieren müssen. Nunmehr sei die Welt ein einziger Aktionsbereich geworden, in der jeder Prognose nur noch der Wert eines Börsentips zukomme.<sup>23</sup>

Er gehe im übrigen mit der Analyse Seiner Majestät einig und hoffe, daß die Vereinigten Staaten Methoden entwickeln könnten, welche der Komplexität des Weltgeschehens besser angepaßt seien. Deutschland wolle gerne seinen Beitrag dazu leisten.

*Seine Majestät* dankte für die klaren Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers. Er habe zu den deutsch-iranischen Beziehungen nur die Frage, von welchem Zeitpunkt ab man sagen könne, ob sich eine deutsche Gruppe für eines der großen Projekte, von denen er gesprochen habe, interessieren würde. Man plane den Bau von 40 großen Stauwerken, welche die Bewässerung von einer Million Hektar gewährleisten sollen. Die mit den Stauwerken entstehenden Kraftwerke sollen Strom für Industriesiedlungen und die allgemeine Stromversorgung des Landes liefern. Da man Anfragen an alle Interessierten richten wolle, sei es von Interesse, über eine mögliche Beteiligung deutscher Gruppen frühzeitig informiert zu sein.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, der deutsche Botschafter in Teheran habe ihn dahingehend informiert, daß eine Gruppe deutscher Industrieller sich bereits mit der Prüfung dieser Projekte befasse.<sup>24</sup> Man hoffe, in nicht allzu ferner

<sup>21</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vom 13. Dezember 1966 vgl. BT STE-NOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

<sup>22</sup> Am 18. März 1967 zog Botschafter Bach, Teheran, eine Bilanz der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem Iran. Trotz florierender Handelsbeziehungen sei der Iran enttäuscht darüber, „daß seine unverbrüchliche Freundschaft zum deutschen Volk und sein unbeirrtes Eintreten für deutsche politische Anliegen in Bonn zwar stets dankbar registriert, aber kaum honoriert wurde. [...] Die Iran gewährte deutsche Kapitalhilfe in Höhe von 200 Mio. DM und technische Hilfeleistungen im Gesamtvolumen von rd. 30 Mio. DM ordnen nach iranischer Ansicht ihrem Land in der Gesamtbilanz deutscher Entwicklungshilfe einen unbeachtlichen Listenplatz ein. Die Schlußfolgerung ist demnach auch: Nachkriegsdeutschland schätzt Iran zwar als größten Absatzmarkt seiner Produkte im Nahen Osten, ist aber darüber hinaus an der wirtschaftlichen Entwicklung nicht sehr interessiert.“ Vgl. Referat III B 6, Bd. 559.

<sup>23</sup> Vgl. Paul VALÉRY, *Regards sur le monde actuel*, Paris 1931, S. 36–39.

<sup>24</sup> Am 2. Oktober 1967 teilte das Bundesministerium für Wirtschaft mit, daß nach Angaben einer Delegation der Kreditanstalt für Wiederaufbau die Kosten für den Bau des Karoun-Staudammes „bei einer Kraftwerkskapazität von 500 MW (Endausbau auf 1000 MW geplant), einer Bewässerungsfläche von 30 000 ha und unter Einschluß der Hochspannungsleitung nach Teheran [...] auf

Zeit eine Antwort erteilen zu können. Eine Schwierigkeit ergebe sich daraus, daß der deutsche Haushalt nicht mehr für die Dauer eines Jahres, sondern für größere Zeiträume geplant wäre<sup>25</sup>, Projekte dieser Art müßten also in den nächsten Monaten eingearbeitet werden.

*Seine Majestät* erklärte dazu, daß nunmehr genauere Pläne vorlägen, auch im Hinblick auf die Bauwerke selbst. Man sehe wegen der statischen Probleme von einer aus Erde aufgeschütteten Staumauer für ein Staubecken von neun Milliarden Kubikmeter ab und wolle nunmehr Betonstaumauern für Becken mit einem Fassungsvermögen von zwei Milliarden Kubikmeter errichten lassen. Das Gesamtprojekt stelle eine Generationenaufgabe dar. Es handle sich dabei durchaus um eine lohnende Aufgabe, die kein Verlustgeschäft darstelle. Im übrigen sei bekannt, daß der Iran seinen Verpflichtungen immer nachgekommen sei.

Der Herr *Bundesminister des Auswärtigen* regte an, zur Förderung all dieser Programme spezifische politische Kontakte herzustellen.<sup>26</sup> Seine Majestät stimmte dem zu.

Der Herr *Bundeskanzler* wies auf die Besprechungen hin, die er kürzlich mit dem türkischen Premierminister<sup>27</sup> hatte. Dieser sei ein Mann, der über seine eigenen Grenzen hinausschaue. In Europa habe man vielleicht in letzter Zeit zuviel im Rahmen der Bündnisse gedacht. Es sei aber auch wichtig zu erfahren, was man außerhalb Europas über die Wirtschaftshilfe hinaus tun könne, um den Frieden zu bewahren. Enge Kontakte seien diesem Gedanken nur förderlich. Im übrigen habe man auch ein politisches Interesse daran, daß im Nahen Osten der Frieden gewahrt bleibe. Die Zeiten seien vorbei, da Goethe in seinem *Faust* die Leute auf dem Osterspaziergang sagen lasse: „... wenn weit

*Fortsetzung Fußnote von Seite 806*

rd. DM 670 Mio. geschätzt“ würden. Das Gesamtprojekt „dürfte allein von der Kostenseite aus betrachtet in seiner Größenordnung den Rahmen der deutschen Kapitalhilfe für Iran erheblich übersteigen“. Vgl. Referat III B 6, Bd. 547.

<sup>25</sup> Am 10. April 1967 trat der Kabinettsausschuß für mittelfristige Finanzplanung unter Vorsitz von Bundeskanzler Kiesinger zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen, um die Finanzvorschau für die Jahre 1967 bis 1971 zu beraten. Zu seinen Aufgaben gehörte die Gliederung der Bundesausgaben nach sachlichen Schwerpunkten und zeitlichen Prioritäten entsprechend der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 sowie die Einpassung der Finanzplanung in die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Abschließende Besprechungen des Ausschusses fanden am 22./23. Juni 1967 statt. Vgl. dazu BULLETIN 1967, S. 312 und S. 580.

Am 10. Mai 1967 verabschiedete der Bundestag eine Ergänzung zu Artikel 109 GG, die den Gesetzgeber ermächtigte, Grundsätze für eine konjunkturgerechte Haushaltswirtschaft und für eine mehrjährige Finanzplanung aufzustellen. Daneben wurde ein Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums verabschiedet. Beide Gesetze gingen auf Vorlagen der Bundesregierung vom 2. September 1966 zurück. Für den Wortlaut des 15. Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes sowie des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes vom 8. Juni 1967 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1967, Teil I, S. 581.

<sup>26</sup> Vom 9. bis 19. Mai 1967 hielt sich eine Delegation der Bundesregierung unter Leitung von Botschafter z. b. V. Schmidt-Horix zu Verhandlungen über den Abschluß eines Rahmenabkommens über Technische Hilfe in Teheran auf. Eine Einigung kam wegen unterschiedlicher Auffassungen hinsichtlich der Haftungsfreistellung für die Experten aus der Bundesrepublik, ihre freie Ein- und Ausreise sowie der Zollfreiheit für die Einfuhr von Verbrauchsgütern nicht zustande. Vgl. dazu den Schriftbericht des Botschafters Bach, Teheran, vom 1. Juli 1967; Referat III B 6, Bd. 559.

<sup>27</sup> Suleyman Demirel besuchte vom 9. bis 13. Mai 1967 die Bundesrepublik. Für das Kommuniké vgl. BULLETIN 1967, S. 427 f.

in der Türkei die Völker aufeinanderschlagen ...“<sup>28</sup>. Damals habe die Türkei dem Denken der Frankfurter Bourgeoisie noch sehr fern gelegen. Wir wüßten heute, daß Sicherheit und Frieden in diesen Gebieten eigene Sicherheit bedeute.

Was das deutsche Problem anbelange, wisse man die Auffassungen Seiner Majestät zu schätzen. Bei allem Bemühen um die Beseitigung des europäischen Antagonismus müsse man in der Frage der Freiheit aller Deutschen hart bleiben.

*Seine Majestät* entgegnete, seines Erachtens solle Deutschland in dieser Frage mit Frankreich und Großbritannien eng zusammenarbeiten. Wenn Großbritannien eines Tages einmal eine starke europäische Macht geworden sei, könnten sich auch die Aspekte dieses Problems wandeln. Es könnte durchaus sein, daß die osteuropäischen Länder einmal den Wunsch äußern, sich zunächst wirtschaftlich, später auch in anderer Form Westeuropa anzuschließen, so daß es schon im Hinblick auf die Entwicklung Chinas einmal zu einem gesamteuropäischen Gebilde kommt.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er glaube daran, daß alle diese Länder von Moskau unabhängig werden wollten. Man müsse sie davon überzeugen, daß ein gemeinsamer Weg möglich sei. Man habe oft über General de Gaulles von „Europa bis zum Ural“<sup>29</sup> gelächelt. Natürlich sei Sowjetrußland keine rein europäische Macht mehr, aber ein Körnchen Wahrheit könne doch in dieser Formulierung stecken. Er glaube, daß der Iran wie auch die Türkei in der weiteren Entwicklung eine wichtige Rolle spielen könnten. Wenn Moskau den Eindruck gewänne, daß im Südwesten Rußlands eine Anzahl freier Länder besteht, die Herr im eigenen Hause sein wollen, dann könnten sich auch die Möglichkeiten für eine gemeinsame Politik abzeichnen.

*Seine Majestät* bemerkte abschließend, daß er, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung Chinas, an solchen Möglichkeiten nicht zweifle.

Der Herr *Bundeskanzler* hat Weisung erteilt, eine Ausfertigung dieser Aufzeichnung dem Kaiserlich Iranischen Botschafter in Bonn zur Verfügung zu stellen.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 23**

<sup>28</sup> Johann Wolfgang GOETHE, Faust. Erster Teil, Vers 860-867: „Nichts Bessers weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen/Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei,/Wenn hinten, weit, in der Türkei,/Die Völker auf einander schlagen./Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus/Und sieht den Fluß hinab die bunten Schiffe gleiten;/Dann kehrt man abends froh nach Haus,/Und segnet Fried' und Friedenszeiten.“ Vgl. Goethes Werke. Hamburger Ausgabe in 14 Bänden, hrsg. von Erich Trunz, Bd. 3, 10. Auflage, München 1976, S. 34.

<sup>29</sup> Vgl. dazu Dok. 55, Anm. 16.



**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg****I B 4-82.00-92.0-835/67 geheim****29. Mai 1967**

Betr.: Nahost-Krise

hier: Gespräch zwischen dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen  
und dem israelischen Botschafter

Am 28. Mai 1967 empfing der Herr Bundesminister des Auswärtigen den israelischen Botschafter, Herrn Ben Natan. An dem Gespräch nahm der Unterzeichnete teil.

Der Botschafter führte aus, daß die gegenwärtige Krise von der Sowjetunion veranlaßt worden sei. Die sowjetische Regierung habe der syrischen Regierung vor kurzem mitgeteilt, daß ein israelischer Angriff auf Syrien in der zweiten Hälfte Mai bevorstehe. Die syrische Regierung habe diese Mitteilung an die Ägypter weitergeleitet. Die VAR habe in Moskau zurückgefragt; dort sei die Meldung bestätigt worden. Die daraufhin von Nasser veranlaßten Aktionen seien durch das Verhalten U Thants erleichtert worden.<sup>1</sup> Nasser, der zunächst einen ungeheuren Prestigegewinn erzielt habe, bedrohe nicht nur Israel, sondern auch die gemäßigten arabischen Staaten, insbesondere Jordanien. Für Israel sei durch die Sperrung des Golfes von Akaba eine höchst bedrohliche Lage entstanden. Israel könne die Schließung des Golfes sowohl aus politischen als auch wirtschaftlichen Gründen auf keinen Fall hinnehmen. Die Sperrung sei für Israel der Casus belli.<sup>2</sup> Der freie Zugang Israels zum Golf von Akaba sei von den Vereinigten Staaten 1957 garantiert worden<sup>3</sup>, ebenso von anderen Seemächten. Israel erwartet, daß dieses Engagement jetzt honoriert werde. Johnson habe gegenüber Abba Eban eine klare Sprache gesprochen.<sup>4</sup> Er sei bereit, den freien Zugang voll zu unterstützen. Die USA wollten aber zunächst die diplomatischen Möglichkeiten und die UNO-Prozedur ausschöpfen. Nach seiner, Ben Natans, Meinung sei von den Vereinten Nationen nichts zu erwarten. Einem Eingreifen des Sicherheitsrats stehe das sowjetische Veto entgegen. Ob in der Vollversammlung eine 2/3 Mehrheit zu erzielen wäre, sei

<sup>1</sup> Vgl. dazu Dok. 181, Anm. 1 und 3.

<sup>2</sup> Am 22. Mai 1967 übermittelte Botschafter Pauls, Tel Aviv, aus einem Gespräch im israelischen Außenministerium die Information, daß der israelische Außenminister Eban UNO-Generalsekretär U Thant sowie die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA davon unterrichtet habe, „daß Israel die freie Schifffahrt nach Eilath als absolut lebenswichtig ansehe und jede Störung ‚mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, was immer es koste‘, zurückweisen werde. Auf meinen Einwurf, daß Israel im Golf von Akaba nur über leichte Boote verfüge, die ägyptischen Zerstörern nicht gewachsen sein könnten, wurde geantwortet, daß, wenn Ägypten Eilath zu blockieren versuche, Israel dann ‚am anderen Ort mit anderen Mitteln‘ reagieren müsse.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 204; VS-Bd. 2576 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> In einem Aide-mémoire vom 11. Februar 1957 an die israelische Regierung legte die amerikanische Regierung dar, daß nach amerikanischer Rechtsauffassung der Golf von Akaba eine internationale Schifffahrtsstraße sei. Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, 1957, S. 392 f.

<sup>4</sup> Der israelische Außenminister Eban hielt sich am 26. Mai 1967 zu Gesprächen in Washington auf. Vgl. dazu den Artikel „U.S. cautious of four-power deal“, THE TIMES, Nr. 56952 vom 27. Mai 1967, S. 10.

fraglich. Nasser habe eine Beratung im Sicherheitsrat beantragt. Dies sei für ihn wegen des zu erwartenden sowjetischen Vetos ein bloßer Schachzug, um den Status quo der letzten Tage zu konsolidieren. Über die Motive der Russen könne man nur spekulieren. Offenbar wollten sie, wie früher in Berlin, durch eine Diversion einen neuen Spannungsherd schaffen, einen Krieg wollten sie vermutlich nicht. Vor allem wollten sie Druck auf Amerika ausüben. – Sollte es wider Erwarten gelingen, in den nächsten Tagen durch Verhandlungen den freien Zugang Israels nach Eilat zu garantieren, so werde es für einige Zeit Ruhe geben (ob für die Dauer, hält der Botschafter für zweifelhaft). Komme es zu einer Garantie des freien Zugangs jedoch nicht, so bestehe höchste akute Gefahr. – De Gaulle verhalte sich zunächst nach außen hin reserviert; die Krise störe sein Entspannungskonzept. Er habe die israelische Regierung jedoch wissen lassen, daß er sich für den freien Zugang nach Eilat einsetzen und Israel durch Materialbeschaffung unterstützen werde. Auch die britische Regierung habe sich durch Brown in Moskau<sup>5</sup> für Israel bemüht.

Der Herr Bundesminister warf ein, Brown habe in Moskau den Eindruck gewonnen, daß die Russen keinen Krieg wollten.

Der Botschafter ergänzte, daß die Sowjets auf dem besten Wege seien, Schiedsrichter im Nahen Osten zu werden. Sie werden weiterhin schärfste Drohungen aussprechen, wollten ihre Ziele aber möglichst ohne Krieg erreichen. Zu diesen Zielen gehöre der Sturz Husseins, eine Wende zugunsten Nassers im Jemen, der gesicherte Einfluß auf den Irak, besonders wegen des Öls, die Verstärkung des Drucks auf den Iran usw. Die russische Initiative habe keine lokale Ausrichtung, sondern stehe mit dem Vietnamkonflikt in Zusammenhang (Druck auf die Amerikaner durch Erhöhung der Spannung in Nahost).

In seiner jetzigen Lage benötige Israel politische, militärische und finanzielle Unterstützung.

Von der Bundesregierung erbitte Israel zunächst Gasmasken für die Zivilbevölkerung (Gasmasken für die israelische Armee seien von den Amerikanern zur Verfügung gestellt worden). Mit einem ägyptischen Gaskrieg gegen Israel müsse gerechnet werden. Nasser habe im Jemen, als Vorbereitung eines Schlags gegen Israel, mit dieser Art der Kriegführung experimentiert.<sup>6</sup> Von einem privaten deutschen Hersteller habe die israelische Regierung bereits 10 000 Gasmasken gekauft, die mit El Al vom Rhein-Main-Flughafen abtransportiert worden seien. Insgesamt benötige Israel für die Zivilbevölkerung 200 000 Gasmasken. Die hiesige israelische Botschaft stehe mit dem Bundesverteidigungsministerium wegen einer größeren Lieferung aus Bundeswehrbeständen (mindestens 20 000–30 000 Stück) in Verbindung. Zunächst habe die Botschaft den Eindruck gehabt, als ob das Bundesverteidigungsministerium die Gasmasken für Israel freigeben würde, zumal das Auswärtige Amt, wie der Botschaft be-

<sup>5</sup> Der britische Außenminister Brown hielt sich vom 24. bis 26. Mai 1967 in der UdSSR auf. Vgl. dazu den Artikel „Russia tells Britain: Stop Backing Israel“; THE TIMES, Nr. 56952 vom 27. Mai 1967, S. 1.

<sup>6</sup> Am 2. Juni 1967 teilte das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) mit, daß ein Sanitätsteam bei der Versorgung von Opfern eines Luftangriffs im Nordjemen Hinweise auf den Einsatz von Giftgas gefunden habe. Vgl. dazu AdG 1967, S. 13221.

kannt sei, keine politischen Bedenken erhoben habe. Nach den letzten Nachrichten der Botschaft sei die Entscheidung des Bundesverteidigungsministeriums jedoch wieder in Frage gestellt. Er, der Botschafter, erwarte dringend eine positive Antwort. Eine sofortige negative Antwort sei ihm sogar lieber als eine positive Antwort in einiger Zeit.

Ferner sei die israelische Regierung an einer Erklärung der Bundesregierung über den freien Zugang von Akaba, wenigstens über das deutsche Interesse an der Freiheit der Schifffahrt und der Seewege, interessiert. Die Erklärung von Herrn von Hase<sup>7</sup> habe er, der Botschafter, als unglücklich empfunden.

Darüber hinaus bitte die israelische Regierung um jede Art von Unterstützung, auch um Materialhilfe nichtmilitärischen Charakters. Die Bundesregierung möge prüfen, ob etwaiges verdächtiges Material über dritte Staaten, z.B. Frankreich, geliefert werden könne. Winzer habe bekanntlich den arabischen Staaten weitgehende Hilfe aller Art zugesagt.

Sodann bitte die israelische Regierung um eine Beschleunigung bei der Leistung unserer Wirtschaftshilfe. Bundesfinanzminister Dr. Strauß sei bereit zu helfen.

Abschließend wolle er noch einmal betonen, daß die Schließung des Golfes von Akaba für Israel völlig untragbar sei. Die nächsten zwei bis drei Tage würden vermutlich entscheidend sein.

Der Herr Bundesminister sagte, daß auch für ihn die Haltung Winzers in dieser Angelegenheit bedrückend sei. Im übrigen müsse in dieser Situation an die Verantwortung der Großmächte appelliert werden. Die Berichterstattung unserer Botschaft in Tel Aviv zeige das Bild einer zunehmenden Zuspitzung, während unsere Vertretung in Kairo eher ruhiger als im Anfang der Krise berichte. Der Botschafter wies darauf hin, daß verschiedene westliche Staaten in den letzten Tagen Erklärungen über die Freiheit der Seewege, zum Teil unter Erwähnung des Golfes von Akaba, abgegeben hätten.<sup>8</sup>

Der Herr Bundesminister sagte zu, daß wir die israelischen Wünsche beschleunigt prüfen würden. Während der nächsten Tage würden im Auswärtigen Amt Herr Staatssekretär Schütz und der Unterzeichnete dem Botschafter für weitere Fühlungnahme zur Verfügung stehen.

Zur Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren hätten wir uns bereits geäußert.<sup>9</sup> Im übrigen würden wir uns die Erklärungen anderer westlicher Regierungen gründlich ansehen.

<sup>7</sup> Am 24. Mai 1967 erklärte der Chef des Presse- und Informationsamtes vor der Bundespressekonferenz zur Sperrung des Golfs von Akaba: „Ich möchte zu dieser Frage nicht Stellung nehmen. Es ist eine Frage, die völkerrechtliche und politische Akzente hat.“ Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 29. Mai 1967; VS-Bd. 2640 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Vgl. dazu auch die Erklärung des Präsidenten Johnson vom 23. Mai 1967; PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1967, S. 561–563. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 299 f.

<sup>9</sup> Am 26. Mai 1967 wurde seitens des Auswärtigen Amtes erklärt: „Nach unserer Ansicht sollte das Prinzip der Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren gewahrt bleiben.“ Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 29. Mai 1967; VS-Bd. 2640 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

Zur Frage der Gasmasken werde das Auswärtige Amt mit dem für die Lieferung aus Bundeswehrbeständen zuständigen Bundesverteidigungsministerium Kontakt halten.

Bei einer Besprechung, die unmittelbar danach im Bundeskanzleramt unter dem Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers stattfand, berichtete der Bundesminister des Auswärtigen über sein Gespräch mit Ben Natan. Der Herr Bundeskanzler sprach sich für die Erfüllung des israelischen Wunsches auf Lieferung von Gasmasken aus Bundeswehrbeständen aus. Diese Lieferung sollte tunlich kommerzialisiert werden, d.h. durch die Zwischenschaltung der Herstellerfirmen als Lieferer. Falls erreichbar, sollten die Gasmasken ohne Erkennungszeichen der Bundeswehr geliefert werden.

Der Bundesminister für Verteidigung, Dr. Schröder, dem der Herr Bundeskanzler und der Herr Bundesminister des Auswärtigen von dieser Entscheidung des Bundeskanzlers Mitteilung machten, sagte Prüfung der Angelegenheit in seinem Hause zu, äußerte jedoch Bedenken wegen der Opportunität und Durchführbarkeit des Vorhabens.

Herr Staatssekretär Knieper sagte mir nach der Sitzung bei dem Herrn Bundeskanzler, daß nach Auskunft von Staatssekretär Gumbel vielleicht etwa 20 000 Gasmasken für Israel aus Beständen des zivilen Luftschutzes zur Verfügung gestellt werden könnten, falls das Bundesverteidigungsministerium seine Bedenken aufrechterhalten sollte.

Der israelische Botschafter hatte ebenfalls dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen gegenüber zu erkennen gegeben, daß seine Botschaft mit dem Bundesinnenministerium bereits in Verbindung stehe.<sup>10</sup>

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>11</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>12</sup> vorgelegt.

Meyer-Lindenberg

**VS-Bd. 10089 (Ministerbüro)**

<sup>10</sup> Zum israelischen Wunsch nach Lieferung von Gasmasken aus der Bundesrepublik vgl. Dok. 190.

<sup>11</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 29. Mai 1967 vorgelegen.

<sup>12</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

## 189

**Gespräch des Staatssekretärs Schütz  
mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin****ZA 5-72.A/67 geheim****29. Mai 1967<sup>1</sup>**

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Schütz, empfing am 29. Mai 1967 um 12.15 Uhr in Anwesenheit von VLR I Dr. Blumenfeld den sowjetischen Botschafter Zarapkin zu einer Unterredung, um die der Botschafter nachgesucht hatte.

Einleitend sagte Botschafter *Zarapkin*, er sei gekommen, um mit dem Staatssekretär über einen sehr schwierigen Fall zu sprechen. Wie bekannt, sei am 25. Mai 1967, einem Donnerstag, ein sowjetisches Flugzeug vom Typ MIG 17 mit dem sowjetischen Piloten Jepatko an Bord in der Nähe von Augsburg notgelandet.<sup>2</sup> Am Freitag, dem 26. Mai 1967, habe der sowjetische Gesandte Kudrjawzew mit dem Leiter der II. Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts, Ruete, ein Gespräch über diesen Vorfall geführt. Hierbei habe Kudrjawzew das Auswärtige Amt gebeten, möglichst umgehend ein Treffen zwischen Vertretern der sowjetischen Botschaft und dem Piloten zu arrangieren. Ferner habe er um Maßnahmen der Bundesregierung zwecks Übergabe des Flugzeugs an sowjetische Behörden ersucht.

In diesem Zusammenhang sei es bemerkenswert, daß die westdeutschen Behörden es nicht für notwendig erachtet hätten, die sowjetische Botschaft von der Notlandung des sowjetischen Flugzeuges zu unterrichten. Die Botschaft habe am 25. Mai erst durch den Rundfunk und durch Anrufe von amerikanischen bzw. deutschen Korrespondenten von dem Ereignis erfahren.

Der Botschafter fuhr fort, Herr Ruete habe dem Gesandten Kudrjawzew versichert, das Auswärtige Amt werde sich dafür einsetzen, daß das Flugzeug an die zuständigen sowjetischen Behörden ausgeliefert werde.<sup>3</sup> Er habe ferner gesagt, daß im Zeitpunkt des Gesprächs mit Kudrjawzew bereits über die Modalitäten der Übergabe beraten werde. Ferner habe Herr Ruete erklärt, daß das sowjetische Flugzeug unter Bewachung der Bundeswehr stehen werde. Am Abend des 26. Mai hätten Soldaten der Bundeswehr tatsächlich die Bewachung des Flugzeuges übernommen. Zur sowjetischen Forderung, eine Begegnung mit dem Piloten herbeizuführen, habe Herr Ruete gesagt, das Auswärtige Amt werde sich in jeder Weise bemühen, ein solches Treffen zustandezubringen. Der sowjetische Pilot Jepatko habe sich also zum Zeitpunkt des Gesprächs

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat Buring gefertigt.

Hat Staatssekretär Schütz am 1. Juni und Bundesminister Brandt am 5. Juni 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zu dem Vorfall stellte Ministerialdirektor Ruete am 26. Mai 1967 fest: „Am 25. Mai 1967 um 12.15 Uhr ist 15 km ostwärts von Dillingen/Donau ein sowjetischer Düsenjäger des Typs MIG 17 bei Augsburg notgelandet. Die Maschine ist leicht beschädigt. Der Pilot, Leutnant Wassilij Jepatko, geb. in Kutschewskaja/Krasnada am 14.1.1942, ist unverletzt. Er befindet sich in der Kaserne des Fernmeldebataillons in Dillingen. Er hat den Wunsch geäußert, nicht zu seiner Einheit zurückzukehren.“ Vgl. VS-Bd. 4202 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete vom 26. Mai 1967; VS-Bd. 4202 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

zweifelloso noch in der Hand westdeutscher Behörden befunden. Schließlich habe Herr Ruete dem sowjetischen Gesandten zugesichert, daß man die sowjetische Botschaft über die in dieser Frage von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen unterrichten werde.

Was sei nun aber tatsächlich erfolgt? Sofort nach Beendigung des Gesprächs zwischen Ruete und Kudrjawzew, so fuhr der Botschafter fort, sei der Apparat des Auswärtigen Amts in Bewegung gesetzt worden, aber leider nicht in der von der sowjetischen Seite gewünschten Richtung. Das Flugzeug sei nicht den sowjetischen Stellen, sondern den Amerikanern übergeben worden, und statt ein Treffen zwischen Botschaftsvertretern und dem Piloten zu arrangieren, sei dieser der amerikanischen Botschaft überstellt worden. Weitere Gespräche mit dem Auswärtigen Amt hätten ebenfalls nichts Positives ergeben, sondern lediglich gezeigt, daß das Amt in dieser Frage eine ausweichende Haltung einnehme.

Die sowjetische Botschaft in der Bundesrepublik Deutschland bestehe auf einer persönlichen Begegnung mit dem Piloten. Solange ein Treffen mit dem festgehaltenen sowjetischen Militärangehörigen Jepatko nicht zustandegekommen sei, müsse die sowjetische Botschaft die Glaubwürdigkeit der von der westdeutschen Seite über den genannten Vorfall verbreiteten Meldungen in Zweifel stellen und von der Annahme ausgehen, daß der sowjetische Pilot Jepatko von westdeutschen Behörden willkürlich festgenommen worden sei.

Anmerkung des Übersetzers: Die in dem letzten Satz enthaltenen Feststellungen wiederholte der Botschafter im Laufe des Gesprächs nachdrücklich noch zweimal.<sup>4</sup>

Der Herr *Staatssekretär* antwortete, der erwähnte Zwischenfall habe sowohl die Bundesregierung als auch das Auswärtige Amt stark beschäftigt und ihnen viel Kopfzerbrechen bereitet. Zu den Ausführungen des Botschafters wolle er folgendes feststellen: Der sowjetische Pilot sei nicht auf Wunsch der Bundesregierung in das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland eingeflogen. Der Grund für diesen Schritt sei wohl besser mit dessen Vorgesetzten zu klären. Es sei nicht die Politik der Bundesregierung, derartige Handlungen zu fördern und fremde Piloten zum Einfliegen in das Bundesgebiet zu ermutigen. Der Bundesregierung könne also für die Tatsache, daß der Pilot hierher geflogen sei, keine Verantwortung zufallen. Er wolle nicht auf die vom Botschafter vorgenommene chronologische Aufzählung der Ereignisse eingehen, doch sei er, falls der Botschafter dies wünsche, bereit, bis heute abend oder morgen

<sup>4</sup> Die sowjetische Regierung protestierte zunächst in Noten vom 3. bzw. 19. Juni 1967 gegen die Behandlung des Vorfalles durch die Bundesregierung und gegen angebliche Behinderungen in ihrem Bemühen um ein Gespräch mit dem sowjetischen Piloten Jepatko. In einer weiteren Note vom 14. Juli 1967 bekräftigte sie ihren Standpunkt, daß „die offiziellen Behörden der BRD klare Willkür über den sowjetischen Staatsbürger und über das Eigentum des sowjetischen Staates walten gelassen haben sowie daß diese Verletzung der allgemein anerkannten Normen von Anfang an vorsätzlichen Charakter trug. Die Verweisung auf die Interessen einer dritten Macht kann natürlich die Regierung der Bundesrepublik von der Verantwortung für alle Folgen der rechtswidrigen Handlungen nicht befreien, einschließlich für den Schaden, der damit den Beziehungen zwischen unseren Staaten zugefügt wird.“ Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats II A 4 vom 13. Juli 1967 sowie die Note der sowjetischen Regierung vom 14. Juli 1967; Vgl. VS-Bd. 4202 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

früh schriftlich auf die von dem Botschafter gemachten Vorwürfe zu antworten. Einige kurze Bemerkungen wolle er aber schon jetzt machen.

Der 25. Mai, also der Tag des Zwischenfalls, sei in diesem Teil der Bundesrepublik gesetzlicher Feiertag. Am folgenden Tage habe das Auswärtige Amt sofort Kontakt mit der sowjetischen Botschaft aufgenommen, wobei versichert worden sei, daß die Bundesregierung versuchen werde, das Flugzeug zurückzugeben und ein Treffen zwischen Botschaftsvertretern und dem Piloten zu arrangieren. Diese Bemühungen dauerten noch an. Der sowjetische Pilot sei von westdeutschen Behörden nachdrücklich darauf hingewiesen worden, daß die Bundesregierung es vorziehen würde, wenn ein Gespräch zwischen ihm und Vertretern der Sowjetbotschaft zustande käme.

Wie dem Auswärtigen Amt bekannt sei, habe die sowjetische Regierung bereits am 26. Mai um 11 Uhr mit den Amerikanern Kontakt über den Vorfall aufgenommen, offenbar über die amerikanische Militärmission in Potsdam. Die Bundesregierung beklage sich auch gar nicht über diese Tatsache, sondern sie halte diese Kontaktaufnahme für richtig, weil es ja notwendig sei, so rasch wie möglich eine Klärung herbeizuführen. Nun sei allerdings zu vermerken, daß der sowjetische Pilot erklärt habe, er wünsche nicht mit Vertretern der sowjetischen Botschaft zu sprechen. Er habe vielmehr darum ersucht, in amerikanischen Gewahrsam zu kommen. Diesem Wunsch habe sich die westdeutsche Seite nicht entziehen können.<sup>5</sup>

Am 26. Mai sei dem sowjetischen Botschaftsrat Matwejew vom Auswärtigen Amt erklärt worden, man erwarte, daß sich die sowjetische Botschaft wegen des Gesprächs mit dem Piloten mit der amerikanischen Botschaft in Verbindung setze. Das Auswärtige Amt sei seinerseits bereit, sich vermittelnd einzuschalten und, falls die Sowjetbotschaft dies wünsche, dem Piloten ein Schreiben der Botschaft zu übergeben.

Zusammenfassend sagte der Herr Staatssekretär, die Bundesregierung habe diesen Zwischenfall weder gewünscht noch herbeigeführt, und die Tatsache, daß das sowjetische Flugzeug hier gelandet sei, falle in die Verantwortung anderer. Dem Auswärtigen Amt sei bekannt, daß wegen der Übergabe des Flugzeugs sowjetische Militärbehörden mit amerikanischen Militärbehörden in direktem Kontakt stünden. Das Auswärtige Amt werde sich gegebenenfalls unterstützend einschalten, um die Übergabe zu gewährleisten.<sup>6</sup> Was nun das Ge-

<sup>5</sup> Dazu stellte Referat II A 4 am 13. Juli 1967 fest, daß für die Bundesregierung keine vertragliche oder völkerrechtliche Verpflichtung bestehe, sowjetische Staatsangehörige an die Sowjetunion auszuliefern, und eine freiwillige Übergabe „mit der deutschen Auslieferungspraxis gegenüber Ostblockstaaten nicht vereinbar“ sei: „Der Pilot hätte ein Recht darauf gehabt, in der Bundesrepublik Deutschland um Asyl zu bitten (Art. 16, Abs. 2, Satz 2 GG). Er konnte auch den Wunsch äußern, sich in einen anderen Staat zu begeben. Er hat es jedoch vorgezogen, sich in den ‚Gewahrsam‘ der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland zu begeben. Die deutsche Hoheitsgewalt schließt das Recht der zuständigen deutschen Behörden ein, diesem Wunsch des Piloten stattzugeben.“ Vgl. VS-Bd. 4202 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Das sowjetische Flugzeug wurde am 3. Juni 1967 am Grenzübergang bei Herleshausen „von den Amerikanern in Anwesenheit deutscher Offiziere an eine sowjetische Offizierskommission übergeben“. Vgl. die Aufzeichnung des Referats II A 4 vom 13. Juli 1967; VS-Bd. 4202 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

Dazu notierte Ministerialdirektor Ruete, die amerikanische Botschaft in Bonn habe bestätigt, „daß einige Teile des Flugzeugs und seines Zubehörs von amerikanischen Dienststellen entnommen worden seien. Eine Wiederbeschaffung dieser Teile sei außerordentlich schwierig oder unmöglich.

sprach mit dem Piloten anbelange, so würde das Auswärtige Amt ein solches Gespräch zwar begrüßen, könne aber andererseits den Piloten nicht zwingen, ein Gespräch zu führen. Der Pilot habe es bisher abgelehnt, mit sowjetischen Vertretern zu sprechen, und gebeten, den Amerikanern übergeben zu werden. Diese Willensäußerung sei respektiert worden.

Die Bundesregierung und das Auswärtige Amt seien bemüht, diesen schwierigen Zwischenfall schnell und fair zu behandeln und zu bereinigen in der Hoffnung, daß er zu keiner Trübung des Verhältnisses zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland führen werde.

Botschafter *Zarapkin* erwiderte, wenn es um Schnelligkeit gehe, so habe die Bundesregierung lediglich darin Schnelligkeit bewiesen, daß sie Flugzeug und Piloten schnell den Amerikanern übergeben habe. Im übrigen versuche niemand, der Bundesregierung auch nur die geringste Verantwortung für die Notlandung des Piloten im Bundesgebiet zuzuschreiben. Was nun das Angebot des Staatssekretärs angehe, dem Piloten ein Schreiben der Botschaft zu übermitteln, so sehe er dafür keine Notwendigkeit. Die sowjetische Botschaft wünsche ausdrücklich eine persönliche Begegnung mit dem Piloten, um die Begleitumstände des Vorfalls klären zu können. Solange dieses Treffen verweigert werde, müsse sie bei ihrem Standpunkt bleiben, daß der Pilot von westdeutschen Behörden willkürlich festgenommen worden sei. Er bitte das Auswärtige Amt nochmals, möglichst rasch ein Treffen mit dem Piloten zu ermöglichen und die Botschaft über den Zeitpunkt eines solchen Gesprächs zu unterrichten.

Staatssekretär Schütz antwortete, er habe seinen Ausführungen eigentlich nichts mehr hinzuzufügen. Er wolle nur noch feststellen, daß bei der Bundesregierung der Eindruck bestehe, es handele sich bei dem Zwischenfall wohl nicht um eine Notlandung, sondern darum, daß der Pilot aus freien Stücken gelandet – nicht notgelandet – sei. Er versichere nochmals, daß die Bundesregierung sehr daran interessiert sei, den Zwischenfall rasch und auf möglichst stille Weise zu bereinigen. Daß sie dabei eng mit den amerikanischen Behörden zusammenarbeite, sei selbstverständlich, genauso wie es selbstverständlich sei, daß die sowjetischen Militärstellen mit den amerikanischen Militärbehörden Verbindung aufgenommen hätten. Schließlich seien ja alle Beteiligten daran interessiert, den Vorfall zu klären und zu bereinigen. Zu dem so nachdrücklich vorgetragenen Wunsch nach einer Begegnung mit dem Piloten könne er nur wiederholen, daß die Bundesregierung eine Begegnung zwar für wünschenswert halte, den Piloten aber zu einem Gespräch mit Botschaftsvertretern weder zwingen könne noch werde. Dies sei die verfassungsmäßige Lage in der Bundesrepublik Deutschland.

Botschafter *Zarapkin* sagte, die sowjetische Seite müsse, sofern ein Treffen mit dem Piloten zwecks Aufklärung des Sachverhalts nicht zustande käme, das Verhalten der Bundesregierung als unfreundlichen Akt werten. Da er seiner Regierung nun berichten müsse, bitte er den Staatssekretär um umgehende

*Fortsetzung Fußnote von Seite 815*

Entnahmen solcher Teile sind [...] üblich und werden im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis nicht zugegeben. [...] Laut Auskunft des BMVtdg (Oberst[leutnant] Frank) hat auch der BND Ausrüstungsgegenstände des Flugzeugs entnommen, und zwar ein Zielfotogerät, eine Zündpatrone für den Schleudersitz und einige normale Patronen.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 27. Juni 1967; VS-Bd. 4202 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.



Benachrichtigung, wenn die Voraussetzungen für eine Begegnung mit dem Piloten geschaffen worden seien.<sup>7</sup>

Der Herr *Staatssekretär* sagte abschließend, das Auswärtige Amt werde sich weiterhin um eine Unterredung bemühen, die freie Entscheidung des Piloten müsse jedoch berücksichtigt werden.<sup>8</sup>

Die Unterredung dauerte etwa eine Stunde.

**VS-Bd. 10089 (Ministerbüro)**

## 190

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg

**I B 4-83.00-92-836<sup>1</sup>/67 geheim**

**29. Mai 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Gespräch des Herrn Staatssekretärs mit dem israelischen Botschafter Ben Natan

Der Herr Staatssekretär empfing den israelischen Botschafter Ben Natan heute um 15.30 Uhr zu einem etwa 20 Minuten dauernden Gespräch. Auf israelischer Seite war noch der Gesandte Idan, auf deutscher Seite MD Professor Dr. Meyer-Lindenberg und VLR I Dr. Gehlhoff anwesend.

Herr Staatssekretär Schütz erklärte dem Botschafter, man solle versuchen, jetzt täglich miteinander in Verbindung zu bleiben, sei es, daß man sich sehe, sei es, daß man miteinander telefoniere. Gegebenenfalls<sup>2</sup> könne diese Verbindung auch<sup>3</sup> mit der Abteilung I aufrechterhalten bleiben.

Auf die Frage des Herrn Staatssekretärs, wie es jetzt mit der Ausfuhr von Gasmasken nach Israel<sup>4</sup> stehe, erklärte der Botschafter, er habe heute vormittag mit Staatssekretär Knieper gesprochen. Eine Entscheidung sei noch nicht gefallen. Staatssekretär Knieper habe bis heute 17 Uhr eine Unterrichtung

<sup>7</sup> Ein Gespräch zwischen Angehörigen der sowjetischen Botschaft und dem sowjetischen Piloten Jepatko fand am 1. Juni 1967 in Frankfurt/M. statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete; VS-Bd. 4202 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Am 17. Juli 1967 hielt Ministerialdirektor Ruete Informationen der amerikanischen Botschaft in Bonn fest, wonach sich „der sowjetische Pilot Jepatko nach langem Zögern nunmehr entschlossen [habe], in die Sowjetunion zurückzukehren. Die amerikanischen Behörden haben ihm erklärt, daß sie auch diesen Wunsch respektieren würden.“ Vgl. VS-Bd. 4203 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967. Am 24. Juli 1967 übermittelte die amerikanische Botschaft in Bonn das Einverständnis der amerikanischen Regierung, „daß der Pilot Jepatko in den USA an die sowjetischen Behörden überstellt wird. Diese Überstellung dürfte jedoch zur Zeit nicht akut sein, da Jepatko seine Auffassung wieder geändert und erklärt habe, in den USA bleiben zu wollen.“ Vgl. die Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter; VS-Bd. 4202 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Gehlhoff konzipiert.

<sup>2</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Notfalls“.

<sup>3</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg gestrichen: „einmal“.

<sup>4</sup> Zum israelischen Wunsch nach Lieferung von Gasmasken aus der Bundesrepublik vgl. Dok. 188.

darüber zugesagt, ob die Lieferung der Gasmasken über das Bundesverteidigungsministerium oder das Bundesinnenministerium vorgenommen werde. Israel benötige insgesamt 250 000 Gasmasken; aus Deutschland erhoffe man sich die größtmögliche Lieferung, man denke an 20 bis 30 000 Stück.<sup>5</sup>

Der Herr Staatssekretär wies darauf hin, daß der Sprecher des Auswärtigen Amtes kürzlich erklärt habe, nach Ansicht der Bundesregierung solle das Prinzip der Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren gewahrt bleiben.<sup>6</sup> Diese Erklärung sei, wie Botschafter Pauls berichtet habe, von dem israelischen Ministerpräsidenten mit Dankbarkeit und Befriedigung aufgenommen worden.<sup>7</sup> Das Auswärtige Amt sei im übrigen bereit, seine Erklärung auf eine Anfrage der Presse noch einmal zu wiederholen.

Der Botschafter entgegnete hierzu, wenn die von dem Sprecher des Auswärtigen Amtes abgegebene Erklärung für die Bundesregierung verbindlich sei, so könne diese als befriedigend angesehen werden.

Zum selben Thema erläuterte der Herr Staatssekretär, daß die Bundesregierung auch gegenüber allen anderen Regierungen, die an der Schifffahrt im Golf von Akaba nachhaltig interessiert sind, ihre Haltung in der Schifffahrtsfrage bekanntgegeben und erläutert habe. Auch Botschafter Pauls habe zur Unterrichtung der israelischen Regierung eine entsprechende Weisung erhalten.<sup>8</sup>

Zur Frage der diesjährigen deutschen Wirtschaftshilfe an Israel erklärte der Herr Staatssekretär, wir seien bemüht, diese Hilfe so schnell wie möglich zu geben. Es müßte, wie bei uns üblich, noch eine Reihe von Instanzen beteiligt werden; mit Hindernissen rechne er aber nicht.

Botschafter Ben Natan brachte zur Sprache, daß im März 1967 eine deutsche Lizenz zur Ausfuhr von 30 000 Zündern nach Israel (sie sind bestimmt für an die Bundeswehr zu liefernde Granaten) erteilt worden sei, nachdem bereits im Januar 1967 eine Lizenz zur Ausfuhr von 60 000 Zündern erteilt worden war. Eine Teillieferung dieser von der Firma Junghans hergestellten Zünder habe am 3. Juni in Hamburg verschifft werden sollen. Jetzt liege eine Nachricht aus dem Wirtschaftsministerium vor, derzufolge die Verschiffung von Zündern bis auf weiteres gesperrt sei. Es stehe auch noch die Lieferung von anderen Zündern (des Typs AZ DM 111 A 2) zur Diskussion; hierzu sei der Vertrag aber noch nicht unterschrieben.

Der Herr Staatssekretär sagte zu, die Frage der Lieferung der vorerwähnten 30 000 Zünder noch heute prüfen zu lassen.<sup>9</sup>

<sup>5</sup> Am 1. Juni 1967 beschloß das Bundeskabinett einstimmig, dem israelischen Wunsch nach Lieferung von 20 000 Gasmasken zu entsprechen. Vgl. dazu die Meldung „Gasmasken werden heute nach Israel geflogen“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, Nr. 132 vom 3./4. Juni 1967, S. 2.

<sup>6</sup> Zur Erklärung vom 28. Mai 1967 vgl. Dok. 188, Anm. 9.

<sup>7</sup> Am 29. Mai 1967 notierte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg: „Botschafter Pauls hat am 27. Mai 1967 berichtet, daß Ministerpräsident Eshkol die Erklärung des Auswärtigen Amtes zur Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren befriedigt und dankbar aufgenommen habe. Der Leiter der Westeuropa-Abteilung des israelischen Außenministeriums hat namens seiner Regierung Botschafter Pauls für diese Erklärung gedankt.“ Vgl. VS-Bd. 2640 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Vgl. dazu Dok. 186.

<sup>9</sup> Am 2. Juni 1967 teilte Ministerialdirigent Graf von Hardenberg dazu mit: „Das Bundesverteidigungsministerium hat den Israelis für den Herbst dieses Jahres einen Auftrag auf Lieferung von 100 000 Schuß Munition für 120 mm Mörser in Aussicht gestellt. Die Israelis haben, um eine kon-

Der Herr Staatssekretär äußerte, daß die politische Lage nach unserem Eindruck heute unverändert sei. Botschafter Ben Natan antwortete, soeben habe er in den Rundfunksnachrichten gehört, daß israelisches Gebiet vom Gaza-Streifen aus beschossen worden sei.

Der Herr Staatssekretär betonte, daß bisher noch kein deutsches Schiff bei der Einfahrt in den Golf von Akaba kontrolliert worden sei; anders lautende Mitteilungen seien von den Ägyptern (zu eigenen Zwecken) ausgestreut worden. Die Kapitäne unserer Schiffe hätten Anweisung, gegebenenfalls eine Kontrolle nur unter Protest vornehmen zu lassen.<sup>10</sup>

Zum Schluß wies der Herr Staatssekretär auf den erklärten Grundsatz der Bundesregierung hin, sich nicht in regionale Konflikte einzumischen.<sup>11</sup> Unterhalb dieser Schwelle wolle die Bundesregierung Israel aber jede mögliche Hilfe geben. Falls es aber erforderlich werden sollte, von dem Grundsatz abzuweichen, müßten darüber neue Gespräche stattfinden. Der Botschafter entgegnete, daß er am morgigen Tage den israelischen Finanzminister Sapir in Paris treffen und von diesem möglicherweise eine Liste des gegenwärtig von Israel benötigten Materials erhalten werde.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>12</sup> vorgelegt.

Meyer-Lindenberg

VS-Bd. 2640 (I B 4)

*Fortsetzung Fußnote von Seite 818*

tinuierliche Fabrikation in ihrem Munitionsbetrieben sicherzustellen, diese Munition bereits hergestellt. Die deutschen Zulieferer von Zündern haben bereits 70 000 Zünder für diese Munition nach Israel geliefert und selbst vorfinanziert. Es handelt sich jetzt um die Lieferung der letzten 30 000 Zünder. Der Transport dieser Zünder ist [...] durch den Vertreter des Bundesverkehrsministeriums im Krisenstab zur Sprache gebracht worden. Der Krisenstab habe das Verbot des Transports der 30 000 Zünder angeordnet. Das zuständige Referat der Abteilung III ist nicht informiert worden. Inzwischen hat Bundesverteidigungsminister Schröder von dieser Entscheidung des Krisenstabs gehört und sie gutgeheißen.“ Vgl. VS-Bd. 2648 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Am 30. Mai 1967 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Gehlhoff, daß seit Ausbruch der Nahost-Krise nur die „Stolzenfels“ den Hafen von Akaba angelaufen habe, dabei aber weder angehalten noch kontrolliert worden sei: „Kapitäne deutscher Schiffe sind durch Bundesverkehrsministerium gebeten worden, eventuell stattfindende erweiterte Kontrolle der Schiffspapiere und des Schiffs bei Einfahrt in Golf von Akaba nur unter Protest zuzulassen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 59 an die Botschaft in Den Haag; VS-Bd. 2576 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>11</sup> Vgl. dazu Dok. 5, Anm. 10.

Am 29. Mai 1967 informierte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg Staatssekretär Schütz, daß der israelische Botschafter Ben Natan gegenüber Bundesminister Brandt am Vortag auch die Frage der Lieferung von Material für militärische Zwecke aufgeworfen habe, „wobei er zwischen verdächtigem und unverdächtigem Material unterschied. Hierzu ist folgendes zu bemerken: Es ist die erklärte Politik der Bundesregierung, sich in regionale Konflikte im Nahen Osten nicht einzumischen. Wir haben ferner mehrfach erklärt, so zuletzt gegenüber dem Generalsekretär der Arabischen Liga Ende April 1967, daß die Bundesregierung keine Waffen in Spannungsgebiete liefere, also weder an Israel noch an seine arabischen Nachbarn. Ohne eine erneute Entscheidung des Kabinetts können wir von dieser Linie nicht abweichen.“ Vgl. VS-Bd. 2640 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>12</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 30. Mai 1967 vorgelegen.

## Botschaftsrat Loeck, Belgrad, an das Auswärtige Amt

II A 5-82.00-94.13-725/67 VS-vertraulich  
Schriftbericht Nr. 449

29. Mai 1967<sup>1</sup>

Betr.: Deutsch-jug[oslawisches] Verhältnis  
hier: Entwicklung seit der Karlsbader Konferenz<sup>2</sup> und künftige eigene Schritte

Bezug: Bericht vom 6. März 1967 – II A 5-82.00-8/67, Ber. Nr. 230/67 VS-vertr.

I. a) Seitdem erkennbar geworden ist, daß die Tschechoslowakei, Ungarn und Bulgarien, dem auf der Warschauer Außenministerkonferenz vom Februar d. J.<sup>3</sup> und der Karlsbader Konferenz ausgeübten sowjetisch-polnischen Druck folgend, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Deutschland bis auf weiteres zurückgestellt haben, macht sich in den jug[oslawischen] Äußerungen zur Frage der weiteren Gestaltung des deutsch-jug[oslawischen] Verhältnisses ein neuer Akzent bemerkbar.

Der erste Abschnitt der deutsch-jugoslawischen Wiederannäherung, die durch die Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers in der Pressekonferenz vom 16. Januar 1967<sup>4</sup> und des Herrn Bundesministers des Auswärtigen vor dem Verein der Auslandspresse vom 23. Februar 1967<sup>5</sup> eingeleitet worden ist, war durch den stets aufs neue geäußerten jug[oslawischen] Wunsch nach möglichst baldiger Wiederherstellung der dipl[omatischen] Beziehungen gekennzeichnet. Zwar lautete die amtliche Sprachregelung stets, daß man es ganz den Deutschen überlasse, ob die Verbesserung des Verhältnisses mit der Wiederherstellung der dipl[omatischen] Beziehungen oder mit Schritten zur Weiterentwicklung der tatsächlichen Beziehungen beginnen solle, jedoch kam in jeder amtlichen und nichtamtlichen jugoslawischen Verlautbarung deutlich genug zum Ausdruck, daß man dem ersteren Verfahren den Vorzug geben würde.

Bisher begannen die Jugoslawen alle Gespräche mit der Frage nach den Aussichten und dem Zeitpunkt für die Wiederherstellung der dipl[omatischen] Be-

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 12. Juni 1967 vorgelegen.

Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas vom 24. bis 26. April 1967 vgl. Dok. 154.

<sup>3</sup> Zur Konferenz der Außenminister der Staaten des Warschauer Pakts vom 7. bis 10. Februar 1967 vgl. Dok. 50, Anm. 7.

<sup>4</sup> Bundeskanzler Kiesinger führte aus: „Es besteht seitens der Bundesrepublik auch der Wunsch, ihre Beziehungen mit Jugoslawien zu normalisieren. [...] Wir stellen mit Zufriedenheit fest, daß die Beziehungen mit Jugoslawien sich in den vergangenen Jahren auf vielen Gebieten sehr gut gestaltet haben. Wir haben ja auch etwa 100 000 jugoslawische Gastarbeiter hier. Auf dem Gebiet der kulturellen Zusammenarbeit ist viel geschehen, z. B. gibt es an jugoslawischen Hochschulen deutsche Lektoren. Ich glaube, das ist das einzige Land, der einzige Nachbar im Osten, bei dem dies der Fall ist. Und die Bundesrepublik wünscht auch hier einen Ausbau der Beziehungen und die Normalisierung der Beziehungen.“ Vgl. DzD V/1, S. 311.

<sup>5</sup> Vgl. dazu den Artikel „Brandt zur Bonner Ostpolitik“, NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe, Nr. 55 vom 25. Februar 1967, Bl. 2.

ziehungen. Erst anschließend wurden die Wünsche nach Wiedergutmachungsleistungen und Abschluß eines Gastarbeiterabkommens angemeldet, mit dem Hinweis, daß es sich hierbei nicht um Vorbedingungen für die Aufnahme dipl[omatischer] Beziehungen handele.

Jetzt fragt man uns zunächst nach dem Termin für die Verhandlungen über das Gastarbeiterabkommen und erhebt stets aufs Neue die Entschädigungsforderung. Erst auf Nachfrage wird hinzugefügt, daß die jug[oslawische] Haltung hinsichtlich der für die Verbesserung des Verhältnisses bestehenden Möglichkeiten keine Änderung erfahren habe, daß man also weiterhin bereit sei, mit der Wiederherstellung der dipl[omatischen] Beziehungen zu beginnen.

Die neue Akzentuierung des jug[oslawischen] Standpunktes ist deutlich in dem Interview hervorgetreten, das Außenminister Nikezić der „jugoslawischen Bildzeitung“ Večernje Novosti Anfang Mai gegeben hat. Nikezić wiederholte bei dieser Gelegenheit, daß es weder eine Verbesserung der allgemeinen Situation in Europa noch ein Vorwärtsskommen in der deutschen Frage geben könne, wenn die Bundesrepublik Deutschland „nicht die bestehenden Realitäten anerkenne“. Sie könne die Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern nur fördern, „wenn sie tatsächlich denke und zu tun beabsichtige, was sie sage“. Auf die Frage, ob deutsche Bereitschaft zur Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen spürbar geworden sei, äußerte Nikezić nur kurz, daß „von Bonner Seite Erklärungen in diesem Sinne abgegeben worden seien“. Sodann hob er aber hervor, daß es „in den Beziehungen zwischen Jugoslawien und Bonn nicht nur um grundsätzliche Erklärungen gehe, die die eine oder andere Seite abgäbe, sondern auch um die Lösung von Problemen aus der Vergangenheit, die sich angesammelt hätten und die vielleicht mit manchen anderen Ländern nicht bestünden“.

Es ist bezeichnend, daß Nikezić weder seine wiederholten Angebote auf Wiederaufnahme dipl[omatischer] Beziehungen erneuerte, noch diese Angebote wenigstens in Erinnerung brachte, sondern statt dessen die Lösung der Probleme aus der Vergangenheit, d. h. die Frage der Wiedergutmachung ganz in den Vordergrund stellte.

Die geschilderte Tendenz kommt auch in den Veröffentlichungen der hiesigen Presse zum Ausdruck. Während diese sich in den ersten drei Monaten d. J. häufig mit der Frage der Wiederaufnahme der dipl[omatischen] Beziehungen beschäftigte, ist dieser Aspekt in letzter Zeit in den Hintergrund getreten. Statt dessen hat das Regierungsblatt Politika am 28. Mai unter dem Titel „Was ist mit der Entschädigung? – Deutsche Schulden!“ einen umfangreichen Bericht ihres Bonner Korrespondenten Dikić veröffentlicht, der wegen seiner besonders raffinierten und niederträchtigen Darstellungsweise alle Polemiken übertreffen dürfte, die bisher von östlicher Seite zum Zwecke der Diskreditierung unserer Entschädigungspolitik erschienen sind. Der Artikel, über den gesondert zu berichten sein wird<sup>6</sup>, gelangt zu der Feststellung, daß „Bonn, wenn es sich schon verpflichtet fühlt, dem anderen deutschen Staat eine Nachkriegsentschädigung zu zahlen (gemeint ist der innerdeutsche Ausgleich der Postge-

<sup>6</sup> Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 465 des Botschaftsrats Loeck, Belgrad, vom 8. Juni 1967, dem eine Übersetzung des Artikels des jugoslawischen Journalisten Dikić beigelegt ist; Referat II A 5, Bd. 1013.

bühren<sup>7)</sup>, Jugoslawien nicht weiterhin eine Kriegsentschädigung deshalb verweigern dürfe, weil Belgrad normale Beziehungen zur ‚DDR‘ unterhalte.“

Das Erscheinen dieser offensichtlich bestellten Arbeit zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist um so auffälliger, als die jug[oslawische] Presse, soweit ersichtlich, bisher nie auf den Gesamtkomplex unserer Kriegsfolgeleistungen eingegangen ist und nicht einmal auf unsere Note vom 13. Oktober 1965 reagiert hat, mit der wir die jug[oslawischen] Wiedergutmachungsforderungen zurückgewiesen haben.<sup>8)</sup>

b) Obwohl die Akzentverschiebung innerhalb der Darstellung des jug[oslawischen] Standpunktes nicht zu übersehen ist, kann sie bei genauerer Betrachtung nicht zu dem Schluß führen, daß sich ein grundsätzlicher Wandel in der hiesigen Deutschlandpolitik vollzogen hätte. Auch als die Jugoslawen noch fortlaufend ihre Bereitschaft zur bedingungslosen Wiederaufnahme der Beziehungen proklamierten, haben sie nie den geringsten Zweifel daran gelassen, daß die Herstellung dipl[omatischer] Beziehungen nur den unmittelbaren Auftakt für die Lösung der von ihnen als „sachliche Probleme“ bezeichneten Fragen bedeuten könne. Deshalb wäre es schon während des ersten Abschnittes der Wiederannäherung eine gefährliche Täuschung gewesen zu glauben, daß man den Jugoslawen ihre Forderungen durch die Wiederaufnahme dipl[omatischer] Beziehungen „abkaufen“ könne. Es ist eine ganz andere Frage, ob sie ggf. bereit wären, ihre für uns nicht akzeptablen Forderungen gegen Gewährung wirtschaftlicher Vorteile anderer Art wenigstens zurückzustellen. Hierüber könnten wir uns lediglich durch ein konkretes Angebot Klarheit verschaffen.

Solange sich der deutschen Ostpolitik in den Jugoslawien benachbarten Balkanländern alle Türen zu öffnen schienen, fürchteten die Jugoslawen, ohne dies jemals unumwunden einzugestehen, den fahrenden Zug als letzte besteigen zu müssen und auf diese Weise auch in bezug auf ihre materiellen Wünsche Einbußen zu erleiden. Die starke Betonung der Bereitschaft zur Herstellung dipl[omatischer] Beziehungen in den vergangenen Monaten ist demnach für die Jugoslawen nur ein Mittel gewesen, das ihnen zeitweise zur Erreichung ihrer eigentlichen Ziele angemessen erschien. Seitdem der Besorgnis, gegenüber den Nachbarländern benachteiligt zu werden, der Boden entzogen ist, sehen sie keine Veranlassung, den Kernpunkt ihres Interesses zu verschleiern. Hiernach kann also von einer definitiven Abschwächung des jugoslawischen Interesses an der Wiederherstellung der dipl[omatischen] Beziehungen keine Rede sein. Die Jugoslawen werden vielmehr ihre Angebote sofort erneuern, sobald sich abzeichnet, daß unsere Osteuropapolitik wieder in Bewegung gerät.

Obwohl wir damit rechnen müssen, daß sich künftig das jug[oslawische] Drängen nach Zahlung von Wiedergutmachungsleistungen noch verstärken wird, ist es höchst unwahrscheinlich, daß die Jugoslawen so weit gehen werden, die Erfüllung ihrer Entschädigungsforderungen zur Vorbedingung für die Wiederherstellung dipl[omatischer] Beziehungen zu erheben. Sie sind realistisch ge-

<sup>7)</sup> Zur Forderung der DDR nach einem Ausgleich der im innerdeutschen Postverkehr erbrachten Mehrleistungen vgl. Dok. 11.

<sup>8)</sup> Zur Note der Bundesregierung vgl. Dok. 156, Anm. 11.

Zur jugoslawischen Antwortnote vom 12. Juli 1967 vgl. Dok. 323, Anm. 1.

nug, stets im Auge zu behalten, daß ihre Nachbarländer die Normalisierung ihres Verhältnisses mit Deutschland nur aufgeschoben haben, und werden sich den Weg zur Wiederaufnahme der dipl[omatischen] Beziehungen nicht selbst verbauen. Deshalb ist auch davon auszugehen, daß es Ulbricht während seines hiesigen Aufenthaltes<sup>9</sup> nicht gelingen wird, die Jugoslawen zu veranlassen, ihre Bereitschaft zur Wiederherstellung der dipl[omatischen] Beziehungen von der Erfüllung irgendwelcher Vorbedingungen abhängig zu machen.

II. a) Das Nachlassen des jugoslawischen Drängens nach baldiger Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen kommt unserem Interesse insoweit entgegen, als wir uns vorläufig noch an der vollen Normalisierung des Verhältnisses gehindert sehen. Während der „Pause“, die in der Entwicklung unserer Beziehungen zu Ungarn, Bulgarien und der Tschechoslowakei eingetreten ist, brauchen wir mit jug[oslawischen] Trotzreaktionen nicht zu rechnen. Diese Lage können wir nutzen, um unsere faktischen Beziehungen mit Jugoslawien ohne Hast auszubauen und auf diese Weise das poltische Klima weiter aufzulockern.

Unsere ersten Schritte, die zu diesem Zwecke unternommen worden sind, haben sich als außerordentlich wirkungsvoll erwiesen. Die Gespräche, die VLR I Kastl hier Ende März geführt hat<sup>10</sup>, haben in erheblichem Maße dazu beigetragen, das Vertrauen der jug[oslawischen] Seite in die Aufrichtigkeit unserer neuen Osteuropa-Politik und unserer Absicht, Jugoslawien in die Öffnung nach Osten einzubeziehen, zu stärken. Noch jetzt ist bei allen Kontakten mit Angehörigen des hiesigen Außenministeriums die positive Nachwirkung dieser ersten Geste deutschen Entgegenkommens deutlich zu spüren.

Eine weitere wesentliche Verbesserung des deutsch-jugoslawischen Verhältnisses ist sodann durch unsere Zustimmung zur Einberufung der Gemischten Regierungskommission für Ende April d. J. und vor allem durch die Ergebnisse der Verhandlungen der Kommission eingetreten.<sup>11</sup> Unsere Zugeständnisse sind von der hiesigen Presse mit dem größten Maß an Zustimmung, das unter den bestehenden Umständen erreichbar schien, gewürdigt worden. Außenminister Nikezić hat in seinen oben bezeichneten Ausführungen die Feststellung des Interviewers, daß die Aufnahme der Beziehungen zu Rumänien das einzige Resultat der neuen deutschen Ostpolitik gewesen sei, mit dem Hinweis auf den hiesigen Besuch von VLR I Kastl, die Verhandlungen der Gemischten Regierungskommission und die in Aussicht genommenen Verhandlungen über ein Gasterbeiterabkommen korrigiert.

Auch unsere Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der beiden Stäbe bei den Schutzmachtvertretungen, nämlich die Herstellung des Chiff-

<sup>9</sup> Der Staatsratsvorsitzende der DDR hielt sich vom 22. Mai bis 4. Juni 1967 zu einem privaten Besuch in Jugoslawien auf. Dazu berichtete Botschaftsrat Loeck, Belgrad, am 1. Juni 1967, die Botschaft der DDR habe „zu erkennen gegeben, daß die Jugoslawen dem Wunsch Ulbrichts, mit ihm in Belgrad Gespräche zu führen, nicht entsprechen wollen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 88; Referat II A 5, Bd. 1010.

<sup>10</sup> Zu den Gesprächen am 30./31. März 1967 vgl. Dok. 127, besonders Anm. 4.

<sup>11</sup> Zu den Verhandlungen des Gemischten Ausschusses der Bundesrepublik und Jugoslawiens vom 24. bis 29. April 1967 vgl. Dok. 156.

rier- und Kurier-Verkehrs<sup>12</sup>, die Gewährung der Befugnis des unmittelbaren Verkehrs mit dem Außenministerium des jeweiligen Gastlandes und die von uns angekündigte Entsendung eines Wirtschafts-Referenten nach Belgrad sind hier mit Befriedigung aufgenommen worden.

Es wird uns selbstverständlich nie gelingen, die Jugoslawen davon abzubringen, in amtl[ichen] Stellungnahmen und Presseveröffentlichungen in regelmäßigen Abständen pflichtgemäß Mißtrauen gegen die Bundesregierung zu äußern. Nach meinem Eindruck haben wir sie aber durch unsere bisherigen Schritte davon überzeugen können, daß es sich lohnt, gegenüber den Schwierigkeiten, die uns noch nötigen, Jugoslawien als Sonderfall zu behandeln, ein gewisses Maß an Einsicht und Geduld zu bewahren.

b) Diese Überzeugung wird auf jug[oslawischer] Seite allerdings nur bestehen bleiben, wenn wir unsere Versprechen einhalten. Wir haben die Aufnahme von Verhandlungen über ein Anwerbe- und ein Sozialversicherungsabkommen zugesagt. Der Abschluß derartiger Abkommen steht in der jugoslawischen Wunschliste unmittelbar nach der Entschädigungsforderung an zweiter Stelle. Wenn wir diese grundsätzliche Zusage zurücknehmen sollten, würde dies eine nicht wiedergutzumachende Einbuße an Glaubwürdigkeit nach sich ziehen und den Erfolg unserer bisherigen Bestrebungen um Verbesserung des Verhältnisses zunichte machen.

Freilich sollten wir künftig nicht fortfahren, den Jugoslawen einseitig Vorteile zu gewähren. Wir dürfen uns keinem Zweifel darüber hingeben, daß sie entsprechend ihrer vielfach, vor allem gegenüber den Vereinigten Staaten, bewährten Praxis darauf abzielen, uns ein Zugeständnis nach dem anderen zu entlocken, ohne im geringsten daran zu denken, unser Entgegenkommen nachträglich zu honorieren.

Ein Katalog unserer eigenen Wünsche, nämlich

- 1) Abschluß eines Abkommens über die Errichtung von Zweigstellen des Goethe-Instituts in Jugoslawien,
- 2) Abschluß eines Kriegsgräberabkommens,
- 3) Die Begnadigung des angeblichen Kriegsverbrechers Hans Kohl,
- 4) die Herausgabe der beschlagnahmten Vermögenswerte der Frau Tilla Durieux,
- 5) Unterstützung des deutschen Beitritts zur Donaukonvention<sup>13</sup>,

ist den Jugoslawen mehrfach dargelegt worden. Gegenüber den ersten beiden Punkten haben sie sich strikt ablehnend verhalten, obwohl sie ihrerseits den sich aus den Genfer Konventionen ergebenden Verpflichtungen zur Erhaltung und Instandsetzung unserer Kriegsgräber nicht nachkommen wollen. Hin-

<sup>12</sup> Am 24. April 1967 übermittelte Botschaftsrat Loeck, Belgrad, die Information, daß der Bundesregierung in einer über die jugoslawische Botschaft in Stockholm übermittelten Note das Einverständnis der jugoslawischen Regierung zur Herstellung eines Chiffrier- und Kurierdienstes erklärt worden sei. Darüber hinaus habe das jugoslawische Außenministerium am 22. April 1967 mitgeteilt, daß die jugoslawische Regierung mit Blick auf den Beginn der Verhandlungen des Gemischten Ausschusses „ohne Rücksicht auf den Tag des Eingangs ihrer Note in Bonn mit der Aufnahme des Chiffrierverkehrs zwischen der hiesigen Schutzmachtvertretung und dem Auswärtigen Amt ab dem 24. April 1967 einverstanden sei“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 47; Referat II A 5, Bd. 1004.

<sup>13</sup> Zur Absicht der Bundesregierung, der Belgrader Donaukonvention vom 18. August 1948 beizutreten, vgl. Dok. 27, Anm. 33.



sichtlich der Punkte 3 und 4 haben sie Prüfung zugesagt, die angeblich inzwischen eingeleitet ist. Ein Ergebnis ist bisher nicht sichtbar geworden. Dagegen haben sie sich bereit erklärt, unsere Bemühungen um Beitritt zur Donaukonvention zu unterstützen. Sie weigern sich allerdings, uns dies schriftlich zu bestätigen. Da wir in dieser Frage der Mitwirkung der übrigen Mitglieder der Donaukonvention bedürfen, wird es jedoch kaum sinnvoll sein, auf einer schriftlichen Erklärung Jugoslawiens zu bestehen.

Unsere unter 1–4 genannten Wünsche nehmen sich im Vergleich zu dem Anwerbe- und Sozialversicherungsabkommen und dem von jug[oslawischer] Seite außerdem gewünschten neuen Handelsvertrag sehr bescheiden aus. Deshalb müßte es gelingen, den Jugoslawen klar zu machen, daß wir auf Erfüllung unserer Wünsche nicht nur deshalb bestehen, weil wir in den Besitz der damit verbundenen geringfügigen Vorteile kommen möchten, sondern daß es uns darum geht, mit ihnen zu einer echten Zusammenarbeit zu gelangen, die nur auf Beiträgen beider Seiten aufbauen kann.

Schon im Rahmen der Verhandlungen über das Anwerbe- und das Sozialversicherungsabkommen sollten eigene Zugeständnisse, soweit irgend möglich, davon abhängig gemacht werden, daß die Jugoslawen sich zumindest zum Abschluß eines der unter 1 und 2 aufgeführten Abkommen bereit erklären. Wenn sich dies aufgrund der besonderen Materie der Gastarbeiterabkommen nicht als durchführbar erweisen sollte, möchte ich anregen, daß die Erfüllung unserer Wünsche bei den nächsten Wirtschaftsgesprächen ausdrücklich zur Bedingung für den Abschluß eines neuen Handelsvertrages sowie die Genehmigung der von den Jugoslawen erstrebten handelspolitischen Vorteile erhoben wird.

c) Unsere Bemühungen, das deutsch-jugoslawische Verhältnis durch Ausbau der faktischen Beziehungen zu verbessern, gingen von der Lage aus, die durch den letztjährigen Ulricht-Besuch in Jugoslawien und die Ergebnisse dieses Besuches<sup>14</sup> geschaffen worden war. Der gegenwärtige, in das Gewand eines Erholungsurlaubs gekleidete hiesige Aufenthalt Ulbrichts gibt uns daher für sich allein keinen Anlaß, unsere bisherige Haltung gegenüber Jugoslawien zu ändern.

Eine Reaktion unsererseits dürfte nur am Platze sein, wenn die jug[oslawische] Seite ihre Haltung gegenüber Problemen ändern sollte, die für uns, wie etwa die Zugehörigkeit Berlins zur Bundesrepublik Deutschland, von zentraler Bedeutung sind. Hiermit ist meines Erachtens nicht zu rechnen. Dennoch ist es empfehlenswert, den Jugoslawen den Termin für die Aufnahme der Verhandlungen für das Anwerbe- und das Gastarbeiterabkommen, ebenso wie Termine für Wirtschaftsgespräche aller Art, erst mitzuteilen, sobald bekannt wird, ob und welche Ergebnisse der Ulricht-Besuch gehabt hat.

Das Konsulat Zagreb erhält Doppel unmittelbar.

Loeck

**VS-Bd. 4259 (II A 5)**

<sup>14</sup> Anlässlich des Besuches des Staatsratsvorsitzenden der DDR vom 26. September bis 2. Oktober 1966 wurde vereinbart, die diplomatischen Vertretungen in Berlin (Ost) und Belgrad in den Rang von Botschaften zu erheben. Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung vom 1. Oktober 1966 vgl. DzD IV/12, S. 1457–1460 (Auszug).

## 192

**Botschafter Pauls, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-12774/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 255**

**Aufgabe: 30. Mai 1967, 13.22 Uhr**  
**Ankunft: 30. Mai 1967, 13.02 Uhr**

Leiter Attaché-Abteilung israelischen Generalstabs gab Botschaftsrat<sup>1</sup> heute nachfolgende Lagebeurteilung:

1) Israel müsse, um Arabern seine Existenzberechtigung in diesem Raum zu beweisen, selbst kämpfen und sich nicht auf Maßnahmen befreundeter Mächte verlassen. Armeeführung rechne nicht mit sowjetischer Einmischung in israelisch-ägyptischen Konflikt.

2) Dieser Kampf sei unvermeidlich. Gegenwärtiger Zeitpunkt sei trotz von Regierung versäumter Gelegenheiten zum Losschlagen (Aufmarsch ägyptischer Armee, Verhängung ägyptischer Blockade über Eilath<sup>2</sup>, Rückkehr Abba Ebans aus New York ohne konkrete Zusagen<sup>3</sup>) noch verhältnismäßig günstig. Jeder weitere Tag des Zuwartens werde Armee mehr Blut kosten.

3) Nasser habe im Nordosten Sinai-Halbinsel 900 Tanks konzentriert, die für Existenz Israels weit bedrohlicher als Sperrung Golfes von Akaba. Wenn israelische Luftwaffe ersten Schlag führen könne, wozu erste Morgenstunden mit Sonne im Rücken besonders geeignet seien, könne sich Armee für Vernichtung ägyptischer Streitkräfte verbürgen. Auch im Gegenschlag gegen etwaigen ägyptischen Angriff bestünden noch gute Erfolgsaussichten, obwohl fraglich, ob es möglich sein werde, Verluste von Flugzeugen durch Nachlieferungen aus Frankreich auszugleichen.

4) Schwäche libanesischer, syrischer und jordanischer Streitkräfte machen es Israel möglich, sich an diesen Fronten auf Verteidigung zu beschränken, während es Hauptschlag gegen Ägypter als einzigen militärisch ernst zu nehmenden Gegner führe.

5) Bei aller Loyalität jetzt voll mobilisierter Armee sei Entscheidung Regierung auf weiteres Zuwarten nicht nur in Kreisen höherer Berufsoffiziere, sondern auch bei Reservearmee nicht populär. Armee wünsche ebenso wie breite Öffentlichkeit, daß beste und entschlossenste Männer in die entscheidenden Positionen gebracht werden.

6) Armeeführung bemühe sich, Verständnis Regierung dafür zu gewinnen, daß israelische Streitkräfte ein sehr scharfes Instrument darstellen, das aber gerade deshalb bei unzweckmäßiger Handhabung schnell stumpf werden könnte.

Beurteilung:

Überraschend ist der ganz ungewöhnliche Freimut politischer Stellungnahme. Obige Argumentation entbehrt nicht der Logik, berücksichtigt aber Gefahr

<sup>1</sup> Alexander Török.

<sup>2</sup> Zur ägyptischen Truppenkonzentration an der Grenze zu Israel sowie zur Sperrung des Golfs von Akaba durch Präsidenten Nasser vgl. Dok. 181, Anm. 1.

<sup>3</sup> Zum Gespräch des israelischen Außenministers Eban mit Präsident Johnson am 26. Mai 1967 vgl. Dok. 188, Anm. 4.

Ausweitung Nahost-Konfliktes und Isolierung Israels nicht ausreichend. Kritik Militärs an Politik Eshkols dürfte an Gewicht gewinnen, je länger nichts geschieht, um von Nasser zuungunsten Israels geschaffenen Status quo zu revidieren.

Ich halte die Gefahr eines Putsches der Armee zur Zeit noch für gering, da diese sehr diszipliniert ist, schließe sie aber bei längerem Zuwarten nicht aus. Dies um so mehr, als die Entwicklung der breiten öffentlichen Meinung in gleicher Richtung läuft. Ohne klar genug den völligen Unterschied zur Lage von 1956 zu sehen, drückt sich dies in der Meinung aus: „Mit Ben Gurion hätten wir schon alles hinter uns“. Eshkols Versuch, seine Regierung unter Ausschmückung mit einigen prominenten Namen unverändert fortzuführen, scheint mir gescheitert zu sein. Je länger die Krise in dem jetzigen Spannungszustand andauert, um so wahrscheinlicher wird die Bildung einer nationalen Notstandsregierung mit Ben Gurion, Dayan, Peres in entscheidenden Positionen.<sup>4</sup>

[gez.] Pauls

VS-Bd. 2640 (I B 4)

## 193

### Generalkonsul Kempff, Helsinki, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-12777/67 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 82

Aufgabe: 30. Mai 1967, 16.00 Uhr  
Ankunft: 30. Mai 1967, 16.11 Uhr

Bezug: Drahtbericht Nr. 76 vom 24.5.1967, I A 4<sup>1</sup>

Betr.: Besuch von Zonen-Außenminister Winzer in Helsinki<sup>2</sup>

1) Zur Vorgeschichte: Winzer hat sich von der finnischen Volksdemokratischen Partei (Kommunisten) einladen lassen, weil er irrtümlich glaubte, daß der Besuch des Bundesaußenministers im Juni<sup>3</sup> auf eine Einladung der Sozialdemokratischen Partei zurückgehe. Die Zonenvertretung bemerkte ihren Irrtum erst, als das Außenministerium zwar ein Kommuniqué über den bevorstehenden Besuch des Bundesaußenministers, aber keines über den Besuch von Winzer

<sup>4</sup> Am 1. Juni 1967 gab der israelische Ministerpräsident Eshkol die Bildung eines „Kabinetts der nationalen Einheit“ bekannt. Neuer Verteidigungsminister wurde Moshe Dayan; ferner wurden Menahim Begin und Josef Sapir zu Ministern ohne Geschäftsbereich ernannt. Vgl. den Artikel „Eshkol erweitert sein Kabinett“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 126 vom 3. Juni 1967, S. 1.

<sup>1</sup> Für den Drahtbericht des Generalkonsuls Kempff, Helsinki, vgl. VS-Bd. 2448 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Der Außenminister der DDR hielt sich vom 24. bis 29. Mai 1967 in Finnland auf. Vgl. dazu die Erklärung von Winzer vom 29. Mai 1967; DzD V/1, S. 1213–1216.

<sup>3</sup> Bundesminister Brandt hielt sich im Rahmen einer Skandinavienreise am 20./21. Juni 1967 in Finnland auf. Vgl. dazu DzD V/1, S. 1293–1295.

Zu der im November 1966 seitens der Sozialdemokratischen Partei Finnlands ausgesprochenen Einladung an Brandt vgl. Dok. 59.

veröffentlichte. Sie hat sich dann vergeblich eine Woche lang penetrant bemüht, den Winzerbesuch auch staatlich aufzuwerten, mußte sich jedoch sagen lassen, daß man in solchen Fällen streng zwischen Veranstaltungen einer Partei und des Staates unterscheide. Praktisch spielte diese Unterscheidung keine Rolle, da Winzer während seines fünftägigen Besuchs alle wichtigen Leute ausführlich sprechen konnte, doch fühlten sich die Pankower offensichtlich in ihrem Prestige zurückgesetzt.

2) Hauptanliegen Winzers war bei allen Gesprächen, bei seinem Vortrag<sup>4</sup>, seiner Pressekonferenz<sup>5</sup> usw., die Finnen von der Notwendigkeit einer alsbaldigen diplomatischen Anerkennung der DDR zu überzeugen. Die Skala seiner geradezu in beknieender Form vorgebrachten Argumente hat auf die maßgeblichen politischen Persönlichkeiten keinerlei Eindruck gemacht. Außenminister Karjalainen hat ihm auseinandergesetzt, daß es erstens die finnische Neutralitätspolitik mit der Zielrichtung, sich außerhalb der Streitfragen der Großmächte zu halten, nicht gestattet, in dieser delikaten Frage Stellung zu beziehen, und daß zweitens der Pariser Friedensvertrag Finnland sogar juristisch verpflichte, eine Einigung von West und Ost über Deutschland abzuwarten<sup>6</sup>. Karjalainen fügte hinzu, daß man ja auf die Angelegenheit zurückkommen könne, wenn sich in fernerer Zukunft die Verhältnisse in Europa vielleicht einmal grundsätzlich gewandelt hätten. Mit derselben Melodie hat er die Einladung Winzers zu einem Besuch nach Ost-Berlin abgelehnt: Er hoffe, daß sich die Verhältnisse in Zukunft einmal so gestalten mögen, daß ihm ein Besuch in Berlin möglich sei.

Von dem Besuch bei Kekkonen erfahre ich aus zuverlässiger Quelle, daß der Staatspräsident die monotone und starre Sprachregelung der Besucher hinterher mokant mit einer Grammophonplatte verglich. Im gleichen Atemzug sagte er meinem Gewährsmann, daß er sich sehr auf den Besuch von Willy Brandt freue, denn das Gespräch mit Herbert Wehner<sup>7</sup> sei für ihn außerordentlich aufschlußreich gewesen.

Reichstagspräsident Virolainen (Zentrumspartei) soll Winzer auf dessen Anerkennungsappell nur geantwortet haben, es sei ja doch wohl Sache der ostdeutschen Regierung, mit Westdeutschen ins Reine zu kommen, und dann ergebe sich alles weitere von selbst.

3) Ergebnis: Winzer soll enttäuscht gewesen sein, daß er hier keinen Schritt weitergekommen ist. Möglicherweise hatte er nach seinen anscheinend gerin-

<sup>4</sup> Am 25. Mai 1967 hielt der Außenminister der DDR, Winzer, in der Universität Helsinki einen Vortrag über „Die Haltung der DDR zu den Grundfragen der europäischen Sicherheit“. Vgl. dazu den Schriftbericht des Generalkonsuls Kempff, Helsinki, vom 1. Juni 1967; Referat I A 4, Bd. 354. Vgl. dazu ferner den Artikel „Echte Chance für Entspannung in Europa“, NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 142 vom 26. Mai 1967, S. 7.

<sup>5</sup> Zur Pressekonferenz des Außenministers der DDR, Winzer, am 27. Mai 1967 vgl. den Artikel „Erfolgreiche Mission in Finnland“, NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 144 vom 28. Mai 1967, S. 10.

<sup>6</sup> Artikel 10 des Vertrags vom 10. Februar 1947 zwischen den Alliierten und Assoziierten Mächten und Finnland: „Finland undertakes to recognise the full force of the Treaties of Peace with Italy, Roumania, Bulgaria and Hungary and other agreements or arrangements which have been or will be reached by the Allied and Associated Powers in respect of Austria, Germany and Japan for the restoration of peace.“ Vgl. UNTS, Bd. 48, S. 234.

<sup>7</sup> Zum Gespräch vom 15. Februar 1967 vgl. Dok. 59.

gen Erfolgen in den arabischen Ländern<sup>8</sup> gehofft, doch noch aus Finnland eine Trophäe heimbringen zu können. Im hiesigen Außenministerium wundert man sich darüber, daß man in Ost-Berlin so schlecht informiert sei, mit einer solchen Möglichkeit überhaupt gerechnet zu haben. Man vermutet, daß Winzer im Hinblick auf die Beteiligung der Kommunisten an der finnischen Regierung die in letzter Zeit erschienenen Leitartikel in der Linkspresse, die sich für eine Anerkennung der DDR einsetzten, überbewertet habe<sup>9</sup>. Neben dem materiellen Mißerfolg Winzers ist noch ein atmosphärischer zu verzeichnen: Die Zonenmenschen konnten es auch dieses Mal nicht lassen, den Finnen mit ihrer Aufdringlichkeit auf die Nerven zu gehen. Karjalainen war wenig erbaut davon, daß Winzer bei seinem Besuch im Ministerium erst nach 2 Stunden mit Mühe veranlaßt werden konnte, das Feld zu räumen. Auch hat Winzer versucht, von Kekkonen zu der Opernaufführung eingeladen zu werden, zu der der Präsident den gleichzeitig anwesenden schwedischen Prinzen Bertil geladen hatte, was natürlich abgelehnt werden mußte. Der einzige Erfolg, den man Winzer nicht absprechen kann, ist die Tatsache einer sich schon aus der Dauer seines Besuchs ergebenden Publizität, die in begrenztem Umfang bei gewissen Linkskreisen in der Universität und unter den Reichstagsabgeordneten einen gewissen Niederschlag gefunden haben dürfte. So scheint vor allem sein Auftreten vor einem etwa 200 Personen umfassenden Auditorium in der Universität keineswegs ungeschickt gewesen zu sein. Andererseits hat er freilich auch bei manchen seiner öffentlichen Ausführungen Fingerspitzengefühl vermissen lassen, z. B. als er gleich bei Ankunft mit deutlichen Worten die Partei der Araber im Nahost-Konflikt ergriff<sup>10</sup>.

Über die äußeren Einzelheiten des Besuchs im einzelnen und über den Wortlaut seiner Rede wird schriftlich berichtet.

[gez.] Kempff

**VS-Bd. 2448 (I A 4)**

<sup>8</sup> Der Außenminister der DDR besuchte vom 3. bis 19. Mai 1967 die VAR, Syrien, den Libanon, Algerien und den Irak. Vgl. dazu die Erklärung von Winzer vom 21. Mai 1967; *AUSSENPOLITIK DER DDR*, Bd. XV, S. 1143 f.

<sup>9</sup> Am 23. Mai 1967 berichtete Generalkonsul Kempff, Helsinki, über die „auffallende Aktivität der extremen Linken [...], die finnische Regierung zu einer Revision ihrer bisherigen Deutschlandpolitik zu bewegen. In Zeitungsartikeln der kommunistischen und linkssozialistischen Presse sowie in Reden in und außerhalb des Parlaments wird immer wieder die Anerkennung der beiden Teile Deutschlands gefordert. Diese Agitation wird man wohl im Rahmen der vom Ostblock ausgehenden und auch anderwo sichtbar gewordenen verstärkten Anerkennungsinitiative des Zonenregimes sehen müssen. [...] Trotz der Beteiligung der Kommunisten an der jetzigen finnischen Regierung dürfte die Linksagitation auch schon deshalb keine Aussicht auf Erfolg haben, weil die Außenpolitik allein vom Staatspräsidenten gemacht wird“. Vgl. Referat I A 4, Bd. 354.

<sup>10</sup> Am Tag der Ankunft des Außenministers der DDR, Winzer, in Helsinki veröffentlichte das Außenministerium der DDR eine Erklärung zur Nahost-Krise, in der es u. a. hieß: „Im Gegensatz zur araberfeindlichen Politik der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik stehen die Regierung und Bevölkerung der DDR heute wie in der Vergangenheit fest an der Seite der arabischen Staaten und Völker bei der Abwehr der imperialistischen Provokationen. Die DDR verurteilt entschieden die niederträchtige Hetze der imperialistischen Publikationsorgane der westdeutschen Bundesrepublik gegen die Staatsmänner der VAR, der SAR sowie gegen den Generalsekretär der UNO, U Thant.“ Vgl. den Artikel „DDR fest an der Seite der arabischen Staaten“, *NEUES DEUTSCHLAND*, Nr. 140 vom 24. Mai 1967, S. 1.

## 194

### Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Ministerpräsident Moro in Rom

Geheim

30. Mai 1967<sup>1</sup>

Aufzeichnung über eine ca. einstündige Unterredung zwischen dem italienischen Ministerpräsidenten, Herrn Aldo Moro, und Bundeskanzler Kiesinger, die am 30. Mai 1967 um 18.00 Uhr im Palazzo Chigi in Anwesenheit von Außenminister Fanfani, den Botschaftern Luciolli und Pompei, sowie Außenminister Brandt, Botschafter von Herwarth und Ministerialdirektor Dr. Osterheld stattgefunden hat.

Ministerpräsident *Moro* entschuldigte zunächst die Abwesenheit von Außenminister Fanfani, der jedoch in einigen Minuten eintreffen werde. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Herr Bundeskanzler und Vizekanzler Brandt im Rahmen freundschaftlicher und konstruktiver Kontakte in diesen Tagen in Rom weilten.<sup>2</sup> Er hoffe, daß die beiden Herren in absehbarer Zeit zu einem offiziellen Besuch nach Italien zurückkehren werden.<sup>3</sup> Er – Moro – habe Gelegenheit gehabt, seine deutschen Gesprächspartner bereits zu einem ersten Kontakt in Bonn zu treffen bei dem schmerzlichen Anlaß der Trauerfeierlichkeiten für Konrad Adenauer.<sup>4</sup> Damals habe er die Hoffnung geäußert, daß es möglich sein werde, die geplante Konferenz in Rom abzuhalten und dabei eine gemeinsame Aktionslinie einzunehmen. Diese in Bonn zum Ausdruck gebrachte Hoffnung habe sich am heutigen Tage realisiert. Dank der dabei zutage getretenen Verhaltenslinie und des guten Willens aller sei das Treffen seiner Auffassung nach nützlich gewesen, da es psychologisch einen Schritt weiter auf dem Weg zur europäischen Einigung geführt habe.

Der italienische Ministerpräsident würdigte in diesem Zusammenhang den „wirklich großen“ Beitrag, den der Herr Bundeskanzler mit seiner persönlichen Gelassenheit und ausgeglichenen Art im Geiste der Zusammenarbeit geleistet habe. Dies gelte auch für Vizekanzler und Außenminister Brandt.

Der Herr *Bundeskanzler* sprach zunächst noch einmal der italienischen Regierung seinen Dank aus für die Gastfreundschaft, die diese den versammelten Staatsmännern in der für einen derartigen Anlaß besonders geeigneten Stadt Rom gewährt habe. Die – wie er sagte – „armen Nordländer“ überkomme leicht ein Gefühl der Sehnsucht, wenn sie an die Bauten und Kunstwerke dächten, die den Rahmen für die politischen Anstrengungen der italienischen Regierung böten. Er sei ebenfalls der Auffassung, daß die in bezug auf diese Konferenz

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Bouverat am 5. Juni 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Kiesinger und Bundesminister Brandt hielten sich am 29./30. Mai 1967 im Rahmen der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten anlässlich des 10. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge in Rom auf. Vgl. dazu Dok. 197.

<sup>3</sup> Ein offizieller Besuch des Bundeskanzlers Kiesinger und des Bundesministers Brandt in Rom fand erst vom 31. Januar bis 2. Februar 1968 statt. Vgl. AAPD 1968.

<sup>4</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Ministerpräsident Moro am 24. April 1967 vgl. Dok. 140.

gehegten Wünsche erfüllt worden seien. Das Optimum des Erreichbaren sei, wie ihm scheine, erzielt worden. Ohne jeden Zweifel sei dies – hierin seien sich alle einig gewesen – der weisen, geduldigen und überlegenen Verhandlungsführung des italienischen Ministerpräsidenten zu verdanken. Man habe feststellen können, daß auch in schwierigen Fragen meistens Fortschritte zu erzielen seien, wenn man gelassen, geduldig und überzeugend verhandle.

Natürlich vergesse er dabei nicht den so wichtigen Beitrag, der, wenn eine Sache gut gelingen solle, von den Außenministern geleistet werde. Insbesondere möchte er den wichtigen Beitrag, den Außenminister Fanfani aufgrund seiner reichen Erfahrungen geleistet habe, würdigen.

Der Herr Bundeskanzler führte weiter aus, bekanntlich lägen jedoch die wirklichen Schwierigkeiten noch vor einem. Heute vormittag sei ihm klar geworden, daß der Vers Vergils: „Tantae molis erat Romanam condere gentem“<sup>5</sup> auch für Europa gelte.

Was die Beziehungen zwischen Deutschland und Italien betreffe, habe er, der Herr Bundeskanzler, schon anlässlich seiner ersten Begegnung mit Präsident Moro, später in Bonn und jetzt wieder hier in Rom, die Überzeugung gewonnen – die er im übrigen auch in seinem Gespräch mit Staatspräsident Saragat<sup>6</sup> bestätigt gefunden habe –, daß die beiden Länder einen großen Beitrag zum Erfolg der erwähnten Bemühungen leisten könnten. Die Bundesregierung versichere der italienischen Regierung, daß sie zu jeder nur möglichen Zusammenarbeit bereit sei. Sie habe den Wunsch, die Kontakte zu vertiefen, auch anlässlich eines offiziellen Besuches in Italien. Da er – der Herr Bundeskanzler –, was das Dienstalster betreffe, unter den europäischen Regierungschefs der jüngste sei, habe er die angenehme Pflicht, als erster Italien zu besuchen. Mit großer Freude werde man aber den italienischen Ministerpräsidenten und seinen Außenminister auch in Bonn herzlich empfangen.

Herr Moro dankte dem Herrn Bundeskanzler für dessen Ausführungen. Er unterstreiche, wie dieser, die Bedeutung ständiger politischer Kontakte, wie auch von Begegnungen der Außenminister und Regierungschefs, abgesehen von der sehr anerkennenswerten und wirksamen Tätigkeit der beiderseitigen Botschafter. Es scheine wirklich ein besonderer Gleichklang der Gefühle und Beurteilungen zwischen den beiden Regierungen zu bestehen.

Deutschland und Italien könnten in der Tat in einem größeren Rahmen ohne Anmaßung einer Exklusivität einen konstruktiven Beitrag zu der erstrebten weiteren Entwicklung leisten. Er wisse wohl, daß die großen Probleme noch vor einem lägen; in der Vormittagssitzung seien sie nur kurz berührt worden. Er glaube aber, daß die Einigung über das Verfahren für den weiteren Aufbau Europas mit dem Beitritt Englands schon als ein Erfolg betrachtet werden könne. Der Weg sei lang, aber man wisse, daß man ihn gemeinsam und vertrauensvoll begehen könne. Dies sei ermutigend.<sup>7</sup>

<sup>5</sup> VERGIL, Aeneis, Buch 1, Vers 33.

<sup>6</sup> Bundeskanzler Kiesinger traf am Nachmittag des 29. Mai 1967 zu einem Höflichkeitsbesuch mit Staatspräsident Saragat zusammen. Vgl. dazu die mit Drahtbericht Nr. 388 des Botschafters Herwarth von Bittenfeld, Rom, vom 25. Mai 1967 übermittelte Programmfolge; Referat I A 2, Bd. 1195.

<sup>7</sup> Vor dem Abflug aus Rom führte Bundeskanzler Kiesinger am 1. Juni 1967 ein weiteres Gespräch mit dem italienischen Ministerpräsidenten. Moro äußerte sich über das Ergebnis der Konferenz

Was die Beziehungen nach außen betreffe, möchte er – Ministerpräsident Moro – unterstreichen, daß die italienische Regierung jedesmal, wenn von anderer Seite eine zu Unrecht feindselige Haltung gegenüber der Bonner Regierung zum Ausdruck gebracht werde, dem entgegenhalten, daß das demokratische Deutschland ein wichtiger Faktor für Europa und die Welt sei. Auch kürzlich in Moskau habe Außenminister Fanfani den Akzent auf diesen Punkt gelegt und in vollem Bewußtsein und voller Überzeugung darauf beharrt, in der Hoffnung, daß dies dazu beitragen könne, die Mauern, die heute noch ein Hindernis auf dem Weg zum Frieden in der Welt darstellten, abzubauen oder wenigstens teilweise abzutragen.<sup>8</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, daß er seinen vorherigen Betrachtungen noch einige Gedanken hinzufügen möchte: Wie der italienischen Regierung bekannt sei, habe er Mitte Januar in seinen Gesprächen mit General de Gaulle versucht, den deutsch-französischen Vertrag<sup>9</sup>, der unter der vorherigen deutschen Regierung etwas vernachlässigt worden sei, wieder zu beleben.<sup>10</sup>

Er ergreife die heutige Gelegenheit, um zur Vermeidung von Mißverständnissen einige Worte dazu zu sagen. Eines könne er mit Sicherheit behaupten: daß selbstverständlich der deutsch-französische Vertrag mit der darin vorgesehenen Zusammenarbeit sich gegen kein europäisches Land, ja gegen kein anderes Land überhaupt, richte. Insbesondere solle er die europäische Einigkeit oder das Streben nach Fortschritten auf dem Wege zur europäischen Einheit nicht stören. Man könne heute noch nicht mit Genauigkeit sagen, auf welchen Gebieten die in dem deutsch-französischen Vertrag vorgesehene Zusammenarbeit besonders eng entwickelt werden könne. Natürlich gelte dies für die europäischen Fragen, möglicherweise aber auch für die künftigen Beziehungen zu Osteuropa. Im Juli werde die erste große deutsch-französische Konferenz stattfinden, während der sich mit Deutlichkeit abzeichnen werde, welche Ergebnis-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 831*

der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten am 29./30. Mai 1967 „recht zufrieden“: „Die Englandfrage sei der Prüfstein der gesamten zukünftigen Europapolitik. [...] Der Herr Bundeskanzler sprach die Auffassung aus, daß General de Gaulle seinen – allerdings noch starken – Widerstand gegen den Beitritt Englands zur EWG auf die Dauer nicht gegen die gesamte öffentliche Meinung Europas werde aufrechterhalten können. [...] Aus der Sicht de Gaulles könne man es allerdings verstehen, daß dieser sich ärgere, wenn der niederländische Außenminister als sein Hauptgegner auftrete. Präsident Moro erwiderte, daß sich dies wohl ändern werde, wenn er nunmehr zwei großen Ländern wie Deutschland und Italien gegenüberstehen werde.“ Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 23; B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Der italienische Außenminister hielt sich vom 12. bis 16. Mai 1967 in Moskau auf. Dazu übermittelte Botschafter Herwarth von Bittenfeld, Rom, Informationen des italienischen Außenministeriums, denen zufolge Fanfani in seinen Gesprächen darauf hingewiesen habe, „daß man sich an die neue Tatsache halten müsse: neue Politik der Bundesregierung, die eine Regierung des ‚centrosinistro‘ sei und die ‚Öffnung nach Osten‘ verfolge. Gromyko habe erwidert, es handle sich nur um formelle Änderungen, Kiesinger gleiche Erhard und Adenauer; nichts habe sich geändert. [...] Fanfani habe wiederum Deutschland und die neue Bundesregierung verteidigt, gleichfalls unter Verwendung der bekannten Gedankengänge. Abschließend habe er die Saragat'sche These vorgetragen, daß man nicht die Fehler wiederholen dürfe, die die Westmächte nach dem Ersten Weltkrieg gegenüber Deutschland gemacht hätten; die demokratischen Kräfte Deutschlands müßten unterstützt werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 357; VS-Bd. 4190 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESSETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>10</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 13./14. Januar 1967 in Paris vgl. Dok. 14–17 und Dok. 19.



se möglich seien.<sup>11</sup> Auf deutscher Seite sei man der Auffassung, daß eine Zusammenarbeit zwischen zwei Ländern, die sich jahrhundertlang bekämpft haben, ein wahres Wunder sei. Diese Zusammenarbeit sei nicht nur den Regierungen, sondern auch den beiden Völkern zur Herzenssache geworden. Wie gesagt, befinde man sich zur Zeit noch im Stadium der „großen Absichten“, wenn auch die Zusammenarbeit bereits auf manchen Gebieten im Gang sei. Er – der Herr Bundeskanzler – sage dies im Zusammenhang mit seinen vorherigen Ausführungen. Er halte es für wichtig, daß in dem Maße, in dem sich die deutsch-französische Zusammenarbeit entwickle, Parallel-Kontakte zu anderen Ländern gepflegt würden, damit von Anfang an kein Mißtrauen, keine Mißverständnisse und keine Schwierigkeiten entstünden. Er wisse, daß Italien die Bedeutung einer völligen Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich anerkenne. Er hoffe, daß – wenn dies überhaupt möglich sei – die europäischen Antagonismen überwunden werden könnten; allerdings sei er sich im klaren darüber, daß der Weg dahin lang und schwierig sei. Gerade deshalb sei es besser, wenn man nicht allein die Last der Probleme zu tragen habe, sondern wenn Länder wie Frankreich und Italien einem zur Seite stünden. Diese Bestrebungen hätten ein doppeltes Ziel: Einerseits lägen sie im Interesse des deutschen Volkes selbst, das wieder zu einem einzigen Volk werden solle, und gleichzeitig dienten sie aber auch der Sache des europäischen Friedens. Er habe es für seine Pflicht gehalten, dies seinen italienischen Gesprächspartnern aufrichtig zu erläutern, um von vornherein den Gedanken an eine Exklusivität bei der deutsch-französischen Zusammenarbeit auszuräumen.

Der Herr Bundeskanzler erklärte ferner, er habe mit großer Freude Kenntnis genommen von der Haltung, die die italienische Regierung in der Deutschland-Frage zugunsten des deutschen Volkes gegen gewisse Vorurteile und Bedenken von anderer Seite eingenommen habe. Außenminister Fanfani sei er besonders dankbar für seine sehr klare Haltung in Moskau.

Herr Moro antwortete, es entspreche dem Geiste zweier großer Völker, die einander ehemals feindlich gegenübergestanden hätten, jetzt in besonderem Maße zusammenzuarbeiten. Dies sei für ihn der historische Sinn der deutsch-französischen Zusammenarbeit, ohne die man von Europa nicht sprechen könne. Er habe in den Worten des Herrn Bundeskanzlers die Bestätigung dafür gefunden, daß den an dem genannten Vertrag beteiligten Ländern keine Exklusivität vorschwebe. Dies gelte insbesondere für Deutschland, in dessen Namen der Herr Bundeskanzler ja hier spreche.

In diesem Rahmen sehe er, nicht als Gegengewicht, sondern als notwendige Ergänzung, eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Italien. Er selbst – Ministerpräsident Moro – und seine Kollegen hätten am Vormittag mit Interesse angehört, was der Herr Bundeskanzler diskret über die Zukunft Europas habe anklingen lassen, als er unterstrichen habe, daß Europa für seine Verteidigung und politische Stärkung noch für unabsehbare Zeit auf die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika angewiesen sei. Auch wenn sich in den Beziehungen zu den USA zuweilen Schwierigkeiten ergäben, sei diese Verbindung doch ein Faktor der Sicherheit und des Friedens in der

<sup>11</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 12./13. Juli 1967 vgl. Dok. 261–264.

Welt. Zugleich habe er gehört, daß im Rahmen der jeweiligen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, Deutschland und Italien sowie Frankreich und Italien in einer gelassenen und konstruktiven Atmosphäre sich niemand daran gehindert sehen dürfe, seine Bedenken und Sorgen vorzutragen. Dies sei nicht nur ein Akt der Loyalität unter Freunden, sondern liege auch im gemeinsamen Interesse. Er glaube, daß in freundschaftlicher Weise Klarheit geschaffen werden sollte über die für die Zukunft Europas grundlegenden Probleme.

Der italienische Ministerpräsident brachte anschließend das Gespräch auf den Vertrag über die Nichtweitergabe von Atomwaffen und fragte, ob der Herr Bundeskanzler etwas Neues hierüber erfahren habe. Es handle sich hierbei ja um ein Thema, das die beiden Regierungen beschäftige und mit Besorgnis erfülle. Bisher hätten sich einige gemeinsame Reaktionen ergeben. Seit seinem Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler in Bonn habe dieser mit Präsident Johnson konferiert<sup>12</sup>, und in der Zwischenzeit habe Viz Kanzler Brandt Tokio, ein anderes interessantes Observatorium, besucht<sup>13</sup>.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, in seinen Gesprächen mit dem Präsidenten der USA habe er die prinzipiellen politischen Bedenken der Bundesregierung gegen den Atomsperrvertrag vorgebracht, nachdem in einer ganzen Reihe von Punkten bezüglich der wissenschaftlichen und friedlichen Entwicklung der Atomenergie in Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten eine Einigung erzielt worden sei. Für Deutschland stelle sich die Frage im Grunde genommen sehr einfach dar: Im Rahmen der WEU habe die Bundesrepublik auf die Herstellung von Atomwaffen auf ihrem Gebiete verzichtet<sup>14</sup>, und man könne sich nicht vorstellen, auf welchem anderen Gebiete derartige Waffen für Deutschland hergestellt werden könnten. Es bestehe nicht die Absicht, diesen Verzicht zu widerrufen. Man wolle sich auch nicht die Türen offen lassen, um später Zugang zu Nuklearwaffen zu erhalten. Wie für viele andere Staaten handle es sich für die Bundesrepublik um eine Frage der nationalen Würde und des nationalen Ranges. Hinzu komme das Problem einer gegenüber der Sowjetunion einzugehenden ständigen Verpflichtung. Er – der Herr Bundeskanzler – habe Präsident Johnson gesagt, wenn die Bundesregierung sich überhaupt mit dem Gedanken eines NV-Vertrages vertraut machen könnte, dann nur in der Form einer befristeten Laufzeit. Es sei interessant für ihn gewesen festzustellen, daß Johnson dies nicht von vornherein abgelehnt habe. Informationen aus Washington bestätigten, daß der Gedanke einer zeitlichen Befristung in den USA an

<sup>12</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Präsident Johnson am 24. April 1967 vgl. Dok. 140, Anm. 15.

Für das Gespräch vom 26. April 1967 vgl. Dok. 147.

<sup>13</sup> Bundesminister Brandt hielt sich vom 9. bis 19. Mai 1967 in Japan auf. Vom 9. bis 12. Mai 1967 fanden Gespräche mit dem japanischen Außenminister Miki u. a. zur Frage eines Nichtverbreitungsabkommens statt. Dazu wurde in einem Kommuniqué mitgeteilt, die Minister seien sich darin einig gewesen, „daß ein solcher Vertrag die Nichtkernmächte in der friedlichen Nutzung der Kernenergie nicht behindern dürfe und daß er wirksam der Aufrechterhaltung eines echten Weltfriedens dienen solle“. Ferner habe Miki die Auffassung von Brandt geteilt, „daß es zur Herstellung einer echten und dauerhaften Friedensordnung in der Welt unumgänglich sei, die Teilung Deutschlands auf friedlichem Wege und auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts zu überwinden“. Vgl. BULLETTIN 1967, S. 435.

<sup>14</sup> Vgl. dazu Dok. 4, Anm. 24.

Boden gewinne.<sup>15</sup> In seinen Gesprächen habe der amerikanische Präsident auch durchblicken lassen, er sei nicht sicher, daß ein Vertrag, wie er sich aus der Sicht der USA darstelle, die Zustimmung Rußlands finden würde.

Der Vertrag sei also noch lange nicht unter Dach und Fach. Es sei auf amerikanischer Seite, wenn nicht eine Resignation, so doch eine deutliche Lockerung des Interesses zu verzeichnen.

Sehr typisch für die Haltung bestimmter amerikanischer Kreise jedoch sei der Inhalt eines Telegramms, den er – wenn auch ohne Erwähnung der Herkunft – hier wiedergeben möchte. Es handele sich um ein Gespräch, das der amerikanische Chefdelegierte Foster kürzlich geführt habe. Zwar gebe es nicht die Meinung des Präsidenten wieder, der mit Sicherheit viel unbefangener und souveräner sei, sei aber bezeichnend für die Haltung des Mannes, der sich in einem Artikel in „Foreign Affairs“ im Jahre 1965<sup>16</sup> mit einer Erosion der atlantischen Allianz einverstanden erklärt habe. Hier handele es sich um ein Gespräch, in dem Foster in einem anderen Land den dortigen führenden Politikern und Experten den amerikanischen Standpunkt zum NV-Vertrag dargelegt habe. Der nichtamerikanische Gesprächspartner habe zu Beginn die Meinung geäußert, daß der Vertrag zu Lasten der Drittländer gedacht sei, um ihre Eigenschaft als Nichtnuklearmächte zu verewigen. Foster habe dieser Interpretation vorbehaltlos zugestimmt, jedoch hinzugefügt, dies sei für den Frieden unvermeidlich. Er – der Herr Bundeskanzler – sei der Auffassung, daß man diese Haltung, diese Erklärung ganz ernst nehmen müsse. Er glaube, daß man in Washington die Probleme des NV-Vertrages nicht genügend durchdacht habe, als man der Welt plötzlich überraschend einen diesbezüglichen Plan unterbreite habe. In der Zwischenzeit sei man sich in den USA über die Schwierigkeiten der Probleme klar geworden. Er – der Herr Bundeskanzler – werde relativ bald eine Einladung von Präsident Johnson nach Washington annehmen.<sup>17</sup> Bei dieser Gelegenheit werde er nochmals über diese Fragen sprechen können. Soweit er sehe, bedürften die Haltung der italienischen und der deutschen Regierung noch einiger Korrekturen. Er würde sich sehr freuen, wenn die beiden Regierungen miteinander in engstem Kontakt bleiben würde. Was das Ergebnis sein werde, könne man nicht voraussehen. Er glaube jedoch sagen zu können, daß man inzwischen in Washington viel nachdenklicher geworden sei als in den vergangenen Monaten.

Ministerpräsident Moro erklärte, daß er einen Informationsaustausch mit Bonn für sehr nützlich halte. Dieser sollte auf direktem und diplomatischem Wege fortgesetzt werden. Es würde ihn sehr interessieren, wenn der Herr Bundeskanzler ihn über die Ergebnisse seiner Washingtoner Gespräche informieren würde. Er selbst habe in Bonn Präsident Johnson ebenfalls auf die allgemeinen politischen Folgen des Vertrages hingewiesen. Dieser dürfe sich nicht zum Schaden für die Solidität des atlantischen Bündnisses auswirken.

<sup>15</sup> Vgl. dazu Dok. 166.

<sup>16</sup> Vgl. William C. FOSTER, Risks of Nuclear Proliferation. New Directions in Arms Control and Disarmament. In: Foreign Affairs 43 (1964/65), S. 587–601. Zur Bewertung durch die Bundesregierung vgl. auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 9. Juli 1965; VS-Bd. 8501 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>17</sup> Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 15./16. August 1967 in Washington vgl. Dok. 300–304 und Dok. 317.

Letzteres sei für die italienische Regierung Gegenstand einer tiefgehenden Besorgnis.<sup>18</sup> Der Gedanke an einen temporären Charakter entspreche einer natürlichen Anregung, die erstmals von Italien aufgebracht und dann, nach Übernahme durch Deutschland, von seiner Regierung wiederholt worden sei. Er hoffe, daß die USA ihn aufmerksam prüfen würden, denn man könnte damit einige grundlegende Probleme lösen. Im wesentlichen handele es sich für Italien ebenfalls um eine psychologische Frage, eine Frage der Würde und des Ranges, eine Frage der natürlichen Gleichheit der Nationen.

Der Herr *Bundeskanzler* fügte hinzu, daß er seinem italienischen Kollegen noch folgende interessante Information glaube geben zu müssen: Während zu Beginn der Gespräche mit den Amerikanern auf seine Frage, ob sich das Verbot auch auf die Schaffung eines antinuklearen Schutzsystems beziehen sollte, positiv geantwortet worden sei, habe Washington neuerdings seine Position offensichtlich überdacht und neige nunmehr dazu, die antinuklearen Schutzsysteme nicht mehr in den Vertrag einzubeziehen.

Ministerpräsident *Moro* sprach dem Herrn Bundeskanzler und Vizekanzler Brandt erneut seinen Dank für dieses Gespräch aus und wünschte ihnen besten Erfolg für ihre weitere Tätigkeit. Er beglückwünschte den Herrn Bundeskanzler insbesondere auch zu den neuen Verantwortungen, die er nunmehr auch als Parteichef<sup>19</sup> übernommen habe. Er halte es für nützlich, daß dieser jetzt die Politik seiner Partei vollständig in den Händen habe. Abschließend sprach er die Hoffnung aus, daß die zwischen den beiden Regierungen bestehende herzliche und nützliche Zusammenarbeit, die in diesen Tagen bekräftigt worden sei, sich zugunsten des Friedens in der Welt auswirken möge.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 23**

<sup>18</sup> Am 5. Juni 1967

<sup>19</sup> Kurt Georg Kiesinger wurde am 23. Mai 1967 auf dem XV. Parteitag der CDU in Braunschweig mit 423 gegen 16 Stimmen bei 10 Enthaltungen zum Parteivorsitzenden gewählt. Vgl. den Artikel „Kiesinger setzt sich auf dem Braunschweiger Parteitag durch“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 118 vom 24. Mai 1967, S. 1.

## 195

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete****II A 4-82.00-94.29-663/67 VS-vertraulich****30. Mai 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Deutsche Initiative zu einem Gespräch mit der Sowjetunion

I. Das deutsch-sowjetische Verhältnis befindet sich in einem Stadium der Stagnation. Wir sind – nicht nur im Interesse unserer direkten Beziehungen zur Sowjetunion, sondern auch im Hinblick auf unsere Osteuropa-Politik – daran interessiert, diesen Zustand zu überwinden.

Die Regierung der UdSSR hat in letzter Zeit des öfteren zu verstehen gegeben, daß sie ein erhebliches Interesse an der weiteren Gestaltung der deutschen Politik gegenüber ihren Verbündeten im Warschauer Pakt hat. Da diese Staaten spätestens seit der Warschauer Konferenz<sup>2</sup> und dem Inkrafttreten der bilateralen Freundschaftsverträge<sup>3</sup> zu gegenseitigen Konsultationen über wichtige Fragen einschließlich des Verhältnisses zu Deutschland verpflichtet sind, dürfte die Entscheidungsfreiheit der Warschauerpaktstaaten eingeengt worden sein. Die Sowjetregierung wird die Entscheidungen unter dem Gesichtspunkt der Einheit und Geschlossenheit des Paktsystems maßgeblich zu beeinflussen suchen.

Daher sollte der sowjetischen Seite unsere neue Ostpolitik, die ja den anderen Teil Deutschlands und die Sowjetunion als wesentliche Komponenten einschließt, in ihren Motiven und Absichten erneut dargelegt und der Versuch unternommen werden, die Sowjetunion zu einer Überprüfung ihrer zur Zeit von extremer Vorsicht und größtem Mißtrauen getragenen Einstellung zu bewegen. Das gleiche gilt in bezug auf die sonstigen strittigen Fragen, die in sowjetischer Sicht mit den Fragen der Ostpolitik in einem kausalen Zusammenhang stehen. Schließlich sollte erneut versucht werden, die bilateralen deutsch-sowjetischen Beziehungen aus der gegenwärtigen Stagnation herauszuführen.

II. Um dem Gespräch das nötige Gewicht zu geben, erscheint es zweckmäßig, daß es durch den Herrn Bundesminister eröffnet wird. In einzelnen Stadien könnte es eventuell durch den Herrn Staatssekretär<sup>4</sup> fortgesetzt bzw. ergänzt werden. Ich schlage daher vor, daß der Herr Bundesminister den sowjetischen Botschafter<sup>5</sup> demnächst zu einer umfassenden Aussprache empfängt. Bei dieser Gelegenheit könnte der Herr Bundesminister den Gesamtkomplex der

<sup>1</sup> Durchschlag als Konzept.

<sup>2</sup> Zur Konferenz der Außenminister der Staaten des Warschauer Pakts vom 7. bis 10. Februar 1967 vgl. Dok. 50, Anm. 7.

<sup>3</sup> Am 1. März 1967 schlossen Polen und die Tschechoslowakei, am 6. April 1967 Polen und Bulgarien und am 12. Mai 1967 die UdSSR und Bulgarien Verträge „über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“. Für den deutschen Wortlaut vgl. DzD V/1, S. 668–670, S. 879–882 und S. 1126, Anm. 1 (Auszug).

Die DDR schloß am 15. März 1967 mit Polen, am 17. März 1967 mit der Tschechoslowakei und am 18. Mai 1967 mit Ungarn Verträge „über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“. Für den Wortlaut vgl. DzD V/1, S. 740–743, S. 767–770 und S. 1154–1156.

<sup>4</sup> Klaus Schütz.

<sup>5</sup> Semjon Konstantinowitsch Zarapkin.

deutsch-sowjetischen Beziehungen aus deutscher Sicht skizzieren und den Wunsch äußern, das Gespräch fortzusetzen. Falls von sowjetischer Seite Interesse an einer Intensivierung des Dialoges gezeigt wird, könnte der Herr Bundesminister die Frage aufwerfen, ob die sowjetische Regierung es für nützlich halte, daß er in absehbarer Zeit mit seinem sowjetischen Kollegen Gromyko zu weiteren Gesprächen in der sowjetischen Hauptstadt oder an einem dritten Ort zusammentreffe.

Für die Gesprächsführung mit Herrn Zarapkin kämen folgende Themen in Frage:

- 1) Weltweite und regionale politische Fragen
  - a) Austausch von Gewaltverzichtserklärungen
  - b) Unsere Politik gegenüber den Staaten Osteuropas
  - c) Unsere Politik der Annäherung gegenüber dem anderen Teil Deutschlands
  - d) Deutsche Beteiligung an einem NV-Vertrag
  - e) Parallele Truppenverdünnung in Europa
  - f) Unsere Politik gegenüber China
- 2) Sonstige Fragen vorwiegend bilateralen Charakters
  - a) Handelsabkommen
  - b) Technisch-wissenschaftliche und industrielle Zusammenarbeit einschließlich der Zusammenarbeit in der friedlichen Nutzung der Kernenergie, wie sie Breschnew in seiner Rede in Karlsbad am 24. April 1967 vorgeschlagen hatte<sup>6</sup>
  - c) Kulturaustausch
  - d) Luftverkehr
  - e) Zusammenarbeit der Justizverwaltungen beider Länder in der Frage der Aburteilung von NS-Verbrechen.

III. Mit einem raschen Eingehen der Sowjets auf den Vorschlag eines Treffens mit Außenminister Gromyko wird kaum zu rechnen sein. Abgesehen von der wahrscheinlich notwendigen Konsultation im Rahmen des Warschauer Paktes und den unvermeidlichen Rücksichten auf die „DDR“ erscheint eine rasche Entscheidung auch aus anderen Gründen nicht wahrscheinlich. Es fällt auf, daß sich die Sowjetregierung nach einer sehr intensiven Reisetätigkeit ihrer führenden Vertreter in westliche Länder seit einiger Zeit erheblich zurückhält. So wurden die Staatsbesuche Kossygins in Indien und Pakistan verschoben, ebenso die Reisen nach Norwegen, Schweden, Frankreich und Kanada. Lediglich der Podgornyj-Besuch in Afghanistan Ende Mai–Anfang Juni sowie der schon mehr routinemäßige Besuch Kossygins in Finnland dürften demnächst stattfinden. Diese Zurückhaltung erscheint sowohl mit dem gegenwärtig etwas kühleren Verhältnis der Sowjetunion zu einigen Gastländern (etwa Indien, und dadurch Pakistan) als auch damit in Verbindung zu stehen, daß sich die

<sup>6</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU regte zur „Festigung des Friedens in Europa [...] die wirtschaftliche, wissenschaftliche, technische und kulturelle Zusammenarbeit sowohl auf bilateraler als auch auf gesamteuropäischer Grundlage“ an. Ferner erklärte er die Bereitschaft der UdSSR, sich „mit anderen europäischen Staaten über eine Unterstützung bei Kernforschungen und bei der Verwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke zu verständigen. Die Verwirklichung dieses Vorschlags würde den Staaten, die auf die Produktion und den Ankauf von Kernwaffen verzichtet haben, die Möglichkeit geben, der Vorzüge teilhaft zu werden, die die friedliche Energie des gespaltenen Atoms der Menschheit in die Hand gibt.“ Vgl. DzD V/1, S. 1010.

Sowjetführung auf die inneren und die Intradblockprobleme im Zusammenhang mit der Vorbereitung der 50-Jahrfeier der Oktoberrevolution im November 1967 konzentrieren muß.

Trotzdem sollte ein Versuch gemacht werden, das Gespräch mit der Sowjetunion auf höherer Ebene in Gang zu bringen. Die sowjetischen amtlichen Vertreter haben sich in letzter Zeit offensichtlich auf Weisung aus Moskau an engeren Informationskontakten mit deutschen amtlichen Vertretern interessiert gezeigt<sup>7</sup>, so daß sich ein umfassendes, klärendes und sondierendes Gespräch des Herrn Bundesministers mit Herrn Zarapkin<sup>8</sup> gewiß lohnen würde.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär dem Herrn Bundesminister mit der Bitte um Entscheidung vorgelegt.

Sollte dem Vorschlag zugestimmt werden, wird Abteilung II die notwendigen Gesprächsunterlagen gesondert vorlegen.

Ruete<sup>9</sup>

VS-Bd. 4245 (II A 4)

## 196

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Berger

III A 6-87.01-94.05-459/67 VS-vertraulich

30. Mai 1967<sup>1</sup>

Betr.: Verzicht auf die Widerrufs Klausel im innerdeutschen Handel;  
hier: Kabinettsitzung am 1. Juni 1967

Bezug: Kabinettsvorlage des Bundeswirtschaftsministeriums vom  
23. Mai 1967 – IV C 7-280399/8-501/67 geh.<sup>2</sup>

Zu dem vom Bundeswirtschaftsministerium unterbreiteten Vorschlag, das Kabinett möge die generelle Aufhebung der Widerrufs Klausel im innerdeutschen Handel beschließen, darf folgendes bemerkt werden:

Das Bundeswirtschaftsministerium setzt sich mit Unterstützung des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen seit langem dafür ein, daß der seit dem 1. Januar 1961 bestehende Widerrufsvorbehalt für Warenbegleitscheine des Lieferkontos 1 im Interzonenhandel („harte Waren“) abgeschafft werden sollte.<sup>3</sup> Es begründet diesen Vorschlag damit, daß das Anlagegeschäft mit der SBZ

<sup>7</sup> Vgl. dazu Dok. 163.

<sup>8</sup> Vgl. dazu das Gespräch vom 16. Juni 1967; Dok. 224.

<sup>9</sup> Paraphe vom 30. Mai 1967.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Klarenaar und von Hilfsreferent Wagner konzipiert.

<sup>2</sup> Für die Kabinettsvorlage vgl. Referat III A 6, Bd. 248.

<sup>3</sup> Seit dem Wiederinkrafttreten des Abkommens über den Interzonenhandel am 1. Januar 1961 wurden Warenbegleitscheine „unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs“ erteilt, der im

bei Beibehaltung der Widerrufs klausel in zunehmendem Maße an westliche Konkurrenten verloren gehe und die Widerrufs klausel nach der Vorbereitung umfassender Embargomaßnahmen für den Fall der Störung des Berlin-Verkehrs im Viermächte- und NATO-Rahmen<sup>4</sup> nicht mehr erforderlich sei.

Seit Februar d. J. hat sich das Auswärtige Amt in zehn Einzelfällen auf Anfrage damit einverstanden erklärt, daß für geplante Anlagegeschäfte auf die Widerrufs klausel verzichtet wird, und gleichzeitig um Unterrichtung gebeten, ob die in Rede stehenden Liefergeschäfte an Firmen in der Bundesrepublik Deutschland vergeben worden sind. In keinem dieser Fälle konnte das Bundeswirtschaftsministerium bisher bestätigen, daß der Verzicht auf die Widerrufs klausel tatsächlich zur Auftragsvergabe an den westdeutschen Lieferanten geführt hat. Es liegt deshalb der Verdacht nahe, daß die Widerrufs klausel von der Zonenregierung nur vorgeschoben wird, um die generelle politische Tendenz, Anlagen möglichst nicht im Interzonenhandel, sondern aus dem Ausland zu beziehen, zu verschleiern. Wegen der Argumente, die für und gegen eine generelle Aufhebung der Widerrufs klausel sprechen, darf auf anliegende Aufzeichnung der Abt. III vom 10. April 1967 VS-vertr., Ziff. 1 und 2<sup>5</sup>, verwiesen werden. Die in dieser Aufzeichnung vorgeschlagene und von dem Herrn Staatssekretär gebilligte Sondierung bei der amerikanischen Botschaft in Bonn, welche Haltung die Regierung der Vereinigten Staaten in der in Rede stehenden Angelegenheit einnehme, hat am 20. April<sup>6</sup> und 26. Mai d. J. stattgefunden. Hierbei ergab sich, daß die amerikanische Regierung die Prüfung der Frage, welche Haltung sie zu der Abschaffung der Widerrufs klausel einnehmen soll, noch nicht abgeschlossen hat. Ihre Stellungnahme soll uns demnächst zugehen. Der

*Fortsetzung Fußnote von Seite 839*

Fälle einer Behinderung des Berlin-Verkehrs durch die Behörden der DDR in Kraft treten sollte. Für den Wortlaut des Absatzes 10 der „Bekanntmachung L 1“ des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 24. Januar 1961 über die Lieferung von Waren in die Währungsgebiete der Deutschen Mark und der Deutschen Notenbank (DM-Ost) vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 18 vom 26. Januar 1961, S. 2. Zur Diskussion um einen Verzicht auf diese Widerrufs klausel vgl. AAPD 1965, II, Dok. 199.

<sup>4</sup> In Ausführung eines Beschlusses der Konferenz der Außenminister der Drei Mächte und der Bundesrepublik vom 6. August 1961 wurden von der Bundesregierung im Rahmen der Eventualfallplanung Entwürfe für Verordnungen erarbeitet, die im Fall einer Störung des Berlin-Verkehrs Maßnahmen für ein selektives Warenembargo bis zu einer völligen Unterbrechung des Wirtschaftsverkehrs zwischen der Bundesrepublik und der DDR vorsahen. Im Eventualfall sollten sich die Verordnungen auf das für den Interzonenwirtschaftsverkehr geltende Gesetz Nr. 53 der amerikanischen und britischen Militärregierung sowie der Verfügung Nr. 140 der französischen Hohen Kommission vom 18. September 1949 stützen. Vgl. dazu das Schreiben vom 17. April 1967 des Bundesministers Schiller an Staatssekretär Knieper, Bundeskanzleramt; Referat III A 6, Bd. 248.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigelegt. Ministerialdirektor Harkort führte als Argumente für eine Aufhebung der Widerrufs klausel u. a. an, daß sie der DDR nur „als Vorwand für eine weitgehende Umorientierung der Bezüge von Industrieanlagen vom Interzonenhandel auf andere westeuropäische Staaten“ diene. Außerdem sei bereits für vier Anlagegeschäfte mit Zustimmung des Auswärtigen Amts auf die Klausel verzichtet worden. Schließlich könne für Investitionsgüterlieferungen aufgrund der vorliegenden Verordnungsentwürfe ein Embargo verhängt werden. Gegen eine Abschaffung spreche u. a., daß die Drei Mächte zu der Annahme verleitet werden könnten, die Bundesregierung sei zur Abwehr von Berlinkrisen nicht mehr bereit, Nachteile im Interzonenhandel in Kauf zu nehmen. Auch die DDR könnte den Eindruck erhalten, daß die Bundesregierung in Zukunft auf Gegenmaßnahmen im Falle der Störung des Berlin-Verkehrs verzichte. Schließlich sei es fraglich, ob der Interzonenhandel durch die Abschaffung der Widerrufs klausel einen Aufschwung nehmen werde. Vgl. VS-Bd. 8367 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Zum Gespräch des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Klarenaar mit dem Ersten Sekretär an der amerikanischen Botschaft, Dux, vgl. die Aufzeichnung vom 21. April 1967; VS-Bd. 8367 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1967.



Vertreter der amerikanischen Botschaft hat in dem letzten Sondierungsgespräch jedoch erkennen lassen, daß seine Regierung vor einer Entscheidung in dieser Angelegenheit an der Konsultation der Alliierten gelegen ist. Unabhängig von dieser Sondierung haben die Vertreter der drei verbündeten Botschaften in der deutsch-alliierten Konsultationsbesprechung vom 17. Mai 1967<sup>7</sup> unter Bezugnahme auf Pressemeldungen die Frage angeschnitten und darum gebeten, konsultiert zu werden, falls eine Aufhebung der Widerrufsklausel im Interzonenhandel beabsichtigt sei. Der Vertreter des Auswärtigen Amts hat für diesen Fall eine Konsultation zugesagt.<sup>8</sup>

Der Kabinettausschuß für innerdeutsche Beziehungen hat in seiner Sitzung vom 9. Mai d.J. beschlossen, das Auswärtige Amt mit der Konsultation der Verbündeten in der in Rede stehenden Angelegenheit zu beauftragen. Dieser Teil des Sitzungsergebnisses wird in der Vorlage des Bundeswirtschaftsministeriums nicht erwähnt. Dies mag seinen Grund in dem Umstand finden, daß der Kabinettausschuß die Aufnahme der Konsultation anscheinend erst nach einem Beschluß des Bundeskabinetts für die Aufhebung der Widerrufsklausel ins Auge gefaßt hat. Ein amtliches Protokoll über die Kabinettsausschußsitzung vom 9. Mai 1967 liegt nicht vor, und die Angaben von Teilnehmern über das Ergebnis weichen in diesem Punkt voneinander ab.

Eine Kontaktaufnahme mit den Verbündeten nach einem definitiven Kabinettsbeschluß für die Aufhebung der Widerrufsklausel könnte, weil es sich hierbei praktisch nur noch um eine Information handeln würde, von den Alliierten mit Befremden aufgenommen werden.

Ich rege deshalb an, dem Vorschlag des Bundeswirtschaftsministeriums nur mit der Maßgabe zuzustimmen, daß vor einer endgültigen Entscheidung die Konsultation der Verbündeten in dieser Frage zu einem befriedigenden Abschluß gebracht worden ist.<sup>9</sup>

Mitzeichnung: Ref. II A 1 (im Entwurf erfolgt). Hiermit über Ref. L 1<sup>10</sup> und den Herrn Staatssekretär<sup>11</sup> dem Herrn Minister<sup>12</sup> mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Berger

**VS-Bd. 8367 (III A 6)**

<sup>7</sup> Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats II A 1 vom 26. Mai 1967; VS-Bd. 8367 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Am 1. Juni 1967 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Jung die Vertreter der Drei Mächte über die Absicht der Bundesregierung, „die Widerrufsklausel fallen zu lassen“ und zu diesem Zweck Konsultationen einzuleiten. Er bat um eine möglichst rasche Stellungnahme insbesondere zu den Verordnungsentwürfen, mittels derer Maßnahmen für eine Unterbrechung des Interzonenhandels im Rahmen der Eventualfallplanung auch auf dem Verordnungswege erlassen werden könnten. Vgl. die Aufzeichnung vom 2. Juni 1967; VS-Bd. 4178 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967. Zu den Konsultationsgesprächen am 6. Juni 1967 vgl. die Aufzeichnung des Hilfsreferenten Wagner vom 8. Juni 1967; Referat III A 6, Bd. 248.

<sup>9</sup> Vgl. dazu weiter Dok. 204, besonders Anm. 8.

<sup>10</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritzel am 31. Mai 1967 vorgelegen.

<sup>11</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 1. Juni 1967 vorgelegen, der für Bundesminister Brandt handschriftlich vermerkte: „Dieser Beschluß ist vorgesehen, um das Auswärtige Amt zu Konsultationen zu bringen. Es ist denkbar, daß in einer Woche die Konsultationen schon so weit sind, daß die Frage vollkommen gelöst ist.“

<sup>12</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

197

**Staatssekretär Lahr, z.Z. Rom, an das Auswärtige Amt****I A 2****Fernschreiben Nr. 414****Aufgabe: 31. Mai 1967, 10.20 Uhr****Ankunft: 31. Mai 1967, 11.14 Uhr**

Betr.: 10-Jahres-Feier Unterzeichnung Römischer Verträge und Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten am 29. und 30. Mai in Rom

I. Italienischer Staatspräsident und Bürgermeister von Rom<sup>1</sup> würdigten bei Feier des 10-Jahres-Tages der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 29. 5. auf dem Kapitol die Entwicklung der Gemeinschaften in Anwesenheit der Regierungschefs, Außenminister und Vertreter der Institutionen der Europäischen Gemeinschaften.<sup>2</sup>

II. Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs fand am 30. 5. unter Vorsitz von Ministerpräsident Moro statt. Moro hob einleitend die beispiellose Entwicklung insbesondere der EWG in den letzten 10 Jahren hervor.<sup>3</sup> Er bezeichnete es als Zweck der Gipfelkonferenz, Leitsätze und neue Richtlinien für die Weiterentwicklung der Gemeinschaften zu erarbeiten. Er stellte als die hauptsächlichsten 3 Besprechungspunkte der Gipfelkonferenz heraus:

a) Meinungsaustausch über den jetzigen Stand der Gemeinschaft, namentlich die Fusion der Exekutiven

b) Beziehungen der Gemeinschaft zu Drittländern

c) Einleitung eines lebhafteren Gedankenaustausches unter den Sechs mit dem Ziel der Verstärkung der Bemühungen um politische Zusammenarbeit.

Im übrigen ging Moro auf derzeitige gespannte Lage im Nahen Osten ein, die Quelle der Sorge für alle 6 Regierungen, besonders aber wegen geographischer Nähe für Italien bilde. Diplomatische Aktivität Italiens sei zunächst darauf gerichtet, daß die Beteiligten alles vermieden, was den Frieden in Gefahr bringen könnte; sei dies erreicht, müsse man in 2. Etappe friedliche Lösungen anstreben.

Aus anschließenden Grundsatzserklärungen der anderen Staats- bzw. Regierungschefs ist festzuhalten:

<sup>1</sup> Amerigo Petrucci.

<sup>2</sup> Bei den Feierlichkeiten war Staatspräsident Saragat einziger Festredner. Für den deutschen Wortlaut der Rede vgl. Referat I A 2, Bd. 1195.

Bereits am 12. Mai 1967 hatte Staatssekretär Lahr dazu festgehalten, daß sich das Programm der Jubiläumsfeier zu einer „unangenehmen Frage“ zu entwickeln drohe. Die Benelux-Staaten vertreten gemeinsam mit der Bundesregierung den Standpunkt, daß in Rom auch der Präsident der EWG-Kommission, Hallstein, eine Rede halten solle. Demgegenüber verweise Frankreich darauf, daß der Abschluß der Römischen Verträge eine reine Regierungsangelegenheit gewesen sei: „Herr Couve de Murville zeigte sich bisher unzugänglich und hat gegenüber Herrn Luns durchblicken lassen, man müsse zwischen de Gaulle und Hallstein wählen.“ Vgl. Referat I A 2, Bd. 1195.

<sup>3</sup> Für den deutschen Wortlaut der Rede des Ministerpräsidenten Moro vgl. Referat I A 2, Bd. 1195. Für einen Auszug vgl. Anm. 16.

De Gaulle: Grundsätzliche Zustimmung zu Moros Ausführungen. Notwendigkeit des Ausbaus der Gemeinschaften; auf organisatorischem Gebiet zunächst Verwirklichung der Fusion der Institutionen mit dem Ziel, anschließend auch zur Fusion der Gemeinschaften selbst zu gelangen. Sachlich seien von wesentlicher Bedeutung das Verhältnis der Gemeinschaften zu Dritten (insbesondere vorliegende Beitrittsanträge Großbritanniens, Irlands und Dänemarks<sup>4</sup>); diese Anträge schafften neue Lage für die Gemeinschaft und stellten sie vor die Frage, ob sie nach Beitritt neuer Mitglieder nicht in ihrem Charakter verändert würde. Diese Frage müsse zunächst von derzeitigen Mitgliedern der Gemeinschaft eingehend gemeinsam geprüft werden. Von Bedeutung für die Zukunft sei außerdem Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Osteuropa; engere Gestaltung dieser Beziehungen sei erforderlich, und er hoffe, daß diese sich eines Tages auch<sup>5</sup> auf politischem Gebiet auswirken würden. Schließlich stimmte de Gaulle auch Moros Forderung nach Fortführung und Verstärkung der politischen Kontakte unter den Sechs in Form von Konferenzen der Staats- bzw. Regierungschefs, so wie heute, oder in Form von Außenminister-Treffen zu.

Bundeskanzler erklärte, daß er ebenfalls Moros Rede zustimme, sowohl hinsichtlich bisherigen Erfolges der Gemeinschaften wie zukünftigen Aufgaben. Große Energie sei nötig für Ausbau der Gemeinschaften, Verwirklichung der Fusion der Exekutiven und später auch der Gemeinschaften selbst. Die Sechs dürften sich hierauf aber nicht beschränken; augenblickliche gefährliche weltpolitische Lage (Anspielung auf Nahost-Krise), die Gefahr „böser Überraschungen“ enthielte, mache jedenfalls ein Mindestmaß an solidarischem Verhalten notwendig. Deshalb sollten weitere Treffen der Staats- bzw. Regierungschefs oder der Außenminister folgen. Hierzu machte Bundeskanzler die Anregung, derartige Treffen durch Experten vorbereiten zu lassen.

Bundesregierung habe von Anfang an erklärt, daß sie britischen Beitritt zur EWG begrüße. De Gaulle habe die Frage gestellt, ob Gemeinschaften nach Aufnahme neuer Mitglieder ihren bisherigen Charakter bewahren könnten. Er, Bundeskanzler, glaube, daß, wenn hierüber noch keine Einigung bestehe, in freimütiger, offener Diskussion nach gemeinsamem Weg zu suchen sei.

Hinsichtlich Beziehungen zu Osteuropa stimmte Bundeskanzler französischem Staatspräsidenten zu und verwies auf schwierige Lage, in der wir uns wegen Teilung Deutschlands befinden; gerade deshalb seien wir besonders bereit, ei-

<sup>4</sup> Am 11. Mai 1967 beantragten Großbritannien, Irland und Dänemark die Aufnahme in die drei europäischen Gemeinschaften. Dazu stellte Ministerialdirigent Frank am 12. Mai 1967 fest, daß die Anträge 15 gleichzeitig zu führende Beitrittsverhandlungen notwendig machen. Ferner sei zu berücksichtigen, daß ein Beitritt dritter Staaten zur EGKS und zu EURATOM „im höchsten Grade inopportun“ sei, „weil beide Gemeinschaften reformbedürftig sind und stagnieren und ein Beitritt dritter Staaten unerwünschte Zementierungen bringen könnte“. Frank kam zu dem Schluß, daß parallel zu führende Verhandlungen über die Anträge und die Weiterentwicklung der Gemeinschaften unvermeidlich seien. Um aber eine „Zersplitterung der Kräfte“ zu vermeiden, solle dem Antrag Großbritanniens der Vorrang eingeräumt werden. Freilich wäre es wünschenswert, „wenn es gar nicht mehr zum Beitritt Großbritanniens zur EWG kommen würde, sondern die Verschmelzungsverhandlungen der Sechs mit den Beitrittsverhandlungen Schritt halten würden, so daß Großbritannien nicht mehr der EWG, sondern der neuen Gemeinschaft beitrete“. Vgl. Referat I A 2, Bd. 1464.

<sup>5</sup> Korrigiert aus: „auf“.

nen Beitrag zur Entspannung zu leisten, um so auch einer Lösung der Deutschlandfrage näher zu kommen.

Belgischer Ministerpräsident van den Boeynants befürwortete schnelles Inkrafttreten des Fusionsvertrages<sup>6</sup> und Wiederaufnahme der Konsultationen der Außenminister mit dem Endziel, zu einer einheitlichen Außenpolitik der Sechs zu gelangen. Zu britischem EWG-Beitritts-gesuch erklärte belgischer Ministerpräsident, es liege im politischen Interesse der Sechs, eine Lösung zu finden. Das Gesuch sei einfach auf das formelle Minimum beschränkt formuliert.<sup>7</sup> Mehrheit des britischen Parlaments stehe hinter Beitritts-gesuch.<sup>8</sup> Das Verfahren gemäß Artikel 237 des EWG-Vertrages<sup>9</sup> einschließlich einer Anhörung der britischen Regierung müsse ohne Verzug beginnen; dafür biete sich EWG-Rats-Sitzung am 5./6. Juni 1967 an. Van den Boeynants unterstützte Vorschlag des Bundeskanzlers, die politischen Kontakte der Sechs durch hohe Beamte vorbereiten zu lassen. Im Hinblick auf die Situation im Nahen Osten sei belgische Regierung bereit, an geeigneten politischen Schritten zur Befriedung dieses Raumes beizutragen.

Luxemburgischer Ministerpräsident Werner betonte Fortschritt des Gemeinsamen Marktes. Die EWG-Krise vor 2 Jahren<sup>10</sup> habe gezeigt, daß es unterschiedliche Meinungen der Sechs über den politischen Charakter der Gemeinschaft gebe. Unter diesen Umständen sei Aufbau politischer Solidarität erforderlich und Aufnahme politischer Konsultationen notwendig, auch wenn Erfolge zunächst vielleicht bescheiden bleiben würden. Erste Schritte sollten vor-

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Vertrages vom 8. April 1965 über die Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer vereinigten Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Fusion der Exekutiven) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil II, S. 1454–1497.

<sup>7</sup> Das Schreiben des Premierministers Wilson vom 11. Mai 1967 an den Präsidenten des EWG-Ministerrates, van Elsslande, hatte folgenden Wortlaut: „Im Namen der Königlich Britischen Regierung von Großbritannien und Nordirland habe ich die Ehre, Eure Exzellenz davon in Kenntnis zu setzen, daß das Vereinigte Königreich gemäß den Bestimmungen des Artikels 237 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hiermit die Mitgliedschaft der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beantragt.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1540 des Parlamentarischen Staatssekretärs Jahn vom 11. Mai 1967; Referat I A 2, Bd. 1464.

<sup>8</sup> Nach einer dreitägigen Debatte im britischen Unterhaus stimmten am 10. Mai 1967 488 Abgeordnete für einen erneuten Antrag Großbritanniens zur Aufnahme in die EWG sowie die EGKS und EURATOM. 62 Abgeordnete stimmten dagegen. Vgl. HANSARD, Bd. 746, Sp. 1061–1184, Sp. 1281–1414 und Sp. 1504–1656.

<sup>9</sup> Artikel 237 der Römischen Verträge vom 25. März 1957: „Jeder europäische Staat kann beantragen, Mitglied der Gemeinschaft zu werden. Er richtet seinen Antrag an den Rat; dieser beschließt einstimmig, nachdem er die Stellungnahme der Kommission eingeholt hat. Die Aufnahmebedingungen und die erforderlich werdenden Anpassungen dieses Vertrags werden durch ein Abkommen zwischen den Mitgliedstaaten und dem antragstellenden Staat geregelt. Das Abkommen bedarf der Ratifizierung durch alle Vertragsstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 898.

Dazu erläuterte Vortragender Legationsrat I. Klasse Baron von Stempel: „Der Beitrittsartikel erwies sich als der rettende Anker; dort ist das Verfahren festgelegt. Die Regierungschefs hätten vor einer schwierigen Situation gestanden, wenn die beitrittswilligen Drittstaaten keine neuen Beitrittsanträge gestellt, sondern die Wiederaufnahme der 1963 unterbrochenen Verhandlungen gefordert hätten. Dann hätte es kein Ausweichen auf einen Verfahrensartikel gegeben.“ Vgl. den Artikel „Die Römische Konferenz der EWG-Mitgliedstaaten“, BULLETIN 1967, S. 507.

<sup>10</sup> Zur EWG-Krise, die auf der EWG-Ministerratstagung vom 28. bis 30. Juni 1965 in Brüssel ausgelöst wurde und auf der EWG-Ministerratstagung vom 28./29. Januar 1966 in Luxemburg beigelegt werden konnte, vgl. AAPD 1965, II, Dok. 265, und AAPD 1966, I, Dok. 25.

sichtig sein, Außenministertreffen zu Vorbereitung (Bestimmung von Themen und Diskussionsbereich).

Luxemburg stehe dem britischen Beitritt zu den Gemeinschaften positiv gegenüber; dasselbe gelte für die anderen Beitrittsanträge.

Den Briten müsse Gelegenheit gegeben werden, ihren Antrag vor den Regierungsvertretern der Sechs zu begründen; daher seien unverzüglicher Beginn der Verhandlungen, zumindest aber erste Gespräche mit den Briten notwendig.

Abschließend würdigte Ministerpräsident Werner die Arbeit der Institutionen und aller derer, die zu den Erfolgen der EWG beigetragen hätten.

Niederländischer Ministerpräsident de Jong wies auf Wunsch des niederländischen Volkes hin, in geeintem Europa zu leben. De Gasperi und Adenauer wären der Ansicht gewesen, daß das Europa der Sechs nur der Motor der europäischen Einigung sei, nicht aber ein abgeschlossenes Ganzes bilden sollte.

Die Einheit eines demokratischen Europas sei selbstverständlich in kurzer Zeit nicht zu erreichen. Innerhalb der Gemeinschaften habe man jedoch große Fortschritte erzielt, besonders wenn man bedenke, daß Ausgangspunkt bei Null gelegen habe. In diesem Zusammenhang würdigte de Jong besonders die Verdienste von Prof. Hallstein, dessen Name deswegen in aller Welt zu einem Begriff geworden sei.

Die Regierungen der Mitgliedstaaten dürften in ihren Bemühungen zur Vervollständigung der Gemeinschaften nicht nachlassen. Die Gemeinschaftsorgane müßten gestärkt werden, die Fusion durchgeführt und auch eine parlamentarische Kontrolle der Institutionen eingeführt werden.

Hinsichtlich engeren Zusammengehens auch auf politischem Gebiet seien Grenzen der Möglichkeiten Europas zu bedenken: Einmal die bestehenden Unterschiede zwischen West- und Osteuropa, die kurzfristig nicht beseitigt, aber durch Bemühungen um Entspannung gemindert werden könnten; zum zweiten die Machtverhältnisse in der Welt, die bedingen, daß Europa seine Sicherheit nur im atlantischen Rahmen gewährleisten könne.

Die Sechs seien nicht das ganze Europa. Daher sei es auch wenig sinnvoll, politische Konsultationen der Sechs wieder zu beginnen, wenn nicht Großbritannien von Anfang an daran beteiligt werde.<sup>11</sup> Das Ergebnis der Kennedy-Runde enthebe nicht von der Notwendigkeit, ein vereintes Westeuropa zu schaffen. Die EWG sei daher nur ein Kern, der ausgebaut werden müsse; so sollte der Beitrittsantrag Großbritanniens bei der nächsten EWG-Ratssitzung behandelt

<sup>11</sup> Am 25. Mai 1967 berichtete Botschafter Knoke, Den Haag, der Abteilungsleiter im niederländischen Außenministerium, Barkman, habe ihm gegenüber Verbitterung darüber geäußert, daß Staatspräsident de Gaulle in seiner Pressekonferenz am 16. Mai 1967 wie schon 1963 versucht habe, „ohne Mandat der anderen fünf die politischen Weichen zu stellen. Was habe es für einen Sinn, sich in Rom zu treffen und sich dort zu konsultieren, wenn einer der Partner schon vierzehn Tage vorher seine dezidierte und nicht mehr abänderbare Ansicht auf den Marktplatz trage.“ De Gaulle wolle „bindende politische Entscheidungen nicht nur für sein eigenes Land, sondern auch für die anderen Partner selbstherrlich treffen. Keinesfalls würden die Niederlande dazu bereit sein, die Politische Union der Sechs jetzt nach fünfjährigem Stillstand wiederzubeleben. Eine solche Wiederbelebung [...] könne nach der de Gaulle'schen Pressekonferenz vom 16. Mai 1967 nur eine anti-britische Spitze haben. Im übrigen müsse de Gaulle gesagt werden, daß Frankreich für den Stillstand verantwortlich sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 157; VS-Bd. 2428 (I A 2); B 150, Aktenkopien 1967.

werden. Im Hinblick auf die Äußerung de Gaulles über die Möglichkeit, daß die Gemeinschaft durch Beitritt Großbritanniens ihren Charakter verlieren könnte, erklärte de Jong, daß sich Schwierigkeiten in der Gemeinschaft nur zu Anfang nach erfolgtem Beitritt Großbritanniens ergeben könnten. Das werde sich in einem weiteren Stadium aber legen.

Zusammenfassend erklärte de Jong:

- 1) Die niederländische Regierung wünsche eine europäische Einigung auf demokratischer Grundlage.
- 2) Diese Einigung müsse in engstem Zusammenhang mit atlantischer Gemeinschaft stehen.
- 3) Die europäischen Gemeinschaften seien offene Gemeinschaften. Da Großbritannien jetzt bereit sei, den Rom-Vertrag zu akzeptieren, müßten die Beitrittsverhandlungen unverzüglich beginnen.
- 4) Politische Konsultationen könnten nur mit Großbritannien zusammen erfolgen.

Im Hinblick auf Nahost-Krise hob de Jong hervor, daß die Gefahr, die Israel drohe, eine Gefahr für die gesamte freie Welt sei. Die Interessen aller seefahrenden Nationen seien betroffen. Die Niederlande hielten es für notwendig, alle Lösungsmöglichkeiten zu prüfen.

Abschließend wurden folgende Fragen im einzelnen erörtert:

#### 1) Fusion

Bundeskanzler wünschte Inkrafttreten des Fusionsvertrages zum 1. Juli 1967; Einigung über das Präsidium schon auf dieser Konferenz und Durchführung der Beschlüsse durch die Außenminister. (Vertraulich: zur engeren Wahl stehen Colombo und Rey.<sup>12</sup>)

Es wurde beschlossen, den Fusionsvertrag am 1. 7. 1967 in Kraft treten zu lassen. Die Außenminister beschlossen, am 5. Juni 1967 auf einer Regierungskonferenz in Brüssel zusammenzutreten, um die formelle Ernennung des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Mitglieder der neuen Kommission vorzunehmen.<sup>13</sup>

<sup>12</sup> Mit Schreiben vom 3. Mai 1967 teilte der Präsident der EWG-Kommission, Hallstein, Bundeskanzler Kiesinger mit, daß er für eine Ernennung zum ersten Präsidenten einer vereinigten Kommission nicht zur Verfügung stehe. Zur Begründung führte er an: „Ernstes grundsätzliche politische und juristische Bedenken sprechen dagegen, die Amtszeit des Präsidenten der europäischen Exekutive durch ein persönliches Abkommen zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten und dem für die Präsidentschaft in Aussicht genommenen Kandidaten abzukürzen. [...] Die verbindliche Festsetzung der Amtszeit des Präsidenten im Fusionsvertrag gehört [...] zu den Garantien der Unabhängigkeit der Kommission.“ Ferner komme hinzu, daß es Zweck seiner Kandidatur gewesen wäre, die im Laufe einer langjährigen Tätigkeit als Vorsitzender der EWG-Kommission gewonnenen Erfahrungen „nachhaltig der Einheitskommission mitzuteilen. Es kann jedoch angesichts der langfristigen Natur der Arbeit der europäischen Exekutive keine Rede davon sein, daß diese Absicht in der Frist vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 1967 verwirklicht werden kann [...]. Den Gedanken, der Einheitskommission als Mitglied oder Vizepräsident anzugehören, habe ich niemals ins Auge gefaßt. Ich tue es auch heute nicht.“ Vgl. Referat I A 2, Bd. 1195.

<sup>13</sup> Auf der EWG-Ministerratstagung am 5./6. Juni 1967 wurde beschlossen, das bisherige Mitglied der EWG-Kommission, Rey, zum Präsidenten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zu ernennen. Ferner kamen die Minister überein, zusätzlich zu den im Vertrag vom 8. April 1965 über die Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer vereinigten Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Fusion der Exekutiven) vorgesehenen drei Vizepräsidenten den bisherigen

## 2) Beitritt Großbritanniens:

De Gaulle sprach sich dafür aus, daß zunächst die Außenminister mit dem notwendigen Zeitaufwand prüfen sollten, welche Wirkung ein britischer Beitritt für die Gemeinschaften haben würde. Bundeskanzler erklärte, daß deutsche öffentliche Meinung den britischen Beitritt begrüßen würde. Er betonte, daß die Sechs sich aber einig sein müßten, bevor sie „einen neuen Bewohner in ihr Haus aufnehmen“. Tue man das nicht, würden sich die Schwierigkeiten auf die Beitrittsverhandlungen selbst verlagern.

Zur Prüfung des britischen Antrags sei aber eine Erläuterung dieses Antrags durch Anhörung der Briten notwendig.

Der belgische Ministerpräsident verwies auf die Behandlung des britischen Antrags gemäß Artikel 237 des EWG-Vertrages und sprach sich in diesem Zusammenhang dafür aus, die Briten in nächster Zeit anzuhören. Zunächst solle der Rat in seiner Sitzung am 5./6. Juni 1967 die Kommission um die in Artikel 237 vorgesehene Stellungnahme ersuchen.

Werner und de Jong schlossen sich diesen Ausführungen an. De Jong stellte unwidersprochen fest, daß dies zur Durchführung des Artikels 237 gehöre. Auch Moro sprach sich für eine baldige Behandlung des britischen Antrags gemäß Artikel 237 des EWG-Vertrages aus, wobei der britische Antrag einer intensiven politischen Prüfung unterzogen werden sollte.

Es wurde beschlossen, daß der Rat auf seiner nächsten Tagung am 5./6. Juni den britischen Beitrittsantrag nach dem normalen Verfahren des Artikels 237 des EWG-Vertrages behandelt.<sup>14</sup>

## 3) Politische Zusammenarbeit

De Gaulle erklärte, Frankreich habe sich schon seit längerem für verstärkte politische Kontakte der Sechs ausgesprochen. Ziel müsse die Schaffung eines europäischen Europas, nicht eines atlantischen Europas sein. Wenn hierüber Einigkeit bestehe, werde Frankreich mit tiefster Überzeugung teilnehmen. Es sei auch bereit, Vorschlag des Bundeskanzlers über Art der Vorbereitung von Konsultationen durch besonderes Organ zu akzeptieren.

Bundeskanzler ausführte, ein Beginn politischen Gedankenaustausches unter den Sechs sei notwendig. Die heutige Welt sei zu kompliziert, als daß wir darauf verzichten könnten, mit politischer Zusammenarbeit zu beginnen. Eine Beteiligung Großbritanniens werde sich aus der weiteren Entwicklung ergeben. Werfe man jetzt die alte Streitfrage auf, ob diese Zusammenarbeit zu sechst oder siebt erfolgen sollte, komme man in eine Sackgasse. Beginnen sollten daher die Sechs, ohne auszuschließen, daß auf die Dauer auch Großbritannien hinzutritt.

Hinsichtlich des Verhältnisses Europa/Amerika sei auch er der Meinung, daß Europa alles tun müsse, um mit einer einzigen Stimme sprechen zu können. Andererseits lasse die Sicherheit Europas sich nicht ohne Amerika gewährlei-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 846*

Vizepräsidenten der EWG-Kommission, Mansholt, zum vierten Vizepräsidenten zu ernennen. Vgl. dazu den Drahterlaß des Ministerialdirigenten Frank vom 8. Juni 1967; Referat I A 2, Bd. 1295.

Am 1. Juli 1967 wurden als weitere Vizepräsidenten Raymond Barre, Fritz Hellwig und Lionello Levi Sandri bekanntgegeben. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, Z 174.

<sup>14</sup> Vgl. dazu Dok. 209.

sten. Daher müßten wir in der atlantischen Allianz verbleiben und diese an die Notwendigkeit Europas anpassen.

Van den Boeynants trat dafür ein, Rahmen, Zweck und Grenzen der politischen Kontakte vorher festzulegen. Das dürfe aber nicht dazu führen, die Kontakte mit dritten Ländern zu erschweren.

In ähnlichem Sinne sprach Werner sich aus. Die Zeit sei noch nicht reif für eine Institutionalisierung der politischen Kontakte. Das Problem britischer Beteiligung lasse sich, nachdem nun Beitrittsantrag Großbritanniens zu den Gemeinschaften vorliege, u. U. durch eine besondere politische Unterrichtung der britischen Regierung lösen, ohne so die Solidarität der Sechs zu beeinträchtigen.

Im Verlauf der weiteren Erörterungen gelang es den Fünf schließlich, die Niederländer zu einem gewissen Nachgeben zu bewegen. Es wurde Einigkeit erzielt, die in Ziffer 5 und 6 des Kommuniqués<sup>15</sup> wie folgt festgehalten ist:

„5) Die an der Konferenz beteiligten Staaten haben vereinbart, die Möglichkeiten zu prüfen, wie sie mit geeigneten Methoden und Verfahren, die den Erfahrungen und Umständen angepaßt sind, schrittweise ihre politischen Bande untereinander enger gestalten können. Die Außenminister sind beauftragt worden, die Prüfung dieser Punkte weiter zu vertiefen.

6) Die Staats- und Regierungschefs haben vereinbart, sich voraussichtlich im Laufe dieses Jahres erneut zu treffen.“

Auf besonderen Wunsch der italienischen Regierung wurde in das Communiqué erneute Prüfung der Schaffung einer europäischen Universität in Florenz aufgenommen.<sup>16</sup>

[gez.] Lahr

**Referat I A 2, Bd. 1415**

<sup>15</sup> Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 268 f.

<sup>16</sup> Dazu hieß es im Communiqué über die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten am 29./30. Mai 1967 in Rom: „Die Staats- beziehungsweise Regierungschefs haben ebenfalls vereinbart, den bereits auf der Bonner Konferenz vom 18. Juli 1961 vorgesehenen Plan zur Schaffung einer Europäischen Universität in Florenz erneut einer Prüfung zu unterziehen.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 269.

Am 30. Mai 1967 hatte der italienische Ministerpräsident dazu ausgeführt: „Im Bereiche einer Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiete wünschen wir, daß auch das Problem der Europa-Universität mit Sitz in Florenz wieder erörtert werden möge. Sie sollte ein Zentrum der Anregung für eine Zusammenarbeit unserer Länder, vor allem auf dem Gebiet der Technologie, bilden, da wir in unserem Europa mit allen denkbaren Mitteln schleunigst Vorsorge treffen müssen, daß der Abstand verringert wird, der Europa von fortgeschrittenen Ländern trennt.“ Vgl. Referat I A 2, Bd. 1195.



## 198

**Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-12791/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 898**  
**Citissime**

**Aufgabe: 31. Mai 1967, 11.15 Uhr**  
**Ankunft: 31. Mai 1967, 12.39 Uhr**

Betr.: Nahost-Krise;  
 hier: Behandlung in der NATO

Bisherige Behandlung der Nahostkrise durch den NATO-Rat offenbart Schwäche und Uneinigkeit der Allianz, die in krassem Gegensatz zu den Deklamationen steht, die man im Rahmen der Harmel-Studien zu hören bekommt. Rat hat sich in der letzten Woche in stundenlangen Sitzungen mit Routinefragen befaßt, aber erst am 30. 5. wieder (nach fast einwöchiger Pause seit der Sitzung vom 24. 5.<sup>1</sup>) zu einer Diskussion der Krise aufgerufen. Amerikanischer und britischer Beitrag zur Diskussion blieb äußerst bescheiden. Amerikanischer Vertreter betonte, daß Lösung nur im UN-Rahmen gefunden werden könne. Britischer Botschafter<sup>2</sup> beschränkte sich auf kurzen Bericht über Browns Gespräche in Moskau<sup>3</sup> und wiederholte Bekenntnis zur Freiheit der Schifffahrt im Golf von Akaba.

Französischer Vertreter äußerte sich skeptisch zu den Ansichten einer UN-Lösung, skeptisch auch zu den Chancen des französischen Vorschlags, von den Russen akzeptiert zu werden.<sup>4</sup> Er ließ keinen Zweifel, daß Frankreich nicht Partei ergreifen und sich nicht engagieren will. Daher Ratschlag, alles zu vermeiden, was Spannung vermehren könnte, z. B. auch Proklamationen über Freiheit der Meere. Man müsse vor allem verhüten, daß sich lokaler Konflikt in allgemeine Ost-West-Konfrontation ausweite.

Kanadier und Dänen wandten sich gegen Seerechtsdeklarationen, die nur zu erhöhten Spannungen und gefährlichen Zusammenstößen führen könnten. Lösung nur im UN-Rahmen denkbar (so auch Italien). Man müsse Zeit gewinnen – wie U Thant sage.<sup>5</sup>

Unser Standpunkt, den ich anhand von Plurex Nr. 1735 vom 27. 5. VS-v<sup>6</sup> vortrug, fand zwar bei einigen Delegationen Verständnis, aber kaum Unterstützung.

<sup>1</sup> Vgl. dazu Dok. 181.

<sup>2</sup> Sir Bernard Burrows.

<sup>3</sup> Zum Besuch des britischen Außenministers vom 24. bis 26. Mai 1967 vgl. Dok. 188, Anm. 5.

<sup>4</sup> Zum Vorschlag der französischen Regierung vom 24. Mai 1967 vgl. Dok. 186, Anm. 10.

<sup>5</sup> Am 26. Mai 1967 kam der UNO-Generalsekretär U Thant in seinem Bericht an den UNO-Sicherheitsrat über die Gespräche, die er vom 23. bis 25. Mai 1967 in Kairo geführt hatte, zu dem Ergebnis: „In diesem kritischen Zeitpunkt muß, so meine ich, meine Hauptsorge sein, Zeit zu gewinnen, damit die Grundlage für eine Entspannung geschaffen werden kann.“ U Thant regte die „Einschaltung einer Atempause“ an. Er bat „alle betroffenen Parteien dringend, besondere Zurückhaltung zu üben [...] und es dem Rat zu überlassen, sich mit den der gegenwärtigen Krise zugrunde liegenden Ursachen zu befassen und nach Lösungen zu suchen“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 304.

<sup>6</sup> Für den Drahterlaß des Staatssekretärs Schütz vgl. Dok. 186.

Man kann nur hoffen, daß sich der Rat bei einer das Bündnisgebiet direkt betreffenden Krise aktiver zeigt. Ich habe nicht verfehlt, darauf hinzuweisen, daß hier ein „test case“ für Krisenkonsultationen vorliege.

[gez.] Grewe

VS-Bd. 2640 (I B 4)

## 199

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg

I B 1-84.10/30-860/67 geheim

1. Juni 1967<sup>1</sup>

Betr.: Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zum VN-Treuhandschafftsfonds für Opfer der Apartheidpolitik Südafrikas

I. 1) Die XX. VN-Vollversammlung beschloß am 21. Dezember 1965 mit Resolution 2054 (XX) B<sup>2</sup> die Errichtung eines Fonds für folgende Zwecke:

- a) Rechtsbeistand für Personen, die durch diskriminierende Gesetzgebung Südafrikas betroffen wurden;
- b) Unterstützung von Familienangehörigen der durch die südafrikanische Regierung im Rahmen ihrer Apartheidpolitik Verfolgten;
- c) Erziehungsbeihilfen für Gefangene, ihre Kinder und sonstige Angehörige;
- d) Unterstützungen für Flüchtlinge aus Südafrika.

2) Zur Beitragsleistung aufgefordert werden in der Resolution „Staaten, Organisationen und Einzelpersonen“.

II. 1) Der Fonds wurde im Februar 1966 gemäß der Resolution errichtet. Vorsitzender des Verwaltungsausschusses ist der schwedische UN-Botschafter Aström.

2) Die Beiträge gingen jedoch anfangs nur zögernd ein. Sie kamen hauptsächlich von Staaten Afrikas und Asiens. Sämtliche Großmächte hielten sich zurück. Von europäischen Staaten beteiligten sich zunächst nur die skandinavischen Länder. Im Verlauf der Jahre 1966 und 1967 sind dann aber auch Beitragsankündigungen von den Niederlanden, Belgien, Italien und Frankreich eingegangen. In Großbritannien liegt ein Vorschlag, 30–50 000 US-Dollar zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu zahlen, zur Zeit dem Außenminister<sup>3</sup> zur Entscheidung vor. In den USA ist die Prüfung der Frage einer Beitragszahlung noch nicht abgeschlossen, jedoch muß damit gerechnet werden, daß auch von dort aus in absehbarer Zeit ein wohl nicht sehr hoher – sehr symbolhafter Bei-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin I. Klasse von Puttkamer und vom Vortragenden Legationsrat von Hassell konzipiert.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 2054 (XX) B vom 15. Dezember 1965 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. X, S. 113 f.

<sup>3</sup> George Brown.

trag – zur Verfügung gestellt wird. An der Spitze der europäischen Beitragszahler liegt bisher Schweden mit 50 000 US-Dollar, dem folgen Frankreich mit 30 000 US-Dollar, Dänemark mit 28 886 US-Dollar, die Niederlande mit 27 584 US-Dollar; Italien hat nur einen symbolhaften Betrag von 2500 US-Dollar angekündigt.

III. Die Bundesrepublik Deutschland hat bisher keinen Beitrag geleistet, obwohl dies nach zahlreichen Berichten unseres Beobachters bei den Vereinten Nationen<sup>4</sup> von den schwarzafrikanischen Ländern immer stärker kritisiert wird. Die Zurückhaltung schien zunächst dadurch gerechtfertigt, daß die europäische Beteiligung an den Beitragsleistungen gering war.

Die Lage hat sich aber inzwischen geändert. Nach der französischen Beitragsleistung ist die Bundesrepublik Deutschland neben Luxemburg das einzige Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, das zu dem Fonds nicht einmal einen symbolhaften Beitrag geleistet hat. Dies wird besonders den 18 der EWG assoziierten afrikanischen Staaten<sup>5</sup> unverständlich erscheinen. Bei einem wohl in absehbarer Zeit zu erwartenden britischen Beitrag wäre Deutschland der einzige wichtige europäische Staat, der sich an dem Fonds nicht beteiligt.

Hinzu kommt, daß die „Regierung der DDR“ einen freiwilligen Fonds-Beitrag von 5000 US-Dollar angekündigt hat. Das Ankündigungsschreiben vom 6. Dezember 1966 ist dem Generalsekretär der VN am 24.1.1967 mit einer Mantelnote des ungarischen VN-Botschafters übergeben worden.<sup>6</sup> Mit der Beitragsankündigung des anderen Teiles Deutschlands besteht die Gefahr, daß dieser sich den Afrikanern gegenüber als Vorkämpfer gegen die Rassendiskriminierung aufspielt und der Bundesrepublik Deutschland hierbei Zurückhaltung vorwirft. Auch wird die ostdeutsche Propaganda darauf hinzuweisen suchen, daß die Bundesrepublik Deutschland im Gegensatz zum Verhalten des anderen Teiles Deutschlands den Empfehlungen der Vereinten Nationen nicht entspricht. Wenngleich sich die Bundesrepublik Deutschland nicht auf Diskussionen und Gegenüberstellung in dieser Frage einzulassen braucht, verstärkt die ostdeutsche Zahlung doch das Interesse der Bundesrepublik Deutschland, ihre bekannte und eindeutige Haltung in der Frage der Rassendiskriminierung und der Erfüllung der VN-Empfehlungen erneut zu bekräftigen.

IV. Für eine Beitragsleistung sprechen die nachstehenden Gesichtspunkte:

a) Für Deutschland ist die vorbehaltlose Unterstützung der Abwehr aller Rassendiskriminierungen eine besondere Notwendigkeit. Gegen Deutschland besteht in dieser Frage in der Weltöffentlichkeit immer noch ein latentes Mißtrauen. Dieses Mißtrauen hat sich als Reaktion auf das Wiederauftreten rechtsradikaler Gruppen in Deutschland gerade in letzter Zeit sichtbar verstärkt.

<sup>4</sup> Sigismund Freiherr von Braun.

<sup>5</sup> Burundi, Dahomé, Elfenbeinküste, Gabun, Kamerun, Republik Kongo, Demokratische Republik Kongo, Madagaskar, Mali, Mauretanien, Niger, Obervolta, Ruanda, Senegal, Somalia, Togo, Tschad und die Zentralafrikanische Republik.

<sup>6</sup> Für das Schreiben des Außenministers der DDR, Winzer, an UNO-Generalsekretär U Thant, das vom ungarischen Botschafter bei der UNO, Csatorday, übermittelt wurde, vgl. den Drahtbericht Nr. 98 des Botschaftsrats I. Klasse Caspari, New York (UNO), vom 6. Februar 1967, VS-Bd. 2529 (I B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

b) Die Bundesrepublik Deutschland sollte jede Gelegenheit nutzen, um an den Arbeiten der Vereinten Nationen wie ein Mitglied mitzuwirken. Damit wird die deutsche Stellung international gestärkt und das deutsche Bekenntnis zu der Charter der Vereinten Nationen<sup>7</sup> erneut bekräftigt.

c) Der besondere Politische Ausschuß der Vereinten Nationen hat anläßlich der XXI. VN-Vollversammlung am 8. Dezember 1966 in einer Entschlieûung die Regierungen, Organisationen und Einzelpersonen erneut aufgefordert, in großzügiger Weise Beiträge zu dem Fonds zu leisten.<sup>8</sup> Diese Entschlieûung ist in dem Ausschuß mit 99 Stimmen (bei Stimmenthaltung nur Portugals und Malawis) angenommen worden. In der der Abstimmung vorangegangenen Debatte griffen die Ostblockstaaten die Westmächte, namentlich aber auch die Bundesrepublik Deutschland an, der sie vorwarfen, die rassistische Politik Südafrikas politisch, militärisch und wirtschaftlich zu unterstützen. Auch Vertreter afrikanischer Staaten sprachen sich in diesem Sinne aus.

d) Die Wünsche der schwarzafrikanischen Staaten sind bei dem deutschen Beobachter bei den Vereinten Nationen wiederholt zur Sprache gebracht und die Zahlung eines deutschen Beitrags zu dem Südafrikafonds als eine Entscheidung grundsätzlicher Bedeutung bezeichnet worden. Der deutsche Beobachter weist hierzu darauf hin, daß selbst der Bundesrepublik Deutschland wohlgesonnene afrikanische Missionen die Nicht-Zahlung zum Südafrikafonds zunehmend kritisieren. Der Hinweis auf Haushaltsschwierigkeiten wirke bei dem relativ geringen Betrag nicht glaubwürdig.

Einer wohlwollenden Haltung der schwarzafrikanischen Staaten gegenüber der Bundesrepublik Deutschland kommt gerade in den Vereinten Nationen große Bedeutung zu. Die Stimmen dieser Staaten können die Behandlung Deutschland unmittelbar berührender Fragen entscheidend beeinflussen.

Es erscheint daher zweckmäßig, eine Zahlung der Bundesrepublik Deutschland gegebenenfalls baldmöglichst zu erwirken.

V. Aber auch die nachteiligen Auswirkungen, die voraussichtlich mit einem deutschen Beitrag zu dem Treuhandschaftsfonds verbunden sind, können nicht verkannt werden:

a) Mit einer starken Verstimmung in Pretoria ist zu rechnen. Auch die anderen Beitragszahler haben diese Verstimmung zu spüren bekommen. Besonders hart ist hiervon naturgemäß die niederländische Regierung betroffen worden, die mit als erster Staat einen Beitrag leistete. Schon die haushaltsmäßige Einplanung von Mitteln zur Hilfe für die Opfer der Apartheidpolitik führte 1965 zu Demarchen des südafrikanischen Botschafters in Den Haag<sup>9</sup>. Als diese Demarchen nichts fruchteten, kam es zu Demonstrationen vor der niederländischen Botschaft in Pretoria sowie in Kapstadt, an denen zwischen 700 und

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. CHARTER OF THE UNITED NATIONS, S. 582-611.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Resolution vgl. den Drahtbericht Nr. 1236 des Botschaftsrats I. Klasse Caspari, New York (UNO), vom 13. Dezember 1966; Referat I B 1, Bd. 418.

<sup>9</sup> E. J. Baron Lewé van Aduard.

1400 Holländer und Buren teilnahmen. Notenwechsel der Außenminister<sup>10</sup>, Erregung in der Presse und parlamentarische Auseinandersetzungen in Den Haag und Pretoria traten hinzu. Hierbei muß das besondere Verhältnis zwischen Holländern und Buren allerdings in Rechnung gezogen werden.

Auch bei einer deutschen Zahlung kann nicht ausgeschlossen werden, daß es neben der offiziellen Verärgerung zu unfreundlichen Reaktionen in der dortigen Öffentlichkeit und selbst zu Demonstrationen deutscher, nach Afrika ausgewanderter Elemente kommen kann.

b) Schließlich ist einem wesentlichen Argument der südafrikanischen Regierung gegen den Treuhandschaftsfonds eine gewisse Berechtigung nicht zu versagen. Südafrika wendet sich nämlich gegen den Eingriff der Vereinten Nationen in die innerstaatlichen Verhältnisse. Tatsächlich wird zu prüfen sein, wie weit eine über die internationale Wirkung hinausgehende Tätigkeit der Vereinten Nationen im allgemeinen Interesse und in dem der Bundesrepublik Deutschland liegt. Auch in den Vereinigten Staaten besteht eine gewisse Sorge vor dem Vorwurf, daß US-amerikanische Zahlungen zum Treuhandschaftsfonds das Eingreifen in das innerstaatliche Leben außerhalb Amerikas fördern.

VI. a) Unter Abwägung der in den Abschnitten III, IV und V dargelegten Gesichtspunkte ist Abteilung I der Auffassung, daß die Argumente, die für eine Zahlung sprechen, wesentlich überwiegen.

Es handelt sich hierbei um eine politische Entscheidung, der gegenüber haushaltsmäßige Schwierigkeiten nicht ausschlaggebend sein dürfen, zumal nur eine Größenordnung in Frage kommt, die den von anderen Staaten bisher gezahlten Beiträgen zwischen 25 000 und 45 000 US-Dollar entspricht.

b) Abteilung I hatte zeitweise sogar erwogen, ob nicht ein symbolischer Beitrag aus „besonderen Mitteln“ genügen würde. Der zur Verfügung stehende Fonds sollte jedoch hierfür nicht eingesetzt werden, da es sich bei der Zahlung um eine Leistung handelt, die vom VN-Sekretariat bekanntgegeben wird. Mit Rückfragen zur haushaltsmäßigen Abwicklung der Zahlung müßte in Deutschland gerechnet werden.

Zudem sollte die Zahlung bei ihrer politischen Bedeutung nach Auffassung von Abteilung I vom Bundeskabinett beschlossen werden, da mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß nicht alle Bundesminister hierzu die gleiche Auffassung haben.

Schließlich kann die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden, daß auch in späteren Jahren wieder einmal ein Beitrag zu dem Treuhandschaftsfonds erforderlich wird. Die Zuwendung sollte daher von vornherein über den Haushalt laufen.

VII. Abteilung I schlägt vor, eine Kabinettsvorlage auszuarbeiten, mit dem Petition, außerplanmäßig 40 000 US-Dollar als deutschen Beitrag zu dem Treuhandschaftsfonds bereitzustellen. Die Entscheidung müßte gegebenenfalls so rechtzeitig getroffen werden, daß die Zahlungsankündigung noch in den der im September 1967 beginnenden XXII. VN-Vollversammlung vorzulegenden Bericht über die Tätigkeit des Treuhandschaftsfonds aufgenommen werden kann.

<sup>10</sup> Joseph Luns (Niederlande); Hilgard Muller (Südafrika).

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>11</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>12</sup> mit der Bitte um Zustimmung zur Vorbereitung einer entsprechenden Kabinettsvorlage vorgelegt.<sup>13</sup>

Meyer-Lindenberg

VS-Bd. 2607 (I B 1)

## 200

### Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 1209/67 geheim

2. Juni 1967<sup>1</sup>

Betr.: Wirtschaftshilfe Israel

Ich schlage vor:

1) Materiell:

160 Mio. DM (wie im Vorjahr<sup>2</sup>), zahlbar im Laufe dieses Jahres, und zwar – auf Wunsch des Finanzministeriums – in zwei Raten, deren Termine auszuhandeln sein werden. Modalitäten der Kreditgewährung im großen und ganzen wie im Vorjahr.

2) Verfahren:

Verhandlungen nicht schon jetzt, weil Abkommen, dessen Abschluß bekanntgegeben werden müßte, die für uns ohnehin sehr labile Lage in den arabischen Ländern sehr nachträglich beeinflussen könnte.

<sup>11</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 6. Juni 1967 vorgelegen.

<sup>12</sup> Hat Bundesminister Brandt am 18. Juni 1967 vorgelegen.

<sup>13</sup> Am 11. Juli 1967 beantragte das Auswärtige Amt in einer Vorlage für das Bundeskabinett, dem UNO-Treuhandschaffsfonds einen Beitrag in Höhe von 25 000 Dollar zur Verfügung zu stellen. Dazu wurde erläutert: „Der Betrag liegt unter dem britischen (40 000 US-Dollar) und unter dem französischen (30 000 US-Dollar) Beitrag. Die Sowjetunion hat 15 000 Dollar an den Fonds gezahlt. Um den vollen politischen Nutzen der Zahlung zu erreichen, sollte der deutsche Beitrag aber – ebenso wie der französische und britische – wesentlich über dem sowjetischen liegen. Ein deutscher Beitrag von 25 000 US-Dollar liegt im übrigen – mit Rücksicht auf den sehr geringen, nur symbolhaften italienischen Beitrag von 2500 US-Dollar – im Durchschnitt der EWG-Mitgliedstaaten. Dies ist im Hinblick auf die 18 EWG-assoziierten afrikanischen Staaten wünschenswert.“ Am 14. August 1967 vermerkte Vortragender Legationsrat von Hassell handschriftlich auf der Kabinettsvorlage: „Das Bundeskabinett hat am 10.8. mehrheitlich abgelehnt.“ Vgl. VS-Bd. 2607 (I B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Ein Durchdruck der Aufzeichnung lag Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg am 5. Juni 1967 vor, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Böker und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Gehlhoff verfügte.

Hat Böker am 5. Juni 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wie lange sollen diese Tributzahlungen noch weitergehen? Das kann auf die Dauer nur Unheil bringen – bestimmt keine Verbesserung des [deu]tsch]-israelischen Verhältnisses oder unserer Stellung in Nahost.“

Hat Gehlhoff am 5. Juni 1967 vorgelegen. Vgl. VS-Bd. 2632 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Zum Wirtschaftshilfeabkommen vom 12. Mai 1966 zwischen der Bundesrepublik und Israel vgl. Dok. 134, Anm. 7.

Statt dessen: Wir teilen der israelischen Regierung mit der Bitte um Geheimhaltung mit, daß wir bereit sind, auf der vorbezeichneten Grundlage mit ihr zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt zu kontrahieren, daß sie also fest damit rechnen könne, in diesem Jahr den gewünschten Betrag zu erhalten. Ich stelle mir vor, daß wir – in der Hoffnung, daß bis dahin die Krise abgeklungen ist – im Juli verhandeln werden. Begründung gegenüber Israel: Entweder, ich bin erst im Juli verfügbar, oder der Bundeshaushalt ist noch nicht verabschiedet, oder die gegenwärtige Nah-Ost-Krise spricht für Verschiebung.

Der israelischen Regierung wäre im übrigen mitzuteilen, daß wir uns trotz erheblicher Schwierigkeiten entschlossen haben, auch in diesem Jahr 160 Mio. DM zu zahlen, und zwar im Hinblick auf die besondere Notlage Israels, daß der diesjährige Betrag jedoch nicht präjudiziell für die Zahlungen späterer Jahre sei. (Da wir den Betrag von 160 Mio. DM jetzt zum dritten Mal zahlen, besteht ohne einen solchen Vorbehalt die Gefahr, daß die Zahlung den Charakter einer „Rente“ annimmt und wir künftig jede Bewegungsfreiheit verlieren.)

### 3) Behandlung im Kabinett:

Keine Kabinettsvorlage wegen Gefahr der Indiskretion. Statt dessen mündlicher Vortrag des Herrn Bundesministers. Noch besser wäre Behandlung im engsten Kreis<sup>3</sup>, d.h. Bundeskanzler, Bundesaußenminister, Bundesfinanzminister<sup>4</sup>, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit<sup>5</sup>.

Hiermit dem Herrn Minister<sup>6</sup> vorgelegt.<sup>7</sup>

Lahr

VS-Bd. 8825 (III B 6)

<sup>3</sup> Am 5. Juni 1967 erläuterte Ministerialdirigent Graf von Hardenberg dazu: „Vor Übernahme von völkerrechtlich bindenden Verpflichtungen gegenüber Israel sind auch die zuständigen Bundestagsausschüsse (der entwicklungspolitische und der Haushaltsausschuß) zu befragen, und zwar ist die Zustimmung bis zur Verabschiedung des Haushalts 1967 erforderlich; nach Verabschiedung des Haushalts besteht nur eine Informationspflicht. Bei Information nach Verabschiedung des Haushalts könnte der Personenkreis kleiner gehalten werden.“ Vgl. VS-Bd. 8825 (III B 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Franz Josef Strauß.

<sup>5</sup> Hans-Jürgen Wischnewski.

<sup>6</sup> Hat Bundesminister Brandt am 5. Juni 1967 vorgelegen.

<sup>7</sup> Am 7. Juni 1967 informierte Ministerialdirektor Harkort in einer Ressortbesprechung das Bundesministerium der Finanzen sowie die Bundesministerien für Wirtschaft und für wirtschaftliche Zusammenarbeit über den Beschluß des Bundeskabinetts vom Vortag, Israel für das Jahr 1967 eine Kapitalhilfe in Höhe von 160 Mio. DM unter den Bedingungen des Abkommens vom Vorjahr zu bewilligen: „Es solle aber der israelischen Seite ausdrücklich erklärt werden, daß künftige Entwicklungshilfeleistungen der jeweiligen Wirtschafts- und Haushaltssituation angepaßt werden müßten und die Wiederholung der Vorjahresleistung keinesfalls als Präjudiz gelten dürfe.“ Harkort wies ferner darauf hin, „daß der Beschluß des Kabinetts und seine Durchführung auf Grund der außenpolitischen Lage bis auf weiteres strengster Geheimhaltung unterliegt.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pfisterer vom 8. Juni 1967; VS-Bd. 8825 (III B 6); B 150, Aktenkopien 1967.

Am 8. Juni 1967 vermerkte Harkort ergänzend, daß zur Vermeidung einer Einberufung des Haushaltsausschusses eine Besprechung mit einigen seiner Mitglieder stattgefunden habe. Diese hätten „für den Haushaltsausschuß der Bereitstellung des Betrages von 160 Mio. DM in der Form zugestimmt, daß die genannte Summe in einem Betrag überwiesen würde.“ Vgl. VS-Bd. 8825 (III B 6); B 150, Aktenkopien 1967.

**Botschafter Knapstein, Washington, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-12862/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 1160**  
**Citissime**

**Aufgabe: 2. Juni 1967, 19.30 Uhr**  
**Ankunft: 3. Juni 1967, 01.25 Uhr**

Betr.: Amerikanisch-sowjetischer Notenwechsel über die Nahost-Krise

Bezug: DB 1138 vom 31.5.67 – I B 4-83.00-1151/67 VS-v<sup>1</sup>

I. Nach Beurteilung des State Departments verdichtet sich die Nahost-Krise gegenwärtig zu einer bedrohlichen Konfrontation. Der Abschluß des ägyptisch-jordanischen Verteidigungspaktes<sup>2</sup>, die Verlegung eines sowjetischen Flottenverbandes aus dem Schwarzen Meer ins Mittelmeer und die Verstärkung der amerikanischen Flotteneinheiten im Roten Meer ließen erkennen, daß jede Partei ihre militärische Ausgangsposition zu verbessern suche. Je länger die Unschlüssigkeit des Sicherheitsrates andauere, desto bedrohlicher werde die innenpolitische Situation Israels. Die Ernennung des bisherigen Oberbefehlshabers Dayan zum israelischen Kriegsminister sei mehr als ein Ausdruck der sich bereits seit einigen Tagen vollziehenden Inkorporierung oppositioneller Elemente in die Regierung<sup>3</sup>; darüber hinaus wolle die israelische Regierung zeigen, welche Bedeutung sie der militärischen Seite ihrer prekären Lage beimesse.

Obwohl in Saudi-Arabien die Gefahr des Sturzes der Monarchie nicht unmittelbar drohe wie in Jordanien, sei nicht auszuschließen, daß auch Saudi-Arabien sich in absehbarer Zeit mit der VAR arrangieren werde. Nachdem heute auch Polen in die Front der proarabischen Staaten eingeschwenkt sei<sup>4</sup>, habe sich praktisch der gesamte Ostblock hinter die Ziele der arabischen Staaten gestellt.

Bei dieser Konstellation der Kräfte werde immer deutlicher, daß der Schlüssel zur Lösung der gegenwärtigen Krise in Moskau liege.

<sup>1</sup> Botschafter Knapstein, Washington, berichtete, daß der Inhalt des Drahterlasses Nr. 1735 des Staatssekretärs Schütz vom 27. Mai 1967 der „Task Force Near East“ des amerikanischen Außenministeriums vorgetragen worden sei. Vgl. VS-Bd. 2576 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967. Für den Drahterlaß von Schütz vgl. Dok. 186.

<sup>2</sup> Am 30. Mai 1967 unterzeichneten Präsident Nasser und König Hussein in Kairo ein Abkommen über fünf Jahre, in dem sich die Vertragspartner verpflichteten, sich im Falle eines bewaffneten Angriffs seitens Dritter gegenseitige militärische Hilfe zu gewähren. Ferner war vorgesehen, daß im Kriegsfall der Oberbefehl bei der VAR liegen sollte. Vgl. dazu den Artikel „Ägypten und Jordanien schließen Verteidigungspakt“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 123 vom 31. Mai 1967, S. 1.

<sup>3</sup> Zur Umbildung des israelischen Kabinetts vgl. Dok. 192, Anm. 4.

<sup>4</sup> In einem Telegramm vom 2. Juni 1967 sagte der polnische Staatsratsvorsitzende Ochab Präsident Nasser Unterstützung „gegen den Imperialismus und Neokolonialismus“ zu. Gleichzeitig sprach er die Hoffnung aus, daß die arabischen Staaten ihre Ziele mit friedlichen Mitteln erreichen würden. Vgl. die Meldung „Polen unterstützt Ägypten“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 126 vom 3. Juni 1967, S. 4.



II. Zum Verhältnis Moskau – Washington erfahren wir soeben aus der „Task Force Near East“ des State Departments folgendes:

1) Bereits seit Ausbruch der Krise habe die amerikanische Regierung auf verschiedenen Wegen der sowjetischen Regierung zu verstehen gegeben, daß sie über die bedrohliche Lage im Nahen Osten ernstlich besorgt und an einer Erörterung der wichtigsten Fragen auch mit ihr interessiert sei. (Vgl. DB 1113 vom 26.5. – Krisenstab Nahost – I B 4-83.00/92-1111/67 geh.<sup>5</sup>). Diese Bemühungen seien bedauerlicherweise lange ohne Resonanz geblieben, bis dieser Tage eine sowjetische Note eingetroffen sei.

2) Der Ton dieser Note sei maßvoll. In der Sache seien jedoch nicht alle ihre Gedankengänge für die amerikanische Regierung annehmbar. Im wesentlichen enthalte die Note folgende Punkte:

a) Die sowjetische Regierung fordere die amerikanische Regierung auf, ihren Einfluß auf Israel geltend zu machen, um Israel von feindseligen Aktionen abzuhalten;

b) die sowjetische Regierung habe sich ihrerseits bereit erklärt, ihren Einfluß auf die VAR mit dem Ziele auszuüben, die gegenwärtige Lage zu entspannen.

Ferner sei für die sowjetische Haltung aufschlußreich, daß die Note die Frage des Zugangs zum Golf von Akaba nicht erwähne.

3) Die amerikanische Regierung habe auf diese sowjetische Note zwei Antworten erteilt:

a) Eine erste Note, die das Ziel verfolge, der Sowjetunion klarzumachen, daß sowohl die sowjetische als auch die amerikanische Regierung die ihnen beiden zu Gebote stehenden Mittel zur Einflußnahme auf beide Streitparteien in die Waagschale werfen sollten, um die Gefahr eines Krieges zu beseitigen. Ferner habe die amerikanische Regierung ihre Auffassung hinsichtlich der Rechtsstellung des Golfes von Akaba<sup>6</sup> bekräftigt und darauf hingewiesen, daß diese Frage für die Amerikaner entscheidend sei.

b) Nach Konsultationen mit der israelischen Regierung sei eine zweite amerikanische Note nach Moskau gegangen. Darin habe die amerikanische Regierung die Aufmerksamkeit der sowjetischen Regierung auf die öffentlichen Erklärungen israelischer Staatsmänner nach der israelischen Kabinettsitzung vom Sonntag, 28.5., gelenkt und hervorgehoben, daß der gemäßigte Ton Eshkols in scharfem Kontrast zu der ungezügelten und bissigen Sprache der amtlichen Vertreter der VAR stehe. Man gehe davon aus, daß der sowjetischen Regierung die Haltung Washingtons hinsichtlich der völkerrechtlichen Stellung der Straße von Tiran hinreichend bekannt sei. Dagegen sei festzustellen, daß die Sowjetunion ihre amtliche Haltung in dieser Frage noch nicht bekanntgegeben habe. Weiterhin habe die VAR die von ihr angekündigte Blockade des Golfes von Akaba bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht vollzogen. Die amerikanische Regierung sei der Auffassung, daß auch die Sowjetunion als eine der wichtigsten Welt-Seemächte an der Offenhaltung internationa-

<sup>5</sup> Für den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vgl. VS-Bd. 2640 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 188, Anm. 8.

ler Wasserwege grundsätzlich nicht uninteressiert sein könne und sich daher hoffentlich auf die Dauer den von vielen Seiten unternommenen Bemühungen um eine baldige friedliche Lösung der Nahost-Krise nicht verschließen werde.

III. Zur Bewertung der sowjetischen Haltung meinten die amerikanischen Gesprächspartner folgendes:

1) Diese erste schriftliche Äußerung der Sowjetunion bestätige die bisherige Auffassung der amerikanischen Regierung, daß die Sowjetunion an einer raschen und echten Entspannung der Nahost-Krise – zumindest im gegenwärtigen Zeitpunkt – nicht interessiert sei. Die Note biete keinen Ansatzpunkt für eine konstruktive Lösung. Insbesondere sei bezeichnend, daß die Sowjetunion den Vorschlag de Gaulles zu einer Vier-Mächte-Konferenz<sup>7</sup> weder angenommen noch abgelehnt habe.

2) Die vorerst hinhaltende Taktik der Sowjetunion schließe nicht aus, daß sie nach Erreichung von Positionsverbesserungen im Nahen Osten und in der Dritten Welt zu einem späteren Zeitpunkt die Schiedsrichterrolle – etwa wie in Taschkent<sup>8</sup> – anstrebe.

3) Insgesamt hinterlasse die sowjetische Note jedoch den Eindruck, die Sowjets seien sich durchaus bewußt, daß der Krisenherd nicht außer Kontrolle geraten dürfe.

IV. Ich bitte nachdrücklich um Geheimhaltung dieser Auskünfte, da bisher außer uns nur wenige Botschaften der engsten Verbündeten der Vereinigten Staaten über die sowjetische Note unterrichtet wurden. In Anbetracht der geringen Erfolgsaussichten der amerikanischen Bemühungen, die Sowjets zu krisenentspannenden Schritten zu bewegen, legen die Amerikaner größten Wert auf äußerste Geheimhaltung der schwebenden Verhandlungen.

V. Die von U Thant gegenüber Botschafter von Braun vertretene Meinung, daß der Konflikt mehr und mehr in Richtung auf direkte amerikanisch-sowjetische Gespräche hinlaufe (vgl. DB Unogerma Nr. 404 vom 2.6.<sup>9</sup>), widerspricht meines Erachtens nicht der bisherigen amerikanischen These, man bemühe sich um eine multilaterale, möglichst im VN-Rahmen zu findende Lösung. Wie der Noten-Austausch zwischen Washington und Moskau zeigt, drücken sich beide Regierungen in einer für die Umstände höchst umsichtigen Weise aus, und die Amerikaner sind sich natürlich darüber im klaren, daß sie gegen den Willen der Sowjetunion keine VN-Lösung finden können.

VI. Da wir erneut gefragt worden sind, was wir uns unter „energischer und konzentrierter westlicher Aktion zur Freihaltung des Schifffahrtsweges im Golf von Akaba“ vorstellten (Plurex 1735 v. 27.5.67<sup>10</sup>) und welche Rolle wir dabei zu spielen bereit seien, wäre ich für entsprechende Drahtweisung dankbar, –

<sup>7</sup> Zur Erklärung des französischen Ministerrats vom 24. Mai 1967 vgl. Dok. 186, Anm. 10.

<sup>8</sup> Zur Beilegung der militärischen Auseinandersetzungen um die Provinz Kaschmir trafen auf Einladung des Ministerpräsidenten Kossygin Präsident Ayub Khan und Ministerpräsident Shastri vom 4. bis 10. Januar 1966 in Taschkent zusammen und unterzeichneten eine gemeinsame Deklaration über die Normalisierung der indisch-pakistanischen Beziehungen zwischen beiden Staaten. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1966, D 111 f.

<sup>9</sup> Für den Drahtbericht des Botschafters Freiherr von Braun, New York (UNO), vgl. VS-Bd. 2640 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Vgl. Dok. 186.

insbesondere auch darüber, ob Botschafter McGhee einen konkreten Wunsch hierzu gegenüber dem Herrn Bundeskanzler vorgebracht hat.<sup>11</sup>

[gez.] Knapstein

VS-Bd. 2640 (I B 4)

## 202

### Memorandum für das türkische Außenministerium

II A 5-82.00-94.20-340/67 geheim

5. Juni 1967<sup>1</sup>

Der polnische Außenminister, Herr Rapacki, hat anlässlich seines Besuchs in Ankara, Anfang Mai d.J.<sup>2</sup>, die Aufrichtigkeit der Entspannungspolitik der Regierung der Bundesrepublik Deutschland in Zweifel gezogen.

Nach Auffassung der Bundesregierung bedeutet Entspannung den Abbau des zwischen den Regierungen in Ost und West bestehenden Mißtrauens und die Stärkung des gegenseitigen Vertrauens. Eine echte Entspannung, die eine dauerhafte Friedensregelung in Europa begründen soll, läßt sich nicht herstellen, wenn die eine Seite noch vor Eröffnung eines Gespräches einseitige politische Vorbedingungen stellt oder gar die Kapitulation der anderen Seite fordert. Die Bundesregierung hat daher darauf verzichtet, den Entspannungsprozeß mit politischen Vorbedingungen zu belasten, und erhofft die gleiche Haltung auch von anderen Regierungen.

Nachstehende Überlegungen sollen dazu beitragen, die polnischen Vorwürfe im einzelnen zu entkräften.

<sup>11</sup> Am 2. Juni 1967 übergab der amerikanische Botschafter Staatssekretär Schütz den Entwurf einer „Draft Declaration of the Maritime Nations“ und erklärte, daß er über diese Angelegenheit am selben Tag bereits mit Bundeskanzler Kiesinger gesprochen habe. McGhee erläuterte hierzu, daß die USA diese Erklärung zusammen mit Großbritannien im UNO-Sicherheitsrat einbringen wollten: „Im Augenblick sind beide Regierungen bemüht, die Unterstützung dafür von allen seefahrenden Nationen, also auch der Bundesrepublik Deutschland, zu erhalten.“ Er führte weiter aus, „daß, wer dieser Erklärung zustimmt, ausdrücklich sich alle weiteren Schritte selbst vorbehält. Jede Weiterung, die sich ergeben würde, würde immer eine neue Entscheidung erfordern.“ Vgl. die Aufzeichnung von Schütz vom 2. Juni 1967; VS-Bd. 423 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Am 15. Juni 1967 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnold: „Das von dem Herrn Bundesaußenminister Außenminister Çağlayangil am 7. Mai in Aussicht gestellte Memorandum mit Argumenten zur Widerlegung der polnischen Angriffe gegen unsere Ostpolitik konnte dem türkischen Außenminister nicht mehr rechtzeitig vor Beginn der NATO-Ministerkonferenz in Luxemburg nach Ankara übermittelt werden. Es wurde ihm im Auftrage des Herrn Bundesaußenministers zusammen mit einer von hier veranlaßten französischen Übersetzung während der Sitzung des NATO-Ministerrats von mir übergeben.“ Vgl. VS-Bd. 4207 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Der polnische Außenminister Rapacki hielt sich vom 2. bis 7. Mai 1967 in der Türkei auf. Vgl. dazu Dok. 160, besonders Anm. 5.

Zur These: Die Entspannungspolitik der neuen Bundesregierung sei lediglich eine Variante der bisherigen deutschen Ostpolitik

Die neue Bundesregierung ist ihren osteuropäischen Nachbarvölkern weiter entgegengekommen als jede andere Bundesregierung. In der Frage der polnischen Westgrenze hat Bundeskanzler Kiesinger vor dem Deutschen Bundestag am 13. 12. 1966 erklärt<sup>3</sup>:

„In weiten Schichten des deutschen Volkes besteht der lebhafte Wunsch nach einer Aussöhnung mit Polen, dessen leidvolle Geschichte wir nicht vergessen haben und dessen Verlangen, endlich in einem Staatsgebiet mit gesicherten Grenzen zu leben, wir im Blick auf das gegenwärtige Schicksal unseres eigenen geteilten Volkes besser als in früheren Zeiten begreifen.“

Mit dieser Erklärung stellt die neue Bundesregierung ihren Versöhnungswillen und nicht ihre Rechtsposition in den Vordergrund. Ihr Ziel ist „ein von beiden Völkern gebilligtes, dauerhaftes und friedliches Verhältnis guter Nachbarschaft“.

Diese Formulierungen eröffnen demjenigen, der sorgfältig zu lesen vermag, den Ausblick auf neuartige und weitgehende Möglichkeiten, diese schwierige Frage zu lösen.

Soweit es die Bundesregierung angeht, kann die heute noch ungelöste Grenzfrage keineswegs Anlaß eines neuen Krieges sein. Denn die Bundesregierung hat konkrete Lehren aus der unheilvollen Geschichte gezogen und hat den verständlichen Wunsch, kriegsrisiko Verwicklungen in Europa zu vermeiden, unter denen Deutschland angesichts seiner geographischen Lage am meisten zu leiden hätte.

Die Bundesrepublik hat sich darum wiederholt feierlich verpflichtet, bei der Regelung offener Fragen auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten. Sie hat diesen Verzicht bereits in den Pariser Verträgen 1954 gegenüber ihren westlichen Verbündeten ausgesprochen<sup>4</sup>; sie hat in der Friedensnote vom 25. 3. 1966 den osteuropäischen Staaten den Austausch förmlicher Gewaltverzichtserklärungen angeboten<sup>5</sup>; ja, sie hat schließlich in der Regierungserklärung vom 13. 12. 1966 auch das ungelöste Problem der deutschen Teilung in dieses Angebot einbezogen<sup>6</sup>.

Die polnische Regierung tut die Gewaltverzichtserklärungen der Bundesregierung als unglaublich ab, gleichzeitig fordert sie aber von dieser Verzichtserklärungen hinsichtlich der Gebiete östlich der Oder und Neiße. Wie sollen diese Erklärungen größere Glaubhaftigkeit besitzen als jene? Diese Haltung ist widersprüchlich.

Widerprüchlich ist auch, daß die polnische Regierung von der Bundesregierung im gleichen Atemzug sowohl die Anerkennung der Demarkationslinie zwischen Deutschland und Polen als auch die Anerkennung der Demarkationslinie zwischen beiden Teilen Deutschlands als endgültige Grenzen fordert. Wäre diese

<sup>3</sup> Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3662.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 19, Anm. 9.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Dok. 13, Anm. 4.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 15, Anm. 18.

eine endgültige Staatsgrenze, würde sich die Anerkennung der ersteren erübrigen.

Zur These: Die Ostpolitik der Bundesregierung richte sich gegen die Sowjetunion

Es trifft nicht zu, daß die deutsche Politik der Entspannung in Europa darauf abzielte oder abzielt, einen Keil zwischen die Sowjetunion und ihre Verbündeten zu treiben.

Die Bundesregierung ist sich nur zu gut der Schlüsselrolle bewußt, die die Sowjetunion bei der Lösung der schwebenden politischen Grundfragen in Europa, insbesondere der Deutschlandfrage, einnimmt. Sie ist daher ständig, wenn zur Zeit auch erfolglos bestrebt, mit der Regierung der UdSSR über diese Grundfragen zu sprechen. Sie ist auch bereit, solche Vorschläge mit der Sowjetunion zu erörtern, die der Entspannung und der Sicherheit in Europa dienen und helfen, allmählich ein Klima des Vertrauens zu schaffen. Dabei denkt die Bundesregierung etwa an zwei- oder mehrseitige Abkommen über Gewaltverzicht oder an parallele Maßnahmen zur Truppenreduktion. Leider ist die Regierung der UdSSR bisher auch in dieser Hinsicht nicht von ihrer ablehnenden Haltung abgewichen. Vielmehr ist es die Sowjetunion, die alles unternimmt, um das westliche Bündnissystem zu schwächen und die Bundesrepublik von ihren Bündnispartnern zu isolieren.

Zur These: Die Bundesregierung habe durch Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien dieses Land von seinen Verbündeten trennen wollen

Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien hat die Bundesregierung den Beweis für die Aufrichtigkeit ihrer Absicht erbracht, zur Entspannung und zur Friedenssicherung in Europa beizutragen. Sie hat in der Regierungserklärung vom 13.12.1966 ihre Bereitschaft ausgesprochen, mit allen osteuropäischen Staaten diplomatische Beziehungen aufzunehmen.<sup>7</sup> Sie wollte also keineswegs ausschließlich ihre Beziehungen zu Rumänien verbessern. Leider hat vor allem der Widerstand der polnischen Regierung, die hierin von Moskau und Ostberlin unterstützt wurde, weitere Fortschritte auf dem Wege zu einer umfassenderen Entspannung in Europa zunächst verhindert und die Regierungen in Budapest, Sofia und Prag gezwungen, ihre Absicht, die Beziehungen zu der Bundesrepublik Deutschland zu verbessern, vorerst nicht zu verwirklichen.

Zur These der „anormalen Realität“ zweier deutscher Staaten

Der polnische Außenminister hält das Bestehen von zwei deutschen Staaten für eine „Realität“, betrachtet diese aber gleichzeitig als eine „Anomalie“. Wer das Bestehen von zwei deutschen Staaten für eine „Anomalie“ hält, gibt damit zu erkennen, daß der Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker die staatliche Einheit der Nationen – auch der deutschen Nation – verlangt. Es ist verständlich, daß gerade ein polnischer Staatsmann aufgrund der Geschichte seines eigenen Landes dieses Grundprinzip der modernen Völkergemeinschaft nicht übersehen kann.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Dok. 47, Anm. 5.

Die zugrundeliegende These von der „Realität zweier deutscher Staaten“ läßt sich jedoch nicht halten. Auch eine Krankheit ist eine Realität; aus dem Bestehen dieser Krankheit läßt sich jedoch nicht der Schluß ziehen, daß gegen sie nichts zu unternehmen sei. In Wirklichkeit denkt und handelt in der Politik nur derjenige realistisch, der alle Realitäten berücksichtigt. Dazu gehören auch die folgenden Realitäten:

- die Deutschen im anderen Teil Deutschlands sind kein eigenes Staatsvolk und wollen es auch nicht sein, vielmehr bildet das deutsche Volk eine historische, sprachliche und kulturelle Einheit;
- den Deutschen in der Zone wird die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts – die freie Äußerung über innere Ordnung und staatliche Zugehörigkeit – versagt;
- die überwiegende Mehrheit der Völkerrechtsgemeinschaft anerkennt nur einen Staat, die Bundesrepublik Deutschland; mit der „DDR“ haben nur 12 kommunistische Länder diplomatische Beziehungen.

Die Behauptung des „sozialistischen Lagers“, die deutsche Selbstbestimmung habe ein vom Klassenkampf bestimmtes Verhältnis zweier deutscher „Staatsvölker“ ergeben, hält einer Nachprüfung nicht stand. Auch das deutsche Volk im anderen Teil Deutschland hat sich weder mit der aufgezwungenen Teilung des Landes noch mit der Einsetzung eines von einer auswärtigen Macht abhängigen Regimes abgefunden. Beweis sind die Millionen Flüchtlinge vor dem Mauerbau und die 22000, die nach dem 13. August 1961 unter Lebensgefahr geflohen sind. Beweis sind Mauer und Stacheldraht, ohne die Ulbricht sein Regime nicht halten kann. Solange feststeht, daß die Deutschen in der Zone ihren politischen Willen nicht frei zu bilden in der Lage sind, kann und wird die Bundesregierung den anderen Teil Deutschlands nicht als Ausland und das dortige Regime nicht als durch den Willen der dort lebenden Deutschen legitimiert ansehen.

Auch die Unterstellung, eine Fixierung der deutschen Teilung müsse im Interesse des europäischen Friedens hingenommen werden, ist nicht haltbar: Der europäische Frieden muß dauerhaft, die Friedensordnung gerecht sein. Mit der Teilung Europas muß auch die Teilung Deutschlands überwunden werden, damit Deutschland einen festen Platz in der Gemeinschaft der europäischen Völker hat. Eine Politik, die gegen den Willen der Deutschen vollendete Tatsachen schaffen will, mit denen die Spaltung international festgeschrieben werden soll, dient nicht der Entspannung und dem Frieden.

Zur These: Wiedervereinigung sei Sache der Deutschen

Es ist richtig, daß die Wiedervereinigung Deutschlands in erster Linie die Deutschen angeht und von ihnen zur Erreichung dieses Ziels Bemühungen und Opfer verlangt. Es ist aber auch klar, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nicht allein vom Willen und der Macht der Deutschen abhängt. Der Ausgang des Zweiten Weltkrieges hat den Großmächten Verantwortlichkeiten mit Bezug auf Deutschland auferlegt, die Ausdruck in zahlreichen internationalen Akten gefunden haben. Wer dies übersieht, bringt mit der Formel, die Wiedervereinigung sei eine rein deutsche Angelegenheit, nur zum Ausdruck, daß er die Wiedervereinigung Deutschlands in Wirklichkeit nicht will, sondern statt dessen auf die Fixierung der deutschen Teilung drängt.

Was die Deutschen tun können, um zur Wiedervereinigung ihres Landes beizutragen, liegt zur Zeit insbesondere auf dem Gebiet der menschlich-technischen Kontakte zwischen beiden Teilen Deutschlands. Durch solche Kontakte wird die Zusammengehörigkeit des deutschen Volkes dokumentiert und erhalten. Die Bundesregierung ist stark bemüht, diese Kontakte zu fördern, wo es nur geht. Sie hat zuletzt am 12.4.1967 eine Reihe von Vorschlägen zur Entspannung der innerdeutschen Verhältnisse gemacht<sup>8</sup>, die ohne politische Vorbedingungen verwirklicht werden können und ohne daß eine Seite von der anderen die Aufgabe ihres Standpunktes verlangt. Die Reaktion aus Ostberlin ist bisher negativ gewesen.<sup>9</sup>

Zur These: Die Bundesregierung wolle Ostberlin isolieren

Solange die Deutschen in der Zone ihren politischen Willen nicht frei zum Ausdruck bringen können, bleibt der Bundesregierung nichts anderes übrig, als sich auch für diese 17 Millionen verantwortlich zu fühlen und für sie in internationalen Angelegenheiten zu sprechen. Diese Verantwortlichkeit ist eher eine Pflicht als ein Recht.

Die Bundesregierung ist sich darüber im klaren, daß es sich bei der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands um ein Gebiet mit einer anderen Ordnung handelt. Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, diese Ordnung mit Gewalt zu ändern. Sie ist aber nicht bereit, diese Ordnung festzuschreiben. Indessen strebt sie ein geregeltes Nebeneinander der unterschiedlichen politischen Ordnungen beider Teile Deutschlands an.

Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung ist Teil ihrer Entspannungspolitik. Eine Entspannungspolitik, die die innerdeutsche Spannung ausklammern wollte, wäre zum Scheitern verurteilt. Die Entspannungspolitik der Bundesregierung will die Zone nicht isolieren. Etwas anderes ist es, wenn Ulbricht sich im System des Warschauer Pakts selbst isoliert. Hier ist es Aufgabe auch der osteuropäischen Staaten, darauf zu achten, daß Ulbricht die Entspannung nicht hemmt.<sup>10</sup> Auch geht es nicht an, daß die Deutschen im anderen Teil Deutschlands durch das Regime, das diesem Volksteil aufgepfropft worden ist, isoliert werden. Die Bundesregierung will diese Deutschen aus der Isolierung

<sup>8</sup> Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vor dem Bundestag vgl. Dok. 124, Anm. 19.

<sup>9</sup> Am 17. April 1967 schlug der Staatsratsvorsitzende Ulbricht auf dem VII. Parteitag der SED in Ost-Berlin in Erwiderung auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vom 12. April 1967 Verhandlungen auf der Ebene der Regierungschefs vor, um über erste „Schritte auf dem Wege zu einer Verständigung der beiden deutschen Staaten zu verhandeln und die entsprechenden Verträge abzuschließen“. Vgl. DzD V/1, S. 962.

In einer Stellungnahme des VII. Parteitages der SED vom 18. April 1967 hieß es, daß die Regierungserklärung von Kiesinger „mit keinem Wort zu erkennen [gebe], daß die annexionistische Alleinvertretungsanmaßung der Bundesrepublik aufgegeben wird. Diese einer potentiellen Kriegserklärung gegen die Deutsche Demokratische Republik gleichkommende Anmaßung ist das entscheidende Hindernis für normale Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten.“ Vgl. DzD V/1, S. 970.

<sup>10</sup> Dazu führte Ministerialdirigent Sahm aus, daß die Ablehnung der Entspannungsvorschläge der Bundesregierung durch die DDR ein „Eingeständnis eigener Schwäche“ darstelle: „SED fürchtet Abbau der Spannungen und langsame Öffnung der Grenzen weit mehr als osteuropäische Staaten, da jede freierliche Maßnahme und Belebung nationalen Gedankens Regime der Zone in seinem Bestand gefährdet. [...] Belastung europäischer Entspannungspolitik durch Ulbrichts Politik des ‚Klassenkampfes‘ in Deutschland beweist erneut, daß europäische Entspannung umfassend sein muß und kein Gebiet aussparen darf.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 1386 vom 27. April 1967; Referat II A 1, Bd. 684.

herausbringen. Wenn schon die großen Fragen zur Zeit nicht gelöst werden können, dann sollten wenigstens menschlich-technische Kontakte helfen, die Nöte eines geteilten Volkes zu mildern.

VS-Bd. 10071 (Ministerbüro)

## 203

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Truckenbrodt

V 1-80.24/2 F 3-394/67 VS-vertraulich

6. Juni 1967<sup>1</sup>

Betr.: Änderung des Verfahrens zur Einbeziehung Berlins in völkerrechtliche Verträge der Bundesrepublik Deutschland („negative Berlin-Klausel“)

Nach einem einleitenden Gespräch mit den Gesandten der drei Botschaften<sup>2</sup>, die bei dieser Gelegenheit nochmals darauf hingewiesen wurden, daß wir der vorgeschlagenen Änderung des Verfahrens zur Einbeziehung Berlins in Verträge der Bundesrepublik Deutschland erhebliche politische Bedeutung beimessen, fand am 2. Juni 1967 die erste Besprechung „auf Arbeitsebene“ statt.

In dieser Besprechung erklärten die Vertreter der drei Botschaften, daß sie keine Weisungen erhalten hätten und deshalb nicht in der Lage seien, in eine konkrete Erörterung unserer Vorschläge einzutreten und an der Ausarbeitung von Entwürfen für die Änderung der geltenden Richtlinien mitzuwirken. Sie beschränkten sich darauf, einige Fragen zu stellen, die eine kritische Einstellung zu unseren Vorschlägen vermuten ließen.

Bei dieser Sachlage ist es sehr zweifelhaft, ob die jetzt aufgenommenen Besprechungen in absehbarer Zeit zu konkreten Ergebnissen führen können. Die Vertreter der drei Botschaften müßten Weisung erhalten, konstruktiv an der Ausarbeitung des neuen Verfahrens mitzuwirken. Zweifelsfragen, die in den Besprechungen nicht geklärt werden können, müßten notfalls zurückgestellt und später auf höherer Ebene entschieden werden.

Es wird daher vorgeschlagen, die drei westlichen Botschafter bei dem bevorstehenden<sup>3</sup> Arbeitssessen nochmals auf unser Interesse an einer baldigen Neu-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Blomeyer-Bartenstein und von Legationsrat I. Klasse Hillger konzipiert.

Hat Legationsrat I. Klasse Blech am 7. Juni 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Aufzeichnung ging im B[üro] St[aa]tssekretär am späten Nachmittag d[es] 7.6. ein.“

<sup>2</sup> Ministerialdirektor Thierfelder verständigte sich am 24. Mai 1967 mit den britischen und französischen Gesandten, Laskey und Graf d'Aumale, sowie dem amerikanischen Botschaftsrat Sutterlin darauf, die weitere Behandlung über die Frage einer automatischen Einbeziehung von Berlin (West) in völkerrechtliche Verträge der Bundesrepublik im Rahmen der Bonner Vierergruppe stattfinden zu lassen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Jung vom 5. Juni 1967; VS-Bd. 4185 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Dieses Wort wurde hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Fand am 7.6. 13.15 [Uhr] statt.“

Zum Gespräch des Staatssekretärs Schütz mit den Botschaftern McGhee (USA), Roberts (Großbritannien) und François Seydoux (Frankreich) vgl. Dok. 204.



regelung hinzuweisen und ihnen unsere Besorgnis wegen des zögernden Beginns der Verhandlungen auszudrücken.<sup>4</sup> Die Botschafter sollten gebeten werden, dafür Sorge zu tragen, daß ihre Vertreter Weisung erhalten, bei der Erörterung und Vorbereitung des neuen Verfahrens auf der Grundlage unserer den Alliierten vorliegenden Vorschläge und Entwürfe<sup>5</sup> in konstruktiver Weise mitzuwirken.

Hiermit über den<sup>6</sup> Herrn Staatssekretär<sup>7</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>8</sup> vorgelegt.

Abteilung II hat mitgezeichnet.

Truckenbrodt

VS-Bd. 5633 (V 1)

## 204

### Aufzeichnung des Staatssekretärs Schütz

St.S. 1253/67 geheim

7. Juni 1967

Betr.: Gespräche mit den drei alliierten Botschaftern

Bei dem heutigen Gespräch mit den drei Botschaftern<sup>1</sup> stand naturgemäß die aktuelle Situation im Nahen Osten und der Austausch der Informationen über den tatsächlichen Stand der Kampfhandlungen im Vordergrund. Im Anschluß daran wurden einige Fragen erörtert.

1) Für das Gespräch der vier Außenminister in Luxemburg<sup>2</sup> habe ich angekündigt, daß der Bundesminister des Auswärtigen über innerdeutsche Kontakte und über die Lage Berlins sprechen will. Auf dem Gebiet der innerdeutschen Kontakte sei im Augenblick noch keine Kabinettsentscheidung zur Frage der Beantwortung des Stoph-Briefes<sup>3</sup> an den Herrn Bundeskanzler getroffen. Ich habe die Botschafter darauf hingewiesen, daß man davon ausgehen müsse, daß es eine wie auch immer geartete Reaktion geben wird und daß wir dabei vorschlagen werden, auf der uns geeigneten Ebene über innerdeutsche Probleme

<sup>4</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Schütz hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>5</sup> Zum Memorandum des Auswärtigen Amts vom 12. Juli 1966 vgl. Dok. 58, besonders Anm. 3.

<sup>6</sup> Die Wörter „über den“ wurden von Staatssekretär Schütz gestrichen. Dafür wurde eingefügt: „dem“.

<sup>7</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 8. Juni 1967 vorgelegen.

<sup>8</sup> Die Wörter „dem Herrn Bundesminister“ wurden von Staatssekretär Schütz gestrichen.

<sup>1</sup> George C. McGhee (USA), Frank K. Roberts (Großbritannien) und François Seydoux de Clausonne (Frankreich).

<sup>2</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Brandt mit den Außenministern Brown (Großbritannien), Rusk (USA) und Couve de Murville (Frankreich) am 13. Juni 1967 vgl. Dok. 219.

<sup>3</sup> Zum Schreiben des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR vom 10. Mai 1967 vgl. Dok. 182, Anm. 9.

zu sprechen.<sup>4</sup> Im Zusammenhang mit der Lage Berlins habe ich erklärt, daß wir uns über die Entwicklung der Stadt Sorge machen. Über diese Sorge will der Bundesminister des Auswärtigen insbesondere sich äußern.

2) Den Stand der Regelung des innerdeutschen Eisenbahnverkehrs habe ich erläutert. Ich habe darauf hingewiesen, daß es noch keine Entscheidung darüber gibt, ob und wie der Brief des Ostberliner Verkehrsministers Kramer beantwortet wird.<sup>5</sup> Dasselbe war zu den Postgebührenforderungen an die Deutsche Bundespost zu erläutern.<sup>6</sup>

3) In der Frage der Widerrufsklausel im Interzonenhandel<sup>7</sup> habe ich darum gebeten, daß die Konsultation baldmöglichst beendet sein möge. Alle drei Botschafter haben mir zugesagt, sie wollen die Angelegenheit, soweit es in ihren Möglichkeiten liegt, beschleunigen.<sup>8</sup> Dasselbe wurde mir – wenn auch im wesentlichen durch den englischen und amerikanischen Botschafter – zur Frage der Einbeziehung Berlins in die völkerrechtlichen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland mitgeteilt.

4) Der britische Botschafter war interessiert zu erfahren, wie die Amerikaner und wir den Flugzeugzwischenfall reguliert haben.<sup>9</sup> Der amerikanische Botschafter und ich haben eine Darstellung gegeben. Zum Abschluß habe ich angekündigt, daß wir uns Gedanken machen, wie derartige Fragen, falls sie erneut auftauchen sollen, einheitlich in allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland geregelt werden. Der amerikanische Botschafter hat ebenfalls seine genaue Überprüfung des Vorgangs eingeleitet. Ich habe angekündigt, daß ich

<sup>4</sup> Zum Antwortschreiben des Bundeskanzlers Kiesinger vom 13. Juni 1967 an den Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Stoph, vgl. Dok. 219, Anm. 4.

<sup>5</sup> Seit der Kündigung des gemeinsamen „Gütertarifs DB/DR“ zum 30. Juni 1965 durch die DDR bestand im innerdeutschen Eisenbahngüterverkehr keine einheitliche Tarif- und Abfertigungsregelung mehr. Die getrennte Abfertigung führte zu erheblichen Erschwernissen und Kostensteigerungen im Güterverkehr. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 4. Januar 1966; Referat II A 1, Bd. 361, sowie die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete vom 11. Januar 1966; Referat II A 1, Bd. 416. Vgl. dazu ferner AAPD 1965, II, Dok. 251.

Mit Schreiben vom 25. Februar 1967 und 11. Mai 1967 an Bundesminister Leber schlug der Minister für Verkehrswesen der DDR, Kramer, Verhandlungen auf Ministerebene in Bonn und Ost-Berlin vor, um den vertragslosen Zustand durch eine Vereinbarung über die Anwendung des „Internationalen Übereinkommens über den Eisenbahnfrachtverkehr“ (CIM) zu überwinden. Für die Schreiben vgl. DzD V/1, S. 635 f. bzw. S. 1121.

<sup>6</sup> Am 28. Juni 1967 beschloß das Bundeskabinett die Aufnahme von Verhandlungen mit der Postverwaltung der DDR unter der Voraussetzung, daß auch Berlin (West) durch die Bundesrepublik vertreten werde, keine Abrechnung auf internationaler Basis erfolge und die Drei-Staaten-Theorie nicht anerkannt werde. Ferner sollten nur Kosten für Leistungen ab 1967 ersetzt werden. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ritzel vom 17. Juli 1967; VS-Bd. 4189 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Dok. 196.

<sup>8</sup> Am 28. Juni 1967 erklärten die Vertreter der Drei Mächte in der Sitzung der Bonner Vierergruppe das Einverständnis ihrer Regierungen mit dem beabsichtigten Verzicht auf die Widerrufsklausel im Interzonenhandel. Amerikanischerseits wurde dabei die Erwartung geäußert, daß die Bundesregierung weiterhin bemüht bleibe, „Maßnahmen zur Sicherung der zivilen Verbindungswege zwischen Berlin und der nichtkommunistischen Welt vorzubereiten“. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete vom 29. Juni 1967; VS-Bd. 8367 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

Am 19. August 1967 gab das Bundesministerium für Wirtschaft den Verzicht auf die Widerrufsklausel bekannt. Vgl. dazu DzD V/1, S. 1541 f.

<sup>9</sup> Zur Landung eines sowjetischen Militärflugzeuges bei Augsburg am 25. Mai 1967 vgl. Dok. 189.

über diese Frage in einer der nächsten Unterhaltungen mit den Botschaftern ausführlich noch einmal sprechen möchte.

Dem Herrn Minister<sup>10</sup> vorgelegt.

Schütz

**VS-Bd. 423 (Büro Staatssekretär)**

205

### **Botschafter Knoke, Den Haag, an das Auswärtige Amt**

**I A 3-1725/67 VS-vertraulich**

**7. Juni 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Die niederländische Europapolitik;

hier: Die deutsch-niederländischen Beziehungen im Spiegel des Gipfel-Treffens von Rom am 29. und 30. Mai 1967

Aufgrund von Unterhaltungen, die ich und meine Mitarbeiter mit Mitgliedern der niederländischen Delegation nach deren Rückkehr aus Rom sowie mit Politikern und hohen Beamten hatten, schält sich folgendes Bild der niederländischen Politik heraus:

1) Die Niederländer traten, abgesehen von dem italienischen Präsidenten Saragat, als die Antagonisten der Franzosen auf der Konferenz auf. Nur mit Mühe verstanden sie sich dazu, einem weiteren Gipfeltreffen der Sechs noch vor Ende des Jahres zuzustimmen. Dagegen lehnen sie jeden Gedanken an eine institutionalisierte europäische politische Zusammenarbeit, z.B. in Form regelmäßig wiederkehrender Außenminister- und Staats- bzw. Regierungschef-Treffen der Sechs, ab, sofern nicht Großbritannien zu den Begegnungen zugelassen wird. Für sie steht der britische Beitritt im Zentrum ihrer europäischen Politik. Ohne Aussicht auf einen Beitritt Großbritanniens zur EWG sind die Niederlande zu keiner Mitarbeit an einer europäischen politischen Kooperation bereit. Von dem Beitritt Großbritanniens zur EWG ganz abgesehen, ist die Europäische Politische Union den Niederländern aus dem Grunde suspekt geworden, weil sie für de Gaulle nur die Verkörperung der „Europe Européenne“ im Gegensatz zur „Europe Atlantique“ ist.

2) Als sehr enttäuschend wurde die Haltung der Bundesregierung im Falle Hallstein<sup>2</sup> empfunden. Für das Fallenlassen des Professors habe man von seiten der Bundesregierung keinerlei Kompensation eingehandelt, geschweige auch nur gefordert. Von Bonn werde die Stellung des französischen Präsi-

<sup>10</sup> Hat Bundesminister Brandt am 9. Juni 1967 vorgelegen.

<sup>1</sup> Durchdruck.

<sup>2</sup> Zum Verzicht des Präsidenten der EWG-Kommission, Hallstein, auf eine Kandidatur für den Posten des Präsidenten einer vereinigten Kommission der europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 197, Anm. 13.

ten als stärker angesehen, als sie in Wirklichkeit sei. Die gaullistische Partei sei in den Parlamentswahlen vom 12. März erheblich angeschlagen worden. Die äußerst knappe Mehrheit in der Nationalversammlung bestehe nur dank der – bedingten – Unterstützung Giscard d'Estaings und seiner unabhängigen Republikaner. Giscard trete für den Beitritt Großbritanniens ein. Dies sei nur ein Zeichen dafür, daß die Franzosen in ihrer Mehrheit den Beitritt Großbritanniens bejahten. Zwar sei Giscard bei der Frage des Vollmachtengesetzes für die Regelung von wirtschaftlichen und sozialen Fragen noch einmal an den de Gaulleschen Karren gefesselt worden. Ob das aber noch ein zweites Mal möglich sein werde, sei höchst fraglich. Wenn eines sicher sei, so dies: Nach dem Abtreten de Gaulles von der politischen Bühne werde es keine geschlossene gaullistische Partei in Frankreich mehr geben.

3) Für seine Politik der Neutralität – nichts anderes bedeute Frankreichs Austritt aus der militärischen Kommandostruktur der NATO – habe de Gaulle im Nah-Ost-Konflikt jetzt ein weiteres Anschauungsbeispiel geliefert. Seine Neutralität gehe soweit, daß er die früher von Frankreich vertretene Auffassung des internationalen Charakters des Golfes von Akaba<sup>3</sup> nicht wieder öffentlich bekräftigt habe. Die pro-israelische Stimmung, die weit bis in die Reihen der gaullistischen Partei hineinreiche (siehe die Aktionen des Generals Koenig und Jean Claude Servan-Schreibers), tue der Popularität de Gaulles in Frankreich gegenwärtig Abbruch. Ob diese Entwicklung nicht in Bonn gesehen werde?

4) Selbst wenn de Gaulle den Beitritt Großbritanniens zur EWG noch aufhalten könne, endgültig verhindern könne er ihn nicht, weil dieser Beitritt sich spätestens nach seinem Abtritt von der politischen Bühne doch vollziehen werde. Die mangelnde Unterstützung der niederländischen Haltung durch die Bundesregierung in Rom<sup>4</sup> – der Herr Bundeskanzler habe davon gesprochen, daß das deutsche Volk den Beitritt wünsche, die Bundesregierung aber dabei nicht erwähnt – und in geringerem Maße durch Außenminister Fanfani, könnte die Niederlande zu einer Revision ihrer bisherigen Politik veranlassen. Sie müßten sich die Frage vorlegen, ob es einen Sinn habe, sich noch weiterhin in einen starken Gegensatz zu Frankreich zu stellen, und ob es nicht vielmehr angezeigt sei, sich still zu verhalten. Ein Eintreten für deutsche Anliegen sei dann freilich von den Niederlanden, wenn überhaupt, jedenfalls nicht in dem bisherigen Umfang zu erwarten.<sup>5</sup>

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 186, Anm. 7.

<sup>4</sup> Am 6. Juni 1967 machte der Abteilungsleiter im niederländischen Außenministerium, de Ranitz, Botschafter Knoke, Den Haag, darauf aufmerksam, daß der Chef des Presse- und Informationsamtes gegenüber Journalisten die niederländische Haltung auf der Konferenz der Staats- und Regierungschefs am 29./30. Mai 1967 in Rom als „grob“ und als „Bulldozer-Politik“ bezeichnet habe. Von Hase habe weiter ausgeführt, daß die niederländische Regierung in der Frage eines britischen EWG-Beitritts bereit sei, die Rolle des „trojanischen Esels“ zu spielen: „Außenminister Luns betrachte diese Kennzeichnung der niederländischen Europa-Politik als beleidigend“, und er, de Ranitz, sei beauftragt worden, der Bundesregierung „das äußerste Befremden der niederländischen Regierung über diese Bemerkung zu eröffnen. Sie verstehe sie schon aus dem Grunde nicht, weil der Beitritt Großbritanniens zur EWG auch im deutschen Interesse liege und das niederländische Eintreten für ein atlantisches Europa gerade im Hinblick auf die deutsche Wiedervereinigung von Wichtigkeit sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 173; VS-Bd. 419 b (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Am 17. Juli 1967 führte der niederländische Botschaftsrat Jalink gegenüber Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jung aus, daß es das Ziel der französischen Politik sei, die Bundesrepublik von

5) Der anti-atlantischen Konzeption de Gaulles sei von den anderen Konferenzteilnehmern nicht genügend energischer Widerstand entgegengesetzt worden; nur die Holländer hätten sich wirklich exponiert. Diese laue Haltung der wichtigeren europäischen Länder könne die USA veranlassen, in eine Überprüfung ihres Europa-Engagements einzutreten. Der Mangel an Opposition gegen de Gaulle beschwöre für Deutschland die Gefahr einer Belastung des Verhältnisses zu USA herauf, die von dem Frankreich de Gaulles, aber auch von einer französischen Nachfolgeregierung nicht honoriert werde. Die de Gaullesche These, die USA bedürften eines Brückenkopfes in Europa und müßten deshalb aus ureigenem USA-Interesse in Europa engagiert bleiben, eine These, die de Gaulles Politik des Ausscherens aus dem militärischen Teil der Allianz als ungefährlich für Europa erscheinen lassen solle, könne im Zeitalter der Interkontinental-Raketen nur Kopfschütteln hervorrufen.

6) Im Verhältnis zur Sowjetunion falle das Gewicht des de Gaulleschen Frankreich nicht stark in die Waagschale. Viel entscheidender sei hier das Gewicht der USA. Die Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen nach dem Besuch des Herrn Bundeskanzlers vom 13. und 14. Januar 1967<sup>6</sup> habe die Sowjetregierung in keiner Weise davon abgehalten, ihre Angriffe gegen die „revisionistische und revanchistische“ Bundesrepublik zu mäßigen; im Gegenteil, sie seien nur noch stärker geworden.

Ich darf meine Eindrücke wie folgt zusammenfassen:

Die niederländische Regierung macht sich offenbar um die weitere Entwicklung des deutsch-niederländischen Verhältnisses in den kommenden Jahren Sorgen. Nach hoffnungsvollem Beginn in den 50er Jahren – so etwa verläuft ihr Gedankengang – muß das Scheitern der europäischen Integration zum Wiederaufleben des Nationalismus, und zwar in beiden Ländern, führen. Ein deutsch-nationales Gesicht Deutschlands im dritten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg statt eines europäischen erschwert die Zusammenarbeit erheblich, weil die Hitler-Hypothek des Zweiten Weltkriegs noch stärker als bisher schon ins Gewicht fallen wird. De Gaulle als Initiator der Renationalisierung der westeuropäischen Länder zu folgen, ohne an die fernere Zukunft zu denken, bedeutet, die Weichen endgültig gegen die volle europäische Integration zu stellen. Diese niederländische Schlußfolgerung darf nicht dahin verstanden werden, als ob die Niederlande grundsätzlich antifranzösisch eingestellt seien; ihre Ablehnung gilt lediglich der Politik de Gaulles, nicht aber Frankreich als Land.

Ich könnte mir denken, daß die oben wiedergegebenen Darlegungen mir gegenüber zu dem Zwecke gemacht worden sind, um uns zu einer Studie über die europäische Zusammenarbeit in der Nach-de-Gaulle-Ära anzuregen. In Den

*Fortsetzung Fußnote von Seite 868*

den USA zu trennen: „Das habe de Gaulle anfangs im Rahmen der Sechs zu erreichen versucht, sodann mit Bundeskanzler Adenauer. Beide Male sei er nicht durchgedrungen. Jetzt versuche er es mit der neuen deutschen Regierung.“ Diesem Ziel „diene möglicherweise auch der Plan der deutsch-französischen Sicherheitsgespräche. Die Niederlande könnten sich an dieser Frage nicht desinteressieren, da ihre eigene Sicherheit betroffen sei.“ Jalink schloß mit dem Hinweis, die Niederlande hätten die Bundesregierung „in der Deutschlandpolitik immer unterstützt; bei veränderten Verhältnissen müßten sie diese Einstellung jedoch überprüfen“. Vgl. die Aufzeichnung vom 19. Juli 1967; VS-Bd. 4125 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen in Paris vgl. Dok. 14–17 und Dok. 19.

Haag würde es sicher begrüßt werden, wenn nach Vorliegen einer solchen Studie in einen bilateralen Gedankenaustausch zwischen den beiden Regierungen eingetreten werden könnte.

gez. Knoke

VS-Bd. 2433 (I A 3)

## 206

### Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-12991/67 geheim  
Fernschreiben Nr. 941

Aufgabe: 8. Juni 1967, 18.30 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 8. Juni 1967, 20.26 Uhr

Betr.: NATO-Verteidigungsplanung

1) Stanley, amerikanischer Sprecher in der Arbeitsgruppe für Verteidigungsplanung (DPWG), erklärte am 7. Juni Mitarbeitern, die amerikanische Regierung beschäftige sich nunmehr mit der Vorbereitung für die Verwirklichung des Rotationsplans<sup>2</sup> amerikanischer Truppen. In diesem Zusammenhang sei er gehalten, die Aufmerksamkeit auf die Erklärung Botschafter Clevelands vom 2.5.67 zu lenken, der in London von unserer Delegation zugestimmt worden sei (Drahtbericht 728 geh. vom 1.5.67<sup>3</sup>). Besonders wichtig sei in dieser Erklärung folgender Satz:

„Wir sind durchaus bereit, mit unseren Verbündeten einen Plan zu erörtern, nach welchem NATO-Staaten, einschließlich der Bundesrepublik, anderer und der Vereinigten Staaten, zusichern, daß vergleichbare Maßnahmen getroffen werden, worunter unsererseits (USA) die Rückverlegung der erwähnten Streitkräfte nach Europa fallen würde, und zwar zu einem Zeitpunkt nicht später als die durch SACEUR ausgelöste Alarmstufe ‚militärische Bereitschaft‘ (‚military vigilance‘) für Europa-Mitte.“

2) Die amerikanische Regierung interessiere sich nunmehr, was ihre Verbündeten unter den „vergleichbaren Maßnahmen“ verstünden. Sie frage sich, ob z. B. die Briten zu diesem Zeitpunkt bereit seien, ihre Truppen nach Deutschland zurückzuverlegen, und welche Maßnahmen die Niederländer, Belgier und Deutschen trafen. Die amerikanische Regierung wolle jedenfalls vermeiden, daß ihre Rückverlegung von Truppen als ein Akt „amerikanischer Imperialisten, die die Eskalation in Gang setzen wollten“, interpretiert<sup>4</sup> werden könne. Deshalb sei es unverzichtbar, daß die Allianzmitglieder im Falle der amerika-

<sup>1</sup> Hat Botschafter Schnippenkötter am 9. Juni 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 145.

<sup>3</sup> Brigadegeneral Schmückle, Paris (NATO), übermittelte den Text der Erklärung des amerikanischen Botschafters bei der NATO, Cleveland. Vgl. VS-Bd. 1001 (II A 7).

<sup>4</sup> Der Passus „wolle jedenfalls ... interpretiert“ wurde von Botschafter Schnippenkötter hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

nischen Rückverlegungen Maßnahmen ergriffen, die in etwa der gleichen Eskalationsstufe entsprächen. In einem solchen Fall müsse den potentiellen Gegnern und der Weltöffentlichkeit gezeigt werden, daß Deutschland politische Signale von der gleichen Stärke abgäbe wie die Amerikaner. Ob die bei dem gegenwärtigen Alarmsystem unter „militärische Bereitschaft“ vorgesehenen Maßnahmen hierfür ausreichen, sei fraglich.

3) Auf die Frage von Mitarbeitern, ob dieser Hinweis bedeute, daß die Rotation amerikanischer Truppen nur in Gang komme, wenn die NATO-Partner vergleichbare Maßnahmen ergriffen, antwortete Stanley, er könne nur so viel sagen, daß zwischen den Maßnahmen der Alliierten und der amerikanischen Rotation ein direkter Zusammenhang bestünde. Persönlich glaube er, daß die amerikanischen Truppen auch nach Europa verlegt würden, wenn z.B. die Briten sich nicht zu dem gleichen Schritt entschlossen. Mit Sicherheit erwarte man jedoch, daß die Deutschen in diesem Augenblick bestimmte Maßnahmen auslösten wie z.B. Einberufung von Reservisten zur Territorialverteidigung, Auflockerung von Kampftruppen und andere Maßnahmen, die in ihrer politischen Bewertung als gleichrangig neben die amerikanische Rückverlegung gestellt werden könnten.

4) Für die Sitzung der Arbeitsgruppe für Verteidigungsplanung am 9.6.67 sei die Frage zu stellen, ob das Programm der gleichzeitig zu ergreifenden Maßnahmen, das mit dem zitierten Satz von Cleveland umrissen sei, als gesonderter Punkt für die künftige Arbeit der DPWG vorgeschlagen werde oder als Teilelement anderer Studien. Die Amerikaner hielten das Problem für so wichtig, daß sie es als gesonderten Punkt behandelt wissen wollten. Sie glaubten auch, daß ein besonderes deutsches Interesse vorliege, diese Frage eingehend zu untersuchen, da die amerikanische Zusage, bei „militärischer Bereitschaft“ Truppen nach Europa zurückzuverlegen, auf ausdrücklichen Wunsch der Deutschen erfolgt sei.

5) Mein Mitarbeiter hat sich bei dem Gespräch weitgehend rezeptiv verhalten; er hat freilich zum Ausdruck gebracht, daß er eine Erörterung der genannten Frage in der DPWG am 9. Juni 1967 zum derzeitigen Zeitpunkt nicht für zweckmäßig halte. Er bedürfe besonderer Weisung, um in eine Diskussion eintreten zu können.

6) Die Tragweite der Ausführungen Stanleys liegt auf der Hand. Auch in der Vergangenheit hat sich das amerikanische Verteidigungsministerium seiner bedient, um uns frühzeitig Eröffnungen über langfristige amerikanische Planungen zu machen (so z.B. in der Frage des „redeployment“). Die Anregungen Stanleys dürften möglicherweise auf die Erfahrungen der Berlin-Krise 1961 zurückgehen, als einzelne amerikanische Verbündete hinsichtlich der zu ergreifenden Gegenmaßnahmen eine nach amerikanischer Auffassung zu große Zurückhaltung an den Tag legten. Gleichwohl dürften die Gedankengänge Stanleys erhebliche Probleme aufwerfen: Die amerikanische Absicht, unsere Mitwirkung an der „escalation“ zur Voraussetzung des Rücktransports der Truppen zu machen, verzögert die Entscheidung und macht sie von Maßnahmen abhängig, bei denen wir vielfältige Rücksichten auf ihre psychologische Auswirkung zu nehmen haben. Wenig glücklich erscheint mir amerikanische Taktik, mit weiteren Bedingungen an uns heranzutreten, kaum daß das Pro-

blem der Stationierungskosten und des „redeployment“ geregelt ist. Noch vor kurzem wurde es als Vorzug des „redeployment“ bezeichnet, auf diese Weise über ein Instrument relativ gefahrloser Eskalationsmaßnahmen zu verfügen. Nunmehr wird Schwierigkeit dieser Eskalation hervorgehoben und zur Begründung der Forderung nach gleichzeitigen deutschen Leistungen gemacht. Die Frage liegt nahe, ob die Amerikaner, denen an einer frühzeitigen Klärung ihres militärischen Engagements in Europa liegt, nicht weitere Forderungen an uns richten werden, falls wir uns mit ihnen über diese neuen Bedingungen einigen sollten.

7) Ich darf anregen, die Angelegenheit dort eingehend zu prüfen und im Auge zu behalten. Wir sollten uns darauf einrichten, daß Stanley ein Thema angesprochen hat, das mit großer Wahrscheinlichkeit die Verteidigungsminister auf der Dezembertagung<sup>5</sup> beschäftigen wird.

8) Weisung erbeten.

[gez.] Grewe

VS-Bd. 4106 (II B 2)

## 207

### Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-12997/67 geheim  
Fernschreiben Nr. 424  
Cito

Aufgabe: 8. Juni 1967, 20.10 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 9. Juni 1967, 02.01 Uhr

I. Sicherheitsrat tagte heute auf Antrag der Vereinigten Staaten, die auf beschleunigte Feuereinstellung<sup>2</sup> drängen wollten. Nach einführender Erklärung Goldbergs verlas Generalsekretär U Thant unerwartet Botschaft des VN-Vertreters der VAR, El Kony, in der dieser auf Weisung seiner Regierung die An-

<sup>5</sup> Der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) tagte am 12. Dezember 1967 in Brüssel. Für das Communiqué vgl. AdG 1967, S. 13605 f.

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirigent Böker am 9. Juni 1967 vorgelegen, der handschriftlich für die Referate I B 4 und I B 1 vermerkte: „Ich empfehle sorgfältige Lektüre! Dies ist vielleicht der wichtigste Drahtbericht, den wir seit Ausbruch der Krise erhalten haben.“

Hat Legationsrat I. Klasse Redies und Vortragender Legationsrätin I. Klasse von Puttkamer vorgelegen.

<sup>2</sup> Am 5. Juni 1967 griffen israelische Streitkräfte ägyptische Truppenverbände auf der Sinai-Halbinsel sowie Militärflugplätze an. Die israelischen Truppen drangen bis zum Suez-Kanal vor und nahmen den Gaza-Streifen sowie den jordanischen Teil von Jerusalem ein. Am 6. Juni 1967 ordnete das Oberkommando der ägyptischen Streitkräfte die Sperrung des Suez-Kanals an. Am selben Tag rief der UNO-Sicherheitsrat in einer Resolution die beteiligten Regierungen zu einer sofortigen Feuereinstellung auf. Diese Forderung wurde auf Vorschlag der UdSSR am 7. Juni 1967 unter Setzung einer Frist bis um 20.00 Uhr GMT des selben Tages wiederholt. Die Feuerpause trat am 7. Juni 1967 an der jordanischen Front in Kraft.

Dazu teilte Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), mit: „Die Sowjetunion bemüht sich,



nahme des Waffenstillstandsappells durch die VAR erklärte. El Kony, der seine Weisung fünf Minuten vor Beginn der Sicherheitsratssitzung telefonisch von Außenminister Riad aus Kairo empfangen hatte, war anscheinend davon völlig überrascht. Er hatte sich auf die Rednerliste setzen lassen, um vor dem Rat eine entgegengesetzte Erklärung abzugeben, nämlich daß Ägypten den Waffenstillstand ablehne. Sowjetische VN-Mission schien ebenfalls von der bevorstehenden Wende nicht unterrichtet, obwohl die Sowjets bereits seit Tagen auf die VAR im Sinne einer Annahme der Feuereinstellung eingewirkt haben und obwohl der sowjetische Botschafter in Kairo<sup>3</sup> noch um 18 Uhr dortiger Zeit bei Präsident Nasser gewesen war, offenbar auch mit dem gleichen Ziel. Amerikaner und Kanadier behaupten, eine Stunde vorher von der bevorstehenden ägyptischen Annahme unterrichtet gewesen zu sein.

Auch die VN-Missionen der mit der VAR verbündeten arabischen Staaten, insbesondere Algeriens, Syriens und des Irak, die sich noch im Kriegszustand mit Israel befinden<sup>4</sup>, waren nicht unterrichtet worden. Mitglieder dieser Missionen zeigten sich über ägyptische Entscheidung höchst verbittert. Es sei nur zu wünschen, daß Nasser inzwischen schon gestürzt sei oder stürzen werde, denn er sei der Zertrümmerer des arabischen Nationalstolzes.

Stellvertretender Leiter algerischer VN-Delegation<sup>5</sup> gab noch folgende Hintergrundinformation: Heute morgen habe Präsident de Gaulle den algerischen Botschafter in Paris, Malek, zu sich gebeten und Algerien angeraten, sich unter keinen Umständen effektiv an Kampfhandlungen auf Sinai zu beteiligen. Frankreich werde nach Kräften die Araber bei der Friedensregelung unterstützen; es sei jedoch nicht zu verantworten, im gegenwärtigen Stadium der Krise noch auf der Seite Ägyptens einzugreifen. Botschafter Malek habe diese Aufforderung zurückhaltend aufgenommen, weil man zum Zeitpunkt des Gesprächs glaubte, daß die Ägypter noch länger Widerstand leisten würden.

Mitglied israelischer Delegation gab demgegenüber folgende Deutung: Zwei in Sinai stationierte ägyptische Panzerdivisionen seien nach unerwarteter Abschneidung ihrer Nachschublinien heute aufgerieben worden; die Nachricht vom Verlust dieser beiden Einheiten habe Kairo zur Annahme des Waffenstillstandes gezwungen. Britische Informationen scheinen diese Darstellung zu bestätigen.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 872*

eine stärkere Verwicklung dadurch zu vermeiden, daß nunmehr auf ihre Initiative hin ein Zeitpunkt für die Einstellung der Feindseligkeiten festgesetzt worden ist. Die Delegation der VAR ist über die sowjetische Initiative vorher nicht unterrichtet worden [und] hat dies als erneute Bestätigung des sowjetischen ‚Verrats‘ und des sowjetisch-amerikanischen Zusammenspiels empfunden. [...] Das Ausmaß ihres Prestigeverlusts im arabischen Raum – und damit auch im sonstigen Asien und Afrika – scheint den Sowjets erst nachträglich bewußt geworden zu sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 421 vom 7. Juni 1967; VS-Bd. 2596 (I B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Für den Wortlaut der Resolutionen Nr. 233 und Nr. 234 des UNO-Sicherheitsrats vom 6. bzw. 7. Juni 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 36 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 306 f.

<sup>3</sup> Sergej Alexandrowitsch Winogradow.

<sup>4</sup> Algerien, Syrien und der Irak erklärten Israel am 5. Juni 1967 zusammen mit Jordanien, dem Jemen, Kuwait und dem Sudan den Krieg.

<sup>5</sup> Hadj Benabdelkader Azzout.

II. Sowjetischer VN-Botschafter Fjodorenko brachte den mit DB 426 vom 8.6.<sup>6</sup> übermittelten, Israel verurteilenden Resolutionsentwurf ein, den er mit einer Schimpfkanonade gegen die „israelischen Aggressoren“ verband. Ob er wirklich keine Zeit gefunden hatte, seine Erklärungen und seinen Vorschlag der neuen Lage anzupassen, oder ob er sich nur überrascht geben wollte, bleibt offen.

III. Der amerikanische Resolutionsentwurf (s. DB 425 v. 8.6.<sup>7</sup>) wurde von Goldberg mit der Notwendigkeit begründet, schrittweise einer Friedensregelung für Nahost näherzukommen. Dafür seien Verhandlungen unter den Parteien, unter Einschaltung dritter Mächte oder der Vereinten Nationen erforderlich. Die Völker in Nahost müßten sich endlich aussöhnen.

Allgemein fiel auf, daß vor der Sitzung Goldberg und Fjodorenko länger miteinander sprachen.

IV. Außenminister Eban wiederholte die israelische Bereitschaft zum Waffenstillstand, wenn die anderen kriegführenden Parteien gleichfalls dazu bereit seien.<sup>8</sup> Israel interpretiere den amerikanischen Vorschlag dahin, daß ein „disengagement“ nur im Rahmen einer Friedensordnung Platz greifen könne. Ein friedensvertragsloser Zustand sei auf weitere Sicht nicht akzeptabel; ein solcher Schwebezustand zwischen Krieg und Frieden sei erfahrungsgemäß prekär und dürfe nicht lange anhalten.

Eban brachte zum Ausdruck, daß Israel sich von direkten Verhandlungen zwischen den Staaten der Region mehr verspricht als von einer irgendwie gearteten Vermittlung durch die Vereinten Nationen.<sup>9</sup>

Den sowjetischen Antrag, Israel zu verurteilen, lehnte er als völlig unbegründet ab.

V. Reaktionen der arabischen VN-Delegationen zeigen immer deutlicher, wieviel Kredit die Sowjets in den letzten Tagen bei ihnen verspielt haben. Sie fühlen sich von den Sowjets nicht nur im Stich gelassen, sondern auch durch ihre Propaganda vor Ausbruch der Feindseligkeiten irreführt. Enttäuschung

<sup>6</sup> Im sowjetischen Resolutionsentwurf vom 8. Juni 1967 wurde mit Bezug auf die Resolutionen Nr. 233 und Nr. 234 des UNO-Sicherheitsrats vom 6. bzw. 7. Juni 1967 ausgeführt: „The Security Council [...] 1) vigorously condemns Israel's aggressive activities and its violations of the aforementioned Security Council resolutions, of the United Nations charter and of United Nations principles; 2) demands that Israel should immediately halt its military activities against neighbouring Arab states and should remove all its troops from the territory of these states and withdraw them behind the armistice lines.“ Für den Drahtbericht des Botschafters Freiherr von Braun, New York (UNO), vgl. Referat I C 1, Bd. 532.

<sup>7</sup> Im amerikanischen Resolutionsentwurf vom 8. Juni 1967 hieß es u. a.: „The Security Council [...] calls for discussions promptly thereafter among the parties concerned, using such third party or United Nations assistance as they may wish, looking toward the establishment of viable arrangements encompassing the withdrawal and disengagement of armed personnel, the renunciation of force regardless of its nature, the maintenance of vital international rights and the establishment of a stable and durable peace in the Middle East“. Vgl. den Drahtbericht des Botschafters Freiherr von Braun, New York (UNO); Referat I C 1, Bd. 532. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 307 f.

<sup>8</sup> Der israelische Außenminister Eban erklärte bereits in der Sitzung des UNO-Sicherheitsrats am 7. Juni 1967 die Bereitschaft Israels zur Feuereinstellung. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 421 des Botschafters Freiherr von Braun, New York (UNO), vom selben Tag; VS-Bd. 2596 (I B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Dieser Absatz wurde von Ministerialdirigent Böker hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „r[ichtig]“.

über die Sowjetunion bleibt im übrigen nicht auf die Araber beschränkt. So hat z.B. die kubanische VN-Delegation heute unverblümt die „schändliche und hinhaltende Vereinbarung“ des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen in einer Presseverlautbarung kritisiert; darin wird auch angedeutet, daß Kuba die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion als „Schuldige“ gleichsetzt.

Hingegen erkennen die hiesigen Araber uns gegenüber an, daß wir uns während der Krise neutral verhalten haben; die Wirkung der antideutschen Propaganda der Sowjetunion bei den arabischen VN-Delegationen ist dadurch teilweise aufgehoben worden. Sollten sich diese bei den hiesigen Delegationen entstehenden Eindrücke in den arabischen Hauptstädten bestätigen, so dürfte sich bald ein Ansatzpunkt zur Wiederherstellung eines besseren Verhältnisses zwischen ihnen und uns ergeben, und es wäre zu wünschen, daß wir dem in unseren öffentlichen Erklärungen in der Stunde ihrer Erniedrigung Rechnung trügen.

[gez.] Braun

VS-Bd. 2596 (I B 1)

## 208

### Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-12998/67 geheim  
Fernschreiben Nr. 1207  
Citissime

Aufgabe: 8. Juni 1967, 19.15 Uhr  
Ankunft: 9. Juni 1967, 02.10 Uhr

Betr.: Amerika und die Nahostkrise

I. Bei aller im Weißen Haus, im State Department und im Kongreß deutlich spürbaren Genugtuung über die in diesem Ausmaß und dieser Schnelligkeit nicht erwarteten militärischen Siege der Israelis<sup>1</sup> und den zunächst damit verbundenen Erfolg des Westens ist die Stimmung bei der hiesigen Regierung doch eher nachdenklich. Die führenden Köpfe machen sich erhebliche Sorge um die weitere Entwicklung und die Folgen der erwiesenen Unfähigkeit der Vereinten Nationen, der Großmächte und auch der amerikanischen Garantie<sup>2</sup>, den Ausbruch eines bewaffneten Konflikts zu verhindern. Wie Walt Rostow heute Lilienfeld sagte, sei es eine der erstaunlichsten Lehren dieses Konflikts, daß weder die USA noch die Sowjetunion wirkliche Kontrolle über ihre jeweili-

<sup>1</sup> Zur militärischen Situation im Nahost-Krieg vgl. Dok. 207, Anm. 2.

Bis zur Einstellung der Kampfhandlungen an der jordanischen und ägyptischen Front am 7. bzw. 9. Juni 1967 stießen israelische Truppen bis zum Westufer des Jordan vor und besetzten den Gaza-Streifen sowie die Halbinsel Sinai bis zum Ostufer des Suez-Kanals. Dabei wurde nahezu die gesamte Luftwaffe der beteiligten arabischen Staaten zerstört. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 365 des Botschafters Pauls, Tel Aviv, vom 15. Juni 1967; VS-Bd. 2547 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 181, Anm. 5.

gen Schützlinge gehabt hätten. Daß die USA versucht hätten, die Israelis von Kampfhandlungen abzuhalten und eine Regelung durch die Vereinten Nationen oder die Seefahrtsmächte<sup>3</sup> abzuwarten, sei bekannt. Aber auch die Sowjets hätten in ihren laufenden Kontakten mit den Amerikanern vor und während des Konflikts mehrfach zu erkennen gegeben, daß sie Nasser zwar bei seinem Versuch der Blockade des Golfs von Akaba, nicht jedoch bei militärischen Abenteuern stützen würden und daß der ägyptische militärische Aufmarsch nicht ihre Billigung gefunden habe. Aus dieser Erkenntnis müßten wirksame Schlüsse gezogen werden, die ähnliche eigenmächtige Handlungen in Zukunft verhindern könnten. Hierfür sei vor allem eine engere Abstimmung mit den Sowjets erforderlich, die über den plötzlichen Ausbruch der Kampfhandlungen in Nahost offensichtlich erschrocken („appalled“) gewesen seien. Vor allem komme es jetzt auf die politische und wirtschaftliche, aber auch psychologische Stabilisierung des Nahost-Raums an. Da die Vereinten Nationen dort ihre Glaubwürdigkeit verloren hätten, müsse man versuchen, ein neues Verhältnis der Nahost-Völker untereinander zu schaffen, auf dem eine vernünftige und für alle Seiten auf die Dauer tragbare Friedensregelung aufgebaut werden könne. Hierzu sei es erforderlich, daß auch Israel seine Gedanken von seinem militärischen Sieg abwende und bei der Schaffung eines neuen Nahost konstruktiv mitarbeite. In dem vor allem bei den jüngeren Führern Israels vorherrschenden verständlichen Gefühl, ihr Land nicht nur ohne die Hilfe, sondern sogar gegen den Willen der großen Mächte – vor allem auch der USA – mit militärischen Mitteln gerettet zu haben und in ihrer Absicht, nun auch geographisch entsprechende Sicherungen in der Hand behalten zu wollen, liege eine große Gefahr für die Zukunft.

Er hoffe, daß die israelische Führung einsichtig genug sein werde, zu erkennen, daß ein militärischer Sieg allein und die damit verbundene Demütigung der Araber keine Basis für die Zukunft der Existenz Israels sei. Um eine Lösung für diese ganzen Probleme zu finden, habe der Präsident den Unterausschuß des Nationalen Sicherheitsrats ins Leben gerufen und McGeorge Bundy mit dessen Leitung beauftragt. Es müsse erreicht werden, daß die Existenz Israels in jeder Hinsicht gesichert und auch von den arabischen Ländern anerkannt werde und daß eine neue Maschinerie zur Friedenserhaltung und zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Nahost-Raum geschaffen werde. Hierzu sei die Mitwirkung der Sowjets unerlässlich, die man wohl – nach den positiven Erfahrungen mit ihnen während der letzten Tage – erhoffen könne. Auf den Einwurf Lilienfelds, ob die USA bereit seien, den Sowjets eine Position als Mittelmeermacht einzuräumen, sagte Rostow, dies sei nach der Rolle, die die Sowjets in den letzten Jahren im östlichen Mittelmeer und in Nahost gespielt hätten, sowieso bereits eine Tatsache. Das bedeute jedoch nicht, daß man den Sowjets nun etwa die Tür zum Nahen Osten öffnen wolle. Im Gegenteil, es müßten alle Anstrengungen gemacht werden, um die arabischen Länder – vielleicht mit einer anderen Regierung in Ägypten, die bereit sei, aus der Hybris Nassers eine Lehre zu ziehen – wieder stärker an den Westen heranzuziehen. Hierbei könnte auch die Bundesrepublik eine wichtige Rolle spielen, da wir – trotz fehlender diplomatischer Beziehungen – noch am ehesten Zugang

<sup>3</sup> Zu den Bemühungen der USA um eine „Erklärung der Seemächte“ vgl. Dok. 201, Anm. 11.

zu diesen Ländern hätten. Für die USA würde es schwierig sein, die durch die Behauptungen Nassers über angebliche amerikanische militärische Unterstützung Israels ausgelöste Haßwelle zu überwinden. Vielleicht werde dies mit großzügigen wirtschaftlichen Hilfsangeboten und dem Eintreten für eine gemäßigte Friedensregelung nach einiger Zeit wieder möglich sein. Rusk werde sicherlich in Luxemburg mit dem Bundesminister hierüber sprechen<sup>4</sup> wie auch der Präsident mit dem Bundeskanzler<sup>5</sup>.

Auch Kohler äußerte sich gestern uns gegenüber in ähnlichem Sinne – insbesondere über die Haltung der Sowjets, die er als „verspäteten Realismus“ bezeichnete. Er hielt eine Aufrechterhaltung der Kontakte mit den arabischen Ländern trotz Abbruch der Beziehungen für nötig und auch möglich. Große Sorge mache der Regierung die Evakuierung der zahlreichen amerikanischen Staatsangehörigen im Nahen Osten und die immer stärker um sich greifende anti-amerikanische Welle. Eine neue Regierung in Kairo könnte dem vielleicht langsam Einhalt gebieten; in Jordanien sollte man möglichst versuchen, König Hussein zu halten, der im Grunde genommen pro-westlich sei und nur von Nasser zu dem militärischen Bündnis<sup>6</sup> gezwungen worden sei. Auch Kohler betonte, daß die Amerikaner sich bemühten, auf Israel jetzt mäßigend einzuwirken.

Die hiesige britische Botschaft tritt – entsprechend den Vorschlägen ihrer Regierung – offen für eine Viererkonferenz und die Einbeziehung oder zumindest Beteiligung der Sowjets an einer langfristigen Nahost-Regelung ein, da andernfalls eine wirkliche Stabilisierung dieses Raumes nicht möglich sein werde.

II. Für die Auswirkungen des Nahost-Konfliktes auf die Weltlage, auf das Kräfteverhältnis zwischen Ost und West und damit auch auf Europa und uns scheint mir das amerikanisch-sowjetische Zusammenwirken zur Eindämmung und schließlichen Beendigung des Konfliktes von sehr großer Bedeutung zu sein. Washington und Moskau haben – wie mehrfach berichtet – während der ganzen Krise in einem ständigen engen Kontakt, zum Teil auf höchster Ebene, gestanden und sich gegenseitig versichert oder doch wenigstens signalisiert, daß sie nicht bereit sein würden, sich selbst in den Konflikt hineinziehen zu lassen. Die amerikanische Politik der nächsten Wochen wird daher wahrscheinlich wohl auch darauf bedacht sein – ähnlich wie seinerzeit nach der Kubakrise –, die Sowjets nicht zu offenkundig in die Rolle des Verlierers geraten zu lassen.

Ob den Amerikanern die von Rostow skizzierte Schaffung eines „neuen Nahostens“ und die Stabilisierung dieses Raumes gelingt, bleibt abzuwarten. Die Voraussetzungen dazu scheinen im Augenblick wenig günstig. Ob die Sowjets dabei wirklich kooperieren werden, scheint mehr als fraglich.<sup>7</sup>

<sup>4</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem amerikanischen Außenminister Rusk am 13. Juni 1967 vgl. Dok. 210, Anm. 2, und Dok. 220, Anm. 8.

<sup>5</sup> Für die Gespräche des Bundeskanzlers Kiesinger mit Präsident Johnson am 15./16. August 1967 in Washington vgl. Dok. 301 und Dok. 304.

<sup>6</sup> Zum ägyptisch-jordanischen Verteidigungsabkommen vom 30. Mai 1967 vgl. Dok. 201, Anm. 2.

<sup>7</sup> Am 9. Juni 1967 stellte Botschafter Schnippenkötter zur Rolle der UdSSR in der Nahost-Krise fest: „Die Sowjetunion hat die Situation im Nahen Osten offensichtlich falsch eingeschätzt. Sie hätte sich sonst wahrscheinlich auf die Zuspitzung der Krise nicht eingelassen und von den ihr durchaus gegebenen Einwirkungsmöglichkeiten auf die arabischen Staaten zur Mäßigung stärker

Es ist jedoch anzunehmen, daß die amerikanische Bereitwilligkeit, zu dem Gedanken einer „peaceful competition“ mit den Sowjets zurückzukehren, zunehmen dürfte und daß die Bemühungen um eine Entspannung wieder neue Belebung erfahren könnten. Dabei würden wohl auch einige in letzter Zeit in den Hintergrund getretene Projekte wie der NV-Vertrag – dem gerade im Hinblick auf den Nahost-Konflikt erhöhte Bedeutung beigemessen wird – neu aufleben. Die Gefahr, daß das Stimmungsspendel dabei wieder in die Richtung „Détente“ ausschlagen könnte – vor allem wenn in Vietnam ebenfalls eine gewisse Lockerung des Kurses folgen sollte – ist nicht von der Hand zu weisen. Auf der anderen Seite könnten sich auch für unsere Entspannungspolitik – vielleicht gerade in der Deutschlandfrage – neue Möglichkeiten im Zusammenwirken mit den Amerikanern ergeben, falls die gesamte politische Entwicklung wieder in eine gewisse Bewegung geraten sollte. Der Besuch des Bundeskanzlers liegt daher zeitlich durchaus günstig.

[gez.] Knapstein

VS-Bd. 10078 (Ministerbüro)

## 209

### Botschafter Sachs, Brüssel (EWG/EAG), an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-13002/67 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 1022  
Citissime

Aufgabe: 9. Juni 1967, 11.40 Uhr  
Ankunft: 9. Juni 1967, 13.20 Uhr

Betr.: Beitritt Großbritanniens zur EWG

Bei gestrigem Arbeitssessen der Ständigen Vertreter umriß Botschafter Boegner die französischen Vorstellungen bezüglich der weiteren Behandlung des britischen Beitrittsantrags. Er wies darauf hin, daß es sich hierbei um die Instruktionen handele, die ihm Außenminister Couve de Murville für die ursprünglich auf der Ratstagung des 5./6. Juni<sup>1</sup> vorgesehene Erörterung gegeben hatte.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 877*

Gebrauch gemacht. [...] In Anbetracht der großen Unterstützung, die sie den arabischen Staaten auf allen Gebieten hat zuteil werden lassen, bedeutet der Ausgang des israelisch-arabischen Krieges für sie einen großen Prestigeverlust, der durch die Tatsache belastet wird, daß sie den befreundeten Staaten in der Stunde der Not militärisch und politisch nicht zu Hilfe gekommen ist. Sie wird aller Voraussicht nach stärkste Anstrengungen machen, diese Einbuße bei den bevorstehenden Verhandlungen wieder auszugleichen.“ Vgl. VS-Bd. 10078 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Auf der EWG-Ministerratstagung in Brüssel schlug der belgische Minister für europäische Angelegenheiten, Van Elsan, vor, die Beitrittsgesuche Großbritanniens, Irlands und Dänemarks auf der nächsten Tagung zu behandeln. Der französische „Botschafter Boegner wies darauf hin, daß es in der gegenwärtigen Krisenzeit für die Außenminister schwer sei, sich für eine Tagung in Brüssel freizumachen. Er würde sich jedoch mit Minister Couve de Murville“ in Verbindung setzen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1003 des Botschafters Sachs, Brüssel (EWG/EAG), vom 6. Juni 1967; Referat IA2, Bd. 1295.

Hiernach stelle man sich französischerseits den weiteren Verlauf so vor, daß zunächst unter den Herrn Ministern eine allgemeine Aussprache über die sich aus einer erheblichen Vergrößerung der EWG ergebenden Probleme stattfinden solle. Bei gleicher Gelegenheit werde man von französischer Seite die speziellen Fragen berühren, die einer Untersuchung bedürften, wie z.B. Stellung des britischen Pfundes, Landwirtschaft usw. Die Ständigen Vertreter sollten dann von den Ministern beauftragt werden, bis zu ihrer nächsten, im Laufe des Juli stattfindenden Sitzung<sup>2</sup> einen Bericht über diese Fragen vorzubereiten, der als Grundlage für eine eingehendere Sachdiskussion der einzelnen Komplexe dienen könne.

Die Stellungnahme der Kommission – so führte Boegner aus – solle möglichst bald nach dem 1. Juli eingeholt werden. Es habe keinen Zweck, hiermit noch die alte Kommission<sup>3</sup> zu befassen. Er betonte außerdem, daß es sich die Kommission hierbei nicht zu leicht machen dürfe. Es müsse sich um eine wohlfundierte gründliche Ausarbeitung und nicht etwa nur um eine vorläufige Beurteilung handeln.<sup>4</sup>

Zu der Frage, in welchem Stadium und in welcher Form eine Anhörung von Vertretern der britischen Regierung stattfinden solle, verhielt sich Botschafter Boegner sehr zurückhaltend. Er räumte zwar ein, daß dieses Thema von den Ministern bei ihrer nächsten Zusammenkunft zu besprechen sei, wies aber darauf hin, daß Couve de Murville ihm gesagt habe, eine Anhörung der britischen Seite sei in diesem Stadium verfrüht. Zunächst müsse eine eingehende Beratung im Kreise der gegenwärtigen Mitglieder der EWG stattfinden. Diese These sei auch von General de Gaulle in Rom<sup>5</sup> vertreten worden.

Von den übrigen Ständigen Vertretern ist darauf hingewiesen worden, daß zwar aus den Besuchen des britischen Premierministers in den verschiedenen Hauptstädten<sup>6</sup> die Vorstellungen der britischen Seite im großen und ganzen bekannt seien. Es habe aber bisher keine zusammenfassende Darstellung des britischen Standpunktes gegenüber der Gemeinschaft als solcher gegeben. Es sei auch möglich, daß man britischerseits aus den Reaktionen bei den verschiedenen Besuchen gewisse Schlußfolgerungen gezogen habe und deshalb die britische Auffassung zu den einzelnen Problemen nicht mehr unbedingt die gleiche wie vorher sei. Im übrigen werde es sowohl für die Ständigen Vertreter wie für die Kommission schwierig sein, ohne jede Fühlungnahme mit der briti-

<sup>2</sup> Zur Tagung des EWG-Ministerrats am 10./11. Juli 1967 vgl. Dok. 261, Anm. 12.

<sup>3</sup> Zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer vereinten Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Fusion der Exekutiven) und zur Ernennung des Präsidenten einer vereinten Kommission sowie von vier Vizepräsidenten vgl. Dok. 197, Anm. 15. Vgl. dazu auch den Artikel „Die Kommission der EWG wickelt ihre Arbeit ab“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, Nr. 147 vom 21. Juni 1967, S. 9.

<sup>4</sup> Zur Stellungnahme der vereinten Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom 29. September 1967 über die Beitrittsgesuche Großbritanniens, Irlands, Dänemarks und Norwegens vgl. Dok. 335, Anm. 8.

<sup>5</sup> Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten anlässlich des 10. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 29./30. Mai 1967 vgl. Dok. 197.

<sup>6</sup> Zu den Besuchen des Premierministers Wilson und des britischen Außenministers Brown im Januar und Februar 1967 in Rom, Paris, Brüssel, Luxemburg und Den Haag vgl. Dok. 8, Anm. 21. Für die Gespräche des Bundeskanzlers Kiesinger mit Wilson am 15. bzw. 16. Februar 1967 in Bonn vgl. Dok. 55 und Dok. 57.

schen Seite zu arbeiten. Dies sei schon aus dem Grunde erwünscht, weil man unter Umständen faktische Angaben benötige.

Botschafter Boegner blieb bei seinem Standpunkt. Sowohl die nationalen Regierungen in den sechs Mitgliedsländern wie auch die Kommission seien hinreichend über die britischen Vorstellungen unterrichtet und verfügten auch über ausreichende Unterlagen für die Erarbeitung ihres Standpunktes. Er betonte abschließend, daß man nach seinem Eindruck französischerseits bei der nächsten Aussprache der Herren Außenminister<sup>7</sup> mehr die prozeduralen Fragen erörtern wolle. Eine volle Sachdiskussion sei dagegen erst bei der übernächsten Sitzung des Rates im Laufe des Monats Juli möglich. Auf die Frage, ob die Ständigen Vertreter auch im Hinblick auf ihre sonstige Arbeitsüberlastung wirklich in der Lage sein würden, innerhalb weniger Wochen einen umfassenden Bericht über die wichtigen Probleme des britischen Beitritts fertigzustellen, ging er nicht ein.

[gez.] Sachs

VS-Bd. 2427 (I A 2)

## 210

### Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-13013/67 geheim  
Fernschreiben Nr. 946  
Citissime

Aufgabe: 9. Juni 1967, 16.40 Uhr  
Ankunft: 9. Juni 1967, 20.59 Uhr

Betr.: Mittelost-Krise;  
hier: Behandlung auf der Luxemburger Konferenz<sup>1</sup>

1) In einer auf Botschafter und einen Begleiter beschränkten, vertraulichen Sitzung warf Generalsekretär Brosio am 9.6. die Frage auf, welche Rolle die NATO bei der Beilegung des Mittelost-Konflikts spielen und wie diese Frage auf der Luxemburger Konferenz behandelt werden solle. Brosio ging davon aus, daß in der nächsten Phase, die auf die Herstellung des Friedens im Mittelosten gerichtet sein würde, die NATO sich nicht völlig passiv und uninteressiert verhalten dürfe – welches auch immer ihre Rolle in der vorausgegangenen Phase des drohenden oder tatsächlich ausgebrochenen Konfliktes gewesen sein möge. Friede und Stabilität im Mittelmeer, Schutz der Südost-Flanke der Allianz, Freiheit der Meere, freie Durchfahrt durch den Suez-Kanal, ungestörte Ölversorgung aus dem Mittelosten – dieses alles seien Interessen, die die NATO unmittelbar berührten. Ohne in irgendeiner Form die primäre Zuständigkeit des Sicherheitsrates und der Vereinten Nationen zu beeinträchtigen, ohne für eine der beiden Seiten des gegenwärtigen Konfliktes Partei zu ergrei-

<sup>7</sup> Zur Tagung des EWG-Ministerrats vom 26./27. Juni 1967 vgl. Dok. 236.

<sup>1</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Juni 1967 vgl. Dok. 220.



fen und ohne die Gefahr einer Ost-West-Konfrontation zu vergrößern, könne und müsse man im NATO-Rat zu einer Konsultation über die Lösung der nunmehr anstehenden Probleme im Mittelosten kommen. Brosio verwies auf ähnliche Konsultationen in der Berlin-Frage und auf dem Abrüstungsgebiet. Endlich warf er die Frage auf, ob und in welcher Weise die Minister in ihrem Communiqué in Luxemburg zum Mittelost-Problem Stellung nehmen sollten. Er hielt dies für notwendig und gab auch der Meinung Ausdruck, daß es unnötig sei und auch gar nicht gelingen könne, der Öffentlichkeit zu verbergen, daß die NATO an diesen Fragen interessiert sei und sich mit ihnen befasse.

2) In der anschließenden Diskussion fanden Brosios Ausführungen grundsätzlich Zustimmung. Es zeichneten sich jedoch einige Schattierungen ab:

Auffällig war die besonders lebhafteste Unterstützung, die Cleveland dem Generalsekretär gab, wobei er ausdrücklich betonte, daß er damit die ihm kurz vorher zur Kenntnis gekommenen Gedanken von Außenminister Rusk wiedergebe.<sup>2</sup>

Dem standen einige Äußerungen gegenüber, die die Bedeutung einer NATO-Konsultation in dieser Frage herabspielten, andere Konsultationsmöglichkeiten (New York, Genf) erwähnten und vor allen Dingen kein öffentliches In-Erscheinung-Treten dieser Konsultation wünschten (in diesem Sinne Kanada, Dänemark und Frankreich, weniger betont Italien, Griechenland und Türkei). Die Vorschläge des Generalsekretärs wurden nachdrücklich von dem britischen Gesandten<sup>3</sup> und von dem holländischen Botschafter<sup>4</sup> unterstützt, der besonders darauf hinwies, daß die NATO durch übertriebene Zurückhaltung und Furcht vor Angriffen in der Öffentlichkeit nur ihrem eigenen Bilde schade, ohne sich damit wirksam gegen solche Angriffe schützen zu können. Was sie auch immer tue, sie werde der Einmischung und Kollusion Seite an Seite mit ihren „imperialistischen“ Verbündeten bezichtigt werden. Ich unterstützte nachdrücklich den Vorschlag des Generalsekretärs auf aktive Konsultation, ohne mich in der Frage des Verfahrens oder der publizistischen Behandlung festzulegen.

3) Cleveland zeigte sich irritiert über gewisse Untertöne in der Diskussion, die nach seiner Auffassung ein zu geringes Interesse an einer aktiven Konsultation bekundeten. Wenn man in dieser Frage kein aktives Interesse bekunde, werde sich die Konsultation unweigerlich in die Hauptstädte oder an andere Plätze wie New York verlagern, und der NATO-Rat werde damit einer seiner wichtigsten Funktionen beraubt. Generalsekretär betonte demgegenüber in

<sup>2</sup> Zu dem Problem erklärte der amerikanische Außenminister Rusk in einem Gespräch mit Bundesminister Brandt am 13. Juni 1967 unmittelbar vor Beginn der NATO-Ministerratstagung in Luxemburg, „er verstehe nicht, warum sich die NATO als Gruppe weigere, auf echte NATO-Interessen außerhalb der geographischen NATO-Grenzen zu achten. Er hoffe, es gelinge, ein stärkeres kontinuierliches Interesse an diesen für die NATO wichtigen Fragen zu erwecken. Der Herr Bundesminister unterstrich die Bedeutung der Krisenkonsultation, bemerkte aber, daß in Deutschland keine Bereitschaft zu einem militärischen Engagement außerhalb des NATO-Bereichs bestehe. Herr Rusk betonte die Notwendigkeit einer gemeinsamen Konzeption, die individuelle Aktion keinesfalls ausschließe. Sowohl in der Nahostfrage wie im Ost-Westverhältnis könnte jedes Mitglied Aufgaben übernehmen, für die es besonders geeignet sei.“ Vgl. VS-Bd. 10089 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Guy Elwin Millard.

<sup>4</sup> Hendrik N. Boon.

seinem Schlußwort, daß Zurückhaltung keineswegs die überwiegende Stimmung der heutigen Diskussion gewesen sei und daß man allenfalls sagen könne, daß einige der Anwesenden stärkere Zurückhaltung in bezug auf die publizistische Behandlung empfohlen hätten. Er stellte fest, daß allgemein die Notwendigkeit empfunden werde, im Luxemburger Communiqué zur Mittelost-Krise etwas zu sagen, daß der Inhalt des Communiqués jedoch von den Diskussionen der Minister abhängig sei und es keinen Sinn habe, dem vorzugreifen.

4) Interessant scheint mir an der heutigen Sitzung vor allem die Tendenz der Vereinigten Staaten zu sein, in der nächsten Phase die NATO-Konsultationen zu aktivieren. Auf der anderen Seite zeigten einige derjenigen Länder, die stets besonderes Gewicht auf die politische Aufgabe der Allianz und ihre Frieden und Entspannung fördernden Funktionen legen, in diesem konkreten Falle eine beträchtliche Scheu, dementsprechend zu handeln.

[gez.] Grewe

VS-Bd. 1688 (II A 7)

## 211

### **Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-13018/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 429**  
**Citissime**

**Aufgabe: 9. Juni 1967, 18.45 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 10. Juni 1967, 00.22 Uhr**

Betr.: Nahost-Krise; Anschluß an DB 424 vom 8.6.67 – AZ: I B 4-83.92. geh.<sup>2</sup>

I. Auf Antrag Syriens wurde Sicherheitsrat heute fünf Stunden früher als vorgesehen einberufen; Sowjetunion und Syrien schwebte offenbar dabei vor, durch einen raschen Waffenstillstandsappell des Rats den kurz vorher begonnenen Angriff Israels auf Syrien zum Halten zu bringen und dadurch das sowjetfreundliche Regime in Damaskus zu retten. Die Heftigkeit der Ausführungen des sowjetischen Vertreters Fjodorenko auf der Sitzung, der im Gegensatz zu den Tagen nach Ausbruch der Kriegshandlungen wieder die Vereinigten Staaten direkt angriff und Israel als deren „verbrecherischen“ Handlanger bezeichnete, läßt darauf schließen, daß die Sowjetunion nicht mehr mit einem ernsthaften Vorstoß gegen Damaskus gerechnet hatte.

Der Rat verabschiedete ohne Debatte einstimmig den unter II. folgenden Waffenstillstandsappell an Israel und Syrien. Der Beschlußfassung waren längere Konsultationen zwischen der Sowjetunion, Syrien und den Vereinigten Staaten

<sup>1</sup> Hat Vortragender Legationsrätin I. Klasse von Puttkamer am 12. Juni 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Für den Drahtbericht des Botschafters Freiherr von Braun, New York (UNO), vgl. Dok. 207.

vorausgegangen, bei denen Sowjets und Syrer den taktischen Fehler machten, die Einfügung einer Rückzugsaufforderung in den Appell zu verlangen. Dadurch ging wertvolle Zeit verloren. Ihr Ziel erreichten sie nicht; der Text enthält keine Rückzugsaufforderung.

Bei Beginn der Debatte war nicht zu übersehen, ob der israelische Angriff nur ein begrenztes taktisches Ziel hatte – etwa die Einnahme der syrischen Höhenstellungen an der Grenze – oder ob mit entscheidendem Schlag die syrische Armee getroffen werden sollte. Die sowjetischen Vertreter scheinen sich erst im Laufe der Ratssitzung und nachdem trotz wiederholter Annahmeerklärung des Waffenstillstandsappells durch Syrien und Israel die Kampfhandlungen weitergingen, dessen bewußt geworden zu sein, daß die militärischen Operationen die Stabilität des syrischen Regimes gefährden könnten. Ihre Reaktionen wurden daraufhin immer heftiger und gipfelten in dem Vorwurf Fjodorenkos an die Adresse Israels, es treibe eine ähnliche Politik wie Hitler. Die Israelis reagierten darauf, indem sie den Sowjets ihre Zusammenarbeit mit Hitlerdeutschland von 1939 bis 1941 vorhielten, ein Vorwurf, der in den Vereinten Nationen in den letzten Jahren nicht mehr gehört worden ist.

Aus der ganzen Debattensituation, die zudem dramatisch überlagert wurde durch die Nachricht aus Kairo über die Rücktrittserklärung Nassers<sup>3</sup>, schälte sich immer deutlicher heraus, wie groß bisher die Verluste der Sowjetunion in dieser Krise sind. Die sowjetischen Vertreter befanden sich in einer höchst unangenehmen Lage: ohne vorbereitete Texte mußten sie stundenlang improvisieren, um durch fristsetzende Waffenstillstandsappelle des Rats zu versuchen, den Gang der Ereignisse zu beeinflussen; bislang offenbar ohne praktisches Ergebnis.

In der sowjetischen Delegation zeigte sich dabei zum ersten Male eine gewisse Lockerung der Disziplin, was ich bei ihr noch nie erlebt habe. So äußerten sich Mitglieder der sowjetischen VN-Mission gegenüber französischen Kollegen und ein sowjetischer Direktor der politischen Abteilung des Sekretariats gegenüber Mitarbeiter unverblümt kritisch über ihre eigene Regierung: Hätte Moskau schon vor drei Tagen eine energischere Haltung eingenommen und ausdrücklich die Integrität Syriens und Ägyptens garantiert, so wäre es wahrscheinlich nicht zu dem heutigen „militärischen Einfall“ Israels nach Syrien gekommen; wenigstens die Sicherheit Syriens hätte dann gerettet werden können.

Offen bleibt, ob in den nächsten Stunden nicht doch noch eine Verhärtung der Haltung Moskaus eintritt, die die nunmehr militärisch abklingende Krise wieder verschärfen könnte.

Sicherheitsrat tritt in zwei Stunden, um 18.30 Uhr, wieder zusammen.<sup>4</sup>

<sup>3</sup> Am 9. Juni 1967 kündigte Präsident Nasser über Rundfunk und Fernsehen seinen Rücktritt an: „Trotz aller Faktoren, auf die ich meinen Standpunkt während der Krise gestützt hatte, bin ich bereit, die ganze Verantwortung zu übernehmen. Ich habe einen Entschluß gefaßt, und ich bitte euch alle, mir bei seiner Ausführung zu helfen. Ich habe beschlossen, ganz und definitiv von jedem Amt und jeder politischen Rolle zurückzutreten und in die Reihen des Volkes zurückzukehren, um mit ihm wie jeder andere Bürger meine Pflicht zu erfüllen.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 312.

<sup>4</sup> Am 10. Juni 1967 informierte Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), über den Verlauf der Sitzung des UNO-Sicherheitsrats. Vgl. den Drahtbericht Nr. 430; VS-Bd. 2596 (I B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Bereits wenige Stunden später trat der UNO-Sicherheitsrat auf Antrag Syriens erneut zusammen.

II.<sup>5</sup> „The Security Council, recalling its resolutions 233 and 234<sup>6</sup>, noting that the Governments of Israel and Syria have announced their mutual acceptance of the Council's demand for a cease-fire, noting the statements made by the representatives of Syria and Israel,

1) confirms its previous resolutions about immediate cease-fire and cessation of military action;

2) demands that hostilities should cease forthwith;

3) requests the Secretary-General<sup>7</sup> to make immediate contacts with the Governments of Israel and Syria to arrange immediate compliance with the above-mentioned resolutions, and to report to the Security Council not later than two hours from now.“<sup>8</sup>

[gez.] Braun

VS-Bd. 2596 (I B 1)

## 212

### Legationsrat I. Klasse Mez, Khartum, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-13022/67 geheim

Aufgabe: 09. Juni 1967, 15.45 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 52

Ankunft: 10. Juni 1967, 07.55 Uhr

Citissime mit Vorrang

Betr.: Sudan und Nahostkrise

1) Abbruch Beziehungen Sudan mit Großbritannien und USA<sup>2</sup> schafft politisches Vakuum, in das Sowjetzone und Sowjetunion kombiniert mit Rotchina über hiesige Vertretungen einzudringen versuchen. Noch nicht bestätigten Pressemeldungen zufolge sollen SBZ und SU Waffenlieferungen angeboten haben. Finanzminister Hindi empfing bereits gestern Leiter hiesiger SBZ-Vertretung,

*Fortsetzung Fußnote von Seite 883*

Braun berichtete, daß die Sitzung „nach achtstündiger Debatte ohne Beschlußfassung“ beendet worden sei. Die „Debatte war gekennzeichnet durch verbitterte Wortwechsel zwischen Arabern und den USA [...] und durch scharfe Äußerungen Fjodorenkos an die amerikanische Adresse“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 431 vom 10. Juni 1967; VS-Bd. 2596 (I B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Nachtrag vom 10. Juni 1967.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Resolutionen vom 6. bzw. 7. Juni 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 36 f.

<sup>7</sup> Sithu U Thant.

<sup>8</sup> Vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 37.

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg am 12. Juni 1967 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Böker und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Gehlhoff verfügte und handschriftlich vermerkte: „Wir sollten uns aus der sudanesischen Innenpolitik heraushalten. Mit Sadiq el Mahdi haben wir, als er regierte, keine allzu guten Erfahrungen gemacht.“

Hat Böker am selben Tag vorgelegen.

Hat Gehlhoff vorgelegen.

<sup>2</sup> Der Sudan brach am 6. Juni 1967 die diplomatischen Beziehungen mit Großbritannien und den USA ab.

Dr. Fischer, und sowjetischen Botschafter<sup>3</sup>, wobei beide Zusagen gemacht haben sollen. Außerdem meldet Presse, daß Premierminister<sup>4</sup> gleichen Wunsch gegenüber russischem Botschafter geäußert habe. Bestätigung aus Armeekreisen noch nicht erhältlich.

2) Offensichtlich versucht Nasser, Sudan als künftiges ägyptisches Hinterland auszubauen. Erfahre aus besonderer Quelle, daß Nasser am 7. Juni während zweistündigen Aufenthaltes auf Flugplatz Wadi Seidna mit Azhari und Premierminister zusammengetroffen sei. Wiedergebe diese Mitteilung mit allen Vorbehalten, doch besteht Wahrscheinlichkeit für deren Richtigkeit.

3) Wie mir heute amerikanischer Botschafter<sup>5</sup> sagte, soll Beschluß zu Abbruch Beziehungen durch Ministerrat zu USA und Großbritannien nicht einstimmig gefaßt worden sein. Ferner sei noch ungeklärt, ob Personal seiner Botschaft hierbleiben könne oder nicht. Mahgoub habe Lösung, wie sie Libanon angenommen habe, nicht akzeptiert. Botschafter mitteilte weiter, daß Niederlande Schutz amerikanischer Interessen übernehmen werden.

4) Erfahre, daß Engländer nunmehr alle Unterstützung Oppositionsführer Sadik el Mahdi gewähren wollen. Form unbekannt. Allgemein wird hier nicht angenommen, daß sich Regierung Mahgoub über Abschluß Nahostkrise hinaus halten kann.

Erblicke in jetziger Übergangssituation nicht nur erhebliche Gefahr für westliche, implizite unsere Interessen, sondern auch Möglichkeit, durch verbindliche Zusage von Wirtschaftshilfe an Opposition, Sadik el Mahdi, im Falle späterer Wiederaufnahme Beziehungen positive Wendung herbeizuführen.<sup>6</sup> Diese Überlegung insofern berechtigt, als Sadik auch nach Beginn Nahostkrise Absicht zum Sturz Regierung Mahgoub wiederholt geäußert hat. Eine solche Zusage müßte raschestens gemacht werden können, da zweifellos Zeit für nasserfreundliche PDF<sup>7</sup> und Kommunistische Partei arbeitet. Sudan muß angesichts Ausfallens substantieller amerikanischer Wirtschaftshilfe notgedrungen andere Quellen erschließen, insbesondere Versorgung lebensnotwendiger Güter sicherstellen. Erblicke in heute veröffentlichter Erklärung Sadik-Flügels, Regierung habe Opposition unzureichend unterrichtet, deutliche Distanzierung von Regierungsmaßnahmen und Wunsch, später freie Hand zu haben.

<sup>3</sup> Iwan Nesterowitsch Jakuschin.

<sup>4</sup> Muhammad Ahmed Mahgoub war seit 18. Mai 1967 Ministerpräsident. Sein Vorgänger war Sadik el Mahdi.

<sup>5</sup> William H. Weathersby.

<sup>6</sup> Am 29. Juni 1967 informierte Legationsrat I. Klasse Mez, Khartum, allerdings über eine „Umorientierung“ des sudanesischen Oppositionsführers. Sadik el Mahdi habe in einem Regierung und Öffentlichkeit zugeleiteten allgemeinen „Neuen Aktionsplan für Lösung arabischen Problems“ vom 25. Juni 1967 gefordert, „SBZ in Würdigung ihrer Unterstützung arabischer Sache“ anzuerkennen. [...] Sadiks antikommunistische Haltung während seiner Premierzeit und zahlreiche Initiativen zur Wiederaufnahme Beziehungen zu uns gibt Regierung Vorwand zu Verdächtigungen [der] Opposition, die alles tun muß, [um] Zweifel an Loyalität zu arabischer Sache zu beseitigen. Auffällig ist Unterlassung jeglicher polemischer Angriffe auf Bundesrepublik, die unseren von Gegnern Sadiks in vertraulichen Gesprächen geteilten Eindruck bestätigt, daß es sich möglicherweise um ein taktisches Manöver handelt. Trotzdem legt sich Oppositionsführer dadurch fest. Initiative Regierung Mahgoub zu Aufnahme Beziehungen zu Pankow würde von Opposition zumindest jetzt nicht behindert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 94; VS-Bd. 2574 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> People's Democratic Party.

5) Gestrige und heutige Presse kündigen scharfe, nicht substantiierte Maßnahmen gegen Westdeutschland an. Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß SBZ und SU bei gleichzeitiger Zusicherung Materialhilfe versuchen werden, unsere Handelsbeziehungen mit Sudan zu unterbinden und Interessenvertretung zu reduzieren. Konkrete Anzeichen dafür fehlen vorläufig.

Handelsminister<sup>8</sup> und Finanzminister, zu nasserfreundlicher PDP gehörend, sind Schlüsselfiguren zu östlicher Infiltration. Fernsehen hat Ausstrahlung britischer und amerikanischer Filme eingestellt und übernimmt ostzonale und sowjetrussische Filme.

6) Wenn auch seit gestern keine Demonstrationen zu verzeichnen, ist innenpolitische Lage zunehmend labil, und auch amerikanischer Botschafter schließt wegen Wirtschaftskrise Entlassung sudanesischer Arbeiter aus Aid-Dienst und allgemeiner zunehmender Arbeitslosigkeit Unruhen nicht aus und befürchtet möglicherweise generelle Ausschreitungen gegen Europäer. Teile diese Auffassung, sofern Armee bisherige neutrale Haltung aufgibt. Unbestätigten Gerüchten zufolge soll Sadik el Mahdi Querverbindungen zur Armee in letzter Zeit bemerkenswert verstärkt haben.

Dringend erbitte möglichst baldige Weisung zu 4) und vorsorglicherweise zu 5), ob gegebenenfalls alle deutschen Experten abgezogen werden sollen.<sup>9</sup>

[gez.] Mez

VS-Bd. 2641 (I B 4)

<sup>8</sup> Mohammed el Mardi.

<sup>9</sup> Am 13. Juni 1967 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Gehlhoff Legationsrat I. Klasse Mez, Khartum, mit: „Zu Punkt 4: Über unsere grundsätzlich positive Einstellung zur Entwicklungshilfe sind Regierung und Opposition hiesigen Erachtens genügend unterrichtet. Wie bereits früher mitgeteilt, können konkrete Gespräche darüber erst nach Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen geführt werden. Zu Punkt 5: Deutsche Experten sollen im Augenblick nicht abgezogen werden. Doch wird Bericht erbeten, falls sich ihre Lage ändert.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 37; VS-Bd. 2641 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

## 213

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker****I B 3-84.00-90.37-870/67 geheim****12. Juni 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Interesse der Republik Südafrika an rüstungswirtschaftlicher Zusammenarbeit mit Deutschland

Zu dem anliegenden Vorgang<sup>2</sup> möchte ich folgendes bemerken:

1) Die südafrikanische Botschaft hatte seinerzeit den Besuch ihres Verteidigungsministers<sup>3</sup> in Deutschland als reinen Privatbesuch gekennzeichnet. Die Vorsprache bei dem Bundesverteidigungsminister<sup>4</sup> sollte ein reiner Höflichkeitsbesuch sein. Es ist höchst befremdlich, daß die südafrikanische Seite trotzdem diese Gelegenheit zu einem Gespräch über ein Vorhaben benutzt hat, von dem sie wissen mußte, daß es für uns politischen Sprengstoff enthält. Wir sollten daraus die Lehre ziehen, künftig derartige „Privat- und Höflichkeitsbesuche“ mit deutlichem Mißtrauen zu betrachten.

2) Durch die Note der südafrikanischen Botschaft<sup>5</sup> erfährt das Auswärtige Amt zum ersten Mal über den Inhalt des Gesprächs, das am 14. 4. 67 zwischen dem Bundesverteidigungsminister und dem südafrikanischen Verteidigungsminister geführt worden ist. Ich finde es befremdlich, daß das Bundesverteidigungsministerium, obwohl es wissen mußte, wie hochpolitisch diese Angelegenheit ist, dem Auswärtigen Amt gegenüber völliges Stillschweigen bewahrt hat. Auch hieraus sollte man vielleicht gewisse Schlüsse ziehen.

3) Ich halte eine deutsche Beteiligung an dem Projekt „Cactus“<sup>6</sup> für politisch völlig untragbar. Seine Vereinbarkeit mit dem Sicherheitsratsbeschuß vom 4. Dezember 1963<sup>7</sup> ist sehr zweifelhaft. Sicher aber ist, daß wir durch eine solche Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet unsere politische Stellung in der afrikanischen Welt und damit in der VN radikal verschlechtern würden. Dem-

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg am 13. Juni 1967 vorgelegen, der für Ministerialdirigent Böker handschriftlich vermerkte: „Ich teile Ihre Auffassung, b[itt]e R[ück]sprache wegen weiterer Schritte.“

Hat Böker am 20. Juni 1967 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat I B 3 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt].“

Hat Vortragendem Legationsrat Wever am 28. Juni 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Weisungsgemäß wurde Ref[er]at II A 7 gebeten, den Entwurf eines Schreibens des H[errn] St[aats]-S[ekretärs] an H[errn] St[aats]-S[ekretär] Carstens unter Mitzeichnung I B 3 vorzubereiten.“

Für das Schreiben des Staatssekretärs Lahr vom 9. August 1967 an den Staatssekretär des Bundesministeriums der Verteidigung, Carstens, vgl. Dok. 297.

<sup>2</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 5 und 8.

<sup>3</sup> Pieter Willem Botha.

<sup>4</sup> Gerhard Schröder.

<sup>5</sup> Für die Note vom 24. Mai 1967 vgl. VS-Bd. 2623 (I B 3).

<sup>6</sup> Korrigiert aus: „Kaktus“.

Zum Projekt eines Flugabwehrlenkwaffensystems vgl. Anm. 8.

<sup>7</sup> Der UNO-Sicherheitsrat forderte alle Staaten auf, den Verkauf und die Lieferung von Ausrüstung und Material für die Herstellung und den Unterhalt von Waffen und Munition an Südafrika zu beenden. Für den Wortlaut der Resolution Nr. S/5471 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. IV, S. 86–88.

gegenüber müßten rüstungswirtschaftliche Gesichtspunkte meines Erachtens zurücktreten.

4) Ich halte die Formulierung in dem Schreiben des Referats IIA 7 an das Verteidigungsministerium vom 2. Juni 67 für zu schwach, wenn es heißt, daß das Auswärtige Amt die vorgeschlagene Zusammenarbeit „nicht empfehlen“ kann.<sup>8</sup> Wir müssen hier sehr aufpassen, daß wir durch die Südafrikaner oder das Verteidigungsministerium nicht in eine politisch unmögliche Lage gebracht werden.

Böcker

VS-Bd. 2623 (I B 3)

## 214

### Botschafter Pauls, Tel Aviv, an Bundesminister Brandt

Z B 6-1-13036/67 geheim  
Fernschreiben Nr. 333

Aufgabe: 12. Juni 1967, 11.25 Uhr  
Ankunft: 12. Juni 1967, 11.14 Uhr

Für Bundesminister und Staatssekretär<sup>1</sup>

Generalstabsoffizier sagte mir, daß sich die von uns gelieferten modernisierten und stärker armierten Panzer M 48<sup>2</sup> hervorragend bewährt hätten. Er schloß daran die Frage, ob Bundesverteidigungsministerium interessiert sei, modernstes sowjetisches Gerät, darunter Panzer letzter Fertigung<sup>3</sup>, zum Zwecke des technischen Vergleichs und der Ausbildung zu erwerben.<sup>4</sup>

[gez.] Pauls

VS-Bd. 437 (Büro Staatssekretär)

<sup>8</sup> In dem Schreiben an das Bundesministerium der Verteidigung teilte Vortragender Legationsrat Behrends mit: „Aus den bekannten politischen Gründen möchte das Auswärtige Amt die vorgeschlagene Zusammenarbeit nicht empfehlen, insbesondere weil es sich im vorliegenden Fall nicht um eine deutsche Waffenlieferung, sondern um eine gemeinsame Waffenentwicklung handelt. [...] Sollte das Bundesministerium der Verteidigung ein nennenswertes Interesse an der vorgeschlagenen Gemeinschaftsentwicklung nicht haben – sei es, weil die Forderung nach einer Boden-Luft-Rakete von der Art des ‚Cactus‘ durch ein bereits laufendes Entwicklungsprojekt abgedeckt ist, oder weil die Haushaltslage des Bundes eine Teilnahme an dem südafrikanischen Projekt nicht zuläßt, könnte das Auswärtige Amt eine abschlägige Antwort an die Südafrikanische Botschaft entsprechend glaubhaft begründen.“ Vgl. VS-Bd. 2623 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

Zur Entscheidung des Auswärtigen Amts vgl. weiter Dok. 297.

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 12. Juni 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur Lieferung von in Italien umgerüsteten Panzern im Rahmen der Aktion „Frank[reich]/Kol[onien]“ vgl. Dok. 5, Anm. 7.

<sup>3</sup> Am 15. Juni 1967 übermittelte Botschafter Pauls, Tel Aviv, Informationen des israelischen Generalstabs über die militärischen Auseinandersetzungen mit den arabischen Staaten, in denen „mehrere hundert Geschütze und über 1000 Militärfahrzeuge, die zum Teil nur wenige hundert Kilometer gefahren sind, sichergestellt werden“ konnten. Pauls teilte des weiteren mit, daß „israelische Truppen eine unversehrte Panzerbrigade mit sämtlichen Hilfsfahrzeugen aufgefunden haben, die von Offizieren und Mannschaften verlassen worden war“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 365; VS-Bd. 2547 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Am 7. Juli 1967 teilte Staatssekretär Schütz der Botschaft in Tel Aviv mit, daß es nach Abstimmung



## 215

**Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter****II B 2-81.13-1138/67 geheim****13. Juni 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Austausch von Manöverbeobachtern und Militärattachés mit der Sowjetunion

Bezug: Schreiben des Bundesministers der Verteidigung an den Minister vom 30. Dezember 1966<sup>2</sup>; zur Stellungnahme übermittelt mit Vermerk des Ministerbüros vom 11. 1. 1967<sup>3</sup>

Anlg.: 1<sup>4</sup>

Der Brief des Bundesministers der Verteidigung ist die Antwort auf eine zehn Monate vorher vom Staatssekretär des Auswärtigen Amts ergangene Anregung, dem Bundeskanzler<sup>5</sup> vorzuschlagen, mit der Sowjetunion sowohl Manöverbeobachter wie Militärattachés auszutauschen (Anlage).<sup>6</sup>

I. 1) Hinsichtlich der Manöverbeobachtung ist die Stellungnahme des Bundesministers der Verteidigung überholt: Unmittelbar nachdem Staatssekretär Carstens den Austausch schriftlich angeregt hatte, setzten vorbereitende Gespräche über die Friedensnote<sup>7</sup> ein. Sowohl hier wie abschließend im Bundesverteidigungsrat hat das Verteidigungsministerium der Aufnahme des Vorschlags „Austausch von Manöverbeobachtern mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten“ zugestimmt.

2) Da die Stellungnahme jedoch von der früheren Haltung des Verteidigungsministeriums deutlich abbrückt („psychologisch negative Folgen für die Bundeswehr“), wurde versucht, auf Referentenebene eine Klärung herbeizuführen. Nachforschungen im Verteidigungsministerium haben nunmehr ergeben, daß

*Fortsetzung Fußnote von Seite 888*

mit dem Bundesministerium der Verteidigung nicht zweckmäßig erscheine, „die Angelegenheit auf diplomatischem Wege weiterzuverfolgen“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 225; VS-Bd. 437 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lankes konzipiert.

<sup>2</sup> Bundesminister Schröder sprach sich in dem Schreiben gegen den Austausch von Manöverbeobachtern und Militärattachés mit der UdSSR aus. Vgl. AAPD 1966, II, Dok. 418.

<sup>3</sup> Für den Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Arnold vgl. VS-Bd. 4106 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1967.

Auf diesem vermerkte Botschafter Schnippenkötter handschriftlich am 12. Januar 1967 für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lankes: „Ich stimme den Ausführungen des B[undes]Vert[eidigungs]Min[isters] nicht zu. Bitte besprechen!“

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 6.

<sup>5</sup> Ludwig Erhard.

<sup>6</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für das Schreiben des Staatssekretärs Carstens vom 28. Februar 1966 an Bundesminister von Hassel vgl. VS-Bd. 4078 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>7</sup> In der Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 (Friedensnote) wurde ausgeführt: „Um das Mißtrauen vor angeblichen deutschen Aggressionsabsichten zu zerstreuen, schlägt die Bundesregierung ferner bilaterale Vereinbarungen mit der sowjetischen, polnischen, tschechoslowakischen, ungarischen, rumänischen und bulgarischen Regierung über den Austausch militärischer Beobachter bei Manövern der Streitkräfte vor.“ Vgl. BULLETIN 1966, S. 331. Vgl. dazu auch AAPD 1966, I, Dok. 58.

die Bedenken wegen psychologischer Folgen auf Wunsch des damaligen Generalinspektors<sup>8</sup> nachträglich in den Entwurf der Antwort des Bundesministers der Verteidigung aufgenommen wurden.

3) Ein Rückgriff auf die Bereitschaft der Bundesregierung zum Austausch von Manöverbeobachtern, die der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten notifiziert ist und bisher nicht eingeschränkt wurde, wird von den militärischen Erwägungen des Verteidigungsressorts nicht ausgeschlossen. Der politischen Verfolgung des Gedankens steht insofern nichts im Wege; sie ist aber zur Zeit nicht aktuell.

II. 1) Die Stellungnahme zur Frage eines Austausches von Militärattachés mit der Sowjetunion ist vorläufig und inhaltend. Ihr ist eine mündliche Mitteilung von Flottillenadmiral Poser vom 22. Juni 1966 vorausgegangen, wonach das Bundesverteidigungsministerium grundsätzlich gegen die Entsendung eines Militärattachés nach Moskau sei; sollte jedoch das Auswärtige Amt aus übergeordneten politischen Gründen im Rahmen einer weitergehenden Konzeption diese Maßnahme für dringend erforderlich halten, so werde das Verteidigungsministerium seine Bedenken zurückstellen. Auch dieser Gedanke ist zur Zeit nicht aktuell, bleibt aber vorgemerkt.

2) Der bisher fehlende Austausch von Militärattachés mit Moskau könnte zu gegebener Zeit – für sich oder verknüpft mit dem Vorschlag „Manöverbeobachtung“ – im Zuge unserer Entspannungspolitik vorgeschlagen werden.

III. 1) Eine Beantwortung des Briefes war und ist nicht erforderlich. Es könnte später darauf Bezug genommen werden, wenn die eine oder andere Frage erneut aufgegriffen wird.

2) Es wird vorgeschlagen, den Fragenkomplex vorerst durch die beteiligten Referate – II B 2 und II A 7 – weiter verfolgen zu lassen.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>9</sup> dem Herrn Minister<sup>10</sup> weisungsgemäß vorgelegt.

i. V. Schnippenkötter

**VS-Bd. 4106 (II B 2)**

<sup>8</sup> Heinz Trettner.

<sup>9</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 14. Juni 1967 vorgelegen.

<sup>10</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

## 216

**Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Jung**

II A 1-85.50/1-1262/67 VS-vertraulich

13. Juni 1967

Betr.: TTD;

hier: Besprechung bei dem Herrn Bundesminister am 3.5.1967

An der Besprechung nahmen neben dem Herrn Bundesminister teil: Staatssekretär Lahr, Ministerialdirektor Ruete, Ministerialdirigent Sahm, Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnold, Vortragender Legationsrat I. Klasse Jung.

1) D II trug zunächst vor, es solle nicht der Eindruck entstehen, als ob Abteilung II queruliere. Es sei bedauerlich, daß Staatssekretär Schütz abwesend sei. In der bisherigen Vorlage<sup>1</sup> seien einige kleinere Fehler entstanden, diese könnten redaktionell leicht geändert werden.<sup>2</sup> Er möchte vielmehr vortragen, was gegen die Abschaffung des TTD-Systems spreche. Wenn die Abschaffung nicht zu umgehen sei, solle die Frage aufgeworfen werden, warum man nicht Gegenleistungen anstreben solle.

Das TTD-System sei eine Klammer sowohl für die NATO-Verbündeten als auch die drei Westmächte, da sie die NATO-Partner festlege und die Vierer-Verantwortung dokumentiere. Wenn wir selbst die Initiative zur Abschaffung des TTD-Systems ergriffen, könne der Eindruck entstehen, wir ließen die Grundlagen unserer Deutschlandpolitik fallen. Ein Erosionsprozeß könne daraus folgen oder sogar beschleunigt werden.

Das TTD-System lege die Verantwortung der Drei Mächte für die SBZ fest. Durch die Abschaffung könnten Rückwirkungen bezüglich Berlins entstehen.

Durch eine Abschaffung werde das Verhältnis zu den NATO-Partnern nicht entlastet. Es werde den Ärger nunmehr auf bilateraler Ebene geben. Wir hätten das TTD-System von uns aus aufgelockert. Für den innerdeutschen Reiseverkehr stelle das TTD-System keine Erschwerung dar, durch seine Abschaffung erreiche man daher auch keine Erleichterung. Man solle sich deshalb auf Lockerung beschränken und mit einer grundsätzlichen Abschaffung zurückhalten.

2) a) Der Herr Bundesminister legte dar, daß Staatssekretär Schütz und er das Problem aus Berliner Sicht sehr gut kennen. Das TTD-System erlaube nur einem Bruchteil von Reisewilligen Auslandsreisen. Der Teil, der reisen solle, komme nicht zum ATO. Das TTD-System werde im Ausland nicht verstanden,

<sup>1</sup> Zu der von Bundesminister Brandt am 8. April 1967 gebilligten Kabinettsvorlage vgl. Dok. 116, besonders Anm. 19.

<sup>2</sup> Am 5. Mai 1967 legte Ministerialdirektor Ruete eine überarbeitete Fassung einer Kabinettsvorlage vor. Der Vertreter des Auswärtigen Amts solle eine Überprüfung des TTD-Systems anregen: „Sollte die Prüfung ergeben, daß die TTD-Regelung nicht mehr sinnvoll ist, so ist weiter zu klären, ob die Abschaffung der TTD-Regelung politisch dazu benutzt werden kann, Gegenleistungen Ostberlins (z. B. auf dem Gebiete der Reiseerleichterungen im innerdeutschen Verkehr oder im Verkehr mit dem westlichen Ausland) zu erhalten. [...] Ich neige der Auffassung zu, daß die Argumente zu Gunsten einer Aufhebung der TTD-Regelung überwiegen.“ Vgl. VS-Bd. 4142 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

zum Teil aber auch nicht in der SBZ. Man hält Auslandsreiseverkehr und in-nerdeutschen Reiseverkehr nicht auseinander.

b) Was die TTD-Vorlage betreffe, so sei er nicht unbedingt für eine Abschaffung, wenn er auch nichts dagegen habe. Er wolle mit der Vorlage nur den Weg für eine Aussprache im Kabinettsausschuß frei machen, ob es sinnvoll sei, das TTD-System abzuschaffen. Die Abwägung müsse im Ausschuß erfolgen. Ein Begleiter des Vertreters des Auswärtigen Amts könne das Pro und Kontra bringen, wobei er allerdings erwähnen solle, daß der Bundesminister einer Abschaffung zuneige.

c) Die Abschaffung des TTD-Systems passe in eine selbstbewußte deutsche Politik hinein. Wir sollten auch Vorwände aus dem Wege räumen. Unsere Verbündeten und Freunde sollten trotzdem nicht jeden einreisen lassen, sie sollten vielmehr mehr Verantwortung als bisher tragen (vgl. dänischer Vorstoß<sup>3</sup> und schwedische Praxis).

d) Er habe die Angelegenheit bei seinen Besuchen in London<sup>4</sup> und Kopenhagen<sup>5</sup> vorsichtig zur Sprache gebracht; man müsse die ganze Frage neu mit den Drei Mächten diskutieren. Innenpolitisch würde dadurch z. B. in Großbritannien und Dänemark nach Auskunft seiner dortigen Kollegen eine Belastung abgebaut werden.

3) D II fragte, ob dann nicht Gegenleistungen von der SBZ verlangt werden könnten. Sicher seien auch weiterhin Absprachen in der NATO zweckmäßig, um den größten Mißbrauch zu vermeiden.

Der Herr Bundesminister meinte, man könne die Frage von Gegenleistungen als Merkposten in die Vorlage einarbeiten.

Dg II A wies darauf hin, daß wir nunmehr mit dem Ausschwärmen von SBZ-Propagandisten in verbündete und befreundete Länder rechnen müßten. Im Hinblick auf die bisherige NATO-Praxis sei eine Abschaffung mit einem Gewichtsverlust bei unseren Verbündeten verbunden.

Referent II A 1 wies darauf hin, daß das ATO einen hohen Stellenwert in der Liste der Ostberliner Gravamina (neben Hallstein-Doktrin und Alleinvertretungsanspruch) einnehme.

4) Der Herr Bundesminister betonte, daß die Abschaffung nicht nur eine selbstbewußtere Politik bedeute, er sei auch damit unzufrieden, wie sich die West-Vier-Mächte-Verantwortung heute darstelle. Sie habe überwiegend einen restriktiven Charakter und sei „Wandschirm“ für eine Mitverantwortung, die oft gar nicht ausgeübt werde (vgl. die Untätigkeit der Alliierten anlässlich der sowjetischen Note vom 28.1.<sup>6</sup>). Es gelte, die Drei Mächte wieder an die politische Verantwortung heranzubringen.

<sup>3</sup> Zum Vorschlag des dänischen Botschafters Hjorth-Nielsen auf der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 22. Februar 1967 vgl. Dok. 75.

<sup>4</sup> Zum Gespräch mit dem britischen Außenminister Brown am 12. April 1967 in London vgl. Dok. 124.

<sup>5</sup> Zum Gespräch mit dem dänischen Außenminister Krag am 23. April 1967 in Kopenhagen vgl. Dok. 141.

<sup>6</sup> Korrigiert aus: „27.1.“

Für den Wortlaut vgl. DzD V/1, S. 403–409. Für einen Auszug vgl. Dok. 38, Anm. 9.

5) Staatssekretär Lahr erklärte seine Bereitschaft, den Standpunkt des Auswärtigen Amts bei der bevorstehenden Sitzung des Kabinettsausschusses zu vertreten. Er wies jedoch seinerseits darauf hin, daß es als Schwäche ausgelegt werden müsse, wenn wir jetzt Propagandisten ausreisen ließen, ohne daß die uns interessierenden Bevölkerungskreise reisen können.

Nach Ansicht des Herrn Bundesministers sei die Reaktion in der Zone auf das TTD-System nicht so, wie es einige westliche Beobachter behaupteten. S. E. führe die derzeitige Kampagne zu einer partiellen Solidarisierung der Bevölkerung mit dem Regime.

6) In der Besprechung wurde auch die Sport-Generalerklärung<sup>7</sup> kurz berührt. Staatssekretär Lahr trug vor, die Sowjetunion fange schon jetzt an, wegen der Olympischen Spiele 1972<sup>8</sup> zu bohren. Da München einigermaßen festzustehen scheine, sollten wir unsere Haltung nicht ändern, die darauf hinauslaufe, es bei den Madrider Beschlüssen<sup>9</sup> zu lassen. Nach den Spielen in Mexiko<sup>10</sup> sei es für eine Verlegung der Münchener Spiele zu spät.

Im übrigen sei auch er, Staatssekretär Lahr, für eine starke Auflockerung unseres bisherigen Verhaltens.

Der Herr Bundesminister meinte, 50% der Zeit unserer Botschaftsaktivität gehe für Demarchen wegen Zonen-Emblemen verloren. Die Generalerklärung müßten unsere Verbündeten und Freunde auch weiter unterstützen.

Dg II A sagte, wir sollten das Wohlwollen der Alliierten nicht überschätzen. Der Herr Bundesminister warf ein, die Wiedervereinigung hänge nicht von der Haltung von Obervolta ab.

Dg II A betonte, der feste Wille in unserer Deutschland-Politik dürfe nicht mißdeutet werden.

Der Herr Bundesminister wiederholte, daß von der Viermächte-Verantwortung nur „negative“ Positionen übriggeblieben seien.

<sup>7</sup> In der Sitzung des Kabinettsausschusses für innerdeutsche Beziehungen vom 9. Mai 1967 führte Staatssekretär Lahr dazu aus: „Wir können aus einem Gefühl der natürlichen Überlegenheit heraus in der Hinnahme äußerer Symbole großzügiger sein, ohne aber unseren Standpunkt aufzugeben. Die jüngste Lausanner Entscheidung einer Reihe internationaler Sportverbände, bei politischen Schwierigkeiten auf nationale Symbole zu verzichten, wird uns helfen, eine der jeweiligen Lage angemessene Lösung zu finden. Während im Ostblock das Zeigen der SBZ-Symbole kaum zu verhindern ist, haben wir keinen Anlaß z. B. auf folgenden Gebieten unseren Standpunkt zu ändern: 1) Olympische Spiele (Madrider Beschlüsse gelten für Mexiko; auch Ostblock hat noch nicht offiziell versucht, andere Regeln für München 1972 durchzusetzen); 2) innerdeutscher Sport (kein Zwang, Flaggen zu zeigen); 3) Berlin (DSB besteht nach wie vor auf Teilnahme von Berlinern an deutschen Mannschaften, auch wenn der Ostblock Visaschwierigkeiten macht). Das Auswärtige Amt regt daher an, eine Erklärung auszuarbeiten, die dieser Lage Rechnung trägt.“ Vgl. die Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter vom 10. Mai 1967; VS-Bd. 4143 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Vgl. dazu weiter Dok. 316.

<sup>8</sup> Die XX. Olympischen Sommerspiele fanden vom 26. August bis 11. September 1972 in München statt.

<sup>9</sup> Am 8. Oktober 1965 beschloß das Internationale Olympische Komitee in Madrid, daß bei den Olympischen Winter- und Sommerspielen 1968 in Grenoble bzw. in Mexiko-City zwei deutsche Mannschaften teilnehmen sollten, „die aber unter dem gleichen Banner einziehen und die gleiche Hymne verwenden werden“. Vgl. DzD IV/11, S. 867 f. Vgl. ferner AAPD 1965, II, Dok 302.

<sup>10</sup> Die XIX. Olympischen Sommerspiele fanden vom 12. bis 27. Oktober 1968 in Mexiko-City statt.

Der Herr Staatssekretär wies darauf hin, daß bei Sportveranstaltungen unsere Verbündeten unsere Position weiter unterstützen müßten.

Jung<sup>11</sup>

VS-Bd. 4141 (II A 1)

## 217

### Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-13060/67 geheim

Fernschreiben Nr. 436

Cito

Aufgabe: 13. Juni 1967, 17.50 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 14. Juni 1967, 23.50 Uhr

Betr.: Nahost-Krise

Nachdem die militärische Phase des Nahost-Konflikts mit einem prekären Waffenstillstand zu Ende gegangen [ist]<sup>2</sup>, in dem jedoch die Kampfhandlungen jederzeit wiederaufleben können, ergibt sich vor Beginn der nächsten Phase aus den Sicherheitsratssitzungen der letzten Tage folgendes Bild:

I. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion haben noch kein Konzept für ihr weiteres Vorgehen; der israelische Sieg ist zu rasch und unerwartet gewesen, als daß die Großmächte bereits Herren der veränderten Situation hätten sein können. Beide Großmächte waren zwar von Anfang an darüber einig, daß der Konflikt begrenzt bleiben müsse; darin aber erschöpfte sich ihre Einigkeit. Inzwischen haben sich die kleineren Spielfiguren, die am Konflikt unmittelbar beteiligt sind, weitgehend verselbständigt. Araber und Israelis legen den beiden Großmächten schwierige Optionen auf, die langwierige Streitigkeiten zwischen Washington und Moskau auslösen und die Beziehungen zwischen beiden nachhaltig belasten können.

Die neu entstandenen Probleme in Nahost – Jerusalem, Grenzfragen, Rüstungsbegrenzung, Flüchtlingsprobleme, Sicherheitsgarantien durch die Großmächte – sind so schwierig und ihre Auswirkungen und Weiterungen noch so unübersichtlich, daß ein gemeinsames Konzept der Großen heute kaum vorstellbar scheint. Für beide stehen Dinge auf dem Spiel, deren Wert nach dem Blitzsieg [der] Israelis sprunghaft gestiegen ist: für die Vereinigten Staaten ihre Präsenz in Nahost und wichtige Ölinteressen; für Präsident Johnson vielleicht seine Wiederwahl. Die Sowjetunion steht vor dem Zusammenbruch einer zehnjährigen Nahost-Politik, hat Milliardenbeträge verloren und unabsehbare

<sup>11</sup> Paraphe.

<sup>1</sup> Hat Vortragender Legationsrätin I. Klasse von Puttkamer am 14. Juni 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Der Waffenstillstand zwischen Israel und Syrien trat am 10. Juni 1967 in Kraft. Vgl. dazu Dok. 211.

propagandistische Einbußen in der Dritten Welt und im Verhältnis zu Rotchina zu befürchten.

Da bisher keine der beiden Großmächte sich für eine Linie zur politischen Regelung in Nahost entschieden hat, gehen beide empirisch vor. Sie befinden sich noch im Stadium der Lageanalyse. Es muß damit gerechnet werden, daß es in Washington sowohl wie in Moskau zu Auseinandersetzungen über die einzuschlagende Richtung kommen wird; besonders in Moskau, das schwere Fehler begangen hat. Nach Ansicht des dortigen Botschafters der Schweiz, Lindt, dessen Berichterstattung von Mitarbeiter eingesehen werden konnte, sind Meinungskämpfe zwischen dem „päpstlichen“ Flügel der revolutionären Ideologen und dem „kaiserlichen“ Flügel der Realpolitiker bereits im Gange. Vorläufig scheint sich die sowjetische Politik, wie sie sich hier äußert, darauf zu beschränken, Israel durch massiven agitatorischen Druck auf Rückzug propagandistisch zu isolieren und den Arabern das Gefühl zu geben, von der UdSSR unterstützt zu werden. Dies ist auch Zweck des heutigen sowjetischen Antrags auf Einberufung einer Sondertagung der VN-Vollversammlung über die Nahost-Frage.<sup>3</sup>

Es ist unter diesen Umständen unwahrscheinlich, daß es möglich sein wird, bald Verhandlungen über eine Friedensregelung für Nahost aufzunehmen. U Thant, den ich heute sprach, teilt diese Auffassung. Ein friedensvertragsloser Zustand, der von Zeit zu Zeit durch politische, wirtschaftliche, vielleicht auch begrenzte militärische Kampfmaßnahmen der einen oder anderen Seite gestört würde, könnte eintreten.

II. Frankreich, Großbritannien, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten streben an – obwohl sie es nicht alle nach außen erkennen lassen –, die weitere Behandlung der Nahostfrage in den Vereinten Nationen zu halten.

Mit dem propagandistischen Stakkato auf den letzten Sicherheitsratssitzungen verfolgt die Sowjetunion hiesigen Erachtens nicht nur den Zweck, Israel und die Vereinigten Staaten zu Schuldigen zu stempeln, sondern auch die Zuständigkeit des Sicherheitsrats für die weitere Behandlung der zugrundeliegenden Sachfragen zu begründen.

Großbritannien, dessen Ansehen durch den Krisenverlauf erheblich gelitten hat, ist besonders daran interessiert, seine Rolle als ständiges Mitglied des Sicherheitsrats zu nutzen. Vom britischen Standpunkt [aus] ist die Krise zu früh abgebrochen worden. Die arabische Niederlage hat noch nicht zum Sturz Nasers und des Regimes in Damaskus geführt, das heißt zu jenen Veränderungen

<sup>3</sup> Am 14. Juni 1967 berichtete Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), daß die UdSSR im UNO-Sicherheitsrat die „Abhaltung einer Not-Sondervollversammlung der Vereinten Nationen innerhalb von 24 Stunden zur Behandlung der Lage in Nahost zur ‚Liquidierung der Folgen der Aggression und zur Erörterung des sofortigen Rückzugs israelischer Streitkräfte hinter die Waffenstillstandslinien‘ beantragt und für diese Sitzung die Entsendung einer ‚Delegation mit führenden sowjetischen Staatsmännern‘ angekündigt“ habe. „Aus der Debatte, die im übrigen die gewohnten Angriffe und Gegenangriffe brachte, ist einmal festzuhalten, daß Fjodorenko erneut die Bundesrepublik Deutschland ‚direkter Komplizenschaft mit Israel‘ beschuldigte. Bonn könne noch so oft behaupten, neutral zu sein, der Schatten der Bonner Generale stehe hinter den Extremisten in Tel Aviv. Bonn habe Israel mit Waffen ausgerüstet und kürzlich erst Gasmasken geliefert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 438; VS-Bd. 2576 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

Die 5. Sondersitzung der UNO-Generalversammlung fand vom 17. Juni bis 5. Juli und vom 12. bis 21. Juli 1967 statt. Vgl. dazu YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1967, S. 191–224.

gen, die dem britischen Einfluß in Nahost wieder ein Tor öffnen könnten. Die hiesige britische VN-Mission zeigt sich von der arabischen Ölsperre, dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch die Araber<sup>4</sup> und dem Vorwurf britischer Beteiligung an den israelischen Luftangriffen sehr betroffen. Alle drei Aspekte führen dazu, Großbritannien in eine sekundäre Rolle an der Seite der Vereinigten Staaten zu drängen und seine Möglichkeiten zu beeinträchtigen, an der Krisenregelung mitzuwirken.

Frankreich, das zur Zeit das Projekt der Viererkonferenz<sup>5</sup> angesichts sowjetischen und arabischen Widerstandes nicht mehr verfolgt, befindet sich in einer recht günstigen Position, um im Rat die Vermittlung zwischen der Sowjetunion, den Arabern und den Vereinigten Staaten und Israel zu versuchen.

Während die französische VN-Mission sich in der militärischen Phase passiv verhielt, entfaltet sie jetzt eine rege Tätigkeit. Sie bemüht sich, den Arabern die Gründe verständlich zu machen, aus denen die Sowjetunion ihnen nicht mehr und besser helfen konnte und versucht so, sich auch den Sowjets gegenüber für eine Vermittlerrolle zu qualifizieren.

III. Bei Arabern und Israelis dagegen ist deutliche Abneigung gegen irgendeine Einschaltung der VN spürbar. Die arabischen Delegationen sind sich, bei allen Differenzen über den Verlauf der Krise und die Schuld Nassers, darin einig, daß die Vereinten Nationen versagt haben. Im Sicherheitsrat habe sich eine Komödie abgespielt mit dem einzigen Zweck, Israel ausreichend Zeit zur Beendigung seiner militärischen Aktion zu geben. Ähnlich wie 1936 der Völkerbund Äthiopien geopfert habe, hätten die Vereinten Nationen jetzt unter Mitwirkung der Großmächte die Araber geopfert. Ihre Abneigung gegen die Vereinten Nationen geht so weit, daß einige ihrer Regierungen mit dem Gedanken spielen, aus der Organisation auszutreten. Ob es bei dieser Haltung bleiben wird, oder ob sie nicht unter sowjetischer Einwirkung auf die Linie einschwenken werden, die ihnen wohlgesonnene Mehrheit der afrikanischen und asiatischen Delegationen zu Vorstößen gegen Israel einzusetzen, bleibt abzuwarten. Vorläufig, vielleicht auch unter dem Eindruck des tiefen psychologischen Schocks der Niederlage, überwiegt die Aversion.

Israel, das schon immer bilaterale Verhandlungen mit den Arabern als den einzig erfolgversprechenden Weg bezeichnet und angestrebt hatte, hat auch jetzt wiederholt erklärt, daß es den Vereinten Nationen keine Rolle bei der Friedensregelung zubilligen will. Von New York aus gesehen scheint es jedoch fraglich, ob es diese aus der Euphorie des Sieges erklärliche Haltung beibehalten kann. Ihre<sup>6</sup> großen Territorialforderungen haben den Israelis schon erhebliche Sympathien bei den hiesigen Delegationen gekostet. Es kann leicht in die Isolierung geraten, wenn es an seiner nicht realisierbaren Forderung nach direkten Verhandlungen mit seinen arabischen Nachbarn festhält; es ist auch fraglich, ob die Vereinigten Staaten es dabei unterstützen werden. Einer der amerikanischen VN-Botschafter äußerte sich hierzu wie folgt: „It is foolish to

<sup>4</sup> Am 6. Juni 1967 brachen die VAR, Algerien, der Irak, der Jemen, der Sudan und Syrien die diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien ab.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Dok. 186, Anm. 10.

<sup>6</sup> Korrigiert aus: „Seine“.



ask for direct negotiations, because it is in the security council where the negotiations will eventually take place.“

IV. Was die Stellung Deutschlands angeht, so überwiegt bei den hiesigen Delegationen, einschließlich der arabischen, der Eindruck, daß unser Verhalten während der Krise tatsächlich neutral war und keinen besonderen Anlaß zur Kritik gab. Die sowjetische Delegation hat jedoch schon begonnen, uns bei den Arabern der „Komplizenschaft“ mit den Vereinigten Staaten zu bezichtigen. Ihre Glaubwürdigkeit ist indes noch so erschüttert, daß solche Verleumdungen vorläufig wenig verfangen.

Wir müssen uns jedoch darüber im klaren sein, daß die deutschen Stellungen zur Nahostfrage<sup>7</sup> seit Beendigung der militärischen Krise noch keine besondere Beachtung gefunden haben. Wir sollten dem rechtzeitig abhelfen, indem wir die von uns beabsichtigte humanitäre und wirtschaftliche Aufbauhilfe für die betroffene Bevölkerung möglichst umgehend zu einem in sich geschlossenen Gesamtplan verdichten. Ein solches möglichst großzügig angelegtes Hilfsprojekt könnte dann von hoher Stelle offiziell verkündet werden – am besten vor dem Bundestag. Wir täten gut daran, die Chance, unsere Stimme in Nahost zur Geltung zu bringen, zu nutzen.

[gez.] Braun

VS-Bd. 2596 (I B 1)

<sup>7</sup> So erklärte Bundeskanzler Kiesinger am 7. Juni 1967 vor dem Bundestag: „Die Bundesregierung hat sich zu einer Politik der Nichteinmischung entschlossen, um einer Verschärfung des Konflikts vorzubeugen und sich eine Grundlage für ihre Mitwirkung an der Befriedung und positiven Entwicklung im Nahen Osten zu erhalten. Sie wird trotz des Konflikts versuchen, die Verbindungen zu den Ländern jenes Raums aufrechtzuerhalten. Das gilt auch für die Gebiete der Wirtschaft und des Handels. Aber sie wird, dem Grundsatz der Nichteinmischung getreu, keine Waffen an die kriegführenden Parteien liefern und darüber wachen, daß dieser ihr Beschluß strikt beachtet wird.“ Bundesminister Brandt führte in derselben Debatte dazu aus: „Ich meine wirklich: wenn, wie ich hoffe, die Kriegshandlungen in relativ wenigen Tagen vorbei sind, sollte unser deutsches Volk trotz gewisser momentaner ökonomischer Schwierigkeiten, die wir haben, zeigen, nicht nur durch Mittel aus dem Bundeshaushalt, daß es auch über Frontlinien hinweg zu einer großen humanitären Leistung fähig ist, um den Opfern des Krieges beizustehen.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 64, S. 5268 bzw. S. 5304 f.

## 218

**Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Wilke**

MB 1871/67 geheim

14. Juni 1967<sup>1</sup>

Am 12. und 13. Juni 1967 fand in Prag ein Gedankenaustausch über die künftige Entwicklung des deutsch-tschechoslowakischen Verhältnisses statt.<sup>2</sup> An den Gesprächen nahmen teil: auf deutscher Seite: Herr Egon Bahr und LRI Dr. Hans-Ulrich Wilke, Auswärtiges Amt; auf tschechoslowakischer Seite: Botschafter a.D. Josef Sedivý, Herr Ing. Rudolf Rezek (Leiter der 4. Sektion des Außenministeriums) und Herr Stanislav Steindler (Außenministerium, 4. Sektion).

Am 12. und 13. Juni fanden Gespräche von viereinhalb bzw. vier Stunden statt. Außerdem ergaben sich an den beiden Tagen und am 14. Juni vor dem Abflug weitere, mehr zwanglose, Gespräche.<sup>3</sup>

Über die sich aus den Gesprächen unmittelbar ergebenden Möglichkeiten wurde eine „Zusammenfassende Niederschrift über die Möglichkeiten für die weiteren Schritte in der Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der ČSSR“ verfaßt.<sup>4</sup> Diese Niederschrift stellt das Gerüst für die jetzt erreichbaren Vereinbarungen dar.

Aus den Gesprächen ist im übrigen folgendes festzuhalten: Herr Sedivý (S.) begann die Gespräche mit der Bemerkung, er erhoffe sich eine praktische Lösung für die Entwicklung der künftigen Beziehungen.

Herr Bahr (B.) erläuterte daraufhin zunächst die Ostpolitik der neuen Bundesregierung, wobei er hervorhob, daß diese Politik keine Isolierung der DDR bezwecke. Er sei bereit, sowohl über die Frage diplomatischer Beziehungen als auch über die Frage eines Austauschs von Handelsvertretungen zu sprechen.

S. bemerkte, daß die ČSSR sehr an einer Normalisierung ihrer Beziehungen mit der BRD einschließlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen interessiert sei. Jedoch handele es sich bei der Normalisierung um einen Prozeß,

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 15. Juni 1967 vorgelegen.

Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur Vereinbarung der Gespräche durch Bundesminister Brandt am 22. Mai 1967 vgl. Dok. 178.

<sup>3</sup> Zu den Gesprächen vgl. auch BAHR, Zu meiner Zeit, S. 220 f.

<sup>4</sup> In der Aufzeichnung regte Referent Bahr zwei weitere Vorgehensweisen an: „1. Variante: Der Delegationsleiter der BRD bei den vorgesehenen Verhandlungen gibt eine mündliche Erklärung ab oder übergibt einen Brief. Darin steht: ‚Die BRD geht davon aus, daß die bisherige Praxis im Außenhandel zwischen den beiden Vertragsseiten auch für das neue Handelsabkommen gilt. Analog regelt sich die Tätigkeit der Handelsvertretungen‘. Diese Erklärung wird von der tschechischen Seite bestätigt, und zwar entsprechend der Form der Erklärung des Delegationsleiters der BRD mündlich oder durch einen Brief.“ Die „2. Variante“ enthielt eine um folgende Sätze erweiterte Fassung des Textes: „Beide Seiten sind sich einig, entsprechend auch weitere Übereinkünfte oder Abkommen zu behandeln. [...] Durch den Abschluß der Abkommen werden die Rechtsstandpunkte beider Seiten nicht verändert“. Nach Unterzeichnung der Abkommen seien „eventuelle Anfragen wie folgt [zu] beantworten: ‚Im Zusammenhang mit den zwischen der BRD und der ČSSR abgeschlossenen Abkommen wird sich an der bekannten bisherigen Praxis nichts ändern.“ Vgl. die Aufzeichnung des Referenten Bahr vom 14. Juni 1967; VS-Bd. 10071 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

der nicht von heute auf morgen abgeschlossen werden könne. Die ČSSR wolle zwar für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen keine Bedingungen stellen, jedoch gäbe es gewisse Voraussetzungen, die von der BRD erfüllt werden müßten. Die ČSSR sei mit der DDR, einem friedliebenden Staat, verbündet. Sie könne den Alleinvertretungsanspruch der BRD nicht übersehen. Er, S., halte es daher für besser, zunächst einen Schritt auf wirtschaftlichem Gebiet in Richtung auf die erstrebte Normalisierung zu tun, da die Wirtschaft von den belastenden politischen Gesichtspunkten weitgehend frei sei. Natürlich gäbe es auch hier Probleme, so die Frage der Einbeziehung Westberlins, aber diese Fragen erschienen ihm lösbar.

B. erklärte nochmals seine Bereitschaft, über alle Fragen zu sprechen, soweit das einer Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen förderlich sein könne. Die BRD sei auch zum Abschluß von Abkommen über den Austausch von Handelsvertretungen und über den Warenaustausch bereit. Jedoch sei die Frage der Berlin-Klausel bei einem Austausch von Handelsvertretungen schwieriger als bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

S. meinte, beide Abkommen (Austausch von Handelsvertretungen und Handelsabkommen) könnten zusammen behandelt werden.

Rezek (R.) erinnerte an die Wirtschaftsverhandlungen vom März 1965 zwischen den Botschaftern von Mirbach und Kohout.<sup>5</sup> Das Handelsabkommen sei damals bei Abschluß der Verhandlungen unterzeichnungsreif gewesen. Zum Abschluß sei es nicht gekommen, weil die BRD der ČSSR eine Berlin-Klausel in „politisch aufgewerteter Form“ habe aufzwingen wollen. In seiner Pressekonferenz vom Sommer 1965 habe der damalige Bundeskanzler Erhard öffentlich erklärt, die Annahme der Klausel mit der Definition der „Währungsgebiete“ sei ein großer politischer Erfolg für die BRD; die Ostblockstaaten würden Berlin damit als Teil der BRD anerkennen. Die ČSSR habe daher von einem Abschluß des Vertrags Abstand nehmen müssen. Die ČSSR sei bereit, ein Abkommen zu unterzeichnen, das an der Praxis des Handels – also unter Einbeziehung Westberlins – nichts ändern werde; sie könne jedoch nicht vor der Welt eine politische Erklärung im Erhardschen Sinne abgeben.

B. begrüßte, daß die ČSSR bereit sei, in einem Zuge, also mit „Junktim“, über den Austausch von Handelsvertretungen und über einen Handelsvertrag zu verhandeln und zwei Abkommen abzuschließen, die nicht unbedingt dasselbe Datum [zu] tragen brauchten.

B. erläuterte nunmehr die Gründe für die Notwendigkeit, Westberlin in alle Abkommen der BRD einzubeziehen. Er betonte, daß es der Bundesregierung dabei in erster Linie auf die „Verbindlichkeit nach innen“ ankomme: Die Bundesregierung müsse zur Unterrichtung ihrer Verbündeten die interne Gewißheit haben, daß Westberlin in die Abkommen eingeschlossen sei.

S. meinte, man müsse eine Kompromißlösung suchen. Die „Berlinklausel“ dürfe nicht in den Abkommen erscheinen; an der bisherigen Praxis solle sich jedoch nichts ändern. Im übrigen müßten auch die beiderseitigen Rechtsstandpunkte unberührt bleiben.

<sup>5</sup> Zu den Verhandlungen vom 11. bis 15. März 1965 in Prag vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 23. März 1965; AAPD 1965, I, Dok. 144.

Es wurde nunmehr eine Reihe von Möglichkeiten erörtert, wie ein solcher Kompromiß erreicht werden könnte. Im wesentlichen wurde Einigkeit darüber herbeigeführt, daß die beiden Abkommen miteinander gekoppelt werden sollten und daß die Einbeziehung Westberlins in einer gesonderten Erklärung erreicht werden muß, ohne daß die ČSSR sich dadurch ihren Verbündeten gegenüber durch die faktische Einbeziehung Westberlins bloßgestellt fühlt. Es bestand ferner Einigkeit darüber, daß die Handelsvertretungen möglichst viele konsularische und auch andere Rechte erhalten sollten. S. und R. erwogen darüber hinaus, die Vertretungen könnten vielleicht auch gewisse kulturelle und andere Aufgaben ausführen. Allerdings wurde sowohl von B. als auch von S. auf die Gefahr hingewiesen, daß bei zu starker und umfassender Stellung der Handelsvertretungen der Anreiz für die spätere Aufnahme diplomatischer Beziehungen geschwächt werden könnte. In diesem Sinne müsse man darauf sehen, daß die Handelsvertretungen als Stimulanz für weitere Abkommen (Kultur, Zusammenarbeit von Zoll- und Verkehrsbehörden usw.) dienen sollten, ohne dabei diplomatische Vertretungen überflüssig zu machen.

Im einzelnen sind die konkreten Möglichkeiten für den Abschluß der beiden Abkommen über den Austausch von Handelsvertretungen und über den Warenaustausch aus der eingangs erwähnten Niederschrift zu ersehen.

Aus dem Gesprächsteil über die Möglichkeit diplomatischer Beziehungen ist folgendes festzuhalten: B. erläuterte noch einmal die Bereitschaft der neuen Bundesregierung, mit der DDR in friedlicher Koexistenz zu leben und durch völkerrechtlich verbindliche Gewaltverzichtserklärungen gegenüber dem Ostblock anzuerkennen, daß die gegenwärtig bestehenden Grenzverhältnisse – das Gebiet der „DDR“ eingeschlossen – nicht veränderlich seien. In diesem Zusammenhang wurde auch über das Münchener Abkommen<sup>6</sup> gesprochen, insbesondere über den tschechischen Wunsch nach einer Anerkennung der ex tunc Ungültigkeit durch die BRD. Auf die Frage, welchen politischen Wert die ČSSR einem solchen Schritt beimesse, erklärten S. und R.: Zunächst einmal würde eine solche Erklärung der Bundesregierung den insgeheim noch gestellten territorialen und finanziellen Forderungen der Sudetendeutschen endgültig den Boden entziehen (die „Quasi-Rechtsgrundlage“). Solange das Münchener Abkommen nicht ex tunc ungültig anerkannt werde, bleibe die Hintertür für Forderungen der BRD offen.

An dieser Stelle wurde auch über die verschiedenen Forderungen der ČSSR gegen die BRD einerseits (mit Note vom Dezember 1965 angemeldete frühere privatrechtliche Forderungen, Reparationsforderungen, individuelle Wiedergutmachungsforderungen) und über die Entschädigungsforderungen der Sudetendeutschen andererseits gesprochen. Hierzu erklärten S. und R.: Die Sudetendeutschen hätten keine Ansprüche. Die Potsdamer Beschlüsse<sup>7</sup> hätten solche Ansprüche für die „Ausgesiedelten“ nicht vorgesehen. Es sei eine unter den Alliierten ausgehandelte historische Nachkriegslösung.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Communiqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) vgl. DzD II/1, S. 2101–2148.

Was die Reparationsforderungen der ČSSR angehe, so habe Benesch schon kurz nach der Besetzung der Sudetengebiete über den Londoner Rundfunk die Schadensforderungen angemeldet, die der ČSSR durch die Abtrennung der Sudetengebiete erwachsen seien. Diese Ansprüche habe die ČSSR, ganz gleich ob die BRD das Münchener Abkommen ex nunc oder ex tunc ungültig anerkenne. Natürlich seien sich einige tschechische Politiker darüber klar, daß sich diese Reparationsforderungen (wegen der Besetzung der Sudetengebiete und des späteren Protektorats) voraussichtlich nicht realisieren lassen würden. (Diese Äußerung wurde mit der Bitte verbunden, sie nicht als offizielle Erklärung aufzufassen)

Eine Aufrechnung der tschechoslowakischen gegen die angeblichen sudeten-deutschen Forderungen käme nicht in Betracht. Aus alledem ergäbe sich, daß die Frage der Ungültigkeit ex tunc zwar in erster Linie eine Frage der politischen Moral sei, jedoch keine platonische.

Auf die Frage von B., ob die Regierung der ČSSR im Falle der Anerkennung der ex tunc-Ungültigkeit durch die BRD zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen bereit sei, wichen S. und R. aus. Sie meinten, auf alle Fälle würde ein solcher Schritt der Bundesregierung stimulierend wirken, jedoch würde er nicht den Alleinvertretungsanspruch aus der Welt schaffen und noch nicht den Status quo in Europa voll anerkennen. Die ČSSR könne aber nicht „Halbfreund“ ihrer Verbündeten sein. S. bat um Verständnis dafür, daß die ČSSR sich verhalte, wie es „der Lage nun mal“ entspreche.

B. meinte, aus dem Gespräch ergebe sich für ihn, daß die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der BRD also für die Ostblockländer nicht mehr eine bilaterale, sondern nach den Karlsbader Absprachen<sup>8</sup> offensichtlich eine multilaterale geworden sei.

S. bestätigte das sinngemäß und meinte, er sehe in der Tat zur Zeit keine „realen“ Möglichkeiten für diplomatische Beziehungen. B. beendete das Gespräch zu diesem Punkt mit der Warnung, daß günstige Gelegenheiten, wie sie in der Ostpolitik der neuen Bundesregierung begründet seien, vorbeigehen könnten. Wie wolle man entspannen, ohne diplomatische Beziehungen zu haben? Wie wolle man ohne diplomatische Beziehungen über ein europäisches Sicherheitssystem reden?

Die Gespräche begannen förmlich, lockerten sich jedoch bald auf. Sie wurden sehr offen geführt. Den breitesten Raum nahm die Frage der Berlin-Klausel ein. Zu diesem Punkt wurde das Gespräch sehr hartnäckig geführt; die tschechoslowakische Seite bemühte sich, Worte wie „Geltungsbereich“ und ähnliches unter allen Umständen zu vermeiden.

Wilke

VS-Bd. 10071 (Ministerbüro)

<sup>8</sup> Zur Konferenz der europäischen kommunistischen und Arbeiter-Parteien vom 24. bis 26. April 1967 vgl. Dok. 154.

219

**Staatssekretär Schütz, z.Z. Luxemburg,  
an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-13076/67 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 79**  
**Delegationsbericht Nr. 22**  
**Citissime**

**Aufgabe: 14. Juni 1967, 17.30 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 14. Juni 1967, 21.32 Uhr**

Betr.: Vierertreffen anlässlich NATO-Ministertagung in Luxemburg  
 am 13. Juni 1967<sup>2</sup>

Übliches Vierertreffen über Deutschlandfragen fand dieses Mal aus Termingründen erst am Abend des ersten Konferenztages, und zwar in amerikanischer Botschaft statt. Gespräche, an denen die Außenminister Brandt, Brown, Couve de Murville und Rusk teilnahmen, standen im Schatten der Nahost-Krise, gaben jedoch Gelegenheit zu eingehendem, entspanntem Meinungsaustausch über Deutschland- und Berlinfragen.

I. Nach kurzer Besprechung über Nahost-Problem im kleinsten Kreise trug Bundesminister zum Thema „Stand der innerdeutschen Beziehungen im Rahmen unserer Ostpolitik“ vor:

1) Ostberlins Haltung sei durch Isolierungspolitik gegenüber Bundesrepublik bestimmt. Führende SED-Kreise wünschten zur Zeit keine Kontakte zu uns. Auf Stoph-Brief<sup>3</sup> sei heute Antwort des Bundeskanzlers an „Vorsitzenden“ Stoph<sup>4</sup> erfolgt (deren Text Außenministern übergeben worden war). Bundesminister sei nicht sehr optimistisch bezüglich Ostberliner Reaktion.<sup>5</sup> Wir seien bereit, Regelungen zu akzeptieren, ohne daß eine Seite von der anderen die politische Kapitulation verlange. Fragen, in denen eine Einigung aussichtslos sei, müßten ausgeklammert werden. Wir müßten uns auf praktische Fragen –

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnold am 23. Juni 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Juni 1967 vgl. Dok. 220.

<sup>3</sup> Zum Schreiben des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR vom 10. Mai 1967 vgl. Dok. 182, Anm. 9.

<sup>4</sup> Mit Schreiben vom 13. Juni 1967 antwortete Bundeskanzler Kiesinger: „Das Wohl unseres Volkes gebietet, die Spannungen in Deutschland nicht zu vermehren, sondern zu mindern. Mit unserer Rechtsauffassung, an der wir uneingeschränkt festhalten, beabsichtigen wir alles andere als die Bevormundung der Menschen im anderen Teil Deutschlands. [...] Auch Sie bejahen die Verantwortung, unserem Volk den Frieden zu erhalten. Zu den zahlreichen Schritten, die die Bundesregierung zur Sicherung dieses Friedens unternommen hat, gehört unser feierlicher Verzicht auf Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele. Er gilt allgemein und duldet keine Ausnahme. Deshalb muß die Bundesregierung mit allem Nachdruck darauf bestehen, daß auch im anderen Teil Deutschlands auf die Anwendung von Gewalt verzichtet wird. Sie fordern mich auf, von den ‚Realitäten‘ auszugehen. Die Realität, die Sie und ich anerkennen müssen, ist der Wille der Deutschen, ein Volk zu sein. Ich schlage deshalb vor, daß von Ihnen und von mir zu bestimmende Beauftragte ohne politische Vorbedingungen Gespräche über solche praktischen Fragen des Zusammenlebens der Deutschen aufnehmen“. Vgl. DzD V/1, S. 1278 f.

<sup>5</sup> So meldete die Nachrichtenagentur ADN am 14. Juni 1967 dazu, daß die „Alleinvertretungsanmaßung der Bonner Regierung, die eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik darstellt, aufrechterhalten“ werde. Vgl. den Artikel „Brief des westdeutschen Bundeskanzlers übergeben“, NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 161 vom 14. Juni 1967, S. 2.

wie in Regierungserklärung [vom] 12. 4.<sup>6</sup> ausgeführt – konzentrieren. Es wäre gut, wenn auch die Alliierten dies als einen innerdeutschen Vorgang darstellten, der ein deutscher Beitrag zur Entspannung sei. Aus ihm dürfe aber nicht etwa der Schluß gezogen werden, daß es einen zweiten deutschen Staat gebe.

2) Unser Unternehmen, zu diplomatischen Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten zu kommen, sei in gewisse Schwierigkeiten geraten. Nachdem Ostberlin es mit der Angst bekommen habe, habe es sich aktiv daran beteiligt, um das sozialistische Lager gegen uns zu mobilisieren. Trotz Karlsbad<sup>7</sup> hätten sich Tschechen und auch Polen die Tür für Beziehungen mit uns offengehalten, und erst neuerdings seien gewisse Anzeichen neuen Interesses erkennbar geworden. Auch in der sowjetischen Haltung seien zur Zeit leichte Nuancen einer abgewogeneren Einstellung in der deutschen Frage erkennbar. Jugoslawien sei ein besonderer Fall. Wir seien uns heute noch mehr als vor einem halben Jahr darüber im klaren, daß wir mehr Gewicht auf Moskau legen müßten, aber auch den anderen Teil Deutschlands nicht isolieren dürften. Wir wollten das Ostberliner Regime nicht in solche Krisenlagen zwingen, die heftige Gegenreaktionen des Ostens zur Folge hätten.

3) Bundesminister schnitt sodann Frage des Austauschs von Gewaltverzichts-erklärungen an. Wir hätten innerhalb der letzten 12 Monate bei den Russen ein gewisses Interesse an der Angelegenheit gefunden. Nachdem wir zunächst mit der Formel gearbeitet hätten, daß man auch bei der Verfolgung seiner Ziele in der Deutschland-Frage auf Anwendung von Gewalt oder Drohung mit Gewalt verzichte und Lösung dieses Problems mit ausschließlich friedlichen Mitteln anstrebe, sei nun der Gedanke aufgetaucht, die Einbeziehung Ostberlins durch die Formel „Sowjetunion oder ihre Verbündeten“ auszudrücken. Wir verfolgten diesen Gedanken weiter. Eine mögliche sowjetische Frage werde sein, ob wir denn auch für die fremden auf unserem Boden stationierten Truppen sprechen könnten. Auf eine solche Frage müßten wir zusammen mit unseren Verbündeten eine Antwort finden. Auf eine Zwischenfrage Rusks präzisierter Bundesminister, daß ein etwaiger alliierter Gewaltverzicht selbstverständlich Verteidigungspflichten hinsichtlich der NATO und Berlin unberührt lassen würde.

4) In der lebhaften Diskussion über unsere Deutschland- und Ostpolitik erhoben verbündete Außenminister nicht nur keine Bedenken gegen die Einbeziehung des anderen Teils Deutschlands in die Entspannung, sondern stimmten ausdrücklich zu und ermutigten uns, auf diesem Wege fortzufahren. Couve bezeichnete Antwort an Stoph als einen guten Brief, der einen wichtigen Schritt in unserer Deutschlandpolitik darstelle. Seine größte Bedeutung sei, daß Bundesregierung ihre Position gegenüber Ostberlin aktenkundig mache. Rusk fragte nach der Stellung der von uns ins Auge gefaßten Gesprächspartner mit Ostberlin. Bundesminister erwiderte, das hänge von Bedeutung des Verhandlungsgegenstandes ab. Man neige etwa dazu, einen Staatssekretär zu beauftragen. Wir wüßten, daß die doktrinäre Gruppe in der SED-Führung, die wie-

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 4686 f.

<sup>7</sup> Zur Konferenz der europäischen kommunistischen und Arbeiter-Parteien vom 24. bis 26. April 1967 vgl. Dok. 154.

der die beherrschende Stellung einnehme, es vorgezogen hätte, wenn wir den Stoph-Brief nicht beantwortet hätten. Dennoch werde unser Brief in Ostberlin genau gelesen werden.

Rusk warf Frage auf, ob man innerdeutsche Entspannung anlässlich nächster UNO-Vollversammlung<sup>8</sup> mit Gromyko diskutieren solle. Bundesminister äußerte, daß es genüge, wenn die Westmächte ihr positives Interesse zeigten. Brown fügte hinzu, man solle die Russen lediglich über deutsche und westliche Haltung unterrichten und dann abwarten, wie Argumente bei Russen wirkten. Auf Frage von Rusk, ob innerdeutsche Entspannung formell im Viererrahmen (also mit Russen) anhängig gemacht werden solle, äußerten Bundesminister und Brown Bedenken, denen sich Couve anschloß. Staatssekretär Schütz präzisierte, daß unsere innerdeutsche Kontaktpolitik nicht in Gebiete einzudringen gedenke, die der Verantwortung der vier Mächte vorbehalten seien.

Rusk faßte amerikanischen Standpunkt zusammen, indem er unsere Politik als konstruktiv bezeichnete. Sie gründe sich auf die Überzeugung, daß das Nationalgefühl des deutschen Volkes in beiden Teilen Deutschlands lebendig sei. Es sei wichtig und gut, daß unsere Politik immer einen Schritt dem östlichen Lager vorangehe.

Brown berichtete sodann ausführlich über seine Erfahrungen in Moskau, wo er die deutsche Frage mehrfach angeschnitten habe.<sup>9</sup> Im Vergleich zu seiner früheren Reise<sup>10</sup> hätten die Sowjets bei seinem Besuch vor einem Monat ihre antideutschen Tiraden nur noch gemäßigt vorgetragen. Der Tenor ihrer Reden sei gewesen: wir sind nicht so optimistisch wie der britische Außenminister, aber wir wollen warten und sehen, welche Resultate Bonner Politik haben wird.

II. Nach einer weitgehend spekulativen Erörterung über die Möglichkeit, ob in der Moskauer Führung eine harte und eine weiche Gruppe über Deutschland- und Nahost-Fragen rivalisiere, schnitt Bundesminister als zweites Thema „Sicherung Berlins in einer Phase ohne äußere Bedrohung“ an. Die Lage in Berlin habe sich im Laufe der Zeit verschlechtert, nicht so sehr wirtschaftlich wie psychologisch. Es sei notwendig, neue Programme für die Erhaltung der Lebensfähigkeit Berlins zu konzipieren. Er denke daran, daß West-Berlin einen Berliner Ausschuß einrichte, der sich Gedanken über eine Aktivierung des Berliner Lebens machen solle.<sup>11</sup> Die Bundesregierung solle in diesen Ausschuß Berater entsenden. Er würde es für zweckmäßig halten, wenn die drei Westmächte ebenfalls Interesse an einem solchen Unternehmen zeigten.

<sup>8</sup> Die 5. Sondersitzung der UNO-Generalversammlung fand vom 17. Juni bis 5. Juli und vom 12. bis 21. Juli 1967 statt. Vgl. dazu YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1967, S. 191–224.

<sup>9</sup> Der britische Außenminister hielt sich vom 24. bis 26. Mai 1967 in der UdSSR auf. Gegenüber Bundesminister Brandt erklärte er am 13. Juni 1967, „in seinen Moskauer Gesprächen seien die Russen Deutschland gegenüber viel weniger starr gewesen als seit langem“. Vgl. VS-Bd. 10089 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Der britische Außenminister hielt sich vom 23. bis 25. November 1966 in Moskau auf. Vgl. dazu AAPD 1966, II, Dok. 388.

<sup>11</sup> Am 22. Juni 1967 regte Ministerialdirigent Sahm an, über Staatssekretär Schütz anzufragen, „ob der Herr Minister bereits konkrete Vorstellungen bezüglich des ‚Ausschusses‘ hat“. Dazu notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnold am 26. Juni 1967 handschriftlich: „Ich habe die Angelegenheit mit dem H[errn] St[aa]ts[S]ekretär besprochen. Die Initiative soll bei Berlin liegen. Wir sollen uns aber ‚auf den üblichen Kanälen‘ (Meichsner) bald nach dem Stand der Angelegenheit erkundigen.“ Vgl. VS-Bd. 4135 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.



Rusk regte an, Berlin mehr als bisher für internationale Tagungen heranzuziehen. Auf einen Einwurf Browns präzierte Bundesminister, daß diese begrüßenswerte Idee sich selbstverständlich nicht auf politische Konferenzen beziehe. Der Anregung Rusks, der Bundesminister solle seinen Vorschlag den drei verbündeten Botschaftern<sup>12</sup> in Bonn näher erläutern, wurde nicht widersprochen. Brown legte jedoch Wert darauf, daß auch die drei Westmächte für sich über Initiativen in dieser Richtung Überlegungen anstellten.

III. Die Frage eines Kommuniqués über das Vierertreffen wurde nicht erörtert. Unsere Hauptanliegen (Verständnis für unsere Kontaktpolitik als innerdeutschen Vorgang sowie Bedeutung der Lebensfähigkeit Berlins) werden im Schlußkommuniqué der NATO-Ministerratssitzung Berücksichtigung finden.<sup>13</sup>

[gez.] Schütz

VS-Bd. 897 (II A 7)

## 220

### Botschafter Grewe, z.Z. Luxemburg, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-13077/67 geheim  
Fernschreiben Nr. 80  
Delegationsbericht Nr. 24  
Cito

Aufgabe: 14. Juni 1967, 21.00 Uhr  
Ankunft: 14. Juni 1967, 23.33 Uhr

Betr.: Außenministerkonferenz der NATO in Luxemburg am 13./14. Juni 1967

I. 1) Zentrales Thema der politischen Aussprache in der Ministerkonferenz der NATO war die Nahost-Krise.

Alle Außenminister betonten übereinstimmend die Notwendigkeit, zu einer stabilen Friedensregelung im Nahen Osten zu gelangen. Es bestand Übereinstimmung, daß eine offene Parteinahme für eine der beiden Seiten nicht im Interesse der NATO-Staaten liege. Im einzelnen zeigten sich jedoch beträchtliche Nuancen in den Ansichten über den konkreten Inhalt einer möglichen Friedensregelung und über die Aussichten und die Mittel und Wege, zu einer Friedensregelung zu gelangen.

Der niederländische Außenminister Luns trat am nachdrücklichsten für die

<sup>12</sup> George C. McGhee (USA), Sir Frank K. Roberts (Großbritannien) und François Seydoux de Clausonne (Frankreich).

<sup>13</sup> Im Kommuniqué wurde dazu festgestellt: Die Minister „begrüßten die Bemühungen der Bundesregierung um stärkere menschliche, wirtschaftliche und kulturelle Kontakte zwischen beiden Teilen Deutschlands und waren übereinstimmend der Auffassung, daß dieser innerdeutsche Vorgang als wichtiger Beitrag zu den Bemühungen um eine Entspannung in Europa anzusehen ist. Bezüglich Berlins stimmten die Minister überein, daß die Sicherung der Lebensfähigkeit dieser Stadt besondere Aufmerksamkeit erfordert.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 370.

Wahrung der Interessen Israels, der türkische Außenminister<sup>1</sup> für die arabischen Staaten ein.

2) Es bestand weitgehend Übereinstimmung darüber, daß folgende Fragen geklärt werden sollten:

a) Die Sicherung der Existenz des Staates Israels und seiner Grenzen. Lediglich der niederländische Außenminister Luns forderte eine förmliche Anerkennung des Staates Israels durch die arabischen Länder. Der britische Außenminister forderte die Garantie der Grenzen Israels durch die vier ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates<sup>2</sup>. Er trat ebenso wie der Außenminister Kanadas<sup>3</sup> für eine militärische Präsenz der Vereinten Nationen auf beiden Seiten der Grenze ein.

b) Freie Benutzung des Golfs von Akaba und möglichst auch des Suez-Kanals durch Israel.

c) Die Frage der arabischen Flüchtlinge.

d) Ost-West-Absprachen über Waffenlieferungen in den Nahen Osten.

Die Bedeutung dieses Problems wurde besonders von den Außenministern der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Kanadas unterstrichen. Rusk äußerte sich dabei höchst skeptisch über die Aussichten, die Sowjetunion an einer solchen Absprache zu interessieren.

3) Meinungsverschiedenheiten ergaben sich in der Beurteilung der Möglichkeiten einer amerikanisch-sowjetischen Zusammenarbeit zur Regelung der Probleme des Nahen Ostens.<sup>4</sup> Rusk äußerte sich besonders skeptisch und bezweifelte, daß die Sowjetunion zu einer solchen Zusammenarbeit bereit sein werde. Die Außenminister Dänemarks und Kanadas zeigten sich optimistischer und betonten die Notwendigkeit, zu einer Übereinstimmung mit der Sowjetunion zu gelangen. Der britische Außenminister vertrat die Ansicht, daß die vier ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates eine Lösung der Nahost-Krise suchen sollten.

Auch der französische Außenminister<sup>5</sup> war der Ansicht, daß die beteiligten Großmächte und die Staaten, die traditionelle Interessen im Nahen Osten hätten, zu einem Übereinkommen gelangen müßten, das ein dauerhaftes Gleichgewicht der Kräfte in diesem Bereich gewährleiste.

4) Die wichtige Rolle der Vereinten Nationen bei der Lösung der Nahost-Krise wurde von allen Außenministern betont. Einige Minister, vor allem Rusk und Martin, wiesen jedoch darauf hin, daß durch den übereilten Rückzug der UNO-Streitkräfte<sup>6</sup> und durch die Inaktivität des Sicherheitsrates vor Ausbruch der Feindseligkeiten das Prestige der Vereinten Nationen erheblich beeinträchtigt

<sup>1</sup> Ihsan Sabri Çağlayangil.

<sup>2</sup> Ständige Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats waren: USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich und die Republik China (Taiwan).

<sup>3</sup> Paul Martin.

<sup>4</sup> Zur Möglichkeit einer Zusammenarbeit von USA und UdSSR bei der Lösung der Nahost-Krise vgl. Dok. 201 und Dok. 208.

<sup>5</sup> Maurice Couve de Murville.

<sup>6</sup> Zum Rückzug der Truppen der „United Nations Emergency Force“ (UNEF) am 19. Mai 1967 vgl. Dok. 181, Anm. 3.

sei. Allgemein bestand die Auffassung, daß der sowjetische Vorschlag, die Generalversammlung der VN anstelle des Sicherheitsrates mit der Krise zu befassen<sup>7</sup>, die Situation kompliziere.

5) Die Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Kanadas wiesen auf die Notwendigkeit hin, Israel zur Mäßigung in seinen Forderungen zu raten. Der schnelle Sieg über die Araber habe eine bedenkliche Stimmung der Euphorie in Israel geschaffen.

6) Bemerkenswert war die sehr pessimistische Beurteilung der Situation durch Rusk.<sup>8</sup> Er betonte, daß durch den Krieg jeder verloren und keiner gewonnen habe. Dies gelte auch für Israel, das durch die Demütigung seiner arabischen Nachbarn die Chancen einer langfristigen Normalisierung seines Verhältnisses zu seinen Nachbarn erheblich vermindert habe. Er wies darauf hin, daß die Möglichkeiten der Weltmächte, auf die arabischen Staaten einzuwirken und eine Friedensregelung herbeizuführen, sehr beschränkt seien. Eine Friedensregelung setze ein gewisses Einvernehmen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn voraus und könne nicht von außen oktroyiert werden. Dieser Gesichtspunkt wurde auch von den Außenministern Kanadas und der Türkei sowie von Bundesminister Brandt hervorgehoben.

Der französische Außenminister bezeichnete die Analyse der Situation durch Rusk als zutreffend. Er war ebenfalls pessimistisch in bezug auf die Aussichten, in absehbarer Zeit eine dauerhafte Lösung zu finden. Er warnte vor der Gefahr, daß die Nahost-Krise zu neuen und sehr ernstesten Konfrontierungen von Ost und West führen könne, da künftig die arabischen Staaten im östlichen Lager und Israel auf westlicher Seite stehen würden.

7) Die Außenminister Norwegens<sup>9</sup>, Italiens, Frankreichs und Kanadas unterstrichen die Notwendigkeit von Sofort-Maßnahmen zur Linderung der Flüchtlingsnot.

8) Bundesminister Brandt erklärte, Israel müsse in die Lage versetzt werden, ohne die ständige Bedrohung seiner Existenz von außen zu leben. Andererseits müßten wir den arabischen Staaten, insbesondere den gemäßigten arabischen Staaten, klarmachen, daß wir bereit sind, mit ihnen auf der Grundlage der Gleichheit und Gerechtigkeit zusammenzuarbeiten. Die deutsche Regierung sei bereit, mit ihren Verbündeten zusammenzuarbeiten, um eine gerechte und dauerhafte Lösung der Probleme des Nahen Ostens zu erreichen.

9) In einer auf die Außenminister mit wenigen Mitarbeitern beschränkten Sondersitzung wurde erörtert, wie der sowjetische Antrag auf Einberufung der VN-Vollversammlung beurteilt werden sollte. Während Übereinstimmung bestand, daß es mehr im Interesse der Sache liegen würde, wenn die weitere Be-

<sup>7</sup> Vgl. dazu Dok. 217, Anm. 3.

<sup>8</sup> In einem Gespräch mit Bundesminister Brandt am 13. Juni 1967 unmittelbar vor Beginn der NATO-Ministerratstagung in Luxemburg erklärte der amerikanische Außenminister zum Nahost-Konflikt, „die amerikanische Regierung habe nicht mit dem Austausch von Feindseligkeiten zu dem gegebenen Zeitpunkt gerechnet, da ihr beide Seiten versichert hätten, daß sie keinen Krieg beginnen würden. Jetzt habe man erst den Anfang hinter sich, langandauernde Schwierigkeiten stünden bevor. Eine amerikanisch-russische Zusammenarbeit habe sich nur in sehr beschränktem Sinn ergeben, nur kurz gedauert und sich nur auf die Frage der Feuereinstellung bezogen.“ Vgl. VS-Bd. 10089 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> John Daniel Lyng.

handlung der Nahost-Fragen in den Händen des Sicherheitsrates bleibt, wurde doch anerkannt, daß keine Aussicht bestünde, die Einberufung der Vollversammlung zu verhindern. Frankreich vertrat die Auffassung, man solle sich mit guter Miene dem Unvermeidlichen beugen; Portugal wird für Einberufung der Vollversammlung stimmen.

Im übrigen herrschte eine gewisse Ratlosigkeit, wie man auf den Lauf der Dinge Einfluß nehmen könne.<sup>10</sup> Die Konsultationen sollen in New York fortgesetzt werden.

## II. Ost-West-Beziehungen und die Zukunft der Allianz

1) Alle Minister traten dafür ein, die Entspannungspolitik trotz der Verhärtung der sowjetischen Haltung in den letzten Monaten und der Belastung des Ost-West-Verhältnisses durch die sowjetische Parteinahme im Nahost-Konflikt fortzusetzen. Ferner bestand weitgehende Übereinstimmung, daß die politische und militärische Stärke und Geschlossenheit der Allianz eine wichtige Voraussetzung einer erfolgreichen Entspannungspolitik ist. Die Mehrzahl der Minister betonte, daß die grundsätzlichen Fragen der politischen und militärischen Entspannung in Europa kein Gegenstand bilateraler Verhandlungen sein könnten, sondern eine enge Abstimmung in der Allianz erforderten.

Der französische Außenminister wies darauf hin, daß es in der Haltung der verschiedenen Bündnispartner zur Entspannungspolitik keinen wesentlichen Unterschied gebe. Es komme jetzt nicht mehr darauf an, die Détente zu rechtfertigen, sondern sie zu praktizieren.

2) Fanfani schlug vor, daß die NATO-Staaten dem Ostblock nicht die Initiative in der Frage einer europäischen Sicherheitskonferenz überlassen sollten. Die Allianz sollte im Rahmen der Harmel-Studien prüfen, ob die NATO von sich aus eine europäische Konferenz vorschlagen sollte, in der außer Sicherheitsfragen auch Fragen der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung behandelt werden sollten.

Der belgische Außenminister<sup>11</sup> plädierte ebenfalls für die Prüfung der Möglichkeiten, ein regionales Sicherheitssystem in Europa zu schaffen. Die militärische Entspannung, die daraus resultiere, sei Voraussetzung für eine politische Entspannung und damit für die Lösung der deutschen Frage.

## III. Europa

1) Außenminister Brown betonte mit großem Nachdruck, daß Großbritannien nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, sondern in erster Linie aus politischen Erwägungen den europäischen Gemeinschaften beitreten m  chte. Die

<sup>10</sup> Im Kommuniqué zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Juni 1967 in Luxemburg wurde festgestellt: „In Übereinstimmung mit der Praxis gemeinsamer Konsultation hatten die Minister einen Gedankenaustausch über die Lage im Nahen Osten nach den Feindseligkeiten, die in diesem Gebiet erneut aufgeflammt sind. Sie nahmen mit Befriedigung davon Kenntnis, daß die Kampfhandlungen nunmehr eingestellt worden sind, und betonten die Dringlichkeit humanitärer Bemühungen, um die durch den Krieg verursachten Leiden zu mildern. Die Mitgliedsregierungen brachten ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, alle Bemühungen um die Herstellung eines dauerhaften Friedens in diesem Gebiet und eine Lösung der offenen Probleme im Geiste der Gerechtigkeit und im Einklang mit den legitimen Interessen aller Beteiligten zu unterstützen.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 370.

<sup>11</sup> Pierre Harmel.

britische Regierung halte es für unerlässlich, die politische Persönlichkeit Westeuropas zu stärken und damit einen Anfang zu einer europäischen Versöhnung im weiteren Rahmen zu schaffen. Ein starkes und geeintes Westeuropa sei Voraussetzung für größere Harmonie in Gesamteuropa. Auch innerhalb der atlantischen Allianz müsse Westeuropa eine eigene Rolle spielen.

Der dänische Ministerpräsident Krag erklärte ebenfalls, daß Europa vereinigt und stark sein müsse, um in der Welt eine größere Rolle spielen zu können.

2) Die Außenminister Belgiens und Norwegens befürworteten eine engere europäische Zusammenarbeit innerhalb der Allianz und traten dafür ein, in den Harmel-Studien Möglichkeiten einer entsprechenden Reorganisation der NATO zu prüfen.

3) Bundesminister Brandt bedauerte die politische Unterentwicklung Europas, die sich auch in der Mittel-Ost-Krise gezeigt habe. Es sei der ernstliche Wunsch der deutschen Regierung und des deutschen Volkes, zusammen mit Frankreich, Italien und den Benelux-Ländern die europäische Gemeinschaft zu erweitern und zu stärken.

#### IV. Deutschland-Politik

1) Bundesminister Brandt erläuterte die Politik der Bundesregierung in der Deutschlandfrage und in Osteuropa. Er unterrichtete den Rat davon, daß zur gleichen Stunde ein Brief des Bundeskanzlers an Stoph<sup>12</sup> übergeben werde. Diese Kontakte mit Ostberlin seien als eine innerdeutsche Angelegenheit zu betrachten und nicht mit völkerrechtlichen Maßstäben zu messen.

2) Die Ausführungen des Bundesministers fanden großes Interesse. Zahlreiche Minister begrüßten die deutsche Politik gegenüber Osteuropa und in der Deutschlandfrage, und sagten Unterstützung dieser Politik in ihren Kontakten mit sowjetischen und osteuropäischen Staatsmännern zu. Die Außenminister der Vereinigten Staaten, der Niederlande, der Türkei und Griechenlands<sup>13</sup> äußerten sich skeptisch über die Aussichten einer Wandlung in der sowjetischen Politik gegenüber Deutschland. Außenminister Brown erklärte dagegen, er habe nach seinen Gesprächen mit Gromyko<sup>14</sup> den Eindruck, daß die sowjetische Regierung die deutsche Politik mit Interesse verfolge und eine abwartende Haltung einnehme.

#### V. Vietnam

1) Außenminister Rusk legte ausführlich die amerikanische Vietnam-Politik dar. Er beklagte die völlige Intransigenz Hanois und bedauerte das mangelnde Verständnis bei einigen Allianz-Partnern für die amerikanische Politik in Vietnam. Wenn es einem der Verbündeten gelingen sollte, einen nordvietnamesischen Gesprächspartner zu präsentieren, sei er jederzeit bereit, mit ihm zu sprechen.

2) Die Außenminister Dänemarks und Norwegens und der isländische NATO-Botschafter<sup>15</sup> äußerten in offensichtlich aufeinander abgestimmten Erklärungen

<sup>12</sup> Zum Schreiben des Bundeskanzlers Kiesinger vom 13. Juni 1967 an den Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Stoph, vgl. Dok. 219, Anm. 4.

<sup>13</sup> Pavlos Economou-Gouras.

<sup>14</sup> Vgl. dazu Dok. 219, Anm. 9.

<sup>15</sup> Henrik S. Björnsson.

gen, sie hielten die Vietnam-Situation für ernster als die Lage im Nahen Osten. Man müsse sich die Frage stellen, ob die Fortsetzung der Luftangriffe auf Nord-Vietnam zweckmäßig sei.<sup>16</sup> Auch der kanadische Außenminister distanzierte sich merklich von der amerikanischen Politik in Vietnam, fügte jedoch hinzu, daß eine echte Diskussion über Vietnam in einem so großen Kreise, bei dem die Diskretion nicht sichergestellt sei, nicht möglich sei. Der französische Außenminister äußerte ebenfalls die Besorgnis seiner Regierung über die Entwicklung in Vietnam und ihre Auswirkungen auf Asien.

#### VI. Nichtverbreitung

Die Außenminister Dänemarks, Norwegens und Kanadas plädierten für den unverzüglichen Abschluß des NV-Vertrages. Bedenken und Sonderinteressen, auch wenn sie berechtigt seien, müßten zurückstehen. In einer Geheimsitzung der Außenminister erläuterte Rusk die neuen Formulierungen für einen gemeinsamen Vertragsentwurf, auf die sich die Co-chairmen<sup>17</sup> der Genfer Konferenz geeinigt haben.<sup>18</sup> Hierüber wurde bereits gesondert berichtet.<sup>19</sup>

VII. Über weitere Punkte der Tagesordnung (Harmel-Plan, technologische Zusammenarbeit) wird gesondert berichtet.<sup>20</sup>

[gez.] Grewe

VS-Bd. 897 (II A 7)

<sup>16</sup> Zu den Luftangriffen der USA gegen Ziele in der Demokratischen Republik Vietnam (Nordvietnam) vgl. Dok. 45, Anm. 3.

<sup>17</sup> Korrigiert aus: „der Co-chairman“.

William C. Foster (USA) und Alexej Alexandrowitsch Roschtschin (UdSSR).

<sup>18</sup> Für den Wortlaut des Entwurfs vom 7. Juni 1967 vgl. den Drahtbericht Nr. 506 des Botschafters von Keller, Genf (Internationale Organisationen), vom 12. Juni 1967; VS-Bd. 4094 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>19</sup> Am 14. Juni 1967 berichtete Botschafter Grewe, z. Z. Luxemburg, über eine Sitzung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten, auf der der amerikanische Außenminister Rusk bezüglich der Verhandlungen über ein Nichtverbreitungsabkommen erklärt habe, „daß die neuerliche Beweglichkeit der sowjetischen Verhandlungstaktik in keinem direkten Zusammenhang mit der Mittelostkrise steht, daß sie auch nichts mit der sowjetischen Deutschland- oder NATO-Politik zu tun habe, sondern von weltweiten Überlegungen bestimmt sei“. Bundesminister Brandt habe daraufhin betont, „die wichtigsten Probleme, die sich jetzt zur Diskussion stellten, beträfen EURATOM, dessen Stellung geschützt werden müsse, und das Revisionsverfahren – wobei wir keine Sympathie für Veto-Rechte hätten. Auf jeden Fall bestehe eine Interdependenz zwischen der Kontroll- und der Revisionsklausel, so daß jede Stellungnahme zu der einen die Formulierung der anderen berücksichtigen müsse.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 78; VS-Bd. 10081 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>20</sup> Am 14. Juni 1967 informierte Botschafter Grewe, z. Z. Luxemburg, über die Annahme des Berichts und der Entschließung zur internationalen technologischen Zusammenarbeit auf der NATO-Ministerratstagung: „In der kurzen Diskussion wies amerikanischer Botschafter auf die beträchtlichen Bemühungen der amerikanischen Regierung auf dem Gebiet der technologischen Zusammenarbeit hin. Amerikaner hätten Europa in beträchtlichem Ausmaß Informationen, Geld und personelle Hilfe zur Verfügung gestellt. Interesse europäischer Partner sei aber in letzter Zeit leider zurückgegangen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 82; VS-Bd. 897 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967. Für den Wortlaut der Entschließung vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 371 f.

## 221

### Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem iranischen Botschafter Malek

Z A 5-75.A/67 VS-vertraulich

15. Juni 1967<sup>1</sup>

Am 15. Juni 1967 empfing der Herr Bundeskanzler den Kaiserlich Iranischen Botschafter General Malek um 10.30 Uhr zu einem Gespräch.

Der Herr *Bundeskanzler* begrüßte seinen Gesprächspartner und bemerkte, die Demonstrationen, die es anlässlich des Besuches Seiner Majestät des Schahanschah<sup>2</sup> gegeben hätte, und die vor allem in Berlin<sup>3</sup> einen üblen Charakter angenommen hätten, täten ihm sehr leid.<sup>4</sup> Man habe mit solchen Ereignissen jedoch nicht rechnen können. In allen Ländern gebe es Gruppen solcher radikaler Elemente. Er sei über diese Ereignisse sehr verärgert und verletzt. Er wolle sein großes Bedauern darüber zum Ausdruck bringen und dem Herrn Botschafter versichern, daß man alles tun wolle, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Der *Botschafter* erwiderte, er habe sich die Freiheit genommen, die wertvolle Zeit des Herrn Bundeskanzlers in Anspruch zu nehmen, um diesen um Unterstützung zu bitten. Er habe ihn vom ersten Augenblick an als starke und weitzblickende Persönlichkeit schätzen gelernt. Der Herr Bundeskanzler habe bestimmt genügend von den Demonstrationen gehört. Seine Majestät der Schah habe in seiner großzügigen Haltung sich dazu nicht geäußert, es sei jedoch bekannt, daß er unter den Demonstrationen sehr gelitten habe als ein Mann, der, wie sein Vater<sup>5</sup> schon, immer die deutschen Interessen in Betracht gezogen hätte. Alle verantwortlichen Persönlichkeiten des Iran und auch das iranische Volk hätten die Ereignisse sorgfältig verfolgt und seien darüber sehr traurig. Allgemein erwarte man eine persönliche Stellungnahme des Herrn Bundeskanzlers. Er persönlich sei mehr als andere Leute traurig über die Vorkommnisse und fühle sich verantwortlich, denn er habe alles getan, um den Wunsch des Protokolls zu erfüllen, Seine Majestät zu einem Besuch in Berlin zu veranlassen, nachdem Seine Majestät und die iranische Regierung diesen Besuch zuerst abgesagt hätten. Herr Botschafter Dr. Schwarzmann sei sein

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Merten am 16. Juni 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Schah Mohammed Reza Pahlevi besuchte vom 27. Mai bis 4. Juni 1967 die Bundesrepublik. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kiesinger am 28. Mai 1967 vgl. Dok. 187.

<sup>3</sup> Anlässlich des Aufenthalts von Schah Mohammed Reza Pahlevi am 2./3. Juni 1967 in Berlin (West) kam es zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei, bei denen der Student Benno Ohnesorg erschossen wurde. Der Senat von Berlin erließ daraufhin ein Demonstrationsverbot. Vgl. dazu den Artikel „Albertz: Wir lassen uns nicht terrorisieren“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 127 vom 5. Juni 1967, S. 1.

<sup>4</sup> Bereits am 3. Juni 1967 erklärte der Chef des Presse- und Informationsamtes, von Hase, daß die Bundesregierung die „Ausschreitungen in Berlin“ bedauere: „Sie sind geeignet, ein völlig falsches Bild von den Gefühlen zu geben, die das deutsche Volk gegenüber dem Iran empfindet. Es sind dies Gefühle der Freundschaft und des Vertrauens [...]. Niemandem wird in der Bundesrepublik das Recht zu Demonstrationen bestritten. Aber Demonstrationen und Proteste hätten ein Mindestmaß an Würde und Vernunft einhalten und die einem offiziellen Gast des Bundespräsidenten und der Bundesrepublik schuldige Gastfreundschaft achten müssen.“ Vgl. BULLETIN 1967, S. 508.

<sup>5</sup> Schah Reza Khan Pahlevi.

Zeuge dafür, daß er alles getan habe, diesem Wunsch der deutschen Regierung in jeder Beziehung nachzukommen.

Er halte sich für das Geschehene verantwortlich. Diese Verantwortung liege um so schwerer auf seinen Schultern, als er als alter Freund Deutschlands hierher entsandt worden sei, um die Beziehungen zwischen beiden Ländern noch zu vertiefen. Er habe seinen Beruf als hoher Offizier aufgegeben, um sich dieser Pflicht zu widmen. Seine Majestät habe ihn seinerzeit für diese Pflicht auserlesen. Seine Majestät sei davon ausgegangen, daß er in Deutschland mehr Möglichkeiten vorfände als andere Persönlichkeiten. Noch bevor er ein diplomatisches Amt übernommen habe, sei er mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden. Viele Deutsche wüßten auch, daß er in der deutschen Armee gedient habe. Die letzte freundschaftliche Pflicht, die er vor seiner Entsendung nach Deutschland erfüllte, habe darin bestanden, daß er verhindert habe, daß die Fahne der DDR bei den Geburtstagsfeierlichkeiten vor Seiner Majestät und dem Publikum vorbeigetragen wurde. Der deutsche Botschafter in Teheran<sup>6</sup> könne dieses bezeugen. Sein Land erwarte von ihm mehr als von einem üblichen Botschafter. Trotz aller dieser Voraussetzungen habe er hier leider nicht die erwarteten Erfolge gehabt. Es tue ihm leid, daß er trotz aller seiner Maßnahmen nicht zu einem Ergebnis gelangt sei.

Der Herr Bundeskanzler möge ihm gestatten, einige Beispiele anzuführen: Zur Verhinderung der politischen Aktivität einer der Rädelsführer bei den Demonstrationen habe er seit seiner Ankunft<sup>7</sup> fünf Verbalnoten<sup>8</sup> mit Warnungen über Herrn Massali an das Auswärtige Amt gerichtet und habe darum gebeten, die bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten gegen diesen Mann auszunutzen.<sup>9</sup> Er habe mehrfach Herrn MD Dr. Thierfelder persönlich in dieser Sache aufgesucht; viele Kollegen im Auswärtigen Amt seien über diese Schritte unterrichtet. Es sei jedoch nichts geschehen, obgleich es gesetzliche Möglichkeiten gebe, die politische Aktivität dieses Mannes zu verhindern. Herr Botschafter Dr. Bach habe selbst miterlebt, wie aktiv dieser Mann bei den Demonstrationen gewesen sei.

Auch auf die Tätigkeit eines anderen Provokateurs, Herrn Nirumand, habe er rechtzeitig hingewiesen. Als dieser sein Buch „Persien – Modell eines Entwicklungslandes“<sup>10</sup> veröffentlichte, habe er die Aufmerksamkeit des Auswärtigen Amts mit einer Verbalnote darauf gelenkt, daß dieser Mann, durch die Veröffentlichung des Buches, mit negativen Vorbereitungen zum Staatsbesuch beschäftigt sei.<sup>11</sup> Er habe sofort, nachdem er erfahren habe, daß Herr Nirumand

<sup>6</sup> Franz Josef Bach.

<sup>7</sup> Mozaffar Malek war seit dem 13. November 1965 Botschafter des Kaiserreichs Iran in Bonn.

<sup>8</sup> Vgl. Anm. 19.

<sup>9</sup> Am 8. August 1967 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher der Botschaft in Teheran mit: „Dem iranischen Staatsangehörigen Hassan Massali war bereits zu einem früheren Zeitpunkt aufgegeben worden, Äußerungen und Handlungen zu unterlassen, die die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Iran beeinträchtigen könnten.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 2730; Referat V 4, Bd. 1073.

<sup>10</sup> Bahman NIRUMAND, Persien. Modell eines Entwicklungslandes oder die Diktatur der Freien Welt. Nacherinnerung von Hans Magnus Enzensberger, Reinbek 1967.

<sup>11</sup> Zur Verbalnote vom 8. März 1967 vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse von Oidtman vom 26. Juni 1967; Referat V 4, Bd. 1210.



ein Podiumsgespräch in der Freien Universität zwischen dem 1. und dem 3. Juni, also in der Zeit des Staatsbesuches in Berlin, veranstalten wolle, das Auswärtige Amt telephonisch davon unterrichtet. Es sei jedoch nichts erfolgt, bis die Atmosphäre durch die Veröffentlichung des Buches, durch das Podiumsgespräch u. a. Aktivitäten so vergiftet worden sei, daß häßliche Demonstrationen wie in Berlin zustande gekommen seien.

Ferner habe er schon anlässlich seiner Vorstellungsbesuche in Gesprächen mit der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes die Aufmerksamkeit dieser Abteilung auf die Aktivität eines Mörders, Schwerverbrechers und Vaterlandsverrätters namens Khosrow Ghashgai gelenkt, der im Iran eine kriminelle Vergangenheit habe. Er habe erklärt, daß die Tätigkeit dieses Mannes darin bestehe, Aufstände im Iran vorzubereiten und von Deutschland in China ausgebildete Kommunisten und Partisanenführer nach dem Iran zu schicken, um dort Kleinkrieg zu führen und gegen die Bodenreform zu agitieren. Man habe die Tätigkeit dieses Mannes jedoch nicht unterbunden und ihm vor drei Monaten in München Asylrecht gewährt. Dieser Mann habe stolz und sicher die Demonstrationen von unten her ermutigt.

Anlässlich der Vorbereitungen des Staatsbesuches hätten die deutschen Sicherheitsbeamten stets versichert, daß in München und Berlin nichts geschehen würde. Als alter Offizier habe er am Vormittag des 2. Juni vor dem Opernplatz in Berlin einen Aufklärungsspaziergang gemacht und den Berliner Polizeipräsidenten<sup>12</sup> persönlich gebeten, diesen Platz wegen seiner kleinen Flächenausdehnung doch zu sperren und einige Fahrzeuge dort stehenzulassen, um eventuelle Demonstranten fernhalten zu können, wie dies ja auch nach dem Skandal geschehen sei. Der Polizeipräsident habe auf diese Bitte gleichgültig reagiert und gesagt, daß alles geschehe, was erforderlich sei. Er habe alles in seiner Macht Stehende getan, um mit seinen deutschen Kollegen zusammenzuarbeiten. Leider sei aber geschehen, was nicht geschehen sollte. Er habe die Absicht, ausführlich und schriftlich seine Bitten noch einmal bei Herrn Staatssekretär Schütz vorzutragen. Heute sei er zu dem Herrn Bundeskanzler gekommen, um diesen zu bitten, strenge Anweisungen für die gesetzliche Bestrafung der Urheber dieser unerwarteten Haltung der Demonstranten zu erteilen. Er sei sicher, daß eine solche Maßnahme auch im deutschen Interesse im Hinblick auf künftige Staatsbesuche liege. Er sei auch sicher, daß der Herr Bundeskanzler ihm zu seinem Recht verholfen hätte, wenn dieser gesehen oder gehört hätte, was diese Demonstranten getan oder gesagt haben. Er persönlich sei von vier Tomaten getroffen worden, so daß er an der Opernaufführung in Berlin nicht habe teilnehmen können. Er habe jedoch, um weitere Schwierigkeiten zu vermeiden, darüber kein Wort verloren.

Seine Regierung erwarte die Erfüllung dieses Wunsches so sehr, daß sie daran denke, falls nötig, einen Sonderbotschafter nach Deutschland zu entsenden. Er selbst sei der Auffassung, daß, wenn man ihm keine Chance gebe, den Wunsch seiner Regierung zu erfüllen, er um seine Entlassung bitten müsse.

Er sei sicher, daß eine Antwort des Herrn Bundeskanzlers auf die von ihm angeschnittenen Fragen sehr beruhigend wirken könnte. Schließlich könne man

<sup>12</sup> Erich Duensing.

nicht akzeptieren, daß kleine Gruppen solche Vorfälle inszenierten. Man wisse im Iran, daß diese Demonstrationen nicht der Meinung des deutschen Volkes entsprechen. In der Welt werde aber nicht von den Sympathiebezeugungen des deutschen Volkes berichtet; von überallher kämen Telegramme, die über diese Gruppendemonstrationen berichteten.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, er habe zu diesen Vorfällen bisher nur einmal öffentlich Stellung genommen. Anlässlich seiner Wahlreise durch Niedersachsen habe man Spruchbänder gezeigt, auf denen zu lesen war, es gelte, die persische Despotie zu morden.<sup>13</sup> Er habe diesen Demonstranten gesagt, er vermute, daß sie nicht einmal wüßten, wo der Iran läge, geschweige denn etwas über die Lage dieses Landes aussagen könnten. Er sei der Auffassung, daß das Problem sich einfacher gestalte, wenn nicht der Student Ohnesorg getötet worden wäre. Dieser Todesfall überschatte mittlerweile alle anderen Ereignisse. Professoren und Studenten aller Universitäten, wenngleich in der Minderzahl, hätten sich nunmehr in die Debatte um diesen bedauerlichen Todesfall eingeschaltet. Wahrscheinlich würden auch zu Recht Vorwürfe gegen den Polizeibeamten<sup>14</sup>, der Ohnesorg getötet habe, erhoben. In jedem Falle stehe diese Frage nunmehr im Vordergrund des allgemeinen Interesses.

Selbstverständlich wolle er Stellung beziehen und selbstverständlich wolle er veranlassen, daß man im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten gegen die Urheber der Demonstrationen einschreite. Dabei müsse man sich aber innerhalb der Rechtsordnung unseres Landes bewegen. Diese verbiete keine Demonstrationen, schütze aber wesentliche Werte. Er sei über die Schritte, die vor dem Staatsbesuch beim Auswärtigen Amt unternommen wurden, nicht informiert. Zweifellos hätten die in den Verbalnoten genannten Leute die Demonstrationen organisiert. Er könne versprechen, daß im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten alles geschehen solle, um die Schuldigen zu bestrafen. Dabei gelte es, die Überschneidung von Bundesrecht und Landesrecht zu beachten; man wolle jedoch auch mit dem bayerischen Justizminister<sup>15</sup> und dem Justizsenator Berlins<sup>16</sup> darüber reden.

Die ganze Angelegenheit habe allerdings auch eine politische Seite. Dabei ergebe sich für ihn die Frage, ob und wie man Stellung zu solchen politischen Ausfällen beziehen solle. Er sei der Auffassung, daß man die Angelegenheit nicht dramatisieren dürfe. Was sich in Berliner Studentenkreisen zur Zeit zeige<sup>17</sup>, könne auch in anderen Ländern geschehen. Überall gebe es solche radi-

<sup>13</sup> Am 2. Juni 1967 hielt Bundeskanzler Kiesinger in Nordhorn die letzte seiner insgesamt 14 Wahlkampfveranstaltungen für die Landtagswahlen in Niedersachsen ab. Vgl. dazu den Artikel „Bonn erwartet Rückwirkungen der Niedersachsen-Wahl“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 126 vom 3. Juni 1967, S. 3.

<sup>14</sup> Karl-Heinz Kurras.

<sup>15</sup> Philipp Held.

<sup>16</sup> Hans-Günter Hoppe.

<sup>17</sup> Dazu notierte Staatssekretär Lahr seine Eindrücke: „Ganz schlimm kam es in Berlin. Die dortigen iranischen Studenten – wir haben davon etwa 6000 in der Bundesrepublik (seltsamerweise sind etwa ein Viertel aller unserer ausländischen Studenten Iraner), vielfach Söhne reicher Familien, die bei den Reformen des Schahs Haare lassen mußten – hatten gegen den ‚reaktionären‘ Schah die deutschen Kommilitonen aufgehetzt, und diese hatten sich aufhetzen lassen. [...] Es kam zu wüsten Ausschreitungen echter und unechter Studenten; vor der Deutschen Oper attackierte ein rabiaten Haufen die Gäste mit unflätigen Beschimpfungen, Tomaten und faulen Eiern. In schweren

kalen Gruppen. In Deutschland sei es am schlimmsten in Berlin, wo weder der Senat noch die Universitätsbehörden mit diesen Leuten fertig werden könnten. Eine andere Frage sei die Berichterstattung in der deutschen Presse. Er habe sich sehr darüber geärgert, daß man in der Presse nicht stärker gegen die Vorkommnisse protestiert habe. Aber auch hier gelte, daß der Fall Ohnesorg alles überschatte.

Er sei dahingehend informiert, daß der Herr Bundespräsident bereits ein Schreiben an Seine Majestät den Schah gerichtet habe. Er wolle ebenfalls ein persönliches Schreiben nach Teheran senden<sup>18</sup> und auch noch vor der Presse Stellung zu den Vorfällen nehmen.

Der *Botschafter* erwiderte, daß vor allem das deutsche Fernsehen in sehr negativer Weise berichtet habe. Die Berichterstattung der Presse sei objektiver gewesen. Er erlaube sich noch einmal, die Bitte vorzutragen, gegen die von ihm bezeichneten Persönlichkeiten im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten vorzugehen. Der erste von ihm genannte Mann sei Inhaber eines deutschen Fremdenpasses. Wer aber in Deutschland einen solchen Paß habe, dürfe nach der deutschen Gesetzgebung gar keine politische Tätigkeit ausüben. Von dem zweiten Mann, den er genannt habe, könne er als Kenner der Verhältnisse seines Landes sagen, daß dieser Mann seit seiner Jugendzeit mehr als 20000 Leute getötet habe. Er habe im Zweiten Weltkrieg, als sich nach der Schlacht von Stalingrad abzeichnete, daß Deutschland den Krieg verlieren würde, deutsche Agenten an die Engländer verkauft, seine Familie habe jeden Fortschritt im Lande verhindern wollen, um in einer Provinz die Macht alleine ausüben zu können. Seine Majestät der Schah habe ihn ausgeschaltet. Man wisse, daß dieser Mann versucht habe, von Nasser Waffen zu bekommen, um im Iran Kleinkrieg zu betreiben. Er werde den ganzen „background“ dieses Mannes den zuständigen Stellen des Auswärtigen Amts noch einmal vortragen. Seine Bitte laute, das ihm gewährte Asylrecht dann zu widerrufen, wenn eine Überprüfung der Vorwürfe gegen ihn ergeben sollte, daß diese zu Recht bestehen.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er könne versprechen, daß man sich dem ganzen Komplex sorgfältig zuwenden wolle. Er werde mit dem Auswärtigen Amt und auch mit dem Justizministerium darüber sprechen. Er wolle veranlassen, daß so schnell wie möglich geprüft werde, was man mit diesen Leuten tun könne. Er wolle seine ganze Autorität daran setzen, daß die Schuldigen zur Verantwortung gezogen würden und Seiner Majestät dem Schah Genugtuung widerfahre.

Er wolle noch einmal betonen, daß man die ganzen Vorfälle im Iran nicht zu ernst nehmen solle. Er bedaure des weiteren, daß ein so erprobter Freund

*Fortsetzung Fußnote von Seite 914*

Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten kam ein Student ums Leben. Die Asphaltpresse tat das ihrige, indem sie wie schon bisher das Ehe- und Liebesleben des Staatsgastes eingehender Betrachtung unterzog. In keinem anderen Land hat es eine solche Mißachtung des Gastrechts gegeben.“ Vgl. LAHR, Zeuge, S. 467.

<sup>18</sup> Am 24. Juli 1967 teilte Bundeskanzler Kiesinger Schah Mohammed Reza Pahlevi folgendes mit: „Ich habe es zutiefst bedauert, daß Ihr Besuch in Deutschland, den meine Regierung und die deutsche Bevölkerung herzlich und dankbar begrüßt haben, durch Demonstrationen einer kleinen Minderheit überschattet wurde. Ich versichere Euerer Majestät, daß ich alles daran setzen werde, um zu verhindern, daß aus diesen Vorfällen eine Trübung der Verhältnisse zwischen unseren Ländern entstehen wird.“ Vgl. Referat V 4, Bd. 1210.

Deutschlands wie der Herr Botschafter in besonderer Weise davon betroffen sei. Solche Ereignisse könnten aber überall eintreten, auch beispielsweise in den USA. Der Radikalismus gewisser durch Agenten aufgeputschter Studenten stelle eine internationale Krankheit dar. Er bedaure, daß diese sich in Deutschland gerade beim Besuch Seiner Majestät des Schahs gezeigt habe. Die Vorfälle gäben jedoch nicht die Haltung des deutschen Volkes wieder.

Vielleicht seien auch Fehler begangen worden, wie mit der nicht rechtzeitigen Sperrung des Platzes vor der Berliner Oper. Im allgemeinen seien die deutschen Sicherheitsbehörden jedoch sogar ob ihres zu guten Willens getadelt worden. In einem Lande wie Deutschland sei es schwer, Demonstrationen zu verhindern. Auch er habe solche demonstrierenden Burschen in Berlin schon erlebt. Es handle sich dabei um radikalisierte Elemente, die einfach gegen alles demonstrieren. Man könne sie als Rowdies bezeichnen. In Deutschland gebe es auch Literaten, die den Geist dieser Leute noch schürten. Ein Gleiches zeige sich aber auch in anderen Ländern. In jedem Falle könne man sagen, daß die Vorfälle beim Besuch Seiner Majestät nicht repräsentativ für die Haltung der deutschen Öffentlichkeit seien. Er sei bereit, den Herrn Botschafter in seinen Bestrebungen durchaus zu unterstützen. Er bedaure, daß er die Unterlagen, die dieser ihm heute überreicht habe, nicht vor Beginn des Besuchs gekannt habe.<sup>19</sup> Er wolle auch bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit öffentlich Stellung nehmen.

Der *Botschafter* wies darauf hin, daß die Berichterstattung in Presse und Fernsehen mehr die Interessen des eigenen Landes im Auge haben müsse. Man solle keine Gelegenheit zu Propaganda gegen Deutschland geben. In diesem Zusammenhang könne sonst der Vorwurf erhoben werden, fremde Staatsoberhäupter seien in Deutschland nicht geschützt. Schließlich verfolgten die Demonstranten doch das Ziel, im Iran eine Regierung an die Macht zu bringen, welche 24 Stunden nach ihrem Zusammentritt die DDR anerkennen würde. Er habe sich auch sehr darüber gewundert, daß im deutschen Fernsehen ein Polizeibeamter berichtet habe, man habe ihn dazu angehalten, das Publikum zum Beifallklatschen zu zwingen.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, in einer Demokratie wie in Deutschland mit einer so weitgehenden Pressefreiheit müsse man einiges in Kauf nehmen. Eine Zensur könne man nicht ausüben. Er wolle aber veranlassen, daß alles geschehe, was geeignet sei, Genugtuung zu verschaffen. Er persönlich bedaure die Vorkommnisse um so mehr, als er eine große Achtung vor dem Werk Seiner Majestät des Schahs hege. Seine eigene Begegnung mit Seiner Majestät sei in der allerbesten Atmosphäre verlaufen. Deshalb fühle er sich persönlich auch

<sup>19</sup> Der iranische Botschafter Malek übergab eine Note vom 13. Juni 1967 sowie Abschriften von insgesamt sechs Verbalnoten, die dem Auswärtigen Amt bereits ausgehändigt worden waren. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Wilke vom 23. Juni 1967; VS-Bd. 2571 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967. Für den Wortlaut der Note vom 13. Juni 1967 vgl. Referat V 4, Bd. 1210. Zur iranischen Note erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Jahn, am 8. September 1967 vor dem Bundestag: Die iranische Botschaft hat „in allgemeiner Form darum gebeten, daß gegen offensichtlich schwer beleidigende Aktionen von Demonstranten entsprechende Schritte unternommen werden. Ein förmliches Strafverlangen [...] liegt nach Auffassung der Bundesregierung hierin nicht, da die Vorgänge, deretwegen Schritte erbeten werden, nicht im einzelnen bezeichnet sind.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 64, S. 6078.

tief verletzt und beschämt ob der Vorkommnisse, die von einem Bodensatz übler Elemente inszeniert worden seien. Solche Leute gebe es nun einmal in jeder Demokratie. Die Vorfälle seien allerdings auch eine Lehre für die Zukunft. Man werde prüfen, wie man sich in der Zukunft zu verhalten habe.

Der *Botschafter* betonte noch einmal, daß er darum bitte, in den drei Fällen, die er genannt habe, Schritte zu unternehmen. Niemand könne kritisiert werden, wenn man den genannten Leuten das Asylrecht entziehe. Wenn diese Leute hier bestraft werden könnten, und zwar im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten, würde das einen sehr guten Eindruck im Iran hinterlassen. Er sage dies nicht nur als iranischer Botschafter in Bonn, sondern auch als Botschafter des deutschen Volkes bei seinem eigenen Volk. Er selbst habe bereits deutsche Presseberichte, welche die Vorfälle verurteilten, nach Teheran und nach Paris geleitet. Er wolle alles tun, um die Atmosphäre zu entspannen.<sup>20</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* legte dar, er wolle heute noch über diese Fragen mit dem Bundesminister des Auswärtigen sprechen. Er gebe noch einmal zu bedenken, daß in Deutschland die Frage der Überschneidung von Bundesrecht und Landesrecht beachtet werden müsse.

Abschließend bedankte sich der *Botschafter* für dieses Gespräch. Er habe es für seine Pflicht gehalten, als Botschafter des Iran und als Freund des deutschen Volkes dem Herrn Bundeskanzler seine Ausführungen vorzutragen.

Ende des Gesprächs: 11.15 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100(56), Bd. 23**

<sup>20</sup> Mit Verbalnote vom 14. Juli 1967 erklärte das Auswärtige Amt, daß es „das tiefe Bedauern [...] wegen der illegalen und unverantwortlichen Demonstrationen, die den glanzvollen und harmonischen Verlauf des Staatsbesuchs in so grober Weise störten“, teile. „Die zuständigen Strafverfolgungsbehörden haben nach den bedauerlichen Vorkommnissen ganz im Sinne der Verbalnote der Kaiserlich Iranischen Botschaft vom 13. Juni 1967 intensiv mit den Ermittlungen gegen die Täter begonnen“. Vgl. Referat V 4, Bd. 1210.

Botschafter Bach, Teheran, informierte mit Schriftbericht vom 10. August 1967, daß die Beziehungen der Bundesrepublik zum Iran nach dem Besuch von Schah Mohammed Reza Pahlevi „unter einem sehr ungünstigen Stern“ stünden: „In Regierungs- und in Wirtschaftskreisen macht sich eine verbissene, mit Ressentiments geladene Stimmung gegenüber der Bundesrepublik breit. [...] Hatte es in den ersten Wochen nach dem Schahbesuch noch so ausgesehen, als ob – auch durch die Ereignisse der Nahostkrise – die unschönen Vorgänge in Bonn, München, Berlin und Hamburg bald in Vergessenheit geraten würden, so zeigte sich sehr bald, daß die Eitelkeit und das Prestige-Denken des Schahs schwer kränkenden Vorgänge doch tiefe Wunden hinterlassen hatten, die nur oberflächlich vernarbt waren.“ Vgl. Referat V 2, Bd. 1577.

## 222

**Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger  
mit dem indischen Botschafter Banerji****Z A 5-82.A/67 VS-vertraulich****15. Juni 1967<sup>1</sup>**

Der Herr Bundeskanzler empfing am 15. Juni 1967 um 15.30 Uhr den indischen Botschafter zu einem Gespräch.

Der *Botschafter* berichtete, er sei Ende Mai von einem Indien-Aufenthalt zurückgekehrt; aus den Gesprächen, die er dort mit allen führenden Persönlichkeiten habe führen können, habe er den Eindruck gewonnen, daß die indisch-deutschen Beziehungen ausgezeichnet seien und daß man gegenseitig Mitgefühl und Verständnis für die Anliegen des anderen besitze. Dennoch wolle er, wenn es ihm gestattet sei, ganz offen zu reden und gerade um dieser guten Beziehungen willen, einen oder zwei empfindliche Punkte erwähnen, die man sich stets vergegenwärtigen und berücksichtigen solle. Während Indien sich der Schwierigkeiten der Bundesrepublik wegen Ostdeutschland bewußt sei und diese Empfindlichkeit auch immer zu berücksichtigen suche, möchte Indien seinerseits den empfindlichen Punkt, der in den indisch-pakistanischen Meinungsverschiedenheiten über Kaschmir liege, beachtet wissen. In Indien wisse man den klaren Standpunkt, den die Bundesregierung bezogen habe, wohl zu schätzen. Es erregte jedoch die Öffentlichkeit, wenn man von direkten oder indirekten Waffenlieferungen aus Deutschland nach Pakistan höre. Im Parlament und auch in den Zeitungen sei dieser Punkt erwähnt worden, und dann gebe es immer Elemente, die solche Nachrichten auszunutzen suchten, um eine gewisse Erregung hervorzurufen.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er habe von diesen Dingen gehört und versucht, ihnen nachzugehen. Es sei ihm erläutert worden, daß in einem Fall wohl Maschinen nach Pakistan gelangt seien, dies jedoch zu Reparaturzwecken.<sup>2</sup> Er habe versucht klarzustellen, daß dies unter seiner Regierung jedoch nicht vorkommen solle.

Der indische *Botschafter* fuhr fort, der zweite Punkt, den er erwähnen wolle, um die so guten indisch-deutschen Beziehungen nicht in Gefahr zu bringen, betreffe die Reise, die Bundestagspräsident Gerstenmaier vor kurzem nach Pakistan gemacht habe.<sup>3</sup> Im Verlauf seiner Reise sei er auch in das gegenwärtig pakistanische Kaschmir gefahren, nach Gilgit, wo er auf Bitten seines Gastgebers am Kriegerdenkmal einen Kranz niedergelegt habe. Es stehe ihm natürlich nicht zu, hier Verhaltensweisen vorzuschlagen, aber Nachrichten von solchen Ereignissen erregten in Indien nun einmal gewisse Verwirrung.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Siebourg am 20. Juni 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Zu den 88 an den Iran gelieferten Kampfflugzeugen des Typs F-86, die sich zur technischen Überholung in Pakistan befanden, vgl. Dok. 67.

<sup>3</sup> Bundestagspräsident Gerstenmaier besuchte vom 13. bis 19. Mai 1967 Pakistan. Vgl. dazu Dok. 176.

<sup>4</sup> Am 29. Mai 1967 informierte Botschafter Freiherr von Mirbach, New Delhi, über Einschätzungen des Staatssekretärs im indischen Außenministerium, Dayal, zum Besuch von Bundestagspräsident Gerstenmaier in Pakistan: „Es habe befremdend gewirkt, daß der Herr Bundestagspräsident

Ein weiterer Punkt, auf den er eingehen wolle, sagte der indische Botschafter weiter, sei die schwierige Haushaltslage in Indien, hervorgerufen durch die Dürre während zweier Jahre. Der Finanzminister<sup>5</sup> habe ihm geschildert, wie schwierig die Situation sei und welche wirtschaftlichen Maßnahmen man zu ergreifen gedenke. Als eine dieser wirtschaftlichen Maßnahmen habe man ins Auge gefaßt, das indische Generalkonsulat in Frankfurt zu schließen. Er (der Botschafter) habe jedoch darauf hingewirkt, das Konsulat dennoch bestehen zu lassen.

Indien werde in den kommenden Jahren weiterhin von ausländischer Hilfe abhängig sein. Es sei Deutschland für die schon bisher geleistete Hilfe sehr dankbar. Die indische Regierung wisse um die nicht leichte deutsche Finanzsituation und schätze daher die erhaltene Hilfe zur wirtschaftlichen Entwicklung ganz besonders. In den vergangenen zwei Jahren nun habe sich die Lage in Indien wegen der Hungersnot und der Dürre verändert. Indien sei gezwungen, Lebensmittel zu importieren, und zwar zehn Millionen Tonnen pro Jahr. Diese Waren könnten zwar teilweise in Rupien bezahlt werden, aber zumindest die Transportkosten müßten in US-Dollar bezahlt werden. Bislang sei Indien stets seinen Rückzahlungsverpflichtungen pünktlich nachgekommen und stehe in dieser Hinsicht in der Welt mit einzigartig gutem Leumund da. Jetzt aber sehe sich Indien einfach mit der Unmöglichkeit konfrontiert, seinen Verpflichtungen gerecht zu werden. Die Weltbank unterstütze Indien infolgedessen, indem sie sich an das Indien-Konsortium<sup>6</sup> gewandt habe mit der Anfrage, ob die Hilfeleistungen erhöht werden könnten, damit Indien die benötigten Nahrungsmittel kaufen könne, oder ob zumindest Aufschub bei den fälligen Rückzahlungen eingeräumt werden könne.<sup>7</sup>

Deutschlands Position im Konsortium sei einzigartig insofern, als es anteilmäßig den zweiten Platz nach den USA einnehme und die übrigen Mitglieder also auf Deutschland blickten und seinem Beispiel folgten. So gehe die Wirkung der deutschen Haltung über seinen zahlenmäßigen Anteil hinaus. Indien sei dankbar für die deutsche Bereitschaft, einen ebenso hohen Betrag wie im Vorjahr für Indien bereitzustellen.<sup>8</sup> Sollte es darüber hinaus möglich sein, etwas zu tun, um Indien entweder die Rückzahlungsbedingungen zu erleichtern oder die Lebensmittelkäufe möglich zu machen, so würden solche Maßnahmen besonders willkommen sein und ihre Wirkung auf die anderen Konsortiumsmitglieder nicht verfehlen. Dies, so schloß der Botschafter, sei die Botschaft,

*Fortsetzung Fußnote von Seite 918*

in Gilgit einen Kranz am Grabmal der Märtyrer von 1947 niedergelegt habe; man habe außerdem leider einer Presseerklärung des Herrn Bundestagspräsidenten entnommen, daß er in Pakistan das Selbstbestimmungsrecht (allerdings ohne ausdrücklichen Bezug auf Kaschmir) stark in den Vordergrund gestellt habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 422; VS-Bd. 2588 (I B 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Finanzminister und stellvertretender Ministerpräsident war Morarji Desai.

<sup>6</sup> Dem Indien-Konsortium gehörten Belgien, die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, die Niederlande, Österreich und die USA an.

<sup>7</sup> Zur Sitzung des Indien-Konsortiums am 25. April 1967 in Washington, auf der „konkrete Kapitalhilfeszusagen“ beraten wurden, vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Seeliger vom 3. Mai 1967; Referat III B 7, Bd. 418.

<sup>8</sup> Zur finanziellen Hilfe der Bundesrepublik für Indien in Höhe von 343 Mio. DM im Jahr 1966 vgl. AAPD 1966, II, Dok. 237, besonders Anm. 11.

die der indische Premierminister<sup>9</sup> sowie der stellvertretende Premierminister ihm für den Herrn Bundeskanzler aufgetragen hätten.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, die deutsche Haushaltslage sei sehr schwierig und man müsse nun zunächst die Ergebnisse der mittelfristigen Finanzplanung abwarten. Man denke jedoch auch an Indien, und er persönlich werde jedenfalls tun, was er könne, damit die bisherigen Unterstützungen fortgesetzt werden. Die Rolle, die Deutschland innerhalb des Konsortiums spiele, und die Wirkung auf die übrigen Mitglieder werde er mit dem Außenminister und mit Minister Wischniewski erörtern. Der Botschafter möge sicher sein, daß das Problem eingehend untersucht werde.

Das Gespräch wandte sich dann der für November d. J. geplanten Reise des Herrn Bundeskanzlers nach Indien zu.<sup>10</sup> Hierzu sprach der *Botschafter* einleitend eine Einladung an Frau Kiesinger aus, den Herrn Bundeskanzler zu begleiten. Darüber hinaus bat er, man möge für Neu Delhi einen Aufenthalt vorsehen, der drei Abende umfasse. Dies sei bei derartigen Besuchsprogrammen üblich, denn für den ersten Abend sei stets das vom Premierminister gegebene Bankett vorgesehen (mit Austausch offizieller, politischer Reden), für den zweiten Abend ein Essen, gegeben vom Bürgermeister der Stadt<sup>11</sup> (mit kürzeren Ansprachen; jedoch spreche manchmal auch an diesem zweiten Abend der Premierminister erneut), und für den dritten Abend die Gegeneinladung des Staatsgastes.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er sei hiermit völlig einverstanden. Da er Indien schon von früheren Besuchen her kenne, sei ihm nicht unbedingt daran gelegen, Rourkela<sup>12</sup> erneut zu besichtigen, jedoch komme ein Aufenthalt in Bangalore eventuell in Frage. Außerdem erarbeite das Auswärtige Amt gegenwärtig Programmvorschläge.

Der *Botschafter* schlug vor, am 30. im Lauf des Tages von Delhi nach Bangalore zu fliegen; von dort gelange man sehr schnell und bequem nach Colombo, das ja in der Reiseroute des Herrn Bundeskanzlers enthalten sei. Für den Aufenthalt in Neu Delhi solle das Programm auf jeden Fall genügend Zeit für Gespräche vorsehen.

Er danke dem Herrn Bundeskanzler, bemerkte der Botschafter ferner, Mahatma Gandhi anlässlich der kommenden Hundertjahrfeier<sup>13</sup> ehren und während seines Indien-Aufenthaltes an den Grabmälern Gandhis und Nehrus Kränze niederlegen zu wollen.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, ihm sei jedes Programm, das der indischen Regierung angemessen erscheine, angenehm.

Der *Botschafter* äußerte dann den Wunsch, der Herr Bundeskanzler möge bekannte indische Korrespondenten, die Deutschland ab und an bereisten, bei

<sup>9</sup> Indira Gandhi.

<sup>10</sup> Zum Besuch des Bundeskanzlers Kiesinger am 20./21. November 1967 in Neu Delhi vgl. Dok. 399.

<sup>11</sup> Hansraj Gupta.

<sup>12</sup> Das Stahlwerk Rourkela stellte das größte Einzelprojekt der Entwicklungshilfe der Bundesrepublik an Indien dar. Vgl. dazu Referat III B 7, Bd. 169.

<sup>13</sup> Das Gedächtnisjahr für den 1869 geborenen Führer der indischen Unabhängigkeitsbewegung dauerte vom 2. Oktober 1968 bis 2. Oktober 1969.



Gelegenheit zu Gesprächen empfangen, da deren Berichte in ganz Indien gelesen würden, während seine (des Botschafters) Berichte über Deutschland ja nur das indische Außenministerium erreichten und informierten. Auf die zustimmende Antwort des Herrn Bundeskanzlers hin erwiderte der Botschafter, er werde sich im gegebenen Fall diesbezüglich an Staatssekretär Knieper wenden.

Vielleicht dürfe er noch erwähnen, daß das indische Volk den Eindruck habe, in Bonn sei wieder eine starke Regierung.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, seine Regierung tue, was in ihren Möglichkeiten stehe. Manche Dinge allerdings entzögen sich der Einflußnahme der Regierung, so zum Beispiel das zu gewinnende Vertrauen des Volkes.

Der indische *Botschafter* erklärte, er glaube beurteilen und sagen zu können, daß das Vertrauen zurückkehre. Vor sechs Monaten sei das nicht so gewesen.

Das Gespräch endete gegen 16 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 23**

## 223

### Vortragender Legationsrat I. Klasse Herrmann, Sofia, an das Auswärtige Amt

II A 5-82.01-94.03-451/67 geheim

15. Juni 1967

Betr.: Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Bulgarien

Bezug: Drahterlaß Nr. 163 vom 24. Mai 1967<sup>1</sup>

Im oben angeführten Drahterlaß wurde ich angewiesen, zu einem mir geeignet erscheinenden Zeitpunkt ein neues Gespräch mit Außenminister Baschew zu führen. Ich bitte um Zustimmung, diese Unterhaltung aus den nachfolgenden Gründen vorerst zurückzustellen.

Seit meinem letzten offiziellen Gespräch mit Außenminister Baschew<sup>2</sup>, vor allem aber seit dem Breschnew-Besuch<sup>3</sup> und der Unterzeichnung des neuen bulgarisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages<sup>4</sup>, ist eine Entwicklung zu verzeichnen, die es im Interesse einer positiven Weiterführung der Gespräche über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht angezeigt erscheinen läßt, solche Gespräche jetzt zu führen. Die bulgarische Regierung hat sich nunmehr in jeder Hinsicht der sowjetischen Politik verschrieben und ist bemüht, die bisherige

<sup>1</sup> Für den am 9. Mai 1967 konzipierten Drahterlaß des Ministerialdirektors Ruete vgl. Dok. 161.

<sup>2</sup> Zum Gespräch vom 3. April 1967 vgl. Dok. 115.

<sup>3</sup> Der Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU besuchte vom 10. bis 13. Mai 1967 Bulgarien.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. Mai 1967 „über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ vgl. DzD V/1, S. 1126, Anm. 1 (Auszug).

Gefolgschaft gegenüber Moskau nach Möglichkeit noch zu überbieten. Das zeigt sich in den Berichten und Sendungen der Massenmedien und klingt auch in Unterhaltungen an, die der Unterzeichnete sowie westliche Diplomaten in den letzten Wochen im Außenministerium und mit anderen offiziellen bulgarischen Persönlichkeiten gehabt haben.

Ein offizielles Gespräch mit Außenminister Baschew halte ich daher zunächst nicht für ratsam und, wenn nicht eine kaum zu erwartende Wandlung eintritt, auch vor Abklingen der Feiern zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution nicht für opportun. Das schließt nicht aus, daß ich in gelegentlichen Unterhaltungen mit dem Außenminister oder seinem Ersten Stellvertreter Grosew auch die Frage diplomatischer Beziehungen anschneide. In einem offiziellen, von mir erbetenen Gespräch würde Außenminister Baschew seine mir gegenüber bewußt im unklaren gehaltenen Formulierungen zur Normalisierung bzw. Formalisierung der Beziehungen noch undurchsichtiger und weniger präzise als bisher bereits fassen.

Eine andere Situation würde gegeben sein, wenn nach Rumänien ein weiteres sozialistisches Land die Beziehungen zu uns aufgenommen hätte, oder wenn zu erreichen wäre, daß Bulgarien und z.B. Ungarn zu gleicher Zeit diesen Schritt tun. Als nächstes sozialistisches Land nach Rumänien dürfte Bulgarien aber vorerst nicht bereit sein, Beziehungen zu uns aufzunehmen, allein schon weil offensichtlich eine Absprache unter den sozialistischen Ländern besteht, nach der vorher Konsultationen mit den sozialistischen Staaten stattfinden müssen.<sup>5</sup> Zu solchen Konsultationen wird Bulgarien allein einstweilen nicht die Initiative ergreifen. Man kann aber wohl nach den bisherigen Erfahrungen annehmen, daß sich auch noch so starke Freundschaftsbeteuerungen allmählich abnutzen und Bulgarien nach den Novemberfeiern wieder zu realistischen Gesprächen bereit ist.

Herrmann

VS-Bd. 4206 (II A 5)

<sup>5</sup> Zu den Beschlüssen der Konferenz der Außenminister des Warschauer Pakts vom 8. bis 10. Februar 1967 in Warschau vgl. Dok. 50, Anm. 7.

## 224

### Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem sowjetischen Botschafter Zorapkin

Z A 5-79.A/67 geheim

16. Juni 1967<sup>1</sup>

Gedächtnisprotokoll über ein Gespräch, das am 16. Juni 1967 im Anschluß an ein Essen stattfand, zu dem der Staatssekretär des Auswärtigen Amts<sup>2</sup> den sowjetischen Botschafter eingeladen hatte und an dem der Herr Bundesminister des Auswärtigen teilnahm. Botschafter Zorapkin war von seinem Presseattaché Bogomolow begleitet.

Einleitend fragte der Herr *Staatssekretär* den Botschafter, was er von der Antwort des Bundeskanzlers auf den Stoph-Brief halte.<sup>3</sup> Botschafter *Zorapkin* antwortete, der Brief enthalte eigentlich nichts Neues, sondern bedeute ein Festhalten an den alten Thesen, zumal ja auch darin ausdrücklich betont werde, daß die Bundesregierung an ihrem bisherigen Rechtsstandpunkt festhalte. Bezeichnend sei auch der Kommentar gewesen, den der Bundeskanzler im Fernsehen zu diesem Antwortbrief gegeben habe.<sup>4</sup>

Der Herr *Staatssekretär* sagte, er sei über diese Beurteilung des Botschafters außerordentlich enttäuscht. Dieser Brief stelle doch in Wirklichkeit etwas ganz Neues dar, einen Schritt vorwärts, um zu einem tragbaren Nebeneinander der beiden Teile Deutschlands zu kommen. Er bedaure sehr, daß sowjetischerseits die Wichtigkeit dieses Schritts nicht erkannt und gewürdigt werde.

Der Herr *Bundesminister* warf ein, es wäre bei Gelegenheit sicherlich lohnenswert, einmal zu erläutern, was die Bundesregierung unter ihrem Rechtsstandpunkt verstehe. Vielleicht habe die sowjetische Regierung diesbezüglich eine falsche Vorstellung. Der Herr Bundesminister schlug nun vor, das Verhältnis zwischen den beiden Teilen Deutschlands zunächst nicht weiter zu diskutieren, sondern sich den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland zuzuwenden. Er habe sich eine Aufstellung derjenigen Punkte gemacht, die seiner Meinung nach Gegenstand von Regie-

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Buring am 20. Juni 1967 gefertigt. Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>2</sup> Klaus Schütz.

<sup>3</sup> Zum Schreiben des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Stoph, vom 10. Mai 1967 an Bundeskanzler Kiesinger vgl. Dok. 182, Anm. 9.

Zum Schreiben von Kiesinger vom 13. Juni 1967 an Stoph vgl. Dok. 219, Anm. 4.

<sup>4</sup> Am 14. Juni 1967 führte Bundeskanzler Kiesinger im Deutschen Fernsehen aus, daß im Schreiben des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Stoph, vom 10. Mai 1967 „leider politische Maximalforderungen gestellt [wurden], die auf die völkerrechtliche Anerkennung eines zweiten deutschen Staates und damit auf eine endgültige Anerkennung der Teilung Deutschlands hinauslaufen. Auf solche Forderungen können und werden wir nicht eingehen. Es wäre Verrat an unserer Geschichte, Verrat an unserer Vergangenheit und an der Zukunft unseres Volkes. Es wäre unvernünftig, wollten auch wir uns auf den Standpunkt des Alles-oder-Nichts stellen. Was wir heute wollen, ist etwas ganz Einfaches. Wir wollen das Zusammenleben der Deutschen erleichtern, solange die Spaltung nicht beseitigt werden kann. [...] Wir bleiben bei unserem Rechtsstandpunkt, erwarten aber auch nicht, daß die andere Seite einfach kapituliert.“ Vgl. DzD V/1, S. 1288 f.

rungsgesprächen sein könnten mit dem Ziel, das Verhältnis zwischen den beiden Ländern zu verbessern.<sup>5</sup>

An Hand eines vorbereiteten Exposés<sup>6</sup> trug der Herr Bundesminister folgende Punkte vor:

#### I. Bilaterale Fragen

##### 1) Handel

Bundesregierung ist jederzeit bereit, Verhandlungen wieder aufzunehmen und Handelsabkommen abzuschließen, nach gleichen Grundsätzen wie andere Länder der EWG. Wir bemühen uns, Liberalisierung auszuweiten. Auch wäre an die Prüfung der Möglichkeit gemeinsamer Investitionsprojekte in dritten Ländern zu denken.

##### 2) Kultur

Bundesregierung würde gemeinsame Erörterungen begrüßen, um zu klären, auf welche Weise die erfreulich begonnene Entwicklung der gegenseitigen kulturellen Beziehungen gefördert werden kann.

##### 3) Technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit

Deutsche Seite hat mit Interesse von dem Angebot von Generalsekretär Breschnew (Rede in Karlsbad am 24.4.<sup>7</sup>) Kenntnis genommen, wonach die Sowjetunion bereit ist, sich mit anderen europäischen Staaten über Unterstützung bei Kernforschung und bei Verwendung von Kernenergie für friedliche Zwecke zu verständigen.

Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die bekanntlich auf Produktion von Kernwaffen verzichtet hat, ist daran interessiert, Näheres über die sowjetischen Überlegungen zu diesem Angebot und zu anderen Möglichkeiten technologisch-wissenschaftlicher Zusammenarbeit zu erfahren.

##### 4) Luftverkehr

Bundesregierung möchte Gespräche über Einrichtung direkter Luftverbindung Frankfurt–Moskau und die dabei zu verwendende Linienführung wieder aufnehmen.

5) Zusammenarbeit der Justizverwaltungen bei Verfolgung von NS-Verbrechen  
Bundesregierung ist stark daran interessiert, daß die Schuldigen an den Untaten des NS-Regimes erfaßt und bestraft werden. Sie ist auf aktive Mitwirkung sowjetischer Behörden angewiesen.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Dok. 195.

<sup>6</sup> Das 14 Punkte umfassende Exposé wurde von Ministerialdirektor Ruete am 21. Juni 1967 der Botschaft in Moskau übermittelt. Vgl. den Drahterlaß Nr. 569; VS-Bd. 10068 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Der Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Breschnew, führte auf der Konferenz der europäischen kommunistischen und Arbeiterparteien aus: „Viele Länder interessieren sich auch für die friedliche Nutzung der Atomenergie. Wir sind bereit, uns mit anderen europäischen Staaten über eine Unterstützung bei Kernforschungen und bei der Verwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke zu verständigen. Die Verwirklichung dieses Vorschlags würde den Staaten, die auf die Produktion und den Ankauf von Kernwaffen verzichtet haben, die Möglichkeit geben, der Vorzüge teilhaft zu werden, die die friedliche Energie des gespaltenen Atoms der Menschheit in die Hand gibt.“ Vgl. DzD V/1, S. 1010.

## II. Ost-West-Fragen

### 6) Osteuropa

Wir wünschen, mit allen Staaten Osteuropas nachbarliche und diplomatische Beziehungen herzustellen.

### 7) Grenzen

Die Haltung der Bundesregierung ist durch die Regierungserklärung vom 13. 12. 1966<sup>8</sup> und durch die dazu gemachten Feststellungen bekannt. Wir sind bereit, hierzu Erläuterungen zu geben.

### 8) DDR

Briefwechsel Stoph-Kiesinger ist bekannt. Wir wünschen geregeltes Nebeneinander beider Teile Deutschlands, ohne daß einer vom anderen Aufgabe seiner politischen Positionen fordert. Wir wollen den anderen Teil Deutschlands nicht isolieren, sondern Isolierung abbauen.

### 9) Berlin

Über unterschiedliche Auffassungen in der Berlin-Frage sollten nicht die Gebiete übersehen werden, in denen es gemeinsame Interessen gibt. So lassen sich z. B. die Fragen des innerstädtischen Verkehrs oder die Probleme der wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen Berlins – gerade auch zu Osteuropa – ohne Aufgabe der gegensätzlichen Standpunkte in Grundfragen regeln.

## III. Fragen der europäischen Sicherheit

### 10) Gewaltverzicht

Vorschlag einer gegenseitigen Verpflichtung zum Verzicht auf Anwendung von Gewalt bei der Lösung von Gegensätzen ist bekannt. Bundesregierung [ist] bereit, den Verzicht „gegenüber der Sowjetunion und ihren Verbündeten“ zu deklarieren.

### 11) Truppenreduktion

Verminderung der Stationierungstruppen in Ost und West würde bedeutsamen Schritt auf dem Weg zur europäischen Sicherheit darstellen. Beitrag der Sowjetunion im Hinblick auf die Verminderung der amerikanisch-britischen Präsenz ab 1968<sup>9</sup> würde als eine Geste friedlicher Absichten begrüßt werden und Weg zu weiterer ausgewogener Reduzierung eröffnen.

### 12) Austausch von Manöverbeobachtern

Bundesregierung wäre interessiert, die Auffassung der sowjetischen Regierung zu diesem Vorschlag zu erfahren.

### 13) Nichtverbreitung von Kernwaffen

Bundesregierung ist für Abschluß eines umfassenden Abkommens zur Verhinderung der Verbreitung von Kernwaffen, das a) wesentlichen Schritt zur Rüstungsbegrenzung und -kontrolle und zur Verringerung auch der atomaren

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vor dem Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

<sup>9</sup> Zu den als Ergebnis der Dreier-Verhandlungen vom 27./28. April 1967 in London festgelegten Rückverlegungen amerikanischer und britischer Streitkräfte aus der Bundesrepublik zum 1. Januar 1968 vgl. Dok. 151.

Rüstung darstellt und b) keine Beeinträchtigung der zivilen Forschung und Nutzung der Kernenergie mit sich bringt.

14) Über diese und andere Fragen – vor allem auch solche, an deren Erörterung der Regierung der UdSSR liegt – ist Bundesregierung zu sprechen bereit a) auf Ebene der Botschafter, Minister oder Sonderbeauftragten, b) in Moskau, Bonn oder am dritten Ort.

Nachdem der Herr Bundesminister den russischen Herren auf deren Wunsch das Exposé ausgehändigt hatte, sagte Botschafter *Zarapkin*, er werde den Text seiner Regierung unverzüglich übermitteln. Nach seiner Ansicht zu dem Text befragt sagte der Botschafter, er halte es nicht für zweckmäßig, eine strenge Aufteilung der Fragen in drei Gruppen vorzunehmen, da all diese Fragen ja doch miteinander in einem gewissen Zusammenhang stünden.

Der Herr *Minister* stimmte ihm zu und sagte, der Einteilung komme keine besondere Bedeutung zu und auch er meine, daß es sich hier um einen ganzen Fragenkomplex handele.

Botschafter *Zarapkin* sagte, nach sowjetischer Auffassung sei es bei aller Bedeutung gewisser Teilfragen, wie z.B. des Handels, dessen Ausweitung wünschenswert sei, unerlässlich, die Kernprobleme, d.h. die politischen Fragen, anzupacken, wenn man zu einer Verbesserung der Beziehungen kommen wolle. Als zentrales Problem betrachte man sowjetischerseits die Gestaltung des Verhältnisses zwischen der DDR und der BRD auf der Basis der bestehenden Lage. Hierbei müsse man realistisch vorgehen, und es sei aussichtslos, damit zu rechnen, daß die als Auswirkung des letzten Weltkriegs eingetretenen Veränderungen rückgängig zu machen seien. Die Sowjetunion messe der Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa große Bedeutung bei. Hierzu sei es erforderlich, daß die Bundesrepublik Deutschland ihr Verhältnis zur DDR normalisiere. Andernfalls sei die Schaffung eines derartigen Systems in Europa unmöglich.

Der Herr *Bundesminister* erwiderte, ein solches System sei andererseits aber auch nur zu verwirklichen, wenn die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten aufgenommen haben werde, was der Wunsch der Bundesregierung sei.

Der *Botschafter* antwortete, dieses Vorhaben der Bundesregierung sei begrüßenswert, sofern sie damit nicht den Plan verknüpfe, die DDR zu isolieren und einzukreisen. Falls die Bundesregierung jedoch im Zuge der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten auch ihr Verhältnis zur DDR normalisieren wolle, so wäre dies ein bedeutender Schritt vorwärts. Im übrigen sei die Aufnahme diplomatischer Beziehungen allein bekanntlich nicht entscheidend. Seit 1955 bestünden diplomatische Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik<sup>10</sup>, dennoch sei das Verhältnis zwischen den beiden Ländern unbefriedigend.

Der Herr *Bundesminister* sagte, Botschafter *Zarapkin* versuche, das Verhältnis der beiden Teile Deutschlands zueinander zum Zentralproblem für die Beziehungen der Sowjetunion zur Bundesrepublik zu machen. Dies sei nicht richtig,

<sup>10</sup> Zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen am 13. September 1955 vgl. Dok. 10, Anm. 5.

denn schließlich habe er in seinem Exposé ja nicht nur diesen einen Punkt, sondern insgesamt 14 Punkte angeführt, die Gegenstand von Regierungsgesprächen sein könnten. Wenn auch die Auffassungen über einen der erwähnten Punkte unterschiedlich seien, so sei ein Gespräch über die verbleibenden Punkte dennoch lohnenswert.

Botschafter *Zarapkin* unterstrich nochmals die Bedeutung, welche die sowjetische Regierung dem Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten beimesse. In diesem Zusammenhang verwies er auf ein Kommuniqué, das nach dem Besuch einer KPD-Delegation in Moskau herausgegeben worden sei.<sup>11</sup> Dieses Kommuniqué sei sowjetischerseits von Breschnew persönlich unterzeichnet worden.

An dieser Stelle schaltete sich der Herr *Staatssekretär* in das Gespräch ein und sagte, die Sowjetunion solle es doch zunächst einmal den Deutschen selbst überlassen zu versuchen, das Verhältnis zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu verbessern. Die Bundesregierung habe mit dem jüngsten Brief des Bundeskanzlers einen Anfang gemacht. Bei vernünftiger Reaktion der Gegenseite hoffe man weiterzukommen. Hier, bei dem heutigen Gespräch, gehe es um die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion und um Überlegungen, wie man diese Beziehungen verbessern könne.

Botschafter *Zarapkin* äußerte, er habe in der Presse einige Berichte gelesen, die sich auf Äußerungen des Herrn Bundesministers anlässlich der NATO-Konferenz in Luxemburg bezogen hätten. Diesen Berichten zufolge habe der Herr Bundesminister seine NATO-Kollegen um Unterstützung bei der Lösung der deutschen Frage gebeten.<sup>12</sup>

Der Herr *Bundesminister* fragte hierauf den Botschafter erregt, ob er vielleicht erwartet habe, daß er in Luxemburg den sowjetischen Standpunkt vertreten werde. Im übrigen halte er es für reichlich deplaciert, wenn der Botschafter in diesem Kreise auf ein KPD-Kommuniqué hinweise. Er habe mit der KPD nichts zu tun. Es sei auch wenig sinnvoll, auf irgendwelche Presseberichte über die NATO-Konferenz in Luxemburg zu verweisen. Wenn der Herr Botschafter diesbezüglich irgendwelche Auskünfte wünsche, so sei es doch das Naheliegendste, sich an ihn, den Bundesminister des Auswärtigen, mit dem er heute zu sprechen Gelegenheit habe, direkt zu wenden.

Botschafter *Zarapkin* versuchte einzulenken. Er habe auf das Kommuniqué nur deshalb Bezug genommen, weil es sich unter anderem auch mit der Haltung der sowjetischen Regierung zur deutschen Frage befasse.

<sup>11</sup> Die Delegation der KPdSU bekräftigte am 24. Mai 1967 gegenüber der verbotenen KPD die Bereitschaft, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR zu verbessern: „Als Grundlage einer solchen Verbesserung können nur praktische Schritte seitens der regierenden westdeutschen Kreise dienen: die Anerkennung der im Ergebnis des 2. Weltkrieges entstandenen Grenzen [...]; die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs; die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik; die Beendigung des Versuchs, in der einen oder anderen Form an Atomwaffen heranzukommen; die Anerkennung des widerrechtlichen Charakters des Münchener Diktats; die Aufgabe der provokatorischen Ansprüche auf Westberlin; die Unterbindung der Tätigkeit neonazistischer Organisationen.“ Vgl. DzD V/1, S. 1194.

<sup>12</sup> Zu den Äußerungen des Bundesministers Brandt auf der NATO-Ministerratstagung am 13./14. Juni 1967 zur Deutschland-Frage vgl. Dok. 219. Vgl. dazu auch Dok. 220, besonders Anm. 8.

Der Herr *Bundesminister* erwiderte, er habe dem Botschafter 14 Punkte genannt, über die seiner Meinung nach ein Gespräch zwischen der sowjetischen Regierung und der Bundesregierung sinnvoll und lohnenswert wäre. Es sei doch sinnlos, sich nur auf einen Punkt versteifen zu wollen. Ein Gesprächspartner könne doch nicht von dem anderen erwarten, daß er möglichst noch vor Aufnahme des Gesprächs alle seine Forderungen in unterwürfiger Weise akzeptiere. Auf eine Bundesregierung, die zu einer derartigen Haltung bereit wäre, könne die sowjetische Regierung lange warten.

Der Herr Bundesminister fuhr fort, die Erfahrung lehre, daß man durch die Regelung von Teilfragen allmählich ein Vertrauensverhältnis schaffen könne, welches dann schließlich auch ein Herangehen an die schwierigen, die Kernprobleme, gestatte. Von der Reaktion der sowjetischen Regierung auf die heute unterbreiteten Vorschläge werde es in sehr starkem Maße abhängen, wie sich die Stimmung der hiesigen Bevölkerung und somit das gesamte Verhältnis zur Sowjetunion gestalten werde. Je nach der sowjetischen Reaktion auf die heutige wichtige Initiative von deutscher Seite könne es zu einer Verbesserung des Verhältnisses kommen, es könne auch alles beim alten bleiben oder sogar eine Verhärtung der Einstellung eintreten, wofür gewisse Anzeichen bereits vorhanden seien. Direkte Gespräche seien sicherlich der geeignetste Weg, um in gemeinsamem Bemühen Fortschritte zu erzielen.

Botschafter *Zarapkin* erwiderte, eine gewisse Verhärtung sei seiner Meinung nach leider schon eingetreten. Man brauche nur die Entwicklung der letzten Monate in der Bundesrepublik zu betrachten, um dies bestätigt zu finden. Er verwies hierbei auf „das Anwachsen der neonazistischen Kräfte und auf die besorgniserregende Höhe des jüngsten Militärbudgets“.

Der Herr *Staatssekretär* sagte, er sei über die Äußerungen des Botschafters, der offensichtlich mit einer Verschlechterung des Verhältnisses zwischen den beiden Ländern rechne, deprimiert. Dies sei das Schockierendste, was er heute aus dem Munde des Botschafters vernommen habe.

Der *Botschafter* antwortete, es handele sich hier wohl um ein Mißverständnis. Er sei durchaus kein Pessimist, sondern mit dem Wunsch und Auftrag in die Bundesrepublik gekommen<sup>13</sup>, die Beziehungen zu verbessern. Die Darlegungen und Vorschläge des Bundesministers, die bestimmt Gegenstand aufmerksamster Prüfung in Moskau sein würden, werde er keineswegs mit einem negativen Kommentar versehen. Einen direkten Meinungsaustausch halte auch er ganz allgemein für nützlich.

Der Herr *Bundesminister* bat den Botschafter zu klären, ob die sowjetische Regierung die Zeit bereits für reif halte, Gespräche über die vorerwähnten Punkte zu führen oder nicht. – Der *Botschafter* sagte dies zu.

Zu einem anderen Thema übergehend sagte der Botschafter, daß er gern noch eine letzte, vielleicht etwas indiskrete Frage stellen wolle. Durch Bildung der großen Koalition seien ja bekanntlich die Sozialdemokraten seit über einem halben Jahr in der Regierung vertreten. Es sei jedermann bekannt, daß in der Regierung verschiedene Strömungen vorhanden und die Auffassung zu gewis-

<sup>13</sup> Semjon Konstantinowitsch Zarapkin übergab am 12. Juli 1966 sein Beglaubigungsschreiben als Botschafter der UdSSR in Bonn.



sen Problemen nicht einheitlich seien. Er wolle den Herrn Minister nun einmal fragen, welche Möglichkeiten er sehe, um die Beziehungen zu verbessern.

Der Herr *Minister* antwortete, für die Bundesregierung stellten sich vor allem zwei Probleme: erstens gelte es die wirtschaftliche Lage zu stabilisieren und zweitens gewisse wichtige außenpolitische Fragen zu lösen. Für die Zielsetzung einer jeden Regierung seien die eigenen Überzeugungen und Interessen entscheidend. Im Verhältnis zwischen den beiden Ländern gelte es nun zu prüfen, auf welchen Gebieten es gemeinsame Interessen gebe. Dort seien die Ansatzpunkte für eine Verbesserung der Beziehungen zu suchen. Abschließend sagte der Minister, er hoffe auf weitere Gespräche.

Botschafter *Zarapkin* gab ebenfalls dieser Hoffnung Ausdruck, erklärte, daß er die heutige Aussprache für sehr nützlich halte, und bedankte sich für die Einladung.

Das politische Gespräch dauerte etwas über eine Stunde.

VS-Bd. 10089 (Ministerbüro)

## 225

### Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem amerikanischen Botschafter McGhee

Z A 5-81.A/67

19. Juni 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler empfing am 19. Juni 1967 um 16 Uhr den amerikanischen Botschafter McGhee in Anwesenheit von MD Dr. Osterheld zu einem Gespräch.

Nach einer kurzen Unterhaltung über das Programm beim bevorstehenden Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Washington<sup>2</sup> bemerkte der Herr *Bundeskanzler* auf eine entsprechende Frage von Botschafter McGhee, die dort zu behandelnden Themen habe der Präsident ja Herrn von Hase gegenüber schon angedeutet. Wichtigstes Thema scheine ihm die Lage im Nahen Osten nach den letzten Ereignissen zu sein. Wahrscheinlich werde der Präsident auch über das Liquiditätsproblem<sup>3</sup> sprechen wollen, wenngleich Minister Schiller soeben in Washington gewesen sei<sup>4</sup>. Er wisse nicht, ob der Präsident auch über den NV-Vertrag sprechen wolle.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 20. Juni 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 15./16. August 1967 in Washington vgl. Dok. 301–304 und Dok. 317.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 147, Anm. 17.

<sup>4</sup> Zum Besuch des Bundesministers Schiller vom 17. bis 20. Juni 1967 in den USA vgl. Dok. 227.

Botschafter *McGhee* bemerkte, der NV-Vertrag sei noch eine offene Frage. Ein neuer Entwurf sei nunmehr der Sowjetunion zugeleitet worden<sup>5</sup>, damit Amerika und Rußland sich einigten, den Entwurf gemeinsam einzubringen. Er sei aber nicht sicher, daß dies sehr bald der Fall sein werde, da Kossygin sich im Augenblick in den Vereinigten Staaten befinde.<sup>6</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er halte es immer noch für das beste, wenn der Vertrag zeitlich befristet würde. Selbst die Schweizer seien nunmehr dieser Auffassung; und niemand wisse, wie Japan und Indien dächten, nachdem China nunmehr seine erste H-Bombe gezündet habe<sup>7</sup>.

Auf die Frage von Botschafter *McGhee*, ob der Herr Bundeskanzler glaube, daß durch diese Explosion in China die Einstellung in Deutschland sich verändert habe, erwiderte der Herr *Bundeskanzler*, natürlich komme dieses Faktum nun noch hinzu. Hätte man China daran hindern können, Atombomben zu bauen, wäre dies ein sehr überzeugender Grund für den Vertrag gewesen. Nun müsse man erst einmal weitersehen. Allgemein habe er den Eindruck, daß sich die europäische Meinung allmählich auf eine zeitlich befristete Lösung zubewege. Interessant sei in diesem Zusammenhang auch die Meinung gewisser Oststaaten, wie Jugoslawien und Rumänien. Natürlich stehe die Bundesregierung mit diesen Ländern in dieser Frage nicht im Kontakt, sondern er entnehme diese Reaktionen aus den Zeitungen. Die Schwierigkeit liege vielleicht bei den Russen, die wahrscheinlich eine solche Lösung ablehnen würden.

Botschafter *McGhee* wies darauf hin, daß Amerika und Rußland ganz unabhängig voneinander die Frage niemals unter diesem Gesichtswinkel angegangen hätten. Befriste man den NV-Vertrag, so ließe sich daraus der Schluß ziehen, daß gewisse Länder nach Ablauf dieser Frist an Atomwaffen heranzukommen gedächten.

Der Herr *Bundeskanzler* verneinte diese Schlußfolgerung und sagte, zweifellos ließen sich in den Vertrag gewisse Klauseln einbauen, die dies verhindern würden. Ganz allgemein mache man sich Sorgen, weil man ja nicht vorhersehen könne, wie die Dinge sich weiterentwickeln würden und ob in bestimmten politischen Situationen (Rußland, China usw.) Druck ausgeübt werde. Für die Bundesrepublik sei die Angelegenheit gegenüber der Sowjetunion eine Grundsatze Frage, denn sie habe ja schon beschlossen, keine nuklearen Waffen zu besitzen.

Botschafter *McGhee* stellte klar, daß der Vertragsentwurf natürlich noch in der Debatte verändert werden könne.

Der Herr *Bundeskanzler* verwies noch darauf, daß auch Schweden und Spanien eine Befristung anstrebten.

Botschafter *McGhee* sagte, es sei wichtig, daß der Herr Bundeskanzler dem Präsidenten seine Sorgen vortrage.

<sup>5</sup> Zum Entwurf vom 11. Juni 1967 vgl. Dok. 226, Anm. 8.

<sup>6</sup> Zum Aufenthalt des sowjetischen Ministerpräsidenten anläßlich der 5. Sondersitzung der UNO-Generalversammlung in New York und zu dessen Gesprächen mit Präsident Johnson am 23. und 25. Juni 1967 in Glassboro vgl. Dok. 240, Anm. 16.

<sup>7</sup> Am 17. Juni 1967 zündete die Volksrepublik China eine Wasserstoffbombe.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er werde Präsident Johnson die deutschen Überlegungen genau darlegen und ihm auch klarzumachen versuchen, warum er die Befristung für eine Möglichkeit zur Rettung des Vertrages überhaupt betrachte. Die Bedeutung des Vertrages würde wesentlich verringert, wenn wichtige Länder, wie Japan, Indien, Italien, ihm nicht beiträten.

Botschafter *McGhee* sagte, das Thema NV-Vertrag werde wahrscheinlich das einzige sein, hinsichtlich dessen in Washington auf eine Entscheidung gedrängt werde.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, Präsident Johnson sei sich sicherlich im klaren darüber, daß die Bundesregierung in dieser Frage nur mit Zustimmung des Parlaments eine Entscheidung treffen könne. Johnson sei ja selbst ein sehr erfahrener Mann in parlamentarischen Fragen. Seines Erachtens sollten die Washingtoner Gespräche sich im wesentlichen um die Frage drehen, wie die Vereinigten Staaten, nach dem, was im Nahen Osten geschehen sei, das Bündnis zu stärken und zu modernisieren gedächten. Er habe am Vormittag Herrn McCloy schon gesagt, er wolle nicht falsch verstanden werden. Wenn er auf Konsultationen bestanden habe, sei er sich dennoch im klaren darüber, daß es im westlichen Bündnis eine Führungsmacht geben müsse. Faktisch seien die Partner eben nun nicht gleich. Führung müsse aber überzeugend sein. Darauf habe er auch in seinem letzten Gespräch mit Präsident Johnson<sup>8</sup> größten Wert gelegt. Im übrigen habe er in der Zwischenzeit ja keine Klagen laut werden lassen. Das wichtigste scheine ihm zu sein, daß ein neuer Anfang gemacht werde.

Botschafter *McGhee* fragte, ob der Herr Bundeskanzler glaube, daß die NATO in der Nahostkrise einen größeren Beitrag hätte leisten können.

Der Herr *Bundeskanzler* verneinte dies und meinte, er habe es für klug gehalten, die Sache aus der NATO rauszuhalten, da diese einfach nicht für die Behandlung solcher Probleme organisiert sei. Im übrigen sei alles so schnell gegangen, daß man habe kaum miteinander in Kontakt treten können. Vielleicht sollte man jedoch versuchen, für eine nächste Krise besser bereit zu sein. Interessant sei gewesen, daß die Europäer auf der Römer Gipfelkonferenz<sup>9</sup> das Thema überhaupt nicht diskutiert hätten.

Botschafter *McGhee* verwies darauf, daß die deutsche Botschaft in Washington täglich unterrichtet worden sei. Allerdings hätten sich die Ereignisse überstürzt. Amerika habe geglaubt, Israel zurückhalten zu können, wenngleich man Israel kaum tadeln könne angesichts des Vorgehens der Ägypter. Auch in der israelischen Regierung habe es eine bittere Debatte über das richtige Vorgehen gegeben. Amerika habe ja versucht, gemeinsam mit England die Meerenge offenzuhalten.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er frage sich, was besser gewesen wäre. Er glaube, die Russen hätten gemeint, Israel wie eine belagerte Festung behandeln zu können, wobei Amerika dann gezwungen gewesen wäre, sich stärker zu engagieren.

<sup>8</sup> Für das Gespräch vom 26. April 1967 vgl. Dok. 147.

<sup>9</sup> Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten anläßlich des 10. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 29./30. Mai 1967 in Rom vgl. Dok. 197.

Botschafter *McGhee* meinte, die Sowjets seien selbst überrascht worden; sie hätten nicht beabsichtigt, daß Ägypten so weit gehe.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, sicherlich wollten die Russen zunächst versuchen, in der UNO ihr Gesicht zu wahren. Eines aber sei klar geworden, daß sie nämlich im Mittelmeerraum präsent sein wollten und blieben. Wahrscheinlich würden sie die Bundesrepublik als auf der Seite der Aggressoren stehend in der UNO anprangern. Er hoffe, daß dann jemand, auch die amerikanischen Sprecher, für die Bundesrepublik das Wort ergreifen würden.

Botschafter *McGhee* sagte, die Bundesrepublik habe sich ja völlig neutral verhalten. Amerika befinde sich insofern in einem Dilemma, als Israel wahrscheinlich gewisse Gebiete behalten wolle. Andererseits hätten die Vereinigten Staaten stets das Prinzip der territorialen Integrität der Staaten unterstützt. Amerika ziehe es vor, wenn die beteiligten Parteien direkt verhandelten. Er könnte sich vorstellen, daß eine Lösung hinsichtlich des Gazastreifens möglich wäre, wenn Israel die Bereitschaft erkläre, die Flüchtlinge aufzunehmen. Schwieriger sei es mit dem Westufer des Jordan, da dort mehr als eine Million Menschen lebten. Die Halbinsel Sinai wolle Israel wohl als Pufferzone eingerichtet sehen. Das Problem für alle Länder sei nunmehr die Ölversorgung.

Libyen und der Irak seien für Deutschland wie für alle anderen westlichen Staaten geschlossen, während Saudiarabien und Kuwait die Versorgung wieder aufgenommen hätten mit Ausnahme der Lieferungen an England und Amerika. Libyen werde möglicherweise die Lieferungen in wenigen Tagen wieder aufnehmen, da den Libyern gesagt worden sei, daß die Sowjets selbst die Lage auszunutzen trachteten, um größere Mengen abzusetzen. Die Hauptschwierigkeit sei jedoch, daß der Suezkanal geschlossen sei.<sup>10</sup> Man wisse nicht, wie lange diese Sperrung anhalten werde. Das Problem sei nicht so sehr die Verfügbarkeit von Öl als vielmehr der Schiffsraum. Nach den amerikanischen Anti-Trust-Gesetzen dürften die amerikanischen Ölfirmen keine gemeinsamen Pläne machen, außer in Notzeiten. Es sei also notwendig, daß die OECD das Eintreten des Notfalles beschließe, damit die amerikanischen Firmen gemeinsame Pläne machen könnten, um die Versorgung sicherzustellen. Die Sache sei technisch auch insoweit kompliziert, als die verschiedenen Rohöle nicht beliebig austauschbar seien und die Raffinerien sich jeweils auf einen bestimmten Öltyp einstellen müßten. Deswegen sei die Sache ziemlich dringend.

Der Herr *Bundeskanzler* verwies darauf, daß Bundesminister Schiller die Dinge bisher relativ einfach gesehen habe. Sicherlich komme er aber mit genauen Vorstellungen aus Amerika zurück.

Das Gespräch wandte sich dann wieder dem bevorstehenden Amerikabesuch des Herrn Bundeskanzlers zu. Der Herr Bundeskanzler betonte, ihm komme es im wesentlichen darauf an zu erfahren, wie die Vereinigten Staaten heute die Weltlage beurteilten. Seine Hauptsorge gelte der Frage, was seine Regierung tun könne, um den Westen zu stärken. Angesichts des russischen Verhaltens in der Nahostkrise sollte der Westen eine überzeugendere Stärke zeigen. Man wisse nicht, welchen Schritt die Russen als nächsten tun würden. Es gebe ja immer noch potentielle Gefahrenherde, wie Berlin usw.

<sup>10</sup> Zur Sperrung des Suez-Kanals am 6. Juni 1967 vgl. Dok. 207, Anm. 2.

Botschafter *McGhee* sagte, ein Thema sei sicher auch die H-Bombenexplosion in China und die Frage, wann China ausreichende Trägerkapazitäten besitzen werde.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, sicherlich brauche man nicht in den Kalten Krieg zurückzufallen. Seine Überzeugung sei, daß die Vereinigten Staaten auch weiter mit den Russen in Kontakt sein sollten, um zu verhindern, was verhindert werden könne. Andererseits mache er sich doch große Sorgen um den Zustand des Westens. Es sei geradezu eine Schande, daß die Europäer in Rom nicht einmal versucht hätten, über das Nahostproblem zu diskutieren. Dies zeige, daß Europa nicht darauf vorbereitet sei, einer derartigen Krise entgegenzutreten. Er selbst habe mit großen Schwierigkeiten vermocht, unter Hinweis auf diese Krise wenigstens ein weiteres Treffen der europäischen Regierungschefs zustande zu bringen.<sup>11</sup> De Gaulle habe keine große Neigung gezeigt, dieses Thema im europäischen Kreis zu erörtern, da er es wahrscheinlich der Ebene der Vier Mächte vorbehalten wollte.

Botschafter *McGhee* wies darauf hin, daß der Nahe Osten traditionsgemäß von den Vier Mächten behandelt worden sei. Allerdings seien ja auch die übrigen Staaten inzwischen stark in Mitleidenschaft gezogen.

Zur Thematik der Washingtoner Gespräche bemerkte der Herr *Bundeskanzler* noch einmal, daß über den NV-Vertrag wahrscheinlich nicht viel zu sprechen sei. Darauf angesprochen, würde er darzulegen versuchen, warum er eine Befristung für richtig hielte. Eine Behandlung des Devisenausgleichsproblems sei im Augenblick wohl noch verfrüht. In diesem Zusammenhang wies Botschafter *McGhee* darauf hin, daß zur Zeit kein Druck auf weitere Truppenverringerungen bestehe. Auch über die Kennedy-Runde sei wohl nicht viel zu reden, da nur noch einige technische Einzelheiten offen seien. Auf die Frage, ob der Herr *Bundeskanzler* an einer Erörterung der amerikanischen Investitionen in Deutschland interessiert sei, erwiderte der Herr *Bundeskanzler*, er werde das Problem natürlich vor seiner Reise noch prüfen, wisse aber nicht, ob irgendein Anlaß für die Behandlung dieses Themas bestehen werde. Auf die Frage *McGhees*, ob man dem Herrn *Bundeskanzler* irgend etwas zeigen könnte, wie z.B. das nukleare und militärische Potential Amerikas, sagte der Herr *Bundeskanzler*, er würde sich etwas derartiges ansehen, falls Zeit dafür bliebe. Ihm komme es vor allem darauf an, darzutun, daß Deutschland nicht von Amerika wegdricke.

Das Gespräch endete um 17 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd.23**

<sup>11</sup> Zur EG-Ministerratstagung am 23./24. Oktober 1967 in Luxemburg vgl. Dok. 366.

## 226

**Aufzeichnung des Staatssekretärs Schütz**

St.S. 1514/67 geheim

20. Juni 1967<sup>1</sup>

## NV-Vertrag

1) Regierungserklärung vom 27. April<sup>2</sup> und Denkschrift vom 7. April<sup>3</sup> drücken unseren Wunsch aus, daß Genfer Verhandlungen erfolgreich fortgehen<sup>4</sup>; Ziel: universelle Annehmbarkeit des NV-Vertrages. Das schließt Berücksichtigung unserer wichtigen Interessen ein.<sup>5</sup>

2) Sobald Vertragsentwurf vorgelegt wird, werden andere zivile Nuklearmächte kritisch Stellung nehmen. Am Konferenztisch sind noch<sup>6</sup> Verbesserungen des Vertrages denkbar. Augenblicklicher Stand legt uns größte Zurückhaltung mit öffentlichen Äußerungen nahe. Sowjetische Versuche, uns wieder die Rolle eines Störenfrieds zuzuschieben, werden dann noch unglaublich.

3) Mit öffentlicher Zurückhaltung sollten gepaart sein diskrete diplomatische Bemühungen,

a) die in den deutsch-amerikanischen Konsultationen<sup>7</sup> erreichten Positionen, soweit sie nicht schon dem sowjetisch-amerikanischen Kompromiß<sup>8</sup> zum Opfer gefallen sind<sup>9</sup>, festzuhalten,

b) die am Konferenztisch zu erwartenden Verbesserungsversuche zu unterstützen.

<sup>1</sup> Datum der Paraphe des Staatssekretärs Schütz auf dem Entwurf. Vgl. VS-Bd. 4094 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Hauber konzipiert.

Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Bundesministers Brandt vor dem Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 64, S. 4939–4946.

<sup>3</sup> In dem am 27. Mai 1967 veröffentlichten Memorandum wies die Bundesregierung darauf hin, daß die Bundesrepublik bereits 1954 auf die Herstellung von ABC-Waffen verzichtet und damit konkrete Beiträge zur Nichtverbreitung von Kernwaffen und zur Rüstungsbegrenzung geleistet habe. Zum Schutz der nichtnuklearen Staaten forderte die Bundesregierung die nuklearen Staaten auf, sich in dem geplanten Nichtverbreitungsabkommen zu verpflichten, ihr nukleares Potential nicht zum Zwecke der politischen Bedrohung und Erpressung oder des politischen Drucks gegen nicht-nukleare Staaten zu benutzen. Für den Wortlaut der „Denkschrift der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu den gegenwärtigen Abrüstungsverhandlungen“ vgl. BULLETIN 1967, S. 441 f.

<sup>4</sup> Die Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission tagte vom 18. Mai bis 14. Dezember 1967.

<sup>5</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Brandt gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Das schließt Berücksichtigung unseres vitalen Interesses an der friedlichen Nutzung der Kernenergie ein.“

<sup>6</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Brandt gestrichen.

<sup>7</sup> Zu den Konsultationen vom 10. bis 14. April 1967 in Washington vgl. Dok. 131.

<sup>8</sup> Am 11. Juni 1967 legten die USA und die UdSSR einen gemeinsamen Entwurf eines Nichtverbreitungsabkommens, der Artikel III („Blankoartikel“) aussparte, vor. Für den Wortlaut vgl. den Drahtbericht Nr. 506 des Botschafters von Keller, Genf (Internationale Organisationen), vom 12. Juni 1967; VS-Bd. 4094 (II B 1), B 150, Aktenkopien 1967. Für Auszüge vgl. Anm. 12 und 14 sowie Dok. 233, Anm. 9 und 10.

<sup>9</sup> Der Passus „soweit sie ... gefallen sind“ wurde von Bundesminister Brandt gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „auch wo sie durch den sowjetisch-amerikanischen Kompromiß gefährdet sind“.

4) Die Einbeziehung der EURATOM-Kontrolle in die NV-Kontrolle mittels Verifikation durch IAE0 ist eine der wesentlichen westlichen Positionen.<sup>10</sup> Infolge des sowjetisch-amerikanischen Kompromisses (Blanko-Artikel III, Isolierung der Frage von den anderen Kompromißpunkten) sind die Schwierigkeiten gewachsen, diese Position zu halten.<sup>11</sup>

5) Anzustreben ist eine amerikanische Zusicherung auf hoher politischer Ebene,

a) daß an diesem Punkte nicht nachgegeben wird (es sei denn, die Sowjetunion wäre bereit, auch bei sich Sicherheitskontrollen im zivilen Bereich zuzulassen),

b) daß für die Verifikationslösung bei den anderen Konferenzteilnehmern aktiv geworben wird.

6) Bei den Revisionsbestimmungen sollten wir uns gegen eine Lösung wenden, die unsere Majorisierung (Bindung an Änderungsbeschlüsse der Mehrheit) zuläßt, wie dies bei der zweiten Alternative des sowjetisch-amerikanischen Entwurfs der Fall wäre (Vetorecht der jeweiligen Mitglieder des Gouverneurrates der IAE0).<sup>12</sup>

7) Die unbefristete Geltungsdauer des Vertrages ist umstritten. Die Kritik daran wächst<sup>13</sup> (Italien, Japan, Jugoslawien, Schweiz). Nach einem schwedischen Gedanken, den sich Mexiko bereits zu eigen gemacht hat, soll es den Vertragsparteien erlaubt sein, vom Vertrag zurückzutreten, falls sie bei der Durchführungskonferenz nach fünf Jahren zu dem Schluß gekommen sind, daß andere Parteien Ziele und Bestimmungen des Vertrages nicht erfüllt haben. Diese erweiterte Kündigungsmöglichkeit soll den zivilen Nuklearmächten ein Druckmittel in die Hand geben, die Kernwaffenmächte an ihre Abrüstungsverpflichtungen aus der Präambel<sup>14</sup> wirksam zu erinnern.

<sup>10</sup> Die Wörter „der wesentlichen westlichen Positionen“ wurde von Bundesminister Brandt gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „wesentliche westliche Position.“

<sup>11</sup> An dieser Stelle fügte Bundesminister Brandt handschriftlich ein: „Hierzu hat beigetragen, daß es an einer entschlossenen gemeinsamen Politik der EURATOM-Staaten gefehlt hat und wir es aus Rücksicht auf den französischen Nachbarn unterlassen haben, die Probleme aufzuzeigen, die sich im Verhältnis zu Frankreich (im zivilen Bereich) ergeben, wenn die EURATOM-Kontrolle fällt.“

<sup>12</sup> Die zweite Variante des Artikels V, Absatz 2 im amerikanisch-sowjetischen Entwurf eines Nichtverbreitungsabkommens vom 11. Juni 1967 lautete: „Any amendment to this treaty must be approved by a majority of the votes of all the parties to the treaty, including the votes of all nuclear-weapon states party to this treaty and all other parties which, on the date the amendment is circulated, are members of the board of governors of the International Atomic Energy Agency. The amendment shall enter into force for all parties upon the deposit of instruments of ratification by a majority of all the parties, including the instruments of ratification of all nuclear-weapon states party to this treaty and all other parties which, on the date the amendment is circulated, are members of the board of governors of the International Atomic Energy Agency.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 506 des Botschafters von Keller, Genf (Internationale Organisationen), vom 12. Juni 1967; VS-Bd. 4094 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>13</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Brandt gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „ist gewachsen“.

<sup>14</sup> In der Präambel des amerikanisch-sowjetischen Entwurfs eines Nichtverbreitungsabkommens vom 11. Juni 1967 wurde dazu ausgeführt: „The states concluding this treaty [...] desiring to further the easing of international tension and the strengthening of trust between states, thus facilitating the elimination from national arsenals of nuclear weapons and the means of their delivery pursuant to a treaty on general and complete disarmament under strict and effective international control“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 506 des Botschafters von Keller, Genf (Internationale Organisationen), vom 12. Juni 1967; VS-Bd. 4094 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

8) Die Probleme betreffen das „Zeitelement“ im Verträge, an dem wir besonderes Interesse nehmen.<sup>15</sup> Eine Behandlung auf hoher politischer Ebene mit den Amerikanern ist angezeigt.<sup>16</sup> In Genf sollten wir damit vorerst selbst nicht hervortreten.

[Schütz]<sup>17</sup>

VS-Bd. 4094 (II B 1)

## 227

### Bundesminister Schiller, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-13168/67 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 1293  
Cito

Aufgabe: 20. Juni 1967, 17.00 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 20. Juni 1967, 22.16 Uhr

Betr.: Ölembargo der arabischen Länder<sup>2</sup>

hier: Besprechungen des Bundeswirtschaftsministers in Washington<sup>3</sup>

Bundesminister Schiller hatte gestern und heute Gelegenheit, das arabische Ölembargo sowohl mit Eugene Rostow (Under Secretary of State for political affairs) als auch mit McGeorge Bundy (Sonderbeauftragter des Präsidenten<sup>4</sup> für den Nahen Osten) eingehend zu erörtern.

<sup>15</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Brandt gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „An den Problemen, die das ‚Zeitelement‘ im Verträge betreffen, nehmen wir wie andere besonderes Interesse.“

<sup>16</sup> Vgl. dazu weiter Dok. 233.

<sup>17</sup> Im Entwurf paraphrasiert. Vgl. Anm. 1.

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg am 21. Juni 1967 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Böker und an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Gehlhoff verfügte.

Hat Böker am 22. Juni 1967 vorgelegen.

Hat Gehlhoff vorgelegen.

<sup>2</sup> Am 6. Juni 1967 unterbrachen der Irak, Algerien und Kuwait ihre Erdöllieferungen in die USA und nach Großbritannien.

Am 17./18. Juni 1967 fand eine Konferenz der Außenminister der arabischen Staaten in Kuwait bezüglich weiterer Erdölexporte statt. Dazu hielt Vortragender Legationsrat I. Klasse Gehlhoff aus Informationen der französischen Botschaft in Bonn fest: „Von syrischer und von algerischer Seite sei zunächst angeregt worden, ein vollständiges Ölembargo gegen alle Staaten, die Israel irgendwie unterstützt hätten, zu erlassen. Gegen diese Vorschläge habe sich sofort heftiger Widerspruch der meisten ölproduzierenden Staaten erhoben. Schließlich sei die Konferenz zu der Ansicht gekommen, Italien, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland sowie alle Länder, die Israel nicht direkt unterstützt hätten, weiterhin mit Öl zu beliefern, nicht aber die USA und Großbritannien.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 23. Juni 1967; VS-Bd. 2577 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. dazu ferner den Artikel „Arabische Staaten setzen Erdöl-Embargo fort“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 138 vom 19. Juni 1967, S. 5.

<sup>3</sup> Bundesminister Schiller hielt sich vom 17. bis 20. Juni 1967 in den USA auf.

<sup>4</sup> Lyndon B. Johnson.



I. Dabei unterstrich Minister Schiller insbesondere die Schwierigkeiten, die sich gerade für die Bundesrepublik ergeben würden, wenn die Ölversorgung nicht gesichert bleibe. Eine Erklärung in der OECD über „drohenden Notstand“ (threat of emergency) werde in Deutschland voraussichtlich heftige Reaktionen auslösen.<sup>5</sup> Nicht nur würde ein Run auf das Öl einsetzen, sondern es lasse sich auch voraussehen, daß über die dann benötigten Regierungsmaßnahmen hinaus grundsätzliche Regelungen gegen Öl und zugunsten anderer Energiequellen, insbesondere Kohle, gefordert werden würden.

Die amerikanische Seite warf ein, daß sich das Ausmaß des Problems nur dann absehen lasse, wenn sich Regierungen und Ölfirmen zusammensetzten und zusammenarbeiteten. Hierzu bedürfe es einer „declaration of emergency“ des Präsidenten, um Ausnahmeregelungen des amerikanischen Anti-Trust-Gesetzes in Kraft setzen zu können. Da aber in den USA kein Notstand in der Ölversorgung bestehe, werde zumindest eine Erklärung der Verbündeten in der OECD darüber benötigt, daß ihre Ölversorgung bedroht sei. Für diesen Zusammenhang lasse sich doch wohl in der deutschen Öffentlichkeit Verständnis finden, so daß die vom Minister befürchteten Reaktionen nicht oder nur in geringem Maße eintreten würden.<sup>6</sup>

Minister Schiller widersprach dem und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich das amerikanische Anti-Trust-Problem auf nationalem Wege in den USA lösen lasse.

II. Zum außenpolitischen Aspekt der Ölfrage wies der Minister darauf hin, daß es nicht im Interesse der westlichen Verbündeten liegen könne, wenn durch eine Frontbildung gegenüber den arabischen Ländern in der Ölfrage das Ölembargo von den USA und Großbritannien auf Kontinentaleuropa ausgedehnt werden würde.

Dem entgegnete die amerikanische Seite, daß die reichen Ölländer des Nahen Ostens alles Interesse daran hätten, die Ölversorgung und Verschiffung wieder aufzunehmen. Daran würden sie aber durch Nasser und seine arabische Solidaritätspolitik gehindert, während sie gleichzeitig finanzielle Beiträge zu dieser Politik leisten sollten. Stehe der Westen zusammen, so würde damit auch die Position der arabischen Ölländer gegenüber Nasser gestärkt.

Minister Schiller schlug im heutigen Gespräch mit McGeorge Bundy vor, an die Stelle der OECD-Notstandserklärung nebst der dadurch auszulösenden Zusammenarbeit der Regierungen und Ölfirmen den Ausdruck „clearing system für die Verwendung der Tanker-Tonnage“ zu benutzen. Dieses System

<sup>5</sup> Am 27. Juni 1967 beschloß der OECD-Rat, einen Beratenden Internationalen Industrieausschuß einzusetzen, der die Erdölversorgung beobachten und bei auftretenden Versorgungsschwierigkeiten Lösungsvorschläge formulieren sollte. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. den Drahtbericht Nr. 180 des Botschafters Vogel, Paris (OECD); Referat III A 2, Bd. 381.

<sup>6</sup> Am 26. Juni 1967 wies Ministerialdirektor Harkort Botschafter Vogel, Paris (OECD), an, sich in der Frage einer Erklärung über die Einsetzung eines Beratenden Internationalen Industrieausschusses auf der Sitzung des Rates der OECD am nächsten Tag der Stimme zu enthalten. Er solle dazu ausführen, daß die Bundesrepublik „das größte Verbraucherland Europas (sei), das seinen Mineralölmarkt in den vergangenen Jahren ohne jede Einschränkung den internationalen Mineralölgesellschaften geöffnet hat. Eine förmliche Krisenerklärung würde mit hoher Wahrscheinlichkeit eine schmerzhaft Überprüfung der bisherigen Energiepolitik in Deutschland nach sich ziehen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 2234; Referat III A 2, Bd. 381.

solle insbesondere für die Lösung der Öltransportfrage<sup>7</sup> verwendet werden, die von den amerikanischen Gesprächspartnern als gegenwärtig wohl vordringlichstes Problem bezeichnet worden sei.

[gez.] Schiller

VS-Bd. 2577 (I B 4)

## 228

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg

I B 4-83.00-92.-1863/67 VS-vertraulich

21. Juni 1967<sup>1</sup>

Betr.: Jordanische Ansichten zum Nahost-Konflikt

I. Der jordanische Botschafter in London, Herr Juma, traf am späten Abend des 15. Juni zu einem kurzen Besuch in Bonn ein. Auf seinen Wunsch führten MDg Böker und VLR I Gehlhoff noch in derselben Nacht ein etwa zweistündiges Gespräch mit ihm.

Botschafter Juma ist ein Bruder des gegenwärtigen jordanischen Ministerpräsidenten<sup>2</sup>. Er war bis 1965 jordanischer Botschafter in Bonn, anschließend Botschafter in Beirut. Seit dem Frühjahr 1967 leitet er die jordanische Botschaft in London. Er hat uns bei der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Jordanien Anfang 1967 (damals noch in Beirut) wertvolle Dienste geleistet.

II. Herr Juma hielt zunächst ein eindringliches Plädoyer für Soforthilfe an Jordanien. Sein Land sei von den Kriegseignissen besonders stark betroffen worden, und die ohnehin schwierige Lage habe sich durch das Einströmen von Flüchtlingen in das Gebiet östlich des Jordans noch weiter verschlechtert. Leider sei es israelische Politik, große Teile der Bevölkerung in den von ihnen besetzten Gebieten zu vertreiben; es seien sogar viele Erschießungen unter der männlichen Bevölkerung vorgekommen.

Für die vom Kriege betroffene Bevölkerung würden vor allem Lebensmittel, Zelte, Decken und Medikamente (insbesondere Antibiotika) gebraucht. Es komme alles darauf an, diese Hilfe in den nächsten Tagen zu leisten; in einem Monat sei es vielleicht schon zu spät.

<sup>7</sup> Am 22. Juni 1967 teilte der Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft, Neef, Botschafter Vogel, Paris (OECD), mit: „Vordringlichstes Sachproblem im Zusammenhang mit der Rohölversorgung aus Nahost ist auch nach deutscher Auffassung die Lösung der Tankerraumfrage.“ Im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt solle Vogel eine Empfehlung des OECD-Rates an die Mitgliedstaaten anregen, „ihren Ölgesellschaften eine Zusammenarbeit bei der zweckmäßigsten Poolung des Tankerraumes“ im Rahmen eines Verrechnungsverfahrens zu gestatten. Vgl. den Drahterlaß Nr. 657; Referat III A 2, Bd. 381.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Gehlhoff konzipiert.

<sup>2</sup> Saad Juma.

Der Botschafter führte weiter aus, daß in Beirut an allen von Jordanien benötigten Gegenständen Bestände vorhanden seien und daß dort eingekaufte Hilfsgüter in wenigen Stunden auf dem Landwege nach Jordanien transportiert werden könnten. Die wirksamste Hilfe würde also eine finanzielle Hilfe sein, damit Jordanien die benötigten Güter selber in Beirut einkaufen könne.

Anmerkung: Sofortmaßnahmen zugunsten Jordaniens sind inzwischen eingeleitet worden.<sup>3</sup>

III. Zur politischen Lage machte Botschafter Juma folgende Angaben: Man wisse in Jordanien, daß man einen Krieg verloren habe. Besonders schmerzlich sei, daß Jordanien, das doch einer der treuesten Freunde des Westens im arabischen Raum sei, unter den Kriegsfolgen am stärksten leiden solle. Der Westen müßte deshalb mit allem Nachdruck auf Israel einwirken, seine Truppen auf die Waffenstillstandslinie von 1949<sup>4</sup> wieder zurückzuziehen. König Hussein könne sich mit dem Verlust Westjordanien nicht abfinden und etwa nur das alte Transjordanien regieren. Jordanien könne aus politischen und wirtschaftlichen Gründen auch nicht auf seinen Teil von Jerusalem verzichten, wohl aber könne er sich vorstellen, daß in einer neuen Friedensregelung den Israelis der freie Zugang zur Altstadt Jerusalems wirksam garantiert werde.

Zur Lage im gesamtarabischen Raum führte Botschafter Juma aus: Präsident Nasser habe abgewirtschaftet. Die geschlagenen, von der Sinai-Halbinsel zurückkehrenden Generäle hätten die Absicht gehabt, Präsident Nasser zu stürzen. Nasser sei dem durch das Manöver seiner Abdankung zuvorgekommen.<sup>5</sup> Dennoch sei Nassers Position stark angeschlagen; sein Sturz sei nur noch eine Frage der Zeit.

König Hussein sei Ende Mai nur deshalb so überraschend nach Kairo geflogen, weil er Nasser zur Mäßigung habe raten und ihn vor einem Kriege habe warnen wollen. Der Abschluß des ägyptisch-jordanischen Verteidigungspaktes sei nicht eine Idee Husseins, sondern Nassers gewesen.

Botschafter Juma bestritt, daß Nasser seine Hand im Spiele gehabt habe, als der für Bonn designierte jordanische Botschafter Sharif überraschend in den ersten Junitagen wieder nach Amman zurückgeholt wurde. Der Grund für diesen Rückruf<sup>6</sup> sei ausschließlich darin zu sehen, daß man Herrn Sharif drin-

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 232, Anm. 22.

Am 23. Juni 1967 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Gehlhoff dazu: „Jordanien befindet sich infolge der jüngsten Nahostkrise in einer ganz besonders bedrohten Lage. Es bedarf zur Sicherung seiner Lebensfähigkeit, an der wir aus politischen Gründen ein sehr starkes Interesse haben, dringend der Unterstützung durch seine Freunde.“ Gehlhoff regte die Verdoppelung der bisher in Aussicht gestellten Kapitalhilfe auf 40 Mio. DM an. Vgl. Referat III B 6, Bd. 569.

<sup>4</sup> Bereits am 8. Juni 1967 notierte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg dazu: „1949 wurden 4 Waffenstillstandsverträge geschlossen (im Februar mit Ägypten, März Libanon, April Transjordanien, Juli Syrien). Die Demarkationslinien weisen Israel ein um 2000 Quadratmeilen größeres Gebiet zu, als nach dem Teilungsplan vorgesehen war. Das neu erworbene Gebiet wurde von Israel als bald als eigenes Staatsgebiet betrachtet. Die 4 Abkommen sehen paritätisch besetzte Überwachungskommissionen vor, die unter Vorsitz des Chefs der UNO-Waffenstillstandskommission tagen. – Zu einem Friedensvertrag kam es dagegen nicht.“ Vgl. Ministerbüro, Bd. 369.

<sup>5</sup> Zum angekündigten Rücktritt vom 9. Juni 1967 vgl. Dok. 211, Anm. 3.

<sup>6</sup> Am 3. Juni 1967 berichtete Legationsrat I. Klasse Eichborn, Amman, über Informationen aus dem jordanischen Außenministerium. In der Frage der Rückrufung des Botschafters aus Bonn stehe die jordanische Regierung „unter starken ägyptischem Druck“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 88; VS-Bd. 2568 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

gend für Propagandaarbeiten in Amman benötigt habe. Ein neuer jordanischer Botschafter für Bonn würde wohl in Kürze ernannt werden.<sup>7</sup>

Auffälligerweise äußerte sich Botschafter Juma recht reserviert über König Feisal von Saudi-Arabien. Er meinte, daß es Feisal auf die Dauer nicht gelingen werde, sich als ein wirklicher Führer der arabischen Länder zu etablieren.

Botschafter Juma betonte schließlich, man müsse die gegenwärtige Krise im Nahen Osten unter weltpolitischen Aspekten sehen. Die Sowjets versuchten dort, den Westen zu treffen. So habe sich die von Nasser seit Mitte Mai betriebene Krisenpolitik nicht ausschließlich gegen Israel, sondern vielleicht sogar in erster Linie gegen das unabhängige, mit dem Westen zusammengehende Königreich Jordanien gerichtet. Auffällig sei ferner, daß in einigen arabischen Ländern seit kurzem heftige Angriffe gegen die Bundesrepublik Deutschland zu beobachten seien; dahinter steckten zweifellos die Sowjets.

Für den Westen käme es jetzt darauf an, seine Freunde unter den Arabern zu stützen und nicht einseitig für die Israelis Partei zu ergreifen. Wollte der Westen seinen Freunden große Gebietsverluste zumuten, so würden selbst die Jordanier lieber mit dem Teufel paktieren, d. h. sich der sowjetischen oder auch der chinesischen Hilfe versichern, als daß sie auf ihre rechtmäßigen Territorien verzichteten.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>8</sup> vorgelegt.

Meyer-Lindenberg

VS-Bd. 2577 (I B 4)

<sup>7</sup> Farhan Shubeillat übergab am 12. September 1967 sein Beglaubigungsschreiben als Botschafter des Königreichs Jordanien in Bonn.

<sup>8</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 23. Juni 1967 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Brandt verfügte.

Hat Brandt vorgelegen.

229

**Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-13190/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 991**

**Aufgabe: 21. Juni 1967, 20.00 Uhr**  
**Ankunft: 21. Juni 1967, 21.34 Uhr**

Betr.: Beurteilung der Lage im Nahen Osten

1. Im Rahmen einer Erörterung der Folgerungen, die aus der NATO-Ministertagung in Luxemburg (13.–14.6.1967)<sup>1</sup> zu ziehen sind, wurde in vertraulicher Ratssitzung am 21. Juni auf Vorschlag Generalsekretärs die Nahost-Situation behandelt. Brosio bezeichnete sowjetische Waffenlieferungen nach Kairo und Algier sowie Ausbleiben nahöstlicher Öllieferungen als vordringlich zu diskutierende Probleme. Zuständigkeit der NATO für letztere Frage sei insofern gegeben, als gemeinsame NATO-Planung für Notstandsfall von Vorhandensein ausreichender Vorräte (90 Tage militärischer, 30 Tage ziviler Bedarf) ausginge. Ein Zurückgreifen auf diese Vorräte infolge Ausbleibens der Öllieferungen berühre die NATO-Interessen unmittelbar.

1) Im Vordergrund folgender Diskussion stand Frage des militärischen Kräftegleichgewichts im nahöstlichen Bereich. Amerikanischer Botschafter Cleveland machte Angaben über die auf Luft- und Seeweg erfolgten jüngsten Waffenlieferungen der Sowjets. Sowjets seien bestrebt, durch Militärhilfe politische Position in den arabischen Ländern auszubauen und bevorstehende VN-Verhandlungen durch *Faits accomplis* vorzubereiten. Belgischer Botschafter de Staercke fragte, inwieweit von Gefährdung des Gleichgewichts durch diese Lieferungen gesprochen werden könne; dieses sei durch den israelischen Sieg entscheidend zugunsten einer Seite verändert worden. Auf Hinweis verschiedener Diskussionsteilnehmer, daß sowjetische Waffenlieferungen möglicherweise in erster Linie politischem Zweck dienten, erwiderte Cleveland, daß man auch mit stärkerem sowjetischen Einfluß in den belieferten Staaten rechnen müsse. Die Sowjets würden nach den arabischen Fehlleistungen beim Einsatz sowjetischen Kriegsmaterials vermutlich die Entsendung zusätzlichen sowjetischen Beraterpersonals fordern. (Bisher 1000 sowjetische Ratgeber in der VAR, 200 in Syrien, 100 im Irak). Er schlug vor, daß sich der Rat eine Übersicht über das tatsächliche Kräfteverhältnis verschaffen solle, bevor die Verhandlungen in New York aufgenommen würden. In diesem Zusammenhang erwähnte kanadischer Botschafter Campbell eine Studie, die früherer kanadischer Befehlshaber der UN-Streitkräfte an der israelisch-ägyptischen Demarkationslinie<sup>2</sup>, General Burns, über das Problem der Waffenkontrolle im Nahen Osten angefertigt habe. Die Studie könne im Falle der Zustimmung kanadischer Regierung als Arbeitsunterlage herangezogen werden.

Zu hier erschienenen Pressemeldungen über die Aufhebung französischen Waffenembargos für Israel erklärte französischer Gesandter Schricke, nicht über Informationen zu verfügen.

<sup>1</sup> Vgl. dazu Dok. 220.

<sup>2</sup> Zur Demarkationslinie von 1949 vgl. Dok. 228, Anm. 4.

2) Wesentliches Interesse fand die Frage, was die Sowjets veranlasse, Algerien bei Waffenlieferungen in gleicher Weise wie die VAR zu behandeln. Französischer Gesandter erwähnte als mögliche Motive:

- die algerische Ablehnung des Waffenstillstands<sup>3</sup>;
- die revolutionäre Grundeinstellung des algerischen Regimes und sein Gegensatz zu den konservativen arabischen Ländern Tunesien und Marokko;
- die Schwierigkeiten, die für Israel bestünden, sich angesichts der geographischen Entfernung in den Besitz dieser Waffen zu setzen!

Kanadischer Vertreter teilte diese Auffassung. Algerien sei für die Sowjets ein stärker gesicherter Stützpunkt als z.B. Irak und Syrien. Bei den Waffenlieferungen nach Algerien werde sichtbar, daß das Ziel der sowjetischen Nahost-Politik letztlich der Atlantik sei (d.h. der Aufbau einer Südfront gegenüber der NATO); israelisch-arabischer Konflikt stelle nur Teilaspekt dieser größeren Perspektive dar. Italienischer Botschafter Alessandrini betonte in diesem Zusammenhang Gefahr der „Invasion“ vom Süden. Diese sei, was sein Land betreffe, im letzten Weltkrieg vom Süden aus erfolgt. Zur Person von Boumedienne erwähnte Schricke ergänzend, daß man neben dem innenpolitischen Aspekt seiner Politik, der Fühlung zu den Massen, nicht übersehen dürfe, daß er sich nicht mit der Tatsache der arabischen Erniedrigung abfinden wolle.

3) Zur Frage sowjetischer Schiffsbewegungen aus dem Schwarzen Meer stellte türkischer Botschafter Birgi fest, daß seine Regierung nicht die Möglichkeit habe, die Schiffe zu kontrollieren. Ihn interessiere die Frage, inwieweit die Sowjets eventuell beabsichtigten, im Zusammenhang mit einer Klärung der Frage der freien Schifffahrt in der Straße von Tiran das Meerengenproblem aufzuwerfen; bisher hätten die Sowjets bei der türkischen Regierung keinen solchen Vorstoß unternommen. Seine an den französischen Vertreter gerichtete Frage, ob ihm über die Behandlung dieses Themas bei der Begegnung de Gaulle-Kossygin in Paris am 16. Juni<sup>4</sup> etwas bekannt sei, wurde von diesem verneint.

4) Zum Stand der Verhandlungen in den VN wurde übereinstimmend bemerkt, daß man sich noch in der Phase sowjetischer Propagandaäußerungen befände. Cleveland stellte Lösungsvorschläge Präsident Johnsons vom 19.6.<sup>5</sup> in den

<sup>3</sup> Zum Waffenstillstand zwischen Israel und den arabischen Staaten, der am 10. Juni 1967 in Kraft trat, vgl. Dok. 211.

<sup>4</sup> Botschafter Klaiber, Paris, berichtete über das Gespräch des sowjetischen Ministerpräsidenten mit Staatspräsident de Gaulle in Paris, es habe sich „ausschließlich mit der Nahostkrise, ihren Anfängen, ihrem Verlauf und ihren Lösungsmöglichkeiten befaßt. Zunächst habe jede Seite ihren Standpunkt vorgetragen. Dabei habe Kossygin erklärt, daß die Sowjetunion von Beginn der Feindseligkeiten an stets versucht habe, den Krieg zu lokalisieren und ihn so schnell wie möglich zu beenden. Nur so müßten ihre Bemühungen verstanden werden, die sie, insbesondere im Welt-sicherheitsrat, unternommen habe, um zu einer Feuereinstellung zu kommen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1137 vom 17. Juni 1967; VS-Bd. 2500 (I A 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Präsident Johnson nannte in einer Rede auf einer Tagung des amerikanischen Außenministeriums für Pädagogen in Washington fünf Prinzipien für einen Frieden im Nahen Osten: „The first and the greatest principle is that every nation in the area has a fundamental right to live, and to have this right respected by its neighbors. [...] Second, this last month, I think, shows us another basic requirement for settlement. It is a human requirement: justice for the refugees. [...] A third lesson from this last month is that maritime rights must be respected. [...] Fourth, this last conflict has demonstrated the danger of the Middle East arms race of the last 12 years. Here the respon-

Vordergrund seiner Ausführungen. Kossygin habe vor der Vollversammlung gewisse Zurückhaltung an den Tag gelegt.<sup>6</sup> Sowjets seien möglicherweise bestrebt, neben der Nahost-Frage gegenüber den Amerikanern auch andere Themen zur Sprache zu bringen. Dafür spräche die Zusammensetzung der sowjetischen Delegation, die in erster Linie Europaexperten aufweise. Bei arabischen Delegationen in New York sei erneut ein Gefühl, von den Sowjets im Stiche gelassen zu sein, festzustellen.

5) Aufmerksamkeit fand auch das Problem der humanitären Hilfeleistungen. Nach Mitteilung belgischen Botschafters de Staercke hat belgischer Außenminister Harmel hierüber in New York mit verschiedenen Delegationen Fühlung genommen. Kanadischer Botschafter Campbell erwähnte Zweckmäßigkeit eines Meinungsaustausches über die Frage, was die NATO-Mitgliedstaaten für die Flüchtlinge und was sie im Bereich von Lebensmittellieferungen in die vom Krieg betroffenen Länder unternähmen.<sup>7</sup>

6) Über die Notwendigkeit einer eingehenden, wenn auch unauffälligen Konsultation in der NATO bestand Übereinstimmung.<sup>8</sup> Insbesondere belgischer und niederländischer Vertreter unterstrichen Bedeutung dieser Konsultation als Basis der von ihren Ländern zu treffenden Entscheidungen. Griechischer Botschafter Palamas erwähnte die Möglichkeit von Absprachen über die in den VN abzugebenden Voten. Britischer Botschafter Sir Bernard Burrows hielt ebenfalls Konsultation für nützlich, stellte freilich die Frage, was der Zweck der NATO-Konsultation im einzelnen sei. Diese Frage müsse noch geklärt werden.

7) Die Ölfrage wurde nur am Rande erörtert. Hierzu mag die Tatsache, daß die Frage eingehend in der OECD behandelt wird<sup>9</sup>, beigetragen haben.

8) Unter den sonst behandelten Themen sind Hinweise des italienischen Botschafters über die Zielsetzung der arabischen und sowjetischen Nahost-Politik zu erwähnen. Nach Berichten der italienischen Botschaft Kairo soll bei der

*Fortsetzung Fußnote von Seite 942*

sibility must rest not only on those in the area – but upon the larger states outside the area. [...] Fifth, the crisis underlines the importance of respect for political independence and territorial integrity of all the states of the area. [...] These five principles are not new, but we do think they are fundamental. Taken together, they point the way from uncertain armistice to durable peace.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1967, S. 632f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 360–362 (Auszug).

<sup>6</sup> Am 19. Juni 1967 führte der sowjetischen Ministerpräsidenten vor der UNO-Generalversammlung aus: „The facts irrefutably prove that Israel bears responsibility for unleashing the war, for its victims and for its consequences. But if anybody needs additional proof that it was Israel that unleashed the war in the Middle East, that Israel is the aggressor, that proof was furnished by Israel itself. It is impossible to interpret in any other way the refusal of the Israeli Government to support the proposals of the Soviet Union to convene an emergency session of the United Nations General Assembly. If the Government of Israel did not feel its guilt before the peoples of the world, it would not have been so afraid of our discussion and of those decisions which the General Assembly must take.“ Vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 22nd Session, 1526th Plenary Meeting, S. 3. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 362–366 (Auszug).

<sup>7</sup> Zu den Hilfeleistungen der Bundesregierung vgl. Dok. 232, Anm. 22.

<sup>8</sup> Zur Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats zur Lage im Nahen Osten vom 29. Juni 1967 vgl. Dok. 242.

<sup>9</sup> Zum Beschluß des OECD-Rates vom 27. Juni 1967, einen Beratenden Internationalen Industrieausschuß hinsichtlich der Erdölversorgung einzusetzen, vgl. Dok. 227, Anm. 5.

arabischen Außenminister-Konferenz in Kuwait<sup>10</sup> angeregt worden sein, die in London deponierten arabischen Gelder in Frankreich, in der Schweiz und in Schweden unterzubringen. Nach Berichten der italienischen Botschaft Moskau beabsichtigten die Sowjets, die Existenz Israels nicht in Frage zu stellen. Sie seien auch bereit, das Problem der Freiheit der Schifffahrt zu erörtern. Ihnen läge in erster Linie an dem Schutz der Araber.

9) Ich habe mich auf Hinweis auf den Beschluß der Bundesregierung über die Einstellung von Waffenlieferungen in Krisengebiete vom 10. Februar 1965 beschränkt.<sup>11</sup>

II. Brosio faßte das Sitzungsergebnis wie folgt zusammen:

1) Der Politische Ausschuß, unterstützt durch militärische Experten, wird das Problem der Waffenlieferungen und des Gleichgewichts der Kräfte im Nahen Osten prüfen. Dabei soll davon ausgegangen werden, daß man im Krisenfall mit einem Zusammenwirken der konservativen und progressiven arabischen Staaten gegen Israel rechnen müsse.

2) Der Petroleum-Ausschuß des senior committee for civil emergency wird sobald wie möglich die bereits vorliegende Bestandsaufnahme der Ölvorräte auf den jetzigen Stand bringen. Von dem Ergebnis wird abhängen, ob im NATO-Rahmen weiteres zu veranlassen ist.

3) Der Politische Ausschuß soll seine Übersicht über die humanitären Leistungen der Mitgliedsregierungen vorbereiten.

Die Vorschläge wurden unter dem Vorbehalt jeweiliger Zustimmung der Mitgliedsregierungen angenommen.

[gez.] Grewe

VS-Bd. 2641 (I B 4)

<sup>10</sup> Zur Konferenz der Außenminister der arabischen Staaten vom 17./18. Juni 1967 vgl. Dok. 227, Anm. 2.

<sup>11</sup> Vgl. dazu Dok. 5, Anm. 10.



## 230

**Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO),  
an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-13195/67 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 468**

**Aufgabe: 21. Juni 1967, 20.45 Uhr**  
**Ankunft: 22. Juni 1967, 02.20 Uhr**

Am Schluß heutiger Sitzung VN-Vollversammlung sprach mich rumänischer Außenminister Manescu in der Lobby an und machte mich mit Ministerpräsident Maurer bekannt. Aus dem Gespräch mit diesem, das größtenteils unter vier Augen, aber in voller Sicht anderer Delegierter stattfand, halte ich folgendes fest:

Maurer begann Unterhaltung mit Bemerkung, er habe von Minister Manescu gehört, daß er und Malitza mit mir über Vorbereitung Aufnahme diplomatischer Beziehungen<sup>1</sup> verschiedene nützliche Gespräche geführt haben. Er halte die Politik der Bundesregierung, die mit diesem Schritt begonnen habe, für den richtigen Weg, die bedauerliche Teilung Europas langsam zu beseitigen. Alles, was in dieser Richtung von uns weiter geschehe, könne aus der Sicht Rumäniens nur auf das wärmste begrüßt werden. Es liege ihm daran, den Eisernen Vorhang beiseite zu ziehen und das Gemeinsame der europäischen Länder wieder zu gemeinsamem Leben zusammenwachsen zu lassen. Auf meine Bemerkung, dies könnte auch ein Vertreter der Bundesregierung in der gleichen Formulierung gesagt haben, kam Maurer darauf zu sprechen, daß seit der Aufnahme der deutsch-rumänischen Beziehungen Schwierigkeiten aufgetreten seien. „Gewisse Mächte“ sähen diese Entwicklung nicht mit günstigem Auge. Nach seiner Auffassung aber habe auch im sozialistischen Lager jedes Land mit eigener Stimme zu sprechen. Er jedenfalls für sein Land lehne es ab, „dans une subordination“ zu leben und erhebe den Anspruch, seine Stimme ohne Bevormundung zu erheben.<sup>2</sup> Rumänien sehe als wichtig für die Zukunft Verabredungen über gemeinsame Sicherheit an. Was unsere Bemühungen angehe, so könne er Westdeutschland nur ermutigen, auf dem einmal beschrittenen Wege fortzufahren und sich durch Verlangsamung des Fortschrittes oder

<sup>1</sup> Zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien am 31. Januar 1967 vgl. Dok. 39.

<sup>2</sup> Als einziger Staat des Ostblocks unterzeichnete Rumänien nicht die am 9. Juni 1967 von den Partei- und Regierungschefs der europäischen sozialistischen Staaten in Moskau abgegebene Erklärung zur Lage im Nahen Osten. Darin wurde betont, daß die UdSSR, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien, die DDR und Jugoslawien den arabischen Staaten „bei der Abwehr der Aggression sowie bei dem Schutz ihrer nationalen Unabhängigkeit und territorialen Integrität helfen werden. Die Teilnehmerstaaten des Treffens fordern, daß Israel die Kriegshandlungen gegen die arabischen Nachbarländer unverzüglich einstellt und alle seine Truppen vom Territorium dieser Länder hinter die Waffenstillstandslinie zurückzieht.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 313.

Am 15. Juni 1967 teilte Botschafter Straetling, Bukarest, aus einem Gespräch mit dem rumänischen Stellvertretenden Außenminister mit, Rumänien „könne keiner Stellungnahme beitreten, die sich nicht auf Grund eigener Analysen mit seinen Auffassungen decke“. Mit Blick auf die Nahost-Krise habe Burlacu erklärt, daß eine Lösung aus rumänischer Sicht darin bestehe, „die interessierten Länder an den Verhandlungstisch zu bringen und nicht etwa in Gewaltanwendung oder in der Forderung nach Auflösung von Staaten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 687; VS-Bd. 4263 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

durch die Verzögerung „durch Dritte“ nicht abhalten zu lassen. Zweimal sagte Maurer, allerdings würden diese unsere Bemühungen leider durch die Nahostkrise wieder zurückgeworfen.

Nachdem Manescu wieder dazugekommen war, sagte Maurer auf meine Frage nach der Entwicklung unserer Beziehungen, daß man in Bukarest im allgemeinen damit sehr zufrieden sei. Nur das erhebliche Handelsdefizit<sup>3</sup> mache der Regierung Sorgen – allerdings könne er uns dafür die Verantwortung nicht allein in die Schuhe schieben, denn Rumänien habe von den angebotenen deutschen Waren mehr kaufen können als umgekehrt, man müsse sich über die Ausweitung des rumänischen Angebotes wohl noch mehr Gedanken machen. Auf der Zahlungsseite sei aber ein bedauerlicher rumänischer Devisenabfluß festzustellen<sup>4</sup> und, man werde wohl über diesen Punkt demnächst einmal sprechen müssen.

Mit dem Dazutreten Couve de Murvilles fand die Unterhaltung ein Ende.

[gez.] Braun

VS-Bd. 4262 (II A 5)

## 231

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort

III A 6-87.02-304/67 VS-vertraulich

22. Juni 1967<sup>1</sup>

Betr.: Leipziger Messe

1) Die Teilnahme der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland an der Leipziger Messe ist in diesem Jahr erstmals amtlich gefördert worden. Dem Deutschen Industrie- und Handelstag ist vor Beginn der Leipziger Frühjahrsmesse<sup>2</sup> auf Anfrage eine unter den Ressorts abgestimmte positive Stellungnahme zur Frage der Teilnahme der Wirtschaft an der Leipziger Messe sowie der Werbung für diese Veranstaltung übermittelt worden (vgl. anliegende Aufzeichnung der Abteilung III vom 14. Februar 1967<sup>3</sup>). Darüber hinaus nahm Herr

<sup>3</sup> Zum rumänischen Defizit im Handel mit der Bundesrepublik vgl. Dok. 28, Anm. 7.

<sup>4</sup> Am 10. Juli 1967 hielt Vortragender Legationsrat I. Klasse Klarenaar dazu fest: „Die Verschuldung Rumäniens gegenüber Deutschland beträgt bereits im Hermes-verbürgten Rahmen insgesamt 1040 Mio. DM. Hierzu kommen die von Hermes nicht abgedeckten Kreditgeschäfte und die von Rumänien unmittelbar bei deutschen Banken aufgenommenen Kredite, die zusammen einige Hundert Mio. DM ausmachen dürften. Ursache für das immer noch wachsende rumänische Defizit sind die umfangreichen Investitionsgüterkäufe Rumäniens in Deutschland.“ Vgl. Referat III A 6, Bd. 259.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Klarenaar konzipiert.

<sup>2</sup> Die Leipziger Frühjahrsmesse fand vom 5. bis 14. März 1967 statt.

<sup>3</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

Ministerialdirektor Harkort faßte die Ergebnisse einer Besprechung vom 9. Februar 1967 im Bundesministerium für Wirtschaft zusammen. Es sei ein Entwurf eines Schreibens an den Deutschen Industrie- und Handelstag beraten worden. Darin hieß es: „Weder aus politischen, gesamtdeut-

Minister Schiller die Eröffnung der Frankfurter Frühjahrsmesse am 26. Februar d.J. zum Anlaß, die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland zur Teilnahme an der Leipziger Messe aufzufordern<sup>4</sup>, und es haben der Hamburger Verkehrssenator Kern und Regierungsdirektor Reyer vom Berliner Senat die Messe, wenn auch nur zu Informationszwecken, besucht. Damit wurde die seit Jahren geübte Zurückhaltung der Bundesregierung gegenüber der Teilnahme westdeutscher Firmen an der Leipziger Messe aufgegeben. Dem ermutigenden Appell des Bundeswirtschaftsministers folgte noch vor Beginn der Leipziger Frühjahrsmesse die Veröffentlichung der neu geschaffenen Bundesgarantie für längerfristige Investitionsgüterlieferungen im Interzonenhandel<sup>5</sup>, womit einem langjährigen Wunsch unserer Wirtschaft, den Wettbewerbsnachteil gegenüber den westeuropäischen Lieferanten der SBZ auszugleichen, Rechnung getragen wurde.

Mit Rücksicht auf die jeweils vor den Leipziger Messeveranstaltungen auf Antrag der Bundesregierung neu bestätigte, als Anlage beigefügte NATO-Empfehlung vom 20. Februar 1963<sup>6</sup> (keine amtliche Teilnahme; Entmutigung der privaten Wirtschaft; keine Sonder- oder Charterflüge nach Leipzig) hat die Bundesregierung die Verbündeten in der Sitzung des Politischen Ausschusses der NATO vom 22. Februar 1967 über ihre Haltung in der Frage der Beteiligung der deutschen Wirtschaft an der Leipziger Messe unterrichtet.<sup>7</sup> Sie hat hierbei auf die von der Ministerkonferenz der NATO gebilligte Erklärung über Deutschland (Anhang A des Kommuniqués vom 16. Dezember 1966<sup>8</sup>) Bezug genommen, in der die Förderung der innerdeutschen Kontakte als ein wichtiges Element der auf Überwindung der deutschen Teilung und auf Entspannung gerichteten Politik bestätigt wurde. In diesem Zusammenhang wird noch bemerkt, daß der die Entmutigung der Firmen durch die Regierungen betreffende Teil der genannten NATO-Empfehlung im westeuropäischen Ausland kaum

*Fortsetzung Fußnote von Seite 946*

schen noch aus wirtschaftlichen Gründen bestehen Bedenken, daß Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland in Leipzig ausstellen oder die Messe besuchen. Eine möglichst umfangreiche Beteiligung der deutschen Wirtschaft an den Leipziger Messen liegt im Interesse gesamtdeutscher Verbindungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands und soll der Förderung des innerdeutschen Handels dienen. Diese grundsätzliche Haltung gilt auch für den Besuch der Leipziger Messen durch Vertreter von Wirtschaftsverbänden, der Industrie- und Handelskammern und des Deutschen Industrie- und Handelstages und zwar auch dann, wenn der Besuch auf Grund einer Einladung erfolgt. Gegen Werbung für die Leipziger Messen bestünden keine Bedenken, sofern nicht „Bezeichnungen verwendet werden, die eine Eigenstaatlichkeit der SBZ ausdrücken“. Vgl. die Aufzeichnung vom 14. Februar 1967; Referat III A 6, Bd. 296.

<sup>4</sup> Vgl. dazu den Artikel „Schiller verheißt noch für dieses Jahr einen Aufschwung“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 49 vom 27. Februar 1967, S. 1.

<sup>5</sup> In den „Bundesgarantien für langfristige Geschäfte im Interzonenhandel“ wurden Erleichterungen für Firmen in der Bundesrepublik bei Lieferungen von Investitionsgütern in die DDR festgeschrieben: „Danach kann eine Garantie übernommen werden für einen Vertrag über die Lieferung von Investitionsgütern oder von für Investitionen geeigneten Materialien sowie für Dienstleistungen (z. B. Montage), wenn die Lieferungen oder Dienstleistungen frühestens 6 Monate nach Vertragsabschluß erbracht werden sollen oder sich über einen Zeitraum erstrecken, der später als ein Jahr nach Vertragsabschluß endet. Die Unterteilung in eine Liefer- und eine Zahlungsgarantie ist vorgesehen.“ Vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 49 vom 10. März 1967, S. 3f.

<sup>6</sup> Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 8368 (III A 6).

<sup>7</sup> Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 357 des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 23. Februar 1967; Referat III A 6, Bd. 296.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Anhangs A des Kommuniqués über die NATO-Ministerratstagung am 15./16. Dezember 1966 in Paris vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 45.

befolgt worden war, wie die starke Zunahme der Beteiligung von Firmen aus den NATO-Staaten in den letzten Jahren zeigt. Die Bundesregierung hatte deshalb im Sommer 1965 gegen die Entscheidung der amerikanischen Regierung, sie werde die NATO-Empfehlung in der Frage der Entmutigung der amerikanischen Wirtschaft von der Teilnahme an der Leipziger Messe nicht mehr befolgen, keine Einwendungen erhoben.

2) Angesichts der gegenüber dem Vorjahr veränderten Sachlage hat ein Antrag der Bundesregierung auf erneute Bestätigung der NATO-Empfehlung vom 20. Februar 1963 bei der diesjährigen Leipziger Herbstmesse h. E. keine Aussicht auf Annahme. Selbst eine Beschränkung des Antrags auf die Wiederinkraftsetzung des bisher befolgten Buchstabens a) der EntschlieÙung<sup>9</sup> erscheint nicht durchsetzbar, weil auch diesem Teil der NATO-Empfehlung (2. Halbsatz) von uns nicht mehr entsprochen wurde. Der im Buchstaben a), 1. Halbsatz, enthaltene eigentliche Kern sollte jedoch aufrechterhalten bleiben, insbesondere auch, um den aus Gründen der Reziprozität erhobenen Anspruch der SBZ auszuschließen, auch ihrerseits offiziell auf westlichen Messen auftreten zu dürfen. Für eine Neufassung des Buchstabens a) würde zweckmäßigerweise der Begriff der offiziellen Teilnahme genauer definiert werden, und zwar als amtlicher Informationsstand, regierungsseitige Organisation der Teilnahme an der Leipziger Messe in Form einer Gemeinschafts- oder Repräsentativschau und als Besuch der Leipziger Messe durch Mitglieder der Zentralregierungen. Es darf hierzu auch auf die Stellungnahme der NATO-Vertretung Paris in beiliegendem Drahtbericht Nr. 968 Bezug genommen werden.<sup>10</sup> Was den Besuch der Leipziger Messe durch Mitglieder der Zentralregierungen anbetrifft, so soll nicht verkannt werden, daß die NATO-Verbündeten die Annahme dieses Teils der Empfehlung unter Hinweis darauf verweigern könnten, daß der sowjetzonale Minister Sölle auf der Hannover Messe im Frühjahr d. J. anwesend gewesen sei<sup>11</sup> und es ihnen bei analoger Betrachtungsweise frei stehen müsse, Minister nach Leipzig zu entsenden. Diesem Vorhalt könnte durch die Bezugnahme auf die von der Ministerkonferenz der NATO gebilligte Erklärung über Deutschland (Anhang A des Kommuniqués vom 16. Dezember 1966) begegnet werden, in der die Förderung der innerdeutschen Kontakte als ein wichtiges Element der auf Überwindung der deutschen Teilung und auf Entspannung gerichteten Politik bestätigt wurde.

<sup>9</sup> An dieser Stelle Anmerkung im Text: „The Committee noted that there will be no official or semi-official participation in the Leipzig Fair, and member governments will avoid any official or semi-official support for the Fair.“

<sup>10</sup> Dem Vorgang beigefügt. Am 16. Juni 1967 führte Gesandter Oncken, Paris (NATO), aus, „daß die NATO-Empfehlung vom 20. 2. 1963 dem Politischen Ausschuß nicht zur erneuten Bestätigung vorgelegt werden kann. U[nter] U[m]ständen wird auch eine neue Empfehlung, die sich auf ein Verbot der ‚offiziellen Teilnahme‘ an der Leipziger Messe beschränkt, angesichts der Teilnahme offizieller Vertreter deutscher Landesregierungen an der Frühjahrsmesse 1967 [...] nicht leicht durchzusetzen sein. Ein diesbezüglicher Antrag hätte nach hiesiger Auffassung am ehesten dann Aussicht auf Erfolg, wenn er eine klare Definition dessen enthielte, was unter ‚offizieller Teilnahme‘ verstanden wird“. Vgl. VS-Bd. 8368 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>11</sup> Zum Besuch des Ministers für Außenhandel und innerdeutschen Handel der DDR auf der vom 29. April bis 7. Mai 1967 veranstalteten Frühjahrsmesse in Hannover vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort vom 9. Mai 1967; Referat III A 1, Bd. 217.

Im übrigen sollte auf die bisher im Buchstaben a), 1. Halbsatz, enthaltene Empfehlung, von einer halboffiziellen Teilnahme an der Leipziger Messe abzu-  
sehen, im Interesse einer möglichst klaren Fassung der neuen Empfehlung und  
ihrer größeren Durchsetzbarkeit verzichtet werden.

3) Es wird deshalb vorgeschlagen, im Politischen Ausschuß der NATO einen  
Antrag für eine neue Empfehlung einzubringen, die folgendermaßen lauten wür-  
de:

„There will be no official participation in the Leipzig Fair (i.e. no official infor-  
mation desk of participating country, no joint ventures of firms or representa-  
tive shows organised by governments, no attendance by members of central go-  
vernments)“

Hierzu darf angeregt werden, die in Rede stehende Angelegenheit zunächst im  
Kabinettsausschuß für innerdeutsche Beziehungen zu behandeln. Hierbei soll-  
te darauf hingewiesen werden, daß die Empfehlung, von dem Besuch der Leip-  
ziger Messe durch die Mitglieder der Zentralregierungen abzusehen, nach ih-  
rer Annahme bei der NATO auch von der Bundesregierung eingehalten wer-  
den muß.

Abteilung II hat mitgezeichnet.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>12</sup> mit der Bitte um Entscheidung vorgelegt.

Harkort

**VS-Bd. 8368 (III A 6)**

<sup>12</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 27. Juni 1967 vorgelegen, der handschriftlich für Bundesminister  
Brandt vermerkte: „Ich bin dagegen, daß wir überhaupt um eine Beschlußfassung bitten. G(e)g(ebe-  
nen)falls bitte ich um Rücksprache.“

Hat Brandt am 28. Juni 1967 vorgelegen, der handschriftlich für Schütz vermerkte: „Ich halte auch  
nichts von einer neuen Initiative zu dieser Frage – eine Erörterung im Kab(inetts)-A(usschuß) für  
innerd(eutsche) Beziehungen könnte jedoch nützlich sein.“

Hat Schütz erneut am 29. Juni 1967 vorgelegen, der für Ministerialdirektor Harkort handschrift-  
lich vermerkte: „Wir werden keine Beschlußfassung beantragen.“

Hat Harkort am 30. Juni 1967 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Graf von  
Hardenberg verfügte.

Hat Hardenberg am 3. Juli 1967 vorgelegen, der handschriftlich für Referat III A 6 vermerkte:  
„Abt[eilung] III wird bei der NATO nichts unternehmen. Der Vorgang müßte Abt[eilung] II zuge-  
leitet werden wegen Behandlung im Kab(inetts-)Ausschuß.“

## Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg

I B 4-82.00-92.-1885/67 VS-vertraulich

23. Juni 1967<sup>1</sup>

### Deutsche Nahostpolitik

#### 1) Die Gegebenheiten der Lage im Nahen Osten

a) Die beiden Weltmächte USA und Sowjetunion haben gezeigt, daß sie eine direkte militärische Konfrontation im Nahen Osten vermeiden wollen. Fraglich ist aber, ob und in welchem Maße die Sowjetunion bereit sein wird, an konstruktiven Friedenslösungen mitzuarbeiten. Man wird davon ausgehen müssen, daß die Sowjets vorerst weiterhin versuchen, durch Unterstützung des arabischen Standpunkts gegenüber Israel ihre Position im Nahen Osten zu wahren und die Stellung des Westens auszuhöhlen.

b) Israel wird, auch aus innenpolitischen Gründen, nicht bereit sein, die jetzt gewonnenen Faustpfänder ohne Erreichung seiner politischen Ziele (Anerkennung des Staates Israel durch die Araber, freie Schifffahrt im Golf von Akaba und im Suez-Kanal) aufzugeben. Allerdings stellt die Verwaltung der besetzten Gebiete große finanzielle und personelle Anforderungen an Israel.

c) Die arabischen Staaten werden es voraussichtlich auch weiterhin ablehnen, mit Israel direkt zu verhandeln und einen Friedensvertrag abzuschließen. Unklar ist, wie lange sie die Einnahmeverluste infolge der Sperrung des Suez-Kanals und des Erdölboykotts durchhalten werden.

d) Auf die Dauer mag sich für die mittleren<sup>2</sup> Mächte wie Frankreich, Italien, Spanien und die Bundesrepublik Deutschland eine gewisse Aussicht ergeben, auch bei Fortbestehen des sowjetisch-amerikanischen Gegensatzes ihre Beziehungen zu allen<sup>3</sup> Staaten des Nahen Ostens zu verbessern und sie für einen Ausgleich im arabisch-israelischen Konflikt einzusetzen.

#### 2) Unsere Politik

e) Deutschland hat im Nahen Osten in erster Linie folgende Interessen:<sup>4</sup> Schutz der Südostflanke Europas vor zunehmender sowjetischer Durchdringung; eigene politische Präsenz einschließlich Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit 9 arabischen Staaten<sup>5</sup>; Verhinderung einer völkerrecht-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung geht zurück auf eine Zusammenfassung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 19. Juni 1967 über eine Hausbesprechung unter Vorsitz des Staatssekretärs Schütz „mit Beteiligung der Abteilungen I und III, des Planungsstabs und einiger anderer Amtsangehöriger mit Erfahrungen im Nahen Osten“. Vgl. VS-Bd. 10085 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>2</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Brandt gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „europäischen“.

<sup>3</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Brandt gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „den“.

<sup>4</sup> An dieser Stelle wurde von Bundesminister Brandt handschriftlich eingefügt: „Wahrung unserer wirtschaftlichen Interessen,“.

<sup>5</sup> VAR, Algerien, Irak, Jemen, Kuwait, Libanon, Saudi-Arabien, Sudan und Syrien.

lichen Anerkennung Ostdeutschlands; Wahrung unserer wirtschaftlichen Interessen.<sup>6</sup>

f) In Berücksichtigung dieser Interessen sollten wir an der Politik der Nichteinmischung in die regionalen Konflikte im Nahen Osten<sup>7</sup> festhalten.<sup>8</sup>

Schwierigkeiten bei der Beachtung dieses Grundsatzes ergeben sich vor allem hinsichtlich unserer großen Wirtschaftshilfe<sup>9</sup> an Israel<sup>10</sup> sowie bei der Frage der Assoziierung Israels mit der EWG<sup>11</sup>. Wir sollten deshalb schon jetzt unsere Bereitschaft erklären, den arabischen Staaten beim Wiederaufbau großzügig zu helfen. Ferner sollte geprüft werden, ob und<sup>12</sup> in welcher Weise die EWG für eine verstärkte Bindung zwischen Europa und dem gesamten<sup>13</sup> Mittelmeerraum ins Spiel gebracht werden kann.

g) Die Sowjetunion und Ostdeutschland<sup>14</sup> sind bestrebt, uns im Nahen Osten als Komplizen der israelischen „Aggression“<sup>15</sup> hinzustellen. Sie finden hierin bei den radikalen arabischen Regierungen ein offenes Ohr. Diese Bestrebungen werden dadurch erleichtert, daß die Berichterstattung der deutschen Presse und des Fernsehens sowie Stellungnahmen einflußreicher, zum Teil beamteter Persönlichkeiten<sup>16</sup> während der Nahostkrise geeignet waren, Zweifel an unserer Haltung der Nichteinmischung zu erwecken.<sup>17</sup>

Wir müssen uns bemühen, eine möglichst klare und geradlinige Nahost-Politik zu verfolgen und diese<sup>18</sup> den Arabern stärker ins Bewußtsein zu rücken.

<sup>6</sup> Der Passus „Ostdeutschlands ... Interessen“ wurde von Bundesminister Brandt gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „der DDR.“

<sup>7</sup> Der Passus „in die ... im Nahen Osten“ wurden von Bundesminister Brandt gestrichen.

<sup>8</sup> An dieser Stelle wurde von Bundesminister Brandt handschriftlich eingefügt: „Wir dürfen jedoch keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß wir eine auf Zerstörung des Staates Israel ausgerichtete Politik entschieden ablehnen, weil sie moralisch nicht zu rechtfertigen ist und den wohlverstandenen Interessen aller Beteiligten zuwiderläuft.“

<sup>9</sup> Der Passus „dieses ... großen Wirtschaftshilfe“ wurde von Bundesminister Brandt gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „des Grundsatzes der Nichteinmischung ergeben sich hinsichtlich unserer Wirtschaftshilfe“.

<sup>10</sup> Vgl. dazu weiter Dok. 245.

<sup>11</sup> Am 7. Juni 1967 legte die EWG-Kommission dem Ministerrat einen Bericht über die Gespräche mit einer israelischen Delegation vom 23. bis 26. Januar 1967 in Brüssel vor. Sie kam darin zu dem Schluß, daß die EWG, aus einer „gewissen Verantwortung“ für Israel heraus, einen Assoziierungsvertrag nach Artikel 238 des EWG-Vertrags anbieten sollte. Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 19. Juni 1967 und für den Wortlaut des Berichts vgl. Referat IA 2, Bd. 1219.

<sup>12</sup> Die Wörter „ob und“ wurden von Bundesminister Brandt gestrichen.

<sup>13</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Brandt gestrichen.

<sup>14</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Brandt gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „die DDR“.

<sup>15</sup> Bundesminister Brandt setzte statt des Wortes „Aggression“ die Wörter „israelische Aggression“ in Anführungsstriche.

<sup>16</sup> Am 2. Juni 1967 wurde vom Präsidium und Kuratorium der Deutsch-Israelischen Gesellschaft der Aufruf „Hilfe für Israel“ veröffentlicht, zu dessen Unterzeichnern unter anderem der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Benda, der Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz, Ehmke, und Bundestagsvizepräsident Schöttle gehörten. Vgl. den Artikel „Hilfe für Israel“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 128 vom 6. Juni 1967, S. 5.

<sup>17</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Brandt gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Sie ziehen falsche Schlüsse aus der Berichterstattung und öffentlichen Stellungnahmen während der Nahostkrise“.

<sup>18</sup> Der Passus „eine möglichst ... und diese“ wurde von Bundesminister Brandt gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „unsere ausgewogene Nahost-Politik“.

h) Solange die Lage im Nahen Osten noch<sup>19</sup> kritisch bleibt und die weitere Entwicklung nicht klar abzusehen ist, sollten wir uns mit öffentlichen Stellungnahmen (vor allem zu Einzelproblemen) sehr<sup>20</sup> zurückhalten. Wir sollten uns darauf beschränken, unseren Wunsch nach einer dauerhaften und gerechten Friedenslösung herauszustellen, ebenso wie unseren Grundsatz der Nichteinmischung.

i) Unbeschadet unserer Zurückhaltung in öffentlichen Verlautbarungen sollten wir in unseren Gesprächen mit verbündeten und befreundeten Regierungen sowie auch gegenüber geeigneten Gesprächspartnern der Nahost-Staaten, einschließlich Israel, zu erkennen geben, welche Elemente nach unserer Auffassung zu einer konstruktiven Friedensregelung im Nahen Osten gehören:

- 1) Anerkennung des Staates Israel durch die Araber
- 2) freie Schifffahrt für Israel im Golf von Akaba und im Suez-Kanal
- 3) Lösung des arabischen Flüchtlingsproblems
- 4) Friedensschluß ohne Annexion
- 5) eine für alle Seiten tragbare Lösung für Jerusalem.<sup>21</sup>

j) Wir sollten unsere humanitären Hilfsaktionen für die von den Kriegseignissen betroffenen Länder fortsetzen.<sup>22</sup> Auf diese Weise zeigen wir unser Interesse an guten Beziehungen mit allen Staaten<sup>23</sup> des Nahen Ostens.

[Meyer-Lindenberg]<sup>24</sup>

**VS-Bd. 2564 (I B 4)**

<sup>19</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Brandt gestrichen.

<sup>20</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Brandt gestrichen.

<sup>21</sup> An dieser Stelle wurde von Bundesminister Brandt handschriftlich eingefügt: „6) Kontrolle von Waffenlieferungen in den Nahen Osten.“

<sup>22</sup> Am 26. Juni 1967 unterrichtete Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg die Abteilung für die Wahrnehmung deutscher Interessen bei der französischen Botschaft in Damaskus über die Bereitschaft der Bundesregierung, „in den von den Kriegseignissen betroffenen Ländern sofort humanitäre Hilfe zu leisten. Für diesen Zweck hat Bundestag einen Sonderbetrag von 5 Mio. DM zur Verfügung gestellt. Durchführung der Hilfsmaßnahmen liegt bei Deutschem Roten Kreuz. [...] Wir denken vor allem an Medikamente, Zelte, Decken, Lebensmittel, Bekleidung.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 49; VS-Bd. 2569 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>23</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Brandt gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Völkern“.

<sup>24</sup> Vgl. Anm. 1.



## 233

**Staatssekretär Schütz an Botschafter Knapstein, Washington**

**II B 1-81.01-1211<sup>1</sup>/67 geheim  
Fernschreiben Nr. 2209**

**Aufgabe: 23. Juni 1967, 17.02 Uhr<sup>1</sup>**

Für Botschafter

Bitte noch heute an hoher Stelle vorsprechen und unserer Besorgnis Ausdruck geben, daß unter den seit dem 7. Juni veränderten Umständen<sup>2</sup> das in den westlichen Konsultationen gefundene Ergebnis zu Artikel III eines NV-Vertragsentwurfes gefährdet sein könnte. Rusk habe in seinem Brief an den Bundesaußenminister vom 17. Mai<sup>3</sup> versichert, man werde an der Lösung festhalten (we continue to advocate the language) und bei negativem Verlauf weitere Schritte zur Sicherung dieser Position erwägen. Diese Zusage sei in einer Lage gegeben worden, in der die Absicht bestanden habe, den Vertragsentwurf mit mehreren (mindestens 2) Blankostellen auf der Konferenz<sup>4</sup> einzubringen.

Die Reduzierung der Meinungsverschiedenheiten mit den Sowjets auf eine einzige Blankostelle, die des Artikels III, unter gleichzeitiger Separierung von dessen Absatz 5<sup>5</sup>, lasse es uns weniger aussichtsreich erscheinen, Artikel III durchzusetzen, zumal die Sowjets offenbar bevorzugen, daß ein vollständiger Vertragsentwurf vorgelegt werde.

Artikel III enthalte für uns eines der wichtigsten Kriterien für die Annehmbarkeit des NV-Vertrages. Eine Aufgabe dieses Standpunktes durch die Bundesregierung sei nicht zu erwarten. Wir möchten daher vorsorglich erneut unser hohes Interesse an der Aufrechterhaltung dieser westlichen Position bekunden. Wir sähen einen Erfolg auf diesem Gebiet in Gefahr, wenn die Lösung nicht den Sowjets gegenüber und gegenüber anderen Konferenzteilnehmern aktiv vertreten werde. Das gelte auch für vorbereitende Gespräche inoffizieller Art der Genfer Delegation und erst recht für den Fall, daß die Ko-Präsidenten<sup>6</sup> einen Vorschlag „ad referendum“ ihrer Regierungen auch zu Artikel III machen wollten, der von der westlichen Position abweicht.

Wir befürchten, daß es trotz des persönlichen Charakters eines formell „ad referendum“ gemachten Vorschlags praktisch nicht mehr möglich sei, daran etwas zu ändern. Hier handele es sich um einen Punkt, der auch in späteren Verhandlungen am Konferenztisch nicht mehr verbesserungsfähig sei, weil die westlichen Interessen an der Verifikationslösung<sup>7</sup> das Anliegen einer schwa-

<sup>1</sup> Der Drahterlaß wurde von Botschafter Schnippenkötter konzipiert.

<sup>2</sup> Zum amerikanisch-sowjetischen Entwurf für ein Nichtverbreitungsabkommen vgl. Dok. 226, Anm. 8.

<sup>3</sup> Zum Schreiben des amerikanischen Außenministers Rusk vgl. Dok. 168, Anm. 9.

<sup>4</sup> Die Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission tagte vom 18. Mai bis 14. Dezember 1967 in Genf.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Artikels III, Absatz 5, der im sowjetischen Entwurf eines Nichtverbreitungsabkommens vom 20. Mai 1967 als Artikel V enthalten war, vgl. Dok. 131, Anm. 10.

<sup>6</sup> William C. Foster (USA) und Alexej Alexandrowitsch Roschtschin (UdSSR).

<sup>7</sup> Bereits am 21. Juni 1967 teilte Botschafter Schnippenkötter der Botschaft in Paris dazu mit: „Welche Befugnisse der IAEO bei der Verifizierung zustehen sollen, ist noch offen. Sie werden zwischen einer Doppelkontrolle und einer rein buchhalterischen Überprüfung liegen und Gegenstand

chen Minderheit seien. Es komme in dieser Frage daher allein auf die Festigkeit der amerikanischen Seite an, sei es in den bilateralen amerikanisch-sowjetischen Gesprächen vor oder nach der Vorlage eines Textes auf der Konferenz, sei es – bei Blankovorlage – später auch am Konferenztisch.

Wir vertrauen darauf, daß die Verifikationslösung des Artikels III auch in „persönlichen“ Gesprächen und einem lediglich „ad referendum“ gemachten Vorschlag der Ko-Präsidenten nicht negativ präjudiziert werde.

Außerdem bitte ich bei dieser Gelegenheit, Bemerkungen zu dem substantiellen Teil des am 7. Juni entstandenen Kompromisses der Ko-Präsidenten zu machen. Der Bundesminister hatte in Luxemburg<sup>8</sup> – wie bekannt – Stellungnahme noch vorbehalten:

Wir wissen zwar, daß den Sowjets die Wahl zwischen den beiden Alternativen zur Revisionsklausel<sup>9</sup> überlassen ist, möchten aber nicht verfehlen, auch an dieser Stelle – wie in Genf schon geschehen – zum Ausdruck zu bringen, daß Majorisierung für die Bundesregierung nicht akzeptabel ist. Wegen des auf die Kernwaffenmächte beschränkten Vetos befriedige uns auch die erste Alternative nicht. Unser Standpunkt in dieser Frage sei also unverändert.

Der neue Artikel IV<sup>10</sup> verselbständige den bisherigen Absatz 5 des amerikanischen Entwurfs für Artikel III über den Schutz des zivilen Bereichs. Eliminiert sei der Schutz des internationalen Austausches auf diesem Gebiet und der Informationsaustausch mit internationalen Organisationen. Außerdem werde die Schutzklausel den auslegungsbedürftigen Verbotsartikeln I und II<sup>11</sup> nachgeordnet, während sie vorher durch Bezugnahme auf den Gesamtvertrag (entsprechende Vertragsziele in der Präambel<sup>12</sup>) weiterging.

Für uns wäre es interessant zu erfahren, warum der Schutz des internationalen Austausches von Kernmaterial und Ausrüstungen (II in Absatz 5 des Arti-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 953*

des zwischen der IAEO und EURATOM auszuhandelnden Abkommens sein.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1152; VS-Bd. 4122 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Juni 1967 vgl. Dok. 220.

<sup>9</sup> Die erste Variante des Artikels V, Absatz 2 im Entwurf eines Nichtverbreitungsabkommens vom 11. Juni 1967 lautete: „Any amendment to this treaty must be approved by a majority of the votes of all the parties to the treaty, including the votes of all nuclear-weapon states party to this treaty. The amendment shall enter into force upon the deposit of instruments of ratification by a majority of all the parties, including the instruments of ratification of all nuclear-weapon states party to this treaty. For parties to this treaty whose instruments of ratification of the amendment are deposited subsequent to the entry into force of the amendment, it shall enter into force on the date of the deposit of their instruments of ratification.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 506 des Botschafters von Keller, Genf (Internationale Organisationen), vom 12. Juni 1967; VS-Bd. 4094 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Für den Wortlaut der zweiten Variante des Artikels V, Absatz 2 vgl. Dok. 226, Anm. 12.

<sup>10</sup> Artikel IV im Entwurf eines Nichtverbreitungsabkommens vom 11. Juni 1967 sah vor: „Nothing in this treaty shall be interpreted as affecting the inalienable right of all the parties to the treaty to develop research, production and the use of nuclear energy for peaceful purposes without discrimination and in conformity with articles I and II of this treaty, as well as the right of the parties to participate in the fullest possible exchange of information for and to contribute, alone or in cooperation with other states, to the further development of the applications of nuclear energy for peaceful purposes.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 506 des Botschafters von Keller, Genf (Internationale Organisationen), vom 12. Juni 1967; VS-Bd. 4094 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>11</sup> Zu den Artikeln I und II eines Nichtverbreitungsabkommens, die wortidentisch bereits im amerikanischen Entwurf vom 13. Januar 1967 enthalten waren, vgl. Dok. 38, Anm. 12.

<sup>12</sup> Zur Präambel vgl. Dok. 226, Anm. 14.

kels III) und des Informationsaustausches mit internationalen Organisationen (III in Absatz 5 des Artikels III) aufgegeben worden ist und ob die Amerikaner bereit sind, in den späteren Verhandlungen am Konferenztisch diese Positionen wieder herzustellen. Ich bitte den Wunsch zu äußern, daß bei den Verhandlungen am Konferenztisch auch die Bezugnahme auf den Gesamtvertrag wieder hergestellt wird.

Versuchen Sie bitte Ihre Demarche, insbesondere zu Artikel III, so schnell durchzuführen, daß sie sich noch vor dem morgen, Samstag, dem 24. Juni, in Genf zu erwartenden Ko-Präsidentengespräch auswirkt.

Umgehend Drahtbericht erbeten.<sup>13</sup>

Schütz<sup>14</sup>

VS-Bd. 4094 (II B 1)

## 234

### Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Ministerpräsident Lynch

Z A 5-86.A/67 geheim

27. Juni 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler empfing am 27. Juni 1967 um 10.45 Uhr den irischen Ministerpräsidenten, Herrn John Lynch, zu einem Gespräch unter vier Augen.<sup>2</sup>

Der Herr Bundeskanzler und der Ministerpräsident unterhielten sich zunächst über frühere Begegnungen und ihre gemeinsame Arbeit in der Beratenden Versammlung des Europarats. Der Herr *Bundeskanzler* erwähnte, daß er bereits zweimal in Irland gewesen sei, das erste Mal im Jahre 1929 und dann wieder in den fünfziger Jahren mit einem Unterausschuß des Europarats.<sup>3</sup>

<sup>13</sup> Am 23. Juni 1967 informierte Gesandter von Lilienfeld, Washington, über ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, in dem er die „Sorge hinsichtlich einer sich möglicherweise anbahnenden Verwässerung“ des Artikels III eines Nichtverbreitungsabkommens zum Ausdruck gebracht habe. Kohler habe dazu erklärt: „Die Bundesregierung brauche sich über ein amerikanisches Schwanken keine Sorge zu machen; die US-Regierung werde weder formell noch informell irgendeinem Vorschlag ihre Zustimmung geben, ehe nicht eine deutsche Zustimmung vorliege.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1326; VS-Bd. 2518 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>14</sup> Paraphe vom 23. Juni 1967.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 28. Juni 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Ministerpräsident Lynch hielt sich am 27. Juni 1967 in Bonn auf. Vgl. dazu den Artikel „Kiesinger sagt Lynch Unterstützung zu“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 146 vom 28. Juni 1967, S. 1.

<sup>3</sup> Der CDU-Abgeordnete Kiesinger gehörte von 1950 bis 1958 der Beratenden Versammlung des Europarats in Straßburg an. Vgl. dazu KIESINGER, Jahre, S. 454–457.

Der *Ministerpräsident* erinnerte daran, daß der Gegenbesuch des deutschen Regierungschefs auf den Besuch des irischen Ministerpräsidenten Lemass im Jahre 1962<sup>4</sup> noch ausstehe und daß man sich sehr freuen würde, wenn der Herr Bundeskanzler bald nach Irland kommen könnte.

Der Herr *Bundeskanzler* gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß ihm dies möglich sein werde, und sagte, daß er gern nach Irland käme.

Der *Ministerpräsident* ging sodann auf das irische Beitrittsgesuch zu den Europäischen Gemeinschaften ein und betonte, daß die überwältigende Mehrheit des Parlaments und der Bevölkerung hinter diesem Antrag stehe.<sup>5</sup> Man habe es deshalb auch nicht für erforderlich gehalten, eine erneute Entscheidung im Parlament herbeizuführen, als man den Antrag aus dem Jahre 1961<sup>6</sup> erneut gestellt habe. Nach Beendigung seiner Besuchsreisen in den Hauptstädten der sechs EWG-Länder werde man im Parlament eine allgemeine Debatte über die Frage des Beitritts haben. Die Kritiker würfen der Regierung vor, daß sie nicht genug tue und nicht schnell genug handle, um dem Antrag zur Annahme zu verhelfen. Zwischen der Regierungspartei und der Opposition gebe es in dieser Frage keine Meinungsverschiedenheiten. Die Differenzen zwischen beiden Parteien gingen vielmehr auf den Bürgerkrieg vor vierzig Jahren zurück, als es um die Frage gegangen sei, wie man sich zur Abtrennung der sechs nordirischen Grafschaften an Großbritannien zu verhalten habe. De Valera und seine Partei hätten sich damals nicht an der Regierung beteiligt, da die Übernahme der Regierungsgeschäfte die Ablegung eines Treueids gegenüber der britischen Krone erfordere. Nach erneuten Überlegungen habe man sich dann aber anders besonnen, und 1932 sei de Valeras Partei an die Macht gekommen. Seither habe es in Irland nur Ein-Parteien-Regierungen gegeben.

Im Interesse der eigenen Landwirtschaft und Industrie habe Irland mit Großbritannien ein Freihandelsarrangement getroffen. Derzeit konzentriere man sich mehr darauf, die Industrie, die bisher einen gewissen Protektionismus genossen habe, für den Freihandel vorzubereiten. Die bisherige Überkonzentration auf die Landwirtschaft habe zu einem Bevölkerungsschwund geführt, der bis vor drei Jahren angehalten habe, da die Industrie die in der Landwirtschaft freiwerdende Bevölkerung nicht habe absorbieren können.

Hieraus habe sich eine beträchtliche Auswanderungsrate ergeben, die aber wieder gebremst werden konnte. Derzeit sei die Bevölkerungstendenz leicht ansteigend. Nach den Ereignissen des Jahres 1962 und der Unsicherheit der britischen Haltung gegenüber der EWG habe sich das industrielle Wachstum nicht in gleicher Stärke fortgesetzt. Ein gewisser Ausgleich sei dadurch geschaffen worden, daß amerikanische und deutsche Industrie sich in Irland niedergelassen hätten. Dennoch bestehe in fast allen Bereichen ein Problem überzähliger Arbeitskräfte, von denen ein großer Teil nach Großbritannien gehe.

<sup>4</sup> Der irische Ministerpräsident besuchte vom 22. bis 29. Oktober 1962 die Bundesrepublik. Für das Kommuniqué vgl. BULLETIN 1962, S. 1685 f.

<sup>5</sup> Irland stellte am 10. Mai 1967 ein Beitrittsgesuch zu den Europäischen Gemeinschaften. Für den Wortlaut vgl. den Drahtbericht Nr. 794 des Botschafters Sachs, Brüssel (EWG/EAG), vom 11. Mai 1967; Referat I A 5, Bd. 311.

<sup>6</sup> Irland stellte am 3. August 1961 einen ersten Antrag auf Aufnahme in die EWG. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 9–10/1961, S. 26.

Viele kämen allerdings enttäuscht wieder zurück, da die Lebenshaltungskosten in Großbritannien erheblich höher seien.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, wie er bereits vor der Presse erwähnt habe, unterstütze die Bundesregierung den irischen Antrag auf Beitritt zu den drei Gemeinschaften. Er fragte, ob seine Annahme richtig sei, daß Irland nur beitreten könne, wenn auch Großbritannien beitrete.

Der *Ministerpräsident* bejahte diese Frage mit dem Hinweis, daß sich siebzig Prozent des irischen Handels mit Großbritannien abwickelten. Man wolle aber nicht in diesem Ausmaß von Großbritannien abhängig bleiben. Wenn aber unter den derzeitigen Umständen Großbritannien nicht beiträte, würde ein Beitritt Irlands schwerwiegende Handelsstörungen mit sich bringen.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß man deutscherseits für einen Beitritt Großbritanniens eintrete. Als Wilson hier gewesen sei<sup>7</sup>, habe er gedacht, die Deutschen könnten mit großem Nachdruck gegen die französische Haltung angehen. Er (Bundeskanzler) habe aber kurz zuvor den deutsch-französischen Vertrag<sup>8</sup> erneuert, der unter seinem Vorgänger<sup>9</sup> etwas vernachlässigt worden sei. Bei den Gesprächen in Paris habe man klar zu verstehen gegeben, daß die Bundesregierung den Beitritt Großbritanniens, Dänemarks und Irlands begrüßen würde.<sup>10</sup> De Gaulles Haltung sei aber sehr hart gewesen. Deshalb habe er (Bundeskanzler) auch zu Wilson gesagt, daß man dieser Tatsache Rechnung tragen müsse und nicht denken dürfe, daß es leicht sei, die französische Haltung zu ändern. Er habe Wilson in aller Offenheit gesagt, er glaube nicht, daß de Gaulle das Risiko eines neuen Vetos<sup>11</sup> eingehen werde, vielmehr werde er versuchen, die Sache hinauszuschieben und zu verzögern. Nach späteren Eindrücken habe er aber gewisse Zweifel gehabt, ob de Gaulles Haltung noch so starr sei. In Rom habe er vielleicht eine nicht ganz so harte Haltung eingenommen<sup>12</sup>, doch habe am Vortag Couve de Murville in Brüssel ganz deutlich zu erkennen gegeben, daß sich die französische Haltung nicht geändert habe.<sup>13</sup> Couve habe dieselben alten Argumente vorgetragen. Außerdem habe er, und dies sei wichtig, Wilson auch gesagt, in der französischen Haltung schlage sich nicht nur die gaullistische Ansicht nieder, vielmehr werde sie auch von anderen Gruppen geteilt, selbst wenn sie es in der Öffentlichkeit nicht sagten. Er selbst sehe aus diesen Gründen langen Verhandlungen entgegen. Der deutsche Außenminister habe am Vortage für ein rasches Verfahren plädiert und vorgeschlagen, daß die Engländer bald gehört werden soll-

<sup>7</sup> Der britische Premierminister hielt sich am 15./16. Februar 1967 in Bonn auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Kiesinger vgl. Dok. 55 und Dok. 57.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>9</sup> Ludwig Erhard.

<sup>10</sup> Vgl. dazu die deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 13./14. Januar 1967; Dok. 16 und Dok. 19.

<sup>11</sup> Ein erster britischer Antrag zur Aufnahme in die EWG scheiterte in den Verhandlungen vom 28./29. Januar 1963. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 60.

<sup>12</sup> Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten anlässlich des 10. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 29./30. Mai 1967 vgl. Dok. 197.

<sup>13</sup> Zur EWG-Ministerratstagung am 26./27. Juni 1967 in Brüssel vgl. Dok. 236.

ten. Dies würde dann auch für die Iren und die Dänen<sup>14</sup> gelten. Die Franzosen hätten diesen Vorschlag jedoch zurückgewiesen und wünschten nur, daß die Sechs die Frage intern behandelten.

In einigen Kreisen werde behauptet, Wilson wolle gar nicht nach Europa. Diese Gerüchte seien während der letzten Wochen lauter geworden. Er selbst habe aber aus seinen beiden Gesprächen mit Wilson diesen Eindruck nicht gewonnen. Niemand könne sagen, was weiter geschehen werde. Am 12. und 13. Juli werde er mit de Gaulle zu einer Routinebegegnung zusammentreffen<sup>15</sup> und ihn dabei fragen, ob es angesichts der überwältigenden europäischen öffentlichen Meinung zugunsten eines Beitritts Großbritanniens und anderer Länder möglich sei, diesen Beitritt zu verhindern. De Gaulle wisse das durchaus, und er werde versuchen, die Sache zu verzögern. Er (Bundeskanzler) habe Wilson auch gesagt, daß die Bundesregierung nicht über die Mittel verfüge, irgendeinen Druck auf die Franzosen auszuüben.

Der *Ministerpräsident* bemerkte, der Herr Bundeskanzler habe auch in der Öffentlichkeit darauf hingewiesen, daß ein solcher Versuch nichts nützen würde.

Wie der Herr *Bundeskanzler* weiter ausführte, sei dies eine der Fragen, wo man mit de Gaulle nicht übereinstimme. Während der Konferenz in Rom habe er einmal den Eindruck gewonnen, als ob de Gaulle bereit sei, sich der Tatsache zu beugen, daß die überwiegende europäische öffentliche Meinung für einen Beitritt Großbritanniens sei. Vielleicht sei dies aber nur die Haltung gewesen, die er zu Beginn eingenommen habe. Der Hauptgrund sei wohl der, daß de Gaulles Europakonzeption nach seiner Auffassung nur unter den Sechs zu verwirklichen sei. Mit zu vielen und zu unterschiedlichen Partnern sei dies nicht mehr möglich. So habe ihm de Gaulle im Januar gesagt, wenn Großbritannien und andere Länder aufgenommen würden, hätte man keine Gemeinschaft mehr, sondern nur ein Freihandelsgebiet.

Der Herr Bundeskanzler sagte, ihm sei bekannt, daß Irland nicht nur den Vertrag von Rom<sup>16</sup>, sondern die dahinterstehende Idee und alles, was seit Inkrafttreten des Vertrages geschehen sei, akzeptiere. Für die Deutschen sei die Idee der europäischen Einheit immer noch sehr wichtig. Er erinnerte daran, daß er als Rapporteur im Europarat darauf hingewiesen habe, daß sich die europäische politische Einigung nicht automatisch aus einer Weiterentwicklung des wirtschaftlichen Zusammenschlusses ergebe. Er glaube auch heute noch, daß die europäische Einheit von größter Bedeutung sei, wobei es gar nicht so wichtig sei, ob sie durch Integration oder auf andere Weise zustandekomme. Wenn es aber nicht gelinge, etwas derartiges zu schaffen, wisse er nicht, was passieren werde. Aufgrund der geographischen Lage empfinde man die Notwendigkeit hierzu in Deutschland vielleicht stärker als in Irland. Ben Gurion habe ihn sehr stark beeindruckt, als er in einem Gespräch nach den Trauerfeierlichkeiten für Dr. Adenauer gesagt habe, das einzige, was ihn interessiere, sei

<sup>14</sup> Zum Beitrittsgesuch Dänemarks vom 11. Mai 1967 zu den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 197, Anm. 4.

<sup>15</sup> Für die Gespräche vgl. Dok. 261 und Dok. 263.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

die Frage, ob man zu einem geeinten Europa kommen könne.<sup>17</sup> Wenn dies nicht gelinge, sei nach Auffassung Ben Gurions eine Katastrophe unvermeidlich. Ob es nun möglich sei, einen großen gemeinsamen Markt und eine Wirtschaftsgemeinschaft zu schaffen und gleichzeitig in einem inneren kleineren Kreis damit zu beginnen, eine Art europäischer Föderation aufzubauen, erscheine ihm zweifelhaft. Andererseits sehe er aber auch nicht ein, warum man aus diesem Grunde andere Bewerber nicht aufnehmen soll. In absehbarer Zeit sehe er keine Chance einer politischen Union unter den Sechs. Das bereite ihm Sorge. Wenn Europa nur einen großen gemeinsamen Markt oder eine umfangreiche Wirtschaftsgemeinschaft errichte, werde es genauso machtlos und schwach bleiben wie jetzt. Dies habe man schmerzlich empfunden, als man auf der Konferenz in Rom zu einem Zeitpunkt, als sich vor den Toren Europas die Nahostkrise zusammengebraut habe, erkennen mußte, daß man nichts tun, ja nicht einmal darüber reden könne.

Der *Ministerpräsident* wies darauf hin, daß eine zu lange Verzögerung bei den Bewerberstaaten ein Gefühl der Sinnlosigkeit auslösen könnte. Sie müßten dann sehen, was sie statt dessen tun könnten. Es wäre sehr bedauerlich, wenn eine solche Haltung an Boden gewänne. Er könne aber nicht verhehlen, daß diese Gefahr mit zunehmender Verzögerung wachse. Seiner Ansicht nach hätte Großbritannien nach dem Zweiten Weltkrieg die Initiative und Führung auf dem Weg zu einem geeinten Europa übernehmen sollen. Er sei über die britische Haltung sehr enttäuscht gewesen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, dies sei auch seine Auffassung.

Wie der *Ministerpräsident* weiter ausführte, sei sein Land nicht der EFTA beigetreten, weil es sich hierbei um eine zu lockere Organisation handle, die auch die landwirtschaftlichen Interessen seines Landes nicht genügend berücksichtige. Ursprünglich habe er gehofft, daß es möglich sein werde, einen Brückenschlag zu vollziehen, doch sei diese Hoffnung bald der Enttäuschung gewichen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er habe gerücheweise gehört, daß für die Engländer eine Assoziierung möglich und denkbar wäre, wenn sie nicht für unbestimmte Zeit, sondern nur befristet vorgesehen wäre.

Wie der *Ministerpräsident* sagte, sehe er drei Hauptfragen in der derzeitigen Situation: zunächst die Erörterungen innerhalb der Sechs über die Notwendigkeit einer Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften. Sodann im Hinblick auf Großbritannien die Frage einer Anpassung der britischen Landwirtschaftspolitik an die gemeinsame Landwirtschaftspolitik der EWG und schließlich die Rolle des Pfundes. Wenn Großbritannien aufgenommen werde, stärke dies auch das Vertrauen in das Pfund bei allen Inhabern von Pfund-Sterling-Guthaben. Irland selbst habe keinerlei politische Vorbehalte, benötige aber eine Übergangsfrist für seine Industrie. Wenn Großbritannien dem Gemeinsamen Markt beiträte und dann sofort in den Genuß der Vorteile für seine Industrie gelange, für seine Landwirtschaft aber eine Übergangsregelung gewährt bekomme, wäre es nur billig, wenn auch für die irische Industrie eine Übergangsregelung getroffen würde.

<sup>17</sup> Für das Gespräch mit dem ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten am 26. April 1967 vgl. Dok. 146.

Der Herr *Bundeskanzler* wiederholte die deutsche Unterstützung für den irischen Antrag und versicherte, daß die Bundesregierung ihr bestes versuchen werde, um die französische Regierung davon zu überzeugen, daß die öffentliche Meinung in Europa für einen britischen Beitritt sei. Er frage sich, was de Gaulle darauf sagen werde. Der Herr Bundeskanzler wiederholte, daß es sich nicht nur um eine gaullistische Tendenz, sondern um eine weitverbreitete Auffassung in Frankreich handle. Er sei sich deshalb auch nicht sicher, daß die französische Haltung sehr viel anders aussehen würde, wenn de Gaulle nicht am Ruder wäre.

Der *Ministerpräsident* sagte, selbst dann würde es lange dauern, bis der Beitritt Wirklichkeit werde.

Der Herr *Bundeskanzler* berichtete über die Konferenz von Rom, wo die Franzosen vorgeschlagen hätten, daß zunächst die Sechs unter sich über die Änderungen sprechen sollten, die sich aus einem britischen Beitritt ergäben. Bei der Brüsseler Konferenz vom Vortage sei es nun um eine andere Frage gegangen, ob nämlich den Engländern Gelegenheit gegeben werden sollte, ihren Antrag vor dem Ministerrat zu begründen. Der Herr Bundesminister des Auswärtigen, mit dem der Ministerpräsident am Abend zusammentreffe, werde ihm sicher ausführlicher über die Sitzung berichten.

Der Herr Bundeskanzler erkundigte sich sodann nach dem Ergehen der irischen Mitglieder in der Beratenden Versammlung, die er aus seiner Zeit noch kenne.

Der *Ministerpräsident* seinerseits stellte einige Fragen zur innerdeutschen Situation, so zum Beispiel nach der NPD.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er gebe der NPD keine Chance.

Auf die Frage nach der Möglichkeit einer Wahlrechtsreform erwiderte der Herr Bundeskanzler, daß während der Koalitionsverhandlungen über dieses Thema gesprochen worden sei. Die Erfahrungen, die man in Österreich mit einer großen Koalition gemacht habe, seien nicht ermutigend. Die Frage sei aber immer noch offen.

Der *Ministerpräsident* erläuterte das irische Verfahren und bemerkte, daß es im Parlament keine kleinen Parteien und nur drei unabhängige Abgeordnete gäbe.

Der Ministerpräsident wies sodann darauf hin, daß sich aus der Einführung des gemeinsamen Landwirtschaftsmarktes der EWG für Irland ein besonderes Problem ergeben habe, das die Ausfuhr von Schlachtvieh betreffe. Durch die zu entrichtenden Abschöpfungsbeträge habe die Ausfuhr von Schlachtvieh erhebliche Einbußen erlitten. Er verwies darauf, daß mit den Dänen eine Regelung getroffen worden sei.<sup>18</sup> 1965 habe man hinsichtlich der Lösung mit Dänemark den Iren gesagt, es handle sich dabei um ein altes Arrangement, das nicht fortgeführt werde. In Wirklichkeit sei es aber doch fortgesetzt worden. Die Schwierigkeit für die irischen Farmer bestehe darin, daß sie ihr Vieh von der Weide weg vor dem Winter verkaufen müßten, da sie nicht auf die Erzeugung von Winterfutter eingestellt seien. Er hoffe, daß sich eine zufriedenstellende Lösung finden lasse.

<sup>18</sup> Vgl. dazu Dok. 28, Anm. 20.



Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, daß die Regelung mit Dänemark sehr schwierig gewesen sei. Eine Zeitlang sei es möglich gewesen, die bestehenden Abmachungen mit Dänemark durchzuführen. Die Landwirtschaft sei heute aber zu einem der schwierigsten und kompliziertesten Probleme geworden.

Der *Ministerpräsident* erwähnte sodann seinen Besuch in den Niederlanden, wo er und seine Mitarbeiter herzliche und verständnisvolle Aufnahme gefunden hätten. In den Gesprächen habe man auch ausführlich über die Rolle des Pfundes gesprochen, da man dieses Problem nicht einfach übergehen könne.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, de Gaulles Kalkulation scheine darin zu bestehen, diese technischen Fragen ausführlich erörtern zu lassen, um damit zu der von ihm gewünschten Verzögerung zu gelangen.

Der *Ministerpräsident* sagte abschließend, es sei verständlich, daß die Lösung der technischen Fragen unter zehn Beteiligten schwieriger sei als unter sechs Beteiligten. Er wiederholte, daß sein Land den Römischen Vertrag und die weitere sich hieraus ergebende Entwicklung akzeptiere.

Das Gespräch endete um 11.45 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 23**

## 235

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete

II A 1-82.SL/0-94.29-1303/67 VS-vertraulich

27. Juni 1967<sup>1</sup>

Betr.: Einrichtung eines Linienflugverkehrs der Lufthansa und der Aeroflot zwischen Frankfurt/Main und Moskau

Bezug: Mündliche Weisung von Herrn Staatssekretär Lahr an den Leiter des Referats II A 1<sup>2</sup>

1) In einer Expertenbesprechung der Bonner Vierergruppe am 22. Juni 1967 wurde anhand einer den Verbündeten am Vortage zugeleiteten Arbeitsunterlage des Auswärtigen Amts (Anlage<sup>3</sup>) die Möglichkeit einer Benutzung des südlichen Luftkorridors durch Flugzeuge der Aeroflot erörtert.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von den Legationsräten I. Klasse Lücking und Graf Schirnding konzipiert.

<sup>2</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Jung.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt. Am 21. Juni 1967 wurde in einer vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Blumenfeld und von Legationsrat I. Klasse Lücking gemeinsam gefertigten Aufzeichnung folgendes festgehalten: „Die deutsche Seite beabsichtigt, die im Mai 1966 wegen der Frage der Linieneinführung nicht zu Ende geführten Verhandlungen zwischen Lufthansa und Aeroflot so bald wie möglich wieder aufzunehmen. Es wird erwogen, der sowjetischen Seite – nach Abstimmung mit den drei Alliierten – mitzuteilen, daß keine Bedenken dagegen bestehen, daß Aeroflot die Trasse Moskau-Frankfurt über Berlin und die Luftkorridore benutzt.“ Vgl. VS-Bd. 4147 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

2) In zahlreichen Fragen, welche die Vertreter der Verbündeten stellten, kam die Skepsis zum Ausdruck, mit der sie unserem Anliegen begegnen. Sie wiesen mit Nachdruck darauf hin, daß die Hartnäckigkeit, mit der man von sowjetischer Seite trotz des Vorhandenseins anderer Luftwege auf der Linienführung über Berlin besteht, uns zu denken geben sollte. (Obwohl es von den Sowjets niemals ausdrücklich erwähnt wurde, bedeutet dies unseres Erachtens die Benutzung des Luftkorridors Berlin–Frankfurt.)

3) Die Verbündeten wiesen auf die Gefahr eines verkehrswidrigen Verhaltens der Aeroflot in dem Korridor und daraus resultierende Auseinandersetzungen in der Berliner Viermächte-Zentrale für Luftsicherung hin.

4) Die Vertreter der Verbündeten erwähnten die Möglichkeit einer Erhöhung der zunächst auf zwei Flüge pro Woche festgelegten Flugfrequenz und die Gefahr eines Wiederauflebens der früher von den Sowjets vertretenen Auffassung, sie seien aufgrund alter Viermächte-Vereinbarungen unabhängig von weiteren Absprachen mit den Westmächten zur Benutzung der Luftkorridore<sup>4</sup> – unter Umständen bis zu den Endpunkten auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland – berechtigt.

5) Insgesamt ließen die Vertreter der Verbündeten durchblicken, daß sie sich Sorgen um die Sicherheit Berlins machten. Im übrigen versuchten sie, sich ein möglichst umfassendes Bild von unseren Überlegungen zu verschaffen.

Von deutscher Seite wurde betont, daß auch für uns die Aufrechterhaltung der Sicherheit Berlins den Vorrang vor unserem Interesse an der Luftverbindung Frankfurt/Main – Moskau habe; wir sähen aber bisher nicht klar, welche Argumente gegen eine Benutzung des Korridors durch Aeroflot sprächen. Wir bäten die Verbündeten, bei ihren Überlegungen zu berücksichtigen, daß die Luft hansa nicht auf die Dauer von dem Verkehr nach Moskau und darüber hinaus nach Ostasien ausgeschlossen werden dürfe.

6) Die Vertreter der Verbündeten erklärten abschließend, sie würden ihre Regierungen unserer Bitte entsprechend um eine gründliche Prüfung der Frage bitten, ob und ggf. welche Bedenken gegen die Mitbenutzung des südlichen Luftkorridors durch die Aeroflot bestünden. Ihrerseits wären sie dankbar, wenn auch wir diese Frage eingehend untersuchten. Abteilung II wird dieserhalb mit Abteilung V in Verbindung treten. Den Alliierten gegenüber sollte jedoch erst dann Stellung genommen werden, wenn ihre Antwort<sup>5</sup> auf unsere Anfrage vorliegt.

7) Wir müssen damit rechnen, daß sich die Verbündeten mit ihrer Stellungnahme Zeit lassen werden, obwohl wir mit Nachdruck auf die Dringlichkeit der Angelegenheit hingewiesen haben.

<sup>4</sup> Am 13. September 1967 notierte Botschaftsrat I. Klasse Wolff, Moskau, dazu: „Eine Linienführung über die SBZ würde die Regelungen besatzungsrechtlicher Provenienz über die Luftkorridore betreffen. Die Einrichtung der Luftkorridore geht auf den Bericht des Luftfahrt direktorats vom 27.11.1945 zurück, der vom Alliierten Kontrollrat am 30.11.1945 gebilligt wurde. Diese interalliierte Abmachung schuf die drei heute in Betrieb befindlichen Luftkorridore mit einer Breite von 20 englischen Meilen zur Benutzung der ‚vier alliierten Nationen bei voller Aktionsfreiheit‘.“ Vgl. VS-Bd. 4247 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Zur Stellungnahme der amerikanischen, britischen und französischen Regierung vom 24. Oktober 1967 vgl. Dok. 385, besonders Anm. 6.

Abteilung II schlägt daher in Einvernehmen mit Abteilung III vor, daß der Herr Staatssekretär beim nächsten Arbeitssessen die drei verbündeten Botschafter erneut um beschleunigte Behandlung unseres Anliegens bittet.<sup>6</sup>

Hiermit Herrn Staatssekretär<sup>7</sup> mit der Bitte um Zustimmung<sup>8</sup> vorgelegt.

Ruete

VS-Bd. 4147 (II A 1)

## 236

### Bundesminister Brandt an die Botschaft in London

I A 2-81.12/6-1999/67 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 1015  
Citissime mit Vorrang

Aufgabe: 27. Juni 1967, 12.11 Uhr<sup>1</sup>

Bitte Außenminister Brown folgenden Text sofort übermitteln:

Persönliche Mitteilung von Bundesaußenminister Brandt an Außenminister Brown

In gestriger Sitzung des EWG-Ministerrates<sup>2</sup> haben sich wiederum alle Delegationen außer der französischen eindeutig für Anhörung Großbritanniens bzw. für Aufnahme von Verhandlungen mit Großbritannien ausgesprochen. Couve de Murville hat hingegen jede Konzession in dieser Richtung abgelehnt. Gleichwohl ist es gelungen, Einverständnis darüber zu erzielen, daß

a) die Kommission baldmöglichst in einem Bericht nach Art. 237 des EWG-Vertrages<sup>3</sup> zu den Beitrittsfragen Stellung nehmen soll.<sup>4</sup>

<sup>6</sup> Staatssekretär Schütz notierte über das Arbeitssessen vom 24. Juli 1967 mit dem amerikanischen, britischen und französischen Botschafter, McGhee, Roberts und François Seydoux: Sie „waren noch nicht alle mit Weisungen aus ihren Hauptstädten versehen. Sie wiesen nur generell darauf hin, daß sie im Grundsatz gegen jede Änderung der bestehenden Lage seien. [...] Ich habe noch einmal um die beschleunigte Behandlung der Frage gebeten. Eine ‚Saturierung‘ könnte meines Erachtens durch klare Vereinbarungen zwischen der Lufthansa und der Aeroflot über die Anzahl der Flüge ausgeschaltet werden.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Jung vom 28. Juli 1967; VS-Bd. 4147 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Zur zweiten Konsultationsbesprechung über die Einrichtung eines Linienflugverkehrs in der Bonner Vierergruppe am 12. September 1967 vgl. Dok. 321.

<sup>7</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 28. Juni 1967 vorgelegen.

<sup>8</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Schütz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Ja“.

<sup>1</sup> Der Drahterlaß wurde von Ministerialdirigent Frank konzipiert.

<sup>2</sup> Zur Tagung des EWG-Ministerrats am 26./27. Juni 1967 in Brüssel vgl. BULLETIN DER EWG 8/1967, S. 97 f.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des Artikels 237 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. Dok. 197, Anm. 9.

<sup>4</sup> Zur Stellungnahme der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom 29. September 1967 über die Beitrittsgesuche Großbritanniens, Irlands, Dänemarks und Norwegens vgl. Dok. 335, Anm. 8.

b) der EWG-Ministerrat sich bereits in seiner Sitzung vom 10./11. Juli<sup>5</sup> mit den Grundproblemen der Erweiterung der EWG beschäftigen soll.

Über den Zeitpunkt der Anhörung einer britischen Delegation konnte keine Übereinstimmung erzielt werden.

Ich selbst hatte als Kompromiß vorgeschlagen, die politischen Grundprobleme in einer Regierungskonferenz der Sechs zu prüfen und parallel hierzu Besprechungen des EWG-Ministerrates mit einer britischen Delegation zu führen. Ich bin damit nicht durchgedrungen.

Zu dem Vorschlag, am 2. Tag des nächsten WEU-Ministerrates am 4./5. Juli in Den Haag der britischen Regierung Gelegenheit zu geben, ihre Position zur Beitrittsfrage vorzutragen, hat Couve erklärt, daß dies eine Frage der Tagesordnung der nächsten WEU-Ministerratssitzung sei. Die übrigen Minister haben keine Einwendungen erhoben; der belgische Außenminister<sup>6</sup> hat ihn stark unterstützt. Ich meine, daß die britische Delegation bei dem WEU-Ministerrat nicht daran gehindert werden kann, unter dem Tagesordnungspunkt „Gedankenaustausch über die wirtschaftliche Lage in Europa“ ihren Standpunkt zur Beitrittsfrage vorzutragen, und daß sie dies tun sollte.<sup>7</sup>

Brandt<sup>8</sup>

VS-Bd. 2427 (I A 2)

<sup>5</sup> Der EWG-Ministerrat befaßte sich am 10./11. Juli 1967 „mit der Prüfung der grundlegenden Fragen, die sich aus den Beitrittsgesuchen der Regierungen des Vereinigten Königreichs, Irlands und Dänemarks“ ergaben. Vgl. BULLETIN DER EWG 9–10/1967, S. 84.

<sup>6</sup> Pierre Harmel.

<sup>7</sup> Zur Erklärung des britischen Außenministers Brown auf der WEU-Ministerratstagung am 4. Juli 1967 vgl. den Drahtbericht Nr. 214 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Forster, z. Z. Den Haag, vom 5. Juli 1967; VS-Bd. 1863 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Paraphe.

237

**Botschaftsrat I. Klasse Lahn, Kairo, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-13270/67 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 416**

**Aufgabe: 27. Juni 1967, 12.20 Uhr**  
**Ankunft: 27. Juni 1967, 11.45 Uhr**

Betr.: Raketen- und Flugzeugbauten in der VAR

1) Der für den Raketen- und Flugzeugbau Verantwortliche und der Vertretung bekannte Vizeluftmarschall Mahmud Khalil hat am vergangenen Donnerstag<sup>1</sup> seinen Abschied genommen und sich auf seine Farm zurückgezogen. Ihm wurde insbesondere vorgeworfen, daß die von ausländischen Technikern in sieben-jähriger Arbeit und unter großem finanziellen Aufwand entwickelte Raketen-waffe wegen Mängeln am Steuerungssystem während des militärischen Kon-flikts nicht einsatzfähig gewesen sei.<sup>2</sup> Nach vorliegenden Informationen ist keine einzige der hier entwickelten Raketen zum Einsatz gelangt.

2) Aus Kreisen der deutschen Techniker verlautete vertraulich, daß alle aus-ländischen Raketenexperten in Kürze das Land verlassen würden.<sup>3</sup> Die ent-wickelten Raketen seien nicht so weit ausgereift, daß in absehbarer Zeit mit ihrem Einsatz gerechnet werden könne. Es gebe zwar noch Bestrebungen eini-ger ehrgeiziger ägyptischer Offiziere, mit eigenen Kräften fortzufahren. Doch könne man mangels der erforderlichen Kenntnisse der ägyptischen Techniker und sonstiger fehlender Voraussetzungen das Programm als beendet betrach-ten.

3) Beim Triebwerk- (Gruppe Brandner) und Zellenbau (Gruppe Schönbaums-feld) sind noch je 125 ausländische Techniker (darunter die Mehrzahl Deut-sche) beschäftigt. Trotz des Optimismus Brandners, der unter allen Umstän-den die Arbeiten fortsetzen will, wird von Angehörigen der beiden Teams be-zweifelt, ob die personellen und sachlichen Voraussetzungen dafür weiterhin gegeben sind. Der zu extremen Vorstellungen neigende Brandner teilte ver-traulich mit, daß er als ultima ratio den Einsatz des nach Rückkehr aus der Sowjetunion in der SBZ zurückgebliebenen Teiles seiner Gruppe erwäge, wenn die Bezahlung seines bisherigen Teams in westlicher Währung nicht mehr ge-sichert sei. Eine ägyptische Entscheidung über die Fortführung des Flugzeug-bauprogramms ist trotz Brandners Behauptungen noch nicht gefallen. Nach

<sup>1</sup> 22. Juni 1967.

<sup>2</sup> Im Sommer 1962 wurde im Zusammenhang mit ersten Testflügen ägyptischer Raketen bekannt, daß Rüstungsexperten aus der Bundesrepublik an ihrer Entwicklung beteiligt waren. Vgl. dazu die Kabinettsvorlage des Auswärtigen Amts vom 4. Januar 1965; AAPD 1965, I, Dok. 1.

<sup>3</sup> Am 22. Juli 1967 teilte Botschaftsrat I. Klasse Lahn, Kairo, dazu mit: „1) Wie aus Kreisen der deutschen Techniker in Heluan zu erfahren war, wird der Triebwerkbau (Werk 135) für den Jäger H 300 wegen Material- und Geldmangels eingestellt. Die Verträge aller ausländischen Techniker des Werkes 135 sind gekündigt worden. Dreiunddreißig Konstrukteure, Zeichner und Mechaniker, die neue Verträge erhalten, werden die Arbeiten an der E 200 fortsetzen, hauptsächlich aber für die Fertigung ziviler Güter wie Einspritzpumpen für Dieselfahrzeuge, Pressplatten für Bäder usw. eingesetzt werden. 2) Im Werk 333 (Heliopolis), das inzwischen geschlossen wurde, sind insgesamt 15 Raketen fertiggestellt worden. Wegen Mängeln am Steuerungssystem waren diese nicht ein-satzfähig. Die Reichweite betrug statt der angegebenen 400 km nur etwa 60 km.“ Vgl. den Draht-bericht Nr. 509; VS-Bd. 2581 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

dem Urteil von deutschen Experten sollen die mit dem Triebwerk bisher unternommenen Versuche erfolgversprechend sein.

Der Vertrag des Nicht-Fachmannes Schönbaumsfeld, der wegen mangelnder Erfolge beim Zellenbau kritisiert worden ist, läuft Ende des Jahres aus. Es wird angenommen, daß er seine Tätigkeit schon vorher beenden muß.

4) Gestern morgen wurde den ausländischen Technikern das Betreten der Militärfabriken in Heluan bis auf weiteres untersagt. Brandner teilte mit, daß eine größere Anzahl beschädigter ägyptischer Militärmaschinen überholt werden soll. Der Sicherheitsdienst habe das Verbot damit begründet, daß die Maschinierung von Militärmaschinen die Israelis zu einem Präventivschlag veranlassen könnte und daher die Sicherheit der Ausländer nicht gewährleistet sei.<sup>4</sup>

[gez.] Lahn

VS-Bd. 2581 (I B 4)

## 238

### Aufzeichnung des Referenten Bahr

MB 1985/67 VS-vertraulich

28. Juni 1967<sup>1</sup>

Betr.: Ost-Politik

hier: Industrielles Großprojekt auf multilateraler Basis

Im Verlaufe der Verhandlungen zwischen Vertretern der Firma Mannesmann und einer sowjetischen Delegation über Lieferungen für die Erdgasleitung aus der Sowjetunion nach Italien ist gesprächsweise sondiert worden, ob es ein sowjetisches Interesse dafür gibt,

a) eine Abzweigung von der sowjetisch-italienischen Erdgasleitung zum Teil in das Bundesgebiet, zum Teil nach West-Berlin zu führen;

b) eine Erdölleitung als Verlängerung der in Frankfurt/Oder endenden „Linie der Freundschaft“ in die Bundesrepublik zu führen.<sup>2</sup> Dazu wäre im Zonenrandgebiet eine Raffinerie zu errichten.

<sup>4</sup> Am 20. Juli 1967 informierte Botschaftsrat I. Klasse Lahn, Kairo, daß nach Schätzungen westlicher Militärattachés „die Sowjets die ägyptische Luftwaffe bisher wieder mit 150 Maschinen aufgefüllt (haben), die zur Zeit noch in den für ausländische Experten gesperrten Militärfabriken in Heluan montiert werden. Es soll sich dabei vorwiegend um MIGs 17 und Suchojs 7 handeln. MIGs 23 wurden entgegen anderslautenden Meldungen nicht beobachtet. [...] Die Militärfabrik 333 (Raketenbau) ist geschlossen worden. Desgleichen das Büro von Vizeluftmarschall Mahmud Khalil. Oberst Nadim, der das Büro noch kurzfristig fortführte, hat seinen Abschied genommen. Die letzten ausländischen Experten haben das Land verlassen. Dagegen hofft Brandner (Militärfabrik 135) immer noch auf die Fortführung des Triebwerkbauprogramms.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 501; VS-Bd. 2581 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirektor Harkort sowie den Ministerialdirigenten Graf von Hardenberg und Berger am 7. Juli 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur Erdölleitung „Linie der Freundschaft“ vgl. AAPD 1963, I, Dok. 11, besonders Anm. 12.

Die Firma Mannesmann hat über diese Gespräche einen Vermerk den Bundesministern Brandt, Schiller, Strauß und Wehner zugehen lassen.<sup>3</sup> Aus einem Anruf aus dem Bundesfinanzministerium ging hervor, daß sich Herr Minister Strauß für ein derartiges Projekt stark interessiert.

Die Vorteile eines solchen Projektes liegen auf der Hand.

- 1) Sie wären ein Beweis des deutschen Entspannungswillens.
- 2) Sie würden auf der Linie der mit Rusk grundsätzlich abgestimmten Politik liegen, die Sie in Ihrer Aufzeichnung vom August 1964<sup>4</sup> beschrieben haben.
- 3) Sie würden ein Zusammenwirken mit der ČSSR und der DDR bringen und damit beweisen, daß wir die DDR nicht isolieren wollen. Sie würden von Ulbricht schwer ablehnbar sein.
- 4) Sie würden im Sinne der Überlegungen für die künftige Rolle Berlins als Stätte der Ost-West-Entspannung liegen.
- 5) Sie würden bei der zu erwartenden Größenordnung einen unmittelbaren Aufschwung nicht nur der Stahl- und Kohlenindustrie bewirken, sondern auch Aufträge für die Berliner Wirtschaft und eine belebende Spritze des Zonenrandgebietes bedeuten.
- 6) Sie würden den Bund kein Geld kosten, sondern nur Sicherheitsgarantien oder Zwischenfinanzierungen verlangen.
- 7) Sie entsprechen dem sowjetischen Interesse der verstärkten Lieferungen von Rohstoffen, um ihre Außenhandelskapazität zu erhöhen. Sie müssen auch dem sowjetischen Interesse entsprechen, daß die Bundesrepublik damit einen effektiven Schritt tut, der sie prinzipiell, wenngleich in sehr begrenztem Umfange, unabhängiger macht von der Öl- und Energieversorgung ausländischer Gesellschaften.
- 8) Dies kann Frankreich angesichts seiner Algerieninteressen nicht nachmachen.
- 9) In einem solchen Falle kann das Eigeninteresse der Sowjetunion so stark werden, daß eine Einwirkung auf Ulbricht in unserem Sinne denkbar wird, zunächst begrenzt auf dieses Projekt.

Die Bedenken gegen die Verwirklichung eines solchen Vorschlages liegen im wesentlichen in der Frage, ob damit Abhängigkeiten von sowjetischen Lieferungen oder sowjetzonalen Störungen entstünden, sind aber angesichts der im Vergleich zum Gesamtbedarf sehr geringen Mengen nicht gravierend. Die negative Haltung westlicher Ölkonzerne zu einem solchen Projekt wäre sicher, sollte aber den Bewegungsspielraum der Bundesregierung angesichts der überwiegenden politischen Vorteile nicht prinzipiell einschränken.<sup>5</sup>

<sup>3</sup> Für die Aufzeichnung des Geschäftsführers der Mannesmann-Export GmbH, van Beveren, vom 14. Juni 1967 über den Besuch einer sowjetischen Delegation unter Leitung des Ministers für Erdöl- und Gaswirtschaft in der UdSSR, Sorokin, vom Vortrag vgl. Referat III A 6, Bd. 288.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Memorandums des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt, vom 26. August 1964 für den amerikanischen Außenminister Rusk vgl. DzD IV/10, S. 877–883.

<sup>5</sup> Am 6. Juli 1967 informierte Ministerialdirigent Graf von Hardenberg die Botschaft in Moskau mit Blick auf eine etwaige Erdgasversorgung der Bundesrepublik durch die UdSSR, daß „z. Zt. Gespräche über möglichen Bezug aus Holland im Vordergrund [stünden]. Kontaktgespräche über eventuelle Abnahme gewisser Mengen sowjetischen Erdgases durch Bayern laufen auf Referente-

In einem Gespräch mit Herrn van Beveren, dem von der Firma Mannesmann zuständigen Herrn, habe ich einige weitere Einzelheiten erfahren, darunter auch, daß seine sowjetischen Gesprächspartner vor einer derartigen Einbeziehung Berlins nicht zurückgeschreckt sind. Herr van Beveren hat über das Projekt eine Skizze angefertigt, die beigelegt ist.<sup>6</sup>

Es wird vorgeschlagen, in einer Chefbesprechung der Herren Bundesminister Brandt, Schiller, Strauß und Wehner mit dem Herrn Bundeskanzler eine Entscheidung darüber herbeizuführen:

- a) eine Sondierung auf staatlicher Ebene über das sowjetische Interesse vorzunehmen;
- b) Ziel dieser Sondierung ist, festzustellen, ob daraus ein entscheidungsreifes Projekt zu machen ist. Die endgültige Entscheidung [ist] vorzubehalten, bis die bisher unbekannten sowjetischen Konditionen vorliegen.

Ein derartiges Projekt könnte stark dazu beitragen, die Barrieren gegen unsere Ost-Politik abzubauen.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>7</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>8</sup> vorgelegt.

Bahr

VS-Bd. 8378 (III A 6)

*Fortsetzung Fußnote von Seite 967*

nebene zwischen Landes- und Bundeswirtschaftsministerium. Minister Schedl hat gegenüber Bundeswirtschaftsministerium kein aktuelles Interesse bekundet.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 619; Referat III A 6, Bd. 288.

Am selben Tag hielt Vortragender Legationsrat Döring dazu fest: „Wie das Bundesministerium für Wirtschaft bestätigte, besteht in Süddeutschland (Bayern, Baden-Württemberg) ein wachsender Bedarf an Erdgas, der auf die Dauer zu Importen zwingt. Nachdem sich die Pläne, algerisches Erdgas nach Süddeutschland einzuführen, zerschlagen haben, laufen zur Zeit neue Gespräche interessierter Gasgesellschaften mit der Gruppe Esso-Shell über die Möglichkeiten der Einbeziehung Süddeutschlands in die Lieferungen holländischen Erdgases. Die Gruppe Esso-Shell hat bisher sehr hart verhandelt (Preise), zeigt jedoch jetzt eine etwas flexiblere Haltung, da sich herausgestellt hat, daß das sowjetische Erdgas für Italien, Österreich und Südfrankreich tatsächlich attraktiv sein könnte.“ Vgl. Referat III A 6, Bd. 288.

<sup>6</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

Zur Skizze vgl. das Schreiben des Geschäftsführers der Mannesmann-Export GmbH, van Beveren, vom 23. Juni 1967 an Referent Bahr; Referat III A 6, Bd. 288.

<sup>7</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 28. Juni 1967 vorgelegen, der handschriftlich für Bundesminister Brandt vermerkte: „Das Projekt sollte zuerst vom B[undes]m[inisterium] für Wirtschaft und von der Abt[eilung] III geprüft werden. Erst dann sollten ‚Chefbesprechungen‘ stattfinden. Vorschlag: D III mit B[undes]m[inister] und St[aats]sekretär nach Konsultation mit dem B[undes]m[inisterium] für Wirtschaft.“

<sup>8</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.



239

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lankes

II B 2-81.12/4-1253/67 geheim

29. Juni 1967<sup>1</sup>

Betr.: Austausch von Gewaltverzichtserklärungen mit der ČSSR

Bezug: Weisung Dg II B vom 26. 6. 1967<sup>2</sup>Anlg.: 2<sup>3</sup>

1) In ihrer Antwort auf den Gewaltverzichtsversuch unserer Note vom 25. 3. 1966<sup>4</sup> hat die Regierung der ČSSR behauptet: „Durch absichtliches Übergehen der DDR, des unmittelbaren Nachbarn der Bundesrepublik Deutschland, bemüht sich der Vorschlag, eine auf die Annexion der DDR, mit der die Tschechoslowakische Sozialistische Republik und andere sozialistische Staaten durch Bündnisbande verbunden sind, gerichtete Politik zu legalisieren.“ Die Note weist darauf hin, daß die Sicherheit der „DDR“ und die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen auch die Sicherheit ihrer Verbündeten berühre.

2) Der ČSSR wurde unser Gewaltverzichtsversuch, ergänzt durch Einbeziehung des Deutschlandproblems, im Januar ds. Js. in Prag unterbreitet.<sup>5</sup> Die tschechoslowakischen Gesprächspartner wichen damals unter Hinweis auf die Bündnispartner aus und schlugen vor, die Diskussion über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen vorläufig zurückzustellen.

Inzwischen wurde der Gedanke des Gewaltverzichts in Form eines „Vertrages aller europäischen Staaten“ auf der Karlsbader Konferenz aufgegriffen<sup>6</sup> und in das politisch-propagandistische Repertoire Ostberlins aufgenommen. Darin liegt eine weitere Festlegung der tschechoslowakischen Regierung gegenüber Ostberlin und der Sowjetunion.

3) Vielleicht läge aber für die Regierung der ČSSR ein neuer Anreiz, die Frage zu diskutieren, darin, daß wir vorschlagen, in den beiderseitigen Erklärungen ausdrücklich von den zwischen den beiden Staaten bestehenden Grenzen auszugehen. Eine entsprechende Formulierung könnte Bestandteil der auch in

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat Ruth konzipiert.

<sup>2</sup> Botschafter Schnippenkötter vermerkte handschriftlich für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lankes: „Ich bitte zu überlegen, ob – im Hinblick auf Prag – ein Vertrag oder ein Erklärungsaustausch formuliert werden kann, der im Kern Gewaltverzicht ist und einerseits das Element der ‚territorialen Integrität‘ enthält, andererseits aber weder ‚Nichtangriffsvertrag‘ ist oder genannt werden könnte.“ Vgl. VS-Bd. 4105 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Der Entwurf der Bundesregierung und das gleichlautende tschechoslowakische Alternat sind dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 9.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Note der Bundesregierung (Friedensnote) vgl. BULLETIN 1966, S. 329–331. Für den Wortlaut der Note der tschechoslowakischen Regierung vom 5. Mai 1966 vgl. DzD IV/12, S. 648–655.

Vgl. dazu auch AAPD 1966, I, Dok. 58.

<sup>5</sup> Zu den Verhandlungen des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Wickert mit dem Abteilungsleiter im tschechoslowakischen Außenministerium, Rezek, am 12. Januar 1967 vgl. Dok. 13, besonders Anm. 8.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 154.

den bisherigen Textentwürfen vorgesehenen Präambel sein. Ein solcher Vorschlag würde es Prag zumindest schwerer machen, die Bedrohung dieser Grenze durch uns zu behaupten. Für uns läge darin eine Möglichkeit, die Grenzfrage offiziell und verbindlich anzusprechen, ohne daß das Münchener Abkommen<sup>7</sup> erwähnt zu werden braucht.

4) Es wäre zu prüfen, ob ein solcher Schritt gegenüber der ČSSR in Konflikt mit unserem Angebot an die Sowjetunion stehen würde, auf Gewaltanwendung „gegenüber der Sowjetunion und ihren Verbündeten“ zu verzichten<sup>8</sup> (dessen Sinn es ist, den anderen Teil Deutschlands nicht anders als z.B. die ČSSR zu behandeln).

Die Bedenken bestehen wahrscheinlich nicht, solange die Sondierungen in Prag einen informellen Charakter haben. Sie würden gegenstandslos werden, falls sich die tschechoslowakische Regierung ernsthaft für unseren Vorschlag interessieren sollte.

5) Der Entwurf einer deutschen Erklärung<sup>9</sup> mit tschechoslowakischem Alterнат ist beigelegt.

Hiermit Dg II B, Herrn Botschafter Dr. Schnippenkötter<sup>10</sup>, vorgelegt.

Lankes

**VS-Bd. 4105 (II B 2)**

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

<sup>8</sup> Zu den am 7. Februar 1967 von Staatssekretär Schütz an den sowjetischen Botschafter Zarapkin übergebenen Entwürfen von Gewaltverzichtserklärungen vgl. Dok. 46, besonders Anm. 6.

<sup>9</sup> In dem Entwurf einer Erklärung der Bundesregierung hieß es in der Präambel: „Die Bundesrepublik Deutschland gibt ihrer Überzeugung Ausdruck, daß eine Entspannung der Beziehungen zwischen den Staaten Europas den Wünschen der Völker in West und Ost entspricht und der Festigung der europäischen Sicherheit dient. Sie ist der Auffassung, daß die Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der ČSSR auf der Grundlage der zwischen den beiden Staaten bestehenden unbestrittenen Grenzen (oder: unter Beachtung des Prinzips der territorialen Integrität der beiden Staaten) und der beiderseitigen Verpflichtung, alle Streitfragen mit friedlichen Mitteln zu lösen, einen wesentlichen Schritt auf diesem Weg bedeuten würde.“ Vgl. VS-Bd. 4105 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Hat Botschafter Schnippenkötter am 4. Juli 1967 vorgelegen.

## 240

**Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger  
mit dem britischen Botschafter Roberts****Z A 5-88.A/67 geheim****30. Juni 1967<sup>1</sup>**

Der Herr Bundeskanzler empfing am 30. Juni 1967 um 11.30 Uhr den britischen Botschafter Sir Frank Roberts zu einer Unterredung, an der MD Dr. Osterheld teilnahm.

Unter Bezugnahme auf die bereits mündlich durch den Premierminister<sup>2</sup> ausgesprochene Einladung überbrachte der Botschafter eine offizielle Einladung zum Besuch Londons in der letzte Woche des Juli oder Ende Oktober.<sup>3</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* teilte vertraulich mit, daß er sich im Zusammenhang mit der Haushalts- und mittelfristigen Finanzplanung<sup>4</sup> in einer schwierigen parlamentarischen Situation befinde, da die beiden Koalitionsfraktionen für den 6. und 7. Juli Sitzungen im Anschluß an die Kabinettsitzungen vom 4. und 5. Juli anberaumt hätten. Da er als Vorsitzender der CDU daran teilnehmen müsse, komme er in die peinliche Lage, Präsident Johnson um Verschiebung seines Amerikareisetermins bitten zu müssen.<sup>5</sup> Das gleiche gelte für Herrn Brandt in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der SPD. Man müsse nun abwarten, was Johnson vorschlage. Wenn die Amerikareise nur um kurze Zeit verschoben werde, sei im Anschluß daran der Londoner Besuch möglich, was nach der Begegnung mit de Gaulle und Johnson klimatisch gut wäre. Der Botschafter werde über den weiteren Verlauf unterrichtet werden. Wenn es im Juli nicht mehr klappe, nehme er die Einladung gern für Oktober an.

Der *Botschafter* kam sodann auf die Devisenausgleichsregelung zu sprechen und sagte, seine Regierung halte es für richtig, die Gespräche nicht vor Herbst aufzunehmen.<sup>6</sup> Bis dann lägen vielleicht schon Ergebnisse der NATO-Beratungen vor. Außerdem finde im September eine Tagung des Weltwährungsfonds statt.<sup>7</sup> In der Zwischenzeit ließen sich Fortschritte bei der Erörterung gemeinsamer Projekte erzielen. Bis zum Herbst sollten von keiner der beiden

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 30. Juni 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Harold Wilson.

<sup>3</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem britischen Premierminister am 23. Oktober 1967 vgl. Dok. 362.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 258.

<sup>5</sup> Am 30. Juni 1967 teilte Bundeskanzler Kiesinger dem amerikanischen Präsidenten mit, daß er durch „eine unerwartete Entwicklung der parlamentarischen Situation in Bonn in eine schwierige Lage geraten“ sei. Die Bundesregierung müsse in der folgenden Woche „die wichtigste Entscheidung über die Finanz- und Wirtschaftspolitik der kommenden Jahre treffen“. Vgl. das mit Drahterlaß Nr. 581 an die Botschaft in Washington übermittelte Schreiben; VS-Bd. 10094 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 15./16. August 1967 in Washington vgl. Dok. 301–304 und Dok. 317.

<sup>6</sup> Zur Aufnahme der Verhandlungen am 20. November 1967 vgl. Dok. 396.

<sup>7</sup> Zur Tagung des Internationalen Währungsfonds vom 25. bis 29. September 1967 in Rio de Janeiro vgl. Dok. 363, Anm. 18.

Seiten öffentliche Erklärungen zu diesem Thema abgegeben oder Entscheidungen getroffen werden. Für Großbritannien liege im Gegensatz zu den USA die Schwierigkeit darin, daß die Regelung nur bis April gelte, wogegen sie mit den USA bis Juni laufe. Die Verhandlungen zwischen der deutschen und britischen Regierung sollten im Herbst dann allerdings auch begonnen werden.

Der Herr *Bundeskanzler* führte aus, daß man nichts sagen könne, solange die mittelfristige Finanzplanung nicht vom Tisch sei. Zum ersten Mal werde der Versuch unternommen, auf mehrere Jahre voraus zu blicken. Bis jetzt habe sich ein miserables Bild ergeben. Das Thema müsse im Zusammenhang mit der Konjunktur gesehen werden, wobei die Berücksichtigung der budgetären und der konjunkturellen Notwendigkeiten der Quadratur des Zirkels gleichkomme. Nach Abschluß der Planung werde man ein klareres Bild haben. Deutscherseits habe man auch an den Herbst gedacht.

Unter Hinweis auf das vergangene Jahr bat der *Botschafter* darum, negative<sup>8</sup> Vorentscheidungen in der Öffentlichkeit zu vermeiden, da sonst in der britischen Öffentlichkeit die Forderung nach einem Truppenabzug erhoben würde.

Der Botschafter dankte sodann für die deutschen Bemühungen in der Beitrittsfrage. Außenminister Brown habe in diesem Sinn eine Botschaft an den Herrn Bundesminister des Auswärtigen gerichtet.<sup>9</sup> Engländerseits sei man nicht deprimiert. De Gaulle habe zwar keinen Schritt vorwärts, aber auch nicht rückwärts getan.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, daß seine Diagnose und Prognose, wie er sie Herrn Wilson dargelegt habe<sup>10</sup>, bestätigt worden seien. In Rom habe er versucht, die Gegensätze zu überbrücken.<sup>11</sup> Herr Brandt habe in Brüssel mit seiner Billigung dafür plädiert, daß die Engländer gehört würden.<sup>12</sup> De Gaulle rechne darauf, daß man im Lauf der Verhandlungen zu den praktischen Schwierigkeiten kommen werde, so daß dann auch die anderen darüber nachdenken müßten, wie sie zu lösen seien. Er hoffe, beim Besuch de Gaulles näheres zu erfahren.<sup>13</sup> Die deutsche Haltung sei unverändert. Man habe nichts anderes tun können, als was man getan habe: zu vermitteln und zu beschwichtigen. Kraftakte zu unternehmen wäre nicht nur sinnlos, sondern auch schädlich.

Nach Auffassung des *Botschafters* habe die Nahostkrise gezeigt, daß man ein größeres Europa brauche.

<sup>8</sup> Dieses Wort wurde handschriftlich eingefügt.

<sup>9</sup> Für das Schreiben vom 27. Juni 1967 vgl. VS-Bd. 2427 (I A 2).

Der Inhalt des Schreibens wurde am 29. Juni 1967 von Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg zusammengefaßt. Der britische Außenminister Brown habe angeregt: „1) im Rahmen der üblichen Tagesordnung der WEU-Ministerratssitzung eine detaillierte Erklärung zum britischen Beitritts-gesuch abzugeben und 2) danach formell vorzuschlagen, den Text dieser Erklärung dem Herrn Bundesminister als dem Vorsitzenden des einheitlichen Ministerrats der Europäischen Gemeinschaften zuzuleiten.“ Vgl. VS-Bd. 2417 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Der britische Premierminister besuchte am 15./16. Februar 1967 Bonn. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Kiesinger vgl. Dok. 55 und Dok. 57.

<sup>11</sup> Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten anläßlich des 10. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 29./30. Mai 1967 vgl. Dok. 197.

<sup>12</sup> Zur Haltung des Bundesministers Brandt auf der EWG-Ministerratstagung am 26. Juni 1967 vgl. Dok. 236.

<sup>13</sup> Der französische Staatspräsident hielt sich am 12./13. Juli 1967 in Bonn auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Kiesinger vgl. Dok. 261 und Dok. 263.

Der Herr *Bundeskanzler* teilte diese Ansicht und unterstrich, daß es auch ein politisches Europa sein müßte. In Rom habe er de Gaulle gesagt, daß die Frage nach den sich aus einem englischen Beitritt ergebenden Veränderungen der Gemeinschaft berechtigt sei und man darüber sprechen könne. Er habe aber ebenfalls darauf hingewiesen, daß die überwältigende öffentliche Meinung Europas für den Beitritt Großbritanniens sei, und das sei auch ein Politikum. Man müsse auch Alternativen ins Auge fassen, auch wenn dabei zunächst kein so starkes politisches Europa entstünde. Er sei sicher, daß es de Gaulle nicht auf ein Veto ankommen lassen werde. Andererseits treffe es aber auch zu, daß die Scheu vor einem britischen Beitritt nicht nur bei den Gaullisten, sondern auch in anderen französischen Kreisen anzutreffen sei.

Der *Botschafter* bemerkte, es gäbe auch Gaullisten, die für den Beitritt seien.

Der Herr *Bundeskanzler* bezeichnete die Annahme als irrig, daß die Aversion nur in gaullistischen Kreisen zu finden sei. Er wisse von vielen Nicht-Gaullisten, daß sie das Gefühl hätten, daß die Gemeinschaft durch den Beitritt Großbritanniens geschwächt würde. Umgekehrt seien aber auch unter den Gaullisten die Haltungen nuanciert.

Der *Botschafter* bemerkte, daß es in Großbritannien Kreise gebe, die allerdings nicht die Mehrheit darstellten, die wünschten, daß etwas geschehe. Sie sähen nur das Nein de Gaulles. In diesem Sinn sei auch der London-Besuch des Herrn Bundeskanzlers wichtig. Britischerseits werde man so geduldig sein wie möglich, aber auch nicht zu sehr. In den Pariser Gesprächen Wilsons mit de Gaulle sei es das Schwierigste gewesen, daß die Engländer nach de Gaulles Ansicht auf alle atlantischen Bindungen verzichten sollten.<sup>14</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, hierin bestehe auch ein Gegensatz zwischen Paris und Bonn. Er werde überall mitmachen, wo Europa gestärkt werde. Der erste Schritt könne aber nicht darin bestehen, die Verbindung zu Amerika zu lösen, dessen Schutz noch unentbehrlich sei. Zunächst müsse Europa stark gemacht werden.

Der *Botschafter* bemerkte sodann, daß das Pfund Sterling durch die Nahostkrise nicht so sehr geschwächt worden sei, wie man befürchtet habe. Die Lage im Nahen Osten sei weiterhin schwierig. Rusk habe dem britischen Botschafter<sup>15</sup> gesagt, in den Gesprächen mit Kossygin<sup>16</sup> hätten sich gewisse, wenn auch noch sehr geringe Möglichkeiten hinsichtlich der Anerkennung Israels, der freien Schifffahrt durch den Golf von Akaba und die Straße von Tiran sowie einer Hilfe für die Flüchtlinge abgezeichnet, doch könne aus politischen Gründen im Augenblick nichts geschehen.

<sup>14</sup> Der britische Premierminister besuchte am 19./20. Juni 1967 Paris.

<sup>15</sup> Patrick Dean.

<sup>16</sup> Der sowjetische Ministerpräsident hielt sich anlässlich der 5. Sondersitzung der UNO-Generalversammlung in den USA auf. Am 23. und 25. Juni 1967 führte er Gespräche mit Präsident Johnson in Glassboro. Zu den Gesprächen erklärte der amerikanische Präsident: „You will not be surprised to know that these two meetings have not solved all of our problems. On some we have made progress – great progress in reducing misunderstanding, I think, and in reaffirming our common commitment to seek agreement.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1967, S. 652. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 349 f. Vgl. dazu ferner den Drahtbericht Nr. 477 des Botschafters von Braun, New York (UNO), vom 25. Juni 1967; VS-Bd. 4251 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, beide Seiten seien daran interessiert, daß sich keine kriegerische Verwicklung zu einem größeren Konflikt ausweite. Auf merkwürdige Weise seien die beiden Antagonisten miteinander verbunden, um eine große Auseinandersetzung zu vermeiden. Darüber müsse man froh sein. In der Militärgeschichte gebe es hierzu Parallelen: als die Soldaten in gewissen Epochen zu teuer wurden, da habe man jede Situation vermieden, die zu einer ernstesten Auseinandersetzung hätte führen können. Wenn die Russen im Nahen Osten auch hereingefallen seien, so seien sie doch Meister im Ausnutzen der Situation.

Der *Botschafter* war der Auffassung, daß die Russen aus der Krise stärker hervorgehen würden. Erfreulicherweise habe sie keine Auswirkungen auf Berlin gehabt.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß die Deutschen von Kossygin in der UNO attackiert worden seien<sup>17</sup>, doch habe keiner der arabischen Staaten diese Angriffe aufgenommen. Goldberg wolle eine Erklärung abgeben, in welcher er die Deutschen in Schutz nehmen werde. Der Grund für die russischen Angriffe sei darin zu finden, daß sie die deutsche Politik als lästig empfänden. Das könne für die Deutschen natürlich kein Grund sein, davon abzugehen; wir würden unsere Politik auch fortsetzen, man müsse nur genug Geduld aufbringen; wir wollen übrigens mit dieser Politik keinen Keil zwischen die Sowjetunion und andere osteuropäische Staaten treiben.

Der *Botschafter* sagte, die deutsche Ostpolitik mache es den Verbündeten leichter, sich in Moskau für Deutschland einzusetzen.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, man sei hierüber erfreut und dankbar dafür.

Der *Botschafter* bemerkte, er sei sehr überrascht gewesen, daß Abrassimow eine Einladung in Berlin angenommen habe. Es komme sicher sehr wenig dabei heraus, doch sei es gut, Kontakt zu halten.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, mit den Russen sei es eine sehr schwierige Sache. Wilson habe bei seinem Besuch sehr optimistisch davon gesprochen, daß die britisch-russische – nicht sowjetische – „watermark“ sehr hoch sei. Der Nahe Osten habe gezeigt, daß die Russen versuchten, Terrain zu gewinnen, und so wie die Dinge heute in der Welt lägen, hätten sie das tatsächlich ohne große Gefahr tun können. Wenn ihnen Israel nicht einen Streich gespielt hätte, wäre dieses Land heute eine belagerte Festung.

Nach Mitteilung des *Botschafters* hätten die Russen nicht damit gerechnet, daß Nasser die Straße von Tiran sperren werde. Dies sei für die Israelis der Kriegsfall gewesen. Die britische Regierung habe sich um eine gemeinsame Erklärung bemüht, um den Israelis eine letzte Chance zu geben. Für sie seien daraus auch Schwierigkeiten entstanden.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er habe das für eine gute Initiative gehalten, die Nasser hätte bremsen können. Dann sei aber alles zu schnell gelaufen.

<sup>17</sup> Zur Rede des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 19. Juni 1967 vor der UNO-Generalversammlung vgl. Dok. 229, Anm. 6.

Der *Botschafter* fragte sodann, ob die Gespräche mit dem irischen Ministerpräsidenten gut gelaufen seien.<sup>18</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* bezeichnete es als Quintessenz der Gespräche, daß Irland erst beitreten könne, wenn auch Großbritannien beitrete. Es habe in den Gesprächen nicht viel Probleme gegeben. Man habe mit den Iren die Dinge wie mit den Engländern besprochen.

Der *Botschafter* war der Auffassung, daß der irische Ministerpräsident in Paris vielleicht etwas tun könnte.

Der Herr *Bundeskanzler* bezeichnete die Haltung der italienischen Regierung ebenfalls als sehr gut und solide. Saragat, den er sehr schätze, sei für einen britischen Beitritt. Er habe sich auch zu einer Zeit zur NATO bekannt, als andere italienische Politiker dies unter Hinweis auf die öffentliche Meinung nicht gewagt hätten. Moro halte er für besonnen und überlegt und bei aller äußerlichen Konzilianz doch für fest. Schließlich sei auch de Gaulle Realist und werde tun, was er als möglich erkenne. Solange er daran geglaubt habe, daß eine politische Union, wie er sie sich vorstelle, d.h. unter französischer Führung, zu verwirklichen sei, so lange habe er seinen Widerstand gegen einen britischen Beitritt aufrechterhalten müssen. Wenn er aber zu der Einsicht komme, daß dies nicht gelinge, dann müsse er nach einer Alternative ausschauen, und dann müsse man sehen, was zu machen sei. Er wisse nicht, wie stark de Gaulle innerlich noch von seiner Konzeption überzeugt sei.

Der *Botschafter* sagte, britischerseits glaube man, daß de Gaulle solange wie möglich Schwierigkeiten machen wolle, habe aber nicht den Eindruck, daß er selber genau wisse, wie er das Spiel spielen solle.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß Großbritannien die öffentliche Meinung hinter sich habe und auch die deutsche Wirtschaft ganz eindeutig dafür sei.<sup>19</sup> In der Bevölkerung sei ebenfalls die Mehrheit für einen Beitritt.

Das Gespräch endete um 12.15 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 23**

<sup>18</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Ministerpräsident Lynch am 27. Juni 1967 vgl. Dok. 234.

<sup>19</sup> Vgl. dazu etwa das Schreiben des Präsidenten des BDI, Berg, vom 11. Januar 1967 an Bundeskanzler Kiesinger; Dok. 16, Anm. 4.

## 241

### Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem französischen Botschafter François Seydoux

Z A 5-87.A/67 geheim

30. Juni 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler empfing am 30. Juni 1967 um 12.00 Uhr den französischen Botschafter Seydoux in Anwesenheit von MD Dr. Osterheld zu einem Gespräch.

Eingangs sagte der *Botschafter*, die Arbeit eines Botschafters sei heute, da die Minister sich selbst häufig trafen, etwas anderes als früher. Er selbst bemühe sich insbesondere, die Haltung Frankreichs in einem weiteren Kreis der Öffentlichkeit zu erläutern. Manchmal sei dies nicht ganz leicht, denn die Persönlichkeit de Gaulles sei nicht immer einfach zu verstehen. Die Popularität des Generals, die noch bei der Beisetzung Dr. Adenauers recht groß gewesen sei, habe anscheinend etwas unter einigen Stellungnahmen gelitten, die auch für Franzosen nicht immer sofort verständlich seien.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, er habe es bedauert, daß die Äußerung de Gaulles anläßlich der Tischrede für den türkischen Staatspräsidenten, daß „Israel von der Vernichtung bedroht gewesen sei“, nicht ganz durchgekommen sei.<sup>2</sup> Die Sympathie der deutschen Bevölkerung habe eindeutig bei Israel gelegen, und zwar aus mehreren Gründen. Zunächst sei Israel zahlenmäßig schwächer und stärker bedroht, sodann spiele sehr stark mit, was die Juden in Deutschland alles erlitten hätten. Ganz deutlich habe diese Reaktion gezeigt, daß es keine Spur von Antisemitismus in Deutschland gebe. Ohnehin sei der Antisemitismus in Deutschland niemals sehr groß gewesen. Das Tragische sei gerade ja gewesen, daß die Bevölkerung, die gar nicht antisemitisch empfunden habe, gerade aus diesem Grund während des Naziregimes nicht den Vorgängen geglaubt habe. Die proarabische Stellungnahme der französischen Regierung sei deswegen in der Bundesrepublik mit einem gewissen Erstaunen aufgenommen worden, zumal die Bevölkerung nicht immer die Motive erkannt habe. Um so mehr bedaure er es, daß de Gaulles Äußerungen beim Besuch des türkischen Staatspräsidenten so wenig Niederschlag gefunden hätten.

Der *Botschafter* verwies darauf, daß er aufgrund sehr umfangreicher Informationen den Eindruck gewonnen habe, daß de Gaulle, der Israel vor dem Beginn von Kampfhandlungen gewarnt habe, sehr unzufrieden gewesen sei, als er er-

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 30. Juni 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Am 27. Juni 1967 führte Staatspräsident de Gaulle anläßlich des Besuchs von Präsident Sunay aus: „Or, n'est-ce pas là la seule façon de régler la tragédie du Viet-nam où sévit l'intervention étrangère, la question du Chypre où rien ne doit empêcher ceux qui sont turcs de rester des Turcs et ceux qui sont grecs de demeurer des Grecs, le conflit du Moyen-Orient que rendent insoluble à la fois la menace de destruction qui pèse sur Israël, l'occupation des territoires et l'expulsion de populations arabes par la conquête militaire, enfin les passions qui sont soulevées sur place par les ambitions dominatrices et opposées de Washington, Moscou et Pékin?“ Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 5, S. 184.



fahren mußte, daß Israel den ersten Schuß abgegeben hatte. Er habe dies vielleicht sogar als persönliche Verärgerung empfunden.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, de Gaulle habe eben den Konflikt vermeiden wollen. Er selbst wolle de Gaulles politische Haltung keineswegs kritisieren, dennoch müsse man die Reaktion in der deutschen Öffentlichkeit berücksichtigen. Es gebe bekanntlich einige Punkte, in denen unterschiedliche Auffassungen bestünden. Die deutsche öffentliche Meinung sei gegenüber Amerika und einem britischen EWG-Beitritt ganz klar. Andererseits bestehe Einigkeit mit de Gaulle darin, daß der Weg Europas auf immer größere Unabhängigkeit abzielen müsse. Dies gelte auch für die öffentliche Meinung. Sie sei der Auffassung, daß Europa immer stärker werden müsse, um weniger vom amerikanischen Schutz abzuhängen. Man wolle lediglich sich nicht von Amerika zu einem Zeitpunkt lösen, zu dem Europa einfach noch nicht stark genug sei.

Botschafter *Seydoux* schloß daraus, daß das Ziel gemeinsam sei. De Gaulle seinerseits sei der Auffassung, daß heute schon die Möglichkeit für ein unabhängiges Europa bestehe.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, de Gaulle glaube, daß man sich jetzt schon stärker von Amerika lösen solle, da die Vereinigten Staaten im Falle eines sowjetischen Angriffs ohnehin intervenieren würden. Eine solche Auffassung halte man in Deutschland jedoch für gefährlich, da Deutschland die Anwesenheit amerikanischer Truppen brauche. Es gehe ja immer darum, nach einem möglichen Angriff noch genügend Zeit zu haben, um politisch zu intervenieren. Dies wäre für Frankreich vielleicht auch ohne die Anwesenheit amerikanischer Truppen denkbar, nicht aber für Deutschland, denn Deutschland wäre dann schon besetzt. In der Zielsetzung bestehe jedoch Einigkeit. Der Herr *Bundeskanzler* verwies in diesem Zusammenhang insbesondere auf sein gutes Zusammenspiel mit General de Gaulle in Rom<sup>3</sup>, um zumindest ein weiteres Treffen der Sechs in diesem Jahr noch zustande zu bringen.

Zur Frage der Mitgliedschaft Großbritanniens bemerkte der Herr *Bundeskanzler*, die öffentliche Meinung in Europa und auch in Deutschland sei für den britischen Beitritt; die Meinung in Frankreich sei geteilt.

Botschafter *Seydoux* wies darauf hin, daß dieses Thema vor einigen Jahren noch großes öffentliches Interesse in Frankreich gefunden habe, und zwar in viel stärkerem Maße als jetzt. Er erinnerte an die Zeit der EVG, die sicherlich von Frankreich ratifiziert worden wäre, wenn sie Großbritannien mit eingeschlossen hätte. Heute habe sich die Leidenschaftlichkeit der Diskussion verlagert, und man spreche in Deutschland sehr viel mehr von England. Er werde oft von den ersten Damen der Gesellschaft darauf angesprochen, wobei er sich manchmal den Gedanken nicht versagen könne, wenn de Gaulle sofort einem britischen Beitritt bedingungslos zugestimmt hätte, hätte man de Gaulle wohl vorgeworfen, er wolle nur den Gemeinsamen Markt sprengen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er sage all seinen Besuchern, daß man die Argumente de Gaulles auch verstehen müsse. Wenn de Gaulle sage, daß die Gemeinschaft durch einen britischen Beitritt ihren Charakter verlieren oder ver-

<sup>3</sup> Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten anläßlich des 10. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 29./30. Mai 1967 vgl. Dok. 197.

ändern könnte, so sei dieses Argument ernst zu nehmen und müsse durchdiskutiert werden.

Der Herr Bundeskanzler merkte noch an, ein weiteres Thema, in dem zu beiden Seiten des Rheins unterschiedliche Auffassungen vertreten würden, sei die NATO, die von Deutschland ebenso wie das integrierte Bündnissystem bejaht werde.

Zum bevorstehenden Treffen mit General de Gaulle<sup>4</sup> bemerkte der Herr Bundeskanzler, man sollte seine Meinungen austauschen, wie die Welt heute aussehe, und was diese Weltlage für die Zusammenarbeit zwischen den beiden Völkern bedeute. Sicherlich werde dabei nicht in allen Punkten völlige Einigkeit erzielt, doch sollte die Tour d'horizon sich befassen mit dem amerikanisch-sowjetischen Verhältnis und der Frage, wie sich dies auf Europa auswirke. Wichtigste Frage dabei sei, was die Zusammenarbeit der beiden Völker unter den gegebenen Umständen erreichen könne. Es sei bereits gesagt worden, daß Deutschland und Frankreich im Interesse Europas (auch eines größeren Europa) zusammenarbeiten wollten. Die deutsche Ostpolitik sei zwar nicht festgefahren, treffe aber doch auf starken Widerstand, der aus Moskau und Pankow herrühre. Dennoch wolle die Bundesregierung diese Politik fortführen. Auch Frankreich habe seine Erfahrungen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt, gemacht. Er würde gerne die Auffassungen de Gaulles dazu kennenlernen. Nach deutscher Auffassung könnten Frankreich und Deutschland in einer geduldigen und weitschauenden Politik viel tun, um die scharfe Trennung Europas zu mildern.

Botschafter *Seydoux* fragte, ob der Herr Bundeskanzler damit sagen wolle, daß, solange es kein aufgebautes politisches Europa gebe, es besser sei, wenn Frankreich und Deutschland gemeinsam mehr täten.

Der Herr Bundeskanzler bemerkte, er sei manchmal mit den Italienern etwas ungeduldig gewesen, doch glaube er, daß de Gaulle und Couve de Murville in Rom gespürt hätten, daß man mit der italienischen Regierung mehr tun könne. Die Frage, ob der Herr Bundeskanzler glaube, daß eine Zusammenarbeit zwischen Bonn, Rom und Paris etwas für ein politisches Europa tun könne, bejahete der Herr Bundeskanzler. Er sagte, Italien sei eine solide Sache, habe wirtschaftlich gute Fortschritte gemacht und sei in sich konsolidiert. Moro sei konziliant, habe aber eine klare Konzeption und viel Sympathien für Frankreich. Saragat sei ein solider Mann, der natürlich Atlantiker sei und Großbritannien in der EWG haben wolle. Dennoch bringe er Frankreich viele Sympathien entgegen. Man sollte daher nicht immer nur zuwarten, bis ein institutionalisiertes politisches Europa stehe, weil man sonst zu spät kommen werde. Man müsse daher jetzt ohne Institutionen anfangen. Wenn die anderen nicht bereit seien, bei solchen Treffen mitzumachen, dann könne man ja zu zweit oder zu dritt (je nach Möglichkeit) schon einmal anfangen. Im Gespräch mit de Gaulle sollte man sich überlegen, wie man eine solche Zusammenarbeit zwischen den drei Hauptstädten ein wenig organisieren könne. Natürlich solle nichts Spektakuläres geschehen. Immerhin sei zu beachten, daß auf seinen

<sup>4</sup> Der französische Staatspräsident hielt sich am 12./13. Juli 1967 in Bonn auf. Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vgl. Dok. 261–264.

Vorschlag hin in Rom diese drei Regierungen, die doch 160 Millionen Europäer vertreten, sofort regelmäßigen Treffen zugestimmt hätten. Herr Luns habe nun einmal ein anderes Konzept, das er voll und ganz respektiere. Er sei bereit, einen britischen Beitritt zur EWG ernsthaft ins Auge zu fassen. Er könnte sich jedoch denken, daß bei der konkreten und praktischen Diskussion auch andere ein Haar in der Suppe fänden.

Botschafter *Seydoux* merkte an, vielleicht habe de Gaulles vieles nur laut gesagt, was andere lediglich dächten.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, er sei recht beschämt gewesen über die Ratlosigkeit Europas in der Nahostkrise. De Gaulle habe sich gesagt, er handle eben mit Frankreich, da es mit den anderen noch nicht so weit sei. In Zukunft aber müsse man für derartige Krisen besser vorbereitet sein. Zumindest müßten die großen europäischen Länder es dann sein. Wenn dann eines Tages Großbritannien mitspiele, warum nicht? Er stimme mit de Gaulle überein, daß es einen kontinentaleuropäischen Kern geben solle. Die dazu erforderlichen Methoden müsse man erarbeiten.

Botschafter *Seydoux* fragte dann, ob der Herr Bundeskanzler im bilateralen Bereich irgendwelche konkreten Dinge vorzuschlagen gedenke.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, zwischen den Ressorts hätten viele Besprechungen stattgefunden. Gewiß gebe es Möglichkeiten auf dem Gebiet der technologischen Zusammenarbeit. Deutschland denke dabei an einen gemeinsamen Ausschuß. In den großen Fragen werde nicht überall Einigkeit bestehen. So bestünden zum Beispiel, zwar nicht in den Grundsatzfragen, aber in der zeitlichen Durchführung gewisse unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich Amerikas. Was das Nahostproblem betreffe, könnte man sich seiner Ansicht nach auf ein gemeinsames, das gesamte Nahostgebiet umfassendes Hilfsprogramm unter Einschluß wichtiger Projekte einigen.

Botschafter *Seydoux* bemerkte, er glaube, das gemeinsame Ziel Deutschlands und Frankreichs in der Nahostfrage liege darin, die Lage dort zu entspannen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, man könnte es vielleicht so formulieren, daß die beiden Länder dazu beitragen wollten, in jenem Raum dauerhafte friedliche Bedingungen zu schaffen. Keines der beiden Länder sei an diesem geographischen Bereich im Sinne einer Interessensphäre interessiert.

Botschafter *Seydoux* warf ein, in Paris sei man seines Erachtens der Auffassung, daß man zuerst darangehen sollte, die praktischen Fragen zu lösen (z. B. die Flüchtlingsfrage).

Der Herr *Bundeskanzler* sagte dann, was den britischen Beitritt betreffe, solle man die Dinge so lassen, wie sie seien. Das Verfahren laufe. Deutscherseits erkläre er, daß die Bundesregierung zustimme, daß de Gaulles Wunsch berücksichtigt und seine Sorge diskutiert werde, was aus der Gemeinschaft werde, wenn weitere Staaten hinzutreten, ob diese Gemeinschaft dann noch dieselbe Qualität haben werde oder ob sie ein ganz anderes Gebilde würde. In der Ostpolitik sollte man zur Bestätigung der Absicht kommen, daß Deutschland wie auch Frankreich ihre Ostpolitik fortsetzten. In der Deutschlandfrage sei man sich einig. De Gaulle drücke dies immer mit seiner schönen Formel „ohne zu großen Ehrgeiz in Grenz- und Rüstungsfragen“ aus. Eine echte Meinungs-

verschiedenheit bestehe hier nicht mit Ausnahme der Tatsache, daß die Bundesregierung die Frage der Oder-Neiße-Linie einem Friedensvertrag vorbehalten müsse. Andere Grenzfragen gebe es nicht.

Der Herr Bundeskanzler unterstrich dann, sein Lieblingsgedanke, den er dem General vortragen wolle, sei eine gemeinsame deutsch-französische Kulturausstellung in Bukarest. Er wolle dabei nicht notwendigerweise auf Rumänien bestehen, meine aber, daß Deutschland und Frankreich eine solche Ausstellung machen sollten, die möglichst dann auch in allen östlichen Hauptstädten gezeigt werden könne. Er verspreche sich daraus eine sehr tiefgreifende Wirkung auf die Öffentlichkeit der betreffenden Länder. In diesem Zusammenhang erinnerte der Herr Bundeskanzler daran, daß die französische Haltung in der Saarfrage für die deutsch-französische Freundschaft der Durchbruch gewesen sei. Weiterhin auf die Deutschlandfrage eingehend sagte der Herr Bundeskanzler, die Deutschen machten sich keine Illusionen. Die Bundesregierung erwarte lediglich Unterstützung für das, was sie vorschlage. Die Forderung nach Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit bleibe aufrechterhalten. Andererseits wisse man in Deutschland, daß diese Frage im derzeitigen Augenblick nicht gelöst werden könne. Es gebe dafür aber eine Reihe von Punkten, die geregelt werden könnten. Abschließend bemerkte der Herr Bundeskanzler, wichtigstes Thema der bevorstehenden Zusammenkunft sei die gesamteuropäische Frage. Man dürfe sich hier durch Rückschläge nicht entmutigen lassen.

Das Gespräch endete kurz nach 13.00 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 23**

## 242

### Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt

**Z B 6-1-13350/67 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 1024**

**Aufgabe: 30. Juni 1967, 13.00 Uhr**  
**Ankunft: 30. Juni 1967, 18.51 Uhr**

Betr.: Lage im Nahen Osten

I. 1) NATO-Rat erörterte Lage im Nahen Osten in Sondersitzung am 29. Juni, an der sich außer den Ständigen Vertretern u.a. Ministerialdirigent Böker, Assistant Undersecretary of State Battle (USA), Sir Denis Allen (UK), Generalsekretär de Ranitz (Niederlande), Pescatore (Luxemburg) und Botschafter Seidenfaden (Dänemark) beteiligten.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Bereits am 29. Juni 1967 informierte Botschafter Grewe, Paris (NATO), zusammenfassend über das Ergebnis der Sitzung des NATO-Rats: „Hinsichtlich der Prinzipien zur Regelung der Nahost-Frage bestand unter den Diskussionsteilnehmern weitgehende Übereinstimmung. Jedoch waren die Auffassungen in bezug auf die Realisierung dieser Prinzipien bei der Regelung des Nahost-Problems nuancierter (z.B. bei der Beurteilung der Frage, wieweit eine Lösung der Nahost-Frage ausschließlich im Rahmen der Vereinten Nationen zu suchen sei, welche Rolle die Großmächte zu

2) Diskussion ließ Übereinstimmung hinsichtlich folgender Prinzipien erkennen, die einer Lösung der Nahostkrise zugrunde liegen mußten:

- a) Anerkennung der staatlichen Existenz Israels
- b) Erhaltung der territorialen Integrität aller Nahoststaaten (Annexionsverbot)
- c) gerechte Lösung des Flüchtlingsproblems<sup>2</sup>
- d) Garantie freier Schifffahrt im Suezkanal und Golf von Akaba
- e) Beendigung des Wettrüstens im Nahen Osten durch von Lieferländern vereinbarte Beschränkung künftiger Waffenlieferungen
- f) eine für alle Beteiligten – nicht nur Israelis und Araber – annehmbare Lösung für Jerusalem.<sup>3</sup>

3) Es herrschte Übereinstimmung, daß die Verwirklichung dieser Prinzipien allenfalls im Wege eines langwierigen und schwierigen Prozesses möglich sein wird. Im einzelnen wurde festgestellt:

a) staatliche Existenz Israels:

Keine Delegation glaubte, daß unmittelbare Verhandlungen Israels mit arabischen Staaten in nächster Zukunft zustande kommen werden. Britischer Experte wies auf die Möglichkeit einer Zwischenlösung durch Einschaltung der Vereinten Nationen hin (Vorschlag eines VN-Vermittlers). Amerikanischer Vertreter sah Ansatzpunkt in Bemerkung Kossygins über vertraglosen Zustand sowjetisch-japanischer Beziehungen.

b) territoriale Integrität:

Gegen Annexionen sprachen sich neben deutschem Vertreter ausdrücklich die Vertreter von USA, Niederlande, Kanada und Griechenland aus; die Möglichkeit geringfügiger vereinbarter Grenzberichtigungen wurde freilich nicht ausgeschlossen.

c) Flüchtlingsproblem:

Es bestand Übereinstimmung dahin, daß über die Soforthilfe hinaus ein langfristiges Flüchtlingsprogramm nötig sei. Kanadischer Delegierter meinte, dies erfordere Rücknahme eines Teils der Flüchtlinge durch Israel sowie großzügige finanzielle Hilfe durch Israel und andere Staaten zur dauernden Ansiedlung von Flüchtlingen in den arabischen Ländern und Übersee.

Folgende zusätzliche Hilfeleistungen für westjordanische Flüchtlinge wurden bekannt gegeben:

USA: 5000 Zelte; Dollars 5 Mio.; Fortführung privater Hilfsprogramme (care, catholic relief etc.)

*Fortsetzung Fußnote von Seite 980*

spielen hätten, welche Aussichten für bilaterale Verhandlungen bestünden). Alle Diskussions Teilnehmer waren der Auffassung, daß eine kurzfristige Lösung des Nahost-Problems nicht möglich sein werde. Man müsse sich auf langwierige Verhandlungen und Auseinandersetzungen einrichten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1022; VS-Bd. 1688 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Am 17. August 1967 bemerkte Referat I B 4 hierzu: „Der israelisch-arabische Krieg vom Juni d. J. hat das arabische Flüchtlingsproblem erheblich verschärft. Die Zahl der aus den derzeit von Israel besetzten Gebieten neuerdings Geflüchteten wird auf 200 – 250 000 Personen geschätzt. Die in den Israel benachbarten arabischen Ländern ohnehin bestehende Flüchtlingsnot ist damit in einem noch verstärkten Maße zu einem gesamtarabischen Problem geworden.“ Vgl. VS-Bd. 2564 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Zum Status der Stadt Jersualem vgl. Dok. 167, Anm. 3.

UK: Dollars 0,5 Mio. für UNRWA; Pfund Sterling 0,5 Mio. an jordanische Regierung

Kanada: Nahrungsmittel im Wert von 2,5 Mio. kanadischer Dollar; Bereitschaft zur Aufnahme von 25 000 arabischen Flüchtlingen in Kanada bei geschätzten Eingliederungskosten von Dollar 12 000 pro Kopf per anno.

d) freie Schifffahrt:

Amerikanischer Experte wies darauf hin, daß Sowjetunion es bis jetzt vermeiden habe, ägyptische Sperre des Golfes von Akaba nachträglich zu billigen. Belgischer Botschafter<sup>4</sup> vertrat Ansicht, man solle bei jetziger Gelegenheit – sofern genügend vorhandene Tankertonnage dies zulasse (?) – Nasser klarmachen, daß Sperrung des Suezkanals kein geeignetes Mittel zur Erpressung der westlichen Welt sei.

e) Waffenlieferungen:

Es herrschte Skepsis, inwieweit wirksame Begrenzung von Waffenlieferungen mit den Sowjets vereinbart werden könne. Nach Mitteilung des amerikanischen Vertreters trafen in VAR seit 6. Juni 300 sowjetische Transportflugzeuge (mit Kapazität von je 11 Tonnen) zur Auslieferung von Kriegsmaterial ein (darunter Düsentreibstoff, Düsenjäger und Panzer). Durch Lieferung von 100 MIG-Jets habe die Sowjetunion die Hälfte der ägyptischen Verluste dieses Flugzeugtyps ausgeglichen.<sup>5</sup> Belgischer Botschafter gab jedoch zu bedenken, daß sowjetische Waffenlieferungen dazu bestimmt sein könnten, das militärische „Vakuum“ in der VAR zur Wiederherstellung eines an sich nicht unerwünschten Gleichgewichts der Kräfte auszufüllen.

4) In der Frage der sowjetischen Nahostpolitik herrschte Übereinstimmung, daß die Sowjetunion offensichtlich bemüht ist, durch auffällige Beistandsleistungen den Prestigeverlust auszugleichen, den sie in israelisch-arabischen Konflikt erlitten hat. Es sei jedoch verfrüht, hieraus auf sowjetische Absicht zu schließen, zu einem baldigen neuen Waffengang zu ermuntern oder auch nur ein langfristiges „commitment“ zur wirtschaftlichen Sanierung der VAR zu übernehmen. Auch amerikanischer Experte sah gewissen Hoffnungsschimmer für einen mäßigenden sowjetischen Einfluß auf Araber, da Sowjetunion wiederum erklärt habe, daß sie Israel als Staat anerkenne, und sich weder gegen die Internationalisierung von Jerusalem noch gegen die freie Schifffahrt im Golf von Akaba ausgesprochen habe.

5) Die künftige arabische Haltung gegenüber Israel ist nach Ansicht der Diskussionsteilnehmer nicht voll zu übersehen, da der Umfang der Niederlage Arabern erst langsam bewußt werde. Vor allem Ägyptens wirtschaftliche Situation sei wegen Verlust der Devisenquellen (Sinai-Öl, Kanalgebühren, Touristen) katastrophal. Der arabische Charakter und der inhärente Gegensatz zwischen „fortschrittlichen“ und „reaktionären“ Staaten könne schon bald wieder zu einem Zerfall der arabischen Einheit führen.

<sup>4</sup> André de Staercke.

<sup>5</sup> Zu sowjetischen Lieferungen von Kampfflugzeugen vgl. Dok. 237, Anm. 4.

6) MDg Böker legte unseren Standpunkt dar:

a) Eine dauerhafte Lösung könne kaum ohne Zustimmung Israels und der arabischen Staaten erreicht werden und erfordere ein Zusammenwirken der Großmächte; doch käme auch mittleren und kleineren Staaten wichtige Rolle als mäßigender Ratgeber zu. Araber müßten einsehen, daß der Staat Israel eine unabänderliche Tatsache sei. Israel müsse einsehen, daß seine Sicherheit nicht nur von seiner territorialen Position abhängen und daß die Schaffung von faits accomplis das Klima nur verschlechtern könne. Sollte Israel Flüchtlingsproblem noch vergrößern, belaste es die eigene Zukunft. Eine Lösung des Nahostproblems müsse mit Geduld und ohne unangebrachte Nervosität (Öl, Suez) versucht werden.

b) Es dürfe nicht übersehen werden, daß Sowjets versuchten, den Nahostkonflikt, der das deutsch-israelische Verhältnis bedeutend verbessert habe, für ihre Deutschland-Politik auszunutzen. Als Folge der jüngsten Diffamierungen der Bundesrepublik<sup>6</sup> bestehe eine gewisse Gefahr einer Anerkennung der SBZ durch VAR, Syrien und vielleicht Irak. Er bat um solidarisches Verhalten der Allianzpartner in ihren Beziehungen zu den arabischen Staaten und um Hilfe bei der Abwehr der gegen uns gerichteten sowjetischen Kampagne. Hierzu seien allerdings einige unserer Verbündeten besser in der Lage als andere.

7) Aus Diskussion verdient noch folgendes festgehalten zu werden:

a) Britischer Experte teilte mit, Kossygin habe Brown bedeutet, Großbritannien müsse sich wegen Interesse an Suezpassage spätestens nach Jahresfrist sowjetischem Druck auf Israel anschließen.

b) Der türkische Botschafter<sup>7</sup> bat um Verständnis für türkische Haltung, die aus historischen und geographischen Gründen pro-arabisch sei, ohne anti-israelisch zu sein. Die Türkei glaube, daß sie mit dieser Haltung ihren Verbündeten nützlich sein könne. Eine Lösung der Nahostkrise sei nur in Etappen denkbar, deren erste vorwiegend psychologischen Maßnahmen gewidmet werden müsse (Stillhalten; Beruhigen der Gemüter auch in Israel; Versorgen der Flüchtlinge).

II. Diskussion soll auf der Grundlage eines vom Generalsekretariat anzufertigen, zusammenfassenden Lageberichts fortgesetzt werden.

[gez.] Grewe

VS-Bd. 1688 (II A 7)

<sup>6</sup> Am 28. Juni 1967 teilte Staatssekretär Schütz den Botschaften in Paris und Rom dazu mit: „Seit Ausbruch der Nahostkrise Mitte Mai sind die Regierungen in Moskau und Ostberlin bestrebt, uns durch eine massive Propagandakampagne als mitverantwortlich an Entstehung und Verschärfung der Krise sowie in der Folgezeit als ‚Komplizen einer Aggression‘ hinzustellen. Derartige Behauptungen wurden von östlicher Seite zum Teil auch im Sicherheitsrat und in Sondervollversammlung der Vereinten Nationen vorgebracht. Nach unserer Auffassung ist eindeutiges Ziel dieser Kampagne, uns unter Ausnutzung gegenwärtiger Krise aus Nahem Osten zu verdrängen, der sowjetischen These in der deutschen Frage in diesem Raum zum Durchbruch zu verhelfen und letzten Endes die Lage in Mitteleuropa im sowjetischen Sinne zu konsolidieren. Wir beobachten mit Sorge, daß die östliche Propaganda in zunehmendem Maße in der arabischen Welt aufgegriffen wird.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 2290; VS-Bd. 2577 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Muharrem Nuri Birgi.

## 243

### Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem österreichischen Vizekanzler Bock

I A 2-81.12-94.19

3. Juli 1967<sup>1</sup>

Bei dem Gespräch waren ferner zugegen der österreichische Botschafter in Bonn, Dr. Rudolf Ender, Gesandter Buresch, stellvertretender Leiter der österreichischen Delegation bei den Verhandlungen zwischen Österreich und der Kommission über ein Abkommen EWG-Österreich, Sektionsrat Dr. Steiger, Ministerialdirektor Prof. Dr. Meyer-Lindenberg, VLR I von Stempel und LR I Dr. Ruhfus.

Das Gespräch fand auf Wunsch des österreichischen Vizekanzlers statt.

Vizekanzler *Bock* erklärte, daß Anlaß seines Besuches ein Gespräch mit dem Herrn Bundesminister in dessen Eigenschaft als amtierender Präsident des Rats der europäischen Gemeinschaften über den Stand der Meinungsbildung der Sechs mit Bezug auf die Erteilung eines abschließenden Mandats an die Kommission zur Fortführung und Beendigung der Verhandlungen mit der österreichischen Regierung zwecks Abschluß eines Abkommens EWG-Österreich sei.<sup>2</sup>

Der Antrag Österreichs auf Regelung seines Verhältnisses zur EWG datiere bereits vom 15. 12. 61. Es sei nun an der Zeit, die Verhandlungen zu beenden.

Es stellten sich zwei Fragenkreise:

- 1) Ist es möglich, ein Wirtschaftsverhältnis zwischen der EWG und Österreich zu begründen?
- 2) Ist in der Gemeinschaft der politische Wille vorhanden, zu einem derartigen Abkommen mit Österreich zu gelangen?

Zu 1) gebe es nach Ansicht der Kommission keine unüberwindlichen Hindernisse.

Zu 2) sollte die Erkenntnis, daß die Wirtschaft eines kleineren Staates sich nur dann gut entwickeln könne, wenn dieser Staat Zugang zu einem großen Wirtschaftsraum fände, den politischen Willen auf seiten der Gemeinschaftsländer zum Abschluß eines Abkommens mit Österreich beeinflussen. Die österreichische Wirtschaft könne sich im Rahmen der EFTA nicht genügend entwickeln. Österreich wünsche daher, in ein enges Wirtschaftsverhältnis mit der EWG zu treten. Es gäbe dafür keine Alternative, denn weder Wirtschafts-Autarkie oder gar Anschluß an das COMECON seien realistische Vorstellungen.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Baron von Stempel am 5. Juli 1967 gefertigt.

Hat Staatssekretär Schütz am 8. Juli 1967 vorgelegen.

Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>2</sup> Die Gespräche zwischen der EWG und Österreich ruhten seit Februar 1967, nachdem das letzte, am 7. Dezember 1966 der EWG-Kommission erteilte Verhandlungsmandat ausgelaufen war. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats I A 2 vom 1. Juni 1967; Referat I A 2, Bd. 1257.



Die Haltung der Sowjetunion zur Frage des Verhältnisses der Regelung der Beziehungen Österreichs zur EWG kennzeichnete Vizekanzler Bock wie folgt:

Zu Anfang habe die Regierung der Sowjetunion bezweifelt, daß Österreich zur Fortentwicklung seiner Wirtschaft in ein enges Verhältnis zur EWG treten müsse. Diese Zweifel seien beim Besuch von Podgornyj Ende vorigen Jahres<sup>3</sup> der Erkenntnis gewichen, daß Österreich durchaus<sup>4</sup> ein wirtschaftliches Arrangement mit der EWG benötige. Podgornyj habe von einem Handelsvertrag gesprochen, obwohl jeder wüßte, daß klassische Handelsverträge im heutigen Europa ein nicht mehr brauchbares Instrument zur wirtschaftlichen Fortentwicklung darstellten. Bei dem Besuch von Bundeskanzler Klaus im Frühjahr dieses Jahres habe sich die Regierung der Sowjetunion wiederum gegen jedes Abkommen Österreichs mit der EWG ausgesprochen.<sup>5</sup> Die Regierung der Sowjetunion befürchte, daß ein Abkommen Österreichs mit der EWG zur Überhandnahme des deutschen Einflusses in Österreich führen werde. Die österreichische Regierung sei gegenteiliger Auffassung. Sie glaube eher daran, daß nach Inkrafttreten des Abkommens Österreich–EWG der Einfluß Deutschlands im Verhältnis zu sich stärker entwickelnden Wirtschaftsbeziehungen Österreichs mit den übrigen EWG-Partnern auf die österreichische Wirtschaft eher zurückgehen werde.

Die österreichischen Forderungen, die sich aus Österreichs Status der immerwährenden Neutralität<sup>6</sup> und dem Staatsvertrag<sup>7</sup> ergeben, seien in Brüssel im großen und ganzen anerkannt. Das bedeute auch kein Präjudiz für Abkommen der Gemeinschaft mit anderen Ländern, da Österreich ein Sonderfall sei.

Durch die Vorgänge in Süd-Tirol in jüngster Zeit sei in der italienischen Haltung zur Frage Österreich–EWG eine Änderung eingetreten.<sup>8</sup> Die österreichi-

<sup>3</sup> Der Vorsitzende des Obersten Sowjets der UdSSR hielt sich vom 14. bis 21. November 1966 in Österreich auf.

<sup>4</sup> Korrigiert aus: „durch“.

<sup>5</sup> Bundeskanzler Klaus besuchte vom 14. bis 21. März 1967 die UdSSR. Dazu teilte Botschafter von Walther, Moskau, aus einem Gespräch mit seinem österreichischen Kollegen Wodak mit, daß bei der Erörterung einer Assoziierung Österreichs mit der EWG „keinerlei Fortschritt“ erzielt worden sei. Ministerpräsident Kosygin habe darauf beharrt, daß die sowjetische Regierung nicht ihr Einverständnis zu diesem Schritt geben könne. Vgl. den Drahtbericht Nr. 408 vom 25. März 1967; VS-Bd. 2513 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Moskauer Memorandums vom 15. April 1955, in dem sich die österreichische Regierung verpflichtete, „immerwährend eine Neutralität zu üben, wie sie von der Schweiz gehandhabt wird“, vgl. Hans MAYRZEDT und Waldemar HUMMER (Hrsg.): 20 Jahre österreichische Neutralitäts- und Europapolitik (1955–1975), I, Wien 1976, S. 74 f. (Schriftenreihe der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und Internationale Beziehungen, Bd. 9/I). Vgl. ebenso EUROPA-ARCHIV 1955, S. 7975.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 15. Mai 1955 zwischen den Vier Mächten und Österreich betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich vgl. BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH 1955, S. 725–810.

<sup>8</sup> Im ersten Halbjahr 1967 kam es zu einer Reihe von Anschlägen in der Provinz Bozen (Südtirol). So wurden am 25. Juni 1967 vier italienische Soldaten durch Tretnminen getötet, die von Unbekannten bei einem zuvor gesprengten Leitungsmast auf der Porzescharte nahe der österreichischen Grenze gelegt worden waren. Daraufhin erklärte die italienische Regierung auf der Tagung des Ministerrats der EGKS am 29. Juni 1967 in Luxemburg, „daß sich Italien jeder Eröffnung von Verhandlungen mit Österreich widersetzen werde, solange nicht die Wiener Regierung beweise, daß das Territorium der Österreichischen Bundesrepublik nicht mehr als Basis für terroristische Attentate gegen Italien benutzt wird“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 488 des Gesandten Weinhold, Rom, vom 28. Juni 1967; Referat I A 3, Bd. 603.

sche Regierung sei „außerordentlich schockiert“, daß die italienische Regierung Vorgänge in Süd-Tirol in Zusammenhang mit der Regelung der Beziehungen Österreichs zur EWG brächte.

Vizekanzler Bock stellte sodann die Frage, ob die Regierungen der anderen Mitgliedstaaten der EWG die italienische Forderung annehmen würden, wegen der Vorgänge in Süd-Tirol über die Österreich-Frage in der EWG nicht mehr zu sprechen und die Verhandlungen nicht fortzuführen oder ob die EWG-Partner Italiens erklären würden, daß sie das italienische Vorgehen nicht billigten.<sup>9</sup>

Vizekanzler Bock wies auf das gefährliche Präjudiz hin, das dadurch entstünde, wenn ein Mitgliedstaat außerhalb der Gemeinschaft liegende Probleme dazu benutze, um Verhandlungen mit einem dritten Staat abzubrechen. Besonders beunruhigend sei, daß die italienische Regierung nach bisher nicht bestätigten Gerüchten den politischen Charakter des Verhältnisses Österreichs zur EWG herausstellte. Das werde Österreich gegenüber der Sowjetunion in eine sehr schwierige Lage bringen, weil die bisherige österreichische Argumentation, es handle sich bei dem Verhältnis Österreichs zur EWG um wirtschaftliche Beziehungen, entkräftet würde.

Vizekanzler Bock unterschied sodann zwischen der Interpretation der Politik der österreichischen Neutralität, was allein Österreich anginge, und der Verpflichtung der Unterzeichnerstaaten des österreichischen Staatsvertrages. Die österreichische Regierung habe es bei Abschluß dieses Vertrages verhindern können, daß die österreichische Neutralitätspolitik Element dieses Staatsvertrages geworden sei.

Wenn Österreich oder auch die Gemeinschaft auf russischen Druck hin davon absehen würden, die Beziehungen Österreichs mit der EWG zu regeln, so sei das ein Eingriff in die österreichische Souveränität und damit Verhinderung der Durchführung seiner Neutralitätspolitik. Wenn die Gemeinschaft hier den Russen nachgäbe, so bedeute das einen Einbruch in die westeuropäische Politik und damit eine Schwächung der Gemeinschaft wie auch ihrer Mitgliedstaaten.

Der *Bundesminister des Auswärtigen* dankte seinem Gesprächspartner für die Präsentation der österreichischen Wünsche. Der Vorsitz im Rat werde vom Bundesminister für Wirtschaft<sup>10</sup> wahrgenommen, während er bei Regierungskonferenzen vorsitze. Die von Italien und der Sowjetunion gegenüber einem Abkommen zwischen Österreich und der EWG aufgeworfenen Fragen schafften für die deutsche Regierung eine schwierige Lage. Wir teilten in beiden Fällen die österreichische Auffassung, jedoch sei Zurückhaltung unsererseits nach außen geboten, was auch im österreichischen Interesse liege. Wir befänden uns mit der italienischen Regierung in Gesprächen. Wir seien darum bemüht, Pressemeldungen, die versuchten, die Vorgänge in Süd-Tirol als von deutscher Seite beeinflußt hinzustellen<sup>11</sup>, energisch entgegenzutreten. Es sei uns gelun-

<sup>9</sup> Auf der EGKS-Ministerratstagung am 29. Juni 1967 in Luxemburg erklärte der Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft, Neef, er könne zu der italienischen Erklärung gegen eine Aufnahme von Verhandlungen mit Österreich „mangels Vorbereitung“ keine Stellungnahme abgeben. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 3. Juli 1967; Referat I A 2, Bd. 1257.

<sup>10</sup> Karl Schiller.

<sup>11</sup> Am 27. Juni 1967 berichtete Botschaftsrat I. Klasse Weinhold, Rom, die Tageszeitung „Il Popolo“ habe in einem Leitartikel hervorgehoben, daß „keiner der sehnsuchtserfüllten österreichischen oder

gen, das deutsch-italienische Verhältnis besonders freundschaftlich zu gestalten; das hätte sich insbesondere beim Zustandekommen der Regierungschefkonferenz in Rom vom 30.5. und beim Ablauf dieser Konferenz gezeigt.

Wir wünschten Italien in ein besseres Verhältnis zur EWG zu bringen. Italien dürfe nicht das Gefühl haben, als fälschlich bezeichneter „kleiner Staat“ sozusagen am Rande der EWG zu leben. Wir würden versuchen, in bilateralen deutsch-italienischen Konsultationen die italienische Regierung zum Nachgeben zu bringen, so daß die Erörterungen in Brüssel über ein Abkommen EWG–Österreich fortgesetzt werden können. Ein erstes Gespräch werde er am 4.7. in Den Haag mit Außenminister Fanfani anlässlich der WEU-Rats-Tagung führen.<sup>12</sup>

Sodann ging der Bundesminister des Auswärtigen auf die Haltung der übrigen Mitgliedstaaten in der Österreich–EWG-Frage ein. Die Haltung der Benelux-Länder sei nicht einheitlich. So habe er den Eindruck, daß die Niederlande gegenüber den nicht bündnisgebundenen Staaten zurückhaltend seien. Auch die französische Haltung sei unklar. Aus seinem letzten Gespräch mit dem französischen Außenminister habe er den Eindruck, daß Frankreich ein neues österreichisch-französisches Gespräch begrüßen würde. Außerdem sei Frankreich wohl daran gelegen, gegenüber der Sowjetunion die Vereinbarkeit der österreichischen Neutralitätspolitik mit einem Abkommen EWG–Österreich darzulegen.

Zum Abkommensinhalt, wie er sich aus den bisherigen Verhandlungen herauschäle, erklärte der Außenminister, daß wir die österreichischen Forderungen und Wünsche unterstützen. Leider sei es nicht möglich, in der Ratstagung vom 10./11.7. der Kommission ein abschließendes Verhandlungsmandat zu erteilen, weil dazu die Vorarbeiten noch nicht abgeschlossen seien. Das sollte dann im September geschehen; wir würden als im Rat Vorsitz führender Staat hierauf Einfluß ausüben können. Zunächst gelte es jedoch, die italienischen Bedenken gegen Fortsetzung der Gespräche auszuräumen. Gegen Ende des Jahres sollte unserer Ansicht nach ein Verhandlungsergebnis vorliegen können.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 986*

deutschen Kreise, die die Südtirolfrage unter dem antiquierten Abtrennungsgesichtspunkt und in anachronistischem, anti-europäischen Irredentismus“ sähen, „irgendeine Nachsicht“ verdiene. Über diese Meldung hinaus sei die Bundesrepublik im Zusammenhang mit den Anschlägen jedoch fast ausschließlich von der italienischen „extremen Linken“ angegriffen worden, die „energische Schritte in Wien und Bonn und eine „ausdrückliche Verurteilung des deutschen Revanchismus““ verlangt habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 486; Referat I A 3, Bd. 603.

<sup>12</sup> Am 4. Juli 1967 schlug Bundesminister Brandt dem italienischen Außenminister vor, die sechs Außenminister der EG-Mitgliedstaaten könnten während der Tagung des EWG-Ministerrats am 10./11. Juli 1967 in Brüssel „ein kurzes Gespräch über die Südtirolfrage führen“. Fanfani stimmte zu, „jedoch nur unter der Bedingung, daß keiner der beteiligten Außenminister mit der Absicht in dieses Gespräch ginge, die Auffassung Italiens ändern zu wollen; es sei an Österreich, seine Meinung zu ändern. [...] Die Beziehungen zwischen Österreich und Italien seien an einem Punkt angelangt, über den hinaus es nur noch den absoluten Bruch gebe.“ Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Ministerbüro, Bd. 470.

Laut einer Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Arnold vom 5. Juli 1967 über dasselbe Gespräch äußerte Fanfani zudem die Überzeugung, daß die österreichische Regierung „mehr als bisher“ unternehmen könne, um „den Terrorakten in Südtirol vorzubeugen. Ziel des italienischen Schrittes innerhalb der EWG sei es daher auch, über die österreichische Wirtschaft auf die österreichische Regierung einen gewissen Druck auszuüben“. Vgl. Referat I A 2, Bd. 1257.

Vizekanzler *Bock* erklärte, er habe den Abschluß der Verhandlungen bis Ende dieses Jahres unter der Voraussetzung vorgesehen, daß der Rat der Kommission noch vor den Ferien ein abschließendes Verhandlungsmandat erteilt.

Anläßlich des Besuchs von Ministerpräsident Pompidou am 12. September in Wien<sup>13</sup> werde ein weiteres österreichisch-französisches Gespräch zu der Frage Österreich – EWG stattfinden.

Wirtschaftliche Prosperität sei die Voraussetzung für die Existenz eines souveränen Staates. Je günstiger sich die österreichische Wirtschaft innerhalb der EWG entwickle, um so mehr sei die Souveränität Österreichs gesichert.

Die neuen Vorschläge der Kommission für die Agrarpolitik<sup>14</sup> halte er für eine brauchbare Verhandlungsgrundlage.

Bisher habe noch kein französisch-sowjetrussisches Gespräch über das Verhältnis der EWG zu Österreich stattgefunden. Der Sowjet-Botschafter in Paris<sup>15</sup> habe lediglich vor seinem (des Vizekanzlers) Besuch bei dem französischen Außenminister<sup>16</sup> vor einiger Zeit Herrn Couve de Murville den sowjetrussischen Standpunkt dargelegt. Der französische Außenminister habe die Erklärungen des sowjetischen Botschafters zur Kenntnis genommen.

Die niederländische Haltung zu dieser Frage sei jetzt positiv. Das habe der Besuch von Außenminister Luns in Wien im Frühjahr d. J.<sup>17</sup> deutlich gezeigt.

Österreich wünsche den Abschluß eines Abkommens mit der EWG trotz sowjetrussischer Bedenken. Jedes Gespräch mit den Russen laufe darauf hinaus, daß sowjetischerseits auf verstärkten deutschen Einfluß in Österreich hingewiesen wird. Österreich habe seinerzeit trotz russischer Besetzung den Marshall-Plan<sup>18</sup> akzeptiert. Es werde auch jetzt nicht vor einem Arrangement mit der EWG trotz russischer Bedenken zurückschrecken.

Der Herr *Minister* erklärte, daß angesichts der italienischen Haltung ein enger Kontakt zwischen der deutschen und der österreichischen Regierung erforderlich sei.

Abschließend bedankte sich Vizekanzler *Bock* für die konstruktive deutsche Haltung. Er habe auch nichts anderes erwartet.<sup>19</sup>

#### Referat I A 2, Bd. 1257

<sup>13</sup> Ministerpräsident Pompidou hielt sich zusammen mit dem französischen Außenminister Couve de Murville vom 13. bis 16. September 1967 in Österreich auf.

<sup>14</sup> Am 13. Juni 1967 verabschiedete der EWG-Ministerrat Marktordnungen für die Endstufe des Gemeinsamen Marktes für Getreide, Schweinefleisch, Eier und Geflügelfleisch. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG, 8/1967, S. 47–59.

<sup>15</sup> Walerian Alexandrowitsch Sorin.

<sup>16</sup> Die Unterredung zwischen dem österreichischen Vizekanzler Bock und dem französischen Außenminister Couve de Murville über das Verhältnis zwischen Österreich und der EWG fand am 12. Mai 1967 statt.

<sup>17</sup> Der niederländische Außenminister Luns besuchte Österreich vom 6. bis 8. Februar 1967.

<sup>18</sup> Das nach dem amerikanischen Außenminister Marshall benannte European Recovery Program (ERP) diente in den Jahren 1948 bis 1952 dem Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft. Bis zum Auslaufen der Hilfe flossen ca. 13 Mrd. Dollar nach West-Europa.

<sup>19</sup> Am 12. Juli 1967 teilte Botschafter Löns, Wien, mit, daß sich die österreichische Regierung „nunmehr zu einer schärferen Haltung gegen den Terrorismus in Südtirol entschlossen“ habe. Sie sei offensichtlich zu der Einsicht gelangt, „daß Rom sowohl in der Südtirol- als auch in der EWG-Frage am längeren Hebel sitzt. So scheint man jetzt entschlossen zu sein, der italienischen Forde-

## Aufzeichnung des Staatssekretärs Schütz

St.S. 1432/67 geheim

3. Juli 1967

Der israelische Botschafter<sup>1</sup> war heute früh bei mir. Er hatte im wesentlichen zwei Punkte vorzutragen:

1) Die Assoziierung Israels mit der EWG<sup>2</sup> werde immer notwendiger. Die Verhandlungen würden in diesen Tagen beginnen. Der Botschafter rechnete damit, daß die Gespräche entweder am 10. Juli, spätestens aber am 26. Juli 1967 kämen. Er bäte darum, daß für die deutsche EWG-Politik die Assoziierung Israels mit der EWG zur „Priorität“ erklärt werden würde.<sup>3</sup> Er bäte darum, daß dies bei den Verhandlungen deutlich wird.<sup>4</sup>

2) Mit dem Bundesministerium der Verteidigung ist die Zusammenarbeit in den letzten Wochen sehr schwierig geworden. Anfang Juni konnten die Israelis nicht mehr die Listen der zum Verkauf freigegebenen Materialien erhalten. Es wurde ihnen ein Kauf auch nicht mehr ermöglicht. Vereinbarungen, die so gut wie abgesprochen gewesen sind, – wie etwa über den Ankauf von 9000 Maschinenpistolen und Sperrhebel für Maschinenpistolen – sind, obwohl unter-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 988*

nung nach rücksichtsloser Unterdrückung von Vorbereitungen terroristischer Akte auf österreichischem Boden Rechnung zu tragen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 288; Referat I A 3, Bd. 603.

Am 25. August 1967 erklärte der italienische Botschafter gegenüber Staatssekretär Lahr, die italienische Regierung wolle kein Junktim herstellen zwischen der Südtirol-Frage und dem Verhältnis Österreichs zur EG. Am 27. Oktober 1967 stellte dazu Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg fest, daß über diese Aussage von Lucioli hinaus eine Änderung der italienischen Haltung nicht zu erkennen sei. Für die Aufzeichnungen vom 25. August und vom 27. Oktober 1967 vgl. Referat I A 2, Bd. 1257.

<sup>1</sup> Asher Ben Natan.

<sup>2</sup> Vgl. dazu die Stellungnahme der EWG-Kommission vom 7. Juni 1967 zum israelischen Antrag auf Assoziierung; Dok. 134, Anm. 11.

<sup>3</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Gehlhoff machte dagegen am 4. Juli 1967 darauf aufmerksam, daß eine Unterstützung des israelischen Antrags auf Assoziierung mit der EG „zu einer weiteren Belastung des deutsch-arabischen Verhältnisses führen“ werde. Er warnte, daß „leicht verschärfte Boykottmaßnahmen durch einzelne arabische Staaten gegen die Mitgliedstaaten der EWG“ die Folge sein könnten und regte an zu prüfen, ob nicht „lediglich ein Präferenzabkommen mit Israel geschlossen werden“ solle. Vgl. Referat I A 2, Bd. 1219.

<sup>4</sup> Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg teilte am 10. Juli 1967 der Ständigen Vertretung bei der EG in Brüssel mit, daß die Bundesregierung grundsätzlich für eine Assoziierung Israels eintrete, es jedoch vorziehen würde, „wenn Nahostkrise sich beruhigt hätte, bevor eine Entscheidung über den israelischen Antrag getroffen wird; in gegenwärtiger Situation würde eine solche Entscheidung krisenverschärfend wirken und daher auch für Israel indirekt nachteilig sein“. Für die voraussichtliche Reaktion der arabischen Staaten sei es dabei nebensächlich, ob ein Assoziierungs- oder ein Präferenzabkommen abgeschlossen werde. Wichtig sei, daß der Eindruck, den die Nichteinmischung der Bundesrepublik im Nahost-Konflikt hervorgerufen habe, nicht „verwischt“ werden dürfe. Vgl. den Drahterlaß Nr. 2449; VS-Bd. 2425 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

Am 19. Juli 1967 kam eine ad hoc gebildete „Gruppe Israel“ der Ständigen Vertreter der sechs EG-Mitgliedstaaten in Brüssel zu Beratungen über die Neuregelung des Verhältnisses zwischen der Gemeinschaft und Israel zusammen. Sie befand, daß seitens der EG-Kommission noch nicht ausreichend Studienmaterial für eine fundierte Entscheidung vorgelegt worden sei, und beauftragte die Kommission für ihre nächste Sitzung am 19. September 1967 mit einer ergänzenden Analyse. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Frank vom 14. August 1967; Referat I A 2, Bd. 1219.

schriftsreif, nicht mehr abgeschlossen worden. Es gäbe auch noch andere Punkte, aus denen ersichtlich würde, daß seit dem Beginn des Monats Juni viel stärkere Restriktionen angewandt werden als vor dem Ausbruch der letzten Krise im Nahen Osten. Der Botschafter bat darum, daß wir den Versuch unternehmen, den Zustand wiederherzustellen, der vor der Nahost-Krise bestanden hat.

Hiermit dem Herrn Minister<sup>5</sup> vorgelegt.

Schütz

VS-Bd. 423 (Büro Staatssekretär)

## 245

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort

III B 6-87.00-218/67 geheim

4. Juli 1967<sup>1</sup>

Betr.: Abschluß des deutsch-israelischen Kapitalhilfeabkommens 1967

I. Weisungsgemäß habe ich am 3. Juli dem israelischen Botschafter<sup>2</sup> gesagt, wir würden nächste Woche unterzeichnungsbereit sein.

Der Botschafter bat aus persönlichen Gründen um Unterzeichnung am 12. Juli vormittags. Der Terminkalender von Herrn Staatssekretär Lahr würde das erlauben. Das Haushaltsgesetz<sup>3</sup> wird am 12. Juli in Kraft sein.

Der Botschafter sagte, die israelische Presse stelle dauernd Fragen nach dem Abkommen. Man müsse überlegen, was man ihr sagen wolle.

Er bat um Bestätigung des Termins und einen Vorschlag über die Pressebehandlung am 4. Juli. Ich habe ihm heute sagen lassen, wir könnten erst am 5. Juli Stellung nehmen.

II. In der Direktorenbesprechung am 4. Juli – in Abwesenheit des Herrn Staatssekretärs – wurden einmütig Bedenken gegen die Unterzeichnung in diesem Augenblick vorgebracht<sup>4</sup>, Bedenken, deren Berechtigung nicht zu verkennen ist. Ich kann freilich nicht beurteilen, ob die Amtsleitung und der Herr Bun-

<sup>5</sup> Hat Bundesminister Brandt am 4. Juli 1967 vorgelegen, der Staatssekretär Schütz um Rücksprache bat.

Hat Schütz erneut am 9. Juli 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erledigt am 9. 7.“

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Pfisterer konzipiert.

<sup>2</sup> Asher Ben Natan.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des Gesetzes vom 4. Juli 1967 über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1967 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1967, Teil II, S. 1961–1968.

<sup>4</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Franz Josef Hoffmann faßte den Verlauf der Direktorenbesprechung zusammen: „Es war allgemeine Auffassung, daß die Unterzeichnung nicht geheimzuhalten sein würde; das Interesse der Presse sei jetzt schon groß. Es war ebenfalls allgemeine Meinung, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt die Unterzeichnung verheerende Auswirkungen haben würde und daß die Unterzeichnung jetzt auch nicht notwendig sein würde.“ Vgl. den Vermerk vom 4. Juli 1967; VS-Bd. 8825 (III B 6); B 150, Aktenkopien 1967.

deskanzler Gründe haben, gleichwohl die Unterzeichnung für notwendig zu halten. Die mir bisher erteilten eindeutigen Weisungen lassen darauf schließen.

III. Der Verlauf der Notondersitzung der Vereinten Nationen läßt jetzt erkennen, daß mit großer Wahrscheinlichkeit eine Resolution verabschiedet werden wird, in der Israel zum Rückzug der Truppen aufgefordert wird.<sup>5</sup> Israel wird dieser Aufforderung ohne Erfüllung seiner Ansprüche schwerlich Folge leisten können und wird mithin zunächst in einen Gegensatz zu der großen Mehrheit der Staaten geraten. Somit ist eine veränderte Lage entstanden. Es erscheint nicht unbedenklich, unter diesen Umständen einen Akt vorzunehmen, der als eine eindeutige Parteinahme für Israel gewertet werden würde.

IV. Die Sowjetunion und Ostdeutschland haben in den vergangenen Wochen die Nahostkrise dazu ausgenutzt, eine heftige Diffamierungskampagne in der arabischen Welt und zum Teil auch in den Vereinten Nationen gegen uns zu richten. Wie zahlreiche Berichte unserer Auslandsvertretungen zeigen, hat diese Kampagne in den arabischen Staaten erhebliche Wirkungen erzielt.<sup>6</sup> Mehrere arabische Regierungen (vor allem Irak, Syrien, VAR, aber auch Sudan, Libyen und Algerien) scheinen im Begriff zu stehen, ähnlich scharfe Boykottmaßnahmen gegen uns zu verhängen wie gegenüber den USA und Großbritannien<sup>7</sup>. In dieser labilen, für uns bedrohlichen Lage würde der Abschluß des deutsch-israelischen Abkommens zum gegenwärtigen Zeitpunkt voraussichtlich dazu führen, daß die in Betracht gezogenen Boykottmaßnahmen in vollem Umfange gegen uns angewendet werden. Insbesondere ist damit zu rechnen, daß die Öllieferungen aus den arabischen Staaten an uns eingestellt und daß Einfuhrsperren für deutsche Waren verhängt werden.

<sup>5</sup> Am 4. Juli 1967 stimmte die seit dem 17. Juni 1967 tagende fünfte außerordentliche Sitzung der UNO-Generalversammlung über die ihr vorgelegten Resolutionsentwürfe ab. Angenommen wurden jedoch nur eine von Pakistan eingebrachte Resolution zum Status der Stadt Jerusalem sowie ein schwedischer Resolutionsentwurf betreffend humanitäre Fragen. Die auf eine Lösung des Nahost-Konflikts selbst zielenden Entwürfe erreichten nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Am 5. Juli 1967 vertagte sich die außerordentliche Generalversammlung für eine Woche. Vgl. dazu UNITED NATIONS YEARBOOK 1967, S. 191–215.

<sup>6</sup> So teilte beispielsweise Legationsrat I. Klasse Busse, Bagdad, am 7. Juni 1967 mit, die „nasseristische Tageszeitung „Al-Nasr“ habe gemeldet, daß mit Zustimmung der Bundesregierung von der israelischen Botschaft in Bonn „deutsche Söldlinge ‚zur Teilnahme an der israelischen Aggression‘ ausgehoben“ würden. Es seien bereits 5000 Personen eingeschrieben und ausgebildet worden. Busse wies darauf hin, daß diese Meldung vermutlich von der Nachrichtenagentur der DDR, ADN, lanciert wurde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 182; Referat I B 4, Bd. 282. Am 14. Juni 1967 berichtete Legationsrat I. Klasse Schwartz, Damaskus, daß das örtliche Goethe-Institut „wegen deutscher Unterstützung an Israel“ geschlossen worden sei und Syrien somit die kulturellen Beziehungen zur Bundesrepublik abbrechen wolle. Schwartz äußerte die Befürchtung, „daß auch Bundesrepublik, vor allem aufgrund östlicher Propaganda, in Agitation gegen angebliche anglo-amerikanische Unterstützung für Israel hineingezogen wird“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 109; Referat I B 4, Bd. 283.

Am 15. Juni 1967 machte Botschaftsrat I. Klasse Lahn, Kairo, darauf aufmerksam, daß in der ägyptischen Presse auch die Bundesrepublik zu den „Aggressoren“ gegen die arabischen Staaten gerechnet werde. Unter Hinweis auf eine sowjetische Nachrichtenagentur werde gemeldet, daß Israel von der Bundesrepublik „Flugzeuge, Torpedoboote und Raketen im Werte von 320 Mio. Dollar erhalten habe. [...] 5000 israelische Soldaten seien in der Bundesrepublik an Hawk-Raketen, atomaren und bakteriologischen Waffen ausgebildet worden.“ Auch Lahn warnte vor möglichen ägyptischen Boykottmaßnahmen gegen die Bundesrepublik. Vgl. den Drahtbericht Nr. 359; Referat I B 4, Bd. 284.

<sup>7</sup> Zum Ölembargo der arabischen Staaten vgl. Dok. 227.

Auch für die gemäßigten arabischen Länder, zu denen wir diplomatische Beziehungen unterhalten (Marokko, Tunesien, Libyen, Jordanien) wird es schwierig sein, ihre bisherige freundschaftliche Haltung gegenüber der Bundesrepublik beizubehalten. Es könnte damit eine weitere Radikalisierung der arabischen Welt eintreten, die nicht im Interesse des Westens liegt. In diesem Zusammenhang ist auch zu berücksichtigen, daß in einer solchen Situation eine völkerrechtliche Anerkennung des anderen Teils Deutschlands zumindest für die radikalen arabischen Regierungen an Wahrscheinlichkeit gewinnt.

V. Sollte die Unterzeichnung des Abkommens trotz vorstehender Bedenken nicht verschoben werden können, so stehen folgende Verfahrensvorschläge zur Diskussion:

1) Wie bereits mit dem israelischen Botschafter erörtert, könnte beschlossen werden, den Abschluß des Abkommens vorläufig geheim zu halten. Nach den bisherigen Erfahrungen erscheint es jedoch sehr zweifelhaft, ob eine derartige Geheimhaltung auf längere Zeit möglich ist, auch wenn sich die israelische Seite an ihre insoweit gegebene Zusage hält. Sollte aber den arabischen Regierungen über kurz oder lang der Abschluß des Abkommens bekannt werden, so wird die Wirkung auf sie doppelt ungünstig sein. Es ist sogar anzunehmen, daß die Araber aus dem Versuch der Geheimhaltung den Schluß ziehen, wir hätten noch andere geheime Abreden mit Israel getroffen. Unsere mühsam aufgebaute Politik, bei den Arabern wieder Glaubwürdigkeit zu erringen, würde damit auf lange Zeit keine Aussicht auf Erfolg haben.

2) Die Unterzeichnung des Abkommens wird am selben Tage öffentlich bekanntgegeben. Gleichzeitig werden unsere Auslandsvertretungen in der arabischen Welt angewiesen, den Abschluß des Abkommens unter Hinweis auf unsere verschiedenen Hilfsmaßnahmen für die arabische Seite so gut wie möglich zu erläutern.

VI. Angesichts der Bedeutung der Angelegenheit wird vorgeschlagen, daß der Herr Bundesminister selber den israelischen Botschafter zu sich bittet und ihm unter Verwendung der im Abschnitt IV dargelegten Argumente die Notwendigkeit mitteilt, die Unterzeichnung des Abkommens vorläufig zu verschieben. Gleichzeitig sollte israelischem Botschafter nochmals feierlich versichert werden, daß unsere Bereitschaft, Israel in derselben Höhe und zu denselben Bedingungen wie im vergangenen Jahr<sup>8</sup> Kapitalhilfe für 1967 zu gewähren<sup>9</sup>, unverändert vorhanden ist.

Eine Entscheidung ist sehr eilbedürftig und müßte dem israelischen Botschafter umgehend mitgeteilt werden.<sup>10</sup>

Abteilung I hat mitgezeichnet.

<sup>8</sup> Zum Wirtschaftshilfeabkommen vom 12. Mai 1966 zwischen der Bundesrepublik und Israel vgl. Dok. 134, Anm. 7.

<sup>9</sup> Zur Entscheidung, auch 1967 wieder eine Wirtschaftshilfe in Höhe von 160 Mio. DM zu gewähren, vgl. Dok. 200.

<sup>10</sup> Dazu bemerkte Bundesminister Brandt handschriftlich: „Ich bitte den Herrn St[aats]s[ekretär], noch heute mit dem Isr[aelischen] Botschafter zu sprechen und ihn um Verständnis dafür zu bitten, daß wir das Abkommen frühestens im August unterzeichnen können. Der Bundeskanzler stimmt hiermit überein. Es ist nichts dagegen einzuwenden, daß der Finanzminister tatsächliche Leistungen als Vorgriff erbringt (wenn sich dafür eine rechtlich praktikable Form finden läßt).“



Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>11</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>12</sup> mit der Bitte um Entscheidung<sup>13</sup> vorgelegt.

Harkort

VS-Bd. 8825 (III B 6)

## 246

### Gesandter Oncken, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-13413/67 geheim

Aufgabe: 5. Juli 1967, 19.50 Uhr

Fernschreiben Nr. 1053

Ankunft: 5. Juli 1967, 21.11 Uhr

Citissime

Auf Plurex Nr. 2298<sup>1</sup> und 2363<sup>2</sup> vom 30. Juni, bzw. 5. Juli – AZ: II B 3-81.00/2-1260<sup>1</sup> und 1256/67 geh. und unter Bezug auf fernmündliche Unterredung MDG Schnippenkötter/Gesandter Oncken vom 5. 7. 67

Betr.: Nichtverbreitungs-Vertrag;  
hier: Stand der Angelegenheit

<sup>11</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 4. Juli 1967 vorgelegen, der am 5. Juli 1967 handschriftlich notierte: „Über die Frage habe ich am 5.7. mit Ben Natan gesprochen. Es bleibt zu klären: 1) Gemeinsame Sprachregelung; 2) Verfahren der Zahlung; 3) Zeitpunkt der Unterzeichnung.“ Für den Vermerk vgl. VS-Bd. 8825 (III B 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>12</sup> Hat Bundesminister Brandt am 5. Juli 1967 vorgelegen.

<sup>13</sup> Am 12. Juli 1967 schlug Staatssekretär Lahr Botschafter Ben Natan eine „Staffelung der Zahlung in drei Beträgen“ vor, und zwar in Tranchen von zweimal je 50 Mio. DM und von einmal 60 Mio. DM. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort vom 13. Juli 1967; VS-Bd. 8825 (III B 6); B 150, Aktenkopien 1967.

Am 14. Juli 1967 unterrichtete Harkort Botschafter Pauls, Tel Aviv, über den Beschluß, „die Unterzeichnung des Abkommens auf einen späteren, noch zu vereinbarenden Termin zu verschieben“. Er begründete die Entscheidung, die Zahlung an Israel in drei Raten zu leisten, mit dem Argument, „daß – falls etwas bekannt werden sollte – kleinere Zahlen weniger Aufsehen erregen würden als die Gesamtzahl“. Vgl. VS-Bd. 8825 (III B 6); B 150, Aktenkopien 1967.

Zur Unterzeichnung des Abkommens am 4. Oktober 1967 vgl. Dok. 341.

<sup>1</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Ramisch informierte die Botschaft in Washington und die Ständigen Vertretungen bei der NATO in Paris sowie bei den EG in Brüssel über den Inhalt des Drahtberichts Nr. 1216 des Botschafters Klaiber, Paris. Klaiber berichtete darin am 29. Juni 1967 aus einem Gespräch mit dem Generalsekretär im französischen Außenministerium, Alphand, daß die französische Regierung weiterhin nicht beabsichtige, das geplante Nichtverbreitungsabkommen zu unterzeichnen. Sollte dieses Abkommen „eine Klausel enthalten, die der Wiener IAEO ein Kontrollrecht zuweise“, so habe Frankreich dagegen keine Einwände, obwohl es als Mitglied der IAEO nicht Vertragspartner sei. Sollte das Abkommen „eine Klausel enthalten, die eine Tätigkeit von EURATOM vorsehe, so werde es Sache der sechs Mitglieder von EURATOM sein, die aufgeworfene Frage zu prüfen“. Vgl. VS-Bd. 4116 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Ramisch übermittelte den Botschaften in Paris, Rom und Washington, den Ständigen Vertretungen bei der NATO in Paris und bei den EG in Brüssel sowie der Vertretung bei den Internationalen Organisationen in Genf eine amerikanische Aufzeichnung vom 3. Juli 1967 über das Gespräch des amerikanischen Außenministers Rusk mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 27. Juni 1967 sowie eine weitere amerikanische Aufzeichnung über ein Gespräch des französischen Botschafters in Washington, Lucet, mit dem stellvertretenden Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Fisher, am 29. Juni 1967. Vgl. VS-Bd. 4116 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

I. Auf Ratssitzung am 5. Juli 1967 kam vorgenannte Angelegenheit zur Sprache.

1) Botschafter Cleveland berichtete über Gespräch Gromyko/Rusk am 27.6.67 in New York.<sup>3</sup>

a) Gromyko habe erklärt, daß die Sowjetunion an sich die Vorlage vollständigen Vertragstextes wünsche. Er sehe nicht ein, warum man sich nicht über Text für den Artikel III<sup>4</sup> einigen könne. Immerhin habe er die Vorlage eines Textes mit ausgespartem Artikel III nicht ausgeschlossen. Rusk habe dagegen daran festgehalten, daß Artikel III bei der Vorlage offenbleiben solle.

b) Zur Frage der Alternativtexte neuen Artikels V, Absatz 2<sup>5</sup>, habe sich Rusk für erste Alternative ausgesprochen. Gromyko selbst habe hierzu nicht Stellung genommen (sowjetischer Botschaftsrat an der Botschaft Washington habe jedoch in der Zwischenzeit Fisher erklärt, seiner Ansicht nach ziehe die Sowjetunion die erste Alternative vor.)

c) Auf Vorschlag Rusks, beide Staaten sollten ihre friedlichen Zwecken dienenden nuklearen Einrichtungen der IAEO-Kontrolle unterwerfen, habe Gromyko geantwortet, daß er nichts dagegen habe, wenn dies die USA tun wollten; für die Sowjetunion komme solche Regelung nicht in Frage.

d) Rusk habe schließlich vorgeschlagen, den Vertragsentwurf vor dem 10. Juli in Genf zu präsentieren.<sup>6</sup> Hierzu habe Gromyko angekündigt, daß Roschtschin demnächst Instruktionen erhalten werde. Diese scheinen jedoch bis zum 5. Juli noch nicht in Genf eingegangen zu sein.

2 a) Besondere Aufmerksamkeit fand Hinweis Clevelands, daß Gromyko nach vorangegangenem Gespräch mit Couve gegenüber Rusk festgestellt habe, daß Couve nichts gegen die Anwendung von IAEO-Kontrollen eingewandt hätte. Diese Äußerungen Gromykos veranlaßten Cleveland, den französischen Vertreter um Präzisierung der französischen Haltung zu bitten.

b) Französischer Sprecher wiederholte den Inhalt der im Bezugserlaß Nr. 2298 wiedergegebenen Ausführungen Alphands, ohne von diesen abzuweichen.

c) Cleveland stellte daraufhin fest, daß sich die französische Haltung gegenüber der Einschaltung von EURATOM geändert habe. Niederländischer Botschafter<sup>7</sup> bedauerte, daß Couve eine EURATOM berührende Änderung der französischen Haltung bekannt gegeben haben könnte, ohne zuvor die EURATOM-Partner unterrichtet zu haben.

<sup>3</sup> Für eine Aufzeichnung über ein Gespräch des amerikanischen Außenministers Rusk mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 23. Juni 1967, in dem ebenfalls das geplante Nichtverbreitungsabkommen erörtert wurde, vgl. FRUS 1964–1968, Bd. XI, S. 481–486.

<sup>4</sup> Für den amerikanischen Entwurf vom 25. April 1967 für Artikel III des Nichtverbreitungsabkommens, der Botschafter Schnippenkötter am 14. April 1967 in Washington übergeben wurde, vgl. Dok. 131, besonders Anm. 10–12.

<sup>5</sup> Zu den beiden Varianten des Absatzes 2 der Revisionsklausel (Artikel V) im Entwurf des Nichtverbreitungsabkommens vom 11. Juni 1967 vgl. Dok. 233, Anm. 9, und Dok. 226, Anm. 12.

<sup>6</sup> Ein gemeinsamer amerikanisch-sowjetischer Vertragsentwurf wurde der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission am 24. August 1967 vorgelegt. Vgl. dazu Dok. 314.

<sup>7</sup> Hendrik N. Boon.

d) Generalsekretär Brosio konstatierte, wenn Frankreich eine Stellungnahme zu dem Vertrag als solchem ablehne, dann<sup>8</sup> sei es logisch, daß die französische Regierung in den Fragen, die EURATOM involvierten, der Stellungnahme der EURATOM-Partner folge. Ihm scheine es notwendig, den Fragenkreis zunächst in EURATOM und anschließend im NATO-Rat zu klären.

II. Nach der Sitzung unterstrich Brosio mir gegenüber die Notwendigkeit einer vorangehenden Konsultation des Kontrollproblems im Kreise der EURATOM-Staaten. Botschafter Cleveland wiederholte die Feststellung, daß nach seiner Auffassung eine grundsätzliche Änderung der französischen Haltung vorliege. Sollten die Franzosen an der Einschaltung von EURATOM nicht interessiert sein, dann werde es für seine Regierung schwierig werden, gegenüber den nichtgebundenen Teilnehmern an der Genfer Abrüstungskonferenz auf der Forderung einer geeigneten Einschaltung von EURATOM zu bestehen.

2) Französischer Gesandter Schricke, den ich aufgrund des Bezugsgesprächs anschließend aufsuchte, stellte fest, daß eine Änderung der französischen Haltung nicht vorliege.<sup>9</sup> Die amerikanische Regierung sei über den französischen Standpunkt der Non-Proliferationsfrage voll unterrichtet. Er zeigte mir einen von Alphand unterschriebenen Erlaß an die Botschaft Washington, der sich inhaltlich fast vollständig mit den Ausführungen Alphands gegenüber Botschafter Klaiber (vgl. Bezugserslaß Nr. 2298) deckte und der mit dem Hinweis schloß, daß den amerikanischen Gesprächspartnern auf Befragen mitgeteilt werden könne, der sowjetische Außenminister habe die gleiche Unterrichtung erhalten. Der französische Gesprächspartner zog aus dem Vorgehen Cleverlands den Schluß, daß diesem, indem er den Eindruck einer Änderung der französischen Absichten in der EURATOM-Frage erweckt habe, daran gelegen sei, einen Keil zwischen die Franzosen und die anderen EURATOM-Partner zu treiben.<sup>10</sup>

3) Diese Interpretation Schrickes ergab sich aus einer Auslegung, die er mir zu den Ausführungen Alphands über die Verifikationsfrage gab. Nach seiner Auffassung sei es durchaus möglich, daß seine Regierung einem zwischen EURATOM und der IAEO zu schließenden Verifikationsabkommen zustimmen würde, falls feststehe, daß Frankreich durch das Abkommen nicht betroffen werde. Der Text der von mir eingesehenen Weisung an die französische Botschaft Washington macht diese Folgerung möglich. Die Aufzeichnung Fishers über sein Ge-

<sup>8</sup> Korrigiert aus: „daß“.

<sup>9</sup> Ministerialdirektor Ruete äußerte in diesem Zusammenhang am 6. Juli 1967 die Ansicht, daß „die Sowjets [...] offenbar die Franzosen nach ihrer Haltung zur Verifikationslösung überhaupt nicht gefragt“ hätten, „sondern nur nach ihrer Stellungnahme zur Einführung von IAEO-Kontrollen im NV-Vertrag. Die Franzosen haben den Sowjets auf diese spezielle Frage geantwortet, daß sie gegen IAEO-Kontrollen im NV-Vertrag keine Bedenken hätten. Die Sowjets benutzen nun diese ihnen von den Franzosen gegebene spezielle Antwort auf eine ausgewählte Frage zugunsten ihres Vorschlags für Artikel III, der ausschließlich IAEO-Kontrollen vorsieht.“ Vgl. VS-Bd. 4116 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Zu einer vergleichbaren Schlußfolgerung kam Ministerialdirektor Ruete am 6. Juli 1967. Er äußerte die Befürchtung, „daß die Amerikaner die Verifikationslösung nicht mit der erforderlichen Festigkeit aufrechterhalten und befürworten“ werden und daß sie „angesichts der für EURATOM ungünstigen Zusammensetzung der Genfer Konferenz sowie im Interesse der Einigung mit den Sowjets eine Aufgabe der erarbeiteten Kontrollposition als letzten Endes unvermeidlich hinstellen“ wollten. Vgl. VS-Bd. 4116 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

sprach mit Lucet (vgl. Anlage 2 des Bezugserlasses Nr. 2363) erweckt in diesem Punkt einen nicht zutreffenden Eindruck. In dem Erlaß Alphands ist nicht die Rede davon, daß Frankreich es ablehnt, „to become a party with any EURATOM-arrangements with IAEA regarding safeguards“. Die Frage ist in dem Erlaß offen geblieben.

III. 1) Zunächst ist mit einer Konsultation der Non-Proliferationsfrage im NATO-Rat nicht zu rechnen. Die weitere Erörterung des Themas hängt von der Klärung des EURATOM-Problems ab.

2) In der Frage des mit Drahtbericht Nr. 1025 geh. vom 30.6.67<sup>11</sup> übermittelten Textes einer italienischen Erklärung, die heute aufgrund des Bezugsgesprächs gegenüber der italienischen Delegation zur Sprache gebracht wurde, konnte festgestellt werden, daß die Italiener derzeit beabsichtigen, diese Erklärung in Genf abzugeben. Dies schließt nicht aus, daß sie die der Erklärung zugrunde liegenden Überlegungen im Zuge einer NATO-Konsultation vortragen werden. Die Vertretung hält für diesen Fall ihre Bitte um Weisung aufrecht, die sie instand setzt, den italienischen Standpunkt zu unterstützen.

[gez.] Oncken

VS-Bd. 4218 (II A 6)

## 247

### Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Präsident Houphouet-Boigny

Z A 5-95.A/67 VS-vertraulich

6. Juli 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler empfing am 6. Juli 1967 um 12 Uhr den Präsidenten der Republik Elfenbeinküste, Herrn Houphouet-Boigny, zu einem Gespräch. Anwesend waren der elfenbeinische Botschafter in Bonn<sup>2</sup>, der deutsche Botschafter in Abidjan<sup>3</sup> sowie von deutscher Seite Herr Botschafter Axenfeld.

Der Herr *Bundeskanzler* begrüßte seinen Gast und wünschte ihm zunächst einen angenehmen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland.<sup>4</sup> Er überlasse es dem Herrn Präsidenten, Gesprächsthemen vorzuschlagen.

Herr Präsident *Houphouet-Boigny* bedankte sich zunächst für den freundlichen, aufmerksamen und liebenswürdigen Empfang, den man ihm seit seiner Ankunft in Deutschland bereitet habe. Er sehe darin den Ausdruck der freund-

<sup>11</sup> Für den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vgl. VS-Bd. 4094 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Merten am 13. Juli 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Ernest Amos-Djoro.

<sup>3</sup> Rudolf Junges.

<sup>4</sup> Präsident Houphouet-Boigny hielt sich vom 5. bis 12. Juli 1967 in der Bundesrepublik auf. Zum Verlauf des Besuchs vgl. BULLETIN 1967, S. 611.

schaftlichen Beziehungen zwischen zwei Ländern, die durch keine Gegensätze getrennt seien. Wenn der Vertreter eines jungen Staates ein großes Land wie Deutschland besuche, müsse er natürlich nicht nur politische Fragen, sondern auch Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit anschneiden. Darunter verstehe er auch die Frage, mit welchen technischen und finanziellen Mitteln die Bundesrepublik Deutschland zur Entwicklung seines Landes beitragen könne. Er schlage vor, das Gespräch über diese Fragen zu führen. Einleitend wolle er aber noch einmal betonen, daß sein Land und seine Regierung sehr viel Verständnis für die Probleme Deutschlands und den Seelenzustand der Deutschen habe. Man verstehe durchaus die Gefühle eines Volkes, das nach jahrhundertlanger Einheit nunmehr zerrissen sei. Da die Hoffnung der Republik Elfenbeinküste hinsichtlich ihrer weiteren Entwicklung gerade auf der eigenen Einheit beruhe, verstehe man vielleicht besser als andere Staaten das Leid der Deutschen. Man sei daher auch gewillt, jede Tribüne, auch die der UNO, zu benutzen, um für die Wiedervereinigung Deutschlands zu plädieren. Diese stelle nicht nur die Lösung eines menschlichen Problems dar, sondern einen Beitrag zur Erhaltung des Friedens. Den Frieden brauchten aber gerade die Länder, die noch in ihrer Entwicklung begriffen sind.

Der Herr *Bundeskanzler* dankte dem Herrn Präsidenten für dessen Verständnis für die Lage der Deutschen. Er habe bei seiner Tischrede am Vortage<sup>5</sup> bereits seinen herzlichen und aufrichtigen Dank dafür ausgesprochen. Er wolle nun nicht versuchen, die neue deutsche Politik gegenüber dem Osten in Einzelheiten darzulegen. Es handle sich dabei um ein weites Feld. Diese Politik könne und wolle nicht auf die Interessen der Deutschen, also nicht auf die Wiedervereinigung Deutschlands verzichten. Die Wiedervereinigung entspreche dem Willen aller Deutschen. Man wolle aber einen Beitrag zur Überwindung des Antagonismus in Europa leisten, und damit ein Klima des Vertrauens schaffen, das eines Tages dahin führen könnte, daß es in Europa eine dauerhafte Friedensordnung gibt.

Es sei bekannt, daß die Bundesrepublik Deutschland bereits diplomatische Beziehungen zu Rumänien<sup>6</sup> aufgenommen habe. Man sei auch bereit, mit anderen östlichen Nachbarstaaten Deutschland ein Gleiches zu tun. Die gleiche Bereitschaft sei wohl auch bei diesen Staaten vorhanden, wenngleich sie einem so starken Druck ausgesetzt seien, daß man zur Zeit ein gewisses Zögern bei ihnen verspüre. Man hoffe aber, in Bälde schon zu einer Normalisierung der Beziehungen zu gelangen.

Die Sowjetunion glaube, man müsse ihre Bedingungen, d. h. die Anerkennung des Ostberliner Regimes, anerkennen. Solange sie dies glaube, käme man freilich nicht weiter. In der Zwischenzeit aber vertiefe man die Kontakte, die bereits bestehen, und warte mit Geduld auf den Erfolg der eigenen Bemühungen. Man habe auch Vertrauen in die Entwicklung der Geisteshaltung der jungen Leute in den Ostblockstaaten. Diese seien nicht mehr der doktrinären Denkweise so verhaftet wie ihre Väter. In jedem Falle bleibe man weiterhin bemüht, die Lage zu entgiften. Gegenüber Polen habe man Vorschläge ausgearbeitet,

<sup>5</sup> Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1967, S. 617.

<sup>6</sup> Zur Vereinbarung vom 31. Januar 1967 vgl. Dok. 39.

die von beiden Ländern akzeptiert werden könnten; der Tschechoslowakei habe man bereits erklärt, daß man keine Folgerungen aus dem Münchener Abkommen<sup>7</sup> ziehen wolle.

Diese neue Politik sei gewiß nicht spektakulär, aber es sei eine Politik. Man wolle sie in Ruhe und Gelassenheit weiter betreiben. Man denke auch daran, mit Frankreich zusammen in dieser Hinsicht Fortschritte erzielen zu können. Frankreich verfüge in den Ostländern über einen sehr großen Vertrauenskredit. Er habe die Absicht, General de Gaulle vorzuschlagen, in den Ostländern eine gemeinsame deutsch-französische Ausstellung zu veranstalten.<sup>8</sup> Diese Ausstellung solle zeigen, wie zwei Völker, die sich jahrhundertlang bekämpft haben, nunmehr Seite an Seite voringen. Die östlichen Nachbarn Deutschlands könnten daraus die Hoffnung gewinnen, daß es in ganz Europa eines Tages zu einem Neubeginn der Beziehungen kommen könne.

Seit Anfang 1967 habe sich die deutsch-französische Zusammenarbeit erneuert, nachdem der deutsch-französische Vertrag<sup>9</sup> eine Zeitlang etwas eingeschlafen sei. Gewiß sei man sich nicht in allen Auffassungen mit General de Gaulle einig. So nehme man z. B. gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika eine andere Haltung ein. Man wünsche auch, daß Großbritannien Mitglied des gemeinsamen Marktes werde. Einig sei man sich allerdings mit General de Gaulle darin, daß es in Europa zu immer größerer Zusammenarbeit kommen müsse, und daß jede Bemühung um die europäische Einheit sich auf das Zusammengehen der beiden Länder Frankreich und Deutschland stützen müsse.

Diese Zusammenarbeit erstreckte sich auch auf Afrika. Hier habe Frankreich natürlich besonders geartete Beziehungen. Aber auch Deutschland sei bereit, seinen Beitrag zur Entwicklung dieses Kontinents zu leisten, weil man wisse, daß man damit einen Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens leiste. Bekanntlich sei der Entwicklungsfonds der EWG zu einem Drittel aus deutschen Mitteln gespeist. Trotz der angespannten Haushaltslage, die seit Bestehen der Bundesrepublik nicht so schlecht gewesen sei wie jetzt, sehe der neue Haushalt<sup>10</sup> keine Streichungen im Titel Entwicklungshilfe vor. Dies sei um so bemerkenswerter, als man im übrigen alle anderen Posten habe kürzen müssen.

Präsident *Houphouët-Boigny* legte dar, er sei für diese Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers sehr dankbar. Er habe immer schon mit Bewunderung die Bemühungen der deutschen Politik um die Erhaltung des Friedens verfolgt. Er verstehe durchaus, daß Deutschland auf seine Wiedervereinigung nicht verzichten könne; um so mehr bewundere man die Tatsache, daß die deutsche Politik auf eine schrittweise Entspannung hinarbeite. Dabei komme natürlich der deutsch-französischen Zusammenarbeit eine besondere Bedeutung zu. Er selbst habe denkbar gute Beziehungen zu General de Gaulle, wenngleich er dessen „größere Visionen“ nicht immer verstehe. Er wisse aber, daß die deutsch-

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

<sup>8</sup> Diesen Vorschlag unterbreitete Bundeskanzler Kiesinger Staatspräsident de Gaulle am 12. Juli 1967. Vgl. Dok. 261.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des Gesetzes vom 4. Juli 1967 über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1967 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1967, Teil II, S. 1961–1968.

französische Zusammenarbeit sich für Afrika nur segensreich auswirken könne. General de Gaulle habe ihm auch bestätigt, daß er eine Zusammenarbeit zwischen der Elfenbeinküste und den französischen Partnerländern in der EWG nicht nur billige, sondern sie wünsche und unterstütze.

Er sei sehr dankbar für alles, was Deutschland bisher schon für sein Land geleistet habe, über die EWG und durch direkte Unterstützung.<sup>11</sup> Wenn er trotzdem darum bitte, daß Deutschland in seiner Hilfe noch einen Schritt weitergehe, dann möge man seine Bitte mehr psychologisch auffassen. Frankreich zum Beispiel leiste in der Weise Hilfe, daß ständig französische Firmen oder Dienststellen direkt im Lande tätig seien. Ein Gleiches wünsche er auch von Deutschland. Man könne daran denken, daß deutsche Firmen beispielsweise für den Ausbau des Straßennetzes oder des Fernmeldewesens direkte Aufträge annähmen und wie französische Firmen im Lande direkt arbeiten. Dies sei keine Bitte um größere finanzielle Hilfe, sondern lediglich der Wunsch, die deutsche Präsenz an der Elfenbeinküste ständig sichtbar zu machen. Sein zuständiger Minister für Finanz- und Planungsfragen<sup>12</sup> habe die Absicht, mit dem Herrn Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit<sup>13</sup> über diesen Gedanken zu sprechen.<sup>14</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er halte diesen letzten Gedanken für sehr interessant. Seine Verwirklichung könnte den großen Vorteil haben, die deutsche Tätigkeit an der Elfenbeinküste weniger anonym zu gestalten.

Präsident *Houphouët-Boigny* wies dann darauf hin, daß deutsche Firmen bereits Niederlassungen an der Elfenbeinküste gegründet haben. Gewiß habe es zunächst Schwierigkeiten im Hinblick auf im Lande vorhandene französische Konkurrenz gegeben. Im Geschäftsleben sei es aber nun einmal so, daß man tunlichst die eigenen Interessen nicht von der Konkurrenz wahrnehmen lassen solle. Das Beispiel eines italienischen Straßenbauunternehmers, der sich nur auf seine eigenen Mittel verlassen habe, zeige, wie weit man es bei selbständigem Vorgehen bringen könne. Dieser Unternehmer habe sich mittlerweile eine führende Stellung im Lande erkämpft.

Auf den Handelsaustausch zwischen der Elfenbeinküste und Deutschland eingehend<sup>15</sup>, schnitt der Präsident sodann die Frage des Absatzes landwirtschaft-

<sup>11</sup> So war für 1967 eine Kredithilfe in Höhe von 10 Mio. DM für die Republik Elfenbeinküste vorgesehen. Vgl. dazu das Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 24. Mai 1967 an das Auswärtige Amt; Referat III B 5, Bd. 618.

<sup>12</sup> Präsident *Houphouët-Boigny* wurde sowohl vom ivoirischen Minister für Wirtschafts- und Finanzfragen, Bédié, als auch vom Minister für Planungsfragen, Diawara, begleitet.

<sup>13</sup> Hans-Jürgen Wischnewski.

<sup>14</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Axenfeld führte dazu am 19. Juli 1967 aus, daß es zu einem Gespräch des ivoirischen Wirtschafts- und Planungsministers mit dem Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Hein, gekommen sei, in dem von ivoirischer Seite angeregt wurde, „für die nächsten Jahre eine laufende deutsche Kredithilfe vorzusehen, die als feste Größe in den ivoirischen Entwicklungsplan eingesetzt werden könnte“. Vgl. Referat III B 5, Bd. 617.

<sup>15</sup> Dazu bemerkte Botschafter Junges, Abidjan, daß in den ersten sechs Monaten des Jahres 1966 die Einfuhren aus der Bundesrepublik stärker angestiegen seien als die Exporte aus der Elfenbeinküste, obwohl der Posten der Ausfuhren in die Bundesrepublik immer noch größer sei als der der Importe. Die Republik Elfenbeinküste führe vor allem Fruchtkonserven, Kautschuk und Baumwolle in die Bundesrepublik aus, 1966 auch erstmals seit drei Jahren wieder Bananen. Der Ka-

licher Erzeugnisse seines Landes auf den Märkten der Bundesrepublik an. Er bemerkte, für junge Länder gelte es immer zwei Faktoren zu berücksichtigen: Zunächst müsse man viel erzeugen und zu einem auskömmlichen Preis verkaufen können. Sodann müsse man die erforderlichen Absatzmärkte finden. Gebe es nämlich keine Absatzmärkte, fehle der Anreiz zur Produktionssteigerung. Die landwirtschaftliche Produktion seines Landes sei sehr vielfältig. Man sei das größte Erzeugerland für Kaffee, beim Kakao liege man an dritter Stelle. Was den Absatz von Bananen in der Bundesrepublik anbelange, hätten sich in letzter Zeit einige Fragen ergeben. Nun sei man immer bestrebt, praktische, keinesfalls romantische Lösungen zu finden. Er habe die Bitte, daß deutsche Fachleute sich mit seinen Fachleuten einmal zusammensetzten, um zu einem größeren Verständnis der Absatzprobleme seines Landes zu kommen. Er sei gewiß, daß man sowohl in der Frage des Preises als auch in der Frage der Güte und des Geschmacks der elfenbeinischen Bananen zu einer zufriedenstellenden Lösung kommen könne.<sup>16</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, aus den ihm verfügbaren Unterlagen gehe hervor, daß der Preis für elfenbeinische Bananen etwa 25 bis 40 v.H. über dem Weltpreis liege. In erster Linie handelte es sich somit um ein Preisproblem. Er halte aber den Gedanken, daß die Experten beider Länder sich mit solchen Fragen einmal befassen sollten, für sehr zweckmäßig.

Ende des Gesprächs gegen 13 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100 (56), Bd. 24**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 999*

kaoexport sei dagegen zurückgegangen. Vgl. dazu den Schriftbericht vom 13. Oktober 1966; Referat III B 5, Bd. 617.

<sup>16</sup> Zum „Bananenproblem“ der Republik Elfenbeinküste wurde seitens des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten am 30. Juni 1967 erläutert, daß der Grund für die Absatzschwierigkeiten darin liege, daß die Bananeneinfuhr in die Bundesrepublik liberalisiert sei, also den Regeln des freien Wettbewerbs gehorche, während die Republik Elfenbeinküste die Früchte „vorwiegend in die durch dirigistische Maßnahmen geschützten Märkte“ in Frankreich und Italien liefere, wo sie besonders hohe Preise erzielen könne. Da die Preise für Bananen in der Bundesrepublik wesentlich niedriger seien, erscheine es ausgeschlossen, daß ein deutscher Importeur mit Bananen von der Elfenbeinküste „einen Marktanteil erobern“ könne. Auch in diesem Jahr seien Verhandlungen zwischen der „Absatzorganisation der Elfenbeinküste“ und deutschen Importeuren, die am 16. Juni 1967 begonnen hatten, aufgrund unterschiedlicher Preisvorstellungen ins Stocken geraten. Vgl. Referat III B 5; Bd. 617.



248

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Blomeyer-Bartenstein

V 1-80.SL/2-92.19-489/67 VS-vertraulich

6. Juli 1967<sup>1</sup>

Betr.: Nahost-Krise

hier: Konsularische Betreuung deutscher Staatsangehöriger in den von Israel besetzten Gebieten durch die Botschaft Tel Aviv

Bezug: Vermerk von Herrn D V<sup>2</sup> vom 29. Juni über seine Besprechung mit Herrn D I<sup>3</sup> und Herrn Botschafter Pauls vom gleichen Tage  
Mündliche Weisung von Herrn D V

Die in diesen Tagen erfolgte Vereinigung der Altstadt von Jerusalem mit der Neustadt unter israelischer Oberhoheit<sup>4</sup> und die Verurteilung dieses Schritts durch die VN-Vollversammlung vom 5. Juli<sup>5</sup> lassen die Frage eines ausdrücklichen Vorbehalts der Haltung der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit der konsularischen Betreuung deutscher Staatsangehöriger in den von Israel besetzten Gebieten und vor allem in der Altstadt von Jerusalem<sup>6</sup> in einem neuen Licht erscheinen.

I. Unter rechtlichen Gesichtspunkten würde vieles für die Einlegung eines generellen Vorbehalts hinsichtlich unserer Haltung zu der Vereinigung der beiden Teile der Stadt Jerusalem unter israelischer Oberhoheit sprechen. Unerlässlich ist ein solcher Vorbehalt allerdings nicht, solange wir uns nicht durch unser eigenes Verhalten präjudizieren.

1) Die Vereinigung der beiden Teile Jerusalems ist zumindestens vorläufig völkerrechtlich unwirksam. Völkerrechtlich ist die Vereinigung der beiden Stadtteile unter israelischer Oberhoheit ohne Rücksicht auf die ungewöhnliche Form ihres Vollzuges durch abgeleitete Rechtsakte als Versuch der Annexion zu werten. Unbeschadet der Frage ihrer völkerrechtlichen Zulässigkeit sind Annexionen

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Blomeyer-Bartenstein und von Legationsrat Fleischhauer konzipiert.

<sup>2</sup> Rudolf Thierfelder.

<sup>3</sup> Hermann Meyer-Lindenberg.

<sup>4</sup> Am 27. Juni 1967 ordnete die israelische Regierung die administrative Vereinigung der Neustadt von Jerusalem (des heutigen West-Jerusalem) mit der Altstadt und Ost-Jerusalem an. Letztere hatten seit 1948 zu Jordanien gehört und waren am 5./6. Juni 1967 von israelischen Truppen erobert worden.

<sup>5</sup> Für die UNO-Resolution Nr. 2253 (ES-V) vom 4. Juli 1967, in der Israel aufgefordert wurde, alle Maßnahmen zur Änderung des Status von Jerusalem rückgängig zu machen, vgl. UNITED NATIONS, GENERAL ASSEMBLY OFFICIAL RECORDS, Resolutions (Supplement Nr. 1), 5th Emergency Session 1967, S. 4.

<sup>6</sup> Bereits am 9. Juni 1967 meldete Botschafter Pauls, Tel Aviv: „Soweit hier bekannt, befindet sich eine größere Anzahl deutscher Staatsangehöriger und deutscher Einrichtungen in Alt-Jerusalem, die jetzt von Betreuung durch Botschaft Amman getrennt sind. Bemühe mich zur Zeit bei israelischen Behörden um Genehmigung zum Betreten Altstadt und beabsichtige, Beamten nach dort zu entsenden, der feststellt, ob und welche Hilfe nötig ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 322; Referat I B 4, Bd. 283.

nen völkerrechtlich jedenfalls solange nicht wirksam, als nicht eine definitive Stabilisierung der Situation eingetreten und der Konfliktzustand tatsächlich beendet ist. Dies kann im Einzelfall zwar auch dann der Fall sein, wenn ein sog. „Patt-Waffenstillstand“ eingetreten ist; ein formeller Friedensschluß ist nicht erforderlich. Im gegenwärtigen Zeitpunkt kann jedoch nicht davon gesprochen werden, daß die Situation im arabisch-israelischen Raum stabilisiert sei.

2) Unter diesen Umständen würde vieles dafür sprechen, unmißverständlich zum Ausdruck zu bringen, daß wir den israelischen Standpunkt von der vollzogenen Vereinigung der beiden Teile Jerusalems unter israelischer Oberhoheit nicht teilen. Hierfür spricht auch die Überlegung, daß ein solcher Vorbehalt mit zunehmendem Zeitablauf immer schwieriger wird. Unter rechtlichen Gesichtspunkten ist ein Vorbehalt allerdings nicht unerläßlich; da uns die Vereinigung der beiden Teile der Stadt nicht offiziell notifiziert worden ist, können wir auch ohne ausdrücklichen Vorbehalt eine neutrale Haltung einnehmen. Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß wir unseren Rechtsstandpunkt nicht durch unser eigenes Verhalten präjudizieren.

II. In diesem Zusammenhang kommt der konsularischen Betreuung deutscher Staatsangehöriger in den von Israel besetzten Gebieten durch die Botschaft Tel Aviv besondere Bedeutung zu, da sie sich in der Hauptsache in der Altstadt von Jerusalem abspielen wird. Die konsularische Betreuung deutscher Staatsangehöriger durch die Botschaft Tel Aviv in der Jerusalemer Altstadt ist in ganz besonderem Maße geeignet, unseren Rechtsstandpunkt hinsichtlich der Vereinigung der beiden Teile Jerusalems zu präjudizieren.

1) Folgt man der israelischen Auffassung von der Wirksamkeit der Vereinigung der beiden Stadtteile unter israelischer Oberhoheit, so hat sich der konsularische Zuständigkeitsbereich der Botschaft Tel Aviv automatisch auf die Altstadt von Jerusalem ausgedehnt. Übt die Botschaft Tel Aviv in der Altstadt von Jerusalem konsularische Tätigkeiten aus, so kann dies also ohne weiteres als Anerkennung der israelischen Auffassung gewertet werden.

2) Nun soll dem israelischen Außenministerium gegenüber zwar ein mündlicher Vorbehalt gemacht werden; Herr Botschafter Pauls ist in der Besprechung bei Herrn D I am 28. Juni 1967 angewiesen worden, vor Tätigwerden in den besetzten Gebieten jeweils das israelische Außenministerium formlos zu unterrichten und dabei deutlich zu erkennen zu geben, daß in dieser Tätigkeit keinerlei Anerkennung der gegenwärtigen bestehenden Lage zu erblicken sei. Diese Weisung erscheint dem Referat V 1 nach der Vereinigung der Altstadt von Jerusalem mit der Neustadt und der Verurteilung derselben durch die VN-Vollversammlung nicht mehr ausreichend:

a) Weil jede konsularische Tätigkeit der Botschaft Tel Aviv in der Altstadt von Jerusalem von den arabischen Staaten und den VN als Anerkennung der von Israel vollzogenen Vereinigung der beiden Stadtteile angesehen werden kann, wird die Gefahr von Angriffen gegen uns durch jede Form konsularischer Tätigkeit in der Altstadt von Jerusalem sehr gesteigert. Hinzu kommt, daß auch die Israelis sich hinter unserem Rücken zur Stärkung ihrer eigenen Position auf unsere Tätigkeit in Alt-Jerusalem berufen könnten.

b) Im Falle von Angriffen auf uns wird ein deutscher Hinweis auf formlos gegenüber Beamten des israelischen Außenministeriums erklärte Vorbehalte der

Botschaft Tel Aviv kaum als eine glaubwürdige Ausrede angesehen werden. Die Israelis werden uns keine Bestätigung unserer Haltung geben, die ihren eigenen Interessen zuwiderlaufen würde.

III. Unter diesen Umständen ist Referat V 1 der Auffassung, daß die Herrn Botschafter Pauls wegen der konsularischen Betreuung von Deutschen in den von Israel besetzten Gebieten erteilte Weisung revidiert werden sollte; zur Vermeidung politischer Schwierigkeiten sollte die Botschaft Tel Aviv nunmehr doch angewiesen werden, die israelische Regierung offiziell von der Absicht zu unterrichten, für die unbedingt erforderliche konsularische Betreuung deutscher Staatsangehöriger in den besetzten Gebieten tätig zu werden und dabei einen schriftlichen Vorbehalt einzulegen.

Hierfür würde auch sprechen, daß der Vorbehalt unserer Rechtsauffassung sich nicht allein auf die Vereinigung der beiden Teile Jerusalems beziehen, sondern auch den rechtlichen Status der übrigen von Israel besetzten Gebiete betreffen würde. Hierdurch würde der Vorbehalt Israel gegenüber entschärft.

Der überarbeitete Text für ein entsprechendes Aide-mémoire ist beigefügt.<sup>7</sup> Dabei ist den Bedenken der Abteilung I gegen eine allzu weite Übertragung von konsularischen Zuständigkeiten an die Botschaft Tel Aviv in bezug auf die besetzten Gebiete Rechnung getragen.

Hiermit weisungsgemäß über Herrn Dg V<sup>8</sup> Herrn D V mit der Bitte um Einverständnis und Weiterleitung an Herrn D I vorgelegt. Referat I B 4 hat vorab Durchdruck erhalten. Einen weiteren Durchdruck hat Referat V 2 erhalten.

[gez.] Dr. Blomeyer

**VS-Bd. 2567 (I B 4)**

<sup>7</sup> Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 2567 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967. Der beigefügte Text entsprach weitgehend der Fassung des Aide-mémoires, die Staatssekretär Schütz am 24. Juli 1967 Botschafter Pauls, Tel Aviv, übermittelte. Vgl. Dok. 294, Anm. 2.

Schütz teilte darüber hinaus mit, daß Pauls ermächtigt sei, „bis auf weiteres die konsularische Betreuung deutscher Staatsangehöriger und deutscher Interessen in den z. Zt. von Israel besetzten Gebieten Jordaniens, Syriens und der VAR wahrzunehmen“. Diese Tätigkeit solle sich jedoch auf die „unbedingt notwendigen Fälle“ beschränken und nicht publik gemacht werden. Vgl. den bereits am 18. Juli 1967 konzipierten Drahterlaß Nr. 241 vom 24. Juli 1967; VS-Bd. 5653 (V 2); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Walter Truckenbrodt.

**Gesandter Oncken, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-13436/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 1061**

**Aufgabe: 6. Juli 1967, 18.40 Uhr**  
**Ankunft: 6. Juli 1967, 19.54 Uhr**

Im Anschluß an DB Nr. 992 geh. vom 22. 6. 67<sup>1</sup>

Betr.: Frankreich und die NATO

hier: Gespräche Lemnitzer – Ailleret

1) Im Anschluß an Sitzung der Gruppe der Vierzehn am 22. Juni 1967, auf der infolge amerikanischen Widerstrebens eine Einigung über die Frage einer Abmachung zwischen den Generalen Lemnitzer und Ailleret nicht erzielt worden ist, wurde die Angelegenheit nochmals von Botschafter Grewe in einer Besprechung in kleinerem Kreise, an der u. a. Generalsekretär Brosio und belgischer Botschafter de Staercke (als Vorsitzender der Gruppe der Vierzehn) teilnahmen, aufgenommen. Dabei bestand Übereinstimmung, daß eine Fortsetzung des Meinungsaustausches zwischen den Generalen Lemnitzer und Ailleret derzeit wenig zweckvoll sei. Ergebnisse seien in Anbetracht der verhärteten Positionen nicht zu erwarten.

2) Von den Gesprächsteilnehmern wurde daher vereinbart, daß die deutsche Delegation bei der französischen Delegation feststellen solle, inwieweit bei der Formulierung des von General Lemnitzer an General Ailleret in der o. a. Angelegenheit zu richtenden Schreibens berücksichtigt werden könne, daß die von beiden Generalen getroffenen Vereinbarungen nicht als eine nachträgliche Sanktion des französischen Ausscheidens aus der militärischen Zusammenarbeit mit der NATO zu werten seien. Ein Ansatzpunkt bietet sich hierfür in dem Schreiben von General Ailleret an General Lemnitzer vom 10. Mai 1967 (vgl. Dokument GF (67) D/12<sup>2</sup>), in dessen Absatz 3 es u. a. heißt: „Naturally, this in<sup>3</sup> no way means that you are giving your agreement to the decisions of a political nature made by France to withdraw from the integrated military organization of NATO.“ Es wurde vereinbart, daß die deutsche Delegation bei den Franzosen darauf hinwirken solle, daß dieser Satz in den von Ailleret mit gleichem Schreiben vorgeschlagenen Entwurf eines Schreibens von SACEUR an den

<sup>1</sup> Botschafter Grewe, Paris (NATO), berichtete über Gespräche zwischen dem Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, Lemnitzer, und dem französischen Generalstabschef, Ailleret, über das Zusammenwirken zwischen Frankreich und der NATO im Krisen- und Verteidigungsfall. Er habe in einer Sitzung der Gruppe der Vierzehn darauf hingewiesen, daß sich die „Allianz weder weitere Verzögerung der Angelegenheit noch eine weitere ergebnislose ‚Gesprächsrunde‘ zwischen den Generalen Lemnitzer und Ailleret leisten könne“. Daher solle Lemnitzer ermächtigt werden, „den vorgesehenen Briefaustausch in der von General Ailleret am 10. Mai 1967 vorgeschlagenen Fassung [...] zu vollziehen“. Während sich die Vertreter der übrigen NATO-Staaten zu diesem Vorschlag nicht äußerten, habe der amerikanische Botschafter Cleveland seine Vorbehalte gegen den Wortlaut des Schreibens aufrechterhalten und angesichts der offensichtlichen „Verhärtung“ der französischen Position empfohlen, die Verhandlungen zu unterbrechen. Vgl. VS-Bd. 2479 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Vgl. VS-Bd. 1477 (II A 7).

<sup>3</sup> Korrigiert aus: „is“.

französischen Stabschef aufgenommen werden wird. (vgl. hierzu Annex 1 von Dokument GF (67) D/12).

3) Da es Botschafter Grewe wegen einer Erkrankung des französischen Gesandten nicht möglich war, mit ihm in der vergangenen Woche Fühlung zu nehmen und Botschafter Grewe Anfang dieser Woche in Urlaub gegangen ist, habe ich am 5. Juli Gesandten Schricke aufgesucht und diesem die unter 2) erwähnte Kompromißformel als möglichen Ausweg zur Kenntnis gebracht. Ich habe festgestellt, daß es uns grundsätzlich an einer alle Teile befriedigenden Klärung der Angelegenheit läge; ich hielt es u. U. für möglich, die bekannten Bedenken gewisser anderer Delegationen gegen das Zustandekommen eines schriftlichen Meinungsaustausches dadurch zu entkräften, daß die genannte Formel in das Schreiben von SACEUR an General Ailleret aufgenommen und von den Franzosen akzeptiert würde. Ich fügte hinzu, daß dies der französischen Seite nicht zu schwer fallen sollte, da General Ailleret selbst es gewesen sei, der den erwähnten Gedanken in seinem Schreiben vom 10.5.67 zum Ausdruck gebracht habe. Der Gedanke würde nun lediglich in einem anderen Text verwandt, der ebenfalls von General Ailleret vorgeschlagen sei.

4) Gesandter Schricke nahm von den Vorschlägen Kenntnis. Er sagte zu, baldmöglichst mit dem französischen Außenministerium (de la Grandville) Fühlung zu nehmen und uns über das Ergebnis der Fühlungnahme zu unterrichten.<sup>4</sup>

5) Ich darf anregen, die Angelegenheit ggfs. auf geeigneter Ebene am Rande der deutsch-französischen Konsultation anläßlich des Besuchs des französischen Staatspräsidenten in Bonn<sup>5</sup> zur Sprache zu bringen und auf die Franzosen in unserem Sinne einzuwirken.<sup>6</sup>

[gez.] Oncken

VS-Bd. 2479 (I A 1)

<sup>4</sup> Am 11. Juli 1967 berichtete Gesandter Oncken, Paris (NATO), der französische Gesandte bei der NATO habe ihn davon in Kenntnis gesetzt, daß das französische Außenministerium dem von der Bundesregierung vorgeschlagenen Kompromiß nicht zugestimmt habe. Schricke habe ihm „vertraulich“ mitgeteilt, daß gerade der Satz „aus dem Schreiben von General Ailleret an General Lemnitzer vom 10. Mai (Hinweis, daß eine Zustimmung Lemnitzers zu den militärischen Anordnungen Aillerets an die französischen Truppen in Deutschland keine Zustimmung zu dem Ausscheiden Frankreichs aus der militärischen Integration bedeute) nicht die Zustimmung des Quai d'Orsay und des Elysée gefunden habe; die Formulierung Aillerets sei dort mißbilligt worden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1094; VS-Bd. 2479 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 12./13. Juli 1967 vgl. Dok. 261–264.

<sup>6</sup> Vgl. weiter Dok. 271.

## 250

**Aufzeichnung des Botschafters z.b.V. Bahr****7. Juli 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Konsultationsrunde mit dem französischen Staatspräsidenten<sup>2</sup>

1) Was die Untersuchungen der interministeriellen Arbeitsgruppe<sup>3</sup> über die Konsequenzen des Beitritts Großbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften angeht, so bin ich nicht in der Lage, dazu so kurzfristig etwas Substantiiertes bemerken oder beitragen zu können. Die Haltung, die Sie in dem Deutschlandfunk-Interview zu diesem Thema eingenommen haben<sup>4</sup>, deckt sich mit meiner Vorstellung.

2) Zur Konferenzmappe<sup>5</sup> möchte ich nur wenige Bemerkungen machen:

a) Sie ist ein guter Spiegel des gegenwärtigen Standes der verschiedenen Fragen.

b) Ich bin nicht der Meinung, daß die Nah-Ost-Krise ein Nachlassen der Entspannungsbemühungen beweist. (Siehe Papier über Tour d'horizon.<sup>6</sup>) Ich halte diese These für mindestens fragwürdig angesichts der Gleichzeitigkeit der Nah-Ost-Krise und der Forcierung des NV-Vertrages.

c) Ich habe den Eindruck, daß die Intentionen der Sowjetunion in den Papieren zu scharf und zu negativ gerade angesichts der französischen Politik betont werden.<sup>7</sup>

Für die Gesprächsführung mit der französischen Seite möchte ich, was die einzelnen Papiere überlappt, folgendes vorschlagen:

1) Das größte Interesse auf französischer Seite dürften die deutschen Vorstellungen, zum Teil von Ihnen entwickelt, über ein Sicherheitssystem für Europa finden. Hier sollte auch der Stufenplan: Gewaltverzicht – Sicherheitssystem –

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>2</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 12./13. Juli 1967 vgl. Dok. 261–264.

<sup>3</sup> Seit November 1966 tagte unter Vorsitz des Auswärtigen Amts und unter Beteiligung des Bundesministeriums der Finanzen, des Bundesministeriums für Wirtschaft, des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung sowie des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten eine Arbeitsgruppe „EWG – Großbritannien“. Für das Protokoll der 8. Sitzung der Arbeitsgruppe vom 23. Juni 1967 und die zugehörigen Arbeitspapiere vgl. Referat I A 2, Bd. 1481. Referat I A 2 faßte am 6. Juli 1967 das Ergebnis der Beratungen zur Vorbereitung der Gespräche des Bundeskanzlers Kiesinger mit Staatspräsident de Gaulle am 12./13. Juli 1967 zusammen. Vgl. dazu VS-Bd. 2399 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> In dem Interview vom 30. Juni 1967 sicherte Bundesminister Brandt „verbindlich“ zu, „daß es die erklärte und praktizierte Politik der Bundesregierung ist, sich für den Beitritt Großbritanniens in die EWG auf Grundlage der Römischen Verträge einzusetzen“. Vgl. DzD V/1, S. 1409.

<sup>5</sup> Vgl. VS-Bd. 2399 (I A 1).

<sup>6</sup> Der Planungsstab vertrat in der Aufzeichnung vom 19. Juni 1967 die Ansicht, daß die Entspannung durch den Nahost-Konflikt beeinträchtigt worden sei. Vgl. dazu VS-Bd. 2399 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats II A 4 vom 15. Juni 1967 in der Konferenzmappe: „Die seit Beginn des Jahres durch die Sowjets der Bundesrepublik Deutschland gegenüber angenommene polemisch-negative Haltung hat sich nicht verändert.“ Vgl. VS-Bd. 2399 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Friedensordnung<sup>8</sup> dargelegt und in Anlehnung an frühere Übereinkünfte eine Vereinbarung darüber erzielt werden, auf welcher Ebene die Regierungen eine qualifizierte Abstimmung über diesen Fragenkomplex vornehmen.

Bilaterale gemeinsame Vorklärunen dieser Intentionen unter Einbeziehung der Komplexe der Rüstungsbegrenzung oder atomwaffenfreier Zonen entsprechen dem Geiste des deutsch-französischen Freundschaftsabkommens<sup>9</sup>, auch wenn diese Fragen nicht zwischen diesen beiden Ländern entschieden werden können.

Dabei müssen wir ins Auge fassen, daß die Sowjetunion über das Thema Gewaltverzicht als einem ersten Schritt zu sprechen bereit ist; sie sieht als zweiten Schritt ein kollektives System der Sicherheit in Europa, das geeignet ist, die bisherigen Systeme der NATO und des Warschauer Pakts abzulösen. Für beides wird die Stellung der DDR zu einem key-point in sowjetischer Sicht und wohl auch faktisch.

2) De Gaulle wird Polen besuchen<sup>10</sup>, das Land, das gegenüber allen deutschen Bemühungen am verschlossensten ist. Diese polnische Haltung ist zu einem guten Teil rational erklärbar. Soweit sie das ist, ist sie auch rational revidierbar. Eine Art französischer Garantien für die Verlässlichkeit der deutschen Haltung oder der polnischen Rückversicherung durch Frankreich könnte, zumal wir keine negativen Intentionen gegenüber Polen haben, die polnische Barriere abtragen. Eine derartige Rückversicherung durch de Gaulle wäre mehr als unsere bisherige Bitte der Erläuterung unserer Politik in osteuropäischen Staaten; sie wäre die Ermutigung zu einer Aktion, die uns nicht schaden, de Gaulle und seiner Rolle schmeicheln könnte.

3) Ich habe kürzlich d'Aumale freundschaftlich beschimpft, daß er meine ihm vor drei Monaten gestellte Frage nicht beantwortet hat, wie die französische Haltung zu dem ist, was man inzwischen Verifikation zwischen EURATOM und IAEO nennt. Ich habe ihm angekündigt, daß wir auf einer Klärung der französischen Position bestehen müßten. In der Tat hält Frankreich dabei eine Schlüsselposition, denn ohne sein Einverständnis gibt es keine Verifikation und mit einem Einverständnis, das Frankreich ausklammert (und damit auch die deutsch-französischen Gemeinschaftsprojekte, wie Grenoble<sup>11</sup>), kann man nicht mehr von EURATOM sprechen und wohl auch kaum eine die Russen zufriedenstellende Formel erreichen.

<sup>8</sup> Am 2. Juli 1967 erläuterte Bundesminister Brandt seine sicherheitspolitischen Vorstellungen im Deutschlandfunk: „Erstens sind wir im Verhältnis zur Sowjetunion und zu den osteuropäischen Staaten für Gewaltverzichtserklärungen. [...] Zweitens sind wir für den Verzicht auf Atomwaffen. Drittens sind wir für einen ausgewogenen gleichwertigen Abbau des Truppenniveaus in Ost und West.“ Weiterhin erklärte Brandt, daß ein europäisches Sicherheitssystem nach zwei Modellen denkbar sei: „Entweder, indem es vom Weiterbestehen der gegenwärtigen Bündnisse ausgeht, oder, indem man daran geht, in Europa die beiden Pakte NATO und Warschauer Pakt stufenweise abzulösen und etwas Neues an ihre Stelle zu setzen.“ Vgl. BULLETIN 1967, S. 605.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>10</sup> Der französische Staatspräsident hielt sich vom 6. bis 12. September 1967 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 315 und Dok. 319.

<sup>11</sup> Zum geplanten Neutronen höchstflußreaktor vgl. Dok. 92, Anm. 30.

4) Ich halte es für wichtig, Ihrem oder Ihren Gesprächspartner(n) klarzumachen, daß es sich um gesteuerte, jedenfalls törichte Verlautbarungen in der deutschen Presse handelt, die von einer deutsch-französischen Verstimmung geredet haben. Das reflektiere aus früheren Zeiten nur allzubekannte Manöver. Sie und Ihre politischen Freunde rationalisierten die französische Haltung in Ost-West-Fragen und sähen sie völlig ohne Emotionen bis hin zu dem Punkt, daß die französische Haltung im Nah-Ost-Konflikt den Arabern eine westliche Alternative lasse und sie nicht ausweglos in sowjetische Abhängigkeit zwingen. Der einzige Punkt, in dem die Emotion auch Ihrer engeren Freunde berührt würde, sei die Frage des englischen Beitritts zu den europäischen Gemeinschaften.

5) Sie könnten, erstmals mit einer anderen Macht, die Frage diskutieren, ob Frankreich bereit wäre, als Garantiemacht zu fungieren, wenn wir dem Gewaltverzicht gegenüber der ČSSR die besonders feierliche Form eines Vertrages nach dem Vorbild Locarno<sup>12</sup> geben würden, den die vier Hauptsiegermächte entweder garantieren oder für den sie Partner sind.

6) Für die oben erwähnten Fragen eines Sicherheitssystems in Europa könnte man an die Vereinbarung über die Konsultation langfristiger Studien über die Sicherheit Europas in den 70er Jahren<sup>13</sup> anknüpfen.

Anliegend die beiden Mappen wieder zurück.

Bahr

**Willy-Brandt-Archiv, Bestand Außenminister**

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der Verträge vom 16. Oktober 1925 zwischen dem Deutschen Reich, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen und der Tschechoslowakei vgl. REICHSGESETZBLATT 1925, Teil II, S. 979–1009.

<sup>13</sup> Vgl. dazu Dok. 264, Anm. 15.



## 251

**Aufzeichnung des Legationssekretärs von Haeften****I A 6-87.00-2138/67 VS-vertraulich****7. Juli 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Internationale technologische Zusammenarbeit innerhalb der NATO  
(Fanfani-Plan)

**I. Sachstand**

Die italienische Regierung übermittelte den Regierungen der NATO-Mitgliedstaaten im September 1966 ein „Memorandum der italienischen Regierung über die Zweckmäßigkeit einer internationalen Zusammenarbeit zur Aufholung des technologischen Rückstands Europas“ (sog. Fanfani-Plan) und ergänzte dieses durch ein weiteres Memorandum im Dezember 1966.

Die italienische Initiative wurde auf der NATO-Ministerkonferenz am 16. Dezember 1966 erörtert und im Prinzip begrüßt. Es wurde beschlossen, der Ständige Rat solle die italienischen Vorschläge prüfen und der Ministerkonferenz im Frühjahr über das Ergebnis der Prüfung berichten.<sup>2</sup>

Der Ständige Rat diskutierte die Vorschläge Anfang des Jahres und setzte eine Sonderarbeitsgruppe<sup>3</sup> ein. Diese erarbeitete einen Bericht und einen Resolutionsentwurf, die – vom Ständigen Rat am 31. Mai und 7. Juni 1967 erörtert und in endgültige Form gebracht – von der NATO-Ministerkonferenz am 13./14. Juni 1967 in Luxemburg mit nur geringfügigen Änderungen angenommen wurden.<sup>4</sup>

Das Wesentliche des Berichts ist in der als Anlage beigefügten Resolution enthalten.<sup>5</sup>

Der Ständige Rat wird in der Resolution aufgefordert, seine Untersuchungen fortzusetzen und auf der nächsten Ministertagung im Dezember<sup>6</sup> darüber zu berichten, welche Rolle das Bündnis auf technologischem Gebiet spielen könnte, – möglicherweise unter Einschuß der Anwendung der Verteidigungstechnologie auf zivile Erfordernisse – um die Zusammenarbeit unter seinen Mitgliedern zu ermutigen und zur Verminderung des zwischen ihnen möglicherweise bestehenden technologischen Gefälles beizutragen.

**II. Beurteilung**

Sowohl die Resolution als auch der Bericht entsprechen deutschen Vorstellungen insofern, als darin zum Ausdruck kommt, daß die europäische Zusammen-

<sup>1</sup> Durchdruck.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 8, Anm. 5.

<sup>3</sup> Für den von britischer Seite vorgeschlagenen Resolutionsentwurf, mit der die Bildung einer Arbeitsgruppe zum Fanfani-Plan beschlossen wurde, vgl. den Drahtbericht Nr. 385 des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 1. März 1967; VS-Bd. 2458 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 220, Anm. 20.

<sup>5</sup> Dem Vorgang nicht beigefügt.

Für den Wortlaut der Resolution zur internationalen technologischen Zusammenarbeit vom 14. Juni 1967 vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 371 f.

<sup>6</sup> Zur NATO-Ministerratstagung vom 13. bis 15. Dezember 1967 vgl. Dok. 433 und Dok. 435.

arbeit auf technologischem Gebiet in erster Linie in den Europäischen Gemeinschaften, die atlantische Zusammenarbeit in erster Linie im Rahmen der OECD durchgeführt werden soll.

Auch die Ausführungen über die Tätigkeit der NATO halten sich an die deutschen Vorstellungen, wenn auch noch etwas klarer hätte zum Ausdruck kommen sollen, daß die Tätigkeit der NATO auf die wehrtechnische Forschung und solche Gebiete beschränkt bleiben soll, die eng mit der Wehrtechnik zusammenhängen oder die Anwendung wehrtechnischer Kenntnisse auf den nicht-militärischen Bereich betreffen.

Der Bericht und die Resolution bringen nichts Neues. Beide bestätigen lediglich die bereits in anderen Gremien oder bilateralen Gesprächen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen einzelner Mitgliedsregierungen, daß es innerhalb der Allianz ein Gefälle im technologischen Entwicklungsstand gibt, daß auf nationalem Gebiet mehr Mittel für Forschung und wissenschaftlich-technische Erziehung eingesetzt werden müssen, daß insbesondere europäische Zusammenarbeit notwendig ist und wesentliche Faktoren des technischen Fortschritts das Forschungs- und Entwicklungspotentials sowie die Einheitlichkeit und die Größe des Marktes sind.

Die meisten Empfehlungen sind genereller Art.

Der Resolution kommt insofern Bedeutung zu, als sie die Aufmerksamkeit der Regierungen erneut auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit auf technologischem Gebiet gelenkt hat.<sup>7</sup>

gez. von Haeflten

VS-Bd. 2459 (I A 6)

<sup>7</sup> Unter Bezugnahme auf die Paragraphen 4 a) und 5 b) der Resolution des NATO-Ministerrats vom 14. Juni 1967 beschloß der Ständige NATO-Rat am 11. Oktober 1967 die Einsetzung einer „Working Group on NATO Technological Cooperation“ mit der Aufgabe, die wissenschaftlichen und technologischen Gebiete abzustecken, auf die sich der Fanfani-Plan konzentrieren sollte, und für den Ständigen NATO-Rat einen Bericht zur Vorlage auf der NATO-Ministerratstagung im Dezember 1967 in Brüssel vorzubereiten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1533 des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 11. Oktober 1967; VS-Bd. 2459 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

## 252

**Gesandter Oncken, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-13466/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 1076**  
**Cito**

**Aufgabe: 7. Juli 1967, 20.30 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 7. Juli 1967, 22.42 Uhr**

Betr.: Verteidigungsplanung

I. Mitarbeiter hatte am 7.7.67 eine Unterredung mit Mr. Hockaday, Vorsitzender der Arbeitsgruppe für Verteidigungsplanung (DPWG), in der dieser sich zu den Presseveröffentlichungen über die Verringerung der Bundeswehr<sup>2</sup> äußerte.

Im einzelnen führte Hockaday folgendes aus:

1) Er gehe davon aus, daß es sich auf deutscher Seite noch um Überlegungen und nicht bereits um Entscheidungen handle. Sollte das Kabinett eine Entscheidung treffen, die in etwa den Presseberichten am 7.7. entspricht, dann wäre die deutsche Regierung gut beraten, dies nicht als deutsche Entscheidung zu veröffentlichen, sondern als deutsche Vorschläge für die NATO. Briten, Amerikaner und Belgier hätten bei ihren Truppenveränderungen dieses Verfahren gewählt und seien damit gut gefahren.

2) Es wäre wünschenswert, wenn die deutsche Regierung im Verlauf der nächsten 2 Wochen (dies sei allerdings der äußerste Termin) Brosio über die Vorschläge unterrichte, die sie der NATO zu unterbreiten gedenke.<sup>3</sup> Der Brief könne in etwa dem Schreiben entsprechen, das die Belgier an den Generalsekretär über ihre Truppenverringerungen gesandt haben (DPC/D (67) 28 vom 30. Juni 67<sup>4</sup>). Bei der Größenordnung des Problems wäre es wünschenswert, wenn der Brief von hoher Regierungsstelle unterschrieben wäre. Hockaday würde dann dem Generalsekretär das gleiche Verfahren vorschlagen wie bei den Belgiern.<sup>5</sup> Der Brief würde im Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC)

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Behrends am 8. Juli 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Vgl. dazu den Artikel „Die Bundeswehr muß mit 40 000 Soldaten weniger auskommen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 154 vom 7. Juli 1967, S. 1.

Am Tag darauf wurde gemeldet, daß „statt der bisherigen 460 000 Mann“ als „neue Richtzahl 400 000 Mann genannt“ werde, und darauf hingewiesen, daß die noch am Vortage genannten „Kürzungen um 40 000 Mann [...] zu niedrig geschätzt worden“ seien. Vgl. die Notiz „Die künftige Stärke der Bundeswehr“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 155 vom 8. Juli 1967, S. 1.

Die Tageszeitung „Die Welt“ kam bereits am 7. Juli 1967 zu der Schlußfolgerung, daß die Entscheidung des Bundeskabinetts nur ein Anzeichen sei für die seit langem geplante Einführung einer neuen Verteidigungskonzeption „mit sehr weitgehenden Folgen für die Waffensysteme der Bundeswehr“. Vgl. den Artikel „Verteidigungspolitik kommt in Bewegung“, DIE WELT, Nr. 155 vom 7. Juli 1967, S. 3.

Zum Beschluß des Bundeskabinetts vom 6. Juli 1967 über die mittelfristige Finanzplanung bis 1971 vgl. Dok. 258.

<sup>3</sup> Für das Schreiben des Staatssekretärs Schütz vom 11. Juli 1967 vgl. Dok. 258.

<sup>4</sup> Für die Note des NATO-Generalsekretärs Brosio an die Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten, der das Schreiben der belgischen Regierung vom 22. Juni 1967 beigelegt war, vgl. VS-Bd. 1056 (II A 7).

<sup>5</sup> Das Schreiben der belgischen Regierung vom 22. Juni 1967 an NATO-Generalsekretär Brosio wurde am 7. Juli 1967 im Ausschuß für Verteidigungsplanung der NATO diskutiert. Von belgischer Seite wurde dabei hervorgehoben, daß durch die vorgesehene Umstrukturierung der Kampfverbände

besprochen werden.<sup>6</sup> Er rechne dabei mit nur geringer Kritik, da eigentlich niemand unter den NATO-Partnern Berechtigung habe, Deutschland Vorwürfe zu machen, nachdem die Rückführungen der Briten und Amerikaner großzügig behandelt worden seien.

3) Hockaday glaubt, daß in Großbritannien wenig Kritik an den geplanten deutschen Maßnahmen geübt werde<sup>7</sup>; in Amerika dürften die Meinungen geteilt sein.<sup>8</sup> Soweit er aus der amerikanischen NATO-Vertretung gehört habe, scheine es sich aber weniger um eine echte Kritik zu handeln, als um die Frage, ob und wie politische Kräfte in den USA die deutschen Maßnahmen als Argument für eigene weitere, ohnedies ins Auge gefaßte Truppenverringerungen, benutzen könnten. Fairerweise müsse jedermann zugeben, daß nicht die Deutschen diesen Entwicklungsprozeß in Gang gesetzt hätten.

4) Zeitmäßig sei es nicht mehr zu schaffen, die deutschen Planungen in die Streitkräftevorschlüsse 1968–72 einzuarbeiten. Auch die Stellungnahme des Militärausschusses für diese Zeitspanne sei nicht mehr zu erreichen. Sobald der Brief der deutschen Regierung jedoch eingetroffen sei, wolle er dafür sorgen, daß die Militärbehörden die deutschen Planungen ebenso wie die belgischen untersuchten; damit würde dann im Herbst eine Stellungnahme des Militärausschusses zu den deutschen Planungen der Periode von 1969–1973 vorliegen, die die Deutschen ihrerseits auf ihre eigenen Planungsvorhaben 1968–72 anwenden könnten.

5) Für die Bewertung des Militärausschusses, aber auch für die des Ausschusses für Verteidigungsplanung wäre es wünschenswert, wenn Deutschland wie Belgien darauf hinweisen könnte, daß die Truppenverringerungen mit einer Verbesserung des Kampfwertes der Bundeswehr Hand in Hand gingen. Freilich sei es leichter, diese Begründung für eine gegenwärtig schlecht ausgerüstete Streitkraft wie die belgische aufzuführen als für die Bundeswehr, die modern ausgerüstet sei. Die Amerikaner wiesen ohnehin immer wieder darauf hin, die Personalstärken der deutschen Verbände und die Kriegsbevorratung seien zu niedrig. Vielleicht ergäbe sich bei Berücksichtigung seiner Anregung aber ein Ansatzpunkt für die gewünschte Begründung. Auch sei wünschenswert, wenn Trends der künftigen Verteidigungshaushalte übermittelt werden könnten.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1011*

der Streitkräfte verbessert werde. Der amerikanische Vertreter äußerte sich „sehr kritisch“ zu den belgischen Absichten. Sein niederländischer Kollege führte aus, „die Niederlande stünden den geplanten Maßnahmen [...] kritisch, jedoch nicht unbedingt skeptisch gegenüber“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1070 des Gesandten Oncken, Paris (NATO); VS-Bd. 905 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Zur Diskussion am 13. Juli 1967 vgl. Dok. 258, Anm. 7.

<sup>7</sup> Vgl. dazu den Artikel „Agreement on Bonn Army Cuts“, THE TIMES, Nr. 56987 vom 7. Juli 1967, S. 4.

<sup>8</sup> Am 7. Juli 1967 teilte Botschafter Knapstein, Washington, mit, daß die Tageszeitungen „The New York Times“ und „Washington Post“ bereits ausführlich über die Beschlüsse des Bundeskabinetts berichtet hätten. Es werde hervorgehoben, daß eine Kürzung im Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik „um etwa 2 Milliarden Mark jährlich bis 1971 und eine Herabsetzung der Truppenstärke auf etwa 400 000 Mann“ zur Debatte stünden. Gleichzeitig werde daran erinnert, daß „im Rahmen der NATO-Planungen ursprünglich eine deutsche Truppenstärke von 508 000 Mann bis Ende 1971 vorgesehen gewesen sei“. Bereits am Vorabend habe der amerikanische Finanzminister Fowler Gesandten von Lilienfeld „mit sichtlicher Besorgnis auf die von ihm befürchteten Auswirkungen im Kongreß“ hingewiesen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1416; VS-Bd. 4215 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

6) Hockaday bat Mitarbeiter, dem Verteidigungsministerium zu übermitteln, er und seine Mitarbeiter stünden jederzeit den Vertretern des Verteidigungsministeriums zur unmittelbaren Aussprache zur Verfügung.

II. 1) Die Vertretung hält die Vorschläge Hockadays, die auf eine möglichst unauffällige Behandlung der Angelegenheit hinauslaufen, für sehr erwägenswert; dies gilt insbesondere für Vorschläge unter Ziffer I. 1) und I. 2). Demgegenüber können seine Anregungen unter Ziffer I. 5) von hier aus im einzelnen nicht bewertet werden.

2) Vertretung erbittet Unterrichtung über von dort in Aussicht genommene Schritte, zusätzliche Sprachregelung würde begrüßt werden.

[gez.] Oncken

VS-Bd. 2011 (II A 7)

## 253

### Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin

Z A 5-94.A/67 geheim

11. Juli 1967<sup>1</sup>

Am 11. Juli 1967 empfing der Herr Bundeskanzler im Palais Schaumburg den sowjetischen Botschafter Zarapkin zu einem Gespräch, an dem auf deutscher Seite noch Herr Ministerialdirektor Dr. Osterheld teilnahm.

Einleitend sagte Botschafter *Zarapkin*, er danke dem Herrn Bundeskanzler dafür, daß er trotz seiner gegenwärtig besonders großen Belastung die Zeit gefunden habe, um ihn zu einem Gespräch zu empfangen. Da er morgen in Urlaub fahre, wolle er den Herrn Bundeskanzler fragen, ob er ihm noch irgendwelche Gedanken oder Wünsche mit auf den Weg zu geben habe.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, er wünsche dem Botschafter zunächst einen schönen Urlaub, und er freue sich, dieses Gespräch noch führen zu können. Im Hinblick auf die Beziehungen zur Sowjetunion habe er im Augenblick eigentlich nichts Neues zu sagen, doch wolle er kurz die Intentionen darlegen, von denen sich die Bundesregierung in ihrem Verhältnis zur Sowjetunion leiten lasse. Ziel der Bundesregierung sei es nach wie vor, eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen den beiden Ländern zu erreichen. Da die Lösung der deutschen Frage zur Zeit wegen verschiedener in diese Frage hineinspieler Interessen nicht möglich erscheine, sei es nicht richtig, vor diesem Problem stehenzubleiben. Man sollte vielmehr – zunächst unter Ausklammerung dieses Problems – gemeinsam nach Wegen zur Verbesserung der Beziehungen suchen. Er sage dem Botschafter damit gewiß nichts Neues, aber sicher sei dies doch die richtige Politik.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Buring gefertigt.

Die Bundesregierung könne den gegenwärtigen Standpunkt der Sowjetunion zu diesem Kernproblem nicht akzeptieren, andererseits sei aber auch die sowjetische Regierung heute nicht bereit, den Vorstellungen der Bundesregierung zu folgen. Wenn man nun ein besseres Verhältnis wolle, müsse man eben vorerst um dieses Problem herumgehen und versuchen, auf anderen Gebieten voranzukommen. Hierzu sehe die Bundesregierung durchaus Möglichkeiten, und sie sei gewillt, was sie auch wiederholt erklärt habe, diese Möglichkeiten zu nutzen. In diesem Zusammenhang strebe die Bundesregierung ebenfalls eine Entkrampfung bzw. Entgiftung des innerdeutschen Verhältnisses an.

Auch die Verbesserung der Beziehungen zu den übrigen östlichen Nachbarn, so fuhr der Herr Bundeskanzler fort, sei eines der erklärten Ziele der Bundesregierung. Hierbei wolle man selbstverständlich die Interessen des Friedens und das gute Einvernehmen zwischen allen europäischen Völkern im Auge behalten.

Zu einer anderen Frage übergehend sagte der Herr Bundeskanzler, daß in den morgen beginnenden Gesprächen mit de Gaulle<sup>2</sup> die Beziehungen der westeuropäischen Länder und vor allen Dingen Frankreichs bzw. der Bundesrepublik Deutschland zu den Staaten des Ostens einen wichtigen Platz einnehmen würden. Da man entschlossen sei, die europäische Politik zu koordinieren, werde sich bei diesen Gesprächen möglicherweise in manchen Fragen eine gemeinsame Linie ergeben.

Zu den übrigen großen Problemen der Weltpolitik wolle er heute nicht Stellung nehmen, sondern lediglich wiederholen, daß die Bundesregierung im Nahostkonflikt wie bisher eine Politik der Neutralität betreiben werde. Sollten auch andere Länder bereit sein, den Vorstellungen der Bundesregierung zu folgen, so wäre sie bereit, für alle am Nahostkonflikt beteiligten Länder eine Art Hilfsprogramm in Angriff zu nehmen, um damit einen Beitrag zur Herstellung des Friedens und seiner Stabilisierung zu leisten.

Unter Hinweis auf die letzte Regierungserklärung erinnerte der Herr Bundeskanzler noch einmal an die Stellen, die sich auf das Verhältnis zu Polen und zur Tschechoslowakei beziehen.<sup>3</sup> Es handele sich hierbei keineswegs nur um schöne Worte, sondern um Aussagen mit politischer Substanz.

Botschafter *Zarapkin* dankte dem Herrn Bundeskanzler für seine Darlegungen, die er mit Interesse zur Kenntnis genommen habe. Anschließend bat er, auf eine seiner Ansicht nach sehr wichtige Frage näher eingehen zu dürfen. Er denke hierbei an die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems für Europa. Daß die Zeit hierfür reif sei, werde gewiß niemand bestreiten. Ferner sei auch jedermann klar, daß Mitteleuropa, wenn es auch vielleicht nicht den Kern dieses Systems bilden, so doch eines seiner wichtigsten Elemente sein werde. Bei der Lösung dieser Aufgabe befinde man sich in einem ernstem Dilemma. Versuche man nämlich, die Lösung gewisser wichtiger Probleme, über die der Herr Bundeskanzler gesprochen habe, zurückzustellen, so kompliziere man den Prozeß der Schaffung eines derartigen Systems. Zumindest aber wür-

<sup>2</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 12./13. Juli 1967 vgl. Dok. 261–264.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665. Vgl. dazu auch Dok. 14, Anm. 16.

de sich eine wesentliche Verzögerung ergeben. Die Sowjetunion sei jedoch der Ansicht, daß dieses Problem bald gelöst werden müsse. Er wäre dem Herrn Bundeskanzler dankbar, so fuhr Botschafter Zarapkin fort, wenn dieser ihm die Gedanken der Bundesregierung zur europäischen Sicherheit einmal darlegen würde. Außerdem fragte er den Herrn Bundeskanzler, ob er eine Möglichkeit sehe, die Konzeption der Bundesregierung mit gewissen in der Karlsbader Erklärung<sup>4</sup> enthaltenen Vorschlägen in Einklang zu bringen.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, der Herr Botschafter habe hier ein sehr großes Problem berührt, zu dem er jetzt im einzelnen nicht Stellung nehmen könne. Er wolle nur sagen, daß man sich in Bonn mit dieser Idee beschäftige und daß man im Auswärtigen Amt begonnen habe, dieses Problem neu zu studieren. Auch mit de Gaulle werde er diese Frage besprechen. Er hoffe, vielleicht nach der Rückkehr Zarapkins aus dem Urlaub in der Lage zu sein, hierüber ein ausführlicheres Gespräch zu führen. Selbstverständlich sei auch die Bundesregierung der Ansicht, daß es sich hierbei um ein sehr wichtiges Problem handle, wenn man dabei die Sicherung einer friedlichen Zukunft Europas im Auge habe. Es sei doch kein normaler Zustand, daß seit über 20 Jahren in Europa amerikanische und sowjetische Truppen einander gegenüberstünden. Man müsse nach geeigneten Lösungen suchen, um diese anormale Situation zu beseitigen. Die Bundesregierung vertrete gegenwärtig in dieser Frage folgenden Standpunkt: Sie unterstelle zwar der Sowjetunion keine aggressiven Absichten, könne aber angesichts der riesigen sowjetischen Militärmacht erst dann auf die Anwesenheit amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik Deutschland verzichten, wenn ein wirklich zuverlässiges Sicherheitssystem unter Berücksichtigung der Interessen aller beteiligten Staaten geschaffen sein werde.

Ohne Frage handle es sich hierbei um eine sehr kompliziertes Problem, doch sei die Bundesregierung bereit, zu gegebener Zeit auch über diese Frage Gespräche zu führen. Zu den in der Karlsbader Erklärung enthaltenen Vorschlägen könne er heute noch nichts sagen, da die Prüfung dieser Erklärung noch nicht abgeschlossen sei. Auch die Bundesregierung bemühe sich um Lösungen, um unter Wahrung der Sicherheitsinteressen aller Beteiligten zu einer Normalisierung der Lage in Europa zu gelangen.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, er könne dem Botschafter leider nicht mehr zu dieser Frage sagen, er hoffe jedoch, im Gegensatz zu früher, daß man im Zuge gemeinsamer Anstrengungen allmählich zu einer besseren Ordnung in Europa kommen werde.

Botschafter *Zarapkin* antwortete, er habe mit Interesse vernommen, daß sich die Bundesregierung eingehend mit den Karlsbader Ideen und Vorschlägen befasse. Er sei erfreut, aus den Äußerungen einiger westdeutscher Politiker zu der Karlsbader Erklärung den Schluß ziehen zu können, daß gewisse Vorstellungen dieser Politiker sich mit einem Teil der in Karlsbad fixierten Vorschläge deckten. Hier sehe er Ansatzpunkte für eine künftige Diskussion. Er denke hierbei unter anderem an die eventuelle Auflösung der beiden großen Militär-

<sup>4</sup> Zur Erklärung der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas vom 26. April 1967, in der die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit auf der Basis der Anerkennung des territorialen Status quo in Europa vorgeschlagen wurde, vgl. Dok. 154.

blocks, an die Vorschläge zur Schaffung kernwaffenfreier Zonen, über den Abzug ausländischer Truppen von fremden Territorien bzw. über die Reduzierung der Truppenstärken und ähnliches. Es seien also durchaus Möglichkeiten vorhanden, allmählich zu konstruktiven Lösungen zu kommen.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, daß auch er Möglichkeiten sehe, um voranzukommen. Die Aufgabe, die die beiden Länder zu erfüllen hätten, werde aber erst dann erfüllt sein, wenn es gelinge, im Rahmen einer neuen Ordnung in Europa die Sicherheit aller beteiligten Staaten zu garantieren. Die Bundesregierung werde diese Frage weiterhin auch unter Einbeziehung der entsprechenden sowjetischen Vorschläge intensiv prüfen. Er hoffe, daß sich im Ergebnis dieser Prüfung bald ein nützliches Gespräch entwickeln werde. Natürlich werde er diese Frage auch mit den Verbündeten, insbesondere mit Frankreich eingehend erörtern, denn auch Frankreich strebe ja bekanntlich eine neue europäische Friedensordnung an. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse aber noch ein langer Weg durchschritten werden. Es sei jedoch wichtig, einen Anfang zu machen.

Botschafter *Zarapkin* stimmte dieser Feststellung zu und dankte dem Herrn Bundeskanzler für den interessanten Meinungsaustausch. Nochmals auf die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems für Europa zurückkommend, sagte der Botschafter, es sei gewiß falsch, dieses Problem im Wege verstärkter Rüstungen lösen zu wollen. Viel erfolgversprechender sei es, dieses Ziel über eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten, über Abrüstungsbestrebungen und unter Beachtung der friedlichen Koexistenz zu erreichen.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er könne dem Botschafter versichern, daß die Bundesregierung jeden ernsthaften Schritt zu einer wirklichen Abrüstung – vor allem seitens der beiden Weltmächte – begrüßen und unterstützen werde. Natürlich müsse sie dabei die Sicherheitsinteressen des eigenen Landes im Auge behalten. Zusammenfassend wolle er folgendes feststellen: Es sei eine schlimme Sache, wenn ein Land durch Aufrüstungsmaßnahmen seine Sicherheit suchen müsse; viel besser sei es hingegen, die eigene Sicherheit im Rahmen einer allgemeinen Rüstungsminderung finden zu können. Am schönsten wäre es natürlich, wenn man eines Tages auf die riesigen Aufwendungen für Rüstungszwecke ganz verzichten könne, um mit den dadurch freiwerdenden beachtlichen Mitteln Hunderten von Millionen notleidender Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika durch gemeinsame Taten des Friedens helfen zu können.

Botschafter *Zarapkin* antwortete, auch er bedauere, daß gegenwärtig riesige Mengen von den einzelnen Völkern produzierter Güter in die Rüstung gesteckt würden, was doch im Grunde genommen völlig unproduktiv sei und zudem auch noch äußerst gefährliche Folgen haben könne. Wenn es im Augenblick auch leider nicht möglich sei, zu einer vollen Abrüstung zu gelangen, so sollten doch die für Europa verantwortlichen Staatsmänner all ihre Vernunft und ihren guten Willen zusammennehmen, um wenigstens ein europäisches Sicherheitssystem zu schaffen, und zwar nicht auf der Grundlage eines Rüstungsgleichgewichts, sondern auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz, der Schaffung kernwaffenfreier Zonen, der Rüstungsbegrenzung, der Ausweitung



des Handels, der Normalisierung der Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten mit dem Endziel, Europa in einen Raum beständigen Friedens zu verwandeln. Sollte die Bundesregierung ebenfalls dieses Ziel anstreben, so werde sie in der Sowjetunion stets einen Fürsprecher und zuverlässigen Partner finden.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte abschließend, daß man sich im Ziel wohl einig sei, nur in den Methoden beständen noch wesentliche Meinungsunterschiede. Ob eine Annäherung der Auffassungen möglich sei, werde die Zukunft erweisen. Der Wille zu einer Annäherung sei seitens der Bundesregierung jedenfalls vorhanden. Dies möge er seiner Regierung übermitteln.

Das Gespräch dauerte etwa eine Dreiviertelstunde.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100 (56), Bd. 24**

## 254

### Bundeskanzler Kiesinger an Präsident Johnson

**MB 2111/67 geheim**

**11. Juli 1967<sup>1</sup>**

Sehr verehrter Herr Präsident,

für ihre Botschaft vom 9. Juli danke ich Ihnen herzlich. Ich bin mit Ihrem Vorschlag, daß wir uns am 12. und 13. September in Washington treffen<sup>2</sup>, einverstanden. Ich bin aber auch gerne bereit, jedem Ihnen genehmen früheren Zeitpunkt zuzustimmen.

Obwohl mir die Verschiebung meines Besuches in Washington<sup>3</sup> sehr schwer fiel, bin ich jetzt doch froh, daß ich die Zeit fand, mich in die sehr kritischen Verhandlungen über die Finanzplanung mit den Fraktionen der Regierungskoalition einzuschalten. Die Verhältnisse sind wirklich sehr schwierig, und es wird meiner Regierung die größten Anstrengungen kosten, um für die kommenden Jahre geordnete Haushalte sicherzustellen. Hinzu kommt noch die große Sorge um unsere wirtschaftliche Entwicklung, die immer noch kein Nachlassen der Rezession erkennen läßt.

Ich bedauere außerordentlich, daß Meldungen lanciert worden sind, welche behaupten, daß die Entscheidungen meines Kabinetts<sup>4</sup> zu einer beträchtlichen Verminderung der Truppenzahl der Bundeswehr führen müßten.<sup>5</sup> Angesichts

<sup>1</sup> Ablichtung.

Zur Übergabe des Schreibens vgl. Anm. 6.

<sup>2</sup> Für das Schreiben des Präsidenten Johnson mit dem Terminvorschlag vgl. VS-Bd. 10094 (Ministerbüro). Zur Terminwahl vgl. Dok. 267, besonders Anm. 18.

<sup>3</sup> Am 30. Juni 1967 teilte Bundeskanzler Kiesinger Präsident Johnson mit, daß der ursprünglich für den 6./7. Juli 1967 geplante Aufenthalt verschoben werden müsse. Vgl. dazu Dok. 240, Anm. 5.

<sup>4</sup> Zum Beschluß des Bundeskabinetts vom 6. Juli 1967 über die mittelfristige Finanzplanung bis 1971 vgl. Dok. 258.

<sup>5</sup> Zu deutschen und amerikanischen Pressemeldungen vgl. Dok. 252, Anm. 2 und 8.

unserer schwierigen Haushaltslage waren wir zwar gezwungen, auch den Verteidigungshaushalt in unsere Überlegungen mit einzubeziehen. Welche Maßnahmen sich daraus für die Bundeswehr ergeben, steht noch nicht fest. Jedenfalls kann von einem Entschluß, die Mannschaftsstärke der Bundeswehr herabzusetzen, schon deshalb keine Rede sein, weil wir alle Fragen, die unsere Verpflichtungen gegenüber der Allianz betreffen, selbstverständlich vorher mit unseren Verbündeten besprechen werden. Wir werden uns bei unseren Überlegungen von der Absicht leiten lassen, vor allem die Verteidigungsstärke des Heeres zu erhalten.

Ich bin überzeugt, daß die von meinem Kabinett beschlossenen Maßnahmen zu einer Gesundung unseres Haushalts führen werden, die dann auch wieder unseren Verteidigungsanstrengungen zugute kommt. Wir haben ja auch für die Jahre ab 1969 eine zunehmende Steigerung der Aufwendungen für die Bundeswehr vorgesehen.

Ich bin davon unterrichtet worden, daß es wilde Gerüchte gibt, welche von einer Neuorientierung der Politik der Bundesregierung in diesem Zusammenhang sprechen. Ich versichere Sie, daß daran nichts Wahres ist. Ich habe dies soeben in einem Telefongespräch Botschafter Knappstein mitgeteilt und ihn gebeten, Ihnen das auch persönlich vorzutragen.<sup>6</sup>

Ich hatte Sie bei Ihrem Besuch in Bonn<sup>7</sup> gebeten, daß unsere beiden Regierungen bei wichtigen, das Bündnis betreffenden Maßnahmen sich rechtzeitig und ausreichend konsultieren. Es ist daher selbstverständlich, daß ich mich selber an diesen meinen eigenen Vorschlag halten werde.

Meine Frau und ich senden Mrs. Johnson und Ihnen unsere guten Wünsche.

Mit aufrichtigen und herzlichen Grüßen

Kiesinger<sup>8</sup>

**VS-Bd. 10094 (Ministerbüro)**

<sup>6</sup> Am 11. Juli 1967 überbrachte Botschafter Knappstein, Washington, Präsident Johnson das Schreiben des Bundeskanzlers Kiesinger mit der Mitteilung, „daß die Bundesregierung keineswegs beschlossen habe, wie gerüchteweise verbreitet worden sei, die Truppenzahl der Bundeswehr von 460 000 auf 400 000 Mann zu reduzieren“. Weiterhin sicherte Knappstein zu, daß „alle praktischen militärischen Maßnahmen, zu denen die Kürzungen des Verteidigungshaushaltes“ die Bundesregierung zwingen würden, „vorher mit den Verbündeten und in der NATO konsultiert werden würden, ehe sie in Kraft treten würden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1443 von Knappstein; VS-Bd. 2027 (201); B 150, Aktenkopien 1967.

Zur Übergabe des Schreibens vgl. auch FRUS 1964–1968, XIII, S. 590 f.

<sup>7</sup> Präsident Johnson hielt sich anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den früheren Bundeskanzler Adenauer in Bonn auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kiesinger am 26. April 1967 vgl. Dok. 147.

<sup>8</sup> Paraphe.

## Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahn

II A 7-81.09/67

11. Juli 1967<sup>1</sup>

Heute suchte mich der niederländische Gesandte Jorissen auf, um die ernste Besorgnis seiner Regierung über die jüngsten Beschlüsse der Bundesregierung über die mittelfristige Finanzplanung und deren Auswirkungen auf die Verteidigungsanstrengungen<sup>2</sup> zum Ausdruck zu bringen. Man müsse damit rechnen, daß nunmehr ein übermächtiger Druck auch in den Niederlanden entstehen würde, der auf eine Herabsetzung der Dienstzeit und Einsparungen beim Verteidigungshaushalt hinwirken würde.<sup>3</sup> Insbesondere sei zu bedauern, daß die Bundesregierung die Verbündeten nicht konsultiert habe.

Ich habe Herrn Jorissen darauf hingewiesen, daß der Bundesregierung kein anderer Weg offengestanden habe. Was hätte Gegenstand der Konsultation sein sollen? Auch die britische Regierung hätte im vergangenen Jahr mitgeteilt, daß sie Haushaltseinsparungen vornehmen müsse und mit den Verbündeten lediglich geklärt werden sollte, ob das Minus durch deutsche Leistungen oder durch Verringerung von Streitkräften abgedeckt werden könnte.<sup>4</sup> In gleicher Weise hätte die Bundesregierung bisher lediglich einen haushaltsmäßigen Rahmen gesetzt. Die Frage, auf welche Weise dieser Rahmen durch Umstrukturierung der Bundeswehr ausgefüllt werden könne, werde Gegenstand der zukünftigen Konsultation sein. Es sei vielleicht bedauerlich, daß diese Vorab-Beschlüsse der Bundesregierung bereits an die Öffentlichkeit gelangt seien<sup>5</sup>; da der Verteidigungshaushalt jedoch nur einer von vielen anderen zu berücksichtigenden Faktoren gewesen sei, hätten andere Überlegungen im Vordergrund stehen müssen. Gesandter Jorissen nahm diese Erklärungen mit Verständnis auf.

Im weiteren Gespräch teilte Gesandter Jorissen mit, daß kürzlich der mit der Beobachtung der europäischen Gemeinschaften in Brüssel beauftragte sowjetische Diplomat den niederländischen Botschafter bei den Gemeinschaften, Spierenburg, aufgesucht und sich ausführlich über das Funktionieren von EURATOM im Zusammenhang mit dem Nichtverbreitungsvertrag erkundigt habe. Spie-

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirektor Ruete am 13. Juli 1967 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat II A 7 verfügte.

<sup>2</sup> Zu den Beschlüssen des Bundeskabinetts vom 6. Juli 1967 vgl. Dok. 258.

<sup>3</sup> Botschafter Knoke, Den Haag, berichtete am 10. Juli 1967, daß sich der Abteilungsleiter im niederländischen Außenministerium, de Ranitz, „sehr besorgt über die Senkung des Personalbestandes der Bundeswehr aufgrund der Kabinettsbeschlüsse“ vom 6. Juli 1967 geäußert habe: „Schon als Folge belgischer Einsparungsmaßnahmen auf dem Gebiete des Verteidigungshaushalts und Rücksichtnahme auf die Mittelaufbringung für die Entwicklungshilfe sei der niederländische Verteidigungshaushalt unter starken Beschuß geraten. Man wolle hier die Personalstärken der Streitkräfte beibehalten, werde aber bei der Bewaffnung und Ausrüstung zu sparen versuchen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 220; VS-Bd. 2027 (201); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Zur britischen Mitteilung vom 19. August 1966 an die NATO vgl. das Schreiben des Staatssekretärs Carstens vom 16. August 1966 an die Bundesminister Dahlgrün und von Hassel; AAPD 1966, II, Dok. 260.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Dok. 252, Anm. 2 und 8.

renburg hätte den Eindruck gehabt, daß der sowjetische Diplomat beeindruckt von dem Umfang und der Gründlichkeit der EURATOM-Kontrolle gewesen sei. Hiermit Herrn Staatssekretär<sup>6</sup> mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Sahm

VS-Bd. 2027 (201)

## 256

### Verhandlungsinstruktion für Botschafter z.b.V. Bahr

II A 5-82.00-94.27-400/67 geheim

11. Juli 1967<sup>1</sup>

Betr.: Verhandlungsauftrag für die Gespräche in Prag

Bezug: Zusammenfassende Niederschrift vom 14. Juni 1967 – MB 1865/67 geh.<sup>2</sup>

I. Sie werden hiermit beauftragt, mit der tschechoslowakischen Regierung Verhandlungen über den Abschluß von Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr und über den Austausch von Handelsvertretungen zu führen.

1) Sie sollten klarstellen, daß wir unverändert die Aufnahme diplomatischer Beziehungen wünschen. Wir würden es begrüßen, wenn auch die tschechoslowakische Regierung alles täte, was in ihren Kräften steht, um der baldigen Aufnahme voller Beziehungen den Weg zu ebnet, und wenn sie sich ihrerseits bald entschließen könnte, diesen nach unserer Kenntnis auch von ihr gewünschten Schritt zu tun.

Der Austausch von Handelsvertretungen sollte von beiden Seiten als Schritt zur Aufnahme voller Beziehungen interpretiert werden.

2) Es sollen zwei getrennte Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr einerseits und den Austausch von Handelsvertretungen andererseits ange-

<sup>6</sup> Hat den Staatssekretären Schütz und Lahr am 12. Juli 1967 vorgelegen.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Sahm am 11. Juli 1967 über Staatssekretär Schütz an Bundesminister Brandt weitergeleitet.

Im Begleitvermerk notierte Sahm, daß der Leiter der Vertretung der tschechoslowakischen Außenhandelsgesellschaften in Frankfurt/Main, Novy, Botschafter z.b.V. Bahr mitgeteilt habe, daß die tschechoslowakische Regierung zu Verhandlungen ab dem 20. Juli 1967 bereit sei. Der Text der vorliegenden Instruktion sei mit Bahr „vorbesprochen“. Nun müßten die Regierungen der drei Westmächte über die Wiederaufnahme der Verhandlungen unterrichtet werden, wobei die von der Tschechoslowakei gewünschte Diskretion zu wahren sei. Vgl. VS-Bd. 10071 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Auf der Basis der in den Sondierungsgesprächen am 12./13. Juni 1967 in Prag erzielten Ergebnisse legte Botschafter z.b.V. Bahr Möglichkeiten dar für eine Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei. Er entwickelte dabei zwei mögliche Vorgehensweisen, um ein Handelsabkommen für zunächst ein bis zwei Jahre abzuschließen und Handelsvertretungen auszutauschen. Zu den beiden Varianten vgl. Dok. 218, Anm. 4.

Für Auszüge aus der „Zusammenfassenden Niederschrift“ vgl. auch Anm. 5, 15 und 16.

strebt werden, da Warenverkehrsabkommen befristet abgeschlossen werden, das Abkommen über die Handelsvertretungen dagegen unbefristet sein sollte.

3) Eine Teillösung durch Abschluß eines Warenabkommens ohne gleichzeitigen Austausch von Handelsvertretungen ist auszuschließen. Sie brächte nur der tschechoslowakischen Seite Vorteile, ohne uns die Möglichkeit einer amtlichen Vertretung unserer Interessen in Prag zu eröffnen.

II. Zu klären sind in den Verhandlungen folgende Punkte:

1) Einbeziehung Berlins

a) Die Vorschläge der „Zusammenfassenden Niederschrift“ gehen von einer Bezugnahme auf „die bisherige Praxis im Außenhandel“ für die Regelung der Einbeziehung Berlins aus.

In den Verhandlungen 1964/65<sup>3</sup> hat die tschechoslowakische Delegation betont, daß nach tschechoslowakischer Auffassung Berlin in das Waren- und Zahlungsprotokoll von 1961<sup>4</sup> nicht einbezogen gewesen ist. Die jetzt vorgeschlagene Regelung kann nur dann als Verhandlungsgrundlage akzeptiert werden, wenn die tschechoslowakische Seite unserer Delegation verbindlich versichert, daß das Warenverkehrsprotokoll von 1961 wenn nicht de jure, so doch de facto auf den Handel mit Berlin angewendet worden ist. Dies wäre in den Verhandlungen vorab zu klären.

b) Die Formulierungsvorschläge der „Zusammenfassenden Niederschrift“ für die Einbeziehung Berlins in das Abkommen über den Austausch von Handelsvertretungen sind rechtlich wenig präzise. Wir werden daher in den Verhandlungen späteren Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung dadurch so weit wie möglich vorzubeugen haben, daß wir die Anwendung der Vereinbarungen auf die sich in der Praxis ergebenden Fragen mit der tschechoslowakischen Seite konkret erörtern.

c) Die vorliegenden Formulierungsvorschläge sind verbesserungsfähig. Die zweite Variante würde besser lauten:

1) Die Bundesrepublik Deutschland geht davon aus, daß die bisherige Praxis im Außenhandel zwischen den beiden Vertragsparteien auch für das neue Handelsabkommen gilt.

2) Analog regelt sich die Tätigkeit der Handelsvertretungen.

3) Beide Seiten sind sich einig, daß die in den Ziffern 1) und 2) zum Ausdruck gekommenen Grundsätze auch für weitere Übereinkünfte gelten sollen (damit

<sup>3</sup> Die Verhandlungen, die am 7. Dezember 1964 aufgenommen wurden, führten zum Entwurf eines Abkommens über den Waren- und Zahlungsverkehr und zur Aushandlung von Warenlisten. Am 23. Februar 1965 erklärte sich die tschechoslowakische Delegation zur Annahme einer Währungsgebietsklausel bereit. Danach sollte der Waren- und Zahlungsverkehr zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei dort abgewickelt werden, „wo die Deutsche Mark und die Tschechoslowakische Krone übliche Zahlungsmittel sind“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 7 des Botschafters Freiherr von Mirbach, z.Z. Prag, vom 23. Februar 1965; VS-Bd. 3136 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1965.

Dieses Angebot wurde jedoch zurückgezogen, nachdem die Bundesrepublik einen Briefwechsel über das Münchener Abkommen von 1938 abgelehnt hatte. Vgl. dazu AAPD 1965, I, Dok. 144.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Protokolls vom 23. März 1961 über den Warenverkehr mit der Tschechoslowakei vgl. BUNDESANZEIGER Nr. 77 vom 21. April 1961, S. 1 f.

sind die unter Punkt 3) dieser Niederschrift erwähnten Übereinkünfte<sup>5</sup> gemeint.)

4) Durch den Abschluß der Abkommen werden die Rechtsstandpunkte beider Seiten nicht verändert.

(Änderungen sind unterstrichen<sup>6</sup>).

Über die in Ziffer 1) vorgeschlagene Änderung hinaus sollte, wenn möglich, versucht werden, die tschechoslowakische Regierung noch deutlicher als bisher geschehen, auf die „bisherige Praxis“ als für das neue Handelsabkommen geltenden Grundsatz festzulegen.<sup>7</sup>

Die Änderung zu Ziffer 3) wäre wünschenswert, weil der ursprüngliche Ausdruck „entsprechend“ wenig befriedigt. Die Behandlung „entsprechend“ der „bisherigen Praxis im Außenhandel“ schafft zum Beispiel im Falle eines Kulturabkommens unnötige Auslegungsschwierigkeiten, die sich unter Umständen zu unserem Nachteil auswirken könnten. Die Reduzierung auf den „Grundsatz“, um den es hier geht, nämlich die Gleichbehandlung Berlins, wäre für unsere Zwecke vorteilhafter.

## 2) Abschluß eines Abkommens über den Waren- und Zahlungsverkehr

Der zweite und letzte Entwurf eines Abkommens über den Waren- und Zahlungsverkehr vom 23. Februar 1965<sup>8</sup> ist in dieser Form nicht mehr verwendbar. Abgesehen davon, daß der Entwurf des Mantelprotokolls seinerzeit von der tschechoslowakischen Seite nicht voll akzeptiert worden ist, sind die Warenlisten und die dazugehörigen Briefe überholt. Was die Warenlisten anbetrifft, so hat sich eine einschneidende materielle Änderung durch die sogenannte Teilliberalisierung vom 6. Mai 1966<sup>9</sup> ergeben, die die vollständige oder teilweise Streichung aller der Positionen erforderlich macht, die hierdurch betroffen sind. Auch wird die in Aussicht stehende erweiterte Teilliberalisierung<sup>10</sup> dazu führen, die Warenlisten neu zu gestalten. Schließlich hat sich durch den langen Zeitraum seit Februar 1965 für die Positionen, die noch kontingentiert bleiben werden, eine veränderte Interessenlage ergeben, die auch mit großer Wahrscheinlichkeit von tschechoslowakischer Seite zur Sprache gebracht werden wird, wenn die deutsche Seite die Neugestaltung der Warenli-

<sup>5</sup> Botschafter z. B. V. Bahr nannte in der „Zusammenfassenden Niederschrift“ unter 3) Abkommen auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Kultur, des Schulwesens und des Verkehrs. Vgl. VS-Bd. 10071 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Die unterstrichenen Passagen sind kursiv wiedergegeben.

<sup>7</sup> Vortragender Legationsrat Döring erläuterte am 16. Juni 1967 zur bisherigen Praxis im Warenverkehr mit der Tschechoslowakei, daß das Volumen des Handels mit Berlin (West) zwar gering sei, von tschechoslowakischer Seite jedoch bei der Abwicklung „keine Schwierigkeiten gemacht“ würden: „Beschwerden über eine – politisch motivierte – Diskriminierung Berlins durch tschechoslowakische Behörden liegen im Bundesministerium für Wirtschaft nicht vor.“ Vgl. VS-Bd. 10071 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des gemeinsamen Entwurfs vom 26. Februar 1965 für ein Abkommen vgl. VS-Bd. 3136 (II A 5). Vgl. dazu auch AAPD 1965, I, Dok. 114.

<sup>9</sup> Am 6. Mai 1966 gab die Bundesregierung Liberalisierungen für die Einfuhr von Waren aus Bulgarien, Rumänien und Ungarn bekannt. Danach wurde der Umfang von Waren, deren Einfuhr bis auf weiteres laufend beantragt werden konnte, auf weite Bereiche der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere die Sektoren Chemie, Maschinenbau und Elektronik, erweitert. Vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 86 vom 6. Mai 1966, S. 1 f.

<sup>10</sup> Zum Beschluß des Bundeskabinetts vom 11. Januar 1967 vgl. Dok. 26, Anm. 5.

sten mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretene Liberalisierung zur Sprache bringt.

Auf der landwirtschaftlichen Seite ist inzwischen die Marktordnungsregelung der EWG weiter vorangetrieben worden, was bezüglich der Positionen auf dem landwirtschaftlichen Sektor ebenfalls Änderungen erforderlich macht.

Das in Rede stehende Abkommen muß deshalb praktisch neu verhandelt werden, wofür eine Zeitdauer von etwa drei Wochen benötigt wird. Für eine Übergangsregelung bis zum Abschluß eines solchen Abkommens sind deshalb zwei Entwürfe eines Briefwechsels vorbereitet worden, worin die Bereitschaft der Bundesregierung erklärt wird, Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Abkommens aufzunehmen, und zwischen beiden Seiten vereinbart wird, daß bis zum Abschluß eines solchen Abkommens die in dem Entwurf vom 23. Februar 1965 vorgesehene Regelung für verbindlich erklärt wird.

Außerdem sind zwei Entwürfe eines Mantelprotokolls vorbereitet worden, die den Abschluß eines Jahresabkommens und eines längerfristigen Abkommens betreffen und mit der tschechoslowakischen Seite für den Fall, daß sie von einer Übergangsregelung bis zum Abschluß eines neuen Abkommens keinen Gebrauch machen will, vorab erörtert werden können. Die Fachressorts sind gebeten worden, die Vorbereitungsarbeiten für die Warenlisten aufzunehmen.

### 3) Befugnisse der Handelsvertretungen

Nach den Ergebnissen der Gespräche in Prag wird der Umfang der Befugnisse der Handelsvertretungen auszuhandeln sein.

Unter der Voraussetzung einer befriedigenden Berlin-Regelung würden aus unserer Sicht die Vorteile möglichst umfassender Befugnisse für die Handelsvertretungen die Nachteile einer eventuellen Minderung des Interesses an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen aufwiegen. Die Ausstattung mit konsularischen Befugnissen würde es unserer Handelsvertretung ermöglichen, den Schutz deutscher Staatsangehöriger in der ČSSR zu übernehmen.

Von tschechoslowakischer Seite ist im April 1964 ein Entwurf für den Status der Vertretungen vorgelegt worden, der volle konsularische Befugnisse vorsah.<sup>11</sup>

Die tschechoslowakische Seite scheint heute davon auszugehen, daß die Handelsvertretungen mit Befugnissen ausgestattet werden sollen, deren Umfang zwischen der umfassenden Regelung des Vorschlages vom April 1964 und der engen Regelung des ausgehandelten Entwurfs vom 26. 2. 1965 liegt.<sup>12</sup> Wir können uns in dieser Frage weitgehend flexibel verhalten und auf die tschechoslowakischen Vorstellungen eingehen. In folgenden Punkten sollten wir jedoch

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des Entwurfs vom 14. April 1964 vgl. VS-Bd. 3966 (II A 5).

Am 29. April 1964 führte Legationsrätin Finke-Osiander dazu aus, daß der tschechoslowakische Vorschlag „für die beiderseitigen Vertretungen konsularische Funktionen“ sowie „ausdrücklich die Zuständigkeit der Vertretungen für kulturelle und wissenschaftliche Beziehungen“ vorsehe. Vgl. VS-Bd. 3966 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>12</sup> Bei den Verhandlungen im Januar und Februar 1965 fand sich die tschechoslowakische Regierung nur noch „zur Gewährung einer Handelsvertretung mit strikt auf die Durchführung des Handelsvertrages beschränkten Befugnissen und entsprechend minderem Status“ bereit. Wie die Handelsvertretung der Bundesrepublik in Warschau sollte auch sie nicht über konsularische Befugnisse verfügen. Vgl. AAPD 1965, I, Dok. 19, S. 88.

auf eine Erweiterung der Befugnisse gegenüber dem Entwurf vom 26.2.1965 dringen:

a) Zugang der Vertretungen zum Außenministerium.

Ebenso wie dies gemäß Entwurf bereits für die tschechoslowakische Handelsvertretung vorgesehen ist, sollte die Kontaktstelle unserer Vertretung in Prag das Außenministerium und nicht das Außenhandelsministerium sein.

b) Paß- und Sichtvermerksbefugnisse.

Wir sollten darauf Wert legen, daß die Vertretungen Paß- und Sichtvermerksbefugnisse erhalten. Damit würde sich das Verfahren der Visaerteilung für tschechoslowakische Staatsangehörige zur Einreise in die Bundesrepublik Deutschland erheblich vereinfachen und beschleunigen lassen. Angesichts der immer wiederkehrenden tschechoslowakischen Klagen über die langen Wartezeiten für Einreisevisa sollte betont werden, daß eine solche Regelung im tschechoslowakischen Interesse liegt.

(Die Ausstattung der Handelsvertretung mit Paß- und Sichtvermerksbefugnissen würde gleichzeitig den Kern einer Berlin-Regelung für die spätere Aufnahme diplomatischer Beziehungen schaffen.)

c) Es sollte vereinbart werden, daß die Handelsvertretungen auch in kulturellen Angelegenheiten tätig werden können. Falls die tschechoslowakische Seite kulturelle Befugnisse nicht in den Abkommenstext aufnehmen möchte, könnte eine solche Vereinbarung auch in Form eines Briefwechsels oder von Aktenvermerken getroffen werden.

4) Münchner Abkommen<sup>13</sup>

Nach der „Zusammenfassenden Niederschrift“ werden im Zusammenhang mit dem Austausch von Handelsvertretungen keine Erklärungen von tschechoslowakischer Seite zu diesem Punkt erwartet. Falls dieses Thema von der tschechoslowakischen Delegation zur Sprache gebracht wird, sollten wir darlegen, daß Fragen der politischen Beziehungen nach unserer Auffassung nur im Zusammenhang mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen erörtert werden sollten.

Die Delegation kann unter Bezugnahme auf die Regierungserklärung vom 13.12.1966 im übrigen ausführen, daß wir die Politik Hitlers, die auf die Zerstörung des tschechoslowakischen Staates gerichtet war, verurteilen, und daß wir jede Gewaltpolitik und jegliche Form der Unterdrückung von Völkern entschieden ablehnen. Der deutsche Rechtsstandpunkt sei bekannt. Die Bundesregierung habe erklärt, daß das Abkommen nicht mehr gültig sei.<sup>14</sup>

5) Erklärungen bei Aufnahme der Beziehungen

a) Nach unserer Auffassung sollten beide Seiten von sich aus (nicht „bei Bedarf“, vgl. Zusammenfassende Niederschrift S. 3, 2), letzter Absatz<sup>15</sup>) erklären,

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

<sup>14</sup> Zu den diesbezüglichen Ausführungen des Bundeskanzlers Kiesinger vor dem Bundestag vgl. Dok. 10, Anm. 7.

<sup>15</sup> Botschafter z. b. V. Bahr führte am 14. Juni 1967 aus: „Jede Seite wird nach Bedarf erklären, daß die Handelsvertretungen keine diplomatischen Missionen darstellen, daß sie aber gemeinsam mit dem Handelsabkommen einen Schritt auf dem Wege zur Normalisierung bilden.“ Vgl. VS-Bd. 10071 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.



daß der Austausch von Handelsvertretungen zusammen mit dem Handelsabkommen einen Schritt zur Normalisierung der Beziehungen bildet.

b) Die zur Frage der Einbeziehung Berlins vorgesehene Sprachregelung „Zusammenfassende Niederschrift“, S. 2, 1), letzter Absatz<sup>16</sup>) ist aus unserer Sicht unzureichend, da sie angesichts der bisherigen Haltung beider Seiten als Nichteinigung gedeutet werden müßte. Sie erscheint daher für uns nur unter der Voraussetzung annehmbar, daß wir Fragen nach der bisherigen Praxis mit dem Zusatz beantworten können: „Sie war befriedigend“.

**VS-Bd. 10071 (Ministerbüro)**

## 257

### Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg an die Botschaft in Paris

**I B 4-82.00-90.35-2017<sup>1</sup>/67 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 1267**

**Aufgabe: 11. Juli 1967, 18.51 Uhr<sup>1</sup>**

Auf Nr. 1258 vom 4. Juli.<sup>2</sup>

BR I Fechter wird gebeten, in einem weiteren Gespräch mit Botschaftsrat Charaf, das möglichst in nächsten Tagen stattfinden sollte, folgendes zu erwidern:

Die Äußerungen Charafs über angebliche Verletzung unseres Grundsatzes der Nichteinmischung in Nahost-Konflikt<sup>3</sup> sind hier sehr bedauert worden. Leider hat Charaf für seine „gewissen Informationen“ keine Quelle angegeben. Wir vermuten aber, daß sie aus Kreisen stammen, die an einer weiteren Störung des ohnehin angespannten deutsch-ägyptischen Verhältnisses interessiert sind.

<sup>16</sup> Botschafter z. b. V. Bahr schlug dazu am 14. Juni 1967 vor: „Im Zusammenhang mit den zwischen der BRD und der CSSR abgeschlossenen Abkommen wird sich an der bekannten bisherigen Praxis nichts ändern.“ Vgl. VS-Bd. 10071 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Der Drahterlaß wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Gehlhoff konzipiert. Hat Ministerialdirektor Harkort am 11. Juli 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Botschaftsrat I. Klasse Fechter, Paris, teilte aus einem Gespräch mit dem ägyptischen Botschaftsrat Charaf mit, „in Kairo sei man von der neutralen deutschen Haltung auf Grund gewisser Informationen – und natürlich auch der schwerwiegenden früheren Vorgänge – leider nicht überzeugt“. Auf die Frage von Fechter, „um welche Informationen es sich handle, erwiderte Charaf, er wolle zwei davon nennen: 1) etwa 500 deutsche Freiwillige, darunter zahlreiche technische Spezialisten und Piloten, seien mit Wissen der Bundesregierung am 9. Juni von Luxemburg aus nach Israel geflogen. 2) Man habe Shimon Peres in Bonn, wo er bekanntlich vom Bundeskanzler und mehreren Ministern empfangen worden sei, neue Kredite zugesagt. Diese sollten nicht an deutsche Waren gebunden sein, sondern Israel werde dafür mit deutscher Zustimmung französisches Rüstungsmaterial – auch Flugzeuge – erwerben, das zum Teil in der Bundesrepublik lagere, zum Teil dorthin eingeflogen werden solle. Diese Informationen stammten aus westdeutschen Kreisen, zum Teil habe sich Peres auch selbst damit gebrüstet.“ Vgl. VS-Bd. 1688 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Zur Haltung der Bundesrepublik in der Nahost-Krise vgl. die Erklärungen des Bundeskanzlers Kiesinger und des Bundesministers Brandt am 7. Juni 1967 vor dem Bundestag; Dok. 217, Anm. 7.

In ähnlicher Weise war bereits [am] 25. Mai von ägyptischer Seite in Bonn behauptet worden, die Bundesregierung werde 10 U-Boote an Israel liefern. Ende Juni wurde von arabischer Seite die Meldung verbreitet, aus der Bundesrepublik würden 30 Panzer nach Israel geliefert. Beide behaupteten Lieferungen sind absolut unwahr.

Die von Charaf nunmehr genannte Entsendung von 500 deutschen Freiwilligen auf dem Wege über Luxemburg entbehrt jedenfalls jeder Grundlage. Um anhand eines konkreten Falles Absurdität derartiger Behauptungen aufzuzeigen, haben wir luxemburgische Regierung um Stellungnahme gebeten. Luxemburgischer Verkehrsminister Bousser hat daraufhin folgende von ihm gezeichnete schriftliche Erklärung vom 6. Juli abgegeben:

„Les autorités aéronautiques du Grand-Duché de Luxembourg ayant eu connaissance de certaines rumeurs selon lesquelles le 9 juin 1967 500 volontaires allemands auraient été embarqués à l'aéroport de Luxembourg pour Israel, tiennent à déclarer que ni le 9 juin, ni un autre jour, 500 ou tout autre nombre de volontaires allemands n'ont été embarqués à Luxembourg. Ces rumeurs sont donc sans fondement.“

Luxemburgisches Außenministerium hat ferner angekündigt, daß luxemburgische Regierung im Falle einer Veröffentlichung der erwähnten Verleumdung ihrerseits ein scharfes Dementi erlassen würde, da diese Verleumdung indirekt auch einen Angriff auf Luxemburg darstelle.

Unzutreffend ist schließlich die Angabe Charafs, man habe Shimon Peres in Bonn neue Kredite zugesagt, die von Israel mit deutscher Zustimmung zum Erwerb französischen Rüstungsmaterials, auch von Flugzeugen, verwendet werden sollten. Shimon Peres hat hier die Ansichten seiner Regierung zu Nahost-Konflikt vorgetragen und erläutert.<sup>4</sup> Es steht arabischen Staaten frei, ihrerseits Sonderbeauftragte nach Bonn zwecks Erläuterung arabischen Standpunktes zu entsenden.<sup>5</sup>

Zusammenfassend bleibt festzustellen, daß die verschiedenen, insbesondere von Ostberlin und Moskau ausgehenden Behauptungen über eine deutsche militärische Unterstützung Israels<sup>6</sup> völlig unzutreffend sind. Zu den früheren deutschen Waffenlieferungen an Israel und die arabische Seite haben wir bereits in dem Memorandum für die UNO vom 29. 6. festgestellt, daß sie weniger

<sup>4</sup> Der stellvertretende israelische Verteidigungsminister traf am 21. Juni 1967 in Bonn ein. Vorgehen waren laut Pressemeldungen Gespräche mit den Bundesministern Strauß und Leber, mit Staatssekretär Schütz und dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundeskanzler, von und zu Guttenberg, mit den CDU-Abgeordneten Birrenbach und Majonica sowie mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Helmut Schmidt. Vgl. dazu die Meldung: „Eschkol schickt Peres nach Bonn, Rom, Paris“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 141 vom 22. Juni 1967, S. 5. Vgl. dazu auch das Interview von Peres mit dem „Spiegel“ unter der Überschrift: „Zwei Milliarden Dollar Beute“, DER SPIEGEL, Nr. 27 vom 26. Juni 1967, S. 64.

<sup>5</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg gestrichen: „Bei dieser Gelegenheit wollen wir klarstellen, daß mit Israel bisher keine Verhandlungen über ein neues Wirtschaftshilfe-Abkommen geführt wurden. Es ist aber durchaus möglich, daß Besprechungen über ein derartiges Abkommen in absehbarer Zeit aufgenommen werden, zumal nachdem im Falle einiger anderer nächstlicher Länder solche Verhandlungen bereits stattgefunden haben oder eingeleitet wurden“.

<sup>6</sup> Vgl. dazu auch Dok. 245, Anm. 6.

als 2% der in den letzten 12 Jahren vorgenommenen Gesamtlieferungen von Waffen und anderem Kriegsmaterial in die Länder des Nahen Ostens ausmachen.<sup>7</sup> An unserer Politik der Nichteinmischung in den arabisch-israelischen Konflikt werden wir festhalten. Wir werden aber ebenso etwaige Versuche von arabischer oder israelischer Seite zurückweisen, uns in unsere normalen Beziehungen zur jeweils anderen Seite hineinzureden.<sup>8</sup>

Meyer-Lindenberg<sup>9</sup>

VS-Bd. 2559 (I B 4)

<sup>7</sup> Im Memorandum der Bundesregierung, das am 3. Juli 1967 in der UNO-Generalversammlung zirkulierte, wurde festgestellt: „Es ist die absurde Beschuldigung erhoben worden, daß die Bundesrepublik Deutschland durch Waffenlieferungen an Israel, die angeblich im März zugenommen hätten, zu der Entstehung und Verschärfung der Krise beigetragen habe. Diese Beschuldigungen sind falsch und werden durch ständige Wiederholung nicht wahrer. Es trifft zu, daß die Bundesrepublik Deutschland bis zum Frühjahr 1965 Waffen und Kriegsmaterial im Werte von 45 Millionen US-Dollar an Israel und Waffen und Kriegsmaterial im Werte von 30 Millionen US-Dollar an arabische Staaten geliefert hat. Dies entspricht weniger als 2 Prozent der gesamten Waffenlieferungen in den Raum in den letzten 12 Jahren, die nach internationalen Schätzungen einen Gesamtwert von 4 bis 5 Milliarden US-Dollar hatten und an denen sich viele Staaten beteiligt haben.“ Vgl. BULLETIN 1967, S. 609f.

<sup>8</sup> Am 13. Juli 1967 führte Botschaftsrat I. Klasse Fechter, Paris, weisungsgemäß ein weiteres Gespräch mit dem ägyptischen Botschaftsrat, in dem er die Behauptungen über eine militärische Unterstützung Israels durch die Bundesrepublik zurückwies. Charaf äußerte daraufhin, „als Freund Deutschlands“ könne er sich über diese „eindeutigen Widerlegungen – die sehr wichtig seien – nur freuen und werde nicht versäumen, sie weiterzugeben“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1364 des Botschafters Klaiber, Paris, vom 20. Juli 1967; VS-Bd. 4248 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Paraphe vom 11. Juli 1967.

258

**Staatssekretär Schütz  
an die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris**

**II A 7-81.09-2310/67 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 2473 Plurex**  
**Citissime**

**Aufgabe: 11. Juli 1967, 20.32 Uhr<sup>1</sup>**

Betr.: Beschlüsse des Bundeskabinetts zur mittelfristigen Finanzplanung<sup>2</sup> und ihre Auswirkungen auf den Verteidigungshaushalt

I. Ich bitte Sie, Generalsekretär Brosio folgendes Schreiben zu übermitteln (Reinschrift mit Kurier):

„Sehr geehrter Herr Generalsekretär!

Ich beehre mich, Ihnen über die Beschlüsse der Bundesregierung zur mittelfristigen Finanzplanung und über deren Auswirkungen für den Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik Deutschland folgendes mitzuteilen:

1) Die Bundesregierung hat in der vergangenen Woche in mehreren Beratungen eine Finanzplanung für die Jahre 1968-71 aufgestellt. Die Planung beruht auf der Annahme eines Wachstums des nominalen Bruttosozialproduktes zu jeweiligen Preisen um jährlich 5–5 ½ %. Angesichts des daraus resultierenden Gesamtvolumens des Bruttosozialproduktes geht die Finanzplanung von folgenden Haushaltssätzen für den genannten Zeitraum aus:

	1968	1969	1970	1971
in Mrd. DM	80,7	84,5	89,3	93,6

Schon diese Ansätze werden nur nach Steuererhöhungen, die das Kabinett ins Auge gefaßt hat<sup>3</sup>, erreichbar sein.

2) Diese Haushaltserwartungen machten Kürzungen gegenüber den Anforderungen der Ressorts in allen größeren Bereichen des Haushalts erforderlich. Für den Haushalt des Verteidigungsministeriums wurden folgende Beträge festgesetzt:

	1968	1969	1970	1971
in Mrd. DM	18,175	18,860	19,700	20,300

<sup>1</sup> Der Drahterlaß wurde von Ministerialdirigent Sahm konzipiert.

Vortragender Legationsrat Behrends vermerkte am 12. Juli 1967 handschriftlich, daß Staatssekretär Schütz die Änderungen im Text erst „nach Abgang“ des Drahterlasses vorgenommen habe. Vgl. Anm. 4, 6 und 9.

Am 12. Juli 1967 übermittelte Ministerialdirektor Ruete den korrigierten Text an die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris. Für den Drahterlaß Nr. 2492 vgl. VS-Bd. 2027 (201).

<sup>2</sup> Zur Tätigkeit des Kabinettsausschusses für mittelfristige Finanzplanung vgl. Dok. 187, Anm. 25. Am 6. Juli 1967 beschloß das Bundeskabinett die mittelfristige Finanzplanung bis 1971. Vgl. BULLETIN 1967, S. 625–631.

<sup>3</sup> Für 1968 wurde eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,5 % und eine Anhebung der Körperschaftsteuer auf 40 % in Erwägung gezogen. Vorgesehen war auch eine Ergänzungsabgabe von 3 % zur Einkommen- und Körperschaftsteuer für zu versteuernde Jahreseinkommen von mehr als 16 000 DM bei Alleinstehenden und mehr als 32 000 DM bei Ehepaaren. Vgl. dazu BULLETIN 1967, S. 626.

Diese Ansätze bleiben hinter der bisherigen Planung erheblich zurück.

3) Bei der Beratung der Ansätze hat das Kabinett alle in Betracht kommenden Gesichtspunkte eingehend gewürdigt; insbesondere hat das Kabinett in Betracht gezogen, daß angesichts einer so starken Verminderung der Haushaltsansätze im Verteidigungssektor eine Reduzierung der präsenten Stärke der Bundeswehr nicht ausgeschlossen werden kann.<sup>4</sup>

Das Kabinett ist sich auch der daraus resultierenden Risiken durchaus bewußt gewesen. Zwar bestehen mehrere unserer Verbündeten auf dem Standpunkt, daß im Falle eines gegnerischen Angriffs mit einer längeren Vorwarnzeit<sup>5</sup> zu rechnen sei. Während einer solchen Vorwarnzeit würde die Bundeswehr auch nach Durchführung der Kürzungen mit Sicherheit auf ihre derzeitige präsenten Stärke wieder aufgefüllt werden können. Aber das Kabinett ist sich nach wie vor der Tatsache bewußt, daß eine Vorwarnzeit nicht unter allen Umständen und nicht mit Sicherheit gegeben sein wird.<sup>6</sup>

Wenn die genannten Haushaltskürzungen trotzdem beschlossen wurden, so deshalb, weil das Kabinett keinen anderen Ausweg sah. Dabei hat das Kabinett der Stabilisierung unserer wirtschaftlichen und finanziellen Gesamtsituation eine hohe Priorität eingeräumt. Es war sich dabei der Sorgen unserer EWG-Partner bewußt, daß eine Wirtschaftskrise bei uns auch unsere europäischen Nachbarn in Mitleidenschaft ziehen würde.

4) Das Kabinett war sich auch darüber im klaren, daß, bevor endgültige Entscheidungen über die Auswirkungen für die Bundeswehr getroffen werden, eine Konsultation innerhalb der NATO mit unseren Bundesgenossen stattfinden muß. Die Bundesregierung wird daher diese Konsultation einleiten, sobald die Überlegungen über die notwendigen Maßnahmen konkrete Gestalt angenommen haben.

Mit verbindlichen Empfehlungen,

Ihr sehr ergebener  
(gez. Schütz)“

Dieser Brief ist auch zur Verteilung im DPC bestimmt.<sup>7</sup>

<sup>4</sup> Der Passus „insbesondere hat ... ausgeschlossen werden kann“ wurde von Staatssekretär Schütz gestrichen.

<sup>5</sup> Zur amerikanischen und zur britischen Einschätzung der Vorwarnzeit vgl. Dok. 6, Anm. 4 und 8.

<sup>6</sup> Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Schütz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Es ist sich auch der Risiken dieser Entscheidung durchaus bewußt gewesen.“

<sup>7</sup> Am 13. Juli 1967 teilte Gesandter Oncken, Paris (NATO), mit, daß das Schreiben an den NATO-Generalsekretär im Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) verteilt und erörtert worden sei. Neben Brosio hätten der amerikanische, der britische, der italienische und der türkische Vertreter Besorgnis darüber geäußert, daß die Pläne der Bundesregierung die „Verteidigungsstärke der Allianz“ schwächen könnten. In der Diskussion sei erneut der britische Vorschlag vorgetragen worden, „die Frage eventueller Kontakte mit den Ostblockstaaten über gegenseitige Truppenreduzierungen zu prüfen“. Von amerikanischer Seite sei darauf hingewiesen worden, „daß sich die Verbündeten darüber klar werden müßten, ob sie ihre Verteidigungsanstrengungen von ihrer Haushaltslage oder von den Sicherheitserfordernissen der Allianz abhängig machen wollten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1123; VS-Bd. 4106 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1967.

II. Bei Überreichung dieses Briefes wollen Sie Generalsekretär Brosio außerdem den Inhalt der Ziffern 5 und 6 des Drahterlasses Plurex 2436 vom 10.7.1967<sup>8</sup> zu seiner persönlichen Information übermitteln und dabei erklären, daß es sich hierbei um interne Überlegungen des Bundesverteidigungsministeriums handele, die noch nicht Gegenstand von Kabinettsbeschlüssen gewesen seien; sie könnten daher vom Kabinett noch wesentlich abgeändert werden.<sup>9</sup>

Schütz<sup>10</sup>

VS-Bd. 2027 (201)

<sup>8</sup> Mit Runderlaß vom 10. Juli 1967 übermittelte Ministerialdirigent Sahm Informationen aus dem Bundesministerium der Verteidigung zu der Gestaltung des Verteidigungshaushaltes in den Jahren 1968 bis 1971. Darin wurde u. a. ausgeführt: „5) Es muß damit gerechnet werden, daß die prä-sente Stärke der Bundeswehr auf etwa 400 000 Soldaten und etwa 160 000 Zivilpersonen wird re-duziert werden müssen. Dies wird notwendig sein, wenn die Modernisierung der Bundeswehr wei-tergeführt werden soll – wozu wir entschlossen sind. 6) Falls es zu einer solchen Kürzung kommen sollte, würden Luftwaffe und Marine ihre bisherige Stärke in etwa beibehalten, da bei diesen bei-den technischen Teilstreitkräften eine schnelle Wiederauffüllung durch Mobilmachungsmaßnah-men offenbar nicht möglich ist. Im Bereich der Landstreitkräfte würde eine abgestufte Präsenz vorgesehen werden. Ein Teil der Landstreitkräfte würde sich in ständiger, voller oder nahezu vol-ler Einsatzbereitschaft befinden; andere Teile würden im Mobilmachungsfall personell und mate-riell ergänzt werden; weitere Einheiten würden im Frieden nur als Geräteeinheiten unterhalten werden. [...] In organisatorischer Beziehung würden Heer und Territoriale Verteidigung fusioniert, die neuen Landstreitkräfte würden in überschaubarere und beweglichere Großverbände gegliedert werden.“ Vgl. VS-Bd. 2027 (201); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Schütz nach Aufgabe des Drahterlasses gestrichen.

<sup>10</sup> Paraphe vom 11. Juli 1967.

## 259

**Botschafter von Walther, Moskau, an Bundesminister Brandt**

**Z B 6-1-16/67 streng geheim**  
**Fernschreiben Nr. 911**  
**Citissime**

**Aufgabe: 11. Juli 1967, 20.50 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 11. Juli 1967, 19.48 Uhr**

Nur für Bundesaußenminister und Staatssekretär<sup>2</sup>.

Vor Beginn französischen Besuchs<sup>3</sup> vorzulegen.

Bezug: Drahtbericht vom 18.6. Nr. 816

1) Hatte heute Gespräch mit Verbindungsmann<sup>4</sup>, das, wie bekannt, nach meiner Rückkehr aus Bonn vorgesehen war. Als ich ihn nach meiner Rückkehr anrief, bat er, das Gespräch bis nach Besuch Pompidous<sup>5</sup> hinauszuschieben, da er mit diesem Besuch sehr stark beschäftigt sei.

Gesprächsdauer 2½ Stunden. Gespräch verlief in angenehmer und aufgeschlossener Atmosphäre.

2) Ich lenkte Gespräch auf das am 16. von Herrn Bundesaußenminister Zarapkin übergebene Papier<sup>6</sup>, das meinem Gesprächspartner bereits in den Einzelheiten bekannt war. Schon aus seiner ersten Erwiderung war zu ersehen, daß seine Instruktionen sich grundlegend geändert hatten. Er brachte sofort das Gespräch auf die Anerkennung Ostberlins, die er als Voraussetzung für eine Verbesserung der Beziehungen hinstellte. Ich nahm zuerst an, daß es sich bei diesem Einwurf um ein gesprächstaktisches Manöver handelte und hob in meiner Erwiderung auf die drei Punkte (europäische Sicherheit, Gewaltausschließungserklärung und NV-Vertrag) ab. Ich führte aus, daß durch Abschluß eines NV-Vertrages eine der sowjetischen Kardinalforderungen erledigt würde; durch die Gewaltausschließungserklärung würde die von den Sowjets immer wieder geforderte Anerkennung der Realitäten in Deutschland in der Praxis effektuert. Es bleibe nur die Frage der Anerkennung der Grenzen, die aber durch das Potsdamer Abkommen<sup>7</sup> zu einer Prozedurfrage (Festlegung durch Friedensvertrag) geworden sei und mir von geringerer Wichtigkeit zu sein schiene.

Da ich mit der Diskussion über diese politischen Hauptpunkte nicht weiterkam, ging ich auf die übrigen Punkte des Botschafter Zarapkin übergebenen

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirektor Ruete und Ministerialdirigent Sahm am 12. Juli 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 12. Juli 1967 vorgelegen.

<sup>3</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 12./13. Juli 1967 vgl. Dok. 261–264.

<sup>4</sup> Name konnte nicht ermittelt werden.

<sup>5</sup> Zum Aufenthalt des französischen Ministerpräsidenten vom 3. bis 8. Juli 1967 in der UdSSR vgl. Dok. 262.

<sup>6</sup> Zur Übergabe einer Aufzeichnung mit vierzehn Gesprächspunkten an den sowjetischen Botschafter vgl. Dok. 224.

<sup>7</sup> Für das Kommuniqué vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) vgl. DzD II/1, S. 2101–2148.

Papiers ein. Auch hier war ein Fortschritt des Gesprächs nicht zu erreichen, da mein Gesprächspartner mir immer wieder die mangelnde Bereitschaft der Bundesregierung, für eine Verbesserung der Beziehungen wirkliche Konzessionen zu machen, entgegenhielt. Als einzige wirkliche Konzession konnte er aber nur die Anerkennung Ostberlins anführen, die ich meinerseits mit den bekannten Argumenten als unmöglich erklärte.

Mein Gesprächspartner wies mehrfach darauf hin, daß die Nichtanerkennung Ostberlins ein so schwerwiegendes Hindernis für ein Gespräch sei, daß auch das Gespräch über andere Punkte daran scheitere. Meine Bemerkung, daß Moskau auch mit den Engländern trotz Vietnam, mit den Rumänen trotz tiefgreifender Divergenzen laufend Gespräche über solche Fragen stattfinden, über die man sich einigen könnte, erzielte keine Wirkung.

Mein Hinweis auf die mangelnde Verhandlungsbereitschaft Ostberlins, die sich zuletzt an der Reaktion auf den Bundeskanzler-Brief gezeigt hatte<sup>8</sup>, war meinem Gesprächspartner sichtlich unangenehm, blieb aber ohne Erfolg. Seinem wiederholten Hinweis, daß die Bundesrepublik ein Interesse haben müsse, durch Anerkennung Ostberlins die menschlichen Beziehungen zu den 17 Millionen Mitteldeutschen zu verbessern, hielt ich entgegen, daß mir gerade die Reaktion auf den Kiesinger-Brief klar zu beweisen scheine, daß Ulbricht nicht den geringsten Wunsch in dieser Richtung habe und diese Tendenz sich auch durch Anerkennung Ostberlins zweifellos nicht ändern werde.

3) Ich habe Eindruck, daß Zarpkin über sein Gespräch mit dem Herrn Bundesaußenminister nicht ohne negative Beiklänge berichtet hat, da mein Gesprächspartner mehrfach auf die entschiedenen Reaktionen des Herrn Bundesaußenministers im Verlauf dieses Gespräches hinwies.

4) Das Gespräch schloß ab mit der Versicherung, daß, sobald ich oder mein Gesprächspartner neue Gesichtspunkte anzuführen hätten, wir uns gegenseitig verständigen würden.

5) Es ist durchaus möglich, daß die plötzliche negative Haltung meines Gesprächspartners ein taktisches Manöver darstellt, wie dies bei Verhandlungen mit Russen nichts Außergewöhnliches ist. Dies kann um so mehr der Fall sein, als die Sowjetregierung im Augenblick so stark mit der Nahost-Krise beschäftigt ist, daß sie alle anderen Fragen dilatorisch behandelt. Falls diese unkonstruktive Haltung sich als endgültig herausstellt, sind über die Gründe der Änderung in der Einstellung nur Vermutungen möglich. Es ist naheliegend, daß die durch die Nahostkrise erneut erwiesene Nützlichkeit Ulbrichts es den Sowjets nicht ratsam erscheinen läßt, irgendwelche Unruhe in ihre Beziehungen zu Ulbricht und seinen Hauptpartnern Polen und Tschechoslowakei zu bringen. Es ist auch möglich, daß Kossygin infolge der Mißerfolge der Sowjetpolitik im Nahen Osten im Augenblick vor jeglichen außenpolitischen Risiken zurückschreckt.

<sup>8</sup> Zum Schreiben des Bundeskanzlers Kiesinger vom 13. Juni 1967 an den Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Stoph, vgl. Dok. 219, Anm. 4.

Zur Reaktion auf dieses Schreiben vgl. die Rede des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Ulbricht, am 15. Juni 1967 in Leipzig; DzD V/1, S. 1296–1301.



Ob der eventuelle Kurswechsel mit dem Besuch Pompidous in Verbindung gebracht werden kann, läßt sich nach dem jetzigen Stand meiner Kenntnis noch nicht abschätzen.

[gez.] Walther

VS-Bd. 447 (Büro Staatssekretär)

260

### Ministerialdirigent Sahm an die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris

II A 7-83.03/0-1877/67 VS-vertraulich

11. Juli 1967<sup>1</sup>

Citissime

Betr.: Frankreich und die NATO

hier: Schadensersatzansprüche der Vierzehn

Bezug: Schriftberichte vom 17.4.<sup>2</sup> und 6.6.1967<sup>3</sup> und

NATO-Dokumente GF (67) (WGI) D/20<sup>4</sup> und GF (67) (WGI) WP/9(rev.)<sup>5</sup>

Im Einvernehmen mit BMF und BMVtdg wird gebeten, bei der Erörterung der Frage, wie die Schadensersatzansprüche der Vierzehn gegenüber Frankreich weiter verfolgt werden sollen, von folgenden Überlegungen auszugehen:

1) Die Bundesregierung hat ein besonderes – ihres Erachtens aber mit dem der übrigen dreizehn Staaten übereinstimmendes – politisches Interesse daran, daß die Zusammenarbeit mit Frankreich innerhalb des Bündnisses auch nach dessen Ausscheiden aus der militärischen Integration so eng und dauerhaft bleibt wie nur möglich.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Legationsrat Ristedt konzipiert.

<sup>2</sup> Botschafter Grewe, Paris (NATO), berichtete, daß in der Arbeitsgruppe der Rechtsexperten die Frage eine große Rolle spiele, ob die Vierzehn gegenüber der französischen Regierung den Restwert der in Frankreich „zwangsweise aufzugebenden militärischen Einrichtungen“ oder einen Schadensersatzanspruch geltend machen sollen. Es gebe Hinweise dafür, „daß Frankreich bestrebt sein wird, den positiven und negativen Restwert in einer Weise gegeneinander aufzurechnen, daß den Vierzehn keinerlei Restwertentschädigung für die in Frankreich hinterlassenen Einrichtungen zufließt. Unter diesen Umständen stellt sich daher die Frage, ob man dem im Endergebnis von Frankreich als nicht existent betrachteten Restwert einen gegenüber Frankreich allerdings auch kaum realisierbaren Schadensersatzanspruch vorziehen soll.“ Vgl. VS-Bd. 2397 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Botschafter Grewe, Paris (NATO), teilte mit, bei den Vierzehn überwiege nunmehr die Auffassung, daß „eine politische Entscheidung herbeigeführt werden müsse“, und bat um Weisung, welche Haltung er zur Frage der Schadensersatzansprüche gegenüber Frankreich einnehmen solle. Vgl. VS-Bd. 2397 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Für den Bericht der Arbeitsgruppe der Rechtsexperten („Sub-Group of Legal Experts“) vom 25. Mai 1967 vgl. VS-Bd. 2397 (I A 1).

<sup>5</sup> Für den Bericht der Arbeitsgruppe I für Haushalts- und Infrastrukturmaßnahmen („Working Group I on Budgetary and Infrastructure Matters“) vom 6. Juni 1967 vgl. VS-Bd. 1479 (II A 7).

2) Wir halten es nicht für zweckmäßig, Frankreich eine vorbereitete, rechtlich und rechnerisch belegte Schadensersatz- oder Ausgleichsforderung zuzustellen. Abgesehen von möglichen politischen Nachteilen bestünde bei solchem Vorgehen die Gefahr, daß Frankreich die Forderung der Vierzehn mit Argumenten kurzweg ablehnt<sup>6</sup>, wie sie von den Legal Experts in ihrem Bericht als möglich bezeichnet worden sind. Die Vierzehn würden dann in einer schwierigen Lage sein. Es dürfte erfolversprechender und politisch weniger bedenklich sein, Frankreich zu veranlassen, seine Vorstellungen von Art und Umfang des von ihm zu leistenden finanziellen Ausgleichs bekanntzugeben. In den beiden Aide-mémoires vom 11. März und 29. März 1966<sup>7</sup> hat sich Frankreich bekanntlich bereit erklärt, die Probleme, die sich aus den von Frankreich vollzogenen Maßnahmen ergeben, mit den Vierzehn zu erörtern.

3) Es sollte vermieden werden, daß sich die Gruppe der Vierzehn mit juristischen oder finanziellen Detailfragen befassen muß. Die ihr zuzuleitende Empfehlung sollte sich daher auf allgemeine politische und prozedurale Grundsätze beschränken. Im übrigen sollte angestrebt werden, so bald wie möglich in gemeinsame Erörterungen mit den Franzosen einzutreten. Eine weitere Hinausschiebung der notwendigen Klärung ist nach unserer Auffassung nicht zu vertreten.

4) Die Erörterungen könnten z.B. in einer durch den NATO-Rat ins Leben zu rufenden „open-ended“ Arbeitsgruppe stattfinden. Um das Verfahren jedoch nicht zu umständlich und schwierig zu gestalten, könnte auch überlegt werden, ob nach einer ersten Grundsatzbesprechung die Vierzehn eine Verhandlungsdelegation beauftragen, die weiteren Verhandlungen mit Frankreich zu übernehmen. Das Generalsekretariat kommt hierfür nicht in Frage.

5) Eine Stellungnahme zu dem Bericht der Legal Experts kann noch nicht abgegeben werden, da die Prüfung noch nicht abgeschlossen ist. Sie erscheint im Hinblick auf die zunächst angestrebte politische Entscheidung über den Fortgang der Angelegenheit auch nicht vordringlich.

[gez.] Sahm

VS-Bd. 2397 (I A 1)

<sup>6</sup> Zu den möglichen französischen Gegenargumenten erläuterte Ministerialrat Massberg, Paris (NATO), am 17. April 1967, daß besonders mit einer Bezugnahme auf die „*clausula rebus sic stantibus*“ gerechnet werden müsse, da bereits in den französischen Memoranden vom 10./11. März 1966 auf „den grundsätzlichen Wandel der Umstände“ hingewiesen worden sei. Für die Aufzeichnung vgl. VS-Bd. 5638 (V 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Zu den Memoranden, in denen die französische Regierung gegenüber den übrigen vierzehn Mitgliedstaaten der NATO ihren Rückzug aus der militärischen NATO-Integration ankündigte, vgl. Dok. 7, Anm. 9.

## 261

**Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger  
mit Staatspräsident de Gaulle****Z A 5-97.A/67 geheim****12. Juli 1967<sup>1</sup>**

Der Herr Bundeskanzler führte am 12. Juli 1967 um 16.25 Uhr ein erstes Gespräch unter vier Augen mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte einleitend, er hoffe, daß die bevorstehenden Gespräche die begonnene schwere Arbeit der beiden Völker für die Zukunft Europas ein Stück weiterführen würden. Nach dem Treffen im Januar<sup>2</sup> sei eine Welle der Zustimmung durch das deutsche Volk gegangen zu dem Versuch einer Wiederbelebung der ursprünglichen Absichten des deutsch-französischen Vertrages<sup>3</sup>. Natürlich erwarte das deutsche Volk von den jetzigen Gesprächen keine Wunder, aber doch konkrete Ergebnisse. Vielleicht sollte man die Unterhaltung mit einem Tour d'horizon einleiten.

General *de Gaulle* bemerkte, er habe mit dem Herrn Bundeskanzler bereits im Wagen über die Nahostfrage gesprochen und gesagt, wie die französische Regierung etwas unterschiedlich von der sogenannten öffentlichen Meinung reagiert habe.<sup>4</sup> Öffentliche Meinung, das heiße Zeitung und Politiker, die zum großen Teil eine elementare Sympathie für Israel mit einer großen Entschlossenheit einer Reihe politischer Parteien zugunsten der Vereinigten Staaten verbunden hätten. Es gebe in Frankreich ja auch eine Voreingenommenheit vieler Leute zugunsten Amerikas, weil dies einfacher und manchmal sogar vorteilhafter erscheine. Die sogenannte öffentliche Meinung sei jedoch nicht gleichzusetzen mit der Meinung der Volksmasse. Die Masse des französischen Volkes habe die Nahostkrise als gefährlich empfunden und stimme mit der Regierung darin überein, daß sie sich auf keine Drohungen oder Unternehmungen einlasse. Der General erinnerte an das, was er dem Herrn Bundeskanzler im Wagen über den Ursprung der Ereignisse gesagt hatte, daß nämlich Israel nur auf die Gelegenheit gewartet habe, um sein Gebiet zu erweitern, und daß die Araber den Israelis diese Gelegenheit ziemlich dumm geboten hätten. Er fuhr fort, er erinnere sich an den letzten Besuch Ben Gurions als Ministerpräsident vor zwei Jahren in Paris. Damals habe Ben Gurion erklärt, Israel habe zwei Millionen Menschen (inzwischen 2,5 Millionen). Es wolle aber vier Millionen

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 14. Juli 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 13./14. Januar 1967 in Paris vgl. Dok. 14-17 und Dok. 19.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706-710.

<sup>4</sup> Am 21. Juni 1967 erklärte die französische Regierung zur Nahost-Krise: „La France a pris position contre la guerre en Orient. Certes, elle tient pour juste que chaque Etat en cause – notamment celui d'Israël – puisse vivre. Elle blâmait donc la menace de la détruire qu'avaient agitée ses voisins, et elle réservait sa position quant à l'hypothèque établie à l'encontre de cet Etat au sujet de la navigation dans le golfe d'Akaba. Mais elle condamne l'ouverture des hostilités par Israël. [...] Aujourd'hui elle ne tient pour acquis aucun des changements réalisés sur le terrain par l'action militaire.“ Vgl. La POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1967, S. 131.

haben. Dafür reiche jedoch das israelische Staatsgebiet nicht aus. Israel habe somit die von den Arabern geschaffene Gelegenheit sofort ausgenutzt. Nunmehr aber werde es endlose Zwistigkeiten mit den Arabern und vielen anderen Ländern geben, denn Israel wolle den Gazastreifen sowie Jerusalem annektieren und gleichzeitig Jordanien den Todesstoß versetzen, denn auf etwas anderes laufe es nicht hinaus, wenn Israel den gesamten Bereich rechts des Jordan für sich beanspruche. Darüber hinaus gebe es Schwierigkeiten mit dem Suezkanal, denn solange die Israelis dort stünden, werde dieser nicht geöffnet.<sup>5</sup> Somit sei der Grundstein für eine Reihe von Schwierigkeiten und Streitigkeiten gelegt. Es habe auch schon Streitereien in der UNO gegeben<sup>6</sup>, die zwar nicht sehr wichtig sei, die aber doch Thema internationalen Zwistes sei. Natürlich hätten die Sowjets für die Araber votiert, weil sie sich getäuscht und geglaubt hätten, die Sache werde lange dauern und einen kleinen Krieg bedeuten. Inzwischen hätten die Sowjets die Araber aufrüsten und die Notwendigkeit schaffen wollen, daß Amerika sich dort stärker engagiert, was für Amerika komplizierend gewirkt hätte. Das seien die Gründe, warum die Sowjets die arabische Politik unterstützt hätten. Er glaube, daß die Sowjets dies jetzt bedauerten und es ihnen leid tue, den französischen Vorschlag nicht angenommen zu haben, daß die vier Botschafter der ständigen Sicherheitsratsmitglieder sich einigten, daß ein Krieg nicht ausbrechen dürfe.<sup>7</sup> Die Russen hätten diesen Vorschlag damals nicht akzeptiert, also sei nichts daraus geworden, und dann hätten die israelischen Operationen eingesetzt. In der Zukunft würden die Sowjets weiterhin den Arabern helfen, ihnen (zwar nicht überaus viel, aber doch eine gewisse Menge) Waffen liefern, und zwar nach Kairo, Damaskus und Algier, sowie versuchen, eine für Rußland günstige sogenannte revolutionäre oder sozialistische Ideologie dort zu verbreiten. Jedenfalls seien die Sowjets in dieser Operation ziemlich engagiert, wenn auch nicht direkt. Amerika habe seinerseits die Seite Israels ergriffen wegen der öffentlichen Meinung, und weil es gesehen habe, daß die Sowjets zugunsten der Araber votierten, so daß es automatisch die andere Seite ergriffen habe. Es habe die israelischen Operationen gedeckt und decke sie auch heute. Amerika werde auch die Israelis nicht zum Rückzug veranlassen. Dies sei eine weitere Komplikation im russisch-amerikanischen Verhältnis. Frankreich sei keineswegs für Rußland voreingenommen, aber es wende sich gegen den Krieg. Deswegen habe die französische Regierung gesagt, daß Israel unrecht habe. Dies sei nicht etwa geschehen, weil Frankreich in irgendeiner Weise an die sowjetische Politik gebunden sei. Rein zufällig habe die Sowjetunion aus andersgearteten Gründen erklärt, Israel sei

<sup>5</sup> Zur Schließung des Suezkanals am 6. Juni 1967 durch das Oberkommando der ägyptischen Streitkräfte vgl. Dok. 207, Anm. 2.

<sup>6</sup> Zur Erörterung der Nahost-Krise in der UNO vgl. Dok. 207.

<sup>7</sup> Zur Erklärung des französischen Ministerrats vom 24. Mai 1967 vgl. Dok. 186, Anm. 10. Am 7. Juni 1967 führte Außenminister Couve de Murville vor der französischen Nationalversammlung dazu aus: „Telle est la position que, dès le 24 mai, le gouvernement a prise publiquement, proposant aux trois autres membres permanents du Conseil de sécurité intéressés au Moyen-Orient de se concerter avec lui pour chercher une issue pacifique à la crise qui se développait. Il ne s'agissait nullement d'organiser de prime abord une conférence spectaculaire, mais bien de discuter entre délégués qualifiés, par exemple nos représentants permanents au Conseil de sécurité, pour commencer à chercher dans un esprit positif, les moyen de réduire la tension, avec l'espoir de pouvoir ensuite entreprendre la discussion des problèmes de fond.“ Vgl. POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1967, S. 112.

im Unrecht. Jedenfalls glaube er, daß die ganze Sache noch auf lange Zeit Schwierigkeiten bereiten werde. Der Konflikt sei zwar kein Weltkrieg, aber er sei bedauerlich und ernst.

General de Gaulle fuhr fort, des weiteren gebe es die Vietnam-Angelegenheit, in die Amerika immer mehr verstrickt werde. Frankreich habe Amerika stets davor gewarnt und gesagt, eine solche Verstrickung sei falsch, Amerika stecke den Fuß in einen Sumpf, aus dem es nicht mehr oder nur sehr schwer herauskommen könne. Eine Lösung für die Vietnamfrage sehe er nicht. Daran sei nichts zu ändern, und im übrigen sei Vietnam eine Angelegenheit der Amerikaner.

Ein weiteres Thema heiße Europa, über das er in Rom<sup>8</sup> mit dem Herrn Bundeskanzler schon gesprochen habe. Die europäischen Ambitionen seien heute sehr bescheiden. Frankreich halte es für vernünftig, den Gemeinsamen Markt zu erhalten, d.h. ihn nicht zu zerstören oder aufzubrechen, mit anderen Worten, ihn so zu erhalten, wie er jetzt sei. Was die politische Seite anbelangt, so glaube Frankreich, daß man vielleicht allmählich in Europa die Gewohnheit entwickeln könne, sich zu treffen und abzustimmen, und zwar vorzugsweise im Verhältnis zu anderen. Frankreich sei folglich für jede Tagung der Art wie in Rom.

England gegenüber habe Frankreich keinerlei organische Vorbehalte, denn die Engländer seien ein großes Volk mit vielen Qualitäten. Frankreich glaube jedoch, daß England, wenn es in seiner derzeitigen wirtschaftlichen, monetären und politischen Gegebenheit in die Gemeinschaft der Sechs eintreten würde, alles verändern würde. Ein solcher Beitritt würde das gesamte von den Sechs erstellte Gebäude von oben bis unten umkrempeln. Man müßte dann eine völlig neue Sache neu anfangen. Den Gemeinsamen Markt könne man nicht behalten und gleichzeitig Länder wie England, Norwegen, Schweden usw. hineinbringen. Eine solche Aufnahme wäre ein völlig anderes Unterfangen. Beschlossen die Sechs eines Tages eine solche neue Operation, und wollten sie den Gemeinsamen Markt durch etwas völlig Neues ersetzen, würde Frankreich dies natürlich prüfen. Eine Aufnahme dieser Länder unter den gegenwärtigen Gegebenheiten sei unvereinbar mit der Erhaltung der Gemeinschaft. Eines Tages werde England sich vielleicht entwickelt haben hinsichtlich seiner Landwirtschaft, des Pfund Sterling, des Commonwealth, Singapurs, Hongkongs usw. Dann sei England wie die Sechs und könne dann vielleicht beitreten. Heute aber sei England anders als wir, und zwar politisch, ernährungsmäßig, wirtschafts- und währungsmäßig. Dies sei Frankreichs Auffassung.

General de Gaulle fuhr fort, er wolle nun noch ein Wort zu Deutschland sagen. Frankreich sei sehr froh, die Einigkeit mit Deutschland gefunden zu haben, die notwendig war und absolut notwendig bleibe. Trennten sich die beiden Länder, so könnte dies schreckliche Konsequenzen haben. Blieben sie aber soweit wie irgend möglich beisammen, dann könne nichts Schreckliches passieren, zumindest nicht in Europa. Dies sei die fundamentale Voraussetzung. Er wolle ganz deutlich sagen, daß Frankreich zu einem besonderen und privilegierten

<sup>8</sup> Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten am 29./30. Mai 1967 in Rom anlässlich des 10. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge vgl. Dok. 197.

Kontakt mit Deutschland bereit sei, einem Kontakt, der stärker und enger sei als mit irgendeinem anderen Land. Es sei dazu sowohl aus Vernunfts- als auch aus Gefühlsgründen bereit, denn es erkenne und schätze den Wert Deutschlands heute unparteiischer ein als einstmals. Es ermesse, wessen Deutschland insbesondere für den Frieden und Fortschritt fähig sei. Auch aus Gefühlsgründen sei Frankreich fest entschlossen, sofern Deutschland dies wolle, in einem herausgehobenen Kontakt mit Deutschland zu bleiben. Natürlich werde es Fragen und Probleme immer geben, und dies lasse sich nicht vermeiden, denn Deutschland sei nicht Frankreich und Frankreich nicht Deutschland. Zwischen diesen beiden Ländern gebe es aber genügend gemeinsame Elemente und Interessen, daß die beiden sich möglichst weitgehend einig sein könnten.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, vielleicht sollte er mit dem letzten Punkt anfangen. Die besondere oder privilegierte Zusammenarbeit sei sehr notwendig, liege im Interesse der beiden Völker und ganz Europas. Dies sei der Ausgangspunkt der deutschen Politik gegenüber Frankreich. Es sei eine glückliche Tatsache, daß diese Politik auf der Grundlage einer echten und dauerhaften Wertschätzung und Sympathie des deutschen Volkes für das französische Volk beruhe. In dieser grundlegenden Meinung bestehe somit Einigkeit. Vielleicht habe gerade die Tatsache, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit eine gewisse Zeit hindurch etwas vernachlässigt worden sei, dazu beigetragen, daß die öffentliche Meinung in Deutschland heute wieder Hoffnung auf diese Zusammenarbeit setze. Damit sei die Basis gegeben. Gewiß bestünden Meinungsverschiedenheiten in einer Reihe von Fragen, die im Januar bereits erörtert worden seien. Er glaube jedoch, daß sogar bei diesen Fragen durch Kontakte und gegenseitige Information noch viel Nützliches getan werden könne. Zunächst einmal habe Deutschland einfach aufgrund seiner eigenen Situation nicht Position in der Vietnamfrage bezogen. Das sei für Frankreich anders, denn Frankreich habe eine lange und schmerzliche Tradition in jenem Bereich, so daß es auch mit mehr Autorität von diesem Thema sprechen könne als Deutschland. Natürlich bedaure Deutschland ebenfalls das Bestehen dieses Konfliktes, und er persönlich sei der Meinung, daß es besser gewesen wäre, wenn es diesen Konflikt nicht gegeben hätte. Er wage jedoch nicht zu sagen, welchen Rat er heute den Amerikanern geben würde, da nunmehr die ganze Sache auch zu einer Prestigefrage geworden sei. Man spüre dies, wenn man mit Leuten aus den Ländern um Vietnam herum rede. Deutschland halte sich somit aus dieser Angelegenheit heraus.

Auch in der Frage des Nahen Ostens liege die deutsche Situation etwas anders. Seit langem habe Deutschland in diesem Bereich keine speziellen Interessen mehr gehabt. In der deutschen Öffentlichkeit bestehe eine Sympathie für Israel, vielleicht weil man die Dinge zu oberflächlich betrachte, sicherlich aber auch wegen der Untaten Hitlers. Über diesen Aspekt der deutschen öffentlichen Meinung sei er froh, denn er habe gezeigt, daß im deutschen Volk sehr viel weniger antijüdisches Ressentiment übriggeblieben sei, als manche gedacht hätten. Dies gelte nicht nur für die Presse, sondern auch in der Bevölkerung herrsche dieselbe Grundstimmung. Die Umfragen hätten eine erstaunlich einhellige Option für Israel ergeben. Diese Stellungnahme sei eher moralisch als politisch geprägt, beinhalte jedoch für Deutschland einen sehr positiven Aspekt. Die Bundesregierung habe von Anfang an ihre Neutralität und Nicht-

einmischung erklärt.<sup>9</sup> Gegenteilige Behauptungen der Sowjets oder der Araber seien einfach unwahr. Natürlich habe man in Deutschland die Entwicklung mit Sorge beobachtet. Er selbst stimme mit de Gaulle überein, daß dieser Konflikt noch lange anhalten und schwelen werde. Seine Sorge sei insbesondere, daß im Verlauf des Konflikts die Sowjetunion sich stärker im Mittelmeer festsetzen könnte, was für Europa nachteilig und eines Tages vielleicht sogar gefährlich wäre. Sicherlich sei es richtig, eine Politik zu betreiben, welche die Araber nicht endgültig von uns wegtriebe. Die Araber müßten das Gefühl haben, daß man deutscherseits interessiert sei an ihrem Wohlergehen und bereit sei, ihnen in ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu helfen. Nun gebe es ja viele arabische Länder, mit denen die Bundesrepublik ja schon vor dem Konflikt keine diplomatischen Beziehungen mehr gehabt habe<sup>10</sup>, er könnte sich deswegen vorstellen, daß eine kluge Zusammenarbeit der beiden Regierungen und der beiden Diplomaten zu guten Ergebnissen führen könnte. Deutschland wolle beitragen, daß der Konflikt möglichst wenig Schaden anrichte. In der deutschen öffentlichen Meinung sei die Haltung de Gaulles vielfach nicht verstanden worden aufgrund des moralischen Engagements der Bevölkerung. Er glaube jedoch, daß sich dies im Laufe der Zeit korrigieren lassen werde. Es sei der Wille seiner Regierung, sobald wie möglich mit den arabischen Staaten wieder normale Beziehungen zu haben. Vielleicht könne man prüfen, ob die beiden Länder gemeinsam etwas zur Konsolidierung der Situation beitragen könnten.

Der Herr Bundeskanzler fuhr zur europäischen Frage fort, General de Gaulle wisse, daß die deutsche öffentliche Meinung zugunsten des Beitritts Englands und anderer Staaten eingestellt sei. Die Motive dafür seien doppelter Art. Sie seien zunächst einmal wirtschaftlicher Natur, da die Bundesrepublik ihre Exportüberschüsse im EFTA-Raum erziele. Das Ergebnis der Kennedy-Runde habe zwar etwas geholfen, dennoch sei das Interesse der deutschen Industrie sehr stark auf einen britischen Beitritt gerichtet. Aus Industriekreisen werde der Bundesregierung oft gesagt, was die Landwirtschaftsfrage für Frankreich, sei Großbritannien für Deutschland. Das zweite, etwas naive Motiv sei politischer Natur und laute, daß Europa größer sein müsse und stärker, wenn es eine wirkliche Rolle spielen wolle. Die Sechs reichten dazu nicht aus. Schließlich komme noch eine gefühlsmäßige Stimmung in der Bevölkerung hinzu, warum man denn England draußen halten wolle, wenn es herein möchte. Es handle sich dabei um eine nicht reflektierte Position. Er selbst habe stets die Haltung eingenommen, daß die Argumente Frankreichs respektiert werden müssen, mit anderen Worten, daß man nicht darüber zur Tagesordnung übergehen oder einen Schock provozieren dürfe. Diese französische Haltung, wenn andere und insbesondere England zur Gemeinschaft hinzutreten, würde die Gemeinschaft etwas völlig anderes, habe er zu respektieren versucht und deswegen in Rom dafür plädiert, daß in dem Verfahren des Rom-Vertrages<sup>11</sup> dieser Frage beson-

<sup>9</sup> Zu den Erklärungen des Bundeskanzlers Kiesinger und des Bundesministers Brandt am 7. Juni 1967 vor dem Bundestag vgl. Dok. 217, Anm. 7.

<sup>10</sup> Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen im Mai 1965 durch die Mehrzahl der arabischen Staaten vgl. Dok. 15, Anm. 42.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

dere Aufmerksamkeit gewidmet werde. Er stehe unter dem Eindruck, daß die europäische öffentliche Meinung mit Ausnahme Frankreichs in dieser Frage sehr entschlossen sei. Er habe auch den Eindruck, daß die italienische Regierung und die italienischen Parteien (insbesondere Saragat) sehr stark auf einen britischen Beitritt drängten. Deswegen meine er, daß man im Augenblick das eingeleitete Verfahren<sup>12</sup> fortsetzen solle. Anfang September werde die Kommission zu dieser Frage berichten, worauf es dann eine Diskussion mit den Ministern im Oktober geben werde.<sup>13</sup> Er hielte es für nützlich, wenn diese Diskussion sich mit konkreten Problemen befassen würde. Wenn man dies ernsthaft tue, werde es einige Zeit dauern. Die Englandfrage sei für die Bundesregierung eine große Schwierigkeit, und zwar nicht nur wegen der öffentlichen Meinung, sondern wegen der Grundstimmung im Parlament, die mehr oder weniger reflektiert sei, jedenfalls aber einen britischen Beitritt wünsche. Er persönlich bringe den Argumenten de Gaulles viel mehr Verständnis entgegen, als die meisten seiner Landsleute, denn die Gemeinschaft würde natürlich den Kern für eine langsame Entwicklung des europäischen Zusammenlebens bilden, und dies viel mehr als ein sehr großer Gemeinsamer Markt oder eine solche Freihandelszone. Dennoch sei das Problem sehr schwierig. Er meine, daß man im Laufe des Jahres das Verfahren wie begonnen fortsetzen sollte. Des weiteren sollten Deutschland und Frankreich in Kontakt bleiben.

Hinsichtlich der politischen Besprechungen zwischen den Sechs werde die Bundesregierung versuchen, mit den anderen Regierungen, insbesondere Italien, in Kontakt zu treten, um zu sehen, daß bis Ende dieses Jahres noch eine Gipfelkonferenz, möglicherweise in Luxemburg<sup>14</sup>, stattfinde.

Des weiteren befasse sich die Bundesregierung mit der Frage, wie man für die spezielle und privilegierte Zusammenarbeit der beiden Länder das Instrumentarium verbessern könne, damit man mehr Bescheid voneinander wisse und somit eine Reihe von Dingen korrigieren könne. Als Beispiel nenne er die Haltung Frankreichs in der Vietnam- und Nahostfrage. Durch eine richtige Presse- und Informationspolitik lasse sich manches tun. Selbst wenn es unterschiedliche Meinungen in einzelnen Punkten gebe, sei es immer möglich, die Meinung des anderen freundschaftlich zu interpretieren. Dies sei für ihn von großem Wert, weil er das Vertrauen des deutschen Volkes auf Frankreich und

<sup>12</sup> Auf der gemeinsamen Tagung des EG-Ministerrats und der EG-Kommission am 10. Juli 1967 in Brüssel wurde über die Anträge Großbritanniens, Irlands und Dänemarks auf Aufnahme in die EG beraten. In Gegensatz zu seinen fünf Kollegen äußerte sich der französische Außenminister ablehnend zu einer Erweiterung der Gemeinschaften und insbesondere zu einer Teilnahme Großbritanniens. Nach Ansicht von Couve de Murville werde ein solcher Schritt u. a. eine Verschärfung der Spannung zwischen Ost und West zur Folge haben. Darüber hinaus seien Strukturprobleme zu erwarten, wie etwa Schwierigkeiten bei der Steuerharmonisierung, in Währungsfragen und der Agrarpolitik. Bundesminister Brandt hob dagegen hervor, daß alle mit einer Erweiterung der Gemeinschaften verbundenen Probleme lösbar seien und die Vorteile letztlich überwögen. Abschließend bat der Ministerrat die Kommission um Prüfung der Konsequenzen eines Beitritts der drei Staaten auf die Europäischen Gemeinschaften und um eine Stellungnahme bis September 1967. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1294 des Botschafters Sachs, Brüssel (EG), vom 11. Juli 1967 sowie den Runderlaß Nr. 2550 des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 13. Juli 1967; Referat I A 2, Bd. 1512.

<sup>13</sup> Zur Tagung des EG-Ministerrats am 2./3. Oktober 1967 in Luxemburg vgl. Dok. 338.

<sup>14</sup> Zu den Bemühungen der Bundesregierung um eine weitere Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 327.



insbesondere den hohen Respekt und die Sympathie für de Gaulle persönlich kräftigen wolle. Er hielte es daher für gut, rechtzeitig Kontakt zu pflegen und die Meinungen zu vergleichen. Vielleicht könnten die Außenminister noch genauer untersuchen, wie das Instrumentarium der Kontakte, Konsultationen und Informationen verbessert werden könne. Man habe sich deutscherseits auch gefragt, ob für plötzlich eintretende Ereignisse ein Verfahren schneller Ad-hoc-Konsultationen eingerichtet werden sollte, damit die gegenseitigen Positionen geklärt und möglichst harmonisiert werden könnten, selbst wenn zu dem betreffenden Zeitpunkt nicht gerade ein vertragsmäßig vorgesehenes Treffen stattfinde. Er habe soeben das Beispiel der arabischen Welt genannt. Er halte es für nützlich, wenn die französische Politik die arabische Welt im Auge behalte, damit man sich die Araber nicht entfremde. Dieser Gedanke beschäftige auch die Bundesregierung.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, die Bundesregierung denke auch an die Einrichtung einer Koordination der Arbeit der zahlreichen Ressorts. Es gebe schon Kommissionen auf niedriger Ebene<sup>15</sup>, jedoch erhebe sich die Frage, ob es nicht notwendig sei, jemanden auf höherer Ebene oder ein kleines Komitee mit der Koordinierung der Zusammenarbeit zu betrauen, wobei die betreffende Institution gleichzeitig Motor sein könnte. Deutscherseits wäre man zu einer solchen Institution bereit.<sup>16</sup>

In der Ostpolitik bestehe wohl Einigkeit. Deutschland wolle wie Frankreich durch geduldige und langfristig angelegte Arbeit zu einer Verringerung des Gegensatzes und vielleicht eines Tages zu seiner Überwindung beitragen. Er sei, wie de Gaulle, überzeugt, daß nach Lage der Dinge in der Welt man heute eine sowjetische Aggression in Europa nicht zu befürchten brauchte. Zwar hätten die Sowjets ihre militärischen Streitkräfte nicht verringert, während der Westen ständig seine Stärke reduziere. Natürlich müsse man mit der Tatsache des Vorhandenseins dieser zahlreichen Divisionen – ganz abgesehen von der Nuklearmacht – rechnen. Deutschland versuche seine Beziehungen mit den Ostländern zu normalisieren. Wenn er richtig unterrichtet sei, habe es bei den Gesprächen Pompidous in Moskau<sup>17</sup> einen Streit über Formulierungen gegeben, ob die Priorität der Anerkennung der Grenzen und Staaten zukomme oder ob sie der Normalisierung der Beziehungen gelten soll. Die französische Auffassung habe dabei gesiegt, daß nämlich die Normalisierung nicht abhängig

<sup>15</sup> Seit 1963 bestand eine „Interministerielle Kommission der Bundesregierung für die deutsch-französische Zusammenarbeit“, die alle drei Monate zusammentrat und der Bundesregierung einen jährlichen Bericht vorlegte. Zum Berichtszeitraum 1967 vgl. Referat I A 1, Bd. 700.

<sup>16</sup> Zur möglichen Ernennung eines Koordinationsbeauftragten sprach sich Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg mit Aufzeichnung vom 17. Juli 1967 dafür aus, daß ein „hochrangiger Beamter des Auswärtigen Dienstes, der nicht mehr im aktiven Dienst steht“, mit dieser Aufgabe betraut werde. Er riet davon ab, einen der leitenden Beamten des Auswärtigen Amtes zu ernennen, da der Koordinator imstande sein müsse, „sich seiner Aufgabe sehr eingehend, möglichst ohne anderweitige Belastungen, zu widmen“. Bundesminister Brandt vermerkte dazu handschriftlich: „Hiervon bin ich nicht überzeugt. Man kann es so machen, aber auch anders.“ Am 25. Juli 1967 teilte Meyer-Lindenberg dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, de Beaumarchais, mit, „der Herr Minister neige, was die deutsche Seite betrifft, dazu, daß einer der leitenden Herren im Auswärtigen Amt Beauftragter wird“. Vgl. Referat I A 1, Bd. 722.  
Vgl. dazu weiter Dok. 349, Anm. 10.

<sup>17</sup> Zum Aufenthalt des französischen Ministerpräsidenten vom 3. bis 8. Juli 1967 in der UdSSR vgl. Dok. 262.

sein dürfe von einer vorherigen Anerkennung der Grenzen und Staaten. Dies sei eine wertvolle Unterstützung der deutschen Position. Er wisse, daß viele Ostländer eine Normalisierung wünschten, jedoch von anderer Seite unter starken Druck gesetzt würden. Man müsse also geduldig vorgehen. Dennoch zweifle er nicht daran, daß man eines Tages vorankommen könne, wobei mit einigen Ländern unmittelbare diplomatische Beziehungen aufgenommen werden könnten, während in anderen Fällen umfangreiche Handelsvertretungen mit starken konsularischen Aufgaben vorzusehen wären. Ein Anfang sei mit Rumänien gemacht<sup>18</sup>, das allerdings vom sowjetischen Standpunkt her nicht gerade ein vorteilhaftes Objekt gewesen sei, denn Rumänien sei das unabhängigste Land und habe sogar einen Flirt mit China, der Moskau ziemlich alarmiert habe. Die Bundesregierung versuche Moskau klarzumachen, daß es den deutschen Interessen zuwiderliefe, wenn Deutschland versuche, die europäischen Nachbarn gegen Moskau auszuspielen, denn man wisse in Deutschland nur zu gut, daß die Lösung der deutschen Frage nur gemeinsam mit Moskau erfolgen könne. Hier glaube er, daß die Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs auf die Dauer zum Erfolg führen könne. Er habe auch gedacht, daß eine gemeinsame deutsch-französische Ausstellung den Völkern im Osten zeigen könnte, was in Europa vor sich gehe. Es würde ihnen damit klargemacht, daß in der Welt schon noch Entwicklungen möglich seien, denn Deutschland und Frankreich, die sich so lange bekriegt hätten, seien heute Freunde. Sicherlich sei dies keine sehr große Sache, hätte aber vielleicht doch psychologisch und politisch eine gewisse Wirkung.

Der Herr Bundeskanzler sagte dann, das Verhältnis zu Amerika und zur NATO sei bereits im Januar besprochen worden. Hieran habe sich prinzipiell nichts geändert. Deutschland halte auch heute noch die Anwesenheit alliierter Truppen für seinen besten Schutz. Natürlich stimme andererseits Deutschland mit Frankreich in dem Ziel überein, gemeinsam alles zu tun, damit Europa eines Tages unabhängig sei.

Zur Vertiefung der deutsch-französischen Zusammenarbeit sagte General *de Gaulle*, die beiden Länder könnten etwas zwischen sich einrichten, was bereits im Fouchet-Plan für die Sechs vorgesehen gewesen sei, wo Personen ständig mit der Aufrechterhaltung des Kontaktes beauftragt worden seien. Man könne dies ohne weiteres prüfen. (In der Plenarsitzung<sup>19</sup> berichtigte sich *de Gaulle* dahingehend, daß eine solche Einrichtung nicht im Fouchet-Plan, sondern im deutsch-französischen Vertrag vorgesehen sei.)

Den Gedanken einer gemeinsamen deutsch-französischen Ausstellung bezeichnete der General als gut, fügte jedoch hinzu, daß er sich sehr leicht verwirklichen ließe, wenn es gemeinsame deutsch-französische Firmen gebe. Leider sei dieser Punkt noch nicht erreicht. Es sei eigentlich erstaunlich, daß es noch nicht gelungen sei, Industriefirmen aus Deutschland und Frankreich im Bereich der Erzeugung, des Handels und der Landwirtschaft zu assoziieren. Natürlich könnten in einer Ausstellung, wie der Herr Bundeskanzler sie vorsehe, auch parallel Produkte der beiden Länder gezeigt werden.

<sup>18</sup> Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen am 31. Januar 1967 vgl. Dok. 39.

<sup>19</sup> Für die Regierungsbesprechung vom 13. Juli 1967 vgl. Dok. 264.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er beabsichtige, eine deutsch-französische Kommission für die Industrie vorzuschlagen, in der auch die Industrie selbst vertreten wäre und der außerdem ein Minister oder Staatssekretär angehören würde.<sup>20</sup>

General *de Gaulle* bemerkte, einem solchen Vorschlag könne er wahrscheinlich zustimmen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er habe noch weitere Vorschläge im Auge, doch sollten vielleicht vorher die Außenminister<sup>21</sup> darüber sprechen. In Deutschland habe man außer der Industriekommission auch an eine technologische Kommission<sup>22</sup> gedacht. Nach anfänglichen Ressortschwierigkeiten sei nunmehr intern vereinbart, daß der Wissenschaftsminister<sup>23</sup> ausschließlich dafür zuständig sein solle.

General *de Gaulle* bezeichnet diesen Gedanken als gut.

Zur militärischen Zusammenarbeit bemerkte der Herr *Bundeskanzler*, er habe festgestellt, daß einige im Januar bereits gehegte Gedanken noch nicht realisiert worden seien. Es sei jedoch vielleicht besser, zunächst die beiden betroffenen Minister zu hören.<sup>24</sup> Man habe auch an einen gemeinsamen Ausschuß gedacht, doch scheine es, daß beide Verteidigungsminister einen solchen Ausschuß nicht für notwendig erachtet hätten.

General *de Gaulle* sagte, die Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet sei wohl schwieriger. De Gaulle kam dann auf die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers zur Ostpolitik zu sprechen. Natürlich bleibe diese Politik ausschließlich deutsche Zuständigkeit, aber er erlaube sich den Hinweis, daß der Tag kommen werde, an dem Deutschland, wenn es wirklich etwas mit dem Osten machen wolle, notwendigerweise selbst eine Entscheidung in der Grenzfrage

<sup>20</sup> Zu diesem Vorschlag stellte Vortragender Legationsrat Hermes am 24. Juli 1967 fest: „Die Überlegungen im Bundesministerium für Wirtschaft sind noch nicht sehr weit gediehen. Eine Idee ist, unter dem Dach Schiller-Debré verschiedene Arbeitsgruppen zu konstituieren [...] Da Bundesminister Schiller, wie das BMWi richtig feststellt, kein ‚Superminister‘ im wirtschaftlichen Bereich ist, müßten die in Frage kommenden anderen Ressorts erst zustimmen. In dieser Hinsicht ist aber bis jetzt noch nichts unternommen worden. Aber fast noch mehr als Organisation und Zuständigkeit der Arbeitsgruppen macht dem BMWi die Suche nach geeigneten Aufgaben und Gegenständen zu schaffen. Hier besteht noch ziemliche Ratlosigkeit.“ Hermes erwähnte weiter die Überlegung, eine Gemischte Industriekommission einzurichten, der Vertreter der interessierten Wirtschaftskreise und -verbände angehören sollten, doch auch in diesem Zusammenhang sei noch keine Initiative ergriffen worden. Da jedoch die „Industriezusammenarbeit nach deutschem Urteil schon jetzt gut“ vonstatten gehe, solle die Weiterbehandlung dieser Frage erst „bei der nächsten Konsultation zwischen Bundesminister Schiller und Minister Debré im September oder Oktober in Aussicht“ genommen werden. Vgl. Referat I A 1, Bd. 722.

Zur Einrichtung des deutsch-französischen Ausschusses für wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit vgl. die deutsch-französische Regierungsbesprechung vom 16. Februar 1968; AAPD 1968.

<sup>21</sup> Willy Brandt und Maurice Couve de Murville.

<sup>22</sup> Auf der deutsch-französischen Regierungsbesprechung am 14. Januar 1967 in Paris wurde beschlossen, die Möglichkeit einer engeren Zusammenarbeit auf technologischem Gebiet zu erkunden. Vgl. dazu Dok. 19, besonders Anm. 25.

<sup>23</sup> Gerhard Stoltenberg.

<sup>24</sup> Zu den Gesprächen zwischen Bundesminister Schröder und dem französischen Verteidigungsminister Messmer im Rahmen der deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vgl. Dok. 264.

treffen müsse. Er werde ja im Herbst nach Polen reisen<sup>25</sup>, und dort werde zweifellos diese Frage gestellt werden. Er sei sicher, daß eine Regelung der Grenzfrage durch Deutschland einen ungeheuren Effekt in Ländern wie Polen haben würde.

Zum Atomsperrvertrag erklärte General de Gaulle, Frankreich mische sich in diese Angelegenheit in keiner Weise ein, ohne daß dies bedeute, daß Frankreich etwa einen solchen Vertrag an sich ablehne. Was Deutschland anbelange, so brauche Frankreich seinerseits einen solchen Vertrag nicht. Deutschland habe sein Wort gegeben<sup>26</sup>, und Frankreich vertraue diesem Wort. Dieses Wort sei für Frankreich ausreichende Garantie. Andererseits wolle er lediglich sagen, daß Frankreich gegen den Vertrag selbst nichts einzuwenden habe, es wolle jedoch seinerseits nicht Stellung nehmen dazu. Es wolle nicht Stellung nehmen, weil es erstens für Frankreich kein ausreichender Grund sei, mit etwas einverstanden zu sein, nur weil Rußland und Amerika sich darin einig seien. Zum zweiten wolle es weder positiv noch negativ zum Vertrag Stellung nehmen aus Rücksicht auf Deutschland. Es vertraue Deutschland und wolle sich an nichts beteiligen, was die freie deutsche Entscheidung in irgendeiner Weise beeinträchtige.

Der Herr *Bundeskanzler* verwies darauf, daß es hinsichtlich der politischen deutschen Absichten in der Frage der Nuklearwaffen keinerlei Zweifel geben könne. Deutschland habe sein Wort gegeben und werde es halten. Im übrigen sei Deutschland realistisch genug, um die Situation richtig einzuschätzen. Auch im Zusammenhang des deutsch-französischen Verhältnisses wisse man in Deutschland, wie wichtig die deutsche Haltung sei.

Zur Grenzfrage, die bereits im Januar besprochen worden sei, wolle er sagen, daß er selbst in seiner Regierungserklärung einen oder sogar zwei Schritte weitergegangen sei als die Vorgänger-Regierungen. Er habe den Polen die versöhnende Formel gegeben, daß Deutschland in einem Friedensvertrag eine Lösung wolle, welche für beide Völker annehmbar sei.<sup>27</sup> Dies sei ein Schritt vorwärts gewesen. Beachtlich sei in diesem Zusammenhang, daß die Vertriebenenverbände nicht rebelliert hätten. Ein zweiter Punkt sei das Münchener Abkommen<sup>28</sup>. Man könne deutscherseits nicht sagen, daß dieses Abkommen von Anfang an null und nichtig gewesen sei. Eine solche Feststellung wäre Aufgabe eines internationalen Gerichtshofes. Es habe ja viele Verträge gegeben, die unter Druck geschlossen worden und dennoch gültig gewesen seien. Eine Null- undnichtigklärung hätte unangenehme Folgen für die Sudetendeutschen. Er habe aber ganz klar gemacht, daß Deutschland sich nicht politisch auf die Münchener Abkommen berufen werde. Er glaube, auf diese Weise mit der Tschechoslowakei zurechtkommen zu können. Natürlich habe man auch deutscherseits die Grenzfrage im Auge, und er glaube, daß es nur sehr, sehr wenig Leute in Deutschland gebe, die sich vorstellten, daß man einfach abwarten

<sup>25</sup> Zum Aufenthalt des französischen Staatspräsidenten vom 6. bis 12. September 1967 in Polen vgl. Dok. 315 und Dok. 319.

<sup>26</sup> Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 4, Anm. 24.

<sup>27</sup> Für den entsprechenden Passus der Erklärung vom 13. Dezember 1966 vgl. Dok. 14, Anm. 16.

<sup>28</sup> Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

könne und daß dann ein Wunder geschehen werde, oder daß man ohne Berücksichtigung der tatsächlichen Situation schlechthin eine Wiederherstellung der alten Zustände erhoffen könne. Dennoch sei dieses Problem ernst und schwierig für das deutsche Volk. Seine eigene Regierung sei hier in einer noch schwierigeren Situation, als es de Gaulle gewesen sei bei seiner großen Entscheidung hinsichtlich Algeriens. De Gaulle habe diese Entscheidung treffen können, da er eine ungeheure Autorität besessen habe wegen seines Lebenswerks für Frankreich. Nach deutscher Auffassung hätte niemand außer de Gaulle eine solche Entscheidung treffen können. Für Deutschland sei eine Entscheidung in der Grenzfrage jedoch noch schwieriger, da diese Gebiete noch enger mit Deutschland verbunden seien, als es Algerien mit Frankreich gewesen sei, obgleich Algerien ja niemals als überseeisches Gebiet gezählt habe. Er gebe zu, daß ein Punkt die Dinge etwas erleichtere, weil es sich nämlich nicht mehr um Menschen drehe, also nicht dasselbe Gewicht dieser Angelegenheit innewohne, wie der Frage der Wiedervereinigung, wo es um 18 Millionen Landsleute gehe. Solange keine Lösung der Wiedervereinigungsfrage sichtbar sei, könnte ein endgültiges Nachgeben in der Grenzfrage sogar gefährlich sein. Sicherlich wäre der Eindruck einer solchen Konzession groß, doch glaube er nicht, daß sie die Bereitschaft etwa Polens zur Unterstützung der Wiedervereinigung steigern würde.

General *de Gaulle* erwiderte, er verstehe, daß es sich hier um eine vielschichtige Situation handle. Wenn er zu dieser Frage seine Meinung zu äußern sich erlaube, dann nur, weil der Herr Bundeskanzler selbst davon gesprochen habe. Das Verhältnis mit dem Osten sei eine ungeheuer große Angelegenheit. Je länger es dauere, desto weniger erträglich werde die Tatsache, daß es zwischen einem weiteren Europa keine Interkommunikation gebe. Natürlich könne es sich nicht um eine Frage der Regimes handeln, sondern um praktische Beziehungen. Der Herr Bundeskanzler habe von Algerien gesprochen. Diese Frage sei für Frankreich grausam gewesen. Er selbst hätte seine Entscheidung niemals treffen können, wenn nicht das französische Volk selbst allmählich zu der eigenen Einsicht gekommen wäre, daß es vorteilhafter sei, Algerien fahren zu lassen, als die Lage einfach weiterdauern zu lassen. Vielleicht setze sich ganz langsam in Deutschland auch die Einschätzung durch, daß das Interesse an einer Neuorientierung wachse und daß es somit letztlich darum gehe, zwischen zwei Dingen zu wählen.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß erst die europäische Entwicklung etwas weitergegangen sein müsse, ehe eine deutsche Regierung eine Entscheidung treffen könne. Er habe bereits eine Geste gemacht, ohne jedoch absolut Position beziehen zu können. Die Sache werde schwierig bleiben bis zu dem Zeitpunkt, wo man über alle Fragen zusammen sprechen könne. Der Unterschied zu Algerien bestehe darin, daß es sich im Falle Algeriens nicht um zwei parallele Probleme gehandelt habe, nämlich Grenzfrage und Wiedervereinigung. Zunächst sei überhaupt sehr umstritten, ob eine Bonner Regierung in der Grenzfrage eine Entscheidung treffen könne, da theoretisch die Anerkennung der Grenzen und irgendwelche Verzichtserklärungen nur von einer gesamtdeutschen Regierung erfolgen könnten. Es bestehe die große Gefahr, daß bei einer Vorleistung in der Grenzfrage die Haltung der anderen Seite in der Wiedervereinigung sofort noch intransigenter werde. Er wisse, daß die

Grenzfrage zu den großen Problemen gehöre, denen die Bundesrepublik gegenüberstehe. Er sei dankbar für die Ausführungen des Generals, denn wenn Deutschland und Frankreich eine vertrauensvolle gemeinsame Politik betreiben wollten, sei es notwendig, über derartige Fragen zu sprechen.

General *de Gaulle* unterstrich, daß Deutschland insbesondere im wirtschaftlichen Bereich, aber auch allgemein, sehr Beträchtliches besitze gegenüber der Welt und Ausschlaggebendes unter dem europäischen Gesichtswinkel. In der Perspektive einer eben entwickelten Ostpolitik habe Deutschland sehr viele Möglichkeiten.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, seine Regierung, die jetzt acht Monate im Amt sei, habe zahlreiche Probleme insbesondere häuslicher Art vorgefunden. Die Finanzen seien immer noch in Unordnung. Das Ende der Rezessionen sei noch nicht abzusehen, was natürlich Sorgen bereite. Auch die große Koalition sei ein neues Experiment, die man sehr sorgfältig handhaben müsse, denn wenn zwei Parteien in die Regierung kämen, die sich 20 Jahre lang bekämpft hätten, so sei dies eine schwierige Situation. Der Herr *Bundeskanzler* schloß daran noch längere Betrachtungen über die große Koalition an, von der er sagte, daß sie in der Führungsgruppe sehr gut funktioniere. Er bemerkte, die Frage, wie stark diese Regierung und Koalition für eine so säkulare Entscheidung wie die Grenzfrage sei, sei offen.

General *de Gaulle* führte aus, von außen her gesehen bestehe kein Anlaß zu der Auffassung, daß die derzeitige deutsche Wirtschaftslage (und vielleicht auch die französische) von Dauer sein werde. Es sehe eher so aus, als müsse man eine schwierige Periode einfach durchstehen. Frankreich sei nicht der Meinung, daß die deutsche Wirtschaftslage erschüttert sei. Wiederum von außen gesehen, stelle sich die deutsche politische Situation so dar, daß Deutschland nach französischer Auffassung heute die bestmögliche Regierung habe. Die große Koalition sei im Augenblick notwendig, und sie funktioniere ja. Darüber hinaus wolle er ohne Schmeichelei ganz klar sagen, daß man auch den Eindruck habe, daß der *Bundeskanzler* wirklich auch der *Bundeskanzler* sei.

Der Herr *Bundeskanzler* machte dann Ausführungen über die gute Zusammenarbeit mit seinem Außenminister.

General *de Gaulle* bemerkte zur Zusammenarbeit der beiden Länder, das drängendste Thema sei die Solidarität gegenüber anderen. Im Augenblick schlage sich dies nieder in der Währungsfrage.<sup>29</sup> Wenn in dieser Frage die beiden Länder solidarisch bleiben könnten, sei sehr viel erreicht.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er sei zwar kein Sachverständiger auf diesem Gebiet, da ihm aber auch der amerikanische Präsident<sup>30</sup> diese Frage sehr ans Herz gelegt habe, habe er versucht, sich in die Materie einzuarbeiten, und er sei ziemlich optimistisch und halte es für möglich, einen Weg zu finden, der zwar Amerika nicht zufriedenstellen werde, der aber doch zu einer Lösung führen könne. In der Frage der Schaffung von Kreditmöglichkeiten mit Ziehungsrechten und der sehr wichtigen Verpflichtung zur Rückzahlung könne sich Europa wohl einigen, und Amerika müsse da dann mitmachen.

<sup>29</sup> Zur Frage der Liquiditätsschöpfung vgl. Dok. 264, besonders Anm. 23.

<sup>30</sup> Lyndon B. Johnson.

Das Gespräch wurde um 17.30 Uhr in Anwesenheit von Premierminister Pompidou, Außenminister Brandt und Couve de Murville fortgesetzt.<sup>31</sup>

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 24

## 262

### Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Ministerpräsident Pompidou

Z A 5-96.A/67 geheim

12. Juli 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler empfing am 12. Juli 1967, um 18.20 Uhr, den französischen Premierminister, Herrn Pompidou, zu einem Gespräch unter vier Augen.

Der *Bundeskanzler* hieß seinen Gesprächspartner noch einmal auf das herzlichste willkommen und führte aus, er freue sich, Gespräche dieser Art, die der Festigung der Verbundenheit zwischen dem französischen und dem deutschen Volk dienen, führen zu können. Er habe in der vorangegangenen Sitzung mit den Außenministern<sup>2</sup> bereits dargelegt, was er mit General de Gaulle besprochen habe. Er sei dem Herrn Premierminister sehr dankbar, wenn dieser über die Eindrücke berichten wollte, die er bei seiner Reise nach Moskau<sup>3</sup> gewonnen habe.

Premierminister *Pompidou* erklärte, er sei gern dazu bereit. Bekanntlich sei diese Reise seit langem geplant gewesen, nachdem General de Gaulle in Rußland<sup>4</sup> und Herr Kossygin in Paris<sup>5</sup> gewesen sei. Es sei seine erste Reise nach Rußland und sein erster Eindruck sei der gewesen, daß das russische Volk eine

<sup>31</sup> Diese Unterredung diene im wesentlichen der inhaltlichen Zusammenfassung des vorangegangenen Gesprächs unter vier Augen zwischen Bundeskanzler Kiesinger und Staatspräsident de Gaulle. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 24; B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Merten gefertigt.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 261, Anm. 31.

<sup>3</sup> Ministerpräsident Pompidou und der französische Außenminister Couve de Murville hielten sich vom 3. bis 8. Juli 1967 in der UdSSR auf. Zum Communiqué vom 8. Juli 1967 vgl. Dok. 274, Anm. 9.

<sup>4</sup> Zum Besuch des Staatspräsidenten de Gaulle und des französischen Außenministers Couve de Murville vom 20. Juni bis 1. Juli 1966 in der UdSSR vgl. AAPD 1966, II, Dok. 204.

<sup>5</sup> Der sowjetische Ministerpräsident besuchte vom 1. bis 9. Dezember 1966 Frankreich. Vgl. dazu AAPD 1966, II, Dok. 398.

Kossygin legte darüber hinaus am 16. Juni und am 1. Juli 1967, auf dem Weg zur und von der UNO-Generalversammlung in New York, in Paris kurze Zwischenaufenthalte ein und traf sich bei beiden Gelegenheiten mit dem französischen Staatspräsidenten. Zum Gespräch mit de Gaulle am 16. Juni 1967 vgl. Dok. 229, Anm. 4.

Am 1. Juli 1967 sprachen de Gaulle und Kossygin nach Auskunft des Generalsekretärs im französischen Außenministerium, Alphand, vor allem über die Nahost-Krise, den Krieg in Vietnam und das geplante Nichtverbreitungsabkommen. Botschafter Klaiber, Paris, betonte, daß „Europafragen“ nicht zur Diskussion gestanden hätten und die Ergebnisse der Unterredung „recht bescheiden“ gewesen seien. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1243 vom 3. Juli 1967; VS-Bd. 4248 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

enorme Masse darstelle, das Stolz auf seine Stärke, aber auch Unsicherheit in gewissen Dingen zeige. Der Mechanismus der Regierung sei ihm sehr schwerfällig vorgekommen. Wenn es sich darum handle, in der Landwirtschaft, im Bauwesen oder Industrie bestimmte Vorstellungen zu verwirklichen, zeige sich diese Schwerfälligkeit in besonderer Weise. Hingegen erziele man in Bereichen, die man für besonders wichtig halte, wie z.B. der Raumfahrt, immer wieder erstaunliche Ergebnisse. Die Russen verfügten über eine gewaltige technische Elite, die ständig bemerkenswerte Leistungen vollbrächte. Die Regierung bestünde zum überwiegenden Teil aus Ingenieuren und Technokraten. Erwähnenswert sei, daß auch die Ehefrauen bekannter Politiker, wie z.B. Frau Breschnew und Frau Gromyko, den Ingenieurtitel führten.

Das Land sei im starken Ausmaß auf die innere Entwicklung ausgerichtet. Erste Ansätze dazu zeigten sich, wenn auch noch in primitiven Formen, ebenfalls in der Förderung des privaten Verbrauchs. Er erinnere an die mit Fiat und Renault getroffenen Abkommen zum Ausbau der Automobilindustrie. Es herrsche ziemlich viel Verkehr auf den russischen Straßen; er habe in einer Entfernung von 120 km von Moskau noch sehr viel LKW-Verkehr festgestellt. Man sehe aber auch immer mehr Privatwagen. Dies halte er für wichtig, weil ein Regime wie das sowjetische durch den Individualismus und die Unordnung, die der Erwerb und die Benutzung von Privatwagen nun einmal mit sich brächten, leicht ein bißchen erschüttert werden könnte. Individualistische Unordnung habe so manchmal auch gesunde Seiten.

Was seine Gespräche mit den sowjetischen Politikern anbelange, stünde er unter dem Eindruck, daß die Herren Kossygin und Breschnew die gleiche Sprache sprächen, jeweils das gleiche, wenn auch in unterschiedlicher Tonart, vorträgen. Seine Gesprächspartner hätten sich über die Nahostkrise sehr besorgt gezeigt. Diese Krise habe Verwirrung in die russische Politik gebracht. Sowjetrußland sei zu groß, um sich aus solchen Ereignissen heraushalten zu können, habe jedoch große Schwierigkeiten, die eigene politische Haltung dazu zu definieren. Der russische Staatspräsident Podgornyj sei gerade von seiner Reise nach Damaskus und Kairo<sup>6</sup> zurückgekehrt, einer Reise, die offensichtlich dem Zweck diene, die Araber zu beruhigen und sie dazu zu veranlassen, einer Kompromißformel in der UNO zuzustimmen, damit die anberaumte Vollversammlung<sup>7</sup> nicht ohne jeden Erfolg ende. Podgornyj habe wohl auch versucht, die Araber dafür zu gewinnen, die Existenz Israels anzuerkennen und den Seeverkehr im Golf von Akaba nicht zu behindern.

Er habe auch das Vietnam-Problem berührt, allerdings nichts Neues darüber erfahren. Wie man wisse, sei die französische Auffassung in dieser Frage sehr nahe bei der russischen.

Das Thema Europa sei ebenfalls angeschnitten worden, wenngleich die russischen Gesprächspartner sich dazu nur in vagen Formulierungen geäußert hätten. Die Herren Kossygin und Breschnew hätten sehr stark die Erfordernis einer französisch-sowjetischen Annäherung im Interesse der europäischen Si-

<sup>6</sup> Der Vorsitzende des Obersten Sowjet der UdSSR besuchte vom 21. bis 24. Juni 1967 die VAR und vom 1. bis 3. Juli 1967 Syrien.

<sup>7</sup> Die UNO-Generalversammlung kam vom 17. Juni bis 5. Juli 1967 zu ihrer fünften außerordentlichen Sitzung zusammen.



cherheit betont. Er habe dann von sich aus das Thema Deutschland angeschnitten und dazu bemerkt, eine französisch-sowjetische Entspannungspolitik könne auch in dieser Frage zu einem neuen Klima führen, und es bestünde alles Interesse daran, daß eine solche Politik ansteckend wirke. Er habe betont, daß das Deutschland-Problem insofern für ganz Europa äußerst wichtig sei, als seine Lösung die Zukunft ganz Europas bestimme. Man müsse die Geisteshaltung, welche die deutsche Politik bestimme, richtig verstehen.

Herr Kossygin habe ihm dazu in wenigen Worten erklärt, er könne keinen Unterschied zwischen der alten und der neuen Bundesregierung erkennen. Er habe sodann auf die ungelösten Fragen der Grenzen, der Rüstung und der Anerkennung der DDR hingewiesen. Kossygin habe hinzugefügt, er stamme aus Leningrad und habe die Leiden des letzten Krieges erlebt. Er hege nach wie vor Mißtrauen gegenüber dem militärischen Potential Deutschlands. Der Premierminister habe dem entgegengehalten, daß die Vergangenheit nun einmal Vergangenheit sei. Man müsse der Führung der deutschen Politik Vertrauen entgegenbringen; jede Entspannung des deutsch-russischen Verhältnisses stelle eine gute Sache für ganz Europa dar. Er habe jedoch den Eindruck gewonnen, daß man an einer Vertiefung dieses Gesprächs nicht interessiert gewesen sei. Freilich sei zu bemerken, daß in der Sowjetunion noch eine Generation lebe, welche die Furcht vor dem deutschen Militarismus nicht überwunden habe. Demgegenüber müsse man natürlich auch dem völlig neuen Kräfteverhältnis Rechnung tragen. Die Sowjets seien wohl bemüht, das Deutschland-Problem zur Zeit im Eisschrank zu belassen, wollten aber auch keine weiteren Komplikationen. Sie seien eben in erster Linie um die innere Entwicklung ihres Landes, vor allen Dingen im Bereich der Wirtschaft, besorgt. Das große Problem der russischen Politik bestünde darin, daß sie immer wieder als Gegenpol zu den USA in Erscheinung treten müßten. Allerdings wollten sie keinen Konflikt. Er rechne nicht damit, daß die Sowjets Bewegung in die europäische Politik bringen wollten, wie sie wohl auch die Nahostkrise nicht gewollt hätten. In Gesprächen mit ihm hätten sie den Ausbruch dieser Krise bedauert und sogar darum gebeten, auf Länder wie Algerien beruhigend einzuwirken. Auch in Vietnam seien sie um eine Lösung bemüht, welche sie nicht in die Lage versetzt, sich direkt mit den USA auseinanderzusetzen zu müssen. Hinsichtlich der deutsch-sowjetischen Beziehungen folgere er aus alledem, daß keine Krise zu erwarten sei, auch nicht im Hinblick auf die Annäherungsbemühungen zwischen der Bundesrepublik und deren östlichen Nachbarn.

Der Bundeskanzler bedankte sich bei dem Premierminister für dessen Intervention in der Deutschlandfrage und bemerkte, er sei um so dankbarer, als man in dieser Frage der Unterstützung der Freunde bedürfte. Auch er erwarte in naher Zukunft keine erheblichen Entwicklungen. Wenngleich ein Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland die russische Politik anders interpretiere, wie er bereits in seinem Gespräch mit General de Gaulle dargelegt habe, neige er persönlich doch mehr zur Auffassung des Premierministers. Auch er glaube, daß die Sowjetunion bemüht sei, jeden ernsthaften Konflikt zu vermeiden, soweit dies unter dem Zwang der Tatsachen möglich sei.

Nun sei die richtige Interpretation der Absichten der Sowjetunion von großer Wichtigkeit hinsichtlich der Frage, was man in der Zukunft erreichen könne.

Die Bundesrepublik wolle ihre Bemühungen um eine Normalisierung der Beziehungen mit den östlichen Nachbarn geduldig weiterführen. Diese seien dazu schon bereit gewesen, stünden aber jetzt unter starkem sowjetischen Druck. Die Bundesrepublik wolle dieses Ziel aber weiter verfolgen, wenngleich ohne vorherige Anerkennung der DDR. Gewiß sei nicht zu übersehen, daß die Sowjetunion die Bundesrepublik als eine Art Schreckgespenst benutze und die angebliche Bedrohung, die von der Bundesrepublik ausgehe, oft als Argument gebrauche, um die mit ihr verbundenen Staaten bei der Stange zu halten. Insgesamt gesehen beurteile er aber die Lage so wie der Premierminister. Es bedürfe noch vieler Geduld und von seiten der Bundesrepublik auch schwieriger Entscheidungen, um in dieser ganzen Frage weiterzukommen. Man könne solchen Entscheidungen aber nicht vorgreifen. Man müsse sie dann treffen, wenn die geschichtliche Entwicklung die Aufforderung dazu an uns richte.

Er habe General de Gaulle bereits erklärt, daß die Bundesrepublik das einzige Land sei, das auf atomare Waffen verzichtet habe und sowohl innerhalb als auch außerhalb seiner Grenzen über keine Möglichkeiten zur Herstellung atomarer Waffen verfüge. In der Frage der Grenzen habe man bereits Entgegenkommen gezeigt. In der Frage der Anerkennung der DDR freilich müsse man hart bleiben, wenn man auch entschlossen sei, zur Lösung menschlicher Probleme beizutragen. Gerade von der deutsch-französischen Zusammenarbeit erwarte er sich für die Lösung dieser Probleme gute Ergebnisse. General de Gaulle habe darauf hingewiesen, es sei erforderlich, daß die Dinge in Europa in Bewegung kommen müßten; es dürfe keinen Stillstand geben. Auch er wolle keinen Stillstand, wie er bereits in seiner Regierungserklärung<sup>8</sup> dargelegt habe. Aber dann müsse von der Gegenseite auch ein Echo kommen. Bisher habe man alle Bemühungen der Bundesrepublik zurückgewiesen. Das müsse freilich nicht immer so bleiben.

Premierminister *Pompidou* erwiderte, seines Erachtens stelle das europäische Problem für Sowjetrußland nur Teil eines Gesamtproblems dar. Dies habe gute und schlechte Seiten insoweit, als man kein Risiko, aber auch keine weitere Entwicklung zu erwarten habe.

Der *Bundeskanzler* erklärte dazu, daß aus dieser Betrachtungsweise der Sowjetunion für Frankreich und die Bundesrepublik Gutes kommen könne, Schlechtes jedoch für die Wiedervereinigung.

Premierminister *Pompidou* ging sodann auf den Vorschlag des Bundeskanzlers ein, die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft zu verstärken.<sup>9</sup> Er legte dar, er sei durchaus für diesen Gedanken und rege an, die Fachminister die Gründung des geplanten Komitees prüfen zu lassen. Er wolle dazu lediglich bemerken, daß der französische Arbeitgeberverband nicht über eine Autorität verfüge, wie sie der BDI unter Präsident Fritz Berg besitze. Es sei daher zweckmäßiger, Kontakte zwischen den einzelnen Branchen der Industrie vorzusehen und das geplante Komitee entsprechend zu besetzen.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

<sup>9</sup> Vgl. dazu Dok. 261, besonders Anm. 20.

Der *Bundeskanzler* bemerkte dazu, dieses Problem werde sich lösen lassen. Er halte die Anregung des Premierministers auch schon deshalb für gut, weil sie konkretere Arbeit ermögliche und zu allgemeine Diskussionen vermeide. Er sei des weiteren der Auffassung, daß auf diesem Gebiete in der Vergangenheit Versäumnisse begangen wurden. Unsere Industrie habe sich zu stark mit eigenen Problemen beschäftigt und den gewaltigen Prozeß des Einbruchs der amerikanischen Wirtschaft nicht früh genug beobachtet. Er sei nicht grundsätzlich gegen amerikanische Investitionen, sofern diese unter europäischer Kontrolle stünden. Vor allem dürfe man nicht zu dem traurigen Ergebnis gelangen, daß nur die amerikanische Wirtschaft in Europa dafür Sorge, daß die Industrien miteinander verbunden würden.

Premierminister *Pompidou* bemerkte dazu, zumindest dürften die sechs Mitgliedsländer der Gemeinschaft untereinander nicht konkurrieren, um amerikanische Investitionen anzulocken.

Der *Bundeskanzler* legte sodann dar, er habe die monetäre Frage<sup>10</sup> bereits mit General de Gaulle berührt. Er glaube, daß die Möglichkeit einer Einigung sich abzeichne, da man sowohl in der Frage des Kredits als in der Frage des Ziehungsrechts mit Verpflichtung zur Rückzahlung nicht mehr weit auseinander sei.

Premierminister *Pompidou* hielt dies für zutreffend, gab jedoch zu bedenken, man wisse nicht, wie eine vorzuschlagende Lösung dem amerikanischen Druck standhalten könne. Der Haushalt der USA habe gewaltige Militärlasten zu tragen. Die Militärausgaben für Vietnam beliefen sich auf 20 Milliarden Dollar in einem Jahr. Welche Haltung der amerikanischen Regierung sich daraus ergeben könne, sei schwer zu sagen. Allgemein sei zu bedauern, daß das Vietnam-Problem alles verhärtet habe.

Der *Bundeskanzler* stimmte dem zu und erklärte, dieses Problem sei in der Tat zu schrecklichen Ausmaßen gelangt. Die Bundesrepublik halte sich in dieser Frage zurück. Sie habe ja auch im Gegensatz zu Frankreich keine direkten Beziehungen zu diesem Teil der Welt gehabt. Sie wünsche aber das Ende dieses Konfliktes, der schmerzliche Auswirkungen für die ganze Welt habe und leider die ganze Energie der amerikanischen Politik in Anspruch nehme. Niemand könne einen Ausweg aus dieser Lage voraussagen.

Ende des Gesprächs 19.05 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100 (56), Bd. 24**

<sup>10</sup> Zur Frage der Liquiditätsschöpfung vgl. Dok. 264, besonders Anm. 23.

## 263

### Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Staatspräsident de Gaulle

Z A 5-98.A/67 geheim

13. Juli 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler führte am 13. Juli 1967 um 9.30 Uhr ein zweites Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle.

Während eines kurzen Spaziergangs durch den Park trug der Herr *Bundeskanzler* seinen Gedanken vor, Deutschland und Frankreich könnten vielleicht gemeinsam etwas zur Konsolidierung des Friedens im Nahen Osten unternehmen. General *de Gaulle* bemerkte, sicherlich wäre dies gut, doch könne er sich im Augenblick nicht vorstellen, was man tun könnte, da die Situation höchst kompliziert und schwierig sei. Sicherlich könnte Deutschland nicht so weit gehen, wie Frankreich in seiner Erklärung<sup>2</sup> gegangen sei.

Auf die Frage nach dem Gespräch mit dem rumänischen Ministerpräsidenten Maurer<sup>3</sup> erwiderte de Gaulle, Maurer sei fest entschlossen, Rumäniens Unabhängigkeit durchzusetzen. Natürlich werde das Regime auch weiterhin kommunistisch bleiben.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, bei der plötzlich in Budapest<sup>4</sup> angesetzten Ostkonferenz<sup>5</sup> sei Rumänien ja abwesend. Im übrigen habe der ungarische Ministerpräsident<sup>6</sup> bei dieser Gelegenheit über Deutschland gesprochen und gesagt, Ungarn wünsche eine Normalisierung der Beziehungen, doch müsse Deutschland seine Politik ändern. Er habe zwar nicht ausdrücklich gesagt, die Bundesrepublik müsse Pankow anerkennen, doch habe man heraushören können, daß der ungarische Ministerpräsident daran denke, daß die Bundesrepublik zumindest noch einen Schritt weitergehen müsse in Richtung auf die De-facto-Hinnahme der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs. Dennoch seien diese Ausführungen interessant, da sie zeigten, daß in diesen Ländern der Wunsch nach Normalisierung bestehe. Er glaube, daß die französische Politik der Bundesrepublik hierbei behilflich sein könne.

General *de Gaulle* wies darauf hin, die französische Regierung predige diese Normalisierung an allen Plätzen. Natürlich werde dies Zeit brauchen. Außerdem hänge sehr viel von dem ab, was die Bundesregierung sage und welche Haltung sie einnehme. Der eingeschlagene Weg sei jedoch gut. Natürlich dürfe man sich nicht Selbsttäuschungen und Übertreibungen hingeben. Der Osten werde immer Osten und der Westen immer Westen bleiben. Einen anderen Weg für die Wiedervereinigung Deutschlands sehe er jedoch nicht. Er halte die

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 14. Juli 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Zur Erklärung vom 21. Juni 1967 vgl. Dok. 261, Anm. 4.

<sup>3</sup> Der rumänische Ministerpräsident besuchte am 27./28. Juni 1967 Frankreich.

<sup>4</sup> Korrigiert aus: „Bukarest“.

<sup>5</sup> Am 11./12. Juli 1967 kamen die Leiter der kommunistischen Parteien und die Regierungschefs von Bulgarien, der DDR, Jugoslawien, Polen, der Tschechoslowakei, der UdSSR und Ungarn zu Beratungen über die Nahost-Krise in Budapest zusammen.

<sup>6</sup> Jenő Fock.

Wiedervereinigung für ein sehr großes Problem, natürlich für Deutschland, aber auch für Ost- und Westeuropa sowie für die Welt. Es gehe um die Beendigung eines bestehenden anormalen Zustandes, der dem Frieden nicht dienlich sei. Genau dies sage die französische Regierung bei jeder Gelegenheit. Für diese Politik könne Deutschland auf Frankreich zählen. Er füge hinzu, daß Deutschland bei der Verfolgung dieser Politik nur auf Frankreich zählen könne. Was die Sechs anbelange, so hätten die übrigen Länder nicht genügend Gewicht und sagten im übrigen auch nichts. England werde Deutschland nicht helfen, denn es habe noch nie irgend jemand anderem geholfen. Dies liege einfach nicht in der Natur Englands. Er sage dies ohne jeden Vorwurf. England habe niemals für jemand anderen gearbeitet und werde es auch nicht für Deutschland tun. Amerika werde in der heutigen Situation ebenfalls nichts tun, was Amerika wegen Deutschland in Opposition zu Rußland bringen könnte. Es gebe schon genügend Fragen, die eine amerikanisch-russische Opposition mit sich brächten, und er sei gewiß, daß Amerika nicht die deutsche Frage noch hinzufügen wolle. Die Amerikaner würden sich mit den Russen arrangieren, ohne darüber zu sprechen, und auch die Russen würden nichts darüber verlauten lassen, daß die deutsche Frage beiseite geschoben sein solle. Der Weg zur Wiedervereinigung führe nur über ein Arrangement mit dem Osten, und dabei könne Deutschland mit Frankreich und nur mit Frankreich rechnen.

Der Herr *Bundeskanzler* unterstrich, dies ergebe sich auch aus der besonderen Art der Schicksalsgemeinschaft der beiden Völker, die ja notwendigerweise das größte Interesse daran hätten, daß eine erträgliche Ordnung auf dem europäischen Kontinent geschaffen werde. Er sei sehr froh darüber, daß die französische Politik unterstreiche, daß eine solche Friedensordnung auf die Dauer ohne Lösung des deutschen Problems nicht möglich sei. Diese französische Politik sei auch glaubhaft begründet, so daß das deutsche Volk ihr vertraue. Es habe ja viele Jahre hindurch den Lippendienst anderer an der Wiedervereinigung gehört und sei deswegen mißtrauisch. Es vertraue jedoch auf Frankreich und den General persönlich in dieser Frage, nicht etwa, weil eine solche Einstellung der französischen Politik ganz natürlich sei, sondern weil sie basiere auf der Interessengemeinschaft der beiden Völker.

General *de Gaulle* betonte, ganz offen gestanden beruhe diese Interessengemeinschaft vor allem auf einer Weltkonzeption. Amerika sei ungeheuer groß (und er betone, daß Frankreich keinerlei Abneigung gegen Amerika hege), und als ungeheure Macht könne es einfach nicht umhin, beherrschende Tendenzen zu haben. Frankreich könne jedoch nicht zulassen, daß es beherrscht werde, auch nicht durch Amerika. Deswegen bedürfe es einer globalen europäischen Regelung, damit es nicht nur mehr Amerika, Rußland und China gebe, sondern ein globales Europa, das Ost- und Westeuropa in sich berge. Sonst würden die europäischen Völker unter der amerikanischen Herrschaft notgedrungen verschwinden. Dies aber wolle man nicht. Es zu vermeiden, gelte es, Mittel und Wege zu finden für ein Arrangement zwischen Ost- und Westeuropa. Natürlich handele es sich nicht um eine Frage der Regimes der einzelnen Länder, sondern um Verständigung, um normale Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa, damit es auch etwas anderes als Amerika gebe. Dies gelte auch für den wirtschaftlichen Bereich. Deutschland besitze heute schon eine wirtschaftliche Realität im Osten. Es könne diese Realität noch sehr viel größer haben.

Im gleichen Augenblick entgehe es der Gefahr einer Beherrschung durch Amerika und einer Überschwemmung mit amerikanischer Industrie, Technologie und amerikanischem Kapital. Natürlich könne man auch unter amerikanischer Herrschaft leben, vielleicht sogar recht bequem. Man habe aber dann keine *Raison de vivre* mehr. Frankreich verfolge diese Politik, weil es überzeugt sei, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands im wohlverstandenen französischen Interesse liege. Es ziehe die Wiedervereinigung Deutschlands in aller Aufrichtigkeit der Beherrschung durch Amerika vor.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, genauso habe er die Politik des Generals verstanden. Deutschland wolle dasselbe. Auch Deutschland wolle nicht von einer Supermacht, und seien es die Vereinigten Staaten, beherrscht werden, und er glaube, der Analyse des Generals zustimmen zu können, daß eine Macht wie Amerika, ob sie es wolle oder nicht, einfach nicht umhin könne, beherrschend zu sein. So sei es immer in der Geschichte gewesen. Amerika tue dies ja unbewußt. Wenn man zum Beispiel mit amerikanischen Geschäftsleuten rede und ihnen sage, sie betrieben eine Art Geschäftskolonialismus in Europa, so seien sie sehr erschrocken. Das Problem aber sei, daß es auch eine andere Macht mit Herrschaftstendenzen gebe, nämlich die Sowjetunion. In Deutschland neigten viele Menschen dazu anzunehmen, daß die Sowjetunion einen klaren strategischen Plan für die Beherrschung entwickelt habe. So seien die Sowjets jetzt zum Beispiel im Nahen Osten und im Mittelmeer. Er selbst neige hinsichtlich der Sowjetunion eher zu der Auffassung, daß sie wegen ihres Gewichts und ihrer ungeheuren Größe einfach in der gesamten Welt präsent sein müsse. Auch er sei der Auffassung, daß man versuchen müsse, zwischen den Großmächten sich zu behaupten, damit die Voraussagen Tocquevilles sich nicht bewahrheiteten. Die Kritik an der Konzeption des Generals setze nun an folgendem Punkt ein: Wenn Deutschland wie Frankreich heute schon (nicht etwa später) sagen würde, Amerika solle sich nach Amerika zurückziehen, dann stünde Deutschland angesichts der schlechten Organisation Westeuropas einer ungeheuren Macht entgegen, die im Augenblick zwar keine aggressiven Absichten habe, die aber durch die Tatsache ihres Gewichts und insbesondere ihrer enormen nuklearen Bewaffnung jederzeit in der Lage wäre, ohne Krieg Westeuropa ihrem Willen gefügig zu machen. Die Formel des Generals „Europa vom Atlantik zum Ural“ oder „Europa von einem Ende zum anderen“<sup>7</sup> stoße in Deutschland auf viel Kritik, weil die Leute sagten, die Sowjetunion sei eben keine europäische Macht, sondern ein gewaltiges eurasisches Land.

General *de Gaulle* erwiderte, er teile die Auffassung des Herrn Bundeskanzlers. Frankreich versuche zwar, seine Unabhängigkeit gegenüber Amerika zu wahren, aber es wolle sich keineswegs der sowjetischen Macht ausliefern. Nur müsse man zwischen Rußland und Amerika unterscheiden. Amerika habe im heutigen Zeitpunkt die wirtschaftliche und technologische Überlegenheit über Westeuropa. Dies gelte nicht für die Russen. Es gebe in Rußland, abgesehen von den Fragen der Raumfahrt, keine wirtschaftliche und technologische Überlegenheit gegenüber Europa, im Gegenteil. Des weiteren hätten die Russen Herrschaftsgelüste früher gezeigt, und deswegen sei es gut gewesen, während der gefährlichen Zeit das Atlantische Bündnis zu haben. Er füge hinzu, daß bei

<sup>7</sup> Zu den Ausführungen des Staatspräsidenten de Gaulle vom 23. November 1959 vgl. Dok. 55, Anm. 16.

Wiederauftauchen der Gefahr es erneut nötig wäre, das Atlantische Bündnis zu haben. Im Augenblick aber bestehe diese Gefahr nicht. Die Gefahr für Rußland komme heute aus China, und damit hätten sich alle Gegebenheiten verändert. Rußland brauche das Arrangement mit Westeuropa und natürlich auch einen Modus vivendi mit Amerika. Das eine aber brauche das andere nicht zu verhindern. Rußland brauche auch das Arrangement insbesondere mit Deutschland letzten Endes, vor allem im wirtschaftlichen Bereich. Dies sei eine Kraft, welche Deutschland und Frankreich gemeinsam einsetzen könnten für eine allmähliche Regelung der europäischen Angelegenheiten. Das Bild der wirtschaftlichen Überlegenheit faßte de Gaulle in die Formel: Der Whisky sei in Europa sehr beliebt, der Wodka übe kaum Anziehungskraft aus. Europa könne Rußland wirtschaftlich, technisch und sogar politisch beeinflussen, und zwar mehr, als es etwa Amerika beeinflussen könne. Vor allem aber sei das europäische Arrangement die einzige Möglichkeit zur Lösung des deutschen Problems. Anderenfalls müßte man die Lösung von John Foster Dulles ins Auge fassen, nämlich den Krieg, und Amerika werde für Deutschland nicht Krieg führen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er glaube, sich dieser Analyse weitgehend anschließen zu können. Die Tatsache der ungeheuren militärischen sowjetischen Macht bleibe natürlich bestehen. Dies schaffe eine seltsame Situation. Es sei gewiß richtig, daß die Russen nicht konkret uns beherrschten, sich nicht in die Verhältnisse einmischten, und daß ihre Wirtschaft nicht eindringen könne. Auch er glaube, daß heute China das Hauptproblem für Rußland sei, und daß Rußland mit Amerika auskommen könnte. Beide (Amerika und Rußland) müßten darauf achten, daß keiner von beiden in irgendeinem Gebiet zu weit vorstoße. Er glaube außerdem (und das sei der Grund für die neue deutsche Politik), daß es notwendig und möglich sei, eine europäische Lösung zu finden, die Europa davor bewahre, ein amerikanisches Protektorat zu werden oder zu bleiben. Auch viele kluge Amerikaner wollten dies keineswegs. Es gebe viele kluge Amerikaner, denen es bei dieser Beherrschung wider Willen unbehaglich sei und die wollten, daß Europa seine eigene Konzeption habe. Ein unabhängiges Europa sei für viele kluge Amerikaner eine anziehende Sache. Dennoch empfinde Deutschland – vielleicht weil es unmittelbar an der Grenze stehe – die Wucht der militärischen sowjetischen Macht.

General *de Gaulle* unterstrich, man dürfe natürlich nicht leichtsinnig oder dumm vorgehen, sondern müsse seine Vorsichtsmaßnahmen ergreifen. Es sei notwendig, daß Deutschland wie auch Frankreich eine Armee hätten. Er sei auch überzeugt, daß bis zu einer radikalen Lösung des europäischen Problems es besser sei, wenn Amerika in Europa militärisch präsent sei. Im übrigen verlange Frankreich keineswegs, daß Amerika aus Europa zurückgehe. Frankreich habe für sich selbst seine Aktionsfreiheit wiedergewonnen, aber die amerikanischen Truppen stünden in Deutschland, und das atlantische Bündnis wäre im Kriegsfall notwendig. Man könne dies tun und dennoch gleichzeitig eine andere Politik einleiten.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß die Bundesregierung die französische Entscheidung hinsichtlich der NATO<sup>8</sup> respektiert habe. Er freue sich,

<sup>8</sup> Zum französischen Ausscheiden aus der militärischen Integration der NATO zum 1. Juli 1966 vgl. Dok. 7, Anm. 9.

von de Gaulle zu erfahren, daß dieser die deutschen Motive für die Anwesenheit amerikanischer Truppen verstehe. Deutschland wolle die Amerikaner ja nicht hier haben, weil es ein amerikanisches Protektorat sein wolle, sondern es wolle diese Truppen, weil es immer noch des Schutzes bedürfe.

General *de Gaulle* sagte, wenn er erkläre, die Amerikaner würden nicht für Deutschland sterben, so wolle er damit sagen, sie würden nicht für die deutsche Einheit sterben. Sie würden aber sterben, um eine sowjetische Beherrschung Europas zu verhindern.

Der Herr *Bundeskanzler* schloß daraus, daß in der Analyse der Situation Einigkeit bestehe. Damit werde die sehr zuverlässige Voraussetzung geschaffen für eine solide Zusammenarbeit der beiden Völker. Genauso empfinde das deutsche Volk und habe deswegen trotz des Auf und Ab in den vergangenen Jahren ganz bewußt diese Notwendigkeit gefördert. Bei der Beisetzung Adenauers sei Ben Gurion hier gewesen<sup>9</sup>, und er (der Herr Bundeskanzler) habe erwartet, daß Ben Gurion über Israel sprechen würde. Dem sei aber ganz und gar nicht so gewesen. Ben Gurion habe mit sehr großer Hochachtung von General de Gaulle gesprochen und gesagt, er sei lediglich an einer Frage interessiert, nämlich, ob die politische Einigung Europas zustande kommen werde oder nicht. Komme sie zustande, dann sei er (Ben Gurion) nicht um den Weltfrieden besorgt. Komme sie nicht zustande, dann gehe man schweren Zeiten entgegen. Genau diesen Punkte habe er (der Herr Bundeskanzler) in seiner Tischrede am Vorabend<sup>10</sup> zum Ausdruck bringen wollen, als er gesagt habe, daß viele Nichtdeutsche und Nichtfranzosen geradezu darauf warteten, daß die beiden Länder den Weg der Gemeinsamkeit einschlagen. Im Prinzip bestehe somit Einigkeit. Die Schwierigkeiten mit England stellten im Augenblick das Hauptproblem dar. Er meine, daß man das gefundene Verfahren<sup>11</sup> fortsetzen solle und dabei feststellen, welche konkreten Probleme sich ergäben und wie sie zu behandeln wären. Ganz persönlich wolle er dem General sagen, daß er wie de Gaulle befürchte, daß eine solche Erweiterung der Gemeinschaft (die ja erst Gemeinschaft noch werden müsse) tatsächlich die Gefahr in sich berge, daß man eines Tages einen großen Gemeinsamen Markt, ja sogar einen wirtschaftlichen Koloß vor sich habe, der aber politisch ohnmächtig wäre und sogar wirtschaftlich unter außereuropäischen Einfluß geriete. Es entstünde somit eine paradoxe Lage, wie sie Deutschland ja schon kenne, denn es sei eine bedeutende Industrie- und Welthandelsmacht und dennoch politisch ohnmächtig. Dies sei seine Sorge.

General *de Gaulle* erklärte, das einzige, was das Europa der Sechs heute daran hindere, dem wirtschaftlichen Atlantismus, d. h. dem amerikanischen Wirtschaftssystem, anheimzufallen, sei die Tatsache, daß die Sechs eine Gemeinschaft bildeten. Nicht die Senkung der Zollschränken, sondern die Gemeinschaft sei hier der ausschlaggebende Faktor. Wenn zum Beispiel jetzt in der Währungsfrage<sup>12</sup>

<sup>9</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten am 26. April 1967; Dok. 146.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der Tischrede, die Bundeskanzler Kiesinger am 12. Juli 1967 bei einem Abendessen zu Ehren des Staatspräsidenten de Gaulle in der Redoute in Bad Godesberg hielt, vgl. BULLETIN 1967, S. 653.

<sup>11</sup> Vgl. dazu Dok. 261, Anm. 12.

<sup>12</sup> Zur Frage der Liquiditätsschöpfung vgl. Dok. 264, besonders Anm. 29.



keine Gemeinschaft bestünde, so würde die bisherige Regelung fort dauern, und die Europäer würden ihre Währungspersönlichkeit verlieren. Die Sechs seien eine Gemeinschaft und nicht nur eine Freihandelszone. Nehme man aber England und andere Länder in die Gemeinschaft auf, so werde es keine Gemeinschaft mehr sein, sondern es würde unausweichlich zu einer Freihandelszone. Es gebe nun einmal keine Gemeinschaftsmöglichkeit zwischen England und den übrigen. Sie sei weder ernährungs-, noch währungsmäßig noch politisch gegeben, denn England habe die verschiedensten Fragen, die da hießen Aden, Singapur, Hongkong, Commonwealth, und all dies führe dazu, daß England mit den Sechs nicht eine Gemeinschaft, sondern höchstens eine Freihandelszone bilden könne. Hinsichtlich der Wirtschaftsbeziehungen Englands mit den Sechs könne man wünschen, und dies insbesondere deutscherseits, daß die Zollschränken im Handel zwischen England und den Sechs gesenkt würden. Man könne dies wünschen, und der Rom-Vertrag<sup>13</sup> sehe dies auch vor. Warum nicht? England aber in die Sechsergemeinschaft aufzunehmen, in deren Ministerrat, in die Brüsseler Kommission, würde darauf hinauslaufen, daß sie keine Gemeinschaft mehr wäre. Die Alternative laute daher: Entweder Beendigung der Gemeinschaft oder Ablehnung eines britischen Beitritts, es sei denn, daß später England so werde wie die Sechs, und zwar in jeder Beziehung (Ernährung, Währung, Commonwealth, Übersee). Es sei aber notwendig, daß dieses Ereignis erst eintrete, ehe England aufgenommen werden könne. Wenn Herr Callaghan jetzt mit Herrn Schiller und Herrn Debré zusammen wäre, wäre es mit den europäischen Währungen zu Ende.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er wolle ganz offen seine eigenen Sorgen vortragen. Er habe die Sorgen des Generals immer sehr ernst genommen. Er habe aber auch immer gesagt, daß es in Deutschland eine sehr starke öffentliche Meinung gebe, die diese Dinge einfach nicht sehe.

General *de Gaulle* warf ein, er verstehe sehr wohl, daß es eine theoretisch sehr befriedigende Erklärung sei, zu sagen, erweitern wir doch Europa.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, es sei für die deutsche öffentliche Meinung sehr schwierig gewesen, die Haltung de Gaulles zu verstehen. Er selbst habe sie verstanden. Die Bundesrepublik habe zunächst ihre Hoffnung auf die EVG gesetzt, die dann fehlgeschlagen sei.<sup>14</sup> Dann sei der Rom-Vertrag gekommen mit der wirtschaftlichen Einigung, und Deutschland habe weiterhin den Gedanken der politischen Integration verfolgt. De Gaulle habe wohl hundert Mal gesagt, man solle Europa einigen, aber dies solle nicht geschehen über die Integration in Brüssel (und de Gaulle habe die Usurpation der Macht durch Technokratien oder Bürokratien abgelehnt), und dies habe in Deutschland Verwirrung gestiftet. Man sei dann dazu gelangt, die Dinge nur noch unter dem wirtschaftlichen Aspekt zu sehen und zu sagen, je größer der Gemeinsame Markt, desto besser. Er (der Herr *Bundeskanzler*) frage sich nun, was getan wer-

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

<sup>14</sup> Die französische Nationalversammlung nahm am 30. August 1954 einen Antrag an, die Beratungen über den EVG-Vertrag fristlos zu vertagen. Dieser Beschluß kam einer Ablehnung der Ratifizierung gleich und bedeutete das Scheitern der geplanten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6916 f.

den könne, denn es gebe diese öffentliche Meinung ja nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa (außer Frankreich). Andererseits sehe er, daß es eine Konstante der französischen Politik und nicht nur der dem General nahestehenden Kreise sei, daß man die Gemeinschaft mit England nicht schaffen könne. Die Frage bleibe, was zu tun sei. In Italien habe er die genaue Denkweise zu erforschen versucht, nicht nur bei Fanfani, den er schon lange kenne, sondern auch bei so ruhigen Leuten wie Saragat und Moro<sup>15</sup>. Alle aber hätten immer gesagt, England müsse beitreten. So sehe die europäische öffentliche Meinung aus. Was also könne man tun, um zu verhindern, daß es nur einen Gemeinsamen Markt oder eine Freihandelszone gebe, die gewiß wirtschaftliche Vorteile böte, die aber keinen Fortschritt in Richtung auf eine europäische Union zuließe. Das sei die große Frage. Im Augenblick sehe er keine andere Möglichkeit, als in dem begonnenen Verfahren Zeit zu gewinnen. Vielleicht sollte man gleichzeitig überlegen, was Deutschland und Frankreich gemeinsam tun könnten. Er selbst könnte keine Entscheidung gegen die öffentliche Meinung treffen, denn er würde dann im Parlament eindeutig unterliegen. Aus diesem Grunde habe er niemals zu Herrn Wilson gesagt, er selbst sei für einen britischen Beitritt, sondern er habe beständig die Formel verwendet, die deutsche öffentliche Meinung sei für einen Beitritt. Er befinde sich hier in einer geradezu tragischen Situation, wie im übrigen auch Konrad Adenauer. Er suche einen Weg, wie man trotzdem zu einer vernünftigen Lösung kommen könne. Der Herr Bundeskanzler bemerkte anschließend, er habe so freimütig wie noch nie zuvor gesprochen.

General *de Gaulle* sagte, er verstehe diese Situation nur zu gut. Zunächst habe der Herr Bundeskanzler gesagt, Frankreich habe dem System der Integration über die Kommission und über supranationale Einrichtungen nicht zugestimmt. Frankreich könne dem nicht zustimmen, weil es wisse, daß in einem supranationalen Europa der Sechs sofort eine atlantische Politik und eine atlantische Wirtschaft betrieben würde, weil dies der Weg des geringeren Widerstandes, der einfachste, bequemste und auch attraktivste Weg wäre. In einem System, in dem die Staaten nicht die Verantwortung für die Staaten trügen, würde die Unabhängigkeit untergehen und nur noch eine wirtschaftliche Gemeinschaft übrig bleiben, die zweifellos dem Atlantismus anheimfiele. Deswegen könne Frankreich der Integration nicht zustimmen. Nun wisse Frankreich sehr wohl, daß Italien, Belgien, Holland und sogar auch Deutschland für das Abenteuer seien, England mitaufzunehmen und somit den Atlantismus zu betreiben. Frankreich wolle dies aber nicht. Frankreich würde in einem solchen System auch nicht verbleiben. Vielleicht werde es besiegt, vielleicht werde es überflutet. Aber es wolle kein System, bei dem es seine nationale Persönlichkeit verlöre, und es werde alles andere eher als das anfangen.

Der Herr *Bundeskanzler* verwies darauf, daß er ursprünglich dem Gedanken der Integration gehuldigt habe. Er sei damals noch ziemlich unerfahren gewe-

<sup>15</sup> Bundeskanzler Kiesinger hielt sich zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten am 29./30. Mai 1967 anlässlich des 10. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge in Italien auf. Für Gespräche mit Ministerpräsident Moro am 30. Mai und 1. Juni 1967 vgl. Dok. 194. Vgl. dazu auch Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100 (56), Bd. 23; B 150, Aktenkopien 1967.

sen, und vielleicht hätten Deutsche die Sache ohnehin etwas anders gesehen. Der General habe ihn aber überzeugt, daß es nicht möglich sei, die Verantwortung für die Nationen durch eine supranationale Bürokratie zu ersetzen. Andere Wege seien denkbar, und man könne eine politische Union Europas auch ohne Supranationalität erzielen. Man könne ein modernes System der Zusammenarbeit finden, das wirksam sei, ohne es der moralischen Substanz der Völker, aus der Europa lebe, zu berauben. Die Frage aber bleibe, wie man angesichts der überwältigenden öffentlichen Meinung Fortschritte erzielen könne.

General *de Gaulle* erwiderte, auch in Frankreich gebe es eine öffentliche Meinung, die oft zugunsten der Theorie einer Erweiterung Europas votiere, ohne die Konsequenzen zu erkennen. Frankreich sage ja nicht, daß England niemals beitreten könne, es sage lediglich, daß es heute nicht beitreten könne, weil es sich heute nicht in derselben Situation wie die übrigen Länder befinde. Darum wünsche Frankreich, daß England sich entwickle, um in dieselbe Situation zu gelangen. Erst aber müsse es dahin gelangt sein, erst dann könne es in die Gemeinschaft kommen. Dies sei nicht Aufgabe Frankreichs oder Deutschlands, sondern Aufgabe Englands. Frankreich wolle nur verhindern, daß England durch seinen Beitritt die Gemeinschaft zerstöre. Die genannte Entwicklung Englands müsse England selbst durchführen. England müsse selbst seine Wirtschaft verändern, müsse selbst aufhören, Reservewährung zu sein, müsse selbst akzeptieren, ernährungsmäßig europäisch und nicht kanadisch oder neuseeländisch zu sein. England müsse sich verändern, europäisch werden, dann könne es nach Europa kommen. Dies sei die Haltung Frankreichs gegenüber der öffentlichen Meinung. Vielleicht werde England allmählich die Wahl einer solchen Entwicklung treffen. Es gebe eine starke Bewegung in dieser Richtung in Großbritannien, einen starken Wunsch, der amerikanischen Oberhand zu entkommen, um sich Europa anschließen zu können. Es gehe aber darum, daß England sich Europa anschließe und nicht Europa zerstöre.

Der Herr *Bundeskanzler* wiederholte, er verstehe die Haltung de Gaulles. Andererseits drängten die Umstände in Europa auf einen britischen Beitritt. Es werde sehr lange dauern, wenn England sich ändern sollte. Er erkenne aber, daß de Gaulle von seiner Haltung nicht abzugehen gewillt sei. Er könne nur hoffen, daß durch das gefundene Verfahren ein Schock vermieden werde.

*De Gaulle* sagte, dieses Verfahren habe Frankreich akzeptiert. Nun sei es notwendig, daß die Sechs die Dinge konkret prüften, d. h., daß sie zunächst unter sich die Fragen der Landwirtschaft, Währung, des Kapitals und der Politik untersuchten und nicht schon vorher eine Entscheidung trafen. Wolle man diese Dinge objektiv prüfen, werde es lange dauern. Frankreich sei um so mehr zu diesem Verfahren bereit, als auf diese Weise die öffentliche Meinung aufgeklärt werden könne.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, die Erörterung der Einzelprobleme werde zweifellos manches viel deutlicher machen. Die Frage sei schwierig. Manchmal möchte man fast daran verzweifeln, daß es gelingen werde, in einer echten politischen Union die Kräfte Europas zu verbinden. Aber man müsse sich in Geduld üben.

General *de Gaulle* bemerkte, das Kriterium für eine politische Union in Europa, sofern sie eines Tages wirklich erzielt werden könne, sei die Haltung ge-

genüber Amerika sowie vielleicht eine gemeinsame Haltung in der Ostpolitik. Die Frage aber sei, ob die Sechs tatsächlich eine gemeinsame Haltung gegenüber Amerika und in der Ostpolitik haben könnten. Deswegen könne man in der Zwischenzeit Treffen veranstalten, denn es sei gut, den Kontakt zu halten, Meinungen auszutauschen und sich an die Zusammenarbeit zu gewöhnen. Letztlich gehe es aber um die Unabhängigkeit von Amerika und ein Arrangement mit Rußland, letzteres vorausgesetzt, daß es die Frucht des europäischen Friedens und der Wiedervereinigung Deutschlands erbringe.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, die deutsche öffentliche Meinung denke in der Sache ähnlich wie der General, daß man nämlich so unabhängig wie möglich sein müsse, insbesondere gegenüber Amerika. Andererseits gebe es eben zuviel Dankbarkeit für die Hilfe, die Amerika sicherlich auch im eigenen Interesse während des Kalten Krieges Deutschland habe angedeihen lassen. Das Empfinden der Öffentlichkeit sei klar auf die Einigung Europas gerichtet, um unabhängig von Amerika zu sein. Es werde aber nicht gerne in Formeln gekleidet, welche gegenüber Amerika feindselig klingen. Dazu sei Deutschland zu dankbar für die Hilfe und den Schutz, angefangen vom Marshallplan bis zu Berlin, denn Deutschland sei nun einmal in einer anderen Lage gewesen als Frankreich. Dies führe in Deutschland häufig zu Mißverständnissen der Politik des Generals, obgleich bei einer Interpretation dieser Politik festgestellt werde, daß man im Grunde einer Meinung sei.

General *de Gaulle* warf ein: „Aber die Methode!“

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, er kritisiere den General keineswegs, sondern versuche nur, die andere Methode und vielleicht auch andere Gefühlslage des deutschen Volkes zu erläutern.

General *de Gaulle* bezeichnete diesen Zustand als ganz natürlich. Er wiederhole, daß Frankreich glaube, jetzt unabhängig zu sein von Amerika. Dennoch bleibe es mit Amerika verbündet und es sei gut, wenn Amerika militärisch in Europa präsent sei.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß viele Amerikaner die Politik des Generals nicht verstünden. Wenn er solchen Leuten dann sage, er verstehe de Gaulle, der wolle, daß sein Land und Europa unabhängig seien, dann werde ganz naiv dagegen gefragt, Europa sei doch unabhängig, es werde doch zu nichts gezwungen. Habe man es dann mit klugen Leuten zu tun, könne man ihnen sagen, Amerika herrsche dank seiner bloßen Existenz. Er (der Herr *Bundeskanzler*) habe es immer etwas bedauert, daß solche Mißverständnisse in Amerika bestünden und man dort nicht genau sehe, was Frankreich wolle.

General *de Gaulle* sagte, unglücklicherweise sei Frankreich auch in einigen aktuellen Fragen, wie Südostasien und Naher Osten, nicht einer Meinung mit Amerika. Auch aus diesem Grund unterscheide sich Frankreich von Amerika. Es gebe aber noch einen weiteren Grund, den er dem Herrn *Bundeskanzler* als Politiker sage. Es gebe in Frankreich eine Schule, die im wesentlichen aus den früheren führenden Gruppen bestehe, die dem Atlantismus anhänge. Diese Leute seien noch da und aktiv als Politiker und in den Zeitungen. Das sei der Grund, der ihn zu ziemlich kategorischen Stellungnahmen veranlaßt habe. Letzten Endes aber respektiere man in Frankreich die Vereinigten Staaten und wisse, daß sie viel für Europa getan hätten, zwar im eigenen Interesse,

aber die Tatsache bleibe bestehen. Hinzu komme die Geschichte, in der Frankreich sehr häufig mit Amerika zusammen gewesen sei. Des weiteren gebe es eine seit langem bestehende gegenseitige Sympathie. All das wolle Frankreich keineswegs zerstören. Im Augenblick aber gebe es einen schwierigen Zeitraum in den Beziehungen, bis Amerika wirklich akzeptiert habe, daß Frankreich unabhängig sei. Das habe Amerika noch nicht akzeptiert, zwar in der Theorie, aber nicht in der Praxis.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, wir Europäer hätten Amerika auf dem Wege zu dieser Erkenntnis auch nicht gerade sehr geholfen.

General *de Gaulle* fuhr fort, er wisse andererseits sehr wohl, daß die Lage Deutschlands nach dem Krieg und vielleicht auch jetzt in gewissem Sinne angesichts der sowjetischen Bedrohung, Berlins, der Mauer, anders ausgesehen habe und aussehe. Er tadle nicht den deutschen Wunsch, einen herzlichen Kontakt mit Amerika zu pflegen. Frankreich sei weniger als Deutschland dazu gezwungen. Aber im Grunde bestehe keine Meinungsverschiedenheit, und Frankreich wolle nicht Deutschland in Opposition zu Amerika setzen. Es wolle nur selbst heute unabhängig handeln.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, dieses Gespräch habe wiederum gezeigt, daß der Kontakt wichtig sei, denn wenn man auch im Augenblick noch nicht viel tun könne beim Anpacken großer gemeinsamer Aufgaben, so werde durch den sehr engen Kontakt doch die dauernde Gewöhnung der Freundschaft der beiden Völker vertieft, welche Voraussetzung für alles weitere sei.

General *de Gaulle* unterstrich die Bedeutung des deutsch-französischen Vertrags<sup>16</sup> und fügte hinzu, man könne die Zusammenkünfte vielleicht sogar noch vermehren, insbesondere was gewisse praktische Fragen wie Wirtschaft und Technologie anbelange, in denen an der Spitze wohl ein neuer Auftrieb organisiert werden könne. Dies könne man auch der Öffentlichkeit sagen. Die beiden Themenbereiche seien einerseits Wirtschaft und Finanz, andererseits die Technologie. In diesen bedeutsamen praktischen Bereichen gebe es in jedem der beiden Länder schon eine Wirklichkeit, die allerdings noch getrennt sei. Sicherlich sollte man versuchen, diese beiden Wirklichkeiten einander anzunähern und sogar Dinge sowohl in der Produktion als auch in der technologischen Forschung gemeinsam tun. Es sei nicht ganz einfach, da jeder seine eigenen Gewohnheiten habe, aber man könne eine Wirtschaftskommission einsetzen, in der nicht nur die Minister vertreten seien, sondern auch leitende unabhängige Persönlichkeiten des Privatsektors. Diese Kommission könne dann Vorschläge für gemeinsame Vorhaben und Unternehmungen machen. Des weiteren könne man auch eine technologische Kommission einsetzen, die vielleicht nicht zu viele Personen umfassen sollte, etwa zwei bis drei Dutzend auf jeder Seite, wobei die bedeutsamsten Leute beteiligt werden sollten. Natürlich müßten die Regierungen darin vertreten sein, aber auch Persönlichkeiten aus dem Bereich der Industrie, der Technik, Gelehrte, Gewerkschaftler usw., d. h. etwa das, was man für die Jugend schon tue und was sehr gut funktioniere.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte dann, er stellte sich die Frage, ob angesichts der Ausbreitung dieser Zusammenarbeit nicht ein koordinierendes Organ notwendig sei. Auf die Zwischenfrage von de Gaulle, ob der Herr Bundeskanzler dabei an ein koordinierendes Organ der beiden Regierungen denke, erwiderte der Herr Bundeskanzler, er denke natürlich an ein koordinierendes Organ in jedem Land.

*De Gaulle* bemerkte dazu, natürlich sei es nötig, daß die beiden Regierungen sich jede auf ihrer Seite organisierten.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte dann, man könnte natürlich auch noch weitergehen und sagen, daß in jedem Land eine der Regierung verantwortliche Persönlichkeit mit der Koordinierung beauftragt werde, was nicht ausschließe, daß die beiden Persönlichkeiten von Zeit zu Zeit zusammenträfen. Diese hätten natürlich keine Politik zu machen, sondern zu koordinieren.

General *de Gaulle* bemerkte, im Fouchet-Plan hätten beide Regierungen zugestimmt, daß jede Regierung ein spezielles Organ für die europäischen Beziehungen benenne. Man könne denselben Gedanken ja auch übernehmen für die deutsch-französischen Beziehungen.

Der Herr *Bundeskanzler* bezeichnete dies als Möglichkeit.

General *de Gaulle* fuhr fort, alle bisher stattgefundenen Kontakte seien doch recht nützlich gewesen, denn man kenne sich jetzt sehr viel besser und sei sich sehr viel näher gekommen. Dies sei sehr wichtig. Natürlich seien all diese Dinge niemals einfach zu bewerkstelligen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er habe gerade die „Regards sur le monde actuel“ von Paul Valéry gelesen, der schon vor vielen Jahren gesagt habe, alles deute darauf hin, daß Europa unter einer amerikanischen Kommission leben werde.<sup>17</sup>

General *de Gaulle* unterstrich, dies sei die große Frage heute, ob es nämlich gelinge, die nationale Persönlichkeit zu erhalten.

Der Herr *Bundeskanzler* bedankte sich abschließend für dieses persönliche Gespräch, das ihm wie stets ein großer persönlicher Gewinn gewesen sei, von dem man aber auch sagen könne, daß man wiederum ein Stück weitergekommen sei auf dem gemeinsamen Weg.

General *de Gaulle* schloß sich dieser Meinung an und bezeichnete solche Gespräche als sehr wertvoll für ihn selbst. Er habe zwar nicht sehr viel Neues entdeckt, aber man könne die Schlußfolgerung ziehen, daß man den eingeschlagenen Weg, der ein guter Weg sei, weiterverfolgen und sogar noch entwickeln sollte.

Das Gespräch endete um 11 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 24**

<sup>17</sup> Vgl. Paul VALÉRY, *Regards sur le Monde Actuel*. Paris 1931, S. 51: „L'Europe aspire visiblement à être gouvernée par une commission américaine. Toute sa politique s'y dirige.“

## 264

**Deutsch-französische Regierungsbesprechung****I A 1-80.11/1-2245/67 VS-vertraulich****13. Juli 1967<sup>1</sup>**

Die Abschlusssitzung fand, unter Teilnahme der beiderseitigen Delegationen, am 13. Juli 1967 in der Zeit von 11.00 Uhr bis 13.15 Uhr im großen Kabinettsaal des Bundeskanzleramtes statt. Eine Liste der Regierungsmitglieder, die teilnahmen, ist beigefügt.<sup>2</sup>

*Bundeskanzler* eröffnet Abschlusssitzung mit dem Hinweis, daß sie wie üblich dazu dienen soll, Bilanz aus den vorangegangenen Einzelbesprechungen<sup>3</sup> zu ziehen. Dieses Konsultationstreffen war das zehnte seiner Art aufgrund des Vertrages<sup>4</sup> und das zweite seit Regierungsübernahme durch neue Bundesregierung<sup>5</sup>. Besprechungen haben im selben Geiste stattgefunden wie im Januar. Wiedergabe der Ergebnisse seiner Gespräche mit französischem Präsidenten möchte er voranstellen einen Satz aus Tischrede de Gaulles am Vorabend<sup>6</sup>: „Wenn beide Völker zusammenstehen, kann nichts wirklich Schlimmes geschehen – wenn sie sich aber voneinander entfernten, dann wäre dies der Beginn einer schlechten und gefährlichen Entwicklung.“ Dem stimmt *Bundeskanzler* voll und ganz zu. Niemand erwartete von diesem Treffen spektakuläre Ergebnisse. *Bundeskanzler* ist aber überzeugt, daß weitere Festigung und Vertiefung der Beziehungen erreicht wurde. Hierüber sehr befriedigt. Es hat ein ausführlicher Austausch der Ansichten über die aktuelle Lage in einer schwierigen

<sup>1</sup> Vervielfältigtes Exemplar.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Forster am 24. Juli 1967 gefertigt und von Ministerialdirektor Frank am 2. August 1967 über Staatssekretär Schütz Bundesminister Brandt zugeleitet. Vgl. dazu den Begleitvermerk von Frank vom 2. August 1967; VS-Bd. 8520 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Dem Vorgang beigefügt. Seitens der Bundesregierung nahmen teil: Bundeskanzler Kiesinger, die Bundesminister Brandt, Schröder, Schiller und Heck, Ministerpräsident Goppel als Bevollmächtigter für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des deutsch-französischen Vertrags, der Chef des Presse- und Informationsamtes, von Hase, sowie der Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Grund, und der Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Hein. Die französische Regierung wurde vertreten durch Staatspräsident de Gaulle, Ministerpräsident Pompidou, Außenminister Couve de Murville, Verteidigungsminister Messmer, Wirtschafts- und Finanzminister Debré, Erziehungsminister Peyrefitte, Jugend- und Sportminister Missoffe und den Staatssekretär für Zusammenarbeit, Bourges. Vgl. VS-Bd. 8520 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Für die Gespräche des Bundeskanzlers Kiesinger mit Staatspräsident de Gaulle und Ministerpräsident Pompidou vgl. Dok. 261–263.

Am 12./13. Juli 1967 fanden darüber hinaus Gespräche des Bundesministers Brandt mit dem französischen Außenminister Couve de Murville statt. Für eine zusammenfassende Gesprächsaufzeichnung vgl. VS-Bd. 8520 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

Zum Gespräch, das Kiesinger und Brandt am 12. Juli 1967 mit de Gaulle, Pompidou und Couve de Murville führten, vgl. Dok. 261, Anm. 31.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>5</sup> Die ersten Regierungsbesprechungen nach dem Amtsantritt des Bundeskanzlers Kiesinger fanden am 13./14. Januar 1967 in Paris statt. Vgl. dazu Dok. 14–17 und Dok. 19.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1967, S. 654.

und gefährlichen Welt stattgefunden; dabei konnte festgestellt werden, wo Übereinstimmung besteht und auch wo gelegentliche Abweichungen.

Völlige Übereinstimmung in der zentralen Frage, nämlich wie kann Europa zu unabhängigem Faktor in der Welt werden. Unterschiede höchstens hinsichtlich der Methodik; Divergenzen in den Ansichten vorwiegend bedingt durch Unterschiede in historischer und geographischer Position beider Länder.

Weiterhin wurde erörtert Zukunft der Europäischen Gemeinschaften, vor allem Problem britischen Wunsches, den Gemeinschaften beizutreten, und der entsprechenden Wünsche anderer Staaten<sup>7</sup>. Dieses Problem wohl ausführlicher behandelt als bisher. Einigkeit, daß eingeleitete Prozedur zur Behandlung der Beitrittsanträge weitergeführt werden soll. In beiderseitigen Standpunkten nichts grundsätzlich Neues gegenüber Januar; aber zumindest er, Bundeskanzler, hat nun verschiedenes sehr viel besser verstanden.

Bei Vergleich der Auffassungen zum Nahost-Konflikt hat er, Bundeskanzler, Gedanken vorgebracht, vielleicht könnten beide Länder durch gemeinsame Aktion Beitrag zum Frieden im Nahen Osten leisten. Jedoch Zeit dafür anscheinend noch nicht reif. Beide Seiten aber überzeugt, daß es notwendig ist, Verhältnisse im Nahen Osten herzustellen, die nicht konstante Störung des Friedens bedeuten, und daß arabische Welt nicht so behandelt werden darf, daß sie definitiv auf die andere Seite getrieben würde.

Erneut besprochen wurden Fragen der Osteuropa-Politik. Auf deutscher Seite Dankbarkeit, daß Frankreich deutsches nationales Anliegen der Wiedervereinigung begreift – ein Anliegen, das auch zentrales Problem zukünftiger europäischer Friedensordnung bildet. Übereinstimmung, daß trotz bestehender Schwierigkeiten Fortschritte möglich sind; dazu sind Geduld und Unverdrossenheit erforderlich.

Hinsichtlich deutsch-französischer Zusammenarbeit bestand Einigkeit,

- Zusammenarbeit um jene Minister zu erweitern, deren Kontakte miteinander wichtig sind und von denen einige ja bereits an der heutigen Sitzung teilnehmen. Diese Minister sollen sich ebenfalls regelmäßig treffen.
- bessere Koordinierung und Organisation auf bestimmten Gebieten zu erreichen. Dazu Gedanke der Bildung gemeinsamer Kommissionen (für wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit, Zusammenarbeit auch auf anderen Gebieten, z. B. zwischen den Industrien).

In diesem Zusammenhang ist außerdem Frage erörtert worden, ob nicht in jedem der beiden Länder eine besondere Koordinierungsinstanz an der Spitze errichtet werden sollte, um zu verhindern, daß die auf weite Sicht angelegte gemeinsame Arbeit auseinanderläuft. Hierfür bestimmte Möglichkeiten zu erkennen, über die man entweder heute beschließen oder noch weitere Überlegungen anstellen kann.

Bundeskanzler schließt die Wiedergabe der wesentlichen Ergebnisse der mit dem französischen Präsidenten geführten Gespräche mit seinem Dank an die-

<sup>7</sup> Neben Großbritannien stellten noch Dänemark und Irland am 11. Mai 1967 Anträge auf Beitritt zur EWG. Vgl. dazu Dok. 197, Anm. 4.  
Norwegen beantragte die Mitgliedschaft in der EG am 21. Juli 1967.



sen, seinem gleichzeitigen Dank an Premierminister Pompidou für das besonders fruchtbare Gespräch und dankt auch den anderen anwesenden Regierungsmitgliedern für die geleistete Arbeit. Insgesamt war das Treffen ermutigendes Merkmal der deutsch-französischen Freundschaft, der Schicksalsgemeinschaft unserer beiden Völker. Er, Bundeskanzler, ist guten Mutes, daß die besondere, herausgehobene Zusammenarbeit zwischen deutschem und französischem Volk und beiden Regierungen eine gute, notwendige Sache ist für uns selbst und für Europa.

*De Gaulle* dankt Bundeskanzler für seine Darstellung und erklärt sich einverstanden. Gespräche sind bis zum Kern der Dinge vorgestoßen, nämlich den Motiven deutscher und französischer Politik. Dabei wurden die Gründe freigelegt, aus denen beide Länder im Innersten verbunden sind.

In französischer Sicht ist bedeutsames Faktum, das Gegenwart und Zukunft beherrscht, welche enorme Macht die Vereinigten Staaten von Amerika besitzen. Diese Feststellung hat keinen Unterton von Feindschaft oder Abneigung gegenüber unseren amerikanischen Freunden. Tatsache aber ist, daß USA dabei sind, größte Macht der Welt zu werden. Unvermeidbare, automatische Folge, daß Amerika dazu neigt, seine Macht noch zu erweitern; damit entsteht ein Übergewicht, vielleicht sogar eine Hegemonie über die anderen. Vor diesem Faktum, das für den Westen insgesamt, für uns Europa, für uns Deutsche und Franzosen bedeutsam ist, darf man die Augen nicht verschließen.

Zwei Möglichkeiten ergeben sich:

- Man kann die Dinge akzeptieren, so wie sie geworden sind. Das wäre sicher am einfachsten. Es würde darauf hinauslaufen, daß jeder von uns Teil einer Gesamtheit wird, die von amerikanischer Vormacht beherrscht wird.
- Die andere Möglichkeit (die keine Feindschaft oder Gegnerschaft zu USA bedeutet) ist die Bewahrung unserer nationalen Persönlichkeit. Sie gilt für Frankreich, Deutschland, für die anderen Europäer. Es ist offensichtlich, daß dazu gewisse Grundvoraussetzungen erforderlich sind, insbesondere
  - 1) Deutschland und Frankreich dürfen nicht auseinandergehen. Wenn sie sich trennen, ist endgültig nichts mehr zu tun gegen amerikanische Hegemonie über den Westen; bleiben sie aber zusammen, dann ergibt sich auch die Möglichkeit, unsere nationale Persönlichkeit zu gewährleisten.
  - 2) Die Sechs haben mit großer Mühe die Europäischen Gemeinschaften gebildet. Dieser Zusammenschluß zwar bisher nur auf wirtschaftlichem Gebiet, aber von sehr großer Bedeutung. Die Sechser-Gemeinschaft muß erhalten werden und darf nicht auseinanderfallen. Geschähe dies, dann würde ganz anderes System entstehen – es könnte nichts anderes sein als ein atlantisches mit amerikanischem Übergewicht.
  - 3) Besonders für Deutschland und Frankreich ist es notwendig, Mittel und Wege zu finden, mit Osteuropa zu Verständigung und Zusammenarbeit zu gelangen. Dies gilt soweit und solange der Osten uns nicht bedroht. Vorsicht bis dahin muß geübt werden. Tatsächliche Bedrohung jetzt aber geringer geworden. Deutschland und Frankreich müssen diese Bemühungen fortsetzen, um etwas zu schaffen, was der wirtschaftlichen und technologischen Realität entspricht, als Alternative zur Fortsetzung des Systems der zwei Blöcke.

Dieses Leitmotiv der französischen Politik muß offen gesagt werden. Es ist keineswegs gegen Amerika gerichtet, mit dem Frankreich durch langjährige und natürliche Freundschaft verbunden ist. Diese Freundschaft will Frankreich erhalten, ebenso wie es die westliche Allianz erhalten möchte, jedenfalls solange, bis im Verhältnis zum Osten die Dinge sich völlig geändert haben. Daher hat Frankreich auch nichts, gar nichts gegen physische Präsenz der Amerikaner in Europa einzuwenden. Dessen ungeachtet führen französische Grundsatzüberlegungen aber dazu, daß Frankreich in verschiedenen Fragen (z.B. Vietnam, Nahost-Krise) andere Positionen einnimmt, als Amerikaner es für richtig halten.

Französisches Grundanliegen, seine nationale Persönlichkeit zu wahren, führt sowohl zum Wunsch, die Sechser-Gemeinschaft zu erhalten, als auch zu seiner Entspannungspolitik gegenüber dem Osten. Diese Politik impliziert und umfaßt auch Unterstützung deutscher Wiedervereinigung. Angesichts der Erfahrungen der Vergangenheit könnte Wiedervereinigung an und für sich in Frankreich Befürchtungen auslösen. Dem gegenüber steht aber Bedeutung, die der Wiedervereinigung im Rahmen eines allgemeinen europäischen Arrangements zukommt. Daher ist Wiedervereinigung für Frankreich wünschenswert, nicht nur aus moralischen Gründen, sondern auch wegen Frankreichs eigener Interessen, denn die Wiedervereinigung Deutschlands ist ein wesentliches Element der erstrebten Ordnung in Europa.

Deutschland und Frankreich sind durch den Vertrag vom Januar 1963 besonders eng verbunden. Wohl gibt es gelegentlich Kritik gegen den Vertrag. Er funktioniere nicht immer so wie er sollte. Ein idealer Zustand wird aber im Leben nie erreicht. Auf jeden Fall hat der Vertrag wichtige Resultate gebracht:

- ständige Zusammenarbeit und Zusammenkünfte und dabei erzielte praktische Ergebnisse;
- ein gemeinsames geistiges Klima zwischen beiden Völkern, das sich auf den verschiedensten Gebieten zeigt (Wirtschaft und Industrie, Jugendaustausch, Kontakte der Einzelnen, Städtepartnerschaften etc.); dadurch sind zahllose Bande zwischen beiden Völkern entstanden, die es früher nicht gab und an denen sie hängen.

Es stellt sich Frage, wie der Vertrag aktiviert und seine praktische Handhabung verstärkt werden kann. Er, de Gaulle, stimmt Bundeskanzler zu, daß dies möglich und wünschenswert ist. Hierfür kommt nach französischer Ansicht vor allem zweierlei in Frage. Einmal Verstärkung der Zusammenarbeit im Bereich von Wirtschaft und Technologie. Dies sind die großen Themen der Gegenwart, sie stehen im Vordergrund und ergreifen auch die Phantasie der öffentlichen Meinung. Hier läßt sich manches gemeinsam tun: Zusammenarbeit der Produzenten, der Wissenschaftler, der Techniker. Vielleicht wäre besonderer Mechanismus zweckmäßig; darin sollten die Regierungen vertreten sein, aber ebenso auch bedeutende Persönlichkeiten aus Industrie, Handel, der Finanzwelt und dem Bereich der Wissenschaft. Zum anderen könnte Zusammenarbeit der Regierungen selbst verstärkt werden. In Zweiergespräch mit Bundeskanzler hatte er, de Gaulle, gemeint, der Fouchet-Plan habe eine Ma-

schinerie zur Koordination der Regierungszusammenarbeit vorgesehen.<sup>8</sup> Dies war ein Irrtum. Tatsächlich ist es der deutsch-französische Vertrag, der Bestimmungen über Koordinationsmechanismus enthält.<sup>9</sup> Hiervon muß aber noch stärker Gebrauch gemacht werden. Erforderlich ist, daß auf jeder Seite eine Person ständig alle Fragen der gemeinsamen Zusammenarbeit in der Hand hält.

Hinsichtlich britischen Beitrittsantrags zu Europäischen Gemeinschaften geht französische Politik von folgendem aus: Wenn Briten das würden, was wir sind, nämlich richtige Europäer, und das in allen Bereichen (wie sie leben, wie sie sich ihre Nahrungs- und Lebensbedürfnisse beschaffen, wie sie Währung, Wirtschaft und Finanzen handhaben, wie sie sich in der übrigen Welt verhalten – als Beispiele nur Aden, Singapur, Hongkong, die sehr realen Beziehungen zum Commonwealth, zu Neuseeland, Australien, Kanada, das Verhältnis zu Amerika, das besonders wesentlich ist –), wenn die Briten sich also, wie wir hoffen, in all diesen Dingen ändern und wirkliche Europäer werden, dann bildet Beitrittsantrag kein Problem mehr, und es besteht kein Grund, Briten den Beitritt zu Gemeinschaften zu verwehren. Würde Großbritannien aber als Mitglied zugelassen, ehe es soweit ist, dann besteht Gefahr, daß so mühsam gebaute Gemeinschaften sich völlig ändern. Sicher kann man etwas anderes schaffen als diese Gemeinschaften, wenn man es will. Nicht möglich ist aber, gleichzeitig die Gemeinschaften zu erhalten und neue Mitglieder aufzunehmen, die nicht unter denselben Bedingungen leben. Zwar haben Briten sich schon geändert und werden sich – was wir wünschen – wohl noch weiter ändern; der Prozeß muß aber erst abgeschlossen werden.<sup>10</sup>

Ausführungen de Gaulles schließen mit der Feststellung, daß stattgefundener Gedankenaustausch sowohl hinsichtlich Inhalts der Gespräche wie auch Realität der Zusammenarbeit ein wertvoller Gewinn waren.

Anschließend folgen Berichte der Außenminister über ihre Besprechungen.

*Couve* hat mit Bundesaußenminister die gleichen Fragen internationaler Politik besprochen wie Bundeskanzler mit *de Gaulle*, nämlich: Ost-West-Fragen (einschließlich europäischer Sicherheit) und Nahost-Krise; zusätzlich noch kurz NV-Vertrag. Zu Ost-West-Fragen hat *Couve* über 2 Aufenthalte *Kossygin* in Paris<sup>11</sup> sowie Reise *Pompidou/Couve* nach Moskau<sup>12</sup> berichtet. Außerdem unterrichtete *Pompidou* auch Bundeskanzler über die Moskau-Reise<sup>13</sup>. Sämtliche

<sup>8</sup> Vgl. dazu Dok. 261 und Dok. 263.

<sup>9</sup> Abschnitt I, Absatz 4 des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963: „In jedem der beiden Staaten wird eine interministerielle Kommission beauftragt, die Fragen der Zusammenarbeit zu verfolgen. In dieser Kommission, der Vertreter aller beteiligten Ministerien angehören, führt ein hoher Beamter des Außenministeriums den Vorsitz. Ihre Aufgabe besteht darin, das Vorgehen der beteiligten Ministerien zu koordinieren“. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 707 f. (Auszug).

<sup>10</sup> Die vorstehenden Ausführungen des Staatspräsidenten *de Gaulle* wurden am 31. Juli 1967 von der französischen Botschaft in Bonn veröffentlicht. Vgl. dazu DzD V/1, S. 1446 f.

<sup>11</sup> Zu den Aufenthalten des sowjetischen Ministerpräsidenten im Dezember 1966 bzw. im Juni/Juli 1967 in Paris vgl. Dok. 262, Anm. 5.

<sup>12</sup> Ministerpräsident *Pompidou* und der französische Außenminister *Couve de Murville* hielten sich vom 3. bis 8. Juli 1967 in der UdSSR auf. Vgl. dazu auch Dok. 274, Anm. 9.

<sup>13</sup> Für das Gespräch vom 12. Juli 1967 vgl. Dok. 262.

Gespräche mit Sowjets waren beherrscht durch Nahost-Krise und die aus ihr resultierenden Probleme.

Bundesaußenminister hat seinerseits berichtet über die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den osteuropäischen Staaten einschl. der Sowjetunion im Rahmen der Entspannungspolitik der Bundesregierung. Dabei stellt Bundesaußenminister fest, daß gewisse Fortschritte erfolgt sind (insbesondere Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien<sup>14</sup>), daß andererseits Gesamtsituation doch noch recht starr sei und sich viele Schwierigkeiten ergäben. Bundesregierung sei entschlossen, Bemühungen fortzusetzen. Er, Couve, erklärte dazu, daß französische Regierung voll und ganz hinter der Ostpolitik der Bundesregierung steht. Hinsichtlich Nahost-Konflikt ist keine Wiederholung französischer Haltung erforderlich, da diese bekannt. Aus Besprechung mit Bundesaußenminister zwei Schlußfolgerungen, die in Plenarsitzung ausdrücklich wiedergegeben werden sollen:

- beide Regierungen treten für Wiederherstellung von Frieden und Stabilität im Nahen Osten ein;
- nach Maßgabe der Mittel sind sie bereit, an Wiederaufbau in Nahost teilzunehmen.

Bei Erörterung deutsch-französischer Zusammenarbeit stimmten beide Außenminister überein, daß Organisation der Konsultationen verbessert werden muß. Erfahrungen anlässlich Nahost-Krise haben gewisse Unzulänglichkeiten gezeigt. Bundesaußenminister anerkannte, daß in 2. Phase der Krise Informationsaustausch und Konsultation besser waren. Daraus sind Konsequenzen zu ziehen, nicht nur für Behandlung der Nahostfrage, sondern allgemein für sämtliche Probleme gemeinsamen Interesses. Konsultationen müssen systematisch besser organisiert werden; gegebenenfalls sind Ad-hoc-Zusammenkünfte und Konsultationen notwendig auch außerhalb der regelmäßigen Treffen und zusätzlich zu diesen.

Was NV-Vertrag betrifft, ist bekannte französische Haltung dargestellt worden, ebenso auch deutsche. Dem nichts hinzuzufügen. Dies waren die wesentlichen behandelten Punkte. Leider stand nur verhältnismäßig kurze Zeit zur Verfügung.

*Bundesminister des Auswärtigen* stimmt Wiedergabe durch Couve zu.

Einige zusätzliche Bemerkungen:

- 1) Rat und Unterstützung französischen Partners bleiben für Bundesregierung in ihrer Ostpolitik von größtem Wert.
- 2) Wir schätzen Verständnis, das französische Regierung für unsere Bemühungen um Verbesserung des Verhältnisses zur arabischen Welt zeigt, und Unterstützung, die sie dabei leiht.
- 3) Mitarbeiter haben begonnen mit den vereinbarten gemeinsamen Überlegungen über europäische Sicherheit in den 70er Jahren vor allem hinsichtlich Verteidigung.<sup>15</sup> Darin sollen auch Gedanken hinsichtlich einer zukünftigen europäischen Friedensordnung einbezogen werden.

<sup>14</sup> Zur Vereinbarung vom 31. Januar 1967 vgl. Dok. 39.

<sup>15</sup> Am 12. Juli 1967 faßte Ministerialdirektor Ruete ein Gespräch mit dem französischen Gesandten Maillard und Konteradmiral Traub vom Secrétariat Général à la Défense Nationale vom Vortag

*De Gaulle* hält bezüglich Nahost-Krise fest, daß französische Haltung vor Ausbruch des Konflikts bestimmt war vom Gedanken, Ausbruch kriegesischer Handlungen müsse verhindert werden.<sup>16</sup> In diesem Sinne hat französische Regierung Arabern zur Mäßigung geraten. Israelis riet sie, auf keinen Fall Feindseligkeiten zu eröffnen. Dies haben sie dennoch getan, wenn auch aus Anlaß, den ihnen Unklugheit der Araber lieferte. Nunmehr französische Haltung dadurch bestimmt, daß Gebietseroberungen nicht Basis für eine Lösung bilden können. Dies ist konsequente französische Haltung; von französischer Regierung ergriffene praktische Maßnahmen ergeben sich logisch aus ihr. Sowjets sind aus eigenen, andersartigen Gründen zu analogen Entschlüssen gelangt. Diese Koinzidenz ist zufällig und ergibt sich nicht etwa daraus, daß Franzosen ihre Politik mit der sowjetischen verbinden wollten. Frankreich macht seine eigene Politik.

Derzeitige Lage so, daß Israelis nicht bereit, sich ohne entsprechende Garantien aus besetzten Gebieten zurückziehen, und daß Araber infolgedessen nicht verhandeln wollen, Krise wird daher noch lange Zeit dauern. Wann Lösung möglich, ist vorläufig nicht zu übersehen. Franzosen wollen verhindern, daß Araber in sinnlose Wut geraten, sich ganz auf sowjetische Seite schlagen und mit Sowjets allein bleiben. Frankreich ist bemüht, mit Arabern gute Beziehungen zu erhalten. Diese Haltung ist auch insoweit realistisch, als Araber 100 Millionen Menschen zählen; dies hat politisches Gewicht.

*Bundeskanzler* dankt für detaillierte Darstellung französischer Auffassung. Auch auf deutscher Seite hatte man gehofft, daß es nicht zu kriegesischem Konflikt kommen würde – dies um so mehr, als immer Gefahr der Konfliktausweitung besteht. Im Konflikt haben wir uns neutral verhalten. Dabei befand deutsches Volk sich in besonderer moralischer Situation. Er, Bundeskanzler, möchte herausstellen, daß nach der schrecklichen Zeit vor 1945 heute offenbar im deutschen Volk keine Spur antijüdischen Ressentiments geblieben ist; Pressereaktion, demoskopische Umfragen haben das eindeutig gezeigt. Diese Tatsache ist von großer positiver Bedeutung; sie ist auch wichtig angesichts gewisser Sorgen und Anschuldigungen, die im Vorjahr im Ausland wegen bestimmter innenpolitischer Vorgänge in Deutschland (Anspielung auf

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1068*

zusammen. Zunächst habe auf französischer Seite nur geringe Neigung bestanden, in der Frage einer „Gemeinsamen Studie über die langfristige weltpolitische Entwicklung und die Sicherheit Europas in den 70er Jahren“ aktiv zu werden, da nach ihrer Ansicht zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium der Verteidigung zu wenig Übereinstimmung bestehe. Ruete habe dann die Absicht der Bundesregierung betont, Gemeinsamkeiten in der Verteidigungsplanung beider Staaten herauszufinden; mit diesem Ziel habe sich die französische Seite einverstanden erklärt. Ruete kam zu dem Schluß, daß die französische Regierung stärker als die Bundesregierung der Studie „militärischen Charakter“ beilege; jedoch werde die Notwendigkeit, „für die strategischen Überlegungen zunächst den politischen Unterbau zu finden, nicht verkannt“. Auf französischen Wunsch hin sollten die Untersuchungen in gemischten diplomatisch-militärischen Gruppen behandelt werden. Die französische Delegation, an der hochrangige Offiziere beteiligt seien, werde von Maillard geleitet. Von französischer Seite sei der Wunsch geäußert worden, daß der deutschen Abordnung ebenfalls hohe Offiziere aus dem engeren Mitarbeiterkreis des Generalinspektors der Bundeswehr, de Maizières, angehörten. Die Sitzungen könnten im Herbst aufgenommen werden und sollten alternierend in Bonn und Paris stattfinden. Vgl. VS-Bd. 2400 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Vgl. dazu weiter Dok. 349.

<sup>16</sup> Zur französischen Erklärung vom 24. Mai 1967 vgl. Dok. 186, Anm. 10.

NPD<sup>17</sup>) erhoben wurden. Während der Nahostkrise ergab sich in Deutschland Gefühl einer spontanen, ehrlichen moralischen Anteilnahme am Schicksal Israels. Dies ist wert, besonders erwähnt zu werden.

Im übrigen Zustimmung zu dem, was de Gaulle und Couve über Notwendigkeit von Bemühungen um gute Beziehungen mit Arabern gesagt haben. Auch Bundesrepublik Deutschland ist bemüht, Verhältnis mit der arabischen Welt in Ordnung zu bringen. Schon vor Konfliktausbruch befanden wir uns in besonderer Lage, nachdem Großteil arabischer Staaten diplomatische Beziehungen zu uns abgebrochen hatte.<sup>18</sup> Wir wollen nach Kräften dazu beitragen, daß Verhältnis wieder normal wird. Im übrigen behalten wir uns vor, wenn Nahost-Situation sich normalisiert, alle Maßnahmen zu fördern, die dem Frieden dort dienen.

Anschließend folgt Wiedergabe der Gespräche Bundesminister Schiller – Minister Debré.

Schiller feststellt, daß Debré und er sich in vergangenen 7 ½ Monaten so oft getroffen und ihre Ansichten abgestimmt haben, daß ein Teil gestern und heute behandelte Probleme nicht mehr Fragen der Außenbeziehungen beider Länder, auch nicht Fragen des Verhältnisses EWG zur Außenwelt sind, sondern gemeinsame Fragen deutscher und französischer Innenpolitik.

Behandelte Hauptthemen waren:

- 1) Konjunkturpolitik
- 2) Internationale Währungsordnung
- 3) Wirtschaftliche Zusammenarbeit (besonders bei Energie und Stahl)
- 4) Industrielle Zusammenarbeit (besonders Verarbeitungssektor)
- 5) Aktuelle Einzelfragen (allgemeinwirtschaftliche Fragen, Kredit- und Währungsprobleme).

Hinsichtlich Konjunkturpolitik Feststellung, daß sich in Deutschland etwa seit Mitte vergangenen Jahres rezessive Tendenzen zeigen, in Frankreich seit Anfang 1967. Für letztere hat Entwicklung in Deutschland leider wohl gewisse Rolle gespielt (Rückgang französischer Exporte nach Deutschland). Er, Schiller, hat die zwei deutschen Konjunkturförderungsprogramme dargelegt (das vom Jahresbeginn und das jetzige).<sup>19</sup> Uns kommt es vor allem darauf an, Länder und Gemeinden in expansive Ausgaben- und Investitionspolitik des Bundes einzubeziehen. Außerdem müssen besondere Strukturprobleme gelöst werden (3 Stichworte: Ruhr, Saar, Zonenrandgebiete).

Debré seinerseits hat französische Konjunkturpolitik und Konjunkturstützungsmaßnahmen dargelegt. Auch in Frankreich Beschleunigung der öffentlichen Ausgaben, gleichzeitig aber auch Förderung des privaten Verbrauchs (dies ist in Deutschland nicht möglich). Zum Schluß wurde vorgenommen ein Ver-

<sup>17</sup> Zu den Erfolgen der NPD bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern im November 1966 vgl. Dok. 14, Anm. 17.

<sup>18</sup> Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen im Mai 1965 durch die Mehrzahl der arabischen Staaten vgl. Dok. 15, Anm. 42.

<sup>19</sup> Zum Entwurf einer Ersten Verordnung über steuerliche Konjunkturmaßnahmen, die das Bundeskabinett am 26. Januar 1967 beschloß, vgl. BULLETIN 1967, S. 69.  
Für das am 6. Juli 1967 zusammen mit der mittelfristigen Finanzplanung bis 1971 verabschiedete Konjunkturprogramm der Bundesregierung vgl. BULLETIN 1967, S. 632 f.

gleich der beiden Nationalwirtschaften. Dabei Übereinstimmung, daß Außenhandelsposition der Bundesrepublik Deutschland günstiger ist. Debré auch der Ansicht, daß deutsche Industrie flexibler reagieren kann; dazu Zusatz Schillers, daß größere Flexibilität auch in Reaktion nach unten (zu leichte Bereitschaft zu Revision der Planungen und der Gewinnerwartungen nach unten). Möglichkeiten der Konjunkturpolitik sind wegen verschiedener Struktur in beiden Ländern unterschiedlich: in Deutschland Anteil des Bundes an öffentlichen Investitionen 20 %, Anteil von Ländern und Gemeinden dagegen 80 %; nach Aussage Debrés Reaktion in Frankreich umgekehrt. Hinsichtlich internationaler Währungsfragen Hinweis auf bei Konferenz in München am 18. April<sup>20</sup> erzielte Übereinstimmung der Sechs und Bestätigung der hierfür mitursächlichen deutsch-französischen Übereinstimmung. Dasselbe gilt für letzte Sitzung in Brüssel am 4. Juli.

Zur Vorbereitung nächste Woche in London stattfindender Tagung des Zehner-Clubs<sup>21</sup> hat Debré ihm, Schiller, Arbeitspapier übergeben, das sich besonders mit Frage von Ziehungsrechten und Stimmrecht im IMF befaßt.<sup>22</sup> Übereinstimmung, auch der Sechs, daß sie Sperrminorität im IMF erhalten sollen. Auch Niederländer dieser Ansicht. Gemeinsamkeit des Standpunktes der Sechs von großer Bedeutung. Fowler<sup>23</sup> ist darauf hingewiesen worden.

*De Gaulle* fragt, ob niederländische Auffassung die der Staatsbank oder die der Regierung ist.

*Schiller:* der Regierung.

Im Bereich wirtschaftlicher Zusammenarbeit bei Energie und Stahl wurde Frage erörtert, ob nicht deutsch-französische Arbeitsgruppe gebildet werden sollte. Engere Zusammenarbeit erforderlich geworden besonders bei Energiepolitik wegen neuer Lage, die Fusion der Organe der Gemeinschaften mit sich bringt. Für Stahlfragen besteht bereits gemeinsame Arbeitsgruppe. Jedenfalls vereinbart, auch die Konsultationen zwischen Ministern sowie Staatssekretären fortzusetzen.

<sup>20</sup> Zur Tagung der Finanz- und Wirtschaftsminister der EWG-Mitgliedstaaten am 17./18. April 1967 vgl. Dok. 147, Anm. 17.

<sup>21</sup> Am 17./18. Juli 1967 trafen sich die Finanzminister und Notenbankgouverneure der zehn handelspolitisch wichtigsten nichtkommunistischen Staaten, die zur Erleichterung des Ausgleichs von Zahlungsbilanz-Salden untereinander Kreditvereinbarungen abgeschlossen hatten, in London. Für das Communiqué vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 410 f.

<sup>22</sup> Für den Wortlaut der französischen Note vom 13. Juli 1967 vgl. Referat I A 1, Bd. 705.

<sup>23</sup> Bundesminister Schiller erklärte dazu gegenüber dem französischen Finanzminister Debré, „daß er in mehreren Gesprächen mit Herrn Fowler bei seinem Besuch in den USA vom 15. bis 20. Juni das Liquiditätsproblem sehr offen erörtert habe. Fowler suche eine Lösung, und er sei von seinem ursprünglich recht starren Standpunkt bereits abgegangen. [...] Fowler sei jederzeit bereit, vor der Jahresversammlung in Rio nochmals zu einem Treffen etwa in der Art von Chequers nach Europa zu kommen.“ Zu der in der französischen Note angesprochenen Frage der Beschlußfassungsmehrheit für die Schaffung neuer Liquidität machte Schiller „auf die amerikanischen Befürchtungen aufmerksam, daß die europäischen Länder in jedem Einzelfall einer Abstimmung als Block auftreten und damit jegliche Liquiditätsschöpfung verhindern könnten. Er habe Herrn Fowler klargemacht, daß man bei sechs Ländern nicht von einem Vetorecht sprechen könne, daß die europäischen Länder aber als Minderheit einen ausreichenden Schutz ihrer Interessen verlangen müßten und deshalb an der Forderung einer 85 %igen Abstimmungsmehrheit festhalten würden.“ Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialrats Fünfgelt, Bundesministerium der Finanzen, vom 25. Juli 1967; Referat I A 1, Bd. 705.

Zum Aufenthalt von Schiller in den USA vgl. auch Dok. 227.

Hiermit im Zusammenhang weitere Überlegungen, ebenfalls gemeinsames Arbeitsgremium für Industriezusammenarbeit auf Verarbeitungssektor zu gründen. Dort stärkere Zusammenarbeit nötig; größere Märkte erfordern auch größere Industrie-Einheiten. Daher Vorschlag Schillers für deutsch-französischen Arbeitsausschuß, der vornehmlich aus Vertretern der privaten Industrie zu bilden wäre, aber auch hochrangige Regierungsvertreter beider Seiten umfassen sollte; dort Behandlung aller Fragen, die mit engerer Zusammenarbeit der verarbeitenden Industrien zusammenhängen.

An aktuellen Fragen wurde vor allem Ölversorgung besprochen. Angesichts der Auswirkungen der Nahost-Krise ist dies sehr akutes Problem. Deutschland und Frankreich haben kürzlich gemeinsam in OECD, als dort ein bestimmter Krisenbeschluß zur Diskussion stand, sich der Stimme enthalten<sup>24</sup>, weil sie verhindern wollten, daß es zu einem Boykott aller arabischer Staaten gegen gesamten Westen kommen könnte. Zu am 4. 7. in Frankreich verfügter Ausfuhr-lizenzpflicht für alle Ölprodukte hat Debré erklärt, daß dies eine formelle Maßnahme sei, die Deutschland nicht betrifft.

Auf Wiedergabe der Erörterung weiterer aktueller Fragen (u. a. Kohlensituation) verzichtet Schiller und überläßt es Debré, sie zu erwähnen.

*Bundeskanzler* macht im Hinblick auf fortgeschrittene Zeit Vorschlag, die nicht zu Wort gekommenen Minister sollten Ergebnisse ihrer Konsultationen schriftlich niederlegen.

*De Gaulle* erklärt sich einverstanden, bittet jedoch, Debré noch kurz zu Wort kommen zu lassen und außerdem Pompidou Gelegenheit zu einigen Ausführungen zu geben.

*Debré* herausgreift aus Ausführungen Schillers Erwähnung der bevorstehenden Tagung in London und unterstreicht ihre wirtschaftliche wie politische Bedeutung. Im Kern sind schon seit der Zeit vor der Münchner Tagung, und erst recht seither, deutsche und französische Ziele gleich. Sie in London durchzusetzen, kann aber schwierig werden. Beispielsweise hat Holland zwar unseren Vorschlägen hinsichtlich Sperrminorität der Sechs zugestimmt, gleichzeitig aber vorgeschlagen, für Ziehungsrechte Organisation außerhalb IMF vorzusehen; damit würden insoweit mit Verlangen nach Sperrminorität der Sechs angestrebte Ziele hinfällig. Infolgedessen notwendig, daß für London gemeinsame Ansichten erarbeitet werden, nicht nur unter den Sechs, sondern auch bilateral deutsch-französisch; dies muß sich auch auf Organisationsdinge erstrecken – sonst Gefahr, daß Einigkeit im Prinzipiellen stecken bleibt.<sup>25</sup>

Wiedergabe der geführten Gespräche durch Schiller stimmt Debré zu.

Außerdem stattfand auch eine Besprechung zwischen ihm, Debré, und Bundesminister Strauß. Wichtigstes behandeltes Problem waren Steuerfragen. Diese haben zwar an der Oberfläche mehr technischen Charakter, sind jedoch im Hinblick auf voranschreitenden Fortfall der Zollschränken innerhalb der EWG und deshalb erforderlicher engerer Zusammenarbeit oder sogar Verschmelzung von Firmen beider Länder von erheblicher Bedeutung. Beide Mini-

<sup>24</sup> Zur Stimmenthaltung der Bundesrepublik am 27. Juni 1967 vgl. Dok. 227, Anm. 6.

<sup>25</sup> Zur Regelung der Frage der Liquiditätsschöpfung und zur Zuerkennung einer Sperrminorität für die EG-Staaten bei Entscheidungen des IWF vgl. Dok. 302, Anm. 6.



ster waren sich völlig einig in den Zielsetzungen und in den Positionen, die die zwei Länder in der EWG und gegenüber den EWG-Partnern einnehmen werden. Ebenso bestand Übereinstimmung soweit es um Dinge geht, die Deutschland und Frankreich bilateral betreffen. Ein weiteres Treffen mit Strauß ist für den Herbst vereinbart; es soll durch Sachverständigenbesprechungen vorbereitet werden.

*Pompidou* feststellt zur deutsch-französischen Zusammenarbeit als gemeinsame Schlußfolgerung deutscher und französischer Seite, daß stärkere Kontakte und Impulse besonders im wirtschaftlichen und technologischen Bereich erforderlich sind. Zusammenarbeit muß weiteren Auftrieb erhalten. Dazu bessere Koordinierung nötig; hierzu Ernennung je einer verantwortlichen Persönlichkeit in Deutschland wie Frankreich, die gesamte Zusammenarbeit in allen Bereichen verfolgt und zusammenfaßt. Formal besteht bereits Vertragsbestimmung über derartige Koordination; in der Praxis ist jedoch noch nicht genug geschehen. Jede der beiden Regierungen wird infolgedessen untersuchen, wie nach gemeinsamer Überzeugung erforderliche Verstärkung der Koordination sich in Praxis umsetzen läßt, und eine verantwortliche Persönlichkeit ernennen; hierüber, auch um Vergleichbarkeit der Ebenen sicherzustellen, noch weitere Konsultationen.

Außerdem Frage der Weiterentwicklung der Zusammenarbeit im wirtschaftlichen und technologischen Bereich. Im Januar wurde beschlossen, gemeinsame Arbeitsgruppe für Technologie zu bilden; dies ist noch nicht geschehen. Nunmehr ist ins Auge gefaßt, eine zentrale Stelle (oder vielleicht mehrerer Ausschüsse) zu bilden; er, *Pompidou*, ist für einen einzigen Ausschuß, der die gesamten Gegenstände der Zusammenarbeit auf den verschiedenen Gebieten von Wirtschaft, Industrie, Landwirtschaft und Technologie zentralisiert und in dem Persönlichkeiten sowohl aus öffentlichem wie privatem Sektor vertreten sein sollten. Gegebenenfalls Einrichtung von Untergruppen, die die einzelnen Sachgebiete repräsentieren. Über Zusammensetzung des Ausschusses kann heute noch nicht beschlossen werden. Jedoch sollte jede Regierung einen Minister bestimmen, der die Sache in die Hand nimmt; anschließend dann Weiterbehandlung entweder auf diplomatischem Weg oder direkt zwischen den beiden Ministern. Auf jeden Fall soll die neue Organisation möglichst schnell geschaffen werden.

*De Gaulle*: Bildung dieses Ausschusses ist heute noch nicht möglich, jedoch soll gemeinsamer Beschluß, sie zu schaffen, ausdrücklich festgehalten werden.

Im übrigen hat Deutschland eine Armee, hat Frankreich eine Armee und die beiden sollten untereinander Kontakt halten.

*Schiller*: Eine kurze Bemerkung zu von Debré angeschnittener Währungsfrage. Debré hatte recht, bevorstehende Konferenz in London als schwierig zu bezeichnen. Deutsche Seite hat Studium des übergebenen französischen Papiers noch nicht abgeschlossen; daher noch nicht zu sagen, ob wir in allen Punkten übereinstimmen. Auf jeden Fall Vereinbarung zwischen ihm, *Schiller*, und Debré, sich wie bei Münchner Konferenz unmittelbar vor Sitzungsbeginn zu treffen und die anstehenden Fragen durchzusprechen.

*Bundeskanzler* erteilt unter Bezugnahme auf vorangegangene Bemerkung de Gaulles das Wort an Minister Schröder zu kurzen Ausführungen.

*Schröder*: Gespräche mit Messmer waren Ausdruck bereits bestehender Zusammenarbeit. Alle wesentlichen Fragen wurden eingehend besprochen. Im Vordergrund standen Haushaltsfragen, von denen ja Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu erheblichem Teil abhängen. Außerdem wurde erörtert, wie die vereinbarten Untersuchungen über Möglichkeiten der Sicherheit Europas in den 70er Jahren organisiert werden sollen; dabei u. a. als Möglichkeit ins Auge gefaßt Heranziehung von französischem Generalsekretariat der Verteidigung und deutschem Verteidigungsrat. Bezüglich der Delegationsleiter noch keine abschließende Meinung; auf deutscher Seite Gedanke, ehemaligen Generalinspekteur Trettner zu benennen, der rangmäßig etwa französischem General de Brébisson entsprechen würde.

*Bundeskanzler* schließt die Sitzung, indem er französischem Präsidenten, Premierminister und den beteiligten Ministern für den stattgefundenen, äußerst nützlichen und ermutigenden Gedankenaustausch dankt. Er bittet diejenigen Minister, die aus Zeitmangel nicht mehr dazu kamen, Ergebnisse ihrer Parallelkonsultationen mündlich darzustellen, diese in schriftlicher Form vorzulegen.

*De Gaulle* dankt seinerseits dem Bundeskanzler für die erwiesene Gastfreundschaft.

**VS-Bd. 8520 (Ministerbüro)**

## 265

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete

**II A 4-81.02-94.29-480/67 geheim**

**13. Juli 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Bemühungen sowjetdeutscher Kreise um eine Wiederherstellung der Republik der Wolgadeutschen<sup>2</sup> und um eine volle Rehabilitierung der sowjetdeutschen Bevölkerung

I. Anliegen wird vorgelegt:

- 1) Übersetzung einer Aufzeichnung über ein am 15.6.1965 in Moskau zwischen Vertretern des Zentralkomitees der KPdSU und einer sowjetdeutschen Delegation geführtes Gespräch über die Wiederherstellung der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen und die völlige Rehabilitierung aller Sowjetdeutschen<sup>3</sup>,
- 2) Übersetzung einer Aufzeichnung über ein Gespräch einer sowjetdeutschen

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Blumenfeld konzipiert.

<sup>2</sup> Die am 20. Februar 1924 gegründete Autonome Sowjetrepublik der Wolgadeutschen wurde am 7. September 1941 aufgelöst.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 4201 (II A 4).

Delegation mit dem damaligen Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, A. I. Mikojan, über die gleiche Frage<sup>4</sup>,

3) Übersetzung eines undatierten, vermutlich Anfang 1966 abgesandten Schreibens einer Gruppe von 14 Sowjetdeutschen an A. I. Mikojan, Durchschrift an M. A. Suslow zum gleichen Thema<sup>5</sup>,

sowie eine Kurzfassung der vorerwähnten 3 Dokumente.

II. Die zweifellos authentischen Dokumente sind dem derzeitigen Sachbearbeiter für Polen im Ostreferat des Bundespresse- und Informationsamtes, vormals Angehörigem der Firma Knapsack, Albrecht, von einem Ingenieur der gleichen Firma Anfang Juli 1967 übergeben worden. Dieser Ingenieur habe im Sommer 1966 und erneut im Frühjahr 1967 in Tschimkent (Kasachstan) bei der Montage einer Fabrik zur Herstellung von Phosphor gearbeitet und sei dort mit einer 30-jährigen Sowjetdeutschen befreundet gewesen. Diese Deutsche habe dem besagten Ingenieur die Aufzeichnung im Sommer 1966 gezeigt, aber nicht mitgegeben. Mitgenommen habe er sie erst im Juni 1967.

III. Die verzögerte Übergabe der Aufzeichnungen läßt darauf schließen, daß sich die Gewährsperson zumindest bei ihren sowjetdeutschen Landsleuten, vielleicht auch bei amtlichen Stellen Rückendeckung verschaffte. Die aufgezeichneten Gespräche und der Brief vermitteln ein anschauliches Bild von der gegenwärtigen prekären Situation der Sowjetdeutschen und von der „innerparteilichen Demokratie“ der Sowjetunion. Sie machen deutlich, daß der Fragenkomplex „Volksgruppenrecht“ im Hinblick auf die in der Sowjetunion lebenden Deutschen mit äußerster Vorsicht behandelt werden muß.

Mit Rücksicht auf die ohnehin schwierige Lage unserer Landsleute in der Sowjetunion sollte der Inhalt der vorgelegten Dokumente streng vertraulich behandelt und nur einem kleinen Kreis unmittelbar Interessierter zugänglich gemacht werden. Da jedes Aktivwerden der Bundesregierung zur Unterstützung der Forderungen der Sowjetdeutschen im Moment nur schaden könnte, sollten wir von uns aus keine Schritte gegenüber der sowjetischen Regierung ins Auge fassen.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>6</sup> vorgelegt.

Ruete

Kurzfassung einer Aufzeichnung aus sowjetdeutscher Quelle über Gespräche und Schriftwechsel betreffend Status der Deutschen in der Sowjetunion

I. Am 15.6.1965 wurde eine Delegation von 30 Sowjetdeutschen, davon 14 Parteimitglieder, im Zentralkomitee der KPdSU in Moskau von den stellvertretenden Leitern der Sektionen für Parteiorgane, Skworzow, für Verwaltungsorgane, Gratschew, für Ideologie, Jegorow, und der Parteisektion für die RSFSR, Poljechin, empfangen. Anwesend war der Leiter des Petitionsbüros, Stroganow. Gegenstand des Gesprächs war die Wiederherstellung der Autonomie der

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 4201 (II A 4).

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 4201 (II A 4).

<sup>6</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 14. Juli 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dem H[errn] Min[ister] vorzulegen“.

Hat Bundesminister Brandt am 25. Juli 1967 vorgelegen.

Sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen und die völlige Rehabilitation aller Sowjetdeutschen.

Die Sprecher der sowjetdeutschen Delegation beanstandeten, daß ihre bisherigen Eingaben an das Zentralkomitee der KPdSU unbeachtet geblieben seien. Zwar habe der Ukas vom 29.8.1964<sup>7</sup> die politische Rehabilitation der Sowjetdeutschen gebracht, jedoch sei die in dem Ukas vom 28.8.1941 verfügte Strafe – die Auflösung der von Lenin gegründeten Republik der Wolgadeutschen<sup>8</sup> – nicht rückgängig gemacht worden; auch bestünde die faktische Diskriminierung der Sowjetdeutschen in staatsbürgerlicher, politischer und kultureller Hinsicht weiter fort.

Die Delegation bezweifelte die offiziellen Argumente für die unterbleibende Wiedererrichtung der Wolgarepublik (es gebe in dem betreffenden Gebiet kein Land, die Deutschen hätten in ihren neuen Wohnorten „Wurzeln geschlagen“, eine Neuerrichtung sei nicht zweckmäßig, da sie mit hohen Kosten verbunden sei und die Volkswirtschaft schädige), führte das Beispiel der Esten, Tadschiken und anderer Völker an, die Unionsrepubliken hätten, während die Deutschen nicht einmal die Autonomie besäßen; argumentierte mit Lenins Ausführungen zur Nationalitätenfrage<sup>9</sup>, der Verfassung der UdSSR<sup>10</sup> und dem Parteiprogramm der KPdSU<sup>11</sup> und bedauerte das Aussterben der deutschen Kul-

<sup>7</sup> Im Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 29. August 1964 über „Änderungen des Erlasses des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 28. August 1941 ‚Über die Umsiedlung der Deutschen, die in den Wolga-Rayons leben‘“, wurde festgestellt, daß die 1941 „pauschal erhobenen Anschuldigungen“ gegenüber „großen Gruppen von deutschen Sowjetbürgern [...] den faschistischen deutschen Landräubern aktive Unterstützung und Vorschub geleistet“ zu haben, „haltlos und Ausdruck der angesichts des Personenkults um Stalin herrschenden Willkür“ gewesen seien. Der Erlaß vom 28. August 1941 werde daher aufgehoben. Eine Rückkehr in die ursprünglichen Siedlungsgebiete war allerdings nicht vorgesehen „in Anbetracht der Tatsache, daß die deutsche Bevölkerung in ihren neuen Wohngebieten auf dem Territorium einer Reihe von Republiken, Regionen und Gebieten des Landes“ fest integriert sei und die Rayons ihres früheren Wohnsitzes besiedelt seien. Vgl. DEPORTATION, S. 461 f.

<sup>8</sup> Im Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR wurde die Umsiedlung der Wolgadeutschen mit der Feststellung begründet, es befänden sich „unter der in den Wolgarayons wohnenden deutschen Bevölkerung Tausende und aber Tausende Diversanten und Spione, die nach dem aus Deutschland gegebenen Signal Explosionen in den von den Wolgadeutschen besiedelten Rayons hervorrufen sollen. Über das Vorhandensein einer solch großen Anzahl von Diversanten und Spionen unter den Wolgadeutschen hat keiner der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen, die Sowjetbehörden in Kenntnis gesetzt, folglich verheimlicht die deutsche Bevölkerung der Wolgarayons die Anwesenheit in ihrer Mitte der Feinde des Sowjetvolkes und der Sowjetmacht.“ Vgl. HEIMATBUCH DER DEUTSCHEN AUS RUSSLAND 1973–1981. Hrsg. von der Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland e.V., Stuttgart 1981, S. 18.  
Vgl. dazu auch den Befehl des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten der UdSSR, Berija, vom 27. August 1941 über die Umsiedlung der Deutschen aus der Republik der Wolgadeutschen, den Gebieten Saratow und Stalingrad; DEPORTATION, S. 47–50.

<sup>9</sup> Im November 1917 beschloß der Rat der Volkskommissare, seine Nationalitätenpolitik u. a. nach den Grundsätzen auszurichten: „1) Freiheit und Souveränität für alle Völker Rußlands; 2) Selbstbestimmungsrecht für alle Völker Rußlands bis zur vollständigen Trennung und Bildung selbständiger Staaten; [...] 4) freie Entwicklung für alle nationalen Minderheiten und Volksstämme, die auf russischem Boden wohnen.“ Für den Wortlaut des „Dekrets über die Rechte der Völker Rußlands“ vgl. Manfred HELLMANN (Hrsg.), Die russische Revolution 1917. Von der Abdankung des Zaren bis zum Staatsstreich der Bolschewiki, 5. Auflage, München 1984, S. 338 f.

<sup>10</sup> Für die Verfassung der UdSSR von 1936 in der Fassung von 1941 vgl. Helmut ALTRICHTER (Hrsg.), Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod, Bd. 1: Staat und Partei, München 1968, S. 266–292.

<sup>11</sup> Für das Parteiprogramm der KPdSU von 1961 vgl. Boris MEISSNER, Das Parteiprogramm der KPdSU 1903–1961, Köln, 3. Auflage 1965, S. 146–244.

tur und Sprache in der Sowjetunion (früher hätten die Sowjetdeutschen 3 Hochschulen, 11 Technika, Schulen und Verlage gehabt; zur Zeit nichts von alledem). Außerdem beschwerten sich die Sowjetdeutschen darüber, daß sie nicht im Obersten Sowjet vertreten seien, und verlangten, von Breschnew empfangen zu werden.

Die Vertreter des Zentralkomitees der KPdSU hoben in ihrer Antwort hervor, daß selbst bei einer Massenumsiedlung von 200 000 Rückkehrwilligen die Deutschen in dem betreffenden Gebiet weiterhin in der Minderheit sein würden. Außerdem wäre diese Umsiedlung mit hohen Kosten verbunden und würde volkswirtschaftliche Verluste bedingen. Eine angemessene Vertretung der Sowjetdeutschen in staatlichen Gremien wurde zugesagt. Im übrigen müßten die Probleme, die sich im Zusammenhang mit dem Vorbringen der Delegation stellten, sorgfältig geprüft werden. Die Vertreter des Zentralkomitees sagten zu, dem Zentralkomitee zu berichten.

II. Am 7.7.1965 wurde eine Delegation der Sowjetdeutschen von A. I. Mikojan empfangen. Nachdem neun Sprecher den Standpunkt der Sowjetdeutschen erneut dargelegt hätten, erwiderte Mikojan, die Bestrebungen der Sowjetdeutschen seien verständlich, und die beste Lösung des Problems sei eine Wiederrichtung der Republik. Dies sei jedoch nicht möglich, da die Volkswirtschaft Schaden erlitten, wenn die Deutschen aus ihren derzeitigen Siedlungsgebieten fortzögen. Vertreter des Rundfunks und des Fernsehens sagten eine Verlängerung der deutschen Sendezeiten zu, ferner wurde zugesagt, im kommenden Jahr Schulen mit deutscher Unterrichtssprache in verschiedenen Fächern zu schaffen, eine Modellfakultät für die Ausbildung von Lehrern an der Pädagogischen Hochschule in Barnaul zu gründen, eine Republikzeitung und einen Verlag in Alma Ata ins Leben zu rufen.

III. In einem undatierten Brief fassen 14 Sowjetdeutsche ihre Argumente noch einmal zusammen. Sie schreiben wörtlich: „Das Volk hat uns nicht wegen Zeitungen und Laienspielgruppen zur Regierung entsandt, sondern um die völlige Rehabilitierung von 2 000 000 Menschen, die Sicherstellung ihrer Gleichberechtigung ... und die Wiederherstellung ihrer Staatlichkeit ... zu fordern.“ Sie bedauern, daß wirtschaftliches Denken über Lenins Nationalitätenpolitik, das Programm der KPdSU und die Verfassung der UdSSR gestellt wird und daß es den Sowjetdeutschen auch nach dem Ukas vom 29.8.1964 verweigert wird, in ihre angestammte Heimat zurückzukehren. Die Sowjetdeutschen sehen sich als Opfer des Hasses gegen alles „Deutsche“, der nach „antileninistischen Völkermordukasen“ von 1941, 1948<sup>12</sup> und 1955<sup>13</sup> fortwirke. Die widersprüchliche Lage der Sowjetdeutschen zeige sich besonders darin, daß man die DDR mit

<sup>12</sup> Für den Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 26. November 1948 „über die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Personen, die während des Vaterländischen Krieges in ferne Regionen der UdSSR ausgesiedelt wurden, für die Flucht aus den Pflicht- und ständigen Ansiedlungsorten“ vgl. DEPORTATION, S. 307 f.

<sup>13</sup> Im Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 13. Dezember 1955 über „die Aufhebung der Einschränkungen in der Rechtsstellung der Deutschen und der Mitglieder ihrer Familien, die sich in der Sondersiedlung befinden“, wurde – neben der Entlassung der Deutschen und ihrer Angehörigen aus den Sondersiedlungen und ihrer Befreiung von „der administrativen Aufsicht durch die Organe des Innenministeriums“ – auch verfügt, daß sie das bei ihrer Zwangsumsiedlung konfiszierte Vermögen nicht zurückerhalten würden und daß „sie nicht das Recht haben, in die Orte zurückzukehren, aus denen sie ausgesiedelt worden sind“. Vgl. DEPORTATION, S. 454.

Aufmerksamkeiten geradezu überschütte, während die Sowjetdeutschen die Suppe, nämlich die moralischen Kriegsfolgen, auslöffeln müßten. „Man könnte meinen, die Faschisten seien nicht in Deutschland, sondern unter den Sowjetdeutschen zu Hause gewesen“. Die Unterzeichneten beschwerten sich, daß sie und ihre Mitarbeiter an ihren Wohnorten offen bedroht und sogar wegen „Aufputschung nationaler Leidenschaften“ aus ihrem Arbeitsverhältnis entlassen würden.

Sie verlangen erneut eine Aufhebung der verleumderischen Ukase und eine Wiederherstellung der autonomen Republik der Wolgadeutschen.

**VS-Bd. 4201 (II A 4)**

**266**

### **Gesandter Oncken, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-13567/67 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 1124**

**Aufgabe: 13. Juli 1967, 19.30 Uhr**  
**Ankunft: 13. Juli 1967, 20.17 Uhr**

Betr.: Künftige Aufgaben der Allianz

1) Am 12. Juli rief Generalsekretär Brosio auf Anregung dänischen Botschafters<sup>1</sup> die Ständigen Vertreter zu einer informellen Sitzung zusammen, um den gegenwärtigen Stand der Harmel-Studie zu besprechen.

2) Dänischer Botschafter eröffnete die Diskussion mit scharfer Kritik an der Anlage und dem bisherigen Verlauf der Harmel-Studie. Ministerpräsident Krag habe der Studie anfänglich große Bedeutung beigemessen, weil er gehofft habe, daß sie dazu führen werde, das „Image“ der NATO zu verjüngen. Er sei von dem bisherigen Verlauf der Arbeiten enttäuscht. Die Organisation der Studie sei „chaotisch“. Die Untersuchungen der vier Untergruppen überschneiden sich hoffnungslos.<sup>2</sup> Es gebe keine Koordinierung.

a) Untergruppe 1, die im übrigen am besten funktioniere, habe den wichtigsten Teil ihrer Aufgaben, nämlich das Deutschland-Problem, noch gar nicht in Angriff genommen.

b) Untergruppe 2 biete ein besonders nachteiliges Bild. Es sei ihr bisher nicht einmal gelungen, die atlantischen und europäischen Aspekte der interalliierten Zusammenarbeit klar herauszuarbeiten.

c) Untergruppe 3 scheine<sup>3</sup> überhaupt überflüssig zu sein, da ihre Aufgaben eigentlich zum Bereich der Gruppe 18 gehörten.

d) Untergruppe 4 habe ein besonders schwieriges Aufgabengebiet. Der Rapporteur<sup>4</sup> gebe sich alle Mühe, originelle Vorschläge vorzubringen. Man müsse aber

<sup>1</sup> Henning Hjorth-Nielsen.

<sup>2</sup> Zu den Aufgabenbereichen der vier Untergruppen der „Special Group“ vgl. Dok. 184.

<sup>3</sup> Korrigiert aus: „schiene“.

<sup>4</sup> D.C.L. Patijn.

befürchten, daß die meisten Anregungen sich so weit von den Realitäten entfernten, daß sie nicht Aussicht auf Annahme hätten.

e) Bei dieser Lage müsse man sich fragen, ob es überhaupt möglich sein werde, den Ministern im Dezember<sup>5</sup> einen Berichtsentwurf vorzulegen. Wenn man diese Hoffnung weiterhin hege, müsse man auf die Rapporteurs einwirken, daß sie die politischen Realitäten besser als bisher berücksichtigten. Die Delegationen müßten sich mit nationalen Beiträgen stärker an der Arbeit beteiligen. Außerdem sollte man erwägen, Hearings abzuhalten, um eine möglichst breite gedankliche Grundlage zu gewinnen.

3) Der kanadische Botschafter<sup>6</sup> schloß sich den dänischen Ausführungen weitgehend an. Er vertrat die Ansicht, daß die Arbeitsgruppen 2 und 3 eliminiert und deren Aufgaben auf die Arbeitsgruppen 1 und 4 verteilt werden könnten. Unter Berufung auf eine Erklärung des kanadischen Außenministers<sup>7</sup> vor dem kanadischen auswärtigen Parlamentsausschuß stellte er die Auffassung seiner Regierung von den künftigen Aufgaben der NATO wie folgt dar:

Die Allianz müsse alle Anstrengungen unternehmen, um in den Augen der Öffentlichkeit, insbesondere bei der Jugend, wieder größeres Ansehen zu gewinnen. Sie müsse insbesondere

- a) ihre militärische Stärke beibehalten und sich gleichzeitig politisch nach Osten hin öffnen,
- b) stabilisierendes Element und Garantie gegen wiederaufkommenden Nationalismus sein,
- c) Sicherheitsrahmen für Wiedervereinigung Deutschlands abgeben,
- d) Plattform für Konzentration und Harmonisierung der Beziehungen mit Osteuropa sein.

Wenn die Harmel-Studie nicht zu diesem Ergebnis komme, werde sie ihr Ziel nicht erreicht haben.

4) Der türkische Botschafter<sup>8</sup> warnte demgegenüber davor, der Harmel-Studie schon zu diesem Zeitpunkt eine Zensur zu erteilen. Man solle erst einmal das Ergebnis abwarten. Auch der griechische, britische, belgische, niederländische und amerikanische Vertreter hielten zwar die Kritik in einigen Punkten für berechtigt, machten aber auf die besonderen Schwierigkeiten des Themas aufmerksam und wiesen auf gewisse ermutigende Fortschritte, insbesondere bei den Gruppen 1 und 4, hin.

5) Der französische Vertreter wiederholte den bekannten Standpunkt seiner Regierung, daß die Allianz als solche kein Instrument der Détente sein könne und daß damit ein großer Teil der gegenwärtigen Themenstellung eigentlich irrelevant sei.

6) Ich habe am Schluß der Diskussion erklärt, daß die dänische Kritik insofern ein begrüßenswertes Ergebnis zur Folge gehabt habe, als die sich daran anknüpfende Diskussion größere Klarheit über die anstehenden Probleme ge-

<sup>5</sup> Zur NATO-Ministerratstagung vom 13. bis 15. Dezember 1967 vgl. Dok. 433 und Dok. 435.

<sup>6</sup> Charles Ritchie.

<sup>7</sup> Paul J. J. M. Martin.

<sup>8</sup> Muharrem Nuri Birgi.

bracht hätte. Die bevorstehende Sitzung der Rapporteurs in Bonn<sup>9</sup> werde Gelegenheit zu der mit Recht geforderten Harmonisierung und Koordinierung geben. Was die Deutschland-Frage anbetreffe, so sei die deutsche Regierung sich über die Möglichkeiten, die die Harmel-Studie biete, durchaus klar.

7) Generalsekretär Brosio erinnerte an die von den einzelnen Untergruppen in Aussicht genommenen Daten für ihre nächsten Sitzungen wie folgt:

Gruppe 1: 18.–19. September 1967

Gruppe 2: 9.–11. Oktober 1967

Gruppe 3: Ende September 1967

Gruppe 4: 14. September 1967

Er stellte in Aussicht, daß er zum Zwecke der Koordinierung die „Special Group“<sup>10</sup> möglichst noch vor Wiederaufnahme der Untergruppensitzungen einberufen werde. Das Ergebnis der gegenwärtigen Diskussion werde er am 21.7.1967 den Rapporteurs in Bonn berichten.

[gez.] Oncken

VS-Bd. 4109 (II B 2)

## 267

### Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem amerikanischen Botschafter McGhee

Z A 5-101.A/67 VS-vertraulich

17. Juli 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler führte am 17. Juli 1967 um 15.30 Uhr im Beisein von MD Dr. Osterheld ein Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter McGhee.

Botschafter McGhee sagte einleitend, Präsident Johnson sei aufgrund der Mitteilungen des Herrn Bundeskanzlers<sup>2</sup> in der Frage der Streichungen im Verteidigungshaushalt<sup>3</sup> sehr gelassen.

Der Herr Bundeskanzler unterstrich, er sei wegen der Ankündigung, die Bundeswehr müsse um 60 000 Mann verringert werden<sup>4</sup>, richtig wütend gewesen.<sup>5</sup>

<sup>9</sup> Zum Treffen am 21. Juli 1967 auf dem Petersberg bei Bonn vgl. Dok. 282.

<sup>10</sup> Zur Einrichtung einer Studiengruppe zur Untersuchung der zukünftigen Aufgaben der Allianz auf der NATO-Ministerratstagung im Dezember 1966 in Paris vgl. Dok. 60, Anm. 4.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 18. Juli 1967 vom Vortragenden Legationsrat Kusterer gefertigt.

<sup>2</sup> Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kiesinger vom 11. Juli 1967 an Präsident Johnson vgl. Dok. 254.

<sup>3</sup> Zu den Auswirkungen der Beschlüsse des Bundeskabinetts vom 6. Juli 1967 zur mittelfristigen Finanzplanung auf den Verteidigungshaushalt vgl. Dok. 258.

<sup>4</sup> Zu den Pressemeldungen vom 7./8. Juli 1967 vgl. Dok. 252, Anm. 2.

<sup>5</sup> Mit Schreiben vom 11. Juli 1967 teilte Bundeskanzler Kiesinger Bundesminister Schröder mit, daß er nicht einverstanden sei mit dessen Erklärung „in der CDU/CSU-Fraktion und gegenüber



Diese Mitteilung sei barer Unsinn. Nicht nur nach seiner persönlichen Auffassung, sondern auch nach Meinung von zuverlässigen Sachverständigen innerhalb und außerhalb der Bundeswehr werden solche Kürzungen nicht notwendig sein. Er werde am nächsten Tage mit Herrn Schröder Gespräche führen. Herr Strauß habe ziemlich heftig gegen Herrn Schröder reagiert<sup>6</sup>, der natürlich seine eigene Meinung haben könne, sie aber nicht hätte veröffentlichen dürfen. Zu beachten sei, daß die Verfügungssumme für die Bundeswehr jährlich wachsen werde, und zwar im nächsten Jahr um 1,5 v.H., danach um 7, dann um 6 und dann um 3,3 v.H. Dies werde natürlich nicht ausreichen, um alles in idealer Weise zu tun. Das könne man aber nirgendwo erwarten. Gewiß werde die Bundeswehr nicht geschwächt, vielmehr wolle die Bundesregierung in dieser Angelegenheit aus der Not eine Tugend machen. Er selbst habe Präsident Johnson bereits geschrieben, daß er natürlich nicht um mehr Konsultationen Deutschlands bitten könne, um dann selbst ohne Konsultationen wichtige Entscheidungen zu treffen.

Der Herr Bundeskanzler berichtete dann kurz über seine Gespräche mit de Gaulle.<sup>7</sup> In der Frage des englischen Beitritts bestünden weiterhin unterschiedliche Auffassungen. Er (der Herr Bundeskanzler) habe in diesem Gespräch den Stier bei den Hörnern gepackt und de Gaulle gesagt, man verstehe seine anti-amerikanische Haltung in Deutschland nicht. Die Art, wie er über Amerika spreche, stifte Verwirrung und könnte in Deutschland sogar der Sache der deutsch-französischen Zusammenarbeit schweren Schaden zufügen, denn das deutsche Volk fühle sich Amerika verpflichtet und sei den Vereinigten Staaten dankbar und freundschaftlich gesinnt. Auf die Dauer könne er (der Herr Bundeskanzler) nicht sagen, er wolle mit Frankreich zusammenarbeiten, ohne unglaublich zu werden, wenn de Gaulle weiterhin dieselbe Sprache gegen Amerika rede. Interessant sei gewesen, daß de Gaulle jegliche Feindseligkeit gegenüber Amerika verneint habe. De Gaulle habe gesagt, er wolle lediglich vermeiden, daß Amerika in Europa herrsche, was Amerika möglicherweise gar nicht wolle, was sich aber, wenn Europa nicht aufpasse, einfach aus dem ungeheuren Gewicht der Vereinigten Staaten ergebe. Europa müsse auf seinen eigenen Füßen stehen, ohne deswegen feindselig gegen Amerika zu sein. Darauf habe er (der Herr Bundeskanzler) erwidert, auch Deutschland wolle ein

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1080*

der Öffentlichkeit“, daß die Streichung im Verteidigungshaushalt „eine Kürzung der Umfangszahlen der Bundeswehr auf etwa 400 000 Mann erforderlich“ mache. Er halte diese Äußerungen für „gefährlich“, da auf diese Weise in der Öffentlichkeit der Eindruck entstünde, als sei die von Schröder „genannte Kürzung des Personals bereits eine endgültig festgelegte Konsequenz der mittelfristigen Finanzplanung“. Auch die Form, in der Schröder die NATO-Partner über den Beschluß der Bundesregierung unterrichten wolle, sage ihm nicht zu: „Die negative Art der Darstellung [...] muß unsere Verbündeten beunruhigen.“ Kiesinger bat dringend darum, „neben den bisher angestellten Überlegungen, die anscheinend zu dem Vorschlag einer Kürzung des militärischen Personals um 13 % gelangen, Alternativen erarbeiten zu lassen“. Vgl. VS-Bd. 10094 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Bundesminister Strauß bezeichnete es als „völlig abwegig, nach der Kürzung des Verteidigungshaushalts jetzt schon Zahlen dafür zu nennen, wie viele Soldaten die Bundeswehr weniger haben werde“. Vgl. den Artikel „Schröder sieht sich wachsender Kritik gegenüber“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 162 vom 17. Juli 1967, S. 1.

<sup>7</sup> Der französische Staatspräsident hielt sich am 12./13. Juli 1967 zu Konsultationen in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche des Bundeskanzlers Kiesinger mit de Gaulle vgl. Dok. 261 und Dok. 263. Für die Regierungsbesprechung am 13. Juli 1967 vgl. Dok. 264.

möglichst unabhängiges Europa. Es wolle diese Unabhängigkeit insbesondere aber auch gegenüber der Sowjetunion. Darauf habe de Gaulle gesagt, der Whisky werde die Welt erobern, der Wodka nicht. Natürlich, so habe de Gaulle dann erklärt, müsse man wegen der ungeheuren militärischen Macht vorsichtig vor der Sowjetunion sein. Diese militärische Macht sei von sowjetischer Seite jedoch die einzige Gefahr. De Gaulle habe aber eindeutig die lebenswichtige Bedeutung des Bündnisses bejaht sowie die Anwesenheit der amerikanischen Streitkräfte auf deutschem Boden. Auf die weiteren Vorhaltungen des Herrn Bundeskanzlers, warum de Gaulle eine so harte Sprache spreche, habe de Gaulle dann gesagt, aus innenpolitischen Gründen sei er zu kategorischen Stellungnahmen gezwungen. Es gebe nämlich in Frankreich Gruppen, welche Europa in einer atlantischen Gemeinschaft aufgehen sehen wollten. Dies könnte man natürlich tun, aber dann habe man keine Raison d'être mehr. De Gaulle befürchte den Verlust der Identität der nationalen Persönlichkeit. Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, er habe de Gaulle wegen des deutsch-französischen Verhältnisses eine Mäßigung in der Sprache nahegelegt. Die Tatsache, daß de Gaulle sowohl das Bündnis als auch die Anwesenheit amerikanischer Truppen für notwendig halte, sei jedoch schon wesentlich. Bisher habe wohl kein Bundeskanzler so deutlich gesprochen. Diese freimütige Aussprache, die er (der Herr Bundeskanzler) absichtlich herbeigeführt habe, habe keine schlechten Ergebnisse gezeitigt. Jedenfalls kenne de Gaulle die deutsche Auffassung und Reaktion.

Auf die Frage von Botschafter *McGhee*, ob de Gaulle bei der Notwendigkeit des Bündnisses die Zeit nach 1969 im Auge gehabt habe, erwiderte der Herr Bundeskanzler, seiner Meinung nach habe de Gaulle dabei daran gedacht, ohne dies jedoch ausdrücklich zu sagen. Gegenüber dem britischen Beitritts-gesuch sei de Gaulle unerbittlich gewesen, wobei er natürlich gesagt habe, dieses Urteil gelte nicht für alle Zeiten. Wenn England bewiese, daß es wirklich Mitglied der Gemeinschaft werden könne, ließe sich wieder darüber reden.

Botschafter *McGhee* bemerkte lachend, de Gaulle wolle wohl, daß die Engländer das Teetrinken aufgäben.

Der Herr Bundeskanzler erwiderte, Herr Brandt habe vorgeschlagen, man sollte die Engländer zur Übernahme der französischen Küche bewegen. Wieder ernst werdend fuhr der Herr Bundeskanzler fort, de Gaulle habe vor allem auch von den überseeischen Verpflichtungen Englands gesprochen und befürchte, ein so geartetes England werde die europäische Gemeinschaft korrumpieren. Das sei seine alte These. Ein gewisser Realismus sei diesen Überlegungen nicht abzusprechen, denn tatsächlich werde die Gemeinschaft unter Einschluß Großbritanniens etwas anders sein.

Botschafter *McGhee* warf ein, dies stimme, doch vielleicht könnte die Gemeinschaft dann sogar noch besser sein.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, Deutschland wolle natürlich wirklich eine politische Einheit Europas. Er wisse nicht, ob diese politische Einheit mit Großbritannien ohne weiteres zu erzielen sei. Jedenfalls habe er selbst de Gaulle gesagt, die europäische öffentliche Meinung sei überwältigend zugunsten eines britischen Beitritts, so daß dieser sich auf die Dauer wohl kaum vermeiden lasse. Darauf habe de Gaulle erwidert, das könne man natürlich

tun, Frankreich wolle daran aber kein Teil haben. Er (der Herr Bundeskanzler) habe dann auf das laufende Verfahren verwiesen, das man zunächst weiterführen solle.

Botschafter *McGhee* fragte, ob de Gaulle an eine politische Weiterentwicklung des Gemeinsamen Marktes denke.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, de Gaulle vertrete ja immer den Gedanken eines unabhängigen Europa. Auch über die Liquidität sei gesprochen worden, und er (der Herr Bundeskanzler) habe gesagt, man müsse einen Kompromiß suchen, der für beide Seiten akzeptabel sei. Dem habe de Gaulle nicht widersprochen, obgleich er natürlich seine eigenen Vorstellungen habe. Dennoch könne man den Eindruck gewinnen, daß zum Beispiel Debré nicht ganz so unerbittlich in dieser Frage sei wie de Gaulle selbst. Er (der Herr Bundeskanzler) habe mit Herrn Emminger und anderen Sachverständigen gesprochen, die vernünftige Überlegungen anstellten, so daß er hoffe, daß man eine gemeinsame Haltung finden werde.

Botschafter *McGhee* fragte dann, ob de Gaulle die deutsche Ostpolitik hoffnungsvoll einschätze.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, dies sei richtig. Nach de Gaulles Auffassungen seien die Russen keineswegs so schlau und planvoll in ihrem Vorgehen, wie man oft annehme. De Gaulle halte die Russen für ziemlich unbeholfen. Natürlich müßten sie überall dort sein, wo die Amerikaner seien, und umgekehrt. Die Russen empfänden selbst ihre Unbeholfenheit. In der Nahost-Krise hätten sie nach de Gaulles Meinung geglaubt, eine langanhaltende Situation schaffen zu können, die für Amerika Komplikationen mit sich gebracht hätte. Überhaupt seien de Gaulles Ausführungen zum Nahost-Konflikt recht interessant gewesen. Er habe gesagt, die törichten Araber hätten den Israelis die Gelegenheit geboten, das zu tun, was sie schon seit langem tun wollten. In diesem Zusammenhang habe er von einem Gespräch mit Ben Gurion vor zwei Jahren berichtet, der ihm damals gesagt habe, Israel habe heute zwei Millionen Einwohner, wolle aber vier Millionen haben. Dazu reiche sein Territorium jedoch nicht aus. De Gaulle habe gesagt, man werde bestimmt feststellen, daß die Israelis sich nicht zurückzögen. Als Abba Eban auf seiner Reise nach New York in Paris Station gemacht habe, habe de Gaulle ihm sehr kategorisch gesagt, Israel dürfe nicht den ersten Schlag führen. Dann sei Eban bei Johnson gewesen, der Eban wohl auch gesagt habe, Israel solle nicht angreifen, es aber in einer Formulierung getan habe, die habe durchblicken lassen, daß Israel auch im Falle, daß es den ersten Schlag führte, nicht alleine stehen werde. De Gaulle habe unterstrichen, man dürfe die hundert Millionen geschwätziger Araber nicht in die Arme der Russen treiben. Auf seine (des Herrn Bundeskanzlers) Frage, ob Deutschland und Frankreich etwas Gemeinsames im Nahost-Raum tun könnten, habe de Gaulle gefragt, ob Deutschland bereit sei, soweit zu gehen wie Frankreich und den Israelis zu sagen, sie müßten sich auf ihre Ausgangspositionen zurückziehen.<sup>8</sup>

<sup>8</sup> Zur Erklärung der französischen Regierung vom 21. Juni 1967 zur Nahost-Krise vgl. Dok. 261, Anm. 4.

Botschafter *McGhee* fragte, was die Sowjets nach de Gaulles Auffassung im Nahen Osten tun würden.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, de Gaulle meine, die Russen würden versuchen, ihr verlorenes Prestige wiederherzustellen. Das Ganze sei ein furchtbares Durcheinander, und zwar nur deswegen, weil die Israelis nicht auf seinen (de Gaulles) Rat gehört hätten.

Botschafter *McGhee* fragte, ob de Gaulle versprochen habe, Deutschland in der Nahost-Frage besser zu konsultieren.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, es sei vereinbart worden, engere und auch Ad-hoc-Kontakte zu halten, wenn etwas wie die Nahost-Krise geschähe. Des weiteren sollte in den möglichen Bereichen der Zusammenarbeit (Wissenschaft, Industrie usw.) die Kooperation besser organisiert werden. Man müsse sehen, was dabei herauskomme.

Zum Osten und insbesondere hinsichtlich Sowjetrußlands sei de Gaulle der Auffassung, China sei das eigentliche Problem für die Russen, wenngleich sie nicht sehr viel davon sprächen. De Gaulle und auch Pompidou hätten den Eindruck gewonnen, daß die Russen ständig daran dächten. De Gaulle sei überzeugt, daß diese Situation über kurz oder lang die Russen von der Notwendigkeit eines Arrangements mit Westeuropa überzeugen würden. Zur Wiedervereinigung habe de Gaulle gesagt, Frankreich sei im ureigensten Interesse für die Wiedervereinigung. Insgesamt hätten die Gespräche mit de Gaulle einen positiven Eindruck hinterlassen. Er werde versuchen, dieses Gespräch fortzusetzen.

Auf die Frage von Botschafter *McGhee*, was zu verstehen sei unter der Behandlung der europäischen Sicherheit über die siebziger Jahre hinaus<sup>9</sup>, antwortete der Herr *Bundeskanzler*, er wisse nicht genau, was dies bedeute. Der Gedanke selbst sei wohl zum ersten Mal im Januar aufgetaucht. Damals habe man daran gedacht, daß es in den siebziger Jahren vielleicht gewisse Möglichkeiten für eine Rüstungszusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich gebe. Inzwischen sei der Themenkreis erweitert worden, doch sei die Sache noch recht vage. Man müsse zunächst einmal abwarten. Jedenfalls sei darunter nichts zu verstehen, was in Amerika irgendwelche Besorgnisse auslösen könnte.

Auf die Erklärung *McGhees*, Herr Brandt habe aber ziemlich weitgehende Erklärungen in dieser Beziehung gemacht, sagte der Herr *Bundeskanzler*, er habe deswegen mit Herrn Brandt sogar eine Art Auseinandersetzung gehabt und ihm vorgeworfen, er spreche immer von einem europäischen Sicherheitssystem.<sup>10</sup> Man solle doch erst einmal intern darüber sprechen und nachdenken, bevor man in die Öffentlichkeit trete. Darauf habe Brandt gekontert, er habe gerade ein Gespräch mit Herrn Bowie gehabt<sup>11</sup>, den die Rede des Bundeskanz-

<sup>9</sup> Zur geplanten deutsch-französischen Studie vgl. Dok. 264, Anm. 15.

<sup>10</sup> Vgl. dazu die sicherheitspolitischen Überlegungen, die Bundesminister Brandt am 2. Juli 1967 im Deutschlandfunk darlegte; Dok. 250, Anm. 8.

<sup>11</sup> Zu den Gesprächen, die der Berater des amerikanischen Außenministeriums, Bowie, am 14./15. Juli 1967 mit den Bundesministern Brandt und Strauß, Staatssekretär Schütz und dem Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Carstens, sowie den Ministerialdirektoren Diehl und Ruete in Bonn führte, vgl. die Aufzeichnung von Bowie vom 20. Juli 1967; FRUS 1964–1968, XIII, S. 595–599.

lers vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik<sup>12</sup> sehr viel mehr beunruhigt habe. Der Herr Bundeskanzler erläuterte dann diese Rede, worauf McGhee erwiderte, genau in dieser Weise habe er die Sache in Washington interpretiert.

Botschafter McGhee wiederholte, Herr Brandt habe aber den Eindruck vermittelt, als denke man möglicherweise in Deutschland an eine Sache, die über die NATO hinausgehe.

Der Herr Bundeskanzler erwiderte, die NATO könne ja nicht revidiert werden, wenn nicht gleichzeitig eine Revision im Osten einsetze. Bleibe der Prozeß der Entspannung erfolglos, dann werde sicherlich auch in der Wiedervereinigungsfrage der Erfolg ausbleiben.

Botschafter McGhee und der Herr Bundeskanzler kamen dann noch einmal auf die mißliche Situation wegen der Veröffentlichungen über eine Kürzung der Bundeswehr zu sprechen, wobei Botschafter McGhee bedauerte, daß die Sache in die Welpresse<sup>13</sup> gelangt sei. Er selbst sei beim Präsidenten gewesen, als Botschafter Knapstein den Brief des Bundeskanzlers überbracht habe.<sup>14</sup> Der Präsident sei dann in der ganzen Angelegenheit sehr gelassen gewesen und habe, wie man auch aus dem Interview mit Herrn Nannen<sup>15</sup> bei genauer Betrachtung herauslesen könne, die Auffassung vertreten, dies sei eine deutsche Angelegenheit.

Der Herr Bundeskanzler unterstrich, die Bundesregierung werde nichts tun, ehe sie die Verbündeten konsultiert habe. Er glaube sogar, daß das Endergebnis ziemlich günstig aussehen werde.

Botschafter McGhee sagte, Präsident Johnson mache sich hauptsächlich Sorge wegen der Reaktion aufgrund der vorzeitigen Veröffentlichungen, da dies Leuten wie Mansfield neue Munition liefere<sup>16</sup>. Andererseits verstehe Präsident Johnson voll und ganz die Situation der Bundesregierung.

Der Herr Bundeskanzler sagte, er könne sicherlich noch bestehende Zweifel bei seinem bevorstehenden Treffen mit Präsident Johnson<sup>17</sup> ausräumen.

Der Herr Bundeskanzler wies dann darauf hin, daß viele Presseleute in Deutschland sich nicht klarmachten, was die große Koalition tun könne und was nicht. Es sei zu berücksichtigen, daß die Koalitionspartner keine gemein-

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des Vortrags vom 23. Juni 1967 vgl. BULLETIN 1967, S. 570.

<sup>13</sup> Vgl. dazu Dok. 252, Anm. 8.

<sup>14</sup> Vgl. dazu Dok. 254, Anm. 6.

<sup>15</sup> Der Herausgeber der Wochenzeitschrift „Stern“ besuchte Präsident Johnson am 8. Juli 1967 in dessen privatem Wohnsitz in Stonewall, Texas. Vgl. dazu den Artikel von Henri Nannen: „Ein offenes Gespräch mit dem Präsidenten“, STERN, Nr. 30 vom 23. Juli 1967, S. 24–29 und S. 140–144.

<sup>16</sup> Am 10. Juli 1967 informierte Botschafter Knapstein, Washington, über Äußerungen des Fraktionsvorsitzenden der Demokraten im amerikanischen Senat gegenüber Journalisten. Mansfield habe erklärt, „die deutschen Pläne zur Verringerung der Streitkräfte machten deutlich, daß die Vereinigten Staaten das gleiche tun sollten. Die Position der 49 Senatoren, die eine Resolution mit der Forderung nach Abzug amerikanischer Truppen aus Westeuropa eingebracht hätten, werde durch die Verringerung der deutschen Streitkräfte sehr verbessert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1429; VS-Bd. 2027 (201); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>17</sup> Am 18. Juli 1967 gab Präsident Johnson in einer Presseerklärung bekannt, daß der Besuch des Bundeskanzlers Kiesinger am 15./16. August 1967 stattfinden werde. Für die Gespräche von Kiesinger in Washington vgl. Dok. 301 und Dok. 304.

same gesellschaftspolitische Konzeption hätten. Daher müßten diese Fragen ausgeklammert werden.

Botschafter *McGhee* sagte dann noch, Präsident Johnson nehme an, daß die Bundesregierung vor endgültiger Einzelbeschlußfassung hinsichtlich der Bundeswehr noch Gespräch mit der NATO und mit den Vereinigten Staaten führen werde. Der Grund für die Verschiebung des Besuchs von McNamara<sup>18</sup> sei, daß McNamara der Auffassung gewesen sei, er käme möglicherweise gerade in dem Augenblick, wenn eine neue Politik ausgearbeitet werde, und könnte bei entsprechenden Fragen von Presseleuten in Schwierigkeiten kommen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er halte dies für klug. Zunächst müsse intern eine Lösung gefunden werden. Es werde aber nicht so kommen, daß diese Lösung den Verbündeten einfach mitgeteilt werde. Jedenfalls könne Amerika sicher sein, daß die Bundesregierung die Bundeswehr nicht schwächen wolle. Vielleicht habe man in der Vergangenheit zuviel in zu vielen Gebieten tun wollen. Man müsse jetzt vielleicht eher Schwerpunkte bilden. So sei seines Erachtens das Heer die Hauptsache, während man bisher vielleicht der Marine etwas zuviel Aufmerksamkeit gewidmet habe. Jedenfalls aber würde mit den Alliierten gesprochen.

Auf die Frage von Botschafter *McGhee*, ob der Herr *Bundeskanzler* es für gut hielt, daß McNamara und Schröder sich treffen, ehe der Herr *Bundeskanzler* nach Amerika reise, erwiderte der Herr *Bundeskanzler*, in den nächsten zwei Wochen werde wahrscheinlich das Problem intern in Deutschland geregelt. Danach wäre es vielleicht gut, wenn Herr McNamara komme.

Botschafter *McGhee* sagte abschließend, er werde noch im Laufe dieser Woche den endgültigen Vorschlag von Präsident Johnson für den Termin des Zusammentreffens mit dem Herrn *Bundeskanzler* überbringen. Johnson werde entweder das vorgesehene Datum vom 12. und 13. September bestätigen oder einen früher gelegenen Terminvorschlag (Ende August) machen.

Das Gespräch endete um 16.40 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100 (56), Bd. 24**

<sup>18</sup> Am 13. Juli 1967 teilte Botschafter Knapstein, Washington, mit, der amerikanische Verteidigungsminister habe Bundesminister Schröder davon unterrichtet habe, daß er seinen Besuch in Bonn verschieben wolle, um der Bundesregierung Zeit zu geben, die Überlegungen „über die Durchführung der Kürzungen des Verteidigungshaushaltes“ abzuschließen. Sobald die Bundesregierung zu Konsultationen bereit sei, „würde er gerne kommen“. Knapstein äußerte die Vermutung, daß der Grund für die Verschiebung weniger in den Haushaltskürzungen selbst als in den „anschließend in der deutschen Presse erschienenen Spekulationen“ liege. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1457; VS-Bd. 2027 (201); B 150, Aktenkopien 1967.

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Diehl****PI-82.43-94/67 geheim****17. Juli 1967**

Betr.: Dreier-Besprechungen der englischen, amerikanischen und deutschen Planungsstäbe in London vom 10. bis 12. Juli 1967;  
hier: Europäische Sicherheit und Wiedervereinigung

Wie schon bei der ersten Dreier-Besprechung Ende Januar 1967 in Washington<sup>1</sup> zu erkennen war, hat sich der englische Planungsstab sehr intensiv mit dem Problemkreis „Europäische Sicherheit und Wiedervereinigung“ beschäftigt. Die englische Seite hat diesmal ihre Vorstellungen präzisiert und mitgeteilt, daß der englische Plan in seinen Grundzügen die Zustimmung des Außenministers<sup>2</sup> und des Premierministers<sup>3</sup> gefunden habe.

Der Plan besteht aus vier Elementen:

- 1) Die drei Alliierten und die Sowjetunion, nachfolgend die Vier Mächte genannt, erklären getrennt oder gemeinsam in genereller Form, daß sie für die Wiedervereinigung eintreten.
- 2) Die beiden Teile Deutschlands treten in Verhandlungen über eine Humanisierung der Verhältnisse in der Zone und im Verkehr zwischen den beiden Teilen Deutschlands ein.
- 3) Gleichzeitig finden zwischen einer repräsentativen Gruppe der NATO und des Warschauer Pakts Diskussionen über Probleme der europäischen Sicherheit statt.
- 4) Zwei und Drei bilden ein untrennbares Paket in dem Sinne, daß erst wenn in beiden Verhandlungen befriedigende Ergebnisse erzielt werden, die verschiedenen Abmachungen in Kraft treten können.

Die ausführliche Diskussion behandelte folgende Punkte:

- 1) Es wurde die Frage geprüft, ob Verhandlungen mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten über Europäische Sicherheit und Wiedervereinigung überhaupt sinnvoll seien und nicht zwangsläufig in einen „Propagandazirkus“ ausarten müßten. Es wurde festgehalten, daß beide Seiten aggressive und defensive Ziele verfolgen. Auf der westlichen Seite sind die aggressiven Ziele die Wiedervereinigung Deutschlands und die Liberalisierung der Verhältnisse in Osteuropa. Auf östlicher Seite sind die aggressiven Ziele die Anerkennung der DDR, die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, die Auflösung der NATO und die daraus resultierende Schwächung des amerikanischen Einflusses in Europa. Wenn eine der beiden Seiten den Versuch macht, diese aggressiven Ziele auf die Tagesordnung einer Konferenz zu setzen, ist diese wahrscheinlich zum Scheitern verurteilt und kann nur negative Folgen haben.

<sup>1</sup> Vgl. dazu Dok. 40.

<sup>2</sup> George Brown.

<sup>3</sup> Harold Wilson.

Die sowjetische Seite bezeichnet bei ihrer Forderung nach einer europäischen Sicherheits-Konferenz<sup>4</sup> öffentlich die aggressiven Ziele als die eigentlichen Gegenstände einer solchen Konferenz. Von englischer Seite wurde die Auffassung vertreten, daß die Sowjets aber mehrfach zu erkennen gegeben hätten, sie seien sich darüber im klaren, daß eine Konferenz mit frontaler Konfrontation wenig sinnvoll sei. Es gäbe jedoch auf dem Gebiet der europäischen Sicherheit, wie Gromyko gesagt habe, „ein halbes Dutzend Fragen“, über die man sich vielleicht verständigen könnte. Es komme, so sagten die englischen Teilnehmer, darauf an, festzustellen, welches diese Fragen seien und ob sie sich in Deckung bringen ließen mit einem westlichen Katalog von Fragen. Die englische Delegation, unterstützt von Professor Brzezinski, legte dar, gewichtige Gründe sprächen dafür, daß der Westen die Verhandlungen besser als die sowjetische Seite führen könnte. Die Sowjets zeigten starkes Interesse an der Konferenz, wir nicht. Dies sichere von vornherein eine Reihe von Vorteilen und erlaube eine gute Kontrolle des Ablaufs und auch eines gegebenenfalls notwendigen Abbruchs der Kontakte mit der sowjetischen Seite. Wenn der Westen dagegen das Thema überhaupt nicht aufnehme, werde er auf die Dauer auch im Westen selbst auf Schwierigkeiten stoßen. Die vorherrschende Ansicht war, daß der Versuch gemacht werden sollte, in „Diskussionen“ einzutreten oder eine Vorkonferenz anzustreben.

2) Die englische Meinung ist, daß die innerdeutschen Verhandlungen und die Sicherheits-Verhandlungen parallel geführt werden sollten. Die amerikanische Seite gab einer gestaffelten Verhandlung den Vorzug. Professor Brzezinski schlug vor, mit den innerdeutschen Verhandlungen zu beginnen und den Sowjets klarzumachen, daß nur bei einem befriedigenden Ergebnis dieser Verhandlungen Aussichten auf Aufnahme von Besprechungen über den Sicherheitskomplex bestehen. Ich habe darauf hingewiesen, daß in gewisser Weise die innerdeutschen Verhandlungen bereits begonnen hätten und daß die Reaktion auf unsere Angebote aufschlußreich für die weitere Behandlung des Themas sein werde. Es sei nützlich, wenn schon jetzt bei bilateralen Kontakten mit der Sowjetunion darauf hingewiesen werde, daß das Verhalten des Zonenregimes von westlicher Seite als kennzeichnend für die Chancen einer ernsthaften Diskussion über das Thema Europäische Sicherheit angesehen werden müsse. Man war sich darin einig, daß eine unabdingbare Voraussetzung für eine Diskussion über Sicherheitsfragen mit dem Ostblock die vorherige Festlegung einer Marschroute der Allianz sei. Diese Arbeit werde, auch wenn man sie jetzt intensiv betriebe, mindestens den Rest des Jahres beanspruchen.

3) Es wurde dann eingehend die Frage erörtert, wer an den Diskussionen oder der Vorkonferenz teilnehmen solle. Es wurden drei Modelle durchgesprochen:

a) Die Vier Mächte, Vertreter der Bundesrepublik und der „DDR“ sowie auf jeder Seite ein weiteres Land, das stellvertretend für die übrigen Mitglieder der Bündnisse teilnimmt. Auf unserer Seite Italien.

Ich wurde gefragt, ob die Bundesregierung Einwände gegen die Teilnahme von Vertretern der „DDR“ erheben würde. Ich habe geantwortet, m.E. nein, wenn

<sup>4</sup> Dieser vom polnischen Außenminister Rapacki erstmals 1964 vorgetragene Gedanke wurde u.a. in der Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas am 26. April 1967 in Karlsbad aufgegriffen. Vgl. dazu Dok. 154.



durch entsprechende Vorbehalte die Frage der Legitimität des SBZ-Regimes ausgeklammert werden könnte.

b) Teilnehmer wie bei a). Zusätzlich einige „Nachbarländer“, etwa Belgien und die Niederlande auf unserer Seite, Polen und die Tschechoslowakei auf der östlichen Seite.

c) Alle Mitglieder der NATO und des Warschauer Pakts.

Die Lösungen a) und c) wurden als möglich akzeptiert. Die Lösung b) mangels eines sauberen Kriteriums und der Tatsache, daß mit Polen und der Tschechoslowakei die härtesten Gegner an den Konferenztisch gebracht würden, verworfen.

4) Von amerikanischer Seite wurde an dieser Stelle erneut die Frage bilateraler Kontakte oder multilateraler Kontakte aufgeworfen. Insbesondere Mr. Bowie machte geltend, daß die multilaterale Form der Sowjetunion die beste Möglichkeit gebe, die anderen Mitglieder des Warschauer Pakts am ganz kurzen Zügel zu führen. Dem wurde entgegengehalten, daß die bilaterale Verhandlungsweise zwar erhebliche Vorteile bei der Behandlung aller anderen Materien biete, zur Regelung von Sicherheitsfragen dagegen nicht geeignet sei.

5) Es wurde naturgemäß die Frage gestellt, ob zu erwarten sei, daß die französische Regierung sich an solchen Diskussionen beteiligen werde.<sup>5</sup> Die Aussichten wurden als nicht besonders günstig angesehen. Ich habe aber darauf hingewiesen, daß im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationen<sup>6</sup> das Thema „Europäische Sicherheit und Wiedervereinigung“ angesprochen werden würde und je nach Ausgang dieser Fühlungen dann die vier Außenminister<sup>7</sup> bei ihren üblichen Treffen einen ersten Meinungsaustausch veranstalten könnten.

6) Unter den Teilnehmern der Besprechungen waren drei Herren, die auch beim Harmel exercise mitwirken, nämlich Watson, Bowie und Brzezinski. Es wurde infolgedessen besprochen, inwieweit die Besprechungen der Harmel-Gruppe so gesteuert werden können, daß sie in der Allianz ein Klima schaffen, das bei günstigem Verlauf aller Vorarbeiten Ost-West-Diskussionen oder eine Vorkonferenz ermöglicht. Es wurde übereinstimmend festgestellt, daß die Harmel-Gruppe selbst wenig geeignet sei, den Themenkreis „Europäische Sicherheit und Wiedervereinigung“ qualitativ und quantitativ mit der nötigen Sorgfalt zu behandeln. Es wurde als sehr wünschenswert bezeichnet, in den Schlußbericht der Harmel-Gruppe eine Empfehlung aufzunehmen, die darauf abzielt, eine NATO-Commission oder eine Gruppe von wise men einzusetzen,

<sup>5</sup> Am 12. Juli 1967 führte Ministerialdirektor Ruete dazu aus, daß der „Gedanke einer pan-europäischen Konferenz“ zwar im Einklang mit der französischen Europakonzeption stehe, Frankreich bislang jedoch nicht bereit gewesen sei, konkret auf die von der UdSSR vorgeschlagene Europäische Sicherheitskonferenz einzugehen. Nach französischer Auffassung sei nämlich eine solche Konferenz erst sinnvoll, wenn „der Entspannungsprozeß wesentliche Fortschritte gemacht“ habe, es Aussicht gebe auf eine Wiedervereinigung Deutschlands und „die Frage der Tagesordnung befriedigend“ gelöst sei. Darüber hinaus halte die französische Regierung „das Problem des Teilnehmerkreises für unlösbar“ und habe deshalb dieses Thema bislang „dilatorisch behandelt“. Vgl. VS-Bd. 4104 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Zu den Regierungsbesprechungen vom 12./13. Juli 1967 vgl. Dok. 261–264.

<sup>7</sup> George Brown (Großbritannien), Maurice Couve de Murville (Frankreich), Dean Rusk (USA), Willy Brandt (Bundesrepublik).

die sich mit diesem Thema und dem der Ost-West-Beziehungen generell befaßt.

Das Ergebnis der Diskussion wurde so zusammengefaßt:

- 1) Das Projekt verdient, weiter behandelt zu werden. Die Planungsstäbe unterrichten daher die Außenminister.
- 2) In der Harmel-Gruppe wird unter den drei Mächten in stillschweigender Kenntnis des Besprochenen verhandelt.
- 3) Falls die französische Seite als ansprechbar gelten kann, benutzen die drei Alliierten und der deutsche Außenminister die nächste sich bietende Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch.
- 4) Alle Mitglieder des Atlantischen Bündnisses sollten klarstellen, daß sie nicht bereit sind, an einer Europäischen Sicherheitskonferenz nach sowjetischer Vorstellung teilzunehmen.

Über den Herrn Staatssekretär<sup>8</sup> dem Herrn Minister<sup>9</sup> vorgelegt.

Diehl

VS-Bd. 11580 (Planungsstab)

## 269

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Diehl

PI-82.43-96/67 VS-vertraulich

17. Juli 1967

Betr.: Dreier-Besprechungen der englischen, amerikanischen und deutschen Planungsstäbe in London vom 10. bis 12. Juli 1967  
hier: Ost-West-Beziehungen

Bei den Dreier-Besprechungen haben die amerikanischen Teilnehmer mit einer gewissen Beunruhigung die deutsche Seite über den Sinn von Erklärungen des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers zum Ost-West-Verhältnis und zum Verhältnis Integration und Wiedervereinigung befragt.

Es wurde von amerikanischer Seite gesagt, daß die Bundesrepublik in der Vergangenheit eindeutig der Integration mit Recht den Vorzug gegeben habe. Das Bekenntnis zur deutschen Einheit sei immer abgelegt worden, aber alle Welt sei sich darüber im klaren gewesen, daß keine Aussicht bestanden habe, die Wiedervereinigung zu erreichen. Man dürfe nicht wieder in die Illusionen der Berliner Viererkonferenz von 1954<sup>1</sup> oder der Genfer Gipfelkonferenzen von

<sup>8</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 18. Juli 1967 vorgelegen.

<sup>9</sup> Hat Bundesminister Brandt am 25. Juli 1967 vorgelegen.

<sup>1</sup> Die Jahreszahl wurde von Bundesminister Brandt handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „1955“.

Zur Konferenz der Außenminister der Vier Mächte vom 25. Januar bis 18. Februar 1954 vgl. das Communiqué vom 18. Februar 1954 sowie die Erklärung der Außenminister der drei Westmächte vom 19. Februar 1954; EUROPA-ARCHIV 1954, D 6397 f.

1959<sup>2</sup> verfallen, wo man an eine große Regelung mit den Sowjets gedacht habe. Es komme vielmehr darauf an, und das sei das Erfreuliche an der Politik der Großen Koalition gewesen, einen Prozeß in Gang zu bringen, der langsam die Bedingungen in der SBZ und in Osteuropa verändere, so daß der Sowjetunion schließlich nichts anderes übrigbleibe, als diese veränderten Bedingungen zu ratifizieren. Dagegen scheine man seit neuestem die alten Prioritäten infrage zu stellen und sich in der Hoffnung zu wiegen, eine große klärende Entscheidung durch einen Ausgleich mit der Sowjetunion erreichen zu können.

Ich habe zunächst erwidert, daß ich es für bedauerlich halten würde, wenn bei einer ähnlichen Gelegenheit in zehn oder fünfzehn Jahren wiederum gesagt würde, auch die Politik der Entspannung sei doch stillschweigend von allen nur als eine Verbrämung der Tatsache angesehen worden, daß sich die Wiedervereinigung Deutschlands nicht erzielen lasse. Ich habe dann anhand der Äußerungen des Bundeskanzlers und des Außenministers unsere Auffassung dargelegt, daß wir die europäische Einigung und das Atlantische Bündnis als eine notwendige Voraussetzung für einen Ausgleich mit der Sowjetunion ansähen. Wir seien uns darüber im klaren, daß durch geduldige und oft nicht sehr spektakuläre Arbeit die Bedingungen im anderen Teil Deutschlands und in Osteuropa verändert werden müßten. Wir wären aber auch der Meinung, daß die Wiedervereinigung Deutschlands in einer europäischen Friedensordnung mit hoher Wahrscheinlichkeit nur vollzogen werden könne durch eine Veränderung der politischen Großwetterlage. Diese zu bewirken sei nicht nur eine europäische, sondern in erster Linie eine Aufgabe für die amerikanische Politik. Es sei für die Europäer notwendig zu wissen, welche Vorstellung die amerikanische Regierung von der weiteren Entwicklung des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses habe, und ich bäte die amerikanischen Teilnehmer, dazu einiges zu sagen.

Es haben sich daraufhin alle amerikanischen Teilnehmer (Owen, Bowie, Brzezinski und Camps) geäußert. Sie sagten übereinstimmend, es sei ihnen unmöglich, mit Sicherheit zu sagen, welches die amerikanische Politik gegenüber der Sowjetunion sei. Sie könnten nur den Versuch machen, eine Art von linker und rechter Begrenzung aufzuzeigen, zwischen denen sich die amerikanische Politik entwickeln könne. Zweifelloso schaffe die Tatsache, daß die Führer der beiden großen Mächte über ein enormes atomares Potential verfügen, gemeinsame Interessen. Auf beiden Seiten sei die Entschlossenheit anzutreffen, es wenn irgendmöglich nicht zu einem nuklearen Zusammenstoß kommen zu lassen. Daraus entstehe ein Bedürfnis nach genauer und schneller Kommunikation, wie dies z. B. in der Nahost-Krise demonstriert worden sei. Hier fänden sich ferner die Motive für den NV-Vertrag und für das Verlangen nach einem Abkommen über Antiraketensysteme. Schließlich leite sich daraus auch das Bestreben ab, Spannungsgebiete und Konfliktherde durch Absprachen und Stillhalteabkommen nach und nach zu eliminieren. Hier liege auch die Hoffnung begründet, daß beide Seiten für ein besonders kritisches Gebiet mit einem hohen Grad von Konfrontation, nämlich Europa, eines Tages eine Regelung suchen könnten. Die USA seien nach wie vor für die Wiedervereinigung in jeder

<sup>2</sup> Zur Konferenz der Außenminister der Vier Mächte vom 13. Mai bis 20. Juni und vom 13. Juli bis 5. August 1959 vgl. das Schlußkommuniqué vom 5. August 1959; DzD IV/2, S. 1193 f.

Form, die die Deutschen selbst wünschen. Andererseits sei sehr schwer abzuschätzen, bis zu welchem Grad die machtpolitischen Gegensätze solche Bereinigungen zuließen. Der Nahost-Konflikt zeige dies in krasser Weise. Auch die Entwicklung anderer Mächte, etwa eines Vereinigten Europa, Japans, der Volksrepublik China und anderer möglicher Gruppierungen seien von starkem Einfluß auf das amerikanisch-sowjetische Verhältnis. Man dürfe nicht übersehen, daß die Sowjetunion keineswegs mit den Vereinigten Staaten gleichgezogen habe. Der Begriff Weltmacht lasse sich genau genommen auf die Sowjetunion nicht anwenden. Sie habe gegenüber den USA und den Bündnissystemen, denen die USA angehören, erhebliche Schwächen, die ihre Verhandlungsbereitschaft negativ und positiv beeinflussen könnten.

Es bestand in der Diskussion Einvernehmen darüber, daß eine gewisse kooperative Bipolarität zwischen den USA und der Sowjetunion die Lösung der europäischen Probleme erleichtern könne und daß diese Erkenntnis in Europa an Boden gewonnen habe. Die USA müßten aber noch viel tun, um dem europäisch-amerikanischen Verhältnis die Züge einer echten Partnerschaft zu verleihen. Wenn sie von Europa eine Beteiligung an den Lasten verlangten, müßten sie Europa auch eine Beteiligung an den Entscheidungen zugestehen. Die USA seien nicht müde geworden, eben aus diesen Gründen nach einem Europa zu verlangen, das mit einer Stimme spreche. Es sei an den Europäern, die Voraussetzungen für ein wirkliches Partnerverhältnis zu schaffen. Auf absehbare Zeit müsse man insbesondere aufgrund der atomaren Ungleichheit mit einem hohen Maß an Schwierigkeiten rechnen.

Die amerikanische Seite legte dar, daß an der Entschlossenheit der USA, Europa atomar zu verteidigen, nicht zu zweifeln sei. Anscheinend seien die Sowjets davon mehr überzeugt als manche Europäer in der Allianz.

Der dem Ost-West-Verhältnis gewidmete Teil der Unterhaltung zeigte

- eine recht deutliche Identifizierung der englischen Teilnehmer mit dem deutschen, respektive dem europäischen Standpunkt,
- die Unsicherheiten in einer Regierung, in der letztlich alle Entscheidungen vom Präsidenten getroffen werden und schließlich
- die Notwendigkeit einer besonders guten Kommunikation zwischen der Bundesregierung und der amerikanischen Regierung in der gegenwärtigen Phase.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>3</sup> dem Herrn Minister<sup>4</sup> vorgelegt.

Diehl

**VS-Bd. 11580 (Planungsstab)**

<sup>3</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 18. Juli 1967 vorgelegen.

<sup>4</sup> Hat Bundesminister Brandt am 23. Juli 1967 vorgelegen.

270

### **Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Freiherr von Dungern**

**Geheim****17. Juli 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Bedeutung der Atomwaffen für die Verteidigung Deutschlands

#### **I. (Die Abschreckung)**

1) Mittel- und Westeuropa, insbesondere das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, sind von über 700 russischen Mittelstreckenraketen bedroht. Diese Mittelstreckenraketen können wegen ihrer Reichweite nur gegen Europa, nicht aber gegen die USA eingesetzt werden. Sie sind westlich Moskaus installiert, ein Teil wird verbunkert. Dem NATO-Oberbefehlshaber für Europa stehen keine landgebundenen Nuklearraketen vergleichbarer Reichweite zur Verfügung. Frankreich und Großbritannien verfügen zur Zeit lediglich über ein leicht verwundbares Arsenal an Flugzeugen als Atomwaffenträger, in Kürze wird ein englisches mit Polarisraketen ausgerüstetes Atom-U-Boot zur Verfügung stehen. Der Bau französischer Atom-U-Boote und taktischer französischer Atomwaffen ist weit fortgeschritten. Wir können nicht davon ausgehen, daß diese englischen und französischen Atomwaffen, über deren Einsatz Frankreich und Großbritannien unabhängig von den USA entscheiden können, zur Bekämpfung der sowjetrussischen Mittelstreckenraketen eingesetzt werden. Sie dienen dazu, einen russischen Angriff auf englisches bzw. französisches Territorium abzuschrecken.

Für eine Bekämpfung der russischen Mittelstreckenraketen kommen zunächst die Polarisraketen einiger weniger amerikanischer U-Boote in Frage, die der NATO assigniert und in europäischen Gewässern stationiert sind. Zur Abschreckung der sowjetischen MRBM ist Europa sodann weitgehend auf in Amerika stationierte ICBMs angewiesen. Die Hauptlast der Bekämpfung der sowjetrussischen Mittelstreckenraketen liegt somit bei Omaha, die Abschreckung geht vornehmlich von den in den USA stationierten ICBMs aus.

2) Nachdem die NATO-Landstreitkräfte in Europa mit Atomwaffen kleiner Sprengwirkung mit geringer Reichweite (taktische Atomwaffen) ausgerüstet worden waren, wurden seit Beginn der sechziger Jahre auch die Streitkräfte des Warschauer Paktes mit Atomwaffen geringer Reichweite ausgerüstet. Diese kleineren Atomwaffen sind auf seiten der NATO unter Verschluß der USA, im Warschauer Pakt unter Verschluß der UdSSR. Die Trägermittel stehen auch nichtamerikanischen bzw. nichtsowjetrussischen Streitkräften der jeweiligen Paktsysteme zur Verfügung.

Ursprünglich waren die amerikanischen Atomwaffen kleinerer Sprengwirkung dazu bestimmt, die konventionelle Unterlegenheit der NATO-Streitkräfte in Europa auszugleichen. Dieses Konzept war solange richtig, als die UdSSR ih-

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Aufzeichnung wurde für Ministerialdirektor Diehl gefertigt.

rerseits über keine Atomwaffen kleinerer Sprengwirkung verfügte. (Wegen der Problematik, die sich wegen der Ausrüstung der Warschauer-Pakt-Staaten mit kleineren Atomwaffen nunmehr ergibt, vgl. Ziff. 7). Heute wird als eine der Aufgaben, für die die etwa 7000 in Europa gelagerten amerikanischen taktischen Atomwaffen bestimmt sind, angeführt: Diese Waffen sollen die Russen davon abschrecken, ihre taktischen Atomwaffen einzusetzen.

3) Die taktischen Atomwaffen in Europa, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, haben ferner die Aufgabe, dem Gegner vor Augen zu führen, daß ein Großangriff mit überlegenen konventionellen Streitkräften folgendes Risiko mit sich bringt: die Streitkräfte der NATO können die ihnen zur Verfügung stehenden taktischen Atomwaffen einsetzen und damit ein nicht mehr kalkulierbares Risiko einer weiteren Eskalation im nuklearen Bereich heraufbeschwören. Der amerikanische Verteidigungsminister McNamara weist in seiner programmatischen Budget-Rede vom Januar 1967<sup>2</sup> ausdrücklich darauf hin, daß ein Angriff mit überlegenen konventionellen Kräften auf das NATO-Territorium alle Risiken einer schnellen Eskalation zu einem Krieg mit Atomwaffen mit sich bringt. Die Anwesenheit amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik Deutschland, von denen man annehmen kann, daß der Präsident im Notfall zu ihrem Schutz Atomwaffen einsetzen wird, tragen in hohem Maße dazu bei, das Risiko einer Eskalation in einen Nuklearkrieg für Moskau unübersehbar zu gestalten.

4) Die Drohung nur mit dem großen atomaren Gegenschlag im Falle eines sowjetrussischen Einbruchs mit konventionellen Kräften ist wegen der unübersehbaren Folgen eines großen nuklearen Schlagabtauschs der Supermächte wenig glaubhaft. Die Drohung mit dem Einsatz dieser furchtbaren Waffen wird eher glaubhaft, wenn zunächst der Entschluß zum Einsatz einiger weniger kleinerer Atomwaffen glaubhaft herausgestellt werden kann. Menge und Sprengwirkung könnten dabei der Intensität des konventionellen Angriffs angepaßt werden.

Auch kleinere Atomwaffen sind schwer beweglich. Wie Übungen gezeigt haben, gilt das selbst dann, wenn für den Transport vom amerikanisch bewachten Depot zu den Raketen- bzw. Artilleriestellungen Hubschrauber zur Verfügung stehen. Andererseits müssen sie, damit keine Lücke in der Abschreckung entsteht, an allen Teilen der Verteidigungsfront verfügbar sein. Dies zwingt dazu, in nicht allzu großer Entfernung von der Linie der amerikanisch-sowjetrussischen Konfrontation (Elbe-Werra-Linie) an zahlreichen Plätzen kleinere Atomwaffen zu lagern. Die breite Streuung entlang der ganzen Frontlinie wiederum zwingt dazu, eine größere Anzahl dieser Waffen auf deutschem Boden zu lagern.

Die große Zahl kleiner Atomwaffen bringt jedoch auch erhebliche Gefahren mit sich. Moskau könnte aus der großen Zahl dieser Waffen schließen, daß die Amerikaner bestrebt seien, in Europa zunächst alle diese Waffen zu zünden,

<sup>2</sup> Vgl. dazu auch die Ausführungen des amerikanischen Verteidigungsministers McNamara zum Verteidigungshaushalt am 23. Januar 1967 vor dem „Committee on Armed Services“ sowie dem „Subcommittee on Department of Defense of the Committee on Appropriations“ des amerikanischen Senats; SENATE, HEARINGS BEFORE THE COMMITTEE ON ARMED SERVICES, 90th Congress, 1st Session, 1967/1, S. 6–27.

um auf diese Weise die Entscheidung über den Einsatz ihrer ICBMs hinauszuzögern. Moskau könnte daraus die Bereitschaft der USA folgern, es auf einen auf den Kriegsschauplatz Mitteleuropa beschränkten Atomkrieg ankommen zu lassen. Ein derartiger beschränkter Atomkrieg würde den Interessen Moskaus nicht zuwiderlaufen, weil das russische Territorium ausgespart bleiben könnte. Die große Zahl kleiner Atomwaffen könnte also Moskau zu der Hoffnung verleiten, den Atomkrieg beschränken zu können. Die Abschreckungswirkung der kleineren Atomwaffen wird also gerade durch ihre große Zahl vermindert.

Die Lage könnte anders beurteilt werden, wenn nur der Einsatz von etwa 10–20 kleineren Atomwaffen der NATO vorgesehen wird. Für einen derartigen nach Zahl und Sprengwirkung selektiven Einsatz von kleineren Atomwaffen kämen vor allem solche Atomwaffen in Frage, die eine extrem kleine Sprengwirkung bis 3 kt haben. Die Verseuchung, die von derartigen Waffen ausgeht, beschränkt sich auf einen nur mehrere Kilometer breiten Streifen. Mit ihnen kann ein verhältnismäßig schmaler Geländestreifen verseucht werden, der Gegner wäre dann nicht in der Lage, dieses Gelände zu besetzen. Dies bietet dem Verteidiger erhebliche Vorteile. Ein derartiger selektiver Einsatz, dessen Pläne den Sowjetrussen in großen Umrissen bekannt sein sollten, würde auch in einem dicht besiedelten Gebiet glaubhaft sein.

Das Abfeuern einer begrenzten Zahl kleiner Atomwaffen in der geschilderten Weise könnte ferner dazu dienen, Moskau zu warnen und Moskau klarzumachen, daß nunmehr die Schwelle zum Atomkrieg überschritten sei. Denn mit der Freigabe auch nur weniger kleiner Atomwaffen wird eine psychologische Schwelle überschritten, der Atomkrieg mit seinen unübersehbaren Risiken, für die keine historischen Erfahrungen vorliegen, beginnt. Hieraus ergibt sich die Abschreckung, die auch von kleinen Atomwaffen eines Gegners ausgeht, der über eine große second strike Fähigkeit verfügt.

Diese Überlegungen legen es nahe, darauf zu achten, daß auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland vornehmlich Atomwaffen mit extrem kleiner Sprengwirkung gelagert werden. Dies ist bisher noch nicht der Fall.

5) Die Lagerung von rund 7000 taktischen Atomwaffen auf deutschem Boden und in Nähe der Demarkationslinie könnte dem Gegner einen Anreiz, durch Überraschungsangriffe diese Depots in seine Hand zu bekommen, bieten. Ferner sind die NATO-Flugplätze, auf denen Flugzeuge als Atomwaffenträger stationiert sind, ein besonders lohnendes Ziel für einen überraschenden Luftangriff des Gegners, der auch schon mit konventionellen Luftangriffen versuchen könnte, die NATO-A-Waffendepots zu zerstören und damit eine Überlegenheit an Atomwaffen kleinerer und mittlerer Reichweite herzustellen. Die in Deutschland gelagerten Atomwaffen sind also nicht nur ein Instrument der Abschreckung, sie können auch einen entschlossenen Gegner zu überraschenden und gezielten Angriffshandlungen besonders herausfordern.

6) In diesem Zusammenhang ist eine Pressemeldung vom 7. 7. 67 von Interesse, nach der militärische Kreise in Washington darauf drängen, die verbesserte Pershing in der Bundesrepublik einzuführen und durch sie die Atombombenträgerrolle der Starfighter, die den Gegner zu einem Überraschungsschlag herausfordern, abzulösen.

Die verbesserte Pershing gehört zu den großen Fernraketen. Bei entsprechender Ausstattung könnte sie bis in die westlichen Gebiete der UdSSR hineinreichen. Die in der Meldung genannten militärischen Kreise denken vermutlich an eine Art Zweischlüsselsystem<sup>3</sup> für diese Nuklearwaffen. Ließe sich dieser Gedanke verwirklichen, würde die Bundesrepublik Deutschland stärker als bisher an die Mitwirkung beim Einsatz von Nuklearwaffen, die bis in die UdSSR hineinreichen können, herangeführt werden. Politisch kann dies vor allem dann bedeutsam werden, wenn es gelingt, die Pershing so einzusetzen, daß sie durch einen Überraschungsschlag nicht ausgeschaltet werden kann. In Frage käme etwa eine solide Verbunkering oder ein beweglicher Einsatz auf Eisenbahnwagen. In diesem Fall würde die Bundesregierung die wenn auch nur lose Mitbestimmung über eine second strike capability erhalten. Für Moskau würde dies ein zusätzliches schwer kalkulierbares Risiko bedeuten. Damit würde die Abschreckung erheblich verbessert.

Es sollte überlegt werden, ob man gegebenenfalls die Pershing-Raketen auf den deutschen Nordseeinseln verbunkern kann. Falls dies möglich ist, würden wir gleichzeitig auch politischen Spielraum behalten, um das mitteleuropäische Festland im Interesse von Verhandlungen mit Moskau von Atomwaffen aller Art freizuhalten. Politisch bedeutsam ist in diesem Zusammenhang, daß auch die Tschechen und Polen kein Interesse an einem auf Mitteleuropa beschränkten Atomkrieg haben.

## II. (Die Kampfführung)

7) Die Verteidigungsplanung der NATO und insbesondere Deutschlands muß sich auch auf den Fall einstellen, daß die Abschreckung trotz allem versagt und daß es zu einem zunächst nur mit konventionellen Mitteln vorgetragenen Angriff der Staaten des Warschauer Paktes kommt. In diese Planung müssen drei Hauptkategorien eines möglichen Angriffs einbezogen werden; nämlich (in Anlehnung an eine Dreiteilung, die McNamara in seiner Budgetrede 1967 vorgenommen hat):

- a) Bewaffnete Zwischenfälle an der Demarkationslinie, die auf eine Fehleinschätzung seitens der UdSSR oder der Zonenbehörden zurückzuführen sind.
- b) Ein Angriff der konventionellen Streitkräfte des Warschauer Paktes mit den in Polen, der Tschechoslowakei und in Mitteldeutschland stationierten Truppen ohne Beteiligung der sowjetrussischen Verbände in Westrußland.
- c) Ein konventioneller Großangriff mit allen dem Warschauer Pakt zur Verfügung stehenden Streitkräften einschließlich der in Westrußland stationierten sowjetrussischen Divisionen.

Für den Fall zu a) reichen die Streitkräfte der NATO aus. Auch für einen<sup>4</sup> Angriff des in b) angenommenen Umfangs dürften die vorhandenen NATO-Streitkräfte ausreichen, jedenfalls dann, wenn in die Planung möglicher Gegenmaßnahmen auch Gegenstöße in den mitteldeutschen Raum einbezogen werden. Sinn und Zweck dieser Gegenstöße sollte dabei nur sein, der politischen Führung der NATO-Länder ein Faustpfand in die Hand zu geben, um gegebenen-

<sup>3</sup> Zum „Zwei-Schlüssel-System“ vgl. Dok. 24, Anm. 10.

<sup>4</sup> Korrigiert aus: „mit einem“.



falls Geländegewinne des Angreifers am Verhandlungstisch kompensieren zu können. Auch für den Fall zu b) besteht berechnete Hoffnung, die Unversehrtheit des NATO-Territoriums zu erhalten, ohne auf den Einsatz von Atomwaffen zurückgreifen zu müssen.

Die konventionellen Kräfte der NATO reichen nicht aus, um einen Großangriff, der mit aus der UdSSR herangebrachten Kräften geführt wird (Fall c), abzuwehren. Große Geländeverluste werden kaum zu vermeiden sein, auch durch Umdispositionen und Schwerpunktbildung im Rahmen einer beweglichen Strategie wird es kaum möglich sein, erfolgreich Gegenstöße tief nach Mitteldeutschland hinein durchzuführen. Die Möglichkeiten des Gegners, starke Reserven aus Westrußland heranzuführen, schließen dies praktisch aus.

Die Frage, ob kleinere Atomwaffen eingesetzt werden sollen, um die konventionelle Unterlegenheit auszugleichen, wird sich in diesem Fall sehr bald und sehr drängend stellen. Dabei sollte zunächst nur der Einsatz von Atomwaffen mit extrem kleiner Sprengwirkung (oben Ziff. 4) eingeplant werden. Beim Einsatz dieser Waffen würde die vernichtende Wirkung auf einen verhältnismäßig kleinen Gefechtsfeldstreifen beschränkt bleiben und daher auch in dicht besiedelten Gebieten allenfalls noch tragbar sein. Ferner ist zu beachten, daß auch die Streitkräfte des Warschauer Pakts über taktische Atomwaffen verfügen, daß sie bisher jedoch höchstwahrscheinlich keine Atomwaffen mit extrem kleiner Sprengwirkung haben. Beim Einsatz dieser Kleinstatomwaffen durch die NATO können sie also nicht mit entsprechenden Waffen antworten. Es ist zu hoffen, daß Moskau die Eskalationsgefahr, die von einem Einsatz von Atomwaffen mit einer Sprengwirkung größer als 3 kt (größer also als die der extrem kleinen Atomwaffen der NATO) [ausgeht,] hoch einschätzt und daher davon absieht, mit Atomwaffen zu antworten, deren Sprengwirkung über 3 kt hinausgeht.

Falls es aber dennoch zum Einsatz kleiner (jedoch nicht extrem kleiner) sowjetrussischer Atomwaffen kommt, wird man davon ausgehen müssen, daß dann ein lokaler Atomkrieg einsetzt, der große Verluste auf beiden Seiten hervorruft. Für die Warschauer Pakt-Staaten, die ohnehin über ein bedeutend größeres konventionelles Potential verfügen, wird es sehr viel leichter sein, die durch taktische Atomwaffen gerissenen Lücken aufzufüllen. Die Atomwaffen bringen also für die NATO nach Ausbruch des Krieges und dem Überschreiten der Schwelle, die der Einsatz von A-Waffen mit mehr als 3 kt darstellt, keinen Vorteil. Für Deutschland würden sie zur Verwüstung weiter Gebiete unseres Landes führen, während das Gebiet des Hauptangreifers, die UdSSR, völlig verschont bliebe.

8) Dieser Nachteil könnte allenfalls dann gemindert werden, wenn die Amerikaner sich bereithalten würden, sowjetrussisches Gebiet mit ICBM zu beschießen und damit schwere Verluste auch in das Hinterland des Angreifers zu tragen. Wir müssen uns jedoch darüber im klaren sein, daß dies die Gefahr eines großen Atomkrieges und entsprechend unvorstellbarer hoher Verluste auch in den USA mit sich bringt. Hieran können die USA kein Interesse haben. Aus der geographischen Situation heraus ergibt sich also ein Gegensatz der Interessen zwischen den USA und uns. Wir müssen bestrebt sein, unser Gebiet von atomaren Verwüstungen freizuhalten und den Atomkrieg in das Gebiet der

UdSSR zu tragen; die USA müssen in erster Linie bestrebt sein, ihr Gebiet vor einem atomaren Schlag der UdSSR zu bewahren. Eine atomare Verwüstung Deutschlands wäre für die USA zwar schmerzlich, aber nicht lebensgefährlich. Wir müssen davon ausgehen, daß die USA mit wachsendem russischen Potential an ICBM immer zurückhaltender werden, wenn es darum geht, zur Vermeidung atomarer Verwüstungen in Deutschland das Gebiet der UdSSR mit Nuklearwaffen zu beschießen.

Die Gefahren für den Zusammenhalt des Bündnisses, die sich aus dem aufgezeigten Auseinanderfallen der amerikanischen und kontinentaleuropäischen Interessen ergeben, könnten etwas abgemildert werden, wenn es zur Verwendung von verbesserten Pershing in Mitteleuropa bei „deutschem Mitbesitz nach dem Zweischlüsselsystem“ käme. Es ist zu hoffen, daß die gemeinsame deutsch-amerikanische Einsatzplanung für diese sowjetrussisches Gebiet erreichenden Waffen uns die Möglichkeit gibt, mehr als bisher auf die Nuklearstrategie der USA Einfluß zu nehmen. Bei Abzug weiterer amerikanischer Strike-Flugzeuge, die bis in die UdSSR reichen, und ohne die Pershing-Rakete dürfte die Gefahr eines auf Deutschland beschränkten Atomkriegs jedoch eher zu- als abnehmen.

Der Ankauf von weitreichenden verbesserten Pershings und ihre Verwendung nach Maßgabe eines deutsch-amerikanischen Zweischlüsselsystems dürfte wahrscheinlich auf den Widerstand Englands und Frankreichs stoßen, obgleich beide Länder ein Interesse an der zusätzlichen Abschreckung, die von diesem Waffensystem ausgehen würde, haben sollten. Unsere Stimme in der NATO-Allianz würde stärker an Gewicht gewinnen, als dies London und Paris zulassen wollen.

9) Die deutsche Verteidigungsplanung sieht sich folgendem Dilemma gegenüber:

Durch vielfältige Atomwaffen macht die NATO für Moskau das Risiko der Eskalation von einem zunächst konventionellen Angriff zu einem beschränkten Nuklearkrieg, der dann schnell in einen großen nuklearen Schlagabtausch ausarten kann, unübersehbar. Kommt es einmal zu Kriegshandlungen, liegt es jedoch nicht in unserem Interesse, Atomwaffen mit einer Sprengwirkung von mehr als 3 kt einzusetzen; die Verheerungen in Deutschland würden dann zu groß werden. Andererseits: wenn Moskau erkennt, daß wir keinen Ersteinsatz von Atomwaffen, auch nicht von Kleinst-A-Waffen (unter 3 kt) in Deutschland wünschen, wird die von den amerikanischen Atomwaffen ausgehende Abschreckungswirkung erheblich geschwächt, das Risiko eines konventionellen Großangriffs wird wieder überschaubar. Demgegenüber kann der Wille zum Ersteinsatz von Kleinst-A-Waffen am ehesten glaubhaft gemacht werden. Auch diese Waffen bringen die Gefahr einer nicht mehr kontrollierbaren Eskalation mit sich, sie wirken daher abschreckend, bringen wegen der unkontrollierbaren Eskalationsgefahr aber auch die Gefahr einer Verheerung Deutschlands mit sich.

Ein Veto gegen den Einsatz von Atomwaffen auf deutschem Boden zu fordern, bringt in dieser Situation Vor- und Nachteile. Ein Vorteil könnte in folgender Überlegung liegen: Mit einem Veto gegen den Einsatz kleinerer Atomwaffen zum Schutz der US-Divisionen in Deutschland könnten wir unter Umständen

wirkungsvoller auf den Einsatz von Atomwaffen gegen russisches Gebiet drängen. Andererseits könnte Moskau verleitet werden, anzunehmen, es würden keinerlei Atomwaffen eingesetzt. Die Abschreckung könnte also geschwächt werden.

Auch der Bau von Luftschutzbunkern dürfte – von der Kostenfrage abgesehen – kaum eine Lösung bringen. Die Zeit zwischen Abschluß und Einschlag reicht nicht aus, um Sammelluftschutzbunker zu erreichen. Eine große Zahl von Schutzräumen in allen Häusern könnte die Lage verbessern.

Ein ABM-System, das, gekoppelt mit Luftschutzbunkern, wenigstens einen teilweisen Schutz der Zivilbevölkerung verspricht, könnte den Willen, den Gefahren eines Atomkrieges zu begegnen und damit auch den Willen, Atomwaffen als erste einzusetzen, auch dann glaubhaft machen, wenn wir ein Veto gegen den Einsatz von A-Waffen beanspruchen und erhalten.

10) Eine völlig befriedigende Lösung für dieses Dilemma der deutschen Verteidigungsplanung ist bisher noch nicht gefunden. Die sich zunächst anbietende Lösung des Dilemmas, nämlich die konventionellen Kräfte der NATO so stark zu machen, daß sie auch ohne Atomwaffen mit einem Großangriff unter Beteiligung der in der UdSSR stationierten Verbände fertig werden können, ist sehr erschwert. Das Dilemma wird dadurch verschärft, daß die NATO ihre Truppen vermindert, ohne daß im gleichen Umfang die UdSSR ihre Truppen in Mitteleuropa verdünnt.

11) Das Dilemma wird dadurch abgeschwächt, daß dem Beginn der Kampfhandlungen möglicherweise eine politische Vorwarnzeit<sup>5</sup> vorausgehen dürfte. Allerdings kann auch ein Überraschungsangriff mit erheblichen Kräften aus der Tiefe des Raumes (80 Divisionen), der nur 4–15 Tage vorher zu erkennen ist, nicht ausgeschlossen werden. Er bietet einem entschlossenen Gegner die größten Chancen.

Die Wahrscheinlichkeit und die Dauer einer politischen Vorwarnzeit ist schwer einzuschätzen. Die Mehrzahl der NATO-Staaten rechnen mit Wochen und Monaten, (abweichende Meinungen: Griechenland, Türkei und wir). Die politische Vorwarnzeit, – wenn sie sich ergibt – kann dazu genutzt werden, um durch rasches Wiedereinfliegen abgezogener Verbände und Mobilisierung der ausgebildeten deutschen Reservisten die Kampfbereitschaft der NATO zu demonstrieren, die Aussichten einer konventionellen Verteidigung und damit die Abschreckung zu erhöhen.

12) Nicht durchdacht wurde bisher, ob sich das Dilemma vermindert oder ob gar eine befriedigende Lösung gefunden werden kann, wenn alle amerikanischen Truppen den Kontinent verlassen und wenn gleichzeitig alle sowjetrussischen Truppen hinter die polnische Ostgrenze zurückgenommen werden. Damit würde Raum und Zeit für die konventionelle Kriegsführung zum Schutze der Bundesrepublik Deutschland gewonnen. Ein Vorstoß nach Mitteldeutschland, um dort die sowjetischen Truppen abzufangen, würde in den Bereich der Möglichkeiten rücken. Wesentlich wäre, in einer derartigen Lage durch entsprechende Vorkehrungen (internationale Beobachterkette oder Beobachtersatelliten) festzustellen, ob und wann sowjetrussische Truppen die polnische

<sup>5</sup> Zum amerikanischen Einschätzung der Vorwarnzeit vgl. Dok. 6, Anm. 4.

Ostgrenze überschritten haben. Die Truppen der Supermächte werden ihre in Mitteleuropa stationierten taktischen Atomwaffen mitnehmen. Nur sie verfügen bis auf weiteres über taktische Atomwaffen. Mitteleuropa würde atomwaffenfrei. Der Kossygin-Vorschlag – kein A-Waffen-Einsatz in atomwaffenfreien Gebieten<sup>6</sup> – würde an Interesse gewinnen, zumal bei einem Wiedereinströmen der Roten Armee man davon ausgehen muß, daß sie ihre taktischen Atomwaffen mitnimmt. Möglichkeiten zur Kontrolle, ob sie A-Waffen mit sich führt, sind praktisch nicht gegeben. Das Versprechen der UdSSR, Mitteleuropa atomwaffenfrei zu halten, stellt also die Frage, ob damit auch das Versprechen, die Rote Armee nicht nach Mitteleuropa zurückkehren zu lassen, verbunden ist.

13) Nicht untersucht ist bisher, ob ein europäisches Sicherheitssystem denkbar ist, in dem das Einhalten des Verbots des Wiedereintrückens an die sowjetrussischen Truppen garantiert wird. Wir werden nicht damit rechnen können, daß die USA den Einsatz von ICBMs auf sowjetrussisches Gebiet für den Fall einer Verletzung sowjetrussischer Vertragsverpflichtungen durch Wiedereinströmen sowjetrussischer Truppen nach Mitteleuropa versprechen. Eine solche nukleare Garantie wäre wahrscheinlich auch nicht glaubhaft. Wir können aber vielleicht hoffen, daß die USA ein europäisches Sicherheitssystem, bei dem Mitteleuropa von sowjetrussischen und amerikanischen Truppen freigehalten wird, dadurch garantieren, daß sie versprechen, einem Angreifer, also gegebenenfalls der UdSSR, den Krieg zu erklären. Damit würde für Moskau das schwer überschaubare Risiko einer sofortigen, zunächst konventionellen kriegerischen Auseinandersetzung mit der anderen Supermacht entstehen. Zu prüfen bliebe, ob dieses Risiko für Moskau genauso groß ist, wie in der derzeitigen Situation, in der sich Amerikaner und Russen mit Atomwaffen an der Demarkationslinie gegenüberstehen.

**VS-Bd. 11577 (Planungsstab)**

<sup>6</sup> Zum Vorschlag des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 1. Februar 1966 vgl. Dok. 24, Anm. 17.

## 271

### Ministerialdirektor Ruete an die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris

II A 7-83.03/0-2372/67 geheim

17. Juli 1967<sup>1</sup>

Betr.: Frankreich und die NATO  
hier: Gespräche Lemnitzer – Ailleret

Bezug: FS Nr. 1128 vom 17. 7. 1967<sup>2</sup>

1) Wir legen nach wie vor größten Wert darauf, daß die zwischen Lemnitzer und Ailleret getroffenen Vereinbarungen möglichst bald inkrafttreten. Wir werden daher<sup>3</sup> der Gruppe der Vierzehn weiterhin empfehlen, den Briefwechsel Lemnitzer–Ailleret in der von den Franzosen vorgeschlagenen Fassung<sup>4</sup> anzunehmen.

2) Unsere Versuche, auf die Amerikaner in diesem Sinne einzuwirken, sind ergebnislos geblieben. Wir würden es begrüßen, wenn Brosio auch seinerseits auf die Amerikaner einwirkt<sup>5</sup>, ihre Bedenken zurückzustellen und sich unserer Auffassung anzuschließen.<sup>6</sup>

Wir werden auch weiterhin alle Bemühungen Brosios, einen Ausweg aus der gegenwärtigen Situation zu finden, unterstützen.

3) Da eine Presseverlautbarung über den Abschluß der Vereinbarungen zwischen den Vierzehn und Frankreich abgestimmt sein muß, halten wir es nicht für möglich, daß die Vierzehn gegenüber der Öffentlichkeit ohne Befragung der

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde vom Vortragenden Legationsrat Behrends konzipiert.

Hat Ministerialdirektor Meyer-Lindenberger am 18. Juli 1967 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Frank verfügte.

Hat Frank am 19. Juli 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Botschafter Grewe, Paris (NATO), berichtete, daß er vom NATO-Generalsekretär zu einem Gespräch unter vier Augen am 18. Juli 1967 gebeten worden sei. Bei dieser Gelegenheit wolle er Brosio und der Gruppe der Vierzehn erneut empfehlen, „den Ailleret-Brief in der französischen Fassung anzunehmen. Die Vierzehn könnten gleichwohl ohne weitere Befragung der Franzosen den fraglichen Satz aus dem Schreiben Aillerets an Lemnitzer vom 10. Mai bei der Veröffentlichung der Vereinbarung zitieren. Es dürfte der französischen Seite dann schwerfallen, diesen Satz zu dementieren und General Ailleret öffentlich zu desavouieren.“ Vgl. VS-Bd. 2479 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Ruete handschriftlich eingefügt.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 249.

<sup>5</sup> Der Passus „auch seinerseits ... einwirkt“ wurde von Ministerialdirektor Ruete handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „in einem Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter zu klären versuchte, ob die Amerikaner bereit sind.“

<sup>6</sup> Am 21. Juli 1967 übermittelte Gesandter von Lilienfeld, Washington, die Mitteilung des amerikanischen Außenministeriums, der amerikanische NATO-Botschafter Cleveland werde „noch heute Weisung erhalten“, sich in der Frage des „Briefwechsels Lemnitzer/Ailleret der Haltung der übrigen NATO-Partner anzuschließen“. Die Begründung, die für diese Entscheidung gegeben worden sei, werfe „ein bezeichnendes Licht auf die hiesige Einstellung zur NATO“: Die Änderung der amerikanischen Haltung „sei eine Folge der Intervention von Brosio und de Staercke gewesen. Nachdem sich der Generalsekretär die Auffassung der übrigen Mitgliedsregierungen ausdrücklich zu eigen gemacht habe, sei die Frage in einem ganz neuen Lichte erschienen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1513; VS-Bd. 2479 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Franzosen Zitate aus dem Schreiben Ailleret an Lemnitzer vom 10. Mai verwenden. Ein solches Verfahren würde eine französische Gegenerklärung provozieren und zu neuen Spannungen mit Frankreich führen. Ich bitte daher, davon Abstand zu nehmen, es Brosio vorzuschlagen.<sup>7</sup>

[gez.] Ruete

VS-Bd. 2479 (I A 1)

272

### Bundesminister Brandt an Bundeskanzler Kiesinger (Entwurf)

18. Juli 1967

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Mit<sup>1</sup> Unbehagen verfolgen meine Freunde und ich, daß die Entscheidungen des Kabinetts zur mittelfristigen Finanzplanung<sup>2</sup>, soweit sie sich auf den Verteidigungshaushalt beziehen, in der Öffentlichkeit – zu Hause wie im Ausland<sup>3</sup> – in eine Grundsatzdiskussion über neue Verteidigungskonzeptionen auszuarten drohen<sup>4</sup>. Es kann innen- wie außenpolitisch nicht im Interesse unserer Regierung liegen, sich in eine derartige Debatte hineinziehen zu lassen, solange wir keine Gelegenheit gehabt haben, über das Verteidigungskonzept des Bündnisses und die sich daraus ergebenden Aufgaben der Bundeswehr zu beraten<sup>5</sup>. Es handelt sich um Fragen, durch die Gewicht und Ansehen der Bundesrepublik bei Freunden und Gegnern draußen stark<sup>6</sup> berührt werden.

Das Präsidium der SPD hat heute eine Stellungnahme beschlossen, die ich Ihnen in der Anlage<sup>7</sup> zur Kenntnis bringen darf.<sup>8</sup>

<sup>7</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Ruete handschriftlich hinzugefügt.

Zum Schriftwechsel zwischen dem Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, Lemnitzer, und dem französischen Generalstabschef Ailleret am 10. bzw. 20. August 1967 vgl. weiter Dok. 330.

<sup>1</sup> An dieser Stelle wurde von Bundesminister Brandt gestrichen: „einigem“.

<sup>2</sup> Zur Entscheidung vom 6. Juli 1967 über die mittelfristige Finanzplanung bis 1971 vgl. Dok. 258.

<sup>3</sup> Zu Pressereaktionen vgl. Dok. 252, Anm. 2 und 8.

<sup>4</sup> Die Wörter „auszuarten drohen“ wurden von Bundesminister Brandt handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „ausarten“.

<sup>5</sup> Der Passus „solange wir ... zu beraten“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundesministers Brandt zurück. Vorher lautete er: „solange die Bundesregierung kein geschlossenes Verteidigungskonzept hat“.

<sup>6</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Brandt handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „wahrscheinlich tiefgreifend“.

<sup>7</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

Laut Pressebericht bedauerte das SPD-Präsidium am 18. Juli 1967 die „unerfreuliche persönliche Auseinandersetzung zwischen Politikern der CDU/CSU“ und stellte fest, daß aus der mittelfristigen Finanzplanung „öffentlich voreilige Folgerungen für die Bundeswehr gezogen worden“ seien; die Modernisierung von Waffen und Gerät, die Rationalisierung bei der Truppe, in der Verwaltung

Es erscheint mir<sup>9</sup> empfehlenswert, daß die Bundesregierung, auch mit dem Blick auf die Bundestagsdebatten im Herbst, darauf hinwirkt, die öffentliche Erörterung über Verteidigungskonzeptionen möglichst zu bremsen. Es darf nicht in Frage gestellt werden, daß die Bundesrepublik die Ende des Jahres anstehenden Entscheidungen über eine<sup>10</sup> Streitkräfteplanung, die der neuen NATO-Strategie der flexible response entsprechen werden, loyal einhalten wird.<sup>11</sup>

Wenn wir auf diesen Ablauf im Bündnismechanismus verweisen, werden wir in der Zwischenzeit sowohl innenpolitisch die verschiedenen Faktoren, soweit das geht, auf einen Nenner bringen. Wir werden<sup>12</sup> sicher auch Verständnis dafür finden, daß wir Zeit und Ruhe brauchen, um mit den Verbündeten die<sup>13</sup> vor dem Dezember erforderlichen Konsultationen durchzuführen.<sup>14</sup>

Mit freundlichen Grüßen

Ihr  
[gez. Willy Brandt]

Willy-Brandt-Archiv, Bestand Außenminister

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1102*

und bei der Beschaffung seien seit Jahren ungelöste Probleme. Vgl. den Artikel „Die CDU nimmt Schröder in Schutz“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 164 vom 19. Juli 1967, S. 4.

<sup>8</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Brandt handschriftlich eingefügt.

<sup>9</sup> An dieser Stelle wurde von Bundesminister Brandt gestrichen: „deshalb“.

<sup>10</sup> An dieser Stelle wurde von Bundesminister Brandt gestrichen: „neue“.

<sup>11</sup> An dieser Stelle wurde von Bundesminister Brandt gestrichen: „Mit anderen Worten“.

<sup>12</sup> Die Wörter „bringen. Wir werden“ wurden von Bundesminister Brandt handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „bringen und“.

<sup>13</sup> Der Passus „daß wir Zeit ... die“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundesministers Brandt zurück. Vorher lautete er: „wenn wir mit den Verbündeten im einzelnen die ohnehin“.

<sup>14</sup> An dieser Stelle wurde von Bundesminister Brandt gestrichen: „Die anliegende Stellungnahme meiner Freunde entspricht der oben dargelegten Mitteilung.“

273

**Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-13607/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 1140**

**Aufgabe: 18. Juli 1967, 18.50 Uhr**  
**Ankunft: 18. Juli 1967, 19.51 Uhr**

Betr.: Deutsch-französische Beziehungen in der Sicht der NATO-Partner

1) Heutiges Gespräch mit Brosio sowie anschließendes Arbeitsfrühstück hinterließen bei mir den Eindruck, daß die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen und insbesondere jener Passus des Kommuniqués, der von deutsch-französischen Studien über die Probleme der Verteidigung und einer europäischen Friedensordnung in den 70er-Jahren spricht<sup>1</sup>, bei einem Teil unserer Partner eine bemerkenswerte Nachdenklichkeit ausgelöst hat. Dies hängt offensichtlich mit einer veränderten Beurteilung der französischen Politik während der vergangenen Wochen durch die Mehrzahl der NATO-Partner zusammen. Die Skepsis gegenüber de Gaulle ist anscheinend in den zwei Wochen meiner Abwesenheit in starkem Maße gewachsen. Mehrere Botschafter äußerten die Vermutung, daß man mit einem Verbleiben Frankreichs in der Allianz über 1969 hinaus weniger denn je rechnen könne. Britischer Botschafter<sup>2</sup> glaubte, in der französischen Politik der letzten Wochen gewisse Zeichen dafür entdecken zu können, daß de Gaulle ernsthaft Austrittsabsichten erwäge (die Ansichten darüber, ob eine Kündigung bereits 1968 mit Wirkung für 1969 oder erst 1969 mit Wirkung für 1970 ausgesprochen werden könne, gehen in rechtlicher Hinsicht auseinander.<sup>3</sup> Man stimmt jedoch darin überein, daß de Gaulle in jedem Falle die ihm passende Auslegung wählen werde). Auch die Zweifel darüber, wie weit de Gaulle das Zusammenspiel mit Moskau treiben werde, haben sich verstärkt.

Auf dem Hintergrund dieser Stimmungen und Beurteilungen wird die deutsche Politik mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Man befürchtet offenbar einen Versuch de Gaulles, die Bundesrepublik in das Fahrwasser seines Zusammenspiels mit Moskau hineinzuziehen. Daher die mehrfache Frage, was die deutsch-französischen Studien über die Entwicklung der 70er-Jahre bedeu-

<sup>1</sup> Über die deutsch-französische Regierungsbesprechungen vom 12./13. Juli 1967 wurde kein Kommuniqué veröffentlicht.

Am 13. Juli 1967 teilte der Chef des Presse- und Informationsamtes in einem „Informationsgespräch“ Pressevertretern die Ergebnisse der deutsch-französischen Regierungsbesprechungen mit. Zur geplanten Studie über die Sicherheit Europas in den 70er Jahren führte von Hase aus: „Die Erarbeitung einer Studie über die politisch-strategische Situation der 70er Jahre wird erfolgen unter Einbeziehung der Fragen der europäischen Sicherheits- und Friedensordnung. Das ist eine Studie, die selbstverständlich gemeinsam erarbeitet werden muß von den Außen- und Verteidigungsministerien. Auf französischer Seite wird das institutionell geschehen in Anlehnung an das Generalsekretariat des Nationalen Verteidigungsrates. Auf deutscher Seite wird das entsprechend – soweit man so etwas vergleichen kann – in Anlehnung und Zusammenarbeit mit dem Bundesverteidigungsrat geschehen. Was den militärischen Aspekt bei dieser Studie anlangt, also den militärischen Sektor, so ist auf deutscher Seite personell beabsichtigt, daß der ehemalige Generalinspekteur General a. D. Trettner das machen soll.“ Vgl. Referat I A 1, Bd. 705. Zur gemeinsamen Studie vgl. Dok. 264, Anm. 15.

<sup>2</sup> Bernard Burrows.

<sup>3</sup> Vgl. dazu weiter Dok. 328.



ten sollen. Belgischer Botschafter<sup>4</sup> stellte die Frage, ob insbesondere die Äußerungen von Bundesaußenminister Brandt über das Verhältnis der Pakte zueinander und die eventuelle Ersetzung der bestehenden Bündnisse durch ein europäisches Sicherheitssystem<sup>5</sup> eine neue deutsche Politik ankündigten, die über die in den letzten Monaten bewiesene Flexibilität noch erheblich hinausgehe.

Holländischer Botschafter<sup>6</sup> betonte, daß nach Auffassung seiner Regierung der deutsch-französische Vertrag<sup>7</sup> für de Gaulle eine fundamentale Bedeutung habe und daß er ihn auf keinen Fall preisgeben könne. Daraus ergebe sich eine Schlüsselstellung der Bundesrepublik in bezug auf eine Beeinflussung der französischen Politik. Sie sei wahrscheinlich im Augenblick der einzige Bündnispartner, der in Paris etwas ausrichten könne. Belgischer und holländischer Botschafter äußerten beide die Befürchtung, daß de Gaulle in naher Zukunft einen weiteren spektakulären Schritt unternehmen werde, um Großbritannien endgültig den Eintritt in den Gemeinsamen Markt zu versperren, möglicherweise schon jede Verhandlung darüber unmöglich zu machen.<sup>8</sup>

2) Ohne eine dieser Äußerungen überbewerten zu wollen, scheinen sie mir doch für eine neuartige Stimmungslage in der Allianz bezeichnend zu sein. Ich habe auf folgender Linie geantwortet: Die deutsch-französische Studie über die Entwicklung in den 70er-Jahren sei bereits im Januar beschlossen worden. Lediglich das Thema sei nunmehr ausgeweitet worden. Wir hielten es für zweckmäßig und sinnvoll und sogar im Interesse unserer übrigen Alliierten liegend, wenn wir solche Themen, die auch in anderen Gremien der Allianz erörtert würden (Rat, Harmel-Studien, DPC usw.) zum Gegenstand bilateraler Diskussionen mit den Franzosen machten. Seit langer Zeit sei die französische Diskussionsbeteiligung in diesen Gremien (soweit ihnen noch französische Vertreter angehörten) völlig unergiebig gewesen. Wir hielten es daher für zweckmäßig, einen Versuch zu unternehmen, um auf bilateralem Wege mehr über die französischen Vorstellungen in Erfahrung zu bringen. Ich glaubte nicht, daß aus solchen Diskussionen eine Konkurrenz zu den innerhalb der Allianz betriebenen Studien erwachsen würde.

Ich hätte keinen Anlaß zu der Annahme, daß das Interview des Bundesaußenministers als Ankündigung einer neuen Politik gegenüber der Allianz aufgefaßt werden könne. Es bewege sich auf der gleichen Linie, die der Minister

<sup>4</sup> André de Staercke.

<sup>5</sup> Zu den grundsätzlichen Überlegungen, die Bundesminister Brandt am 2. Juli 1967 im Deutschlandfunk darlegte, vgl. Dok. 250, Anm. 8.

<sup>6</sup> Hendrik N. Boon.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>8</sup> Diese Besorgnis der niederländischen Regierung wurde auch bei einem Gespräch des Ministerialdirigenten Frank am 21. Juli 1967 mit dem niederländischen Gesandten deutlich. Jorissen teilte mit, die niederländische Botschaft in Bonn „stehe unter dem Eindruck, daß der Herr Bundeskanzler den Ausführungen von General de Gaulle bei der letzten Konsultation in bezug auf das Verhältnis Europa/USA und die Frage des britischen EG-Beitritts nicht mit dem nötigen Nachdruck entgegengetreten sei. Es bestehe die Gefahr, daß de Gaulle das Schweigen der Deutschen als Zustimmung interpretiere.“ Vgl. die Aufzeichnung von Frank vom 21. Juli 1967; VS-Bd. 2473 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

bereits in seinen Erklärungen auf der Dezember-Konferenz 1966<sup>9</sup> und auf der Luxemburger Konferenz<sup>10</sup> abgegeben habe.

Selbst wenn es richtig sein sollte, daß der deutsch-französische Vertrag für de Gaulle fundamentale Bedeutung habe und daraus eine gewisse Schlüsselstellung der Bundesrepublik resultiere, so würde doch daraus noch keineswegs folgen, daß wir in der Lage seien, de Gaulle in bezug auf ganz konkrete Fragen zu beeinflussen oder gar einen Druck auf ihn auszuüben. Dies sei allenfalls denkbar, wenn wir in der Lage wären, den deutsch-französischen Vertrag preiszugeben. De Gaulle wisse genau, daß auch wir dazu nicht in der Lage seien, insbesondere nicht in einer Zeit, in der wir immer wieder erlebten, daß unsere angelsächsischen Partner jede scheinbare Entspannungsgeste von seiten Moskaus begierig aufgriffen und sie auch über die Grenzen dessen hinaus verfolgten, was im Rahmen der grundlegenden Allianz-Solidarität und der Rücksichtnahme auf die Interessen europäischer Verbündeter tragbar sei. Es zeige sich auch hier wieder, daß die Innehabung einer gewissen Schlüsselstellung noch nicht gleichbedeutend sei mit ihrer Umsetzung in praktische Einflußmöglichkeiten. Dies gelte insbesondere auch für etwaige Erwartungen, wir könnten de Gaulles Haltung in bezug auf den britischen Eintritt in den Gemeinsamen Markt ändern.

3) Bei den heutigen Gesprächen war kein amerikanischer Vertreter zugegen.

[gez.] Grewe

**VS-Bd. 2473 (I A 1)**

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Bundesministers Brandt am 14. Dezember 1966 vor der WEU-Versammlung in Paris vgl. DzD V/1, S. 79–81.

<sup>10</sup> Zur NATO-Ministerratstagung vom 13./14. Juni 1967 vgl. Dok. 219 und Dok. 220.

## 274

# Gespräch des Bundesministers Brandt mit Generalsekretär Brosio, NATO

II A 7-81.33-2528/67 geheim

20. Juli 1967<sup>1</sup>

Während seines Aufenthaltes in Bonn aus Anlaß der Zusammenkunft der Rapporteure für die Harmel-Studien<sup>2</sup> suchte der Generalsekretär Brosio auf seinen Wunsch den Herrn Bundesminister zu einem etwa einstündigen Gespräch auf. Bei dem Gespräch war nur noch der Unterzeichnete<sup>3</sup> anwesend.

Der *Generalsekretär* eröffnete das Gespräch mit der Bitte, ihn über das Ergebnis und die Beurteilung des Herrn Ministers über das letzte deutsch-französische Treffen in Bonn (Konsultationstreffen mit Staatspräsident de Gaulle)<sup>4</sup> zu unterrichten. Er bat außerdem um eine Interpretation der Erklärungen, die der Sprecher der Bundesregierung im Anschluß an dieses Treffen abgegeben hat<sup>5</sup> und über die Äußerungen des Herrn Bundesministers in seinen letzten Interviews zum Thema europäisches Sicherheitssystem und europäische Friedensordnung<sup>6</sup>.

Bundesminister *Brandt* begann mit der Feststellung, daß das konkrete Ergebnis der Begegnung in gewissen neuen zusätzlichen Vereinbarungen auf dem Gebiete der industriellen und technologischen Zusammenarbeit bestanden habe. Im übrigen sei es vor allem zu einem Gedankenaustausch über die Probleme Osteuropas gekommen. Die Bundesregierung erkenne an, daß die Franzosen uns bei unseren Bemühungen, diplomatische Beziehungen mit den Staaten Osteuropas herzustellen, geholfen hätten. In bezug auf die Mittelost-Krise sei festzustellen, daß es in der zweiten Hälfte der Krisenperiode zu einem regen deutsch-französischen Informationsaustausch gekommen sei.

Was die NATO-Probleme anlange, so sei in den französischen Äußerungen kein Fortschritt erkennbar geworden. Nach wie vor sehe der französische Staatspräsident die Hauptaufgabe der Europäer darin, die amerikanische Vorherrschaft in Europa zurückzudrängen („to fight American domination“). De Gaulle habe jedoch ausdrücklich festgestellt, daß er nichts gegen die amerikanische militärische Präsenz in Europa einzuwenden habe. Auf die ihm von deutscher

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 28. Juli 1967 von Botschafter Grewe, Paris (NATO), gefertigt und am 31. Juli 1967 an Staatssekretär Lahr übermittelt.

Hat Lahr am 1. August 1967 vorgelegen.

Hat laut Vermerk des Legationsrats I. Klasse Wilke vom 11. August 1967 Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur Sitzung der Rapporteure der vier Untergruppen der Harmel-Studiengruppe („Special Group“) am 21. Juli 1967 vgl. Dok. 282.

<sup>3</sup> Wilhelm G. Grewe.

<sup>4</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vom 12./13. Juli 1967 vgl. Dok. 261–264.

<sup>5</sup> Zu den Ausführungen des Chefs des Presse- und Informationsamtes, von Hase, vom 13. Juli 1967 vgl. Dok. 273, Anm. 1.

<sup>6</sup> Zu den grundsätzlichen Überlegungen, die Bundesminister Brandt am 2. Juli 1967 im Deutschlandfunk darlegte, vgl. Dok. 250, Anm. 8.

Vgl. dazu auch die Äußerungen von Brandt am 10. Juli 1967 in einem von der „Deutschen Welle“ übertragenen Interview; BULLETIN 1967, S. 645 f.

Seite gestellte Frage, ob eine sowjetische Vorherrschaft in Europa nicht ernstere Probleme aufwerfe, habe de Gaulle mit der rhetorischen Gegenfrage geantwortet: ob in Europa der Whisky oder der Wodka auf dem Vormarsch sei?

Im Hinblick darauf, was man gemeinsam tun könne, habe de Gaulle vor allem auf drei Gebiete verwiesen:

- 1) Aktivierung des deutsch-französischen Vertrages<sup>7</sup>;
- 2) Konsolidierung des Sechser-Europas;
- 3) Entente und Kooperation mit Osteuropa einschließlich der Sowjetunion.

In bezug auf den englischen Eintritt in das Sechser-Europa habe er erneut festgestellt, daß dieser Eintritt notwendig sei und erfolgen werde – jedoch erst in dem Augenblick, in dem die Engländer wirklich Europäer geworden seien. Gegenwärtig seien sie es noch nicht: Sie bezögen ihre Nahrungsmittel von außerhalb Europas; sie hielten an ihren Positionen in Hongkong und Singapur fest; sie suchten weiterhin ihr besonderes Verhältnis (special relationship) mit den Vereinigten Staaten zu pflegen. Kurz, sie hätten nach wie vor ein amerikanisches Europa vor Augen, daher könnten sie im gegenwärtigen Augenblick die politischen Probleme Europas nicht lösen. Premierminister Wilson denke offenbar, die Verhältnisse würden sich nach de Gaulle ändern. Dazu habe der General festgestellt: „Vielleicht – aber nicht sicher“.

Der *Generalsekretär* bat um eine Stellungnahme zu den vorgesehenen deutsch-französischen Studien über die Entwicklung der Sicherheitsprobleme und der europäischen Ordnung in den 70-er Jahren. Im Kreise der NATO-Mitgliedstaaten würden solche gemeinsamen deutsch-französischen Studien gegenwärtig etwas anders beurteilt, als noch vor einem halben Jahr. Es breite sich eine zunehmende Besorgnis über den künftigen Kurs der französischen Politik aus.<sup>8</sup>

Hierzu erwiderte der *Bundesminister*, Frankreich bleibe unser wichtigster Nachbar in Westeuropa. Wir seien darauf angewiesen, die Zusammenarbeit mit Frankreich so weit wie es irgend möglich sei, zu retten. Zu diesem Zwecke brauchten wir Gesprächsgegenstände, und wir müßten versuchen, herauszufinden, was man auf französischer Seite wirklich denke. Von deutscher Seite sei vor einiger Zeit ein Fragebogen aufgestellt worden, der lange zu keiner französischen Reaktion geführt habe. Unmittelbar vor der letzten Konsultationsbegegnung sei jedoch eine Antwort erfolgt, wenn auch vorwiegend prozeduralen Charakters. In Bonn habe man aufmerksam das Kommuniqué studiert, das Pompidou aus Anlaß seines Moskauer Aufenthaltes zusammen mit den Sowjets unterzeichnet habe<sup>9</sup>, und wir hätten insbesondere den Wortlaut dieses

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>8</sup> Vgl. dazu Dok. 273.

<sup>9</sup> Für einen Auszug aus dem Kommuniqué vom 8. Juli 1967 vgl. DzD V/1, S. 1433 f.

Botschafter von Walther, Moskau, erläuterte am 9. Juli 1967 zu dem Kommuniqué, daß die Deutschland-Frage lediglich indirekt unter dem Oberbegriff „Entspannungspolitik“ angesprochen werde. Da die verwendeten Formulierungen einen Kompromiß darstellten, der „die sowjetischen Deutschlandvorstellungen deckt“, jedoch die von Staatspräsident de Gaulle im Juni 1966 geprägte Wendung, „die SBZ sei eine ‚création artificielle‘“ nicht infrage stelle, bestehe für die Bundesregierung kein Anlaß zu „weitgehender Besorgnis“. Walther kam zu dem Schluß, daß dem Besuch des Ministerpräsidenten Pompidou „offensichtlich keine grundsätzliche politische Bedeutung“ zukomme. Vgl. den Drahtbericht Nr. 902; VS-Bd.2437 (I A 3); B 150, Aktenkopien 1967.

Kommunikés mit früheren verglichen. Wir glaubten, daß wir die Ergebnisse dieses Vergleichs mit den Franzosen erörtern müßten, und dafür böten die deutsch-französischen Studien eine Gelegenheit. Was die militärische Seite dieser gemeinsamen Studien anlange, so habe Verteidigungsminister Messmer in Bonn den General de Brébisson als französischen Diskussionspartner vorgeschlagen. Von deutscher Seite sei hierfür der General Trettner benannt worden.

Wenn die Probleme zwischen Frankreich und der NATO sich auch zugespitzt hätten, so könne man doch auch nicht darüber hinweggehen, daß es einen amerikanisch-sowjetischen Kontakt gäbe, ebenso wie andere bilaterale Kontakte einzelner NATO-Partner mit Rußland. In den Pariser Diskussionen der NATO-Botschafter sei von der Schlüsselstellung Deutschlands im Ost-West-Verhältnis gesprochen worden. Sicher sei jedenfalls, daß wir uns nicht mit einer passiven Rolle begnügen könnten. Die Gespräche, die wir mit den Franzosen führten, seien im Prinzip nichts anderes als das, was wir auch mit den Amerikanern, mit den Italienern und anderen täten. In bezug auf die Ergebnisse unserer Gespräche mit den Franzosen seien wir keineswegs optimistisch.

Der *Generalsekretär* bezog sich auf die Äußerungen des Ministers in seinen Interviews über das künftige Verhältnis der Bündnissysteme zueinander. Die Russen rückten die Idee eines multilateralen Garantie-Paktes als Grundgedanken eines künftigen Sicherheitssystems in den Vordergrund.<sup>10</sup> Wenn man ihnen auf diesem Wege zu weit folge, gerate die Einheit des Westens in Gefahr. Die Franzosen spielten offenbar mit der Idee, sich auf diesen Weg zu begeben.

Bundesminister *Brandt* meinte, es sei gefährlich, die Schlagworte „europäische Sicherheit“ und „Friedensordnung“ den Sowjets ganz zu überlassen. Man müsse versuchen, diese Schlagworte mit eigenen Vorstellungen auszufüllen. Ein großer Teil der Weltöffentlichkeit würde uns jedenfalls sehr kritisieren, wenn wir uns dagegen sperren würden, diese Gedanken zu prüfen und zu erörtern. Leider müsse man feststellen, daß ein verschiedener Maßstab angelegt werde, wenn wir das Gleiche sagten, was etwa Präsident Johnson in seiner Rede vom Oktober 1966<sup>11</sup> über diese Probleme geäußert hat. Wir glaubten, daß es sinnvoll sein könnte, wenn man z.B. den Gedanken einer ausgewogenen Truppenreduzierung auf beiden Seiten prüfen und diskutieren würde.

<sup>10</sup> Zu den sowjetischen Vorstellungen vgl. Dok. 253.

<sup>11</sup> Korrigiert aus: „November 1966“.

Am 7. Oktober 1966 führte Präsident Johnson vor der National Conference of Editorial Writers in New York aus: „The Atlantic nations oppose the use of force to change existing frontiers. That is a bedrock, too, of our American foreign policy. We respect the integrity of a nation's boundary lines. The maintenance of old enmities is not really in anyone's interest. Our aim is a true European reconciliation. We so much want to make this clear to the East. [...] We must improve the East-West environment in order to achieve the unification of Germany in the context of a larger, peaceful and prosperous Europe. Our task is to achieve a reconciliation with the East – a shift from the narrow concept of coexistence to the broader vision of peaceful engagement.“ Zur Verbesserung der Beziehungen zu den Ostblock-Staaten kündigte Johnson umfangreiche Maßnahmen zum Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen an und bekräftigte den Willen der USA zum Abschluß eines Nichtverbreitungsabkommens. Ferner regte er eine beiderseitige Reduzierung der Streitkräfte in Europa an. Vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1966, S. 1125–1130. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1966, D 517–521. Vgl. dazu auch AAPD 1966, II, Dok. 347.

Generalsekretär *Brosio* brachte zum Ausdruck, daß ihn manche bilateralen Kontaktaufnahmen der NATO-Mitgliedstaaten mit Moskau mit Besorgnis erfüllten. Selbstverständlich stehe es den Deutschen frei, das gleiche zu tun, was andere NATO-Partner auch täten. Entspannungsbemühungen seien notwendig und nützlich. Entscheidend sei, daß bei den bilateralen Kontaktaufnahmen die Solidarität der Allianzpartner gewahrt werde. Er habe den Eindruck, daß das sowjetische Verhalten in der gerade hinter uns liegenden Mittelost-Krise nicht in ausreichendem Maße kritisch berücksichtigt werde.

Bundesminister *Brandt* verwies in diesem Zusammenhang auf die Rede, die er im Frühjahr vor der WEU-Versammlung<sup>12</sup> gehalten habe, und auf die Warnungen, die er gerade in dieser Beziehung dort ausgesprochen habe. Selbstverständlich müsse man sich in dem gegenwärtig in Entwicklung befindlichen Entspannungsprozeß vorsehen. Aber die Deutschen könnten nicht allein die Prinzipien der NATO-Solidarität verteidigen, während alle anderen bemüht seien, auf bilateralem Wege ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen. Wir würden jedoch auch in Zukunft stets für die Einheit und Solidarität der Allianz eintreten – auch wenn kürzlich der Verlauf der deutschen Budget-Auseinandersetzungen nicht immer glücklich gewesen sei.

*Brosio* ließ durchblicken, daß er Verständnis für die komplizierte und schwierige Lage habe, in der wir uns befänden. Sein Bestreben jedenfalls sei es, die solidarische Aktion der Allianz sicherzustellen – auch im Rahmen der jetzt laufenden Harmel-Studien.

Er warf zum Abschluß das Problem des Weiterbestehens der NATO nach 1969 auf und bezog sich auf die von Spaak vertretene Ansicht, daß man versuchen solle, diesen Fortbestand jetzt in irgendeiner Form sicherzustellen. Brosio ließ erkennen, daß er diesen Fortbestand im Hinblick auf die innenpolitische Lage in Dänemark, Norwegen und Kanada keineswegs für gesichert halte. Es frage sich, ob es zweckmäßiger sei, im Rahmen der Harmel-Studien eine verbindliche Erklärung der Mitgliedstaaten herbeizuführen.

Der *Bundesaußenminister* sprach sich dafür aus, einen solchen Versuch zu unternehmen. Er wies darauf hin, daß ein Mann wie der dänische Ministerpräsident Krag sich im Hinblick auf die NATO-Probleme in einer schwierigen Situation befinde und daß es im Rahmen der Harmel-Studien vielleicht möglich sei, ihm bei der Aufrechterhaltung einer positiven dänischen NATO-Politik zu helfen.

*Brosio* bedankte sich für das Gespräch, das ihm einige wertvolle Aufschlüsse gegeben habe.

**VS-Bd. 937 (II A 7)**

<sup>12</sup> Die Versammlung der WEU hielt vom 13. bis 15. Juni 1967 in Paris den ersten Teil ihrer 13. Sitzungsperiode ab.

275

**Botschafter Strätling, Bukarest, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-13637/67 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 861**  
**Cito**

**Aufgabe: 20. Juli 1967, 12.30 Uhr**  
**Ankunft: 20. Juli 1967, 14.23 Uhr**

Betr.: Familienzusammenführung

Habe heute mit zuständigem Stellvertretenden Außenminister Flitan Fragen der Familienzusammenführung, auch im Hinblick auf Bundesministerbesuch<sup>1</sup>, besprochen. Flitan bat um umgehende Übermittlung einer Liste mit Härte- und Dringlichkeitsfällen, bei der wir selbst die Reihenfolge angeben sollen (Prioritätsliste). Da Ausreise von geschlossenen und größeren Gruppen aus den früheren erörterten Gründen<sup>2</sup> nicht in Betracht käme, sei es für seine Mitarbeiter sehr schwierig, eine gerechte Auswahl von Einzelfällen zu treffen. Die meisten der bisher übergebenen Listen<sup>3</sup> seien doch mehr oder weniger zufällig zusammengestellt. (z.B. Liste der in der Form von Petitionen beim Manescu-Besuch übergebenen Fälle<sup>4</sup>). Ich habe Flitan schnellstmögliche Übermittlung zugesagt. Über den Umfang der Liste sagte er nichts. Ich habe ihm ferner Vorlage einer Liste der Anträge auf Heiratsgenehmigungen angekündigt. Ich habe Flitan eindringlich auf die Bedeutung dieses Problems und die möglichen Folgen in der deutschen öffentlichen Meinung hingewiesen, da bei einer weiterhin enttäuschenden Behandlung des Gegenstandes ein zu bedauernder Stimungsabfall eintreten könnte.

<sup>1</sup> Zum Besuch des Bundesministers Brandt von 3. bis 7. August 1967 in Rumänien vgl. Dok. 292 und Dok. 293.

<sup>2</sup> Im Gespräch des Ministerialdirektors Krapf mit dem rumänischen Stellvertretenden Außenminister Pele am 20. Mai 1964 in Bonn wurde vereinbart, daß die Bundesregierung Listen mit den Namen ausreisewilliger in Rumänien lebender Volksdeutscher zusammenstellen und der rumänischen Regierung übergeben solle. Pele vertrat im Verlauf der Unterredung die Ansicht, daß „die Lösung einzelner Fälle auf eine günstige Weise erfolgen“ könne, wahrscheinlich aber „eine Analyse jedes einzelnen Falles erforderlich“ sein werde. Er verwies auf die Gefahr, daß in die Bundesrepublik ausgesiedelte Personen den Wunsch äußern könnten, wieder nach Rumänien zurückzukehren. Dann entstünden „für den rumänischen Staat Schwierigkeiten, die naturgemäß das ganze Problem belasteten“. Vgl. die Aufzeichnung des Referats V 6 vom 25. Mai 1964; Referat V 6, Bd. 1462.

<sup>3</sup> Am 26. Juli 1967 führte Referat V 6 in einer den Besuch des Bundesministers Brandt vom 3. bis 7. August 1967 in Bukarest vorbereitenden Aufzeichnung aus: „Namenslisten von Ausreisewilligen wurden der rumänischen Regierung im Anschluß an den Besuch von Vizeaußenminister Pele in Bonn (Mai 1964) von Sept[ember] 1964 bis Febr[uar] 1966 zugeleitet; der Leiter der Handelsvertr[etung] Bukarest überreichte insgesamt 7 Listen mit rund 6700 Fällen. Hiervon konnten bisher nur rund 600 Personen bzw. 9,5 % ausreisen, von denen mehr als die Hälfte auf Liste I entfallen. Die Listenaktion wurde daher Anfang 1966 eingestellt. [...] Das Ergebnis der bisherigen Listenaktionen muß als dürftig bezeichnet werden.“ Vgl. Referat V 6, Bd. 1755. Vgl. dazu auch AAPD 1966, I, Dok. 57.

<sup>4</sup> Für die Aufstellung von insgesamt 32 „Bittgesuchen an Herrn Bundesminister Brandt“, die in Fragen der Familienzusammenführung anlässlich des Besuches des rumänischen Außenministers Manescu vom 30. Januar bis 3. Februar 1967 im Auswärtigen Amt eingingen, vgl. Referat V 6, Bd. 1755. Vgl. dazu auch die Erörterung der Familienzusammenführung im Rahmen der Verhandlungen zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen; Dok. 12, Anm. 12.

Gesprächspartner gab sich verständnisvoll. Wenn ich seine Haltung auch nicht überschätze und keineswegs mit uns befriedigenden Zahlen an Ausreisegenehmigungen rechne, nehme ich doch an, daß aus Anlaß Besuches Bundesministers eine Geste gemacht und eine – wenn auch kleinere Zahl – von Fällen positiv beschieden wird.

Um diese Möglichkeit auszunutzen, möchte ich Flitans Bitte sofort erfüllen. Ich bitte, mich dazu in die Lage zu versetzen und die erbetene Liste umgehend zu übermitteln.<sup>5</sup> Ergänzungen möchte ich mir vorbehalten.

[gez.] Strätling

VS-Bd. 10086 (Ministerbüro)

## 276

### Botschafter z. b. V. Bahr, z. Z. Prag, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-13652/67 geheim  
Delegationstelegramm Nr. 1  
Citissime mit Vorrang

Aufgabe: 20. Juli 1967, 21.00 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 20. Juli 1967, 22.29 Uhr

I. Deutsch-tschechische Verhandlungen wurden heute in hiesigem Außenhandelsministerium aufgenommen. Einem einstündigen Gespräch unter vier Augen, das ich mit Babáček auf seinen Wunsch hatte, folgte am Vormittag Plenarsitzung von 1½-stündiger Dauer. Am Nachmittag verhandelten getrennte Arbeitsgruppen über Abkommenstexte betr. Handelsvertretungen und Warenverkehrsabkommen. Für 21. 7., 10.00 Uhr ist nächste Plenarsitzung vorgesehen.

II. Ich fasse bisherige Ergebnisse wie folgt zusammen:

#### 1) Berlinfrage

Tschechen wünschen Einbeziehung Berlins lediglich durch mündliche Erklärungen der Delegationsleiter. Ich habe demgegenüber darauf verwiesen, daß Briefwechsel für uns wichtig, um

- a) Regelung innenpolitisch und gegenüber Alliierten vertreten zu können,
- b) Tätigkeit der Handelsvertretungen zu decken und
- c) neue Berlin-Regelung für vorgesehene weitere Abkommen anwendbar zu machen.

<sup>5</sup> Ministerialdirektor Thierfelder teilte Botschafter Strätling, Bukarest, am 24. Juli 1967 mit, daß in den Jahren 1965 und 1967 drei Listen mit den Namen von insgesamt 34 „Härtefällen“ offiziell übergeben worden seien; die rumänische Regierung habe jedoch mit Ausnahme eines einzigen Falles „bisher in keiner Weise reagiert“. Die Aufstellungen könnten auch nicht als „mehr oder weniger zufällig zusammengestellt“ bezeichnet werden. Da die Bundesregierung immer noch auf eine Antwort der rumänischen Regierung warte, sei die Übersendung einer neuen Liste „nicht opportun“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 363; VS-Bd. 5696 (V 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.



Wir kamen überein, daß beide Seiten möglichst bis morgen überlegen, ob und wie diese Hürde überwindbar.<sup>2</sup>

## 2) Handelsvertretungen

Tschechen wünschen offenbar möglichst enge Befugnisse der Handelsvertretungen gemäß ausgehandeltem Entwurf vom 26.2.1965.<sup>3</sup> Wir dagegen haben zunächst vorgeschlagen, Befugnisse der Handelsvertretungen anlehnend an tschechischen Entwurf vom April 1964 möglichst weit zu fassen.<sup>4</sup>

Hauptschwierigkeit bereitet Frage, ob Außen- oder Außenhandelsministerium zuständige Kontaktstelle für unsere Handelsvertretung. Hinsichtlich kulturpolitischer Zuständigkeiten haben Tschechen Gegenformulierungen angekündigt. Hinsichtlich konsularischer Betreuung deutscher Staatsangehöriger in der ČSSR haben wir darauf hingewiesen, daß der finanziell für die Tschechen sehr wichtige Touristenverkehr der Vertretung Aufgaben auflädt, die über die reine Durchführung des Warenverkehrsabkommens hinausgehen. Auch in dieser Frage haben Tschechen Gegenvorschläge in Aussicht gestellt.

## 3) Münchner Abkommen<sup>5</sup>

Babáček wiederholte bekannte tschechische Erwartung, daß wir uns „im Prozeß der Normalisierung der Beziehungen“ tschechischen Rechtsstandpunkt<sup>6</sup> zu eigen machen werden. Es wurde deutlich, daß diese Frage für jetzige Verhandlungen keine Bedeutung hat.

## 4) Wirtschaftsbeziehungen

vgl. Delegationstelegramm Nr. 2<sup>7</sup>

<sup>2</sup> Am folgenden Tag teilte der tschechoslowakische Delegationsleiter mit, daß er noch keine endgültige Antwort auf die Forderung der Bundesregierung geben könne. Im Anschluß an die Plenarsitzung erläuterte Botschafter z. b. V. Bahr Babáček erneut, warum er es „für unmöglich halte, von schriftlicher Form der Einbeziehung Berlins abzugehen“. Der tschechoslowakische Delegationsleiter habe demgegenüber darauf hingewiesen, „daß seine Freunde etwas verstimmt“ gewesen seien über die „Ausschließlichkeit und Härte“ dieser Forderung. Babáček habe betont, „wenn er auf einer Entscheidung bis zum heutigen Mittag bestanden hätte, dann würde sie negativ ausgefallen sein“. Vgl. den Delegationsbericht Nr. 4 von Bahr, z. Z. Prag vom 21. Juli 1967; VS-Bd. 4210 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 256, Anm. 8 und 12.

<sup>4</sup> Zum Entwurf vom 14. April 1964 vgl. Dok. 256, Anm. 11.

Am 21. Juli 1967 bekräftigte die tschechoslowakische Delegation den „Wunsch nach möglichst engen Befugnissen der Handelsvertretungen“, deren Aufgabenbereich nicht den „normaler Handelsvertretungen“ überschreiten solle. Vgl. den Delegationsbericht Nr. 4 des Botschafters z. b. V. Bahr, z. Z. Prag; VS-Bd. 4210 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

<sup>6</sup> Zur tschechoslowakischen Auffassung, das Münchener Abkommen vom 1938 sei „ex tunc“ ungültig, vgl. Dok. 10, Anm. 6.

<sup>7</sup> Botschafter z. b. V. Bahr, z. Z. Prag, teilte aus dem ersten handelspolitischen Gespräch vom 20. Juli 1967 mit, es seien „der Text des Entwurfs des Warenabkommens und der Warenlisten vom 23.2.1965 durchgesprochen [worden], ohne daß tschechische Seite endgültige Stellungnahme abgab. [...] Tschechische Seite neigt zu einem Dreijahresabkommen mit sogenannter italienischer Kündigungsklausel und wünscht Rückwirkung der Warenlisten auf den 1.1.1967.“ Hinsichtlich der von der Bundesregierung nach dem 6. Mai 1966 eingeleitenden Teilliberalisierung im Handel mit den Ostblock-Staaten strebe die tschechoslowakische Regierung eine Regelung analog zu der im Abkommen der Bundesrepublik mit Polen an, „also Erwähnung der Liberalisierung im Abkommenstext und Verzicht auf die formelle Bilanzierung der Ein- und Ausfuhrlisten“. Ferner habe die tschechoslowakische Seite den „Wunsch nach einem Briefwechsel über weitere Liberalisierung unter Berufung auf ihre GATT-Mitgliedschaft“ angedeutet. Seitens der Bundesregierung sei daraufhin erklärt worden, „daß dafür nur geringe Möglichkeiten bestehen dürften“. Vgl. VS-Bd. 4264 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

### III. Beurteilung

Bisherige Verhandlungsführung tschechischer Delegation läßt Versuch erkennen, Verbesserung der Beziehungen politisch klein zu halten und möglichst auf wirtschaftlichen Bereich zu beschränken. Bisher nicht zu entscheiden, ob ihre Haltung zur nur-mündlichen Einbeziehung Berlins unverrückbar. Sehe keinen Anlaß, Drängen auf Briefform zu überprüfen. Will möglichst schnell diese wohl entscheidende Frage klären. Handelspolitische Einigung erscheint vorläufig nicht schwierig.

### IV. Pressebehandlung

Tschechische Indiskretionen mit Niederschlag in Presse<sup>8</sup> dienen der Rücken- deckung gegenüber Verbündeten und Verbesserung ihrer Verhandlungsposition.

Hiesige deutsche Korrespondenten wurden über heutiges Verhandlungsprogramm unterrichtet. (Vgl. Ziff. I).

Empfehle als Background Information dortiger Presse, falls erforderlich, Hinweis, daß Verhandlungslage nach erstem Tag schwierig und Beurteilung der Aussichten des weiteren Ganges noch unmöglich.

[gez.] Bahr

**VS-Bd. 10071 (Ministerbüro)**

<sup>8</sup> So wurde bereits vor dem Beginn der Verhandlungen in der Presse gemeldet, daß die Delegation der Bundesrepublik von Botschafter z. b. V. Bahr geleitet werde, der „vor einiger Zeit geheimgehaltene informelle Gespräche“ mit der tschechoslowakischen Regierung geführt habe. Zudem wurde unter Berufung auf die „aus Prag kommenden Meldungen“ darauf hingewiesen, daß „die Einbeziehung Berlins durch die Formel ‚D-Mark West‘ fallengelassen“ werde und die Befugnisse der zu errichtenden Handelsvertretung der Bundesrepublik auf konsularischem Gebiet „sehr beschränkt“ sein würden. Vgl. den Artikel „Neue Verhandlungen mit Prag“; DIE WELT, Nr. 164 vom 18. Juli 1967, S. 4.

277

### Gespräch des Bundesministers Schröder mit Generalsekretär Brosio, NATO

II A 7-81.09-2446/67 geheim

21. Juli 1967<sup>1</sup>

Herr Brosio erkundigte sich nach den Auswirkungen der budgetären Maßnahmen<sup>2</sup>, über die der Herr Bundeskanzler ihn schon in großen Zügen unterrichtet habe.<sup>3</sup> Er bemerkte, daß die Ankündigung der Kürzung des Verteidigungshaushalts in der NATO nicht unerheblich Aufregung ausgelöst habe<sup>4</sup>.

Der Herr Bundesminister der Verteidigung führte dazu folgendes aus:

Bei den bisherigen Planungen sei man (seit 1961/62) von einem Umfang der Bundeswehr von 508 000 ausgegangen. Seit längerer Zeit sei es jedoch schon klar gewesen, daß mit den zur Verfügung stehenden Mitteln der Aufbau der Bundeswehr nicht bis zu einer solchen Größenordnung fortgesetzt werden könne. Er habe den Aufbau bereits bei seiner Größenordnung von 461 000 anhalten müssen. Inzwischen sei man auf eine Größenordnung von 456 000 abgesunken. Mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln sei ein Aufbau darüber hinaus nicht möglich. Man müsse sich daher überlegen, was die beste Struktur der Bundeswehr sei, um langfristig zu einem gesunden Verhältnis zwischen den Personalausgaben und den Ausgaben für Ausrüstung, Unterhaltung, Infrastruktur usw. zu kommen.

In der Diskussion über den Verteidigungshaushalt hätte es Zweifel darüber gegeben, ob 1,7 Milliarden DM, die als Vorauszahlungen für Beschaffungen in den Vereinigten Staaten geleistet worden seien, den kommenden Jahren anteilig zugerechnet werden sollten. Außerdem seien 1968–1971 Personalkostenerhöhung infolge von Gehaltserhöhungen dem Verteidigungshaushalt noch zuzurechnen. Es handele sich um 3,3 Milliarden DM. Dies seien aber nur Randprobleme.

Die Hauptfrage bestehe in folgendem: Wenn man von einem Betrage X ausgehe, was sei dann die vernünftigste Struktur der Bundeswehr? Die Überlegung-

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Ruete am 21. Juli 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Zum Beschluß des Bundeskabinetts vom 6. Juli 1967 über die mittelfristige Finanzplanung bis 1971 vgl. Dok. 258.

<sup>3</sup> In dem Gespräch am 21. Juli 1967 bedauerte Bundeskanzler Kiesinger „die Gerüchte über eine Kürzung der Bundeswehr um 60 000 Mann“ und betonte, „er selbst sei sehr gegen eine solche Kürzung“. Zu den Ursachen für die Streichungen bei den vorgesehenen Zuwachsraten im Verteidigungshaushalt führte er aus, „daß die Planung des Verteidigungsministeriums in den letzten Jahren in der Luft geblieben und nicht mit den Realitäten und den Möglichkeiten der finanziellen Mittel im Einklang gestanden habe. [...] Natürlich habe dies in der Bundeswehr zu einer Vertrauenskrise geführt, was immer eine moralische Schwächung der Armee bedeute. Die Bundesregierung wolle nunmehr die Bundeswehr konsolidieren, wie immer auch die letztlich aus verschiedenen Alternativmöglichkeiten ausgewählte Lösung aussehen werde. Es gehe darum, die Bundeswehr aus der Ära der Selbsttäuschung und damit der Täuschung anderer herauszunehmen.“ Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21–30 100 (56), Bd. 24; B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Zur Diskussion im Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) am 13. Juli 1967 vgl. Dok. 258, Anm. 7.

gen darüber seien noch im Gange. Definitive Zahlen könnten noch nicht genannt werden. Die feste Absicht des Bundesministers der Verteidigung gehe dahin, aus der Bundeswehr auf Dauer ein solides und elastisches Instrument mit guter Ausrüstung zu machen. Dazu bedürfe es zunächst einer soliden und klaren Idee, wie die Bundeswehr zu organisieren sei. Diese Idee müsse dann im Rahmen des Bündnisses abgestimmt werden. Eine Grundfrage sei, ob Reduzierungen eher beim Personal oder auf dem Gebiet der Ausrüstung vorgenommen werden sollten. Es könne kein Zweifel bestehen, daß eine zahlenmäßig starke, aber schlecht ausgerüstete Truppe keinen hinreichenden Schutz gewähren könne. Die Ausrüstung müsse an der Qualität des Gegners orientiert sein. Keinesfalls sei eine Veränderung der deutschen Militärpolitik oder der Strategie beabsichtigt. Im Hinblick auf die bitteren wirtschaftlichen Notwendigkeiten müsse man aber Überlegungen anstellen, wie der NATO die besten Streitkräfte zur Verfügung gestellt werden könnten.

Das Verteidigungsbudget wachse in den nächsten Jahren an, aber nicht in dem bisher für notwendig erachteten Umfang. Es sei wichtig, angesichts dieser Tatsache an dem Gedanken der Modernisierung der Bundeswehr festzuhalten, auch wenn gewisse Kürzungen der Mannschaftsstärke in Kauf genommen werden müßten. Man müsse bei einer langfristigen Planung zu vernünftigen Ergebnissen kommen.

Herr *Brosio* unterstrich, daß er Verständnis für die besonderen Probleme der Bundesregierung habe. Gleichzeitig wies er darauf hin, daß die Präsentation gegenüber der NATO und der Öffentlichkeit besonders wichtig sei. Die Vorstellungen der Bundesregierung dürften der NATO nicht als ein bereits gefaßter Beschluß dargelegt werden, den die NATO zu billigen habe. Man solle nach Möglichkeit der NATO Alternativen und Wahlmöglichkeiten geben. Die Allianz habe sich mit einer Vielzahl von Problemen auseinanderzusetzen. Man müsse den Zusammenhalt der Allianz erhalten und gemeinsam die Probleme lösen.

Der Herr *Bundesminister der Verteidigung* stimme den Ausführungen von Herrn Brosio zu. Er wies darauf hin, daß das ganze Problem der Umstrukturierung der Bundeswehr intern noch genauer erörtert werden müsse. Dabei könnten möglicherweise Indiskretionen passieren. Man dürfe daraus nicht auf bereits gefaßte Entscheidungen schließen.

Zum Zeitplan bemerkte der Herr Bundesminister der Verteidigung, daß die NATO wahrscheinlich nicht vor September mit den deutschen Vorschlägen befaßt werden könne.

VS-Bd. 1333 (II A 7)

278

**Gesandter von Lilienfeld, Washington,  
an Bundesminister Brandt**

**Z B 6-1-13678/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 1514**  
**Citissime**

**Aufgabe: 21. Juli 1967, 20.00 Uhr**  
**Ankunft: 22. Juli 1967, 01.43 Uhr**

Für Minister<sup>1</sup> und Staatssekretär<sup>2</sup> – m.d. Bitte um Vorlage beim Herrn Bundeskanzler<sup>3</sup>

Betr.: Besuch des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Bundesministers in Washington

I. Die Reaktion politisch interessierter Kreise in Washington auf die neue Terminwahl für den Besuch des Kanzlers<sup>4</sup> ist positiv. Man erhofft sich von seinem Gespräch mit dem Präsidenten eine Klärung, bevor endgültige und womöglich schwerwiegende Entscheidungen bei uns getroffen werden, – dies um so mehr, als eine Reihe bisher gültiger gemeinsamer Grundauffassungen aufgrund der Darstellung in der Publizistik hier manchem in Frage gestellt scheinen.

Der Charakter des Besuchs hat sich dadurch grundlegend geändert. Während man in Washington noch Anfang Juli im deutsch-amerikanischen Verhältnis kaum besondere Probleme sah, gibt es jetzt – nach dem raschen Aufeinanderfolgen der Kürzung des deutschen Verteidigungshaushalts<sup>5</sup>, des Besuches von de Gaulle in Bonn<sup>6</sup> und der stark beachteten deutschen Ausführungen über mögliche künftige Entwicklungen in Europa<sup>7</sup> – eine Reihe von wichtigen Fragen, die beide Länder direkt wie auch die zukünftige Haltung der USA gegenüber Europa entscheidend berühren und auf die man von uns mindestens vorläufige Antworten erwartet.

II. Wenn es auch dem Bundeskanzler gelungen sein dürfte, durch seine persönliche Botschaft an den Präsidenten<sup>8</sup> und die Zurückweisung der Spekulationen über eine Änderung unserer Haltung zum Bündnis die zweifellos entstandene erste negative Reaktion bei Johnson über unser Vorgehen bei den Sparmaßnahmen aufzufangen, so ist doch ein deutlich spürbares Unbehagen

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>2</sup> Klaus Schütz.

<sup>3</sup> Am 24. Juli 1967 wurden drei Ausfertigungen des Drahtberichts an das Bundeskanzleramt geleitet „mit der Bitte um Vorlage bei dem Herrn Bundeskanzler“. Weiterhin wurde zugesichert, daß die von der Botschaft Washington erbetene Weisung Bundeskanzler Kiesinger „vor Abgang“ vorgelegt werde. Vgl. den Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Arnold; VS-Bd. 10094 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 267, Anm. 18.

<sup>5</sup> Zum Beschluß des Bundeskabinetts vom 6. Juli 1967 zu einer mittelfristigen Finanzplanung bis 1971 vgl. Dok. 258.

<sup>6</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vom 13./14. Juli 1967 vgl. Dok. 261–264.

<sup>7</sup> Vgl. dazu auch die sicherheitspolitischen Ausführungen des Bundesministers Brandt am 2. Juli 1967 im „Deutschlandfunk“; Dok. 250, Anm. 8.

<sup>8</sup> Für das Schreiben vom 11. Juli 1967 vgl. Dok. 254.

zurückgeblieben. Die Hauptaufgabe des Kanzlers wird es daher sein, das bisherige starke Vertrauen in die Beständigkeit unserer Politik wiederherzustellen, das durch die plötzlichen heftigen Auseinandersetzungen in Bonn während der letzten Wochen hier doch ein wenig Schaden genommen hat. Er müßte dabei vor allem nochmals auf folgende Punkte eingehen (z.T. auch in seinen öffentlichen Erklärungen):

1) Sind die Kürzungen im Verteidigungshaushalt lediglich finanz- und wirtschaftspolitisch bedingt oder liegt ihnen ein seit längerem vorbereitetes außenpolitisches Konzept zugrunde, das uns diese Maßnahmen im Hinblick auf unser Verhältnis zum Osten ratsam erscheinen ließ?

2) Befindet sich unsere Haltung zum Bündnis in einer grundlegenden Wandlung? Wollen wir uns, wie de Gaulle, langsam aus seiner Struktur lösen<sup>9</sup> (wie dies in offensichtlicher Mißdeutung einiger Äußerungen des Bundesministers und vor allem ihrem zeitlichen Zusammenfallen mit den Finanzmaßnahmen hier von manchen gesehen wird), und glauben wir dadurch und durch Vermittlung de Gaulles freiere Hand zum Gespräch mit dem Osten wie auch für ein wiedervereinigtes Deutschland zu erlangen? Oder sehen wir im Bündnis nach wie vor die Basis unserer eigenen Sicherheit und halten wir seine Konsolidierung – gerade auch im Hinblick auf die unverminderte militärische Stärke der Sowjets – für unabdingbar?

3) Was ergeben sich aus unseren Maßnahmen für Folgerungen für die NATO und die gemeinsame Verteidigungs-Planung? Betrachten wir den amerikanischen Schutz Westeuropas im Ernstfall als selbstverständlich, oder sind wir bereit, zu unserer Verteidigung selbst weiterhin erhebliche Anstrengungen zu machen?

4) Kehren wir uns – wiederum unter dem Einfluß de Gaulles – von den USA ab, um ein von diesen unabhängigeres und selbständiges (Kontinental-) Europa als „dritte Kraft“ zu schaffen, oder ist vertrauensvolle engste Zusammenarbeit mit den USA immer noch die Grundlage unserer Politik?<sup>10</sup>

<sup>9</sup> Zum Ausscheiden der französischen Truppen aus der militärischen NATO-Integration am 1. Juli 1966 vgl. Dok. 7, Anm. 9.

In einem weiteren Drahtbericht zur Vorbereitung des Besuchs des Bundeskanzlers Kiesinger in den USA wies Gesandter von Lilienfeld, Washington, darauf hin, innerhalb der amerikanischen Regierung habe sich der Eindruck verstärkt, daß Frankreich seine NATO-Mitgliedschaft „im August oder September 1968 kündigen werde“. Lilienfeld hob hervor: „Die möglichen französischen Schritte und unsere mutmaßliche Reaktion darauf werden mit Sicherheit zu einem wichtigen Gesprächsthema zwischen dem Bundeskanzler und Präsident Johnson werden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1519 vom 24. Juli 1967; VS-Bd. 2479 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Botschafter Knappstein, Washington, machte am 26. Juli 1967 darauf aufmerksam, daß die deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vom 12./13. Juli 1967 angesichts der amerikanischen Skepsis gegenüber Staatspräsident de Gaulle auch die Einstellung zur Außenpolitik der Bundesregierung beeinflusst hätten: „Besondere Bedeutung wird den deutsch-französischen Studien über europäische Sicherheitsfragen in den 70er Jahren beigemessen. Die getroffene Vereinbarung möge zunächst nur einen Diskussionsrahmen darstellen. Sie sei aber doch kennzeichnend dafür, daß Bonn die Fragen der europäischen Sicherheit nicht mehr allein im Rahmen der Allianz zu erörtern wünsche, sondern auch im Hinblick auf mögliche deutsch-französische Initiativen. [...] In einzelnen frage man, ob es der deutschen Politik angesichts der gegen Amerika und die Allianz gerichteten Haltung von General de Gaulle gelingen werde, die deutsch-französische Partnerschaft zu ihren eigenen Zwecken auszunutzen, ohne sich eine Option zwischen Washington und Paris aufzwingen zu lassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1534; VS-Bd. 2479 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

III. Wie sich aus zahlreichen Unterhaltungen, die Mitarbeiter und ich mit verschiedenen Persönlichkeiten im Weißen Haus, im State Department und im Pentagon (darunter Walt Rostow, Bator, Professor Bowie, Nitze und sein Vorgänger Vance) in den letzten Tagen geführt haben, klar ergibt, ist die Sorge – auch beim Präsidenten – offenbar groß, daß sich aus unseren Sparmaßnahmen – wie bereits vor dem Beginn der Dreiergespräche im Herbst 1966, damals ausgelöst durch das britische Vorgehen und unsere Schwierigkeiten mit den Offset-Zahlungen<sup>11</sup>, – eine Kettenreaktion ergeben könnte, die beiden Regierungen höchst unwillkommen sein würde, von ihnen jedoch nicht mehr unter Kontrolle gehalten werden könnte. Johnson befürchtet eine Verstärkung des bereits einsetzenden Drucks im Kongreß auf Reduzierung des amerikanischen Commitments in der Welt, besonders auch der amerikanischen Truppen in Deutschland, sowie verstärkte Widerstände gegen seine bisherige Europa-Politik aus einer allgemeinen Verärgerung über „die Europäer“ heraus. Die Vertreter der bisherigen amerikanischen Deutschland- und Europapolitik sehen außerdem auf lange Sicht eine Gefahr, daß die in der Presse mit unseren Maßnahmen und mit einigen Äußerungen von deutscher offizieller Seite verbundenen Spekulationen, wie auch die in Kreisen um die Regierung und im Kongreß zum Teil absichtlich verbreiteten Mißdeutungen hierzu, tiefere Zweifel an unserem Standort überhaupt, an unserer Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit als Partner bzw. an der Fähigkeit der Koalitionsregierung zur Fortführung ihres bisherigen Bündniskurses erwecken könnten. Zum ersten Mal wird in Washington die Frage gestellt, wie Deutschland sich künftig zur NATO verhalten werde, welche Auswirkungen eine veränderte deutsche Haltung auf die Allianz haben und welche Perspektiven sich daraus für die amerikanische Politik ergeben könnten. Diese Fragen sind dadurch noch aktueller geworden, daß sich in jüngster Zeit (wie auch von unserer NATO-Botschaft berichtet<sup>12</sup>), immer stärkere Zweifel daran verbreiten, ob Frankreich der Allianz nach 1969 noch angehören wird. Von unserer Antwort, von der die Durchführung der Kürzungen im Verteidigungshaushalt nur einen Teil bildet, könnte es, wie sich ein Mitarbeiter im Weißen Haus ausdrückte, abhängen, ob der Präsident in Zukunft imstande sein wird, eine verantwortliche amerikanische Europapolitik durchzusetzen.

Die verschiedenen in der Presse meist verkürzt oder entstellt wiedergegebenen zahlreichen Äußerungen deutscher Politiker tragen dazu bei, diese Unruhe und Verwirrung zu vergrößern. In manchen gut gemeinten persönlichen Bemerkungen wird bereits voller Sorge die Erinnerung an die heftigen persönlichen Auseinandersetzungen in Deutschland vom Sommer und Herbst 1966 wachgerufen.

Diese z. T. leidenschaftliche Diskussion in Deutschland über unsere Verteidigungspolitik hat hier nicht nur aus sachlichen Gründen Unruhe ausgelöst, sondern auch zur Folge gehabt, daß gewisse Zweifel an der inneren Geschlossenheit der Bundesregierung aufgekommen sind. Es wäre gut, wenn die öf-

<sup>11</sup> Zum Abschluß der Dreier-Verhandlungen und zu den Offset-Abkommen mit Großbritannien und den USA vgl. Dok. 151.

<sup>12</sup> Vgl. Dok. 273.

fentlichen Erläuterungen unserer Haltung hierauf bis zum Besuch des Kanzlers in Washington besonders Rücksicht nehmen würden.

Zur Nachdenklichkeit sollte auch Anlaß geben, daß ein gewisser Beifall für unsere Maßnahmen und die dahinter vermuteten politischen Beweggründe gerade auch von denjenigen Kreisen kommt, deren Tendenz auf einen allmählichen Abbau der amerikanischen Verpflichtungen in der Welt, insbesondere der Position in Europa, und auf ein Arrangement mit den Sowjets auf der Basis des Status quo hinzielt. Der Eindruck eines Schwankens der Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen würde ein Nachlassen des Vertrauens in unsere Haltung und dies wiederum die Gefahr mit sich bringen, daß die amerikanische Unterstützung unserer Deutschland- und Wiedervereinigungspolitik – ohne die wir wohl kaum ein sowjetisches Interesse und Entgegenkommen erwarten dürften – in Frage gestellt und die Tendenz zu einer resignierten Abwendung der USA von Europa gefördert wird.

IV. Es ist daher nur natürlich, wenn dem bevorstehenden Besuch des Kanzlers und des Außenministers hier unter diesen Umständen große Bedeutung beigemessen wird. Die beteiligten Mitarbeiter im Weißen Haus und im State Department bemühen sich sehr darum, das Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und dem Präsidenten besonders sorgfältig vorzubereiten. Ihrer Auffassung nach hängt es wesentlich mit von dieser Vorbereitung ab, ob die Begegnung das gegenseitige Vertrauen stärken oder ein Gefühl der Enttäuschung und anhaltenden Unsicherheit hinterlassen wird.

Man ist sich darüber im klaren, daß die Interessen beider Länder sich dem Umfang und den Schwerpunkten nach nur teilweise decken und daß die Politik der beiden Regierungen durch Rücksichtnahme auf Parlament und öffentliche Meinung mitbedingt ist. Hierüber offen zu reden, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede abzustecken, Verständnis für die Probleme des anderen zu gewinnen und Wege zu finden, um das eigene Handeln künftig darauf abzustimmen, erscheint den hier an der Vorbereitung Beteiligten als wesentliche Funktion der kommenden Gespräche. Sie würden es deshalb besonders begrüßen, rechtzeitig zu erfahren, wie man sich die Gesprächsführung auf unserer Seite vorstellt, und sind ihrerseits bereit, uns entsprechend zu unterrichten. Diese gegenseitige Unterrichtung sollte nach ihrer Meinung mehr beinhalten als nur eine Liste der Gesprächsgegenstände.

V. Ich möchte diese Sorgen und Befürchtungen keineswegs dramatisieren, glaube aber, daß wir ihnen doch Beachtung beimessen müssen. Deutschland ist nun einmal aus historischen und psychologischen Gründen in einer anderen Lage, als jeder andere NATO-Staat und wird hier vielfach immer noch mit anderem Maßstab gemessen. Die Kräfte, die den Status quo wollen und gerne Mißtrauen gegen uns schüren, sind nicht zu unterschätzen. Solange der Präsident jedoch den Eindruck hat, daß wir nur mit ihm gemeinsam, nicht aber ohne oder womöglich gegen die USA vorgehen und daß bei uns keine Kräfte zum Zuge gelangen, die letzteres wünschen, wird er sicher bereit sein, uns weiterhin – unbeschadet unserer gegenwärtigen finanziellen Schwierigkeiten – nicht nur die uns im Bündnis zukommende Rolle einzuräumen, sondern uns auch bei unseren Bemühungen um Verbesserung unseres Verhältnisses zum Osten und um Annäherung der beiden Teile Deutschlands zu stützen.



VI. Ich wäre für baldige entsprechende Weisungen besonders dankbar.

[gez.] Lilienfeld

VS-Bd. 10094 (Ministerbüro)

## 279

### Bundesminister Brandt an Bundeskanzler Kiesinger

III A 4-81.30/1-90.20-555<sup>II</sup>/67 VS-vertraulich

24. Juli 1967<sup>1</sup>

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Wie die Botschaft Tripolis berichtet, hat die libysche Regierung Vertreter nach Deutschland gesandt mit dem Auftrag, hier 20 gummibereifte Straßenpanzer, 2000 Maschinengewehre, 10 000 Infanteriegewehre, 1½ Millionen Schuß Infanteriemunition zu kaufen. Die Waffen seien für die libysche Polizei bestimmt und werden nach Ansicht der Botschaft zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit dringend benötigt. Es bestehe die Gefahr, daß im Osten gekauft wird, wenn wir nicht liefern.<sup>2</sup>

Die Ausfuhr dieses Materials bedarf der Genehmigung durch das Bundesministerium für Wirtschaft gemäß dem Kriegswaffenkontrollgesetz.<sup>3</sup>

Mein Haus hat vor dem Nahostkrieg Libyen nicht als Spannungsgebiet angesehen und möchte es auch jetzt nicht tun. Wir sind im übrigen wegen der Öllieferungen nicht nur allgemein an guten Beziehungen mit Libyen, sondern auch besonders an der Verbesserung der internen Sicherheit dieses Landes interessiert.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Durchdruck.

Dieses Schreiben sowie drei Schreiben gleichen Inhalts an die Bundesminister des Innern, der Verteidigung sowie an den Bundesminister für Wirtschaft wurden vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Soltmann und von Hilfsreferent von Soden konzipiert und am 20. Juli 1967 von Ministerialdirektor Harkort über Staatssekretär Lahr an Bundesminister Brandt „mit der Bitte um Kenntnisnahme und Billigung“ geleitet. Harkort erläuterte dazu im Begleitvermerk: „Ob das Geschäft zustande kommt, ist noch nicht bekannt; ein Antrag auf Ausfuhrgenehmigung wurde noch nicht gestellt. Es erscheint jedoch wünschenswert, ihm zu entsprechen, sobald er vorliegt. Deswegen wird vorsorglich die grundsätzliche Zustimmung des Herrn Bundesministers für Wirtschaft erbeten sowie die Unterrichtung des Herrn Bundeskanzlers und der Herren Bundesminister des Innern und der Verteidigung vorgeschlagen.“ Vgl. VS-Bd. 8348 (III A 4); B 150, Aktenkopien 1967. Hat Lahr am 21. Juli 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Am 5. Juli 1967 informierte Botschafter Seydel, Tripolis, daß die Angestellten der libyschen Firma Shefba Ni namens Ali Abdul Rahim und Elias Albina am 8. Juli 1967 in der Bundesrepublik eintreffen werden, um im Auftrag „libyscher security forces“ die genannten Ausrüstungsgegenstände zu erwerben, und befürwortete „wärmstens [die] Ermöglichung [des] Geschäfts“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 99; VS-Bd. 8348 (III A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Der Export von Rüstungsgütern wurde durch das Kriegswaffenkontrollgesetz vom 20. April 1961 und das Außenwirtschaftsgesetz vom 28. April 1961 geregelt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 444–452 und S. 485–494.

<sup>4</sup> Am 7. Juni 1967 stellte die libysche Regierung die Ausfuhr von Erdöl ein.

Am 13. Juli 1967 teilte Botschafter Seydel, Tripolis, mit, daß die libysche Regierung beabsichtige,

Zur Vermeidung von Verzögerungen nach Eingang des offiziellen Ausfuhrantrags beabsichtige ich daher, mich gegenüber dem Herrn Bundesminister für Wirtschaft<sup>5</sup> bereits jetzt für den Verkauf der Handwaffen nebst Munition und den 20 vollgummibereiften Straßenpanzern auszusprechen, und gestatte mir, Sie hiervon zu unterrichten.<sup>6</sup> Die Lieferung der Straßenpanzer könnte im Falle von Schwierigkeiten der Industrie gegebenenfalls aus Überschußbeständen des Bundesgrenzschutzes erfolgen.

Ich werde das Bundeswirtschaftsministerium bitten, die Genehmigung geheimzuhalten<sup>7</sup>, jedenfalls so lange, bis feststeht, daß die Bekanntgabe der libyschen Regierung keine internen Schwierigkeiten macht.

Ein entsprechendes Schreiben ist an die Herrn Bundesminister für Wirtschaft, des Innern<sup>8</sup> und der Verteidigung<sup>9</sup> gerichtet worden.<sup>10</sup>

Mit freundlichen Grüßen

Brandt<sup>11</sup>

VS-Bd. 8348 (III A 4)

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1121*

„in diesen Tagen“ den Erdölexport in die Bundesrepublik „inoffiziell“ wieder aufzunehmen. Die Lieferung werde allerdings zunächst nur über Häfen außerhalb der Bundesrepublik möglich sein. Er sei von libyscher Seite gebeten worden, „über Angelegenheit weitmöglichst Stillschweigen zu bewahren, um Aktion nicht zu gefährden. Alleiniges Hindernis für offiziellen Export sei im Augenblick nur noch innenpolitische Lage.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 115; VS-Bd. 2558 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

Am 19. Juli 1967 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Gehlhoff aus einem Gespräch des Staatssekretärs Lahr mit Vertretern der Mineralölindustrie, daß die libysche Regierung eine Aufnahme der Direktlieferung von Erdöl für Mitte August in Aussicht gestellt habe, „falls nicht ein neuer Krieg im Nahen Osten entstehe, und falls die deutsche Presse nicht eine neue Kampagne zugunsten Israels beginne“. Lahr habe zugesichert, daß „amtlicherseits nichts über die Wiederaufnahme der libyschen Erdöllieferungen verlautbart werden würde“. Es stünden allerdings keine „Haushaltsmittel zur Bezahlung der von der libyschen Regierung als Geschenk erbetenen 10 oder wenigstens 5 Hubschrauber“ zur Verfügung. Vgl. VS-Bd. 2558 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Karl Schiller.

<sup>6</sup> Dazu vermerkte Vortragender Legationsrat Ingendaay am 2. August 1967 handschriftlich: „Nach Mitteilung des Ministerbüros LR I Wilke vom 2. Aug[ust] hat der Herr Bundeskanzler keine Einwendungen zu erheben.“

<sup>7</sup> Der Passus „Ich werde ... geheimzuhalten“ wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Ich schlage vor, daß die Genehmigung geheimgehalten wird.“

<sup>8</sup> Paul Lücke.

<sup>9</sup> Gerhard Schröder.

<sup>10</sup> Für die Stellungnahme des Bundesministers der Verteidigung vom 1. September und des Bundesministers des Innern vom 7. September 1967 vgl. VS-Bd. 8348 (III A 4).

<sup>11</sup> Dazu handschriftlicher Vermerk des Legationsrats I. Klasse Wilke: „Im Original unterzeichnet“.

## 280

### Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem britischen Botschafter Roberts

Z A 5-105.1/67 VS-vertraulich

25. Juli 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler empfing am 25. Juli 1967 um 17 Uhr den britischen Botschafter, Sir Frank Roberts, zu einem Gespräch, an dem MD Dr. Osterheld teilnahm.

Zunächst wurde der Besuch des Herrn Bundeskanzlers in London für den 23. und 24. Oktober 1967 vereinbart.<sup>2</sup> Da es sich um einen ersten Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Großbritannien handelt, fragte der *Botschafter*, ob der Herr Bundeskanzler nicht etwas länger bleiben könne. Britischerseits sei neben den Gesprächen mit Mr. Wilson auch ein Besuch bei Königin Elizabeth II. vorgesehen. Es wäre vielleicht nützlich, wenn der Herr Bundeskanzler auch mit anderen Persönlichkeiten und möglicherweise mit der Auslandspresse zusammen treffen könnte.

Der Herr *Bundeskanzler* erinnerte daran, daß er schon als Ministerpräsident von Baden-Württemberg Gast der britischen Regierung gewesen sei. Eine Verlängerung des jetzt geplanten Besuchs sei schwierig, da für den 25. 10. eine Bundestagssitzung anberaumt sei, an der er wahrscheinlich teilnehmen müsse. Er freue sich auf seinen bevorstehenden Besuch und halte den Zeitpunkt für gut gewählt, da man sicherlich bis zum Herbst weitergekommen sei.

Der Herr Bundeskanzler informierte sodann den Botschafter über den jüngsten Besuch Staatspräsident de Gaulles in Bonn<sup>3</sup>, der nichts Neues gebracht habe. De Gaulles Standpunkte seien fast härter gewesen als im Januar.<sup>4</sup> Er (der Herr Bundeskanzler) habe ebenfalls fester als im Januar geantwortet. Er könne sich nicht vorstellen, daß Großbritanniens Beitritt zur EWG verhindert werden könne, zumal die öffentliche Meinung Europas dafür eintrete. Das sagten auch Politiker wie Saragat und Moro<sup>5</sup>. Es sei die alte Kontroverse gewesen und de Gaulle habe seine alte These vertreten: Er habe nichts gegen Großbritannien, aber Großbritannien sei einfach noch nicht reif, innerlich noch nicht bereit zu diesem Schritt.

Der *Botschafter* fragte, ob denn neue Argumente vorgetragen worden seien, wie sie jüngst Präsident de Gaulle dem britischen Botschafter in Paris<sup>6</sup> gegenüber vorgetragen hat, daß die EWG zu stark werden könnte?

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Minnameyer am 27. Juli 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Zum Aufenthalt des Bundeskanzlers Kiesinger vom 23. bis 25. Oktober 1967 in Großbritannien vgl. Dok. 362–365.

<sup>3</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vom 12./13. Juli 1967 vgl. Dok. 261–264.

<sup>4</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 13./14. Januar 1967 in Paris vgl. Dok. 14–17 und Dok. 19.

<sup>5</sup> Am 1. Juni 1967 betonte Ministerpräsident Moro gegenüber Bundeskanzler Kiesinger, „die Eng-landfrage sei der Prüfstein in der gesamten zukünftigen Europapolitik“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung vom 21. Juni 1967; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100 (56), Bd. 23; B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Patrick Reilly.

Der Herr *Bundeskanzler* wiederholte, daß die jüngste Begegnung keine neuen Anhaltspunkte gebracht habe und man nun erst einmal bis zum Herbst abwarten müsse. Deutscherseits verfolge man den britischen Beitritt ebenfalls weiter, wie ja eine deutsche Hilfestellung in Rom<sup>7</sup> schon gegeben worden sei. Im übrigen habe er mit Präsident de Gaulle alte Themen behandelt, insbesondere die französische Politik gegenüber den USA. Der Präsident habe gesagt, er hege keine Animosität gegenüber Großbritannien und den USA, ja er bewundere Großbritannien.

Er (der Herr Bundeskanzler) habe betont, die Bundesrepublik wolle kein Protektorat der USA sein und bemühe sich aus diesem Grunde um eine enge Zusammenarbeit mit anderen Staaten, wolle jedoch auch nicht in die sowjetische Sphäre gelangen, worauf der Präsident geantwortet habe, die Sowjetunion hege keine Aggressionsabsichten, sei jedoch eine starke Militärmacht. Auch in der Frage der Anwesenheit amerikanischer Truppen, worin nach deutscher Auffassung die stärkste Sicherheitsgarantie liege, sei man übereinstimmend der Meinung gewesen, daß sie wünschenswert sei. Der Präsident habe dem zugestimmt, was er in der Vergangenheit nie so klar ausgedrückt habe. Wenn er beabsichtigen würde, im Jahre 1969 die NATO gänzlich zu verlassen, hätte er sicherlich nicht diese überraschende Erklärung abgegeben.

Der *Botschafter* warf ein, daß man bei seinem jüngsten Besuch in London die Ansicht vertreten habe, Frankreich scheide gänzlich aus der NATO aus. Der Präsident habe zum belgischen Botschafter in Paris<sup>8</sup> von seiner Besorgnis gesprochen, die USA seien so viel stärker und die Sowjetunion so viel schwächer, daß es gewissermaßen notwendig sei, die Stärke Frankreichs auf die sowjetische Seite zu stellen. De Gaulle habe zu verstehen gegeben, die französisch-sowjetischen Beziehungen sollten so eng sein wie die britisch-amerikanischen Beziehungen, um ein Gleichgewicht herzustellen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, daß der Präsident bei seinem jüngsten Besuch in Bonn nichts dergleichen gesagt habe, obwohl man über die Sowjetunion gesprochen habe. Er (der Herr Bundeskanzler) habe ihm seine Sprache gegenüber den USA vorgehalten, die problematisch und geeignet sei, in Deutschland Verwirrung zu stiften, zumal sich das deutsche Volk dem amerikanischen Volk dankbar verpflichtet fühle. Ohne amerikanische Hilfe wäre Deutschland vielleicht kein freies Land. Jede Redewendung de Gaulles gegenüber den USA wirke hier wie ein Schock. Hierauf habe der Präsident Ausführungen über seine „langue catégorique“ gemacht. Er habe versichert, ohne Feindschaft gegenüber den USA zu sprechen. Auf die Vorhaltung, er schätze die Sowjetunion falsch und als zu harmlos ein, habe er zugegeben, daß die Sowjetunion über einen mächtigen militärischen Apparat verfüge, gegen den man auch auf der Hut sein müsse; wir sind nicht „kindisch“ in dieser Frage, habe er hinzugefügt. Dem überall anzutreffenden Einfluß der USA stünde jedoch kein ebenso starker Einfluß der Sowjetunion gegenüber. Für die europäischen Länder bestehe die Gefahr, ganz in den Sog der riesigen amerikanischen Macht zu geraten, assimiliert zu werden. Der Präsident habe gesagt, es ließe sich in der atlanti-

<sup>7</sup> Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten anläßlich des 10. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 29./30. Mai 1967 vgl. Dok. 197.

<sup>8</sup> Robert Rothschild.

schen Gemeinschaft dann vielleicht behaglich leben, er fürchte jedoch, daß die „raison d'être“, die nationale Identität dadurch verloren gehe. Die Schroffheit seiner Sprache sei auf diejenigen Franzosen gemünzt, die für eine atlantische Lösung einträten. Die Sowjetunion würde sich à la longue wegen ihrer Probleme mit China in Europa arrangieren wollen.

Der *Botschafter* sagte, daß man britischerseits auch glaube, daß man mit der Sowjetunion verhandeln könne, wenn man einig und stark sei.

Der Herr *Bundeskanzler* wiederholte, daß Deutschland nicht das Protektorat einer anderen Macht sein wolle, wohl aber eine Freundschaft mit den Verbündeten und mit den USA wünsche. Im Ergebnis habe man daher keine Übereinstimmung bezüglich Amerikas und Großbritanniens erzielt. Trotz dieser Nichtübereinstimmung sei es jedoch höchst bedeutsam, wie der Präsident ausgeführt habe, daß Deutschland und Frankreich eine Kluft überwunden hätten. In einer Tischrede habe der französische Präsident die symbolische Parabel von den zwei Männern gebraucht, die ausgezogen seien, einen Schatz zu suchen, diesen Schatz jedoch nicht entdeckt [hätten], dafür aber Freunde geworden seien.<sup>9</sup>

Einig sei man in der Ostpolitik gewesen. De Gaulle sehe die Macht der USA auf allen Gebieten als beherrschend an. Die schiere Tatsache ihrer Existenz zwingt die USA nach Auffassung de Gaulles dazu, alles zu beherrschen.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs berichtete Sir Frank *Roberts* über das britische Weißbuch zur Europapolitik<sup>10</sup>. Der britische Botschafter fragte, ob der Herr *Bundeskanzler* immer noch der Meinung sei, daß Präsident de Gaulle kein zweites Veto<sup>11</sup> gegen den Beitritt Großbritanniens zur EWG einlegen werde.

Der Herr *Bundeskanzler* versicherte, daß er nach wie vor dieser Auffassung sei. Er habe dem französischen Präsidenten erklärt, daß ein zweites Veto ein großer Schock wäre. Nach Meinung des Herrn *Bundeskanzlers* lasse es de Gaulle nicht darauf ankommen. Man müsse jetzt alles in Gang bringen und abwarten, was aus dieser Prozedur werde. Nichtsdestoweniger verharre der französische Präsident nach wie vor auf seiner prinzipiellen Haltung. Sicherlich sei de Gaulle nicht der Auffassung, der britische Antrag sei nur „plaisanterie“. Deutscherseits wolle man alles tun, um zu vermitteln, wie man dies die ganze Zeit hindurch schon tue. Der Herr *Bundeskanzler* sagte ferner, er habe gewünscht, der französische Präsident kehre etwas elastischer in seiner Haltung vom Besuch in Bonn zurück. De Gaulle halte sich auf alle Fälle die Hintertüre offen. Er sei nicht dagegen, daß Großbritannien einmal Mitglied werde, habe aber immer wieder gesagt, Großbritannien sei innerlich noch nicht bereit.

Im übrigen habe er (der Herr *Bundeskanzler*) mit seinem französischen Gast einen allgemeinen Meinungsaustausch geführt, u.a. über Nahost, wozu der

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Tischrede, die Staatspräsident de Gaulle am Abend des 12. Juli 1967 in der Redoute in Bad Godesberg hielt, vgl. BULLETIN 1967, S. 654.

<sup>10</sup> Die britische Regierung veröffentlichte am 31. Mai 1967 das Weißbuch „Legal and Constitutional Implications of United Kingdom Membership in the European Communities Presented to Parliament by the Lord High Chancellor by Command of Her Majesty“, London [1967].

<sup>11</sup> Zum Scheitern des ersten britischen Antrags auf Beitritt zur EWG am 28./29. Januar 1963 vgl. AAPD 1963, I, Dok. 60.

General interessante Ausführungen gemacht habe. Auch sei man übereingekommen, zur Festigung des Freundschaftsvertrages drei Arbeitsgruppen zu bilden: Industrie, Technologie und Strategie der 70er Jahre. Diese letztgenannte Arbeitsgruppe sei von den beiden Verteidigungsministern Schröder und Messmer ausgebrütet worden. Er habe jetzt mit Präsident de Gaulle nicht im einzelnen darüber gesprochen. Im Januar habe man einmal über gemeinsame Rüstungsprojekte gesprochen, jedoch gesagt, daß vor 1970 aufgrund der engen Verflechtung mit den USA auf diesem Gebiet nichts werden würde.

Auf die Frage des *Botschafters*, ob diese Pläne nicht dem Harmel-Plan entgegenstünden, führte der Herr Bundeskanzler aus, daß die Richtlinien seiner Politik auf eine Konsolidierung der NATO zielten. Er tue alles für ein integriertes Bündnis, könne jedoch nicht sagen, was einmal werde. Er habe daher sehr bedauert, daß die im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung genannten Abstriche im Bundeswehrhaushalt<sup>12</sup>, den man nicht habe ausklammern können, soviel Staub aufgewirbelt haben.<sup>13</sup> Bei den Reduzierungen, von denen schon geredet worden sei, handle es sich um 60 000 Mann. Er, der Herr Bundeskanzler, glaube aber nicht, daß solche Reduzierungen notwendig seien; vielleicht komme man ganz ohne sie aus. Er habe daher den Verteidigungsminister gebeten, mehrere Alternativen ausarbeiten zu lassen.<sup>14</sup> Man könne beispielsweise bei der Bundeswehr Schwerpunkte bilden, organisatorische Änderungen vornehmen, sparsamer verwalten oder die Pläne strecken, ohne deswegen der Modernisierung Abbruch zu tun. Er habe sich von Fachleuten beraten lassen und könne versichern, daß nichts ohne Konsultation der Verbündeten unternommen werde. Es sei nicht richtig, daß in den kommenden Jahren weniger Mittel für die Bundeswehr bereitgestellt würden, vielmehr der Bundeswehrhaushalt wachse in den kommenden Jahren um 1,1 v. H., 7,5 v. H., etwas über 6 v. H. und 3,3 v. H.

Abschließend sagte der Herr Bundeskanzler auf die Frage des Zeitpunkts erneuter Gespräche über das Devisenproblem<sup>15</sup>, daß diese nicht zu frühzeitig angesetzt werden sollten, man jedoch in Fühlung bleiben wolle.

Sir Frank Roberts sagte abschließend, daß sowohl der britische Außenminister<sup>16</sup> als auch der Premierminister<sup>17</sup> mit dem bisherigen Verlauf der Behandlung des britischen Beitrittsantrags zufrieden seien. Die britische Regierung habe die Sechs unterrichten können. Auch in Brüssel habe man ein erstes nützliches Gespräch geführt. Nicht nur Präsident Rey, sondern auch die französischen Mitglieder der Kommission seien eindeutig für einen britischen Beitritt. Man erwarte jetzt mit Interesse den Bericht der Kommission im September.<sup>18</sup> Die britische Regierung könne sagen, daß die Angelegenheit weiterbe-

<sup>12</sup> Zum Beschluß des Bundeskabinetts vom 6. Juli 1967 vgl. Dok. 258.

<sup>13</sup> Vgl. dazu Dok. 252, Anm. 2 und 8. Zur Reaktion in den USA vgl. auch Dok. 278.

<sup>14</sup> Vgl. dazu das Schreiben des Bundeskanzlers Kiesinger vom 11. Juli 1967 an Bundesminister Schröder; Dok. 267, Anm. 5.

<sup>15</sup> Zur Wiederaufnahme von Gesprächen über einen Devisenausgleich vgl. Dok. 364, Anm. 5.

<sup>16</sup> George Brown.

<sup>17</sup> Harold Wilson.

<sup>18</sup> Zum Bericht der EG-Kommission vom 29. September 1967 vgl. Dok. 335, Anm. 8.

trieben werde. Die Mehrzahl der Briten sei für einen Beitritt, die Regierung habe jedoch auch Kritiker.

Der Herr Bundeskanzler versicherte noch einmal dem britischen Botschafter sein Verständnis für das britische Anliegen.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100 (56), Bd. 24**

## 281

### **Botschafter z. b. V. Bahr, z. Z. Prag, an Bundesminister Brandt**

**Z B 6-1-13705/67 geheim**  
**Delegationstelegramm Nr. 7**  
**Citissime**

**Aufgabe: 25. Juli 1967, 19.00 Uhr**  
**Ankunft: 25. Juli 1967, 19.11 Uhr**

Nur für Bundesminister<sup>1</sup> und Staatssekretär<sup>2</sup>

I. Heute vormittag verhandelte politische Arbeitsgruppe unter Vorsitz der Delegationsleiter erneut über den Berlinbrief<sup>3</sup> sowie über die noch offenen Teile des Abkommens über die Errichtung der Handelsvertretungen und den dazu gehörenden erläuternden Briefwechsel.<sup>4</sup>

#### 1) Berlinfrage

Die Gegenseite erklärte sich mit unserem Briefentwurf unter zwei Änderungswünschen einverstanden.

- a) Im Einleitungssatz Streichung der Worte „als Auffassung beider Delegationen“,
- b) In Ziffer 3 geringfügige Änderung des Wortlautes in: „daß auch bei eventuellen Übereinkünften auf weiteren Fachgebieten, z. B. dem Gebiete ...“

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>2</sup> Klaus Schütz.

<sup>3</sup> Am 24. Juli 1967 berichtete Botschafter z. b. V. Bahr, z. Z. Prag, daß die tschechoslowakische Regierung in der Frage einer Einbeziehung von Berlin (West) „vermutlich Schriftform akzeptieren“ werde, obwohl sie sich eine endgültige Zusage noch vorbehalte. Ein von tschechoslowakischer Seite übergebener Entwurf eines Schreibens lehne sich „wortgetreu an Gemeinsame Niederschrift an“ und gehe auf die Vorstellungen der Bundesregierung insbesondere insofern ein, „als tschechischer Delegationsleiter nicht nur Empfang, sondern auch Inhalt unseres Schreibens bestätigen will“. Auch in dem Gegenentwurf der Bundesregierung wurde betont, „daß die bisherige Praxis im Außenhandel zwischen den beiden Vertragsseiten auch für das neue Handelsabkommen gilt“. Vgl. den Delegationsbericht Nr. 5; VS-Bd. 10071 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Gleichfalls am 24. Juli 1967 übergab die tschechoslowakische Delegation den Entwurf eines Abkommens über den Austausch von Handelsvertretungen sowie „eines erläuternden Briefes über deren Aufgaben und Kontaktstellen“. Botschafter z. b. V. Bahr, z. Z. Prag, bezeichnete die Entwürfe „als enttäuschend, da sie teilweise hinter der in der Gemeinsamen Niederschrift festgelegten Absprache wie auch hinter dem Wortlaut des ausgehandelten Entwurfs vom 26. 2. 65 zurückblieben“. Am Nachmittag des 24. Juli 1967 überreichte die Delegation aus der Bundesrepublik Gegenentwürfe. Vgl. den Delegationsbericht Nr. 5; VS-Bd. 10071 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

Ich erklärte mich mit beiden Änderungswünschen einverstanden. Die Streichung der „Auffassung beider Delegationen“ ist im Hinblick darauf entbehrlich, daß sich die andere Seite in ihrer Antwort ausdrücklich mit dem Inhalt unseres Briefes einverstanden erklärt.<sup>5</sup>

## 2) Handelsvertretung

a) In der Präambel erfolgte Einigung auf folgenden Kompromißvorschlag: „geleitet von dem Wunsche, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu erweitern und auf eine feste Basis zu stellen, um ihre gegenseitigen Beziehungen zu verbessern, sind wie folgt übereingekommen: ...“ Nach meiner Beurteilung ist dies das Optimum des für uns Erreichbaren.

## b) Artikel 2

Erhält damit nach Einigung über Präambel dann folgende Fassung: „Die Aufgabe der Handelsvertretung besteht in der Pflege und Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder in einem umfassenden Sinne, vor allem für die Durchführung des abgeschlossenen Handelsabkommens.“

## c) Artikel 6

Tschechische Seite bestand hier auf ihrer Formulierung, die einen unmittelbaren Verkehr unserer Vertretung mit dem Außenministerium ausschließt.<sup>6</sup> Die weitere Sachdiskussion zu diesem Punkte erfolgte im Zusammenhang mit dem Brief über die Zuständigkeiten (siehe unten, Abschnitt II).

## d) Artikel 18

Die Kündigungsklausel wurde wie folgt vereinbart: „Dieses Abkommen kann nach Beendigung des gleichzeitig abgeschlossenen Handelsabkommens oder eines an seiner Stelle von den Vertragsparteien neu abgeschlossenen Handelsabkommens mit einer Frist von 6 Monaten gekündigt werden.“

II. Erhebliche Schwierigkeiten ergaben sich jedoch bei der Behandlung unseres Entwurfs des die Befugnisse der Handelsvertretungen erläuternden Briefes<sup>7</sup> (Wortlaut tschechischen Entwurfs folgt als Anlage). Babáček erklärte sich

<sup>5</sup> Die bei der Unterzeichnung der Abkommen mit der Tschechoslowakei am 3. August 1967 ausgetauschten gleichlautenden Schreiben zur Einbeziehung von Berlin (West) enthielten die folgenden Bestimmungen: „1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland geht davon aus, daß die bisherige Praxis im Außenhandel zwischen den beiden Vertragspartnern auch für das neue Handelsabkommen gilt. 2) Analog regelt sich die Tätigkeit der Handelsvertretungen. 3) Beide Seiten sind sich darüber einig, daß auch bei eventuellen Übereinkünften auf weiteren Fachgebieten, z. B. auf dem Gebiete der Wissenschaft, der Kultur, des Schulwesens und des Verkehrs insoweit wie nach Ziffer 1) und 2) verfahren wird. 4) Durch den Abschluß der Abkommen werden die diesbezüglichen Rechtsstandpunkte beider Seiten nicht verändert.“ Vgl. VS-Bd. 4136 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Artikel 6 im Entwurf der Bundesregierung vom 24. Juli 1967: „Der Leiter und die übrigen Bediensteten der Handelsvertretungen wenden sich in allen amtlichen Angelegenheiten an das zuständige Ministerium des Empfangsstaates“. Der tschechoslowakische Vorschlag lautete: „Der Leiter und die übrigen Bediensteten der Handelsvertretung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik wenden sich in allen amtlichen Angelegenheiten an das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland oder an die von diesem als zuständig bezeichneten Stellen. Der Leiter und die übrigen Bediensteten der Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland wenden sich in allen amtlichen Angelegenheiten an das Außenhandelsministerium der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik oder an die von diesem als zuständig bezeichneten Stellen.“ Vgl. den Delegationsbericht Nr. 5 des Botschafters z. b. V. Bahr, z. Z. Prag, vom 24. Juli 1967; VS-Bd. 10071 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Vgl. Anm. 12.



durch Weisungen gebunden und zeigte sich in strittigen Fragen völlig un-nachgiebig:

- 1) Tschechen übernehmen unseren ersten Absatz.
- 2) Sie bestehen darauf, Sichtvermerksbefugnis auf Reisende „in Handels- oder sonstigen Wirtschaftsangelegenheiten“ zu beschränken, obwohl ich darauf hinwies, diese Einschränkung widerspreche Gemeinsamer Niederschrift<sup>8</sup>, sie müsse in der Praxis zu Durcheinander führen.
- 3) Tschechen lehnen es rundweg ab, daß Handelsvertretungen „Angehörigen des Entsendestaates Hilfe und Beistand leisten können“. Ich wandte ein, mit dieser Formulierung erstrebten wir keine vollen konsularischen Befugnisse. Der stark wachsende Strom der Touristen in die ČSSR erlege uns in den Augen unserer Öffentlichkeit jedoch die Pflicht auf, daß sich unsere Handelsvertretung um Deutsche kümmern könnte, die dessen bedürfen. Dies könne etwa durch eine Begründung „unter humanitären Gesichtspunkten“ zum Ausdruck kommen. Auch diese Anregung half nicht weiter.
- 4) Tschechen wünschen, daß Handelsvertretungen nur auf Ersuchen der zuständigen Stellen des Empfangsstaates auf anderen Gebieten als dem Handel tätig werden. Ich nahm Formulierung zunächst an, bezeichnete sie aber als unnötig, da die Praxis erschwerend.
- 5) Tschechen beharren auf Zuständigkeit des Außenhandelsministeriums als Kontaktstelle für Handelsvertretungen.

Auf meine Frage erläuterte Babáček, wie sich Tschechen Praxis vorstellen: Außenhandelsministerium sei grundsätzlich für Kontakte zuständig. In Zweifelsfällen entscheide auf dessen Vermittlung die sachlich zuständige andere Stelle, ob die Erörterung der von den Mitgliedern der Handelsvertretung angeschnittene Frage von Interesse sei. Im positiven Fall würde dann die Handelsvertretung mit dieser Stelle verhandeln.

Ich erwiderte, wir wollten nicht hinter Regelung zurückfallen, die wir dieserhalb mit anderen osteuropäischen Staaten<sup>9</sup> (außer Polen<sup>10</sup>) getroffen haben.

- 6) Tschechen sind bereit, Empfang und Inhalt des Schreibens zu bestätigen.

Ich bat um Vertagung der Sitzung, um Weisung meiner Regierung einzuholen.

III. Damit ist folgendes Verhandlungsergebnis erreicht:

- 1) Berlin-Frage ist brieflich auch für künftige Übereinkünfte gelöst.
- 2) Abkommen über Handelsvertretungen ist mit Ausnahme des noch offenen Artikels 6 befriedigend bzw. annehmbar.
- 3) Gemessen an der Gemeinsamen Niederschrift ist es ein Minus, daß Visaerteilung durch Vertretungen nur für Geschäftsreisen erfolgen soll. In diesem

<sup>8</sup> Zur Aufzeichnung des Botschafters z. b. V. Bahr vom 14. Juni 1967 über die Ergebnisse seiner Sondierungsgespräche am 12./13. Juni 1967 in Prag vgl. Dok. 218, Anm. 4, und Dok. 256, Anm. 5, 15 und 16.

<sup>9</sup> In den handelspolitischen Abkommen mit Bulgarien vom 6. März 1964, mit Rumänien vom 17. Oktober 1963 und mit Ungarn vom 10. November 1963 erhielten die Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland Zugang zu den Außenministerien.

<sup>10</sup> Zu den im Abkommen vom 7. März 1963 über den Handels- und Seeschiffsverkehr sowie über den Austausch von Handelsvertretungen festgelegten Befugnissen der Handelsvertretung in Warschau vgl. AAPD 1963, I, Dok. 97.

Punkte halte ich eine Modifizierung der tschechischen Haltung noch für denkbar, wenn auch schwierig.

4) Gemessen an den Instruktionen<sup>11</sup> ist das Drängen auf direkten Zugang zu dem Außenministerium ohne Erfolg geblieben.

5) In der über Niederschrift plus Instruktion hinausgehenden Frage der Betreuung deutscher bzw. tschechischer Staatsangehöriger konnte keine Einigung erzielt werden.

Babáček hat wiederholt betont, daß seine Seite mit dem heutigen Verhandlungsergebnis die Grenze des Verhandlungsspielraumes erreicht habe. Zum Schluß gab er zu, daß er meine Argumentation in den drei strittigen Punkten persönlich weitgehend verstehen könne, seine Instruktionen ihm aber nicht erlaubten, darauf einzugehen. Wir müßten auseinandergehen, wenn der deutschen Seite die tschechischen Vorschläge nicht annehmbar erscheinen. Tschechen fühlen sich offensichtlich durch Konsultationen mit Verbündeten auf heutige Position festgelegt. Ich suche Gespräch mit Sedivy, glaube jedoch nach zuverlässiger Information nicht, daß sich Tschechen noch großen Bewegungsspielraum zubilligen. Wenn überhaupt, dann nur auf einer höheren Etage als Sedivy.

Es stellen sich demnach vier Alternativen:

- 1) Annahme der tschechischen Vorschläge
- 2) Abbruch der Verhandlungen
- 3) Vertagung in der Hoffnung auf tschechische Sinneswandlung
- 4) Nochmaliger Versuch, die tschechische Haltung zu modifizieren.

Zu 1)

Das Ergebnis wäre ein Minimum, das betreffend Berlin befriedigt, dennoch in der Öffentlichkeit auf Kritik stoßen dürfte und dessen Erfolge fast ganz von dem Spielraum abhängt, den sich Tschechen in der Praxis zutrauen.

Zu 2)

Abbruch schlägt die Tür gegenüber Tschechen auf lange Zeit zu und würde spätere neue Verhandlungen erschweren. Er würde intransigenten Flügel, nicht nur in der ČSSR, bestärken.

Zu 3)

Vertagung vermeidet Nachteile zu 1), verzichtet allerdings auch auf Vorteile. Sie mindert Nachteile zu 2) nur graduell.

Zu 4)

Es könnte sinnvoll sein, das Recht auf uneingeschränkte Visaerteilung in einer jetzt zu vereinbarenden Form, aber einige Monate später in Kraft tretenden Form vorzuschlagen.

Die Tätigkeit der Vertretung im Interesse von Besuchern in humanitären Fällen durch eine mündliche Erklärung anzukündigen, sofern ihr nicht widersprochen wird.

In der Frage des Zugangs zum Außenministerium halte ich die tschechische Haltung für jetzt nicht modifizierbar.

<sup>11</sup> Vgl. Dok. 256.

Für die Entscheidung werden zu berücksichtigen sein:

a) die Konsequenzen, die sich daraus für unsere gesamte Osteuropapolitik ergeben.

b) Für die Entwicklung der deutsch-tschechischen Beziehungen ist es eine Frage der Einschätzung, ob die Praxis befriedigen und die Tschechen sie extensiv handhaben werden. Ihr Interesse daran ist ebenso groß wie ihre Furcht vor den Verbündeten.

Vorbehaltlich neuer Gesichtspunkte, die sich aus politischen Kontakten ergeben könnten, neige ich zu Alternative 4), aber auch in diesem Fall müßte die Entscheidung 1) bis 3) schnell fallen, da die Alternative 4) zeitlich wohl bis zum Ende des morgigen Tages ausgeschöpft sein dürfte.

Ich bitte um Weisung.

[gez.] Bahr

#### Anlage zu Delegationsbericht Nr. 7

Text des von den Tschechen vorgeschlagenen erläuternden Briefes:

Herr Vorsitzender, im Zusammenhang mit dem heute unterzeichneten Abkommen über den Austausch von Handelsvertretungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß ich den beiderseits gewünschten extensiven Aufgabenbereich der Handelsvertretungen wie folgt auslege:

Die Handelsvertretungen sollen berechtigt sein,

a) den Angehörigen des Empfangsstaates, die sich in den Entsendestaat in Handels- und sonstigen Wirtschaftsangelegenheiten zu begeben wünschen, Sichtvermerke auszustellen;

b) zur Verbesserung der Beziehungen auf den Gebieten der Wissenschaft, Kultur, des Schulwesens, Verkehrs, evtl. auch weiteren Sachgebieten, auf Vorschlag der zuständigen Stellen des Empfangsstaates tätig zu werden.

Ich erlaube mir, zu konstatieren, daß während der Verhandlungen Einigung darüber erreicht wurde, daß die Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland in der ČSSR sich in amtlichem Verkehr an das Ministerium für Außenhandel der ČSSR wenden wird, welches zu gegebenen Bedingungen für sie zuständig ist, oder an die Stellen, welche von obengenanntem Ministerium je nach dem Charakter der behandelten Fragen als zuständig bezeichnet werden.<sup>12</sup>

<sup>12</sup> Der Entwurf der Bundesregierung vom 24. Juli 1967 legte dagegen die Befugnisse der Handelsvertretungen folgendermaßen fest: „Die Handelsvertretungen sollen berechtigt sein a) den Angehörigen des Empfangsstaates, die sich in den Entsendestaat zu begeben wünschen, Sichtvermerke auszustellen; b) den Angehörigen des Entsendestaates Hilfe und Beistand zu leisten; c) zur Verbesserung der Beziehungen auf den Gebieten der Wissenschaft, Kultur, des Schulwesens, Verkehrs, evtl. auch weiteren Fachgebieten, tätig zu werden.“ Ferner wurde festgestellt, „daß während der Verhandlung Einigkeit darüber erreicht wurde, daß sich die Handelsvertretung der BRD in der ČSSR in wirtschaftlichen Fragen an das Außenhandelsministerium wendet. In allen übrigen Fragen wendet sich die Vertretung an das Außenministerium oder an die von diesem als zuständig bezeichnete Stelle. (Dies gilt auch für die in den Artikeln 3 und 6 geregelten Fragen).“ Vgl.

Ich wäre Ihnen, sehr geehrter Herr Vorsitzender, dankbar, wenn Sie den Empfang dieses Schreibens bestätigen und sich mit dem Inhalt einverstanden erklären könnten.

VS-Bd. 10071 (Ministerbüro)

## 282

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahn

II A 3-86.60/1-1046/67 VS-vertraulich

25. Juli 1967<sup>1</sup>

Betr.: Sitzung der Rapporteurs der Harmel-Studiengruppe  
am 21. Juli im Hotel Petersberg

Die Teilnehmer an der Sitzung ergeben sich aus der Anlage<sup>2</sup>

1) Herr Spaak stellte einleitend fest, daß die Berichte von den Rapporteurs unter eigener Verantwortung verfaßt würden. Aufgabe der jetzigen Sitzung sei die Koordinierung der Berichte, um der „Special Group“<sup>3</sup> ihre Arbeit zu erleichtern.

Generalsekretär Brosio berichtete in diesem Zusammenhang über die Sitzung des NATO-Rates vom 12. Juli über den Fortgang der Harmel-Studien (Drahtbericht der NATO-Vertretung liegt vor.<sup>4</sup>)

Anschließend wurde das Sonderproblem diskutiert, ob für die Harmel-Studien Hearings abgehalten werden sollten. Es bestand Einvernehmen, daß dieser an sich gute Gedanke im gegenwärtigen Stadium nur noch schwer zu verwirklichen sei. In den Untergruppen müsse von Hearings abgesehen werden, da diese die Arbeit unnötig erschweren würden. Es müsse der „Special Group“ überlassen bleiben, in ihrem Rahmen später Hearings anzusetzen. Der Herr Staatssekretär wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die französischen De-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1131*

den Delegationsbericht Nr. 5 des Botschafters z. b. V. Bahr, z. Z. Prag, vom 24. Juli 1967; VS-Bd. 10071 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

Zu der Kompromißlösung, die in die am 3. August 1967 ausgetauschten gleichlautenden Schreiben über die Befugnisse der Handelsvertretung Eingang fand, vgl. Dok. 288, Anm. 5.

<sup>1</sup> Durchschlag als Konzept.

<sup>2</sup> Dem Vorgang beigelegt. Neben NATO-Generalsekretär Brosio und dessen Persönlichen Referenten Simms nahmen die Rapporteurs der vier Untergruppen der „Special Group“ teil, nämlich der Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Watson, und Staatssekretär Schütz (beide für Untergruppe 1), der ehemalige belgische Außenminister Spaak für Untergruppe 2, der Stellvertretende Leiter der amerikanischen Ständigen Vertretung bei der NATO, Farley (in Vertretung für den Rapporteur der Untergruppe 3, Kohler), sowie der niederländische Professor für Internationale Beziehungen, Patijn, als Rapporteur der Untergruppe 4. Ferner waren seitens des Auswärtigen Amts Ministerialdirigent Sahn, Vortragender Legationsrat I. Klasse Wickert und Vortragender Legationsrat von Alten anwesend. Vgl. VS-Bd. 4239 (II A 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Zur Einrichtung einer Studiengruppe zur Untersuchung der zukünftigen Aufgaben der Allianz auf der NATO-Ministerratstagung im Dezember 1966 vgl. Dok. 60, Anm. 4.

<sup>4</sup> Für den Drahtbericht Nr. 1124 vom 13. Juli 1967 vgl. Dok. 266.

legierten in der Untergruppe I sich über Hearings besonders skeptisch geäußert hätten.

2) Herr Watson und der Herr Staatssekretär<sup>5</sup> gaben sodann kurze Inhaltsangaben ihrer für die Untergruppe I geplanten Berichte anhand der Rohentwürfe (liegen vor).<sup>6</sup>

Herr Watson betonte, daß mit der Zunahme der Kontakte zwischen Ost und West auch die Komplikationen wüchsen und um so mehr Koordinierung erforderlich sei. Insbesondere ergebe sich, daß die bilateralen Möglichkeiten bald ausgeschöpft seien und sie auch Interessen anderer Verbündeter berührten. Koordinierung sei auf folgenden Gebieten notwendig:

- kulturelle Kontakte,
- allgemeine politische Fragen,
- Wirtschaft,
- Sicherheit.

Er beabsichtige, die Weiterbehandlung der letztgenannten beiden Problemkreise nach Abschluß der Harmel-Studien durch kleine ständige Ausschüsse vorzuschlagen. Im derzeitigen Sprachgebrauch des Foreign Office werde der geplante Ausschuß über Europäische Sicherheit als „Brandt-Ausschuß“ und der für Wirtschaftsfragen als „Fanfani-Ausschuß“ – nach den Urhebern der beiden Kommissionen zugrundeliegenden Gedanken – bezeichnet.

In der anschließenden Diskussion ergab sich, daß die Ausführungen von Herrn Watson über die Entspannung und ihre Aussichten als zu optimistisch empfunden wurden. Man müsse sich mehr mit den sowjetischen Zielen auseinandersetzen und auf die Grenzen der Entspannung hinweisen. Insbesondere fragte Herr Spaak, was die seit dem Kalten Krieg zweifellos veränderte Atmosphäre der Ost-West-Beziehungen tatsächlich erbracht habe. Als einziges Ergebnis könne der Wunsch der Sowjetunion und ihrer Verbündeten nach vermehrten Kontakten mit dem Westen festgehalten werden. Dagegen habe weder die militärische Bedrohung nachgelassen noch sich im politischen Hauptproblem, nämlich der deutschen Frage, irgendeine Änderung ergeben.

<sup>5</sup> Klaus Schütz.

<sup>6</sup> Für den vom Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Watson, erarbeiteten Entwurf „Measures Towards a Peaceful Order in Europe“, der am 12. Juli 1967 von der Ständigen Vertretung bei der NATO in Paris übersandt wurde, vgl. VS-Bd. 4238 (II A 3).

Vortragender Legationsrat I. Klasse Lankes stellte dazu am 20. Juli 1967 fest, daß die Ansichten von Watson weitgehend mit denen der Bundesregierung übereinstimmten. Dies gelte vor allem hinsichtlich des Vorschlags einer Streitkräftereduzierung auf Gegenseitigkeit; hier sollte die Anregung aufgegriffen werden zu untersuchen, „bis zu welchem Punkt ‚ungefähr ausgewogene parallele Truppenverminderungen‘ ohne Gefahr für die Sicherheit vorgenommen werden könnten. Gleichfalls bestand Übereinstimmung, daß die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Europa erst unter ganz bestimmten politischen Voraussetzungen in Erwägung gezogen werden könnte und daß z. Z. ein Gewaltverzichtsabkommen die „aussichtsreichste Maßnahme, eine Verminderung des Mißtrauens in Europa zu erreichen“, darstelle. Der Abschluß eines Nichtangriffspakts liege dagegen „nicht im westlichen Interesse“. Abweichungen in den Ansichten gebe es allerdings hinsichtlich des Vorschlags der „Neutralisierung eines zwar begrenzten, aber im Ost-West-Konflikt zentralen und umstrittenen Gebietes“; dies werde seitens der Bundesregierung nicht „für realisierbar oder wünschenswert“ gehalten. Andererseits halte die Bundesregierung, anders als der britische Rapporteur, es für erforderlich, die Umrisse eines europäischen Sicherheitssystems festzulegen und innerhalb der NATO gemeinsame Vorstellungen zu entwickeln, nicht zuletzt für den Fall, „daß sich eine eigene Initiative der Allianz für eine Ost-West-Konferenz als wünschenswert herausstellen sollte“. Vgl. VS-Bd. 4109 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1967.

Der Herr Staatssekretär habe in seinem Bericht der deutschen Frage großen Raum gegeben.<sup>7</sup> Er, Spaak, halte dies nicht für schlecht, frage sich aber, ob dies zur Harmel-Studie gehöre. Es führe dazu, daß die deutsche Frage zum Gegenstand lebhafter Diskussion innerhalb des Bündnisses werde. Herr Spaak wies dabei darauf hin, daß Frankreich in bezug auf die Entspannung Folgerungen ziehe, die durch die Wirklichkeit nicht gerechtfertigt würden und daß die französische Seite von der Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf die deutsche Frage „alle Opfer“ verlange. Hier läge also für die Harmel-Studie eine Gefahr mangelnden Einverständnisses, die man vermeiden müsse.

Die übrigen Teilnehmer erklärten hierzu, daß man die deutsche Frage aus der Harmel-Studie nicht ausklammern könne und solle. Ihre Behandlung sei in den „terms of references“ vorgesehen. Sie werde allgemein erwartet, und man könne nicht über Entspannung sprechen, ohne deren Zentralproblem, die Deutschland-Frage, zu berücksichtigen. Der Herr Staatssekretär wies darauf hin, daß die französische Seite zwar Bedenken hinsichtlich der gesamten Harmel-Studien habe<sup>8</sup>, daß aber die deutsch-französische Auffassung über die Behandlung der Deutschland-Frage sich deckte.

3) Herr Spaak gab einen Überblick über den Bericht der Untergruppe II. Dieser Bericht rufe zunächst die ursprüngliche Zweckbestimmung und die Entwicklung der Allianz ins Gedächtnis. Im zweiten Teil komme, er, Spaak, zu sehr persönlichen Urteilen über die eingetretenen Veränderungen. Er führe darin aus, daß die kommunistische Gefahr sich verändert habe, aber nicht verschwunden sei. Im nächsten Teil gehe der Bericht davon aus, daß alle Verbündeten die Allianz nach 1969 fortsetzen wollten (was vermutlich nicht zutreffe). Es gehe nun darum, wie sich die Allianz angesichts der Entspannung, deren enge Grenzen im Bericht beschrieben würden, verhalten solle. Es scheine Einvernehmen darüber zu bestehen, daß die Probleme nicht von den einzelnen

<sup>7</sup> Am 2. Oktober 1967 übermittelte Ministerialdirigent Sahn, z. Z. London, aus einer Unterredung mit dem Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Watson, den deutschlandpolitischen Bericht der Untergruppe I an Staatssekretär Schütz mit der Bitte um Genehmigung. Schütz sollte diesen Teil II des Berichts der Untergruppe I bei der Zusammenkunft der Rapporteurs am 11. Oktober 1967 in Ditchley Park vortragen. Darin wurde ausgeführt, daß die Teilung Deutschlands und Europas das hauptsächliche Hindernis auf dem Weg zur Entspannung darstelle. Jedes dauerhafte europäische Sicherheitssystem in Europa müsse von dem Prinzip der freien Selbstbestimmung des deutschen Volkes ausgehen. Eine Hinnahme der sowjetischen These von der Existenz zweier deutscher Staaten und einer eigenständigen Einheit Berlin (West) komme dagegen nicht als Voraussetzung für eine Entspannung in Frage. Weiterhin wurde ausgeführt: „The relations between the Federal Republic of Germany and the other part of Germany are of an internal nature; the relations of the other members of the alliance to the Soviet zone are governed by the understanding that it forms part of Germany. [...] It is up to the Federal Republic of Germany to include the other part of Germany in its policy of detente by retaining and strengthening the ties between the Germans in east and west. [...] Pursuant to this policy the Federal Government has made many proposals the the Soviet zone authorities destined to facilitate the relations between the people in both parts of Germany [...]. Furthermore, it is up to the Federal Republic of Germany, as significant results in inner-German relations are achieved, progressively to facilitate the participation of the population of the Soviet zone in international life, in scientific cultural and sporting exchanges without thereby furthering the political objectives of the East Berlin regime. [...] The allies should assist the efforts of the Federal Republic of Germany by counteracting attempts to interpret contacts between the authorities of the Federal Republic and the Soviet Zone of Germany as international relations between two German states.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1833; VS-Bd. 4239 (II A 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Vgl. dazu Dok. 307, besonders Anm. 9.

Ländern gelöst werden könnten, sondern gemeinsam gelöst werden müßten. Dabei müsse man zwischen kurz- und mittelfristigen sowie langfristigen Problemen unterscheiden.

Kurz- und mittelfristig stellten sich die Probleme wie folgt: Die integrierte Verteidigung müsse beibehalten werden, bedürfe aber der politischen und psychologischen Unterstützung. Die NATO sei das einzige gemeinsame Organ, um

- eine gemeinsame Deutschland- und Berlin-Politik zu erhalten,
- Verteidigungs- und Abrüstungsprobleme zu besprechen,
- die Beziehungen zu den kommunistischen Ländern und
- zu den Entwicklungsländern zu erleichtern.

Es gehe zunächst um ständige gegenseitige Information (NATO als „clearing house“). Aber das Ziel sei, zu einer gemeinsamen Politik zu kommen.

Langfristig stelle sich das Problem der Vereinigung Europas, insbesondere der Rolle Englands.

Abschließend meinte Herr Spaak, daß man nicht mit einem französischen Einverständnis mit diesem Bericht (oder auch mit den anderen Berichten) rechnen könne.

4) Zum Bericht der Untergruppe III verwies Herr Farley auf das Memorandum von Unterstaatssekretär Kohler (liegt hier noch nicht vor). Der Bericht behandle mehr die politischen Probleme der Sicherheit als die militärische Verteidigungspolitik. Er gehe davon aus, daß die Sicherheit basiere auf

- angemessener militärischer Stärke (angesichts nicht nur beibehaltenen, sondern verstärkten sowjetischen Potentials),
- der Bereitschaft, Übereinkommen zu suchen. Hier wären insbesondere Fragen der Rüstungsbeschränkung und Rüstungskontrolle (einschließlich ABM) durch parallele Aktionen oder durch formelle Vereinbarungen zu prüfen.

Die Planung innerhalb der Allianz sei zu verstärken. Auch bei diesem Bericht müsse man davon ausgehen, daß er das französische Einverständnis nicht erhalten werde.

In der Diskussion wies der Herr Staatssekretär darauf hin, daß als Motiv für Rüstungsbeschränkungen auch die Notwendigkeit von Einsparungen genannt werden könne, was von Herrn Farley dahin ergänzt wurde, daß es dabei nicht nur um fiskalische Sparsamkeit, sondern um „human economy“, also ganz generell eine Verminderung der Verteidigungslasten gehe.

5) Zum Bericht der Untergruppe IV erklärte Prof. Patijn, daß dort über ein Vakuum gesprochen werde: die Abwesenheit Europas in der Dritten Welt sei sehr bedauerlich, weil

- sich dort Entwicklungen vollzögen, die auch Europa und – wie die Nahostkrise – die Sicherheit der Allianz berührten,
- diese Abwesenheit an sich bereits die Stabilität der Dritten Welt gefährde.

Zwischen Amerika und Europa bestehe Uneinigkeit: Amerika wünsche, daß Europa einen Anteil an weltweiter Verantwortung und Einflußnahme trage, habe allerdings nie klar zu erkennen gegeben, wie dies geschehen solle. Europa seinerseits habe keine eigene Konzeption. Europäische Aktivitäten in der Dritten Welt würden allenfalls im Rahmen der nationalen Interessen und Enga-

gements durchgeführt, nicht aber im Hinblick auf eine künftige Weltordnung. Es sei aber für die europäischen Nationen nicht genug, sich „gut zu benehmen“ (Prinzip der Nichtintervention usw.).

Die Möglichkeiten der NATO in der Dritten Welt seien infolge der NATO-Konstruktion zweifellos begrenzt. Man habe ihn, Patijn, gewarnt, daß er (auch unabhängig von der französischen Haltung) keine gemeinsamen Aktionen erwarten dürfe. Er frage sich jedoch – trotz Widerstandes von Mitgliedern seiner Untergruppe –, ob für die NATO nicht Möglichkeiten beständen:

- das crisis management,
- die contingency-Planung,
- die Koordinierung und den Informationsaustausch, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklungsländer, zu verbessern.

Innerhalb der NATO müßten im Rahmen der Entspannung ohnehin alle globalen Probleme besprochen werden. Beispielsweise frage er sich, ob dazu nicht auch die nuklearen Probleme außerhalb Europas (Japan, VAR) gehörten.

Im Ergebnis komme er zu Vorschlägen für stärkere politische Konsultation. Die bisherigen Organe leisteten zwar gute Arbeit, gäben aber kaum politische Ratschläge. Der politische Ausschuß sei weisungsgebunden. Die APAG komme nur zweimal jährlich zusammen. Man müsse also die bestehenden Mechanismen überprüfen. Er denke an besonders kleine Arbeitsgruppen, die von den im Einzelfall besonders betroffenen Mitgliedern besetzt würden. Zu denken sei auch an Einsetzung von Gutachtern nach Art der „Drei Weisen“<sup>9</sup>. Diese Möglichkeiten seien ihm aber noch nicht klar, und er bäte – auch im Hinblick auf die Haltung seiner Untergruppe – um den Rat der anderen Rapporteurs.

In der Diskussion meinte Herr Spaak, der Vorschlag, „Drei Weise“ einzusetzen, sei aussichtslos. Die Forderung nach einer idealen Politik sei wenig praktisch. Zweifellos sei die NATO in der Analyse stärker als in politischen Empfehlungen. Herr Farley wandte sich entschieden gegen den Vorschlag, die Frage der Verbreitung oder Nichtverbreitung von Kernwaffen außerhalb Europas differenziert zu untersuchen. Solche Untersuchung könne zu keinen Ergebnissen führen. Der Herr Staatssekretär wandte sich gegen die Auffassung, daß die Verbesserung der NATO-Institutionen die gemeinsame Beschlußfassung erleichtern könne. In der Nahost-Krise, aber auch in anderen Krisen und bei anderen Problemen sei eine gemeinsame Beschlußfassung nicht an institutionellen Schwächen der NATO gescheitert, sondern weil die politischen Ansichten differierten. Die Harmel-Studie müsse zu dem zweifellos bedauerlichen Ergebnis kommen, daß die NATO außerhalb des Allianzbereichs keine gemeinsame Politik haben könne. Sie sei geographisch auf Europa und in der Sache auf Friedenswahrung gerichtet und könne nur in diesem Rahmen tätig werden. Sie könne dagegen nicht der zweite Weltgendar sein.

Im übrigen ergab sich Übereinstimmung darüber, daß zwischen den Extremen des totalen NATO-Engagements und des totalen Nichtengagements außerhalb

<sup>9</sup> Am 13. Dezember 1956 nahm der NATO-Ministerrat einen Bericht der Außenminister Martino (Italien), Pearson (Kanada) und Lange (Norwegen) zur nicht-militärischen Zusammenarbeit im Rahmen der NATO an. Für den Wortlaut des Berichts und der Entschließung des NATO-Rats vgl. THE NORTH ATLANTIC TREATY ORGANIZATION. FACTS AND FIGURES, 10. Auflage, Brüssel 1981, S. 269–287. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1957, S. 9561–9571.



Europas praktisch ein Kompromiß durch abgestufte Information und Konsultation im Einzelfalle gefunden werden müsse. Eine Reihe von Krisen sei durch NATO-Konsultationen, wenn nicht gelöst, so doch eingedämmt worden. Der Vorschlag „offener Ausschüsse“ der jeweils besonders interessierten Länder sei erwägenswert.

6) Abschließend wurde auf Veranlassung von Herrn Spaak die Frage erörtert, ob die Rapporture zu einem gemeinsamen Bericht an die „Special Group“ kommen könnten. Der Herr Staatssekretär hatte angeregt, den Gesamtbericht mit Teilen des Berichts von Herrn Spaak beginnen zu lassen und dann thematisch geordnet aus den Berichten der Gruppen I bis III zusammenzustellen. Es bestand Einvernehmen, daß der Bericht der Gruppe IV in sich geschlossen ist und sich mit den anderen Berichten nicht überschneidet.

Es wurde beschlossen:

- Die Rapporture werden ihre Berichte individuell verfassen<sup>10</sup> und ihren Untergruppen vorlegen, dabei aber die Möglichkeit eines Gesamtberichts im Auge behalten.
- Herr Spaak wird eine Gliederung für den Gesamtbericht zirkulieren lassen, anhand derer die Frage weiter geprüft werden kann.
- Die Rapporture werden sich – Einverständnis des Generalsekretärs, der an diesem Teil der Sitzung nicht mehr teilnahm, vorausgesetzt – um oder kurz nach dem 11. Oktober auf Einladung von Herrn Watson in London treffen.<sup>11</sup> (Zu diesem Zeitpunkt werden die Untergruppen ihre jeweils nächste Sitzung bereits abgehalten haben.)
- Soweit die Rapporture Papiere zirkulieren lassen, die ihren Untergruppen noch nicht vorgelegen haben (darum wurde besonders bei unseren Papieren gebeten), soll dies à titre privé geschehen.

[gez. Sahn]

**VS-Bd. 4239 (II A 3)**

<sup>10</sup> Vgl. dazu etwa den Bericht der Untergruppe 3: „The Future Security Policy of the Alliance“ vom 6. Oktober 1967; VS-Bd. 4109 (II B 2).

<sup>11</sup> Zum Treffen der Rapporture in Ditchley Park vgl. Dok. 343, Anm. 5.

## Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg

I B 4-83.00-92.-/2295/67 VS-vertraulich

27. Juli 1967<sup>1</sup>

Betr.: Gefahr der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der SBZ  
durch einige arabische Staaten

I. Nach Presseberichten soll am 1. August in Khartum eine Konferenz der arabischen Außenminister stattfinden.<sup>2</sup> Ob es darüber hinaus noch zu einer Konferenz der arabischen Staatsoberhäupter (angeblich am 10. August in Khartum) kommt, ist bis jetzt ungewiß.<sup>3</sup>

Nach weiteren Pressemeldungen soll auf der Außenministerkonferenz u. a. die Regelung der Beziehungen zu den Staaten erörtert werden, die im Nahost-Konflikt die Sache der arabischen Staaten unterstützt haben. Einige arabische Staaten sollen beabsichtigen, der Konferenz die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der SBZ vorzuschlagen.

II. Die SBZ hat seit Jahren ihre Anstrengungen um Anerkennung auf eine Reihe von arabischen Staaten konzentriert. Sie stellte erhebliche Mittel für Entwicklungsvorhaben bereit. Wiederholt entsandte sie führende Funktionäre in arabische Hauptstädte. Im Frühjahr bereiste Außenminister Winzer mehrere arabische Länder.<sup>4</sup> Ab Anfang Juli hielt sich der stellvertretende Ministerpräsident Weiß zwei Wochen lang in Kairo und Damaskus auf.<sup>5</sup> Im Nahost-Konflikt hat die SBZ eindeutig für die Araber Partei ergriffen und gleichzeitig massive Angriffe gegen Israel geführt. Die Bundesrepublik hat sie mit allen möglichen Mitteln als einseitige Parteigängerin Israels verleumdet.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Gehlhoff und von Legationsrat I. Klasse Söhnke konzipiert.

<sup>2</sup> So wurde am 24. Juli 1967 unter Berufung auf die Moskauer Tageszeitung „Pravda“ gemeldet, daß die Anerkennung der DDR „einer der Tagesordnungspunkte der arabischen Außenministerkonferenz in Khartum am 7. August sein“ werde. Vgl. den Artikel „Ost-Berlin bemüht sich verstärkt um Anerkennung“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 168 vom 24. Juli 1967, S. 1.

Die arabischen Außenminister kamen vom 1. bis 5. August 1967 in Khartum zusammen. Vgl. Anm. 18.

<sup>3</sup> Zur Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der arabischen Staaten vom 29. August bis 1. September 1967 in Khartum vgl. Dok. 333, Anm. 3.

<sup>4</sup> Der Außenminister der DDR besuchte vom 3. bis 19. Mai 1967 die VAR, Syrien, den Libanon, Algerien und den Irak. Vgl. dazu die Erklärung von Winzer vom 21. Mai 1967; AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. XV, S. 1143 f.

<sup>5</sup> Der Stellvertretende Ministerpräsident der DDR traf am 6. Juli 1967 in Kairo ein. Bei seiner Ankunft erklärte er: „Mit ungeteilter Sympathie haben die Menschen in der DDR den heroischen Kampf der arabischen Völker gegen die israelische Aggression verfolgt.“ Er fuhr fort: „Die DDR verurteilt den verbrecherischen Überfall Israels und steht fest an der Seite der progressiven arabischen Staaten. Sie fordert den sofortigen und bedingungslosen Rückzug der Aggressionstruppen hinter die Ausgangslinie vor Beginn des Überfalls.“ Vgl. den Artikel „Sonderbotschafter Dr. Weiß in Kairo“, NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 184 vom 7. Juli 1967, S. 1.

Anschließend besuchte Weiß Damaskus und Bagdad, wo er von den Präsidenten Atassi und Aref empfangen wurde. Vgl. dazu den Artikel „Ost-Berlin bemüht sich verstärkt um Anerkennung“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 168 vom 24. Juli 1967, S. 1.

Dank ihren Anstrengungen ist es der SBZ zwar gelungen, mit einigen arabischen Staaten den Austausch von Generalkonsulaten zu vereinbaren.<sup>6</sup> Ihr eigentliches Ziel, die volle Anerkennung, hat sie aber bis heute nicht erreicht, und zwar nach unserer Auffassung aus folgenden Gründen:

- a) Die arabischen Staaten sind sich in dieser Frage nicht einig. Marokko, Tunesien, Libyen, Libanon, Saudi-Arabien, Kuwait, Jordanien haben die Anerkennung bisher abgelehnt. Die „fortschrittlichen“ arabischen Staaten (VAR, Syrien, Jemen, ferner auch Irak, Algerien und gegenwärtig der Sudan) haben die Anerkennung oder die gleichzeitige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Bonn und Ostberlin verschiedentlich erwogen. Aber selbst die Regierungen dieser Staaten haben uns anlässlich unserer Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit Rumänien (Abschirmungsaktion<sup>7</sup>) erklärt, daß sie im Augenblick nicht daran denken, ihre Haltung gegenüber der SBZ zu ändern.
- b) Für die progressistischen Staaten besteht die Gefahr, daß sie bei einer Anerkennung der SBZ (zumal im jetzigen Zeitpunkt) als in der Außenpolitik nicht mehr unabhängig und im Schlepptau Moskaus befindlich angesehen werden.
- c) Die progressistischen arabischen Staaten verkennen nicht, daß die Bundesrepublik der größere und bedeutendere Teil Deutschlands ist, von dem sie auf Dauer mehr Handel und Hilfe erwarten können als von der SBZ.
- d) Wenn die arabischen Staaten die Anerkennung Ostberlins einmal vollzogen haben, müssen sie befürchten, von keinem Teil Deutschlands mehr umfangreiche Wirtschaftshilfe zu erhalten.

III. Die Bundesregierung hat in der Vergangenheit bei den verschiedensten Anlässen erklärt, daß sie eine Anerkennung der SBZ durch die arabischen Staaten als einen unfreundlichen Akt betrachten und bedauern würde, weil er auf Dauer das deutsch-arabische Verhältnis belasten müßte. Desgleichen haben wir den arabischen Staaten unser aufrichtiges Interesse an der Wiederherstellung guter Beziehungen versichert. Schritte in dieser Richtung waren insbesondere: die Erklärung des Herrn Bundesministers am 16. Dezember 1966 vor dem Deutschen Bundestag<sup>8</sup>; die Einladung des Generalsekretärs der Arabischen Liga, Hassouna; die Ankündigung einer besonderen Unterstützung für die Palästina-Flüchtlinge in Höhe von 50 Mio DM<sup>9</sup>; die humanitäre Hilfe für die Opfer des jüngsten Krieges im Nahen Osten<sup>10</sup>; die von dem Herrn Bundeskanzler in einer Rede am 24. Juni erklärte Bereitschaft, an Programmen

<sup>6</sup> Die DDR unterhielt Generalkonsulate in der VAR, im Jemen, im Irak und in Syrien.

<sup>7</sup> Zur diplomatischen „Abschirmungsaktion“ im Zusammenhang mit Gesprächen über eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ostblock-Staaten vgl. Dok. 18, Anm. 5.

<sup>8</sup> Bundesminister Brandt betonte in der Aussprache am 16. Dezember 1966 über die Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966, daß es die Bundesregierung als eine wichtige Aufgabe ansehe, „möglichst bald gute Beziehungen zu allen arabischen Staaten wiederherzustellen“. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3856.

<sup>9</sup> Zum Aufenthalt des Generalsekretärs der Arabischen Liga, Hassouna, vom 19. bis 21. April 1967 in Bonn und zur humanitären Hilfe für die Palästina-Flüchtlinge vgl. Dok. 136.

<sup>10</sup> Vgl. dazu etwa den Beschluß des Deutschen Bundestages vom 14. Juni 1967, mit dem 5 Mio. DM für humanitäre Hilfeleistungen des Deutschen Roten Kreuzes im Nahen Osten bewilligt wurden; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 64, S. 5732.

zum Wiederaufbau und zur wirtschaftlichen Stabilisierung im Nahen Osten mitzuwirken.<sup>11</sup>

Der Diffamierungskampagne, die seit Ausbruch der Nahostkrise Mitte Mai von Ostberlin und Moskau gegen uns gerichtet wurde, sind wir durch mehrere Erklärungen oder Interviews des Herrn Bundeskanzlers, des Herrn Bundesministers und des Herrn Staatssekretärs<sup>12</sup> entgegengetreten. Ferner ist ein Memorandum der Bundesregierung offiziell bei den Vereinten Nationen verbreitet worden.<sup>13</sup> In Kairo und in Algier wurden durch deutsche Emissäre Gespräche mit hohen Regierungsstellen geführt.<sup>14</sup>

Am 30. Juni haben wir die französische und die italienische Regierung gebeten, durch ihre Botschafter in Ägypten, Syrien, Irak, Libanon, Sudan und Algerien an möglichst hoher Stelle vorstellig zu werden und unsere politischen Interessen zu vertreten. Die französische Regierung ist heute gebeten worden, diesen Schritt in Algier noch einmal zu wiederholen.<sup>15</sup>

IV. Die innerarabischen Meinungsverschiedenheiten lassen es sehr unwahrscheinlich erscheinen, daß auf der vorgesehenen arabischen Außenministerkonferenz in Khartum eine mehrheitliche Empfehlung zur Anerkennung Ostberlins zustande kommen könnte. Nach Berichten unserer Auslandsvertretungen zögern die Regierungen in Kairo, Damaskus und Bagdad aber auch, in dieser Frage gegenwärtig isoliert vorzugehen. Demnach kann die Möglichkeit einer Anerkennung durch einige arabische Staaten nicht ausgeschlossen werden. Hiergegen kommen noch folgende vorsorgliche Maßnahmen unsererseits in Betracht:

<sup>11</sup> Am 23. Juni 1967 führte Bundeskanzler Kiesinger vor der Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn zur Krise im Nahen Osten aus: „Große Projekte mit dem konkreten Ziel, über die nationalen Grenzen hinaus die Lebensbedingungen zu verbessern, insbesondere auch den Palästina-Flüchtlingen eine gesicherte Existenz zu verschaffen, sollten international konzipiert und durchgeführt werden. [...] Die Bundesregierung wäre bereit, sich an einer solchen großen Friedensaktion und an der Durchführung derartiger Projekte in einer der Größe des Vorhabens angemessenen Weise zu beteiligen.“ Vgl. BULLETIN 1967, S. 570.

<sup>12</sup> So betonte beispielsweise Staatssekretär Schütz in einem Interview mit der Deutschen Presse-Agentur am 21. Juni 1967 mit Blick auf Behauptungen sowjetischen Ursprungs, die Bundesrepublik habe in großem Umfang Waffen an Israel geliefert: „Dies ist Unsinn. Aber ähnlich hat sich der sowjetische Delegierte bei den Vereinten Nationen im Sicherheitsrat geäußert. Wir haben das bereits nachdrücklich dementiert. Ich versichere nochmals, daß diese kommunistischen Behauptungen absolut unwahr sind.“ Vgl. BULLETIN 1967, S. 566 f.

<sup>13</sup> Zum Memorandum der Bundesregierung vom 3. Juli 1967 vgl. Dok. 257, Anm. 7.

<sup>14</sup> Am 10. Juli 1967 reiste der Vorsitzende des Exportausschusses des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Schulz, nach Kairo, „um maßgeblichen ägyptischen Persönlichkeiten das Interesse der Bundesrepublik an menschlichen, wirtschaftlichen und politischen Verbindungen zu den arabischen Ländern, besonders aber zu Ägypten zu versichern“. Er sprach u. a. mit dem ägyptischen Planungsminister Kaissuny sowie mit Wirtschafts- und Außenhandelsminister Zaki. Aus diesen Gesprächen zog Schulz die Schlußfolgerung: „Ein Abkommen über Schuldenregelung würde dazu beitragen, daß die Beziehungen zu der VAR nicht gänzlich abreißen. Ich sehe auch keine große Haushaltsbelastung aus diesem Abkommen, da m. E. Ägypten vorerst doch nicht in der Lage sein wird, seine Schulden zu bezahlen. [...] In einem Schuldenabkommen würde jedoch Ägypten nach den Kriegsergebnissen noch einmal seine Schulden praktisch anerkennen.“ Vgl. die Aufzeichnung von Schulz vom 19. Juli 1967; Referat I B 4, Bd. 264.

<sup>15</sup> Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 1370 des Staatssekretärs Lahr vom 27. Juli 1967; VS-Bd. 2575 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

- a) Umschuldung von Handelsschulden der VAR (ein Sprechzettel des Referats III B 6 zu diesem Thema liegt bei<sup>16</sup>);
- b) Nochmalige Ankündigung, daß wir zu einer besonderen Unterstützung (50 Mio. DM) für die Palästina-Flüchtlinge bereit sind;
- c) Presseinterview des Herrn Bundesministers<sup>17</sup> oder des Herrn Staatssekretärs, worin unsere Nichteinmischung in den Nahostkonflikt und unser Interesse an guten Beziehungen mit allen arabischen Staaten nochmals erläutert wird.<sup>18</sup>

Hiermit über den Herrn Staatssekretär dem Herrn Bundesminister mit dem Vorschlag der Vorlage bei dem Herrn Bundeskanzler vorgelegt.

gez. Meyer-Lindenberg

**VS-Bd. 8822 (III B 6)**

<sup>16</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Referats III B 6 vom 14. Juli 1967 über eine Ressortbesprechung am 13. Juli 1967 im Bundesministerium für Wirtschaft, auf der eine Umschuldung besprochen wurde; Referat III B 6, Bd. 540.

<sup>17</sup> Vgl. dazu die Erklärung des Bundesministers Brandt vom 31. Juli 1967 gegenüber der Deutschen Presse-Agentur; BULLETIN 1967, S. 694.

<sup>18</sup> Eine diplomatische Anerkennung der DDR wurde auf der Konferenz der Außenminister der arabischen Staaten vom 1. bis 5. August 1967 in Khartum nicht beschlossen. In der Presse wurde vielmehr gemeldet, daß bereits in der ersten Debatte der Außenminister der Tagesordnungspunkt eines für alle arabischen Staaten verbindlichen Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zu den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik gestrichen worden sei. Vgl. dazu den Artikel „Die Araber vermeiden den Bruch mit dem Westen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 177 vom 3. August 1967, S. 1.

## 284

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahn****II A 5-82.00-94.27-507/67 geheim****27. Juli 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Deutsch-tschechoslowakische Verhandlungen;  
hier: Bisheriges Ergebnis und Fortführung der Verhandlungen

Bezug: Mündliche Weisung des Herrn Bundesministers vom 27.7.1967

I. Die Verhandlungen haben bestätigt, daß sich die Tschechoslowaken – vor allem wohl mit Rücksicht auf ihre Verbündeten – in einem sehr engen Verhandlungsspielraum bewegen und sich ins Auge fallende Konzessionen nicht zu trauen. Sie versuchen teilweise sogar, hinter den Ergebnissen der Sondierungsgespräche („Gemeinsame Niederschrift“ vom 14. Juni 1967<sup>2</sup>) zurückzubleiben. Soweit übersehbar, liegen dabei die Schwierigkeiten weniger in der Berlin-Regelung als beim sachlichen Aufgabenbereich der Vertretungen.

Wir können nicht erwarten, bei einem Abkommen über den Austausch von Handelsvertretungen in Prag wesentlich günstigere Ergebnisse zu erzielen als 1963 und 1964 in Bukarest, Budapest und Sofia<sup>3</sup>; andererseits wollen wir hinter diesen Ergebnissen nicht zurückbleiben.

In den letzten Verhandlungstagen konnten in den strittigen Punkten keine Fortschritte erzielt werden. Gleichwohl sind die deutschen und tschechoslowakischen Vorschläge nicht so weit voneinander entfernt, daß die Möglichkeit einer Einigung jetzt schon ausgeschlossen werden muß. Wir sollten versuchen, die durch die tschechoslowakische Hartnäckigkeit herbeigeführte – und nicht unerwartete – „Konferenzkrise“ durch weitere Verhandlungen zu überwinden. Dabei sollten wir, wo immer vertretbar, Kompromisse suchen, in den für uns politisch entscheidenden Fragen jedoch festbleiben.

Damit würden wir dem Alternativvorschlag 4 aus dem Delegationsbericht Nr. 7<sup>4</sup> folgen, dem auch Botschafter Bahr den Vorzug gibt.

II. Die Verhandlungen sollten auf folgenden Linien fortgesetzt werden:

1) Berlin

Der Berlinbrief, der auf „die bisherige Praxis im Außenhandel zwischen den beiden Vertragsseiten“ Bezug nimmt, kann unter der Voraussetzung angenommen werden, daß die in Ziffer II, 1. a) des Verhandlungsauftrags<sup>5</sup> vorgesehene

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von den Legationsräten I. Klasse von Arz und Haas konzipiert.

<sup>2</sup> Zur Aufzeichnung des Botschafters z. b. V. Bahr vom 14. Juni 1967 über die Ergebnisse seiner Sondierungsgespräche am 12./13. Juni 1967 in Prag vgl. Dok. 218, Anm. 4, und Dok. 256, Anm. 5, 15 und 16.

<sup>3</sup> Zu der im Abkommen vom 17. Oktober 1963 mit Rumänien getroffenen Regelung hinsichtlich des Aufgabenbereichs der Handelsvertretung in Bukarest und der Einbeziehung von Berlin (West) vgl. AAPD 1963, III, Dok. 388. Vgl. dazu auch Dok. 12, Anm. 11.

Zu den diesbezüglichen Regelungen in den Abkommen vom 10. November 1963 mit Ungarn und vom 6. März 1964 mit Bulgarien vgl. AAPD 1963, III, Dok. 339, bzw. AAPD 1964, I, Dok. 62.

<sup>4</sup> Für den Drahtbericht des Botschafters z. b. V. Bahr, z.Z. Prag, vom 25. Juli 1967 vgl. Dok. 281.

<sup>5</sup> Für die Instruktion des Botschafters z. b. V. Bahr vom 11. Juli 1967 vgl. Dok. 256.

Klärung der tatsächlichen Einbeziehung Berlins in den deutsch-tschechoslowakischen Außenhandel zu einem zweifelsfrei positiven Ergebnis geführt hat.

- Nach unseren Feststellungen beziehen die Tschechoslowaken Berlin de facto in den deutsch-tschechoslowakischen Handels- und Zahlungsverkehr ein.
- Die Tschechoslowaken hätten aber in den Verhandlungen 1964/65<sup>6</sup> mündlich betont, daß nach ihrer Auffassung Berlin nicht in das Warenprotokoll von 1961<sup>7</sup> einbezogen gewesen sei.
- Wir brauchen daher eine ausdrückliche tschechoslowakische Bestätigung unserer Feststellungen.<sup>8</sup>

## 2) Zugang zum Außenministerium

In der Frage des Zugangs der Handelsvertretung zum Prager Außenministerium sollten wir an unserem ursprünglichen Vorschlag festhalten.

- Die Tschechoslowaken wollen unsere Handelsvertretung auf das Außenhandelsministerium als zuständige Kontaktstelle festlegen, während sich die Tschechoslowakische Handelsvertretung an das Auswärtige Amt wenden soll.
- Unsere Handelsvertretungen in den übrigen osteuropäischen Staaten, ausgenommen Polens<sup>9</sup>, haben verbrieften Zugang zu den Außenministerien. Wir wollen hinter dieser Regelung nicht zurückbleiben, zumal wir in Warschau äußerst schlechte Erfahrungen gemacht haben.

Bleiben die Tschechoslowaken hartnäckig, so kann als äußerster Kompromiß folgende Formulierung vorgeschlagen werden: „Der Leiter und die übrigen Bediensteten der Handelsvertretungen wenden sich in allen amtlichen Angelegenheiten an die jeweils von dem Außenministerium des Empfangsstaates als zuständig bezeichnete Stelle.“<sup>10</sup>

## 3) Befugnisse der Handelsvertretungen

Die von den Tschechoslowaken vorgeschlagene Konkretisierung des „beiderseits gewünschten extensiven Aufgabenbereichs“ ist sehr restriktiv und unbefriedigend. Der tschechoslowakische Vorschlag birgt sogar die Gefahr, daß die Handelsvertretung Prag in der Praxis weniger Aufgaben wahrnehmen kann als die Handelsvertretung in Warschau, der eine über das Wirtschaftliche hinausgehende Eigeninitiative jedenfalls nicht ausdrücklich verwehrt ist.

Es ist auch zu berücksichtigen, daß eine Einschränkung des Aufgabenbereichs der Handelsvertretung nachteilig sein würde für die Berlin-Befugnisse einer späteren Botschaft in Prag, da wir insoweit – wie in Bukarest – wahrscheinlich

<sup>6</sup> Die Verhandlungen, die am 14. April 1964 aufgenommen worden waren, wurden am 15. März 1965 abgebrochen. Vgl. dazu AAPD 1965, I, Dok. 144.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Protokolls vom 23. März 1961 über den Warenverkehr mit der Tschechoslowakei vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 77 vom 21. April 1961, S. 1 f.

<sup>8</sup> Für die Bestimmungen der bei der Unterzeichnung der Abkommen mit der Tschechoslowakei am 3. August 1967 ausgetauschten gleichlautenden Schreiben zur Einbeziehung von Berlin (West) vgl. Dok. 281, Anm. 5.

<sup>9</sup> Zu den Befugnissen der Handelsvertretung der Bundesrepublik in Warschau vgl. AAPD 1963, I, Dok. 97.

<sup>10</sup> Zu der im Abkommen vom 3. August 1967 über den Austausch von Handelsvertretungen vereinbarten Regelung vgl. Dok. 288, Anm. 3.

an den Aufgabenbereich der Handelsvertretung anknüpfen müssen.<sup>11</sup> Im einzelnen ist folgendes zu bemerken:

a) Es ist zu bedauern, daß die Tschechoslowaken die Sichtvermerksbefugnisse auf Wirtschaftsreisende beschränken und Befugnisse zur Paßausstellung nicht vorsehen wollen.

Unter der Voraussetzung sonst befriedigender Ergebnisse können wir uns aber einstweilen mit dieser unvollständigen Regelung abfinden.

b) Wir müssen darauf bestehen, daß Handelsvertretung Prag Deutschen Unterstützung und Beistand gewähren kann. An dieser Frage ist im Hinblick auf den Tourismus die deutsche Öffentlichkeit erheblich interessiert.

Als Mindestregelung könnten wir uns, wie Botschafter Bahr im Delegationsbericht Nr. 7 vorschlägt, mit einer einseitigen, unwidersprochenen Erklärung der deutschen Delegation zufriedengeben, durch die eine Tätigkeit der Vertretung in „humanitären Fällen“ angekündigt wird.

c) Die Tschechoslowaken wollen ein Tätigwerden der Handelsvertretung im außerwirtschaftlichen Bereich von Fall zu Fall von einem „Vorschlag der zuständigen (tschechoslowakischen) Stellen“ abhängig machen. Durch eine solche Regelung würde jede außerwirtschaftliche Tätigkeit der Handelsvertretung in das Belieben der Tschechoslowaken gestellt; jede eigene Initiative wäre der Handelsvertretung verwehrt. Eine solche Regelung ist nicht annehmbar.<sup>12</sup>

d) Auch bei Berücksichtigung der Vorschläge unter a) bis c) sollten wir schon jetzt auf einer Revisionsmöglichkeit bestehen. Wir sollten vereinbaren, daß auf Wunsch eines der beiden Partner spätestens ein Jahr nach Errichtung der Handelsvertretung erneute Verhandlungen über eine Verbesserung der Zuständigkeitsregelung stattfinden. Bei den neuen Verhandlungen sollen in der Zwischenzeit gemachte Erfahrungen und insbesondere Bedürfnisse des Touristenverkehrs berücksichtigt werden.

4) In Anbetracht des zu erwartenden Verhandlungsergebnisses haben wir keinen Grund, den Tschechoslowaken wirtschaftliche Zugeständnisse einzuräumen, die über das im Handelsverkehr mit vergleichbaren osteuropäischen Staaten Übliche hinausgehen.

III. Die Delegationsberichte Nr. 1 bis 8<sup>13</sup>, der Verhandlungsauftrag vom 11. Juli 1967<sup>14</sup> und die „Zusammenfassende Niederschrift“ vom 14. Juni 1967<sup>15</sup> sind beigelegt.

<sup>11</sup> Zu der am 15. Januar 1967 in den Verhandlungen mit Rumänien über eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen gefundenen Regelung für eine Einbeziehung von Berlin (West) in den Zuständigkeitsbereich der Botschaft in Bukarest vgl. Dok. 20.

<sup>12</sup> Zu den Befugnissen der Handelsvertretungen, wie in den bei Unterzeichnung der Abkommen am 3. August 1967 ausgetauschten gleichlautenden Schreiben definiert, vgl. Dok. 288, Anm. 5.

<sup>13</sup> Dem Vorgang beigelegt sind die Delegationsberichte 1–4. Vgl. VS-Bd. 4210 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967. Für den Delegationsbericht Nr. 1 vgl. Dok. 276. Für Auszüge aus den Delegationsberichten Nr. 2 und 4 vgl. Dok. 276, Anm. 2, 4 und 7. Für Delegationsbericht Nr. 5 vgl. VS-Bd. 10071 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967. Für Auszüge vgl. Dok. 281, Anm. 3, 4, 6 und 12. Für Delegationsbericht Nr. 7 vgl. Dok. 281. Für Delegationsbericht Nr. 8 vgl. VS-Bd. 4264 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>14</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die Instruktion für Botschafter z. b. V. Bahr vgl. Dok. 256.

<sup>15</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt. Für den Wortlaut vgl. VS-Bd. 10071 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967. Für Auszüge vgl. Dok. 218, Anm. 4, und Dok. 256, Anm. 15 und 16.



Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>16</sup> dem Herrn Minister<sup>17</sup> weisungsge-  
mäß vorgelegt.

Die Referate V 1 und V 2 haben mitgezeichnet.<sup>18</sup>

Sahm

VS-Bd. 4210 (II A 5)

285

### Botschaftsrat I. Klasse Lahn, Kairo, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-13741/67 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 523

Aufgabe: 27. Juli 1967, 12.05 Uhr  
Ankunft: 27. Juli 1967, 11.43 Uhr

Betr.: Deutsch-arabische Beziehungen

hier: Gespräch mit Generalsekretär der Arabischen Liga, Hassouna

Zum ersten Mal seit Beginn der Nahost-Krise suchte ich Generalsekretär Hassouna auf und legte ihm in ausführlichem Gespräch unter Anlehnung an unser VN-Memorandum von Anfang Juli<sup>1</sup> die deutsche Haltung im Nahost-Konflikt dar. Ich beklagte die Tatsache, daß die Politik der Bundesregierung in den letzten Wochen durch die Propaganda des Ostblocks und besonders Ostberlins entstellt und durch bewußte Falschmeldungen diffamiert worden sei und daß in der ägyptischen Presse und Öffentlichkeit unsere neutrale Haltung angezweifelt und wir sogar der Teilnahme an der „Aggression“ beschuldigt worden seien.<sup>2</sup> Ich verwies auf die deutschen humanitären Hilfsangebote<sup>3</sup>, die die VAR nicht akzeptiert habe, und auf unsere Bereitschaft, bei dem Wiederaufbau der arabischen Länder im Rahmen einer dauerhaften Friedensordnung mitzuwirken.<sup>4</sup>

Hassouna vertrat in verbindlichem Ton die offizielle ägyptische Linie: Der Kampf gehe weiter, auch der militärische Konflikt sei nicht beendet, sondern nur unterbrochen, die arabischen Länder würden sich niemals den israelischen Forderungen beugen. Auf das Verhältnis zu Deutschland eingehend erklärte er, daß die arabischen Staaten trotz aller gegenteiligen deutschen Versicherungen davon überzeugt seien, daß wir eindeutig auf seiten Israels stünden und daß unser Anteil an Waffenlieferungen und finanzieller Unterstützung Israel erst instandgesetzt habe, die Aggression vorzubereiten und zu einem

<sup>16</sup> Klaus Schütz.

<sup>17</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>18</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Sahm handschriftlich eingefügt.

<sup>1</sup> Zum Memorandum der Bundesregierung vom 3. Juli 1967 vgl. Dok. 257, Anm. 7.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 245, Anm. 6.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 283, Anm. 10.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 283, Anm. 11.

militärischen Erfolg zu führen. Er räumte zwar ein, daß wir seit 1965 keine Waffen mehr geliefert hätten, doch hätten wir auch nichts getan, um das durch unseren militärischen Beitrag gestörte Kräfteverhältnis wieder auszugleichen.

Hassouna äußerte die Ansicht, daß die Bundesregierung zweimal in diesem Jahr eine Chance gehabt und versäumt habe, das Verhältnis zu den arabischen Staaten zu verbessern, einmal im Frühjahr zur Zeit seines Besuches in Bonn<sup>5</sup> und jetzt in der Nahost-Krise. Wäre die Bundesregierung wenigstens dem Beispiel de Gaulles gefolgt, mit dem uns doch ein Konsultations- und Freundschaftsvertrag<sup>6</sup> verbinde, dann hätte er noch auf eine gute Wendung der Dinge hoffen können. Er bedauere, mir heute sagen zu müssen, daß die deutsch-arabischen Beziehungen einen Tiefpunkt erreicht hätten, aus dem er gegenwärtig keinen Ausweg sehe.

Obwohl ich Hassouna wiederholt unterbrach und gegen seine Ausführungen Einwände erhob, ließ er sich in seinem Gedankengang nicht stören. Ich hatte den Eindruck, daß er sich in seiner Stellung nicht zumuten wollte, von der offiziellen Linie abzuweichen. Zum Verhältnis der arabischen Staaten zu Ostberlin stellte ich keine Frage, da mir bekannt ist, daß Hassouna der Erörterung diese Problems auszuweichen pflegt.

An der Außenministertagung der Liga am 1. August in Khartum<sup>7</sup> wird er voraussichtlich trotz einer gerade überstandenen Krankheit teilnehmen.

[gez.] Lahn

VS-Bd. 2575 (I B 4)

<sup>5</sup> Zum Aufenthalt des Generalsekretärs der Arabischen Liga, Hassouna, vom 19. bis 21. April 1967 in Bonn vgl. Dok. 136.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>7</sup> Zur Tagung der Außenminister der arabischen Staaten vom 1. bis 5. August 1967 in Khartum vgl. Dok. 283, Anm. 2 und 18.

## 286

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahn**

II A 1-85.50/1-1445/67 VS-vertraulich

31. Juli 1967<sup>1</sup>

Betr.: Innerstädtischer Personenverkehr in Berlin

Bezug: Anliegende Weisung des Ministerbüros MB 2191/67 VS-v vom  
21.7.1967<sup>2</sup> (mit Vorgang)Anlg.: 2<sup>3</sup>I. Als Anlage wird der Entwurf eines Antwortschreibens an den Senator für Bundesangelegenheiten<sup>4</sup> vorgelegt.

II. Zum Vorgang ist zu bemerken:

1) Der vorgeschlagene Weg eines Schreibens des Regierenden Bürgermeisters<sup>5</sup> an Abusch scheint z. Zt. der einzig gangbare zu sein, um eine Wiederaufnahme der Passierscheingespräche zu erreichen.Der Kontakt Korber/Kohl<sup>6</sup> ist von der anderen Seite eingestellt worden (stillschweigend nach dem Abusch-Brief vom 23.9.1966<sup>7</sup> in der Frage der allgemei-<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jung und von Legationsrat von der Gablentz konzipiert.<sup>2</sup> Dem Vorgang beigelegt. Bundesminister Brandt bat um den Entwurf einer Antwort auf ein Schreiben des Berliner Senators für Bundesangelegenheiten vom 21. Juli 1967, in dem Spangenberg über die Absicht des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Albertz, informierte, mit dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Abusch, in schriftlichen Kontakt zu treten. Vgl. VS-Bd. 4139 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt. Neben dem Schreiben des Berliner Senators für Bundesangelegenheiten, Spangenberg, vom 21. Juli 1967 an Bundesminister Brandt war der undatierte Entwurf eines Schreibens des Regierenden Bürgermeisters von Berlin an den Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Abusch, beigelegt. Darin schlug Albertz vor, „durch Beauftragte Gespräche führen zu lassen“ mit dem Ziel, für den „Personenverkehr zwischen den beiden Teilen und in die Umgebung der Stadt“ sowie im Telefonverkehr, hinsichtlich einer gemeinsamen Stadtplanung und bei Maßnahmen auf technischen und sozialen Gebieten „unter Verzicht auf die Forderung ‚Alles oder Nichts‘ und bei Hinnahme der unterschiedlichen rechtlichen und politischen Standpunkte zu vernünftigen praktischen Regelungen zu gelangen“. Vgl. VS-Bd. 4139 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Bundesminister Brandt äußerte in diesem Schreiben, das am 7. August 1967 abgesandt wurde, die Auffassung, „daß sobald wie möglich alle vertretbaren Anstrengungen unternommen werden sollten, um den Westberlinern den Besuch in Ostberlin zu ermöglichen und allen Berlinern menschliche Erleichterungen zu verschaffen“. Er befürwortete ein Schreiben des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Albertz, an den Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Abusch, da dieses Vorgehen „in der derzeitigen Lage am ehesten Erfolg verspricht“. Ein solcher Schriftwechsel sei nach Auffassung von Brandt im Rahmen der „gegenwärtigen Bemühungen um innerdeutsche Kontakte auch außenpolitisch vertretbar“. Vgl. VS-Bd. 4139 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.<sup>5</sup> Heinrich Albertz.<sup>6</sup> Am 6. Oktober 1966 unterzeichneten Senatsrat Korber und der Staatssekretär beim Ministerrat der DDR, Kohl, ein Protokoll für Verwandtenbesuche in dringenden Familienangelegenheiten mit einer Laufzeit vom 10. Oktober 1966 bis zum 31. Januar 1967. Für den Wortlaut vgl. DzD IV/12, S. 1464.

Gespräche über eine Passierschein-Regelung für die Weihnachtsfeiertage 1966 und den Jahreswechsel 1966/67 scheiterten jedoch im November 1966. Vgl. Dazu AAPD 1966, II, Dok. 359.

<sup>7</sup> In diesem Schreiben regte der Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der DDR gegenüber dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Brandt, eine Wiederaufnahme der Passierschein-Ge-

nen Passierscheinregelung, ausdrücklich mit Fernschreiben Kohls vom 16. 1. 1966 in der Frage der Härtestelle<sup>8</sup>).

2) Ein Briefwechsel zur Passierscheinfrage auf der Ebene Regierender Bürgermeister/Abusch erscheint im Rahmen unserer gegenwärtigen Bemühungen um innerdeutsche Kontakte (Briefwechsel Bundeskanzler/Stopf<sup>9</sup>) auch außenpolitisch vertretbar.

3) Allerdings darf der Kontakt Regierender Bürgermeister/Abusch nicht zu einer Stärkung der These von der „besonderen politischen Einheit West-Berlin“ (Drei-Staaten-These) beitragen. Dieser schädliche Nebeneffekt könnte dadurch vermieden werden, daß

- die Passierscheinkontakte deutlich in den Zusammenhang mit den Bemühungen der Bundesregierung um innerdeutsche Kontakte gestellt werden,
- der Regierende Bürgermeister in geeigneter Form zum Ausdruck bringt, daß er in Abstimmung mit der Bundesregierung handelt,
- nach Abschluß einer Übereinkunft sowohl die Alliierten (in einer Erklärung der Kommandanten) als auch die Bundesregierung (in einer gemeinsamen Erklärung mit dem Senat) die Übereinkunft begrüßen.

Der Umstand, daß der Regierende Bürgermeister in Briefwechsel mit einem Mitglied der Ostberliner „Regierung“ tritt und damit die kommunale Ebene Westberliner Senat/Ostberliner Magistrat beiseite läßt, muß in Kauf genommen werden. Schon bisher hat die westliche Seite als östliche Gesprächspartner für Passierscheinangelegenheiten Staatssekretäre akzeptiert. Im übrigen kann man auf ein verfassungsrechtliches Argument zurückgreifen: Wenn schon nach dem Grundgesetz (Art. 32, III) unter gewissen Umständen Länder mit auswärtigen Staaten Verträge abschließen können<sup>10</sup>, ist nicht einzusehen, warum nicht das Land Berlin mit Zustimmung des Bundes Vereinbarungen mit der Zentralverwaltung des anderen Teils Deutschlands – der für uns nicht Ausland ist – treffen kann.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>11</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>12</sup> mit der

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1147*

sprache an und schlug vor, „nunmehr auch die allgemeinen Besuche nur aufgrund einer Einladung durch in Ostberlin wohnende Verwandte“ zu gestatten. Für den Wortlaut vgl. DzD IV/12, S. 1404.

<sup>8</sup> Die 3. Passierschein-Vereinbarung vom 25. November 1965 räumte Einwohnern von Berlin (West) das Recht ein, „in dringenden Familienangelegenheiten mit Passierscheinen ihre nächsten Verwandten in Berlin (Ost)“ besuchen zu dürfen. Diese Regelung galt für die gesamte Laufzeit der Passierschein-Vereinbarung und war somit nicht an bestimmte Besuchszeiträume gebunden. Die Passierscheinstelle, die diese Härtefälle bearbeitete, befand sich in Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollern-damm 196. Vgl. die Anlage zur Passierschein-Regelung vom 25. November 1965; DzD IV/11, S. 953 f.

<sup>9</sup> Zum Schreiben des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR vom 10. Mai 1967 an Bundeskanzler Kiesinger vgl. Dok. 182, Anm. 9. Zum Antwortschreiben vom 13. Juni 1967 vgl. Dok. 219, Anm. 4.

<sup>10</sup> Artikel 32, Absatz 3 GG (Fassung vom 23. Mai 1949): „Soweit die Länder für die Gesetzgebung zuständig sind, können sie mit Zustimmung der Bundesregierung mit auswärtigen Staaten Verträge abschließen.“

<sup>11</sup> Am 7. September 1967 vermerkte Staatssekretär Schütz zu dem Vorgang für Ministerialdirektor Ruete: „1) Ich habe rechtzeitige Information der drei Botschafter erbeten. 2) Nach grundsätzlicher Zustimmung des Kabinetts/Ausschuß sollen Vertreter der drei Fraktionen gehört werden. Danach das Kabinett am Mittwoch.“ Für den handschriftliche Vermerk vgl. VS-Bd. 4139 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Das Bundeskabinett erörterte eine Wiederaufnahme der Passierscheingespräche am 13. September 1967. Bundeskanzler Kiesinger äußerte sich ablehnend zu dem ihm vorliegenden Entwurf eines Schreibens des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Albertz, an den Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Abusch, da dieser „nicht dem Ergebnis der letzten Bera-

Bitte um Unterzeichnung des anliegenden Schreibens an den Senator für Bundesangelegenheiten vorgelegt.

Sahm

VS-Bd. 4139 (II A 1)

## 287

### Botschafter z.b.V. Bahr, z.Z. Prag, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-13795/67 geheim  
Delegationsbericht Nr. 21  
Citissime mit Vorrang

31. Juli 1967  
Aufgabe: 1. August 1967, 05.00 Uhr  
Ankunft: 1. August 1967, 07.11 Uhr

Bitte sofort zu Dienstbeginn vorlegen

Bitte dem Herrn Minister<sup>1</sup> sofort am 1.8. morgens vorzulegen

Betr.: Gespräch mit Sedivy, Klička, auf Einladung Babáček's

Aus der Gesprächsführung, die im wesentlichen bei Klička lag, dessen Gedankengänge Sedivy unterstrich, ging eindeutig hervor, daß Babáček kein politisches Mitspracherecht hat. Das Gespräch fand in einer aufgelockerten Atmosphäre statt und unterstrich die Hoffnung, die Tschechen an die Aufnahme amtlicher Beziehungen knüpfen.

Bundesrepublik – ČSSR

Die Tschechen wünschen auch einen politischen Gedankenaustausch. Sie werden gegenüber Anregungen von deutscher Seite dazu aufgeschlossen sein, legen allerdings großen Wert darauf, daß dies in einer unauffälligen Art geschieht. In diesem Zusammenhang wurde nochmals erläutert, daß dem Abschluß der jetzt zur Debatte stehenden Abkommen in der ČSSR keine große Publizität gegeben werden soll. Es sei realistisch, davon auszugehen, daß diplomatische Beziehungen, die man aufzunehmen wünsche, sich erst verwirklichen lassen würden, wenn die internationale Lage sich bessere und ein Minimum von Beziehungen zwischen Bonn und Ostberlin erreicht sei. Man hoffe, daß unsere Beziehungen auch im Stadium minderer Form sich still so entwickeln würden, daß das jetzt zu schaffende Instrument im gegebenen Augenblick voll einsatz- und verwendungsfähig würde. Nur aus diesem politischen Grund messe man dem jetzigen Schritt große Bedeutung zu und habe darauf verzich-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1148*

tungen des Kabinettsausschusses für innerdeutsche Angelegenheiten“ entspreche. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ritzel vom 4. Oktober 1967; VS-Bd. 4139 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>12</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

tet, auch gegen den Widerstand des Außenhandelsministeriums größere wirtschaftliche Wünsche vorzubringen.

#### Ost-West-Beziehungen

Ich habe die Ostpolitik der Bundesregierung erläutert und darauf hingewiesen, daß Ostberlin trotz der Bemühungen der Bundesregierung bislang eine praktisch gegen jeden Fortschritt gerichtete Haltung einnehme. Es erfolgte kein Widerspruch. Die tschechische Seite ist sich darüber im klaren, daß es keine völkerrechtliche Anerkennung Ostberlins durch die Bundesrepublik geben wird, aber man werde an der DDR auch nicht vorbeikommen. Die Bundesrepublik müsse anerkennen, wobei man ihre innenpolitischen Schwierigkeiten durchaus sehe, daß der Status quo in Europa in absehbarer Zeit nicht zu ändern sei. Die CSSR sei gegen den Status quo, sie arbeite auf die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes hin. Das sei eine Veränderung des Status quo und nur ein scheinbarer Widerspruch zu der Überzeugung, daß man von der Festigung der bestehenden Grenzen ausgehen müsse, die, was die tschechisch-deutsche angehe, auf keiner internationalen Konferenz auch nur noch zur Debatte gestellt würden. Dies sei den Tschechen auch von amerikanischer und britischer Seite seit langem zugesagt.

Ende Teil 1. Folgt Teil 2 mit Grenzfragen.

#### Teil 2<sup>2</sup>

##### Grenzfragen

Mein Hinweis, daß München<sup>3</sup> ebenso wie die Oder-Neiße-Linie überschätzt wurden, wurde zwar als Grundeinstellung akzeptiert, aber mit dem Bild beantwortet, daß im Skat auch die beiden toten Karten indirekt mitspielten und berücksichtigt werden müßten. Die Bereitschaft der Bundesregierung zu einem völkerrechtlichen verbindlichen Verzicht auf die Änderung bestehender Grenzen unter Einschluß des anderen Teils Deutschlands wurde als ein realistischer Schritt auf dem Wege zu einem europäischen Sicherheitssystem bezeichnet. Ob sich daraus die Möglichkeit eines deutsch-tschechischen ersten Schrittes ergibt, blieb unklar. Man würde eine solche Idee überlegen, aber es wäre sicher keine tschechische Stellungnahme vor Konsultation mit Verbündeten zu erwarten.

##### System der europäischen Sicherheit

Die Tschechen erklärten sich interessiert an einem Gedankenaustausch. Die Überlegungen bei ihnen seien noch nicht abgeschlossen. Klička erwähnte Gespräche mit Rostow darüber. Es sei klar, daß die USA in einem qualifizierten Verhältnis zu Europa stehen müßten, aber es sei ebenso klar, daß die europäischen Länder selbständig genug seien, um bilateral ihre Meinungen darüber abzustimmen und eigene Vorschläge zu erarbeiten. Man habe sich tschechischerseits ohne weitere Einzelheiten bisher lediglich auf das sowjetische Konzept eines Sicherheitssystems<sup>4</sup> festgelegt, das die beiden bestehenden ablöst.

<sup>2</sup> Teil 2 des Drahtberichts wurde am 31. Juli 1967 gesondert übermittelt und traf am 1. August 1967 um 08.17 Uhr im Auswärtigen Amt ein.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

<sup>4</sup> Zum sowjetischen Konzept eines europäischen Sicherheitssystems vgl. Dok. 253.

Man hält die Frage einer Sicherheitskonferenz nicht für aktuell, arbeite aber daran, sie in einem verhältnismäßig frühen Stadium als eine organisatorische Form zu etablieren, die für weitere Erörterungen benutzt werden könnte.

#### EWG/EFTA

Die Tschechen unterstrichen besorgt, daß man zwar in Westeuropa viel von Osteuropa spreche, in Wirklichkeit aber nicht berücksichtige, daß ein Anschluß Großbritanniens und anderer EFTA-Länder an die Europäische Gemeinschaft die Chancen ihres Außenhandels in den ehemaligen EFTA-Ländern bedeutend verschlechtern würde. Der Graben würde tiefer. Man sieht keinen Ausweg und rechnet mit der weiteren wirtschaftlichen Integration der Gemeinschaft. Man hofft, daß, davon unabhängig, die Fragen der Sicherheit und der politisch nationalen Souveränität ihr Eigengewicht behalten.

Die Gesprächspartner wiesen wiederholt darauf hin, daß sie zu diesen Ausführungen autorisiert worden seien. Sedivy bat, Grüße von Koucky an den Minister zu übermitteln. Er stehe jederzeit für die Fortsetzung der Erörterungen zu jedem beliebigen Thema zur Verfügung. (Das ist vielleicht nicht einmal eine tschechische Übertreibung, da er (Koucky) ab Donnerstag in Bukarest<sup>5</sup> ist.)

[gez.] Bahr

**VS-Bd. 10071 (Ministerbüro)**

<sup>5</sup> Zeitgleich, nämlich vom 3. bis 7. August 1967, hielt sich Bundesminister Brandt in Bukarest auf. Vgl. dazu Dok. 292 und Dok. 293.

288

**Botschafter z.b.V. Bahr, z.Z. Prag, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-13806/67 geheim**  
**Delegationsbericht Nr. 23**  
**Citissime mit Vorrang**

**Aufgabe: 1. August 1967, 17.15 Uhr**  
**Ankunft: 1. August 1967, 18.03 Uhr**

Bitte sofort vorlegen.<sup>1</sup>

Entsprechend Weisung FS Nr. 13 vom 1. August<sup>2</sup> Verhandlung mit Babáček mit folgendem Ergebnis:

Zu 1)

Tschechen erklären, daß „im Interesse der Klarheit“ Kontaktstelle für Handelsvertretungen Teil des Abkommens sein und bleiben muß. Sie erklären sich nicht in der Lage, Streichung des Artikels 6 zu akzeptieren.<sup>3</sup> Sie wären bereit, letzten Absatz des Kompetenzbriefes<sup>4</sup> fallenzulassen, was ich abgelehnt habe, da in diesem Absatz immerhin Ansatzpunkte für eine Ausweitung enthalten.<sup>5</sup> Erwäge außerdem, mündlich zu erklären, daß die Bundesregierung nach einer gewissen Zeit im Lichte der Erfahrungen eine Überprüfung bei der tschechischen Regierung anregen wird, und erbitte dazu Weisung<sup>6</sup>.

Zu 2)

Habe Gelegenheit benutzt, um Bezeichnungsfrage nochmals zu diskutieren. Tschechen sind sich, wie in einem sehr persönlich geführten Gesprächsteil zum Ausdruck kam, über unsere politischen Befürchtungen im klaren. Sie könnten aber kaum mehr tun, als, wie geschehen, in einem Brief, der Wahrheit entsprechend, zu versichern, daß Bezeichnung im Tschechischen nur Sprachgründe habe<sup>7</sup> mit der Ausnahme „exotischer“ Länder. Sollte Bonn dennoch auf sei-

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>2</sup> Staatssekretär Lahr teilte mit, die Bundesregierung ziehe es angesichts der Tatsache, daß „Tschechen auf Handelsministerium als einziger Kontaktstelle bestehen“, vor, wenn die „Zugangsstelle“ in den Abkommen und den begleitenden Schreiben überhaupt nicht erwähnt werde. Die Verhandlungen sollten jedoch nicht an dieser Frage scheitern. Darüber hinaus informierte Lahr, daß die Bundesregierung noch prüfen lasse, „ob von Tschechen genannte sprachliche Schwierigkeiten vorge-täuscht oder echt sind“. Insbesondere werde untersucht, „ob europäische Vertragspartner der Tschechoslowakei adjektivische Übersetzung ihrer staatlichen Bezeichnung ins Tschechoslowakische in Verträgen hingenommen haben“. Vgl. VS-Bd. 4210 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> In das Abkommen mit der Tschechoslowakei vom 3. August 1967 über den Austausch von Handelsvertretungen wurde der tschechoslowakische Entwurf vom 24. Juli 1967 für Artikel 6 unverändert übernommen. Dafür wie auch für den Gegenvorschlag der Bundesregierung vgl. Dok. 281, Anm. 6. Für den Wortlaut des Abkommens vgl. VS-Bd. 4136 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Für den tschechoslowakischen Entwurf eines Schreibens zu den Befugnissen der Handelsvertretungen vgl. Dok. 281.

<sup>5</sup> Die Befugnisse der Handelsvertretungen wurden in den bei Unterzeichnung der Abkommen am 3. August 1967 ausgetauschten gleichlautenden Schreiben folgendermaßen definiert: Sie sollten berechtigt sein „a) den Angehörigen des Empfangsstaates, die sich in den Entsendestaat zu begeben wünschen, Sichtvermerke auszustellen; b) zur Verbesserung der Beziehungen auf den Gebieten der Wissenschaft, der Kultur, des Schulwesens, des Verkehrs und eventuell auch auf weiteren Fachgebieten auf Vorschlag der zuständigen Stellen des Empfangsstaates tätig zu werden.“ Vgl. VS-Bd. 4136 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Vgl. Dok. 289.

<sup>7</sup> Zum tschechoslowakischen Schreiben vom 1. August 1967 über die Bezeichnung „nemecka spolkova republika“ vgl. Dok. 289, Anm. 3.



nen Bedenken beharren<sup>8</sup>, stünde man praktisch wieder am Anfang. Würde es für gut halten, Babáček's Brief ebenso informell in unseren Formulierungen zu bestätigen.

Nach Abschluß des wirtschaftlichen Teils der Verhandlungen<sup>9</sup> werden die Dokumente so vorbereitet, daß Unterschrift morgen, am 2. August, ab 10.00 Uhr möglich.<sup>10</sup>

[gez.] Bahr

**VS-Bd. 10071 (Ministerbüro)**

<sup>8</sup> Am 31. Juli 1967 wies Staatssekretär Lahr Botschafter z. b. V. Bahr, z. Z. Prag, fernmündlich darauf hin, daß nach Ansicht von den zu Rate gezogenen „Kennern der tschechischen Sprache“ die Verwendung des Substantivs „Deutschland“ bei der offiziellen Bezeichnung der Bundesrepublik sprachlich zulässig sei. So verwende die Tschechoslowakei in „ähnlichen Fällen – zum Beispiel Jugoslawien, Israel, ferner Kamerun, Mauretanien und andere afrikanische Länder – das Substantiv“. Dies lege die Schlußfolgerung nahe, „daß die Weigerung in unserem Fall nicht auf sprachlichen, sondern politischen Gründen beruhe“. Vgl. die Aufzeichnung von Lahr; VS-Bd. 10071 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Zu den Wirtschaftsverhandlungen, in denen hauptsächlich die Kontingentierung des Handels mit Agrarprodukten, Automobilen, Braunkohlenbriketts, Mineralölprodukten und mit anderen chemischen Erzeugnissen erörtert wurde, vgl. die Berichte Nr. 11, 14, 15 und 16 des Ministerialrats Steidle, Bundesministerium für Wirtschaft, und des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kastl, beide z. Z. Prag, vom 26. bzw. 29. Juli 1967; Referat III A 6, Bd. 272.

Am 31. Juli 1967 teilte Botschafter z. b. V. Bahr, z. Z. Prag, mit, daß der landwirtschaftliche Teil der Verhandlungen abgeschlossen sei mit Ausnahme der „Frage der Karpfeneinfuhr“, in der die tschechoslowakische Seite eine Erhöhung des Kontingentes fordere. Um die aus politischen Gründen gewünschte baldige Unterzeichnung der Abkommen nicht zu gefährden, bat Bahr darum, „eine Erhöhung des Kontingents für lebende Karpfen auf mindestens 200 000 DM“ anbieten zu dürfen. Dies wurde ihm umgehend von Ministerialdirektor Harkort zugesagt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 18 und den Drahterlaß Nr. 12 vom 31. Juli 1967; Referat III A 6, Bd. 272.

<sup>10</sup> Zur Unterzeichnung des Abkommens am 3. August 1967 vgl. Dok. 289, Anm. 12.

## Staatssekretär Lahr an Botschafter z. b. V. Bahr, z. Z. Prag

II A 5-82.00-94.27-513<sup>II</sup>/67 geheim

Aufgabe: 1. August 1967, 20.59 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 14

Citissime mit Vorrang

Im Anschluß an Nr. 13<sup>2</sup> und auf Nr. 22<sup>3</sup> und 23<sup>4</sup> vom 1. 8.:

I a) Wir haben uns vergewissert, daß tschechischer Hinweis auf sprachliche Schwierigkeiten bei Übersetzung der Bezeichnung<sup>5</sup> „Bundesrepublik Deutschland“ ins Tschechische berechtigt ist. Wir sind daher bereit, die tschechische Ausfertigung des Abkommens mit der von den Tschechen vorgeschlagenen Übersetzung<sup>6</sup> zu unterzeichnen, halten aber erläuternden Brief für erforderlich, um möglichen Mißverständnissen zuvorzukommen<sup>7</sup>. Den von Babáček Ihnen übergebenen Brief (siehe Bezugsdrahtbericht Nr. 22) betrachten wir als Entwurf für Brief, der bei Vertragsunterzeichnung zu übergeben und zu Vertragsdokumenten zu nehmen ist.

Nachstehend folgt unser Vorschlag des erläuternden Briefs:

„Sehr geehrter Herr Botschafter!

Im Laufe der Verhandlungen, die wir heute abgeschlossen haben, haben wir die tschechische Übersetzung der Staatsbezeichnung „Bundesrepublik Deutschland“ erörtert. Sie haben sich mit folgender tschechischer Übersetzung dieser Bezeichnung einverstanden erklärt: „nemecka spolkova republika“<sup>8</sup>, nachdem ich Ihnen versichert habe<sup>9</sup>, daß diese Übersetzung die adäquate tschechische Be-

<sup>1</sup> Der Drahterlaß wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Kastl konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Blomeyer-Bartenstein am 1. August 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Drahterlaß des Staatssekretärs Lahr vom 1. August 1967 vgl. Dok. 288, Anm. 2.

<sup>3</sup> Am 1. August 1967 übergab der tschechoslowakische Delegationsleiter Babáček Botschafter z. b. V. Bahr, z. Z. Prag, ein Schreiben mit dem folgenden Wortlaut: „Sehr geehrter Herr Botschafter, ich schreibe Ihnen im Zusammenhang mit dem Wunsche, [...] den tschechischen Wortlaut der Bundesrepublik Deutschland als spolkova republika nemeck zu benützen. Ich habe Ihnen erklärt, daß dieser Wortlaut im Widerspruch zum Sprachgefühl steht und Sie um Ihr Verständnis ersucht, daß wir uns kein Recht anmaßen wollen, über die Ausdrucksweise der deutschen Sprache als Schiedsrichter aufzutreten, aber auf der anderen Seite dasselbe von Ihrer Seite in bezug auf die tschechische Sprache erwarten. Ich will daher hoffen, daß Sie sich mit dem unsererseits vorgeschlagenen Termin[us] ‚nemecka spolkova republika‘, der einen adäquaten Termin[us] für die ‚Bundesrepublik Deutschland‘ darstellt, einverstanden erklären werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 22; VS-Bd. 4210 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Für den Drahtbericht des Botschafters z. b. V. Bahr, z. Z. Prag, vgl. Dok. 288.

<sup>5</sup> Die Wörter „der Bezeichnung“ wurden von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „des staatlichen Begriffs“.

<sup>6</sup> Der Passus „der von ... Übersetzung“ wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „dieser Bezeichnung“.

<sup>7</sup> Die Wörter „möglichen Mißverständnissen zuvorzukommen“ wurden von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „letzte Mißverständnisse auszuräumen“.

<sup>8</sup> „Deutsche Bundesrepublik“.

<sup>9</sup> Der Wortlaut des Passus „Sie haben sich ... versichert habe“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Lahr zurück. Vorher lautete er: „Sie haben sich damit einverstanden erklärt, die deutsch-tschechischen Abkommen mit folgender tschechischer Übersetzung dieses Begriffs zu unterzeichnen: ‚nemecka spolkova republika‘. Ich versichere Ihnen hiermit,“.

zeichnung für die „Bundesrepublik Deutschland“ darstellt. Sie ist nur aus sprachlichen und nicht aus politischen Gründen gewählt worden. Gez. Babáček.“

b) Wir legen ferner Wert darauf, daß in tschechischer Ausfertigung des Abkommens erster Erwähnung der „Bundesrepublik Deutschland“ auf Tschechisch deutsche Bezeichnung in Klammern hinzugefügt wird.<sup>10</sup>

c) Bundeskanzler und Bundesminister legen großen Wert darauf, daß diese Wünsche durchgesetzt werden.<sup>11</sup> Erbitte vor Unterzeichnung telefonischen Bericht.<sup>12</sup>

II. Gegen Abgabe mündlicher Erklärung im Sinne des Bezugsdrahtberichts Nr. 23, Ziffer 1, bestehen keine Bedenken.<sup>13</sup>

[gez.] Lahr

**VS-Bd. 4210 (II A 5)**

<sup>10</sup> Dieser Absatz wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Blomeyer-Bartenstein handschriftlich eingefügt.

Am 2. August 1967 teilte Botschafter z. b. V. Bahr, z. Z. Prag, mit, daß sich der tschechoslowakische Delegationsleiter Babáček nach anfänglichem Zögern zu einem Austausch der von der Bundesregierung gewünschten formellen Schreiben in der Frage der Bezeichnung der Bundesrepublik bereit erklärt habe. Den Vorschlag, in den tschechoslowakischen Text der Abkommen den Begriff „Bundesrepublik Deutschland“ in Klammern aufzunehmen, habe er jedoch abgelehnt. Vgl. dazu den Delegationsbericht Nr. 24; VS-Bd. 10071 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>11</sup> Ministerialdirigent Sahm übermittelte Botschafter z. b. V. Bahr, z. Z. Prag, am 3. August 1967 die Weisung des Bundesministers Brandt, daß die erläuternde deutsche Bezeichnung im tschechoslowakischen Text der Abkommen entfallen könne, wenn der folgende Satz in die bei der Unterzeichnung auszutauschenden gleichlautenden Schreiben aufgenommen werde: „Die Bezeichnung entspricht der Praxis, die die ČSSR bei Vertragstexten in tschechischer Sprache gegenüber europäischen Ländern in vergleichbaren Fällen ständig anwendet.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 16; VS-Bd. 4210 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

Dieser Satz wurde in den von der Bundesrepublik vorgelegten Entwurf des erläuternden Schreibens eingefügt. Für den Wortlaut der gleichlautenden Schreiben in der Fassung vom 3. August 1967 vgl. VS-Bd. 4136 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>12</sup> Dieser Absatz wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Blomeyer-Bartenstein handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „c) Nach befriedigender Klärung vorbezeichneter Fragen steht der Unterzeichnung von hier aus nichts mehr im Wege.“

Die Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr und über den Austausch von Handelsvertretungen wurden am 3. August 1967 unterzeichnet. Legationsrat I. Klasse Hillger führte dazu am 9. August 1967 aus, daß die Abkommen nicht im Wortlaut veröffentlicht werden sollten, „da sie nicht die übliche Berlin-Klausel enthalten“. Der „materielle Inhalt des Handelsabkommens“ werde jedoch durch „einen ‚Runderlaß Außenwirtschaft‘ bekanntgegeben werden, der den üblichen Hinweis auf die Einbeziehung Berlins enthalten müßte“. Vgl. VS-Bd. 4136 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Für den Wortlaut des Abkommens über den Waren- und Zahlungsverkehr vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 61 vom 27. März 1968, S. 1.

Für den Wortlaut des Abkommens über den Austausch von Handelsvertretungen vgl. VS-Bd. 4136 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Zu den bei der Unterzeichnung ausgetauschten gleichlautenden Schreiben über die Einbeziehung von Berlin (West) vgl. Dok. 281, Anm. 5; zu den Schreiben über die Befugnisse der Handelsvertretungen vgl. Dok. 288, Anm. 5.

<sup>13</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Blomeyer-Bartenstein vermerkte dazu handschriftlich: „(Kann erst abgehen, nachdem Herr Staatssekretär Einverständnis des Herrn Bundeskanzlers fernm[ündlich] mitgeteilt hat.) Erlaubnis wurde gegen 21.00 Uhr tel[efonisch] durch VLR I Kastl mit abgeändertem Absatz c) durchgegeben“. Vgl. Anm. 12.

290

**Botschafter Knapstein, Washington, an das Auswärtige Amt****Z B 6-1-13849/67 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 1598****Aufgabe: 3. August 1967, 15.35 Uhr**  
**Ankunft: 3. August 1967, 23.35 Uhr**

Betr.: Amerikanische Allianzpolitik und Voraussetzungen der amerikanischen Sicherheitsgarantie für Europa<sup>1</sup>

1) Weite Kreise der Administration, die nicht sehr zahlreichen „Atlantiker“ im Kongreß und die um den New Yorker Council on Foreign Relations gruppierten „elder statesmen“ verfolgen die Entwicklung der Atlantischen Allianz mit Sorge. Sie wird verständlich, wenn man bedenkt, daß die Übernahme verbindlicher Sicherheitsgarantien nach dem Zweiten Weltkrieg ein Novum in der amerikanischen Politik darstellte, das einer alten isolationistischen Tradition widersprach.

Diese Tradition ist auch heute nicht tot. Nach 20 Jahren eines sich ständig erweiternden, schließlich globalen Engagements beginnt das Pendel der amerikanischen Politik zurückzuschwingen. Starke Kräfte im Senat, in der Intelligenz und in der Publizistik treten für einen Abbau des überdehnten Commitment, für eine pragmatischere Außenpolitik und für eine Rückbesinnung auf die eigenen nationalen Interessen ein.

Der damit eingeleitete Prozeß einer Überprüfung der amerikanischen Außenpolitik braucht an sich nicht ungesund zu sein. Die Mehrzahl der daran beteiligten Persönlichkeiten denkt auch realistisch genug, um anzuerkennen, daß es für die Weltmacht Amerika keine Rückkehr zum alten Isolationismus gibt. Andererseits ist natürlich keine Gewähr dafür gegeben, daß die in Gang kommende rückläufige Bewegung nicht auch weiter gehen könnte, als es den Interessen der USA und ihrer Alliierten zuträglich wäre.

Die Ursachen dieser Entwicklung lassen sich nicht auf einen Nenner bringen. Enttäuschung und Ratlosigkeit über den Verlauf des außen- und innenpolitisch gefährlichen Krieges in Vietnam spielen eine maßgebende Rolle. Zu den Gründen für die bestehende Unzufriedenheit gehört aber auch der zunehmende Zweifel daran, ob die Voraussetzungen für eine unveränderte Aufrechterhaltung des atlantischen commitments noch gegeben seien. Es ist deshalb nicht ohne Interesse, diese Voraussetzungen, wie sie in Washington heute gesehen werden, darzustellen.

2 a) Besonderen Rang unter ihnen hat schon immer die Vorstellung eingenommen, daß die atlantischen Nationen eine durch Geschichte, Lebensform und Sicherheitsinteressen verbundene Gemeinschaft bilden. Neben machtpolitischen Erwägungen hat es vor allem die zunehmende Kraft dieses in zwei Weltkriegen geformten Leitbildes einer Gemeinschaft vermocht, die Tradition des Isolationismus zu überwinden.

Das Auftreten zentrifugaler Kräfte in der Allianz und das Verblässen des Gemeinschaftsgedankens bewirken folglich eine Rückbesinnung auf die nationa-

<sup>1</sup> Vgl. dazu auch Dok. 7, Anm. 10.

len Eigeninteressen Amerikas. Die durch General de Gaulle eingeleitete Renationalisierung der Politik greift auch auf dieses Land über. Seine bisher oft sehr weitgehende Bereitschaft, alliierte Interessen zu berücksichtigen, könnte sich künftig auf das im amerikanischen Eigeninteresse unerläßliche Mindestmaß reduzieren.

b) Eng verwandt mit der Gemeinschaftsidee ist die des Multilateralismus. Seine Bedeutung im amerikanischen politischen Denken kann nicht überschätzt werden. Nur im multilateralen Rahmen kann die Weltmacht Amerika ein gewisses Gleichgewicht in den gegenseitigen Verpflichtungen finden. Vor allem aber entspricht die Bevorzugung multilateraler Formen der Zusammenarbeit einer tiefen amerikanischen Abneigung gegen die einseitige Ausübung nationaler Machtpolitik. Nicht allein aus taktischen Gründen wurden deshalb französische Überlegungen, die Allianz durch ein System bilateraler Beistandspolitik abzulösen<sup>2</sup>, 1965/66 a limine zurückgewiesen. Dabei dürfte die amerikanische Regierung sich auch darüber im klaren gewesen sein, daß der Kongreß bilateralen Beistandspakten nicht zustimmen würde, und daß jeder Versuch in dieser Richtung das Ende der vertraglich fixierten amerikanischen Sicherheitsgarantie für Europa herbeigeführt hätte. Die Zurückhaltung Washingtons gegenüber indischen Garantiewünschen im Zusammenhang mit dem Nichtverbreitungsvertrag bestätigt – wenn auch der Fall teilweise anders liegt – die grundsätzliche Abneigung gegen bilaterale Schutzbündnisse. Schließlich zeigen seit dem Koreakrieg zahlreiche Beispiele, daß die amerikanische Politik selbst dann bestrebt ist, für ihr eigenes Vorgehen multilaterale Deckung zu finden, wenn die tatsächliche Last schließlich doch von den USA übernommen werden muß. Die Bemühungen um eine gemeinsame Aktion zur Freihaltung des Golfs von Akaba haben das erst kürzlich bestätigt.<sup>3</sup>

c) Immer größere Bedeutung gewinnt mit fortschreitender Entwicklung der Nuklearwaffen die integrierte Struktur der Allianz. Nach hiesiger Überzeugung ist unter den Verbündeten allein Amerika in der Lage, eine wirksame Nuklearstreitmacht zu unterhalten. Der Wille, diese Streitmacht wenn nötig auch einzusetzen, verbürgt die Abschreckungs- und Abwehrkraft des Bündnisses. Ein solcher Wille aber setzt die Bereitschaft Amerikas voraus, in der Erfüllung seiner Bündnispflicht notfalls bis zur Selbstvernichtung zu gehen. Regierung, Kongreß und öffentliche Meinung werden ein derart enormes Risiko nur so lange akzeptieren, als Amerika die zentrale Kontrolle über die Nuklearwaffen der Allianz und bestimmenden Einfluß auf Konzipierung und Durchführung ihrer Strategie behält. Das Mittel, diese beherrschende Stellung zu sichern, ist die Integration. Sie begrenzt das in der Garantie liegende Risiko und macht deren Verbindlichkeit damit erst möglich. Aus diesen Zusammenhängen erklärt sich letztlich das Scheitern der MLF<sup>4</sup>, der Widerstand gegen die Force de frappe<sup>5</sup>, die Reaktion auf das Ausscheiden Frankreichs aus der

<sup>2</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des Staatspräsidenten de Gaulle auf der Pressekonferenz vom 21. Februar 1966; DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 5, S. 6–23.

<sup>3</sup> Zum amerikanischen Wunsch einer Lösung der Nahost-Krise im Rahmen der UNO vgl. Dok. 198. Vgl. dazu auch den amerikanischen Entwurf vom 8. Juni 1967 für eine Resolution des UNO-Sicherheitsrats; Dok. 207, Anm. 7.

<sup>4</sup> Zum Projekt einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO vgl. Dok. 4, Anm. 22.

<sup>5</sup> Zum Aufbau einer französischen nationalen Atomstreitmacht vgl. Dok. 9, Anm. 6.

Integration<sup>6</sup>, das anfängliche Mißtrauen gegenüber den deutsch-französischen Truppenverhandlungen<sup>7</sup> und – neuestens – die Beunruhigung über eine mögliche Überprüfung der deutschen Verteidigungskonzeption<sup>8</sup>.

d) Die heute geltende Konzeption Washingtons für die Verteidigung Europas beruht auf dem Gedanken der amerikanisch-europäischen Arbeitsteilung im Rahmen einer Strategie der „flexible response“. Auch hierbei handelt es sich um ein Mittel, das amerikanische Risiko zu begrenzen und den verbindlichen Charakter der Garantie damit annehmbar zu machen. Hinzu tritt in diesem Fall das Erfordernis, die Anstrengungen Amerikas seinen Möglichkeiten anzupassen. Seine ständig steigenden Verteidigungsausgaben und sein weltweites Engagement zwingen Amerika zu einem rationellen Einsatz der aufgewandten Mittel. Dem dient u. a. McNamaras Konzept der zentralen beweglichen Reserve, dessen Ausführung eine Verminderung der amerikanischen Präsenz in Europa nach sich ziehen muß.<sup>9</sup> Die Begründung dieses Konzepts, etwa mit der Annahme einer politischen Vorwarnzeit<sup>10</sup>, darf nicht darüber täuschen, daß es eigentlich währungspolitische, finanzielle und nicht zuletzt politische Gründe sind, die eine dauernde Aufrechterhaltung der gegenwärtigen amerikanischen Präsenz in Europa unmöglich machen.

Es wäre aber ein Irrtum, daraus zu schließen, daß das amerikanische strategische Konzept sich damit der britischen „Strategie des Stolperdrahts“<sup>11</sup> annäherte. Eine solche Strategie, die den USA selbst bei kleineren Übergriffen nur die Wahl zwischen Rückzug oder nuklearer Eskalation ließe, würde das in der amerikanischen Sicherheitsgarantie liegende Risiko wiederum erhöhen. Washington erwartet von seinen europäischen Alliierten deshalb auch weiterhin, daß sie die amerikanische nukleare Garantie durch Bereitstellung ausreichender konventioneller Streitkräfte honorieren. Nur so bleibt die Strategie der „flexible response“ durchführbar.

e) Damit ist schließlich auch der Grundsatz einer gerechten Verteilung der Lasten ausgesprochen. Insgesamt, wie gesagt, steigen die amerikanischen Ausgaben, und zwar auch abzüglich Vietnam. Für den Fall, daß es nicht zu Absprachen mit den Sowjets über die Begrenzung der nuklearen Rüstung, besonders über den Verzicht auf den Aufbau von Raketenabwehrsystemen, kommt<sup>12</sup>,

<sup>6</sup> Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen NATO-Integration aus. Vgl. dazu Dok. 7, Anm. 9.

<sup>7</sup> Zum Beginn der Verhandlungen über den Verbleib französischer Truppen in der Bundesrepublik vgl. AAPD 1966, I, Dok. 100. Zur amerikanischen Position vgl. AAPD 1966, I, Dok. 110.

<sup>8</sup> Zu den Auswirkungen der mittelfristigen Finanzplanung bis 1971 auf die Bundeswehr vgl. Dok. 258.

<sup>9</sup> Zur Fortentwicklung des amerikanischen Rotationsplans vgl. Dok. 300.

<sup>10</sup> Zur amerikanischen Einschätzung der Vorwarnzeit vgl. Dok. 6, Anm. 4.

<sup>11</sup> Die auf der NATO-Ministerratstagung vom 17./18. Dezember 1954 in Paris gebilligte Umstellung auf eine nukleare Verteidigungsstrategie im Rahmen einer „massive retaliation“ sah vor, daß einem Angriff nur kurzfristig mit konventionellen Streitkräften zu begegnen war, bevor dann das strategische Atomwaffenpotential zum Einsatz kommen sollte. Die Landstreitkräfte fungierten demnach als eine Art „Stolperdraht“ („trip wire“), der den atomaren Gegenschlag auslöste.

<sup>12</sup> Zum Gesprächsangebot des Präsidenten Johnson vom 24. Januar 1967 an die UdSSR vgl. Dok. 9, Anm. 11.

Am 20. Juni 1967 teilte Botschafter Knapstein, Washington, mit, seitens der amerikanischen Regierung sei die Hoffnung auf ein Gespräch mit der UdSSR über Defensivwaffen noch nicht aufgegeben worden. Solche Gespräche könnten im Herbst 1967 beginnen, es sei jedoch sehr zweifelhaft,

muß mit weiteren sehr erheblichen Steigerungen gerechnet werden. Demgegenüber bewirkt die Verminderung der amerikanischen Präsenz in Europa lediglich Einsparungen in einem begrenzten Teilbereich. Kongreß und Regierung messen die Verteidigungsanstrengungen der Alliierten deshalb nicht am Umfang der amerikanischen Präsenz in Europa, sondern an der Last, die Amerika insgesamt – im Interesse der freien Welt – zu tragen hat. Daraus erklärt sich die heftige Reaktion im Kongreß, wenn die Alliierten auf eine Verminderung der amerikanischen Präsenz in Europa mit einer absoluten oder auch nur relativen Verringerung ihrer eigenen globalen Verteidigungsaufwendungen reagieren.<sup>13</sup> Die starke immer mehr zunehmende Unterstützung, die die sogenannte Mansfield-Resolution<sup>14</sup> im Senat findet, belegt eindeutig, welche politische und psychologische Bedeutung dem „burden sharing“ zukommt. Das gilt übrigens nicht allein für die Verteidigung, sondern auch für andere gemeinsame Aufgaben des Westens, wie die Entwicklungshilfe.

3) Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß der Fortbestand der verbindlichen amerikanischen Sicherheitsgarantie letztlich davon abhängen wird, daß die aufgezählten Voraussetzungen ausreichende Berücksichtigung finden. Man geht nicht zu weit, wenn man sagt, daß Kongreß und öffentliche Meinung schon heute nicht mehr bereit wären, den Nordatlantikpakt<sup>15</sup> ein zweites Mal abzuschließen. Mehr noch, es werden schon Stimmen vernehmbar, die dafür plädierten, geeignete Anlässe zu benutzen, um die amerikanische Haltung gegenüber den Alliierten grundsätzlich zu überprüfen. In der Ausgabe des „New York Times Magazine“ vom 30. Juli 1967 (S. 62) äußert sich der ehemalige Stellvertretende Verteidigungsminister, Roswell L. Gilpatric z.B. wie folgt: „For the U.S. the choice is essentially one of priorities: Should our course of action be dictated by what is most likely to facilitate agreement with the Soviets or should we subordinate that objective to pleasing our allies, particularly West Germany? For some time it has been U.S. policy to keep the Germans happy, whether the issue be over the level of U.S. forces in Germany or U.S. moves to develop a detente with the U.S.S.R. Of late, however, the German government has not reciprocated our solicitude. Apparently its recent decision to cut the German defense budget materially, a step which could cause a reduction in Germany's own army strength, was taken without prior consultation with the

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1158*

ob sie zum Abschluß eines Abkommens führen würden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1295; VS-Bd. 4098 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>13</sup> Vgl. dazu Dok. 267, Anm. 16.

<sup>14</sup> Am 31. August 1966 brachte der amerikanische Senator Mansfield im Senat den Entwurf einer Resolution ein, mit der festgestellt werden sollte, „daß die in Europa stationierten amerikanischen Truppen erheblich reduziert werden könnten, ohne die Entschlossenheit oder Fähigkeit der Vereinigten Staaten zur Erfüllung ihrer NATO-Verpflichtungen zu beeinträchtigen“. Mansfield begründete den Vorstoß mit den amerikanischen Zahlungsbilanzschwierigkeiten und mit einer Verringerung der Spannungen in Europa. Schließlich verwies er auf das „Wiedererstarken der westeuropäischen Partner seit dem Zweiten Weltkrieg und deren mangelhafte Verteidigungsanstrengungen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2100 des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 1. September 1966; VS-Bd. 934 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1966. Für den Wortlaut der Resolution vgl. CONGRESSIONAL RECORD, Senate, 1966, Bd. 113, S. 21442–21450. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1966, D 623 f.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 289–292.

U.S. Thus the time may be ripe for the U.S. to give top priority in the Geneva negotiations to reaching an accord with the Soviet Union.“

Gilpatric steht mit solchen Ansichten nicht allein, sie gewinnen vielmehr an Boden.

Darüber, was geschähe, wenn die Atlantische Allianz solcherart zunehmend ihres Inhalts beraubt würde, lassen sich natürlich nur Vermutungen aufstellen. In der Sicht eines amerikanischen Atlantikers dürfte sich etwa folgende Perspektive abzeichnen: Man darf davon ausgehen, daß die Vereinigten Staaten einen Verlust Europas oder einen beherrschenden Einfluß der Sowjets in seinem freien Teil schon aus machtpolitischen Gründen nicht hinnehmen könnten. Ihre Möglichkeiten, solche Gefahren abzuwenden, wären im Fall einer Erosion der Allianz jedoch vermindert. Ihr politischer Einfluß in Europa würde sinken, und die Sowjetunion würde ihre Bemühungen, selbst Einfluß zu gewinnen, verstärken. Die Spannungen, die daraus resultieren könnten, würden gefährlicher. Denn ohne eine gemeinsame Strategie wäre die Funktionsfähigkeit des kontinental-europäischen Verteidigungssystems in Frage gestellt. Schon ein lokaler Konflikt könnte infolgedessen in die nukleare Eskalation führen.

Die Vereinigten Staaten müßten unter diesen Umständen bemüht sein, das erhöhte Risiko wieder zu begrenzen. Sie hätten dafür voraussichtlich kein anderes Mittel als den Versuch, zu einer Verständigung mit der Sowjetunion zu gelangen.

Je mehr die Ideen der Atlantischen Gemeinschaft, des Multilateralismus und der integrierten atlantischen Verteidigungsstruktur objektiv und subjektiv an Boden verlieren, desto mehr wird die dadurch verstärkt in den Vordergrund tretende Komponente einer mehr und mehr auf nationale Interessen abgestellten amerikanischen Politik die USA auf den Weg der bilateralen Verständigung mit den Sowjets drängen und zu entsprechenden Folgerungen führen. Hier liegen auch die eigentlichen Gefahren der Politik von de Gaulle.

Die Vereinigten Staaten müßten entsprechende Verhandlungen jedoch in einer geschwächten Position anknüpfen. Gleichzeitig wäre ihre Bereitschaft, die Eigeninteressen ihrer europäischen Partner zu verfechten, vermindert. Bei unveränderter sowjetischer Zielsetzung und entsprechend harter sowjetischer Verhandlungsführung könnte das dazu führen, daß das Ergebnis solcher Verhandlungen nicht in einer Überwindung des Status quo bestünde, sondern darin, daß die beiden Weltmächte sich ihn gegenseitig – wenn auch vielleicht nur stillschweigend – garantierten.

[gez.] Knapstein

VS-Bd. 1516 (II A 7)



## 291

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahn****II A 4-82.00-94.29-1076/67 VS-vertraulich****4. August 1967<sup>1</sup>**Betr.: Sowjetischer Protest gegen Notstandsmaßnahmen in West-Berlin<sup>2</sup>

Bezug: Aufzeichnung des Herrn Dg II A vom 28. Juli 1967 –

II A 4-82.00-94.29-1076/67 VS-v<sup>3</sup>Anlg.: 1<sup>4</sup>

Der sowjetische Botschafter in Ostberlin hat in einem Schreiben an die Botschafter Frankreichs, Großbritanniens und der USA gegen eine angeblich beabsichtigte Einbeziehung Berlins in die Notstandsgesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland<sup>5</sup> protestiert. Das Schreiben wurde Herrn Ministerialdirigent Dr. Sahn am 28. Juli von den Botschaftsräten der drei Vertretungen<sup>6</sup> in

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jung am 11. August 1967 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Graf Schirndinger von Schirnding verfügte.

Hat Schirnding am 11. August und erneut am 17. August 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wieder[er]örtere 28. 8. 67 (Verbündete anrufen und fragen, ob mit Entwicklung in Konsultation) [besprechung] 31. 8. zu rechnen.“

<sup>2</sup> Mit Schreiben vom 26. Juli 1967 an die Botschafter McGhee (USA), Roberts (Großbritannien) und François Seydoux de Clausonne (Frankreich) behauptete der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin, Abrassimow, daß die „Westberliner Stadtbehörden in enger Zusammenarbeit mit der Regierung der BRD Gesetzentwürfe über die sogenannte ‚zivile Verteidigung‘ ausgearbeitet“ hätten, die „genaugenommen mit den entsprechenden Notstandsgesetzen in der BRD identisch“ seien. Da diese „widerrechtliche Vorbereitung der Notstandsgesetzgebung für Westberlin nach Muster der BRD“ mit dem Hinweis auf „erteilte Genehmigungen und Weisungen der Besatzungsbehörden gerechtfertigt“ werde, müsse er darauf aufmerksam machen, daß es für „Westberlin, wo nach wie vor das Besatzungsregime“ gelte, besonders wichtig sei, daß die bestehenden Vereinbarungen unter den Vier Mächten eingehalten würden, denn sonst würde „nichts von jener rechtlichen Grundlage übrig bleiben, auf die sich die drei Westmächte zur Begründung der Anwesenheit ihrer Truppen in Westberlin zu berufen“ pflegten. Vgl. DzD V/1, S. 1478 f.

<sup>3</sup> Botschafter Schnippenkötter wies darauf hin, daß Ministerialdirigent Sahn seitens der Botschafter der Drei Mächte eine Abschrift der Schreiben des sowjetischen Botschafters in Ost-Berlin, Abrassimow, vom 25. Juli 1967 übergeben wurde. In der dazu von den drei Botschaften vereinbarten Sprachregelung hieß es: „The letters, which are identical, are tendentious in the extreme and highly inaccurate.“ Zudem sei der Bundesregierung angeboten worden, Wünsche für die Formulierung der Antwortschreiben berücksichtigen zu wollen. Vgl. VS-Bd. 4245 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Der Regierende Bürgermeister von Berlin nahm am 29. Juli 1967 Stellung zum Schreiben des sowjetischen Botschafters in Ost-Berlin, Abrassimow. Albertz führte darin aus: „Es ist immer wieder ein erstaunlicher Vorgang, daß längst beschlossene Notstandsmaßnahmen im anderen Teil Deutschlands und Ostberlin als notwendiger Schutz für die dort bestehende Gesellschaftsordnung bezeichnet werden, während unser Verfahren, das im Gegensatz dazu unter öffentlicher Kontrolle zustande kommt, als Kriegsvorbereitung angeprangert wird. Im übrigen ist auch hierzu festzustellen, daß es sich hierbei um eine Angelegenheit derer handelt, die für diesen Teil unserer Stadt Verantwortung tragen. Das weiß Herr Abrassimow sehr genau. Denn auch er wird die aus alliierter Verantwortung für die Sicherheit des freien Teils dieser Stadt getroffene Entscheidung zur Kenntnis genommen haben, die eine Übernahme des von der Bundesrepublik Deutschland vorbereiteten Notstandsrechts auf Westberlin ausschließt.“ Vgl. VS-Bd. 4245 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Am 29. Juni 1967 trat der Bundestag zur ersten Lesung des Entwurfs einer Notstandsverfassung sowie eines Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses zusammen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 64, S. 5856–5902.

<sup>6</sup> François de la Gorce (Frankreich), A. A. S. Stark (Großbritannien), James S. Sutterlin (USA).

Abschrift überreicht. Es ist am 29. Juli in der „Prawda“ veröffentlicht worden.<sup>7</sup> Der Protest steht im Zusammenhang mit einer verstärkten sowjetischen Publikationskampagne gegen die Notstandsgesetzgebung, die mit der TASS-Erklärung vom 19. Juli<sup>8</sup> (vgl. Aufzeichnung der Abteilung II vom 24. Juli) und einem besonders aggressiven Artikel Orłows in der *Iswestija* vom 29. Juli neue Höhepunkte erreichte.

Die Botschafter beabsichtigen, das Schreiben „zu gegebener Zeit“ zu beantworten, und sind bereit, entsprechende Wünsche von unserer Seite zu berücksichtigen.

I. Im einzelnen berührt das Schreiben Abrassimows folgende Punkte:

1) Es wird behauptet, daß es sich bei den vom Berliner Senat vorbereiteten Gesetzen zur Zivilverteidigung tatsächlich um die Übernahme der Notstandsgesetzentwürfe der Bundesregierung in die Berliner Gesetzgebung handelt und daß die Bundesregierung die entsprechenden Maßnahmen in West-Berlin zu finanzieren beabsichtigt.

2) Es wird behauptet, daß der Berliner Senat der Bevölkerung den Inhalt der „verfassungswidrigen Gesetze“ vorenthält; daß es darum geht, West-Berlin in das System „militärischer Vorbereitungen Westdeutschlands“ einzubeziehen; daß gesetzliche Handhaben zur Beschneidung der Rechte und Freiheiten der West-Berliner und ihrer Parteien, Gewerkschaften und Jugendorganisationen sowie zur Einrichtung von Polizeikontrollen geschaffen werden sollen. Die „blutige Auseinandersetzung mit der friedlichen Demonstration in Berlin am 2. Juni“<sup>9</sup> wird als Beispiel für die „Methoden des offenen Terrors und der Unterdrückung“ angeführt, deren sich die West-Berliner Behörden schon heute zu bedienen beginnen.

3) Es wird darauf hingewiesen, daß es unzulässig sei, in West-Berlin Gesetze oder Maßnahmen einzuführen oder anzuwenden, die im Gegensatz zum Potsdamer Abkommen<sup>10</sup> und den Viermächte-Abmachungen<sup>11</sup> stehen. Gerade in West-Berlin, „in dem der Besatzungszustand weiterhin aufrechterhalten bleibt“, sei es – wie auch von seiten der übrigen drei Mächte anerkannt – besonders wichtig, die Viermächte-Abkommen strikt einzuhalten. Andernfalls gebe es auch keine gesetzliche Grundlage mehr für die Stationierung der Truppen der drei Mächte in West-Berlin, auf die diese sich gewöhnlich berufen.

4) Es wird festgestellt, daß ein Durchführen der geplanten Maßnahmen von „militärischem Mobilisierungscharakter“ in West-Berlin die Sicherheitsinteressen der UdSSR und ihrer Verbündeten berührt und nicht ohne angemessene Antwort „mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen“ bleiben würde.

<sup>7</sup> Vgl. den Artikel „Protiv popytok narušenija potsdamskich soglašenij. Pis'mo posla SSSR v GDR poslam SŠA, Anglii i Francii v FRG.“; PRAVDA, Nr. 210 vom 29. Juli 1967, S. 5.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der TASS-Erklärung zur Notstandsgesetzgebung in der Bundesrepublik vgl. DzD V/1, S. 1467–1469.

<sup>9</sup> Zur Demonstration anlässlich des Besuchs des Schahs Reza Pahlevi in Berlin (West) vgl. Dok. 221, Anm. 3.

<sup>10</sup> Für das Kommuniqué vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) vgl. DzD II/1, S. 2101–2148.

<sup>11</sup> Vgl. dazu die Vereinbarung vom 12. September 1944 zwischen Großbritannien, den USA und der UdSSR über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin (Londoner Protokoll); DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE 1944–1966, S. 16 f.

5) Es wird festgestellt, daß der Versuch, West-Berlin auf die eine oder andere Art in die Notstandsgesetzgebung einzubeziehen, mit dem „internationalen Status dieser Stadt als besondere politische Einheit“ unvereinbar ist und im Widerspruch zu dem Interesse steht, in diesem Gebiet Europas Frieden und Ruhe zu erhalten.

Abschließend wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die angeführten Überlegungen von den Botschaftern als Vertreter ihrer für die Situation in West-Berlin verantwortlichen Regierungen in angemessener Weise in Rechnung gestellt werden.

II. 1) Das Schreiben muß als ernstgemeinter Versuch gewertet werden, ein Mitspracherecht der Sowjetunion für rein West-Berliner Angelegenheiten zu erreichen. An solchen Versuchen hat es in der Vergangenheit nicht gefehlt. Abrassimow benutzte die Gelegenheit, die ihm durch den „offenen Brief“ der Studentenvertretung der Freien Universität<sup>12</sup> gegeben worden war. In diesem Brief vom Juni d. J. hatten sich die Studenten auch an den sowjetischen Botschafter in Ostberlin gewandt, um auch ihn zu einem Eingreifen gegen die angeblich geheimen Notstandsvorbereitungen in West-Berlin zu bewegen. Abrassimow folgt weitgehend der Gedankenführung dieses „offenen Briefes“.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin<sup>13</sup> hat sich schon am 29. Juli gegen den sowjetischen Einmischungsversuch in der als Anlage beigefügten scharfen Erklärung gewandt.

2) Das Schreiben Abrassimows verdeutlicht ebenfalls sowjetische Befürchtungen, daß West-Berlin fester in den Hoheitsbereich der Bundesrepublik Deutschland einbezogen werden könnte und mit der Einführung von Notstandsregelungen in Berlin auch sowjetische Hoffnungen auf „demokratische“ Umwälzungen in diesem Gebiet zunichte würden.

3) Bemerkenswert ist, daß der sowjetische Botschafter den westlichen Alliierten dieses Mal nicht das Recht zur militärischen Präsenz in West-Berlin bestreitet. Er argumentiert nur, daß von „jener gesetzlichen Grundlage...“, auf die sich gewöhnlich die drei Mächte berufen, um die Anwesenheit ihrer Truppen in West-Berlin zu begründen“, nichts übrig bleibe, falls gegen Vier-Mächte-Abmachungen verstoßen werde.

III. Abteilung II schlägt daher vor, daß wir in Konsultationen mit den Verbündeten darauf hinwirken, daß das beabsichtigte Antwortschreiben der Verbündeten sich auf eine kurze Zurückweisung der sowjetischen Intervention beschränkt und dabei insbesondere folgende Hinweise enthält:

1) Der Viermächte-Status Berlins gilt für die ganze Stadt, nicht nur für West-Berlin.

<sup>12</sup> Am 2. Juli 1967 nahm der Konvent der Freien Universität Berlin einen „offenen Brief“ an die „Vertreter der Regierenden der vier alliierten Mächte in Berlin“ an, in dem ausgeführt wurde, daß die Notstandsgesetze der Bundesrepublik geeignet seien, „das westliche Berlin ‚als Schaufenster der Freiheit‘ eindrucksvoll zu zertrümmern. Die Notstandsgesetze würden die freiheitliche, demokratische und rechtsstaatliche Ordnung in Berlin ‚endgültig auch legal beseitigen‘.“ Vgl. den Artikel „Der Berliner Studentenkonvent verschickt Briefe“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 150 vom 3. Juli 1967, S. 7.

<sup>13</sup> Heinrich Albertz.

2) Die Drei Mächte sind bereit, mit den Sowjets Fragen, die West-Berlin betreffen, zu erörtern, wenn die Sowjetunion ihrerseits den Drei Mächten die Möglichkeit zur Ausübung ihrer Rechte im Sowjetsektor eröffnet.

3) Solange die Sowjetunion entgegen den Viermächte-Abkommen eine Ausübung der Rechte der vier Mächte in ganz Berlin verhindert, ist es das Recht der Drei Mächte, „falls sie es für notwendig erachten, solche Maßnahmen zu ergreifen, die zur Erfüllung ihrer internationalen Verpflichtungen, zur Sicherung der öffentlichen Ordnung und zur Erhaltung des Status und der Sicherheit Berlins, seiner Wirtschaft, seines Handels und seiner Verbindungslinien notwendig sind“ (Berliner Besatzungsstatut 5.5.55<sup>14</sup>).

IV. In einer aus Anlaß der Zurückweisung der sowjetischen Note abzuhalten- den Pressekonferenz sollte ein alliierter Sprecher darüber hinaus etwa folgendes erklären:

Es sei erstaunlich, daß die Sowjetunion sich gegen eine wohlgeordnete demokratische Notstandsregelung in West-Berlin wende, nachdem sie selbst in dem von ihr besetzten Sektor Berlins die Geltung von Notstandsgesetzen zuläßt, die nicht einmal ein Mindestmaß demokratischer und rechtsstaatlicher Sicherungen des Staatsbürgers erkennen lassen. (So wurde z.B. mit Verordnung vom 26. Januar 1962 – VOB I S. 45 – das „Gesetz zur Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 20. September 1961 – Gesetzblatt 1961, I, S. 175<sup>15</sup> – für den sowjetisch besetzten Sektor Berlins übernommen.)

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>16</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>17</sup> mit der Bitte um Zustimmung zu dem beabsichtigten Vorgehen vorgelegt.<sup>18</sup>

Sahn

VS-Bd. 4245 (II A 4)

<sup>14</sup> Vgl. die Erklärung der Alliierten Kommandantur über Berlin vom 5. Mai 1955; Ingo VON MÜNCH (Hrsg.), Dokumente des geteilten Deutschland, Stuttgart, 2. Auflage 1976, S. 173.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut des Gesetzes zur Verteidigung der DDR (Verteidigungsgesetz) vom 20. September 1961 vgl. GESETZBLATT DER DDR 1961, Teil I, S. 175 f.

<sup>16</sup> Hat Staatssekretär Lahr am 8. August 1967 vorgelegen.

<sup>17</sup> Hat Bundesminister Brandt am 9. August 1967 vorgelegen.

<sup>18</sup> Zu den Entwürfen vom 28. August 1967 für die Antwortschreiben der drei Westmächte vgl. Dok. 311.

**Bundesminister Brandt, z.Z. Bukarest, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-13872/67 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 962**  
**Delegationstelegramm Nr. 1**  
**Citissime mit Vorrang**

**Aufgabe: 7. August 1967, 04.00 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 7. August 1967, 07.29 Uhr**

Bitte sofort Bundeskanzler vorlegen.

Ich hatte zwei Stunden nach meiner Ankunft<sup>2</sup> ein erstes ausführliches Gespräch mit Manescu. Nachdem jeder von uns zunächst eine zusammenfassende Darstellung seines Standpunktes zu verschiedenen bi- und multilateralen Fragen gegeben hatte, wurden einzelne Fragen im Wechselgespräch vertieft. Manescu drückte einleitend seine Bereitschaft zu einem offenen Gespräch, besonders auch zur Beantwortung aller von mir zu stellenden Fragen aus. In seinen allgemeinen Ausführungen folgte Manescu dann den bekannten Linien der rumänischen Politik unter ausdrücklichem Hinweis auf die kürzlich durchgeführte Debatte in der großen Nationalversammlung.<sup>3</sup> Diese Debatte habe bewiesen, daß die rumänische politische Führung geschlossen für eine Politik der Freundschaft mit den Staaten des sozialistischen Lagers, gleichzeitig aber auch mit den anderen Staaten der Welt eintrete. Rumänien habe den ernsthaften Willen, die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland weiter zu entwickeln („unsere gemeinsamen Schritte werden zu unseren und auch zu ihren Gunsten wirksam sein“). Er habe in der letzten Zeit viele Gespräche mit ausländischen Staatsmännern gehabt, und dabei sei oft die deutsche Politik besprochen worden.

Der gegenwärtige Stand unserer Beziehungen sei befriedigend. Die Entscheidung, die beide Seiten im Januar getroffen hätten<sup>4</sup>, sei gut gewesen und er sei sicher, daß sie sich auch in der Zukunft als gut erweisen würde. Man sei allerdings der Auffassung, daß wir noch mehr für die internationale Entspannung tun könnten. Er machte mich darauf aufmerksam, daß ich in den bevorstehenden weiteren Gesprächen auf die Auffassung treffen würde, daß wir durch die Anerkennung der Realitäten den Zustand der „Vereisung“, in dem wir uns mit einigen Ländern befänden, verändern könnten. Zu konkreten Fragen übergehend nannte er als dringlichstes bilaterales Problem die Zahlungsbilanzsituation, die immer bedrohlicher werde. Bei aller Anerkennung unserer

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirektor Thierfelder am 14. August 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Brandt traf am 3. August 1967 um 15.00 Uhr in Bukarest ein.

<sup>3</sup> In der außenpolitischen Debatte am 24./25. Juli 1967 in der rumänischen Nationalversammlung betonte der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Rumäniens u. a. die Rolle der mittleren und kleineren Staaten bei der Regelung internationaler Probleme. Ceausescu setzte sich ferner für die Abschaffung der Militärbündnisse sowie den Abzug fremder Truppen aus europäischen Staaten ein und forderte hinsichtlich des angestrebten Nichtverbreitungsabkommens „präzise Verpflichtungen der Atommächte zur atomaren Abrüstung und die Gewährleistung unbeschränkter technisch-wissenschaftlicher Ausnutzung der Kernenergie“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, Z 181 f.

<sup>4</sup> Zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen am 31. Januar 1967 vgl. Dok. 39.

Bemühungen – er erwähnte dabei die Ergebnisse der Albescu-Mission<sup>5</sup> – kämen bei ihnen doch Zweifel auf, ob der angestrebte Stand unserer Wirtschaftsbeziehungen allein durch eine Steigerung des Warenaustauschs erreicht werden könne. Nach ihrer Auffassung könne der Weg der wirtschaftlichen Kooperation Abhilfe schaffen. Dadurch würde nicht nur eine Möglichkeit des Ausgleichs der Zahlungsbilanz geschaffen, sondern auch Voraussetzungen für die Weiterentwicklung unserer wirtschaftlichen Beziehungen.

Manescu kam dann von sich aus auf die Familienzusammenführung zu sprechen. Er drückte sein Verständnis für die damit verbundenen humanitären Probleme aus. In diesem Sinne seien auch bereits viele Fälle erledigt worden<sup>6</sup>, andere würden in Kürze erledigt werden. Wir müßten etwas Geduld haben. Es sei der Lösung des Problems abträglich, wenn versucht werde, in dieser Frage Druck auf die rumänische Regierung ausüben zu wollen. Er erwähnte in diesem Zusammenhang den Besuch des österreichischen Bundeskanzlers, der das Thema unter Hinweis auf einen für ihn notwendigen innenpolitischen Erfolg behandelt habe. Er sei damit bei Ministerpräsident Maurer auf völlige Ablehnung gestoßen.<sup>7</sup>

Zu den Kulturbeziehungen erklärte er die Bereitschaft seiner Regierung zum Abschluß eines Kulturabkommens, jedoch unter Ausklammerung der Berlinstatusfrage. Es scheine ihnen nicht nötig zu sein, das Abkommen daran scheitern zu lassen, aber nötigenfalls könne der Kulturaustausch auch ohne Abkommen weitergeführt werden.<sup>8</sup> Ihnen liege der Ausbau der kulturellen Beziehungen sehr am Herzen.

Ich leitete meine allgemeinen Ausführungen mit der Feststellung ein, daß unsere Ostpolitik gegen niemand gerichtet sei und daß sie nicht die Absicht verfolge, einen Keil zwischen die östlichen Nachbarn zu treiben. Anfang des Jahres seien unsere Absichten anscheinend von einigen unserer Nachbarn mißverstanden worden. Ich betonte, daß wir größten Wert auf eine Verbesserung der Beziehungen zu Moskau legten. Ich brachte jedoch unmißverständlich zum Ausdruck, daß wir unsere klare Position innerhalb des atlantischen Bündnisses und der europäischen Gemeinschaft hätten, wenn wir auch nach Wegen weiterer Zusammenarbeit in Osteuropa suchten. Mit meinem Dank für die Mög-

<sup>5</sup> Vgl. dazu auch das Gespräch des Ministerialdirektors Ruete mit dem Stellvertretenden Außenhandelsminister Albescu am 4. August 1967, in dem Probleme der wirtschaftlich-technischen Kooperation erörtert wurden; Referat III A 6, Bd. 259.

<sup>6</sup> Zum Umfang der zwischen 1964 und 1966 durchgeführten Familienzusammenführung vgl. Dok. 275, Anm. 3.

<sup>7</sup> Bundeskanzler Klaus hielt sich vom 10. bis 14. Juli 1967 in Rumänien auf.

Botschafter Strätling, Bukarest, berichtete am 17. Juli 1967 von der „österreichischen Enttäuschung“ über die „absolute Ergebnislosigkeit“ der Bemühungen, Fortschritte auf dem Gebiet der Familienzusammenführung zu erreichen. Ministerpräsident Maurer habe gegenüber Klaus auf die Ausbildungskosten hingewiesen, die in jeden Ausreisewilligen investiert worden seien und betont, daß die Genehmigung einer „Dauerausreise“ zu den rumänischen Souveränitätsrechten gehöre. Vgl. den Drahtbericht Nr. 843; VS-Bd. 5696 (V 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Zu den erfolglosen Verhandlungen für ein Kulturabkommen mit Rumänien vgl. AAPD 1966, I, Dok. 96.

Zu den kulturellen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien vgl. den „kulturpolitischen Jahresbericht“ des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Strätling, Bukarest, vom 14. April 1967; Referat 610, Bd. 368.

lichkeit der Gespräche verband ich die Ankündigung der Einladung Maurers nach Bonn.<sup>9</sup> Zu den Einzelfragen führte ich folgendes aus:

1) Wir seien der Auffassung, daß das wirtschaftlich-technische Kooperationsabkommen<sup>10</sup> noch ein wichtiges Gebiet auslasse, nämlich das der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit. In diesem Zusammenhang erwähnte ich als Beispiel den Stromreaktorbau und bekundete unser Interesse an einer Annahme der Offerte des deutsch-französisch-schwedischen Konsortiums.<sup>11</sup> Ich erklärte ferner, daß wir uns innerhalb der Bundesregierung Gedanken gemacht hätten, wie das Handelsdefizit verringert werden könne und daß wir Maßnahmen erwägen, die auf eine weitere Liberalisierung<sup>12</sup> hinausliefen. Zum Komplex der technisch-wissenschaftlichen Kooperation schlug ich vor, eine gemeinsame Kommission zu bilden, die das Problem gründlich untersuchen sollte.

2) Zur Frage des Kulturabkommens wies ich darauf hin, daß das Berlin-Problem durch praktische Lösungen erleichtert werden könne, indem wir uns auf die Vereinbarungen im Januar bezögen. Manescu ging darauf ein und sagte, sie seien zu baldigen Verhandlungen bereit<sup>13</sup>, bei denen die praktische Seite vor den juristischen Fragen Vorrang haben sollten. Sie würden ihre Delegation entsprechend zusammensetzen.

3) Ich dankte Manescu, daß er das Problem der Familienzusammenführung von sich aus angeschnitten habe und legte noch einmal nachdrücklich unseren Standpunkt dar. Ich warf dann die Frage auf, ob die Angelegenheit nicht dadurch politisch entlastet werden könne, daß wir die Rote-Kreuz-Organisation unserer Länder mit der weiteren Behandlung betrauten. Manescu sagte eine Prüfung des Vorschlags zu, seine Ausführungen dazu lassen jedoch keine zu großen Hoffnungen aufkommen, daß dieser Vorschlag angenommen werden soll.

<sup>9</sup> Zu einem Besuch des rumänischen Ministerpräsidenten Maurer in der Bundesrepublik kam es erst vom 22. bis 26. Juni 1970.

<sup>10</sup> Das wirtschaftlich-technische Kooperationsabkommen mit Rumänien wurde von der „deutsch-rumänischen Gemischten Kommission für den Warenverkehr“ vom 27. Juni bis 4. Juli 1967 in Bukarest ausgehandelt. Die Zeichnung des Abkommens durch Bundesminister Brandt während dessen Besuchs in Bukarest wurde dabei in Aussicht genommen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort vom 19. Juli 1967; Referat III A 6, Bd. 266.

Für den Wortlaut des wirtschaftlich-technischen Kooperationsabkommens vom 3. August 1967 vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 205 vom 28. Oktober 1967, S. 3.

<sup>11</sup> Am 26. Juli 1967 vermerkte dazu Vortragender Legationsrat Döring, daß ein Konsortium, bestehend aus den Firmen Siemens AG, Société pour l'Industrie Atomique und Allmänna Svenska Elektriska Aktiebolaget, bis Ende 1967 ein Angebot zur Lieferung eines Kernkraftwerks nach Rumänien abgeben wolle. Mit dem Baubeginn könne dann Anfang 1969 gerechnet werden. Vgl. Referat III A 6, Bd. 259.

Am 13. Oktober 1967 teilte jedoch der Leiter der Außenstelle Bonn der Siemens AG, Helke, Legationsrat I. Klasse Ungerer mit, es hätten sich innerhalb des Konsortiums „mit den Franzosen Schwierigkeiten ergeben, da die Franzosen dem Projekt einen französischen Namen geben wollten. Auf diese Weise sei es zu einer Verschiebung des Reiseterrmins für die Konsortium-Vertreter nach Bukarest gekommen.“ Vgl. die Aufzeichnung von Ungerer vom 7. November 1967; Referat III A 6, Bd. 259. Vgl. dazu auch den undatierten handschriftlichen Vermerk auf der Aufzeichnung von Döring vom 26. Juli 1967: „Atomkraftwerk wird jetzt von Kanada geliefert!“.

<sup>12</sup> Zur den Beschlüssen des Bundeskabinetts vom 6. Mai 1966 und vom 11. Januar 1967 zu einer Liberalisierung von Einführen aus Ostblock-Staaten vgl. Dok. 26, Anm. 1 und 5.

<sup>13</sup> Zu weiteren Gesprächen kam es am 29. September 1967. Vgl. dazu Dok. 403.

4) Wir erörterten dann kurz die konsularischen Beziehungen, bei denen er anregte, zu prüfen, ob wir nicht den Visumszwang für Diplomaten aufheben könnten<sup>14</sup> (dieser Vorschlag ist offensichtlich auf die Erfahrung zurückzuführen, die Botschafter Oancea bei seiner Einreise nach Deutschland gemacht hat und bei der er zahlreiche Fragebogen hat ausfüllen müssen).

Manescu wies dann darauf hin, daß Rumänien nunmehr ein Konsularabkommen mit Italien und Frankreich beschlossen habe und deutete den Abschluß weiterer Konsularabkommen an.

5) Ich berichtete über den Stand unserer Bemühungen, der Donau-Konvention beizutreten<sup>15</sup>, und fragte nach der offiziellen Antwort Rumäniens, die uns in Aussicht gestellt worden sei, nachdem uns inoffiziell bedeutet worden sei, daß man unserem Beitritt positiv gegenüberstehe. Manescu antwortete, daß Rumänien uns bereits wie ein Mitglied betrachte. Er deutete mögliche Schwierigkeiten dadurch an, daß auch die DDR einen Antrag auf Annahme stellen könnte. Er sagte erneut die Prüfung unseres Antrages zu.

6) Manescu und ich erläuterten dann unsere Standpunkte zur Nah-Ostkrise. Manescu erklärte, daß ihre Haltung sie in eine schwierige Position gegenüber den arabischen Staaten gebracht habe. Wir waren beide der Auffassung, daß Pläne zur Stabilisierung im Nahen Osten ausgearbeitet werden müßten, damit dort nicht noch mehr als bisher die Ost-West-Spannungen hineinkämen.

7) Manescu erläuterte die Haltung seines Landes zum NV-Vertrag, die durch die Debatte in der großen Nationalversammlung abgesteckt ist. Ich stellte fest, daß es viele Berührungspunkte bei unseren beiderseitigen Positionen gebe. Inzwischen hätten sich auch eine Reihe anderer Staaten zu ähnlichen Positionen durchgerungen. Während wir noch im vergangenen Jahr Zielpunkt besonders heftiger Vorwürfe der Sowjetunion gewesen seien, habe sich deren Haltung in der letzten Zeit geändert. Die Sowjetdelegation habe uns sogar zu einem konstruktiven Beitrag beglückwünscht. Manescu erwähnte, daß er noch auf seiner Ostasienreise in Japan, Pakistan und Singapur ähnliche Vorstellungen zum NV-Vertrag vorgefunden habe, wie Rumänien sie vertrete. Selbst ein führender Politiker einer der großen Atommächte habe nach seinem Gespräch mit Ceausescu in der Öffentlichkeit einen kritischen Standpunkt gegenüber dem Vertragsentwurf angenommen (Nixon). Nach der Unterredung mit Manescu unterzeichneten wir beide das wirtschaftlich-technische Kooperationsabkommen.<sup>16</sup>

[gez. Brandt]

VS-Bd. 5696 (V 6)

<sup>14</sup> Auf einer Ressortbeprechung am 30. August 1967 im Auswärtigen Amt wurde beschlossen, daß „die mit amtlichen Pässen ausgestatteten Angehörigen der rumänischen Botschaft in der Bundesrepublik Deutschland vom deutschen Sichtvermerkszwang befreit werden könnten“. Aus Sicherheitsgründen könne jedoch keine darüber hinausgehende Befreiung „von Inhabern sämtlicher rumänischer amtlicher Pässe oder auch nur Diplomatenpässe vom deutschen Sichtvermerkszwang“ gewährt werden. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher vom 15. September 1967; Referat II A 5, Bd. 1033.

<sup>15</sup> Zum Antrag der Bundesrepublik auf Beitritt zur Belgrader Donaukonvention vom 18. August 1948 vgl. Dok. 27, Anm. 33.

<sup>16</sup> Der Text, der keine Berlin-Klausel enthielt, wurde zum Bestandteil des Abkommens vom 24. Dezember 1963 zwischen der Bundesrepublik und Rumänien über den Warenverkehr erklärt, womit



## 293

**Bundesminister Brandt, z. Z. Bukarest, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-13874/67 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 965**  
**Delegationstelegramm Nr. 3**  
**Citissime mit Vorrang**

**Aufgabe: 7. August 1967, 09.00 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 7. August 1967, 10.57 Uhr**

Bitte sofort Bundeskanzler vorlegen.

Der Besuch, den ich dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Nicolae Ceausescu, am 5. August auf seinem Landsitz abstattete, war das politisch wichtigste Ereignis meines Rumänien-Aufenthaltes. Schon die Gesprächsdauer von 5 ½ Stunden (wobei die Diskussion auch beim Essen nicht an Intensität nachließ), aber auch das außergewöhnliche Interesse, das Ceausescu an Einzelfragen zeigte, lassen erkennen, daß die rumänische Seite diesem Besuch und der Intensivierung der deutsch-rumänischen Beziehungen ganz besondere Bedeutung beimißt.<sup>2</sup>

1) Ceausescu befaßte sich zunächst mit den bilateralen Beziehungen, die er als gut und für beide Seiten vorteilhaft bezeichnete. Besonderes Gewicht maß er den Handelsbeziehungen bei, wobei er zum Ausdruck brachte, daß er deutsch-rumänische Kooperationsprojekte für sehr geeignet halte, den Ausgleich des rumänischen Defizits herbeizuführen. Die verschiedenen wirtschaftlichen Systeme brauchten kein Hinderungsgrund zu sein. Rumänien hege keine Vorurteile und habe keine Angst, da es gute Arbeitskräfte und gute Betriebe besitze, seien alle Voraussetzungen für eine fruchtbare Kooperation gegeben. Rumänien gehe bei seinen Beziehungen zu allen Ländern von den Prinzipien der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung und der Nichteinmischung aus; diese Prinzipien wende es auf alle Gebiete an.

2) Das Gespräch drehte sich sodann um die Rolle der kommunistischen Parteien in der westlichen Welt. Ceausescu vertrat die Ansicht, daß bei einem größeren Teil der Bevölkerung der westlichen Welt völlig veraltete Vorurteile ge-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1168*

seine Geltung für Berlin (West) sichergestellt wurde. Vgl. dazu das Schreiben des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Klarenaar vom 10. August 1967 an die Vertretung des Landes Berlin beim Bund; Referat III A 6, Bd. 266.

Das Abkommen trat am 25. Oktober 1967 in Kraft, nachdem es der Alliierten Kommandantur Berlin vorgelegt worden war.

<sup>1</sup> Ablichtung.

<sup>2</sup> Im Rückblick bewertete Willy Brandt dieses Gespräch wie folgt: „Ceausescu hielt sich in seiner großzügigen, gut bewachten Villa am Schwarzen Meer auf. Er sprach nicht nur nachdrücklich über neue Formen der Kooperation, sondern verwandte seine Beredsamkeit auch darauf, mich zu einer Weiterentwicklung unserer Ostpolitik zu ermuntern. [...] In starkem Maße kamen bei den Gesprächen rumänisches Nationalbewußtsein und Bemühen um eine unabhängige Politik zum Ausdruck, für die die Rumänen Partner suchten. Gleichzeitig wurde mit Schärfe alles abgelehnt, was die Unterordnung unter Supermächte fordern, deren Einfluß verstärken oder die Machtmöglichkeiten der Blöcke vergrößern könnte. [...] So souverän er dem Außenminister befahl, für Essen zu sorgen, ging er mit der Zeit um; nach sieben Stunden endete dieses denkwürdige Gespräch.“ Vgl. BRANDT, Begegnungen, S. 229 f.

genüber den kommunistischen Parteien vorhanden seien; aber auch die kommunistischen Parteien müßten ihre starre Haltung ändern und auf einige antiquierte Dogmen verzichten. Er beklagte, daß in der Bundesrepublik nicht die Voraussetzungen für eine legale Tätigkeit der KPD<sup>3</sup> geschaffen würden. Eine Zulassung der KPD würde international vorteilhafte Wirkungen haben und anderen die Möglichkeit nehmen, die Bundesregierung zu diffamieren. Ich setzte C. die rechtliche und politische Problematik auseinander.

### 3) Europäische Sicherheit, Gewaltverzicht und Truppenreduzierungen

C. erkundigte sich sodann danach, welche Möglichkeiten ich für eine Garantie der europäischen Sicherheit sähe. Ich führte aus, daß die Bundesregierung sich nicht auf die Formel der Notwendigkeit der Abhaltung einer europäischen Sicherheitskonferenz festgelegt habe. Uns interessiere vielmehr die Frage, wie ein europäisches Sicherheitssystem aussehen könne, bei dem als letzte Stufe die Schaffung einer Friedensordnung zu stehen habe. Ich entwickelte sodann unsere Haltung zu den Fragen des Gewaltverzichts, des Atomwaffenverzichts und der Truppenreduzierung.

Zur Frage der europäischen Sicherheit bemerkte C., daß es sich um ein Problem handele, das nicht von einem Tag zum anderen zu lösen sei. Vielmehr sei eine intensive und beständige Aktivität aller europäischen Staaten erforderlich. Irgendwann werde dann auch die Frage nach einer Konferenz auftreten. Bis dahin müßten die europäischen Länder sich einig geworden sein. Besondere Bedeutung messe er bilateralen Gesprächen bei. Man könne, um nicht gleich die Regierungen mit der Angelegenheit zu befassen, auch an bilaterale Kontakte zwischen Parlamentariern denken. Dies könne zur Klärung der Situation beitragen.

Die Problematik, die zwischen der Bundesrepublik und der DDR liege, hemme die Entwicklung in Europa. Man müsse von der Tatsache des Bestehens zweier deutscher Staaten ausgehen. Dies werde aber nicht immer so bleiben. Rumänien glaube an die Wiedervereinigung Deutschlands. Die Wiedervereinigung sei von der Durchführung verschiedener Voraussetzungen abhängig. Vor allem müsse eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen werden. Unsere ständige Opposition gegen die Teilnahme der DDR an der internationalen Kommunikation hemme die Entwicklung. Wenn er ein Deutscher wäre, würde er sich bemühen, zur Erleichterung der Beziehungen der DDR zu anderen Staaten beizutragen. Dazu gehöre Mut und Initiative. Wenn wir der Meinung seien, daß diese Dinge im Augenblick noch nicht öffentlich gesagt werden könnten, dann könne man doch durch stillschweigende Akte eine Teilnahme der DDR am internationalen Austausch zulassen. Insgesamt könne die Bundesrepublik eine wichtige Rolle für die europäische Sicherheit spielen, wenn sie mutig vorgehe und eine Entwicklung einleite, die ohnehin unvermeidbar sei.

Unser Vorschlag zur Abgabe von Gewaltverzichtserklärungen<sup>4</sup> sei in der vorgeschlagenen Form für die rumänische Seite nicht akzeptabel. Rumänien sei

<sup>3</sup> Die Kommunistische Partei Deutschlands wurde am 17. August 1956 durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts verboten. Für Urteilsformel und -begründung vgl. ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS, Bd. 5, Tübingen 1956, S. 85–393.

<sup>4</sup> Zum Vorschlag der Bundesregierung vom 8. Februar 1967 vgl. Dok. 47.

nicht bereit zuzulassen, daß die Sowjetunion eine Erklärung für Rumänien abgebe. Man könne an eine Erklärung denken, die alle europäischen Staaten abgeben müßten oder an eine bilaterale Erklärung. Man habe verstanden, daß unsere Formulierung gewählt worden sei, um die DDR auszuschalten. Es sei jedoch besser, auch für die Aussichten der deutschen Frage, wenn die Erklärung von der DDR und nicht von einem Dritten im Namen der DDR abgegeben würde.

Zur Frage der Truppenreduzierung bemerkte C., daß er mit der deutschen Argumentation übereinstimme. Er sei für Abschaffung der Militärblöcke. Die von diesen gegebenen Garantien seien letzten Endes illusorisch, da im Konfliktfalle die Völker Europas ohnehin die Folgen zu tragen hätten. Die Militärblöcke könnten keine Sicherheit gewährleisten. Auch hier handele es sich um ein Gebiet, auf dem die Bundesrepublik stärkeren politischen Einfluß nehmen sollte.

In der Nichtverbreitungsfrage seien der rumänische und der deutsche Standpunkt sich sehr ähnlich. Die Rumänen wüßten um die Angst vieler Staaten vor einer Atomaufrüstung der Bundesrepublik. Die Tatsache des deutschen Verzichtwillens sei daher sehr positiv zu werten. Der Vertrag, der noch immer erhebliche Diskriminierungen enthalte, dürfe nur ein Anfang sein. Auf keinen Fall dürfe die friedliche Nutzung gehindert werden. Rumänien werde sich für einen Vertrag einsetzen, der den Interessen aller Völker Rechnung trage.

4) In der Vietnam-Frage – so meinte C. – könne die Bundesregierung sehr viel mehr tun. Sicher wisse niemand eine Lösung; diese liege allein in den Händen der Amerikaner. Erste Voraussetzung für eine Lösung sei, daß die Bombardierungen eingestellt würden und daß das vietnamesische Volk selbst über sein Schicksal entscheiden dürfe. In diesem Sinne solle die Bundesregierung stärker auf die amerikanische Regierung einwirken. Im Laufe der Zeit würden die Vereinigten Staaten einsichtig werden, wenn sie merkten, daß ihre wichtigsten Verbündeten nicht ihre Meinung teilten. Insgesamt sei es an der Zeit, daß die Bundesrepublik eine aktivere Rolle bei der Lösung der internationalen Fragen spiele. Ich wies in diesem Zusammenhang auf die jüngste deutsche Geschichte hin, die uns Zurückhaltung auferlege. Wir hätten auch aufgrund der Nachkriegshilfe starke Bindungen an die Vereinigten Staaten, denen wir uns freundschaftlich verpflichtet fühlten. Ferner müßten wir bei unserer Politik die Meinung unserer Öffentlichkeit berücksichtigen.

Die Formel für den Gewaltverzicht sei als Hilfskonstruktion gewählt worden. Die rumänischen Schwierigkeiten hätten wir verstanden. Die Ablösung der NATO sei für uns kein aktuelles Problem, sondern wir stellten uns auf deren Weiterbestand nach 1969 ein. Wir stünden vor der Notwendigkeit, unsere Bündnis- und Entspannungspolitik in ausgewogenem Verhältnis zu halten. Die Bundesregierung mache die Lösung der Deutschlandfrage nicht zur Voraussetzung ihrer Politik der Entspannung und Sicherheit in Europa. Wir könnten aber die SBZ nicht als Ausland bezeichnen. Andererseits bemühten wir uns, einen Modus vivendi zu erreichen. Kontakte zwischen den Parlamenten hielten wir für besonders schwierig. Wir glaubten, daß es aussichtsreicher sei, wenn die Administrationen miteinander zu tun hätten. Man müsse Gebiete finden, auf denen man übereinstimmt. Unabhängig von der Frage der staatlichen Anerken-

nung sei uns daran gelegen, daß die DDR nicht vom Handel und vom kulturellen Austausch ausgeschlossen werde. Wichtig sei es bei allen diesen Fragen, daß dem deutschen Volk die Perspektive, die Hoffnung auf Wiedervereinigung, erhalten bleibe. Wer uns diese Hoffnung nehmen und uns statt dessen einen sterilen Status quo aufzwingen wolle, handle töricht. Es blieben viele Fragen zu lösen, aber man könne mit der Formel des Modus vivendi weiterkommen.

Ich setzte C. außerdem eingehend unsere Haltung zur Grenzfrage auseinander. Dabei fanden meine nachdrücklichen Hinweise auf die Bedeutung einer deutsch-polnischen Aussöhnung sein besonderes Interesse. Ceausescu unterstrich bei seinem improvisierten Trinkspruch bei Tisch erneut die Wichtigkeit, die er den deutsch-rumänischen Beziehungen und ihren Auswirkungen auf die Lage in Europa beimesse. Er forderte uns erneut auf, eine größere Rolle in der internationalen Politik zu spielen.

Die Unterredung hat mir eine willkommene Gelegenheit gegeben, dem wichtigsten rumänischen Politiker unseren Standpunkt zu einer Reihe von grundsätzlichen Fragen eingehend und eindringlich vorzutragen. Sie hat uns gleichzeitig weitere wertvolle Aufschlüsse über die rumänische Haltung geliefert. Die Unterredung dürfte auch deswegen bedeutsam sein, weil anzunehmen ist, daß C. mit anderen kommunistischen Parteiführern über die gleiche Thematik sprechen und dabei möglicherweise aufklärend wirken wird. Über den Gesamtverlauf des Besuches ist ein Kommuniqué vereinbart worden, das heute veröffentlicht werden soll.<sup>5</sup> Der Wortlaut wird getrennt übermittelt.

[gez.] Brandt

VS-Bd. 4147 (II A 1)

<sup>5</sup> Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1967, S. 721 f.

**Botschafter Pauls, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-13877/67 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 513**  
**Citissime**

**Aufgabe: 7. August 1967, 14.30 Uhr**  
**Ankunft: 7. August 1967, 14.19 Uhr**

Auf Drahterlaß Nr. 254 vom 4.8.1967; AZ: I B 4-82.00-92.19-2360/67 VS-v<sup>1</sup>

Funktionen durch die Botschaft in den von Israel seit dem 5.6.1967 besetzten Gebieten wird nicht allein durch eine Weisung der Bundesregierung ermöglicht, sondern ist auch von der Zustimmung der israelischen Regierung abhängig. Das der Botschaft telegrafisch übermittelte Aide-mémoire<sup>2</sup> trägt diesem Umstand keine Rechnung. Es ist auch zu befürchten, daß die israelische Regierung Aide-mémoire zum Anlaß nehmen könnte, Botschaft um Einholung Exequaturs zu ersuchen. Hierdurch würde unsere rechtliche und tatsächliche Position schwieriger werden als sie es ohne schriftliche Präzisierung Rechtsstandpunktes Bundesregierung sein würde. Um dieser Gefahr wenn möglich vorzubeugen, schlage ich folgende Fassung Aide-mémoires vor:

„Die Bundesregierung hat die deutsche Botschaft in Israel ermächtigt, in den von Israel seit dem 5.6.1967 besetzten Gebieten insoweit konsularisch tätig zu werden, als dies erforderlich ist, um die deutschen Interessen und die Betreuung der in diesen Gebieten lebenden deutschen Staatsangehörigen sicherzustellen. Dies ist notwendig geworden, weil es den deutschen Auslandsvertretungen in der VAR, Jordanien und Syrien derzeit faktisch nicht möglich ist, in dem von Israel besetzten Gebiet konsularische Befugnisse auszuüben. Die Botschaft wäre dem israelischen Außenministerium zu besonderem Dank ver-

<sup>1</sup> In dem am 3. August 1967 konzipierten Drahterlaß wies Ministerialdirigent Böker zuvor geäußerte Bedenken des Botschafters Pauls, Tel Aviv, hinsichtlich der Übergabe eines Aide-mémoires im israelischen Außenministerium zurück und betonte: „Auswärtiges Amt hält an Auffassung fest, daß schriftliche Fixierung unserer Position bezüglich der von Israel besetzten Gebiete den einzig sicheren Weg darstellt, um Mißdeutungen unserer Haltung vorzubeugen. Dafür spricht auch der Umstand, daß wir im Gegensatz zu den anderen Ländern keine Möglichkeit hatten, unseren diesbezüglichen Standpunkt auf der UNO-Notsitzung darzulegen.“ Vgl. VS-Bd. 2567 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 248.

Am 24. Juli 1967 übermittelte Staatssekretär Schütz den folgenden Text: „Die Bundesregierung hat die Deutsche Botschaft in Israel angewiesen, in den von Israel seit dem 5. Juni 1967 besetzten Gebieten vorübergehend insoweit konsularisch tätig zu werden, als dies notwendig ist, um die deutschen Interessen und die Betreuung der in diesen Gebieten lebenden deutschen Staatsangehörigen sicherzustellen. Diese Weisung der Bundesregierung ist erforderlich geworden, weil es den deutschen Auslandsvertretungen in der VAR, Jordanien und Syrien infolge der jüngsten Ereignisse derzeit faktisch nicht möglich ist, in dem von Israel besetzten Gebiet konsularische Befugnisse auszuüben. Die Botschaft ist beauftragt, in diesem Zusammenhang festzustellen, daß die Bundesregierung mit ihrer Weisung an die Botschaft in Tel Aviv lediglich den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung trägt. Rechtliche Folgerungen in bezug auf die Haltung der Bundesregierung zu dem territorialen Status der von Israel seit dem 5. Juni 1967 besetzten Gebiete können hieraus nicht gezogen werden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 241 vom 18. Juli 1967; VS-Bd. 5653 (V 2); B 150, Aktenkopien 1967.

pflichtet, wenn es der Botschaft die zur mehrmaligen Einreise in die fraglichen Gebiete erforderlichen Genehmigungen zu obigen Zwecken erteilen würde.“<sup>3</sup>

Die der deutschen Botschaft in Tel Aviv von der Bundesregierung erteilte Ermächtigung zur Ausübung konsularischer Befugnisse soll den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragen, ohne daß aus ihr rechtliche Folgerungen in bezug auf den territorialen Status der von Israel besetzten Gebiete gezogen werden können.<sup>4</sup>

[gez.] Pauls

VS-Bd. 2567 (I B 4)

## 295

### Botschafter Müller-Roschach, Lissabon, an Bundesminister Brandt

Z B 6-1-17/67 streng geheim  
Fernschreiben Nr. 140

Aufgabe: 8. August 1967, 16.45 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 8. August 1967, 19.00 Uhr

Für Bundesaußenminister.

Da die Vorbereitung der für Ende September/Anfang Oktober angesetzten und nach Wortlaut der bestehenden Verträge unumgänglich persönlich zu führenden Gespräche der beiden Verteidigungsminister<sup>2</sup> in die Zeit meiner Dienstreise nach Angola und Moçambique fallen dürfte, nehme ich zu dem Fragenkomplex der deutsch-portugiesischen militärischen Zusammenarbeit vor Antritt dieser Reise Stellung. Ich bin dazu erst jetzt einigermaßen imstande, nachdem die Botschaft vor einigen Tagen die von mir seit meinem Dienstantritt<sup>3</sup> immer wieder erbetenen Texte der bestehenden militärischen Vereinbarungen<sup>4</sup> erhal-

<sup>3</sup> Am 11. August 1967 erteilte Ministerialdirigent Frank die Zustimmung zu der von Botschafter Pauls, Tel Aviv, vorgeschlagenen Fassung und erbat einen Bericht nach der Übergabe des Aide-mémoires im israelischen Außenministerium. Vgl. dazu Drahterlaß Nr. 257; VS-Bd. 2567 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Das Aide-mémoire wurde am 15. August 1967 dem Deutschlandreferenten im israelischen Außenministerium übergeben. Dover zeigte sich überzeugt, daß die israelische Regierung Verständnis für die Haltung der Bundesregierung haben werde und äußerte die Hoffnung, „der Botschaft schon bald die erbetenen Einreisegenehmigungen in die fraglichen Gebiete zuleiten zu können“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 541 des Botschaftsrats I. Klasse Török, Tel Aviv, vom 16. August 1967; VS-Bd. 2567 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirigent Frank am 10. August 1967 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schwörbel und Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg „[nach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Schwörbel am 10. August und Meyer-Lindenberg am 14. September 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Besuch des portugiesischen Verteidigungsministers Gomes de Araújo vom 20. bis 24. November 1967 in Bonn und zu seinen Gesprächen mit Bundesminister Schröder vgl. Dok. 421.

<sup>3</sup> Herbert Müller-Roschach war seit 14. Mai 1966 Botschafter in Lissabon.

<sup>4</sup> Dazu führte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schwörbel bereits am 22. April 1966 aus, daß die deutsch-portugiesische Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet durch Abkommen geregelt wer-

ten hat, und mir auch die streng geheimen Texte von General von Lillienkiold nach Absprache AA/BMVtg zugänglich gemacht wurden.<sup>5</sup>

I. Deutsch-portugiesische militärische Zusammenarbeit beruht auf einer Gesamtheit von 21 Abkommen, Vereinbarungen und Zusatzabkommen, die in der Zeit vom 15.1.60 bis 24.3.66 von den Verteidigungsministern beider Länder (1962 von Ministerpräsident Salazar, der damals zugleich Verteidigungsminister war) unterzeichnet wurden, für die Friedenszeit gelten oder für drohende Kriegsgefahr und bei einer Verschlechterung der internationalen Lage zum Zuge kommen sollten, sehr umfassend sind und sich auf einige wesentliche Gebiete der Logistik und militärischen Infrastruktur beziehen: Gegenseitige Benutzung der militärischen Einrichtungen, vor allem der Marine- und Luftwaffenstützpunkte sowie der Reparaturlinien; Errichtung und Benutzung eines neuen Luftwaffenstützpunktes Beja zu Ausbildungs- und logistischen Zwecken, wobei Übungen und Bordwaffenbeschuss, Bombenabwürfe usw. ausdrücklich ausgeschlossen wurden; Benutzung der nationalen und internationalen Fernmeldeverbindungen des portugiesischen Fernmeldenetzes und Errichtung eines eigenen Fernmeldezentrums in Evora; Errichtung einer Reservelazarettbasis von 9 Reservelazarettgruppen, von insgesamt mehr als 20 Lazaretten zur Versorgung der in Portugal stationierten Bundeswehrangehörigen und des von uns beschäftigten portugiesischen Personals, wobei Teile der Einrichtung in Friedenszeiten von portugiesischer Regierung benutzt werden können; Betrieb und Benutzung eines Lagers für Vorräte an Rüstungsgütern (außer Munition); Mitbenutzung des Hafens Setubal als Umschlag- und Lagerplatz sowie Nothafenanlage für Kriegsfall und als Übungsanlage im Frieden (streng geheim); Instandsetzung, Überholung, Inspektion von Flugzeugen und Luftwaffengerät in Alverca; gemeinsame Produktion von Rüstungsgütern und Verschiffung von Rüstungsmaterial (streng geheim); Errichtung eines Wohnbereichs Beja außerhalb des Flugplatzes für die Unterbringung des gesamten deutschen Personals für alle deutschen Einrichtungen in Portugal.

Stärke und Rechtsstellung des deutschen in Portugal zu stationierenden Personals sind vereinbart. Beschäftigung von 50% portugiesischen Personals in bestimmten Diensten sowie Verbesserung der technischen Ausbildung für anderes portugiesisches Militär- und Zivilpersonal wurden zugesichert und die

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1174*

de, die „in die Form von Verwaltungsvereinbarungen zwischen den beiden Verteidigungsministerien gekleidet und ohne Beteiligung des Auswärtigen Amtes abgeschlossen worden“ seien. Schwörbel betonte: „Ob diese Form rechtswirksam ist, erscheint zweifelhaft, da der Inhalt zum Teil Gegenstände betrifft, die im Wege eines Staatsabkommens hätten behandelt werden müssen. Es entsprach jedoch zur Zeit des Abschlusses dieser Vereinbarungen dem politischen Interesse der Bundesregierung, diesen Vereinbarungen keine unnötige Publizität zu geben.“ Bis auf wenige Ausnahmen seien die Abkommen und Vereinbarungen im Auswärtigen Amt nicht vorhanden. Vgl. VS-Bd. 2846 (Abt. I); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>5</sup> Zur Durchführung der deutsch-portugiesischen Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet wurde in Lissabon eine „Zentrale Deutsche Verbindungsstelle Portugal“ (ZDVP) gegründet, die Brigadegeneral von Lillienkiold unterstand. Sie regelte „alle sich aus den Vereinbarungen ergebenden Fragen in Zusammenarbeit mit dem portugiesischen Verteidigungsministerium“. Grundsätzlich war der Leiter der ZDVP dazu verpflichtet, „den jeweiligen Militärattaché bei der Botschaft in geeigneter Weise zu unterstützen, zu beraten und zu unterrichten“. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schwörbel äußerte jedoch am 22. April 1966: „Wie weit dieses System funktioniert, [...] dürfte fraglich sein, wenn man das militärische Verhältnis des Militärattachés im Rang eines Oberstleutnant zu dem Leiter der ZDVP im Rang eines Brigadegenerals in Erwägung zieht.“ Vgl. VS-Bd. 2846 (Abt. I); B 150, Aktenkopien 1966.

Einrichtung einer Zentralen Deutschen Verbindungsstelle mit einer normalen Gesamtstärke von 160 Personen zur Durchführung der Abkommen und im Verteidigungsfall als obere deutsche Kommandobehörde festgelegt.

Die Vereinbarung über die Nutzung der Luftwaffenbasis Beja „im Rahmen der vereinbarten Ausbildungs- und logistischen Zwecke“ – wobei ein Teil von der portugiesischen Luftwaffe benutzt und betrieben werden wollen – wurde vor etwas mehr als einem Jahr, nämlich am 24.3.66 – zugleich mit dem Abkommen über die Errichtung der zentralen deutschen Verbindungsstelle – unterzeichnet.<sup>6</sup> Alle Abkommen traten mit Unterzeichnung in Kraft.

II. Nach Drahterlaß Nr. 80 vom 28.7. (AZ: I A 4-84.00-94.21-1177<sup>1/67</sup> geh.<sup>7</sup>) hat Bundesverteidigungsminister<sup>8</sup> die fast völlige Liquidierung aller Projekte beschlossen. Lediglich Projekt Nothafen Setubal für Kriegsfall (streng geheim) und – verstärkte – Instandsetzung von Triebwerken in staatlichen portugiesischen Werkstätten (Alverca) sollen aufrechterhalten bleiben. Portugiesen sind von Entscheidung, die noch Zustimmung des Bundeskanzlers und wahrscheinlich auch des Bundesverteidigungsrates „bedürfe“, noch nicht unterrichtet. Der mir angekündigte MD Wirmer vom BMVtg<sup>9</sup>, der mich aufsuchte, bestätigte diesen Drahterlaß im wesentlichen, erklärte aber einschränkend, daß Bundesverteidigungsminister noch keine endgültige Entscheidung getroffen habe, daß deutsches Interesse am Flugplatz Beja in Kriegszeiten als Umschlagplatz fortbestehe und daß weitere Aufträge an portugiesische Rüstungsproduktionsbetriebe (wir haben anscheinend bisher von Portugal reine Rüstungsgüter im Werte von 680 Millionen bezogen) völlig fortfielen.<sup>10</sup>

III. Als Gründe für diese Liquidierung der deutsch-portugiesischen Zusammenarbeit werden mir angegeben: veränderte strategische Konzeption, auf Grund deren zurückliegende Basen nicht mehr benötigt werden<sup>11</sup>, und die Probleme des Verteidigungshaushalts<sup>12</sup>.

<sup>6</sup> Referat II A 7 stellte dazu am 27. Juli 1965 fest, daß das Projekt einer Luftwaffenbasis bei Beja auf ein Abkommen vom 16. Dezember 1960 zurückging. In dieser Aufzeichnung wurde bereits die Tätigkeit der Zentralen Deutschen Verbindungsstelle in Lissabon erwähnt. Vgl. VS-Bd. 2507 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>7</sup> Für den Drahterlaß des Ministerialdirigenten Frank vgl. VS-Bd. 2507 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Gerhard Schröder.

<sup>9</sup> Ministerialdirigent Frank informierte Botschafter Müller-Roschach, Lissabon, am 28. Juli 1967, daß Ministerialdirektor Wirmer von Bundesminister Schröder zum „Sonderbeauftragten für die Angelegenheiten der deutsch-portugiesischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung“ ernannt worden sei. Vgl. den Drahterlaß Nr. 80; VS-Bd. 2507 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Am 5. Oktober 1967 äußerte sich Vortragender Legationsrat I. Klasse Soltmann zu der Frage, ob die Einschränkung der militärischen und logistischen Zusammenarbeit mit Portugal durch das Angebot „zusätzlicher kommerzieller Lieferung von Rüstungsgütern“ kompensiert werden könne. Er vertrat die Ansicht, daß ein solcher Ausgleich nicht möglich sei, vor allem aufgrund des weiterhin ungeklärten Problems des Endverbleibs der gelieferten Ausrüstungsgegenstände. Auch die Überlegung, den Flugplatz Beja als Trainingsplatz durch die Deutsche Lufthansa nutzen zu lassen, habe wenig Aussichten auf Verwirklichung, da diese ihren bisherigen Übungsplatz in Arizona nicht aufgeben wolle. Vgl. VS-Bd. 2450 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>11</sup> Am 27. Juli 1967 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schwörbel die folgende vom Bundesministerium der Verteidigung gegebene Begründung für die Aufgabe des Flughafens Beja: „Das Projekt Beja habe anfangs unter anderen Vorzeichen gestanden. Man habe 1960 mit einer Verdoppelung der deutschen Luftwaffe bis Ende der 60er Jahre gerechnet und eine strategische Konzeption gehabt, die eine weit zurückliegende logistische Basis gefordert hätte. Tatsächlich sei die Luftwaffe nicht in dem geplanten Maße verstärkt worden; die heutige strategische Konzeption gehe ferner von einem relativ kurzen konventionellen Krieg aus, der ein Zurückgreifen auf Basen



IV. Portugal ist ein kleines Land, das in seiner Finanzgebarung sowie bei seiner Wirtschafts- und Außenhandelspolitik scharf rechnen muß. Militärische Sicherheit sowie Entwicklung der Infrastruktur und des Erziehungswesens in den Überseeprovinzen Angola und Mosambik einerseits sowie Industrialisierung und Modernisierung seiner Wirtschaft auf dem europäischen Festland andererseits beherrschen um den Preis eines niedrigen Lebensstandards und schlechter Sozialleistungen alle Planungen, die nicht für die Gesamtwirtschaft und in den regionalen Bereichen bestehen und gemacht werden. Die reinen Verteidigungsausgaben betragen 41,2 bis 50 Prozent des Gesamthaushalts und 7,45 Prozent des Sozialprodukts. Im Außenhandel ist Portugal auf das äußerste darauf ausgerichtet, daß Handelsbilanzdefizite durch Aktivsaldoen aus der Kapital- und Dienstleistungsbilanz ausgeglichen werden müssen oder durch Einflußnahme bei der Vergabe der großen Investitionsgüteraufträge, die im Zuge der Industrialisierung vergeben und die zukünftige Marktstellung der Industriestaaten hier entscheidend beeinflussen werden, am Entstehen verhindert werden.

V. Die geplante fast völlige Liquidierung der militärischen Zusammenarbeit würde Portugal schwer treffen, wirtschaftlich und finanziell, insgesamt und regional, besonders wegen des Flugplatzes Beja, des Wohnbezirks Beja und des Fortfalls der Rüstungsaufträge. Man hat sich hier in der Planung auf die Projekte der militärischen Zusammenarbeit mit uns eingerichtet, denen Verträge mit einer Mindestlaufzeit bis 1972 zugrunde liegen und die, wie der Vertrag über die Nutzung von Beja erst im vergangenen Jahr oder über die Einrichtung des Fernmeldezentrums Evora im Jahre 1965 abgeschlossen worden sind. Am schwersten getroffen würden die Portugiesen aber in ihrem Vertrauen zu uns und in ihrer Politik verlässlicher Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland in ihren wesentlichen politischen Interessen.

VI. Eine einseitige Liquidierung würde nach meiner Überzeugung unsere Beziehungen in ihrem Kern treffen und sie zerstören. Ich kann daher nur davor warnen. Wir haben in den 21 Abkommen ein Bündel von völkerrechtlichen oder politischen Verpflichtungen gegenüber Portugal übernommen, die wir nicht mit dem juristischen Argument hinfällig machen können, es handele sich bei dem Vertragssystem um reine „Gestaltungsverträge“. Überdies würde uns eine Berufung auf die *clausula rebus sic stantibus* bei unserem notwendigen Bemühen, international wieder verfassungswürdig zu werden, schlecht anstehen, und würde uns nicht nur in Portugal, sondern bei allen westlichen Verbündeten schaden. Diese „Drittwirkung“ sollten wir nicht geringschätzen. Im übrigen möchte ich bemerken, daß sich die strategischen Konzeptionen der NATO seit ihrem Bestehen oft gewandelt haben, und niemand vorauszusagen vermag, wie sie im Jahre 1972 aussehen werden. Die überragende Bedeutung der USA für die Sicherheit Deutschlands aber ist immer bestehen geblieben und besteht auch heute unverändert fort. Ich meine, daß auch die militärische strategische Bedeutung Portugals für unsere Verbindungswege zu unserem wichtigsten Verbündeten USA für uns unverändert geblieben ist und bleiben wird.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1176*

außerhalb der Bundesrepublik überflüssig oder besser unnötig mache.“ Vgl. dazu VS-Bd. 2507 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>12</sup> Zum Beschluß des Bundeskabinetts vom 6. Juli 1967 über die mittelfristige Finanzplanung bis 1971 vgl. Dok. 258.

VII. Wenn die fast völlige Liquidierung der Projekte zum Ziel von Verhandlungen gemacht werden soll, werden wir uns auf schwere Rückschläge in den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, auf konkrete Schadensersatzforderungen und vielleicht auch auf emotionale Reaktionen gefaßt machen müssen, durch welche die bevorstehenden Abmachungen in das internationale Scheinwerferlicht geraten könnten. Unser Verhandlungspartner wird politisch allein Ministerpräsident Salazar sein, der in der Vergangenheit z. B. bei Verhandlungen mit Briten und Amerikanern über Militärbasen bewiesen hat, mit welcher Härte er portugiesischen Standpunkt vertreten und durchsetzen kann. Eine Eindämmung des Schadens scheint mir nur möglich, wenn bei solchen Verhandlungen entweder die Verträge unangetastet bleiben und lediglich eine Hinausschiebung oder Verringerung von finanziellen Leistungen und weiteren Aufträgen angestrebt wird oder wenn wir im Zuge einer Generalbereinigung aller militärischer Vereinbarungen vitale portugiesische Interessen auf anderen Gebieten befriedigen könnten oder wollten.

VIII. Außenminister Franco Nogueira hat mehrmals, zuletzt bei dem Höflichkeitsbesuch von Herrn StS Lahr<sup>13</sup>, den Hauptakzent auf die rüstungswirtschaftliche Zusammenarbeit gelegt, zu der ich mich mangels ausreichender Information nicht äußern kann. Im übrigen schien er einem Moratorium für die Durchführung der Projekte aufgeschlossen zu sein.

IX. Anrege Gutachten von Abt. V über unsere völkerrechtlichen Verpflichtungen aus dem Vertragssystem.

Falls meine Auffassung zu weiteren Punkten gewünscht werden sollte, bin ich über die Botschaft Lissabon, die chiffrierten Telegrammverkehr mit den Konsulaten Lourenço Marques und Luanda hat, zu erreichen. Auch telefonische Verbindungen können von der Botschaft mit mir in den Überseeprovinzen kurzfristig hergestellt werden. Meine Rückkehr nach Lissabon ist für den 10. September vorgesehen.

Zusatz für Ministerbüro: Telegramm könnte dort als „geheim“ eingestuft werden, wenn die von mir als „streng geheim“ gekennzeichneten Stellen dort herausgenommen werden.<sup>14</sup>

[gez.] Müller-Roschach

VS-Bd. 2846 (I A/I B)

<sup>13</sup> Staatssekretär Lahr hielt sich am 10./11. August 1965 in Portugal auf. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 51.

<sup>14</sup> Mit Aufzeichnung vom 16. August 1967 regte Ministerialdirektor Ruete an, Bundesminister Brandt solle Bundesminister Schröder „eine auszugsweise Abschrift dieses Drahtberichts“ übermitteln, und fügte eine „geheim“ eingestufte Abschrift der Punkte IV bis VIII bei. Ruete machte weiterhin darauf aufmerksam, daß das Bundesministerium der Verteidigung beabsichtige, noch vor dem Besuch des portugiesischen Verteidigungsministers Gomes de Araújo in Bonn den Bundesverteidigungsrat mit der „geplanten Reduzierung der deutsch-portugiesischen militärischen Zusammenarbeit“ zu befassen. Daher sollten „die geplanten Maßnahmen“ vor diesem Zeitpunkt „weder offiziell noch informell“ mit portugiesischen Stellen erörtert werden. Vgl. VS-Bd. 931 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

Am 3. November 1967 entschied der Bundesverteidigungsrat über die militärische Zusammenarbeit mit Portugal. Vgl. dazu Dok. 369, Anm. 8.

**Botschafter Sattler, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt****I A 4-81.10/0-94.30-2466/67 VS-vertraulich****8. August 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Unterredung mit Msgr. Casaroli und Msgr. Felici am 4. August 1967

I. Der Papst<sup>2</sup> hat seine Sommerresidenz in Castelgandolfo bezogen. Auch die meisten Beamten des Staatssekretariats sind in Ferien gegangen.

Mitten in der Stadt kann man am hellen Tage ohne weiteres parken. Die großen Plätze mit ihren Streifen am Boden sind wegen der Sommerhitze leer. Nur um die Sehenswürdigkeiten drängen sich die Autobusse aus ganz Europa. Der Petersplatz ist voller denn in irgendeinem anderen Monat.

Auch auf die glühendheißen Fenster des Damasushofes hat sich sommerliche Stille gelagert. Meist ist nur einer der beiden großen Lifte in Betrieb, der dekorative Polizist im 3. Stock ist verschwunden<sup>3</sup>, im Vorzimmer tun nur noch 2 statt 4 bis 5 Mann Dienst, die Empfangsräume haben im Gegensatz zu den Büroräumen keine Klimaanlage, so daß alle Gespräche bei der Hitze langsamer werden. Diese Hitze wird zum Hauptthema aller Gespräche und legt sich wie ein Schleier auf alle Probleme.<sup>4</sup>

Dabei liegen viele Fragen in der Luft. Wird die längst geplante Kurienreform noch im August kommen?<sup>5</sup> Wird Kardinalstaatssekretär Cicognani nach seiner Reise nach Lateinamerika Mitte August zurücktreten? Wird Kardinal Dell'Acqua oder Kardinal de Furstenberg sein Nachfolger? Geht Unterstaatssekretär Angelo Felici gerne als Nuntius nach Den Haag? Wer wird sein Nachfolger? Wird sich das Gerücht vom neuen „Finanzminister“ Dell'Acqua bewahrheiten? – Ist man im Vatikan mit dem Erfolg der Türkei-Reise des Papstes zufrieden?<sup>6</sup> Wird der Papst die im Vatikan propagierte Internationalisierung von Jerusalem<sup>7</sup> weiter verfolgen? Wird er Israel als Staat anerkennen?

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schwörbel und Vortragendem Legationsrat Sanne am 14. August 1967 vorgelegen.

Hat Vortragender Legationsrätin I. Klasse von Puttkamer am 15. August 1967 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Gehlhoff am 17. August 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Warum nur VS-Vetr[aulich]?“

<sup>2</sup> Paul VI.

<sup>3</sup> Dazu handschriftlicher Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Gehlhoff: „Wohin?“

Dazu bemerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schwörbel handschriftlich: „Hoffentlich ist ihm nichts passiert.“

<sup>4</sup> Der Passus „Der Papst hat ... alle Probleme“ wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schwörbel hervorgehoben. Dazu handschriftlicher Vermerk: „Wozu das?“

<sup>5</sup> Am 15. August 1967 wurde die Apostolische Konstitution „Regimini Ecclesiae Universae“ über die Reform der römischen Kurie verkündet. Vgl. dazu den Schriftbericht des Botschaftsrats I. Klasse Jaeschke, Rom (Vatikan), vom 23. August 1967; Referat I A 4, Bd. 374.

<sup>6</sup> Papst Paul VI. hielt sich am 25./26. Juli 1967 in der Türkei auf und traf sich u. a. mit dem orthodoxen Patriarchen von Konstantinopel, Athenagoras. Die Frage der Bewertung dieses Besuchs beantwortete Botschafter Sattler, Rom (Vatikan), bereits mit Schriftbericht vom 3. August 1967, in dem er konstatierte: „Im Vatikan wird eine allgemeine Befriedigung über den Verlauf der Reise Papst Pauls VI. in die Türkei gezeigt.“ Vgl. Referat I A 4, Bd. 374.

<sup>7</sup> Am 26. Juni 1967 führte dazu Papst Paul VI. während des geheimen Konsistoriums vor den Kardinälen aus: „Jerusalem, urbs sancta, in aevum omne id debet manere quod revera est: civitas Dei,

Wird er bald einen neuen Vorstoß in der Vietnam-Frage machen? Wird er gar nach Moskau reisen?

II. Die Antworten, die mir der neue Leiter der Abt. I (für außerordentliche Angelegenheiten) Erzbischof Casaroli, geben konnte, sind mager:

- Die Kurienreform wird mehr formal als substantiell sein. Ob sie noch im August verkündet wird, ist noch nicht entschieden.
- Ob und wann Cicognani zurücktritt und wer sein Nachfolger wird, ist noch unsicher.
- Msgr. Felici wäre wegen seiner hohen theologischen Bildung für den schwierigen Posten im reformerischen Holland sehr geeignet. Sein bisheriger Posten werde wohl nicht mehr besetzt. Früher habe es auch nur einen Unterstaatssekretär gegeben.
- Mit dem Erfolg der Türkei-Reise ist man zufrieden und glaubt, vor allem dem Patriarchen Athenagoras geholfen zu haben. Als Höhepunkt der Reise wird das historische Zusammentreffen der Kirchenoberhäupter und das Gebet des Papstes in der Hagia Sophia gewertet.
- Was Jerusalem angehe, so habe der Papst nur von einem besonderen Status mit internationaler Garantie gesprochen (Siehe dazu den eigenen Bericht über das Memorandum vom 3. August).
- Im übrigen könne mir vielleicht Msgr. Felici, der vor 3 Wochen in Jerusalem war, einige Details von seiner Informationsreise erzählen.
- Alles andere seien nur Gerüchte, über die man heute nichts sagen könne.

Bei den Fragen, die sich auf Deutschland beziehen, wurde Msgr. Casaroli konkreter:

Als ich ihm sagte, eine Flüchtlingswochenzeitung der Bundesrepublik habe kürzlich von neuen Vorstößen der Polen wegen der Einsetzung von ordentlichen Bischöfen statt der Apostolischen Administratoren<sup>8</sup> geschrieben, meinte er, davon könne keine Rede sein, und er habe gar nichts Derartiges gehört.

Bezüglich der Schulfrage in den einzelnen deutschen Ländern<sup>9</sup> zeigte er sich gut unterrichtet und wies auf zwei Grundtatsachen hin:

1) Natürlich könne jeder einzelne katholische Christ in bezug auf die Erziehung seiner Kinder seine Meinung je nach den Zeitumständen ändern. Die Linie zur Gemeinschaftsschule sei deutlich erkennbar.

2) Wenn aber, wie bei Deutschland, rechtlich bindende Abmachungen in einem Konkordat<sup>10</sup> festgelegt seien, müsse man sich daran halten, solange dies Geltung habe. Im übrigen würden diese Schulfragen ja wohl besser an Ort und

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1179*

liberum refugium, ubi pax vigeat ac preces fiant, locus, quo cuncti homines possint convenire, ubi mentes erigant, studeant concordiae; quam ob rem propriis legibus regatur oportet agnitis ab omnibus nationibus.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 49 des Botschafters Sattler, Rom (Vatikan); I B 4, Bd. 286.

<sup>8</sup> Zur Kirchenverwaltung in den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches unter polnischer Verwaltung vgl. Dok. 180.

<sup>9</sup> Vgl. dazu etwa die Schulreform in Baden-Württemberg; Dok. 22, Anm. 1.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des Konkordats vom 20. Juli 1933 zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl vgl. REICHSGESETZBLATT 1933, Teil II, S. 679–690.

Stelle mit den zuständigen Bischöfen verhandelt. Nur im Notfall oder am Schluß könne man an eine Sitzung in Rom denken.

III. Ein anschließendes Gespräch mit Msgr. Felici ergab, daß er – es klang nicht ganz glaubwürdig – jetzt gerne nach Holland gehe, zunächst aber in Urlaub. In der zweiten Septemberhälfte wäre dann seine Bischofsweihe, zu der er mich einladen werde.

Von Jerusalem erzählte er zahlreiche Details, betonte aber den rein informativen Charakter seiner Reise. Am meisten sei er von der großen Zahl jüdischer Pilger aus Israel und anderen Ländern an der Klagemauer beeindruckt gewesen. Im übrigen müsse bald eine Erklärung des Papstes über die Jerusalem-Frage kommen. Sie kam am 7. August mit Datum vom 3. 8. (siehe besonderen Bericht).

Alles Übrige wird sich erst nach der Sommerhitze klären, die seit dem 7. August ein wenig nachzulassen scheint.

Sattler

VS-Bd. 2442 (I A 4)

## 297

### Staatssekretär Lahr an Staatssekretär Carstens, Bundesministerium der Verteidigung

II A 7-81-04-90.37-2450/67 geheim

9. August 1967<sup>1</sup>

Lieber Herr Carstens!

Das Bundesministerium der Verteidigung hat mit Schreiben vom 13. Juli 1967 – T IV 5 – 90-14-10-42 – Tgb.Nr. 1163/67 geh.<sup>2</sup> – zum südafrikanischen Vorschlag, daß die Bundesrepublik Deutschland sich an der Entwicklung des Flugabwehrlenkwaffensystems „Cactus“ beteiligt<sup>3</sup>, wie folgt Stellung genommen:

„Ich bitte, die Südafrikanische Republik darüber zu unterrichten, daß gegenwärtig keine Möglichkeiten einer deutschen Beteiligung an der Entwicklung ‚Cactus‘ gesehen werden, weil weder ein Bedarf der Streitkräfte für diese Waf-

<sup>1</sup> Durchschlag als Konzept.

Das Schreiben wurde vom Vortragenden Legationsrat Behrends konzipiert und am 9. August 1967 von Ministerialdirigent Sahm an Staatssekretär Lahr weitergeleitet.

Am 22. August 1967 notierte Legationsrat I. Klasse Blech handschriftlich auf dem Begleitvermerk von Sahm: „Ging das Schreiben in dieser Form ab? Antwort?“ Dazu handschriftlicher Vermerk: „Ja“. Hat gleichfalls laut Begleitvermerk Staatssekretär Schütz am 23. August 1967 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Ruete vermerkte: „Was tut in dieser Frage Frankreich? Haben wir unsere Haltung abgestimmt?“

Hat Ruete am 25. August 1967 vorgelegen, der Referat II A 7 um Rücksprache bat. Für den Begleitvermerk vgl. VS-Bd. 1828 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Vgl. VS-Bd. 1828 (II A 7).

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 213.

fe vorliegt, noch Haushaltsmittel in absehbarer Zeit bereitgestellt werden können.

Jedoch besteht Interesse an technischen Informationen über den Fortgang und die Ergebnisse der Entwicklung, um für den Fall, daß sich in der Zukunft dieses System anderer Lösungsversuchen als überlegen erweisen sollte, die Möglichkeit seiner Verwendung bei der Bundeswehr erneut prüfen zu können.“

Das Auswärtige Amt ist der Auffassung, daß unsere politischen Interessen keinerlei rüstungswirtschaftliche Zusammenarbeit mit Südafrika erlauben. Ich glaube daher, daß die Verwendung der „Cactus“ bei der Bundeswehr außer Betracht bleiben sollte und daß wir es auch vermeiden sollten, Informationen über dieses Flugabwehrlenkwaffensystem in einer Weise einzuholen, die zu falschen Schlüssen Anlaß geben könnte. Das Auswärtige Amt möchte deshalb davon absehen, die südafrikanische Botschaft um die Erteilung von technischen Auskünften über den Fortgang des Vorhabens zu ersuchen.

Als Anlage übersende ich Ihnen einen Durchdruck der beabsichtigten Antwortnote.<sup>4</sup>

Mit herzlichem Gruß

Ihr<sup>5</sup>  
gez. Lahr

VS-Bd. 1828 (II A 7)

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt.

In der Note teilte das Auswärtige Amt mit, daß „die Bundeswehr auf absehbare Zeit keinen Bedarf“ an der Flugabwehrrakete „Cactus“ habe „und daß die Bundesregierung auch nicht in der Lage wäre, Haushaltsmittel hierfür aufzubringen“. Vgl. VS-Bd. 1828 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967. Am 23. August 1967 wurde handschriftlich auf dem Begleitvermerk des Ministerialdirigenten Sahm vom 9. August 1967 notiert: „1) H[err] St[aats]s[ekretär] Carstens hat mündlich sein Einverständnis mitgeteilt. 2) Note wird heute übergeben.“ Vgl. VS-Bd. 1828 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Schlußformel handschriftlich.

**Ministerialdirigent Böker, z.Z. Lagos, an das Auswärtige Amt****Z B 6-1-13943/67 VS-vertraulich****Aufgabe: 12. August 1967****Fernschreiben Nr. 384****Ankunft: 13. August 1967, 11.45 Uhr****Citissime****Betr.: Unterredung MDg Böker/Staatschef Gowon**

Wurde heute von Staatschef Generalmajor Gowon zu Unterredung empfangen, die entgegen protokollarischer Gepflogenheit fast eine Stunde dauerte.

Trotz der prekären Lage<sup>1</sup> machte Gowon gelösten, sicheren und zuversichtlichen Eindruck. Meine Frage, ob dies bedeute, daß er hoffe, die Schwierigkeiten bald meistern zu können, bejahte er ohne Vorbehalt. Die Erfolge Biafras in Midwest<sup>2</sup> seien nicht militärischer Natur, sondern Folge des Verrats einiger höherer Ibo-Offiziere, die das Vertrauen des regionalen Militärgouverneurs<sup>3</sup> mißbraucht hätten. Praktisch sei es fast nirgendwo zu Kampfhandlungen gekommen. Das militärische Kräfteverhältnis sei eindeutig zugunsten der Zentralregierung. Man werde einen weiteren Vormarsch der Biafratruppen verhindern können. Die Offensive der Regierungstruppen in der Ostregion werde fortgesetzt. Der Verrat in der Midwestregion bedeute nur einen zeitlichen Rückschlag. Auf Befragen meinte Gowon, daß wohl bis Jahresende die größten Schwierigkeiten überwunden sein dürften.

Von sich selbst sagte er, daß er gegen seinen Willen zunächst in eine politische und jetzt sogar in eine krieglerische Rolle hineingedrängt worden sei.<sup>4</sup> Er betrachte sich als einen „soldier of peace“ und sehne den Tag herbei, wo er wieder von der politischen Bühne abtreten und sich nur der Reorganisation der Streitkräfte widmen könnte.

Mit Bitterkeit sprach Gowon von dem Verrat Ojukwu an seinen Offizierskameraden und an der Einheit Nigerias. Möglichkeiten eines Kompromisses beständen noch immer, aber niemals mehr mit „diesem Mann“. Ojukwu repräsentiere gewisse Ibo-Kreise, für die es nur zwei Alternativen gebe: Ibo-Vorherrschaft in einem straffen nigerianischen Einheitsstaat oder Sezession. Die

<sup>1</sup> Am 30. Mai 1967 hatte sich die Staatskrise in Nigeria so zugespitzt, daß sich die mehrheitlich vom Stamme der Ibos bewohnte Ostregion unter Gouverneur Ojukwu als „Republik von Biafra“ für unabhängig erklärte. Präsident Gowon versuchte, die Sezession durch militärisches Eingreifen rückgängig zu machen. Seit Anfang August 1967 befand sich Nigeria im Bürgerkrieg.

<sup>2</sup> Am 10. August 1967 meldete Botschafter Gnodtke, Lagos: „Besetzung bisher vom Bürgerkrieg verschonter Midwest-Region durch Handstreich ostnigerianischer Truppen hat zu Frontverschiebung um 240 Kilometer in Richtung Lagos geführt und Zentralregierung in Bedrängnis gebracht, da fast alle verfügbaren Bundestruppen auf ostnigerianischem Kriegsschauplatz konzentriert. [...] Botschaft hat noch Sprechfunkverbindung mit Deutschen in den bereits besetzten Städten Benin, Warri, Ughelli und einer küstennahen Baustelle. Funkpartner berichten, daß alle wichtigen Orte im Midwesten fest in Hand Biafratruppen und Ruhe inzwischen wiederhergestellt.“ Vgl. Referat I B 3, Bd. 709.

<sup>3</sup> D.A. Ejoor.

<sup>4</sup> Yakubu Gowon hatte als Generalstabschef der nigerianischen Armee am 1. August 1966 nach einem Militärputsch die Regierung in Nigeria übernommen.

Ibos müßten lernen, sich wie die übrigen Stämme in einem föderativen Staat einzufügen.

Ich überbrachte Gowon den Dank des Herrn Bundespräsidenten für seinen Brief vom 5. 6.<sup>5</sup> und für die Botschaft, die Chief Enahoro soeben in Bonn überbracht hatte<sup>6</sup>. Deutschland habe volles Verständnis für gegenwärtige Schwierigkeiten Nigerias. Wir wollten uns in die inneren Auseinandersetzungen keinesfalls einmischen. Wir unterhielten Beziehungen nur zur Zentralregierung<sup>7</sup>, deren Haltung uns gegenüber immer sehr freundschaftlich gewesen sei. Wir hofften, daß es möglich sein werde, die nigerianische Einheit zu erhalten. Die Balkanisierung Afrikas entspreche weder Interessen Europas noch Afrikas.

Wir seien erfreut darüber, daß auch alle afrikanischen Staaten diese Haltung einnehmen. Gowon stimmte dem lebhaft zu und bedankte sich für die verständnisvolle und freundschaftliche deutsche Einstellung. Chief Enahoro habe ihm bereits telefonisch aus London einen positiven Bericht über seine Bonner Gespräche gegeben. Er, Gowon, beurteile die deutsch-nigerianischen Beziehungen sehr positiv.

Zum Schluß der Unterredung bat er, in sehr herzlicher Weise der Bundesregierung den Dank für alle bisher geleistete Hilfe<sup>8</sup> auszusprechen.

[gez.] Böker

VS-Bd. 2541 (I B 3)

<sup>5</sup> Für den Wortlaut vgl. Referat I B 3, Bd. 712.

<sup>6</sup> Der nigerianische Sonderbotschafter Enahoro übergab am 8. August 1967 ein Schreiben des nigerianischen Präsidenten Gowon an Bundeskanzler Kiesinger. Für den Wortlaut des Schreibens vom 29. Juli 1967 und für den undatierten Entwurf eines Antwortschreibens vgl. Ministerbüro, Bd. 367.

<sup>7</sup> Dazu führte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg bereits am 21. Juni 1967 aus: „Bei der ‚Republik Biafra‘ des Obersten Ojukwu handelt es sich um ein illegales Regime. Die von Oberst Ojukwu beabsichtigte völkerrechtliche Aufwertung seines Regimes ist bisher mangels ausländischer Anerkennung mißglückt. Biafra kann nicht als unabhängiger Staat angesehen werden. Eine Anerkennung durch die Bundesrepublik Deutschland kommt unter diesen Umständen z. Zt. nicht in Frage.“ Vgl. Referat I B 3, Bd. 710.

Mit Verbalnote vom 28. Juni 1967 sicherte die Bundesrepublik der nigerianischen Regierung zu, „zu innenpolitischen Fragen in Nigeria nicht Stellung“ zu nehmen. Vgl. Referat I B 3, Bd. 712.

<sup>8</sup> So hatte die Bundesrepublik Nigeria im Rahmen eines Militärhilfeabkommens Flugzeuge vom Typ Do-27 geliefert, die auf dem Luftwaffenstützpunkt Kaduna stationiert waren und dort von Mitarbeitern der Firma Dornier gewartet wurden. Bei einem Luftangriff auf Kaduna am 10. August 1967 wurde ein Angestellter von Dornier getötet, zwei weitere wurden verletzt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 375 des Botschafters Gnodtke, Lagos, vom 10. August 1967; Referat I B 3, Bd. 709.

Trotz dieses Vorfalls und obwohl die Mitarbeiter von Dornier von der nigerianischen Armee „um Hilfe bei Armierung fremder und eigener Flugzeuge angegangen worden“ seien, sprach sich Gnodtke für ihren Verbleib in Nigeria aus, da ein Abzug „in gegenwärtiger Lage als unfreundlicher Akt und Begünstigung Biafras empfunden“ werden würde. Vgl. die Drahtberichte Nr. 430 und 446 vom 25. bzw. 31. August 1967; VS-Bd. 2541 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1967.



299

### Botschafter Freiherr von Müllenheim-Rechberg, Kinshasa, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-13960/67 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 136  
Citissime

Aufgabe: 15. August 1967, 10.00 Uhr  
Ankunft: 15. August 1967, 15.04 Uhr

Habe zu gestrigen Demonstrationen noch folgende Einzelheiten erfahren: Sonntag, 13. 8., abends, wurde britischer Botschafter<sup>1</sup> über bevorstehende Aktionen gegen britische, belgische und französische Botschaft vorgewarnt, der von ihm darauf unterrichtete und um Schutz gebetene Außenminister Bomboko, der angeblich von nichts wußte, setzte sich mit politischem Direktor Mdr Kithima, der als notorischer Scharfmacher bekannt ist, in Verbindung, um von diesem zu erfahren, daß tatsächlich eine friedliche Demonstration der MPR<sup>2</sup> gegen die imperialistische Aggression im Osten des Landes<sup>3</sup> geplant sei. Danach bat Bomboko auf Vorhalten britischen Botschafters Staatspräsident Mobutu, Demonstration zu untersagen. Mobutu erklärte jedoch, man solle MPR gewähren lassen.

Zu bereits gestern gemeldeten<sup>4</sup> Ausschreitungen und Schäden noch folgendes nachzutragen: ca. 2000 Demonstranten, drei Stockwerke in belgische Botschaft völlig geplündert, Möbel und Akten auf Straße geworfen und verbrannt, belgische Flagge vom Dach geholt und zerrissen, sieben Stockwerke eines benachbarten Wohnhauses geplündert, dabei Europäer mißhandelt, einige Geschäfte ausgeraubt, Straßenstatue König Alberts umgestürzt, Weiße in Straßen mit Steinen beworfen. Nach Demonstration gegen belgische Botschaft Zug einiger Demonstranten vor US-Botschaft, einige Schreiben zertrümmert. Auf zwischen-

<sup>1</sup> John Cotton.

<sup>2</sup> Mouvement Populaire de la Révolution.

Botschafter Freiherr von Müllenheim-Rechberg, Kinshasa, charakterisierte mit Schriftbericht vom 7. Juli 1967 die MPR als eine von Präsident Mobutu geschaffene Massenorganisation, die ihm „eine auf ihn eingeschworene Hausmacht sichert und bei öffentlichen Anlässen die Claqueure stellt“. Vgl. Referat I B 3, Bd. 703.

<sup>3</sup> Am 9. August 1967 besetzte eine „aus ehemaligen weißen Söldnern der kongolesischen Armee und katangesischen Gendarmen bestehende Rebellentruppe“ die Stadt Bukavu, forderte Präsident Mobutu zu Verhandlungen auf und nannte als Bedingung die Freilassung des in Algerien inhaftierten, am 13. März 1967 in Abwesenheit zum Tode verurteilten ehemaligen Ministerpräsidenten Tschombé, dessen Auslieferung die kongolesische Regierung beantragt hatte. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, Z 191.

Am 10. August 1967 rief der kongolesische Oberst Monga in Bukavu eine provisorische Regierung „Gouvernement de Salut Public“ aus. Vgl. den Drahtbericht Nr. 42 der Botschaft in Kigali, vom 11. August 1967; Referat I B 3, Bd. 703.

<sup>4</sup> Am 14. August 1967 berichtete Botschafter Freiherr von Müllenheim-Rechberg, Kinshasa, von den Ausschreitungen gegen westliche Botschaften und den Übergriffen auf Europäer in Kinshasa. Es wies darauf hin, daß die MPR „Stadtausgänge für Autos [der] Europäer“ gesperrt habe: „Botschaftsangehörige mit Frauen und Kindern befinden sich gemäß hiesigem Krisenplan im Botschaftsgebäude. Tele-Verbindungen nach Ausland abgeschnitten, internationale Luftlinien fliegen Kongo nicht mehr an. Weitere Entwicklung noch nicht abzusehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 133; Referat I B 3, Bd. 703.

zeitlichen Telefonanruf US-Botschafters<sup>5</sup> erschien Mobutu nebst Bomboko und Nendaka auf Szene und forderte zur Beendigung auf. Beim Abrücken Demonstranten Scheiben an am Wege liegender französischer Botschaft zerstört. Bomboko besichtigte mit belgischem Botschafter<sup>6</sup> nach Abschluß Demonstrationen Schäden an und vor Botschaft, äußerte dabei kein Wort Bedauern oder Entschuldigung. Etwa eineinhalb Stunden nach Beginn Demonstrationen erschienen auch Militär und Polizei, taten aber nichts gegen Demonstranten. Über Tatorte hinaus riegelte Jeunesse der MPR Zufahrtsstraßen zur Stadt ab, hielt Autos an und mißhandelte Weiße – den ganzen Vormittag über gehörte Kinshasa praktisch dem Mob. Für Weiße gab es, wie schon so oft, keinen Schutz, keine Sicherheit, nur das Glück, im Einzelfall nicht betroffen zu sein oder zu entkommen. Vorgänge haben wieder einmal erschreckend deutlich gemacht, wie blitzartig Anarchie und Chaos hier nach wie vor auftreten können. Kein Zweifel, daß Mobutu Demonstrationen inspiriert oder gebilligt hatte und sich erst nach deren Ablauf in Pose des Auflauferstreuers gefiel.<sup>7</sup> Bei bekannter kritischer Gesamtlage Kongo Zukunftsaussicht in jeder Beziehung ernst und fast verzweifelt. Nach weitgehender Ausschaltung ANC<sup>8</sup> im Osten, bei geringem Kampfwert noch verfügbarer ANC-Einheiten und Stimmung im ganzen Lande würde ein verantwortungsvoller und gemäßigter Staatsmann mit Gegenregierung verhandeln. Gerade dies ist Mobutu nicht, und er hat sich auch schon zu sehr gegen Tschombé und Söldner öffentlich festgelegt, um ohne entscheidenden Gesichtsverlust noch davon zurückzukönnen. Daher auch damit zu rechnen, daß bei weiterer Lageverschärfung durch Aktionen der Gegenregierung im Osten und der anhaltenden antiweißen Hetze in den Nachrichtenorganen auf Betreiben Regierung neue unvorhersehbare und extreme Reaktionen in Kinshasa auftreten, mit möglicherweise für alle Weißen entsetzlichen Folgen und dadurch verschärft, daß Armee und Polizei selbst rauben und plündern.

Vergangenen Sonnabend in Vorahnung Ereignisse mit holländischem Botschafter<sup>9</sup> als Doyen westeuropäischer Botschafter geführtes Gespräch ergab zwar gleiche Lagebeurteilung, aber keine Aussicht auf hiesige gemeinsame westeuropäische Initiative zur Einleitung von Sicherheits- oder Evakuierungsmaßnahmen von außen durch z. B. NATO oder UNO. Belgischer Botschafter zu sehr mit Eigenproblemen beschäftigt, holländischer Botschafter sieht ohne Belgier keine Möglichkeit. Neuer US-Botschafter hat noch nicht erkannt, daß

<sup>5</sup> Robert Henry McBride.

<sup>6</sup> Paul Bihin.

<sup>7</sup> Dazu berichtete Botschafter Freiherr von Müllenheim-Rechberg, Kinshasa, am 17. August 1967, daß während der Ausschreitungen gegen die belgische Botschaft am 14. August 1967 Präsident Mobutu „tatsächlich in Uniform MPR eine Zeitlang unter Demonstranten weite und Treiben befriedigt zusah [...], bevor er Einhalt gebot. Nach glaubwürdiger Quelle gingen er und Bomboko im sog. Chinesenkostüm abends nochmals durch Gebiet Ausschreitungen, wobei beide unter MPR-Abzeichen kleines Stück am Vormittag zeretzter belgischer Flagge trugen. – Generalinspekteur Polizei bestätigte mir in Unterhaltung, daß Polizei Anweisung hatte, während Sturm auf ausgewählte Ziele untätig zu bleiben; für Armee galt das gleiche. – Zur Organisation der Ausschreitungen: MPR hatte zehn Autobusse bestellt, die ab 5 Uhr früh Demonstranten einsammelten und zum Tatort fuhren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 138; VS-Bd. 2540 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Armée Nationale Congolaise.

<sup>9</sup> W. G. Zeylstra.

in Mobutu zwei Jahre lang der falsche Mann gestützt wurde, könnte wohl auch zur Zeit mindestens Washington nicht davon überzeugen. So bleibt von hier nur Raum für eigene Initiative.

Anrege, diesbezüglich mit betroffenen westeuropäischen Regierungen Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen für hiesige Weiße für Fall erneuter Ausschreitungen des Mobs, Grenz- und Nachrichtensperren usw. soweit vorbereitend zu erörtern, daß Organisation steht und gegebenenfalls blitzartig gehandelt werden kann. Erbitte in Ansehung Gesamtlage sofortige Drahtgenehmigung Familienangehörige Botschaft im Linienverkehr nach Deutschland zu evakuieren, werde sonstigen deutschen Staatsangehörigen persönlich anraten, nach Möglichkeit unverzüglich abzureisen.<sup>10</sup>

[gez.] Müllenheim

VS-Bd. 2540 (I B 3)

300

**Ministerialdirigent Sahm, z.Z. Washington,  
an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-13961/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 1700**  
**Cito**

**Aufgabe: 15. August 1967, 11.50 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 15. August 1967, 17.14 Uhr**

Betr.: Verteidigungsplanung

Staatssekretär Carstens berichtete dem Herrn Bundeskanzler am 14.8. über seine Gespräche mit McNamara und Nitze im wesentlichen folgendes:

Die Erklärung unserer finanziellen Probleme und deren Auswirkungen sei auf keine großen Schwierigkeiten gestoßen. Man habe die Ziffern des Verteidigungshaushalts für 1968<sup>2</sup> hingenommen; für die folgenden Jahre hoffe man auf Möglichkeit einer Überprüfung.

Während Nitze positiv und aufgeschlossen gewesen sei, habe McNamara klar erkennen lassen, daß er das Rotationssystem fortentwickeln und die deutschen Maßnahmen zum Anlaß einer „Zweiten Runde“ nehmen wolle. Er habe dabei auch auf den von Mansfield ausgeübten Druck<sup>3</sup> hingewiesen und nachdrück-

<sup>10</sup> Graf von Posadowsky-Wehner übermittelte am 15. August 1967 die Leitlinie, daß „deutsche Staatsangehörige [...] ihr Verhalten möglichst mit anderen westlichen Staatsangehörigen abstimmen“ sollten, und betonte: „Eine Weisung zur Evakuierung der Familienangehörigen der deutschen Botschaft ist im Moment noch nicht möglich, insbesondere solange eine entsprechende Empfehlung für die übrige deutsche Kolonie nicht ausgesprochen wird.“ Einer freiwilligen Heimkehr von Familienangehörigen stehe jedoch nichts im Wege. Vgl. den Drahtbericht Nr. 76; VS-Bd. 2540 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Behrends am 16. August 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 258.

<sup>3</sup> Zur Position des Fraktionsvorsitzenden der Demokraten im amerikanischen Senat vgl. Dok. 267, Anm. 16.

lich betont, daß die theoretisch natürlich nicht auszuschließende Idee des großen Überraschungsangriffs ein Mythos sei.<sup>4</sup> (Diese Bemerkung beziehe sich nicht auf mögliche Aktionen der sowjetischen Truppen in der Zone, die als ständige Gefahr anerkannt werden.)

Staatssekretär Carstens vertrat die Auffassung, daß McNamara seine Absicht, die Rotation fortzusetzen, wahrscheinlich schon während des Besuchs des Bundeskanzlers zur Sprache bringen<sup>5</sup> und in erster Linie auf die Einbeziehung derjenigen Luftwaffenteile hinwirken werde, die im April nach dem Gespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Johnson<sup>6</sup> aus der Rotation herausgenommen wurden.<sup>7</sup> Im übrigen habe er den amerikanischen Überlegungen nachdrücklich entgegenwirkt und dem Sinne nach erkennen lassen, daß die deutschen Maßnahmen als eine Art „Innere Rotation“ anzusehen seien und gewissermaßen noch zur „Ersten Runde“ gehörten.

McNamara habe gefordert, daß alsbald deutsch-amerikanische Konsultationen über diese Fragen eingeleitet werden. Carstens habe erwidert, daß wir eine Diskussion ausschließlich im Rahmen der NATO vorziehen würden; er werde die Frage jedoch dem Bundeskanzler vorlegen. Er habe sich jedoch mit informativen Gesprächen zwischen Generalinspekteur<sup>8</sup> und General Spivy einverstanden erklärt. Der Termin hierfür sollte möglichst dicht an die NATO-Konsultationen angelehnt sein.

Über Offset sei von amerikanischer Seite nicht gesprochen worden.

Zur Beibehaltung der nuklearen Trägerwaffen habe McNamara keine Bedenken geäußert; man habe ihm zu unrecht nachgesagt, er sei für eine Reduzierung der „strike capability“ der Bundeswehr.

Zu der in der Nuclear Planning Group behandelten Frage der Rechte des Gaststaates (Veto) seien keine wesentlichen Fortschritte erzielt worden.

Abschließend teilte Staatssekretär Carstens mit, er habe McNamara im Auftrage des Bundesverteidigungsministers<sup>9</sup> eingeladen, bei Gelegenheit der Sitzung der NPG in Ankara<sup>10</sup> einen Besuch in Bonn abzustatten.

[gez.] Sahm

VS-Bd. 2027 (II A 7)

<sup>4</sup> Am 25. August 1967 bestätigte Botschafter Knappstein, Washington, daß „einflußreiche Kreise im Pentagon, auch McNamara selbst, Überlegungen über eine zweite Runde der Rotation anstellen. Auch wenn hierüber nicht gern gesprochen wird, dürfte dabei eine Rolle spielen, daß die zentral verfügbaren amerikanischen Reservisten durch die laufende Verstärkung der Streitkräfte in Vietnam immer mehr beansprucht werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1776; VS-Bd. 2027 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger und des Bundesministers Brandt mit den amerikanischen Ministern Fowler, McNamara und Rusk vgl. Dok. 302.

<sup>6</sup> Für das Gespräch vom 26. April 1967 vgl. Dok. 147.

<sup>7</sup> Zur Kompromißlösung bezüglich der Zahl der in die USA zurückzuverlegenden amerikanischen Kampfflugzeuge vgl. Dok. 151.

<sup>8</sup> Ulrich de Maizière.

<sup>9</sup> Gerhard Schröder.

<sup>10</sup> Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO am 28./29. September 1967 in Ankara vgl. Dok. 329.

## 301

**Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger  
mit Präsident Johnson in Washington****Geheim****15. August 1967<sup>1</sup>**

Der Herr Bundeskanzler traf am 15. August 1967 um 12.15 Uhr im Weißen Haus in Washington zu einem ersten Vier-Augen-Gespräch mit Präsident Johnson zusammen.

Im Zusammenhang mit einleitenden Bemerkungen über seine Amtsvorgänger sagte der *Präsident*, Eisenhower sei ein guter persönlicher Freund und großartiger Mensch, wenngleich er der Führer der Republikaner sei, und habe ihn mit einer starken Erklärung zum Vietnam-Krieg unterstützt. Er mache sich Sorgen um Eisenhowers Gesundheitszustand. Eisenhower sei auch in Texas geboren<sup>2</sup>, wohin 1848 viele Deutsche eingewandert seien. Sie und ihre Nachfahren hätten sich als gute amerikanische Bürger erwiesen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, daß auch einige seiner Vorfahren nach Amerika ausgewandert seien.<sup>3</sup>

Der *Präsident* erwähnte sodann, daß er nach seinem Bonner Besuch<sup>4</sup> eine ganze Reihe wichtiger Entscheidungen habe treffen müssen. Er erwähnte den Eisenbahnerstreik, der durch Zwangsschlichtung beigelegt werden müssen, was ihm Kritik in Kreisen der Arbeitnehmer eingebracht habe.

Sodann sei die Krise im Nahen Osten ausgebrochen. Es habe sich als schwierig erwiesen, eine Feuereinstellung herbeizuführen.

Dann sei ziemlich unerwartet und kurzfristig Kossygin gekommen. Er selbst habe keine Lust gehabt, wegen der New Yorker Atmosphäre sich dort mit ihm zu treffen. Kossygin andererseits habe nicht nach Washington kommen wollen und wegen der Erinnerung an Chruschtschow auch Camp David<sup>5</sup> ausgeschlagen. So habe man sich auf Glassboro geeinigt.<sup>6</sup> Das wichtigste Thema sei Vietnam gewesen. Die Russen würden den Konflikt gern beigelegt sehen, doch verfügten sie dafür nicht über die nötige Stärke und den erforderlichen Einfluß. Frühere Versuche dieser Art, die Gromyko bei Wilson und in Washington unternommen habe<sup>7</sup>, seien wegen der Haltung der Chinesen gescheitert. Man

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 18. August 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Dwight D. Eisenhower wurde am 14. Oktober 1890 bei Denison in Nordtexas geboren.

<sup>3</sup> Vgl. dazu KIESINGER, Jahre, S. 16 f.

<sup>4</sup> Präsident Johnson hielt sich anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Bundeskanzler Adenauer in Bonn auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kiesinger am 26. April 1967 vgl. Dok. 147.

<sup>5</sup> Zu den Gesprächen vom 26./27. September 1959 vgl. Dok. 147, Anm. 8.

<sup>6</sup> Zu den Gesprächen des Präsidenten Johnson am 23. und 25. Juni 1967 mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten, der sich anlässlich der 5. Sondersitzung der UNO-Generalversammlung in New York aufhielt, vgl. Dok. 240, Anm. 16.

<sup>7</sup> Vom 16. bis 19. Juli 1966 führte Premierminister Wilson in Moskau Gespräche zur Vietnam-Frage.

Vgl. dazu auch den Entwurf einer Resolution mit der Forderung nach Beendigung des Vietnam-

habe ferner über Lateinamerika gesprochen. Außerdem sei die Frage der Raketenabwehr behandelt worden, und man habe Gespräche darüber vereinbart, ob ein solches System, das 20 bis 30 Milliarden Dollar kosten würde, notwendig sei. Für die Gespräche sei allerdings noch kein Zeitpunkt festgelegt worden. Ein weiterer Diskussionspunkt sei der Nichtverbreitungsvertrag gewesen. Die Russen hätten dem Vorschlag, einen gemeinsamen Entwurf zu unterbreiten, nicht zugestimmt. Nach der neuesten Entwicklung sehe es aber so aus, als ob nun in dieser oder der nächsten Woche ein gemeinsamer Text (ohne Artikel III) vorgelegt würde<sup>8</sup>, über den dann im Ausschuß gemeinsam beraten werden könnte. Man halte es nicht für ausgeschlossen, daß die Russen im Hinblick auf die 50-Jahrfeiern<sup>9</sup> am Abschluß des Vertrages interessiert seien.

Die Sondersitzung der Vereinten Nationen habe sich als Fehlschlag für die Russen erwiesen. Zunächst habe man befürchtet, daß sie für ihre Entschliebung eine Zweidrittel-Mehrheit bekommen könnten.<sup>10</sup>

Die Entwicklung im Kongo habe Entscheidungen gefordert, die im Außenpolitischen Ausschuß des Senats keinen ungeteilten Beifall gefunden hätten.

Im Inneren seien die Rassenunruhen in einem bisher unbekannten Maß aufgeflammt. Man sehe noch nicht, was getan werden müsse und könne, um dieses schwierige Problem zu lösen.

Schließlich sehe er sich einem möglichen Defizit von 30 Milliarden Dollar gegenüber. Der Präsident erwähnte die innen- und außenpolitischen Gründe, die hierzu beitrügen und hob besonders den Vietnam-Krieg sowie die Ausgaben für Truppen anderer Länder, die in Vietnam kämpften, hervor. Er erläuterte die Maßnahmen, mit denen er das Defizit zu vermindern hoffe.

Angesichts dieser Lage sei es nicht verwunderlich, daß seine eigene Popularität einen Tiefstand von 39 % erreicht habe.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, die Erfahrung der CDU habe gezeigt, daß ein Jahr vor den Wahlen meistens ein gewisser Rückgang zu beobachten sei.

Der *Präsident* bemerkte, er glaube nicht, einen ersten politischen Fehler gemacht zu haben. Die Kennedy-Leute, unter denen sich gute Kräfte befänden, seien gegen den Vietnam-Krieg, so daß sich innerhalb seiner eigenen Partei verschiedene Fronten gebildet hätten. Je niedriger die Popularität, desto schwieriger sei es, Unterstützung für die Durchführung unbeliebter Maßnahmen zu finden. Man dürfe auch nicht übersehen, daß ein Jahr vor den Wahlen die politischen Wellen schon etwas hoch schlügen. Senator Mansfield vertrete An-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1189*

Krieges, die vom sowjetischen Außenminister Gromyko am 23. September 1966 der XXI. UNO-Generalversammlung vorgelegt wurde. Am 22. und 24. September 1966 kam Gromyko zu Gesprächen mit dem amerikanischen Außenminister Rusk zusammen, am 10. Oktober 1966 auch mit Präsident Johnson.

<sup>8</sup> Ein gemeinsamer amerikanischer-sowjetischer Vertragsentwurf wurde der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf am 24. August 1967 vorgelegt. Vgl. dazu Dok. 314.

<sup>9</sup> Am 3. November 1967 begannen die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution.

<sup>10</sup> Die 5. Sondersitzung der UNO-Generalversammlung fand vom 17. Juni bis 5. Juli 1967 statt. Am 19. Juni 1967 legte Ministerpräsident Kossygin einen Resolutionsentwurf zur Nahost-Krise vor, in dem Israel als „Aggressor“ bezeichnet wurde. In der Abstimmung am 4. Juli 1967 scheiterte dieser Entwurf an der notwendigen Zweidrittelmehrheit. Vgl. dazu UNITED NATIONS YEARBOOK 1967, S. 191–194 und S. 209.

sichten<sup>11</sup>, die für das Bündnis außerordentlich gefährlich seien. Würde er sie sich zu eigen machen, so würde das Bündnis auseinanderbrechen. Ähnliches gelte für die Ansichten, die über Vietnam geäußert würden. Man könne dort nicht einfach alles hinwerfen und nach Hause laufen.

Der Präsident sagte, er habe alle diese Fragen erwähnt, damit sich der Herr Bundeskanzler ein Bild davon machen könne, was ihn im Augenblick beschäftige. Er habe aber bereits zu Erhard gesagt, und er wiederhole es jetzt vor dem Herrn Bundeskanzler, daß die Vereinigten Staaten nichts täten, was die Machtstruktur in der Welt beeinträchtigen könnte, ohne vorher darüber mit ihm gesprochen zu haben. So wolle er auch ganz offen wissen, welche Sorgen und Probleme die Deutschen im Zusammenhang mit dem Atomsperrvertrag hätten. Desgleichen wolle er auch freimütig die Truppenfragen erörtern. Er wolle die amerikanischen Truppen so lange wie möglich in Europa halten und verlange auch nichts, was er nicht selbst zu geben bereit wäre. Die Arbeit des Herrn Bundeskanzlers wolle er keinesfalls erschweren. Jeder müsse aber für seine eigenen Entschlüsse selbst verantwortlich sein.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er habe die Entwicklung aufmerksam verfolgt und sehe die Schwierigkeiten, vor denen der Präsident stehe. Er wolle ganz offen sagen, er könne nicht sehen, wo der Präsident einen politischen Fehler gemacht habe. Es sei immer das gleiche: Wenn ein Volk in eine ernste Krise gerate – der Vietnam-Krieg sei eine solche – dann unterstütze zunächst das Volk die Regierung. Sobald aber Schwierigkeiten aufträten und eine Lösung nicht sichtbar werde, stelle sich Nervosität ein. So sei es überall. Deshalb sei er auch über die Bemerkung Schröders verärgert gewesen, man müsse die Streitkräfte um 60000 Mann kürzen.<sup>12</sup> Dies sei nicht wahr. Ein solcher Schritt sei weder von ihm noch vom Kabinett erwogen worden. Man habe nur die Erwartungen gekürzt, nicht aber den Verteidigungshaushalt. Dieser werde im Gegenteil erhöht, und zwar in den kommenden Jahren um 1,1%, 7,5% und 6%.<sup>13</sup> Zum ersten Mal habe man versucht, einen Haushaltsplan für fünf Jahre aufzustellen, in dem Bemühen, eine Situation wie die des letzten Jahres zu vermeiden. Der Haushalt belaufe sich auf 75 bis 80 Mrd. DM. Man habe sich einer Lücke von mehr als 11 Mrd. DM gegenübergesehen, von denen im vergangenen Jahr, bevor er Kanzler geworden sei, bereits 7 Mrd. abgedeckt worden seien, so daß seine Regierung noch 4 Mrd. habe überbrücken müssen. Für den Haushalt 1968 habe die Gefahr eines noch größeren Defizits von etwa 14 Mrd. DM gedroht. Um ihm zu begegnen, sei nunmehr die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt worden. Nach den gesetzlichen Bestimmungen müsse der Plan Jahr für Jahr der wirtschaftlichen und finanziellen Lage angepaßt werden. Der Herr Bundeskanzler betonte noch einmal, daß der Verteidigungshaushalt nicht gekürzt, sondern erhöht werde.

Was die Bundeswehr angehe, so habe General de Maizière schon seit längerer Zeit für einen realistischeren Plan plädiert, dem der damalige Verteidigungs-

<sup>11</sup> Vgl. dazu Dok. 267, Anm. 16.

<sup>12</sup> Zu entsprechenden Mitteilungen in der Presse vgl. Dok. 252, Anm. 2 und 8.

<sup>13</sup> Zum Beschluß des Bundeskabinetts vom 6. Juli 1967 über die mittelfristige Finanzplanung bis 1971 vgl. Dok. 258.

minister<sup>14</sup> zwei Wochen vor dem Sturz der Regierung Erhard zugestimmt habe. Der General trete für eine kleinere, aber modern ausgerüstete Armee ein. Demgegenüber habe sich General Moll sehr nachdrücklich gegen jede Kürzung gewandt. Er selbst habe mit Schröder einige Schwierigkeiten gehabt, doch letzte Woche sei entschieden worden, daß eine etwa erforderliche Kürzung des militärischen oder zivilen Personals der Bundeswehr 15000 Mann nicht überschreiten würde. Er persönlich halte eine Kürzung überhaupt nicht für erforderlich. Diese Frage müsse im Laufe des Jahres nach Konsultation mit den Amerikanern entschieden werden. Bedauerlicherweise habe das Auswärtige Amt in einem Telegramm von 60000 Mann gesprochen.<sup>15</sup> Er habe daraufhin mit Knapstein telefoniert und ihn um Richtigstellung gebeten.<sup>16</sup> Allen solchen Gerüchten fehle die Grundlage. Sie hätten aber Unruhe ausgelöst, und er mache dafür Schröder verantwortlich.

Der *Präsident* sagte, seiner Auffassung nach benötige man die gesamte Stärke, über die man in Europa verfüge, und noch mehr, um durch die vor uns liegende unsichere Zeit zu kommen. Er wolle nicht der Architekt einer Auflösung des Bündnisses sein. Er könne seine Truppen auf dem jetzigen Stand halten, wenn die Bundeswehr auch nicht gekürzt werde. Die innenpolitische Lage lasse ihm aber keine andere Wahl, als im Falle einer deutschen Kürzung nachzuziehen.

Der *Präsident* fuhr fort, daß er die vernünftige und vorsichtige deutsche Ostpolitik begrüße. Was de Gaulle angehe, so bedauere man seine Haltung, doch habe er selbst nie etwas Kritisches über ihn gesagt. Die Sicherung der europäischen Zukunft und die Wiedervereinigung Deutschlands verlangten, daß die jetzt in Europa stationierten Streitkräfte in ihrer Stärke erhalten blieben.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er und das Kabinett glaubten ebenfalls, daß die derzeitigen Streitkräfte aufrechterhalten werden müßten. Dies habe nichts mit den anderen Bemühungen um eine Entspannung und die Sicherung des Friedens zu tun. Der Osten verfüge über ein starkes militärisches Potential, weshalb der Westen ebenfalls seine Stärke aufrechterhalten müsse. Die beiden gewaltigen Militärmaschinen dürften aber nicht mit Spannung aufgeladen werden, da dies eines Tages zu einer gewaltsamen Entladung führen könnte. Man müsse also unter Wahrung der eigenen Verteidigungskraft versuchen, die Entspannungspolitik fortzusetzen, und vermeiden, daß sich die Atmosphäre auflade. Diese Politik sei die einzig mögliche, wenngleich viele Deutsche nicht richtig zwischen den beiden Aspekten unterscheiden könnten. Diese Politik werde man auch fortsetzen. Die neue deutsche Ostpolitik bedeute nicht, daß man die Verteidigungsstreitkräfte vermindern wolle. In amerikanischen Zeitungen habe er solche Vermutungen gelesen, doch sei man hiervon weit entfernt.

*Präsident Johnson* bedauerte, daß so viele falsche Informationen kursierten. Wenn man die hundert vernünftigsten Mitglieder des Kongresses fragen würde, welche Pläne die Deutschen mit ihren Streitkräften hätten, so würden 90 [%] davon mit Sicherheit von einer Kürzung um 60000 Mann sprechen. Die Bun-

<sup>14</sup> Kai-Uwe von Hassel.

<sup>15</sup> Zum Runderlaß Nr. 2436 des Ministerialdirigenten Sahm vom 10. Juli 1967 vgl. Dok. 258, Anm. 8.

<sup>16</sup> Vgl. dazu Dok. 254, besonders Anm. 6.



desrepublik sei als starker und verlässlicher Partner für die Vereinigten Staaten von größtem Interesse. Es müsse deshalb sichergestellt werden, daß zwischen den Männern an der Spitze volles Vertrauen herrsche. Er wiederhole seine bereits Erhard gegebene Zusicherung, nichts zu tun, was die Bundesrepublik berühre, ohne daß man darüber zuvor mit den Deutschen gesprochen habe. Das Verhältnis müsse so sein wie zwischen zwei Brüdern, die im gleichen Geschäft arbeiteten. Dies gelte für ihn, und er hoffe, der Herr Bundeskanzler sehe die Dinge auch so. Der Herr *Bundeskanzler* versicherte, daß dies so sei.

Der *Präsident* verwies sodann auf seine Zahlungsbilanzschwierigkeiten, die bis Ende des Jahres geregelt sein müßten. Es wäre für die Amerikaner sehr hilfreich, wenn die Bundeswehr nur um 15000 Mann oder, wie der Herr Bundeskanzler glaube, überhaupt nicht vermindert zu werden brauchte. Der *Präsident* wiederholte, er könne die Linie halten, wenn die Deutschen dies auch täten. Bei einer Popularität von nur 39 % sei ihm eine andere Einstellung nicht möglich.

Der Herr *Bundeskanzler* erwähnte, daß eine deutsche Meinungsumfrage darüber, ob eine engere Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten wünschenswert sei, einen Anstieg von 42 % im Januar auf 71 % im Juni erbracht habe.

Der Herr Bundeskanzler ging sodann auf Frankreich ein. Deutscherseits wolle man die deutsch-französische Freundschaft erhalten, die nach den früheren Auseinandersetzungen so etwas wie ein Wunder sei. Es handele sich um mehr als Verständigung. Beim letzten Bonner Besuch de Gaulles<sup>17</sup> habe er (Bundeskanzler) versucht, ihn zu einer Äußerung über seine Haltung zu Amerika zu provozieren. Wie schon im Januar in Paris<sup>18</sup> habe er ihm gesagt, man sei auf deutscher Seite von der Notwendigkeit überzeugt, die NATO, d.h. nicht nur das Bündnis, sondern das integrierte Verteidigungssystem, zu erhalten und zu stärken. Man wünsche auch die Präsenz amerikanischer Streitkräfte auf deutschem Gebiet. Die Sprache, deren er sich oft gegenüber den Vereinigten Staaten bediene, sei beunruhigend, und er müsse ihm offen sagen, daß gerade diese Ausdrucksweise sich schädlich auf das deutsch-französische Verhältnis auswirke. In der Plenarsitzung habe de Gaulle hierauf geantwortet, daß die französische Politik keineswegs gegen Amerika gerichtet sei, mit dem Frankreich durch langjährige und natürliche Freundschaft verbunden sei. Diese Freundschaft wolle Frankreich erhalten, ebenso wie es die westliche Allianz erhalten wolle, jedenfalls so lange, bis sich die Dinge im Verhältnis zum Osten völlig geändert hätten. Daher habe Frankreich auch nichts, gar nichts einzuwenden gegen die physische Präsenz der Amerikaner in Europa. Im Vier-Augen-Gespräch habe de Gaulle dies sogar als wünschenswert bezeichnet. Wie der Herr Bundeskanzler sagte, glaube er nicht, mit der Weitergabe dieser Äußerung einen Vertrauensbruch zu begehen.

*Präsident Johnson* bemerkte, hiermit habe der Herr Bundeskanzler allen Beteiligten einen großen Dienst erwiesen.

<sup>17</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vom 12./13. Juli 1967 vgl. Dok. 261–264.

<sup>18</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vom 13./14. Januar 1967 vgl. Dok. 14–17 und Dok. 19.

Der Herr Bundeskanzler unterstrich, daß er entschlossen gewesen sei, die Rede hierauf zu bringen. Er habe geradezu darauf gedrungen. De Gaulle habe gesagt, seine „kategorische Sprache“ sei nicht gegen die Vereinigten Staaten, sondern gegen die Gruppe jener Franzosen gerichtet, die ihre französische Identität aufgeben und in einer atlantischen Gemeinschaft ein bequemes Leben führen wollten. De Gaulles Äußerung habe für ihn ganz klar bedeutet, daß die NATO über das Jahr 1969 hinaus fortbestehen werde. Im Januar habe de Gaulle ihm vorgeworfen, er sei gegenüber den Vereinigten Staaten zu gehorsam. Bei der letzten Begegnung habe er nichts Derartiges gesagt und auch nicht versucht, irgendwelchen Druck auszuüben. De Gaulle fürchte aber den amerikanischen Einfluß, wobei er nicht nur an den militärischen und politischen Einfluß, sondern auch an den wirtschaftlichen und geistigen denke. Wenn die Franzosen ihre eigene Identität nicht wahrten, würden sie vom amerikanischen Einfluß allmählich beherrscht und ihre eigene „raison de vivre“ verlieren. Er habe de Gaulle gesagt, daß man deutscherseits mit seiner Haltung gegenüber Amerika nicht übereinstimme. Ferner habe er ihm klar gesagt, daß man die britische Beteiligung am Gemeinsamen Markt wünscht, wobei man selbstverständlich die Motive seines Widerstandes sehe, da eine größere Gemeinschaft auch größere Probleme aufwerfe, weil jedes neue Mitglied seine eigenen Schwierigkeiten mitbringe. Er habe ihn aber auf die überwältigende öffentliche Meinung hingewiesen, die für einen britischen Beitritt eintrete. De Gaulle sei in der Frage sehr starr gewesen, und es sei ihm (Bundeskanzler) nicht gelungen, ihn zu größerer Flexibilität zu bewegen. Er hoffe aber, daß sich auf längere Sicht seine Haltung ändern werde.

Was den Osten angehe, so sei de Gaulle der Auffassung, daß die Bedrohung nur militärischer Art sei. Er teile nicht die Meinung, daß die Kommunisten in den westlichen Ländern die Verbündeten Moskaus seien. Nach Ansicht de Gaulles habe Rußland – er spreche nie von der Sowjetunion – seine eigenen schweren Probleme, so daß es nicht so gefährlich sei, wie man immer glaube. Ein weiterer Punkt sei, die sich aus seiner Größe ergebende Schwerfälligkeit, von den Schwierigkeiten mit den Chinesen ganz zu schweigen.

Der Herr Bundeskanzler sagte, er habe es für gut und richtig gehalten, den Präsidenten über seine Gespräche mit de Gaulle zu unterrichten. De Gaulle sei in seinen Äußerungen klar, in seinen Formulierungen präzise und in seinen Vorstellungen sehr bestimmt gewesen. Zum Schluß habe er das Beispiel von den beiden Männern gebraucht, die ausgezogen seien, einen Schatz zu suchen. Diesen hätten sie zwar nicht gefunden, statt dessen aber ihre Freundschaft. Er habe gesagt, wenn Deutsche und Franzosen einig seien, könne weder ihnen noch dem Europa, das um sie sei, ein großes Unglück geschehen. Man wisse aber, daß wenn sie voneinander getrennt seien, das Unglück schnell heranschreite. Die bestehenden Differenzen habe de Gaulle zur Kenntnis genommen.

Der Präsident bezeichnete dieses Gespräch und die Haltung des Herrn Bundeskanzlers als nützlich und hilfreich. Er selbst sei glücklich, daß es de Gaulle gebe, dann Frankreich und Europa seien mit ihm besser daran als ohne ihn. Durch seine Führung habe Frankreich eine gewisse Festigkeit gewonnen und damit auch einen beruhigenden und guten Einfluß auf andere ausgeübt. Er

bedauere jedoch, daß es de Gaulle gelegentlich für wünschenswert halte, über amerikanische Motive und Entscheidungen scharfe Erklärungen abzugeben. Er wisse, daß Churchill und Roosevelt, Kennedy und Macmillan ihn nicht immer gut behandelt hätten, und bei einem Mann vom Alter und der Einstellung de Gaulles sei eine solche Reaktion verständlich. Er selbst (Johnson) habe sich bemüht, keinen Anlaß zu Kritik zu geben. Er habe auch nie versucht, die Deutschen von einer Zusammenarbeit mit den Franzosen abzuhalten, noch werde er dies je versuchen. Wenn ihm de Gaulle eine Ohrfeige gebe, halte er ihm auch noch die andere Backe hin. Während der letzten vier Jahre habe er kein böses Wort über ihn gesagt. So stehe er persönlich zu de Gaulle. In der Öffentlichkeit habe er es so formuliert, daß man die fehlende Übereinstimmung mit Frankreich bedauere, daß aber Frankreich mit de Gaulle stabiler sei und eine größere Rolle spiele als ohne ihn. Wenn etwas Ernstes passieren sollte, sei er sicher, daß de Gaulle sofort Amerika hilfreich zur Seite stehen würde. Er habe dies in der Kuba-Krise bewiesen. Das habe er ihm nicht vergessen. Als de Gaulle bei der Beisetzung Kennedys<sup>19</sup> in Washington gewesen sei, habe er (de Gaulle) ihm gesagt, er wolle den Paris-Besuch Kennedys<sup>20</sup> im Frühjahr 1964 erwidern. Vorbereitungen dafür seien auch schon im Gange gewesen. Am gleichen Abend sei er (Johnson) mit den amerikanischen Gouverneuren zusammengetroffen, die in jenen Tagen über die Zukunft Amerikas beunruhigt gewesen seien. In seiner Ansprache an die Gouverneure habe er auf sein gutes Gespräch mit de Gaulle verwiesen und auch den geplanten Besuch erwähnt. Der Gouverneur von Kalifornien<sup>21</sup> habe dies der Presse gesagt. Eine Woche später sei die Nachricht eingetroffen, daß de Gaulle keine Pläne für eine Amerika-Reise habe. Er wisse nicht, ob sich de Gaulle beleidigt gefühlt habe, ob ein sprachliches Mißverständnis vorgelegen habe oder ob die Dinge in der Öffentlichkeit falsch dargestellt worden seien.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, de Gaulle mache dem Präsidenten nicht den Vorwurf, er suche den amerikanischen Einfluß auszudehnen. Er halte das amerikanische Phänomen vielmehr für eine Naturgewalt. Selbst einer wohlwollenden Dominierung könne er nicht zustimmen.

Der *Präsident* sagte, er verstehe es, wenn man nicht auf die Gnade eines anderen angewiesen sein wolle.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, daß dieses Jahr wegen der britischen Beitrittsfrage noch schwierig werden könnte. Es sei ihm nicht gelungen, de Gaulle davon zu überzeugen, daß er auf lange Sicht den Beitritt Großbritanniens nicht verhindern könne. Die Entscheidung müsse noch in diesem Jahr getroffen und könne nicht auf nächstes Jahr verschoben werden. In seinen Gesprächen mit de Gaulle und Wilson<sup>22</sup> sowie in Rom<sup>23</sup> habe er deutlich erklärt, daß man für den britischen Beitritt sei. In Rom habe er außerdem versucht, in den

<sup>19</sup> Die Beisetzung des am 22. November 1963 ermordeten Präsidenten Kennedy fand am 25. November 1963 statt.

<sup>20</sup> Präsident Kennedy besuchte Frankreich vom 31. Mai bis 2. Juni 1961.

<sup>21</sup> Edmund G. Brown.

<sup>22</sup> Für Gespräche des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem britischen Premierminister am 15./16. Februar und am 25. April 1967 vgl. Dok. 55, Dok. 57 und Dok. 140.

<sup>23</sup> Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten anläßlich des 10. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 29./30. Mai 1967 vgl. Dok. 197.

Verfahrensfragen etwas zu helfen. Es sei denkbar, daß sich die Regierungschefs der Sechs noch einmal in diesem Jahr trafen.<sup>24</sup> Die Situation werde kritisch sein. Deutscherseits bemühe man sich um eine Wahrung der deutsch-französischen Beziehungen. Den Engländern habe man gesagt, daß man für ihren Beitritt sei, doch könne man dies nicht mit aufgekrempeelten Hemdsärmeln oder wie ein Bulldozer erreichen. Er sehe seine Aufgabe eher in einer Vermittlung und Harmonisierung.

Der *Präsident* sagte, es wäre gut, wenn der Herr Bundeskanzler etwas in dieser Richtung erreichen könnte. Er glaube de Gaulle zu verstehen. Es passiere schon genug Unvorhergesehenes in der Welt, und deshalb sollte man versuchen, die Dinge zu beeinflussen, die man glaube beeinflussen zu können.

Der Herr *Bundeskanzler* kam noch einmal auf die Konferenz von Rom zu sprechen, die zu einem Zeitpunkt stattgefunden habe, als sich die Nahost-Krise bereits angebahnt habe. De Gaulle habe hierüber eigene Ansichten und habe Israel auch gewarnt, nichts zu unternehmen.

Der *Präsident* warf ein, daß die Amerikaner das auch getan hätten.

Wie der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, sei nach Auffassung de Gaulles die amerikanische Warnung schwächer als seine eigene gewesen. De Gaulle mache sich über die weitere Entwicklung im Nahen Osten Sorgen.

Der *Präsident* erklärte, die dortige Lage beunruhige auch ihn.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, während der Nahost-Krise habe in Deutschland eine moralische Option stattgefunden. An dieser Entscheidung, die moralisch, nicht politisch gewesen sei, habe die ganze Nation teilgenommen. Hierdurch sei bewiesen worden, daß das Gerede über den Neo-Nazismus nicht zutreffe.

Der *Präsident* wies darauf hin, daß Gerüchte dieser Art zu mancherlei Besorgnis Anlaß gegeben hätten. Es sei schlecht, wenn das Bild, das man sich von einem Volk mache, von einem halben Dutzend Journalisten geprägt werde und etliche Zeit verstreiche, bis die Wahrheit durchbreche. Als der Herr Bundeskanzler sein Amt angetreten habe, habe es in Amerika viele Menschen gegeben, die darüber in Sorge gewesen seien. Gleiches gelte für ihn, als er Nachfolger Kennedys geworden sei.

Er habe seinen Pressesekretär angewiesen, auch Herrn von Hase zu bitten, in der Darstellung nach außen den Eindruck von zwei Brüdern zu vermitteln, die an derselben Sache arbeiteten. Man müsse sich bemühen, gemeinsam mit dem Problem fertig zu werden und sich gegenseitig zu helfen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, der *Präsident* sei in Deutschland sehr erfolgreich, sonst wäre die Meinungsumfrage nicht so günstig ausgefallen.

Der *Präsident* betonte, man sollte sich um eine möglichst weite Übereinstimmung der Interessen bemühen. Was de Gaulle angehe, so sei er durchaus offen. Er habe nicht vergessen, wie sich de Gaulle in der Kuba-Krise verhalten und wie Frankreich vor de Gaulle ausgesehen habe. Den gemeinsamen Interessen von Amerika, Deutschland und Frankreich sowie von Europa könnte der beste

<sup>24</sup> Zu den Bemühungen der Bundesregierung um ein weiteres Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EG-Staaten vgl. Dok. 327.

Dienst erwiesen werden, wenn Amerika und Frankreich wieder einander nähergebracht werden könnten. Es sei unverständlich, wie es zweimal möglich gewesen sei, daß Deutsche und Amerikaner miteinander Krieg geführt hätten. Der Präsident erinnerte daran, wie sein Vater sich in der Gemeindeversammlung seiner Heimatgemeinde in Texas<sup>25</sup> für die Deutsch-Amerikaner eingesetzt habe, als ihnen nach dem Kriegseintritt Amerikas 1917 die Benutzung der deutschen Sprache und die Abhaltung deutscher Gottesdienste verboten werden sollte. Der Hinweis, daß die Eltern des ersten Kriegsofers dieser Gemeinde Bürger seien, die nicht englisch sprechen könnten, habe den Antrag zu Fall gebracht.

Auf die Bemerkung des Herrn *Bundeskanzlers* eingehend, nach de Gaulles Meinung sei die amerikanische Warnung an Israel schwächer als die französische gewesen, las der *Präsident* dem Herrn Bundeskanzler auszugsweise das Protokoll über sein Gespräch mit dem israelischen Außenminister Abba Eban vom 26. Mai 1967 vor. In dieser Unterredung habe er mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Amerikaner alles in ihrer Macht Stehende tun würden, um den Golf von Akaba offen zu halten. Es wäre falsch, wenn Israel glaube, selbst die Initiative ergreifen und Feindseligkeiten eröffnen zu müssen. Dies habe er in unmißverständlicher Sprache festgestellt. Israel stünde nicht allein, es sei denn, es entscheide sich dafür, allein vorzugehen. Israel würde sich selbst zum schuldigen Teil machen, wenn es von sich aus einen Krieg anfangen würde. Nach den vorliegenden Erkenntnissen der amerikanischen Nachrichtendienste habe die VAR nur defensive Positionen bezogen. Er sei bereit, den Israelis entsprechendes Material zur Verfügung zu stellen. Sollte die VAR angreifen, so sei er sicher, daß die Israelis die Araber zum Teufel jagen würden. Des weiteren wurden in dem Protokoll die amerikanischen Bemühungen um ein gemeinsames Vorgehen der maritimen Mächte hervorgehoben. Dieser Versuch sowie Anstrengungen, eine Lösung in der UNO zu finden, seien aber offensichtlich nicht nach dem Geschmack von Eshkol gewesen.

Die Frage des Herrn *Bundeskanzlers*, ob er hiervon de Gaulle Kenntnis geben könne, bejahte der *Präsident*. Der Präsident erklärte sich ferner damit einverstanden, daß der Herr Bundeskanzler Präsident de Gaulle vom Inhalt seiner Gespräche mit ihm unterrichtet.

Das Gespräch endete kurz vor 14.00 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 25**

<sup>25</sup> Stonewall.

302

**Ministerialdirigent Sahm, z.Z. Washington,  
an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-13965/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 1705**

**Aufgabe: 15. August 1967, 21.45 Uhr**  
**Ankunft: 16. August 1967, 05.59 Uhr**

Betr.: Besuch des Bundeskanzlers in Washington;  
hier: Besprechung des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers  
mit Außenminister Rusk, Verteidigungsminister McNamara und  
Secretary of the Treasury, Fowler, am 15. 8. 67, 16.30 Uhr – 17.30 Uhr  
im Blair House

1) Außenminister Rusk ging einleitend kurz auf den Nichtverbreitungsvertrag ein. Ein Termin für seine Vorlage in der Abrüstungskonferenz sei noch nicht vereinbart. Sie könne Ende dieser oder Anfang kommender Woche erfolgen.<sup>1</sup> Dann werde es noch langwierige und schwierige Verhandlungen geben.

Er habe Gromyko die Frage einer zeitlichen Begrenzung gestellt.<sup>2</sup> Gromyko begreife, daß diese Frage für mehrere Länder Interesse habe. Er zeige sich nicht völlig unzugänglich. Natürlich sei die Frage um so schwieriger, je kürzere Zeitspannen man ins Auge fasse. Interessant sei gewesen, daß nicht mehr die Bundesrepublik so sehr im Mittelpunkt des Interesses für Gromyko stehe, wie die indische Haltung.

2) Anschließend erläuterte Fowler die Bedeutung der laufenden Verhandlungen über die Schaffung zusätzlicher Liquidität.<sup>3</sup> Ihr Scheitern könne zu restriktiven Maßnahmen der Regierungen und Zentralbanken, und vielleicht zu einer internationalen Finanzkrise führen wie in den dreißiger Jahren. Die von Herrn Emminger geleitete ausgezeichnete Arbeitsgruppe habe einen Plan für den Fall der Liquiditätsverknappung ausgearbeitet, der an sich auf der Konferenz in Rio de Janeiro<sup>4</sup> von den Gouverneuren des IMF angenommen und dann den Regierungen zur Zustimmung und Ratifikation vorgelegt werden könnte. Leider habe die französische Regierung sich der weitgehenden allgemeinen Übereinstimmung nicht angeschlossen. Auf der Konferenz der Finanzminister der Zehn in London im Juli<sup>5</sup> sei beinahe Einigung erzielt worden, doch habe Minister Debré nicht zustimmen können. Bei der Besprechung der Stellvertreter in Paris sei sogar ein Rückschritt in der französischen Haltung festzustellen gewesen. Dies sei offenbar politisch bedingt und beruhe nicht auf finanzpolitischen Überlegungen. Debré selbst verschließe sich der Notwendigkeit einer

<sup>1</sup> Zur Vorlage eines gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen Entwurfs am 24. August 1967 vgl. Dok. 314.

<sup>2</sup> Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers mit seinem sowjetischen Amtskollegen am 27. Juni 1967 in New York vgl. Dok. 246.

Zu Überlegungen, ein zeitlich befristetes Nichtverbreitungsabkommen abzuschließen, vgl. Dok. 233.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 264, besonders Anm. 23.

<sup>4</sup> Zur Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank vom 25. bis 29. September 1967 vgl. Dok. 363, Anm. 18.

<sup>5</sup> Zur Tagung am 17./18. Juli 1967 vgl. Dok. 264, Anm. 21.

Regelung nicht, es frage sich aber, ob er die erforderliche Ermächtigung durch seine Regierung erhalten könne. Wenn die deutsche Seite der französischen Regierung deutlich machen könnte, [daß sie] Gefahr lief, isoliert zu sein, wäre ein Fortschritt wohl möglich. Es gebe z.Z. zwei Kompromißvorschläge, die für die Vereinigten Staaten annehmbar wären, einen italienischen und einen deutschen. Amerikanischerseits sei man bereit, einem „package“ zuzustimmen. Die Vereinigten Staaten würden in der Frage des Vetos entgegenkommen, wenn Frankreich die notwendigen Zugeständnisse in der Frage der Rückhaltungsbedingungen macht. In dieser Frage sei man amerikanischerseits jetzt so weit gegangen, wie man gehen könne, ohne den Zweck der ganzen Reform in Frage zu stellen, nämlich die Schaffung zusätzlicher Liquidität, die von den Zentralbanken als solche auch akzeptiert würde.

Der Bundeskanzler bestätigte, daß Herr Debré nicht unzugänglich sei. Vielleicht sollte der Bundeswirtschaftsminister vor der nächsten Zusammenkunft der Zehn am 26. August<sup>6</sup> erneut mit ihm sprechen. Er wolle dies mit Bundesminister Schiller erörtern. Er habe den Eindruck, daß man seit der Konferenz der Finanzminister der Sechs in München<sup>7</sup> beträchtliche Fortschritte gemacht habe. Auch General de Gaulle, der noch im Januar eine sehr starre Haltung eingenommen habe, sei bei der Begegnung im Juli<sup>8</sup> flexibler gewesen.

Mr. Fowler wies abschließend darauf hin, daß es sich jetzt um politische Entscheidungen handle. Die Experten hätten getan, was sie tun konnten. Die jetzt zur Erörterung stehenden Pläne stünden im Einklang mit der internationalen Währungspolitik, die man seit dem Zweiten Weltkrieg so erfolgreich betrieben habe.

3) Außenminister Rusk ging auf die Frage über, ob man mit der Möglichkeit rechnen müsse, daß Frankreich die Allianz 1969 verlasse, und was gegebenenfalls zu tun sei, um einer gefährlichen Schockwirkung vorzubeugen.

Der Bundeskanzler kam in seiner Erwiderung auf die Ausführungen zurück, die er am Vormittag bereits dem Präsidenten gegenüber gemacht hatte (vgl. DB Nr. 1704 v. 15. 8.).<sup>9</sup> Nach seiner Erfahrung pflege General de Gaulle zu mei-

<sup>6</sup> Auf dieser Tagung in London einigten sich die Finanzminister und Notenbankpräsidenten der Zehner-Gruppe einstimmig auf „einen Entwurf zur Vermehrung der monetären Liquidität in der Welt [...]. Zusätzliche automatische Sonderziehungsrechte beim Internationalen Währungsfonds sollen als eine goldgarantierte Währungseinheit neben Gold, Dollar und Pfund treten.“ Die Übereinkunft sollte auf der Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank vom 25. bis 29. September 1967 in Rio de Janeiro durch die 106 Mitglieder des IWF „parlamentarisch ratifiziert“ werden. Gleichzeitig wurde am 26. August 1967 beschlossen, daß künftig wichtige Entscheidungen im Internationalen Währungsfonds nur mit einer Mehrheit von 85 % getroffen werden könnten. Dies bedeutete, daß neben den USA nun auch die EG-Staaten, die über fast 17 % der Stimmen verfügten, eine Sperrminorität im IWF erhielten. Vgl. den Artikel „Der Zehnerklub will eine neue Reservewährung schaffen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 198 vom 28. August 1967, S. 9. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 395–397.

<sup>7</sup> Zur Tagung der Finanz- und Wirtschaftsminister der EWG-Mitgliedstaaten vom 17./18. April 1967 vgl. Dok. 147, Anm. 17.

<sup>8</sup> Zur Erörterung der monetären Liquidität bei der deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 12./13. Juli 1967 vgl. Dok. 264.

<sup>9</sup> Für das erste Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Präsident Johnson vgl. Dok. 301. Für den Drahtbericht des Ministerialdirigenten Sahm, z.Z. Washington, über das erste Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Präsident Johnson vgl. VS-Bd. 4212 (II A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

nen, was er sage. Die Frage, was 1969 geschehen werde, sei zwar nicht unmittelbar erörtert worden, doch habe sich aus den wiedergegebenen Äußerungen des französischen Präsidenten ergeben, daß er nicht beabsichtige, die Allianz zu verlassen. Er sei, fuhr der Bundeskanzler fort, bereit, mit dem französischen Staatschef auch weiterhin über diese Frage zu sprechen.

4) Außenminister Rusk stellte weiter die Frage, wann und in welchem Rahmen erneute Gespräche über den Devisenausgleich für Truppenstationierung geführt werden sollten. Sollten diese Verhandlungen bilateral geführt werden oder wieder dreiseitig? Sollte man versuchen, Regelungen für eine längere Zeitspanne zu finden?

Der Bundeskanzler wies darauf hin, daß der britische Botschafter in Bonn diese Frage mit dem Bundesaußenminister aufgenommen und auch seinerseits die Möglichkeit einer längerfristigen Lösung erörtert habe. Der Bundesminister ergänzte, daß eine längerfristige Lösung den Vorteil größerer Stabilität biete. Mit Rücksicht auf die Allianz seien bilaterale Verhandlungen bei gegenseitiger Information vorzuziehen.

Verteidigungsminister McNamara schloß sich diesem Gedanken an. Im gleichen Sinne äußerte sich Mr. Fowler.

5) Außenminister Rusk erkundigte sich danach, ob die deutsche Verteidigungsplanung aufgrund der neuen Haushaltsansätze<sup>10</sup> so rechtzeitig abgeschlossen sein würde, daß der NATO-Rat seine Entschlüsse im Dezember<sup>11</sup> auf dieser Grundlage treffen könnte. Der Bundeskanzler drückte die Hoffnung aus, daß wir den entsprechenden Fragebogen bis zum Termin am 6. Oktober beantworten könnten. Wir seien gewillt, den Alliierten bis zum Jahresende ein klares Bild über unsere Planung zu vermitteln. Die Frage von Außenminister Rusk, ob hierüber auch bilaterale Gespräche stattfinden könnten, wurde vom Bundeskanzler bejaht.

Verteidigungsminister McNamara wies darauf hin, daß die Bundeswehr durch Rationalisierung Einsparungen machen könne. Gewisse Kürzungen der Truppenstärke könnten durch stärkere Heranziehung von Reservisten und Verbesserung des Mobilisierungsverfahrens überkompensiert werden. Man müsse zwischen Redeployment und Truppenverminderung unterscheiden. Einseitige Truppenverminderungen des Westens würden ein sehr ernstes politisches Problem schaffen, da die sowjetische Stärke unvermindert sei. Angesichts dessen dürften natürlich auch Rotationsmaßnahmen auf amerikanischer Seite oder entsprechende Maßnahmen auf unserer Seite (innere Rotation) nicht zu weit gehen. Andernfalls werde die Allianz geschwächt. Er werde über diese Fragen mit seinem deutschen Kollegen bei dem vorgesehenen Besuch in Bonn sprechen.<sup>12</sup>

6) Der Bundeskanzler unterstrich die Bedeutung der präsenten Abwehrkraft, besonders für ein exponiertes Land wie Deutschland. Weite Kreise seien besorgt, daß die zurückverlegten amerikanischen Truppen im Ernstfall nicht rasch

<sup>10</sup> Zum Beschluß des Bundeskabinetts vom 6. Juli 1967 für die mittelfristige Finanzplanung bis 1971 vgl. Dok. 258.

<sup>11</sup> Zur NATO-Ministerratstagung vom 13. bis 15. Dezember 1967 vgl. Dok. 433 und Dok. 435.

<sup>12</sup> Zur Verschiebung des Besuchs des amerikanischen Verteidigungsministers McNamara in Bonn vgl. Dok. 267, Anm. 18.



genug wieder nach Europa gebracht werden könnten. Der Bundesminister ergänzte, daß SACEUR glaube, sich letztlich nur auf präsenste Kräfte verlassen zu können. Allerdings würde eine Vorwarnzeit<sup>13</sup> von etwa drei bis sechs Tagen uns die Möglichkeit geben, beträchtliche Reserven zu mobilisieren, wenn auch nur im regionalen Rahmen.

Verteidigungsminister McNamara bemerkte, daß die Frage der politischen Vorwarnzeit noch sehr viel genauer geprüft werden müsse. Ihre Bedeutung reiche über das Problem der Mobilisierung hinaus und erstrecke sich z. B. auch auf die Zeitplanung für den Einsatz nuklearer Waffen.

Außenminister Rusk wies darauf hin, daß eine beiderseitige Truppenverminderung die politische Vorwarnzeit verlängern könnte. Noch vor sechs bis zehn Jahren habe man von diesem Gedanken wenig gehalten, weil der Ostblock eine Einheit gewesen sei. Heute, wo man es mit einem sehr viel lockeren Gebilde zu tun habe, könne die Zurückführung sowjetischer Truppen hinter die Westgrenze der Sowjetunion eine ganz andere praktische Bedeutung gewinnen. Leider sei der Konflikt in Vietnam ein Hindernis für Gespräche mit der Sowjetunion über diese Frage.

Verteidigungsminister McNamara setzte hinzu, daß die politische Vorwarnzeit z. B. auch durch Errichtung von Beobachtungsposten beeinflußt werden könnte.

7) McNamara ging dann auf die Arbeiten der Nuclear Planning Group über und unterstrich deren Bedeutung. Die Vereinigten Staaten hätten volles Verständnis für unser Interesse an voller Beteiligung an der nuklearen Planung, besonders auch mit Bezug auf die Waffen auf deutschem Boden. Darunter falle die Frage eines deutschen Vetos, die man zunächst allerdings bilateral erörtern sollte.<sup>14</sup> Die Vereinigten Staaten seien weiterhin bereit und daran interessiert, in der Nuclear Planning Group aktiv mit den anderen Alliierten zusammenzuarbeiten.

8) Der Bundeskanzler unterstrich, daß es heute die wesentlichste Aufgabe sei, das Vertrauen in die Allianz und das gegenseitige Vertrauen unter den Alliierten wiederherzustellen. Es käme darauf an, sich klar darüber auszusprechen, wo man stehe und wie man denke. Es müsse vermieden werden, daß dauernd grundlose und schädliche Gerüchte in der Presse aufkämen. Es sei nötig, das weitverbreitete Gefühl zu bekämpfen, daß die NATO langsam zugrunde ginge. Es sei möglich, ein neues Vertrauen zu schaffen und es sei auch notwendig, wenn die Öffentlichkeit nicht ihr Zutrauen in die Wirksamkeit des Bündnisses verlieren solle.

Außenminister Rusk stimmte diesen Darlegungen des Herrn Bundeskanzlers uneingeschränkt zu. Er wies darüber hinaus darauf hin, daß die NATO vielleicht auch solchen Problemen mehr Aufmerksamkeit schenken sollte, die außerhalb ihres geographischen Bereichs lägen. Er wolle damit nicht vorschlagen, daß die Allianz sich an der Bewältigung von Krisen wie in Vietnam oder seinerzeit in Kuba beteiligen solle. Es gäbe aber Regionen, wie den Nahen Osten und Afrika, die dem Allianzgebiet benachbart und von größerer Wich-

<sup>13</sup> Zur amerikanischen Einschätzung der Vorwarnzeit vgl. Dok. 6, Anm. 4.

<sup>14</sup> Zur Frage einer Mitbeteiligung der Bundesregierung an der Entscheidung über den Einsatz von auf dem Gebiet der Bundesrepublik stationierten Kernwaffen vgl. Dok. 24, Anm. 15.

tigkeit für die Alliierten seien. In diesen Bereichen können die Mitglieder des Bündnisses eine größere Rolle spielen. Auf den Hinweis des Bundeskanzlers, daß es eine delikate Frage sei, ob die NATO nur eine militärische Aufgabe habe oder auch eine politische, antwortete Außenminister Rusk, daß sich Probleme der geographischen Abgrenzung auch im Bereich der Seestreitkräfte zeigten. Dies sei ein gutes Beispiel. Es sei sinnlos, wenn beispielsweise Marinemanöver der NATO nur bis zu einer bestimmten gedachten Linie im Atlantik reichten.

[gez.] Sahm

VS-Bd. 4216 (II A 6)

### 303

#### Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Präsident Johnson in Washington

Geheim

16. August 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler traf am 16. August 1967 um 11.00 Uhr zu seinem zweiten Vier-Augen-Gespräch<sup>2</sup> mit Präsident Johnson im Weißen Haus zusammen.

Der *Präsident* schilderte einleitend kurz seinen Tagesablauf und bemerkte, er arbeite während eines Tages zwei Schichten. Er erklärte ferner seine Bereitschaft, deutsche Pressevertreter zu einem Informationsgespräch zu empfangen.

Der *Präsident* kam dann wieder unmittelbar auf die Frage der Truppenreduzierung<sup>3</sup> zu sprechen und bezog sich auf einen Artikel der Washington Post vom gleichen Tag, der auf deutschen Informationen beruhen müsse. Dieses Thema bedürfe sehr sorgfältiger Behandlung, um Verstimmungen in der Öffentlichkeit zu vermeiden. Der *Präsident* empfahl dem Herrn Bundeskanzler, die am Vortag von ihm gebrauchte Formulierung<sup>4</sup> auch in der Öffentlichkeit zu

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 18. August 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Für das Gespräch mit Präsident Johnson am 15. August 1967 vgl. Dok. 301.

<sup>3</sup> Zu den vom Bundeskabinett am 6. Juli 1967 beschlossenen Kürzungen im Verteidigungshaushalt vgl. Dok. 258.

<sup>4</sup> Am 15. August 1967 faßte *Präsident Johnson* einen ersten Meinungs austausch mit Bundeskanzler Kiesinger zum Thema eines möglichen Personalabbaus der Bundeswehr zusammen: „The Chancellor said he did not feel it necessary for Germany to reduce her troop strength at all, certainly not by more than 15 000. I (the President) made it clear that I thought there should be no reduction of troops at all. We have made good progress in maintaining our troop strengths so far and we want to continue that way. If the German people, however, feel that they could not avoid reductions this might cause serious problems in the United States which we might possibly not be able to control. [...] It is important that none of us take any action without the other and without consulting with NATO. I do not want to preside over the dismantling of NATO. I would be less than frank if I intimated and I don't want to mislead the Chancellor in giving you any animation that I would have

benutzen, daß nämlich noch keine Entscheidung getroffen sei, und seiner Ansicht nach eine Kürzung der Streitkräfte überhaupt nicht nötig sei.<sup>5</sup> Darüber müsse aber noch im Kabinett, in der NATO und mit den Vereinigten Staaten gesprochen werden.

Der Herr *Bundeskanzler* ging noch einmal auf die Vorgeschichte ein und sagte, nach seiner Auseinandersetzung mit Schröder<sup>6</sup> habe er noch vor seiner Reise sichergestellt, daß selbst das Verteidigungsministerium im Bedarfsfall nur an Kürzungen von höchstens 15 000 Mann denke.

Der *Präsident* wies darauf hin, daß aus einer Herabsetzung Schwierigkeiten mit den Verbündeten entstehen würden und eine Kettenreaktion unweigerlich die Folge wäre. Zum Schluß wäre die NATO völlig demontiert, und alles wäre nur auf einen deutschen Schritt zurückzuführen. Er würde sich, wäre er an der Stelle des Herrn Bundeskanzlers, in seinen Äußerungen nicht auf eine spezifische Zahl festlegen. Zu seiner Überraschung habe gestern ein Herr aus der Begleitung des Bundeskanzlers sogar von 19 000 gesprochen, was offensichtlich auch schon in die Presse gekommen sei. Hierdurch werde seine eigene Lage erschwert.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß er nicht nach Deutschland zurückkehren und den Eindruck entstehen lassen könne, der Präsident sei hart gewesen und deshalb habe er nachgegeben. Er könne deshalb nur sagen, was er bereits in Deutschland erklärt habe, daß seiner Ansicht nach eine Reduzierung nicht erforderlich sei, sollte sich aber herausstellen, daß doch gekürzt werden müsse, so nicht in nennenswertem Umfang.

Der *Präsident* machte klar, daß er es ungern sehen würde, wenn die Gegner seiner Politik das deutsche Vorgehen als Vorwand für ihr eigenes Verhalten benutzen würden. Seine Berater hätten ihm gesagt, der Kongreß würde den Anträgen des Präsidenten nicht zustimmen, wenn die Deutschen ihre Streitkräfte kürzten. In Deutschland könne der Herr Bundeskanzler sagen, der Präsident habe keinerlei Forderungen gestellt, sondern nur gesagt, die Entscheidung darüber, was man in Deutschland für nötig halte, liege bei der deutschen Regierung.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, er bleibe bei seiner Feststellung, daß eine nennenswerte Kürzung nicht vorgesehen sei.

Der *Präsident* bemerkte, ein gutes System militärischer Reserven würde das Problem vereinfachen.

Vertraulich sagte der Herr *Bundeskanzler*, seine Generäle hätten ihm gesagt, der Plan einer Truppenverminderung, an den sie bereits im vergangenen Jahr gedacht hätten, sei nicht auf finanzielle Erwägungen, sondern darauf zurück-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1202*

the strength to restrain Mansfield and others from moving the same way as Germany if you decide to cut your troop strength. We hope it will not come to it – we hope and pray.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1753 des Botschafters Knapstein, Washington, vom 23. August 1967; VS-Bd. 4216 (II A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Zu diesbezüglichen Äußerungen des Bundeskanzlers Kiesinger am 16. August 1967 in der amerikanischen Fernsehsendung „Meet the Press“ und in einer Rede vor dem „National Press Club“ in Washington vgl. BULLETIN 1967, S. 763–766.

<sup>6</sup> Vgl. dazu das Schreiben vom 11. Juli 1967 an den Bundesminister der Verteidigung; Dok. 267, Anm. 5.

zuführen, daß das Zahlenverhältnis zwischen Mannschaften, Unteroffizieren und Offizieren nicht gesund sei. Man habe nicht genügend Unteroffiziere und müßte im Ernstfall einfache Soldaten zu Unteroffizieren machen. Auch die Zahl der Offiziere sei zu gering. Sie hofften, durch eine Verminderung der Truppen und durch die Einführung eines Rotationssystems dieser Schwierigkeit beizukommen.

Der *Präsident* ging dann auf den Kommuniké-Entwurf ein und sagte, er könne die vorliegende Formulierung über die deutsch-französische Freundschaft und Zusammenarbeit nicht akzeptieren. Im Grunde halte er die Äußerung zwar für durchaus richtig, wolle sie aber aus Rücksichtnahme auf die Italiener, Engländer und andere nicht im Kommuniké haben.<sup>7</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* unterstrich, ihm gehe es um eine Harmonisierung. Er wolle de Gaulle gegenüber nicht den Eindruck erwecken, daß er in Bonn oder Paris zu de Gaulle etwas anderes als in Washington zu Johnson sage. Er habe de Gaulle in aller Offenheit gesagt, wie die Dinge stünden.

Der *Präsident* sagte, er halte diese Einstellung für sehr nützlich, und der Herr *Bundeskanzler* könne hilfreiche Brücken bauen. Er selbst empfinde keine Animosität gegen de Gaulle und habe sich in seinen Äußerungen immer sehr zurückgehalten. Ebenso wenig wie man gegen seinen Vater kämpfe, wolle er gegen de Gaulle kämpfen. Der Herr *Bundeskanzler* könne durch eine Besserung der Atmosphäre wertvolle Dienste leisten.

Der *Präsident* lud sodann den Herrn *Bundeskanzler* zu einem Spaziergang im Park ein, zeigte ihm aber vorher noch Botschaften, die anlässlich der Nahost-Krise zwischen Moskau und Washington über den „heißen Draht“ ausgetauscht wurden.

Das Gespräch im Park fand ohne Dolmetscher statt.

Der Herr *Bundeskanzler* und der *Präsident* trafen etwa gegen 11.50 Uhr im Kabinettsaal mit den beiden Delegationen zusammen.<sup>8</sup>

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100 (56), Bd. 25**

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung vom 16. August 1967, in der Frankreich nicht mehr erwähnt wurde, vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON, 1967, II, S. 778 f.

Vgl. auch den Drahtbericht Nr. 1709 des Botschafters Knappstein, Washington, vom 16. August 1967, mit dem die gemeinsame Erklärung übermittelt wurde; B 32, Bd. 256.

<sup>8</sup> In der Tageszeitung „Washington Post“ wurde der Besuch des Bundeskanzlers Kiesinger wohlwollend kommentiert: Die „Konsultationslücke zwischen Bonn und Washington“ sei geschlossen worden. Kiesinger habe die mangelnde Absprache mit dem Verbündeten als Fehler bezeichnet, „obwohl jedermann wisse, daß sein hartnäckiger Verteidigungsminister die Zahl 60 000 als Sperrfeuer gegen seine Gegner, die die Bundeswehr reduzieren wollten, verbreitet hatte. Letzten Endes würde wohl die deutsche Truppenstärke etwas verringert. McNamara habe dem Bundeskanzler gesagt, er habe erkannt, daß es sich hauptsächlich um ein politisches Problem handele und daß deshalb eine Reduzierung um einige Tausend Soldaten keinen Unterschied machen würde.“ Der Erfolg der Gespräche werde auch der Persönlichkeit von Kiesinger und seiner Fähigkeit, „recht gut“ englisch zu sprechen, zugeschrieben: „Im Gegensatz zu Adenauer, der immer wie ein Eisberg gewirkt habe, und zu Erhard, der sich nie von dem Begriff ‚Gummilöwe‘ hätte freimachen können, sei Kiesinger immer freundlich und manchmal sogar humorvoll (droll) gewesen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1726 des Botschafters Knappstein, Washington, vom 18. August 1967; Referat II A 6, Bd. 256.

## 304

**Aufzeichnung des Bundesministers Brandt****MB 2360/67 VS-vertraulich****16. August 1967<sup>1</sup>**

Gespräche mit Außenminister Rusk in Washington am 15. und 16. August 1967

**Osteuropa**

Starkes Interesse an unseren in Bukarest und Prag gemachten Erfahrungen. Ermutigung, auf dem beschrittenen Weg weiter zu gehen. USA drängten sich uns nicht auf. Sie seien sich darüber im klaren, daß sich aus ihrer Größe und ihrem Verhältnis zur Sowjetunion Schwierigkeiten ergeben könnten, auf dem Gebiet der europäischen Ost-West-Zusammenarbeit im Einzelfall tätig zu werden. Sie würden in osteuropäischen Hauptstädten nur dann in unserem Sinne tätig werden, wenn wir dies für zweckmäßig hielten und wissen ließen.

Kurze Bezugnahme auf frühere amerikanische Anregung, OECD in den Dienst praktischer Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten zu stellen. Hinweis unsererseits, daß westeuropäische Partner dies gegenwärtig überwiegend nicht für vorteilhaft halten. Amerikaner scheinen dieser Idee weiter nachzugehen. Sie sind mit uns einig, daß die Möglichkeiten der ECE in Genf stärker ausgeschöpft werden sollten. Außerdem interessierten sie sich für die Bemühungen des Generalsekretärs des Europarates<sup>2</sup> und insbesondere für die aus der EWG erwachsende Notwendigkeit gemeinsamer Verhandlungen mit osteuropäischen Staaten.

**Sowjetunion**

Unser Eindruck, widersprüchliches Verhalten sowjetischer Vertreter zu deutschen Fragen könnte aus Schwierigkeiten in der Führung der SU zu erklären sein.

Rusk: Washington glaube, eine Reihe von Anhaltspunkten dafür zu haben, daß es in der sowjetischen Führung Schwierigkeiten, wenn nicht gar eine Krise gibt. Die Verabschiedung eines neuen Fünfjahresplanes sei seit langem überfällig. Außerdem gebe es sicherlich Probleme, die sich aus der Nahost-Krise und der dabei erlittenen Prestigeeinbuße ergeben. Es gebe Hinweise dafür, daß in Moskau seit einigen Monaten an einer Überprüfung der gesamten Außenpolitik gearbeitet werde.

Man könne auch davon ausgehen, daß Moskau sich Sorgen mache wegen der weiteren Entwicklung in China. Es handele sich nicht nur um die Gefahr einer machtpolitischen Auseinandersetzung, sondern auch um die Furcht, daß sich aus den gegenwärtigen Wirren ein nichtkommunistisches China ergeben könnte. Mao habe die Partei mit Hilfe der Roten Garden zerstört. Nach dem Fehlschlag der Garden bediene er sich jetzt der Armee, aber diese sei, so meinten einige der sowjetischen Führer, vielleicht auch zu anderen als kommunistischen Entwicklungen fähig.

<sup>1</sup> Ablichtung.

<sup>2</sup> Peter Smithers.

Rusk erwähnte weiter, man solle die Möglichkeiten de Gaulles gegenüber Moskau nicht überschätzen. Die Russen hätten zu erkennen gegeben, Frankreich sei für sie ziemlich uninteressant.

Man solle überhaupt beachten, daß Europa (und besonders Deutschland) Hauptgegenstand der Kontroversen zwischen USA und SU sei. Europäer hätten ihre eigene Verantwortung, wären aber nicht gut beraten, wenn sie meinten, der Realität entweichen zu können, die sich aus dem Engagement der beiden Weltmächte und aus ihrem – vor allem Europas wegen – weiterbestehenden Interessenkonflikt ergibt.

Sowjetische Propaganda sei gegenüber USA und uns gleichermaßen feindselig. Moskau sei Washington gegenüber bei allen bilateralen Vorhaben sehr zurückhaltend, weniger bei multilateralen Projekten.

#### Vietnam

Keine wesentlich neuen Informationen. Frage nach der öffentlichen Meinung bei uns.

Es vergehe keine Woche, so sagte Rusk, in der er sich nicht mit irgendeinem Fühler nach Hanoi zu befassen habe. Im Augenblick sei nichts Besonderes im Gange. Er halte es jedoch für möglich, daß man in etwa einem Jahr vor einer völlig veränderten Lage stehen und einer Regelung auf dem Boden des Status quo ante nahekommen könnte.

Harriman, der für Friedensfragen in Vietnam zuständig ist, bestätigte den bei früherer Gelegenheit durch Rusk vermittelten Eindruck, die Russen würden bereit sein, an einer friedlichen Regelung mitzuwirken, verfügten aber nicht über ausreichenden Einfluß in Hanoi.

#### Westeuropa

Rezeptives Verhalten zu unseren Darlegungen über EWG-Problematik im Zusammenhang mit Beitrittsgesuch Großbritanniens.

Starke Irritation (nicht nur unter Hinweis auf Kanada) über de Gaulle.<sup>3</sup> Neugier, wie wir meinten, unser Verhältnis zu Frankreich angesichts gegensätzlicher Auffassungen in wichtigen Fragen entwickeln zu können. Vermutung, de Gaulle könnte Austritt aus NATO vorbereiten. Ob man sich nicht auf diese Möglichkeit einstellen sollte?

Rusk, als er begründete, weshalb Frankreich in der gemeinsamen Erklärung nicht ausdrücklich erwähnt werden sollte<sup>4</sup>: „Eine große Macht hat auch ihren Stolz.“

#### NATO

Freundliches Kopfschütteln wegen der Art, in der wir die Fragen des Verteidigungshaushalts und der Truppenstärken<sup>5</sup> behandelt haben. In der Sache nichts,

<sup>3</sup> Zum Aufenthalt des französischen Staatspräsidenten vom 23. bis 26. Juli 1967 in Kanada vgl. Dok. 328, Anm. 4.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 303, besonders Anm. 7.

<sup>5</sup> Zu den am 6. Juli 1967 vom Bundeskabinett beschlossenen Kürzungen bei den geplanten Zuwachsraten im Verteidigungshaushalt vgl. Dok. 258.

was über Erklärungen Präsident/Bundeskanzler<sup>6</sup> hinausführte. Doppeltes Hauptinteresse des State Department: keine deutsche Entscheidung bzw. Präsentation, die in den USA und innerhalb der Allianz abträgliche Wirkungen haben würde.

Gemeinsames Interesse an gutem Ergebnis der „Harmel-Studien“.

Rusk: Es wäre gut, wenn sich NATO mehr als bisher auch für Entwicklungen außerhalb des Bündnisgebiets interessieren würde. Er habe nicht den Hintergedanken, die Allianz in anderen Teilen der Welt zu engagieren.

Es sei jedoch auf die Dauer nur schwer verständlich, wenn beispielsweise bei den jüngsten Kongo-Unruhen<sup>7</sup> die USA Flugzeuge für die Evakuierung von Europäern einsetzen müßten und europäische Regierungen dies für normal hielten, ohne selbst etwas zu tun.

Europäische Sicherheit

Es wurde angeknüpft an Erörterungen der Planer aus den amerikanischen, britischen und deutschen Außenministerien.<sup>8</sup> Die Überlegungen sollen weitergeführt werden. Man war sich einig, daß es politisch bedeutsam wäre, wenn der französische Partner einbezogen werden könnte.

Rusk machte aus seiner Sicht deutlich, daß es sich nicht darum handeln könnte, im Sinne der sowjetischen Vorstellungen den Status quo zu zementieren.<sup>9</sup> Wenn man an die deutsche Frage herangehen wolle, müsse man sich nicht nur über den ersten Schritt, sondern auch über die weiteren Schritte im klaren sein. Im übrigen müßten wir sagen, was wir für möglich halten. Insoweit sei es an uns, „die Führung“ zu übernehmen.

Ich wies auf die große Bedeutung hin, die darin liegen würde, wenn sich die Westmächte nach Jahren wieder, und zwar nicht nur defensiv-verbal, mit dem Zusammenhang zwischen deutschen Fragen und solchen der europäischen Sicherheit befaßten.

Anders als früher betonte Rusk sein Interesse an beiderseitigen Truppenreduzierungen. Diese würden nicht nur psychologische Bedeutung haben, sondern

<sup>6</sup> Zu Äußerungen des Präsidenten Johnson und des Bundeskanzlers Kiesinger vgl. Dok. 303, besonders Anm. 4 und 5.

<sup>7</sup> Zu den Unruhen in Kinshasa vgl. Dok. 299.

<sup>8</sup> Vertreter des Planungsstabs des Auswärtigen Amts trafen sich vierteljährlich mit Mitarbeitern des amerikanischen und des britischen Planungsstabs. Zur Zusammenkunft am 17. Juli 1967 in London vgl. Dok. 268 und Dok. 269.

<sup>9</sup> Der amerikanische Außenminister Rusk führte zu diesem Punkt weiter aus: „Die Fragen der Europäischen Sicherheit müssen mit der Frage der deutschen Wiedervereinigung verbunden bleiben, da diese sonst in eine ferne Zukunft verschoben wird. Die Sowjets ziehen die Erhaltung des Status quo vor, wodurch ein Krebsherd im Herzen Europas bestehen bliebe. [...] Wir müssen die Lösung des Problems organisieren. Aber die Sowjets sind nicht an der Verbindung der beiden Probleme interessiert. Wenn wir uns darauf beschränken, über Détente zu sprechen, befestigen die Sowjets den Status quo.“ Bundesminister Brandt erwiderte darauf, „früher sei die Philosophie maßgebend gewesen, zuerst die deutsche Frage zu lösen. Heute sind wir der Meinung, daß die Lösung des deutschen Problems nicht Vorbedingung für die Erörterung anderer Fragen sei. Die Verbindung der Fragen gelte weiter (kept alive), es gehe aber nicht in erster Linie um die Wiedervereinigung als um eine Lösung der deutschen Frage, die zur Wiedervereinigung führen mag.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung über die Unterredung am 16. August 1967; VS-Bd. 10090 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

auch im Zusammenhang mit der „Vorwarnzeit“<sup>10</sup> von Interesse sein. Technisch und politisch habe sich die Problematik im Laufe der letzten Jahre verändert.

Wie beim Vierergespräch in Luxemburg<sup>11</sup> wies ich darauf hin, daß die Russen, wenn wir über Gewaltverzicht sprechen, auch nach den alliierten Streitkräften in der Bundesrepublik fragen. Rusk verhielt sich weiterhin rezeptiv, außer daß er unter Berufung auf die Berlin-Krise die Frage aufwarf, wer damals wohl in dem hier relevanten Sinne zuerst Gewalt angewandt haben würde. Er gab zu, daß das Beispiel nicht relevant sei, da es sich auf die alliierten Rechte in Berlin bzw. auf den Zugang nach Berlin beziehe.

Nahost

Frage, ob wohl stärkeres europäisches Interesse bzw. Engagement zu erwarten sei, wenn sich z. B. herausstellen sollte, daß die SU Raketenbasen in Algerien errichtet.

Eindruck auf amerikanischer Seite, daß sich in der VAR eine sehr moderate Haltung durchsetzen könnte.

Hoffnung, daß Türkei – im Zusammenwirken mit Iran und Pakistan – einen mäßigenden Einfluß auf Araber ausüben könnte.

Nichtverbreitungsvertrag

Rusk war überzeugt, die Sowjets hätten keinen Zusammenhang mit deutschem Besuch in Washington herstellen wollen. Wahrscheinlich handele es sich um Schwerfälligkeit der sowjetischen Bürokratie.

Rusk bestätigte die mit uns getroffenen Vereinbarungen, auch betr. Kontrollen.

Betr. Revisionsklausel hielt er es für wahrscheinlich – falls es bei der von den Sowjets bevorzugten Lösung bleiben sollte –, daß mehr als ein Staat erklärte, er würde sich nicht vorweg Ergänzungen und Änderungen unterwerfen können, denen er nicht zugestimmt habe.

Nachdem bei Besprechungen in Bonn der Geltungsdauer so große Bedeutung beigemessen worden sei<sup>12</sup>, habe er hierüber mit Gromyko gesprochen<sup>13</sup>. Russen seien nicht völlig ablehnend, dächten allerdings an einen ziemlich langen Zeitraum, z. B. 25 Jahre. Rusk meinte, zu dieser Frage würden Wünsche auch noch von anderer Seite kommen.

Er ging davon aus, daß man mit dem Einbringen eines amerikanisch-sowjetischen Vorschlags<sup>14</sup> überhaupt erst am Beginn der eigentlichen Auseinandersetzungen um den Vertrag stehe. Die Sowjets seien gegenwärtig weniger wegen uns als wegen der Inder besorgt. Wir täten gut daran, andere reden zu lassen.

<sup>10</sup> Zur amerikanischen Einschätzung der Vorwarnzeit vgl. Dok. 6, Anm. 4.

<sup>11</sup> Zum Treffen der Außenminister am 13. Juni 1967 anlässlich der NATO-Ministerratstagung vgl. Dok. 219.

<sup>12</sup> Vgl. dazu etwa die Äußerungen des Bundeskanzlers Kiesinger am 19. Juni 1967 gegenüber dem amerikanischen Botschafter McGhee; Dok. 225.

<sup>13</sup> Zum Gespräch am 27. Juni 1967 in New York vgl. Dok. 246.

<sup>14</sup> Ein gemeinsamer Vertragsentwurf wurde am 24. August 1967 der Konferenz der 18-Mächte-Abüstungskommission in Genf vorgelegt. Vgl. dazu Dok. 314.



Berlin

Rusk bezog sich auf meine Äußerungen in Luxemburg.<sup>15</sup> Amerikanische Bereitschaft zur Förderung von Vorhaben, die der Stützung von Berlin unter veränderten Bedingungen dienen.

Waffenhilfe

Ich brachte Beispiele zur Sprache, die es angezeigt erscheinen lassen, Erklärungen in Washington und Bonn besser aufeinander abzustimmen, d.h. uns nicht mit dem Schwarzen Peter sitzenzulassen.<sup>16</sup>

Rusk stimmte zu, daß wir bei der Reaktion auf zurückliegende Vorgänge besser zusammenwirken müßten. Ich machte klar, wir würden uns in Zukunft noch größere Zurückhaltung auferlegen.

Konsultationen

Rusk bezweifelte, ob regelmäßige Begegnungen zwischen leitenden Herren der beiden Außenministerien sinnvoll sein würden.

Er hielt es für wünschenswert, daß die beiden Minister direkten Kontakt miteinander aufnehmen, sobald sich irgendwo ernstere Schwierigkeiten ergeben.

Außerdem meinte er, eine bessere Verbindung zwischen den Botschaftern und den regionalen Referaten der beiden Ministerien sei wünschenswert.

gez. Brandt

**VS-Bd. 10090 (Ministerbüro)**

<sup>15</sup> Zu den Ausführungen des Bundesministers Brandt auf der NATO-Ministerratstagung am 13./14. Juni 1967 vgl. Dok. 220.

<sup>16</sup> Bundesminister Brandt führte darüber hinaus zum Thema „Waffenlieferungen in Spannungsbereiche“ aus: „Es wäre hilfreich, wenn wir dort, wo es gerechtfertigt ist, enger zusammenarbeiten würden, um nicht gegeneinander ausgespielt zu werden. [...] Eine amerikanische Zeitung hat deutsche Hubschrauber-Lieferungen an Israel erwähnt. Die amerikanische Regierung war von diesen Lieferungen unterrichtet. Man sollte entweder gar nichts oder die Wahrheit sagen, nicht aber nur die halbe Wahrheit, wodurch die Last dem Partner aufgebürdet wird.“ Rusk betonte daraufhin, daß die amerikanische Regierung von den Hubschrauber-Lieferungen nur durch Zufall erfahren habe, „durch nachrichtendienstliche Informationen“. Er machte darauf aufmerksam, daß es in den USA, der UdSSR und der Bundesrepublik „einige tausend überzählige Panzer“ gebe, die nicht „über die ganze Welt verstreut“ werden dürften. „Gewissen Transaktionen“ könnten die USA jedoch zustimmen, sie legten allerdings Wert auf rechtzeitige Konsultationen. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung über die Unterredung am 16. August 1967; VS-Bd. 10090 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

### Staatssekretär Lahr an Botschafter Bach, Teheran

I B 4-82.21-92.18-2508/67 VS-vertraulich      Aufgabe: 18. August 1967, 19.18 Uhr<sup>1</sup>  
Fernschreiben Nr. 223  
Citissime

Sie werden gebeten, Außenminister<sup>2</sup> aufzusuchen und mit ihm im Sinne des Nachfolgenden ein Gespräch zu führen:

1) Die Bundesregierung ist darüber beunruhigt, daß die Vorkommnisse beim Staatsbesuch des Schahs<sup>3</sup> sowohl in der Bundesrepublik als auch in ihrem Verhältnis zum Iran weiterhin<sup>4</sup> negative Auswirkungen haben könnten. In beider Hinsicht – innenpolitisch und im Verhältnis zum Iran – ist sie auf das Stärkste daran interessiert, zur<sup>5</sup> Beruhigung beizutragen und etwaige Beeinträchtigung der bisher so freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern abzuwenden. Die Bundesregierung bittet bei diesen Bemühungen um das Verständnis und die Mitwirkung der iranischen Regierung.

2) Sie macht sich Sorgen, daß das iranische Begehren auf Strafverfolgung ihren Bestrebungen entgegenwirken könnte. Sie ist sowohl im Lichte der zu beachtenden Rechtslage als auch in der Perspektive guter deutsch-iranischer Beziehungen zu dem Ergebnis gelangt, daß von Prozessen wegen Beleidigung des Schahs aus folgenden Gründen abgesehen werden sollte:

a) Es wäre mit Sicherheit zu erwarten, daß die Angeklagten, die nicht aus eigener Anschauung über die Verhältnisse in Iran urteilen können, aber von extremistischen iranischen Studenten aufgehetzt worden sind und sich zu deren Sprecher machen werden, im Laufe derartiger Beleidigungsprozesse Behauptungen aller Art über die inneren Verhältnisse des Iran und des Kaiserhauses aufstellen. Nach der in der Bundesrepublik geltenden sehr liberalen Strafprozeßordnung kann die Verteidigung nicht eingeschränkt werden.<sup>6</sup>

<sup>1</sup> Der Drahterlaß wurde von Ministerialdirigent Frank konzipiert.

Hat Ministerialdirektor Thierfelder am 18. August 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Ardeshir Zahedi.

<sup>3</sup> Zum Aufenthalt des Schahs Reza Pahlevi vom 27. Mai bis 4. Juni 1967 in der Bundesrepublik und zu den Ausschreitungen in Berlin (West) am 2./3. Juni 1967 vgl. Dok. 221, Anm. 3 und 17.

Zu Demonstrationen gegen das iranische Staatsoberhaupt kam es auch am 1. Juni 1967 in München. Diese Kundgebung, die den Schah „tief verletzt“ habe, veranlaßte den iranischen Botschafter Malek, Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg telefonisch mitzuteilen, daß er Außenminister Zahedi gebeten habe, „ihn unverzüglich von seinem Posten als Botschafter in Deutschland abzulösen“. Vgl. die Aufzeichnung von Meyer-Lindenberg vom 1. Juni 1967; VS-Bd. 2571 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „bleibende“.

<sup>5</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lahr gestrichen: „allgemeinen“.

<sup>6</sup> Der Passus „2) Sie macht ... eingeschränkt werden“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Lahr zurück. Vorher lautete er: „Die durch die unglücklichen Ereignisse geschaffene Lage ist durch das allgemein gehaltene iranische Begehren auf Strafverfolgung nicht erleichtert worden. Es hat vielmehr eine Diskussion in einem Teil der deutschen Presse und der deutschen öffentlichen Meinung ausgelöst, die nicht im Sinne einer Beruhigung wirkt. Gleichwohl hat sich das Bundeskabinett damit befaßt, und zwar sowohl im Lichte der zu beach-

b) Es wäre mit Sicherheit mit erneuten Demonstrationen anlässlich der Gerichtsverhandlungen zu rechnen.

c) Ein Teil der Presse würde die<sup>7</sup> Prozesse dazu benutzen, Einzelergebnisse solcher Ermittlungen in ungebührlicher Weise hochzuspielen. Wir würden uns einer nicht enden wollenden Agitation gegenübersehen. Dem deutsch-iranischen Verhältnis würde schwerer, vielleicht nicht wieder gutzumachender Schaden zugefügt.<sup>8</sup>

Aus diesen Gründen und vor allem in dem Bestreben, das politische Gut freundschaftlicher deutsch-iranischer Beziehungen zu schützen, bemüht sich die Bundesregierung, eine Lösung zu finden<sup>9</sup>, durch die die entstandene Beunruhigung auf beiden Seiten beseitigt werden kann. Die iranische Regierung sollte es bei dem allgemein gehaltenen Strafverlangen, bei dem Schritte im einzelnen nicht bezeichnet sind, belassen (iranische Note vom 13. Juni 1967<sup>10</sup>). Die Bundesregierung ihrerseits nimmt die Note vom 13. Juni nicht zum Anlaß, eine Genehmigung zur Strafverfolgung zu erteilen. Andererseits ist die deutsche Regierung bemüht, den Gefühlen des Irans Rechnung zu tragen. Hierbei ist zunächst auf die Note des Auswärtigen Amts<sup>11</sup> und den Brief des Herrn Bundeskanzlers<sup>12</sup> zu verweisen. Die deutsche Regierung hat darüber hinaus ins Auge gefaßt, gegenüber der Öffentlichkeit – z.B. durch die Abgabe einer Erklärung im Parlament im Zusammenhang mit Fragen, die von einem Abgeordneten der Opposition gestellt worden sind<sup>13</sup> – klärend auf die öffentliche

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1210*

tenden Rechtslage als auch in der Perspektive guter deutsch-iranischer Beziehungen in der Zukunft. Die Bundesregierung ist dabei zu dem Ergebnis gelangt, daß die Genehmigung zur Strafverfolgung wegen Beleidigung des Schahs anlässlich seines Staatsbesuchs nicht erteilt werden soll. Von solchen Prozessen sollte aus folgenden Gründen abgesehen werden: a) Es wäre unvermeidlich, daß im Laufe derartiger Beleidigungsprozesse sich Ermittlungen aller Art auf die inneren Verhältnisse des Iran und des Kaiserhauses erstrecken würden. Nach der in der Bundesrepublik geltenden Strafprozeßordnung kann die Verteidigung, die solche Ermittlungen fordert, nicht eingeschränkt werden.“

<sup>7</sup> Die Wörter „Ein Teil der Presse würde die“ wurden von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Die Presse, oder mindestens ein Teil der Presse, würde solche“.

<sup>8</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lahr gestrichen: „d) Zu berücksichtigen ist auch, daß die deutschen Studenten nicht aus eigener Anschauung über die Verhältnisse im Iran urteilen können. Sie sind von extremistischen iranischen Studenten aufgehetzt worden.“

<sup>9</sup> Die Wörter „eine Lösung zu finden“ wurden von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „eine ‚goldene Brücke‘ zu bauen“.

<sup>10</sup> Vgl. dazu Dok. 221, Anm. 19.

<sup>11</sup> Zur Antwortnote der Bundesregierung vom 14. Juli 1967, in der die Aufnahme von Ermittlungen zugesichert wurde, vgl. Dok. 221, Anm. 20.

<sup>12</sup> Zum Schreiben des Bundeskanzlers Kiesinger vom 24. Juli 1967 an Schah Mohammed Reza Pahlavi vgl. Dok. 221, Anm. 18.

<sup>13</sup> Die Fragen des FDP-Abgeordneten Dorn an die Bundesregierung lauteten: „Beabsichtigt die Bundesregierung, den in der iranischen Note vom 13. Juni 1967 enthaltenen Wunsch des Schahs zu befolgen, die Ermächtigung zur Strafverfolgung derer zu geben, die aus Anlaß des Staatsbesuchs den Schah angeblich beleidigt haben? Treffen Pressemeldungen zu, nach denen deutsche Stellen, z. B. durch Unterrichtung persischer Behörden über Art und Umfang des bereits ermittelten Beweismaterials, Einfluß auf das Zustandekommen der iranischen Note genommen haben? Treffen Pressemeldungen des Inhalts zu, daß nach Auskunft des Dekans der juristischen Fakultät der Universität Köln, Professor Dr. Klug, Staatsanwaltschaften bereits Ermittlungen gegen Studenten betreiben und die Betroffenen im Unklaren über die Möglichkeiten der Auskunftverweigerung lassen?“ Diese Fragen wurden vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Auswärtigen, Jahn, am 8. September 1967 im Deutschen Bundestag beantwortet. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 64, S. 6078.

Meinung in Deutschland einzuwirken und unter Würdigung der politischen Verdienste der iranischen Regierung und des Schahs sich in einer der deutsch-iranischen Freundschaft entsprechenden Weise an die iranische Adresse zu wenden.<sup>14</sup>

3) Die Bundesregierung wäre außerordentlich dankbar, wenn die iranische Regierung sich mit einem solchen Vorgehen einverstanden erklären könnte.<sup>15</sup> Sie geht von der Überzeugung aus, daß sie damit der Zukunft der deutsch-iranischen Beziehungen am besten dient.<sup>16</sup>

Lahr<sup>17</sup>

VS-Bd. 2571 (I B 4)

<sup>14</sup> Der Passus „zu erteilen ... zu wenden“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Lahr zurück. Vorher lautete er: „zu erteilen, sondern wird sich wie bisher (Brief des Herrn Bundeskanzlers) bemühen, auf die öffentliche Meinung in Deutschland klärend und beruhigend einzuwirken und die politischen Verdienste der iranischen Regierung und des Schahs gebührend zu würdigen. Dabei ist gedacht an die Abgabe einer Erklärung im Zusammenhang mit Fragen, die von einem Abgeordneten der Opposition gestellt worden sind.“

<sup>15</sup> Am 4. September 1967 notierte Ministerialdirigent Truckenbrodt, der iranische Botschafter Malek habe ihm telefonisch mitgeteilt, daß das Gespräch des Botschafters Bach, Teheran, mit dem iranischen Außenminister Zahedi in einer „sehr guten Atmosphäre“ stattgefunden habe. Vgl. Referat V 4, Bd. 1210.

Am 20. September 1967 äußerte Malek gegenüber Vortragendem Legationsrat I. Klasse Gehlhoff, „daß er mit der Übergabe der Note vom 13. Juni und mit der Erläuterung des Strafverlangens seine Pflicht erfüllt habe (wobei der Ton auf ‚erfüllt‘ lag). Der Schah selber werde wohl kaum auf der Durchführung von Strafprozessen gegen die Beleidiger bestehen. Die iranische Regierung [...] werde ihr Strafverlangen zwar nicht förmlich zurücknehmen, auf diesem Verlangen aber auch nicht insistieren.“ Gehlhoff faßte das Ergebnis des Gesprächs so zusammen: „Wir können davon ausgehen, daß in der Frage der Strafverfolgung von Schahbeleidigern [...] jetzt nichts weiter von uns zu unternehmen ist.“ Vgl. die Aufzeichnung von Gehlhoff vom 20. September 1967; VS-Bd. 2571 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>16</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lahr gestrichen: „Sie ist auch überzeugt, daß dies auch im Interesse des Irans und des Kaiserhauses liegt.“

<sup>17</sup> Paraphe vom 18. August 1967.

## 306

**Bundeskanzler Kiesinger, z.Z. Krefßbronn,  
an Bundesminister Brandt**

22. August 1967<sup>1</sup>

Sehr geehrter Herr Kollege,

ich habe, wie Sie gewiß aus der Presse entnommen haben, Ihre Äußerungen in Rumänien<sup>2</sup> gedeckt oder, wenn Sie wollen, interpretiert.<sup>3</sup>

Sie wissen, daß ich in den vergangenen Monaten bei verschiedenen Gelegenheiten meine Sorge über terminologische Unklarheiten bezüglich unserer Ostpolitik äußerte. Wir nahmen uns vor, daß wir uns zweckmäßigerweise, wenn auch ohne Pedanterie, auf eine bestimmte Terminologie einigen sollten.

Ich hatte bisher den Eindruck, daß es in der Substanz unserer Politik keine Meinungsverschiedenheiten zwischen uns gäbe. Ich bin mir heute darüber nicht mehr so sicher. Die Reaktion eines Teils der der SPD nahestehenden Presse auf meine gestrigen Äußerungen<sup>4</sup> zeigt mir, daß man jedenfalls dort Ihre politische Konzeption anders versteht. Ein besonders herausragendes Beispiel bietet der Kölner Stadtanzeiger, der sich sogar gegen meine Interpretation der „Realitäten“ auf eine Prager Auslegung beruft.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Brandt am 24. August 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Aufenthalt des Bundesministers Brandt vom 3. bis 7. August 1967 in Bukarest vgl. Dok. 292 und Dok. 293.

Am 4. August 1967 hob Brandt in einer Tischrede hervor, daß „bei den Bemühungen um eine europäische Friedensordnung von den gegebenen Realitäten“ ausgegangen werden müsse, und unmittelbar im Anschluß an diesen Passus hinzufügte, daß dies auch für „die beiden politischen Ordnungen, die gegenwärtig auf deutschem Boden bestehen“, gelte. Brandt erläuterte diese Aussage am 4. August 1967 in einem Interview mit dem Südwestfunk und am Tag darauf in einer Sendung des Deutschen Fernsehens. Für den Wortlaut der Tischrede und für Auszüge aus der Rundfunk- bzw. Fernsehsendung vgl. DzD V/1, S. 1505–1507.

Zur Kritik in der Presse vgl. den Kommentar von Ernst-Ulrich Fromm: „Bukarester Bilanzen“; DIE WELT, Nr. 181 vom 7. August 1967, S. 2. Vgl. dazu auch den in der Wochenzeitschrift „Bayern-Kurier“ veröffentlichten Artikel von Wilfried Scharnagl: „Vor Illusionen wird gewarnt – Genugtuung im Ostblock“; DzD V/1, S. 1542–1544.

<sup>3</sup> So wurde am 22. August 1967 in der Presse die Aussage des Bundeskanzlers Kiesinger veröffentlicht, daß „in der Substanz“ kein Widerspruch bestehe zwischen Bundesminister Brandt und der in der Regierung vereinbarten politischen Linie: „Aber die Formel des Außenministers von den Realitäten auf deutschem Boden, von denen man ausgehen müsse, ist nach Meinung des Bundeskanzlers geeignet, Mißverständnisse zu wecken“. Vgl. den Artikel „Kiesinger stellt sich hinter Brandt“; DIE WELT, Nr. 194, S. 1.

<sup>4</sup> So wurde am 22. August 1967 gemeldet, daß sich der Bundeskanzler bemühe, „die Auseinandersetzung auf ein Problem der Interpretation zu reduzieren“. Allerdings habe Kiesinger „als sanftes Monitum an seinen Außenminister“ auf die Notwendigkeit hingewiesen, „terminologisch behutsam“ vorzugehen. Vgl. den Artikel von Rolf Breitenstein: „Kiesinger verteidigt Brandt“; FRANKFURTER RUNDSCHAU, Nr. 193, S. 1 f.

<sup>5</sup> Unter der Überschrift „Der Kanzler mahnt Brandt zur Vorsicht“ wurde berichtet, Bundeskanzler Kiesinger habe darauf hingewiesen, „daß die Formel, die Brandt benutzt habe, Mißverständnisse hätte hervorrufen können. [...] Der Außenminister versteht nach Kiesingers Worten unter den Realitäten auf deutschem Boden nicht die Existenz eines zweiten deutschen Staates und die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Neiße-Linie, wie es die andere Seite tue. [...] Die Kritik seines Vorgängers Ludwig Erhard an der Formulierung ‚Deutsche Bundesrepublik‘ im deutsch-tschechoslowakischen Vertrag hält Kiesinger für eine unnötige Dramatisierung. Es habe sich erwiesen, daß die-

Auch Ihre eigenen Äußerungen in Bremen<sup>6</sup> haben mich aufhorchen lassen.

Sie können sich denken, daß im Lager meiner eigenen politischen Freunde, und zwar keineswegs nur bei den Zaudernden, die Unruhe wächst. Ich werde mich am 4. September sowohl im Parteipräsidium wie im Fraktionsvorstand und dann in der Fraktion zu dieser Problematik äußern müssen. Es gibt in einem Teil der deutschen Presse die deutliche Tendenz, die nicht nur auf die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, sondern auch auf die Anerkennung – schrittweise oder sofort – der „DDR“ drängt. Diese Presse scheint den Versuch zu machen, Ihre Äußerungen in diesem Sinne zu interpretieren. Ich lasse Ihnen eine Zusammenstellung dieser Versuche durch das Presse- und Informationsamt übersenden.

Mir scheint, daß es höchste Zeit ist, daß wir hier reinen Tisch machen und so bald wie möglich der deutschen Öffentlichkeit bestätigen, daß auch die Ostpolitik nach wie vor in Übereinstimmung mit meiner Regierungserklärung<sup>7</sup> geblieben ist.

Ich kenne Ihre Urlaubspläne nicht. Ich selber befinde mich bis zum 4. September in Kreßbronn am Bodensee. Ich werde während dieser Zeit eine Aussprache mit Herrn Wehner über unsere Deutschlandpolitik haben und wäre Ihnen dankbar, wenn auch wir uns noch vor dem 4. September über einige der wichtigsten Aspekte unserer Außenpolitik unterhalten könnten.<sup>8</sup>

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Kiesinger

**Willy-Brandt-Archiv, Bestand Außenminister**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1213*

se Formulierung im tschechoslowakischen Sprachgebrauch ebenso üblich sei wie „Österreichische Bundesrepublik“ oder „Italienische Republik.“ Vgl. KÖLNER STADTANZEIGER, Nr. 194 vom 22. August 1967, S. 1 f.

<sup>6</sup> Bundesminister Brandt führte am 18. August 1967 auf dem Landesparteitag der SPD in Bremen u. a. aus: „Unser Volk denkt übrigens in vielen Fragen weit vernünftiger als mancher, der sich so gern als Gralhüter deutscher Interessen aufspielt. Die Realitäten, auch unangenehme Realitäten zu erkennen und sie in der Politik zu berücksichtigen, schadet nicht den deutschen Interessen, sondern nützt ihnen. Das deutsche Volk kann nichts von solchen Leuten erwarten, deren ganze Weisheit sich darin erschöpft, daß sie heute hier etwas ‚aufgegeben‘ sehen und morgen dort vor ‚unverantwortlichen Zugeständnissen‘ warnen. Ratschläge dieser Art haben allzu lange eine vernünftige Politik behindert.“ Vgl. DzD V/1, S. 1538.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

<sup>8</sup> Im Rückblick äußerte sich Willy Brandt zu der Kritik an seinen Ausführungen vom 4. August 1967: „Während meines Aufenthalts in Bukarest gab es einen der Bonner Stürme im Wasserglas – wegen eines kleinen Zusatzes, den ich in meine Tischrede eingefügt hatte. In meinem vorbereiteten Manuskript hieß es, wir stimmten darin überein, ‚daß man bei dem Problem der europäischen Sicherheit von den bestehenden Realitäten auszugehen hat und daß allen Staaten, unbeschadet ihrer Größe, gleichermaßen bedeutende Aufgaben bei der Verwirklichung einer europäischen Friedensordnung zufallen‘. Dann folgte meine Einfügung: ‚Das gilt auch für die beiden politischen Ordnungen, die gegenwärtig auf deutschem Boden bestehen‘. [...] Der Zusatz ergab sich für mich aus verschiedenen Gesprächen bei Tisch. Ich konnte schon damals nicht verstehen, was daran falsch gewesen sein sollte. Im Abstand fast eines Jahrzehnts wird es nicht leichter, die fast hysterische Reaktion in der Bundeshauptstadt zu begreifen.“ Vgl. BRANDT, Begegnungen, S. 230.

307

**Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt**

II A 7-2750/67 VS-vertraulich

22. August 1967<sup>1</sup>

Betr.: Harmel-Studie;  
hier: Bewertung

Bezug: Drahtbericht der Botschaft Washington Nr. 1659 geh. vom 9.8.1967 –  
AZ: II A 6-82.20-91.36-1653/67 geh., Ziffer III<sup>2</sup>

I. In dem Bezugsbericht wird ausgeführt, daß die zuständigen amerikanischen Stellen der Harmel-Studie große Bedeutung beimessen; nach Auffassung dieser Stellen hänge es nicht zuletzt von unserer Haltung ab, ob Schwierigkeiten, die von französischer Seite bei der Verabschiedung des Berichts gemacht werden könnten, überwunden würden. Angehörige der amerikanischen NATO-Vertretung haben ähnliche Feststellungen getroffen. Freilich dürften die Hoffnungen, die hiesige amerikanische Kreise hinsichtlich deutscher Einwirkungsmöglichkeiten auf die Franzosen hegen, weniger weit gehen.

Die Berichterstattung der Botschaft Washington veranlaßt mich, grundsätzlich auf die Frage einzugehen, welches die Chancen für das Zustandekommen eines positiven Ergebnisses der Studien sind. Daß unsere Interessen am Fortbestand der NATO nach 1969 und an einer fortdauernden Bindung der Verbündeten in der Deutschland- und Berlin-Frage besonders intensiv sind, liegt auf der Hand. Aber auch die anderen Allianz-Partner können nach dem Ausscheiden Frankreichs aus der militärischen Integration und im Hinblick auf die Umgestaltung der Beziehungen zwischen Ost und West einfach nicht umhin, sich Gedanken über Zukunft und Zielsetzung der Allianz zu machen. Auch der Generalsekretär<sup>3</sup> fühlt sich hierzu verpflichtet.

Ob die im Rahmen der Harmel-Studie angestellten Überlegungen jedoch zu dem besonders von uns angestrebten positiven Ergebnis führen, ist eine andere Frage. Insbesondere bleibt es sehr zweifelhaft, ob die Studie in der Geschichte der NATO einen ähnlichen Markstein darstellen wird, wie 1956 der Bericht der Drei Weisen<sup>4</sup>. Hoffnungen dieser Art werden zwar geäußert; dabei wird aber übersehen, daß die Situation des Jahres 1956 von der des Jahres 1967 grundverschieden ist. Damals: eine durch sowjetischen Druck zusammengehaltene und daher in sich relativ einige Allianz; heute: ein Bündnis, dessen Mitglieder in der Phase der Entspannung zunehmend dazu neigen, in verteidigungspolitischen Fragen und in solchen des Verhältnisses zum Osten eigene Wege zu gehen, wenn nicht Extratouren zu unternehmen. Gewiß konnte bei den bisherigen Verhandlungen der Harmel-Untergruppen<sup>5</sup> festgestellt werden,

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirektor Ruete am 24. und Ministerialdirigent Sahm am 28. August 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Für den Drahtbericht des Botschafters Knappstein vgl. VS-Bd. 4216 (II A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Manlio Brosio.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 282, Anm. 9.

<sup>5</sup> Zur Einsetzung der Untergruppen der „Special Group“ und zur Aufgabenverteilung vgl. Dok. 184.

daß sich die meisten Delegierten mehr oder weniger deutlich zu der Überzeugung bekannten, die NATO müsse auch in einer Entspannungsphase fortbestehen. Auch die Diskussionsteilnehmer aus solchen Ländern, in denen die Frage der Bündniszugehörigkeit nach 1969 innenpolitisch umstritten ist (z.B. Dänemark), ließen sich bei ihren Äußerungen in erster Linie von dem Gedanken leiten, man müsse gerade im Interesse des Fortbestands der Allianz alles unternehmen, um diese in der eigenen Öffentlichkeit attraktiver, d.h. populärer zu machen; diesem Ziele habe der Harmel-Bericht vor allem zu dienen. Ob dieser überwiegend vorhandene gute Wille ausreicht, um die Harmel-Studie wirklich zu einem Erfolg zu führen und der NATO die erhoffte neue Ausstrahlungswirkung zu verleihen, bleibt fraglich.

Vor dem Hintergrund des bisherigen Meinungsaustausches gesehen, wirken die Erfolgchancen des Unternehmens eher blaß. Auch bei wohlwollender Bewertung des bisherigen Diskussionsverlaufs wird man an folgendem nicht vorbegehen können:

– In substantieller Hinsicht erschöpft sich der Wille zur Reform oft in Lippenbekenntnissen zu engerer Zusammenarbeit und Konsultation. Wirksam wird diese Haltung meist nur dann, wenn sich das erwartete Ergebnis mit festgelegten nationalen Standpunkten deckt. Die meisten Mitgliedstaaten halten sich an die Regel, in politischen Fragen dem Bündnis als solchem nur dann größeren Einfluß einzuräumen, wenn dieser ihrer nationalen Politik zugute kommt.

– In technischer Hinsicht läßt sich nicht absehen, in wieweit das komplizierte Berichtsverfahren in absehbarer Zeit die erhofften Resultate erbringen kann. Zwar ist auf der Sitzung der Rapporture in Königswinter am 21. Juli 1967<sup>6</sup> insofern ein sehr erfreulicher Fortschritt erzielt worden, als diese sich über den Arbeitsmodus in den kommenden Monaten einig geworden sind. Das Problem besteht aber fort, wie sich die aus nationalen Vertretern bestehenden Untergruppen mit den Rapporturen einigen sollen, die z.T. von ihren Regierungen unabhängig sind und ihre Aufgaben sehr unterschiedlich auffassen.

– In prozeduraler Hinsicht kommt hinzu, daß die Rapporture zwar beabsichtigen, in eigener Verantwortung zu berichten. Der Gesamtbericht soll jedoch von der Sondergruppe<sup>7</sup> einstimmig gebilligt werden. Es wird nicht leicht sein, die verschiedenen Interessen unter einen Hut zu bringen, d.h. zu einem Ergebnis zu kommen, das mehr als die Wiederholung bekannter Gemeinplätze enthält.

II. Ich bin unter diesen Umständen skeptisch, ob der Harmel-Bericht eine neue Epoche gemeinsamer NATO-Politik einleiten wird. Wir müssen jedenfalls mit der Möglichkeit rechnen – und das sollten realistischerweise auch die Amerikaner tun – daß ein Bericht zustande kommen wird, dessen Inhalt durch die Formel des niedrigsten gemeinsamen Nenners charakterisiert sein wird.

Dies braucht unserer besonderen Interessenlage nicht zuwiderzulaufen. Gerade der Deutschland-Teil des Berichts dürfte – diesen Eindruck vermittelt jedenfalls die bisherige Diskussion – eine Chance haben, ohne wesentliche Ände-

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 282.

<sup>7</sup> Zur Einrichtung einer Studiengruppe zur Untersuchung der zukünftigen Aufgaben der Allianz auf der NATO-Ministerratstagung im Dezember 1966 vgl. Dok. 60, Anm. 4.



rungen in der Sache die Zustimmung der Verbündeten zu finden. Damit ist unser nationales Interesse weitgehend berücksichtigt, da wir in der deutschen Öffentlichkeit nicht auf vergleichbare Vorbehalte gegen die NATO stoßen wie einige andere Länder. In allen Fällen, die die Zukunft des Bündnisses als solches betreffen, werden wir uns möglicherweise mit allgemeinen Äußerungen zufrieden geben müssen.

Bereits bei der Verabschiedung des Berichts über die Ost/West-Beziehungen (auf der NATO-Ministertagung im Dezember 1966<sup>8</sup>) stellte sich heraus, daß zwei Alliierte, die Franzosen und die Griechen, zu wesentlichen Berichtsteilen Vorbehalte anmeldeten: die Franzosen wegen des Abschnitts, der die Frage einer Koordinierung der von den einzelnen Mitgliedstaaten gegenüber dem Osten zu führenden Außenpolitik betraf. Diese Vorbehalte waren nicht aus der Welt zu schaffen. Die entsprechenden Berichtsteile mußten gestrichen werden. Es ist damals vermieden worden, sich mit den Franzosen in grundsätzliche Auseinandersetzungen einzulassen in der Erkenntnis, daß diese nicht einlenken würden, wenn sie einmal die Auffassung gewonnen haben, daß für sie wesentliche nationale Interessen auf dem Spiele stehen. Die griechischen Vorbehalte betrafen die allgemeine „Philosophie“ der Entspannung. Sie gingen von der vorrevolutionären Regierung aus und wurden inhaltlich auch von den Türken geteilt.

Diese Situation kann sich auch im Falle des Harmel-Berichts nur wiederholen. Unseren Einwirkungsmöglichkeiten sind dort unvermeidlich Grenzen gesetzt, wo zentrale französische Interessen berührt werden. Dies ist mit Sicherheit in allen Punkten der Fall, wo detaillierte Erklärungen über die Zukunft der Allianz, wo die Frage der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit und wo ganz allgemein die Frage der über bloße Information und Konsultation hinausgehenden politischen Zusammenarbeit berührt werden.<sup>9</sup> Nach meiner Auffassung sollten die Amerikaner in dieser Angelegenheit unsere Einwirkungsmöglichkeiten nicht zu hoch einschätzen.

Das den Harmel-Studien oft zugeschriebene Motto, NATO müsse aus einem militärischen Verteidigungsbündnis in eine politische Organisation, in ein Instrument der Entspannungspolitik umgewandelt werden, ist in mehrfacher Hinsicht fragwürdig:

1) Die NATO ist niemals ein rein militärisches Verteidigungsbündnis gewesen. Der Gedanke, ihre politischen Funktionen zu aktivieren, lag bereits dem Drei-Weisen-Bericht von 1956 zugrunde, der auch geeignete Wege und Verfahren hierfür vorschlug. Es dürfte kaum möglich sein, im Rahmen eines Bündnisses

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung vom 16. Dezember 1966 vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 42-46.

<sup>9</sup> Am 19. September 1967 sprach NATO-Generalsekretär Brosio gegenüber dem französischen Außenminister die Haltung Frankreichs zur Harmel-Studie an. Die Äußerungen von Couve de Murville zu diesem Thema waren „scharf und pointiert: Frankreich habe dieser Studie im letzten Dezember zugestimmt und habe sich beteiligt, sei jedoch über die seitdem eingetretene Entwicklung beunruhigt. Die Rapporteurs zeigten sich ‚unverantwortlich‘ [...]. Was habe man vor, wolle man Frankreich mit Hilfe dieses Unternehmens provozieren?“ Couve de Murville habe hinzugefügt, „daß die atlantische Allianz ein militärisches Verteidigungsbündnis sei und daß es verfehlt sei, ihm alle möglichen politischen Aufgaben aufzubürden. Frankreich werde sich in seiner Politik auf diese Weise nicht binden lassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1433 des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 21. September 1967; VS-Bd. 4109 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1967.

von 15 souveränen Staaten noch weitergehende Formen der Zusammenarbeit zu finden.

2) Dem Versuch, die politische Seite des Bündnisses zu aktivieren und seine Bedeutung als Verteidigungssystem herabzuspielen, sind gewisse Grenzen gesetzt. Im Grunde besteht eine Interessenhomogenität der Partner auch heute in erster Linie auf dem Gebiete der Verteidigung. Je stärker sich die Allianz politisch zu bestätigen sucht, je stärker muß sich die Heterogenität der politischen Interessen bemerkbar machen. Dies gilt heute in der Phase der Auflockerung des Ostblocks und der politischen Entspannung des Ost/West-Verhältnisses noch viel mehr als vor einem Jahrzehnt oder gar in den Anfangszeiten der Allianz.

3) Jede Reform der NATO, die notwendigerweise auf intensivierte Zusammenarbeit und Konsolidierung der Allianz auf längere Zeiträume über 1969 hinaus abzielen muß, wirft unter den jetzigen Umständen die Frage der französischen Mitgliedschaft auf. Wir sind die letzten, die daran interessiert sein könnten. Es läßt sich jedoch nicht ganz die Möglichkeit ausschließen, daß es Kräfte in der Allianz gibt, die das Harmel-Unternehmen gerade zu diesem Zwecke betreiben (ich denke an einige Amerikaner und Holländer).

IV. Wir sollten uns daher m. E. hüten, einen „perfekten“ Bericht anzustreben. Davon könnte eventuell eine desintegrierende Wirkung ausgehen, die die erhoffte integrierende Wirkung selbst eines nur allgemein gehaltenen Berichts in Frage stellen könnte. Das Gegenteil dessen, was offiziell angestrebt wird, wäre erreicht. Ohnehin birgt die Diskussion unter Alliierten über die Festlegung von politischen Richtlinien in sich die Gefahr, daß unterschiedliche Auffassungen zu deutlich an- und ausgesprochen werden und damit das Allianzverhältnis auch psychologisch belastet wird. Ich sehe die hieraus resultierenden Gefahren als nachteiliger für die Allianz an, als einen Bericht, der uns und die an dem Fortbestand der NATO interessierten Verbündeten u. U. nicht voll befriedigt.

Entsprechend sollten wir m. E. taktieren, d. h.,

- auf der Erwähnung des Deutschland- und Sicherheitsthemas in unserem Sinne bestehen;
- uns ggfs. mit allgemeinen Feststellungen hinsichtlich der Zukunft und des Bestandes des Bündnisses zufriedengeben;
- ggfs. die in Frage kommenden Verbündeten von ihrem Bestreben nach einem perfektionistischen Bericht unter Hinweis auf die Gefahr des Auseinanderredens abzuhalten.

Ich darf anregen, diesen Bericht der Botschaft Washington zur Kenntnis zu geben und insbesondere die dortige Beurteilung der unter III, 3 geäußerten Vermutungen einzuholen.<sup>10</sup>

Grewe

**VS-Bd. 1657 (II A 7)**

<sup>10</sup> Gesandter von Lilienfeld, Washington, führte dazu am 15. September 1967 aus, daß es zwar amerikanische Politiker gebe, die gegenüber Frankreich „einen Kollisionskurs, wenn auch nicht ausdrücklich befürworteten, so doch als unvermeidlich oder zumindest als wahrscheinlich hinstellten“. Dieser Linie seien jedoch weder Präsident Kennedy noch Präsident Johnson gefolgt, ganz im

## Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker

I A 4 – 82.00/94.08

24. August 1967<sup>1</sup>

Betr.: Die deutsche Haltung gegenüber Griechenland

1) In den 4 Monaten seit dem Militärputsch in Griechenland<sup>2</sup> hat sich immer wieder die Frage gestellt, wie das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu Griechenland praktisch zu gestalten sei. Sowohl im bilateralen wie im multilateralen Bereich sind Entscheidungen zu treffen, aus denen die öffentliche Meinung ablesen kann, wie die Bundesregierung dem Militärregime in Griechenland gesonnen ist. Nach Zusammentritt des Bundestages wird die Bundesregierung außer [mit] der Großen Anfrage der SPD-Fraktion<sup>3</sup> auch mit den Fragen weiterer Abgeordneter konfrontiert werden, ob sie nicht eindeutiger als bisher von dem griechischen Militärregime abrücken will.

2) Bei der Frage nach der Haltung Deutschlands gegenüber der gegenwärtigen griechischen Regierung sind vor allem zwei Aspekte zu berücksichtigen:

a) Das griechische Regime ist undemokratisch und schädigt das Ansehen des westlichen Bündnisses. Das Parlament ist aufgelöst, alle Parteien sind verboten und zahlreiche Abgeordnete der Zentrumsunion und linksstehende Politiker sind verhaftet worden. Ein allerdings noch kleiner Kreis von Persönlichkeiten ist ausgebürgert worden. Zahlreiche Professoren und Lehrer sowie höhere Offiziere sind selbst dann ihrer Positionen enthoben worden, wenn sie monarchistisch eingestellt waren. Wichtige Teile der Verfassung sind suspendiert. Damit entspricht das griechische Regime nicht mehr den Grundsätzen, die sich die im Europarat zusammengeschlossenen europäischen Staaten vor allem in der Menschenrechtskonvention<sup>4</sup> zum Ziel gesetzt haben.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1218*

Gegenteil: „Zu wiederholten Malen, insbesondere in der letzten Runde der MLF und während der Krise in der Allianz Anfang 1966, hat das Weiße Haus eingegriffen, um eine kritische Zuspitzung im Verhältnis zu Frankreich zu verhindern“. Es bestehe auch kein Anlaß zu der Annahme, daß Präsident Johnson von dieser „vorsichtigen pragmatischen und abwartenden Haltung abgehen“ werde. Die amerikanische Regierung sei sich „zunehmend darüber klar geworden, daß es keine Möglichkeit gibt, Frankreich wirksam über den Kopf de Gaulle's hinweg anzusprechen, und daß man womöglich einen nicht wieder gut zu machenden Schaden anrichten würde, wenn man es während der Amtszeit des Generals zu einem wirklichen Bruch kommen ließe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1940; VS-Bd. 1657 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schwörbel konzipiert.

Hat Ministerialdirigent Frank am 12. September 1967 vorgelegen, der die Aufzeichnung an Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg weiterleitete.

Hat Meyer-Lindenberg am 12. September 1967 vorgelegen, der für Frank handschriftlich vermerkte: „Zurückgereicht. B[itte] w[eiterer] V[eranlassung] gemäß heutiger Besprechung bei Parl[amentarischem] St[aats]s[ekretär].“

Hat Frank erneut am 18. September 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zu den Ereignissen vom 20./21. April 1967 vgl. Dok. 177, Anm. 3.

<sup>3</sup> Die SPD-Fraktion forderte am 29. Juni 1967 die Bundesregierung u. a. dazu auf, „bis zur Wiederherstellung demokratischer verfassungsmäßiger Zustände Griechenland keine weitere Militärhilfe zu gewähren“. Vgl. BT ANLAGEN, Bd. 113, Drucksache V/1989.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Europäischen Menschenrechtskonvention vom 4. November 1950 vgl. EUROPEAN TREATY SERIES, Straßburg 1958, Nr. 1–15.

b) Andererseits hat die griechische Regierung wiederholt ihre Absicht bekundet, zu demokratischen Spielregeln zurückzukehren. Es ist ein Ausschuß eingesetzt worden, der bis zum Jahresende eine neue Verfassung ausarbeiten soll. Ob sie echten demokratischen Grundsätzen folgen wird, muß abgewartet werden. Darüber hinaus hat die griechische Regierung betont, daß sie ihren Verpflichtungen im Rahmen der NATO und sonstiger Verträge voll nachkommen wird.<sup>5</sup> Unter dem Eindruck des wachsenden sowjetischen Einflusses im östlichen Mittelmeerraum bemüht sie sich, zu einem besseren Verhältnis mit der Türkei zu gelangen und eine Lösung des Zypernproblems zu finden. Die strategische Stellung Griechenlands als einzige NATO-Verbindung zur Türkei ist unverkennbar.

Aufgrund einer Hausbesprechung<sup>6</sup> und der Umfrage bei unseren Auslandsvertretungen in Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Norwegen und Schweden können zu diesem Komplex folgende Grundsätze aufgestellt werden:

3) In seiner außenpolitischen Haltung gegenüber Griechenland sollte Deutschland eindeutig klarstellen, daß es die jetzigen innerpolitischen Vorgänge in Griechenland nicht billigt und auf eine Wiederherstellung der demokratischen Rechte außerordentlichen Wert legt. Sie will sich damit nicht in die inneren Angelegenheiten Griechenlands einmischen, folgt aber der Resolution des Europarats vom 26. April d. J.<sup>7</sup> und der Entschließung des Ständigen Ausschusses der Beratenden Versammlung vom 23. Juni d. J.<sup>8</sup>, die für Januar nächsten Jahres einen Bericht über die bekanntgewordenen Verletzungen der Menschenrechte und der demokratischen Freiheiten durch die griechische Regierung fordert. Auf jeden Fall sollte sich die Bundesregierung bemühen, die griechische Regierung und das Königshaus zur Wiederherstellung einer rechtsstaatlichen Ordnung zu ermutigen und der griechischen Regierung zum Ausdruck bringen, daß Verstöße gegen rechtsstaatliche Grundsätze die weitere Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Griechenland erschweren. Einzelne Verstöße gegen die Menschenrechte, die der Bundesregierung bekannt werden, sollten von ihr an die griechische Regierung herangetragen werden, damit eine befriedigende Lösung gefunden wird. Dabei muß sich die Bundesregierung darüber im klaren sein, daß die Möglichkeiten, die politische Entwicklung Griechenlands zu beeinflussen, relativ begrenzt sind.

<sup>5</sup> Botschafter Schlitter, Athen, betonte am 12. Juli 1967, daß die Versicherungen der griechischen Regierung, „sie stehe fest zu ihren übernommenen Verpflichtungen in der NATO, nicht nur Lippenbekenntnisse, sondern ehrlich gemeint“ seien. Die „neue Regierung ist bestimmt verlässlicherer NATO-Partner als ihre Vorgängerinnen. Während diese sich in merkbarer Weise mehr und mehr französische Ideen zu eigen zu machen begannen, ist heutige Regierung ohne Zweifel Anhängerin der Integration.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 227; VS-Bd. 2504 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Zur Hausbesprechung am 10. August 1967 vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats Schirmer vom 10. August 1967; Referat I A 4, Bd. 415.

<sup>7</sup> Dazu berichtete der Stellvertretende Leiter der Vertretung beim Europarat in Straßburg, Drenker, daß die „Direktive zu den Vorgängen in Griechenland“ ohne Gegenstimmen und mit „nur wenigen Enthaltungen“ angenommen worden sei. Die Beratende Versammlung fordere darin „die derzeitigen griechischen Behörden auf“, die verfassungsmäßigen Rechte wiederherzustellen und „sich ab sofort aller Maßnahmen zu enthalten, die im Widerspruch zur Europäischen Menschenrechtskonvention stehen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 37 vom 26. April 1967; Referat I A 1, Bd. 573.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 346 (1967) der Beratenden Versammlung des Europarats vom 23. Juni 1967 vgl. Referat I A 2, Bd. 590.

4) Auf der anderen Seite sollte im Interesse nicht nur der bisherigen guten deutsch-griechischen Beziehungen, sondern auch des griechischen Volkes, alles vermieden werden, was die griechische Regierung in eine Isolierung treiben könnte, die sie zu nationalistischen Tendenzen zwingen oder die Gefahr eines politischen Neutralismus fördern könnte. Auch sollte darauf geachtet werden, die griechische Position im Rahmen des westlichen Bündnisses nicht unnötig zu schwächen, solange Griechenland ein Mitglied der NATO ist und bleibt.

5) Im Rahmen des Europarates sollte die Bundesregierung der auch von den übrigen Mitgliedstaaten bisher eingenommenen Haltung folgen, die weitere Entwicklung in Griechenland abzuwarten, ehe konkrete Schritte mit dem Ziel eines Ausschlusses Griechenlands unternommen werden. Die bisherigen Feststellungen haben ergeben, daß die meisten westlichen Regierungen zwar der Klage eines Mitgliedes des Europarates folgen würden, aber nicht bereit sind, ihrerseits initiativ tätig zu werden.<sup>9</sup>

6) Griechenland würde unter Umständen seinen Ausschluß aus dem Europarat zum Anlaß nehmen, um aus der NATO auszutreten. Im Rahmen der NATO sind sich aber die westlichen Bündnispartner darüber einig, daß dies vermieden werden sollte. Die Schwächung der NATO würde durch ein Ausscheiden Griechenlands noch weiter beschleunigt werden. Die Türkei würde gezwungen werden, ihre Beziehungen zum westlichen Bündnissystem zu überprüfen, da sie strategisch isoliert würde.

Solange Griechenland Mitglied der NATO ist, muß es wie jedes andere Mitglied behandelt werden. Meinungsverschiedenheiten mit der griechischen Regierung sollten daher nicht innerhalb der NATO ausgetragen werden.

7) Die Frage der Mitgliedschaft Griechenlands in anderen internationalen Organisationen stellt sich zunächst nicht. Immer wieder erhebt sich jedoch die Frage, ob und inwieweit eine griechische Kandidatur für bestimmte Posten unterstützt werden soll. Man sollte diese Frage pragmatisch je nach Qualifikation des griechischen Kandidaten und vor allem in Übereinstimmung mit unseren westlichen Verbündeten lösen. Bei ausgesprochenen Vertretern des neuen Militärregimes sollte die Bundesrepublik Deutschland ihre Zustimmung verweigern.

8) In der Frage der deutschen Haltung zum Assoziationsabkommen zwischen Griechenland und der EWG<sup>10</sup> sollte Deutschland den in der Aufzeichnung der Abteilung I vom 24. Juli 1967 – I A 2 – 81.12 aufgestellten Grundsätzen<sup>11</sup> fol-

<sup>9</sup> Am 15. September 1967 führte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg aus, daß sich nun doch die schwedische Regierung dazu entschlossen habe, bei der Europäischen Kommission für Menschenrechte Beschwerde gegen Griechenland zu erheben; Belgien, Dänemark, Luxemburg, die Niederlande und Norwegen würden sich voraussichtlich diesem Schritt anschließen. Vgl. VS-Bd. 2403 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Das Assoziierungsabkommen zwischen der EWG und Griechenland wurde am 9. Juli 1961 unterzeichnet. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 4/1961, S. 17–24.

<sup>11</sup> Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg befürwortete, daß sich die Bundesregierung an das im EWG-Ministerrat am 5. Juni 1967 erzielte Einvernehmen halten solle, wonach bei der Durchführung des Assoziationsabkommens die „normale Geschäftsführung“ weiterlaufen, „in den Hauptfragen der künftigen Entwicklung der Assoziation, nämlich der Aushandlung eines neuen Finanzprotokolls und der Fortsetzung des Harmonisierungsverfahrens der Landwirtschaft“ jedoch einstweilen nichts unternommen werden solle. Vgl. Referat I A 2, Bd. 1235.

gen. Auch Frankreich und die Niederlande beabsichtigen nicht, Änderungen des Verhältnisses zu Griechenland im Rahmen der EWG in Erwägung zu ziehen; Italien und Belgien haben sich bis jetzt jedenfalls nicht negativ geäußert.

9) Im Rahmen der weltweiten wirtschaftlichen Organisationen wie OECD und GATT ist das Problem Griechenland bisher nicht zur Diskussion gestellt worden. Auch hier sollte die Bundesrepublik Deutschland nicht die Initiative ergreifen.

10) Im bilateralen Wirtschaftsverkehr zwischen Deutschland und Griechenland sollte man sich von dem auch von unseren Verbündeten geteilten Grundsatz leiten lassen, daß wirtschaftlicher Druck nicht geeignet ist, die politischen Verhältnisse in einem Land im demokratischen Sinne zu beeinflussen, sondern nur zu einer Isolation und einer Abkapselung im internationalen Wirtschaftsverkehr führt, wobei die bisher im Lande bestehenden eigenen wirtschaftlichen Positionen verloren gehen würden. Im deutschen Fall wäre dabei besonders zu beachten, daß gerade das neue griechische Regime alle Vorstöße der SBZ auf diesem Gebiet ablehnt und noch stärker als die früheren Regierungen bereit ist, wirtschaftlich nur mit dem Westen zusammenzuarbeiten.<sup>12</sup> Alle unsere Verbündeten sind sich daher darin einig, daß die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen normal weiterlaufen sollten, wobei vor allem geschlossene Verträge einzuhalten wären. Lediglich die belgische und die niederländische Regierung haben zu erkennen gegeben, daß sie neue Projekte wirtschaftlicher Art zunächst restriktiv behandeln würden; Dänemark, Frankreich, Großbritannien und Norwegen sehen auch hinsichtlich neuer Projekte keine Bedenken, wenn mit ihnen wirtschaftliche Vorteile verbunden sind. Von diesen Überlegungen sollte sich auch die Bundesregierung leiten lassen, wobei vor allem berücksichtigt werden müßte, daß das Versagen oder die Nichtweiterführung einer Leistung im allgemeinen auch Deutschland einen wirtschaftlich nicht zu vertretenden Schaden bringen würde, ohne einen politischen Effekt zu erzielen.

11) Die gleichen Grundsätze sollten auch für das Gebiet der Kapitalhilfe und der Technischen Hilfe gelten. Hier wird man allerdings zwar bereits abgeschlossene Verträge erfüllen, vor der Inangriffnahme neuer Projekte der Kapitalhilfe oder der Technischen Hilfe aber doch sorgfältig prüfen müssen, ob der wirtschaftliche Effekt des Projekts dem griechischen Volk zugute kommt oder einseitig die politische Stellung der griechischen Regierung festigen würde. Auch in diesen Fällen muß natürlich eine Abwägung stattfinden zwischen den politischen Interessen und den möglichen Schäden für die deutsche Wirtschaft.

12) Auf dem Spezialgebiet der militärischen Hilfe muß zunächst davon ausgegangen werden, daß die für die Mitgliedschaft in der NATO geltenden Grundsätze auch für die im Rahmen der NATO vereinbarten militärischen Hilfsmaßnahmen zu gelten haben. Soweit sich Deutschland daher im Rahmen der

<sup>12</sup> Dazu wurde auf der Hausbesprechung am 10. August 1967 von Referat III A 5 ausdrücklich hervorgehoben, daß es bis zu dem Militärputsch am 20./21. April 1967 sogar wahrscheinlich erschienen sei, „daß der SBZ Aufträge im Rahmen des Kardias-Projektes erteilt würden; heute ist so gut wie sicher, daß die SBZ nicht, dafür aber in wesentlichem Umfange die Bundesrepublik beteiligt wird“. Ministerialdirigent Frank wies bei dieser Gelegenheit auf die Weisung „des Herrn Staatssekretärs hin, daß der Wirtschaftsverkehr normal weiterlaufen soll“. Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats Schirmer vom 10. August 1967; Referat I A 4, Bd. 415.

NATO zu einer Militärhilfe für Griechenland verpflichtet hat, kann diese nicht unterbunden werden, solange nicht die Frage der Mitgliedschaft Griechenlands als solche diskutiert wird. Das Problem stellt sich, wenn im Oktober d. J. die Vereinbarung über die vierte Tranche der Militärhilfe für Griechenland im Rahmen der NATO unterzeichnet werden soll. Militärhilfe außerhalb der NATO wird an Griechenland nicht gewährt.

13) In den bilateralen militärischen Beziehungen sollte dagegen die Bundesrepublik Deutschland Zurückhaltung üben, soweit dies angesichts unserer Bündnisverpflichtungen gegenüber Griechenland und der Eingliederung der Streitkräfte beider Länder in die gemeinsame NATO-Verteidigung vertretbar erscheint. Dies gilt insbesondere für solche zweiseitigen militärischen Kontakte, die ein stärkeres Echo in der deutschen und der griechischen öffentlichen Meinung finden würden. Daher sollten z. B. offizielle Besuche von hochrangigen deutschen Offizieren in Griechenland, Besuche von deutschen Schulschiffen und Reisen größerer militärischer Delegationen nach Griechenland vorläufig nicht stattfinden. Eine völlige Unterbrechung der bilateralen militärischen Kontakte zu Griechenland ist dagegen weder erforderlich noch zweckmäßig. Kontakte, die routinemäßig und auf Arbeitsebene stattfinden, und bei denen keine Gefahr besteht, daß sie propagandistisch ausgewertet werden, sollten daher nicht eingeschränkt werden.<sup>13</sup>

14) Auf die oben dargelegten Gesichtspunkte sollte auch in unserer politischen und kulturpolitischen Öffentlichkeitsarbeit Rücksicht genommen werden. Nachrichten darüber, daß die Deutschen in der Bundesrepublik und die anderen Verbündeten der Griechen eine Rückkehr Griechenlands zu rechtsstaatlichen Verhältnissen wünschen, sollten der griechischen Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden. Auf die Redaktion der Deutschen Welle für Sendungen in griechischer Sprache wird von hier aus in diesem Sinne eingewirkt werden. Bei der Auswahl griechischer Kandidaten für das Besucherprogramm der Bundesregierung und das Einladungsprogramm des BPA sollten ausgesprochene Vertreter und Verfechter des gegenwärtigen griechischen Regimes unberücksichtigt bleiben.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>14</sup> dem Herrn Minister<sup>15</sup> mit der Bitte

<sup>13</sup> Zu den militärischen Beziehungen der Bundesrepublik zu Griechenland führte Vortragender Legationsrat Behrends am 6. Juli 1967 aus, daß das Bundesministerium der Verteidigung auf Wunsch des Auswärtigen Amts eine Reise der Führungsakademie, Abteilung Heer, und Besuche von Kriegsschiffen in Griechenland abgesagt sowie den geplanten Besuch des Generalinspektors der Bundeswehr verschoben habe. Die Bundesregierung habe entschieden, die Militärhilfe an Griechenland fortzusetzen. Daher würden demnächst in Athen Verhandlungen über die Durchführung des deutsch-griechischen Militärhilfeabkommens stattfinden. Die Bundesregierung habe dabei allerdings der griechischen Regierung zur Auflage gemacht, die Anwesenheit der Delegation aus der Bundesrepublik nicht „publizistisch auszuwerten“. Aller Voraussicht nach würde auch die für September geplante Übung der Allied Mobile Force in Griechenland durchgeführt werden, an der auch Einheiten der Bundeswehr teilnehmen würden. Vgl. VS-Bd. 1333 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>14</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 31. August und Staatssekretär Lahr am 1. September 1967 vorgelegen.

<sup>15</sup> Hat Bundesminister Brandt am 6. September 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Sache kommt durch die Große Anfrage der SPD vor den Bundestag. Eine Vorklärung dürfte zweckmäßig sein. Die Große Anfrage wird wohl auch im Ausschuß beraten.“

um Zustimmung vorgelegt. Der Herr Parlamentarische Staatssekretär<sup>16</sup> sollte das Problem den drei Fraktionen des Bundestages vortragen.<sup>17</sup>

Die Abteilungen II, III und IV sowie das Referat L 3 haben mitgezeichnet.

Alexander Böker

Referat I A 4, Bd. 415

309

### Botschafter von Walther, Moskau, an Staatssekretär Lahr

St.S. 1838/67 VS-vertraulich

24. August 1967<sup>1</sup>

Lieber Herr Lahr,

Darf ich noch einmal zurückkommen auf meinen Bericht vom 17. August 1967 – Wi III A 4-83-474/67 betreffend die sowjetische Bereitschaft, in Verhandlungen über den Luftverkehr einzutreten?<sup>2</sup>

Es sind noch gewisse Punkte, die ich in dem Bericht nicht erwähnen wollte; zunächst glaube ich auf keinen Fall, daß man in der sowjetischen Note einen Silberstreifen am politischen Horizont sehen sollte. Ich darf darauf hinweisen, daß die sowjetisch/USA-Luftfahrt-Verhandlungen in einem Zeitpunkt wieder

<sup>16</sup> Gerhard Jahn.

<sup>17</sup> Dazu Fragezeichen des Staatssekretärs Schütz.

Der Antrag der SPD wurde am 13. Oktober 1967 im Deutschen Bundestag an den Auswärtigen Ausschuß überwiesen, der darüber am 30. November 1967 beriet. Hinsichtlich der Gewährung von Verteidigungshilfe forderte er den Bundestag u. a. auf, „dafür einzutreten, daß sowohl im bilateralen wie im assoziierten Bereich unbeschadet der Fortführung beschlossener oder in Angriff genommener Vorhaben (sog. laufender Angelegenheiten) neue Verpflichtungen nicht eingegangen werden bis zur Wiederherstellung parlamentarisch-demokratischer Verhältnisse in Griechenland“. Vgl. BT ANLAGEN, Bd. 119, Drucksache V/2608.

<sup>1</sup> Privatdienstschreiben.

Hat Staatssekretär Lahr am 28. August 1967 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Bundesminister Brandt „mit der Bitte um Kenntnisnahme“ und an Ministerialdirektor Harkort mit der Bitte um Rücksprache verfügte.

Hat Brandt vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Graf von Hardenberg am 31. August 1967 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Soltmann verfügte.

<sup>2</sup> Botschafter von Walther nahm Stellung zur sowjetischen Note vom 15. August 1967, in der das sowjetische Außenministerium die Bereitschaft mitteilte, Verhandlungen über eine direkte Flugverbindung zwischen Frankfurt/Main und Moskau aufzunehmen und „auf der Grundlage der Gegenseitigkeit der Fluggesellschaft ‚Deutsche Lufthansa‘ das Recht zum Überfliegen sowjetischen Territoriums einzuräumen“. Ferner wurde darauf aufmerksam gemacht, daß seitens der sowjetischen Luftfahrtgesellschaft Aeroflot schon bei früheren Gesprächen auf die Absicht hingewiesen worden sei, „die über Berlin führende Straße zu befliegen“. Für eine deutsche Übersetzung der Note vgl. Referat III A 4, Bd. 681.

Nach Einschätzung von Walther lasse der Wortlaut dieser Note im Vergleich zu früheren Noten „auf eine gewisse Nachgiebigkeit oder gewisse Modifizierung der sowjetischen Haltung“ schließen, da nicht mehr davon die Rede sei, „daß die Sowjetregierung auf die Fluglinie über Berlin besteht“; ebenso werde keine Landung in Berlin-Schönefeld erwähnt. Für den Schriftbericht vom 17. August 1967 vgl. Referat III A 4, Bd. 681.



aufgenommen worden sind, in dem die Beziehungen auf einem absoluten Tiefpunkt standen. Wenn die Aufnahme des Flugverkehrs sich dann verzögert hat, so ist dies auf technische Schwierigkeiten (Nichteinsatzbereitschaft der für die Linie vorgesehenen neuen Düsenmaschine) auf sowjetischer Seite zurückzuführen. Der Grund für die jetzige Bereitschaft zu Verhandlungen dürfte einfach darin liegen, daß die Sowjets ihr internationales Flugnetz komplettieren wollen und glauben, auf Frankfurt/Main nicht verzichten zu können. Sie haben ihr Interesse an der Aufnahme dieser Flugverbindung in jedem auch noch so politisch negativem Gespräch betont, wobei z.B. Blatow in demselben Gespräch<sup>3</sup> bemerkte, daß „im Augenblick perspektivische Gespräche politischer Art nutzlos erschienen“. Ich glaube aus den in meinem Bericht angegebenen Gründen, daß wir im Augenblick in einer verhältnismäßig günstigen verhandlungstaktischen Lage sind und auf keinen Fall mehr, wahrscheinlich weniger als die technische Landungsmöglichkeit in Schönefeld annehmen sollten<sup>4</sup>; dies auch nur, um den Sowjets einen Gesichtsverlust zu ersparen. Ob sich die Alliierten dann dazu bereit finden werden, den Sowjets eine Einfluggenehmigung von Berlin aus zu gewähren, erscheint mir zweifelhaft.<sup>5</sup> Wenn sie es grundsätzlich ablehnen, eine solche Einfluggenehmigung zu geben, würde dies wahrscheinlich unsere Verhandlungsposition mit dem Ziel Egertrasse stärken. In jedem Falle sollte man sich hüten, mit dem Anschein eines Erfolgswunsches à tout prix in die Verhandlungen hereinzugehen und sich unnötige Eile aufzuerlegen. Wenn wir zu einem zufriedenstellenden Ergebnis kommen wollen, müssen wir dieselbe Nervenstärke haben, wie die Russen sie bei solchen Verhandlungen immer zeigen.<sup>6</sup> Nachdem die Sache so lange läuft, kommt es auf einen Monat auch nicht mehr an.

<sup>3</sup> Botschafter von Walther, Moskau, berichtete am 27. Juli 1967 mit Privatdienstschreiben an Bundesminister Brandt über ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Blatow. Walther wies bei der Bewertung dieser Unterredung auf die „erneute erhebliche Verstärkung der sowjetischen Haltung“ hin, die „keinerlei Flexibilität hinsichtlich der grundsätzlichen sowjetischen Positionen erkennen“ lasse. Vgl. VS-Bd. 4245 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Botschafter von Walther, Moskau, unterschied zwischen einer Landung von Flugzeugen der Luftfahrtgesellschaft Aeroflot in Berlin-Schönefeld unter Aufnahme von Passagieren, auch mit dem Reiseziel Frankfurt/Main, und einer „technischen Landung“, bei der keine Fluggäste zusteigen dürfen. Staatssekretär Lahr vermerkte handschriftlich zu der ersten Möglichkeit: „nein“, zu der zweiten Alternative: „ja“. Walther machte zudem darauf aufmerksam, daß die Verhandlungsposition der Bundesregierung zur Zeit günstig sei, da die UdSSR in Gesprächen mit anderen westlichen Staaten hinsichtlich einer Erteilung von Überfluggenehmigungen für Aeroflot eine Reihe von „bitteren Erfahrungen“ habe machen müssen. Daher erscheine ihr die Route über Frankfurt/Main, beispielsweise für den Weiterflug nach Lateinamerika, als „praktischer Ausweg“. Vgl. den Schriftbericht vom 17. August 1967; Referat III A 4, Bd. 681.

<sup>5</sup> Zur Haltung der westlichen Verbündeten vgl. Dok. 235.

Am 24. Juli 1967 teilten die Botschafter der drei Westmächte Staatssekretär Schütz erneut mit, daß „sie im Grundsatz gegen jede Änderung der bestehenden Lage seien“. Der amerikanische Botschafter McGhee wies darauf hin, daß durch „eine ‚Saturierung‘ der Korridore“ seitens der UdSSR eine „Gefahr für den freien Verkehr in der Luft“ entstehen könnte. Der französische Botschafter François Seydoux machte darauf aufmerksam, daß dies nach französischer Auffassung eine Frage sei, „die unter den Vier Mächten, d. h. unter Einschluß der Sowjetunion besprochen werden mußte“, nachdem „gegebenenfalls“ eine Verständigung mit der Bundesrepublik erreicht worden sei. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Jung vom 28. Juli 1967; VS-Bd. 4147 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lahr hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „richtigl.“

Soweit ich erkennen kann, ist für die Lufthansa einer der maßgeblichen Gesichtspunkte bei ihrem Streben nach der Luftverbindung Frankfurt/Moskau und darüber hinaus der Wunsch, auf die Dauer in das Tokio/Moskau-Geschäft eingeschaltet zu werden. Dieser Wunsch ist sicherlich berechtigt, hat aber aus Moskauer Sicht sehr wenig Aussicht auf Erfüllung in absehbarer Zeit. Wie Sie wissen, haben auch die Japaner vorläufig nur das Recht, sowjetische Maschinen zu chartern und die Crew durch vier ihrer Stewardessen zu ergänzen. Außerdem haben sie das Recht, die Sowjetmaschinen als JAL-Maschinen zu beschriften. Aus meinem Gespräch mit Japanern habe ich nicht den Eindruck, daß sie selbst nach Ablauf von zwei Jahren hoffen können, eigene Maschinen einzusetzen. Wie sie wissen, haben die Japaner lediglich eine mündliche Zusage, daß, wenn überhaupt, Überfluggenehmigungen über Sibirien erteilt werden, sie (die Japaner) die ersten sein werden, die eine solche Genehmigung erhalten. Die Skandinavier haben m.W. in dieser Hinsicht überhaupt nichts erreicht als vage Wohlwollenserklärungen. Über die bisherigen kommerziellen Ergebnisse ist mir nichts bekannt.

Abschließend darf ich folgende Anregung aussprechen. Wie Sie wissen, sehen sich die Dinge hier in Moskau wesentlich anders an als in Westeuropa, wo leicht russische Besonderheiten übersehen werden. Niemand weiß besser als Sie, daß für eine Delegation, einmal in Moskau angekommen, die Lage sich grundverschieden von dem ausnimmt, als sie sich beim Abflug dargestellt hat; unter diesem Gesichtspunkt sollte man vielleicht als Verhandlungsort Bonn vorschlagen.<sup>7</sup> In jedem Falle wäre es aber nützlich, bei der Ausarbeitung der Instruktionen für den Delegationsleiter einen Mitarbeiter dieser Botschaft heranzuziehen; ob ich selber dafür zur Verfügung stände, könnte ich erst in Kenntnis der Termine sagen.

Mit besten Grüßen bin ich, lieber Herr Lahr, wie stets Ihr

Walther

VS-Bd. 8349 B (III A 4)

<sup>7</sup> Zur Konsultationsbesprechung vom 12. September 1967 vgl. Dok. 321.

### Ministerialdirigent Böx, Warschau, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-14094/67 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 191

Aufgabe: 25. August 1967, 16.45 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 26. August 1967, 12.51 Uhr

In Abwesenheit des Außenhandelsministers<sup>2</sup> empfing mich heute sein Vertreter Modrzewski zu einem ausführlichen Gespräch, bei dem Ministerialdirigent Wiśniewski gegenwärtig war.

1) Im Mittelpunkt der Erörterungen stand die Sorge um die Entwicklung des polnischen Exports in die Bundesrepublik, der in diesem Jahr empfindliche Einbußen erlitten habe. Im Gegensatz dazu habe sich der Absatz deutscher Erzeugnisse in Polen erheblich verbessert.<sup>3</sup> Die langfristige polnische Planung sehe eine Stabilisierung der Importe aus der Bundesrepublik auf einem Niveau vor, das erheblich über den Durchschnittsergebnissen der Vorjahre liege. Allerdings müßte eine Lösung für die in letzter Zeit aus verschiedenen Gründen aufgetretenen Absatzschwierigkeiten gefunden werden. Darum begrüße das Außenhandelsministerium den Vorschlag, Anfang Oktober Besprechungen über einschlägige Frage in Bonn zu führen und diese dann, vielleicht anschließend, anläßlich der Tagung der Gemischten Kommission zu behandeln.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen, der Staatssekretär Schütz um Rücksprache bat.

Hat Schütz am 31. August 1967 vorgelegen, der für Ministerialdirektor Ruete handschriftlich vermerkte: „Nach R[ücksprache] mit dem H[errn] M[inister] komme ich zu dem Schluß, daß einigen Anregungen dieses F[ern]S[chreibens] nachgegangen werden sollte. Insbesondere die Frage der Visaerteilung könnte im Zusammenhang mit unseren Erleichterungen direkt aufgeworfen werden.“

Hat Ministerialdirigent Sahm am 1. September 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Habe [Referat] III A 6, das Arbeitsexemplar hat, unterrichtet, daß wir mit dieser Sache auch befaßt sind und ständige Abstimmung erforderlich ist.“

Hat Ruete am 7. September 1967 vorgelegen, der Referat II A 5 um Rücksprache bat.

<sup>2</sup> Witold Trampczynski.

<sup>3</sup> Botschafter Emmel notierte dazu am 6. Dezember 1967: „In den Monaten Januar bis September 1967 ist die deutsche Einfuhr im Direkthandel um rd. 24 Mio. DM gegenüber der Vorjahresperiode zurückgegangen, die deutsche Ausfuhr dagegen um rd. 121 Mio. DM gestiegen. Für die deutsche Seite hat sich dadurch erstmalig seit vielen Jahren ein Aktivsaldo in Höhe von rd. 15 Mio. DM ergeben.“ Vgl. Referat III A 6, Bd. 253.

<sup>4</sup> Vom 2. bis 5. Oktober 1967 fanden Gespräche über Agrarfragen statt. Botschafter Emmel erklärte dazu am 11. Oktober 1967, „daß die polnische Delegation die zukünftigen Möglichkeiten des Agrarexports aus Polen in die Bundesrepublik Deutschland in übertrieben pessimistischer Weise dargestellt hat, um die Bundesregierung im voraus zu neuen Zugeständnissen zu pressen. [...] Es ist damit zu rechnen, daß die polnische Seite in den bevorstehenden Verhandlungen der deutsch-polnischen Gemischten Kommission [...] ihren Druck auf den Agrarsektor verstärken und neue Forderungen auf eine Ausweitung der Liberalisierung und auf eine Erhöhung der Kontingente stellen wird.“ Vgl. Referat III A 6, Bd. 253.

Am 8. November 1967 trat die Gemischte Kommission in Bonn zu Verhandlungen zusammen, die am 15. Dezember 1967 durch die Unterzeichnung des Dritten Zusatzprotokolls zum Protokoll vom 7. März 1963 über den Handels- und Seeschiffsverkehr beendet wurden. Emmel bezeichnete das Ergebnis als zufriedenstellend: „Die Kontingentserhöhungen um rund 30 Mio. DM auf der deutschen Einfuhrseite bedeuten eine Aufstockung der bestehenden Kontingente in Höhe von rd. 200 Mio. DM um rd. 15%. Hinzu kommt die Ausweitung der deutschen Einfuhr liberalisierung.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 28. Dezember 1967; Referat III A 6, Bd. 253.

2) Aus den Ausführungen des Außenhandelsministers stellte sich das Problem des Verhältnisses Polen zur EWG. Wenngleich Modrzewski sehr klar hervorhob, daß offizielle Verbindungen etwa in der Form einer akkreditierten Vertretung nicht zur Debatte stünden, war deutlich erkennbar, daß der gegenwärtige Zustand für Polen unbefriedigend ist. Ganz offensichtlich sind Überlegungen im Gange, Andeutungen dieser Art hatte ich von Modrzewski schon vor einigen Wochen besonders hinsichtlich der OECD erhalten, um in irgendeiner Form in Paris und Brüssel präsent zu sein, ohne daß dadurch auf ein offizielles oder inoffizielles Verhältnis zu beiden Organisationen geschlossen werden könnte. In diesem Zusammenhang fiel die Bezeichnung „trade promotion office“, das sich um rechtzeitige Informationen und vor allem auch Kontakte kümmern könnte.

3) In Zusammenhang mit den Möglichkeiten, den Warenverkehr zwischen Polen und der Bundesrepublik zu erleichtern, kam zum zweiten Male (s. Bericht II A 5 Tgb. 86/67 geh., FS-Nr. 184<sup>5</sup>) die Frage auf, ob den beiden Handelsvertretungen die Kompetenz der Visenerteilung gegeben werden könnte. Der polnische Außenhandelsminister war sich im klaren darüber, daß die Abkürzung der Termine bei der Ausstellung von Visen sowie die Beschränkung der Kenntnis von Reisen in Sachen Warenverkehr auf die beiden beteiligten Staaten einen nicht unerheblichen Vorteil bedeuten könnten. Das Außenhandelsministerium hat die Absicht, die Frage der Visenerteilung durch die Handelsvertretungen mit dem Außenminister<sup>6</sup> aufzugreifen und mich zu gegebener Zeit zu unterrichten.<sup>7</sup>

4) Polnische Seite ist nach wie vor an einer Erweiterung der Liberalisierung, vor allem auch im Hinblick auf die für sie z. Z. ungünstige Handelsbilanz, interessiert. Da ich nur eine inhaltliche Antwort auf die Frage nach dem deutschen Standpunkt geben konnte, wird diese Frage spätestens bei Sitzung gemischter Kommission von der polnischen Seite aufgegriffen werden.

5) Das Interesse an gemeinsamen Projekten in Entwicklungsländern besteht polnischerseits weiter. Außenhandelsminister wies auf größere Erfahrung Bundesregierung und deutscher Wirtschaft in dieser Hinsicht hin und würde Hin-

<sup>5</sup> Ministerialdirigent B6x, Warschau, berichtete am 18. August 1967, daß ihm im polnischen Außenministerium ein Schreiben überreicht worden sei, „nach dem auf der Grundlage der Gegenseitigkeit Mitarbeitern der Handelsvertretung Diplomaten- bzw. Dienstvisen erteilt werden könnten. [...] Gelegentlich Übergabe wurde von polnischer Seite angedeutet, daß auch die Frage der Zuständigkeit der Handelsvertretung für Visenerteilung intern erörtert worden sei.“ Vgl. VS-Bd. 4207 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Adam Rapacki.

<sup>7</sup> Am 28. September 1967 bat Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher die Handelsvertretung in Warschau, dem polnischen Außenhandelsministerium die Annahme des Vorschlags über die Erteilung von Diplomaten- und Dienstvisenvermerken an die Angehörigen der jeweiligen Handelsvertretungen mitzuteilen und auch die Frage einer allgemeinen Übertragung von Paß- und Sichtvermerksbefugnissen an die Handelsvertretungen anzuschneiden: „Dabei sollte hervorgehoben werden, daß die [...] Abwicklung des erfreulicherweise erweiterten Warenverkehrs zwischen beiden Ländern erleichtert werden würde.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 126; VS-Bd. 5663 (V 3); B 150, Aktenkopien 1967.

Am 8. November 1967 berichtete Ministerialdirigent B6x, Warschau, daß bei der Frage der Sichtvermerksbefugnisse „keine Fortschritte zu verzeichnen“ seien. Er führte das polnische Zögern vor allem darauf zurück, daß entsprechende Nachrichten vorzeitig an die Presse weitergegeben und veröffentlicht worden seien. Vgl. den Drahtbericht Nr. 274; VS-Bd. 5663 (V 3); B 150, Aktenkopien 1967.

weis auch inoffizieller Art begrüßen, wo und ob sich Möglichkeit gemeinsamer Unternehmungen ergeben, die geprüft und besprochen werden könnten. Auch polnische Seite wird Überlegungen anstellen.<sup>8</sup>

6) Aus der Art, wie Gespräch geführt wurde, ließ sich eine gewisse Auflockerung erkennen und das Bestreben, gegenüber den westlichen Wirtschaftssystemen ein größeres, von strikten politischen Gesichtspunkten unabhängigeres Maß von Bewegungsfreiheit zu gewinnen. Da, wo die Themen an die Grenze der Kompetenz der Handelsvertretung heranreichen, wurden dieses Mal keine Barrieren sichtbar. Ob hier lediglich die Sorge um den polnischen Handel mit der Bundesrepublik entscheidend war, vor allem, nachdem die Tschechoslowakei für ihren Warenabsatz eine verbesserte Ausgangsposition geschaffen hat, oder ob sich hier eine Auflockerung der polnischen Haltung andeutet, wird erst dann entschieden werden können, wenn auf einen Teil der hier aufgezeichneten Erörterungen Taten erfolgen.

[gez.] Böx

VS-Bd. 4261 (II A 5)

### 311

#### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete

II A 1-84.26-1506/67 VS-vertraulich

28. August 1967<sup>1</sup>

Betr.: Sowjetischer Protest gegen Notstandsmaßnahmen in West-Berlin

Bezug: Aufzeichnung vom 4.8.1967 – II A 4-82.00-94.29-1076/67 VS-Vertr.<sup>2</sup>

Vertreter der Botschaften der drei Westmächte haben am 28.8.1967 den anliegenden Entwurf<sup>3</sup> inhaltlich gleichlautender Schreiben überreicht, mit denen die drei Botschafter das Schreiben des Ost-Berliner Sowjetbotschafters Abrassimow vom 26.7.1967<sup>4</sup> beantworten möchten. Die Verbündeten bitten, daß wir zu dem Antwortentwurf möglichst schon in der am 30.8.1967 um 15 Uhr stattfindenden Konsultationsbesprechung der Bonner Vierergruppe Stellung

<sup>8</sup> Am 1. September 1967 wies Staatssekretär Schütz Bundesminister Wischniewski auf die polnischen Überlegungen hinsichtlich gemeinsamer Entwicklungshilfeprojekte hin. Dazu übermittelte er den Wortlaut des Drahtberichts Nr. 191 des Ministerialdirigenten Böx aus Warschau. Vgl. VS-Bd. 4261 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jung und von Legationsrat I. Klasse Graf Schirndinger von Schirnding konzipiert.

<sup>2</sup> Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahm vgl. Dok. 291.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 4136 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Schreibens an die Botschafter François Seydoux (Frankreich), Roberts (Großbritannien) und McGhee (USA), vgl. DzD V/1, S. 1478 f.

nehmen. Das Antwortschreiben könnte dann evtl. schon am 1.9.1967 zugestellt und in der Wochenendpresse veröffentlicht werden.<sup>5</sup>

II. Nach Auffassung von Abteilung II können wir mit dem Antwortentwurf im allgemeinen zufrieden sein.

1) Die in dem Abrassimow-Schreiben enthaltenen Tatsachenbehauptungen werden zunächst pauschal zurückgewiesen (Abs. 1<sup>6</sup>); dies geschieht später noch einmal besonders hinsichtlich der Behauptungen, der Berliner Senat handle durch seine Notstandsplanung verfassungswidrig (Abs. 2, Satz 5<sup>7</sup>), die Notstandsgesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland sei undemokratisch (Abs. 3) und zwischen der letzteren sowie den entsprechenden Maßnahmen des Senats bestehe ein Zusammenhang (Abs. 4, Satz 1<sup>8</sup>). Die drei Botschafter deuten an, daß sie außerhalb des Bereichs der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die Ausdehnung des Bundesrechts auf das Land Berlin für den Regelfall halten (Abs. 4, Satz 1). Schließlich wird Abrassimow das Recht zur Kritik an den Verhältnissen in West-Berlin unabhängig von der Gegenstandslosigkeit dieser Kritik auch wegen der Mißachtung des Berliner Viermächtestatus in Ost-Berlin abgesprochen.

2) Die Gedanken, die gemäß Abschnitt III der Bezugsaufzeichnung bei der Beantwortung des Abrassimow-Schreibens zum Ausdruck kommen sollten, sind in dem Antwortentwurf weitgehend enthalten (Abs. 5, Satz 1<sup>9</sup> sowie Abs. 2, Satz 1 und 2<sup>10</sup> in Verbindung mit Abs. 5, Satz 2<sup>11</sup>). Es fehlt lediglich das Angebot zur Erörterung West-Berliner Fragen im Austausch gegen die Wiederbelebung der den Westmächten zustehenden Rechte in Ost-Berlin (Abschn. III, Ziff. 2 der Bezugsaufzeichnung). Man kann aber auf diesen Gedanken verzichten, da der Antwortentwurf den Viermächtestatus im übrigen mit genügender Deutlichkeit betont.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Schreibens der Botschafter François Seydoux (Frankreich), Roberts (Großbritannien) und McGhee (USA) vom 4. September 1967 an den sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Abrassimow, vgl. DzD V/1, S. 1588 f. Für Auszüge vgl. Anm. 6–11.

<sup>6</sup> Absatz 1 des Schreibens vom 4. September 1967: „Ihren Brief, den ich am 26. Juli 1967 erhielt, habe ich gelesen und muß zu meinem Bedauern feststellen, daß er völlig unbegründete Behauptungen enthält.“ Vgl. DzD V/1, S. 1588.

<sup>7</sup> Absatz 2, Satz 5 des Schreibens vom 4. September 1967: „Die Beschuldigung, daß der Senat verfassungswidrig handle, entbehrt der Begründung.“ Vgl. DzD V/1, S. 1588.

<sup>8</sup> Absatz 4, Satz 1 des Schreibens vom 4. September 1967: „Diese Charakterisierung ist ohnehin unerheblich, da die in den betreffenden Gesetzen enthaltenen Bestimmungen zur Behandlung von Notständen weder direkt noch indirekt auf Berlin ausgedehnt werden.“ Vgl. DzD V/1, S. 1588.

<sup>9</sup> Absatz 5, Satz 1 des Schreibens vom 4. September 1967: „In diesem Zusammenhang darf ich Sie erneut daran erinnern, daß der Viermächtestatus Berlins auf der Grundlage der Viermächteabkommen und -entscheidungen, auf die Sie sich beziehen, für Berlin als Ganzes und nicht nur für die Westsektoren gilt.“ Vgl. DzD V/1, S. 1588.

<sup>10</sup> Absatz 2, Sätze 1 und 2 des Schreibens vom 4. September 1967: „Wie in der von der britischen Botschaft in Moskau am 3. Juni 1966 dem sowjetischen Außenministerium überreichten Note dargelegt ist, standen die Regierungen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Frankreichs in der Vergangenheit und stehen immer noch zu ihren Rechten und Pflichten, die sie hinsichtlich Berlins nach den gültigen Viermächteabkommen haben. Folglich bildeten alle Notstandsplanungen betreffende Gesichtspunkte und die praktische Behandlung solcher Notstände in den drei westlichen Sektoren immer einen wichtigen Teil der Pflichten der Kommandanten in Berlin und gehören zu ihrer Zuständigkeit.“ Vgl. DzD V/1, S. 1588.

<sup>11</sup> Absatz 5, Satz 2 des Schreibens vom 4. September 1967: „Diese Tatsache wurde im Sowjetsektor der Stadt ständig ignoriert.“ Vgl. DzD V/1, S. 1588.

Der Antwortentwurf enthält schließlich auch den Hinweis auf die Einbeziehung Ost-Berlins in die sowjetzonale Notstandsgesetzgebung, der gemäß Abschnitt IV des Bezugserlasses nur Gegenstand einer alliierten Presseerklärung sein sollte; insoweit ist unseren Interessen noch besser Rechnung getragen, als wir erwarteten.

3) Bedenken könnten gegen Abs. 2, Satz 3 des Antwortentwurfs erhoben werden. Dort heißt es:

„The Senat of Berlin naturally contributes to such planning insofar as it relates to matters over which the Senat exercises day to day administrative control.“

Durch die Worte „day to day“ bzw. „quotidien“ wird die Stellung des Berliner Senats abgewertet.

Abteilung II schlägt vor, dem Antwortentwurf der drei alliierten Botschafter in der Konsultationsbesprechung der Bonner Vierergruppe am 30. 8. mit der Einschränkung zuzustimmen, daß wir in Abs. 2, Satz 3 um Streichung der Worte „day to day“ bzw. „quotidien“, hilfsweise um ihre Ersetzung durch die angemesseneren Worte „normal“ oder „routine“ bitten. Ferner hält Abteilung II es für richtig, den Berliner Senat über seinen hiesigen Bevollmächtigten<sup>12</sup> zu konsultieren.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>13</sup> mit der Bitte um Zustimmung<sup>14</sup> vorgelegt.

Ruete

**VS-Bd. 4136 (II A 1)**

<sup>12</sup> Dietrich Spangenberg.

<sup>13</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 29. August 1967 vorgelegen.

<sup>14</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Schütz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Ja“.

Die Wörter „day to day“ wurden aus dem am 4. September 1967 an den sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Abrassimow, übermittelten Schreiben gestrichen. Vgl. DzD V/1, S. 1588.

### Botschafter von Walther, Moskau, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-14102/67 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 1084

Citissime

Aufgabe: 28. August 1967, 17.40 Uhr

Ankunft: 28. August 1967, 16.27 Uhr

Für Pressereferat (sofort auf den Tisch)

Auf Drahterlaß 725 v. 25.8.; AZ: III A 6-84.04/94.29<sup>1</sup> und heutigen Anruf Pressereferat

1) Da Senator König durch Präsidium der Allunionshandelskammer zu offiziellem Besuch nach Moskau eingeladen ist und gemäß in deutschen Zeitungen veröffentlichten Nachrichten mit Genehmigung des Auswärtigen Amts den Besuch angenommen hat, liegt Programmierung dieses Besuchs in Händen sowjetischer Stellen. Senator König teilte mir heute mit, daß er Programmpunkte einzeln mit AA abgestimmt hat.<sup>2</sup>

2) Da Protokollabteilung des Außenhandelsministeriums Herrn König seinem Range nach Herrn Außenhandelsminister Patolitschew nicht gleichstellt, sind zu seinem Empfang am Flughafen nur Stellv. Leiter einer Abteilung des Außenhandelsministeriums, BR Kurepow und ein Vizepräsident der Allunionshandelskammer erschienen. Der Ankunft ist dadurch in Öffentlichkeit keine Resonanz gegeben worden. Er wurde in heutiger Morgenpresse nicht erwähnt. In meinem Namen hat Sieger Herrn König am Flugplatz zusammen mit den sowjetischen Vertretern begrüßt. Ich selber habe von Begrüßung am Flugplatz abgesehen, um durch Wahrung des protokollarischen Gleichgewichts ein Hochspielen des Besuchs in Öffentlichkeit und evtl. sowjetische Reaktionen zu vermeiden.

In der Programmgestaltung haben Sowjets auf mein Programm für Herrn König weitestgehend Rücksicht genommen, obwohl zu befürchten gewesen wäre, daß sie eine Verbindung Herrn Königs mit der Botschaft zu verhindern versucht hätten.

<sup>1</sup> Staatssekretär Lahr gab Botschafter von Walther, Moskau, Instruktionen zum Ablauf des Aufenthalts des Berliner Senators König vom 27. August bis 1. September 1967 anlässlich der Internationalen Bekleidungsausstellung in Moskau. Er bat insbesondere, den sowjetischen Bemühungen, den Besuch „zu einer Demonstration der Drei-Staaten-Theorie auszunutzen, nach besten Kräften entgegenzuwirken. Von sowjetischer Messeleitung festgelegter ‚Tag West-Berlin‘ sollte möglichst nicht abgehalten werden. Falls ‚Tag West-Berlin‘ nicht zu verhindern ist, bitte darum bemüht bleiben, daß seine Gestaltung unserer Auffassung von der politisch-rechtlichen Stellung Berlins möglichst wenig schadet. Senator Dr. König ist geraten worden, am 29. August in Moskau nicht anwesend zu sein. Er hat sich damit einverstanden erklärt.“ Vgl. VS-Bd. 8379 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Zur Abstimmung der Reise zwischen Senator König und dem Auswärtigen Amt stellte Staatssekretär Lahr am 29. August 1967 fest: „Dies trifft [...] weder nach meiner Erinnerung noch nach der von VLR I Klarenaar, der an der maßgeblichen Besprechung vom 15. August teilgenommen hat, zu. Von einem bestimmten Programmablauf war nicht die Rede. Senator König sprach lediglich davon, daß ihm daran gelegen sei, die Bekleidungsausstellung, auf der Berliner Firmen namhaft vertreten seien, zu besichtigen und bei dieser Gelegenheit Kontakte mit sowjetischen Stellen zu nehmen. Es bestand Einigkeit darüber, daß alles geschehen müsse, um zu verhindern, daß mit diesem Besuch die ‚Selbständigkeit West-Berlins‘ unterstrichen werde.“ Vgl. Referat III A 6, Bd. 289.



3) Herr König suchte mich heute morgen zu längerem Gespräch auf. Da ich bereits vorher von Herrn Janucek gehört hatte, daß er einen Besuch des ostdeutschen Pavillons beabsichtigte, habe ich ihm zunächst von diesem Plan dringend abgeraten; Herr König hat meine Ratschläge angenommen. Auch von einem in Erwägung gezogenen Besuch bei den drei alliierten Botschaften habe ich ihm abgeraten.

4) Heute nachmittag hat König die ersten Antrittsbesuche bei Allunionshandelskammer gemacht. Heute abend ist er in meinem Hause mit Berliner und westdeutschen Ausstellern zum Abendessen. Für morgen 12 Uhr ist ein 1½ stündiges Gespräch mit Patolitschew vorgesehen<sup>3</sup>, dem König u. a. auch eine Mitteilung von Außenminister Brandt übermitteln soll. Der von Janucek geplante Empfang anlässlich des sog. „Berliner Tages“ ist – in Zusammenarbeit mit Janucek – mit Presseempfang zusammengelegt worden, den ich leider vergeblich zu unterbinden versucht habe, da Einladungen bereits durch sowjetische Stellen ausgesprochen waren, und findet in einem kleinen Restaurant auf Ausstellungsgelände statt. Er hat hierdurch Charakter des offiziellen Empfangs, wie sonst anlässlich des Nationaltages üblich, völlig verloren. Dagegen bietet Pressekonferenz mit sowjetischen und deutschen Journalisten natürlich gewisse Gefahr. Nach eingehendem Gespräch mit Senator König ist zu hoffen, daß die kritischen Punkte umschifft werden können. Sowjetischer Pressechef hat zugesagt, keine politischen Fragen durch sowjetischen Korrespondenten stellen zu lassen, von der Gewährung von Einzelinterviews habe ich König dringend abgeraten. Ob sich allerdings die sowjetischen Pressevertreter und insbesondere die deutschen Pressevertreter entsprechend unserer Aufforderung hin wirklich kooperativ verhalten, muß dahingestellt bleiben.<sup>4</sup>

5) Abends veranstaltet Janucek Essen im Hotel National, an dem u. a. der Stellv. Außenhandelsminister Borissow teilnehmen soll. LR Sieger wird hierbei Botschaft vertreten.

Zu dem bei mir im Hause veranstalteten Empfang am 1.9. werde ich die für Ausstellung repräsentativen Sowjets einladen, wobei allerdings mit geringer Teilnahme zu rechnen ist, da gleichzeitig der jugoslawische und Schweizer Tag stattfinden.

<sup>3</sup> Zum Gespräch vom 29. August 1967 teilte Senator König Staatssekretär Lahr am 19. September 1967 mit, daß er gegenüber dem sowjetischen Außenhandelsminister „das Interesse Berlins an einer Ausweitung des Handels mit der Sowjetunion herausgestellt [habe]. Auf den Hinweis von Patolitschew, daß die Handelsbeziehungen in geordnete Bahnen gelenkt werden müßten, habe er auf die Bereitschaft der Bundesregierung zum Abschluß eines Handelsvertrages mit der Sowjetunion hingewiesen. Patolitschew hätte dazu bemerkt, daß er dies nicht gemeint habe.“ Vgl. die Aufzeichnung des Hilfsreferenten König vom 27. September 1967; Referat III A 6, Bd. 289.

<sup>4</sup> Zum Ablauf der Pressekonferenz vom 29. August 1967 vgl. den Drahtbericht Nr. 1094 des Botschafters von Walther, Moskau; Referat III A 6, Bd. 289.

Am 30. August 1967 berichtete Walther: „Aus Korrespondenten-Kreisen höre ich, daß in der Berichterstattung über Pressekonferenz Senator Königs von einzelnen Korrespondenten der Versuch unternommen wurde, einen ‚Alleingang‘ Berlins in der Weise zu konstruieren, daß König angeblich in seiner Antwort auf Frage nach sowjetischen Wünschen hinsichtlich eines separaten Handelsvertrags mit Berlin geäußert habe, daß dies ‚jetzt‘ nicht möglich sei. Dieses ‚jetzt‘ soll in dem Sinn interpretiert worden sein [...], daß der Senator eine solche Möglichkeit nur für den gegenwärtigen Zeitpunkt ausschließe. Sowohl Löwe (WDR/NDR), der die entsprechende Frage gestellt hatte, als auch Pressereferent haben Königs Antwort eindeutig als Aussage verstanden, die die wirtschaftliche Einheit von Bund und Berlin unterstreichen sollte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1101; Referat III A 6, Bd. 289.

Ich habe Eindruck, daß auch die sowjetischen Gastgeber vorläufig nicht Absicht haben, aus Besuch politisches Kapital zu schlagen. Ob sich die politisch maßgeblichen Kreise in der Pressekommentierung diese Zurückhaltung auferlegen werden, kann vorläufig nicht übersehen werden. Soweit bisher zu übersehen, ist aber zu befürchten, daß die deutschen Journalisten durch ihre Veröffentlichungen in der deutschen Presse eine ähnliche Reaktion hervorrufen, wie sie bereits in Artikel in „Wetschernaja Moskwa“ (vgl. Drahtbericht 1075 v. 25.8.<sup>5</sup>) festzustellen war. Ich habe mich bei meinen Gesprächen und Interventionen davon leiten lassen, daß wir unsererseits bemüht sein müssen, alles zu vermeiden, was bei Sowjets gereizte Reaktion hervorrufen könnte.

[gez.] Walther

VS-Bd. 8379 (III A 6)

313

**Botschafter Knappstein, Washington,  
an Ministerialdirektor Ruete**

II A 7-82.08/2-2815/67 geheim

30. August 1967<sup>1</sup>

Lieber Herr Ruete,

es tat uns besonders leid, daß Sie beim Besuch des Bundeskanzlers<sup>2</sup> nicht mitkommen konnten, wenn Sie auch in Herrn Sahm einen ausgezeichneten Vertreter entsandt hätten. Ich hätte gern die Gelegenheit benutzt, mit Ihnen über einige aktuelle Fragen zu sprechen. Statt dessen möchte ich heute den – leider immer noch 14tägigen – Geheimkurier benutzen, um Ihnen im Nachgang zu meinem Bericht Nr. 1776 vom 25.8.<sup>3</sup> einige Überlegungen zur Truppenfrage zu schreiben.

<sup>5</sup> Botschafter von Walther, Moskau, berichtete über den Artikel „Nylon und Politik“ vom 24. August 1967, „worin es heißt, daß die westdeutsche Presse ‚mit großem Geschrei‘ den Senat von Westberlin angegriffen habe. Der Grund liege darin, daß der Wirtschaftssenator König sich entschlossen habe, nach Moskau zu fahren, um am ‚Tage Westberlins‘ auf der internationalen Bekleidungsmesse teilzunehmen. Das sei bereits in den Augen Bonns verwerflich, da die Regierungskreise nach wie vor eine Politik der Ansprüche auf Westberlin betrieben. Doch dies sei absurd. Westberlin war und werde auch in Zukunft eine eigene politische Einheit sein, und die Ansprüche, die Bonn erhebe, seien unreal.“ Vgl. Referat III A 6, Bd. 289.

<sup>1</sup> Privatdienstschreiben.

Hat Ministerialdirektor Ruete am 1. September 1967 vorgelegen, der Referat II A 7 um Rücksprache bat.

Hat Vortragendem Legationsrat Behrends am 7. September 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 15./16. August 1967 in Washington vgl. Dok. 300–304 und Dok. 317.

<sup>3</sup> Botschafter Knappstein, Washington, berichtete über Äußerungen des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium. Leddy habe auf den Wunsch nach einem „angemessenen Einfluß“ des Außenministeriums auf die Konsultationsgespräche mit der Bundesrepublik über die Truppenfrage hingewiesen. Darüber hinaus habe der stellvertretende Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Bator, erklärt, daß die amerikanische Regierung „einem äußeren und inne-

Staatssekretär Carstens hat bei seinen hiesigen Gesprächen mitgeteilt, daß wir die Konsultation möglichst im Rahmen der NATO halten wollten und bei den bilateralen deutsch-amerikanischen Gesprächen an die Expertenebene, etwa an Kontakte zwischen dem Generalinspekteur<sup>4</sup> und General Spivy dächten (vgl. DB 1700 vom 15. 8.<sup>5</sup>). Obwohl es sicher triftige Gründe für diese Überlegung gibt, möchte ich doch auf einige Umstände hinweisen, die mich daran zweifeln lassen, ob ein solches Verfahren unserem Interesse wirklich entsprechen würde.

Wie ich schon berichtet habe, bestehen in der Truppenfrage offensichtlich Gegensätze zwischen dem Pentagon und dem State Department, die beide auf das Weiße Haus einzuwirken versuchen. Das State Department möchte weitere einseitige Rotations- und erst recht Reduktionsmaßnahmen in der Allianz verhindern, weil es eine Kettenreaktion und damit eine Erosion der Allianz befürchtet. Auch einige Vertreter der Abrüstungsbehörde beginnen neuerdings, diese Besorgnis zu teilen, weil sie zunehmend befürchten, daß der Westen sich durch einseitige Kürzungen wesentlicher Verhandlungspositionen bei künftigen Gesprächen über beiderseitige Truppenverminderungen begeben könnte.

Demgegenüber befestigt sich mein Eindruck immer mehr, daß das Pentagon auf weitere Rotations- und möglicherweise sogar Reduktionsmaßnahmen drängt. Den Hauptgrund dafür sehe ich in der immer weitergehenden Schwächung der verfügbaren zentralen Heeresreserven durch die wachsenden Anforderungen des Krieges in Vietnam. Kenner der Lage bezweifeln, daß es mit der angekündigten Erhöhung der amerikanischen Truppenstärke in Vietnam auf 525 000 Mann bis Mitte 68<sup>6</sup> sein Bewenden haben werde. General Westmoreland hatte bekanntlich 110 000 Mann angefordert, von denen jetzt nur ein Teil bewilligt worden ist.

Ein sicheres Urteil über die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die Stationierung amerikanischer Truppen in Europa abzugeben, ist nicht einfach, weil hier niemand offen zugeben wird, daß die Vereinigten Staaten außerstande seien, ihren Einsatz in Vietnam und ihre Präsenz in Europa gleichzeitig aufrecht zu erhalten. Tatsächlich – dies wird uns von kompetenter Seite bestätigt – liegt es aber so, daß die Schwächung der zentralen Reserven schon jetzt einen sehr bedenklichen Grad erreicht hat. Ob die Einberufung von Reservisten einen Ausweg eröffnen würde, ist zweifelhaft, weil sie im Wahljahr unpopulär

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1234*

ren Druck ausgesetzt sei [...]. Der vom Senat ausgehende Druck sei für den Präsidenten u. a. deshalb so stark fühlbar, weil die entsprechenden Tendenzen des Pentagon Senator Mansfield und seiner Gefolgschaft natürlich nicht unbekannt seien. Demgegenüber sind das State Department und neuerdings auch Vertreter der Abrüstungsbehörde der Auffassung, daß weitere einseitige Verdünnungsmaßnahmen auf westlicher Seite unterbleiben sollten. Im State Department hat man dabei mehr den Zusammenhalt der Allianz im Auge, während interessierte Kreise der Abrüstungsbehörde beginnen, sich darüber Sorgen zu machen, daß die Verhandlungsposition des Westens bei künftigen Gesprächen über beiderseitige Truppenverdünnungen geschwächt werden könnte.“ Vgl. VS-Bd. 2027 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Ulrich de Maizière.

<sup>5</sup> Für den Drahtbericht des Ministerialdirigenten Sahm, z. Z. Washington, vgl. Dok. 300.

<sup>6</sup> Am 3. August 1967 kündigte Präsident Johnson vor dem Kongreß und auf der anschließenden Pressekonferenz die Verstärkung der amerikanischen Truppen in der Republik Vietnam (Südvietnam) bis zum 30. Juni 1968 um 45 000 bis 50 000 Soldaten auf insgesamt 525 000 Mann an. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1967, II, S. 734 und S. 744.

wäre und auch zusätzliche Haushaltsmittel beanspruchen würde, die vom Kongreß kaum zu haben sein würden. Die großen Schwierigkeiten, denen die jüngste Steuervorlage des Präsidenten begegnet, machen dies deutlich. Da den stehenden Reserveeinheiten, wie uns gesagt wird, außerdem ein Teil ihrer moderneren Ausrüstung bereits entzogen worden ist, wären die Kosten für die Aufstellung jeder zusätzlichen Division sehr hoch.

Es ist nur verständlich, wenn McNamara unter diesen Umständen daran denkt, zusätzliche Rotationsmaßnahmen oder sogar echte Reduktionsmaßnahmen (d.h. ohne „earmarking“ für SACEUR) schon in näherer Zukunft einzuleiten, d.h. früher als zu dem ursprünglich vorgesehenen Zeitpunkt, in dem die im Aufbau befindlichen neuen Ferntransportmittel voll verfügbar wären. Natürlich sind diese Zusammenhänge – die uns nur durch sehr vertrauliche Gespräche erkennbar werden, und die ich dementsprechend besonders vertraulich zu behandeln bitte – auch Mansfield und seinen Gefolgsleuten bekannt, was die Stellung des Präsidenten gegenüber dem Senat weiter erschwert.

In diesem Lichte werden auch die Bemühungen von Leddy verständlich, dem State Department eine maßgebende Rolle bei den bilateralen Konsultationen zu sichern. Dabei ist keineswegs ausgemacht, daß er Erfolg haben wird. Der sachliche Gegensatz besteht anscheinend in erster Linie zu den zivilen Ratgebern von McNamara und weniger zu den militärischen. Wir können deshalb ohnedies kaum damit rechnen, daß General Spivy ein Mandat für die Konsultationen erhalten würde. M. E. haben wir nur die Wahl, entweder auf den Plan von Leddy einzugehen und ihn zu unterstützen, indem wir unsererseits Konsultationen auf der Ebene hoher Beamter unter Beteiligung der Auswärtigen Ämter vorschlagen, oder einem Gespräch mit den zivilen Beratern McNamaras entgegenzusehen. Ich glaube, daß wir im letzteren Fall einen schweren Stand haben würden.

Lassen Sie mich hierzu noch zwei Überlegungen hinzufügen. Die Äußerungen von McNamara in seinem Gespräch mit dem Bundeskanzler am 15. 8., nachmittags, (vgl. DB 1705 vom 15. 8.<sup>7</sup>; Plurex 3034 vom 23. 8.<sup>8</sup>, Schriftbericht-FS 1760 vom 24. 8.<sup>9</sup>) sind nach meinem Eindruck im Auswärtigen Amt anders ver-

<sup>7</sup> Für den Drahtbericht des Ministerialdirigenten Sahm, z. Z. Washington, vgl. Dok. 302.

<sup>8</sup> Ministerialdirektor Ruete informierte über die Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers gegenüber Bundeskanzler Kiesinger am 15./16. August 1967 in Washington. McNamara habe ausgeführt, „man müsse zwischen redeployment und Truppenverminderung unterscheiden. Gewisse Kürzungen der Truppenstärke der Bundeswehr könnten durch stärkere Heranziehung von Reservisten und Verbesserung des Mobilisierungsverfahrens mehr als kompensiert werden. Einseitige Truppenverminderungen würden ein sehr ernstes politisches Problem schaffen, da die sowjetische Stärke unvermindert sei. Angesichts dessen dürften Rotationsmaßnahmen auf amerikanischer Seite oder entsprechende Maßnahmen auf unserer Seite nicht zu weit gehen.“ Vgl. VS-Bd. 4270 (II A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Botschafter Knapstein, Washington, wies darauf hin, daß die mit Drahterlaß Nr. 3034 des Ministerialdirektors Ruete vom 23. August 1967 übermittelte Wiedergabe der Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers McNamara mißverständlich sei. Denn es würde der Eindruck erweckt, „als seien die Äußerungen des Präsidenten und des amerikanischen Verteidigungsministers in der gleichen Besprechung und in unmittelbarem Zusammenhang gefallen. Tatsächlich handelte es sich aber um zwei verschiedene Besprechungen, und McNamara war bei den Ausführungen des Präsidenten nicht zugegen. Wie uns inzwischen bekannt geworden ist, habe Leddy zu der Frage, ob die von McNamara angesprochene ‚innere Rotation‘ einen Ausweg in der Truppen-

standen worden, als wir sie hier sehen. Meiner Meinung nach – die uns im State Department bestätigt wird – hat McNamara mit seiner Bemerkung, daß wir Truppenkürzungen durch eine verstärkte Reaktivierung unserer Reserven kompensieren könnten, lediglich sagen wollen, daß man auf diese Weise die Kampfkraft der Bundeswehr auch bei Verminderung der aktiven Truppenstärke erhalten könnte. Dagegen hat er nicht andeuten wollen, daß in diesem Falle weitere amerikanische Rotationsmaßnahmen unterbleiben würden. Ich gehe sogar vom Gegenteil aus. Nach Auffassung von McNamara führen ja auch die amerikanischen Rotationsmaßnahmen nicht zu einer Schwächung der Kampfkraft der 7. Armee, solange ein redeployment innerhalb der angenommenen politischen Vorwarnzeit<sup>10</sup> möglich bleibt. Ich zweifle deshalb nicht daran, daß McNamara eine deutsche „innere Rotation“ zum Anlaß zusätzlicher amerikanischer Rotationsmaßnahmen nehmen würde. Meiner Überzeugung nach wartet er nur auf diese Gelegenheit.

Zum anderen möchte ich auf folgendes hinweisen. Soviel mir bekannt ist, beurteilen die Joint Chiefs of Staff den Verlust der amerikanischen Nachschub-Basen in Frankreich viel ernster als im allgemeinen zugegeben wird. Für einen Generalstäbler ist die Vorstellung, seinen Nachschub parallel zur Front bewegen zu müssen, natürlich äußerst unsympathisch. Daher gewinnt das Argument, daß die 7. Armee im Grunde in der norddeutschen Tiefebene stehen müßte und in Bayern falsch aufgestellt sei, durch den Verlust der französischen Basen an Gewicht. Bei der amerikanischen militärischen Führung könnte hieraus, auf die Dauer gesehen, die Überlegung resultieren, daß es besser wäre, möglichst wenige amerikanische Truppen der Gefährdung durch diese falsche Aufstellung auszusetzen. Wenn all dies aber schließlich zu einer wesentlichen Verminderung der 7. Armee in den nächsten zwei oder drei Jahren führen sollte, könnte ein Punkt erreicht werden, an dem die noch verbleibenden amerikanischen Truppen keinen echten Kampfwert mehr hätten, sondern nur noch Garanten für das amerikanische commitment in Europa sein würden. Ich glaube, in der Annahme nicht fehlzugehen, daß die militärische Führung sich dagegen wehren würde, Kampftruppen in dieser Weise politisch zu verwenden.

Zusammenfassend möchte ich sagen, daß wir m.E. alles Interesse daran haben, auch unsererseits bei der Einschaltung des State Departments mitzuhelfen, wenn wir der Gefahr weiterer einseitiger Maßnahmen auf amerikanischer Seite entgegenwirken wollen.

Abschließend möchte ich noch eine Bemerkung zur Frage der Reziprozität machen. Wenn die obenstehenden Vermutungen zutreffen, dann werden wir auch damit rechnen müssen, daß das Pentagon einem Junktim zwischen einer Truppenverminderung im Westen und einer solchen im Osten auch weiterhin mit größter Zurückhaltung begegnen wird. Man würde darin eine unerwünschte Selbstbindung sehen. Ich messe deshalb dem deutsch-amerikanischen Dialog über die Frage der Reziprozität erhebliche Bedeutung bei. Die Europaabteilung

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1236*

frage darstellen könnte, dahingehend Stellung genommen, daß allein die Ausführungen des Präsidenten maßgebend seien, wonach jede Kürzung der aktiven deutschen Truppenstärke ernste Probleme in den Vereinigten Staaten aufwerfen würde, die möglicherweise nicht unter Kontrolle zu halten wären.“ Vgl. VS-Bd. 4216 (II A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Zur amerikanischen Einschätzung der Vorwarnzeit vgl. Dok. 6, Anm. 4.

hat inzwischen das Kohler angegliederte und von Farley geleitete „Bureau for Politico-Military Affairs“ gebeten, im Benehmen mit dem Pentagon eine Studie über die Frage der Reziprozität vorzubereiten, deren Redaktor der uns als Leiter der Berlin Task Force gut bekannte Mr. Ausland ist. Er war während der letzten zwei Jahre als politischer Berater zu General Wheeler abgestellt. Herr Sahm hat bei seinem hiesigen Aufenthalt einen ersten Gedankenaustausch mit ihm gehabt und Herrn von Staden gebeten, diesen fortzusetzen. Als Grundlage dafür hat er die für die Gesprächsführung des Bundeskanzlers vorbereitete Unterlage vom 26. 7. – II B 2-84.20/2-1184<sup>II/67-VS-v</sup><sup>11</sup> – bezeichnet. Auf die Dauer wird diese Unterlage aber wohl nicht ausreichen, wenn wir wirksamen Einfluß auf die amerikanischen Überlegungen nehmen wollen. Offenbar beschäftigt man sich hier sehr stark mit der Frage, wie weit – über die schon beschlossene Rotation hinaus – man auf westlicher Seite überhaupt noch gehen sollte, ohne daß eine sowjetische Gegenleistung gewährleistet wäre. Ich möchte diese Frage heute jedoch noch nicht vertiefen, da lediglich ein erstes Gespräch zwischen Herrn von Staden und Mr. Ausland stattgefunden hat. Auf alle Fälle glaube ich aber, daß es ratsam wäre, wenn wir auch unsererseits eine entsprechende Studie im Benehmen mit dem Bundesverteidigungsministerium einleiten würden.

Ich habe nun doch mehr von Ihrer Zeit beansprucht, als ich ursprünglich beabsichtigte. Die zur Erörterung stehenden Fragen scheinen mir aber wichtig genug. Ob ich die Dinge zu pessimistisch sehe oder nur realistisch, wie ich glaube, werden die bevorstehenden Konsultationen zeigen. Gerade weil sie einen so politischen Charakter haben werden, möchte ich eine wirksame Einschaltung des Auswärtigen Amts nachdrücklich empfehlen.<sup>12</sup>

Mit meinen besten Grüßen bin ich Ihr

Knapstein

VS-Bd. 2027 (II A 7)

<sup>11</sup> Referat II B 2 schlug u. a. vor, Bundeskanzler Kiesinger möge anlässlich des Besuchs am 15./16. August 1967 in Washington erklären, daß „jede Herabsetzung des Streitkräfteniveaus in Westeuropa, also auch die eventuelle Herabsetzung der Kopfstärke der Bundeswehr, unter dem Gesichtspunkt der Entspannung gesehen werden sollte. Präsenzminderungen, sei es infolge von Umgruppierungen der Stationierungstruppen, sei es mittels Herabsetzung von Aktivstärken der Bundeswehr, sollten grundsätzlich solange unterbleiben, bis sie zur Erzielung paralleler und gleichwertiger Gegenleistungen genutzt werden können. Insofern besteht nach unserer Auffassung kein Unterschied zwischen Stationierungstreitkräften und deutschen Verbänden. Auf amerikanischer Seite bestand bisher eine ausgeprägte Neigung, die in den Dreiergesprächen vereinbarte Umgruppierung (redeployment) in ihrer Bedeutung für mögliche parallele Maßnahmen der Sowjetunion zu unterschätzen oder abzuwerten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die amerikanische Regierung nunmehr dem Argument größere Bedeutung zumißt, daß die Minderung militärischer Präsenz gegenüber der Sowjetunion nutzbar gemacht werden sollte.“ Vgl. VS-Bd. 936 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>12</sup> Am 7. September 1967 übermittelte Vortragender Legationsrat Behrends einen Auszug aus dem Schreiben an Referat II B 2 „mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung“. Vgl. VS-Bd. 4106 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1967.  
Für die Stellungnahme des Botschafters Schnippenkötter vgl. Dok. 318.

## 314

**Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter**II B 1-84.20/0-1516<sup>I</sup>/67 VS-vertraulich4. September 1967<sup>1</sup>

Betr.: NV-Vertrag;

hier: Sprechzettel für den Herrn Minister für die Kabinettsitzung  
am 5. September 1967

## I. Vorbemerkung

Am 24. August haben der amerikanische und sowjetische Ko-Präsident der 18-Mächte-Abrüstungskonferenz in Genf inhaltlich gleiche Entwürfe eines NV-Vertrags vorgelegt.<sup>2</sup> Dabei wurde der Kontrollartikel III ausgespart.

Dem jetzt vorliegenden Entwurf liegt der Text zugrunde, auf den sich die beiden Ko-Präsidenten bereits Anfang Juni 1967 geeinigt hatten und der am 14. Juni auf der NATO-Ratssitzung in Luxemburg den Ratsmitgliedern durch Außenminister Rusk bekanntgegeben worden ist.<sup>3</sup> Er berücksichtigt außerdem einige Wünsche der Sowjets, auf deren Erfüllung diese am 11. August bei ihrer Zustimmung zur Vorlage des Entwurfs gedrängt hatten.

Wichtig ist dabei der sowjetische Wunsch die Revisionsklausel betreffend. Die Sowjetunion hat sich für die zweite Alternative, die ihr von den Amerikanern für das Revisionsverfahren zur Wahl gestellt worden war und mit der wir uns den Amerikanern gegenüber nicht einverstanden erklärt haben, entschieden.<sup>4</sup> Danach kann der Vertrag durch bindenden Mehrheitsbeschluß verändert werden, vorausgesetzt, daß alle Kernwaffenstaaten und alle sonstigen Vertragsparteien, die zum Zeitpunkt des Änderungsantrags Mitglieder des Gouverneursrats der Internationalen Atomenergie-Organisation sind, dieser Änderung zustimmen.

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Brandt am 4. September 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut der Erklärungen der Leiter der amerikanischen und der sowjetischen Delegation bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission, Foster und Roschtschin, vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1967, S. 342–347 bzw. S. 347–352. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 462–467 bzw. D 468–471.

Für den Wortlaut des Vertragsentwurfs vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1967, S. 338–341. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 460–462. Für Auszüge vgl. Anm. 8, 9, 11–13, 15 und 19.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 220, besonders Anm. 18.

<sup>4</sup> Am 14. August 1967 informierte das Mitglied der amerikanischen Delegation bei der Konferenz 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf, Beam, über den sowjetischen Wunsch hinsichtlich der in Artikel V eines Entwurfs für einen Nichtverbreitungsvertrags vorgesehenen Revisionsklausel: „Die Amerikaner hätten den Sowjets die Wahl zwischen den beiden Alternativen zu Artikel V gelassen, nachdem sie in der NATO-Ministerratssitzung vom 15. Juni für diese Verfahren ‚grünes Licht‘ erhalten hatten. Die Amerikaner hätten der ersten Alternative den Vorzug gegeben, seien aber auch mit der zweiten einverstanden. Roschtschin habe die Präferenz der Sowjetunion für die zweite Alternative damit erläutert, daß die erste Alternative den Vertrag unstabil gemacht hätte, indem sie zu verschiedenen Verpflichtungen zwischen den Vertragspartnern hätte führen können. Roschtschin habe als wichtige Präzedenzfälle für die zweite Alternative die Charta der Vereinten Nationen und den Moskauer Testbann-Vertrag angeführt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 692 des Botschafters von Keller, Genf (Internationale Organisationen); VS-Bd. 926 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

Damit ist die Gefahr der Majorisierung für die Bundesrepublik Deutschland gegeben, da sie nicht ständiges Mitglied des Gouverneursrats der IAE0 ist. Diese Gefahr wird allerdings durch die hohe Zahl von 25 Vetoberechtigten und dadurch gemildert, daß nach den Regeln für die Zusammensetzung dieses Gouverneursrats stets ein westlicher Industriestaat mit ähnlich gelagerten Interessen für die Nutzung der friedlichen Kernenergie Mitglied dieses Rats ist. Außerdem haben in ihm die Vereinigten Staaten einen ständigen Sitz. Es besteht also die Möglichkeit, die Gefahr einer Majorisierung mit Hilfe unserer Verbündeten abzuwenden, wenn wir selbst gerade nicht Mitglied des Gouverneursrats der IAE0 sind. Dennoch muß bemerkt werden, daß die sowjetische Entscheidung überrascht hat, da die Sowjets beim Weltraumvertrag<sup>5</sup> einem Revisionsverfahren, dessen Mehrheitsbeschlüsse nicht bindend sind, zugestimmt hatten. Die Gefahr eines politischen Mißbrauchs der jetzigen, eine Majorisierung zulassenden Bestimmungen kann nicht ausgeschlossen werden.

## II. Analyse des Vertragsentwurfs vom 24. August 1967

Die Bundesregierung hat wiederholt öffentlich erklärt, daß sie das Prinzip der Nichtverbreitung von Kernwaffen und den Abschluß eines weltweit akzeptablen Nichtverbreitungsvertrags befürwortet. Sie hat dabei keinen Zweifel daran gelassen, daß dieser Vertrag nicht den vitalen deutschen Interessen zuwiderlaufen darf. Diese betreffen:

- 1) Nichtbehinderung der friedlichen Erforschung und Nutzung der Kernenergie;
- 2) Kontrolle;
- 3) Sicherheit;
- 4) Fortschritte bei Abrüstung und Entspannung, die<sup>6</sup> unserer Deutschlandpolitik zugute kommen;
- 5) Anpassungsfähigkeit des Vertrags;
- 6) Nichtbeeinträchtigung der europäischen Einigungsbemühungen.

### Zu 1) Friedliche Nutzung der Kernenergie

#### a) Verbesserung gegenüber bisherigen Entwürfen im friedlichen Bereich

In der Frage der Sicherung und Förderung der friedlichen Nutzung der Kernenergie zeigt ein Vergleich des jetzt vorgelegten Vertragsentwurfs der Ko-Präsidenten mit dem amerikanischen Entwurf, von dem wir Ende Januar 1967 Kenntnis erhielten<sup>7</sup>, die beachtlichen Fortschritte, die wir inzwischen erzielt haben.

In Absatz 6 der Präambel des jetzt vorgelegten Textes<sup>8</sup> wurde der Grundsatz der Teilhabe am „spin-off“ in einer im wesentlichen befriedigenden Form auf-

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 19. Dezember 1966 „über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums, einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper“ vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 1 – 5.

<sup>6</sup> An dieser Stelle wurde von Bundesminister Brandt handschriftlich eingefügt: „auch“.

<sup>7</sup> Zum amerikanischen Entwurf für ein Nichtverbreitungsabkommen, der der Bundesregierung am 24. Januar 1967 übergeben wurde, vgl. Dok. 38.

<sup>8</sup> Nach Absatz 6 der Präambel des amerikanisch-sowjetischen Entwurfs vom 24. August 1967 beschlossen die Vertragsparteien, „daß die Vorteile der friedlichen Anwendung der nuklearen Technologie, einschließlich aller technologischen Nebenergebnisse, die Kernwaffenstaaten gegebenenfalls bei der Entwicklung nuklearer Sprengvorrichtungen erzielen, von allen Vertragsparteien, gleich ob Kernwaffenstaaten oder Nicht-Kernwaffenstaaten, für friedliche Zwecke genutzt werden können“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 460.



genommen. Wir hatten ursprünglich auch die Aufnahme einer Verpflichtung der Kernwaffenmächte zur Beteiligung der Nichtnuklearen am „kapazitiven fall-out“, der sich aus der Monopolstellung der Kernwaffenmächte bei der Herstellung bestimmter besonderer spaltbarer Materialien ergibt, angestrebt. Die Amerikaner erkennen die Berechtigung der Forderung grundsätzlich an, wünschen jedoch keine Aufnahme in den Vertrag, um keine amerikanischen Verpflichtungen in dieser Hinsicht gegenüber kommunistischen Ländern zu begründen. Die Frage wird nunmehr in einem neuartigen langfristigen Liefervertrag zwischen EURATOM und den USA zu regeln sein, der gleichzeitig mit dem NV-Vertrag unterzeichnet werden sollte und der der dynamischen Entwicklung der Nuklearwirtschaft im kommenden Jahrzehnt Rechnung trägt.

In Absatz 7 der Präambel<sup>9</sup> gestehen die Vertragsparteien sich gegenseitig das Recht zum Austausch von wissenschaftlichen Informationen auf dem Gebiet der Kerntechnik zu friedlichen Zwecken zu. Sie bekennen sich zum Gedanken der Förderung der friedlichen Nutzung in einer gegenüber dem Entwurf vom 25. April<sup>10</sup> eindeutigeren Form.

Im neuen Artikel IV des Vertrags<sup>11</sup>, also in einer verbindlichen Bestimmung des operativen Teils, werden das Recht zur Forschung, Entwicklung und Nutzung der Kernenergie für friedliche Zwecke und der Informationsaustausch garantiert.

Zwei weitere Verbesserungen des neuen Entwurfs, auf die ich noch näher eingehen werde, sind die Absichtserklärungen betreffend die Förderung der instrumentierten Spaltstoffflußkontrolle an bestimmten strategischen Punkten des Brennstoffzyklus im Präambelsatz 5<sup>12</sup> und betreffend nicht-diskriminierende Sprengdienste für Nicht-Kernwaffenstaaten zu geringstmöglichen Kosten im Präambelsatz 8<sup>13</sup>.

<sup>9</sup> Nach Absatz 7 der Präambel des amerikanisch-sowjetischen Entwurfs vom 24. August 1967 sollten alle Vertragsparteien berechtigt sein, „an dem weitest möglichen Austausch wissenschaftlicher Informationen zur Weiterentwicklung der Anwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke teilzunehmen und hierzu allein oder in Zusammenarbeit mit anderen Staaten beizutragen“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 460.

<sup>10</sup> Zum amerikanischen Entwurf für ein Nichtverbreitungsabkommen, der Botschafter Schnippenkötter am 14. April 1967 in Washington übergeben und am 25. April 1967 auf der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf vorgelegt wurde, vgl. Dok. 131. Für den Wortlaut vgl. VS-Bd. 926 (II A 7).

<sup>11</sup> Artikel IV des amerikanisch-sowjetischen Entwurfs vom 24. August 1967: „Dieser Vertrag ist nicht so auszulegen, als beeinträchtigt er das unveräußerliche Recht aller Vertragsparteien, ohne Diskriminierung und in Übereinstimmung mit den Artikeln I und II dieses Vertrags die Erforschung, Erzeugung und Verwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke aufzubauen und zu entwickeln, oder das Recht der Parteien, an dem weitest möglichen Austausch von Informationen zur weiteren Entwicklung der Anwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke teilzunehmen und hierzu allein oder in Zusammenarbeit mit anderen Staaten beizutragen.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 461.

<sup>12</sup> Gemäß Satz 5 der Präambel des amerikanisch-sowjetischen Entwurfs vom 24. August 1967 beschlossen die Vertragsparteien, „Forschung, Entwicklung und andere Bemühungen zu unterstützen, um im Rahmen des Kontrollsystems der Internationalen Atomenergie-Organisation die Anwendung des Prinzips einer wirksamen Kontrolle des Flusses von Ausgangs- und besonderem spaltbarem Material an bestimmten strategischen Punkten mittels Instrumenten und anderen technischen Mitteln und Verfahren zu fördern“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 460.

<sup>13</sup> Gemäß Satz 8 der Präambel des amerikanisch-sowjetischen Entwurfs vom 24. August 1967 beschlossen die Vertragsparteien, „daß der Nutzen, der sich aus irgendeiner friedlichen Anwendung nuklearer Explosionen ergeben kann, durch geeignete internationale Verfahren Nicht-Kern-

Insgesamt kann man feststellen, daß wir, zumindest was die Sicherung des zivilen Bereichs der Kerntechnik angeht, unserem Ziel erheblich nähergekommen sind, nämlich einen Vertrag zu erreichen, der allgemein, besonders aber für die Länder mit einer entwickelten nuklearen Industrie, akzeptabel ist. Bemerkenswert ist, daß auch die UdSSR den genannten Verbesserungen zugestimmt hat. Sie hat damit anerkannt, daß die besonders von deutscher Seite vorgebrachten Bedenken berechtigt waren.

b) Offene Punkte im friedlichen Bereich

Allerdings müssen wir auch auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie Rückschritte gegenüber dem letzten US-Entwurf vom 25. April, der die Ergebnisse der deutsch-amerikanischen Konsultationen enthielt, feststellen, und zwar in drei Punkten:

aa) Einmal wurde bei der Verselbständigung des 5. Absatzes des Kontrollartikels III<sup>14</sup> zu einem neuen Artikel IV (Schutz der friedlichen Nutzung der Kernenergie) die Garantie des kontrollierten Austausches von Kernmaterial und Ausrüstungsgegenständen nicht übernommen. Die USA haben den Wegfall uns gegenüber damit begründet, daß er durch die Verselbständigung der Bestimmungen zur Sicherung des friedlichen Bereichs notwendig sei. Im Kontrollartikel seien Kernsprengmittel für friedliche Zwecke ausgenommen gewesen.

Der amerikanischen Argumentation ist eine gewisse Berechtigung nicht abzuspüren. Andererseits ließen sich die Bedenken durch entsprechende Formulierung des neuen Artikels IV ausräumen.

bb) Ein anderer Rückschritt gegenüber dem letzten US-Entwurf besteht darin, daß im neuen Artikel IV nur die Zusammenarbeit mit anderen Staaten beim Informationsaustausch, nicht auch die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen wie in Artikel III, Abs. 5 des letzten US-Entwurfs sichergestellt wird. Nach amerikanischer Ansicht ist das Recht der Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen jedoch schon durch die Formulierung „in cooperation with other states“ gewährleistet. Bei einer auf Staaten begrenzten Interpretation wäre ja auch die IAEA als internationale Organisation ausgeschlossen. Dies liege sicher nicht in der Absicht des Vertrags.

Die Argumentation zugunsten von EURATOM ist nicht ganz überzeugend. Die Position von EURATOM ist aber im Informationsbereich nicht schwach, und eine Wiederherstellung der für uns günstigeren Fassung könnte versucht werden.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1241*

waffenvertragsparteien auf nichtdiskriminierender Grundlage offenstehen soll, und daß die diesen Vertragsparteien für die Benutzung der Sprengvorrichtungen verrechneten Gebühren so niedrig wie möglich sein und Kosten für Forschung und Entwicklung ausschließen sollen“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 460.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut des Artikels III, Ziffer 5 des amerikanischen Entwurfs für ein Nichtverbreitungsabkommen, der Botschafter Schnippenkötter am 14. April 1967 in Washington und der sowjetischen Delegation bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf am 25. April 1967 vorgelegt wurde, vgl. Dok. 131, Anm. 10.

cc) Schließlich ist es ein Rückschritt, daß in Artikel IV die friedliche Tätigkeit nur in Übereinstimmung mit Artikel I und II des Vertrags<sup>15</sup> gewährleistet sein soll. Die letzte amerikanische Fassung hatte in Artikel III, Abs. 5, alle Vertragsbestimmungen zur Interpretation herangezogen, also auch die auf den Schutz der zivilen Nukleartätigkeit abzielenden Bestimmungen.

Wir sind bemüht, zu der günstigeren Fassung des letzten US-Entwurfs zurückzugelangen.

dd) Ein NV-Vertrag würde nach den Vorstellungen der USA und der UdSSR den Nicht-Kernwaffenstaaten die Herstellung und den Erwerb von Kernsprengkörpern selbst dann untersagen, wenn sie Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken dienen sollen. Auch insoweit würde also die friedliche Nutzung der Kernenergie eingeschränkt werden. Die jetzt in Genf vorgelegten Entwürfe enthalten zum Ausgleich für diese Beschränkung die Absichtserklärung der Kernwaffenstaaten, nukleare Sprengvorrichtungen anderen Staaten zur Verfügung zu stellen. Die Kosten sollen dabei so gering wie möglich gehalten werden und insbesondere nicht die Aufwendungen für die Forschung und die Entwicklung der Sprengvorrichtungen umfassen. Damit ist einem deutschen Anliegen Rechnung getragen.

Es ist bekannt, daß mehrere Staaten, unter ihnen vor allem Brasilien, in ihren Forderungen in diesem Punkt viel weiter gehen als wir und völlige Freiheit in der friedlichen Nutzung auch der nuklearen Sprengkraft beanspruchen. Unser Interesse besteht vor allem darin, auch bei der Verwendung von Kernsprengkörpern völlige Gleichbehandlung des zivilen Sektors, insbesondere der Privatfirmen, in Nicht-Kernwaffenstaaten und Kernwaffenstaaten sicherzustellen.

ee) Gefährdung des friedlichen Bereichs durch Vertragsrevision

Von Bedeutung für die friedliche Nutzung sind auch die Bestimmungen über die Revision des Vertrags. Hier müssen wir als hochentwickeltes Industrieland darauf achten, daß spätere Vertragsänderungen nicht zu unserem Nachteil vorgenommen werden können. Ich habe diese Frage bereits behandelt.

Zu 2) Kontrollen

Der Kontrollartikel III wurde bei der Vorlage ausgeklammert und soll jetzt zwischen den Ko-Präsidenten weiter behandelt werden. Der enge Zusammenhang zwischen der Kontrollregelung und der Entwicklung der zivilen Kerntechnik in den Nicht-Kernwaffenstaaten liegt auf der Hand. Wir sind auch hier bestrebt, die Fassung des letzten US-Entwurfs, der eine Einbeziehung der EURATOM-Kontrolle in die Vertragskontrolle mittels Verifikation durch die

<sup>15</sup> Der Wortlaut von Artikel I des amerikanisch-sowjetischen Entwurfs vom 24. August 1967 war identisch mit dem Wortlaut von Artikel I des sowjetischen Entwurfs, den der amerikanische Außenminister Rusk auf der NATO-Ministerratstagung am 15./16. Dezember 1966 in Paris Staatssekretär Schütz übergeben und als annehmbaren Vorschlag bezeichnet hatte. Vgl. Dok. 7, Anm. 3. Artikel II des amerikanisch-sowjetischen Entwurfs vom 24. August 1967: „Jeder Nichtkernwaffenstaat verpflichtet sich, von niemandem die Übertragung von Kernwaffen, sonstigen nuklearen Sprengvorrichtungen oder der Verfügungsgewalt über derartige Waffen oder Sprengvorrichtungen unmittelbar oder mittelbar anzunehmen, Kernwaffen oder sonstige nukleare Sprengvorrichtungen weder herzustellen noch zu erwerben oder bei der Herstellung von Kernwaffen oder sonstigen nuklearen Sprengvorrichtungen Unterstützung zu suchen oder anzunehmen.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 461. Vgl. dazu auch Dok. 38, Anm. 12.

IAEO vorsieht<sup>16</sup>, durchzusetzen. Das Vorgehen wird bestimmt durch die Zusicherung Dean Rusk in seinem geheimen Brief an mich vom 17. Mai d. J.<sup>17</sup>, die ich wörtlich zitieren möchte:

„Bei der Fortführung der Verhandlungen mit den Sowjets und wenn notwendig in der Achtzehn-Mächte-Abrüstungskonferenz werden wir weiterhin die Fassung des Artikels III vertreten, die von der Bundesrepublik Deutschland und anderen EURATOM-Staaten angenommen worden ist.“

Diese Zusicherung wurde wörtlich in einer Erklärung des US-Botschafters Cleveland vor dem NATO-Rat vom gleichen Tage wiederholt.<sup>18</sup> Wir haben die Amerikaner an diese Zusicherung erinnert. Der amerikanische Ko-Präsident ist z. Zt. bemüht, die Sowjets auf die amerikanische Version des Artikels III festzulegen. In der Zwischenzeit sollten wir nichts unternehmen, was die gemeinsam erarbeitete Lösung und die abgesprochene Marschroute gefährden könnte. Insbesondere sollte aus dem EURATOM-Bereich keine Initiative zu Alternativvorschlägen für den Kontrollartikel ergriffen werden. Durch eine Diskussion der Kontrollfrage könnte die Position der Amerikaner geschwächt oder ein Vorwand für ein Abgehen von der vorgezeichneten Haltung geboten werden.

Die Kontrollfrage wird im bereits vorliegenden Text an zwei Stellen angesprochen, nämlich im 4.<sup>19</sup> und 5. Präambelabsatz. Der 5. Absatz behandelt das Prinzip der instrumentierten Spaltstoffflußkontrolle. Er präjudiziert einen künftigen Kontrollartikel ganz in unserem Sinne insoweit, als er nur von der Kontrolle von Ausgangs- und besonderem spaltbarem Material an bestimmten strategischen Punkten spricht. Er enthält ferner die Absichtserklärung der Vertragsstaaten, den Spaltstofffluß weitgehend von Instrumenten kontrollieren zu lassen.

Andererseits ist nicht zu übersehen, daß beide Präambelabsätze nur von IAEO-Kontrollen sprechen, ohne andere Kontrollsysteme zu erwähnen. Wir werden uns um eine Erweiterung auf EURATOM bemühen und hoffen auf die Unterstützung anderer Staaten, die einsehen, daß die einseitige Bezugnahme auf die IAEO andere bereits vorhandene und wirksam arbeitende Kontrollsysteme ungenutzt lassen würde. Dies dürfte von allgemeinem Interesse insbesondere bei der instrumentierten Spaltstoffflußkontrolle sein.

### Zu 3) Sicherheit

Auch und gerade im Zusammenhang mit dem Nuklearverzicht sehen wir unsere Sicherheit durch den Schutz des NATO-Bündnisses gewährleistet. Wir müssen also darauf bestehen, daß der Nichtverbreitungsvertrag die Arrangements

<sup>16</sup> Vgl. Artikel III, Ziffer 2 des amerikanischen Entwurfs für ein Nichtverbreitungsabkommen, der Botschafter Schnippenkötter am 14. April 1967 in Washington und am 25. April 1967 der sowjetischen Delegation bei der 18-Mächte-Abrüstungskonferenz in Genf übergeben wurde; Dok. 131, Anm. 12.

<sup>17</sup> Zum Schreiben des amerikanischen Außenministers vgl. Dok. 168, Anm. 9.

<sup>18</sup> Vgl. dazu Dok. 171.

<sup>19</sup> Gemäß Satz 4 der Präambel des amerikanisch-sowjetischen Entwurfs vom 24. August 1967 verpflichteten sich die Vertragsparteien, „daran mitzuwirken, daß die Anwendung der Sicherheitskontrollen der Internationalen Atomenergie-Organisation auf friedliche nukleare Tätigkeiten erleichtert wird“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 460.

innerhalb des NATO-Bündnisses nicht stören kann. Zu diesem Arrangement gehören:

- Tätigkeit deutscher Offiziere in den Stäben der NATO auf allen Führungsgebieten,
- Bereitstellung von Trägermitteln für amerikanische nukleare Sprengköpfe durch die Bundeswehr in der gegenwärtigen und einer künftigen technischen Entwicklung angemessenen Weise.

Folgende bestehende Einrichtungen müssen fortgeführt werden:

- Bilateraler Informationsaustausch auf dem Gebiet von Kernwaffen,
- Zusammenarbeit im Rahmen der Nuclear Defense Affairs Committee und besonders der Nuclear Planning Group.

Für den NV-Vertrag gilt der Auslegungsgrundsatz: was nicht verboten wird, bleibt erlaubt. Danach werden die NATO-Einrichtungen, die ich eben erwähnt habe und an denen wir unbedingt festhalten müssen, vom NV-Vertrag nicht berührt. Verboten ist die Verbreitung von und die Verfügung über Kernwaffen. Kernwaffen sind Bomben und Sprengköpfe. Die Amerikaner haben den Sowjets ein Interpretationspapier übergeben, in dem nicht nur dieser Auslegungsgrundsatz herausgestellt, sondern ausdrücklich gesagt wird, daß der Vertrag

- 1) nicht die Verbreitung von nuklearen Trägerwaffen oder Verfügung über solche Trägerwaffen betrifft, solange diese nicht Bomben oder Sprengköpfe einbeziehen;
- 2) daß er nicht alliierte Konsultationen und Planungen über nukleare Verteidigung betrifft;
- 3) daß er nicht die Stationierung von Kernwaffen auf alliiertem Staatsgebiet betrifft, solange die Verfügungsgewalt auf die nichtnuklearen Staaten nicht übergegangen ist.

Die Sowjets haben dieses amerikanische Interpretationspapier ohne Kommentar entgegengenommen. Es kann damit gerechnet werden, daß es dabei bis zum Vertragsschluß bleibt. Die sowjetische Interpretation nach diesem Zeitpunkt ist eine offene Frage.

#### Zu 4) Fortschritte bei Abrüstung

Ein Vertrag, der nur die Verbreitung von Kernwaffen bei den Nichtnuklearen, die horizontale Verbreitung verbietet, nicht aber die Vermehrung von Kernwaffen bei den Nuklearmächten, die vertikale Verbreitung, ist insoweit notwendigerweise asymmetrisch.

Es muß das Bestreben der Nichtkernwaffenstaaten sein, diesen Mangel an Ausgewogenheit so weit wie möglich dadurch auszugleichen, daß der Vertrag auch zu einem Instrument der nuklearen Abrüstung der Kernwaffenstaaten wird.

#### a) Ungleichheit der Verpflichtungen

In der Präambel werden nukleare Abrüstung und Entspannung in folgenden drei Absätzen erwähnt:

„in der Absicht, zum frühest möglichen Zeitpunkt die Beendigung des nuklearen Wettrüstens herbeizuführen,

mit der eindringlichen Empfehlung einer Zusammenarbeit aller Staaten bei der Verfolgung dieses Zieles,

in dem Wunsche, zur Verminderung der internationalen Spannung und zur Stärkung des Vertrauens zwischen den Staaten beizutragen, um die Einstellung der Produktion von Kernwaffen, die Liquidierung aller vorhandenen Vorräte an solchen Waffen und die Entfernung der Kernwaffen und ihrer Träger aus den nationalen Waffenbeständen aufgrund eines Vertrags über allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle zu erleichtern.“

Diese Absichtserklärungen gewinnen erst dann politisches Gewicht, wenn ihre Nichtbeachtung für die Kernwaffenmächte Folgen nach sich ziehen würde.

Es wäre denkbar, daß die kernwaffenlosen Staaten über einen Mehrheitsbeschluß zur Vertragsänderung, wie er in der Revisionsklausel vorgesehen ist, die Kernwaffenstaaten zur Abrüstung mahnen. Das Veto der Kernwaffenstaaten macht dieses Mittel jedoch illusorisch.

Die Nichtkernwaffenstaaten könnten ferner versuchen, über die in Artikel V, Absatz 3, vorgesehene Durchführungskonferenz die Kernwaffenstaaten an ihre Abrüstungs- und Entspannungsverpflichtungen zu erinnern.

Artikel V, Absatz 3 lautet:

„Fünf Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Vertrags wird in Genf, Schweiz, eine Konferenz der Vertragsparteien abgehalten, deren Aufgabe es sein soll, die Durchführung des Vertrags zu überprüfen, um sicherzustellen, daß die Ziele und Bestimmungen des Vertrags verwirklicht werden.“

Ausdrücklich wird gesagt, daß die Durchführung sowohl hinsichtlich der Ziele als auch der Bestimmungen des Vertrags überprüft werden sollen. Damit die Überprüfung der Durchführungskonferenz jedoch die Kernwaffenstaaten beeindrucken kann, muß sichergestellt werden, daß aus ihr Konsequenzen gezogen werden können. Das heißt für den Fall, daß die Kernwaffenstaaten keine Schritte zur Abrüstung und Entspannung unternommen haben, muß entweder eine Möglichkeit zur Beendigung des Vertrags vorgesehen werden oder jedenfalls das Recht der nichtnuklearen Staaten, individuell vom Vertrag zurückzutreten. Außerdem sollte die Durchführungskonferenz nicht nur einmal fünf Jahre nach Abschluß des Vertrags abgehalten werden, sondern periodisch in bestimmten Abständen, damit die Kernwaffenstaaten auch weiterhin unter Druck stehen, ihre in der Präambel festgelegten Absichten zu verwirklichen.

#### b) Schutz vor Diffamierung

Mit dem Abschluß des Vertrags müßte auch eine Beendigung der Drohungen und Verleumdungen der Sowjetunion, die der Bundesrepublik Deutschland Streben nach Kernwaffen vorwirft<sup>20</sup>, erreicht werden. Der Versuch, über die deutsch-amerikanischen Konsultationen in den Entwurf ein Diffamierungsverbot einzufügen<sup>21</sup>, ist erfolglos geblieben.

<sup>20</sup> Vgl. dazu die sowjetische Erklärung vom 28. Januar 1967 „über den Nazismus und Militarismus in der Bundesrepublik Deutschland“, DzD V/1, S. 403–409. Für Auszüge vgl. Dok. 38, Anm. 9, und Dok. 44, Anm. 7.

<sup>21</sup> Vgl. dazu auch Dok. 91.

Dagegen besteht bei vielen nichtnuklearen Staaten ein großes Interesse daran, daß der Vertragsentwurf vom 24. August durch eine Klausel ergänzt wird, die den Kernwaffenstaaten verbietet, die kernwaffenlosen Staaten mit ihren nuklearen Waffen zu bedrohen oder politisch zu erpressen. Wir unterstützen eine Klausel gegen Druck, Drohung und Erpressung.

#### Zu 5) Anpassungsfähigkeit des Vertrags

Der NV-Vertragsentwurf vom 24. August ist durch Starrheit in den Verfahrensregeln gekennzeichnet. Die Vertragsdauer ist ausdrücklich unbegrenzt, die Rücktrittsklausel auf den Notfall beschränkt, die Durchführungskonferenz ohne wirkliche Kompetenzen und der Revisionsmechanismus derart, daß er kaum Änderungen herbeiführen kann. Diese mangelnde Flexibilität ist angesichts der unvorhersehbaren technischen und politischen Entwicklung schwer annehmbar und dient auch nicht der Dauerhaftigkeit der Nichtverbreitungsregelung.

Eine Befristung, und zwar eine qualifizierte Befristung, etwa nach dem Modell des NATO-Vertrags, könnte diesem Mangel teilweise abhelfen. Man könnte an eine anfängliche Laufzeit von 10-15 Jahren denken und an automatische Verlängerung, sofern das Kündigungsrecht nicht ausgenutzt wird. Die sowjetischen Widerstände und auch die amerikanischen gegen eine zu enge Befristung sind kaum überwindbar. Die Sowjetunion könnte vielleicht bereit sein, einer Befristung von 25 Jahren zuzustimmen. Blieben dabei die anderen Verfahrensbestimmungen jedoch starr, so wäre auch dann eine politisch relevante Anpassungsfähigkeit des Vertrags nicht gegeben.

Eine Befristung auf 20 oder 25 Jahre würde den Vertrag im Gegenteil noch härter machen, da sie die „amoralité juridique“, die in dem Abschluß eines so unausgewogenen Vertrags mit unbegrenzter Dauer liegt, nur verschleierte.

Eine andere Möglichkeit, die Anpassungsfähigkeit des Vertrags zu erhöhen, läge in einer Zuweisung wirklicher Kompetenzen an die Durchführungskonferenz. Auch könnte die im Vertrag vorgesehene Rücktrittsklausel unabhängig von der Durchführungskonferenz auf weitere Tatbestände, nämlich die der unzulässigen Ausübung von Druck, Drohung und Erpressung ausgedehnt werden.

#### Zu 6) Nichtbeeinträchtigung der europäischen Einigungsbemühungen

In dieser Frage bringt der Entwurf nichts Neues. Wichtig ist, ob die noch ausstehende Regelung der Sicherheitskontrollen EURATOM berücksichtigen wird, und zwar in einer Form, die Frankreich keine Vorwände zum Ausscheren aus der Gemeinschaftskontrolle oder zu einer Pression in Richtung auf Nichtbeitritt bietet. Die letzte amerikanische Fassung des Kontrollartikels trägt diesem Erfordernis Rechnung. Daher ist es auch aus Gründen der europäischen Entwicklung wichtig, daß diese Lösung von den Amerikanern bei den Sowjets durchgesetzt wird.

#### III. Schlußbemerkung

Über den von den beiden Ko-Präsidenten vorgelegten Entwurf wird zur Zeit in Genf diskutiert. Er soll, zumindest nach dem Willen der Amerikaner, auch Gegenstand eingehender Verhandlungen sein. Die Sowjets sind da erheblich reservierter.

Inzwischen wollen die beiden Ko-Präsidenten weiter über Artikel III verhandeln, um auch über die Kontrollbestimmungen zu einer Einigung zu kommen. In dieser Zeit sind die anderen aufgefordert, die Kontrollfrage nicht zu erörtern und ihre Diskussion auf den bereits vorgelegten Entwurf zu konzentrieren. Wir sollten uns strikt einer Diskussion des Artikels III enthalten, denn dies entspricht auch dem Verfahren, das von uns mit den Amerikanern und im NATO-Rahmen abgesprochen worden ist.

Im Verlauf der bisherigen Diskussionen in Genf haben kommunistische Staaten den Entwurf uneingeschränkt begrüßt. Großbritannien hat in gemessener Form ebenfalls zugestimmt. Am schärfsten gegen den Entwurf ist Brasilien aufgetreten<sup>22</sup>, dem sich Indien voll angeschlossen hat. Ebenfalls ablehnend hat sich der nigerianische Vertreter in Genf geäußert.<sup>23</sup> Schweden hat kühl reagiert und eine eigene Formulierung für Artikel III vorgelegt<sup>24</sup>, über die wir jedoch nicht diskutieren wollen. Sie wäre im übrigen für uns unannehmbar.

Den Amerikanern ist unsere Einstellung zu dem Vertrag bekannt. Unsere Wünsche sind im Detail vorgetragen. Wir haben unsere Haltung ferner in allgemeinerer Form zunächst allen in Genf vertretenen Regierungen und dann im Mai auch der Weltöffentlichkeit bekannt gemacht.<sup>25</sup> Zuletzt haben wir neben laufenden engen Kontakten auf fachlicher Ebene unsere wesentlichen Wünsche den Amerikanern noch einmal bei unserem kürzlichen Besuch in Washington<sup>26</sup> verdeutlicht.

Unsere bisherige Taktik der Zurückhaltung hat sich bewährt. Die Bundesrepublik Deutschland ist in Genf in den letzten Monaten nicht mehr angegriffen worden. Es besteht keine Veranlassung, im gegenwärtigen Zeitpunkt unsere Haltung zu ändern. Gleichzeitig sollten wir uns jedoch in Verbindung mit den verbündeten, befreundeten und anderen geeigneten Delegationen in Genf bemühen, den Textentwurf entsprechend unseren Interessen zu verbessern. Bezüglich des Kontrollartikels III sollten wir so lange warten, bis das mit den Amerikanern abgesprochene und von ihnen bisher eingehaltene Verfahren ausgeschöpft ist.

Schnippenkötter

VS-Bd. 926 (II A 7)

<sup>22</sup> Für die Stellungnahme des brasilianischen Delegierten bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf, de Silveira, vom 31. August 1967 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1967, S. 368–372.

<sup>23</sup> Für die Stellungnahme des nigerianischen Delegierten bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf, Kolo, vom 31. August 1967 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1967, S. 375–380.

<sup>24</sup> Am 30. August 1967 legte die schwedische Delegierte bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf einen Entwurf für Artikel III (Kontrollartikel) eines Nichtverbreitungsabkommens vor, wonach die Kontrolle weltweit von der IAEO ausgeübt werden solle, während einer Übergangsperiode jedoch auch regionale Kontrollsysteme zugelassen seien. Für den Wortlaut des Entwurfs und für die Stellungnahme von Myrdal vom 31. August 1967 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1967, S. 368 bzw. S. 372–375.

<sup>25</sup> Zum Memorandum vom 7. April, das am 17. Mai 1967 veröffentlicht wurde, vgl. Dok. 226, Anm. 3.

<sup>26</sup> Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen vom 15./16. August 1967 vgl. Dok. 300 – 304 und Dok. 317.



## 315

**Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-14171/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 1612**  
**Citissime**

**Aufgabe: 4. September 1967, 19.00 Uhr**  
**Ankunft: 4. September 1967, 19.49 Uhr**

General de Gaulle bat mich heute zu sich, um den Herrn Bundeskanzler und die Bundesregierung kurz vor Antritt seines Staatsbesuchs in Polen<sup>1</sup> über seine politischen Absichten zu informieren. Die Polenreise müsse – so sagte er – im allgemeinen Rahmen der französischen Entspannungspolitik gegenüber dem Ostblock gesehen werden. Nach seinen Besprechungen in Moskau<sup>2</sup> sei der Besuch in Polen, mit dem Frankreich alte traditionelle Bindungen unterhalte, in Aussicht genommen worden. Im Frühjahr nächsten Jahres werde er voraussichtlich Rumänien und später wohl auch die Tschechoslowakei, Bulgarien und Ungarn besuchen. Er werde den Besuch in Polen im Geiste der deutsch-französischen Zusammenarbeit, die erfreulicherweise auch hinsichtlich der Entspannungspolitik immer vertrauensvoller werde, durchführen. Er sei der Überzeugung, daß die Bemühungen zur Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen West- und Osteuropa nicht aussichtslos seien und nach einer Zeit der „Détente“ zu einer „Entente“ und schließlich zu einer „Coopération“ führen könnten. Nur auf der Grundlage dieser Politik sei der Friede in Europa zu erhalten, und es werde schließlich auch eine Regelung der europäischen Sicherheit mit Einschluß der Lösung der deutschen Frage im Sinne der Wiedervereinigung gefunden werden können. Mit Nachdruck erklärte der französische Staatspräsident, die europäische Sicherheit und die Lösung der Deutschlandfrage seien ein und dasselbe Problem. Er werde, so fuhr der General fort, sicherlich in Polen noch auf großes Mißtrauen gegenüber der Bundesrepublik stoßen, ein Mißtrauen, das nach den Erlebnissen des Zweiten Weltkrieges verständlich sei. Aufgrund der guten deutsch-französischen Beziehungen hoffe er jedoch, dazu beitragen zu können, dieses Mißtrauen langsam abzubauen und die polnische Regierung von der Aufrichtigkeit der Entspannungspolitik der Bundesregierung gegenüber dem Ostblock überzeugen zu können. Seine Einstellung zum Problem der Oder-Neiße-Linie sei uns bekannt<sup>3</sup>; er werde in Polen keine darüber hinausgehenden Erklärungen abgeben.

Das polnische Volk wünsche ohne Zweifel eine Öffnung nach dem Westen und leide unter der einseitigen außenpolitischen Abhängigkeit von Moskau, die von der polnischen Regierung noch immer durch eine propagierte Deutschenfurcht aufrechterhalten werde. De Gaulle ließ durchblicken, daß sein Besuch in Polen auch der Festigung des dortigen Nationalbewußtseins und des polnischen Unabhängigkeitswillens diene und damit zur Entkrampfung des Ost-West-Gegensatzes beitragen solle. Im übrigen seien von seinem jetzigen Besuch kei-

<sup>1</sup> Staatspräsident de Gaulle hielt sich vom 6. bis 12. September 1967 in Polen auf.

<sup>2</sup> Zum Besuch des Staatspräsidenten de Gaulle vom 20. Juni bis 1. Juli 1966 in der UdSSR vgl. AAPD 1966, I, Dok. 204.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 41, Anm. 8.

ne spektakulären Ergebnisse zu erwarten. Neben dem gegenseitigen Einverständnis in verschiedenen außenpolitischen Fragen würden die gegensätzlichen Auffassungen in der Deutschlandpolitik erneut gegenübergestellt werden<sup>4</sup>, ohne daß er glaube, die Polen schon jetzt zu einer Änderung ihres Standpunkts bewegen zu können. Er hoffe aber, sie mindestens zum erneuten Nachdenken zu ermuntern. Ich dankte dem General für seine Informationen und erklärte ihm, daß wir mit Vertrauen seine Reise nach Polen verfolgten. Wir hätten allerdings die Befürchtung, daß von polnischer Seite versucht werde, seinem Staatsbesuch in Warschau eine Spitze gegen die Bundesrepublik zu geben. Die monotone antideutsche Propaganda der polnischen Regierung erleichtere uns nicht die Weiterführung unserer Entspannungspolitik. Ich bat den Staatspräsidenten nochmals, die für uns so heikle Frage der Oder-Neiße-Linie in Polen behutsam zu behandeln. Seine Auffassung hierzu sei uns bekannt, sie gehe aber doch dahin, daß er nur im Falle einer friedensvertraglichen Lösung der Deutschlandfrage im Sinne einer Wiedervereinigung einer Änderung der Oder-Neiße-Grenze nicht zustimmen werde.<sup>5</sup> Dieser Präzisierung hat der General nicht widersprochen.

Am Schluß der Unterredung bat mich de Gaulle, den Herrn Bundeskanzler besonders zu grüßen und ihm für die Lösung der anstehenden Wirtschafts- und Finanzprobleme in der Bundesrepublik allen Erfolg zu wünschen.

[gez.] Klaiber

VS-Bd. 4207 (II A 5)

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 319.

<sup>5</sup> Am 25. März 1959 erklärte Staatspräsident de Gaulle zur Frage der Oder-Neiße-Linie auf einer Pressekonferenz: „La réunification des deux fractions en une seule Allemagne, qui serait entièrement libre, nous paraît être le destin normal du peuple allemand, pourvu que celui-ci ne remette pas en cause ses actuelles frontières, à l'ouest, à l'est, au nord et au sud“. Daraufhin richtete Bundeskanzler Adenauer am 2. Dezember 1959 an de Gaulle die Bitte, die Frage der Ostgrenze eines wiedervereinigten Deutschland nicht mehr öffentlich anzusprechen. Für die Erklärung von de Gaulle und zum sogenannten Schweigeabkommen vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 3, S. 84f. Vgl. ferner AAPD 1964, II, Dok. 248.

## 316

**Aufzeichnung des Staatssekretärs Schütz****St.S. 1726/67 geheim****7. September 1967**

Betr.: Gespräch mit den drei alliierten Botschaftern

1) Die drei Botschafter<sup>1</sup> haben einen Brief des Regierenden Bürgermeisters von Berlin zur Frage der Lebensfähigkeit erhalten.<sup>2</sup> Der amerikanische Botschafter wird bei seinem Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister in der nächsten Woche ihm sagen, daß man ungern in ein Berlinkomitee eintreten wolle, daß man aber in beratender Funktion gern tätig wird. Ich habe den Botschaftern gesagt, daß dies genau den Vorstellungen des Herrn Ministers über die Mitarbeit von Bundesstellen entspricht. Auch wir streben nicht die Mitgliedschaft in einem Berlin-Ausschuß an. Auch wir würden eine beratende Funktion gegenüber einem derartigen Ausschuß vorziehen.<sup>3</sup>

2) Die drei Botschafter waren an einer eingehenden Information über den Besuch Senator Königs in Moskau<sup>4</sup> interessiert. Ich habe eine knappe Unterrichtung gegeben. Ich habe zugesagt, daß im Rahmen der üblichen Konsultationen der Vierer-Gruppe detaillierter berichtet wird.

3) Die drei Botschafter baten im Zusammenhang mit einer Erörterung der Möglichkeiten für Passierscheine in Berlin um Auskunft über den Stand der Frage, ob und wann der Regierende Bürgermeister von Berlin Herrn Abusch antwortet.<sup>5</sup> Ich habe darauf hingewiesen, daß die Frage am gleichen Nachmittag im Kabinettsausschuß für innerdeutsche Angelegenheiten behandelt werden wird. Ich habe zugesagt, daß die drei Botschaften rechtzeitig über die vorgesehenen Schritte informiert werden.<sup>6</sup>

4) Die drei Botschafter baten im Zusammenhang mit einer Unterhaltung über das Stimmrecht Berlins im Bundesrat um eingehende Informationen über un-

<sup>1</sup> George C. McGhee (USA), Frank K. Roberts (Großbritannien), François Seydoux de Clausonne (Frankreich).

<sup>2</sup> Dazu teilte Vortragender Legationsrat van Well am 8. September 1967 mit, daß das Schreiben des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Albertz, „in der Angelegenheit ‚Sitz in der Strukturkommission‘ lediglich an Botschafter McGhee gegangen sei, der – wie Herr Bahr sich ausgedrückt habe – z. Zt. den ‚Vorsitz‘ führe. Das Schreiben sei mit dem Auswärtigen Amt abgestimmt worden (offenbar mit Herrn Bahr).“ Vgl. Referat II A 1, Bd. 703.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 219, Anm. 13.

<sup>4</sup> Zum Aufenthalt vom 27. August bis 1. September 1967 vgl. Dok. 312.

<sup>5</sup> Zum Schreiben des Stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR vom 12. Januar 1967 an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Albertz, vgl. Dok. 11, Anm. 4. Vgl. dazu auch Dok. 286.

<sup>6</sup> Am 24. Oktober 1967 teilte der neugewählte Regierende Bürgermeister von Berlin, Schütz, dem Oberbürgermeister von Ost-Berlin, Fechner, seine Bereitschaft zu einem Gespräch über die „dringlichsten Probleme [...], die den Menschen hier wie dort das Leben schwer machen“, mit. Einen Durchschlag des Schreibens übermittelte er am selben Tag an den Stellvertretenden Ministerpräsident der DDR, Abusch. In einem Begleitschreiben erläuterte Schütz, er gehe davon aus, daß Fechner „wie jeder andere Oberbürgermeister für innerstädtische Beziehungen zuständig ist. Ich bin es. Und ich kann sicher mit ihm auch über die Probleme sprechen, die Sie in Ihrem Schreiben angeschnitten haben.“ Für die beiden Schreiben vgl. DzD V/1, S. 1888 f.

ser Vorhaben, insbesondere über die Verfahrensordnung im Bundesrat. Sie wären für eine schriftliche Unterlage dankbar. Ich habe dieses zugesagt.<sup>7</sup>

5) In der Frage der Sporterklärung der Bundesregierung habe ich den drei Botschaftern erklärt, daß in dieser Frage die Überlegungen noch nicht abgeschlossen sind. Ich habe zugesagt, daß sie vor Veröffentlichung der Erklärung informiert werden.<sup>8</sup>

6) Zu den Postgebührenforderungen Ostberlins habe ich erklärt, daß es in dieser Frage noch keine abgeschlossene Meinungsbildung der Bundesregierung gibt.<sup>9</sup>

7) Zur Frage der Berlinreisen von Offizieren der Bundeswehr habe ich um eine Antwort auf unsere Wünsche gebeten. Die drei Botschafter waren dazu noch nicht in der Lage. Ich habe darauf hingewiesen, daß die nächste Berlin-Sitzung des Ausschusses möglicherweise im Oktober stattfinden wird. Es wäre gut, wenn bis dahin eine Reaktion, wenn möglich in unserem Sinne, vorliegen würde.<sup>10</sup>

<sup>7</sup> Vgl. dazu Dok. 130.

Am 4. Oktober 1967 wurde den Vertretern der Drei Mächte im Rahmen der Bonner Vierergruppe ein Memorandum zur „Verbesserung des Stimmrechts Berlins im Bundesrat“ überreicht. Darin wurde die Auffassung vertreten, „daß die Mitglieder des Landes Berlin im Bundesrat ebenso wie die Berliner Mitglieder des Bundestages von konstitutiven Beschlüssen mit rechtsgestaltender Außenwirkung ausgeschlossen sind. Bei Beschlüssen mit nur beratender Funktion und in Geschäftsordnungsangelegenheiten wirken sie mit. [...] Bisher sind die Stimmen Berlins im Bundesrat in folgenden Fällen mitgezählt worden: 1) Wahl des Präsidiums; 2) Wahl von Ausschußvorsitzenden und Schriftführern; 3) Einsetzung von Ausschüssen; 4) Änderung und Ergänzung der Geschäftsordnung und der Diätenordnung; 5) Beschlußfassung über die Tagesordnung [...]. Es wird erwogen, die Stimmen der Vertreter Berlins künftig auch bei der Beschlußfassung über folgende Gegenstände mitzuzählen: 6) Einbringung von Gesetzesvorlagen durch den Bundesrat nach Art. 76, Abs. 1 GG; 7) Stellungnahmen zu Vorlagen der Bundesregierung nach Art. 76 Abs. 2 GG; 8) Entschließungen; 9) Wahlen von Bundesverfassungsrichtern; 10) Bestellung oder Entsendung von Mitgliedern oder Vertretern in Ausschüsse oder andere Gremien.“ Vgl. VS-Bd. 4136 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Zur Frage einer „Sporterklärung“ als Bestandteil einer „Generalerklärung“ der Bundesregierung zum Staatsbürgergesetz der DDR vom 20. Februar 1967 vgl. Dok. 129, besonders Anm. 8.

Am 6. September 1967 übermittelte Bundesminister Lücke den am 31. August 1967 von den Innenministern der Länder gebilligten Entwurf einer „Sporterklärung“ an den Chef des Bundeskanzleramts, Knieper. Darin hieß es: „Wenn wir bei der einen oder anderen Sportveranstaltung, z. B. in den Ländern Osteuropas, die äußeren Zeichen der erzwungenen Spaltung hinnehmen, so geschieht das, um Begegnungen zwischen Deutschen trotz aller gegenwärtigen Schwierigkeiten zu ermöglichen. Die Bundesregierung tut dies im Bewußtsein ihrer Verantwortung für den Zusammenhalt des deutschen Volkes, ohne daß sie damit unsere Landsleute aus dem anderen Teil Deutschlands als Ausländer betrachtet oder die gewaltsame Trennung als rechtens anerkennt. [...] Die Bundesregierung kommt somit zu nachstehenden Folgerungen: 1) Die Förderung des innerdeutschen Sportverkehrs [...] soll verstärkt werden. 2) Die Bundesregierung tritt dafür ein und ist hierbei der Mitwirkung des deutschen Sports gewiß, daß solche Treffen von politischen Begleitererscheinungen freigehalten werden. Sie wird keine Einwendungen dagegen erheben, daß die Teilnehmer die üblichen Embleme auf der Sportkleidung tragen.“ Vgl. Referat II A 1, Bd. 707.

Vgl. dazu weiter Dok. 423, besonders Anm. 3.

<sup>9</sup> Vgl. dazu Dok. 204, Anm. 6.

<sup>10</sup> Am 14. September 1967 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Jung, die amerikanische und die britische Botschaft hätten mitgeteilt, daß sie keine Bedenken erhöhen, wenn Angehörige der NATO-Vertretungen in Paris bei Informationsreisen nach Berlin (West) von Bundeswehr-Offizieren begleitet würden. Die französische Botschaft habe ihre Zustimmung von einer Benennung der in Frage kommenden Offiziere abhängig gemacht. Vgl. Referat II A 1, Bd. 700.

Dem Herrn Minister<sup>11</sup> mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Schütz

VS-Bd. 426 (Büro Staatssekretär)

317

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahm

II A 6-1240/67 VS-vertraulich

7. September 1967<sup>1</sup>

Betr.: Besuch des Bundeskanzlers in Washington am 15./16.8.1967<sup>2</sup>;  
hier: Aufzeichnung über das Gespräch zwischen den  
Staatssekretären Baron zu Guttenberg und von Hase mit  
Unterstaatssekretär Eugene Rostow am 15.8., 12.30–14.30 Uhr

Am Dienstag, dem 15.8., fand in Washington im Weißen Haus ein Gespräch zwischen Mitgliedern beider Delegationen statt, während zur gleichen Zeit der Herr Bundeskanzler mit Präsident Johnson und der Herr Bundesminister des Auswärtigen, begleitet von Botschafter Knappstein, mit Außenminister Rusk und Botschafter McGhee Gespräche führten.

1) Anwesend waren außer Mr. Eugene Rostow auf amerikanischer Seite: Mr. Walt Rostow, Mr. Deming, Mr. Bowie, Mr. Bator, Mr. Leddy, Mr. Fried, Mr. Puhan; auf deutscher Seite: StS Frhr. zu Guttenberg, StS von Hase, MD Prass, Mdg Sahm, Botschafter Schnippenkötter, Gesandter von Lilienfeld, MR Neusel, BR I von Staden, BR I Schulze-Boysen, LR I Soenksen.

2) Unterstaatssekretär Rostow erkundigte sich nach den neuesten Entwicklungen in der Frage des deutschen Verteidigungshaushalts.<sup>3</sup> Staatssekretär Frhr. zu Guttenberg erläuterte unsere Überlegungen. Es gehe nicht um eine Verringerung unserer Verteidigungsanstrengungen, sondern lediglich um eine Einschränkung von bisher unverbindlichen Planungen. Die Verfügungssumme für den Verteidigungshaushalt werde in den nächsten vier Jahren ansteigen. In der vergangenen Woche sei entschieden worden, daß die Planungen über-

<sup>11</sup> Hat Bundesminister Brandt am 8. September 1967 vorgelegen.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Ein von Botschaftsrat I. Klasse von Staden, Washington, konzipierter Entwurf der Aufzeichnung, die am 25. August 1967 vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Kiderlen zwecks Weiterleitung an das Bundeskanzleramt angefordert worden war, wurde am 29. August 1967 von Botschafter Knappstein übermittelt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1794; VS-Bd. 4270 (II A 6); B 150, Aktenkopien 1967. Für den Drahterlaß Nr. 775 von Kiderlen vgl. Referat II A 6, Bd. 256.

Ministerialdirigent Sahm legte die Aufzeichnung mit Begleitvermerk vom 8. September 1967 Staatssekretär Schütz mit der Bitte um Weiterleitung an das Bundeskanzleramt vor. Vgl. VS-Bd. 4270 (II A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 300–304.

<sup>3</sup> Zur Entscheidung des Bundeskabinetts vom 6. Juli 1967 über die mittelfristige Finanzplanung bis 1971 vgl. Dok. 258.

prüft werden sollten, wobei als Richtlinie für die Truppenstärke ein Rahmen von 435 000 bis 460 000 Mann gesetzt worden sei.

Mr. Rostow wies auf die Auswirkungen etwaiger deutscher Truppenreduktionen auf die amerikanische öffentliche Meinung hin und unterstrich die Notwendigkeit enger Koordination und Kooperation. Man müsse auch an Vorkehrungen im Rahmen der NATO und an entsprechende Verringerungen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs denken.

Mr. Leddy erkundigte sich nach unserer Planungsmethode und ob die Streitkräfteplanung jährlich überprüft werde. Guttenberg bejahte dies, wies aber darauf hin, daß die mittelfristige Finanzplanung, die auf 5 Jahre angelegt sei, nicht feste Verpflichtungen, sondern vernünftige Entwicklungsmöglichkeiten darstelle.

Mr. Leddy erkundigte sich, ob weitere Gespräche mit der amerikanischen Seite stattfinden würden, bevor endgültige Entscheidungen getroffen würden.

Guttenberg erwiderte, daß man zunächst Expertengespräche führen könne, aber die endgültige Konsultation in der NATO stattfinden müsse.

3) Auf eine Frage nach der deutschen Wirtschaftslage wies MD Prass auf die Situation im Dezember vergangenen Jahres hin. Die Regierung habe die damalige kritische Situation in der deutschen Wirtschaft und im Bundeshaushalt zum Anlaß zu sofortigen Maßnahmen genommen, den Haushalt für 1967 in Ordnung gebracht und ein Konjunkturprogramm in Höhe von 2 ½ Mio. DM verabschiedet.<sup>4</sup> Man habe gleichzeitig den Gashebel und die Bremse bedient; die ersten Erfolge seien bereits im Juni erkennbar gewesen. Bei der Prüfung, ob ein zweites Konjunkturprogramm notwendig werde, seien in der deutschen Öffentlichkeit Inflationsbefürchtungen aufgetreten, da die Methode des „deficit spending“ in Deutschland bisher nicht bekannt sei. Das neue Programm in Höhe von 5,3 Mrd. DM werde durch Anwendung von Zinssubventionen eine multiplizierende Wirkung haben, so daß für den Zeitraum bis 1968 von einem Gesamtvolumen von rd. 10 Mrd. DM ausgegangen werden könne. Zu der von Bator gestellten Frage nach der Finanzierung erklärte Prass, daß mit Hilfe der Bundesbank kurz- und mittelfristige Gelder bereitgestellt sowie Mittel aus dem Haushalt 1968 vorgezogen würden. Dies letzte sei vor allem deswegen zweckmäßig, da bereits entsprechende Programme vorlägen.

4) Guttenberg ging auf amerikanische Pressespekulationen über eine angebliche Änderung der deutschen Politik ein und fragte, ob die amerikanische Regierung mit solchen Sorgen befaßt sei.

<sup>4</sup> Am 10. Mai 1967 verabschiedete der Bundestag das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums (Stabilitätsgesetz). Das Gesetz verpflichtete die Bundesregierung, durch geeignete Maßnahmen gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und zu einem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beizutragen („magisches Viereck“). Für den Wortlaut des Gesetzes vom 8. Juni 1967 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1967, Teil I, S. 582–589. Vgl. dazu ferner Dok. 187, Anm. 25.

Am 4. Juli 1967 verabschiedete der Bundestag das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1967 (Haushaltsgesetz). Zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen wurden drei Steueränderungsgesetze verabschiedet und gleichzeitig zwei durch Anleihen finanzierte Konjunkturprogramme in Höhe von 2,5 Mrd. und 5,3 Mrd. DM aufgelegt. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1967, Teil II, S. 1961–1968.

Rostow erwiderte, daß dies eine Reaktion auf auszugsweise Berichte von Reden des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers sei. Man sähe nicht klar, wie die europäische Sicherheit in den kommenden Jahren gewährleistet werde.

Leddy fügte hinzu, daß eine gewisse Konfusion eingetreten sei, da bei der Interpretation von Reden häufig nicht zwischen langfristigen und kurzfristigen Entwicklungen unterschieden würde. Der kürzliche Artikel des Bundesaußenministers in der Zeitschrift „Außenpolitik“ habe mögliche Mißverständnisse ausgeräumt.<sup>5</sup> Es sei nun klar, daß eine wirksame europäische Sicherheitsregelung erst viel später kommen könne, wenn die gegenwärtigen Verhältnisse wesentlich verändert seien.

Rostow fügte hinzu, daß die Dinge auch gegen den Hintergrund der Äußerungen de Gaulles gesehen werden mußten. Er unterstrich die Bedeutung der Harmelstudie und die politische Seite der NATO.

Guttenberg erklärte, daß die Bundesregierung sich bewußt sei, daß die NATO die einzige Antwort auf die Bedrohung darstelle. Es stehe außer Zweifel, daß die NATO notwendig ist, solange eine Bedrohung besteht. Bundesminister Brandt habe sich mit den langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten befaßt für den Zeitpunkt, wenn die Bedrohung nicht mehr besteht. Zu Berichten in der amerikanischen Presse, wonach die Deutschen und die Franzosen gemeinsam beabsichtigten, die NATO zu verlassen, verwies Guttenberg auf die lange und tiefeschürfende Diskussion des Bundeskanzlers mit de Gaulle.<sup>6</sup> Der Bundeskanzler habe ganz klargemacht, daß wir an der NATO festhalten würden. De Gaulle habe geantwortet, daß auch Frankreich die Freundschaft mit den USA wünsche und die Allianz für notwendig halte, zumindest bis keine Bedrohung mehr bestehe. Es bestehe nicht der geringste Anlaß, irgendeine Überprüfung der grundsätzlichen deutschen NATO-Politik anzunehmen. Zu der Frage der europäischen Entwicklung habe der Bundeskanzler Präsident de Gaulle gegenüber ebenfalls klar zum Ausdruck gebracht, daß wir uns für ein vereinigtes starkes Europa einsetzten, das in Freundschaft zu den USA stehe.

Rostow unterstrich die Wichtigkeit enger deutsch-französischer Beziehungen für das Verhältnis zwischen Europa und USA.

5) Bowie betonte, daß man keine Verwirrung zwischen gegenwärtigen und künftigen Zielen aufkommen lassen solle, und erkundigte sich nach unserer Beurteilung der Entwicklung in Europa, insbesondere der Einbeziehung Großbritanniens in den Gemeinsamen Markt. Guttenberg erklärte, daß man bereits Fortschritte gemacht habe, leider aber noch nicht in den Bereichen der Außen-

<sup>5</sup> Bundesminister Brandt trat der Auffassung entgegen, daß die NATO mit dem Nachlassen der sowjetischen Bedrohung „überflüssig“ geworden sei. Die militärische Aufgabe der NATO sei erst dann erfüllt, wenn die politischen Probleme gelöst seien: „Es gilt jetzt, das Erreichte zu sichern und eine dauerhafte, gerechte Friedensordnung in Europa zu errichten. [...] NATO und Entspannungspolitik sind keine Alternativen, die einander ausschließen. Im Gegenteil, der Bestand der NATO [...] hat den Nachweis erbracht, daß eine Politik der Spannung und der Krisen keinen Gewinn bringt. Man würde die Basis der Entspannungspolitik verkleinern, wenn man die NATO schwäche und ihre Wirksamkeit mindere. Es wäre leichtfertig, sie zu beeinträchtigen, und das, was erreicht wurde, aufs Spiel zu setzen.“ Vgl. den Artikel „Entspannungspolitik mit langem Atem“, AUSSENPOLITIK 18 (1967), S. 452.

<sup>6</sup> Vgl. dazu das Gespräch vom 13. Juli 1967; Dok. 263.

und Verteidigungspolitik. Deutschland befürworte die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft, doch dürfte man nicht übersehen, daß der Beitritt Großbritanniens und anderer europäischer Länder auch dann erhebliche Zeit kosten und schwierige Probleme aufwerfen würde, wenn Frankreich seine gegenwärtige ablehnende Haltung ändern sollte. Bis jetzt gebe es aber keine Anzeichen für eine solche Änderung.

Staatssekretär von Hase erinnerte daran, daß die öffentliche Meinung in Deutschland ebenso wie in Frankreich und anderen europäischen Ländern für eine Erweiterung der europäischen Integration eingestellt sei.

Zu der Bemerkung Leddys, daß einige Länder bereit seien, die Römischen Verträge<sup>7</sup> zu akzeptieren, andere nicht, bemerkte Guttenberg, daß die einzelnen Länder in unterschiedlicher Weise behandelt werden müßten. Es gebe keine Einheitsregelung, die für jeden Fall passe. Zu der Frage Rostows, ob in naher Zukunft mit einer französischen Initiative im Sinne des Fouchet-Plans zu rechnen sei, bemerkte Guttenberg, daß man wohl eher mit praktischen als mit institutionellen Entwicklungen rechnen müsse.

6) Mr. Leddy erkundigte sich danach, welche Wirkung auf Deutschland und die NATO ein etwaiger Austritt de Gaulles aus der Allianz haben werde. Guttenberg erinnerte an die Äußerungen von General de Gaulle gegenüber dem Bundeskanzler im Juli. Ihnen könne keine französische Absicht entnommen werden, die Allianz 1969 zu verlassen. General de Gaulle habe im Gegenteil betont, daß die Allianz erforderlich bleibe, solange in den Ost-West-Beziehungen kein grundlegender Wandel eingetreten sei. Frankreich habe auch nichts gegen die amerikanische Präsenz in Europa. Besorgnisse über die geplanten deutsch-französischen Studien zu europäischen Sicherheitsfragen in den 70er Jahren seien unbegründet. Deutschland sei ein Bindeglied zwischen Frankreich und der integrierten NATO. Mr. Leddy äußerte Zweifel an der französischen Bereitschaft, im Bündnis zu bleiben, und erinnerte in diesem Zusammenhang an Äußerungen von General de Gaulle in der Pressekonferenz am 10.8.<sup>8</sup>

7) Guttenberg kam auf die Frage der Streitkräfteplanung zurück. Es bestehe keine deutsche Entscheidung, die Truppenzahl zu verringern. Es bestehe ein Mißverständnis über den Zusammenhang mit unseren Entspannungsbemühungen. Andererseits hätten manche Kreise in Deutschland die Sorge, die amerikanischen Rotationsmaßnahmen liefen auf einen Rückzug hinaus. Die Gegenwart der amerikanischen Truppen in Deutschland sei außerordentlich wichtig. Man dürfe diese Frage nicht nur von der militärischen und techni-

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

<sup>8</sup> Staatspräsident de Gaulle erklärte in einer Radio- und Fernsehansprache, Frankreich müsse durch Frieden, Unabhängigkeit und Fortschritt seine Substanz, seinen Einfluß und seine Macht wiedergewinnen und so zum friedlichen Gleichgewicht auf der Welt beitragen. Diesem Ziel habe auch der Austritt aus der militärischen Organisation der NATO gedient: „La France, en quittant le système des blocs, a peut-être donné le signal d'une évolution générale vers la détente internationale, elle apparaît aux dévots de l'obédience atlantique comme condamnée à ce qu'ils appellent l'isolement, alors que, dans l'univers, une masse humaine immense l'approuve et lui rend justice.“ Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 5, S. 203.



schen Seite her sehen. Eine einseitige Verringerung fördere nicht die Aussichten für eine Entspannung.

Rostow erwiderte, daß die amerikanische Regierung keine Pläne (design) für Truppenverringerungen habe. Vielmehr müsse in allen NATO-Ländern die Gesinnung erhalten bleiben, die eine fortdauernde Stabilität möglich macht. An den grundlegenden politischen Bedingungen habe sich nichts geändert.

8) Zu der von Rostow gestellten Frage nach unserer Ostpolitik stellte Guttenberg die jüngste Entwicklung dar und verwies abschließend auf die Feststellung von Außenminister Brandt, daß damit vorerst alles getan sei, was im Augenblick getan werden könnte.

9) Zu der anschließenden Frage Bators, wie sich die Beziehungen zu Ostdeutschland entwickelten, meinte Guttenberg, daß keine Bewegung möglich sei, solange die beiden Teile Deutschlands auf ihren Maximalforderungen beharren. Wir böten den Behörden der SBZ auf zahlreichen Gebieten gewisse Zusammenarbeit an. Die SED sei jedoch kein Partner hinsichtlich der Frage der Wiedervereinigung. Wir wünschten sie daher nur mit den humanitären Problemen zu befassen und der Welt klarzumachen, wer für die bestehenden Schwierigkeiten verantwortlich ist. Eine Anerkennung eines zweiten deutschen Staates komme nicht in Frage. Der Status eines wiedervereinigten Deutschlands (militärische Fragen, Grenzen) bleibe Sache eines Friedensvertrags.

10) Rostow erkundigte sich, ob wir eine Änderung in der sowjetischen Haltung sehen. Guttenberg stellte das Gegenteil fest. Wenn auch in der Form vielleicht gewisse Abmilderungen spürbar seien, so sei in der Sache die sowjetische Haltung unverändert hart.

11) Guttenberg erkundigte sich danach, ob die Einigung Europas nach wie vor als im amerikanischen Interesse liegend gesehen werde.

Rostow verwies auf die Reden Johnsons vom 7. Oktober 1966<sup>9</sup> und vom 19. Juni 1967<sup>10</sup>. Für die weitere Entwicklung der weltpolitischen Lage habe das amerikanisch-europäische Verhältnis größte Bedeutung (Entwicklungshilfe, Sicherheit, Stabilität, Friedenserhaltung). Ein starkes, geschlossenes Europa sei nötig, um gleichberechtigter Partner zu sein. Leddy ergänzte, daß man sich auf amerikanischer Seite insbesondere hinsichtlich des Beitritts Großbritanniens zur EWG zurückhalte, um keine Entwicklungen zu stören. Bowie fragte, ob in Deutschland etwa ein Zweifel über die amerikanische Position bestehe. Guttenberg erwiderte, daß man nach der erfolgreichen Sitzung der Finanzminister der sechs EWG-Staaten<sup>11</sup> überrascht gewesen sei, daß zahlreiche Kreise in den USA die gemeinsame Haltung der Sechs als nicht im Interesse der USA liegend bezeichnet hätten.

Bowie bemerkte dazu, daß man in den USA einerseits sehe, daß es in manchen Fällen schwieriger sein könne, mit den Sechs gemeinsam zu verhandeln als

<sup>9</sup> Vgl. dazu Dok. 274, Anm. 11.

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „9. Juni 1967“.

Zur Rede des Präsidenten Johnson, in der er auch seine Hoffnung auf eine Verbesserung des amerikanisch-europäischen Verhältnisses aussprach, vgl. Dok. 237, Anm. 8.

<sup>11</sup> Zur Tagung der Finanzminister der EWG-Mitgliedstaaten am 17./18. April 1967 in München vgl. Dok. 147, Anm. 17.

mit jedem einzelnen. Andererseits sei es aber besser, einen schwierigen Partner zu haben als gar keinen.

Bator ging in seinen anschließenden längeren Ausführungen von der Rede Johnsons vom 7.10.1966 aus. Johnson habe ehrlich gemeint, was er gesagt habe. Die Zukunft sei klar. Das Problem, das in der Gegenwart eine Rolle spiele, sei die Politik Frankreichs. In der NATO bestehe ein Unterschied zwischen der französischen und der deutschen Politik. In der internationalen Währungsfrage hätten die Franzosen Druck auf die übrigen Partner ausgeübt, ihre exzentrische Position zu teilen. Eine Einigung auf dieser Grundlage führe jedoch zu einer Gefährdung für die weitere Entwicklung Europas. Die Amerikaner befänden sich in einem Dilemma; zwar seien sie für die Entwicklung zu einem einigen Europa, liefen dabei aber auch große Risiken. Man sei nicht gegen eine gemeinsame Entscheidung, habe jedoch Bedenken gegen eine Politik, die allein von dem Interesse eines Mitgliedstaates bestimmt sei. Man solle das Bündnis nicht zu sehr belasten. Wir seien uns alle klar über die Prioritäten und die bestehenden Verpflichtungen. Die französische Politik habe jedoch ein Gefühl des Unbehagens in den USA erzeugt. Im Kongreß bestünde ebenfalls dieses Unbehagen. Die amerikanische Regierung müsse außerordentlich sorgfältig bei der Verfolgung ihrer politischen Ziele sein. Die europäischen Freunde der Vereinigten Staaten sollten darauf Bedacht nehmen, eine unnötige Erschwerung der atlantischen und weltweiten Lasten der Vereinigten Staaten zu vermeiden.

12) Bator nahm darauf Bezug, daß Europa in der jetzt erst beginnenden Nahost-Krise nicht genügend Selbstgewicht zur Geltung gebracht habe. Es fehle eine europäische Stimme. Es handele sich um ein Gebiet von außerordentlicher Bedeutung für die USA wie für Europa. Die Flanken der NATO seien bedroht. Die NATO brauche den Ausdruck des europäischen Interesses. Guttenberg bestätigte dies; er habe es besonders bedauert, daß es bei dem Gipfeltreffen in Rom<sup>12</sup> nicht einmal möglich gewesen sei, über dieses aktuelle Problem zu sprechen.

An dieser Stelle endete das Gespräch, da der Präsident und der Bundeskanzler den Raum betraten.

Sahm<sup>13</sup>

**VS-Bd. 4270 (II A 6)**

<sup>12</sup> Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten anlässlich des 10. Jahrestags der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 29./30. Mai 1967 vgl. Dok. 197.

<sup>13</sup> Paraphe vom 8. September 1967.

**Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter****II B 2-81.30-1540/67 geheim****7. September 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Parallele Truppenverminderung;

hier: Deutsch-amerikanischer Dialog zur Frage der Reziprozität

Bezug: Zuschrift II A 7-81.08/2-2815/67 geh. vom 7.9.1967<sup>2</sup>

I. Das der oben genannten Zuschrift beigelegte Schreiben Botschafter Knappsteins vom 30.8.1967<sup>3</sup> unterstreicht die Notwendigkeit, daß VLR I Dr. Lankes an den Beratungen der Harmel-Untergruppe III in Washington teilnimmt. Das Thema „Truppenverminderung“ wird von der Untergruppe III behandelt.

Herr Lankes könnte die Gelegenheit seines Aufenthalts in Washington außerdem dazu benutzen, mit Herrn Ausland ein klärendes Gespräch zu führen. Dies würde dazu dienen, auf Referentenebene die deutsch-amerikanische Aussprache über die entspannungspolitischen Aspekte der Truppenverminderung (Parallelität und Reziprozität) zu vertiefen und die diesbezüglichen Kontakte der Botschaft mit dem State Department zu erleichtern.

II. 1) Es ist uns bekannt, daß auf amerikanischer Seite, und besonders im Pentagon, eine ausgeprägte Neigung besteht, die in den Dreiergesprächen vereinbarte Umgruppierung amerikanischer und britischer Truppen in ihrer Bedeutung für mögliche parallele Maßnahmen der Sowjetunion zu unterschätzen oder abzuwerten. Wir sind dagegen – wie die Briten – der Auffassung, daß die aus den Umgruppierungen sich ergebende Verminderung der westlichen Truppenpräsenz der Sowjetunion mindestens als eine Gelegenheit präsentiert werden kann, die Ernsthaftigkeit ihrer Entspannungsbereitschaft durch eine entsprechende Reaktion zu dokumentieren. Eine positive sowjetische Antwort könnte auch ein Signal für weitergehende Truppenverminderungen auf Gegenseitigkeit sein, während eine negative Reaktion als Hinweis darauf gewertet werden müßte, daß die Sowjetunion aus westlichen Vorleistungen Vorteile gewinnen will und die Bedrohung Westeuropas unverändert aufrechterhält. Der angemessenen Präsentation der beschlossenen Umgruppierungen kommt daher nach unserer Auffassung erhebliche Bedeutung zu.

2) Zwischen uns und den Amerikanern besteht nach unserer Kenntnis Übereinstimmung darüber, daß weitergehende Truppenverminderungen Teil eines noch zu entwickelnden Konzeptes der Allianz sein müßten und daß hierbei das Prinzip der Gegenseitigkeit verankert werden muß, weil erst die Gegenseitigkeit der Truppenverminderung den von uns erwünschten Entspannungseffekt (Gleichgewicht, Sicherheit als Korrelat der Entspannung) gibt. Diese Auffas-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Ruth konzipiert.

<sup>2</sup> Zum Schreiben des Vortragenden Legationsrats Behrends vgl. Dok. 313, Anm. 12.

<sup>3</sup> Für das Privatdienstschreiben an Ministerialdirektor Ruete vgl. Dok. 313.

sung liegt sowohl der Harmelstudie als auch der Äußerung Präsident Johnsons in seiner Rede vom 7. Oktober 1966<sup>4</sup> zugrunde, in der es heißt:

„Eine Verminderung der sowjetischen Streitkräfte in Mitteleuropa würde natürlich das Ausmaß der Bedrohung beeinflussen. Falls ändernde Umstände zu einer schrittweisen und ausgewogenen Revision der Truppenstärken (force levels) beider Seiten führen sollten, könnte diese Änderung dazu beitragen, daß allmählich eine neue politische Atmosphäre entsteht.“

Wir sind daran interessiert sicherzustellen, daß das Prinzip der Gegenseitigkeit von vornherein in alle weiterreichenden Überlegungen über eine Verminderung der alliierten Präsenz in Deutschland einbezogen wird.

3) Auf deutscher Seite laufen bereits Studien zum Thema „Truppenverminderung“ (Heusingergruppe<sup>5</sup>, Institut Wissenschaft und Politik<sup>6</sup>), die eine Konkretisierung unserer bisherigen Überlegungen bringen werden. Auch deshalb wäre es für uns nützlich, auf Referentenebene mit den Amerikanern zu diesem Zeitpunkt ins Gespräch zu kommen.

Hiermit D II, Herrn Ministerialdirektor Dr. Ruete, mit der Bitte vorgelegt, Herrn Lankes nach Washington zu entsenden und eine entsprechende Unterrichtung der Botschaft Washington zu genehmigen.<sup>7</sup>

Schnippenkötter

VS-Bd. 4106 (II B 2)

<sup>4</sup> Vgl. dazu auch Dok. 274, Anm. 11.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Dok. 377.

<sup>6</sup> Gemeint ist: „Stiftung Wissenschaft und Politik“.

<sup>7</sup> Hat Ministerialdirektor Ruete am 13. September 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ja!“

Vortragender Legationsrat I. Klasse Lankes führte am 22. September 1967 im amerikanischen Außenministerium Gespräche mit den Referatsleitern, McAuliffe und Ausland, sowie in der Abrüstungsbehörde mit dem Referatsleiter Kranich. Im Außenministerium stellte er ein Zögern fest, „die Allianz insgesamt zu konkreter Beschäftigung mit dem Thema zu veranlassen: Gegenüber Moskau halte man jeden Versuch, ins Gespräch zu kommen, bis auf weiteres für aussichtslos, und zwar wegen der Vietnam-Situation. Diese Lage erübrige eine Befassung der Verbündeten mit den Details einer möglichen beiderseitigen Truppenverminderung [...]. Zwar begrüße man (State Department) den Effekt der Selbstbindung, der in der gemeinsamen Festlegung von Grundsätzen und Kriterien für beiderseitige Verminderung liegen würde; doch sei zu befürchten, daß ‚die Mansfields‘ in allen Ländern der Allianz die Bedingung der Parallelität gewollt oder ungewollt beiseiteschieben und die verstärkte öffentliche Erörterung zu verstärktem Druck in Richtung auf einseitige Verminderungen mißbrauchen würden.“ Dagegen, führte Lankes weiter aus, habe Kranich „für eine möglichst baldige und möglichst tiefgehende offizielle Diskussion des Themas innerhalb der gesamten Allianz“ gefordert. Diese Erörterung müsse das Ziel haben, „die Anpassungsfähigkeit und Entspannungsbereitschaft der Allianz zu demonstrieren [...], die Sowjets mit ihren eigenen Vorschlägen beim Wort zu nehmen, und, falls sie ausweichen, wenigstens politisch-propagandistisch in Zugzwang zu versetzen (den Spieß umkehren)“. Vgl. die Aufzeichnung vom 26. September 1967; VS-Bd. 1141 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

319

**Ministerialdirigent Böx, Warschau, an das Auswärtige Amt**

Z B 6-1-14265/67 geheim  
Fernschreiben Nr. 210  
Citissime

Aufgabe: 12. September 1967, 12.00 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 12. September 1967, 15.54 Uhr

Anschluß an Nr. 209 vom 11.9.1967<sup>2</sup>

Sowohl Stellvertretender Leiter Politischer Abteilung Puaux wie Außenminister Couve de Murville sind gestern abend von mir auf Wirkung Äußerungen de Gaulles in Bundesrepublik weisungsgemäß aufmerksam gemacht worden.<sup>3</sup> Gleichzeitig habe ich darauf hingewiesen, der Staatspräsident möchte bei weiteren Reden die Reaktion auf seine Worte in Deutschland berücksichtigen.

Beide versuchten, die Äußerungen de Gaulles herunterzuspielen, der Präsident habe sich von dem Enthusiasmus der Massen hinreißen lassen. Die französische Delegation habe die Formulierung, Hindenburg sei die „polnischste aller Städte“ nicht in die verteilten offiziellen Texte aufgenommen. Besonders Puaux bat sehr dringend darum, die Äußerungen des Generals zu „minimisieren“.<sup>4</sup> Ich habe darauf hingewiesen, daß das schon insofern äußerst schwierig sein dürfte, als die polnische Presse sich der Worte de Gaulles bemächtigt habe und

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirigent Sahm am 13. September 1967 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Ruete verfügte.

Hat Ruete am 13. September 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Für den Drahtbericht des Ministerialdirigenten Böx, Warschau, vgl. VS-Bd. 4207 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Am 9. September 1967 rief Staatspräsident de Gaulle bei einer folkloristischen Vorführung in Zabrze (Hindenburg) aus: „Vive Zabrze, la ville la plus silésienne de toutes les villes silésiennes, donc la ville la plus polonaise de toutes les villes polonaises.“ Einen Tag später erklärte er während einer Tischrede in Sopot (Zoppot): „Je salue Gdansk, symbole de la victoire, de la grandeur et de l'avenir de la Pologne.“ Vgl. die Aufzeichnung des Referats I A 3 vom 14. September 1967; Referat I A 3, Bd. 610. Vgl. dazu ferner François SEYDOUX: Dans l'intimité franco-allemande. Une mission diplomatique, Paris 1977, S. 99f.

Am 11. September 1967 bemerkte dazu der Stellvertreter des Leiters des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung auf einer Pressekonferenz: „Die Geschichte weist die jetzt unter polnischer Verwaltung stehenden Gebiete seit Jahrhunderten als deutsches Land aus, aus dem die deutschen Bewohner zu Unrecht vertrieben wurden.“ Gleichzeitig erinnerte Ahlers an die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vom 13. Dezember 1966, wonach die „Grenzen eines wiedervereinigten Deutschland nur in einer frei vereinbarten Regelung mit einer gesamtdeutschen Regierung festgelegt werden“ könnten. Vgl. BULLETIN 1967, S. 852.

<sup>4</sup> Am 17. September 1967 berichtete Botschafter Klaiber, Paris, über ein Gespräch mit dem französischen Außenminister vom Vortag. Couve de Murville zeigte Verständnis für die Reaktionen in der Bundesrepublik: „Das Mißverständnis liege darin, daß der General mit seinen Äußerungen in Danzig und Hindenburg selbstverständlich keine Aussage über die Geschichte oder eine Beurteilung über die Vergangenheit der deutschen Ostgebiete machen wollte. Vom deutschen Ursprung dieser beiden Städte hätten sie sich ja alle selbst überzeugen können. Die Aussage des Generals habe sich vielmehr auf die derzeitigen Verhältnisse in beiden Städten nach der Vertreibung der deutschen Bevölkerung bezogen. Ich erwiderte, wir könnten nur bedauern, daß der General dies bei seinen Aussprüchen leider nicht klar zum Ausdruck gebracht, die deutsche Öffentlichkeit dadurch verwirrt und die Bundesregierung in eine peinliche Lage gebracht habe. Couve [...] konnte und wollte hier zur Verteidigung des französischen Staatschefs nichts beitragen, was für einen Minister der V. Republik allerhand bedeutet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1717; VS-Bd. 2438 (I A 3); B 150, Aktenkopien 1967.

sich bemühe, sie der Bevölkerung und damit der Öffentlichkeit im weitesten Sinne durch Schlagzeilen einzuhämmern.

Mit französischem Außenminister, der mich von früherer Tätigkeit her kennt, habe ich im Salon des französischen Präsidenten ein längeres Gespräch geführt. Neben de Gaulle saßen Ochab, Cyrankiewicz und Rapacki. Als besonders letzterer immer wieder zu uns herübersah, meinte Couve trocken, unsere polnischen Freunde begännen argwöhnisch zu werden. Auf meine Bemerkung, daß mir nichts daran liege, die polnisch-französischen Beziehungen zu stören, betonte Couve, daß darauf keine Rücksicht zu nehmen sei, und setzte das Gespräch ostentativ fort.

Inzwischen war auch de Gaulle aufmerksam geworden. Er sagte zu Rapacki, er glaube, mich zu kennen und fragte, wer ich sei. Der polnische Außenminister behauptete, gegen besseres Wissen, es nicht zu wissen. Darauf rief der französische Präsident seinen Protokollchef herbei, der ihm Auskunft über mich gab. Dann wandte de Gaulle sich an Rapacki und sagte: C'est le représentant d'Allemagne.

Nachdem ich mein Gespräch mit Couve beendet hatte, fragte mich der Protokollchef, ob ich de Gaulle vorgestellt werden wollte.

Ich habe aus folgenden Gründen darauf verzichtet:

- 1) De Gaulle saß umgeben von den Vertretern des polnischen Staates. Ein Gespräch hätte sich auf Unverbindlichkeiten beschränken müssen.
- 2) Auch galt es, einen Affront zu vermeiden. Die de Gaulle vorgestellten Gäste wurden auch von den Vertretern des polnischen Staates begrüßt. Nach der Äußerung Rapackis war eine peinliche Situation nicht auszuschließen, die die weiteren Wirkungsmöglichkeiten der Handelsvertretung unter Umständen hätten beeinträchtigen können. Der polnische Außenhandelsminister<sup>5</sup> war im Salon anwesend.
- 3) Da de Gaulle wußte, wer ich war, hielt ich es für richtig, ihm die Entscheidung zu überlassen.

Das Gespräch mit Couve de Murville drehte sich im wesentlichen um die Frage, ob die Polen irgendwelche Anzeichen gegeben hätten, mit der Bundesregierung über andere konkrete Punkte als Wirtschaftsfragen, z.B. eine Gewaltverzichtserklärung, in Kontakt zu treten. Couve verneinte dies unumwunden. Ohne die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze sähe er keine Möglichkeit einer politischen bilateralen Annäherung. Auf meine Frage, was die Polen ggf. für einen solchen Schritt zu zahlen bereit seien, konnte Couve keine Antwort geben. Er meinte, es sei selbstverständlich, daß eine Regierung sorgfältig sondiere, welche Vorteile sie für Konzessionen einhandeln könne. Als ich bemerkte, daß schon eine erste Erkundigung auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen würde, betonte Couve sehr nachdrücklich, daß gerade für uns Deutsche der Weg nach Warschau über Moskau führe. Dort könnten wir auch sprechen.

Über das Ergebnis des de Gaulle-Besuchs führte Couve aus, daß der Präsident selber nicht erwartet hätte, ein unmittelbares Ergebnis zu erzielen. Ihm sei es im wesentlichen darauf angekommen, vor der breitesten Öffentlichkeit seine

<sup>5</sup> Witold Trampeczynski.

Auffassung zu entwickeln, daß Polen seine Existenz, in seinen Grenzen und in größerer Unabhängigkeit, in einem Europa sichern könne, das nicht geteilt sei. Eine solche Politik entspräche dem polnischen Nationalcharakter, der wesentlich durch seine Verbundenheit zum Westen mitgeformt sei, eher als eine vorwiegend nach Osten gewandte. De Gaulle habe den Eindruck, daß seine Darstellungen auf einen fruchtbaren Boden gefallen seien, die Saat allerdings würde später aufgehen.

Das französisch-polnische Verhältnis solle durch regelmäßige, wenn auch nicht periodische Konsultationen weiter entwickelt werden.

Dem Wirtschaftsverkehr zwischen beiden Ländern maß Couve in diesem Zusammenhang nur eine geringe Bedeutung bei.

Überraschend war Couves Abwertung der Wirkungen, die die Nahost-Krise auf Führung und Volk ausgeübt hat. Meine Ausführungen, daß die Haltung, sich in dieser Frage ausschließlich durch die Solidarität mit der Sowjetunion bestimmen zu lassen, krisenhafte Anzeichen in Polen hervorgerufen hätte, konterte er mit der oberflächlichen Bemerkung, die Polen seien immer Antisemiten gewesen, aber individualistisch und konträr, wie sie veranlagt seien, hätten sie sich zeitweise in Philosemiten verwandelt.

Ich hatte, trotz des Hinweises auf eine mögliche zukünftige Wirkung des de Gaulle-Besuches nicht nur bei Couve, sondern auch in Gesprächen mit anderen Mitgliedern der französischen Delegation, den Eindruck einer gewissen Enttäuschung. Auch nehme ich nicht an, daß, nachdem der französische Staatspräsident hier mehrfach erfolglos auf die Notwendigkeit der Überwindung der Teilung Deutschlands im europäischen Interesse hingewiesen hat, in Zukunft weitere Initiativen in diesem Sinne gegenüber Polen zu erwarten sind.<sup>6</sup>

[gez.] Böx

**VS-Bd. 4207 (II A 5)**

<sup>6</sup> Am 12. September 1967 bat Staatssekretär Schütz den Ministerialdirigenten Böx, Warschau, „unverzüglich nach Bonn [zu] kommen, um über Verlauf des Besuches von Präsident de Gaulle und Auswirkungen auf Lage in Polen zu berichten und Ihr Verhalten bei Staatsempfang näher zu erklären.“ Vgl. VS-Bd. 4207 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. dazu weiter Dok. 335.

320

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg****I B 4-84.00-92.19-2808/67 VS-vertraulich****15. September 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Besuch des Inspizienten der israelischen Panzertruppen,  
Brigadegeneral Tal, in der Bundesrepublik

Bezug: Mündliche Weisung des Herrn Staatssekretärs<sup>2</sup> vom 15. September 1967

I. Die israelische Botschaft in Bonn hat am 7. September 1967 durch ihren Botschaftsrat Cary (der die Funktionen eines Militärattachés ausübt) im Bundesverteidigungsministerium mündlich angefragt, ob ein Anschlußbesuch des Brigadegenerals Tal, der sich Ende September in Großbritannien aufhalte, in der Zeit zwischen dem 1. und 10. Oktober 1967 möglich wäre. General Tal würde gerne Gespräche mit Herren des Verteidigungsministeriums führen und sei auch an einem kurzen Besuch der Panzertruppenschule Munsterlager und an der Besichtigung des Kampfpanzers „Leopard“ interessiert. Außerdem könne General Tal über seine Erfahrungen aus dem letzten Sinai-Feldzug berichten.<sup>3</sup>

Das Bundesverteidigungsministerium bat das Auswärtige Amt mit Schreiben vom 13. September<sup>4</sup> um Stellungnahme zu dem israelischen Anliegen. Nach eingehender Prüfung hat Abteilung I dem Verteidigungsministerium zunächst mündlich geantwortet, gegen den Besuch des Generals Tal beständen Bedenken, da er leicht Anlaß zu propagandistischer Mißdeutung geben könnte.

Am Abend des 14. September sprach mich der israelische Botschafter Ben Natan auf die Angelegenheit an. Das Bundesverteidigungsministerium, so äußerte er, habe der Botschaft mitgeteilt, daß es den Besuch von General Tal gern sehen würde, daß das Auswärtige Amt aber Bedenken geäußert habe. Der Botschafter bemerkte ferner, das Interesse an dem Besuch sollte auf deutscher Seite liegen, da der General wertvolle Informationen über den siegreichen Sinai-Feldzug geben könnte. Selbstverständlich könne der Besuch, falls wir es wünschten, geheimgehalten werden. Er (der Botschafter) würde sich persönlich brüskiert fühlen, wenn das Auswärtige Amt bei seiner ablehnenden Haltung bliebe. Wie er – allerdings aus einer nicht sicheren Quelle – gehört habe, sei für die Stellungnahme des Auswärtigen Amts eine Rücksichtnahme auf die Sowjetunion bestimmend gewesen.

Ich habe dem Botschafter geantwortet, daß in unseren Überlegungen nicht eine Rücksichtnahme auf die Sowjetunion, wohl aber die Tatsache eine Rolle gespielt habe, daß der Besuch Anlaß zu propagandistischen Mißdeutungen im arabischen Lager geben könnte. Ich bat den Botschafter um Verständnis für

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Gehlhoff konzipiert.

<sup>2</sup> Klaus Schütz.

<sup>3</sup> Brigadegeneral Tal führte während des Krieges die israelischen Panzer-Verbände an der Sinai-Front. Zum Ablauf der Kämpfe vgl. den Drahtbericht Nr. 365 des Botschafters Pauls, Tel Aviv, vom 15. Juni 1967; VS-Bd. 2547 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Für das Schreiben des Mitarbeiters im Bundesministerium der Verteidigung, Freiherrn von Maltzan, vgl. VS-Bd. 2582 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.



diese Überlegungen. Dieser blieb jedoch bei seiner Haltung und bat, die Angelegenheit höheren Orts im Auswärtigen Amt vorzutragen, was ich zusagte.

Der Botschafter erkundigte sich heute vormittag noch einmal telefonisch bei mir, ob das Auswärtige Amt seine Haltung inzwischen überprüft habe. Er machte deutlich, daß er an dem Besuch des Generals stark interessiert ist, und drängte auf einen möglichst umgehenden Bescheid. Ich habe ihm geantwortet, daß wir ihm eine weitere Mitteilung erst am 19. September würden machen können.

II. Es ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß der beabsichtigte Besuch des bekannten israelischen Generals Tal, der während des jüngsten arabisch-israelischen Krieges eine führende Rolle spielte, sowohl auf arabischer wie auch auf östlicher Seite propagandistisch gegen uns ausgebeutet werden würde. Der Besuch würde voraussichtlich große Publizität erfahren und von interessierter Seite als Zeichen einer militärischen Zusammenarbeit zwischen uns und Israel interpretiert werden. Abteilung I ist deshalb – auch aufgrund der heutigen Erörterung in der Direktorenbesprechung – der Auffassung, daß an der ablehnenden Stellungnahme festgehalten werden sollte.

Damit eine größere Verstimmung auf israelischer Seite vermieden wird, sollte der israelischen Botschaft jedoch mitgeteilt werden, daß der Besuch des Generals Tal zu einem späteren Zeitpunkt willkommen wäre.

Es wird ferner vorgeschlagen, die Angelegenheit auch mit dem Bundeskanzleramt zu besprechen, da anzunehmen ist, daß Botschafter Ben Natan die Frage der Einladung gegebenenfalls an das Bundeskanzleramt herantragen wird.<sup>5</sup> Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>6</sup> für die vorgesehene Besprechung mit dem Herrn Bundesminister<sup>7</sup> weisungsgemäß vorgelegt.

Meyer-Lindenberg

VS-Bd. 2582 (I B 4)

<sup>5</sup> Am 19. September 1967 teilte Ministerialdirigent Frank dem israelischen Botschafter Ben Natan mit, „daß die Bundesregierung einem Anschlußbesuch des Brigadegenerals Tal in der Bundesrepublik nicht zustimmen könne, [...] da es im gegenwärtigen Zeitpunkt darum ginge, jede propagandistische Mißdeutung eines solchen Besuches zu vermeiden“. Hinsichtlich der vom Botschafter befürchteten „negativen Reaktionen“, die diese Entscheidung in Israel auslösen könnte, bat Frank, Ben Natan möge dazu beitragen, daß die Angelegenheit erst gar nicht bekannt würde: „Der Botschafter erwiderte, er könne zu seiner Rechtfertigung nur nach Israel berichten: ‚Ich habe mich geirrt‘. Aus dem Gespräch mit dem Botschafter habe ich entnommen, daß er sich in dieser Sache unvorsichtigerweise engagiert hatte, ohne die Entscheidung der Bundesregierung zu kennen.“ Vgl. VS-Bd. 2582 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

Dazu berichtete Botschafter Pauls, Tel Aviv, am 28. September 1967: „In den letzten Tagen habe ich Gesandten Shek einmal, Staatssekretär Levavi zweimal und heute ausführlich Moshe Dayan gesprochen. Keiner hat mich auf den Besuch von General Tal angesprochen. Von negativen Reaktionen hier nichts zu spüren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 642; VS-Bd. 2582 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 16. September 1967 vorgelegen.

<sup>7</sup> Dazu vermerkte Legationsrat I. Klasse Blech handschriftlich am 19. September 1967: „Herr Staatssekretär hat mündlich bemerkt, daß der Herr Minister die Auffassung der Abt[eilung] I billige.“

## Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete

II A 1-SL/94.29-1551/67 VS-vertraulich

15. September 1967<sup>1</sup>

Betr.: Einrichtung eines Linienflugverkehrs der Lufthansa und der Aeroflot zwischen Frankfurt/Main und Moskau  
hier: Zweites Konsultationsgespräch im Rahmen der Bonner Vierergruppe<sup>2</sup>

Bezug: Aufzeichnung der Abteilung II vom 27. Juni 1967 –  
II A 1-82.SL/0-94.29-1303/67 VS-vertr.<sup>3</sup>

1) Zur Vorbereitung des zweiten Konsultationsgesprächs über die Frage einer möglichen Benutzung des südlichen Berliner Luftkorridors durch Aeroflot hatten die drei Verbündeten vorab schriftlich eine Reihe von Fragen gestellt, die von deutscher Seite, wie aus der Anlage 1)<sup>4</sup> ersichtlich, beantwortet wurden. Der deutsche Vertreter hat darüber hinaus die in der Anlage 2) beigefügte Erklärung<sup>5</sup> abgegeben.

2) Aus dem zweistündigen Gedankenaustausch mit den Alliierten verdient folgendes festgehalten zu werden:

a) Die Alliierten wiesen darauf hin, daß sich während der Berlin-Krisen der Luftweg durch die Korridore als der einzig wirklich sichere Zugangsweg nach Berlin erwiesen hätte. Diese Erfahrung sollte im Hinblick auf mögliche Berlin-Krisen in der Zukunft nicht in Vergessenheit geraten.

b) Unter Überwindung großer Schwierigkeiten hätten die Alliierten im Laufe der Jahre erreicht, daß sie in den Korridoren „Herr im eigenen Hause“ seien. Nur wenn diese Herrschaft nicht beeinträchtigt werde, könne die Sicherheit Berlins auch in der Zukunft gewährleistet werden.

c) Es stehe ernsthaft zu befürchten, daß Verhandlungen mit den Sowjets über die Benutzung eines Luftkorridors durch Aeroflot die Luftkorridore als solche

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jung und von Legationsrat I. Klasse Lücking konzipiert.

<sup>2</sup> Das Konsultationsgespräch fand am 12. September 1967 statt.

<sup>3</sup> Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete vgl. Dok. 235.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigefügt. Für die von der amerikanischen Botschaft am 7. August 1967 übermittelten Fragen zum Stand der Luftverkehrsverhandlungen mit der UdSSR vgl. VS-Bd. 4147 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigefügt. Die Erklärung lautete: „Der Bundesregierung ist sehr daran gelegen, daß die beabsichtigten deutsch-sowjetischen Verhandlungen über die Aufnahme eines deutsch-sowjetischen Fluglinienverkehrs möglichst bald beginnen und zu einem positiven Ergebnis führen. Die Bundesregierung hat die Absicht, der sowjetischen Seite erneut eine Linienführung über Eger vorzuschlagen. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß die sowjetische Seite bei ihrer bisherigen Ablehnung bleibt. In diesem Fall möchte die Bundesregierung imstande sein, eine Linienführung über Berlin zu diskutieren. Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß eine Linienführung der Aeroflot über Berlin-Schönefeld und die Benutzung des südlichen Luftkorridors durch zwei sowjetische Zivilflugzeuge pro Woche mit den unabdingbaren deutschen und alliierten Interessen an der Sicherheit Berlins in Einklang stehen. Die Bundesregierung würde daher eine möglichst baldige positive Beantwortung der an die drei Verbündeten gerichteten Frage sehr begrüßen.“ Vgl. VS-Bd. 4147 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

schließlich in Frage stellten. Die Sowjets würden voraussichtlich erklären, es handle sich bei den von den Alliierten beanspruchten sogenannten Korridoren um den der Souveränität der „DDR“ unterliegenden Luftraum. Verhandlungspartner könne daher nur die „DDR“ sein. Man müsse sich, so betonten die Verbündeten, vor Verhandlungsbeginn darüber klar werden, wie man von unserer Seite in einem solchen Falle reagieren wolle. Jedenfalls würden durch Verhandlungen mit den Sowjets nunmehr von westlicher Seite Fragen aufgeworfen, die man bisher unter allen Umständen habe vermeiden wollen: die sowjetischen Rechte in den Luftkorridoren.

d) Man müsse davon ausgehen, daß auf die Dauer nicht nur zwei Aeroflot-Maschinen wöchentlich die Korridore benutzen würden, sondern weitere sowjetische Maschinen und auch solche osteuropäischer Luftverkehrsgesellschaften. Denn wenn man den Sowjets einmal die Benutzung eines Korridors gestatte, könne man entsprechende Anträge osteuropäischer Staaten nicht ablehnen, ohne Verstimmung hervorzurufen. Durch eine solche Entwicklung würden die Korridore schließlich zu internationalen Luftfahrtsstraßen.

e) Die Aktionsmöglichkeiten des sowjetischen Vertreters in der Luftsicherheitszentrale in Berlin sollten nicht unterschätzt werden. Er habe tatsächlich die Möglichkeit, durch Verweigerung der Zustimmung zur Durchführung von Flügen oder durch Bevorzugung von bestimmten Flügen eine Politik der Obstruktion zu betreiben, die sich schließlich in der Luft ebenso verhängnisvoll auswirken könne, wie die von den Sowjets auf den Landzufahrtswegen nach Berlin in der Vergangenheit angewandten Methoden.

f) Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß nach Auffassung der Vertreter der drei Verbündeten in der Bonner Vierergruppe die Benutzung eines Luftkorridors durch Aeroflot – gleichgültig welche Regelung im einzelnen mit den Sowjets getroffen werden mag – den bisherigen Status der Luftkorridore und die in ihnen im Laufe der Zeit etablierten exklusiven Rechte der drei Verbündeten und damit den einzigen sicheren Zufahrtsweg nach Berlin in Frage stellt.

g) Schließlich gaben die Alliierten wiederum ihren Unwillen darüber zu erkennen, daß wir von ihnen eine Stellungnahme verlangten, ohne daß wir uns selbst eine endgültige Meinung gebildet hätten. Sie wiesen darauf hin, daß sie bereit seien, auch weiterhin die Verantwortung für die Sicherheit Berlins zu tragen. Falls die Bundesregierung aber der Auffassung sei, daß man eine Gefährdung der Sicherheit der Korridore nach Berlin in Kauf nehmen könne, wenn sich dafür ein Lufthansa-Flug nach Moskau einhandeln lasse, so sei das eine Entscheidung, die naturgemäß auf die Haltung der verbündeten Regierungen in der Berlin-Frage nicht ohne Wirkung bleiben werde.

h) Die Sicherheit Berlins stelle eine gemeinsame deutsch-alliierte Aufgabe dar. Die Entscheidung über eine mögliche Benutzung eines Luftkorridors durch Aeroflot sollte daher von uns nicht den Verbündeten zugeschoben, sondern in deutsch-alliiertem Zusammenwirken getroffen werden. Schon heute lasse sich die Pressekampagne voraussehen, welche die Lufthansa gegen die drei Verbündeten lancieren werde, wenn sie sich weigerten, Aeroflot die Benutzung eines Luftkorridors zu gestatten.

i) Die Verbündeten stellten schließlich die Frage, ob der Berliner Senat schon mit der Angelegenheit befaßt worden sei.

3a) Von deutscher Seite ist den Verbündeten zugesichert worden, das Auswärtige Amt werde dafür Sorge tragen, daß die Konsultationen geheimgehalten würden.

b) Beabsichtigt sei lediglich die wechselseitige Erteilung von Betriebsgenehmigungen, die jederzeit sofort zurückgenommen werden könnten, wenn die Sowjets sich hinsichtlich der Luftkorridore nicht an die ihnen auferlegten Bedingungen halten sollten.

c) Der Berliner Senat sei bisher noch nicht mit der Angelegenheit befaßt worden, weil der Stand der deutsch-alliierten Konsultationen dies habe unzweckmäßig erscheinen lassen.

d) Die Bundesregierung sei für eine Antwort der Verbündeten in 3–4 Wochen dankbar. Die Beantwortung der sowjetischen Note<sup>6</sup> könne jedenfalls nicht länger hinausgeschoben werden.

4) Die Alliierten haben unverzügliche, abschließende Prüfung der ihnen gestellten Fragen zugesagt, ohne sich auf einen Termin für die Antwort festzulegen.<sup>7</sup>

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>8</sup> vorgelegt. Es ist beabsichtigt, das Bundesverkehrsministerium über das Ergebnis des Konsultationsgesprächs zu unterrichten.<sup>9</sup>

Referat III A 4 hat mitgezeichnet.

Ruete

VS-Bd. 4147 (II A 1)

<sup>6</sup> Zur Note vom 15. August 1967 vgl. Dok. 309, Anm. 2.

<sup>7</sup> Zur Stellungnahme der Drei Mächte vom 24. Oktober 1967 vgl. Dok. 385, besonders Anm. 8.

<sup>8</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 16. September 1967 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Bundesminister Brandt verfügte.

Hat Brandt am 21. September 1967 vorgelegen.

<sup>9</sup> Am 29. September 1967 nahm der Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Wittrock, zum Konsultationsgespräch vom 12. September 1967 im Rahmen der Bonner Vierergruppe Stellung: „Ich darf [...] darauf hinweisen, daß es mir unumgänglich erscheint, zuvor alles zu versuchen, um noch vor dem Beginn der Verhandlungen das alliierte Einverständnis wegen einer über Berlin führenden Fluglinie der Aeroflot in möglichst weitem Umfang herbeizuführen. Wenn auch zunächst mit dem Ziel einer Flugroute für die Aeroflot über Eger verhandelt werden soll, so muß jedoch auch mit weitgehenderen russischen Wünschen wegen Schönefeld und der Korridorbenutzung gerechnet werden. [...] Insgesamt besteht leider nach wie vor der Eindruck, als ob es sich bei dem alliierten Vorbringen im wesentlichen um Vorwände handelt, die dazu dienen sollen, die kommerziellen Interessen der Alliierten, deren Luftverkehrsgesellschaften die Konkurrenz der Lufthansa fürchten, zu verschleiern.“ Vgl. VS-Bd. 4247 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

## 322

**Staatssekretär Schütz an die Botschaft in Washington**

**II B 3-81.00/2-1592/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 3373 Plurex**  
**Citissime**

**Aufgabe: 18. September 1967, 20.12 Uhr<sup>1</sup>**

Betr.: Sowjetischer Entwurf für den Kontrollartikel III im NV-Vertrag<sup>2</sup>

Sie werden gebeten, unverzüglich – auf jeden Fall noch am Dienstag – an<sup>3</sup> hoher Stelle im State Department und bei der ACDA die Haltung der Bundesregierung zum Entwurf der sowjetischen Delegation für Artikel III vom 1. September wie folgt zu erläutern:

I. Die Bundesregierung hat den ihr am 6. September übermittelten sowjetischen Entwurf für Artikel III vom 1. September eingehend geprüft. Sie ist der Auffassung, daß der Entwurf auch einer intensiven Prüfung in und mit den Gemeinschaftsorganen von EURATOM bedarf.

Ohne daß dem Ergebnis der Prüfung im Rahmen von EURATOM vorgegriffen werden könnte, geben die Tatsache der Übergabe des sowjetischen Entwurfs durch die Amerikaner und sein Inhalt zu folgenden Bemerkungen Anlaß:

1) Der sowjetische Vorschlag zeigt im Verhältnis zum vorhergehenden sowjetischen Entwurf<sup>4</sup> den Beginn eines Verständnisses für gewisse<sup>5</sup> Erfordernisse und Probleme der NV-Kontrolle. Die Art seiner Präsentation könnte eine weitergehende Verhandlungsbereitschaft bedeuten.

2) Am amerikanischen Entwurf für Artikel III<sup>6</sup> gemessen<sup>7</sup>, der das Ergebnis der Konsultationen der Amerikaner mit den westlichen Verbündeten ist<sup>8</sup>, würde die Annahme des sowjetischen Vorschlags einen erheblichen Rückschritt bringen.

<sup>1</sup> Der Drahterlaß wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Ramisch konzipiert. Hat Botschafter Schnippenkötter am 18. September 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Am 6. September 1967 informierte der Leiter der amerikanischen Delegation bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf, Foster, die westlichen Delegationen, daß ihm sein sowjetischer Kollege Roschtschin am 1. September 1967 einen Kompromißvorschlag zu Artikel III eines Nichtverbreitungsabkommens übergeben habe. Für den Wortlaut des Entwurfs und zur Mitteilung von Foster vgl. den Drahtbericht Nr. 751 des Botschafters von Keller, Genf (Internationale Organisationen); VS-Bd. 4116 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> An dieser Stelle wurde von Botschafter Schnippenkötter gestrichen: „möglichst“.

<sup>4</sup> Zum sowjetischen Entwurf vom 20. Mai 1967 für Artikel III (Kontrollartikel) eines Nichtverbreitungsabkommens vgl. 183, Anm. 2.

<sup>5</sup> Dieses Wort wurde von Botschafter Schnippenkötter handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „die“.

<sup>6</sup> Zum amerikanischen Entwurf eines Artikels III für ein Nichtverbreitungsabkommen, der Botschafter Schnippenkötter am 14. April 1967 übergeben und am 25. April 1967 der 18-Mächte-Abüstungskonferenz in Genf vorgelegt wurde, vgl. Dok. 131, besonders Anm. 10–12.

<sup>7</sup> Dieses Wort wurde von Botschafter Schnippenkötter handschriftlich eingefügt.

<sup>8</sup> An dieser Stelle wurde von Botschafter Schnippenkötter gestrichen: „gemessen“.

Der westliche Entwurf wäre deswegen akzeptabel, weil er neben der klaren Beschränkung der Kontrollen auf nukleares Material<sup>9</sup> der Realität der Europäischen Atomgemeinschaft Rechnung trägt, und zwar durch die Einbeziehung der EURATOM-Kontrolle in die NV-Kontrolle mittels Verifizierung durch die IAEО:

a) Das bewährte und als wirksam anerkannte EURATOM-Kontrollsystem bleibt erhalten und wird für den NV-Zweck dienstbar gemacht.

b) Das Prinzip der Gleichbehandlung des zivilen Bereichs, das für den NV-Vertrag gefordert wird und in EURATOM verwirklicht ist, wird nicht geschmälert.

c) Die EURATOM-Organe können ihre vertragsgemäße Rolle ausüben.

3) Der sowjetische Entwurf dagegen trägt Interessen, die für uns als entwickeltes Industrieland und als Mitglied von EURATOM von vitaler Bedeutung sind, in wichtigen Punkten<sup>10</sup> nicht Rechnung, die von der Bundesregierung als Kriterien<sup>11</sup> für die Annehmbarkeit eines NV-Vertrags aufgestellt worden waren: Nichtdiskriminierung und Reziprozität, Beschränkung der Kontrolle auf Ausgangs- und besonderes spaltbares Material, adäquate Rolle für EURATOM durch sinnvolle Einbeziehung seines Kontrollsystems mittels Verifizierung durch die IAEО:

a) Die Kontrolle wird nicht auf Ausgangs- und besonderes spaltbares Material beschränkt, sondern sie erstreckt sich kraft vertraglicher Verpflichtung<sup>12</sup> auch auf nukleare Anlagen.

Der sowjetische Entwurf schreibt den entsprechenden Teil des IAEО-Sicherheitskontrollsystems vom Dezember 1965<sup>13</sup>, der über das Prinzip der Beschränkung auf Ausgangs- und besonderes spaltbares Material hinausgeht, im NV-Vertrag fest. Während eine Anpassung des IAEО-Dokuments an die moderne technische Entwicklung relativ leicht zu bewerkstelligen wäre, würden die entsprechenden Bestimmungen im NV-Vertrag nur im Wege seines starren Revisionsverfahrens, praktisch also überhaupt nicht, geändert werden können. Die Einführung der automatisierten Spaltstoffflußkontrolle an bestimmten strategischen Punkten<sup>14</sup>, die Gegenstand einer Absichtserklärung in der Präambel ist, würde dadurch weitgehend illusorisch.

b) Der sowjetische Entwurf sieht von vornherein nur die Anwendung von IAEО-Kontrollen vor, während im amerikanischen Entwurf für Artikel III EURATOM-Kontrollen – verifiziert durch die IAEО – anwendbar bleiben soll-

<sup>9</sup> Der Passus „klaren Beschränkung ... Material“ geht auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Botschafters Schnippenkötter zurück. Vorher lautete er: „Beschränkung des Kontrollverfahrens auf den NV-Zweck“.

<sup>10</sup> Dieses Wort wurde von Botschafter Schnippenkötter handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Kriterien“.

<sup>11</sup> Die Wörter „als Kriterien“ wurden von Botschafter Schnippenkötter handschriftlich eingefügt.

<sup>12</sup> An dieser Stelle wurde von Botschafter Schnippenkötter gestrichen: „in einer unklaren und in ihren praktischen Auswirkungen schwer abschätzbaren Weise“.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der am 3. Dezember 1965 veröffentlichten revidierten Sicherheitskontrollregeln der IAEО vom 28. September 1965 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1965, S. 446–460.

<sup>14</sup> Die Wörter „an bestimmten strategischen Punkten“ wurden von Botschafter Schnippenkötter handschriftlich eingefügt.

ten. Während in einem früheren amerikanischen Entwurf die „Fallbeil-Klausel“ am Ende einer Übergangszeit stand, gilt im neuen sowjetischen Entwurf die Verpflichtung zur Einführung von IAEО-Kontrollen von Anfang an.

c) Nach unserer Auffassung läßt sich in den sowjetischen Text die Verifikationslösung nicht hineinlesen. Selbst wenn eine verbindliche<sup>15</sup> sowjetisch-amerikanische Interpretation zugunsten einer Verhandlungsrolle von EURATOM gegeben würde, könnte EURATOM mit der IAEО nur über die Einführung von IAEО-Kontrollen im EURATOM-Bereich verhandeln. Eine von dieser Verpflichtung abweichende, der Verifikationslösung nahekommende Regelung in einem relationship-agreement ist ohne die im westlichen Entwurf enthaltene Verpflichtung zur Förderung durch die IAEО-Mitglieder realistischerweise nicht zu erwarten.<sup>16</sup>

d) EURATOM würde nach den amerikanischen Erläuterungen<sup>17</sup> nur eine Verhandlungsrolle „im Auftrage“ der Mitgliedstaaten erhalten. Eine solche Rolle wäre eine andere als die durch die Verifikationslösung im amerikanischen Entwurf ermöglichte<sup>18</sup> und nicht vereinbar mit den Bestimmungen des EURATOM-Vertrags.

e) Ein Vorgehen nach den Bestimmungen des sowjetischen Entwurfs würde im praktischen Ergebnis<sup>19</sup> verschiedene Kontrollen im EURATOM-Bereich einführen und damit<sup>20</sup> eine auflösende Wirkung auf das Kontrollsystem von EURATOM und letzten Endes auf die Gemeinschaft selbst haben.

f) Das Prinzip der Gleichbehandlung des zivilen Bereichs der westlichen Nuklearstaaten würde durchbrochen, da Frankreich bei Zerfall des Kontrollsystems der EURATOM von Kontrollen frei sein und wegen seines Nichtbeitritts zum NV-Vertrag auch<sup>21</sup> keine IAEО-Kontrollen auf sich nehmen würde. Frankreich gegenüber läßt sich das Gleichheitsprinzip, das auch der Nichtbeeinträchtigung des zivilen Bereiches dient, nur durch Fortsetzung der nichtdiskriminierenden EURATOM-Kontrollen aufrechterhalten.

g) Die Zukunft gemeinsamer und gemeinschaftseigener Anlagen in solchen Ländern, die sich der IAEО nicht unterwerfen, wie z. B. Frankreich, ist gefährdet, da der Vertrag so ausgelegt werden kann, daß nichtnukleare Staaten nukleare Anlagen in Zukunft<sup>22</sup> nur dort errichten und betreiben dürfen, wo sie auch kontrolliert werden.

<sup>15</sup> Dieses Wort wurde von Botschafter Schnippenkötter handschriftlich eingefügt.

<sup>16</sup> Dieser Satz wurde von Botschafter Schnippenkötter handschriftlich eingefügt.

<sup>17</sup> Die Wörter „nach den amerikanischen Erläuterungen“ wurden von Botschafter Schnippenkötter handschriftlich eingefügt.

<sup>18</sup> Der Passus „durch die ... ermöglichte“ ging auf Streichungen und Einfügungen des Botschafters Schnippenkötter zurück. Vorher lautete er: „bei der Verifikationslösung des amerikanischen Entwurfs“.

<sup>19</sup> Die Wörter „im praktischen Ergebnis“ wurden von Botschafter Schnippenkötter handschriftlich eingefügt.

<sup>20</sup> An dieser Stelle wurde von Botschafter Schnippenkötter gestrichen: „in jedem Falle“.

<sup>21</sup> Der Passus „bei Zerfall ... auch“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Botschafters Schnippenkötter zurück. Vorher lautete er: „einerseits vom Kontrollsystem der EURATOM befreit und wegen seines Nichtbeitritts zum NV-Vertrag andererseits“.

<sup>22</sup> Die Wörter „in Zukunft“ wurden von Botschafter Schnippenkötter handschriftlich eingefügt.

4) Näheres Eingehen auf das in Paris am 15.9. übergebene amerikanische Talking Paper<sup>23</sup>, das heute erst im Auswärtigen Amt vorliegt, bleibt vorbehalten.<sup>24</sup>

II. 1) Wir glauben nicht, daß der sowjetische Entwurf den Problemen, die sich bei der Regelung der Sicherheitskontrolle ergeben, in realistischer Weise Rechnung trägt. Andererseits geben das im Laufe der amerikanisch-sowjetischen Gespräche entwickelte sowjetische Verständnis für bestimmte Aspekte der Sicherheitskontrollen und die Art der Präsentation des sowjetischen Entwurfs Ansatzpunkte und wohl auch Spielraum für weitere Verhandlungen mit den Sowjets mit dem Ziel der Durchsetzung des westlichen Entwurfs<sup>25</sup>. Die Aussicht auf einen Erfolg dieser Bemühungen wird nach unserer Auffassung dadurch erhöht, daß die Sowjets sich der relativen Schwäche ihrer Position in der Kontrollfrage wegen ihrer Weigerung, Kontrollen bei sich selbst zuzulassen, bewußt sind. Dies ist zuletzt wieder bei der sowjetischen Reaktion auf die Vorlage des schwedischen Entwurfs für Artikel III<sup>26</sup>, der eine – wenn auch nur partielle – Nichtdiskriminierung im friedlichen Bereich vorsieht, deutlich geworden.

2) Wir glauben, daß das von den Amerikanern in Aussicht genommene Vorgehen bezüglich Artikel III, wie es im Brief von Dean Rusk an den Bundesaußenminister vom 17. Mai und in der NATO-Konsultation vom gleichen Tage<sup>27</sup> erläutert wurde, weiterhin eine gute Grundlage für die Bemühungen um eine Einigung mit den Sowjets darstellt. Es sollte daher fortan<sup>28</sup> versucht werden, in bilateralen amerikanisch-sowjetischen Gesprächen die Annahme, wenn nicht der Formulierungen („language“), so doch der Substanz des westlichen Vorschlags durch die Sowjets zu erreichen.

3) Auch das in den amerikanischen Zusicherungen vom 17. Mai für den Fall der Nichteinigung mit den Sowjets vorgesehene weitere Vorgehen – getrennte Vorlage des amerikanischen Entwurfs als realistische Lösung der Kontrollfrage und Klarstellung der Verantwortung der Sowjets für die Nichteinigung – trägt nach unserer Auffassung der jetzigen Lage noch voll Rechnung. Ein sol-

<sup>23</sup> Für den Wortlaut vgl. VS-Bd. 4116 (II B 3).

Am 19. September 1967 informierte Botschafter Schnippenkötter: „Das ‚Talking Paper‘ bestätigt, daß eine befriedigende, nichtdiskriminierende Regelung für die Sicherheitskontrollen ausschließlich dadurch verhindert wird, daß die Sowjetunion keine Kontrollen bei sich zulassen will. Wir glauben, daß diese Verantwortlichkeit eindeutig festgestellt werden sollte, wie es von kanadischer Seite im NATO-Rat schon geschehen ist. Wir meinen, daß die Fortsetzung eines intensiven Werbens (advocating) für den westlichen Entwurf im Sinne der Konsultationen in der NATO vom 17. Mai 1967 die noch offenen Möglichkeiten eines Einlenkens der Sowjets im Interesse einer allseits annehmbaren Kontrolllösung ausschöpfen kann. An einer solchen Lösung sind wir um des Erfolges der NV-Politik willen nachdrücklich interessiert.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 3385; VS-Bd. 4116 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>24</sup> Dieser Absatz wurde von Botschafter Schnippenkötter handschriftlich eingefügt.

<sup>25</sup> Die Wörter „des westlichen Entwurfs“ wurden von Botschafter Schnippenkötter handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „der westlichen Vorstellungen“.

<sup>26</sup> Zum schwedischen Entwurf vom 30. August 1967 für Artikel III eines Nichtverbreitungsabkommens vgl. Dok. 314, Anm. 24.

<sup>27</sup> Zum Schreiben des amerikanischen Außenministers und zur Tagung des Ständigen NATO-Rats vgl. Dok. 171.

<sup>28</sup> Dieses Wort wurde von Botschafter Schnippenkötter handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „weiterhin“.



ches Vorgehen könnte sich besonders dann als zweckmäßig erweisen, wenn die Verhandlungen ins Schleppen kommen sollten.

III. Zusatz für Rom, Brüssel, Den Haag, Luxemburg: Bitte dortiges Außenministerium gleichzeitig und gleichlautend wie Washington unterrichten. Der Brief von Dean Rusk (vgl. II) sollte nicht erwähnt und statt dessen auf die inhaltlich entsprechende NATO-Konsultation vom 17. Mai Bezug genommen werden.

IV. Zusatz für NATOGERMA Paris: Bitte die Ausführungen unter I und II bei Ihrer Stellungnahme verwerten, falls der sowjetische Entwurf in der NATO-Ratssitzung am 20. September behandelt wird. Ziff. II f) ist nicht zur Verwertung in der Sitzung geeignet. Ebenfalls sollte der Brief von Dean Rusk nicht in der Sitzung erwähnt, sondern lediglich auf die NATO-Konsultation vom 17. Mai Bezug genommen werden.

Vor der Sitzung bitte Fühlung mit italienischer Delegation aufnehmen und dabei auf in Rom erfolgte Unterrichtung der italienischen Regierung Bezug nehmen.

V. Für INTERGERMA Genf: Bitte dortige US-Delegation am 19. September über Inhalt der Demarche in Washington unterrichten.<sup>29</sup>

VI. Für EUROGERMA Brüssel: Es bestehen keine Bedenken, in dortigen Gesprächen – insbesondere mit Angehörigen der Kommission – von der vorliegenden Unterrichtung Gebrauch zu machen.

VII. Drahtbericht erbeten.<sup>30</sup>

Schütz

**VS-Bd. 4116 (II B 3)**

<sup>29</sup> Der Passus „am 19. September ... unterrichten“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Botschafters Schnippenkötter zurück. Vorher lautete er: „am 20. September unterrichten, falls Angelegenheit in NATO-Ratssitzung am gleichen Tag behandelt wird.“

<sup>30</sup> Am 19. September 1967 berichtete Gesandter von Lilienfeld, Washington, nach einem Gespräch mit dem Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Eugene Rostow: „Zu dem Inhalt der Weisung machte Rostow nur zwei vorläufige Bemerkungen [...]: 1) Zu Punkt II, 3) bemerkte er, daß der Gedanke an ein ‚separate tabling‘ nicht aufgegeben sei, jedoch sollte man sich sehr darum bemühen, doch noch einen gemeinsamen Entwurf zu erreichen. 2) Rostow erkundigte sich, ob wir nicht Alternativ-Formulierungen vorschlagen wollten. Dies wäre sehr nützlich. Im ganzen hatte ich den Eindruck, daß Rostow unsere Demarche betont verständnisvoll aufnahm und sich offensichtlich bemühte, der sehr positiven Beurteilung des sowjetischen Entwurfs durch Foster ein gewisses Gegengewicht entgegenzusetzen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1972; VS-Bd. 4116 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

323

**Botschaftsrat Loeck, Belgrad, an das Auswärtige Amt****II A 5-84.20/2-94.13-1350/67 VS-vertraulich****19. September 1967**

Betr.: Deutsch-jugoslawische Beziehungen  
 hier: Erneuerung der jugoslawischen Wiedergutmachungsforderungen  
 durch die Note vom 12. Juli 1967<sup>1</sup>

Bezug: Ohne

I. In ihrer Berichterstattung hat die Schutzmachtvertretung wiederholt ausgeführt, daß die Wiedergutmachungsforderung im Mittelpunkt aller jugoslawischen Überlegungen zur Frage der weiteren Entwicklung des deutsch-jugoslawischen Verhältnisses steht. Obwohl die jugoslawische Seite keine Gelegenheit versäumt hat, das Fortbestehen ihrer Wiedergutmachungswünsche mit Nachdruck zu unterstreichen, hat sie unsere letzte Note<sup>2</sup> während eines Zeitraumes von nahezu zwei Jahren unbeantwortet gelassen. Den Jugoslawen ist sehr wohl bekannt,

– daß wir an der juristischen und politischen Argumentation unserer Note vom 13. Oktober 1965, mit der wir die jugoslawische Forderung definitiv ablehnten, unverändert festhalten;

– daß wir, selbst wenn wir uns zu einer Änderung unserer ablehnenden Haltung entschließen würden, im Hinblick auf unsere Haushaltslage auf absehbare Zeit außerstande wären, derartige Verpflichtungen einzugehen.

Deshalb erhebt sich die Frage, welche Gesichtspunkte die jugoslawische Seite veranlaßt haben könnten, die förmliche Diskussion durch Übermittlung einer Note zu diesem Zeitpunkt wieder aufzunehmen.

a) Von unseren Gesprächspartnern im hiesigen Außenministerium ist uns hierauf geantwortet worden, der Druck der jugoslawischen Veteranenverbände auf Parlament und Regierung nach energischer Weiterverfolgung der Wiedergutmachungsansprüche sei so stark geworden, „daß man ihm nicht länger habe widerstehen können“. Diese Darstellung ist wenig überzeugend. Gewiß sind die Veteranenverbände, deren Mitglieder die konservativste Gruppe der jugoslawischen Kommunisten stellen, nicht ohne Einfluß auf die Führung des BdKJ<sup>3</sup>. Andererseits wäre es aber den zentralen Führungsgremien der Partei

<sup>1</sup> Die jugoslawische Regierung bekräftigte in der von der schwedischen Botschaft in Bonn am 20. Juli 1967 übergebenen Note ihre Forderung nach Verhandlungen über eine Globalentschädigung für NS-Opfer. Dazu teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Roedel dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundeskanzleramt mit Schreiben vom 31. Juli 1967 mit: „Wir haben diesen Wunsch zuletzt in einer Verbalnote vom 13. Oktober 1965 mit der Begründung abgelehnt, daß wir zu Wiedergutmachungsleistungen an Jugoslawien rechtlich nicht verpflichtet seien; im übrigen gehe Jugoslawien von der Existenz zweier deutscher Staaten aus und bestreite, daß allein die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in internationalen Angelegenheiten für das gesamte deutsche Volk zu sprechen und zu handeln vermag.“ Für den Wortlaut der Note und für das Schreiben vgl. Referat II A 5, Bd. 1013.

<sup>2</sup> Zur Note vom 13. Oktober 1965 vgl. Dok. 156, Anm. 11.

<sup>3</sup> Bund der Kommunisten Jugoslawiens.

und der jugoslawischen Regierung ein Leichtes, gerade dieser zentralistisch ausgerichteten Gruppe klarzumachen, daß man ihrer Forderung aus übergeordneten außenpolitischen Erwägungen nicht entsprechen könne. Der bisher erreichte niedrige Grad der „Demokratisierung“ des jugoslawischen staatlichen Lebens erlaubt es auch der einflußreichsten Interessengruppe nicht, sich einem solchen ablehnenden Bescheid mit Aussicht auf Erfolg zu widersetzen. Der jugoslawische Schritt kann hiernach nur mit außenpolitischen Erwägungen zu erklären sein.

b) Aufgrund des zeitlichen Zusammentreffens der jugoslawischen Note mit der im Rahmen der Nahost-Krise zu verzeichnenden jugoslawisch-sowjetischen Annäherung<sup>4</sup> könnte man sich fragen, ob die Jugoslawen etwa durch die Erneuerung ihrer Wiedergutmachungsforderungen den Staaten des Warschauer Pakts zu verstehen geben wollten, daß auch sie zu einer Verhärtung ihrer Haltung gegenüber Deutschland bereit seien. Eine solche Annahme wäre jedoch nicht zu rechtfertigen. Gegen sie spricht zunächst, daß die Annäherung Jugoslawiens an die Sowjetunion, wie an anderer Stelle dargelegt, strikt auf den Zweck des gemeinsamen Vorgehens im Nahen Osten begrenzt war. Außerdem wird diese Annahme aber auch durch Inhalt und Ton der Note ausgeschlossen. Diese jugoslawische Note zur Frage der Wiedergutmachung enthält im Gegensatz zu der vorausgegangenen Note vom 5. Februar 1964<sup>5</sup> keinerlei Schärfen. Außerdem verlangt sie weder die Erfüllung von Ansprüchen, noch drängt sie auch nur auf die alsbaldige Aufnahme von Gesprächen. Sie beschränkt sich vielmehr auf die Bitte um Mitteilung des deutschen Standpunktes. Es handelt sich demgemäß um eine besonders zurückhaltende und gemäßigte Form der Geltendmachung der längst bekannten Forderungen.

c) Für den jugoslawischen Schritt können hiernach ausschließlich Überlegungen maßgebend gewesen sein, die sich auf die Entwicklung des bilateralen deutsch-jugoslawischen Verhältnisses beziehen.

Nach der Bildung der neuen Bundesregierung hat die jugoslawische Regierung zunächst ihre Hoffnung auf eine baldige Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen gesetzt und geglaubt, sich durch die Wiederaufnahme zugleich eine günstige Ausgangsposition für die Durchsetzung ihrer materiellen Wünsche schaffen zu können. Es war daher nur folgerichtig, daß sie, solange diese Hoffnung währte, von der Übermittlung einer neuen Wiedergutmachungsnote absah. Sobald sie sich aber darüber klar wurde, daß mit einer alsbaldigen Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen nicht mehr zu rechnen war, sah

<sup>4</sup> Am 9. Juni 1967 unterzeichnete Jugoslawien zusammen mit der UdSSR, der DDR, Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und Bulgarien in Moskau eine Erklärung, in der das israelische Vorgehen im Nahost-Krieg verurteilt wurde. Vgl. dazu Dok. 230, Anm. 2.

<sup>5</sup> Die jugoslawische Regierung wies auf die rechtliche und moralische Verpflichtung der Bundesregierung hin, den jugoslawischen Staatsangehörigen, „die Opfer nationalsozialistischer Verfolgungsmaßnahmen waren“ Entschädigungszahlungen zu leisten: „Die Aufschiebung der Entschädigung wegen nichtbestehender diplomatischer Beziehungen erweckt zwangsläufig den Eindruck, daß hier nicht der Wunsch im Vordergrund steht, den Schmerz der unmittelbaren Opfer und ihrer Familien zu mildern, sondern daß es darum geht, eine bestimmte Politik der jugoslawischen Regierung als für die Lösung dieser Frage maßgeblich hinzustellen. Die Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien erachtet es selbstverständlich für unstatthaft, die Regelung irgendeiner Frage von einer Änderung der jugoslawischen Politik abhängig zu machen.“ Vgl. Referat III A 5, Bd. 576.

sie keinen Grund mehr, den Kernpunkt ihrer außenpolitischen Zielsetzung, nämlich die Erlangung von Wiedergutmachungsleistungen, zu verschleiern. Von diesem Zeitpunkt an wurde das Angebot zur „Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen ohne Vorbedingungen“ in offiziellen Verlautbarungen mit dem Hinweis verbunden, daß der „Normalisierung“, d.h. der Wiederherstellung der Beziehungen, sogleich die „Normalisierung“, d.h. die Zahlung der Entschädigung, folgen müsse.

Hiernach kann der Zweck der Note vom 12. Juli 1967 nur darin bestehen, diesen jugoslawische Standpunkt uns gegenüber nunmehr auch in aller Form zu bekräftigen. Die Jugoslawen wollen uns veranlassen, die von ihnen hergestellte enge Verbindung zwischen der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen und der Entschädigungszahlung ernstzunehmen und uns darauf einzustellen, daß sie sich ihre Forderungen nicht durch Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen „abkaufen“ lassen.

II. Unter juristischen Gesichtspunkten bereitet die Zurückweisung der Note, deren Argumentation nicht schlüssig ist, keinerlei Schwierigkeiten. Neben unserer Haushaltslage erschwert unser außenpolitisches Interesse uns in noch höherem Maße als in früheren Jahren jegliches Eingehen auf die jugoslawischen Entschädigungswünsche. Unsere Bemühungen um gleichmäßige Fortschritte in ganz Osteuropa würden auf das Schwerste beeinträchtigt werden, wollten wir Jugoslawien isoliert Zahlungen zugestehen, die wir später anderen osteuropäischen Ländern verweigern müßten, da sie unsere finanzielle Leistungsfähigkeit überschreiten würden.

Bei einer solchen Lage ist es im allgemeinen nicht zweckmäßig, der Gegenseite durch Hinauszögern der ablehnenden Antwort unnötig Hoffnungen zu erwecken, die später enttäuscht werden müßten. Für eine baldige Beantwortung der Note spricht auch unser Interesse, der jugoslawischen Seite frühzeitig klarzumachen, daß wir uns auf den Versuch, die Wiederaufnahme der Beziehungen mit der Zahlung von Entschädigungsleistungen zu verbinden, nicht einlassen werden. Dies würde die Jugoslawen zwar kaum hindern, ihre Forderung bei Gesprächen über die Aufnahme der Beziehungen erneut vorzubringen. Es könnte aber dazu beitragen, sie rechtzeitig zu einer realistischen Einschätzung unserer Haltung zu veranlassen und damit unsere künftige Verhandlungsposition zu verbessern.

Andererseits sollte aber der Zeitpunkt für unsere Antwort so gewählt werden, daß sie unsere Beziehungen zu Jugoslawien, die gerade erst einen mühsam ausbalancierten Gleichgewichtszustand erreicht haben, nicht über Gebühr belastet. Deshalb muß die Absendung der Note auf jeden Fall bis nach dem Zustandekommen des von den Jugoslawen so dringend gewünschten Anwerbe- und Sozialversicherungsabkommens<sup>6</sup> zurückgestellt werden. Wenn wir außerdem schon vor Absendung unserer Antwortnote einen Termin für die Aufnahme von Verhandlungen über den von den Jugoslawen vorgeschlagenen neuen Handelsvertrag<sup>7</sup> nennen könnten, würde dies gewiß die auf unsere ablehnende Antwort zu erwartende negative Reaktion abschwächen.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 346.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Dok. 156.

In jedem Falle sollten wir uns darum bemühen, unsere Antwortnote hinsichtlich der Form so verbindlich wie möglich abzufassen.

III. Obwohl wir keine andere Wahl haben, als die jugoslawischen Wiedergutmachungsforderungen abzulehnen, sollten wir uns doch darüber klar sein, daß die Jugoslawen sich nie dazu verstehen werden, ihre Forderungen ersatzlos fallen zu lassen. Die Vorstellung, daß sie berechtigt seien, von uns Kompensationen zu verlangen, hat sich in ihrem Denken allzu tief festgesetzt.

Sobald wir uns zu einem späteren Zeitpunkt nach Schaffung der hierfür erforderlichen Voraussetzungen zu einer Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen entschließen, sollten wir unbedingt versuchen, vor der Wiederaufnahme mit den Jugoslawen zu einer Regelung zu gelangen, die ihnen als Ersatz für die Wiedergutmachungsleistungen eine angemessene und wirkungsvolle deutsche Wirtschaftshilfe beim Aufbau ihrer Industrie zusichert. Andernfalls müßten wir damit rechnen, daß das deutsch-jugoslawische Verhältnis alsbald nach Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen durch massives jugoslawisches Drängen nach Entschädigungsleistungen erneut schwersten Belastungen ausgesetzt würde.

Das Konsulat Zagreb erhält Doppel.

Loeck

VS-Bd. 4260 (II A 5)

324

**Gesandter von Lilienfeld, Washington,  
an Botschafter z. b. V. Bahr**

Z B 6-1-14366/67 geheim  
Fernschreiben Nr. 1971

Aufgabe: 19. September 1967, 17.54 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 20. September 1967, 01.29 Uhr

Für Botschafter Bahr

Betr.: Gespräch zwischen Botschafter Bahr und Staatssekretär Nitze am  
15.9.67<sup>2</sup>

Anwesend: Assistant Secretary of Defense Paul C. Warnke,  
Deputy Assistant Secretary of Defense Frederick Wyle,  
Gesandter von Lilienfeld, BR I von Staden.

I. Herr Bahr wies darauf hin, daß unsere Truppenplanungen noch nicht abgeschlossen seien. Mit raschen Ergebnissen sei auch nicht zu rechnen. Man prüfe verschiedene Alternativen und werde letztlich eine politische Entscheidung

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirektor Ruete am 21. September 1967 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Staatssekretär Schütz verfügte.

Hat Schütz am 21. September 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Aufenthalt des Botschafters z. b. V. Bahr in Washington vgl. auch Dok. 334.

treffen müssen. Man beschäftige sich bei uns auch mit den möglichen Folgen unserer Maßnahmen, besonders der Frage, ob mit neuen amerikanischen Rotationsmaßnahmen zu rechnen sei. Nach seinen Eindrücken im State Department habe der Kanzlerbesuch<sup>3</sup> wohl Klarheit darüber erbracht, daß dies nicht der Fall wäre, wenn deutscherseits Truppenkürzungen vermieden würden.

Herr Nitze erwiderte, man rechne im Pentagon mit deutschen Truppenkürzungen bis 19000 Mann. Aber selbst wenn eine solche Kürzung nicht erfolgte und die Reserven verstärkt würden, bliebe es doch eine Tatsache, daß eine Kürzung ja tatsächlich schon stattgefunden habe, und zwar in Form der reduzierten Pläne für den Verteidigungshaushalt<sup>4</sup> der nächsten Jahre. Die Lage habe sich seit der letzten Gesprächsrunde (nämlich in den Dreiergesprächen) eben verändert. Man könne an das Problem „politisch“ herangehen oder „präziser“. Im letzteren Sinne aber käme es auf die Kampfkraft an, die von einer Vielzahl von Faktoren abhinge, wie Truppenzahl, Ausbildung, Ausrüstung, logistischer Unterstützung und Bevorratung. Kurzfristig könne sich die „politische“ Betrachtungsweise von der „präzisen“ entfernen. Auf längere Frist aber ergebe sich die politische Entwicklung aus den verteidigungspolitischen Realitäten. Es gebe also einmal das Problem des Verteidigungshaushalts und zum anderen das der besten Verwendung der Mittel. Eine Verstärkung der Reserven könne ein Mittel sein, die Kampfkraft zu erhöhen. Es sei aber nicht leicht zu sehen, wie wir die effektive Kampfkraft bei Kürzung des Haushaltsplans aufrechterhalten könnten.

Herr Bahr bemerkte, Ausgangspunkt der weiteren Überlegungen müsse die Gewährleistung der Sicherheit sein. Es gelte, die Mindestanfordernisse zu ermitteln. Es sei gefährlich, der Sowjetunion den Eindruck zu geben, als ginge die Abwehrkraft des Westens schrittweise zurück. Die Sowjets wären solchenfalls versucht, zuzuwarten, und hätten keinen Anreiz zu Gegenleistungen. Nur wenn man sich innerhalb des Westens auf bestimmte Streitkräfteziele einigen könnte, d. h. auf eine Linie, von der die Sowjets wüßten, daß sie auch gehalten würde, hätte man einen Ausgangspunkt für Verhandlungen. Dies müßte so schnell als möglich geschehen.

Herr Nitze fragte, wie man eine solche Linie festlegen sollte. Es handele sich hier um die Streitkräfteplanung im Rahmen der NATO insgesamt. Für die Sowjets sei derzeit vor allem von Interesse, ob sie weiterhin mit den französischen Truppen zu rechnen hätten. Danach seien sie an der amerikanischen Präsenz interessiert, dann an der Stärke der Bundeswehr und schließlich an den britischen und den übrigen alliierten Streitkräften.

Herr Bahr wandte ein, daß für Moskau die amerikanische Abwehrkraft und Glaubwürdigkeit der amerikanischen Sicherheitsgarantien das wichtigste seien. Solange die Sowjetunion überzeugt bliebe, daß die Vereinigten Staaten nötigenfalls ihre strategischen Nuklearwaffen einsetzen würden, sei Europa sicher. Der französische Faktor habe zweitrangige Bedeutung.

Herr Warnke erläuterte, es gehe hier um die Frage, welche aktuelle Entwick-

<sup>3</sup> Zum Aufenthalt des Bundeskanzlers Kiesinger am 15./16. August 1967 in Washington vgl. Dok. 300–304.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 258.

lung das Interesse der Sowjets am stärksten berühre. Wenn beispielsweise die Bundeswehr verkleinert würde, wäre dies der im Augenblick interessanteste Faktor für die Sowjets.

Herr Bahr kam auf die Frage zurück, ob unter Umständen mit weiteren amerikanischen Rotationsmaßnahmen zu rechnen sei.

Herr Nitze räumte ein, daß zusätzliche Rotationsmaßnahmen unter Umständen unvermeidlich werden könnten. Auf die Frage von Herrn Bahr, ob das allein von amerikanischen innerpolitischen Faktoren abhänge oder auch von der Entwicklung in Europa, antwortete Herr Nitze, daß u. a. die belgische<sup>5</sup> und britische Entwicklung<sup>6</sup> Sorge bereiteten. Die amerikanische Regierung sei im Hinblick auf die Verteidigungslage an den Flanken der 7. Armee in einer schwierigen Situation. Bis jetzt habe man innenpolitisch geltend machen können, daß sich die Kampfkraft der alliierten Verbände an den Flanken der 7. US-Armee laufend erhöhe. Infolge der deutschen Haushaltsbeschlüsse sei es sehr viel schwieriger geworden, dieses Argument glaubhaft zu verwenden. Das gelte sogar unabhängig von den tatsächlichen Folgen der deutschen Haushaltsbeschlüsse. Auf diesen Überlegungen beruhe das amerikanische Interesse an der Frage der deutschen Reserven und des Mobilmachungssystems. Wenn man davon ausginge, daß eine politische Vorwarnzeit<sup>7</sup> wahrscheinlich sei, dann bedeute eine Verstärkung der Reserven tatsächlich eine Erhöhung der Kampfkraft, ebenso wie die Vereinigten Staaten unter dieser Hypothese in der Lage wäre, Brigaden nach Europa zurückzuführen.

Auf meine Frage, ob ein verbessertes Mobilisierungssystem Verminderungen der aktiven Truppenstärke kompensieren könnte, wiederholte Herr Nitze, daß Mobilisation auf deutscher Seite und Rotation auf amerikanischer Seite sich etwa entsprächen. Die entscheidende Frage aber sei, ob man wieder überzeugend werde geltend machen können, daß die alliierten Verbände an den Flanken der 7. Armee an Kampfkraft zunähmen.

Herr Warnke wiederholte ergänzend, daß man zwischen kurzfristigen und langfristigen Auswirkungen unterscheiden müsse. Kurzfristig müsse sich die politische Bewertung von der verteidigungspolitischen unterscheiden, langfristig aber würden die beiden Betrachtungsweisen konvergieren. Letztlich käme es auf die reale Situation (d. h. Kampfkraft) an. Truppenkürzungen oder eine zusätzliche Rotation würden so lange negative politische Auswirkungen haben,

<sup>5</sup> Zu den Plänen einer belgischen Truppenreduzierung vgl. Dok. 179.

<sup>6</sup> Am 13. September 1967 erläuterte der Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Lord Hood, auf der WEU-Ratstagung in London die britischen Maßnahmen zum Abzug von Einheiten aus der Bundesrepublik: „Die britische Regierung habe sich bemüht eine Lösung zu finden, durch die die militärische Kampfkraft möglichst wenig beeinträchtigt werde. Nach britischer Ansicht sei der Re-deployment-Plan am ehesten dazu geeignet, die Auswirkungen der Rückverlegung zu mindern. [...] Hinsichtlich des Zeitplanes sei die britische Regierung bereit, diesen mit SACEUR und dessen Stab noch genauer zu diskutieren. Lord Hood betonte, daß die Truppen jedoch auf jeden Fall vor dem Eintreten des Stadiums der ‚military vigilance‘ oder anderer ‚states of the military alert system‘ auf den Kontinent zurückverlegt würden, d. h. schon bei dem Eintreten eines akuten politischen Spannungszustandes. [...] Lord Hood betonte, daß seine Regierung bereit sei, die militärischen Implikationen der Rückverlegung weiter zu erörtern, ohne jedoch ihre grundsätzliche Entscheidung zu revidieren“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1703 des Gesandten Freiherr von Ungern-Sternberg, London; VS-Bd. 1744 a (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Zur amerikanischen Einschätzung einer Vorwarnzeit vgl. Dok. 6, Anm. 4.

als die Öffentlichkeit nicht überzeugt sein könne, daß die tatsächliche Verteidigungskraft unberührt bliebe.

Herr Nitze und Herr Warnke stimmten dem von mir geäußerten Gedanken zu, daß es politisch ratsam wäre, Entscheidungen über eine etwaige Verminderung der aktiven deutschen Truppenstärke möglichst zurückzustellen bis entsprechende Ankündigungen über eine verstärkte Heranziehung von Reservisten gemacht werden könnten.

II. Aus hiesiger Sicht bewerte ich den Gesprächsverlauf wie folgt: Angesichts der bekannten Äußerungen des Präsidenten<sup>8</sup> gegenüber dem Bundeskanzler (s. auch DB Nr. 1753 vom 23.8.<sup>9</sup>), die von Walt Rostow im Gespräch mit Herrn Bahr bestätigt worden sind, kann kein Zweifel daran bestehen, daß der Präsident auf jede zahlenmäßige Verminderung der Bundeswehr, auch in der Größenordnung zwischen 15000 und 19000 Mann, mit zusätzlichen Rotationsmaßnahmen in vergleichbarer Größenordnung reagieren würde. Die Frage, ob eine solche deutsche Truppenverminderung als „Nachziehen“ auf die in den Dreiergesprächen beschlossenen amerikanischen Rotationsmaßnahmen akzeptiert würde, ist mit Bestimmtheit zu verneinen. Die Frage, ob es sich bei den neuen amerikanischen Maßnahmen um Rotationen im engeren Sinne handeln würde oder – mit Rücksicht auf Vietnam – um redeployment mit earmarking für SACEUR, läßt sich abschließend noch nicht beurteilen. Der Verlauf des Gesprächs mit Herrn Nitze spricht dafür, daß Washington zunächst an die erste dieser drei Alternativen denkt. Es ist uns aber aus vertraulichen Gesprächen bekannt, daß auf Arbeitsebene auch andere Alternativen „durchgespielt“ werden.

Vom Pentagon aus gesehen, dessen Optik sich von der des Weißen Hauses natürlicherweise unterscheidet, steht die Frage der Kampfkraft im Vordergrund. Der amerikanische Verteidigungsminister und seine Mitarbeiter sind unter verteidigungspolitischen Gesichtspunkten nicht ohne Verständnis für den Gedanken eines gewissen „Gesundshrumpfens“ oder „streamlining“ der Bundeswehr. Sie verfolgen daher auch unsere Überlegungen über einen vermehrten Einsatz von Reservisten und eine Verbesserung unseres Mobilisierungssystems ohne Vorurteil mit einem eher positiven Interesse. Allem Anschein nach sind sie aber nicht davon überzeugt, daß solche Maßnahmen angesichts der reduzierten Finanzplanung bewirken können, daß die deutsche Kampfkraft erhalten bleibt oder gar verstärkt wird. Außerdem gilt für sie die Gleichung, daß die Rotation auf amerikanischer Seite dem Rückgriff auf Reservisten auf deutscher Seite – bei Annahme einer politischen Vorwarnzeit – entspricht.

Während der Präsident aus mehr innenpolitisch-psychologischen Gründen wenn irgend möglich überhaupt keine Kürzung der aktiven deutschen Truppenstärke – jedenfalls bis zu den Präsidentschaftswahlen im November 1968 – sehen möchte, um so die von ihm befürchteten Rückwirkungen im Kongreß zu vermeiden, sieht das Pentagon darin nur einen kurzfristigen, u.U. sogar gefährlichen Ausweg. Auf lange Sicht befürchtet die hiesige militärische Führung, daß mit einer solchen Selbsttäuschung die Position der Regierung ge-

<sup>8</sup> Lyndon B. Johnson.

<sup>9</sup> Für den Drahtbericht des Botschafters Knapstein, Washington, vgl. VS-Bd. 4216 (II A 6); B 150, Aktenkopien 1967. Für einen Auszug vgl. Dok. 303, Anm. 4.



genüber dem Kongreß auch bei Aufrechterhaltung der vollen bisherigen deutschen aktiven Truppenstärke unhaltbar werden würde, sobald zugegeben werden müßte, daß die Kampfkraft der Bundeswehr aufgrund der Haushaltsmaßnahmen de facto nicht mehr zunimmt, sondern womöglich sogar abnimmt.

Im Sinne einer optimalen Verwendung unserer Haushaltsmittel in dem nun einmal gegebenen Rahmen würde das Pentagon einem gewissen streamlining der Bundeswehr gegenüber einer Aufrechterhaltung der bisherigen Truppenstärke um jeden Preis daher eher positiv gegenüberstehen. McNamara würde jedoch nicht zögern, dem Präsidenten in einem solchen Falle zusätzliche amerikanische Rotationsmaßnahmen vorzuschlagen und dabei geltend zu machen, daß die Kampfkraft der 7. Armee durch diese angesichts der politischen Vorwarnzeit nicht geschwächt würde.

Jede ins Gewicht fallende Kürzung deutscher Einheiten sollte dem Präsidenten durch eine persönliche Botschaft des Bundeskanzlers mitgeteilt werden, ehe diese Nachricht ihm auf anderem Wege – womöglich durch die Presse – erreicht. Auf jeden Fall sollte – aus hiesiger Sicht gesehen – es jedoch nicht zu Kürzungen über 19000 Mann hinaus kommen, da der Präsident darin eine Nichteinhaltung der Zusage sehen würde, die er vom Bundeskanzler in den Gesprächen in Washington erhalten zu haben glaubt.

[gez.] Lilienfeld

VS-Bd. 2027 (II A 7)

325

### Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter

II B 2-81.12/0-1631/67 VS-vertraulich

20. September 1967<sup>1</sup>

Betr.: Innerdeutscher Gewaltverzicht;  
hier: Briefwechsel Bundeskanzler/Stoph<sup>2</sup>

Im Antwortschreiben des Vorsitzenden des Ministerrats Stoph wird der Vorschlag Ostberlins wiederholt, „in direkte Verhandlungen einzutreten, mit dem Ziel, ordnungsmäßige Vereinbarungen über die Aufnahme normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, über den Verzicht beider deutscher

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Ruth konzipiert.

<sup>2</sup> Zum Schreiben des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Stoph, vom 10. Mai 1967 an Bundeskanzler Kiesinger vgl. Dok. 182, Anm. 9.

Zum Schreiben von Kiesinger vom 13. Juni 1967 vgl. Dok. 219, Anm. 4.

Am 18. September 1967 schlug Stoph gegenüber Kiesinger vor, Verhandlungen über die „Normalisierung der Beziehungen“ und „über den Verzicht beider deutscher Staaten auf die Anwendung von Gewalt in den gegenseitigen Beziehungen“ einzuleiten. Dazu übermittelte er den „Entwurf eines Vertrages über die Herstellung und Pflege normaler Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland“. Für das Schreiben und für den Vertragsentwurf vgl. DzD V/1, S. 1668–1670 bzw. S. 1670 f.

Staaten auf die Anwendung von Gewalt in den gegenseitigen Beziehungen und über die Regelung anderer Grundfragen herbeizuführen“. In dem dem Schreiben beigefügten Vertragsentwurf heißt es in Artikel 2: „Die Regierungen beider deutscher Staaten treffen eine Vereinbarung über Gewaltverzicht“.

I. Ostberlin fordert den Abschluß eines Gewaltverzichtsvertrags zwischen zwei souveränen deutschen Staaten. Darauf können wir nicht eingehen, weil damit die Anerkennung vollzogen würde. Andererseits wird mit dem Stoph-Brief die Frage der Einbeziehung Ostberlins in unser Gewaltverzichtsangebot erneut gestellt und bedarf auch im Hinblick auf den Stand der Gewaltverzichtsdiskussion mit den osteuropäischen Staaten einer Überprüfung.

1) Unser an die Sowjetunion und alle osteuropäischen Staaten gerichtetes Gewaltverzichtsangebot ist bei den Empfängern auf Interesse gestoßen. Soweit sie formell geantwortet haben, wurde die Ausklammerung Ostberlins aus der Reihe der Adressaten des Angebots kritisiert.

Wir haben uns deshalb bereit erklärt, das ungelöste Problem der deutschen Teilung in jeder die Wiedervereinigung nicht präjudizierenden Form in den Gewaltverzicht einzubeziehen.

Wir haben selbst zwei Möglichkeiten erwogen:

a) Austausch bilateraler Gewaltverzichtserklärungen mit den osteuropäischen Staaten. Wir würden dabei ausdrücklich erklären, daß wir die Lösung des deutschen Problems in den Gewaltverzicht einbeziehen.

b) Um den anderen Teil Deutschlands stärker einzubeziehen, ihn aber gleichzeitig nicht mehr als nötig gegenüber den osteuropäischen Staaten zu diskriminieren, haben wir eine Anregung Botschafter Zarapkins aufgegriffen, wonach wir den Gewaltverzicht gegenüber der „Sowjetunion und ihren Verbündeten“<sup>3</sup> aussprechen würden. Die Sowjetunion scheint weiterhin ein gewisses Interesse an dieser Form zu haben. Dagegen hat Rumänien sie eindeutig abgelehnt<sup>4</sup>, weil es darin eine Bekräftigung der Vormachtstellung Moskaus im Warschauer Pakt sieht. Rumänien würde daher strikt<sup>5</sup> bilaterale Gewaltverzichtserklärungen vorziehen. Diesen Standpunkt nimmt offenbar auch die Tschechoslowakei ein.

2) Unser Gewaltverzichtsvorschlag wird offensichtlich von der anderen Seite nicht einfach ignoriert. Weil jedoch seine Annahme der feindseligen Generallinie der kommunistischen Politik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland zuwiderlaufen würde, geht man auf das Angebot nicht näher ein, sondern stellt für uns nicht akzeptable Alternativen auf. Auf der Karlsbader Konferenz von April 1967 wurde ein „europäischer“ Vertrag über den Gewaltverzicht vorgeschlagen, dem Ostberlin beitreten soll.<sup>6</sup> Dieser Vorschlag wird insbesondere von Polen unterstützt. Ostberlin hat gleichzeitig und als Ergänzung zu diesem multilateralen Vorschlag einen bilateralen Vertrag zwischen „beiden deutschen Staaten“ gefordert.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 46.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 293.

<sup>5</sup> Dieses Wort wurde von Botschafter Schnippenkötter handschriftlich eingefügt.

<sup>6</sup> Zur Konferenz der europäischen kommunistischen und Arbeiterparteien vom 24. bis 26. April 1967 vgl. Dok. 154.

Die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten sind offensichtlich nicht willens oder nicht in der Lage, einen Gewaltverzicht mit uns abzuschließen, ohne daß Ostberlin gleichberechtigter Erklärungspartner wird. Dies gibt Ostberlin die Möglichkeit in die Hand, Fortschritte unserer Gewaltverzichtspolitik zu blockieren. Es ist fraglich, ob selbst ein multilateraler „europäischer“ Vertrag die Forderung nach einem „Vertrag zwischen den beiden deutschen Staaten“ ausräumen würde. Solange Ostberlin auf seinen Forderungen besteht und dafür in Osteuropa Unterstützung erhält, sind die Aussichten, den Gewaltverzichtsvorschlag in die Wirklichkeit umzusetzen, gering.

Es erhebt sich daher die Frage, ob es eine Möglichkeit gibt, Ostberlin die Abgabe einer innerdeutschen Gewaltverzichtserklärung anzubieten, ohne damit die Anerkennung der Zone einzuleiten.

II. 1) Es kann davon ausgegangen werden, daß ein international- und völkerrechtlicher Vertrag für den innerdeutschen Austausch von Gewaltverzichtserklärungen nicht in Frage kommt. Dasselbe gilt auch für den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen, wie sie in der internationalen Staatenpraxis bekannt sind. Das bedeutet, daß nicht auf internationale Vorbilder zurückgegriffen werden kann, sondern daß eine Figur eigener Art entwickelt werden muß.

2) Bei der Formulierung eines innerdeutschen Gewaltverzichtsangebots muß sichergestellt sein,

- daß die Unterscheidung innerdeutsch-international erhalten bleibt. Dazu bieten die Vorschläge Ulbrichts und Stophs vielleicht insofern einen, wenn auch sehr schwachen Ansatz, als sie den Gewaltverzicht zwischen den beiden deutschen Staaten von dem multilateralen europäischen Vertrag abheben.
- daß die unterschiedlichen Standpunkte in der Deutschlandfrage im Zusammenhang mit dem Gewaltverzicht eindeutig klargestellt sind und daß nicht schon das Angebot von der anderen Seite als Schritt zur Anerkennung gewertet werden kann.
- daß unsere deutschlandpolitischen Ziele nicht gefährdet werden und daß mit der Formulierung des Gewaltverzichts unsere Bestrebungen zur innerdeutschen Entkrampfung weitergebracht werden.
- daß der Gewaltverzicht nicht als Instrument zur endgültigen Spaltung Deutschlands, sondern als Beitrag zur schrittweisen Lösung dieses Problems genutzt wird.

Sollte ein gemeinsamer innerdeutscher Gewaltverzicht zustande kommen, wird Ostberlin dies sicher im Ausland als Beweis dafür ausgeben, daß auch wir gezwungen seien, die „staatlichen Realitäten“ auf deutschem Boden anzuerkennen. Es muß deshalb versucht werden, dieser Absicht in der Formulierung und im Inhalt entgegenzuwirken und den innerdeutschen Charakter des Gewaltverzichts besonders deutlich werden zu lassen.

3) Dieser innere Gewaltverzicht sollte insbesondere an Mauer, Demarkationslinie und Berlinzugängen wirksam werden und die Beibehaltung des Schießbefehls erschweren. Die allianzgebundenen verteidigungs- und sicherheitspolitischen Arrangements, an denen die Bundeswehr und die Stationierungskräfte teilnehmen, sollten von diesem inneren Gewaltverzicht nicht berührt werden.

Sie lassen sich freilich von dem Gesamtkomplex des Gewaltverzichts nicht trennen. Dem könnte aber beim innerdeutschen Gewaltverzicht – falls notwendig – hinreichend dadurch Rechnung getragen werden, daß auf die Verpflichtungen zum Gewaltverzicht verwiesen wird, die in den Artikeln 1 des Nordatlantikpaktes und des Warschauer Paktes<sup>7</sup> enthalten sind.

III. Unter Berücksichtigung der genannten Punkte sind folgende Modelle eines innerdeutschen Gewaltverzichts denkbar:

- 1) Einseitige Erklärung auf unserer Seite.
- 2) Einseitige Erklärung, die der anderen Seite mit der Aufforderung zur Nachahmung zur Kenntnis gegeben wird.
- 3) Gemeinsame Erklärung aufgrund eines schriftlich übermittelten Vorschlags mit gleichzeitiger Klarstellung der sonstigen Unvereinbarkeit der Standpunkte in der Deutschlandpolitik.
- 4) Gemeinsame Erklärung als Ergebnis von Besprechungen zwischen Beauftragten beider Seiten.

Zu 1) Die Bundesregierung könnte eine vom Bundestag gebilligte Erklärung abgeben, die unseren den Verbündeten gegenüber ausgesprochenen Verzicht auf Gewalt hinsichtlich der deutschen Frage und der Grenzen Deutschlands bekräftigen würde. Darüber hinaus würde die Erklärung die Anwendung des Gewaltverzichts auf die innerdeutschen Verhältnisse enthalten.

In dieser Erklärung könnte gesagt werden,

- daß wir die Wiedervereinigung nur mit friedlichen Mitteln anstreben;
- daß die Festlegung der Grenzen Deutschlands in einem Friedensvertrag und unter Ausschluß von Gewalt erfolgen soll;
- daß wir nicht die Absicht haben, die gesellschaftliche Struktur im anderen Teil Deutschlands gewaltsam zu ändern;
- daß wir – wie bisher – das Prinzip der Freizügigkeit für alle Deutschen fordern und jede gewaltsame Behinderung dieser Freizügigkeit ablehnen (keine Gewaltanwendung an Mauer und Stacheldraht).

Zu 2) Die von der Bundesregierung abgegebene Erklärung könnte als Anhang zu einem Brief Ostberlin zur Kenntnis gebracht werden. In dem Brief wäre die Aufforderung enthalten, eine entsprechende Erklärung abzugeben. Der Brief würde klarstellen, daß Gewaltverzicht die Lösung politischer Probleme erleichtern soll, sie jedoch nicht einseitig präjudizieren darf. Er könnte die Feststellung enthalten, daß wir, solange das deutsche Volk nicht wiedervereinigt und eine friedensvertragliche Regelung getroffen ist, wenigstens ein geregeltes Ne-

<sup>7</sup> Artikel 1 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949: „Die Parteien verpflichten sich, in Übereinstimmung mit der Satzung der Vereinten Nationen jeden internationalen Streitfall, an dem sie beteiligt sind, auf friedlichem Wege so zu regeln, daß der internationale Friede, die Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden, und sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar ist.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 289.

Artikel 1 des Warschauer Vertrags vom 14. Mai 1955: „Die vertragschließenden Seiten verpflichten sich in Übereinstimmung mit der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen, sich in ihren internationalen Beziehungen der Drohung mit Gewalt oder ihrer Anwendung zu enthalten und ihre internationalen Streitfragen mit friedlichen Mitteln so zu lösen, daß der Weltfrieden und die Sicherheit nicht gefährdet werden.“ Vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR II, S. 233.

beneinander suchen, um die Härte der Teilung zu mildern, und daß wir von der Absicht getragen werden, einen innerdeutschen Beitrag zur Entspannung in Europa zu leisten. Wir könnten schließlich feststellen, daß mit dem Gewaltverzichtsangebot keine Anerkennung der Teilung Deutschlands und der Separierung Berlins verbunden ist. Wir könnten der anderen Seite vorschlagen, beim Eingehen auf unser Gewaltverzichtsangebot ihre eigenen Standpunkte darzulegen.

Zu 3) Einem Brief an Ostberlin wird ein Entwurf für eine gemeinsame Gewaltverzichtserklärung beigelegt. In der Präambel des Erklärungsvorschlags könnten beide Seiten erklären, daß sie ungeachtet ihrer widersprüchlichen Standpunkte in der Deutschlandfrage entschlossen sind, mit dem Verzicht auf Gewalt auf deutschem Boden einen Beitrag zur Entspannung und Festigung des Friedens zu leisten.

Die Gewaltverzichtserklärung selbst könnte analog zu Beispiel 1) formuliert werden.

In diesem Verfahren liegt zweifellos eine Anhebung des innerdeutschen Status Ostberlins, und es müßte geprüft werden, ob der in die Präambel aufzunehmende Disclaimer ausreicht, um die Anerkennungswirkung zu neutralisieren. Jedenfalls muß in der Präambel klargestellt sein, daß es sich um einen innerdeutschen Vorgang handelt, dem als innerdeutschem Vorgang auch Ostberlin zustimmt.

Zu 4) Statt einer schriftlichen Übermittlung des Erklärungsvorschlags könnte das Thema „Gewaltverzicht“ in Verhandlungen der Beauftragten besprochen werden. Von unserer Seite könnte ein Entwurf entsprechend Punkt 3) als Diskussionsgrundlage vorgelegt werden.

IV. Der innerdeutsche Gewaltverzicht wird federführend beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen zu behandeln sein. Es wird vorgeschlagen, mit den zuständigen Stellen Gespräche darüber zu beginnen, möglichst schon im Zusammenhang mit der Beantwortung des Stoph-Briefes vom 18. September 1967.<sup>8</sup>

<sup>8</sup> Am 28. September 1967 teilte Bundeskanzler Kiesinger dem Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Stoph, u. a. mit: „Der alleinige Souverän, das deutsche Volk, will nach unserer Überzeugung vereint in einem Staate leben. [...] Auf dem Wege zur Wiedervereinigung könnte ein Programm von der Art, wie ich es bereits in meinen Vorschlägen vom 12. April und in meinem Brief vom 13. Juni 1967 umrissen habe, gemeinsam entworfen und verwirklicht werden, um wenigstens die Not der Spaltung zu mildern und die Beziehungen der Deutschen in ihrem geteilten Vaterland zu erleichtern. Die Bundesregierung ist bereit, im Interesse aller Deutschen, aber auch im Dienste der Entspannung und des Friedens in Verhandlungen über ein derartiges Programm einzutreten. Zu diesem Zweck steht der Staatssekretär des Bundeskanzleramtes jederzeit in Bonn oder Berlin zur Verfügung.“ Vgl. DzD V/1, S. 1733.

Dazu erklärte das Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrats der DDR am 29. September 1967: „Herr Kiesinger besteht in seinem Brief auf der Alleinvertretungsanmaßung [...]. Den Vertragsentwurf über die Herstellung und Pflege normaler Beziehungen zwischen der DDR und Westdeutschland erwähnt Herr Kiesinger in seinem Brief mit keinem Wort. [...] Trotz der Ablehnung [...] bleibt die Regierung der DDR bereit, über die Vorschläge, die in dem Brief des Vorsitzenden des Ministerrates vom 18. September enthalten sind, und über den Entwurf eines Vertrages über die Herstellung und Pflege normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten zu verhandeln.“ Vgl. DzD V/1, S. 1745.

Diese einleitenden Überlegungen, die im Referat II B 2 formuliert worden sind, werden hiermit D II<sup>9</sup> mit der Anregung zur Kenntnis gegeben, sie der Leitung des Hauses zu unterbreiten.

Schnippenkötter

VS-Bd. 4105 (II B 2)

326

### Botschafter Schnippenkötter an Staatssekretär Carstens, Bundesministerium der Verteidigung

II B 1-81.01-1657/67 geheim

20. September 1967<sup>1</sup>

Sehr verehrter Herr Staatssekretär!

Die in Ihrem Brief vom 4. September 1967 aufgeworfene Frage<sup>2</sup> habe ich mit den Amerikanern im April dieses Jahres in Washington<sup>3</sup> und Anfang September in Genf<sup>4</sup> erörtert. Sie war außerdem kürzlich Gegenstand eines Gedankenaustauschs unserer Botschaft in Washington mit der Abrüstungsbehörde. Vielleicht sind Ihnen inzwischen Unterlagen vorgelegt worden, die sich mit dieser Frage befassen und auch dem Bundesverteidigungsministerium zugeleitet wurden: Drahterlaß an Washington Nr. 818 vom 6.9.1967 geh.<sup>5</sup>, Drahtbericht

<sup>9</sup> Hat Ministerialdirektor Ruete am 22. September 1967 vorgelegen, der für Staatssekretär Schütz auf einem Begleitvermerk erklärte: „Anliegend lege ich dem Herrn Staatssekretär mit der Bitte um Kenntnisnahme eine Aufzeichnung vor, die sich mit der Frage eines innerdeutschen Gewaltverzichts befaßt. Abteilung II wird eine Formulierung ausarbeiten, die eventuell in den Antwortbrief des Herrn Bundeskanzlers eingearbeitet werden könnte.“ Dazu vermerkte Schütz am selben Tag handschriftlich für Ruete: „Ich glaube nicht, daß diese Frage im Brief ausdrücklich erwähnt wird.“ Vgl. VS-Bd. 4105 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Durchdruck.

<sup>2</sup> Der Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Carstens, stellte fest: „Der Artikel I des NV-Vertrages untersagt die Weitergabe nuklearer Waffen an jedermann. Dagegen untersagt er die Unterstützung bei der Herstellung nuklearer Waffen nur mit Bezug auf Nichtnuklearstaaten. Demnach ist jedem Kernwaffenstaat, der Vertragspartner ist, erlaubt, jedem Kernwaffenstaat Unterstützung bei der Entwicklung oder Produktion von Kernwaffen oder sonstigen nuklearen Sprengvorrichtungen zu gewähren, auch wenn dieser Staat Nichtmitglied des NV-Vertrages ist. Das würde bedeuten, daß die Sowjets z.B. die Chinesen bei der Weiterentwicklung der chinesischen Atombombe unterstützen könnten, auch wenn China dem Vertrag nicht beitreten würde. Welches ist die amerikanische Begründung für diese Regelung, die ja offensichtlich eine noch weitere Erschwerung für die Nichtnuklearen bedeutet, die dem Vertrag beitreten?“ Vgl. VS-Bd. 4095 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Zu den Gesprächen mit dem Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster, vom 10. bis 14. April 1967 vgl. Dok. 131.

<sup>4</sup> Zu den Gesprächen des Botschafters Schnippenkötter in Genf vgl. den Drahtbericht Nr. 759 vom 9. September 1967; VS-Bd. 4116 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Botschafter Schnippenkötter bat die Botschaft in Washington um einen Bericht über die amerikanische Begründung für die in Artikel I des Entwurf eines Nichtverbreitungsabkommens vom 24. August 1967 vorgesehene unterschiedliche Regelung bei der Weitergabe und Unterstützung bei der Herstellung von Kernwaffen. Vgl. VS-Bd. 4095 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

aus Washington Nr. 1878 vom 8.9.1967 geh.<sup>6</sup>, Drahtbericht aus Genf Nr. 758 vom 9.9.1967 geh.<sup>7</sup>

I. Das Ergebnis der Gespräche mit den Amerikanern möchte ich wie folgt zusammenfassen:

1) Die amerikanische Abrüstungsbehörde teilt unsere Interpretation des Artikels I<sup>8</sup>: Jedem Vertragspartner, ob nuklear oder nichtnuklear, bleibt es erlaubt, jedem Kernwaffenstaat Unterstützung bei der Entwicklung oder Produktion von Kernwaffen oder sonstigen nuklearen Sprengvorrichtungen zu gewähren, auch wenn dieser Kernwaffenstaat dem NV-Vertrag nicht beitrifft (z.B. die Sowjets den Chinesen, die Amerikaner den Briten, die Deutschen den Briten und den Franzosen usw.).

2) Fosters Vertreter in Genf<sup>9</sup> erklärte mir, dieser Fragenkomplex sei bei der Ausarbeitung des Vertragsentwurfs nicht bedacht worden. (Schon in den deutsch-amerikanischen Verhandlungen in Washington im April dieses Jahres hatte unser Hinweis auf die Möglichkeit einer Unterstützung der Kernwaffenentwicklung Chinas Betroffenheit ausgelöst.)

3) Die Amerikaner bezweifeln, daß die Sowjets bei der unterschiedlichen Formulierung in Artikel I an China gedacht haben könnten. Sie versichern, für die amerikanische Seite sei dabei nur der Schutz der besonderen Beziehungen zu Großbritannien ausschlaggebend gewesen.

4) Hinsichtlich der noch bestehenden Verpflichtung der Vereinigten Staaten, an Großbritannien Polaris-U-Boote zu liefern, meinen die Amerikaner, das Weitergabeverbot des NV-Vertrags schließe diese Lieferung aus; doch decke die „Großvater-Klausel“ sie, d.h., das NV-Verbot berühre nicht die Erfüllung älterer Verpflichtungen. (Diese amerikanische Antwort steht im Widerspruch zur Mitteilung Botschafter McGhees an den Bundesaußenminister vom 21. Dezember v. J., Artikel I behandle uns genau so wie Großbritannien.<sup>10</sup>)

<sup>6</sup> Gesandter Freiherr von Stackelberg, Washington, teilte nach einem Gespräch in der amerikanischen Abrüstungsbehörde mit, daß „für die amerikanische Seite nur der Schutz der besonderen Beziehungen zu Großbritannien als Motiv ausschlaggebend gewesen sei. An ein geeintes, mit Kernwaffen ausgerüstetes Europa habe man zwar nicht gedacht, aber es sei klar, daß der Vertragstext unsere Auslegung decke. Daß die Sowjets bei dieser unterschiedlichen Formulierung in Art. I an Rotchina gedacht haben könnten, wird in der Abrüstungsbehörde bezweifelt.“ Vgl. VS-Bd. 4095 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Botschafter Schnippenkötter, z.Z. Genf, berichtete über das Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter der amerikanischen Delegation bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission: „Bunn meinte, das alles sei nicht bedacht worden. Er bestätigte damit unseren Eindruck bei den deutsch-amerikanischen Verhandlungen in Washington vom April dieses Jahres, als unsere auf China bezügliche Frage sichtlich Überraschung auslöste. Bunn fügte hinzu, er glaube nicht, daß es zu den Motiven der sowjetischen oder der amerikanischen Seite gehört habe, sich die Möglichkeit der Unterstützung einer Nuklearmacht bei der Herstellung von Nuklearwaffen offen zu halten.“ Vgl. VS-Bd. 4116 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Der Wortlaut von Artikel I des amerikanisch-sowjetischen Entwurfs vom 24. August 1967 für ein Nichtverbreitungsabkommen war identisch mit dem Wortlaut von Artikel I des sowjetischen Entwurfs, den der amerikanische Außenminister Rusk auf der NATO-Ministerratstagung am 15./16. Dezember 1966 in Paris Staatssekretär Schütz übergeben und als „annehmbaren Vorschlag“ bezeichnet hatte. Vgl. Dok. 7, Anm. 3.

<sup>9</sup> George Bunn.

<sup>10</sup> Zur Mitteilung des amerikanischen Botschafters McGhee vom 20. Dezember 1966 vgl. AAPD 1966, II, Dok. 407.

II. Ihre Frage in der Besprechung vom 15. September 1967<sup>11</sup>, ob Kernwaffenstaaten, die den NV-Vertrag unterzeichnen, nach Artikel I einen derzeit nicht nuklear gerüsteten Staat bei seiner Kernwaffenentwicklung unterstützen können, der dem NV-Vertrag nicht beitrifft und später Kernwaffenstaat wird, muß verneint werden; denn Artikel VI des NV-Vertragsentwurfs enthält folgende Festschreibung: „Im Sinne dieses Vertrags gilt als Kernwaffenstaat jeder Staat, der vor dem 1. Januar 1967 eine Kernwaffe oder sonstige nukleare Sprengvorrichtung hergestellt und gezündet hat.“ Diese Festschreibung, die übrigens im amerikanischen Entwurf vom Januar 1967<sup>12</sup> noch nicht enthalten war und bei der Formulierung des amerikanischen Interpretationspapiers wahrscheinlich noch nicht berücksichtigt wurde, berührt vielleicht auch die Frage nach der Stellung eines bundesstaatlich Vereinten Europa, das dank der Teilnahme Frankreichs und/oder Großbritanniens Kernwaffenstaat wäre. Zwar bejahen die Amerikaner unsere Auslegung, daß der Wortlaut des Artikels I es den Vereinigten Staaten erlaubt, auch einem nuklear gerüsteten Vereinten Europa bei der Entwicklung oder Produktion von Kernwaffen oder sonstigen nuklearen Sprengvorrichtungen Unterstützung zu gewähren. Sie fügen allerdings hinzu, an einer Unterstützung eines solchen Europa habe man bei der Formulierung des Artikels I nicht gedacht.

Die Festschreibung des Begriffes „Kernwaffenstaat“ wirft jedoch folgende Fragen auf:

a) Fällt ein Vereintes Europa, zu dem Frankreich und/oder Großbritannien gehören, etwa deswegen unter das Unterstützungsverbot des Artikels I, weil es nicht Kernwaffenstaat im Sinne der Festschreibung des Artikels VI war?

b) Wie könnte der Auslegung vorgebeugt werden, die Festschreibung des Artikels VI stehe der These 6 des amerikanischen Interpretationspapiers (s. Anlage<sup>13</sup>) entgegen?

Diese These des Interpretationspapiers, von dem wir im übrigen nicht wissen, welche Relevanz die Sowjets ihm nach Unterzeichnung eines NV-Vertrags zu messen, vertritt die Rechtsmeinung, die Vereinigung europäischer Kernwaffen- und Nichtkernwaffenstaaten zu einem Bundesstaat sei Staatensukzession, die vom Transfer- und Empfangsverbot der Artikel I und II<sup>14</sup> nicht berührt werde.

M.E. bedarf es einer eindeutigeren Klärung derjenigen Texte, die sich später als „Schlupflöcher“ der Gegner der europäischen Einigung und einer ABM-Ausrüstung für dieses Europa erweisen könnten.

<sup>11</sup> Vgl. dazu die Aufzeichnung des Abteilungsleiters im Bundeskanzleramt, Bachmann, vom 18. September 1967; VS-Bd. 4116 (II B 3).

<sup>12</sup> Zum amerikanischen Entwurf eines Nichtverbreitungsabkommens, der der Bundesregierung am 24. Januar 1967 übergeben wurde, vgl. Dok. 38.

<sup>13</sup> Dem Vorgang nicht beigefügt.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut des Artikels II des amerikanisch-sowjetischen Entwurfs vom 24. August 1967 für ein Nichtverbreitungsabkommen vgl. Dok. 314, Anm. 15.



Die Frage, ob ein Vereintes Europa, zu dem auch Frankreich und/oder Großbritannien gehören, Partner des NV-Vertrags sein würde, bleibt dabei offen. Einer Vertiefung dieser Frage bedarf es m. E. derzeit nicht.

Mit meinen besten Grüßen Ihr sehr ergebener

Schnippenkötter<sup>15</sup>

VS-Bd. 4095 (II B 1)

327

**Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg  
an Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO)**

**I A 1-80.10/2-2868<sup>I</sup>/67 VS-vertraulich      Aufgabe: 22. September 1967, 20.23 Uhr<sup>1</sup>  
Fernschreiben Nr. 3462 Plurex  
Cito**

Wir halten nach wie vor an Absprache Gipfelkonferenz Rom vom 30. Mai fest, möglichst noch vor Jahresende weiteres Treffen der Staats-/Regierungschefs der Sechs durchzuführen.<sup>2</sup>

Gedanke, neues Gipfeltreffen durch Außenministerkonferenz vorbereiten zu lassen, trifft bei niederländischer Regierung auf entschiedenen Widerstand.<sup>3</sup>

Bundesaußenminister beabsichtigt daher, anlässlich der Ministerratstagung Europäische Gemeinschaften am 23./24. Oktober in Luxemburg<sup>4</sup> die anderen fünf Außenminister zu informellem Gespräch einzuladen, bei dem Gedankenaustausch zur Vorbereitung neuen Gipfeltreffens stattfinden könnte, ohne daß förmliche Außenministerkonferenz abgehalten wird.

<sup>15</sup> Paraphe vom 25. September 1967.

<sup>1</sup> Der Drahterlaß wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Forster konzipiert. Hat Staatssekretär Schütz am 22. September 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 197.

<sup>3</sup> Am 4. September 1967 teilte Staatssekretär Lahr Botschafter Knoke, Den Haag, aus einem Gespräch mit dem Staatssekretär im niederländischen Außenministerium, de Koster, vom 11. August 1967 mit, „daß die Niederländer gegen eine weitere Gipfelkonferenz der Sechs (wie sie in Rom vereinbart worden ist) keine Einwendungen erheben würden, auch wenn die Verhandlungen über britischen EWG-Beitritt bis dahin keinen wesentlichen Fortschritt gemacht haben sollten.“ In einem Schreiben vom 16. August 1967 habe der niederländische Botschafter van Ittersum dann aber festgestellt, daß seine Regierung „bei Gipfel-Konferenz in Rom weiterem Gipfeltreffen nur unter der Bedingung zugestimmt habe, daß das neue Treffen nicht durch Außenminister-Konferenz vorbereitet würde. Dementsprechend seien in Rom getroffene Absprachen über weiteres Gipfeltreffen und über Prüfung der Möglichkeiten engerer politischer Zusammenarbeit der Sechs durch Außenminister auch in getrennte Kommuniké-Punkte aufgenommen worden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 101; VS-Bd. 2387 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 366.

Zustimmende Äußerungen liegen vor von Couve<sup>5</sup>, Harmel<sup>6</sup> und Grégoire<sup>7</sup>; auch bei Fanfani, der Präsident Saragat auf Überseereise begleitet und sich daher noch nicht äußern konnte, gehen wir von Zustimmung aus. Dagegen haben wir von Luns noch keine persönliche Äußerung. Niederländische Vertreter gaben widersprechende Erklärungen ab. Ein Gespräch zwischen Staatssekretär Lahr und hiesigem niederländischem Botschafter<sup>8</sup> am 19. September im Auswärtigen Amt ergab u. a.:

1) Außenminister Luns wird sich einem informellen Gespräch mit den Außenministern der übrigen EWG-Mitgliedstaaten anlässlich der Tagung des Rats der Europäischen Gemeinschaften am 23./24. Oktober in Luxemburg nicht verschließen.

2) Die niederländische Regierung wird voraussichtlich der Abhaltung einer 2. Gipfelkonferenz der EWG-Mitgliedstaaten in diesem Jahr zustimmen. Die Aussichten für einen erfolgreichen Ablauf dieser Konferenz werden in Den Haag jedoch pessimistisch beurteilt.

Am 20. September berichtete unser Botschafter in Den Haag über ein Gespräch mit dem politischen Direktor des niederländischen Außenministeriums jedoch wie folgt<sup>9</sup>:

„De Ranitz umriß gestern noch einmal die niederländische Position in der Frage einer zweiten Gipfelkonferenz der Sechs noch in diesem Jahr dahingehend, daß die Niederlande sie von einem Fortschritt in der Frage des Beitritts Großbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften abhängig machen müßten.

Informellen Besprechungen zur Erörterung der Opportunität eines zweiten Gipfeltreffens nach 1967, etwa in Form eines Abendessens der sechs Außenminister am 23./24. Oktober gelegentlich der Sitzung des Ministerrats der Europäischen Gemeinschaften könnten die Niederländer nur dann zustimmen, wenn auch der Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften<sup>10</sup> und das für die Außenbeziehungen zuständige Kommissionsmitglied<sup>11</sup> hieran teilnähmen.“

Angesichts dieser Widersprüche erscheint es dringend erforderlich, eine Äußerung von Luns selbst herbeizuführen. Wegen der Eilbedürftigkeit der Angelegenheit möchten wir nicht warten, bis Luns nach Den Haag zurückkehrt.<sup>12</sup> Sie werden daher gebeten, Luns auf die Angelegenheit anzusprechen und sich –

<sup>5</sup> Zur französischen Haltung gegenüber einem informellen Treffen der Außenminister am 23./24. Oktober 1967 in Luxemburg vgl. Dok. 335.

<sup>6</sup> Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 254 des Botschaftsrats I. Klasse Röhrig, Brüssel, vom 14. September 1967; VS-Bd. 2387 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 112 des Botschafters Lüders, Luxemburg, vom 12. September 1967; VS-Bd. 2387 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Gerhard E. Baron van Ittersum.

<sup>9</sup> Für den Drahtbericht Nr. 291 des Botschafters Knoke, Den Haag, vgl. VS-Bd. 2387 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Jean Rey.

<sup>11</sup> Edoardo Martino.

<sup>12</sup> Der niederländische Außenminister Luns hielt sich anlässlich der Eröffnung der UNO-Generalversammlung am 19. September 1967 in New York auf.

woran uns zunächst am meisten liegt – auch seiner Zustimmung zu dem informellen Treffen am 23./24. Oktober zu versichern. Sollte Luns dabei auf Teilnahme von Mitgliedern der Kommission zu sprechen kommen, so legen Sie bitte dar, daß Konferenz der Staats-/Regierungschefs und ihre Vorbereitung Angelegenheit ist, die Regierungen betrifft; Beteiligung von Kommissionsmitgliedern ist daher nicht erforderlich, würde aber schon durch Erweiterung des Kreises den informellen Charakter des Gedankenaustauschs beeinträchtigen und dürfte wohl Widerstand auf anderer Seite hervorrufen. An ähnlicher informeller Zusammenkunft auf Einladung Bundesaußenministers in Brüssel im Juli<sup>13</sup>, deren guter Verlauf von allen Beteiligten gewürdigt wurde, haben im übrigen auch keine Kommissionsmitglieder teilgenommen.

Drahtbericht über Ergebnis Ihres Gesprächs mit Luns erbeten.<sup>14</sup>

Meyer-Lindenberg<sup>15</sup>

**VS-Bd. 2387 (I A 1)**

<sup>13</sup> Zur EG-Ministerratstagung vom 10./11. Juli 1967 vgl. Dok. 261, Anm. 12.

<sup>14</sup> Am 24. September 1967 berichtete Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), der niederländische Außenminister Luns habe seine Teilnahme an einem informellen Treffen der Außenminister anlässlich der EG-Ministerratstagung sofort zugesagt: „Er werde mit dem neuen Staatssekretär de Koster gern kommen und informell über die in Aussicht genommene Gipfelkonferenz ‚plaudern‘. Eine formelle Konferenz halte auch er für unzweckmäßig.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 663; VS-Bd. 2434 (I A 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>15</sup> Paraphe vom 22. September 1967.

## Botschafter Grewe, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt

II A 7-3067/67 VS-vertraulich

22. September 1967<sup>1</sup>

Betr.: Mögliches Ausscheiden Frankreichs aus der NATO

Bezug: Drahtbericht Nr. 1428 geh. vom 21. September 1967

AZ: 20-94.07/2-3281/67 geh.<sup>2</sup>

### A. Vorbemerkung

Ab 24. August 1969 kann jeder NATO-Mitgliedstaat aus dem NATO-Vertrag mit einjähriger Kündigungsfrist ausscheiden<sup>3</sup> – nach französischer Auffassung sogar bereits ab 24. August 1968 mit Wirkung auf 1969. Wird Frankreich diese Möglichkeit nützen? Zunehmend wird diese Frage in NATO-Kreisen erörtert. Der in diesen Tagen vor sich gehende Exodus der NATO aus Paris, der die Lockerung der Beziehungen zwischen den Vierzehn und Frankreich symbolisch unterstreicht, das Verhalten de Gaulles während der Nahost-Krise und die Begleitumstände seiner Québecer Rede<sup>4</sup> haben das Ihre getan, um neue Skepsis hinsichtlich der politischen Absichten Frankreichs wachzurufen. Die Frage liegt nahe, ob nicht das Ausscheiden aus der Allianz den logischen Abschluß einer französischen Politik der Unabhängigkeit darstellt. Besonders Amerikaner und Briten, gegen die sich die französische Politik der atlantischen Desintegration an erster Stelle gerichtet hat, vertreten diese Ansicht. Äu-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Mit Aufzeichnung vom 13. Oktober 1967 legte Botschafter Schnippenkötter den Schriftbericht Staatssekretär Schütz und Bundesminister Brandt vor mit dem Vorschlag der Weiterleitung an Bundeskanzler Kiesinger. Dazu stellte er fest, daß er zwar „im wesentlichen die Auffassung der NATO-Vertretung“ teile, darüber hinaus aber auf einige weitere Gesichtspunkte hinweisen wolle. Für die Bemerkungen vgl. Anm. 5 und 12.

<sup>2</sup> Botschafter Grewe, Paris (NATO), berichtete, daß sich NATO-Generalsekretär Brosio nach einem Gespräch mit dem französischen Außenminister Couve de Murville am 19. September 1967 wenig zuversichtlich über ein Verbleiben Frankreichs in der Allianz geäußert habe: „Er habe jedenfalls in den Antworten Couves keinerlei Zusicherung entdecken können, die das Verbleiben Frankreichs in der Allianz über 1969 hinaus gewährleiste.“ Vgl. VS-Bd. 2479 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Artikel 13 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949: „Nach zwanzigjähriger Geltungsdauer des Vertrags kann jede Partei aus dem Vertrag ausscheiden, und zwar ein Jahr, nachdem sie der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die Kündigung mitgeteilt hat.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 291 f.

<sup>4</sup> Am 24. Juli 1967 erklärte Staatspräsident de Gaulle in einer Rede auf dem Balkon des Rathauses in Montreal: „C'est une immense émotion qui remplit mon coeur en voyant devant moi la ville française de Montréal. [...] Si vous saviez quelle confiance la France, réveillée après d'immenses épreuves, porte vers vous, si vous saviez quelle affection elle recommence à ressentir pour les Français du Canada [...]! C'est pourquoi elle a conclu avec le Gouvernement du Québec, avec celui de mon ami Johnson, des accords, pour que les Français de part et d'autre de l'Atlantique travaillent ensemble à une même oeuvre française. [...] Vive Montréal! Vive le Québec! Vive le Québec libre! Vive le Canada français et vive la France!“ Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 5, S. 191 f. Dazu erklärte Ministerpräsident Pearson am folgenden Tag, Kanada werde jeden Versuch zurückweisen, seine Einheit zu zerstören. Die Ausführungen von de Gaulle bezeichnete er als „unannehmbar für das kanadische Volk und seine Regierung“. Daraufhin brach de Gaulle seinen Aufenthalt am 26. Juli 1967 ab, ohne der Regierung in Ottawa den geplanten Besuch abzustatten. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, Z 180.

ßerungen meiner Kollegen aus diesen Ländern lassen erkennen, daß diese an einem Verbleiben Frankreichs in der Allianz in wachsendem Maße zweifeln.

Prognosen über die Zukunft der französischen NATO-Politik sollten freilich nicht, wie dies gelegentlich geschieht, aufgrund der Annahme getroffen werden, die französische NATO-Politik orientiere sich nicht auch an einer nüchternen Abwägung des Für und Wider, sie werde lediglich durch die Reminiscenzen, Emotionen und Visionen des Mannes im Elysée bestimmt. Die Frage liegt nahe, ob es im Bereiche der praktischen Zusammenarbeit innerhalb der Allianz Anhaltspunkte geben könnte, die es erlauben, für das Jahr 1969 auch substantiell begründete Prognosen zu stellen. Es gibt solche Anhaltspunkte. Ich denke dabei an die Bereiche der Konsultation, der militärischen Zusammenarbeit, des Nachrichtenwesens, der Zivilen Verteidigung, der Infrastruktur und der Rüstung – alles Bereiche, in denen Frankreich mit den Vierzehn weiterhin zusammenarbeitet. Kann Frankreich, wird es auf dieses Zusammenwirken verzichten? Welche Folgerungen ergeben sich für uns?

#### B. Zusammenarbeit der Vierzehn und Frankreichs<sup>5</sup>

##### I. Derzeitiger Stand

Frankreich hat bisher aus seiner Distanzierung von der NATO überwiegend Vorteile gezogen. Es ist innerhalb der politischen Allianz verblieben, ohne militärisch gebunden zu sein. Es fühlt sich weniger nuklear bedroht, ohne die nukleare Rückversicherung der NATO verloren zu haben. Es übernimmt die nationale Verfügung über die NATO-Infrastruktur auf französischem Boden, ohne Ausgleichszahlungen leisten zu müssen. Dieser Gewinnrechnung stehen gewiß auch Verluste gegenüber. Weniger „good will“ in den westlichen Ländern, Absatzschwierigkeiten der französischen Rüstungsindustrie (z. B. der belgische Kauf des deutschen „Leopard“!), alles aber Verluste, die sich in tragbaren Grenzen hielten. Zumindest das amtliche Frankreich sieht sich als „Gewinner“ seiner Politik.

##### II. Perspektiven

Wird Frankreich auch bei vollständigem Ausscheiden aus der Allianz Gewinner sein? Diese Frage ist bisher kaum gestellt worden, kann aber für die Einschätzung der französischen Absichten von Bedeutung sein. Beim Ausscheiden Frankreichs aus der konkreten Zusammenarbeit dürfte sich etwa folgende Entwicklung abzeichnen:

##### 1) Konsultation

a) Bisherige Mitarbeit: Frankreich nimmt an der politischen Konsultation teil. Zweifellos sind sich die Franzosen der großen Vorteile für die Wahrnehmung ei-

<sup>5</sup> Dazu stellte Botschafter Schnippenkötter am 13. Oktober 1967 fest: „In diesem Teil ist das wichtige Gebiet der Zusammenarbeit der Vierzehn und Frankreichs auf dem Gebiet des militärischen Nachrichtenwesens (Intelligence) nicht erwähnt. Frankreich hat bisher großen Wert darauf gelegt, diese Zusammenarbeit auch nach seinem Ausscheiden aus der integrierten NATO-Verteidigung fortzusetzen. Der französische Generalstab bezieht den größten Teil seiner nachrichtendienstlichen Informationen über die Streitkräfte der Warschauer-Pakt-Staaten von der NATO. Falls Frankreich aus der NATO austritt und damit auch an dem nachrichtendienstlichen Informationsaustausch im Rahmen der NATO nicht mehr teilnimmt, wären die Nachteile für Frankreich erheblich, für die Vierzehn dagegen nur geringfügig.“ Vgl. VS-Bd. 2479 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

gener Interessen bewußt, die ihnen die Ausübung des Veto-Rechts bei wichtigen Entscheidungen verschaffen kann.

b) Konsequenzen des Ausscheidens: Die Möglichkeit, durch Androhung eines Veto die Politik der Allianz zu beeinflussen, entfällt. Darüber hinaus würden die Franzosen einer hervorragenden Möglichkeit zum Verständnis von Atmosphäre und Tendenzen in der Allianz sowie der Möglichkeit, sich in Maßnahmen zur Krisenbewältigung einzuschalten, verlustig gehen. Ein Ausbau bilateraler Konsultationen dürfte nicht ausreichen, um diese Lücke zu schließen.

c) Bewertung: Die Nachteile des Ausscheidens aus dem Konsultationsverfahren halten sich zwar in Grenzen, da sie die außenpolitischen Möglichkeiten Frankreichs nicht elementar beeinträchtigen. Sie sollten gleichwohl wegen der Verluste des Veto-Hebels und des Einblicks in das innere Gefüge der Allianz nicht unterschätzt werden.

## 2) Militärische Verbindung und Zusammenarbeit

a) Bisherige Mitarbeit: Auch nach dem Rückzug Frankreichs aus der militärischen Integration sind gewisse Mindestformen von Zusammenarbeit und Verbindung übrig geblieben, die vom Standpunkt der 14 Partner Frankreichs höchst unbefriedigend sind – vom französischen Standpunkt aus gesehen jedoch sehr viel positiver zu bewerten sind:

- Arrangements zwischen der französischen Marine und SACLANT;
- Abmachungen über die Aufgabe und Stellung der französischen Truppen in Deutschland im Falle eines Angriffs und ihr Zusammenwirken mit dem NATO-Kommando (Briefwechsel Ailleret-Lemnitzer<sup>6</sup>);
- Aufrechterhaltung von Verbindungsstäben und -offizieren beim MC und den höheren NATO-Kommandeuren.

b) Konsequenzen des Ausscheidens: Beim Ausscheiden Frankreichs aus der Allianz würden diese letzten Formen der militärischen Zusammenarbeit und Verbindung hinfällig werden. Wertvolle Informationsquellen würden versiegen. Die Realisierung einer gemeinsamen Verteidigung gegen einen Angriff, wenn Frankreich sie einmal wünschen sollte, würde erschwert.

c) Bewertung: Da die gegenwärtigen Arrangements Frankreich praktisch keine Pflichten, sondern im wesentlichen Rechte und Vorteile bieten, bedeutet ihre Liquidierung einen Nachteil, den man auf militärischer französischer Seite sicher nicht gering einschätzt.

## 3) Infrastruktur

a) Bisherige Mitarbeit: Frankreich beteiligt sich beschränkt an folgenden Projekten der NATO-Infrastruktur:

- NADGE<sup>7</sup> (Frühwarn-System):

Die noch immer verwundbare Force de Frappe und die französische Luft- und Zivilverteidigung sind auf die Luftlage-Meldungen von NATO angewiesen.

<sup>6</sup> Zu den Schreiben des Oberbefehlshabers der amerikanischen und der NATO-Streitkräfte in Europa, Lemnitzer, vom 10. August 1967 und des Chefs des französischen Generalstabs, Ailleret, vom 22. August 1967 vgl. Dok. 330.

<sup>7</sup> NATO Air Defence Ground Environment.

- CEPS<sup>8</sup> (mitteleuropäisches Pipeline-System):  
Frankreich ist an dem Ausbau des inländischen Teils des Systems interessiert, damit es ggfs. für kommerzielle Zwecke benutzt werden kann.
- NAMSO<sup>9</sup> (NATO Ersatzteil-Organisation):  
Frankreichs Mitarbeit bezieht sich vor allem auf die Versorgung mit HONEST JOHN- und HAWK-Raketen.
- b) Konsequenzen des Ausscheidens:
  - NADGE:  
Erhebliche Nachteile für die französische Luft- und Zivilverteidigung. In strategischer Hinsicht sind diese Nachteile geringer, sobald die Force de Frappe „gehärtet“ sein wird (mit Raketen bestückte Unterseeboote mit nuklearem Antrieb).
  - CEPS:  
Das Ausscheiden aus CEPS brächte Frankreich zwar den Nachteil, die Betriebskosten des in Frankreich gelegten Pipeline-Systems allein tragen zu müssen. Dieser Nachteil könnte durch kommerzielle Ausnützung kompensiert werden.
  - NAMSO:  
Die zunächst auftretenden Nachteile dürften nach Veralten von HONEST JOHN und HAWK entfallen.
- c) Bewertung: Mit Ausnahme des Bereichs „Frühwarnsystem“ ergeben sich keine wesentlichen Nachteile.
- 4) Fernmeldewesen
  - a) Bisherige Mitarbeit: Frankreich ist an der Planung und an der Finanzierung der beiden NATO-Programme für Fernmeldeverbindungen
    - dem NATO-weiten Fernmeldesystem für Spannungs- und Krisenzeiten (Politische Konsultationsverbindungen) und
    - dem NATO-Fernmeldesatelliten-Programm (Politische Konsultations- und militärische Führungsverbindungen)nicht beteiligt. Im Rahmen dieser Projekte sind Fernmeldeeinrichtungen auf französischem Boden nicht vorgesehen. Frankreich hat bisher auf eine Beteiligung an dem o. a. Fernmeldesystem keinen Wert gelegt. Dagegen hat es Anfang 1967 den Wunsch geäußert, als Mitproduzent an der Phase II des Fernmeldesatelliten-Programms beteiligt zu werden, das wegen der bei seiner Verwirklichung abfallenden technischen Erkenntnisse von besonderem wirtschaftlichen Interesse ist. (Mit amerikanischem Widerstand – Reaktion auf die französische NATO-Politik! – ist freilich zu rechnen.)
  - b) Konsequenzen des Ausscheidens: Solche sind derzeit nicht gegeben, da Frankreich bisher an der Produktion innerhalb des NATO-Fernmeldesatelliten-Programms nicht beteiligt ist.
  - c) Bewertung: Zur Zeit keine Nachteile bei einem Ausscheiden.

<sup>8</sup> Central Europe Pipeline System.

<sup>9</sup> NATO Maintenance and Supply Organisation.

### 5) Zivile Notstandsplanung

a) Bisherige Mitarbeit: Frankreich hat bisher auf allen Gebieten der zivilen Notstandsplanung aktiv mitgearbeitet. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Planung für die zivilen NATO-Kriegsbehörden (für die Versorgung, den Transport und für Flüchtlinge).

b) Konsequenzen des Ausscheidens: Ein Ausscheiden Frankreichs aus der NATO hätte zur Folge, daß

- das für die Besetzung in den genannten Behörden vorgesehene französische Personal durch Personal anderer Nationalität ersetzt würde (dies gilt insbesondere für die Europäische Versorgungsbehörde und die Flüchtlingsbehörde, die nach den bisherigen Planungen von Franzosen geleitet werden sollten);
- diejenigen Kriegsbehörden, deren Sitze in Frankreich vorgesehen waren (Europäische Versorgungsbehörde, Flüchtlingsbehörde und zivile Luftfahrtbehörde), in anderes Land verlegt werden.

c) Bewertung: Alle diese Folgen bringen keine Verschlechterung der materiellen Position Frankreichs mit sich.

### 6) Rüstungszusammenarbeit

a) Bisherige Zusammenarbeit: Der Rüstungssektor ist der einzige Bereich, der vom Rückzug Frankreichs aus der militärischen Integration unberührt geblieben ist. Frankreich ist im obersten NATO-Rüstungs-Gremium hochrangig vertreten; es beteiligt sich an fast allen Ausschüssen für die Ausrüstung der Teilstreitkräfte; sein Interesse auf dem Rüstungsgebiet schlägt sich u. a. in der Beteiligung an folgenden Forschungszentren nieder: AGARD<sup>10</sup>; SHAPE Technical Center; SACLANT Forschungsstelle für U-Boot-Abwehr.

Ferner beteiligt sich Frankreich an folgenden Gemeinschaftsprojekten:

- Bréguet Atlantic
- HAWK
- Flugabwehrraketen für Schiffe „Sea Sparrow“ (US-Entwicklung)
- Panzerabwehrraketen 2. Generation (HOT und MILAN)
- Kodifizierung und Standardisierung von Hauptgeräten und Ersatzteilen

Es hat ferner in jüngster Zeit die Entwicklung des Erdkampfflugzeugs „Jaguar“ und die Entwicklung von Landungshilfen als neue Gemeinschaftsprojekte vorgeschlagen.

b) Konsequenzen des Ausscheidens: Frankreich würde folgender Vorteile verlustig gehen:

- Der Informationsquelle über Planung und Entwicklung der Rüstungsindustrien der höchstentwickelten Industrienationen der Welt;
- der Ersparnisse, die sich bei arbeitsteiliger Produktion großer Mengen für die Produktionspartner ergeben;
- des sicheren Auftragseingangs bei der französischen Industrie für bisher überproportionelle Anteile an der Gemeinschaftsproduktion;
- der Chance, normierte, auf NATO-Niveau stehende Rüstungsgüter innerhalb der Allianz und außerhalb des Bündnisses exportieren zu können.

<sup>10</sup> Advisory Group for Aeronautical Research and Development.



c) Bewertung: Frankreich würde beim Ausscheiden aus der Rüstungszusammenarbeit erhebliche Nachteile erleiden. Freilich hat Frankreich auf bedeutenden Rüstungssektoren die Nachteile autarken Wirtschaftens bereits in Kauf genommen (Force de Frappe, Flugzeuge, gepanzerte Fahrzeuge). Es ist unabhängig hiervon bemüht gewesen, in den meisten anderen Sektoren eine Rüstungszusammenarbeit mit anderen Staaten bilateral zu realisieren. Diese Zusammenarbeit kann es auch nach seinem Ausscheiden fortsetzen. Die Nachteile in der Frage der Kosten und technologischen Erkenntnisse wiegen gleichwohl schwer. Auch die Position Frankreichs als Exporteur von Waffen könnte durch ein Ausscheiden aus der NATO in Mitleidenschaft gezogen werden. Ein französisches Interesse an einem Verbleiben in der NATO dürfte somit unter dem Gesichtspunkt der Rüstungszusammenarbeit außer Frage stehen.

### C. Folgerungen

1) Aus vorstehender Übersicht ergibt sich, daß Frankreich bei einem Ausscheiden aus der NATO erhebliche Nachteile erleiden könnte. Diese würden sich aus dem Verlassen des Konsultationsmechanismus und aus dem Verlust des Veto-Hebels ergeben, der ihm eine ständige Beeinflussung der Politik anderer NATO-Mächte erlaubt. Darüber hinaus ist es durchaus möglich, daß der Austritt aus der NATO gerade diejenige Situation herbeiführt, die de Gaulle zu vermeiden sucht, nämlich eine Konsolidierung der Allianz, die seinem Ziel einer Auflösung der Bündnisse entgegenstehen würde. Man wird sich jedenfalls in Paris überlegen müssen, ob der Vollzug des Austritts nicht dazu führt, Frankreich für den Osten weniger interessant zu machen.

Weitere Nachteile würden sich aus der Isolierung Frankreichs auf dem Rüstungssektor und aus dem Verlust der Luftlagemeldungen des NADGE-Systems ergeben. Ferner wäre in wirtschaftlicher Hinsicht mit sekundären Wirkungen (Beeinträchtigung des militär-technischen „know how“, Ausschluß von NATO-weiten Auftragserteilungen usw.) zu rechnen. Frankreich wäre bei einem vollständigen Ausscheiden aus der Allianz eher Verlierer.

Gleichwohl ist es unwahrscheinlich, daß sich Präsident de Gaulle durch Überlegungen dieser Art letztlich bestimmen lassen wird. Keiner der aufgeführten Nachteile dürfte so weit reichen, daß entweder de Gaulle um ihretwillen von einem Ausscheiden aus der NATO abzusehen hätte oder daß die Gegner einer solchen Politik auf genügend Unterstützung in der französischen Öffentlichkeit rechnen könnten, um den General zu einem Einlenken zu bewegen. Sein Appell, sich fremder Einflüsse zu erwehren, und seine Ankündigung, er werde Frankreich möglicherweise aus einem Konflikt zwischen Ost und West heraushalten können, werden voraussichtlich auch in Zukunft denjenigen Widerhall bei der französischen Nation finden, dessen er bedarf, um seine Politik der Unabhängigkeit Frankreichs konsequent fortzusetzen. Frankreichs Verbleiben in der Allianz dürfte somit weiterhin von der Lage der Jahre 1968/69 abhängen. Dies heißt:

- De Gaulle wird möglicherweise die NATO dann verlassen, wenn seine Interpretation des Standes der Ost-West-Beziehungen eine Kündigung erlaubt oder ein Kündigung nach seiner Meinung notwendig ist, um diese Entspannung zu fördern.

2) Diese Situation ist heute noch nicht gegeben. Die NATO-Politik Frankreichs ist daher auch nicht in den letzten Umrissen festgelegt. Der kürzliche Beschluß, die Genehmigung für Überflüge französischen Territoriums durch NATO-Flugzeuge von einem auf zwölf Monate auszudehnen, könnte dafür sprechen, daß es den Draht zu den Vierzehn nicht völlig abreißen lassen will. Es erscheint infolge dessen verfrüht, fest mit einem Ausscheiden Frankreichs aus der NATO zu rechnen.

3) Eben dieses Abwarten der Franzosen kann für uns freilich komplizierte Probleme aufwerfen. Sicher wird die Tendenz zur Vertragskündigung stärker sein, wenn Frankreich annimmt, es könne dann die notwendige Absicherung gegenüber Moskau durch Ausbau bilateraler Beziehungen zu westlichen Ländern gewährleisten. Die USA und das Vereinigte Königreich kommen hierfür derzeit kaum in Frage. Die deutsch-französischen Beziehungen erscheinen damit in einem neuen Lichte. Es ist möglich, daß Frankreich versuchen wird, seine bilaterale Zusammenarbeit mit uns auszubauen. Die deutsch-französische Studie über Sicherheitsprobleme in den 70-er Jahren, die gemeinsame Rüstungsforschung – dies sind nur einige der möglichen Ansatzpunkte einer französischen Politik, die sich durch Sicherung des deutschen Glacis mehr Bewegungsfreiheit gegenüber West und Ost zu erringen hofft. Wir werden mit weiteren französischen Offerten zu rechnen haben, eventuell auch solchen, die unser Verhältnis zur Allianz auf die Probe stellen. Die deutsche Außenpolitik könnte sich damit vor Entscheidungen gestellt sehen, die etwa wie folgt lauten:

- Sollen wir auf diese Annäherungsversuche eingehen, um die deutsch-französische Beziehung reibungsfrei zu erhalten?
- Oder erleichtern wir dadurch den Franzosen den Entschluß zum Verlassen der NATO und sollten wir uns daher nicht ihnen gegenüber in einigen kritischen Bereichen zurückhalten?<sup>11</sup>

4) Ich würde es für richtig halten, eine solche Situation frühzeitig ins Auge zu fassen. Wenn uns diese Lage u. U. viel taktische Geschicklichkeit abverlangt, so eröffnet uns doch die Tatsache, daß wir für die Franzosen möglicherweise „interessant“ werden, ihnen gegenüber auch bessere Möglichkeiten selbstbe-

<sup>11</sup> Zu diesen beiden Absätzen bemerkte Botschafter Schnippenkötter am 13. Oktober 1967: „Abteilung II glaubt nicht, daß de Gaulle einen NATO-Austritt mit weitgehenden Angeboten dieser Art an uns verbinden würde und daß wir wegen dieser Eventualität unsere Haltung gegenüber Frankreich modifizieren sollten. [...] Eine Verstärkung der deutsch-französischen und der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung liegt zwar auch auf der Linie der französischen Politik. Doch ist es zweifelhaft, ob de Gaulle diese Alternative seiner Zielsetzungen verfolgen will und noch verfolgen kann, wenn er Frankreich aus der NATO herauslöst. Er würde sich hierdurch die Wirkungen gegenüber der Sowjetunion und dem Ostblock verschmerzen, die er durch einen NATO-Austritt erzielen möchte. [...] Frankreich ist für die Sowjetunion in dem Maße interessant, wie es ein Spaltungselement im westlichen Bündnis darstellt. Würde aber Frankreich zum Mitträger einer neuen westeuropäischen Gruppierung, in der auch Deutschland einen maßgebenden Einfluß hätte, so würde Moskau dies als gegen sich gerichtet betrachten. In Paris ist man sich dessen wohl bewußt. [...] Der Austritt Frankreichs aus der NATO würde deswegen unseren Handlungsspielraum innerhalb des Bündnisses einengen. Insoweit folgt Abteilung II den Schlußfolgerungen im Bericht von Botschafter Grewe nicht. Wir wären noch mehr als bisher auf die NATO und auf den Zusammenhalt der ‚Vierzehn‘ angewiesen. Auch würde das deutsch-französische Verhältnis, ähnlich wie im Verlauf der NATO-Krise von 1966, neuen Belastungen ausgesetzt.“ Vgl. VS-Bd. 2479 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

wußter Bewegungsfreiheit, solange sie uns nicht vor die Alternative „Frankreich oder NATO“ stellen.

gez. Grewe

VS-Bd. 2479 (I A 1)

## 329

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete

II A 7-81.08/6-48/67 streng geheim

25. September 1967<sup>1</sup>

Betr.: Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO in Ankara  
am 28. und 29. September 1967<sup>2</sup>

I. Die Nukleare Planungsgruppe der NATO (NPG), der zur Zeit die Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Deutschlands, Italiens, der Niederlande und der Türkei angehören, tritt am 28. und 29. September in Ankara zu ihrer zweiten Sitzung auf Ministerienebene zusammen. Die NPG ist ein Unterausschuß des „Ausschusses für Fragen der nuklearen Verteidigung“ (NDAC), dem die Verteidigungsminister aller NATO-Staaten mit Ausnahme Frankreichs angehören.

In der Sitzung in Ankara werden im wesentlichen folgende Fragen behandelt werden:

- 1) Entwicklung von Plänen für nukleare Sprengmunition (ADM).
- 2) Mögliche Verwendung taktischer Nuklearwaffen.

Beide Untersuchungen sind Vorarbeiten für die spätere Entwicklung eines Konzepts für den taktischen Einsatz nuklearer Waffen.

- 3) Auswirkungen des Aufbaus eines antiballistischen Raketensystems (ABM).

Diese Frage hat durch die Entscheidung der amerikanischen Regierung, ein leichtes ABM-System in den USA aufzubauen<sup>3</sup>, besondere Bedeutung erhalten.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Behrends konzipiert.

Hat Ministerialdirektor Ruete am 29. September 1967 erneut vorgelegen, der für Referat II A 7 handschriftlich vermerkte: „S. 11“. Vgl. Anm. 11.

<sup>2</sup> Vgl. dazu CARSTENS, Erinnerungen, S. 345–347.

<sup>3</sup> Am 14. September 1967 teilte der amerikanische Botschafter bei der NATO in Paris, Cleveland, dem Ständigen NATO-Rat mit, daß die USA ein begrenztes Raketenabwehrsystem aufbauen wollten, „das der Verteidigung des Gebietes der USA (area defence), aber auch der punktuellen Verteidigung (terminal defence) einiger Minuteman-Abschußbasen dienen solle. Es werde angenommen, daß die ersten Einrichtungen 1972 arbeitsfähig, das ganze System 1974 fertiggestellt sein werde. Das Ziel des ABM-Systems sei a) Schutz gegen Raketenangriffe, die China in den 70er Jahren unternehmen [könnte] und b) Schutz der Minuteman-Raketen gegen Zerstörung durch die S[owjet]U[nion] (Erhaltung der „second strike capability“).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1385 des Botschafters Grewe, Paris (NATO); VS-Bd. 3606 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. dazu ferner den Drahterlaß des amerikanischen Außenministers Rusk vom 14. September 1967 an die amerikanische Vertretung bei der NATO in Paris; FRUS 1964–1968, XI, S. 512–515.

Am 18. September 1967 informierte der amerikanische Verteidigungsminister McNamara Vertre-

Es ist damit zu rechnen, daß es in Ankara zu einer eingehenden Debatte über die Auswirkungen dieser amerikanischen Entscheidung auf Europa und die Atlantische Allianz kommen wird.

4) Die Frage der nationalen Beteiligung der nichtnuklearen NATO-Staaten an der nuklearen Planung (vor allem Zielplanung) steht zwar auf der Tagesordnung, wird aber nicht im einzelnen diskutiert werden, da noch keine ausreichenden Vorarbeiten geleistet sind.

Die für Deutschland besonders wichtige Frage der Einflußnahme des Gaststaates auf die Entscheidung über die Freigabe nuklearer Waffen (Problem des Vetorechts) wird in Ankara nicht behandelt werden. Dies entspricht unseren Interessen, weil eine multilaterale Diskussion dieses Themas die Durchsetzung unserer Ziele eher erschweren als erleichtern würde. Die amerikanische Regierung hat erkennen lassen, daß sie großes Verständnis für die deutschen Wünsche hat, daß sie eine Lösung dieses Problems jedoch nur durch diskrete bilaterale deutsch-amerikanische Vereinbarungen für möglich halte. Bei einer multilateralen Diskussion dieses Themas ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß andere NATO-Staaten die gleichen Rechte fordern würden, welche die Bundesrepublik Deutschland, in der fast das gesamte nukleare Arsenal der Allianz gelagert ist, für sich beansprucht. Eine solche Multiplizierung nationaler Vetorechte würde die nukleare Abschreckung illusorisch machen und würde von den USA unter keinen Umständen akzeptiert werden.<sup>4</sup>

Ebenso wird das Problem der Unterrichtung der Gaststaaten über die nukleare Lagerhaltung in Ankara nicht behandelt werden. Die amerikanische Regierung hat sich bereits in der letzten NPG-Sitzung in Washington im April 1967 grundsätzlich bereit erklärt, den Gaststaaten detaillierte Informationen zu geben.<sup>5</sup> Bundesminister Schröder hat in einem mit dem Auswärtigen Amt abgestimmten Schreiben an McNamara vom 30.7.67 die deutschen Informations-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1299*

ter der Nachrichtenagentur UPI in San Francisco über den Entschluß zum Aufbau eines ABM-Systems. Für den Wortlaut der Rede vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 57, 1967, S. 443–451. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 435–445.

<sup>4</sup> Dazu berichtete Botschafter Grewe, z. Z. Ankara, am 29. September 1967 von der Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe: „Dieser Punkt wurde nur kurz behandelt, weil Einvernehmen darüber bestand, daß die vorliegende Studie des Militärausschusses keine ausreichende Grundlage für eine Entscheidung biete. Der italienische Verteidigungsminister wies auf die Notwendigkeit hin, auch auf der Ebene der höheren NATO-Befehlshaber nationale Gesichtspunkte in die nukleare Planung anzuführen. [...] Auf deutschen Vorschlag beauftragten die Minister den Militärausschuß, die Möglichkeiten verstärkter nationaler Beteiligung an der Planung auf der Ebene der höheren NATO-Befehlshaber und die Frage der Verbindung zu nationalen amerikanischen nuklearen Planungsgremien zu prüfen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 817; VS-Bd. 890 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Die erste Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe fand am 6./7. April 1967 statt. Ministerialdirektor Ruete vermerkte dazu: „Hierfür hatten wir ein umfangreiches Memorandum über die Frage des Einflusses der örtlichen Regierungen auf den Einsatz der auf ihrem Gebiet stationierten Kernwaffen vorgelegt, wobei auch die Frage eines Kernwaffeneinsatzes gegen deutsches Gebiet einbezogen wurde. Als für uns positives Ergebnis dieser Vorlage ist festzuhalten, daß McNamara unumwunden anerkannt hat, daß der Bundesregierung in dieser Frage bisher eine wesentlich schwächere Position eingeräumt worden ist als allen anderen europäischen Staaten, auf deren Gebiet Kernwaffen stationiert waren oder sind. Er hat erkennen lassen, daß er zu einer Änderung dieser Lage bereit ist. Darüber hinaus hat er sich zu einer Prüfung der deutschen Wünsche in Bezug auf die Probleme der Lagerung dieser Waffen auf deutschem Boden bereit erklärt.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 2. August 1967; VS-Bd. 4101 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

wünsche präzisiert. McNamara hat in seinem Antwortschreiben vom 14. 8. 67 eine baldige amerikanische Antwort in Aussicht gestellt.

II. Im einzelnen werden in Ankara folgende Themen behandelt:

1) Entwicklung von Plänen für nukleare Sprengmunition (ADM)

Die NPG hatte in ihrer Sitzung in Washington im April 1967 SHAPE und den Militärausschuß der NATO beauftragt, Pläne für den Einsatz von ADM sowohl im Mittelabschnitt (d.h. in der Bundesrepublik Deutschland) als auch im Südostabschnitt (osttürkisches Grenzgebiet zur Sowjetunion) auszuarbeiten. Beide SHAPE-Studien liegen inzwischen vor.

Nach diesen Studien sind die Vorteile des Einsatzes von ADM:

- Sie sind wirksamer, billiger, einfacher in der Handhabung und erfordern einen geringeren Personalaufwand als konventionelle Sprengmunition.
- Durch die Anlage von Geländesperren durch ADM kann der Gegner daran gehindert werden, schnelle Geländegewinne zu erzielen. Unter optimalen Einsatzbedingungen kann der gegnerische Angriff um mehrere Tage aufgehalten werden.
- Da ADM nur auf eigenem Territorium zum Herstellen von Geländesperren eingesetzt werden und nicht dazu bestimmt sind, dem Feind Verluste zuzufügen, ist die Gefahr einer Eskalation geringer als beim Einsatz taktischer Nuklearwaffen.

Die Problematik des Einsatzes von ADM ist:

- Verluste der eigenen Zivilbevölkerung können nur vermieden werden, wenn diese aus den Einsatzgebieten rechtzeitig evakuiert wird.
- Der Einsatz von ADM, die im Frieden im rückwärtigen Gebiet gelagert sind, ist militärisch nur dann sinnvoll, wenn sie rechtzeitig in die Einsatzgebiete gebracht werden und der amerikanische Präsident bei einem gegnerischen Angriff den Einsatz sehr schnell freigibt.

Wenn die ADM erst gezündet werden, nachdem der Gegner das Einsatzgebiet erreicht hat, sind Verluste des Gegners unvermeidlich. Dies würde die Gefahr einer Eskalation in den Nuklearkrieg erhöhen.

Die SHAPE-Studien kommen zu dem Ergebnis, daß der Einsatz von ADM in der Osttürkei leichter ist als im Mittelabschnitt, weil in der nur dünn besiedelten Osttürkei die rechtzeitige Evakuierung der Zivilbevölkerung kein Problem darstellt und die eskalierende Wirkung des Einsatzes von ADM dort geringer ist als beim Einsatz im Zentralabschnitt. Die politische Frage, wie die notwendige schnelle Freigabe von ADM sichergestellt werden kann, ist in den SHAPE-Studien nicht behandelt.

Der türkische Verteidigungsminister wird fordern, daß der amerikanische Präsident<sup>6</sup> die Entscheidung über die Freigabe von ADM in der Osttürkei an SACEUR delegiert. Es ist nicht damit zu rechnen, daß diese Forderung von anderen Mitgliedern der NPG unterstützt wird.

<sup>6</sup> Lyndon B. Johnson.

Staatssekretär Carstens beabsichtigt, zur Frage des ADM-Einsatzes wie folgt Stellung zu nehmen:

- a) Die SHAPE-Studien haben gezeigt, daß ADM ein sehr wirksames Verteidigungsmittel sind.
- b) In der dichtbesiedelten Bundesrepublik wird der Einsatz von ADM von der Notwendigkeit bestimmt sein müssen, die Bevölkerung zu schützen. Da wir nicht mit Sicherheit davon ausgehen können, daß Evakuierungsmaßnahmen durchführbar sind, werden die optimalen militärischen Einsatzmöglichkeiten der ADM in Deutschland nicht ausgenutzt werden können.
- c) Da ADM ausschließlich Defensivwaffen sind, wird ihr Einsatz nicht notwendigerweise die Eskalation in einen Nuklearkrieg in Gang setzen.
- d) Die NPG und SHAPE sollten prüfen, wie durch Vereinfachung des Freigabeverfahrens für ADM ihr rechtzeitiger Einsatz ermöglicht werden kann.
- e) Über den Einsatz der ADM in der Osttürkei könnte der NATO-Rat bereits im Frieden detaillierte Entscheidungen treffen, während jedoch der amerikanische Präsident erst bei einem Angriff über die Freigabe entscheiden sollte.

Das Bundesministerium der Verteidigung ist sich darüber im klaren, daß die Frage des Einsatzes von ADM in Deutschland ein innenpolitisch brisantes Thema ist und daß eine gewisse Zurückhaltung insbesondere gegenüber der Presse geboten ist.

## 2) Mögliche Verwendung taktischer Nuklearwaffen

Der Diskussion liegt eine umfangreiche deutsche militärische Studie vom 11.9.1967<sup>7</sup> für den Zentralabschnitt und eine italienische Studie für den Südabschnitt<sup>8</sup> zugrunde. Die deutsche Studie, die noch nicht abgeschlossen ist, beruht auf gründlichen, kriegsspielmäßig durchgeführten Untersuchungen in der Führungsakademie der Bundeswehr. Sie untersucht die Auswirkungen eines selektiven Einsatzes von vier taktischen Nuklearwaffen und kommt zu folgenden Ergebnissen:

- a) Der taktische Einsatz nuklearer Waffen wird ungünstige psychologische Auswirkungen sowohl auf die eigenen Truppen wie auch auf die Bevölkerung des unmittelbar betroffenen Landes haben. Der Warschauer Pakt kann auf die erstmalige Anwendung nuklearer Waffen durch die NATO mit einer weltweiten politischen Offensive antworten.
- b) Der Zeitbedarf für das Anforderungs- und Freigabeverfahren bei taktischen Nuklearwaffen ist zu groß. Dies wird sehr oft dazu führen, daß der selektive Einsatz taktischer Nuklearwaffen zu spät kommt und seine Zweckbestimmung, die Entschlossenheit der NATO zur nuklearen Verteidigung zu demonstrieren, und dadurch den Konflikt schnell einzudämmen, nicht mehr erfüllen kann.
- c) Folgende Reaktionen des Gegners auf den selektiven Einsatz von Nuklearwaffen sind am wahrscheinlichsten:

<sup>7</sup> Für die Aufzeichnung vgl. VS-Bd. 890 (II A 7).

<sup>8</sup> Für die Aufzeichnung vom 4. September 1967 vgl. VS-Bd. 890 (II A 7).

- der Gegner nimmt den begrenzten nuklearen Ersteinsatz ohne nukleare Erwidierung hin;
- er stellt die Kampfhandlungen nach Gewinnen eines begrenzten Zieles ein und bietet Verhandlungen an;
- der Gegner erwidert nuklear, aber mit geringer eskalatorischer Wirkung.

Um unvernünftige Reaktionen des Angreifers zu vermeiden, sollte jeder selektive nukleare Einsatz der NATO von einer Erklärung begleitet sein, die dem Angreifer die selbstauferlegten Beschränkungen zu erkennen gibt. Es ist daher sehr wichtig, Kontakte zur feindlichen Regierung aufrechtzuerhalten.

d) Wenn auch die Initiative der NATO zum selektiven Einsatz nuklearer Waffen unter gewissen Umständen unvermeidlich sein kann, so ist doch ein mehrfacher, sich steigender selektiver taktischer Nuklearwaffeneinsatz untragbar, weil wegen der hohen Bevölkerungs- und Bebauungsdichte schon nach kurzer Zeit hohe Menschenverluste und schwere Zerstörungen zu erwarten sind.

Die NPG wird voraussichtlich beschließen, die Studien über diese Thema fortzusetzen.

### 3) Auswirkungen des Aufbaus eines anti-ballistischen Raketensystems (ABM)

Grundlage der Diskussion dieses Themas ist eine auf Expertenebene unter Mitwirkung mehrerer Delegationen gefertigte Studie.<sup>9</sup> Diese Studie berücksichtigt noch nicht die Entscheidung der amerikanischen Regierung, ein leichtes ABM-System in den Vereinigten Staaten zu errichten.

Die Studie kommt zu der Frage der möglichen Einrichtung eines ABM-Systems in Europa zu folgenden Ergebnissen:

- a) Im Unterschied zu den Vereinigten Staaten ist in Europa nur die Einrichtung eines „schweren“ umfassenden ABM-Systems militärisch sinnvoll.
- b) Ein solches schweres ABM-System in Europa würde Investitionsausgaben von 10,3 Mrd. Dollar und jährliche Betriebskosten von 0,6 Mrd. Dollar erfordern.
- c) Auch ein ABM-System könnte nicht verhindern, daß schwere Verluste der zivilen Bevölkerung entstehen. (Nach neuesten amerikanischen Angaben ist allerdings die technische Wirksamkeit des amerikanischen ABM-Systems so groß, daß dadurch die Verluste wesentlich vermindert werden können.)
- d) Ein ABM-System in Europa bietet vor allem Schutz gegen sowjetische MRBM, dagegen nicht gegen die Mehrzahl der taktischen Nuklearwaffen und gegen Flugzeuge.
- e) Bei Errichtung eines ABM-Systems in Europa ist wahrscheinlich ein wesentlicher Ausbau der zivilen Verteidigung und des Schutzraumbaus erforderlich.
- f) Bei der kurzen Flugzeit von MRBM stehen in Europa für die Entscheidung über den Einsatz von ABM nur wenige Minuten zur Verfügung. Die Entscheidung über Freigabe und Einsatz würde daher weitgehend auf einen militärischen Befehlshaber delegiert werden müssen.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut vgl. VS-Bd. 890 (II A 7).

- g) Hinsichtlich der politischen Kontrolle wären drei Lösungsmodelle möglich
- ein integriertes System unter europäischer Kontrolle:  
Dieses Modell ist mit dem Prinzip der Nichtverbreitung nicht vereinbar, solange Europa nicht zu einem Staat vereinigt ist.
  - ein gemischtes amerikanisches/europäisches System:  
Diese Lösung stellt schwierige Probleme der Beteiligung der nichtnuklearen Staaten an Planung und Einsatzentscheidung;
  - ein ausschließlich amerikanisches Kontrollsystem:  
Dies wäre für die europäischen NATO-Staaten nicht akzeptabel.

Die Studie wird mit Sicherheit eine wichtige Diskussion darüber auslösen, ob und unter welchen Voraussetzungen im Lichte der jüngsten amerikanischen Entscheidung die Errichtung eines ABM-Systems in Europa zweckmäßig ist.

Staatssekretär Carstens erwägt, wie folgt Stellung zu nehmen:

- Die deutsche Regierung hat Verständnis für die Gründe, die die amerikanische Regierung bewogen haben, ein leichtes ABM-System zu errichten.
- Die ABM-Frage ist im Zusammenhang mit dem Problem der Nichtverbreitung zu sehen. Durch die ABM-Rüstung sind nach der Sowjetunion auch die Vereinigten Staaten in eine neue Dimension des nuklearen Wettrüstens eingetreten. Dadurch wird der Machtabstand zwischen den nuklearen und nicht-nuklearen Staaten, der durch den NV-Vertrag fixiert wird, noch weiter vergrößert.
- Wir Europäer müssen prüfen, ob wir uns nicht selbst unter den Schutz eines ABM-Systems stellen können. Wenn sich dies als möglich und notwendig erweist, ist es Pflicht der europäischen NATO-Partner, die dafür erforderlichen finanziellen Belastungen auf sich zu nehmen.

Abteilung II hat das Bundesministerium der Verteidigung am 22. davon unterrichtet, daß nach Ansicht des Auswärtigen Amtes die Erklärung von Staatssekretär Carstens nicht den Eindruck entstehen lassen sollte, daß die Bundesregierung ihre Haltung zum Entwurf des NV-Vertrags überprüfen oder revidieren wolle und daß sie die Einführung eines ABM-Systems in Europa fordere. Beide Punkte seien politisch so bedeutsam, daß eine Stellungnahme der Bundesregierung erst nach Diskussion im Bundesverteidigungsrat abgegeben werden sollte.

Staatssekretär Carstens wird den Text seiner Erklärung selbst ausarbeiten. Es wird vorgeschlagen, daß der Herr Staatssekretär am 26.9. Staatssekretär Carstens telefonisch um Unterrichtung über die Erklärung bittet, die er in Ankara zur ABM-Frage abzugeben beabsichtigt.<sup>10</sup>

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>11</sup> vorgelegt.

Ruete

VS-Bd. 890 (II A 7)

<sup>10</sup> Der Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Carstens, erklärte am 28. September 1967 auf der Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe in Ankara, „daß das Problem einer europäischen ABM-Rüstung weiterer gründlicher Untersuchungen bedürfe. Die bisher angestellten Analysen hätten ergeben, daß ein solches System möglich sei, daß es jedoch starke Verluste der europä-



## 330

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete**

II A 7-83-03/0-3047/67 geheim

25. September 1967<sup>1</sup>

Betr.: Zusammenarbeit der in Deutschland stationierten französischen Streitkräfte mit den NATO-Streitkräften;

Bezug: Anfrage des Bundeskanzleramtes, Schreiben Ministerbüro vom 19. 9. – MB 1064/67<sup>2</sup>

I. Die im Frühjahr 1966 bekanntgegebene Entscheidung der französischen Regierung, ihre der NATO unterstehenden Streitkräfte mit Wirkung vom 1. Juli 1966 aus dem Integrationsverhältnis zu lösen und nationalem Befehl zu unterstellen, erforderte eine Neuregelung des Zusammenwirkens der französischen Streitkräfte mit den NATO-Streitkräften im Krisen- und Verteidigungsfall. Verhandlungen im NATO-Rat führten zu keinem Ergebnis. Darauf erteilten die „Vierzehn“ dem Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte Europa, General Lemnitzer, den Auftrag, hierüber exploratorische Gespräche auf militärischer Ebene mit dem französischen Generalstabschef, General Ailleret, zu führen. Die beiden Generäle einigten sich bereits im Januar 1967 auf Instruktionen an ihre nachgeordneten Dienststellen über die Zusammenarbeit der französischen Truppen in Deutschland mit den NATO-Streitkräften. Ungeklärt blieb nur das Verfahren, mit dem die Instruktionen in Kraft gesetzt werden sollten. Die Franzosen bestanden darauf, daß die Instruktionen in dem Briefwechsel zwischen den Generalen Lemnitzer und Ailleret<sup>3</sup> ausdrücklich als förmliche Vereinbarung bezeichnet wurden. General Lemnitzer, unterstützt im Kreise der „Vierzehn“ besonders von den USA, wollte dagegen den Anschein vermeiden, daß die „Vierzehn“ durch eine förmliche Vereinbarung den Auszug Frankreichs

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1304*

ischen Bevölkerung nicht verhindern und außerordentlich kostspielig sein würde. Diese Kosten könnten nur um den Preis einer Vernachlässigung der konventionellen Rüstung aufgebracht werden. Die nachteiligen politischen Auswirkungen seien bei dem Aufbau eines ausschließlich defensiven ABM-Systems geringfügig, bei einer offensiven europäischen Nuklearausrüstung dagegen außerordentlich groß. [...] Die öffentliche Meinung in Europa werde insbesondere von der Befürchtung beeinflusst, in verstärktem Maße einer nuklearen Erpressung durch die Sowjetunion ausgesetzt zu sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 816 des Botschafters Grewe, z. Z. Ankara; VS-Bd. 890 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>11</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 27. September 1967 vorgelegen, der für Ministerialdirektor Ruete handschriftlich vermerkte: „[B]itte klarstellen, daß die Erklärung nicht in Abstimmung mit uns erarbeitet wurde.“ Vgl. Anm. 1.

<sup>1</sup> Durchschlag als Konzept.

Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Behrends und von Legationsrat I. Klasse Verbeck konzipiert.

<sup>2</sup> Vortragender Legationsrat Wilke bat zwecks Weiterleitung an das Bundeskanzleramt „um eine möglichst baldige Übermittlung von Abschriften des Briefwechsels und einer Stellungnahme des Auswärtigen Amtes“ zu der laut Agentur-Meldung „vor einigen Tagen“ zwischen dem Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, Lemnitzer, und dem Chef des französischen Generalstabs, Ailleret, getroffenen Vereinbarung über das Verhalten der in der Bundesrepublik stationierten französischen Truppen im Krisenfall. Vgl. VS-Bd. 8134 (201); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Vgl. dazu bereits Dok. 271.

aus der integrierten NATO-Verteidigung nachträglich billigten. Wir haben im Kreise der „Vierzehn“, unterstützt von der Mehrzahl der anderen NATO-Staaten, dagegen die Auffassung vertreten, daß die Kontroverse um die Formfrage unerheblich sei und daß eine förmliche Vereinbarung die Franzosen in stärkerem Maße auf das von ihnen konzedierte Mindestmaß der Zusammenarbeit festlegen würde.

Diese Schwierigkeiten, die durch die starre Haltung sowohl der Franzosen wie der Amerikaner hervorgerufen wurde, sind inzwischen durch Nachgeben der Amerikaner überwunden. Die Vereinbarung ist in den letzten Tagen durch einen Briefwechsel zwischen Lemnitzer und Ailleret in Kraft getreten.<sup>4</sup> Der Brief Lemnitzer und der Text der vereinbarten Instruktionen werden als Anlage vorgelegt. Der Brief Aillerets liegt noch nicht vor.<sup>5</sup>

## II. Beurteilung der Vereinbarung

1) Die Vereinbarung entspricht den französischen Vorstellungen von der militärischen Zusammenarbeit Frankreichs mit der NATO. Sie ist daher für die NATO in vielen Punkten unbefriedigend, jedoch angesichts der grundsätzlichen französischen Haltung zur NATO als Maximum des Erreichbaren anzusehen. Unbefriedigend sind vor allem folgende Punkte:

a) Die Franzosen machen jedes Zusammenwirken mit den NATO-Streitkräften von der vorherigen politischen Entscheidung der französischen Regierung abhängig, daß auch für Frankreich der Bündnisfall (Artikel 5 NATO-Vertrag<sup>6</sup>) gegeben ist. Die schwierige Frage, wie im Fall einer negativen Entscheidung der französischen Regierung sichergestellt werden kann, daß die französischen Truppen in Deutschland die Operationen der NATO-Streitkräfte nicht behindern, bleibt ungeklärt.

b) Die Vereinbarung gilt nur für die französischen Streitkräfte in Deutschland und die zu ihrer Unterstützung erforderlichen Luftstreitkräfte, nicht aber für die in Frankreich stationierten Streitkräfte.

<sup>4</sup> Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Vereinbarung berichtete Botschafter Grewe, Paris (NATO): „Zur Meldung der ‚Welt‘ vom 18. September, wonach der Briefwechsel zwischen Lemnitzer und Ailleret nunmehr endgültig abgeschlossen sei, hat das NATO-Generalsekretariat auf Anfrage mitgeteilt, es habe davon bisher keine Kenntnis. [...] Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, soll die Meldung der ‚Welt‘ zutreffen. Die nachgeordneten militärischen Dienststellen sollen schon entsprechende Weisungen erhalten haben. SACEUR scheint auf dem Standpunkt zu stehen, daß eine Vollzugsmeldung gegenüber dem Generalsekretär nicht erforderlich gewesen sei. Aus gleicher Quelle verlautete, daß die französische Seite Wert darauf gelegt habe, daß die Angelegenheit in der Öffentlichkeit nicht hochgespielt wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1399 vom 18. September 1967; VS-Bd. 8134 (201); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Die Schreiben des Oberbefehlshabers der amerikanischen und der NATO-Streitkräfte in Europa, Lemnitzer, vom 10. August 1967 und des Chefs des französischen Generalstabs, Ailleret, vom 22. August 1967 sind dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 8134 (201).

<sup>6</sup> Artikel 5 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949: „Die Parteien vereinbaren, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen [...] der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

c) Das französische Alarmsystem ist nicht an das NATO-Alarmsystem gekoppelt.

d) Die französischen Truppen werden im Falle ihrer Beteiligung an NATO-Operationen zunächst nur als CENTAG-Reserve eingesetzt.

Als günstig ist zu bewerten, daß der Einsatz der französischen Truppen in Deutschland im Rahmen der NATO-Verteidigung gewährleistet ist, sobald die französische Regierung den Bündnisfall bejaht hat. Unter dieser Voraussetzung ist auch eine Unterstellung unter NATO-Oberbefehl möglich. Der Einsatz der französischen Truppen erfolgt im Rahmen von Plänen, die von dem französischen Oberkommando mit den NATO-Kommando-Behörden noch festgelegt werden. Da die französischen Truppen über keine taktischen Nuklearwaffen verfügen, werden sie von der NATO nukleare Unterstützung erhalten.

2) Die Bedeutung der Vereinbarungen kann nicht nur aus ihrem Text beurteilt werden, sondern ergibt sich aus dem politischen Zusammenhang und der künftigen Entwicklung der französischen Politik.

Hält Frankreich zur Allianz und ist es bereit, einer militärischen Drohung aus dem Osten mit den Verbündeten gemeinsam entgegenzutreten, so bilden die Vereinbarungen einen brauchbaren Rahmen für die notwendige militärische Zusammenarbeit. Geht Frankreich jedoch eigene Wege und ist es bestrebt, seine Beziehungen zur Sowjetunion auf Kosten seiner Partner auszubauen, so sind die Vereinbarungen kein Hindernis hierfür und garantieren Frankreich Handlungsfreiheit.

In der Vergangenheit hat Frankreich die militärische Bedrohung Westeuropas durch die Sowjetunion stets als gegen seine Interessen gerichtet betrachtet. Es ist zu hoffen, daß es auch in Zukunft seine Interessen in dieser Weise erkennt. Dies hängt auch von der Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses und den uns insoweit gegebenen Möglichkeiten ab, auf Frankreich einzuwirken.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>7</sup> mit dem Vorschlag der weiteren Vorlage an den Herrn Bundeskanzler vorgelegt.<sup>8</sup>

Abteilung I hat mitgezeichnet.

Ruete<sup>9</sup>

**VS-Bd. 8134 (201)**

<sup>7</sup> Klaus Schütz.

<sup>8</sup> Mit Schreiben vom 3. Oktober 1967 leitete Legationsrat I. Klasse Blech die Aufzeichnung an das Bundeskanzleramt weiter. Vgl. VS-Bd. 8134 (201); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Paraphe.

### Staatssekretär Lahr, z.Z. Islamabad, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-14497/67 geheim  
Fernschreiben Nr. 284  
Citissime

Aufgabe: 26. September 1967, 08.30 Uhr  
Ankunft: 28. September 1967, 07.51 Uhr

In zweieinhalbstündigem Gespräch mit Präsident Ayub Khan und Unterhaltungen mit Außenminister, Planungsminister<sup>1</sup>, Verteidigungsminister<sup>2</sup> und Staatssekretären aller an deutsch-pakistanischen Beziehungen beteiligter Ministerien wurden wesentliche Fragen internationaler Lage und Gesamtbereich deutsch-pakistanischer Beziehungen eingehend erörtert.<sup>3</sup>

1) Präsident bekräftigte seine in Vergangenheit wiederholt geäußerte Auffassung, daß Teilung Deutschlands unnatürlich sei und Wille deutschen Volkes nach Wiedervereinigung sich letztlich durchsetzen werde. Seine sowjetischen Gesprächspartner pflegten bei Berührung Deutschlandfrage Politik der Bundesregierung in fast pathologischer Weise anzugreifen. Sowohl von sowjetischer wie auch sowjetzonaler Seite werde Druck auf Pakistan ausgeübt, seine Politik in Deutschlandfrage zu revidieren. Auch bei seinem bevorstehenden Besuch in Moskau<sup>4</sup> rechne er mit solchen Versuchen. Pakistan beabsichtige jedoch nicht, seine Haltung in Anerkennungsfrage zu ändern.

2) Pakistanische Gesprächspartner verwiesen darauf, daß Handel mit Ostberlin gering sei und sich ohne Handelsvertretung vollziehe, deuteten allerdings – wohl im Zusammenhang mit bevorstehender Moskau-Reise – Möglichkeit einer Kammervertretung an.<sup>5</sup> Ich wies auf die hiermit verbundenen Gefahren hin.

3) Gesprächspartner sprachen übereinstimmend Dank für deutsche wirtschaftliche Unterstützung aus. Besonders dankten sie für deutsches Tarbela-Angebot.<sup>6</sup> Ich unterstrich unser Interesse am Bauauftrag. Planungsminister brachte die Frage der Anrechnung auf unsere Projekthilfe 1966 und 1967 zur Sprache und zeigte sich durch meinen Hinweis auf noch verbleibende Möglichkeiten nicht voll befriedigt.

<sup>1</sup> M.M. Ahmad.

<sup>2</sup> Afzal Rahman Khan.

<sup>3</sup> Staatssekretär Lahr hielt sich vom 21. bis 26. September 1967 in Pakistan auf.

<sup>4</sup> Präsident Ayub Khan hielt sich vom 25. September bis 4. Oktober 1967 in der UdSSR auf.

<sup>5</sup> Dazu teilte Botschafter Scholl, Islamabad, mit: „Pakistan hat stets den Alleinvertretungsanspruch unterstützt. Es gibt bisher keine amtliche oder halbamtliche Vertretung der SBZ. [...] Man zieht Parallelen zwischen der Teilung Deutschlands und der vergleichbaren Lage in Kaschmir, für dessen Bevölkerung Pakistan das Selbstbestimmungsrecht fordert. [...] Die Scheu, sich für uns der Sowjetunion gegenüber zu exponieren, tritt immer deutlicher zu Tage. Je länger die Kaschmirfrage ungelöst bleibt und je mehr sich die Unfähigkeit der VN offenbart, eine konstruktive Rolle bei der Lösung des Konflikts zu spielen, desto mehr wird Pakistan die sowjetische Vermittlung suchen. [...] Das erhöht die Möglichkeit, daß die SBZ, mit Unterstützung der Sowjetunion, auf dem Umwege über Aufnahme von Handelsbeziehungen auch in Pakistan Fuß faßt. [...] Anzeichen für eine Institutionalisierung von Beziehungen zur SBZ gibt es bisher nicht. Ein Ansatzpunkt könnte die im Aufbau befindliche pakistanische Staatshandelsgesellschaft sein.“ Vgl. die am 5. September 1967 übermittelte Aufzeichnung; Referat I B 5, Bd. 354.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 176, besonders Anm. 4–6.

4) Im Mittelpunkt der Ausführungen des Präsidenten wie auch der wichtigsten anderen pakistanischen Gesprächspartner stand die Frage der Waffenlieferungen<sup>7</sup>, namentlich von Panzern M48 aus Überschußbeständen der Bundeswehr. In eingehenden und nachdrücklichen Ausführungen kamen Präsident und andere immer wieder auf diese Frage zurück. Ich legte im einzelnen die Gründe dar, die es uns leider unmöglich machten, die Bitte des befreundeten Pakistans zu erfüllen<sup>8</sup>, verwies aber auch darauf, daß wir auf indirekte Weise (Lieferung von Spezialmaschinen und Waffenteilen, Erteilung von Lizenzen, Offiziersausbildung) zur Stärkung der pakistanischen Verteidigungsbereitschaft beigetragen hätten und auch unsere beträchtliche Entwicklungshilfe, in der man den Beweis unserer freundschaftlichen Gesinnung erblicken sollte, mittelbar diese Bereitschaft erhöhe. Wir würden auch in Zukunft wohlwollend prüfen, ob wir in ähnlicher Weise helfen könnten. Ich wiederholte dies, als der Präsident auf die Lieferung von Flugzeugersatzteilen zu sprechen kam.

Damit wurde zwar eine offensichtliche Unstimmigkeit vermieden. Zweifellos sind aber die Pakistanis, die von großer Sorge wegen eines militärischen Übergewichts Indiens erfüllt sind, mit unserer Haltung nicht zufrieden und fühlen sich auf diesem Gebiet vom Westen, namentlich den USA, im Stich gelassen. Der Präsident erklärte denn auch, von mir nach seiner Moskareise befragt, Hauptzweck der Reise sei, sowjetische Waffen zu erhalten. Pakistan brauche, um leben zu können, Waffen und werde sie auch vom Teufel nehmen. Die sich hieraus für uns in Moskau ergebenden Gefahren liegen auf der Hand und sollten uns veranlassen, hierüber mit den Amerikanern zu sprechen.

5) In der Nahost-Frage, legte ich unsere neutrale Haltung dar. Auf meine Frage, welche Eindrücke dieser Tage die Gespräche mit Fawzi und König Hussein vermittelt hätten, meinte der Präsident, diese seien gegenüber dem amerikanischen-sowjetischen, in den Vereinten Nationen eingebrachten Vorschlag nicht mehr so uneinsichtig wie früher. Er ließ allerdings erkennen, daß er kaum an eine schnelle Lösung der Nahost-Frage glaube. Ich legte unser Interesse dar, die Beziehungen zu den arabischen Regierungen wieder zu normalisieren. Der Präsident erklärte, daß er und seine Mitarbeiter wiederholt diesen Regierungen zu einem solchen Schritt geraten hätten. Außenminister Pirzada erklärte, daß dies auch in jüngster Zeit geschehen sei.

6) Auf meine Frage nach der pakistanischen Haltung zum Nichtverbreitungsvertrag erklärten Außenminister und Staatssekretär, Pakistan komme es in erster Linie darauf an, daß keine sechste Atommacht, d.h. Indien, entstehe. Den Interessen der Nichtatommächte solle eine Konferenz dienen, die auf pakistanische Initiative für die erste Hälfte des nächsten Jahres von den Verein-

<sup>7</sup> In einer Aufzeichnung für die Konferenzmappe zum Besuch des Staatssekretärs Lahr vom 21. bis 26. September 1967 in Pakistan wies Referat III A 4 darauf hin: „Mit Sicherheit werden die pakistanischen Gesprächspartner auf stärkere deutsche Waffenhilfe [...] drängen. Dem könnte entgegengehalten werden, daß wir bisher in dieser Hinsicht bereits bis an die Grenzen des Möglichen gegangen sind. [...] Wir würden uns bemühen, an dieser Linie weiter festzuhalten. Dies sei wegen des bekannten indischen Mißtrauens und der starken Linkskräfte in Indien, die jedes Gerücht über deutsche Waffenlieferungen an Pakistan hochspielen, um die diplomatische Anerkennung der SBZ in Indien durchzusetzen, für uns bereits äußerst schwierig.“ Vgl. Referat I B 5, Bd. 354.

<sup>8</sup> Zum Beschluß der Bundesregierung, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern, vgl. Dok. 5, Anm. 10.

ten Nationen einberufen worden sei. Gegenüber der indischen Haltung habe man großes Mißtrauen, da die Inder sich jeglicher Kontrolle zu entziehen versuchten, um sich insgeheim Atomwaffen schaffen zu können. Bemerkenswert war die vom Präsident spontan, offenbar ohne Abstimmung mit seinen Mitarbeitern hingeworfene Bemerkung, ein Nichtverbreitungsvertrag dürfe nicht dazu führen, daß es einem Land unmöglich gemacht werde, falls notwendig, selbst einmal Atomwaffen produzieren zu können.

7) Der Präsident kam auf die finanzielle Lage Pakistans zu sprechen und meinte, es zeichne sich der Zeitpunkt ab, in dem den Entwicklungsländern die Amortisation der Kredite und ihrer Verzinsung Schwierigkeiten bereiten würde. Ich bemerkte, daß wir eben deshalb auf die Rentabilität (auch in devisenwirtschaftlichem Sinn) gemeinsamer Projekte Wert legten. Im übrigen müßten Gläubiger- und Schuldnerländer, wenn notwendig, zu gegebener Zeit für diese Frage gemeinsame Lösungen suchen.

8) Die alle außenpolitischen Betrachtungen beherrschende Frage ist das Verhältnis zu Indien. Hierbei machen sich nicht nur Erbitterung über die ungelöste Kaschmir-Frage und vermeintliche Überheblichkeit der Hindus gegenüber den Moslem, sondern auch Sorge vor indischen Aggressionsabsichten bemerkbar. Pakistan fühlt sich von dem wesentlich stärkeren Nachbarn bedroht und sieht hierin für sich eine größere Gefahr als in allen übrigen regionalen oder weltpolitischen Risiken.

9) Die Atmosphäre der sehr offen und freundschaftlich geführten Gespräche war so herzlich und gelöst, wie man es sich nur wünschen konnte. Ich habe den Eindruck, daß wir uns in Pakistan weiterhin hohen Ansehens erfreuen, daß man sich uns freundschaftlich verbunden fühlt, daß unsere Entwicklungshilfe nach Umfang und Qualität hoch eingeschätzt wird, daß man weiterhin auf uns rechnet und daß man – nicht zuletzt infolge der Ähnlichkeit der beiderseitigen politischen Zentralprobleme – sowjetischem Druck in Richtung auf eine Änderung der Deutschlandpolitik standhalten wird. Ein kritischer Punkt der deutsch-pakistanischen Beziehungen ist jedoch die Waffenfrage. Um eine Änderung der Haltung dieses uns so wohlgesinnten Landes zu vermeiden, werden wir auf Randgebieten militärischer Zusammenarbeit wie bisher einiges tun müssen.<sup>9</sup>

[gez.] Lahr

VS-Bd. 2651 (I B 5)

<sup>9</sup> Am 16. Oktober 1967 übergab der pakistanische Botschafter Rahman Khan Staatssekretär Lahr eine Liste mit Ersatzteilen für militärisches Gerät. Vgl. dazu den Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bassler; VS-Bd. 8348 (III A 4); B 150, Aktenkopien 1967. Staatssekretär Lahr genehmigte am 30. Oktober 1967 die nötigen Ausfuhranträge, wies aber darauf hin, daß der Vorgang „in einer möglichst diskreten Form“ zu behandeln sei. Vgl. den handschriftlichen Vermerk auf der Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort vom 27. Oktober 1967; VS-Bd. 8348 (III A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

**Gesandter von Lilienfeld, Washington, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-14487/67 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 2016**

**Aufgabe: 27. September 1967, 11.31 Uhr**  
**Ankunft: 27. September 1967, 17.32 Uhr**

Betr.: Besuch Bundesministers Stoltenberg in den USA

Bezug: DB Nr. 1970 vom 19.9.67 VS-vertr.<sup>1</sup> und Nr. 1994 vom 22.9. geh.<sup>2</sup>

Bundesminister Dr. Stoltenberg hielt sich vom 17.–22. September in den Vereinigten Staaten auf und besuchte Washington, Cape Kennedy und Boston. In Washington führte der Minister Gespräche mit leitenden Persönlichkeiten des Department of State, des Joint Committee on Atomic Energy, des Weißen Hauses, der AEC<sup>3</sup> und der NASA. Er sprach außerdem vor amerikanischen Journalisten im Overseas Writers Club sowie mit deutschen Pressevertretern im Rahmen einer gesellschaftlichen Veranstaltung des Gesandten von Stackelberg.

Bei einem Abendessen, das ich in Vertretung des auf Urlaub befindlichen Botschafters<sup>4</sup> gab, hatte BM Stoltenberg Gelegenheit zu weiteren Gesprächen mit Eugene Rostow, Seaborg, Webb, Mitgliedern des Kongresses und anderen Persönlichkeiten.

Die Gespräche führten zu einer ausführlichen Erörterung der Probleme, die sich auf technisch-wissenschaftlicher sowie politischer Ebene unter besonderer Berücksichtigung der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten ergeben. Berührt wurden hierbei im wesentlichen folgende Themen:

- 1) Technologische Lücke
- 2) Schwerpunktbildung in der Forschung
- 3) Langfristige Versorgung mit angereichertem Kernbrennstoff
- 4) Versorgung von EURATOM mit Plutonium
- 5) Kontrolle von Kernbrennstoff

<sup>1</sup> Für den Drahtbericht des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vgl. VS-Bd. 2463 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Gesandter von Lilienfeld, Washington, berichtete über das Gespräch des Bundesministers Stoltenberg mit dem außenpolitischen Berater des amerikanischen Präsidenten, Walt Rostow, am 21. September 1967. Stoltenberg habe mit Blick auf das Schreiben des amerikanischen Außenministers Rusk vom 17. Mai 1967 an Bundesminister Brandt die Notwendigkeit hervorgehoben, „daß die Zukunft der europäischen Institutionen durch den [Nichtverbreitungs-] Vertrag nicht geschmälert und daß insbesondere die Rolle von EURATOM in der Kontrollfrage im Text des Vertrages eindeutig und zufriedenstellend umrissen“ werden müsse. Lilienfeld fuhr fort: „Walt Rostow zeigte sich diesen Überlegungen im Prinzip durchaus zugänglich. Doch war nicht zu verkennen, daß er in seinem Bestreben, dem Nichtverbreitungsvertrag in der Weltpolitik der Amerikaner eine entscheidende Rolle einzuräumen, eine gewisse Bereitschaft zeigte, von der Basis für Artikel III vom April abzugehen, um die russische Mitwirkung zu sichern. Auf der anderen Seite wurde uns im State Department erneut versichert – auch von Unterstaatssekretär Eugene Rostow – daß der Brief von Rusk an unseren Minister nach wie vor Geltung habe und für die gesamte amerikanische Regierung (d. h. auch die Abrüstungsbehörde!) bindend sei.“ Vgl. VS-Bd. 2518 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Atomic Energy Commission.

<sup>4</sup> Heinrich Knappstein.

- 6) Arbeiten auf dem Weltraumgebiet unter Darstellung der in der Bundesrepublik vorgesehenen Maßnahmen zur Verbesserung des Management von Projekten sowie der Fusion von Einrichtungen der Flug- und Weltraumforschung
- 7) Intensivierung unserer Arbeiten auf dem Gebiet der Datenverarbeitung und der Ozeanographie
- 8) NV-Vertrag
- 9) Ständige deutsche Vertretung im Gouverneursrat der IAEO.

Eine besonders herzliche Atmosphäre bestand bei den Gesprächen des Ministers mit Webb, der die volle Unterstützung der NASA bei der Durchführung der vorgesehenen gemeinschaftlichen Projekte betonte und auch die Möglichkeit einer deutschen Mitarbeit bei der Verbesserung von Raketen-Trägersystemen sowie bei Experimenten im Rahmen der bemannten Raumfahrt erörterte.

Der Besuch in Boston gab Gelegenheit zu einer Aussprache mit dem Präsidenten des M.I.T.<sup>5</sup> sowie zum Besuch verschiedener Abteilungen, wobei Einrichtungen und Neuentwicklungen auf dem Computergebiet besichtigt und erörtert wurden. Weitere Besuche fanden im Harvard Center for International Affairs sowie in der Northeastern University statt.

Die vom Minister vorgetragenen Gedanken auf wissenschaftlich-technischer sowie politischer Ebene wurden von amerikanischer Seite mit großem Interesse zur Kenntnis genommen. Die amerikanische Reaktion zeigte, daß der Minister über den Rahmen seines Fachgebiets hinaus als einflußreicher Politiker angesehen wird, der einen wesentlichen Beitrag zur Klärung des Verständnisses für unsere Belange sowie zu einer Verbreitung und Vertiefung der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten zu leisten imstande ist.

Der Minister äußerte sich über die in dieser Hinsicht gezeigte Bereitschaft sowie über seine gesamten Eindrücke sehr befriedigt.

Der Besuch ist nach Ansicht der Botschaft sowohl im Hinblick auf unsere politischen wie auch die wissenschaftlich-technischen Ziele als in jeder Hinsicht positiv zu bewerten.

Bezüglich der Gespräche des Ministers über den NV-Vertrag wird auf die Bezugsberichte verwiesen.

[gez.] Lilienfeld

VS-Bd. 4270 (II A 6)

<sup>5</sup> Massachusetts Institute of Technology.



333

**Botschaftsrat I. Klasse Lahn, Kairo, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-14472/67 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 641**

**Aufgabe: 27. September 1967, 12.25 Uhr**  
**Ankunft: 27. September 1967, 12.34 Uhr**

Auf DE 297 vom 22. 9.<sup>1</sup> und 298 vom 26. 9.<sup>2</sup>

Betr.: Deutsch-ägyptische Beziehungen  
 hier: Gespräch mit Gamal Mansour

Hatte gestern abend ausführliches Gespräch mit Gamal Mansour, aus dem folgendes festzuhalten ist:

1) Mansour bemerkte eingangs, daß sich seit der Khartum-Konferenz<sup>3</sup> ein bedeutender Wandel in der ägyptischen Außenpolitik vollzogen habe, der nach seinem Eindruck im Westen noch nicht gebührend wahrgenommen und gewürdigt werde. Man habe einmal beschlossen zu versuchen, die Nahost-Krise auf friedlichem Wege mit politischen Mitteln zu lösen, und sei zum zweiten übereingekommen, an der Politik der strikten Ungebundenheit festzuhalten, dem verstärkten sowjetischen Druck zu widerstehen und sich dem Westen wieder anzunähern. Die Aufhebung des Ölembargos sei der erste sichtbare Schritt auf diesem Wege gewesen. Auf meinen Einwand, daß deutsche Schiffe aber immer noch boykottiert würden, antwortete er, daß auch in dieser Frage bereits auf die Hafengewerkschaften eingewirkt werde.

2) Mansour bestätigte erneut, daß in Khartum ferner beschlossen worden sei, es den arabischen Ländern freizustellen, ihre Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Bundesrepublik nach ihren nationalen Interessen bilateral zu regeln. Er selbst sei niemals ein Befürworter des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen gewesen, auch nicht im Falle Deutschlands<sup>4</sup>. Im Außenministerium sei man bis zur Spitze hinauf der Ansicht, daß es an der Zeit sei, die Beziehungen zu den drei genannten Mächten wieder aufzunehmen, doch könne man dies nur dann tun, wenn eine solide Grundlage, die Dauerhaftigkeit verspreche, vorhanden sei. Bei den USA sehe er die größten Schwierigkeiten.

<sup>1</sup> Meyer-Lindenberg übermittelte der Abteilung für die Wahrnehmung deutscher Interessen bei der italienischen Botschaft in Kairo für das bevorstehende Gespräch mit dem Abteilungsleiter im ägyptischen Außenministerium, Mansour, eine Sprachregelung zur Nahost-Politik. Vgl. VS-Bd. 2564 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967. Für Auszüge vgl. Anm. 7 und 8.

<sup>2</sup> Für den Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Gehlhoff vgl. VS-Bd. 2564 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Vom 29. August bis 1. September 1967 tagten die Staats- und Regierungschefs der arabischen Staaten. Sie bekräftigten die Absicht, alle von Israel im Nahost-Krieg besetzten Gebiete zurückzugewinnen, und kündigten gemeinsame Anstrengungen zur „Ausmerzungen der Folgen der Aggression“ auf folgender Grundlage an: „Nichtanerkennung des Staates Israel, keine Friedensverhandlungen mit Israel und das Recht der Palästinenser auf ihr Vaterland“. Schließlich sprachen sie sich gegen die auf der Konferenz der Wirtschafts-, Finanz- und Erdölminister der Arabischen Liga vom 15. bis 20. August 1967 in Bagdad erwogene Einstellung der Erdöllieferungen an die USA, Großbritannien und die Bundesrepublik aus und vereinbarten statt dessen, die Produktion und den Export in vollem Umfang wieder aufzunehmen. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 577 f.

<sup>4</sup> Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik durch die Mehrzahl der arabischen Staaten vgl. Dok. 15, Anm. 42.

rigkeiten, während sich das Verhältnis zu England und zur Bundesrepublik leichter bereinigen ließe.

3) Das Rhodesien-Problem, das zum Abbruch der Beziehungen zu London geführt habe, spiele heute praktisch keine Rolle mehr. Die Südarabien- und Aden-Frage gehe einer annehmbaren Lösung entgegen, und auch über Jemen habe man sich in Khartum verständigt. Trotz Abbruchs der diplomatischen Beziehungen habe Großbritannien die Fäden zur VAR nie abreißen lassen. Mansour erwähnte den Briefwechsel zwischen Nasser und Brown, die Schuldenkonsolidierung, Parlamentarier-Besuche und die kürzlichen Unterredungen zwischen den Außenministern George Brown und Mahmoud Riad in New York. Zudem habe London seit einiger Zeit erkennen lassen, daß es dem arabischen Standpunkt in der Israel-Frage großes Verständnis entgegenbringe, realistisch denke und die zu weitgehenden israelischen Forderungen nicht unterstütze. Von der Bundesregierung habe man leider eine ähnliche Einstellung noch nicht erkennen können. Kairo erhofft sich eine britische Unterstützung in den Vier-Mächte-Besprechungen am Rande der VN-Vollversammlung und im Sicherheitsrat. Auf meine Frage bestätigte Mansour, daß Mahmoud Riad mit George Brown auch über die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen sprechen werde.

4) Im Falle der Bundesrepublik Deutschland, so meinte Mansour, warte man auf irgendein Zeichen aus Bonn, aus dem zu erkennen sei, daß sich wieder eine gemeinsame Freundschaftsgrundlage finden lassen könnte. Ich schilderte unsere neutrale Haltung im Nahost-Konflikt und die auch in den letzten zwei Jahren erbrachten Beweise unseres guten Willens und warf ein, daß eine Normalisierung sicher nicht schwer zu erreichen wäre, wenn man auf ägyptischer Seite endlich aufhören wollte, uns unsere Beziehungen zu Israel vorzuhalten, die seit 1965 normalisiert seien.<sup>5</sup> Man sollte sich doch auch hier zu einer realistischen Betrachtungsweise durchringen. Zu meiner Überraschung erwiderte Mansour, daß es wirklich das beste wäre, wenn sich die arabischen Länder mit den deutsch-israelischen Beziehungen, wie sie sind, abfinden, vorausgesetzt, daß es bei unserem Waffenausfuhrverbot<sup>6</sup> bliebe. Man sollte nicht mehr in die Vergangenheit, sondern in die Zukunft blicken und für eine Verbesserung der deutsch-ägyptischen Beziehungen arbeiten.

5) Ich erklärte mich ausführlich im Sinne des Bezugerlasses gemäß den Ziffern 2 bis 4<sup>7</sup> und hob hervor, daß bei uns sowohl in der Regierung wie auch in

<sup>5</sup> Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel am 12. Mai 1965 vgl. Dok. 1, Anm. 3.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 5, Anm. 10.

<sup>7</sup> Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg erläuterte die Bemühungen der Bundesregierung zur Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen mit allen arabischen Staaten: „2) [...] Die bei Abbruch der Beziehungen 1965 bereits vereinbarten Projekte unserer Wirtschafts- und technischen Hilfe wurden ausnahmslos weitergeführt. Bundesregierung hat jetzt beschlossen, die bereits seit einiger Zeit geplante besondere deutsche Hilfe für die Palästina-Flüchtlinge beschleunigt zu verwirklichen. [...] 3) Bundesregierung hat an ihrem Grundsatz, sich in regionale Konflikte nicht einzumischen, auch während [des] jüngsten arabisch-israelischen Krieges festgehalten. Sie wird diesen Grundsatz weiterhin beobachten. Sie hat kürzlich gegenüber israelischer Regierung mit dem Ziel interveniert, daß Rückkehr arabischer Flüchtlinge in westjordanisches Gebiet weder zeitlich noch zahlenmäßig begrenzt sein sollte. Sie hat ferner unmittelbar nach Einstellung der Kampfhandlungen humanitäre Soforthilfe an die vom Kriege betroffene Zivilbevölkerung geleistet. 4) Uns ist bekannt, daß Haltung eines Teils der deutschen Öffentlichkeit und Presse während jüngsten Nahostkrieges als pro-israelisch empfunden worden ist. Es ist außer Zweifel, daß auch der arabische

der Öffentlichkeit der arabische Standpunkt stärker berücksichtigt und verstanden werde. Mansour präzisierte daraufhin weiter seine Vorstellungen über die künftigen Beziehungen zu Deutschland, wobei er folgenden Vergleich zog: Die arabischen Länder bestünden nach wie vor auf dem Prinzip der Nicht-Anerkennung Israels, was gewiß eine Friedenslösung, wie sie dem Westen vorschwebte, erschwere. Die Bundesregierung ihrerseits verfechte mit allen Mitteln den Grundsatz der Nicht-Anerkennung Ostdeutschlands, was wiederum unsere Politik in den Ländern der Dritten Welt behindere. Wenn die arabischen Staaten nunmehr bereit seien, uns unsere Beziehungen zu Israel nicht mehr vorzuwerfen, so sollten auch wir ihnen nicht mehr ein gutes Verhältnis zum andern Teil Deutschlands verübeln.

Ich verwies hier auf die offenkundigen Unterschiede zwischen Israel und der SBZ und auf die fehlende Parallele in dieser Argumentation und machte Ausführungen gemäß Ziffer 7 des Bezugserlasses<sup>8</sup>. Mansour kam von sich aus auf unsere Bemühungen um Jugoslawien und die Hinnahme zweier deutscher diplomatischer Vertretungen in Kambodscha<sup>9</sup> zu sprechen und betonte, wie aufmerksam er diese Entwicklung selbst während der hiesigen Krise verfolgt habe. Nach seiner Ansicht werde die Hallstein-Doktrin bald völlig überholt sein.

Mansours Ausführungen bestätigten den schon früher hier gewonnenen Eindruck, daß sich die VAR-Regierung im Fall der Wiederaufnahme der Beziehungen mit uns nicht die Hände binden lassen werde, zu gegebener Zeit auch diplomatische Beziehungen zu Ostberlin herzustellen. Es dürfte m. E. allenfalls

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1314*

Standpunkt jetzt stärker berücksichtigt wird. Infolge Fehlens der meisten arabischen Botschafter in Bonn kommt der Standpunkt der arabischen Staaten naturgemäß nicht in dem von ihnen gewünschten Ausmaß zur Geltung.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 297 vom 22. September 1967; VS-Bd. 2564 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg bemerkte: „Bundesregierung ist bestrebt, [...] ihr Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten zu verbessern. Die Probleme des geteilten Deutschlands sind aus den Entspannungsbemühungen der Bundesregierung nicht ausgeklammert. [...] Unsere Bemühungen um innerdeutsche Kontakte, welche die Spannung zwischen beiden Teilen Deutschlands herabsetzen sollen, können nur dann erfolgreich sein, wenn die Mitglieder der Staatengemeinschaft nicht gleichzeitig das Regime in Ostberlin durch Intensivierung ihrer Kontakte aufwerten oder gar anerkennen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 297 vom 22. September 1967; VS-Bd. 2564 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Im April 1963 garantierte die kambodschanische Regierung der neu zu errichtenden „Vertretung der Bundesrepublik Deutschland“ in Pnom Penh eine höhere Einstufung als dem bereits bestehenden Generalkonsulat der DDR. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 160, S. 516.

Am 18. Juli 1967 wurde das Generalkonsulat der DDR zu einer diplomatischen Vertretung aufgewertet. Daraufhin entsandte die Bundesregierung im September 1967 den Gesandten a. D. Boltze nach Pnom Penh, um über die Wiederherstellung eines Statusunterschieds zwischen den Vertretungen der Bundesrepublik und der DDR zu verhandeln. Der kambodschanische Außenminister So Sann schlug vor, die Bundesregierung solle zunächst eine Erklärung über die Unverletzlichkeit der kambodschanischen Grenzen abgeben. Dann werde Kambodscha volle diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik aufnehmen, während die DDR-Vertretung ihren Status beibehalten würde. Schließlich werde das geplante kambodschanische Generalkonsulat in Ostberlin nicht eröffnet werden. Vgl. dazu die Ausführungen des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg während der deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen am 19./20. September 1967 in Paris; VS-Bd. 2591 (I B 5); B 150, Aktenkopien 1967.

Mit Schreiben vom 29. September 1967 an Prinz Sihanouk gab Bundeskanzler Kiesinger die gewünschte Erklärung über die Unverletzlichkeit der kambodschanischen Grenzen ab, und am 15. November 1967 verkündete die Bundesregierung die bevorstehende Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Kambodscha. Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 2591 (I B 5); B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. dazu ferner BULLETIN 1967, S. 1117.

die Zusage erreichbar sein, daß dies erst später und nicht vor anderen Staaten der Dritten Welt geschehen werde.

Agliettis Frage, ob im gegenwärtigen Zeitpunkt die Aufnahme der Beziehungen zu Ostberlin erwogen werde, verneinte Mansour entschieden. Seine Regierung habe bisher jedem Druck in dieser Richtung widerstanden und werde dies nach Khartum erst recht tun. Sie habe sich im übrigen auch gegen ausländische Pressionen durchgesetzt und nach diesem Krieg die Weiterarbeit aller deutschen Einrichtungen und Institute ermöglicht.

6) Mansour hielt es für nützlich, wenn wir gegen die ostzonale Propaganda, die sich nach der Khartum-Konferenz mit noch größerer Vehemenz entfaltet hat, etwas unternähmen, wobei aber eine einfache Gegenpropaganda nicht genüge. Es müßte dem Eindruck entgegengewirkt werden, als sei nur Ostdeutschland allein der Freund der Ägypter. Vielleicht sollte man prüfen, ob nicht neue Wirtschafts- oder technische Hilfe-Projekte zunächst geplant und in Aussicht gestellt werden könnten, um auch den anderen ägyptischen Regierungsmitgliedern die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Bonn attraktiver zu machen.

7) Abschließend bezeichnete Mansour eine Fortsetzung des Meinungsaustausches als nützlich, dessen Ziel es sein müsse, einander wieder näherzukommen. Auf meine Frage, ob Außenminister Riad Kontakte zu unserem VN-Beobachter aufnehmen werde, antwortete er, daß er dies sicher tun würde, wenn wir ein solches Gespräch für nützlich hielten. Er sei bereit, seinem Minister eine Unterredung zu empfehlen, wenn wir dies wünschten.<sup>10</sup>

[gez.] Lahn

Dok. 2559 (I B 4)

<sup>10</sup> Zum Gespräch des Botschafters Freiherr von Braun, New York (UNO), mit dem stellvertretenden ägyptischen Ministerpräsidenten el Riad am 18. Oktober 1967 in New York vgl. Dok. 360.

**Aufzeichnung des Botschafters z. b. V. Bahr****MB 2680/67 VS-vertraulich****29. September 1967<sup>1</sup>**Betr.: Gespräche in Washington<sup>2</sup>

Entsprechend dem von der Botschaft vorbereiteten Programm<sup>3</sup> habe ich dem Leiter der Europa-Abteilung im State Department, Leddy, dem Leiter des Planungsstabes, Owen, und einer Reihe seiner Mitarbeiter, darunter Professor Brzezinski, und dem Leiter der Deutschland-Abteilung, Puhan, einige Erläuterungen zum Abschluß mit Prag<sup>4</sup> und unsere Beurteilung der osteuropäischen Situation gegeben. Daran war vor allem Leddy interessiert, der vor einem Besuch einiger osteuropäischer Hauptstädte stand. Bemerkenswerte Unterschiede in der Analyse kamen nicht zutage.

Puhan sagte zu, sich um eine geeignete amerikanische Persönlichkeit für eine Viability-Arbeitsgruppe Berlin<sup>5</sup> zu kümmern.

Walt Rostow im Weißen Haus brachte das Gespräch auf das Thema der Stärke der Bundeswehr. Er bat, dem Herrn Bundesminister Schiller den Respekt und die Bewunderung für seine Haltung bei den Weltwährungsverhandlungen in London<sup>6</sup> zu übermitteln.

Der stellvertretende Verteidigungsminister Paul Nitze war ebenfalls im wesentlichen an Fragen künftiger Streitkräfteplanung der Bundeswehr interessiert.

Zu den Gesprächen über dieses Thema fasse ich meine Eindrücke wie folgt zusammen:

- a) Die Haltung des State Department ist durch Vorsicht und Zurückhaltung gekennzeichnet, ohne sich in der Sachbeurteilung schon festzulegen.
- b) Die Haltung des Pentagon geht davon aus, daß die wesentliche Entscheidung über die Höhe der zur Verfügung stehenden Mittel bereits gefallen ist<sup>7</sup> und nun, nach reinen Zweckmäßigkeitsüberlegungen, sachlich überlegt und entschieden werden müsse, wie sie am besten und wirkungsvollsten auszugeben sind. Mit anderen Worten: Eine Reduzierung der Mannschaftsstärken um 15 bis 19000 Mann als Ergebnis solcher Überlegungen würde dort keinen Schock hervorrufen.

<sup>1</sup> Ablichtung.

<sup>2</sup> Botschafter z. b. V. Bahr hielt sich am 15. September 1967 in Washington auf. Zum Gespräch mit dem Staatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium, Nitze, vgl. Dok. 324.

<sup>3</sup> Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2037 des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 29. September 1967; Referat II A 6, Bd. 722.

<sup>4</sup> Zum Abschluß des Abkommens vom 3. August 1967 über den Waren- und Zahlungsverkehr sowie über die Errichtung von Handelsvertretungen vgl. Dok. 289.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Dok. 316, Anm. 2.

<sup>6</sup> Zu den Beratungen der Wirtschafts- und Finanzminister sowie der Zentralbankchefs der Zehner-Gruppe am 26. August 1967 vgl. Dok. 302, Anm. 6.

<sup>7</sup> Zum Beschluß des Bundeskabinetts vom 6. Juli 1967 über die mittelfristige Finanzplanung bis 1971 vgl. Dok. 258.

c) Das Weiße Haus betrachtet diesen Komplex ganz überwiegend unter politischen und psychologischen Gesichtspunkten. Man geht von der als Zusage verstandenen Äußerung des Herrn Bundeskanzlers aus, daß es keine Verringerung der Mannschaftsstärke geben werde.<sup>8</sup> Rostow zitierte das Wort des Präsidenten, daß der Bundeskanzler mit seiner Entscheidung die amerikanische Entscheidung in der Hand habe. Es dürfe in Bonn keine Unklarheit darüber bestehen, daß eine Verringerung der Mannschaftsstärke der Bundeswehr um 15 bis 19000 Mann einen konzentrierten Druck an sich verschiedenartiger Gruppen des Kongresses auslösen würde, dem der Präsident nicht werde widerstehen können. Dies gilt von jetzt bis zum Wahltag im November 1968.

Offensichtlich spielt die Präsidentschaftswahl schon jetzt eine wesentliche Rolle. Auf meine Frage, ob es für den Fall einer entsprechenden deutschen Zusage auch die verbindliche amerikanische Zusicherung gibt, daß es keinerlei weitere amerikanische Rotation oder Verringerung ihrer Stärken geben würde, erhielt ich zur Antwort, daß dies dem Sinne nach so sei. Rostow regte an, in den wiederaufzunehmenden Dreier-Gesprächen eine derartige Vereinbarung förmlich anzustreben.

#### Zur Beurteilung

Es ist damit zu rechnen, daß die im Weißen Haus vorgebrachten Überlegungen für die Haltung der Vereinigten Staaten ausschlaggebend sein werden, zumal das State Department sich offenbar nicht in der Lage fühlt, die im Pentagon feststellbare Haltung wirksam zu unterstützen.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>9</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>10</sup> vorgelegt.

Bahr

VS-Bd. 10078 (Ministerbüro)

<sup>8</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Präsident Johnson am 16. August 1967 in Washington; Dok. 303.

<sup>9</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 5. Oktober 1967 vorgelegen.

<sup>10</sup> Hat Bundesminister Brandt am 6. Oktober 1967 vorgelegen.

## 335

**Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-14556/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 1813**  
**Citissime mit Vorrang**

**Aufgabe: 2. Oktober 1967, 18.50 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 2. Oktober 1967, 19.36 Uhr**

Im Anschluß an DB Nr. 1808 VS-NfD vom 30. 9. 67

Für heute nachmittag hatte mich General de Gaulle gebeten, ihn zu einer Unterredung im Elysée aufzusuchen.

I. Der Zweck dieser Besprechung wurde sofort klar, als er die Ergebnisse seiner Polen-Reise<sup>2</sup> zu erörtern begann. Er bat mich einleitend, dem Herrn Bundeskanzler zu sagen, seine Äußerungen in Hindenburg und Danzig<sup>3</sup>, die soviel Staub in der Bundesrepublik aufgewirbelt hätten, seien mißverstanden und falsch interpretiert worden. Selbstverständlich habe er damit keine historische Aussage machen, sondern die Realität der Gegenwart nach Austreibung der Deutschen feststellen wollen. Diese Feststellung habe sich allerdings beim Besuch dieser Städte mit Macht aufgedrängt. Diese Gebiete östlich der Oder-Neiße seien polnisch geworden, und keine polnische Regierung werde an diesem Zustand rütteln lassen. In dieser Frage stehe das polnische Volk, das in seiner Mehrheit das derzeitige Regime ablehne, wie ein Mann hinter seiner Regierung. Darüber dürften wir uns keine Illusionen machen. Es würde ihm leid tun, wenn durch seine Äußerungen in den beiden Städten bei uns eine Verhärtung in der Oder-Neiße-Frage eingetreten sei. Andererseits habe er den polnischen Staatsmännern gegenüber mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt, daß am Ende der Periode der Entspannung im Interesse der europäischen Sicherheit und des Friedens die deutsche Wiedervereinigung stehen müsse. Weder Ochab noch Gomulka hätten dem widersprochen, wenn sie auch zur Zeit ihre Sicherheit besser in der Aufrechterhaltung des Status quo und in einer engen politischen Bindung zur Sowjetunion sehen würden.

Ich erwiderte dem General, die Bundesregierung habe mit Dankbarkeit sein Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen und die Wiedervereinigung bei seinem polnischen Besuch<sup>4</sup> anerkannt und nur bedauert, daß auf

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirigent Frank am 3. Oktober 1967 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat I A 1 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Forster am 4. Oktober 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Staatspräsident de Gaulle hielt sich vom 6. bis 12. September 1967 in Polen auf.

<sup>3</sup> Zu den Äußerungen vom 9./10. September 1967 vgl. Dok. 319, besonders Anm. 3 und 4.

<sup>4</sup> Am 13. September 1967 unterrichtete der Unterabteilungsleiter im französischen Außenministerium, Puaux, den Gesandten Limbourg, Paris, über die Ausführungen des Staatspräsidenten de Gaulle zur Deutschland-Frage in seinen Gesprächen mit dem polnischen Staatsratsvorsitzenden Ochab am 6. September 1967 in Warschau: „Die Deutschland-Frage habe der französische Staatspräsident als eine ‚grande affaire‘ für Frankreich, für Polen und für Europa bezeichnet. [...] Nun sei Deutschland ‚durch den Krieg und durch die sowjetische Hegemonie, die über einem großen Teil Europas aufgerichtet worden sei‘, geteilt worden. Die Sowjetunion habe Ostdeutschland ein Regime aufoktroziert, zu dem Frankreich keine Beziehungen unterhalte. Frankreich habe auch keinen Grund, dieses System anzuerkennen, da es im Gegensatz zur Bundesregierung nicht vom wahren Willen des Volkes getrieben sei. Die Situation in Deutschland sei daher anormal. Es sei nicht

diese günstigen Aspekte für das deutsch-französische Verhältnis ein Schatten durch seine Äußerungen in Danzig und Hindenburg gefallen sei. Das deutsche Volk könne stolz auf seine geschichtliche Leistung in den deutschen Ostgebieten sein, und seine Äußerungen hätten leider verschieden ausgelegt werden können. Auf meine Frage, ob er wirklich glaube, daß durch eine deutsche Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, die zur Zeit nicht spruchreif sei, der Politik der Entspannung ein Dienst geleistet werden könne oder ob dies nicht vielmehr eine Vorleistung sei, die vom Osten gar nicht honoriert werde, erwiderte der General, eine solche etwaige deutsche Erklärung werde ihren Eindruck im Osten nicht verfehlen. Zunächst würden aus taktischen Gründen vor allem Polen und die Sowjetunion ihren bisherigen maximalen Standpunkt sicherlich nicht ändern. Aber der östlichen Propaganda und dem erheblichen Mißtrauen gegen uns könnte dadurch auf längere Sicht sicherlich das Wasser abgegraben werden. Wenn wir nach wie vor die Frage der Wiedervereinigung als zentrales Postulat der deutschen Politik ansähen, so gebe es seiner Meinung nach keinen anderen Weg, als durch eine geduldige Politik der Ost-West-Entspannung die Spaltung Europas und damit auch Deutschlands schließlich zu überwinden.

II. Auf die Pressespekulationen über einen etwaigen Austritt Frankreichs aus dem Atlantischen Bündnis angesprochen, sagte mir de Gaulle, in dieser Frage gebe es keinerlei neue Gesichtspunkte für die französische Regierung. Übrigens stelle sich diese Entscheidung erst im Jahr 1969 und nicht, wie behauptet worden sei, schon im Jahre 1968.<sup>5</sup> Er, de Gaulle, stehe nach wie vor zu den Äußerungen in seinem Brief an Präsident Johnson vom März 1966<sup>6</sup> und zu seinen Erklärungen gegenüber dem Herrn Bundeskanzler im Juli d. J. in Bonn<sup>7</sup>. Wenn sich im Jahre 1969 grundlegende Veränderungen in den Ost-West-Beziehungen ergäben, z. B. auch im Verhältnis der USA zur Sowjetunion, müsse die Frage vielleicht neu überlegt werden. Vorerst habe es nicht den Anschein, daß sich eine solche Entwicklung so bald anbahne.

III. Für den Augenblick scheine ihm, de Gaulle, die Solidarität der sechs EWG-Partner politisch das Wichtigste zu sein. Sie habe sich in der Frage der Weltwährungsreform zufriedenstellend bewährt. Eine neue Bewährungsprobe sei nunmehr die Frage des Eintritts Großbritanniens in den Gemeinsamen Markt. Hier wolle er seine Position nochmals klar präzisieren: Frankreich begrüße grundsätzlich den Beitritt Englands, werde es aber nicht zulassen, daß die

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1319*

einzusehen, warum man diesem großen Volk die Selbstbestimmung verweigere.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1692 des Botschafters Klaiber, Paris; VS-Bd. 4190 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Dok. 328, besonders Anm. 3.

<sup>6</sup> Am 7. März 1966 erklärte Staatspräsident de Gaulle gegenüber Präsident Johnson, daß sich die internationale politische Lage seit 1949 verändert habe und nicht mehr die militärische Zugehörigkeit Frankreichs zur NATO sowie die entsprechenden Abkommen mit den USA rechtfertige: „Cela signifie que, [...] elle serait en 1969 et plus tard résolue, tout comme aujourd'hui, à combattre aux côtés de ses alliés au cas où l'un d'entre eux serait l'objet d'une agression qui n'aurait pas été provoquée. [...] C'est pourquoi la France se propose de recouvrer sur son territoire l'entier exercice de sa souveraineté, actuellement entamé par la présence permanente d'éléments militaires alliés ou par l'utilisation qui est faite de son ciel, de cesser sa participation aux commandements intégrés et de ne plus mettre de forces à la disposition de l'OTAN.“ Vgl. LA POLITIQUE ETRANGERE 1966, S. 44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1966, D 228 f.

<sup>7</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen vom 12./13. Juli 1967 vgl. Dok. 261–264.



EWG dadurch einen anderen Charakter erhalte und das bereits Erreichte in Frage gestellt werde. Selbst die unverdächtige Europäische Kommission habe in ihrem Gutachten<sup>8</sup> feststellen müssen, daß die derzeitige Situation des englischen Pfundes und des englischen Agrarmarkts dem Beitritt Englands in die EWG noch ungelöste Probleme entgegenstellten. Zuerst sollten die Engländer diese Probleme lösen, dann könne über den Beitritt verhandelt werden. Diese Äußerung de Gaulles war so bestimmt und endgültig abgegeben, daß wir uns wohl hier keinen Illusionen über eine Änderung der französischen Politik hingeben sollten.

IV. Auf meine Frage über seine Einstellung zu einer neuen europäischen Gipfelkonferenz erklärte mir de Gaulle, er sei durchaus bereit, diesen in Rom seinerzeit beschlossenen Plan<sup>9</sup> mitzuverwirklichen und einem Vorgespräch der Außenminister am 23. Oktober in Brüssel zuzustimmen.<sup>10</sup> Er hoffe, daß die Holländer nicht wieder mit Vorbedingungen und Bedenken kämen. Wenn auch in den wichtigsten Fragen der Weltpolitik, Vietnam, Nahost und Eintritt Englands in die EWG, zur Zeit keine Aussicht auf eine gemeinsame politische Linie der sechs EWG-Partner bestehe, so halte er trotzdem ein solches Treffen für nützlich, um die gegenseitigen Standpunkte darzulegen und die persönlichen Kontakte nicht abreißen zu lassen.

[gez.] Klaiber

**VS-Bd. 2470 (I A 1)**

<sup>8</sup> Am 29. September 1967 befürwortete die EG-Kommission die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien, Dänemark, Norwegen und Irland unter der Voraussetzung, daß Zusammenhalt und Dynamik der Gemeinschaft nach der Erweiterung erhalten blieben. Darüber hinaus müsse Großbritannien seine Wirtschaft stabilisieren und das Währungssystem ändern. Insbesondere müsse die britische Regierung auf die Rolle des Pfundes als Reservewährung verzichten. Zudem müßten die Mitgliedstaaten im Falle einer Erweiterung der EG „innerhalb einer angemessenen Frist“ in der Lage sein, „Fortschritte auf dem Weg zur politischen Union zu machen“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 499.

<sup>9</sup> Zum Beschluß der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten vom 30. Mai 1967, eine weitere Gipfelkonferenz im Jahr 1967 einzuberufen, vgl. Dok. 197.

<sup>10</sup> Zum Vorschlag des Bundesministers Brandt, anläßlich der EG-Ministerratstagung am 23./24. Oktober 1967 ein informelles Treffen der Außenminister der Mitgliedstaaten durchzuführen, vgl. Dok. 327.

## 336

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete****II A 1-83.13/1-1595/67 VS-vertraulich****3. Oktober 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Paketvorschlag des Bundesministers für Wirtschaft<sup>2</sup> über zusätzliche Kohle- und Energiegeschäfte im innerdeutschen Handel bei gleichzeitiger Swing- und Saldierungskorrektur

Bezug: Schreiben des Bundesministers für Wirtschaft an den Bundeskanzler vom 27. 9. 1967<sup>3</sup> und Aufzeichnung II A 1 vom 2. 10. 1967<sup>4</sup>

Am 2. 10. trat unter dem Vorsitz von Bundesminister Wehner der Kabinettsausschuß für innerdeutsche Angelegenheiten zusammen. Im Auftrag von Staatssekretär Lahr nahm der Unterzeichnete für das Auswärtige Amt teil. Einziger Tagesordnungspunkt war der o.a. Brief des Bundesministers für Wirtschaft.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Herr Arndt, begründete ausführlich das Interesse seines Hauses an dem Verhandlungspaket. Er wies vor allem darauf hin, daß die Betriebsräte an der Ruhr wachsenden Druck ausübten, durch Erhöhung der Kohleausfuhr in die SBZ der Absatzkrise zu begegnen. Auch sei das Turbinenwerk der AEG in Berlin genötigt, in Bälde die Hälfte der Belegschaft zu entlassen, es sei denn, daß das geplante Kraftwerksprojekt für zwei Jahre zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten eröffne. Die Starkstromleitung von der Bundesrepublik nach Berlin würde den Ausgleich der Spitzen erleichtern und den Strom für Berlin billiger machen. Der Berliner Vertreter wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß eine Abhängigkeit von der SBZ nicht entstehen würde, da Berlin voll seinen eige-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat van Well konzipiert.

<sup>2</sup> Karl Schiller.

<sup>3</sup> Bundesminister Schiller schlug vor, mit der DDR „zusätzliche Kohle- und Energiegeschäfte im innerdeutschen Handel bei gleichzeitiger Swing- und Saldierungskorrektur“ abzuschließen: „1) Die SBZ bestellt in Westberlin (AEG) ein Kraftwerk mit zwei Blöcken von je 220 MW für ca. 200 Mio. DM. 2) Westberlin bezieht von Mitteldeutschland Strom im jährlichen Wert von ca. 30 Mio. DM (1 Milliarde kwh). Damit wird das gelieferte Werk bezahlt. 3) Die SBZ bezieht zusätzlich Steinkohle aus der BRD. 5 Jahre lang für jährlich 50 Mio. DM = 800 000 – 1 Mio. t (Das derzeitige Jahreskontingent beträgt 40 Mio. DM). [...] 4) Die SBZ gestattet die Errichtung einer Starkstromleitung von Westdeutschland nach Westberlin. 5) Die SBZ gestattet die Ausbeutung eines Braunkohlenvorkommens an der Demarkationslinie bei Helmstedt im Umfange von ca. 20 Mio. t. 6) Ferner soll die bestehende Genex-Geschenkregeung (Bestellungen über ausländische Vertreter der sowjetzonalen Gesellschaft Genex und Zahlungen in freier DM) dahingehend geändert werden, daß hierfür eine Vertretung in der BRD – eventuell in Berlin – geschaffen wird und die Abrechnung über das Interzonenhandelskonto erfolgt. 7) Demgegenüber erhöht die BRD den Swing um 100 Mio. DM auf 300 Mio. DM und setzt 8) den Saldenausgleich bis 1970 aus.“ Vgl. Referat II A 1, Bd. 696.

<sup>4</sup> Ministerialdirektor Ruete erläuterte, daß das mit Schreiben des Bundesministers Schiller vom 27. September 1967 an Bundeskanzler Kiesinger unterbreitete „Wirtschaftsangebot einen weiteren eindrucksvollen Beweis“ für den Verständigungswillen der Bundesrepublik darstellen würde. Der Vorschlag sei daher „grundsätzlich zu begrüßen“. Um aber den „schon durch den Briefwechsel Bundeskanzler/Stopf erzeugten Eindruck der Erosion“ der Nichtanerkennungspolitik nicht weiter zu verstärken, empfahl er, eventuelle Verhandlungen nicht auf Ministerebene, sondern von der Treuhandstelle für den Interzonenhandel führen zu lassen. Vgl. VS-Bd. 4133 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

nen Strombedarf decken könne, und die neue Kapazität lediglich dem Spitzenausgleich und der Verbilligung diene. Etwa später stillzulegende Berliner Kraftwerke könnten im Krisenfall jederzeit wieder aktiviert werden.

Für unser Interesse an einer Verminderung der sowjetzonalen Abhängigkeit von der Sowjetunion sei es wichtig zu wissen, daß eine Abnahme zusätzlicher Kohle von uns nur möglich erscheint, wenn die SBZ gleichzeitig ihre Bezüge aus der Sowjetunion bzw. Polen reduziert. Von der Sowjetunion erhalte sie jährlich 6 Mio. Tonnen Steinkohle. Eine zusätzliche Million Tonnen von uns sei nur ins Auge zu fassen, wenn man eine Verminderung der Abnahmeverpflichtungen gegenüber der Sowjetunion erwägt. Im Durchschnitt der letzten Jahre habe die Zone von uns trotz des jährlichen Kontingents von 40 Mio. DM nur 30 Mio. DM an Steinkohle abgenommen.

Staatssekretär Arndt und Staatssekretär Krautwig meinten, daß die Erhöhung des Swings und die Verschiebung der Saldierungskorrektur angemessen seien und wahrscheinlich die Billigung der Bundesbank finden würden. Die Einordnung der Überweisungen im Genex-Verkehr in die Interzonenabrechnung wurde von Staatssekretär Arndt als in unserem Interesse liegend dargestellt.

Bundesminister von Hassel und Staatssekretär Baron v. Guttenberg machten politische Gesichtspunkte geltend und baten, eine weitere Prüfung des ganzen Programms zu befürworten, ehe ein offizieller Verhandlungsauftrag für die Treuhandstelle erteilt wird. Sie plädierten aus übergeordneten politischen Gründen auch für eine frühe Entscheidung des Kabinetts.

Staatssekretär Arndt legte dar, daß die Vorsondierungen in Berlin bereits seit einiger Zeit liefen. Wirtschaftssenator König habe vor einigen Wochen berichtet, daß nach Informationen aus Westberliner Wirtschaftskreisen Herr Behrendt an einem Interzongeschäft auf Basis Ruhrkohle gegen Erhöhung des Swings von 200 auf 300 Mio. und Vertagung des Saldierungszwangs von Mitte 1968 auf 1970 interessiert sei. Im Wirtschaftsministerium sei dann dieser Gedanke aufgegriffen und zu einem größeren Programm ausgearbeitet worden. Senator König habe dann durch Westberliner Wirtschaftskreise bei Behrendt nachfragen lassen, wie er sich zu dieser Ausarbeitung stelle. Er habe sich positiv geäußert, aber hinsichtlich der Stellungnahme zur Starkstromleitung und zum Braunkohlenabbau nahe der Zonengrenze in Helmstedt auf die erforderliche Befragung der zuständigen Stellen aufmerksam gemacht. Dann habe Herr Pollak bei der letzten regelmäßigen Zusammenkunft mit Herrn Behrendt gefragt, ob die ihm von Berliner Wirtschaftskreisen zugetragenen Informationen stimmten. Herr Behrendt habe dies bestätigt.

Die kurzfristige Einberufung des Kabinettsausschusses, so führte Staatssekretär Arndt weiter aus, sei erforderlich geworden, weil aus unbekannten Quellen spekulative Informationen an die Presse gelangten. Beginnend mit der NRZ<sup>5</sup> habe die Presse seit Mitte vergangener Woche von Überlegungen berichtet, für 250 Mio. DM überschüssige Ruhrkohle an die Zone zu liefern als Abschlag auf Postschulden<sup>6</sup>. Die Bundesregierung sollte solchen Pressespekulationen schnell-

<sup>5</sup> Vgl. den Artikel „Die DDR will für 250 Millionen DM Ruhrkohle kaufen“, NEUE RHEIN-ZEITUNG, Nr. 226 vom 27. September 1967, S. 1.

<sup>6</sup> Zur Forderung der DDR nach einem Ausgleich der im innerdeutschen Postverkehr erbrachten Mehrleistungen vgl. Dok. 204, Anm. 6, und weiter Dok. 412, Anm. 3 und 5.

stens entgetreten und dafür sorgen, daß bald die wirklichen, für die Bundesregierung durchaus lukrativen Pläne dem entgegengehalten werden können.

Herr Bundesminister Wehner machte außerdem geltend, daß die SBZ jetzt ihren neuen Fünfjahresplan aufstelle und daher Eile geboten sei, um das Projekt noch bei diesen Planüberlegungen unterzubringen. Er hoffe, daß wir das Programm jetzt nicht zerreden und Gefahr laufen, daß es ebenso wie unser Paketvorschlag von 1962 durch die Beendigung der Planaufstellung in der SBZ gegenstandslos wird.

Im übrigen werde Herr Pollak morgen, dem 3.10., wieder routinemäßig mit Herrn Behrendt zusammentreffen, und der Zentralbankrat werde am 5.10. über die Finanzierung beraten können.

Baron v. Guttenberg, der Vertreter des Finanzministeriums und der Unterzeichnete warnten dann erneut gegen ein überhastetes Vorgehen. Pollak sollte in diesem Stadium noch keine offizielle Verhandlungsvollmacht erhalten, sondern lediglich ermächtigt werden, weiterzusunstizieren. Auch würde geltend gemacht, daß der Zentralbankrat sich noch nicht förmlich mit der Angelegenheit befassen sollte, da dann die Gefahr eines Durchsickerns an die Öffentlichkeit und der Präjudizierung unserer Verhandlungsposition gegeben sei.

Es wurde daher Einverständnis über folgendes festgestellt:

Herr Pollak soll in seiner morgigen Zusammenkunft mit Herrn Behrendt herauszufinden versuchen, wie sich die SBZ zu dem Paket stellt.<sup>7</sup> Der Bundesbankpräsident<sup>8</sup> ermittelt formlos die Einstellung des Zentralbankrats zu dem Programm. Aufgrund der Ergebnisse dieser beiden Sondierungen wird die Angelegenheit dem Kabinett am 11.10. unterbreitet.<sup>9</sup>

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>10</sup> dem Herrn Minister<sup>11</sup> zur Kenntnis vorgelegt.

Ruete

**VS-Bd. 4133 (II A 1)**

<sup>7</sup> Am 3. Oktober 1967 bestätigte der Abteilungsleiter im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der DDR, Behrendt, gegenüber dem Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, Pollak, das Interesse der DDR an einer Lieferung von jährlich 300 000 t Fettkohle (Wert 18 Mio. DM) für mindestens fünf Jahre, „wobei die Kohle gegen Forderungen der SBZ aufgerechnet werden soll. [...] Herr Pollak drückte seine Enttäuschung zu der Äußerung hinsichtlich der Steinkohlenlieferungen aus und lehnte eine Erörterung von ‚Schuldenerfahrungen‘ gegen Steinkohlenlieferungen ab.“ Vgl. das Schreiben des Bundesministers Schiller vom 6. Oktober 1967 an den Chef des Bundeskanzleramts, Knieper; VS-Bd. 4133 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Karl Blessing.

<sup>9</sup> Am 11. Oktober 1967 folgte das Bundeskabinett dem Vorschlag des Bundesministers Schiller und beschloß, die Erweiterung des Handels mit der DDR unter der Voraussetzung weiterzuverfolgen, „daß keine Verquickung mit den bekannten Forderungen der SBZ hinsichtlich der Erstattung von Postgebühren erfolgt“. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ritzel vom 24. Oktober 1967; VS-Bd. 4133 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 3. Oktober 1967 vorgelegen.

<sup>11</sup> Hat Bundesminister Brandt am 4. Oktober 1967 vorgelegen.

337

**Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter****II A 7-81.24/1-91.36-3075/67 geheim****4. Oktober 1967<sup>1</sup>****Betr.: Stärke der amerikanischen Truppen in Deutschland**

I. Nach der Berichterstattung der Botschaft Washington, dem Gespräch, das Botschafter Bahr am 15.9. im Pentagon geführt hat<sup>2</sup>, und Gesprächen am Rande der NPG-Sitzung in Ankara<sup>3</sup> ergibt sich folgendes Bild der amerikanischen Absichten bezüglich der Stärke der amerikanischen Truppen in Deutschland:

1) Präsident Johnsons Haupt Sorgen sind der Vietnam-Konflikt, innenpolitische Probleme und seine ständig zurückgehende Popularität in den Vereinigten Staaten. Er möchte keinen „trouble in Europe“, der ihn bei der Bewältigung der für ihn wichtigeren Probleme behindert. Er wünscht insbesondere, daß das Problem der Stärke der amerikanischen und alliierten Streitkräfte in Europa ihm keine neuen Schwierigkeiten im Kongreß bereitet. Er wird deshalb seine Entscheidung, ob eine zweite Runde von Rückverlegungen amerikanischer Streitkräfte aus Deutschland durchgeführt werden soll, von der Entscheidung der Bundesregierung abhängig machen. Von amerikanischer Seite wird immer wieder die Äußerung des Präsidenten gegenüber dem Bundeskanzler zitiert: „You decide for both of us“.<sup>4</sup>

Es wird betont, daß Präsident Johnson davon ausgeht, die Bundesregierung werde sich bemühen, eine Verminderung der Stärke der Bundeswehr zu vermeiden. Er sei angesichts der Stimmung im Kongreß keineswegs der Ansicht, daß eine Verminderung um 19000 Mann unerheblich sei und keine Konsequenz für die Stärke der amerikanischen Truppen in Deutschland haben werde.

2) Das State Department ist entschlossen, weitere Verminderungen der amerikanischen militärischen Präsenz in Europa, die über die in den Dreier-Gesprächen vereinbarte Rotation von 35000 Mann<sup>5</sup> hinausgehen, zu verhindern. Es befürchtet, daß eine zweite Welle der Rotation eine Kettenreaktion bei den anderen NATO-Partnern auslösen und zu einer Erosion der militärischen Stärke und des politischen Zusammenhalts der Allianz führen wird. Es befürchtet ferner, daß dies zu einer Veränderung des militärischen und politischen Kräfteverhältnisses in Europa zugunsten der Sowjetunion führen und späteren Bemühungen um eine ausgeglichene Verminderung der Streitkräfte in West und Ost, die das State Department im Augenblick für aussichtslos hält, die notwendige Grundlage eines stabilen Streitkräfteniveaus der Allianz entziehen wird. Um diese Politik beim Präsidenten und gegenüber dem Kongreß

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde auf Wunsch des Mitarbeiters im Bundesministerium der Verteidigung, Kapitän zur See Zimmermann, vom Vortragenden Legationsrat Behrends verändert. Vgl. Anm. 9–12.

<sup>2</sup> Zum Gespräch mit dem stellvertretenden amerikanischen Verteidigungsminister Nitze vgl. Dok. 334.

<sup>3</sup> Zur Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe vom 28./29. September 1967 vgl. Dok. 329.

<sup>4</sup> Vgl. dazu die Gespräche des Bundeskanzlers Kiesinger mit Präsident Johnson am 15./16. August 1967 in Washington; Dok. 301 und Dok. 304.

<sup>5</sup> Zur Vereinbarung vom 28. April 1967 vgl. Dok. 151.

durchsetzen zu können, legt das State Department größten Wert darauf, daß eine Verminderung der aktiven Truppenstärke der Bundeswehr unterbleibt.

3) Die zivile Seite des Pentagon tendiert dagegen zu einer zweiten Runde von Rückverlegungen amerikanischer Streitkräfte aus Deutschland, etwa in der Größenordnung der ersten Runde (35 000 Mann). Das Pentagon hat daher keine Bedenken gegen eine Verminderung der aktiven Truppenstärke der Bundeswehr, sondern sieht darin eher eine willkommene Gelegenheit, um eine zweite Runde der Rotation durchzusetzen.

Aus militärischen Überlegungen hält das Pentagon ein gewisses „Gesund-schrumpfen“ der Bundeswehr und eine bessere Nutzung des Reservistenpotentials auf Kosten der aktiven Truppenstärke für zweckmäßig. Das Pentagon würde jedoch mit großer Wahrscheinlichkeit eine solche Lösung zum Anlaß nehmen, um Präsident Johnson eine zweite Runde von Rückverlegungen amerikanischer Streitkräfte vorzuschlagen. Selbst eine Beibehaltung der gegenwärtigen aktiven Truppenstärke der Bundeswehr würde diese Bestrebungen des Pentagon nicht zur Ruhe kommen lassen. Wie der stellvertretende Verteidigungsminister Nitze gegenüber Botschafter Bahr betonte, ist für das Pentagon der entscheidende Tatbestand der Verzicht der Bundesregierung auf die frühere Planung, die bis 1971 eine Verstärkung der Bundeswehr auf 508 000 Mann vorsah.

4) Diese Bestrebungen sind auch innerhalb des Pentagon umstritten. Sie werden von den „Joint Chiefs of Staff“ nicht unterstützt und haben sich noch nicht zu einem konkreten zweiten Rotationsplan und zu einer Entscheidung McNamaras verdichtet. Im Augenblick scheint in Washington die Ansicht des State Department größeres Gewicht zu haben. Das State Department hat es nach längeren Auseinandersetzungen mit dem Pentagon durchgesetzt, daß die Federführung und die Delegationsleitung für die von den Amerikanern vorgeschlagenen bilateralen Konsultationen über die Planung für die künftige Struktur der Bundeswehr beim State Department liegt.

II. Ob sich Präsident Johnson für die Ansicht des State Department oder für die Bestrebungen des Pentagon entscheiden wird, wird nicht nur von der Entscheidung der Bundesregierung über die künftige Stärke der Bundeswehr, sondern auch davon abhängen, wie wir die Planungen für die künftige Struktur der Bundeswehr präsentieren. Wenn wir die Amerikaner davon überzeugen können, daß unsere Planungen zu einer Verbesserung der Struktur und der Kampfkraft der Bundeswehr führen werden und daß eventuelle Verminderungen der Personalstärke demgegenüber nicht ins Gewicht fallen, besteht eine gute Aussicht, daß wir unerwünschte Rückwirkungen auf die Stärke der amerikanischen Truppen in Deutschland verhindern können.

Für die deutsche Politik folgt aus dieser Sachlage:

1) Wir sollten nicht davon ausgehen, daß eine zweite Welle von Rückverlegungen amerikanischer Einheiten aus Deutschland bereits beschlossene Sache und unvermeidlich ist. Wir sollten auf entsprechende Sondierungen des Pentagon gelassen und ohne Nervosität reagieren und klarstellen, daß wir im Interesse der Allianz, der deutsch-amerikanischen Beziehungen und der Intensivierung der Rüstungskontrollpolitik (Parallelität der Truppen- oder Präsenzver-

minderung auf beiden Seiten der Demarkationslinie) weitere Rückverlegungen nicht für vertretbar hielten.

2) Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß auf lange Sicht weitere Rückverlegungen amerikanischer Streitkräfte kaum zu vermeiden sind. In dem Maße, in dem die amerikanische Airlift-Kapazität ausgebaut wird, werden die militärischen Argumente des Pentagon für eine stärkere Konzentrierung der amerikanischen Streitkräfte in den Vereinigten Staaten in Washington an Überzeugungskraft gewinnen. Es kommt für uns darauf an, Zeit zu gewinnen und weitere Rückverlegungen amerikanischer Streitkräfte etwa in den nächsten zwei Jahren zu verhindern. Auch das Pentagon hat noch keine präzisen Vorstellungen über den Zeitpunkt weiterer Rückverlegungen und wird darüber mit sich reden lassen. Es wäre allerdings schlechte Verhandlungstaktik, wenn wir bereits jetzt den Amerikanern unsere Zustimmung zu späteren Rückverlegungen ab 1969 oder 1970 in Aussicht stellen würden. Ein solches Entgegenkommen käme allenfalls als Rückfallposition in extremis in Betracht.

3) Wir sollten sowohl in öffentlichen Äußerungen wie in diplomatischen Kontakten mit den Amerikanern darauf achten, daß wir den für weitere Rückverlegungen eintretenden Kreisen des Pentagon ebenso wie des Senats keine Argumente liefern und daß wir im Gegenteil dem State Department den Rücken stärken. Zu diesem Zweck empfiehlt sich folgende Sprachregelung:

a) Wir sollten die Zahl 19000, um die nach den gegenwärtigen Planungen des Bundesministeriums der Verteidigung die Bundeswehr bis 1971 vermindert werden soll, möglichst nicht mehr erwähnen. Statt dessen sollten wir die eventuell notwendig werdenden Verminderungen des personellen Bestandes der Bundeswehr als geringfügig und als normale Fluktuation der Streitkräftestärke bezeichnen, die pro Jahr etwa ein Prozent der Personalstärke betragen wird.

b) Wir sollten dem Argument des Pentagon, daß sich durch den Beschluß der Bundesregierung über die mittelfristige Finanzplanung<sup>6</sup> die Lage seit den Dreiergesprächen verändert habe, mit dem Hinweis entgegentreten, daß die Bundesregierung bereits im Dezember 1966 beschlossen habe, den Personalbestand der Bundeswehr einzufrieren. Den Amerikanern sei daher schon im ersten Stadium der Dreiergespräche bekannt gewesen, daß die ursprüngliche Planung des Aufbaus der Bundeswehr auf 508000 Mann unrealistisch war. Die gegenwärtigen Planungen des Bundesministeriums der Verteidigung zielen auch darauf ab, die in den Dreiergesprächen von den Amerikanern mit besonderem Nachdruck bemängelten „Imbalances“ (Ungleichgewichte) der Bundeswehr zu beseitigen.

c) Im deutsch-amerikanischen Protokoll<sup>7</sup>, das Teil des Verhandlungsergebnisses der Dreiergespräche bildet, hat die amerikanische Seite folgendes erklärt:

„Die Vereinigten Staaten sind nicht der Auffassung, daß die internationale Lage weitere Rückverlegungen rechtfertigt. Sie sind der Ansicht, daß beträchtli-

<sup>6</sup> Zum Beschluß des Bundeskabinetts vom 6. Juli 1967 vgl. Dok. 258.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Vereinbarung vom 28. April 1967 vgl. den Drahtbericht Nr. 917 des Botschafters a.D. Duckwitz, z. Z. London, vom 29. April 1967; VS-Bd. 4106 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1967.

che Kürzungen der militärischen Stärke der Verbündeten Teil eines ausgewogenen Plans zur Verringerung der militärischen Stärke im Osten wie im Westen oder das Resultat anderer größerer Verschiebungen in der Sicherheitssituation sein und nur nach ausführlicher Konsultierung der Verbündeten untereinander erfolgen sollten.“

Diese Erklärung, die Teil der in den Dreiergesprächen von den Amerikanern eingegangenen Verpflichtungen ist, wird durch den Beschluß des Bundeskabinetts über die mittelfristige Finanzplanung nicht berührt.

d) Das frühere Planungsziel von 508 000 Mann bis 1971 war niemals mehr als eine Planungsgrundlage des Bundesministeriums der Verteidigung. Bei der Vorlage dieser Planung in der NATO im April 1966 haben wir darauf ausdrücklich hingewiesen. Sie ist daher kein geeigneter Vergleichsmaßstab zu der gegenwärtigen Planung, die auf einem verbindlichen Beschluß des Bundeskabinetts über die mittelfristige Finanzplanung beruht.

3) Besondere Behutsamkeit ist bei deutschen Stellungnahmen zur Frage der politischen Vorwarnzeit angebracht. In der von den Verteidigungsministern der NATO verabschiedeten Ministerweisung vom 9.5.1967<sup>8</sup> ist zwar festgestellt, daß eine politische Vorwarnzeit wahrscheinlich ist. Die Ministerweisung hat jedoch die politische Vorwarnzeit nicht als sichere Grundlage militärischer Planungen akzeptiert.

Das Pentagon legt auf die politische Vorwarnzeit, die es noch bis 1966 strikt abgelehnt hatte, heute deshalb einen großen Wert, weil sie eine militärische Rechtfertigung für die Rotation amerikanischer Streitkräfte liefert.

Wir sollten versuchen, bei der militärischen Begründung der Aufstellung von Reserveeinheiten und des Prinzips der abgestuften Präsenz nach außen<sup>9</sup> ohne den Begriff der<sup>10</sup> Vorwarnzeit auszukommen. Das wäre dann der Fall<sup>11</sup>, wenn das Bundesministerium der Verteidigung Pläne ausarbeiten kann, nach denen die Reservebrigaden innerhalb von 6–7 Tagen nicht nur personell aufgefüllt, sondern auch als voll einsatzbereite Einheiten SACEUR zur Verfügung gestellt werden können. Dieser Zeitraum wird von der militärischen Vorwarnzeit, die ein fester und gesicherter Begriff der militärischen Planung ist, gedeckt. Die Amerikaner benötigen dagegen für die Rückführung der Rotationsstreitkräfte bis zu 30 Tage<sup>12</sup>.

4) Das Problem der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland ist schließlich im Zusammenhang mit der ab 1.7.1968 fälligen neuen Regelung des Devisenausgleichs zu sehen.

<sup>8</sup> Vgl. dazu Dok. 157, besonders Anm. 14.

<sup>9</sup> Die Wörter „nach außen“ wurden auf Wunsch des Kapitäns zur See Zimmermann, Bundesministerium der Verteidigung, nachträglich vom Vortragenden Legationsrat Behrends handschriftlich eingefügt.

<sup>10</sup> An dieser Stelle wurde auf Wunsch des Kapitäns zur See Zimmermann, Bundesministerium der Verteidigung, nachträglich vom Vortragenden Legationsrat Behrends gestrichen: „politischen“.

<sup>11</sup> Die Wörter „wäre dann der Fall“ wurden auf Wunsch des Kapitäns zur See Zimmermann, Bundesministerium der Verteidigung, nachträglich vom Vortragenden Legationsrat Behrends handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „ist möglich“.

<sup>12</sup> An dieser Stelle wurde auf Wunsch des Kapitäns zur See Zimmermann, Bundesministerium der Verteidigung, nachträglich vom Vortragenden Legationsrat Behrends gestrichen: „und deshalb eine politische Vorwarnzeit“.



Falls

a) die aus der mittelfristigen Finanzplanung für Leistungen und Lieferungen aus den USA zur Verfügung stehenden Mittel drastisch vermindert werden, oder

b) die Bundesbank – wie es zur Zeit den Anschein hat – nicht bereit sein sollte, für die Zeit ab 1. 7. 68 weiterhin durch Ankauf von Schatzanweisungen der US-Treasury die amerikanischen Devisenverluste zu neutralisieren,

wird sich der Druck in Richtung auf weitere Verminderungen auch unabhängig vom Umfang der Bundeswehr kaum vermeiden lassen.

Falls wir dagegen den Amerikanern für die Zeit nach dem 1. 7. 1968 in etwa die gleiche Regelung anbieten können wie für das laufende Abkommen, können wir dies davon abhängig machen, daß die Amerikaner von weiteren Rückverlegungen absehen.<sup>13</sup>

5) Wir sollten die Auswirkungen von Verminderungen sowohl der Bundeswehr wie der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland auf die Entspannungspolitik nicht aus dem Auge verlieren. Der Entspannung dienen Truppen- und Präsenzverminderungen nur, wenn sie auf beiden Seiten der Konfrontationslinie stattfinden. Diese Parallelität setzt entweder Absprachen zwischen den beiden Seiten voraus oder die begründete Aussicht, daß die andere Seite dem Beispiel der einen folgen wird.

Daraus folgt:

a) Wir sollten unsere Bemühungen fortsetzen, im Rahmen der Allianz ein gemeinsames Konzept für die Truppen- und Präsenzverminderung auf Gegenseitigkeit zu entwickeln. Diese gemeinsame Arbeit würde der Tendenz zu weiteren einseitigen Truppen- und Präsenzverminderungen entgegenwirken.

b) Einseitige Truppen- und Präsenzverminderungen sowohl bei den Amerikanern wie bei uns, die über die normale Fluktuation von Streitkräftestärken hinausgehen, sollten solange unterbleiben, wie keine Aussicht besteht, daß die andere Seite dem von der Allianz gesetzten Beispiel folgt. Falls einseitige Truppen- und Präsenzverminderungen unvermeidlich werden, sollte der Zeitpunkt ihrer Bekanntgabe so gewählt werden, daß sie glaubwürdig und mit Aussicht auf Erfolg als Entspannungsmaßnahme auf Gegenseitigkeit präsentiert werden können.

III. Abteilung II hat den Inhalt dieser Aufzeichnung mit dem Bundesministerium der Verteidigung besprochen, das einverstanden ist. Sie<sup>14</sup> wird im Einvernehmen mit BMVtdg als Sprachregelung an die Deutsche Botschaft in Washington und an die Deutsche NATO-Vertretung gesandt werden.<sup>15</sup>

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>16</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>17</sup> vorge-

<sup>13</sup> Zu diesem Absatz bemerkte Staatssekretär Duckwitz handschriftlich: „Bundesbank“.

<sup>14</sup> Korrigiert aus: „Es“.

<sup>15</sup> Für die Schriffterlasse des Vortragenden Legationsrats Behrends vom 13. November 1967 vgl. VS-Bd. 934 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>16</sup> Hat Staatssekretär Duckwitz am 31. Oktober 1967 vorgelegen, der für Bundesminister Brandt handschriftlich vermerkte: „Eine klare, lesenswerte Aufzeichnung. Schlage Unterrichtung von London und Paris als ‚vertrauliche Information‘ vor.“

<sup>17</sup> Hat Bundesminister Brandt am 4. November 1967 vorgelegen.

legt. Das BMVtdg ist unterrichtet, daß der Herr Bundesminister rechtzeitig vor der Verteidigungsdebatte im Bundestag ein Gespräch mit dem Herrn Bundesminister der Verteidigung vorzuschlagen beabsichtigt.

i. V. Schnippenkötter

VS-Bd. 934 (II A 7)

338

### Botschafter Knoke, Den Haag, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-14607/67 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 316

Aufgabe: 5. Oktober 1967, 10.15 Uhr  
Ankunft: 5. Oktober 1967, 10.39 Uhr

Betr.: Tagung des Ministerrats der Europäischen Gemeinschaften vom  
2./3. Oktober in Luxemburg<sup>1</sup>

De Ranitz äußerte sich gestern sehr enttäuscht über den Verlauf der Minister-  
ratstagung der Europäischen Gemeinschaften vom 2./3. Oktober in Luxem-  
burg. Sehr unbefriedigend nannte er den Bericht der Kommission der Europäi-  
schen Gemeinschaften zur Frage des Beitritts Großbritanniens<sup>2</sup>. Im einzelnen  
habe er ihn zwar noch nicht gründlich durcharbeiten können, immerhin ließe  
sich schon so viel sagen, daß die Kommission mit ihrer Forderung nach Berei-  
nigung der britischen Wirtschafts-, insbesondere der Zahlungsbilanzsituation  
noch vor Beitritt Englands und der weiteren Forderung nach Aufgabe des Cha-  
rakters der Pfundwährung als einer Reservewährung für den Fall des Bei-  
tritts, den Beitritt außerordentlich erschwere. General de Gaulle könne über  
den Kommissionsbericht im Grunde nur erfreut sein. Er brauche gegen die Er-  
öffnung der Verhandlungen gar nicht mehr zu opponieren, da die Kommission  
ihn jetzt mit Material versehen habe, das ein Hinausziehen der Verhandlungen  
auf Jahre ermögliche.

De Ranitz hat darum gebeten, ihm zur Vorbereitung der niederländischen Hal-  
tung auf der nächsten Ratstagung vom 23./24. Oktober in Luxemburg<sup>3</sup> unsere  
Auffassung durch mich so bald wie möglich zu übermitteln.

<sup>1</sup> Der EG-Ministerrat nahm die Stellungnahme der EG-Kommission vom 29. September 1967 über  
das britische Beitrittsge- such entgegen und beschloß, eine Aussprache erst auf der nächsten Mini-  
sterratstagung am 22./23. Oktober 1967 in Luxemburg zu führen. Bundesminister Schiller schlug  
vor, über die Beitrittsanträge erst nach der Verschmelzung der drei Verträge der EWG, EAG und  
EGKS zu entscheiden, „da zwei von ihnen nach der Fusion ihre praktische Bedeutung verlieren  
würden. Der gleichzeitige Abschluß der Beitrittsabkommen und des Verschmelzungsvertrages  
würde daher zu einer Rationalisierung der Arbeiten führen.“ Vgl. den Delegationsbericht Nr. 2 des  
Botschafters Sachs, z. Z. Luxemburg, vom 3. Oktober 1967; Referat I A 2, Bd. 1512.

<sup>2</sup> Zum Bericht vom 29. September 1967 vgl. Dok. 335, Anm. 8.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 366, besonders Anm. 2.

Ich wäre dankbar, wenn ich nach Abschluß der dortigen Prüfung des Berichts der Rey-Kommission mit entsprechender Weisung versehen werden könnte.<sup>4</sup>

[gez.] Knoke

VS-Bd. 2428 (I A 2)

339

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete, z. Z. London

II A 3-86.60/1-1445/67 VS-vertraulich

5. Oktober 1967

Betr.: Europäische Sicherheit und Deutschlandfrage

1) Ich erörtere dieses Thema heute mit Lord Hood<sup>1</sup>, und wir waren uns einig darüber, daß es begrüßenswert wäre, wenn bei Beendigung der Harmel-Studien eine „open-ended study group“ für die Probleme Europäische Sicherheit und Deutschlandfrage eingerichtet würde, die den gesamten Problemkreis vorbereitend erörtern soll. Lord Hood bejahte auch die Notwendigkeit der französischen Einbeziehung in diese Gruppe.

Lord Hood bat, wir möchten in dieser Frage mit den Franzosen Verbindung aufnehmen. Ich sagte ihm, daß das Treffen des Herrn Bundesaußenministers mit Außenminister Couve de Murville, das am 17. Oktober stattfindet<sup>2</sup>, sicherlich Gelegenheit geben würde, auch diese Frage mit den Franzosen zu erörtern.

Lord Hood hielt es für sinnvoll, daß das gleiche Thema zwischen den drei Westmächten und uns getrennt erörtert würde. Die Legitimation dieser Gruppe, deren besondere Zuständigkeit für Deutschland als Ganzes gegeben sei, werde auch von den übrigen NATO-Partnern nicht bestritten.

Wir waren uns einig darüber, daß die bisherigen Diskussionen sehr stark mit prozeduralen Fragen beschäftigt waren, und daß man jetzt eine Diskussion über die Substanz der Vorschläge beginnen solle. Zur Substanz könnten nach Lord Hoods Auffassung auch einige Themen gehören, die in unseren 14 Punk-

<sup>4</sup> Am 19. Oktober 1967 teilte Ministerialdirigent Frank der Botschaft in Den Haag mit, daß die Beratungen über eine Stellungnahme zum Bericht der EG-Kommission vom 29. September 1967 noch nicht abgeschlossen seien: „Als für den Rat der Europäischen Gemeinschaften am 23./24.10. geeignete Themen werden wirtschaftliche Lage Großbritanniens, Zahlungsbilanzlage Großbritanniens und der besondere Status des Pfund Sterling als Reservewährung, Gemeinsame Agrarpolitik, Agrarfinanzierung, Auswirkungen des Beitritts weiterer Staaten auf die Gemeinschaft und Übernahme von bisher durch die Organe der Gemeinschaft getroffenen und bis zum vollzogenen Beitritt noch zu treffender Regelungen durch die neuen Mitglieder angesehen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 131; VS-Bd. 2428 (I A 2); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Ministerialdirektor Ruete hielt sich anlässlich der am 6. Oktober 1967 stattfindenden deutsch-britischen Konsultationen auf Abteilungsleiterebene in London auf. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats Bräutigam, London; VS-Bd. 4257 (II A 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Für das Gespräch in Paris vgl. Dok. 355.

ten<sup>3</sup> erwähnt wurden, nämlich Gewaltverzicht, Austausch von Manöverbeobachtern, usw. Auch könne man eventuell daran denken, das Problem des nuclear freeze in die Erörterung einzubeziehen.

Ich sagte Lord Hood, daß wir uns bemühen würden, zur Frage einer neuen Deutschlandinitiative substantielle Vorschläge zu durchdenken und diese vielleicht bis zum Dezembertreffen der vier Außenminister anlässlich der NATO-Ministerratstagung<sup>4</sup> zu formulieren. Lord Hood hatte Zweifel, ob die Franzosen sich bereit finden würden, mitzumachen. Er meinte jedoch, daß die Gesamtsituation nicht unbedingt gegen ein sowjetisches Interesse an gewissen Vorschlägen in der Deutschlandfrage spreche.

2) Hiermit Herrn Dg II A<sup>5</sup>

Ich bitte, den Planungsstab zu unterrichten und mit diesem zusammen Überlegungen über eine Konkretisierung unserer Vorstellungen zu einer Deutschlandinitiative anzustellen.

Ruete

VS-Bd. 4239 (II A 3)

## 340

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Diehl

PI-82.06-104/67 VS-vertraulich

6. Oktober 1967<sup>1</sup>

Betr.: Deutsche Europa-Politik

I. Die Beitrittsgesuche Großbritanniens und anderer EFTA-Staaten zu den Sechser-Gemeinschaften<sup>2</sup> haben erneut die Diskussion in Gang gesetzt,

- ob die Gemeinschaften geographisch ausgeweitet werden sollen auf die Gefahr, im größeren Kreis einstweilen die militärische und politische Einigung nicht zu erreichen,
- oder ob zunächst auf die geographische Erweiterung der Gemeinschaften verzichtet werden sollte in der Hoffnung, im Sechserkreis zur militärischen und politischen Einigung zu gelangen.

<sup>3</sup> Zu den von Bundesminister Brandt am 16. Juni 1967 dem sowjetischen Botschafter Zarapkin überreichten Vorschlägen vgl. zuletzt Dok. 259.

<sup>4</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Brandt mit den Außenministern Rusk (USA), Brown (Großbritannien) und Couve de Murville (Frankreich) am 13. Dezember 1967 in Brüssel vgl. Dok. 428.

<sup>5</sup> Hat Ministerialdirigent Sahm am 10. Oktober 1967 vorgelegen.

<sup>1</sup> Überarbeitete Fassung der Aufzeichnung des Ministerialdirektors Diehl vom 14. August 1967. Vgl. VS-Bd. 11577 (Planungsstab); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Zu den Anträgen von Großbritannien, Irland und Dänemark vom 11. Mai 1967 vgl. Dok. 197, Anm. 4.

Am 21. Juli 1967 stellte Norwegen einen Antrag auf Beitritt zur EG.

Die nähere Untersuchung zeigt, daß die Methode der supranationalen Integration auf absehbare Zeit weder unter den Sechs noch im erweiterten Teilnehmerkreis die Gewähr bietet, von der wirtschaftlichen zur militärischen und politischen Einigung fortzuschreiten.

Im Kreis der Sechs wird die gegenwärtige französische Regierung, deren Interesse an der Einigung Westeuropas in erster Linie darauf zielt, Europas „eigene Rolle“ unter französischem Einfluß in der Weltpolitik zur Geltung zu bringen, nicht bereit sein, ihre „Unabhängigkeit“ durch supranationale Institutionen beeinträchtigen zu lassen. Selbst Italien und die Benelux-Staaten, die sich von supranationalen Strukturen stärkere Ausgangspositionen gegenüber den größeren Mächten versprechen, sind nicht gewillt, die militärische und politische „Integration“ Europas ohne das britische Gegengewicht zu dem von ihnen befürchteten deutsch-französischen Zusammenwirken herbeizuführen.

Die Erweiterung der Gemeinschaften auf Großbritannien und weitere EFTA-Staaten bietet zwar die Aussicht, die wirtschaftliche Spaltung Westeuropas zu überwinden; für weitergehende militärische und/oder politische Bindungen sind diese Staaten aber ebensowenig wie Frankreich bereit, supranationale Strukturen zu akzeptieren.

II. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit bleibt ohne ergänzende militärische und politische Bindungen gegenüber wirtschaftlichen und politischen Erschütterungen gefährdet. Die Bundesrepublik Deutschland ist wirtschaftlich, militärisch und politisch in hohem Maße auf die Einbeziehung in den freien Teil Europas und dessen Zusammenhalt angewiesen. Sie muß deshalb auf alle erfolgversprechenden Methoden der Zusammenarbeit eingehen, soweit sie nicht die Wiedervereinigung Deutschlands gefährden.

Als Nahziel bietet sich an, die wirtschaftliche Zusammenarbeit (im weiten Sinne, d.h. einschließlich der Handelspolitik, Entwicklungspolitik, Währungspolitik usw.) sachlich und räumlich mit den erprobten Methoden der Integration auszubauen und daneben für die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Sicherheits- und Außenpolitik im Kreise der interessierten Staaten neue, nicht mehr unbedingt an Methoden und Teilnehmerkreis der wirtschaftlichen Einigung gebundene Wege zu suchen.

Ausgangspunkt militärischer und politischer Zusammenarbeit sollten die gemeinsamen Interessen, nicht die institutionelle Konstruktion sein. Reale Fortschritte gegenüber dem derzeitigen Zustand der politischen Gestaltlosigkeit Westeuropas würden den Verzicht auf die für absehbare Zeit nicht durchsetzbare Verfahrensweise der Integration rechtfertigen. Allerdings müßte die Zusammenarbeit so eingerichtet werden, daß die volle wirtschaftliche, militärische und politische Einigung unter Teilnahme aller westeuropäischen Staaten offengehalten wird.

Die hier vorgenommene Unterscheidung zwischen wirtschaftlichen und militärisch/politischen Strukturen der Zusammenarbeit könnte die Aussicht vergrößern, auch diejenigen Staaten Westeuropas in die wirtschaftliche Zusammenarbeit einzubeziehen, die an der militärischen und politischen Zusammenarbeit nicht oder noch nicht teilnehmen können (z.B. mit Rücksicht auf Neutralitätspflichten). Die Unterscheidung könnte die Aussicht fördern, die EWG durch eine wirtschaftliche Öffnung gegenüber Osteuropa politisch zu nutzen.

III. Vorläufig ist nicht übersehbar, ob die gegenwärtige französische Regierung sich überhaupt auf ernsthafte Verhandlungen über den britischen Beitritt zur Wirtschaftsgemeinschaft einlassen wird. Dem französischen Widerstand liegen gewisse wirtschaftliche, in erster Linie jedoch politische Bedenken zugrunde. Wenn überhaupt, würde die gegenwärtige französische Regierung die Einwände gegen eine englische Mitgliedschaft in der EWG vielleicht dann fallen lassen, wenn sie in der von der EWG getrennten militärischen und politischen Zusammenarbeit ausreichende Garantien für die Erhaltung ihres Einflusses fände. Falls Großbritannien dadurch in die Wirtschaftsintegration voll einbezogen werden könnte, würde die Aufnahme der europäischen politischen Zusammenarbeit – auch in loseren institutionellen Formen – zunächst nur unter den Sechs oder sogar nur innerhalb einer Kerngruppe entscheidende Vorteile gegenüber dem bisherigen Zustand bringen.

Mit der Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Feld würde Großbritannien auch seine politischen Bindungen zum Kontinent verstärken und seine Ausgangsposition für die Mitwirkung an der politischen Zusammenarbeit bedeutend verbessern. Das gilt erst recht in der Gewißheit, daß Frankreich in politisch überschaubarem Zeitraum zu einem ausgewogeneren Verhältnis zwischen Integration und Unabhängigkeit zurückfinden wird. Wie immer man die Erfolgsaussichten dieses Gedankens beurteilt, so wäre doch zu gegebener Zeit seine Diskussion mit den Partnern nützlich, weil der Verlauf der Diskussion zumindest zur Klärung der Absichten aller Beteiligten beitragen würde.

Wenn die derzeitige französische Regierung darauf beharrte, Großbritannien die Mitgliedschaft in der Wirtschaftsgemeinschaft auch dann zu verwehren, wenn es zunächst von der politisch-militärischen Zusammenarbeit ausgeschlossen bleibt, sollte erwogen werden, ob nicht – außerhalb des institutionellen Rahmens der Gemeinschaften und in pragmatischen Einzelschritten – die Aufnahme der politischen Zusammenarbeit ohne Großbritannien (eventuell sogar ohne die Niederlande, die am härtesten auf der britischen Mitwirkung bestehen<sup>3</sup>) dem bloßen Warten auf eine Änderung der französischen Politik vorzuziehen wäre: Die fortdauernde Stagnation der europäischen politischen Einigung könnte in Verbindung mit dem derzeitigen Entspannungstrend die Ansätze zur politischen Zusammenarbeit für lange Zeit verschütten; zudem kann auch die noch unübersehbare künftige innerfranzösische Entwicklung durch die möglichst weitgehende Verflechtung Frankreichs mit den wirtschaftlichen, militärischen und politischen Interessen seiner westeuropäischen Nachbarn positiv beeinflußt werden.

Notwendig wäre jedoch, gleichzeitig alle Ansatzmöglichkeiten zur engeren Kooperation mit Großbritannien zu nutzen. Das betrifft insbesondere die militärische Zusammenarbeit und wirtschaftliche Aufgaben, für welche die Gemeinschaften sich nicht eignen oder nach Auffassung einzelner Partner nicht eingesetzt werden sollten.

IV. Für die politische Zusammenarbeit sollten die vorhandenen Ansätze zu Konsultationen der Regierungschefs und der Außenminister weiter ausgebaut werden. Regelmäßige Konsultationen unabhängig vom institutionellen Rah-

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 338.

men der Gemeinschaften sollten zunächst noch durch die Außenministerien, in späteren Phasen durch ein Sekretariat und ein Gremium ständiger Vertreter vorbereitet und unterstützt werden.

Dieser Konsultationsmechanismus wäre zugleich geeignet, die Fragen aufzunehmen, die im Rahmen der Gemeinschaften Schwierigkeiten bereiten, weil die Allbeteiligung nicht erreicht werden kann oder weil einzelne Partner die Zuständigkeit der Gemeinschaften bestreiten.

Unter der Voraussetzung deutsch-französischen Einverständnisses könnte versucht werden, die wesentlichen Elemente des Fouchet-Plans II<sup>4</sup> wieder in die Diskussion einzuführen, der insbesondere auf den Widerstand der Verfechter des britischen Beitritts und der Anhänger des Integrationsmodells gestoßen war. Auch heute wäre die Beteiligung Großbritanniens wünschenswert; wenn aber die gegenwärtige französische Regierung, wie zu erwarten ist, sich dem widersetzt, sollten wir nicht auf die Möglichkeit der Zusammenarbeit im engeren Kreis, notfalls selbst ohne die Niederlande oder sogar andere Benelux-Staaten, verzichten. Der politische Nutzen des Planes sinkt mit der Zahl der Teilnehmerstaaten. Ein bloßes deutsch-französisches Zusammenwirken böte gegenüber dem deutsch-französischen Vertrag von 1963<sup>5</sup> keine zusätzlichen Vorteile.

Die Nichtbeteiligung Großbritanniens machte es notwendig, der britischen wie der amerikanischen Regierung offen darzulegen, welche – auch im atlantischen Interesse – wesentlichen Erwägungen uns zur Verstärkung der kontinental-europäischen politischen Zusammenarbeit in diesem Zeitpunkt veranlassen. Das Interesse der angelsächsischen Mächte an der militärischen Sicherheit Westeuropas kann durch dieses Vorgehen nicht maßgeblich beeinträchtigt werden, denn sie ist eng mit ihrer eigenen Sicherheit verbunden. Selbst in der angelsächsischen Unterstützung unserer Deutschlandpolitik würde kein entscheidender Wandel eintreten, weil die Wiedervereinigung mit der dauerhaften Entspannung in Europa zu eng verknüpft ist und weil die Unterstützung unserer Deutschlandpolitik auch der Kontrolle dieser Politik und ihrer Einfügung in die gesamteuropäische und atlantische Politik dient.

V. Die europäische militärische Zusammenarbeit ist besonders dringlich, seitdem mit dem Ausscheiden Frankreichs die Integration innerhalb der NATO fühlbare Einbußen erlitten hat und seitdem die mangelnde Ausgewogenheit der Kräfte und des Einflusses zwischen den USA und ihren europäischen Verbündeten offener zu Tage tritt. Ohne engeres europäisches Zusammenwirken können diese Vorgänge den Zusammenhalt der NATO auf die Dauer ernsthaft gefährden.

Auch der Ansatz zur europäischen militärischen Zusammenarbeit sollte unter Einschluß Frankreichs gesucht werden, wenn Frankreich nicht aus der NATO gedrängt und das neugewonnene deutsch-französische Einvernehmen nicht aufs Spiel gesetzt werden soll. Die strategische Bedeutung des französischen

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des zweiten „Fouchet-Plans“ vom 18. Januar 1962 vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 466–484.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

Territoriums für die NATO legt den Versuch nahe, das besondere deutsch-französische Verhältnis als Scharnier zwischen Frankreich und der NATO-Organisation einzusetzen. Trotz der starken Abneigung der derzeitigen französischen Regierung, ihre Handlungsfähigkeit einschränken zu lassen, könnte doch ein französisches Interesse an engerer militärischer Zusammenarbeit in Europa aus dem Wunsch entspringen, das europäische Gewicht im Bündnis und in der Weltpolitik zu vergrößern sowie Frankreichs strategische und wirtschaftliche Situation zu verbessern.

Praktische Möglichkeiten engeren europäischen Zusammenwirkens ergeben sich

- in der Rüstung und
- in der strategischen Planung.

Initiativen auf diesen Gebieten würden das Sachinteresse der Gemeinschaftsstaaten wie auch Großbritanniens und anderer europäischer NATO-Mitglieder wecken. Die bestehende französisch/britische Rüstungszusammenarbeit auf Einzelgebieten könnte Frankreichs Einstellung zur Mitwirkung Großbritanniens günstig beeinflussen. Die Zusammenarbeit mit England hätte eine wichtige symbolische Bedeutung, weil sie ein starkes Indiz für die endliche Eingliederung Englands in die Europäische Gemeinschaft sein würde. Auch wenn nicht sofort alle Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und Großbritannien mitwirken, wäre doch beiden Aktionen die Tendenz zur Erweiterung des Teilnehmerkreises von der Sache her inhärent. Unter Umständen könnte selbst entschlossenes, zur Beteiligung einladendes deutsch-französisches Zusammenwirken die Nachbarstaaten an den Verhandlungstisch bringen.

Die neuen Initiativen sollten vermeiden, mit dem Anspruch der Gründung neuer „Gemeinschaften“ aufzutreten; sie sollten von den Sachfragen, gegebenenfalls sogar von Einzelprojekten ausgehen.

Die Rüstungszusammenarbeit sollte gemeinsame Forschungen, Entwicklungen, Fertigungen und Standardisierungen zum Ziel haben. Sie braucht nicht von vornherein auf alle Waffen ausgedehnt zu werden; sie sollte bei Waffen ansetzen, wo die Standardisierung naheliegt oder wo neue Entwicklungen technisch und finanziell besser gemeinschaftlich bewältigt werden können. Mit einfachen institutionellen Formen und geringem Verwaltungsaufwand wäre sicherzustellen, daß die waffentechnischen Anforderungen gemeinsam festgelegt werden, daß die Entwicklung jeweils als einheitliches, gemeinsam gefördertes Projekt erfolgt und daß die beteiligten Staaten tatsächlich die gemeinsam entwickelten Waffen übernehmen, wenn sie den Spezifikationen entsprechen. Eine ausführlichere Skizze zum Projekt eines „Europäischen Waffenamts“ bleibt vorbehalten<sup>6</sup>.

Die gemeinsame strategische Planung könnte an die bei den jüngsten deutsch-französischen Konsultationen vereinbarten Studien<sup>7</sup> anknüpfen, sollte aber dar-

<sup>6</sup> Die Wörter „Europäischen Waffenamts“ bleibt vorbehalten“ wurden hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „suchen!“

<sup>7</sup> Zu der während der Regierungsbesprechungen vom 12./13. Juli 1967 vereinbarten Studie über europäische Sicherheitsfragen vgl. Dok. 264, besonders Anm. 15, und weiter Dok. 349.



über hinausführen und auch Fallstudien, Generalstabsabmachungen und ähnliches einschließen.

Diese Ansatzpunkte könnten ergänzt werden durch über die NATO-Anforderungen hinausgehende Vereinheitlichungen der Ausbildungsforderungen, Vereinbarungen über die Bereitstellung von Übungsräumen und Verbindungswegen im Frieden, von Aufmarschmitteln und Versorgungsanlagen im Krisenfall, Vereinbarungen über die gemeinsame Erstellung und Finanzierung im Gesamtinteresse liegender Anlagen und Vereinbarungen für das crisis management.

Britische Anregungen zur Bildung einer „Europäischen Verteidigungsgruppe“ innerhalb der NATO sind noch nicht zur Projektreife gediehen. Sie verdienen aber vor allem im Hinblick auf deutsch-französisch-britisches Zusammenwirken unser Interesse.

VI. Auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit stehen für den Fall, daß Frankreich kein Veto gegen die geographische Erweiterung der Gemeinschaften einlegt, die Probleme des Beitritts Großbritanniens und anderer westeuropäischer Staaten im Vordergrund.

Der britische Beitritt wirft eine Reihe wirtschaftlicher Probleme auf, die bereits an anderer Stelle eingehend geprüft werden. Die wirtschaftlichen Sonderwünsche Großbritanniens stellen schwere, aber nicht unüberwindliche Hindernisse dar.

Gewichtiger sind die politischen Auswirkungen, welche die britische Mitarbeit in den Wirtschaftsgemeinschaften haben kann:

- Wieweit wird die Verbindung mit Großbritannien und seinen weltweiten Interessen die Sechs wirtschaftlich und eventuell auch politisch außerhalb Europas engagieren?
- Wie werden sich die besonderen Bindungen Großbritanniens zu den USA und zum Commonwealth auswirken?
- Wie wird die britische Mitarbeit die bisher unter den Sechs etablierten Gewichte beeinflussen?
- Wieweit wird Großbritannien sich über das wirtschaftliche Engagement hinaus der Idee des politischen Zusammenwirkens Westeuropas anschließen?

Von diesen Entwicklungen würden Inhalt und Zeitmaß des politischen Zusammenwirkens im größeren westeuropäischen Bereich wesentlich bestimmt.

Unter Umständen könnten die Schwierigkeiten, die dem britischen Beitritt zu den Gemeinschaften im Wege stehen, allmählich und stufenweise abgebaut werden:

- durch einen Beitritt in mehreren Phasen zunehmender Pflichten und Rechte; die Gemeinschaftsverträge schließen derartige Regelungen nicht aus (vgl. z. B. Art. 237, II EWG<sup>8</sup>).
- oder durch eine „aufgewertete“ Assoziierung als Vorschaltphase, die – vor allem in den Mitspracherechten – weitgehend an den Mitgliedstatus heranreicht und innerhalb einer kurzen, von vornherein festzulegenden Frist (unter 5 Jahren) die Umwandlung der Assoziierung in die Mitgliedschaft vor-

<sup>8</sup> Vgl. dazu Dok. 197, Anm. 9.

sieht. Der Assoziierungsmodus müßte sich deutlich von dem für entwicklungsbedürftige Staaten gewählten Verfahren abheben.

Der Beitritt weiterer westeuropäischer Staaten zu den Gemeinschaften bringt wirtschaftliche Umstellungs- und Anpassungsschwierigkeiten vor allem auf dem Gebiet der Landwirtschaft, die im wesentlichen – vielleicht mit Ausnahmen für Norwegen – durch nationale Maßnahmen der beitretenden Staaten lösbar erscheinen. Allerdings wird es politisch von Bedeutung sein, die Kohärenz der Gemeinschaft zu bewahren und zu entwickeln und nicht durch die Breite der neu einströmenden Interessen beeinträchtigen zu lassen.

In einer bedeutend vergrößerten Gemeinschaft sind die Probleme der Balance zwischen den Mitgliedstaaten neu zu lösen. Nicht nur das angemessene Zusammenwirken zwischen großen und kleinen Staaten, sondern auch regionale Kräftegruppierungen (z. B. die skandinavische Gruppe) müssen von vornherein berücksichtigt und ausbalanciert werden. Das Problem der Einflußwägung verlangt Lösungen unter objektiven Gesichtspunkten, die das verschiedene wirtschaftliche Gewicht der Partner bei der Festsetzung der Politik der Gemeinschaft berücksichtigen. Mit der wachsenden Zahl der kleineren Staaten in der Gemeinschaft wächst die Schwierigkeit, ihren Einfluß in einem angemessenen Verhältnis zu ihrem wirtschaftlichen Gewicht zu halten. Angesichts einer Vergrößerung der Gemeinschaft sollten regional oder sachlich begrenzte Probleme durch die Gruppe der jeweils interessierten Staaten behandelt werden. Eine gewisse Lockerung des Prinzips der Allbeteiligung würde wegen der strukturellen und regionalen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten das Prinzip der Integration nicht zerstören, sondern durch größere Elastizität bereichern.

Eine rasche Erweiterung der Gemeinschaft würde alte und neue Assoziierungswünsche aktivieren. Das gäbe Anlaß, die Ziele und Grenzen der Assoziierungspolitik neu zu definieren. Dringlich zu prüfen wäre das Problem der Assoziierung von Commonwealthstaaten und britischen abhängigen Gebieten, besonders in Afrika, wo Frankreich für sein früheres Kolonialreich Zugeständnisse erhalten hat.<sup>9</sup> Für die neutralen westeuropäischen Staaten, die ohne die Bindungen ihrer Neutralität an sich zur Mitgliedschaft prädestiniert wären, ist die Assoziierung die angemessene Form der Mitarbeit. Anzustreben ist nach wie vor die Assoziierung der Anrainer des Mittelmeers. Auf lange Sicht sollte auch das Problem des Verhältnisses der Gemeinschaften zu den osteuropäischen Staaten untersucht werden.

VII. Unabhängig von der Frage der geographischen Erweiterung der Gemeinschaften sollten deren sachliche Erweiterung und ihr Ausbau zur Wirtschaftsunion weiterbetrieben werden. Ziel ist die Vereinheitlichung, zumindest die weitere Koordinierung oder Harmonisierung der gesamten Wirtschaftspolitik, insbesondere der Handelspolitik, Konjunkturpolitik, Finanz- und Währungspolitik, Verkehrspolitik, Energiepolitik und Sozialpolitik sowie der Förderung von Forschung und technischer Entwicklung. Auch die weitere Koordinierung der Entwicklungspolitik sollte – neben der bereits organisierten Zusammenar-

<sup>9</sup> Vgl. dazu die Assoziierung afrikanischer Staaten und Madagaskars durch das Abkommen von Jaunde vom 20. Juli 1963; Dok. 1, Anm. 10.

beit in übergreifenden internationalen Gremien – im Kreise der Mitgliedstaaten über das bisherige Maß hinaus gesucht werden.

Der Vertrag über die Fusion der drei Gemeinschaften<sup>10</sup> könnte Ansatzpunkte für deren weiteren sachlichen Ausbau bieten. Der Fusionsvertrag sollte sich weitgehend auf die Festlegung der Ziele und Verfahrensweisen beschränken. Vor Aufnahme der Fusionsverhandlungen müßte zudem Übereinstimmung über die Grundlinien des weiteren europäischen Einigungsprozesses erzielt werden. Sonst würden in diesen Verhandlungen die latenten Gegensätze zwischen den Sechs erneut und gefährlich aufbrechen. Gelingt diese Grundsatzvereinigung nicht, sollten sich die Verhandlungen darauf beschränken, die Verträge juristisch-technisch miteinander zu verknüpfen (relativ einfach: den EURATOM-Vertrag<sup>11</sup> und den Montanvertrag<sup>12</sup> in den EWG-Vertrag<sup>13</sup> einzubauen).

Die Lösung der Sachprobleme der Gemeinschaft sollte nicht vom britischen Beitritt abhängig gemacht oder durch den britischen Beitritt verzögert werden. Es wird nicht möglich, aber auch nicht notwendig sein, jede einzelne bisher noch nicht von den Gemeinschaftsverträgen gedeckte Aktion im institutionellen Rahmen und im Gesamtkreis der Mitglieder der Gemeinschaft durchzuführen. Die einzelnen Aktionen müssen aber mit den Zielen und der Tätigkeit der Gemeinschaften übereinstimmen und jeweils die Allbeteiligung offenhalten.

So wird sich zum Beispiel die Vielschichtigkeit des Problems, den technologischen Rückstand der westeuropäischen Staaten gegenüber den USA aufzuholen, der umfassenden und einheitlichen Lösung in Form einer „Technologischen Gemeinschaft“ entziehen: Die Verschiedenartigkeit der öffentlichen und privaten Strukturen von Wissenschaft und Industrie in den Mitgliedstaaten, die zudem staatlichem Eingriff nur mittelbar offenstehen, erfordert den Ansatz nicht von der Institution, sondern vom jeweiligen sachlichen Ziel, oft vom einzelnen Projekt her. So verhältnismäßig leicht es ist, die Zusammenarbeit auf Einzelgebieten der Grundlagenforschung zu organisieren (Beispiel CERN<sup>14</sup>), so schwierig ist es, die Zusammenarbeit in der angewandten Forschung und in der Entwicklung auf den Bereich auszudehnen, wo das kommerzielle Interesse konkurrierender Industrien einsetzt.

Die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit der Gemeinschaftsstaaten mit Großbritannien hat bilateral wie im geographisch weiteren Rahmen – vor allem in der OECD – bereits in der Vergangenheit Erfolge erzielt. Falls Großbritannien vorläufig nicht den Gemeinschaften beitreten kann, sollten diese Möglichkeiten weiter ausgebaut werden, um die „tote Zeit“ überbrücken zu helfen.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 8. April 1965 über die Fusion der Exekutiven der Europäischen Gemeinschaften vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil II, S. 1454–1497.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des EURATOM-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 1014–1155.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des EGKS-Vertrags vom 18. April 1951 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 447–504.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1013.

<sup>14</sup> Conseil Européen pour la Recherche Nucléaire.

Weitere Möglichkeiten bietet die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe. Sie sollte durch den Versuch ergänzt werden, mit Großbritannien gemeinsame Konzeptionen zu erarbeiten, die besonders im Hinblick auf Commonwealth und unabhängige britische Gebiete – aber wegen der Bedeutung der Entwicklungshilfe für neue Strukturen und Gewichtsverteilungen im künftigen Welthandel auch darüber hinaus – den späteren britischen Beitritt zur Wirtschaftsintegration erleichtern würden. Der Versuch der engeren Zusammenarbeit mit Großbritannien in der Entwicklungshilfe wird – unabhängig von den Erfolgsaussichten – auch im Hinblick auf die Haltung der USA zur Verstärkung der europäischen Zusammenarbeit von Bedeutung sein.

#### VIII. Zusammenfassung:

1) Die europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit läßt sich auf absehbare Zeit weder ohne noch mit britischem Beitritt mit den Methoden der Integration zur militärischen und politischen Zusammenarbeit fortentwickeln.

2) Für die wirtschaftliche Zusammenarbeit hat sich die Integrationsmethode bewährt; sie sollte für den geographischen (beginnend mit Großbritannien) und für den sachlichen Ausbau der Gemeinschaften zur Wirtschaftsunion genutzt werden. Dieser Ausbau legt die Überprüfung der Zielsetzungen, der inneren Balance und der Assoziierungspolitik der Gemeinschaften nahe.

3) Die militärische und politische Zusammenarbeit im engeren Sinne sollte zunächst – ohne formale Bindung an die Gemeinschaften und unter Umständen auch ohne Bindung an deren Teilnehmerkreis organisiert werden.

Die Unterscheidung zwischen Institutionen und Teilnehmerkreis der wirtschaftlichen Integration und der militärisch-politischen Zusammenarbeit Westeuropas kann die räumliche Ausdehnung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Westeuropas fördern und im Zuge der Entspannungspolitik auch die wirtschaftliche Öffnung nach Osteuropa erleichtern.

4) Die militärische und politische Zusammenarbeit sollte Großbritannien möglichst frühzeitig einschließen.

Für die militärische Zusammenarbeit bieten Rüstung und strategische Planung Ansatzpunkte, die Aussichten auf die Einbeziehung Frankreichs und Großbritanniens eröffnen.

Dagegen ist es unwahrscheinlich, daß Frankreich derzeit der Beteiligung Großbritanniens an der politischen Zusammenarbeit zustimmt.

5) Wenn Frankreich sich für den Beitritt Großbritanniens zur Wirtschaftsgemeinschaft dadurch gewinnen ließe, daß wir zunächst ohne britische Beteiligung die politische Zusammenarbeit mit Frankreich und anderen Gleichgesinnten aufnehmen (etwa nach dem Modell Fouchet II), wäre diese Lösung dem gegenwärtigen Zustand der politischen Gestaltlosigkeit Europas vorzuziehen; sie würde zugleich die britischen Aussichten auf spätere Mitwirkung an der europäischen politischen Zusammenarbeit verbessern.

Entsprechend positiv wäre der theoretisch denkbare, aber nicht zu erwartende umgekehrte Fall zu bewerten, daß Frankreich zunächst eine Periode der britischen Mitwirkung an der europäischen politischen Zusammenarbeit forderte, bevor Großbritannien die wirtschaftlichen Vorteile des Gemeinsamen Marktes in Anspruch nehmen könnte.

6) Selbst wenn Frankreich einstweilen sowohl den Beitritt Großbritanniens zur Wirtschaftsgemeinschaft wie die britische Mitwirkung an der politischen Zusammenarbeit blockierte, bleibt der Versuch der politischen Zusammenarbeit zumindest mit Frankreich und Italien trotz der ihm innewohnenden Risiken zu erwägen, um die gefährliche Stagnation bis zu einer Neuorientierung der französischen Politik zu überwinden und die künftige innerfranzösische Entwicklung durch die Verflechtung Frankreichs mit den wirtschaftlichen, militärischen und politischen Interessen seiner westeuropäischen Nachbarn positiv zu beeinflussen.

7) In dieser Zwischenzeit sollte die Kooperation mit Großbritannien mit allen Mitteln gefördert werden, um einmal die spätere britische Mitwirkung vorzubereiten und zum anderen, um das engere Zusammenwirken der europäischen Staaten gegenüber den atlantischen Partnern politisch abzusichern.

8) Diese an der derzeitigen Lage orientierten Vorschläge sind noch weit von der Zielvorstellung der europäischen Einigung entfernt; zudem ist nicht sicher, ob sie selbst in ihrer gegenwärtigen Begrenzung durchsetzbar sein werden. Wahrscheinlich können sie nicht alle und gewiß nicht alle gleichzeitig verwirklicht werden. Das Warten auf politische Veränderungen jedoch löst das Leitbild der politischen Einigung Europas langsam auf. Angesichts dieser selbst innenpolitisch nicht zu unterschätzenden Gefahr sollten die Möglichkeiten zum Handeln trotz aller Schwierigkeiten ergriffen werden.

Auch wenn sich noch einmal eine Konstellation kongenialer Staatsmänner in den wichtigsten europäischen Ländern zusammenfinden sollte, um die Einigung Europas zu vollenden, würde das Ziel nur erreicht werden können, wenn der Gedanke der europäischen Einigung in den Völkern lebendig und zwischen den Staaten wirksam geblieben ist.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>15</sup> dem Herrn Minister<sup>16</sup> vorgelegt.

Diehl

**VS-Bd. 11577 (Planungsstab)**

<sup>15</sup> Hat Staatssekretär Schütz am 9. Oktober 1967 vorgelegen.

<sup>16</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

## Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Hauthal

III B 6-87.00-92.19-832/67 VS-vertraulich

6. Oktober 1967

Betr.: Unterzeichnung des deutsch-israelischen Wirtschaftshilfeabkommens  
am 4. Oktober 1967<sup>1</sup>

Nach der Unterzeichnung des Abkommens durch die Herren St.S. Lahr und Botschafter Ben Natan gab St.S. Lahr einige Erklärungen über das Zustandekommen des Vertrags. Er erwähnte, daß der Haushaltsausschuß in Anbetracht der gegenwärtigen finanziellen Lage des Bundes nur sehr schwer zur Zustimmung zu bewegen gewesen sei. Es sei ihm zur Auflage gemacht worden, aus Anlaß der Unterzeichnung des Abkommens darauf hinzuweisen, daß sowohl die Höhe des Betrages wie auch die Modalitäten des Kredites möglicherweise künftig geändert werden müßten.<sup>2</sup>

Botschafter Ben Natan erwiderte, daß die Finanzlage der Bundesrepublik doch auch im vergangenen Jahr schon angespannt gewesen sei und daß der Betrag von 160 Mio. DM nach langwierigen Verhandlungen festgelegt worden wäre.<sup>3</sup> Er bedauere es, wenn im nächsten Jahr dieses Verfahren von vorn beginnen müsse.

St.S. Lahr wies dann darauf hin, daß es ein weiteres deutsches Anliegen sei, daß Israel einen größeren Teil der durch den Kredit beschafften Kapitalgüter aus der Bundesrepublik beziehe. Der Botschafter versprach, diesen Wunsch seiner Regierung zu übermitteln.

Schließlich bemerkte Botschafter Ben Natan, daß es ihm ein Anliegen sei, darauf hinzuweisen, wie sehr Israel auf eine baldige Assoziierung zur EWG<sup>4</sup> Wert lege. Die Verhandlungen gingen leider nur sehr schleppend weiter.

St.S. Lahr bemerkte hierzu, daß Israel der deutschen Unterstützung gewiß sein könne. Es sei andererseits bisher immer so gewesen, daß Assoziierungsanträge sehr viel Zeit benötigten. Andererseits sei denkbar, daß die Assoziierungsanträge Marokkos und Tunesiens<sup>5</sup> bewirken könnten, daß das Verfahren für Israel schneller zu einem Abschluß gelangt.

Schließlich wurde zur Frage der Veröffentlichung des soeben abgeschlossenen Wirtschaftshilfe-Abkommens vereinbart, daß die Bundesregierung nur eine

<sup>1</sup> Für den Wortlaut vgl. Referat III B 6, Bd. 568.

Zur Verschiebung der Unterzeichnung des Abkommens vgl. Dok. 245.

<sup>2</sup> Staatssekretär Lahr übergab dem israelischen Botschafter Ben Natan anläßlich der Unterzeichnung des Abkommens ein Schreiben, in dem er hinsichtlich der künftigen Verhandlungen über Wirtschaftshilfe erklärte, die Bundesrepublik könne „sich nicht darauf festlegen, daß wieder der gleiche Betrag und die gleichen Kreditbedingungen zugestanden werden“. Vgl. Referat III B 6, Bd. 568.

<sup>3</sup> Zum Wirtschaftshilfeabkommen vom 12. Mai 1966 zwischen der Bundesrepublik und Israel vgl. Dok. 134, Anm. 7.

<sup>4</sup> Zum israelischen Antrag an die EWG vom 4. Oktober 1966, das am 1. Juli 1967 auslaufende Handelsabkommen durch ein Assoziierungsabkommen zu ersetzen, vgl. Dok. 354.

<sup>5</sup> Zu den Anträgen vom 8. Oktober und vom 14. bzw. 18. Dezember 1963 vgl. Dok. 1, Anm. 16.

sehr knappe Mitteilung an die Presse geben wird.<sup>6</sup> Die israelische Regierung wird entsprechend verfahren, wobei in Anbetracht des jüdischen Neujahrsfestes (5. und 6. Oktober 1967) die Zeitungen diese Nachrichten erst am Sonntag, 8. Oktober, bringen würden.

Hauthal<sup>7</sup>

VS-Bd. 8824 (III B 6)

342

### Botschafter Knapstein, Washington, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-14633/67 VS-vertraulich

Aufgabe: 6. Oktober 1967, 16.33 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 2079

Ankunft: 6. Oktober 1967, 23.32 Uhr

Citissime

Betr.: NV-Vertrag

hier: Gefahr der Nichtberücksichtigung wesentlicher deutscher Änderungswünsche

Bezug: Plurex 3601 vom 4. 10. – II B 1-81.01-1715/67 III VS-v<sup>2</sup>;

DB 1972 vom 19. 9. 67 geh.<sup>3</sup>

I. 1) Gestern nachmittag (5. 10.) hat Lilienfeld die Bezugsweisung bei Eugene Rostow unter Hinterlassung eines Non-Paper (siehe Anlage<sup>4</sup>) ausgeführt. Da u. a. auch Gleysteen als zur Zeit höchster hier anwesender Beamter der Ab-

<sup>6</sup> Dazu teilte Ministerialdirektor Harkort den Botschaften und den Schutzmachtvertretungen für deutsche Interessen in den arabischen Staaten mit: „Am 5. oder 6. Oktober abends wird hier der Presse bekanntgegeben werden: „Am 4. Oktober ist in Bonn mit Israel ein Abkommen über Wirtschaftshilfe gleichen Inhalts wie im Vorjahr unterzeichnet worden.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 3613 vom 4. Oktober 1967; Referat III B 6, Bd. 568.

<sup>7</sup> Paraphe vom 6. Oktober 1967.

<sup>1</sup> Hat Legationsrat I. Klasse Wilke vorgelegen, der für Bundesminister Brandt handschriftlich vermerkte: „S. 3, 4!“ Vgl. Anm. 10.

<sup>2</sup> Staatssekretär Lahr informierte über den sowjetischen Wunsch, mit den USA dem Politischen Ausschuß der UNO-Generalversammlung einen gemeinsamen vollständigen Entwurf für ein Nichtverbreitungsabkommen vorzulegen. Damit wüchse die Gefahr, daß die von der Bundesrepublik angestrebten Änderungswünsche keine Berücksichtigung fänden. Von den noch „ungelösten Problemen“ müßten die Fragen „1) Absicherung der Nichtnuklearen durch Druck, Drohung und Erpressung seitens einer Kernwaffenmacht“ und „2) künftige Anpassungsfähigkeit eines NV-Vertrages u. a. mittels qualifizierter Befristung“ sofort mit der amerikanischen Regierung erörtert werden. Weitere Probleme seien: „3) Gerechtere Verteilung der Rechte und Pflichten aus dem NV-Vertrag; 4) Wortlaut des Kontrollartikels; 5) Absicherung Deutschlands gegen weitere sowjetische Diffamierung; 6) SBZ-Fragen; 7) Verbindlichkeit der Interpretationen; 8) Verteidigung und Einigung Europas.“ Lahr wies die Botschaft an, sie möge die amerikanische Regierung bitten, sich im Sinne des Schreibens des Außenministers Rusk vom 17. Mai 1967 an Bundesminister Brandt für die Wünsche der Bundesrepublik zu engagieren. Vgl. VS-Bd. 10081 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Für den Drahtbericht des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vgl. VS-Bd. 4116 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967. Für einen Auszug vgl. Dok. 322, Anm. 30.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die ungezeichnete Aufzeichnung vom 5. Oktober 1967 vgl. VS-Bd. 10081 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

rüstungsbehörde zugegen war, erübrigt sich eine nochmalige Demarche bei diesem.

2) Rostow erklärte, nachdem er unser Papier gelesen hatte, er wolle zunächst noch einmal die beiden Prinzipien hervorheben, von denen die amerikanische Haltung in der Frage der Nichtverbreitung von Anfang an bestimmt gewesen sei und auch in Zukunft bestimmt werde:

- Sowohl die atlantische Allianz als auch der europäische Einigungsprozeß dürften durch einen Nichtverbreitungsvertrag nicht beeinträchtigt werden.
- Der Versuch, mit der Sowjetunion auf verschiedenen Gebieten – u. a. dem der Nichtverbreitung von Kernwaffen – zu einer Annäherung und erst recht zu einer Einigung zu kommen, sei für die Amerikaner und ihre Alliierten – die im Endergebnis auch einen Vorteil davon hätten – im Interesse der Entspannung der Weltlage von großer Bedeutung.

Die Sowjets hätten in letzter Zeit auch ihrerseits an dem baldigen Zustandekommen des Vertrages großes Interesse gezeigt – Gromyko habe ihn kürzlich als den wichtigsten Schritt der beiden Mächte seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bezeichnet.

Es müsse vermieden werden, daß die beiden Prinzipien miteinander in Konflikt gerieten. Dies könne nur dadurch geschehen, daß – wie bisher – eingehende Konsultationen zwischen den Alliierten stattfänden. Diese Konsultationen drohten nunmehr unter starken Zeitdruck zu geraten. Dennoch müßte alles versucht werden, um zu erreichen, daß der erste politische Ausschuß der Vereinten Nationen mit einem vollständigen Entwurf eines NV-Vertrages befaßt werden könne. Würde der Vertragsentwurf ohne einen Artikel III in New York vorgelegt werden, dann wäre zu befürchten, daß die Sowjetunion in eine taktisch sehr vorteilhafte Lage käme und daß die Europäer, insbesondere aber Deutschland, stärkstem Druck ausgesetzt würden. Das amerikanische Memorandum<sup>5</sup>, das gestern und heute in den NATO-Hauptstädten und in Genf übergeben worden sei, sei als Beitrag zur Beschleunigung der Konsultationen gedacht.

3) Im einzelnen ging Rostow wie folgt auf die von uns vorgebrachten Punkte ein:

a) Zeitelement:

Die Amerikaner seien in dieser Frage flexibel. Die Sowjets, mit denen bei verschiedenen Gelegenheiten und auf allen Ebenen darüber gesprochen worden sei, hätten sich bisher negativ verhalten; es sei jedoch fraglich, ob diese ablehnende Haltung endgültig sei. Wie Außenminister Rusk im August sowohl dem

<sup>5</sup> Am 5. Oktober 1967 übergab das Mitglied der amerikanischen Delegation bei der Konferenz der 18-Mächte-Abüstungskommission, Beam, Botschaftsrat I. Klasse Mangold, Genf (Internationale Organisationen), ein Aide-mémoire zum sowjetischen Entwurf vom 1. September 1967 für Artikel III eines Nichtverbreitungsabkommen. Beam erklärte dazu, „daß die Sowjets als Resultat der Konsultationen in NATO und EURATOM einige Änderungsvorschläge und/oder verbindliche Interpretationswünsche erwarten. [...] Die USA erkennen an, daß die Koordination in EURATOM noch nicht beendet sei und besonders durch die unklare französische Haltung kompliziert werde. Das Aide-mémoire sei jedoch vielleicht geeignet, die Aufmerksamkeit der Regierungen auf bestimmte Punkte zu lenken. Die Amerikaner hofften, daß die Konsultation in EURATOM und NATO beschleunigt werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 842; VS-Bd. 4117 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.



Bundeskanzler wie dem Bundesaußenminister gegenüber betont habe<sup>6</sup>, käme eine Vertragsfrist von weniger als 20–25 Jahren für die Russen wohl kaum in Frage. Eine zeitliche Begrenzung wie im NATO-Vertrag könne möglicherweise als Vorbild dienen. Wir sollten jetzt in Abstimmung mit der amerikanischen Delegation in Genf Konsultationen mit dritten Staaten aufnehmen, um diese dazu zu bewegen, die Frage des Zeitelements in der ENDC aufzubringen und zu unterstützen. Wenn eine größere Anzahl dritter Staaten unser Anliegen verfechte, könne mit größerer Wahrscheinlichkeit mit sowjetischem Nachgeben gerechnet werden.

Lilienfeld betonte nochmals die große Bedeutung, die die Bundesregierung – insbesondere auch der Bundeskanzler persönlich – dem Zeitelement und damit der Anpassungsfähigkeit des Vertrages an spätere, heute noch gar nicht übersehbare technologische wie auch politische Entwicklungen beimesse. Die konstante sowjetische Weigerung, sich selbst irgendwelchen Kontrollen zu unterwerfen, und die damit verbundene Diskriminierung anderer habe bei der deutschen Öffentlichkeit tiefes Mißtrauen erweckt. Auch aus diesem Grunde habe der Zeitfaktor bei uns besondere psychologische Bedeutung.

Rostow wiederholte, daß die amerikanische Seite sich dessen vollauf bewußt sei und versuche, unserem Anliegen Rechnung zu tragen.

b) Druck, Drohung und Erpressung:

Diese Frage spiele s. E. für Nicht-NATO-Staaten eine Rolle. Deutschland hingegen sei durch die NATO und die besonderen amerikanischen Garantien gegen derlei Gefahren doch wohl ausreichend geschützt. Lilienfeld wies auf die geographische und politische Lage Deutschlands hin, die uns gerade gegenüber der Sowjetunion besonders exponiere.

c) Gerechtere Verteilung von Rechten und Pflichten:

Die mexikanische Delegation in Genf habe einen operativen Abrüstungsartikel vorgeschlagen. Die Amerikaner beabsichtigten, diesen Gedanken aufzugreifen, wobei sie dem mexikanischen Text aber nicht folgen würden. Zur Überraschung der amerikanischen Seite hätten sich die Sowjets in dieser Frage bei informellen Gesprächen recht flexibel gezeigt.

d) Artikel III:

Diese Frage werde im amerikanischen Memorandum behandelt. Der geringe Fortschritt in Brüssel<sup>7</sup> mache den Amerikanern – bei allem Verständnis für die Schwierigkeiten – zunehmende Sorge. Lilienfeld wies Rostow darauf hin, daß durch die Formulierung im ersten Satz des amerikanischen Memorandums<sup>8</sup>, von dem er bisher nur die erste Seite habe lesen könne, wie auch durch

<sup>6</sup> Zu den Gesprächen am 15./16. August 1967 in Washington vgl. Dok. 302 und Dok. 303.

<sup>7</sup> Am 3. Oktober 1967 beantragte Staatssekretär Lahr auf der Sitzung des EG-Ministerrats in Luxemburg, daß die „Kommission sowjetischen und amerikanischen Entwurf zu Art[ikel] III einschließlich bereits vorliegender Änderungsvorschläge nach Art[ikel] 103 EURATOM-Vertrag prüfe“. Die Diskussion der Ständigen Vertreter solle fortgesetzt werden. Die Bundesrepublik werde selbst Änderungsvorschläge zu Artikel III unterbreiten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 8 des Botschafters Sachs, z. Z. Luxemburg; VS-Bd. 2463 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

Zu den Änderungsvorschlägen der Bundesrepublik vom 12. Oktober 1967 vgl. Dok. 355, Anm. 21.

<sup>8</sup> Erster Satz des amerikanischen Aide-mémoires vom 5. Oktober 1967: „The US would be prepared to accept the Soviet draft article III as it stands since we believe it will permit non-nuclear-weapon-EURATOM countries to negotiate collectively with the IAEA and since it would permit a

die auf offensichtlich guten Quellen beruhenden Berichte der amerikanischen Presse (s. Washington Post vom 5.10.67, in dem von einem „American backed Soviet proposal“ die Rede war), der Eindruck erweckt werde, als ob die USA dem sowjetischen Vorschlag<sup>9</sup> bereits zugestimmt hätten und einer Einigung nur noch der Widerstand einiger europäischer Verbündeter, insbesondere der Bundesrepublik, entgegenstehe. Rostow betonte, daß die USA – wie er uns vor 14 Tagen versichert hätte – dem sowjetischen Vorschlag keineswegs zugestimmt hätten; dies sei ohne Einverständnis der Verbündeten auch gar nicht möglich. Das amerikanische Memorandum enthalte ja gerade Vorschläge zur Verbesserung des sowjetischen Textes, um diesen allgemein akzeptabel zu machen. Die Darstellung in der Washington Post sei falsch.<sup>10</sup>

e) Schutz Deutschlands gegen sowjetische Diffamierung:

Den besten Schutz gegen sowjetische Diffamierungen gewähre ein guter Kontrollartikel im Nichtverbreitungsvertrag, da er den sowjetischen Anschuldigungen den Wind aus den Segeln nehme.

Auf Lilienfelds Frage, ob die Sowjets die unwahre Behauptung, die Bundesrepublik Deutschland strebe nach Atomwaffen, aufgeben würden, wenn wir den NV-Vertrag unterschrieben, antwortete Gleysteen, daß die Sowjets dies bei Gesprächen mit der amerikanischen Delegation in Genf bereits zu erkennen gegeben hätten. Rostow fügte hinzu, wir sollten diese Frage doch auch unsererseits mit den Russen selbst aufgreifen.

f) SBZ-Fragen:

Die SBZ-Frage werde nach dem Vorbild des Test-Stopp- und des Weltraumvertrages gelöst werden.<sup>11</sup> Man wolle alles tun, um eine Aufwertung der SBZ zu verhindern. Allerdings müsse man darauf Wert legen, daß die SBZ nicht etwa zum unkontrollierten Gebiet werde.

g) Interpretationen:

Die amerikanische Seite fühle sich selbstverständlich an sämtliche Interpretationen gebunden, gleichgültig ob sie mündlich oder schriftlich uns gegenüber, in der ENDC, vor der UNO oder vor dem amerikanischen Kongreß gegeben worden seien.

h) Europa:

Die amerikanische Auffassung, daß ein staatlich vereinigt Europa in seinen nuklearen Optionen frei sein müsse, sei unverändert.

II. Anders als beim letzten Gespräch am 19. September (vgl. Bezugsdrahtbericht) klang bei Rostows Ausführungen diesmal eine gewisse Ungeduld an. Die Verstimmung der Amerikaner über die als schleppend empfundene Behandlung

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1345*

verification concept along the lines of the 3 principles set forth below, the substance of which were cited to the Soviets in Geneva co-chairmen discussions on the US draft article III last summer, which led to the submission of the compromise draft by the Soviet delegation on September 1.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 842 des Botschaftsrats I. Klasse Mangold, Genf (Internationale Organisationen); VS-Bd. 4117 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Zum sowjetischen Entwurf vom 1. September 1967 für Artikel III (Kontrollartikel) eines Nichtverbreitungsabkommen vgl. Dok. 322.

<sup>10</sup> Dieser Absatz wurde von Legationsrat I. Klasse Wilke hervorgehoben. Vgl. Anm. 1.

<sup>11</sup> Nach Artikel III des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 und nach Artikel XIV des Weltraumvertrags vom 19. Dezember 1966 standen die Verträge allen Staaten zum Beitritt offen. Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 292, bzw. EUROPA-ARCHIV 1967, D 5.

der Kontrollfrage in Brüssel – wie sie auch aus dem Gespräch Sachs–Schaetzel (DB 1756 vom 4. 10. geh. aus Brüssel<sup>12</sup>) und den Ausführungen Kranichs (DB 719 vom 4. 10. geh. von Unogerma New York<sup>13</sup>) hervorging – und die Sorge, vor den Vereinten Nationen in eine schwierige Lage zu geraten, waren deutlich zu spüren. Unser seit längerem empfundener Eindruck, daß die Amerikaner nunmehr – auch im Rahmen ihrer Weltpolitik und besonders im Hinblick auf ihr Verhältnis zu den Sowjets, wie auch aus innenpolitischen Gründen – dem Abschluß eines NV-Vertrages wieder erhöhte Bedeutung beimessen, hat sich erneut bestätigt. Hierzu behalte ich mir besonderen Bericht vor.

[gez.] Knappstein

VS-Bd. 10081 (Ministerbüro)

### 343

#### Gespräch des Bundesministers Brandt mit Generalsekretär Brosio, NATO

II A 3-86.60

9. Oktober 1967<sup>1</sup>

Der NATO-Generalsekretär *Brosio* sagte, Couve de Murville habe ihm gegenüber die ernste Warnung ausgesprochen, daß die französische Regierung der Harmel-Studie nicht zustimmen könne, wenn sie dazu führen sollte, der Allianz größere politische Aufgaben zu geben. Die Aufgaben der Allianz seien lediglich militärisch-defensiver Natur. Institutionelle Maßnahmen, die die politischen Aufgaben der Allianz verstärken könnten, würde Frankreich daher nicht akzeptieren. Man solle Frankreich nicht in Verlegenheit bringen.

Die Harmel-Studie, fuhr Brosio fort, werde das Ost-West-Verhältnis in einer Phase der Détente untersuchen und eine Entspannungspolitik befürworten. Die französische Regierung verfolge zwar die gleichen Ziele, wünsche aber

<sup>12</sup> Botschafter Sachs, Brüssel (EG), berichtete über ein Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter bei den EG in Brüssel: Schaetzel „wies auf die steigende amerikanische Ungeduld über langsame Fortgang der Beratungen der EURATOM-Staaten mit Kommission zu NV-Vertragsentwurf hin. Diese Ungeduld könne möglicherweise zu Handlungen führen, die dann wiederum zu Resentiments bei den betreffenden Regierungen führen und die Angelegenheit dadurch noch komplizierter gestalten könnten. Manche amerikanische Kreise begannen auch, Motive sachlicher deutscher Einwände anzuzweifeln und Vermutung aufzustellen, Deutschland wolle Argumente gegen Entwurf von Art. III dazu benutzen, Fortschritte in NV-Vertragsverhandlungen zu blockieren und Aussichten auf Vertragsabschluß zu zerstören.“ Vgl. VS-Bd. 4117 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>13</sup> Für den Drahtbericht des Botschafters Freiherr von Braun, New York (UNO), vgl. VS-Bd. 4117 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wickert gefertigt. An dem Gespräch nahmen außerdem teil: Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), Ministerialdirigent Sahn sowie Vortragender Legationsrat I. Klasse Wickert und der Beigeordnete Generalsekretär für politische Fragen im Generalsekretariat der NATO in Brüssel, Jaenicke. Hat Sahn am 10. Oktober 1967 vorgelegen.

nicht, daß diese Politik als Aufgabe der Allianz in Erscheinung trete. Man könne also entweder einen „interim report“ verfassen, den auch die Franzosen billigen könnten und der keine weiteren institutionellen Änderungen der Allianz vorschläge, oder man könne der NATO-Ministerkonferenz im Dezember<sup>2</sup> einen Bericht vorlegen, in dem die verschiedenen Meinungen zu dieser Frage offen ausgesprochen würden.

Der *Bundesaußenminister* sagte, die Bundesregierung halte die Harmel-Studie zwar für sehr wichtig, sie wünsche aber in dieser Frage keine Konfrontation mit der französischen Regierung. Er werde am 16. Oktober mit Couve darüber sprechen.<sup>3</sup> Seiner Ansicht nach sollten die „Summaries“ der vier Harmel-Studien<sup>4</sup> zusammengefügt werden, und der Generalsekretär sollte versuchen, zu diesen „Summaries“ die Zustimmung des Special Committee zu erreichen. Man müsse eben einen gemeinsamen Nenner finden, auch wenn dieser verhältnismäßig niedrig liege. Der Minister schlug vor, der NATO-Ministerkonferenz die Bildung eines Open Ended Committees in der NATO zu empfehlen, in dem eine Gruppe der Vier Mächte (USA, UK, Frankreich, Bundesrepublik) und möglicherweise die Italiener die Hauptarbeit tun.

*Brosio* nahm diese Anregungen mit Interesse entgegen und sagte, sie sollten auf dem Treffen in Ditchley am 11. Oktober<sup>5</sup> besprochen werden. Er wies darauf hin, daß außerdem ein Bericht über das gesamte Harmel Exercise zu schreiben sei. Seiner Ansicht nach sollten darin die Punkte, in denen Einigkeit und in denen keine Einigkeit herrsche, offen erwähnt werden, da die Presse ohnehin über die Meinungsverschiedenheiten informiert sei.

Botschafter *Grewe* schlug vor, die Entscheidungen über die Harmel-Studie etwas hinauszuziehen. Er wies darauf hin, daß der französische Staatspräsident erst kürzlich gesagt habe, daß über die Mitgliedschaft Frankreichs in der NATO nicht bereits 1968, sondern erst 1969 die Entscheidung fallen werde.<sup>6</sup>

Der *Bundesaußenminister* sagte, er werde dem NATO-Generalsekretär über das Ergebnis seines Gesprächs mit Couve de Murville berichten.<sup>7</sup> Im übrigen

<sup>2</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel vgl. Dok. 433 und Dok. 435.

<sup>3</sup> Für das Gespräch mit dem französischen Außenminister am 17. Oktober 1967 in Paris vgl. Dok. 355.

<sup>4</sup> Zu den Berichten der vier Untergruppen der „Special Group“ vgl. Dok. 282.

<sup>5</sup> Am 10./11. Oktober 1967 erörterten die Rapporteurs der vier Untergruppen der „Special Group“ die weitere Vorgehensweise. Grundlage der Gespräche war eine vom Berater des amerikanischen Außenministeriums, Bowie, gefertigte Zusammenfassung der vier vorgelegten Berichte. Ministerialdirigent Sahm bemerkte dazu am 13. Oktober 1967: „Trotz früherer Absprachen mit den Engländern, daß wir uns für die Vorlage lediglich der vier Berichte und ihrer ‚summaries‘ einsetzen wollten, übten Amerikaner, Briten und Belgier erheblichen Druck aus, um zu erreichen, daß die Zusammenfassung als gemeinsame Vorlage aller Rapporteurs an die ‚special group‘ und damit als Diskussionsgrundlage für den von ihr auszuarbeitenden Bericht an die Minister gebilligt würde. [...] Ich habe mich im Sinne der Ausführungen des Herrn Bundesministers in seinem Gespräch mit Generalsekretär Brosio am 9. 10. grundsätzlich gegen den Gedanken eines einheitlichen Papiers ausgesprochen, da es den Franzosen die Ablehnung des gesamten Vorhabens erleichtern würde. Da ich völlig isoliert war und die anderen Sitzungsteilnehmer nicht zum Einlenken zu bringen waren (auch Brosio hielt eine starre Ablehnung des Papiers schließlich nicht für möglich), habe ich mich schließlich damit einverstanden erklärt, daß Brosio bei Vorlage der vier Berichte an die Special Group auch die Zusammenfassung beifügt, wobei allerdings in seinem Begleitschreiben alle notwendigen Vorbehalte hinsichtlich der Natur des Papiers festgehalten werden sollten.“ Vgl. VS-Bd. 1657 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 335.

<sup>7</sup> Vgl. dazu das Schreiben vom 18. Oktober 1967; Dok. 358.

gab er zu bedenken, ob man nicht die vier Berichte der Rapporteurs oder jedenfalls Teile daraus veröffentlichen könne, denn auch für einen Teil der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik Deutschland – die Intellektuellen – sei es wichtig zu wissen, daß die NATO ihre politischen Aufgaben in einer Phase der Entspannung erkenne und durchführe.

*Brosio* sagte, auch er werde mit dem Bundesaußenminister weiterhin in Fühlung bleiben und ihn vielleicht noch öfter in dieser Angelegenheit zu sprechen suchen. Vorerst gelte es, im Special Committee zu einer Einigung zu kommen und darüber zu beschließen, wie die vier Berichte der Rapporteurs der NATO-Ministerkonferenz vorgelegt würden; welchen Inhalt der zusammenfassende Bericht an die NATO-Ministerkonferenz haben solle, ob darin Empfehlungen ausgesprochen werden sollten und überhaupt, wer diesen Bericht verfassen soll.

VS-Bd. 1657 (II A 7)

### 344

#### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Thierfelder

V 1-80.24/2 F 3-749/67 VS-vertraulich

9. Oktober 1967<sup>1</sup>

Betr.: Änderung des Verfahrens zur Einbeziehung Berlins in völkerrechtliche Verträge der Bundesrepublik Deutschland;  
hier: Ergebnis der bisherigen Besprechungen mit den Vertretern der drei westlichen Botschaften

I. Das geltende Verfahren für die Einbeziehung Berlins in die völkerrechtlichen Verträge der Bundesrepublik Deutschland beruht auf der Anordnung der Alliierten Kommandatura Berlin BKC/L(52)6 vom 21. Mai 1952.<sup>2</sup> Danach muß Berlin in der Regel durch die Einfügung einer besonderen, den Namen Berlins nennenden Klausel („Berlin-Klausel“) in den Text eines jeden Vertrages einbezogen werden. Nur dort, wo die Aufnahme des Namens Berlin in den Vertragstext nicht möglich ist, kann die Bundesregierung eine gesonderte Erklärung darüber abgeben, daß die Bestimmungen des Vertrages in Berlin angewendet werden. Wird Berlin nicht in der vorgeschriebenen Weise in einen Vertrag einbezogen, so „soll angenommen werden, daß nicht die Absicht besteht, den Vertrag in Berlin anzuwenden“.

Eine Ausnahme von dieser Regel ist aufgrund einer vertraulichen Interpretationserklärung der Alliierten Kommandatura BKC/L(64)1 vom 28. Oktober 1964<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Blomeyer-Bartenstein und von Legationsrat I. Klasse Hillger konzipiert.

<sup>2</sup> Zur Anordnung der Drei Mächte vgl. Dok. 58, Anm. 2.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut vgl. VS-Bd. 5632 (V 1).

Kernstück der BKC/L (64) 1 war ein von der Bundesrepublik und den Drei Mächten gemeinsam

lediglich für Verträge mit kommunistischen Staaten gemacht worden; hier sind wir in der Form der Einbeziehung Berlins relativ frei, jedoch muß mit dem Vertragspartner jeweils eine zweifelsfreie Einigung über die Einbeziehung Berlins erzielt werden.

Da bei der Anwendung dieses Verfahrens in zunehmendem Maße Schwierigkeiten entstanden, hat das Auswärtige Amt im Jahre 1965 Änderungsvorschläge<sup>4</sup> ausgearbeitet, die im wesentlichen folgendes vorsehen:

- Die Bestimmungen der alliierten Anordnung BKC/L(52)6, nach denen Berlin in jeden einzelnen Vertrag ausdrücklich einbezogen werden muß, werden aufgehoben.
- An ihre Stelle tritt eine Bestimmung, daß Berlin als in alle Verträge der Bundesrepublik Deutschland einbezogen gilt, sofern nicht die Bundesregierung im Einzelfall eine gegenteilige Erklärung abgibt.
- Das Recht der Alliierten Kommandatura, gegen die Einbeziehung Berlins in Verträge der Bundesrepublik Deutschland im Einzelfall Einspruch einzulegen, bleibt in vollem Umfange gewahrt.

Die Alliierten haben auf unsere Vorschläge zunächst sehr zurückhaltend reagiert. Ihre erste Stellungnahme vom Oktober 1966 bedeutete praktisch eine Ablehnung unseres Vorschlags, das Verfahren zur Einbeziehung Berlins grundsätzlich umzugestalten.<sup>5</sup> Erst nach intensiven Bemühungen haben sich zunächst die Amerikaner und schließlich auch die Briten und Franzosen bereit erklärt, in eine Erörterung unserer Vorschläge einzutreten.

II. Die seit Juni 1967 mit den Vertretern der drei Botschaften geführten Verhandlungen haben zu einer Annäherung der gegenseitigen Standpunkte geführt.<sup>6</sup> Eine Einigung konnte jedoch nicht erzielt werden. Während unsere Vorschläge bei den Amerikanern sehr weitgehende Unterstützung finden, sind die Franzosen nur zu Teillösungen bereit. Die britische Delegation liegt auf einer mittleren Linie. Die Hauptbedenken lassen sich wie folgt zusammenfassen:

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1349*

ausgearbeitetes Protokoll über die Auslegung der BKC/L(52)6 vom 21. Mai 1952. Dem Protokoll ging ein Notenwechsel vom 7. bzw. 27. Juli 1964 voraus. Für den Wortlaut der britischen und der amerikanischen Note vom 7. Juli 1964 vgl. VS-Bd. 5632 (V 1). Für den Wortlaut der Antwortnote der Bundesregierung und des beigefügten Interpretationsprotokolls vom 27. Juli 1964 vgl. VS-Bd. 5632 (V 1); B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Memorandums des Auswärtigen Amtes vom 22. Juni 1965 vgl. VS-Bd. 8519 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965. Vgl. dazu auch AAPD 1965, II, Dok. 286.

Da die Verbündeten rechtliche Bedenken gegen die Vorschläge der Bundesregierung erhoben, fertigte Abteilung V bereits am 19. Juli 1965 ein Memorandum an, das den Vertretern der Drei Mächte aber erst am 12. Juli 1966 übergeben wurde. Für das Memorandum vgl. VS-Bd. 3559 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1965. Vgl. dazu auch AAPD 1966, I, Dok. 136 und AAPD 1966, II, Dok. 292.

<sup>5</sup> Am 19. Oktober 1966 antworteten die Vertreter der Drei Mächte im Rahmen einer Besprechung der Bonner Vierergruppe mit einer mündlichen Erklärung auf das vom Auswärtigen Amt am 12. Juli 1966 übergebene Memorandum. Ministerialdirektor Thierfelder sah in der Stellungnahme „nichts anderes als eine nur schwach verhüllte Ablehnung unseres Vorschlags einer grundsätzlichen Umgestaltung des Verfahrens zur Einbeziehung des Landes Berlin in die völkerrechtlichen Verträge der Bundesrepublik Deutschland. Besonders fällt auf, daß die Botschaften sich keinerlei Mühe gegeben haben, [...] auch nur allgemein zu begründen, warum sie diese Vorschläge nicht akzeptieren wollen.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 8. Dezember 1966; VS-Bd. 5633 (V 1); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>6</sup> Zur Aufnahme der Verhandlungen am 2. Juni 1967 vgl. Dok. 203.

- Die Franzosen befürchten, daß die unvermeidliche Publizität der neuen Regelung zu sowjetischen Reaktionen führen und damit der Entspannungspolitik in Europa entgegenwirken könnte.
- Engländer und Franzosen haben beide Hemmungen dagegen, daß die Alliierte Kommandatura von sich aus Regelungen trifft, die es – wie sie es sehen – dem Vertragspartner der Bundesrepublik Deutschland auferlegen, auch gegen seinen Willen Berlin in einen Vertrag einbeziehen zu lassen.

Im einzelnen ist folgendes zu bemerken:

1) Änderung der alliierten Anordnung BKC/L(52)6.

Um den in erster Linie von französischer Seite ausgehenden Bedenken wegen der politischen Auswirkungen einer Neuregelung der Einbeziehung Berlins Rechnung zu tragen, haben wir nur solche Änderungen der BKC/L(52)6 vorgeschlagen, die unbedingt erforderlich sind, das Dokument aber im übrigen unangetastet gelassen. Nach außen tritt deshalb die Neuregelung lediglich als eine Änderung der alten BKC/L(52)6 in Erscheinung.

Notwendig ist in erster Linie eine Änderung der Ziffer 1.a.3) (in der die Art und Weise der Einbeziehung Berlins – grundsätzlich durch „Erwähnung des Namens Berlin“ im Vertrag selbst – geregelt wird) und der Ziffer 1.a.4) (Vermutung für die Nicht-Einbeziehung Berlins, falls es nicht ausdrücklich erwähnt wird)<sup>7</sup>. An die Stelle dieser beiden Ziffern soll nach unserem Vorschlag folgende Bestimmung treten: „Berlin gilt als in alle Verträge der Bundesrepublik Deutschland einbezogen, sofern die Anwendung eines Vertrages auf das Gebiet Berlins nicht von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich ausgeschlossen wird.“

a) Die Amerikaner haben sich mit unserem Vorschlag grundsätzlich einverstanden erklärt. Die Briten und Franzosen haben dagegen Bedenken erhoben.

Die Franzosen wendeten sich zunächst in der Furcht vor einem Eklat, der bei einer Publizierung der neu gefaßten BKC/L(52)6 eintreten könnte, gegen jede formale Änderung des geltenden Verfahrens. Sie schlugen vor, ohne ausdrückliche Änderung der BKC/L(52)6 mit einzelnen Staaten Verträge abzuschließen, bei denen zwar Einverständnis über die Einbeziehung Berlins bestünde, in denen jedoch eine ausdrückliche Berlin-Klausel nicht enthalten sei. Durch eine allmähliche Ausweitung dieses Verfahrens sollte eine von der BKC/L(52)6 abweichende allgemeine Praxis geschaffen werden. Erst nach wiederholten Hinweisen darauf, daß wir nicht in Widerspruch zu den allgemein bekannten ausdrücklichen alliierten Anordnungen handeln könnten und daß deshalb als Grundlage für eine neue Praxis eine formale Änderung der BKC/L(52)6 erforderlich sei, haben sie einen eigenen Änderungsvorschlag vorgelegt, der wie folgt lautet:

„Tout accord international conclu par la République Fédérale d'Allemagne pourra inclure Berlin à moins qu'il ne stipule expressément le contraire.“

<sup>7</sup> Ziffer 1.a.4) der BKC/L(52)6 vom 26. Mai 1952: „Solange die Anwendung der Bestimmungen eines Vertrages auf das Gebiet Berlins von der Bundesrepublik nicht in einer der vorstehend beschriebenen Formen erwähnt wird, soll angenommen werden, daß nicht die Absicht besteht, den Vertrag in Berlin anzuwenden.“ Vgl. DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE 1944–1966, S. 176.

Diese Formulierung unterscheidet sich von unserem Vorschlag dadurch, daß nur von der „Möglichkeit“ der Einbeziehung Berlins gesprochen wird. Außerdem ist die Berechtigung der Bundesregierung zur einseitigen Ausschließung Berlins durch eine im Vertrag von beiden Parteien ausdrücklich vereinbarte negative Berlin-Klausel ersetzt.

Die Briten sind ebenfalls der Auffassung, daß eine negative Berlin-Erklärung auch vom Vertragspartner abgegeben werden kann. Für sie wäre unser Vorschlag in der wie folgt geänderten Fassung akzeptabel:

„Berlin gilt als in alle Verträge der Bundesrepublik Deutschland einbezogen, sofern die Anwendung eines Vertrages auf das Gebiet Berlins nicht von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland oder der anderen Vertragspartei ausdrücklich ausgeschlossen wird.“

b) Nach Auffassung der Abteilung V sind diese Gegenvorschläge für uns unbefriedigend.

Sie würden zwar gewisse Erleichterungen bringen, da die bisher in jeden einzelnen Vertrag aufzunehmende Berlin-Klausel weitgehend durch „generelle Berlin-Vereinbarungen“ mit einzelnen Staaten ersetzt werden könnte; unser Ziel, daß die Staatengemeinschaft unsere Vertragsschließungsbefugnis für Berlin ohne ausdrückliche Berlin-Klausel oder Berlin-Erklärung allgemein anerkennt, würden wir aber nicht erreichen.

aa) Wenn in der geänderten Fassung der alliierten Anordnung BKC/L(52)6 dem französischen Vorschlag entsprechend lediglich bestimmt würde, daß Berlin in Verträge der Bundesrepublik Deutschland einbezogen werden kann, wären wir gezwungen, mit den einzelnen Vertragspartnern entsprechende Vereinbarungen zu schließen. Diese wären zwar an keine bestimmte Form gebunden und könnten auch künftige Verträge erfassen. Entscheidend ist aber, daß Voraussetzung für die Einbeziehung Berlins das Bestehen einer Vereinbarung mit dem jeweiligen Vertragspartner sein würde. Von einer „automatischen“ Einbeziehung Berlins könnte man also nicht sprechen.

Demgegenüber geht unser Vorschlag dahin, daß die Alliierten in ihrer Anordnung feststellen, grundsätzlich gelte jeder Vertrag der Bundesrepublik Deutschland auch für das Land Berlin. Unseren Vertragspartnern würde diese Neuregelung bekanntgegeben werden (wobei auch ein Notenwechsel lediglich dem Zweck der Bekanntgabe dienen würde). Da die überwiegende Mehrheit der Staatengemeinschaft gegen die Neuregelung keine Einwendungen erheben dürfte, könnten wir uns nach einiger Zeit auf den Standpunkt stellen, daß das Verfahren der automatischen Einbeziehung Berlins allgemein anerkannt worden sei. Die französische Formel würde einer solchen Entwicklung jedoch entgegenstehen. Selbst bei einer späteren formalen Publizierung der Neuregelung müßte doch in jedem Fall eines Vertragsschlusses festgestellt werden, daß bzw. ob die Bundesregierung von der „Möglichkeit“ der Einbeziehung Berlins Gebrauch gemacht hat.

Im übrigen liegt auch politisch ein wesentlicher Unterschied darin, ob die alliierten Schutzmächte die Einbeziehung Berlins in die Verträge der Bundesrepublik Deutschland lediglich als möglich bezeichnen oder ausdrücklich vorsehen, daß Berlin als in jeden Vertrag einbezogen gilt, falls die Bundesregierung



nicht ausnahmsweise eine gegenteilige Erklärung abgibt. Unsere Position gegenüber den einzelnen Vertragspartnern wird naturgemäß viel stärker sein, wenn wir uns bei Einführung des neuen Verfahrens auf eine klare und eindeutige Anordnung der Alliierten Kommandatur berufen können und nicht nur auf eine bloße „Möglichkeit“.

bb) Gegen die britische und französische Auffassung, in der Neufassung der BKC/L(52)6 müsse zum Ausdruck kommen, daß auch der Vertragspartner die Einbeziehung Berlins ablehnen könne, bestehen erhebliche Bedenken. Eine derartige Fassung würde unsere Bemühungen, Berlin in grundsätzlich jeden Vertrag einzubeziehen, wesentlich erschweren, da der Vertragspartner die Einbeziehung Berlins mit dem Hinweis verweigern könnte, ihm stehe dies nach der Anordnung der die oberste Gewalt in Berlin ausübenden Mächte doch völlig frei.

Die britische und französische Auffassung in dieser Frage steht auch im Widerspruch zu dem bisherigen Verhalten der drei Schutzmächte bei der Behandlung der Einbeziehung Berlins in multilaterale Verträge, die auch heute durch einseitige (positive) Erklärung der Bundesregierung erfolgt. Die Alliierten weisen regelmäßig Proteste der Ostblockstaaten gegen eine derartige Einbeziehung Berlins zurück und bringen damit selbst zum Ausdruck, daß sie unseren Vertragspartnern gerade nicht das Recht zugestehen, die Einbeziehung Berlins von sich aus abzulehnen.

Die französische Version erscheint auf den ersten Blick annehmbarer als die britische. Die Notwendigkeit der Einigung über eine negative Berlin-Klausel im Vertrag macht die Gegenseite zum Petenten und versetzt die Bundesregierung in eine taktisch günstige Lage. Der Nachteil dieser Formel liegt jedoch darin, daß sie auf multilaterale Verträge nicht anwendbar ist, da hier immer mit einer Erklärung gearbeitet werden muß.

Der britische Vorschlag ist deshalb abzulehnen, weil er die Bundesregierung bis zum Augenblick des Rechtswirksamwerdens des Vertrags (Unterzeichnung bzw. Austausch der Ratifikationsurkunden) der Gefahr aussetzt, daß die Gegenseite eine negative Berlin-Erklärung abgibt.

Es liegt auf den ersten Blick nahe, eine Lösung in der Richtung einer – etwas modifizierten – „französischen Version“ (siehe unter 1.b.bb.) zu suchen, zu welcher die Engländer wohl bereit wären. Wir würden damit aber zu einer Fassung der BKC/L(52)6 gelangen, die uns die automatische Einbeziehung Berlins in multilaterale Verträge unmöglich machen würde.

Nach Auffassung der Abteilung V wäre es dagegen vertretbar, den Alliierten folgende Kompromißlösung vorzuschlagen:

„Berlin gilt als in alle Verträge der Bundesrepublik Deutschland einbezogen, sofern die Anwendung eines Vertrages auf das Gebiet Berlins nicht von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich ausgeschlossen wird. Im Falle von bilateralen Verträgen soll dieser Ausschluß schriftlich in Form eines Notenwechsels oder einer Vertragsklausel festgelegt werden.“

Den französischen und auch den britischen Vorstellungen würde dieser Vorschlag insofern entgegenkommen, als der Ausschluß Berlins von dem Anwendungsbereich eines bilateralen Vertrages nicht einseitig von uns erklärt wer-

den könnte, sondern gemeinsam mit dem Vertragspartner in einem Notenwechsel oder in einer Vertragsbestimmung festzulegen wäre. (Die Erwähnung des Notenwechsels selbst ist aus vertragstechnischen Gründen unerlässlich.) Andererseits würde diese Lösung unseren Bedenken gegen den britischen Vorschlag Rechnung tragen, da sie den Vertragspartner nicht dazu „ermutigt“, die Einbeziehung Berlins einseitig abzulehnen. Ferner wäre sichergestellt, daß das neue Verfahren auch auf multilaterale Verträge angewendet werden kann.

## 2) Einführung des neuen Verfahrens

Die französische Botschaft hat starke Bedenken dagegen geäußert, das neue Verfahren an einem bestimmten Stichtag generell einzuführen, da dies eine Notifizierung an alle Staaten oder eine öffentliche Bekanntgabe voraussetzen würde. Sie befürchtet, daß die kommunistischen Staaten auf einen solchen Schritt heftig reagieren und Gegenmaßnahmen ergreifen würden. Sie würden es daher vorziehen, das neue Verfahren schrittweise einzuführen. Die Engländer lassen erkennen, daß auch sie ein vorsichtiges Taktieren vorziehen würden, während die Amerikaner offenbar bereit sind, jeden vernünftigen deutschen Vorschlag zu unterstützen.

Angesichts des sehr starken französischen Widerstandes werden wir nicht umhin können, auf den Gedanken einer schrittweisen Einführung des neuen Verfahrens einzugehen. Nach Auffassung der Abteilung V bestehen hiergegen keine grundsätzlichen rechtlichen Bedenken. Sobald die alliierte Anordnung BKC/L(52)6 geändert und eine entsprechende Absprache zwischen der Bundesregierung und dem Senat von Berlin getroffen ist, könnten wir zunächst einzelne befreundete Staaten oder Gruppen von Staaten (z.B. die Mitglieder der NATO und des Europarats) über das neue Verfahren unterrichten.

In unserer Note würde unter Berufung auf die Neufassung der BKC/L(52)6 auf das Recht und die Pflicht der Bundesregierung hingewiesen werden, Berlin aufgrund der alliierten Ermächtigung und der Vereinbarung mit dem Senat von Berlin in alle Verträge der Bundesrepublik Deutschland einzubeziehen. Berlin werde künftig automatisch als in jeden Vertrag einbezogen gelten, falls die Bundesregierung sich nicht genötigt sehe, ausdrücklich zu erklären, daß Berlin vom Geltungsbereich eines Vertrages ausgeschlossen ist.

Sobald eine größere Anzahl von Staaten das neue Verfahren anerkannt hat, müßte es auch öffentlich bekanntgegeben werden. Dies könnte etwa in der Weise geschehen, daß die Bundesregierung eine entsprechende Anfrage im Bundestag beantwortet. Nach einer gewissen Übergangszeit könnten wir davon ausgehen, daß sich eine allgemeine Praxis für die automatische Einbeziehung Berlins in Verträge der Bundesrepublik Deutschland herausgebildet hat, auf die wir uns dann auch gegenüber den kommunistischen Staaten berufen könnten. Wir verschließen uns aber auch nicht der Möglichkeit, bei sich bietender Gelegenheit eine allgemeine Unterrichtung der Völkerrechtsgemeinschaft herbeizuführen, um so im schnellen und zweifelsfreien Wege zu dem Ziele einer einheitlichen Praxis zu gelangen.

## 3) Wahrung der alliierten Rechte

Während der Verhandlungen haben die Alliierten die Frage aufgeworfen, ob das neue Verfahren die Rechtsstellung Berlins oder die Zuständigkeit der Alli-

ierten Kommandatura Berlin berührt. Den Vertretern der drei Botschaften ist eingehend dargelegt worden, daß dies nicht der Fall sein werde.

Die Änderung der BKC/L (52) 6 würde weder eine Änderung der Rechtsstellung Berlins noch der für die Einbeziehung Berlins in völkerrechtliche Verträge der Bundesrepublik Deutschland maßgebenden rechtlichen Grundsätze – Ermächtigung der Bundesregierung durch die Schutzmächte zur völkerrechtlichen Vertretung Berlins – bedeuten. Die Rechte und Zuständigkeiten der Alliierten Kommandatur Berlin würden in vollem Umfang bestehen bleiben; insbesondere sei sichergestellt, daß Berlin in den Geltungsbereich eines Vertrages dann nicht einbezogen werde, wenn die Alliierte Kommandatura gegen die Einbeziehung Einspruch erhebt.

Um den Bedenken der Alliierten Rechnung zu tragen, ist den Vertretern der drei Botschaften eine entsprechende Klarstellung in Form eines internen Interpretationsprotokolls in Aussicht gestellt worden.

III. Nach Auffassung der Abteilung V versprechen weitere Erörterungen mit den Juristen der drei Botschaften im gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Erfolg, da die britischen und französischen Vertreter offenbar nicht ermächtigt sind, unseren Formulierungsvorschlag für die Änderung der BKC/L (52) 6 anzunehmen. Die britische und französische Regierung werden nur dann zu einer Änderung ihrer bisherigen Haltung in dieser für uns entscheidenden Frage veranlaßt werden können, wenn die Angelegenheit auf höherer Ebene zur Sprache gebracht wird.

Abteilung V schlägt daher vor, daß der Herr Staatssekretär die Angelegenheit bei nächster Gelegenheit mit den drei Botschaftern bespricht.<sup>8</sup> Der Entwurf eines Sprechzettels ist beigelegt.<sup>9</sup>

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>10</sup> vorgelegt.

Abteilung II hat mitgezeichnet.

Thierfelder

VS-Bd. 5633 (V 1)

<sup>8</sup> Zum Gespräch des Staatssekretärs Duckwitz mit den Botschaftern der Drei Mächte McGhee (USA), Roberts (Großbritannien) und François Seydoux de Clausonne (Frankreich) am 1. Dezember 1967 vgl. Dok. 412, besonders Anm. 9.

<sup>9</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 5633 (V 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Klaus Schütz.

## 345

**Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger  
mit dem Vorsitzenden Monnet,  
Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa**

Z A 5-118.A/67 VS-vertraulich

11. Oktober 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler empfing am 11. Oktober 1967 um 17.30 Uhr Herrn Monnet, der von Herrn Kohnstam begleitet war. Bei dem Gespräch waren außerdem Staatssekretär Freiherr von und zu Guttenberg und Ministerialdirektor Dr. Osterheld zugegen.

Einleitend erklärte Herr *Monnet*, es liege ihm daran, zu den Entschließungsentwürfen des Aktionskomitees<sup>2</sup> noch vor der Bundestagsdebatte am kommenden Freitag<sup>3</sup> einige Bemerkungen zu machen. Diese Entschließungen seien das Ergebnis eingehender Diskussionen, und keine sei ohne allgemeine Zustimmung zustande gekommen oder ohne daß man nicht alle vorgebrachten Gesichtspunkte berücksichtigt hätte.

Das Wichtigste sei nun, daß der Bundestag dem zustimme; deshalb wolle er erläutern, daß das Komitee insbesondere zwei Punkte berücksichtigt habe: Zum einen habe man sich von der Vorsicht leiten lassen und dem Wunsche, keine Schwierigkeiten für Deutschland, die Mitgliedstaaten oder die assoziierten Länder der EWG zu schaffen. Er sei, sagte Herr Monnet, fest überzeugt, daß das gute Einvernehmen zwischen Deutschland und Frankreich unerlässlich sei. Die Entschließungen suchten also jedes Mißverständnis und jeden möglichen Angriffspunkt zu vermeiden. Zum anderen habe sich das Komitee von dem Gedanken leiten lassen, daß die Entwicklung zu einem vereinigten Europa auch die Vereinigung Deutschlands erleichtern würde. Man müsse für dieses Ziel eben den günstigeren Rahmen schaffen, innerhalb dessen sich die Vereinigung Deutschlands vollziehen könne. Aus diesem Grunde sprächen die Resolutionen auch von „organischen Beziehungen“ zwischen Deutschland und der EWG einerseits und den östlichen Ländern andererseits. Durch solche Beziehungen könnten sich Haltungen ändern, könnten dann Probleme lösbar werden.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Siebourg am 13. Oktober 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut der „Entschließungen des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa“ vgl. BT ANLAGEN, Bd. 115, Drucksache V/2157. Für Auszüge vgl. Anm. 4, 5 und 15.

<sup>3</sup> Am 13. Oktober 1967 gab Bundesminister Brandt eine Regierungserklärung zur Außenpolitik ab. Für Auszüge vgl. Dok. 348, Anm. 5, 7 und 20, sowie Dok. 355, Anm. 15.

Im Anschluß an die außenpolitische Debatte war die Beratung eines gemeinsamen Antrags der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP vom 10. Oktober 1967 vorgesehen, mit dem die Bundesregierung aufgefordert werden sollte, den „Entschließungen des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa“ in ihrer „künftigen Europa-Politik Rechnung zu tragen“. Der Antrag wurde jedoch ohne Aussprache an den Auswärtigen Ausschuß und an den Ausschuß für Wirtschaft und Mittelstandsfragen überwiesen. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 65, S. 6331–6390.

<sup>4</sup> Ziffer 4 der „Entschließungen des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa“ (Auszug): „Das Parlament fordert die Regierung auf, die Institutionen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu veranlassen, bei der Sowjetunion und den Ländern Osteuropas die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um einen Kooperationsausschuß einzurichten, der ständige Konsulta-

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, man habe diese Frage gerade heute im Kabinett erörtert. Er hege keinen Zweifel darüber, daß der Bundestag die Entwürfe annehmen werde. Das Parlament werde die Frage zwar sicherlich einem Ausschuß überweisen, das sei das notwendige Verfahren. Dieser Ausschuß aber werde sie dem Bundestag bald zurücküberweisen. Sicherlich gebe es Schwierigkeiten. Eine liege schon in dem Paragraphen, der die Beteiligung Großbritanniens wünsche.<sup>5</sup> Er (der Herr Bundeskanzler) habe versucht, Präsident de Gaulle davon zu überzeugen, daß es eine überwältigende Mehrheit in der öffentlichen Meinung Europas für den Beitritt Englands gebe und daß es zwecklos sei, dagegen anzukämpfen.<sup>6</sup> De Gaulle aber sei starr und unnachgiebig.

Als Premierminister Wilson und Minister Brown in Bonn waren<sup>7</sup>, habe er (der Herr Bundeskanzler) ihnen gesagt, er glaube nicht, daß es leicht sein werde. Deutschland könne auch nicht die Rolle des Bulldozers spielen, denn das würde sicherlich die gegenteilige Wirkung hervorbringen.

Premierminister Wilson sei ebenso wenig wie Minister Brown glücklich über das gewesen, was er (der Herr Bundeskanzler) ihnen habe mitteilen müssen. Er habe ihnen aber auch gesagt, daß die deutsche Regierung das ihr Mögliche tun und die ihr zukommende Rolle spielen werde, um den Beitritt Englands herbeizuführen. Vor allem werde Deutschland bemüht sein, die Sechs vollzählig am Konferenztisch zu halten und Konflikte zu vermeiden. Es sei notwendig, daß innerhalb der Runde der Sechs jeder, der eine gewisse Besorgnis hinsichtlich der Beteiligung Englands hege, dann die Gelegenheit habe, diese auch auszusprechen. Man müsse dann miteinander darüber diskutieren.

Der Bericht der Kommission<sup>8</sup> zeige ja auch die schwierigen Punkte auf, mit denen man sich zu befassen habe. Jeder müsse das Empfinden haben, er könne aussprechen, was er denke und wolle. Es habe keinen Wert, aufzutreten, als habe man sich schon entschieden. Wesentlich besser sei es zu zeigen, daß man bereit sei, die Argumente der anderen anzuhören. Das Wichtigste sei, die Gruppe vollzählig um den Diskussionstisch zu halten und zu vermeiden, daß General de Gaulle das, was er verschiedentlich geäußert habe, wahr mache, nämlich unter bestimmten Umständen den Konferenztisch zu verlassen.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1356*

tionen über wirtschaftliche und kulturelle Fragen von beiderseitigem Interesse durchzuführen hat. [...] Diese Erweiterung der materiellen Grundlage für die Beziehungen mit dem Osten wird eine wachsende Zusammenarbeit zwischen dem Osten und dem Westen auf den anderen Gebieten erleichtern und vor allem zur Lösung der Probleme beitragen, die den Osten und den Westen gegenwärtig voneinander trennen.“ Vgl. BT ANLAGEN, Bd. 115, Drucksache V/2157.

<sup>5</sup> Ziffer 1 der „Entschlüsse des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa“ (Auszug): „Als Antwort auf den von Großbritannien gemäß Artikel 237 des EWG-Vertrags gestellten Beitrittsantrag fordert das Parlament die Aufnahme und den raschen Abschluß von Verhandlungen über die zu vereinbarenden Bestimmungen im Hinblick auf den Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in ihrer derzeitigen Form mit den gleichen Rechten und den gleichen Pflichten, wie sie die sechs ihr bereits angehörenden Länder haben.“ Vgl. BT ANLAGEN, Bd. 115, Drucksache V/2157.

<sup>6</sup> Vgl. dazu das Gespräch vom 12. Juli 1967; Dok. 261.

<sup>7</sup> Zu den deutsch-britischen Regierungsbesprechungen am 15./16. Februar 1967 vgl. Dok. 55 und Dok. 57.

<sup>8</sup> Zur Stellungnahme der EG-Kommission vom 29. September 1967 zu den Beitrittsanträgen von Großbritannien, Irland, Dänemark und Norwegen vgl. Dok. 335, Anm. 8.

Man wisse nicht, was geschehen werde, aber das Verfahren müsse eingeleitet und auf den Weg gebracht werden.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, er habe heute in der Zeitung eine Äußerung von Minister Debré gelesen, aus der sich vielleicht eine mildere Haltung Frankreichs ableiten ließe.<sup>9</sup> Jedenfalls sei es Deutschlands Rolle, zwischen dem unnachgiebigen Minister Luns und dem unnachgiebigen Präsidenten de Gaulle eine Brücke zu bauen – wenngleich man den Ausgang nicht vorhersehen könne.

Bisher, sagte der Herr Bundeskanzler, habe er dreimal mit General de Gaulle Gespräche geführt<sup>10</sup> und dabei jedesmal die Fragen sehr eingehend behandelt. Leider habe der General große Bedenken vorgebracht. Dennoch müsse man auf dem eingeschlagenen Weg voranschreiten.

Herr *Monnet* bemerkte, man könne General de Gaulle sicher nicht überzeugen. Man könne nur Fakten setzen. Die von der Brüsseler Kommission ausgearbeiteten Vorschläge enthielten eine Reihe von Problemen, die es nun zu diskutieren und verhandeln gelte. Er meine, so sagte Herr Monnet, gehört zu haben, der General habe kürzlich mit dem britischen Botschafter gesprochen und sei in diesem Gespräch sehr hart geblieben. Allerdings habe er nicht gesagt, Frankreich werde „nein“ sagen.<sup>11</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, in Gesprächen, die er mit dem General führte, habe der General verschiedentlich gesagt, wenn dies oder jenes geschehe, werde Frankreich nicht mitmachen oder sich zurückziehen. Er (der Herr Bundeskanzler) wisse aber, daß Frankreich nicht einfach sein Veto wiederholen wolle. Dies allein sei schon ein Vorteil.

Herr *Monnet* entgegnete, wichtig sei, nicht zu versuchen, den General zu überzeugen. Man dürfe nur keinen Zweifel über die eigene Meinung bestehen lassen. Der General werde diese Meinung dann berücksichtigen.

Der Herr *Bundeskanzler* wandte ein, wenn er von Überzeugen gesprochen habe, so habe er dabei nicht daran gedacht, den General von seiner persönlichen

<sup>9</sup> Der französische Finanz- und Wirtschaftsminister Debré äußerte sich am 10. Oktober 1967 in Paris vor führenden Industriellen zum britischen Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Dazu wurde er in der Presse mit folgenden Worten zitiert: „Ich glaube, die Weisheit besteht darin, eine vorläufige Vereinbarung zu treffen über einen Handelsvertrag oder eine Assoziierung, um in den kommenden Jahren zu beobachten, in welchem Ausmaß sich außerhalb des Gemeinsamen Marktes eine politische, wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung in dem Sinn ergibt, der für den Kontinent wünschenswert ist.“ Vgl. den Artikel „Harte Absage an den britischen EWG-Beitritt. Debré will London nur einen Handelsvertrag zugestehen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 236 vom 11. Oktober 1967, S. 3.

<sup>10</sup> Außer am 12. Juli 1967 führte Bundeskanzler Kiesinger Gespräche mit Staatspräsident de Gaulle am 13./14. Januar und am 25. April 1967; vgl. Dok. 14, Dok. 16, Dok. 17 sowie Dok. 142.

<sup>11</sup> Am 10. Oktober 1967 informierte Botschafter Roberts Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg über das Gespräch des Staatspräsidenten de Gaulle mit dem britischen Botschafter in Paris, Reilly, „vor einigen Tagen [...]“. De Gaulle habe das Gespräch mit der Feststellung eröffnet, daß er keineswegs ein Gegner des britischen Beitritts zu den Europäischen Gemeinschaften sei. Er würde es begrüßen, wenn England Mitglied der Gemeinschaften werde, sobald es dazu in der Lage sei. Leider sei dies noch nicht der Fall. Selbst wenn England wolle, könne es die Verpflichtungen aus dem EWG-Vertrag noch nicht übernehmen. [...] De Gaulle habe dargelegt, daß die Sechs die Lage jetzt erörtern müßten. Er wisse nicht, welches Ergebnis diese Beratungen der Sechs haben würden. Er frage sich, ob es besser sei, die Verhandlungen mit England jetzt zu beginnen, oder aber erst später zu verhandeln, wenn England in seiner Entwicklung die Voraussetzungen hierfür erfülle. Es wäre leichter, wenn das Ziel der Verhandlungen die Assoziierung wäre.“ Vgl. Referat I A 2, Bd. 1466 b.

Meinung überzeugen zu wollen, sondern vielmehr daran, ihm vor Augen zu führen, daß die öffentliche Meinung und die Mehrheit des deutschen Volks sich in dieser Form entschieden.

Herr *Monnet* wiederholte, solche Argumente werde de Gaulle berücksichtigen und nicht einfach „nein“ sagen. Zwar werde er in den Verhandlungen schwierig sein, wenigstens aber würde dann verhandelt. Vielleicht würden ja auch die Briten selbst schwierige Verhandlungspartner werden. Man wisse noch gar nicht, wie sich die Dinge entwickeln würden. Er hoffe natürlich, der Ausgang werde positiv – das Wichtigste aber sei, daß man überhaupt miteinander spreche und diskutiere. Die britische Presse habe recht negativ auf den Bericht der Brüsseler Kommission reagiert.

Der Herr *Bundeskanzler* warf ein, dieselbe Reaktion habe Wilson gezeigt. Als er (der Herr Bundeskanzler) ihm seine Meinung klargemacht habe, sei Wilson zwar höflich, aber doch recht enttäuscht gewesen. Er glaube allerdings, er habe ihm mit seinen Äußerungen dennoch eine Freundeshilfe erwiesen.

Herr *Monnet* ergänzte, die Briten seien in ihren Reaktionen denen General de Gaulles nicht unähnlich: beide anerkannten Fakten, würden sich aber nicht durch Ideen überzeugen lassen. Es werde sicherlich ein langwieriger Weg werden, es wäre ein Fehler zu versuchen, durch Druck voreilig zum Ziel zu kommen.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, auch er glaube dies. So habe er zum Beispiel auch Herrn Rey gesagt, er (Rey) sei zu optimistisch, wenn er meine, im Verlauf eines Jahres würden die Verhandlungen in Brüssel abgeschlossen werden können und nach einem weiteren halben oder ganzen Jahr hätte man die Ratifizierung erreicht. Er (der Herr Bundeskanzler) glaube, man brauche mindestens noch ein Jahr länger.

Darüber hinaus, fügte Herr *Monnet* hinzu, würden sich ja inzwischen auch noch weitere Probleme neben der Frage des Beitritts Englands ergeben. Da sei allein schon die Frage der Währungspolitik. Um diese zu lösen, müsse man mit den Emissionsbanken verhandeln, die gewiß kein einfacherer Verhandlungspartner wären als Großbritannien. Das Wichtigste sei, daß überhaupt verhandelt würde, dies sei alles, worauf man seine Hoffnung richten könne. Von dieser Hoffnung seien auch die Entschließungsentwürfe des Aktionskomitees inspiriert.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er habe sich mit diesen Entschließungsentwürfen und den sich daraus eventuell ergebenden Schwierigkeiten schon eingehend zu befassen gesucht. Er sei froh, sagen zu können, daß, so wie die Dinge jetzt lägen, im Bundestag keine unüberwindlichen Schwierigkeiten auftreten würden.

Im Zusammenhang mit den Beziehungen zum Osten sehe er (der Herr Bundeskanzler) allerdings eine Gefahr, die sicherlich auch im Komitee behandelt worden sei: Man dürfe keine erneute Erhärtung der Positionen provozieren.

Herr *Monnet* entgegnete, um dem Rechnung zu tragen, habe man – von einem deutschen Komiteemitglied auf diese Gefahr aufmerksam gemacht – das Wort „COMECON“ gestrichen und von „den Ländern des Ostens“ gesprochen.

Der Herr *Bundeskanzler* führte weiter aus, es sei nicht unser Ziel, den Osten zu spalten. Wir müßten vielmehr tun, was wir können, wobei der Grad der Unabhängigkeit der osteuropäischen Länder von der UdSSR wichtig sei, da man einzeln mit ihnen leichter zu Rande kommen könne.

Herr *Monnet* sagte, aus diesem Grunde sprächen die Resolutionen auch von den „organischen Beziehungen“ zwischen den Ländern der EWG und denen des Ostens.

Der Herr *Bundeskanzler* erläuterte, Deutschland müsse die Lösung seines nationalen Problems vor Augen haben. Diese aber könne man nicht herbeiführen, ohne zu versuchen, eine Brücke zu bauen. Dies allerdings sei naturgemäß ein langer Prozeß.

Herr *Monnet* erwiderte, die Resolutionen könnten ohnehin nicht sofort in die Tat umgesetzt werden. Sie müßten als Teil einer langfristigen gesamtpolitischen Linie aufgefaßt werden. Er denke in diesem Zusammenhang an einen Artikel von Reston, den er vor kurzem in der New York Times gelesen habe, in dem es hieß, weder Johnson noch de Gaulle noch Mao hätten eine Gesamtpolitik, die aus ihren Worten abzulesen wäre.

Auf die Zwischenfrage des Herrn *Bundeskanzlers*, ob dies nicht vielmehr ein Artikel von Lippman gewesen sei, entgegnete Herr *Monnet*, Lippmann habe dieselben Fakten angeführt und daraus den Schluß gezogen: Die Staatsmänner der großen Mächte sollten sich zunächst auf ihre eigenen Probleme zurückziehen, und wenn dies zu Isolationismus führe, so solle man das eben hinnehmen und geschehen lassen. Reston dagegen habe aus den Fakten einen anderen Schluß gezogen und gesagt: Es gebe nirgends eine politische Gesamtkonzeption, wir bräuchten aber eine politische Linie.

Er (Herr *Monnet*) möchte nun anregen, daß der Herr *Bundeskanzler* am Freitag im Bundestag das Wort ergreife und eben seine politische Linie zu erkennen gebe. Er brauche ja nicht auf die einzelnen Probleme zu sehr einzugehen; er möge doch vielmehr dem Volk eine Vorstellung seiner Gesamtpolitik vermitteln.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, er werde dies gewiß am Freitag tun<sup>12</sup>, er habe aber auch bei früheren Gelegenheiten schon versucht, seine gesamtpolitischen Vorstellungen zu artikulieren.

Das Paradoxon der gegenwärtigen Lage in Deutschland sei, daß die verschiedenen im Bundestag vertretenen Parteien in ihrer politischen Linie mehr oder minder übereinstimmten, wenngleich es gewisse unterschiedliche Nuancen gebe.

Er (der Herr *Bundeskanzler*) halte zum Beispiel die Vorstellungen einiger FDP-Vertreter für zu weitgehend und für gefährlich. Dennoch sei im Bundestag überwiegend Meinungsübereinstimmung festzustellen, und dies spiegele auch die Meinung des Volkes. In der Presse, im Radio und im Fernsehen jedoch gebe es Stimmen, die manches falsch zu interpretieren suchten, um die Große Koalition zu spalten. Dies würde natürlich gefährliche Folgen haben.<sup>13</sup>

<sup>12</sup> Für die Erklärung des Bundeskanzlers Kiesinger am 13. Oktober 1967 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 65, S. 6357–6362.

<sup>13</sup> Zur Kritik des Bundeskanzlers Kiesinger an einer „Art außerparlamentarischen Opposition“ gegen die Deutschlandpolitik der Bundesregierung vgl. auch Dok. 348, Anm. 14.



Infolgedessen habe er (der Herr Bundeskanzler) in den vergangenen Monaten sehr viel Mühe aufwenden müssen, um das Gespann der Koalition beieinander zu halten. Er habe dabei darauf hingewiesen, daß der Bundestag die vom Volk gewählte Vertretung sei, die dementsprechend den zu beschreitenden Weg angebe. Die Regierung versuche, den gangbaren Mittelweg zu wählen. Dabei müsse man aber voranschreiten und nicht einfach stehenbleiben und abwarten.

Herr *Monnet* stimmte diesem Gedanken zu indem er sagte, man könne gewiß nicht abwarten und Entscheidungen der Geschichte überlassen, denn Geschichte – das seien dann die Entscheidungen anderer. Er glaube zwar nicht, daß man je Probleme lösen könne. Man könne nur jeweils die Umstände ändern, und somit würden Probleme dann eines Tages vielleicht lösbar.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, dies sei auch seine Meinung. Er habe stets aus den Wahlkämpfen von Herrn Monnet zu lernen gesucht. Herr Monnet habe ihm auch oft gesagt, er müsse versuchen, England anzulocken. Damals habe man nicht gewußt, daß das eines Tages zu Meinungsverschiedenheiten mit Frankreich führen würde.

Deutschland, fuhr der Herr Bundeskanzler fort, halte jedenfalls an seiner Grundeinstellung fest, und wenn sich Schwierigkeiten in den Weg stellten, so versuche er, sie zu überwinden. Man versuche ebenfalls, Frankreich und General de Gaulle davon zu überzeugen, daß Deutschland aufrichtig und loyal sei. Man habe Frankreich stets gesagt, was man wolle und was man denke, und dies sei das Wichtigste.

Herr *Monnet* stimmte zu und sagte, es dürfe keine Zweideutigkeit über die deutsche Auffassung bestehen. Man könne heute den Ausgang der Verhandlungen mit Großbritannien nicht vorhersehen. Unmöglich sei aber nur, nicht zu verhandeln. Im übrigen, wiederholte Herr Monnet, ließen sich die Briten nie von Ideen, aber immer von Fakten überzeugen.

Der Herr *Bundeskanzler* warf ein, daß es in Deutschland wohl genau umgekehrt sei.

Der Herr Bundeskanzler ging dann kurz auf die gegenwärtigen Bemühungen der Regierung um die Finanzplanung<sup>14</sup> ein.

Herr *Monnet* sagte hierzu, man habe von außen her den Eindruck, daß die Koalition erfolgreich sei.

Nach einem kurzen Exkurs in private Themen kam Herr Monnet noch einmal auf die Entschließungsentwürfe seines Komitees zurück. Er wies auf den zwar nur knappen, aber dennoch wichtigen Absatz hin, der engere Beziehungen mit den USA auf der Grundlage der Gleichheit fordere.<sup>15</sup> Man dürfe diese Gleichheit nicht nur selbst anstreben und als Ziel nennen, sondern müsse diese Zu-

<sup>14</sup> Vgl. dazu Dok. 187, Anm. 25, und Dok. 258.

<sup>15</sup> Ziffer 3 der „Entschließungen des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa“ (Auszug): „Das Parlament fordert, daß entsprechend den Fortschritten des europäischen Einigungswerks die Verwirklichung gleichberechtigter Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem in der Einigung begriffenen Europa durch Verhandlungen herbeigeführt wird. Das Parlament [...] fordert, daß bereits jetzt durch Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die Einsetzung eines Verbindungsausschusses verwirklicht wird, in dem die gemeinsamen Institutionen und die amerikanische Regierung auf paritätischer Grundlage vertreten sind.“ Vgl. BT ANLAGEN, Bd. 115, Drucksache V/2157.

sage auch von den USA erhalten. Dieser Punkt könne vielleicht zweckmäßigerweise, meinte Herr Monnet, ebenfalls in die Bundestagsdebatte eingeschlossen werden.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, schon zu Beginn des Jahres habe man über diesen Punkt gesprochen. Dabei sei es interessant zu beobachten, wie bereitwillig und wie tatkräftig die Amerikaner hierauf eingegangen seien. Noch bei seinem letzten Besuch in den Vereinigten Staaten<sup>16</sup> habe er festgestellt, mit welchem Respekt die Amerikaner uns entgegenkämen, gerade wenn wir nicht nur unsere eigene Situation sähen und somit eine Partnerschaft auf Grundlage der Gleichheit möglich machten.

Andererseits, so fuhr der Herr Bundeskanzler fort, sei es schwierig, gegenwärtig eine einhellige politische Konzeption in den USA zu erkennen. Er bat Herrn Monnet zu sagen, wie er diese Frage beurteile, da ihn (den Herrn Bundeskanzler) diese Unklarheit beunruhige und er sich frage, ob diejenigen recht haben, die behaupten, Amerika starre gegenwärtig in der Hauptsache gebannt auf Vietnam und beachte Europa weniger.

Herr *Monnet* antwortete, seiner Meinung nach treffe letztere Annahme weitgehend zu. Auch hätten die Amerikaner gegenwärtig tatsächlich keine einhellige politische Konzeption. Aber in jedem Falle sei es für die Amerikaner immer charakteristisch, daß sie den Partner zunächst einmal an der Arbeit beteiligen wollten, um dann erst zu diskutieren. Sie seien nie für Beherrschung des Partners, sondern für wirksames Arbeiten. Vielleicht würden die Amerikaner selbst dies nicht genauso formulieren, er (Herr Monnet) aber habe diesen Sachverhalt immer wieder festgestellt. Ebenso habe er immer wieder erfahren, daß es für die Amerikaner schwierig sei, Schlußfolgerungen zu ziehen. Dies vermöchten sie erst nach langen Diskussionen untereinander und mit dem Partner.

Auch in der Kennedy-Runde zum Beispiel habe er (Herr Monnet) dies bestätigt gefunden. Der Diskussionspartner von europäischer Seite sei dort Herr Rey gewesen, also nicht der Vertreter eines Landes. Wenn man dieses Prinzip der miteinander geführten Diskussion entwickle und ausweite, so würden die Amerikaner sicherlich darauf reagieren. Wenn wir aber nicht handelten, so handelten dann die Amerikaner, und dann stünde am Ende doch die Beherrschung durch Amerika. Der einzige mögliche Weg aber sei die Partnerschaft auf Grundlage der Gleichheit. – Auch dieser Punkt könne wiederum in die Bundestagsdebatte am Freitag eingeschlossen werden.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, man werde dies gewiß tun, zumal dieser Gedanke auch schon im Schlußkommuniqué seines jüngsten Amerika-Besuchs Ausdruck gefunden habe.<sup>17</sup>

<sup>16</sup> Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 15./16. August 1967 in Washington vgl. Dok. 300 – 304 und Dok. 317.

<sup>17</sup> Dazu hieß es in der gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kiesinger und des Präsidenten Johnson vom 16. August 1967: „We are fully convinced that the unification of Western Europe will mark a significant contribution to world peace and the welfare of all peoples. This requires continued cooperation and lasting friendship among the nations of Europe. Such a united Europe will be a friend and partner to the United States.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1967, I, S. 350 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 414 f.

Der Herr Bundeskanzler erläuterte dann Herrn Monnet, daß man für Freitag zunächst eine Debatte über Griechenland angeregt habe, er aber entschieden habe, man könne nur entweder eine allgemeine Debatte oder gar keine abhalten.

Im übrigen, fuhr der Herr Bundeskanzler fort, schiene ihm ein Ausdruck in den Entschliefungen etwas unglücklich, nämlich derjenige, der von allen „demokratischen Mitgliedstaaten der europäischen Freihandelszone“ spricht, womit man sich eindeutig gegen Portugal ausspreche. Er (der Herr Bundeskanzler) wage nicht, Äußerungen darüber zu machen, wie Portugal unter anderer Regierung sich eventuell entwickeln würde. Wäre er Mitglied des Aktionskomitees, hätte er sicher für eine weichere Formulierung plädiert.

Herr *Monnet* erwiderte, daß diese Formel auf Antrag von Komiteemitgliedern so aufgenommen wurde; man könne dies auch nun wohl kaum noch abändern. Außerdem könne man Länder verschiedener politischer Ausrichtung wohl nicht vereinigen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, gewiß könne man in einer politischen Gemeinschaft nicht Mitglieder verschiedener politischer Ausrichtungen vereinen. Aber gegenwärtig gehe es ja um eine wirtschaftliche Gemeinschaft, und in diesem Zusammenhang empfinde er diesen harten, feindlichen Ausdruck als Schönheitsfehler.

Herr *Monnet* räumte ein, daß man für solche Länder dann vielleicht Formen wählen könne, wie man sie auch zum Beispiel für Spanien gefunden habe, den Weg der Assoziierung.

Das Gespräch endete gegen 19.00 Uhr.

**Bundeskanzleramt AZ: 21-30100 (56), Bd. 25**

## Botschaftsrat Loeck, Belgrad, an das Auswärtige Amt

**Z B 6-1-14717/67 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 188**

**Aufgabe: 12. Oktober 1967**  
**Ankunft: 12. Oktober 1967, 10.02 Uhr**

Im Anschluß an Nr. 185 vom 9.<sup>1</sup>

Bisher hatte die jugoslawische Seite es vermieden, ihrem dringenden Wunsch nach Abschluß eines Anwerbe- und Sozialversicherungsabkommens durch Auslösung öffentlicher Polemik Nachdruck zu verleihen.

Die bisher laut gewordene Kritik hatte sich im wesentlichen gegen die mangelhaften Möglichkeiten zur Betreuung der Gastarbeiter gerichtet. Auch die von dem jugoslawische Handelsvertragsbevollmächtigten Lalović im Gespräch mit Botschafter Emmel im August dieses Jahres angekündigten Schritte<sup>2</sup>, nämlich eine erneute parlamentarische Anfrage und die Übermittlung einer jugoslawische Note, sind noch nicht erfolgt. Die mit dem Bezugsbericht wiedergegebene Veröffentlichung des Regierungsblattes Politika vom 8. Oktober muß indessen als Zeichen gewertet werden, daß die Jugoslawen ihre bisherige Zurückhaltung bald aufgeben werden.

Wir sollten uns darüber im klaren sein, daß wir durch eine weitere Verzögerung der Aufnahme von Gastarbeiterverhandlungen unseren außenpolitischen Interessen Schaden zufügen. Dies gilt nicht [nur] für das Verhältnis zu Jugoslawien, sondern auch für unsere Osteuropapolitik insgesamt.

1) Zu dem erfreulichen Erfolg unserer Bemühungen, das Verhältnis zu Jugoslawien trotz Fehlens diplomatischer Beziehungen weitgehend zu normalisieren, hat unsere im Frühjahr erklärte Bereitschaft zur Aufnahme der Gastar-

<sup>1</sup> Botschaftsrat Loeck, Belgrad, berichtete, daß sich die jugoslawische Zeitung „Politika“ in einem Artikel vom 8. Oktober 1967 nur eingeschränkt positiv über die Entwicklung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien geäußert habe: „Formalitäten wie ‚die diplomatische Seite der Beziehungen‘ ständen aus jugoslawischer Seite nicht im Vordergrund. Sie interessierten hier nicht so sehr, wie z. B. die äußerst aktuellen Fragen im Zusammenhang mit der Sozialversicherung der jugoslawischen Gastarbeiter, die man hinsichtlich ihrer Rechte immer noch nicht mit den Italienern gleichgestellt habe. Eine andere wichtige Forderung, ‚von der die jugoslawische Seite nicht abgehe und die sie nicht umgehen könne‘, sei die Wiedergutmachung. Als weitere ‚Ungelegenheiten‘, die das Verhältnis belasteten, bezeichnet Politika das große jugoslawische Defizit im Handel mit Deutschland und die Tatsache, daß Ersparnisse jugoslawischer Gastarbeiter in Höhe von mehreren hundert Millionen Mark nicht nach Jugoslawien überwiesen würden“. Vgl. Referat II A 5, Bd. 1002.

<sup>2</sup> Botschafter Emmel hielt sich vom 2. bis 6. September 1967 in Belgrad auf. Am 8. September 1967 notierte er Einzelheiten aus einem Gespräch mit Botschafter Lalović, der bedauert habe, daß sich die Bundesregierung bisher „nicht für die Fortsetzung der 1964 unterbrochenen Gastarbeiter-Verhandlungen bereit erklärt habe. In etwa 2 bis 3 Wochen sei im jugoslawischen Parlament eine Anfrage zu erwarten, in der die jugoslawische Regierung ersucht werde, über ihre Bemühungen für die Fortsetzung dieser Verhandlungen und die bisherige Reaktion in der Bundesrepublik zu berichten. Hierbei befürchte man heftige Angriffe, und es sei zu erwarten, daß die Diskussion über die Fragen der Gastarbeiter hinaus auf die Gesamtbeziehungen zur Bundesrepublik erweitert werden könnte. [...] Die Regierung erwäge daher, um dem Parlament einen weiteren Beweis ihrer Bemühungen um ein Gastarbeiter-Abkommen zu erbringen, uns eine Note zu übersenden, in der die Bedeutung und die bisherige Entwicklung der Gastarbeiter-Verhandlungen noch einmal ausführlich dargelegt und um unsere Zustimmung für die Fortsetzung der Verhandlungen unter gleichzeitigem Vorschlag eines Termins gebeten werde.“ Vgl. Referat III A 5, Bd. 575.

beiterverhandlungen wesentlich beigetragen.<sup>3</sup> Wenn wir nunmehr nach Ablauf eines halben Jahres auch weiterhin keinen Verhandlungstermin nennen, wird die jugoslawische Regierung möglicherweise ihre gegenüber unserer Politik bisher gezeigte verständnisvolle Haltung überprüfen.

2) Die unmittelbaren Eindrücke und die Berichte der zahlreichen in Deutschland tätigen jugoslawischen Gastarbeiter gestalten das Deutschlandbild der jugoslawischen Bevölkerung zunehmend freundlicher. Die Arbeiter sind durchweg mit der persönlichen Behandlung und dem Verdienst zufrieden. Wenn wir aber weiter zögern, sie hinsichtlich ihres sozialen Status mit den Gastarbeitern anderer Nationalitäten gleichzustellen, werden wir den uns ablehnend gegenüberstehenden Kräften dieses Landes das Argument in die Hand geben, daß unseren Zusicherungen nicht zu trauen sei und wir darauf ausgingen, die uns als Arbeitskräfte willkommenen Jugoslawen einseitig auszunutzen. Von dieser Unterstellung wäre es nicht weit bis zu der Behauptung, daß wir die aus einem kommunistischen Land Osteuropas stammenden Arbeitskräfte als „Menschen zweiter Klasse“ betrachteten. Es würde uns schwerfallen, die Gastarbeiter und die hiesige Öffentlichkeit von der Unrichtigkeit derartiger Angriffe zu überzeugen.

3) Im Mittelpunkt unserer Politik gegenüber ganz Osteuropa einschließlich Jugoslawiens steht das Bestreben, um Vertrauen und Verständnis zu werben. Die erste Voraussetzung für den Erfolg dieser Politik ist die prompte Erfüllung gegebener Zusagen. Gewiß betrachtet manche kommunistische Regierung die in ihren Augen allzu großzügige Fluktuation der Arbeiter zwischen Jugoslawien und Deutschland mit Mißtrauen. Wie sich aus Äußerungen osteuropäischer Diplomaten ergibt, wird aber nicht nur in Jugoslawien sondern auch in anderen osteuropäischen Ländern sorgfältig registriert werden, ob wir uns aus freien Stücken an das von uns in Bezug auf die Gastarbeiterverhandlungen gegebene Versprechen halten.

4) Die Einstellung der aus Deutschland zurückkehrenden jugoslawischen Gastarbeiter wird auf die Dauer nicht ohne Einfluß auf das Bild bleiben, das sich die Bevölkerung der kommunistischen Nachbarländer Jugoslawiens von Deutschland macht, zumal der Reiseverkehr zwischen diesen Ländern und Jugoslawien fortlaufend zunimmt. Die soziale Gleichstellung der jugoslawischen Gastarbeiter würde daher über die Grenzen Jugoslawiens hinaus dem Ziele dienen, unserer Osteuropapolitik eine Grundlage des Vertrauens und Ansehens zu schaffen.

Unsere definitive Zustimmung zur Aufnahme von Gastarbeitergesprächen in Form der Festsetzung eines Verhandlungstermins würde unnötig an Wirksamkeit einbüßen, wenn wir den Eindruck entstehen ließen, daß wir diesen Schritt aufgrund jugoslawischen Druckes tun. Wir sollten daher durch alsbaldige Bestimmung eines Termins den zu erwarteten Angriffen der hiesigen Presse sowie Demarchen der jugoslawischen Regierung zuvorkommen.

[gez.] Loeck

VS-Bd. 4260 (II A 5)

<sup>3</sup> Zu den Gesprächen des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kastl am 30./31. März 1967 in Belgrad vgl. Dok. 127, Anm. 4.

### Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin

Z A 5-116.A/67 geheim

12. Oktober 1967<sup>1</sup>

Am 12. Oktober 1967 empfing der Herr Bundesminister des Auswärtigen den sowjetischen Botschafter Zarapkin zu einer Unterredung, an der sowjetischerseits auch der Presseattaché Bogomolow teilnahm. Die Unterredung fand auf Ersuchen des Botschafters statt.

Botschafter *Zarapkin* sagte einleitend, er sei von seiner Regierung beauftragt worden, das Gespräch über einen eventuellen Austausch von Gewaltverzichtserklärungen fortzusetzen und in diesem Zusammenhang eine Erklärung abzugeben.

Anmerkung des Dolmetschers: Es folgte die Verlesung des Wortlauts der Erklärung in russischer und deutscher Sprache. Der Text wurde anschließend dem Herrn Minister übergeben.<sup>2</sup>

Der Herr *Minister* bedankte sich für das Dokument und versicherte, daß es Gegenstand einer aufmerksamen Prüfung sein werde. Er wolle sich jedoch nicht sofort zum Inhalt der Erklärung äußern, da er es für ratsam halte, erst nach Konsultation mit der Bundesregierung dazu Stellung zu nehmen.<sup>3</sup>

Anschließend fragte der Minister den Botschafter, ob es sich hierbei um einen auch für die Öffentlichkeit bestimmten Schritt handele und wie man den heutigen Besuch des Botschafters und die Erklärung selbst der Presse gegenüber behandeln solle.

Botschafter *Zarapkin* antwortete, man sollte lediglich von einer Fortsetzung vertraulicher Gespräche sprechen, ohne die Presse im Einzelnen zu informieren.

Der Herr *Minister* erwiderte, auch er halte es für richtig, diesen Fragenkomplex vertraulich zu behandeln, doch entstehe, sofern man der Presse keinerlei Auskunft erteile, das Risiko unnötiger Spekulationen.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Buring gefertigt.

<sup>2</sup> Im Memorandum ging die sowjetische Regierung auf die Vorschläge der Bundesregierung vom 7. Februar und vom 16. Juni 1967 ein und bekundete ihre Bereitschaft, in Verhandlungen über den von der Bundesregierung vorgeschlagenen Austausch von Gewaltverzichtserklärungen einzutreten. Daran knüpfte sie jedoch die Bedingung, daß „die BRD ihrerseits die Bereitschaft zum Ausdruck bringt, entsprechende Erklärungen mit der Deutschen Demokratischen Republik ebenso wie mit den anderen Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages, die dies wünschen, auszutauschen. Das Bestreben, einem direkten Austausch solcher Erklärungen mit der DDR auszuweichen, bestätigt nur, daß die Regierung der BRD besondere Ziele gegenüber der DDR verfolgt, die mit dem Inhalt des vorgeschlagenen Austauschs von Erklärungen unvereinbar sind. [...] Aus den obengenannten Erwägungen möchte die sowjetische Regierung, bevor sie mit der BRD in Verhandlungen über den Inhalt des vorgeschlagenen Austausches von Erklärungen eintritt, volle Klarheit darüber haben, ob die Regierung der BRD bereit ist, Gewaltverzichtserklärungen auch mit der DDR auszutauschen, und zwar zu den gleichen Bedingungen wie mit den anderen sozialistischen Staaten.“ Vgl. DzD V/1, S. 1801. Zum Vorschlag der Bundesregierung über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen mit der UdSSR vgl. Dok. 46, besonders Anm. 6, und Dok. 224.

<sup>3</sup> Für eine erste Bewertung des sowjetischen Memorandums vom 12. Oktober 1967 durch das Auswärtige Amt vgl. Dok. 356, Anm. 13.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs wurden nun verschiedene Formulierungen für die Presse erwogen, und man einigte sich schließlich auf folgende Version: „Der sowjetische Botschafter hat weisungsgemäß den Standpunkt seiner Regierung zu verschiedenen Aspekten der europäischen Sicherheit dargelegt.“ Sollten die Journalisten ausdrücklich fragen, ob irgendein Dokument übergeben worden sei, so werde man antworten: „Es gibt eine Aufzeichnung über diesen Fragenkomplex, die jedoch nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist.“

Das Thema wechselnd sagte der *Botschafter* – unter Anspielung auf die soeben überreichte Erklärung –, daß sich die Prognosen der westdeutschen Presse, wonach man in Moskau jetzt ausschließlich mit der Vorbereitung des 50. Jahrestages der Oktoberrevolution<sup>4</sup> beschäftigt sei und für nichts anderes mehr Zeit habe, als falsch erwiesen hätten. Der Herr Minister blieb dem Botschafter die Antwort auf diese Anspielung schuldig. Auf die morgige Bundestagssitzung<sup>5</sup> eingehend sagte der Botschafter, er habe erfahren, daß dabei eine Resolution, betreffend eine eventuelle Kontaktaufnahme zwischen der EWG und dem COMECON, eingebracht werden solle, und fragte den Minister, ob er ihm etwas Näheres dazu sagen könne.

Der Herr *Minister* antwortete, es handle sich hier um eine Initiative, die von einer Gruppe um Jean Monnet ausgegangen sei.<sup>6</sup> Auf eine weitere Frage des Botschafters sagte der Herr Minister, daß diese Angelegenheit demnächst von allen Regierungen der EWG-Staaten geprüft werden würde. Im übrigen seien in Brüssel, soweit er unterrichtet sei, vier Anregungen gemacht worden, die u. a. morgen im Bundestag zur Debatte stünden: 1) Die Befürwortung des Beitritts Englands zur EWG; 2) Das Verhältnis des Gemeinsamen Markts zu den Vereinigten Staaten; 3) Das Verhältnis der EWG zum COMECON und die Bemühungen, dieses Verhältnis zu entwickeln und zu verbessern (Details seien ihm nicht bekannt, da er an der entsprechenden Sitzung in Brüssel nicht teilgenommen habe); 4) Die Verstärkung der technologischen Zusammenarbeit innerhalb der EWG.

Das Gespräch fand in einer höflichen Atmosphäre statt und dauerte etwa eine Dreiviertelstunde.

**VS-Bd. 10090 (Ministerbüro)**

<sup>4</sup> 7. November 1967.

<sup>5</sup> Zur Bundestagsdebatte vom 13. Oktober 1967 vgl. Dok. 348, Anm. 5, 7 und 20, sowie Dok. 355, Anm. 15.

<sup>6</sup> Zu den „Entschlüssen des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa“ über die Gestaltung der Beziehungen zur UdSSR und den anderen Ostblock-Staaten vgl. Dok. 345, besonders Anm. 4.

### Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem französischen Botschafter François Seydoux

Z A 5-117.A/67 VS-vertraulich

12. Oktober 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler empfing am 12. Oktober 1967 um 17 Uhr im Beisein von MD Dr. Osterheld den französischen Botschafter Seydoux zu einem Gespräch.

Einleitend sagte der Herr *Bundeskanzler*, der Botschafter habe wahrscheinlich seine Äußerungen über die von den Darlegungen de Gaulles in Polen ausgelöste Aufregung<sup>2</sup> gelesen. In einem Interview mit den Stuttgarter Nachrichten habe er erklärt, seines Erachtens solle man nach den inzwischen erfolgten Erklärungen de Gaulles die Auseinandersetzungen beenden.<sup>3</sup> Er brauche nicht zu wiederholen, daß die Äußerungen de Gaulles gefährlich gewesen seien, denn man habe sie ja so auslegen müssen, als stimme de Gaulle der unmöglichen polnischen These zu, daß diese Gebiete niemals aufgehört hätten, polnisch zu sein. Die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge mögen zwar einräumen, daß politische Konzessionen notwendig sein könnten, sie würden aber gewiß niemals zugeben, daß jene Gebiete nicht deutsches Land seien und sie somit zu Recht von dort vertrieben wären. Die Heimatvertriebenen besäßen genügend politische Vernunft, ihre zu Unrecht erfolgte Vertreibung als Kriegsfolge zu sehen. Sie sagten, man wisse nicht, was ein Friedensvertrag einmal bringen werde, und einige unter ihnen sähen sicherlich die Notwendigkeit zu Zugeständnissen. Der neuralgische Punkt liege jedoch darin, daß sie diese Gebiete als das Land ihrer Väter betrachteten. Durch die inzwischen erfolgten Erklärungen<sup>4</sup> sei der erste Eindruck jedoch korrigiert und die Sache somit ausgestanden. Es habe in der Presse Hinweise gegeben, daß der Bundeskanzler an de Gaulle vielleicht schreiben werde. Er beabsichtige dies jedoch nicht. Für ihn sei die Sache erledigt, und er werde sie in der außenpolitischen Debatte am nächsten Tage nicht von Regierungsseite aus anschnitten. Natürlich könne man nicht verhindern, daß das eine oder andere Parlamentsmitglied die Sache anschneide. Geschehe dies in sehr starker Form, so werde er in dem eben dargelegten Sinne antworten.<sup>5</sup> Der Herr Bundeskanzler bat den Botschafter, dies General de Gaulle zu berichten.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 13. Oktober 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Zu den Äußerungen des Staatspräsidenten de Gaulle am 9./10. September 1967 in Zabrze (Hindenburg) und Sopot (Zoppot) vgl. Dok. 319, besonders Anm. 3 und 4.

<sup>3</sup> Am 11. Oktober 1967 stellte Bundeskanzler Kiesinger in einem Interview der „Stuttgarter Nachrichten“ dazu fest: „Präsident de Gaulle hat nach meiner Erklärung, daß es sich hier um jahrhundertalte deutsche Gebiete handelt, aus denen die Bewohner zu Unrecht vertrieben worden sind, seine Haltung klargestellt. Er hat gesagt, daß er nicht bestreite, daß es sich um alte deutsche Gebiete handle, er habe nur von der Gegenwart gesprochen. Damit sollte man, glaube ich, die Auseinandersetzung beenden.“ Vgl. DzD V/1, S. 1796 f.

<sup>4</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Botschafters Klaiber, Paris, mit Staatspräsident de Gaulle am 2. Oktober 1967; Dok. 335.

<sup>5</sup> In der Bundestagsdebatte am 13. Oktober 1967 kritisierte der FDP-Abgeordnete Mende die Äußerungen des Staatspräsidenten de Gaulle und forderte, „daß der Bundeskanzler, nachdem das bis-



Botschafter *Seydoux* machte die persönliche Bemerkung, seines Erachtens sei de Gaulle in seinen Äußerungen Botschafter Klaiber gegenüber wahrscheinlich so weit wie nur irgend möglich gegangen. Im übrigen sollte man die Polenreise de Gaulles als Ganzes sehen, und so betrachtet sei sie für die Bundesrepublik und die Deutschen ein Plus gewesen. Was de Gaulle zur Deutschlandfrage<sup>6</sup> sowie den Polen zu ihrer eigenen Haltung gegenüber der Sowjetunion gesagt habe, könne von kapitaler Bedeutung sein. Vor wenigen Jahren noch habe er (der Botschafter) niemals zu hoffen gewagt, daß ein französischer oder englischer oder amerikanischer Staatsmann die Sprache spreche, die de Gaulle nun tatsächlich geführt habe.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er sehe die Reise de Gaulles tatsächlich als Ganzes. Die deutsche Reaktion auf die unglücklichen Äußerungen in Hindenburg, Danzig usw. sei auch sehr schlicht gewesen. Er selbst habe nur in aller Ruhe einen einzigen Satz gesagt. Selbstverständlich seien die Deutschen dem französischen Staatspräsidenten dankbar für seine Haltung in der Deutschlandfrage. Seine kritisierten Äußerungen könne man als Schönheitsfehler betrachten. Er wolle lediglich vermeiden, daß bei den Heimatvertriebenen, die ja einen großen Prozentsatz der Bevölkerung darstellen, irgendwelche Ressentiments sich einschlichen. Das Heimatrecht, das den Vertriebenen so sehr am Herzen liege, sei zwar juristisch kein ausgefüllter Begriff, stütze sich aber auf die Tatsache, daß jene Gebiete deutsches Land gewesen seien. Versuche man, diesen Begriff des Heimatrechts zu definieren, so bleibe es auch dann bestehen, wenn diese Gebiete eines Tages endgültig einem anderen Staat zugesprochen würden. Es bedeute, daß diese Menschen trotzdem dorthin zurückkehren könnten. All das sei ziemlich vage und völkerrechtlich nicht faßbar, habe jedoch mit den historischen Tatbeständen zu tun und übersteige in seiner Kraft die rein politischen Fakten. Betrachte man die Polenreise de Gaulles in ihrer Gesamtheit, so beinhalte sie sehr wohl positive Aspekte.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, in der Frage des deutsch-polnischen Verhältnisses müsse die Bundesregierung auf ihrem Standpunkt beharren. Der Bundesaußenminister werde in seiner Erklärung im Bundestag an die Regierungserklärung anknüpfen, jedoch auch einen Passus einfügen, der auf eine Gesprächsbereitschaft hinweise.<sup>7</sup> Selbst wenn man die Regelung der offenen

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1368*

her nicht geschehen ist, hier feststellt, daß diese geschichtlichen Tatsachen auch gegenüber Frankreich undiskutabel sind.“ Bundesminister Brandt erklärte daraufhin: „Aber ich darf hier sagen, erstens gibt es beim französischen Verbündeten, Freund und Nachbarn überhaupt keinen Zweifel darüber, wie diese Zusammenhänge auf deutscher Seite gesehen werden. Darüber ist gesprochen worden, bevor es zu der Reise nach Polen kam, und darüber ist auch danach gesprochen worden. Zweitens hat der französische Staatspräsident der deutschen Seite gegenüber ausdrücklich klargemacht, daß er mißverstanden worden sei, wenn man angenommen habe, er habe sich zu historischen Sachverhalten äußern wollen. Er habe sich zu dem Bild, das sich ihm in der Jetztzeit während dieser Reise dargestellt hat, äußern wollen.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 65, S. 6374 und S. 6389.

<sup>6</sup> Zu den Ausführungen des Staatspräsidenten de Gaulle gegenüber dem polnischen Staatsratsvorsitzenden Ochab am 6. September 1967 vgl. Dok. 335, Anm. 4.

<sup>7</sup> Bundesminister Brandt erklärte am 13. Oktober 1967 vor dem Bundestag: „Die Bundesregierung bedauert, daß die deutsch-polnischen Beziehungen noch nicht verbessert werden konnten. Unser erklärtes Verständnis für den Wunsch des polnischen Volkes, in gesicherten Grenzen zu leben, ist vom Aussöhnungswillen diktiert. Wir haben ebenso offen gesagt, daß nur in einem Friedensvertrag über die Grenzfrage entschieden werden kann. Aber es gibt keinen vernünftigen Grund, der einer

Fragen einem Friedensvertrag überlassen müsse, so könne man doch vorher diesen Friedensvertrag vorbereiten. Tatsächlich werde die Erklärung des Bundesaußenministers einen sehr kleinen Schritt weitergehen. Am 13. Dezember vergangenen Jahres habe nur der Hinweis auf den Friedensvertrag bestanden<sup>8</sup>, während jetzt gesagt werde, daß man schon vorher über die einschlägigen Fragen sprechen könne, wenngleich eine endgültige Regelung nur in einem Friedensvertrag erfolgen könne.

Auf die Frage von Botschafter *Seydoux*, ob er erfahren dürfe, was Herr Zarapkin mit Herrn Brandt besprochen habe<sup>9</sup>, erinnerte der Herr Bundeskanzler daran, daß in der Presse fälschlicherweise der Eindruck erweckt worden sei, als gebe es ein Vierzehn-Punkte-Programm. Tatsächlich habe es sich bei den 14 Punkten lediglich um eine listenmäßige Zusammenstellung möglicher Gesprächspunkte gehandelt<sup>10</sup>, die auch einzeln besprochen werden könnten und die alle schon einmal in der Regierungserklärung und auch bei offiziellen Äußerungen der Regierung erwähnt gewesen waren. Zarapkin habe den Gedanken des Gewaltverzichts wieder aufgegriffen. Natürlich werde hier von sowjetischer Seite wiederum versucht, über den Gewaltverzicht eine Anerkennung von Pankow zu erreichen. Die Bundesregierung habe stets ihre Bereitschaft erklärt, Gewaltverzichtserklärungen auszutauschen, die auch das Gebiet der SBZ miteinbezögen. Dies bedeute aber nicht, daß man mit dem Pankower Regime darüber zu verhandeln bereit sei. Genau das aber wollten die Russen. Noch einmal auf das sogenannte Vierzehn-Punkte-Programm zurückkommend, betonte der Herr Bundeskanzler, wenn es ein neues Programm oder auch nur neue Punkte gegeben hätte, wäre Frankreich selbstverständlich vorher konsultiert worden. Im übrigen könne man im Augenblick nicht sagen, wie die weitere Entwicklung laufen werde. Zunächst einmal werde die Bundesregierung natürlich die von den Russen aufgegriffene Frage des Gewaltverzichts sehr sorgfältig prüfen.

Der Herr Bundeskanzler kam dann auf die Beziehungen zu den übrigen osteuropäischen Ländern zu sprechen und sagte, er habe es für richtig gehalten, den mit der Tschechoslowakei geschlossenen Vertrag<sup>11</sup> abzuschließen, denn die deutsche Politik müsse vernünftig und vertrauenswürdig sein. Man dürfe auch nicht zu perfektionistisch sein wollen. Die Fortschritte in den Beziehungen mit Rumänien seien gut. Die Bundesregierung versuche, Rumänien auch handelspolitisch besonders zu berücksichtigen. Da in diesem Falle diplomatische Beziehungen bestünden, sollten sie auch Früchte tragen, ohne jedoch die anderen, wie Ungarn oder Bulgarien, zu verärgern. Ganz besonders solle auch die Sowjetunion nicht verärgert werden. Man habe deutscherseits stets erklärt, man wolle gute Beziehungen zu allen östlichen Nachbarn, sofern diese dazu

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1369*

Verbesserung der bilateralen Beziehungen und einem ernsthaften deutsch-polnischen Gespräch im Wege stehen könnte.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 65, S. 6333.

<sup>8</sup> Zu den Ausführungen des Bundeskanzlers Kiesinger vom 13. Dezember 1966 vgl. Dok. 14, Anm. 16.

<sup>9</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem sowjetischen Botschafter am 12. Oktober 1967 vgl. Dok. 347.

<sup>10</sup> Zu den Themenvorschlägen der Bundesregierung für Gespräche mit der UdSSR, die Bundesminister Brandt dem sowjetischen Botschafter am 16. Juni 1967 vortrug, vgl. Dok. 224.

<sup>11</sup> Zu den Abkommen vom 3. August 1967 über den Waren- und Zahlungsverkehr und über die Errichtung von Handelsvertretungen vgl. Dok. 289, besonders Anm. 12.

bereit seien. Wenn dies in enger Koordinierung mit Frankreich geschehen könne, umso besser. Mit Jugoslawien seien die praktischen Beziehungen sehr gut und weiter entwickelt als mit anderen östlichen Ländern. Natürlich gebe es die bekannten Schwierigkeiten, denn Jugoslawien habe ja im Gegensatz zu den anderen Ostblockstaaten Pankow aus eigenem Willen anerkannt.<sup>12</sup> Es müsse also zur Überwindung dieser Schwierigkeiten eine Lösung gefunden werden, welche die Bundesregierung zur Zeit überlege.

Botschafter *Seydoux* warf ein, er habe den rumänischen Botschafter<sup>13</sup> zwei- oder dreimal getroffen und dabei den Eindruck gewonnen, daß er wirklich etwas tun wolle.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, die Bundesregierung lasse sich bei ihren Bemühungen nicht durch Schwierigkeiten beeindrucken. Auch gegenüber Pankow wolle die Bundesregierung Dinge tun, welche der Bevölkerung zugute kämen. Dem Botschafter sei die Entwicklung ja bekannt. Er (der Herr Bundeskanzler) habe in den vergangenen Tagen einiges sehr klar aussprechen müssen. Im Bundestag selbst gebe es – auch mit der FDP – keine großen Meinungsverschiedenheiten, obgleich man von der FDP manchmal Formeln höre, in denen eine Bereitschaft zu Anerkennung anzuklingen scheine. In einer Art außerparlamentarischen Opposition gebe es jedoch, insbesondere in der Publizistik, eine recht verbreitete Auffassung, die einer völkerrechtlichen Anerkennung zuneige. Dies habe ihn dazu gebracht, von einer „Anerkennungspartei“ zu sprechen, die jedoch nicht im Bundestag vertreten sei.<sup>14</sup> Er habe diese klare Sprache führen müssen, weil die genannten Presseberichte ständig eine Uneinigkeit der Koalitionspartner konstruieren wollten und den Eindruck erweckten, als ob die SPD an sich sehr weit zu gehen bereit sei, während die CDU bremse. Dies entspreche einfach nicht den Tatsachen. Er habe in seinen Gesprächen in Kressbronn gerade diese Frage ganz klar gestellt. Auch Herr Wehner habe in letzter Zeit sehr deutliche Äußerungen getan und dabei den Bundeskanzler selbst zitiert.<sup>15</sup> Die außenpolitische Debatte solle als eine Art

<sup>12</sup> Die Anerkennung der DDR durch Jugoslawien am 10. Oktober 1957 führte zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien am 19. Oktober 1957.

<sup>13</sup> Constantin Oancea.

<sup>14</sup> Am 11. Oktober 1967 antwortete Bundeskanzler Kiesinger gegenüber den „Stuttgarter Nachrichten“ auf den Hinweis, es gebe in der Bundesrepublik eine außerparlamentarische Opposition gegen die Nichtanerkennungspolitik: „Bei einer Diskussion im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages hatte ich den Eindruck, daß nicht nur die beiden Regierungsparteien, sondern auch die Opposition, die FDP, hinter unserer Politik steht, obwohl immer wieder Äußerungen aus dem Lager der FDP darauf hindeuten, daß die FDP sehr viel weiter – und gefährlich weiter – als wir zu gehen bereit wäre. Aber ganz eindeutig wird der Gedanke der Anerkennung von einer im Bundestag kaum repräsentierten Gruppe von Publizisten in Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunk und im Fernsehen vorgetragen. [...] Ich stelle das nur fest. Wir leben in einer Demokratie, in der jeder das Recht auf seine Meinung hat. Aber man muß darauf hinweisen, daß es diese vierte Partei oder diese außerparlamentarische breite publizistische Opposition gibt, obwohl sie in dem von unserem Volk gewählten Parlament nicht vertreten ist und obwohl unser Volk, wie jede demoskopische Umfrage zeigt, die Anerkennung entschieden ablehnt.“ Vgl. DzD V/1, S. 1795 f.

<sup>15</sup> Am 3. Oktober 1967 zitierte Bundesminister Wehner in einem Interview mit der Wochenzeitung „Vorwärts“ eine Äußerung des Bundeskanzlers Kiesinger, wonach die Bundesregierung bei der Deutschlandpolitik nicht warten dürfe „bis der Geschichte etwas Rettendes“ einfalle. Wehner führte dazu aus: „Der Bundeskanzler selbst hat diese Frage so beantwortet: ‚Eine solche rein defensive Politik würde [...] von Jahr zu Jahr in größere Bedrängnis führen. Sie würde uns nicht nur keinen Schritt vorwärts bringen, sie könnte uns auch das gar nicht bewahren, was sie bewahren will, denn die Zeit wirkt nicht für uns. [...] Darum hat sich diese Regierung zu einer neuen, bewegliche-

reinigendes Gewitter wirken. Natürlich gebe es auch menschliche Schwierigkeiten, denn manche Leute dächten eben nicht so sehr an die Sache als an sich selber.

Ausgangspunkt für die außenpolitische Debatte seien die Monnet-Resolution<sup>16</sup> und Griechenland gewesen, doch habe die Bundesregierung diese beiden Dinge in eine Debatte über die Gesamtpolitik eingepackt. Die Monnet-Resolution werde einem Bundestagsausschuß überwiesen werden. In Vorbereitung auf die Debatte habe er gerade jetzt ein Gespräch mit dem Außenminister geführt. Man könne zu dieser Resolution natürlich in verschiedenster Weise Stellung nehmen. Wenn Herr Luns dazu rede, sei das sicher anders, als wenn die Bundesregierung dazu Stellung nehme. Er habe mit dem Außenminister geklärt, daß man die französische Haltung berücksichtigen und die Nuancen richtig setzen müsse. In der Monnet-Resolution sei von „alsbaldigen Verhandlungen mit Großbritannien“ die Rede. Die Bundesregierung wolle die vermittelnde Politik fortsetzen, die er (der Herr Bundeskanzler) bereits in Rom begonnen habe.<sup>17</sup> Damals habe er gesagt, wenn jemand so schwere Bedenken hege wie Frankreich, dürfe man darüber nicht zur Tagesordnung übergehen, sondern müsse diese Bedenken im Rahmen der Sechs diskutieren. Es gehe darum, daß die Sechs nicht auseinanderkämen. Es sei einfach nicht möglich, daß einer sich einer Phalanx von fünf gegenüberführe, die für die Argumente des einen nur taube Ohren hätten. Die Verhandlungen müßten von den Sechs gemeinsam geführt werden. Wenn man das Verfahren nunmehr einleite, so müsse man die französischen Bedenken diskutieren. Die Kommission habe insoweit schon geholfen, als sie eine Reihe recht schwieriger Probleme aufgezeigt habe. Dies habe er auch stets erwartet. Das Problem sei aber, daß Holland mit England im Hintergrund auf eine schnelle Aufnahme der Gespräche mit England dränge. Dazu werde die Bundesregierung sagen, daß zunächst die Sechs unter sich eine gewisse Klärung erreichen müßten, d.h. daß zunächst der Kommissionsbericht<sup>18</sup> diskutiert werden müsse. In diesem Bericht möge es manche Fragenkomplexe geben, die denkbarerweise erneut zur vertieften Prüfung der Kommission überwiesen werden könnten, wobei die Kommission auch Dritte dazu hören könnte, ohne jedoch mit den Dritten zu verhandeln. Die Kommission wäre dann eine Art Sachverständigenausschuß, der im Auftrag des Minister-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1371*

ren Politik gegenüber dem Osten entschlossen: sowohl gegenüber unseren östlichen Nachbarn wie im innerdeutschen Verhältnis gegenüber den Verantwortlichen im anderen Teil Deutschlands.“ Vgl. DzD V/1, S. 1752.

<sup>16</sup> Zu den „Entschließungen des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa“ vgl. Dok. 345, besonders Anm. 4 und 5.

<sup>17</sup> Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten anläßlich des 10. Jahrestags der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 29./30. Mai 1967 vgl. Dok. 197.

<sup>18</sup> Zur Stellungnahme der EG-Kommission vom 29. September 1967 zu den Beitrittsanträgen von Großbritannien, Irland, Dänemark und Norwegen vgl. Dok. 335, Anm. 8.

Zu den Beitrittsanträgen stellte Bundesminister Brandt in der Regierungserklärung vom 13. Oktober 1967 fest: „Hierzu ist zu sagen, daß der EWG-Vertrag für die Aufnahme neuer Mitglieder Einstimmigkeit vorschreibt. [...] Wir gehen dabei – ich sage es mit anderen Worten noch einmal – von der Erwartung aus, daß die Antragsteller bereit sind, an einem einigen, an einem zunächst sich einigenden Europa ohne Vorbehalte mitzuwirken. Die Antragsteller werden verstehen, daß die Sorge um die Erhaltung des Geschaffenen legitim ist und eine ernsthafte Prüfung verdient. Wir haben die Argumente der französischen Regierung nicht auf die leichte Schulter genommen, sondern halten unsere guten Dienste bereit, um zu einem Ausgleich der noch stark divergierenden Auffassungen beizutragen.“ BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 65, S. 6334 f.

rats Klärung herbeiführe, um dann an den Ministerrat wieder Bericht zu erstatten. Damit wäre Frankreich die Möglichkeit einer Teilnahme gegeben, ohne daß die Atmosphäre getrübt werde. Es werde dann irgendwann der Tag kommen, an dem nach der internen Abklärung und vielleicht des Anhörens Großbritanniens zu bestimmten Punkten eine Entscheidung zu fällen sei.

Botschafter *Seydoux* stellte durch eine Frage klar, daß die Sechs unter sich verhandelten und gleichzeitig die Kommission Gespräche führte.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, die Sechs sollten den Kommissionsbericht diskutieren und dann sagen, daß zu diesem oder jenem Punkt weitere sachliche Feststellungen erforderlich seien, welche dann die Kommission erarbeiten könne, dabei auch England oder Dänemark hören könnte, ohne jedoch mit diesen Ländern zu verhandeln. Auf diese Weise könnte man die Sechs beisammenhalten, einen Konflikt vermeiden und gleichzeitig die französischen Besorgnisse ernst nehmen. Die Bundesregierung nehme nicht die Haltung ein, daß die Fusion unbedingt vorher abgeschlossen sein müßte, ehe man mit England verhandeln könne.<sup>19</sup> Sie vertrete aber auch nicht die holländische Haltung, die alles blockieren wolle, bis eine Entscheidung über den britischen Beitritt getroffen sei. Nach deutscher Auffassung sollten gleichzeitig beide Dinge vorangetrieben werden, d.h. auch der Ausbau der Gemeinschaft der Sechs sollte weiterbehandelt werden. Der Herr Bundeskanzler schloß diese Ausführungen mit dem Hinweis, daß er den Bundesaußenminister gebeten habe, seine Erklärung im Bundestag auf diese Grundhaltung abzustimmen.<sup>20</sup>

Der Herr Bundeskanzler kam dann auf den Passus der Monnet-Resolution zu sprechen, der sich mit dem Verhältnis zu Amerika befasse.<sup>21</sup> Er kenne die Haltung de Gaulles in dieser Frage. Die Monnet-Resolution betone wiederum die Notwendigkeit, daß Europa mit einer Stimme spreche. Sie spreche aber auch von Gleichberechtigung. Darauf habe er sofort die Frage gestellt, was das Wort Gleichberechtigung im Zusammenhang des Verhältnisses mit Amerika denn zu bedeuten habe. Es gehe doch darum, ein eigenständiges Europa zu schaffen, daß dann mit den Vereinigten Staaten zusammenarbeite, soweit die jeweiligen Interessen zusammenfielen. Von Gleichberechtigung könne man nur sprechen, wenn man in einem System zusammengebunden sei. Ihm gehe es um ein eigenständiges Europa, das gute und enge Beziehungen mit Amerika pflege. Es gebe nur ein System, in dem das Wort Gleichberechtigung am Platz sei, und

<sup>19</sup> Vgl. dazu Dok. 338, Anm. 1.

<sup>20</sup> Bundesminister Brandt stellte dazu am 13. Oktober 1967 fest: „Aber daß der Zusammenschluß der drei Behörden und die Fusion der drei Verträge inhaltlich zusammengehören, darüber sind wir uns sicher einig. Daß das nicht beliebig lange hinausgeschoben werden kann, ergibt sich daraus, daß die 14 Mitglieder der neuen Kommission, der jetzigen Europäischen Kommission, bis zum Inkrafttreten des Vertrages zur Gründung einer einzigen europäischen Gemeinschaft gewählt worden sind, längstens aber für einen Zeitraum von drei Jahren. [...] Dieses Thema und das der Beitrittsverhandlungen wird übrigens, wenn es an der Reihe ist, in der Kommission durch andere Mitglieder und andere Beamte bearbeitet. Die Beitrittsverhandlungen können, wenn es nach uns geht, viele Monate im Gange sein, bevor das erstmal – wie ich schätze im Frühsommer nächsten Jahres – eine Stellungnahme zu einem Bericht der Kommission oder der Kommissionsmitglieder, die dafür zuständig sind, zu diesem Thema ernsthaft erörtert werden kann.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 65, S. 6388.

<sup>21</sup> Vgl. Ziffer 3 der „Entschließungen des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa“, Dok. 345, Anm. 15.

dies sei die NATO. Im übrigen gehe es nur um gute und freundschaftliche Beziehungen. Natürlich bestünden immer noch gewisse Meinungsunterschiede im Verhältnis zu de Gaulle in dieser Frage, doch versuche er (der Herr Bundeskanzler) einen größtmöglichen Beitrag dazu zu leisten, daß Frankreich und Deutschland nicht unnötig auseinanderdriften. In der Monnet-Resolution sei auch von einem „Verbindungsausschuß“ zwischen Amerika und Europa die Rede. Dieser Begriff sei natürlich verschiedentlich auslegungsfähig. Man könne einen solchen Verbindungsausschuß sehen als etwas, was eben Verbindung halte zwischen zwei eigenständigen Einheiten. Man könne darin aber auch einen Nukleus einer atlantischen Gemeinschaft sehen.

Botschafter *Seydoux* bemerkte, diese Dinge müßten ganz klargestellt werden und es dürfe kein Raum für Zweifel bleiben.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, er habe den Außenminister gebeten, das Wort Gleichberechtigung nicht zu benutzen. Der Herr Bundeskanzler erläuterte dann kurz die Verfahrensweise, mit der die Monnet-Resolutionen zustande kämen, d.h. daß sie von den Partei- und Fraktionsführern<sup>22</sup> ja schon angenommen seien und man somit nicht an ihnen vorbeikomme. Er habe darum versucht, dem Botschafter das deutsche Denken genau darzutun, um klar zu machen, daß die Bundesregierung sich bemühe, eine möglichst große Harmonie in der Politik zwischen Frankreich und Deutschland zu erzielen, unbeschadet gewisser Meinungsunterschiede zu einzelnen Punkten. Die Harmonie und die Bemühung um sie könne sich auch in der Argumentation der Bundesregierung zu einer vorgegebenen Resolution niederschlagen.

Botschafter *Seydoux* bedankte sich für diese höchst aufschlußreichen Darlegungen. Er sagte dann, er habe am Vortage Herrn Abrassimow, der ihn am 2. März eingeladen habe, in Berlin bei sich zum Essen gehabt. Abrassimow habe ihm praktisch nichts Neues erzählt. Das einzige, was sich sagen lasse, sei, daß Abrassimow in dem Gespräch im März ganz besonders viel von Pankow gesprochen habe, während er dieses Mal viel mehr über die Bundesrepublik geredet habe. Dabei habe Abrassimow insbesondere immer wiederholt, die derzeitige Bundesregierung verfolge nur dieselbe Politik wie Adenauer. Er (*Seydoux*) habe Abrassimow darauf erwidert, es sei schwierig für ihn, dazu etwas zu sagen, denn wenn er bemerke, Kiesinger verfolge nicht dieselbe Politik wie Adenauer, wäre Kiesinger vielleicht recht unzufrieden und umgekehrt. Er habe Abrassimow gegenüber betont, wie sehr die Bundesregierung sich bemühe um ein besseres Verhältnis, und diese Bemühungen sollten von Moskau nicht entmutigt werden. Insgesamt sei Abrassimow sehr hart gewesen.<sup>23</sup>

<sup>22</sup> Zum gemeinsamen Antrag der Fraktionsvorsitzenden Barzel (CDU/CSU), Schmidt (SPD) und Mischnick (FDP) vom 10. Oktober 1967 vgl. Dok. 345, Anm. 3.

<sup>23</sup> Am 24. Oktober 1967 wurde von französischer Seite im Rahmen der Bonner Vierergruppe über das Gespräch des französischen Botschafters François Seydoux mit dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin am 11. Oktober 1967 informiert. Zur Berlin-Frage habe Abrassimow ausgeführt: „a) Die Sitzungen der Bundestagsausschüsse und der Fraktionen in Westberlin seien eine ärgerliche provokatorische Demonstration der völlig unhaltbaren Ansprüche der Bundesrepublik auf Berlin. [...] b) Das alliierte Reisebüro ATO sei ein Besatzungsrest, der endlich den neuen Gegebenheiten Platz machen solle. [...] Die Sowjetunion interessiere sich für eine Ausweitung des Handels mit Westberlin. Sie möchte daher eine sowjetische Stelle in Westberlin für den Einkauf und den Absatz einrichten.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats van Well vom 25. Oktober 1967; VS-Bd. 4146 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, im Augenblick erwarte er auch gar nichts anderes. Er setze jedoch darauf, daß die Evolution, auch wenn sie langwierig sei, letzten Endes der deutschen Politik Recht geben werde. Auf die Frage von *Seydoux*, ob der Herr *Bundeskanzler* glaube, daß es einmal zu einer solchen Evolution kommen werde, erwiderte der Herr *Bundeskanzler*, seines Erachtens sei sie bereits im Gange.

Botschafter *Seydoux* bemerkte, er erinnere sich an eine Zeit, als er – noch bevor er Botschafter in Wien geworden sei<sup>24</sup> – mit diesen Fragen befaßt gewesen sei, und daß damals niemand je gedacht hätte, daß die Russen in Bewegung geraten könnten; fast über Nacht hätten sie dann den Österreich-Vertrag<sup>25</sup> geschlossen.

Der Herr *Bundeskanzler* unterstrich, die Bundesregierung erwarte keine schnellen Erfolge, werde aber bei ihrer Politik bleiben. Sie werde die faktischen Beziehungen mit allen östlichen Nachbarn zu verbessern trachten, die Menschen würden sich treffen, und ganz allgemein wolle er eine Politik verfolgen, die erkennbar werden lasse, daß diese Regierung zwar die nationalen Interessen vertrete, aber auch um ihre Verantwortung für ganz Europa und den Frieden in der Welt wisse. Dies werde die politische Haltung der Bundesregierung bestimmen. Auf die Dauer könne dann der Erfolg nicht ausbleiben. Schon eine Veränderung des politischen Klimas wäre ein großer Fortschritt.

Das Gespräch endete um 18 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 25**

<sup>24</sup> François Seydoux de Clausonne war vom 18. August 1955 bis zum 14. September 1958 französischer Botschafter in Wien.

<sup>25</sup> Die österreichische Verpflichtung zur immerwährenden Neutralität war Voraussetzung für das sowjetische Einverständnis zum „Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich“. Zum Moskauer Memorandum vom 15. April 1955 vgl. Dok. 243, Anm. 6.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 15. Mai 1955 zwischen den Vier Mächten und Österreich vgl. BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH 1955, S. 725–810.

## Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg

I A 1-80.11-3198/67 VS-vertraulich

13. Oktober 1967<sup>1</sup>

Betr.: Briefwechsel der Außenminister über die Absprachen vom 12. und 13. Juli 1967 zur Verstärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit<sup>2</sup>

Bezug: Vermerk von Herrn D I – I A 1-80.11-/3115/67 VS-v vom 10.10.1967<sup>3</sup>

1) Bei der Konsultation zwischen dem Herrn Bundeskanzler und dem französischen Staatspräsidenten<sup>4</sup> am 12./13. Juli 1967 in Bonn wurde eine Reihe von Maßnahmen vereinbart, die der Verstärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit und der Verbesserung ihrer Koordinierung dienen sollen. Der französische Außenminister hat diese Absprachen in einem Brief vom 11.10.1967 an den Herrn Bundesminister schriftlich fixiert. Der Text des Briefes ist dem Auswärtigen Amt mit DB Nr. 1912 VS-v der Botschaft Paris vom 12.10.1967 übermittelt worden<sup>5</sup>, das Originalschreiben wird dem Herrn Bundesminister am 16.10. von Botschafter Klaiber in Paris ausgehändigt.<sup>6</sup> Der Text des Briefes ist mit dem Auswärtigen Amt abgestimmt; die Fassung vom 11. Oktober berücksichtigt unsere Änderungsvorschläge. Unser Ergänzungsvorschlag – Aufnahme eines Passus über die Einbeziehung der Bereiche Wirtschaft, Finanzen und wirtschaftliche Zusammenarbeit in den vertraglichen Konsultationsrhythmus der Minister – ist von französischer Seite nach anfänglichem Zögern in der Form aufgenommen worden, daß regelmäßige Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister vorgesehen werden.<sup>7</sup> Obwohl in dieser Fassung der Bereich der

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Forster und von Legationsrat I. Klasse Nipperdey konzipiert.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 261, Anm. 16 und 20, sowie Dok. 264, besonders Anm. 15.

<sup>3</sup> Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg notierte, daß der französische Gesandte d' Aumale am Vortrag das Einverständnis seiner Regierung erklärt habe, auch die Bereiche Finanzen, Wirtschaft und wirtschaftliche Zusammenarbeit in den vertraglichen Konsultationsrhythmus aufzunehmen. Vgl. VS-Bd. 8520 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Charles de Gaulle.

<sup>5</sup> Für den Drahtbericht des Botschafters Klaiber, Paris, vgl. VS-Bd. 2395 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967. Für einen Auszug aus dem Schreiben des französischen Außenministers Couve de Murville vgl. Anm. 7.

<sup>6</sup> Bundesminister Brandt hielt sich am 16./17. Oktober 1967 anlässlich der Gespräche mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris auf. Vgl. Dok. 355.

<sup>7</sup> Vgl. dazu das Schreiben des französischen Außenministers Couve de Murville vom 11. Oktober 1967: „Les deux gouvernements ont affirmé leur volonté de donner une nouvelle impulsion à leur coopération dans tous les domaines [...] de créer, sous la responsabilité des ministres de l'économie, un comité de coopération économique et industrielle composé essentiellement de personnalités représentatives des milieux économiques. Sous l'autorité de ce comité, des groupes pourront être constitués pour travailler dans les domaines où il apparaîtrait possible et utile de promouvoir une coopération active par des interventions coordonnées, des actions communes ou des associations entre entreprises allemandes et françaises. Cette organisation ne fera pas obstacle à la création d'un comité franco-allemand pour le développement de la coopération dans le domaine de la science, de la recherche et de la technologie, qui a été décidée au mois de janvier 1967.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1912 des Botschafters Klaiber, Paris, vom 12. Oktober 1967; VS-Bd. 2395 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.



wirtschaftlichen Zusammenarbeit nicht erwähnt ist und die Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister nicht ausdrücklich an den Vierteljahresrhythmus des Vertrages<sup>8</sup> gebunden werden, bestehen gegen ihre Annahme keine Bedenken. Wir waren nach Einholung einer Stellungnahme des Bundeskanzleramtes im Interesse der Beschleunigung der Sache sogar bereit, auf die Annahme unseres Ergänzungsvorschlages zu verzichten.

Ein Entwurf für das Antwortschreiben des Herrn Bundesminister, das dieser bereits am Montag, den 16. 10., in Paris übergeben könnte, wird gesondert vorgelegt.

2) Im Zusammenhang mit diesem Brief stellen sich drei Fragen:

a) Veröffentlichung des Briefwechsels.

Französische Seite hat vorgeschlagen, daß die beiden Außenminister hierüber am 16./17. Oktober entscheiden.

b) Benennung des deutschen Delegationsleiters für die in Aussicht genommene Arbeitsgruppe zur Anfertigung einer Studie über die europäische Sicherheit und die Verteidigung Europas in den 70er Jahren.

Französische Seite hat gebeten, daß der Herr Bundesminister am 16./17. Oktober etwas über die Vorstellungen auf deutscher Seite sagt, zugleich wohl auch über die Aufnahme der Arbeiten.

c) Benennung des deutschen Beauftragten für die Gesamtkoordinierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit.

Es ist damit zu rechnen, daß die französische Seite am 16./17. Oktober auch hierzu nach unseren Vorstellungen fragen wird.

3) Es wird folgendes vorgeschlagen:

ad a) Eine Veröffentlichung des Briefwechsels ist nicht vorzusehen. Die Ergebnisse der Konsultation des Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten sind im wesentlichen bereits nach dem 12./13. Juli bekanntgegeben worden. Eine Bekanntmachung des Briefwechsels zum jetzigen Zeitpunkt könnte zu einer kritischen Reaktion in der Öffentlichkeit führen. (Frage, warum die Fixierung der Absprachen drei Monate gedauert hat oder ob dem Publikum bereits bekannte Tatsachen erneut vorgesetzt werden sollen.) Außerdem hat die französische Seite erkennen lassen, daß sie vor einer Veröffentlichung zögert.

Eine Veröffentlichung wäre allenfalls erst dann angebracht, wenn die Namen der in Frage b) und c) bezeichneten Persönlichkeiten bekanntgegeben werden können und die Bildung der Kommission für wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit erfolgt ist.

ad b) Abteilung II hat mit dem Bundesministerium der Verteidigung vereinbart, daß der französischen Regierung Herr Ministerialdirektor Dr. Ruete als Leiter der deutschen Delegation und General a. D. Trettner als sein Vertreter für militärische Fragen benannt wird. Es wird vorgeschlagen, daß der Herr Bun-

<sup>8</sup> Vgl. Abschnitt I, Absatz 2 des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963: „Die Außenminister tragen für die Ausführung des Programms in seiner Gesamtheit Sorge. Sie treten mindestens alle drei Monate zusammen.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 707.

desminister nach Unterrichtung des Herrn Bundeskanzlers den französischen Außenminister am 16./17. Oktober hiervon in Kenntnis setzt und anregt, daß die Studiengruppe sobald als möglich zu ihrer ersten Sitzung in Bonn zusammentritt. (Vgl. gesonderte Aufzeichnung der Abt. II – II A 7-81.17-0/3311/67 VS-v vom 13.10.1967<sup>9</sup>.)

ad c) Eine Entscheidung über die Person des „Koordinators“ ist noch nicht getroffen worden. Auf etwaige Fragen am 16./17. Oktober kann der französischen Seite daher nur eine spätere Antwort in Aussicht gestellt werden.<sup>10</sup>

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>11</sup> dem Herrn Minister<sup>12</sup> vorzulegen.

Meyer-Lindenberg

**VS-Bd. 2395 (I A 1)**

<sup>9</sup> Für die Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter vgl. VS-Bd. 2395 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Mit Schreiben vom 23. November 1967 informierte Bundesminister Brandt den französischen Außenminister Couve de Murville, daß Botschafter Klaiber nach Ablauf seiner Amtszeit in Paris, also ab Sommer 1968, diese Aufgabe übernehmen werde. Bis dahin werde Botschafter z. b. V. Schmidt-Horix das Amt des deutsch-französischen Koordinators verwalten. Vgl. Referat I A 1, Bd. 722.

Die Ernennung von Klaiber wurde am 15. Februar 1968 bekannt gegeben. Vgl. dazu AAPD 1968.

<sup>11</sup> Hat Staatssekretär Lahr am 15. Oktober 1967 vorgelegen.

<sup>12</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

350

**Botschafter Knappstein, Washington,  
an Bundesminister Brandt**

**Z B 6-1-14735/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 2115**  
**Citissime**

**Aufgabe: 13. Oktober 1967, 12.51 Uhr**  
**Ankunft: 13. Oktober 1967**

Für Minister und Staatssekretär<sup>1</sup>

Betr.: Kontrollartikel des NV-Vertrags

Bezug: DE 960 vom 12.10.67<sup>2</sup>

1) Inhalt des Bezugserlasses habe ich gestern abend in Gegenwart von Botschafter Foster (und Gleysteen als Note-taker) Rusk vorgetragen. Rusk und Foster nahmen den Inhalt der Weisung interessiert, jedoch im wesentlichen rezeptiv zur Kenntnis.

2) Anschließend kam es zu einer längeren, in freundschaftlichem Ton geführten Unterhaltung, in der Rusk, unterstützt von Foster, vor allem kritische Fragen zur Bedeutung der Kontrollfunktion für EURATOM stellte und um detaillierte Erläuterung bat, wieso die Interessen von EURATOM durch das, was die USA vorschlugen, eigentlich gefährdet seien. Die dabei verwendeten Argumente sind nicht bekannt: EURATOM sei eine Organisation, die vorwiegend der gemeinsamen Forschung und Zusammenarbeit, der Versorgung mit spaltbarem Material und der Führung gemeinschaftseigener Anlagen diene. Die Kontrollen seien doch mehr „accidental“, was sich auch daraus ergäbe, daß von jeher beabsichtigt gewesen sei, sie einmal auf ein weltweites, internationales Kontrollsystem überzuleiten. Es sei nicht ganz einzusehen, warum sie plötzlich eine so große Bedeutung haben sollten. Rusk nahm Bezug auf Befürchtungen,

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Lahr vorgelegen, der Ministerialdirektor Ruete und Botschafter Schnippenkötter um Rücksprache bat.

Hat Schnippenkötter am 16. Oktober 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Brandt wies die Botschaft in Washington an, gegenüber dem amerikanischen Außenminister Rusk die Sorge der Bundesregierung „wegen der Entwicklung der Diskussion über den Kontrollartikel eines NV-Vertrages“ auszudrücken: „Seit Bekanntwerden des sowjetischen Entwurfs für Artikel III vom 1. September wird im bilateralen Verhältnis zwischen unseren beiden Ländern und in der NATO, direkt und indirekt, ständig und intensiv für den sowjetischen Entwurf geworben. Wir haben unsere Einwände gegen diesen Entwurf unverzüglich und wiederholt an den entsprechenden Stellen vorgetragen. Gleichwohl haben wir nicht den Eindruck, daß unsere Bedenken in den bis jetzt vorgeschlagenen amerikanischen Änderungen und Interpretationen gebührende Berücksichtigung finden. Wir werden in diesem Eindruck durch das amerikanische Aide-mémoire vom 5. Oktober bestärkt. [...] Vor allem aber sehen wir unsere Interessen in der und im Verhältnis zu der Europäischen Atomgemeinschaft für nicht gesichert an. [...] Wir vertrauen weiterhin auf die Zusicherungen, wie sie im Brief von Außenminister Rusk vom 17. Mai dieses Jahres an mich enthalten sind, und insbesondere darauf, daß auf amerikanischer Seite die Substanz der in den westlichen Konsultationen erarbeiteten Verifikationslösung ungeschmälert erhalten bleibt.“ Abschließend bat Brandt auf die „ernsten und schwer übersehbaren psychologischen und politischen Folgen“ hinzuweisen, wenn die EG-Mitgliedstaaten „das Gefühl bekommen sollten, sich unter Zeitdruck gesetzt oder ihre Gutwilligkeit in Frage gestellt zu sehen, oder gar, daß die weitere Entwicklung womöglich über ihre noch laufenden Beratungen hinweggehen könnte.“ Vgl. VS-Bd. 4117 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

daß EURATOM-Unternehmen ihre Nuklearbetriebe nach Frankreich verlagern könnten, um sich eventuellen Kontrollen zu entziehen. Er bezweifle das. Die Motive dafür seien nicht überzeugend zu erkennen. (Kostenfaktoren? Mißbrauchabsicht? Schutz industrieller Geheimnisse?) Es könne doch nicht so schwierig sein, eine Lösung der Kontrollfragen zu finden, wenn man sich vor Augen halte, daß EURATOM der friedlichen Nutzung der Atomenergie diene und der NPT mit der militärischen Verwendung befaßt sei, und wenn man sich dabei mehr von praktischen als von theoretisch-politischen Überlegungen leiten lasse.

Die sowjetischen Formulierungsvorschläge<sup>3</sup> mit gewissen Modifikationen (wie im amerikanischen Aide-mémoire<sup>4</sup> vorgesehen) schlossen übrigens ein Weiterfunktionieren der EURATOM-Kontrollen unter einer Verifikation durch die IAEA nicht aus, wobei diese Verifikation etwa „half-way“ zwischen einer Doppelkontrolle und einer reinen Buchführungskontrolle liegen müsse. Auch die Sowjets sähen das so. Sie bestünden jedoch auf einer gewissen Unklarheit („ambiguity“) des Textes, da sie die Gleichwertigkeit von IAEA- und EURATOM-Kontrollen nicht anerkennen wollten. Die Lage von EURATOM wäre im übrigen keine andere als die der USA selbst, wenn diese sich, wie beabsichtigt, IAEA-Kontrollen unterstellen würden. Niemand denke hier daran, daraufhin das nationale Kontrollsystem aufzugeben.

3) Ich erwiderte mit einer ausführlichen Darlegung unserer Position und verwies insbesondere auf die Bedeutung der EURATOM-Kontrollen für die Gemeinschaft, vor allem auch für das Verhältnis der Gemeinschaft zu Frankreich. Ich betonte, daß die eigentliche Frage sei, auf welche Weise die Lücke zwischen der Verifikationslösung, wie sie in der mit uns vereinbarten amerikanischen Version des Artikels III<sup>5</sup> niedergelegt sei, und den sowjetischen Formulierungsgedanken zu schließen sei. Unserer Ansicht nach sei diese Lücke auch nach dem amerikanischen Aide-mémoire noch nicht geschlossen. Es komme uns darauf an, die Substanz des amerikanischen Entwurfs für Art. III zu erhalten, und zwar in einer Form, die mit den Sowjets negotiabel sei.

Ich betonte ferner noch einmal die Wichtigkeit der Fortführung der Konsultationen. Rusk meinte dazu, daß weitere Konsultationen natürlich nicht ausgeschlossen seien, daß man jedoch unter einem Zeitdruck stehe, der nicht künstlich herbeigeführt sei, sondern sich aus der Tatsache ergebe, daß sich der Politische Ausschuß der Generalversammlung mit einem vollständigen Vertragsentwurf befassen müsse, wenn man nicht die Aussicht auf einen Vertrag zerreden lassen wolle. Er sehe allerdings auch ein, daß wir in EURATOM prozedurale Probleme hätten. Demgegenüber hob ich hervor, daß der NPT ein Vertrag sei, der die Welt verändere, und einen solchen könne man nicht unter Zeitdruck in Wochen oder Monaten abschließen.

<sup>3</sup> Zum sowjetischen Entwurf vom 1. September 1967 für Artikel III (Kontrollartikel) eines Nichtverbreitungsabkommens vgl. Dok. 322.

<sup>4</sup> Zum Aide-mémoire vom 5. Oktober 1967 vgl. Dok. 342, Anm. 5 und 8.

<sup>5</sup> Zu den während der deutsch-amerikanischen Konsultationen vom 10. bis 14. April 1967 in Washington vereinbarten Formulierungen für Artikel III eines Nichtverbreitungsabkommens vgl. Dok. 131, besonders Anm. 10–12.

4) Auf folgende Äußerungen von Rusk und Foster möchte ich besonders hinweisen:

a) Foster meinte, die Amerikaner hätten noch keine bestimmte Formulierung angenommen. Wenn von EURATOM „negotiable Vorschläge“ gemacht würden, sei dies „just fine“. Die bisherigen Modifikationsvorschläge des amerikanischen Aide-mémoire und anderer Beteiligter – Foster dachte offenbar an die Niederländer<sup>6</sup> – erschienen negotiabel.

b) Bei der Erklärung der sowjetischen Haltung wies Foster darauf hin, daß seiner Ansicht nach die Bezugnahme des sowjetischen Entwurfs auf die IAEK-Kontrollregeln ein Ausdruck dafür sei, daß die Sowjets eine Funktion von EURATOM bei der Vertragskontrolle nicht ablehnten.

c) Bei der Erörterung der Verifikationsfrage gab Rusk zu erwägen, ob man nicht eine „zwei-Hüte-Lösung“ ins Auge fassen könne. Anscheinend ist dabei daran gedacht, die EURATOM-Kontrollen gleichzeitig als IAEK-Kontrollen oder „im Auftrag“ der IAEK arbeiten zu lassen. Den Bemerkungen von Rusk könnte entnommen werden, daß dies Gedanken sind, mit denen sich die Abrüstungsbehörde beschäftigt; eine Bestätigung dafür war in der Abrüstungsbehörde jedoch nicht zu erhalten.

II. Die Unterhaltung hinterließ bei mir folgenden Eindruck: Es bestätigte sich eine deutliche amerikanische Besorgnis, die Kontrollfrage nicht mehr bis zum Beginn der Sitzungen des Ersten Politischen Ausschusses der VN-Generalversammlung am 6. November klären zu können. Andeutungen, daß die amerikanische Seite im Begriff sei, sich mit den Sowjets zu einigen und sich etwa über die noch laufenden Verhandlungen in EURATOM<sup>7</sup> hinwegzusetzen, wurden jedoch nicht gemacht. Ich möchte daher annehmen, daß die amerikanische Seite bereit sein wird, noch etwas zuzuwarten, sofern sie die Hoffnung behält, daß in Brüssel ein Kompromiß zustandekommt, der mit den Sowjets negotiabel

<sup>6</sup> Am 27. September 1967 übermittelte die niederländische Regierung der EG-Kommission einen Entwurf für Artikel III (Kontrollartikel) eines Nichtverbreitungsabkommens: „Each non-nuclear weapon state party to the treaty undertakes to accept International Atomic Energy Agency safeguards for the exclusive purpose of verification of the fulfillment of its obligation assumed under this treaty not to divert source or special fissionable material to nuclear weapons or other nuclear devices. The safeguards required by this article shall be applied on all source or special fissionable material in all peaceful nuclear activities within the territory of such state, under its jurisdiction.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1804 des Botschafters Sachs, Brüssel (EG), vom 13. Oktober 1967; VS-Bd. 4117 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Vgl. dazu bereits Dok. 342, Anm. 7.

Am 11. Oktober 1967 einigte sich die EG-Kommission auf den Wortlaut eines Memorandums zum sowjetischen Entwurf vom 1. September 1967 für Artikel III (Kontrollartikel) eines Nichtverbreitungsabkommens. Die Kommission wies auf die Notwendigkeit hin, daß „die fünf atomwaffenlosen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft einen einheitlichen Standpunkt einnehmen“. Eine Prüfung des amerikanischen Aide-mémoires vom 5. Oktober 1967 habe jedoch ergeben, daß noch in „wichtigen Punkten“ Klärungsbedarf bestünde. So müsse die Anerkennung der von der UdSSR abgelehnten EURATOM-Sicherheitskontrollen sichergestellt werden. Darüber hinaus bleibe auch nach dem amerikanischen Memorandum die Frage bestehen, „welcher Platz für EURATOM in einem solchen Abkommen bleibe, wenn es sich auf den derzeitigen sowjetischen Text gründete, der ausdrücklich als Ziel für diese Abkommen die Anwendung der IAEK-Kontrolle auf dem Hoheitsgebiet der Unterzeichnerstaaten des Sperrvertrags festlegt.“ Schließlich lasse das Memorandum auch offen, ob die USA die UdSSR überhaupt zu einem Verzicht „auf die zwingende Frist – die Guillotine-Klausel“ – hinsichtlich der Übergangsregelung bewegen wolle. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1804 des Botschafters Sachs, Brüssel (EG), vom 13. Oktober 1967; VS-Bd. 4117 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

ist. Sollte diese Hoffnung jedoch schwinden oder sich hier der Eindruck verbreiten, daß Brüssel im Begriff sei, Lösungsvorschläge zu präsentieren, die mit den Sowjets nicht mit Aussicht auf Erfolg verhandelt werden könnten, dann erschiene es mir nicht ausgeschlossen, daß die Amerikaner ohne vorherige Einigung mir EURATOM versuchen könnten, einen Kompromiß mit den Sowjets auszuhandeln, der nach ihrer Meinung den Interessen von EURATOM Rechnung trüge.

Ich sehe diese Gefahr des „Weiterverhandelns“ mit den Sowjets nicht zuletzt deshalb, weil das Gespräch deutlich machte, daß bei der hiesigen Meinungsbildung über die komplexe Problematik der Kontrollfrage und insbesondere ihre Bedeutung für EURATOM die Auffassungen und Argumente Fosters ein ausschlaggebendes Gewicht haben. Ihm ist es gelungen, auch bei Rusk Zweifel daran zu verbreiten, daß die Kontrollfunktion für die europäische Gemeinschaft wirklich eine vitale Bedeutung habe. Vor allem wird die Bedeutung eines intakten und einheitlichen Kontrollsystems im Hinblick auf das Verhältnis der fünf nichtnuklearen Mitgliedstaaten zu Frankreich und im Hinblick auf die Aufrechterhaltung und den Ausbau des Gemeinsamen Marktes auf nuklearem Gebiet von Foster ständig heruntergespielt. Eine eventuelle weitere Botschaft des Bundesaußenministers an Dean Rusk sollte deshalb, falls sie geplant ist, möglichst umgehend erfolgen und unsere Antwort auf diese Fragen mit überzeugenden Argumenten wiederholen.<sup>8</sup>

[gez.] Knapstein

VS-Bd. 4117 (II B 3)

<sup>8</sup> Für das Schreiben vom 13. Oktober 1967 vgl. Dok. 351.

## 351

**Bundesminister Brandt  
an den amerikanischen Außenminister Rusk**

Geheim

13. Oktober 1967<sup>1</sup>

Dear Mr. Secretary,

in Ihrem Schreiben vom 17. Mai 1967<sup>2</sup> haben Sie mir auch Ihre Auffassung über das weitere Verfahren in der Frage des Kontrollartikels eines NV-Vertrages dargelegt.

Wie ich durch Botschafter Knapstein bereits wissen ließ, sind wir über die jüngste Entwicklung dieser Frage besorgt.<sup>3</sup> Der Vorwurf mangelnder Bereitschaft zum „give and take“ kann gegen die deutsche Regierung und die übrigen nichtnuklearen EURATOM-Staaten ernsthaft nicht erhoben werden. Wir haben bereits viel getan<sup>4</sup>, um die NV-Vertragsverhandlungen zu fördern. Wir haben mit Rücksicht auf die sowjetischen Forderungen unsererseits die Forderung nach Universalität der Kontrollen, dann diejenigen nach Äquivalenz bestehender wirksamer Kontrollsysteme, dann die nach vertraglicher Fixierung prinzipieller Nichtdiskriminierung im zivilen Nuklearbereich zurückgestellt. Die Verifikationslösung des in den westlichen Konsultationen erarbeiteten amerikanischen Entwurfs<sup>5</sup> stellt nach Auffassung der Bundesregierung nunmehr die<sup>6</sup> Position dar, hinter deren Substanz ohne weitreichende negative Folgen nicht mehr zurückgegangen werden kann.

Seitdem wir den sowjetischen Entwurf für Artikel III vom 1. September<sup>7</sup> kennen, haben wir unsere Einwände unverzüglich und wiederholt den zuständigen Stellen loyal mitgeteilt. Sie betreffen die Ausdehnung der Kontrollen über das für den Vertragszweck notwendige Maß hinaus sowie die Sicherung unserer Interessen und Pflichten im Rahmen von EURATOM. Während auf vielfältige Weise jetzt intensiv für den sowjetischen Entwurf geworben wird, tritt die mit EURATOM kompatible Verifikationslösung nicht nur dem Wortlaut,

<sup>1</sup> Ablichtung.

Der von Bundesminister Brandt und von Staatssekretär Schütz überarbeitete Wortlaut des Schreibens wurde am 13. Oktober 1967 mit Drahterlaß Nr. 965 des Botschafters Schnippenkötter an die Botschaft in Washington übermittelt. Vgl. VS-Bd. 4095 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967. Für die Änderungen von Brandt vgl. Anm. 6, 8, 10 und 11.

Für die Änderung von Schütz vgl. Anm. 4.

<sup>2</sup> Zum Schreiben des amerikanischen Außenministers Rusk vgl. Dok. 168, Anm. 9.

<sup>3</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Botschafters Knapstein, Washington, mit dem amerikanischen Außenminister Rusk am 12. Oktober 1967; Dok. 350.

<sup>4</sup> Die Wörter „viel getan“ wurden von Staatssekretär Schütz handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „erhebliche Konzessionen gemacht“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 965 des Botschafters Schnippenkötter vom 13. Oktober 1967 an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 4095 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Zum amerikanischen Entwurf vom 25. April 1967 für ein Nichtverbreitungsabkommen, der Botschafter Schnippenkötter am 14. April 1967 in Washington übergeben wurde, vgl. Dok. 131.

<sup>6</sup> An dieser Stelle wurde von Bundesminister Brandt gestrichen: „äußerste“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 965 des Botschafters Schnippenkötter vom 13. Oktober 1967 an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 4095 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Dok. 322.

sondern auch der Substanz nach in den Hintergrund. Sie wird als eine westliche Maximalposition abgewertet. Wir sind erstaunt über die immer häufiger werdenden Unterstellungen, die wegen unserer Vertragstreue zu EURATOM gegen uns erhoben werden.

Die Problematik, die mit einem NV-Vertrag für EURATOM entsteht, geht über die Kontrollfrage weit hinaus. Sie berührt vielmehr eine politische Kernfrage der innereuropäischen Kohärenz. Frankreichs Rolle nach dem Abschluß eines NV-Vertrages spielt dabei eine entscheidende Rolle.

Angesichts der besonderen Tendenzen der französischen Politik in den Fragen der<sup>8</sup> politischen Rolle unseres Bündnisses, der nuklearen Verteidigung und der Organisation Westeuropas haben die Verbündeten Frankreichs sich auch in schwierigen Lagen mit Recht stets bemüht, eine behutsame Haltung einzunehmen, die der Bedeutung Frankreichs für die westliche Gemeinschaft, insbesondere für die unerläßliche politische Einigung Europas, soweit wie möglich gerecht wird. Wir sollten den gleichen Weitblick haben, wenn es gilt, das Kontrollsystem des NV-Vertrages so zu regeln, daß ein zusätzliches Risiko der Desintegration Europas vermieden wird. Dieses Risiko ist nämlich aus folgenden Gründen gegeben:

Es entspricht der Natur des NV-Vertrages, daß er von der Existenz zweier Staatengruppen, der militärisch Nuklearen und der Nichtnuklearen, ausgeht und daß er dieses Machtverhältnis – vorerst – rechtlich fixiert. Es entspricht hingegen nicht der Natur des NV-Vertrages, daß er diese unvermeidliche Diskriminierung der Nichtkernwaffenstaaten unnötig ausweitet, indem er nur ihnen Kontrollen des zivilen Nuklearbereichs auferlegt.

Die Bundesregierung hat jedoch angesichts der negativen sowjetischen Haltung in dieser Frage ihren Wunsch nach einer entsprechenden Vertragsbestimmung zurückstellen können, weil sich ihre westlichen Verbündeten, die über Kernwaffen verfügen, unabhängig vom NV-Vertrag zu internationalen Kontrollen ihres zivilen Sektors bereitfanden: Die Vereinigten Staaten und Großbritannien in der Form einer freiwilligen Hinnahme von künftigen IAEA-Kontrollen, Frankreich in der Form der bereits funktionierenden EURATOM-Kontrollen. Diese Voraussetzung der deutschen Hinnahme der diskriminierenden Kontrollregelung des friedlichen Bereichs darf nicht durch eine Formulierung des Artikels III beseitigt werden, die die bestehende nichtdiskriminierende EURATOM-Kontrolle gefährdet. Da Frankreich den NV-Vertrag nicht unterzeichnen wird, hingegen in EURATOM die Gleichbehandlung der sechs Partner in Bezug auf den zivilen Nuklearbereich akzeptiert und praktiziert, muß die Bundesregierung bemüht sein, sich gegen jede Möglichkeit einer Beendigung dieses Zustandes abzusichern. Die Einführung einer doppelten Kontrolle in den fünf Nichtkernwaffenstaaten EURATOMs<sup>9</sup> käme einer unannehmbaren Diskriminierung in einem an Bedeutung wachsenden Bereich von Wissenschaft und Wirtschaft gleich, die die europäische Kohärenz infolge Frankreichs nuklearer Sonderstellung zusätzlich erschweren müßte. Die poli-

<sup>8</sup> An dieser Stelle wurde von Bundesminister Brandt gestrichen: „europäischen Entspannung, der“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 965 des Botschafters Schnippenkötter vom 13. Oktober 1967 an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 4095 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Belgien, Niederlande, Luxemburg, Italien und die Bundesrepublik.



tischen Konsequenzen einer solchen Wirkung des NV-Vertrages für den gesamten Westen, die der sowjetischen Seite zweifellos bewußt ist, sind schwer abzuschätzen. Mit den amerikanischen NV-Motiven und dem von uns bejahten eigentlichen Ziel des NV-Vertrages hätten solche Konsequenzen nichts zu tun.

So sehr wir diejenigen verstehen, die Verzögerungen im Fortgang der NV-Verhandlungen vermeiden wollen, müssen wir doch darauf hinweisen, daß es schwer übersehbare Folgen haben könnte, wenn die Europäische Gemeinschaft unter Zeitdruck gesetzt oder in ihrer Gutwilligkeit angezweifelt würde. Angesichts des monatelangen Hinhaltens sowjetischer Stellungnahmen im Verlaufe dieses Jahres, das die eigentliche Ursache für den eingetretenen Zeitverlust darstellt, wäre dies um so weniger angebracht. Undenkbar ist es, daß gar die weitere Entwicklung der NV-Frage über die noch laufenden Beratungen der Europäischen Gemeinschaft hinweggeht. Gerade dieser letzteren Gefahr muß begegnet werden, da eine solche Entwicklung einen schweren Schlag nicht nur für das Zustandekommen eines weltweiten NV-Vertrages, sondern auch für das Verhältnis<sup>10</sup> zwischen Europa und Amerika sein würde.

Unter den noch ungelösten Problemen, die sich außer der Kontrollfrage mit den amerikanisch-sowjetischen Vertragsabsichten stellen, haben derzeit zwei den Vorrang: die künftige Anpassungsfähigkeit eines NV-Vertrages mittels qualifizierter Befristung und flexiblerer Verfahrensbestimmungen sowie die Absicherung der Nichtnuklearen gegen Druck, Drohung und Erpressung seitens einer Kernwaffenmacht. Außerdem halten wir die Klärung folgender Fragen noch für erforderlich: sinnvolle Verbindung mit Abrüstung, Absicherung Deutschlands gegen weitere sowjetische Diffamierung, Stellung der SBZ, Verbindlichkeit der amerikanischen Interpretationen für die Sowjetunion, Verteidigungs- und Einigungsmöglichkeiten Europas nach einem NV-Vertrag. Die zuständigen Stellen Ihrer und meiner Regierung stehen dieserhalb in Verbindung.

Abschließend möchte ich Sie auf folgendes hinweisen: Es sind hierzulande nicht die Gegner, sondern die Befürworter einer engen und dauerhaften Verbindung zwischen Europa und Amerika, die sich loyal um einen gerechten NV-Vertrag bemühen.<sup>11</sup>

Mit herzlichen Grüßen

Ihr  
Willy Brandt

VS-Bd. 4095 (II B 1)

<sup>10</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Brandt handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „weiteres Schicksal des Verhältnisses“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 965 des Botschafters Schnippenkötter vom 13. Oktober 1967 an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 4095 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>11</sup> An dieser Stelle wurde von Bundesminister Brandt gestrichen: „Demgegenüber fällt auf, daß die entschiedensten Gegner unserer engen Freundschaft mit Amerika sich gleichzeitig uneingeschränkt für den vorliegenden Vertragstext und die sowjetischen Kontrollvorstellungen einsetzen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 965 des Botschafters Schnippenkötter vom 13. Oktober 1967 an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 4095 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Zum Antwortschreiben des amerikanischen Außenministers Rusk vom 20. Oktober 1967 an Bundesminister Brandt vgl. Dok. 371, Anm. 2.

352

**Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO),  
an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-14743/67 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 774**

**Aufgabe: 13. Oktober 1967, 19.45 Uhr**  
**Ankunft: 14. Oktober 1967, 01.41 Uhr**

Betr.: Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten; Wirkung auf die SBZ

I. 1) Vor einigen Tagen hatte ich zufällig im Vollversammlungssaal ein kurzes Gespräch mit dem stellvertretenden polnischen Außenminister Winiewicz, der früher Unterhaltungen mit uns niemals aus dem Wege gegangen war, sie im Vorjahre jedoch vermieden hatte, in der gegenwärtigen Vollversammlung dagegen schon mehrfach freundliche Bemerkungen mit mir ausgetauscht hat. Ich halte daraus folgendes fest:

Nach meiner Eingangsbemerkung darüber, daß ich, dürfte ich in der Vollversammlung sprechen, auf seine Rede<sup>1</sup> einiges zu erwidern gehabt hätte, sagte ich ihm, wie er wisse, seien wir ernsthaft und ehrlich bemüht, unsere Beziehungen zu den Staaten des europäischen Ostens zu verbessern. Obwohl diese Staaten uns immer wieder aufgefordert hätten, Schritte in dieser Richtung zu unternehmen, hätten sie vor, bei und nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien mit negativer Heftigkeit reagiert. Ob er mir diese negative Reaktion erklären könne. – Nach einigem Zögern erwiderte Herr Winiewicz, die Staaten Osteuropas hätten nicht anders reagieren können, denn im östlichen Teil unseres Landes habe man das Gefühl, in die Isolierung gedrängt zu werden; wohin solche Isolierung führe, könne man ja an China sehen. Unter diesen wie auch unter anderen Gesichtspunkten sei der Moment für unsere Initiative unglücklich gewesen. Es komme eben sehr auf den Moment an. Er wolle mir ein Gegenbeispiel geben: Warum habe die Bundesregierung 1957 nicht die polnische Idee einer Denuklearisierung Mitteleuropas (Rapacki-Plan) aufgegriffen? Damals sei im Osten alles in Bewegung gewesen. Im Gegensatz zu heute sei dies ein günstiger Moment für die Herstellung guter Beziehungen zwischen uns und den osteuropäischen Staaten gewesen. Hätten wir auf diese Idee positiv reagiert, wäre heute unser Verhältnis zu den Staaten Osteuropas ein ganz anderes. Er erinnere sich genau, wie in den höchsten polnischen Gremien damals, nachdem der Rapacki-Plan intern akzeptiert worden war, darüber beraten worden sei, daß und auf welchem Wege man diesen der Bundesregierung übermitteln solle. Man habe dies schließlich auf neutralen Wegen über Schweden getan, jedoch keine Antwort erhalten. Das habe in Polen sehr enttäuscht. Ein zweiter Versuch, mit uns in Verbindung zu treten, sei später über Botschafter Duckwitz in New Delhi<sup>2</sup> unternommen worden.

<sup>1</sup> Der polnische Stellvertretende Außenminister Winiewicz forderte am 3. Oktober 1967 in der UNO-Generalversammlung die Zulassung eines Beobachters der DDR bei der UNO. Für den Wortlaut der Rede vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 22nd Session, 1577th Plenary Meeting, S. 3–8.

<sup>2</sup> Georg Ferdinand Duckwitz war vom 12. Juli 1961 bis 30. August 1965 Botschafter in Neu Delhi.

Dieser Weg sei als der beste erschienen, weil Duckwitz' gute Beziehungen zum polnischen Botschafter in seiner Kopenhagener Zeit<sup>3</sup> in Warschau bekannt gewesen seien. Auch auf diesen Schritt jedoch sei leider keine Reaktion aus Bonn erfolgt. Auch das habe seine Regierung enttäuscht. Im übrigen dürften wir uns keine Illusionen machen: Polen und die anderen osteuropäischen Staaten würden ihre ostdeutschen Freunde nie verlassen.

Im Verlauf des Gesprächs sagte Winiewicz mehrfach, irgendwann einmal werde das Verhältnis zwischen uns und den Staaten Osteuropas in Ordnung kommen. Wie der Fall Rumänien gezeigt habe, herrsche zur Zeit noch großes Mißtrauen uns gegenüber. Es werde also noch viel Zeit verstreichen müssen, bis an die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu denken sei. Wir sollten uns also mit Geduld wappnen.

2) In ähnlichem Sinne hatte sich Herr Winiewicz dem belgischen Außenminister Harmel gegenüber geäußert. Wie mir der belgische VN-Botschafter Schuurmans mitteilte, hatte Harmel Winiewicz Vorhaltungen darüber gemacht, daß die osteuropäischen Staaten nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen uns und Rumänien die deutschen Bemühungen um verbesserte Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten so heftig angegriffen und uns finstere Motive unterschoben hätten. Winiewicz habe daraufhin um Verständnis für diese Reaktion gebeten: Die Deutschen in der „DDR“ hätten sich unter den anderen östlichen Staaten immer als Stiefkinder empfunden und seien durch das Erscheinen westdeutscher Diplomaten bei ihren Warschauer-Pakt-Partnern stark beunruhigt worden. Es sei notwendig gewesen, dieser Beunruhigung entgegenzuwirken, und zu diesem Zweck hätten sich die osteuropäischen Staaten zu einer Gesamttaktion zusammengefunden. – Harmel habe diese Äußerungen so verstanden, daß unsere Ostpolitik im ganzen eine günstige Wirkung bei den osteuropäischen Staaten erzeugt hätte.

II. In seinem Gespräch mit dem bulgarischen Außenminister Baschew hat Außenminister Harmel ebenfalls über die deutsche Ostpolitik gesprochen. Nach Auskunft von Botschafter Schuurmans habe sich Baschew sehr viel weniger abweisend gegen die Herstellung diplomatischer Beziehungen zu uns geäußert, als er es öffentlich tun müsse. Als Harmel die Ehrlichkeit der deutschen Bemühungen um Entspannung und bessere Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten unterstrichen habe, habe Baschew seine Zustimmung zu erkennen gegeben.

III. Angehöriger rumänischer VN-Mission erklärte meinen Mitarbeitern auf deren Frage, ob bei dem Präsidenten der Vollversammlung, Manescu, schon die üblichen Schreiben der SBZ angekommen seien, er rechne nicht damit, daß derartige Schreiben an Herrn Manescu adressiert würden. Auf die etwas erstaunte Frage nach dem Grunde dieser Vermutung erwiderte er, die Beziehungen zwischen Rumänien und der SBZ seien derart, daß sich die SBZ von der Übersendung solcher Dokumente an den rumänischen Außenminister und Vollversammlungspräsidenten nichts versprechen könne und dieses daher unterlassen dürfte. – Auch wenn diese Ansicht des rumänischen Vertreters in der

<sup>3</sup> Georg Ferdinand Duckwitz war vom 19. Februar 1955 bis 14. Mai 1958 Botschafter in Kopenhagen.

Praxis widerlegt werden sollte, gewährt diese Äußerung doch einen interessanten Einblick in das Verhältnis Rumänien – SBZ.

[gez.] Braun

VS-Bd. 4135 (II A 1)

353

### Legationsrat I. Klasse Bente, Beirut, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-14748/67 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 158

Aufgabe: 14. Oktober 1967, 16.00 Uhr  
Ankunft: 14. Oktober 1967, 18.21 Uhr

1) Minister el Khoury bestätigte mir gestern nach vorheriger Rücksprache mit Staatspräsidenten<sup>1</sup>, daß libanesische Regierung nunmehr bereit sei, über Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern zu reden. Angesichts Lage im Mittleren Osten, die von Regierung im Gegensatz zu Amerikanern pessimistisch beurteilt werde, da sie auch gewaltsame Veränderungen mit unabsehbaren Folgen in einzelnen Ländern nicht ausschliesse, wolle Libanon zukünftig eine neutralere Politik unter stärkerer Anlehnung an Westen führen. Im Zuge dieser Politik bestehe auch Absicht, diplomatische Beziehungen zu uns wieder aufzunehmen. Dabei sei jedoch behutsam vorzugehen, weil ein Teil der öffentlichen Meinung durch deutsche Israelpolitik allergisch geworden sei und es darauf ankomme, auch ihre Zustimmung zu gewinnen. Dies geschehe am besten durch eine spektakuläre Geste im muslimischen Teil des Landes. Wenn Geste und Wiederaufnahme Zug um Zug erfolgen, könne auch daran gedacht werden, Beziehungen sogleich auf Botschafterebene wiederherzustellen. Zuvor würde man den diskreten Besuch des Leiters Nahostreferats zu Besprechungen von Einzelfragen begrüßen.

2) Erwiderte el Khoury, wir begrüßten Bereitschaft libanesischer Regierung, mit uns über Wiederaufnahme der Beziehungen zu reden. Wie er wisse, habe Bundesrepublik trotz Abbruchs der Beziehungen (Libanon) als befreundetes Land behandelt und dementsprechend gehandelt. Ich müßte ihn jedoch erneut darauf aufmerksam machen, daß wir nicht bereit seien, Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Wirtschaftshilfe zu koppeln, ein Grundsatz, den wir auch andere arabische Länder hätten wissen lassen. Nur in einem unverbindlichen Nebensatz erwähnte ich ungewisse Möglichkeiten (Inhalt Ziffer 8 Drahterlaß 10722<sup>2</sup>).

<sup>1</sup> Charles Hélou.

<sup>2</sup> Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg übermittelte am 22. September 1967 eine Sprachregelung für das bevorstehende Gespräch des Legationsrats I. Klasse Bente, Beirut, mit Präsident Hélou am 25. September 1967. In Ziffer 8 stellte er fest: „Auf Fragen nach deutscher Wirtschaftshilfe sollten Sie zurückhaltend reagieren und in allgemeiner Form bemerken, daß Bundesregierung die politische Frage der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu den arabischen Staaten grundsätzlich nicht mit Zusagen deutscher Wirtschaftshilfe verknüpfen wolle. Zu Ihrer Unterrichtung: Abnahme libanesischer Äpfel durch Bundesregierung scheidet wegen unserer marktwirt-

3) Als el Khoury erkannte, daß in puncto Wirtschaftshilfe mit keiner Änderung unserer Haltung zu rechnen sei, änderte er Taktik und wies darauf hin, daß auch libanesische Regierung Wiederaufnahme nicht von „Gesten“ abhängig machen wolle und daher vorschlage, diplomatische Beziehungen zunächst nur auf Geschäftsträgerebene wiederaufzunehmen, anschließend zu verhandeln und dann Botschafter auszutauschen. Als Gesten kämen etwa Einrichtung Messehalle in Tripoli oder Errichtung eines Touristenzentrums in Saida in Frage.

Erwiderte ihm, daß Bundesregierung bereit wäre, auch einer Wiederaufnahme der Beziehungen auf Geschäftsträgerebene zuzustimmen, fügte aber hinzu, daß es sich nach unserer Auffassung nur um Zwischenlösung handeln könne. Ob sie nach einer Wiederaufnahme bereit sei, über „Gesten“ zu verhandeln, entziehe sich meiner Kenntnis, ich empfahl jedoch, Herrn Dr. Gehlhoff während seines Aufenthaltes deswegen anzusprechen.

4) El Khoury kam dann auf Einzelheiten Gehlhoffbesuches und Zeitpunkts Wiederaufnahme zu sprechen.

Er persönlich hielt es für richtig, den Besuch auf Anfang oder Mitte November zu legen, weil sich dann möglicherweise schon Ergebnisse der UNO-Beratungen über Mittleren Osten abzeichneten. Besuch solle jedoch strikt vertraulich behandelt werden. Dr. Gehlhoff würde sicherlich mit Staatspräsidenten, wahrscheinlich auch mit Ministerpräsidenten<sup>3</sup> zusammentreffen.

5) Geschäftsträger sollten nach Ansicht Ministers im Dezember, spätestens aber Januar bestellt werden. Dieser Zeitraum sei deswegen ins Auge zu fassen, weil gegenwärtige Regierung voraussichtlich Anfang nächsten Jahres zurücktreten werde und Übergangskabinett zur Vorbereitung allgemeiner Wahlen mit Wiederaufnahmeentscheidung nicht belastet werden dürfe. Auch sei es möglich, daß danach politische Ereignisse in Mittelost eintreten, die Wiederaufnahme gefährden könnten. Dies seien noch keine endgültigen Pläne, doch würde man voraussichtlich anlässlich Besuchs Dr. Gehlhoffs Pläne präzisieren können. Allerdings sei nicht gewiß, daß ein endgültiges Wiederaufnahmedatum dann schon fixiert werden könne.

6) Aus Gesprächsverlauf, bei dem neue Kredite an Israel nicht erwähnt wurden, und vorausgehenden Unterredungen mit amtierendem Staatssekretär und anderen Beamten Außenministeriums wurde deutlich, daß Libanon wilens ist, Beziehungen in Kürze wiederaufzunehmen. Gewiß werden „Gesten“ in erster Linie aus Furcht vor einer nach meiner Ansicht unwahrscheinlichen negativen Muslimreaktion immer wieder vorgebracht, doch möchte man wohl auch, wenn irgend möglich, mit neuer Politik noch ein Geschäft verbinden. Wiederaufnahme dürfte aber wohl auch dann erfolgen, wenn „Gesten“ ausbleiben.

Vorbesprechungen sind nunmehr soweit gediehen, daß Entsendung Leiters Nahostreferates nicht nur wünschenswert sondern auch notwendig wäre. Mi-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1388*

schaftlichen Gegebenheiten aus. [...] Deutsche Hilfe bei Finanzierung öffentlicher Vorhaben im Augenblick nicht vorgesehen. Falls libanesische Banken dies wünschen, könnte sich Bundesregierung bei deutschen Banken für Gewährung eines kommerziellen Kredits verwenden und Möglichkeit einer entsprechenden Bürgschaft prüfen.“ Vgl. VS-Bd. 2634 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Rashid Karami.

nister nimmt heute erneut mit Staatspräsident Rücksprache, wird mich nächste Woche über endgültiges Besuchsdatum unterrichten. Weiterer Drahtbericht folgt sodann.<sup>4</sup>

[gez.] Bente

VS-Bd. 2634 (I B 4)

### 354

#### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg

I B 4-82.00-92.19-3216/67 VS-vertraulich

16. Oktober 1967<sup>1</sup>

Betr.: Besuch des israelischen Botschafters bei dem Herrn Bundesminister

Der Herr Bundesminister empfing heute Botschafter Ben Natan, der von dem Gesandten Idan begleitet war, zu einem rund 3/4-stündigen Gespräch. Der Referatsleiter I B 4<sup>2</sup> war dabei anwesend.

Der Botschafter führte aus, er wolle dem Herrn Bundesminister anlässlich seiner bevorstehenden Gespräche mit den Engländern und den Franzosen die israelischen Ansichten zur gegenwärtigen Lage im Mittleren Osten sowie zum Problem der Assoziierung Israels mit der EWG erläutern. Die israelische Regierung habe die Besorgnis, daß der Sicherheitsrat Beschlüsse fassen könnte, die den israelischen Interessen zuwiderlaufen. Israel habe gegen eine gewisse Vermittlertätigkeit der UN nichts einzuwenden. Folgende drei Ziele müßten allerdings gesichert werden: Aufhören des Kriegszustands, eine so oder so geartete Anerkennung Israels durch die arabischen Staaten, und die Festlegung der Grenzen in einem Friedensvertrag. Die Waffenstillstandslinien vom 4. Juni seien überholt, man könne nicht mehr zu ihnen zurückkehren. Es sei auch nicht ausreichend, wenn bestimmte Feststellungen (z. B. zur Frage des Kriegszustands) von Seiten der Vereinten Nationen, nicht aber durch die arabischen Regierungen selber getroffen würden. So hätten in der Vergangenheit die Vereinten Nationen zwar die Freiheit der Schifffahrt im Suez-Kanal postuliert,

<sup>4</sup> Am 21. Oktober 1967 berichtete Legationsrat I. Klasse Bente, Beirut, daß sich der Berater des Präsidenten Helou für einen Besuch des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Gehlhoff Mitte November 1967 ausgesprochen habe. El Khoury habe betont, „wie wichtig es sei, Ministerpräsidenten zu ermöglichen, die sich vollziehende politische Schwenkung gegenüber der muslimischen Bevölkerung zu motivieren und damit beide endgültig für Wiederaufnahme zu gewinnen. Er hoffe daher immer noch, daß Bundesregierung sich schließlich doch zu einer Geste, nach Möglichkeit auf dem Messegelände in Tripoli (Herrichtung und Infrastruktur), entschließen werde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 163; VS-Bd. 2634 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

Zum Aufenthalt von Gehlhoff vom 5. bis 7. Dezember 1967 in Beirut vgl. Dok. 429.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Gehlhoff konzipiert.

<sup>2</sup> Walter Gehlhoff.

doch habe sich Ägypten in der Praxis nicht daran gehalten.<sup>3</sup> Ein direktes Engagement der arabischen Regierungen sei mithin unerlässlich.

Die amerikanische Haltung sei gegenwärtig noch als fest anzusehen. Die britische Haltung habe sich leider sehr aufgeweicht. Die Briten – sei es, daß wirtschaftliche Interessen für sie auf dem Spiele stünden, sei es, daß sie sich wegen ihres Rückzugs aus Aden mit den Ägyptern verständigen wollten – schienen gegenwärtig auf eine weiche Kompromißformel zuzusteuern. Die israelische Regierung sei entschlossen, ihre Truppen aus den besetzten Gebieten erst nach Erfüllung ihrer politischen Forderungen abzuziehen, und sie würde sich von dieser Entschlossenheit auch nicht durch eine anderslautende Resolution des Sicherheitsrats abbringen lassen. In diesem Falle wäre die israelische Position aber schlechter, und insbesondere hätten dann die Sowjets einen neuen Ansatzpunkt, sich wieder stärker im Nahen Osten zu etablieren, indem sie sich als Verteidiger eines Sicherheitsratsbeschlusses aufspielten. Um der nachgiebigen Politik Londons entgegenzuwirken, habe Außenminister Abba Eban kürzlich dem britischen UN-Botschafter<sup>4</sup> einen Brief geschrieben, der die israelischen Ansichten klar umreiße. Der Botschafter gab dem Herrn Bundesminister eine Abschrift dieses Briefes (s. Anlage).<sup>5</sup>

Von seiten Frankreichs – so fuhr der Botschafter fort – fürchte Israel vorerst keine ihm abträglichen Schritte. General de Gaulle sei wahrscheinlich darüber verstimmt, daß seine bisherigen Initiativen keinen Erfolg gehabt hätten, und er würde vorerst neue Initiativen kaum unternehmen. Die französische Haltung in der Frage von Waffenlieferungen sei nicht völlig klar. Das Embargo bestehe fort. Abgeschlossene Verträge sollten aber, wie die Franzosen erklärt hätten, erfüllt werden. Bisher wisse die israelische Regierung nicht, ob sich diese Zusage nur auf Ersatzteile oder auch auf Neubelieferungen (insbesondere den bereits unterzeichneten Vertrag über Lieferung von Flugzeugen) beziehe. In einigen Monaten werde man dies wissen.

Die Tätigkeit von arabischen Sabotagetrupps in den besetzten Gebieten sei gegenwärtig nicht besorgniserregend. Israel könne mit diesen Anschlägen fertig werden. Eine andere Lage würde allerdings entstehen, wenn sich die arabischen Regierungen stärker als schon jetzt hinter die Tätigkeit der Sabotagetrupps stellten. Auf jordanischer Seite würden die Terroristen zwar nicht offiziell ermuntert; an bestimmten Stellen des Jordan, wo irakische Truppen stationiert seien, könnten sie aber ohne Schwierigkeit in das westjordanische Gebiet eindringen. Die aus Syrien kommenden Terroristen würden, das sei eindeutig, in Syrien geschult und für ihre Aufgaben vorbereitet.

Zur EWG-Frage führte der Botschafter aus, die nächsten Wochen würden für das Schicksal des israelischen Antrags entscheidend sein.<sup>6</sup> Man habe von den bisherigen Verhandlungen in Brüssel ein sehr klares Bild. Frankreich widersetze sich der Assoziierung und spiele auf Zeit, indem es die Klärung immer weiterer Vorfragen verlange. Italien leiste ebenfalls Widerstand, würde die As-

<sup>3</sup> Zur Sperrung des Suez-Kanals am 6. Juni 1967 vgl. Dok. 207, Anm. 2.

<sup>4</sup> Lord Hugh Mackintosh Foot Caradon.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 2567 (I B 4).

<sup>6</sup> Zum israelischen Antrag bei der EWG vom 4. Oktober 1966, das am 1. Juli 1967 auslaufende Handelsabkommen durch ein Assoziierungsabkommen zu ersetzen, vgl. Dok. 1, Anm. 2.

sozierung letztlich aber wohl nicht zu Fall bringen wollen. Die Niederlande hätten den israelischen Antrag nachdrücklich befürwortet. Die Deutschen hätten sich in letzter Zeit nicht mehr ganz so warmherzig für Israel eingesetzt; hier müßte man die Temperatur wieder etwas höher bringen.<sup>7</sup>

Bestimmten Nachrichten zufolge würde die Kommission noch in diesem Monat ein Mandat zu Verhandlungen mit den Maghrebstaaten erhalten. Wenn nicht gleichzeitig ein Mandat für Verhandlungen mit Israel erteilt werde, wenn also das Junktim zwischen den Maghrebstaaten und Israel in Brüssel gelöst werde, so seien für Israel auf lange Zeit keine Aussichten mehr vorhanden. Am 31. Dezember gehe der deutsche Vorsitz im Ministerrat, auf den man so große Hoffnungen gesetzt habe, zu Ende, und unter französischem Vorsitz sei mit einer positiven Behandlung des israelischen Antrags nicht zu rechnen. Wenn auch Präsident de Gaulle den israelischen Fall nicht als ebenso lebenswichtig für Frankreich ansehe wie den britischen, sei es doch ganz eindeutig die französische Linie, durch alle möglichen Mittel Zeit zu gewinnen und dadurch der Notwendigkeit eines harten Neins entgehen zu sein.

Der Botschafter bat nachdrücklich darum, daß sich die Bundesregierung für eine positive Behandlung des israelischen Antrags und insbesondere dafür einsetzen möge, daß das Junktim zu den Beitrittsverhandlungen mit den Maghrebstaaten bestehen bleibe.<sup>8</sup>

Der Herr Bundesminister bemerkte zu der Assoziierungsfrage, er werde sich um diese Angelegenheit kümmern. Vielleicht werde er schon in einer Woche Gelegenheit haben, über diesen Komplex in kleinem Kreise mit seinen Kollegen von den übrigen EWG-Staaten zu sprechen.<sup>9</sup>

<sup>7</sup> Dazu notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Gehlhoff: „Botschafter Ben Natan sagte mir heute im Anschluß an sein Gespräch mit dem Herrn Bundesminister, er sei in letzter Zeit mit der Haltung des Auswärtigen Amtes nicht besonders zufrieden. Er habe seine Punkte nicht dem Herrn Bundesminister selber vorgetragen, wolle sie aber mir sagen. Das Auswärtige Amt lasse in letzter Zeit eine übergroße Vorsicht erkennen. Das gelte z. B. für den beabsichtigten Besuch des Generals Tal. Ein anderes Beispiel sei, daß das Auswärtige Amt eine ganze Nacht lang mit New York telefoniert habe, um zu verhindern, daß Bundesminister Schiller in einer Rede das Wort ‚Assoziierung‘ (Israels mit der EWG) in den Mund nehme. Dieser habe es aber dann doch getan. Überhaupt müsse er feststellen, daß andere Ministerien meist sehr viel rascher zu Entscheidungen bereit seien als das Auswärtige Amt.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 16. Oktober 1967; VS-Bd. 2567 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Lahr hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung für Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg: „Gibt es ein solches Junktim?“

<sup>9</sup> Am 18. Oktober 1967 vermerkte Bundesminister Brandt handschriftlich für Staatssekretär Lahr: „Ob nun Assoziierung oder Handelsvertrag besonderer Art – wir können die Israel-Frage in Brüssel nicht auf die lange Bank schieben.“ Vgl. Ministerbüro, Bd. 332.

Am 23./24. Oktober 1967 hielt sich Brandt anläßlich der EG-Ministerratstagung in Luxemburg auf. Der Ministerrat beschloß, eine Präferenz von 40 % für israelische Exporte von Zitrus-Früchten in die Gemeinschaft zu gewähren, „wenn die Präferenz für Marokko und Tunesien effektiv wirksam würde“. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Baron von Stempel vom 31. Oktober 1967; Referat I A 2, Bd. 1220.

Am 12. Dezember 1967 berichtete Botschafter Sachs, Brüssel (EG), über den Verlauf der EG-Ministerratstagung: „Vier Delegationen (Deutschland und Benelux-Länder) sprachen sich grundsätzlich für ein präferenzielles Abkommen mit Israel aus, während die beiden Delegationen Frankreich und Italien ein Präferenzabkommen zwar nicht von vornherein ausschlossen, ihre endgültige Entscheidung [aber] von einer weiteren Prüfung der konkreten Möglichkeiten für Zugeständnisse abhängig machten. Der Rat kam überein, die Diskussion auf seiner Tagung im Januar wieder aufzunehmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2333; Referat I A 2, Bd. 1220.



Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>10</sup> dem Herrn Bundesminister vorgelegt.

Meyer-Lindenberg

VS-Bd. 2567 (I B 4)

### 355

## Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris

I A 1-80.11-3281/67 VS-vertraulich

17. Oktober 1967<sup>1</sup>

Die Konsultationsbesprechung unter Beteiligung der beiderseitigen Delegationen fand am 17. Oktober 1967 von 10.00 Uhr bis kurz nach 12.00 Uhr im französischen Außenministerium statt. Delegationsliste s. Anlage.<sup>2</sup>

Behandelte Themen:

- 1) Deutsch-französische Zusammenarbeit (Briefwechsel der beiden Außenminister zu den bei der Konsultation in Bonn am 12./13. Juli 1967 getroffenen Absprachen über Verstärkung der Zusammenarbeit<sup>3</sup>),
- 2) Ost-West-Fragen einschl. inner-deutsches Verhältnis und Berlin,
- 3) Nichtverbreitungsvertrag,
- 4) Zukunft von EURATOM,
- 5) Europäische politische Zusammenarbeit,
- 6) Harmel-Studien,
- 7) Lage im Nahen Osten.

- 1) Deutsch-französische Zusammenarbeit

*Bundesminister des Auswärtigen* übergibt Antwortschreiben auf Schreiben Couves vom 11. Oktober 1967, das dessen Inhalt als richtiger Wiedergabe der getroffenen Absprachen zustimmt<sup>4</sup>, und führt sodann aus:

<sup>10</sup> Hat Staatssekretär Lahr am 21. Oktober 1967 vorgelegen.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Forster gefertigt und am 7. November 1967 von Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg über Staatssekretär Duckwitz an Bundesminister Brandt weitergeleitet.

Hat Duckwitz am 11. November 1967 vorgelegen.

Hat Brandt vorgelegen.

<sup>2</sup> Dem Vorgang beigefügt. Teilnehmer auf deutscher Seite u. a.: Bundesminister Brandt, Botschafter Klaiber, Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg, Botschafter Schnippenkötter, Gesandter Limbourg, Ministerialdirigent Sahm; auf französischer Seite u. a.: Außenminister Couve de Murville, Botschafter Alphand, Botschafter François Seydoux, Abteilungsleiter de Beaumarchais, Kabinettschef de Leusse, Unterabteilungsleiter Puaux. Vgl. VS-Bd. 2394 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 261, Anm. 16 und 20, sowie Dok. 264, besonders Anm. 15.

<sup>4</sup> Für das Schreiben vom 16. Oktober 1967 an den französischen Außenminister vgl. VS-Bd. 2395 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Zum Schreiben von Couve de Murville vgl. Dok. 349, besonders Anm. 5 und 7.

Für Arbeitsgruppe zum Studium der Fragen der europäischen Sicherheit und der Verteidigung Europas in der Sicht der 70er Jahre benennt deutsche Seite als Delegationsleiter MD Dr. Ruete vom Auswärtigen Amt und als seinen Vertreter für militärische Fragen General a. D. Trettner. Was Bestellung je eines Koordinators für die Gesamtzusammenarbeit auf beiden Seiten betrifft, kann deutsche Seite – wegen gewisser Personalveränderungen, die noch in der Schwebe sind – noch keinen Namen nennen; dies wird erst in einigen Wochen möglich sein. Uns schwebt vor, einen verdienten Botschafter mit dieser Aufgabe zu betrauen. Auf jeden Fall ist Regelung nötig vor Anfang kommenden Jahres (nächstes Treffen Bundeskanzler/de Gaulle<sup>5</sup>). Im übrigen neigt er, Brandt, zur Ansicht, daß Briefwechsel nicht veröffentlicht werden sollte, nachdem am 12./13. Juli getroffene Absprachen damals schon in allen wesentlichen Punkten bekanntgegeben worden sind. Dagegen wäre Bekanntgabe der Namen der Delegationsleiter und der Aufnahme der Arbeiten der Studiengruppe zweckmäßig, wenn sie gebildet ist.

Couve spricht sich ebenfalls dafür aus, Briefwechsel nicht zu veröffentlichen. Für Koordinator können auch Franzosen noch keinen Namen nennen, hoffen jedoch, bald dazu imstande zu sein, und werden deutsche Seite dann unterrichten. Auch Namen der französischen Delegationsleiter für Studiengruppe über Sicherheitsfragen werden baldmöglichst mitgeteilt werden. Auf jeden Fall muß die Studiengruppe bis zum nächsten Treffen de Gaulle/Bundeskanzler stehen. Außerdem ist noch offen die Bildung gemeinsamen Ausschusses im Bereich Wirtschaft/Industrie. Nachdem diesbezügliche Absprache nunmehr durch Briefwechsel formalisiert ist, sollten schnell die erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden; er, Couve, wird mit Minister Debré sprechen, damit dieser sich mit Minister Schiller in Verbindung setzt.

## 2) Ost-West-Fragen

*Bundesminister des Auswärtigen:* Sowjetunion hat ihre Gesamthaltung uns gegenüber nicht geändert und setzt auch Polemik gegen uns fort. Von Interesse ist jedoch, daß Sowjets sich in letzter Zeit uns gegenüber zu drei verschiedenen Fragen geäußert haben (Flugverbindung Frankfurt/Moskau, an der Sowjets liegt<sup>6</sup>; Mitteilung der Bereitschaft, Mitarbeitern der Deutschen Zentralstelle zur Verfolgung von Nazi-Verbrechen Einblick in sowjetische Archive zu gewähren<sup>7</sup>, was auch politisch nicht uninteressant ist; Zarapkin-Memorandum von vergangener Woche zur Frage Gewaltverzicht<sup>8</sup>). Über Inhalt Zarapkin-Memorandums würden wir uns gerne mit Frankreich, USA und Großbritannien-

<sup>5</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 15./16. Februar 1968 in Paris vgl. AAPD 1968.

<sup>6</sup> Vgl. dazu die sowjetische Note vom 15. August 1967; Dok. 309, Anm. 2.

<sup>7</sup> Mit Note vom 27. Juli 1967 erklärte sich die sowjetische Regierung bereit, einer Arbeitsgruppe der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg „zur Aufklärung von NS-Verbrechen die Möglichkeit zu geben, sich mit in der Sowjetunion vorhandenen Dokumenten vertraut zu machen, sowie mögliche andere Rechtshilfe in dem in der BRD anhängigen Strafverfahren gegen ehemalige Mitglieder von ‚Einsatzgruppen‘, ‚Einsatz- und Sonderkommandos‘, der Sicherheitspolizei und des ‚SD‘ zu leisten“. Vgl. Referat V 4, Bd. 976.

<sup>8</sup> Zum vom sowjetischen Botschafter am 12. Oktober 1967 an Bundesminister Brandt übergebenen Memorandum vgl. Dok. 347, besonders Anm. 2.

en konsultieren.<sup>9</sup> Er, Brandt, möchte deshalb Thema Gewaltverzicht heute nicht näher erörtern.

Hinsichtlich Verhältnis zu osteuropäischen Staaten ist zunächst festzuhalten, daß die Beziehungen zu Rumänien Fortschritte machen; wir hoffen auf Verstärkung tatsächlicher Zusammenarbeit; akute Probleme gibt es nicht. Mit Tschechoslowakei haben wir bekanntlich Austausch von Handelsvertretungen vereinbart<sup>10</sup>; deutsche Vertretung in Prag soll bis Ende des Jahres eröffnet sein. Aus technischen Gründen kann die Vertretung allerdings Erteilung von Visen nicht sofort aufnehmen; daher zugleich mit Dank für bisherige Arbeit des Bureau de Circulation französischer Botschaft in Prag Bitte, daß diese Tätigkeit noch einige Zeit über Eröffnung deutscher Handelsvertretung hinaus fortgesetzt wird. Aus Polen gibt es einige Anzeichen, daß Regierung in Warschau vielleicht bereit sein könnte, Tätigkeitsbereich dortiger deutscher Handelsvertretung weniger restriktiv einzugrenzen als bisher. Außerdem von Interesse Andeutung Rapackis, daß ihn verschiedene Äußerungen Bundesaußenministers in letzter Zeit positiv beeindruckt hätten; Rapacki habe ihm, Brandt, sagen lassen, daß er von Ernsthaftigkeit dieser Äußerungen überzeugt sei, nicht aber von Ernsthaftigkeit der Entspannungspolitik der Bundesregierung insgesamt. Daher wäre es zweckmäßig, wenn Rapacki bei passender Gelegenheit gesagt werden könnte, daß Entspannungsbemühungen Anliegen gesamter Bundesregierung sind. Im übrigen unterstreicht Bundesminister des Auswärtigen, wie sehr deutsche Seite Worte de Gaulles bei seiner Polen-Reise über Rolle deutschen Volkes in zukünftigem, befriedeten Europa gewürdigt hat<sup>11</sup>; wir hoffen, daß diese Worte auf die Dauer Frucht tragen werden. Gleichzeitig allerdings Hinweis auf unsere Haltung in jenen Punkten, in denen bestimmte Äußerungen de Gaulles in Polen die bekannten Reaktionen in Deutschland ausgelöst haben.<sup>12</sup> Anschließend Dank Bundesaußenministers an Couve für Art der Erwähnung Deutschlands in dessen Rede vor Vereinten Nationen.<sup>13</sup>

<sup>9</sup> Am 27. Oktober 1967 legte Botschafter Schnippenkötter den Entwurf für einen Drahterlaß vor, mit dem die Botschaften in Washington und London gebeten werden sollten, die amerikanische und die britische Regierung von der Absicht der Bundesregierung zu unterrichten, „das Gespräch mit den Sowjets ohne Verzögerung fortzusetzen“. Die französische Regierung solle anlässlich der Konsultation am 30. Oktober 1967 in Bonn unterrichtet werden. Dazu bemerkte Bundesminister Brandt am 28. Oktober 1967 handschriftlich für Staatssekretär Duckwitz: „Ich halte es nicht für richtig, die 3 Mächte um ihre Meinung zu bitten, bevor wir selbst wissen, was wir wollen.“ Daraufhin entschied Duckwitz mit handschriftlichem Vermerk vom 4. November 1967, von der Absendung des Drahterlasses „vorläufig“ abzusehen. Für den Entwurf des Drahterlasses mit den handschriftlichen Vermerken vgl. VS-Bd. 4105 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Zu den Abkommen vom 3. August 1967 über den Waren- und Zahlungsverkehr sowie über die Errichtung von Handelsvertretungen vgl. Dok. 289.

<sup>11</sup> Zu den Ausführungen des Staatspräsidenten de Gaulle gegenüber dem polnischen Staatsratsvorsitzenden Ochab über die Deutschland-Frage am 6. September 1967 in Warschau vgl. Dok. 335, Anm. 4.

<sup>12</sup> Zu den Äußerungen des Staatspräsidenten de Gaulle am 9./10. September 1967 in Zabrze (Hindenburg) und Sopot (Zoppot) über die Oder-Neiße-Linie sowie zur Reaktion der Bundesregierung vgl. Dok. 319, besonders Anm. 3 und 4.

<sup>13</sup> Am 28. September 1967 wies der französische Außenminister Couve de Murville vor der UNO-Generalversammlung auf die schrittweise Normalisierung zwischen den Staaten Ost- und Westeuropas hin: „For the time being, thanks to the current evolution, which must continue and grow, we can but set the stage for that broad European discussion the need for which is becoming increas-

Bulgarien hat uns indirekt wissen lassen, daß Aufnahme diplomatischer Beziehungen Frage der Umstände und des Zeitpunkts sei.<sup>14</sup>

Haltung Ungarns zur Zeit eher noch zurückhaltender.

Mit Jugoslawien hoffen wir, über Regelung von Sachproblemen hinaus vielleicht doch zu voller Normalisierung gelangen zu können (Hinweis auf Erklärung im Bundestag vom 13.10.<sup>15</sup>); das hängt aber davon ab, ob sich rechtlich wie politisch akzeptable Formen finden lassen.

Verhältnis zum anderen Teil Deutschlands zeigt – trotz Briefwechsels Bundeskanzler/Stoph – keine Fortschritte; Haltung Ostberlins hat sich sogar eher weiter verhärtet. Wir sind dennoch der Meinung, daß unsere Bemühungen sich auf die Dauer auszahlen werden. Wir wissen, daß Auffassungen in Ostberliner Führungsgruppe keineswegs ganz einheitlich sind; dies hat sich beispielsweise im Zusammenhang mit Briefwechsel Bundeskanzler/Stoph ergeben.

Auf jeden Fall sind Berichte falsch, wie sie zum Teil auch deutsche Presse brachte, daß Bundesregierung resigniere. Davon ist keine Rede. Wohl hat sich in 10 Monaten, die diese Bundesregierung besteht, nur wenig geändert und viel Widerstand gezeigt; Bilanz ist aber insgesamt nicht negativ. Hierzu gehört auch, daß Bundesrepublik stärker in Überlegungen ihrer Freunde im Westen über Möglichkeiten der Förderung von Entspannung einbezogen ist als früher. Im Osten selbst werden wir sicher nur ganz langsame Fortschritte machen können. Bundesregierung wird aber ihre Bemühungen um Entkrampfung beharrlich, wenn auch ohne Illusionen fortsetzen.

Was Berlin betrifft, liegt auch im Ton unangenehmes Schreiben von Sowjetbotschafter Abrassimow an die alliierten Botschafter vor, in dem – zum ersten Mal – von sowjetischer Seite auch gegen Sitzungen von Bundestagsausschüs-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1395*

ingly manifest and whose culmination would be, within a sound system of general security, to enable a pacific Germany, on concord at last with all its neighbours, near and far, to play in the international community, and in particular here in the United Nations, the part which is the due of this great people, once it has exorcised and cast out the demons that have caused its misfortune and Europe's." Vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 22nd Session, 1571st meeting, S. 3.

<sup>14</sup> Zur bulgarischen Bereitschaft, mit der Bundesrepublik diplomatische Beziehungen aufzunehmen, vgl. auch Dok. 352.

Am 26. September 1967 informierte der dänische Botschafter bei der NATO in Paris, Hjorth-Nielsen, über den Aufenthalt des Ministerpräsidenten Krag vom 31. August bis 3. September 1967 in Bulgarien. Ministerpräsident Schiwkow habe zur Deutschland-Frage erklärt, „daß von einem diplomatischen Austausch mit der Bundesrepublik Deutschland so lange keine Rede sein könne, als nicht die SBZ von allen westlichen Ländern unter den gleichen Bedingungen wie die Bundesrepublik Deutschland anerkannt worden sei. Dies schliesse die Erhaltung guter Beziehungen auf den Gebieten des Handels und des Tourismus mit der Bundesrepublik nicht aus.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1487 des Gesandten Oncken, Paris (NATO), vom 28. September 1967; VS-Bd. 4146 (II A 1), B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>15</sup> Am 13. Oktober 1967 erklärte Bundesminister Brandt vor dem Bundestag zum Verhältnis zu Jugoslawien: „Es ist der Wunsch der Bundesregierung, gerade mit diesem Land Beziehungen wieder völlig zu normalisieren, und wir hoffen, daß die damit verbundenen rechtlichen bzw. politischen Schwierigkeiten überwunden werden können. [...] Die faktischen Beziehungen haben sich zufriedenstellend entwickelt. Verhandlungen über den Abschluß eines langfristigen Warenabkommens, über Gastarbeiter und über kulturelle Fragen sind vorgesehen.“ BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 65, S. 6333.

sen in Berlin protestiert wird.<sup>16</sup> Er, Brandt, glaubt allerdings, daß es bei diesem verbalen Schritt bleiben wird. Deutliche Antwort auf das Schreiben würde deutsche Seite begrüßen; darin sollten außer rechtlichen auch tatsächliche Aspekte Erwähnung finden, nämlich alliierte Verantwortung für Lebensfähigkeit Berlins; Tatsache, daß Übernahme größten Teils der Bundesgesetzgebung durch Berlin mit Billigung der Alliierten erfolgt.

Im übrigen bittet Bundesminister des Auswärtigen um weitere Unterstützung und Vertrauen französischen Elements in Berlin für neuen Regierenden Bürgermeister.<sup>17</sup>

*Couve* bezeichnete es als frappierend – obzwar in gewissem Sinne logisch – daß Haltung kommunistischer Regierungen in Osteuropa härter gegenüber Bundesrepublik wird, je weiter Entspannung fortschreitet. Hauptgrund: Sowjetunion möchte Kontrolle über Länder, die zu ihrem Lager gehören, nicht verlieren. Außerdem ist Immobilismus (wie z. B. in Polen) eine leicht anzunehmende Haltung – leichter, als konstruktiv die Zukunft anzuvisieren. Für Polen kommt außerdem Grenzfrage hinzu: Sorge vor dem Gewicht, das wiedervereinigtes Deutschland – dann als Nachbar Polens – haben würde; mit befreundeter „DDR“ als Nachbarn fühlt Polen sich ruhiger. Insoweit ist Lage heute wahrscheinlich schwieriger als vor 5 oder 10 Jahren.

Französische Regierung ist jedoch überzeugt, daß deutsche Entspannungsbe mühungen nötig und auf die Dauer auch nützlich sind. Hierzu gehört Gedanke von Gewaltsverzichtserklärungen, auch wenn Problem der Einbeziehung der „DDR“ Schwierigkeiten bereitet. Nützlich sind auch ständig wiederholte Anstrengungen der Bundesregierung, zu Dialog mit Moskau zu gelangen; daß sie nicht wirkungslos sind, zeigt Tatsache des Eingangs des Ziapkin-Memorandums. Frankreich bleibt zu Unterstützung bereit; er, *Couve*, wird demgemäß dafür sorgen, daß Rapacki erneut Ernsthaftigkeit deutscher Entspannungspolitik dargelegt wird.

Im Zusammenhang mit Protestschreiben Abrassimows Hinweis, daß Sowjets kurz vor der Bundestagssitzungswoche in Berlin, unter Hinweis auf diese, den drei Alliierten Einrichtung größeren Sperrgebiets in der Zone für die Zeit vom 14. bis 19. 10. mitgeteilt haben. Tatsächliche Behinderungen Berlin-Verkehrs haben sich offenbar aber nicht ergeben. Im übrigen hat er, *Couve*, sich Anregungen Bundesministers des Auswärtigen zur Beantwortung des Abrassimow-Schreibens notiert; Franzosen werden Antwort mit Briten und Amerikanern konsultieren.<sup>18</sup>

<sup>16</sup> Der sowjetische Botschafter in der DDR protestierte mit Schreiben vom 15. Oktober 1967 an die Botschafter der Drei Mächte, McGhee (USA), Roberts (Großbritannien) und François Seydoux (Frankreich), gegen die Sitzung der Bundestagsausschüsse vom 14. bis 19. Oktober 1967 in Berlin (West). Abrassimow wies darauf hin, „daß nicht nur die BRD, sondern auch die amerikanischen (englischen und französischen) Besatzungsorgane die volle Verantwortung für mögliche unerwünschte Folgen des revanchistischen Treibens der BRD in Westberlin tragen“. Vgl. Dzd V/1, S. 1862f.

<sup>17</sup> Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Albertz, trat am 26. September 1967 von seinem Amt zurück. Am 19. Oktober 1967 wählte das Abgeordnetenhaus den bisherigen Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Schütz, zum neuen Regierenden Bürgermeister.

<sup>18</sup> Zum Schreiben der Botschafter der Drei Mächte McGhee (USA), Roberts (Großbritannien) und François Seydoux (Frankreich), vom 8. November 1967 an den sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Abrassimow, vgl. Dok. 375, besonders Anm. 10.

Weiterhin hat er, Couve, Bitte Bundesministers des Auswärtigen um Unterstützung neuen Regierenden Bürgermeisters Schütz festgehalten. Erfüllung dieser Bitte ist selbstverständlich; französische Befriedigung über Übernahme des Amts durch Schütz wird nur getrübt durch Bedauern, daß er Auswärtiges Amt verläßt. Bitte an Bundesminister des Auswärtigen, Schütz seine, Couves, Glückwünsche zu sagen und ihm alles Gute zu wünschen.

### 3) Nichtverbreitungs-Vertrag

Auf Wunsch *Bundesministers des Auswärtigen* führt Botschafter *Schnippenkötter* aus: Bundesregierung hält es für erforderlich, daß Kommission Europäischer Gemeinschaften zu vorliegenden Entwürfen zu Artikel III NV-Vertrags<sup>19</sup> Stellung nimmt. Dieses Vorgehen ist konform mit Artikel 103 EURATOM-Vertrag<sup>20</sup>. Bundesregierung selbst analysiert vorliegende Entwürfe und prüft, wie weit sie mit Sowjets negotiabel sein könnten. Im Verfahren nach Artikel 103 soll ihre Vereinbarkeit mit EURATOM-Vertrag geprüft werden.

Bei möglichen Auswirkungen der Kontrollbestimmungen NV-Vertrags auf Bereich friedlicher Nutzung der Nuklearenergie sind zwei Aspekte zu beachten: Auswirkungen auf heimische Industrie und auf Export/Import. Hinsichtlich des Export/Imports ist schwedischer Entwurf weitergehend nicht diskriminierend: Jeder Export/Import, gleichgültig ob zwischen nuklearen oder nichtnuklearen Staaten und gleichgültig, ob militärischen oder friedlichen Zwecken dienend, würde internationalem Kontrollsystem unterworfen.

Wir möchten nicht so weit gehen wie Schweden, sondern sind für Beschränkung auf zivilen Bereich, allerdings unter Erhaltung nichtdiskriminierenden Charakters der Kontrolle für Exporte/Importe. Deutsche Seite hat entsprechenden Teil ihrer beabsichtigten Vorschläge, die sie in/nach Artikel 103 EURATOM-Vertrags anhängiges Prüfungsverfahren einführen will, zurückgehalten, um heute Erörterung mit Franzosen zu ermöglichen. (Auf Frage Couves): Bundesregierung hat bisher drei Entwürfe zum Kontrollartikel in das Verfahren eingeführt: Denjenigen, der sich im April 1967 aus den westlichen Konsultationen herausgeschält hat, den sowjetischen Entwurf sowie niederländische Änderungsvorschläge zum sowjetischen Entwurf. Jetzt soll ein deutscher Änderungsvorschlag eingeführt werden, von dem angenommen werden kann, daß er als vereinbar mit dem EURATOM-Vertrag beurteilt werden wird.<sup>21</sup>

<sup>19</sup> Zum amerikanischen Entwurf vom 25. April 1967 für ein Nichtverbreitungsabkommen, der Botschafter Schnippenkötter am 14. April 1967 in Washington übergeben wurde, vgl. Dok. 131 und Dok. 351.

Zum schwedischen Entwurf vom 30. August 1967 vgl. Dok. 314, Anm. 24.

Zum sowjetischen Entwurf vom 1. September 1967 für Artikel III (Kontrollartikel) eines Nichtverbreitungsabkommens vgl. Dok. 322.

Zu den niederländischen Änderungsvorschlägen vom 27. September 1967 zum sowjetischen Entwurf vom 1. September 1967 vgl. Dok. 350, Anm. 6.

<sup>20</sup> Für Artikel 103 des EURATOM-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. Dok. 85, Anm. 10.

<sup>21</sup> Am 12. Oktober 1967 übermittelte Botschafter Schnippenkötter der Ständigen Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel den Wortlaut der Änderungsvorschläge zum sowjetischen Entwurf vom 1. September 1967 für Artikel III (Kontrollartikel) eines Nichtverbreitungsabkommens: „Durch die Wahl des sowjetischen Entwurfs soll auch zum Ausdruck kommen, daß wir am letzten amerikanischen Entwurf prinzipiell festhalten. [...] Die Kontrolle wird auf das für den Vertragszweck Notwendige beschränkt; Teilnahme an weltweiter Kontrolle im Rahmen der IAEA; der Vertragstext muß die Verifizierung anderer internationaler Kontrollsysteme zulassen; eine EURATOM-vertragsgerechte Verhandlungs- und Abschlußrolle für EURATOM muß sichergestellt

*Couve:* Französischer Standpunkt ist bekannt: Frankreich wird NV-Vertrag nicht unterzeichnen. Infolgedessen auch völlige französische Reserve gegenüber allen Vorschlägen und über sie geführten Verhandlungen. Das gilt auch gegenüber Sowjets, obwohl diese verschiedentlich Fragen hinsichtlich Verhältnisses EURATOM/IAEO gestellt haben. Welchen Zweck verfolgt jetzt von den Fünf in Gang gebrachtes Verfahren bei Brüsseler Kommission?

*Schnippenkötter* erläutert Bedeutung von Artikel 103 EURATOM-Vertrags. In Gang gesetztes Verfahren soll sich nicht auf Prüfung gesamten NV-Vertragsentwurfs erstrecken, sondern nur auf die Punkte, wo Auswirkungen auf EURATOM zu erwarten, also praktisch Artikel III.

Französische Haltung ist uns bekannt. Jedoch verdient Beachtung, daß z. B. Regelung gemäß schwedischem Entwurf wegen dort vorgesehener IAEO-Kontrollen bei Käufen von Nuklearmaterial und -ausrüstung auch Nichtzeichner-Staaten des NV-Vertrages betreffen würden. Wir sind, wie gesagt, der Ansicht, daß es nicht erforderlich ist, so weit zu gehen wie schwedischer Entwurf. Im übrigen erscheint uns Ergebnis westlicher Konsultationen, nämlich Verifikationslösung, auch für Importkontrollen richtige Lösung.

*Couve:* Wie können diese Dinge Frankreich betreffen? Frankreich will sich am NV-Vertrag nicht beteiligen. Nach französischer Auffassung betrifft auch Verfahren vor der Kommission Frankreich nicht. Wenn sich Probleme wegen Exporten/Importen zwischen EURATOM-Staaten ergeben sollten, wird man nach Lösungen suchen müssen – das aber erst, wenn NV-Vertrag tatsächlich vorliegt und z. B. Bundesrepublik Deutschland ihn zeichnet.<sup>22</sup>

*Bundesminister des Auswärtigen:* Thema kann heute wohl nicht vertieft werden. Uns lag daran, ehe wir unsere Vorschläge in Verfahren vor Kommission einführen, uns mit Franzosen in Verbindung zu setzen. Durch unser Vorgehen wollen wir in keiner Weise gemeinsame Interessen verletzen, sie ganz im Gegenteil fördern.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1398*

sein. Für das Zustandekommen der entsprechenden Abkommen ist eine Förderungsklausel erforderlich.“ Für den am 11. Oktober 1967 konzipierten Drahterlaß Nr. 3717 vgl. VS-Bd. 4117 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

Am 17. Oktober 1967 erörterten die Ständigen Vertreter bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel die Änderungsvorschläge der Bundesrepublik. Botschafter Sachs, Brüssel (EG), stellte abschließend fest, „daß Haltung Beneluxstaaten einerseits und Auffassung Bundesregierung andererseits gegenwärtig noch erheblich voneinander abweichen. Italien hat sich in heutiger Sitzung etwas auf Beneluxvorstellungen zubewegt, Kommission neigt ebenfalls erkennbar dem Gedanken einer Unterzeichnung mit Vorbehalt zu.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1849; VS-Bd. 2518 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

Zur Stellungnahme der EG-Kommission vom 23. Oktober 1967 vgl. Dok. 371, Anm. 5.

<sup>22</sup> Dazu stellte Vortragender Legationsrat Mertes am 15. September 1967 fest: „Würde der schwedische Vorschlag, der sicherlich die Sympathie der weit überwiegenden Mehrheit der neutralen, unbundenen und anderer Nichtkernwaffenstaaten hat, angenommen, so wäre z. B. auch das nicht-unterzeichnende und IAEO-Kontrollen ablehnende Frankreich von Spaltmaterial und nuklearer Spezialausrüstung aus allen NV-Unterzeichnerländern abgeschnitten. [...] In Genf sprechen Anzeichen dafür, daß die Franzosen durch den schwedischen Vorschlag alarmiert wurden. Bei einer Entwicklung, die den schwedischen Vorschlag begünstigt, würde Frankreich seine systematische Indifferenz zu den NV-Vertrags-Verhandlungen überprüfen müssen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Frankreich dann aktives Interesse am Nichtzustandekommen des NV-Vertrages entwickelt.“ Vgl. VS-Bd. 4102 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

*Couve* fragt, ob diese Dinge in Luxemburg besprochen werden sollen.<sup>23</sup>

*Bundesminister des Auswärtigen:* Wir wollen einige Fragen dort bringen und würden es begrüßen, wenn Franzosen sich – ungeachtet ihrer besonderen Position – unterrichtet hielten.

*Couve:* Französische Seite hat keine Einwendungen gegen Verfahren vor Kommission; französische Vertreter werden dabei präsent bleiben.

Ebenso keine Einwendungen gegen Gedankenaustausch anlässlich der Ratstagung in Luxemburg.

Wirklicher Diskussionspartner sind jedoch die Amerikaner, und durch sie die Sowjets.

#### 4) Zukunft von EURATOM

*Bundesminister des Auswärtigen* bezeichnet Gedankenaustausch mit Franzosen über weitere Entwicklung EURATOMs, auch abgesehen von möglichen Auswirkungen des NV-Vertrages, als wünschenswert. Anstehende Fragen vor allem: „Nothaushalt“; Schwierigkeiten, auf die Ausarbeitung 3. Forschungsprogramms stößt. Hierüber muß gesprochen werden, schon wegen möglicher negativer Auswirkungen, die ein „Verkümmern“ von EURATOM auf umfassendere technologische Zusammenarbeit im Rahmen Europäischer Gemeinschaften haben würde, zu der man unseres Erachtens unbedingt gelangen muß.

*Couve:* Zukunft EURATOMs ist schwierige Frage. Krisenhafte Entwicklung dauert schon ziemlich lange; die Sechs sind nicht einer Meinung; bisherige Arbeitsergebnisse von EURATOM geben keinem Partner viel Befriedigung. Im Augenblick vor allem wichtig, Überleben von EURATOM zu sichern. Über Interimshaushalt wird man sicherlich Einigung erzielen können. Für weitere Zukunft aber Problem der Forschungszentren (bei denen Frage nach Zweckbestimmung sich heute anders stellt als ursprünglich gedacht, und Kosten sich wesentlich höher stellen, als man früher erwartete) sowie der Forschungsprogramme.

Er, Couve, will mit Minister Maurice Schumann über diese Dinge sprechen; zweckmäßig wäre Erörterung zwischen Minister Stoltenberg und Schumann, u. U. auch zwischen Experten.<sup>24</sup>

<sup>23</sup> Zur EG-Ministerratstagung am 23./24. Oktober 1967 vgl. auch Dok. 366.

Am Rande der Tagung einigten sich die Sachverständigen der EG-Mitgliedstaaten auf gemeinsame Prinzipien hinsichtlich der weiteren Behandlung des Artikels III (Kontrollartikel) eines Nichtverbreitungsabkommens: „– Beschränkung der Kontrolle auf Ausgangs- und besonderes spaltbares Material, keine Ausdehnung der Sicherheitskontrollen auf Anlagen; – der Text des Kontrollartikels muß die Aushandlung und den Abschluß eines Abkommens zwischen der EAG und der IAEO ermöglichen; – die Substanz des Abkommens EAG/IAEO muß die Verifikation sein; – die Versorgungslage darf nicht beeinträchtigt werden; – der Artikel darf keine ‚Guillotine‘ enthalten.“ Vgl. den Delegationsbericht Nr. 12 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ramisch, z. Z. Luxemburg, vom 24. Oktober 1967; VS-Bd. 2519 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>24</sup> Am 8. Dezember 1967 beschloß der EG-Ministerrat in Brüssel die Festsetzung des Forschungshaushalts von EURATOM. Ministerialdirigent Frank informierte dazu mit Runderlaß Nr. 4795 vom 18. Dezember 1967: „Nach dem Grundsatzbeschuß des Rates umfaßt die künftige Tätigkeit EURATOMs ein gemeinsames Programm, das von allen Mitgliedstaaten – wie bisher – durch ein Budget mit einem festen Aufbringungsschlüssel finanziert wird; Ergänzungsprogramme, an denen in den Fällen, in denen keine Einstimmigkeit erzielt werden kann, nur die interessierten Mitgliedstaaten nach besonderer Vereinbarung teilnehmen. [...] Entscheidend wird damit die zukünftige Ausrichtung der gemeinsamen Programme. In diesem Punkt aber hat sich der Rat nur auf ein



## 5) Politische Zusammenarbeit der Sechs

*Bundesminister des Auswärtigen* erwähnt kurz Gedankenaustausch über Beitrittsantrag Großbritanniens zu Europäischen Gemeinschaften, der am Vorabend in Zweiergespräch der beiden Außenminister stattgefunden hat.<sup>25</sup> Dieses Thema wird Hauptgegenstand bevorstehender Ratstagung in Luxemburg bilden. Er, Brandt und Couve, waren sich einig, daß auch direkter deutsch-französischer Kontakt in dieser Frage fortgeführt werden soll.

Im übrigen ist vorgesehen, daß die sechs Außenminister anläßlich der Ratstagung zu informellem Gedankenaustausch über Durchführung bei Gipfelkonferenz in Rom im Mai getroffener Absprachen<sup>26</sup> zusammenkommen, nämlich: Weiteres Treffen der Staats-/Regierungschefs sowie an Außenminister erteilter Auftrag, Möglichkeiten engeren politischen Zusammengehens zu prüfen.<sup>27</sup>

*Couve* nimmt Bezug auf Einladung Bundesministers des Auswärtigen zu derartigem Gedankenaustausch und erklärt, Frankreich sei stets zur Teilnahme an Gipfel- oder Außenministertreffen bereit, auch wenn Aussichten auf greifbare Resultate noch so bescheiden. Im Augenblick sind Möglichkeiten, zu engerer politischer Zusammenarbeit zu gelangen, sicher gering. Auch offenes Problem britischen Beitrittsantrags zu Europäischen Gemeinschaften spielt dabei eine Rolle. Letzteres Thema bildet ja Gegenstand der Ratstagung in Luxemburg; die Fragen, die es aufwirft, sind so schwierig, daß sie die Sechs noch lange Zeit beschäftigen werden.

## 6) Harmel-Studien

*Couve*: Harmel-Studien waren bereits früher Anlaß deutsch-französischen Gedankenaustausches zwischen den Ministern und den politischen Direktoren der beiden Außenministerien. Allgemein möchte er, Couve, sagen, daß die Studien nicht zu nutzlosen Schwierigkeiten führen dürfen. Einmal hat es keinen Sinn, wenn einzelne der Beteiligten Politik dieser oder jener Regierung attackieren; zum zweiten muß Eindruck vermieden werden, als sei es Ambition der Fünfzehn, gemeinsame Außenpolitik zu definieren – das wäre nicht möglich; schließlich darf nicht Anspruch erhoben werden, daß Politik jedes Mitglieds der Allianz im Rat diskutiert werden kann und gebilligt werden muß.

Sicherlich gehört es mit zum unmittelbaren Tätigkeitsbereich der Allianz, daß im Rat gelegentlich gemeinsam sofortige Entschlüsse zu treffen sind (Beispiel:

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1400*

Minimalprogramm einigen können, nämlich die Aufrechterhaltung der rund 3000 Personen umfassenden gemeinsamen Kernforschungsstelle mit den vier Forschungsanstalten Ispra (Italien), Petten (Niederlande), Geel (Belgien) und Karlsruhe.“ Vgl. Referat I A 6, Bd. 88.

<sup>25</sup> Dazu informierte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg am 19. Oktober 1967: „Bundesminister darlegte – unter Hinweis auf Erklärung im Bundestag am 13.10. – bekannten deutschen Standpunkt. Couve betonte, Frankreich sei nicht grundsätzlich gegen britischen Beitritt. Aus seinen Äußerungen wurde jedoch Fortbestehen französischer Reserve gegen baldige Aufnahme von Verhandlungen deutlich: Er sprach sich nachdrücklich dafür aus, daß gesamter Komplex zunächst eingehend unter den Sechs erörtert werden müsse. Klareres Bild wird sich daher frühestens bei Luxemburger Ratstagung 23./24.10. gewinnen lassen.“ Für den am 18. Oktober 1967 konzipierten Runderlaß vgl. VS-Bd. 2394 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>26</sup> Zum Beschluß der Staats- und Regierungschefs der EWG vom 30. Mai 1967 über die Einberufung einer neuen Gipfelkonferenz im Jahr 1967 vgl. Dok. 197.

<sup>27</sup> Zum Vorschlag des Bundesministers Brandt, anläßlich der EG-Ministerratstagung am 23./24. Oktober 1967 ein informelles Treffen der Außenminister der Mitgliedstaaten durchzuführen, vgl. Dok. 327.

Berlin-Krise); wenn dies wieder nötig wird, wird es auch geschehen, denn gemeinsame Abwehr eines möglichen Angriffs ist Bestandteil der Zielsetzung der Allianz und ihrer Zuständigkeit. Hieraus aber zu schließen, daß allgemeine Abstimmung der Außenpolitik der Bündnispartner erforderlich und möglich ist, ginge zu weit; sie würde im übrigen auch nur jene Staaten betreffen, die eine präzise eigenständige Politik haben.

NATO-Rat als bestehendes Gremium muß selbstverständlich genutzt werden (durch Konsultationen und Gedankenaustausch) sei es auch nur, um alle Partner laufend über wesentliche Probleme informiert zu halten. Dieser Gedanken- und Informationsaustausch ist fortzusetzen. Darüber hinaus werden aber Harmel-Studien nichts Neues bringen können.

*Bundesminister des Auswärtigen* verweist auf drei Gesichtspunkte, die Harmels Vorschlag zugrunde lagen: Tatsache seit Gründung der Allianz eingetretener Veränderungen; Notwendigkeit, Art und Weise der Kontakte zwischen den Bündnispartnern zu so wesentlichen Fragen wie Ost-West-Verhältnis, Entspannung etc. besser zu definieren; Wunsch, europäische Komponente in der Allianz deutlicher werden zu lassen.

Bisher vorliegende Berichte der Rapporteurs<sup>28</sup> hat Bundesregierung noch nicht so eingehend geprüft, daß sie sich abschließende Meinung bilden könnte. Neu aufgetaucht ist jetzt Gedanke einer Zusammenfassung der Berichte, die Generalsekretär<sup>29</sup> präsentieren würde. Vorschlag an Couve, daß deutsche und französische Experten diese Zusammenfassung gemeinsam durchsehen, wenn sie vorliegt, um – auch im Hinblick auf Diskussion im Rat im Dezember<sup>30</sup> – festzustellen, wo und wie weit Gemeinsamkeit der Ansichten besteht. Unser Ziel ist es, zu vermeiden, daß Harmel-Studien zu Spannungen führen. Berichte der Rapporteurs selbst bleiben unter deren Verantwortung.

Couve fragt sich, was für Schlußfolgerungen eigentlich im Dezember gezogen werden sollen, und bezeichnet weiteren deutsch-französischen Kontakt als zweckmäßig, besonders wenn Generalsekretär zusammenfassendes Papier vorgelegt hat.

*Bundesminister des Auswärtigen* stimmt zu und präzisiert, daß gemeinsame Prüfung erfolgen soll, gleichgültig ob Zusammenfassung von Generalsekretär oder von „Special Group“ gefertigt wird.

Couve bezeichnet abschließend Harmel-Studien als rein akademisches Exerctium. Tatsächlich sollte man bei Beratungen im Rat weiter so verfahren wie bisher.

#### 7) Naher Osten

Couve zeichnet melancholisches Bild von derzeitiger Lage und weiteren Ausichten. Besetzung großer arabischer Gebiete durch Israel hat Israelis höchst anspruchsvoll gemacht, Arabern dagegen einen Schock versetzt. Besonders schwerwiegend ist für alle interessierten Staaten Sperrung des Suez-Kanals<sup>31</sup>,

<sup>28</sup> Zu den am 10./11. Oktober 1967 in Ditchley Park vorgelegten Berichten vgl. Dok. 343, besonders Anm. 5.

<sup>29</sup> Manlio Brosio.

<sup>30</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 vgl. Dok. 433 und Dok. 435.

<sup>31</sup> Zur Sperrung des Suez-Kanals am 6. Juni 1967 vgl. Dok. 207, Anm. 2.

die wohl noch lange bestehen bleiben wird. Israelische Haltung – Forderung von direkten Verhandlungen mit Ziel eines Friedensvertrages – führt nicht weiter. Araber, gingen sie darauf ein, müßten praktisch israelische territoriale Ansprüche akzeptieren. Tatsächlich sind territoriale Ambitionen Israels aber noch gewachsen (zumindest Demilitarisierung von Gaza-Streifen und Sinai-Halbinsel; Annexion jedenfalls bestimmter Randgebiete Cisjordanien mit möglicherweise weiterreichenden Ansprüchen; Altstadt Jerusalems – hier besonders Gefahrenmoment der Vermischung religiöser und nationaler Aspekte und Emotionen auf beiden Seiten). Solange Israelis sich nicht maßvoller zeigen, sind im Verhältnis Israel/arabische Staaten keine Fortschritte möglich.

Lage ist für alle Beteiligte oder Interessierte schlecht: Krisen-Situation bleibt und strahlt auf übrige Welt aus; Israelis kommen mit bisherigem Kurs nicht weiter, auch wenn sie eroberte arabische Gebiete besetzt halten (zusätzliches Problem: arabische Bevölkerung dieser Gebiete und von ihnen drohende Terrorakte); bei Arabern herrscht Unordnung, sowohl in ihrer Gesamthaltung wie auch im Innern einzelner arabischer Staaten z.B. auch auf Wirtschaftsgebiet.

Unter diesen Umständen liegt einzige Möglichkeit, einer Lösung näher zu kommen, in Einwirkung von außen, d.h. der Großmächte. Vereinte Nationen können dabei wichtige Rolle spielen, sei es auch nur als Forum des Gedankenaustausches über Lösungsmöglichkeiten. Bemühungen müssen sich allerdings auf Sicherheitsrat stützen; Generalversammlung ist dagegen nicht geeignet. Voraussetzung für Einwirkung von außen, die weiter hilft, wäre allerdings, daß Vereinigte Staaten und Sowjetunion gleichgerichtete Haltung einnehmen, was vorläufig nicht der Fall ist: Sowjets unterstützen die Araber, wobei sie sich allerdings maßvoll zeigen (auch Araber selbst sind jetzt, nach Khartum-Konferenz<sup>32</sup>, realistischer geworden); Amerikaner dagegen – die ursprünglich Israelis dringend von Eröffnung von Feindseligkeiten abrieten – unterstützen Israel; dies eigentlich ein Widerspruch.

Kern des Problems liegt in folgendem: Araber müssen Existenz Israels anerkennen und sollten auf die Dauer Beziehungen mit ihm aufnehmen; auf der anderen Seite muß Israel zu ursprünglichen Grenzen zurückkehren und zur Lösung der Flüchtlingsfrage beitragen. Hierfür zur Zeit, gerade auch wegen israelischer Gebietsansprüche, keine Aussicht.

*Bundesminister des Auswärtigen:* Deutsche Seite kann unter gegebenen Umständen wenig zu allgemeiner Bewertung dieser Fragen beitragen und noch weniger zu einer Lösung.

Was uns unmittelbar berührende Aspekte betrifft, so ist festzustellen, daß Abneigung gegen Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen bei einer Reihe arabischer Regierungen nachläßt. Wir stehen in Kontakten mit Regierungen Libanons, der VAR, Sudans, Saudi-Arabiens und auch Algeriens. Verschiedene von ihnen fühlen sich offenbar in ihrer Entscheidung, ob Beziehungen wiederhergestellt werden sollen, weniger als früher an etwaigen vorhergehenden Beschluß der Arabischen Liga gebunden. Im übrigen hat Bundesregierung angekündigt, daß sie (über UNRWA) 50 Mio. DM für Flüchtlingshilfe zur Verfü-

<sup>32</sup> Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der arabischen Staaten vom 29. August bis 1. September 1967 vgl. Dok. 333, Anm. 3.

gung stellen wird<sup>33</sup>; dies ist sowohl humanitärer Akt als auch Geste guten Willens gegenüber Arabern. Außerdem hat Bundesregierung Israel nahegelegt, bei Rücknahme von Flüchtlingen aus Cisjordanien keine starre Haltung einzunehmen.<sup>34</sup>

Erwähnt werden muß noch Frage der EWG-Verhandlungen mit Maghreb-Staaten einerseits und Israel andererseits. Verhandlungen mit Israel über ein besonderes Handelsabkommen sollten zeitlich nicht zu weit zurückstehen. Vielmehr ist erforderlich, beide Verhandlungskomplexe im Zusammenhang zu sehen. Über diese Dinge muß in Brüssel gesprochen werden.

*Couve* zustimmt der Notwendigkeit einer Erörterung in Brüssel, weist aber auf besonderes Problem hin, das sich wegen von Israel besetzter arabischer Gebiete stellt (Anwendungsbereich eines etwaigen Abkommens).

Am Ende der Sitzung übergibt Bundesminister des Auswärtigen dem französischen Außenminister den Wortlaut des Zarapkin-Memorandums.

**VS-Bd. 2394 (I A 1)**

<sup>33</sup> Zum Beschluß des Bundeskabinetts vom 19. September 1967 vgl. auch den Drahtbericht Nr. 643 des Botschafters Pauls, Tel Aviv, vom 28. September 1967; Referat I B 4, Bd. 296.

<sup>34</sup> Am 25. August 1967 hat Ministerialdirigent Böker die Botschaft in Tel Aviv, im israelischen Außenministerium zu erklären: „Äußerungen in der deutschen Öffentlichkeit, sowie Kommentar im Fernsehen und Presse deuten auf kritische Einstellung gegenüber a) Entscheidung israelischer Regierung, die Rückführung der Palästina-Flüchtlinge am 31. August einzustellen, b) Verzögerungen bei der Abfertigung an den Übergangsstellen. Da deutsche Öffentlichkeit auf alles, was Flüchtlinge betrifft, empfindlich reagiert, ist zu befürchten, daß vorherrschendes günstiges Image Israels dadurch beeinträchtigt werden könnte.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 270; Referat I B 4, Bd. 296.

## 356

**Botschafter von Walther, Moskau, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-14771/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 1354**

**Aufgabe: 17. Oktober 1967, 19.00 Uhr**  
**Ankunft: 17. Oktober 1967, 17.50 Uhr**

Betr.: Sowjetisches Antwortmemorandum auf unseren Gewaltverzichts-  
vorschlag<sup>1</sup>

Bezug: Drahterlaß Nr. 883 vom 13.10. geh. – AZ: II A 4

I. Das sowjetische Antwortmemorandum, das die de facto Anerkennung Ostberlins zur Voraussetzung eines Austausches von Gewaltverzichtserklärungen macht, verfolgt konsequent das Ziel der gegenwärtigen sowjetischen Deutschlandpolitik, die bedingungslose Anerkennung der DDR durch die BRD zu erreichen. Diese Politik ist durch folgende Faktoren bestimmt:

Einmal beruht sie auf dem wachsenden Einfluß Ulbrichts, der, angesichts der Bestrebungen Breschnews, eine antichinesische Weltkonferenz der KPen zustande zu bringen, und infolge der Schwierigkeiten Moskaus, als Führungsmacht eines geschlossenen Lagers kommunistischer Länder in der internationalen Arena aufzutreten, für die sowjetische Führung erheblich an Bedeutung gewonnen hat.

Zum anderen beruht sie auf einer sowjetischen Fehleinschätzung unserer Deutschlandpolitik, die dahingeht, daß die Bundesregierung über kurz oder lang das SBZ-Regime anerkennen werde. Es unterliegt für mich keinem Zweifel, daß auch bei dieser Fehleinschätzung Ostberlin seine Hände im Spiel hatte, indem es den Briefwechsel zwischen dem Herrn Bundeskanzler und Stoph<sup>2</sup> den Sowjets als Beginn eines derartigen Prozesses suggerierte. Durch die Anerkennung der Zweistaatlichkeit Deutschlands durch die Bundesregierung würde sich auch das Berlin-Problem fast automatisch im sowjetischen Sinne lösen.

II. Die Entwicklung der sowjetischen Haltung in der Frage des Austausches von Nichtangriffserklärungen spiegelt die wachsende Einflußnahme Ulbrichts auf die sowjetische Politik wider. Die Idee wurde in den Mittagsgesprächen Carstens mit Zarapkin zum ersten Male vorgebracht.<sup>3</sup> Die Russen nahmen die Anregung offenbar interessiert auf. Obwohl das Problem Ostzone implicite zur Sprache kam, haben sie die vorherige Anerkennung Ostberlins nicht erwähnt. Die erste öffentliche offizielle Stellungnahme Moskaus zu unserem Vorschlag, Gewaltverzichtserklärungen auszutauschen, erfolgte in der sowjetischen Ant-

<sup>1</sup> Zum Memorandum vom 12. Oktober 1967, mit dem die sowjetische Regierung auf die Vorschläge der Bundesregierung vom 7. Februar und vom 16. Juni 1967 reagierte, vgl. Dok. 347, besonders Anm. 2.

<sup>2</sup> Zum Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Kiesinger und dem Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Stoph, vgl. Dok. 325.

<sup>3</sup> Vgl. dazu die Aufzeichnungen des Staatssekretärs Carstens über die Gespräche mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin am 10. Oktober und am 21. November 1966; VS-Bd. 429 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1966, sowie AAPD 1966, II, Dok. 374.

wort auf unsere Friedensnote im Mai 1966.<sup>4</sup> Die von den Sowjets damals gewählte Formulierung war sehr vorsichtig. Sie erklärten sich mit dem Austausch von Erklärungen über den Verzicht von Gewaltanwendungen einverstanden und fügten lediglich hinzu, „dabei geht sie (die SU) davon aus, daß derartige Abkommen nicht als Deckmantel für eine Aggression gegen einen dritten Staat dienen dürfen“. In der im Juli 1966 abgegebenen Erklärung der Warschauer Pakt-Staaten in Bukarest<sup>5</sup> wird der Austausch von Gewaltverzichtserklärungen nicht erwähnt. In der Karlsbader Erklärung vom April 1967<sup>6</sup> wird bereits dem Anerkennungsstreben Ostberlins Rechnung getragen, in dem der Abschluß „eines Abkommens zwischen allen Staaten Europas über den Verzicht auf die Anwendung oder die Androhung von Gewalt“ gefordert wird. In einem Artikel im „Neues Deutschland“ vom 11.7.1967<sup>7</sup> schließlich macht der Ostberliner Gesandte Kegel die Ambitionen Ulbrichts offiziell bekannt. Er führt aus: „Ein besonders schmutziger Trick steckt in dem scheinheiligen Bonner Angebot, in eine Gewaltverzichtsvereinbarung mit einem anderen Staat, zum Beispiel mit der Sowjetunion, den anderen Teil Deutschlands einzubeziehen. Ich kann es mir nicht vorstellen, daß die Herren Kiesinger und Brandt so töricht sind anzunehmen, die Regierung der Sowjetunion könnte in diese plumpe Falle laufen, solchermäßen de facto und de jure die Bonner Alleinvertretungsanmaßung anzuerkennen und zugleich die DDR als ‚sowjetisch besetzte Zone‘ abzuwerten.“

Die Ausführungen Zarapkins in seinen Gesprächen mit dem Herrn Staatssekretär Schütz lassen, soweit sie der Botschaft bekannt sind, wenigstens im letzten Gespräch die gleiche Linie erkennen.<sup>8</sup>

Was es mit dem russischerseits mir gegenüber angedeuteten Vorschlag des [von] Herrn Botschafter Egon Bahr gemachten Vorschlag des Erklärungsaustausches mit den einzelnen Alliierten der SU auf sich hat, ist mir nicht bekannt.<sup>9</sup>

III. Unter diesen Umständen sehe ich zur Zeit keine erfolgversprechenden Möglichkeiten, mit den Sowjets zu einer Einigung über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen zu kommen. Diese Möglichkeit dürfte sich erst dann wieder ergeben, wenn die Sowjets zu der Einsicht gelangt sind, daß sie die Deutschlandpolitik der Bundesregierung falsch interpretiert haben, d.h. wenn sie sich davon überzeugt haben, daß eine Anerkennung Ostberlins für die Bundesregierung nicht zur Diskussion steht.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 vgl. BULLETIN 1966, S. 329–331. Vgl. dazu auch AAPD 1966, I, Dok. 58.

Für den Wortlaut der sowjetischen Note vom 17. Mai 1966 vgl. DzD IV/12, S. 723–732. Vgl. dazu auch AAPD 1966, I, Dok. 166.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 6. Juli 1966 vgl. EUROPA-ARCHIV 1966, D 414–424. Vgl. dazu auch AAPD 1966, II, Dok. 240.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Erklärung vom 26. April 1967 vgl. DzD V/1, S. 1047–1054. Vgl. dazu auch Dok. 154.

<sup>7</sup> Vgl. den Artikel „Bonner Instrumentarium gegen Verständigung und Normalisierung“; NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 188, S. 6.

<sup>8</sup> Zu den Gesprächen des Staatssekretärs Schütz mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin am 7. Februar und am 22. März 1967 vgl. Dok. 46 und Dok. 110.

<sup>9</sup> Zu den Überlegungen des Botschafters z. b. V. Bahr hinsichtlich einer „Differenzierung des bilateralen Gewaltverzichts“ gegenüber den osteuropäischen Staaten vgl. auch Dok. 376.

IV. Bemerkenswert ist, daß die Sowjets von einer Veröffentlichung ihres Papiers absehen, was an sich sonst nicht ihre Art ist. Dies kann darauf hindeuten, daß sie auf eine erfolgreiche Fortsetzung des Gesprächs hoffen oder aber, daß sie die Bundesregierung nicht erneut bloßstellen wollen und die schon überlasteten Beziehungen noch weiter belasten wollen.

V. Es wird aufschlußreich sein, wie die Russen in den – wie ich aus der Rede des Herrn Bundesaußenministers<sup>10</sup> entnehme – bald beginnenden kommenden Wirtschafts- und Luftverkehrsverhandlungen auf unsere Berlinposition reagieren werden.

Es darf zur Erwägung gestellt werden, bis dahin von jeder Reaktion auf das sowjetische Papier abzusehen, umso mehr als bereits in der Rede des Herrn Bundeskanzlers am 13. X.<sup>11</sup> und der Rede des Herrn Bundesaußenministers am 13. X.<sup>12</sup> eine Antwort erteilt worden ist.<sup>13</sup>

[gez.] Walther

VS-Bd. 4176 (II A 1)

<sup>10</sup> Bundesminister Brandt kündigte am 13. Oktober 1967 vor dem Bundestag die Wiederaufnahme von Verhandlungen zum Abschluß eines Handelsabkommens sowie die Förderung der Kulturbeziehungen, Abmachungen über technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit und die Einrichtung einer direkten Flugverbindung zwischen Frankfurt/Main und Moskau an. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 65, S. 6333.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Erklärung vor dem Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 65, S. 6357–6359.

<sup>12</sup> Bundesminister Brandt erklärte am 13. Oktober 1967 vor dem Bundestag: „Die Regierung der Sowjetunion weiß, daß wir zum Austausch von Gewaltverzichtserklärungen bereit sind. Selbstverständlich haben wir uns bereit erklärt, auch über Fragen zu sprechen, an deren Erörterung der Sowjetunion liegen sollte. Ich kann dem Hohen Hause mitteilen, daß das Gespräch nicht erst zu beginnen braucht, sondern zu verschiedenen Fragen von gemeinsamem Interesse im Gange ist. Allerdings deutet zunächst leider noch nichts darauf hin, daß eine grundlegende Verbesserung der Beziehungen bevorsteht.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 65, S. 6333.

<sup>13</sup> Am 18. Oktober 1967 übermittelte Botschafter Schnippenkötter der Botschaft in Moskau eine erste Stellungnahme des Auswärtigen Amtes zum sowjetischen Memorandum vom 12. Oktober 1967: „Die vom sowjetischen Botschafter in den bisherigen informellen Gesprächen gezeigte relative Flexibilität und Bereitschaft, eine auch für uns akzeptable Formel zu suchen, hat nunmehr offenbar einer kompromißlosen Unterordnung des Gewaltverzichts unter das deutschlandpolitische Ziel der Gegenseite Platz gemacht: Die Teilung Deutschlands soll auf dem Umweg über den Gewaltverzicht völkerrechtlich verankert werden. Wir machen uns keine Hoffnungen auf eine baldige Aufweichung dieses harten sowjetischen Standpunktes, sehen aber andererseits keine Veranlassung, davon abzusehen, unser Angebot an die Sowjetunion und die osteuropäischen Länder beharrlich zu wiederholen. Dabei werden wir auch weiterhin nach Möglichkeiten einer befriedigenden Einbeziehung des Problems der deutschen Teilung suchen, die klarstellt, daß die Bundesregierung nicht irgendwelche besonderen Ziele in bezug auf die DDR verfolgt, die mit dem Inhalt des der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten vorgeschlagenen Gewaltverzichts unvereinbar sind. Wir werden aber keinen Zweifel daran lassen, daß der Gewaltverzicht die Teilung Deutschlands nicht völkerrechtlich besiegeln darf. Er soll vielmehr dazu dienen, die von der sowjetischen Regierung angeführte ‚Gefahr der Gewaltanwendung‘ an der Trennungslinie der beiden Teile Deutschlands bannen zu helfen und damit eine friedliche Lösung des strittigen Deutschlandproblems zu erleichtern.“ Vgl. VS-Bd. 4105 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1967.

357

## Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Graf Schirndinger von Schirnding

II A 1-85.50/1-1635/67 VS-vertraulich

17. Oktober 1967<sup>1</sup>

Betr.: Ausnahme vom TTD-Zwang

hier: Olympische Winterspiele in Grenoble (Februar 1968)<sup>2</sup>

Herr Ourmet, 1. Sekretär der französischen Botschaft, sprach gestern vor und teilte folgendes mit:

Auf Wunsch des IOC beabsichtige die französische Regierung, für sämtliche ausländische Teilnehmer an den Olympischen Winterspielen in Grenoble die olympische Identitätskarte als gültiges Reisepapier anzuerkennen. Eine solche Regelung hätte auch bereits 1960 für die Olympischen Spiele in Rom und in Squaw Valley (USA)<sup>3</sup> gegolten. Die Inhaber der olympischen Identitätskarte würden auch vom Sichtvermerkszwang befreit. Da die von der französischen Regierung beabsichtigte Regelung bedeuten würde, daß die mitteldeutschen Teilnehmer an den Winterspielen vom TTD-Zwang befreit werden, möchte die französische Botschaft wissen, wie sich das Auswärtige Amt zu dieser Regelung stellt.

Wie sich aus unseren Akten ergibt, treffen die Angaben Herrn Ourmets über die Olympischen Spiele in Rom und Squaw Valley zu. Auch bei der Olympiade in Tokio im Jahre 1964<sup>4</sup> galt für die Durchreise mitteldeutscher Sportler durch die USA die vom IOC ausgestellte Identitätskarte als ausreichendes Reisepapier (vgl. DB aus Washington Nr. 2476 vom 20.8.1964 VS-v<sup>5</sup>). Schließlich wurde eine entsprechende Regelung im Zusammenhang mit einer der Olympischen Winterspiele 1972<sup>6</sup> betreffenden Anfrage des kanadischen Vertreters bei der NATO auch bereits von unserer Seite grundsätzlich gebilligt (vgl. DE an NATOGERMA Paris vom 12.11.1965 – II A 1-85.50/1-2111/65 VS-v<sup>7</sup>).

Wir sollten daher gegen die von den Franzosen beabsichtigte Regelung für die Einreise der Teilnehmer an den Winterspielen in Grenoble keine Bedenken erheben, aber dies doch nach Möglichkeit als ein kleines Opfer unsererseits erscheinen lassen und außerdem bei der Mitteilung unserer Stellungnahme nochmals betonen, wir gingen davon aus, daß

a) die olympische Identitätskarte als Reisepapier für alle und nicht nur für die mitteldeutschen Teilnehmer an den Olympischen Winterspielen gilt;

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse van Well am 24. Oktober 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Die X. Olympischen Winterspiele fanden vom 6. bis 18. Februar 1968 statt.

<sup>3</sup> Die VIII. Olympischen Winterspiele fanden vom 18. bis 28. Februar 1960 und die XVII. Olympischen Sommerspiele fanden vom 25. August bis 11. September 1960 statt.

<sup>4</sup> Die XVIII. Olympischen Sommerspiele fanden vom 10. bis 25. Oktober 1964 statt.

<sup>5</sup> Für den Drahtbericht des Botschafters Knapstein, Washington, vgl. VS-Bd. 3549 (II 1); B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>6</sup> Die XI. Olympischen Winterspiele fanden vom 3. bis 13. Februar 1972 in Sapporo statt.

<sup>7</sup> Für den Drahterlaß Nr. 1304 des Ministerialdirigenten Ruete vgl. VS-Bd. 3561 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1965.



b) von keinem Teilnehmer an den Winterspielen neben der olympischen Identitätskarte noch ein anderes Ausweispapier vorgelegt werden muß.<sup>8</sup>

Schirnding

VS-Bd. 4143 (II A 1)

358

## Bundesminister Brandt an Generalsekretär Brosio, NATO

II A 7-83.03-3376<sup>II</sup>/67 geheim

18. Oktober 1967<sup>1</sup>

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

Ihr Besuch in Bonn am 9. Oktober 1967<sup>2</sup> hat mir willkommene Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch über die Zukunft der Allianz gegeben. Inzwischen haben sich durch die Zusammenkunft von Ditchley Park<sup>3</sup> und die Erörterungen im Kreise der Ständigen Vertreter neue Entwicklungen ergeben. Es scheint mir angebracht, Sie auch über die Gespräche zu unterrichten, die ich am 16. und 17. Oktober 1967 in Paris mit Minister Couve de Murville<sup>4</sup> über diese Fragen geführt habe.

Couve war der Ansicht, daß es keinen Sinn habe, neue Schwierigkeiten zu schaffen. Eine Regelung, wonach die Politik jedes Landes in [der] NATO zur Diskussion gestellt werden soll, sei nicht akzeptabel. Anders sei es natürlich in Fragen wie Berlin, da die Allianz zum Zwecke der Abwehr unmittelbarer Bedrohung geschaffen sei. In solchen Fällen sei eine gemeinsame Haltung notwendig. Im übrigen aber sollte die Allianz weiterarbeiten wie bisher und die Konsultationen durch gegenseitige Informationen fortsetzen. Dies könne auch das Ergebnis der Ministerkonferenz im Dezember sein, die nicht durch die von den Berichterstattem vorgelegten Berichte gebunden sei.

Ich habe die Überlegung dargelegt, die zu der Harmel-Studie geführt haben und auf die Notwendigkeit hingewiesen, zu gewissen Schlußfolgerungen zu

<sup>8</sup> Am 26. Oktober 1967 berichtete Gesandter Oncken, Brüssel (NATO), von der französischen Absicht, den Politischen Ausschuß der NATO über die besonderen Einreiseregulungen für Teilnehmer an den Olympischen Spielen in Grenoble schriftlich zu unterrichten. Auf Wunsch der Bundesregierung habe die französische Vertretung in dem Schreiben klargestellt, „daß es sich nicht um eine lediglich SBZ-Sportler betreffende Regelung“ handele. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1585; VS-Bd. 4143 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Das Schreiben wurde von Botschafter Schnippenkötter konzipiert.

Der Wortlaut des Schreibens wurde am 20. Oktober 1967 mit Drahterlaß Nr. 3827 des Ministerialdirigenten Sahm an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel mit der Bitte übermittelt, NATO-Generalsekretär Brosio vorab zu unterrichten. Vgl. VS-Bd. 1657 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem NATO-Generalsekretär Brosio vgl. Dok. 343.

<sup>3</sup> Zum Treffen der vier Untergruppen der „Special Group“ am 10./11. Oktober 1967 vgl. Dok. 343, Anm. 5.

<sup>4</sup> Für die Gespräche mit dem französischen Außenminister vgl. Dok. 355.

gelangen. Wir haben vereinbart, daß Vertreter beider Länder gemeinsam prüfen sollen, ob eine Grundlage für die Erörterung in der Ministerkonferenz gefunden werden kann, sobald das in Ditchley Park ausgearbeitete Papier den Mitgliedsregierungen zugeleitet sein wird.

Ich habe aus den Äußerungen des französischen Außenministers den Eindruck gewonnen, daß die französische Haltung noch nicht in jeder Beziehung festgelegt ist. Wir werden unsere Bemühungen fortsetzen, die Franzosen für eine Lösung zu gewinnen, die im gemeinsamen Interesse der Allianz liegt.

Genehmigen Sie, Herr Generalsekretär, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

gez. Brandt

VS-Bd. 1657 (II A 7)

### 359

#### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahn

II A 7-83.03/0-3379/67 VS-vertraulich

18. Oktober 1967<sup>1</sup>

Betr.: Frankreich und die NATO

hier: Schadenersatzansprüche gegenüber Frankreich

#### I. 1) Sachstand

a) Als Frankreich sich aus der militärischen Integration der NATO zurückzog, haben die „Vierzehn“ generelle Vorbehalte gemacht wegen

- Schadenersatzansprüchen aus Verlust der in Frankreich gelegenen Infrastrukturanlagen und anderer NATO-Einrichtungen,
- der Kosten für die Verlegung dieser Einrichtungen und Anlagen in andere NATO-Länder.

Frankreich erklärte sich zur Erörterung der praktischen Probleme bereit, die aus seinem einseitigen Vorgehen entstanden waren (vgl. franz. Aide-mémoires vom 10. und 29. März 1966<sup>2</sup>).

b) Die Vereinigten Staaten und Kanada, deren in Frankreich stationierte Truppen in andere NATO-Staaten oder in die Heimat verlegt werden mußten, behielten sich ebenfalls vor, der französischen Regierung Schadenersatzforderungen zu stellen.

#### 2) Rechtslage

a) Im Auftrag der Vierzehn angestellte juristische Untersuchungen haben ergeben, daß Verhandlungen mit Frankreich über die Erstattung des Restwertes

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von den Legationsräten I. Klasse Verbeek und Martius konzipiert.

<sup>2</sup> Zu den französischen Noten an die NATO-Mitgliedstaaten und zu den daraus folgenden Verhandlungen zwischen Frankreich und der NATO vgl. Dok. 7, Anm. 9.

für die verbleibenden Einrichtungen wenig aussichtsreich erscheinen. Frankreich könnte erklären, die Anlagen seien wertlos.<sup>3</sup>

Andererseits sind die Vierzehn durch das französische Vorgehen objektiv geschädigt worden. Da Frankreich dem Bau und der Nutzung von NATO-Infrastrukturanlagen auf seinem Hoheitsgebiet zugestimmt hat, können die Vierzehn Schadenersatz aufgrund Verletzung von eingegangenen Verbindlichkeiten geltend machen.

b) Über das Vorgehen der Vierzehn gegen Frankreich ist ein formeller Beschluß noch nicht gefaßt worden. Wir haben im Kreise der Vierzehn vorgeschlagen, den Franzosen zunächst keine spezifizierten Forderungen zu stellen, sondern sie nur zur Aufnahme von Gesprächen zu bewegen, in denen sie veranlaßt würden, ihre eigenen Vorstellungen zu entwickeln. Dies ist ein Verfahren, durch das vorbereitende Verhandlungen eingeleitet werden können, ohne daß von Anfang an zu dezidierte Positionen eingenommen werden müssen. Die Vierzehn haben dem als vorläufige Verfahrensgrundlage zugestimmt.

### 3) Umfang der Schadenersatzforderung

a) Verluste aus NATO-Infrastrukturanlagen in Frankreich ca. £ 193 000 000,-  
Verluste aus NATO-Kapitalinvestitionen in Frankreich = £ 6 800 000,-  
Verlegungskosten = £ 23 929 511,-  
Gesamtsumme der Schadenersatzforderungen der NATO an Frankreich =  
£ 223 700 000,-.

b) Genaue Zahlen über die Schadenersatzforderungen der Vereinigten Staaten und Kanadas aus Investitionen und Verlegung sind bisher nicht bekannt.

Amerikanische, aufgrund bilateraler Abmachungen in Frankreich finanzierte Investitionen werden auf etwa F 2 750 000 000,- geschätzt. Die bilateralen Abmachungen sind jedenfalls eine eindeutigere Grundlage für Schadenersatzforderungen als die NATO-Beschlüsse, auf deren Verletzung sich die Vierzehn berufen.

II. 1) Die Vierzehn werden in absehbarer Zeit mit Frankreich über die Regelung der Schadenersatzansprüche verhandeln. Sie werden voraussichtlich von der in I, 2 a) dargestellten Verhandlungsbasis ausgehen.

2) Die Amerikaner haben gesprächsweise verlauten lassen, daß sie aus innenpolitischen Erwägungen bald gezwungen sein werden, Frankreich zu einer Klärung der bilateralen Schadenersatzforderungen zu drängen.<sup>4</sup>

Sie sehen das Problem allerdings nicht nur bilateral. Der amerikanische Anteil an den NATO-finanzierten Infrastrukturvorhaben beträgt 40%, so daß auch

<sup>3</sup> Vgl. dazu auch Dok. 260.

<sup>4</sup> Am 3. Oktober 1967 berichtete Botschafter Knapstein, Washington, über Informationen aus dem amerikanischen Außenministerium: „Die amerikanische Regierung stelle Überlegungen an, in naher Zukunft Schadenersatzansprüche gegen Frankreich aufgrund der Verlegung von Nachschubeinrichtungen und Elementen der Infrastruktur aus diesem Land geltend zu machen. Diese Verlegung sei von der französischen Regierung teilweise unter Verletzung der zugrundeliegenden bilateralen Vereinbarungen erzwungen worden. Schon seit längerer Zeit sei im Verteidigungsausschuß des Repräsentantenhauses die Forderung erhoben worden, hieraus Schadenersatzansprüche herzuleiten und sie geltend zu machen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2054; VS-Bd. 2479 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

bei den Verhandlungen der Vierzehn erhebliche amerikanische Interessen berührt werden.

Die Vereinigten Staaten beabsichtigen, noch vor der NATO-Ministertagung im Dezember<sup>5</sup> an die Vierzehn heranzutreten um festzustellen, ob eine einheitliche Haltung hinsichtlich der gemeinsamen Schadenersatzforderungen herbeigeführt werden kann. Notfalls denken sie daran, unabhängig von den Vierzehn in ihren Verhandlungen mit Frankreich über die bilateralen Schadenersatzansprüche auch ihren Anteil an den NATO-Schadenersatzansprüchen geltend zu machen. Allerdings geben sie sich nicht der Illusion hin, viel erreichen zu können.

Wenn man auch nicht unterstellen kann, daß es die amerikanische Regierung zu einem Bruch mit Frankreich kommen lassen möchte, kann nicht ausgeschlossen werden, daß ihre von der Stärke des innenpolitischen Drucks bestimmte Haltung das amerikanisch-französische Verhältnis kritisch zuzuspitzen vermag.

III. 1) Unsere Haltung ist in allen das Verhältnis Frankreichs zur Allianz betreffenden Fragen durch das Bemühen bestimmt, die Zusammenarbeit Frankreichs mit den Vierzehn auch nach dessen Ausscheiden aus der militärischen Integration eng und dauerhaft zu halten. Frankreich wird sich jedem Druck entziehen, auch wenn die Ansprüche der Vierzehn noch so gerechtfertigt sind. Statt dessen scheint es immerhin eine gewisse Bereitschaft zu zeigen, in Gespräche über eine pragmatische Abwicklung der Forderungen der Vierzehn einzutreten.

2) Wir sollten daher darauf hinwirken,

a) daß die Vierzehn sobald als möglich mit Frankreich über eine Regelung der Schadenersatzforderung sprechen, wobei zwar der Umfang der Schadenersatzansprüche dargelegt, jedoch keine präzisen Forderungen gestellt werden. Die französische Regierung soll gebeten werden, ihre Vorstellungen darzulegen;

b) daß die Amerikaner ihre bilateralen Ansprüche getrennt geltend machen und davon absehen, ihren Anteil an den Ansprüchen der Vierzehn in ihren bilateralen Verhandlungen anzumelden.<sup>6</sup>

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>7</sup> mit der Bitte um Zustimmung vorgelegt.

Sahn

VS-Bd. 8133 (201)

<sup>5</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel vgl. Dok. 433 und Dok. 435.

<sup>6</sup> Am 2. November 1967 wies Ministerialdirigent Sahn die Botschaft in Washington an, die Bedenken der Bundesregierung hinsichtlich der amerikanischen Überlegungen, die bilateralen Schadenersatzansprüche mit den Ansprüchen der Vierzehn zu verknüpfen, an entsprechender Stelle vorzutragen. Für den Drahterlaß Nr. 4005 vgl. VS-Bd. 8133 (201); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Hat Staatssekretär Lahr am 29. Oktober 1967 vorgelegen.

## 360

**Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO),  
an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-14797/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 792**

**Aufgabe: 18. Oktober 1967, 19.55 Uhr**  
**Ankunft: 19. Oktober 1967, 02.21 Uhr**

Unter Bezugnahme auf DE 349 vom 9. Oktober<sup>1</sup>

Hatte heute eine etwa einstündige, im Ergebnis leider enttäuschende Unterhaltung mit VAR-Vizepräsidenten el Riad. Dieser vertrat nachdrücklich Auffassung, daß die Normalisierung der arabischen Beziehungen zu uns gemeinsame Sache aller Araber sei und daß der Moment dazu noch nicht gekommen sei.

Im einzelnen halte ich folgendes fest:

- 1) Zu dem Gespräch, für das ich Herrn el Riad in seinem Hotel aufsuchte, war es nach mehreren freundschaftlichen Unterhaltungen mit VAR-Botschafter el Kony und einem kurzen Gespräch mit el Riad am dritten Ort gekommen.
- 2) Ich begann die Unterhaltung mit der Feststellung, daß ich zu einer Unterhaltung mit ihm autorisiert sei.

Der Wunsch nach Normalisierung unserer Beziehungen sei von der neuen Bundesregierung bereits bei ihrer ersten öffentlichen Erklärung in der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966<sup>2</sup> bekanntgegeben und später bei verschiedenen Gelegenheiten wiederholt worden. Während des Konfliktes sei die Bundesrepublik neutral geblieben und habe nach seinem Ende ihre Bereitschaft zu einem großzügigen deutschen Beitrag zur Stabilisierung der Lage im Nahen Osten erklärt. Die Größe der wirtschaftlichen Probleme aller beteiligten Länder, auch der VAR, sei uns klar. Wir glaubten, daß zur Stabilisierung der Lage im Nahen Osten auch die Normalisierung der deutsch-arabischen Beziehungen gehöre und hätten den ernsthaften Wunsch, diese Normalisierung voranzutreiben.

- 3) Minister el Riad begann seine Antwort mit der Feststellung, daß die Freundschaft der arabischen Völker für Deutschland immer tief und gefühlbetont gewesen sei. Es habe früher niemals Belastungen gegeben, so wie sie es in den Beziehungen zu Großbritannien, Italien und Frankreich durch deren kolonialistische Besatzungsperiode im arabischen Raum gegeben habe. Um so enttäuschter seien die Araber durch das Verhalten der Deutschen während der arabischen-israelischen Konfliktsperiode gewesen. Die Bundesrepublik habe Israel nicht nur wirtschaftlich sondern auch militärisch und politisch unterstützt, und diese Hilfe sei im Konflikt den Arabern schmerzlich durch die is-

<sup>1</sup> Ministerialdirigent Böker informierte über das angebliche Interesse der ägyptischen Regierung an einer Normalisierung des bilateralen Verhältnisses. Er bat Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), mit der ägyptischen Vertretung bei der UNO in New York Kontakt aufzunehmen und die Bereitschaft zu einem Gespräch mit dem ägyptischen Außenminister el Riad anzudeuten. Für den am 6. Oktober 1967 konzipierten Drahterlaß vgl. VS-Bd. 2564 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTS, Bd. 63, S. 3656 – 3665.

raelische Überlegenheit erneut zum Bewußtsein gekommen. Während des Konfliktes selbst habe kein deutscher Staatsmann sich zu einer Erklärung gegen die Aggression bereitgefunden; vergeblich habe man darauf gewartet. Neutralität sei in einem solchen Fall nicht genug, denn praktisch unterstütze der Neutrale nur den Aggressor; Neutralität sei daher fast ebenso schlimm wie direkte Hilfe. In diesem Punkt sei die öffentliche Meinung in den arabischen Ländern sehr empfindlich.

Herr el Riad ging sodann auf die – bisher im Gespräch noch nicht angeschnittene – Frage der Wiederaufnahme der Beziehungen zu Großbritannien über. Diese Beziehungen seien seinerzeit auf Grund eines gesamtafrikanischen Beschlusses, für den auch er selbst gestimmt habe, von einem Teil der afrikanischen Staaten, darunter auch der VAR, wegen Rhodesiens abgebrochen worden.<sup>3</sup> Schon Anfang 1967 habe die VAR aber entschieden, daß die Beziehungen wiederaufgenommen werden sollten und den 1. Juli 1967 hierfür in Aussicht genommen. Das habe man den Engländern seinerzeit auch mitgeteilt. Nachdem die Aggression sodann die Durchführung dieses Planes verhindert habe, habe er mit Außenminister George Brown vereinbart, die Wiederaufnahme für einen späteren Zeitpunkt vorzusehen; zunächst sollte Sir Harold Beeley zu Gesprächen über dieses Thema nach Kairo kommen. Die Engländer hätten aber diese arabische Entscheidung – im Gegensatz zu uns – dadurch ermöglicht, daß sie während des Konfliktes und alsbald danach mehrfach die israelische Aggression verurteilt hätten.

Was Deutschland betreffe, wiederholte er, so habe man vergeblich auf eine solche Erklärung gewartet und die öffentliche Meinung in Ägypten sei über das Ausbleiben einer deutschen Verurteilung der Aggression sehr enttäuscht. Für eine Wiederaufnahme der Beziehungen zu uns müsse in der Tat ein günstigerer Moment abgewartet werden. Herr el Riad wiederholte im Lauf der Unterhaltung mehrfach, daß die Enttäuschung in der arabischen Öffentlichkeit über die deutsche Haltung noch zu groß sei. Einmal fügte er hinzu, er erinnere sich daran, daß ein höherer Führer in einem kommunistischen Land zur Behebung eines Notstandes einen Vorschlag gemacht habe. Wegen dieses Vorschlages sei er hingerichtet worden. Drei Monate später habe der betreffende kommunistische Staat den Beschluß durchgeführt. Der Hingerichtete habe also seinen Kopf nur deswegen verloren, weil er seinen Vorschlag in einem falschen Moment gemacht habe. Er, el Riad, wolle, obwohl er wohl nicht hingerichtet werden würde, sich keinesfalls wegen unzeitiger Wiederaufnahme der Beziehungen zu uns einem Vorwurf der öffentlichen Meinung seines Landes aussetzen, der jetzige Moment sei eben kein günstiger.

Zur weiteren Illustration seines Standpunktes erzählte er, im Sommer dieses Jahres habe die Bundesregierung der VAR die geschenkweise Lieferung von Insektenbekämpfungsmitteln angeboten, nach denen in der VAR großer Bedarf

<sup>3</sup> Auf der außerordentlichen Konferenz der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) am 4./5. Dezember 1965 in Addis Abeba wurde die britische Regierung unter Androhung des Abbruchs der Beziehungen aufgefordert, die Rebellion in Rhodesien bis zum 15. Dezember 1965 niederzuwerfen. Bis zum 20. Dezember 1965 brachen Guinea, Tansania, Ghana, Mali, Mauretanien, die Republik Kongo (Brazzaville), die VAR und der Sudan sowie Algerien die Beziehungen zu Großbritannien ab. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1966, Z 8.

bestehe. Er habe den Landwirtschaftsminister<sup>4</sup> angewiesen, dieses Geschenk nicht anzunehmen, da eine solche Annahme vor der öffentlichen Meinung der VAR nicht hätte vertreten werden können.<sup>5</sup>

Er könne nur wiederholen, daß unsere wirtschaftliche, politische und frühere militärische Unterstützung Israels die öffentliche Meinung in Arabien sehr gegen uns aufgebracht habe und daß keine Regierung diese öffentliche Meinung ignorieren könne. Meinen Einwand, daß wir die Waffenlieferungen schon 1965 eingestellt hätten und uns an den Grundsatz hielten, keine Waffen in Konfliktgebiete zu liefern<sup>6</sup>, daß wir ferner die Wirtschaftshilfe für Israel auf das Normalmaß unserer Hilfe für andere Länder reduziert hätten und daß wir uns bezüglich politischer Stellungnahmen zu regionalen Konflikten an den Grundsatz der Nichteinmischung hielten, beantwortete Herr el Riad erneut mit dem Hinweis darauf, daß unsere frühere Hilfe an Israel eben den Sieg wenn nicht ermöglicht, so doch erleichtert hätte und daß andere Länder, wie Großbritannien, das ebensowenig wie wir zu den heutigen Großmächten gezählt werden könnte, die Aggression Israels verurteilt hätten.

Im übrigen habe er selbst im Frühjahr dieses Jahres, also nachdem die neue Bundesregierung ihren Wunsch nach Wiederherstellung der alten Beziehungen geäußert habe, Herrn Hassouna gegen den Widerspruch einiger anderer Mitglieder der Arabischen Liga – er nannte namentlich nur Syrien – „beauftragt“, nach Bonn zu fahren, um sich nach den Ansichten der Bundesregierung zu erkundigen.<sup>7</sup> Das Ergebnis dieser Reise sei nur zum Teil befriedigend gewesen und habe nicht ausgereicht, um die öffentliche Meinung in den arabischen Staaten von der Ernsthaftigkeit unserer Absicht zu überzeugen, die alten freundschaftlichen Beziehungen zu den Arabern wiederherzustellen. Er müsse betonen, daß auch jetzt die Bereinigung der Beziehungen zu uns Sache aller Araber sei und daß Versuche, die Araber zu spalten, besser nicht angestellt würden.

Als er über die pro-israelische Stimmung der deutschen Presse während der Aggression Klage führte, wies ich ihn darauf hin, daß diese Stimmung inzwischen einer breiteren Anerkennung des arabischen Standpunktes gewichen sei und daß eine noch wirksamere Verbreitung arabischer Gesichtspunkte sicher möglich gewesen wäre, wenn arabische Vertreter – seien diese nun Botschafter oder auch nur Geschäftsträger – am Platz gewesen wären. Herr el Riad tat dies ab mit dem Hinweis darauf, daß auch der sehr aktive VAR-Botschafter in

<sup>4</sup> Sayed Marei.

<sup>5</sup> Dazu berichtete Botschaftsrat I. Klasse Lahn, Kairo, am 15. Juli 1967, daß die ägyptische Regierung das Angebot der Bundesregierung, 400 t Bayer Methyl-Parathion kostenfrei zu liefern, „aus politischen Gründen“ zurückgewiesen habe: „Ägyptische Regierung möchte sich nicht dem Vorwurf arabischer Bruderstaaten aussetzen, Geschenke der von ihr seit Nahost-Konflikt diskreditierten Bundesregierung anzunehmen. [...] Die Zeit für offizielles Auftreten der Bundesregierung in Kairo erscheint noch nicht reif. Situation kann sich jedoch in wenigen Monaten ändern. Voraussetzung hierfür ist behutsames Vorgehen unter Vermeidung jeder Publizität.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 487; Referat III B 6, Bd. 541.

<sup>6</sup> Zum Beschluß der Bundesregierung, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern, vgl. Dok. 5, Anm. 6.

<sup>7</sup> Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Hassouna, hielt sich vom 18. bis 21. April 1967 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Brandt am 21. April 1967 vgl. Dok. 136.

Washington<sup>8</sup> gegen die Presse und die überall in den amerikanischen Behörden anzutreffenden Vertreter des Zionismus nichts habe ausrichten können.

Er schloß die Unterhaltung mit der Feststellung, daß auch er die Normalisierung der Beziehungen wünsche. Diese Normalisierung sei aber Gegenstand einer Beratung aller arabischen Länder. Im übrigen müsse hierfür „ein günstiger Augenblick“ abgewartet werden. In der Zwischenzeit würden in den arabischen Ländern unsere Haltung und unsere Äußerungen auf die Waagschale gelegt werden müssen.

II. Die Unterhaltung verlief insgesamt in korrekter, jedoch kühler Form. El Riad wirkte bedrückt, er schien mir durch die schwebenden Verhandlungen vollauf in Anspruch genommen und in keiner Weise bestrebt, Ansatzpunkte für eine Verbesserung der Beziehungen zu uns zu geben. Bei jeder Gesprächswendung zog er sich auf Klischees und Pauschalkritik an unserer Haltung im Nahost-Konflikt zurück, als seien wir vorläufig für Kairo diplomatisch uninteressant. Meine Bemerkung über unser Verständnis für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Ägyptens griff er nicht auf.

El Riad ließ deutlich anklingen, daß Kairo Großbritannien besser behandeln möchte als uns und daß die Wiederherstellung der Beziehungen zu London leichter zu bewerkstelligen sei.

Als Erklärung für die Haltung el Riads bietet sich aus hiesiger Sicht an, daß die Sowjetunion die Regierung der VAR in der Frage der Beziehungen zu uns unter starken Druck setzt und hierfür genügend Druckmittel einsetzt, um deren Verbesserung vorläufig zu blockieren. El Riads wiederholte Hinweise auf die „öffentliche Meinung“ in der VAR und seine Bemerkung, vorzeitige falsche Schritte hätten in kommunistischen Ländern Ministern den Kopf gekostet, könnten darauf hindeuten, daß die Abhängigkeit der Führungsschicht der VAR von der Sowjetunion groß ist. Weniger wahrscheinlich erscheint mir, daß el Riad versucht haben könnte, mit seiner harten Gesprächsführung eine stärkere Unterstützung der arabischen Position gegenüber Israel durch uns zu erreichen; dafür war seine Haltung zu wenig nuanciert.

[gez.] Braun

VS-Bd. 2630 (I B 4)

<sup>8</sup> Mostafa Kamel.



361

**Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt****Z B 6-1-14794/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 1551****Aufgabe: 18. Oktober 1967, 20.00 Uhr**  
**Ankunft: 18. Oktober 1967, 21.42 Uhr**Auf Drahtbericht Botschaft Paris Nr. 1934 geh. vom 17.10.<sup>1</sup>

Betr.: Harmel-Studie;

hier: Weitere Behandlung der Angelegenheit

1) In vertraulicher Sitzung unter Vorsitz von Generalsekretär Brosio wurde am 18. Oktober die Frage der weiteren Prozedur erörtert. Brosio legte gleichzeitig die in Ditchley Park<sup>2</sup> gefertigte Zusammenfassung der Rapporteur-Berichte vor (Po/67/770<sup>3</sup>: liegt dort vor), deren einzelne Teile die Zustimmung der jeweiligen Rapporteurs gefunden hätten; die „Zusammenfassung“, die die vier Berichte in keiner Weise ersetzen solle, diene dem Zweck, den Mitgliedsregierungen die Stellungnahme zu den Berichten zu erleichtern.

2) Brosio stellte insbesondere folgende Fragen:

a) Wann und auf welcher Ebene soll die Special Group den Harmel-Bericht erörtern?

b) Wer soll den ersten Berichtsentwurf formulieren?

c) Auf welcher Grundlage soll der Bericht abgefaßt werden (d.h. welche Substanz soll er erhalten)?

3) Belgier, Dänen, Briten, Luxemburger und Norweger, d.h. diejenigen Delegationen, die sich von der Publizierung des Harmel-Berichts einen innenpolitischen Effekt versprechen, legten in der Diskussion Wert auf Beschleunigung der Angelegenheit, um ein substantielles Ergebnis für die Dezember-Konferenz<sup>4</sup> zu erzielen. Die Verhandlungen der Special Group auf höherer politischer Ebene, d.h. unter Beteiligung hochrangiger Persönlichkeiten aus den Hauptstädten, über die Substanzfrage sollten noch in diesem Monat beginnen. Demgegenüber habe ich vorgeschlagen, zunächst das Ergebnis der in den Hauptstädten anzustellenden Prüfung der Berichte und der „Zusammenfassung“ abzuwarten. Die Special Group könne dann auf der Ebene der Ständigen Vertreter in der Woche ab 6. November zusammentreten

<sup>1</sup> Ministerialdirigent Sahm, z.Z. Paris, berichtete von dem Konsultationsgespräch des Bundesministers Brandt mit dem französischen Außenminister über das weitere Vorgehen der Studiengruppe zur Untersuchung der zukünftigen Aufgaben der Allianz („Special Group“). Dazu stellte er fest: „Uns scheint, daß auf französischer Seite noch keine endgültigen Beschlüsse getroffen sind. Wir werden unsere Bemühungen fortsetzen, in bilateralen Gesprächen zu klären, ob Grundlage für gemeinsamen Bericht an die Minister gefunden werden kann. Hierfür wäre es nützlich, wenn alsbald die Berichte und die Zusammenfassung formell vorgelegt werden und Termin für nächste Sitzung der ‚special group‘ festgelegt wird. Um genügende Zeit für bilaterale Gespräche zu gewinnen, sollte Termin erst zweite Woche November vorgesehen werden.“ Vgl. VS-Bd. 1657 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Zum Treffen der vier Untergruppen der „Special Group“ vom 10./11. Oktober 1967 vgl. Dok. 343, Anm. 5.

<sup>3</sup> Für die Aufzeichnung vgl. VS-Bd. 1657 (II A 7).

<sup>4</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel vgl. Dok. 433 und Dok. 435.

Weitere Verhandlungen könnten anschließend auf höherer Ebene stattfinden. Diese Anregung fand Zustimmung bei Niederländern, Kanadiern, Italienern und Türken, sowie bei dem neuen französischen Botschafter Seydoux, der es in Anbetracht der bereits bekannten Meinungsverschiedenheiten über die Berichte für zweckmäßig hielt, den Diplomaten einen ersten Versuch des Ausgleichs vorliegender Gegensätze zu übertragen. Diese Ansicht setzte sich durch. Dabei bestand Übereinstimmung, daß die Besprechungen der Ständigen Vertreter bereits in der nächsten Woche (25.10.) beginnen sollen.

4) Belgischer Vertreter erklärte wiederholt, Außenminister Harmel beabsichtige, an der Sitzung der Special Group auf höherer Ebene teilzunehmen. Harmel lege Wert darauf, daß auch andere Minister zu dieser Sitzung erschienen. Brosio hielt dem entgegen, daß eine solche Sitzung unvermeidlich Aufsehen in der Öffentlichkeit erregen würde; die sich daraus ergebenden Risiken lägen auf der Hand. Er habe zwar nichts gegen eine Teilnahme Harmels als Initiators der Idee. Eine Beteiligung weiterer Minister scheine dagegen nicht zweckmäßig. Im gleichen Zusammenhang wies der türkische Botschafter<sup>5</sup> darauf hin, daß eine Sitzung der Special Group auf Ministerebene praktisch die auf gleicher Ebene stattfindende NATO-Dezember-Tagung entwerte.

5) Brosio faßte Besprechungsergebnis wie folgt zusammen:

a) Am 25. Oktober werden Ständige Vertreter zusammentreten, um durch eine erste Diskussion der von den Rapporteurs behandelten Substanzfragen die Voraussetzungen für die folgenden Sitzungen der Special Group auf höherer Ebene zu schaffen. Im Zuge dieser Sitzung, der sich andere Sitzungen der Ständigen Vertreter anschließen können, wird insbesondere geklärt werden, ob der Special Group auf höherer Ebene bereits ein erster Entwurf des zu erstattenden Berichts oder lediglich ein Katalog der kontroversen Fragen unterbreitet werden soll.

b) Am 7. November soll die Special Group auf höherer Ebene zusammentreten. Auf dieser Sitzung, die sich möglicherweise über zwei Tage erstreckt, soll die Frage geklärt werden, welchen Inhalt der Bericht für die Dezember-Konferenz erhalten soll. Bei gleicher Gelegenheit wird zu entscheiden sein, ob ein weiteres Treffen der Special Group auf höherer Ebene notwendig ist.<sup>6</sup>

c) Auf der Grundlage der Diskussion vom 7.11. soll die endgültige Formulierung des Berichts erfolgen.

d) Dieser soll aus einem vertraulichen und einem für die Veröffentlichung bestimmten Teil bestehen. Beide Berichtsteile sollen gleichzeitig durch die gleichen Verfasser erstellt werden.

6) Soweit sich voraussehen läßt, wird es in der Sitzung der Ständigen Vertreter am 25. Oktober in erster Linie darauf ankommen, zu klären, welche Berichte oder Berichtsteile die Regierungen annehmen und in welchen Punkten sich eine Übereinstimmung nicht erzielen läßt. Ebenso wie der französische Botschafter habe ich den Eindruck, daß es auf der Ebene der Ständigen Vertreter noch am ehesten möglich sein könnte, bestehende Gegensätze in der Substanz

<sup>5</sup> Muharrem Nuri Birgi.

<sup>6</sup> Zur Tagung der Studiengruppe zur Untersuchung der zukünftigen Aufgaben der Allianz („Special Group“) am 7./8. November 1967 vgl. Dok. 387.

der Harmel-Berichte zu entschärfen. Die in Ditchley Park erarbeitete „Zusammenfassung“ der Rapporteurs habe ich ausdrücklich als ein Arbeitspapier ohne Status bezeichnet, bei dem noch nicht entschieden sei, ob es für den endgültigen Bericht verwertbar sei.<sup>7</sup>

[gez.] Grewe

VS-Bd. 4109 (II B 2)

## 362

### Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Premierminister Wilson in London

ZA 5-119.A/67 geheim

23. Oktober 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler traf am 23. Oktober 1967 um 16.30 Uhr zu einem Vieraugengespräch mit Premierminister Wilson in 10, Downing Street zusammen.<sup>2</sup> Nach der Begrüßung erwähnte der Herr *Bundeskanzler* seine Begegnung mit Lord Chalfont in Stuttgart.

Der *Premierminister* sagte, ihm sei darüber berichtet worden, und er habe mit Freude von den sehr festen und konstruktiven Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers gehört.

Auf die Luxemburger Sitzung<sup>3</sup> eingehend, bemerkte der Herr *Bundeskanzler*, er wisse nicht, was entschieden werde, doch glaube er nicht, daß es zu einem Zusammenstoß komme, da man sehr vorsichtig vorgehen werde. Er habe Herrn Brandt vor seiner letzten Begegnung mit Couve de Murville in Paris<sup>4</sup> angewiesen, deutlich zum Ausdruck zu bringen, „that we too mean business“. Deutscherseits sei man bereit, alles zu tun, um das Verfahren zu erleichtern. Dessen gleichen habe er Herrn von Hase beauftragt, diesen Standpunkt auch gegen-

<sup>7</sup> Am 23. Oktober 1967 teilte Ministerialdirigent Sahm der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel als Sprachregelung für die Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 25. Oktober 1967 mit: „Der Bericht der Arbeitsgruppe 1 ist unter unserer Mitverantwortung verfaßt worden. Ihm kann daher zugestimmt werden. Die übrigen Berichte betrachten wir nach wie vor als persönliche Auffassung der jeweiligen Berichtersteller. Es wird von den Erörterungen in der Special Group abhängen, ob und gegebenenfalls welche Teile der Berichte als Ergebnis der Harmel-Studie den Ministern vorgeschlagen werden sollen. Die Sitzung vom 25.10. kann deswegen nur einem vorbereitenden Meinungsaustausch dienen [...]. Erst nach dieser ersten Sacherörterung wird sich ergeben, ob bereits genügende Grundlage für Ausarbeitung eines Papiers für Special Group gegeben ist.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1215; VS-Bd. 1657 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 26. Oktober 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Kiesinger hielt sich vom 23. bis 25. Oktober 1967 in London auf. Für das Communiqué vgl. BULLETIN 1967, S. 1021.

<sup>3</sup> Zur EG-Ministerratstagung vom 23./24. Oktober 1967 vgl. Dok. 366.

<sup>4</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem französischen Außenminister am 16./17. Oktober 1967 vgl. Dok. 355.

über dem französischen Informationsminister<sup>5</sup> deutlich zu machen. Über die deutsche Haltung könne es keinen Zweifel geben. Er sei sicher, daß de Gaulle ein neues Veto nicht riskieren werde. Brandt sei allerdings ohne neue Informationen über die Haltung zurückgekehrt, welche die Franzosen in Luxemburg einzunehmen gedächten. Er zweifle daran, ob Couve selbst es schon gewußt habe. Bei seiner letzten Begegnung mit de Gaulle in Bonn<sup>6</sup> sei dessen Haltung genau so fest und starr gewesen wie im Januar.<sup>7</sup> Den gleichen Eindruck dürfte der Ministerpräsident bei seiner Begegnung mit de Gaulle im Juni<sup>8</sup> gewonnen haben. Er selbst habe aber de Gaulle darauf hingewiesen, daß die überwältigende öffentliche Meinung in Europa für eine britische Beteiligung sei und daß de Gaulle keinesfalls hoffen könne, auf die Dauer einen britischen Beitritt zu verhindern. Es sei unmöglich, de Gaulle in der Substanz zu überzeugen. Er glaube, daß ein britischer Beitritt nicht gut wäre, weil er dann eine Konzeption aufgeben müsse, für die er seit Jahren eingetreten sei. Bereits im Jahre 1950 habe er dieselben Formeln benutzt wie heute.

Wenn de Gaulle in der Substanz nicht überzeugt werden könne, so biete sich nur ein Weg an, um den britischen Beitritt zu verwirklichen: de Gaulle müsse davon überzeugt werden, daß er auf die Dauer den Beitritt nicht verhindern und seine eigenen Vorstellungen nicht durchsetzen könne. Wenn man sich hierüber einig sei und hoffe, daß er schließlich doch zustimme, dann müsse man ihm den Weg ebnen. Hierbei müsse man aber sehr sorgfältig vorgehen, da de Gaulle in dieser Frage soviel politisches Prestige investiert habe.

Diesen Weg habe er (Bundeskanzler) bisher eingeschlagen. Über die Äußerungen Fanfanis<sup>9</sup> sei er etwas überrascht gewesen, umso mehr als Moro einer Meinung mit ihm (Bundeskanzler) gewesen sei<sup>10</sup>. Die jüngste, allerdings inoffizielle Nachricht, die er am Vormittag noch erhalten habe, besage, die Franzosen würden versuchen, zunächst Konsultationen unter den Sechs zu führen, doch sei – zum ersten Mal – davon die Rede gewesen, daß diese erste Phase der Konsultationen bis 1. Januar abgeschlossen sein könnte. Brandt habe allerdings nichts derartiges gehört. Außenminister Brown habe ihm aber gesagt, er habe vor einiger Zeit eine ähnlich lautende Information erhalten. Er selbst glaube, daß dies eine durchaus akzeptable Lösung wäre.

<sup>5</sup> Georges Gorse.

<sup>6</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 12./13. Juli 1967 vgl. Dok. 261–264.

<sup>7</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 13./14. Januar 1967 in Paris vgl. Dok. 14–17 und Dok. 19.

<sup>8</sup> Premierminister Wilson besuchte am 19./20. Juni 1967 Paris.

<sup>9</sup> Am 22. September 1967 teilte der italienische Handelsrat Ziglioli mit, „die italienische Regierung gehe ebenfalls davon aus, daß für einen Beschluß über die Eröffnung von Verhandlungen mit Großbritannien im Ministerrat in absehbarer Zeit keine Einstimmigkeit zu erzielen sein werde. Exploratorischen Gesprächen der Kommission mit den Engländern werde Italien nur zustimmen, wenn sicher sei, daß hierüber Einstimmigkeit hergestellt werden könne. Außenminister Fanfani habe erwogen, bei Uneinigkeit über diesen Punkt den Vorschlag zu machen, die Kommission solle im schriftlichen Verfahren Präzisierungen zu ihrer Stellungnahme von der britischen Regierung einholen.“ Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats von Stülpnagel; Referat I A 2, Bd. 1466 b.

<sup>10</sup> Vgl. dazu die Gespräche mit dem italienischen Ministerpräsidenten am 30. Mai und am 1. Juni 1967 in Rom; Dok. 194, besonders Anm. 7.

Der *Premierminister* fragte, ob es sich dabei nur um Vorbesprechungen unter den Sechs handeln würde oder ob es dann auch bereits zu einer Entscheidung über die Aufnahme von Verhandlungen am 1. Januar kommen würde.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, dies wäre die entscheidende Frage. Während dieser Gespräche könnte darauf hingewiesen werden, daß in dem Bericht der Kommission einige Fragen noch nicht endgültig geklärt seien und diese Themen mit den Briten erörtert werden müßten, um den Bericht zu ergänzen. Es könnte also angeregt werden, daß exploratorische Gespräche zwischen britischen Sachverständigen und der Kommission stattfänden.

Auf die Frage des *Premierministers*, ob dies bereits vor dem 1. Januar der Fall sein könnte, antwortete der Herr *Bundeskanzler*, daß dies vielleicht möglich wäre. Man müsse zunächst einmal abwarten. Sollten die Franzosen eine unverzügliche Aufnahme solcher Gespräche befürworten, so wären die übrigen Mitglieder hiermit auf jeden Fall einverstanden.

Der *Premierminister* sagte, wenn die Sechs bis Januar nur unter sich beraten wollten und erst dann die Gespräche mit der Kommission aufgenommen würden, so wäre dies ein sehr langsames Verfahren. Britischerseits würde man es vorziehen, die Gespräche unverzüglich aufzunehmen. Der Aufenthalt des Herrn *Bundeskanzlers* in London gebe Gelegenheit, das Thema des britischen Beitritts im Lichte der jüngsten Entwicklungen in Luxemburg zu erörtern.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er sei ein klein wenig optimistischer als zu Anfang dieses Jahres, da de Gaulle inzwischen eingesehen haben müsse, daß die europäische öffentliche Meinung seine Konzeption nicht unterstütze. Der Herr *Bundeskanzler* gab einen kurzen Bericht über den Verlauf der Konferenz in Rom<sup>11</sup> und erwähnte sodann, daß bei der letzten Begegnung mit de Gaulle in Bonn freimütig über alle Fragen gesprochen worden sei, in denen zwischen Deutschland und Frankreich keine Übereinstimmung bestehe. Dies gelte für das Verhältnis zu Amerika. Er habe de Gaulle gesagt, daß man auch deutscherseits für eine Unabhängigkeit eintrete, dies aber nur möglich sei, wenn man auch wirtschaftlich unabhängig sei. Desgleichen habe keine Übereinstimmung bestanden hinsichtlich des britischen Beitritts, wenn er auch sagen müsse, daß er einige Besorgnisse teile, da eine Erhöhung der Mitgliederzahl auch die Schwierigkeiten vermehre. Neben den Schwierigkeiten gebe es aber auch Vorteile, die ein britischer Beitritt mit sich bringen würde. Wenn Großbritannien seine Bereitschaft erkläre, die ganze Realität zu akzeptieren, die aus dem Vertrag von Rom<sup>12</sup> inzwischen erwachsen sei, so habe man nicht das Recht, an dem Wort der Engländer zu zweifeln. Dies habe er de Gaulle klar gesagt. De Gaulle habe nicht insistiert und zum Schluß gesagt, worauf es ankomme sei, daß Deutschland und Frankreich zusammenstünden und sich nicht trennten. Dies sei das wichtigste, selbst wenn man in einigen Fragen nicht einer Meinung sei. Er glaube daher, daß de Gaulle erkannt habe, was vor sich gehe, und habe auch den Eindruck, daß nicht alle seiner Mitarbeiter seine Auffassung teilten.

<sup>11</sup> Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten anläßlich des 10. Jahrestags der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 29./30. Mai 1967 vgl. Dok. 197.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1013.

Der *Premierminister* war der Auffassung, daß de Gaulle nicht unbekannt sein könne, wie die öffentliche Meinung und das Parlament in Frankreich dächten. Bei seiner Begegnung mit ihm sei de Gaulle bei der Behandlung der Beitrittsfrage sehr höflich, vornehm und freundlich gewesen, obgleich ihn in jener Zeit die Nahostfrage sehr beschäftigt habe und seine Hoffnungen auf eine engere französisch-russische Zusammenarbeit im Nahen Osten durch eine Erklärung Kossygins enttäuscht worden seien. Sein Urteil über die weltpolitische Lage sei sehr pessimistisch gewesen. Nachmittags habe man sich im Garten über die Beitrittsfrage unterhalten und de Gaulle habe aufmerksam zugehört und sich von den Argumenten beeindruckt gezeigt. In seinen eigenen Darlegungen sei er aber auf Vorstellungen zurückgegangen, die er bereits in den fünfziger Jahren geäußert habe.

Der *Premierminister* betonte, daß ihm sehr daran liege, durch diese sehr schwierige Periode nicht nur in engster Zusammenarbeit mit Deutschland, sondern auch in gutem Einvernehmen mit Frankreich hindurchzukommen. Zur Zeit seines Regierungsantritts seien die Beziehungen zu Frankreich wegen des französischen Vetos<sup>13</sup> noch sehr schlecht gewesen. Das Unterhaus sei mürrisch und verstimmt gewesen. Die Beziehungen zu Frankreich hätten einen Tiefstand erreicht. Er habe sich nun darum bemüht, die Beziehungen wieder zu verbessern, und genau so, wie der Herr Bundeskanzler es für wichtig halte, daß die deutsch-französischen Bindungen eng blieben, halte er es auch für wesentlich, daß die Beziehungen zwischen Großbritannien und Frankreich möglichst eng gestaltet werden.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er sei erstaunt, wenn er in der Presse als pro-französisch und Brandt als pro-britisch bezeichnet werde. Er sei einer jener Abgeordneten gewesen, die gehofft hätten, daß Großbritannien die Führung in Europa übernehme. Er habe immer dem Tag entgegengesehen, an dem England zu Europa gehören werden. Es gehe nicht darum, pro-französisch oder pro-englisch zu sein, die entscheidende Frage sei, wie man zum Erfolg gelangen könne. Er wolle freundschaftliche Beziehungen mit Großbritannien und mit Frankreich. Wer immer die französische Regierung anführe, man müsse dieses kostbare Gut der deutsch-französischen Verständigung bewahren, denn nicht nur die Regierungen, sondern die beiden Völker hätten diese Entscheidung getroffen. Sie bedeute aber nicht, daß andere ausgeschlossen seien. Deshalb sei es für die Zukunft Europas so außerordentlich wichtig, daß sich Deutschland und Frankreich nicht trennten. Er wisse genau, und habe dies auch nie verhehlt, daß man in vielen Fragen unterschiedlicher Meinung sei. Trotzdem müsse man aber das Erreichte bewahren. Das bedeute aber keineswegs, daß man den Franzosen blind folge. In allen Gesprächen mit de Gaulle habe er klargemacht, wo die Differenzen lägen und wo man nicht einer Meinung sei. Er sei fest davon überzeugt, daß die von ihm dargelegte Methode der einzige Weg sei, auf dem man zum Erfolg gelangen könne.

Der *Premierminister* unterstrich, daß der derzeitige Auftrieb in Großbritannien verlorengehen könne, wenn man nicht weiterkomme. Er habe vier wichtige Siege errungen: Zunächst habe er das Kabinett auf seine Seite gebracht, ohne daß

<sup>13</sup> Zum Scheitern der Verhandlungen am 28./29. Januar 1963 über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG vgl. AAPD 1963, I, Dok. 60.

ein Mitglied zurückgetreten sei, vielmehr habe er von sich aus den betreffenden Minister ersetzt. Sodann habe er die Parlamentsfraktion seiner Partei gewonnen. Schließlich habe er im Parlament die größte Mehrheit seit langer Zeit bekommen und vor kurzem sei seine Politik auf dem Parteitag in Scarborough nachhaltig gebilligt worden. Im Falle einer Enttäuschung der Erwartungen würde sich die Bereitschaft zu einem Beitritt ohne Zweifel abkühlen und die Neigung wachsen, sich nach etwas anderem umzusehen.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß die wirklichen Schwierigkeiten erst beginnen würden, wenn die Verhandlungen einmal aufgenommen seien. Er frage sich, wie dann die Niederländer reagieren würden. Vielleicht habe der Bericht der Kommission<sup>14</sup> ein wenig dazu beigetragen, de Gaulle die Zustimmung zur Aufnahme von Verhandlungen etwas leichter zu machen. Der Bericht mache deutlich, wo die Schwierigkeiten und Probleme lägen. Man müsse unter allen Umständen den Eindruck vermeiden, als ob alles, was die Franzosen vorbrächten, wertlos sei. De Gaulle und die Franzosen und die Welt dürften nicht den Eindruck gewinnen, als ob man den französischen Argumenten kein Gehör schenke und nicht bereit sei, sie zu erörtern. Wenn die Nachricht stimme, daß man bis zum 1. Januar mit der Aufnahme von Verhandlungen rechnen könne, so wäre dies ein Fortschritt.

Der *Premierminister* wiederholte, es wäre vor allem ein Fortschritt, wenn parallel zu den Gesprächen unter den Sechs schon konstruktive Arbeit über einige Fragen geleistet werden könnte, die im Bericht der Kommission angeschnitten seien.

Der Herr *Bundeskanzler* machte darauf aufmerksam, daß bei de Gaulle aber nicht der Eindruck entstehen dürfe, als ob zwischen den Engländern und ausgerechnet der Kommission offizielle Verhandlungen geführt würden.

Der *Premierminister* erklärte, es müsse verhindert werden, daß die Aufnahme der Verhandlungen unter irgendwelchen Vorwänden immer wieder verschoben werde.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, wenn er dem Premierminister einen Rat geben dürfe, so den, in Ruhe und mit Würde die Dinge weiterzuverfolgen, ohne Druck auszuüben. Die englische Position sei derzeit sehr stark und erfreue sich großer Unterstützung.

Der *Premierminister* sagte, die britische Haltung sei eindeutig. Der britischen Regierung sei es ernst, und selbst wenn der britische Antrag auf ein französisches Nein stoße oder auf lange Zeit verzögert werde, bleibe er als Antrag doch immer noch auf dem Tisch. Wenn allerdings die Verzögerung zu lang sei, werde man darin eine Demütigung erblicken müssen. Man habe nun die grundsätzliche Entscheidung getroffen und wolle es nicht nur auf einen Versuch ankommen lassen. Diese Entscheidung sei eine politische Grundsatzentscheidung gewesen und man werde nichts unversucht lassen, um den Beitritt zu verwirklichen.

Der Herr *Bundeskanzler* ging sodann auf die Ereignisse der ersten Hälfte des Jahres 1950 ein, als Adenauer den Vorschlag einer deutsch-französischen Union

<sup>14</sup> Zur Stellungnahme der EG-Kommission vom 29. September 1967 zu den Beitrittsanträgen von Großbritannien, Irland, Dänemark und Norwegen vgl. Dok. 335, Anm. 8.

gemacht habe<sup>15</sup>, welcher vom Quai d'Orsay und der damaligen französischen Regierung sehr kühl, von de Gaulle jedoch begeistert aufgenommen worden sei. Er habe in ihm die Möglichkeit gesehen, Europa bis über den Eisernen Vorhang hinaus zu verwandeln. Bidault habe aber später in seiner „Grabrede auf Europa“ anstelle der europäischen Idee die Konzeption einer atlantischen Gemeinschaft vertreten.<sup>16</sup> Schließlich habe im Mai Robert Schuman am Vorabend der Londoner Außenministerkonferenz<sup>17</sup> seinen Plan einer europäischen Kohle- und Stahl-Gemeinschaft unterbreitet.<sup>18</sup> Als de Gaulle 1958 an die Macht gekommen sei, habe er den Faden von 1950 wieder aufgegriffen. Es sei wichtig zu wissen, wie weit die Thematik bei ihm zurückreiche. Er befürchte, daß viele Leute, die für eine europäische Einheit einträten, darin den ersten Schritt zu einer atlantischen Einheit sehen könnten.

Der *Premierminister* sagte, diese Befürchtung sei auch aus den Äußerungen im Juni deutlich geworden.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß seine Regierung das atlantische Bündnis voll unterstütze und er dies dem General auch gesagt habe. Er habe ihn darauf aufmerksam gemacht, daß er Vertrauen in Deutschland verlieren würde, wenn er gegen die Amerikaner weiterhin die üblichen Vorwürfe vorbringen würde. In Deutschland wünsche man die Anwesenheit amerikanischer Truppen, weil man darin die wichtigste Garantie der Freiheit und Sicherheit gegenüber den Russen sehe. Überraschenderweise habe de Gaulle darauf geantwortet, die NATO als Bündnis sei etwas Gutes und auf eine gewisse Zeit sei gegen die Anwesenheit amerikanischer Truppen nichts einzuwenden. Die starke Sprache, deren er sich bediene, sei nicht gegen die Vereinigten Staaten, sondern gegen diejenigen Kreise innerhalb Frankreichs gerichtet, die bereit wären, zugunsten eines bequemen Lebens in einer atlantischen Gemeinschaft die nationale Identität aufzugeben.

<sup>15</sup> Am 7. März 1950 führte Bundeskanzler Adenauer in einem Interview mit dem amerikanischen Journalisten Kingsbury-Smith u. a. aus, „eine Union zwischen Frankreich und Deutschland würde einem schwerkranken Europa neues Leben und einen kraftvollen Auftrieb geben“. Nach seiner Auffassung sei dies jedoch „die einzige Möglichkeit, die Einheit Europas zu erreichen“. Adenauer verband seine Anregung mit der Bedingung, daß Belgien, Großbritannien, Italien, Luxemburg und den Niederlanden eine Mitwirkung offenstehen und daß das Saargebiet Teil der Bundesrepublik werden müßte. Vgl. Konrad ADENAUER, *Erinnerungen 1945–1953*, Stuttgart 1965, S. 312. Vgl. dazu auch die Aufzeichnung von Adenauer vom 21. März 1950; AAPD 1949/50, Dok. 41.

<sup>16</sup> Am 16. April 1950 schlug der französische Ministerpräsident in einer Rede in Lyon die Schaffung eines „Atlantikrates für den Frieden“ vor. Das im Entstehen begriffene Europa solle dadurch nicht beeinträchtigt, sondern in diese Organisation eingegliedert werden. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1949/50, S. 3149 (Auszug).

<sup>17</sup> Auf der Konferenz der Drei Mächte vom 11. bis 13. Mai 1950 wurde eine Studiengruppe eingesetzt, die im Rahmen der Vorbereitungen für eine Revision des Besatzungsstatuts vom 10. April 1949 u. a. die Frage einer völkerrechtlichen Beendigung des Kriegszustands mit Deutschland erörtern sollte. Für das Communiqué vgl. EUROPA-ARCHIV 1950, S. 3052.

<sup>18</sup> Am 7. Mai 1950 schlug der französische Außenminister Schuman Bundeskanzler Adenauer vor, „die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohlen- und Stahlproduktion einer gemeinschaftlichen hohen Stelle im Rahmen einer Organisation, der die anderen europäischen Länder beitreten können, zu unterstellen“. Nachdem Adenauer am folgenden Tag die Bereitschaft der Bundesregierung zu einem solchen Schritt erklärt hatte, teilte Schuman den Plan am 9. Mai 1950 der Presse mit. Für den Wortlaut der Schreiben vom 7. und vom 8. Mai 1950 vgl. ADENAUER, *Briefe 1949–1951*, S. 508–510, bzw. AAPD 1949/50, Dok. 57. Für den deutschen Wortlaut der Presseerklärung vom 9. Mai 1950 vgl. EUROPA-ARCHIV 1950, S. 3091 f.



Der *Premierminister* war der Auffassung, de Gaulle befürchte, daß die Engländer im Grunde ihres Herzens Atlantiker seien.

Wie der Herr *Bundeskanzler* weiter erklärte, sei de Gaulle der Auffassung, daß die Vereinigten Staaten, ob sie es wollten oder nicht, allein durch ihre Existenz expansiv seien und Europa beherrschen müßten.

Der *Premierminister* sagte, er habe de Gaulle darauf hingewiesen, daß es vor allem die Franzosen – nicht die Engländer und nicht die Deutschen – gewesen seien, die amerikanisches Kapital in ihr Land hereingelassen hätten.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, de Gaulle befürchte, daß die Gemeinschaft nach einem britischen Beitritt ihren Charakter verliere und höchstens noch eine europäische Freihandelszone sein könne.

Der *Premierminister* vertrat die Auffassung, die Sechs hätten schon eine so starke gemeinsame Loyalität gegenüber dem Vertrag von Rom und dem darauf gründenden System entwickelt und gelernt, unter diesem System zu leben, daß die Gefahr einer Verwässerung, wie sie de Gaulle sehe, sehr viel geringer sei, als er annehme.

Nach Auffassung des Herrn *Bundeskanzlers* sei dies nicht seine wirkliche Befürchtung. Er benutze diese Überlegung nur als Argument. Seine wirkliche Überlegung sei die, daß man nicht sicher sein könne, ob Großbritannien bereit und willens sei, eine europäische Position zu akzeptieren, die auf dem Kontinent niemand – weder die Deutschen noch die Franzosen – bisher akzeptiert hätten.

Der *Premierminister* sagte abschließend, de Gaulle befürchte, daß sich zu sechs Leuten, die miteinander Fußball spielen wollten, nunmehr ein neues Mitglied gesellen wolle, das nicht bereit sei, sich an die Regeln zu halten und statt Fußball Baseball zu spielen beabsichtige.

Das Gespräch endete kurz nach 17 Uhr und wurde im Anschluß daran im größeren Kreis fortgesetzt.<sup>19</sup>

**Bundeskanzleramt AZ: 21-30100 (56), Bd. 25**

<sup>19</sup> Vgl. Dok. 363.

## 363

**Deutsch-britische Regierungsbesprechung in London****I A 5-82.20-94.09-1594/67 geheim****23. Oktober 1967<sup>1</sup>**

Im Anschluß an das Gespräch unter vier Augen zwischen dem Herrn Bundeskanzler und Premierminister Wilson<sup>2</sup> fand am 23. Oktober 1967 in Downing Street 10 von 17.10 Uhr bis 18.45 Uhr die erste Arbeitssitzung unter Beteiligung der offiziellen Delegation statt.

Teilnehmer auf deutscher Seite: Bundeskanzler Dr. Kiesinger; Staatssekretär von Hase; MD Prof. Meyer-Lindenberg; Botschafter Dr. Schnippenkötter; VLR I Dr. Boss; MR Neusel; VLR I Dr. von Plehwe; VLR Weber; ORR Schlagintweit; Botschafter Blankenhorn; BR I Dr. Naupert; BR Dr. Schulte-Strathaus.

Teilnehmer auf britischer Seite: Premierminister Wilson; Außenminister Brown; Chancellor of the Exchequer Callaghan; Staatsminister Lord Chalfont; Sir Burke Trend, Secretary of the Cabinet; Sir Paul Gore-Booth, Permanent Under-Secretary of State, Foreign Office; Botschafter Sir Frank Roberts; Sir Con O'Neill, Dep. Under-Secretary of State; Mr. Nield, Dep. Secretary, Cabinet Office; Mr. Robinson, Foreign Office; Mr. Morgan, Foreign Office; Mr. Palliser, Priv. Secretary to PM; Mr. Halls, Priv. Secretary to PM; Mr. Haydon, FO News Dept.; Mr. Lloyd-Hughes, Press Secretary to PM; Mr. Thornton, Cabinet Office, Under-Secretary; Mr. Roberts, Cabinet Office.

PM *Wilson* brachte einleitend seine Befriedigung zum Ausdruck, daß der im Februar d.J. mit dem deutschen Regierungschef vereinbarte Besuch<sup>3</sup> nunmehr zustande gekommen sei. Seinem Vorschlag, heute das Thema „britischer Beitritt zur EWG“ und morgen die weiteren Gesprächspunkte zu behandeln, stimmte der Herr *Bundeskanzler* zu. Er bedauere, daß sein Besuch sich durch widrige Umstände verzögert habe, sei aber froh, daß er nun zu einem guten Zeitpunkt stattfinde. Er komme mit der Absicht, alle Probleme, die beide Länder angehen, gründlich zu besprechen – insbesondere den Wunsch Großbritanniens, in die Europäischen Gemeinschaften einzutreten.

Er brauche, fuhr Dr. Kiesinger fort, über die Haltung unseres Landes und seiner Regierung keine großen Worte zu machen. Wir hätten klar gesagt, daß wir den Beitritt Großbritanniens wollen und das in unseren Kräften Liegende tun würden, um ihn so bald wie möglich zu verwirklichen. Jetzt müsse man über die Frage sprechen, auf welche Weise dies am besten zu erreichen sei.

Auf die Zwischenfrage Mr. *Wilsons*, was über Luxemburg<sup>4</sup> zu sagen sei, entgegnete der Herr *Bundeskanzler*, er sei kein Prophet, aber er glaube, mit ziemlicher Sicherheit sagen zu können, daß es bei dieser Begegnung des Ministerrats nicht zu einer Krise kommen werde. Leider seien die Nachrichten, die er

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschaftsrat Schulte-Strathaus, London, am 23. Oktober 1967 gefertigt und von Botschafter Blankenhorn an das Auswärtige Amt übermittelt.

<sup>2</sup> Vgl. Dok. 362.

<sup>3</sup> Für die Gespräche des Bundeskanzlers Kiesinger mit Premierminister Wilson am 15./16. Februar 1967 vgl. Dok. 55 und Dok. 57.

<sup>4</sup> Zur EG-Ministerratstagung vom 23./24. Oktober 1967 vgl. Dok. 366.

aus Paris erhalten habe, nicht sehr klar gewesen: Außenminister Brandt habe bei seinem letzten Gespräch mit Couve de Murville nicht viel Aufschluß erhalten.<sup>5</sup> Nachrichten aus inoffiziellen Quellen deuteten darauf hin, daß Frankreich darauf bestehe, für eine gewisse Zeit die Sechs unter sich über das Problem des britischen Beitritts beraten zu lassen, – eine alte Forderung, wie man wisse. Für ihn, Kiesinger, sei von Interesse, wie lange diese Phase der Sechser-Besprechungen nach französischen Vorstellungen dauern solle. Heute morgen habe er von Paris eine Nachricht erhalten, daß man diesen Zeitraum gegen Ende dieses oder zu Beginn des nächsten Jahres beenden könnte. Es sei das erste Mal, daß er eine derartige Andeutung gehört habe, und er hoffe, daß sie zutreffe.

Über Außenminister Brandt ebenso wie über Staatssekretär von Hase habe er die französische Seite wissen lassen, daß wir es mit unserem Wunsch nach dem Eintritt Großbritanniens und der anderen in Frage kommenden Länder absolut ernst meinten. Wir seien dabei gewillt, in den prozeduralen Fragen so behutsam vorzugehen wie möglich. Dennoch sollte man sich nicht darüber täuschen, und er, Kiesinger, nehme hier ein Wort des Premierministers auf: „We, too, mean business!“ Wir hätten dies deutlich gesagt, und man könne sich in Paris keiner Täuschung darüber hingeben. Auch in Luxemburg würden wir die gleiche Haltung einnehmen.

Präsident de Gaulle, fuhr der Herr Bundeskanzler fort, habe wohl kaum mit einem anderen Regierungschef die Frage des britischen Beitritts so ausführlich besprochen wie mit ihm: Im Januar<sup>6</sup>, bei den Trauerfeierlichkeiten für Adenauer<sup>7</sup> und ein drittes Mal eingehend im Juli d. J.<sup>8</sup> Dabei habe sich die Haltung des Generals im Laufe der Zeit eher versteift.

Er, Kiesinger, habe sich intensiv bemüht, de Gaulle klar zu machen, daß es in Europa eine starke öffentliche Meinung zugunsten des britischen Beitritts gebe und daß man diese Entwicklung auf die Dauer nicht verhindern könne. De Gaulle sei aber im Prinzip nicht zu überzeugen gewesen: Großbritannien zuzulassen, würde für ihn bedeuten, eine Politik aufzugeben, die er seit 1950 konsequent und mit zunehmender Starrheit verfolgt habe. Er habe schon Adenauers Vorschlag einer Europäischen Union<sup>9</sup> mit fast den gleichen Argumenten zurückgewiesen, die er noch heute benutze. Damals habe er die französische Regierung der Servilität gegenüber Amerika beschuldigt. Als er 1958<sup>10</sup> die Regierung übernahm, habe er den Faden genau da wieder aufgegriffen, wo er ihn 1950 verlassen hatte. Durch politischen Druck könne man de Gaulle nicht von seiner Haltung abbringen, wohl aber müsse es möglich sein, ihm klarzumachen, daß die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften eine Entwicklung sei, die nicht verhindert werden könne. Da man in Brüssel Einstimmig-

<sup>5</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem französischen Außenminister am 16. Oktober 1967 vgl. Dok. 355.

<sup>6</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 13./14. Januar 1967 vgl. Dok. 14–17 und Dok. 19.

<sup>7</sup> Für das Gespräch vom 25. April 1967 vgl. Dok. 142.

<sup>8</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 12./13. Juli 1967 vgl. Dok. 261–264.

<sup>9</sup> Vgl. dazu Dok. 362, besonders Anm. 15 und 16.

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „1959“.

keit brauche, müsse man Frankreich eine Brücke bauen, d.h. die Forderung erfüllen, zunächst unter den Sechs zu beraten und Frankreichs Argumente ernsthaft zu diskutieren. Es sei zu hoffen, daß man heute und morgen in Luxemburg beschließen werde, die Zeit hierfür abzugrenzen, und die Sechserbesprechungen etwa um die Jahreswende 1967/68 zu Ende zu bringen.

Außenminister *Brown* leitete seine Ausführungen mit dem Dank an die deutsche Seite für die bisherige Unterstützung der britischen Beitrittsbemühungen ein. Ohne sie stünde man nicht da, wo man sich heute befinde. Insbesondere sei das Eintreten Brandts im Ministerrat der WEU<sup>11</sup> für Verhandlungen mit Großbritannien hervorzuheben. Auf britischer Seite verstehe man die Auffassung des Bundeskanzlers, daß ein „ganging up“ gegen Frankreich und ein „forcing the French into a corner“ unzweckmäßig sei. Andererseits sei bereits einige Zeit seit der Stellung des britischen Aufnahmeantrags<sup>12</sup> vergangen, man habe ihn gründlich diskutiert, und es sei für die Anhänger dieser Politik in Großbritannien schwer zu verstehen, warum die Angelegenheit nunmehr weiter verzögert werde. Der pro-europäische Schwung sei in Gefahr, sich abzuschwächen. Anders als 1961 sei heute, insbesondere nach dem letzten Jahreskongreß der Labour-Partei<sup>13</sup>, Großbritanniens Beitrittswunsch klar und unzweideutig, (a clean and uncluttered application). Sollte die Verzögerung anhalten und sollte es so aussehen, als ob sie künstlich geschaffen werde, so würden die Freunde des Beitritts „sich nach anderen Dingen umsehen“. Die Position der britischen Regierung würde damit beträchtlich erschwert, die Frage der Orientierung erneut aufgeworfen werden. Botschafter Reilly habe bei seinem Gespräch mit de Gaulle<sup>14</sup> und er, Brown, habe dem hiesigen französischen Geschäftsträger<sup>15</sup>, bedeutet, daß diese Verzögerung eine ernste Wirkung auf die britisch-französischen Beziehungen haben könne. Dies werde möglicherweise Großbritanniens ganze Politik und seine Einstellung zur NATO, zur Stationierung von Streitkräften etc. beeinflussen.

Das wichtigste an den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers sei für die britische Seite die Nachricht, daß die Franzosen an eine Begrenzung der Diskussionen unter den Sechs bis etwa Ende des Jahres dächten, und somit „wirkliche Verhandlungen“ Anfang Januar beginnen könnten. Dieses passe mit dem zusammen, was ihm, Brown, von Couve de Murville in New York gesagt wurde, als er gegenüber dem französischen Außenminister meinte, man könne im November mit den Verhandlungen beginnen. Couve de Murville habe damals entgegnet, er meine, dies sei etwas zu früh, – „vielleicht Ende des Jahres“. Al-

<sup>11</sup> Auf der WEU-Ministerratstagung am 4. Juli 1967 in Den Haag sprach sich Bundesminister Brandt dafür aus, die Frage eines britischen EG-Beitritts im EG-Ministerrat am 10./11. Juli 1967 zu behandeln. Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg faßte die Ausführungen von Brandt im Rund-erlaß vom 7. Juli 1967 zusammen: „Ziel müsse es sein, möglichst bald sachliche Antworten auf gestellte Fragen zu geben. Wir würden bemüht sein, alle Gemeinschaftsstaaten davon zu überzeugen, daß Zeitpunkt für baldige Aufnahme von Verhandlungen und für Beitritte europäischer Staaten zur Gemeinschaft gekommen sei, um den politischen Zusammenschluß der europäischen Staaten und die ökonomische Kooperation in Europa voranzubringen.“ Vgl. Referat I A 2, Bd. 1465.

<sup>12</sup> Zum Antrag vom 11. Mai 1967 vgl. Dok. 197, Anm. 4.

<sup>13</sup> Der Parteitag fand vom 3. bis 7. Oktober 1966 in Brighton statt.

<sup>14</sup> Zum Gespräch des britischen Botschafters in Paris, Reilly, mit Staatspräsident de Gaulle vgl. Dok. 345, Anm. 10.

<sup>15</sup> Gérard André.

lerdings sei dies von den Franzosen bisher niemals bestätigt worden. Die Frage sei, wie eine feste Zusicherung über den Zeitpunkt des Verhandlungsbeginns zu erreichen sei. Ohne eine formelle Verpflichtung sei zu befürchten, daß irgendjemand sich wieder irgendetwas (talks about talks ...) ausdenke, um die Dinge erneut hinauszuschieben. Der Herr Bundeskanzler habe von seinen eingehenden Besprechungen mit de Gaulle berichtet. Das britische Anliegen sei es, daß er diesen seinen persönlichen Einfluß bei dem französischen Staatspräsidenten geltend mache.

Premierminister *Wilson* unterstrich Browns Ausführungen: man dürfe jetzt nicht an Momentum verlieren; die britische Regierung wünsche, in engster Verbindung mit der deutschen und auch mit der französischen Regierung vorzugehen – um weiterzukommen sei ein „complete triangle“ notwendig.

Bundeskanzler *Kiesinger* wiederholte, er habe volles Verständnis für die britischen Argumente. Das wichtigste sei es jetzt, eine neue Krise – durch ein Veto oder auf andere Weise zu vermeiden. Voraussetzung für alles weitere sei, daß man am Verhandlungstisch beisammenbleibe.

In der Frage des prozeduralen Vorgehens liege viel politische Substanz. Vielleicht sei der Ausdruck „Wir müssen de Gaulles Prestige wahren“ noch zu schwach. Der französische Präsident habe so viel Prestige investiert, daß es nicht leicht für ihn sei, notwendige Entwicklungen mitzuvollziehen. Wenn wir sagen, wir wollen die französischen Argumente hören und diskutieren, so sei dies mehr als bloße Höflichkeit.

Er, *Kiesinger*, wiederhole, daß er es für aussichtslos halte, de Gaulle von seiner eigenen Konzeption abzubringen, daß man ihn aber davon überzeugen könne und müsse, daß die europäischen Völker in ihrer überwältigenden Mehrheit die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften um Mitgliedstaaten wie Großbritannien, Irland, Dänemark und Norwegen verlangten. Deshalb hätten die prozeduralen Fragen eine so große politische Bedeutung. Die Vorwürfe, die man gelegentlich auch in der britischen Presse lese, daß nämlich die Bundesregierung dem britischen Beitrittswunsch nur Lippendienste leiste, seien unzutreffend. Er, *Kiesinger*, lese z. B., Brandt sei pro-britisch, und er selbst pro-französisch. Dies sei falsch: „I have the privilege of being a partisan for Britain's entry into Europe before even this country thought of it“. Es sei abwegig zu glauben, es gebe in der Großen Koalition eine pro-französische und eine pro-britische Gruppe. Für die Haltung des deutschen Volkes sei eine Meinungsumfrage im Juni d. J. aufschlußreich, nach welcher 64 Prozent unserer Bevölkerung für den Beitritt Großbritanniens sind, aber nur 39 Prozent die Meinung vertreten, daß dieser Beitritt uns wirtschaftliche Vorteile bringen werde. Dies beweise, daß man bei uns die britische EWG-Mitgliedschaft als eine in erster Linie politische Frage ansehe.

Er halte es für abwegig, den britischen Beitritt durch politische Pression auf Frankreich fördern zu wollen: dies liege auch nicht im britischen Interesse, denn es könne bei de Gaulle nur den gegenteiligen Effekt haben. Man dürfe unsere Haltung nicht so deuten, als suchten wir lediglich, das deutsch-französische Verhältnis um keinen Preis zu belasten. Bei allen Gesprächen mit de Gaulle hätten wir unsere Position entschieden und deutlich klargestellt, auch dann, wenn sie anders war als die französische, so hinsichtlich des Verhältnisses zu

den USA, so in Bezug auf die NATO und so auch im Hinblick auf Großbritannien's EWG-Beitritt. Es sei ein Kernsatz unserer politischen Bemühungen, diesen Beitritt möglich zu machen.

PM *Wilson* warf ein, der Bericht der Kommission<sup>16</sup> habe Mißverständnisse hinsichtlich der britischen Wirtschaftslage zutage treten lassen. Werde es in Luxemburg zu erreichen sein, daß während der bevorstehenden Beratungen der Sechs untereinander informelle Besprechungen zwischen der Kommission und der britischen Regierung über diese Mißverständnisse und andere Teilprobleme stattfinden könnten?

Hierzu verwies der Herr *Bundeskanzler* darauf, daß der Bericht der Kommission nicht vollständig sei. Es heiße ja dort, daß manche Fragen erst gemeinsam mit den Engländern geklärt werden könnten. Er könne sich vorstellen, daß parallel zu den grundsätzlichen Gesprächen der Sechs (z.B. über den Charakterwandel der Gemeinschaft durch das Hinzukommen Großbritanniens) ein Austausch von Meinungen – jedoch keine Verhandlungen – zwischen EWG- und britischen Experten stattfinden. Dies wäre weniger zeitraubend, als ein Hintereinander von a) Sechsergesprächen, b) Gesprächen zwischen der Kommission und den Briten und c) eigentlichen Verhandlungen.

Dieses Nacheinander wurde von Mr. *Brown* mit der Begründung abgelehnt, daß dann jede weitere Verzögerung ermöglicht werde. Er sehe auch nicht viel praktischen Nutzen in Expertengesprächen mit der Kommission; wenn man mit Sicherheit wisse, daß die eigentlichen Beitrittsverhandlungen im Januar beginnen könnten, könnten Expertengespräche nicht schaden. Sei man dessen nicht sicher, böten sie die Möglichkeit unerwünschter Verschleppung.

Zu der Bemerkung des *Bundeskanzlers* über die im Kommissionsbericht noch offenen Fragen verwies Lord *Chalfont* darauf, daß der Bericht sage, diese Fragen sollten durch Verhandlungen geklärt werden. Der Herr *Bundeskanzler* stimmte zu. Dem Wunsche Außenminister Browns, vielleicht schon morgen etwas über die Ergebnisse von Luxemburg mitzuteilen, versprach er nach Möglichkeit nachzukommen.

PM *Wilson* kam dann noch einmal auf das bekannte Argument zu sprechen, der Charakter der Gemeinschaft werde durch den britischen Beitritt einer wesentlichen Veränderung unterzogen. Er sei völlig anderer Ansicht. Die britische Mannschaft werde sich den Regeln unterwerfen, die auf dem europäischen Spielfeld seit zehn Jahren gelten; sie habe nicht die Absicht, neue Regeln oder gar ein neues Spiel einzuführen.

*Bundeskanzler Kiesinger* erklärte seinerseits, der britische Beitritt könne zusätzliche Probleme schaffen, aber er werde nach deutscher Ansicht die Gemeinschaft nicht zerstören. 1961 hätten wir die Sorge gehabt, daß Großbritannien nur mit halben Herzen bei der Sache war. Heute hingegen habe Deutschland den Eindruck, daß Großbritannien die ganze Realität, die aus den Römischen Verträgen<sup>17</sup> herausgewachsen sei, anzunehmen bereit sei. Auch glaub-

<sup>16</sup> Zur Stellungnahme der EG-Kommission vom 29. September 1967 zu den Beitrittsanträgen von Großbritannien, Irland, Dänemark und Norwegen vgl. Dok. 335, Anm. 8.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

ten wir, daß Großbritannien diesmal nicht nur aus wirtschaftlichen Erwägungen den Beitritt anstrebe. Es vollziehe eine revolutionäre, für die britische Geschichte hoch bedeutsame Wendung: So verstünden wir es, und daher nähmen wir die Sache sehr ernst.

Wenn man den 1. Januar 1968 als Verhandlungsbeginn annehme, dann erhebe sich die Frage, wie lange wohl verhandelt werden müsse. Optimistische Schätzungen besagten, daß etwa eine einjährige Verhandlungs- sowie eine weitere einjährige Ratifizierungsperiode in Betracht kommen würden. Sei man nicht so optimistisch, müsse eine noch längere Zeitdauer bis zur tatsächlichen Mitgliedschaft Großbritanniens ins Auge gefaßt werden. Wir glaubten nicht, daß man während dieser ganzen Zeit die Entwicklung der Gemeinschaften einfach abstoppen und in der Schwebe halten könne oder solle. Wir hofften, daß man beides – die Beitrittsverhandlungen und die Weiterentwicklung der Gemeinschaften – synchronisieren könne. Es würde die britische Position erleichtern, wenn sie einem solchen Verfahren zustimmte.

Die britische Regierung, sagte Mr. *Brown*, stimme dem völlig zu, sowie sie auch dem deutschen Rat gefolgt sei, ihre Ungeduld zu zügeln.

Mr. *Callaghan* erinnerte an die gute Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Briten bei den Verhandlungen im Internationalen Währungsfonds.<sup>18</sup> Man sei zu einer befriedigenden Lösung gekommen, da die Franzosen hätten isoliert werden können.

Der Herr *Bundeskanzler* führte dagegen den Erfolg der IMF-Konferenz nicht auf die „Isolierung“ der Franzosen zurück, sondern darauf, daß es gelungen sei, einen brauchbaren Kompromiß zu erzielen. Debré habe sich mit Erfolg bemüht, sich von der ihm auferlegten straffen Marschroute zu lösen. So sei es gelungen, einen annehmbaren Kompromiß zwischen der extremen amerikanischen und der ebenso extremen französischen Haltung zu finden. Diese Interpretation sei ihm lieber als diejenige Callaghans: sie erlaube auch einen optimistischeren Ausblick auf das von Deutschen und Briten gleichermaßen angestrebte Ziel der britischen Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften.

**VS-Bd. 2509 (I A 5)**

<sup>18</sup> Vom 25. bis 29. September 1967 erörterte die Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds in Rio de Janeiro die von der französischen Regierung kritisierte Schaffung von Sonderziehungsrechten. Dazu hob Botschafter von Holleben, Rio de Janeiro, die Rolle der Bundesregierung hervor: „Dies zeigte sich nicht nur in dem Interesse, das die Ansprache des Herrn Bundesminister Schiller bei den Delegationen und der Presse fand, sondern mehr noch darin, daß die Vermittlerrolle, die der Bundeswirtschaftsminister bei den vorausgegangenen Gesprächen innerhalb der Zehnergruppe mit Erfolg übernommen hatte, allgemein ebenso bekannt war wie die von Frankreichs Finanzminister Debré vertretene Einstellung in der Frage der Sonderziehungsrechte. Die Neutralisierung der französischen Einwände und die dadurch ermöglichte Beschlußfassung in der Frage der Sonderziehungsrechte ist in Gesprächen und in der Presse wiederholt als Erfolg des deutschen Ministers hervorgehoben worden.“ Vgl. den Schriftbericht vom 11. Oktober 1967; Referat III A 1, Bd. 187.

## 364

## Deutsch-britische Regierungsbesprechung in London

I A 5-82.20-94.09-1594<sup>1</sup>/67 geheim24. Oktober 1967<sup>1</sup>

Die zweite Besprechung zwischen dem Herrn Bundeskanzler und Premierminister Wilson unter Beteiligung der offiziellen Delegation fand am 24. Oktober 1967 in Downing Street 10 von 10 bis 12 Uhr statt. Auf britischer Seite nahmen außer den in der gestrigen Aufzeichnung<sup>2</sup> genannten Herren teil: Verteidigungsminister Healey; Mr. Mulley, Staatsminister im Foreign Office; Lord Hood, Deputy Under-Secretary of State, Foreign Office. Auf deutscher Seite nahm Botschafter Schnippenkötter an der Sitzung nicht teil.

## Großbritanniens Beitritt zur EWG

Auf die eben aus Luxemburg<sup>3</sup> eingetroffenen Nachrichten eingehend, bedauerte der Herr *Bundeskanzler*, daß sie seinen alten Befürchtungen entsprächen. Sollte der – vorerst nur telefonische – Bericht zutreffen, den er über die gestrigen Äußerungen Couve de Murvilles erhalten habe und sollte Frankreich darauf bestehen bleiben, so käme das praktisch einem Veto gleich. Man müsse den weiteren Gang der Luxemburger Gespräche abwarten, um zu sehen, ob sich in der starren französischen Position irgendwo eine Öffnung finde. Ein sorgfältiges Studium der Texte sei dazu erforderlich.

Premierminister *Wilson* erklärte, zwar habe er noch keine Möglichkeit gehabt, die Luxemburger Nachrichten mit seiner Regierung zu erörtern, es werde aber dabei bleiben, daß die britische Seite es ablehne, sich mit einem Nein als Antwort abzufinden. Sollte es bei der französischen Haltung bleiben, müsse Großbritannien überlegen, wie es seine Interessen am besten wahre, – auch wenn dies schmerzhaftige Wirkungen in dieser oder jener Richtung zeitigen könne.

Mr. *Callaghan* verwies auf einen logischen Bruch in der französischen Argumentierung: Wenn das Pfund Sterling von vielen Ländern als Handelswährung benutzt werde, so profitiere die britische Wirtschaft natürlich davon. Es sei unlogisch, eine Stärkung der britischen Wirtschaft zu fordern und gleichzeitig zu verlangen, ein wesentliches Mittel dazu, nämlich die Geltung des Pfundes als Welthandelswährung, aufzugeben. Bei den bevorstehenden Verhandlungen in Basel<sup>4</sup>, an denen auch Herr Blessing teilnehmen werde, könne man über diesen Punkt ebenso wie über ein dauerhaftes Arrangement zur Absicherung des Pfundes gegen Kursschwankungen sprechen. Die Briten müßten nur sicher sein, daß nicht bei Lösung der jetzt anstehenden Probleme immer wieder neue Schwierigkeiten auf dem Wege Großbritanniens in die EWG aufgebaut würden.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Botschaftsrat Schulte-Strathaus, London, am 24. Oktober 1967 gefertigt und von Botschafter Blankenhorn an das Auswärtige Amt übermittelt.

<sup>2</sup> Für die Gesprächsaufzeichnung des Botschaftsrats Schulte-Strathaus, London, vom 23. Oktober 1967 über die deutsch-britische Regierungsbesprechung vom selben Tag vgl. Dok. 363.

<sup>3</sup> Zur EG-Ministerratstagung vom 23./24. Oktober 1967 vgl. Dok. 366.

<sup>4</sup> Zur Tagung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich am 13. November 1967 vgl. Dok. 391, Anm. 9.



Premierminister *Wilson* bemerkte, daß es in Europa sehr spürbar sein werde, wenn im Gefolge der zu befürchtenden harten Auseinandersetzung jedes Land gezwungen werde, seine eigenen Interessen zu wahren. Das werde sich auch auf die Amerikaner auswirken: Als sie vor zwei Jahren angingen, Investitionen aus Europa abzuziehen, habe man einen Vorgeschmack davon erhalten. Auch Mr. *Callaghan* unterstrich, daß viele Nationen es spüren würden, wenn eine solche Art der Auseinandersetzung beginne.

Premierminister *Wilson* warf ein, zu den vielen ernststen Fragen, die damit zusammenhingen, gehöre z. B. auch das Offset-Abkommen.<sup>5</sup>

Außenminister *Brown* wies darauf hin, daß die Franzosen jetzt die angeblichen wirtschaftlichen Nöte Großbritanniens und die Währungsfrage herauskehrten, während sie seinerzeit das britische Verhältnis zu den USA und zum Commonwealth als Haupthinderungsgrund angeführt hätten. Wer könne sicher sein, daß de Gaulle nach Erfüllung der derzeitigen Bedingungen nicht wieder neue stelle? Das sollten die Fünf den Franzosen offen sagen.

Auf die Bemerkung *Wilson's*, es sei erstaunlich, daß Paris seine Bedenken nicht direkt mit den Briten bespreche, teilte *Callaghan* mit, Debré (im Gegensatz zu Schiller) habe sich geweigert, im Kreise der Sechs über die von Frankreich vorgebrachten Probleme zu sprechen. Er pflichte dem Premierminister bei, daß es sich hier um einen politischen Widerstand handle, der in wirtschaftliche Formen gekleidet sei. Akademische Auseinandersetzungen hätten nun keinen Sinn mehr, sondern man müsse die Probleme offen und vertrauensvoll in Angriff nehmen.

Er stimme mit Mr. *Brown* überein, erklärte dann der Herr Bundeskanzler. Nach dem ersten, politischen Hindernis sei jetzt ein zweites, wirtschaftliches aufgebaut worden. Unsere Haltung sei klar: Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Großbritanniens würden Probleme mit sich bringen, aber diese seien lösbar. Die große Schwierigkeit sei jetzt, bei den bevorstehenden Beratungen Fortschritte zu machen, ohne daß es zu einem Bruch komme. Bleibe die französische Haltung so starr, müßten die Auseinandersetzungen heftiger werden. Keinesfalls könne man die gestrigen Argumente Couve de Murvilles akzeptieren.

Atlantische Allianz

Mr. *Brown* umriß die britische Position mit den Worten, Großbritannien wünsche weder eine Erosion der Allianz noch, daß Frankreich 1969 dem Bündnis ganz den Rücken kehre. Glaube der Herr Bundeskanzler, daß de Gaulle bereits beschlossen habe, dies zu tun? In London mache man sich Sorgen über die

<sup>5</sup> Dazu stellte Ministerialdirektor Harkort am 4. Oktober 1967 fest: „Es ist bekannt, daß die britische Regierung die baldmögliche Aufnahme von Verhandlungen über die Fortsetzung des Devisenausgleichs nach dem 1. April 1968 wünscht. Konkrete britische Vorschläge liegen noch nicht vor. Man geht jedoch nicht fehl in der Annahme, daß weiterhin erhebliche deutsche Ausgleichszahlungen gefordert werden, die in einem sich über mehrere Jahre erstreckenden Abkommen vereinbart werden sollen. [...] Das gegenwärtige bis zum 31. März 1968 laufende Devisenausgleichsabkommen sind wir entschlossen, voll zu erfüllen. Über den Erfüllungsstand seit Beginn des Abkommens (1. April 1967) liegen noch keine statistischen Unterlagen vor. Die erste Zwischenabrechnung wird Anfang November vorgenommen werden. Aus allen verfügbaren Informationen ergibt sich jedoch, daß die Erfüllung des Abkommens planmäßig vorgenommen wird.“ Vgl. VS-Bd. 2457 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

mögliche amerikanische Reaktion. Washington brauche Soldaten für Vietnam; eine Schwächung der Allianz würde den Druck verstärken, Truppen aus Europa abzuziehen.

Zweitens müsse man, um die europäische Entspannung zu fördern, Vorkehrungen für eine verstärkte politische Konsultation in der NATO treffen. Dies sei für Deutschland noch wichtiger als für andere Bündnispartner. Wir müßten uns daher auch hinsichtlich der Harmel-Studien über die französischen Ansichten Klarheit verschaffen (try to read the French mind). Von dem Verbleiben oder Nichtverbleiben Frankreichs im Bündnis werde abhängen, wie weit man bei den Harmel-Vorschlägen gehen könne. Blieben die Franzosen in der NATO, müsse man die Studie so halten, daß auch Paris sie unterzeichnen könne.

Ein drittes Problem sei die Frage der „balanced force reduction“. Es habe keinen Sinn, amerikanische, britische oder deutsche Truppenstärken zu verringern, wenn man nicht mit ähnlichen sowjetischen Maßnahmen rechnen könne. Dies schriftlich zugesichert zu bekommen, werde wohl nicht möglich sein, aber vielleicht gebe es irgendeine Form des gegenseitigen Einverständnisses in dieser Richtung. Die britische Regierung würde etwas derartiges sehr begrüßen.

Hierzu stellte Bundeskanzler *Kiesinger* fest, für seine Regierung sei der Fortbestand der NATO, und zwar des integrierten militärischen Systems eine sehr dringende politische Forderung. Dies sei einer der Punkte, in denen wir mit Frankreich durchaus nicht übereinstimmten. Wir hätten Frankreichs Austritt aus dem integrierten NATO-System außerordentlich bedauert, er sei aber geschehen, und nun müßten wir versuchen, das Beste daraus zu machen.

Auch die Frage nach der politischen Zusammenarbeit in der NATO führe sofort wieder zum Problem Frankreich. Gerade dies – politische Bindungen zwischen Europa und den USA – wolle de Gaulle nicht. Hingegen habe der General ihm beim letzten Treffen klar und in einer sehr entschiedenen Weise gesagt, er halte den Fortbestand der NATO für notwendig.<sup>6</sup> Es sei schwer vorstellbar, daß er für 1969 Frankreichs Austritt vorhabe. Dasselbe sei unserer Pariser Botschaft vom Quai d'Orsay ausdrücklich versichert worden.<sup>7</sup> Wir hätten keinen Grund, daran zu zweifeln, – umso mehr als de Gaulle im allgemeinen derartige weitreichenden Entschlüsse vorher anzukündigen pflege.

Hier nun liege eine Gefahr in der Harmel-Studie. Gewinne de Gaulle den Eindruck, daß die NATO sich zu einer Art Politischen Atlantischen Union entwickeln könnte, so bestehe die Gefahr, daß er seine Haltung hinsichtlich des weiteren Verbleibens Frankreichs im Bündnis ändere. Dies solle man im Auge behalten im weiteren Verlauf der Harmel-Studie. Daß eine gemeinsame Verteidigung ohne politische Abstimmung nicht möglich sei, müsse jeder einsehen. Die Frage sei, ob dies am besten innerhalb oder außerhalb des NATO-Systems geschehe.

Bei seinem Besuch im letzten Sommer in Washington, fuhr der Herr Bundeskanzler fort, habe er Mißverständnisse über angeblich notwendig gewordene Kürzungen der Bundeswehr um 60 000 Mann ausräumen müssen<sup>8</sup>; wenn über-

<sup>6</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 12./13. Juli 1967 vgl. Dok. 261–264.

<sup>7</sup> Zur Frage eines möglichen Ausscheidens Frankreichs aus der NATO vgl. Dok. 328.

<sup>8</sup> Vgl. dazu das Gespräch mit Präsident Johnson am 15. August 1967 in Washington; Dok. 301.

haupt Einsparungen stattfinden, dann zum Zwecke einer moderneren Ausrüstung und eines besseren Zahlenverhältnisses zwischen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften. Im Bundesverteidigungsministerium gebe es Pläne, die Truppenverringerungen auf 15 000 bis 19 000 Mann zu beschränken und über mehrere Jahre zu verteilen.

Nach Ansicht der Bundesregierung müsse die Verteidigungskraft des Westens erhalten bleiben, solange im Osten eine gewaltige militärische Kraft bereitstehe. Wir betrachteten jede Verringerung Allierter Truppen mit einer gewissen Sorge.

Das bedeute aber nicht, daß wir keine Entspannung wollten. Wenn es schon die beiden großen Militärmaschinen gebe, so solle man zumindestens vermeiden, sie politisch immer mehr aufzuladen, denn dies könne eines Tages zur Explosion führen. Hinsichtlich der Truppenverringerung lehnten wir einseitige Vorleistungen ab, denn noch nie seien solche Vorleistungen durch entsprechende Schritte des Ostens beantwortet worden.

#### Ost-West-Beziehungen

Wir meinten, fuhr der Bundeskanzler fort, unsere Politik der Entspannung ehrlich, aber die gegenwärtige Haltung des Ostens mache es schwer, an irgendwelche Fortschritte zu glauben. Wir seien bereit zu Gewaltverzichtserklärungen und wären froh, wenn es zu einer beiderseitigen Truppenreduzierung käme. Wir seien jederzeit zu einem Gespräch mit unseren Freunden und Verbündeten und dann auch mit dem Osten über diese Punkte bereit.

Die besondere Schwierigkeit für uns liege natürlich in dem bekannten Problem der Teilung Deutschlands und Europas; hinzu käme die Oder-Neiße-Frage in unserem Verhältnis zu Polen. In allen sowjetischen Vorschlägen, auch in Verbindung mit der Rüstungskontrolle werde versucht, die Teilung Deutschland zu zementieren.

Nach seiner Rückkehr aus Moskau habe Botschafter Zarapkin unseren Vorschlag des Austausches von Gewaltverzichtserklärungen zwar aufgegriffen<sup>9</sup>, aber wieder stecke darin die Forderung, in diesen Gewaltverzicht nicht nur, wie von uns vorgeschlagen, die „DDR“ einzubeziehen, sondern darüber hinaus Pankow auf den gleichen Fuß zu stellen wie jeden anderen Staat und damit die „DDR“ anzuerkennen. Wenn dies, wie es scheine, vorläufig das Ziel der Sowjetunion sei und bleibe, dann erschwere es für uns die Situation außerordentlich. Wir könnten eine völkerrechtliche Anerkennung der Existenz eines zweiten deutschen Staates nicht geben.

Wenn wir dies täten, würden wir unsere Landsleute verraten, die nie Gelegenheit hatten, ihren Willen selbst auszudrücken. Dagegen seien wir bereit, im Verhältnis mit Pankow zu einem *modus vivendi* zu kommen, der es erlaube, die menschlichen Härten der Teilung zu beseitigen oder zu mildern. Mit dieser Politik hätten wir kein Verständnis gefunden. Ein Regime, das eine Mauer brauche, könne nicht anders reagieren.

Wo immer möglich hätten wir versucht, unsere Beziehungen zu allen östlichen Nachbarn zu verbessern. Dies habe uns den Vorwurf eingetragen, wir wollten

<sup>9</sup> Vgl. dazu das Gespräch mit Bundesminister Brandt am 12. Oktober 1967; Dok. 347.

die SBZ isolieren. Das treffe in gewisser Weise auch zu: wir wollten in Osteuropa ein Klima des gegenseitigen Verständnisses schaffen, dem sich Pankow nicht auf die Dauer widersetzen könne. Doch hierzu bedürfe es vieler Geduld. Jedenfalls könne man nicht weiterkommen, wenn die Sowjetunion alle Entspannungsbemühungen von der vorherigen Anerkennung der „DDR“ abhängig mache. Unsere Fortschritte gegenüber Rumänien und der Tschechoslowakei seien bekannt. Ob es mit Jugoslawien in absehbarer Zeit zur Herstellung diplomatischer Beziehungen kommen werde, bedürfe noch der Klärung.

Gegenüber Polen habe Dr. Kiesinger in seiner Regierungserklärung „ein kleines Angebot“ gemacht: eine gemeinsame Lösung zu suchen, die für beide Seiten annehmbar sei.<sup>10</sup> Hierüber könne man auch vor einem Friedensvertrag sprechen, auch wenn diesem die letzte Entscheidung vorbehalten bleiben müsse. Aber auch dieses stoße auf die synchronisierte Ablehnung durch Moskau, Pankow und – unter dessen Einfluß – die osteuropäischen Länder.

Wir sagten nicht mehr: zuerst Wiedervereinigung, dann Entspannung, sondern wir stimmten mit unseren Freunden überein, daß man durch Entspannung zu einer Situation des Friedens in Europa gelangen müsse und daß diese eine gerechte Lösung der deutschen Frage einschließe. Die Sowjetunion versuche, den Status quo zur Voraussetzung einer Entspannung zu machen. Man könne nur hoffen, daß der Osten eines Tages begreife, daß es in seinem eigenen Interesse liege, einer Lösung zuzustimmen. Auch wenn diese Hoffnung heute nur schwach sei, müsse man sich mit Geduld weiterbemühen.

Außenminister *Brown* bestätigte die vom Herrn Bundeskanzler festgestellte Härte der sowjetischen Haltung. Dagegen habe der jugoslawische Außenminister bei seinem Londoner Besuch in der vorigen Woche<sup>11</sup> sich in seinen Ansichten gegenüber Deutschland als taktvoll und freundlich gezeigt. Belgrad sei zu diplomatischen Beziehungen mit uns bereit, wann immer wir wollten.

Hinsichtlich des Verhaltens gegenüber Frankreich innerhalb der Allianz sei auch die britische Regierung dafür, nichts zu tun, was die Franzosen ausschließe. Man könne aber nicht zulassen, daß Frankreich alles blockiere. Wenn die Allianz sich nicht im Einklang mit der Umwelt weiterentwickle, verfalle sie der Erosion.

Premierminister *Wilson* betonte, auch hinsichtlich der Entspannung gegenüber dem Osten gelte der Satz: „Never take No for an answer“! Beim Besuch Kossygins in London<sup>12</sup> habe dieser erwähnt, er müsse – auch hinsichtlich Chinas – auf seine öffentliche Meinung Rücksicht nehmen. Vielleicht sei für ihn ein Kurswechsel in der Deutschlandpolitik, der ebenfalls und zwar sehr stark die öffentliche Meinung der Sowjetunion involvieren würde, unmöglich, solange der Konflikt mit China andauert.

Verteidigungsminister *Healey* erläuterte, daß Großbritannien ebenso wie die USA versuchten, die Verteidigungskosten zu verringern, jedoch nicht durch Kür-

<sup>10</sup> Für den entsprechenden Passus der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 vgl. Dok. 14, Anm. 16.

<sup>11</sup> Der jugoslawische Außenminister Nikezić hielt sich vom 16. bis 20. Oktober 1967 zu Gesprächen mit Premierminister Wilson und Außenminister Brown in London auf.

<sup>12</sup> Zum Aufenthalt des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 6. bis 13. Februar 1967 in London vgl. Dok. 55, besonders Anm. 8.

zung der Truppenstärken, sondern durch Truppenverlagerungen. Einseitige Verringerung von Mannschaftsstärke würde eine absolute und unwiderrufliche Reduktion auch bei anderen Bündnispartnern zur Folge haben. Die britische Regierung habe durch die Verlagerung des Schwerpunkts ihrer Verteidigung von „East of Suez“ nach Europa eine Entscheidung von historischer Bedeutung getroffen. Er hoffe, die Bundesregierung werde, auch im Hinblick auf die strategischen Folgen, ihren Beschluß überprüfen, die deutsche Truppenstärke um 19000 Mann zu verringern. Des weiteren schlage er zunächst bilaterale, dann trilaterale und später multilaterale Verhandlungen im Rahmen des Bündnisses vor, um zu einer gemeinsamen Entwicklung, Standardisierung und Produktion von Waffen und Ausrüstung zu gelangen.

Bundeskanzler *Kiesinger* unterstrich, daß wir die Truppenreduzierung unterlassen würden, wenn dies irgendwie zu ermöglichen sei. Sollte eine Kürzung unabweisbar werden, so würden wir sie sehr gründlich sowohl mit den Briten wie auch im Rahmen der Allianz zur Diskussion stellen.

#### Deutsch-britischer Devisenausgleich

An die Schwierigkeiten in früheren Jahren erinnernd, sprach Premierminister *Wilson* von dem neuen Plan, den Botschafter Sir Frank Roberts im letzten Sommer der Bundesregierung vorgelegt habe und der dem periodisch wiederkehrenden mühevollen Verhandeln ein Ende setzen solle.<sup>13</sup> Jede Entlastung Großbritanniens hinsichtlich der Stationierungskosten stärke seine Position in den EWG-Verhandlungen, – das habe die gestrige Erklärung Couve de Murvilles in Luxemburg erneut gezeigt.

Demgegenüber verwies Bundeskanzler *Kiesinger* auf unsere eigene Situation und die Bedingungen, die Ende vorigen Jahres zur Regierungsumbildung geführt hätten. Wir seien dabei, unsere öffentlichen Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Das letzte Offset-Abkommen<sup>14</sup> sei erfüllt worden und das jetzt laufende<sup>15</sup> werde erfüllt werden. Die weiteren Überlegungen hingen mit unserer künftigen Verteidigungskonzeption zusammen. Hiervon sei es auch abhängig, ob wir die Vorschläge Healeys für eine intensivere Zusammenarbeit auf dem Rüstungsgebiet aufgreifen und im einzelnen studieren könnten. Etwa Anfang kommenden Jahres werde man in dieser Hinsicht klarer sehen. Dies hindere aber nicht, daß sich schon jetzt Sachverständige mit dem Problem befäßen, um spätere Verhandlungen vorzubereiten. Doch sollten diese Expertengespräche nicht öffentlich stattfinden.

#### Nichtverbreitungsvertrag

Hierzu erklärte der *Bundeskanzler*, der jetzt in Genf vorliegende Vertragsentwurf<sup>16</sup> sei für uns weniger zufriedenstellend als die seinerzeit von den Amerikanern erhaltenen Auskünfte. Für uns spielten bekanntlich die Komplexe zivile Forschung, die Kontrollfrage und der Schutz gegen politische Erpressung von

<sup>13</sup> Zum britischen Memorandum vom September 1967 vgl. Dok. 396, besonders Anm. 4.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 27. Juli 1964 über den Devisenausgleich vgl. Referat III A 5, Bd. 385.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 5. Mai 1967 vgl. Referat III A 5, Bd. 566.

<sup>16</sup> Zum amerikanisch-sowjetischen Entwurf vom 24. August 1967 für ein Nichtverbreitungsabkommen vgl. Dok. 314.

Nichtnuklearmächten durch Nuklearmächte (z. B. die Sowjetunion) eine besondere Rolle.

Die „europäische Option“ habe für uns an Bedeutung verloren, denn wenn es zu einem Vereinigten Europa komme, werde sie wahrscheinlich pragmatisch gelöst werden können.

Der amerikanische Wunsch nach dem Zustandekommen eines Nichtverbreitungsvertrags sei uns bekannt, doch hielten wir Meinungen wie die seinerzeit von Foster in den „Foreign Affairs“<sup>17</sup> veröffentlichte, daß man für den NV-Vertrag sogar eine Erosion des Bündnisses in Kauf nehmen könnte, für sehr gefährlich.

Staatsminister *Mulley* verwies auf das Risiko, das darin liege, wenn man sich in Genf nicht einige. Dann gehe die NV-Diskussion wieder nach New York, wo man möglicherweise dem sowjetischen oder dem schwedischen Text<sup>18</sup> zustimme. Dies würde die Lage der Deutschen ebenso wie die der Engländer und Amerikaner erschweren.

Für uns sei, betonte der *Bundeskanzler*, die Frage der Kontrolle von Bedeutung: sie müsse so wenig diskriminierend wie möglich gelöst werden. Wenn schon die Sowjets uns nicht entgegenkämen – würden unsere Verbündeten bereit sein, sich derselben Kontrolle zu unterwerfen wie wir?

Im Falle einer nuklearen Erpressung müßten die Vertragsunterzeichner die Möglichkeit haben, den Vertrag zu kündigen oder es müsse möglich sein, das Abkommen für eine bestimmte Zeit abzuschließen, in der man Erfahrungen sammeln könne.

Nach dem Vorschlag Premierminister *Wilson*s kam man überein, die Diskussion zum Tagesordnungspunkt „Nichtverbreitungsvertrag“ nach Rückkehr Botschafter Dr. Schnippenkötters fortzusetzen.

Des weiteren bestand Übereinstimmung darüber, bei Abschluß des Kanzlerbesuchs zwar kein Communiqué, wohl aber eine Verlautbarung (statement) zu veröffentlichen, deren Wortlaut zwischen den beiden Delegationen abgesprochen werden solle.<sup>19</sup>

**VS-Bd. 2509 (I A 5)**

<sup>17</sup> Vgl. William C. FOSTER, Risks of Nuclear Proliferation. New Directions in Arms Control and Disarmament, in: Foreign Affairs 43 (1964/65), S. 587–601. Zur Bewertung durch die Bundesregierung vgl. auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 9. Juli 1965; VS-Bd. 8501 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>18</sup> Zum schwedischen und zum sowjetischen Entwurf vom 30. August bzw. vom 1. September 1967 für Artikel III (Kontrollartikel) eines Nichtverbreitungsabkommens vgl. Dok. 314, Anm. 24, und Dok. 322.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung vom 26. Oktober 1967 vgl. Referat I A 5, Bd. 307.

## 365

### Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Premierminister Wilson in London

Z A 5-120.A/67 geheim

25. Oktober 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler traf am 25. Oktober 1967 um 12.00 Uhr zu einem Vieraugengespräch mit Premierminister Wilson in 10 Downing Street zusammen.

Der *Premierminister* nannte die Gespräche, die er mit dem Herrn Bundeskanzler während der vergangenen Tage geführt habe<sup>2</sup>, sehr nützlich und sagte, es wäre bedauerlich, wenn man nicht in allen Fragen in enger persönlicher Verbindung bliebe. Dies gelte vor allem für die Entwicklung innerhalb der Gemeinschaft.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er werde am folgenden Tag im Bundestag eine Erklärung über seine Londoner Gespräche abgeben.<sup>3</sup> Desgleichen werde der Außenminister über die Luxemburger Tagung sprechen.<sup>4</sup> Dies sei der erste Schritt. Dann müsse man prüfen, wie man weiter vorgehe. Deutscherseits werde man mit allen Regierungen sprechen, besonders mit den Italienern. Moro sei ein Mann, den er sehr schätze und mit dem er gut zusammenarbeiten könne.

Der *Premierminister* hielt es auch für wichtig, die Italiener nicht zu vernachlässigen. Auch nach Auffassung von Lord Chalfont spielten die Italiener in der derzeitigen Konstellation eine wichtige Rolle. Auf das Urteil der deutschen Regierung legten sie besonders großen Wert und hörten auf die Deutschen vielleicht mehr als auf sonst jemand.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, Moro und Saragat seien sehr gute Leute. Fanfani ändere immer seine Taktik, doch sei auch er für den britischen Beitritt. Die Italiener hätten dies in Rom de Gaulle deutlich gesagt.<sup>5</sup>

Der *Premierminister* bezeichnete Saragat als einen Politiker, der manchmal etwas unglücklich darüber sei, daß ihm sein Amt als Präsident nicht genügend politischen Spielraum lasse. Er selbst sei an der Aussöhnung zwischen Saragat und Nenni nicht ganz unbeteiligt gewesen. Da man sich über die Loyalität Nennis nicht ganz im klaren gewesen sei, habe er (Wilson) im Einvernehmen mit Brandt den Vorschlag gemacht, Nenni nach Berlin einzuladen. Dies sei als Test gedacht gewesen, denn angesichts der Mauer müsse man Farbe bekennen. Nenni habe diesem Vorschlag zugestimmt, doch sei dann die Entwicklung

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 26. Oktober 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Für die Gespräche vom 23./24. Oktober 1967 vgl. Dok. 362–364.

<sup>3</sup> Für die Erklärung vom 26. Oktober 1967 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 65, S. 6533 f.

<sup>4</sup> Für die Erklärung des Bundesministers Brandt vom 26. Oktober 1967 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 65, S. 6532 f.

Zur EG-Ministerratstagung vom 23./24. Oktober 1967 vgl. Dok. 366.

<sup>5</sup> Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten anlässlich des 10. Jahrestags der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 29./30. Mai 1967 vgl. Dok. 197.

so rasch weitergegangen, daß es zu dem Berlin-Besuch nicht mehr gekommen sei. Nenni habe sich ferner zur NATO bekannt mit dem einzigen Vorbehalt, daß er der MLF, die damals noch zur Diskussion gestanden habe, nicht zugestimmt habe.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, daß man den Italienern mehr Aufmerksamkeit widmen müsse. Sie hätten manchmal das Gefühl, etwas links liegen gelassen zu werden.

Der *Premierminister* kam sodann auf die technologische Zusammenarbeit zu sprechen und regte an, möglichst bald mit der praktischen Arbeit zu beginnen. Es komme darauf an, die entsprechenden Firmen in unmittelbaren Kontakt und zu einer direkten Zusammenarbeit zu bringen. Bisher habe es sich vorwiegend um Begegnungen von Wissenschaftlern und um die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Raumfahrttechnik gehandelt, doch bedürfe es nun einer soliden Grundlage für eine technologische Zusammenarbeit, die nur gewährleistet sei, wenn die entsprechenden Firmen direkt den Weg zueinander fänden. Er denke dabei vor allem an eine bilaterale Zusammenarbeit, vielleicht seien auch einige zusätzliche multilaterale Entwicklungen denkbar. Diesen Bemühungen könne aber nur Erfolg beschieden sein, wenn England zu den Sechs komme, da eine Zusammenarbeit über eine Zollmauer hinweg nicht möglich sei. Er wolle deshalb auch die Arbeiten an den britischen Vorstellungen über ein echtes europäisches Gesellschaftsrecht fortsetzen lassen. In Großbritannien würden bereits zahlreiche Firmen zusammengelegt, weil die Produktionskapazität der einzelnen Firmen oft zu gering sei. Von diesen Zusammenschlüssen seien aber Firmen, die in amerikanischem Besitz stünden, ausgeschlossen. Die Amerikaner hätten bereits eigene europäische Dachfirmen geschaffen. Das bekannteste Beispiel hierfür sei Ford. Ford wolle als Dachorganisation für die einzelnen nationalen Ford-Betriebe in Europa eine Gesellschaft „Ford of Europe“ gründen. Wenn er der amerikanischen Wirtschaftsexpansion in England nicht Einhalt geboten hätte, wäre es beispielsweise nicht möglich gewesen, eine eigene Computer-Industrie zu entwickeln. Er betonte, daß beim Firmenzusammenschluß französische Firmen nicht ausgeschlossen sein sollten. Mit den Franzosen habe man zur Zeit technische Kontakte, vor allem auf dem Gebiet des Flugzeugbaus. Was die Zusammenarbeit mit den Deutschen angehe, so hoffe er, daß man Fortschritte bei dem Jaguar-Projekt<sup>6</sup> erzielen könne. Es sei wichtig, daß die Deutschen nicht nur als Käufer aufträten, sondern sich auch an der gemeinsamen Produktion beteiligten.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, hierüber sei vor kurzem auf einer Kabinettsitzung gesprochen worden. Er wisse nicht genau, wie weit die Entscheidung im Verteidigungsministerium vorbereitet sei. In der kommenden Woche werde das Thema noch einmal zur Sprache kommen.<sup>7</sup>

<sup>6</sup> Zu den Überlegungen der Bundesregierung, sich im Rahmen des deutsch-britischen Devisenausgleichs an der Produktion des Kampfflugzeugs „Jaguar-Ecat“ durch Übernahme der britischen Triebwerke zu beteiligen, vgl. bereits die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 21. November 1966; VS-Bd. 433 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>7</sup> Zur deutsch-britischen Rüstungszusammenarbeit vgl. auch weiter Dok. 396.



Der *Premierminister* erkundigte sich sodann nach dem Befinden von Herrn Schröder.<sup>8</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* ging sodann kurz auf die parlamentarische Situation in der Bundesrepublik ein. Er sagte, die Regierung sehe sich einer starken Opposition außerhalb des Parlamentes gegenüber, die vor allem in der Presse, im Rundfunk und im Fernsehen sowie unter den Intellektuellen zu finden sei. Deshalb habe er vor kurzem eine deutliche Sprache sprechen müssen.<sup>9</sup>

Der *Premierminister* sagte, seine Opposition sei vor allem in der konservativen Presse und unter den Intellektuellen zu finden, die unzufrieden seien und utopische Vorstellungen hätten.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, es sei sehr viel besser, wenn die starke Opposition innerhalb des Parlaments zum Ausdruck komme. Dann habe man das, was de Gaulle die „grande querelle“ nenne, und man habe einen Boden, auf dem man kämpfen könne.

Der *Premierminister* griff sodann den Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers vom Vortag auf, in der Frage des Devisenausgleichs Sachverständige ohne Publizität Kontakte miteinander aufnehmen zu lassen.<sup>10</sup> Er stimme diesem Vorschlag gerne zu.

Auf die Frage des *Premierministers*, wie es in der Bundesrepublik mit der Wirtschaftsentwicklung stehe, sagte der Herr *Bundeskanzler*, Professor Schiller sei ein guter Mann, wenngleich er vielleicht zu sehr Professor sei. Er selbst sei überzeugt, daß die Wirtschaftslage in der ersten Hälfte des kommenden Jahres wieder normal sei. Im Winter müsse man mit einer höheren Arbeitslosenzahl rechnen. Ein schwieriges strukturelles Problem sei der Bergbau.

Der *Premierminister* sagte, er habe das gleiche Problem, jedoch sei es in England leichter zu lösen, weil die Entscheidungen zentral im National Coal Board getroffen würden. Jedes Bergwerk, das nicht mehr wirtschaftlich arbeite, werde geschlossen. Man habe die Zahl der Betriebe bereits um die Hälfte gekürzt. In manchen Gebieten sei der Bergbau völlig zum Erliegen gekommen, in anderen wiederum, sei er intensiviert worden. Die frei werdenden Arbeitskräfte würden zu einem großen Teil in andere Bergbauggebiete verlagert, wo sie in ihrem Beruf weiterarbeiten könnten, da in zahlreichen Bergwerken noch Mangel an Arbeitskräften bestehe. Wo dies nicht möglich sei, würden die Bergleute mit 55 Jahren pensioniert und erhielten noch drei Jahre lang ihre normalen Bezüge. Das National Coal Board verfüge über einen eigenen Pensionsfonds. Gleichzeitig versuche man, in den Notstandsgebieten neue Fabriken zu errichten, um Arbeitsmöglichkeiten für frei werdende Arbeitskräfte aus dem Bergbau zu schaffen.

Auf die Frage Berlins eingehend sagte der Herr *Bundeskanzler*, die Entwicklung dort sei nicht ohne Gefahren. Ein Problem sei die Bevölkerungsstruktur. An der Universität trügen sich seltsame Dinge zu, die von einer kleinen Gruppe

<sup>8</sup> Bundesminister Schröder erkrankte am 29. August 1967. Am 9. November 1967 nahm er seine Dienstgeschäfte wieder auf.

<sup>9</sup> Vgl. dazu Dok. 348, Anm. 14.

<sup>10</sup> Zum Vorschlag vom 24. Oktober 1967 vgl. Dok. 364.

Zur Sitzung der Sachverständigen am 20. November 1967 in Bonn vgl. Dok. 396.

Radikaler ausgingen. Die übrigen Studenten und die Professoren täten nichts dagegen, so daß es dieser Gruppe möglich sei, die anderen zu terrorisieren. Schütz sei ein ruhiger und fester Mann, und wenn er vielleicht auch noch nicht das Profil von Willy Brandt habe, so habe das Amt des Regierenden Bürgermeisters dem jeweiligen Inhaber doch immer Statur gegeben. Albertz habe kein Glück gehabt.<sup>11</sup>

Im Zusammenhang mit der Audienz bei der Königin<sup>12</sup> erwähnte der *Premierminister* deren erfolgreichen Deutschland-Besuch. Dieser Besuch sei vor seiner Regierungsübernahme<sup>13</sup> arrangiert worden. Die einzige noch offene Frage sei gewesen, ob die Königin nach Berlin gehen solle.<sup>14</sup> Er habe sich hierfür eingesetzt, obschon im Unterhaus einige Kritik laut geworden sei, doch sei seine Entscheidung sicher richtig gewesen.

Abschließend betonte der Premierminister noch einmal, wie wichtig es sei, den persönlichen Gedankenaustausch fortzusetzen, was über die Botschafter<sup>15</sup> oder Lord Chalfont erfolgen könne, der sein volles Vertrauen genieße.

Das Gespräch endete gegen 12.30 Uhr.

**Bundeskanzleramt AZ: 21-30100 (56), Bd. 25**

<sup>11</sup> Zum Rücktritt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Albertz, vgl. Dok. 355, Anm. 17.

<sup>12</sup> Am Vormittag des 25. Oktober 1967 wurde Bundeskanzler Kiesinger von Königin Elisabeth II. empfangen.

<sup>13</sup> Am 16. Oktober 1964 übernahm Premierminister Wilson nach dem Wahlsieg der Labour Party vom Vortag die Regierungsgeschäfte.

<sup>14</sup> Königin Elisabeth II. besuchte die Bundesrepublik vom 18. bis 28. Mai 1965. Am 27. Mai 1965 hielt sie sich in Berlin (West) auf. Die Entscheidung über die Aufnahme von Berlin (West) in das Besuchsprogramm wurde erst im Februar 1965 getroffen. Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Botschafter Roberts am 4. Dezember 1964 und den Drahtbericht des Botschafters Blankenhorn, London, vom 9. Juni 1965; AAPD 1964, II, Dok. 372, S. 1445, bzw. AAPD 1965, II, Dok. 239.

<sup>15</sup> Herbert Blankenhorn bzw. Frank K. Roberts.

## 366

**Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr****St.S. 1979/67 geheim****25. Oktober 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Haltung der französischen Regierung in der Frage des Beitritts Großbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften

Die Haltung Frankreichs in der Beitrittsfrage läßt sich auf Grund der Ausführungen Ministers Couve de Murville im Luxemburger Ministerrat vom 23./24. Oktober 1967<sup>2</sup> wie folgt analysieren:

1) Herr Couve de Murville erklärt, daß Frankreich nicht grundsätzlich gegen Beitritte sei und auch keine grundsätzlichen Einwendungen gegen die vier Antragsteller Großbritannien, Dänemark, Norwegen und Irland habe. Diese Feststellung wird jedoch durch zwei andere eingeschränkt oder aufgehoben. Herr Couve de Murville meint, daß diese Beitritte die Gemeinschaft, die eine Wirtschaftsunion sein solle, zur Handelsunion denaturieren werden. Ferner hat er die den Ratsmitgliedern von dem Ratspräsidenten<sup>3</sup> vorgelegte Frage: „Führt der Beitritt neuer Mitglieder zu einer Änderung der grundlegenden Ziele, der typischen Merkmale und der Methoden der Europäischen Gemeinschaft“ bejaht. Er begründete diese Meinung damit, daß die Politiken der vier Antragsteller in vielen vom Rom-Vertrag<sup>4</sup> erfaßten Bereichen eine grundsätzlich andere sei als die der kontinental-europäischen Länder und daher die Harmonisierung der Politiken erschweren würden; ferner darauf, daß die „gestion“ der Gemeinschaft durch die Erhöhung der Mitgliederzahl erschwert werde und daß sich in den internationalen Beziehungen der Gemeinschaft unter amerikanischem Einfluß eine Entfremdung der Gemeinschaft von ihren europäischen Zielen ergeben werde.

Hierzu ist zu sagen: die Politiken der Sechs wiesen vor deren Eintritt in die Gemeinschaft in den wesentlichsten, die Gemeinschaft angehenden Bereichen – Handelspolitik, Agrarpolitik, Verkehrspolitik, Steuerpolitik, Sozialpolitik – erhebliche Unterschiede auf, Unterschiede, die generell nicht geringer, als die im Verhältnis zwischen Großbritannien und anderen europäischen Ländern

<sup>1</sup> Durchdruck.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen des französischen Außenministers Couve de Murville vgl. das Protokoll über die EG-Ministerratstagung; Referat I A 2, Bd. 1513.

Der EG-Ministerrat befaßte sich mit den Beitrittsanträgen von Großbritannien, Irland, Dänemark und Norwegen. Auf der Grundlage eines von der Bundesregierung vorgeschlagenen Fragenkatalogs wurden insbesondere folgende Probleme erörtert: Die Auswirkungen des Beitritts neuer Mitglieder auf die grundlegenden Ziele und Methoden der EG; die allgemeinen Verpflichtungen, die jeder neue Mitgliedstaat im Hinblick auf die Verträge und die darin genannten politischen Ziele sowie auf die Entscheidungen, die seit der Annahme der Verträge getroffen wurden oder bis zum Zeitpunkt des Beitritts noch getroffen werden, übernehmen muß; die Probleme der wirtschaftlichen Lage Großbritanniens, der Landwirtschaftspolitik und des Commonwealth. Der Ministerrat verständigte sich schließlich darauf, die Aussprache auf den 20. November 1967 zu vertagen. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 3899 des Staatssekretärs Lahr vom 26. Oktober 1967; Referat I A 2, Bd. 1513.

<sup>3</sup> Bundesminister Schiller.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

vorhandenen, anzusehen sind. Die Beschlußfassung in der Gemeinschaft wird durch die Erhöhung der Mitgliederzahl bisweilen erschwert werden, in anderen Fällen werden die Lösungen auf Grund der Erweiterung der Basis der Gemeinschaft erleichtert werden. Wie weit sich die Gemeinschaft von den USA in ihre internationalen Beziehungen hineinreden läßt, ist Sache der Gemeinschaft, die hierüber einstimmig befinden muß. Gegenüber den vermeintlichen Nachteilen weisen die Partner Frankreichs darauf hin, daß man bei einer so bedeutenden Aktion wie der Erweiterung der Gemeinschaft gewisse Nachteile in Kauf nehmen müsse. Diesen stünden jedoch sehr viel gewichtigere Vorteile gegenüber.

Besonders wichtig erscheinen mir Ausführungen Couves, daß die Gemeinschaft von 1958 nicht mehr die von 1967 sei, daß sich nämlich seitdem im Kreis der Sechs eine Gemeinschaftsbildung vollzogen habe, die speziell auf die Lage und Bedürfnisse der Sechs abgestellt sei. Nicht *expressis verbis*, aber dem Sinne nach, kann dies nur so verstanden werden: Der Rom-Vertrag sah zwar eine erweiterungsfähige und auf Erweiterung abgestellte Gemeinschaft vor, aber die Entwicklung ist hierüber hinweggegangen.

Hiermit steht Frankreich in diametralem Gegensatz zur grundsätzlichen Haltung der anderen Unterzeichnerstaaten, die auf der integralen Respektierung des Rom-Vertrages bestehen. Frankreich setzt sich hiermit in Widerspruch zu seiner Haltung gegenüber Großbritannien, von dem es nachdrücklich die uneingeschränkte Anerkennung des Rom-Vertrages fordert. Die Haltung Frankreichs ist völkerrechtlich und politisch unhaltbar. Sie geht auch insofern fehl, als sich die Antragsteller ja nicht an der bisherigen Beschlußfassung der Sechs stoßen, sondern diese – mit Übergangsregelungen und nicht allzu bedeutenden Anpassungen – zu übernehmen bereit sind.

2) Alle sechs Mitgliedsregierungen stimmen dem Kommissionsbericht<sup>5</sup> darin zu, daß die wirtschaftliche Lage und die währungspolitische Funktion des britischen Pfundes<sup>6</sup> für den Beitritt relevante Fragen aufwerfen. Während die Kommission und fünf Mitgliedstaaten hieraus den Schluß ziehen, daß hierüber in den Beitrittsverhandlungen mit England zu sprechen sei, vertritt Frankreich die Meinung, das Großbritannien zunächst seine Wirtschaft und Währung „in Ordnung zu bringen“ habe und erst dann, wenn dieses Ziel nach allgemeiner Meinung (d. h. auch Frankreichs) erreicht sei, die Beitrittsfrage stellen dürfe. Couve hat nicht hinzugefügt, daß, wenn diese Ordnung erreicht sei, Frankreich dem Beitritt zustimmen werde. Das bedeutet: Vorausgesetzt, daß Frankreich überhaupt jemals Beitrittsverhandlungen zustimmen wird, ist vorläufig nicht abzusehen, wann diese werden beginnen können. Ferner: Die ohnehin schwierige Frage der Konsolidierung der britischen Wirtschaft wird erheblich erschwert, denn gerade die Mitgliedschaft oder jedenfalls die zuverlässige Anwartschaft auf die Mitgliedschaft würden in dem Konsolidierungsprozeß eine wichtige, vielleicht die entscheidende Rolle zu spielen haben. Gerade diese Perspektive könnte eine der Hauptursachen der britischen Wirtschaftskalamitäten – das unbefriedigende Investitionsklima – ausräumen. Eben diese

<sup>5</sup> Zur Stellungnahme der EG-Kommission vom 29. September 1967 zu den Beitrittsanträgen von Großbritannien, Irland, Dänemark und Norwegen vgl. Dok. 335, Anm. 8.

<sup>6</sup> Zur Rolle des Pfundes Sterling als Reservewährung vgl. Dok. 8, Anm. 22.

Perspektive würde das internationale Vertrauen, daß Großbritannien zur Konsolidierung seiner Währungssituation braucht, verstärken. Dem Beitritt werden also mit der französischen Forderung prozedurale und materielle Hindernisse entgegengesetzt. Diesen Gedanken hat Frankreich erstmals am 23. Oktober klar ausgesprochen.

Die fünf Partner Frankreichs und die Kommission unterschätzen nicht die in diesen Bereichen bestehenden Schwierigkeiten und sind der Meinung, daß bis zum Zeitpunkt des Beitritts wesentliche Verbesserungen erzielt sein sollten. Sie begrüßen die wiederholten Äußerungen Wilsons, daß Großbritannien dem Gemeinsamen Markt nur mit einer gesunden Wirtschaft beitreten wolle. Nach ihrer Auffassung muß über diese Frage mit den Engländern gesprochen werden, weil der Begriff Gesundung der Wirtschafts- und Währungslage in vielerlei Hinsicht einer Interpretation bedarf. Das gilt namentlich für die schwierige Frage der währungspolitischen Rolle des Pfundes (Reservewährung). Manche Fragen, namentlich die letztere, werden sich nur durch internationales Zusammenwirken lösen lassen. Das Ziel der Fünf ist also: Verhandeln mit dem Ziel, daß Großbritannien am Ende der Verhandlungen beitriffsreif ist.

3) Frankreich ist der Auffassung, daß sich die Aufgabe der Sechs in den Gesprächen, die diese in den Verhandlungen über den Bericht der Kommission zu führen haben, nicht darauf beschränken zu prüfen, ob der Bericht die für die Verhandlungen relevanten Fragen vollständig und richtig wiedergibt (so die Fünf und die Kommission), sondern daß zu diesen Fragen gemeinsame Standpunkte zu erarbeiten sind, die in den dann kommenden Verhandlungen den Briten zu präsentieren sind.

Selbstverständlich können die Sechs in den Beitrittsverhandlungen – um welche Frage auch immer es gehen mag – mit den Briten nur verhandeln, wenn sie vorher in der betreffenden Frage untereinander einig sind. D.h. praktisch: In der Verhandlung ist zunächst zu klären, um welche Fragen es genau geht. Hierbei wird im allgemeinen das erste Wort bei den Briten liegen, denn die allgemeine Regel ist: Übernahme alles bisher Beschlossenen, etwaige Abweichungen hat der Antragsteller zur Sprache zu bringen. Ist dies geschehen, bilden die Sechs untereinander ihre Meinung. Die Engländer äußern sich hierzu danach aus dem Gespräch der Sieben, und so geht es weiter. Die Verhandlung besteht ständig alternierend im Gespräch der Sechs und im Gespräch der Sieben. Das ist die Erfahrung der Beitrittsverhandlungen von 1961/63.<sup>7</sup> Unmöglich hingegen ist es, vor Eintritt in die Verhandlungen, d.h. ohne die Engländer, alle Verhandlungsgegenstände präzisieren oder sogar Ergebnisse für sie finden zu wollen.

Zusammenfassend läßt sich zu 1) bis 3) sagen: Frankreich hat einen dreifachen Verteidigungsgürtel aufgebaut.

a) Am liebsten möchte es, es käme zu dem Beitritt Großbritanniens überhaupt nicht.

b) Wenn sich Verhandlungen auf die Dauer nicht vermeiden lassen sollten, so

<sup>7</sup> Zum Scheitern der Verhandlungen am 28./29. Januar 1963 über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG vgl. AAPD 1963, I, Dok. 60.

muß deren Beginn jedenfalls so lange wie nur irgend möglich hinausgeschoben werden.

c) Muß der Beginn der Verhandlungen ins Auge gefaßt werden, so muß vorher im Kreis der Gemeinschaft die Verhandlungslinie dergestalt festgelegt werden, daß sie nur einstimmig geändert werden könnte. Nicht nur das Verhandlungskonzept soll möglichst weitgehend auf Frankreichs Vorstellungen ausgerichtet werden, es bleibt auch Herr der Verhandlungen.

4) Es fragt sich zunächst, wie es unter diesen Umständen weitergehen kann. Im Ministerrat vom 20. November wird der Fragenkatalog des Präsidiums weiter abzuhandeln sein.<sup>8</sup> Da es sich bei den noch nicht behandelten Fragen um die schwierigsten handelt (Wirtschaft, Währung, Agrarpolitik und Agrarfinanzierung), kann die Erörterung hierüber noch einen weiteren Ministerrat in Anspruch nehmen. Mit längerer Dauer ist allerdings kaum zu rechnen, da sich sehr schnell wieder zeigen wird, daß das Ziel der Erörterungen durchaus unterschiedlich beurteilt wird. Hinzu kommt, daß unsere vier Partner außer Frankreich offensichtlich nicht gewillt sind, dieser Phase eine längere Dauer einzuräumen.

Es wird dann der Augenblick gekommen sein, darüber zu entscheiden, ob und gegebenenfalls wie in das Gespräch mit Großbritannien einzutreten sein wird. Aus heutiger Sicht ist nicht damit zu rechnen, daß Frankreich der Aufnahme offizieller Regierungsverhandlungen zu diesem Zeitpunkt zustimmen wird. Unser Gedanke, vermittelnde Lösungen vorzuschlagen – entweder Sachverständigengespräche der Sieben oder exploratorische Gespräche der Kommission mit Großbritannien, in beiden Fällen mit einer bestimmten, vom Ministerrat festzusetzenden Fragestellung –, ist trotz der sich aus der vom Ministerrat vom 23./24. Oktober ergebenden ernsten Lage nicht als aussichtslos anzusehen.

5) Auf den Ausgang der letzterwähnten Frage, wie überhaupt den künftigen Ablauf der Auseinandersetzungen, kann das weitere deutsch-französische Gespräch von Einfluß sein.

Die französische Haltung, die nicht erst aus dem Ministerrat vom 23./24. Oktober, sondern auch aus früheren Äußerungen abzuleiten ist, muß meines Erachtens nüchtern dahin gedeutet werden, daß es wenig Sinn hätte, gegenüber Frankreich das europäische Interesse in den Vordergrund zu stellen. Für die französische Politik dürfte nur ein Gedanke bestimmend sein: Frankreich. Europa ist für die gegenwärtige französische Regierung ein Operationsfeld unter anderem, in dem für konkrete französische Interessen und für das französische Prestige zu operieren nützlich sein kann. Unsere Argumentation sollte sich daher gegenüber Frankreich darauf konzentrieren, Frankreich klar zu machen, daß die bisher eingenommene Haltung nicht im französischen Interesse liegen kann. Hierbei wäre an folgende Argumentation zu denken:

a) Die öffentliche Meinung Europas fordert gebieterisch, die sich jetzt bietende Chance einer Überwindung der Spaltung des freien Europas voll zu nutzen. Niemand wird diesen Prozeß auf die Dauer verhindern können. Der Versuch der Verhinderung würde mit einem Mißerfolg enden, der darin bestehen wür-

<sup>8</sup> Zur EG-Ministerratstagung vgl. Dok. 407, Anm. 2.

de, die Einigung letztlich nicht verhindert zu haben, im übrigen aber als der Störenfried abgestempelt zu sein und damit die eigene Rolle im künftigen Europa abzuwerten.

b) Der quälende Prozeß des ständigen Drängens der Fünf und des ständigen Sich-Versagens Frankreichs wird die Gemeinschaften schwächen und ihren Fortschritt hemmen. Frankreich muß damit rechnen, daß einige seiner Partner renitent werden. Es ist zum Beispiel fraglich, ob das 1968 auslaufende Assoziationsabkommen mit den frankophonen Staaten Afrikas<sup>9</sup> noch einmal geschlossen werden wird, wenn der Einigungsprozeß in Europa von Frankreich gestoppt wird. Auch auf vielen anderen Gebieten ist Frankreichs Stellung verwundbar.

c) Großbritannien wird künftig unsichtbar am Ratstisch der Gemeinschaft sitzen. Es ist schwer vorstellbar, daß es zu Beschlüssen über die endgültige Gestaltung der Gemeinschaft, das heißt über den Eintritt in die Endphase, die am 1. Januar 1970 beginnen soll<sup>10</sup>, kommen wird, ohne daß das Verhältnis zu Großbritannien geklärt ist. Das gilt auch für das Gebiet, daß Frankreich mit Abstand vor allen anderen interessiert, die Agrarfinanzierung. Die gegenwärtige Regelung läuft am 31. Dezember 1969 ab, eine sich daran anschließende endgültige Regelung kann nur mit Zustimmung aller sechs Regierungen und aller sechs nationalen Parlamente gefunden werden.

Die Argumente, die Frankreich seit dem Wiederaufleben der Diskussion um den Beitritt Großbritanniens gegen diesen gebracht hat, haben wiederholt gewechselt, sich bisweilen widersprochen und sind durchweg wenig überzeugend. Es fragt sich, ob diese Argumente die wirklichen Motive der französischen Haltung sind, und wenn ja, welche von ihnen, oder ob die Recht haben, die glauben, der Hauptgrund sei der, daß Frankreich seine Führungsrolle, die es gegenwärtig in der Gemeinschaft zu besitzen glaubt, sich erhalten und nicht durch Teilung mit Großbritannien schwächen möchte. Unsere Argumentation wird auf beides auszurichten sein, einmal Frankreich in passender Form zu verstehen zu geben, daß es mit seiner jetzigen Haltung seine Stellung in der Gemeinschaft nicht stärken, sondern schwächen würde. Im übrigen werden wir weiter bemüht sein müssen, alle französischen Einwände, welche Bedeutung auch immer man ihnen für die französische Haltung beimessen mag, zu entkräften.

Hiermit dem Herrn Minister<sup>11</sup> vorgelegt. Ich darf die Unterrichtung des Herrn Bundeskanzlers zu erwägen geben.

Lahr<sup>12</sup>

**VS-Bd. 418 (Büro Staatssekretär)**

<sup>9</sup> Zur Assoziierung afrikanischer Staaten und Madagaskars durch das Abkommen von Jaunde vom 20. Juli 1963 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

<sup>10</sup> Zum Ende der Übergangsregelung am 31. Dezember 1969 vgl. Dok. 19, Anm. 26.

<sup>11</sup> Die Aufzeichnung wurde laut handschriftlichem Vermerk über Bundesminister Brandt an das Bundeskanzleramt geleitet.

<sup>12</sup> Paraphe vom 26. Oktober 1967.

367

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahn****II A 5-82.01-94.13-1507/67 VS-vertraulich****25. Oktober 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien  
 hier: 1) Sondierungen von Herrn Franz Barsig  
 2) Modalitäten, Erklärungen und Procedere bei einer Wiederaufnahme

Bezug: 1) Bericht von Herrn Barsig über seine Gespräche in Belgrad am 6. und 7. 10.<sup>2</sup>, vorgelegt mit Aufzeichnung II A 5-82.00-94.12 vom 11. 10. 1967<sup>3</sup>  
 2) Fernschreiben der Schutzmachtvertretung Belgrad Nr. 183 – VS-v vom 9.10.1967<sup>4</sup>  
 3) Fernmündliche Weisung des Leiters des Ministerbüros<sup>5</sup> an Referat II A 5 vom 20.10.1967

Sondierungsgespräche von Herrn Barsig

Die Kontakte von Herrn Barsig in Belgrad haben ergeben:

- 1) Die Jugoslawen wollen ohne Vorbedingungen die diplomatischen Beziehungen wiederherstellen und bald mit uns zum Abschluß kommen. Marković drängt auf schnelle Fortsetzung des Dialogs.
- 2) Die Jugoslawen sind grundsätzlich bereit, über eine Erklärung zu sprechen, die bei der Wiederaufnahme abgegeben werden und uns diesen Schritt erleichtern kann. Zum Inhalt einer solchen Erklärung erwarten sie deutsche Vorschläge.
- 3) In der Wiedergutmachungsfrage insistieren sie nicht. Barsigs Hinweis, daß wir schon aus Haushaltsgründen nicht zahlen könnten, nahmen sie widerspruchslos hin.
- 4) Unabhängig von der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen steht zur Zeit der Wunsch im Vordergrund, wieder in Verhandlungen über ein Anwerbe- und Sozialversicherungsabkommen einzutreten. Hierin sehen die Jugoslawen eine Probe unseres guten Willens. Eine Ausklammerung des Sozialversicherungsabkommens würden sie wahrscheinlich ablehnen.

Aus dem Fernschreiben der Schutzmachtvertretung Belgrad ist festzuhalten, daß Direktor Lučić an eine Fortsetzung des Dialogs in Bonn oder an drittem Ort denkt.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Kastl und von Legationsrat I. Klasse Haas konzipiert.

<sup>2</sup> Der Chefredakteur des Deutschlandfunks, Barsig, übermittelte mit Schreiben vom 9. Oktober 1967 Staatssekretär Schütz eine Aufzeichnung über seine Gespräche u. a. mit dem Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Jugoslawiens und Generaldirektors der Tageszeitung „Borba“, Marković, und mit dem Abteilungsleiter im jugoslawischen Außenministerium, Lučić. Vgl. VS-Bd. 4259 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Für die Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter vgl. VS-Bd. 4259 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Für den Drahtbericht des Botschaftsrats Loeck, Belgrad, vgl. VS-Bd. 4259 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Hans Arnold.



Die Eindrücke von Herrn Barsig passen in unser Bild von der jugoslawischen Haltung.

Demnach werden in deutsch-jugoslawischen Verhandlungen über eine Wiederaufnahme der Beziehungen wahrscheinlich keine besonderen Schwierigkeiten auftreten. Insbesondere die Berlinfrage, die Hauptthema der Bukarester Verhandlungen war, ist bei Jugoslawien unproblematisch; die Jugoslawen haben keine Einwände gegen eine Wahrnehmung der Berliner Interessen durch uns.

Zu überlegen sind – außer der Terminfrage – noch Modalitäten, Erklärungen und Procedere bei einer Wiederaufnahme.

#### I. Modalitäten

Bei einer Wiederaufnahme sind zu berücksichtigen

- 1) das deutsch-jugoslawische Verhältnis;
- 2) die deutsche Osteuropapolitik, einschließlich des Verhältnisses zur Sowjetunion;
- 3) die Deutschlandpolitik, besonders die „Nichtanerkennungspolitik“ in der Dritten Welt;
- 4) innenpolitische Wirkungen.

##### 1) Deutsch-jugoslawisches Verhältnis

Da weder wir noch die Jugoslawen für die Wiederaufnahme zu zahlen bereit sind, wäre es müßig, anlässlich der Wiederaufnahme eine „Generalbereinigung“ des bilateralen Verhältnisses zu versuchen. Die bestehenden bilateralen Fragen werden daher – möglichst entschärft – in die neue Phase der Beziehungen hinübergetragen werden müssen. Unter diesen Fragen sind wichtig allein die jugoslawischen Wiedergutmachungsforderungen. Die übrigen Probleme – Gastarbeiterabkommen; Ungleichgewicht im Handelsverkehr; jugoslawische Emigranten – sind ganz unabhängig von der Wiederaufnahme.

Die Wiedergutmachungsforderungen bleiben, auch wenn die Jugoslawen zur Zeit nicht insistieren, die am schwersten wiegende bilaterale Frage. Die Jugoslawen machen zwar die Erfüllung ihrer Forderungen nicht zur Vorbedingung, hoffen aber, mit der Wiederaufnahme einer Realisierung ihrer Forderungen näherzukommen. Sie werden ihre Ansprüche aufrechterhalten und nach der Wiederaufnahme über Höhe und Modalitäten von Wiedergutmachungszahlungen verhandeln wollen.

Durch die Wiederaufnahme können wir den Jugoslawen ihre Wiedergutmachungsforderungen nicht „abkaufen“. Selbst eine förmliche Zusage, die Forderungen einstweilen nicht geltend zu machen, werden wir schwerlich erhalten.

Auch wenn wir unsere allgemeine moralische Verpflichtung zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts bekräftigen, können wir die spezifische jugoslawische Forderung nach einem globalen Wiedergutmachungsabkommen aus finanziellen wie aus politischen und rechtlichen Gründen nicht erfüllen. Wir haben keinen Anlaß, unter den Osteuropäern die Jugoslawen in ihren Wiedergutmachungsansprüchen vorweg zu befriedigen. Etwaige Vorteile einer bilateralen deutsch-jugoslawischen Wiedergutmachungsregelung wögen geringer als ihre unabsehbaren finanziellen Folgen in unserem Verhältnis zu den übrigen osteuropäischen Staaten.

Es wird daher darauf ankommen, vor und bei der Wiederaufnahme jugoslawische Illusionen in der Wiedergutmachungsfrage zu zerstören. Sonst kann die Wiederaufnahme zu wachsendem jugoslawischem Druck und damit zu einer Verschlechterung des bilateralen Verhältnisses führen.

Auch nach der Wiederaufnahme werden wir gegenüber Belgrad eine Politik betreiben müssen, die es den Jugoslawen nahelegt, das bilaterale Verhältnis nicht durch allzu penetrant und lautstark vorgetragene Wiedergutmachungsforderungen dauernd zu belasten. Dabei sollten wir aber keine „Ersatzleistungen“ – etwa auf wirtschaftlichem Gebiet – anbieten; das würde nicht nur einer grundsätzlichen Anerkennung der Forderungen nahekommen, sondern zu anhaltenden jugoslawischen Erpressungsversuchen führen.

Eine Gelegenheit, unsere Haltung vor der Wiederaufnahme klarzustellen, haben wir bei Beantwortung der jugoslawischen Wiedergutmachungsnote vom 12. Juli 1967<sup>6</sup>. Gespräche bei der Wiederaufnahme können einer Präzisierung unserer Haltung dienen.

Möglichen jugoslawischen Versuchen, bei der Wiederaufnahme zur Wiedergutmachungsfrage Erklärungen abzugeben, müßten wir entgegenwirken.

## 2) Deutsche Osteuropapolitik

Die Wiederaufnahme sollte unser Verhältnis zu den übrigen osteuropäischen Staaten – und der Sowjetunion – nicht zusätzlich belasten, es vielmehr möglichst günstig beeinflussen.

Es ist davon auszugehen, daß die Sowjetunion und ihre Verbündeten die Wiederaufnahme gerne sähen, allerdings nicht unter dem Gesichtspunkt der bilateralen Wiederannäherung Bonn/Belgrad, sondern wegen der erwarteten Schwächung der deutschen „Nichtanerkennungspolitik“. Dieser Aspekt wird für Moskau schwerer wiegen als ein etwaiges Unbehagen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und einem weiteren osteuropäischen „Dissidenten“. Insoweit sind die in Belgrad, Budapest und Warschau vorgebrachten Argumente gegen unsere „Dissidenten-Theorie“ glaubhaft.

Die Wiederaufnahme wird in Osteuropa umso eher Beifall finden, wie wir Deutungen, daß wir mit ihr unsere bisherige Nichtanerkennungspolitik weltweit aufgäben, unwidersprochen lassen. Bekräftigen wir aber bei der Wiederaufnahme erneut und öffentlich – und sei es in gemilderter Form – unsere Nichtanerkennungspolitik, so werden Moskau und Pankow unsere Schritte in Budapest, Sofia und Prag weiter erschweren.

## 3) Deutschlandpolitik – „Nichtanerkennungspolitik“ in der Dritten Welt

Da wir einer Anerkennung der DDR als zweiten deutschen Staat durch Staaten der Dritten Welt weiterhin entgegenwirken wollen, werden wir die Wiederaufnahme öffentlich interpretieren und vor Mißdeutungen schützen müssen.

Für die Wiederaufnahme lassen sich vielerlei Gründe nennen. Am ehesten überzeugen werden Hinweise auf das veränderte politische Klima in Europa und auf die neue deutsche Entspannungs-, Friedens- und Ostpolitik (vgl. Schrei-

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 323.

ben des Herrn Bundesministers an den Herrn Bundeskanzler vom 6. März 1967, Ziff. 6)<sup>7</sup>.

Kernpunkt wird aber die Antwort auf sicher gestellte Fragen sein, wie wir es jetzt mit Staaten zu halten gedenken, die Beziehungen zu Ostberlin aufnehmen. Wir werden darauf hinweisen müssen, daß es sich bei der Gestaltung der Beziehungen zwischen uns und Jugoslawien um einen wichtigen Teilbereich unserer Entspannungspolitik handelt, die den Weg zu einer gerechten Friedensordnung für Europa bereiten soll. Wir können einem kommunistischen Staat keine Maßregeln für sein Verhalten gegenüber anderen Kommunisten geben. Wohl aber können wir von der übrigen Staatenwelt außerhalb Europas erwarten, daß sie sich nicht in den Entspannungs- und Gesundungsprozeß innerhalb Europas störend einmischt. Eine Anerkennung des Ostberliner Regimes würde jedoch diesen Prozeß erheblich gefährden, da sie gerade die Spaltung Europas zu vertiefen geeignet ist, die durch die Entspannung überwunden werden soll. Wir erwarten daher, daß die Staaten der Dritten Welt auch weiterhin die Bemühungen der Bundesregierung um eine friedliche Überwindung der europäischen und damit der deutschen Teilung durch ein entsprechendes Verhalten unterstützen werden.

#### 4) Innenpolitische Wirkung

Bei der Wiederaufnahme kommt es vor allem darauf an, einer möglichen Fehldeutung durch die deutsche Öffentlichkeit zu begegnen, die Bundesregierung wolle ostpolitische Bewegung um jeden Preis. Es wird nicht an Stimmen fehlen, die die Wiederaufnahme als ein Scheitern bisheriger außen- und deutschlandpolitischer Konzeptionen deuten. Antworten auf solche Mißdeutungen müssen – schon wegen ihrer Auswirkungen in Osteuropa und der Dritten Welt – gut überlegt und ausgewogen sein.

#### II. Erklärungen

Jugoslawische und deutsche Erklärungen bei der Wiederaufnahme können innenpolitisch nützlich sein. Gemeinsame Erklärungen sollten wir – da sie sich auf dem geringsten gemeinsamen Nenner bewegen müssen – nur ins Auge fassen, wenn die Jugoslawen uns unerwartet weit entgegenkommen.

Eine jugoslawische, vor allem aber eine deutsche Erklärung bei der Wiederaufnahme wird in Deutschland, in Osteuropa und in der Dritten Welt gelesen und gedeutet werden. Diese drei Zielrichtungen verlangen eigentlich verschiedene – sich zum Teil widersprechende – Erklärungen: je deutlicher wir, mit Blick auf die Dritte Welt und auf die deutsche Öffentlichkeit, an der „Nichtanerkennungspolitik“ festhalten, umso weniger hilfreich wird die Erklärung für die weitere Entwicklung unserer Beziehungen zu den übrigen osteuropäischen Staaten sein; denn diese erwarten von uns die Aufgabe unseres Widerstandes gegen die Anerkennung Ostberlins durch dritte Staaten, d.h. Aufgabe unserer Nichtanerkennungspolitik (vgl. beiliegende Aufzeichnung vom 22.6.1967 – II A 5 – 772/67 VS.-v)<sup>8</sup>.

<sup>7</sup> Vgl. Dok. 88.

<sup>8</sup> Dem Vorgang beigefügt. Ministerialdirektor Ruete legte Bundesminister Brandt „Thesen zur Frage der baldigen Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien“ vor: „Die Wiederaufnahme erleichtert mittelbar unsere Politik gegenüber den osteuropäischen Staaten nur dann,

## 1) Jugoslawische Erklärung

Die Jugoslawen sind bereit, mit uns über eine „hilfreiche“ jugoslawische Erklärung zu sprechen; sie verlangen Formulierungsvorschläge.

Wir sollten die Jugoslawen dabei nicht überfordern. Eine wesentliche Hilfe für unsere Außenpolitik kann die Erklärung ohnehin nicht darstellen, da die Jugoslawen nichts erklären werden, was Moskau stören und Ostberlin ernsthaft verärgern könnte. Sie werden auch nichts erklären, was ihren Thesen zur Lösung der deutschen Frage, die von den unseren abweichen, widerspricht. Es ist daher schon zweifelhaft, ob sie sich unqualifiziert zum Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen bekennen würden.

Eine mit Referat V 1 abgestimmte Diskussionsgrundlage für eine jugoslawische Erklärung ist anliegend beigefügt.<sup>9</sup>

## 2) Deutsche Erklärung

Da die Erklärung einen außenpolitischen Kompromiß zwischen widerstreitenden Interessen darstellen muß und unseren Bedürfnissen weder in Osteuropa noch in der Dritten Welt ganz gerecht werden kann, sollte sie so zurückhaltend gefaßt sein, wie es innenpolitisch noch gerade zulässig ist.

Folgende Themen können (teils in Hintergrundgesprächen) verwandt werden:

- In die Entspannungs- und Friedenspolitik muß Jugoslawien als Mitglied der europäischen Staatengemeinschaft und als mittelbarer Nachbar Deutschlands einbezogen werden.
- Jugoslawien unterhält zu uns weitaus intensivere faktische Beziehungen als alle anderen osteuropäischen Staaten; es steht unserer neuen Ostpolitik aufgeschlossen gegenüber; es folgt einem auf Ausgleich zielenden außenpolitischen Kurs und zeigt in einigen Bereichen auch Verständnis für unseren Standpunkt (Berlinfrage, Mauerbau).
- Der Abbruch war 1957 ebenso richtig wie seine Perpetuierung heute falsch wäre.<sup>10</sup> Mit der Wiederaufnahme tragen wir der veränderten Situation in Europa Rechnung, die uns Möglichkeiten einer aktiven deutschen Osteuropapolitik bietet.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1451*

wenn sie zu einer Zerstörung, zumindest aber zu einer erheblichen Schwächung unserer Rechtsposition der Nichtanerkennung führt. – Löst die Wiederaufnahme eine Kettenreaktion in der Dritten Welt aus, die uns zu einer ‚Anerkennung der Realitäten in Europa‘ zwingt, dann könnte dies unsere Schritte in Prag, Budapest oder Sofia tatsächlich erleichtern. Denn dann wäre die Hauptbedingung, die Ostberlin für eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen den Osteuropäern und uns gestellt wissen will, erfüllt.“ Vgl. VS-Bd. 4259 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Dem Vorgang beigefügt. Im Entwurf der Erklärung anlässlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien wurde zur Deutschland-Frage ausgeführt: „Die jugoslawische Regierung hofft, daß dieser Schritt die beiden Staaten ihrem gemeinsamen Ziel, der Schaffung einer europäischen Friedensordnung, näher bringt und damit die Lösung der deutschen Frage ermöglichen wird. Die jugoslawische Regierung verkennt nicht die Probleme, die sich für die deutsche Nation aus ihrer Teilung ergeben. Diese Probleme können nur in Anwendung des Rechts der Selbstbestimmung, wie es in Artikel 1 der Satzung der Vereinten Nationen verankert ist, gelöst werden.“ Vgl. VS-Bd. 4259 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Brandt gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Für den Abbruch gab es 1957 gute Gründe; seine Perpetuierung wäre heute falsch.“ Die Anerkennung der DDR durch Jugoslawien am 10. Oktober 1957 führte aufgrund der Hallstein-Doktrin zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien am 19. Oktober 1957.

- Staaten der Dritten Welt sollten aus der Wiederaufnahme, die ein innereuropäischer Vorgang ist, keine falschen Schlüsse ziehen. Das Verhältnis Bonn /Belgrad läßt ebensowenig Analogien zu wie das spezifische Verhältnis Belgrad zu Ostberlin. (Notfalls: Die Anerkennung der DDR als zweiten deutschen Staat halten wir nach wie vor für unvereinbar mit den Interessen der Deutschen Nation.)

Die deutsche Erklärung sollte mit der jugoslawischen Seite vor der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen abgestimmt werden. Auf diese Weise können wir vielleicht vermeiden, daß die Jugoslawen unerfreuliche Gegenerklärungen abgeben.

### III. Vorschläge zum Procedere

1) Der Kontakt zwischen Herrn Barsig und Herrn Marković soll nach Mitteilung des Ministerbüros fortgesetzt werden, vor allem um den möglichen Inhalt einer jugoslawischen Erklärung bei der Wiederaufnahme weiter zu sondieren.

Abteilung II bittet um Weisung, ob Herr Barsig im Sinne der Ziffern I und II unterrichtet werden soll.<sup>11</sup>

2) Für die endgültige Formalisierung der Erklärung und für sonst vor und bei der Wiederaufnahme zu klärende Fragen sind die bestehenden Kontakte zwischen den beiden Außenministern ausreichend und vorzuziehen (dies gilt insbesondere für die Frage der jugoslawischen Wiedergutmachungsforderungen). Ein ausgezeichnete Gesprächspartner wird der demnächst eintreffende neue Leiter der jugoslawischen Schutzmachtvertretung, Direktor Lučić<sup>12</sup>, sein, bislang Westeuropadirektor und mit deutsch-jugoslawischen Fragen eng vertraut. Ob später noch Kontakte auf höherer Ebene – möglicherweise, wie Lučić schon andeutete, an drittem Ort – erforderlich sein werden, bleibt abzuwarten.

3) Eine Weisung wird vorbereitet, in der die Wiederaufnahme im Sinne des Abschnitts I 3 (Seite 5/6) erläutert wird. Schon vor Bekanntwerden deutsch-jugoslawischer Gespräche sollten unsere Auffassungen den Auslandsvertretungen in Hauptstädten der Dritten Welt und der verbündeten Staaten zur Kenntnis gebracht werden, um die Vertretungen auf Anfragen und vielleicht notwendige Demarchen zu rüsten. Von einer Abschirmaktion und von der aktiven Einschaltung der Verbündeten wollen wir zunächst absehen.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>13</sup> dem Herrn Minister<sup>14</sup> mit der Bitte

<sup>11</sup> Zu diesem Absatz vermerkte Bundesminister Brandt handschriftlich: „Nachdem ich die Frage mit Bu[ndes]ka[nzler] erörtert habe.“

Zum Aufenthalt des Chefredakteurs des Deutschlandfunks, Barsig, vom 25. bis 28. November 1967 in Belgrad vgl. Dok. 416.

<sup>12</sup> Zvonko Lučić wurde am 9. November 1967 Leiter der jugoslawischen Vertretung bei der schwedischen Schutzmacht in Bonn.

<sup>13</sup> Hat den Staatssekretären Lahr und Duckwitz am 27. Oktober bzw. am 8. November 1967 vorgelegen.

<sup>14</sup> Hat Bundesminister Brandt am 9. November 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte: Aufzeichnung zur Unterrichtung des Bundeskanzlers.“

Am 13. November 1967 legte Ministerialdirektor Ruete den Entwurf einer Aufzeichnung über die „Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Jugoslawien“ Brandt vor, der sie am 16. November 1967 an Bundeskanzler Kiesinger mit der Bemerkung weiterleitete: „Ich gehe davon aus, daß die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Jugoslawien im Interesse der deutschen

um Entscheidung über die vorstehenden Vorschläge. Die Referate V 1 und 2 haben die sie betreffenden Abschnitte mitgezeichnet.

Sahm

VS-Bd. 4259 (II A 5)

368

### Ministerialdirigent Böker an Botschafter Pauls, Tel Aviv

I B 4-82.00-92.19-3317/67 VS-vertraulich      Aufgabe: 25. Oktober 1967, 18.46 Uhr  
Fernschreiben Nr. 349  
Citissime

Für Botschafter

Habe gestern auf Weisung Bundesministers mit Altbundeskanzler Erhard Programm seiner Israel-Reise durchgesprochen.<sup>1</sup> Habe dabei Professor Erhard gebeten, im Interesse unserer auswärtigen Beziehungen weder Alt-Jerusalem noch andere besetzte Gebiete (Grabeskirche Bethlehem) zu besuchen. Altbundeskanzler, der bereits von prominenten Mitgliedern beider großen Fraktionen Bundestags<sup>2</sup> im selben Sinne angesprochen worden war, stimmte dem für seine Person zu. Frau Erhard wolle jedoch, begleitet ausschließlich von deutschen Geistlichen, die heiligen Stätten Alt-Jerusalems und Bethlehems besuchen. Hiergegen bestehen im Auswärtigen Amt keine Bedenken.

Büro Altbundeskanzlers hat diese Entscheidung heute früh israelischer Botschaft mitgeteilt. Botschaftsrat Unna reagierte sehr heftig: Hierdurch werde gesamte Reise in Frage gestellt; Botschafter<sup>3</sup> werde bei Auswärtigem Amt intervenieren.

Heute nachmittag sprach Gesandter Idan bei VLR I Gehlhoff vor und drückte Erstaunen und Enttäuschung israelischer Regierung über diese „Demon-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1453*

Europa- und Entspannungspolitik liegt. Wir wissen, daß die Jugoslawen bereit sind, die Beziehungen ohne Bedingungen wiederaufzunehmen. [...] Wir werden durch weiteres Abwarten einen günstigeren Zeitpunkt für die Wiederaufnahme nicht finden und ihre Bedingungen nicht verbessern können. Wir sollten daher, vor allem auch im Hinblick auf Ihre Asienreise, die nächste Zeit nutzen und die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Jugoslawien vorbereiten. [...] Wenn Ihre Reiseerfahrungen und die Botschaftsberichte es rechtfertigen, könnten wir mit den Jugoslawen alsbald über die Modalitäten der Wiederaufnahme verhandeln und dann den Schritt schnell und ohne spektakuläre Aktion vollziehen.“ Vgl. VS-Bd. 4146 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Der ehemalige Bundeskanzler Erhard hielt sich auf Einladung des ehemaligen Leiters der Israel-Mission in Köln, Shinnar, vom 30. Oktober bis 10. November 1967 zu einem Besuch in Israel auf. Zum vorbereitenden Gespräch des Ministerialdirigenten Böker mit Erhard vgl. auch die Aufzeichnung von Böker vom 27. Oktober 1967; Referat I B 4, Bd. 297.

<sup>2</sup> CDU/CSU und SPD.

<sup>3</sup> Asher Ben Natan.

stration gegen Israel“ aus. Er erbat gleichzeitig Überprüfung deutscher Haltung.<sup>4</sup>

Bundesminister hat Weisung gegeben, in dieser Frage nicht nachzugeben, und Altbundeskanzler Erhard ist hierzu ebenfalls entschlossen. Professor Erhard wäre dankbar, wenn Sie bei dortigen israelischen Stellen darauf hinwirken könnten, daß keine weiteren Pressionen auf ihn ausgeübt werden. Ich stelle anheim, ob und in welcher Form diesem Wunsch entsprochen werden kann.

Professor Erhard bittet ebenfalls um möglichst ständige Unterstützung seitens der Botschaft während seiner Israel-Reise zwecks Beratung und eventueller Ausarbeitung von Reden oder Erklärungen.<sup>5</sup>

Böker<sup>6</sup>

VS-Bd. 2567 (I B 4)

369

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort

III A 4-81.20/2-94.21-871/67 VS-vertraulich

26. Oktober 1967<sup>1</sup>

Betr.: BVR-Sitzung am 3.11.1967 über Beja-Problem<sup>2</sup>;  
hier: Stellungnahme des Auswärtigen Amts zur Frage des Verkaufs von  
Do-27-Flugzeugen an Portugal

1) In der Vorlage des BMVtdg für die BVR-Sitzung wird als Kompensation für die Verkleinerung des Beja-Projekts um die Zustimmung zu dem Verkauf von 30 bis 50 Flugzeugen Do 27 aus Bundeswehrbeständen gebeten.

2) Die Do 27 ist ein älterer Typ eines einmotorigen Propeller-Reiseflugzeugs mit Kurzstart- und Kurzlandeigenschaften (274 PS, Reisegeschwindigkeit 200 km, 2 Mann Besatzung und 2 Passagiere). Es wird in der Bundeswehr als Verbindungs- und Sanitätsflugzeug eingesetzt.

<sup>4</sup> Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg; VS-Bd. 2567 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Am 26. Oktober 1967 berichtete Botschafter Pauls, Tel Aviv: „Situation gegenüber israelischer Regierung dadurch beträchtlich erschwert, daß Besuch Alt-Jerusalems und Bethlehems seit Wochen als Programmpunkte bekannt und erst einige Tage vor Abreise ihr gegenüber im jetzigen Sinne angesprochen worden ist. [...] Werde alles mögliche tun, Israelis von weiterer Einwirkung zugunsten dieses Programmpunktes abzubringen. [...] Selbstverständlich steht Professor Erhard volle Unterstützung der Botschaft, wie gewünscht, zur Verfügung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 710; VS-Bd. 2567 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.  
Vgl. dazu weiter Dok. 372.

<sup>6</sup> Paraphe vom 25. Oktober 1967.

<sup>1</sup> Abschrift.

Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Soltmann und von Hilfsreferent von Soden konzipiert.

<sup>2</sup> Zum Beschluß des Bundesministeriums der Verteidigung, den Luftwaffenstützpunkt Beja zu schließen, vgl. Dok. 295, Anm. 11.

Portugal hat im Rahmen früherer Lieferungen in den Jahren 63/64 bereits 79 Do 27 teils käuflich, teils leihweise erhalten. Ein Prospekt des Flugzeuges ist beigelegt.<sup>3</sup>

3) Das Auswärtige Amt hat grundsätzlich Bedenken gegen die Lieferung von Waffen an Portugal, die in seinen Kolonien zur Unterdrückung von Aufständen eingesetzt werden können. Es ist jedoch bisher nicht gelungen, die auseinandergehenden Meinungen der Abteilungen zur Frage der Lieferung der unbewaffneten Do 27 auf einen Nenner zu bringen:

Abteilung II und III befürworten die Lieferung, da angesichts der zu erwartenden Verschlechterung der deutsch-portugiesischen Beziehungen andere geeignete und sofort wirksame „Kompensations-Objekte“ kaum zur Verfügung stehen. Der Einsatz in Afrika trotz der bekannten Endverbleibsklausel („ausschließlich in Portugal zu Verteidigungszwecken im Rahmen des Nordatlantikpaktes“) kann nicht ausgeschlossen werden. Allerdings liegen über die früheren Lieferungen dieses Typs keine beweiskräftigen Meldungen über den Einsatz in Afrika vor. 1966 gab es eine internationale Pressekampagne<sup>4</sup> wegen der 1965 vom BVR genehmigten Lieferung von 40 G 91 Düsenkampfflugzeugen<sup>5</sup>, die später nach zuverlässigen Meldungen in Angola eingesetzt wurden.

Abteilung I bezweifelt dagegen, ob die Erleichterung unseres Verhältnisses zu Portugal, die durch die Lieferung der Do 27 erzielt werden kann, die mit Sicherheit zu erwartende erhebliche Belastung unseres Verhältnisses zu den afrikanischen Staaten aufwiegt. Deshalb stimmt Abteilung I der Lieferung nicht zu.<sup>6</sup>

4) Ich schlage deshalb folgenden Kompromiß vor: Die Lieferung von Do 27 wird durch den Herrn Bundesminister in der BVR-Sitzung abgelehnt. Das Auswärtige Amt würde aber einem etwa wie folgt lautenden Beschluß des BVR zustimmen:

„Das BMVtdg wird beauftragt, bei den Verhandlungen mit dem Partner Portugal die Lieferung von Do 27 abzulehnen. Sollte sich jedoch im Laufe der Verhandlungen zeigen, daß die portugiesische Seite entscheidendes Gewicht auf Lieferung weiterer Do 27-Flugzeuge legt und dafür Konzessionen bei strittigen, mit dem Beja-Vorhaben zusammenhängenden Fragen zu geben gewillt ist, kann die Lieferung von höchstens 50 Maschinen erfolgen.“

<sup>3</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

<sup>4</sup> Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort vom 1. August 1966; AAPD 1966, II, Dok. 242.

<sup>5</sup> Zum Beschluß des Bundesverteidigungsrats vom 1. Oktober 1965 vgl. die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens; VS-Bd. 2507 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1965. Vgl. dazu ferner AAPD 1966, I, Dok. 52.

<sup>6</sup> Ministerialdirigent Böker betonte am 30. Oktober 1967 mit Blick auf die zu erwartenden internationalen Proteste die Bedenken gegen die Lieferung von Flugzeugen an Portugal. Dazu führte er aus: „Unser Interesse an der militärischen Zusammenarbeit mit Portugal und insbesondere am Ausbau des Flughafens Beja hatte uns bisher veranlaßt, unter Zurückstellung starker politischer Bedenken Portugal die gewünschten Flugzeuge und Waffen zu liefern. Heute ist die Interessenlage umgekehrt. Portugal versucht einen Ausgleich für den Abbau unserer militärischen Verpflichtungen zu erhalten. Es wäre wider alle Logik, wenn wir jetzt zur Beschwichtigung Portugals erneut unsere guten Beziehungen mit den afrikanischen Staaten aufs Spiel setzen würden.“ Vgl. VS-Bd. 2450 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1967.



Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>7</sup> mit der Bitte um Entscheidung und Weiterleitung an den Herrn Minister zur Sitzung des BVR am 3. 11. 1967.<sup>8</sup>

gez. Dr. Harkort

VS-Bd. 2450 (I A 4)

370

### Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter

II A 1-84.11-1679/67 VS-vertraulich

27. Oktober 1967<sup>1</sup>

Betr.: Sowjetische Berlinpolitik;  
hier: Demarchen gegen die Besuche ausländischer Staatsmänner in  
Berlin (West)

Bezug: Aufzeichnung vom 3.10.1967 – II A 1-84.11-1583/67-VS-v<sup>2</sup>

I. In der Konsultationsbesprechung der Bonner Vierergruppe am 4.10.1967 hatte der deutsche Vertreter die Vertreter der Verbündeten um Prüfung der Frage gebeten, wie sie auf die sowjetischen Demarchen reagieren könnten.

<sup>7</sup> Georg Ferdinand Duckwitz.

<sup>8</sup> Der Bundesverteidigungsrat folgte mit Einschränkungen den Vorschlägen des Staatssekretärs im Bundesministerium der Verteidigung, Carstens. Demnach sollten keine neuen Projekte in Angriff genommen, bereits begonnene Vorhaben wie der „Nothafenbau“, der „Instandsetzungsbetrieb Alverca“ und das „Fernmeldezentrums Evora“ aber fertiggestellt werden. Auch der Flugplatz in Beja sollte einsatzbereit gemacht und die Wohnungen fertiggestellt werden: „Die vorgesehene Instandsetzungskapazität wird nicht errichtet; die bereits fertiggestellten Hallen werden nicht genutzt. [...] Die Lieferung von Flugzeugen Do 27 soll nicht von vornherein abgelehnt, jedoch vorerst auch nicht forciert werden. Es soll auch erwogen werden, ob ein Rückkauf durch die Dornier-Werke (Bundesfinanzminister sagt hierfür Steuererleichterungen zu) und Lieferung an Portugal durch das Werk möglich ist. [...] Die Bundesministerien für Wirtschaft, Verkehr, Finanzen, Verteidigung und das Auswärtige Amt sollen gemeinsam auf Staatssekretär- oder Direktorebene prüfen, welche Möglichkeiten für die Ausnutzung der in Beja vorhandenen Anlagen bestehen.“ Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahm vom 6. November 1967; VS-Bd. 2507 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat van Well und von Legationsrat I. Klasse Graf Schirndinger von Schirnding konzipiert.

<sup>2</sup> Ministerialdirektor Ruete vermerkte: „Die sowjetischen Bemühungen, West-Berlin zu isolieren, sind anscheinend um eine weitere Kategorie diplomatischer Maßnahmen verschärft worden. Der isländische Botschafter in Moskau wurde Mitte September 1967 in das Außenministerium zitiert, wo ihm Vorhaltungen wegen des Besuches seines Ministerpräsidenten in West-Berlin gemacht wurden. Zugleich hat der russische Geschäftsträger in Nouakchott gegen den beabsichtigten Besuch des Präsidenten von Mauretanien in West-Berlin interveniert. [...] Es wird vorgeschlagen, folgende Gegenmaßnahmen ins Auge zu fassen: 1) Wir nehmen die Angelegenheit mit den Botschaften der Schutzmächte auf mit dem Ziel, sie für einen zwischen den Vier Mächten abgestimmten Schritt gegenüber der sowjetischen Regierung zu gewinnen. [...] 2) Ein entsprechender Schritt sollte auch von der Bundesregierung durchgeführt werden. Dabei sollte zusätzlich ausgeführt werden, daß die Bundesregierung die von den sowjetischen Auslandsvertretungen [...] unternommenen Versuche einer Einflußnahme auf ausländische Gäste der Bundesregierung als ernste Fälle der Einmischung in die Beziehungen der Bundesrepublik zu ausländischen Staaten betrachtet.“ Vgl. VS-Bd. 4134 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

In der Konsultationsbesprechung am 18.10.1967 stellte der amerikanische Vertreter den Gedanken zur Diskussion, daß der amerikanische Botschafter<sup>3</sup> das Befremden der Verbündeten über die sowjetischen Demarchen bei seinem nächsten Arbeitssessen mit dem Ostberliner Sowjetbotschafter Abrassimow zum Ausdruck bringt; der amerikanische Vertreter wies allerdings darauf hin, daß er diesen Gedanken seinem Botschafter noch nicht vorgetragen habe.

Der deutsche Vertreter bemerkte, er halte die Behandlung der Angelegenheit im Rahmen der turnusmäßigen Arbeitssessen mit Abrassimow für eine gute Lösung. Wir legten keinen Wert auf lautstarke alliierte Proteste sondern auf einen sachlichen, aber deutlichen Hinweis. Die deutsche Reaktion auf die in Frage stehenden sowjetischen Demarchen könnte noch etwas energischer sein als die der Verbündeten. Jedenfalls sollten aber weder die Verbündeten noch wir den Sowjets gegenüber die beiden konkreten Fälle bezeichnen, in denen uns kürzlich sowjetische Demarchen gegen Berlinreisen ausländischer Regierungsgäste bekannt geworden seien. Dies gebiete die Rücksichtnahme auf die beiden betroffenen Staaten.

Der französische Vertreter äußerte Bedenken dagegen, daß die Verbündeten den Sowjets gegenüber ihr Befremden über die fraglichen Demarchen zum Ausdruck bringen. Dies könne zu einer unfruchtbaren Auseinandersetzung über den Status Berlins und die Zuständigkeit der Bundesregierung für Berlin führen, würde aber an der sowjetischen Verhaltensweise doch nichts ändern.

Bezeichnenderweise hatte die französische Botschaft unserer Bitte, die Angelegenheit schon bei dem Arbeitssessen des französischen Botschafters mit Abrassimow am 11. 10. 1967<sup>4</sup> zu behandeln, nicht stattgegeben.

Der britische Vertreter warf sodann die Frage auf, ob wir nicht unsere Regierungsgäste, die von den Sowjets zu einer Ausklammerung Berlins aus ihrem Besuchsprogramm gedrängt werden, jeweils darauf hinweisen könnten, daß die drei Berliner Schutzmächte einen Besuch Berlins begrüßen würden und daß die Bundesregierung mit Einverständnis der drei Mächte die Interessen Berlins im Ausland wahrnehme.

Der deutsche Vertreter sagte, diese Frage verdiene eine sorgfältige Prüfung. Eventuell müßte eine Erklärung der drei Mächte entworfen werden, von der wir unseren Regierungsgästen gegenüber im Bedarfsfall Gebrauch machen<sup>5</sup> könnten. Diese Erklärung sollte auch den Sowjets bekannt gemacht werden. Unabhängig hiervon sollte aber auch der von dem amerikanischen Vertreter vorgebrachte Gedanke verwirklicht werden, die sowjetischen Demarchen gegen ausländische Besuche in Berlin (West) bei dem nächsten Arbeitssessen des amerikanischen Botschafters mit Abrassimow zur Sprache zu bringen.

Die Vierergruppe war sich abschließend darüber einig, daß die Angelegenheit zunächst im Auswärtigen Amt sowie in den drei alliierten Botschaften erörtert und dann in der Vierergruppe weiter behandelt werden soll.

<sup>3</sup> George C. McGhee.

<sup>4</sup> Zum Gespräch des französischen Botschafters François Seydoux mit dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Abrassimow, vgl. Dok. 348, Anm. 23.

<sup>5</sup> Der Passus „von der ... Gebrauch machen“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Botschafters Schnippenkötter zurück. Vorher lautete er: „die wir unseren Regierungsgästen im Bedarfsfall vorlegen“.

II. Abteilung II schlägt vor, daß folgende Lösung angestrebt wird:

a) In der Bonner Vierergruppe wird der Entwurf einer Erklärung der drei Berliner Schutzmächte ausgearbeitet, von der gegenüber<sup>6</sup> ausländischen Regierungsgästen der Bundesrepublik im Zuge der Programmvorbereitungen so rechtzeitig Gebrauch gemacht<sup>7</sup> werden kann, daß sie etwaigen sowjetischen Interventionen zuvorkommt und die Empfänger der sowjetischen Protestschritte zur sofortigen Zurückweisung instand setzt.

b) Der Entwurf wird nach seiner Billigung durch das Auswärtige Amt und die drei alliierten Botschaften der amerikanischen Botschaft mit der Bitte übergeben, daß der amerikanische Botschafter bei seinem nächsten Arbeitsessen mit Abrassimow diesem die Dreimächteerklärung bekannt gibt und zugleich in geeigneter Form das Befremden der drei Mächte über die sowjetischen Demarchen gegen Berlinbesuche ausländischer Regierungsgäste der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck bringt.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>8</sup> mit der Bitte um Zustimmung vorgelegt.

i. V. Schnippenkötter

VS-Bd. 4134 (II A 1)

<sup>6</sup> Die Wörter „von der gegenüber“ wurden von Botschafter Schnippenkötter handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „die“.

<sup>7</sup> Die Wörter „Gebrauch gemacht“ wurden von Botschafter Schnippenkötter handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „vorgelegt“.

<sup>8</sup> Hat Staatssekretär Duckwitz am 2. November 1967 vorgelegen.

371

**Bundesminister Brandt  
an den amerikanischen Außenminister Rusk**

II B 3-81.00/2-1899/67 geheim

28. Oktober 1967<sup>1</sup>

Dear Mr. Secretary!

Ich danke Ihnen für Ihren Brief vom 20. Oktober 1967.<sup>2</sup> Er trug zur Klärung der Ziele und Absichten, die wir bei der Kontrollregelung des NV-Vertrages gemeinsam verfolgen, bei.

Es ist uns, glaube ich, in den letzten Tagen durch intensive Bemühungen in der Europäischen Gemeinschaft gelungen, Fortschritte zu erzielen, die für die weiteren Verhandlungen über einen Kontrollartikel eines NV-Vertrages wichtig sind.

Ich habe Botschafter Knappstein gebeten, Ihnen hierzu unsere Auffassung vorzutragen und Ihnen eine Aufzeichnung zu überreichen, die ich Ihrer besonderen Aufmerksamkeit empfehle.

Sincerely yours  
Willy Brandt

Anlage

Aufzeichnung

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat der Bundesregierung als Ergebnis der gemeinschaftsinternen Prüfung mitgeteilt, daß bei Berücksichtigung der von unserer Seite vorgeschlagenen Änderungen der sowjetische

<sup>1</sup> Das Schreiben wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Ramisch konzipiert und mit Drahterlaß Nr. 3922 des Botschafters Schnippenkötter an Botschafter Knappstein, Washington, übermittelt. Vgl. VS-Bd. 4117 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut vgl. VS-Bd. 10081 (Ministerbüro).

Am 23. Oktober 1967 stellte Botschafter Schnippenkötter dazu fest: „1) In seinem Antwortbrief vom 20. Oktober auf das Schreiben des Bundesaußenministers vom 13. Oktober äußert Außenminister Rusk Verständnis für die Probleme, die der Kontrollartikel des NV-Vertrags für die Europäische Atomgemeinschaft aufwirft. 2) Der Brief von Außenminister Rusk erleichtert den direkten amerikanischen Druck auf EURATOM, weist jedoch gleichzeitig auf den fortbestehenden Zeitdruck in der Genfer Abrüstungskonferenz hin. Er gibt uns den notwendigen Raum, die von uns eingeleiteten Schritte weiter zu verfolgen. Für den Fall, daß es nicht zu einer Einigung in EURATOM kommt, könnten wir unseren Änderungsvorschlag unverzüglich den Amerikanern als einen Entwurf, der mit dem EAG-Vertrag vereinbar wäre, unterbreiten. 3) Der Brief bestätigt, daß die Amerikaner so handeln, als stünden sie in der zweiten Phase des im vorhergehenden Brief von Außenminister Rusk vom 17. Mai skizzierten amerikanischen Vorgehens in Genf (Verhandlungen mit den Sowjets über Artikel III unter Konsultation der Verbündeten mit dem Ziel eines weithin annehmbaren NV-Vertrags). Grundlage der Verhandlungen soll das Verifikationsprinzip sein. Der Substanz des letzten amerikanischen Entwurfs soll Genüge getan werden. 4) Der Brief erneuert für den Fall der Nichteinigung mit den Sowjets die amerikanische Bereitschaft, entsprechend den Zusicherungen im Brief vom 17. Mai für die 3. Phase vorzugehen.“ Vgl. VS-Bd. 4117 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

Entwurf für Artikel III<sup>3</sup> zu gegebener Zeit als mit dem EURATOM-Vertrag<sup>4</sup> vereinbar angesehen werden könnte.<sup>5</sup> Nach der gleichen Stellungnahme der Kommission könnten dagegen die Texte der übrigen ihr zur Prüfung vorgelegten Entwürfe (amerikanischer vom April 1967<sup>6</sup>, sowjetischer vom 1. September, sowjetischer mit niederländischen Änderungsvorschlägen<sup>7</sup>) nicht als EURATOM-vertragskonform erklärt werden. Daraus ergibt sich unter anderem insbesondere, daß die Grundverpflichtung zur Annahme von Kontrollen, falls sie nicht schlechthin „safeguards“ sondern „IAEO safeguards“ vorschreibt, mit dem Vertrag von Rom nicht vereinbar sein wird. Wir können daher in dieser Frage keine andere Haltung einnehmen als bisher. Zur Illustration eines EURATOM-vertragsgerechten Textes des Kontrollartikels eines NV-Vertrags sind die Stellungnahme der Kommission und unser Änderungsentwurf inzwischen im NATO-Rat bekanntgegeben worden.<sup>8</sup>

Die Mitglieder der Gemeinschaft haben am 24. 10. ferner bestimmte Grundsätze zur Kontrollregelung aufgestellt und am 26./27. 10. ausgearbeitet.<sup>9</sup> Diese Grundsätze stellen die gemeinsame Minimalposition der fünf kernwaffenlosen

<sup>3</sup> Zum sowjetischen Entwurf vom 1. September 1967 für Artikel III (Kontrollartikel) eines Nichtverbreitungsabkommens vgl. Dok. 322.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des EURATOM-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 1014–1155.

<sup>5</sup> Zur Stellungnahme der EG-Kommission vom 11. Oktober 1967 sowie zu den Verhandlungen zwischen den fünf nichtnuklearen Mitgliedstaaten vgl. Dok. 350, Anm. 7, bzw. Dok. 355, Anm. 21. Am 23. Oktober 1967 übermittelte der Präsident der EG-Kommission, Rey, die Stellungnahme der Kommission zu den amerikanischen und sowjetischen Entwürfen des Artikels III vom 25. April bzw. vom 1. September 1967 für ein Nichtverbreitungsabkommen sowie zu den niederländischen Änderungsvorschlägen vom 27. September 1967 zum sowjetischen Entwurf: „Die Kommission hat festgestellt, daß diese Textfassungen nicht die notwendigen Voraussetzungen erfüllen, die den Mitgliedstaaten die Unterzeichnung unter gleichzeitiger Wahrung ihrer Verpflichtungen aus dem EURATOM-Vertrag gestatten würden. Die Kommission hat ferner verschiedene Möglichkeiten untersucht, wie diese Textfassungen akzeptabel zu machen wären. Sie hat dabei sowohl die Möglichkeit des Abschlusses eines befriedigenden Verifikationsabkommens zwischen EURATOM und der IAEO als auch die Möglichkeit geprüft, daß nach Annahme der eventuell notwendiger Änderungen ein Verfahren eingeschlagen wird, welches die Geltendmachung eines Vorbehaltes bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden zum Gegenstand hat. Was die Änderungsvorschläge betrifft, die die Bundesregierung [...] vorbringt, so kann die Kommission bereits jetzt erklären, daß sie, falls dieser Text in den endgültigen Entwurf des A[tom]S[perre]V[ertrags] aufgenommen wird, in der Lage wäre, zu gegebener Zeit festzustellen, daß dieser der Anwendung des EURATOM-Vertrags nicht im Wege steht.“ Vgl. den Delegationsbericht Nr. 12 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ramisch, z. Z. Luxemburg, vom 24. Oktober 1967; VS-Bd. 2519 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Zum amerikanischen Entwurf vom 25. April 1967 für Artikel III eines Nichtverbreitungsabkommens, der Botschafter Schnippenkötter am 14. April 1967 in Washington übergeben wurde, vgl. Dok. 131, besonders Anm. 10–12.

<sup>7</sup> Zu den niederländischen Vorschlägen vom 27. September 1967 vgl. Dok. 350, Anm. 6.

<sup>8</sup> Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats vom 25. Oktober 1967 vgl. den Drahtbericht Nr. 1576 des Botschafters Grewe, Brüssel (NATO); VS-Bd. 4117 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Am 27. Oktober 1967 berichtete Botschafter Schnippenkötter, z. Z. Luxemburg, daß sich das von den EG-Außenministern beauftragte Gremium der Sachverständigen nicht auf einen gemeinsamen Textvorschlag für einen Artikel III (Kontrollartikel) eines Nichtverbreitungsabkommens habe einigen können. Die daraufhin formulierten „Principles“ seien jedoch noch so formuliert, „daß sie auch den deutschen Standpunkt im wesentlichen widerspiegeln“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1934 des Botschafters Schnippenkötter, z. Z. Brüssel, vom 27. Oktober 1967; VS-Bd. 2519 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

Vgl. dazu auch Dok. 402, Anm. 10.

Mitglieder der Gemeinschaft<sup>10</sup> dar. Frankreich hat zugehört und sich gegen dieses Vorgehen innerhalb der Gemeinschaft nicht gesperrt. Über die vom Ministerrat gebilligten Grundsätze hinaus sind gemeinsame „Bemerkungen“ zum Kontrollartikel erarbeitet worden. Die Mitglieder sind sich außerdem darüber einig, daß sie Positionen und Formulierungen im übrigen allein oder gemeinsam mit anderen vorbringen.

Die gemeinsamen Grundsätze bekräftigen das Erfordernis der Beschränkung der Kontrolle auf Ausgangs- und besonderes spaltbares Material, der Sicherung einer adäquaten Verhandlungsrolle für EURATOM sowie der Verifikation als Inhalt eines eventuellen Abkommens zwischen EURATOM und der Wiener Agentur. Sie betreffen ferner die Sicherung der Belieferung mit Kernbrennstoffen sowie den Schutz gegen eine mögliche Beeinträchtigung der Verhandlungsposition von EURATOM gegenüber der IAEI. Die zusätzlichen Bemerkungen weisen auf die Problematik einer Kontrollregelung hin, mit der Kontrollpflichten außerhalb der Jurisdiktion der Einzelstaaten eingeführt würden. Sie erinnern an die Bedeutung der Gleichbehandlung im friedlichen Bereich, die als tragendes Strukturelement der Gemeinschaft in ihrem Gründungsvertrag verankert ist und durch andere Verträge nicht beeinträchtigt werden darf.

Unsere Änderungsvorschläge sind eine gute Illustration eines Textes, der den gemeinsamen Prinzipien Rechnung tragen würde und der EURATOM-vertragskonform wäre. Das schließt nicht aus, daß andere Formulierungen den gleichen Ansprüchen genügen könnten.

Wir selbst beabsichtigen, Modifikationen unserer Änderungsvorschläge im NATO-Rat zur Erwägung zu stellen, damit ein weitgehend gemeinsamer Text der Allianzpartner in den Verhandlungen mit der Sowjetunion zur Verfügung steht<sup>11</sup>. Durch die geplanten Modifikationen würde die enumerierende Ausdrucksweise des 1. Absatzes durch eine summarische Bezugnahme auf das Statut der IAEI ersetzt.<sup>12</sup> Die an dieser Stelle ohnehin notwendigen schriftlichen Interpretationen müßten dieser Modifizierung angepaßt werden. Ferner wird dem für uns wesentlichen Grundsatz der Nichtdiskriminierung im friedlichen Bereich im Text des Absatzes, der den Export-Importbereich behandelt, in anderer Form Ausdruck gegeben. Schließlich wären wir bereit, die im Absatz 4

<sup>10</sup> Belgien, Niederlande, Luxemburg, Italien und die Bundesrepublik.

<sup>11</sup> Korrigiert aus: „ist“.

<sup>12</sup> Erster Absatz der Änderungsvorschläge der Bundesregierung zum sowjetischen Entwurf vom 1. September 1967 für Artikel III (Kontrollartikel) eines Nichtverbreitungsabkommens, die am 25. Oktober 1967 im Ständigen NATO-Rat erörtert wurden: „With a view to preventing diversion of source or special fissionable material from peaceful uses to nuclear weapons or other nuclear explosive devices, each (non-nuclear weapon) state party to the Treaty undertakes to have safeguards as set forth in agreements negotiated and concluded with the International Atomic Energy Agency bilaterally or under multilateral arrangements or by organisations the work of which is related to that of the Agency. Conclusion of agreements with such organisations shall be facilitated by members of the International Atomic Energy Agency and members of respective organisations parties to the Treaty.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 3897 des Vortragenden Legationsrats Pfeiffer vom 26. Oktober 1967; VS-Bd. 4117 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

Für den Wortlaut der Statuten der IAEI vom 26. Oktober 1956 vgl. UNTS, Bd. 276, S. 4–125. Für den Wortlaut der revidierten Sicherheitskontrollregeln der IAEI vom 28. September 1965 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1965, S. 446–460.

des Entwurfs<sup>13</sup> genannten Fristen unverändert zu übernehmen, obwohl uns andere Fristen angemessener erschienen.

Wir halten unsere Textvorschläge für negotiabel mit der Sowjetunion. Wir sind in dieser Ansicht in Gesprächen mit Verbündeten, die auch am Genfer Konferenztisch anwesend sind, bestärkt worden.

Wir erwarten, daß als Ergebnis von Verhandlungen der beiden Ko-Präsidenten der Genfer Abrüstungskonferenz<sup>14</sup> ein Entwurf für Artikel III vorgelegt wird, dessen Text für uns als Mitglied der Europäischen Gemeinschaften akzeptabel ist und nicht der Aushilfe durch Ratifikationsvorbehalte oder ähnlichem bedarf. Auch unter Berücksichtigung der speziellen Haltung der Sowjetunion gegenüber Deutschland wäre es mehr als bedauerlich, wenn eine auf Besserung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses zielende Beteiligung am NV-Vertrag deshalb ohne Entspannungswirkung bliebe, weil im Kontrollbereich Ratifikationsvorbehalte erforderlich wären.

Die Bundesregierung hat davon Kenntnis genommen, daß – sollte eine befriedigender gemeinsamer Entwurf der beiden Ko-Präsidenten nicht erreichbar sein – die amerikanische Seite bereit ist, das für eine solche Entwicklung vorgesehene Verfahren mittels Vorlage eines realistischen westlichen Entwurfs entsprechend den früher gegebenen und im letzten Brief von Außenminister Rusk<sup>15</sup> erneuerten Zusicherungen weiterzuführen. Dabei könnte schon jetzt die Vorlage eines westlichen Entwurfs ins Auge gefaßt werden, der die zivilen Nuklearindustrien mit Kontrollen nicht diskriminiert und deswegen bei der überwiegenden Mehrheit der Staaten positive Aufnahme finden würde.

Die Bundesregierung hofft weiterhin, daß die Kontrollregelungen des NV-Vertrags in den bevorstehenden Diskussionen so behandelt werden, daß unsere beiderseitigen Interessen sowie die der Europäischen Gemeinschaft und des Atlantischen Bündnisses nicht Schaden leiden.

**VS-Bd. 4117 (II B 3)**

<sup>13</sup> Absatz 4 des sowjetischen Entwurfs vom 1. September 1967 für Artikel III (Kontrollartikel) eines Nichtverbreitungsabkommens: „Non-nuclear-weapon states party to the treaty may conclude agreements with the IAEA to meet the requirements of this article either individually or together with other states as provided in the statute of the IAEA. Negotiations of such agreements shall commence within 180 days from the original entry into force of this treaty. For states deposition their instruments of ratification after the 180-day period, negotiation of such agreements shall commence not later than the date of such deposit. Such agreements shall enter into force not later than eighteen months after the date of initiation of negotiations.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 751 des Botschafters von Keller, Genf (Internationale Organisationen) vom 6. September 1967; VS-Bd. 4116 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>14</sup> William C. Foster und Alexej Alexandrowitsch Roschtschin.

<sup>15</sup> Die Wörter „im letzten Brief von Außenminister Rusk“ wurden von Botschafter Schnippenkötter handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „in Ihrem letzten Brief“. Zum Schreiben des amerikanischen Außenministers Rusk vom 17. Mai 1967 vgl. Dok. 168, Anm. 9.

372

**Botschafter Pauls, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-14965/67 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 718**  
**Citissime mit Vorrang**

**Aufgabe: 29. Oktober 1967, 02.45 Uhr**  
**Ankunft: 29. Oktober 1967, 02.31 Uhr**

Ministerpräsident Eshkol empfing mich gestern abend 22.30 Uhr in seiner Jerusalemer Wohnung. Ich habe ihn zunächst unter Anführen aller Gründe gebeten, nicht weiter auf dem Alt-Jerusalem-Programm zu bestehen.<sup>1</sup> Er erwiderte, gerade weil er die Rolle, die Prof. Erhard beim Aufbau der deutsch-israelischen Beziehungen gespielt habe, so sehr würdige und dieser ihm ein besonders hoch geschätzter Gast sei, müsse und wolle er jeden Mißklang während seines Besuches vermeiden. Wenn der Altbundeskanzler jedoch komme und nicht, wie bisher vorgesehen, Alt-Jerusalem besuche, werde er von Anfang an angegriffen und Kontroversen ausgesetzt sein. Daher könne er unserem Wunsch leider nicht entsprechen. Als die Fortsetzung des freundlich geführten Gesprächs zu keinem anderen Ergebnis führte, bat ich ihn, dann ein persönliches Telegramm an den Altbundeskanzler zu schicken, in dem er seine Bitte um Verschiebung ausdrücke und seine Gründe erläutere.

Eshkol ging darauf sofort bereitwillig ein und erklärte, er werde Sonntag Prof. Erhard über die israelische Botschaft ein sehr freundliches Telegramm dieses Inhalts senden und darin auch die Einladung erneuern.

Während Eshkol betont konzilient sprach, brachte sein politischer Kabinettschef, der teilnahm, zwischendurch einige Schärfen ins Gespräch: Das Auswärtige Amt habe erst, seit der Besuch Husseins in Bonn bevorstehe<sup>2</sup>, Einwände erhoben, ohne sie zu erläutern. Keine andere Regierung habe so auf besuchende Politiker eingewirkt, nur die deutsche. Politiker aus USA, Holland und sogar Frankreich hätten die Altstadt besucht. Man sei sehr erstaunt. Ich erwiderte, dann sei Erstaunen auf beiden Seiten, denn wir seien sehr erstaunt über die Bitte um Verschiebung aus diesem Grunde. Als ich Eshkol sagte, es sei jetzt besonders wichtig, alles zu tun, um störende Auswirkungen auf den so befriedigenden Stand der Beziehungen zu vermeiden, sagte er, das sei sein fester Wille. Es bestand Übereinstimmung, der Presse nur mitzuteilen, daß der Besuch verschoben würde, ohne den Grund anzugeben. Diese amtliche Zurückhaltung scheint mir im Interesse der Beziehungen zwischen beiden Regierungen wesentlich.

<sup>1</sup> Zur Vorbereitung des Aufenthalts des ehemaligen Bundeskanzlers Erhard in Israel, der vom 30. Oktober bis 10. November 1967 stattfand, vgl. Dok. 368.

<sup>2</sup> Der jordanische König hielt sich vom 29. bis 31. Oktober 1967 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kiesinger am 30. Oktober 1967 vgl. Dok. 374.



Mir ist für morgen mittag der Text des Eshkol-Telegramms zugesagt, das ich unverzüglich übermitteln werde.<sup>3</sup>

[gez.] Pauls

VS-Bd. 2567 (I B 4)

### 373

#### Botschafter Knoke, Den Haag, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-19468/67 geheim  
Fernschreiben Nr. 352

Aufgabe: 29. Oktober 1967, 16.00 Uhr  
Ankunft: 29. Oktober 1967, 16.23 Uhr

Betr.: Ministerratssitzung der Europäischen Gemeinschaften am 23. und 24. Oktober in Luxemburg<sup>1</sup>

Selten habe ich jemanden mit einer solchen Erbitterung über den Verlauf einer Ministerratskonferenz der Europäischen Gemeinschaften sprechen hören, wie den niederländischen Außenminister, den ich am 28. Oktober vormittags gelegentlich der Eröffnung der Messe in Hilversum traf. Die Weigerung Frankreichs – oder besser gesagt de Gaulles –, in Verhandlungen mit Großbritannien über dessen Beitritt zum Gemeinsamen Markt einzutreten, bevor dessen Zahlungsbilanz-Situation bereinigt und das Pfund Sterling des Charakters der Leitwährung<sup>2</sup> entkleidet sei, komme – so sagte mir Herr Luns – einem de facto-Veto gleich.

Symptomatisch sei, daß in den Konsultationsbesprechungen des Herrn Bundesaußenministers mit Couve am 16./17. Oktober<sup>3</sup> anscheinend mit keiner Silbe von der französischen Haltung in Luxemburg am 23./24. Oktober die Rede gewesen sei. Sehe so die französisch-deutsche Zusammenarbeit aus, wie sie der

<sup>3</sup> Am 29. Oktober 1967 übermittelte der israelische Gesandte Idan Ministerialdirektor Meyer-Lindenberger eine persönliche Botschaft des Ministerpräsidenten Eshkol an Bundesminister Brandt. Eshkol bezeichnete es als „unannehmbar“, wenn der ehemalige Bundeskanzler Erhard während seines Aufenthalts in Israel nicht die Altstadt von Jerusalem besuchen würde. Um eine dadurch drohende Verschlechterung des Verhältnisses zu vermeiden, schlug er einen Kompromiß vor: „In dem Besuchsprogramm Professor Erhards wird stehen ‚Besuch an den Heiligen Stätten‘. Professor Erhard wird eine Heilige Stätte in Alt-Jerusalem selbst auswählen, um sie als Pilger und ohne jegliches Zeremoniell zu besuchen. Wir werden das Datum dieses Besuches an das Ende des Aufenthaltes legen, um den 8. November, d. h. lange, nachdem König Hussein die Bundesrepublik verlassen hat. Ich verzögere mein Telegramm an Professor Erhard, um eine Antwort auf diesen meinen Vorschlag zu erhalten.“ Vgl. VS-Bd. 2567 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967  
Für die Antwort von Brandt vom 3. November 1967 vgl. Dok. 382.

<sup>1</sup> Vgl. dazu Dok. 366.

<sup>2</sup> Zur Rolle des Pfundes Sterling als Reservewährung vgl. Dok. 8, Anm. 22.

<sup>3</sup> Zu den Gesprächen des Bundesministers Brandt mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in Paris vgl. Dok. 355.

Elysée-Vertrag<sup>4</sup> stipuliere? Herr Luns deutete an, daß er bei allem Verständnis für unsere schwierige Lage über das Timing der deutschen Politik nicht glücklich sei. Er hielt – wie hier allgemein – das Stattfinden einer außenpolitischen Debatte vor der Luxemburger Konferenz, das heißt der Bundestagsdebatte vom 13. Oktober<sup>5</sup>, in der die deutsche Regierung de Gaulle bescheinigt habe, daß sie keinen Druck auf ihn ausüben könne und werde, für wenig glücklich, weil eine solche öffentliche Äußerung de Gaulle nur dazu ermutige, seine Forderungen noch höher zu schrauben.

Die Niederländer würden alles versuchen, noch vor Ende des Jahres die Dinge hinsichtlich des EWG-Beitritts Großbritanniens weiter voranzutreiben. Er sagte weiter, daß man seit 1958 hinsichtlich des politischen Zusammenschlusses Europas auf der Stelle trete. Es bliebe jetzt nur noch verdammt wenig Zeit übrig. Sollte der Gedanke einer politischen Zusammenarbeit Europas (die für die niederländische Regierung nur unter Einbeziehung Großbritanniens denkbar sei) nicht sehr bald konkretere Gestalt annehmen, dann sei die Entwicklung zum Nationalismus in Europa nicht mehr aufzuhalten. Ich habe Herrn Luns erwidert, daß jetzt erst einmal ruhig überlegt werden müsse, daß Emotionen verfehlt seien, wahrscheinlich komme man nur mit Geduld weiter, schließlich werde de Gaulles Herrschaft auch nicht ewig dauern.<sup>6</sup>

[gez.] Knoke

**VS-Bd. 2492 (I A 2)**

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>5</sup> Für den entsprechenden Passus in der Regierungserklärung des Bundesministers Brandt vgl. Dok. 348, Anm. 5.

<sup>6</sup> Am 9. November 1967 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Baron von Stempel handschriftlich für Ministerialdirigent Frank: „Ich hatte beabsichtigt, der Botschaft Den Haag auf ihren Bericht vom 29.10. (Nr. 352) eine Antwort zu erteilen, um die Vorwürfe von Herrn Luns zurückzuweisen. Leider ist Herr Forster aber auch nicht mehr über die Konsultation bekannt gewesen als im Informationserlaß steht. Daher glaube ich, sollten wir auf den beiliegenden Drahtbericht der Botschaft Den Haag vom 29.10. (Nr. 352) nicht mehr reagieren.“ Vgl. VS-Bd. 2492 (I A 2); B 150, Aktenkopien 1967.

### Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit König Hussein von Jordanien

Z A 5-123.A/67 VS-vertraulich

30. Oktober 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler empfing am 30. Oktober 1967 um 16.00 Uhr S.M. König Hussein von Jordanien zu einem Gespräch<sup>2</sup>, das zunächst unter vier Augen stattfand und an dem später MD Dr. Sonnenhol, MDg Böker, Botschafter Dr. Hille, der jordanische Wirtschaftsminister Hatem Zu'bi und der jordanische Botschafter in Bonn, Farhan Shubeilat, teilnahmen.

In dem Gespräch im größeren Kreis sagte der Herr *Bundeskanzler* einleitend, daß die jordanische Seite von uns erwarten dürfe, daß wir tun wollten, was in unseren Kräften stehe, um zu einer dauerhaften, friedlichen und gerechten Lösung beizutragen. Da die Bundesrepublik nicht den Vereinten Nationen angehöre, könne man nur einen weniger direkten Beitrag als andere Länder leisten. Nichtsdestoweniger wolle die Bundesregierung ihre Kräfte zur Lösung des Problems einsetzen, da sie davon überzeugt sei, daß ein langes Schwelen des Konfliktes große Gefahren für die Welt mit sich bringe.

König *Hussein* dankte für diese Erklärung und betonte, daß die deutsch-jordanischen Beziehungen immer herzlich und freundschaftlich gewesen und von der kurzen Zeit einer leichten Störung<sup>3</sup> nicht beeinträchtigt worden seien. Das Verständnis und Wohlwollen, das er bei seinen deutschen Freunden gefunden habe, sei ihm eine Quelle der Ermutigung gewesen. Er versicherte, daß es sein ernster Wunsch sei, für eine gerechte und friedliche Regelung zu arbeiten. Da sich das weltpolitische Interesse auf den Nahen Osten konzentriere, hoffe er zuversichtlich, daß in nicht allzu ferner Zeit Fortschritte erzielt würden. Zweck seiner Reise sei es, die arabische Position darzulegen, was bisher nicht in genügendem Maße geschehen sei. Es sei nicht beabsichtigt, den Konflikt zu einer Ost-West-Auseinandersetzung zu machen. Er hoffe, daß die Freunde Jordaniens sich der Gefahr bewußt seien, die bestehe, wenn es nicht bald zu einer Regelung komme. Die arabische Position habe heute die Grenze dessen erreicht, was von den arabischen Ländern erwartet werden könne. Er hoffe, daß seine Reise und vor allem die Gespräche in Washington und bei den Vereinten Nationen gute Ergebnisse brächten.

König Hussein bedankte sich sodann für die von der Bundesrepublik im Laufe der Jahre geleistete Hilfe. Das Ziel seiner Regierung sei, Jordanien zu einem modernen Staat zu entwickeln. Ein ermutigendes Beispiel bei diesen Bemühungen sei für ihn der Wiederaufbau Deutschlands nach dem Kriege.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 2. November 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> König Hussein von Jordanien hielt sich vom 29. bis 31. Oktober 1967 in der Bundesrepublik auf. Am 30. Oktober 1967 traf er zu einem Gespräch mit Bundespräsident Lübke und mit Bundesminister Brandt zusammen. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 3965 des Ministerialdirigenten Böker vom 31. Oktober 1967; Referat I B 4, Bd. 301.

<sup>3</sup> Am 27. Februar 1967 wurden die am 13. Mai 1965 abgebrochenen Beziehungen mit Jordanien wieder aufgenommen. Vgl. dazu Dok. 63.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er habe die Sorge, daß in der großen Auseinandersetzung zwischen den Westmächten die Frage der künftigen Entwicklung noch recht trübe sei. Man müsse auch an den Zusammenhang mit Vietnam denken. Er selbst sei, um es kurz zu sagen, sehr besorgt. Es sei bedauerlich, daß Europa nichts tun könne. Den europäischen Ländern sei es nicht gelungen, ihre Kräfte zusammenzuschließen, wobei er nicht an den militärischen, sondern an den politischen Bereich denke. Wäre dies möglich gewesen, so hätte man vielleicht einen Beitrag zur Vermeidung des Konflikts leisten können. Anlässlich der Gipfelkonferenz in Rom<sup>4</sup>, an der alle Regierungschefs teilgenommen hätten, sei es nicht möglich gewesen, etwas im Hinblick auf die Krise zu tun, die sich vor der Tür Europas damals bereits abgezeichnet habe. Man dürfe aber in den Bemühungen um eine stärkere europäische Einheit nicht nachlassen. Die mutige, klare und weise Haltung des Königs sei der beste Weg zum Erfolg. Der Herr *Bundeskanzler* fragte König Hussein, wie er die derzeitige Meinung in Israel analysiere.

König *Hussein* betonte, daß er in Sorge sei. Eine endgültige Klärung sei noch nicht erfolgt, doch sei eine gewisse Verhärtung in der israelischen Haltung nicht zu übersehen. Gelegentlich machten sich extremistische Tendenzen bemerkbar. Es wäre verfrüht zu sagen, daß sich die Extremisten durchsetzten, doch wenn sich die Dinge zu lange hinzögen, bestehe diese Gefahr. Dies gelte gewiß für die besetzten Gebiete Jordaniens und anderer arabischer Länder. Jordanien werde vorgeworfen, es löse in dem besetzten Gebiet Unruhen aus. Dies sei nicht richtig. Vielmehr sei die Unruhe auf die harte und rücksichtslose Behandlung durch die Israelis zurückzuführen. In seinem Lande befänden sich 200 000 neue Flüchtlinge. Die Israelis hätten zwar 15 000 Flüchtlinge zurückkehren lassen, seither aber weitere 10 000 Flüchtlinge vertrieben. Die Flüchtlingsfrage sei sehr ernst, da man ungenügend ausgerüstet sei. Es sei dieses Jahr sehr früh Winter geworden, und man versuche, die Flüchtlinge von den Höhen in das Tal zu verlegen. Das Flüchtlingsproblem müsse gelöst werden, ehe es zu spät sei.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er befürchte, daß die Versenkung des israelischen Zerstörers die Lage verschlechtert habe.<sup>5</sup>

<sup>4</sup> Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten anlässlich des 10. Jahrestags der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 29./30. Mai 1967 vgl. Dok. 197.

<sup>5</sup> Am 21. Oktober 1967 wurde der israelische Zerstörer „Eilat“ vor der Nordküste der Sinai-Halbinsel durch ägyptische Raketen versenkt. Daraufhin kam es am 24. Oktober 1967 am Suez-Kanal zu Gefechten, in deren Verlauf israelische Truppen 80 % der ägyptischen Ölraffinerien zerstörten. Dazu teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Gehlhoff am 30. Oktober 1967 der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel mit: „Das Ansehen Nassers und seiner Regierung in der ägyptischen Bevölkerung ist durch den erfolgreichen militärischen Schlag gegen Israel gestärkt worden. Dieser Prestigegewinn, der auch durch den israelischen Vergeltungsschlag gegen die Industrieanlagen in Suez nicht wieder völlig zunichte gemacht wurde, hat bisher nicht zu einer neuen Verschärfung der gemäßigten ägyptischen Haltung geführt, wie sie seit der arabischen Gipfelkonferenz in Khartum deutlich wird. Allerdings läßt sich auch noch nicht übersehen, ob die ägyptische Regierung ihr vergrößertes Ansehen für die Einleitung von Friedensgesprächen mit Israel einsetzen wird. [...] In Israel haben die Befürworter eines harten Kurses gegenüber den arabischen Staaten neuen Auftrieb erhalten. Der israelischen Regierung dürfte es auch gegenüber der eigenen Öffentlichkeit schwieriger werden, sich auf einen Kompromiß mit den Arabern einzulassen und von ihren Forderungen nach direkten Verhandlungen und einem Friedensvertrag abzugehen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1235; VS-Bd. 2578 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

König *Hussein* bemerkte, er wisse nicht, wie die Dinge im einzelnen gelaufen seien, doch habe er bereits vor zwei Monaten Nasser gesagt, wie er gehört habe, beabsichtigen die Israelis, die Ölraffinerie zu zerstören. Sie wollten damit der ägyptischen Wirtschaft Schaden zufügen und Nassers Prestige treffen. Hierzu hätten sie die Versenkung des Zerstörers als Vorwand benutzt. Der Zwischenfall sei bedauerlich gewesen und habe eine gefährliche Lage geschaffen. Selbst am jordanischen Abschnitt seien gelegentlich Zwischenfälle unvermeidlich, und er befürchte, daß hierdurch den israelischen Extremisten neuer Auftrieb gegeben werde.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, bedauerlicherweise sei die amerikanische Lage etwas schwierig, da man sich im letzten Jahr vor einer Wahl<sup>6</sup> befinde. Die bisherige Erfahrung habe gezeigt, daß die amerikanische Politik dann immer etwas beeinträchtigt sei. Der Präsident, mit dem er über die Lage im Nahen Osten gesprochen habe<sup>7</sup>, sei sehr besorgt gewesen, und er (der Herr Bundeskanzler) habe den Eindruck gewonnen, daß Johnson sehr um eine Lösung bemüht sei. Er habe nicht genügend Zeit gehabt, das Thema auch mit Wilson in London zu erörtern<sup>8</sup>, da die Frage des britischen Beitritts zu sehr im Vordergrund gestanden habe. Man wisse aber, welche Haltung die Engländer und die Franzosen einnehmen. Mit de Gaulle habe er im Juli ausführlich über das Thema gesprochen.<sup>9</sup>

Wie König *Hussein* sagte, halte de Gaulle die jetzige Position für gut; wenn es Jordanien gelinge, die eingeschlagene Richtung durchzuhalten, würden auch die anderen einschwanken.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, wie er gehört habe, bestünden in der arabischen Welt gewisse Zweifel an der Haltung der Amerikaner und des Präsidenten. Nach seinem Eindruck mache sich Johnson große Sorgen und bemühe sich, zu einer Lösung beizutragen.

König *Hussein* bemerkte, daß dem Präsidenten im Hinblick auf die Wahlen daran gelegen sein dürfte, zu einer Lösung des Nahost-Problems als Gegengewicht zu Vietnam zu gelangen.

Der Herr *Bundeskanzler* wiederholte, daß seiner Ansicht nach die Amerikaner eine friedliche Lösung wünschten. Er wisse nicht, ob das gleiche auch für die Russen gelte.

König *Hussein* stellte fest, auf seiner Reise nach Moskau habe er den Eindruck gewonnen, daß die Russen das gleiche wollten und zu einer Zusammenarbeit mit den Amerikanern bereit seien.

Der Herr *Bundeskanzler* bezweifelte dies, da der Nahe Osten für die Russen außerordentlich interessant sei.

König *Hussein* sagte, die Sowjets würfen den Amerikanern vor, in letzter Zeit eine härtere Linie bezogen zu haben, doch verneinten die Amerikaner dies.

<sup>6</sup> Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 5. November 1968 statt.

<sup>7</sup> Vgl. dazu das Gespräch mit Präsident Johnson am 15. August 1967 in Washington; Dok. 301.

<sup>8</sup> Zu den deutsch-britischen Regierungsbesprechungen vom 23. bis 25. Oktober 1967 vgl. Dok. 362–365.

<sup>9</sup> Vgl. dazu das Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten am 12. Juli 1967; Dok. 261.

Der Herr *Bundeskanzler* unterstrich, daß die Bundesregierung nicht nur das Zustandekommen einer friedlichen und dauerhaften Ordnung wünsche, sondern daß es darüber hinaus der sehr ernsthafte deutsche Wunsch sei, die alten traditionellen Beziehungen mit der arabischen Welt wiederhergestellt zu sehen. Die Entwicklung der Vergangenheit sei bedauerlich gewesen, doch freue er sich, daß König Hussein die Initiative zur Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen ergriffen habe. Er hoffe, daß diese traditionellen Beziehungen mit dem gesamten arabischen Bereich wiederhergestellt würden.

König *Hussein* sagte, daß die meisten arabischen Länder hierzu bereit wären.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, daß es ein Grundsatz der deutschen Politik sei, in regionalen Konflikten neutral zu bleiben, was natürlich nicht daran hindere, daß man auf anderen Gebieten versuche zu helfen, wo immer dies möglich sei. Im Augenblick befinde man sich zwar nicht in einer guten budgetären Lage, doch hoffe er, daß die Schwierigkeiten überwunden werden könnten. Er wolle nicht in Einzelheiten gehen, sondern nur die Versicherung geben, daß die Bundesregierung ihr Bestes tun werde.

König *Hussein* dankte für die Erklärung.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte weiter, er habe einmal den Gedanken gehabt, zusammen mit den Franzosen etwas zu unternehmen, was die Interessen Jordaniens und Israels kombinieren würde. Im Augenblick sei es aber nicht realistisch, an größere Projekte zu denken, an denen sich verschiedene europäische Staaten beteiligen könnten. Man werde aber diesen Gedanken nicht aus den Augen verlieren. Als er mit de Gaulle über eine solche Möglichkeit gesprochen habe, sei dieser ein wenig pessimistisch gewesen.

Auf die Flüchtlingsfrage eingehend erklärte König *Hussein*, die vordringlichsten Probleme seien Unterkunft und Verpflegung. Die bisher zur Verfügung stehenden Zelte seien nicht ausreichend und böten nicht genügend Schutz gegen die Witterungseinflüsse. Man habe deswegen beim Roten Kreuz 10 000 neue Zelte angefordert. Ein weiteres Problem sei die Betreuung der Kinder. In dieser Angelegenheit habe man sich an die UNRWA gewandt. Die Aufgaben, die sich aus dem Flüchtlingsproblem für sein Land ergäben, seien zu groß, als daß sie von Jordanien allein gelöst werden könnten. Besondere Sorge habe man wegen der Kinder, die etwa zwanzig bis dreißig Prozent der Flüchtlinge ausmachten. Wenn ihre Ernährung nicht sichergestellt sei, müsse befürchtet werden, daß ein großer Teil den Winter nicht überleben werde.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er werde prüfen lassen, wie man schnell helfen könne, besonders was die Kinder betreffe. Wenn es möglich wäre, militärische Transportmaschinen zur Beförderung solcher Hilfe zu benutzen, so könnten die Kosten erheblich gesenkt werden. Syrien verbiete aber das Überfliegen seines Hoheitsgebiets. Ein Flug mit einer Zivilmaschine koste 20 000 Dollar. Wenn Militärmaschinen eingesetzt würden, entstünden praktisch keine Transportkosten.

König *Hussein* sagte, man werde mit den Syrern sprechen. Eine andere Möglichkeit bestünde darin, die Maschinen in Beirut landen und entladen zu lassen, von wo aus der Transport auf dem Landwege von Jordanien übernommen werden könnte.

Der Herr *Bundeskanzler* stellte abschließend die Frage, ob König Hussein eine Lösung für das Problem Jerusalem sehe.

König *Hussein* wies darauf hin, daß es sicher keine Differenzen wegen Jerusalem gegeben hätte, wenn eine generelle Lösung für den Mittleren Osten bestanden hätte. Die jordanische Haltung sei die, daß sich die Israelis auf die Linie zurückziehen müßten, die vor Beginn der Feindseligkeiten<sup>10</sup> gegolten habe. Komme es zu einer generellen Lösung, so ließe sich auch sicher eine Regelung für Jerusalem finden. Es handle sich dabei nicht nur um eine Frage, welche die Jordanier und Araber, sondern alle Mohammedaner berühre.

Der Herr *Bundeskanzler* bestätigte noch einmal, daß man deutscherseits bereit sei, das Mögliche zu tun, um diesen Prozeß zu beschleunigen.

König *Hussein* gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß dies möglich sein werde und erklärte, er würde sich sehr freuen, dann den Herrn *Bundeskanzler* einmal in Jordanien begrüßen zu dürfen.

Das Gespräch endete um 17.00 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 25**

### 375

#### Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter

II A 1-84.31-1644/67 geheim

31. Oktober 1967<sup>1</sup>

Betr.: Protestnote des sowjetischen Botschafters in Ostberlin Abrassimow vom 15. 10. 1967 gegen die parlamentarische Arbeitswoche in Berlin<sup>2</sup>

Bezug: Aufzeichnung vom 20. 10. 1967 – II A 1-84.31 VS-NfD<sup>3</sup>

Gestern überbrachte ein Vertreter der Britischen Botschaft, zugleich im Namen des amerikanischen und des französischen Vertreters in der Bonner Vierergruppe, den als Anlage beigefügten Entwurf eines Schreibens<sup>4</sup>, mit dem die Botschafter der drei Berliner Schutzmächte<sup>5</sup> das Schreiben des Ostberliner Sowjetbotschafters Abrassimow gleichlautend beantworten wollen. Die deutsche Seite wurde um Stellungnahme gebeten.

<sup>10</sup> Zum Ausbruch des Nahost-Krieges am 5. Juni 1967 vgl. Dok. 207, besonders Anm. 2.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat van Well und von Legationsrat I. Klasse Graf Schirndinger von Schirnding konzipiert.

<sup>2</sup> Zum Schreiben an die Botschafter der Drei Mächte, McGhee (USA), Roberts (Großbritannien) und François Seydoux (Frankreich), vgl. Dok. 355, Anm. 16.

<sup>3</sup> Für die Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter vgl. Referat II A 1, Bd. 702.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 4185 (II A 1).

<sup>5</sup> George C. McGhee (USA), Frank K. Roberts (Großbritannien) und François Seydoux de Clausonne (Frankreich).

Der Antwortentwurf ist erst nach zähen Verhandlungen unter den Drei und mit uns zustande gekommen, da der letzte Satz des Entwurfs von französischer Seite zunächst abgelehnt wurde. (The .... Government also recognizes the concern of the FRG for the welfare and viability of Berlin.) Es handelt sich bei diesem Satz um eine vom Herrn Bundesminister gegenüber dem französischen Außenminister<sup>6</sup> befürwortete Neuerung im Vergleich zu früheren alliierten Schreiben bei ähnlichen Anlässen. Der französische Widerstand gegen die Ausweitung der Rechtfertigungsgründe für die Sitzungen in Berlin wurde damit begründet, daß der fragliche Satz zwar inhaltlich richtig, die Arbeitswoche des Bundestages in Berlin aber mit der Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für die Lebensfähigkeit Berlins logisch eigentlich nichts zu tun habe.

Die jetzt vorliegende Zustimmung der Drei Mächte zu dem Hinweis auf unser Engagement für Berlin gegenüber der Sowjetunion im Zusammenhang mit den Arbeitswochen des Bundestages verschafft unseren Bekundungen der Zusammengehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland und Berlins eine von den Drei Mächten, die in Berlin die oberste Gewalt ausüben, anerkannten politischen Ansatz, der<sup>7</sup> ausbaufähig sein dürfte.

Gerade weil ein rechtlich-logischer Zusammenhang zwischen der Arbeitswoche des Bundestages und unserer Fürsorge für die Lebensfähigkeit Berlins nicht auf der Hand liegt, kommt der alliierten Bestätigung des politischen Gesamtzusammenhangs und des besonderen Charakters unserer Beziehungen zu Berlin Bedeutung zu.<sup>8</sup>

Interessant ist, daß seitens der amerikanischen und der britischen Botschaft die Bereitschaft angedeutet wurde, uns bei der Formulierung des letzten Satzes in dem Antwortschreiben noch weiter entgegenzukommen. Vielleicht dachten die beiden Botschaften hierbei an eine Bezugnahme auf die Übernahme der Bundesgesetzgebung durch Berlin, wie sie in dem Interview des Herrn Bundesministers mit der „Deutschen Welle“ am 18. 10. 1967 enthalten ist; vielleicht dachten sie auch an eine Ersetzung des Wortes „concern“ durch das weitergehende Wort „co-responsibility“, das wir in den Verhandlungen mit den Botschaften der Drei Mächte immer gebraucht haben, obwohl es in dem insoweit maßgeblichen Schreiben der drei alliierten Hochkommissare an den Bundeskanzler vom 26. 5. 1952 (in der Fassung vom 23. 10. 1954<sup>9</sup>) nicht ausdrücklich vorkommt.

<sup>6</sup> Maurice Couve de Murville.

<sup>7</sup> Die Wörter „anerkannten politischen Ansatz, der“ wurden von Botschafter Schnippenkötter handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „anerkannte politische Grundlage, die“.

<sup>8</sup> Dieser Absatz wurde von Bundesminister Brandt durch Pfeil hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Logisch doch: das Parlament muß die Lebensbedingungen des Gebietes kennen, für das es den größten Teil der Gesetze mitbeschließt.“

<sup>9</sup> Die Hochkommissare McCloy (USA), Kirkpatrick (Großbritannien) und François-Poncet (Frankreich) teilten Bundeskanzler Adenauer die Vorbehaltsrechte der Drei Mächte in bezug auf die Verwaltung von Berlin (West) mit. Sie ergänzten, daß sie sich „nicht weniger der für die Bundesrepublik bestehenden Notwendigkeit, Berlin Hilfe zu leisten, und der Vorteile bewußt sind, welche mit der Verfolgung einer der Politik der Bundesrepublik gleichartigen Politik durch Berlin verbunden sind. Sie haben deshalb beschlossen, ihr Recht in bezug auf Berlin in einer Weise auszuüben, welche der Bundesrepublik die Erfüllung ihrer in Abschrift angeschlossenen Erklärung betreffend Hilfeleistungen für Berlin erleichtert und den Bundeshöörden gestattet, die Vertretung Berlins und der Berliner Bevölkerung nach außen sicherzustellen.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 500.



Wie der den anliegenden Antwortentwurf überbringende britische Diplomat mitteilte, war die Französische Botschaft jedoch außerstande, noch über diesen Entwurf hinauszugehen; die Zustimmung zu dem von ihr zunächst abgelehnten letzten Satz des Entwurfs konnte sie erst nach wiederholten Rückfragen in Paris erklären.

Abteilung II schlägt vor, dem anliegenden Antwortentwurf zuzustimmen.<sup>10</sup> Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>11</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>12</sup> mit der Bitte um Zustimmung vorgelegt.

i. V. Schnippenkötter

VS-Bd. 4185 (II A 1)

### 376

#### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lankes

II B 2-81.12/0-1930/67 geheim

31. Oktober 1967<sup>1</sup>

Überlegungen zur weiteren Ausgestaltung unseres Angebots auf Gewaltverzicht  
Bezug: Unterredung mit Botschafter Bahr am 26. Oktober 1967

A. Derzeitige Lage

- 1) Die letzte Unterredung Bundesminister – Zarapkin (12. Oktober)<sup>2</sup> hat ergeben, daß die sowjetische Regierung
- nunmehr den unverhüllten Versuch unternimmt, über unsere Bereitschaft, Gewaltverzichtserklärungen auszutauschen, zur völkerrechtlichen Anerkennung Ostberlins zu gelangen;

<sup>10</sup> Nach einer Meldung der Zeitung „Tagesspiegel“ vom 9. November 1967 wiesen die Botschafter der Drei Mächte den Protest des sowjetischen Botschafters in Ost-Berlin, Abrassimow, in gleichlautenden Schreiben am 8. November 1967 zurück. McGhee (USA), Roberts (Großbritannien) und François Seydoux (Frankreich) erklärten, daß die Arbeitswoche des Bundestages „in keiner Weise den Status von Berlin oder die Verantwortlichkeit, die die Sowjetunion gemeinsam mit den Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und der USA in Deutschland als Ganzes haben“, berühre. Zudem stellten sie fest, daß sie „die Anteilnahme der Bundesrepublik für das Wohlergehen und die Lebensfähigkeit Berlins anerkennen“. Vgl. DzD V/1, S. 1976 f.

<sup>11</sup> Hat Staatssekretär Duckwitz am 4. November 1967 vorgelegen.

<sup>12</sup> Hat Bundesminister Brandt am 6. November 1967 vorgelegen.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Hat Botschafter Schnippenkötter vorgelegen, der am 2. November 1967 die Weiterleitung an Staatssekretär Duckwitz verfügte und dazu bemerkte: „Botschafter Bahr beabsichtigt, die in dem Papier festgehaltenen Überlegungen für ein Gespräch zu verwenden, das er am heutigen Abend mit dem Minister führen wird. Anschließend an die Anregung in der Morgenbesprechung vom vergangenen Montag unter Vorsitz des Ministers schlage ich vor, die Hausbesprechung über das Thema unter Beteiligung der Abteilungen II und V, des Planungsstabes und Botschafter Bahrs am kommenden Montag abzuhalten.“ Vgl. VS-Bd. 4105 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1967.

Hat Duckwitz am 4. November 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Für das Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter vgl. Dok. 347.

- jedenfalls nicht umhin kann, auf einer direkten Beteiligung Ostberlins auch für den Fall bilateraler Gewaltverzichte zu bestehen;
- dessen ungeachtet daran interessiert ist, das Gespräch mit uns über das Thema Gewaltverzicht nicht unwiderruflich scheitern zu lassen (u.a. Verzicht auf Veröffentlichung des Zarapkin-Papiers!)<sup>3</sup>.

2) Nach einer ersten französischen Mitteilung soll Gromyko dem französischen Botschafter in Moskau<sup>4</sup> unter Bezugnahme auf die Demarche Zarapkins gesagt haben, daß die sowjetische Regierung auf einer „Gleichbehandlung der DDR“ bestehen müsse, daß es ihr dabei jedoch „nicht so sehr auf die Form als auf den Inhalt dieser Gleichbehandlung“ ankomme.

Zwar haben die jüngsten deutsch-französischen Konsultationen<sup>5</sup> ergeben, daß diese Wiedergabe ungenau ist und Gromyko die Unterscheidung nicht getroffen hat. Trotzdem könnten wir den angeklungenen Gedanken aufgreifen und versuchen, unser Angebot durch Differenzierung unter den Adressaten weiter auszugestalten und damit die offenbar unumgängliche direkte Beteiligung Ostberlins zu erleichtern.

#### B. Differenzierung unseres Angebots

1) Allen denkbaren Arten eines Gewaltverzichts mit Ostberlin ist dadurch eine Grenze gesetzt, daß sie keinen zwischenstaatlichen Charakter haben können. Es muß klar erkennbar bleiben, daß der andere Teil Deutschlands für uns nicht Ausland ist. Mit einem Staat, der letzten Endes nicht bereit ist, diese Differenzierung unseres Angebots hinzunehmen, wird es keinen Gewaltverzicht geben.

Um eine Brücke zu bauen, wäre daran zu denken, nicht allein für Ostberlin eine Sonderkategorie unseres Angebots zu bilden, sondern eine weitere Differenzierung zwischen den Adressaten vorzunehmen.

2) Für eine Differenzierung des bilateralen Gewaltverzichts (auf multilaterales Vorgehen etwa analog zum Teststoppabkommen<sup>6</sup> wird hier nicht eingegangen) nach der Form kämen in Betracht

- a) die an einen bestimmten Adressaten gerichtete einseitige Erklärung;
- b) parallele Erklärungen der beiden Seiten;
- c) eine gemeinsame Erklärung der beiden Seiten;
- d) ein Abkommen.

Die Form zu a) könnte insbesondere gegenüber Ostberlin und Warschau verwandt werden. Sie erfüllt die Bedingung der direkten, wenn auch nicht aktiven Beteiligung.

Die Form zu b) hatten wir bisher mit unserem Angebot an die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten im Auge. Sie ist – mit anderem Inhalt – auch auf Ostberlin anwendbar.

<sup>3</sup> Zum sowjetischen Memorandum vom 12. Oktober 1967 vgl. Dok. 347, besonders Anm. 2.

<sup>4</sup> Olivier Wormser.

<sup>5</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem französischen Außenminister Couve de Murville am 17. Oktober 1967 in Paris vgl. Dok. 355.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.

Die Form zu c) kommt einem Abkommen nahe. Unter Punkt 1 des Zarapkin-Papiers heißt es ausdrücklich, die sowjetische Regierung verhalte sich positiv zu der Idee, mit uns über den Gewaltverzicht Erklärungen auszutauschen „oder ein Abkommen zu schließen“. Die Form der gemeinsamen Erklärung könnte deshalb für Moskau und auch für Bukarest (diplomatische Beziehungen) ins Auge gefaßt werden.

Die Form zu d) hat völkerrechtlich das größte Gewicht. Sie verlangt nach entsprechender Ausfüllung und verträgt die Aufnahme von Themen, die über den Gewaltverzicht hinausgehen. Als Partner eines Abkommens käme in erster Linie Prag in Betracht.

3) Für eine Differenzierung des Inhalts stehen zur Verfügung und können in verschiedener Weise kombiniert werden:

- a) die Berufung auf die Satzung der Vereinten Nationen<sup>7</sup>;
- b) die Berufung auf Artikel 1 des Nordatlantik-Vertrages bzw. Artikel 1 des Warschauer Paktes<sup>8</sup>;
- c) der Hinweis auf die Viermächte-Verantwortung Moskaus;
- d) der allgemeine Gewaltverzicht bei der Behandlung strittiger Fragen;
- e) die Spezifizierung auf das Deutschlandproblem und/oder die Grenzfragen;
- f) der Verzicht auf Gewalt im innerdeutschen Verkehr, gegenüber der gesellschaftlichen Struktur im anderen Teil Deutschlands, hinsichtlich der Ausübung des Rechtes auf Freizügigkeit in Deutschland;
- g) die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten;
- h) die bedingungslose (Prag) oder bedingte (Warschau) Garantie des territorialen Besitzstandes.

4) Beispiel für ein differenziertes Angebot

Warschau: 2 a); 3 a) b) d) e);

Ostberlin: 2 b); 3 a) b) e) f);

Budapest und Sofia: 2 b); 3 a) b) d) e);

Moskau: 2 c); 3 a) b) c) d) e);

Bukarest: 2 c); 3 a) b) d) e) g);

Prag: 2 d); 3 a) b) d) e) g) h).

C. Zum Verfahren

1) Ziel unserer Gewaltverzichtspolitik ist, mit den Adressaten unseres Angebots (möglichst mit allen, wenigstens mit einem) zum Austausch von Erklärungen (oder Abschluß eines Abkommens) zu gelangen. Solange die Gegenseite nicht bereit ist, uns den damit verbundenen Vertrauensbeweis zu liefern, versuchen wir, mit unserer Bereitschaft zum Gewaltverzicht so gut wie möglich „Politik“ zu machen: gegenüber dem Osten, gegenüber unseren Verbündeten, gegenüber der ungebundenen Welt.

Die Einbeziehung Ostberlins in den Kreis der Adressaten trägt zwar ihren Wert in sich selbst, hat aber – da an einen befriedigenden, d.h. die Deutschlandfrage nicht präjudizierenden Abschluß nicht zu denken ist – bis auf weite-

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. CHARTER OF THE UNITED NATIONS, S. 582–611.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Artikel 1 des NATO-Vertrages vom 4. April 1949 und des Warschauer Vertrags vom 14. Mai 1955 vgl. Dok. 325, Anm. 7.

res taktische Bedeutung: sie soll möglichst das Haupthindernis für eine Verwirklichung unseres Angebots an die ursprünglichen Adressaten ausräumen und uns mindestens erlauben, das Angebot in politisch-psychologisch vorteilhafter Weise zu erneuern, zunächst auf diplomatischem Weg, später in der Öffentlichkeit.

2) In dem sowjetischen Papier vom 12. Oktober heißt es:

„Die sowjetische Seite geht natürlich davon aus, daß der Standpunkt der Deutschen Demokratischen Republik in Bezug auf den Austausch der erwähnten Erklärungen von der DDR selbst unter Berücksichtigung ihrer Rechte und Interessen als unabhängiger souveräner Staat dargelegt wird.“

Wir könnten hieran anknüpfen und dem sowjetischen Botschafter erklären,

- daß wir seiner Demarche vom 12. Oktober das grundsätzliche Interesse der sowjetischen Regierung an einem Erklärungsaustausch oder einem Abkommen über Gewaltverzicht und ihre Bereitschaft zur Fortsetzung des Gesprächs entnommen haben;
- daß wir unsererseits im Interesse der Entspannung trotz der immer neuen Hindernisse gesprächsbereit bleiben, wobei wir davon ausgehen, daß es der Sinn eines Gewaltverzichts ist, strittige Fragen auf den Weg einer Lösung mit ausschließlich friedlichen Mitteln zu verweisen, nicht jedoch, die Lösung der strittigen Fragen zu präjudizieren;
- daß wir wie die sowjetische Regierung daran interessiert sind, jede Gewaltanwendung an der Trennungslinie der beiden Teile Deutschlands und in Berlin verbindlich auszuschließen, also an einer Ost-West-Verpflichtung analog derjenigen, die wir schon 1954 gegenüber unseren Verbündeten eingegangen sind<sup>9</sup>;
- daß wir nach wie vor der Ansicht sind, ein Erklärungsaustausch oder ein Abkommen mit der Sowjetunion als vierter der Vier Mächte würde diesen Zweck am besten erfüllen;
- daß wir aber zur Erleichterung eines solchen Schrittes und über unsere bisherigen Vorschläge hinaus bereit sind, Ostberlin direkt in den Kreis der am Erklärungsaustausch Beteiligten einzubeziehen, und zwar in einer Weise, die klarstellt, daß die Bundesregierung nicht „irgendwelche besonderen Ziele in bezug auf die DDR verfolgt“, die mit dem der Sowjetunion und der osteuropäischen Staaten angebotenen Gewaltverzicht unvereinbar sind;
- daß wir außerdem erwägen, den einzelnen osteuropäischen Staaten anzubieten, den Gewaltverzicht nach Form und Inhalt auf das jeweilige Verhältnis zu uns abzustimmen;
- daß wir Verständnis für den Hinweis haben, Ostberlin müsse seinen Standpunkt selbst darlegen, und zu entsprechenden Gesprächen auf Staatssekretärebene bereit sind;
- daß wir jedoch angesichts der bekannten Haltung Ostberlins die sowjetische Regierung bitten müssen, ihren Einfluß für das Zustandekommen solcher Gespräche geltend zu machen.

<sup>9</sup> Zur Erklärung der Bundesregierung vom 3. Oktober 1954 vgl. Dok. 19, Anm. 9.

3) Falls der sowjetische Botschafter erneut auf die Frage einer Bindung der bei uns stationierten ausländischen Streitkräfte zu sprechen kommen sollte, wäre ihm zu erwidern, dies sei kein Punkt, über den wir reden könnten, da  
– wir keine Verfügungsgewalt über diese Streitkräfte haben  
– die NATO ein reines Verteidigungsbündnis ist.

Der militärische Inhalt unseres Angebots sei, daß wir auf nationalen Befehl zur Androhung oder Anwendung von Gewalt bei der Verfolgung unserer politischen Ziele verzichten.<sup>10</sup>

gez. Lankes

VS-Bd. 4176 (II A 1)

### 377

## Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter

II B 2-81.30-13/67 streng geheim

2. November 1967<sup>1</sup>

Betr.: Studie über Streitkräftereduzierung („Heusinger-Studie“);  
hier: Stand und Verwertung

Anlg.: 2<sup>2</sup>

I. 1) Im Sommer 1966 erhielt General a.D. Heusinger von den Bundesministern des Auswärtigen<sup>3</sup> und der Verteidigung<sup>4</sup> den Auftrag, eine „Studie über eine Reduzierung der Streitkräfte der NATO im Bereich Europa-Mitte“ durchzuführen. General Heusinger bildete eine Studiengruppe auf Referentenebene, an der das Auswärtige Amt (II B 2, II A 7, Planungsstab), das Verteidigungsministerium (Referate Feindlage, NATO-Strategie, Militärpolitik, Abrüstung und Rüstungskontrolle) und das Bundeskanzleramt beteiligt sind (zu Beginn

<sup>10</sup> Am 6. November 1967 wurde auf einer Hausbesprechung unter Vorsitz des Botschafters z. b. V. Bahr die Möglichkeit eines „innerdeutschen“ Gewaltverzichts“ erörtert. Vortragender Legationsrat I. Klasse Lankes führte dazu weiter aus: „Für das weitere Vorgehen sind 4 Wege denkbar: a) Wir erklären uns gegenüber der sowjetischen Regierung bereit, mit Ostberlin zu sprechen, und bitten um entsprechende Einflußnahme auf die andere Seite. Vor einem weiteren Schritt warten wir die sowjetische Reaktion ab. [...] b) Wie a), aber: Ohne die sowjetische Reaktion abzuwarten schlagen wir – im Anschluß an den Brief des Bundeskanzlers vom 13. Juni 1967 – in einer nicht zur Veröffentlichung bestimmten Mitteilung an Ostberlin den Gewaltverzicht als Thema für die Gespräche der Beauftragten vor. c) Wie b), aber: In einer zur Veröffentlichung bestimmten Mitteilung an Ostberlin schlagen wir den Gewaltverzicht als Thema für die Gespräche der Beauftragten vor. d) Wie c), aber: Wir richten an Ostberlin ein Schreiben, das bereits klar macht, was wir unter ‚innerdeutsch‘ verstehen. Ein erneutes Herantreten an die osteuropäischen Staaten mit einem nach Form und Inhalt differenzierten Angebot in der Absicht, die unerläßliche Differenzierung des Angebots an Ostberlin (innerdeutsch – zwischenstaatlich) zu erleichtern, sollte zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.“ Vgl. VS-Bd. 4105 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lankes konzipiert.

<sup>2</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 7 und 10.

<sup>3</sup> Gerhard Schröder war bis 1. Dezember 1966 Bundesminister des Auswärtigen.

<sup>4</sup> Kai-Uwe von Hassel war bis 1. Dezember 1966 Bundesminister der Verteidigung.

auch das Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesverteidigungsraumes).<sup>5</sup>

2) Kapitel 1 der Studie (Politische Lagebeurteilung und Aufgabenstellung, Bedrohung durch den Warschauer Pakt, derzeitige Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der NATO, Gründe für eine Reduzierung der Streitkräfte) und Kapitel 2 (Folgen einer Reduzierung der alliierten Stationierungskräfte ohne sowjetische Gegenleistung) wurden den Bundesministern des Auswärtigen und der Verteidigung<sup>6</sup> von General Heusinger im März 1967 übersandt.

Kapitel 3 mit den Abschnitten „Bisherige östliche und westliche Vorschläge zur beiderseitigen Verminderung der in Mitteleuropa stationierten ausländischen Streitkräfte“ und „Beiderseitige Verminderung der Stationierungstruppen in militärischer Sicht“ folgte im Juli. Eine Kurzfassung dieser Abschnitte ist als Anlage beigelegt.<sup>7</sup>

3) In Vertretung seines Ministers hat Staatssekretär Carstens die vorliegenden Teile der Studie für das Verteidigungsministerium als „nationales Arbeitspapier“ freigegeben. General Heusinger wurde gebeten, die Studie fortzusetzen (Luftstreitkräfte, atomare Waffen, logistische Vorräte, Verminderung auf inkongruenter Basis).

II. 1) Die Heusinger-Studie behandelt u. a. ein wesentliches Thema unserer Regierungspolitik: Den Abbau der massiven militärischen Konfrontation in Europa durch eine „ausgewogene und schrittweise Verminderung der Streitkräfte auf beiden Seiten der Demarkationslinie“.

Nach unserer Ansicht würde eine Verminderung vor allem der ausländischen Streitkräfte in beiden Teilen Deutschlands

- das politische Klima in Mitteleuropa verbessern und den Status quo auflockern;
- die psychologische Lage der Bevölkerung im anderen Teil Deutschlands erleichtern. Ein auch nur teilweiser Abzug sowjetischer Truppen auf Grund einer offiziellen oder stillschweigenden Übereinkunft mit der NATO würde ihr vor Augen führen, daß der Westen einen gewissen Einfluß auf ihre Umwelt hat, und damit der Resignation entgegenwirken, daß doch alles auf unabsehbare Zeit so bleiben werde, wie es nun einmal ist;
- die finanziellen Probleme der Truppenstationierung an der Wurzel packen.

<sup>5</sup> Am 5. Juli 1966 fand im Bundesministerium der Verteidigung eine Besprechung der „Arbeitsgruppe Heusinger“ statt. Dazu notierte Ministerialdirektor Diehl: „Hinsichtlich der Themenstellung wurde der Vorschlag des Herrn Bundesministers des Auswärtigen angenommen, nämlich: 1) die mit einer Reduzierung der alliierten Truppen in Deutschland verbundenen Probleme zu untersuchen, darüber einen Zwischenbericht vorzulegen und 2) die Sicherheitsbedürfnisse eines wiedervereinigten Deutschlands zu definieren. Die Arbeitsgruppe soll am 28. und 29. Juli an einem noch zu bestimmenden Ort außerhalb von Bonn in Klausur gehen und dabei die Disposition und die Aufteilung der Arbeit auf die verschiedenen Mitglieder festlegen. [...] Herr Bundesminister von Hassel bat General Heusinger, die Arbeiten so anzulegen, daß verschiedene Alternativen aufgezeigt werden, ohne die Entscheidungsfreiheit der Ressorts und der Bundesregierung durch eine eindeutige Empfehlung einzuzengen.“ Vgl. VS-Bd. 11570 (Planungsstab); B 150, Aktenkopien 1966.

<sup>6</sup> Gerhard Schröder.

<sup>7</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 3606 (II B 2).

Die Studie versucht zu klären, welche militärischen Risiken den politischen Chancen einer beiderseitigen Streitkräfteverminderung entgegenstehen würden, so daß die politische Führung das eine gegen das andere abwägen kann.

2) Wir sind ferner der Ansicht, daß sich das Nordatlantische Bündnis auch ohne Aussicht auf baldige Verwirklichung einer beiderseitigen Truppenverminderung unverzüglich mit dem Thema befassen sollte, um

- die Sowjets mit ihren eigenen zahlreichen Vorschlägen beim Wort zu nehmen und, solange sie zur Gegenseitigkeit noch nicht bereit sind, wenigstens in Zugzwang zu versetzen;
- im gegebenen Moment, der wesentlich von der internationalen Großlage abhängt, mit durchdachten und abgestimmten Vorschlägen gerüstet zu sein;
- den Tendenzen zu einseitiger und ungezielter Verminderung der westlichen Präsenz entgegenzuwirken und diese Präsenz für den Zeitpunkt aufzusparen, wo eine Verminderung auf Gegenseitigkeit möglich wird;
- der Öffentlichkeit im Westen und in der Dritten Welt die Anpassungsfähigkeit und Entspannungsbereitschaft der Allianz zu demonstrieren.

Die Heusinger-Studie gibt uns einen Vorsprung an konkreten Vorstellungen, der geeignet sein sollte, die Richtung der weiteren Diskussion mit einzelnen Verbündeten und vor allem im Rahmen der NATO zu beeinflussen.

III. Es wird deshalb vorgeschlagen,

1) daß der Bundesaußenminister General a.D. Heusinger für den Brief vom 12. Juli 1967<sup>8</sup> dankt, mit dem er ihm die fertigen Teile des 3. Kapitels der Studie übersandte.

Bei Entgegennahme der ersten beiden Kapitel im Frühjahr 1967 hatte der Minister General Heusinger seine Absicht mitgeteilt, mit dem Bundesminister der Verteidigung darüber zu sprechen, welcher weitere Gebrauch von der Studie gemacht werden solle.<sup>9</sup> Daran könnte angeknüpft werden.

Entwurf eines Schreibens liegt bei.<sup>10</sup>

2) daß die vorliegenden Teile der Heusinger-Studie für die Arbeit des Hauses, insbesondere der Referate II B 2, II A 7 und des Planungsstabes, freigegeben werden.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>11</sup> dem Herrn Minister<sup>12</sup> vorgelegt.

Schnippenkötter

**VS-Bd. 3606 (II B 2)**

<sup>8</sup> Korrigiert aus: „27. Juli 1967“.

Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 3606 (II B 2).

<sup>9</sup> Vgl. dazu das Schreiben des Bundesministers Brandt vom 3. März 1967; VS-Bd. 3606 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für den undatierten Entwurf vgl. VS-Bd. 3606 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1967.

Mit Schreiben vom 6. November 1967 teilte Bundesminister Brandt General a.D. Heusinger mit: „Ich komme erst jetzt dazu, Ihnen für diese unerlässliche Vorarbeit auf einem Gebiet zu danken, das mich sehr beschäftigt. In Übereinstimmung mit dem Herrn Bundesminister der Verteidigung habe ich veranlaßt, daß die vorliegenden Teile Ihrer Studie für die weitere Arbeit meines Hauses herangezogen werden.“ Vgl. VS-Bd. 3606 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>11</sup> Georg Ferdinand Duckwitz.

<sup>12</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

378

**Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter****II B 2-81.30-1933/67 geheim****2. November 1967**Dem Herrn Staatssekretär<sup>1</sup>

Unsere Politik zum Vietnam-Krieg ist die einer zurückhaltend bekundeten Solidarität.

Ich halte es für an der Zeit, diese Politik – zunächst in vertraulichem Gespräch mit Amerikanern – in einem Punkte zu modifizieren.

Mein Vorschlag ist, der amerikanischen Regierung zu sagen, daß die Glaubwürdigkeit amerikanischer Verpflichtungen (commitments) nicht nur dadurch in Frage gestellt werde, daß Amerika in eine solche Verpflichtung im Konfliktfall etwa nicht einträte, sondern auch<sup>2</sup> dadurch, daß trotz Eintritts in die Verpflichtung nach längerem Konfliktverlauf zweifelhaft würde, ob der eigentliche Zweck des Engagements überhaupt erreicht werde. Wir seien uns über die Gründe für die Beschränkung beim Einsatz militärischer Machtmittel in Süd-Vietnam und besonders in Nord-Vietnam zwar im klaren. Dennoch seien wir besorgt, daß Dauer und Verlauf des Vietnam-Krieges und die düsteren Aussichten für seine Fortführung und Beendigung die Glaubwürdigkeit amerikanischer Verpflichtungen im öffentlichen Bewußtsein auf eine andere Weise untergraben könnten, als bisher angenommen worden sei. Aus amerikanischen Äußerungen ginge immer wieder hervor, daß der Vietnam-Krieg unter anderem geführt werde, damit in Europa der Glaube an die Sicherheit erhalten bliebe, die durch das Bündnis mit Amerika gewährleistet werde. Wir möchten auf die Gefahren hinweisen, die angesichts der Entwicklung des Vietnam-Konflikts gerade in dieser Argumentation liegen. Was uns angehe, so wollten wir die Amerikaner jedenfalls vergewissern, daß die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Verpflichtung für die Sicherheit in Europa nicht von der Fortführung der Bombenangriffe auf Nord-Vietnam abhängig sei.<sup>3</sup> Wir teilten auch den allgemeinen Wunsch nach Frieden. Überdies hätten wir an einer Beendigung des Krieges in Vietnam ein besonderes Interesse, weil uns immer wieder<sup>4</sup> gesagt werde, daß es der Vietnam-Krieg sei, der die Russen hindere, auf etwaige Vorschläge zu beiderseitigen Truppen- und Präsenzverminderungen in Europa einzugehen. Bei der zentralen Bedeutung dieser Frage für eine erfolgreiche Entspannungspolitik in Europa würden wir diesem Aspekt zunehmende Bedeutung beimessen.

Begründung: Der Vorschlag für die Gesprächsführung enthält selbst zwei Begründungen in der Hauptsache:

1) Die Glaubwürdigkeit der Effektivität und die Sinnhaftigkeit amerikanischer Garantien im öffentlichen Bewußtsein steht auf dem Spiel.

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Duckwitz am 4. November 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>3</sup> Dazu handschriftliche Bemerkung des Staatssekretärs Duckwitz: „Nein, aber vom Abzug!“

<sup>4</sup> Die Wörter „uns immer wieder“ wurden von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Wer?“



2) Die Parallelität der Truppen- und Präsenzverminderung in Europa ist blockiert.

Hinzu kommt:

3) Früher haben die Amerikaner von der „europäischen“ Rechtfertigung für den Vietnam-Krieg zurückhaltenden Gebrauch gemacht. In letzter Zeit wird dieses Argument drastischer ausgespielt, wie z.B. Drahtbericht aus Paris Nr. 1989<sup>5</sup> vom 23.10.67 geheim über die Gespräche Mitterrands in den Vereinigten Staaten<sup>6</sup> zeigt. Es geht offensichtlich zu weit, wenn Dritten zu verstehen gegeben oder öffentlich erklärt wird, daß der Vietnam-Krieg gewissermaßen Deutschlands wegen geführt wird. Wenn wir dazu schweigen, handeln wir gegen unsere Interessen.

4) Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß das „europäische“ Argument in Amerika teilweise selbst geglaubt wird. Soweit dies der Fall ist, würde unsere beruhigende Mitteilung an die Amerikaner eines der Hemmnisse<sup>7</sup> für amerikanische Verhandlungsbereitschaft über Vietnam beseitigen. An einer Beendigung dieses Konflikts haben wir das gleiche allgemeine Friedensinteresse wie die Mehrzahl der Staaten. Wir sollten damit aus außenpolitischen und aus innenpolitischen Gründen nicht zurückhalten<sup>8</sup>.

Schnippenkötter

VS-Bd. 4106 (II B 2)

<sup>5</sup> Die Wörter „Paris Nr. 1989“ wurden von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Arb[beits]Vorlage“.

<sup>6</sup> Botschafter Klaiber, Paris, berichtete über Gespräche, die ein „enger Vertrauter von François Mitterrand“ in den USA geführt habe. Die amerikanische Regierung sehe „anscheinend sogar die Vietnampolitik unter dem Gesichtspunkt ihrer Rückwirkungen auf Deutschland [...]“. Man suche – auch in direkten Kontakten mit Hanoi – einen Ausweg aus der verfahrenen Situation in Vietnam. Dabei sei man letztlich und unter gewissen Garantien sogar bereit zu akzeptieren, daß sich die Kommunisten in Saigon etablierten. Man befürchte jedoch in erster Linie die psychologischen Folgen eines derartigen ‚Aufgebens‘ auf die Bundesrepublik. Würden, so frage man sich, die Deutschen ihr Vertrauen in ihre amerikanischen ‚Beschützer‘ nicht einbüßen?“ Präsident Johnson betone zunehmend, „daß Amerika in Südostasien auch ‚den Frieden in Europa‘ verteidige.“ Vgl. VS-Bd. 4218 (II A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Wirklich?“

<sup>8</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Haben wir das je getan?“

Auf einem Begleitvermerk vom 12. November 1967 notierte Staatssekretär Duckwitz handschriftlich für Botschafter Schnippenkötter: „Wir wollen von einem solchen Gespräch vorläufig absehen. Der Herr Minister ist unterrichtet.“ Vgl. VS-Bd. 4106 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1967.

379

**Legationsrat I. Klasse Mez, Khartum, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-15026/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 172**  
**Citissime mit Vorrang**

**Aufgabe: 2. November 1967, 11.30 Uhr**  
**Ankunft: 2. November 1967, 12.42 Uhr**

Betr.: Deutsch-sudanesische Beziehungen

Früherer Informationsminister in Kabinett Sadik el Mahdi und Gesprächspartner während Sondierungen im Frühjahr d. J. über Aufnahme Beziehungen, Daoud Abdel Latif, der mich um Gespräch gebeten hatte, erklärte anlässlich gestriger Einladung in engstem Kreise in meinem Haus, offensichtlich auf Wunsch Premierministers<sup>1</sup>, folgendes:

Aufnahme Beziehungen habe im Frühjahr unmittelbar bevorgestanden<sup>2</sup>, sei jedoch durch unerwünschte Publizität und darauffolgende Intervention Kairos gescheitert. Lage habe sich jedoch seit Gipfelkonferenz<sup>3</sup> geändert. Premierminister, der noch vor einigen Monaten Auffassung gewesen sei, Aufnahme Beziehungen zu uns könne nur im Rahmen Arabischer Liga erfolgen, habe diese nunmehr aufgegeben. Er habe gestern geäußert, daß er durchaus in der Lage sei, Beziehungen sofort aufzunehmen, doch es handele sich um den Zeitpunkt. Auch Finanzminister Hindi habe seinen Standpunkt revidiert. Daoud gab zu verstehen, daß sudanesisische Regierung von bisherigen Ergebnissen Verhandlungen mit dem Osten enttäuscht sei. Auch sei sie zu Auffassung gekommen, daß gegenüber dem Osten wieder ein politisches Gleichgewicht hergestellt werden müsse. (Ergänzend Hinweise, daß aufgrund kürzlich erfolgter Hausdurchsuchungen bei kommunistischen Führern durch Sicherheitsorgane und angeblicher Waffenfunde, Prawda sudanesische Regierung scharf angegriffen hat<sup>4</sup>, was von Informationsminister Hassabu als Einmischung in innersudanesische Verhältnisse ebenso scharf abgelehnt wurde. Hierzu folgt gesonderter Bericht.<sup>5</sup>)

<sup>1</sup> Muhammad Ahmed Mahgoub.

<sup>2</sup> Am 17. März 1967 informierte Legationsrat I. Klasse Mez, Khartum, über Meldungen in der Presse, daß die sudanesisische Regierung einen „Geheimbeschluß“ über Absicht zu Wiederaufnahme Beziehungen zu Bundesrepublik gefaßt habe. Diese Nachricht sei ihm „von gewöhnlich gut unterrichteter Quelle“ bestätigt worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 26; VS-Bd. 2560 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der arabischen Staaten vom 29. August bis 1. September 1967 in Khartum vgl. Dok. 333, Anm. 3.

<sup>4</sup> Vgl. den Artikel „Provokacionnaja vylazka v Sudane“, PRAVDA, Nr. 303 vom 30. Oktober 1967, S. 5.

<sup>5</sup> Am 6. November 1967 berichtete Legationsrat I. Klasse Mez, Khartum, über ein weiteres Gespräch mit dem ehemaligen sudanesischen Informationsminister. Daoud habe erklärt, „heftige sowjet-russische Prawda-Reaktion sei sudanesischer Regierung äußerst willkommen gewesen, und werde von ihr mit allen Mitteln für Öffentlichkeitsarbeit ausgewertet.“ Die „sudanesische Regierung habe erkannt, daß durch Abwesenheit BRD, Großbritannien und Vereinigter Staaten, Ostblock-Staaten noch nie so günstige Situation für Verfolgung ihrer Ziele im Sudan gehabt hätten. Nach Auffassung Premiers müsse diesem Übergewicht Ostblocks entgegengetreten werden. Westen solle sudanesische Haltung daraus erkennen und wissen, daß Interessen des Sudan im Westen lägen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 176; VS-Bd. 2627 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

Premier sei Auffassung, daß dafür nur Großbritannien und BRD in Frage kämen. Aufnahme von Beziehungen mit USA könne nach Meinung Premiers erst in zwei bis drei Jahren erfolgen. Zeitpunkt für eine Aktivierung dieser Frage sei nicht einmal zu Beginn dieses Jahres so günstig gewesen wie heute. Als Beispiel nannte er gestrige Antwort Premiers zu Anfrage eines Abgeordneten zu Aufnahme Beziehungen zu SBZ. Er habe darauf hingewiesen, daß der Sudan diplomatische Beziehungen zu anderen Ländern nach seiner Interessenlage gestalte, und diese gebe im Augenblick keinen Anlaß zu einer solchen Aktion. In seinen weiteren Ausführungen hinwies Daoud, daß Anstoß zu diesen Überlegungen über Beziehungen zu uns von früherem Botschafter in London, Gamal Mohamed Ahmed, ausgegangen sei, der in Kürze zum Ständigen Unterstaatssekretär im Außenministerium ernannt werden würde. Auf meine Frage, wie dann Ausführungen im gemeinsamen bulgarisch-sudanesischen Kommuniqué zu der deutschen Frage mit der Ansicht der Regierung vereinbar seien, antwortete Daoud, daß, wie mir auch bekannt sei, Azhari öfters solche spontane Erklärungen abgegeben habe und daß diese nicht die Auffassung der Regierung widerspiegeln und demnach auch nicht überbewertet werden sollten.

Regierung sei sich allerdings noch nicht klar, in welcher Weise Frage konkret angegangen werden könnte. Auf entsprechenden Hinweis meinerseits auf kürzlich vorgesehenen, jedoch nicht zustande gekommenen Besuch Abgeordneter versicherte Daoud, daß ein solcher Besuch von Premier wie von Regierung sehr willkommen geheißen würde.

Ausführungen Daouds decken sich im wesentlichen mit jenen, die früherer Landwirtschaftsminister und Schwiegersohn Premiers, Khogali, mir gegenüber vor kurzem machte. Daoud ermächtigte mich ausdrücklich, seine Ausführungen an Bundesregierung weiterzuleiten.

Tatsache, daß Daoud, der Abgeordneter des Umma-Flügels Sadik el Mahdis ist, im Auftrag Premiers diese Initiative ergreift, bestätigt stillschweigende Zusammenarbeit Opposition mit Regierung. Oppositionsführer hat übrigens in gestriger Sitzung Verfassunggebender Versammlung Mißtrauensantrag der zu seiner Fraktion gehörenden südländischen Sanu-Partei abgelehnt und damit Regierung gerettet, die sich somit praktisch nur durch Willen Opposition halten kann.

#### Zusammenfassung:

Wiederholt geäußerte Auffassung, daß sich Gesamtatmosphäre uns gegenüber wesentlich verbessert habe, bestätigt sich. Auch ich bin der Auffassung, daß gegenwärtiger Zeitpunkt durch auf sudanesischer Seite bekundete Bereitschaft besonders günstig für Initiative unsererseits. Augenblickliche Zusammensetzung Regierung (Einschluß von Ministern volksdemokratischer Partei) durch stillschweigende Zusammenarbeit Regierung mit starker Oppositionspartei Sadiks ohne Einfluß. Dringend anrege sofortige Prüfung, ob geeignete Persönlichkeit nach Khartum zu inoffiziellen Sondierungsgesprächen möglichst bald entsandt werden könnte. Allerdings müßte im Interesse der Sache von jeder Publizität abgesehen werden, da sonst Erfolg äußerst fraglich. Zögernde Haltung unsererseits würde sudanesischen Politiker möglicherweise verärgern und unsere Stellung auf lange Zeit tangieren. Zur dortigen Unterrichtung: Leiter

britischer Interessenvertretung, Reddaway, rechnet mit Aufnahme Beziehungen zu England bis Ende dieses Jahres.

Dringend erbitte Weisung, ob Bundesregierung solchen Gesprächen zustimmen würde.<sup>6</sup>

[gez.] Mez

VS-Bd. 2627 (I B 4)

### 380

#### Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Klarenaar

III A 6-87.11-92.08-324<sup>II</sup>/67 geheim  
Fernschreiben Nr. 3985

Aufgabe: 2. November 1967, 17.34 Uhr<sup>1</sup>

Betr.: Erweiterung der Embargolisten für Ausfuhren nach den asiatischen kommunistischen Staaten

Der hiesige amerikanische Botschafter hat sich mit einem an den Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amts gerichteten Schreiben vom 29. September 1967 mit der Bitte gewandt, ihm die Auffassung der Bundesregierung zu einer von amerikanischer Seite vorgesehenen Neugestaltung der Embargolisten im Sinne ihrer Erweiterung für Ausfuhren nach den kommunistischen asiatischen Staaten bei gleichzeitiger Kürzung für Ausfuhren nach den europäischen kommunistischen Staaten mitzuteilen.<sup>2</sup> In diesem Zusammenhang wird bemerkt, daß die Frage der Neugestaltung der Embargolisten bereits Gegenstand

<sup>6</sup> Am 3. November 1967 bat Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg die Abteilung für die Wahrnehmung deutscher Interessen bei der französischen Botschaft in Khartum, dem ehemaligen sudanesischen Informationsminister Daoud folgendes mitzuteilen: Die Bereitschaft der Bundesregierung, „die Beziehungen zu allen arabischen Staaten wieder aufzunehmen, wurde mehrfach erklärt und besteht unverändert fort. Zu Gesprächen in Wiederaufnahmefrage sind wir, wenn sudanesischer Seite dies wünscht, gerne bereit. Ein Erfolg solcher Gespräche ist nach unserer Ansicht nur zu erwarten, wenn sie von Beauftragten der Regierungen geführt werden.“ Zur persönlichen Unterrichtung des Legationsrats I. Klasse Mez wurde weiter ausgeführt: „Falls sudanesischer Seite ernsthaft an Wiederaufnahmegesprächen interessiert [ist], sind wir bereit, einen sudanesischen Beauftragten in Bonn zu empfangen oder einen Beamten [des] Auswärtigen Amts nach Khartum zu entsenden. Diese Bereitschaft wollen Sie sudanesischer Seite im Verlauf etwaiger weiterer Gespräche erst dann andeuten, wenn sichergestellt ist, daß Bereitschaft sudanesischer Regierung zu konkreten Gesprächen und zu Wiederaufnahme der Beziehungen tatsächlich vorhanden ist.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 117; VS-Bd. 2627 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.  
Vgl. dazu weiter den Drahtbericht Nr. 245 des Botschafters Herwarth von Bittenfeld, Rom, vom 16. Februar 1968; AAPD 1968.

<sup>1</sup> Drahterlaß an die Botschaften in London, Moskau, Paris, Tokio, Washington sowie an das Generalkonsulat in Hongkong und die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel.

<sup>2</sup> Für das Schreiben des amerikanischen Botschafters McGhee an Staatssekretär Schütz vgl. VS-Bd. 8355 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

einer Fühlungnahme der amerikanischen COCOM-Delegation mit dem deutschen COCOM-Delegierten gewesen ist.<sup>3</sup>

Der Inhalt des obengenannten Schreibens steht im Zusammenhang mit der Unterrichtung hoher und höchster deutscher Regierungsstellen über die Entwicklung des chinesischen Nuklearprogramms durch eine amerikanische Expertengruppe in der Zeit vom 19. bis 21. September d. J., die hierfür nach ihrem Besuch in Großbritannien und Japan zu demselben Zweck nach Bonn entsandt worden war. Die Entsendung dieser Expertengruppe war durch die Feststellung der amerikanischen Regierung veranlaßt, daß das chinesische Nuklearprogramm schnellere Fortschritte, als bisher von amerikanischer Seite angenommen, gemacht hatte. Nach amerikanischer Auffassung läßt der Verlauf der sechs Nukleartests in den Jahren 1964 bis 1967 darauf schließen, daß China in Kürze über einen gewissen Vorrat an Mittelstreckenraketen und Anfang der 70er Jahre über Interkontinentalraketen verfügen wird.

Im Anschluß an diese Unterrichtung ließ die hiesige amerikanische Botschaft eine vorläufige Liste „Imports related to Communist China's weapons program“ nach dem Stand vom September 1967 mit der Bitte um Prüfung und Ergänzung auf Grund unserer Erkenntnisse überreichen. In der Liste sind diejenigen Waren aufgeführt, die in der letzten Zeit nach China geliefert worden sind und von denen die Amerikaner annehmen, daß sie China bei der Fortführung seines Waffenprogramms unmittelbar oder mittelbar dienlich sind. Die Herkunftsländer dieser Güter sind in der Liste nicht angegeben; es ist darin auch nicht verzeichnet, welche Warengruppen bereits in den COCOM-Listen enthalten sind.

Wie ein Vertreter der amerikanischen Botschaft mitteilte, ist diese Liste bisher nur der britischen und japanischen Regierung zugänglich gemacht worden.

In diesem Zusammenhang wird noch erwähnt, daß die amerikanische Botschaft kürzlich den Entwurf einer bilateralen Konsultationsvereinbarung über die Ausfuhr von Elektronenrechenanlagen nach China übergeben hat.<sup>4</sup> Im Buchstaben D) dieses Entwurfs wird das Recht der Bundesrepublik Deutschland auf endgültige Entscheidung bestätigt, Embargoausnahmen innerhalb des durch COCOM eingeräumten Ermessensspielraums zu genehmigen. Die amerikanische Regierung hat eine gleichartige Vereinbarung bereits mit Großbritannien abgeschlossen, und es sollen grundsätzliche Zusagen zum Abschluß einer solchen Konsultationsvereinbarung von der japanischen, niederländischen, dänischen und belgischen Regierung vorliegen. Die französische Regierung habe sich zu einem solchen Vorschlag noch nicht geäußert.

<sup>3</sup> Am 4. Oktober 1967 berichtete Botschafter Klaiber, Paris, über die Unterrichtung der Delegation der Bundesrepublik bei der COCOM durch die amerikanische Delegation. Zur Liberalisierung gegenüber den europäischen kommunistischen Staaten sei erklärt worden, daß die „amerikanische Regierung zur Zeit auf diplomatischer Ebene den anderen COCOM-Mitgliedstaaten einen grundlegend neuen Vorschlag“ unterbreite habe. Dieser sehe eine „überaus strenge Verschärfung des Embargos für Rotchina, Nordvietnam, Nordkorea und Albanien“ vor. „Es überrascht sehr, daß gerade die Amerikaner derartige Vorschläge machen, die – falls sie angenommen würden – eine breite Bresche in bisherige Embargo-Praxis schlagen würden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1834; VS-Bd. 8355 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Für den undatierten Entwurf vgl. VS-Bd. 8355 (III A 6).

Der Herr Staatssekretär im Auswärtigen Amt hat in seinem an den amerikanischen Botschafter gerichteten Antwortschreiben vom 23. Oktober d.J. das Verständnis der Bundesregierung für die Überlegungen der amerikanischen Regierung, die Embargolisten im Rahmen des COCOM neu zu gestalten, zum Ausdruck gebracht und hat neben verschiedenen einschränkenden Hinweisen mitgeteilt, die Bundesregierung müsse sich die endgültige Stellungnahme vorbehalten, bis die Art und das Ausmaß der Warenpositionen, die für die neuen Embargolisten vorgesehen sind, bekannt sind.<sup>5</sup>

Wortlaut des Schreibens des amerikanischen Botschafters vom 29. September 1967 sowie des Antwortschreibens des Herrn Staatssekretärs im Auswärtigen Amt vom 23. Oktober 1967 werden mit nächstem Kurier übermittelt.

Klarenaar<sup>6</sup>

VS-Bd. 8355 (III A 6)

### 381

## Vermerk des Botschafters z.b.V. Bahr

3. November 1967

Herrn Bundesminister persönlich<sup>1</sup>

Wie ich eben höre, hat der Kanzler auf seiner Pressekonferenz gesagt, daß er ein Gespräch mit den Russen auf der Basis des Memorandums<sup>2</sup> ablehnt. Der Wortlaut seiner Ausführungen wird ergeben, ob er hinzugefügt hat, sofern eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR Voraussetzung ist.<sup>3</sup>

Das Haus ist bekanntlich zu der Auffassung gekommen, daß die Sowjetunion die völkerrechtliche Anerkennung der DDR in ihrem Memorandum nicht zur Voraussetzung macht. Außerdem geht die Sowjetunion auf den von uns einge-

<sup>5</sup> Staatssekretär Lahr teilte dem amerikanischen Botschafter McGhee zu einer möglichen Änderung der Embargolisten im Rahmen des COCOM einschränkend mit: „Sollte es zu einer Einigung über Änderungen der Embargolisten kommen, dann sollten die Ausfuhren auf Grund von Verträgen, die im Zeitpunkt der Verabschiedung neuer Embargolisten bereits abgeschlossen worden waren, unberührt bleiben.“ Vgl. VS-Bd. 8355 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Paraphe vom 2. November 1967.

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum sowjetischen Memorandum vom 12. Oktober 1967 vgl. Dok. 347, Anm. 2.

<sup>3</sup> Auf der Bundespressekonferenz vom 3. November 1967 antwortete Bundeskanzler Kiesinger auf die Frage nach den Aussichten für ein direktes Gespräch mit der UdSSR, daß er zur Zeit keine „Chancen für den Erfolg eines solchen Gesprächs sehe“. Auf die Frage, ob die Bundesregierung die Absicht habe, „vielleicht auch einmal einen formulierten Text“ für Gewaltverzichtserklärungen vorzulegen, verwies Kiesinger darauf, daß „Sowjetrußland diesen Austausch von Gewaltverzichtserklärungen dazu benutzen will, um bei dieser Gelegenheit wieder einen weiteren Schritt zur Anerkennung Ostberlins zu tun.“ Der Bundeskanzler verneinte die Frage, ob unter solchen Umständen Gespräche mit der UdSSR, „die sich nur um dieses Thema drehen“, sinnvoll seien. Vgl. BULLETIN 1967, S. 1071 bzw. 1073 f.

schlagenen Punkt ein. Die Glaubwürdigkeit unserer gesamten Ost-Politik wäre in Frage gestellt, wenn wir in dieser Situation das Gespräch mit der Sowjetunion öffentlich oder nichtöffentlich ablehnen oder abbrechen.

Dies ist ein Punkt, den der Kanzler meines Erachtens nicht ohne oder gegen seinen Stellvertreter und den Außenminister entscheiden bzw. festlegen kann, ohne daß der Koalitionspartner und der Außenminister zur Bedeutung der FDP in der früheren Koalition<sup>4</sup> degradiert werden.

Dies ist deshalb meines Erachtens der sachliche Anlaß, dem Bundeskanzler einen Brief zu schreiben und dafür zu sorgen, daß sowohl am 7.11.<sup>5</sup> wie bei Ihrer Pressekonferenz<sup>6</sup>, wie bei der Konferenz der SPD die Sachentscheidung zugunsten der Weiterführung des Gesprächs mit der Sowjetunion jenseits jeden Zweifels klar wird.<sup>7</sup>

Bahr

Willy-Brandt-Archiv, Bestand Außenminister

<sup>4</sup> Von 1961 bis 1966 bestand die Bundesregierung aus einer Koalition von CDU, CSU und FDP.

<sup>5</sup> Anlaßlich des Empfangs, den der sowjetische Botschafter Zarapkin zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution in Bad Godesberg gab, überbrachte Bundesminister Brandt die Glückwünsche der Bundesregierung. Er regte in seiner Rede die Verbesserung der Beziehungen zur UdSSR an. Zarapkin erwiderte daraufhin: „Ich teile Ihren Wunsch.“ Vgl. die Meldung „Brandt bei Zarapkin“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 260 vom 8. November 1967, S. 4.

<sup>6</sup> Am 10. November 1967 führte Bundesminister Brandt gegenüber der Presse aus: „Der Bundeskanzler hat sinngemäß gesagt, er glaube nicht an den raschen Erfolg von politischen Gesprächen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland. Das ist auch meine Meinung. [...] An einem anderen Punkt seiner Pressekonferenz hat der Kanzler, als er gefragt wurde, wenn sich nun herausstellen sollte, daß die Sowjetunion bei der Erörterung bestimmter Aspekte der Sicherheitspolitik darauf bestehen sollte, uns zuzumuten, die Zone, die DDR, als Ausland anzuerkennen, geantwortet, dann würde er dazu nein sagen. Da gibt es auch keine Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und mir. Das heißt praktisch: Zusätzlich zu den bilateralen Fragen, die zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik anstehen und zu deren Erörterung wir bereit waren und sind, bleibt unser Interesse ungeschmälert, wenn es sich um die Erörterung der größeren politischen europäischen und internationalen Fragen handelt.“ Vgl. DzD V/1, S. 1982.

<sup>7</sup> Am 13. November 1967 erklärte Bundesminister Brandt auf der Bundeskonferenz der SPD in Bad Godesberg: „Es ist klar, daß wir auch mit der Sowjetunion das begonnene Gespräch fortsetzen werden. Genauer gesagt: Ich sehe jetzt eine gewisse Basis, es ernsthaft zu beginnen. [...] Dabei müssen wir wissen, daß große Lösungen heute nicht zu erreichen sind. Dafür muß erst das Feld vorbereitet werden, und es wäre etwas Großes, wenn dies bis 1969 gelänge.“ Vgl. DzD V/1, S. 1995.

382

**Bundesminister Brandt an die Botschaft in Tel Aviv**

I B 4-82.00-92.19-3366<sup>IV</sup>/67 VS-vertraulich  
Citissime

3. November 1967<sup>1</sup>  
Aufgabe: 6. November 1967, 14.27 Uhr

Anschluß 35730<sup>2</sup>

Ich bitte Sie, Premierminister Eshkol meine folgende Botschaft mündlich zu übermitteln. Von schriftlicher Übergabe des Textes wollen Sie bitte absehen.

„Für die persönliche Botschaft, die Sie mir am 29. 10. 1967 zum Besuch von Professor Erhard in Israel<sup>3</sup> haben übermitteln lassen<sup>4</sup>, möchte ich Ihnen aufrichtig danken.

Besonders gefreut habe ich mich<sup>5</sup> über Ihre Feststellung, daß die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern im letzten Jahr einen Fortschritt gemacht haben. Ich bin überzeugt, daß sich unser Verhältnis bei beiderseitigem Bemühen auch in Zukunft gut<sup>6</sup> weiterentwickeln wird. Deswegen stimme ich mit Ihnen überein, daß wir auftretende Mißverständnisse und neue Belastungen unserer Beziehungen am besten durch einen freimütigen Gedankenaustausch vermeiden können.

Der Besuch von Altbundeskanzler Professor Erhard in Ihrem Lande ist von der deutschen Regierung begrüßt worden. Das Auswärtige Amt<sup>7</sup> machte hiervon selbstverständlich keine Ausnahme.

Die Bundesregierung wollte im Zusammenhang mit dieser Reise den Eindruck einer Festlegung bezüglich des Status der von Israel im Juni-Krieg besetzten

<sup>1</sup> Der Drahterlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Schmitt konzipiert.

Hat Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg am 3. November 1967 vorgelegen.

Hat Staatssekretär Lahr am 3. November 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Mit Drahterlaß Nr. 357 vom 30. Oktober 1967 unterrichtete Vortragender Legationsrat I. Klasse Gehlhoff die Botschaft in Tel Aviv über die am Vortag mündlich vom israelischen Gesandten Idan gegenüber Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg vorgetragene persönliche Botschaft des Ministerpräsidenten Eshkol an Bundesminister Brandt. Vgl. VS-Bd. 2567 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. dazu Dok. 372, Anm. 3.

<sup>3</sup> Der ehemalige Bundeskanzler Erhard besuchte vom 30. Oktober bis 10. November 1967 Israel. Vgl. dazu Dok. 368.

<sup>4</sup> Der Passus „die Sie ... übermitteln lassen“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundesministers Brandt zurück. Vorher lautete er: „die Sie mir zum Besuch von Professor Erhard in Israel in Ihrer Eigenschaft als Stellvertreter des Außenministers am 29. 10. 1967 haben übermitteln lassen“.

<sup>5</sup> Die Wörter „Besonders gefreut habe ich mich“ wurden handschriftlich von Bundesminister Brandt eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Ich habe mich besonders gefreut“.

<sup>6</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Brandt handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „in der gleichen erfreulichen Weise“.

<sup>7</sup> Der Passus „Der Besuch ... Auswärtige Amt“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundesministers Brandt zurück. Vorher lautete er: „Zum Besuch des Altbundeskanzlers in Israel möchte ich folgendes bemerken: Professor Erhard hat während seiner Kanzlerschaft immer besonderen Wert auf gute Beziehungen zum Staate Israel gelegt und im Jahr 1965 die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen erreicht. Sein Besuch in Ihrem Lande ist daher von der deutschen Regierung begrüßt worden. Das Auswärtige Amt, das ich leite,“.



Gebiete vermeiden.<sup>8</sup> Es wird sicherlich verstanden<sup>9</sup>, warum die Bundesregierung ihre Haltung gegenüber allen internationalen Grenzfragen besonders sorgfältig abwägen muß.<sup>10</sup> Der Besuch, zu dem König Hussein vor einigen Tagen nach Bonn kam, hat bei diesen Erwägungen keine Rolle gespielt.<sup>11</sup>

Die nunmehr in Aussicht genommene Lösung – Besuch der Heiligen Stätten in Alt-Jerusalem durch den Altbundeskanzler als Pilger – dürfte für beide Seiten als befriedigend angesehen werden können. Ich freue mich darüber, daß Professor Erhard bei Ihnen so gut aufgenommen worden ist<sup>12</sup>, und bin sicher, daß seine Reise<sup>13</sup> zu einer weiteren Vertiefung unserer Beziehungen beitragen wird.“<sup>14</sup>

Brandt<sup>15</sup>

**VS-Bd. 2567 (I B 4)**

<sup>8</sup> Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundesministers Brandt zurück. Vorher lautete er: „Der Bundesregierung konnte im Zusammenhang mit dieser Reise jedoch nicht daran gelegen sein, den Eindruck zu erwecken, als habe sie sich bezüglich des Status der von Israel im Juni-Krieg besetzten Gebiete bereits festgelegt.“

<sup>9</sup> Die Wörter „Es wird sicherlich verstanden“ wurden handschriftlich von Bundesminister Brandt eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Es bedarf, meine ich, keiner näheren Erläuterung“.

<sup>10</sup> An dieser Stelle wurde von Bundesminister Brandt gestrichen: „Sie wollte deshalb auch die Gefahr einer uns unerwünschten politischen Mißdeutung vermeiden, die bei einem Besuch von Professor Erhard – der noch vor einem Jahr das Amt des Bundeskanzlers bekleidete – in besetzten Gebieten gegeben war.“

<sup>11</sup> Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundesministers Brandt zurück. Vorher lautete er: „Ich betone, daß bei den grundsätzlichen Erwägungen der Bundesregierung der Besuch, zu dem König Hussein vor einigen Tagen nach Bonn kam, in keiner Weise eine Rolle gespielt hat.“

König Hussein von Jordanien hielt sich vom 29. bis 31. Oktober 1967 in Bonn auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kiesinger am 30. Oktober 1967 vgl. Dok. 374.

<sup>12</sup> Am 31. Oktober 1967 informierte Botschafter Pauls, Tel Aviv, über ein Gespräch des ehemaligen Bundeskanzlers Erhard mit dem israelischen Ministerpräsidenten, das „freundlich“ verlaufen sei. Eshkol habe ausgeführt: „Wir möchten mit Jordanien sprechen auf der Grundlage einer Sicherheitsgrenze am Jordan. Ich sage Sicherheitsgrenze, und das bedeutet etwas“. Des weiteren habe er betont, daß „Cisjordanien als ein politisches und wirtschaftliches Gebilde (political and economic entity), staatsrechtlich mit Jordanien verbunden, organisiert werden könne“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 724; VS-Bd. 2567 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>13</sup> Der Passus „Die nunmehr ... seine Reise“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundesministers Brandt zurück. Vorher lautete er: „Ich glaube, daß die nunmehr in Aussicht genommene Lösung – Besuch der Heiligen Stätten in Alt-Jerusalem durch den Altbundeskanzler lediglich als Pilger – für beide Seiten als befriedigend angesehen werden kann. Es ist meine Hoffnung, daß die Reise Professor Erhards nach Israel“.

<sup>14</sup> Am 10. November 1967 berichtete Botschafter Pauls, Tel Aviv, Bundesminister Brandt von der Reaktion des israelischen Ministerpräsidenten: „Eshkol dankt Ihnen für Ihre Botschaft, die er sehr verständnisvoll aufgenommen hat. Er bat mich, Sie zu grüßen und Ihnen zu sagen, daß er mit Ihren Ansichten übereinstimme. Er habe sich gefreut, daß Professor Erhard gekommen und der Besuch befriedigend verlaufen sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 748; VS-Bd. 2567 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>15</sup> Paraphe.

383

**Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO),  
an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-15075/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 857**

**Aufgabe: 3. November 1967, 17.30 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 4. November 1967, 00.13 Uhr**

Betr.: Gespräch mit rumänischem Vizeaußenminister Mircea Malitza

Aus einer längeren Unterhaltung, die ich vor kurzem mit dem rumänischen Vizeaußenminister Malitza auf dessen Initiative hatte, halte ich folgendes auf die Gefahr hin fest, Bekanntes zu berichten: Herr Malitza bemerkte einleitend, alles, was in der Politik zwischen Ost und West Bedeutung haben solle, müsse ganz langfristig angelegt werden und trage erst nach langer Zeit Früchte. So habe Rumänien für die Vorbereitung seiner VN-Resolution über die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen europäischen Staaten mit verschiedenen gesellschaftlichen Systemen (9-Mächte-Resolution)<sup>2</sup> fünf Jahre gebraucht, für den Aufbau der Präsidentschaft Manescus in der VN-Vollversammlung drei, für den Ausbau seiner eigenen Position innerhalb des sozialistischen Lagers noch viele Jahre mehr. Dies müsse auch bei unserer eigenen Ostpolitik im Auge behalten werden.

Malitza stellte mir sodann die Frage, ob ich glaube, daß die Sowjetunion den Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa gern sehen würde. Auf meine bejahende Antwort sagte er, meine Ansicht sei falsch. Die Sowjets seien für die Anwesenheit der Amerikaner in Europa nur dankbar, denn sie liefere ihnen den Vorwand dafür, ihre eigenen Truppen in ihrem Vorfeld zu halten und dieses weiterhin zu kontrollieren. Sie würden diese Positionen nur sehr ungern aufgeben, könnten aber dazu gezwungen werden, wenn die Amerikaner ihre Truppen zurückzögen und die öffentliche Meinung in den Ländern des sozialistischen Lagers größere Freiheit forderte.

Im übrigen sähe sich unsere Politik gegenüber dem Osten ganz anders an, je nachdem ob ihr Vorzeichen Kalter Krieg oder Entspannung heiße. Während des Kalten Krieges sei der Aufbau unserer westlich orientierten Stellung logisch unanfechtbar und in der Praxis durchführbar gewesen. Dies gelte nicht nur für unsere Politik nichtdeutschen Staaten Osteuropas gegenüber, sondern auch gegenüber der DDR.

In einer Entspannungsatmosphäre sehe alles anders aus. Wir dürften die DDR nicht als einen konstanten Faktor ansehen, der auch in einer Periode der Entspannung in der gleichen Form wie jetzt weiterleben werde. Alles, was wir unter der Hallsteindoktrin gegenüber der DDR getan und gesagt hätten, hätte nicht nur deren Anlehnungsbedürfnis an die Sowjetunion verstärkt, sondern

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>2</sup> In Resolution Nr. 2129 vom 21. Dezember 1965 wurde ausgeführt: „The General Assembly [...] requests the Governments of the European States to intensify their efforts to improve reciprocal relations, with a view to creating an atmosphere of confidence which will be conducive to an effective consideration of the problems which are still hampering the relaxation of tension in Europe and throughout the world“. Vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. X, S. 106.

auch den Wunsch der Sowjetunion, ihre eigene Position in der DDR zu festigen. Die Sowjets seien zu dieser Politik geradezu gezwungen worden. Auch in der DDR gebe es Bestrebungen, sich von dieser Abhängigkeit langsam zu lösen. Dies könne die DDR aber so lange nicht tun, wie wir uns an jeder Ecke der Welt ihren Bestrebungen um Anerkennung als Staat widersetzen.

Ich wies Herrn Malitza darauf hin, daß wir bisher nicht die geringsten Anzeichen für die Richtigkeit einer solchen Prognose feststellen könnten. Alle unsere Bemühungen deuteten in gegenteilige Richtung. Er erwiderte, dies sei eben der klassische Fall, in dem nur Geduld zum Ziele führe. Wir sollten uns einmal – lediglich als „exercise mental“ – vorstellen, daß die DDR VN-Mitglied sei, zusammen mit uns. Im ersten, vielleicht auch noch im zweiten Jahr würde sie dann Memoranden der bisher verfaßten Art senden, im dritten Jahr würden diese erheblich weniger feindlich werden, und im vierten oder fünften Jahr werde man sich zur Zusammenarbeit mit uns bereitfinden. Wie glaubten wir denn, daß die anderen Mächte auf unsere Politik der Fernhaltung reagierten? In osteuropäischen Hauptstädten könne man davon ein Lied singen: Wenn dort ein westlicher Botschafter etwas über die ausschließliche Existenz der Bundesrepublik oder die Nichtexistenz der DDR zu sagen habe, füge er fast immer hinzu, er bedauere eigentlich solche Erklärungen abgeben zu müssen, sei dazu aber aus politischen Gründen gezwungen. In den westlichen Hauptstädten ebenso wie in Moskau würde eine Entscheidung in dem Sinne, daß wir uns mit der Existenz der DDR abfänden, mit ungeheurer Erleichterung begrüßt werden; auch hierüber ließen westliche Gesprächspartner in osteuropäischen Hauptstädten keinen Zweifel.

Er, Malitza, habe neulich von einem amerikanischen Professor bei der Rand Corporation folgende Analyse der amerikanischen Europapolitik gehört: Von Europa seien früher Unordnung, Krieg und Zwistigkeiten ausgegangen, und zwar so lange, wie die Einzelstaaten Europas die Freiheit und Macht dazu besessen hätten. Diese Gefahr sei jetzt durch die amerikanisch-sowjetische Aufteilung Europas gebannt, und dieser Zustand sei sehr gut; lasse man den Europäern wieder freie Hand, so werde der alte schlechte Zustand alsbald wieder eintreten. Es liege daher im gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen Interesse, den beiderseitigen Truppenbestand dort aufrechtzuerhalten.

Als Nachgedanken fügte Malitza hinzu, zur Zeit sei unsere Entwicklungspolitik stark von der Befürchtung beeinflußt, wenn wir etwas nicht täten, werde die DDR es vielleicht tun. Sei es nicht viel besser, statt dessen den Gedanken gemeinsamer deutscher Projekte zu entwickeln?

Herr Malitza erzählte ferner, er selbst habe im April dieses Jahres auf der Konferenz der Warschauer Paktstaaten<sup>3</sup>, als Rumänien wegen seiner Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu uns von der Sowjetunion angegriffen wurde, den rumänischen Standpunkt vertreten. Der schärfste Ankläger, der die Rumänen des Verrats an der sozialistischen Sache bezichtigt habe, sei Gomulka gewesen; Rapacki habe mehr Verständnis gezeigt. Er glaube im übrigen nicht,

<sup>3</sup> Zur Konferenz vom 8. bis 10. Februar 1967 in Warschau vgl. Dok. 50, Anm. 7.

daß in nächster Zeit mit der Aufnahme weiterer Beziehungen zu uns aus dem „sozialistischen Lager“ gerechnet werden könne.

Abschließend erklärte Herr Malitza, er habe alles dieses keineswegs in irgendeinem Auftrag, sondern als private Ansicht geäußert. Er lege Wert darauf, weder namentlich noch mit seiner Nationalität zitiert zu werden. Er habe jedoch Grund zu der Annahme, daß während des Besuchs des Herrn Bundesministers in Bukarest auch Ministerpräsident Maurer und Herr Ceausescu ähnlich zu Herrn Minister Brandt gesprochen hätten.<sup>4</sup>

[gez.] Braun

VS-Bd. 10072 (Ministerbüro)

### 384

#### Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-15069/67 geheim  
Fernschreiben Nr. 1642

Aufgabe: 3. November 1967, 19.30 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 3. November 1967, 21.13 Uhr

Betr.: Nukleare Planungsgruppe  
hier: Weiterarbeit an Studie 1 (ABM)<sup>2</sup>

Im Anschluß an Nr. 1612 vom 31. 10. 67 – 21.08/3-3722/67 geh.<sup>3</sup>

I) In Sitzung der Experten der NPG am 3. November wurde Verfahren zur Fertigstellung der Studie eines europäischen ABM-Systems<sup>4</sup> wie folgt ad referendum präzisiert:

<sup>4</sup> Bundesminister Brandt hielt sich vom 3. bis 7. August 1967 in Bukarest auf. Zum Gespräch mit dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Rumäniens, Ceausescu, am 5. August 1967 vgl. Dok. 293.

<sup>1</sup> Hat Botschafter Schnippenkötter vorgelegen.

<sup>2</sup> Für die Aufzeichnung (Studie ABM), welche die britische Delegation auf der Sitzung der Arbeitsgruppe für Nukleare Planung am 5. Mai 1967 aushändigte, vgl. VS-Bd. 1662 (II A 7).

<sup>3</sup> Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), berichtete über die Sitzung der Arbeitsgruppe für Nukleare Planung vom 26. Oktober 1967. Der britische Vorschlag zur Weiterbehandlung der Studie 1 (ABM) habe „keine volle Zustimmung“ gefunden: „Generalsekretär Brosio schlug vor, die Studie nicht auf die Alternativen einer ‚leichten‘ oder ABM-Verteidigung zu beschränken, sondern auch ein schweres, nicht-nukleares ABM-System sowie die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, eine europäische ABM-Entwicklung auf ein research and development-Programm zu begrenzen. Damit solle Möglichkeit geprüft werden, ob sich Europa nach jetzigem Stand der Technologie die Option für ein weiterentwickeltes ABM-System trotz Verzichts auf ein eigenes System erhalten könne.“ Vgl. VS-Bd. 1662 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

Zu den politischen und strategischen Auswirkungen der Einrichtung von Raketenabwehrsystemen vgl. Dok. 158.

<sup>4</sup> Bereits am 16. Oktober 1967 notierte Vortragender Legationsrat Hauber zu einem möglichen Raketenabwehrsystem in Europa: „Unter den augenblicklichen Voraussetzungen spricht zwar bekanntlich vieles gegen die Aufstellung eines ABM-Systems in Europa. Sollte es aber später doch dazu kommen, so dürfte dies in absehbarer Zeit nicht ohne amerikanische Hilfe möglich sein. Für diesen Fall wäre eine formalisierte amerikanische Zusage nützlich.“ Vgl. VS-Bd. 4098 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

1) SHAPE soll gebeten werden, die Gruppe in einem mündlichen Vortrag darüber zu unterrichten, welche zusätzlichen Luftverteidigungsmaßnahmen ein ABM-System ergänzen müßten. Erst auf der Grundlage eines solchen Vortrags solle entschieden werden, ob an SHAPE auch die Bitte um schriftliche Behandlung dieses Themas gerichtet werden soll.

2) In gleicher Weise soll hinsichtlich der Unterrichtung der Gruppe über Zivilverteidigungsmaßnahmen verfahren werden, mit welchen ein ABM-System ergänzt werden müßte. Amerikanischer Vertreter<sup>5</sup> erbot sich, seine Regierung hierfür um Entsendung eines Zivilverteidigungsexperten zu bitten.

3) Alle übrigen Teilfragen sollen von der Expertengruppe selbst aufgrund eines englischen Beitrags und evtl. unter Heranziehung weiterer Experten erarbeitet werden. Dies gilt insbesondere für folgende Aspekte:

a) Untersuchung eines auf „research and development“ beschränkten ABM-Programms und die Möglichkeit einer nicht-nuklearen Raketen-Abwehr. Der Leiter des nuklearen Direktorats, Shreffler, wird der NPG eine Ausarbeitung der Gedankengänge unterbreiten, welche Generalsekretär<sup>6</sup> bewogen, diese Problematik in die ABM-Studie einzuführen.

b) Politische Auswirkungen einer Entscheidung, nur ein leichtes ABM-System in Europa zu errichten.

c) Sowjetische Motive für den Aufbau eines ABM-Systems.

II. 1) Ich empfehle, diesem Verfahren zuzustimmen.

2) Die Vertretung wird das BMVtdg rechtzeitig auf die geplanten „briefings“ (s. oben I, 1) und 2)) hinweisen, um Gelegenheit zur Entsendung eines Experten aus Bonn zu geben.

3) Ich wäre dankbar, wenn bereits jetzt Vorarbeiten zu den unter I, 3) genannten Fragen eingeleitet werden könnten, um sicherzustellen, daß wir nach Vorlage des britischen Beitrags ohne Verzug in der Lage sind, zu ihm Stellung zu nehmen.<sup>7</sup>

[gez.] Grewe

VS-Bd. 4098 (II B 1)

<sup>5</sup> Michael H. Newlin.

<sup>6</sup> Manlio Brosio.

<sup>7</sup> Am 8. November 1967 bat der Generalinspekteur der Bundeswehr, de Maizièrre, über das Auswärtige Amt die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel, „auch dem präzisierten Vorschlag der Expertengruppe für die Fortführung der Studie Nr. 1 zuzustimmen“. Zudem solle geklärt werden, „ob der Generalsekretär die Untersuchung auf ein ABM-System, das aus Raketen mit konventionellen Gefechtsköpfen besteht, beschränken oder jede technisch denkbare Lösung (z. B. Laser) einbeziehen will“. Vgl. VS-Bd. 1662 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

Am 10. November 1967 berichtete Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), über die Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe vom Vortrag. Es sei beschlossen worden, die „politischen Auswirkungen der Aufstellung eines leichten und [eines] schweren europäischen ABM-Systems [zu] diskutieren“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1695; VS-Bd. 1839 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

385

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort****III A 4-83.71-0-94.29-834<sup>1</sup>/67 VS-vertraulich****7. November 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Deutsch-sowjetischer Fluglinienverkehr;

hier: Aufnahme von Verhandlungen mit der sowjetischen Regierung

1) Die sowjetische Verbalnote vom 15. 8. 1967<sup>2</sup>, mit der sich die sowjetische Regierung zur Aufnahme von Verhandlungen über die Errichtung eines deutsch-sowjetischen Fluglinienverkehrs bereit erklärte, ist noch nicht beantwortet. Es war zunächst unsere Absicht, Mitte Oktober auf das sowjetische Angebot einzugehen. Wir wollten nicht früher antworten, da wir nicht den Eindruck unangemessener Eile vermitteln und auch den drei Alliierten Gelegenheit geben wollten, ihre Stellungnahme zu unserem Ersuchen, einer Linienführung der „Aeroflot“ durch den südlichen Berlin-Korridor nach Frankfurt zuzulassen, zu formulieren. Die Bereitschaft zur Aufnahme von Verhandlungen mit der sowjetischen Regierung sollte aber, so war entschieden worden, unabhängig vom Eingang der alliierten Stellungnahme auf jeden Fall Mitte Oktober erklärt werden.

2) Da alle praktischen Probleme für die Aufnahme des wechselseitigen Flugverkehrs gelöst sind, würden sich diese Verhandlungen nur auf die Frage der Linienführung der „Aeroflot“ beschränken. Die Alliierten sind mit einer Linienführung über Eger einverstanden. Verhandlungsziel soll daher diese Ein- und Ausflugstrecke sein, wobei das wahre Interesse der Sowjets an dem Zustandekommen des beiderseitigen Fluglinienverkehrs zutage treten würde. Die von ihnen erstrebte Fluglinie über Ost-Berlin dürfte vornehmlich politischen, die Fluglinie über Eger vornehmlich wirtschaftlichen Interessen dienen.

Insbesondere unter dem Gesichtspunkt, daß die Sowjets seit geraumer Zeit den Charterflugverkehr zwischen dem Bundesgebiet und Moskau über Eger führen, erscheint es nicht ganz ausgeschlossen, daß sie sich letzten Endes dazu entschließen, auch für den Linienverkehr die über Eger führende Strecke zu akzeptieren.

3) Eine Verzögerung der Beantwortung der sowjetischen Verbalnote vom 15. 8. 1967 trat dadurch ein, daß das Bundesverkehrsministerium zunächst Bedenken äußerte, auf einer so schmalen Verhandlungsbasis, wie sie das Angebot der von den Sowjets bereits früher abgelehnten Streckenführung über Eger darstellt, die Luftverkehrsbesprechungen aufzunehmen. Mit Schreiben vom 30. 10. 1967 stimmte der Staatssekretär des Bundesministers für Verkehr, Wittrock, schließlich der Beantwortung der sowjetischen Verbalnote zu und erklärte sich einverstanden, der sowjetischen Seite vorzuschlagen, die Verhandlungen zu einem möglichst frühen Zeitpunkt in Bonn aufzunehmen.<sup>3</sup> In diesem

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Soltmann und vom Vortragenden Legationsrat Ingendaay konzipiert.

<sup>2</sup> Zur Note der sowjetischen Regierung vgl. Dok. 309, Anm. 2.

<sup>3</sup> Für das Schreiben an Staatssekretär Lahr vgl. VS-Bd. 8349 B (III A 4).

Zusammenhang bat er, die Alliierten zu einer Entscheidung über die Benutzung des Luftkorridors zu drängen und entsprechend einem Vorschlag des Bundesverteidigungsministeriums<sup>4</sup> den Bundesverteidigungsrat mit der Frage zu befassen, ob und inwieweit die Benutzung des südlichen Luftkorridors durch sowjetische Flugzeuge deutsche und alliierte Sicherheitsinteressen gefährde.

4) In der Konsultationsbesprechung der Bonner Vierergruppe vom 2.11.1967 überreichte der amerikanische Vertreter die als Anlage beigefügte Stellungnahme der drei Berliner Schutzmächte zur Frage einer Mitbenutzung des südlichen Luftkorridors durch Aeroflot.<sup>5</sup> Die drei Alliierten teilen mit, daß sie keine Einwendungen gegen Verhandlungen der Bundesregierung mit der Regierung der UdSSR über einen Luftverkehr zwischen Frankfurt und Moskau haben, vorausgesetzt, daß er auf der Strecke via Eger durchgeführt wird. Die Bundesregierung wird gebeten, während der Verhandlungen das Thema eines Durchflugs durch den Korridor zu vermeiden. Sollte dieses sowjetischerseits angeschnitten werden, so sollte die Bundesregierung darlegen, daß die Angelegenheit über ihre Kompetenz gehe und die Sowjets diese Frage unmittelbar mit den Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs aufnehmen müßten.

Mit dieser Erklärung weisen uns die drei Alliierten als Diskussionspartner über die Frage der Benutzung des Luftkorridors durch „Aeroflot“-Flugzeuge ab. Sie geben uns keine Erklärung dafür, ob und inwieweit der freie Zugang und damit die Sicherheit nach Berlin durch die regelmäßige Benutzung des Korridors durch sowjetische Flugzeuge gefährdet wird. Infolgedessen fehlen uns Ansatzpunkte für eine weitere Auseinandersetzung mit den drei Alliierten über die Gründe für ihre Entscheidung; ebenso wird damit eine eventuelle Erörterung des ganzen Fragenkomplexes im Bundesverteidigungsrat schwierig.

Es kann wohl damit gerechnet werden, daß die Sowjets einen deutschen Hinweis auf die alliierte Kompetenz für den Luftverkehr im Korridor zurückweisen und an unser nationales Selbstbewußtsein appellieren werden. Entsprechende Äußerungen des sowjetischen Botschafters liegen hierzu vor. Damit dürften die Verhandlungen zur Frage Berlin/Schönefeld schnell beendet sein.

5) Auf dem Empfang des türkischen Botschafters<sup>6</sup> am 30.10.1967 wurde Graf Hardenberg von Botschafter Zarapkin auf die Luftverkehrsverhandlungen angesprochen. Insbesondere erkundigte er sich, ob eine Entscheidung hinsichtlich der Streckenführung über Berlin gefallen sei. Die Sowjetunion sei gerade an dieser Streckenführung interessiert. Ihm wurde geantwortet, daß diese Frage äußerst schwierig sei, weil sie, wie er wisse, nicht von uns allein, sondern auch von der Zustimmung unserer Verbündeten abhängig sei. Es sei daher

<sup>4</sup> Am 12. Oktober 1967 bat der Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Carstens, Staatssekretär Schütz im „Interesse einer geschlossenen Vertretung den Alliierten gegenüber sowie der Aufrechterhaltung der militärischen Contingency-Planung Berlin“, zukünftig sein Ministerium über die Luftverkehrsverhandlungen zu informieren. Zudem solle die Angelegenheit im Bundesverteidigungsrat erörtert werden. Vgl. VS-Bd. 4190 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Dem Vorgang nicht beigefügt.

Für den Wortlaut der Stellungnahme der amerikanischen, der britischen sowie der französischen Regierung vom 24. Oktober 1967 vgl. VS-Bd. 4203 (II A 4).

<sup>6</sup> Oguz Gökmen.

besser, wenn wir uns auf eine Streckenführung über Eger einigen könnten. Diese sei problemlos und würde den Interessen der beiden Luftfahrtgesellschaften vollauf genügen.<sup>7</sup>

6) Abteilung III ist der Auffassung, daß das sowjetische Angebot auf Verhandlungen ungeachtet der oben skizzierten Lage angenommen werden muß. Hierfür spricht insbesondere der Gesichtspunkt, daß bei einer zähen deutschen Verhandlungsführung, die sich nur auf die Linie Eger beschränken müßte, ein Erfolg nicht ausgeschlossen werden kann. Abgesehen davon sollten wir uns nicht den Vorwurf zuziehen, ein sowjetisches Angebot nicht angenommen zu haben.

Abteilung II hat mitgezeichnet. Sie wird in einer ergänzenden Aufzeichnung die alliierte Antwort im Lichte der verhärteten sowjetischen Deutschland- und Berlin-Politik bewerten.<sup>8</sup>

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>9</sup> und den Herrn Parlamentarischen Staatssekretär<sup>10</sup> dem Herrn Minister<sup>11</sup> vorgelegt.

Harkort

VS-Bd. 8349 B (III A 4)

<sup>7</sup> Ministerialdirigent Graf von Hardenberg hielt aus dem Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter fest, daß sich Zarapkin danach erkundigt habe, ob die Bundesregierung „für Verhandlungen der Lufthansa mit der Aeroflot oder auf anderer Ebene“ sei. Er habe ihm geantwortet, daß die Bundesregierung Verhandlungen auf der Ebene der Fachministerien, also durch das Bundesministerium für Verkehr, in Aussicht genommen habe: „Zarapkin antwortete, dies würde bedeuten, daß auf sowjetischer Seite das Ministerium für zivile Luftfahrt die Verhandlungen führen würde.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 31. Oktober 1967; VS-Bd. 8349 B (III A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Am 9. November 1967 beurteilte Ministerialdirigent Sahm die Stellungnahme der amerikanischen, der britischen sowie der französischen Regierung vom 24. Oktober 1967 als „taktisch und politisch geschickt abgefaßt. a) Die Verbündeten hatten uns bei den Konsultationsgesprächen wissen lassen, daß ein Großteil ihrer Vorbehalte gegen eine sowjetische Fluglinienführung über Berlin der ersten Sorge um das weitere Schicksal von Berlin entspringe. Insbesondere Washington wollte aber eine negative Antwort auf unsere Anfrage vermeiden, nachdem der Herr Minister und der Herr Staatssekretär großes Interesse an der Angelegenheit bekundet hatten. Dies ist einer der Gründe dafür, daß die Verbündeten einer direkten Beantwortung unserer Frage ausgewichen sind. b) Die Antwort der Verbündeten gibt weiter zu folgender Feststellung Anlaß: Einerseits wollen die Alliierten gegenüber den Sowjets freie Hand behalten und legen sich uns gegenüber nicht fest; andererseits beharren sie aber in eindrucksvoller Weise auf ihren Rechten – auch gegenüber der Sowjetunion.“ Vgl. VS-Bd. 4147 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Hat den Staatssekretären Lahr und Duckwitz am 9. November 1967 vorgelegen.

<sup>10</sup> Gerhard Jahn.

<sup>11</sup> Hat Bundesminister Brandt am 14. November 1967 vorgelegen.



386

**Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-15118/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 1656**  
**Cito**

**Aufgabe: 7. November 1967, 20.00 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 7. November 1967, 22.18 Uhr**

Betr.: NATO-Verteidigungsplanung  
 hier: Vorausschau auf Ministerkonferenz<sup>2</sup>

Im Anschluß an Drahtbericht 1603 – AZ: 21.06/1-3704/67 geh. vom 27. 10. 67<sup>3</sup>

I. Hockaday, Vorsitzender im Ausschuß für Verteidigungserhebung (DRC<sup>4</sup>), erläuterte am 6. 11. Mitarbeiter<sup>5</sup> erneut seine Besorgnisse über die neue Strategie, wie sie in dem Dokument des Militärausschusses (MC 14/3) formuliert ist. Seine Äußerungen erscheinen mir bedeutsam und daher berichtenswert:

1) Hockaday sagte, er habe bei dem Textvergleich zwischen der politischen Direktive (DPC/D (67) 15 revised), die die Verteidigungsminister auf der Maikonferenz erließen<sup>6</sup>, und dem strategischen Dokument (MC 14/3), das von den Stabschefs im Oktober in Oslo angenommen wurde, den Eindruck gewonnen, daß den Amerikanern in der MC 14/3 ein „Durchbruch ihrer strategischen Auffassungen“ gelungen sei. In dem strategischen Dokument seien einige bedenkliche Formulierungen enthalten, die in der politischen Direktive nicht zu finden seien.

2) Hockaday beanstandete in dem strategischen Dokument folgende Tendenzen, die er bestimmten Formulierungen in der MC 14/3 entnehmen will. (Wortlaut der beanstandeten Stellen folgt als Teil b mit gesondertem Drahtbericht)<sup>7</sup>.

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirigent Sahm am 8. November 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel vgl. Dok. 433 und Dok. 435.

<sup>3</sup> Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), berichtete über die Einschätzung des Vorsitzenden der Ausschusses für Verteidigungserhebung, Hockaday, bezüglich der in Dokument MC 14/3 neugefaßten NATO-Strategie. Es bestünden „zum Teil gravierende Formulierungsunterschiede zwischen der politischen Direktive und dem strategischen Dokument [...] Ihn mache vor allem besorgt, daß in dem strategischen Dokument Abschreckung und Eskalation weicher formuliert seien als in der Direktive und daß die Unkalkulierbarkeit des Risikos in ihm nicht mehr eindeutig festgelegt sei. Diese militärische Interpretation der Direktive ‚in die weichere Richtung‘ könne er sich nur durch amerikanischen Einfluß erklären.“ Vgl. VS-Bd. 896 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Defense Review Committee.

<sup>5</sup> Gerhard Schmückle.

<sup>6</sup> Zur Annahme der Ministerweisung DPC/D (67) 15 auf der Sitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung der NATO am 9. Mai 1967 vgl. Dok. 157, Anm. 14.

<sup>7</sup> Am 7. November 1967 übermittelte Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), die Haltung des Vorsitzenden des Ausschusses für Verteidigungserhebung, Hockaday: „Bedenklich stimmt ihn vor allem der Paragraph 22 der MC 14/3. In diesem Paragraphen glaubt er eine Auflösung der Komplexität der Abschreckung zu entdecken. Bei dieser Behauptung stützt er sich auf folgende Sätze: a) ‚Sollte eine Aggression erfolgen, die unterhalb eines großen nuklearen Angriffs liegt, sollte NATO sofort mit der ‚Direktverteidigung‘ antworten. Das erste Ziel würde darin liegen, der Aggression ohne Eskalation zu begegnen und die Integrität und Sicherheit des Bündnisgebietes zu erhalten oder wiederherzustellen.‘ (Paragraph 22 a) b) ‚Die Auswirkungen des Nuklear-Krieges würden so schwer sein, daß sich die Allianz zu ihm erst entschließen sollte, nachdem die Möglichkeiten, die Integrität des Bündnisgebietes durch politische, wirtschaftliche und konventionelle militärische Aktionen

a) In der MC 14/3 werde die Komplexität der Abschreckung dadurch aufgehoben, daß Prioritäten zwischen den drei großen Eskalationsstufen

Direkt-Verteidigung,  
bewußte Eskalation,  
allgemeine nukleare Antwort

festgelegt seien. Dadurch werde das Risiko für den potentiellen Gegner berechenbar. Im Gegensatz hierzu sei in der politischen Direktive der Verteidigungsminister gefordert, daß dem Gegner ohne Festlegung von Prioritäten jeweils die militärische Antwort erteilt werde, die die Lage erforderlich mache.

b) Die MC 14/3 erwecke den Eindruck, daß die Abschreckung jetzt nicht mehr gegen den Krieg als solchen gerichtet sei, sondern vielmehr gegen bestimmte Absichten des Gegners, das eine oder andere politische Ziel zu erreichen. Da sich solche Zielsetzungen eines Gegners nie mit letzter Gewißheit definieren ließen, dränge sich der Schluß auf, daß in der MC 14/3 eine Verminderung der Abschreckungsbereitschaft, vor allem auf dem nuklearen Gebiet, eingetreten sei.

c) Die MC 14/3 präsentiere eine Strategie, die auch in ihrem konventionellen Streitkräfte-Element nicht mehr glaubwürdig sei, denn sie verlange eine länger dauernde konventionelle Verteidigung zu einem Zeitpunkt, in dem einige Mitgliedstaaten, einschließlich der Amerikaner, ihre konventionellen Streitkräfte in Europa verminderten. Eine Annahme der neuen Strategie durch die Minister sei daher nur sinnvoll, wenn die Mitgliedstaaten bereit und fähig seien, ihre konventionellen Streitkräfte der neuen Konzeption anzupassen, d. h. wesentlich zu verstärken.

d) Bei der neuen Strategie sei ein konventioneller Kriegsschauplatz Deutschland denkbar, da die Abschreckung künftig in drei, anscheinend scharf voneinander getrennten, hintereinander liegenden Stufen, aufgeteilt sei (siehe a). Dadurch sei auch England mehr als bisher gefährdet, denn im Ernstfall werde der erste Nuklearschlag des Gegners künftig wohl gegen das britische Nuklearpotential geführt werden, insbesondere wenn Frankreich im Konfliktfall in bewaffneter Neutralität verharren sollte. Die neue Strategie, wie sie zur Zeit formuliert sei, müsse in Europa zunehmende Zweifel an der Zuverlässigkeit des amerikanischen Engagements wecken.

3) Hockaday hat seine Meinung über die weitere Bearbeitung der MC 14/3 dahingehend geändert, daß er jetzt eine politische Diskussion über das strategische Dokument im Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) auf der Ebene der Ständigen Vertreter für wünschenswert hält.

Er vertritt den Standpunkt, den Ministern müßte neben dem militärischen Dokument MC 14/3 eine politische Bewertung der neuen Strategie sowie eine Analyse über die Unterschiede, die zwischen politischer Direktive und MC 14/3 bestehen, vorliegen.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1497*

zu erhalten oder wiederherzustellen, versucht und als unzureichend befunden wurden.“ (Paragraph 22b). Im Gegensatz zu diesen Thesen ist – laut Hockaday – in der politischen Direktive ausdrücklich die Geschlossenheit des Abschreckungssystems betont.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1657; VS-Bd. 896 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

4) Hockaday sieht im Augenblick drei Lösungsmöglichkeiten für die Problematik, die durch die MC 14/3 im Bündnis aufgeworfen wird. Die Ständigen Vertreter könnten den Ministern vorschlagen,

e) die MC 14/3 dem Militärausschuß zurückzugeben mit der Bitte, sie neu zu überarbeiten.

Diese Lösung verbiete sich, da es nicht wünschenswert sei, im Militärausschuß die Diskussion über die Strategie erneut zu beginnen, denn die Formulierungen der MC 14/3 zeigten deutlich genug, wie schwer es General de Cumont, Vorsitzender des Militärausschusses, gehabt habe, um Kompromißformulierungen zu erreichen.

f) in das Dokument durch die Minister auf der Dezember-Konferenz Änderungen einarbeiten zu lassen und das Dokument anschließend anzunehmen.

Auch diese Lösung sei unerwünscht, da es nicht im Interesse der Allianz liege, Meinungsverschiedenheiten auf so hoher Ebene über so schwerwiegende Fragen auf einer Konferenz auszutragen, die im Mittelpunkt öffentlichen Interesses stehe.

g) die MC 14/3 auf der Ministerkonferenz in ihrer jetzigen Form anzunehmen, sie jedoch durch ein Zusatzdokument zu qualifizieren und zu interpretieren.

Diese Lösung hält Hockaday für realistisch. Das Zusatzdokument könnte im Ausschuß für Verteidigungserhebung und im Ausschuß für Verteidigungsplanung auf Ebene der Ständigen Vertreter erarbeitet werden, wobei es vor allem darauf ankomme,

- die Komplexität der Abschreckung durch entsprechende Formulierungen wiederherzustellen,
- das strategische Element der Rotation, das in der MC 14/3 vergessen wurde, zu erwähnen, und die für diesen Zweck aus Europa abziehenden amerikanischen Divisionen<sup>8</sup> als NATO-verpflichtet zu bezeichnen,
- die Verpflichtung der Mitgliedstaaten zu verdeutlichen, durch Annahme der neuen Strategie ihr konventionelles Streitkräfteelement zu verbessern,
- die Formulierungen über Direkt-Verteidigung, bewußte Eskalation und allgemeinen nuklearen Krieg im Sinne der politischen Direktive zu verbessern.

5) Nach Meinung Hockadays müßten Äußerungen politischer Kreise (gemeint ist Cleveland), die schon heute öffentlich behaupteten, die neue Strategie sei „ein historischer Meilenstein auf dem Wege der Allianz“, zu Enttäuschungen führen. Die jetzt formulierte Allianz-Strategie könne nur als eine Übergangslösung angesehen werden, die man weiter entwickeln müsse. Zwar hoffe er, daß das Ergebnis auf dem strategischen Gebiet der Ministerkonferenz im Dezember nicht so nichtssagend ausfalle, wie er es bei der Harmel-Studie befürchte, doch sei sein Optimismus auch bei der Strategie reduziert. Das in seinen Kräften Stehende wolle er tun, um zu vermeiden, daß im Kommuniké die neue Strategie in übertriebener und nicht gerechtfertigter Form als ein besonderer Erfolg der Allianz dargestellt werde.

II. 1) Ich behalte mir eine Bewertung der Äußerungen Hockadays vor. Noch immer handelt es sich um eine persönliche Beurteilung, jedoch ist Hockaday

<sup>8</sup> Zu den als Ergebnis der Dreier-Verhandlungen am 27./28. April 1967 in London festgelegten Rückverlegungen amerikanischer Streitkräfte aus der Bundesrepublik zum 1. Januar 1968 vgl. Dok. 151.

im allgemeinen über die Meinungen der NATO-Vertretungen gut informiert. Bislang haben wir nur aus der niederländischen Delegation ähnlich kritische Bemerkungen gehört; allerdings scheint in den meisten Delegationen der Prozeß der politischen Urteilsbildung noch nicht abgeschlossen zu sein. Hockadays Anregung, die MC 14/3 auf der Ebene der Ständigen Vertreter zu diskutieren, halte ich für zweckmäßig, da dem Militärausschuß seine militärische Beraterfunktion nur erhalten bleiben kann, wenn bei allen wichtigen militärischen Fragen gesonderte politische Bewertungen vorgenommen werden.

Angesichts der vertrauensvollen Offenheit, mit der Hockaday sprach, wird um Quellenschutz gebeten.

Teil b folgt mit gesondertem Drahtbericht.

[gez.] Grewe

VS-Bd. 896 (II A 7)

387

### Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-15142/67 geheim  
Fernschreiben Nr. 1664  
Citissime

Aufgabe: 8. November 1967, 19.00 Uhr  
Ankunft: 8. November 1967, 21.50 Uhr

Betr.: Künftige Aufgaben der Allianz

hier: Prozedurales Ergebnis und Bewertung der Tagung der  
Special Group am 7./8. November

Auf Drahterlaß Nr. 1246 vom 3. 11., II A 7-83<sup>1</sup> – und Anschluß DB Nr. 1655 vom 7. 11.<sup>2</sup> und 1660 vom 8. 11.<sup>3</sup>

1) Der Gesamtverlauf der Sitzungen der Special Group am 7. und 8. November stand unter dem Eindruck der unmittelbar vor Sitzungsbeginn am 7. Novem-

<sup>1</sup> Ministerialdirigent Sahn teilte Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), mit, daß es anzustreben sei, „die Berichte der Rapporteurs unter deren persönlicher Verantwortung den Ministern zur Ratstagung im Dezember unverändert als „Material“ vorzulegen. Zu den vier Einzelstudien solle wie folgt Stellung bezogen werden: Der Inhalt der Studie I (Ost-West-Beziehungen, Entspannung, Europäische Regelung und deutsche Frage) könne ebenso wie Studie II (Interalliierte Beziehungen) gebilligt werden. Studie III (Sicherheit) sei „begrüßenswert konstruktiv. Insbesondere wird die Zwei-Säulen-Theorie (die Sicherheit der Allianz beruht einerseits auf der militärischen Stärke und politischen Solidarität, andererseits auf realistischen Maßnahmen zur Entspannung, insbesondere der Abrüstung und Rüstungskontrolle) als wertvolle Bereicherung empfunden.“ Die in Studie IV (Entwicklung in Gebieten außerhalb des Anwendungsbereichs des NATO-Pakts) „vorgeschlagenen Konsultationen und Reaktionen der NATO-Mitglieder dürften sich jedoch nicht für alle denkbaren Fälle so schematisieren lassen, wie es vorgeschlagen wird. Sie werden sich vielmehr an den jeweiligen Fällen orientieren müssen“. Vgl. VS-Bd. 4109 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), berichtete über den Verlauf der Sitzung der Studiengruppe zur Untersuchung der zukünftigen Aufgaben der Allianz („Special Group“) vom Vormittag. Es habe Einigkeit darüber bestanden, daß „die europäische Sicherheit zu gewährleisten, die Beziehungen zum Ostblock zu „entspannen“, um die Spaltung Europas zu überwinden, die Konsultation po-

ber bekanntgewordenen erneuten Verhärtung der französischen Haltung. Im Gegensatz zu den Äußerungen von Beaumarchais in Bonn<sup>3</sup> brachte Botschafter Seydoux aus Paris anderslautende Weisungen mit, die auf einer Unterhaltung zwischen General de Gaulle und Außenminister Couve de Murville am Nachmittag des 6. November beruhten. Seydoux unterrichtete mich vor Sitzungsbeginn über die Tendenzen dieser Instruktionen, so daß ich Gelegenheit hatte, diese Mitteilung noch rechtzeitig an einige andere Delegationen weiterzugeben und unsere eigene Taktik für den Sitzungsablauf entsprechend zu modifizieren. Auf diese Weise konnte vermieden werden, daß bei den anderen Delegationen der Eindruck einer ungerechtfertigt optimistischen Beurteilung der französischen Haltung durch uns entstand.

Seydoux deutete an, daß die französische Regierung keinerlei Erklärung des NATO-Ministerrats über den Rahmen des Kommuniqués hinaus zustimmen werde (auch nicht einem Annex zum Kommuniqué); daß sie weiterhin einer Übermittlung der vier Berichte an die Minister, auch wenn dies lediglich zur Kenntnis geschehe, ihre Zustimmung versagen würde; endlich würde die französische Regierung auch nicht der Bildung irgendwelcher neuen ständigen Arbeitsgruppen zustimmen. Sie sei der Meinung, daß alle von den Rapporteurs erwähnten Themen in die Zuständigkeit des Rates gehörten und dort zu behandeln seien. Ganz allgemein fügte Seydoux hinzu, Präsident de Gaulle habe erneut betont, er wolle keine Beschlüsse, die das Gesicht der NATO so veränderten, daß er sie hinterher nicht wiedererkennen könne.

2) Nach Abstimmung mit anderen Delegationen (insbesondere USA, UK, Italien, Belgien, Holland) und dem Generalsekretär<sup>4</sup> habe ich in meiner Erklärung infolgedessen prozedurale Bemerkungen auf ein Minimum beschränkt, habe Bezugnahmen auf die vier Berichte nur insoweit vorgenommen, als sie unerlässlich waren (d.h. ich habe die Berichte II und IV überhaupt nicht erwähnt) und habe im übrigen darauf verzichtet, irgendeinen schriftlichen Erklärungsentwurf zu zirkulieren.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1500*

litischer Probleme innerhalb der Allianz zu intensivieren und die Zusammenarbeit bei den Problemen, die sich außerhalb des Gebiets der Allianz stellen, zu verbessern“ seien. „Hierbei erwähnten alle Sprecher die deutsche Frage als dasjenige Problem, das zur Überwindung der Spaltung Europas am dringlichsten gelöst werden müsse, und befürworteten als Mittel einer Politik der Détente sowohl bilaterale, jedoch in der Allianz abgestimmte Kontakte als auch multilaterale.“ Vgl. VS-Bd. 1658 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), berichtete über den Verlauf der Sitzung der Studiengruppe zur Untersuchung der zukünftigen Aufgaben der Allianz („Special Group“) vom Nachmittag des Vortags und übermittelte den Wortlaut der von ihm abgegebenen Erklärung. Vgl. VS-Bd. 1658 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> In der deutsch-französischen Konsultationsbesprechung vom 30. Oktober 1967 betonte der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, de Beaumarchais, „daß die Berichte der Rapporteurs und die Zusammenfassung dieser Berichte keine Arbeitsgrundlage für die ‚Special Group‘ und den Rat bilden könnten. Die französische Regierung sei dafür, daß die Ergebnisse der Harmel-Studie in einfacher Form anerkennen sollten, daß die Allianz notwendig sei und daß der Rat der geeignete Rahmen für Konsultation, Information und Meinungsaustausch sei. [...] Man sollte aber vermeiden, im weiteren Verlauf der Harmel-Studie Wege zu gehen, die weder im Interesse der Allianz noch denen der Ost-West-Beziehungen liegen, oder es zu einer kontroversen Diskussion bei der Ministerkonferenz der NATO im Dezember kommen zu lassen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1246 des Ministerialdirigenten Sahm vom 3. November 1967; VS-Bd. 4109 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Manlio Brosio.

3) Die Diskussion konzentrierte sich infolgedessen am ersten Sitzungstage nahezu ausschließlich auf die Erörterung von Substanzfragen. Die allgemeine Absicht dabei ging dahin, daß auf diese Weise ein weitgehender Consensus der vierzehn Regierungen in den Sachfragen zur Darstellung gebracht werden sollte, der es dem Generalsekretär erlauben würde, auf dieser Grundlage einen Berichtsentwurf zu verfassen. Diese Anregung, den Generalsekretär mit dem nächsten Schritt zu betrauen, die ich am Schluß meiner Ausführungen zur Diskussion stellte, bildete den Gegenstand der Schlußauseinandersetzung des ersten Tages. Zur allgemeinen Überraschung verweigerte Botschafter Seydoux selbst einem solchen Verfahren, das die französischen Empfindlichkeiten und Bedenken im weitesten Umfang schonte, seine Zustimmung. Die Sitzung des ersten Tages endete damit in einer totalen Sackgasse. Botschafter Seydoux's Bitte um Vertagung auf den nächste Tag fand nur unwilliges Gehör. Da ich den Eindruck gewonnen hatte, daß ihm seine Instruktionen keine Entscheidungsfreiheit einräumten und daß er selbst telefonisch ihre Auflockerung erreichen wolle, unterstützte ich seine Bitte um Vertagung. Ihr wurde schließlich stattgegeben.

4) Unmittelbar vor Sitzungsbeginn des zweiten Tages (8. 11.) erhielt Seydoux telefonische Instruktionen, die ihm erlaubten, der Abfassung eines Berichtsentwurfs durch den Generalsekretär zuzustimmen. Er tat dies jedoch unter Wiederholung aller Zweifel und Bedenken in bezug auf die Möglichkeit, einen Entwurf zu erarbeiten, der allgemeine Zustimmung finden würde. Er hob insbesondere hervor, daß die französische Regierung oft genug zum Ausdruck gebracht habe, daß nach ihrer Auffassung die Fragen der Détente, der europäischen Sicherheit und der Abrüstung nicht in Block-zu-Block-Verhandlungen, sondern nur auf anderen Wegen behandelt werden können. Weiterhin erhob er Einwendungen gegen den Gedanken, die Mittelmeerfrage in einer besonderen Gruppe zu erörtern.

Die französischen Bedenken wurden zu Kenntnis genommen, im übrigen aber beschlossen, den Generalsekretär nunmehr mit der Abfassung eines Berichtsentwurfs zu beauftragen und diesen der Special Group bei einer erneuten Zusammenkunft am 22. November (notfalls unter Fortsetzung am 23. und 24. November) vorzulegen.<sup>5</sup>

5) Der Sitzungsverlauf gab einen Vorgeschmack davon, was im Zusammenhang mit der Harmel-Studie noch an Schwierigkeiten von französischer Seite zu erwarten ist. Unsere Befürchtungen in dieser Hinsicht haben sich in vollem Umfange bewahrheitet. Nachdem bereits Prozedur-Fragen von beschränkter Tragweite Schwierigkeiten dieses Ausmaßes verursacht haben, ist vorläufig überhaupt nicht abzusehen, wie eine Einigung in den Substanzfragen zustandekommen soll. Es läßt sich daher nicht ausschließen, daß es auf der Ministerkonferenz zu einer kritischen Zuspitzung der Gegensätze kommen wird.<sup>6</sup>

6) Bei einem Mittagessen zu zweien mit Seydoux nach der heutigen Sitzung einigten wir uns darauf, in den nächsten Tagen zwischen unseren Delegatio-

<sup>5</sup> Zur Sitzung der Studiengruppe zur Untersuchung der zukünftigen Aufgaben der Allianz („Special Group“) am 22./23. November 1967 in Brüssel vgl. Dok. 422.

<sup>6</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel vgl. Dok. 433 und Dok. 435.

nen Gedanken über einen möglichen Text auszutauschen. Ich warnte Seydoux davor, bei den anderen eine Stimmung völliger Frustration aufkommen zu lassen. Man würde damit die Anhänger eines Kollisionskurses ermutigen und die Gefahr eines neuen Zusammenstoßes auf der Dezember-Konferenz heraufbeschwören.

[gez.] Grewe

VS-Bd. 1658 (II A 7)

### 388

#### Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem indischen Botschafter Chand

Z A 5-124.A/67 VS-vertraulich

10. November 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler empfing am 10. November 1967 um 16.30 Uhr den indischen Botschafter in Anwesenheit von MD Dr. Osterheld sowie des Chefs des Protokolls<sup>2</sup> zum Antrittsbesuch.<sup>3</sup>

Eingangs bemerkte der indische *Botschafter*, Indien verstehe und unterstütze den deutschen Wunsch nach Wiedervereinigung. Er fuhr fort, der bevorstehende Besuch des Herrn Bundeskanzlers<sup>4</sup> stoße nicht nur bei der Regierung, sondern auch bei der indischen Bevölkerung auf ungeheueres Interesse. Der Botschafter fragte dann, welche Themen der Herr Bundeskanzler zu besprechen wünsche.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, erstes Gesprächsthema wäre wohl das bilaterale Verhältnis. Des weiteren wäre er außerordentlich daran interessiert, die Auffassungen des indischen Premierministers<sup>5</sup> zur Situation in Asien und insbesondere zur zukünftigen Rolle Chinas kennenzulernen, das für Deutschland ebenso wichtig sei wie für Indien. Vielleicht könne man auch über die Rolle der sogenannten Supermächte im Verhältnis zu anderen Mächten sprechen im Zusammenhang mit gewissen Problemen, wie etwa dem Atomsperrvertrag.

Der *Botschafter* wies darauf hin, daß der Herr Bundeskanzler in diesen Themen ein weites Feld der Übereinstimmung finden werde. Über China machte der Botschafter folgende Ausführungen. China sei ein hochzivilisiertes Land, das jedoch immer entweder über oder unter der übrigen Menschheit stehe,

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 13. November 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Hans Schwarzmann.

<sup>3</sup> Khub Chand übergab Bundespräsident Lübke am 9. November 1967 sein Beglaubigungsschreiben. Vgl. dazu BULLETIN 1967, S. 1111–1114.

<sup>4</sup> Bundeskanzler Kiesinger besuchte am 20./21. November 1967 als erste Station seiner Südostasien-Reise Indien. Zum Verlauf der Reise vgl. Dok. 391, Anm. 2.

<sup>5</sup> Indira Gandhi.

aber nicht eigentlich Teil der Menschheit sei. Schon der Ausdruck „Reich der Mitte“ spiele darauf an, daß China zwischen Himmel und Erde stehe, d.h. zwischen Gott und den übrigen Menschen. Bis 1911 habe das chinesische Außenministerium den Titel „Ministerium für Angelegenheiten der Barbaren“ getragen. Es gebe auch ein chinesisches Sprichwort, daß die Chinesen das einzig zivilisierte Volk der Welt seien. Die übrige Welt sei barbarisch mit Ausnahme Indiens, das als halbzivilisiert angesehen werde, weil es Buddha hervorgebracht habe. Natürlich sei es nicht leicht, mit solchen Menschen umzugehen. Er erinnere sich an ein Gespräch mit seinem chinesischen Kollegen<sup>6</sup> im Jahre 1961, in dem er darauf hingewiesen habe, daß China nicht nur mit Rußland und den osteuropäischen Ländern, sondern auch mit Westeuropa Handel treibe. Er habe seinen chinesischen Kollegen damals gefragt, ob dies etwa darauf hindeute, daß China sich auf den indischen Begriff der friedlichen Koexistenz zubewege. Die Antwort seines Kollegen habe gelautet, es sei doch bekannt, daß China den Westen aufhängen wolle; wenn der Westen den Strick dazu an China verkaufen wolle, könnte China nichts dagegen einwenden. Der indische Botschafter fuhr fort, auch seine Regierung und sein Land hätten sich zunächst Illusionen hingegeben. Die Zerstörung dieser Illusionen sei seines Erachtens für den schlechten Gesundheitszustand Nehrus in den Jahren 1963/64 verantwortlich gewesen.

Der Botschafter kam dann darauf zu sprechen, in gewissen Ländern (er spreche hier nicht von Deutschland) werde stets gesagt, man müsse Indien und Pakistan paritätisch behandeln. Parität sei hier aber nicht möglich, denn Indien habe China zum Nachbarn, das heute schon eine Großmacht und morgen vielleicht eine Supermacht sei. Es könne deswegen seine Verteidigung nicht vernachlässigen. Behandle man Indien paritätisch mit Pakistan, so entstehe in Indien ein Vakuum. Er sage nicht, daß China etwa die Absicht habe, Indien physisch zu besetzen. China ziele lediglich darauf ab, in einem kommunistischen Indien einen Verbündeten zu finden. In einem Geschichtsbuch der Peking University von 1954 habe er eine Karte mit der Überschrift gefunden „Territorien, welche von den Imperialisten den Chinesen abgenommen worden sind“. Dort seien 19 solche Territorien aufgeführt, zu denen die von den Russen gestohlene „sogenannte zentralasiatische Republik“, Pamir, Ladakh, Nepal, Sikkim, Butan, Assam, Malaya, Thailand, Kambodscha, Indochina, Formosa, Korea, die Nordostgebiete sowie Mukden gehörten. Angesichts solchen Ehrgeizes dürfe es nicht verwundern, wenn Indien, das fünfmal so groß sei wie Pakistan, zu seiner Verteidigung Geld ausbebe. Das Gerede von der Parität sei die einzige Trübung in dem ansonst guten Verhältnis zwischen Indien und Europa.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er habe von diesem Prinzip der Parität in Deutschland nichts gehört.

Der *Botschafter* warf ein, auch im Falle der Vereinigten Staaten und Kanadas spreche ja niemand von Parität.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, von Parität werde nicht gesprochen. Es gebe allerdings Leute, die von militärischer Parität sprächen.

<sup>6</sup> Khub Chand war 1961 Botschafter der Indischen Union in Accra. Dort war Huang Hua Botschafter der Volksrepublik China.



Der *Botschafter* wies darauf hin, auch wirtschaftlich werde Parität geübt. Dies sei insofern störend, als Indien sich China gegenübersehe und den Kommunismus bekämpfe. Wer immer Indien Schwierigkeiten bereite, spiele letztlich das chinesische Spiel.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, er hoffe, daß sein Besuch zum Ausbau der Beziehungen beitragen werde. Deutschland sei an der Zukunft des großen Indien sehr stark interessiert, denn es wisse, daß von der Aufrechterhaltung der Werte der Freiheit und Gerechtigkeit in Indien vieles abhängen. Er stimme zu, daß es ein äußerst betrüblicher Tatbestand wäre, wenn es China gelänge, Indien ideologisch oder auf andere Weise zu erobern. Die Ausführungen des Botschafters hätten ihn sehr interessiert.

Der *Botschafter* wies darauf hin, in Asien gebe es drei Arten von Ländern. Die erste Kategorie, zu der Indien zähle, sage sich, daß sie sich von den Chinesen nicht überrollen lassen werde. Die zweite Kategorie, zu der unter anderem Sukarno gezählt habe, lebe nach dem Motto: Wenn du nicht mit ihnen fertig werden kannst, schließe dich ihnen an. Die dritte Kategorie, wie etwa Kambodscha, lassen den Sturm über sich hinwegziehen, weil diese Länder sich sagten, da sie ohnehin keine in den Himmel ragenden und darum windanfälligen Bäume, sondern nur Gras seien, könne ihnen nichts Entscheidendes passieren. Die eigentliche Gefahr komme jedoch von der zweiten Kategorie.

Schließlich schnitt der indische Botschafter noch die Frage regelmäßiger Konsultationen zwischen den beiden Ländern an, die der Herr *Bundeskanzler* als nützlich bezeichnete.

Zum Abschluß machte der *Botschafter* Ausführungen über die wirtschaftliche Lage seines Landes und betonte, die Ernährungslage sei keineswegs so schlecht, wie sie manchmal dargestellt werde. Verglichen mit den Hungersnöten der Kolonialzeit seien die jetzigen Schwierigkeiten gering. Man dürfe nicht übersehen, daß Indien 45 v. H. der Entwicklungswelt ausmache. Indien erwarte daher, daß ihm auch ein entsprechender Anteil an Entwicklungshilfe zufalle. Es werde dann innerhalb kurzer Zeit in der Lage sein, selbst bei der Entwicklung der übrigen Entwicklungsländer mitzuwirken. In der jetzigen Phase des Aufbaus der Schwerindustrie sei natürlich keine sehr breite Wirkung für die allgemeine Bevölkerung festzustellen, da die Schwerindustrie sehr investitionsintensiv sei. Sobald aber daneben die Gebrauchsgüterindustrie erstehe, werde sich der Lebensstandard sehr schnell heben. Indien wolle Partnerschaft; der Ausdruck „Hilfe“ sei völlig falsch, denn wer in Indien investiere, werde selbst den größten Nutzen davon haben. Auf den Hinweis des Herrn *Bundeskanzlers*, daß vielleicht in der Landwirtschaft noch vieles getan werden müßte, erwiderte der *Botschafter*, hier seien die Dinge schon sehr weit herangereift.

Der Herr *Bundeskanzler* verwies auf die jetzige Haushaltslage und gab der Bereitschaft Ausdruck, die Hilfe für Indien im Rahmen des Möglichen fortzusetzen.

Das Gespräch endete um 17.10 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 26**

### Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem ceylonesischen Botschafter Peiris

Z A 5-125.A/67 VS-vertraulich

10. November 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler empfing am 10. November 1967 um 17.20 Uhr den Botschafter von Ceylon in Anwesenheit von MD Dr. Osterheld und des Chefs des Protokolls<sup>2</sup> zu einem Gespräch.

Der *Botschafter* sagte einleitend, seine Regierung hätte dem Herrn Bundeskanzler bei seinem Besuch gerne einige der mit deutscher Hilfe erstellten Projekte gezeigt, was leider wegen der Kürze des Besuches nicht möglich sei.<sup>3</sup> Der Premierminister werde persönlich die Situation erläutern<sup>4</sup>, habe ihn jedoch schon gebeten, einen Aspekt des Entwicklungsprogramms dem Herrn Bundeskanzler vorweg darzulegen. Es handle sich um die Nahrungsmittelkampagne, welche der Premierminister persönlich lanciert habe. Sie habe so gute Ergebnisse gezeigt, daß bei Aufrechterhaltung des jetzigen Rhythmus in den Jahren 1970 bis 1971 eine Selbstversorgung mit Reis, Kartoffeln und Zwiebeln erhofft werden dürfe. Gelingen dies, so werde nach 1970/71 der Bedarf Ceylons an Außenhilfe sehr gering sein. Die Ernährungslage sei jedoch auch ein politischer Faktor, der für die Wahlen, die spätestens im März 1970 stattfinden müßten, ausschlaggebend sei. Zur erfolgreichen Durchführung der Ernährungskampagne seien Devisen erforderlich, weil jetzt Fabriken errichtet werden müßten für die Tiefkühlung von Fischen, die Konservierung von Milch, das Gefrieren von Gemüse usw. Dazu seien unter anderem moderne Maschinen und sonstiges Gerät erforderlich. Es bestehe auch ein Bedarf an Kunstdünger. Der Botschafter sagte, die nächsten Wahlen seien wahrscheinlich insofern ausschlaggebend, als sie entweder das Ende der Demokratie bedeuteten, wenn es nämlich der Regierung nicht gelinge, die Bevölkerung rechtzeitig durch Leistungen insbesondere auf dem Ernährungssektor zu überzeugen, oder aber das Ende der Linksbewegung, falls die Regierung auch dieses Mal die Mehrheit bekomme.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er habe diese Ausführungen mit Interesse zur Kenntnis genommen und freue sich, bei seinem Besuch seine Kenntnisse von der Situation noch vertiefen zu können. Er erinnerte an den Briefwechsel mit

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 13. November 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Hans Schwarzmann.

<sup>3</sup> Bundeskanzler Kiesinger besuchte am 24./25. November 1967 als dritte Station seiner Südostasien-Reise Ceylon. Zum Verlauf der Reise vgl. Dok. 391, Anm. 2.

<sup>4</sup> Am 24. November 1967 erklärte der ceylonesische Ministerpräsident Senanayake gegenüber Bundeskanzler Kiesinger, daß seine Regierung „für die Wiedervereinigung Deutschlands und das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes sei. Von internationalen Problemen erwähnte Ministerpräsident Vietnam und Nahost-Krise. [...] Die Nahost-Krise treffe Ceylon wirtschaftlich durch die Schließung des Suez-Kanals. Ministerpräsident erläuterte ausführlich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten seines Landes“. Der Bundeskanzler unterrichtete „über die augenblicklichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten“ der Bundesrepublik und stellte Hilfe in Aussicht. Vgl. den Drahtbericht Nr. 194 des Botschafters Schwörbel, Colombo, vom 28. November 1967; Referat I B 5, Bd. 294.

dem ceylonesischen Ministerpräsidenten<sup>5</sup> und verwies auf die augenblickliche wirtschaftliche Rezession in der Bundesrepublik, die es erforderlich gemacht habe, alle Haushaltspositionen mit Ausnahme von Entwicklungshilfe und wissenschaftlicher Forschung zu kürzen. Er betonte, die Bundesregierung sei sich der Probleme Ceylons bewußt, und er sei sicher, daß seine bevorstehenden Gespräche mit den politischen Persönlichkeiten Ceylons in Bonn bei den weiteren Überlegungen zur Entwicklungshilfe nützlich sein würden. Er hoffe, daß diese Hilfe in einer Art fortgesetzt werden könne, die den großartigen Anstrengungen Ceylons zugute komme.

Der *Botschafter* betonte abschließend noch einmal, daß im Hinblick auf die nächsten Wahlen das kommende Jahr für Ceylon entscheidend sei.

Das Gespräch endete um 17.40 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 26**

<sup>5</sup> Zum Schreiben des Ministerpräsidenten Senanayake vom 10. April 1967 an Bundeskanzler Kiesinger, das die Wirtschaftshilfe der Bundesrepublik an Ceylon betraf, vgl. die Aufzeichnung des Legationsrat I. Klasse Wilke vom 12. Mai 1967; Referat I B 5, Bd. 305.

In dem undatierten Entwurf eines Antwortschreibens von Kiesinger wurde ausgeführt, „daß die Bundesregierung bereit ist, im Jahre 1967 Ceylon neue Kapitalhilfe in Höhe von DM 20 Mio. – vorbehaltlich der in Kürze zu erwartenden Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften zu dem in der Beratung befindlichen Bundeshaushalt – zur Verfügung zu stellen. Diese Hilfe ist langfristige und zu niedrigen Zinssätzen rückzahlbar. Über die Einzelheiten der Bereitstellung der Mittel wird Ihre Regierung noch unterrichtet werden.“ Vgl. Referat I B 5, Bd. 305.

**Gesandter von Lilienfeld, Washington, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-15219/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 2312**  
**Cito**

**Aufgabe: 13. November 1967, 18.45 Uhr**  
**Ankunft: 14. November 1967, 02.06 Uhr**

Betr.: NV-Vertrag;  
 hier: SBZ-Fragen<sup>1</sup>

Bezug: Plurex Nr. 4118 vom 10. 11. 67, AZ: II B 1-87.20/11-1841/67 geh.<sup>2</sup>

Mein Mitarbeiter suchte am 13. 11. Gleysteen auf, um mit ihm anhand der Bezugsweisung die amerikanischen Vorstellungen zur Lösung der mit der SBZ zusammenhängenden Fragen des NV-Vertrages zu erörtern. Gleysteen wiederholte einleitend, daß die amerikanische Regierung genau wie wir davon ausgehe, daß die SBZ kein Staat sei, und daß sie jegliche internationale Aufwertung der SBZ durch einen NV-Vertrag zu verhindern suchen werde.

a) Er bestätigte erneut, daß bei Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde der SBZ in Moskau die amerikanische Regierung einen Disclaimer machen werde, der dem entsprechen werde, der anlässlich des SBZ-Beitritts zum Teststopp-Abkommen<sup>3</sup> und zum Weltraumvertrag<sup>4</sup> gemacht worden sei.

<sup>1</sup> Am 27. Oktober 1967 notierte Vortragender Legationsrat van Well dazu: „1) Zunächst ist festzustellen, daß es politisch kaum möglich erscheint, eine Einbeziehung der SBZ in den Vertrag überhaupt zu verhindern.[...] Zur Wahl steht infolgedessen nur die ‚Allstaaten‘- oder eine ‚Allstaaten- und Gebieteklausel‘. 2) Die letztgenannte Klausel bietet gegenüber der erstgenannten folgende Vorteile: a) Unterzeichnet die SBZ den Vertrag bei der als einer der Depositare in Aussicht genommenen Sowjetregierung und unterrichtet diese alsdann die anderen Vertragsparteien, so müßten wir versuchen, diese in möglichst großer Zahl zur Erklärung eines Vorbehalts gegenüber der Unterzeichnung des Vertrags durch die SBZ zu veranlassen. [...] b) Wir sind daran interessiert, daß die SBZ an den turnusmäßig stattfindenden Konferenzen für die Revision des Vertrages mit einem minderen Status teilnimmt als wir und die Mehrheit der anderen Vertragsparteien, beispielsweise als Beobachter.“ Vgl. VS-Bd. 4103 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Botschafter Schnippenkötter bat die Botschaft in Washington, die mit der DDR zusammenhängenden Fragen eines Nichtverbreitungsabkommens im amerikanischen Außenministerium zu erörtern: „Unsere internen Überlegungen haben bisher zu keinem praktikablen und sicheren Weg geführt, um den Ausschluß der SBZ von den NV-Vertrags-Konferenzen und der IAE0-Mitgliedschaft sicherzustellen. Wir halten es daher für taktisch richtig, daß zunächst die Amerikaner, die auf einer SBZ-offenen Beitrittsklausel bestanden haben, wie versprochen Lösungsmöglichkeiten aufzeigen.“ Vgl. den am 2. November 1967 konzipierten Drahterlaß; VS-Bd. 4103 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 5. August 1963 über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.

Am 8. August 1963 erklärte Präsident Kennedy vor dem amerikanischen Senat: „This Treaty does not alter the status of unrecognized regimes. The provisions relating to ratification by others, and the precedents of international law, make it clear that our adherence to this Treaty, and the adherence of any other party, can in no way accord or even imply recognition by the United States or any other nation of any regime which is not now accorded such recognition.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963, S. 623.

Vgl. dazu auch den Drahtbericht Nr. 2173 des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 2. August 1963; AAPD 1963, II, Dok. 264.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 19. Dezember 1966 über die „Grundsätze zur Regelung der Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums, einschließlich des Mondes

Auch werde die Frage der Depositarmächte ebenfalls nach diesen Vorbildern gelöst werden.<sup>5</sup>

b) Wann immer die SBZ versuchen sollte, an den im NV-Vertrag vorgesehenen Konferenzen teilzunehmen, werde sich die amerikanische Regierung dem mit dem Argument widersetzen, daß die SBZ kein Staat sei. Dies entspräche der Praxis, die schon bei verschiedenen früheren internationalen Konferenzen erfolgreich angewandt worden sei, zu denen die SBZ Delegierte entsandt hätte.

Auf die Frage meines Mitarbeiters, ob bereits der Disclaimer eine Formel enthalten könnte, aus der hervorginge, daß der Beitritt von Nicht-Staaten zum NV-Vertrag nicht zur Teilnahme dieser nicht-staatlichen Unterzeichner an den im Vertrag vorgesehenen Konferenzen berechtiige, erwiderte Gleysteen, daß diese Lösung bisher nicht ins Auge gefaßt worden sei. Man wolle die Teilnahme der SBZ zu dem Zeitpunkt abwehren, in dem die Frage tatsächlich aktuell werde, das heißt beim ersten Versuch der SBZ, an einer Konferenz teilzunehmen.

c) Artikel III A 5 des Statuts der IAE<sup>6</sup> lasse zu, daß IAE<sup>6</sup>-Kontrollen nicht nur mit Staaten, sondern auch mit anderen territorialen Gebilden ausgehandelt werden könnten. Die amerikanische Regierung werde im Gouverneursrat der IAE<sup>6</sup> darauf hinwirken, daß im Falle der SBZ von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht werde. Die Chancen hierfür seien angesichts der Zusammensetzung des Gouverneursrats nicht ungünstig. Sollte es wider Erwarten dennoch zu Schwierigkeiten kommen, würde die amerikanische Regierung in der Generalkonferenz der IAE<sup>6</sup> eine Resolution vorschlagen, die besagen solle, daß der Generalsekretär<sup>7</sup> ermächtigt werde, Kontrollabkommen im Rahmen des NV-Vertrages mit „appropriate authorities in territories“, die kontrolliert werden sollten, zu schließen. Dadurch werde der Druck – möglicherweise auch von osteuropäischen Staaten – auf die SBZ, ein solches Abkommen zu schließen, so stark anwachsen, daß mit einem Nachgeben gerechnet werden könne.

Als eine vorerst noch persönliche Meinung, die indessen, wie er sagte, auch von anderen Vertretern der Abrüstungsbehörde geteilt werde, sagte Gleysteen folgendes hierzu:

Sollte die SBZ dennoch ein Junktim zwischen einem mit der IAE<sup>6</sup> auszuhandelnden Kontrollabkommen und ihrer Mitgliedschaft in der IAE<sup>6</sup> herstellen,

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1508*

und anderer Himmelskörper“ vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 1–5.

Für den Wortlaut der mit der Bundesregierung vereinbarten Vorbehaltserklärung der amerikanischen Regierung anläßlich des Beitritts der DDR zum Weltraumabkommen am 27. Januar 1967 vgl. den Drahterlaß des Ministerialdirektors Thierfelder vom 13. Dezember 1966; AAPD 1966, II, Dok. 395.

<sup>5</sup> Depositarmächte waren die USA, die UdSSR und Großbritannien.

<sup>6</sup> Artikel III A, Absatz 5 des Statuts der IAE<sup>6</sup> vom 26. Oktober 1956: „The Agency is authorized: [...]“

5) To establish and administer safeguards designed to ensure that special fissionable and other materials, services, equipment, facilities, and information made available by the Agency or at its request or under its supervision or control are not used in such a way as to further any military purpose; and to apply safeguards, at the request of the parties, to any bilateral or multilateral arrangement, or, at the request of a State, to any of that State's activities in the field of atomic energy“. Vgl. UNTS, Bd. 276, S. 6.

<sup>7</sup> Sigvard Eklund.

<sup>8</sup> Dazu bemerkte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg am 7. November 1967: „Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des aus 25 Mitgliedern bestehenden Gouverneursrats kann damit gerech-

würde die amerikanische Seite dem nicht nachgeben, sondern es vorziehen, wenn die SBZ solchenfalls nicht durch die IAE0 kontrolliert würde. Die Verwendung von spaltbarem Material zur Waffenherstellung sei in der SBZ angesichts der dort bestehenden tatsächlichen sowjetischen Kontrolle kaum zu befürchten. Sollte die sowjetische Besetzung der SBZ eines Tages enden, dann würde dies sowieso einen so großen Wandel bedeuten, daß die Situation neu überdacht werden müßte.

[gez.] Lilienfeld

VS-Bd. 2519 (I A 6)

### 391

#### Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem französischen Botschafter François Seydoux

Z A 5-126.A/67 VS-vertraulich

14. November 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler empfing am 14. November 1967 um 11.00 Uhr den französischen Botschafter Seydoux zu einem Gespräch.

Nach einleitenden Bemerkungen zu seiner bevorstehenden Südostasien-Reise<sup>2</sup> kam der Herr *Bundeskanzler* auf die Frage des Beitritts Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt zu sprechen, die ihn zur Zeit sehr beschäftige. Es habe Nachrichten gegeben, nach denen die Holländer es schon bei der Ratssitzung vom 20. November auf eine Krise ankommen lassen wollten.<sup>3</sup> Anlässlich des Bundespresseballs habe er mit dem holländischen Minister Frau Klompé gesprochen, die ihm versichert habe, daß dies keinesfalls geschehen werde.

Doch werde das Problem des Beitritts Großbritanniens von Woche zu Woche schwieriger. Der Botschafter kenne die Politik der Bundesrepublik in dieser

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1509*

net werden, daß ein Mehrheitsbeschluß von mindestens 13 Stimmen gegen einen Aufnahmeantrag zustande kommt. Dies hat jedoch zur Voraussetzung, daß auch die uns befreundeten Staaten bereit sind, auf die Einbeziehung der SBZ in das System der Sicherheitskontrollen zu verzichten und die günstigen Mehrheitsverhältnisse im Rat, der jedes Jahr teilweise neu zu besetzen ist, erhalten bleiben. [...] Weniger günstig ist die Aussicht zu beurteilen, einen Aufnahmeantrag in der Generalkonferenz anzuhalten, falls der Gouverneursrat einmal eine positive Stellungnahme abgegeben hat. Allein schon im Hinblick darauf, daß die Generalkonferenz zur Zeit von 97 Staaten beschickt wird, liegen die zu erwartenden Schwierigkeiten auf der Hand.“ Vgl. VS-Bd. 4103 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Merten am 15. November 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Kiesinger besuchte vom 20. bis 28. November 1967 Indien, Birma, Ceylon und Pakistan. Für die Kommunikés vgl. BULLETIN 1967, S. 1143 f., S. 1157 f., S. 1159 und S. 1186. Zu den Gesprächen von Kiesinger mit Ministerpräsidentin Gandhi am 20. und 21. November 1967 in Neu Delhi und mit Ministerpräsident Senanayake am 24. November 1967 in Colombo vgl. Dok. 399 und Dok. 389, Anm. 4. Für das Gespräch mit dem Vorsitzenden des birmanischen Revolutionsrats Ne Win am 23. November 1967 in Colombo vgl. Dok. 397.

<sup>3</sup> Zur EG-Ministerratstagung am 20. November 1967 in Brüssel vgl. Dok. 407, Anm. 2.

Frage. Wir wollten der Haltung Frankreichs Rechnung tragen, daß zunächst die Sechs die Fragen unter sich diskutierten. Dabei erhebe sich allerdings die Frage, wie lange solche Diskussionen dauern sollten und ob während der Diskussionen unter den Sechs exploratorische Gespräche zwischen Beamten der Kommission und britischen Experten eventuell unter Beteiligung von Experten der Sechs stattfinden könnten. Es sei für uns interessant zu wissen, was man in Paris dazu denke.

Die britische Seite habe bei seinem Besuch in London betont, daß sie Verhandlungen wolle und ein „Nein“ nicht akzeptiere.<sup>4</sup>

Die öffentliche Meinung fordere von Tag zu Tag stärker den Beitritt Großbritanniens. Die Bundesregierung werde von allen Seiten gedrängt, nicht nur von Großbritannien, sondern auch von anderen Ländern, ihre Schlüsselposition zu nutzen und entsprechend zu handeln. Die Bundesregierung sei bemüht, einen Beitrag zur Überwindung der bestehenden Schwierigkeiten zu leisten und halte es für sehr wichtig und wünschenswert, in dieser Frage guten Kontakt zwischen der deutschen und der französischen Regierung zu halten.

Botschafter *Seydoux* führte dazu aus, er könne dem sicherlich gut bekannten französischen Standpunkt zu dieser Frage nicht viel hinzufügen. Der französische Außenminister habe in den letzten Tagen so oft dazu das Wort ergriffen, daß er (der Botschafter) selbst nicht mehr wisse, zu welchem Zeitpunkt was gesagt worden sei. Er erinnere an die sehr klaren Ausführungen Herrn Couve de Murvilles in Luxemburg<sup>5</sup>, an dessen große Rede im Parlament<sup>6</sup> und das Interview, was er gestern dem Südwestfunk<sup>7</sup> gegeben habe.

Er glaube, daß die Frage des Gemeinsamen Marktes<sup>8</sup> für Herrn Couve de Murville die große Frage sei. Natürlich gebe es auch andere wichtige Probleme für Frankreich, wie etwa die Politik der Entspannung oder die Frage der NATO. Hier hänge aber sehr viel von der Einstellung anderer Mächte ab. In der Frage des Gemeinsamen Marktes komme es in erster Linie auf die Sechs an. Herr Couve de Murville würde also sagen, daß es hinsichtlich des Gemeinsamen Marktes Probleme gebe, die in die Verantwortung der Sechs fielen und von ihnen diskutiert werden müßten. Und weiter gebe es Probleme, für die die Engländer selbst die Verantwortung übernehmen müßten. Er erinnere in die-

<sup>4</sup> Zu den deutsch-britischen Regierungsbesprechungen vom 23. bis 25. Oktober 1967 in London vgl. Dok. 362–365.

<sup>5</sup> Zur Haltung des französischen Außenministers auf der EG-Ministerratstagung vom 23./24. Oktober 1967 vgl. Dok. 373.

<sup>6</sup> Am 7. November 1967 erklärte Außenminister Couve de Murville vor der französischen Nationalversammlung: „Les modalités d’une éventuelle adhésion britannique, les conditions économiques et monétaires qui sont nécessairement celles d’un nouveau membre de la Communauté, les transformations profondes qui résulteraient de l’élargissement, à l’ensemble de l’Europe occidentale, du Marché commun que nous avons bâti, tels sont les problèmes que la France a soumis à ses partenaires et qu’elle leur demande d’examiner avec elle. [...] Ceux-là mêmes qui en sont partisans disent d’ailleurs qu’elle durerait, non pas des mois, mais des années, ce qui est parfaitement contradictoire avec l’affirmation que la Grande-Bretagne accepte le traité et les règlements et qu’il n’y a dès lors pas de difficultés. Ensuite prendrait place une période transitoire durant, elle aussi, des années pour permettre les adaptations nécessaires. Autrement dit, le processus risquerait soit de ne jamais finir, soit de finir par des abandons.“ Vgl. JOURNAL OFFICIEL 1967, S. 4614.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Interviews vom 12. November 1967 vgl. DzD V/1, S. 1991 f. (Auszug).

<sup>8</sup> Korrigiert aus: „der Gemeinsame Markt“.

sem Zusammenhang an das, was man in den letzten Tagen zum Problem der Stützung des Pfundes<sup>9</sup> habe lesen können.

Er, der Botschafter, glaube, daß sowohl General de Gaulle als auch die französische Regierung den Gemeinsamen Markt als eine sehr wichtige Angelegenheit für Frankreich und Deutschland betrachteten. Sicher sei es nach den Erlebnissen der letzten Jahrhunderte eine große Sache, Großbritannien in Europa dabei zu haben. Doch müsse Großbritannien seine Angelegenheiten in Ordnung bringen und diesen Willen durch Taten beweisen. Es genüge nicht, immer nur darzulegen, daß man etwas tun wolle.

Jedes Land sei von Zeit zu Zeit mit einem eigenen großen Problem konfrontiert. Er erinnere an das große Problem, das sich Frankreich mit der Entkolonialisierung gestellt und das General de Gaulle gelöst habe. Wenn man ihm, dem Botschafter, vor 15 Jahren erklärt hätte, daß Dakar, Madagaskar oder Algerien nicht mehr zu Frankreich gehörten, dann hätte er vermutlich die Welt nicht mehr verstanden. So sei nun das Problem des Beitritts Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt für General de Gaulle ein Problem, das zunächst Großbritannien angehe. Man könne nicht die Verantwortung dieses Landes übernehmen. Auch er glaube, daß diese Frage Deutschland und Frankreich weniger berühre als die Engländer selbst.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, die Schwierigkeit liege darin, daß auch die deutsche öffentliche Meinung zunehmend den Beitritt Großbritanniens fordere. Er rechne zum Ende des Jahres oder zu Beginn des nächsten Jahres mit einer krisenhaften Situation. Die französischen Sorgen müßten natürlich unter den Sechs ernsthaft diskutiert werden, aber wie lange solle das dauern? Es herrsche keine Klarheit über die französische Haltung. Man habe französischen Äußerungen entnommen, daß man für die Besprechungen zwischen den Sechs eine Dauer von zwei Jahren ins Auge fassen wolle. Das aber würde mit Sicherheit zur Krise führen.

Botschafter *Seydoux* bemerkte dazu, auf diese Frage angesprochen, würde Herr Couve de Murville vermutlich sagen: „Sie, Herr Bundeskanzler, sprechen von zwei Jahren, aber warum eigentlich zwei Jahre? Warum nicht fünf Jahre oder sechs Monate?“

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte darauf, er könne sich gut vorstellen, daß der französische Außenminister eine solche Gegenfrage stelle. Manchmal sei es geschickt, zu diplomatischen Formeln Zuflucht zu nehmen. Es handle sich aber um ein sehr ernstes Problem. Er frage sich, ob nicht etwa folgendes Verfahren eingeschlagen werden könnte: Nach Aufnahme der Verhandlungen mit Großbritannien würden sich von Zeit zu Zeit neue Gesichtspunkte und Fragestellungen ergeben. Dann könne man doch sagen, es sei jetzt ein Abschnitt erreicht, in dem die Sechs versuchen müßten, sich ihre eigene Meinung zu bilden, und bis dies geschehen sei, müßten die Verhandlungen mit Großbritannien unterbrochen werden. Wenn sechs Firmen sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen hätten und eine neue Firma wolle hinzukommen,

<sup>9</sup> Am 13. November 1967 beschloß die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Großbritannien zur Entlastung seiner Währung einen Kredit über 90 Mio. Pfund einzuräumen. Vgl. dazu den Artikel „Die Stützungsaktion für das Pfund Sterling“, NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe, Nr. 315 vom 16. November 1967, Bl. 10.



würde man wohl genauso verfahren. Ein solches Verfahren würde wohl auch der Haltung Frankreichs entgegenkommen. Interessant sei für ihn gewesen, daß sich Präsident Hallstein kürzlich in Holland für den Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt in Stufen ausgesprochen habe. (Im späteren Verlauf des Gesprächs zitierte der Herr Bundeskanzler aus einem Bericht über die Rede Präsident Hallsteins vom 11. 11. im Haag: „Die Sechs müßten ‚unverzüglich und ernstlich‘ damit beginnen, einen gemeinsamen Standpunkt für die Verhandlungsführung zu suchen. Das Argument, die eine oder andere wirtschaftliche Tatsache stehe der Aufnahme in die Gemeinschaft entgegen, schließe eine ‚Lösung in verschiedenen Stufen‘ nicht aus.“)<sup>10</sup>

Botschafter *Seydoux* bemerkte, er habe vor zwei oder drei Tagen Erklärungen gelesen, die Herr Mansholt abgegeben habe.<sup>11</sup> Er habe dabei den Eindruck gewonnen, Herr Mansholt habe den Standpunkt vertreten, der Beitritt Großbritanniens könne die Bildung einer atlantischen Union mit den Vereinigten Staaten von Amerika erleichtern.

Der Herr *Bundeskanzler* warf hier ein, käme es so, sei die Lage gefährlich; in diesem Falle sei ihm die Haltung Frankreichs klar.

Botschafter *Seydoux* fuhr fort, eine solche Entwicklung entspräche doch genau dem, was Frankreich verhindern wolle. Er wisse, daß der Bundeskanzler hier gleicher Meinung sei.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, er habe gewiß andere Vorstellungen als General de Gaulle, was das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten oder die Probleme der NATO anbelange. Er stimme aber darin mit General de Gaulle überein, daß die atlantische Union keine Lösung sei und keine Lösung sein könne. Die Meinungsverschiedenheit zwischen General de Gaulle und ihm sei darin zu erblicken, daß er sein Vertrauen darein setze, daß die weitere Entwicklung Europas die Notwendigkeit des amerikanischen Einflusses auf unserem Kontinent geringer werden lasse. Er sei sich aber mit General de Gaulle darin einig, daß ein geeintes Europa – ob supranational oder nicht, dies sei zunächst eine zweitrangige Frage – eine große Rolle zur Bewahrung des Friedens in der Welt spielen könne. Eine atlantische Union sei keine europäische Lösung; sie würde lediglich die Peripherie Europas enger an Amerika binden. Er sei entschlossen, solchen Tendenzen entgegenzutreten. Auch in London hätten seine Gesprächspartner ihm zu verstehen gegeben, daß Großbritannien nunmehr eingesehen habe, daß es sein Schicksal mit Europa verknüpfen müsse; von „special relations“ halte man nicht mehr viel.

<sup>10</sup> Der ehemalige Präsident der EWG-Kommission, Hallstein, wurde am 11. November 1967 in Den Haag mit dem Großkreuz des Ordens vom niederländischen Löwen ausgezeichnet. In seiner Rede betonte er, „es dürfe eine schrittweise Verwirklichung des EWG-Beitritts Großbritanniens nicht ohne weiteres ausgeschlossen werden; eine solche pragmatische Behandlung der Frage sei u. U. besser als ein hartes ‚Alles oder nichts‘. In diese Richtung wiesen auch schon einige in der britischen öffentlichen Meinung wahrnehmbare Tendenzen.“ Vgl. den Schriftbericht des Botschafters Knoke, Den Haag, vom 16. November 1967; Referat I A 2, Bd. 1309.

<sup>11</sup> Am 8. November 1967 wies der Vizepräsident der EG-Kommission, Mansholt, vor der Presse in London auf die Notwendigkeit eines britischen EG-Beitritts hin. Ansonsten sei eine „sehr schwierige Phase“ zu erwarten. Vgl. den Artikel „Mansholt: Die EWG braucht England“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 261 vom 9. November 1967, S. 3.

Botschafter *Seydoux* sagte, er wolle am kommenden Samstag<sup>12</sup> anlässlich eines eintägigen Aufenthalts in Paris versuchen, mit dem französischen Außenminister über die angeschnittenen Fragen zu sprechen. Seines Erachtens habe man seit Beginn der Zusammenarbeit zwischen den Sechs immer an Großbritannien gedacht. Er selbst sei seinerzeit mit Robert Schuman nach London gefahren, um dort Fragen der EGKS zu besprechen. Niemand habe wohl sehnlicher den Beitritt Englands damals gewünscht als er selbst, aber niemand sei wohl auch skeptischer gewesen als er selbst. Er habe gewußt, daß Großbritannien niemals die supranationale Form der EGKS akzeptieren würde. Ein gleiches gelte von der EVG. Wäre Großbritannien damals zum Beitritt bereit gewesen, hätte das französische Parlament wohl mit großer Mehrheit diesen Vertrag ratifiziert.

Jetzt wolle Großbritannien der Europäischen Gemeinschaft beitreten. Es gelte nunmehr darauf zu achten, daß der Beitritt Großbritanniens nicht das Geschaffene zerstöre. Schließlich sei es nicht dasselbe, ob man mit sechs oder mit zehn Ländern in einer Gemeinschaft lebe. Er wolle aber auch dem französischen Außenminister darlegen, wie schwerwiegend dieses Problem für die Bundesregierung und den Bundeskanzler sei.

Der Herr *Bundeskanzler* führte aus, er wolle alles tun, was man im Januar beschlossen habe<sup>13</sup>, um den deutsch-französischen Vertrag<sup>14</sup> mit einem neuen Inhalt zu versehen. Dies gelte auch für diese schwierige Frage. Man suche weiterhin nach einem Verfahren, das es erlaube, Brücken zu schlagen. Alles überschatte dabei die Frage, ob man es zu einer Krise kommen lassen wolle oder ob man bemüht sei, einen Ausweg zu finden. Dafür böten sich zwei Möglichkeiten an: zunächst die von ihm erwogenen Erkundungsgespräche zwischen britischen Experten und der Kommission und ferner Beratungsphasen unter den Sechs während der eigentlichen Verhandlungen mit Großbritannien. Er habe einen solchen Gedanken noch nicht öffentlich geäußert und lege ihn hier nur als Konzept vor. Professor Hallstein habe in seinen Darlegungen in Holland wohl die Möglichkeit einer Assoziierung Großbritanniens durchblicken lassen. Er halte aber Assoziierung nicht für das geeignete Wort im Hinblick auf eine Teilnahme Großbritanniens am Gemeinsamen Markt. Man könnte versuchen, einen ersten Akt zu setzen, der keinen vollen Beitritt Großbritanniens, aber doch eine gewisse Teilnahme bedeute.

Botschafter *Seydoux* erwiderte, er wolle vertraulich dazu sagen, daß er damit rechne, daß Herr Couve de Murville sich weiterhin ablehnend verhalten werde. Vielleicht könne der Herr Bundeskanzler daran denken, bei seinen nächsten Besprechungen mit General de Gaulle im Januar des nächsten Jahres diese Frage anzusprechen.<sup>15</sup> In der Presse sei verschiedentlich angeklungen, es sei gut, wenn der Herr Bundeskanzler sich wieder einmal mit General de Gaulle

<sup>12</sup> 18. November 1967.

<sup>13</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 13./14. Januar 1967 in Paris vgl. Dok. 14–17 und Dok. 19.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>15</sup> Die deutsch-französischen Regierungsbesprechungen fanden am 15./16. Februar 1968 in Paris statt. Vgl. dazu AAPD 1968.

aussprechen wolle. Im Hinblick darauf sei es vielleicht zweckmäßig, das vereinbarte Konsultationsgespräch nicht zu spät anzusetzen.

Der Herr *Bundeskanzler* meinte, ein Gespräch mit General de Gaulle außerhalb der vereinbarten Konsultationsbesprechungen stelle für ihn nur eine *Ultima ratio* dar. Im Rahmen des normalen Meinungsaustausches wolle er gerne über diese Frage, wie auch über Fragen der NATO, sprechen. Es läge nunmehr der Bericht der Gruppe Harmel<sup>16</sup> vor, welcher empfehle, der NATO mehr Substanz zu verleihen. Er kenne die Haltung General de Gaulles in dieser Frage und wünsche nichts zu tun, was geeignet sei, Frankreich noch stärker vom atlantischen Bündnis zu distanzieren.

Botschafter *Seydoux* erwiderte, er wisse, daß Minister Brandt mit seinem französischen Kollegen über den Harmel-Plan gesprochen habe.<sup>17</sup> Er habe den Eindruck, daß man französischerseits es nicht für nötig halte, diese Frage zu erörtern. Man sei der Auffassung, daß es andere dringlichere Probleme gebe. Sein persönlicher Eindruck sei, daß für den französischen Außenminister diese ganze Fragestellung mehr einer akademischen Übung ohne großen Wert gleichkomme.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, man müsse in diesen Fragen engen Kontakt halten. Im Januar könne man dann auch über weitere Fragen, wie beispielsweise über die Ostprobleme, sprechen.

Botschafter *Seydoux* führte aus, aus Unterhaltungen mit deutschen Diplomaten, die in Polen und in der Tschechoslowakei gewesen seien, habe er den Eindruck gewonnen, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit in diesen Ländern sehr eindrucksvoll wirke, es gelte nunmehr, diesen Eindruck zu vertiefen und zu konkretisieren.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er selbst habe dies gegenüber General de Gaulle immer betont. Zwar habe man wohl beiden Ländern gegenüber – Deutschland mehr als Frankreich – [bei] allen Bemühungen die kalte Schulter gezeigt. Man dürfe dabei die Geduld nicht verlieren. Die Sowjetunion sei mit so vielen Problemen befaßt, daß eines Tages bei ihr doch ein Interesse dafür entstehen könnte, etwas zugänglicher zu werden. Dies aber könne man im Januar besprechen. Jetzt komme es darauf an, daß die Sechs beisammen bleiben. Dafür gelte es, ein Verfahren zu finden, das eine Krise vermeide.

Botschafter *Seydoux* wies noch darauf hin, daß seines Erachtens die Politik der Entspannung fortgeführt werden müsse, weil es einfach keine Alternative dazu gebe.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, gerade Frankreich und Deutschland seien dazu aufgerufen, ihren Beitrag zu leisten, damit die Dinge sich normalisierten. Für die Zukunft und für den Rest dieses Jahrhunderts glaube er daran, daß trotz aller Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und General de Gaulle, was die NATO und das Verhältnis zu den USA anbelange, die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern und Völkern der entscheidende Faktor bleibe. Nur dadurch könne der Status quo in Europa überwunden werden.

<sup>16</sup> Zu den Berichten der vier Arbeitsgruppen der „Special Group“ vgl. Dok. 387.

<sup>17</sup> Für das Gespräch mit dem französischen Außenminister Couve de Murville am 17. Oktober 1967 in Paris vgl. Dok. 355.

Botschafter *Seydoux* erklärte abschließend, mit dieser Feststellung wisse er sich mit dem Herrn Bundeskanzler in völligem Einvernehmen.

Das Gespräch endete um 12.00 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 26**

## 392

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Diehl

PI 224/67 geheim

14. November 1967<sup>1</sup>

Betr.: Dreier-Besprechungen der Planungsstäbe in Washington vom  
30. Oktober – 1. November 1967

1) Am 30. 10. 67 führte ich in Washington Besprechungen mit dem amerikanischen Planungsstab. Am 31. 10. und 1. 11. 67 fanden die Dreier-Besprechungen mit den amerikanischen und englischen Planern statt. Das nächste Dreier-Treffen soll absprachegemäß im Frühjahr zu einem noch zu vereinbarenden Zeitpunkt in Deutschland stattfinden.<sup>2</sup>

2) Auf der Tagesordnung standen

- 1) Ost-West-Beziehungen in Europa;
- 2) Anti-Raketen-Systeme;
- 3) Die Zukunft der NATO;
- 4) Entwicklungshilfe.

Außerhalb der Tagesordnung wurde am Schluß der Besprechung der Versuch unternommen, eine Vorausschau auf die 80er Jahre zu wagen.

3) Bei der Diskussion der Ost-West-Beziehungen und der Zukunft der NATO, die eine Vertiefung der vorangegangenen Beratungen der APAG in Kanada<sup>3</sup> brachte, stand der Problemkreis Europäische Sicherheit und deutsche Frage im Mittelpunkt.

<sup>1</sup> Hat Botschafter z. b. V. Bahr vorgelegen.

<sup>2</sup> Die nächsten Besprechungen der Planungsstäbe der Bundesrepublik, Großbritanniens und der USA fanden erst am 18. April 1969 in Washington statt.

<sup>3</sup> Zur Herbsttagung der Atlantic Policy Advisory Group vom 23. bis 27. Oktober 1967 in Montebello bei Ottawa notierte Ministerialdirektor Diehl: „Allgemein war die Auffassung, daß eine Auflockerung der Ost-West-Beziehungen der einzige Weg sei, die Interessen des Westens zu fördern. Doch bedeute dies nicht, – so betonten einige Sprecher –, daß der Westen deswegen in seiner Aufmerksamkeit und in seiner Verteidigungsbereitschaft nachlassen dürfe. Unterschiedlich waren die Auffassungen darüber, welche Aufgabe die Allianz in dem Entspannungsprozeß haben werde. Die Amerikaner betonten die Rolle der Allianz als Instrument der Entspannung [...]. Ich habe die Auffassung vertreten, daß bilaterale Beziehungen notwendig und nützlich seien. Sicherheitsabreden könnten jedoch nur multilateral und unter Einschaltung der Allianzen getroffen werden. Wie dies geschehen solle, sei einer weiteren Untersuchung wert. Unsere derzeitigen Allianzstrukturen seien für die neue Aufgabe nicht geschaffen. Wir erhofften uns von dem Ergebnis der Harmel-Studie brauchbare Vorschläge hierzu.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 9. November 1967; VS-Bd. 11579 (Planungsstab); B 150, Aktenkopien 1967.

In der amerikanischen Führung sind zwei Gruppen zu erkennen. Die eine versucht, eine eingehende Beratung des Themas selbst im Rahmen der Allianz zu diesem Zeitpunkt zu vermeiden. Dieser Versuch wird von der Besorgnis geleitet, das bereits erschütterte Gefüge des Bündnisses werde der Sprengkraft einer solchen Diskussion nicht standhalten. Die andere Gruppe geht davon aus, daß es nicht gelingen könne, den amerikanisch-sowjetischen Dialog weiterzuführen und gleichzeitig andere Mitglieder des Bündnisses oder das Bündnis als Ganzes daran zu hindern, ebenfalls Kontakte mit der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt zu eröffnen. Außenminister Rusk scheint sich für eine mittlere Linie entschieden zu haben, nämlich der Behandlung des Themas nicht auszuweichen, aber dabei mit äußerster Vorsicht zu operieren.

Die Briten sind nach wie vor am Fortgang des Unternehmens sehr interessiert, wollen sich aber offensichtlich aufgrund amerikanischer Warnungen nicht allzu weit von der amerikanischen Haltung entfernen.

Es besteht bei beiden Partnern eine noch verdeckte Befürchtung vor Alleingängen.

4) Folgende Generallinie zeichnet sich ab:

a) Eine große politische Lösung der deutschen und europäischen Fragen ist im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu erreichen.

b) Es besteht keine Absicht, sich an einer Sicherheitskonferenz mit dem sowjetischen Programm zu beteiligen.

c) Eine Auflösung der Allianzen ist abzulehnen. Es wächst im Gegenteil die Erkenntnis, daß ein wirksames europäisches Sicherheitssystem auf absehbare Zeit am besten durch Vereinbarungen zwischen den Bündnissen begründet werden kann.

d) Die Nachteile aller Vereinbarungen mit dem Warschauer Pakt oder seinen Mitgliedern, die die Handlungsfreiheit innerhalb des eigenen Bündnisses einschränken und in die Struktur der Allianz eingreifen, werden schärfer erkannt.

5) Vor diesem Hintergrunde wurde ein westliches Programm entwickelt.

a) Die Planungsstäbe setzen ihre eigenen Untersuchungen zum Thema zunächst getrennt fort, tauschen aber wie bisher Materialien aus. Einzelthemen werden dabei sein

– Maßnahmen, die ein friedliches Engagement und einen Prozeß der Veränderung im Ost-West-Verhältnis fördern und ohne Veränderung der Allianzstruktur und ohne Beschränkung der Entscheidungsfreiheit in der Allianz durchgeführt werden können. Sie werden teils praktischer, teils politischer Natur sein (Manöver-Beobachter, Gewaltverzicht).

– Die Beziehungen zwischen vereinbarten Truppenreduzierungen und vereinbarten Abrüstungsmaßnahmen nach Zahl und Art der Waffen einerseits und dem Crisis Management andererseits.<sup>4</sup>

<sup>4</sup> Am 13. November 1967 vermerkte Ministerialdirektor Diehl: „Je größer das Arsenal taktischer Nuklearwaffen in Europa auf beiden Seiten ist, desto mehr wächst die Gefahr, daß es völlig abgebrannt wird und die strategische Warnung erst erfolgt, wenn die Menschen- und Substanzverluste in Europa durch den taktischen Einsatz nuklearer Mittel ungeheure Ausmaße angenommen haben. Die von McNamara auf 7000 bezifferte Zahl in Europa lagernder amerikanischer taktischer

- Möglichkeiten und Grenzen von Bilateralismus und Multilateralismus bei Sicherheitsvereinbarungen.
- Verbindung von Sicherheitsabsprachen mit Fortschritten in der deutschen Frage.
- Der Entwurf einer zukünftigen europäischen Friedensordnung, der zwar jetzt nicht zur Verhandlung steht, aber als Programm dem kommunistischen Programm entgegengestellt werden kann.

b) Die vier Außenminister besprechen bei ihrem nächsten Treffen<sup>5</sup>, ob sie es für richtig halten, die Erörterung des Themas „Europäische Sicherheit und deutsche Frage“ unter den Vier fortzuführen. Wenn ja, stimmen sie sich über die Art und Weise ab, wie die Arbeiten weitergeführt werden sollten.

c) Sollte in naher oder ferner Zukunft die Allianz als Einheit sich mit dem Thema befassen, so scheint die APAG für eine erste, unverbindliche Meinungsbildung am besten geeignet.

6) Amerikaner und vorsichtiger auch die Engländer äußerten Kritik an unserer Einstellung gegenüber Frankreich. Indem wir Frankreich den Eindruck vermittelten, es sei unentbehrlich, vergrößerten wir de Gaulles Spielraum für Drohungen und Erpressungen. Es sei besser, sich öffentlich darüber zu unterhalten, wie das Leben in der Allianz nach einem Austritt Frankreichs weitergehen werde. Es werde sich dabei zeigen, daß die NATO ohne Frankreich lebensfähig und in vieler Hinsicht wirksamer sein könnte. Auf diese Weise begrenze man die französische Manövrierfähigkeit und veranlasse de Gaulle, in der Allianz zu bleiben. Ich habe dem entgegengehalten, daß eine solche Betrachtungsweise die Psychologie sowohl des französischen Staatschefs als auch der französischen Führungsschicht außer acht lasse.<sup>6</sup>

Die Harmel-Studie wurde von amerikanischer Seite – besonders was die Spaak- und Patijn-Berichte<sup>7</sup> betraf – als „clear non-starter“ bezeichnet. Es herrschte aber doch Übereinstimmung darüber, daß alle interessierten Regierungen zu gegebener Zeit folgendes sagen sollten:

- Die Studie war nützlich, denn sie hat gezeigt, daß die NATO keineswegs inhaltslos geworden ist und nach einer neuen Aufgabe suchen muß.

Ihr Zweck ist, den Mitgliedern des Bündnisses Sicherheit zu geben. Ein Bündnis, das diesen Zweck erfüllt, bedarf keines anderen Inhalts.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1517*

Atomwaffen ist gefährlich hoch. Sie übersteigt das Maß des Notwendigen bei weitem. Ihre Verringerung ist daher wünschenswert. Einer solchen Maßnahme könnte der Versuch vorausgehen, hierfür politische oder militärische Gegenleistungen von der Sowjetunion zu erreichen. [...] Die strategische Doktrin müßte deshalb den sofortigen, kräftigen Einsatz taktischer Waffen gegen jeden großen Angriff auf das NATO-Gebiet auch dann vorsehen, wenn dieser konventionell geführt werden sollte. Teil dieser Strategie müßte eine entsprechende Gliederung und Dislozierung der Streitkräfte sein. Dieses neue Verteidigungsbild würde den sofortigen Einsatz der nuklearen Verteidigungskomponente voraussetzen und zugleich durch seine Eigenart präjudizieren.“ Vgl. VS-Bd. 11577 (Planungsstab); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Brandt mit den Außenministern der Drei Mächte, Rusk (USA), Brown (Großbritannien) und Couve de Murville (Frankreich) am 12. Dezember 1967 in Brüssel vgl. Dok. 428.

<sup>6</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lahr hervorgehoben. Dazu Fragezeichen und handschriftliche Bemerkung: „In die EWG ist de Gaulle zurückgekehrt!“

<sup>7</sup> Zu den Studien II (Interalliierte Beziehungen) und IV (Entwicklung in Gebieten außerhalb des Anwendungsbereichs des NATO-Pakts) der beiden Rapporteure vgl. Dok. 282.

Die Politik der Entspannung und des friedlichen Engagements steht nicht im Gegensatz zu diesem wichtigsten Zweck des Bündnisses. Sie ist vielmehr im Rahmen der westlichen, auf die Erhaltung und Sicherung des Friedens gerichteten Politik ebenso wie die Garantie der eigenen Sicherheit ein logischer Ausdruck dieser Politik.

7) Die ABM-Diskussion ergab keine wesentlich neuen Gesichtspunkte. Die Anti-China-Bezogenheit des amerikanischen Systems<sup>8</sup> ist zwar nicht nur ein Vorwand, aber die eigentliche Bedeutung liegt in der Härte der second strike capability gegenüber den Sowjets. Die englische Seite bedauerte die amerikanische Entscheidung für den Aufbau selbst eines leichten Systems.

Ich habe noch einmal auf die Zusammenhänge mit dem Nichtausbreitungsproblem hingewiesen. Die meisten amerikanischen Partner fürchteten, daß man trotz der technischen und politischen Fragwürdigkeit des Unternehmens schließlich doch zu dem Aufbau eines dichten, schweren Abwehrsystems werde übergehen müssen. Sie sehen die Schwierigkeiten, die dann in der Allianz auftreten würden, ähnlich wie wir.

8) Die amerikanische und die englische Seite sind nach wie vor sehr lebhaft daran interessiert zu erfahren, wie unser zukünftiges entwicklungspolitisches Konzept aussehen wird, weil sie hoffen, daran auch unsere Vorstellungen von der Präsenz Deutschlands in der Welt ablesen zu können.

Ich habe zugesagt, sie mit dem Ergebnis der im Planungsstab begonnenen Studie vertraut zu machen. Ich darf wiederholen, daß eine klare, kräftige Politik in dieser Sache für unsere Stellung im Bündnis und in der Welt von wesentlicher Bedeutung ist. Sie stellt eine notwendige, flankierende Maßnahme zur Ergänzung und Stützung der Deutschlandpolitik dar.

Es wurde der Wunsch nach einer deutsch-britischen Kooperation (Gemeinschaftsprojekte oder wenigstens Arbeitsteilung) geäußert. Der wirtschaftliche Konkurrenzkampf dürfe die Ansätze nicht stören.

9) Der Ausblick auf die Welt der 80er Jahre ergab, daß nahezu alle Beteiligten mit einer Periode internationaler Unruhen, aber auch nationaler Wirren rechnen. Die schnell wachsende Bevölkerung werde eine immer stärkere Reglementierung der menschlichen Existenz erzwingen, die wiederum große Revolten auslösen müsse. Neue Heilslehren würden entstehen. Man müsse mit einem neuen Linksradikalismus nicht-kommunistischer Art in der ganzen Welt rechnen. Eine Rassenlehre farbiger Provenienz werde zeitlich und räumlich begrenzt, aber doch sehr aggressiv auftreten.

Die wichtigste Frage in den kommenden Jahrzehnten sei, in einer streng reglementierten Welt dem einzelnen, weitgehend gesteuerten Menschen einen „Spielraum“ zu erhalten, wo er schöpferisch und frei sein könne.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>9</sup> dem Herrn Minister<sup>10</sup> vorgelegt.

Diehl

**VS-Bd. 11580 (Planungsstab)**

<sup>8</sup> Vgl. dazu Dok. 329, Anm. 3.

<sup>9</sup> Hat den Staatssekretären Duckwitz und Lahr am 6. bzw. 7. Dezember 1967 vorgelegen.

<sup>10</sup> Hat Bundesminister Brandt am 10. Dezember 1967 vorgelegen.

### Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 2122/67 geheim

16. November 1967

Betr.: Beitritt Großbritanniens zur EWG

Bezug: Fernschreiben der Botschaft Paris vom 14.11.1967 Nr. 2149<sup>1</sup>

Zu dem für den Herrn Bundeskanzler bestimmten Fernschreiben des Herrn Botschafters Klaiber ist zu bemerken:

1) Die Äußerung des Botschafters hätte in der Weise über das Auswärtige Amt geleitet werden müssen, daß der Herr Bundesaußenminister Gelegenheit gehabt hätte, vor der Unterrichtung des Herrn Bundeskanzlers Einblick zu nehmen.

2) Die Äußerung des Botschafters geht erheblich über die ihm erteilte Weisung des Herrn Bundeskanzlers hinaus. Ziffer I und II enthalten die gewünschte Analyse, die Ziffern III und IV jedoch ein – nicht erbetenes – Votum über die Fortführung der Verhandlungen.

In dieser Hinsicht wirkt der zu 1) gerügte Mangel besonders schwer. Das Votum des Botschafters weicht nicht unbeträchtlich von dem des Herrn Bundesaußenministers ab, so daß nunmehr damit zu rechnen sein wird, daß dem Herrn Minister das Votum seines Untergebenen vorgehalten wird.

3) Die Unterschiede in den Voten bestehen namentlich in folgendem:

Wir halten die beiden französischen Forderungen,

- daß vor Beginn der Verhandlungen mit Großbritannien eine materielle Einigung unter den Sechs vollzogen sein sollte und
- daß Großbritannien vor Beginn der Verhandlungen „sein Haus in Ordnung bringen“ müsse,

für unannehmbar. Der Botschafter spricht sich für die Annahme dieser Bedingungen aus.

Die Annahme würde bedeuten, daß es auf absehbare Zeit zu Verhandlungen nicht kommen kann. Eine materielle Einigung unter den Sechs setzt, wie die Kommission es richtig erkannt hat, vorherige Gespräche mit den Briten vor-

<sup>1</sup> Botschafter Klaiber, Paris, nahm aufgrund einer mündlichen Weisung des Bundeskanzlers Kiesinger vom 8. November 1967 zunächst zur Haltung des Staatspräsidenten de Gaulle bezüglich eines britischen EG-Beitritts Stellung. Er führte weiter aus: „III. Es liegt im deutschen Interesse, mit großer Behutsamkeit den Beitritt Großbritanniens zur EWG der Verwirklichung entgegenzuführen, ohne das deutsch-französische Verhältnis unnötig zu belasten und ohne eine Krise in der EWG zu riskieren. Deshalb halte ich auch alle Gedanken an eine Blockierung der Weiterentwicklung der EWG, um Frankreichs Haltung gegenüber England zu ändern, für gefährlich. Eine lange Erfahrung mit Wesen und Charakter de Gaulles muß uns gelehrt haben, daß der General auf diese Weise sich nicht unter Druck setzen lassen wird, um etwa die Verhandlungen mit Großbritannien vor einer Einigung der Sechs aufzunehmen. [...] IV. Um die Sache des englischen Beitritts zur EWG zu fördern, sollten wir uns in der ersten Phase dafür einsetzen, daß eine baldmögliche Solidarität der Sechs über die wirtschaftlichen und währungspolitischen Voraussetzungen, die künftige Struktur der EWG (auch Stimmenverhältnis!), die Zielsetzung und Verhandlungskonzeption erarbeitet wird.“ Vgl. VS-Bd. 2427 (I A 2); B 150, Aktenkopien 1967.



aus. Die Notwendigkeit eines solchen Gesprächs erkennt der Botschafter zwar in der Währungsfrage<sup>2</sup> an, übersieht aber, daß es in den anderen Sachbereichen (Konsolidierung der britischen Wirtschaft, Agrarpolitik und Agrarfinanzierung<sup>3</sup>) ebenso unentbehrlich ist.

Das „britische Haus“ wird die britische Regierung ohne sichere Aussicht auf den Beitritt, wenn überhaupt, so nur in längeren Fristen in Ordnung bringen können. Der Botschafter zitiert Wilson insofern falsch, als dieser nur davon spricht, daß im Zeitpunkt des Beitritts Wirtschaftslage und Zahlungsbilanz konsolidiert sein müssen, während die vom Botschafter unterstützte französische Forderung dahin geht, daß dies vor Beginn der Verhandlungen erreicht sein müsse.

Nicht zu billigen ist auch die Empfehlung des Botschafters, eine Lösung zu suchen, die zwar nicht den Namen „Assoziierung“ tragen solle, aber eine solche ist. Er übersieht, daß es sich hierbei nicht nur um eine Prestigefrage, sondern vor allem um folgende beide Fragen handelt:

a) Ist es Großbritannien zuzumuten, im Rahmen der „Übergangsregelungen“ schrittweise die Pflichten eines Mitglieds der Gemeinschaft zu übernehmen, ohne daß es Gewißheit hat, dann auch wirklich Mitglied zu werden? Anders ausgedrückt: Kann man verlangen, daß es seine Wirtschaft einschneidenden Veränderungen unterwirft, obwohl es weiß, daß es letztlich gar nicht die wirtschaftlichen Bedingungen, sondern politische Betrachtungen sind, denenzufolge der französische Staatspräsident<sup>4</sup> gegen den Beitritt Großbritanniens ist?

b) Kann man Großbritannien zumuten, schrittweise die Pflichten eines Mitglieds zu übernehmen, ohne an den Beschlüssen mitzuwirken, die es teilweise schon während der Übergangszeit und in vollem Umfang ab Erwerb der Vollmitgliedschaft bei sich durchführen muß?

Meine Hauptsorge ist, daß die Darstellung des deutschen Standpunkts durch die Botschaft in Paris aus der Sicht der Zentrale unter diesen Umständen zu wünschen übrig lassen könnte. Es empfiehlt sich daher wohl eine mündliche oder schriftliche Berichtigung durch den Herrn Minister.

Hiermit dem Herrn Minister<sup>5</sup> vorgelegt.

Lahr

**VS-Bd. 418 (Büro Staatssekretär)**

<sup>2</sup> Zur Rolle des Pfund Sterling als Reservewährung vgl. Dok. 8, Anm. 22.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 394.

<sup>4</sup> Charles de Gaulle.

<sup>5</sup> Hat Bundesminister Brandt am 19. November 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) In einem Brief an Bu[ndes]ka[nzler] sollte daran erinnert werden, daß ich über ‚Weisungen‘ an Botschafter unterrichtet sein muß (wir hatten im Sommer einen ähnlichen Fall mit Moskau). 2) Eigentlich sollte es selbstverständlich sein, daß der betr[effende] Botschafter uns auch unterrichtet. Hierzu wollte St[aa]ts[S]ekretär D[uckwitz] Herrn Klaiber schreiben. 3) Äußerung zur Sache gegenüber Bu[ndes]ka[nzler] kann wohl am besten mit Unterrichtung über Brüssel-Ergebnisse 20. November verbunden werden.“

## 394

**Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr****St.S. 2123/67 VS-vertraulich****16. November 1967**

Betr.: Agrarfinanzierung und Beitritt Großbritanniens zur EWG

Aus der jüngsten Kammerrede Minister Couve de Murvilles<sup>1</sup> und weiteren französischen Äußerungen ist zu entnehmen, daß die französische Regierung im Begriff ist, den beiden, schon ausgesprochenen „préalables“ zum britischen Beitritt,

- vorherige materielle Einigung unter den Sechs,
- Großbritannien muß „sein Haus in Ordnung bringen“,

ein drittes hinzuzufügen:

- Die Agrarfinanzierung in der Endphase<sup>2</sup> muß im Kreis der Sechs vorher festgelegt werden.

Die gegenwärtige Lage ist folgende:

Im Rahmen der Ministerratsbeschlüsse vom Sommer 1966, mit denen die vorangegangene EWG-Krise<sup>3</sup> (der „leere Stuhl“ Frankreichs) ihren endgültigen Abschluß fand, ist ein vorläufiges Reglement vereinbart worden, das am 31. Dezember 1969 abläuft. Für die Endphase, die am 1. Januar 1970 beginnen soll, ist nur ein Grundsatzbeschluß des Inhalts gefaßt worden, daß die Abschöpfungseinnahmen der Gemeinschaft in vollem Umfange zugeführt werden sollen. Dieser Beschluß bedarf aber der Zustimmung der sechs nationalen Parlamente und kann das Problem nur teilweise lösen, weil der Finanzbedarf aus der Agrarfinanzierung in jedem Falle erheblich über die Abschöpfungseinnahmen hinausgehen wird. Hinsichtlich der Deckung dieser Lücke liegen keine Bindungen vor, und damit ist die Agrarfinanzierung ab 1. Januar 1970 im ganzen eine offene Angelegenheit. Seit Jahren ist sichtbar, daß Frankreich dem Jahresende 1969 mit großer Sorge entgegensieht, denn alles bisher in der Agrarfinanzierung Erreichte ist nur provisorisch. Ob die Agrarfinanzierung letztlich das bleiben wird, was Frankreich sich vorstellt, nämlich eine Milliardenentnahme zugunsten der französischen Landwirtschaft, muß sich erst noch entscheiden. An dieser Frage ist Frankreich wohl mehr als an jedem anderen EWG-Problem interessiert. So erklärt sich auch, daß Frankreich den Wunsch seiner fünf Partner, den Beitritt Großbritanniens zustande kommen zu lassen, zum Anlaß nimmt, eben diese „préalables“ aufzustellen.

Nach meiner Auffassung können wir auf eine solche Forderung aus folgenden Gründen nicht eingehen:

- 1) Um uns über die endgültige Gestaltung der Agrarfinanzierung, die dann unbefristet zu beschließen sein wird, schlüssig zu werden, brauchen wir die

<sup>1</sup> Zur Rede des französischen Außenministers am 7. November 1967 vor der Nationalversammlung vgl. Dok. 391, Anm. 6.

<sup>2</sup> Zu den Beschlüssen der EWG-Ministerratstagung am 24. Juli 1966 in Brüssel vgl. Dok. 8, Anm. 24.

<sup>3</sup> Zur EWG-Krise, die auf der EWG-Ministerratstagung vom 28. bis 30. Juni 1965 in Brüssel ausgelöst wurde und auf der EWG-Ministerratstagung vom 28./29. Januar 1966 in Luxemburg beigelegt werden konnte, vgl. AAPD 1965, II, Dok. 265, und AAPD 1966, I, Dok. 25.

Erfahrungen der Zeit bis 1969. Noch ist die gemeinsame Agrarpolitik nicht vollständig abgeschlossen und noch sind die schon gefaßten Beschlüsse nicht in vollem Umfange wirksam geworden. Wir wissen also gegenwärtig noch nicht, was an Lasten aus der Agrarfinanzierung auf die Gemeinschaft und speziell auf uns zukommen wird. Ob wir bei einer Fortsetzung der gegenwärtigen Regelung in der Lage bleiben, die uns dabei zufallenden Lasten zu tragen, ist zweifelhaft. Der Bundesfinanzminister hat in seiner jüngsten Etatrede diese Zweifel anklingen lassen.<sup>4</sup> Vor vorschnellen Schätzungen ist umso mehr zu warnen, als sich die bisherigen Schätzungen später meist als zu niedrig herausgestellt haben. Angesichts unserer Haushaltslage, die vorerst keine Verbesserung verspricht, wäre es nicht zu verantworten, jetzt finanzielle Verpflichtungen auf unbegrenzte Zeit zu übernehmen, die in jedem Falle außerordentlich hoch sein werden, deren tatsächliche Höhe jedoch nicht mit Sicherheit zu übersehen ist.

2) Was auch immer die Rolle Großbritanniens (und der drei anderen Mitglieder<sup>5</sup>) im Bereich der Agrarpolitik und der Agrarfinanzierung sein wird – es wird sich um eine sehr bedeutsame Rolle handeln, die sowohl auf die Höhe der aus der gemeinsamen Agrarpolitik erwachsenden finanziellen Verpflichtungen, als auf die Aufbringungsfrage von erheblichen Einfluß sein wird. Wenn man also den Beitritt dieser vier Länder ernsthaft ins Auge faßt, so ergibt sich daraus, daß das, was die Sechs unter sich über eine definitive Regelung beschließen mögen, nur Stückwerk und von kurzer Dauer sein könnte. Eine definitive Regelung, die diese Bezeichnung verdient, kann nur unter Mitwirkung der vier künftigen Mitglieder gefunden werden.

3) Es wäre ein taktischer Fehler, auf die französische Forderung einzugehen, weil nicht feststände, ob auf das „préalable“ das gewünschte Ereignis, der Beitritt, folgen würde. Wir sollten vielmehr erklären, daß wohl in der Tat ein innerer Zusammenhang zwischen endgültiger Agrarfinanzierung und der Beitrittsfrage bestehe, aber eben deshalb nicht ein „préalable“, sondern eine simultane Lösung anzustreben sei.

4) Sollte Frankreich sein neues „préalable“ in Brüssel vorbringen, was abzuwarten bleibt, so sollte im Sinne der Ziffern 1 und 2 geantwortet werden.

Hiermit dem Herrn Minister<sup>6</sup> mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Lahr

**VS-Bd. 418 (Büro Staatssekretär)**

<sup>4</sup> Am 24. Oktober 1967 erklärte Bundesminister Strauß vor dem Bundestag: „Ein besonderes Problem innerhalb der mehrjährigen Finanzplanung stellen die finanziellen Risiken aus den Belastungen des Bundes im Zusammenhang mit der EWG-Agrarpolitik dar. Bereits die beschlossenen Marktordnungen mit automatischem Zwang zu Interventionen und Ausfuhrerstattungen führen zu ständig wachsenden Ausgaben, deren Höhe wegen ihrer dynamischen Entwicklung zu echter Besorgnis Anlaß gibt. Mit der Einführung weiterer Marktordnungen oder mit künftigen Beschlüssen des EWG-Ministerrates über neue Agrarpreise kann sich auf diesem Gebiet ein zusätzliches Ansteigen der Ausgaben ergeben, das jedes vertretbare Maß übersteigt. [...] Die ohnehin Ende 1969 auslaufende Agrarfinanzierungs-Verordnung muß bei ihrer Neuregelung mit dem Ziel überprüft werden, auf dem Agrarsektor zu einem finanzpolitisch und handelspolitisch sinnvollen Ergebnis zu kommen.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 65, S. 6427.

<sup>5</sup> Dänemark, Irland und Norwegen.

<sup>6</sup> Hat Bundesminister Brandt am 19. November 1967 vorgelegen.

## 395

### Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin

21. November 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 21. November 1967 den sowjetischen Botschafter Zarapkin zu einer Unterredung, um die der Botschafter nachgesucht hatte. Botschafter Zarapkin wurde vom Presseattaché der sowjetischen Botschaft, Bogomolow, begleitet.

Botschafter *Zarapkin* sagte einleitend, er bitte um Entschuldigung, daß er auf diese Unterredung gedrängt habe. Er sei jedoch von seiner Regierung angewiesen worden, möglichst rasch vorstellig zu werden. Weisungsgemäß wolle er nun auf die Pressekonferenz des Herrn Bundeskanzlers vom 3. November d. J. Bezug nehmen, wo der Herr Bundeskanzler öffentlich erklärt habe, er sehe zur Zeit keine Möglichkeit für erfolgreiche Gespräche mit Moskau über Gewaltverzichtserklärungen.<sup>2</sup> Bei dieser Gelegenheit habe der Herr Bundeskanzler auch mehrfach zu verschiedenen Aspekten der deutschen Frage Stellung genommen. Die sowjetische Regierung wünsche Klarheit darüber zu haben, ob diese Erklärungen als eine Antwort auf eine Anfrage der sowjetischen Regierung zu werten seien, die er unlängst hier unterbreitet habe, nämlich: „Ist die Bundesregierung bereit, Gewaltverzichtserklärungen mit der DDR unter den gleichen Bedingungen auszutauschen wie mit anderen sozialistischen Ländern?“<sup>3</sup>

Der Herr *Bundesminister* antwortete, es gehe hier um zwei Dinge: Erstens wisse er nicht, ob sich die Bemerkung des Botschafters über die Pressekonferenz auf den Wortlaut der Erklärungen des Bundeskanzlers oder auf diesbezügliche Presseberichte<sup>4</sup> stütze. Falls der Botschafter den Wortlaut der genannten Erklärungen nicht habe, sei er gern bereit, ihm den Wortlaut zustellen zu lassen. Der Herr Bundeskanzler stimme mit ihm überein, daß eine Erörterung der Fragen, die in dem letzten sowjetischen Aide-mémoire enthalten seien, sinnvoll sei. Eine Stellungnahme zu diesem Aide-mémoire sei vorbereitet.<sup>5</sup> Er sei gern bereit, dem Botschafter seine Gedanken über diesen Fragenkomplex zu einem noch zu vereinbarenden Termin mitzuteilen.<sup>6</sup>

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Buring gefertigt.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 381, besonders Anm. 3.

<sup>3</sup> Zum sowjetischen Memorandum vom 12. Oktober 1967, das Bundesminister Brandt anlässlich eines Gesprächs mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin am selben Tag übergeben wurde, vgl. Dok. 347, Anm. 2.

<sup>4</sup> Vgl. dazu den Artikel „Kiesinger sieht in der Ostpolitik kaum Chancen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 259 vom 7. November 1967, S. 3. Vgl. dazu auch den Artikel „Pressekonferenz des Bundeskanzlers“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe, Nr. 304 vom 5. November 1967, Bl. 3.

<sup>5</sup> Zum Aide-mémoire der Bundesregierung vom 14. Dezember 1967, das Staatssekretär Duckwitz dem sowjetischen Botschafter Zarapkin am selben Tag übergab, vgl. Dok. 430, Anm. 5.

<sup>6</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin am 24. November 1967 vgl. Dok. 401.

Botschafter *Zarapkin* erwiderte, die sowjetische Anfrage basiere auf der Version, die in der westdeutschen Presse über die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers während der Pressekonferenz verbreitet worden sei. Diese Version sei von keiner Stelle zurückgewiesen worden. Er könne die Ausführungen des Herrn Ministers nicht als eine Antwort auf die diesbezügliche sowjetische Anfrage werten und wisse daher nicht, was er nun in diesem Zusammenhang der sowjetischen Regierung berichten solle.

Der Herr *Bundesminister* sagte, er könne, falls der Botschafter dies wünsche, ihm noch heute die stenographische Aufzeichnung über die erwähnten Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers zukommen lassen. Der Herr Bundeskanzler habe während der Pressekonferenz an zwei Stellen zu der diskutierten Frage Stellung genommen, allerdings seien seine Äußerungen von der Presse nicht ganz korrekt wiedergegeben worden. Die Bundesregierung beabsichtige, bei der Erörterung des Austauschs von Gewaltverzichtserklärungen und anderer Entspannungsmöglichkeiten nicht das Problem der Existenz von zwei Teilen Deutschlands auszuklammern. Die Bundesregierung beabsichtige, der sowjetischen Seite ihren formulierten Standpunkt zu dieser Frage zu gegebener Zeit mitzuteilen.

Botschafter *Zarapkin* antwortete, es müsse doch Verwunderung auslösen, wenn der westdeutsche Regierungschef öffentliche Erklärungen über eine Sache abgebe, die Gegenstand eines nicht offiziellen Meinungsaustauschs zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion sei. Es bedeute den Punkt auf das i zu setzen, wenn die Bundesregierung bei Kontakten mit der sowjetischen Seite der Beantwortung von grundlegenden Fragen zu diesem Thema ausweiche. Im übrigen möchte er daran erinnern, daß die Anregung, einen inoffiziellen Meinungsaustausch über diese Frage durchzuführen, von dem Herrn Minister selbst ausgegangen sei, der ebenfalls vorgeschlagen habe, keine Einzelheiten der Presse mitzuteilen.

Der Herr *Minister* erwiderte, Botschafter *Zarapkin* habe zu Recht festgestellt, daß man sich seinerzeit geeinigt habe, den Meinungsaustausch nicht öffentlich durchzuführen. Zur Sache selbst wolle er bemerken, er glaube, der Botschafter werde nach dem Studium des Wortprotokolls die Erklärungen Kiesingers weniger kritisch beurteilen. Der Herr Bundeskanzler habe sich an zwei Stellen seiner Pressekonferenz zum Verhältnis zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland geäußert. An einer Stelle habe der Herr Bundeskanzler die Frage eines Journalisten, ob er an rasche Erfolge bei den Bemühungen um eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen den beiden Ländern glaube, mit nein beantwortet. Diese Haltung sei Ausdruck einer realistischen Einschätzung der Lage. Derartige Bemühungen brauchten viel Zeit und viel guten Willen. An einer anderen Stelle habe der Herr Bundeskanzler eine hypothetisch gestellte Frage eines Journalisten beantwortet, die dem Sinn nach etwa folgendermaßen gelaute habe:

Wären Sie damit einverstanden, daß die Sowjetunion die völkerrechtliche Anerkennung der DDR zur Voraussetzung eines Gesprächs über die Gewaltverzichtserklärungen macht? Diese Frage habe der Herr Bundeskanzler ebenfalls mit nein beantwortet.

Der Herr Minister fuhr fort, er habe nicht den Eindruck, daß in dem unlängst überreichten sowjetischen Aide-mémoire die völkerrechtliche Anerkennung der DDR eine Rolle spiele.

Botschafter *Zarapkin* antwortete, er wolle den Herrn Minister daran erinnern, daß er bei der letzten Zusammenkunft weisungsgemäß die Frage an ihn gerichtet habe, ob die Bundesregierung bereit sei, mit der DDR über Gewaltverzichtserklärungen unter den gleichen Bedingungen zu sprechen wie mit anderen sozialistischen Staaten. Die sowjetische Regierung wolle, bevor sie in Gespräche mit der Bundesregierung eintrete, über diese grundlegende Frage Klarheit haben. Bedeute nun das nein in den jüngsten Erklärungen Bundeskanzler Kiesingers eine Antwort auf die entsprechende sowjetische Anfrage? Beabsichtige somit die Bundesregierung nicht direkte Gespräche mit der DDR über das genannte Thema unter gleichen Bedingungen wie mit anderen sozialistischen Staaten aufzunehmen?

Der Herr *Minister* antwortete, daß die Erklärungen des Herr Bundeskanzlers vom 3. November keine Antwort auf die Anfrage der sowjetischen Regierung darstellten. Sie stünden nicht im Zusammenhang mit dieser Anfrage. Diese Sache solle anders als ein öffentlicher Vorgang erörtert werden. Ferner wolle er feststellen, daß er es für sinnvoller halte, ein derart wichtiges Thema im Zusammenhang zu erörtern. Es sei nicht ratsam, die Erörterung durch Vorbedingungen oder ultimative Forderungen einzuengen. Schließlich wolle er betonen, daß es nicht die Politik der Bundesregierung sei, den anderen Teil Deutschlands bei der Erörterung dieses Problems auszuklammern.

Der Botschafter habe, so fuhr der Herr Minister fort, zwei Fragen angeschnitten: a) direkte Gespräche zwischen den beiden Teilen Deutschlands, b) gleiche Bedingungen bei der Erörterung der genannten Frage. Wie dem Botschafter bekannt sei, liege aus Ostberlin noch keine Antwort auf die in dem letzten Brief des Herrn Bundeskanzlers enthaltenen Anregungen vor.<sup>7</sup> Zur Frage der gleichen Bedingungen sei er der Ansicht, daß es ohne Zweifel für alle beteiligten Staaten gleiche Bedingungen geben müsse. Doch wolle er hinzufügen, daß bei der Abgabe von Gewaltverzichtserklärungen die besondere Lage der einzelnen Staaten zu berücksichtigen sei. So müßten bei einem evtl. Austausch derartiger Erklärungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der ČSSR Fragen beachtet werden, die im Verhältnis beispielsweise zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Bulgarien nicht bestünden, weil es zwischen den beiden letztgenannten Ländern keine gemeinsame Grenze gebe. In prinzipiellen Fragen müsse es für alle interessierten Staaten gleiche Bedingungen geben, doch dürfe man hierbei gewisse zusätzliche Fragen, die sich aus der Geographie und sonstigen Faktoren herleiteten, nicht außer acht lassen.

Botschafter *Zarapkin* bat anschließend den Herrn Minister um eine Erläuterung, was er unter ultimativen Formulierungen verstehe.

Der Herr *Minister* antwortete, er habe damit ausdrücken wollen, daß er es nicht für zweckmäßig halte, vor Übergabe einer formulierten Antwort der Bun-

<sup>7</sup> Zum Schreiben des Bundeskanzlers Kiesinger vom 28. September 1967 an den Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Stoph, vgl. Dok. 325, Anm. 8.

desregierung auf das letzte sowjetische Aide-mémoire jetzt schon Vorfragen zu klären (gleiche Bedingungen, direkte Gespräche).

Botschafter *Zarapkin* erwiderte, sowjetischerseits seien weder bei dem letzten Treffen noch jetzt ultimative Forderungen gestellt worden. Die sowjetischen Anfragen seien in der Absicht erfolgt, Klarheit darüber zu schaffen, wie sich die Ereignisse nun weiter entwickeln sollten. Dies sei für die sowjetische Regierung unerlässlich, um ihren Standpunkt zu allen Aspekten dieses Fragenkomplexes klar formulieren zu können. Die heutigen Erläuterungen des Herrn Ministers hätten dazu beigetragen, einige Klarheit hinsichtlich des Standpunkts der Bundesregierung zur Frage direkter Gespräche bzw. Verhandlungen und zur Frage gleicher Bedingungen zu bringen. Im Zuge konkreter Gespräche sei sowjetischerseits nicht an einen Austausch von Schriftstücken zwischen dem DDR-Ministerpräsidenten Stoph und Bundeskanzler Kiesinger gedacht. Die in dem letzten Schreiben Kiesingers erwähnten Kontakte hätten aber nicht die Substanz, die in der sowjetischen Anfrage enthalten sei.

Der Botschafter fuhr fort, er sei von seiner Regierung beauftragt worden, folgendes zu erklären, um Klarheit in die diskutierten Fragen zu bringen: Staatssekretär Schütz habe am 7. Februar dieses Jahres ihm, dem Botschafter, Entwürfe zur Frage des Austauschs von Gewaltverzichtserklärungen übergeben<sup>8</sup>, welche sowjetischerseits sehr aufmerksam geprüft worden seien. Die sowjetische Regierung wolle zu diesen Fragen ein Exposé unterbreiten.<sup>9</sup> Er wolle nun dieses Exposé vorlesen und anschließend auch die Entwürfe für Gewaltverzichtserklärungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland überreichen.<sup>10</sup>

Anm. des Dolmetschers: Es folgte nun die Verlesung der vorerwähnten Dokumente durch den Botschafter. Anschließend übergab er dem Herrn Minister

<sup>8</sup> Vgl. dazu Dok. 46, Anm. 6.

<sup>9</sup> Im Memorandum vom 21. November 1967 nannte die sowjetische Regierung die „Unveränderlichkeit der in Europa entstandenen Grenzen, darunter der Oder-Neiße-Grenze und der Grenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland“ als Voraussetzung für Frieden und Sicherheit in Europa. In Zusammenhang mit einem Nichtverbreitungsabkommen sei es „von erstrangiger Bedeutung, daß die beiden deutschen Staaten in einem entsprechenden internationalen Vertrag die Verpflichtung übernehmen, auf den Besitz, die Verfügung oder Mitverfügung über Kernwaffen in jeglicher Form zu verzichten“. Ferner seien die „Ansprüche der BRD auf Westberlin, das ein selbständiges politisches Gebilde ist, [...] unrechtmäßig. Sie erschweren unnötig die friedliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten und führen damit zur Zuspitzung der Lage im Zentrum von Europa.“ Zugleich forderte die sowjetische Regierung, das Münchener Abkommen ex tunc für ungültig zu erklären. Vgl. DzD V/1, S. 2048 f.

<sup>10</sup> Im Entwurf einer Gewaltverzichtserklärung der UdSSR wurde ausgeführt: „Die deutsche Friedensregelung mit beiden deutschen Staaten bleibt das unveränderliche Ziel der Politik der Sowjetunion, und solange kein deutscher Friedensvertrag abgeschlossen wird, berührt der vorgenommene Austausch von Erklärungen nicht die Rechte und Pflichten der Sowjetunion, die sich aus dem Potsdamer Abkommen und aus anderen Vereinbarungen der alliierten Mächte sowie aus der Charta der Vereinten Nationen ergeben und kann auch nicht in dieser Weise interpretiert werden.“ Vgl. DzD V/1, S. 2052.

Im Entwurf einer Gewaltverzichtserklärung der Bundesrepublik wurde die Verpflichtung ausgesprochen, keine Gewalt zur Änderung von Grenzen anzuwenden und „die Unantastbarkeit der in Europa bestehenden Grenzen anzuerkennen und zu achten und an andere Staaten keine territorialen Forderungen zu stellen“. Die Bundesrepublik werde ferner „die notwendigen wirksamen Maßnahmen treffen, um die Entwicklung des Militarismus und Nazismus“ nicht zuzulassen. Vgl. DzD V/1, S. 2052 f.

das Exposé sowie die beiden Entwürfe in russischer Sprache mit einer inoffiziellen Übersetzung.<sup>11</sup>

Der Herr *Bundesminister* dankte für die Übermittlung der Dokumente, sagte eine sorgfältige Prüfung zu und versicherte dem Botschafter, daß er bald wieder von sich hören lassen werde.<sup>12</sup> Er begrüße den Geist, in dem die einleitenden Erklärungen gehalten seien, wonach die Sowjetunion eine Verbesserung der Beziehungen anstrebe. Man müsse nun im Zuge der Prüfung sehen, inwieweit man den sowjetischen Vorschlägen zustimmen könne, bzw. wo man eigene neue Vorschläge unterbreiten müsse.<sup>13</sup>

Botschafter *Zarapkin* sagte abschließend, der Herr Minister habe die sowjetischen Absichten durchaus richtig verstanden. Die Sowjetunion wünsche nicht nur eine Normalisierung der Beziehungen, sondern gute Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland. Die Basis dafür sei vorhanden.

Das Gespräch dauerte von 15.00 bis 16.30.

**VS-Bd. 10090 (Ministerbüro)**

<sup>11</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 10090 (Ministerbüro). Für Auszüge vgl. Anm. 9 und 10.

<sup>12</sup> Am 24. November 1967 vermerkte Botschafter z. b. V. Bahr zur Gesprächsführung des Bundesministers Brandt mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin am selben Abend: „Die übergebenen Papiere bedürfen einer genauen Überprüfung. Es kann sich heute nur um erste, noch nicht erhärtete Eindrücke darüber handeln. [...] Es besteht Unklarheit darüber, was die Sowjetunion mit dem Gewaltverzicht erreichen will. a) Nach unserer Auffassung kann der Gewaltverzicht nicht den Friedensvertrag für Deutschland ersetzen; er kann also keine endgültige Regelung von Grenzfragen bringen. b) Er kann ebensowenig das Deutschlandproblem endgültig regeln. c) Er kann schließlich kein europäisches Sicherheitssystem vorwegnehmen bzw. überflüssig machen.“ Vgl. VS-Bd. 10090 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967. Zum Gespräch vgl. Dok. 401.

<sup>13</sup> Am 24. November 1967 hielt Ministerialdirektor Ruete in einer ersten Stellungnahme zu dem sowjetischen Memorandum vom 21. November 1967 fest: In dem Memorandum solle deutlich gemacht werden, „daß ein Gewaltverzicht der Bundesregierung nur dann von Interesse für die Sowjetunion sein kann, wenn er weitere sowjetische Forderungen erfüllt. Die sowjetischen Vorschläge sind daher nicht sehr ermutigend; allerdings wird man davon ausgehen müssen, daß es sich hier um die Übermittlung der sowjetischen Maximalposition handelt, die auf den wiederholt öffentlich verkündeten Bedingungen beruht.“ Vgl. VS-Bd. 10090 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.



## 396

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort****III A 5-81.01-94.09-962/67 VS-vertraulich****21. November 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Deutsch-britischer Devisenausgleich;  
hier: Sachverständigen-Sitzung am 20. November 1967 in Bonn

Bezug: Aufzeichnung D III vom 2. November 1967  
D III – III A 5-81.01-788<sup>1</sup>/67 VS-v (beigefügt)<sup>2</sup>

I. Die deutschen und britischen Sachverständigen trafen sich am 20. November zu einer ersten, vierstündigen Sitzung im Auswärtigen Amt. Eine Liste der Teilnehmer ist beigefügt.<sup>3</sup>

Zu Beginn der Sitzung wurde das Einverständnis über folgende Punkte festgehalten:

- Meinungsaustausch über die Gestaltung des zukünftigen Devisenausgleichs; keine Verhandlungen.
- Grundlage des Meinungsaustausches: das britische Memorandum, das Botschafter Sir F. Roberts im September Herrn Staatssekretär Lahr übergeben hat (beigefügt).<sup>4</sup>
- Vertraulichkeit der Gespräche, keine Publizität.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Neumann und vom Vortragenden Legationsrat Hermes konzipiert.

<sup>2</sup> Dem Vorgang beigefügt. Ministerialdirektor Harkort hielt aus einem Gespräch mit dem britischen Gesandten Edwards am 31. Oktober 1967 fest, daß Großbritannien an Sachverständigengesprächen über den Devisenausgleich interessiert sei: „Freilich ist das Feld, das Experten diesmal sachkundig explorieren könnten, besonders schmal. [...] Auch die Experten können über den Hauptpunkt – Bundeswehraufträge – nichts explorieren, so lange die Hardthöhe selbst nicht weiß, was sie will und kann. Die meisten anderen Möglichkeiten sind seit Jahren zwar theoretisch erforscht, aber auch als unergiebig beiderseits erkannt. Die Ausschreibung staatlicher Käufe ziviler Art in Großbritannien kann natürlich fortgesetzt werden, wahrscheinlich mit schönem statistischen Erfolg; aber sie dient bekanntlich nur zum Garnieren, und vorläufig ist nichts sichtbar, was garniert werden könnte.“ Vgl. VS-Bd. 5105 (III A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigefügt. Von deutscher Seite nahmen u. a. teil: Vortragender Legationsrat Hermes und Legationssekretär Roever für das Auswärtige Amt, Oberregierungsrat Wargin für das Bundesministerium der Finanzen, Ministerialrat Wenz, Ministerialrat Rodig, Oberregierungsrat Bühling und Oberregierungsrat Schneider für das Bundesministerium der Verteidigung sowie Oberregierungsrat Roth für das Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung. Von britischer Seite nahmen teil: Gesandter Edwards, Botschaftsrat Taylor, Botschaftsrat McEney, Botschaftsrat Drury, Erster Sekretär Bailey, der Vertreter des Schatzamtes, Symons, und der Vertreter des Verteidigungsministeriums, Tallboys. Vgl. VS-Bd. 5105 (III A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 5105 (III A 5). Nach einem Gespräch mit Bundesminister Brandt am 11. August 1967 übergab der britische Botschafter Roberts im September 1967 ein undatiertes Memorandum an Staatssekretär Lahr. Darin wurde ausgeführt: „H[er] M[ajesty's] G[overnment]'s thoughts reflected preliminary thinking about the best way to reconcile the United Kingdom's continuing need for foreign exchange with their desire to put the main emphasis on Anglo-German collaboration and to avoid in the future the difficulties that have arisen in connection with annual negotiations on offset. H[er] M[ajesty's] G[overnment] are therefore anxious to examine the possibilities that exist for Anglo-German collaboration in both the military and civil fields, which they see as a practical step towards the development of European technological collaboration in line with Britain's general approach to this subject“. Vgl. Referat III A 5, Bd. 567.

## II. Die britische Gruppe stellte folgende Hauptfragen:

- 1) Ist die Bundesregierung bereit, der neuen britischen Konzeption des Devisenausgleichs zu folgen und gemeinsame Projekte der militärischen und zivilen Technologie zu fördern, die als Nebenprodukt dem Devisenausgleich zugute kommen?
- 2) Ist die Bundesregierung bereit, für gemeinsame Projekte einen 5-Jahreszeitraum (1968-1973) in Aussicht zu nehmen, in dem devisenwirksame deutsche Leistungen in annähernd gleicher Höhe festgelegt werden, evtl. durch Vorauszahlungen?

Unsere Antwort zu 1) :

Zusage im Prinzip unter den von den Briten genannten Voraussetzungen: für beide Seiten technisch und wirtschaftlich vorteilhafte Projekte. Es kommt darauf an, gemeinsame Projekte zu finden, auf deren Verwirklichung die Regierungen Einfluß nehmen können.

### a) Im Bereich der militärischen Technologie

Die Briten nannten eine Reihe von Projekten, über die in einem deutsch-britischen Rüstungsausschuß (deutscher Vorsitz: MD Bode – BMVtdg) verhandelt wird. Kein größeres Projekt ist bisher beschlossen worden, doch hielten es selbst die sonst skeptischen Vertreter des BMVtdg für möglich, daß in den nächsten Monaten einige zustande kommen. Es ist jedoch fraglich, welchen Deviseneffekt sie haben, da gemeinsame Projekte die Industrien der teilnehmenden Länder im allgemeinen gleichmäßig bedenken.

### b) Im Bereich der zivilen Technologie

Hier waren die britischen Vorstellungen sehr vage. Es wurden keine Projekte, sondern nur Bereiche genannt (Datenverarbeitung, Kernenergie, Ozeanographie, Verkehrsmittel), in denen Projekte zu suchen wären. Auch hier besteht das Problem, daß gemeinsame Projekte im allgemeinen nicht zu einem bedeutenden Devisenvorteil eines Partners führen.

Gewisse Fortschritte erhofft man sich aus den Besuchen der britischen Minister Gordon Walker (Wissenschaft und Erziehung) im Januar und W. Benn (Technologie) im Februar in Bonn.

Ein konkreter deutscher Vorschlag:

Wir sind an einer langfristigen Versorgung mit Kernbrennstoffen interessiert und haben der britischen Atomenergiebehörde eine deutsche Beteiligung (etwa 60 Mio. DM) an der Anlage Capenhurst vorgeschlagen, allerdings unter bestimmten Versorgungsgarantien und Sicherung des Einflusses auf die Unternehmensführung.<sup>5</sup> Die englische Antwort steht seit Sommer 1967 aus.

<sup>5</sup> Am 10. April 1967 regte der Abteilungsleiter im Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung, Pretsch, gegenüber dem Leiter der britischen Atomenergiebehörde, Peirson, bezüglich der Isotopentrenn-Anlage Capenhurst an, daß „der deutschen Seite gegen eine Kapitalhingabe eine Option auf eine bestimmte Trennarbeitsleistung je Jahr für den Zeitraum von 35 Jahren eingeräumt wird. Unter Option verstehen wir eine Lieferverpflichtung von Capenhurst, nicht aber eine Verpflichtung zur Abnahme der deutschen Seite.“ Vgl. das Schreiben; Referat I A 6; Bd. 73.

Am 28. April 1967 notierte Ministerialdirigent Frank dazu: „Mit dem verstärkten Bau von Leistungsreaktoren stellt sich immer dringender die Frage der langfristigen Versorgung mit Natururan und angereichertem Uran. Großbritannien besitzt in Capenhurst ungenutzte Kapazitäten für die Uran-

Unsere Antwort zu 2) (Langfristigkeit, jährlich bestimmte deutsche Devisenleistungen):

Es leuchtet ein, daß gemeinsame technologische Projekte nur in einem Mehrjahreszeitraum in Angriff genommen werden können. Was als devisenwirksame deutsche Leistung in Betracht kommt, läßt sich in abstracto nicht sagen. Deutsche Zahlungen (= Vorauszahlungen) für ein allgemeines Programm ohne Projektbindung zu leisten und damit Konten zu schaffen, die später nur mühsam und unwirtschaftlich wieder abgebaut werden können, scheidet als Möglichkeit aus. Eine andere Frage ist es, vorhersehbare Zahlungen für fest vereinbarte gemeinsame Projekte über mehrere Jahre gleichmäßig zu strecken.

III. Botschafter Sir F. Roberts hatte vor der Sitzung gebeten, die britischen Vorschläge einer technologischen Zusammenarbeit im Prinzip wohlwollend aufzunehmen, wie das auch der Herr Bundesminister und Herr Staatssekretär Lahr im August und September getan hätten.

Die britische Gruppe war mit dem Ergebnis des ersten Meinungsaustausches zufrieden.

Der von den Briten vorgeschlagene neue Ansatz, der den Devisenausgleich ausdrücklich zum Nebenprodukt der technologischen Zusammenarbeit auf militärischem und zivilem Gebiet macht, bietet uns die Möglichkeit, jedes mögliche Projekt auf seinen technischen und wirtschaftlichen Nutzen für uns zu prüfen. An diesem Ansatz sollten wir festhalten und dabei auf die Vorlage konkreter Projekte drängen. Je ernsthafter wir uns auf die Erörterung konkreter Projekte einlassen, desto schwieriger wird es der britischen Regierung werden, die von ihr vorgeschlagene neue Methode des Devisenausgleiches aufzugeben.

IV. Ein Termin für ein weiteres Gespräch ist noch nicht vereinbart worden. Die Briten wünschen die Fortsetzung in einigen Wochen.<sup>6</sup>

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>7</sup> vorgelegt.

Harkort

**VS-Bd. 5105 (III A 5)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1530*

anreicherung. Wir sind an einer Lohnanreicherung interessiert, da der Bau einer eigenen Isotopentrennanlage zu kostspielig ist, die Beteiligung an Pierrelatte vorerst nicht in Betracht kommt und die Abhängigkeit von den USA bei Bezug angereicherter Urans vermindert werden soll.“ Vgl. Referat I A 6, Bd. 72.

<sup>6</sup> Zur Fortsetzung der Verhandlungen mit Großbritannien über einen Devisenausgleich vgl. AAPD 1968.

<sup>7</sup> Hat Staatssekretär Lahr am 26. November 1967 vorgelegen.

## 397

**Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem  
Vorsitzenden des birmanischen Revolutionsrats, Ne Win,  
in Rangun**

Z A 5-130.A/67 VS-vertraulich

23. November 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler führte am 23. November 1967 um 8.30 Uhr in Rangun im Beisein der Staatssekretäre von Guttenberg und Jahn, MD Meyer-Lindenberg und Botschafter von Keiser ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des birmanischen Revolutionsrates Ne Win, der seinerseits von vier Herren begleitet war.<sup>2</sup>

Einleitend sagte General *Ne Win*, er habe keinerlei besondere Bitte an den Herrn Bundeskanzler, dieser Besuch solle vielmehr lediglich dem besseren gegenseitigen Kennenlernen dienen. Er gab dann seiner Dankbarkeit für die von Deutschland geleistete Hilfe Ausdruck.

Auf die Frage des Herrn *Bundeskanzlers*, welchen Eindruck Ne Win über die Verhältnisse in China habe, machte General *Ne Win* folgende Ausführungen: Der chinesische Kommunismus unterscheide sich vom russischen oder polnischen durch die völlig andere Herkunft der Chinesen. Er selbst habe persönlich fast alle führenden chinesischen Persönlichkeiten kennengelernt und mit ihnen Gespräche geführt. Die Hintergründe der Kulturrevolution in China schienen ihm darin begründet, daß Mao versuche, mindestens auf gleicher Ebene gesehen zu werden wie Marx und Lenin oder gar sich als der größte Philosoph und Ideologe des Kommunismus durchzusetzen. Es gebe ja in der vergangenen Geschichte ähnliche Erscheinungen, zum Beispiel in Ägypten, wo der Sohn mindestens so große Bauwerke hinterlassen wollte wie sein Vater, und dort, wo ihm dies nicht gelungen sei, habe er die Werke seines Vaters zerstört, damit nur Zeugnisse seiner eigenen Leistung übrig blieben. Dasselbe treffe wohl für Mao Tse Tung zu. Er wolle als der größte nicht nur der Lebenden, sondern auch aller früheren Führer des Kommunismus in die Geschichte eingehen. Hierin liege die Schwäche der Denkweise Maos. Was den russisch-chinesischen Gegensatz angehe, so gebe es Leute in China, die keineswegs einen Streit mit der Sowjetunion wollten. Mao könne aber dieser Auffassung nicht zustimmen, da er für sich in Anspruch nehme, der größte Kommunist zu sein. Darüber hinaus gebe es Meinungsverschiedenheiten in China hinsichtlich der Wirtschaftsführung sowie eine persönliche Rivalität zwischen Mao und Liu Shao Chi. Dieser interne Machtkampf werde dadurch gekennzeichnet, daß der Parteiapparat in der Hand Liu Shao Chis gelegen habe. Bis jetzt sei es Mao nicht gelungen, diesen Parteiapparat völlig zu zerstören. Da es Mao bis vor zwei Jahren nicht gelungen sei, den Parteiapparat in seine Hand zu bekommen, habe er neue Kräfte ins Leben rufen müssen, die für ihn arbeiteten, das

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 23. November 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Kiesinger besuchte vom 22. bis 24. November 1967 als zweite Station seiner Südostasien-Reise Birma. Zum Verlauf der Reise vgl. Dok. 391, Anm. 2.

heißt die Roten Garden. Dies habe dazu geführt, daß zu einem gewissen Zeitpunkt man in den chinesischen Großstädten schon fast von einem Chaos habe sprechen können. Der Parteiapparat sei heute fast ausgeschaltet und Mao führe das Land mit Hilfe von nur wenigen Männern. Tatsächlich gebe es so wenige, denen er Vertrauen schenken könne, daß er seine bis dahin unbekannte Frau<sup>3</sup> habe mit einbeziehen müssen. Dies zeige die Schwäche Maos, der niemandem vertrauen könne. Innerhalb dieser Gruppe von fünf oder sechs Leuten um Mao spiele nach birmanischer Auffassung, ohne daß dafür handfeste Beweise beizubringen seien, Chou En Lai mit, um das Land vor dem völligen Verfall zu bewahren. Er (Ne Win) ziehe diese Schlußfolgerung aus der Tatsache, daß Chou En Lai kein einziges feindseliges Wort gegen Birma gerichtet habe. Aus dieser Tatsache lasse sich des weiteren der Schluß ziehen, daß selbst die sehr kleine Führungsspitze keineswegs einheitlich denke. Zusammenfassend lasse sich sagen, daß die Handlungen der heute in China herrschenden Clique nicht der ganzen Nation oder auch nur allen führenden Persönlichkeiten zur Last gelegt werden dürften. Wenn er von führenden Persönlichkeiten spreche, so meine er sogar die kleine Führungsspitze um Mao.

General Ne Win machte dann einige Ausführungen über die Persönlichkeit der höchsten Männer in China. Er bemerkte, Mao sehe zwar für sein Alter ganz gesund aus, sei jedoch zweifellos senil. Manche führenden Leute in China hätten dies wohl festgestellt und versuchten, Maos Handlungen unter Kontrolle zu halten. Maos Hirn funktioniere nicht normal; zudem habe er den Ehrgeiz, der Größte von allen zu sein. Maos rechte Hand, Lin Piao, mit dem er selbst Gespräche geführt habe, sei ein außerordentlich kranker Mann. Er könne zum Beispiel nichts essen, was nicht kochend heiß sei. Deswegen stehe immer eine Schale mit kochendem Wasser neben seinem Teller, in den er seine Speisen tauche. Dies sei den meisten Leuten unbekannt. Hinzu komme, daß Lin Piao selbst keinerlei Gewässer sehen könne, ohne sofort Wasser lassen zu müssen. Lin Piao sei damit sowohl physisch als auch geistig krank. Es sei natürlich gefährlich, wenn China unter der Führung solcher Leute stehe.

Zur allgemeinen Politik Chinas machte Ne Win folgende Ausführungen. Wenige Jahre nach der Machtübernahme hätten die Rotchinesen angefangen, Kommunisten aus den umliegenden Ländern in ihren Lagern zu trainieren und auszubilden. Die Kommunisten wollten die ganze Welt zum Kommunismus bekehren, den sie für das beste System hielten. Betrachte man einmal die Geschichte, so sei dies der Ausgangspunkt aller Religionskriege gewesen, weil anfangs jede Religion sich selbst für die einzigste und beste gehalten habe, um dann später festzustellen, daß sie nicht die ganze Welt bekehren könne und somit zum Zusammenleben, zur Koexistenz bereit sein müsse. Vielleicht befände sich die Welt heute in dem Stadium, in welchem einstmals Religionskriege begonnen hätten. Dabei möge es zwar offene Kriege kleineren Ausmaßes geben, insgesamt aber würden die Kommunisten auf die Dauer seines Erachtens erkennen müssen, daß sie nicht alles verschlucken könnten. Im Augenblick jedenfalls stünden kambodschanische, indonesische, thailändische und andere Kommunisten in China in Reserve, um im günstigen Augenblick auf ihre Länder losgelassen zu werden. Obwohl der Kommunismus von der Bekehrung der

<sup>3</sup> Chiang Ching.

ganzen Welt träume, stelle man jetzt schon fest, daß innerhalb des Kommunismus auseinanderstrebende Entwicklungen einträten. Die Schwierigkeit liege darin, daß die Menschen manchmal die Tatsachen einfach nicht zu sehen vermöchten. Ehe sie zur Besinnung kämen, könnten sie sehr wohl noch großen Ärger bereiten. Innenpolitisch gebe es in China eine starke Opposition gegen Mao, von der trotz der Unterdrückung aller Nachrichten doch immer wieder Neuigkeiten durchsickerten. So gebe es zum Beispiel einen Mann, den er (Ne Win) sehr gut kenne, der gegen die Zentralgewalt kämpfe. Birma hoffe, daß die jetzt führende Clique zur Besinnung komme. Gewisse Anzeichen dafür gebe es, da die Führungsschicht feststelle, daß in China das Chaos herrsche. Es sei jedoch sehr schwer für einen Mann, seinen Fehler einzugestehen.

Zu den birmanisch-chinesischen Beziehungen bemerkte General Ne Win, früher hätten sehr freundschaftliche Beziehungen bestanden. Ganz plötzlich im vergangenen Juni sei dann in Birma ein Aufstand ausgebrochen, bei dem etwa hundert Chinesen den Tod gefunden hätten.<sup>4</sup> Birma verfolge eine Politik der absoluten Neutralität. Es wolle seine eigenen Entscheidungen treffen, sage wenig zu anderen Ereignissen, und verhalte sich vorsichtig. Wann immer es sich jedoch geäußert habe, habe es [sich] ohne Ansehen der Person oder Seite auf die Seite desjenigen gestellt, der im Recht gewesen sei. Birma wolle jeden nach seiner Fassung selig werden lassen, doch folgten die Kommunisten seit 1962/63 blindlings allen Anordnungen aus Peking. Sie versuchten jetzt zum Beispiel, die Kulturrevolution in Birma zu kopieren. Dies sei kostspielig, werde sich aber letzten Endes als Bumerang erweisen. Als die Chinesen festgestellt hätten, daß sie keinen Einfluß auf Birma ausüben könnten, hätten sie plötzlich eine feindselige Haltung eingenommen. Vielleicht seien sie wegen seiner Besuche in Amerika und Japan im vergangenen Jahr<sup>5</sup> mißtrauisch geworden. Birma sei aber eine unabhängige Nation. Er habe in seinen Gesprächen in Washington und Tokio auch keineswegs Zwischenträger gespielt und Dinge, welche die Chinesen ihm gesagt hätten, weitergetragen. China halte die birmanischen Kommunisten in Reserve. Die birmanischen Kommunisten seien jetzt von Peking angewiesen worden, die Mao-Abzeichen zu tragen. Die birmanische Regierung habe den Kommunisten erklärt, sie könnten zu Hause tragen, was sie wollten, sollten dies jedoch in der Öffentlichkeit unterlassen, um nicht mit anderen Nationen in Streit zu geraten. Trotzdem folgten die Kommunisten den Anordnungen aus Peking. Dies sei auch der Grund für den Aufruhr gewesen.

Der gesamte Handel in Birma habe bei den Chinesen und Indern gelegen, die zum Teil sehr reich geworden seien. Nachdem der Versuch, zum Beispiel Ex-

<sup>4</sup> Dazu teilte Botschafter von Keiser, Rangun, am 27. Juni 1967 mit: „Konflikt zwischen birmanischen Behörden und chinesischen Schülern wegen unerlaubten Tragens Mao Tse Tung-Abzeichen hat in letzten Tagen wachsende Unruhe ausgelöst, die seit gestern in Gewalttätigkeiten größeren Ausmaßes im Chinesen-Viertel Ranguns und vor chinesischer Botschaft ausarteten.“ Ergänzend informierte Keiser am 28. Juni 1967: „Ausschreitungen gegen chinesische Bevölkerungsgruppe fanden gestern nachmittag ihren bisherigen Höhepunkt. Chinesische Tempel, Restaurants und Privathäuser wurden systematisch geplündert und die Güter – zur Vermeidung von Großfeuern – auf der Straße verbrannt. [...] Jüngste Vorkommnisse zeigen durch relativ diszipliniertes Vorgehen der Plünderer, daß Polizei die Aktionen wenn auch nicht lenkte, so doch überwachte.“ Vgl. die Drahtberichte Nr. 40 bzw. Nr. 41; Referat I B 5, Bd. 302.

<sup>5</sup> Der Vorsitzende des birmanischen Revolutionsrats, Ne Win, besuchte am 8./9. September 1966 die USA und vom 19. bis 26. September 1966 Japan.

portlizenzen nur an birmanische Geschäftsleute auszugeben und sie dadurch in eine bessere Konkurrenzposition zu bringen, fehlgeschlagen sei, weil die Birmanen diese Lizenzen einfach an die Chinesen oder Inder weiterverkauft hätten, habe die Regierung den gesamten Handel nationalisieren müssen. Die chinesischen und indischen Geschäftsleute hätten einen großen Teil ihrer Gelder im Ausland angelegt, deshalb habe die Regierung nun auch die Banken nationalisiert, einschließlich der rotchinesischen Bank. Peking versuche, alle Auslandschinesen für sich zu gewinnen, weil es auf diesem Gebiet mit Formosa konkurrieren müsse. Dabei werde diesen Auslandschinesen genau das zugestanden, was absolut gegen das kommunistische Prinzip verstoße, nämlich die Ausbeutung anderer. Birma sei ein kleines Land mit nur 25 Millionen Einwohnern. Niemand könne im Ernst glauben, daß Birma etwa China beherrschen wolle. Es wolle aber auch nicht von China beherrscht werden. Es suche keinen Streit, müsse sich aber wehren, wenn ihm der Streit aufgezwungen werde. Für die Zukunft müsse man sehr genau aufpassen, und es lasse sich kaum vorhersagen, welche zukünftigen Entwicklungen eintreten würden.

General Ne Win bemerkte dann, er habe äußerst offen gesprochen und bitte um strikte Geheimhaltung, weil manches, was er gesagt habe, großen Schaden für Birma mit sich bringen könnte, wenn es in die Öffentlichkeit geriete. Insbesondere seine Ausführungen über den Gesundheitszustand der chinesischen Führer bedürften der vertraulichen Behandlung.

Der Herr *Bundeskanzler* bedankte sich für diese Analyse und fragte, ob nach Auffassung Ne Wins der russisch-chinesische Gegensatz weiter bleiben oder sich noch verschärfen würde, oder ob die Möglichkeit bestehe, daß nach Abgang Maos und anderer eine Versöhnung einträte.

General Ne Win erwiderte, die Möglichkeit einer Wiederannäherung bestehe, doch würden die beiden einander niemals mehr so trauen wie vorher. Auch das Verhältnis zwischen den Satelliten und der Sowjetunion sei ja heute nicht mehr so eng wie etwa vor zehn Jahren. Einem gemeinsamen Feind gegenüber würden die beiden Staaten wohl zusammenstehen, wobei jeder jedoch eine gewisse Reserve für sich behalten würde, um eventuell nachhelfen zu können, falls sein Freund nicht so tue, wie er wolle.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte dann nach dem wirklichen Grund für den chinesischen Angriff auf Indien.<sup>6</sup>

General Ne Win erwiderte, China habe Indien nie recht vertraut, sondern die Auffassung vertreten, daß Indien trotz seiner neutralen Bekenntnisse eher prosovietisch sei. Genauerer über die Vorfälle vor dem Angriff sei noch nicht bekannt. Man wisse zum Beispiel nicht, was in den Jahren 1956 bis 58 in Tibet geschehen sei. Möglicherweise habe Indien dort eine Haltung gezeigt, die von den Chinesen als feindselig eingeschätzt worden sei. Hinzu komme, daß Nehru in China nicht beliebt gewesen sei, da Nehrus Popularität natürlich den Personenkult Maos beeinträchtigt habe. Der Angriff auf Indien sei damit möglicherweise auf diese persönlichen sowie gewisse sachliche Überlegungen zurückzuführen.

<sup>6</sup> Zwischen dem 7. und 14. September 1967 kam es zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen chinesischen und indischen Einheiten von Grenztruppen.

Der Herr *Bundeskanzler* erläuterte im Anschluß eingehend die Politik seiner Regierung, insbesondere die Ostpolitik, wobei er großen Wert darauf legte darzutun, daß im Falle der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu weiteren osteuropäischen Ländern und insbesondere zu Jugoslawien eine Kettenreaktion der Anerkennung Pankows durch andere Länder für die Friedenspolitik der Bundesregierung vernichtend sein könnte. Er erläuterte des weiteren eingehend die Situation des geteilten Deutschland und die sich daraus ergebenden Konsequenzen.<sup>7</sup>

General *Ne Win* bezeichnete die Frage der Teilung Deutschlands als ein sehr heikles Problem. Für Birma seien geteilte Länder mittelbar ebenfalls ein Problem. Auf kultureller oder wirtschaftlicher Ebene sei Birma gelegentlich gewungen, mit diesen Ländern zu arbeiten. Es sei jedoch bei allem, was es tue, sehr darauf bedacht, in keiner Weise die eine oder andere Partei gegen sich einzunehmen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte hierzu, wenn Birma weiterhin in der Weise wie bisher dieses Problem behandle, sei die Bundesregierung zufrieden.

General *Ne Win* bemerkte abschließend, Birma wolle nicht die Teilung irgendeines Landes. Auch seine Regierung sei an die Macht gekommen<sup>8</sup>, weil die Gefahr einer Spaltung bestanden habe. Nur aus diesem Grunde habe er eingreifen müssen. Es errichte deswegen nur solche Mechanismen, die Birma in die Lage versetzten, in bestimmten Ländern das Tagesgeschäft wahrzunehmen. (Gemeint war offensichtlich Ostberlin.)

Das Gespräch endete um 10.00 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 26**

<sup>7</sup> Botschafter von Keiser, Rangun, gab ergänzend dazu aus den Ausführungen des Bundeskanzlers Kiesinger gegenüber dem Vorsitzenden des birmanischen Revolutionsrats wieder: „Der Bundeskanzler umriß unsere vom Friedenswillen geprägte neue Deutschlandpolitik und unsere Bemühungen um eine Verbesserung unserer Beziehungen zum Ostblock. Die große Koalition erleichtere es, eine elastische Politik zu führen. Wir müßten uns vorläufig mit der Tatsache abfinden, daß das von der Sowjetunion gestützte SBZ-Regime sich unseren Wünschen verschließe. Pankow sei noch nicht bereit, unsere auf Wiedervereinigung gerichteten Forderungen zu akzeptieren. Wir konzentrierten uns deshalb vorläufig darauf, unter Aufrechterhaltung unserer rechtlichen Position, wenigstens humanitäre und technische Erleichterungen zwischen den beiden Bevölkerungsteilen herbeizuführen. [...] Verständnisvolles Echo fand des Bundeskanzlers Bemerkung bei Ne Win, daß unser Verhältnis zur Sowjetunion vielleicht vergleichbar mit dem Birmas zu China sei. Bei grundsätzlich unterschiedlicher Auffassung könne man ohne gegenseitige Beeinflussung des anderen Ansichten sehr wohl respektieren. Wir seien froh über die amerikanischen und britischen Truppen in Deutschland deshalb, weil Rußland große Truppenmengen in der SBZ unterhalte. Wenn Rußland einmal zur Einsicht gelange, daß wir von unserem Standpunkt in der Nichtanerkennungsfrage der SBZ nicht abwichen, wäre es möglicherweise zu Verhandlungen bereit. Der Bundeskanzler betonte, daß wir keine amerikanischen Satelliten werden wollten, wenn wir auch in dieser Beziehung nicht so weit wie General de Gaulle gingen.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 4. Dezember 1967; Referat I B 5, Bd. 293.

<sup>8</sup> Am 2. März 1962 führte die Armee in Birma unter Leitung des Generals Ne Win einen erfolgreichen Staatsstreich durch. Die Bildung einer neuen Regierung wurde am selben Tag bekanntgegeben.



398

**Botschaftsrat Loeck, Belgrad, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-15393/67 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 223**  
**Cito**

**Aufgabe: 23. November 1967<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 23. November 1967, 20.19 Uhr**

Im Anschluß an Nr. 217 vom 17.11.1967<sup>2</sup>

I. a) In der ersten Novemberhälfte hat eine französische Delegation, der angeblich nur Vertreter der Regierung und von Körperschaften des öffentlichen Rechts angehörten, über die Errichtung eines zweiten Fernsehens sowie weitere, im Zusammenhang mit einer eventuellen Übernahme des SECAM<sup>3</sup>-Systems durch Jugoslawien stehende Fragen in Belgrad Verhandlungen geführt.<sup>4</sup> In den letzten Tagen hat sich eine 12-köpfige Delegation des zu diesem Zweck gebildeten Firmenkonsortiums (Siemens, AEG-Telefunken, Rohde und Schwarz sowie Fernseh GmbH) hier ebenfalls um den Auftrag für das zweite Fernnetz bemüht.

b) Mitglieder der deutschen Delegation haben die Schutzmachtvertretung über das Ergebnis ihrer Gespräche eingehend unterrichtet. Hiernach hat die deutsche Seite den jugoslawischen Verhandlungspartnern, die vom Zentralverband des jugoslawischen Rundfunks und Fernsehens ausgewählt worden waren, die grundsätzliche Bereitschaft zur Gewährung des gewünschten Kredits in Höhe von 125 Mio. D-Mark mit einer Laufzeit von 10 Jahren, rückzahlbar 6 Monate bis 1 Jahr nach Inbetriebnahme des Netzes, zum Ausdruck gebracht. Da jedoch vorgestern der Antrag des Konsortiums auf Übernahme der Hermes-Bürgschaft für diesen Kredit zurückgestellt worden ist, sah sich die deutsche Delegation zu einer festen Zusage nicht in der Lage. Als Zinssatz hat sie 5 ½ Prozent genannt. Sie hat außerdem erklärt, daß sie zur Zusammenarbeit mit der jugoslawischen Industrie in Form der Vergabe von Lizenzen für die Herstellung

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastl am 27. November 1967 vorgelegen, der für Legationsrat I. Klasse Madlung handschriftlich vermerkte: „D II bittet um laufende Unterrichtung über Entwicklung.“

<sup>2</sup> Legationsrat Weisel, Belgrad, teilte mit Blick auf die Verhandlungen eines Firmenkonsortiums aus der Bundesrepublik über die Errichtung eines zweiten Fernsehnetzes in Jugoslawien mit: „Die Schutzmachtvertretung glaubt, daß es, gerade auch im Hinblick auf die gegenwärtig stattfindenden jugoslawisch-französischen Verhandlungen, unbedingt erforderlich ist, das deutsche Angebot termingerecht vorzulegen. Eine Einwirkung in diesem Sinn auf die an der Formulierung des Angebots Beteiligten darf daher angeregt werden.“ Vgl. Referat III A 5, Bd. 574.

<sup>3</sup> Système en Couleur avec Mémoire.

<sup>4</sup> Am 2. November 1967 resümierte Botschaftsrat Loeck, Belgrad, die bisherige Entwicklung: „Auf Grund einer Anregung des Konsulats Zagreb hat Botschafter Emmel bei den Wirtschaftsverhandlungen des deutsch-jugoslawischen Gemischten Regierungsausschusses im April d. J. unser Interesse an der Einführung des PAL-Systems in Jugoslawien zum Ausdruck gebracht. Damals ist ihm geantwortet worden, daß die jugoslawische Seite bereits seit langem mit Frankreich wegen der Einführung des SECAM-Systems in Verbindung stehe. Wegen der hierbei erzielten positiven Ergebnisse spüre man eine gewisse ‚moralische Verpflichtung‘ gegenüber den Franzosen, sei aber bereit, auch andere Angebote zu prüfen.“ Mit der Firma AEG-Telefunken sei daher für Oktober 1967 eine Vorführung des PAL-Systems vereinbart und auch durchgeführt worden. Vgl. Referat I A 6, Bd. 103.

von Fernsehempfängern und der gemeinsamen Betätigung auf gewissen Dritt-  
märkten sowie zur Vermittlung von „know how“ und technischer Unterstüt-  
zung bereit sei.<sup>5</sup>

c) Die jugoslawischen Verhandlungspartner, die sich aus führenden Persön-  
lichkeiten der Kroatischen und der Slowenischen Rundfunk- und Fernseh-  
anstalt sowie einem Bankvertreter zusammensetzten, haben erneut darauf hin-  
gewiesen, daß man die Vergabe des Auftrags für das zweite Fernsehnetz hier  
mit der Entscheidung über die Wahl des Farbfernsehsystems koppeln werde.  
Sie haben offen ihrer Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die jugoslawische  
Regierung stärkstem Druck Frankreichs ausgesetzt sein würde, das wiederholt  
sein dringendes Interesse an dem Auftrag dargelegt habe. Deshalb werde die  
Entscheidung über die Vergabe des Auftrags für das Netz und die Wahl des  
Farbfernsehsystems aus politischen Rücksichten mit Sicherheit erst nach dem  
für das nächste Frühjahr bevorstehenden Besuch des Staatspräsidenten de  
Gaulle veröffentlicht werden. Mit ebenso großer Sicherheit sei allerdings davon  
auszugehen, daß die Entscheidung tatsächlich schon vorher falle, und zwar ge-  
gebenenfalls auch gegen Frankreich.

Die jugoslawischen Partner haben keinen Zweifel daran gelassen, daß sie auf-  
grund technischer Erwägungen dem PAL<sup>6</sup>-System den Vorzug geben würden.  
Unsere kommerziellen Bedingungen für die Errichtung des 2. Fernsehnetzes  
müßten jedoch angemessen sein. Das heißt, daß wir endgültig einen Kredit mit  
der oben angegebenen Laufzeit und mit einem Zinssatz von nicht mehr als 3 Pro-  
zent zusagen müßten. Die Jugoslawen behaupteten, daß Frankreich sogar sei-  
ne Bereitschaft angedeutet habe, unter einen Zinssatz von 3 Prozent zu gehen.  
Sie hätten ihrer Regierung bis zum 15. Dezember einen Bericht über die einge-  
gangenen ausländischen Angebote vorzulegen und rechneten damit, daß die  
Angelegenheit Mitte Februar 1968 entscheidungsreif sein werde. Deshalb be-  
nötigten sie die endgültige deutsche Stellungnahme spätestens zum 10. Dezem-  
ber d. J.

II. a) Unsere Delegation hat den sicheren Eindruck gewonnen, daß man die  
Verhandlungen mit uns nicht nur zu dem Zweck aufgenommen habe, die Fran-  
zosen unter Druck zu setzen, sondern daß echte Chancen für eine uns günstige  
Entscheidung bestehen. Dies ist nicht nur im Hinblick auf die technischen  
Vorzüge des PAL-Systems einleuchtend. Es dürfte außerdem ins Gewicht fal-  
len, daß 85 Prozent der Sendestationen des 1. Jugoslawischen Fernsehnetzes  
von der Firma Siemens errichtet worden sind.

b) Das deutsche Konsortium ist sich darüber im klaren, daß ihm die Gewäh-  
rung des Kredits zu den von den Jugoslawen gewünschten Bedingungen nur  
möglich ist, wenn die erforderliche Hermes-Deckung bereitgestellt und die  
Bundesregierung die beteiligten deutschen Firmen durch Übernahme eines  
Zinsanteils von 2½ Prozent in die Lage versetzt, den Jugoslawen einen Zins-  
satz von nur 3 Prozent einzuräumen. Die deutschen Firmen hoffen darauf, daß  
es möglich sein wird, hinsichtlich dieser Fragen bis zum 10. Dezember im Zu-

<sup>5</sup> Vgl. dazu das „Memorandum der deutschen Industriegruppe“ vom 30. November 1967 über die  
Verhandlungen am 20./21. November 1967 in Belgrad; Referat III A 5, Bd. 574.

<sup>6</sup> Phase Alternation Line.

sammenwirken mit der Bundesregierung eine Regelung zu finden. In Übereinstimmung mit einer Anregung der jugoslawischen Verhandlungspartner halten sie es aber in jedem Fall für wünschenswert, daß die Bundesregierung gegenüber dem Leiter des jugoslawischen Stabes bei der schwedischen Schutz-machtvertretung in Bonn<sup>7</sup> baldmöglichst zum Ausdruck bringt, daß sie an der Vergabe des Auftrags an das deutsche Konsortium ihrerseits interessiert ist.

Die Vertreter des deutschen Konsortiums sind der Auffassung, daß es ihnen aufgrund einer solchen Erklärung der Bundesregierung gelingen werde, die Jugoslawen vor dem Stichtag des 10. Dezember davon zu überzeugen, daß die deutsche Seite mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in den folgenden Wochen ein den jugoslawischen Wünschen entsprechendes Angebot vorlegen könne. Dies werde genügen, um die Jugoslawen davon abzuhalten, sich schon jetzt endgültig auf das französische Angebot festzulegen.

Die Mitglieder des deutschen Konsortiums haben mich gebeten, diese Bitte dem Auswärtigen Amt möglichst umgehend zu übermitteln.<sup>8</sup>

[gez.] Loeck

VS-Bd. 4260 (II A 5)

<sup>7</sup> Zvonko Lucić.

<sup>8</sup> Auf der Sitzung des Bundeskabinetts vom 13. Dezember 1967 beantragte Bundesminister Brandt „1) die Einräumung eines Bürgschafts-Sonderplafonds bis zu höchstens 125 Mio. DM mit einer Laufzeit bis zu 10 Jahren und 3 Freijahren (bei 10–15 % Anzahlung). 2) Die Bereitstellung eines Kreditvolumens aus dem ERP-Liquiditätsfonds bis zu höchstens 125 Mio. DM zu einem Zinssatz von höchstens 5 %, mit der Ermächtigung für den Herrn Bundesschatzminister, diesen Zinssatz erforderlichenfalls so weit herabzusetzen, daß das deutsche Firmenkonsortium in die Lage versetzt wird, mit den Angeboten anderer Länder Schritt zu halten.“ Vgl. den Sprechzettel vom 11. Dezember 1967; Referat III A 5, Bd. 574.

Das Bundeskabinett stimmte dem Antrag zu. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Koch vom 28. Dezember 1967; Referat III A 5, Bd. 574.

399

**Botschafter Freiherr von Mirbach, Neu Delhi,  
an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-15401/67 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 924**  
**Citissime**

**Aufgabe: 24. November 1967, 12.15 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 24. November 1967, 08.52 Uhr**

Betr.: Bundeskanzlerbesuch

hier: Gespräche unter vier Augen zwischen dem Bundeskanzler  
und Indira Gandhi über indische Deutschlandpolitik

Bezug: DB Nr. 914 vom 21. 11.<sup>2</sup> und Nr. 920 vom 23. 11. 67<sup>3</sup>

1) Wie der Bundeskanzler mir nach seinem ersten Gespräch unter vier Augen mit Indira Gandhi sagte, habe er bereits in diesem ersten Gespräch die Frage nach der indischen Reaktion angeschnitten, falls die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen mit Jugoslawien aufnehmen sollte.<sup>4</sup> Er habe hierbei zugleich die allgemeinen Ziele der deutschen Ostpolitik umrissen und auch auf die innenpolitischen Widerstände hingewiesen, die zur Verwirklichung dieser Politik, und vor allem auch im Falle der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Jugoslawien, zu überwinden seien.

Indira Gandhi habe die auf Jugoslawien bezogene Frage des Bundeskanzlers unbeantwortet gelassen und statt dessen darauf hingewiesen, daß sie mit ihrer Absicht, die Beziehungen mit Pakistan zu verbessern, vor ähnlichen innenpolitischen Problemen stehe. Sie strebe engere Beziehungen mit Pakistan an, sehe sich aber in diesem Bemühen heftigen innenpolitischen Widerständen ausgesetzt, wie die jüngste Reaktion auf ihr Grußtelegramm an Ayub Khan bei Überfliegen pakistanischen Gebiets beweise.

2) In der Vollsitzung, in Gegenwart beider Delegationen, schilderte der Bundeskanzler erneut die innenpolitische und sonstige Problematik, mit der sich

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg am 30. November 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Botschafter Freiherr von Mirbach, Neu Delhi, übermittelte den deutschen und den englischen Text des gemeinsamen Kommuniqués anlässlich des Besuchs des Bundeskanzlers Kiesinger vom 20. bis 22. November 1967 in Indien. Vgl. Referat I B 5, Bd. 295. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1967, S. 1143 f.

<sup>3</sup> Botschafter Freiherr von Mirbach, Neu Delhi, berichtete über den Besuch des Bundeskanzlers Kiesinger in Indien, der „in offener und ausgeprochen guter Atmosphäre“ verlaufen sei. Vgl. Referat I B 5, Bd. 295.

<sup>4</sup> Am 15. November 1967 übermittelte Botschafter Freiherr von Mirbach, Neu Delhi, Informationen des Botschaftsrats an der jugoslawischen Botschaft in Neu Delhi. Kljun habe erklärt, daß das indische Außenministerium „sich in Vorbereitung des Kanzlerbesuchs in den letzten Tagen bei hiesiger jugoslawischer Botschaft detailliert über Stand deutsch-jugoslawischer Beziehungen informiert“ habe. Ferner habe die DDR „dieser Tage auf hohem Niveau jugoslawische Regierung in Belgrad gebeten, sich anlässlich Kanzlerbesuchs bei Jugoslawien befreundeter indischer Regierung im Sinne einer Aufwertung Ost-Berlins in Indien zu verwenden. Jugoslawische Regierung habe dies abgelehnt. [...] Auf die Frage, ob Belgrad gegebenenfalls so weit gehen könne und würde, Indien bei Wiederaufnahme deutsch-jugoslawischer Beziehungen zu ‚decouragieren‘, die bisherige Politik zugunsten Ost-Berlins zu ändern, meinte Kljun, daß Belgrad vermutlich so weit nicht gehen könne.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 882; VS-Bd. 10072 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

die Bundesregierung in ihrem Bestreben, die Beziehungen mit Jugoslawien zu normalisieren, auseinanderzusetzen habe. Er wies insbesondere auf die Gefahr eines Erdrutsches in der Anerkennungsfrage zugunsten Ost-Berlins hin und sprach die Hoffnung aus, daß die Freunde Deutschlands, vor allem auch in der Dritten Welt, die Entspannungspolitik der Bundesregierung nicht durch eine Aufwertung des Ost-Berliner Regimes stören würden.

Auch diese Bemerkungen blieben ohne Echo der indischen Seite, die zwar die Entspannungspolitik der Bundesregierung allgemein begrüßte, sich aber einer präzisen Stellungnahme zum Fall Jugoslawiens enthielt.

3) Nach dem zweiten Gespräch mit dem indischen Ministerpräsidenten unter vier Augen am 21. November nachmittags sagte mir der Bundeskanzler, er habe bei dieser Gelegenheit zum dritten Mal die deutsche Ostpolitik und insbesondere den Fall Jugoslawien berührt. Indira Gandhi habe ihm daraufhin etwa die gleiche Erklärung abgegeben, die sie am Vorabend bei dem Presse-Tee gegenüber den deutschen Journalisten gemacht habe, nämlich, daß die indische Regierung ihre Deutschlandpolitik – aus diesem Grunde – nicht ändern werde. Sie habe dann hinzugefügt, daß die indische Regierung allerdings einer seit langem bestehenden Vereinbarung mit der „GDR“<sup>5</sup> folgen und etwas mit ihrer eigenen Vertretung in Ost-Berlin<sup>6</sup> tun müsse. Sie sei nicht informiert, um was es sich dabei handle und welcher Zeitpunkt in Aussicht genommen sei. Sie wolle sich aber noch erkundigen und dem Bundeskanzler am Abend präzisere Angaben machen. Sie ist jedoch nicht mehr auf die Angelegenheit zurückgekommen.

4) Der Bundeskanzler fragte mich, was nach meiner Ansicht die indische Regierung hier beabsichtige. Ich sprach die Vermutung aus,

- daß es sich entweder um eine personelle Verstärkung der Vertretung der indischen State Trading Corporation (STC) in Ost-Berlin durch Entsendung von Angehörigen anderer Ministerien (auch Außenministerium) handeln könne,
- oder um die Anhebung dieser Vertretung in den Rang einer Handelsvertretung, entsprechend der Ost-Berliner Vertretung in New Delhi,
- oder schließlich darum, daß Indira Gandhi mit dem ganzen Vorgang nicht vertraut gewesen sei und nur noch die Anfang des Jahres bereits erfolgte Errichtung der STC-Vertretung in Ost-Berlin gemeint haben könne.

5) Wie mir der Bundeskanzler sagte, galt sein erstes Vieraugengespräch mit Indira Gandhi vor allem dem persönlichen Sichkennnenlernen. Bis auf die unter 1)

<sup>5</sup> German Democratic Republic.

<sup>6</sup> Am 15. Februar 1967 wurde in Ost-Berlin ein Büro der indischen Handelsgesellschaft eröffnet. Dazu teilte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg den Auslandsvertretungen mit: „Das Büro besitzt quasi privatrechtlichen Status und ist eine Zweigstelle der als Aktiengesellschaft gegründeten und den Bestimmungen des indischen Gesellschaftsrechtes unterliegenden ‚State Trading Corporation of India Ltd‘. [...] Vor der Eröffnung des Handelsbüros erklärte sich die indische Regierung, um unsere Bedenken zu zerstreuen, in Absprache mit der Bundesregierung bereit: a) das Büro auf rein kommerzielle Tätigkeit zu beschränken und ihm quasi privatrechtlichen Status zu geben; b) in der amtlichen Bezeichnung des Büros das Wort ‚staatlich‘ wegzulassen; c) diplomatische Privilegien für die Zweigstelle sowie für Leiter und Personal zurückzuweisen und keine konsularischen Funktionen wahrzunehmen; d) das Büro möglichst klein zu halten, mit nichtdiplomatischem Personal zu besetzen und ihm so wenig Publizität wie möglich zu geben.“ Vgl. den Rund-erlaß vom 28. Februar 1967; Referat I B 5, Bd. 309.

erwähnten Punkte beschränkte es sich auf einen allgemeinen Gedankenaustausch. Im zweiten Gespräch habe sich Indira Gandhi gelöster gegeben und sei auch in der unter Ziffer 3) genannten Form auf sachliche Fragen eingegangen. Weitere politisch relevante Themen seien aber auch in dem zweiten Untervieraugengespräch nicht erörtert worden.

Punkt 4 wird die Botschaft weitere Aufmerksamkeit widmen.<sup>7</sup>

[gez.] Mirbach

VS-Bd. 2590 (I B 5)

400

### Botschafter Schlitter, Athen, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-15426/67 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 388  
Citissime mit Vorrang

Aufgabe: 24. November 1967, 23.30 Uhr  
Ankunft: 24. November 1967, 23.27 Uhr

Betr.: Zypern<sup>1</sup>

Bezug: Plurex 4379 vom 23.11. VS-v – Dg I A<sup>2</sup>

I. Habe Botschaft Bundesministers heute 21.20 Uhr griechischem Außenminister übergeben. Herr Pipinelis erklärte, er begrüße Angebot guter Dienste deutscher Regierung mit Freude und Genugtuung. Deutsche Vermittlungsaktion könne möglicherweise Eindruck auf türkische Regierung machen. Form und

<sup>7</sup> Am 24. November 1967 berichtete Botschafter Freiherr von Mirbach, Neu Delhi, über ein Gespräch des Botschaftsrats I. Klasse Werner mit dem Abteilungsleiter im indischen Außenministerium. Mehta habe „energisch und glaubhaft [bestritten], daß die indische Regierung die Absicht habe oder durch eine Vereinbarung gezwungen sei, in näherer Zukunft irgendeine Status- oder Personalveränderung bei der Vertretung der STC in Ost-Berlin vorzunehmen. [...] Energisches Bestreiten Mehtas deutet darauf hin, daß Frau Gandhi bei dem Gespräch mit Bundeskanzler nicht genau informiert war.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 928; VS-Bd. 2558 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Am 15. November 1967 kam es in Zypern bei den Dörfern Agios Theodoros und Kophinou zu Gefechten zwischen bewaffneten Kräften des griechischen und des türkischen Bevölkerungsteils. Einheiten der UNO-Friedenstruppe (UNFICYP) erreichten nach siebenstündigen Kämpfen eine Feuer Einstellung. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 70 des Botschafters Petersen, Nikosia, vom 17. November 1967; Referat I A 4, Bd. 371.

<sup>2</sup> Ministerialdirigent Frank bat die Botschaft in Athen, dem griechischen Außenminister Pipinelis folgende Mitteilung des Bundesministers Brandt zu übergeben: „Das Zypern-Problem hat zu einer bedrohlichen Entwicklung geführt. Wir Deutschen haben die Erfahrung gemacht, daß es in der heutigen Welt keine Ziele geben kann, die die Anwendung von Gewalt rechtfertigen könnten. Wir meinen deshalb, daß die Organisationen, in denen unsere beiden Länder Mitglieder und Verbündete sind, die Grundlage für eine Beilegung der gegenwärtigen Krise auf dem Verhandlungswege abgeben sollten. Die deutsche Regierung wird auch jeden anderen von den Beteiligten angenommenen Weg zur Lösung der Krise begrüßen. [...] Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Ihrer Regierung von meiner Botschaft Mitteilung machen würden und darf Sie bitten, von meiner Bereitschaft zu vermittelnden Diensten Gebrauch zu machen, wenn Sie dies für sinnvoll halten.“ Vgl. VS-Bd. 2440 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

Weg deutschen Schritts müßten Bundesaußenminister überlassen bleiben. Es erscheine ihm gut, wenn Bundesregierung türkische Regierung auf Basis nachfolgender Darlegung griechischer Haltung überzeugen könnte.<sup>3</sup>

II. Griechische Regierung habe keine Anstrengung gescheut, friedliche Regelung der Krise herbeizuführen. Sie habe eine Serie eigener Initiativen entwickelt. Leider habe türkische Regierung griechische Prozedurvorschläge zur Regelung Streitfragen abgelehnt. Inzwischen seien weitere Initiativen von dritter Seite erfolgt: Entsendung US-Sonderbotschafters Vance, ferner gemeinsame Vorschläge der Regierungen USA, Großbritanniens und Kanadas zur Lösung Zypernkrise und schließlich Einschaltung NATO-Generalsekretärs Brosio, der Sonnabend oder Sonntag<sup>4</sup> in Athen erwartet werde.<sup>5</sup>

Alle Bemühungen griechischer Regierung um ehrenhafte und friedliche Lösung seien jedoch bisher auf „stubborn objections“ türkischer Seite gestoßen, die Abzug griechischer Truppen von Zypern zur Vorbedingung für jede Art der Diskussion mache. Diese türkische Forderung sei aus Gründen nationaler Würde für Griechenland völlig unakzeptabel, da sie nationaler Erniedrigung gleichkomme. Vorheriger Abzug griechischer Truppen würde zudem Machtvakuum auf Zypern schaffen und Insel ohne wirksame Verwaltung lassen. Damit wäre Zypern sich selbst überlassen mit erhöhter Gefahr neuer Zwischenfälle, die Türken letztlich doch wieder als Vorwand zu Landung dienen könnten. Türkische condition préalable widerspreche jeglicher normaler diplomatischer Übung. Türkei verstärke inzwischen militärischen Aufmarsch in Thrazien und an der Südküste (Landungskräfte). Nachrichtenverbindungen griechischen Konsulats in Adrianopel seien abgeschnitten worden. Griechische Minderheit in Istanbul sehe sich wachsenden Schikanen ausgesetzt. Trotz allem hoffe griechische Regierung noch immer, daß türkische Regierung durch Vermittlung Sonderbotschafters Vance und anderer zur Vernunft zurückkehre. Griechenland sei zu jeder Diskussion über Zypernfrage bereit. Es sei sogar bereit, Forderungen auf Truppenabzug zu behandeln, jedoch nur als Teil eines Gesamtarrangements. Griechenland wünsche einen Frieden in Würde.

III. Außenminister Pipinelis hat heute von 12.00 bis 13.10 Uhr und von 20.10 bis 21.00 Uhr mit US-Sonderbotschafter Vance konferiert. Vance wird noch in

<sup>3</sup> Zur Haltung der Türkei in der Zypern-Krise vgl. Dok. 411.

<sup>4</sup> 25. bzw. 26. November 1967.

<sup>5</sup> Zu den Bemühungen des amerikanischen Sonderbeauftragten Vance und des NATO-Generalsekretärs Brosio berichtete Botschafter Schlitter, Athen, am 29. November 1967 aus Informationen des griechischen Außenministeriums: „Ein formelles griechisch-türkisches Abkommen zur Beilegung [der] Krise ist nicht ins Auge gefaßt: vielmehr lediglich beiderseitige mündliche Zusagen gegenüber Vance und beiderseitige Zustimmung zu einem von ihm erarbeiteten endgültigen Arbeitspapier“. Dieses sehe den sofortigen Rückzug eines griechischen Bataillons sowie „über-zähliger sogenannter ‚illegaler‘ griechischer und türkischer Streitkräfte“ aus Zypern vor, wobei Brosio einen Kompromiß hinsichtlich einer Frist hierfür durchsetzen solle. „Während ursprünglich Türken Demobilisierung ihrer Interventionsstreitkräfte (auch die in Thrazien) erst nach vollständigem Rückzug griechischer Truppen zusagen wollten, sind sie jetzt bereit, mit Einleitung dieses Rückzuges vorbereitende Demobilisierungsmaßnahmen zu treffen“. Außerdem werde in dem Arbeitspapier festgestellt, daß „Mandat und Stärke von UNFICYP erweitert werden sollen. Für Fall dieser Erweiterung besteht Einigkeit, daß sowohl griechische wie türkische Nationalgarde auf Zypern aufgelöst werden sollen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 401; VS-Bd. 2440 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

Nacht von Freitag auf Samstag<sup>6</sup> nach Ankara zurückfliegen, wo er nach seinen eigenen Angaben bei gestriger erster Besprechung mit türkischer Regierung „düstere Atmosphäre“ angetroffen habe. Vance hat in Athen neben Unterredungen mit Pipinelis halbstündiges Gespräch mit Ministerpräsident Kollias geführt. Bei Verlassen hiesigen Außenministeriums lehnte er heute Abend kategorisch alle Fragen von Pressevertretern mit „no comment“ ab. U Thants Sonderbotschafter Bennet heute nachmittag ebenfalls in Athen eingetroffen. Wird morgen erste Gespräche mit griechischem Außenminister führen.

IV. Außenminister Pipinelis sprach maßvoll und dennoch mit bemerkenswerter Festigkeit. Ich habe Eindruck gewonnen, daß er nötige Durchschlagskraft auch gegenüber Junta besitzt, um in Zypernfrage eine maßvolle Politik durchzusetzen.<sup>7</sup>

Von Pipinelis blieb unausgesprochen, daß kanadischer Plan auf Verstärkung UN-Friedenstruppe griechischer Regierung schrittweise Reduzierung ihrer Streitkräfte auf Zypern erleichtern würde.

[gez.] Schlitter

VS-Bd. 2440 (I A 4)

<sup>6</sup> 24./25. November 1967.

<sup>7</sup> In einer Botschaft vom 25. November 1967 an Bundesminister Brandt führte der griechische Außenminister Pipinelis aus, „daß die Anwendung von Gewalt keine Probleme zu lösen vermag, und daß daher die Erhaltung des Friedens unser Ziel sein muß. In diesem Sinne haben wir seit dem Beginn der Krise alles getan, um zu einer Beilegung der Krise auf dem Verhandlungsweg zu gelangen. Leider stellen wir fest, daß auf der anderen Seite dieser Geist fehlt und daß die Lage kaltblütig und hartnäckig zum Konflikt getrieben wird, sei es denn, daß Griechenland ein Diktat der Türkei annehme.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 393 des Botschafters Schlitter, Athen; VS-Bd. 2440 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1967.



**Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz****St.S. 2185/67 geheim****27. November 1967<sup>1</sup>**

Am 24. November abends empfing der Herr Bundesminister den sowjetischen Botschafter Zarapkin in seiner Wohnung zu einem informellen Gespräch, an dem außerdem Staatssekretär Duckwitz und der Pressereferent der sowjetischen Botschaft, Bogomolow, der im weiteren Verlauf des Gesprächs als Dolmetscher diente, teilnahmen.

Der Bundesminister des Auswärtigen leitete das Gespräch mit der Bemerkung ein, daß er verständlicherweise noch nicht genügend Zeit gefunden habe, die vor zwei Tagen von Botschafter Zarapkin übergebenen Papiere (Aide-mémoire, Entwürfe einer sowjetischen und einer deutschen Erklärung über Verzicht von Gewaltanwendung<sup>2</sup>) zu prüfen. Eine solche genaue Prüfung werde jedoch baldmöglichst erfolgen. Da das sowjetische Aide-mémoire eigentlich das gesamte deutsch-sowjetische Verhältnis behandle, erfordere diese Prüfung Zeit.

Botschafter Zarapkin zeigte Verständnis für diesen Wunsch. Ihm komme es in erster Linie darauf an, das Gesamtverhältnis zu bereinigen. Seit 1955<sup>3</sup> sei praktisch nichts geschehen, was die Beziehungen zwischen den beiden Ländern hätte verbessern können. Wenn wirklich auf beiden Seiten der ehrliche Wunsch bestehe, sollte man nicht länger zögern. Er wolle zwar heute nicht näher auf das Thema des Gewaltverzichtsvertrages eingehen, sei aber an der Beantwortung der Frage interessiert, ob die Bundesrepublik bereit sei, mit allen Ländern des Warschauer Pakts gleichlautende Vereinbarungen zu treffen. Er sei sich dabei der komplizierten Situation, in der sich die Bundesregierung befinde, bewußt.

Der Minister wies auf bereits früher abgegebene Erklärungen hin, daß die Bundesregierung bereit sei, mit allen Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts Erklärungen auszutauschen. Da jedoch die bilateralen Verhältnisse von unterschiedlicher Struktur seien, müßten die auszutauschenden Erklärungen auch unterschiedliche Formen haben. Auf drängende Fragen des Botschafters bestätigte der Minister, daß die Bundesrepublik auch die DDR einbeziehe. Infolge der hier herrschenden besonderen Umstände müsse für diesen Fall eine besondere Form, die diesen Umständen Rechnung trage, gefunden werden.<sup>4</sup>

Der Minister kam dann auf die Besserung der deutsch-sowjetischen Verhältnisse insgesamt zu sprechen und regte an, sich einmal auf beiden Seiten zu überlegen, ob wir nicht auf anderen Gebieten – die Verhandlungen über Gewaltverzichtserklärungen würden ohnehin einige Zeit in Anspruch nehmen – etwas

<sup>1</sup> Durchdruck.

<sup>2</sup> Zum sowjetischen Memorandum vom 21. November 1967 und den Entwürfen für Gewaltverzichtserklärungen, die Bundesminister Brandt am selben Tag vom sowjetischen Botschafter Zarapkin übergeben wurden, vgl. Dok. 395, Anm. 9 bzw. 10.

<sup>3</sup> Zur Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR am 13. September 1955 vgl. Dok. 10, Anm. 5.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 376.

tun könnten, um die von beiden Seiten gewünschte Verbesserung des Verhältnisses zu demonstrieren. Er erwarte heute keine Antwort auf seine Anregung. Zarapkin sagte zu, dieser Anregung nachzugehen, die er für nützlich hielt.

Bezeichnend für die erstrangige Bedeutung, die die Sowjetunion der Rolle der DDR beimißt, war die Reaktion des Botschafters auf eine Bemerkung des Ministers, die Bundesrepublik erwäge die Normalisierung ihres Verhältnisses zu Jugoslawien. Ein solcher Schritt sei gegen niemanden gerichtet und diene nur der Bereinigung des deutsch-jugoslawischen Verhältnisses. Das liege letztlich im Interesse einer von allen gewünschten Entspannung. Zarapkin reagierte augenblicklich mit der vorsichtig formulierten Unterstellung, daß wir mit einem solchen Schritt eine Abwertung der DDR in Jugoslawien im Auge hätten. Der Minister erklärte darauf in sehr entschiedenem Ton, daß er nach diesen Worten Zarapkins bedauere, überhaupt dieses Thema angeschnitten zu haben. Er verzichte auf eine weitere Behandlung. Zarapkin lenkte dann sehr schnell ein.

Zarapkin vermittelte bei diesem Gespräch, dessen Fortsetzung beschlossen wurde<sup>5</sup>, den Eindruck eines Mannes, der den ehrlichen Willen hat, das Seinige zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern beizutragen. Einem Appell an ihn, Vertrauen gegen Vertrauen zu setzen und endlich einmal das ewige Mißtrauen abzubauen, stimmte er spontan zu. Wenn auch bei dieser Gelegenheit positive Resultate nicht erzielt wurden – was von vornherein auch gar nicht in der Absicht des Gastgebers lag – so ist das angestrebte Ziel, eine Verbesserung der Atmosphäre, zweifellos erreicht worden. Die bei dem Vorgänger Zarapkins<sup>6</sup> immer wieder festzustellende Ängstlichkeit, eine offene Diskussion zu führen und, im Rahmen des für einen Sowjetdiplomaten Möglichen, auch dem Standpunkt des Gesprächspartners Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, ist bei Zarapkin nicht zu finden. Er ist zwar in der Sprache härter, aber auch im „Nehmen“ kontroverser Argumente.

Hiermit dem Herrn Bundesminister<sup>7</sup> vorgelegt.

gez. Duckwitz

**VS-Bd. 10090 (Ministerbüro)**

<sup>5</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin am 6. Januar 1968 vgl. AAPD 1968.

<sup>6</sup> Andrej Andrejewitsch Smirnow.

<sup>7</sup> Hat Bundesminister Brandt am 28. November 1967 vorgelegen, der handschriftlich auf einem Begleitvermerk für Staatssekretär Duckwitz notierte: „Ob Bu[ndes]ka[nzler] auch Aufzeichnung bekommen sollte? Jedenfalls brauchen wir eine Unterrichtung über den Gesamtvorgang für ein Gespräch mit Bu[ndes]ka[nzler], das wahrscheinlich morgen stattfindet.“

Am 29. November 1967 teilte Brandt Bundeskanzler Kiesinger mit: „Gegenüber Außenstehenden, insbesondere der Presse, sollten wir jeden Hinweis auf das Vorhandensein von schriftlichen Unterlagen und auf den sachlichen Bereich der Gespräche vermeiden. In diesem Sinne habe ich unseren wichtigsten Botschaftern lediglich folgende Information zukommen lassen: ‚Bundesminister empfing am 21. 11. sowjetischen Botschafter auf dessen Wunsch. Zarapkin erkundigte sich nach der Bedeutung der Bemerkungen des Bundeskanzlers bei der Pressekonferenz vom 3. 11. über die Aussichten von deutsch-sowjetischen Gesprächen über Gewaltverzicht. Der Bundesminister stellte klar, daß die Bundesregierung daran interessiert sei, den Gedankenaustausch fortzusetzen; es sei auch nicht Politik der Bundesregierung, den anderen Teil Deutschlands bei der Erörterung dieses Problems auszuklammern. Im weiteren Verlauf der Gespräche übermittelte Zarapkin die Vorstellungen seiner Regierung zu dem gegenseitigen Gewaltverzicht und den nach sowjetischer Auffassung damit zusammenhängenden Fragen. Der Bundesminister sagte Prüfung und baldige Gegenäußerung zu.‘“ Vgl. VS-Bd. 10090 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

## 402

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete****II B 3-80.18-2097/67 geheim****27. November 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Sitzung des Bundeskabinetts am Mittwoch, 29. November;  
hier: Stand der NV-Verhandlungen

I. Die eigentlichen Verhandlungen auf der Genfer Abrüstungskonferenz über einen Vertrag gegen die Weiterverbreitung von atomaren Waffen finden in den Gesprächen zwischen den beiden Ko-Präsidialmächten statt, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Die Konferenz der 17 Mächte<sup>2</sup> ist Kulisse für diese Verhandlungen. Ein bedeutender Nebenschauplatz der Handlung ist jedoch die Konsultation Amerikas mit seinen Verbündeten.

Eine wichtige Etappe in der NV-Entwicklung war die Vorlage von gleichlautenden Entwürfen durch die beiden Ko-Präsidenten am 24. August dieses Jahres.<sup>3</sup> In diesem Entwurf ist der Kontrollartikel ausgespart worden.

Seit der Vorlage am 24. August konzentrierte sich das Geschehen auf zwei Bereiche:

- a) Wie die Ko-Präsidenten mit den Änderungsvorschlägen zum vorgelegten Teilentwurf verfahren, und
- b) ob und wie sie sich über den Kontrollartikel einigen.

II. Die Änderungsvorschläge (amendments) spiegeln mehr oder weniger die unbefriedigten Wünsche der nichtnuklearen Staaten wider.

Die Ko-Präsidenten sind entschlossen, die Änderungsvorschläge nur in minimalem Ausmaß zu berücksichtigen, die Mehrzahl aber summarisch abzulehnen oder zu ignorieren. Die amendments zur Durchführungskonferenz, zum Revisionsverfahren und zur Vertragsdauer sind zuletzt im Ko-Präsidentengespräch vom 18. November von den Sowjets abgelehnt worden.

Manche der Änderungswünsche betreffen Fragen, an denen auch wir Interesse haben. Soweit dies der Fall ist, ist der Verhandlungsstand in einer Übersicht zusammengestellt. Sie ist als Anlage I beigelegt<sup>4</sup> und kann im Kabinett verteilt werden.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Ramisch konzipiert.

<sup>2</sup> Frankreich lehnte am 5. März 1962 die Teilnahme an der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission ab. Für die Erklärung des französischen Außenministeriums vgl. den Artikel „La France ne se propose pas d'envoyer des représentants à la conférence“: LE MONDE, Nr. 5329 vom 7. März 1962, S. 6.

<sup>3</sup> Zum amerikanisch-sowjetischen Entwurf vom 24. August 1967 für ein Nichtverbreitungsabkommen, das vom Leiter der amerikanischen Delegation bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf, Foster, und vom Leiter der sowjetischen Delegation, Roschtschin, vorgelegt wurde, vgl. Dok. 314.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Referat II B 1 stellte am 28. November 1967 eine Übersicht der noch ungeklärten Verhandlungsgegenstände zusammen. Dazu zählten u. a. der „Ausschluss von Druck, Drohung und Erpressung gegenüber [den] Nichtnuklearen. Die Amerikaner haben den Sowjets einseitige Erklärungen der Kernwaffenmächte über Nichtbedrohung mit Kernwaffen und Nichtan-

III. Im Kontrollbereich ist eine Entwicklung eingetreten, wie wir sie befürchtet hatten, als die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion der Genfer Konferenz einen Vertragsentwurf vorlegten, in dem der Kontrollartikel ausgespart war.

1) Die EURATOM-Mitglieder wünschen ein die zivile Wirtschaft nicht ungebührlich belastendes, technisch modernes Kontrollverfahren. Angesichts der Weigerung der Sowjetunion, Kontrollen bei sich selbst zuzulassen, möchten sie ferner ihr seit Jahren bewährtes und von den Vereinigten Staaten als wirksam anerkanntes Kontrollsystem, das auf dem Prinzip der Gleichbehandlung von Kernwaffen- und Nichtkernwaffenstaaten im friedlichen Bereich basiert, unversehr erhalten. Sie sind jedoch bereit, dieses Kontrollsystem für die NV-Kontrolle zur Verfügung zu stellen. Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO), auch Wiener Agentur genannt, sollte zu diesem Zweck Gelegenheit erhalten, sich durch eine sogenannte Verifizierung von der Wirksamkeit der EURATOM-Kontrolle zu überzeugen. Dabei handelt es sich nicht um Einführung von IAEO-Kontrollen im EURATOM-Bereich, sondern um Verifizierung der fortbestehenden EURATOM-Kontrollen durch die IAEO. Die Einzelheiten würde ein zwischen der IAEO und EURATOM abzuschließendes Verifikationsabkommen regeln.

Die Verifikationslösung ist einer der Kernpunkte des gemeinsamen westlichen Entwurfs für einen Artikel III vom April dieses Jahres, der insbesondere aus den deutsch-amerikanischen Konsultationen im Frühjahr hervorgegangen war.<sup>5</sup>

2) In dieser Kernfrage der Verifikation verfolgt die Sowjetregierung eine beharrlich ablehnende Taktik. Demgegenüber zeigten die Amerikaner Schritt für Schritt Nachgiebigkeit, um die erstrebte Einigung mit der Sowjetunion herbeizuführen. Die amerikanische Diplomatie versuchte, das den Verbündeten durch Zermürbungstaktik nahezubringen, wobei auf den westlichen Zusammenhalt weniger Rücksicht genommen wurde als auf das Bedürfnis der Einigung mit den Sowjets. Diese Entwicklung voraussehend, hatte der Bundesaußenminister schon im Mai dem amerikanischen Außenminister seine Besorgnisse<sup>6</sup> brieflich dargelegt. Der Antwortbrief Rusks vom 17. Mai<sup>7</sup> stellte folgendes Verfahren in Aussicht:

- Werben für den westlichen Entwurf bei den Sowjets (advocating);
- Für den Fall der Nichteinigung Ankündigung an die Sowjets, den westlichen Entwurf der Konferenz vorzulegen;
- Befürworten des westlichen Entwurfs auch auf der Konferenz (advocating);

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1547*

wendung von Kernwaffen gegen Nichtnukleare vorgeschlagen, soweit diese nicht mit Unterstützung eines Kernwaffenstaates einen bewaffneten Angriff durchführen. Die Sowjets haben noch nicht reagiert. Es ist zu erwarten, daß sie lediglich bereit sein werden, diejenigen Nichtnuklearen mit einer solchen Erklärung zu begünstigen, auf deren Territorium sich keine Kernwaffen befinden (Kossygin-Vorschlag). Unser Wunsch, die „Wohlverhaltensklausel“ in den Vertrag aufzunehmen, um eine Ausgewogenheit mit den Verzicht der Nichtnuklearen herzustellen, ist von den Amerikanern abgelehnt worden.“ Vgl. VS-Bd. 10081 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Zu Artikel III (Kontrollartikel) des amerikanischen Entwurfs vom 25. April 1967 für ein Nichtverbreitungsabkommen, der Botschafter Schnippenkötter am 14. April 1967 in Washington übergeben wurde, vgl. Dok. 131.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 168.

<sup>7</sup> Zum Schreiben des amerikanischen Außenministers Rusk an Bundesminister Brandt vgl. Dok. 168, Anm. 9.

- Für den Fall eines nur IAEO-Kontrolle fordernden Gegenentwurfs auf der Konferenz Hinweise auf die Weigerung der Sowjetunion, Kontrollen bei sich selbst zuzulassen, sowie auf das amerikanische und britische Angebot, bei sich Kontrollen anzunehmen.

Damit würden, so hieß es im Brief Rusks, „die Voraussetzungen für eine Verständigung zugunsten des von der Bundesrepublik empfohlenen Standpunktes geschaffen, daß nur diejenigen Staaten Inspektoren stellen dürfen, die Inspektionen auf ihrem Hoheitsgebiet zulassen“. (Grundsatz der Reziprozität, weil über nichtdiskriminierende Kontrollen mit den Sowjets nicht verhandelt werden kann).

3) Tatsächlich nahm die Verhandlungsgeschichte einen anderen Verlauf.

Wie weit das volle Gewicht der westlichen Position in der Kontrollfrage von den amerikanischen Unterhändlern den Sowjets gegenüber ausgespielt wurde, muß wohl dahinstehen.

Eine neue Lage trat mit dem sowjetischen Entwurf für einen Artikel III vom 1. September<sup>8</sup> ein, den die Amerikaner als Verhandlungsgrundlage hingenommen haben.

Die westlichen Konsultationen über Änderungsvorschläge zu diesem Entwurf geschahen in dem guten Glauben, daß die Sowjetunion die Verifikationslösung faktisch hinnehmen werde und daß es bei der Textformulierung im wesentlichen darum gehe, der Sowjetunion ein ausdrückliches Anerkenntnis zu ersparen.

Die EURATOM-Mitglieder wurden gleichwohl gedrängt, im Interesse der Einigung mit den Sowjets den IAEO-Kontrollen Vorzug einzuräumen. Es war bisher gelungen, den hierauf gerichteten Druck aufzufangen. Dazu haben beigetragen:

a) Das Votum der Kommission im Prüfungsverfahren nach Artikel 103 des EAG-Vertrags über die Vereinbarkeit der ihr vorgelegten Entwürfe mit dem EURATOM-Vertrag.<sup>9</sup>

b) Die fünf gemeinsamen Grundsätze der nichtnuklearen Mitglieder der Gemeinschaft; im dritten Grundsatz wird die Verifikation als Inhalt eines Abkommens zwischen EURATOM und der Wiener Agentur gefordert.<sup>10</sup>

<sup>8</sup> Vgl. dazu Dok. 322.

<sup>9</sup> Zu Artikel 103 des EURATOM-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. Dok. 85, Anm. 10.

Zur Stellungnahme der EG-Kommission vom 23. Oktober 1967 vgl. Dok. 371, Anm. 5.

<sup>10</sup> Botschafter Schnippenkötter, z.Z. Brüssel, übermittelte die fünf gemeinsamen Grundsätze der nichtnuklearen EURATOM-Mitgliedstaaten vom 26./27. Oktober 1967: „1) Safeguards under the NPT must be applied to source and special fissionable material and not to facilities. 2) There should be no misunderstanding that as far as EURATOM member states are concerned, safeguards under NPT will be applied on the basis of an agreement to be concluded between EURATOM and IAEA. 3) The agreement should be based on the principle of verification of EURATOM safeguards by IAEA; the implementation of this principle shall be negotiated between the two organisations. 4) Pending the conclusion of the agreement between EURATOM and IAEA, EURATOM member states concerned wish to stress that there should be no misunderstanding that the obligations with regard to EURATOM (or to its member states) entered into by any party to a NPT shall not be affected by provisions of article III dealing with supply. 5) EURATOM member states concerned, determined to act in common, have to be sure that the position of EURATOM when negotiating to arrive at a satisfactory agreement with IAEA will not be prejudiced by any eventual provision of article III, as for example on a time period.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1934 vom 27. Oktober 1967; B 150, Aktenkopien 1967.

c) Briefe des Bundesaußenministers an den amerikanischen Außenminister vom 13. Oktober<sup>11</sup>, der am 20. Oktober beantwortet wurde<sup>12</sup>, und vom 27. Oktober<sup>13</sup> mit erneuter Demarche unserer Botschaft in Washington.

4) Nach der NATO-Konsultation über die fünf Grundsätze haben die Amerikaner den Sowjets am 2. November Änderungsvorschläge zu deren Entwurf eines Kontrollartikels unterbreitet. Diese amerikanischen Formulierungen (Anlage II)<sup>14</sup> hätten bei aller Verbesserungsbedürftigkeit die Verifizierung immerhin noch möglich gemacht. Die Verifikationslösung wird darin zwar nicht ausdrücklich herausgestellt (wie im westlichen Konsultationsentwurf im April), doch werden den Befürwortern dieser Lösung gewisse Ansatzpunkte zu ihrer Verwirklichung geboten. Der Text würde aber auch den Gegnern der Verifikationslösung Handhaben verschaffen. Das Zustandekommen des Verifikationsabkommens müßte daher zusätzlich politisch abgesichert werden. Die von den Benelux-Ländern in Aussicht genommenen individuellen Ratifikationsvorbehalte sind dafür nicht ausreichend. Wir haben daher bilateral und im NATO-Rat um folgende Zusicherung ersucht:

- NATO-interne Förderungszusage des Verifikationsabkommens zwischen IAEÜ und EURATOM;
- Klarheit über amerikanische Andeutungen, die Ratifikation durch die Vereinigten Staaten bis zum Abschluß eines befriedigenden Verifikationsabkommens zwischen IAEÜ und EURATOM hinauszuschieben;
- Einführung des Grundsatzes der Reziprozität bei der Kontrolle, d.h. an der Kontrolle soll nur der teilhaben, der sich selber kontrollieren läßt (angesichts des amerikanischen und des britischen Angebots sowie der Teilnahme Frankreichs an EURATOM ist das im Westen unproblematisch).

Eine weitere „flankierende“ Maßnahme sollte die rasche Erarbeitung von Grundsätzen eines Verifikationsabkommens werden, sobald ein einigermaßen ausreichend erscheinender Text in Aussicht steht.

5) Die Sowjetregierung hat in ihrer am 18. November in Genf erteilten Antwort<sup>15</sup> auf die amerikanischen Vorschläge vom 2. November nicht einmal die-

<sup>11</sup> Zum Schreiben des Bundesministers Brandt an den amerikanischen Außenminister Rusk vgl. Dok. 351.

<sup>12</sup> Zum Schreiben des amerikanischen Außenministers Rusk an Bundesminister Brandt vgl. Dok. 371, Anm. 2.

<sup>13</sup> Für das Schreiben des Bundesministers Brandt an den amerikanischen Außenminister Rusk vgl. Dok. 371.

<sup>14</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 10081 (Ministerbüro). Amerikanischer Entwurf vom 2. November 1967 für Artikel III (Kontrollartikel) eines Nichtverbreitungsabkommens (Auszug): „Each non-nuclear-weapon state party to the Treaty undertakes to accept safeguards, as set forth in an agreement to be negotiated and concluded with the IAEA in accordance with the statute of the IAEA and the Agency's safeguards system, for the exclusive purpose of verification of the fulfillment of its obligations assumed under this Treaty with a view to preventing diversion of nuclear energy from peaceful uses to nuclear weapons or other nuclear explosive devices.“ Vgl. FRUS 1964–1968, XI, S. 528 f.

<sup>15</sup> Der Leiter der sowjetischen Delegation bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf, Roschtschin, erklärte gegenüber dem amerikanischen Delegationsleiter Foster am 18. November 1967, „die Sowjetunion könne nicht die Auslassung der IAEA-safeguards aus dem ersten Satz des Artikels III akzeptieren. Die Nichtkernwaffenmächte müßten ein einziges weltweites Sicherheitskontrollsystem, das der IAEÜ, annehmen. Der amerikanische Vorschlag laufe auf Selbstkontrolle der EURATOM hinaus. Wenn der Vertrag effektiv werden solle, müsse er das einzige ausschließliche Sicherheitssystem der IAEÜ vorsehen. Die Sowjetunion sei bereit, alle anderen ame-

sen für EURATOM unbefriedigenden, für sie aber durchaus gesichtswahrenden Entwurf angenommen.<sup>16</sup> Die sowjetischen Unterhändler geben nicht mehr vor, daß Moskau die Verifikationslösung dulden werde, sondern fordern unverhüllt IAEO-Kontrollen für alle Nichtkernwaffenstaaten. Dies soll durch die Bezeichnung der Kontrollen als IAEO-Kontrollen im Vertragstext eindeutig zum Ausdruck kommen. Die Sowjets bestehen in diesem Punkte auf ihrem Entwurf vom 1. September.

Die amerikanische Diplomatie zeigt, trotz der Zusicherungen in den Briefen von Außenminister Rusk vom 17. Mai und 20. Oktober, in dieser kritischen Phase noch größere Bereitschaft, auf die sowjetischen Wünsche einzugehen, statt sich vor EURATOM zu stellen. Wie uns von einwandfrei informierter amerikanischer Seite an zwei verschiedenen Plätzen vertraulich bedeutet wurde, ist den amerikanischen Unterhändlern in Genf nicht an einer EURATOM-konformen Lösung gelegen. Sie wollen den NV-Kontrollen im Vertragstext daher das „IAEO-Etikett“ geben. Sie haben eine entsprechende Formulierung als einzige echte Alternative in die NATO-Konsultation am 24. November eingeführt (Anlage III)<sup>17</sup>.

Mit einem derartigen Text wäre es so gut wie ausgeschlossen, ein befriedigendes Verifikationsabkommen zwischen der IAEO und EURATOM zu erreichen. EURATOM könnte mit der IAEO über die Einführung von IAEO-Kontrollen im EURATOM-Bereich verhandeln, nicht mehr über Verifizierung fortbestehender EURATOM-Kontrollen.

6) Wir stehen damit in der Endphase einer monatelangen Auseinandersetzung in der Kontrollfrage. Die Sowjetunion hat ihren Nutzen davongetragen. Die westliche Kohärenz ist bereits gelockert. Guter Glaube an die amerikanische Verhandlungsführung verliert seinen Boden. Zweifel mehren sich, welchen Platz Europa in der amerikanischen Politik einnimmt. Ob Frankreich Vorwän-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1550*

rikanischen Vorschläge anzunehmen, einschließlich der Fortsetzung des Satzes, der sich mit der Kontrolle der Anlagen befaßt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 983 des Botschaftsrats I. Klasse Mangold, Genf (Internationale Organisationen), vom 21. November 1967; VS-Bd. 2519 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>16</sup> Bereits am 9. November 1967 teilte der Leiter der sowjetischen Delegation bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf, Roschtschin, der amerikanischen Delegation mit, daß er der sowjetischen Regierung die Annahme des amerikanischen Entwurfs vom 2. November 1967 für Artikel III (Kontrollartikel) eines Nichtverbreitungsabkommens empfehlen wolle, unter der Voraussetzung, daß sich die USA zu folgender Umformulierung des ersten Satzes bereit erklären: „Each non-nuclear-weapon state party to the Treaty undertakes to accept safeguards, in accordance with the statute of the IAEA and the Agency's safeguards system, as set forth in an agreement to be concluded with the IAEA for the exclusive purpose of verification of the fulfillment of its obligations assumed under this Treaty with a view to preventing diversion of nuclear energy from peaceful uses to nuclear weapons or other nuclear explosive devices.“ Vgl. FRUS 1964–1968, XI, S. 528.

<sup>17</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 10081 (Ministerbüro).

Am 24. November 1967 informierte Botschafter von Keller, Genf (Internationale Organisationen), über die von amerikanischer Seite vorgeschlagenen drei Fassungen des ersten Satzes von Artikel III (Kontrollartikel) eines Nichtverbreitungsabkommens. Für den Drahtbericht Nr. 989 vgl. VS-Bd. 4118 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

Am 30. November 1967 berichtete Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), über Ausführungen des amerikanischen Botschafters bei der NATO: „Cleveland sagte, die Amerikaner hätten in Genf auf ihrem Entwurf des ersten Satzes vom 2. November bestanden, worauf Sowjets ihre Umformulierung vom 9. November zurückgezogen hätten. Da jedoch eine Möglichkeit bestünde, auf sowjetischen Text vom 9. 11. als Kompromißlösung zurückzukommen, bäten Amerikaner um Stellungnahme zu diesem Text.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1841; VS-Bd. 4118 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

de geboten werden, sich EURATOM-Kontrollen zu entziehen oder ob ihm durch Einführung unterschiedlicher Behandlung Vorteile verschafft werden, ob dem künftigen gemeinsamen Energiemarkt das Fundament der Gleichbehandlung entzogen wird, derartige Fragen scheinen an politischem Interesse eingebüßt zu haben. Hauptleidtragende drohen bei dieser Entwicklung die Westeuropäer zu werden, die freilich durch Uneinigkeit einen Teil zu der prekären Entwicklung beitragen.

7) Die Entscheidung über den Kurs liegt bei Amerika. Wir sind darüber informiert, daß dort eine Auseinandersetzung über Prioritäten stattfindet: Eini-gung mit den Sowjets unter Inkaufnahme weiterer Erosion innerhalb des Bündnisbereichs, insbesondere in Europa, oder Erhaltung und Verfestigung des europäischen Besitzstandes und des westlichen Zusammenhalts.

Beim Ringen um die Prioritäten haben innerhalb der amerikanischen Admini-stration diejenigen noch eine echte Chance, die das bei der europäischen Eini-gung Erreichte bewahren wollen. Nach wiederholter Berichterstattung unserer Botschaft in Washington hat das Weiße Haus sich die Entscheidungsfreiheit noch gewahrt. Die bisherigen Schritte (bilaterale und NATO-Konsultationen, Einschaltung der Kommission, gemeinsame EURATOM-Prinzipien, Korre-spondenz der Außenminister) haben zwar letzten Endes nicht zu verhindern vermocht, daß die amerikanischen Unterhändler in Genf den Weg des Nachge-bens gegenüber den sowjetischen Forderungen fortgesetzt haben. Doch ist das letzte und entscheidende Mittel noch nicht ausgeschöpft: Ein Appell des Bundeskanzlers an Präsident Johnson um Einlösung der Zusage, daß der amerikani-sche Präsident nichts tun werde, was die deutsche Regierung verletzen würde.

Der Appell des Bundeskanzlers sollte in Briefform nicht später als am 30. No-vember in Washington übergeben werden. Die Amerikaner wünschen späte-stens zu diesem Zeitpunkt eine Reaktion der Alliierten im NATO-Rat zu erhal-ten und üben Pressuren in Richtung Nachgeben aus. Im NATO-Rat ist zu erwar-ten, daß sich Italien und Belgien, vielleicht auch England, in einer Weise äu-ßern werden, die mindestens eine Distanzierung von der amerikanischen For-mel vom 24. November impliziert.

8) Die gegenwärtigen Verhandlungen gehen unter strenger Geheimhaltung vor sich. Nichtnukleare, die öffentliche Mitteilungen machen, laufen Gefahr, daß ihnen die Schwierigkeiten der Verhandlungslage in Genf angelastet werden.

Auch der Erfolg eines Appells an den amerikanischen Präsidenten wird davon abhängen, daß über Tatsache und Inhalt dieses Schritts nichts zur Unzeit an die Öffentlichkeit gelangt.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>18</sup> dem Herrn Minister für die Kabi-nettsitzung am 29. November vorgelegt.<sup>19</sup>

Der Entwurf für einen Brief des Bundeskanzlers an Präsident Johnson liegt bei (Anlage IV).<sup>20</sup>

<sup>18</sup> Georg Ferdinand Duckwitz.

<sup>19</sup> Vgl. dazu weiter Dok. 405.

<sup>20</sup> Dem Vorgang beigelegt. In dem undatierten Entwurf eines Schreibens des Bundeskanzlers Kiesinger wurde ausgeführt: „Die Kontrollfrage mit ihren unvermeidlichen Auswirkungen auf die Europäische Atomgemeinschaft ist für uns darum eine Frage, die wir nicht nur im Lichte praktisch-



Für den Fall der Unterrichtung des Bundeskanzlers vor der Kabinettsitzung ist ein besonderer Durchdruck zur Weiterleitung an das Bundeskanzleramt beigelegt.<sup>21</sup>

gez. Ruete

VS-Bd. 10081 (Ministerbüro)

## 403

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete

II A 5-82.60/0-94.22-1742/67 VS-vertraulich

27. November 1967<sup>1</sup>

Betr.: Einbeziehung Berlins in ein deutsch-rumänisches Kulturabkommen<sup>2</sup>;  
hier: Unterredung mit Botschafter Oancea vom 27. November 1967

Botschafter Oancea suchte mich heute auf, um mir die rumänische Stellungnahme zu unseren Vorschlägen vom 29. September 1967 über die Einbeziehung Berlins in ein Kulturabkommen mitzuteilen.<sup>3</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1552*

technischer Kontrollnotwendigkeiten sehen können. Sie ist für uns ein entscheidender und zuverlässiger Gradmesser, ob sich der NV-Vertrag mit dem Geist und den tragenden Prinzipien unserer europäischen Verpflichtungen und Ziele vereinbaren läßt, ob er unserer Politik der europäischen Einigung volle Entfaltungsmöglichkeit gibt oder ob er die Substanz der Gemeinschaft gefährdet und beeinträchtigt. Eines der wesentlichen Prinzipien der Gemeinschaft ist die absolute Gleichstellung aller ihrer Mitglieder im friedlichen Bereich. Dieses Prinzip soll nun durch die Kontrollregelung des NV-Vertrags durchbrochen werden, und zwar ausschließlich deswegen, weil die Sowjetunion Kontrollen bei sich nicht zuläßt und weil sie statt einer sinnvollen Heranziehung der nichtdiskriminierenden EURATOM-Kontrolle für den NV-Zweck mittels Verifizierung durch die IAEA eine diskriminierende NV-Kontrolle durch die IAEA fordert.“ Vgl. VS-Bd. 10081 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>21</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastl am 12. Dezember 1967 vorgelegen, der handschriftlich für Legationsrat I. Klasse Madlung vermerkte: „B[itt]e V 1 von Entscheidung unterrichten. Um Entwurf deutscher Erklärung gem[äß] Ziffer 3 bitten.“

<sup>2</sup> Bereits am 1. September 1967 erklärte der rumänische Botschafter Oancea gegenüber Bundesminister Brandt, daß die Kulturbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien unter den bilateralen Fragen an erster Stelle stünden: „Seine Regierung sei bereit, über Hindernisse, die dem Abschluß eines Kulturabkommens entgegenstehen könnten, zu sprechen.“ Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Arz von Straussenburg vom 6. September 1967; Referat II A 5, Bd. 1029.

<sup>3</sup> Am 29. September 1967 schlug Ministerialdirektor Ruete dem rumänischen Botschafter Oancea „fünf Varianten einer Berlinlösung vor. (Prager Modell; Anknüpfung an Abkommen über technisch-wissenschaftlichen Austausch; Anknüpfung an Warenabkommen; zwei Varianten einer deutschen Berlin-Erklärung und einer rumänischen Replik.) Botschafter Oancea erwiderte auf diese Erklärungen und Vorschläge folgendes: Bisher sei das Kulturabkommen an der Frage der Berlin-Klausel gescheitert. Er habe es daher begrüßt, daß die beiden Außenminister sich in Bukarest geeinigt hätten, auf eine Berlin-Klausel zu verzichten.“ Vorbehaltlich einer Weisung der rumänischen Regierung lehnte Oancea die ersten drei Vorschläge ab. „Er wolle präzisieren, bei Aufnahme der diplomatischen Beziehungen seien die Rechtsstandpunkte hinreichend klargestellt worden. Das habe Anlaß zu Pressespekulationen und zu Reaktionen von Leuten gegeben, die gegen eine Zusammenarbeit zwischen Bonn und Bukarest seien. Daher sei es jetzt besser, sich in Verträgen nicht

1) Botschafter Oancea führte aus, daß er die Angelegenheit mit seiner Regierung erörtert habe. Bukarest vertrete folgenden Standpunkt:

Durch die Erklärungen bei der Aufnahme der Beziehungen sei der Rahmen für die deutsch-rumänischen Beziehungen in allen Bereichen festgesetzt worden.<sup>4</sup> Neue Erklärungen würden nur Anlaß zu Schwierigkeiten geben. Alle unsere Vorschläge enthielten in irgendeiner Form eine Berlin-Klausel. Die rumänische Regierung könne derartige Erklärungen jedoch nicht abgeben. Beide Seiten sollten ihre Standpunkte in der Berlin-Frage respektieren.

Er wies sodann auf den bisherigen intensiven Kulturaustausch mit Berlin hin. Wörtlich sagte er:

„Den Kulturaustausch mit Berlin werden wir – wie bisher – auch in Zukunft nicht behindern. Wir sind bereit, die guten Beziehungen zwischen Westberliner Instituten und rumänischen Zentralstellen auch in Zukunft zu fördern. Wir haben eine Ausstellung in Berlin organisiert, ein bekannter rumänischer Regisseur<sup>5</sup> hat dort „Dantons Tod“ von Büchner inszeniert, ein Austausch von Fußballmannschaften hat stattgefunden, rumänische Opern- und Operettenstars haben in Berlin gesungen. Wenn von Berliner Institutionen Vorschläge auf kulturellem Gebiet an uns herangetragen worden sind, haben wir sie im Rahmen des Möglichen immer berücksichtigt. Die Bundesregierung kann daher versichert sein, daß die rumänische Regierung auch in Zukunft den Austausch mit Westberlin nicht behindern, sondern fördern wird.“

Der Botschafter unterstrich sodann, daß die rumänische Regierung stark am Abschluß eines Kulturabkommens interessiert sei, aber eines solchen ohne Berlin-Klausel.

Auf meine Frage, ob unsere Botschaft die Berliner Vorschläge für den Kulturaustausch mit Rumänien übermitteln könne, meinte der Botschafter, der Erfolg werde sicher größer sein, wenn die Berliner Stellen direkte Kontakte mit den zuständigen rumänischen Stellen aufnehmen. Er schloß aber eine Betätigung unserer Botschaft nicht ausdrücklich aus. Er gab ferner zu verstehen, daß seine Regierung einer spektakulären Einbeziehung Berlins in den Kulturaustausch, z.B. bei den Reiseprogrammen rumänischer Besucher, nicht zustimmen könne.

2) Ich wies Herrn Oancea nochmals darauf hin, daß ein Kulturabkommen der Bundesregierung Berlin einschließen müsse, wenn es die erforderliche Zustimmung der Länder erhalten solle. Ich knüpfte sodann an Oanceas Darstellung des regen Kulturaustauschs Rumäniens mit Berlin an und fragte ihn, ob wir nicht wenigstens in einer gemeinsamen schriftlichen Erklärung festhalten könnten, daß die bisherige Praxis im Kulturaustausch mit Berlin weiter aufrechterhalten werden solle. Oancea erwiderte, daß es Rumänien unmöglich sei, eine solche schriftlich fixierte Erklärung abzugeben. Er hob hervor, daß alle Er-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1553*

mehr auf Westberlin zu beziehen, sondern eine praktische Lösung für den kulturellen Austausch zu finden. Aus der bisherigen Zusammenarbeit sei zu ersehen, daß die rumänische Seite bereit sei, die Interessen der Bundesrepublik zu respektieren. Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Haas vom 3. Oktober 1967; Referat II A 5, Bd. 1033.

<sup>4</sup> Zu den Erklärungen der Regierungen der Bundesrepublik und Rumäniens vom 1. Februar 1967 vgl. Dok. 39, Anm. 5.

<sup>5</sup> Livio Ciulei.

klärungen Rumäniens zu Berlin neue Diskussionen innerhalb und außerhalb beider Länder über das deutsch-rumänische Verhältnis auslösen müßten. Dadurch würden unsere guten Beziehungen gestört.

3) Ich habe Herrn Oancea daraufhin zur Frage der Einbeziehung Berlins vorgeschlagen, daß die deutsche Seite eine einseitige schriftlich fixierte Erklärung abgeben könne, die von den Rumänen zur Kenntnis genommen würde. Der Inhalt der Erklärung könne sich auf unsere bisherigen Gespräche beziehen. Es könne darin festgestellt werden, daß die bisherige Praxis auf dem Gebiete der Kulturbeziehungen fortgesetzt würde. Es könne ferner zum Ausdruck gebracht werden, daß die beiderseitigen Rechtsstandpunkte gewahrt blieben.

Herr Oancea erwiderte, er glaube nicht, daß seine Regierung gegen eine solche einseitige schriftliche Erklärung „für unseren internen Gebrauch“ Bedenken hätte, wenn sie nichts enthielte, was Rumänien nicht akzeptieren könne. Die rumänische Regierung brauche ihrerseits keine schriftliche Fixierung. Daß die Kulturbeziehungen in der bisherigen Weise fortgesetzt würden, entspräche den rumänischen Absichten.

4) Wir verblieben wie folgt:

a) Der Botschafter, der am Freitag<sup>6</sup> zur Teilnahme an der Tagung des Zentralkomitees der Rumänischen Kommunistischen Partei nach Bukarest<sup>7</sup> zurückkehrt, wird seine Regierung über das Gespräch informieren und die Zustimmung der rumänischen Regierung zu dem von mir unter Ziffer 3 vorgeschlagenen Verfahren einholen.

b) Ich werde die Zustimmung meiner Regierung zu dem von mir à titre personnel eingebrachten Vorschlag zu erhalten versuchen.

c) Das Auswärtige Amt wird Formulierungen für eine die Einbeziehung Berlins regelnde Erklärung ausarbeiten.

d) Wir werden nach Rückkehr des Botschafters das Gespräch fortsetzen<sup>8</sup> und nach Möglichkeit eine Einigung über die Formulierungen erzielen. Bei der Fortsetzung des Gesprächs soll auch Klarheit darüber erzielt werden, ob die ins Auge gefaßte Erklärung vor Aufnahme der Verhandlungen über ein Kulturabkommen oder bei dessen Unterzeichnung abgegeben werden soll.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>9</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>10</sup> mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Abteilung V wird den Vorschlag zu Ziffer 3 prüfen und ggf. Formulierungen ausarbeiten.<sup>11</sup> Mir scheint sich hier eine Möglichkeit abzuzeichnen, unter Auf

<sup>6</sup> 1. Dezember 1967.

<sup>7</sup> Das Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rumäniens tagte vom 29. November bis 1. Dezember 1967 in Bukarest.

<sup>8</sup> Zu den Gesprächen des Ministerialdirektors Ruete mit dem rumänischen Botschafter Oancea am 22. bzw. 29. Februar 1968 vgl. die Aufzeichnung vom 4. März 1968; AAPD 1968.

<sup>9</sup> Hat Staatssekretär Duckwitz am 1. Dezember 1967 vorgelegen, der auf einer Begleitnotiz für Bundesminister Brandt handschriftlich vermerkte: „Dieser Vorschlag scheint mir eine brauchbare Lösung zu sein und vermeidet unnötige Auseinandersetzungen.“

Hat Staatssekretär Lahr am 2. Dezember 1967 vorgelegen.

<sup>10</sup> Hat Bundesminister Brandt am 5. Dezember 1967 vorgelegen.

<sup>11</sup> Am 29. November 1967 erläuterte Legationsrat I. Klasse Hillger dazu: „Für die weiteren Erörterungen könnte jedoch der Gedanke einer einseitig von uns abzugebenden Erklärung und deren

rechterhaltung der beiderseitigen Standpunkte in der Berlin-Frage ohne ausdrückliche Berlin-Klausel eine Einbeziehung Berlins in das abzuschließende Kulturabkommen zu erzielen.

Ruete

VS-Bd. 4263 (II A 5)

404

### Botschafter Pauls, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-15448/67 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 784

Aufgabe: 27. November 1967, 11.30 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 27. November 1967, 14.57 Uhr

In der deutschen Presse taucht immer wieder der Vergleich des geteilten und nun wiedervereinigten Jerusalem<sup>2</sup> mit dem geteilten Berlin auf. Dieser Vergleich ist so bedenklich, daß wir ihm entgegenwirken sollten. Denn es handelt sich in der Tat um zwei durchaus unvergleichbare Situationen. In Berlin lebt ein Volk, durch die Teilung der Stadt auseinandergerissen. In Jerusalem leben zwei Völker, einander spinnefeind, durch die Vereinigung der Stadt zueinander gezwungen (140 000 Juden und 90 000 Araber).

Berlin ist durch die Anwesenheit fremder Besatzung in Ostberlin geteilt. Jerusalem ist durch die Anwesenheit fremder Besatzung in Ostjerusalem vereint, woran auch die enge historische Verbindung der Juden zu Alt-Jerusalem nichts ändert.

Das Anstellen oberflächlicher Vergleiche widerspricht dem Interesse unserer Deutschland- und Berlinpolitik.

[gez.] Pauls

VS-Bd. 2567 (I B 4)

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1555*

widerspruchslose Entgegennahme durch die rumänische Seite aufgegriffen werden, da wir bei der Einbeziehung Berlins in Verträge mit den kommunistischen Staaten an keine bestimmte Form gebunden sind. Die Frage, ob auf diese Weise eine Einigung über die Einbeziehung Berlins zustandekommt, hängt von dem Inhalt einer solchen Erklärung ab.“ Folgende Fassung komme in Betracht: „Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland geht davon aus, daß die bisherige Praxis in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Rumänien auch für das Kulturabkommen gilt. Sie geht ferner davon aus, daß die diesbezüglichen Rechtsstandpunkte beider Seiten durch den Abschluß des Kulturabkommens nicht berührt werden.“ Vgl. Referat II A 5, Bd. 1029.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Gehlhoff am 1. Dezember 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur Anordnung der israelischen Regierung vom 27. Juni 1967, die Neustadt von Jerusalem (das heutige West-Jerusalem) mit der Altstadt und Ost-Jerusalem administrativ zu vereinen, vgl. Dok. 248, besonders Anm. 4.

**Aufzeichnung des Botschafters z. b. V. Bahr****II B 3-80.18-2258/67 geheim****28. November 1967**

Betr.: Sitzung des Bundeskabinetts am Mittwoch, dem 29. November 1967;  
hier: NV-Verhandlungen

I. Es ist bei der Kurzfristigkeit des durch II B vorbereiteten Papiers<sup>1</sup> für die Kabinettsitzung nicht möglich, dazu im einzelnen Stellung zu nehmen. In einer Reihe wichtiger Einzelpunkte erscheint die Vorlage aber nicht ausbalanciert.

II. Was den Stand der Verhandlungen zum Thema Verifikation/EURATOM/IAEO angeht, so ist zwischen den Zeilen der Vorlage zu lesen, daß die Bundesrepublik, von der Sonderposition Frankreichs abgesehen, für ihre Wünsche auch von den anderen vier EURATOM-Partnern<sup>2</sup> keine Unterstützung zu erwarten hat, also in die Gefahr der Isolierung zu geraten droht.

III. II B ist zu der Auffassung gelangt: „Die Zeit des Argumentierens auf den bisher benutzten diplomatischen Wegen ist abgelaufen“.<sup>3</sup> Dem ist zuzustimmen, gerade auch angesichts der von Herrn Diehl und anderen vermittelten Eindrücke über die gespannte bis gereizte Atmosphäre zwischen den USA und der Bundesrepublik in der NV-Frage.

Es würde dem Ergebnis der Analyse entsprechen, wenn wir insoweit im Augenblick Abstand davon nehmen, die in letzter Zeit vorgebrachten, zum Teil neuen Forderungen durchsetzen zu wollen.

Das Kabinetts sollte sich auf das Prinzip verständigen, daß in EURATOM berührenden Fragen die Gemeinschaft bzw. ihre fünf aktiven Mitglieder gemeinsam oder jedenfalls einheitlich vorgehen.

IV. Von einem Brief des Bundeskanzlers an den amerikanischen Präsidenten in der jetzigen Situation ist abzuraten<sup>4</sup>:

<sup>1</sup> Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete vom 27. November 1967 vgl. Dok. 402.

<sup>2</sup> Belgien, Italien, Luxemburg und die Niederlande.

<sup>3</sup> Botschafter Schnippenkötter, z. Z. Genf, berichtete am 24. November 1967 über den Stand der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission: „1) Die Zeit des Argumentierens auf den bisher benutzten diplomatischen Wegen ist abgelaufen. Über den oben abgesteckten Rahmen hinaus ist ein Eingehen der Amerikaner auf Änderungs- und Ergänzungswünsche der Nichtnuklearen nicht mehr zu erwarten. 2) Das letzte Hindernis für den geschilderten Gang der Dinge ist das Kontrollproblem. Bevor wir, vielleicht zusammen mit Italien, in dieser Frage uns isolieren oder stillschweigend nachgeben, sollte das bisher zurückgestellte Mittel eines Appells des Bundeskanzlers an den amerikanischen Präsidenten eingesetzt werden. Der Appell mußte darauf abzielen, daß die amerikanische Führung eine Entscheidung über ihre politischen Prioritäten trifft.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 990; VS-Bd. 10081 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Am 27. November 1967 notierte Botschafter z. b. V. Bahr dazu: „Es wäre ungewöhnlich, einen Brief des Bundeskanzlers abzusenden, bevor der letzte Brief des Bundesministers an Rusk beantwortet ist, zumal es für den Kanzler-Brief keine neuen Sachpunkte gibt. Den Amerikanern ist noch eine gewisse Zeit für die Beantwortung des Minister-Briefes zuzubilligen. Außerdem könnte ein Kanzler-Brief jetzt als eine Art Beschwerde wegen des noch nicht beantworteten Minister-Briefes aufgefaßt werden.“ Vgl. VS-Bd. 11572 (Planungsstab); B 150, Aktenkopien 1967.

1) Die Vertragsdauer ist der vom Bundeskanzler im August in Washington<sup>5</sup> betonte entscheidende Punkt für unsere Beurteilung des NV-Vertrages. Die Ultima ratio eines Kanzler-Briefes sollte für den entscheidenden Punkt und die entscheidende Situation, die heute nicht gegeben ist, vorbehalten bleiben.

2) Die Antwort Rusk auf den letzten Brief des Bundesministers<sup>6</sup> steht aus. Es würde sich hingegen empfehlen, unter Hinweis auf die neu entstandene Situation, auf eine Beantwortung zu drängen.

3) Die Gefahr der Isolierung kann durch einen derartigen Alleingang nicht durchbrochen werden; sie wird im Gegenteil eklatant. Und das an einem Punkt, an dem es sich um EURATOM-Interessen handelt, also nicht bloß deutsche Interessen, für die wir allerdings von den anderen Partnern keine Unterstützung mehr zu erwarten haben.

V. Zu dem vorgeschlagenen Briefentwurf an Johnson<sup>7</sup> ist darüber hinaus zu sagen:

1) Er macht die Erfüllung einer Forderung, die von uns allein vertreten wird, zur *Conditio sine qua non* der Annahme des Vertrages. Dies zudem in einer Situation, in der die eigentlichen Verhandlungen eben nicht abgeschlossen sind.

2) Er läßt im dunkeln, mit welchen weiteren Forderungen die Bundesrepublik kommen würde, bevor sie dem Vertragsentwurf zustimmt.

3) Es ist nicht überzeugend, die USA für die Zukunft einer europäischen Gemeinschaft verantwortlich zu machen, für die sich Frankreich, was den NV-Vertrag angeht, uninteressiert erklärt. Zweifellos würde die Position von EURATOM mit einer aktiven Beteiligung Frankreichs ungleich stärker sein.

VI. Eine Stellungnahme zu den in der Anlage I<sup>8</sup> aufgezählten offenen Punkte bleibt vorbehalten. Sie gehören, genau genommen, nicht zur jetzt anstehenden Entscheidung.

VII. Zur Beschlußfassung im Kabinett wird vorgeschlagen:

a) Das Auswärtige Amt drängt auf die Beantwortung des Minister-Briefes durch Rusk.

b) Das Auswärtige Amt führt eine einheitliche Haltung der fünf in dieser Frage aktiven Partner von EURATOM zu dem Ergebnis der sowjetisch-amerikanischen Besprechungen zum Kontrollartikel herbei.

c) Unsere Vertretung bei der NATO wird angewiesen, sich unter Hinweis auf a) und b) jeder Stellungnahme zu enthalten und einem etwaigen amerikanischen Drängen auf Abgabe einer positiven Stellungnahme nicht nachzugeben. Dies gilt gegebenenfalls auch für die Delegation in Genf.

<sup>5</sup> Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen vom 15./16. August 1967 vgl. Dok. 301–304 und Dok. 317.

<sup>6</sup> Für das Schreiben des Bundesministers Brandt vom 28. Oktober 1967 an den amerikanischen Außenminister Rusk vgl. Dok. 371.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Dok. 402, Anm. 20.

<sup>8</sup> Zur Anlage I der Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete vom 27. November 1967 vgl. Dok. 402, Anm. 4.

Der Eilbedürftigkeit [wegen] hiermit dem Herrn Bundesminister<sup>9</sup> direkt vorgelegt. Dem Herrn Staatssekretär<sup>10</sup> gleichzeitig zugeleitet.<sup>11</sup>

Bahr

VS-Bd. 4114 (II B 3)

406

### Vortragende Legationsrätin I. Klasse von Puttkamer an die Botschaft in Washington

I B 1-84.10-30-3623/67 VS-vertraulich

28. November 1967<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 4528

Aufgabe: 30. November 1967, 19.52 Uhr

Betr.: Beitrittsklausel im geplanten Abkommen über Rettung und Rückkehr von Astronauten und die Rückgabe von Weltraumgerät

Bezug: DB Nr. 2339 vom 16. 11. 1967 – I B 1-84.00/1-2281/67 VS-v  
Diplogerma Washington<sup>2</sup> und DB Nr. 926 vom 20. 11. 1967 –  
I A 6-86.11 Unogerma New York<sup>3</sup>

1) Das sowjetische Interesse an dem Abschluß eines Abkommens über Rettung von Astronauten wird durch die Tatsache beleuchtet, daß die Sowjetunion im September 1967 die britische Regierung durch Verbalnote gebeten hat, für den

<sup>9</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>10</sup> Georg Ferdinand Duckwitz.

<sup>11</sup> Am 6. Dezember 1967 notierte Botschafter Schnippenkötter zur Aufzeichnung des Botschafters z. b. V. Bahr vom 28. November 1967: Sie „geht in folgenden Punkten von anderen, z. T. falschen oder hier anders bewerteten Voraussetzungen aus. Zu I: Mit ‚Kurzfristigkeit‘ der Abteilungsvorlage kann allenfalls darauf angespielt werden, daß die Entscheidung über Behandlung des Punktes im Kabinett erst am Vortage fiel. Zu II: Es steht nicht ‚zwischen den Zeilen‘, daß wir in EURATOM alleinstehen. Die fünf Prinzipien sind gemeinsam aufgestellt worden, und aus ihnen werden weitgehend gleichartige Folgerungen gezogen. [...] Zu III: Es ist unzutreffend, daß ‚neue Forderungen vorgebracht‘ worden sind. Die Regierungspositionen stehen seit Anfang d. J. fest, ebenfalls die dazu gehörigen Rückfallpositionen. Ein Zurückgehen auf Rückfallpositionen ist kein Nachschieben neuer Positionen.“ Vgl. VS-Bd. 4114 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Der Drahterlaß wurde vom Vortragenden Legationsrat von Hassell konzipiert.

Hat Legationsrat I. Klasse Lücking und Vortragendem Legationsrat I. Klasse Blomeyer-Bartenstein am 28. bzw. 29. November 1967 zur Mitzeichnung vorgelegen.

<sup>2</sup> Botschafter Knapstein, Washington, übermittelte den Entwurf eines Astronautenbergungsabkommens, der auf amerikanisch-sowjetische Verhandlungen zurückging. Die amerikanische Regierung „wolle die Allstaatenklausel in dieses Abkommen aufnehmen und die Frage des depositären ebenso lösen wie im Weltraumabkommen (also mit den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Sowjetunion als Depositären)“. Sie sei ferner bereit, „eine einseitige Erklärung über die Nichtanerkennungswirkung einer Allstaatenklausel abzugeben“. Vgl. VS-Bd. 4098 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), teilte folgende Einschätzung mit: „1) Die Möglichkeiten für ein Eindringen der SBZ in den multilateralen Bereich werden wesentlich verstärkt, wenn bei internationalen Verträgen in wachsendem Maße die Alle-Staaten-Klausel verwandt wird. Ich halte die bisherige Stellung der Bundesrepublik Deutschland in der Frage des Ausschlusses der SBZ von internationalen Verträgen und Konferenzen für erheblich gefährdet, wenn,

Fall, daß bemannte sowjetische Raumkörper im Gebiet des Indischen Ozeans niedergingen, Hilfe bei der Bergung zu gewähren und insbesondere sowjetischen Bergungsmannschaften Zugang zu britischen Hoheitsgebieten zu gestatten.

2) Es trifft zu, daß seinerzeit für das Astronautenabkommen die Allstaatenklausel in Aussicht genommen war. Die Tatsache, daß inzwischen das Weltraumabkommen mit Allstaatenklausel abgeschlossen wurde<sup>4</sup>, kann nicht bedeuten, daß nunmehr das Astronautenabkommen ebenfalls eine Allstaatenklausel haben muß<sup>5</sup>. Die Vereinigten Staaten haben die Allstaatenklausel bei dem Weltraumabkommen vor allem mit seiner Bedeutung für den Abrüstungsbereich gerechtfertigt. Diese Begründung gilt nicht für das Astronautenabkommen.

Auch das Weltraumabkommen enthält Bestimmungen über die Rettung von Astronauten. So lag die Annahme nahe, daß durch das Weltraumabkommen der Abschluß eines besonderen Astronautenabkommens entfallen und damit der Ausnahmecharakter der Allstaatenklausel aufrechterhalten bleiben würde.

3)<sup>6</sup> Die Verbindung der Allstaatenklausel mit der Dreidepositarlösung bietet keinen vollwertigen Ersatz für die eine einseitige Beitrittserklärung der SBZ ausschließende Wiener Formel<sup>7</sup>. Die Dreidepositarlösung dämmt lediglich die politisch negativen Folgen der bei der Allstaatenklausel möglichen Beitrittserklärung der SBZ in gewisser Weise ein, indem sie die Hinterlegung solcher Beitrittserklärung auf den Bereich beschränkt, in dem die SBZ ohnehin als Staat angesehen wird. Die Dreidepositarlösung gewährt zudem uns eine ge-

*Fortsetzung Fußnote von Seite*

wie vorgesehen, die Alle-Staaten-Formel in das geplante Astronautenabkommen aufgenommen wird. [...] 2) Es ist erneut vorgesehen, daß Depositare außerhalb der Vereinten Nationen (Washington, London, Moskau) eingesetzt werden, um auf diese Weise den Generalsekretär als Depositär mit seiner etablierten Praxis der Wiener Formel zu umgehen. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß durch die wiederholte Ausschaltung des Generalsekretärs seine Position als internationaler Depositär geschwächt wird.“ Vgl. VS-Bd. 2529 (I B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> In Artikel XIV des Abkommens vom 19. Dezember 1966 über die „Grundsätze zur Regelung der Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums, einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper“ wurde u. a. ausgeführt: „1) Dieser Vertrag steht allen Staaten zur Unterzeichnung offen. Jeder Staat, der diesen Vertrag vor seinem Inkrafttreten gemäß Paragraph 3 dieses Artikels nicht unterzeichnet, kann ihm zu jedem anderen Zeitpunkt beitreten. 2) Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung durch die Signatarstaaten. Die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden und Beitrittsurkunden erfolgt bei den Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika, die hiermit zu Depositarmächten bestimmt werden. 3) Dieser Vertrag tritt in Kraft, sobald fünf Regierungen, einschließlich der Regierungen der zu Depositarmächten im Rahmen dieses Vertrags bestimmten Staaten, die Ratifikationsurkunden hinterlegt haben.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 5.

<sup>5</sup> Der Passus „kann nicht ... haben muß“ wurde von Vortragender Legationsrätin I. Klasse von Puttkamer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „wirkt aber nicht unbedingt in der gleichen Richtung“.

<sup>6</sup> An dieser Stelle wurde von Vortragender Legationsrätin I. Klasse von Puttkamer gestrichen: „Auch“.

<sup>7</sup> Artikel 48 des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen („Wiener Formel“) lautete: „Dieses Übereinkommen liegt für alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen oder ihrer Sonderorganisationen, für Vertragsstaaten der Satzung des Internationalen Gerichtshofs und für jeden anderen Staat, den die Generalversammlung der Vereinten Nationen einlädt, Vertragspartei des Übereinkommens zu werden, [...] zur Unterzeichnung auf.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 991 f.



wisse Besserstellung, da wir bei allen drei Depositaren oder jedenfalls bei zweien von ihnen hinterlegen können, die SBZ aber nur bei einem.

Dagegen verhindert die Dreidepositarlösung nicht, daß die SBZ sich selbst als Vertragspartei eines multilateralen völkerrechtlichen Vertrages bezeichnet. Mit dieser Behauptung wird versucht, unsere These von dem vollständigen Fehlen der Völkerrechtsfähigkeit der SBZ zu untergraben und den Boden für immer massivere Vorstöße in Richtung auf gleichberechtigte Mitarbeit in multilateralem Bereich vorzubereiten<sup>8</sup>.

Darüber hinaus schwächt die Verwendung der Dreidepositarlösung wegen des ihr anhaftenden Charakters eines anscheinenden<sup>9</sup> Kompromisses in der Beitrittsklauselfrage die Position der Wiener Formel. Diese Auswirkung wird mit der Häufigkeit der Verwendung der Dreidepositarlösung verstärkt. Zu den hierzu in Ziffer 1) des Bezugsdrahtberichts der Beobachter-Mission<sup>10</sup> New York dargelegten und hier geteilten Argumenten tritt hinzu, daß von März bis Mai 1968 in Wien eine von den Vereinten Nationen einberufene Staatenkonferenz stattfinden wird, auf der ein Kodifikationsvertrag über das völkerrechtliche Vertragsrecht verabschiedet werden soll.<sup>11</sup> Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die kommunistischen Staaten bei dieser Gelegenheit ihre früheren Versuche zur Durchsetzung einer Klausel wiederholen werden, die die Allstaatenklausel für bestimmte Kategorien von Verträgen obligatorisch macht. Ihren Bemühungen wird durch jeden weiteren Anwendungsfall der Allstaatenklausel – ob mit oder ohne Dreidepositarlösung – Vorschub geleistet.

4) Die bestehenden Bedenken gegen die Absicht eines erneuten Verzichtes auf die Wiener Formel sollten daher im State Department nochmals nachdrücklich zur Sprache gebracht werden. Dabei ist auch darauf hinzuweisen, daß selbst die vom State Department in Aussicht genommene einseitige Erklärung über die Nichtanerkennungswirkung die rechtliche und politische Unzulänglichkeit der Allstaatenklausel nicht ausgleicht und in ihrer bisherigen Form nicht einmal eindeutig klarstellt, daß vertragliche Beziehungen mit der SBZ nicht entstehen.

5) Leider ist zu befürchten, daß das State Department trotzdem an seiner Absicht festhält, für das Abkommen der Allstaatenklausel mit Dreidepositarlösung zuzustimmen. Vorsorglich sollte deshalb bezüglich der Dreidepositarlösung dem State Department dargelegt werden, daß wir ein unmittelbares Interesse daran haben, daß wiederum die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion und Großbritannien zu Depositaren bestimmt werden. Die für den Westen günstige Zusammensetzung der Depositare läßt sich auf die Dauer nur dann

<sup>8</sup> Der Passus „selbst als Vertragspartei ... vorzubereiten“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen der Vortragenden Legationsrätin I. Klasse von Puttkamer zurück. Vorher lautete er: „als Vertragspartei eines multilateralen völkerrechtlichen Vertrages bezeichnet. Mit dieser Behauptung wird unsere These von dem vollständigen Fehlen der Völkerrechtsfähigkeit der SBZ untergraben und zugleich der Boden für immer massivere Vorstöße in Richtung auf gleichberechtigte Mitarbeit in multilateralem Bereich vorbereitet“.

<sup>9</sup> Dieses Wort wurde von Vortragender Legationsrätin I. Klasse von Puttkamer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „scheinbaren“.

<sup>10</sup> Die Wörter „der Beobachter-Mission“ wurden von Vortragender Legationsrätin I. Klasse von Puttkamer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „von Unogerma“.

<sup>11</sup> Die UNO-Konferenz über Fragen des Vertragsrechts tagte vom 26. März bis 24. Mai 1968 in Wien.

aufrechterhalten, wenn hieran nichts geändert wird. Schon der Versuch, einen der beiden westlichen Depositare durch einen anderen westlichen Depositar auszuwechseln, würde dazu führen, daß das Prinzip der Zusammensetzung als solches in Frage gestellt wird.

Die Dreidepositarlösung hat ihren begrenzten politischen Wert nämlich nur solange, als zwei westlich orientierte Staaten und ein kommunistischer Staat zu Depositaren bestimmt werden. Wird von diesem Prinzip abgegangen, so bietet sich eine Troika-Lösung mit einem westlichen, einem östlichen und einem ungebundenen Depositar an. Die Zulassung der SBZ zur Hinterlegung oder Zeichnung bei einem ungebundenen Depositar würde nicht nur ihre Minderstellung im Vergleich zu uns in bezug auf die Anzahl der Depositare, bei denen hinterlegt oder gezeichnet wird, verwischen oder sogar aufheben (falls wir wegen Berlin in Moskau Schwierigkeiten haben); die Zulassung der SBZ zur Zeichnung oder Hinterlegung durch einen neutralen Depositar wäre darüber hinaus auch in sich selbst ein konkreter Erfolg für die SBZ, der sich auf die Fortsetzung unserer Deutschlandpolitik im multilateralen wie im bilateralen Bereich negativ auswirken könnte.

6) Daher ist dieser Dreidepositarlösung<sup>12</sup> – entgegen Absatz 2 des Bezugsberichtes des VN-Beobachters<sup>13</sup> – auch<sup>14</sup> vor der Einsetzung des VN-Generalsekretärs<sup>15</sup> als Depositar der Vorzug zu geben. Mit dem VN-Generalsekretär als Depositar würde die Diskussion um die Frage der Anerkennung der SBZ erst recht in die Gremien der Vereinten Nationen verlagert. Im übrigen erscheint es nicht wahrscheinlich, daß der Generalsekretär die Praxis der Allstaatenformel akzeptiert, um seine Stellung als Depositar zu sichern. Umgekehrt muß er zu der Überzeugung kommen, daß nur bei Verwendung der Wiener Formel er Aussicht hat, als Depositar eingesetzt zu werden.

7) Was den Text der Erklärung angeht, so sollten wir aus allgemeinen Erwägungen dem längeren, 1965 ausgearbeiteten Text (Anlage 2 a) des Bezugsberichts aus Washington<sup>16</sup> den Vorzug geben. Dabei müssen wir uns allerdings im klaren sein, daß der rechtliche Gehalt der kürzeren und der längeren Erklärung der gleiche ist. Der bei der Vorbereitung des VN-Weltraumabkommens von dem State Department gegen unseren Willen gestrichene erste Absatz der 1965 vorbereiteten Erklärung läßt sich durch geringfügige Änderungen auf das

<sup>12</sup> Die Wörter „dieser Dreidepositarlösung“ wurden von Vortragender Legationsrätin I. Klasse von Puttkamer handschriftlich eingefügt.

<sup>13</sup> Sigismund Freiherr von Braun.

<sup>14</sup> An dieser Stelle wurde von Vortragender Legationsrätin I. Klasse von Puttkamer gestrichen: „dieser Dreidepositarlösung“.

<sup>15</sup> Sithu U Thant.

<sup>16</sup> In der Erklärung der USA vom 8. Februar 1965 wurde ausgeführt: „The United States supports the accession clause now included in the draft agreement on assistance to and return of astronauts and space vehicles because of the special and exceptional character of this agreement. The agreement is a unique multilateral instrument concerning the activities of states in the peaceful exploration and use of outer space. The General Assembly has earlier characterized astronauts as ‚envoys of mankind‘. An agreement for the rescue of astronauts is thus an exceptional instrument of a special humanitarian character. The fact that the ‚all states‘ clause has been employed in this instance does not indicate that it is suitable in other circumstances.“ Vgl. Anlage 2 a) des Drahtberichts Nr. 2339 des Botschafters Knappstein, Washington, vom 16. November 1967; VS-Bd. 4098 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.

o. a. Abkommen ausrichten: Ersatzlos gestrichen werden müßten h. E. der zweite Satz dieses Absatzes; angesichts des VN-Weltraumabkommens läßt sich in bezug auf das o. a. Abkommen nicht mehr sagen, daß es ein „unique multilateral instrument“ sei. Im dritten Satz sollte das Wort „humanitarian“ gestrichen werden, um nicht den Eindruck zu erwecken, es werde auch noch der Bereich der humanitären Verträge als für die Allstaatenklausel zugänglich angesehen.

Sollten die Amerikaner im Hinblick auf die 1966 abgegebene Erklärung wiederum die kürzere Fassung vorziehen, so würden hiergegen unter rechtlichen Gesichtspunkten keine Bedenken bestehen. Die kürzere Fassung (Anlage 2 b zum Bezugsdrahtbericht aus Washington<sup>17</sup>) könnte – abgesehen von den Unterschieden, die sich aus der verschiedenen Bezeichnung des Abkommens und seiner Artikel ergeben – unverändert übernommen werden; alle Bezugnahmen auf das Weltraumabkommen bzw. dessen Artikel XIV<sup>18</sup> wären durch Bezugnahmen auf das o. a. Abkommen und seiner Beitrittsbestimmung zu ersetzen.

8) Bei dem gegebenenfalls zu erteilenden Einverständnis zu den vorstehenden Erklärungen wird davon ausgegangen, daß – trotz erneuten Vorbringens von Bedenken<sup>19</sup> gemäß Ziff. 4) dieses Erlasses – es nach den in früheren Jahren gemachten Erfahrungen nicht möglich sein wird<sup>20</sup>, eine Ergänzung der Erklärungen in dem Sinne durchzusetzen, daß sie das Nichtentstehen vertraglicher Beziehungen zur SBZ eindeutig feststellen. Wir sollten aber mit dem State Department jedenfalls darüber<sup>21</sup> Übereinstimmung<sup>22</sup> erzielen, daß vertragliche Beziehungen durch den Beitritt nicht-anerkannter Gebietseinheiten zu dem Abkommen nicht entstehen werden. Die Amerikaner haben dies uns gegenüber im Zusammenhang mit dem früheren Entwurf eines Astronautenabkommens und mit dem Weltraumabkommen als selbstverständlich bezeichnet.

9) Schließlich wird vorsorglich im State Department darauf hinzuweisen sein, daß bei der Ausgestaltung der Schlußklauseln Formeln vermieden werden soll-

<sup>17</sup> Am 17. Dezember 1966 erklärte der amerikanische Botschafter bei der UNO in New York, Goldberg: „Finally, I wish to comment briefly on the accession clause in article fourteen of the treaty. The adoption of the accession clause now included in the treaty on principles governing the activities of states in the exploration and use of outer space – urged because of exceptional circumstances favoring a very broad geographical coverage for the space treaty – does not, of course, bring about the recognition or otherwise alter the status of an unrecognized regime or entity which may seek to file an instrument of accession to the space treaty. Under international law and practice, recognition of a government or acknowledgement of the existence of a state is brought about as the result of a deliberate decision and course of conduct on the part of a government intending to accord recognition. Recognition of a regime or acknowledgement of an entity cannot be inferred from signature, ratification or accession to a multilateral agreement.“ Vgl. Anlage 2b) des Drahtberichts Nr. 2339 des Botschafters Knappstein, Washington, vom 16. November 1967; VS-Bd. 4098 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1967.  
Vgl. dazu auch den Drahterlaß Nr. 4669 des Ministerialdirektors Thierfelder vom 13. Dezember 1966; AAPD 1966, II, Dok. 395.

<sup>18</sup> Für einen Auszug vgl. Anm. 4.

<sup>19</sup> Die Wörter „erneuten Vorbringens von Bedenken“ wurden von Vortragender Legationsrätin I. Klasse von Puttkamer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „des Vorstoßes“.

<sup>20</sup> Die Wörter „sein wird“ wurden von Vortragender Legationsrätin I. Klasse von Puttkamer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „ist“.

<sup>21</sup> Die Wörter „jedenfalls darüber“ wurden von Vortragender Legationsrätin I. Klasse von Puttkamer handschriftlich eingefügt.

<sup>22</sup> An dieser Stelle wurde von Vortragender Legationsrätin I. Klasse von Puttkamer gestrichen: „darüber“.

ten, die der SBZ zusätzliche Ansatzpunkte für Versuche bieten, ihre behauptete Vertragszugehörigkeit unter Beweis zu stellen. Insbesondere sollten solche Bestimmungen vermieden werden, die regelmäßige Konferenzen oder periodische Mitteilungen der Abkommensunterzeichner an den Generalsekretär der Vereinten Nationen oder andere Instanzen vorsehen.<sup>23</sup>

Puttkamer

VS-Bd. 2529 (I B 1)

407

### Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 2215/67 VS-vertraulich

29. November 1967<sup>1</sup>

Betr.: Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften<sup>2</sup>

Ich schlage vor, in der weiteren Behandlung der Beitrittsfrage von folgenden Überlegungen auszugehen:

#### I. Grundsätzliches

1) Wir halten daran fest, daß die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften aus europäischer und deutscher Sicht notwendig ist.

<sup>23</sup> Am 4. Dezember 1967 berichtete Gesandter von Lilienfeld, Washington, weisungsgemäß über ein Gespräch mit dem Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium. Salans habe erklärt, „daß sich die Haltung der amerikanischen Regierung zur Wiener Formel nicht geändert habe“; sie werde sich auch weiterhin für diese Formel einsetzen. „Beim Astronautenabkommen, das – wie Salans betonte – nicht auf amerikanische Initiative zurückgehe, sehe sich die amerikanische Seite [...] jedoch außerstande, auf die Allstaatenklausel zu verzichten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2459; VS-Bd. 4131 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Duckwitz am 2. Dezember 1967 vorgelegen, der handschriftlich auf einer Begleitnotiz für Bundesminister Brandt vermerkte: „Die Möglichkeit, die von de Gaulle angedeuteten Auswege zu ‚loten‘, ergibt sich wohl zwangsläufig bei dem vorgesehenen Gespräch mit Couve. Vorher noch einen Brief zu schreiben oder den französischen Botschafter kommen zu lassen, empfiehlt sich nicht. England ist, wie mir Frank Roberts gestern noch einmal nachdrücklich versicherte, gegen jede Form der Assoziierung. Hier anderes Land, z. B. Dänemark oder Irland, vorzuziehen, wäre m[eines] E[rachtens] nicht in unserem Interesse und für England nicht akzeptabel. Außerdem könnten die Franzosen mit einem solchen Schritt den Beitritt Englands nach Belieben hinausschieben.“ Vgl. VS-Bd. 418 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Am 20. November 1967 behandelte der EG-Ministerrat den Beschluß der britischen Regierung, das Pfund Sterling abzuwerten. Dazu berichtete Botschafter Sachs, Brüssel (EG), der Präsident der EG-Kommission, Rey, habe betont, daß „die Diskussion unter dem Eindruck der großen Anstrengung stehe, die die brit[ische] Regierung mit ihrem Entschluß zur Abwertung des Pfundes für die Sanierung der brit[ischen] Wirtschaft gemacht habe. Dieser brit[ische] Schritt sei nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch gesehen ein außergewöhnliches Ereignis.“ Bundesminister Schiller habe darauf hingewiesen, „daß die Sechsergemeinschaft ein großes Interesse daran hätte, daß den britischen Maßnahmen ein Erfolg beschieden sei. Großbritannien müsse daher bei seinen Anstrengungen unterstützt werden.“ Die Behandlung der außerdem auf der Tagesordnung vorgesehenen Fragen zur Agrarpolitik und -finanzierung sowie zum Commonwealth sei auf die EG-Ministerratstagung am 18./19. Dezember 1967 in Brüssel vertagt worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2128 vom 21. November 1967; Referat I A 2, Bd. 1513.

2) Wir sehen vorerst keinen Anlaß anzunehmen, daß der Beitritt Großbritanniens (und der anderen Staaten) unlösbare Probleme stellt. Weder der Bericht der Kommission<sup>3</sup> noch unsere eigenen Untersuchungen lassen einen solchen Schluß zu.

3) Eine endgültige Klärung dieser Frage kann nur durch Erörterung im Ministerrat und mit Großbritannien erreicht werden. Endgültige Urteile im gegenwärtigen Zeitpunkt sind verfrüht.

4) Wir vertreten weiterhin die Auffassung, daß sich bis zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens des Beitritts Großbritanniens eine Gesundung der Wirtschafts- und Währungslage deutlich abzeichnen muß. So schwierig es ist, Prognosen über die mutmaßliche Dauer dieses Prozesses zu geben, läßt sich sagen, daß wohl das Jahr 1968 nicht ausreichen wird, aber vielleicht Ende 1969 das gewünschte Ergebnis erwartet werden könnte.<sup>4</sup>

5) Es wäre verfehlt, aus der Forderung zu 4) eine Voraussetzung für den Beginn der Verhandlungen zu machen.

a) Die Verhandlungen werden auch bei einer Besserung der britischen Wirtschafts- und Währungslage schwierig und langwierig bleiben. Mit einer mindestens einjährigen Verhandlungsdauer zu rechnen, ist kein übertriebener Pessimismus. Es würde einen bedauerlichen Zeitverlust bedeuten, erst den Erfolg des Gesundungsprozesses und dann den der Verhandlungen abzuwarten. Beides sollte parallel miteinander laufen.

b) Der Gesundungsprozeß würde in positivem Sinne wesentlich beeinflusst werden, wenn er dank der vorbezeichneten Parallelität in der Perspektive des Beitritts betrieben werden könnte.

6) Unser Ziel muß sein:

a) Die Erörterung im Kreis der Sechs zwar gründlich, aber mit dem Ziel eines baldigen Abschlusses, möglichst am 18./19. Dezember<sup>5</sup>, durchzuführen.

b) Alsdann in Kontakte mit Großbritannien einzutreten. Hinsichtlich der Art der Kontakte ist Flexibilität am Platze.

c) Die Gespräche zu a) und b) mit dem Ziel des Beitritts zu führen, aber Zwischenregelungen nicht auszuschließen, sofern diese mit der sicheren Anwartschaft auf die spätere volle Mitgliedschaft verbunden sind.

II. Die Durchführung dieses Programms erfordert bilaterale und multilaterale Schritte.

1) Frankreich

a) Wir werden den französischen Gesprächspartner darauf hinweisen müssen, daß wir mit vielen Punkten der Rede Präsident de Gaulles<sup>6</sup> nicht übereinstimmen. Man wird sich jedoch nichts von einer detaillierten Erörterung der de

<sup>3</sup> Zur Stellungnahme der EG-Kommission vom 29. September 1967 über die Beitrittsgesuche von Großbritannien, Irland, Dänemark und Norwegen vgl. Dok. 335, Anm. 10.

<sup>4</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Brandt hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Vgl. 5 b).“

<sup>5</sup> Zur EG-Ministerratstagung in Brüssel vgl. Dok. 442.

<sup>6</sup> Zur Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten am 27. November 1967 in Paris vgl. Dok. 409, besonders Anm. 2.

Gaulle'schen Argumente versprechen können, einmal, weil es sich gar nicht um die entscheidenden Argumente handelt<sup>7</sup>, und ferner, weil keiner der französischen Gesprächspartner in der Lage sein wird, von dieser Argumentation auch nur geringfügig abzuweichen.

b) Wir sollten weiter darauf hinweisen, daß, da Frankreich den Beitritt grundsätzlich nicht ausschließt, eine Diskussion über die Modalitäten des Beitritts weiterhin zweckmäßig ist.

c) Wir sollten uns über die prozeduralen Alternativen konsultieren.

d) Wir sollten darauf hinweisen, daß auch wir einen Beitritt Großbritanniens „jetzt“ nicht für möglich halten, sondern eine Konsolidierung der britischen Wirtschafts- und Finanzlage voraussetzen.<sup>8</sup>

e) Wir sollten um präzise Äußerungen über die von de Gaulle erwähnten „handelspolitischen Lösungen“ und die französischen Vorstellungen über eine Assozierung bitten. Wir sollten – vielleicht erst nach dem 18./19. Dezember – über Zwischenlösungen im Sinne von I, 6) c) sprechen.

f) Wir sollten Frankreich nicht im unklaren darüber lassen, daß wir eine Konzeption – erst Zementierung einer zu 100 % vollendeten Gemeinschaft der Sechs – und dann vielleicht Beitritte – nicht folgen können, sondern für uns definitive Lösungen nur in Verbindung mit der Erweiterung der Gemeinschaft denkbar sind.

g) Wir sollten ferner auf die Gefahr hinweisen, daß das französische Verhalten uns zwar keinen Anlaß geben wird, etwa den Fortschritt der Gemeinschaft zu blockieren, jeder weitere Fortschritt – und sei er auch nur provisorischer Natur – jedoch durch das Erlahmen des europäischen Elans gehemmt werden wird.<sup>9</sup>

## 2) Italien und Beneluxländer

Wir sollten uns vor dem 18./19. Dezember mit den vier anderen Partnerstaaten über I und II, 1) verständigen. Diese bilateralen Kontakte werden auch danach fortzusetzen sein. Eine gemeinsame Konsultation zu fünf lehnen wir ab, um Frankreich keinen Vorwand für eine weitere Verhärtung seiner Haltung zu geben.<sup>10</sup>

## 3) Großbritannien

Wir sollten vor dem 18./19. Dezember auch Kontakte mit Großbritannien aufnehmen, um Großbritannien mit unseren vorstehend dargestellten Auffassungen bekanntzumachen und konkrete britische Reaktionen sowohl zur Frage des Prozedere als der Zwischenlösungen zu erfahren.

<sup>7</sup> Bereits am 28. November 1967 notierte Staatssekretär Lahr dazu: „Obwohl es immer klarer wird, daß alle wirtschaftlichen Argumente nicht die eigentlichen Beweggründe Präsident de Gaulles darstellen und das wesentliche, rein politische Argument – Frankreich wünscht keinen Nebenbuhler um die vermeintliche Vorrangstellung in der Gemeinschaft – unausgesprochen bleibt, müssen wir alles daran setzen, das Gespräch der Sechs – sei es mit, sei es ohne Großbritannien – am Leben zu erhalten, bis Präsident de Gaulle bemerkt hat, daß sich seine Europa-Konzeption nicht durchsetzen wird.“ Vgl. Referat I A 2, Bd. 1467.

<sup>8</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Brandt hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>9</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem französischen Außenminister Couve de Murville am 14. Dezember 1967 in Brüssel vgl. Dok. 437.

<sup>10</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Brandt hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

## 4) Kommission

Wir werden durch Kontakte mit der Kommission festzustellen haben, wie weit diese bereit ist,

- a) die ihr originär zustehenden Rechte der Fühlungnahme mit britischen Stellen ausüben,
- b) der Verfälschung ihres Dokuments durch eigene Äußerungen entgegenzuwirken,
- c) materielle Vorschläge (Zwischenlösungen) zu machen.

## 5) Rat

Wir sollten unser Bestes tun, um im Rat am 18./19. Dezember die materielle Aussprache unter den Sechs zum Abschluß zu bringen und über das weitere Vorgehen (prozedurale Fragen) zu beraten. Materielle Fragen (Zwischenlösungen) dürften für eine Erörterung am 18./19. Dezember noch nicht reif sein.

Hiermit dem Herrn Minister<sup>11</sup> vorgelegt.

Lahr

VS-Bd. 418 (Büro Staatssekretär)

## 408

## Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort

III A 4-81.30/1-90.22

29. November 1967<sup>1</sup>

Betr.: Ausfuhr von Waffen und Munition an die Zentralregierung von Nigeria

1) Das Bundesministerium für Verteidigung hatte am 10. 11. 1967 um Zustimmung zu einer Lieferung von 80 Stück Mörsern 81 mm und 50 000 Stück Patronen 81 mm über die Firma Fritz Werner an die Zentralregierung von Nigeria gebeten.<sup>2</sup>

2) Abteilung I hat gegen diese Lieferung keine Bedenken und führt hierzu folgendes aus:

Bis zu Beginn des Bürgerkrieges in Nigeria<sup>3</sup> hat das Auswärtige Amt die kommerzielle Ausfuhr von Munition und Handfeuerwaffen (MG 42) etc. nach diesem Land genehmigt. Ferner wurde 1963 durch die Firma Fritz Werner eine Munitions- und Waffenfabrik in Kaduna<sup>4</sup> errichtet.

<sup>11</sup> Hat Bundesminister Brandt am 30. November 1967 vorgelegen.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Ingendaay konzipiert.

Hat Ministerialdirigent Graf von Hardenberg am 5. Dezember 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Für das Schreiben des Bundesministeriums der Verteidigung vgl. Referat III A 4, Bd. 733.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 298, besonders Anm. 1.

<sup>4</sup> Am 20. Oktober 1966 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Middelmann dazu: „Die Firma Fritz Werner hat aufgrund eines kommerziellen Vertrages mit der nigerianischen Regierung in Kaduna eine kleinere Munitionsfabrik (eine Produktionslinie) errichtet, die fertiggestellt, aber

Nachdem die Rebellion der Ostregion gegen die Zentralregierung zu immer stärkeren Spannungen und schließlich zu kriegerischen Handlungen führte, hielt sich das Auswärtige Amt für eine gewisse Zeit bei entsprechenden Ausführungsgenehmigungen zurück, da die Gefahr bestand, daß aus dem Konflikt internationale Verwicklungen entstehen könnten.

Inzwischen hat die Organisation der Afrikanischen Einheit wiederholt betont, daß es einer ihrer tragenden Grundsätze sei, Einheit und Integrität aller Mitgliedstaaten zu erhalten und zu verteidigen. Keine afrikanische oder sonstige Regierung hat „Biafra“ bisher als Staat anerkannt. Eine erfolgreiche Sezession „Biafras“ würde im übrigen weitreichende Auswirkungen haben, da sich dann vermutlich auch andere Stämme Nigerias selbständig erklären würden und dies wahrscheinlich zu Kettenreaktionen in anderen afrikanischen Ländern führen könnte (Kongo, Äthiopien, Sudan, Kamerun, Kenia etc.). Zu berücksichtigen ist auch, daß „Biafra“ von einer Majorität von 7 Mio. Ibos beherrscht wird, denen gleichzeitig 5 Mio. Angehörige von Minderheitsstämmen gegenüberstehen, denen in der neuverfügbaren staatlichen Struktur Nigerias (Einteilung in 12 Staaten) die Selbstverwaltung zugesagt wurde.

Wir haben in den letzten Wochen unsere Haltung in der Frage der Waffenlieferungen<sup>5</sup> revidiert. Gemäß britischen Empfehlungen im Politischen Ausschuß der NATO werden von uns pragmatisch von Fall zu Fall Anträge auf Lieferung von Munition und leichten Waffen (non-sophisticated weapons) wohlwollend geprüft.

Die Ostblockstaaten haben der Zentralregierung bereits Flugzeuge, Schnellboote und wahrscheinlich auch gepanzerte Mannschaftstransportwagen sowie sonstiges Kriegsmaterial geliefert. Sie würden zweifellos noch ihren Einfluß verstärken, wenn die westlichen Staaten sich bei der militärischen Unterstützung der Zentralregierung zurückhalten. Ein gewisser Stimmungsumschlag gegen den Westen ist bereits unverkennbar.

Die jetzt beantragte kommerzielle Lieferung von 80 Mörsern mit Munition sollte nach Ansicht von Abteilung I zur Unterstützung der legalen Zentralregierung in ihrem Kampf gegen einen Aufstand geliefert werden.

Das Auswärtige Amt hat aber gleichzeitig im Rahmen seiner Möglichkeiten durch Demarchen bei der nigerianischen Botschaft in Bonn und der Regierung in Lagos versucht, auf eine faire Behandlung und echte Wiedereingliederung der Ibos in den nigerianischen Staatsverband hinzuwirken und politische Kom-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1567*

noch nicht in Betrieb ist. Die Fabrik ist von der zuständigen nigerianischen Stelle noch nicht „abgenommen“ worden. Im Anschluß daran hat die Firma Fritz Werner auch eine kleine Waffenfabrik eingerichtet, die Handfeuerwaffen der italienischen Waffenfamilie Beretta herstellen soll. Die Maschinenausstattung dieser Waffenfabrik ist jedoch noch nicht vollständig.“ Vgl. Referat II A 7, Bd. 1765.

Am 30. März 1967 teilte Middelmann der Botschaft in Lagos mit: „1963 wurde zwischen dortigem Ministry of Defense und Firma Fritz Werner Vertrag zur Lieferung von Maschinen für Ausbau dortiger Munitions- und Waffenfabrik im Gesamtwert von DM 12,7 Mio. abgeschlossen. Teillieferung im Wert von DM 3,8 Mio. soll nunmehr erfolgen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 55; Referat III A 4, Bd. 733.

<sup>5</sup> Zum Beschluß der Bundesregierung, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern, vgl. Dok. 5, Anm. 10.



promißlösungen zur Vermeidung weiteren Blutvergießens empfohlen.<sup>6</sup> Das Ziel des nigerianischen Regierungschefs Gowon ist eine solche politische Lösung, die durch die Bemühungen der Organisation der Afrikanischen Einheit unterstützt wird.

3) Es fragt sich, ob die Auffassung des Herrn Staatssekretärs<sup>7</sup>, bei Nigeria handele es sich nicht um ein Spannungsgebiet, dahin interpretiert werden soll, daß diese Lieferung von Waffen und Munition zur Stützung der Zentralregierung Nigerias ins Auge gefaßt werden kann. Wir haben uns in Nigeria bisher auf Lieferung von Munition und auch militärischen Ausrüstungsgegenständen beschränkt, jedoch von Waffenlieferungen abgesehen.

Diese Lieferung würde nicht geheim bleiben, und wir hätten u.U. damit zu rechnen, daß sich der Bundestag hiermit beschäftigen wird. Da das Klima für die Ausrüstungshilfe dort ohnehin nicht sehr günstig ist, könnte sich dieser Vorgang auf die Behandlung unserer Ausrüstungsvorhaben negativ auswirken.

Abteilung III ist daher der Auffassung, daß dieser Antrag nicht genehmigt werden sollte.<sup>8</sup>

4) Abteilung I hat mitgezeichnet.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>9</sup> mit der Bitte um Entscheidung vorgelegt.

Harkort

**Referat III A 4, Bd. 733**

<sup>6</sup> So brachte Vortragender Legationsrat I. Klasse Graf von Posadowsky-Wehner gegenüber dem nigerianischen Botschafter Jolaoso am 15. August 1967 die Besorgnis des Auswärtigen Amts „wegen verschiedener Meldungen über Massenverhaftungen und Ausschreitungen gegen Angehörige des Ibo-Stammes“ zum Ausdruck: „Solche Ausschreitungen könnten, wenn die nigerianische Zentralregierung sie zulasse, dem Ansehen Nigerias in der öffentlichen Meinung anderer Länder einschließlich der Bundesrepublik Deutschland schaden. Dabei könne auch die Version der Zentralregierung, keinen Krieg gegen die Ibo-Bevölkerung in Nigeria, sondern lediglich eine Polizeiaktion gegen den Rebellenführer Ojukwu zu führen, an Glaubwürdigkeit verlieren.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 18. August 1967; Referat I B 3, Bd. 712.

<sup>7</sup> Rolf Lahr.

<sup>8</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Auch meine Ansicht.“

Dazu vermerkte Ministerialdirektor Harkort handschriftlich: „Aufgehoben.“

<sup>9</sup> Hat Staatssekretär Duckwitz am 30. November 1967 vorgelegen.

Hat Staatssekretär Lahr am 5. Dezember 1967 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Harkort vermerkte: „Wie bespr[ochen] (genehmigen).“

Hat Harkort am 5. Dezember 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Es soll dem Votum der Abt[eilung] I gefolgt, also geliefert werden.“

## Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Frank

I A 2-81.12-94.09-3760/67 VS-vertraulich

29. November 1967<sup>1</sup>

Betr.: Behandlung des britischen EWG-Beitrittsantrags nach der Pressekonferenz des Generals de Gaulle<sup>2</sup>

### I. Grundsätzliche Feststellungen

- 1) Ziel der Politik der Fünf muß grundsätzlich der Beitritt Großbritanniens und der anderen beitrittswilligen Länder<sup>3</sup> zur EWG bleiben. Das politische und wirtschaftliche Interesse der Fünf am Beitritt wird auch durch die Ausführungen de Gaulles nicht entkräftet.
- 2) Auf französischer Seite sind die wirtschaftlichen Argumente gegen den Beitritt Großbritanniens zum größten Teil vorgeschoben; entscheidend für die negative Haltung de Gaulles sind politische Überlegungen. Auf kurzen Nenner gebracht: In Europa ist für zwei Länder von der Größenordnung Frankreichs und Großbritanniens kein Platz; Frankreich will die ungeteilte Führungsrolle.<sup>4</sup>
- 3) Damit wird das Beitrittsproblem im wesentlichen eine Frage der erfolgreichen Taktik. Sie muß versuchen, diejenigen Stellen der französischen Haltung, in denen Frankreich eine Blöße bietet, auszunutzen; z. B.: die Weigerung Frankreichs, ein Veto auszusprechen; der offensichtlich künstliche Charakter der wirtschaftlichen Argumente Frankreichs; der Hinweis auf den angeblich mangelnden europäischen Charakter Großbritanniens.
- 4) Eine erfolgreiche Taktik kann nicht nur Sache der Fünf sein. Auch Großbritannien muß sein Verhalten während der nächsten Monate mit demjenigen der Fünf synchronisieren; z. B.: einseitige wirtschaftliche Maßnahmen Großbritanniens, die als Vorbereitung auf den Beitritt interpretiert werden können; Vorschläge, die auf die Ernsthaftigkeit der britischen Absichten hindeuten (technologisches Programm Wilsons<sup>5</sup>; evtl. Vorschläge zur Stärkung des europäischen Parlaments).

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg am 29. November 1967 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Lahr verfügte.

Hat Lahr am 30. November 1967 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Brandt verfügte. Hat Brandt am 2. Dezember 1967 vorgelegen.

Hat Staatssekretär Duckwitz am 30. November 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Vgl. dazu auch die Ausführungen des Staatspräsidenten de Gaulle am 27. November 1967 auf einer Pressekonferenz in Paris; DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 5, S. 242–245.

<sup>3</sup> Dänemark, Irland und Norwegen.

<sup>4</sup> Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Lahr hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „richtig!“

<sup>5</sup> Am 13. November 1967 führte Premierminister Wilson in einer Rede in der Guildhall in London aus, daß Großbritannien gewillt sei, „bilaterale Projekte mit jedem zur technologischen Zusammenarbeit bereiten europäischen Partner und in jedem Bereich zu beginnen, in dem eine solche Partnerschaft lohnende industrielle Ergebnisse zeitigen kann. Und wenn ich von bilateraler Zusammenarbeit spreche, denke ich nicht an weitere kostspielige, staatlich finanzierte Projekte. Die Voraussetzung für eine wirksame europäische Zusammenarbeit muß industrielle Partnerschaft und industrielle Integration auf der Grundlage der Zusammenfassung der Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionstätigkeit in lebensfähigen und strategischen Wirtschaftsunternehmen sein.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 5.

5) Neben taktischen Überlegungen muß die Haltung der Fünf folgende grundlegende politische Interessen im Auge behalten:

a) Die Existenz der EWG darf nicht aufs Spiel gesetzt werden (ohne EWG auch kein Beitritt Großbritanniens)<sup>6</sup>;

b) das Gespräch über den britischen Beitritt, sei es bilateral seitens der einzelnen EWG-Mitglieder mit Großbritannien, sei es multilateral im EWG-Ministerrat, sei es seitens der Kommission mit Großbritannien, muß unter allen Umständen fortgesetzt werden.<sup>7</sup>

Die Fünf könnten de Gaulle keinen größeren Gefallen tun, als in einer Art Kurzschlußhandlung das Ende der Debatte und damit den Bruch herbeizuführen.<sup>8</sup> Sie hätten dann de Gaulle aus seinem Dilemma befreit und ihn der Notwendigkeit, ein Veto auszusprechen, enthoben.

c) Eine Blockbildung der Fünf oder eine direkte Drohung an die französische Adresse versprechen keinen Erfolg. De Gaulle läßt sich da, wo es um sein politisches Weltbild geht, Konzessionen nicht abkaufen. Es muß ihm durch die Beharrlichkeit der Fünf klar gemacht werden, daß er nicht erfolgreich sein wird.

d) Das deutsch-französische Verhältnis sollte tunlichst geschont werden.

## II. Möglichkeiten für einen materiellen Kompromiß

Die Pressekonferenz de Gaulles hat klargemacht, daß es auf absehbare Zeit, oder besser gesagt zu Lebzeiten de Gaulles, nicht zum Beitritt Großbritanniens kommen wird.<sup>9</sup> Andererseits hat Premierminister Wilson vor dem Unterhaus den Gedanken an eine Assoziierung (vom Typ Türkei) kategorisch abgelehnt.<sup>10</sup> Dies dürfte auch für eine rein handelsvertragliche Lösung zutreffen.

<sup>6</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lahr hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Diese Gefahr besteht nicht ernsthaft.“

<sup>7</sup> Am 28. November 1967 notierte Staatssekretär Lahr dazu: „Eine Blockierung des weiteren Fortschritts der Gemeinschaften ist aus deutscher Sicht zu verurteilen, jedoch ist damit zu rechnen, daß, nachdem Präsident de Gaulle sich in einer nach Form und Inhalt besonders rücksichtslosen Weise über die Wünsche und Interessen seiner Partner hinweggesetzt hat, die schon seit einiger Zeit in Brüssel fühlbare Tendenz, nationalen Interessen den Vorrang zu geben und kommunitäre Erörterungen in einem egoistischen Streit um solche Interessen ausarten zu lassen, weiteren Auftrieb erhalten wird. Der europäische Elan, der für eine zukunftsweisende Lösung der noch vor uns liegenden Fragen erforderlich ist, wird nicht mehr vorhanden sein.“ Vgl. Referat I A 2, Bd. 1467.

<sup>8</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lahr hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „richtig!“

<sup>9</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lahr hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>10</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lahr hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Auf keiner Seite ist das letzte Wort gesprochen.“

Am 23. November 1967 antwortete Premierminister Wilson auf eine entsprechende Anfrage: „As I have said many times our application is for full membership of the European Communities; and that application is in and remains in. As to association, it is not clear what particular form those who advocate it have in mind. But whatever form it took there are two main objections to it. First, anything short of full membership would deny Britain a full voice in future Community decisions, and thereby commit us to accepting and operating far-reaching economic and perhaps political decisions which we had taken no part in shaping. This is clearly out of the question. Secondly, it is an illusion to think that a negotiation for associate membership would be any easier, less complicated or more certain than negotiation for full membership. On the contrary, it might well take longer and would involve further uncertainties for European industry and for the general cause of European unity. I repeat that the alternative of association is unacceptable to Britain.“ Vgl. HANSARD, Bd. 754, Sp. 428 (Anhang; written answers).

Die Kompromißlösung, die de Gaulle in der Pressekonferenz am 27. November als möglich dargestellt hat (arrangement, das man Assoziierung nennen könnte, oder „etwas ganz anderes“), würde dem Grundsatz der Erhaltung der EWG widersprechen und ist daher abzulehnen.

Es muß eine Kompromißlösung gesucht werden, die

- a) den Beitritt Großbritanniens vorbereitet, aber zeitlich hinausschiebt;
- b) Frankreich der Notwendigkeit enthebt, der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zuzustimmen<sup>11</sup>;
- c) schon jetzt den Beitritt als möglichst sicher erscheinen läßt und dadurch der Spekulation gegen das Pfund entgegenwirkt;
- d) bereits jetzt Großbritannien in Stand setzt, durch innerstaatliche Maßnahmen die britische Wirtschaft auf den Beitritt vorzubereiten<sup>12</sup>;
- e) eine Koordinierung der britischen Maßnahmen mit der weiteren Tätigkeit der Gemeinschaft vorsieht;
- f) den Mitgliedstaaten der EWG es ermöglicht, ihrerseits mit Großbritannien Abmachungen zu treffen, die den späteren Beitritt erleichtern.

Die Ziele a) bis f) können m. E. erreicht werden durch den Abschluß eines Vertrages der Sechs mit Großbritannien über die Vorbereitung des britischen EWG-Beitritts. In diesem Vertrag müßten die sechs EWG-Mitglieder expressis verbis den Grundsatz eines späteren EWG-Beitritts Großbritanniens akzeptieren.

Ein solcher Vertrag würde die notwendige wirtschaftliche Sicherheit und die erforderliche politische Beruhigung in Europa schaffen. Wir müßten diese Forderung gegenüber Frankreich als unabdingbar erheben.

### III. Haltung der Fünf auf der nächsten Ministerratstagung<sup>13</sup>

Mit der Begründung, daß de Gaulle auch dieses Mal kein Veto ausgesprochen habe, sollten die Fünf Fortsetzung der Sachdiskussion in Brüssel verlangen und eine weitere Sitzung im Januar vorschlagen. Damit würde Zeit gewonnen, den unter II. entwickelten Vorschlag zu prüfen und ggf. mit unseren EWG-Partnern und Großbritannien diplomatisch vorzubereiten.

Frank

VS-Bd. 2427 (I A 2)

<sup>11</sup> Dieser Teilsatz wurde von Staatssekretär Lahr hervorgehoben. Dazu Fragezeichen und handschriftliche Bemerkung: „a) u[nd] c) sind mit b) schwer vereinbar.“

<sup>12</sup> Dieser Teilsatz wurde von Staatssekretär Lahr hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „[ichtig], aber dazu muß die sichere Anwartschaft auf den Beitritt gegeben sein.“

<sup>13</sup> Zur EG-Ministerratstagung am 18./19. Dezember 1967 in Brüssel vgl. Dok. 442.

## 410

**Aufzeichnung des  
Vortragenden Legationsrats I. Klasse Gehlhoff****I B 4-82.00-90.09-1856/67 geheim****29. November 1967**

Betr.: Gespräche zwischen Bundesminister Wischniewski und dem algerischen Außenminister Bouteflika über die deutsch-algerischen Beziehungen

I. Am 26. November trafen in New York im Gebäude der algerischen VN-Botschaft Bundesminister Wischniewski und der algerische Außenminister Bouteflika zu einem Gespräch zusammen.<sup>1</sup> Auf deutscher Seite nahmen daran Botschafter von Braun und VLR I Dr. Gehlhoff, auf algerischer Seite Botschafter Bouattoura und Herr Yaker (Leiter der Wirtschafts- und Kulturabteilung im algerischen Außenministerium) teil.

Das Gespräch, das sich insgesamt vier Stunden hinzog, verlief anfänglich sehr schleppend und wurde von Seiten Bouteflikas oft nur zögernd und wortkarg geführt.

Außenminister Bouteflika erwähnte, er habe bereits im Dezember 1966 bei einem Besuch in Paris<sup>2</sup> dem französischen Außenminister Couve die Anregung gegeben, daß die Bundesregierung eine spektakuläre Geste gegenüber den Palästinaflüchtlingen machen sollte. Algerien habe gehofft, daß durch eine solche Geste – die nicht gegenüber einer einzelnen arabischen Regierung gemacht worden wäre – günstige Voraussetzungen zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen geschaffen würden. Später sei ein Abgesandter Bonns nach Algier gekommen<sup>3</sup>, doch sei über diesen Besuch leider eine Indiskretion begangen worden. Außerdem seien zur selben Zeit die Beziehungen zu Jordanien wiederaufgenommen worden.<sup>4</sup> Er, Bouteflika, sei deshalb gezwungen gewesen, sich nach außen hin von den Bemühungen um Wiederaufnahme der deutsch-algerischen Beziehungen zu distanzieren. Unser isoliertes Vorgehen gegenüber Jordanien sei schlecht gewesen. Die Bundesregierung wäre falsch beraten, wenn sie gegenüber den Arabern eine „politique d'érosion“ betreiben wollte.

<sup>1</sup> Bereits am 3. November 1967 führte Bundesminister Wischniewski in New York ein Gespräch mit dem algerischen Botschafter bei der UNO, in dem Bouattoura erklärte, „es sei nicht förderlich, die deutsch-algerischen Beziehungen nur durch die ‚zu enge Brille‘ der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu sehen. Diese könnten, würden und müßten wiederhergestellt werden; allerdings könne Algerien dies nicht im Alleingang tun.“ Wischniewski erwiderte, die Bundesregierung habe „größtes Interesse“ am Ausbau der Beziehungen zu Algerien: „Er würde sich sehr freuen, wenn er mit einer hochgestellten algerischen Persönlichkeit einmal einen allgemeinen tour d'horizon über die Summe der Möglichkeiten machen könnte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 865 des Botschafters Freiherr von Braun, New York (UNO), vom 6. November 1967; VS-Bd. 2564 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Algerien am 14. Mai 1965 vgl. Dok. 15, Anm. 42.

<sup>2</sup> Der algerische Außenminister führte am 13. Dezember 1966 Gespräche in Paris.

<sup>3</sup> Zum Aufenthalt des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Gehlhoff vom 25. Februar bis 1. März 1967 in Algier vgl. Dok. 81.

<sup>4</sup> Zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jordanien am 27. Februar 1967 vgl. Dok. 63.

Auch der Besuch Hassounas in Bonn habe leider kein Ergebnis gehabt.<sup>5</sup> Hassouna habe sich vor Antritt der Reise optimistisch über die Aussichten seiner Gespräche in Bonn geäußert, nach Rückkehr von Bonn in seinem Bericht aber ein düsteres Bild gezeichnet.

Von deutscher Seite wurde hierzu erwidert, es sei Angelegenheit der arabischen Staaten selber, darüber zu entscheiden, ob sie die Beziehungen zu uns auf Grund eines Liga-Beschlusses oder in Gruppen oder einzeln wiederaufnehmen wollten. Die Bundesregierung habe den Wunsch, zu allen arabischen Staaten wieder gute Beziehungen herzustellen. Wenn eine einzelne arabische Regierung zur Wiederaufnahme der Beziehungen mit uns bereit sei, würden wir sie gewiß nicht zurückweisen. Warum Generalsekretär Hassouna seine Gespräche in Bonn so negativ bewertet habe, sei uns nicht verständlich. Die Gespräche seien gut gelaufen, und Hassouna habe sich noch kurz vor seiner Abreise gegenüber Bundesminister Wischnewski befriedigt geäußert. Allerdings hätte er von der Bundesregierung eine schriftliche Festlegung verlangt, daß wir unsere Botschaft nicht von Tel Aviv nach Jerusalem verlegen würden. Dies hätten wir aus grundsätzlichen Erwägungen zurückweisen müssen, auch wenn wir keineswegs die Absicht einer solchen Verlegung hätten. Wie dem auch sei, inzwischen habe uns der Stellvertretende Generalsekretär Nofal erklärt, daß das Thema Wiederaufnahme wahrscheinlich nicht mehr von der Liga erörtert werde. Auf der arabischen Gipfelkonferenz in Khartum<sup>6</sup> sei ja den einzelnen arabischen Regierungen freigestellt worden, ihre Beziehungen zum Westen selbständig zu regeln. Außenminister Bouteflika bestritt dieses mit den Worten, in Khartum sei über das Thema diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik überhaupt nicht gesprochen worden, und außerdem sei auch Herr Nofal nicht bei der Konferenz anwesend gewesen.

Außenminister Bouteflika betonte, die Palästinafrage habe in Algerien nie eine so leidenschaftliche Rolle gespielt wie in den ostarabischen Ländern. Wahrscheinlich sei es ohnehin falsch, die Palästinafrage als ein israelisch-arabisches Problem zu bezeichnen. Man sollte lieber von einem israelisch-palästinensischen Problem sprechen, weil andernfalls jedermann sofort an David und Goliath denke. Die algerische Regierung könnte die Palästinafrage heute dazu benutzen, eine mehr flexible Außenpolitik zu führen, ebensogut aber auch zum Anlaß für eine sehr harte Außenpolitik nehmen. Insofern sei die Position Algeriens, wie er mit aller Deutlichkeit sagen wolle, sehr verschieden von der Syriens. Algerien werde jedenfalls seine nationalen Interessen obenanstellen. Wir sollten uns überlegen, ob wir Algerien künftig nicht zum Schwerpunkt unserer Bemühungen um Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen machen wollten, ohne daß Algerien deswegen einen Führungsanspruch für die arabische Welt erhebe.

Bouteflika bedauerte, daß seit dem 1. Juli 1967 der deutsche Zollltarif für Gemüse im Verhältnis zu Algerien von 4 auf 20 % heraufgesetzt worden sei.

<sup>5</sup> Der Generalsekretär der Arabischen Liga hielt sich vom 18. bis 21. April 1967 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Brandt am 21. April 1967 vgl. Dok. 136.

<sup>6</sup> Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der arabischen Staaten vom 29. August bis 1. September 1967 in Khartum vgl. Dok 333, Anm. 3.

Algerien genieße auf Grund seiner Abmachungen mit Frankreich bestimmte Vorzugszölle, und wenn es entgegen dem algerischen Wunsch bisher noch nicht zu Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen mit der EWG gekommen sei<sup>7</sup>, so dürften die Algerien eingeräumten Vorzugszölle auch nicht verschlechtert werden. Die deutsche Seite erwiderte, daß sie über die fragliche Zolländerung nicht unterrichtet sei. Die Bundesrepublik habe bisher aber einseitig bestimmte Vorzugszölle für Algerien gewährt, und sie werde sich auch weiterhin für eine befriedigende Regelung der algerischen Wünsche im Rahmen der EWG einsetzen.

Außenminister Bouteflika brachte auch das Thema der deutschen Waffenlieferungen an Israel<sup>8</sup> zur Sprache und bezeichnete diese Waffenlieferungen als den Grund für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch die arabischen Staaten. Die deutsche Seite erläuterte, daß unsere Waffenlieferungen an Israel und an die arabische Seite weniger als 2% der gesamten Waffenlieferungen in den Nahen Osten während der letzten zehn Jahre ausgemacht hätten. Im übrigen seien die Waffenlieferungen an Israel bereits vor Abbruch der diplomatischen Beziehungen eingestellt worden; sie würden auch nicht wiederaufgenommen. Die arabischen Länder hätten die Beziehungen zu uns abgebrochen, weil wir unsererseits diplomatische Beziehungen zu Israel hergestellt hätten. Das Recht, normale Beziehungen zu Israel zu unterhalten, würden wir uns aber von niemand bestreiten lassen.

Außenminister Bouteflika bat schließlich um ein Exposé darüber, wie sich die Bundesregierung ihre künftigen Beziehungen zu Algerien vorstelle. Dabei müsse auch konkret etwas über unsere künftige Wirtschaftshilfe gesagt werden. Zwar sei nicht zu bestreiten, daß die im Jahre 1964 eingeräumte 70 Millionen DM-Kapitalhilfe<sup>9</sup> bisher nur wenig ausgenutzt wurde. Unsere künftige Hilfe müsse aber umfangreicher sein, und wir dürften den Schwerpunkt unserer Hilfe nicht mehr, wie in der Vergangenheit, einseitig auf ein bestimmtes Land im Mittleren Osten (VAR) legen. Algerien wolle seine Wirtschaft in vielfältiger Weise entwickeln und sei zur Zusammenarbeit mit uns bereit. Ostdeutschland habe zu Anfang dieses Jahres ein größeres Angebot auf Kapitalhilfe für Algerien abgegeben.<sup>10</sup> Die algerische Regierung sei hierauf aber nicht eingegangen. Dies müsse von uns anerkannt werden.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Dok. 1, Anm. 16.

<sup>8</sup> Vgl. dazu Dok. 5, Anm. 7 und Dok. 214.

<sup>9</sup> Am 3. Oktober 1964 wurde in Algier ein Kapitalhilfeabkommen über 70 Mio. DM unterzeichnet. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 380 des Ministerialdirigenten Pauls, z. Z. Algier, vom 3. Oktober 1964; Referat III B 6, Bd. 428. Vgl. ferner AAPD 1964, II, Dok. 224.

Am 17. November bzw. 14. Dezember 1964 wurden entsprechende Darlehensverträge geschlossen, die 54 Mio. DM für ein Bewässerungsvorhaben in Maghnia sowie 2,4 Mio. DM für die Hebung eines Schiffswracks im Hafen von Annaba vorsahen; der Restbetrag von 13,6 Mio. DM sollte für den Wiederaufbau des Hafens Annaba verwendet werden. Dazu erläuterte Legationsrat I. Klasse Le-walter am 22. Februar 1967, daß eine Ausschreibung des Bewässerungsprojekts im März 1966 „nach monatelangem Zuwarten algerischer Behörden endlich eingeleitet worden“ sei. Eine Projektprüfung für den Hafen Annaba durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau sei zwar eingeleitet worden, habe jedoch „aus politischen Gründen bisher nicht ausgeführt“ werden können. Vgl. VS-Bd. 2625 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Am 6. Januar 1967 berichtete Legationsrat I. Klasse Strenziok, Algier, dazu: „Von gewöhnlich gut unterrichteter algerischer Seite wurde angedeutet, daß SBZ für politisches Entgegenkommen Entwicklungshilfekredite in Höhe von rund 500 Mio. Dinar in Aussicht gestellt habe. Genauere

Mehrfach betonte Außenminister Bouteflika, daß die jetzigen Kontakte unbedingt geheimgehalten werden müßten. Es gehe nicht an, daß die Bundesregierung über jeden Kontakt, den sie zu einem arabischen Land aufnehme, sogleich eine Meldung in die Presse lanciere. In der gegenwärtigen Situation bestehe die Gefahr, daß jede arabische Regierung versuchen würde, andere arabische Regierungen links zu überholen. Dieser Gefahr könne man nur durch strengste Vertraulichkeit ausweichen.

Abschließend bat Außenminister Bouteflika darum, daß man sich in New York noch zu einem zweiten Gespräch treffen möge. Es wäre gut, wenn die deutsche Seite dann eine Darstellung der Entwicklungsmöglichkeiten für das deutsch-algerische Verhältnis geben könnte.

II. Die zweite Begegnung mit dem algerischen Außenminister fand am 27. November statt; sie dauerte von 18–19.30 Uhr. Der Teilnehmerkreis war derselbe wie am Vortage. Schon gleich zu Beginn war eine größere Aufgeschlossenheit, ja Herzlichkeit auf Seiten Bouteflikas zu verspüren.

Bundesminister Wischnewski gab folgenden Überblick über die Möglichkeiten, die deutsch-algerischen Beziehungen künftig auszugestalten: In politischer Hinsicht bestünden zwischen den beiden Ländern glücklicherweise keine direkten Probleme. Die Berücksichtigung der beiderseitigen nationalen Interessen würde eine sichere Grundlage für gute Beziehungen schaffen. In ihrer Politik gegenüber der arabischen Welt beabsichtige die Bundesregierung in keiner Weise, ein Land gegen ein anderes auszuspielen. Wenn aber ein einzelnes arabisches Land die Beziehungen zu uns wiederaufnehmen wolle, so könnten und würden wir es nicht zurückweisen.

In wirtschaftlicher Hinsicht bestünden für die Ausgestaltung der deutsch-algerischen Beziehungen besonders günstige Ansatzpunkte. Die Außenhandelsbilanz sei für Algerien stark aktiv; nach den letzten uns vorliegenden Zahlen hätten wir aus Algerien siebenmal mehr eingeführt als nach dort exportiert.<sup>11</sup> Der Handelsaustausch sollte künftig noch ausgebaut werden. Dies stehe im Einklang sowohl mit der Charter von Algier wie auch mit dem bekannten Wort „Trade is better than Aid“. Die Bundesregierung habe sich schon bisher für ein Assoziierungsabkommen zwischen Algerien und der EWG eingesetzt, und sie werde die algerischen Wünsche auch künftig unterstützen. Kapitalhilfe sei 1964 in Höhe von 70 Millionen DM an Algerien eingeräumt worden. Algerien habe diese Mittel aber bisher nur zum geringen Teil ausgenutzt. Die Bundesregierung sei bereit, auch vor der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit der algerischen Regierung in Gespräche über eine anderweitige Verwendung dieser Kapitalhilfe einzutreten, wenn dies ein algerischer Wunsch sein sollte. Nach Wiederaufnahme der Beziehungen werde die Bundesregierung bereit sein, Algerien neue Kapitalhilfe zu geben, und zwar in einer Höhe, die der politischen und wirtschaftlichen Bedeutung Algeriens gerecht werde. Die Bundesregierung sei bereit, den Rahmen für Ausfuhrbürgschaften nach

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1575*

Bedingungen hierfür, ob Generalkonsulat oder volle Anerkennung, wurden nicht bekannt.“ Der Betrag entspreche etwa 405 Mio. DM. Vgl. den Drahtbericht; Referat I B 4, Bd. 257.

Vom 23. Januar bis 14. Februar 1967 fanden in Algier Verhandlungen zwischen der DDR und Algerien statt. Für das Kommuniqué vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR XV, S. 781 f.

<sup>11</sup> Zu den Handelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Algerien vgl. Dok. 81, Anm. 5.



Algerien zu überprüfen und, falls erforderlich, zu erweitern. In bezug auf deutsche Privatinvestitionen in Algerien könnte geprüft werden, ob die bestehenden inneralgerischen Gesetze und das deutsche System von Kapitalschutzverträgen sich deckten und ob eventuell gewisse Ergänzungen vorgenommen werden müßten. Was die technische Hilfe anbelange, so seien nicht nur die bereits früher vereinbarten Projekte weitergeführt, sondern es sei sogar ein wichtiges neues Projekt im vergangenen Sommer vereinbart worden.<sup>12</sup> Über weitere Projekte der technischen Hilfe, wie z.B. auf dem Gebiet des Gewerbeschulwesens, könnte nach Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen gesprochen werden. Schließlich könnten wir versuchen, den deutschen Tourismus nach Algerien im Rahmen unserer Möglichkeiten zu fördern. Wenn im vergangenen Sommer der Tourismus unterblieben sei, so auf Grund von Umständen, die wir nicht zu verantworten hätten.

In kultureller Hinsicht sollten die Beziehungen künftig ebenfalls ausgebaut werden. Es gebe bereits ein Goethe-Institut in Algier, dessen Tätigkeit verstärkt werden könne. Wenn sich junge algerische Studenten mehr als bisher zum Erlernen der deutschen Sprache entschließen würden, könnte auch an eine Vergrößerung der Anzahl der Stipendien gedacht werden. Besonders wichtig sei ferner ein verbesserter Informationsaustausch zwischen den beiden Ländern. Die algerische Seite habe kürzlich mit der Einladung von zwanzig deutschen Journalisten ein gutes Beispiel gegeben.<sup>13</sup> Es sollte geprüft werden, welche weiteren Wege zur Verbesserung des Informationsaustauschs bestehen.

Außenminister Bouteflika bedankte sich mit warmen Worten für die Ausführungen von Bundesminister Wischniewski, die er als umfassend und präzise bezeichnete. Er führte seinerseits aus, daß die Algerier immer ein gutes Verhältnis zu Deutschland gehabt hätten und sich mit Dankbarkeit der Hilfe entsinnen, die ihnen während des Unabhängigkeitskampfes aus Deutschland zuteil wurde. Auch die algerische Regierung wünsche aufrichtig, die Beziehungen zu uns wieder in Ordnung zu bringen. Deutschland sei ein großes Land, das in der Vergangenheit eine schwierige Epoche seiner Geschichte durchlaufen ha-

<sup>12</sup> Seit April 1963 bestand zwischen den algerischen Polizeibehörden und dem Bundeskriminalamt eine technische Zusammenarbeit. Am 15. August 1967 wurde in Bonn zwischen der Bundesregierung und der algerischen Regierung eine Zusatzvereinbarung zum Rahmenabkommen über technische Hilfe vom 17. Dezember 1964 abgeschlossen, das den Ausbau der Polizeischule in Dar el Beida und die Lieferung technischer Ausstattung für kriminalistische und verkehrstechnische Aufgaben der algerischen Polizei sowie den Ausbau des polizeilichen Fernmeldewesens und die Ausbildung von algerischen Polizeikräften in der Bundesrepublik vorsah. Dazu bemerkte Legationsrat I. Klasse Söhnke: „Algerische Regierung wollte weder Frankreich noch ein östliches Land um diese Hilfe bitten, um ihnen nicht Einblick in inneren Machtapparat des Staates gewähren zu müssen. Bundesregierung hofft, daß Vereinbarung zu allmählicher Verbesserung deutsch-algerischen Verhältnisses beiträgt.“ Vgl. den Drahterlaß vom 18. August 1967 an die Vertretungen in Rabat und Tunis; Referat III B 6, Bd. 550.

<sup>13</sup> Am 23. November 1967 berichtete Legationsrat I. Klasse Strenziok, Algier, über den Besuch von 21 Wirtschaftsjournalisten aus der Bundesrepublik vom 16. bis 23. November 1967 in Algerien, der auf Einladung der staatlichen Erdölgesellschaft Sonatrach erfolgt war: „Die deutschen Gäste, die vor ihrer Abreise aus Deutschland von Herrn Bundesminister Wischniewski kurz über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Gastlandes eingeweiht worden waren, erwartete in Algier ein ausgesprochenes wirtschaftliches Informationsprogramm. Die Gastgeber gingen den politischen Fragen bewußt aus dem Weg und vertraten in ihren Gesprächen immer wieder die Tendenz, daß gute wirtschaftliche Beziehungen zwangsläufig ein gutes Klima für gute politische Kontakte schaffen würden.“ Vgl. Referat I B 4, Bd. 258.

be, aber nicht auf unabsehbare Zeit dafür bestraft werden dürfe. Deutschland müsse den ihm zukommenden Platz in der Welt einnehmen.

Die Dritte Welt sei groß und die Bedürfnisse unermesslich. Deutschland müsse deshalb eine Wahl treffen. Algerien sei bereit, Deutschland bei seiner Zusammenarbeit mit dem Ausland eine bevorzugte Stellung einzuräumen. Er denke an ein umfassendes Abkommen über die Zusammenarbeit. Die algerische Seite könnte uns eine Darstellung aller ihrer Probleme und Vorhaben geben, aus denen wir dann die für uns interessanten herausuchen könnten. In der Vergangenheit habe die Bundesregierung in erster Linie nach dem Mittleren Osten geblickt und die Existenz der nordafrikanischen Länder zuweilen vergessen. Dies sollte sich künftig nicht wiederholen.

Algerien wolle in jedem Falle, auch wenn es teuer sei, seine Unabhängigkeit bewahren und sich weder einseitig den Amerikanern noch den Sowjets ausliefern. Seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit uns hätten die kommunistischen Staaten keine Gelegenheit vergehen lassen, ohne auf Algerien wegen der Anerkennung Ostberlins Druck auszuüben. Algerien habe sich diesem Druck mit Entschiedenheit widersetzt und wolle ihm auch künftig nicht nachgeben. Allerdings gebe es in Algerien einzelne Menschen und auch Politiker, die sich für eine Anerkennung Ostdeutschlands einsetzten. (Auf diesen Punkt wies der algerische Außenminister Herrn Bundesminister Wischnewski unter vier Augen nochmals eindringlich hin.)

Die Palästinafrage habe in Algerien nie eine entscheidende Rolle gespielt. Das sei durch den Junikrieg nur vorübergehend etwas anders geworden. In Algerien betrachte man die Palästinafrage heute in erster Linie unter dem Gesichtspunkt, daß die Freiheit unteilbar sei.

Im arabischen Osten sei der sowjetische Einfluß besonders stark. Dies werde allein schon durch die Tatsache bewiesen, daß eine bestimmte Regierung (VAR) zunächst von dem Verrat der Sowjetunion, wenige Wochen darauf aber von der großzügigen und selbstlosen Hilfe der Sowjetunion gesprochen habe. Wegen dieses sowjetischen Einflusses sei er überzeugt, daß in der Wiederaufnahmefrage die Sonne für uns nicht im arabischen Osten, sondern im Westen aufgehen würde. Die algerische Regierung sei bereit, uns Vorschläge zu machen, mit welchen Mitteln und zu welchem günstigen Zeitpunkt wir in der Wiederaufnahmefrage am besten vorankämen. Die Wiederaufnahme könnte schneller kommen, als man es sich gemeinhin denke.

Er wäre dankbar, wenn die Ausführungen von Bundesminister Wischnewski in einzelnen Punkten noch etwas präzisiert werden könnten und wenn ihm insbesondere hierüber ein Schriftstück gegeben werden könnte. Dies würde ihm dann erlauben, sich in der algerischen Regierung mit Nachdruck für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen einzusetzen. Es käme jetzt darauf an, gute Argumente für die Wiederaufnahme zu präsentieren, die man sowohl im Innern wie gegenüber den anderen arabischen Ländern verwenden könnte.

Bundesminister Wischnewski äußerte seine Freude über die algerische Bereitschaft, mit uns jetzt wieder normale Beziehungen herzustellen. Beide Seiten sollten in der Wiederaufnahmefrage nun zügig voranschreiten und keine neuen Verzögerungen mehr eintreten lassen. Der Bundesminister sprach ebenso

seinen Dank dafür aus, daß die algerische Regierung für unsere nationalen Interessen, d.h. in der Deutschland-Frage, gutes Verständnis gezeigt habe. Er erläuterte, daß sich die grundsätzliche Haltung der Bundesregierung in der Deutschland-Frage auch seit Bildung der Großen Koalition nicht geändert habe. Wir bemühten uns zwar um menschliche Kontakte und Verbesserung der menschlichen Beziehungen zum Osten. Niemand könne aber von uns erwarten, daß wir unsere Unterschrift unter die deutsche Teilung setzten. In dieser Grundfrage könne keine Bundesregierung eine andere Haltung einnehmen.

Beide Seiten kamen dahin überein, daß weiterhin strengste Vertraulichkeit gewahrt werden müsse. Künftige Kontakte könnten in Bonn oder in Algier durch Beauftragte der beiden Regierungen, möglicherweise aber auch direkt zwischen den beiden Ministern etwa in Paris oder in Genf unterhalten werden.<sup>14</sup> Die Initiative für den nächsten Schritt würde von Bundesminister Wischniewski ausgehen.

Botschafter Bouattoura teilte Botschafter von Braun am 28. November noch telefonisch mit, bei den Besprechungen habe man leider das Thema der algerischen Arbeiter in der Bundesrepublik vergessen. Die Bundesregierung möge dieses Thema als eine wichtige Frage ansehen, die bei der Neugestaltung der deutsch-algerischen Beziehungen eine bedeutende Rolle spielen müsse.

Gehlhoff

VS-Bd. 2625 (I B 4)

## 411

### Botschafter Groepper, Ankara, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-15544/67 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 1051  
Citissime

Aufgabe: 30. November 1967, 11.55 Uhr  
Ankunft: 30. November 1967, 11.29 Uhr

Außenminister Çaglayangil, der mich am gestrigen Spätnachmittag (29. 11.) zu längerem Gespräch empfing, benutzte die Gelegenheit meines Besuchs, um noch einmal auf die ihm von dem Herrn Bundesaußenminister übermittelte Botschaft zurückzukommen, in der der Herr Minister seine guten Dienste zur Beilegung der Zypernkrise angeboten habe.<sup>1</sup> Er sei für diese Botschaft, die er

<sup>14</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Wischniewski mit dem algerischen Botschafter in Rom, Challal, am 22. Dezember 1967; Dok. 447.

<sup>1</sup> Am 23. November 1967 bat Ministerialdirigent Frank die Botschaft in Ankara, dem türkischen Außenminister folgende Mitteilung des Bundesministers Brandt zu übergeben: „In dieser für den Frieden im östlichen Mittelmeer und den Weltfrieden entscheidenden Stunde richten sich die Blicke des befreundeten deutschen Volkes auf Ihre Regierung und das türkische Volk. Die Freundschaft unserer beiden Völker gibt mir die Gewißheit, daß Sie meinen Appell als ein Zeichen aufrichtiger und uneigennütziger Friedensliebe aufnehmen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Ihrer Regierung davon Mitteilung machen würden und darf Sie bitten, von meiner Bereitschaft zu ver-

sehr gewürdigt und geschätzt habe, aufrichtig dankbar. Sie entspreche, so fügte er hinzu, der traditionellen und historischen Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern, und er bäte mich, dem Herrn Bundesaußenminister seinen herzlichen Dank dafür zu übermitteln.<sup>2</sup>

Zur Zypernkrise selbst und der derzeitigen Situation äußerte sich der Minister im einzelnen wie folgt: Ausgehend von den Grausamkeiten, welche die der Krise zugrunde liegenden Zwischenfälle kennzeichnen<sup>3</sup>, wies er in einem kurzen Rückblick darauf hin, in welchem Maße die griechische Regierung und Makarios die Verträge von Zürich und London<sup>4</sup> seit dem Jahre 1963 verletzt hätten. Als Folge dieser ständigen Verletzungen befänden sich die türkischen Zyprioten heute in einer Situation, die der von Schlachtvieh vergleichbar sei, das im Schlachthaus zur Schlachtung bereitstehe. Die türkische Regierung erachte es unter diesen Umständen für unerlässlich, sicherzustellen, daß die türkische Volksgruppe bewahrt bleibe. Des weiteren fordere sie Entschädigung für die den Einwohnern der beiden betroffenen Dörfer zugefügten materiellen und moralischen Schäden.

Die Türkei verlange, so hob der Minister im einzelnen hervor, daß die illegalen griechischen Truppen von der Insel zurückgezogen und die übrigen zahlenmäßig über die Verträge von Zürich und London hinausgehenden Truppen entwaffnet würden. Nach diesen Verträgen stünde Makarios lediglich das Recht auf Unterhaltung einer Polizeitruppe von 2000 Mann und einer etwa gleich großen Streitmacht zu. Tatsächlich befänden sich aber heute auf der Insel rund 20 000 illegale Soldaten, teils griechische, teils zypern-griechische, darunter die sogenannte Nationalgarde. Hinzu komme die ungesetzmäßige Verteilung von Waffen an die Zypern-Griechen.

So sei z. B. eines der beiden von den Zwischenfällen betroffenen Dörfer zur Hälfte von Türken, zur anderen Hälfte von Griechen bewohnt. Während die Türken gänzlich unbewaffnet seien, strotze der andere Teil des Dorfes geradezu von Waffen. Eine solche Situation sei untragbar.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1579*

mittelnden Diensten Gebrauch zu machen, wenn Sie dies für sinnvoll halten.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 4380; VS-Bd. 2440 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

Am 24. November 1967 berichtete Botschaftsrat I. Klasse Marmann, Ankara, von der Übergabe der Botschaft: „Nach ausführlicher Lektüre legte Minister unter besonderer Bezugnahme auf NATO-Partnerschaft eingehend dar, daß Grausamkeiten auf Zypern von NATO-Partner Griechenland begangen worden seien. [...] Es bliebe türkischer Regierung kein anderer Ausweg, als Leben und Sicherheit der Zypern-Türken selbst zu schützen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1024; VS-Bd. 2440 (I A 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Am 28. November 1967 antwortete der türkische Außenminister in einem Schreiben Bundesminister Brandt: „Das von Ihnen bekundete Interesse, welches ich als eine aufrichtige Bezeugung der traditionellen türkisch-deutschen Freundschaft empfinde, hat für uns einen großen Wert in diesen schweren Zeiten, die durch die Angriffe entstanden, die gegen den Frieden in der Region, die Rechte der Türkei und ihrer Gemeinde auf Zypern und gegen die Existenzberechtigung dieser Menschen gerichtet sind. [...] Der Konflikt geriet ohne den Willen der Türkei und besonders durch die seit fast vier Jahren andauernde unmenschliche Behandlung der türkischen Zyprioten, die bis zum Massenmord führte, in das heutige Stadium.“ Vgl. Referat I A 4, Bd. 371.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 400, Anm. 1.

<sup>4</sup> Auf den Konferenzen von Zürich (5. bis 11. Februar 1959) und London (17. bis 19. Februar 1959) wurde eine Einigung über den künftigen Status von Zypern erzielt. Der dabei ausgearbeitete Garantievertrag über die Unabhängigkeit Zyperns und der Bündnisvertrag zwischen Zypern, Griechenland und der Türkei wurden am 16. August 1960 unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 382, S. 3-7 bzw. UNTS, Bd. 397, S. 287-295.

Verschiedene Unterhändler – der Minister nannte hier insbesondere den Beauftragten des amerikanischen Präsidenten, Mr. Vance – hätten in den letzten Tagen Vermittlungsgespräche mit der türkischen bzw. der griechischen Regierung geführt. Die griechische Regierung sei jedoch bisher nicht auf die türkischen Forderungen eingegangen.

Auf meinen Hinweis, daß bei den derzeitigen Vermittlungsversuchen augenscheinlich die Frage der Frist für den Abzug der griechischen Truppen eine wesentliche Rolle spiele und es mir nach Presseveröffentlichungen schiene, daß die griechische Regierung sich im Prinzip zum Abzug der Truppen bereit erklärt habe, meinte der Minister, eine Erklärung, wonach man im Prinzip einverstanden sei, besage in dieser Situation gar nichts: Sie beinhalte praktisch nur, daß der Betreffende die Absicht habe, so zu handeln. Mit solcher Erklärung könne sich die türkische Regierung natürlich nicht begnügen. Nachdem die griechischen Truppen illegal auf die Insel eingeschleust worden seien und die schweren Zwischenfälle ausgelöst hätten, müßten sie sofort abgezogen werden. Es könne keinerlei Grund dafür anerkannt werden, sie noch länger auf der Insel zu belassen. Der einzige zu berücksichtigende Faktor sei die Frage, wie schnell der Abzug technisch bewerkstelligt werden könne. In jedem Falle müßten die Truppen innerhalb einer „vernünftigen Zeit“, für deren Bemessung eben allein die technischen Gesichtspunkte maßgebend sein könnten, die Insel verlassen haben.

Bezüglich des derzeitigen Standes der Vermittlungsaktionen teilte der Minister konkrete Einzelheiten nicht mit. Auf entsprechende Frage meinerseits erwähnte er nur noch, Vance werde nach seiner Ansicht wohl nicht mehr nach Ankara zurückkehren. Brosio hätte vormittags (29. 11.) hier noch Besprechungen geführt, sei dann aber nach Athen abgereist, von wo er sich nach Brüssel zurückbegeben werde.

Allgemein betonte der Minister, es liege der türkischen Regierung fern, die derzeitige Situation etwa dazu auszunutzen, um die Insel zu annektieren oder auch nur der endgültigen Lösung der Zypernfrage vorzugreifen. Diese endgültige Lösung könne erst in einem späteren Zeitpunkt in Angriff genommen werden, wenn wieder eine Atmosphäre des Vertrauens zwischen den beiden Regierungen hergestellt sei. Die türkische Regierung hoffe, die von ihr zum Schutze der türkischen Volksgruppe für unerläßlich gehaltenen Maßnahmen einschließlich der Entschädigung für die betroffenen beiden Dörfer auf gutlichem Wege und ohne Intervention erreichen zu können. Sollte dies aber nicht möglich sein, so werde sie ihre Pflicht tun und von dem Recht der Verträge von Zürich und London Gebrauch machen, Truppen nach Zypern zu entsenden, um ein entsprechendes Gegengewicht gegen die dort befindlichen illegalen griechischen und zypern-griechischen Truppen zu gewährleisten.<sup>5</sup>

[gez.] Groepper

VS-Bd. 2440 (I A 4)

<sup>5</sup> Am 30. November 1967 notierte Ministerialdirigent Frank aufgrund fernmündlich übermittelter Informationen des Botschafters Schlitter, Athen, zur Lösung des Zypern-Konflikts: „Generalsekretär Brosio sei heute morgen aus Ankara zurückgekehrt und habe die Zustimmung der Türken zu dem griechischen Kompromißvorschlag mitgebracht, die griechischen Truppen auf Zypern binnen

## Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz

St.S. 2233/67 geheim

1. Dezember 1967

Betr.: Gespräch mit den drei alliierten Botschaftern

Das monatlich einmal stattfindende Gespräch mit den Botschaftern der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs<sup>1</sup> fand heute in der Residenz des amerikanischen Botschafters statt. Folgende Punkte wurden besprochen:

1) Das Verhältnis der drei Botschafter zu dem sowjetrussischen Botschafter Abrassimow in Pankow hat sich seit der letzten Zusammenkunft nicht verändert. Abrassimow hatte bekanntlich den amerikanischen und den englischen Botschafter, die turnusgemäß an der Reihe waren, Abrassimow bei ihrem Aufenthalt in Berlin einzuladen, wissen lassen, daß er bereit sei, mit ihnen zusammenzukommen, sofern sie wirklich wichtige Dinge mit ihm zu besprechen hätten. Daraufhin unterblieb die beabsichtigte Zusammenkunft. Der französische Botschafter ist insofern in einer anderen Position, als seine Einladung an Abrassimow erst im nächsten Jahr fällig wird. Es wurde vereinbart, daß sich Botschafter Seydoux noch einmal mit den anderen beiden Botschaftern und mir bespricht, bevor er die fällige Einladung an Abrassimow ergehen läßt.

Es ist bezeichnend, daß zwischen den an Abrassimow ergangenen Einladungen und seiner unhöflichen Antwort ein Besuch Abrassimows in Moskau anlässlich der 50. Jahresfeier der Sowjetunion<sup>2</sup> lag. Sein Verhalten, das gegen sein früher freundliches und entgegenkommendes Wesen absticht, ist vermutlich darauf zurückzuführen, daß er vor seiner Rückkehr nach Pankow neue Weisungen erhalten hat, die darauf hinauslaufen, die Position der DDR dadurch zu stärken, daß Kontakte mit den in Bonn akkreditierten Botschaftern auf das äußerst Notwendige eingeschränkt werden. Gleichzeitig dürfte es sich um eine von Pankow und Moskau gleichermaßen beschlossene und jetzt eingenommene Haltung handeln, die der von der DDR befürchteten „Salamitaktik“ des Westens und der Bundesrepublik entgegenwirken soll. Hierunter verstehen die Russen die Versuche, Westberlin näher an die Bundesrepublik heranzubringen. Unter diesem Gesichtspunkt werden auch die Sitzungen des Bundestages, Ausschusssitzungen, Besuche des Bundespräsidenten etc. betrachtet. Dieses

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1581*

zwei Monaten zurückzuziehen. Unterstaatssekretär Vance sei ebenfalls soeben mit einem Brief des Erzbischofs Makarios nach Athen gekommen, in dem Makarios das griechisch-türkische Übereinkommen zur Kenntnis nimmt. Darin liege implizite die Anerkennung der bleibenden Stationierung von 950 Griechen und 650 Türken auf der Insel.“ Vgl. Referat I A 4, Bd. 371.  
Vgl. dazu weiter Dok. 418, Anm. 1.

<sup>1</sup> George C. McGhee (USA), Frank K. Roberts (Großbritannien) und François Seydoux de Clausonne (Frankreich).

<sup>2</sup> Die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution fanden vom 3. bis 7. November 1967 in Moskau statt.

hier wiedergegebene Motiv beruht allerdings nur auf Vermutungen der westlichen Botschafter.

2) Die Zurückweisung der Briefe der Bundesminister Dollinger<sup>3</sup> und Leber<sup>4</sup> an SBZ-Minister wurde übereinstimmend als eine weitere Verhärtung der Haltung der SBZ gegenüber der Bundesrepublik gewertet<sup>5</sup>, wobei sich allerdings die Frage stellt, ob die SBZ bei einem solchen Verhalten nicht ihre Karte<sup>6</sup> überspielt. Auf die Dauer dürfte das ewige Nein der SBZ gegenüber allen Vorschlägen und Versuchen der Bundesregierung einen ungünstigen Eindruck in der Weltöffentlichkeit hervorrufen. Angesichts der keineswegs besonders günstigen Finanzlage der SBZ – der britische Botschafter wußte zu berichten, daß die SBZ in Moskau vorstellig geworden ist, um eine größere Anleihe in Gold (!)<sup>7</sup> aufzunehmen – ist es um so verwunderlicher, daß die erwähnten Briefe, die möglicherweise auch zur Durchsetzung der finanziellen Forderungen der Zone hätten führen können, so kategorisch zurückgewiesen wurden.

3) Einbeziehung Berlins in völkerrechtliche Verträge des Bundes.

Ich habe nochmals die Ansicht der Bundesregierung zu diesem Punkt dargelegt und ein Aide-mémoire<sup>8</sup> überreicht, dessen genaue Prüfung von den Botschaftern zugesagt wurde. Eine baldige Antwort wurde in Aussicht gestellt.<sup>9</sup>

<sup>3</sup> Mit Schreiben vom 18. November 1967 an den Minister für das Post- und Fernmeldewesen der DDR, Schulze, erklärte Bundesminister Dollinger die Bereitschaft zu Verhandlungen über einen zukünftigen Ausgleich der seitens der DDR im innerdeutschen Postverkehr erbrachten Mehrleistungen; die Landespostdirektion Berlin sei in die Verhandlungen einzubeziehen. Darüber hinaus regte er an, „auch über die möglichen und notwendigen Verbesserungen zur Normalisierung des Post- und Fernmeldeverkehrs zwischen beiden Teilen Deutschlands“ zu sprechen. Vgl. DzD V/1, S. 2010.

<sup>4</sup> Bundesminister Leber teilte am 17. November 1967 dem Minister für Verkehrswesen der DDR, Kramer, mit, daß Verhandlungen zwischen den zuständigen Stellen der DDR und der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn über eine Neuregelung des Güterverkehrs stattfinden könnten. Das Bundesministerium für Verkehr sei bereit, Gespräche etwa über Fragen des Straßen- und Binnenschiffverkehrs zu führen. Vgl. DzD V/1, S. 2006.

<sup>5</sup> Am 29. November 1967 teilte das Presseamt beim Ministerpräsidenten der DDR mit, die Ablehnung der Bundesregierung, rückwirkend Ausgleichszahlungen im innerdeutschen Postverkehr zu leisten, zeige, daß die „Regierung Kiesinger/Strauß [...] die Bevölkerung der DDR um diese enormen Beträge bestehlen“ wolle. Auch mit dem Schreiben des Bundesministers Leber wolle die Bundesregierung die DDR „nur zur Akzeptierung der Bonner Alleinvertretungsanmaßung auf dem Gebiet des Verkehrswesens“ veranlassen: „Selbstverständlich weisen die zuständigen Organe der DDR diese gleichermaßen durchsichtigen wie provokatorischen Manöver entschieden zurück. Die DDR wird ihre souveränen Rechte und ihre Ansprüche auch auf den Gebieten des Post- und Fernmeldewesens sowie des Verkehrswesens zu schützen und durchzusetzen wissen.“ Vgl. DzD V/1, S. 2084 f.

<sup>6</sup> Die Wörter „ihre Karte“ wurden handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „die Karten“.

<sup>7</sup> Die Wörter „in Gold (!)“ wurden handschriftlich eingefügt.

<sup>8</sup> Im Aide-mémoire vom 30. November 1967 erklärte die Bundesregierung, sie halte es für notwendig, daß in einer neuen alliierten Anordnung „nicht nur von der ‚Möglichkeit‘ der Einbeziehung Berlins gesprochen wird. Vielmehr sollte klar zum Ausdruck gebracht werden, daß Berlin künftig grundsätzlich als in alle Verträge der Bundesrepublik Deutschland einbezogen gilt“. Ferner habe die Bundesregierung Bedenken dagegen, wenn in der Anordnung nicht nur der Bundesrepublik, sondern auch ihrem Vertragspartner die Möglichkeit eingeräumt würde, eine „negative Berlinerklärung“ abzugeben: „Dies käme einer Aufforderung an dritte Staaten gleich, von sich aus die Einbeziehung Berlins in einzelne Verträge abzulehnen.“ Vgl. VS-Bd. 426 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Auf der Sitzung der Bonner Vierergruppe am 15. Dezember 1967 äußerten die Vertreter der Drei Mächte ihre Überraschung darüber, daß die Frage einer automatischen Berlin-Klausel von Staatssekretär Duckwitz „auf dieser höheren Ebene“ thematisiert worden sei, und erklärten ihre Bereitschaft, die Angelegenheit „auf der ursprünglichen Gesprächsebene“ weiter zu behandeln. Ferner

#### 4) Stimmrecht der Vertreter Berlins im Bundesrat.

In der Diskussion ergab es sich, daß die Engländer und Amerikaner unseren Vorschlag<sup>10</sup> befürworten, während die Franzosen sich nach wie vor ablehnend verhalten. Der französische Botschafter ließ durchblicken, daß er persönlich die Haltung seiner Regierung nicht teile. Auch zu diesem Punkt wurde eine baldige Antwort in Aussicht gestellt.

#### 5) Sowjet-Grundstück Lietzenburger Straße 86.

Es bestand Übereinstimmung, daß in dieser Angelegenheit im Augenblick nichts zu unternehmen ist. Unsere Verbündeten haben von unseren Bedingungen<sup>11</sup> Kenntnis genommen, unter denen wir mit einer Nutzung des Grundstücks durch die Sowjets einverstanden wären.

6) Die Kürzung der Bundessubvention für die Luftreise nach Berlin<sup>12</sup> stieß bei den drei Botschaftern auf starke Bedenken. Sie sprachen die Bitte aus, daß sich der Herr Bundesminister des Auswärtigen noch einmal mit dem Bundesminister der Finanzen<sup>13</sup> in Verbindung setzen möge, um auf diese Kürzung, die sich zwangsläufig auf einen Rückgang der Berlinbesucher auswirken müsse<sup>14</sup>, zu verzichten<sup>15</sup>.

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1583*

äußerten sie die Ansicht, „die rechtliche Seite der Angelegenheit sei nunmehr ausreichend behandelt worden. Bei der weiteren Erörterung sollte der Schwerpunkt daher auf die politische Seite gelegt werden.“ Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Lücking vom 21. Dezember 1967; VS-Bd. 5633 (V 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Zum Aide-mémoire der Bundesregierung, das am 4. Oktober 1967 den Vertretern der Drei Mächte übergeben wurde, vgl. Dok. 316, Anm. 7.

<sup>11</sup> In einer den Regierungen der Drei Mächte übergebenen „Arbeitsunterlage“ vom 5. Juli 1967 wurden als Bedingungen für eine Nutzung des Grundstücks u. a. genannt, daß keine diplomatische, konsularische oder Handelsvertretung, sondern nur zuvor vom Senat von Berlin genehmigte Geschäftsräume errichtet würden. Ferner dürfe keine politische Propaganda betrieben werden, und die Beachtung der Rechtsvorschriften der Bundesrepublik müsse gewährleistet sein. Schließlich solle untersagt werden, das Grundstück mit Privilegien, insbesondere hinsichtlich der Nachrichtenverbindungen, auszustatten. Vgl. VS-Bd. 4134 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

Vgl. dazu weiter die Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz vom 14. März 1968; AAPD 1968.

<sup>12</sup> Mit Schreiben vom 17. August 1967 an den Berliner Senator Striek teilte Bundesminister Strauß mit, daß im Rahmen der nach der mittelfristigen Finanzplanung notwendigen Ausgleichsmaßnahmen für den Bundeshaushalt 1968 auch die Bundeshilfe für Berlin (West) gekürzt werden müsse. Insbesondere werde die Beihilfe zur Förderung des Luftreiseverkehrs um die Hälfte reduziert. Eine Fortsetzung der Förderung in ungeminderter Höhe sei nur möglich, wenn der entsprechende Betrag im Rahmen des Gesamtbedarfs des Haushalts von Berlin (West) aufgefangen werde. Vgl. Referat II A 1, Bd. 703.

<sup>13</sup> Franz Josef Strauß.

<sup>14</sup> Am 2. November 1967 teilten der amerikanische und der britische Vertreter in der Bonner Vierergruppe mit, daß bei einer Kürzung der Flugsubventionen ein Rückgang des Reiseverkehrsvolumens um 5 % bis 10 % erwartet werden könne. Dazu führten sie aus, „ihre Regierungen hätten ihre Luftlinien immer mit dem Hinweis auf die Luftverkehrssubventionen aus dem Bundeshaushalt unter moralischen Druck gesetzt, sich mit bescheidenen Gewinnspannen zu begnügen. Die Schwächung dieses moralischen Druckmittels werde sich bei den künftigen Preisdispositionen der beiden Luftlinien ebenso bemerkbar machen wie der betriebswirtschaftliche Faktor des verminderten Reiseverkehrsvolumens.“ Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete vom 20. November 1967; Referat II A 1, Bd. 709.

<sup>15</sup> Die Wörter „zu verzichten“ wurden handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „einzuwirken“.

Am 20. Dezember 1967 bestätigte das Bundeskabinett, daß 1968 keine Kürzungen der Zuschüsse für den Luftreiseverkehr nach Berlin (West) vorgenommen würden. Vgl. dazu den handschriftlichen Vermerk des Bundesministers Brandt; Referat II A 1, Bd. 709.



7) Die für den 11. Dezember vorgesehene Tagung des Bundesverbandes der Industrie in Berlin<sup>16</sup> wurde lebhaft begrüßt und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß diese Tagung praktische Resultate erzielt. Der Britische Botschafter teilte mit, daß zur Zeit die BP Gasbohrungen anstelle, die nicht aussichtslos erschienen. Außerdem habe eine der größten britischen Firmen beschlossen, Investitionen in Höhe von £ 4 000 000 in Berlin vorzunehmen.

Hiermit dem Herrn Minister<sup>17</sup> mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Duckwitz

VS-Bd. 426 (Büro Staatssekretär)

413

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Frank

I A 6-81.20/1-9-3793/67 VS-vertraulich

1. Dezember 1967<sup>1</sup>

Betr.: Besuch des Generaldirektors der IAEO, Herrn A. S. Eklund,  
in Bonn am 17. November 1967

Bezug: Aufzeichnung der Abteilung I vom 16. November 1967<sup>2</sup>

I. Generaldirektor Eklund wurde im Auswärtigen Amt von dem Herrn Bundesminister und dem Herrn Staatssekretär, im BMwF von Herrn Bundesminister Stoltenberg empfangen. Außerdem gab ihm Herr Staatssekretär von Heppe, BMwF, ein Mittagessen.

II. Bei den Besprechungen im Auswärtigen Amt wurden 4 Themen erörtert:

1) eine stärkere deutsche Mitwirkung in der IAEO, insbesondere eine ständige deutsche Vertretung im Gouverneursrat<sup>3</sup>;

<sup>16</sup> Am 11. Dezember 1967 fand die erste Sitzung des neugegründeten „Arbeitskreises Berlin“ des Bundesverbandes der Deutschen Industrie über die Möglichkeiten zur Förderung der industriellen Entwicklung von Berlin (West) statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Botschafters Emmel vom 12. Dezember 1967; Referat III A 1, Bd. 291.

<sup>17</sup> Hat Bundesminister Brandt am 3. Dezember 1967 vorgelegen.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Ungerer konzipiert.

<sup>2</sup> Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg informierte darüber, daß der IAEO-Generaldirektor Eklund anlässlich der XI. IAEO-Generalkonferenz vom 26. September bis 2. Oktober 1967 in Wien den Wunsch geäußert habe, „die Bundesrepublik zu besuchen, um sich über die Haltung der Bundesrepublik zur IAEO in Verbindung mit dem eventuellen Abschluß eines Nichtverbreitungsvertrages zu unterrichten. Generaldirektor Eklund hat in letzter Zeit einer Reihe von Mitgliedstaaten Besuche abgestattet und wurde dabei, wie in Polen und der Tschechoslowakei, an höchster Stelle empfangen. Er scheint den Eindruck zu haben, daß in der Bundesrepublik der IAEO gegenüber gewisse Vorbehalte bestehen.“ Vgl. VS-Bd. 2464 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Die Bundesregierung war 1960 bis 1962 und erneut seit 1966 Mitglied im Gouverneursrat der IAEO. Ständige Mitglieder waren Frankreich, Großbritannien, Kanada, die UdSSR und die USA. Dazu bemerkte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg am 16. November 1967, daß die Bundesrepublik auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie zu den fortschrittlichsten Staaten zu rechnen sei und auch mit ihrem Pflichtbeitrag zur IAEO hinter den USA und der UdSSR an

- 2) ein Abkommen zwischen IAE0 und EURATOM;
- 3) die deutsche Einstellung zu EURATOM und seinen Sicherheitskontrollen;
- 4) die Gestaltung der Sicherheitskontrollen in Verbindung mit einem NV-Vertrag und die Verifizierung der EURATOM-Sicherheitskontrollen.

Zu 1) Diese Frage wurde in dem Gespräch zwischen dem Herrn Minister und Herrn Eklund erörtert, wobei der Herr Minister den deutschen Wunsch auf eine ständige Vertretung im Gouverneursrat zum Ausdruck brachte. Herr Eklund meinte, der Weg über eine Satzungsänderung stoße auf große Schwierigkeiten.

Zu 2) Herr Eklund wies darauf hin, daß das IAE0-Sekretariat bereits gute Beziehungen mit der EURATOM-Kommission unterhalte. Zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen habe er vor 2 Tagen einen Beamten des Generalsekretariats eigens mit der Pflege der Beziehungen zu EURATOM betraut. Die Formalisierung dieser Beziehungen durch ein Abkommen halte er gegenwärtig wegen des sowjetischen Widerstandes nicht für möglich. Die Sowjetunion betrachte EURATOM nach wie vor als militärische Organisation. Eine andere Sache sei allerdings ein Verifikationsabkommen im Gefolge eines NV-Vertrages.

Staatssekretär Lahr erklärte, eine engere Zusammenarbeit zwischen IAE0 und EURATOM könnte sich sehr positiv für die IAE0 auswirken und auch Aufschluß über den friedlichen Charakter von EURATOM geben. Diese Zusammenarbeit bedürfe nicht sofort der Formalisierung, doch sei es nützlich, ein weitergehendes Abkommen zu schließen, wenn sich die Frage der Verifizierung der EURATOM-Kontrollen stelle. Auf den Einwand von Herrn Eklund, die Verifikation sei so wichtig, daß sie nicht mit anderen Fragen verknüpft werden dürfe, meinte der Herr Staatssekretär, von deutscher Seite bestehe nicht die Absicht eines Junktims, jedoch seien wir der Auffassung, die Zusammenarbeit mit der IAE0 werde durch ein umfassenderes Abkommen erleichtert.

Zu 3) Staatssekretär Lahr und Botschafter Schnippenkötter erläuterten Herrn Eklund die Gründe, warum die Bundesregierung auf die Aufrechterhaltung der EURATOM-Kontrollen Wert legt und die Gemeinschaft in die sich aus einem NV-Vertrag ergebenden Sicherheitskontrollfragen eingeschaltet werden muß.

Bei EURATOM sei die Gleichbehandlung aller Mitgliedstaaten ein Strukturprinzip. Aus diesem Grunde werde auch die friedliche Nukleartätigkeit des Kernwaffenstaates Frankreich kontrolliert. Im NV-Vertrag sei eine solche Gleichbehandlung nicht vorgesehen, da ein Land sich weigere, für seinen friedlichen Nuklearbereich Kontrollen zu akzeptieren. Es bestehe die Gefahr, daß über einen NV-Vertrag der Grundsatz der Gleichbehandlung innerhalb der Euro-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1585*

dritter Stelle stehe: „Zur Zeit ist die Bundesrepublik zwar Mitglied des Gouverneursrats, muß aber im September 1968 ausscheiden, wenn es bei der gegenwärtigen Regelung bleibt. In Anbetracht der wachsenden Bedeutung, die wir der IAE0 zuerkennen, sind wir sehr daran interessiert, in gleicher Weise wie andere fortgeschrittene Kernenergieländer im Gouverneursrat vertreten zu sein. Eine Möglichkeit, um dieses Ziel zu erreichen, ist die Erhöhung der Zahl der technologisch fortgeschrittensten Länder im Gouverneursrat durch Satzungsänderung.“ Vgl. VS-Bd. 2464 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

päischen Gemeinschaften durchbrochen werde, was zu politischen Schwierigkeiten innerhalb der Gemeinschaft führen würde.

Der Verdacht, daß wir uns hinter EURATOM versteckten, um uns den Verpflichtungen eines NV-Vertrages zu entziehen, sei unbegründet. Als Mitglied der Gemeinschaft seien wir völkerrechtlich an den EURATOM-Vertrag gebunden. Nach diesem Vertrag habe die Kommission dazu Stellung zu nehmen, ob der Entwurf eines Abkommens mit dritten Staaten dem Vertrag entspreche.<sup>4</sup> EURATOM sei ein wichtiges Element der europäischen Integration, und die Europapolitik spiele eine zentrale Rolle in unserer Außenpolitik. Die EURATOM-Kommission habe sich zu den Entwürfen eines Art. III des NV-Vertrages geäußert und festgestellt, daß gewisse Versionen nicht mit dem EURATOM-Vertrag vereinbar seien.<sup>5</sup>

Herr Eklund wurde auch auf die von den nichtnuklearen EAG-Mitgliedstaaten vereinbarten Grundsätze für eine Regelung der Sicherheitskontrollfrage im NV-Vertrag hingewiesen.<sup>6</sup> EURATOM als Organisation mit eigener Rechtspersönlichkeit müsse die Möglichkeit haben, ein Abkommen mit der IAEA zu schließen. Anderenfalls könnten die Forschungsanstalten der Gemeinschaft nicht kontrolliert bzw. verifiziert werden.

Der Herr Minister unterstrich die Notwendigkeit, sich vor Abschluß eines NV-Vertrages zu überlegen, wie ein Abkommen zwischen der IAEA und EURATOM aussehen solle.

Herr Eklund bemerkte, es sei wichtig, den NV-Vertrag noch im Jahre 1968 abzuschließen, da sonst die Aussichten auf eine Verhinderung der Ausbreitung von Kernwaffen schwinden würden. Er werde alles tun, um die Zusammenarbeit seiner Organisation mit EURATOM zu verbessern.

Zu 4) Herr Eklund bemerkte, die Kontrolle der friedlichen Kerntätigkeit von Kernwaffenmächten sei von geringer praktischer Bedeutung. Durch die Inspektion von Kernanlagen in den anderen osteuropäischen Staaten außer der Sowjetunion sei Gelegenheit gegeben, sich über die technische Ausführung sowjetischer Kernkraftwerke zu informieren, da diese Länder Kernanlagen von der Sowjetunion importieren. Seiner Meinung nach sollte die Beschränkung der Kontrollen auf den Fluß des spaltbaren Materials angestrebt werden. Die entsprechenden Verfahren müßten noch entwickelt werden. Bei der Verifikation der EURATOM-Sicherheitskontrollen sollte die IAEA eine Rolle übernehmen, die der externen Rechnungskontrolle entspreche, d.h. die externe Kontrolle müsse sich durch persönlichen Augenschein überzeugen, daß die interne Kontrolle funktioniere.

Staatssekretär Lahr und Botschafter Schnippenkötter entgegneten, die Kontrollen dürften nur so weit gehen, wie sie für den Zweck der Verhinderung der

<sup>4</sup> Vgl. dazu Artikel 103 des EURATOM-Vertrags vom 25. März 1957; Dok. 85, Anm. 10.

<sup>5</sup> Zur Stellungnahme der EG-Kommission vom 23. Oktober 1967 zum amerikanischen Entwurf vom 23. April 1967 für Artikel III (Kontrollartikel) eines Nichtverbreitungsabkommens, zum sowjetischen Entwurf für Artikel III vom 1. September 1967 sowie zu den niederländischen Änderungsvorschlägen vom 27. September 1967, vgl. Dok. 371, besonders Anm. 5.

<sup>6</sup> Zu den fünf Grundsätzen der nichtnuklearen EURATOM-Staaten vom 26./27. Oktober 1967 vgl. Dok. 402, Anm. 10.

Waffenherstellung erforderlich seien. Die Einsichtnahme in die technischen Pläne von Kernanlagen sei nicht notwendig.

Die deutsche Einstellung zu Sicherheitskontrollen sei sehr positiv. Sicherheitskontrollen sollten möglichst weltweit und nicht diskriminierend sein. Was wir erstrebten, sei die Gleichstellung in den wirtschaftlichen Bedingungen der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Mit der Bereitschaft, seine Sicherheitskontrollen verifizieren zu lassen, gehe EURATOM weiter als die IAEK-Kontrollregeln vorschreiben. Gemäß Punkt 28 d)<sup>7</sup> dieser Regeln bestehe nämlich die Möglichkeit, ein anderes Sicherheitskontrollsystem ohne Verifizierung anzuerkennen.

Das Gespräch über die Gestaltung der Sicherheitskontrollen in Verbindung mit einem NV-Vertrag wurde beim Mittagessen vertieft. Dabei meinte Herr Eklund, die Befürchtungen, Sicherheitskontrollen würden den Export deutscher Kernenergieerzeugnisse behindern, seien unbegründet. Die Durchsetzung weltweiter Sicherheitskontrollen könne den deutschen Export eher fördern. Von deutscher Seite wurde Herr Eklund darauf hingewiesen, daß unsere Befürchtungen sich nicht darauf beziehen, daß der Kauf deutscher Kernenergieausrüstungen durch Sicherheitskontrollen in den Empfängerländern erschwert werden könnte. Anderenfalls hätten wir uns nicht schon im März 1966 bereit erklärt, bei Exporten außerhalb des EURATOM-Bereichs IAEK-Sicherheitskontrollen zu verlangen.<sup>8</sup> Die Schwierigkeiten lägen auf der Kostenseite. Sicherheitskontrollen würden zu einer Behinderung des Produktionsprozesses in Brennelementfabriken und bei Entwicklungsarbeiten führen.

Herr Eklund erwiderte hierauf, daß Sicherheitskontrollen wegen der Gefahr einer Abzweigung von spaltbarem Material für den schwarzen Markt auch national durchgeführt werden müßten. Es sei nicht einzusehen, warum Sicherheitskontrollen der IAEK eine größere Behinderung darstellen sollen als andere. Von deutscher Seite wurde hierauf entgegnet, wenn dies zutrefte, sei kein Grund vorhanden, warum die Kernwaffenmächte nicht ihren friedlichen Nuklearbereich auch Sicherheitskontrollen unterwerfen.

Zum Abschluß der Besprechungen sagte Herr Eklund, der Gedankenaustausch sei für ihn sehr nützlich gewesen und habe wesentlich dazu beigetragen, die deutsche Haltung für ihn verständlicher zu machen.

III. Bei der Besprechung mit Bundesminister Dr. Stoltenberg wurden folgende Themen erörtert:

- 1) das Projekt eines Dokumentationssystems der IAEK,
- 2) die Hilfe für Entwicklungsländer,
- 3) der deutsche Personalanteil,
- 4) die Errichtung von Zweiginstituten des IAEK-Instituts für theoretische Physik,
- 5) die ständige deutsche Vertretung im Gouverneursrat,

<sup>7</sup> Punkt 28 d der revidierten Regeln für Sicherheitskontrollen der IAEK vom 28. September 1965: „The material was not subject to safeguards pursuant to a project agreement and will be subject, in the State to which it is being transferred, to safeguards other than those of the Agency but generally consistent with such safeguards and accepted by the Agency.“ Vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1965, S. 452.

<sup>8</sup> Vgl. dazu Abschnitt V,3 der Note der Bundesregierung vom 25. März 1966; BULLETIN 1966, S. 330. Vgl. dazu auch AAPD 1966, I, Dok. 58.

- 6) die deutsche Mitgliedschaft im wissenschaftlichen Beirat der IAEO,
- 7) die Sicherheitskontrollfrage.

Zur Frage der ständigen deutschen Vertretung im Gouverneursrat erklärte Herr Eklund, er habe grundsätzlich Verständnis für den deutschen Wunsch. Wenn jedoch eine Satzungsänderung erfolge, gehe diese zu Lasten von Westeuropa und verstärke den Anteil der Entwicklungsländer im Gouverneursrat. Im Hinblick auf ihr Kernpotential habe die Bundesrepublik starke sachliche Argumente für sich. Es wäre sicher vorteilhaft, wenn wir mit anderen westeuropäischen Ländern und evtl. auch mit Kanada sprächen, um eine Lösung dieser Frage ohne Satzungsänderung zu erreichen.<sup>9</sup>

Hinsichtlich der Sicherheitskontrollen meinte Herr Eklund, die Automatisierung der Kontrolle sei sicher in der Zukunft möglich. Man müsse jedoch bei den bisherigen Methoden ansetzen. Bei einer Verifizierung seien Stichproben nicht zu vermeiden. Ausgehend von der negativen Beurteilung der deutschen Haltung zum NV-Vertrag durch die osteuropäischen Länder meinte Herr Eklund, daß eine positive deutsche Einstellung zum NV-Vertrag und den IAEO-Sicherheitskontrollen politisch der Bundesrepublik zum Vorteil gereiche. Bundesminister Stoltenberg wies Herrn Eklund auf die positive deutsche Haltung zu einem weltweiten Sicherheitskontrollsystem hin sowie auf die Kriterien, denen ein solches System entsprechen sollte (Spaltstoffflußkontrolle, Einbeziehung des EURATOM-Kontrollsystems, Gleichbehandlung).

Einer Stellungnahme von EURATOM zur Verifizierung wolle er nicht vorgreifen. Die Frage von Herrn Eklund, ob ein Verifikationsabkommen unbefristet gelten solle, bejahte er. Die deutsche Haltung zum NV-Vertrag sei zwar kritisch, aber konstruktiv. Wir hätten die Befürchtung, daß einer im NV-Vertrag festgelegten Diskriminierung weitere Diskriminierungen folgten. Entscheidend für uns sei, daß der gemeinsame Kernenergiemarkt und das Verhältnis zu Frankreich nicht beeinträchtigt werden.

IV. Nach Abschluß der Besprechungen im BMwF sprach Herr Eklund Herrn LR I Randermann auf die Zusammensetzung der deutschen Delegation im Gouverneursrat der IAEO an. Bei den Besprechungen bei Bundesminister Stoltenberg habe er vergessen, auf folgendes hinzuweisen: Wenn die Bundesrepublik eine ständige Vertretung im Gouverneursrat anstrebe, müsse sie dort auch aktiver als bisher mitarbeiten. Er empfehle aus diesem Grunde, zu den Sitzungen des Gouverneursrats jeweils auch einen qualifizierten deutschen Naturwissenschaftler hinzuzuziehen.

#### V. Bewertung:

Der Besuch von Generaldirektor Eklund in Bonn war für uns zweifelsohne von Nutzen. Wie Herr Eklund selbst zugab, ist er nun in der Lage, die deutsche Haltung zum NV-Vertrag und zu den IAEO-Sicherheitskontrollen besser zu verstehen als vorher. Herr Eklund machte jedoch nicht den Eindruck, daß er völlig von unseren Argumenten überzeugt wurde. Bemerkenswert war, daß er in der Diskussion sehr viel weniger Verständnis für die Einbeziehung von EURATOM in ein weltweites Sicherheitskontrollsystem zeigte als mancher seiner Mitar-

<sup>9</sup> Vgl. dazu weiter den Drahtbericht Nr. 56 des Botschafters Blankenhorn, London, vom 10. Januar 1968; AAPD 1968.

beiter. Die von ihm vorgebrachten Argumente zugunsten von weltweiten IAEO-Kontrollen und des Abschlusses eines NV-Vertrages waren für uns nicht neu.

Ebenfalls auffallend war, daß Herr Eklund eine stärkere deutsche Mitwirkung innerhalb der IAEO als notwendig bezeichnete. Diese Auffassung bestätigt die vom Auswärtigen Amt seit Juni dieses Jahres dem BMwF gegenüber vertretene Auffassung, der deutsche Einfluß in der IAEO müsse u. a. durch eine stärkere deutsche Beteiligung in den Institutionen und Arbeitsgruppen der Organisation verstärkt werden. Es besteht der Eindruck, daß Herr Eklund seinen Vorschlag, einen qualifizierten Naturwissenschaftler als Mitglied der deutschen Delegation zu den Sitzungen des Gouverneursrats zu entsenden, im BMwF nicht etwa vergessen hat, sondern daß er ihn ungern vor den Herren des BMwF vorbringen wollte, die seit Jahren die deutschen Belange in der IAEO wahrnehmen.

Wenn auch von Herrn Eklund nicht zu erwarten ist, daß er den Sowjets und anderen osteuropäischen Ländern gegenüber als Interpret der deutschen Haltung auftritt, so ist der Besuch doch schon dann als positiv zu werten, wenn Herr Eklund nicht mehr zum Kreis derjenigen gehört, die unsere Haltung mit mangelndem Verständnis beurteilen. Auf jeden Fall dürfte es nützlich sein, den Kontakt mit Herrn Eklund weiter sorgsam zu pflegen.<sup>10</sup> Dem deutschen Gouverneur bei der IAEO<sup>11</sup> und dem deutschen Delegationsleiter bei der IAEO-Generalkonferenz<sup>12</sup> kommt hierbei besondere Verantwortung zu.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>13</sup> dem Herrn Minister<sup>14</sup> vorgelegt.

Frank i. V.

**VS-Bd. 2464 (I A 6)**

<sup>10</sup> Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr vom 10. Januar 1968 über sein Gespräch mit dem Generalsekretär der IAEO, Eklund, vom Vortrag; AAPD 1968.

<sup>11</sup> Walter Schulte-Meermann.

<sup>12</sup> Joachim Pretsch.

<sup>13</sup> Hat Staatssekretär Lahr am 4. Dezember 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Neues F[ern]S[chreiben] aus Wien.“

Hat Staatssekretär Duckwitz am 5. Dezember 1967 vorgelegen.

<sup>14</sup> Hat Bundesminister Brandt am 7. Dezember 1967 vorgelegen.

## Vermerk des Ministerialdirigenten Böker

I B 4-82.00-92.19-1855/67 geheim

4. Dezember 1967

Vermerk für Herrn VLRI Gehlhoff<sup>1</sup>

Staatssekretär Duckwitz informierte mich während Ihrer kürzlichen Abwesenheit in New York<sup>2</sup> über ein Gespräch, das er mit Staatssekretär Grund vom Finanzministerium gehabt hat. Demzufolge beabsichtigt das Bundesfinanzministerium nicht, der israelischen Forderung auf Zahlung von 400 Mio. DM für Entschädigung von Gesundheitsgeschädigten nachzugeben.<sup>3</sup> Staatssekretär Grund konnte sich nicht erklären, wie Ministerialdirektor Féaux de la Croix eine gegenteilige Äußerung gemacht haben konnte. Bundesminister Strauß habe wohl kurze Zeit erwogen, der israelischen Forderung zu entsprechen; man sei aber dann doch zu dem gegenteiligen Schluß gekommen. Man sehe die Dinge im Finanzministerium wie bei uns: Ein rechtlicher Grund für die israelische Forderung bestehe nicht. Politisch wäre ein Nachgeben gegenüber den Israelen in dieser Frage höchst bedenklich wegen der Auswirkungen auf die arabischen Staaten. Im äußersten Notfalle müsse man die israelische Forderung dem im Wiedergutmachungsvertrag vorgesehenen Schiedsgericht<sup>4</sup> unterbreiten.

So erfreulich diese Auskunft sein mag, so halte ich es doch angesichts der zahlreichen Einwirkungsmöglichkeiten, die der israelischen Regierung zur Verfügung stehen, für geboten, diese Angelegenheit mit wachsamem Auge zu beobachten.

Alexander Böker

VS-Bd. 2632 (I B 4)

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Gehlhoff am 11. Dezember 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Gehlhoff hielt sich anlässlich der UNO-Generalversammlung in New York auf. Vgl. dazu Dok. 410.

<sup>3</sup> Mit Verbalnote vom 3. Oktober 1967 bekräftigte die israelische Regierung ihren Rechtsstandpunkt, demzufolge von einem Wegfall der Rechtsgrundlage des Abkommens vom 10. September 1952 zwischen der Bundesrepublik und Israel über die Wiedergutmachung (Luxemburger Abkommen) ausgegangen werden müsse, und erinnerte daran, daß Staatssekretär Lahr am 6. Mai 1966 den israelischen Botschafter Ben Natan über einen Beschluß des Bundeskabinetts informiert habe, „Israel in dieser Frage entgegenzukommen“. Die israelische Regierung gebe der Hoffnung Ausdruck, „daß die Bundesrepublik in nächster Zukunft die notwendigen Schritte unternehmen wird, um dieses Problem, im gegenseitigen Einvernehmen, einer endgültigen Lösung zuzuführen.“ Für die Note vgl. Referat V 2, Bd. 1282.

<sup>4</sup> Artikel 14 des des Abkommens vom 10. September 1952 zwischen der Bundesrepublik und Israel über die Wiedergutmachung (Luxemburger Abkommen) sah vor, Streitigkeiten zwischen den vertragschließenden Parteien auf Antrag einer der Parteien einer Schiedskommission zu unterbreiten. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 49–51.  
Zur Diskussion um den bereits 1964 unterbreiteten israelischen Vorschlag, eine Schiedskommission mit der Frage nach weiterer Entschädigung gesundheitsgeschädigter NS-Opfer zu befassen, vgl. AAPD 1966, I, Dok. 94 und Dok. 114.

### Konsul I. Klasse Böcker, Aden, an das Auswärtige Amt

**Z B 6-1-15722/67 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 169**

**Aufgabe: 4. Dezember 1967, 12.35 Uhr**  
**Ankunft: 4. Dezember 1967, 12.37 Uhr**

Nachdem das Anerkennungstelegramm<sup>1</sup> Samstag vormittag<sup>2</sup> entschlüsselt und eine arabische und englische Übersetzung angefertigt worden war, habe ich das Außenministerium um einen Termin beim Präsidenten<sup>3</sup> bitten lassen. Daraufhin wurde ich gestern morgen zu Außenminister Saif al-Dhalai gebeten. Er bat mich, ihm das Telegramm zur Weiterleitung an den Präsidenten zu übergeben. Er wolle dann einen Besuchstermin beim Präsidenten, der zur Zeit sehr beschäftigt sei, für mich ausmachen. Der Termin steht noch aus.

Ich erklärte dem Außenminister unter Bezugnahme auf eine Begleitnote, daß Anerkennungstelegramm bereits am 1. Dezember um 11.15 Uhr abgesandt, aber aus technischen Gründen erst am nächsten Tag eingetroffen sei. Sodann leitete ich das Gespräch auf die Besprechung mit dem Leiter unserer Vertretung in Genf über und sagte, [daß] ein weiteres Gespräch in Genf<sup>4</sup> wegen der Abreise der NLF-Delegation<sup>5</sup> nicht mehr stattfinden könne. Ich trug ihm dann vor, die Bundesregierung sei bereit, mit der südjemenitischen Regierung diplomatische Beziehungen aufzunehmen und auf der Grundlage solcher Beziehungen an der wirtschaftlichen Entwicklung des neuen Staates mitzuwirken.

<sup>1</sup> Ministerialdirigent Böcker übermittelte am 1. Dezember 1967 das Telegramm von Bundespräsident Lübke zur Anerkennung der Volksrepublik Jemen (Südjemen) an das Konsulat in Aden. Darin hieß es: „Das deutsche Volk begrüßt in diesem Augenblick die Volksrepublik Südjemen als neues Mitglied in der Gemeinschaft der freien und unabhängigen Staaten der Welt. Es ist davon überzeugt, daß sie zur Erhaltung des Friedens und der Freiheit in der Welt und zu den Bemühungen um ein gegenseitiges Verständnis der Völker einen wertvollen Beitrag leisten wird.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 60 vom 30. November 1967; VS-Bd. 2557 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> 2. Dezember 1967.

<sup>3</sup> Qahten Mohammed al-Shaabi.

<sup>4</sup> Am 21. November 1967 bat Ministerialdirigent Böcker Botschafter von Keller, Genf (Internationale Organisationen), in einem Gespräch mit Vertretern der Delegation der National Liberation Front deutlich zu machen, daß die Bundesregierung bereit sei, „mit dem neuen Staat Südarabien und seiner Regierung möglichst bald in enge und freundschaftliche Verbindung zu treten“. Sie habe im übrigen „bereits durch die Errichtung eines Berufskonsulats im Dezember 1965 deutlich gemacht, welch große Bedeutung sie Südarabien beimißt“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 4337; VS-Bd. 2557 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

Am 25. November 1967 teilte Keller dem Leiter der NLF-Delegation mit, „daß die Bundesregierung für das ganze deutsche Volk spreche und daß daher die gleichzeitige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum anderen Teil Deutschlands“ nicht hingenommen werden könne. Al-Shaabi habe erwidert, daß „hinsichtlich der auswärtigen Beziehungen noch keine endgültigen Entscheidungen getroffen“ worden seien: „Südarabien wolle grundsätzlich mit allen Völkern gute Beziehungen pflegen. Außerdem sei für die Gestaltung der südarabischen Außenpolitik die Zugehörigkeit zur arabischen Völkerfamilie bestimmend. Die deutsche Frage sei ihm bekannt“. Er, Keller, habe darauf hingewiesen, daß auch konsularische Beziehungen zur DDR „eine ernste Maßnahme“ gegen die nationalen Belange der Bundesrepublik darstellen würden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 994 vom 27. November 1967; VS-Bd. 2557 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Am 29. November 1967 reiste die Delegation der National Liberation Front nach Unterzeichnung eines Abkommens mit Großbritannien zur Übernahme der Regierungsgewalt aus Genf ab. Die Volksrepublik Jemen (Südjemen) wurde am selben Tag unabhängig. Vgl. dazu den Artikel „Freudenfeuer als Zeichen der Unabhängigkeit Südarabiens“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 279 vom 1. Dezember 1967, S. 3.



Er zeigte sich sofort sehr interessiert und sagte zustimmend, Südjemen wolle zu „allen Staaten“ diplomatische Beziehungen aufnehmen. Die Entwicklungsbedürftigkeit des Landes sei außerordentlich groß. Es sei nicht sicher, ob England über die bisherigen Zahlungszusagen (für sechs Monate) hinaus weitere Leistungen geben werde. Er schnitt wie in Genf wieder das Problem der Budget-Hilfe an. Nachdem ich ihm gesagt hatte, daß eine Budget-Hilfe nach der Struktur unserer Entwicklungshilfeplanung nicht in Betracht kommen könne, meinte er, er habe es so gemeint, daß die Bundesrepublik sich an gewissen Projekten (zum Beispiel zum Aufbau von Schulen und Krankenhäusern) beteiligt, für die im Haushalt Südjemens bereits Planungen und Beträge festgesetzt seien. Ich sagte ihm dann, daß die technische Seite einer etwaigen deutschen Hilfe späteren Verhandlungen überlassen werden sollte.

Wegen seiner etwas überraschenden Bemerkung, daß Südjemen zu „allen Staaten“ diplomatische Beziehungen aufnehmen wolle, also auch zur Bundesrepublik, habe ich dann das Gespräch auf das Deutschlandproblem übergeleitet und wiederholt, daß kein arabischer und darüber hinaus überhaupt kein nicht-kommunistischer Staat die Zone völkerrechtlich als Staat anerkannt habe. Er sagte daraufhin, er sei über dieses Problem durch meinen Vermerk, den ich ihm vor seiner Abreise nach Genf habe übermitteln lassen (vgl. FS-Schriftbericht Nr. 143 vom 22. November 1967)<sup>6</sup>, unterrichtet. In diesem Vermerk hatte ich das Deutschlandproblem und insbesondere das Verhältnis der arabischen Staaten zur Bundesrepublik und zur SBZ sowie die Auslegung der Khartumer Beschlüsse<sup>7</sup> durch VAR usw. dargelegt. Er sagte daraufhin, einige Beziehungen („some relations“) beständen ja zwischen den arabischen Staaten und „Ostdeutschland“.<sup>8</sup> Ich wiederholte ihm, daß einige Staaten ein Konsulat zugelassen hätten, allerdings mit der Versicherung, daß diese Zulassung keine Anerkennung beinhalte, während die meisten keinerlei offizielle Beziehungen zur SBZ unterhielten. Dann wies ich auf Algerien hin, das unter den revolutionären arabischen Ländern eine führende Rolle spiele, aber die Zulassung eines SBZ-Konsulats verweigert und nur eine Handelsvertretung zugelassen habe.<sup>9</sup> Er beendete das Gespräch nach etwa 40 Minuten, um den somalischen Generalkonsul<sup>10</sup> zu empfangen. Ich bat ihn nochmals darum, mir einen möglichst baldigen Besuch beim Präsidenten zu ermöglichen. Abschließend sagte er noch, daß das Telegramm des Herrn Bundespräsidenten in Kürze durch ein „freundliches Schreiben“ beantwortet werde.

Ich hatte nach der Unterredung den Eindruck, daß die Regierung zwar diplomatische Beziehungen zu uns aufnehmen will, daß sie sich aber über ihre zukünftige Haltung zur Zone noch nicht entschieden hat. Diplomatische Bezie-

<sup>6</sup> Konsul I. Klasse Böcker, Aden, informierte, daß er am 18. November 1967 über einen „Mittelsmann dem zukünftigen Außenminister Dhalai [einen] handschriftlichen arabischen ‚privaten‘ Vermerk über unseren Standpunkt zur Deutschland-Frage sowie über deutsch-arabisches Verhältnis“ habe übergeben lassen. Böcker betonte, daß das „Verhältnis zur SBZ nach wie vor unklar [sei]. Förmliche Anerkennung dürfte ausscheiden.“ Vgl. Referat I B 4, Bd. 305.

<sup>7</sup> Zu den Beschlüssen der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der arabischen Staaten, die vom 29. August bis 1. September 1967 in Khartum tagte, vgl. Dok. 333, Anm. 3.

<sup>8</sup> Vgl. dazu Dok. 283, besonders Anm. 5.

<sup>9</sup> Seit dem 24. April 1963 bestand eine Handelsvertretung der DDR in Algerien.

<sup>10</sup> Mohammed Ahmed Darman.

hungen zur SBZ dürften zwar mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausscheiden, so daß übrigbleibt, ob sie keinerlei offizielle Vertretungen zulassen wird (was ich für sehr unwahrscheinlich halte), oder aber eine offizielle Handelsvertretung oder ein Konsulat oder Generalkonsulat.<sup>11</sup> Ich werde die Frage bei meinem Besuch beim Präsidenten erneut behandeln.

[gez.] Böcker

VS-Bd. 2557 (I B 4)

## 416

### Bundesminister Brandt an Bundeskanzler Kiesinger

Geheim

5. Dezember 1967<sup>1</sup>

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Ich beziehe mich auf mein Schreiben vom 16. November 1967 – MB 2999/67 VS-v<sup>2</sup> –, mit dem ich Ihnen meine Überlegungen zur Neuregelung des deutsch-jugoslawischen Verhältnisses übermittelt habe.

Wie Sie wissen, habe ich Herrn Franz Barsig, Chefredakteur des Deutschlandfunks, gebeten, mit dem ihm bekannten Generaldirektor des jugoslawischen Parteiorgans „Borba“, Herrn Markovic, inoffiziell einige Fragen zu erörtern, die sich bei einer Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien stellen. Herr Markovic, der hohe Ämter in der jugoslawischen KP innehat, war zu diesem Gespräch offenbar durch die jugoslawische Partei- und Staatsführung ermächtigt.

Herr Barsig hat mir über die vom 25. bis 28. November in Belgrad geführten Gespräche am 29. November 1967 berichtet.<sup>3</sup> Das Ergebnis fasse ich wie folgt zusammen:

<sup>11</sup> Am 21. Februar 1968 errichteten die DDR und die Volksrepublik Jemen wechselseitig Generalkonsulate in Ost-Berlin bzw. Aden.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Entwurf des Schreibens wurde am 5. Dezember 1967 von Ministerialdirektor Ruete an Bundesminister Brandt geleitet. Dazu führte er aus: „Den Jugoslawen wollen wir als Verhandlungsort Bonn vorschlagen. Gesprächspartner könnte dann der Leiter der hiesigen jugoslawischen Schutz-machtvertretung, Gesandter Lucić, sein, der bis vor kurzem Westeuropa-Direktor im jugoslawischen Außenministerium war und mit allen Aspekten der deutsch-jugoslawischen Beziehungen vertraut ist. Als Ausweg käme auch ein neutraler Verhandlungsort in Betracht. Falls wir in Belgrad verhandelten, würden wir den Eindruck von Petenten erwecken.“ Ferner solle über eine einseitige jugoslawische Erklärung verhandelt werden, da ein den Intentionen der Bundesregierung entsprechender Text durch eine Bekräftigung der jugoslawischen Haltung in der Deutschlandpolitik „kompensiert“ werden würde. Eine gemeinsame Erklärung wiederum könnte nur einen sehr niedrigen gemeinsamen Nenner finden, der den deutschlandpolitischen Vorstellungen der Bundesregierung nicht gerecht werden würde. Vgl. VS-Bd. 4206 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Zum Schreiben an Bundeskanzler Kiesinger und zu der als Anlage beigefügten Aufzeichnung über die „Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Jugoslawien“ vgl. Dok. 367, Anm. 14.

<sup>3</sup> Für den Bericht des Chefredakteurs des Deutschlandfunks vgl. Ministerbüro, Bd. 352.

– Die Jugoslawen sind bereit, auf diplomatischem Wege über eine jugoslawische Erklärung anlässlich einer Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu verhandeln. Diese Erklärung soll nach jugoslawischer Vorstellung so formuliert sein, daß sie weder die deutsche noch die jugoslawische Position erschwert und daher nicht zu Fragen Stellung nimmt, die nicht unmittelbar mit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zusammenhängen. Bei einer weitergehenden Erklärung könne die jugoslawische Regierung gezwungen sein, ihren von dem unseren abweichenden Standpunkt in der Deutschlandfrage erneut zu bekräftigen.

Den Entwurf einer denkbaren jugoslawischen Erklärung füge ich bei.<sup>4</sup> Er müßte in diplomatischen Verhandlungen noch endgültig vereinbart werden.

– Unter der Voraussetzung, daß uns eine solche jugoslawische Erklärung genügt, hat Herr Marković zugesichert, daß die jugoslawische Regierung – anders als seinerzeit die rumänische<sup>5</sup> – bei der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen von sich aus ihren politischen und Rechtsstandpunkt in der Deutschlandfrage nicht mehr öffentlich präzisieren werde.

– Herr Marković hat ferner zugesichert, daß die jugoslawische Regierung eine Wiederaufnahme der Beziehungen nicht zum Anlaß nehmen werde, die jugoslawischen Wiedergutmachungsforderungen demonstrativ zu erneuern. Die jugoslawische Regierung hoffe jedoch weiter, daß man darüber sprechen könne. Der Hinweis von Herrn Barsig, daß wir Vorbedingungen nicht annehmen könnten und daß überdies die mittelfristige Finanzplanung<sup>6</sup> und die befürchteten Folgewirkungen in anderen osteuropäischen Staaten deutsche Wiedergutmachungszusagen ausschließen, wurde zur Kenntnis genommen.

– Herr Marković schlug vor, diplomatische Gespräche über die noch offenen Modalitäten der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen, einschließlich des Textes einer Erklärung, zu führen. Jeder der deutschen Seite genehme Zeitpunkt sei hierfür annehmbar.

Herr Marković versicherte erneut, daß die jugoslawische Regierung an die Wiederaufnahme der Beziehungen keine Bedingungen knüpfe.

Das Ergebnis dieses Sondierungsgesprächs bildet eine gute Grundlage für vertrauliche diplomatische Verhandlungen. Ich schlage vor, diese Verhandlungen noch vor Weihnachten aufzunehmen. Dafür spricht auch folgendes:

1) Sie selbst haben auf Ihrer Asienreise<sup>7</sup> feststellen können, daß das Risiko von

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. In dem Entwurf für eine Erklärung der jugoslawischen Regierung hieß es u. a.: „Die jugoslawische Regierung sieht wie die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen einen weiteren Schritt zur allgemeinen Entspannung, die beide Staaten durch gemeinsame Anstrengungen zu fördern trachten. Die jugoslawische Regierung hofft, daß dieser Schritt die beiden Staaten ihrem gemeinsamen Ziel, der Schaffung einer europäischen Friedensordnung, näher bringt. Sie glaubt, daß im Rahmen einer solchen dauerhaften und friedlichen Ordnung in Europa auch die Lösung der Fragen möglich sein müßte, die heute in Europa noch offen und strittig sind.“ Vgl. VS-Bd. 4206 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Zur Erklärung der rumänischen Regierung vom 1. Februar 1967 vgl. Dok. 39, Anm. 5.

<sup>6</sup> Zur mittelfristigen Finanzplanung bis 1971 vgl. Dok. 258.

<sup>7</sup> Bundeskanzler Kiesinger besuchte vom 20. bis 28. November 1967 Indien, Birma, Ceylon und Pakistan. Für die Kommunikés vgl. BULLETIN 1967, S. 1143 f., S. 1157, S. 1159 und S. 1186.

Zu den Gesprächen von Kiesinger mit der indischen Ministerpräsidentin Gandhi am 20. und 21. No-

Rückwirkungen, das die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Jugoslawien haben könnte, tragbar ist. Ihre eigenen Eindrücke scheinen von der deutschen Öffentlichkeit weithin geteilt zu werden.

2) In der gestern und heute geführten Aussprache mit den leitenden Herren unserer Vertretungen in den osteuropäischen und wichtigsten westlichen Hauptstädten, auch mit Botschafter von Braun, wurde dieser Eindruck bekräftigt.<sup>8</sup>

3) Die Drei Mächte haben uns wissen lassen, daß sie die Wiederaufnahme als einen konstruktiven Beitrag zur Entspannung und zur Osteuropapolitik begrüßen würden. Dies sagten mir kürzlich Außenminister Couve und die Botschafter Sir Frank Roberts und McGhee.

Wir dürfen auch nicht übersehen, daß eine Verzögerung der Wiederaufnahme Ostberlin die Möglichkeit böte, sich – nicht nur propagandistisch – störend zu betätigen. Es gibt Anzeichen dafür, daß dies Belgrad und Moskau gegenüber bereits versucht wird.

Schließlich ist zu bedenken, daß es innenpolitisch ungünstig wirken würde, wenn die Regierung gegenüber einer entscheidungsreifen Angelegenheit als nicht entschlußfreudig erschiene.

Bei den diplomatischen Verhandlungen wären

1) die Texte der jugoslawischen Erklärung und einer deutschen Verlautbarung zu vereinbaren;

2) die sonstigen Modalitäten einer Wiederaufnahme der Beziehungen zu klären. Dabei werden uns die Jugoslawen die Vertretungsbefugnisse unserer Botschaft in Belgrad für Berlin bestätigen müssen.

Im übrigen darf ich hierzu auf die Anlage zu meinem Brief vom 16. November 1967 verweisen;

3) etwaige Zweifel an unserer ablehnenden Haltung gegenüber den jugoslawischen Wiedergutmachungsforderungen auszuräumen.

Ein befriedigendes Ergebnis der diplomatischen Verhandlungen würde den Beschluß der Bundesregierung ermöglichen, diplomatische Beziehungen zu Jugoslawien wiederaufzunehmen. Dabei wären auch die Stellungnahmen unserer Auslandsvertretungen über die mutmaßliche Reaktion von Staaten der Dritten Welt auf einen solchen Schritt zu berücksichtigen. Ich habe die Bot-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1595*

vember 1967 und mit dem ceylonesischen Ministerpräsidenten Senanayake am 24. November 1967 vgl. Dok. 399 und Dok. 389, Anm. 4. Für das Gespräch mit dem Vorsitzenden des birmanischen Revolutionsrates, Ne Win, am 23. November 1967 vgl. Dok. 397.

<sup>8</sup> Am 4./5. Dezember 1967 fand unter Vorsitz des Bundesministers Brandt eine Arbeitstagung mit den Leitern der Vertretungen der Bundesrepublik in den osteuropäischen Staaten statt. Das Ergebnis wurde in der Form von 17 „Thesen zur Osteuropapolitik“ zusammengefaßt. Darin wurde u. a. festgestellt: „Jugoslawien ist bereit, die diplomatischen Beziehungen ohne Vorbedingungen wiederaufzunehmen. Es erhofft sich davon die Regelung offener Fragen, insbesondere seiner Wiedergutmachungsforderungen. Auch wir möchten die diplomatischen Beziehungen bald wiederherstellen und dadurch Jugoslawien ganz in unsere europäische Entspannungspolitik einbeziehen. Das Risiko von Rückwirkungen in der Dritten Welt erscheint tragbar.“ Vgl. VS-Bd. 4266 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

Für das Protokoll der Tagung vgl. Ministerbüro, Bd. 352.

schafter in den „kritischen“ Staaten sicherheitshalber noch um Berichte bis zum 11. Dezember 1967 gebeten.<sup>9</sup>

Ich hielt es für richtig, die Angelegenheit zunächst im Dienstagskreis zu erörtern und sie gleichzeitig auf die Tagesordnung der Sitzung des Kabinetts am 13. zu setzen. Dazu würde ich eine Vorlage einbringen.<sup>10</sup> Falls das Kabinett, wie ich hoffe, sich grundsätzlich für die Aufnahme diplomatischer Verhandlungen ausspricht<sup>11</sup>, wäre es wohl zweckmäßig, daß ich mich bemühte, den Auswärtigen Ausschuß des Bundestages noch in der gleichen Woche zu unterrichten.

Normalerweise würde ich an der Kabinettsitzung am 13. d.M. wegen der NATO-Tagung<sup>12</sup> nicht teilnehmen. Wegen der Wichtigkeit dieser Sache möchte ich allerdings doch am Mittwoch früh aus Brüssel herüberkommen, um mittags dorthin zurückzufliegen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Brandt

VS-Bd. 4206 (II A 5)

<sup>9</sup> Am 4. Dezember 1967 informierte Staatssekretär Duckwitz über die geplante Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Jugoslawien und bat um eine Beurteilung der zu erwartenden Reaktion des jeweiligen Gaststaates. Im gegenwärtigen Stadium sei aber von einer Sondierung bei den zuständigen Regierungsstellen abzusehen. Vgl. den Runderlaß Nr. 4597; VS-Bd. 4190 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Für die Kabinettsvorlage des Auswärtigen Amts vom 13. Dezember 1967 vgl. VS-Bd. 4206 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>11</sup> Am 13. Dezember 1967 beschloß das Bundeskabinett, Bundesminister Brandt zur Aufnahme von Verhandlungen mit der jugoslawischen Regierung über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu ermächtigen. Allerdings wurde das Mandat dahingehend eingeschränkt, „daß jugoslawische Wiedergutmachungsforderungen auch nicht dem Grund nach anerkannt werden können und daß bei den Verhandlungen mit der jugoslawischen Regierung über diesen Punkt ausdrücklich Klarheit geschaffen werden muß.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Koch vom 28. Dezember 1967; VS-Bd. 4206 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>12</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel vgl. Dok. 433 und Dok. 435.

## Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg

I A 2-81.12-94.09-3869/67 VS-vertraulich

6. Dezember 1967<sup>1</sup>

Betr.: Bildung einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft  
mit 10 Mitgliedern oder mit 9 Mitgliedern (ohne Frankreich),  
jeweils bei Aufrechterhaltung der bestehenden EWG.

Bezug: Mündliche Weisung des Herrn Staatssekretärs an Abteilung I  
vom 4./5. Dezember 1967.

### I. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft mit 10 Mitgliedern

Die derzeitige EWG bleibt erhalten. Die Sechs gründen mit Großbritannien, Irland, Norwegen und Dänemark – alles Länder, die den Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften beantragt haben – eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft mit 10 Mitgliedern. Diese größere Europäische Wirtschaftsgemeinschaft wird so gestaltet, daß sie im großen und ganzen die Bestimmungen des EWG-Vertrages<sup>2</sup> und die seit dessen Inkrafttreten ergangenen Entscheidungen der Organe der EWG schrittweise übernimmt. Sobald der gleiche Integrationsstand zwischen der sich im übrigen zügig zur Wirtschaftsunion entwickelnden EWG der Sechs und der größeren EWG zu Zehn erreicht ist, tritt Verschmelzung beider Gebilde ein.

Nachfolgend wird untersucht, inwieweit die Gründung der größeren EWG zu Zehn mit den Bestimmungen des derzeitigen EWG-Vertrages vereinbar ist.

Der EWG-Vertrag enthält für ein derartiges Unterfangen keine ausdrückliche Bestimmung. Da aber in dem Vertrag über die größere EWG das Verhältnis zur bestehenden EWG der Sechs widerspruchsflos geregelt werden muß, ist die Beteiligung des für die Außenbeziehungen der derzeitigen EWG verantwortlichen Organs, nämlich der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, an diesen Regierungsverhandlungen der Zehn erforderlich.

Im einzelnen (auf die beiliegende Aufzeichnung von Botschafter a. D. Prof. Dr. Ophüls vom 29. 11. betr. Stufenplan für den Beitritt Großbritanniens und der übrigen Staaten, die den Beitritt beantragt haben, insbesondere auf Stufenplan „B“, Seite 7 ff., wird verwiesen<sup>3</sup>):

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Baron von Stempel konzipiert.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1013.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt. Der ehemalige Ständige Vertreter bei der EWG und EURATOM in Brüssel legte dar, daß hinsichtlich der Form der Aufnahme in die EG ein Gegensatz zwischen einem sofortigen vollen Beitritt und einer bloßen Assoziierung nicht zwingend sei, sondern Mischformen möglich seien. Im folgenden entwickelte Ophüls zwei Alternativpläne für einen britischen Beitritt. „Stufenplan A“ sah vor, daß der Beitritt rechtlich von Anfang an erfolge, der Vollzug jedoch in drei Stufen mit einer Dauer von je mindestens zwei Jahren durchgeführt werde. „Stufenplan B“ sah zunächst eine „faktische Annäherung“ an die EG vor, die in drei Stufen von je mindestens zweijähriger Dauer zu einer Verwirklichung des freien Warenverkehrs in den beitragswilligen Staaten führen sollte; der endgültige rechtliche Beitritt sollte am Schluß vollzogen werden. Vgl. die Aufzeichnung vom 29. November 1967; VS-Bd. 2427 (I A 2); B 150, Aktenkopien 1967.

Auch der Gemeinsame Markt der größeren EWG kann in Stufen errichtet werden, während derer der Zollabbau und die Errichtung eines gemeinsamen Zolltarifs, schließlich die Beseitigung der mengenmäßigen Beschränkung, vorgenommen werden; die Stufen brauchen dabei nicht identisch mit denen des Art. 8 des EWG-Vertrages<sup>4</sup> zu sein.

Die größere EWG müßte die gemeinsame Agrarpolitik der Sechser-Gemeinschaft schrittweise übernehmen. Dabei muß die Gründung eines größeren Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft ins Auge gefaßt werden (Kumulierung des EWG-Agrarfonds mit den Leistungen der Vier). Während für die Endphase diese Lösung realisierbar erscheint, stellen sich in der Übergangszeit gewisse Schwierigkeiten.<sup>5</sup> Grundsatz während der Übergangszeit müßte eine Ausgewogenheit der Leistungen der Vier und der Sechs sein.

Die schrittweise Erreichung des Integrationsstands der Sechser-EWG durch die größere EWG auf den übrigen, den inneren Markt umfassenden Gebieten dürfte keine großen Schwierigkeiten bereiten. Angesichts einer gewissen Schwerfälligkeit der zu treffenden Entscheidungen während der Übergangszeit für die größere EWG sollte sehr viel mehr in den Vertragsbestimmungen geregelt werden als im derzeitigen EWG-Vertrag, in dem in vielen Fällen nur der Rahmen für die Entscheidungen der Organe vorgezeichnet ist. Der Vertrag über die größere EWG wird zwar dadurch umfangreicher, ihre Verwirklichung wird aber dadurch beschleunigt.

Im Bereich der Außenbeziehungen müssen die Türkei und Griechenland schließlich der größeren EWG beitreten; dies ist auch schon allein deshalb leicht möglich, weil die Fristen bis zu dem Beitritt dieser Staaten zur derzeitigen EWG sehr ausgedehnt sind.<sup>6</sup>

Die Organe der größeren Gemeinschaft können den Organen der EWG entsprechen, d. h. es wird ein besonderer Rat zu Zehn, eine Kommission, deren Mitgliederzahl noch festzusetzen wäre, die jedoch nicht mehr als 14 Mitglieder umfassen sollte, ein europäisches Parlament mit entsprechend größerer Zahl von Abgeordneten und schließlich ein unabhängiger Gerichtshof geschaffen. Die Verschmelzung mit dem derzeitigen europäischen Gerichtshof könnte sofort erfolgen.

Ohne bereits in ein recht kompliziertes System der Abwägung der Stimmgewichte im größeren Rat einzutreten, ergibt sich als einfachste und gerechteste Lösung für sämtliche materiellen Entscheidungen des gemeinsamen Rats Einstimmigkeit. Die Sechs hätten ohne Stimmgewichtung die absolute Mehrheit; es wäre insbesondere für Großbritannien untragbar, wenn es durch die Sechs, die ihre Stimmen gebündelt abgeben, majorisiert werden könnte. Inwieweit sich

<sup>4</sup> Artikel 8 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 bestimmte für die Verwirklichung eines Gemeinsamen Marktes eine Übergangszeit von zwölf Jahren, bestehend aus drei Stufen von je vier Jahren Dauer. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 774–777.

<sup>5</sup> Zum Stand der Überlegungen für eine Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik ab 1. Januar 1970 vgl. Dok. 394.

<sup>6</sup> Die EWG schloß mit Griechenland am 9. Juli 1961 und mit der Türkei am 12. September 1963 Assoziierungsabkommen. In der Folgezeit verhandelte jeweils ein Assoziationsrat über die schrittweise Assoziierung beider Staaten mit der EWG. Für die Schaffung einer Zollunion war jeweils ein Zeitraum von zwölf Jahren vorgesehen. Vgl. dazu Vierter Gesamtbericht, S. 217–229, und Siebenter Gesamtbericht, S. 287–290.

die Vier auch untereinander koordinieren, ist deren Angelegenheit. Kommt keine Einstimmigkeit im größeren Rat zustande, so hindert das nicht die zügige Weiterentwicklung der Sechsergemeinschaft, nur die Verschmelzung beider Gebilde wird dadurch verzögert.

Die Entwicklung gibt zu der realistischen Annahme Anlaß, daß auch die Sechs ihre Stimmen im Rat in voller Kenntnis und unter Berücksichtigung der Interessen der Vier abgeben werden, so daß Interessenkonflikte zwischen beiden Gebilden von vornherein abgemildert werden.

## II. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft mit 9 Mitgliedern, ohne Frankreich

Die Prämisse, nämlich Aufrechterhaltung und zügige Weiterentwicklung der derzeitigen EWG, ist dieselbe wie bei der Lösung I. Es fragt sich, ob die Gründung einer größeren Gemeinschaft ohne Frankreich der derzeitigen Gemeinschaft widersprechen und die Fünf somit gegen ihre Verpflichtungen aus dem EWG-Vertrag verstoßen würden. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist auf unbegrenzte Zeit geschlossen.

Einer der Grundsätze der Sechsergemeinschaft ist die gegenseitige Meistbegünstigung im Handelsverkehr mit diskriminierendem Effekt für alle die Staaten, die nicht Mitglied der Gemeinschaft sind. Das auf die sechs Mitgliedstaaten beschränkte Präferenzverhältnis kommt in den Grundsatzartikeln 2 und 3<sup>7</sup> zum Ausdruck. Besonders deutlich wird das bei der Regelung über den freien Warenverkehr. Der Gemeinsame Zolltarif<sup>8</sup> kann nicht von irgendeinem Mitgliedstaat durchbrochen werden; somit auch nicht von fünf einzelnen Mitgliedstaaten.

Der Abschluß von Handelsverträgen kann innerhalb der EWG zwar mit qualifizierter Mehrheit erfolgen. Wenn diese Handelsverträge jedoch Zollpräferenzen enthalten, müssen sie GATT-konform sein und daher erga omnes wirken, so daß auch über Art. 113<sup>9</sup> eine Präferenzgewährung an die Vier nicht möglich

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Artikel 2 und 3 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 772–775.

<sup>8</sup> In Artikel 19 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 wurde als Gemeinsamer Zolltarif gegenüber dritten Staaten der Durchschnitt der am 1. Januar 1957 in den Zollgebieten der EWG gültigen Zollsätze festgelegt. Die schrittweise Einführung eines Gemeinsamen Zolltarifs war durch Zollsenkungen der EWG-Mitgliedstaaten zum 1. Januar 1961 und zum 1. Juli 1963 um jeweils 30 % sowie zum 1. Juli 1968 um die restlichen 40 % vorgesehen. Nach Artikel 28 ging mit dem Ende der Übergangszeit und der Schaffung des Gemeinsamen Marktes zum 1. Juli 1968 die Zolltarifhoheit, d. h. das Recht zu autonomen Änderungen oder Aussetzungen des Gemeinsamen Zolltarifs, auf den Rat der Gemeinschaft über, der seine Entscheidungen einstimmig treffen sollte. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 782 f. und S. 788 f.

<sup>9</sup> Artikel 113 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957: „1) Nach Ablauf der Übergangszeit wird die gemeinsame Handelspolitik nach einheitlichen Grundsätzen gestaltet; dies gilt insbesondere für die Änderung von Zollsätzen, den Abschluß von Zoll- und Handelsabkommen, die Vereinheitlichung der Liberalisierungsmaßnahmen, die Ausfuhrpolitik und die handelspolitischen Schutzmaßnahmen, zum Beispiel im Falle von Dumping und Subventionen. 2) Die Kommission unterbreitet dem Rat Vorschläge für die Durchführung der gemeinsamen Handelspolitik. 3) Sind Abkommen mit dritten Ländern auszuhandeln, so legt die Kommission dem Rat Empfehlungen vor; dieser ermächtigt die Kommission zur Einleitung der erforderlichen Verhandlungen. Die Kommission führt diese Verhandlungen im Benehmen mit einem zu ihrer Unterstützung vom Rat bestellten besonderen Ausschuß nach Maßgabe der Richtlinien, die ihr der Rat erteilen kann. 4) Bei der Ausübung der ihm in diesem Artikel übertragenen Befugnisse beschließt der Rat mit qualifizierter Mehrheit.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 846 f.



ist.<sup>10</sup> Der freie Warenverkehr zwischen den fünf EWG-Staaten und Frankreich würde überdies ernsthaft behindert, falls die Fünf einseitig den GZT<sup>11</sup> durchbrechen, weil dann zwischen Frankreich und den Fünf eine Ursprungskontrolle notwendig würde.

Kein EWG-Mitgliedstaat kann auf die Erhebung von Abschöpfungen auf Agrareinfuhren aus Drittländern einseitig verzichten. Auch die Fünf können das somit nicht tun. Selbst wenn sie diesen EWG-Vertragsbruch unternähmen, so würden sie die EWG insofern empfindlich treffen, weil der EWG-Agrarfonds unzulängliche Einnahmen hätte.

Eine gemeinsame Handelspolitik der EWG und der größeren EWG ist rein begrifflich unvereinbar.<sup>12</sup> Gemeinsame wirtschaftspolitische Maßnahmen der größeren EWG wären formalrechtlich zwar möglich, würden aber zu Interessenkollisionen mit der Sechsergemeinschaft führen. Wenn sich auch die größere EWG auf dem Gebiet der Freizügigkeit des Niederlassungsrechts, der Dienstleistungen, des Kapitalverkehrs, der Sozialpolitik und der Zahlungsbilanz entwickeln könnte, ohne gegen die Bestimmungen des EWG-Vertrages zu verstoßen, so dürfte es kaum lohnen, allein für diese Bereiche eine größere EWG zu gründen, bei der der Kern, nämlich die Zollunion und die gemeinsame Handelspolitik wie auch die gemeinsame Agrarpolitik, fehlen würde. Auch die von der Sechser-EWG unabhängigen Organe der größeren Gemeinschaft hätten angesichts des geringen Gewichts des materiellen Gehalts der neuen Gemeinschaft wenig Bedeutung.

Das Ergebnis dieser Untersuchung ist somit, daß die Bildung einer größeren europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit neun Mitgliedern ohne Frankreich mit dem EWG-Vertrag unvereinbar ist.

### III. Verfahrensfragen

Eine andere Frage ist es, ob die Fünf bei einer Weigerung Frankreichs zur Bildung einer größeren Gemeinschaft mit zehn Mitgliedern mit den Vier in Vorverhandlungen über die Bildung der Gemeinschaft mit zehn Mitgliedern eintreten könnten, wobei die Tür für die Beteiligung Frankreichs, in welchem Stadium auch immer, offen gelassen würde. Dies dürfte möglich sein.

Es ist ferner geprüft worden, ob Frankreich durch seine Weigerung, in Beitrittsverhandlungen einzutreten<sup>13</sup>, eine Vertragsverletzung begeht. Unbestritten ist, daß Frankreich das Recht hat, den Beitritt eines Drittstaates zu verweigern. Daraus folgt aber auch logisch, daß es nicht zur Beteiligung an Verhandlungen über den Beitritt eines dritten Staates gezwungen werden kann, dessen Beitritt es ablehnt.<sup>14</sup> Daher ist auch die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen nur mit Zustimmung Frankreichs möglich.

<sup>10</sup> Der Passus „Der Abschluß ... möglich ist“ wurde von Staatssekretär Lahr durch Fragezeichen hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Freihandelszone oder Zollunion“.

<sup>11</sup> Gemeinsamer Zolllarif.

<sup>12</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lahr durch Fragezeichen hervorgehoben.

<sup>13</sup> Vgl. dazu die Pressekonferenz des Staatspräsidenten de Gaulle vom 27. November 1967; Dok. 409.

<sup>14</sup> Der Passus „Unbestritten ist ... ablehnt“ wurde von Staatssekretär Lahr durch Fragezeichen hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Verpflichtung zur Mitwirkung an der Erreichung der Ziele des Vertrages.“

Ist man jedoch der Ansicht, daß Frankreich durch seine Weigerung, in Beitrittsverhandlungen einzuwilligen, eine Vertragsverletzung begeht, so verbietet der EWG-Vertrag jede Art von Repressalien<sup>15</sup> der Fünf. Diese sind vielmehr gehalten, den Gerichtshof zum Urteil über die Vertragsverletzung Frankreichs anzurufen. Die Fünf würden daher durch Beitrittsverhandlungen mit einem Drittstaat ohne Frankreich als Repressalie gegen die Vertragsverletzung Frankreichs von sich aus eine Vertragsverletzung begehen.

Wenn also schon die Beteiligung Frankreichs an Beitrittsverhandlungen gemäß Art. 237 des EWG-Vertrages<sup>16</sup> nicht erzwungen werden kann, so erst recht nicht an Verhandlungen zur Gründung einer größeren Gemeinschaft, die im Verhältnis zum Beitritt ein großes „Mehr“ darstellen würde.

Der Weigerung Frankreichs, sich an den Beitrittsverhandlungen zu beteiligen, kann man jedoch dadurch entgegenreten, daß die Fünf nun, nicht wie schon bisher die Sechs, durch bilaterale Kontakte mit der britischen Regierung gemeinsam in exploratorische Gespräche mit der britischen Regierung eintreten. Den fünf souveränen Mitgliedstaaten der EWG kann es niemand verweigern, sich die für ihre Meinungsbildung unerläßlichen Informationen gemeinsam von der britischen Regierung einzuholen.

Referat III A 2 wurde beteiligt.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>17</sup> vorgelegt.

Meyer-Lindenberg

VS-Bd. 2427 (I A 2)

<sup>15</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lahr hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut vgl. Dok. 197, Anm. 9.

<sup>17</sup> Hat Staatssekretär Lahr am 8. Dezember 1967 vorgelegen, der Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Baron von Stempel um Rücksprache bat.

Hat dem Vertreter von Meyer-Lindenberg, Ministerialdirigent Frank, am 11. und 21. Dezember 1967 vorgelegen. Am 21. Dezember 1967 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Baron von Stempel handschriftlich für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Robert: „Ich würde gerne mit Ihnen wegen Seite 4 letzter Absatz sprechen. Bitte um Anruf, wann es paßt.“ Vgl. Anm. 10.

Am 28. Dezember 1967 vermerkte Stempel handschriftlich: „Auf Grund eines Gesprächs zwischen DgIA und mir erwartet StS L[ahr], mit dem DgIA am 23.12. sprach, keine neue Aufzeichnung. Ich bin mit VLR I Dr. Robert darüber einig, daß man nicht über Art. 111 (Zollabkommen) mit qualifizierter Mehrheit die Einstimmigkeit (Art. 28) bei Änderungen des G[emeinsamen] Z[oll] T[arifs] ersetzen kann.“

418

**Botschafter Groepper, Ankara, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-15805/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 1073**  
**Cito**

**Aufgabe: 6. Dezember 1967, 19.00 Uhr**  
**Ankunft: 7. Dezember 1967, 07.56 Uhr**

I. Nachdem schwere Krise letzter Wochen nunmehr einer zumindest vorläufigen Lösung zugeführt ist<sup>1</sup>, bemüht sich türkische Regierung mit Nachdruck, die mit Griechenland erzielte Übereinkunft, insbesondere Durchsetzung Forderung auf Abzug illegal auf Zypern befindlicher nationalgriechischer Truppen als politischen Erfolg in Vordergrund türkischer öffentlicher Meinung zu rücken. Ihr Ziel ist dabei, Öffentlichkeit, die in letzten Wochen praktisch kriegsbereit war und einzige Lösung Zypern-Problems im türkischen Sinne in militärischer Intervention sah, davon zu überzeugen, daß gleiches Ergebnis jetzt mit friedlichen Mitteln erreicht wurde. Die Regierung findet bei diesen Bemühungen – jedenfalls heute noch – Unterstützung überwiegenden Teils türkischer Presse, wobei die ihr nahestehenden Blätter zugleich von Bestreben geleitet sein dürften, Gefahr einer Regierungskrise zu bannen. Letztere Gefahr erscheint im Augenblick durch positive Haltung der Presse lediglich überdeckt, aber keineswegs behoben. Die tiefe Enttäuschung über eine, wie man glaubt, zum zweiten Mal verpaßte sichere Chance, Schutz türkischer Volksgruppe auf Insel ein für allemal zu gewährleisten, kann hier immer noch, je nach Verlauf weiterer Entwicklung, ein solches Maß an Ungeduld und Unmut auslösen, daß spontane Reaktionen und selbst Sturz des Ministerpräsidenten<sup>2</sup> nicht außerhalb des Möglichen liegen. Aus Überlegung heraus, daß bis zu einer die Türkei befriedigenden Lösung des Zypern-Problems in nächsten Monaten noch längerer Weg zurückzulegen sein wird und es untunlich wäre, mitten im Strom Pferde zu wechseln, scheint Opposition vorerst davon absehen zu wollen, diese Strömungen in der Bevölkerung für ihre Zwecke auszunutzen. Ein von einer Splitterpartei am 4.12. im türkischen Abgeordnetenhaus im Zusammenhang mit Zypern eingebrachtes Tadelsvotum gegen Regierung Demirel wurde mit Stimmen Gerechtigkeitspartei und oppositioneller Volkspartei nachdrücklich verworfen.

<sup>1</sup> Im Rahmen der Vermittlungsaktion des ehemaligen stellvertretenden amerikanischen Verteidigungsministers Vance und des NATO-Generalsekretärs Brosio einigten sich Griechenland und die Türkei auf eine Regelung des Konflikts. Sie sah u. a. vor, die griechischen und türkischen Truppen bis auf die in den Verträgen von Zürich und London vom 16. August 1960 festgelegte Truppenstärke von 950 bzw. 650 Soldaten aus Zypern stufenweise abzuziehen sowie den Oberbefehlshaber der griechischen Truppen auf Zypern, General Grivas, abzueroufen. Ferner wurde vereinbart, UNO-Generalsekretär U Thant zur Friedenssicherung um eine Erweiterung des Mandats der UNFICYP-Truppen zu bitten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 987 des Botschaftsrats I. Klasse Caspari, New York (UNO), vom 4. Dezember 1967; Referat I A 4, Bd. 371.

Dazu nahm Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg am 5. Dezember 1967 Stellung: „Die verschiedenen Vermittlungsaktionen zur Abwendung eines bewaffneten Konfliktes haben zwar den Ausbruch offener Feindseligkeiten verhindert, aber noch keine Lösung des Zypernproblems gebracht. Eigentlicher Sieger des Konflikts ist Makarios, der endlich seinen Gegenspieler Grivas losgeworden ist und darüber hinaus auch die griechischen Truppen los wird, die ihn bisher bei seinen Zielen gestört haben.“ Vgl. Referat I A 4, Bd. 371.

<sup>2</sup> Suleiman Demirel.

II. Im Augenblick wird also Bild in Türkei von Bestreben von Regierung und Parlament um Konsolidierung sowie durch tiefe Enttäuschung weiter Kreise Bevölkerung und Armee über in ihren Augen unbefriedigenden Ausgang Krise bestimmt. Hierbei von einer „Kriegslüsterheit“ der Türken zu reden, wäre fehl am Platze: Jahrelang hat die Türkei einer Serie von Vertragsbrüchen seitens Makarios' wie Griechenlands praktisch tatenlos zusehen müssen (bewaffnete Aktion gegen Zyperntürken Weihnachten 1963 – Einschleusung illegaler nationalgriechischer Truppen in der Folgezeit – Ankauf tschechoslowakischer Waffen 1966 – Einbürgerung der illegalen griechischen Truppen auf Zypern 1967 – Verwendung griechischer statt zypriotischer Hoheitssymbole auf der Insel – während all dieser Jahre überdies Schikanierung und Drangsalierung der Zyperntürken durch Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit, Behinderung der Zufuhr von Gebrauchsgütern und Lebensmitteln sowie demütigende Kontrollen). Als die Türkei im August 1964 von ihrem legitimen Interventionsrecht<sup>3</sup> Gebrauch machen wollte, wurde sie daran durch Einspruch ihrer Alliierten gehindert. Auch UN-Resolution vom Dezember 1964<sup>4</sup> bedeutete schwere Enttäuschung für das Land.

III. Unter gegebenen Umständen sehen hiesige diplomatische Kreise mit großer Spannung Verlauf bevorstehender Tagung Sicherheitsrats der VN entgegen, auf der die noch offenstehenden Fragen, insbesondere also diejenigen, die Mitwirkung oder jedenfalls Zustimmung von Makarios bedürfen<sup>5</sup>, behandelt werden sollen. Forderung Nikosias auf völlige Demilitarisierung Insel bei gleichzeitiger Weigerung, Kompetenzerweiterung von UNFICYP zuzustimmen, läuft praktisch auf zweierlei hinaus:

1) Außerkraftsetzung Verträge von Zürich und London<sup>6</sup> (nach denen Griechen 950 und Türken 650 Soldaten auf der Insel halten dürfen) in wesentlichem Punkt und damit Gefahr für Türkei, Eindruck zu erwecken, auch ihrerseits nicht mehr an Verträgen als solchen festzuhalten;

2) Freie Hand für Makarios auf Zypern.

Es liegt auf der Hand, daß Ankara sich weder in dem einen noch dem anderen Punkt den Wünschen Nikosias anschließen kann. Das gleiche gilt für von Makarios weiterhin aufgestellte These, Reduzierung sog. Nationalgarde auf in

<sup>3</sup> Artikel IV des Vertrags vom 16. August 1960 zwischen Großbritannien, Griechenland, der Türkei und Zypern: „In the event of a breach of the provisions of the present Treaty, Greece, Turkey and the United Kingdom undertake to consult together with respect to the representations of measures necessary to ensure observance of those provisions. In so far as common or concerted action may not prove possible, each of the three guaranteeing Powers reserves the right to take action with the sole aim of re-establishing the state of affairs created by the present Treaty.“ Vgl. UNTS, Bd. 382, S. 6.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 198 des UNO-Sicherheitsrats vom 18. Dezember 1964 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. V, S. 18 f.

<sup>5</sup> Mit Schreiben vom 4. Dezember 1967 an den UNO-Generalsekretär übermittelte der zypriische Botschafter bei der UNO in New York, Rossides, die Antwort des Präsidenten Makarios auf den Vorschlag von U Thant vom Vortag, das Mandat der UNFICYP-Truppen zu erweitern. Danach seien zur Friedenssicherung auf Zypern wirksame Garantien gegen eine militärische Intervention abzugeben. Ferner dürfe das Mandat von UNFICYP die zypriische Souveränität nicht beeinträchtigen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 987 des Botschaftsrats I. Klasse Caspary, New York (UNO), vom 4. Dezember 1967; Referat I A 4, Bd. 371.

<sup>6</sup> Zum Garantievertrag und zum Bündnisvertrag vom 16. August 1960 zwischen Großbritannien, Griechenland, der Türkei und Zypern vgl. Dok. 411, Anm. 4.

Verträgen von Zürich und London festgelegte Ziffer<sup>7</sup> sei von Verzicht Ankaras (und Athens) auf Interventionsrecht abhängig. Wie mir hierzu von gewöhnlich gut unterrichteter parlamentarischer Seite mitgeteilt wurde, wird keine türkische Regierung dieser Forderung entsprechen können.

Bei dieser Gegensätzlichkeit der Standpunkte erscheint Ausgangspunkt Verhandlungen im Sicherheitsrat wenig erfolgversprechend. Mutmaßlich bringen deshalb nächste Wochen erst eigentlichen politischen Höhepunkt der Krise. Türkei kann sich hierbei um so weniger nachgiebig zeigen, als bereits Verlagerung Schwerpunkte von bisheriger bilateraler, wenn auch durch Unterhändler wahrgenommener Ebene, auf multilaterales Gremium der UNO offensichtlichen Gewinn von Makarios bedeutet. Denn während türkische Regierung im Konflikt mit Athen und Nikosia noch mit großer Einwirkungsmöglichkeit auf das ihr vertraglich zustehende Interventionsrecht pochen konnte, würde Drohung militärischer Intervention im Sicherheitsrat unmittelbar keines der dort vertretenen Länder schrecken. Davon abgesehen durfte Türkei, solange Krise noch akut war, damit rechnen, eine zu ihrer Beilegung getroffene Vereinbarung auf das in ihrem Sinne Notwendige beschränken zu können. Nachdem Krise jetzt jedoch abgeklungen, steht, wie sich hiesige diplomatische Beobachter nicht verhehlen, zu befürchten, daß Makarios alle möglichen weiteren Fragen mit ins Spiel bringen wird, deren Berücksichtigung einer für die Türkei befriedigenden Lösung entgegenstehen würde.

Sollten sich diese pessimistischen Erwartungen bestätigen, so wird türkische Regierung in sehr schwierige Position geraten. Es spricht manches dafür, daß dann der bereits während der akuten Krise vernommene Ruf nach einem „türkischen Dayan“, der dem Land durch zumindest teilweise Besetzung der Insel eine der israelischen Position gegenüber Ägypten und Jordanien vergleichbare gute Ausgangsbasis für Verhandlungen schaffen sollte, erneut und mit noch größerem Nachdruck erhoben werden wird. Unter diesen Umständen wird die Regierung alles daran setzen müssen, im Sicherheitsrat eine den legitimen Rechten türkischer Volksgruppe entsprechende Regelung auch gegen Widerstand von Makarios durchzusetzen, will sie sich nicht dem Vorwurf aussetzen, durch ihr Eingehen auf die westlichen Vermittlungsangebote während der Krise praktisch eine Vertagung dieser Frage im wahrsten Sinne „ad calendas graecas“ die Hand geboten zu haben.

IV. Ich halte es für meine Pflicht, schon heute mit großem Ernst und Nachdruck darauf hinzuweisen, daß ein für die Türkei unbefriedigender Verlauf der Zypern-Debatte im Sicherheitsrat u. U. ernste und weitgehende Folgen für das westliche Bündnis am Mittelmeer haben kann.<sup>8</sup> Schon heute verhehlen politische und akademische Kreise im Lande, vor allem aber weite Kreise des Offizierscorps, ihre Enttäuschung darüber nicht, daß die Verbündeten der Türkei und insbesondere die NATO in den vergangenen Jahren nicht nur nichts zur Lösung der für das Land vitalen Frage der Zyperntürken getan, sondern dar-

<sup>7</sup> Artikel 129, Absatz 1 der Verfassung der Republik Zypern vom 16. August 1960: „The Republic shall have an army of two thousand men of whom sixty per centum shall be Greeks and forty per centum shall be Turks.“ Vgl. CONSTITUTIONS OF THE COUNTRIES OF THE WORLD: CYPRUS, hrsg. von Stanley Kyriakides, New York 1972, S. 51.

<sup>8</sup> Zur Behandlung der Zypern-Krise im UNO-Sicherheitsrat vgl. Dok. 433, Anm. 12.

über hinaus die Türkei 1964 und heute wieder an der Ausübung ihrer legitimen Rechte gehindert haben (so wird nun einmal die Mission Brosios und Vances hier von einem großen Teil der Intelligenzschicht interpretiert).

Es bleibt irrelevant, ob wir diesen Gedankengängen folgen können oder nicht. Politisch wesentlich ist, daß die „NATO-Treue“ der Türkei heute nicht mehr mit gleicher uneingeschränkter Sicherheit bestätigt werden kann wie in der Vergangenheit, in der gerade Türkei stets Notwendigkeit festen Zusammenhalts und größter Wirksamkeit des Bündnisses unterstrichen hat. Schon heute wird hier Zugehörigkeit zur NATO in militärischen Kreisen praktisch fast nur noch unter materiellen Gesichtspunkten betrachtet. Unter diesen Umständen sollte von westlicher Seite alles getan werden, um Gefahr einer Abkehr des Landes vom westlichen Bündnis und seines Abgleitens in neutrales, wenn nicht gar neutralistisches Lager vorzubeugen. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint es aus hiesiger Sicht dringend erwünscht, daß jedenfalls die im Sicherheitsrat vertretenen NATO-Mitgliedstaaten für türkischen Standpunkt eintreten, nachdem sowohl Griechenland wie Türkei bereits das Ihrige zu gerechter Lösung der Krise beigetragen haben und nur noch Makarios Schwierigkeiten bereitet.

[gez.] Groepper

VS-Bd. 2501 (I A 4)

## 419

### Bundeskanzler Kiesinger an Präsident Johnson

MB 3236<sup>II</sup>/67 geheim

7. Dezember 1967<sup>1</sup>

Sehr verehrter Herr Präsident,

ich bin sehr beeindruckt von dem Angebot der amerikanischen Regierung, das Sie, sehr verehrter Herr Präsident, am letzten Wochenende bekanntgegeben haben, nämlich die amerikanische zivile nukleare Tätigkeit unter IAEA-Kontrolle zu stellen.<sup>2</sup> Dies ist ein bedeutsamer Beitrag zur Verwirklichung der

<sup>1</sup> Ablichtung.

Das Schreiben wurde am 8. Dezember 1967 vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Boss, Bundeskanzleramt, an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Arnold übermittelt mit der Bitte um Weiterleitung an die Botschaft in Washington. Vgl. VS-Bd. 10081 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

Am 4. Dezember 1967 übersandte Bundesminister Brandt Bundeskanzler Kiesinger den Entwurf eines Schreibens an Präsident Johnson mit dem Hinweis, daß er „eine persönliche, positive Reaktion des deutschen Regierungschefs für angezeigt [halte], zumal das amerikanische Angebot ein Ergebnis unserer monatelangen Bemühungen in den bilateralen deutsch-amerikanischen Verhandlungen und Konsultationen ist. [...] Es liegt in unserem Interesse, daß der Fortschritt in einer wichtigen Frage der Nichtverbreitungs-Verhandlungen als Ergebnis konstruktiven deutsch-amerikanischen Zusammenwirkens der deutschen Öffentlichkeit bewußt gemacht wird.“ Vgl. VS-Bd. 4118 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Am 2. Dezember 1967 erklärte Präsident Johnson anlässlich des 25. Jahrestages der ersten kontrollierten nuklearen Kettenreaktion, daß die USA hinsichtlich eines Nichtverbreitungsabkom-

Gleichbehandlung im zivilen Bereich. Die Bundesregierung hat die deutsche Öffentlichkeit sogleich auf die Bedeutung dieser Ihrer Entscheidung hingewiesen.<sup>3</sup>

Die Unterstellung der zivilen Nuklearindustrie Amerikas unter die NV-Kontrolle war ein wesentliches Ergebnis der deutsch-amerikanischen Konsultationen über einen Kontrollartikel im Frühjahr dieses Jahres.<sup>4</sup> Es ist dank Ihrer Entscheidung jetzt verfestigt worden.

Die Nachahmung Ihres Beispiels können wir von der Sowjetunion leider nicht erwarten. Es wäre aber sehr erfreulich, wenn Ihr Angebot bei der Sowjetunion wenigstens die Bereitschaft wecken würde, der Verifikation der EURATOM-Kontrollen durch die IAEA zuzustimmen. Zu meiner Genugtuung finde ich diesen zweiten wichtigen Punkt des Konsultationsergebnisses vom Frühjahr in dem Brief wieder, den Ihr Botschafter mir nach meiner Rückkehr von der Asienreise<sup>5</sup> über Fragen des gegenwärtigen Standes der NV-Verhandlungen geschrieben hat.<sup>6</sup> Diesem gemeinsamen Ziel steht aber die sowjetische Absicht entgegen, keine Verifikation der bewährten EURATOM-Kontrollen gelten zu lassen.

Ich sehe die Gefahr voraus, daß der freie Markt für Kernstoffe und Kernenergie in Europa Schaden leidet. Das wäre ein verhängnisvoller Rückschlag für die jahrzehntelangen Bemühungen um die wirtschaftliche und politische Einigung Europas gerade in einer Zeit, die Festigung und Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft erheischt. Wenn es indessen Ihren Unterhändlern gelingen würde, die Sowjets davon zu überzeugen, daß die Verifikation der EURATOM-Kontrolle im Text des Kontrollartikels hinreichend Ausdruck finden muß, wäre ich einer schweren Sorge enthoben.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1606*

mens von keinem Staat Sicherheitskontrollen verlangen werde, die sie nicht für sich selbst zu akzeptieren bereit wären, und deshalb Kontrollen amerikanischer Atomanlagen durch die IAEA erlauben werde: „Under this offer, the agency will then be able to inspect a broad range of United States nuclear activities, both governmental and private, including the fuel in nuclear-powered reactors owned by utilities for generating electricity, and the fabrication and the chemical reprocessing of such fuel.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1967, II, S. 1085.

<sup>3</sup> Vgl. dazu die Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes; BULLETIN 1967, S. 1192.

<sup>4</sup> Zu den Verhandlungen des Botschafters Schnippenkötter vom 10. bis 14. April 1967 in Washington vgl. Dok. 131. Vgl. dazu ferner Dok. 168.

<sup>5</sup> Bundeskanzler Kiesinger besuchte vom 20. bis 28. November 1967 Indien, Birma, Ceylon und Pakistan. Für die Communiqués vgl. BULLETIN 1967, S. 1143 f., S. 1157, S. 1159 und S. 1186.

Zu den Gesprächen von Kiesinger mit der indischen Ministerpräsidentin Gandhi am 20. und 21. November 1967 und mit dem ceylonesischen Ministerpräsidenten Senanayake am 24. November 1967 vgl. Dok. 399 und Dok. 389, Anm. 4. Für das Gespräch mit dem Vorsitzenden des birmanischen Revolutionsrates, Ne Win, am 23. November 1967 vgl. Dok. 397.

<sup>6</sup> Für das Schreiben des amerikanischen Botschafters McGhee vom 1. Dezember 1967 vgl. VS-Bd. 10081 (Ministerbüro).

Am 5. Dezember 1967 notierte Botschafter z. B. V. Bahr, daß McGhee Bundeskanzler Kiesinger u. a. mitgeteilt habe, seine Regierung beabsichtige, gegenüber der UdSSR für eine zeitliche Begrenzung des Nichtverbreitungsabkommens einzutreten und die Bereitschaft zur Durchführung von IAEA-Kontrollen in den USA zu erklären. Bahr führte dazu weiter aus: „Es ist nach der Johnson-Erklärung, die übrigens – dies dürfte seine Bedeutung haben – gleichzeitig in einem Staatsakt in Rom über einen Fernsehbildschirm verbreitet wurde, zu erwarten, daß die anderen EURATOM-Partner manche ihrer bisherigen Bedenken zurückstellen werden. Ein deutsches Vorgehen ohne entsprechende Abstimmung dürfte uns daher jetzt mehr als zuvor im Kreise unserer Partner in den Fragen isolieren, die gemeinsame EURATOM-Angelegenheit sind.“ Vgl. VS-Bd. 11572 (Planungsstab); B 150, Aktenkopien 1967.

Ich wäre Ihnen, Herr Präsident, außerordentlich dankbar, wenn Sie ihre Aufmerksamkeit dieser überaus wichtigen Frage ebenso wie den anderen, im Brief Außenminister Brandts an Secretary Rusk vom 13. Oktober 1967<sup>7</sup> dargelegten deutschen Interessen zuwenden würden.

Wie Sie wissen, messe ich insbesondere der angemessenen Befristung des Vertrages große Bedeutung bei; unter angemessen verstehe ich eine Frist, die praktisch nicht dieselbe Wirkung wie die eines unbefristeten Vertrages haben würde. Ich begrüße es, daß Ihr Chefdelegierter in Genf<sup>8</sup> – wie Botschafter McGhee mir mitteilte – dem sowjetischen Ko-Präsidenten<sup>9</sup> der Genfer Abrüstungskonferenz die Annahme einer Bestimmung zur Befristung des Nichtverbreitungsvertrages vorgeschlagen hat und daß die Vereinigten Staaten sich nachdrücklich für dieses Ziel einsetzen werden.

Seien Sie versichert, daß ich die enge Zusammenarbeit der zuständigen Stellen Ihrer und meiner Regierung an diesem so überaus bedeutsamen Vertragswerk sehr zu schätzen weiß.

Ich erinnere mich mit Freude an unsere Gespräche bei meinem Besuch in Washington.<sup>10</sup> Inzwischen habe ich die britische Regierung in London besucht und über die Möglichkeiten des Eintritts Großbritanniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft verhandelt.<sup>11</sup>

Meine Regierung ist entschlossen, diesen Wunsch Großbritanniens zu unterstützen. Da der französische Widerstand nach wie vor sehr stark ist, sind wir um Lösungen bemüht, die schließlich auch die Zustimmung Frankreichs finden sollen.

Auf die Politik der Entspannung, die meine Regierung gegenüber unseren östlichen Nachbarn eingeleitet hat, hat die Sowjetunion bisher kühl reagiert. Ihrem Einfluß ist es zuzuschreiben, daß einige Länder, die gern diplomatische Beziehungen mit uns aufgenommen hätten, diesen Willen nicht verwirklichen konnten. Wir werden aber mit aller Geduld unsere Politik weiterführen, weil wir überzeugt sind, daß sie im gesamteuropäischen Interesse liegt. Und ich bin gewiß, daß wir unsere Beziehungen mit einer Reihe unserer östlichen Nachbarländer von Jahr zu Jahr verbessern werden.

Ich hatte auf einer Reise nach Indien, Birma, Ceylon und Pakistan Gelegenheit, die Grundsätze unserer Politik den dortigen Regierungen und der dortigen Öffentlichkeit darzulegen. Insbesondere kam es mir darauf an, klarzumachen, daß zwischen unserer Entschlossenheit, unsere Bündnisverpflichtungen zu erfüllen, und unserer Entspannungspolitik kein Widerspruch besteht. Ich ließ auch keinen Zweifel darüber, daß im Zuge dieser Entspannungspolitik eine gerechte Lösung der deutschen Frage gesucht und gefunden werden müsse. Ich hatte den Eindruck, daß meine Gesprächspartner für diese unsere Haltung Verständnis zeigten.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Dok. 351.

<sup>8</sup> Adrian S. Fisher.

<sup>9</sup> Alexej Alexandrowitsch Roschtschin.

<sup>10</sup> Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 15./16. August 1967 in Washington vgl. Dok. 300–304 und Dok. 317.

<sup>11</sup> Zu den deutsch-britischen Regierungsbesprechungen vom 23. bis 25. Oktober 1967 in London vgl. Dok. 362–365.



Mit Indien und Pakistan haben wir jährliche Konsultationen auf der Ebene der Außenminister vereinbart.

Bei dieser Asienreise wurde mir erneut die Verantwortung deutlich, die die westlichen Industrienationen für eine friedliche Entwicklung in diesem Teil der Welt tragen. Ich werde versuchen, trotz unserer gegenwärtigen finanziellen Schwierigkeiten dieser Verantwortung gerecht zu werden, und weiß mich in dieser Auffassung mit Ihnen einig.

Wir hatten gestern im Deutschen Bundestag die seit langem vorbereitete Verteidigungsdebatte. In der dabei vom Verteidigungsminister abgegebenen Regierungserklärung<sup>12</sup> wurde, so wie ich es Ihnen in Washington gesagt hatte, keine Verminderung der Streitkräfte der Bundeswehr in Aussicht genommen.<sup>13</sup>

Ich bleibe mit meinen besten Wünschen für Sie selbst und Ihre Familie

Ihr ergebener  
gez. Kiesinger

**VS-Bd. 10081 (Ministerbüro)**

<sup>12</sup> Am 6./7. Dezember 1967 erörterte der Bundestag anlässlich dreier Großer Anfragen der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP die Verteidigungspolitik der Bundesregierung. Bundesminister Schröder erläuterte die Streitkräfteplanung der Bundeswehr und kündigte an, daß im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung bis 1971 Strukturänderungen vorgenommen werden müßten. Dies betreffe beim Heer die Einführung einer „abgestuften Präsenz“, d. h. die Unterhaltung einsatzbereiter Verbände mit verminderter Personalstärke, die gleichzeitig über das gesamte Material verfügen sollten. Die Luftwaffe sei entsprechend der strategischen Konzeption der NATO stärker als bisher auf einen konventionellen Einsatz vorzubereiten. Schließlich kündigte Schröder an, daß die Beschaffungsprogramme der Marine gekürzt bzw. zeitlich gestrafft würden. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 65, S. 7134–7145.

<sup>13</sup> Zum Antwortschreiben des Präsidenten Johnson vom 11. Dezember 1967 vgl. Dok. 431.

## Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Frank

I A 2-81.12-94.09-1867/67 geheim

7. Dezember 1967<sup>1</sup>

Betr.: Denkschrift des belgischen Außenministers Harmel zum Beitrittsantrag Großbritanniens sowie Schreiben Minister Harmels an den Herrn Bundesminister;  
hier: Analyse der belgischen Vorschläge

Bezug: 1) Drahtbericht Nr. 2242 vom 1. Dezember 1967 VS-v, Tgb. Nr. 1590/67 geh.<sup>2</sup>  
2) Schreiben des belgischen Außenministers an den Herrn Bundesminister vom 5. Dezember 1967<sup>3</sup>  
3) Aide-mémoire der hiesigen britischen Botschaft, überreicht am 5. Dezember 1967 (geh.)<sup>4</sup>

1) Außenminister Harmel hält ein Zusammentreffen der fünf Außenminister am Rande der NATO-Ratstagung in Brüssel<sup>5</sup> für eine möglichst sorgfältige Abstimmung vor der Ratstagung der Europäischen Gemeinschaften am 18./19. Dezember<sup>6</sup> für unumgänglich, da bilaterale Kontakte allein nicht zu einer hinreichenden Präzisierung gemeinsamer Vorstellungen führen könnten. Der belgische Außenminister teilt die Meinung des Herrn Bundesministers, daß Frankreich gegenüber der Eindruck vermieden werden müsse, die Fünf bemühten sich um eine Blockbildung und schließlich Konfrontation. Deshalb ist der französische Botschafter in Belgien<sup>7</sup> bereits über die konstruktive Absicht eines Fünftreffens (auch über den Benelux-Plan?)<sup>8</sup> unterrichtet worden. Außenminister Couve de Murville soll während seines Aufenthaltes anlässlich der NATO-Ratstagung in Brüssel über die Gedanken der Fünf unterrichtet werden, damit gegebenenfalls eine gemeinsame Vorbereitung der Ratstagung vom 18./19. Dezember mit Frankreich möglich ist. Nach belgischer Auffassung ist es im

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Baron von Stempel und von Legationsrat von Stülpnagel konzipiert.

<sup>2</sup> Botschafter Sachs, Brüssel (EG), übermittelte den Text einer Weisung des belgischen Außenministers Harmel an belgische Vertretungen im Ausland über den britischen Beitrittsantrag. Vgl. VS-Bd. 2492 (I A 2).

<sup>3</sup> Für das Schreiben des belgischen Außenministers Harmel an Bundesminister Brandt vgl. VS-Bd. 2492 (I A 2); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Für das vom britischen Botschafter Roberts Staatssekretär Lahr übergebene Aide-mémoire vgl. VS-Bd. 2492 (I A 2). Für den deutschen Wortlaut vgl. Ministerbüro, Bd. 332.

<sup>5</sup> Zur NATO-Ministerratstagung vom 13./14. Dezember 1967 vgl. Dok. 433 und Dok. 435.

<sup>6</sup> Zur EG-Ministerratstagung am 18./19. Dezember 1967 in Brüssel vgl. Dok. 442.

<sup>7</sup> Etienne de Crouy-Chanel.

<sup>8</sup> Am 29. November 1967 führten die Außenminister Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs, Harmel, Luns und Grégoire, in Den Haag Gespräche über den britischen Antrag zu einem EG-Beitritt. Im Anschluß daran drückte Luns vor der Presse die Besorgnis aller drei Regierungen über die von Staatspräsident de Gaulle in der Pressekonferenz vom 27. November 1967 gezeigte Haltung zur Beitrittsfrage aus. Vgl. dazu die Meldung „Benelux-Außenminister besorgt über de Gaulle“, DIE WELT, Nr. 279 vom 30. November 1967, S. 4.

Hinblick auf das gemäß Art. 237 EWG-Vertrag<sup>9</sup> eingeleitete Verfahren notwendig, daß vom Rat Entscheidungen getroffen werden, auch wenn diese nur zu bescheidenen positiven Schlußfolgerungen führten.<sup>10</sup>

2) Der nach dem Treffen der Benelux-Regierungen am 29.11. in Den Haag entworfene Plan, für den die belgische Regierung inzwischen konkrete Einzelheiten ausgearbeitet hat, enthält folgende Elemente:

- 1) Der innere Ausbau der Gemeinschaften wird fortgesetzt.
- 2) Im Hinblick auf die Beitrittsanträge<sup>11</sup> kann eine Lösung im Rahmen der folgenden Überlegungen gefunden werden:
  - a) Da mit der Erweiterung der Gemeinschaften große Probleme verbunden sind, wird ein für die Antragsteller verbindliches Stufenprogramm entworfen, und zwar im Hinblick auf ihren vollen (späteren) Platz in der Gemeinschaft.
  - b) Während Frankreich bereit wäre, einen Beitrittsvertrag erst in dem Augenblick abzuschließen, in dem das neue Mitglied in der Lage ist, alle Rechte und Pflichten eines Vollmitglieds zu übernehmen, halten die Fünf und die Kommission eine Übergangszeit bis zur vollständigen Gleichheit der Rechte und Pflichten der neu Beitretenden für möglich; diese Übergangszeit wäre Teil des Beitrittsvertrages.
  - c) Wenn Großbritannien demnach erst nach Zurücklegung gewisser Etappen alle Verpflichtungen eines Mitgliedes übernehmen kann, so gilt für die Übergangszeit im Hinblick auf den „unausweichlichen“ Beitritt ein „Programm für die Zusammenarbeit“ auf allen Vertragsgebieten.

Zusammenfassend kann man aus dem oben stehenden Benelux-Plan ableiten, daß für den britischen Beitritt eine Vorschaltphase ins Auge gefaßt wird, bei der verminderten Pflichten auch verminderte Rechte entsprechen. Es ist nicht ersichtlich, ob bei einer Zunahme der Pflichten auch die institutionellen Rechte zunehmen sollen und ob der Beitritt am Ende dieser Vorschaltphase automatisch erfolgen soll. Nach Auffassung der britischen Regierung (siehe weiter unten unter Punkt 3) ist dies nicht der Fall.

3) Die britische Regierung hat durch ihren Botschafter am 5. Dezember Herrn Staatssekretär Lahr ein Memorandum zu dem ihr bereits von der belgischen Regierung zugeleiteten Benelux-Plan übermittelt.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut vgl. Dok. 197, Anm. 9.

<sup>10</sup> Am 14. Dezember 1967 notierte Staatssekretär Lahr, daß sich Bundesminister Brandt und seine belgischen, italienischen, luxemburgischen und niederländischen Kollegen Harmel, Fanfani, Grégoire und Luns in der EG-Ministerratstagung am 18./19. Dezember 1967 in Brüssel für die Aufnahme von Regierungsverhandlungen im Sinne des Artikels 237 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 aussprechen wollten. Frankreich solle dazu aufgefordert werden, seinerseits Stellung zu nehmen. Prozedurale Kompromißvorschläge über die Verhandlungen sollten noch nicht vorgelegt werden. Nach Möglichkeit solle der EG-Ministerrat am Ende der Tagung eine klare Feststellung über das Ergebnis seiner Erörterung treffen. Falls keine Einigung erzielt werde, sollten die Minister feststellen, daß ein Antrag auf Vertagung nicht vorliege, so daß jede Regierung die Möglichkeit habe, das Thema „Beitritt“ auf die Tagesordnung der nächsten EG-Ministerratstagung zu setzen. Großbritannien solle zugeredet werden, auch in diesem Fall den Antrag aufrechtzuerhalten. Vgl. Ministerbüro, Bd. 332.

<sup>11</sup> Zu den Beitrittsanträgen Dänemarks, Großbritanniens und Irlands vom 11. Mai 1967 vgl. Dok. 197, Anm. 4.

Norwegen stellte am 21. Juli 1967 einen Antrag auf Beitritt zur EG.

In ihrer Stellungnahme erklärt die britische Regierung, keine Form einer Assoziation würde Europa und Großbritannien die politischen Vorteile der Mitgliedschaft gewähren. Das richtige Ziel sei die vollgültige Mitgliedschaft. Man müsse im gegenwärtigen Zeitpunkt keine Seitenstraßen einschlagen, die vielleicht nirgendwohin führten. Großbritannien wolle vom Zeitpunkt des Beitritts ab vollgültiges Mitglied der Gemeinschaft sein. Dem trüge das „Programm für die Zusammenarbeit“ der Benelux-Staaten nicht Rechnung, da während der Dauer des Programms Großbritannien anscheinend kein Mitglied der Gemeinschaft besäße. Dies bedeute, daß während dieser Zeit wichtige Entscheidungen von der Gemeinschaft getroffen würden, die von Großbritannien später akzeptiert werden müßten. Der Übergang von der Vorschaltphase zur Mitgliedschaft würde eine einstimmige Entscheidung durch die Sechs erfordern.

Die britische Regierung lehnt daher den Benelux-Plan ab. Abschließend heißt es wörtlich: „Was die unmittelbare Zukunft anlangt, ist sie immer noch der Ansicht, daß die Diskussion über eine Assoziierung oder sonstige Kompromißvorschläge Zeit in Anspruch nehmen würde und unter den jetzigen Umständen unnütz wäre.“<sup>12</sup>

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>13</sup> dem Herrn Minister<sup>14</sup> vorgelegt.

Frank

**VS-Bd. 2492 (I A 2)**

<sup>12</sup> Vgl. dazu die Äußerungen des britischen Premierministers Wilson im Unterhaus am 23. November 1967; Dok. 409, Anm. 10.

Am 2. Dezember 1967 schrieb der britische Außenminister Brown an Bundesminister Brandt: „As you will know, all we are interested in is full membership. It is the political dividend from a greater European unity which has enabled us to persuade Parliament and the Party that the course we embarked on a year ago was right. You will remember that I said at the W.E.U. meeting in The Hague in July that the balance of economic advantage for us was a fine one and that some of the most decisive considerations for us have been political. To go looking now for some arrangement short of full membership would be the same as going up a blind alley.“ Vgl. Ministerbüro, Bd. 332.

Am 12. Dezember 1967 übermittelte der britische Botschafter Roberts Ministerialdirektor Harkort ein weiteres Memorandum, in der die ablehnende Haltung der britischen Regierung zur Möglichkeit einer Assoziierung mit der EG dargelegt wurde. Für das Memorandum vgl. Referat I A 2, Bd. 1467.

<sup>13</sup> Hat Staatssekretär Lahr am 9. Dezember 1967 vorgelegen.

<sup>14</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

421

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schwörbel

I A 4-84.00-94.21-1875/67 geheim

7. Dezember 1967<sup>1</sup>

Betr.: Besuch des portugiesischen Verteidigungsministers<sup>2</sup> in Bonn;  
hier: Verhandlungen vom 20. bis 24. November 1967

Bezug: Vermerk vom 27. November 1967 – I A 4-84.00-94.21-1788/67 geh.<sup>3</sup>

Die Bezugsaufzeichnung betraf das Grundproblem der deutsch-portugiesischen militärischen Zusammenarbeit aus der Sicht des portugiesischen Verteidigungsministers. Die Frage, ob und in welcher Form die von der portugiesischen Regierung erbetene „Good-will-Erklärung“ der Bundesregierung über die Fortsetzung der Waffenlieferungen an Portugal abgegeben werden soll, bleibt besonderer Prüfung vorbehalten.

Die eigentlichen Verhandlungen lehnten sich an die von dem Herrn Bundesminister der Verteidigung am 13. November 1967 ausgearbeitete Tagesordnung an, die anliegt.<sup>4</sup>

Zu den einzelnen Punkten ist folgendes zu bemerken:

A. Herr Bundesminister Dr. Schröder legte in den Eingangsworten zu den Verhandlungen am Nachmittag des 20. November der portugiesischen Delegation die Grundzüge dar, die die Bundesregierung zu einer Überprüfung ihrer militärischen Vorhaben in Portugal gezwungen haben.<sup>5</sup> Er betonte die neue

<sup>1</sup> Durchdruck.

<sup>2</sup> Manuel Gomes de Araújo.

<sup>3</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Schwörbel führte aus, der portugiesische Verteidigungsminister Gomes de Araújo habe Verständnis dafür ausgedrückt, „daß die Bundeswehr nicht an weiteren Investitionen in Portugal interessiert sei, wenn der an den NATO-Pakt geknüpfte Grundvertrag 1969 bereits auslaufe. Es sei möglich, daß die NATO aufgelöst werde oder einer der beiden Partner austrete. Für diesen Fall sei er vom portugiesischen Ministerpräsidenten Salazar ermächtigt, eine automatische Verlängerung der Verträge um jeweils 5 bis 6 Jahre anzubieten. Aus dieser Bemerkung könnte geschlossen werden, daß Portugal ernsthaft erwägt, 1969 aus der NATO auszutreten. Dahin zielten auch verschiedene andere Bemerkungen über mangelnde Unterstützung durch eine Reihe von Bündnispartnern, wobei Deutschland ausdrücklich ausgenommen wurde, und über den für Portugal lebenswichtigen Raum, der in Übersee liege.“ Gomes de Araújo habe ferner ausgeführt, „daß Kernpunkt der Zusammenarbeit eine ‚Bereitschaftserklärung‘ der Bundesregierung sein müsse, an Portugal auch weiterhin Waffen zu liefern. Er verkenne nicht die schwierige Lage der Bundesrepublik auch im Verhältnis zu den schwarz-afrikanischen Staaten, aber Portugal sei unbedingt auf die Hilfe der Bundesrepublik angewiesen. Es brauche im Augenblick keine bindende Erklärung der Bundesrepublik abgegeben zu werden. Die portugiesische Regierung würde aber eine Art ‚Good-Will-Erklärung‘ begrüßen, die im Prinzip die Bereitschaft zur Lieferung von Waffen an Portugal beinhalte. Auch hier liegt der Gedanke nahe, daß Portugal sich bereits jetzt schon für den Fall seines Austritts aus der NATO die weitere deutsche Unterstützung sichern will, die bisher stets mit der Erklärung abgedeckt wurde, die deutsch-portugiesische militärische Zusammenarbeit erfolge im Rahmen der NATO.“ Vgl. VS-Bd. 2507 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 2507 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Zu den geplanten Kürzungen in der militärischen Zusammenarbeit mit Portugal vgl. Dok. 295.

strategische Konzeption<sup>6</sup>, die die Beibehaltung weit rückwärtig liegender Stützpunkte überflüssig mache, und die schwächere Finanzlage der Bundesrepublik Deutschland, die zu Einsparungen zugunsten strategisch vorrangiger Vorhaben dort zwingt, wo dies nach der strategischen Konzeption vertretbar sei. Es sei auch nicht zu verkennen, daß die bisherige deutsch-portugiesische Zusammenarbeit in Portugal gewisse Schwierigkeiten aufgezeigt hätte. So sei die Stellung der deutschen Soldaten in Portugal immer noch nicht geklärt, da die portugiesische Regierung die Anwendung des NATO-Truppenstatuts<sup>7</sup> ohne Modifizierung bisher abgelehnt hätte. Beja verfügt über keinen Luftschießplatz und sei daher für die Ausbildung von Bundeswehrpiloten fast ungeeignet. Auch über die logistische Benutzung von Beja bestehe kein Einvernehmen. Darüber hinaus habe die portugiesische Regierung zu Unrecht ein Junktim zwischen der Stellung des Luftstützpunktes Beja und den Rüstungskäufen in der Bundesrepublik bzw. den Rüstungslieferungen nach Deutschland hergestellt.

Der Herr Minister führte sodann aus, welche Vorstellungen er über die weitere Zusammenarbeit habe. Abstriche gegenüber dem ursprünglichen Programm seien unvermeidlich. Trotzdem wolle man an der bisherigen Zusammenarbeit festhalten. Dazu gehöre:

- a) Beibehaltung des Nothafens;
- b) intensivere Ausnützung der portugiesischen Werke OGMA in Alverca durch Instandsetzungsarbeiten an der Noratlas bis 1972, Instandsetzung von Transall-Flugzeugen ohne Zellen sowie Ausbau der Triebwerkstraße für die F-104-Triebwerke auf deutsche Kosten;
- c) die Basis Beja habe nur geringen Wert, solle aber zur logistischen Nutzung im Kriege aufrecht erhalten bleiben. Unter Verzicht auf einen Luftschießplatz wolle man daher den Ausbau so fortführen, daß im Frieden dort ein Kommando von etwa 150 Luftwaffenangehörigen und 150 portugiesischen Hilfskräften stationiert werden könne. Erwogen werde auch eine Nutzung durch die Luftwaffe;
- d) das Fernmeldezentrum in Evora solle in einem reduzierten Umfang errichtet werden;
- e) auf die Errichtung der Reservelazarette und des Materialdepots in Casteloes werde verzichtet.

Bundesminister Dr. Schröder betonte sodann das deutsche Interesse an einer Sicherstellung der Vertragsdauer der Nutzung, an einer Klärung der Rechtsstellung der deutschen Verbände in Portugal, an einer uneingeschränkten logistischen Nutzung von Beja, an einem neuen Statut für die übrigen Liegen-

<sup>6</sup> Zur Verabschiedung der Ministerweisung („Ministerial Guidance“) durch den Ausschuß für Verteidigungsplanung der NATO am 9. Mai 1967 vgl. Dok. 157.

Am 12. Dezember 1967 stimmten die Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten in Brüssel dem vom Militärausschuß vorgelegten strategischen Konzept MC 14/3 („flexible response“) zu. Sie verabschiedeten ferner einen Streitkräfteplan für die Jahre 1968 bis 1972. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 4782 des Ministerialdirektors Ruete vom 18. Dezember 1967; VS-Bd. 2386 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen (Truppenstatut) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil II, S. 1190–1214.

schaften, die zu Beja gehörten, sowie schließlich an der Vermeidung eines Junktims zwischen den deutschen Vorhaben in Portugal und den deutsch-portugiesischen Waffenlieferungen.

Zu der Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Rüstung führte Herr Dr. Schröder aus, Deutschland habe bisher für 750 Mio. DM Rüstungskäufe in Portugal getätigt. Der deutsche Bedarf sei jetzt gedeckt. Trotzdem werde man sich bemühen, auch in Zukunft Aufträge in Übereinstimmung mit der Bedarfslage und den finanziellen Möglichkeiten zu erteilen. Die Lieferungen der Bundeswehr für die portugiesischen Streitkräfte wären in der Vergangenheit sehr erheblich gewesen und zu sehr günstigen Bedingungen bzw. Preisen.<sup>8</sup> Die Bundesregierung habe deswegen politische Schwierigkeiten gehabt und sei daher auch in Zukunft nicht völlig frei in der Frage weiterer Lieferungen. Die politischen Auswirkungen solcher Lieferungen müßten sorgfältig geprüft werden.

B. In seiner Antwort unterschied der portugiesische Verteidigungsminister zunächst zwischen den Projekten, die im deutschen Interesse lägen, und den Projekten, die im beiderseitigen Interesse lägen. Im beiderseitigen Interesse läge eigentlich nur der Ausbau der Werkstätten in Alverca, während alle anderen Projekte ausschließlich deutschen Interessen dienten. Er halte die deutsche strategische Auffassung für gefährlich, da sie nur dann aufrechterhalten werden könne, wenn der Nachschub aus den USA über See und auf dem Luftwege sichergestellt werden könnte. Im Hinblick auf die sowjetische U-Boot-Flotte und ihre übrigen Kampfmittel habe er daran Zweifel und halte daher die portugiesische Position weiterhin für wichtig. Trotzdem habe er Verständnis für die deutsche Situation und wolle auch nicht auf Rechtspositionen beharren, die auch den Deutschen wohl bekannt wären. Man sei auch bereit, den deutschen Interessen weitgehend entgegenzukommen. So sei er im Namen seines Ministerpräsidenten<sup>9</sup> ermächtigt, bezüglich der Vertragsdauer der verschiedenen Vereinbarungen, vor allem des Grundvertrages, der mit dem NATO-Pakt 1969 auslaufe, eine wiederholbare Laufzeit von jeweils weiteren 5–6 Jahren anzubieten. Diese Konzession hänge allerdings ab von der Verwirklichung einiger anderer Punkte. Über die Rechtsstellung der deutschen Verbände in Portugal müsse man noch eingehend verhandeln, da die portugiesische Regierung nicht bereit sei, das NATO-Truppenstatut ohne jede Modifikation anzuwenden. Vor allem sei hier strittig die Frage des Schadensersatzes, an dem sich die portugiesische Regierung nicht beteiligen könne. Der Umfang der logistischen Bauten in Beja gehe über die örtlichen Notwendigkeiten hinaus. Die portugiesische Regierung sei daher nunmehr mit der logistischen Versorgung aller fliegenden Einheiten der Bundeswehr, also nicht nur der Luftwaffe, von Beja aus einverstanden, müsse allerdings die Einlagerung von Munition ausnehmen. Das Junktim zwischen den deutschen Projekten in Portugal und den deutschen Rüstungskäufen sei von Anfang an vereinbart worden und könne nicht ohne weiteres aufgehoben werden.

C. Die weiteren Verhandlungen wurden am 21. November von Herrn Staatssekretär Prof. Dr. Carstens und dem portugiesischen Verteidigungsminister ge-

<sup>8</sup> Zur Lieferung von Do-27-Flugzeugen an Portugal vgl. Dok. 369.

<sup>9</sup> António de Oliveira Salazar.

führt; am 23. November fanden Verhandlungen von vier Spezialkommissionen über technische Fragen statt, und am 24. November nachmittags fanden die Schlußverhandlungen statt, die auf deutscher Seite von Herrn Ministerialdirektor Dr. Wirmer, auf portugiesischer Seite von dem Admiral de Sousa Uva geleitet wurden.

An den Verhandlungen am 23. und 24. November konnte der Unterzeichnete wegen der Krise um Zypern nicht teilnehmen. Einzelheiten ihres Ergebnisses mußte das Bundesministerium der Verteidigung übermitteln.

gez. Schwörbel

VS-Bd. 937 (II A 7)

## 422

### Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-15820/67 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 1898  
Citissime

Aufgabe: 7. Dezember 1967, 11.35 Uhr  
Ankunft: 7. Dezember 1967, 13.23 Uhr

Nachgang zu DB 1836 VS-v vom 30.11.<sup>1</sup> und unter Bezugnahme auf fernmdl. Unterredung VLR Behrends/Gesandter Oncken am 6.12.

Betr.: Tagesordnungspunkt 2 der NATO-Ministersitzung am 13. Dezember 1967:  
Bericht über „Künftige Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Studie)<sup>2</sup>;  
hier: Vorausschau auf die Behandlung der Angelegenheit

1) Wirkliche Interessengegensätze haben sich während der Sitzung der „Special Group“ lediglich bei den Versuchen von Botschafter Seydoux ergeben, auf eine Ausklammerung aller Themen aus dem Entwurf des Harmel-Berichts<sup>3</sup> hinzuwirken, die die französische NATO-Politik auf die Linie „der Vier-

<sup>1</sup> Korrigiert aus: „29.11.“

Gesandter Oncken, Brüssel (NATO), übermittelte Abweichungen und Erläuterungen zum Bericht der Studiengruppe zur Untersuchung der zukünftigen Aufgaben der Allianz („Special Group“) vom 24. November 1967. Vgl. VS-Bd. 1658 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967. Für einen Auszug vgl. Anm. 5.

<sup>2</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel vgl. Dok. 433 und Dok. 435.

<sup>3</sup> Zu dem in der Sitzung am 7./8. November 1967 gefaßten Beschluß der Studiengruppe zur Untersuchung der zukünftigen Aufgaben der Allianz („Special Group“), NATO-Generalsekretär Brosio mit der Anfertigung eines zusammenfassenden Berichtsentwurfs auf der Basis der Ergebnisse der vier Studiengruppen zu beauftragen, vgl. Dok. 387.

Am 24. November 1967 billigte die „Special Group“ nach dreitägiger Erörterung den Bericht, wobei strittige Passagen in Klammern gesetzt wurden. Dazu teilte Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), mit: „Zukunft und Status des Arbeitspapiers hängen nach wie vor von französischer Haltung ab. Franzosen haben nach anfänglichem Zögern aktiv mitgearbeitet und es verstanden, ihrem Standpunkt weitgehend Geltung zu verschaffen. Wie weit freilich etwaiges Verhandlungsergebnis von Paris abgedeckt wird, bleibt abzuwarten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1788 vom 23. November 1967; VS-Bd. 1658 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

Für den Bericht der „Special Group“, der als Dokument C-M (67) 74 vom 28. November 1967 der



zehn“ festgelegt hätten. Sonderinteressen anderer Länder haben demgegenüber nur eine nachgeordnete Rolle gespielt. Offensichtlich war das allgemeine Bemühen, das französische Problem nicht durch andere Kontroversen zu komplizieren.

- Den Dänen, Norwegern und auch den Briten lag vor allem an der Publikumswirksamkeit des Harmel-Berichts, um der eigenen Öffentlichkeit ein Verbleiben in der NATO nach 1969 plausibel zu machen;
- die Italiener versuchten, in letzter Minute den Auftrag der „Special Group“ zu verlängern. Hierfür sind offensichtlich innenpolitische Überlegungen von Außenminister Fanfani im Hinblick auf die italienischen Wahlen im Frühjahr 1968<sup>4</sup> das entscheidende Motiv.

2) Während der dreitägigen Auseinandersetzung um die Formulierung des Berichtsentwurfs wurde sichtbar, daß die Vierzehn in der Sache meist den gleichen Standpunkt vertraten – in taktischer Hinsicht aber nicht einheitlich vorgehen. Während Dänen und Kanadier für gewisse französische Wünsche Verständnis zeigten, bezogen die Niederländer fast immer, die Amerikaner in einigen wichtigeren Fragen (so in der Frage der Erwähnung des Mittelmeer-Problems, vgl. Ziffer 14 des Berichtsentwurfs<sup>5</sup>) nicht ohne Schärfe Stellung gegen die Franzosen. Der Gegensatz Vierzehn – Frankreich war in erster Linie ein Gegensatz Niederlande/USA – Frankreich. Mit dieser Frontenstellung ist auch während der Ministersitzung zu rechnen.

3) Wir waren um Ausgleich bemüht. Wir suchten eine offene Konfrontation zu vermeiden, die von einigen Diskussionsteilnehmern (s. Ziffer 2) wohl in Kauf genommen worden wäre, die aber möglicherweise die Tendenzen de Gaulles, den Austritt Frankreichs aus der NATO in Erwägung zu ziehen, verstärkt und damit das Gegenteil dessen bewirkt hätte, was die Harmel-Studie anstrebt, nämlich die Festigung des Bündnisses. Wir gingen davon aus, daß uns an der Vermeidung einer größeren NATO-Krise auch deswegen gelegen sein müsse, um einen unnötigen Optionszwang zwischen Frankreich und der Allianz der Vierzehn aus dem Wege zu gehen.

4) Der Verlauf der Sitzung am 13. Dezember hängt wesentlich von der Kompromißbereitschaft der Franzosen, Amerikaner und Niederländer ab. Ich nehme an, daß die letzteren dann entgegenkommen werden, wenn sie den Ein-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1616*

NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel vorgelegt wurde, vgl. den Drahtbericht Nr. 1805 des Gesandten Oncken, Brüssel (NATO), vom 24. November 1967; VS-Bd. 1658 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Die Parlamentswahlen in Italien fanden am 19./20. Mai 1968 statt.

<sup>5</sup> Ziffer 14 des am 24. November 1967 gebilligten Berichts der Studiengruppe zur Untersuchung der zukünftigen Aufgaben der Allianz („Special Group“): „They will examine with particular attention the defence problems of the exposed areas, e.g. the south-eastern flank. In this respect the current situation in the Mediterranean presents special problems, bearing in mind that the current crisis in the Middle-East falls within the responsibilities of the United Nations.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1805 des Gesandten Oncken, Brüssel (NATO); VS-Bd. 1658 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967. Dazu berichtete Oncken am 30. November 1967, daß dieser Absatz auf französischen Wunsch zunächst als strittige Passage eingeklammert worden war: „Der französische Botschafter kündigte die mögliche Vorlage eines Gegenvorschlags für später an. Als er damit auf heftigen Widerstand stieß, ließ er die Klammern nach Rücksprache mit Paris fallen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1836; VS-Bd. 1658 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

druck gewinnen, daß Couve de Murville die französische Veto-Position nicht bis zum letzten ausnutzt.

Andererseits liegen die Gewinnchancen nicht ausschließlich bei Frankreich. Gewiß neigt de Gaulle zu einer erneuten Demonstration der Unabhängigkeit von Allianzverpflichtungen; andererseits wird er nicht verkennen, daß Frankreich in dem Augenblick, wo es die Harmel-Studie zum Anlaß eines endgültigen Bruches mit der Allianz nimmt, den größten Teil seines „nuisance value“ verlieren würde. Ist Frankreich endgültig aus der NATO ausgeschieden, besteht für die Sowjets weniger Veranlassung, den Franzosen einen Preis für ihre Distanzierung vom Bündnis zu zahlen. Hieraus ergibt sich die Folgerung, daß die französische Interessenlage es Couve in der Harmel-Frage nahelegen sollte, einen Bruch zu vermeiden.

So verstehe ich die Andeutung de Gaulles gegenüber Botschafter Klaiber, daß das Problem überhaupt erst 1969 entscheidungsreif werde (womit er von der Auslegung abrückte, daß ein Kündigungsrecht schon 1968 mit Wirkung für 1969 entstehe).<sup>6</sup>

Neuere französische Andeutungen (so Grandville gegenüber BR I Fechter, vgl. Bericht der Botschaft Paris Nr. 2201 vom 21.11.<sup>7</sup>) halte ich daher für taktisch bedingt; sie dürften u. a. der Mobilisierung der deutschen Seite für die Durchsetzung der französischen Wünsche gedient haben.

5) Gewiß ermutigt das bisherige französische Verhalten nicht zu positiveren Prognosen.

- Wir haben die Erfahrung machen müssen, daß die in der Harmel-Frage getroffene Abmachung Beaumarchais–Sahm vom 30. Oktober 1967<sup>8</sup> französischerseits nicht honoriert wurde, nachdem de Gaulle persönlich am 6. November die entgegenkommende Haltung des Quai d'Orsay mißbilligte;
- Botschafter Seydoux, der gleichwohl in der Prozedurdebatte der „Special Group“ am 7./8. November relativ elastisch verhandelte, soll nach belgischer Mitteilung nachträglich wegen zu konzilianter Verhandlungsführung in Paris kritisiert worden sein;

<sup>6</sup> Zum Gespräch des Botschafters Klaiber, Paris, mit Staatspräsident de Gaulle am 2. Oktober 1967 vgl. Dok. 335.

<sup>7</sup> Botschafter Klaiber, Paris, berichtete, daß nach Mitteilung des Abteilungsleiters im französischen Außenministerium, Grandville, die Haltung des Staatspräsidenten de Gaulle folgendermaßen zusammenzufassen sei: „1) Frankreich wird 1969 entscheiden, ob es 1970 die Allianz verläßt (so wörtlich); Grund für ein Ausscheiden könnte sein: grundlegender Wandel in den Ost-West-Beziehungen oder sonstige weltpolitische Ereignisse (wozu de la Grandville auch eine Beendigung des Vietnam-Krieges rechnete). 2) Frankreich könnte u. U. schon vor 1969/70 aus dem Bündnis ausscheiden; Grund hierfür könnte sein: Umwandlung der Atlantischen Allianz, etwa zu einem Instrument betont politischen Charakters, worauf die Tendenz der Harmel-Studie gehe.“ Grandville habe dazu aufgeführt, daß de Gaulle einerseits eine Entscheidung möglichst lange hinausschieben wolle, um sich alle Möglichkeiten offen zu halten; andererseits spüre der Staatspräsident, „daß er sich bald entscheiden müsse, wem er die Zukunft Frankreichs auf weite Sicht bestimmen wolle. [...] Entscheidend sei sicher für de Gaulle der Zusammenhang mit der ‚großen Politik‘. Wenn die gegenwärtige Stagnation in den europäischen Ost-West-Beziehungen anhalte, sei nicht ausgeschlossen, daß de Gaulle das Risiko der Anwendung eines ‚letzten Mittels‘ eingehe, d. h. sich von der Allianz löse, und zwar in der Erwartung, daß dieser Schritt viele Dinge in Europa in Bewegung bringen werde.“ Vgl. VS-Bd. 2497 (I A 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Zum Gespräch des Ministerialdirigenten Sahm mit dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, de Beaumarchais, am 30. Oktober 1967 in Bonn vgl. Dok. 387, Anm. 4.

– die französische Spitze hat es bisher verstanden, im Hintergrund zu bleiben. Die französischen Unterhändler, mit deren Mitwirkung das im Grunde sehr bescheidene Ergebnis des vorliegenden Berichtsentwurfs immerhin zustande kam, könnten auch diesmal desavouiert werden.

6) Es gibt daher keine Sicherheit, daß die unter 4) dargelegten Erwägungen die Haltung des französischen Außenministers am 13.12. bestimmen werden.

Bisher zeichnen sich folgende Möglichkeiten des französischen Vorgehens ab:

a) Couve könnte bereit sein, den Bericht zu akzeptieren, wenn als Gegenleistung die von französischer Seite gewünschten Ausklammerungen vorgenommen werden (nach hier vorliegenden Informationen wird Couve evtl. eine weitere Verbesserung des Berichts im französischen Sinne verlangen).

Er könnte vorschlagen, den Bericht unter Aufrechterhaltung der Klammern als ein internes Papier zur Kenntnis zu nehmen und für die Öffentlichkeit einen neuen, sehr kurzen Text zu erarbeiten. Die hier zunächst bestehenden Möglichkeiten, Veröffentlichung des ganzen Berichts oder Erwähnung im Minister-Kommuniqué, sind für die Franzosen gleich unangenehm. Die Veröffentlichung selbst eines „verwässerten Berichts“ würde die Franzosen vor der Öffentlichkeit doch mehr oder weniger festlegen. Die Beschränkung auf einen Kommuniqué-Text würde formal dieses Risiko ausräumen. Erfahrungsgemäß ließe sich aber kaum vermeiden, daß der Bericht interessierten Pressekreisen zur Kenntnis kommen und dann doch publik würde.<sup>9</sup>

7) Zusammenfassung:

Überwiegend wird hier angenommen (und ich teile diese Beurteilung), daß die Franzosen eine harte Auseinandersetzung zu vermeiden suchen werden. Dies gilt m. E. mit der Einschränkung, daß nicht einige der Vierzehn eine Haltung einnehmen, die den Franzosen keinen anderen Ausweg als die Inkaufnahme eines Eklats lassen würde. Gewiß ist die Lage für die Vierzehn delikat, für die Franzosen dürfte sie jedoch noch schwieriger sein.

8) Zusatz:

Der Generalsekretär<sup>10</sup> beabsichtigt, wie soeben in einer vertraulichen Bespre-

<sup>9</sup> In der deutsch-französischen Konsultationsbesprechung am 8. Dezember 1967 in Paris führte der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, de Beaumarchais, aus, daß der Bericht der Studiengruppe zur Untersuchung der zukünftigen Aufgaben der Allianz („Special Group“) „Gutes wie Schlechtes“ enthalte: „Der Stil sei z. T. pompös, z. T. würden Banalitäten ausgesprochen. [...] Nach französischer Auffassung wäre es Zeitverschwendung, wenn die Diskussion um diesen Bericht bei der Ministerkonferenz wieder aufgenommen und wenn dort der Versuch unternommen würde, eine Einigung über die umstrittenen Stellen zu erzielen.“ Es sei daher besser, „an die Beendigung der Studie zu denken als an die Formulierung eines Berichts“. Der NATO-Ministerrat solle Kenntnis von dem Bericht nehmen (einschließlich der in Klammern gesetzten strittigen Punkte), ihn aber „als ein internes Dokument des Rats bezeichnen; jedenfalls solle er nicht publiziert werden“. Die Minister sollten sich dagegen mit der Frage beschäftigen, was im Kommuniqué bzw. dessen Anhang über die Harmel-Studie gesagt werden könne. De Beaumarchais machte abschließend deutlich, daß die französische Regierung nicht bereit sei, „über den Wortlaut des Berichts und die in Klammern befindlichen Stellen weiter zu diskutieren. Er betonte erneut, daß Stil und Inhalt des Berichts eher geeignet seien, die NATO in der Öffentlichkeit ‚lächerlich zu machen‘. Es sei daher nach französischer Auffassung das Zweckmäßigste, wenn der Ministerrat den Bericht als Arbeitsdokument zur Kenntnis nehme und im übrigen nach den französischen Vorschlägen verfare.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2366 des Ministerialdirektors Ruete, z. Z. Paris; VS-Bd. 2434 (I A 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Manlio Brosio.

chung in kleinerem Kreise deutlich wurde, zunächst den Bericht in seiner jetzt vorliegenden Form als einen vertraulichen und nicht zur Veröffentlichung bestimmten Bericht zur Diskussion zu stellen. Er wird dabei nach Möglichkeit versuchen, eine Einzel-Diskussion Absatz für Absatz zu vermeiden und die Erörterung auf die in Klammern befindlichen Teile zu beschränken. Er wird dann die Frage aufwerfen, „was“ aus diesem Bericht veröffentlicht werden soll. (Die Frage „ob“ der Bericht als Ganzes veröffentlicht werden soll, wird er zu vermeiden suchen, da hier mit frontalem französischem Widerstand zu rechnen wäre).

Vielleicht ergibt sich eine Kompromißmöglichkeit auf der Grundlage eines zwischen Cleveland und Seydoux vor einer Woche diskutierten, aber von den Franzosen zuletzt nicht weiter verfolgten Gedankens, der dahin geht, aus dem Harmel-Bericht lediglich das Arbeitsprogramm im Rahmen des Kommuniqués zu veröffentlichen (über das es mit den Franzosen weniger Schwierigkeiten gab, als mit dem Teil, der die allgemeine „Philosophie“ der Allianz enthält). Dies erschien mir eine realistische und relativ befriedigende Lösung.<sup>11</sup>

[gez.] Grewe

VS-Bd. 896 (II A 7)

## 423

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete

II A 1-85.50/1-1886/67 VS-vertraulich

11. Dezember 1967<sup>1</sup>

Betr.: Politische Betätigung von TTD-Inhabern  
hier: Internationale Sportveranstaltungen

I. In Ziff. 18 der Empfehlung des NATO-Ausschusses der Politischen Berater vom 1. 12. 1966 – C-M (66) 133 – heißt es:

„The system of assurances for sports teams and cultural delegations, in effect since 1964, will also be continued. Under this system the sponsor of the event guarantees to the ATO that Soviet Zonal visitors will not be able to exploit their presence in a NATO country for political purposes. In this way Soviet Zone

<sup>11</sup> Am 8. Dezember 1967 berichtete NATO-Generalsekretär Brosio „vertraulich in kleinerem Kreise, daß französischer Botschafter inzwischen die [...] französische Absicht offiziell bestätigt habe, die strittigen und in Klammern befindlichen Teile des Harmel-Berichts nicht zu diskutieren und den Bericht in seiner jetzigen Form unter Aufrechterhaltung der Klammern lediglich zur Kenntnis nehmen zu lassen. Die Franzosen seien bereit, im Kommuniqué die Vorlage des Berichts bekanntzugeben und in einem Annex zum Kommuniqué die ‚operativen‘ Teile des Harmel-Berichts (das künftige Arbeitsprogramm) anzunehmen und bekanntzugeben. Möglicherweise wären sie auch bereit, im Kommuniqué einige Sätze aus der ‚Philosophie‘ des Harmel-Berichts einzufügen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1909 des Botschafters Grewe, Brüssel (NATO); VS-Bd. 896 (II A 7); B 150, Aktienkopien 1967.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat van Well und von Legationsrat I. Klasse Graf Schirndinger von Schirnding konzipiert.

teams are prevented from displaying ‚national‘ flags and emblems, singing the ‚GDR‘ national anthem or otherwise posing as a group representing a ‚second German state‘. On the strength of such assurances it has been found possible to issue TTDs to every sports team which has applied to the ATO during the past two years. Since Soviet Zone sports journalists will now be able to travel to NATO countries, there will be increased publicity for sports events and therefore additional opportunity for political propaganda. It is thus all the more essential that the assurances against political exploitation be meticulously honoured and that any new Soviet Zonal tactics, e.g. the display of emblems or the initials ‚DDR‘, be vigorously resisted.“

Unsere Verbündeten haben sich bisher im wesentlichen loyal an diese Empfehlung gehalten. Sie haben allerdings bereits verschiedentlich angedeutet, daß sie eine Überprüfung der Empfehlung für angebracht halten würden, falls für das Auftreten mitteldeutscher Sportler im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland eine nachgiebigere Regelung in Kraft treten sollte. In diesem Zusammenhang haben sie sich stets für die Sporterklärung<sup>2</sup> interessiert, deren Abgabe die Bundesregierung zeitweise beabsichtigte.

II. In der Konsultationsbesprechung der Bonner Vierergruppe am 29.11.1967 erkundigten sich die Vertreter der Verbündeten erneut nach dem Sachstand und machten zugleich an zwei Fällen deutlich, daß die Befolgung der eingangs erwähnten NATO-Empfehlung von ihnen zunehmend Opfer verlange.

1) Der britische Vertreter berichtete, daß die für das nächste Jahr geplanten Universitätsfußballmeisterschaften, die ursprünglich in Großbritannien durchgeführt werden sollten, nunmehr woanders stattfinden werden. Der Grund hierfür seien die Bedingungen, welche die Briten entsprechend dem NATO-Beschluß für das Auftreten der sowjetzonalen Mannschaft aufgestellt hatten. Diese sei nicht bereit gewesen, die Bezeichnung „Ostdeutschland“ zu akzeptieren, sondern habe auf der Bezeichnung „DDR“ bestanden.

2) Der amerikanische Vertreter teilte mit, daß Kanada sich darum bemühe, Gastgeberland für die im Jahre 1970 stattfindenden Hockey-Weltmeisterschaftskämpfe zu werden. Falls die sowjetzonale Mannschaft sich für die Weltmeisterschaft qualifizieren sollte, werde deren Durchführung in Kanada davon abhängen, ob die Kanadier die Bezeichnung „DDR“ zulassen. Die Internationale Hockeyföderation, der die SBZ als vollwertiges Mitglied angehöre, werde für ihre Meisterschaftskämpfe kaum einen Ort wählen bzw. beibehalten, an dem die sowjetzonale Mannschaft sich wegen des Bezeichnungsproblems weigere aufzutreten, zumal die drei letzten Meisterschaftskämpfe sämtlich in „neutralen“ oder Ostblockstaaten stattfanden und die Bezeichnung „DDR“ dabei geduldet wurde.

Abschließend bemerkte der amerikanische Vertreter, daß über den Ort der Hockey-Meisterschaftskämpfe 1970 im Januar oder Februar 1968 entschieden werden solle. Obwohl sich dann auch für den Fall einer Entscheidung zugunsten Kanadas das Problem eines Auftretens der SBZ-Mannschaft in Kanada zunächst nur bedingt stellen würde, wollten uns die Kanadier schon jetzt auf dieses Problem hinweisen.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 316, Anm. 8.

Der deutsche Vertreter teilte mit, der Plan einer Sporterklärung der Bundesregierung sei aufgegeben worden.<sup>3</sup> Statt dessen sollten die zuständigen deutschen Behörden neue Richtlinien für das Verhalten beim Auftreten mitteldeutscher Sportler im Bundesgebiet erhalten. Möglicherweise würde hierbei zwischen Staatssymbolen (Fahne, Hymne) und Herkunftsbezeichnungen („DDR“ auf Schildern, in Programmen, bei Ansagen, Embleme auf Sportkleidung) unterschieden werden. Sollten solche Richtlinien für den innerdeutschen Sportverkehr ergehen, so werde sich eine entsprechende Handhabung im Ausland kaum vermeiden lassen. Vorerst seien allerdings bei uns immer noch die bisherigen, in jeder Hinsicht der NATO-Empfehlung vom 1. 12. 1966 entsprechenden Richtlinien in Kraft.

Der französische Vertreter bemerkte, es wäre bedauerlich, wenn die NATO-Staaten auf die Rolle eines Gastgeberlandes für internationale Sportveranstaltungen nur wegen der Möglichkeit einer Teilnahme sowjetzonaler Sportler verzichten müßten.

III. Abteilung II ist der Auffassung, daß wir die Loyalität der Verbündeten gegenüber der NATO-Empfehlung vom 1. 12. 1966 nicht durch einen längeren Zustand der Ungewißheit über die von uns im Bereich des innerdeutschen Sports beabsichtigte Haltung strapazieren sollten. Die Verbündeten würden ein Änderung der Empfehlung, die ihren nationalen Sportorganisationen den Verkehr mit Sportlern aus der SBZ und damit auch aus dem sonstigen Ostblockgebiet erleichtert, wahrscheinlich begrüßen. Sie werden aber wohl auch Verständnis dafür haben, wenn wir innerhalb Deutschlands an den bisher geltenden Grundsätzen für Begegnungen mit mitteldeutschen Sportlern festhalten und daher auf eine Aufrechterhaltung der NATO-Empfehlung vom 1. 12. 1966 Wert legen würden. Was sie jedoch mit Recht erwarten, ist eine baldige Klärung des deutschen Standpunkts, damit ihren nationalen Sportorganisationen Chancen im internationalen Sportverkehr nicht ohne zwingenden Anlaß verlorengehen.

<sup>3</sup> Am 3. November 1967 äußerte Bundeskanzler Kiesinger im Kabinettsausschuß für innerdeutsche Fragen Bedenken gegen den Entwurf einer Sporterklärung vom 6. September 1967. Dieser bringe nicht genügend zum Ausdruck, daß die Erklärung gemeinsam von der Bundesregierung und dem Deutschen Sportbund (DSB) abgegeben werde. Die Bundesregierung selbst könne den deutschen Sportlern keine Vorschriften machen. Er zweifle auch daran, daß sich der DSB trotz einer am 16. Oktober 1967 gegebenen Zustimmung mit der Erklärung identifiziere. Kiesinger betonte, daß der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees, Daume, „inzwischen von der Erklärung abricke. Es bestünde nicht mehr Einigkeit mit den Sportlern. Die am 16. 10. erzielte Übereinstimmung mit DSB und Daume solle nicht zu juristisch ausgelegt und als ‚Vertrag‘ betrachtet werden.“ Es könne nichts Schlimmeres passieren, „als daß der deutsche Sport, also unsere freien Bürger, von der Erklärung abrücken“. Von der Sporterklärung solle deshalb zunächst abgesehen werden. Bundesminister Wehner stellte dazu fest, „die Sporterklärung sei inzwischen entwertet. Er habe Bedenken, sie jetzt noch zu verabschieden. Daume habe in letzter Zeit in Briefen und Journalistengesprächen die Auffassung vertreten, daß die Erklärung nichts helfe und daß man sie fallenlassen solle.“ Falls die Bundesregierung eine Erklärung abgebe, „sei zu befürchten, daß Daume eine eigene Erklärung folgen lassen werde“. Dann würde die Bundesregierung, obwohl sie „guten Willens sei, hereinfallen. Er halte es nicht für erforderlich, daß die Bundesregierung ihren Standpunkt in dieser Form zum Ausdruck bringe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1649 des Vortragenden Legationsrats van Well, z. Z. Brüssel (NATO), vom 7. November 1967; VS-Bd. 4179 (II A 1); B 150, Aktenkopie 1967.

Abteilung II beabsichtigt daher, an das federführende Bundesministerium des Innern das als Anlage beigefügte Schreiben<sup>4</sup> zu richten.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>5</sup> mit der Bitte um Zustimmung vorgelegt.

Abteilung IV hat mitgezeichnet.

Ruete

VS-Bd. 4141 (II A 1)

## 424

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahn

II A 4-82.00-94.29-828/67 geheim

11. Dezember 1967<sup>1</sup>

Betr.: Erklärung der Sowjetregierung an die Regierung  
der Bundesrepublik Deutschland vom 8.12.1967<sup>2</sup>

Eine erste Prüfung der Erklärung der sowjetischen Regierung erlaubt folgende vorläufige Stellungnahme:

1) Die Erklärung geht von dem Parteitag der NPD in Hannover<sup>3</sup> aus. Da der Parteitag bereits einige Wochen zurückliegt, dient er offensichtlich nur als Vorwand.<sup>4</sup> Andererseits hat diese Demonstration der NPD in der westlichen

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigefügt. Für das Schreiben des Vortragenden Legationsrats van Well vom 11. Dezember 1967, mit dem das Auswärtige Amt um eine beschleunigte Ausarbeitung von Richtlinien für die Teilnahme von Sportlern der DDR an internationalen Veranstaltungen bat, vgl. VS-Bd. 4141 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Hat Staatssekretär Duckwitz am 3. Januar 1968 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „M[eines] Wissens soll zukünftig bei Messen und Ausstellungen in der Bundesrepublik die Bezeichnung ‚DDR‘ zugelassen werden. Wenn dem so ist, wäre es unbillig, von unseren Alliierten mehr zu verlangen, als wir selbst auf uns zu nehmen gedenken.“

Hat Staatssekretär Lahr am 5. Januar 1968 vorgelegen, der handschriftlich für Duckwitz vermerkte: „Im Anschluß an die heutige Morgenbesprechung empfehle ich Kontakt II A 1 – IV 5 (Dr. Dvorak).“

<sup>1</sup> Laut handschriftlichem Vermerk des Ministerialdirigenten Sahn wurde ein Durchdruck der Aufzeichnung dem Bundeskanzleramt übermittelt.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut vgl. PRAVDA, Nr. 343 vom 9. Dezember 1967, S. 1 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. DzD V/1, S. 2173–2179. Für Auszüge vgl. Anm. 5 und Dok. 428.

<sup>3</sup> Der 3. Bundesparteitag der NPD fand vom 10. bis 12. November 1967 in Hannover statt. Für das Programm „Grundlagen nationaldemokratischer Politik – Thesen und Forderungen“ vgl. DzD V/1, S. 1988–1991 (Auszug).

<sup>4</sup> Am 14. Dezember 1967 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Blumenfeld, daß der Erste und der Zweite Sekretär an der sowjetischen Botschaft, Naumow und Nikolskij, gegenüber dem Ersten Sekretär an der amerikanischen Botschaft, Shaw, betont hätten, die UdSSR „hege echte Befürchtungen vor einem Anwachsen der NPD und des Neonazismus in der Bundesrepublik Deutschland. Die Note sei ursprünglich aus Anlaß des Parteitags der NPD fertiggestellt worden, die Übergabe habe sich aber durch ‚bürokratische Schwierigkeiten‘ verzögert.“ Sie hätten ferner erklärt, daß die UdSSR nicht an einer vorübergehenden Verbesserung der Beziehungen zur Bundesrepublik interessiert sei, „sondern an einer Lösung, die Jahrhunderte andauert. Einen Gewaltverzicht könne es daher nur geben, wenn die ‚notwendigen Bedingungen‘, wie sie in der Regie-

Öffentlichkeit eine Beunruhigung hervorgerufen, so daß die Betonung der Tendenzen, für die die NPD symptomatisch sein soll, geeignet ist, das Ansehen und die Vertrauenswürdigkeit der Bundesrepublik Deutschland, vor allem im Westen, zu beeinträchtigen.

2) Die Erklärung nimmt bei der Schilderung der Hitlerschen Pläne ungewöhnlicherweise ausdrücklich auch auf Jugoslawien Bezug.<sup>5</sup> Dieser Hinweis läßt erkennen, daß die Überlegungen der Bundesregierung, mit Jugoslawien diplomatische Beziehungen aufzunehmen, ein wichtiger Grund für die Veröffentlichung der Regierungserklärung mit dem bisher schärfsten Angriff gegen die Ostpolitik der Bundesregierung gerade zu diesem Zeitpunkt ist. Es ist nicht auszuschließen, daß die Jugoslawen unter Druck gesetzt werden sollen, um für die Verbesserung der Beziehungen mit der Bundesrepublik unakzeptable oder demütigende Bedingungen zu stellen. Hierfür spricht, daß bereits bei den Verhandlungen mit Rumänien im Januar d. J. die Sowjets eine ausführliche Erklärung ähnlichen Inhalts veröffentlicht haben<sup>6</sup>; auch während der Verhandlung mit der ČSSR über die Einrichtung einer Handelsvertretung haben die Sowjets durch Polemisierung gegen die Notstandsplanungen<sup>7</sup> versucht, auf den Gang der Dinge Einfluß zu nehmen (die offensichtlichen Bemühungen der Sowjets, auf Jugoslawien Druck auszuüben, zeigen, daß wir alsbald zu einer Entscheidung in dieser Angelegenheit kommen müssen).

3) Aus zahlreichen Anzeichen geht hervor, daß die Gespräche von Botschafter Zarapkin mit dem Herrn Bundesminister über einen Gewaltverzicht im Osten<sup>8</sup> erhebliche Unruhe hervorgerufen haben (Reise Gromykos nach Polen<sup>9</sup>; Reise Ulbrichts nach Moskau<sup>10</sup>; Reise Breschnews nach Prag<sup>11</sup>).

Es scheint, daß die Sowjets auf zwei Ebenen arbeiten: einerseits vertrauliche, sachliche Gespräche mit der Bundesregierung nicht nur über den Gewaltverzicht, sondern nahezu über die Gesamtheit der Deutschlandprobleme, andererseits Aufbau einer Geräuschkulisse als Alibi gegenüber den Verbündeten der

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1623*

rungserklärung aufgezählt sind, erfüllt würden. Die Sowjetunion leide nicht unter Zeitdruck, sie könne und werde warten.“ Vgl. VS-Bd. 4245 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> In der sowjetischen Erklärung vom 8. Dezember 1967 wurde ausgeführt: „Die wahnwitzigen Befehle, Moskau und Leningrad dem Erdboden gleichzumachen, London auszuradieren, Paris niederzubrennen und die Territorien der Sowjetunion, Polens, Jugoslawiens in verbrannte Erde zu verwandeln – das waren für die Völker die Ergebnisse der verbrecherischen Hitlerschen Pläne, die mit der Parole der ‚Selbstbestimmung‘ getarnt wurden.“ Vgl. DzD V/1, S. 2175.

<sup>6</sup> Zur sowjetischen Note vom 28. Januar 1967 „über den Nazismus und Militarismus in der Bundesrepublik Deutschland“ vgl. Dok. 44, besonders Anm. 7. Für einen Auszug vgl. Dok. 38, Anm. 12.

<sup>7</sup> Zur geplanten Änderung der alliierten Vorbehaltsrechte in bezug auf den inneren Notstand der Bundesrepublik (Notstandsgesetzgebung) und zur TASS-Erklärung vom 19. Juli 1967 vgl. Dok. 291, besonders Anm. 8.

<sup>8</sup> Für die Gespräche vom 16. Juni, 12. Oktober sowie vom 21. November 1967 vgl. Dok. 224, Dok. 347 und Dok. 395. Zum Gespräch vom 24. November 1967 vgl. Dok. 401.

<sup>9</sup> Der sowjetische Außenminister hielt sich vom 6. bis 10. Dezember 1967 in Polen auf.

<sup>10</sup> Am 11./12. Dezember 1967 führte eine Partei- und Regierungsdelegation unter Leitung des Staatsratsvorsitzenden der DDR Gespräche in Moskau. Im gemeinsamen Kommuniqué wurde zur Stellung von Berlin (West) ausgeführt: „Beide Seiten, die Westberlin als selbständige politische Einheit betrachten, welche nicht zur BRD gehört und nie zu ihr gehören wird, warnen vor den rechtswidrigen Anschlägen der BRD auf Westberlin, die als Erscheinung der Aggressivität auf eine entschlossene Abwehr stoßen werden.“ Vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. XV, S. 1137.

<sup>11</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU besuchte vom 8. bis 10. Dezember 1967 die Tschechoslowakei.



Sowjetunion, um jeden Verdacht auszuschließen, als ob die Sowjetunion mit der Bundesregierung auf Kosten der Interessen der osteuropäischen Staaten zu einem Arrangement kommen könnte.

Auch ist nicht auszuschließen, daß die Schärfe der Note die Bundesregierung zu einer entgegenkommenden Haltung bei den Gesprächen mit Zarpakin veranlassen soll. Befremdlich ist allerdings, daß die Erklärung entgegen den Tatsachen behauptet, die Bundesregierung stemme sich dagegen, in völkerrechtlicher Form mit der DDR Erklärungen über Nichtanwendung von Gewalt in den gegenseitigen Beziehungen auf einer mit anderen sozialistischen Ländern gleichen Grundlage auszutauschen. Tatsächlich hat der Herr Bundesminister in seinem Gespräch mit Botschafter Zarpakin von der Möglichkeit differenzierter Gewaltverzichtserklärungen gesprochen und dabei auch die Zone erwähnt.

4) Auch ist es in der Vergangenheit häufig vorgekommen, daß vor den Ministertagungen der NATO sowjetische Störmanöver erfolgten; die Abhaltung der Verteidigungsdebatte im Bundestag<sup>12</sup> mag ein willkommenes zusätzliches Element gewesen sein.

5) Die Tatsache, daß die Sowjets wieder einmal auf den angeblichen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus dem Potsdamer Abkommen<sup>13</sup> bestehen, dient sicher der Rechtfertigung einer Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten. Die Hartnäckigkeit, mit der die Sowjets diese These in zunehmendem Maße in den letzten Jahren unterstrichen haben, läßt die Möglichkeit nicht ausschließen, daß die Sowjets damit auch andere, noch nicht näher erkennbare Absichten verfolgen.<sup>14</sup>

6) Die Erklärung findet am Ende bemerkenswert positive Feststellungen über die Auffassungen der Mehrheit der Bürger in der Bundesrepublik und die für die Zukunft des Landes verantwortlichen politischen Kräfte.<sup>15</sup> Es hat den Anschein, als ob dieser Absatz von einer anderen Hand eingefügt ist, um als Gegengewicht gegen die Schärfen zu dienen.

7) Es scheint angebracht, die von den Sowjets beschrifteten zwei Ebenen auch bei unserer Reaktion zu berücksichtigen.

Die Bundesregierung und die drei Alliierten sollten die Note, ähnlich wie es der Herr Bundeskanzler bereits öffentlich getan hat<sup>16</sup>, durch kurze, kräftige

<sup>12</sup> Zur Verteidigungsdebatte vom 6./7. Dezember 1967 vgl. Dok. 419, Anm. 12.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des Communiqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) vgl. DzD II/1, S. 2101–2148.

<sup>14</sup> Am 8. Dezember 1967 übermittelte Gesandter Sante, Moskau, die Einschätzung, daß die sowjetische Regierung mit dem wiederholten Hinweis auf das Potsdamer Abkommen beabsichtige, „ein Mitspracherecht in innerdeutschen Angelegenheiten geltend zu machen. Weiter verfolgen die Sowjets unter Berufung auf das Potsdamer Abkommen das Ziel, ihre ehemaligen Verbündeten zu einer Stellungnahme in Sachen NPD zu zwingen. Sie lassen sich dabei von der Hoffnung leiten, daß diese Stellungnahme nicht ohne Schwierigkeiten zu unseren Gunsten ausfallen kann und damit ein Element der Entfremdung in die Beziehungen der Westmächte zur Bundesrepublik getragen wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1587; VS-Bd. 4179 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>15</sup> Vgl. dazu Dok. 428, besonders Anm. 10.

<sup>16</sup> Am 9. Dezember wies Bundeskanzler Kiesinger auf dem Landesparteitag der CDU Südwürttemberg-Hohenzollern die Erklärung der UdSSR vom 8. Dezember 1967 als „Verleumdung des deutschen Volkes“ zurück. Wenn die UdSSR glaube, sie brauche einen Prügelknaben, um selbst glaubwürdiger zu erscheinen, so werde sich die Bundesregierung dennoch nicht beirren lassen und ihre Ziele auf friedliche Weise und ohne Gewalt weiterverfolgen. Vgl. die Meldung „Kiesinger spricht von Verleumdung“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 287 vom 11. Dezember 1967, S. 4.

Antwortnoten zurückweisen.<sup>17</sup> Unabhängig davon sollte im Gespräch mit Herrn Zarapkin geklärt werden, ob die Sowjetunion auch trotz ihrer Erklärung bereit ist, das von uns gewünschte sachliche Gespräch fortzusetzen.<sup>18</sup>

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>19</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>20</sup> vorgelegt.

Sahm

VS-Bd. 4203 (II A 4)

## 425

### Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem amerikanischen Außenminister Rusk in Brüssel

II A 7-83.00/2-4140/67 VS-vertraulich

12. Dezember 1967<sup>1</sup>

Das Gespräch begann um 17.35 Uhr.

Bei dem Gespräch waren anwesend: auf deutscher Seite Bundesminister, Staatssekretär Duckwitz, Ministerialdirektor Ruete, LR I Wilke als Protokollführer; auf amerikanischer Seite Außenminister Rusk, Robert R. Bowie, John M. Leddy, Botschafter McGhee, Mr. Crowley als Protokollführer.

Rusk sprach zunächst die jüngste sowjetische Erklärung zur Gefahr des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik an.<sup>2</sup> Er meinte, die Amerikaner seien bereit, sich an einer gemeinsamen Antwort zu beteiligen. Er bat den Herrn Bundesminister, Außenminister Couve zu fragen, ob Frankreich sich an einer solchen gemeinsamen Antwort beteiligen wolle.<sup>3</sup>

Der Herr *Bundesminister* äußerte, die Erklärung müsse zwar angemessen beantwortet werden, man könne ihr aber keine große Bedeutung beimessen. Ähnliche Störaktionen pflege die UdSSR häufig zu unternehmen, wenn die Bundesregierung dabei sei, sich mit Staaten des Warschauer Pakts in irgendeiner Weise zu arrangieren: so bereits anlässlich der Fälle Rumänien<sup>4</sup> und

<sup>17</sup> Zu den Antwortnoten der Bundesrepublik sowie der Drei Mächte vom 22. bzw. 29. Dezember 1967 vgl. Dok. 443.

<sup>18</sup> Dazu bemerkte Staatssekretär Duckwitz handschriftlich: „Ist bereits eingeleitet.“ Vgl. dazu das Gespräch des Staatssekretärs Duckwitz mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin am 14. Dezember 1967; Dok. 430.

<sup>19</sup> Hat Staatssekretär Duckwitz am 11. Dezember 1967 vorgelegen.

<sup>20</sup> Hat Bundesminister Brandt am 12. Dezember 1967 vorgelegen.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Wilke am 13. Dezember 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Zur Erklärung vom 8. Dezember 1967 vgl. Dok. 424.

<sup>3</sup> Vgl. dazu weiter das Gespräch in der Bonner Vierergruppe vom 21. Dezember 1967; Dok. 443.

<sup>4</sup> Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien am 31. Januar 1967 vgl. Dok. 39.

ČSSR<sup>5</sup>. Die jüngste Erklärung stehe offensichtlich im Zusammenhang mit der bevorstehenden Aufnahme von Verhandlungen mit Jugoslawien.<sup>6</sup>

*Rusk* erkundigte sich nach dem Stand der britischen EWG-Kandidatur.

Der Herr *Bundesminister* erwähnte die Gespräche, die er am vergangenen Samstag<sup>7</sup> und heute mit den Außenministern Großbritanniens<sup>8</sup>, Italiens<sup>9</sup> und Belgiens<sup>10</sup> geführt habe. Er gab eine kurze Darstellung über den zu erwartenden Verlauf der EWG-Ministerratssitzung am 18./19.12.1967.<sup>11</sup> Der Herr Bundesminister sagte, die britische Regierung sei der Auffassung, sie habe einen Anspruch auf eine Antwort auf ihr Beitrittsgesuch.<sup>12</sup> Mit Alternativen für den Fall des französischen Nein<sup>13</sup> werde man sich wohl erst nach dem 19. Dezember 1967 befassen können. Die öffentliche Meinung in den fünf EWG-Ländern (außer Frankreich) sei zur Zeit stark erregt. Er rechne sogar mit einem Beschluß des deutschen Bundestages, in dem sich das Parlament für die britische Aufnahme in die EWG aussprechen werde.<sup>14</sup>

*Rusk* stellte am Schluß die Frage, ob die amerikanische Regierung in der Beitrittsfrage in irgendeiner Weise behilflich sein könnte. Die Frage blieb offen.

Der Herr *Bundesminister* berührte daraufhin das Ergebnis der Verteidigungsdebatte des Bundestages und die entsprechende Erklärung der Bundesregierung.<sup>15</sup> Die Bundesregierung beabsichtige Konsultationen mit ihren Verbündeten, bevor sie die noch in Arbeit befindlichen Pläne zur Umstrukturierung der Bundeswehr der Öffentlichkeit vorlegt.

*Rusk* begrüßte diese Absicht. Er wies auf die ungünstige Wirkung hin, die die belgische, kanadische und luxemburgische Truppenreduzierung in den USA

<sup>5</sup> Zum Abschluß des Abkommens vom 3. August 1967 zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei über den Waren- und Zahlungsverkehr und den Austausch von Handelsvertretungen vgl. Dok. 289.

<sup>6</sup> Zum Beschluß des Bundeskabinetts vom 13. Dezember 1967, Verhandlungen mit Jugoslawien über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen aufzunehmen, vgl. Dok. 436.

<sup>7</sup> 9. Dezember 1967.

<sup>8</sup> George Brown.

<sup>9</sup> Amintore Fanfani.

<sup>10</sup> Pierre Harmel.

<sup>11</sup> Zur EG-Ministerratstagung in Brüssel vgl. Dok. 442.

<sup>12</sup> Zum Antrag vom 11. Mai 1967 vgl. Dok. 197, Anm. 4.

<sup>13</sup> Vgl. dazu die Äußerungen des Staatspräsidenten de Gaulle vor der Presse am 27. November 1967; Dok. 409.

<sup>14</sup> Am 15. Dezember 1967 befaßte sich der Bundestag mit einem Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und SPD, in dem die Bundesregierung ersucht wurde, auf der EG-Ministerratstagung am 18./19. Dezember 1967 in Brüssel eine vertragsgemäße Entscheidung über die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit Dänemark, Großbritannien, Irland und Norwegen herbeizuführen. Bundesminister Brandt bekräftigte, daß sich die Bundesregierung für die Aufnahme von Regierungsverhandlungen aussprechen werde. Frankreich könne weder ein Interesse daran haben noch einen Anspruch darauf geltend machen, die übrigen EG-Mitgliedstaaten daran zu hindern, sich in Verhandlungen mit Großbritannien selbst „ein klares und endgültiges Urteil“ zu bilden: „Jedes Mitglied ist zwar in der letzten, materiellen Entscheidung frei, aber kein Mitglied darf den Weg verbauen, der nach dem Vertrag zur Entscheidung über die Aufnahme weiterer Mitglieder führt.“ Die Bundesregierung sei gezwungen, gerade dem „französischen Nachbarn dringend zu empfehlen, es sich selbst und anderen nicht so schwer zu machen“. Eine Abstimmung über den Antrag fand nicht statt. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 65, S. 7471 f. Für die Drucksache V/2382 vom 12. Dezember 1967 vgl. BT ANLAGEN, Bd. 117.

<sup>15</sup> Zur Regierungserklärung des Bundesministers Schröder vom 6. Dezember 1967 vgl. Dok. 419, Anm. 12.

angesichts des Einsatzes von 500 000 amerikanischen Soldaten in Vietnam gehabt habe. Die amerikanische Regierung sei froh darüber, durch die Ankündigung des sogenannten „Rotationssystems“<sup>16</sup> die Pläne von Senator Mansfield u. a. vorerst vereitelt zu haben. Er frage sich aber, ob der Druck der öffentlichen Meinung in den USA seine Regierung nicht zu weitergehenden Entschlüssen zwingen könne, wenn die Verbündeten der USA – insbesondere ohne Konsultationen – ihre Truppen reduzierten.

Rusk fragte in diesem Zusammenhang, ob der sowjetische Botschafter Zarapkin in seinen Gesprächen mit dem Herrn Bundesminister<sup>17</sup> die Frage einer gegenseitigen Truppenreduzierung berührt habe. Der Herr *Bundesminister* verneinte das. *Rusk* kam nunmehr auf den NV-Vertrag zu sprechen.

Er sagte, die USA seien bestrebt, den Vertrag so bald wie möglich abzuschließen; sie wünsche aber auch, daß die Unterzeichner mit dem Vertrag zufrieden seien. Einige der Sorgen und Einwände der Verbündeten der USA schienen ihm eher Vorwände zu sein. So seien einige Punkte in dem letzten deutschen Memorandum<sup>18</sup> (?) nicht sehr hilfreich<sup>19</sup> („not very helpful“).

Rusk bestand vor allem in längeren Ausführungen darauf, er könne nicht einsehen, warum eine doppelte Kontrolle auf deutschem Boden – nämlich durch IAE0 und EURATOM – die deutschen Interessen beeinträchtige. Der Herr *Bundesminister* meinte hierzu, selbst wenn die Befürchtungen der deutschen Industrie in diesem Punkt ungerechtfertigt sein sollten, so seien sie doch zumindest als psychologischer Faktor eine reale Beeinträchtigung der deutschen Interessen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß diese Befürchtungen die deutschen Industriellen veranlassen könnten, mit der Nuklear-Industrie außer Landes zu gehen. Außerdem wisse man nicht, wie Frankreich auf die Annahme der IAE0-Kontrollen durch die restlichen fünf EURATOM-Mitgliedsländer reagieren werde. Ein Zusammenbruch des gemeinsamen europäischen Energiemarktes sei zumindest nicht ausgeschlossen.

*Rusk* zeigte für diese Ausführungen kein Verständnis. Er meinte, es sei nicht einzusehen, warum die deutsche Industrie im Falle der IAE0-Kontrollen für fünf EURATOM-Mitgliedstaaten und EURATOM-Kontrollen für sechs EURATOM-Mitgliedsländer beeinträchtigt werden sollte. Was sei in einem solchen Falle die behauptete „intrusion“? *Rusk* zog als Vergleich die amerikanischen Verhältnisse an: auch in den USA müßte man das bisher bereits bestehende nationale Kontrollsystem anpassen an das IAE0-Kontrollsystem, dem [sich] zu unterwerfen die USA nach der jüngsten Erklärung von Präsident Johnson<sup>20</sup> bereit seien. Im übrigen gäbe es auch auf anderen Gebieten derartige Doppelkontrollen: Im nordamerikanischen Bankensystem gäbe es Federal Examiners und State Examiners. Das werde nicht als „intrusion“ angesehen.

<sup>16</sup> Zu der im Rahmen der Dreier-Verhandlungen am 27./28. April 1967 in London beschlossenen Truppenrückverlegung sowie zum amerikanischen Rotationsplan vgl. Dok. 151.

<sup>17</sup> Für die Gespräche vom 16. Juni, 12. Oktober sowie vom 21. November 1967 vgl. Dok. 224, Dok. 347 und Dok. 395. Zum Gespräch vom 24. November 1967 vgl. Dok. 401.

<sup>18</sup> Für die mit Schreiben des Bundesministers Brandt vom 28. Oktober 1967 an den amerikanischen Außenminister Rusk übermittelte Aufzeichnung vgl. Dok. 371.

<sup>19</sup> Korrigiert aus: „hilfreich zu sein“.

<sup>20</sup> Zur Erklärung vom 2. Dezember 1967 vgl. Dok. 419, Anm. 2.

Botschafter *McGhee* und *Leddy* warfen ein, daß die Frage nach der Reaktion Frankreichs auf eine Annahme der IAE0-Kontrollen durch die übrigen EURATOM-Länder wohl der wichtigste Punkt sei. *McGhee* meinte, BM Stoltenberg habe dieses Bedenken besonders herausgestellt. *Rusk* schloß hieran eine Bemerkung, die er nicht zu zitieren bat. Er vermute, die Franzosen betrieben ein Doppelspiel: Den Russen erklärten sie, sie hätten nichts gegen eine IAE0-Kontrolle in den übrigen EURATOM-Ländern. Das gäbe den Russen Anlaß, zu den Amerikanern zu sagen, die Störenfriede säßen in Bonn, nicht in Paris. Von den Deutschen und auch von einigen anderen EURATOM-Ländern höre man dagegen stets, die Franzosen würden gegen die IAE0-Kontrollen im übrigen EURATOM-Gebiet Einwände erheben. Man müsse endlich klären, was Paris wirklich wolle. *Leddy* spezifizierte die Frage dahin, man müsse endlich feststellen, ob Frankreich den Abschluß des NV-Vertrages tolerieren würde, wenn es auf seinem Gebiet keinen Kontrollen unterworfen würde.

Der Herr *Bundesminister* erwähnte den Besuch des Generalsekretärs der IAE0, Eklund, in Bonn vor einigen Wochen<sup>21</sup> und meinte, man solle den Vorschlag Eklunds aufgreifen, die Arbeiten für ein Verifikationssystem intensiv aufzunehmen.

*Rusk* meinte, es sei gut, daß das Projekt eines Verifikationssystems IAE0 – EURATOM nicht in der UNO behandelt worden sei. Dieses Projekt wäre nämlich mit Sicherheit von vielen Nationen als Spezialprivileg der EURATOM-Länder, und damit als Diskriminierung anderer Länder verurteilt worden.

Der Herr *Bundesminister* kam kurz auf das Problem der Vertragsdauer zu sprechen und meinte, dieses Problem könne sicherlich gelöst werden, sobald erst einmal über den Kontrollartikel Einigung erzielt sei.

Am Schluß des Gesprächs fragte *Leddy* nach der deutschen Reaktion auf den Ailleret-Artikel.<sup>22</sup>

Der Herr *Bundesminister* meinte, man könne nicht sicher sein, ob der Artikel mit de Gaulle abgestimmt sei.

*Rusk* sagte, nach den amerikanischen Informationen sei das der Fall.

Das Gespräch endete um 18.30 Uhr.

**VS-Bd. 4270 (II A 6)**

<sup>21</sup> Zum Besuch vom 17. November 1967 vgl. Dok. 413.

<sup>22</sup> In einem Beitrag für die Zeitschrift „*Révue de Défense Nationale*“ führte der Chef des französischen Generalstabs, Ailleret, aus, daß Frankreich in der Vergangenheit seine Verteidigung immer auf einen Hauptfeind habe ausrichten können. Im Falle der Bedrohung durch die UdSSR sei es daher nicht unlogisch gewesen, die französischen Truppen integrierten NATO-Stäben zu unterstellen. Diese Eingliederung in ein System mit einseitigem Ziel habe aber die nationale Verfügungsgewalt der Streitkräfte eingeschränkt und zugleich für Frankreich das Risiko erhöht, in einen bewaffneten Konflikt verwickelt zu werden, der nicht der seine sei. Gegenwärtig sei es zudem kaum möglich zu erkennen, welchen Drohungen Frankreich ausgesetzt sei bzw. was eines Tages die Ursache eines Konfliktes sein werde. Deshalb müsse Frankreich anstreben, mit eigenen Mitteln ein Verteidigungssystem aufzubauen, das nicht auf einen einzelnen Feind, sondern weltweit und nach allen Himmelsrichtungen ausgerichtet sei. Vgl. den Artikel „*Défense 'dirigée' ou défense 'tous azimuts'*“, *REVUE DE DÉFENSE NATIONALE* 1967, S. 1923–1928.

426

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort

III A 6-85.00-94.29-1022<sup>II</sup>/67 VS-vertraulich12. Dezember 1967<sup>1</sup>

Betr.: Fortsetzung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen;  
 hier: Besprechung des Herrn Staatssekretärs<sup>2</sup> beim  
 Herrn Bundeskanzler am Mittwoch, dem 13. Dezember 1967, 8.30 Uhr<sup>3</sup>

Bezug: Mündliche Weisung von D III<sup>4</sup> vom 12. Dezember 1967

Wie aus dem Drahtbericht der Botschaft Moskau Nr. 1584 vom 8. Dezember 1967<sup>5</sup> hervorgeht, hat die sowjetische Seite auf unser Angebot, Botschafter Dr. Emmel zu einer Vorbesprechung mit dem sowjetischen Delegationsleiter Manschulo nach Moskau zu entsenden, geantwortet, daß hierfür im Dezember kein Termin frei sei und daß eine Vorbesprechung im Januar 1968 nur dann Zweck habe, wenn die deutsche Seite zu den bei den letzten Verhandlungen<sup>6</sup> vorgebrachten sowjetischen Vorschlägen Stellung nehmen könne.

Die sowjetischen Vorschläge kommen praktisch Forderungen gleich. Sie gehen in folgende Richtung:

- a) Volle Liberalisierung der deutschen Einfuhren;
- b) Gewährung der Meistbegünstigung;
- c) Nichtwiederholung des Röhren-Embargos<sup>7</sup>.

zu a) Es muß damit gerechnet werden, daß selbst die weitgehende Liberalisierung, die wir jetzt Rumänien gewähren und die bei der deutschen Wirtschaft auf erhebliche Schwierigkeiten stößt, von den Sowjets als ungenügend hingestellt wird. Sie betrachten unsere autonomen Maßnahmen als eine Diskriminierung und fordern die Anwendung der im Verhältnis zu den westlichen Ländern geltenden Liberalisierung. Selbst bei Anwendung der Rumänien gewährten Liberalisierung müßten aber rund 25% der deutschen Einfuhren aus dem gewerblichen Sektor kontingentiert bleiben. Bei den Verhandlungen in Moskau

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Klarenaar konzipiert.

<sup>2</sup> Rolf Lahr.

<sup>3</sup> Der Passus „hier: ... 8.30 Uhr“ wurde von Bundesminister Brandt hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>4</sup> Günther Harkort.

<sup>5</sup> Für den Drahtbericht des Gesandten Sante, Moskau, vgl. VS-Bd. 8381 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Zum Abbruch der Wirtschaftsverhandlungen mit der UdSSR am 12. Oktober 1966 vgl. Dok. 26, Anm. 1.

<sup>7</sup> In Übereinstimmung mit einem Beschluß des Ständigen NATO-Rats vom 21. November 1962 erließ die Bundesregierung am 18. Dezember 1962 eine Rechtsverordnung, durch die rückwirkend der Export von Großrohren mit einem Außendurchmesser von mehr als 19 Zoll in die UdSSR und die übrigen Ostblock-Staaten genehmigungspflichtig wurde. Für den Wortlaut der Verordnung vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 238 vom 18. Dezember 1962, S. 1. Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 9 und Dok. 11.

Am 10. November 1966 beschloß der Ständige NATO-Rat, das Röhren-Embargo mit sofortiger Wirkung aufzuheben. Vgl. dazu die Meldung „Die NATO hebt das Röhrenembargo auf“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 263 vom 11. November 1966, S. 1.

im Oktober 1966 hatten die Sowjets ihre Bereitschaft erklärt, für 20 Positionen Kontingente zu vereinbaren; jedoch sind sie hiervon wieder abgerückt und damit auf ihre starre Ausgangsposition zurückgegangen.

zu b) Die Sowjets fordern die Einräumung von Zöllen, wie sie sich die EWG-Staaten untereinander gewähren, und lassen den deutschen Standpunkt, daß es sich bei der EWG auch schon in der Übergangszeit um eine Zollunion handelt, nicht gelten. Eine Auflockerung ihrer strikt ablehnenden Haltung gegenüber der EWG ist in den Gesprächen mit uns nicht feststellbar.

zu c) Die Sowjets wünschen eine Garantie gegen die Wiederholung des Röhren-Embargos aus dem Jahre 1962. Hierzu könnte zu gegebener Zeit eine goodwill-Erklärung der Bundesregierung abgegeben werden.

Dem Tenor der sowjetischen Antwort auf unsere Anfrage nach einem Besprechungstermin für Botschafter Dr. Emmel ist zu entnehmen, daß die Sowjets zur Zeit an Wirtschaftsgesprächen nicht interessiert sind und daß sie die Wirtschaftsverhandlungen nur dann fortsetzen wollen, wenn wir ihre Forderungen vorbehaltlos annehmen.<sup>8</sup>

Eine Übersicht über die Entwicklung des deutsch-sowjetischen Handels ist beigelegt.<sup>9</sup>

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>10</sup> vorgelegt.

Harkort

VS-Bd. 8381 (III A 6)

<sup>8</sup> Zur Frage einer Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen mit der UdSSR vgl. weiter den Drahtbericht Nr. 226 des Botschafters von Walther, Moskau, vom 20. Februar 1968; AAPD 1968.

<sup>9</sup> Dem Vorgang beigelegt. Die Ausfuhren der Bundesrepublik in die UdSSR stiegen in den ersten zehn Monaten 1967 gegenüber dem Vorjahreszeitraum von 416 Mio. DM auf 673 Mio. DM. Demgegenüber führte die Bundesrepublik von Januar bis Oktober 1967 Waren aus der UdSSR im Wert von 862 Mio. DM ein, während sich im gleichen Zeitraum des Vorjahres die Importe auf 981 Mio. DM beliefen. Das Handelsbilanzdefizit gegenüber der UdSSR ging demnach für diesen Zeitraum von 565 Mio. DM auf 189 Mio. DM zurück. Vgl. VS-Bd. 8381 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Hat Staatssekretär Lahr am 12. Dezember, der die Weiterleitung an Bundesminister Brandt verfügte.

Hat Staatssekretär Duckwitz am 14. Dezember 1967 vorgelegen.

Hat Brandt am 15. Dezember 1967 vorgelegen.

## Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahn

II A 1-83.13/1-1753/67 VS-vertraulich

12. Dezember 1967<sup>1</sup>

Betr.: Sowjetzonale Handelsbüros in Frankfurt/M. und Düsseldorf

I. Die sowjetzonalen Handelsbüros in Frankfurt/M. und Düsseldorf führten bisher die Bezeichnung „Büro für innerdeutschen Handel“. Seit Anfang November bezeichnen sie sich auf den an den Gebäuden angebrachten Schildern als „Ministerium für Außenwirtschaft – Büro Frankfurt/M.“ bzw. „Büro Düsseldorf“ –, im Schriftwechsel als „Büro des Ministeriums für Außenwirtschaft in Frankfurt/M. (bzw. Düsseldorf)“.

II. Auf den Sitzungen des Kontaktausschusses am 21. und 30.11.1967 wurde die Angelegenheit ausführlich erörtert.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft<sup>2</sup> berichtete, daß die beiden sowjetzonalen Büros in Frankfurt/M. und Düsseldorf aus einer Vertretung der „Deutschen Wirtschaftskommission“ der SBZ bei der „Deutschen Verwaltung für Wirtschaft“ der westlichen Bi- und später Trizone hervorgegangen seien.<sup>3</sup> Die „Deutsche Verwaltung für Wirtschaft“ habe ihrerseits eine Vertretung bei der „Deutschen Wirtschaftskommission“ unterhalten; diese Vertretung habe ihren Sitz in Berlin-Dahlem gehabt und sei später nach der Teilung Berlins geschlossen worden. Eine Vereinbarung zwischen der „Deutschen Verwaltung für Wirtschaft“ und der „Deutschen Wirtschaftskommission“ oder ihren Rechtsnachfolgern, welche die Stellung der beiden sowjetzonalen Büros in Frankfurt/M. und Düsseldorf sowie ihres ehemaligen Gegenstücks in Berlin-Dahlem regeln würde, habe sich bisher nicht ermitteln lassen; das BMWi habe jedoch zwecks weiterer Nachforschungen einige ausgelagerte Akten zurückgefordert. Fest stehe lediglich, daß die Finanzierung der Büros in Frankfurt/M. und Düsseldorf im IZH-Abkommen<sup>4</sup> geregelt sei.

Es bestand Einigkeit darüber, daß im Falle einer Duldung der neuen Bezeichnung der beiden Büros eine weitere Eskalation nicht auszuschließen sei (Auf-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat van Well, von Legationsrat I. Klasse Graf Schirndinger von Schirnding und von Legationsrat Schoenwaldt konzipiert.

<sup>2</sup> Willi Kleindienst.

<sup>3</sup> Die Sowjetische Besatzungszone errichtete 1947 beim Verwaltungsamt für Wirtschaft der Bizone in Minden und nach deren Verlegung nach Frankfurt/Main eine „Deutsche Wirtschaftskommission der SBZ“. Nach Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 und Errichtung des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der DDR erhielt diese Vertretung – wie auch eine später in Düsseldorf errichtete Zweigstelle – die Bezeichnung „Büro für innerdeutschen Handel“. Im August 1967 wurde das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der DDR in Ministerium für Außenwirtschaft umbenannt und eine entsprechende Namensänderung der beiden Vertretungen in Frankfurt/Main und Düsseldorf veranlaßt. Vgl. dazu das Schreiben des Staatssekretärs im Bundesministerium für Wirtschaft, Schöllhorn, vom 11. Dezember 1967 an den Chef des Bundeskanzleramtes, Knieper; Referat II A 1, Bd. 696.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 20. September 1951 über den Handel zwischen den Währungsgebieten der Deutschen Mark (DM-West) und den Währungsgebieten der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost) (Berliner Abkommen) in der Fassung der Vereinbarung vom 16. August 1960 vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 32 vom 15. Februar 1961, Beilage.



nahme der Buchstaben „DDR“ in die Bezeichnung, Anbringung des „DDR“-Emblems an den Bürogebäuden).

Das Bundesministerium des Innern hat mit Schreiben vom 30. November 1967<sup>5</sup> mitgeteilt, daß hoheitliche Maßnahmen gegen die Umbenennung der beiden SBZ-Büros nach dortiger Rechtsauffassung lediglich auf die polizeirechtliche Generalklausel des § 14 PVG<sup>6</sup> bzw. entsprechende Länderbestimmungen gestützt werden könnten. Durch die neuen Bezeichnungen werde nämlich der fälschliche Eindruck erweckt, als ob auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland mit unserem Einverständnis von der „DDR“ hoheitliche Befugnisse ausgeübt würden. Hierin sei ein Verstoß gegen die öffentliche Ordnung zu sehen, der zu Gegenmaßnahmen berechtige. Gleiches gelte im Hinblick auf die Verwechslungsgefahr mit Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland. Im Hinblick auf das im Polizeirecht geltende Prinzip der Zweck-Mittel-Relation sei jedoch zu beachten, daß die „DDR“ andere Bezeichnungen zur Wahl stellen könnte, deren Gebrauch einen Verstoß gegen die öffentliche Ordnung nicht begründen würde. Es sei deshalb fraglich, ob Ostberlin mit polizeilichen Maßnahmen veranlaßt werden könne, für die beiden Handelsbüros wieder die ursprüngliche Bezeichnung zu verwenden.

Der Vertreter des BMWi wies im Kontaktausschuß darauf hin, daß eine polizeiliche Entfernung der Namensschilder die „DDR“ wahrscheinlich zur Einstellung der Tätigkeit beider Büros veranlassen würde. Eine Schrumpfung des IZH sei hierdurch jedoch kaum zu erwarten.

Der Vertreter des BMG<sup>7</sup> bemerkte, daß man sich trotz der kaum zu bestreitenden Bedenken vielleicht doch zur Duldung der Bezeichnung „Ministerium für Außenwirtschaft – Büro Frankfurt/M. –“ bzw. „Büro Düsseldorf“ entschließen sollte, wenn diese durch eine mit der Gegenseite auszuhandelnde Interpretation entschärft und eventuell noch die Errichtung eines ständigen Büros der Treuhandstelle für IZH in der „DDR“ erreicht werden könnte. Auch wäre an eine in Interzonenhandelsgesprächen zu vereinbarende Modifizierung der neuen Bezeichnung zu denken, die etwa „Ministerium für Außenwirtschaft, Büro für innerdeutschen Handel, Frankfurt“ bzw. „Düsseldorf“ lauten könnte.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Verkehr<sup>8</sup> warnte davor, allzu viel Zeit verstreichen zu lassen, bevor wir erstmals auf die neue Bezeichnung der beiden Büros reagieren.

Nach einer Mitteilung des Vertreters des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen<sup>9</sup> in der letzten Kontaktausschußsitzung sind die für

<sup>5</sup> Für das Schreiben vgl. Referat II A 1, Bd. 696.

<sup>6</sup> Paragraph 14 des Preußischen Polizeiverwaltungsgesetzes (PrPVG) vom 1. Juni 1931, dessen materiell-rechtliche Vorschriften – mit Änderungen – noch im Land Berlin, in Nordrhein-Westfalen, den ehemaligen preußischen Gebietsteilen des Landes Hamburg, im Saarland und in Schleswig-Holstein galten: „1) Die Polizeibehörden haben im Rahmen der geltenden Gesetze die nach pflichtmäßigem Ermessen notwendigen Maßnahmen zu treffen, um von der Allgemeinheit oder dem Einzelnen Gefahren abzuwehren, durch die die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bedroht wird. 2) Daneben haben die Polizeibehörden diejenigen Aufgaben zu erfüllen, die ihnen durch Gesetz besonders übertragen sind.“ Vgl. PREUSSISCHE GESETZSAMMLUNG 1931, S. 79.

<sup>7</sup> Regierungsdirektor Stern.

<sup>8</sup> Ministerialdirigent Dorrer.

<sup>9</sup> Oberpostrat Grosser.

Frankfurt und Düsseldorf zuständigen Postscheckämter durch die Umbenennungsanträge darauf aufmerksam geworden, daß bei ihnen ohne Genehmigung der zuständigen Stellen Konten des Interzonenhandels unterhalten würden. Diese seien daraufhin im Hinblick auf die noch weitergeltenden Vorschriften des Militärregierungsgesetzes Nr. 53<sup>10</sup> gesperrt worden. Zur Begleichung der fälligen Ultimozahlungen (Mieten, Gehälter usw.) seien den Büros – wie der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft berichtete – jedoch auf Grund einer Ausnahmegenehmigung Gelder aus dem Interzonenhandelskonto von der Landeszentralbank zur Verfügung gestellt worden.

III. Der Vertreter des Auswärtigen Amts<sup>11</sup> hat im Kontaktausschuß weisungsgemäß zunächst folgende vorläufige Stellungnahme abgegeben:

1) Es muß befürchtet werden, daß die Duldung der neuen Bezeichnungen die Abschirmung unserer innerdeutschen Kontakt- und Entspannungspolitik gegenüber dem Ausland wesentlich erschwert.

2) Bei der Umbenennung handelt es sich um eine einseitige, mit den zuständigen Bundes- bzw. Landesbehörden nicht abgestimmte Veränderung des Status der beiden Büros, die mit der bisherigen Rechtsgrundlage nicht im Einklang steht.

3) Wir sollten auf unserem eigenen Territorium eine klare und eindeutige Haltung einnehmen und uns von Ostberlin nicht übertölpeln lassen.

4) Die Duldung der jetzigen Bezeichnungen käme, sofern sich weder die Übernahme der bisherigen Bezeichnungen, noch eine uns annehmbare Modifizierung erreichen läßt, allenfalls dann in Frage, wenn gewichtige Interessen des Interzonenhandels auf dem Spiel stehen und zu befürchten ist, daß die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands durch die Nichtinnahme der erfolgten Umbenennung ansonsten beträchtlich gestört würden.

IV. Auf Weisung von Herrn Bundesminister Wehner arbeitet das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen z. Zt. eine Vorlage für den Kabinettsausschuß für innerdeutsche Beziehungen aus.

Das Bundesministerium für Wirtschaft hat den Leiter der Treuhandstelle für den IZH, Pollak, in Übereinstimmung mit dem Kontaktausschuß inzwischen gebeten, bei seinen nächsten Gesprächen mit dem stellvertretenden „DDR-Außenwirtschaftsminister“, Behrend, seiner Verwunderung über die einseitig erfolgten Umbenennungen der Frankfurter und Düsseldorfer Büros Ausdruck zu geben und um nähere Erklärungen zu bitten. Jeder weiteren Gesprächsführung über diese Angelegenheit soll sich Herr Pollak jedoch weisungsgemäß bis zum Vorliegen der Entscheidung des Kabinettsausschusses enthalten.<sup>12</sup>

<sup>10</sup> Artikel I, Absatz 1 (c) des Gesetzes Nr. 53 (Neufassung) vom 19. September 1949 über die Devisenbewirtschaftung und Kontrolle des Güterverkehrs verbot Geschäfte mit im Geltungsbereich des Gesetzes befindlichen Vermögenswerten, „die unmittelbar oder mittelbar, ganz oder teilweise, im Eigentum oder unter der Kontrolle von Personen außerhalb des Gebiets stehen“. Nach Artikel II waren entsprechende Geschäfte meldepflichtig und bedurften der Genehmigung durch die Zentralbanken. Vgl. AMTSBLATT DER MILITÄRREGIERUNG DEUTSCHLAND. Amerikanisches Kontrollgebiet. Ausgabe O, hrsg. vom Office of Military Government for Germany (U.S.), [Frankfurt am Main] 1949, S. 20f.

<sup>11</sup> Legationsrat Schoenwaldt.

<sup>12</sup> Am 5. Dezember 1967 wies der Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, Pollak, den stellvertretenden Minister für Außenwirtschaft der DDR, Behrendt, auf die „alten Absprachen aus

V. Zu der in der nächsten Kontaktausschußsitzung zu beantwortenden Frage nach den außenpolitischen Rückwirkungen der Duldung von zwei Büros mit der Bezeichnung „Ministerium für Außenwirtschaft“ in Frankfurt/M. und Düsseldorf ist nach Auffassung von Abteilung II folgendes zu sagen:

Die Ernsthaftigkeit unseres Grundsatzes, den anderen Teil Deutschlands nicht als Ausland zu behandeln, wird in Frage gestellt, wenn wir im freien Teil Deutschlands gerade eines der beiden für internationale Beziehungen bestimmten SBZ-Ministerien („Außenministerium“ und „Außenwirtschaftsministerium“) in Erscheinung treten und uns somit als Ausland behandeln lassen. Das Ausland beobachtet sorgfältig die Entwicklung des innerdeutschen behördlichen Verkehrs. Wir haben schon jetzt Mühe, unsere These vom nichtzwischenstaatlichen Charakter der Kontakte zur „DDR“ wirkungsvoll zu vertreten. Unsere Position würde zweifellos weiter erschwert, wenn die sowjetzonalen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland als Organe von Ministerien in Erscheinung treten, die nach der Vorstellung des Auslands nur für den zwischenstaatlichen Bereich zuständig sind.

Das eigenmächtige Vorgehen der „DDR“ verdient insbesondere auch deshalb Beachtung, weil Anzeichen dafür vorliegen, daß die Umbenennung der Frankfurter bzw. Düsseldorfer „Büros für innerdeutschen Handel“ in Zusammenhang mit einer größeren Aktion der „DDR“ steht. Unsere Auslandsvertretungen in Paris, Tunis und Wien haben nämlich berichtet, daß die dortigen Handelskammervertretungen bzw. Handelsvertretungen der „DDR“ kürzlich ebenfalls neue, aufwertende Bezeichnungen erhalten haben, ohne daß Vereinbarungen mit der Regierung des Gastlandes ersichtlich wären. In Paris wurde die Bezeichnung der Ostberliner Außenhandelskammervertretung von „Délégation de la Chambre de Commerce Extérieure de la RDA, Berlin“ anlässlich der Eröffnung eines neuen repräsentativen Bürogebäudes am 27. Oktober 1967 in „Représentation Commerciale, Chambre du Commerce Extérieur de la République Démocratique Allemande“ umbenannt.

In Tunis wurde die von den Tunesiern bisher geduldete Dienststelle des „Repräsentanten des Ministeriums für Außenhandel und innerdeutschen Handel der DDR“ unlängst in „Wirtschaftsmission der DDR in der Republik Tunesien“ umbenannt.

In Wien bezeichnet sich die „Vertretung der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik in Österreich“ neuerdings als „Handelsvertretung“.

Die drei Botschaften wurden inzwischen angewiesen, gegen die vermutlich eigenmächtigen Bezeichnungs- und Statusänderungen Protest einzulegen und darauf hinzuwirken, daß die Vertretungen der „DDR“ in diesen Staaten unter dem Druck des Gastlandes wieder ihre früheren Bezeichnungen annehmen. Darüber hinaus sind die deutschen Auslandsvertretungen in den Ländern, in welchen die „DDR“ Handelskammervertretungen unterhält, gebeten worden,

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1634*

den Jahren 1951 und 1952“ hin, „die nur für das ‚Büro für innerdeutschen Handel‘ gelten; die andere Seite könne ohne eine Erörterung mit der Treuhandstelle eine Umbenennung der Büros nicht vornehmen“. Vgl. das Schreiben des Staatssekretärs im Bundesministerium für Wirtschaft, Schöllhorn, vom 11. Dezember 1967 an den Chef des Bundeskanzleramtes, Knieper; Referat II A 1, Bd. 696.

evtl. zu erwartenden weiteren Umbenennungen besondere Beachtung zu widmen.

Die Bemühungen unserer Auslandsvertretungen, einer weiteren Aufwertung der „DDR“-Vertretungen im Ausland entgegenzuwirken, würden jedoch erheblich beeinträchtigt, wenn im Ausland bekannt würde, daß die Bundesregierung auf ihrem eigenen Territorium Dienststellen der „DDR“ mit der Bezeichnung „Ministerium für Außenwirtschaft“ hinnimmt.

VI. Die auf Grund der Anregung des BMG erwogene Kompromißbezeichnung „Ministerium für Außenwirtschaft – Büro für innerdeutschen Handel, Frankfurt“ bzw. „Düsseldorf“ – wäre zwar weniger bedenklich, aber doch auch nicht unbedenklich und sollte daher, wenn überhaupt, nur bei einer angemessenen Gegenleistung der anderen Seite hingenommen werden.

Es müßte noch näher geprüft werden, ob als eine solche Gegenleistung die Zulassung eines Büros der Treuhandstelle für den Interzonenhandel in der SBZ ins Auge gefaßt werden könnte. Unter rechtlichen Gesichtspunkten würden zwar keine Bedenken bestehen, sofern eindeutig klargestellt wird, daß es sich lediglich um ein Büro der Treuhandstelle handelt. Bei „Außenstehenden“ könnte aber der Eindruck entstehen, daß die Änderung der Bezeichnung der sowjetzonalen Büros und die gleichzeitige Errichtung eines Büros der Treuhandstelle in Ostberlin ein erster Schritt auf dem Wege zum „Austausch von Handelsvertretungen“ sei. Die zuständigen Ressorts müßten ferner prüfen, ob eine solche Außenstelle unter den gegenwärtigen Umständen in der SBZ eine Verbesserung und Verstärkung der wirtschaftlichen und menschlichen Kontakte herbeiführen könnte und ob nicht Sicherheitsgesichtspunkte Probleme aufwerfen.<sup>13</sup>

Hiermit über Referat L 1<sup>14</sup> dem Herrn Staatssekretär<sup>15</sup> im Hinblick auf die bevorstehende Befassung des Kabinettsausschusses für innerdeutsche Beziehungen zur Kenntnis vorgelegt.<sup>16</sup>

Die Referate III A 6 und V 1 haben mitgezeichnet.

Sahn

**VS-Bd. 4133 (II A 1)**

<sup>13</sup> Am 29. Dezember 1967 notierte Vortragender Legationsrat van Well, daß dem Bundesministerium für Wirtschaft die Bedenken des Auswärtigen Amts gegen die Errichtung eines Büros der Treuhandstelle für den Interzonenhandel in Ost-Berlin erneut übermittelt worden seien. Dazu habe er ergänzend ausgeführt, daß die Bundesregierung gegenüber dritten Staaten immer darauf hinweise, daß die DDR eine Formalisierung der Handelsbeziehungen für ihre „Teilungspolitik“ ausnutze und daß für die Organisation des Warenaustauschs mit der DDR die Unterhaltung von Handelsmissionen auch nicht erforderlich sei. Außerdem bedürfe die Errichtung eines solchen Büros in Ost-Berlin der vorherigen Konsultation mit den Drei Mächten. Dazu vermerkte Legationsrat Schoenwaldt am 4. Januar 1968 handschriftlich: „Der Kontaktausschuß hat sich in seiner Sitzung vom 2. 1. 1968 den Bedenken des AA angeschlossen. Das BMWi will Herrn Pollak anweisen, das Thema der Eröffnung eines Zweigbüros in Ostberlin vorerst nicht aufzugreifen.“ Vgl. Referat II A 1, Bd. 696.

<sup>14</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritzel am 13. Dezember 1967 vorgelegen.

<sup>15</sup> Georg Ferdinand Duckwitz.

<sup>16</sup> Am 13. Dezember 1967 einigte sich der Kabinettsausschuß für innerdeutsche Beziehungen darauf, den Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, Pollak, damit zu beauftragen, in Verhandlungen mit dem stellvertretenden Minister für Außenwirtschaft der DDR, Behrendt, auf eine Änderung der Bezeichnung des Büros für innerdeutschen Handel der DDR hinzuwirken. Dabei seien

## Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete

II A 1-84.20/8-1875/67 geheim

13. Dezember 1967<sup>1</sup>

Betr.: Treffen der vier Außenminister anlässlich der NATO-Ministerkonferenz in Brüssel am 12. 12. 1967

Bezug: Aufzeichnung vom 5. 12. 1967 – II A 1-84.20/8-1813/67 geh.<sup>2</sup>

### I. Äußerer Ablauf

Am 12. Dezember 1967 trafen sich die Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland am Vorabend der NATO-Ministerkonferenz in Brüssel zu ihrem traditionellen Gespräch über Deutschland- und Berlinfragen. Der Bundesminister des Auswärtigen war dieses Mal turnusmäßig Gastgeber. Das Treffen, das im Hause des deutschen NATO-Botschafters Professor Grewe stattfand, begann um 19.00 Uhr und endete gegen 23.00 Uhr. Nach einem etwa zweistündigen Gespräch am Konferenztisch wurde das Abendessen eingenommen, zu dem auch der Regierende Bürgermeister von Berlin erschien. Anschließend schilderte Herr Schütz die Lage in Berlin. Die Konferenz wurde dann fortgesetzt und mit einer Absprache über die Information der Presse beendet.

Als Anlagen sind beigelegt:

- a) die dem Herrn Bundesminister als Vorsitzenden dienende Unterlage für die Gesprächsführung (Bezugsaufzeichnung)
- b) die Teilnehmerliste<sup>3</sup>

### Fortsetzung Fußnote von Seite 1636

für die Bundesregierung die Bezeichnungen „Büro für innerdeutschen Handel des Ministeriums für Außenwirtschaft“ bzw. „Ministerium für Außenwirtschaft (Büro für innerdeutschen Handel)“ akzeptabel; die Bezeichnung „Büro des Ministeriums für Außenwirtschaft“ sei dagegen nicht annehmbar. Ferner müsse sichergestellt werden, daß keine Änderungen in der Funktion oder im Aufgabenbereich des Büros eintreten würden. Schließlich solle Pollak darauf bestehen, daß im Gegenzug die Treuhandstelle für den Interzonenhandel in Ost-Berlin eine Vertretung einrichten könne. Vgl. das Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 20. Dezember 1967 an den Chef des Bundeskanzleramtes; Referat II A 1, Bd. 696.

Vgl. weiter die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats van Well vom 17. Januar 1968; AAPD 1968.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat van Well konzipiert.

<sup>2</sup> Ministerialdirektor Ruete unterbreitete Themenvorschläge für das Gespräch des Bundesministers Brandt mit den Außenministern der Drei Mächte, Brown (Großbritannien), Couve de Murville (Frankreich) und Rusk (USA). Vgl. VS-Bd. 4181 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt. An der Unterredung nahmen u. a. für die USA teil: Außenminister Rusk; der Berater im Außenministerium, Bowie; der Abteilungsleiter im Außenministerium, Leddy; der Referatsleiter im Außenministerium Springsteen. Für Großbritannien u. a.: Außenminister Brown; Staatsminister Mulley; der Abteilungsleiter im Außenministerium, Lord Hood; der Referatsleiter im Außenministerium, Barnes. Für Frankreich u. a.: Außenminister Couve de Murville; der französische Botschafter in Brüssel, Crouy-Chanel; der Abteilungsleiter im Außenministerium, de Beaumarchais; der Gesandte Puaux. Für die Bundesrepublik: Bundesminister Brandt; Staatssekretär Duckwitz; Ministerialdirektor Ruete; Botschafter Grewe; Vortragender Legationsrat van Well. Vgl. VS-Bd. 4181 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

c) der deutsche Entwurf einer Presseverlautbarung, der von den Herren Ministern als Grundlage für die Unterrichtung der Presse akzeptiert wurde.<sup>4</sup>

## II. Gesprächsniederschrift

Einleitend bemerkte der Herr *Minister*, er möchte von sich aus folgende Themen zur Sprache bringen:

### 1) Verhältnis zum Osten:

a) sowjetische Erklärung vom 8.12. über die NPD, die allen vier Mächten zugestellt worden sei<sup>5</sup>,

b) seine Gespräche mit Zarapkin<sup>6</sup>,

c) andere Versuche zur Verbesserung der Beziehungen mit dem Osten;

### 2) die innerdeutsche Situation.

Die sowjetische Note vom 8.12. habe uns nicht alarmiert. Häufig operierten die Sowjets auf zwei Ebenen, einer Propaganda-Ebene und einer Ebene des vertraulichen diplomatischen Gesprächs. Wegen ihrer letztgenannten Aktivität würden sie oft vom eigenen Lager kritisiert. Dann müßten sie den Rauchschleier legen, um die Befürchtungen ihrer Verbündeten zu zerstreuen. Anscheinend hätten wir es auch jetzt mit einem solchen Fall zu tun. Gromykos überraschende Reise nach Warschau<sup>7</sup> letzte Woche habe offensichtlich den Zweck verfolgt, die polnische Nervosität wegen unserer Gewaltverzichtsgespräche mit Zarapkin zu besänftigen. (Demgegenüber habe Breschnews Erscheinen in Prag<sup>8</sup> wohl andere Gründe, nämlich die Schwierigkeiten in der KP der ČSSR.) Andererseits zeige Winzers überraschendes Auftauchen in Belgrad gestern, daß die Verbesserung unseres Verhältnisses zu Belgrad Sorge bereitet.<sup>9</sup> Wir nähmen daher an, daß der Notenaktion vom 8. 12. folgende Motive zugrundelägen:

– Einleitung einer Kampagne gegen die politischen Auswirkungen unserer Beziehungsaufnahme zu Jugoslawien,

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 4181 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967. Für einen Auszug vgl. Anm. 28.

<sup>5</sup> Zur Erklärung an die Bundesregierung vgl. Dok. 424.

Die sowjetische Regierung übermittelte gleichzeitig eine Erklärung an die drei Westmächte. Für den deutschen Wortlaut vgl. DzD V/1, S. 2180–2185.

<sup>6</sup> Für die Gespräche vom 16. Juni, 12. Oktober sowie vom 21. November 1967 vgl. Dok. 224, Dok. 347 und Dok. 395. Zum Gespräch vom 24. November 1967 vgl. Dok. 401.

<sup>7</sup> Der sowjetische Außenminister hielt sich vom 6. bis 10. Dezember 1967 in Polen auf.

<sup>8</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU hielt sich vom 8. bis 10. Dezember 1967 in der Tschechoslowakei auf.

<sup>9</sup> Der Außenminister der DDR hielt sich vom 11. bis 13. Dezember 1967 zu Gesprächen in Belgrad auf. Am 23. Dezember 1967 informierte Botschaftsrat Loeck, Belgrad, daß Winzer die jugoslawische Regierung aufgefordert habe, im Anschluß an deren beabsichtigte Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik „mit aller Kraft“ darauf hinzuwirken, die von ihr in die Hallstein-Doktrin geschlagene Bresche zu erweitern. Zu diesem Zweck solle sie ihren gesamten Einfluß auf die Länder der Dritten Welt geltend machen. Winzer habe ferner „nachdrücklich davon abgeraten“, mit der Bundesregierung Gewaltverzichtserklärungen auszutauschen, und „dringend vor den Gefahren gewarnt, die von der durch ‚neonazistische und revanchistische Elemente verseuchten Bundesrepublik‘ ausgingen. Hierauf hätten die Jugoslawen erwidert, daß sie nicht daran dächten, die außenpolitische Position Ostberlins in irgendeiner Weise zu beeinträchtigen.“ Andererseits könnten sie sich aber auch gegenüber der Bundesrepublik „nicht zum Anwalt der Interessen der ‚DDR‘ machen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 268; VS-Bd. 4228 (II A 3); B 150, Aktenkopien 1967.

- Besänftigung der Verbündeten, die durch die Gewaltverzichtsgespräche mit Zarapkin offensichtlich beunruhigt wurden; Ausräumung der Besorgnis, daß deutsch-sowjetische Annäherung auf Kosten der Verbündeten erfolgt,
- Beeinflussung der Überlegungen der Bundesregierung durch extrem harten Ton der Note.

Es wäre vielleicht für uns unter diesen Umständen ebenfalls gut, auf zwei Ebenen zu operieren, indem wir

- unseren vertraulichen Gedankenaustausch mit den Sowjets fortsetzen, um herauszufinden, was sie wirklich im Sinn haben und ob konstruktive Ansatzpunkte sichtbar werden; auf dieser Ebene sei jedoch absolute Vertraulichkeit nötig;
- die Note vom 8. 12. nicht unbeantwortet lassen.

Die Entstellungen der Note vom 8. 12. sollten in aller Kürze und Deutlichkeit zurückgewiesen werden. Es sollte jedoch auch der letzte Teil herausgestrichen werden, in dem die Sowjets in einer vom sonstigen Duktus der Note abweichenden Weise konziliantere Passagen eingefügt haben:

„Die Sowjetregierung ist weit davon entfernt, die Ansichten und Stimmungen der Mehrheit der Bürger der Bundesrepublik Deutschland mit der Haltung der eingefleischten Revanchisten und Neo-Nazisten zu identifizieren. Die Sowjetmenschen wissen, daß es in Deutschland Kräfte gab, die ihr Haupt nicht vor dem Hitler-Terror beugten. Solche Kräfte gibt es auch in der westdeutschen Gesellschaft. Ihr Kampf gegen die Militarisierung des Landes, für Demokratie, für eine wirklich neue Außenpolitik, für die Normalisierung der Beziehungen zu dem anderen deutschen Staat und für einen dauerhaften Frieden in Europa verdient Respekt. Bedeutende Schichten der Bevölkerung der BRD, Menschen verschiedener politischer Überzeugungen, die das Streben nach Frieden und friedlicher Zusammenarbeit mit den anderen Völkern vereint, wollen in keiner Form die Rückkehr zur düsteren Vergangenheit.

Die Sowjetregierung möchte glauben, daß das Volk und alle politischen Kräfte der BRD, die Verantwortung für die Zukunft des Landes tragen, die Gefährlichkeit des Weges erkennen, auf den militaristische und neo-nazistische Kreise die BRD stoßen, und nicht dulden werden, daß man sie durch hirngespinnige Ideen der Revanche und neue militärische Abenteuer verführt.“<sup>10</sup>

Unsere Antwort könnte in der Aufforderung enden, daß eine objektive Tatsachenermittlung und -würdigung für die Verbesserung des gegenseitigen Verhältnisses notwendig sei. Wir hofften, daß auch unsere drei Verbündeten die entstellenden Vorwürfe der Sowjetnote klar und schnell zurückweisen. Wie sie zu reagieren beabsichtigten?

Mr. *Rusk* bezog sich auf einen gerade eingegangenen UPI-Bericht aus Moskau, der sich auf „unterrichtete Kreise“ berufe. Danach werde von der Sowjetunion und der SBZ schwerer diplomatischer Druck ausgeübt, um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien zu blockieren. Plötzliche Reisen Gromykos, Breschnews und Winzers sowie die Notenaktion vom 8. 12. würden in dem Bericht in Zusammenhang gebracht.

<sup>10</sup> Vgl. dazu DzD V/1, S. 2179.

Die Vereinigten Staaten seien bereit, die Note vom 8.12. kurz zu beantworten. Einen Entwurf habe er mitgebracht. Ziel sei nicht etwa Eingehen auf die Polemik, sondern, für die Vereinigten Staaten, die Tatsachen richtigzustellen (to keep the record straight).

Mr. *Brown* hielt ebenfalls eine Antwort für angezeigt und meinte, der Text solle von der Bonner Vierergruppe koordiniert werden.

M. *Couve de Murville* führte aus, es sei schwierig, eine Meinung zum Ausdruck zu bringen. Er habe die lange sowjetische Erklärung noch nicht prüfen können. Es handele sich nicht um eine diplomatische Note. Er sage nicht ja noch nein. Er habe noch keine Meinung. Vielleicht sollten die Vier die Sache in Bonn diskutieren. Ein identischer Text sei nicht nötig. Es wäre sehr viel schwieriger und zeitraubender, einen vereinbarten Text zu fertigen. Wochen und Wochen würden vergehen, und schon sei alles in Vergessenheit geraten. Getrennte Beantwortung sei leichter.

Nachdem Mr. *Brown* eingeworfen hatte, die Texte könnten ja annähernd übereinstimmen, meinte der Herr *Minister*, die deutsche Antwort müsse schon wegen des NPD-Problems einen besonderen Inhalt haben.

Es wurde dann beschlossen, schnell zu antworten und die Texte in der Bonner Vierergruppe zu koordinieren.<sup>11</sup>

Zu Jugoslawien teilte der Herr *Minister* dann noch mit, der Herr Bundeskanzler habe ihn gerade angerufen und ihm gesagt, daß die CDU/CSU-Fraktion der Aufnahme von Verhandlungen über die Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen zugestimmt habe. Das sei das grüne Licht für die Aufnahme von offiziellen Verhandlungen, nachdem bereits inoffiziell vorsondiert worden sei.<sup>12</sup> Wenn der Druck Moskaus und Ostberlins keinen Strich durch die Rechnung mache, würden die Beziehungen sehr bald aufgenommen werden können.

Zur Konferenz der deutschen Missionschefs in Osteuropa, die am 4. und 5.12. in Bonn abgehalten wurde, brachte der Herr *Minister* eine kurze Zusammenfassung der dort aufgestellten Thesen.<sup>13</sup>

Zu den Zarapkin-Gesprächen über Gewaltverzicht verlas der Herr *Minister* das beigefügte Resumé.

Der Herr *Minister* schloß mit der Bemerkung, die Sowjets gingen offensichtlich davon aus, daß wir ein Modell der bilateralen Gewaltverzichtserklärungen mit ihnen als der Führungsmacht im kommunistischen Bereich aushandelten. Die Grundsätze dieses Musters könnten dann nach sowjetischer Ansicht auf die anderen Erklärungen entsprechend angewandt werden. Aus dem gleichen Grunde hätten sie in ihrem Entwurf<sup>14</sup> Fragen einbezogen, die sie nicht unmit-

<sup>11</sup> Zur Sitzung der Bonner Vierergruppe vom 21. Dezember 1967 vgl. Dok. 443.

<sup>12</sup> Zu den Gesprächen des Chefredakteurs des Deutschlandfunks, Barsig, in Belgrad vgl. Dok. 416. Zum Beschluß des Bundeskabinetts vom 13. Dezember 1967, Verhandlungen mit Jugoslawien über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu führen, vgl. Dok. 436.

<sup>13</sup> Vgl. dazu Dok. 416, besonders Anm. 8.

<sup>14</sup> Zu den mit Memorandum vom 21. November 1967 übermittelten sowjetischen Entwürfen für Gewaltverzichtserklärungen sowie zu den damit verknüpften Bedingungen vgl. Dok. 395.



telbar betreffen, wie Oder-Neiße-Linie und München<sup>15</sup>. Anscheinend möchten sie den Lauf der Diskussion von vornherein bestimmen.

Mr. *Rusk*: Wieviel ist über den besonderen Status von Berlin gesprochen worden?

Der *Bundesminister*: Nicht viel; wir sollen den besonderen Status anerkennen.

Mr. *Rusk*: Wie beurteilen Sie die fünf Bedingungen, die die Sowjets für den Gewaltverzicht aufstellen?

Der *Bundesminister*: Die Sowjets versuchen, unter dem Rubrum Gewaltverzicht weitergehende Fragen zu erörtern. Umgekehrt können wir dann auch uns interessierende Zusatzfragen aufwerfen, wie das Problem der Teilung.

Mr. *Brown*: Wenn Zarapkin von Gewaltverzicht spricht, was glauben Sie, möchte er, daß Sie darunter verstehen?

*Bundesminister*: Die Sowjets möchten all ihre Maximalforderungen in diesem Begriff unterbringen. Sie wollen uns glaubenmachen, daß der Gewaltverzicht nur dann eine ernstzunehmende Sache ist, wenn wir all ihre Forderungen akzeptieren.

M. *Couve de Murville*: Meiner Ansicht nach bedeutet Gewaltverzicht, daß die Parteien darauf verzichten, gegeneinander Gewalt anzuwenden. Im Falle der Bundesrepublik Deutschland bezieht sich das auch auf das Deutschlandproblem, auf die Wiedervereinigung.

*Bundesminister*: Ja, wir haben das Angebot gemacht, darüber zu sprechen.

M. *Couve de Murville*: Die Vorgängerin der jetzigen Bundesregierung hat die Sache angefangen.

*Bundesminister*: Ja, zuerst stellten wir das Thema zur Diskussion in der Friedensnote vom Frühjahr 1966<sup>16</sup>, dann entwickelte die Regierung der Großen Koalition es in ihrer Bundestagserklärung vom 13.12.1966<sup>17</sup> weiter.

Mr. *Brown*: Wenn Sie unter diesen Bedingungen auf Gewalt verzichten, würden die Sowjets von Ihnen erwarten, daß Sie das Bündnis verlassen?

*Bundesminister*: Nein. Zarapkin hat diese Frage überhaupt nicht angeschnitten. Er sagte lediglich, wir hätten damals keine kluge Entscheidung gefällt, als wir in das Bündnis eintraten.

M. *Couve de Murville*: 1954 haben sie das gleiche gesagt und den Freundschaftsvertrag mit uns gekündigt.<sup>18</sup>

<sup>15</sup> Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

<sup>16</sup> Korrigiert aus: „1965“.

Für den Wortlaut der Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 vgl. BULLETIN 1966, S. 329–331. Vgl. dazu auch AAPD 1966, I, Dok. 58.

<sup>17</sup> Zu den Ausführungen des Bundeskanzlers Kiesinger vom 13. Dezember 1966 vgl. Dok. 15, Anm. 18.

<sup>18</sup> Nachdem die sowjetische Regierung in Noten vom 16. Dezember 1954 und 18. März 1955 an die französische Regierung erklärt hatte, daß der Akt der Ratifizierung der Pariser Verträge zur Aufhebung des Bündnis- und Beistandsvertrages vom 10. Dezember 1944 führen werde, beschloß der Oberste Sowjet der UdSSR am 7. Mai 1955 die Annullierung des Vertrages. Für den Beschluß vgl. L'ANNÉE POLITIQUE 1955. Revue Chronologique des principaux faits politiques, diplomatiques, économiques et sociaux de la France et de l'Union Française et bilan des organisations européennes du 1<sup>er</sup> janvier 1955 du 1<sup>er</sup> janvier 1956, Paris 1956, S. 706 f. Vgl. dazu ferner DDF 1954 (21 juillet–31 décembre), S. 930, sowie DDF 1955, I, S. 605 f. Für den Wortlaut des französisch-sowjetischen Bündnis- und Beistandspakts vgl. DROIT INTERNATIONAL ET HISTOIRE DIPLOMATIQUE. Documents

Mr. Rusk: Wer hat die Initiative für diese Gespräche ergriffen?

Bundesminister: Staatssekretär Carstens begann damit.<sup>19</sup> Staatssekretär Schütz setzte sie fort.<sup>20</sup> Am 12. 10. wünschte Zarapkin, mit mir persönlich darüber zu sprechen. Kurz darauf, am 21. 11., bat er mich erneut um eine Unterredung hierüber.

Mr. Brown: Ist dies die erste positive Reaktion auf Ihre neue Politik?

Mr. Rusk: Ehe wir uns auf diesen Kurs gegenüber der Sowjetunion einlassen, sollten wir an die letzte Berlinkrise zurückdenken. Damals erklärten die Sowjets, sie würden den Status quo West-Berlins ändern. Falls die Verbündeten, so sagten sie, keine Einwände gegen ihre Forderungen erhöhen, nämlich die Anerkennung der DDR und den Status einer sogenannten Freien Stadt West-Berlin, so werde es keine Krise geben. Die Vereinigten Staaten haben seinerzeit 4 Mrd. Dollar dafür ausgegeben und zwei Jahre lang sehr harte Verhandlungen führen müssen, um aus dieser Krise herauszukommen.

Wir müssen uns fragen, ob die jetzige sowjetische Linie etwas Neues ist oder nur die Wiederaufnahme einiger weitreichender Vorstöße, die sie schon 1958 versuchten.

Der besondere Status West-Berlins ist für die Sowjets etwas anderes als unser Konzept. Er bedeutet: Keine Bindungen West-Berlins zur Bundesrepublik Deutschland, DDR-Kontrolle über die Zugangswege nach Berlin, keine alliierten Truppen in Berlin. Damals schienen die Sowjets noch eine UN-Präsenz in Erwägung zu ziehen. Ob sie das heute noch tun, wissen wir nicht. Seien Sie sehr auf der Hut vor den wahren sowjetischen Absichten!

Mr. Brown: Die Sowjets sagen, Sie brauchen die DDR nicht formell anzuerkennen. Aber sie verlangen von Ihnen die Unterschrift unter ein Abkommen, das praktisch auf die Anerkennung hinauslaufen würde.

Bundesminister: Vielleicht werden die Verhandlungen zwei Jahre dauern. In der Zwischenzeit werden wir sehen, wie die Beziehungen sich entwickeln. Schließlich müssen wir ja nicht den sowjetischen Forderungen zustimmen. (Zwischenruf von Mr. Rusk: Oh, I see!) Wir wissen nicht, wohin die Gespräche führen werden.

Mr. Brown: Sie sollten die Gespräche weiterführen, dabei aber sehr skeptisch bleiben und sich keinen Illusionen hingeben. Mit all der Erfahrung hinter Ihnen, wenn die Sowjets von Ihnen verlangen, daß Sie das Bündnis brechen, sagen Sie „Nein“!

Mr. Rusk: Wir können nicht „Nein“ sagen zu Gesprächen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion. Aber wir sollten das Spektrum der jüngsten Geschichte im Auge behalten. Vor einiger Zeit erörterten wir die

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1641*

choisis par Claude-Albert Colliard, 2. Auflage, Paris 1950, S. 610–612. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1947, S. 1046.

<sup>19</sup> Staatssekretär Carstens und der sowjetische Botschafter Zarapkin führten am 10. Oktober und am 21. November 1966 Gespräche, bei denen insbesondere die Frage nach der Einbeziehung der DDR in den Geltungsbereich einer solchen Erklärung behandelt wurde. Vgl. dazu die Aufzeichnungen von Carstens; VS-Bd. 429 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1966, sowie AAPD 1966, II, Dok. 374.

<sup>20</sup> Zu den Gesprächen des Staatssekretärs Schütz mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin am 7. Februar und am 22. März 1967 vgl. Dok. 46 und Dok. 110.

Möglichkeit, Gespräche über die deutsche Wiedervereinigung einzuleiten. Damals dachten wir nur an das Thema der Wiedervereinigung, nicht an andere, wie Sicherheits- und Grenzprobleme. Die Vereinigten Staaten äußerten damals Zweifel, ob die Umstände für solche Initiativen günstig seien. Wir sagten: Wenn wir Vier einen Weg einschlagen, dann sollten wir ganz sicher sein, daß wir auch am Ende noch zusammen sind und daß wir am Ende nicht in einer Krise landen.

Es ist einerseits möglich, daß die Sowjets die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland verbessern wollen. Es scheint jedoch, sie wünschen nicht, daß die anderen osteuropäischen Länder ihre Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland verbessern.

Am anderen Ende des Spektrums liegt die Möglichkeit, daß die Sowjets wieder das Berlin-Problem aufgreifen. Sie wollen den Status Berlins ändern in etwas, was sie schon vorher verlangten. Und da haben Sie die Ansätze einer großen Krise (there is the making of a first class crisis).

*Bundesminister:* Haben Sie irgendwelche Anhaltspunkte dafür?

*Mr. Rusk:* Nein. Wir denken an die Möglichkeit, daß sie etwas im Austausch für Vietnam verlangen. Bisher haben wir über Berlin mit den Sowjets nicht gesprochen. Ihre drei Hauptforderungen sind:

- a) Anerkennung der Grenzen,
- b) Anerkennung der DDR,
- c) besonderer Status für West-Berlin.

Diese drei Forderungen erhoben sie auch 1958. Natürlich würde es nützlich sein, mit Zarapkin weiterzureden. Die Vereinigten Staaten wünschen jedoch keine Neuauflage der Krise von 1958.

Wenn Sie bestätigen, daß sich der Charakter der Demarkationslinie geändert hat und sie die Staatsgrenze zur DDR geworden ist, wenn Sie das in Verbindung mit dem Gewaltverzicht tun, dann bedeutet das: Die Wiedervereinigung ist erledigt (reunification is finished). Die Forderung nach einem besonderen Status für West-Berlin macht mich sehr mißtrauisch.

*M. Couve de Murville:* Was ist die Grundposition der Bundesrepublik Deutschland? Mit der Friedensnote und der Parlamentserklärung der neuen Bundesregierung wurde vorgeschlagen, durch einen oder mehrfachen Erklärungsaustausch auf die Anwendung von Gewalt im bilateralen Verhältnis und in der Deutschlandfrage zu verzichten. Wenn die Sowjetunion bei der Erörterung dieses Gedankens mit der Bundesrepublik Deutschland weitere Bedingungen aufstellt, dann ist es Sache der Bundesregierung, über sie zu sprechen, soweit sie in die Entscheidung der Bundesregierung fallen. Wenn diese Fragen andere involvieren, dann müssen diese natürlich damit einverstanden sein. Was ist nun Gesprächsthema?

- Anerkennung der DDR oder ihrer Grenzen,
- Oder-Neiße-Linie,
- Kernwaffenverzicht.

Man sollte keine Einwände haben, wenn die Bundesrepublik Deutschland diese Themen in eigener Zuständigkeit mit den Sowjets erörtert. Anders steht es mit einem neuen Status für Berlin. Es ist klar, daß wir damit zu tun haben.

Berlin ist das wirkliche Problem, das wir mit der Sowjetunion haben. Was die Anerkennung der DDR oder der Oder-Neiße-Grenze betrifft, so ist es Sache der Bundesregierung, voranzugehen. Die Kernwaffenfrage ist gegenstandslos (immaterial). Für die Bundesrepublik Deutschland ist sie bereits geregelt.<sup>21</sup> Ob der Nichtverbreitungsvertrag zustandekommt, muß noch abgewartet werden.

Was die Zarapkin-Gespräche betrifft, so zweifeln wir an einem positiven Ausgang der Verhandlungen. Aber es ist schon an sich eine gute Sache, daß solche Kontakte zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland gepflegt werden. Es kommt nicht so sehr darauf an, daß sie Ergebnisse bringen. Allein die Tatsache von Gesprächen ist zu begrüßen.

*Bundesminister:* Auch bei der Frage der Aeroflot-Fluglinie über Berlin durch den südlichen Korridor nach Frankfurt werden alliierte Rechte<sup>22</sup> berührt. Wir sind nicht in der Lage, dieses Problem mit den Sowjets zu erörtern. Über eine Linienführung via Eger können wir sprechen.

*M. Couve de Murville:* Das entspricht der sowjetischen Position.

*Bundesminister:* Wir betrachten es nicht als Anerkennung der „DDR“, wenn wir die Grenze zum anderen Teil Deutschlands respektieren.

*Mr. Brown:* Wenn Sie die DDR oder die DDR-Grenze anerkennen, dann ist unsere Deutschlandposition innenpolitisch nicht mehr zu halten. Wir können dann nicht in Berlin bleiben. Unser weiteres Verbleiben dort könnten wir dann innenpolitisch nicht mehr rechtfertigen. Sie können nicht Ihre Position aufgeben und von uns erwarten, daß wir Berlin halten.

*Bundesminister:* Hier liegt ein ernstes Mißverständnis vor. Nicht wir, sondern die Sowjets sprechen von diesen Dingen. Haben unsere Verbündeten kein Vertrauen in unsere Fähigkeit, mit den Sowjets Gespräche zu führen? Natürlich beginnen die Sowjets mit Maximalforderungen. Wir sind doch wohl reif und verantwortungsbewußt genug, um über diese Probleme mit der Sowjetunion reden zu können.

*Mr. Rusk:* Es fällt uns nicht schwer, Ihnen unser Vertrauen zu schenken. Hingegen können wir Ihnen nicht Blanko-Vollmacht erteilen für Fragen, die die Interessen und die Sicherheit der Vereinigten Staaten berühren. Wir müssen daher von Ihnen erwarten, daß Sie uns konsultieren.

Im Jahre 1945 waren wir Drei es und die Sowjetunion, die nach Berlin kamen als Sieger und mit dem Recht der *Occupatio bellica*. Wenn die Sowjets, wie Sie uns sagten, noch heute – so lange nach dem Ende des Krieges – Ihnen gegenüber dieses Recht des Siegers über den Besiegten in Anspruch nehmen, so sind wir damit nicht einverstanden. Es gefällt mir nicht, daß sie zu Ihnen über die weitere Gültigkeit von Artikel 107<sup>23</sup> der UN-Satzung sprechen. Offensichtlich wollen sie mit Ihnen als dem Besiegten verhandeln.

<sup>21</sup> Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 4, Anm. 24.

<sup>22</sup> Zur Schaffung der Luftkorridore durch die Alliierten im November 1945 vgl. Dok. 235, Anm. 4.

<sup>23</sup> Artikel 107 der UNO-Charta vom 26. Juni 1945: „Nothing in the present Charter shall invalidate or preclude action, in relation to any state which during the Second World War has been an enemy of any signatory to the present Charter, taken or authorized as a result of that war by the Governments having responsibility for such action.“ Vgl. CHARTER OF THE UNITED NATIONS, S. 609.

(Mit gehobener Stimme:) Vor allem wünschen wir nicht, daß die Sowjets so über Berlin reden. Denn wir sind dort. Wir haben dort die selben Rechte wie die Sowjetunion. Berlin ist nicht verwundbar, weil es von den Vereinigten Staaten verteidigt wird.

Wenn es zu einem Gewaltverzicht kommt, dann sollte das zur Folge haben, daß die sowjetischen Streitkräfte nach Hause gehen. Wenn Sie die Grenzen anerkennen, dann sollte das zur Freizügigkeit führen.

Mr. Brown: Wir fragen uns, warum die Sowjets nicht auch mit uns sprechen, wenn sie an einem Gewaltverzicht interessiert sind. Wir könnten auf diese Weise sehr viel Geld sparen, wenn so die Notwendigkeit entfällt, Truppen in Deutschland zu unterhalten.

Bundesminister: Vielleicht wird einmal die Zeit kommen, wo wir mit der Sowjetunion über beiderseitige Truppenreduktionen sprechen können. Wenn Sie Ihren Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion<sup>24</sup> zustande bringen, würde das ebenfalls von Bedeutung sein.

Mr. Brown: Aber das ist es ja gerade. Das Thema Freundschaftsvertrag ist erledigt. Nachdem die Sowjets mit Ihnen zu reden angefangen haben, haben sie sich völlig an uns desinteressiert. Nachdem sie uns während ihrer Besuche in London im letzten Dezember und Januar mehrere konkrete Angebote für eine Zusammenarbeit gemacht haben, zeigen sie uns jetzt die kalte Schulter. Nichts von dem, was damals angeregt wurde, ist effektiv von ihnen aufgegriffen worden.

Mr. Rusk: Sie haben unser Vertrauen. Die Gespräche mit Zarapkin sollten weitergehen. Aber hören Sie genau zu und konsultieren Sie mit uns in allen Fragen, die uns angehen!

Mr. Brown: Es ist wichtig, daß wir unseren deutschen Freunden den Rücken stärken.

Am Schluß des Essens führte der *Regierende Bürgermeister von Berlin* folgendes aus:

Die Lage in Berlin ist besser, als Außenstehende es vermuten. Berlin ist ruhig. Weder die studentische Situation noch die Wirtschaft stellen ernste Probleme dar. Nichtsdestoweniger müssen wir uns um die Verbesserung der Wirtschaftslage energisch kümmern. Ich habe mit deutschen, französischen und britischen Wirtschaftsgruppen gesprochen in dem Sinn, daß man in Berlin durchaus gewinnbringend arbeiten kann. Das Hauptproblem der Stadt ist, wie sie einer Isolierung im Entspannungsprozeß entgegenwirken kann. Ich habe durch Briefe, Fernsehansprachen usw. mich bemüht, die Beziehungen zum anderen Teil der Stadt zu verbessern.

Was die Passierscheinfrage angeht, so können die früheren, unter Herrn Brandt getroffenen Regelungen nicht ohne weiteres wieder erneuert werden.<sup>25</sup> Es lau-

<sup>24</sup> Zum Vorhaben eines britisch-sowjetischen Vertrages über Freundschaft und friedliche Zusammenarbeit vgl. Dok. 97.

<sup>25</sup> Die 4. Passierscheinvereinbarung vom 7. März 1966 lief am 30. Juni 1966 aus. Gespräche über eine weitere Vereinbarung scheiterten am 26. Oktober 1966. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 53, und AAPD 1966, II, Dok. 359.

Zur Fortführung der Passierscheinstelle für dringende Familienangelegenheiten („Härtestelle“) vgl. Dok. 11, Anm. 3 und 4.

fen in Berlin Gerüchte um, wonach die Behörden in Ostberlin unter Druck von auswärts stehen, eine Passierscheinmöglichkeit für Weihnachten zu schaffen. Ich bin jedoch skeptisch, allein schon aus verwaltungstechnischen Gründen, daß wir in dieser kurzen Zeit für Weihnachten noch etwas zustande bringen könnten. Im übrigen scheint Ostberlin weiterhin nicht verhandlungsbereit zu sein.<sup>26</sup> Ich bin jedoch überzeugt, daß wir eine neue Passierscheinregelung im nächsten Jahr haben werden, weil wir nachdrücklich dafür eintreten werden.

Nun einige Worte zu der Frage, ob wir vor einer neuen Berlinkrise stehen.<sup>27</sup> Zunächst erscheint es mir wichtig, darüber möglichst nicht viel zu reden. Auf diese Weise würden wir uns nämlich selbst in eine solche Stimmung hineinsteigern. Meines Erachtens wünscht die Sowjetunion keine Krise. Wir können bisher keine entsprechenden Anzeichen dafür erkennen. Im übrigen sind wir alle ja vorbereitet. Gerade im Interesse Berlins müssen wir vermeiden, eine neue Krise an die Wand zu malen. Berlin braucht Vertrauen in die Sicherheit seiner Lage.

Sicherlich wünscht Ulbricht, den Status West-Berlins schrittweise zu ändern. Militärische Aktivität, die auf eine Zuspitzung hindeuten würde, gibt es nicht, nur die üblichen Drohungen.

Mr. *Leddy* (von der amerikanischen Delegation) erkundigte sich dann, ob es nützlich wäre, die Jahrestagung des Weltwährungsfonds und der Weltbank 1970 in Berlin zu veranstalten. Der *Regierende Bürgermeister* bejahte diese Frage.

Zum Konferenztisch zurückgekehrt, trug der Herr *Bundesminister* den Sprechzettel II der Bezugsaufzeichnung (Innerdeutsche Angelegenheiten) vor.

Anschließend wurde die Unterrichtung der Presse unter den vier Delegationen abgestimmt. Der beigefügte deutsche Entwurf wurde akzeptiert. Auf Wunsch der britischen Delegation wurden jedoch aus dem zweiten Absatz dieses Entwurfs der zweite und der letzte Satz gestrichen.<sup>28</sup>

<sup>26</sup> Am 12. Dezember 1967 gab der Regierende Bürgermeister von Berlin, Schütz, vor der Presse bekannt, daß für die bisherigen bewährten Regelungen die erforderliche Zeit nicht mehr zur Verfügung stehe: „Heute ist der letzte Tag, an dem nach dem bisherigen Verfahren eine Passierscheinaktion anlaufen könnte. [...] Es ist bitter, daß Ostberlin keine Bereitschaft gezeigt hat. Wir sind traurig, wenn sich die Berliner zu Weihnachten nicht sehen können. Aber unsere Bereitschaft gilt weiter. Über Weihnachten, über den Jahreswechsel hinaus.“ Vgl. DZD V/1, S. 2205.

<sup>27</sup> Am 8. Dezember 1967 informierte Ministerialdirigent Sahm über Meldungen des Bundesnachrichtendienstes, denenzufolge sich die Äußerungen seitens der DDR und der UdSSR zum besonderen Status von Berlin (West) in jüngster Zeit gehäuft hätten und deshalb Gerüchte in Berlin (West) über eine neue Krise aufgekommen seien. Sahm meinte, es sei trotzdem davon auszugehen, daß die UdSSR „eine langfristige Normalisierung ohne gefährliche Krisen anstrebt. Dabei wird sie nicht übersehen, daß eine gewisse Erhitzung des Spannungsklimas in Berlin und Deutschland bei der jetzigen Konstellation Gewinn einbringen kann, ohne daß wirkliche Risiken eingegangen werden müssen. Es scheint, daß sie Ulbricht die Rolle zugeordnet hat, die Situation im Berlin- und Deutschlandbereich leicht anzuheizen, derweil sie selbst den Gesprächsfaden mit den Westmächten und mit der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhält.“ Die Bundesregierung müsse sich darauf gefaßt machen, daß die UdSSR sie „wieder einmal etwas intensiver nach der Methode ‚Zuckerbrot und Peitsche‘ behandelt. Ziel wäre die Einwilligung der Bundesregierung in die sowjetischen Überlegungen für einen Gewaltverzicht auf der Basis der Respektierung von ‚DDR‘ und, besonderer politischer Einheit West-Berlin.“ Vgl. VS-Bd. 4171 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967. Vgl. dazu weiter Dok. 438.

<sup>28</sup> Der zweite Absatz des Entwurfs der Bundesregierung für eine Pressemitteilung lautete: „The Foreign Ministers of France, Great Britain and the United States welcomed the Federal Government's approach to intra-German rapprochement. They expressed their readiness to support the

### III. Zusammenfassende Wertung

Die Außenminister der Drei Mächte haben zu den wesentlichen Fragen, die ein deutsch-sowjetischer Dialog aufwirft, Stellung genommen. Sie haben vor den Gefahren dieses Dialogs gewarnt, seine Fortsetzung jedoch befürwortet. Während der französische Außenminister bereit ist, uns weitgehende Gesprächsfreiheit einzuräumen und nur für Berlinfragen vorhergehendes Einverständnis der drei Mächte verlangt, zeigte insbesondere der amerikanische Außenminister große Reserve gegenüber einem zu selbständigen deutschen Vorgehen. Er war es, der mehrfach ausdrücklich auf Konsultation aller Fragen bestand, die die Interessen und die Sicherheit der Vereinigten Staaten berühren. Hierbei ließ er keinen Zweifel daran, daß er in jedem deutschen Eingehen auf sowjetische Forderungen, das nicht von entsprechenden sowjetischen oder sowjetzonalen Zugeständnissen begleitet ist, eine Gefährdung des sicherheitsmäßigen Status quo in Europa erblickt, die unmittelbar die Interessen und die Sicherheit der Vereinigten Staaten berührt. Er machte dabei deutlich, daß für die Sicherheit Berlins und Deutschlands letzten Endes die Vereinigten Staaten den Kopf herhalten müssen und [sie] daher dem deutschen Verbündeten keine Blanko-Vollmacht für Verhandlungen erteilen können.

Die drei Außenminister betrachteten die Aussichten eines deutsch-sowjetischen Gesprächs mit großer Skepsis. M. Couve de Murville glaubte zwar nicht, daß der Dialog Fortschritte in der Wiedervereinigungsfrage bringen werde, gab ihm jedoch einen Wert an sich, indem er die Entspannung zu fördern geeignet sei. Während der britische Außenminister die Gefahr sah, daß das deutsch-sowjetische Gespräch zu einer Lockerung unserer NATO-Bindungen führen werde, konzentrierte der amerikanische Außenminister seine Stellungnahme auf die sowjetischen Motive. Er schloß zwar nicht die Möglichkeit aus, daß die Sowjets wirklich eine Verbesserung der Beziehungen zu uns anstreben, hielt es jedoch für wahrscheinlicher, daß sie den Boden für einen neuen Versuch bereiten, West-Berlin einen Freistadt-Status aufzuerlegen (Lösung der besonderen Bindungen zur Bundesrepublik Deutschland, Normalisierung des Verhältnisses zur DDR, DDR-Kontrolle über die Zugangswege, Abzug der alliierten Truppen). Sollten dies die sowjetischen Absichten sein, so führte Mr. Rusk aus, so würden wir wieder auf eine große Berlinkrise zusteuern. Einer seiner engen Mitarbeiter erzählte uns beim anschließenden Essen, daß Mr. Rusk in der gegenwärtigen Weltlage nicht gern die Büchse der Pandora des Deutschlandproblems öffnen wolle; die Vereinigten Staaten wollten sich neben Vietnam nicht noch ein weiteres Problem aufhalsen lassen.

Aus dem Brüsseler Vierergespräch sollten wir daher folgende Schlußfolgerungen ziehen: Die Zorapkin-Gespräche sollten ohne Illusionen fortgesetzt wer-

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1646*

Federal Republic of Germany in these policies wherever possible. They fully share the desire of the Federal Government that the Soviet Union and other Eastern European countries take a more positive attitude vis-à-vis an improvement of the relationship between the two parts of Germany. Considering the present difficulties of reaching an immediate solution of the fundamental problems of the German question, the four Foreign Ministers saw the only realistic chance for progress in the step-by-step approach advocated by the Federal Government. The Ministers regarded the all-or-nothing response of East Berlin as an expression of hostility to detente and cooperation." Vgl. VS-Bd. 4181 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

den.<sup>29</sup> Sie sollten mit den drei Verbündeten laufend konsultiert werden. Im Vordergrund sollte unser Interesse an kontinuierlichen vertraulichen Gesprächskontakten mit den Sowjets stehen. Wir hoffen, daß der Entspannungseffekt sich nicht nur für die Konfliktkontrolle im Deutschland- und Berlinbereich günstig auswirkt, sondern auch unsere Annäherungspolitik gegenüber den osteuropäischen Ländern und dem anderen Teil Deutschlands erleichtert.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>30</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>31</sup> vorgelegt mit der Bitte um Entscheidung darüber, ob diese Aufzeichnung dem Herrn Bundeskanzler mit einem Brief<sup>32</sup>, der getrennt vorgelegt wird, übermittelt werden soll<sup>33</sup>. Die Herren Botschafter in Paris, London, Washington und NATO Brüssel werden im Auszug unterrichtet werden.<sup>34</sup>

Ruete

VS-Bd. 4181 (II A 1)

<sup>29</sup> Für das Gespräch des Staatssekretärs Duckwitz mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin am 14. Dezember 1967 vgl. Dok. 430.

<sup>30</sup> Hat Staatssekretär Duckwitz vorgelegen, der handschriftlich für Bundesminister Brandt vermerkte: „In Ihrem Brief an den Bundeskanzler sind die wesentlichen Punkte des Vierer-Gesprächs bereits ausführlich behandelt. M[eines] E[rachtens] erübrigt sich die Weiterleitung dieser Gesprächsniederschrift an den Bundeskanzler. Ihr Inhalt könnte im übrigen auch mißverstanden werden.“

<sup>31</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

<sup>32</sup> Für das Schreiben des Bundesministers Brandt vom 21. Dezember 1967 vgl. VS-Bd. 4181 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>33</sup> Der Passus „der Bitte ... werden soll“ wurde von Ministerialdirektor Ruete handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „dem Vorschlag, diese Aufzeichnung dem Herrn Bundeskanzler mit persönlichen Erläuterungen zu unterbreiten.“

Dazu handschriftliche Bemerkung des Bundesministers Brandt: „Durch Brief erledigt.“

<sup>34</sup> Für den Drahterlaß Nr. 4872 des Ministerialdirektors Ruete vom 21. Dezember 1967 an die Botschafter Klaiber, Blankenhorn, Knappstein und Grewe sowie an die Botschafter von Walther, Moskau, und Freiherr von Braun, New York (UNO), vgl. VS-Bd. 4181 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.



## Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker

I B 4-82.00-92.25-1910/67 geheim

13. Dezember 1967<sup>1</sup>

Betr.: Gespräche mit dem libanesischen Staatspräsidenten und Mitgliedern der libanesischen Regierung<sup>2</sup>

Am 7. Dezember führte VLR I Dr. Gehlhoff mit dem libanesischen Staatspräsidenten Charles Hélou, der darum gebeten hatte<sup>3</sup>, ein etwa einstündiges Gespräch über das deutsch-libanesisches Verhältnis und die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen. Zuvor hatte Herr Gehlhoff Außenminister Hakim und seinem Generalsekretär Sadaka auf deren Wunsch Besuche abgestattet und war mit Minister El Khoury, einem Vertrauten des Staatspräsidenten, zu einem längeren Meinungsaustausch zusammengetroffen.

Minister Khoury bestätigte, daß die libanesisches Regierung bereit sei, die diplomatischen Beziehungen mit uns in naher Zukunft wieder aufzunehmen. Die an sich getroffene Entscheidung, diesen Schritt notfalls auch individuell vorzunehmen, sei noch einmal hinausgeschoben worden nachdem in der arabischen Welt mit der Ankündigung einer neuen Gipfelkonferenz eine veränderte Lage entstanden sei.<sup>4</sup>

Staatspräsident Hélou betonte seinen Wunsch und die Hoffnung auf Wiederherstellung voller Beziehungen mit uns. Er würde versuchen, ob man auf der

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Gehlhoff konzipiert.

<sup>2</sup> Vgl. dazu bereits Dok. 353.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Gehlhoff hielt sich vom 5. bis 7. Dezember 1967 zu Gesprächen im Libanon auf. Dazu teilte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg am 4. Dezember 1967 der Abteilung für die Wahrnehmung deutscher Interessen bei der französischen Botschaft in Beirut mit, es werde großen Wert darauf gelegt, den Besuch „streng vertraulich“ zu behandeln, „insbesondere deshalb, weil keineswegs damit gerechnet werden kann, daß Gespräche zu einem Beschluß libanesischer Regierung über Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen im Laufe nächster Wochen führen werden. Gehlhoff wird anschließend an Besuch Beirut nach Amman fliegen und in Jordanien ein Flüchtlingslager besichtigen. Dies wird nach außen als der wahre Reisegrund angegeben werden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 143; VS-Bd. 2634 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Am 2. Dezember 1967 teilte Legationsrat I. Klasse Bente, Beirut, mit: „Wurde heute nacht gebeten, Minister El Khoury in aller Frühe in seiner Wohnung aufzusuchen, wo er mir mitteilte, daß Staatspräsident nach nächtlicher Konferenz mit seinen engsten Ratgebern nun doch so schnell wie möglich um Besuch Dr. Gehlhoffs bitte. Er wolle sich mit ihm über Wiederaufnahme und tatsächliche Haltung anderer arabischer Staaten, insbesondere Ägyptens, zu dieser Frage unterhalten. [...] Konsultationen mit saudischer und ägyptischer Regierung in letzten 24 Stunden hätten Verdacht aufkommen lassen, Ägypten treibe bezüglich Gipfelkonferenz und Wiederaufnahme Beziehungen zu uns ein Doppelspiel.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 202; VS-Bd. 2634 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Auf der Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 9. bis 11. Dezember 1967 wurde beschlossen, für den 17. Januar 1968 eine Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs in Rabat einzuberufen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 827 des Botschaftsrats I. Klasse Lahn, Kairo, vom 11. Dezember 1967; Referat I B 4, Bd. 289.

Am 5. Dezember 1967 erklärte der libanesisches Minister für Planung und Tourismus, El Khoury, Vortragendem Legationsrat I. Klasse Gehlhoff, daß der Libanon „in seiner schwierigen Situation auf die anderen arabischen Staaten Rücksicht nehmen und sich bemühen [müsse], die Solidarität in der Arabischen Liga zu erhalten“. Vgl. die Aufzeichnung vom 13. Dezember 1967; VS-Bd. 2634 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

bevorstehenden arabischen Gipfelkonferenz in Rabat dieses Thema auf die Tagesordnung setzen könne, oder ob es eine Besprechung am Rande der Konferenz gebe. Vielleicht würde für die libanesische Regierung auch ein Beschluß der Gipfelkonferenz ausreichen, daß man sich zur Lösung des Palästina-Konflikts aller diplomatischen und politischen Mittel bedienen müsse. Jedenfalls werde er sich bemühen, eine für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit uns günstige Atmosphäre zu schaffen. Wenn er gegenwärtig auch eine feste Voraussage oder Zusage nicht machen könne, sei es doch seine feste Absicht, einen geeigneten Weg für die Wiederaufnahme der Beziehungen zu finden. In etwa 2 bis 3 Wochen werde man weiter sehen und hoffentlich schon wissen, welcher Weg gangbar sei.<sup>5</sup>

Des weiteren führte Staatspräsident Hélou aus, einzelne arabische Länder, die in der Vergangenheit große sowjetische Lieferungen erhalten hätten, wollten es augenscheinlich vermeiden, durch Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit uns den vermeintlichen oder tatsächlichen Unwillen der Sowjetunion zu erregen. Ostdeutschland habe dem Libanon im Spätsommer dieses Jahres das Angebot gemacht, große Mengen libanesischer Äpfel abzunehmen, wenn dafür die Errichtung eines Konsulats in Beirut zugestanden werde. Er habe dieses Tauschgeschäft aber abgelehnt, obwohl sich der Libanon damals in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage befunden habe, und dieses Thema stehe bis auf weiteres auch nicht mehr zur Diskussion.

Besonders interessiert zeigte sich Präsident Hélou an der Frage, mit welchen anderen arabischen Ländern wir gegenwärtig Gespräche führen, und ob einige dieser Länder eventuell wirtschaftliche oder politische Bedingungen für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen gestellt hätten. Herr Gehlhoff erwiderte dem Präsidenten, daß seit der arabischen Gipfelkonferenz in Khartum<sup>6</sup> die Mehrzahl der arabischen Regierungen mit uns Gespräche oder Kontakte aufgenommen hätten. In allen Fällen hätten wir deutlich gemacht, daß wir zur Normalisierung der Beziehungen, nicht aber zur Zahlung eines wirtschaftlichen oder politischen Kaufpreises bereit seien.

Herr Gehlhoff erläuterte im übrigen die Grundsätze unserer Nahost-Politik und unser Verhältnis zu Israel. Die offenen Ausführungen zu diesem Thema wurden auf libanesischer Seite mit Interesse und ohne Einwand entgegengenommen. Minister Khoury hatte zu dieser Frage bemerkt, man erwarte von uns Verständnis und Objektivität, nicht aber Parteinahme (für die Araber).

Aufzeichnungen über den Verlauf der Gespräche sind beigelegt.<sup>7</sup>

<sup>5</sup> Auf der Konferenz des Rats der Arabischen Liga vom 6. bis 8. Januar 1968 in Kairo wurde beschlossen, die für den 17. Januar 1968 geplante Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs auf unbestimmte Zeit zu verschieben, nachdem Syrien und Saudi-Arabien eine Teilnahme abgelehnt hatten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1968, Z32.

<sup>6</sup> Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der arabischen Staaten vom 29. August bis 1. September 1967 vgl. Dok. 333, Anm. 3.

<sup>7</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die Aufzeichnungen des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Gehlhoff vom 13. Dezember 1967 über seine Gespräche mit Präsident Hélou sowie mit Außenminister Hakim, dem Staatssekretär im libanesischen Außenministerium, Sadaka, und dem Minister für Planung und Tourismus, el-Khoury, vgl. VS-Bd. 2634 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967. Für einen Auszug vgl. Anm. 3.

Bewertung: Die libanesische Regierung unter Führung von Staatspräsident Hélou ist offenkundig an der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit uns ernsthaft interessiert. An den Versicherungen von Staatspräsident Hélou, daß er nach einem geeigneten Weg hierfür suchen werde, ist nicht zu zweifeln. Angesichts der innenpolitischen Spannungen im Libanon und der diffizilen Lage des Libanon in der arabischen Welt kann auf eine baldige positive Entscheidung der libanesischen Regierung dennoch nicht mit Sicherheit gerechnet werden. Eine Prognose über das Datum der Wiederaufnahme ist deshalb nicht möglich.<sup>8</sup>

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>9</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>10</sup> vorgelegt.

(i. V.) Alexander Böker

**VS-Bd. 2634 (I B 4)**

<sup>8</sup> Am 11. Dezember 1967 unterrichtete der libanesische Minister für Planung und Tourismus, El Khoury, Legationsrat I. Klasse Bente, Beirut, davon, daß Präsident Hélou über das Gespräch mit Vortragendem Legationsrat I. Klasse Gehlhoff befriedigt gewesen sei: „Er werde auf jeden Fall auf der bevorstehenden Gipfelkonferenz Wiederaufnahme zur Sprache bringen und hoffe auf einen positiven Ausgang seiner Bemühungen. Sollten sie ohne Erfolg bleiben, werde er seinen Plan, die Beziehungen auch außerhalb der Arabischen Liga wiederaufzunehmen, weiterverfolgen.“ Hierfür habe er inzwischen auch die Zustimmung des Ministerpräsidenten Karame. Vgl. den Drahtbericht Nr. 208; VS-Bd. 2634 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

Zu den Gesprächen mit der libanesischen Regierung über die Wiederaufnahme der Beziehungen vgl. weiter den Drahterlaß Nr. 7 des Ministerialdirigenten Böker vom 12. Januar 1968; AAPD 1968.

<sup>9</sup> Hat Staatssekretär Duckwitz am 16. Dezember 1967 vorgelegen.

<sup>10</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

## 430

### Gespräch des Staatssekretärs Duckwitz mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin

Z A 5-133.A/67 geheim

14. Dezember 1967<sup>1</sup>

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts empfing am 14. Dezember 1967 den sowjetischen Botschafter zu einer Unterredung, die auf Initiative des Staatssekretärs zustande gekommen war.<sup>2</sup>

Einleitend sagte der Herr *Staatssekretär*, er wolle im Zusammenhang mit der sowjetischen Erklärung vom 8. 12. d. J.<sup>3</sup>, die dem deutschen Geschäftsträger in Moskau<sup>4</sup> übergeben worden sei, einige Fragen an den Botschafter richten. Er erwarte nicht, daß der Botschafter diese Fragen heute beantworte, und werde ihm ein entsprechendes Aide-mémoire<sup>5</sup> übergeben, um dessen Beantwortung zu gegebener Zeit er bitte. – Anschließend verlas der Staatssekretär den Wortlaut des Aide-mémoires.

Botschafter *Zarapkin* antwortete, er werde das Aide-mémoire selbstverständlich weiterleiten und sich um seine Beantwortung bemühen. Er wolle sich im Augenblick darauf beschränken, eine Bemerkung zu dem Aide-mémoire zu machen, und zwar in bezug auf die Widersprüche, die angeblich in den diesbezüglichen sowjetischen Dokumenten vorhanden seien. Er sei der Ansicht, daß der sowjetische Standpunkt konsequent und logisch in diesen Dokumenten

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Buring am 15. Dezember 1967 gefertigt.

Am 15. Dezember 1967 vermerkte Legationsrat I. Klasse Blech handschriftlich: „Herrn Staatssekretär vorzulegen. Original wurde unmittelbar an Ministerbüro zur Vorlage bei H[err]n Minister geleitet; Herr D II hat D[urch]D[ruck] erhalten.“

Hat Staatssekretär Duckwitz am 16. Dezember 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Aufzeichnungen über Gespräche, die ich führe, sind mir grundsätzlich zur Genehmigung vorzulegen, bevor sie weitergeleitet werden.“

<sup>2</sup> Am 12. Dezember 1967 notierte Ministerialdirigent Sahm, daß die sowjetische Regierung eine neue Situation geschaffen habe, da sie in ihrer Erklärung vom 8. Dezember 1967 an die Bundesregierung ausdrücklich auch auf die Frage des Gewaltverzichts Bezug genommen und Behauptungen aufgestellt habe, „die zu dem gegenwärtigen Stand der Gespräche und sogar zu den sowjetischen Dokumenten im Widerspruch stehen“. Er regte an, daß Staatssekretär Duckwitz den sowjetischen Botschafter Zarapkin „auf die von den Gesprächen und Dokumenten abweichenden Punkte der Erklärung hinweist und ausdrücklich anfragt, ob die sowjetische Seite noch bereit ist, die vertraulichen Gespräche auf der bisherigen Grundlage fortzusetzen“. Hierzu fügte er den Entwurf eines Zarapkin zu übergebenden Aide-mémoires bei. Vgl. VS-Bd. 4176 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 424.

<sup>4</sup> Hans Heinrich Sante.

<sup>5</sup> In dem Aide-mémoire wurde der Stand der bilateralen Erörterungen über einen Austausch von Gewaltverzichtserklärungen zusammengefaßt und festgestellt, daß die Erklärung der UdSSR vom 8. Dezember 1967 sowohl im Ton als auch im Inhalt der sowjetischerseits in der Frage des Gewaltverzichts gezeigten Haltung und dem bisherigen Ergebnis der Gespräche widerspreche. Die Bundesregierung würde es bedauern, wenn unter diesen Umständen das sowjetische Interesse an einer Fortsetzung der Gespräche in Zweifel gezogen werden müßte. Sie sei nach wie vor bereit, die vom sowjetischen Botschafter Zarapkin am 12. Oktober und 21. November 1967 übergebenen Dokumente zu prüfen und die Gespräche „in konstruktivem Geist“ weiterzuführen. Vgl. DzD V/1, S. 2220–2222.

dargelegt worden sei, und könne keine Widersprüche feststellen. Zu den Ausführungen die in dem Aide-mémoire unter Punkt 4, Buchstabe c) gemacht worden seien, wo es um die angeblich neue Formulierung „in entsprechender völkerrechtlicher Form“ gehe<sup>6</sup>, wolle er folgendes sagen:

Sowohl in den sowjetischen Entwürfen für den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen<sup>7</sup> als auch in früheren Erklärungen der sowjetischen Seite zu diesem Thema sei eine entsprechende Formulierung vorhanden. In dem Gespräch mit dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen am 12. Oktober d. J.<sup>8</sup> habe er ebenfalls betont, die sowjetische Seite gehe davon aus, daß auch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR ein Austausch derartiger Erklärungen zu den gleichen Bedingungen wie mit anderen sozialistischen Staaten vorgesehen sei. Somit sei der sowjetische Standpunkt doch klar dargelegt worden, und er sehe nicht, wo Zweideutigkeiten bestehen könnten. Anschließend versicherte er, daß das Aide-mémoire Gegenstand einer sorgfältigen Prüfung sein werde, und sagte die Beantwortung zu.

Der Herr *Staatssekretär* antwortete, der Herr Bundesminister des Auswärtigen habe in seinem letzten Gespräch mit Botschafter Zarapkin erklärt, die Bundesregierung sei bereit, auch über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen mit der DDR zu sprechen. Dabei habe er jedoch erwähnt, daß der Charakter solcher Erklärungen der Struktur der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den einzelnen Ländern Rechnung tragen müsse. Es gelte daher, die Form der einzelnen Erklärungen auf die Struktur der Beziehungen abzustimmen.<sup>9</sup> Er wolle diese Frage aber heute nicht weiter vertiefen, sondern schlage vor, die sowjetische Seite möge erst einmal das Aide-mémoire prüfen und ihre Ansichten dazu äußern.<sup>10</sup>

Botschafter Zarapkin erklärte sich damit einverstanden.

**VS-Bd. 10090 (Ministerbüro)**

<sup>6</sup> In Absatz 4 c) des Aide-mémoires vom 14. Dezember 1967 nahm die Bundesregierung zu der in der sowjetischen Erklärung vom 8. Dezember 1967 aufgestellten Behauptung Stellung, sie „stemme sich unter verschiedenen Vorwänden dagegen, in entsprechender völkerrechtlicher Form mit der DDR Erklärungen über Nichtanwendung von Gewalt in den gegenseitigen Beziehungen auf einer mit anderen sozialistischen Ländern gleichen Grundlage auszutauschen“. Diese Feststellung ist vor allem wegen der Verwendung der Worte „in entsprechender völkerrechtlicher Form“ befremdlich, da sich eine derartige Formulierung in den der Bundesrepublik zugänglich gemachten sowjetischen Dokumenten überhaupt nicht findet.“ Vgl. DzD V/1, S. 2221.

<sup>7</sup> Zu den Bundesminister Brandt am 21. November 1967 übermittelten sowjetischen Entwürfen vgl. Dok. 395.

<sup>8</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Brandt und zum bei diesem Anlaß übergebenen sowjetischen Memorandum über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen vgl. Dok. 347.

<sup>9</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Genau.“

<sup>10</sup> Vgl. weiter das Gespräch des Staatssekretärs Duckwitz mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin am 29. Januar 1968; AAPD 1968.

## Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete, z.Z. Brüssel

Geheim

14. Dezember 1967<sup>1</sup>

Stellungnahme zu dem NV-Teil des Antwortbriefes des amerikanischen Präsidenten an den Bundeskanzler vom 11. 12. 1967<sup>2</sup>:

1) Der Präsident geht konkret auf keinen anderen Punkt der NV-Probleme ein als auf den der Verifikation der EURATOM-Kontrollen durch die IAEA. Dazu steht er im Prinzip positiv.

2) Für eine Lösung dieses Problems im sowjetischen Vertragstext<sup>3</sup> soll der amerikanische Vorschlag vom 2. November<sup>4</sup> als Verhandlungsbasis gelten.

Der amerikanische Text vom 2. November ist der erste von den drei noch im NATO-Rat zur Konsultation stehenden Texten<sup>5</sup> und unseres Erachtens der relativ beste. Wir werden auch den britischen Text noch einmal zu prüfen haben, worum uns Außenminister Brown begründet gebeten hat.<sup>6</sup> Die Konsultation

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde am 14. Dezember 1967 von Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), übermittelt. Dazu teilte er mit, daß die Aufzeichnung von Bundesminister Brandt genehmigt worden sei, und bat um Weiterleitung an Bundeskanzler Kiesinger. Für den Drahtbericht Nr. 1929 vgl. VS-Bd. 2519 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>2</sup> Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kiesinger vom 7. Dezember 1967 vgl. Dok. 419.

In seiner Antwort führte Präsident Johnson aus: „The momentum of the European integration movement must be maintained. A free flow, from country to country, of nuclear materials for peaceful uses is crucial to Europe's progress. The Non-Proliferation Treaty must not hamper such traffic between nations who enter into the treaty and carry out its obligations in good faith. We have consulted with our allies in the North Atlantic Council on further action to obtain an effective safeguards article that also protects the principle of verification. Our Geneva delegates are instructed to tell the Soviet Co-Chairman of our firm belief that the need to agreement on Article III is through the draft on November 2. The Soviets, as you know, have so far rejected this language. They claim it constitutes self-inspection by EURATOM members of EURATOM members. This is not so. Every effort will be made to reassure the Soviets of that. We have emphasized to them the clear and basic intent of this article. The agreement between IAEA and EURATOM seeks only to assure all Treaty parties that safeguards will be effective in practice. It intends only that IAEA can be certain that nuclear material is not diverted to nuclear weapons or other nuclear explosive devices. I am assured that these key principles are consistent with the German position.“ Vgl. FRUS 1964–1968, Bd. XI, S. 542.

<sup>3</sup> Zum sowjetischen Entwurf vom 1. September 1967 für Artikel III (Kontrollartikel) eines Nichtverbreitungsabkommen vgl. Dok. 322.

<sup>4</sup> Zum amerikanischen Entwurf für Artikel III (Kontrollartikel) eines Nichtverbreitungsabkommen vgl. Dok. 402, Anm. 14.

<sup>5</sup> Neben den USA und der UdSSR legte Großbritannien am 10. Oktober 1967 einen Entwurf für Artikel III (Kontrollartikel) vor: „Each non-nuclear-weapon state party to the Treaty undertakes to accept IAEA safeguards, as set forth in an agreement to be concluded with the IAEA in accordance with the Statute of the IAEA, for the exclusive purpose of verification of the fulfillment of its obligations assumed under this Treaty with a view to preventing diversion of nuclear energy from peaceful uses to nuclear weapons or other nuclear explosive devices.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 989 des Botschafters von Keller, Genf (Internationale Organisationen), vom 24. November 1967; VS-Bd. 4118 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Am 20. Dezember 1967 bemerkte Ministerialdirektor Ruete, daß die Bundesregierung bereits während der deutsch-britischen Regierungsbesprechungen vom 23. bis 25. Oktober 1967 in London Bedenken geäußert habe, daß der britische Vorschlag „IAEO-Kontrollen für EURATOM, aber keine Verifikation von EURATOM-Kontrollen bedeute“. Mit Schreiben vom 11. Dezember 1967 an Bundesminister Brandt habe der britische Außenminister Brown dann darum gebeten, diese Bedenken noch einmal zu überprüfen. Ruete kam zu dem Ergebnis, daß die Bundesregierung wie-

im NATO-Rat hat eine übereinstimmende, wenngleich nicht bedenkfreie Präferenz für den amerikanischen Text ergeben.

Dieser Vorschlag war Gegenstand der Ad-hoc-Besprechung in Gegenwart des Bundeskanzlers vor dessen Asienreise<sup>7</sup> am 16.11. Die daraufhin erteilte Weisung an unsere NATO-Vertretung in Brüssel und unsere Botschaft in Washington (siehe Anlage) hob die Punkte hervor, in denen sich der amerikanische Vorschlag vom 2. November 1967 von dem sowjetischen Entwurf vom 1. September 67 vorteilhaft unterscheidet. Es wurde jedoch auf Bedenken gegen einige Textstellen hingewiesen, von denen Unvereinbarkeit mit dem EURATOM-Vertrag<sup>8</sup> befürchtet werden muß.

Bei dem Gespräch, das der Herr Bundesaußenminister am 12.12.1967 mit Außenminister Rusk hatte<sup>9</sup>, wurde klar erkennbar, daß Rusk eine bessere Lösung als die am 2. November 1967 vorgeschlagene nicht für möglich hält. Die Amerikaner drängen und halten es für vordringlich, daß ein Entwurf zu einem Verifikationsabkommen ausgearbeitet wird, damit die EURATOM-Staaten klar sehen, ob tatsächlich eine Unvereinbarkeit mit dem EURATOM-Vertrag vorliegt, was Rusk bezweifelt.

3) Der Brief des Präsidenten nimmt den Gedanken eines freien Kernmarktes in Europa positiv auf. Er geht davon aus, daß nur Staaten, die dem NV-Vertrag beitreten, von dem freien zwischenstaatlichen Verkehr mit Kernbrennstoffen und Nuklearmaterial nicht ausgeschlossen werden sollen. Amerika würde also auf den Nichtbeitritt Frankreichs und die daraus sich für EURATOM ergebenden Folgen keine Rücksicht nehmen.

4) Der Brief des Bundeskanzlers empfahl der Aufmerksamkeit des Präsidenten auch die übrigen im Brief des Bundesaußenministers vom 13. Oktober<sup>10</sup> erwähnten unerledigten Punkte. Hierauf geht die Antwort des Präsidenten nicht ein. Außenminister Rusk sagte dem Bundesaußenminister, das „überladene Memorandum“ vom 13. Oktober sei als nicht sehr hilfreich empfunden worden.

5) Der Antwortbrief geht nicht auf den vom Herrn Bundeskanzler besonders hervorgehobenen Wunsch der befristeten Geltungsdauer ein.

Hierzu bemerkte Außenminister Rusk gegenüber dem Herrn Bundesaußenminister am 12.12.1967, die amerikanische Seite wolle herausfinden, „was sich machen läßt“.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1654*

derholt klargestellt habe, „daß NV-Kontrollen, die von vornherein die ausschließliche Bezeichnung ‚IAEO‘ tragen, wie es auch die von Minister Brown empfohlene Formulierung tut, die Verifizierung anderer Kontrollsysteme, also von EURATOM, nicht zulassen.“ Dieser Vorschlag sei deshalb „keine Alternative, die überhaupt die Verifikation zuließe. Er ist daher für uns entsprechend dem Ergebnis der Ad-hoc-Sitzung der zuständigen Minister unter Vorsitz des Bundeskanzlers am 16. November 1967 nicht annehmbar.“ Vgl. VS-Bd. 10081 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Bundeskanzler Kiesinger besuchte vom 20. bis 28. November 1967 Indien, Birma, Ceylon und Pakistan. Für die Kommunikés vgl. BULLETIN 1967, S. 1143 f., S. 1157, S. 1159 und S. 1186.

Zu den Gesprächen von Kiesinger mit der indischen Ministerpräsidentin Gandhi am 20. und 21. November 1967 und mit dem ceylonesischen Ministerpräsidenten Senanayake am 24. November 1967 vgl. Dok. 399 und Dok. 389, Anm. 4. Für das Gespräch mit dem Vorsitzenden des birmanischen Revolutionsrates, Ne Win, am 23. November 1967 vgl. Dok. 397.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des EURATOM-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 1014–1155.

<sup>9</sup> Vgl. Dok. 425.

<sup>10</sup> Für das Schreiben an den amerikanischen Außenminister Rusk vgl. Dok. 351.

6) Der Brief des Präsidenten läßt darauf schließen, daß die Amerikaner an einer schleunigen Einigung mit der Sowjetunion über den Artikel III und alsdann über die anderen noch offenen Punkte des NV-Vertrages interessiert sind. Er hebt das „vital momentum“ hervor, das die deutsch-amerikanische Gemeinsamkeit dem NV-Vertrag gegeben habe. Die Konzentration im Bereich des Artikel III auf die Verifikationsfrage spricht für zielstrebige und entschlossene Fortführung der Einigungsversuche über diesen kritischen Punkt. Dies wurde auch aus den Ausführungen von Rusk am 12. 12. 1967 deutlich.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>11</sup> dem Herrn Bundesminister mit der Bitte um Zustimmung zur Weiterleitung an den Herrn Bundeskanzler vorgelegt.

gez. Ruete

VS-Bd. 2519 (I A 6)

432

### Botschafter von Walther, Moskau, an Staatssekretär Duckwitz

St.S. 2355/67 VS-vertraulich

14. Dezember 1967<sup>1</sup>

Lieber Duckwitz,

unter Bezugnahme auf unser letztes Gespräch gestatte ich mir, Ihnen anliegend die Fotokopie der Zarapkin-Papiere<sup>2</sup> und den Versuch einer Analyse<sup>3</sup> dieser Papiere zu übersenden. Ich befürchte, daß manche Formulierungen Ihnen vielleicht zu abrupt und hart erscheinen dürften. Doch bitte ich in Betracht zu ziehen, daß in der hiesigen Atmosphäre und in Kenntnis der von unserer so verschiedenen russisch-sowjetischen Mentalität die Dinge sich anders darstellen, als man sie im Westen oft gern sehen möchte. Insbesondere möchte ich auf den für den westlichen Politiker fast unverständlichen russischen Hang zur Formalistik und Legalistik sowie zur terminologischen Verkleidung hinweisen. Ich hatte gerade heute morgen ein langes Gespräch mit meinen USA-, englischen<sup>4</sup> und französischen<sup>5</sup> Kollegen, in dessen Verlauf wir alle vier einig darüber waren, wie schwierig es ist, gerade diese legalistisch-formalistische Seite der hiesigen Denkvorgänge unseren Ministerien klarzumachen. Ein weiterer Gesichtspunkt kommt, glaube ich, in dem Denken westlicher Ministerien zu

<sup>11</sup> Georg Ferdinand Duckwitz.

<sup>1</sup> Privatdienstschreiben.

<sup>2</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

Zu dem vom sowjetischen Botschafter am 21. November 1967 Bundesminister Brandt übergebenen Memorandum, mit dem Entwürfe für Gewaltverzichtserklärungen übermittelt wurden, vgl. Dok. 395.

<sup>3</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

<sup>4</sup> Geoffrey Harrison.

<sup>5</sup> Olivier Wormser.



kurz: Es ist dies die sowjetische Gewohnheit, auf Jahre hinaus vor auszuplanen, einerlei, ob es sich um Innenpolitik, Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik oder Außenpolitik handelt.<sup>6</sup> Es ist wohl kein Zweifel, daß einer der Hauptgründe für den Sturz Chruschtschows<sup>7</sup> war, daß er sich als emotionaler Typ dieser Denkungsart nicht fügen konnte.

Nun einige Kommentare zu dem Papier im größeren Rahmen. Zunächst darf ich darauf hinweisen, daß die in meiner Analyse so stark unterstrichene Tendenz der Anerkennung des Potsdamer Abkommens<sup>8</sup> auch in der sowjetischen Erklärung vom 8. 12.<sup>9</sup> wiederzufinden ist. Ich glaube an dieser Stelle nochmals darauf hinweisen zu sollen, daß in Kenntnis der Mentalität der sowjetischen Außenpolitik die Anerkennung des Potsdamer Abkommens als legalistische und formale Grundlage der sowjetischen Außenpolitik gegenüber der Bundesrepublik für die kommenden Jahre in ihrer Wichtigkeit gar nicht zu überschätzen ist.<sup>10</sup> Ob und in welcher Form es zu einer praktischen Auswertung dieser Grundlage käme, würde jeweils von der politischen Weltlage abhängen. Doch scheint mir dieser Aspekt weder Trost noch Beruhigung zu bieten.

Zum Praktischen möchte ich zunächst eine kurze Überlegung der Tatsache widmen, daß die Erklärung vom 8. 12. so kurz auf die Übergabe der Zarapkin-Papiere erfolgt ist. Wenn man aus unserer Sicht davon ausgeht, daß die Sowjets bestenfalls erhoffen können, im vertraulichen Gespräch die Bundesregierung zu einer grundsätzlichen Änderung ihrer Haltung in wichtigen Fragen der Ostpolitik zu veranlassen, würde das Zarapkin-Papier ein durchaus geeignetes Instrument zur Beschleunigung dieses Prozesses darstellen. Nach westlichem logischen Denken würde die Erklärung vom 8. Dezember, die übrigens sicherlich im Gegensatz zum Zarapkin-Papier nicht im Außenministerium,

<sup>6</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Den Eindruck hat man allerdings nicht immer!“

<sup>7</sup> Nikita Sergejewitsch Chruschtschow wurde auf der Plenartagung des Zentralkomitees der KPdSU vom 14. Oktober 1964 seines Amts als Erster Sekretär des ZK der KPdSU enthoben. Am 15. Oktober 1964 folgte seine Absetzung als sowjetischer Ministerpräsident. Seine Nachfolger wurden der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR, Breschnew, bzw. der Erste Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, Kossygin.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) vgl. DzD II/1, S. 2101–2147.

<sup>9</sup> Vgl. dazu Dok. 424, besonders Anm. 14.

<sup>10</sup> Am 10. Dezember 1967 wurde im Rahmen einer Hausbesprechung zur Vorbereitung weiterer Gespräche mit der UdSSR über einen Gewaltverzicht festgestellt, daß die Frage der Gültigkeit des Potsdamer Abkommens nicht von der Bundesregierung beurteilt werden könne. Nur die Vertragsparteien selbst könnten darüber befinden, ob eine internationale Vereinbarung durch den Zeitablauf, durch Erfüllung oder durch langjährige gegenteilige Übung nicht in wesentlichen Teilen außer Kraft gesetzt worden sei. Im übrigen ergebe sich aus der sowjetischen These über Fortdauer und Gültigkeit des Potsdamer Abkommens der Vorteil, daß die Bundesregierung auf die Verantwortung der vier Mächte für Deutschland als Ganzes verweisen könne sowie darauf, daß von den Alliierten ein Friedensvertrag ins Auge gefaßt worden sei, der von einer „deutschen Regierung“ unterzeichnet werden sollte: „Der Gefahr eines sowjetischen Versuchs, sich in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik einzumischen, kann durch Hinweis darauf entgegengetreten werden, daß sich die gemeinsame Zuständigkeit (in beiden Teilen Deutschlands) lediglich auf gewisse, eng begrenzte gesamtdeutsche Fragen bezieht, während im übrigen die Kompetenz für die Durchführung der Besatzungsziele innerhalb der jeweiligen Zonen den einzelnen Besatzungsmächten vorbehalten war.“ Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete vom 18. Dezember 1967; VS-Bd. 4176 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

sondern von den Propagandisten des ZK verfaßt worden ist, das Zarapkin-Papier konterkarieren.

Im sowjetischen Außenministerium und in den sowjetischen Führungsgremien ist jedoch die Ansicht verbreitet, daß die Bundesregierung unter dem Zwang der Verhältnisse kurz vor einem grundsätzlichen Kurswechsel in ihrer Ostpolitik steht. Daher liegt für die sowjetische Mentalität nichts näher, als diesen angenommenen Prozeß durch ein Ansprechen der Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland zu beschleunigen. Darüber hinaus dürften die Sowjets im Auge haben, die einen gewissen Optimismus erlaubenden Formulierungen des Herrn Bundesaußenministers nach der Demarche Zarapkins vom 21.11. unglaubwürdig zu machen, indem sie jedem, der es hören will, nicht zuletzt der Zone und Polen, ihre Bedingungen für den Austausch von Gewaltverzichts-erklärungen verkünden. Für die Sowjets spricht also nichts gegen die Kombination von Gesprächen vertraulichen Charakters und massivem öffentlichen Vorgehen. Sicherlich hat bei der Erklärung auch der Wunsch eine Rolle gespielt, Belgrad von einer Annäherung an uns zurückzuhalten.

Einen weiteren Beweis für das mangelnde Einfühlungsvermögen in die Verhältnisse westlicher Demokratien sehe ich in folgendem: Als mein USA-Kollege Thompson Herrn Semjonow bei der Überreichung der Erklärung vom 8.12.<sup>11</sup> darauf aufmerksam machte, daß Moskau hiermit der NPD einen wirkungsvollen Propagandadienst leiste<sup>12</sup>, erwiderte Semjonow völlig ungerührt: „Uns liegt daran, die Welt auf die Gefahren aufmerksam zu machen“.

Endlich aber möchte ich auf meine ebenfalls beigefügte Aufzeichnung über mein Gespräch mit dem hiesigen iranischen Botschafter hinweisen.<sup>13</sup> Dabei möchte ich besonders auf die Bemerkung des iranischen Botschafters aufmerksam machen, daß Mißtrauen bei Russen niemals durch Worte und Verträge, sondern nur durch völlige Unterwerfung auszuräumen ist.<sup>14</sup> Eine solche Unterwerfung soll letzten Endes sowohl durch das Zarapkin-Papier wie durch die Erklärung vom 8.12. vorbereitet werden. Ich hatte nach meinem Vortrag bei

<sup>11</sup> Die sowjetische Regierung überreichte gleichzeitig eine Erklärung an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA. Für den deutschen Wortlaut vgl. DzD V/1, S. 2180–2185.

<sup>12</sup> Der Passus „daß Moskau ... leiste“ wurde von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „[richtig].“

<sup>13</sup> Dem Vorgang nicht beigefügt.

Am 14. Dezember 1967 informierte Botschafter von Walther, Moskau, daß sein iranischer Amtskollege Ahmad Mirfendereski erklärte habe: „Ich möchte Ihnen als alter Freund sagen, daß Sie sich keine Illusionen machen dürfen über die wirklichen Besorgnisse, die in höchsten sowjetischen Kreisen und vor allem auch bei den Militärs hinsichtlich des Wiedererstehens des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik bestehen. [...] Für die Vorstellung der Russen, die 20 Millionen Tote verloren und unendliche Verwüstungen erlebt haben, ist der Krieg ein Erlebnis von gestern. [...] Für die Auffassung der hohen Militärs [...] ist das einzige Auslösungsmoment für einen Krieg nicht Vietnam, nicht die Nahostkrise und nicht irgendeine andere zufällige und ferne Krise, sondern ausschließlich Deutschland.“ Auf seine, von Walthers, Frage, wie das Mißtrauen der sowjetischen Regierung überwunden werden könne, habe der iranische Botschafter geantwortet: „Sie kennen doch diese Leute genau so gut wie ich und wissen, daß Mißtrauen eine der Haupttriebfedern im russischen Denken ist. Ihr Mißtrauen läßt sich nur dadurch ausräumen, daß man sich ihnen unterwirft und das Mißtrauen gegen Verachtung eintauscht.“ Vgl. VS-Bd. 429 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>14</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Gerade das Beispiel Irans spricht dagegen.“

der Botschafter-Konferenz<sup>15</sup> nachträglich Bedenken, die „Finnlandisierung“ der Bundesrepublik als Endziel der Russenpolitik dargestellt zu haben. Nachdem ich von den Zarapkin-Papieren und der Erklärung vom 8.12. Kenntnis genommen habe, muß ich zu meinem Bedauern sagen, daß ich doch recht gehabt hatte, so zu referieren.

Ich bedaure, die anfänglich positivere Beurteilung des Zarapkin-Papiers durch die obigen Ausführungen mehr als relativieren zu müssen.<sup>16</sup>

Mit sehr herzlichen Neujahrs- und Weihnachtswünschen bin ich wie stets Ihr

Walther

VS-Bd. 4245 (II A 4)

## 433

### Ministerialdirektor Ruete, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-16010/67 geheim  
Fernschreiben Nr. 1934  
Delegationsbericht Nr. 1

Aufgabe: 15. Dezember 1967, 11.00 Uhr  
Ankunft: 15. Dezember 1967, 13.10 Uhr

Betr.: NATO-Ministerkonferenz

hier: Vormittagssitzung am 13. Dezember

1) Die Diskussion über die internationale Lage und den Stand der Ost-West-Beziehungen (Punkt I der Tagesordnung) wurde vom britischen Außenminister eingeleitet. Er dankte ebenso wie nach ihm fast alle Außenminister der belgischen Regierung für den schnellen Bau des provisorischen neuen NATO-Sitzes, der – so Rusk – so gut gelungen sei, daß er vielleicht als endgültiger Sitz betrachtet werden könne.

2) Brown bezeichnete als wichtigsten Tagesordnungspunkt die Harmel-Studie (über dieses Thema wird gesondert berichtet<sup>1</sup>). Der erste Zweck der Allianz, das Gebiet der NATO-Staaten zu sichern, sei erreicht worden. Da die Sowjetunion weiter aufrüste, müsse der militärische Schild der Abschreckung erhalten bleiben und ausgebaut werden, obwohl dies für Großbritannien nach der Abwertung<sup>2</sup> eine noch schwerere Belastung bedeute. Auch für die Suche nach

<sup>15</sup> Zur Arbeitstagung der Leiter der Vertretungen der Bundesrepublik in den osteuropäischen Staaten am 4./5. Dezember 1967 in Bonn vgl. Dok. 416, besonders Anm. 8.

<sup>16</sup> Für das Antwortschreiben des Staatssekretärs Duckwitz an Botschafter von Walther, Moskau, vom 11. Januar 1968 vgl. AAPD 1968.

<sup>1</sup> Für den Drahtbericht Nr. 1937 des Ministerialdirektors Ruete vom 15. Dezember 1967 vgl. Dok. 435.

<sup>2</sup> Am 18. November 1967 gab das britische Finanzministerium die Abwertung des Pfund Sterling um 14,3% von 2,80 auf 2,40 Dollar je Pfund bekannt. Ferner war vorgesehen, die Kreditgewährung der Banken einzuschränken, den Diskontsatz auf 8% zu erhöhen sowie die öffentlichen Ausgaben weiter einzuschränken. Ziel der Maßnahmen sei es, den britischen Außenhandel zu stärken

neuen Wegen zur Verbesserung der Ost-West-Beziehungen sei die militärische Stärke der Allianz eine Voraussetzung. Zwar biete die Entwicklung in der Sowjetunion und im Ostblock Grund für Hoffnungen, daß diese Staaten an einer Lösung der politischen Probleme, von denen das der deutschen Teilung das wichtigste sei, interessiert werden könnten, doch müsse man mit einem langwierigen Prozeß rechnen.

Brown hob hervor, daß zur Zeit bilaterale Kontakte die beste Methode der Entspannungspolitik seien, doch könnten einige Probleme nur multilateral gelöst werden. Die spätere multilaterale Phase müsse schon jetzt vorbereitet werden, auch wenn die Zeit für eine europäische Sicherheitskonferenz noch nicht reif sei.

Zu den im Bericht der „Special Group“<sup>3</sup> über die Harmel-Studie enthaltenen künftigen Arbeitsprogramme der Allianz gab Brown einige Erläuterungen, wobei er als Kernpunkte des Programms hervorhob:

a) Deutsche Frage und europäische Sicherheit: Deutschland leiste bereits in diesem Feld durch die Entwicklung der innerdeutschen Kontakte und seine Politik gegenüber Osteuropa wichtige Beiträge zur Verminderung der Spannungen. Die Allianz müsse über ein mögliches europäisches Sicherheitssystem diskutieren, um bereit zu sein, falls sich einmal die Möglichkeit seiner Realisierung biete.

b) Rüstungskontroll-Politik, insbesondere die ausgewogene Verminderung von Streitkräften auf beiden Seiten: Wenn die Sowjets zur Zeit auch nicht daran interessiert seien, würden sie doch eines Tages einsehen, daß das gegenwärtige Kräftegleichgewicht auch auf einem niedrigeren Niveau beibehalten werden könne. Bis dahin müßten die NATO-Staaten einseitige Verminderungen ihrer Streitkräfte unterlassen.

c) Verteidigungsprobleme der besonders gefährdeten Gebiete, d.h. der NATO-Flanken und des Mittelmeers: Brown beschränkte sich darauf, die Wichtigkeit dieses Komplexes hervorzuheben. Brown betonte abschließend, daß ein einiges Europa eine größere Rolle in der Allianz spielen könne und müsse. Diese setze die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften voraus.

3) Der niederländische Außenminister Luns bezeichnete die Aufrechterhaltung der militärischen Stärke als die wichtigste Aufgabe der Allianz. Doch sei eine gemeinsame Verteidigung ohne einen hohen Grad politischer Zusammenarbeit nicht möglich. Durch Betonung dieses Zusammenhanges könne das falsche Bild der NATO als eines lediglich militärischen Zwecken dienenden Bündnisses korrigiert und der durch das Nachlassen des Kalten Krieges bedingten wachsenden Skepsis in der öffentlichen Meinung der NATO-Staaten begegnet werden. Das Bündnis sei nicht ein Hindernis auf dem Wege der Entspannung, wie häufig angenommen werde. Entspannung herbeizuführen, sei vielmehr der Zweck der Allianz.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1659*

und eine Verbesserung der Zahlungsbilanz um jährlich 500 Mio. Pfund anzustreben. Für den deutschen Wortlaut der Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 34 f.

<sup>3</sup> Zum Bericht der Studiengruppe zur Untersuchung der zukünftigen Aufgaben der Allianz („Special Group“) vom 28. November 1967 vgl. Dok. 422.

Für den deutschen Wortlaut des Berichts, der als Anhang dem Communiqué der NATO-Ministerratstagung vom 13./14. Dezember 1967 beigelegt wurde, vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77.

Die Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu den Staaten Osteuropas sei zur Zeit der beste Weg der Entspannung. Auch die Niederländer gingen diesen Weg, der immerhin zu einem besseren Verständnis der Probleme auf beiden Seiten führen könne. Bis jedoch eine Lösung der wirklichen politischen Probleme möglich sei, werde noch ein sehr langer Weg zurückgelegt werden müssen. Wenn die NATO-Staaten nicht militärisch stark und politisch geeinigt seien, werde der Westen niemals auf gleichem Fuß und auf der Basis der Gleichberechtigung mit dem Osten verhandeln können.

Luns stimmte Brown zu, daß das europäische Element innerhalb der Allianz gestärkt und die Europäischen Gemeinschaften erweitert werden müßten.

4) Der kanadische Außenminister Martin erklärte, in der kanadischen öffentlichen Meinung werde die Notwendigkeit, kanadische Streitkräfte in Europa zu unterhalten, zunehmend bezweifelt.

Die kanadische Regierung habe jedoch im Sommer nach Überprüfung ihrer Verteidigungspolitik beschlossen, die kanadische militärische Präsenz in Europa zu erhalten. Die Probleme einer ausgewogenen Verminderung der Streitkräfte in Ost und West müßten weiter untersucht werden, wenn jetzt keine Hoffnung auch auf ein nur stillschweigendes Übereinkommen durch gegenseitiges Beispiel bestehe.

Die kanadische Regierung begrüße es, daß die Mehrzahl der europäischen Partner ihre Kontakte mit Osteuropa verstärke und sich um Entspannung bemühe. Sie sei jedoch beunruhigt darüber, daß die Sowjetunion offensichtlich fürchte, die Solidarität des Warschauer Paktes könne dadurch beeinträchtigt werden, und daß sie versuche, Deutschland aus der Entspannung auszuklammern.

Martin wies auf die Auswirkungen des Vietnam-Krieges auf die Allianz hin. Er wolle die amerikanische Politik nicht kritisieren, jedoch die Notwendigkeit einer schnellen Beendigung des Konfliktes unterstreichen. Die Zeit sei gekommen, bei der Suche nach Frieden die gleichen Risiken einzugehen, die man bisher bei der militärischen Eskalation eingegangen sei.

Martin appellierte an alle NATO-Staaten, zum schnellen Abschluß des NV-Vertrages beizutragen. Er erklärte abschließend, die Ergebnisse der Harmel-Studie blieben weit hinter den kanadischen Erwartungen zurück. Immerhin hätte die Harmel-Studie zu folgenden wichtigen Erkenntnissen geführt:

- a) Die Allianz muß weiterhin militärisch stark bleiben.
- b) Die politischen Aufgaben der NATO sind wichtiger geworden.
- c) Militärische Stärke der Allianz ist kein Widerspruch zur Entspannungspolitik.
- d) Engere politische Zusammenarbeit verbessert die Chancen, die politischen Ziele der Allianz zu erreichen.

Martin betonte, daß die Allianz in eine „dynamische Suche nach einer europäischen Regelung“ eintreten und dies der Welt zeigen müsse.

5) Der italienische Außenminister Fanfani zeigte in einer „Tour d'horizon“ die Vielzahl neuralgischer Punkte in der Welt auf, die jederzeit die friedliche Entwicklung beeinträchtigen könnten. Darüber sich gegenseitig zu konsultieren, müsse eine wesentliche Aufgabe des Bündnisses sein; dann vermöge die Allianz auch mehr zur Entspannung beizutragen.

6) Der dänische Außenminister Tabor erläuterte folgende politische Grundsätze seines Landes:

- a) Die NATO stelle die beste Lösung für die Wahrung der Sicherheit Europas dar, solange kein grundlegender Wandel in Europa eintrete.
- b) Entspannung müsse bis zu dem Stadium vorangetrieben werden, in dem die deutsche Frage gelöst und ein europäisches Sicherheitssystem geschaffen werden könne.
- c) Bis dieses Stadium erreicht sei, hätten die bestehenden Militärbündnisse eine wichtige Rolle zu spielen.

Das NATO-Bündnis als Werkzeug des Friedens müsse daher erhalten und durch intensivere politische Konsultation verbessert werden. Vordringliche Aufgabe sei es heute, die Beziehungen zum Osten, wo sich infolge der Industrialisierung und des Heranwachsens der jungen Generation ein Wandel abzeichne, zu verbessern.

Zum Zypern- und Nahostkonflikt betonte Tabor die Rolle der Vereinten Nationen. Es werde die Situation nur komplizieren, wenn die NATO-Staaten in den Vereinten Nationen den Eindruck erweckten, daß sie eine gemeinsame, miteinander abgesprochene Haltung verträten. Tabor schloß sich den Bemerkungen des kanadischen Außenministers über Vietnam an und betonte abschließend, daß die Allianz für den Frieden in dieser Welt so notwendig wie je zuvor sei.

7) Der amerikanische Außenminister Rusk erklärte, 1967 sei im ganzen gesehen ein konstruktives Jahr gewesen. Vielerorts hätten langanstehende Probleme gelöst werden können. Im Nahostkonflikt habe das Eingreifen der Großmächte, das vorübergehend sehr wahrscheinlich gewesen sei, vermieden werden können. Rusk begrüßte, daß ein akuter Konflikt in Zypern habe vermieden werden können. Es komme jetzt darauf an, alles zu unternehmen, um eine permanente Lösung der Zypernfrage zu finden.

Die Länder der westlichen Hemisphäre seien entschlossen, der von Kuba ausgehenden Subversion Einhalt zu gebieten. Die Partner der Allianz, die sich den Handelsbeschränkungen gegenüber Kuba<sup>4</sup> nicht angeschlossen hätten, handelten damit gegen die westlichen Interessen.

Zu Vietnam betonte Rusk, niemand wolle dringender Frieden schließen als Präsident Johnson. Die Vereinigten Staaten hielten an der von ihm in San Antonio erklärten Formel<sup>5</sup> fest, daß sie die Bombardierung Nordvietnams einstellen würden, falls eine schnelle Aufnahme von Verhandlungen sichergestellt sei und die andere Seite dies nicht ausnütze, um sich militärische Vorteile zu verschaffen. Dies sei auch Hanoi mitgeteilt worden, ohne zu irgendeiner Reaktion zu führen. Die Formel von San Antonio sei eine Minimalposition. Die Vereinigten Staaten würden nicht davon abweichen und unsichere Risiken eingehen. Mittlerweile könne die politische, wirtschaftliche und militärische Entwicklung

<sup>4</sup> Auf der Konferenz vom 22. bis 24. September 1967 in Washington verabschiedete die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) ein 15-Punkte-Programm, in dem Kuba wegen seiner Politik der Intervention in lateinamerikanischen Staaten verurteilt wurde. Ferner forderte die OAS alle nicht-kommunistischen Staaten auf, ihre Handels- und Finanzbeziehungen zu Kuba abzubrechen und den See- und Luftverkehr dorthin einzustellen. Vgl. EUROPA-ARCHIV, Z 230.

<sup>5</sup> Für die Rede des Präsidenten Johnson vor der National Legislative Conference in San Antonio, Texas, vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1967, II, S. 876–881.

in Südvietnam als befriedigend bezeichnet werden. Zweifel an Amerikas Treue zur NATO seien nicht angebracht, solange es auch dem pazifischen Verbündeten treu bleibe.

Gegenüber der Sowjetunion, deren Haltung schwer abzuschätzen sei, gingen die USA pragmatischer vor. Auf einigen Gebieten (Weltraumvertrag<sup>6</sup>, Verhandlungen über zivile Flugrechte) habe es Fortschritte ergeben, auf anderen komme man nicht voran, wie z. B. in der ABM-Frage.

Auf die Allianz selbst übergehend, sagte Rusk, er sei froh daß diese nicht täglich „Schlagzeilen mache“ wie Vietnam. Die derzeitigen Probleme seien typisch für ein Bündnis, das nicht auf die Probe gestellt werde.

Rusk sagte abschließend, er verstehe diejenigen nicht recht, die Europa zu einer dritten Kraft machen möchten, die sich aus der Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und den USA heraushalte. Der Antagonismus der beiden Weltmächte<sup>7</sup> sei eine Folge der Entschlossenheit der USA, die Sicherheit Europas und anderer Gebiete zu gewährleisten. Falls die großen Probleme Europas gelöst und die Sicherheit Europas auf anderem Wege gewährleistet sei, würde dies niemand mehr als die Vereinigten Staaten begrüßen.<sup>8</sup>

8) Bundesminister gab eine Erklärung ab, deren Wortlaut mit Drahtbericht Nr. 1922 vom 13. 12.<sup>9</sup> übermittelt worden ist.

9) Der türkische Außenminister Çaglayangil behandelte ausführlich die Lage im Mittleren Osten. Er bedauerte, daß diejenigen Mächte, die in diesem Teil der Welt Einfluß besäßen, sich bisher darauf beschränkt hätten, ihre Haltung zu definieren, ohne ernsthafte Anstrengungen zur Lösung der Probleme unternommen zu haben. Der einzige konstruktive Schritt seit sechs Monaten sei die Si-

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Vertrags „über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums, einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper“ vom 19. Dezember 1966 vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 1–5.

<sup>7</sup> Korrigiert aus: „Westmächte“.

<sup>8</sup> Am Nachmittag des 13. Dezember 1967 nahm der französische Außenminister Couve de Murville im NATO-Ministerrat Stellung zu den Ausführungen seines amerikanischen Amtskollegen. Er führte aus, daß es zur Zeit in Europa „keine Krisen, sondern nur Probleme, darunter das deutsche“, gebe. Die Grenzen auf dem Weg zu einer europäischen Entspannung würden allerdings durch die Auswirkungen außereuropäischer Krisen gezogen. Er sei von der optimistischen Haltung von Rusk überrascht: „Die Situation in Südamerika, im Jemen, im Nahen Osten und vor allem in Vietnam veranlasse Frankreich, was die Gefahr sowjetisch-amerikanischer Konfrontation betreffe, zu pessimistischer Beurteilung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1935 des Ministerialdirektors Ruete, z. Z. Brüssel, vom 15. Dezember 1967; VS-Bd. 897 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>9</sup> Bundesminister Brandt führte aus, daß bis zur Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems die Sicherheit der Bundesrepublik nur von einer politisch konsolidierten und militärisch effektiven nordatlantischen Allianz gewährleistet werden könne. Die Bundesregierung wolle hierzu ihren Beitrag leisten. Brandt erläuterte ferner die Ostpolitik der Bundesregierung und fuhr fort: „There is no magic formula and no master plan to guarantee us spectacular and surprise solutions. But we confidently believe that our relations with the East European countries and with the Soviet Union will slowly improve, if we patiently continue with our present policy and if our allies maintain their solidarity on that point. In the meantime the Federal Government will try to establish tolerable relations with the other part of Germany. [...] We have made it quite clear that we do not wish to isolate the Zone, the G.D.R. On the contrary, we want the inhabitants of that other part of Germany to share in any relaxation of tension. [...] I wish to state that here clearly: We shall not recognize the division of Germany. We shall not relinquish any vital interests, and especially not if we would thereby prejudice the freedom and viability of, and the access to, West Berlin.“ Vgl. den Drahtbericht des Gesandten Oncken, Brüssel (NATO); VS-Bd. 897 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

cherheitsrats-Entschießung<sup>10</sup> gewesen. Çaglayangil begrüßte die seit der Khar-tum-Konferenz<sup>11</sup> realistischere Haltung der arabischen Länder und ihre Bereitschaft, die Existenz des Staates Israel anzuerkennen. Er kritisierte die intransigente Position Israels, die nur zu einer erneuten Verhärtung der arabischen Haltung führen könne.

Was die Sowjets anbetreffe, so glaube er nicht, daß sie mit ihren Waffenlieferungen die Araber zu neuen Kampfhandlungen ermutigen wollten. Vielmehr wollten sie ihre Präsenz im Nahen Osten konsolidieren und noch weiter ausbauen. Die Verstärkung der sowjetischen Seestreitkräfte im Mittelmeer diene demselben Zweck.

Zum Zypernproblem äußerte sich der türkische Außenminister kurz und bemerkenswert maßvoll. Er lobte Brosios und Vances Vermittlertätigkeit in der kürzlichen Krise. Eine endgültige Lösung der Zypernfrage werde nur möglich sein, wenn die Sicherheit der türkischen Gemeinden in wirksamer Form gewährleistet sei.

Dazu bedürfe es einer Entwaffnung der illegalen zyprischen Einheiten. Da die Zypernfrage jetzt im Sicherheitsrat anhängig sei, appellierte er an die Sicherheitsratsmitglieder unter den Verbündeten, sich dort für eine dauerhafte Lösung einzusetzen.<sup>12</sup>

[gez.] Ruete

VS-Bd. 897 (II A 7)

<sup>10</sup> Am 22. November 1967 nahm der UNO-Sicherheitsrat eine von Großbritannien eingebrachte Resolution an, in der festgestellt wurde, daß der Aufbau einer dauerhaften Friedensordnung im Nahen Osten den Rückzug israelischer Streitkräfte aus den besetzten Gebieten erfordere. Zugleich sollten der Kriegszustand zwischen Israel und den arabischen Staaten beendet sowie das Recht auf territoriale Unverletzlichkeit und politische Unabhängigkeit aller Staaten im Nahen Osten respektiert werden. Des weiteren wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, die freie Nutzung der Wasserstraßen zu gewährleisten, das Flüchtlingsproblem zu lösen sowie eine entmilitarisierte Zone einzurichten. Schließlich wurde UNO-Generalsekretär U Thant gebeten, einen Sonderbevollmächtigten für den Nahen Osten zu ernennen. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D578 f.

<sup>11</sup> Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der arabischen Staaten vom 29. August bis 1. September 1967 vgl. Dok. 333, Anm. 3.

<sup>12</sup> Am 22. Dezember 1967 beschloß der UNO-Sicherheitsrat, das Mandat der UNO-Friedenstruppen bis zum 26. März 1968 zu verlängern. Zugleich wurden die betroffenen Parteien aufgefordert, Maßnahmen zur Friedenserhaltung zu treffen und Anstrengungen für eine endgültige Regelung der Zypern-Frage zu unternehmen. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 244 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 45 f.



## 434

**Botschafter Pauls, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-16018/67 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 838**

**Aufgabe: 15. Dezember 1967, 12.10 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 15. Dezember 1967, 16.35 Uhr**

Anschluß Drahtbericht 825 vom 12. Dezember<sup>2</sup>

Israelischer Generalstab erwartet, wie mir gestern hoher Offizier sagte, von Mission Jarring<sup>3</sup> keine Lösung Nahost-Konfliktes. Israel habe seit Staatsgründung schon zahlreiche Sonderbeauftragte der UNO über sich ergehen lassen müssen, ohne daß dadurch irgendein Problem seiner Lösung näher gebracht worden sei. Man dürfe auch nicht vergessen, daß selbst dort, wo UNO-Truppen aufgrund eines Sicherheitsratsbeschlusses zur Friedenssicherung stationiert waren<sup>4</sup>, diese im entscheidenden Augenblick unter ägyptischem Druck ihre Positionen räumten.<sup>5</sup> Israelischer Generalstab erwarte daher von UNO nicht das geringste.

Eine Entspannung im Nahen Osten könne nur durch einen Gesinnungswechsel der arabischen Staaten<sup>6</sup> eintreten. Solange diese aber sich mit der Existenz Israels nicht abfinden wollten, sondern zugegebenermaßen auf eine Vernichtung des jüdischen Staates hinarbeiten, sei an einen Frieden in dieser Region nicht zu denken. Da jede bisherige Erfahrung dagegen spreche, daß sich die derzeitigen arabischen Regime bereit finden könnten, den Bestand Israels als eine unabänderliche Tatsache hinzunehmen, brauche man handfeste Beweise

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirigent Böker am 18. Dezember 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Das ist die klassische Sprache des Imperialismus!“

<sup>2</sup> Botschafter Pauls, Tel Aviv, berichtete, daß nach Auskunft des israelischen Außenministeriums Erfolg oder Scheitern der Friedensmission davon abhängen, ob es dem Sonderbevollmächtigten der UNO für den Nahen Osten gelinge, direkte Kontakte zwischen Israel und den arabischen Staaten herzustellen. Die israelische Regierung werde Jarring nur die Grundzüge ihrer Auffassung zum Nahost-Konflikt darlegen und konkrete Einzelheiten der Vorschläge erst dann mitteilen, wenn die arabischen Staaten zuvor ihre Bereitschaft zu Direktgesprächen erklärt hätten. Vgl. Referat I B 4, Bd. 298.

<sup>3</sup> Am 23. November 1967 ernannte UNO-Generalsekretär U Thant den schwedischen Botschafter in Moskau, Jarring, zum Sonderbevollmächtigten für den Nahen Osten. Jarring führte zwischen dem 12. und 20. Dezember 1967 sowie zwischen dem 26. Dezember 1967 und 16. Januar 1968 Gespräche in Jerusalem, Kairo, Amman und Beirut. Dazu berichtete Botschafter Pauls, Tel Aviv, am 29. Dezember 1967: „Nach meinem bisherigen Eindruck geht das Hauptbemühen der Gesprächspartner Jarrings, jedenfalls der israelischen, dahin, sich vor allem so zu verhalten, daß man sie beim späteren Scheitern Jarrings für den Mißerfolg nicht verantwortlich machen kann.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 861; Referat I B 4, Bd. 288.

Am 22. Dezember 1967 und am 17. Januar 1968 legte UNO-Generalsekretär U Thant dem Sicherheitsrat Berichte über den bisherigen Verlauf der Gespräche vor. Vgl. UN SECURITY COUNCIL. OFFICIAL RECORDS. 22nd Year. Supplements for July, August, September 1967, New York 1967, S. 326, sowie UN SECURITY COUNCIL. OFFICIAL RECORDS. 23rd Year. Supplements 1968, New York 1968, S. 20 f.

<sup>4</sup> Zur Stationierung der „United Nations Emergency Force“ (UNEF) nach der Suez-Krise 1956 sowie zur Anordnung des UNO-Generalsekretärs U Thant vom 19. Mai 1967, die UNEF-Truppen abziehen, vgl. Dok. 181, Anm. 3.

<sup>5</sup> Der Passus „diese im ... räumen“ wurde von Ministerialdirigent Böker hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Immer?“

<sup>6</sup> Der Passus „nur durch ... Staaten“ wurde von Ministerialdirigent Böker hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „U[nd] die Israelis?“

ihres Umdenkens. Wenn es einen solchen überhaupt gäbe, so sei er nur durch die Aufnahme direkter Friedensverhandlungen mit Israel zu erbringen. Geschehe dies nicht, so sei dies für den israelischen Generalstab ein unübersehbarer Hinweis darauf, daß eine weitere kriegsartige Auseinandersetzung mit den arabischen Staaten über kurz oder lang bevorstehe. In dieser nächsten Runde werde die militärische Führung abermals danach trachten, wie in dem 6-Tage-Krieg die arabischen Streitkräfte zu vernichten. Darüber hinaus aber müsse es gelingen, einen Regimewechsel in den arabischen Staaten durchzusetzen, der dann die oben erwähnten Voraussetzungen für eine friedliche Lösung des Nahost-Konfliktes schaffen würde.<sup>7</sup>

Die Einmischung der UNO und die Interventionen raumfremder Großmächte in die Angelegenheiten des Nahen Ostens bedeuten keine Erleichterung, sondern eine weitere Erschwerung der Lösung<sup>8</sup> der hier vorhandenen Spannungen. Die Sowjetunion sei an stabilen Verhältnissen im Nahen Osten nicht interessiert, weil sich dann die arabischen Staaten ihrem Einfluß entziehen würden. Zwar wünsche sie keine direkte militärische Konflagration mit den USA, es habe sich aber schon bei Ausbruch des 6-Tage-Krieges gezeigt, daß die Araber, wenn sie sich stark genug fühlten, die Ratschläge Moskaus nicht mehr befolgten. Die USA begingen den Fehler, die militärische Kraft Israels weit zu überschätzen und zu glauben, daß die Armee auch ohne Flugzeuge Wunder vollbringen<sup>9</sup> könne. Dies sei nicht der Fall, und es bleibe nur die Hoffnung, daß die USA Israel wieder mit Flugzeugen beliefern werden, sobald feststehe, daß die Araber nicht geneigt seien, einer Friedensregelung, die auf der britischen UNO-Resolution<sup>10</sup> bzw. auf den 5 Punkten Johnsons<sup>11</sup> beruhe, zuzustimmen.

Augenblicklich stelle das Fehlen moderner Kampfflugzeuge die Achillesferse der israelischen Verteidigung dar. Die Franzosen hätten bisher keines der bestellten und bezahlten Mirage-V-Flugzeuge geliefert und würden es aller Voraussicht nach auch in Zukunft nicht tun.<sup>12</sup> Diese mit israelischer Hilfe den Bedürfnissen des hiesigen Kriegsschauplatzes angepaßten Flugzeuge seien nicht zu ersetzen, da die amerikanischen Typen für das hiesige gute Flugwetter mit

<sup>7</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Böker hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Welche Regime wollen die Israelen denn wechseln? Das Nassersche oder das von Hussein, oder alle?“

<sup>8</sup> Der Passus „Die Einmischung ... Lösung“ wurde von Ministerialdirigent Böker hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

<sup>9</sup> Korrigiert aus: „verbringen“.

<sup>10</sup> Zur Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. Dok. 433, Anm. 10.

<sup>11</sup> Zur Rede des Präsidenten Johnson vom 19. Juni 1967 vgl. Dok. 229, Anm. 5.

<sup>12</sup> Am 6. Dezember 1967 berichtete Botschafter Klaiber, Paris, daß die französischen Embargobestimmungen für den Export von Großgeräten nach Ausbruch des Nahost-Krieges nun „ohne viel Aufhebens“ auf „Israel und die kriegführenden angrenzenden Staaten“ beschränkt worden seien. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2331; Referat I B 4, Bd. 290.

Am 12. Dezember 1967 übermittelte Botschafter Pauls, Tel Aviv, Informationen des israelischen Außenministeriums, wonach die französische Behauptung, vor Kriegsbeginn auf Leihbasis 30 Mirage-V-Flugzeuge geliefert zu haben, unzutreffend sei, „da Israel bis heute über kein einziges Mirage-V-Flugzeug verfüge. Bei israelischer Bestellung handle es sich um eine den hiesigen klimatischen Gegebenheiten angepaßte leichtere und daher auch billigere Ausführung dieses Flugzeugtyps, der bisher noch nicht geliefert worden sei. Israelische Luftwaffe verfüge nur über Mirage-III. Belieferung arabischer Staaten mit französischem zusätzlich zu russischem Kriegsmaterial beende bisheriges Rüstungsgleichgewicht im Nahen Osten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 829; Referat I B 4, Bd. 290.

Elektronik überlastet, zu schwer und fast doppelt so teuer seien wie die Mirage-V. Die israelische Situation werde kritisch werden, sobald auf arabischer Seite die MIG 23 auftauchten, denen man nichts Gleichwertiges entgegenzustellen habe. Dieser Nachteil könne auch nicht dadurch ausgeglichen werden, daß die israelische Armee im 6-Tage-Krieg hervorragendes und wieder voll einsatzbereites Panzer- (Centurions und T55) und Artillerie-Material (sowjetische 133-mm-Geschütze mit 27 km Tragweite) erobert habe.

Je prekärer die Lage der israelischen Luftwaffe sei, um so energischer müsse sich der Generalstab allen wenn auch noch so gut gemeinten Absichten der Politiker widersetzen, strategisch wertvolles Gebiet<sup>13</sup> gegen zweifelhafte Friedensgarantien zu räumen. Der Einwand, daß die Terroraktionen der Araber trotz israelischer Gebietsgewinne fortgesetzt würden, treffe nicht den Kern der Sache. Die Sabotageakte seien, so bedauerlich sie auch wären, strategisch ohne jede Bedeutung. Demgegenüber stellten Suez-Kanal, Jordan und Golan-Höhen Grenzen dar, über die noch für längere Zeit kein arabischer Staat fähig sein werde, einen erfolgreichen Angriff gegen Israel zu führen.

Die Auffassung des israelischen Generalstabs über die gegenwärtige Situation lasse sich daher wie folgt zusammenfassen:

a) Ohne direkte Friedensverhandlungen mit den Arabern, die einen echten Gesinnungswandel bezüglich der Anerkennung der Existenzberechtigung Israels erkennen ließen, dürfte, insbesondere solange das Rüstungsgleichgewicht durch russische und französische Lieferung an die Araber gestört sei, kein Fußbreit Boden aufgegeben werden.<sup>14</sup>

b) Mit einem Erfolg der Friedensbemühungen der Vereinten Nationen sei ebensowenig zu rechnen wie mit einem Gesinnungswandel der derzeitigen arabischen Regime.

c) Man müsse daher mit einer weiteren Runde in der Auseinandersetzung mit den arabischen Staaten rechnen und alles tun, um dafür gerüstet zu sein.

Wenn sich gegen die Darlegungen meines Gesprächspartners auch Verschiedenes einwenden läßt, so habe ich doch die Erfahrung gemacht, daß seine Lageanalyse vor Ausbruch des 6-Tage-Krieges zutreffender war als die subtileren Ausführungen hoher israelischer Beamter und Politiker sowie verschiedener meiner ausländischen Kollegen.

[gez.] Pauls

VS-Bd. 2578 (I B 4)

<sup>13</sup> Der Passus „müsse sich ... Gebiet“ wurde von Ministerialdirigent Böker hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

<sup>14</sup> Die Wörter „kein Fußbreit Boden aufgegeben werden“ wurden von Ministerialdirigent Böker hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

**Ministerialdirektor Ruete, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt****Z B 6-1-16016/67 geheim****Aufgabe: 15. Dezember 1967, 14.00 Uhr****Fernschreiben Nr. 1937****Ankunft: 15. Dezember 1967, 15.55 Uhr****Delegationstelegramm Nr. 3**Betr.: NATO-Ministerkonferenz<sup>1</sup>

hier: Künftige Aufgaben der Allianz

1) Wider Erwarten konnten die Minister die Verhandlungen über den sogenannten Harmel-Bericht am 13. Dezember verhältnismäßig schnell zu einem positiven Abschluß bringen. Diese Entwicklung wurde durch zahlreiche bilaterale und informelle Kontakte unter den besonders interessierten Delegationen in den letzten Tagen ermöglicht. Am 12. Dezember hatte der französische Botschafter im Zuge einer vertraulichen Sitzung unter Vorsitz von Generalsekretär Brosio erkennen lassen, daß sich die französische Regierung mit einer positiven Regelung dann einverstanden erklären könne, wenn ihre Partner einem „package deal“ zustimmen würden. Botschafter Seydoux schlug vor:

- informelle Gespräche mit dem Ziel einer Beseitigung der Klammern in dem vorliegenden Berichtsentwurf (vgl. Dokument C-M (67) 74<sup>2</sup>);
- Einigung über den Text eines Absatzes in dem Ministerkommuniqué<sup>3</sup>, in dem die Tatsache der Verhandlungen der „Special Group“ vermerkt werden;
- Formulierung eines Anhangs zum Kommuniqué, der den operativen Teil des Berichts wiedergeben könne. Gegen die Wiedergabe der ersten Hälfte der Berichts trugen die Franzosen weiterhin Bedenken vor, über die mit Drahtbericht Nr. 1898 vom 7. Dezember 1967<sup>4</sup> berichtet worden ist.

Eine formelle Einigung wurde in dieser Phase noch nicht erzielt, da der britische Botschafter<sup>5</sup> Bedenken vortrug. Ihm lag an einer vollständigen Wiedergabe des Berichts als Anhang zum Kommuniqué.

2) Gleichwohl trat eine Arbeitsgruppe (Belgier, Kanadier, Amerikaner, Niederländer, Dänen, Franzosen und wir) zusammen, der es in zweitägigen intensiven Besprechungen gelang, die Klammern in dem Berichtsentwurf zu beseitigen mit Ausnahme der Klammer um den letzten Satz von Ziffer 15<sup>6</sup>, auf dessen

<sup>1</sup> Zur NATO-Ministerratskonferenz am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel vgl. bereits Dok. 433.

<sup>2</sup> Zum Bericht der Studiengruppe zur Untersuchung der zukünftigen Aufgaben der Allianz („Special Group“) vom 28. November 1967 vgl. Dok. 422, besonders Anm. 3.

<sup>3</sup> Für das Kommuniqué der NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel (mit Anhang) vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 73–77.

<sup>4</sup> Für den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Brüssel (NATO), vgl. Dok. 422.

<sup>5</sup> Sir Bernard Burrows.

<sup>6</sup> Gegenüber dem im Anhang zum Kommuniqué der NATO-Ministerratstagung vom 13./14. Dezember 1967 in Brüssel veröffentlichten Wortlaut war im Bericht der Studiengruppe zur Untersuchung der zukünftigen Aufgaben der Allianz („Special Group“) vom 28. November 1967 noch hinzugefügt: „Such consultation may result in harmonizing of policies and at least it should lead to better understanding of the motives and purposes of other allies.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1805 des Gesandten Oncken, Brüssel (NATO), vom 24. November 1967; VS-Bd. 1658 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

Beibehaltung die Niederländer – im Unterschied zu allen anderen Besprechungsteilnehmern – besonderen Wert legten (Restbestand des Patijn-Berichts). In der Frage der Kommunikéformulierung und des Kommunikéanhangs konnte noch keine Einigung erzielt werden.

Während Botschafter Seydoux eine französische Reserve gegen das ganze Projekt – insbesondere auch wegen des nach seiner Auffassung zu langen Kommunikéanhangs – aufrechterhielt, teilte Außenminister Couve de Murville im Verlaufe des „Vierer-Essens“ am 12. Dezember<sup>7</sup> in beiläufiger Weise mit, er sehe nicht ein, warum man nicht den gesamten Bericht, aus dem die Klammern entfernt seien, nunmehr in toto veröffentliche.

3) In den abschließenden Vorbesprechungen am 13. Dezember erklärte sich die französische Delegation bereit, sowohl den Bericht anzunehmen als auch seiner Veröffentlichung zuzustimmen. Die Niederländer gaben in der Auseinandersetzung um den Schlußsatz von Ziffer 15 nach; auch die Italiener verzichteten darauf, hinsichtlich der Verlängerung des Mandats von „Special Group“ und Rat Schwierigkeiten zu bereiten.

4) In der Debatte der Ministerkonferenz zu Punkt II der Tagesordnung<sup>8</sup> erhob der portugiesische Außenminister Nogueira unter Hinweis auf Portugals schlechte Erfahrungen mit den Vereinten Nationen Einspruch gegen Ziffer 15, Satz 3 des Berichts, demzufolge die NATO-Länder innerhalb der Vereinten Nationen zur Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit und zur Regelung wichtiger internationaler Probleme beitragen. Nach Interventionen des Herrn Bundesaußenministers sowie des britischen, amerikanischen, kanadischen und italienischen Außenministers<sup>9</sup> erklärte sich Nogueira damit einverstanden, daß der umstrittene Satz dahingehend umformuliert würde, daß die „verbündeten Länder einzeln (individually) in den Vereinten Nationen und in anderen internationalen Organisationen zur Aufrechterhaltung des Friedens usw.“ beitragen.

5) Der überraschend positive Ausgang der Harmel-Frage hat erkennen lassen, wie sehr das französische Vorgehen durch taktische Überlegungen bestimmt war. Offensichtlich hatte sich die französische Delegation davon überzeugt, daß sie ihren Wünschen in erheblichem Umfang Geltung verschafft hatte und damit mit größeren Konzessionen der Vierzehn nicht mehr zu rechnen war, weshalb sie im letzten Augenblick umschwenkte. Der Vorgang bestätigt den Eindruck, daß es der französischen Regierung derzeit daran liegen dürfte, einen Bruch in der Allianz zu vermeiden.

Das französische Nachgeben hatte die Kompromißbereitschaft der Italiener und Niederländer zur Folge, als für diese erkennbar wurde, daß sie einer geschlossenen Front der anderen Ratsmitglieder gegenüberstanden und in Ge-

<sup>7</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Brandt mit den Außenministern der Drei Mächte, Brown (Großbritannien), Couve de Murville (Frankreich) und Rusk (USA), vgl. Dok. 428.

<sup>8</sup> Tagesordnungspunkt II war „Future Tasks of the Alliance“.

<sup>9</sup> George Brown (Großbritannien); Dean Rusk (USA); Paul J. J. M. Martin (Kanada); Amintore Fanfani (Italien).

fahr gerieten, die Franzosen in ihrer bisherigen Isolierung in der Harmel-Frage abzulösen.<sup>10</sup>

[gez.] Ruete

VS-Bd. 897 (II A 7)

## 436

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete

II A 5-82.01-94.13-838<sup>1</sup>/67 geheim

15. Dezember 1967

Betr.: Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Jugoslawien;  
hier: Erstes Gespräch mit dem Gesandten Lučić.

Ich empfang heute um 17.30 Uhr den jugoslawischen Gesandten und teilte ihm im Namen der Bundesregierung folgendes mit:

1) Das Bundeskabinett hat am 13. Dezember der Aufnahme von Gesprächen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem jugoslawischen Außenministerium über die Frage einer Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zugestimmt.<sup>1</sup> Die Gespräche sollen die Modalitäten einer Wiederaufnahme klären und die Entscheidung der Bundesregierung über die Wiederaufnahme ermöglichen. Sie sind daher ad referendum zu führen.

2) Wir sind ab sofort gesprächsbereit. Vieles spricht dafür, möglichst bald zu beginnen.

3) An die Wiederaufnahme stellen wir keine Vorbedingungen und gehen nach verschiedenen amtlichen und halbamtlichen jugoslawischen Äußerungen davon aus, daß auch die jugoslawische Seite keine Vorbedingungen stellt.

4) Wir schlagen vor, die Gespräche in Bonn zu führen. Hierfür spricht  
– das gemeinsame Interesse, die Gespräche „routinemäßig“ verlaufen zu lassen und ohne auffällige „Verhandlungsdelegationen“,  
– die Tatsache, daß die Gespräche am schnellsten hier aufgenommen werden können.

Wir bitten, diesen Vorschlag wohlwollend zu prüfen.

5) Wir sehen jugoslawischen Vorschlägen hinsichtlich der Verhandlungsebene entgegen und werden unseren Verhandlungsführer entsprechend bestimmen.

<sup>10</sup> Am 15. Dezember 1967 informierte Ministerialdirektor Ruete die Vertretungen in den NATO-Mitgliedstaaten über die Ergebnisse der Ministerratstagung und zog die Bilanz: „Die Konferenz verlief im ganzen harmonisch und zufriedenstellend. Sie stellte erneut unter Beweis, daß die NATO eine lebendige und anpassungsfähige Organisation ist, deren Aufgaben nicht nur im militärischen Bereich, der unverändert wichtig bleibt, sondern auch im politischen Bereich liegen. Auch in einer Zeit der Entspannung – dies wurde in großer Übereinstimmung festgestellt – hat die NATO eine bedeutsame Funktion zu erfüllen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 4782; VS-Bd. 897 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>1</sup> Vgl. dazu Dok. 416, Anm. 11.

Als meine persönliche Auffassung fügte ich hinzu, daß mir der Gesandte Lučić als der geeignete Gesprächspartner erscheine, da hierdurch sowohl die Discretion wie die notwendige Sachkunde garantiert seien.

6) Wir schlagen vor, die Gespräche in der am 18. Dezember beginnenden Woche zu beginnen. Ich stünde ab Montag, 9.00 Uhr zu seiner Verfügung. Wenn nicht unerwartete Schwierigkeiten auftauchten, könnten nach unserer Meinung alle Fragen in etwa zwei Tagen erörtert sein.<sup>2</sup>

7) Bei erfolgreichem Gesprächsverlauf wollen wir die Entscheidung der Bundesregierung über die Wiederaufnahme sehr schnell herbeiführen.

8) In den Gesprächen wird folgendes zu klären sein:

– die Frage der Verlautbarungen:

Der völkerrechtliche Akt der Aufnahme der Beziehungen soll durch zwei einseitige Willenserklärungen vollzogen werden. Darüber hinaus werden wir unserer Öffentlichkeit den Schritt erläutern müssen. Die jeweiligen Erklärungen werden aufeinander abzustimmen sein,

– gewisse Technika (z. B. Unterbringung).<sup>3</sup>

9) Ich bat, die jugoslawische Regierung umgehend zu unterrichten und ihre Zustimmung zu der alsbaldigen Gesprächsaufnahme und dem Gesprächsort herbeizuführen.

Herr Lučić bedankte sich für die Mitteilung, die er als gut bezeichnete. Er werde seine Regierung umgehend unterrichten. Die Funkverbindung nach Belgrad sei gestern in Betrieb genommen worden. Er habe noch keine Instruktion seiner Regierung, da auf Grund der widersprechenden Erklärungen der letzten Zeit der tatsächliche Zeitpunkt unserer Entscheidung lange unklar geblieben sei.

Über den Winzer-Besuch in Belgrad<sup>4</sup> behauptete Herr Lučić keine konkrete Weisung zu haben. Als seine Mutmaßung fügte er aber hinzu, Ostberlin Sorge sich, daß die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Belgrad das Verhältnis zwischen Belgrad und Ostberlin beeinträchtigen könne. Ich entgegnete, dies sei nicht unsere Absicht. Herr Lučić meinte sodann, der Winzer-Besuch sei der jugoslawischen Seite unerwartet gekommen. Er sei auch im Zusammenhang mit der Reise Ulbrichts nach Moskau<sup>5</sup> und dem Vorhaben einer kommunistischen Gipfelkonferenz zu sehen. Die Haltung Belgrads zu dieser Frage sei bekannt. Seine Regierung sei prinzipiell gegen eine Gipfelkonferenz.

<sup>2</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Brandt hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>3</sup> Am 18. Dezember 1967 legte Ministerialdirektor Ruete Staatssekretär Duckwitz den Entwurf eines Verhandlungsauftrags für die Delegation der Bundesrepublik in den Verhandlungen mit Jugoslawien über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen vor. Danach solle zunächst geklärt werden: „1) Allgemeine Modalitäten der Wiederaufnahme (Art und Zeitpunkt der Vereinbarung). 2) Jugoslawische Erklärung anlässlich der Wiederaufnahme. 3) Deutsche Verlautbarung anlässlich der Wiederaufnahme. 4) Jugoslawische Wiedergutmachungsforderungen. 5) Emigrantenfrage. 6) Rechtsfragen (Bestätigung bisheriger jugoslawischer Berlin-Haltung). 7) Sonstiges (Kanzlei, Residenz und Wohnungen in Belgrad). Das Verhandlungsergebnis soll die Entscheidung der Bundesregierung über die Wiederaufnahme ermöglichen.“ Vgl. VS-Bd. 4206 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Zum Besuch des Außenministers der DDR vom 11. bis 13. Dezember 1967 vgl. Dok. 428, Anm. 9.

<sup>5</sup> Zum Besuch des Staatsratsvorsitzenden der DDR vom 11./12. Dezember 1967 vgl. Dok. 424, Anm. 10.

Ich hatte den Eindruck, daß sich Herr Lučić allein schon aus persönlichem Interesse für Bonn als Gesprächsort bei seiner Regierung einsetzen wird.<sup>6</sup>

Hiermit dem Herrn Bundesminister<sup>7</sup> wegen der Eilbedürftigkeit unmittelbar vorzulegen. Der Herr Staatssekretär<sup>8</sup> hat Durchdruck erhalten.

Ruete

VS-Bd. 4206 (II A 5)

## 437

### Botschafter Sachs, Brüssel (EG), an Bundesminister Brandt

Z B 6-1-16022/67 geheim

Fernschreiben Nr. 2392

Citissime

Aufgabe: 15. Dezember 1967, 19.00 Uhr

Ankunft: 15. Dezember 1967, 19.51 Uhr

Für Bundesminister und Staatssekretäre<sup>1</sup> ausschließlich

Betr.: Britischer Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften

Bei der Zusammenkunft des Herrn Bundesaußenministers mit dem französischen Außenminister Couve de Murville in der Residenz des französischen EWG-Botschafters in Brüssel<sup>2</sup> am 14. 12. hat Couve de Murville den französischen Standpunkt wie folgt dargelegt:

Die französische Regierung ist nicht gegen den Beitritt Großbritanniens zur Gemeinschaft. Sie ist aber der Überzeugung, daß der Zeitpunkt hierfür gegenwärtig noch nicht gekommen sei. Großbritannien müsse zunächst die notwendigen Voraussetzungen schaffen, nämlich Gesundung der britischen Wirtschaft einschließlich Sanierung der Zahlungsbilanz und hierbei insbesondere Lösung

<sup>6</sup> Am 27. Dezember 1967 vermerkte Ministerialdirektor Ruete, daß der jugoslawische Gesandte Lučić ihn erneut wegen des Verhandlungsorts angesprochen habe. Er, Ruete, habe erwidert, daß die Bundesregierung nach wie vor an Bonn festhalte: „Wenn Bonn für die jugoslawische Seite inakzeptabel sei, seien wir auch bereit, uns an einem dritten Ort zu treffen. Dies sei nunmehr ein offizieller Vorschlag. Als dritter Ort komme unserer Vorstellung nach Wien oder Paris in Frage.“ Eine Verhandlungsführung in Belgrad bereite der Bundesregierung Schwierigkeiten „aus technischen Gründen“ und weil „dort die Presse die Tatsache der Verhandlungen schnell registrieren würde“. Ferner sei Belgrad „auch aus innerpolitischen Gründen“ nicht geeignet. Vgl. VS-Bd. 4206 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1967.

Die Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen wurden von Ministerialdirektor Ruete und dem Abteilungsleiter im jugoslawischen Außenministerium, Perisic, am 23. Januar 1968 in Paris aufgenommen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats Gehl vom 24. Januar 1968; AAPD 1968.

<sup>7</sup> Hat Bundesminister Brandt am 15. Dezember 1967 vorgelegen.

<sup>8</sup> Georg Ferdinand Duckwitz.

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Lahr vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg verfügte.

Hat dem Vertreter von Meyer-Lindenberg, Ministerialdirigent Frank, am 19. Dezember 1967 vorgelegen.

<sup>2</sup> Jean-Marc Boegner.



des Problems der hohen britischen Verschuldung gegenüber den Ländern des Sterlingblocks und gegenüber anderen Ländern. Großbritannien muß diese Sanierungsaktion, die auch in seinem eigenen Interesse liege, in eigener Verantwortung durchführen. Von außen kann hierbei höchstens zu gegebener Zeit finanzielle Unterstützung geleistet werden, z.B. im Rahmen einer Konsolidierung der britischen Schulden. Solche Maßnahmen haben jedoch nichts mit den Verhandlungen zu tun und müssen ggf. in einem weiteren Rahmen gelöst werden. Wie lange der Gesundungsprozeß der britischen Wirtschaft, an dessen schließlichem Erfolg auch Frankreich nicht zweifelt, dauern wird, läßt sich gegenwärtig nicht übersehen.

Angesichts dieser Situation wird die französische Delegation, falls nach Beendigung der Diskussion der Sachfragen am 19. Dezember<sup>3</sup> von anderen Delegationen die Aufnahme von Verhandlungen mit Großbritannien gefordert werden sollte, sich im jetzigen Zeitpunkt dagegen aussprechen. Frankreich ist auch weder bereit, den Weg von Gesprächen der Sechs mit der britischen Seite auf Expertenebene in Erwägung zu ziehen, noch exploratorische Gespräche der Kommission mit Großbritannien.

Couve de Murville hat aber die Möglichkeit in Aussicht gestellt, das französische „Nein“ in einer Form auszusprechen, die den Weg zu weiteren Erörterungen nicht endgültig verbaut. Französischerseits wünscht man eine Weiterführung der Diskussion im Rat über den britischen Beitrittsantrag<sup>4</sup> auch nach der Tagung vom 18./19.12.

In Anknüpfung an die Pressekonferenz des französischen Staatschefs<sup>5</sup> und seine eigenen Bemerkungen vor dem Auswärtigen Ausschuß des französischen Parlaments<sup>6</sup> hat Coute de Murville die Möglichkeit erwähnt, bis zum vollen Beitritt Großbritanniens zur Gemeinschaft nach Zwischenlösungen zu suchen. Eine solche Zwischenlösung sollte sich nur auf den Handelsverkehr beziehen, hierbei aber sowohl den industriellen wie den landwirtschaftlichen Sektor umfassen. Sie soll lediglich Übergangscharakter bis zu dem späteren Vollbeitritt Großbritanniens haben („des arrangements dans la perspective d'une adhésion ultérieure“). Über solche Alternativen schon bei der Ratstagung am 18./19.12. zu sprechen, sei nicht zweckmäßig. Nach Auffassung von Coute de Murville sollten erst einige Monate vergehen, bis sich die gegenwärtige Aufregung gelegt habe, da sie keine ruhige und sachliche Prüfung der Probleme erlaube. Eine Pause habe darüber hinaus auch den Vorteil, daß sich in der britischen öffentlichen Meinung eine positivere Bewertung dieses Gedankens durchsetzen werde.

<sup>3</sup> Zur EG-Ministerratstagung am 18./19. Dezember 1967 in Brüssel vgl. Dok. 442.

<sup>4</sup> Zum Antrag vom 11. Mai 1967 vgl. Dok. 197, Anm. 4.

<sup>5</sup> Zu den Ausführungen des Staatspräsidenten de Gaulle vom 27. November 1967 vgl. Dok. 409.

<sup>6</sup> Am 7. Dezember 1967 erklärte der französische Außenminister Coute de Murville vor dem Auswärtigen Ausschuß der Nationalversammlung, er habe niemals gesagt, daß Artikel 237 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 Verhandlungen mit Großbritannien ausschließe. Gegenstand dieser Verhandlungen müßten aber die materiellen Anpassungen sein. Dem Geist des Vertrages entsprechend müßten die neuen Mitglieder das annehmen, was schon bestehe. Die französische Haltung entspreche daher dem Geist und dem Buchstaben des Vertrages. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2350 des Botschafters Klaiber, Paris; Referat I A 2, Bd. 1467.

Couve glaubt, daß die späteren echten Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien nur kurze Zeit in Anspruch nehmen werden. Wenn einmal der Zeitpunkt gekommen sein wird, zu welchem die Entwicklung der britischen wirtschaftlichen und finanziellen Situation eine Mitgliedschaft erlaubt, würden sich die Verhandlungen im wesentlichen auf die institutionellen Fragen beschränken.

[gez.] Sachs

VS-Bd. 2492 (I A 2)

438

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete

II A 1-83.10-1899/67 geheim

18. Dezember 1967

Betr.: Jüngste Entwicklungen im innerdeutschen Verhältnis

Bezug: Aufzeichnung vom 8.12.1967 – II A 1-80.00-1836/67 geh. –  
(betr.: Steht eine neue Berlinkrise bevor?)<sup>1</sup>

Anl. 3<sup>2</sup>

Seitdem Ulbricht von Moskau zurückgekehrt ist<sup>3</sup>, hat die SBZ in zwei Fällen, in denen sie bisher besonders hartnäckig ihre Aufwertungsforderungen durchzusetzen trachtete, nachgegeben:

1) Vom 12. bis 15. d. M. fand in Hamburg die jährliche Fahrplan-Konferenz für den Güterzugverkehr 1968/69 zwischen Vertretern der Deutschen Bundesbahn und des Verkehrsministeriums der SBZ (Abteilung Deutsche Reichsbahn) statt. Die SBZ-Vertreter legten eine Verhandlungsvollmacht vor, die alle Attribute der Staatlichkeit herausstellte (Anlage 1). Sie verlangten die offizielle Entgegennahme dieser Vollmacht, anderenfalls sie sofort nach Ostberlin zurückfahren würden. Der Kampf um den Austausch der Vollmachten dauerte 1 ½ Tage, wobei die SBZ-Vertreter sich nachdrücklich weigerten, im Falle eines Austausches eine Erklärung der Deutschen Bundesbahn entgegenzunehmen. Am 13.12. gaben sich die SBZ-Vertreter jedoch mit einer Erklärung der Bundesbahn-Seite zufrieden, in der zwar die Entgegennahme der Vollmacht bestätigt wurde, dies jedoch mit dem Rechtsvorbehalt geschah, daß Eisenbahner keine politischen oder staatsrechtlichen Akte vollziehen könnten.

<sup>1</sup> Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahn vgl. VS-Bd. 4171 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967. Für einen Auszug vgl. Dok. 428, Anm. 27.

<sup>2</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die im Namen des „Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Verkehrswesen“ ausgestellte Verhandlungsvollmacht, den Entwurf der DDR für eine Vereinbarung über den „grenzüberschreitenden Güterzugverkehr“ zwischen der Bundesrepublik und der DDR für den Jahresfahrplan 1968/69 sowie für das gemeinsame Protokoll vom 15. Dezember 1967 über die Verhandlungen zwischen der Deutschen Bundesbahn und dem Ministerium für Verkehr der DDR vgl. VS-Bd. 4178 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>3</sup> Zum Besuch des Staatsratsvorsitzenden der DDR vom 11./12. Dezember 1967 vgl. Dok. 424, Anm. 10.

Über die von beiden Seiten vorgelegten Protokoll-Entwürfe fanden lange, fruchtlose Diskussionen statt. An dem von den SBZ-Vertretern unterbreiteten Vorschlag (Anlage 2) war folgendes bemerkenswert:

a) Die Präambel lautet:

„Protokoll über den grenzüberschreitenden Güterzugverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik für den Jahresfahrplan 1968/69“.

b) Der Text enthält dreimal das Wort „grenzüberschreitender Verkehr“ und das Wort „Grenzübergang“.

c) Alle Vereinbarungen, die bisher in Anlagen enthalten waren, sind in den Text des Protokolls selbst aufgenommen worden.

Die Verhandlungen fanden in einer gespannten Atmosphäre statt und wurden mit äußerster Hartnäckigkeit geführt. Die Delegation der Deutschen Bundesbahn mußte sich wiederholt gegen den herausfordernden diktatorischen Ton der SBZ-Delegation verwahren. Die Verhandlungen standen schließlich vor einer Unterbrechung, wobei die Deutsche Bundesbahn nach einem Weg suchte, um die Fortsetzung im Januar zu sichern. Es kam zu einer scharfen Auseinandersetzung, bei der die SBZ-Vertreter der Deutschen Bundesbahn vorwarfen, allein für den Abbruch der Verhandlungen verantwortlich zu sein. Völlig unerwartet kam es dann auf Wunsch der SBZ-Vertreter zu einer kurzen Verhandlung im engsten Kreise (4 Personen). In diesem Gespräch stimmten die SBZ-Vertreter dem 3. von der Deutschen Bundesbahn unterbreiteten Protokoll mit 4 Anlagen zu (Anlage 3).

Bezüglich der Geltungsdauer des ausgehandelten Protokolls ist folgendes bemerkenswert:

Die SBZ-Vertreter stellten sich – entgegen den allgemein geltenden Grundsätzen – auf den Standpunkt, daß die getroffene Vereinbarung nur für das kommende Fahrplanjahr gelte. Selbst wenn keine Änderungsanträge eingereicht würden, gelte die Vereinbarung in der dann folgenden Fahrplanperiode nicht mehr weiter. Es werde ein vertragsloser Zustand eintreten, erklärten die SBZ-Vertreter. Eine Einigung über diesen Punkt konnte nicht erreicht werden.

Die Deutsche Reichsbahn bestätigte jedoch ausdrücklich, daß ihre Auffassung den Berlinverkehr nicht berühre, da dieser in unbefristeten Vereinbarungen geregelt sei.

2) Zwischen Vertretern des Bausenators des Landes Berlin und Abgesandten des SBZ-Verkehrsministeriums (Abteilung Deutsche Reichsbahn) fanden am 14. und 16. September Besprechungen statt über den Abschluß einer Vereinbarung betr. die Inanspruchnahme von Reichsbahngelände für Bauvorhaben des Senats.<sup>4</sup> Bisher hatten die SBZ-Vertreter auf Formulierungen der Präambel und der Schlußformel bestanden, die die Staatlichkeit der „DDR“ besonders

<sup>4</sup> Für drei Bauvorhaben am Güterbahnhof Spandau, am Bahnhof Charlottenburg und am S-Bahnhof Innsbrucker Platz benötigte der Senat von Berlin Grundstücke, die zum Eigentum der ehemaligen Deutschen Reichsbahn gehörten. Dazu erläuterte Ministerialdirigent Sahm am 6. Dezember 1967: „Das Gelände wird von der sowjetzonalen Eisenbahnverwaltung genutzt, da diese für den Eisenbahnbetrieb in ganz Berlin verantwortlich ist. Die Bauvorhaben bedingen eine zeitweilige Einschränkung bzw. Umstellung des Eisenbahnbetriebes und damit eine kooperative Haltung der sowjetzonalen Eisenbahnverwaltung.“ Vgl. Referat II A 1, Bd. 708.

hervorhoben. Auf den Hinweis des West-Berliner Vertreters, diese Formulierungen seien nicht annehmbar, möglicherweise würden die drei Schutzmächte die Vereinbarung durch Hoheitsakt in Kraft setzen<sup>5</sup>, wick die SBZ-Seite zurück. Am 14. 12. erklärte sie sich einverstanden, daß die anstößigen Formulierungen aus dem Text der Vereinbarung gestrichen würden. Am 16. 12. stimmte die SBZ-Seite ferner zu, aus der Präambel der Vereinbarung auch den Hinweis auf den „Briefwechsel der zuständigen Stellen“ dahin abzuändern, daß lediglich auf den „Briefwechsel“ (ohne „zuständige Stellen“) Bezug genommen wird.<sup>6</sup> Nach der Rückkehr von seiner Reise nach Moskau gab Ulbricht am 13. 12. folgende Erklärung ab:

„Unsere Aufgabe war es nicht zuletzt, in Moskau darüber zu beraten, wie im Zusammenwirken der DDR mit der Sowjetunion – und natürlich auch mit den anderen sozialistischen Staaten – der Friede in Europa gesichert und wie das friedliche, gleichberechtigte Nebeneinander der beiden deutschen Staaten trotz ihrer gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen und ihrer gegensätzlichen Grundhaltung zu den politischen Hauptproblemen von Gegenwart und Zukunft herbeigeführt wird.“<sup>7</sup>

Gleichzeitig hieß es in einem Bericht des Berliner Rundfunks aus Moskau:

„Die Moskauer Verhandlungen zeigen einmal mehr, daß ein beiden Seiten nützendes und vielleicht sogar vertrauensvolles Verhältnis zwischen der Sowjetunion und den beiden deutschen Staaten vor allem von der Politik abhängt, die in Berlin und Bonn gemacht wird.“

Diese verhältnismäßig abgeschwächten Thesen unterscheiden sich auffällig von den übrigen Erklärungen und Verlautbarungen der SBZ. Ulbricht hatte z. B. noch am 1. 12. 1967 vor der Volkskammer erklärt, „daß Berlin auf dem Territorium der DDR liege und rechtlich zu ihr gehöre“.<sup>8</sup> Diese Formulierungen

<sup>5</sup> In der Sitzung der Bonner Vierergruppe am 18. Oktober 1967 äußerten die Vertreter der Drei Mächte Bedenken dagegen, „der sowjetzonalen Eisenbahnverwaltung politische Konzessionen zu machen“, und meinten, „man brauche dieselbe nicht anders zu behandeln als irgendeinen sonstigen Gewerbebetrieb in Berlin (West), der sich einem öffentlichen Bauvorhaben anpassen müsse. Wenn die sowjetzonale Eisenbahnverwaltung sich über die Inanspruchnahme von Reichsbahngelände mit dem Senat zwar der Sache nach geeinigt habe, jetzt jedoch in Formalien politisch und rechtlich fragwürdige Ansinnen stelle, so sei zu prüfen, ob nicht die Träger der obersten Gewalt in Berlin durch einseitigen Hoheitsakt das Erforderliche veranlassen sollten.“ Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahn vom 6. Dezember 1967; Referat II A 1, Bd. 708.

<sup>6</sup> In der Präambel der am 22. Dezember 1967 unterzeichneten Vereinbarung hieß es: „Der Leiter der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn, Herr Reichsbahn-Oberdirektor Knobloch, und der Leiter der Unterabteilung Straßenwesen des Senators für Bau- und Wohnungswesen, Herr Leitender Baudirektor Klotz, sind in der Zeit vom 15. Juni 1966 bis 16. Dezember 1967 zu 28 Verhandlungen über die Inanspruchnahme von Reichsbahngelände in Berlin-West für Bauvorhaben des Senators für Bau- und Wohnungswesen und in diesem Zusammenhang notwendige Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung des Eisenbahnbetriebes zusammengekommen. Sie haben unter Bezugnahme auf den vorangegangenen Briefwechsel vom 22. Dezember 1967 folgendes vereinbart.“ Vgl. Referat II A 1, Bd. 708.

<sup>7</sup> Vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. XV, S. 1139.

<sup>8</sup> Der Staatsratsvorsitzende der DDR schlug die Einsetzung einer Kommission für die Ausarbeitung einer sozialistischen Verfassung vor und führte dabei aus: „Mit dem Vertrag der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom Jahre 1955 wurde die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik herbeigeführt. Für den Status Westberlins, das auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik liegt und rechtlich zu ihr gehört, aber zur Zeit noch einem Besatzungsregime unterworfen ist, sowie für einige damit zusammenhängende Fragen, die Vereinbarungen zwischen den vier Mächten betreffen, gilt bis auf

waren im Moskauer Kommuniqué vom 13. 12. nicht mehr enthalten. Dort wurde lediglich von der „selbständigen politischen Einheit“ West-Berlin gesprochen.

Es ist schwierig, eine stichhaltige Begründung für diese Ungereimtheiten im östlichen Verhalten zu finden. Fest steht heute, daß eine umfassende psychologische Einschüchterungskampagne gegen unsere Deutschlandposition und gegen den Status Berlins im Gange ist.<sup>9</sup> Sie wird angeführt von der SED-Regierung. Moskau bleibt mehr im Hintergrund und achtet darauf, daß die Westmächte nicht zu sehr herausgefordert werden. Aus den osteuropäischen Hauptstädten treffen Nachrichten ein, wonach die dortigen Regierungen die Kampagne publizistisch und diplomatisch unterstützen – wenn auch mit unterschiedlicher Intensität.

Andererseits sind keine konkreten Störmaßnahmen getroffen worden. Alles spielt sich zur Zeit auf der Propaganda-Ebene ab. Im faktischen Bereich haben sich keine Verschlechterungen ergeben. Die obigen Beispiele<sup>10</sup> zeigen sogar das Gegenteil. Die Westmächte werden mit größter Vorsicht behandelt. Der Autobahnverkehr läuft ohne Behinderungen<sup>11</sup>. Keine militärischen Vorbereitungen der anderen Seite für eine etwaige Krise sind gemeldet worden.

Unter diesen Umständen spricht vieles dafür, daß wir psychologisch unter Druck gesetzt werden sollen, unsere Vorstellungen in der Deutschland- und Berlinfrage in Richtung auf eine Anerkennung der SBZ und des „besonderen politischen Status“ von West-Berlin zu revidieren. Hierbei scheint die Stärke der sogenannten Anerkennungspartei in der Bundesrepublik Deutschland beträchtlich überschätzt zu werden.<sup>12</sup> Gleichzeitig wird jedoch – zumindest bis

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1676*

weiteres die Regelung des Artikels 6 des Vertrages über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 12. Juni 1964. Die Volkskammer und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik werden sich unablässig dafür einsetzen, daß Schritt um Schritt auch die letzten Überreste des Zweiten Weltkrieges beseitigt werden, die von den imperialistischen Westmächten dazu benutzt werden, die Deutsche Demokratische Republik und ihre Bürger zu schädigen.“ Vgl. DzD V/1, S. 2095.

<sup>9</sup> Am 20. Dezember 1967 übermittelte der Leiter der Dienststelle Berlin des Auswärtigen Amts, Hoffmann, die Einschätzung, daß eine „neue Berlinkrise“ wenig wahrscheinlich sei: „Bei der Ausarbeitung der neuen Verfassung der SBZ stellt sich für die SED die Frage, wie Ostberlin, das bisher noch nicht voll in die ‚DDR‘ eingegliedert ist (kein Stimmrecht der Berliner Abgeordneten, besondere Übernahme von Gesetzen usw.), als völlig gleichberechtigter Bezirk in die ‚DDR‘ eingeordnet werden kann. Ob und ggf. inwieweit die Sowjetunion diesen Bestrebungen zustimmen wird, ist noch ungewiß. Es sollen hierüber zur Zeit Meinungsverschiedenheiten zwischen der Sowjetunion und dem SED-Regime bestehen. Jedenfalls könnten solche Eingliederungswünsche der SBZ nicht nur entsprechende Wünsche der Bundesrepublik hinsichtlich Westberlins auslösen, sondern möglicherweise auch die Haltung der drei Westalliierten in der Berlinfrage verändern. Die SED versucht deshalb, solchen Bestrebungen mit Angriffen gegen den Status quo zuvorzukommen und ihre These von der selbständigen politischen Einheit Westberlin als höchstreichbares Entgegenkommen darzustellen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 839; Referat II A 1, Bd. 700.

<sup>10</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Von untergeordneter Bedeutung.“

<sup>11</sup> Die Wörter „ohne Behinderungen“ wurden von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>12</sup> Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers Kiesinger über den Einfluß einer „Anerkennungspartei“ in der Bundesrepublik vgl. Dok. 346, Anm. 4.

Am 1. Dezember 1967 erklärte der Staatsratsvorsitzende der DDR vor der Volkskammer: „Es wird zur Anerkennung der DDR durch die westdeutsche Bundesrepublik kommen, weil die friedliebenden und demokratischen Kräfte in Westdeutschland wachsen und die ‚Anerkennungspartei‘ an Einfluß gewinnt.“ Vgl. DzD V/1, S. 2097.

jetzt – alles vermieden, was zu einer krisenhaften Zuspitzung der Lage führen könnte.

Unter diesen Umständen scheint Ruhe, Festigkeit und enges Einvernehmen mit den Verbündeten geboten.<sup>13</sup> Unsere Entspannungsbereitschaft sollten wir weiter betonen, gleichzeitig jedoch mit aller Deutlichkeit sagen, daß wir uns Abstriche von den Grundpositionen, die wir mit den Verbündeten teilen, nicht aufnötigen lassen.<sup>14</sup>

Es ist zu erwägen, ob wir nicht in dieser Lage einen neuen Vorstoß in der innerdeutschen Diskussion machen sollen. Zu denken wäre daran, daß der Herr Bundeskanzler in seiner Weihnachts- bzw. Neujahrsansprache an seinen letzten, bisher unbeantworteten Brief an Stoph anknüpft<sup>15</sup> und weitere Vorschläge für ein geregeltes Nebeneinander beider Teile Deutschlands macht.<sup>16</sup>

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>17</sup> vorgelegt.

Ruete

VS-Bd. 4178 (II A 1)

<sup>13</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „r[ichtig]“.

<sup>14</sup> Zu Befürchtungen, die gegenwärtige Haltung der DDR und der UdSSR in der Berlin-Frage könne zu einer neuen Krise führen, vgl. weiter Dok. 446.

<sup>15</sup> Zum Schreiben des Bundeskanzlers Kiesinger vom 28. September 1967 vgl. Dok. 325, besonders Anm. 8.

Für den Wortlaut der Weihnachtsansprache des Bundeskanzlers Kiesinger vom 24. Dezember 1967 vgl. DzD V/1, S. 2281 f.

<sup>16</sup> Der Passus „anknüpft ... macht“ wurde von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Welche?“

<sup>17</sup> Hat Staatssekretär Duckwitz am 21. Dezember und erneut am 24. Dezember 1967 vorgelegen, der für Ministerialdirektor Ruete handschriftlich vermerkte: „Ich wäre für fortlaufende genaue Beobachtung und Unterrichtung dankbar. Wie sind die jüngsten Bewegungen der Volksarmee zu bewerten?“

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort****III A 4-83.71/0-94.29-1034/67 VS-vertraulich****18. Dezember 1967<sup>1</sup>**

Betr.: Deutsch-sowjetischer Fluglinienverkehr

1) Die Botschaft Moskau erhielt am 20. 11. 1967 nach Abstimmung mit dem Bundesministerium für Verkehr<sup>2</sup> Weisung, die sowjetische Verbalnote vom 15. August 1967<sup>3</sup> mit einer Verbalnote zu beantworten, deren Wortlaut übermittelt wurde.<sup>4</sup> Die Bundesregierung sprach darin unter Bezugnahme auf das sowjetische Verhandlungsangebot eine Einladung zu Verhandlungen in Bonn aus und bat um Terminvorschläge. Mündlich sollte bei Übergabe der Verbalnote zum Ausdruck gebracht werden, daß wir eine sowjetische Bereitschaft annähmen, über eine Streckenführung via Eger zu verhandeln. Wir seien nicht in der Lage, über die Benutzung des Luftkorridors zu verhandeln.<sup>5</sup>

2) Hierzu schlug die Botschaft am 21. 11.<sup>6</sup> vor, zunächst nur mündlich vorstellig zu werden und, wenn der Ausgang des Gesprächs es ratsam erscheinen lasse, nachträglich die vorgesehene Verbalnote zuzusenden, da sonst vermutet werden könnte, daß wir im Falle einer Ablehnung unserer unvollständigen Note den „schwarzen Peter“ für das Nichtzustandekommen des Luftverkehrs den Sowjets zuspielen wollten.

3) Mit Drahterlaß vom 23. 11.<sup>7</sup> erklärte sich das Auswärtige Amt mit dem Vorschlag der Botschaft einverstanden, wies aber daraufhin, daß aus formellen Gründen eine spätere Übergabe der Verbalnote vorzusehen sei. Dieser Erlaß wurde nicht mit dem BMV abgestimmt, da es sich um eine reine Verfahrensfrage handelte, für die das Auswärtige Amt allein zuständig ist.

4) Am 25. 11. berichtete Botschafter von Walther über den Verlauf seines Gesprächs mit dem Leiter der Deutschlandabteilung des sowjetischen Außenministeriums, Gesandten Blatow, den er aufgrund der Weisung vom 23. 11. aufgesucht hatte.<sup>8</sup>

Er übermittelte hierbei mündlich die Einladung, eine sowjetische Delegation zu Verhandlungen nach Bonn zu senden, falls die Sowjetregierung sich entschieße, von dem Trassenvorschlag Eger Gebrauch zu machen. Auf die Frage

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Soltmann und vom Vortragenden Legationsrat Ingendaay konzipiert.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 385.

<sup>3</sup> Zur Note der UdSSR vgl. Dok. 309, Anm. 2.

<sup>4</sup> Für den Drahterlaß Nr. 951 des Ministerialdirektors Harkort an Botschafter von Walther, Moskau, vgl. VS-Bd. 4247 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Zur Schaffung der Luftkorridore durch die Alliierten im November 1945 vgl. Dok. 235, Anm. 4. Zur Haltung der Drei Mächte in der Frage einer Streckenführung zwischen Moskau und Frankfurt/Main vgl. Dok. 385.

<sup>6</sup> Vgl. den Drahtbericht Nr. 1494 des Botschafters von Walther, Moskau; VS-Bd. 8349 B (III A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Für den Drahterlaß Nr. 960 des Ministerialdirektors Harkort vgl. VS-Bd. 8349 B (III A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>8</sup> Für den Drahtbericht Nr. 1520 vgl. VS-Bd. 8349 B (III A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

Blatows, ob der Besuch des Botschafters als Beantwortung der sowjetischen Note vom 15. August 1967 zu werten sei, wurde dies bejaht. Blatow schien nach Auffassung von Herrn von Walther eine schriftliche Festlegung der Antwort offensichtlich nicht für erforderlich zu halten.

5) Mit beiliegendem Schreiben des Staatssekretärs des Bundesverkehrsministeriums vom 13. Dezember 1967 äußert das BMV erhebliche Bedenken gegen das *Procedere* in Moskau<sup>9</sup>; insbesondere wird Wert darauf gelegt, daß die Verbalnote entsprechend der zwischen dem BMV und dem AA getroffenen Absprache<sup>10</sup> übergeben wird.

6) Abteilung III ist der Auffassung, daß die von Botschafter von Walther angestellten Überlegungen über die seines Erachtens zweckmäßigsten Mittel nicht zum Gegenstand von Ressortbesprechungen gemacht werden können.<sup>11</sup> Den Bedenken des BMV ist aber insoweit zuzustimmen, als wir, wie unter Punkt 3) erwähnt, schon aus innenpolitischen Gründen Wert auf eine formgerechte Beantwortung legen sollten. Wenn unter außenpolitischen Gesichtspunkten unser Botschafter in Moskau die Ansicht vertritt, daß sich im beiderseitigen Einverständnis eine Note erübrigt, so könnte dem wohl gefolgt werden; die Gefahr etwaiger sowjetischer Vorhaltungen zu späterer Zeit bleibt aber bestehen. Wenn dies auch im bilateralen Verhältnis vielleicht nicht zu viel Gewicht hat, so müßte sich doch das Auswärtige Amt bei innerpolitischen Auseinandersetzungen vorhalten lassen, eine sowjetische Verbalnote nicht formgerecht beantwortet zu haben. Dies wäre uns dann besonders unangenehm, wenn mit solchen Argumenten dargetan würde, daß ein sowjetisches Verhandlungsangebot für das Zustandekommen einer für beide Seiten wichtigen Luftlinie unausgenutzt geblieben sei. Es darf daran erinnert werden, daß wir vor etwa zwei Jahren von dem Abgeordneten Müller-Herrmann darauf hingewiesen wurden, ein sowjetisches Aide-mémoire in der Luftverkehrsfrage vom 6. 8. 1958 zunächst gar nicht und dann erst zu Beginn des Jahres 1959 nur durch einen Zwischenbescheid beantwortet zu haben.<sup>12</sup>

<sup>9</sup> Der Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Wittrock, äußerte die Besorgnis, daß durch die nur mündliche Vorsprache des Botschafters von Walther, Moskau, im sowjetischen Außenministerium „das deutsche Interesse, die Lufthansa sobald wie möglich am Luftverkehr mit der Sowjetunion teilnehmen zu lassen, wahrscheinlich für lange Zeit blockiert ist. [...] In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, daß die Aeroflot bereits die um das Bundesgebiet gelegenen Punkte Kopenhagen, London, Amsterdam, Brüssel, Paris und Zürich bedient. Für Aeroflot ist der Anflug von Frankfurt daher keineswegs so interessant wie für die Lufthansa die Einbeziehung von Moskau in ihr Flugliniennetz. Die Lufthansa läuft immer mehr Gefahr, bei der Vergabe der für den zukünftigen Verkehr nach Süd- und Ostasien wichtigen Verkehrsrechte seitens der Sowjetunion leer auszugehen.“ Vgl. VS-Bd. 8349 B (III A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>10</sup> Am 20. November 1967 übermittelte der Abteilungsleiter im Bundesministerium für Verkehr, Schmidt-Ott, Vortragendem Legationsrat I. Klasse Soltmann das Einverständnis seines Ministeriums, der UdSSR mit der Annahme ihres Angebots zur Aufnahme von Luftverkehrsverhandlungen mündlich gleichzeitig mitzuteilen, daß die Bundesregierung nur an eine Streckenführung über Eger denke: „Die Verbalnote selbst sollte so, wie bereits vereinbart, gefaßt bleiben“. Vgl. VS-Bd. 8349 B (III A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>11</sup> Dazu handschriftliche Bemerkung des Staatssekretärs Lahr: „Wir sollten aber unser Verhalten erläutern.“

<sup>12</sup> Mit Aide-mémoire vom 6. August 1958 erklärte die sowjetische Regierung ihre Bereitschaft zu Verhandlungen über eine Luftverkehrsverbindung zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik. Im Hinblick auf das damalige sowjetische Vorgehen in der Berlin-Frage wurde die Vertretung in Moskau angewiesen, die Angelegenheit nicht weiter zu verfolgen. Am 8. Januar 1959 wurde sie ge-



7) Die Botschaft soll mit beiliegender Weisung gebeten werden, die Verbalnote nunmehr zu übergeben.<sup>13</sup> Ein Antwortentwurf für ein Schreiben des Herrn Staatssekretärs an Herrn Staatssekretär Wittrock wird ebenfalls beigefügt.<sup>14</sup>

8) Abteilung II hat mitgezeichnet.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>15</sup> mit der Bitte um Kenntnisnahme und Zustimmung vorgelegt.

Harkort

VS-Bd. 8349 B (III A 4)

## 440

### Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem amerikanischen Botschafter McGhee

Z A 5-136.A/67

19. Dezember 1967<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler empfing am 19. Dezember 1967 um 17 Uhr den amerikanischen Botschafter McGhee im Beisein von MR Dr. Boss zu einem Gespräch.

Zum NV-Vertrag bemerkte *McGhee*, Präsident Johnson wolle sichergehen, daß der Herr Bundeskanzler überzeugt sei, daß Amerika die deutschen Besorgnisse in diesem Zusammenhang voll zu würdigen wisse und auf keine Entscheidung dränge. Der Herr *Bundeskanzler* sagte dazu, seines Erachtens sollten die Außenminister Deutschlands und Amerikas<sup>2</sup> einige der Probleme einmal erörtern, denn er wolle, daß völlige Klarheit über die deutschen Vorstellungen und Beweggründe herrsche. Unter anderem habe ihn ein Satz Fosters etwas erstaunt, der gesagt habe, daß zur Lösung des Artikels III dasselbe Verfahren angewandt werden solle, mittels dessen die Artikel I und II gelöst worden sei-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1680*

beten, der sowjetischen Regierung in einem Zwischenbescheid mitzuteilen, daß das Aide-mémoire noch geprüft werde und die Bundesregierung zu gegebener Zeit darauf zurückkommen werde. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Graf von Hardenberg vom 1. September 1965; VS-Bd. 8349 B (III A 4); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>13</sup> Dem Vorgang beigefügt. Für den Drahterlaß Nr. 1042 des Ministerialdirektors Harkort vom 18. Dezember 1967, der am 22. Dezember 1967 übermittelt wurde, vgl. VS-Bd. 8349 B (III A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>14</sup> Dem Vorgang beigefügt. Für das Schreiben des Staatssekretärs Lahr vom 2. Januar 1968 vgl. VS-Bd. 8349 B (III A 4); B 150, Aktenkopien 1968.

<sup>15</sup> Hat laut Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hoffmann Staatssekretär Duckwitz vorgelegen.

Hat Staatssekretär Lahr am 21. Dezember 1967 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Einv[erstanden] mit F[ern]S[chreiben], zum A[ntwort]E[ntwurf] s[iehe] o[ben].“ Vgl. Anm. 10.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 20. Dezember 1967 gefertigt.

<sup>2</sup> Dean Rusk.

en.<sup>3</sup> Er nehme an, daß damit nicht etwa das Verfahren gemeint sei, bei dem Artikel I und II durch direkte Verständigung zwischen Amerika und Rußland ohne Konsultation der alliierten Regierungen entworfen worden seien. Botschafter McGhee sagte dazu, sicherlich sei nicht dieser Aspekt des Verfahrens gemeint gewesen. Aus dem letzten Gespräch der beiden Kopräsidenten sei zu berichten, daß Foster den Russen ganz klar gemacht habe, daß für Artikel III keine Lösung in Frage komme, die unter dem amerikanischen Entwurf vom 2. November<sup>4</sup> liege. Roschtschin habe daraufhin nur auf den russischen Entwurf<sup>5</sup> verwiesen, jedoch sonst nicht näher Stellung genommen. In der Frage der Geltungsdauer des Vertrages seien die Russen zwar allgemein negativ, hätten aber noch keine endgültige Position bezogen.<sup>6</sup> Der Herr Bundeskanzler verwies dann noch auf den Absatz aus dem letzten Schreiben Johnsons<sup>7</sup>, in dem gesagt werde, daß die Unterzeichnerstaaten des NV-Vertrages an dem freien Austausch nuklearer Energie für friedliche Zwecke teilnehmen sollten. Er hoffe, daß hiermit nicht etwa Frankreich vom freien Austausch ausgeschlossen werden sollte, da sonst EURATOM in Schwierigkeiten geraten könnte. McGhee betonte, dieser Absatz sei sicherlich nicht exklusiv gemeint gewesen. Er werde dies aber zu Hause klären.<sup>8</sup>

<sup>3</sup> Am 15. Dezember 1967 berichtete die amerikanische Delegation bei der Konferenz der 18-Mächte-Abüstungskommission in Genf über die Sitzung der beiden Ko-Präsidenten Foster und Roschtschin vom selben Tag: „Foster said that, as was the case with the procedure used to find a solution for Articles I and II, we should deal with heart of the matter as regards Art[icle] III and avoid complicating solution we both want by attempting to use politically unacceptable labels. After exhaustive allied consultations, US has concluded the road to solution lies through Nov[ember] 2 formulation.“ Vgl. FRUS 1964–1968, Bd. XI, S. 543.

<sup>4</sup> Zum amerikanischen Entwurf eines Artikels III (Kontrollartikel) für ein Nichtverbreitungsabkommen vgl. Dok. 402, Anm. 14.

<sup>5</sup> Zum sowjetischen Entwurf vom 1. September 1967 für einen Artikel III (Kontrollartikel) eines Nichtverbreitungsabkommens vgl. Dok. 322.

<sup>6</sup> Am 20. Dezember 1967 notierte Staatssekretär Duckwitz, daß der amerikanische Botschafter ihn über das Gespräch mit dem Bundeskanzler vom Vortag informiert habe. McGhee habe es begrüßt, daß Kiesinger sich bei den weiteren Verhandlungen auf die vier Punkte „duration, verification, guarantee against blackmail etc., security“ konzentrieren wolle. Er nehme an, „daß damit und im übrigen durch den Briefwechsel zwischen Präsident Johnson und dem Herrn Bundeskanzler“ das Aide-mémoire der Bundesregierung vom 21. November 1967 überholt sei: „Die in diesem Aide-mémoire enthaltenen weiteren Wünsche würden ohnehin einer Ablehnung anheimfallen, und diese Ablehnung möchten weder die Amerikaner aussprechen noch aber uns in die Lage versetzen, sie akzeptieren zu müssen.“ Vgl. VS-Bd. 436 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Zum Schreiben vom 11. Dezember 1967 vgl. Dok. 431, besonders Anm. 2.

<sup>8</sup> Dazu teilte Ministerialdirektor Ruete Staatssekretär Duckwitz am 22. Dezember 1967 ergänzend mit, daß nach Auskunft des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Boss, Bundeskanzleramt, der amerikanische Botschafter McGhee Bundeskanzler Kiesinger erklärt habe, es sei nicht die Absicht der USA, Frankreich von der nuklearen Energieversorgung auszuschließen: „Die Ausführungen des Präsidenten bezögen sich nur auf nichtnukleare Staaten. Frankreich werde als Nuklearstaat an der Energieversorgung teilhaben. (Diese Interpretation ist aus dem Wortlaut des Briefes von Präsident Johnson nicht herauszulesen!)“ Ruete fuhr fort: „Nach der Schilderung, die mir von Herrn Boss von dem Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und McGhee gegeben worden ist, und auf Grund Ihrer Aufzeichnung über Ihr Gespräch mit Botschafter McGhee muß ich zu dem Ergebnis kommen, daß McGhee versucht, gewisse Gegensätze zwischen Bundeskanzleramt und Auswärtigem Amt herzustellen. Jedenfalls habe ich nicht den Eindruck, daß er Ihnen eine wahrheitsgemäße Darstellung seines Gesprächs mit dem Bundeskanzler gegeben hat.“ Vgl. VS-Bd. 4097 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1967.

Zum geplanten Nichtverbreitungsabkommen vgl. weiter den Drahtbericht 139 des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 18. Januar 1968; AAPD 1968.

Der Herr *Bundeskanzler* erläuterte dann die Lage in der Frage des Beitritts Englands zur EWG und hob insbesondere hervor, daß Deutschland den britischen Antrag weiterhin unterstütze, jedoch eine Krise in der Gemeinschaft verhindern wolle.<sup>9</sup> Es wäre falsch, heute schon Kompromißvorschläge zu machen, da England diese im jetzigen Augenblick angesichts seiner bisherigen Erklärungen sicherlich ablehnen müßte.<sup>10</sup> Die deutsche Marschrichtung sei deswegen, die Englandfrage weiter auf der Tagesordnung des Ministerrats zu halten und nach entsprechender Vorbereitung Kompromißvorschläge zu machen, welche dem Ansehen und der Würde Englands Rechnung trügen, gleichzeitig aber die große Krise vermieden.

Der Herr *Bundeskanzler* kam dann darauf zu sprechen, daß gelegentlich die Gefahr bestehe, daß gewisse deutsche Schritte in Amerika falsch verstanden würden. Dies gelte es unter allen Umständen zu vermeiden. Die deutsche Politik einer Verbesserung der Atmosphäre mit Deutschlands östlichen Nachbarn einschließlich der Sowjetunion dürfe nicht als ein mögliches Rapprochement an Rußland mit gleichzeitiger Entfernung von den Vereinigten Staaten verstanden werden. Eine atlantische Union würde allerdings neue Probleme aufwerfen, doch wolle Deutschland, daß Europa ein loyaler Partner Amerikas sei. Botschafter *McGhee* sagte dazu, Amerika habe unter Kennedy die Entspannungspolitik erfunden und sei dafür oft kritisiert worden. Es könne also heute keinerlei Einwände erheben, wenn die Bundesrepublik eine Entspannungspolitik betreibe.

Der Herr *Bundeskanzler* warnte des weiteren davor, eine mögliche Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Jugoslawien so aufzufassen, als gebe die Bundesregierung die Hallstein-Doktrin und den Alleinvertretungsanspruch auf. Sie würde es auch weiterhin als einen unfreundlichen Akt empfinden, wenn irgendein anderes Land das ostdeutsche Regime anerkennen würde. Der Herr *Bundeskanzler* dankte in diesem Zusammenhang für die amerikanische Reaktion auf die sowjetische Erklärung<sup>11</sup> sowie auf den bulgarischen Vorstoß in den Vereinten Nationen<sup>12</sup>. Botschafter *McGhee* bemerkte, Amerika sei in keiner Beziehung besorgt wegen der deutschen Ostpolitik. Die Hallstein-Doktrin sei eine deutsche Angelegenheit, und Amerika werde Deutschland solange darin unterstützen, als die Bundesregierung die Hallstein-Doktrin aufrechterhalten

<sup>9</sup> Zur EG-Ministerratstagung am 18./19. Dezember 1967 in Brüssel vgl. Dok. 442.

<sup>10</sup> Zu ablehnenden Haltung der britischen Regierung gegenüber der Möglichkeit einer Assoziierung mit der EG vgl. Dok. 420, Anm. 12.

<sup>11</sup> Zur amerikanischen Antwort vom 29. Dezember 1967 auf die sowjetische Erklärung vom 8. Dezember 1967 vgl. Dok. 443.

<sup>12</sup> Am 21. November 1967 übermittelte der bulgarische Botschafter bei der UNO in New York, Tarabanow, dem Präsidenten der XXII. UNO-Generalversammlung, Manescu, ein Schreiben der DDR. Darin wurde mit Blick auf eine geplante Erörterung der Ständes der Entkolonialisierung auf die „Aktivitäten westdeutscher Monopole in den noch abhängigen Gebieten und [auf] die neokolonialistische Politik der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik“, insbesondere in Südafrika, Rhodesien und Portugal, hingewiesen. Tarabanow bat abschließend, das Schreiben als amtliches Dokument der UNO-Generalversammlung in Umlauf zu setzen. Vgl. DzD V/1, S. 2059–2062.

Mit Schreiben vom 11. Dezember 1967 an Manescu stellten die Botschafter der Drei Mächte bei der UNO in New York, Goldberg (USA), Lord Caradon (Großbritannien) und Bérard (Frankreich) dazu fest, daß die Bundesregierung „die einzige frei und rechtmäßig gewählte deutsche Regierung und infolgedessen berechtigt [sei], als Vertreterin des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten für Deutschland zu sprechen“. Vgl. DzD V/1, S. 2203.

wolle. Andererseits wäre Amerika auch nicht besorgt, wenn die Bundesregierung zu der Überzeugung käme, die Hallstein-Doktrin müsse aufgegeben werden, denn hier handle es sich letztlich um eine Sache der deutschen Politik.

Zum Schluß des Gesprächs sagte Botschafter McGhee, die Maryland Universität in Heidelberg beabsichtige, dem Herrn Bundeskanzler im Juni einen Ehrendoktorhut zu verleihen.<sup>13</sup> Eine schriftliche Einladung werde noch erfolgen.

Das Gespräch endete um 17.45 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 26**

## 441

### Aufzeichnung des Botschafters Sachs, Brüssel (EG)

I A 2-81.12-94.09-2000/67 geheim

19. Dezember 1967<sup>1</sup>

Betr.: Beitrittsanträge zu den Europäischen Gemeinschaften<sup>2</sup>

Nach Abschluß der Ratstagung<sup>3</sup> fand am 19. Dezember abends noch eine kurze Aussprache unter den fünf Außenministern ohne Beteiligung Frankreichs statt.

Außenminister Brandt eröffnete die Sitzung mit dem Hinweis, es sei jetzt nötig für die Fünf, die gleiche Sprache zu sprechen. Es werde auch wichtig sein, miteinander Kontakt zu halten. Die Einzelheiten brauche man indessen jetzt nicht zu klären. Man solle die Weihnachtspause nutzen, um über die Ergebnisse der Ratstagung nachzudenken und gegebenenfalls neue Ideen zu entwickeln.

Außenminister Luns wies darauf hin, daß er übermorgen auf einer zu diesem Zweck einberufenen Sondersitzung des niederländischen Parlaments über den Stand der Beitrittsverhandlungen sprechen müsse.<sup>4</sup> Er regte sodann an, daß die fünf Länder, und zwar nicht als eine Art Rumpf-EWG, sondern als einzelne

<sup>13</sup> Bundeskanzler Kiesinger wurde am 2. Juni 1968 mit der Ehrendoktorwürde der University of Maryland ausgezeichnet. Vgl. dazu BULLETIN 1968, S. 601 f.

<sup>1</sup> Durchdruck.

<sup>2</sup> Zu den Beitrittsanträgen Dänemarks, Großbritanniens und Irlands vom 11. Mai 1967 vgl. Dok. 197, Anm. 4.

Norwegen stellte am 21. Juli 1967 einen Antrag auf Beitritt zur EG.

<sup>3</sup> Zur EG-Ministerratstagung am 18./19. Dezember 1967 in Brüssel vgl. Dok. 442.

<sup>4</sup> Am 21. Dezember 1967 erklärte Außenminister Luns vor dem niederländischen Parlament, daß die „erneute Ablehnung [...] der Regierung einen schweren Schock versetzt“ habe, weil „ein großer europäischer Staat, der in so vieler Hinsicht mit Recht einen bedeutenden, sogar führenden Platz unter den Völkern Westeuropas beanspruchen kann, [...] eine derartig negative Politik betreibt“. Er regte an, daß „diejenigen Mitgliedstaaten, die die Ausweitung wünschen, individuell und gemeinsam mit den zukünftigen Mitgliedstaaten in enger Fühlung bleiben, um auf allen Gebieten, die sich dazu eignen, zu einer aktiven und fruchtbaren Zusammenarbeit zu gelangen. Die Regierung ist der Ansicht, daß mit Macht nach einer Form der Zusammenarbeit gestrebt werden muß, die sowohl politisch der Überzeugung Ausdruck gibt, daß diese Länder zu Europa gehören und in den Prozeß der Einigung einbezogen werden müssen, als auch die Möglichkeit bietet, zu konkreter Aktion überzugehen.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 47 f.

Länder mit Großbritannien eine Reihe von Abkommen auf politischem, wirtschaftlichem und technischem Gebiet schließen sollten. Dies sei nötig, um Großbritannien enger an den Kontinent zu binden und ein Gegengewicht gegen die in London zu erwartende Enttäuschung zu setzen. Er sei darüber unterrichtet, daß Großbritannien einer solchen Aktivierung der Politik ihm gegenüber günstig eingestellt sei. Außerdem könne eine solche Orientierung dazu beitragen, andernfalls notwendig werdende extreme Maßnahmen innerhalb des Gemeinsamen Marktes zu vermeiden.

Bundesaußenminister Brandt erklärte hierzu, die niederländischen Gedanken müßten erst sorgfältig geprüft werden. Falls die Minister sich nicht selbst darüber unterhalten könnten, solle man Besprechungen ihrer engeren Mitarbeiter ins Auge fassen.

Außenminister Harmel sprach von der Notwendigkeit einer kollektiven Anstrengung. Er stimmte im übrigen dem deutschen Außenminister zu und erwähnte die Möglichkeit von Konsultationen mit dem Vereinigten Königreich, ohne deren Form zu präzisieren. Im übrigen regte er an, daß der deutsche Außenminister die Initiative zu einem weiteren Treffen der Fünf ergreifen sollte.

Außenminister Fanfani warnte vor übereilten Schlußfolgerungen. Man müsse erst darüber nachdenken, was geschehen sei und wie man das Beste daraus machen könnte. Weisheit und Festigkeit seien das Gebot der Stunde. Er mache sich große Sorgen wegen der Reaktion der italienischen Öffentlichkeit und insbesondere des Parlaments. Es werde, wie auch in anderen Ländern, nicht leicht sein, in Italien gegenwärtig Geduld zu predigen.

Außenminister Grégoire trat Fanfani bei. Auch er sprach sich für eine feste Haltung der Fünf aus. Er betonte gleichfalls die parlamentarischen Schwierigkeiten. Im übrigen meinte er aber, bevor wir versuchten, anderen zu helfen, sollten wir zuerst unsere eigene Enttäuschung verwinden.

Bundesaußenminister Brandt erklärte abschließend, daß seiner Auffassung nach doch in absehbarer Zeit die Möglichkeit einer konstruktiven Diskussion bestehe. Er sei auch dagegen, nach außen hin eine zu pessimistische Einstellung zur Schau zu tragen. Eine solche Bewertung sei wichtig, weil einmal die Gefahr nicht zu unterschätzen sei, daß Großbritannien sich vom Kontinent entfernen werde. Darüber hinaus gebe es in Deutschland ein ungelöstes nationales Problem. Wenn man der deutschen Jugend zusätzlich auch noch die Hoffnung auf die europäische Einigung nehme, müsse das sehr bedenkliche Folgen haben.

Er schlug vor, daß man der Presse zu dem Treffen lediglich sagen sollte, es seien informelle Gespräche geführt worden, und man beabsichtige, miteinander in Verbindung zu bleiben.

gez. Sachs

### Botschafter Sachs, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 2431  
Citissime

Aufgabe: 20. Dezember 1967, 09.40 Uhr  
Ankunft: 20. Dezember 1967, 11.50 Uhr

Betr.: 18. Ratstagung am 18./19. Dezember 1967  
hier: TO-Punkt 4 – Beitrittsanträge<sup>1</sup>

A. Die Aussprache am ersten Tage der Ratstagung hatte folgendes Ergebnis:

Der Rat erörterte alle noch offenen Fragen der Themenliste der Präsidentschaft vom 14.11.<sup>2</sup> Hierbei ergab sich, daß fünf Delegationen zu jedem Punkt die Aufnahme von Verhandlungen mit den Antragstellern befürworteten. Frankreich dagegen erklärte, Beitrittsverhandlungen könnten erst nach einer dauerhaften wirtschaftlichen und monetären Konsolidierung Großbritanniens eröffnet werden. Es schlug vor, als vorläufige gemeinsame Auffassung festzuhalten, daß der Beitritt durch die wirtschaftliche und monetäre Gesundung Großbritanniens bedingt sei. Dem widersprachen die anderen Delegationen.

Aus der Debatte im Rat ist folgendes festzuhalten:

I. Zum Punkt „Wirtschaftliche Lage Großbritanniens, insbesondere Währungs- und Finanzfragen“ trug der Bundesminister des Auswärtigen den Inhalt der vorbereiteten Erklärung vom 14. Dezember „Wiederherstellung eines wirtschaftlichen Gleichgewichtes in Großbritannien“ (BMWi, EA 3–905.883<sup>3</sup>) vor.

Minister Couve erklärte: Nach französischer Auffassung könne man zur Zeit nur feststellen, daß die wirtschaftliche und währungspolitische Lage Großbritanniens einen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft noch nicht erlaube. Die englische Wirtschaft müsse gesund und die Zahlungsbilanz müsse in Ordnung kommen. Dies hänge in großem Maße von der Rolle des Pfundes als Reservewährung<sup>4</sup> ab. Der Charakter des Pfundes als Reservewährung sei ein ständiges Hindernis für die Gesundung der Zahlungsbilanz. Ob die Abwertung zu dieser Gesundung führen werde, hänge entscheidend von den die Abwertung flankierenden Maßnahmen der britischen Regierung ab.<sup>5</sup> Hierüber sei im

<sup>1</sup> Zu den Beitrittsanträgen Dänemarks, Großbritanniens und Irlands vom 11. Mai 1967 vgl. Dok. 197, Anm. 4.

Norwegen stellte am 21. Juli 1967 einen Antrag auf Beitritt zur EG.

<sup>2</sup> Zu den bereits auf der EG-Ministerratstagung am 20. November 1967 in Brüssel behandelten Sachfragen vgl. Dok. 407, Anm. 2.

<sup>3</sup> In dem „Sprechzettel“ des Bundesministeriums für Wirtschaft wurden die seit 1964 von der britischen Regierung angestrebten Maßnahmen zur Verbesserung der Zahlungsbilanz herausgestellt, insbesondere die Abwertung des Pfund Sterling am 18. November 1967, die „der britischen Wirtschaft vor allem einen Exportvorsprung verschaffen und damit zu der dringend notwendigen Verbesserung der britischen Handelsbilanz beitragen“ werde. Ferner wurde daran erinnert, daß die Schaffung eines Gemeinsamen Marktes auch den Volkswirtschaften der Gründungsmitglieder der EG neue dynamische Impulse gegeben habe, und dazu aufgefordert, sich bei der weiteren Verhandlung der Beitrittsfrage von der „Solidarität gegenüber Großbritannien“ leiten zu lassen. Vgl. Referat I A 2, Bd. 1468.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 8, Anm. 22.

<sup>5</sup> Zur Abwertung des Pfund Sterling am 18. November 1967 vgl. Dok. 433, Anm. 2.

Augenblick noch kein Urteil möglich. Die Lage sei im Vergleich zu 1957 jetzt eine andere. Damals, bei der Gründung der Gemeinschaft, habe niemand annehmen können, daß Frankreich seine Wirtschaft so stabilisieren könne, um ihm zu erlauben, alle Verpflichtungen des Vertrages<sup>6</sup> zu erfüllen. Dennoch sei man dieses Risiko eingegangen und habe den Vertrag abgeschlossen. Heute hingegen ginge es darum, das Erreichte nicht dadurch aufs Spiel zu setzen, daß man ein Land beitreten lasse, das wegen seiner Wirtschaftskrise das von den Sechs gemeinsam Aufgebaute zu zerstören riskiere.

Bundesminister Brandt erwiderte, es stelle sich jetzt nicht die Frage, ob Großbritannien jetzt schon alle Verpflichtungen aus dem Vertrag erfüllen könne, sondern ob die Gemeinschaft bereit sei, mit Großbritannien zu verhandeln, die britische Regierung habe selbst erklärt, daß Großbritannien der Gemeinschaft erst nach Stabilisierung seiner Wirtschafts- und Finanzlage beitreten wolle. Dieser Konsolidierungsprozeß der britischen Wirtschaft werde einige Zeit dauern, aber auch die Verhandlungen mit Großbritannien würden längere Zeit in Anspruch nehmen, so daß beides nebeneinander herlaufen könnte. Es sei zweckmäßig, durch Aufnahme der Beitrittsverhandlungen den Konsolidierungsprozeß der britischen Wirtschaft zu erleichtern.

Sodann trug Bundesminister Brandt die vorbereitete Erklärung vom 14. 12. (BMWi, AA, BMF) „Stellung des Pfundes als Reservewährung“<sup>7</sup> vor.

Minister Luns erklärte, es sei unmöglich, den völligen Ausgleich der britischen Zahlungsbilanz vor Beginn der Beitrittsverhandlungen zu verlangen. Eine schon seit 10 Jahren bestehende Gemeinschaft sei innerlich so gefestigt, daß sie auch ein neues Mitglied aufnehmen könne, dessen Wirtschaftslage nicht völlig stabilisiert sei. Minister Luns sprach sich für möglichst baldigen Verhandlungsbeginn aus. Die Rolle des Pfundes als Reservewährung sei jedenfalls solange kein Hindernis des Beitritts, als eine gemeinsame Währungspolitik der Gemeinschaften nicht bestehe. Im übrigen könne die Gemeinschaft allein das Problem des Pfundes nicht lösen, dies könne nur in einem größeren internationalen Rahmen geschehen. Es sei nicht fair, von Großbritannien Maßnahmen zur Sanierung seiner Wirtschaft zu verlangen, ohne daß die britische Regierung eine Gewißheit über das Schicksal ihres Beitrittsantrags habe.

Außenminister Fanfani sprach sich für die Aufnahme der Verhandlungen aus. Italien sei nicht der Auffassung, daß die Gemeinschaft die Verantwortung da-

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1013.

<sup>7</sup> Bundesminister Brandt führte aus, daß sich Rückwirkungen aus der Stellung des Pfund Sterling als Reservewährung auf die Europäischen Gemeinschaften dann ergäben, wenn die britischen Währungsreserven nicht für die von zahlreichen Staaten gehaltenen Sterling-Guthaben ausreichten. Nach Ansicht der Bundesregierung werde die Größenordnung dieser Frage aber übertrieben. Im übrigen müsse mit der britischen Regierung über Maßnahmen gesprochen werden, wie auf lange Sicht die historisch gewachsene Stellung des Pfund Sterling als Reservewährung abgebaut und welche andere Form der Reservehaltung den betreffenden Staaten angeboten werden könne. Insbesondere müsse Klarheit gewonnen werden über die Ablösung der britischen Verbindlichkeiten gegenüber Staaten mit Sterling-Guthaben; hierzu würden „Diskussionen in weiterem internationalen Rahmen“ erforderlich. Die Bundesregierung sei der Überzeugung, daß „die Probleme des britischen Pfundes lösbar sind, daß es dazu aber möglichst baldiger Gespräche mit der britischen Regierung bedarf“. Vgl. den „Sprechzettel“ vom 16. November 1967; Referat I A 2, Bd. 1466 a.

für tragen könne, den Zusammenschluß Europas zu blockieren, ehe nicht alle Möglichkeiten vorheriger Kontakte und Verhandlungen ausgeschöpft seien.

Außenminister Harmel stellte die Frage, ob die Gesundung der britischen Wirtschaft von Großbritannien allein oder in gemeinsamen Anstrengungen mit den Sechs erreicht werden solle. Letzteres halte die belgische Regierung für den richtigen Weg. Ohne Verhandlungen sei es nicht möglich, sich von den notwendigen Anpassungen der britischen Wirtschaft ein Bild zu machen. Zudem müßten diese in Übereinstimmung gebracht werden mit der künftigen Entwicklung der Gemeinschaft. Die Übernahme der Reservestellung des Pfundes durch andere Reservemedien sei nicht ohne Verhandlungen möglich. Jedes Land bleibe während der Verhandlungen frei, von ihrem Erfolg oder Mißerfolg auszugehen. Einzige Vorbedingung sei der gute Wille auf allen Seiten.

Außenminister Grégoire erklärte, die Grundlagen der britischen Wirtschaft seien die gleichen wie die der Sechs. Allerdings sei die Verschlechterung der britischen Zahlungsbilanz für die Gemeinschaft und das internationale Währungssystem eine Gefahr. Die beste Hilfe für Großbritannien sei eine günstige Aufnahme seines Beitrittsgesuchs. Dieser Beweis europäischer Solidarität werde von selbst das Vertrauen in die britische Wirtschaft wiederherstellen.

Minister Couve meinte, die bisherige Debatte lasse bereits die Schlußfolgerung zu, daß nach Auffassung aller Delegationen der Beitritt Großbritanniens der Wiederherstellung seines wirtschaftlichen und monetären Gleichgewichts untergeordnet sei. Auch die britische Regierung sei, wie Minister Brandt erklärt habe, dieser Auffassung. Selbst wenn man Verhandlungen führen würde so bleibe ihr Ausgang offen, wenn bis dahin die Wirtschaft und Zahlungsbilanz Großbritanniens nicht gesundet seien.

Die übrigen Delegationen stimmten Minister Couve de Murville nur insoweit bei, als sie anerkannten, daß die Gesundung der britischen Wirtschafts- und Finanzlage für den Beitritt Großbritanniens von wesentlicher Bedeutung sei.

II. Zum Punkt Landwirtschaftspolitik einschließlich Agrarfinanzierung trug Bundesminister Brandt den Inhalt der vorbereiteten Erklärungen vom 15. 12. 1967 (BML „Agrarpolitik“ vom 15. 12. 67<sup>8</sup>, AA II A 2-85.03/2 „Agrarfinanzierung“<sup>9</sup>) vor. Die anderen Delegationen brachten übereinstimmend zum Ausdruck, daß die Antragsteller das System der Agrarpolitik der Gemeinschaft zu übernehmen hätten. Darüber hinaus erklärte Minister Couve, daß die Agrarfinanzierung für die Endphase<sup>10</sup> vor Aufnahme der Verhandlungen mit

<sup>8</sup> Korrigiert aus: „14. 12. 67“.

In dem „Sprechzettel“ des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wurde ausgeführt, „daß aus agrarpolitischer Sicht die Erweiterung der Gemeinschaft um den aufnahmefähigen britischen Verbrauchermarkt wünschenswert ist. Der Beitritt agrarischer Überschußländer wirft dagegen aus landwirtschaftlicher und finanzieller Sicht notwendigerweise Probleme auf. Für den Zeitpunkt, zu dem die vier Beitrittsverträge wirksam werden sollen, wird dieser Zusammenhang gebührend zu berücksichtigen sein. Im übrigen ist die gemeinsame EWG-Agrarpolitik von den beitretenden Ländern zu übernehmen. Übergangsfristen und Ausnahmen für bestimmte benachteiligte Gebiete können nur in Verhandlungen mit Großbritannien und den übrigen Bewerberländern gefunden werden.“ Vgl. Referat I A 2, Bd. 1468.

<sup>9</sup> Für den „Entwurf einer einleitenden Erklärung des Herrn Ministers zur Agrarfinanzierung“ vom 14. Dezember 1967 vgl. Referat I A 2, Bd. 1468.

<sup>10</sup> Zum Stand der Überlegungen für eine Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik ab 1. Januar 1970 vgl. Dok. 394.



Großbritannien geregelt sei müßte und daß nur kurze Übergangsfristen in Betracht kämen.

III. Zum Punkt Commonwealth-Probleme, insbesondere Zucker (Commonwealth-Vereinbarung über Zucker) und Butter (Neuseeland) trug Minister Brandt die Zusammenfassung der vorbereiteten Erklärung vom 15. 12. (BML „Commonwealth-Probleme auf dem Agrarsektor“<sup>11</sup>) vor. Erstens komme ein Arrangement nur als Übergangslösung in Frage, und zweitens könne es keine Garantie des Marktzugangs enthalten. Der Gemeinsame Markt gewähre auch den AASM<sup>12</sup> keine Zugangsrechte, sondern nur handelspolitische Vorteile. Drittens komme es darauf an, ob die Sonderregelung für Butter und Zucker eine normale Abschöpfung vorsehe oder nicht. Bei normaler Abschöpfung wäre eine Übergangslösung leichter zu finden.

Der Ratspräsident<sup>13</sup> stellte fest, daß die Erörterung der Themenliste hiermit abgeschlossen sei und die Debatte am 19. 12. den Schlußfolgerungen vorbehalten werden sollte.

B. I. Der Rat befaßte sich am 19. 12. mit den Schlußfolgerungen aus der vorangegangenen Sachdebatte und mit dem weiteren Verfahren. Minister Brandt gab die vorbereitete Erklärung ab, in der er sich für Aufnahme der Verhandlungen mit Großbritannien und den anderen Staaten aussprach.<sup>14</sup> Wenn das noch nicht möglich sein sollte, müßten die antragstellenden Regierungen gleichwohl von dem insoweit nicht positiven Zwischenergebnis unterrichtet werden. Aber auch für den Fall, daß der Rat auf seiner heutigen Sitzung nicht einstimmig votiere, gehe er davon aus, daß die Beitrittsgesuche auf der Tagesordnung des Rats blieben.

<sup>11</sup> In dem „Sprechzettel“ des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) wurde darauf hingewiesen, daß das bis zum 31. Dezember 1974 geltende Commonwealth-Zuckerabkommen Großbritannien zur Abnahme von 1,8 Mio. t Rohzucker verpflichte. Da die zuckerproduzierenden Staaten des Commonwealth aber in mehrere Gruppen mit jeweils unterschiedlicher Abhängigkeit vom Zuckerexport zerfallen würden, kämen nur differenzierte Lösungen in Betracht. Ferner wurde festgestellt, daß Neuseeland jährlich 170 000 t Butter bzw. 90 % seiner gesamten Butterausfuhr nach Großbritannien exportiere und daher eine allmähliche Entlastung Großbritanniens von diesen Verpflichtungen anzustreben sei. Das BML kam zu dem Schluß, daß „die Commonwealth-Verpflichtungen nicht den EWG-Agrarmarktornungen entsprechen. Die für die Lösung geeignete Form – ob etwa ein Handelsabkommen, ein Präferenzabkommen oder ein Assoziierungsabkommen mit den betreffenden Ländern abgeschlossen werden soll – kann erst in Verhandlungen mit Großbritannien gefunden werden.“ Vgl. Referat I A 2, Bd. 1468.

<sup>12</sup> Assoziation Afrikanischer Staaten und Madagaskars.

<sup>13</sup> Bundesminister Schiller.

<sup>14</sup> Bundesminister Brandt erklärte, daß nach Ansicht der Bundesregierung keines der angesprochenen wirtschafts-, handels-, agrar- und währungspolitischen Probleme unlösbar sei: „Es muß allerdings jenes Maß an Willen zur Zusammenarbeit vorhanden sein, das die europäische Politik unserer Tage kennzeichnen sollte. [...] Die deutsche Delegation ist jetzt bei dem gleichen Punkt angelangt wie die Kommission: Sie hat ausgesprochen, was sich jetzt im Kreise der Sechs sagen läßt. Eine weitere Klärung kann jetzt nach unserer Ansicht nicht auf dem Wege von Studien und Gesprächen der Sechs gefunden werden, sondern nur durch die Aufnahme von Verhandlungen mit den Antragstellern.“ Brandt verwies abschließend auf Artikel 5 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 und erklärte, daß er es bedauern würde, in der Beitrittsfrage zu einem anderen Votum zu gelangen als sein französischer Amtskollege: „Aber keiner darf den Weg verbauen, der nach dem Vertrag zur Entscheidung über die Aufnahme weiterer Mitglieder führt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2421 des Botschafters Sachs, Brüssel (EG), vom 19. Dezember 1967; Referat I A 2, Bd. 1468.

Minister Couve wies darauf hin, daß die heutige Diskussion zu Unrecht von den Ereignissen des Jahres 1961<sup>15</sup> beeinflußt sei. Damals habe kein Antrag Großbritanniens auf Beitritt zu der Gemeinschaft vorgelegen. Man habe vielmehr nur exploratorisch darüber mit Großbritannien verhandelt, ob die Voraussetzungen für die Stellung eines Beitrittsantrages vorlägen. Heute sei die Situation eine andere. Jetzt läge ein eindeutiger Antrag Großbritanniens auf Beitritt zu den Gemeinschaften vor. Dieser Antrag werde mit Bezug auf die EWG nach Artikel 237<sup>16</sup> behandelt. Dieser Artikel sehe 4 Phasen vor:

- 1) Stellung des Beitrittsantrags und Empfangsbestätigung.
- 2) Nach Vorlage der Stellungnahme der Kommission einstimmiger Ratsbeschluß über die Aufnahme des antragstellenden Staates.
- 3) Ein Abkommen über die durch den Beitritt notwendig werdenden Anpassungen des Vertrages.
- 4) Das in den Mitgliedstaaten und in dem antragstellenden Staat durchzuführende Ratifizierungsverfahren.

Der Beschluß zu 2) setzt eine Einigung der Sechs über die Grundsätze des Abkommens voraus. Die Aushandlung des Abkommens werde dann verhältnismäßig kurze Zeit in Anspruch nehmen, da es ja im Grunde nur noch darum ginge, institutionelle Anpassungen vorzunehmen. Zur Zeit befände man sich in der Phase der Prüfung unter den Sechs über die Aufnahme Großbritanniens. Ein Beitritt Großbritanniens sei nach Ansicht der französischen Delegation zur Zeit nicht möglich. Dies müsse man der britischen Regierung mitteilen, gleichzeitig aber zum Ausdruck bringen, daß man die Frage wiederaufnehmen werde, sobald der Stabilisierungsprozeß in Großbritannien vollzogen sei. Es handle sich also nicht um eine ablehnende, sondern um eine abwartende Haltung. Der Ratspräsident erklärte darauf, daß der Rat sich in der zweiten Phase befände und bei der Prüfung des Beitritts von keiner Seite grundsätzliche Einwendungen gegen einen solchen erhoben worden seien. Es stelle sich die Frage, ob der Prozeß der Konsolidierung in Großbritannien nicht durch Aufnahme der Verhandlungen beschleunigt und erleichtert werden könnte.

Die Minister Fanfani, Brandt und Luns erklärten, zunächst müsse der Rat über die Aufnahme der Verhandlungen beschließen und erst später endgültig über den Beitritt des antragstellenden Staats. Die Situation sei heute keine andere als 1961 bis 1963. Auch damals habe man – im übrigen auf ausdrücklichen Wunsch Frankreichs – zunächst über die „recevabilité“ des Antrags entschieden. Im übrigen habe damals niemand das Gefühl gehabt, sich in exploratorischen Gesprächen mit den Briten zu befinden, sondern auch damals sei über den Beitritt gemäß Artikel 237, Abs. 2 verhandelt worden. Ohne Verhandlungen mit Großbritannien seien weitere Fortschritte nicht zu erzielen, Verhandlungen zwischen den Sechs seien jetzt nicht mehr nützlich.

Auch Minister Harmel war der Meinung, daß mit den Bewerbern verhandelt werden müsse, bevor über die Aufnahme beschlossen werden könne. Nach

<sup>15</sup> Am 10. August 1961 beantragte Großbritannien die Aufnahme in die EWG. Die Verhandlungen über einen Beitritt scheiterten auf der EWG-Ministerratstagung am 28./29. Januar 1963. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 60.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut vgl. Dok. 197, Anm. 9.

belgischer Auffassung sei ein Dialog mit Großbritannien erforderlich, um die verschiedenen Probleme zu klären. Wenn darüber keine Übereinstimmung erzielt werde, dann könne sich die Gemeinschaft gegenüber Großbritannien nicht äußern. Dadurch würden sehr ernste politische Probleme aufgeworfen.

Präsident Rey, von Minister Brandt zur Interpretation des Artikels 237 aufgefordert, erklärte, daß allein der Gerichtshof für diese Frage zuständig sei. Die bisherige Diskussion habe ergeben, daß ernste Schwierigkeiten bei dem Beitritt bestünden. Es müßten daher Verhandlungen darüber geführt werden, wie die Schwierigkeiten zu beheben sind. Man dürfe einem Staat wie Großbritannien nicht verweigern, mit der Gemeinschaft in Verhandlungen einzutreten.

II. Der Rat erörterte im weiteren Verlauf die endgültige Fassung des vom Präsidenten vorgelegten Entwurfs einer Erklärung<sup>17</sup> (Dok T/641/67).

In diesem Rahmen machte Minister Couve folgende grundsätzliche Bemerkungen: Auch wenn die Antragsteller die Beiträge und die seitdem getroffenen Entscheidungen voll übernahmen, so führe ihr Beitritt zu einer tiefgreifenden Veränderung in der künftigen Entwicklung der Gemeinschaft. Frankreich sei nicht der Auffassung, daß die Gemeinschaft die Wirtschaftslage der Antragsteller mit diesen zu erörtern habe. Solche Verhandlungen seien nicht in Artikel 237 vorgesehen. Das nach dieser Vorschrift zu schließende Abkommen werde nur einen sehr begrenzten Inhalt haben, nämlich einige Bestimmungen über die Anpassung der Institutionen und die Festlegung möglichst kurzer Übergangsfristen. Die von den anderen Delegationen gewünschten Verhandlungen hätten dagegen einen gänzlich außerhalb des Vertrags liegenden Gegenstand: z. B. eine Verteidigungsreform, die künftigen Aufwendungen Großbritanniens für soziale Sicherheit und das Erziehungswesen. Hier handle es sich um ausschließlich britische Angelegenheiten. Die britische Regierung würde, wie sie noch in der letzten Woche erklärt habe, eine Intervention der Gemeinschaft auf diesen Gebieten zurückweisen. Auch Verhandlungen Großbritanniens mit den Sechs oder einer größeren Zahl von Ländern über die internationale Rolle des Pfundes könnten nur auf britische Initiative stattfinden, die man bisher nicht unterstellen dürfe.

Die weitere Aussprache im Rat bezog sich auf die einzelnen Formulierungen der abschließenden Erklärung.

Nach Fertigstellung der Punkte 1 bis 6 erklärt Präsident Rey: Die Veröffentlichung dieser Erklärung würde außergewöhnlich ernste Auswirkungen innerhalb der Gemeinschaft, auf seiten der Antragsteller und in den anderen Ländern Europas haben. Der Rat möge nochmals prüfen, ob solche Auswirkungen vermieden werden könnten. Die Feststellung, die Beitrittsanträge blieben auf der Tagesordnung des Rates, ändere nichts an dem Ernst der Lage. Eine solche Feststellung sei auch im Januar 1963 getroffen worden. Damals habe sie eine heftige Krise in der Gemeinschaft nicht vermeiden können. Erst Monate später habe die Gemeinschaft ihre Arbeiten fortsetzen können. Er befürchte, daß die heutige Entscheidung zu einer Blockierung aller Verhandlungen mit den Län-

<sup>17</sup> Für den Wortlaut der Zusammenfassung der Ergebnisse der EG-Ministerratstagung am 18./19. Dezember 1967 in Brüssel vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 42 f.

dern im Mittelmeerraum<sup>18</sup>, der Erneuerung der Konvention von Jaunde<sup>19</sup> und der Verabschiedung des Systems der Agrarfinanzierung für die Endphase führen werde. Der Rat möge versuchen, eine solche Phase des Stillstandes durch ergänzende Entscheidungen zu vermeiden.

Die Verhandlungen wurden dann im engsten Rahmen fortgesetzt.

Außenminister Fanfani schlug zunächst vor, den Rat ohne ein formelles Ergebnis enden zu lassen und sich mit einem Vertagungsbeschluß zu begnügen, der eine weitere Erörterung des Beitrittsproblems auf der nächsten Ratstagung vorsähe. Nachdem ihm bedeutet worden war, daß ein solcher Vorschlag in diesem Stadium zu spät käme, teilte Fanfani mit, daß ihm von seiner Regierung die Weisung erteilt worden sei, auf einer formellen Abstimmung über die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen gem. Art. 237 des EWG-Vertrages zu bestehen. Angesichts seines Eindrucks, daß die übrigen Delegationen eine solche formelle Abstimmung nicht wünschten, verzichtete er darauf, einen entsprechenden Antrag zu stellen, verlange aber die Klarstellung der italienischen Position im Schlußdokument. Es gelang nach langen Erörterungen, Fanfani dazu zu bringen, daß er sich mit der Aufnahme einer entsprechenden Notiz in das Protokoll der Ratssitzung begnügte. Die Delegationen der Benelux-Länder baten daraufhin ebenfalls, im Protokoll zum Ausdruck zu bringen, daß ihre Haltung zu der Frage der Eröffnung von Beitrittsverhandlungen als ein formelles Votum anzusehen sei. Bundesaußenminister Brandt verwies auf seine bereits im früheren Verlauf der Ratssitzung erfolgte Präzisierung des deutschen Standpunktes.

Im Verlauf der Diskussion um das Schlußdokument erwies sich ferner, daß die einzelnen Delegationen nicht bereit waren, sich bezüglich ihrer künftigen Haltung jetzt schon festzulegen. Außenminister Luns verwies darauf, daß er ebenso wie Präsident Rey die Lage als sehr ernst ansehe, aber daß es vielleicht möglich sei, nach einem gewissen Zeitablauf – er sprach von 6 Monaten – doch zu einer gewissen Übereinstimmung zu kommen. Gegenwärtig jedenfalls sei er weder in der Lage, auf eine solche Möglichkeit hinzuweisen, noch sie auszuschließen. Außenminister Fanfani erklärte ebenfalls, keine Erklärung zur zukünftigen Haltung abgeben zu können. Minister Harmel schließlich meinte, man müsse zunächst nachdenken, bevor man sich über weitere Entscheidungen klar werde.

Bundesaußenminister Brandt sprach die Hoffnung aus, daß die enttäuschenden Ergebnisse der Ratstagung keine ernsten Folgen haben würden. Er warnte im übrigen davor, die Lage allzu sehr zu dramatisieren, wie es Präsident Rey getan habe. Die Bundesregierung habe ihn gebeten, in seiner Stellungnahme nicht über die Feststellung der Haltung der einzelnen Delegationen zu der Frage der Eröffnung von Verhandlungen und das Verbleiben der Beitrittsanträge auf der TO des Rates hinauszugehen. Wenn man sich auch in der heutigen Ratstagung nicht nähergekommen sei, hoffe er doch, daß man in den nächsten Wochen und Monaten eine größere Kooperationsbereitschaft bei dem fran-

<sup>18</sup> Zu den laufenden Verhandlungen über eine Assoziierung Algeriens, Marokkos und Tunesiens, Griechenlands und der Türkei sowie Israels vgl. Dok. 1, Anm. 17, Dok. 417, Anm. 6, und Dok. 354.

<sup>19</sup> Zur Assoziierung afrikanischer Staaten und Madagaskars durch das Abkommen von Jaunde vom 20. Juli 1963 vgl. Dok. 1, Anm. 10.

zösischen Partner finden werde, die vielleicht eine neue Beurteilung der Lage ermögliche.

Nach Fertigstellung des Schlußdokuments ergriffen zunächst die Außenminister der drei Benelux-Länder das Wort, um in offenbar aufeinander abgestimmten Erklärungen ihre tiefe Enttäuschung über Verlauf und Ergebnis der Ratstagung auszusprechen. Außenminister Luns wies mehrmals darauf hin, daß die Ablehnung des Dialoges mit den Antragstellern unvereinbar mit Geist und Text des Rom-Vertrages sei. Die niederländische Regierung behalte sich vor, im Einvernehmen mit gleichgesinnten Regierungen nach Lösungen des Beitrittsproblems zu suchen. Sie behalte sich außerdem das Recht vor, in jeweils ihr zusagendem Moment die Frage im Rat oder an anderer Stelle wieder aufzunehmen.

Außenminister Harmel berichtete, er habe bereits seinen Regierungschef<sup>20</sup> von dem Verlauf der Debatte unterrichtet. Er sprach ebenfalls seine tiefe Enttäuschung über das Ausbleiben positiver Ergebnisse aus und äußerte insbesondere den Wunsch, daß die Antragsteller ihre Anträge weiterhin aufrechterhalten sollten. Die belgische Regierung werde auch in Zukunft alle Anstrengungen unternehmen, um ihnen zu helfen.

Außenminister Grégoire drückte sich in ähnlich Weise aus. Er betonte, daß Luxemburg in der Zukunft alle ihm notwendig erscheinenden Kontakte mit den Antragstellern suchen werde und sich – in Verbindung mit ihnen – bemühen wolle, geeignete Lösungen zu finden.

Außenminister Fanfani erklärte unter Bezugnahme auf seine wiederholten Hinweise im Laufe der Ratstagung auf die politische Bedeutung der Beitrittsanträge, man werde feststellen, daß man einen großen politischen Fehler begangen habe, der sich nicht nur negativ für die Gemeinschaft, sondern auch für den gesamten europäischen Kontinent, ja für die Welt auswirken werde.

Außenminister Brandt faßte die deutsche Haltung in drei Feststellungen zusammen:

- 1) Wir bedauerten, daß in dieser Frage gegenwärtig kein Weg für eine vertragsgemäße Behandlung der Beitrittsanträge freigemacht werden konnte.
- 2) Die deutsche Delegation sei besorgt, daß sich aus dem Stand der Beitrittsfragen ungünstige Auswirkungen verschiedenster Art für die Gemeinschaft ergeben könnten. Sie sei bereit, solchen schädlichen Folgen, soweit es geht, entgegenzuwirken.
- 3) Wir würden alle Anstrengungen unternehmen, um in den Fragen, deren Behandlung in dieser Ratstagung objektiv unzulänglich war, doch Fortschritte zu erreichen.<sup>21</sup>

<sup>20</sup> Paul Vanden Boeynants.

<sup>21</sup> Am 21. Dezember 1967 nahm Staatssekretär Lahr zu den Ergebnissen der EG-Ministerratstagung am 18./19. Dezember 1967 in Brüssel Stellung: „Das Ausbleiben einer Einigung, das vorläufig die Aufnahme von Verhandlungen unmöglich macht, ist [...] lebhaft zu bedauern. Die Gefahr, daß dieser Rückschlag nicht nur den europäischen Einigungsprozeß beeinträchtigt, sondern sich auch innerhalb der Gemeinschaft bemerkbar machen wird, ist nicht von der Hand zu weisen. So falsch es nach deutscher Auffassung wäre, den Fortschritt der Gemeinschaft künstlich zu blockieren, so bleibt doch zu befürchten, daß der europäische Elan, den die Gemeinschaft für große Entscheidungen stets nötig hat [...], nicht in dem wünschenswerten Maße vorhanden sein wird. Andererseits

Anschließend nahm der französische Außenminister das Wort. Er erklärte, auch er bedauere, daß es in einer so großen und wichtigen Frage nicht zu einer Übereinstimmung gekommen sei; es liege eben eine verschiedenartige Bewertung vor. Er verwahre sich dagegen, daß Frankreichs Haltung von politischen Motiven diktiert sei. Es habe sich eine Meinung nur aufgrund der wirtschaftlichen und der monetären Gegebenheiten gebildet. Im übrigen müsse festgestellt werden, daß die Behandlung des Antrags dem Geiste und dem Text des Vertrages entspreche. Dieser ließe durchaus Meinungsverschiedenheiten zu. Man trenne sich leider heute in einem Désaccord und man würde sehen, was die Zukunft der Gemeinschaft sowohl hinsichtlich ihrer internen Entwicklung wie in bezug auf die Beitrittsanträge bringen werde.

Präsident Rey bedauerte, daß kein ernsthafter Versuch unternommen worden sei, zu einem Kompromiß zwischen den verschiedenen Standpunkten zu kommen. Die Gemeinschaft werde in jedem Falle der Verlierer bei dem heutigen Ergebnis sein. Er wiederholte seinen früheren Standpunkt, daß die Kommission sich bereithalte, um Vorschläge zu unterbreiten, sobald sich Möglichkeiten einer Versöhnung abzeichneten.

Präsident Schiller betonte zum Abschluß dieser Erklärung, auch er habe sich ein Einvernehmen über den Fortgang des Verfahrens gewünscht und mit Bedauern feststellen müssen, daß dieses Ziel nicht erreicht worden sei. Indessen sei die Tür nicht zugeschlagen worden; man habe immerhin festgestellt, daß keine grundsätzlichen Einwendungen gegen den Beitritt beständen, und sei sich auch einig, das Thema der Beitrittsanträge auf der TO des Rates zu behalten.

Zum Abschluß der Ratstagung wurde die Frage des Datums der nächsten Ratssitzung vom Präsidenten angeschnitten. Bundesaußenminister Brandt schlug vor, die nächste Ratstagung nicht vor Ende Januar oder Anfang Februar anzusetzen. Außenminister Luns erklärte daraufhin, daß er gegenwärtig nicht in der Lage sei, einem neuen Termin zuzustimmen. Präsident Rey wies darauf hin, daß der Forschungshaushalt [von] EURATOM unbedingt in der 2. Januarhälfte verabschiedet werden müsse. Die Ständigen Vertreter sollen die Frage des Datums der nächsten Ratstagung klären.<sup>22</sup>

[gez.] Sachs

**Referat I A 2, Bd. 1514**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1693*

ist festzustellen, daß die französische Erklärung nicht auf ein absolutes Veto, sondern nur auf eine Verzögerung abzielt. Namentlich der gemeinsame Hinweis darauf, daß die Beitrittsanträge auf der Tagesordnung des Ministerrats bleiben, verdient in diesem Zusammenhang Beachtung. Es wird darauf ankommen, auf Frankreich weiterhin einzuwirken, um es davon zu überzeugen, daß der Gedanke der Erweiterung der Gemeinschaft unaufhaltsam ist. Es ist müßig, sich darüber auseinanderzusetzen, ob der vorbezeichnete Zustand der Gemeinschaft die Bezeichnung ‚Krise‘ verdient. Resignation scheint uns jedenfalls nicht am Platze zu sein.“ Vgl. den Runderlaß Infex Nr. 10; Referat I A 2, Bd. 1514.

<sup>22</sup> Zur EG-Ministerratstagung am 29. Februar 1968 in Brüssel vgl. den Drahtbericht Nr. 469 des Botschafters Sachs, Brüssel (EG), vom 1. März 1968; AAPD 1968.

## Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete

II A 1-84.20/2-1934/67 geheim

21. Dezember 1967<sup>1</sup>

Betr.: Beantwortung der sowjetischen Erklärung vom 8.12.1967 über die Er-  
starkung des Neonazismus in der Bundesrepublik Deutschland<sup>2</sup>

Soeben fand eine weitere Besprechung der Bonner Vierergruppe statt, die folgendes Ergebnis hatte:

Die verbündeten Regierungen haben keine Bedenken gegen unseren Antwortentwurf<sup>3</sup> vorgebracht und haben auch keine Anregungen für Zusätze oder Änderungen. Die Vertreter der drei Botschaften bemerkten informell, daß sie den Text unserer Note für sehr gut hielten.

Die Verbündeten sind nicht der Ansicht, daß unsere Antwort solange warten sollte, bis sie ihre Antworten fertiggestellt haben. Vielmehr sehen sie einen Vorteil darin, wenn wir unsere Antwort einige Tage vor den alliierten Antworten übergeben und veröffentlichen. Einmal seien wir ja von der Sowjetunion besonders angesprochen, zum anderen würde eine Zweiteilung der westlichen Antwort zweimal die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung wecken. Allerdings sind die Verbündeten der Auffassung, daß ihre Antwort gleichzeitig erfolgen sollte. Die Amerikaner und die Briten haben ihre Antwortnote untereinander abgestimmt und warten nun auf die Zustimmung der Franzosen. Der französische Vertreter teilte mit, daß die Antwort seiner Regierung, die in etwa mit der der beiden anderen Verbündeten übereinstimme, seinem Außenminister zur Billigung vorliege. Er rechne mit einer Zustimmung entweder morgen oder in den ersten Tagen nach Weihnachten.

Der amerikanisch-britische Text, den auch die Franzosen zur Grundlage ihrer Antwort machen wollen, hat etwa folgende Gedankenführung:

1) Die amerikanische (britische) Regierung hat seit dem Ende des Krieges die innere Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland mit großem Interesse verfolgt und konsequent die Verpflichtungen beachtet, die in den am Kriegsende abgeschlossenen Viermächtevereinbarungen niedergelegt sind.

2) Die damaligen Vereinbarungen können jedoch heute nicht mehr die Grundlage für Interventionen in die inneren Verhältnisse der Bundesrepublik Deutschland darstellen, weil

a) die Drei Mächte während der Besatzungszeit die im Potsdamer Abkommen<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat van Well konzipiert.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 424.

<sup>3</sup> Am 14. Dezember 1967 übermittelte Ministerialdirektor Ruete, z. Z. Brüssel, den von Bundesminister Brandt gebilligten Entwurf einer Antwortnote an die sowjetische Regierung als „vorläufigen Arbeitstext“. Dazu wurde am 19. Dezember 1967 handschriftlich vermerkt, daß Bundeskanzler Kiesinger der Vorlage ebenfalls zugestimmt, jedoch um Hinzufügung des Satzes gebeten habe: „Das deutsche Volk und seine verfassungsmäßigen Organe werden selbst ihre freiheitliche demokratische Grundordnung zu schützen wissen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1928; VS-Bd. 4203 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) vgl. DzD II/1, S. 2101–2148.

und sonstigen Vereinbarungen enthaltenen Zielsetzungen verwirklicht haben und

b) weil die Drei Mächte durch den Abschluß des Deutschlandvertrags 1954<sup>5</sup> bekundeten, daß sie mit der neuen Verfassungsordnung einverstanden sind und

c) weil die Drei Mächte auch in der Folgezeit völlig mit der demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland einverstanden waren.

3) Die sowjetischen Beschuldigungen sind daher unbegründet; die Bundesrepublik ist ein demokratischer Staat; die Mehrheit ihrer Bevölkerung unterstützt die verantwortungsbewußten demokratischen Parteien, die im Bundestag vertreten sind.

Die Behauptung, daß von der Bundesrepublik Deutschland eine Bedrohung des Friedens in Europa ausgehe, ist völlig aus der Luft gegriffen. Im Gegenteil, die Bundesregierung versuche zur Zeit, durch ihre Entspannungspolitik freundschaftliche Beziehungen auch mit den Staaten des europäischen Ostens und mit der Sowjetunion herzustellen. Sie habe auf die Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen und bei der Lösung des Deutschlandproblems und auf die Herstellung und den Erwerb von Kernwaffen verzichtet.<sup>6</sup> Sie bedrohe niemanden.

4) Die amerikanische (britische) Regierung appelliere an die sowjetische Regierung, auf die in der letzten Zeit gemachten Angebote der Bundesregierung zur Entspannung und Normalisierung positiv einzugehen, statt sie zu verleumden.<sup>7</sup>

Es wird vorgeschlagen, die deutsche Antwortnote unverzüglich durch die Botschaft Moskau übergeben zu lassen und sie gleichzeitig mit der Übergabe in Bonn zu veröffentlichen.<sup>8</sup>

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten (Deutschlandvertrag) in der Fassung vom 23. Oktober 1954 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 305–320.

<sup>6</sup> Zur Gewaltverzichtserklärung der Bundesrepublik vom 3. Oktober 1954, die in die Schlußakte der Londoner Neunmächte-Konferenz aufgenommen wurde, vgl. Dok. 19, Anm. 9. Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 4, Anm. 24.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Erklärungen der britischen bzw. der amerikanischen Regierung vom 29. Dezember 1967 an die sowjetische Regierung vgl. DzD V/1, S. 2288 f. bzw. S. 2289 f.

Für den Wortlaut der Erklärung der französischen Regierung vgl. VS-Bd. 4203 (II A 4).

<sup>8</sup> Dazu handschriftliche Bemerkung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Wickert: „Geschehen 22.12.“

Am 21. Dezember 1967 bat Ministerialdirektor Ruete Botschafter von Walther, Moskau, die Erklärung der Bundesregierung in Form einer Verbalnote im sowjetischen Außenministerium zu übergeben. Vgl. den Drahterlaß Nr. 1040; VS-Bd. 4203 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1967.

In der Verbalnote vom 22. Dezember 1967 wies die Bundesregierung die sowjetische Erklärung vom 8. Dezember 1967 „als Einmischung in die inneren Angelegenheiten und als Entstellung ihrer Außenpolitik entschieden zurück“. Dabei stelle die sowjetische Regierung selbst zutreffend fest, daß die Anschauungen „der Mehrheit der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Deutschen keineswegs mit ‚eingefleischten Revanchisten und Neonazis‘ zu identifizieren sei. Diese überwältigende Mehrheit ist es, die durch die Parteien des Deutschen Bundestags vertreten wird. Diese Mehrheit ist es, deren Willen die Friedenspolitik der Bundesregierung trägt. Das deutsche Volk und seine verfassungsmäßigen Organe werden die freiheitliche demokratische Grundordnung zu schützen wissen. Die Bundesregierung hofft, daß die Sowjetunion ihren Teil dazu beitragen wird, daß das deutsche Volk auf friedlichem Wege seine Einheit wiedergewinnt und seinen Beitrag zur europäischen Friedensordnung leisten kann.“ Vgl. DzD V/1, S. 2275 f.



Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>9</sup> dem Herrn Minister<sup>10</sup> mit der Bitte um Zustimmung vorgelegt.

Ruete

VS-Bd. 4179 (II A 1)

444

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker

I B 4-82.00-90.35-1927<sup>1</sup>/67 geheim

21. Dezember 1967<sup>1</sup>

Betr.: Deutsch-ägyptisches Verhältnis

I. Der ägyptische Wirtschaftsminister Zaki hat Bundesminister Wischniewski, wie dieser Abteilung I mitteilte, wissen lassen, daß die ägyptische Regierung bereit sei, einer Aufwertung unserer Interessenvertretung in der italienischen Botschaft in Kairo (d.h. der Entsendung eines höherrangigen Leiters dieser Vertretung) auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zuzustimmen. Ferner hat Minister Zaki übermitteln lassen, daß man jetzt aus Bonn gern einige „politische Worte“ hören würde, etwa in der Form eines Schreibens von Bundesminister Wischniewski. Bereits im November hatte Minister Zaki den Wunsch vorgebracht, die Bundesregierung möge bestimmte ägyptische Partnerschaftsleistungen bei der Durchführung eines Großversuches zur Bekämpfung der Bilharziose (Projekt unserer technischen Hilfe) finanzieren.<sup>2</sup>

Herr Bundesminister Wischniewski hat um Prüfung dieser ägyptischen Anregungen gebeten.

II. Die Haltung der ägyptischen Regierung zu uns ist in den vergangenen Monaten zwiespältig gewesen. Sie hat uns einerseits mehrfach angedeutet, daß die Zeit für eine Normalisierung der Beziehungen günstig sei, und sie hat kürzlich auch dem Abschluß eines Vertrags zwischen dpa und der ägyptischen Nachrichtenagentur MEN über die Verbreitung von dpa-Nachrichten im arabischen Raum zugestimmt. Dagegen sind Gespräche, die wir auf ägyptische Anregung mit Außenminister Riad in New York<sup>3</sup> und Kultusminister Okasha in

<sup>9</sup> Hat Staatssekretär Duckwitz am 22. Dezember 1967 vorgelegen.

<sup>10</sup> Hat Bundesminister Brandt am 23. Dezember 1967 vorgelegen.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Gehlhoff konzipiert.

<sup>2</sup> Am 26. April 1967 wurden in Rom zwei Zusatzabkommen zum Abkommen vom 31. Mai 1964 zwischen der Bundesrepublik und der VAR über Technische Zusammenarbeit unterzeichnet. Sie sahen die Errichtung eines Instituts in Kairo zur Erforschung der Bilharziose vor sowie einen dreijährigen Großversuch in der Provinz Fayoum zur Bekämpfung von Schnecken, die als Zwischenwirt der Bilharziose-Erreger auftreten. Für den Wortlaut der Abkommen vgl. Referat III B 6, Bd. 553.

<sup>3</sup> Zum Gespräch des Botschafters Freiherr von Braun, New York (UNO), mit dem ägyptischen Außenminister Riad am 18. Oktober 1967 vgl. Dok. 360.

Paris<sup>4</sup> geführt haben, recht negativ verlaufen. Die VAR-Regierung hat gegenüber der libanesischen Regierung (nach deren Darstellung) kürzlich erklärt, daß sie heute weniger denn je an Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit uns denke. Sie hat dagegen die sudanesishe Regierung anscheinend ermuntert, in der Wiederaufnahmefrage voranzugehen. Zufolge einem Drahtbericht unserer Vertretung Khartum<sup>5</sup> hat Kairo vor wenigen Tagen die sudanesishe Regierung angeblich wissen lassen, daß es aufgrund sowjetischen Drucks den gegenwärtigen Zustand im Verhältnis zu uns und zum anderen Teil Deutschlands vorläufig beibehalten wolle.

Nach unserer eigenen Analyse hofft die VAR-Regierung, in absehbarer Zeit sowohl mit uns wie zu Ostberlin diplomatische Beziehungen ohne Risiko für sich selber aufnehmen zu können.<sup>6</sup> Gleichzeitig versucht Kairo, uns schon jetzt zu gewissen politischen und wirtschaftlichen Zugeständnissen zu veranlassen.

III. Ziel unserer Politik gegenüber Ägypten kann nicht die Herstellung diplomatischer Beziehungen zu beiden Teilen Deutschlands durch Kairo sein. Es liegt auch nicht in unserem Interesse, den Ägyptern durch vorzeitige Erfüllung ihrer politischen und wirtschaftlichen Wünsche das Nichtbestehen diplomatischer Beziehungen möglichst erträglich zu gestalten und dadurch selber zur Verlängerung dieses Zustands beizutragen.

Auf die ägyptische Anregung, einen höherrangigen Leiter unseres Reststabes nach Kairo zu entsenden, sollten wir deshalb nicht eingehen, zumal dort bereits jetzt ein politisch voll qualifizierter Beamter<sup>7</sup> (A 16) zur Verfügung steht.<sup>8</sup> Auf Ersatz-Botschaften sollten wir uns nicht einlassen.

Auch gegen die ägyptische Anregung, durch einen Bundesminister in schriftlicher Form eine politische Ouvertüre gegenüber Kairo zu machen, bestehen ernsthafte Bedenken<sup>9</sup>. Andere arabische Regierungen würden mit Sicherheit

<sup>4</sup> Am 31. Oktober 1967 äußerte der ägyptische Kultusminister anlässlich der UNESCO-Tagung vom 26. bis 31. Oktober 1967 gegenüber dem Mitglied der Bundesregierung im Exekutivrat der UNESCO, von Merkatz, seine Befriedigung darüber, daß trotz des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen die kulturelle Zusammenarbeit beider Staaten weiter bestehe. Dabei betonte Okasha „sein gutes Verhältnis zu dem Goethe-Institut in Kairo“. Darüber hinaus „könne jedoch in diesem Augenblick, in dem die VAR um ihre Existenz kämpfe, nichts geschehen. Durch die Politik des ‚Dritten Reichs‘ sei die Emigration nach Israel in einer wirklich unvorstellbaren Weise gefördert worden, wodurch das Selbstvertrauen und der Expansionsdrang Israels ungeahnte Formen angenommen hätte. Die Bonner Regierung hätte diese Entwicklung durch ihre Waffenlieferungen an Israel weiter gestützt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2042 des Botschaftsrats I. Klasse Haack, Paris; VS-Bd. 2559 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>5</sup> Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 197 des Legationsrats I. Klasse Mez, Khartum, vom 19. Dezember 1967; VS-Bd. 2627 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>6</sup> Am 10. November 1967 führte Vortragender Legationsrat I. Klasse Gehlhoff dazu aus: „Die VAR ist weder politisch noch wirtschaftlich daran interessiert, allein zur SBZ diplomatische Beziehungen zu unterhalten. Sie befürchtet vermutlich, in einem solchen Falle nennenswerte wirtschaftliche Unterstützung weder von uns noch von der SBZ zu erhalten. Insbesondere aber scheint sie vermeiden zu wollen, in der Welt den Eindruck einer weitgehenden außenpolitischen Abhängigkeit von der Sowjetunion entstehen zu lassen, wie dies im Falle einer isolierten Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu Ostberlin der Fall sein müßte.“ Vgl. VS-Bd. 8823 (III B 6); B 150, Aktenkopien 1967.

<sup>7</sup> Botschaftsrat I. Klasse Lahn.

<sup>8</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „richtigl“.

<sup>9</sup> Die Wörter „ernsthafte Bedenken“ wurden von Bundesminister Brandt hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

alsbald ähnliche politische Forderungen an uns stellen<sup>10</sup>, ohne daß wir seitens der ägyptischen oder einer anderen arabischen Regierung gegenwärtig mit einer schriftlichen Fixierung ihrer Haltung zu den nationalen Fragen Deutschlands rechnen können. Vor allem bestehen grundsätzliche Bedenken, uns in unserer Nahostpolitik einschließlich des Verhältnisses zu Israel einseitig und schriftlich gegenüber dritten Staaten zu engagieren. Es steht auf einem ganz anderen Blatt, daß wir aus eigener Initiative in einer Erklärung der Bundesregierung oder bei einer ähnlichen Gelegenheit nochmals unsere ausgewogene Nahostpolitik erläutern.

IV. Unsere Kontakte mit Kairo erfordern Geduld und Geschmeidigkeit. Verhandlungen über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen werden sich eines Tages leichter führen lassen, wenn bereits volle Beziehungen zu einigen anderen arabischen Staaten wiederhergestellt sind.

Um den Ägyptern unsere Bereitschaft und unser Interesse zur Normalisierung der Beziehungen zu demonstrieren, sollte nach Ansicht der Abteilungen I und III auf den ägyptischen Wunsch nach einer stärkeren deutschen Finanzierung des Bilharziose-Projekts eingegangen werden. Dieses Projekt bietet sich aus humanitären Gründen besonders an. Wir würden damit weit über Ägypten hinaus eine günstige Wirkung für uns erzielen.

Es wird vorgeschlagen, daß Bundesminister Wischnewski seinem Gesprächspartner, dem ägyptischen Wirtschaftsminister Zaki, unsere Bereitschaft zu stärkerer Beteiligung an diesem Projekt mitteilt. Auf diese Weise würde der Dialog mit Minister Zaki in geeigneter Weise fortgesetzt. Bundesminister Wischnewski hat diese Anregung gegenüber Abteilung I selber geäußert.<sup>11</sup>

Referat III B 6 hat mitgezeichnet.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>12</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>13</sup> mit der Bitte um grundsätzliche Zustimmung vorgelegt.

(i. V.) Alexander Böker

VS-Bd. 2626 (I B 4)

<sup>10</sup> Der Passus „Andere arabische ... stellen“ wurde von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Haben sie schon getan.“

<sup>11</sup> Der Passus „Um den Ägyptern ... geäußert“ wurde von Bundesminister Brandt hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Einverst[anden].“

<sup>12</sup> Hat Staatssekretär Duckwitz am 22. Dezember 1967 vorgelegen.

<sup>13</sup> Hat Bundesminister Brandt am 23. Dezember 1967 vorgelegen.

445

**Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO),  
an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-17043/67 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 1100**  
**Cito**

**Aufgabe: 21. Dezember 1967, 15.15 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 21. Dezember 1967, 21.55 Uhr**

Im Anschluß an DB Nr. 857 vom 3.11.67 – II A 5-82.-/94.-<sup>2</sup>

I. Präsident der 22. VN-Vollversammlung und Außenminister Rumäniens, Manescu, bat mich bei meinem Abschiedsbesuch am Ende der Vollversammlung<sup>3</sup>, dem Herrn Minister seine Grüße auszurichten. Ich sollte ihm bestellen, er möge auf dem beschrittenen Entspannungswege energisch fortschreiten. Wenn weitere Entspannungsakte der Bundesrepublik Deutschland ausblieben, werde der ganze europäische Auflockerungsprozeß zum Stillstand kommen. Wir sollten uns keine Illusionen über die Stärke der Gegenkräfte machen.

Meinen Hinweis auf unsere derzeitigen Bemühungen um Wiederherstellung der Beziehungen zu Jugoslawien quittierte er zwar anerkennend, sagte jedoch, viel wichtiger sei es, unsere Beziehungen zum „anderen deutschen Staat“ voranzutreiben.

Ich verwies auf unsere Initiativen in dieser Richtung (Briefwechsel mit Stoph<sup>4</sup>). Leider hätten wir bisher als Antwort immer nur eine weitere Erhöhung der Barriere durch Ostberlin bekommen. Diese Entwicklung sei sehr entmutigend, komme es doch zunächst einmal darauf an, daß die menschlichen Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands verbessert würden. Es müsse zunächst gelingen, die Mauer durchlässig zu machen.

Manescu sagte hierauf, auch er halte die Mauer für schlecht. Unsere Entspannungsmaßnahmen gegenüber der DDR seien jedoch unzureichend. Wir müßten zu der Einsicht kommen, daß nur Entgegenkommen gegenüber deren Regierung wirksam sein könne. Warum sperrten wir uns beispielsweise gegen die Zulassung eines Beobachters der DDR bei den Vereinten Nationen?

Ich erwiderte, dies könne als ein Schritt auf dem Wege zur Anerkennung ausgelegt werden und zur Vertiefung des Grabens zwischen beiden Teilen des deutschen Volkes beitragen.

Manescu drückte die entgegengesetzte Meinung aus. Die Zulassung eines Beobachters aus Ostberlin würde die Gespräche zwischen beiden Teilen Deutschlands fördern; der multilaterale Rahmen der VN erleichtere einen solchen Dia-

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen, der mit Begleitvermerk vom 23. Dezember 1967 handschriftlich notierte: „Bitte um Vorbereitung eines Textes, der A[ußen]M[inister] Manescu mündlich – in N[ew] Y[ork] oder Bukarest – übermittelt werden kann, um dessen Grüße zu erwidern und auf die angeschnittenen Fragen einzugehen.“

<sup>2</sup> Für den Drahtbericht des Botschafters Freiherr von Braun, New York (UNO), vgl. Dok. 383.

<sup>3</sup> Die 22. UNO-Generalversammlung fand vom 19. September bis 19. Dezember 1967 in New York statt.

<sup>4</sup> Zum Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Kiesinger und dem Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Stoph, vgl. Dok. 325.

log; die Vereinten Nationen seien ein geeigneter Ort, um das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten zu ordnen. Er bäte mich ernsthaft, diesen Gedanken zu prüfen und dem Herrn Minister seine Anregung weiterzugeben.

Manescu fügte hinzu, wenn wir die Entspannung wirklich wollten, müßten wir noch ein weiteres tun: dem „Faschismus“ in Deutschland den Boden entziehen. Damit meine er folgendes: Er erinnere sich, daß bei seinem Besuch in München<sup>5</sup> ein einziger Zuschauer ein Plakat hochgehalten und gerufen habe „à bas les communistes“, worauf wir das gesamte Tagesprogramm einschließlich Opernbesuch und Stadtrundfahrt abgesagt hätten, um weitere Zwischenfälle zu vermeiden. Wenn Außenminister Brandt nach Bukarest komme, werde er dort als Freund und ohne feindliche Plakate begrüßt. Ministerpräsident Maurer plane jetzt eine Reise nach Deutschland<sup>6</sup>, wahrscheinlich schon für 1968, und er, Manescu, hoffe, daß es dabei nicht wieder zu solchen Zwischenfällen komme und daß der Herr Bundeskanzler später einen Gegenbesuch in Rumänien machen könne. Im übrigen seien diese Probleme im Verhältnis zu Jugoslawien noch schwieriger, weil zahlreiche, dem Regime in Belgrad gegenüber feindlich eingestellte Elemente in der Bundesrepublik Deutschland lebten.

Meinem Hinweis auf das im Grundgesetz verbrieftete Recht der freien Meinungsäußerung begegnete er mit der Bemerkung, wenn wir die Entspannung wirklich wollten, müßte auch auf diesem Gebiet etwas geschehen.

Manescu wiederholte abschließend seine Grüße an den Herrn Minister. Er bäte mich nochmals, die Anregung zu übermitteln, mit mutigen Schritten auf dem Wege der Entspannung weiterzugehen. Was er als mutigen Schritt empfinde, habe er ausgeführt.

II. Dem Gespräch mit Manescu waren zwei Unterhaltungen mit dem rumänischem Vizeaußenminister Malitza vorausgegangen, die auf dessen Initiative stattfanden. Malitza hatte dabei auf seine im Bezugsdrahtbericht gemeldeten Äußerungen zu mir Bezug genommen und nach unserer Reaktion darauf gefragt. Im wesentlichen verwandte er jetzt die gleiche Argumentation wie Manescu. Folgendes verdient, festgehalten zu werden:

Auch Malitza sprach sich dafür aus, der Zulassung eines DDR-Beobachters in den VN zuzustimmen.

Direkte Gespräche zwischen uns und der DDR in Deutschland seien schwierig und vorbelastet. Wir müßten uns immer vor Augen halten, daß Antworten auf unsere Briefe nicht in Ostberlin, sondern in Moskau konzipiert und redigiert würden. Die Atmosphäre in den Vereinten Nationen sei demgegenüber für die Wiederausammenführung aller geteilten Länder förderlich. Selbst der Papst habe sich für die Universalität der Vereinten Nationen ausgesprochen. Wir müßten uns damit abfinden, daß in den nächsten Jahren Beobachter von beiden Teilen anderer geteilter Länder in New York zugelassen würden.

Er rechne damit, daß Nordvietnam schon 1968, Nordkorea 1969 hier vertreten sein werden. Die Anwesenheit eines DDR-Beobachters in New York sei nur eine Frage der Zeit. Wenn wir diesen Prozeß vorwegnähmen und der Zulassung

<sup>5</sup> Der rumänische Außenminister hielt sich vom 30. Januar bis 3. Februar 1967 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 39.

<sup>6</sup> Zur Einladung durch Bundesminister Brandt am 3. August 1967 vgl. Dok. 292.

eines DDR-Beobachters zustimmten, würden wir uns in den Vereinten Nationen und überall in Europa den Ruf eines großzügigen, wirklich an der Entspannung interessierten Landes erwerben.

Ich habe ähnlich geantwortet wie im Gespräch mit Manescu. Im übrigen sagte Malitza, die Sowjetunion habe ein viel geringeres Interesse an der Zulassung eines DDR-Beobachters als die DDR selbst, sie betreibe diese auch ohne besondere Energie. Auch hieraus sollten wir unsere Schlüsse ziehen.

III. Aus beiden Gesprächen gewann ich den Eindruck, daß der rumänische Vorstoß in Richtung auf Zulassung eines DDR-Beobachters nicht spontan geäußert wurde, sondern vorher mit Ostberlin abgestimmt worden ist. Auf das gesteigerte Interesse der SBZ an einer Vertretung durch Beobachter bei den Vereinten Nationen deutet auch hin, daß der hiesige, sehr betriebsame und auf Kontakte zu allen Delegationen bedachte ADN-Korrespondent Olivier sich bei dem VN-Botschafter Finnlands<sup>7</sup> um einen Termin bemüht hat, „um eine Bemerkung seines Ministers<sup>8</sup> in der Generaldebatte der VN-Vollversammlung“ zu besprechen. Finnland ist das einzige nicht-kommunistische Land, das sich, der Anregung U Thants folgend<sup>9</sup>, in der Vollversammlung für die Zulassung von Beobachtern „aller Länder“ ausgesprochen hat.<sup>10</sup>

[gez.] Braun

VS-Bd. 10072 (Ministerbüro)

<sup>7</sup> Max Jakobson.

<sup>8</sup> Ahti Karjalainen.

<sup>9</sup> UNO-Generalsekretär U Thant vertrat wiederholt den Grundsatz einer „Universalität der Mitgliedschaft“, die Nichtmitgliedstaaten langsam der UNO zuführen sollte. Er bekräftigte seine Ansicht auch in der Einleitung zu seinem Jahresbericht für die 22. UNO-Generalversammlung, schlug jedoch erstmals vor, dem Beobachterstatus entgegen der bisherigen gewohnheitsrechtlichen Handhabung eine feste Rechtsform zu geben. Vgl. dazu Sithu U Thant: „Introduction to the Annual Report of the Secretary-General on the Work of the Organization, 16 June 1966–15 June 1967“, in: UN GENERAL ASSEMBLY, 22nd Session, Supplement 1a (A/6701/Add. 1), New York 1967, S. 20 f. Vgl. dazu ferner AAPD, 1966, II, Dok. 300.

Am 3. Oktober 1967 erklärte der finnische Außenminister Karjalainen: „Only as a truly universal organization could the United Nations effectively fulfill its primary function as an instrument for the maintenance of international peace and security. Experience has shown that instability often occurs in areas where governments are not part of the system of international relations created by the United Nations. [...] As I stated last year in the general debate, my government shares the views of the Secretary-General.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 721 des Botschafters Freiherr von Braun, New York (UNO), vom 4. Oktober 1967; Referat I B 1, Bd. 422b.

<sup>10</sup> Vgl. dazu weiter den Drahterlaß Nr. 189 des Ministerialdirektors Ruete vom 8. Januar 1968 an Botschafter Strätling, Bukarest; AAPD 1968.

## Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete

II A 1-84.20/10-1940/67 geheim

22. Dezember 1967<sup>1</sup>

Betr.: Eventualfall-Planung für Berlin

Obwohl bisher keine sicheren Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß die Sowjetunion und die SBZ konkrete Störungen und Behinderungen West-Berlins und des Berlinverkehrs beabsichtigen, können wir nicht ausschließen, daß der gegenwärtige „Nervenkrieg“<sup>2</sup> zu Taten führt.<sup>3</sup> Welche Möglichkeiten müssen wir als real ansehen, und welche Reaktionen können vorgesehen werden?

1) Untermauerung der Eigenstaatlichkeit der „DDR“

Für entsprechende Schritte ist seit dem 7. Parteitag<sup>4</sup> und der Gründung eines Verfassungsausschusses am 1. 12.<sup>5</sup> der Boden bereitet. Es kann gedacht werden an:

Beschleunigung und Dramatisierung der Vorbereitungen für eine neue separatistische<sup>6</sup> Verfassung;

Vorwegnahme und Herausstellung einer Beseitigung der gesamtdeutschen Elemente der alten Verfassung;

verfassungsmäßige Verankerung des neuen Staatsbürgergesetzes<sup>7</sup>;

Einbeziehung ganz Berlins in den Verfassungsbereich (mit zeitweiligem Vorbehalt des „Besatzungsstatus von West-Berlin“);

Beseitigung der Einschränkungen für Ostberlin (mangelndes Stimmrecht Ostberlins bei den Volkskammerwahlen und beschränkter Status der Berliner Delegierten in der Volkskammer).<sup>8</sup>

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat van Well konzipiert.

Am 13. Januar 1968 vermerkte Ministerialdirektor Ruete handschriftlich auf der Aufzeichnung: „Referat] II A 1 b[itte] Vorlage des ‚grauen Dienstes‘ wie bespr[ochen].“

Dazu handschriftlicher Vermerk vom 7. Februar 1968: „Rücksprache zw[ischen] St[aats] S[ekretär] D[uckwitz] und DII hat am 5. 2. stattgefunden. Dem Referat] II A 1 z[ur] w[eiteren] V[erwendung].“

<sup>2</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Er ist beängstigend intensiv und andauernd. Eigentlich müßte ‚etwas geschehen‘.“

<sup>3</sup> Vgl. dazu auch Dok. 438.

<sup>4</sup> Der VII. Parteitag der SED fand vom 17. bis 22. April 1967 in Ost-Berlin statt. Vgl. dazu Dok. 202, Anm. 9.

<sup>5</sup> Am 1. Dezember 1967 beschloß die Volkskammer der DDR die Einsetzung einer Kommission für die Ausarbeitung einer sozialistischen Verfassung. Zur Begründung führte der Staatsratsvorsitzende der DDR, Ulbricht, aus, daß die Verfassung vom 7. Oktober 1949 gute Dienste bei der Errichtung der Fundamente des Sozialismus geleistet habe: „Gestützt auf unsere Errungenschaften, ist es jetzt unsere Aufgabe, das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus zu gestalten.“ Vgl. DzD V/1, S. 2101.

<sup>6</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Gesetzes vom 20. Februar 1967 „über die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik“ vgl. DzD V/1, S. 603–607. Vgl. dazu auch Dok. 66, besonders Anm. 7.

<sup>8</sup> Am 5. Dezember 1967 nahm der Leiter der Dienststelle Berlin des Auswärtigen Amts, Hoffmann, zur geplanten Ausarbeitung einer neuen Verfassung Stellung: „Der Kommission gehören neben Walter Ulbricht als Vorsitzendem 40 Mitglieder – weit über die Hälfte sind SED-Funktionäre – und 22 Sachverständige an. [...] Tatsächlich entsprach die Verfassungswirklichkeit der SBZ schon lange nicht mehr der Verfassungstheorie. Man denke nur an die einleitende Grundsatzklärung:

Falls die gegenwärtige Kampagne in vornehmlich verbalen Maßnahmen ausläuft, wäre durch entsprechende, mit den drei Mächten abzustimmende Gegegnungen zu reagieren.<sup>9</sup>

2) Unterbreitung eines Vereinbarungsentwurfs über die Normalisierung des Verhältnisses West-Berlins zur „DDR“

Auch für einen derartigen Schritt ist der Boden durch den Vertragsentwurf von Herrn Stoph an den Bundeskanzler vom 18.9.<sup>10</sup> und durch zahlreiche Erklärungen seitens der SBZ-Stellen vorbereitet.

Unverzügliche enge Konsultation mit den drei Schutzmächten und dem Senat von Berlin wäre geboten, um der publizistischen Wirkung eines solchen Vorschlags entgegenzutreten und etwaige Verhandlungsmöglichkeiten<sup>11</sup> auszuschöpfen.

3) Verkehrsbeschränkungen auf den Landwegen nach Berlin

Hierfür gibt es folgende reale Möglichkeiten:

a) Einführung des Paß- und Sichtvermerkszwangs; Andeutungen in dieser Richtung sind häufiger von sowjetzonaler Seite gemacht worden.

Die westlichen Gegenmaßnahmen sind im Eventualfallpapier BQD-CC 28 vom 21.2.1967 niedergelegt.

b) Selektive Beschränkungen des Berliner Personen-Transitverkehrs und des Reiseverkehrs in die SBZ; Meldungen aus besonderer Quelle behaupten, daß die SBZ Gerüchte kolportiert, wonach in Bälde die Zonengrenze nicht überschritten werden dürfe von „Naziaktivisten, Neonazis, Revanchisten und Personen, die sich für die Alleinvertretungsanmaßung einsetzen“; es ist möglich, daß mit großem publizistischen Effekt neue Regeln in dieser Richtung erlassen werden; aber auch bereits nach den bestehenden Gesetzen könnten solche Beschränkungen praktiziert werden.<sup>12</sup>

c) Einräumung von Zuständigkeiten für den alliierten Militärverkehr an die SBZ; hierfür liegen zur Zeit keine Anhaltspunkte vor; dennoch könnte in einem gewissen Stadium der gegenwärtigen Kampagne hier durch eine leichte Eskalation (Beiordnung von SBZ-Beamten zu den sowjetischen Kontrollen) ein Druck auf die Westmächte ausgeübt werden.

Die Gegenmaßnahmen sind im Eventualfallpapier BQD 4 enthalten.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1703*

„Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik; sie baut sich auf den deutschen Ländern auf. [...] Außerdem waren alle wesentlichen Bestimmungen, die der Weimarer Verfassung entnommen waren, nie verwirklicht worden, wie die Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Freiheit der Meinungsäußerung, die Pressefreiheit, die Versammlungsfreiheit, das Postgeheimnis, die Freizügigkeit und das Streikrecht. Ulbricht selbst gab zu, daß nur die folgenden Grundrechte garantiert wurden: das Recht auf Arbeit, auf Schutz der Gesundheit, auf Gleichberechtigung der Frau und ‚andere Rechte‘. Es war daher nur verständlich, daß schon seit Jahren der Text der Verfassung der SBZ ‚vergriffen‘ war.“ Vgl. Referat II A 1, Bd. 684.

<sup>9</sup> Zu diesem Absatz handschriftliche Bemerkung des Staatssekretärs Duckwitz: „Man könnte vielleicht an eine ‚vorsorgliche‘ Warnung der Alliierten denken.“

<sup>10</sup> Zum „Entwurf eines Vertrages über die Herstellung und Pflege normaler Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland“ vgl. Dok. 325, Anm. 2.

<sup>11</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Warum? Wohl nicht zweckmäßig.“

<sup>12</sup> Der Passus „Richtung ... praktiziert werden“ wurde von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Eben.“



## 4) Wirtschaftsmaßnahmen:

- a) Eingriffe in den Interzonenhandel (wenig wahrscheinlich wegen des sowjet-zonalen Eigeninteresses);
- b) Aufkündigung aller Vereinbarungen und Praktiken, die sich auf das Währungsgebiet DM-West beziehen; Beschränkung dieser Vereinbarungen und Praktiken auf Westdeutschland und Forderung separater Behandlung West-Berlins; Androhung eines Lieferstopps für West-Berlin im Falle der Nichtbefolgung.

Hierfür liegt keine spezifische Eventualfallplanung vor. Sie müßte mit den Alliierten im Rahmen der früheren Planung („economic counter measures“) konsultiert werden.

## 5) Maßnahmen im Postwesen

Hier ist der Boden für Schritte vorbereitet durch die Geltendmachung völlig indiskutabler Geldforderungen und durch die Ablehnung von Verhandlungen seitens der SBZ.<sup>13</sup> Mögliche Schritte sind die Forderung von Auslandsporto für Postsendungen aus der Bundesrepublik und Androhung der Postzurückweisung im Falle der Ablehnung.<sup>14</sup>

Eine weniger schwerwiegende Maßnahme wäre eine diplomatisch-politische Aktion im Rahmen des Weltpostvereins und der Internationalen Telegrafunion im Anschluß<sup>15</sup> an das gelbe Pamphlet von SBZ-Postminister Schulze „Zwei deutsche Staaten – Zwei deutsche Postgebiete“.<sup>16</sup>

Die Gegenmaßnahmen würden in erster Linie vom Postministerium vorzubereiten sein, allerdings in enger Abstimmung mit den drei Mächten, die über das AWP<sup>17</sup> involviert sind.<sup>18</sup>

<sup>13</sup> Zur Forderung der DDR nach einem Ausgleich der im innerdeutschen Postverkehr erbrachten Mehrleistungen sowie zur Zurückweisung der seitens der Bundesregierung am 18. November 1967 erklärten Verhandlungsbereitschaft vgl. Dok. 11, besonders Anm. 12–14, bzw. Dok. 412, besonders Anm. 3 und 5.

Mit Schreiben vom 4. bzw. 6. Dezember 1967 an Bundesminister Dollinger bzw. den Berliner Senator Spangenberg übermittelte der Minister für das Post- und Fernmeldewesen der DDR, Schulze, Rechnungen für das dritte Quartal 1967 in Höhe von 4,6 bzw. 5,6 Mio. DM. Gleichzeitig erinnerte er daran, daß die für die ersten beiden Quartale übersandten Rechnungen von der Deutschen Bundespost und dem Senat von Berlin noch nicht beglichen worden seien und sich die Gesamtforderungen gegenüber der Bundespost nunmehr auf 985,74 Mio. DM und gegenüber dem Senat von Berlin auf 592,71 Mio. DM beliefen. Er machte Dollinger darauf aufmerksam, „daß die ständige Nichtbegleichung Ihrer Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Deutschen Post der Deutschen Demokratischen Republik nicht ohne Folgen bleiben kann“. Vgl. DzD V/1, S. 2122 bzw. S. 2138 f.

<sup>14</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Das kann noch weiter gehen, zumal wenn wir die Zahlung ablehnen.“

<sup>15</sup> Der Passus „diplomatisch-politische ... im Anschluß“ wurde von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Kommt sicher.“

<sup>16</sup> Am 3. November 1967 stellte der Minister für das Post- und Fernmeldewesen der DDR, Schulze, auf einer Pressekonferenz die Dokumentation „Zwei deutsche Staaten – zwei deutsche Postgebiete“ vor, welche „die völlige Haltlosigkeit der Alleinvertretungsmaßnahme des westdeutschen Bundespostministeriums dokumentarisch“ nachweisen sollte. Vgl. dazu DzD V/1, S. 1956–1961. Für die Dokumentation vgl. Referat II A 1, Bd. 711.

<sup>17</sup> Zu den Bemühungen der Bundesregierung, in Absprache mit den Drei Mächten den Postverkehr zwischen Deutschland als Ganzem und dem Ausland weiterhin über das Alliierte Abrechnungsbüro (AWP) abzuwickeln, vgl. Dok. 11, besonders Anm. 6–9.

<sup>18</sup> Der Passus „allerdings ... involviert sind“ wurde von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Ja.“

6) Schauprozesse gegen in der Bundesrepublik ansässige „Nazis in hohen Stellungen“

Der „Globke-Prozeß“<sup>19</sup> könnte hierfür als Modell dienen. Ein solches Vorgehen könnte an die sowjetische Erklärung vom 8.12.<sup>20</sup> anknüpfen.

Öffentlichkeitspolitische Gegenmaßnahmen wären zu treffen.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>21</sup> zur Kenntnis vorgelegt.

Ruete

VS-Bd. 4180 (II A 1)

## 447

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Frank

I B 4-82.00-90.09/1969/67 geheim

27. Dezember 1967<sup>1</sup>

Betr.: Deutsch-algerische Beziehungen

Der algerische Botschafter in Rom, Aid Challal, traf am 22.12. bei Frankfurt mit Bundesminister Wischnewski zusammen, um ihm eine mündliche Botschaft des algerischen Außenministers Bouteflika zu übermitteln. An dem Gespräch nahmen noch Herr Iles (Leiter der Abteilung für algerische Interessen in der indonesischen Botschaft in Bonn) sowie VLR I Dr. Gehlhoff und RR Dr. Preuss (persönlicher Referent von Bundesminister Wischnewski) teil.

Botschafter Challal führte aus: Außenminister Bouteflika sei über die Ende November in New York mit Bundesminister Wischnewski geführten Gespräche<sup>2</sup> sehr befriedigt. Die algerische Regierung strebe ernsthaft die Normalisierung der Beziehungen zu uns an und wolle möglichst bald den geeigneten Weg hierfür finden, zumal das deutsch-algerische Verhältnis nicht durch besondere Probleme belastet sei. Zwar könne die algerische Regierung aus grundsätzlichen Erwägungen in der Palästina-Frage keine andere Haltung einnehmen als bisher, und sie wolle auch die Gemeinsamkeit mit den anderen arabischen Staaten bewahren. Das schließe aber eine rasche Normalisierung der Beziehungen zu uns nicht aus. Im Gegenteil, die algerische Regierung habe bereits Schritte unternommen, um die Bereinigung des deutsch-arabischen Verhältnisses im Ganzen zu erreichen. Für ihre weiteren Schritte in dieser Richtung

<sup>19</sup> Am 23. Juli 1963 verurteilte das Oberste Gericht der DDR den ehemaligen Referenten für Staatsangehörigkeitsfragen im Reichsministerium des Innern und Chef des Bundeskanzleramtes, Globke, in Abwesenheit zu lebenslangem Zuchthaus. Vgl. dazu BULLETIN 1963, S. 1153.

<sup>20</sup> Vgl. dazu Dok. 424.

<sup>21</sup> Hat Staatssekretär Duckwitz am 3. und erneut am 4. Januar 1968 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich wäre für weitere Beobachtung dankbar. Auch Symptome sind interessant.“

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Gehlhoff konzipiert.

<sup>2</sup> Zu den Gesprächen am 26./27. November 1967 vgl. Dok. 410.

müsse sie allerdings bitten, daß wir sie genau und detailliert über den Stand unserer Gespräche mit anderen arabischen Regierungen ins Bild setzen.

Algerien sei aufgrund der wirtschaftlichen Gegebenheiten auf enge Beziehungen zu Europa angewiesen. Man wolle diese Beziehungen aber nicht mehr so einseitig wie bisher auf Frankreich ausrichten, sondern strebe eine stärkere Auffächerung an, wobei Deutschland eine besondere Rolle zukommen werde.

Im Verhältnis zu uns stehe die Regierung noch vor dem Problem, gegenüber der algerischen Öffentlichkeit zu begründen und zu rechtfertigen, daß der Augenblick für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen gekommen sei. Vor allem aber wolle man sich bereits jetzt Klarheit darüber verschaffen, welchen Inhalt die künftigen Beziehungen haben werden. Hierbei gehe es vor allem um folgende Fragen: Reaktivierung der bereits früher zwischen den beiden Ländern geschlossenen Verträge; Unterstützung für die deutschen Unternehmen, die mit Algerien Handel treiben oder dort investieren; Abschluß eines Investitionsförderungs-Abkommens; das Verhältnis zwischen Algerien und dem Gemeinsamen Markt; Beschäftigung algerischer Arbeitnehmer in Deutschland. Daneben gebe es auch noch Einzelfragen, wie etwa eine deutsch-algerische Zusammenarbeit in der Schifffahrt oder die Steigerung des deutschen Tourismus nach Algerien.

Gewiß könnten alle diese Fragen nicht in kurzer Zeit gelöst werden. Die algerische Regierung schlage aber vor, daß über die wichtigsten Punkte schon jetzt Expertengespräche geführt würden, damit nach Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen unverzüglich mit der Durchführung eines Aktionsprogramms begonnen werden könne.

Bundesminister Wischnewski erklärte zu den von Botschafter Challal aufgeworfenen Fragen: Die Bundesregierung stehe nicht nur zu den früher geschlossenen Verträgen, sondern sei jederzeit – d.h. auch vor Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen – zu Verhandlungen über eine andere Verwendung der 1964 zugesagten Kapitalhilfe in Höhe von 70 Mio. DM (von denen bisher nur etwa 2 Mio. DM verbraucht seien)<sup>3</sup> bereit, da sich die algerischen Projektwünsche anscheinend etwas geändert hätten. Diesbezügliche Vorschläge müßten allerdings von Algerien gemacht werden. Über technische Hilfe könne man ebenfalls sprechen. Algerien sei das einzige Land, dem man trotz Nichtbestehens diplomatischer Beziehungen für ein so wichtiges Gebiet wie den Ausbau des Polizeiwesens neue technische Hilfe gegeben habe.<sup>4</sup> Was die Unterstützung privater deutscher Unternehmen in Algerien anbetreffe, so müsse berücksichtigt werden, daß die Bundesrepublik Deutschland kein Staatshandelsland sei. Die Wirtschaftsbeziehungen könnten aber sicherlich ausgebaut werden, zumal die Handelsbilanz für Algerien außerordentlich günstig sei.<sup>5</sup> Die Bundesregierung sei im übrigen bereit, in Verhandlungen über ein Kapitalschutz-Abkommen einzutreten. Unsere Haltung zu den algerischen

<sup>3</sup> Zum Kapitalhilfeabkommen vom 3. Oktober 1964 zwischen der Bundesrepublik und Algerien vgl. Dok. 410, Anm. 9.

<sup>4</sup> Zum Zusatzabkommen vom 15. August 1967 zum Rahmenabkommen über technische Hilfe vom 17. Dezember 1964 zwischen der Bundesrepublik und Algerien vgl. Dok. 410, Anm. 12.

<sup>5</sup> Zu den Handelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Algerien vgl. Dok. 81, Anm. 5.

EWG-Wünschen sei immer klar gewesen, und wir würden uns wie in der Vergangenheit so auch künftig für ein enges Verhältnis Algeriens zur EWG einsetzen.<sup>6</sup> Zur Frage der algerischen Arbeitnehmer in Deutschland müsse erst einmal der Bundesarbeitsminister<sup>7</sup> gehört werden. In den letzten zwei Jahren habe die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer bei uns insgesamt nachgelassen, und wir hätten auch selber eine gewisse Arbeitslosigkeit erlebt. In jedem Falle sollten aber die bereits in Deutschland tätigen algerischen Arbeitnehmer einen legalen Status erhalten.<sup>8</sup> Hinsichtlich der von algerischer Seite gewünschten Aufnahme von Expertengesprächen müsse er sich zunächst mit dem Bundesminister des Auswärtigen ins Benehmen setzen.

Auf den algerischen Wunsch, von uns Einzelheiten über unsere Gespräche mit anderen arabischen Regierungen zu erfahren, ging Bundesminister Wischniewski nicht ein.

Beide Seiten drückten abschließend noch einmal ihren Wunsch aus, die Beziehungen möglichst bald zu normalisieren. Ein Datum wurde von Botschafter Challal aber nicht erwähnt.

Zu wirtschaftlichen Einzelfragen machte Botschafter Challal noch folgende Angaben:

Bei der Steigerung seines Außenhandels müsse Algerien in erster Linie an Wein und Gemüse denken; für beide Erzeugnisse sollte Deutschland ein wichtiger Abnehmer sein. Für Erdöl und Erdgas – die algerischen Erdgasreserven würden gegenwärtig auf 4000 Mrd. cbm geschätzt – erhoffe man sich die Erschließung eines wichtigen Marktes in Süddeutschland. Der Transport für diese Produkte müsse bis auf weiteres per Schiff erfolgen. Zwar würden gegenwärtig Pläne für eine Pipeline durch das Mittelmeer (3 Möglichkeiten: über Gibraltar, durch das westliche Mittelmeer nach Ostspanien, über Sizilien nach Süditalien) geprüft, doch seien die technischen Schwierigkeiten groß und der Kapitalbedarf enorm, so daß vor Ablauf von 10 Jahren keineswegs an eine Realisierung zu denken sei. Andere wichtige Rohstoffe für den Export seien Eisenerze sowie Blei und Kupfer. Für alle drei Rohstoffe sei der Markt zur Zeit befriedigend. Eisenerz werde in Höhe von 3 Mio. t exportiert, davon 300 000 t in die Bundesrepublik; man hoffe auf eine Ausweitung. Blei und Kupfer würden insbesondere im Grenzgebiet nach Marokko gefunden. Die „Wäschereien“ für diese Produkte befänden sich auf der anderen Seite der Grenze. Man habe des-

<sup>6</sup> Zur Haltung der Bundesregierung in der Frage der Beziehungen der EWG zu Algerien vgl. Dok. 81, Anm. 7.

<sup>7</sup> Hans Katzer.

<sup>8</sup> Am 23. Februar 1967 führte Referat V6 dazu aus, daß die Aussichten, das Einverständnis der beteiligten Bundesministerien und der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu einer Anwerbevereinbarung mit Algerien zu erhalten, „sehr gering“ seien. Nach den Beschlüssen der zuständigen Bundesministerien und der Innenminister der Länder solle der Bedarf an ausländischen Arbeitskräften grundsätzlich aus den europäischen Staaten gedeckt werden. Darüber hinaus seien die Erfahrungen mit den Anwerbevereinbarungen mit Marokko und Tunesien „außerordentlich schlecht“, da die Unternehmen in der Bundesrepublik „an diesen Arbeitskräften nicht interessiert“ gewesen seien. Schließlich würde es innenpolitisch schwierig sein, angesichts von 700 000 Arbeitslosen in der Bundesrepublik mit einem dritten Staat eine Anwerbevereinbarung zu schließen. Vgl. Referat V6, Bd. 1311.

halb schon einen Auftrag an Krupp gegeben, Pläne für die Errichtung eigener Blei- und Kupferwäschereien in Algerien aufzustellen.<sup>9</sup>

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>10</sup> dem Herrn Minister<sup>11</sup> mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

i. V. Frank

VS-Bd. 2625 (I B 4)

## 448

### Botschafter Strätling, Bukarest, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-17102/67 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 1562

Aufgabe: 27. Dezember 1967, 17.55 Uhr  
Ankunft: 27. Dezember 1967, 18.21 Uhr

Betr.: Schreiben des Herrn Bundesministers an den Vorsitzenden des Staatsrates Nicolae Ceausescu

Bezug: Erlaß vom 15. Dezember 1967 – Ministerbüro<sup>1</sup>

Unmittelbar nach Eingang des o.a. Erlasses habe ich der Protokolldirektion des Außenministeriums mitgeteilt, daß ich einen Brief des Herrn Bundesministers zu übergeben hätte. Ich habe dabei kurz den Inhalt des Briefes angedeutet.

Am Samstagmittag wurde ich kurzfristig unter Abänderung eines Besuchstermins beim Präsidenten der großen Nationalversammlung, Stefan Voitec, zum Vorsitzenden des Staatsrates, Nicolae Ceausescu, gebeten. Die Audienz fand im Gebäude des Zentralkomitees der RKP statt. Anwesend war der Stellvertretende Außenminister Gliga. Nachdem ich das Schreiben übergeben hatte, das Ceausescu sofort durchlas, lud er mich zu einem Gespräch ein. Er bat mich, dem Herrn Bundesminister seinen Dank für die Glückwünsche zu übermitteln und führte an, daß auch er eine Fortsetzung des im August geführten

<sup>9</sup> Am 9. November 1967 wurde zwischen der algerischen Regierung und der Firma Krupp ein Rahmenabkommen über technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit einer Laufzeit von zwei Jahren geschlossen. Das Abkommen, das kein begrenztes Finanzvolumen enthielt, umfaßte eine Projektliste algerischer Industrialisierungsvorhaben, „wobei Erz- und Kohlegewinnung im Raum von Béchar, Zinkelektrolyse und Aufbesserung von Eisenerzen den Vorrang haben. Krupp und Konsorten sollen zunächst technische Studien erstellen, später jedoch auch Industrie- und Bergbauinstallationen liefern.“ Vgl. den Schriftbericht des Legationsrats I. Klasse Strenziok, Algier, vom 10. November 1967; Referat III B 6, Bd. 535.

<sup>10</sup> Hat den Staatssekretären Duckwitz und Lahr am 3. Januar 1968 vorgelegen.

<sup>11</sup> Hat Bundesminister Brandt am 5. Januar 1968 vorgelegen.

<sup>1</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnold übermittelte den Wortlaut eines Schreibens, in dem Bundesminister Brandt dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Rumäniens, Ceausescu, seine Glückwünsche für dessen Wahl zum Staatsratsvorsitzenden Rumäniens am 9. Dezember 1967 aussprach. Ferner erklärte Brandt, daß er alle Kontakte begrüße, die sich über die Beziehungen zwischen beiden Regierungen hinaus entwickelten, und äußerte die Hoffnung, „in nicht allzu ferner Zukunft“ das Gespräch mit Ceausescu fortsetzen zu können. Vgl. Ministerbüro, Bd. 352.

Gesprächs<sup>2</sup> für nützlich halte. Er stellte dann fest, daß unsere gegenseitigen Beziehungen sich befriedigend entwickelt hätten.

Auf die wirtschaftlichen Beziehungen zu sprechen kommend, stellte er die Erörterung der wirtschaftlichen Kooperation in den Mittelpunkt. In den wirtschaftlichen Beziehungen der Länder untereinander müsse man zu neuen Formen kommen, da die überkommenen Formen des Handels wegen der Währungsungleichheit zu keinem befriedigenden Ergebnis führten. Ein neuer Weg, der beschritten werden könne, sei der der wirtschaftlichen Kooperation.<sup>3</sup> Ich verwies auf unsere Bereitschaft, diesen Weg zu beschreiten, der sich durch das Abkommen vom August d. J.<sup>4</sup> manifestiert habe. Ich führte dabei weiter aus, daß es notwendig erscheine, den Begriff der Kooperation näher zu definieren. Der Begriff werde für verschiedene wirtschaftliche Vorgänge angewandt, wie etwa für Kompensation, Lizenzverträge, sogenannte „verlängerte Werkbank“ und auch für die Zusammenarbeit in Drittländern. Dies führe oft zu Unklarheit und Verwirrung. Ceausescu meinte, daß alle diese Formen unter den Oberbegriff der wirtschaftlichen Kooperation fielen. Ich erlaubte mir den Hinweis, daß z.B. Zusammenarbeit in Drittländern zur Voraussetzung habe, daß sich beide Partner qualitätsmäßig und zeitlich mit äußerster Exaktheit aufeinander abstimmten. Ceausescu stimmte mir zu. Dieses Thema abschließend bemerkte ich noch, daß mir bekannt sei, daß verschiedene deutsche Firmen Verhandlungen über Kooperationsprojekte führten, was er mit Befriedigung aufnahm.<sup>5</sup>

Ceausescu fragte mich dann nach dem Stand der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien. Ich erklärte ihm, daß das Bundeskabinett den Beschluß gefaßt habe, die Verhandlungen über die Wiederaufnahme einzuleiten, daß dieser Beschluß auch von den im Bundestag vertretenen Par-

<sup>2</sup> Zum Gespräch des Bundesminister Brandt mit dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Rumäniens, Ceausescu, am 5. August 1967 vgl. Dok. 293.

<sup>3</sup> Am 25. August 1967 erläuterte Ministerialdirigent Graf von Hardenberg, daß das Interesse der Staatshandelsländer an der wirtschaftlich-technischen Kooperation auf einen COMECON-Beschluß vom August 1964 zurückgehe, „worin den Mitgliedsländern empfohlen wird, sich zur Beschleunigung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung westlicher technischer Leistungen mittels einer bilateralen technischen Kooperation zu bedienen. Einer solchen Zusammenarbeit zwischen Unternehmen verschiedener Wirtschaftsordnungen sind jedoch verhältnismäßig enge Grenzen gezogen“. Die meisten Kooperationsfälle bezögen sich auf die Überlassung westlicher Produktionslizenzen. Größere Bedeutung käme ebenfalls der betrieblichen Zusammenarbeit zu, insbesondere zur passiven Lohnveredelung. Wenig erfolgreich seien die Unternehmen der Bundesrepublik beim Abschluß von Verträgen zur Koproduktion etwa von Automobilen gewesen. Eine Koproduktion in Form der Errichtung von im Miteigentum der Partner stehenden Produktionsstätten scheitere darüber hinaus „an der Gesellschaftsordnung der osteuropäischen Länder, die weder den privaten Eigentumswerb noch die Beteiligung am Management zuläßt“. Vgl. Referat III A 6, Bd. 266.

<sup>4</sup> Zum wirtschaftlich-technischen Kooperationsabkommen vom 3. August 1967 zwischen der Bundesrepublik und Rumänien vgl. Dok. 292, Anm. 10.

<sup>5</sup> Am 16. November 1967 berichtete Botschafter z.b.V. Schmidt-Horix über die Tagung der Gemischten Kommission der Bundesrepublik und Rumäniens vom 17. Oktober bis 3. November 1967 in Bukarest, daß die rumänische Delegation eine Liste mit Gebieten der industriellen Produktion übergeben hätten, die aus ihrer Sicht für eine Kooperation zwischen Unternehmen aus beiden Staaten geeignet seien. Gleichzeitig sei die Bitte geäußert worden, die Liste vom BDI an einzelne Industrieverbände weiterleiten zu lassen. Interessenten sollten dann unmittelbar mit den zuständigen rumänischen Wirtschaftsgremien in Verbindung treten: „Da die Rumänen jedoch grundsätzlich davon ausgehen, gemeinsam zu errichtende Anlagen mit deren Produktion zu bezahlen – nach deutschen Begriffen kein Kooperations-, sondern ein Koppelungsgeschäft –, erscheint es zweifelhaft, ob die übergebene Liste zu einer nennenswerten Zusammenarbeit zwischen Unternehmen beider Länder führen wird.“ Vgl. Referat III A 5, Bd. 266.

teien gutgeheißen worden sei und daß m.W. die Verhandlungen Ende Januar aufgenommen werden sollten.<sup>6</sup> Ceausescu sagte betont, daß er diesen Beschluß sehr begrüße, werde doch dadurch die Ernsthaftigkeit unserer neuen Ostpolitik unterstrichen. Er begrüße die Ansätze zu dieser neuen Politik, sei jedoch der Auffassung, daß wir noch weiter gehen sollten und die nach dem Kriege geschaffenen „Realitäten“ anerkennen sollten. Ich erläuterte erneut unseren Standpunkt zur Frage des Verhältnisses zu dem anderen Teil Deutschlands und zählte die Schritte auf, die die Bundesregierung in diesem Jahr unternommen habe, um die Lage zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu entkrampfen und zur Entspannung in Europa beizutragen. Ich erwähnte dabei den Briefwechsel zwischen dem Bundeskanzler und Herrn Stoph, die Bereitschaft zu Gesprächen auf Staatssekretärs-Ebene<sup>7</sup> und die Bereitschaft zu der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den anderen sozialistischen Staaten. Die Antworten seien in allen Fällen negativ gewesen, und die Regierung der DDR entfalte eine hektische Aktivität, um unsere Bemühungen zu blockieren.

Ceausescu fügte hier ein, daß man in Moskau bei den rumänisch-russischen Gesprächen<sup>8</sup> natürlich auch über Deutschland gesprochen habe. Unter anderem sei mit großer Besorgnis die Frage des Anwachsens der NPD in der Bundesrepublik Deutschland zur Sprache gekommen. Er selbst möchte nicht den Eindruck erwecken, als ob er sich in innenpolitische deutsche Angelegenheiten einmischen wolle, er werde auch in der Öffentlichkeit nicht dazu Stellung nehmen, müsse jedoch feststellen, daß auch er die Entwicklung für bedenklich halte. Die Besorgnis werde, wie wir wüßten, auch in westlichen Ländern geteilt. Es sei ihm unverständlich, daß die kommunistische Partei in der Bundesrepublik Deutschland verboten sei<sup>9</sup>, während man einer neo-nazistischen Partei alle Freiheiten gewähre. Ich erläuterte ihm noch einmal die Rechtslage, so wie es der Herr Bundesminister bereits im August bei seinem Gespräch mit Ceausescu getan hatte, und stellte klar, daß mit der Feststellung der Verfassungswidrigkeit der KPD durch das Bundesverfassungsgericht etwa zur gleichen Zeit auch die damalige rechtsradikale Partei SRP (Sozialistische Reichspartei) für verfassungswidrig erklärt und verboten worden sei. Inzwischen habe sich auf der Rechten die NPD als rechtsradikale Partei etabliert, die es bisher sorgfältig vermieden habe, als Nachfolgeorganisation der SRP oder gar der NSDAP einen Vorwand für eine erneute Feststellung des Bundesverfassungsgerichts zu geben. Was die Neugründung einer kommunistischen Partei ange-

<sup>6</sup> Zum Beschluß des Bundeskabinetts vom 13. Dezember 1967, Verhandlungen mit Jugoslawien über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen aufzunehmen, vgl. Dok. 436.

Die Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen wurden von Ministerialdirektor Ruete und dem Abteilungsleiter im jugoslawischen Außenministerium, Perišić, am 23. Januar 1968 in Paris aufgenommen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats Gehl vom 24. Januar 1968; AAPD 1968.

<sup>7</sup> Zum Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Kiesinger und dem Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Stoph, sowie zur Bereitschaft der Bundesregierung zu Gesprächen auf der Ebene der Staatssekretäre vgl. Dok. 325, besonders Anm. 8.

<sup>8</sup> Eine Partei- und Regierungsdelegation unter Leitung des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Rumäniens, Ceaucescu, hielt sich am 14./15. Dezember 1967 in der UdSSR auf.

<sup>9</sup> Zum Verbot der Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) am 17. August 1956 vgl. Dok. 293, Anm. 3.

he, so sei es Interessenten freigestellt, unter Beachtung der Verfassungsvorschriften eine neue kommunistische Partei unter anderem Namen zu gründen. Im übrigen werde die Tätigkeit der NPD vom Innenministerium sehr genau beobachtet und die Möglichkeit der Antragstellung beim Bundesverfassungsgericht auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit ständig geprüft. Die Bundesregierung sei sich der Gefahren, die mit dem Anwachsen der NPD verbunden seien, und auch ihrer Verantwortung durchaus bewußt. Leider jedoch scheine sich eine Entwicklung zu wiederholen, die schon in der Weimarer Zeit festzustellen gewesen sei, als ausländische Mächte und Presseorgane den demokratischen Kräften in Deutschland kein Vertrauen entgegengebracht und dadurch indirekt die verfassungsfeindlichen Kräfte unterstützt hätten. Ceausescu meinte darauf, daß die Situation heute insofern anders sei, als nach dem Potsdamer Abkommen<sup>10</sup> die Unterzeichnerstaaten eine Aktivlegitimation hätten, alles zu tun, um ein Wiederaufleben des Nationalsozialismus zu verhindern.

Auf meine Bemerkung, ich hoffte, daß in Moskau nicht nur über diese Frage der deutschen Politik, sondern auch über andere Themen gesprochen worden sei, ging Ceausescu nicht ein.

Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Äußerung zu dem letzten Thema das Hauptanliegen des Gesprächs war, ohne daß Ceausescu dies ausdrücklich erwähnt hätte. Das legt den Schluß nahe, daß er sich auf diese Weise einer Auflage entledigt hat, die er wegen der Nichtübereinstimmung in anderen, die Bundesrepublik betreffenden Fragen in Moskau akzeptiert hat. Er hat dies um so leichter tun können, als seine eigene Auffassung über die innenpolitische Entwicklung bei uns mit der der Sowjets identisch zu sein scheint (siehe auch Gespräch Bundesminister–Ceausescu). Der hiesige türkische Botschafter<sup>11</sup> wies mich schon vor meiner Unterredung mit Ceausescu in diese Richtung.

Über meinen Besuch wurde eine Mitteilung veröffentlicht, die am Montag in den hiesigen Zeitungen, darunter im „Neuen Weg“, auf der ersten Seite erschien und in der es hieß, daß die Audienz auf mein Ansuchen stattgefunden habe und daß ich einen Brief des Bundesaußenministers übergeben hätte. Der Schlußsatz der Veröffentlichung lautete: Die Unterredung fand in herzlicher Atmosphäre statt.

Ceausescu wirkte bei der Unterredung entspannt und selbstsicher. Mit Gliga pflegte er einen kameradschaftlich-vertraulichen Umgangston.

[gez.] Strätling

VS-Bd. 4147 (II A 1)

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des Communiqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) vgl. DzD II/1, S. 2101–2148.

<sup>11</sup> Kamuran Gürün.



## Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem britischen Botschafter Roberts

I A 2-81.12-94.09-4103/67 VS-vertraulich

28. Dezember 1967<sup>1</sup>

Ergebnisniederschrift über das Gespräch des Herrn Bundesministers mit dem britischen Botschafter vom 28. Dezember 1967 in der Residenz des Herrn Ministers über Konsultationen der Fünf mit Großbritannien.

Der *britische Botschafter* suchte den Herrn Bundesminister am 28. Dezember auf eigenen Wunsch auf. Er nahm Bezug auf die Erklärung des britischen Außenministers vor dem Unterhaus vom 20. Dezember 1967.<sup>2</sup> Danach bleibe der Antrag Großbritanniens auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften auf dem Tisch. Die britische Regierung möchte sich jedoch einem neuen französischen Veto oder einer französischen Verzögerungstaktik nicht aussetzen. Die britische Regierung rechne nicht mehr mit einem Beitritt Großbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften, solange General de Gaulle französischer Staatschef sei. Auch Beitrittsverhandlungen seien daher vorerst nicht möglich. Die britische Regierung wolle aber nicht auf einen Wechsel in der Führung Frankreichs warten, sondern mit den Fünf in Konsultationen über eine Zusammenarbeit auf von den Gemeinschaftsverträgen<sup>3</sup> nicht erfaßten Gebieten treten. Die britische Regierung habe dafür keine festen Pläne. Es gebe darüber aber in Italien und in den Niederlanden<sup>4</sup> gewisse Vorstellungen. Eine Initiative zu derartigen Konsultationen sollte nach Ansicht der britischen Regierung am besten von der italienischen Regierung ausgehen. Die deutsche Regierung

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Baron von Stempel konzipiert und von Ministerialdirigent Frank am 29. Dezember 1967 an Staatssekretär Lahr geleitet.

Hat Lahr am 3. Januar 1968 vorgelegen.

<sup>2</sup> Der britische Außenminister Brown erklärte: „The communiqué which was issued after yesterday's meeting of the Community Council of Ministers made clear that our application, as well as those of the other countries, remain on the agenda of the Council of Ministers. We, in turn, confirm that our application stands. We do not intend to withdraw it. We now propose to enter into consultations with those five members of the European Community which supported the Commission's view that negotiations should be started at an early stage. [...] As regards the content of the consultations [...] we, for our part, want to see the links between us forged as strongly as possible. But we cannot expose ourselves to any further vetoes on the part of President de Gaulle.“ Vgl. HANSARD, Bd. 756, Sp. 1268 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 45 f.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

Für den Wortlaut des EGKS-Vertrags vom 18. April 1952 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 447–504.

<sup>4</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des niederländischen Außenministers Luns vom 21. Dezember 1967; Dok. 441, Anm. 4.

Am 22. Dezember 1967 teilte der Abteilungsleiter im niederländischen Außenministerium, de Ranitz, Botschafter Knoke, Den Haag, mit, daß die Fünf „jetzt möglichst eng mit den Engländern, Dänen, Norwegern und Iren auf Nebengebieten zusammenarbeiten“ müßten: „Hier biete sich der Gedanke der technologischen Gemeinschaft zu sechst, d.h. die Fünf und Großbritannien, mit Beitrittsmöglichkeit für Skandinavien und Iren, an.“ Als weiteren Gegenstand einer möglichen Zusammenarbeit bezeichnete de Ranitz „die Verwirklichung eines europäischen Gesellschaftsrechts unter Ein-schluß Englands“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 455; VS-Bd. 2427 (I A 2); B 150, Aktenkopien 1967.

sei in einer schwierigen Lage, während die niederländische Regierung als zu pro-britisch gelte. Nach Ansicht der britischen Regierung sollte eine Konsultation der Fünf mit Großbritannien oder auch der Fünf mit den vier beitrittswilligen Staaten in den ersten Januarwochen stattfinden. Die britische Regierung habe die Botschafter Großbritanniens in den fünf Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften gebeten, versuchsweise (tentative) den Inhalt derartiger Konsultationen mit ihren Gastregierungen zu erörtern. Nach britischer Vorstellung kämen folgende Bereiche für eine Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und den Fünf in Betracht:

- 1) Technologische Zusammenarbeit auf industriellem Gebiet,
- 2) Waffenproduktion und Entwicklung,
- 3) Hilfe für Entwicklungsländer,
- 4) außenpolitische Themen.

Die britische öffentliche Meinung sei durch das Brüsseler Ergebnis enttäuscht, verlange aber, daß die Dinge weiter behandelt würden. Man sei in London sehr skeptisch mit Bezug auf die französische Haltung zu etwaigen Zwischenlösungen. Das britisch-französische Verhältnis sei durch die Haltung Frankreichs in der Ratstagung in Brüssel vom 18./19. Dezember<sup>5</sup> belastet.

Außenminister Fanfani habe Außenminister Brown für ein Gespräch zu diesem Thema für den 29. Dezember nach Rom eingeladen. Außenminister Brown habe die Einladung angenommen.<sup>6</sup> Es handele sich um einen reinen Arbeitsbesuch. Die britische Regierung glaube, daß die niederländische Regierung zu Konsultationen der Fünf mit Großbritannien bereit sei. Man glaube in London auch an eine Zustimmung Belgiens und Luxemburgs. Der deutschen Beurteilung derartiger Konsultationen käme besondere Bedeutung zu.<sup>7</sup>

Der *Bundesminister* des Auswärtigen erklärte, er habe auf Grund des Schreibens von Minister Brown vom 15. Dezember 1967 angenommen, daß zunächst ein Kontakt zwischen ihm und Minister Brown hätte stattfinden sollen.<sup>8</sup> Die Angelegenheit sei von großer Bedeutung; das Bundeskabinett müsse damit befaßt werden, dieses trete aber erst in der zweiten Januarwoche zusammen. Auf

<sup>5</sup> Zur EG-Ministerratstagung vgl. Dok. 442.

<sup>6</sup> Der britische Außenminister Brown hielt sich am 29./30. Dezember 1967 zu Gesprächen in Rom auf.

<sup>7</sup> Am 28. Dezember 1967 berichtete Ministerialdirigent Frank über ein Gespräch mit dem italienischen Gesandten Favale, daß der britische Botschafter in Rom, Shuckburgh, bei der italienischen Regierung die Möglichkeit einer Konferenz der Fünf mit Großbritannien, Dänemark, Irland und Norwegen Anfang Januar 1968 sondiert habe. Auf die Frage des Gesandten, wie die Bundesregierung zu diesem Vorschlag stehe, habe er, Frank, geantwortet, daß grundsätzlich die Erhaltung und Weiterentwicklung der EG gewünscht, eine „irgendwie geartete Blockbildung gegen Frankreich“ jedoch abgelehnt werde. Bei aller Aufrichtigkeit und Ernsthaftigkeit des Eintretens der Bundesregierung für einen britischen Beitritt dürften hierüber keine Illusionen aufkommen. Favale habe daraufhin bemerkt, „daß nach seiner Auffassung der deutschen Diplomatie im gegenwärtigen Zeitpunkt die Chance geboten sei, eine, wie er sich ausdrückte, ‚Außenpolitik wie Bismarck‘ zu betreiben, der es stets peinlich vermieden habe, eine einseitige Option zu ergreifen“. Vgl. Referat I A 2, Bd. 1468.

<sup>8</sup> Vgl. dazu auch den im Rahmen einer Zusammenkunft des Bundesministers Brandt mit seinen Amtskollegen Fanfani (Italien), Grégoire (Luxemburg), Harmel (Belgien) und Luns (Niederlande) im Anschluß an die EG-Ministerratstagung vom 18./19. Dezember 1967 in Brüssel geäußerten Vorschlag, daß die Bundesregierung die Initiative zu weiteren Gesprächen der Fünf ergreifen solle; Dok. 441.

Zum Gespräch von Brandt mit dem britischen Außenminister Brown am 19. Januar 1968 vgl. den Runderlaß des Staatssekretärs Lahr vom 20. Januar 1968; AAPD 1968.

den Einwand des *britischen Botschafters*, daß für die beabsichtigten Konsultationen wegen des für Mitte Januar in Aussicht genommenen Gesprächs des Herrn Bundeskanzlers mit General de Gaulle Eile geboten sei, erwiderte der Herr *Bundesminister*, daß das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit General de Gaulle erst nach dem 10. Februar stattfinden werde.<sup>9</sup>

Es sei der Bereich der Technologie genannt worden. Auf diesem Gebiet sei es aber den Sechs noch nicht einmal gelungen, einheitliche Auffassungen zu entwickeln. Das gleiche ergebe sich für die Fragen eines europäischen Gesellschaftsrechts, des europäischen Patents und der Steuer-Harmonisierung. Mit Bezug auf die Waffenproduktion sei man allgemein in Europa eher der Ansicht, die dafür notwendigen Mittel für eigene Forschungsvorhaben zu verwenden. Bei Koordinierung derartiger Bestrebungen hoffe man, daß diese Bemühungen konkrete Ergebnisse zeitigen würden. Die für eine Zusammenarbeit der Fünf mit Großbritannien bisher erörterten Bereiche seien für ihn wenig überzeugend. Man sollte daher besser auf andere Weise an die Frage des Beitritts Großbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften herangehen. Das Resumé der Ratstagung vom 18./19. Dezember<sup>10</sup> gebe dafür drei positive Anhaltspunkte, nämlich die grundsätzliche Zustimmung zum Beitritt Großbritanniens, die fortschreitende Wiederherstellung des wirtschaftlichen und finanziellen Gleichgewichts in Großbritannien und die Tatsache, daß die Beitrittsanträge auf der Tagesordnung zukünftiger Ratstagungen bleiben. Die Fünf sollten daher zunächst einmal ihren französischen Partner fragen, wie dieser sich die weitere Entwicklung denke. Man solle nicht von Zwischenlösungen sprechen, sondern sich über ein Verfahren unterhalten, das letztlich zum Beitritt führt. Für die britische Regierung stelle sich bei derartig internen Erörterungen der Sechs nicht die Gefahr eines französischen Vetos. Gewisse Ansatzpunkte für Gespräche der Fünf mit Großbritannien ergäben sich anlässlich der Gespräche der Ständigen Vertreter bei den Europäischen Gemeinschaften mit dem britischen Vertreter in Brüssel<sup>11</sup> zur Vorbereitung des wirtschaftspolitischen Teils der vierteljährlich stattfindenden WEU-Ratstagungen.<sup>12</sup> An diesen Gesprächen beteilige sich bekanntlich der französische Ständige Vertreter<sup>13</sup> nicht. Vielleicht könne man diese Gespräche der Ständigen Vertreter mit dem britischen Vertreter bei den Gemeinschaften etwas mehr aktivieren.

Der Herr Bundesminister führte dann aus, daß er an eine Verfahrenslösung denke, die anstelle des sofortigen Beitritts und auch anstelle von etwaigen Zwischenlösungen treten könnte. Diese Lösung müsse in einer überschaubaren Zeit zur Mitgliedschaft Großbritanniens in den Gemeinschaften führen und bis dahin Großbritannien schon eine gewisse Mitwirkung an den Entscheidungen der Gemeinschaftsorgane verschaffen. Großbritannien müsse wissen, daß sein Beitritt in einer überschaubaren Zeit Wirklichkeit werde. Die vom britischen Botschafter vorgeschlagenen und wohl auch in Rom am 29. Dezember zur Sprache

<sup>9</sup> Für die deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 15./16. Februar 1968 in Paris vgl. AAPD 1968.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 42 f.

<sup>11</sup> Sir James Marjoribanks.

<sup>12</sup> Die WEU-Ministerratstagung fand am 29./30. Januar 1968 in Brüssel statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 36 des Botschafters Blankenhorn, z. Z. Brüssel, vom 30. Januar 1968; AAPD 1968.

<sup>13</sup> Jean-Marc Boegner.

kommenden Aushilfskonstruktionen könnten vielleicht eine gewisse psychologische Wirkung haben, ein wirtschaftspolitisch durchschlagender Erfolg sei jedoch von ihnen nicht zu erwarten.

Der *britische Botschafter* erklärte, er glaube nicht, daß als Ergebnis der Gespräche Browns mit Fanfani in Rom vom 29. Dezember eine italienische Einladung zu Konsultationen der Fünf mit Großbritannien erfolgen werde. Irgend etwas müsse aber geschehen, damit nicht der Eindruck entstände, Frankreich habe am 18./19. Dezember in Brüssel einen Sieg errungen. Die Enttäuschung in Großbritannien über das Ergebnis der Brüsseler Ratstagung vom 18./19. Dezember sei heute größer als im Januar 1963<sup>14</sup>, weil diesmal hinter dem britischen Beitrittsantrag alle Parteien und der überwiegende Teil der öffentlichen Meinung in Großbritannien stände.

Der Herr *Bundesminister* äußerte Zweifel an dem materiellen Gehalt der beabsichtigten Konsultationen der Fünf mit Großbritannien. Frankreich würde dadurch aus seiner Rolle, seine Position in Brüssel zu verteidigen, herausgenommen werden. Das sei taktisch wohl nicht der richtige Weg.

Sodann erwähnte der *britische Botschafter* die Initiative von Herrn Nenni. Der Herr *Bundesminister* erklärte, daß Herr Nenni wohl beabsichtige, eine Sozialistenkonferenz einzuberufen. Er versprache sich aber von einer derartigen Konferenz keinen Einfluß auf die Haltung de Gaulles.

Zum Abschluß des Gesprächs erwähnte der *britische Botschafter* die Rede des Herrn Bundesministers im deutschen Bundestag vom 15. Dezember 1967.<sup>15</sup> Der Herr *Bundesminister* erklärte, daß er in dieser Rede vor allem die Frage des Eintritts in Beitrittsverhandlungen gegen den Willen eines Mitgliedsstaats behandelt habe. Wenn das vielleicht auch juristisch möglich gewesen wäre, so sei es sicher nicht politisch ratsam, zumal diesem Mitgliedsstaat dann der auf der außerordentlichen Ratstagung vom Januar 1966 in Luxemburg erzielte Kompromiß in der Frage der Mehrheitsentscheidungen des Rats zur Hilfe gekommen wäre.<sup>16</sup>

Abschließend bat der Herr Minister den britischen Botschafter um baldmöglichste Unterrichtung über das Gespräch Browns mit Fanfani am 29.12. in Rom.<sup>17</sup> Der *britische Botschafter* erklärte, daß Minister Brown bis zum 6. Januar in London sein und dann nach Tokio<sup>18</sup> abreisen werde.

#### VS-Bd. 2427 (I A 2)

<sup>14</sup> Am 28./29. Januar 1963 scheiterten Verhandlungen über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG. Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 60.

<sup>15</sup> Zur Erklärung des Bundesministers Brandt vgl. Dok. 425, Anm. 14.

<sup>16</sup> In der Folge der EWG-Ministerratstagung vom 28. bis 30. Juni 1965 lehnte Frankreich das Prinzip der Mehrheitsentscheidungen, das mit Beginn der dritten Stufe des Gemeinsamen Marktes (1. Januar 1966) gelten sollte, ab und verfolgte eine „Politik des leeren Stuhls“. Die Krise konnte auf der Ministerratstagung am 28./29. Januar 1966 in Luxemburg durch einen Kompromiß beigelegt werden, der vorsah, daß sich die EWG-Mitgliedstaaten zunächst bemühen sollten, Lösungen einvernehmlich zu finden, und erst nach Ablauf einer „angemessenen Frist“ Mehrheitsbeschlüsse getroffen werden könnten. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 25.

<sup>17</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem Staatsminister im britischen Außenministerium, Chalfont, am 8. Januar 1968; AAPD 1968.

<sup>18</sup> Der britische Außenminister Brown hielt sich vom 7. bis 10. Januar 1968 zu Gesprächen in Tokio auf.

# **Personenregister**

Bei der Benutzung des Personenregisters sind folgende Hinweise zu beachten:

- Die Personen werden in alphabetischer Folge erfaßt.
- In der Regel wird die maßgebliche Funktion im Jahr 1967 genannt. Falls im Kontext erforderlich, wird zusätzlich auf frühere Funktionen hingewiesen.
- Bei einigen Personen sind im Rahmen der Edition ausschließlich bestimmte Funktionen vor dem Jahr 1967 von Interesse. In diesen Fällen erfolgen nähere zeitliche Angaben.
- Steht ein Dokument in seiner Gesamtheit in Beziehung zu einer Person, ist die Dokumentennummer angegeben. Dies ermöglicht auch einen schnellen Zugriff auf das Dokumentenverzeichnis im Band I.
- Beim Nachweis einzelner Seiten beziehen sich hochgestellte Ziffern auf Fußnoten.
- **Band I** reicht von Dokument 1 bis 114 bzw. von Seite 3 bis 519, **Band II** von Dokument 115 bis 313 bzw. von Seite 521 bis 1238 und **Band III** von Dokument 314 bis 449 bzw. von Seite 1239 bis 1716.

- Abrassimow, Pjotr Andrejewitsch** Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Ostberlin S. 82, 83<sup>26</sup>, 379f., 974, 1161–1163, 1229f., 1374, 1396f., 1458f., 1471, 1582
- Abu Bakr, Yehia** Leiter des Informationsbüros der Arabischen Liga in Kairo S. 620
- Abusch, Alexander** Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der DDR S. 51<sup>4</sup>, 1147f., 1251
- Adenauer, Konrad** Ehrenvorsitzender der CDU bis zu seinem Tode am 19. April 1967; 1949–1963 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland S. 207, 48<sup>6</sup>, 65, 68, 121, 157, 159, 180, 312f., 400, 405, 407, 409, 424, 485<sup>9</sup>, 612, 614, 634, 659f., 662, 664–670, 673, 719, 830, 845, 958, 976, 1056, 1058, 1424<sup>15</sup>, 1427
- Adolph, Walter** Domkapitular und Generalvikar des Bistums Berlin S. 497, 498<sup>9</sup>
- Aglietti** Botschaftsrat an der italienischen Botschaft in Kairo S. 1316
- Ahlers, Conrad** Stellvertretender des Chefs des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung S. 432, 1261<sup>3</sup>
- Ahmad, M.M.** Planungsminister der Islamischen Republik Pakistan S. 1308
- Ahmed, Gamal Mohammed** Botschafter der Republik Sudan in London bis April 1967 S. 1483
- Ailleret, Charles** Chef des französischen Generalstabs S. 29<sup>9</sup>, 1004f., 1101f., 1294, 1305f., 1629<sup>22</sup>
- Albert I.** 1909–1934 König des Königreichs Belgien S. 1185
- Albertz, Heinrich** Regierender Bürgermeister von Berlin bis 26. September 1967 S. 53<sup>16</sup>, 497, 1147f., 1161<sup>4</sup>, 1163, 1251, 1397<sup>17</sup>, 1442
- Albescu, Alexandru** Stellvertretender Außenhandelsminister der Sozialistischen Republik Rumänien S. 792<sup>12</sup>, 1166
- Albrecht** Mitarbeiter im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung S. 1075
- Alessandrini, Adolfo** Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung der Italienischen Republik bei der NATO in Paris S. 223f., 556, 696, 698, 750, 942
- Allen, Denis** Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Ankara; seit 1. Februar 1967 Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium (Deputy Under Secretary of State) S. 980
- Alphand, Hervé** Generalsekretär im französischen Außenministerium S. 55, 78<sup>5</sup>, 79, 292, 534–538, 542f., 743, 994f., 1393
- Alten, Jürgen von** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat „Strukturfragen des Ostens“ des Auswärtigen Amts S. 1132
- Altmeier, Peter** Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und Vizepräsident des Bundesrates S. 596
- Amer, Abdel Hakim** Erster Vizepräsident der Vereinigten Arabischen Republik und Oberbefehlshaber der ägyptischen Streitkräfte bis 10. Juni 1967 S. 331
- Amos-Djoro, Ernest** Botschafter der Republik Elfenbeinküste in Bonn S. 996
- Arndt, Klaus Dieter** Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) und seit 12. April 1967 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft S. 1322f.
- Arnold, Hans** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Ministerbüros im Auswärtigen Amt 320<sup>1</sup>, 323, 446<sup>2</sup>, 481<sup>2</sup>, 566, 580, 620, 704<sup>2</sup>, 859<sup>1</sup>, 889<sup>3</sup>, 891, 987<sup>12</sup>, 1448, 1709<sup>1</sup>
- Arz von Straussenburg, Herbert** Legationsrat I. Klasse im Büro Staatssekretär des Auswärtigen Amts und Persönlicher Referent des Staatssekretärs Lahr bis 28. Februar 1967; seit 1. März 1967 Stellvertreter des Leiters im Referat „Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Albanien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn“ des Auswärtigen Amts; seit 22. Dezember 1967 Vortragender Legationsrat S. 153, 165, 208<sup>3</sup>, 1142<sup>1</sup>
- Aström, Carl Sverker** Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Schweden bei der UNO in New York S. 850

- Athenagoras I.** Erzbischof von Konstantinopel und Patriarch der griechisch-orthodoxen Kirche S. 1180
- Aufderbeck, Hugo** Weihbischof und Generalvikar für das Bistum Fulda mit Sitz in Erfurt S. 761
- Augstein, Rudolf** Herausgeber des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ (Hamburg) S. 504<sup>4</sup>
- d'Aumale, Christian Comte** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Französischen Republik in Bonn S. 294f., 1007
- Ausland, John C.** Mitarbeiter im amerikanischen Verteidigungsministerium S. 1238, 1259
- Axenfeld, Theodor** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats „Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara“ im Auswärtigen Amt S. 716<sup>8</sup>, 996, 999<sup>14</sup>
- Ayub Khan, Mohammed** Präsident der Islamischen Republik Pakistan und Verteidigungsminister S. 763, 765, 858<sup>8</sup>, 1308–1310
- Azeredo de Silveira, A.F.** Leiter der Delegation der Vereinigten Staaten von Brasilien bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf S. 509, 1248
- al-Azhari, Ismail** Präsident der Republik Sudan S. 1483
- Azzam** Leiter des Sekretariats der Arabischen Liga in Kairo S. 620
- Azzout, Hadj Benabdelkader** Gesandter und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Demokratischen Volksstaatlichen Republik Algerien bei der UNO in New York S. 873
- Ba, Ousmane** Außenminister der Republik Mali S. 733f.
- Babáček, Vladimír** Außenhandelsminister der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 1112f., 1129f., 1149, 1152–1155
- Bacchetti, Fausto** Kabinettsdirektor des Generalsekretärs der NATO in Paris bzw. seit Oktober 1967 in Brüssel S. 358
- Bach, Franz Joseph** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Teheran **Dok. 305** und S. 797, 801<sup>14</sup>, 802<sup>15</sup>, 806, 807<sup>26</sup>, 912, 917<sup>20</sup>
- Bachmann, Günther** Ministerialdirigent im Bundeskanzleramt S. 432, 1288<sup>11</sup>
- Backlund, Sven** Generalkonsul des Königreichs Schweden in Berlin (West) S. 769f.
- Baczoni, Jenő** Stellvertretender Außenhandelsminister der Volksrepublik Ungarn S. 166<sup>14</sup>, 169<sup>25</sup>
- Baerensprung, Renate** Legationsrätin I. Klasse und seit 29. November 1967 Botschaftsrätin an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 138, 489
- Bafile, Corrado** Apostolischer Nuntius in Bonn S. 129, 131f., 133<sup>17</sup>, 328f., 761f.
- Bahr, Egon** Referent im Ministerbüro; seit Juli 1967 Botschafter zur besonderen Verwendung im Auswärtigen Amt; seit 15. November 1967 Leiter des Planungsstabs **Dok. 32, 65, 238, 250, 256, 276, 281, 287, 288, 289, 324, 334, 381, 405** und S. 320<sup>1</sup>, 322, 324, 393–396, 575<sup>1</sup>, 769<sup>2</sup>, 770, 898–901, 1142, 1144, 1325f., 1406, 1473, 1477<sup>10</sup>, 1528<sup>12</sup>, 1590<sup>10</sup>
- Bailey, Eric Leslie** Erster Sekretär an der britischen Botschaft in Bonn S. 1529
- Baker, Vincent** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Office of Atlantic Political-Military Affairs, Bureau of European Affairs) S. 138
- Balken, Richard** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Parlaments- und Pressereferats im Auswärtigen Amt; seit 31. März 1967 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Oslo **Dok. 172**
- Banerji, Shishir Kumar** Botschafter der Indischen Union in Bonn bis 9. November 1967 **Dok. 222**
- Banfield** britischer General und Vorsitzender der Alliierten Kommandantur in Berlin S. 54<sup>17</sup>
- Bargellini, Piero** Bürgermeister von Florenz S. 33



- Barnes, Ernest John W.** Referatsleiter im britischen Außenministerium (Head of Western Organisations Department) S. 566, 580, 1637
- Baroum, Jacques** Außenminister der Republik Tschad S. 562
- Barsig, Franz** Chefredakteur und stellvertretender Intendant des Deutschlandfunks in Köln S. 1448f., 1453, 1594f., 1640<sup>12</sup>
- Barzel, Rainer** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion; 1962/63 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen S. 424
- Baschew, Iwan** Außenminister der Volksrepublik Bulgarien S. 521–532, 721f., 791, 921f., 1387
- Bassler, Hilmar** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats „Süd- und Ostasien“ im Auswärtigen Amt S. 234<sup>5</sup>
- Bator, Francis M.** Vertreter des Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten bis September 1967 (Deputy Special Assistant to the President for National Security Affairs) S. 218, 1119, 1253, 1257f.
- Battle, Lucius D.** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Kairo; seit 5. April 1967 Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Near Eastern and South Asian Affairs) S. 980
- de Beaumarchais, Jacques Delarüe Caron** Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Directeur des Affaires politiques) S. 86<sup>40</sup>, 171<sup>7</sup>, 1393, 1501, 1618, 1619<sup>9</sup>, 1637
- Bédie, Konan** Minister für Wirtschafts- und Finanzfragen der Republik Elfenbeinküste S. 999
- Beeley, Harold** Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Kairo S. 1414
- Behrends, Wolfgang** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat „NATO, WEU (militärische Angelegenheiten) und Verteidigung“ im Auswärtigen Amt; seit 14. Juli 1967 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats S. 23<sup>1</sup>, 170<sup>1</sup>, 173<sup>11</sup>, 388<sup>10</sup>, 704<sup>1</sup>, 725, 771<sup>1</sup>, 772, 785<sup>1</sup>, 888<sup>8</sup>, 1101<sup>1</sup>, 1181<sup>1</sup>, 1223<sup>13</sup>, 1238<sup>12</sup>, 1259<sup>2</sup>, 1299<sup>1</sup>, 1305<sup>1</sup>, 1329<sup>15</sup>, 1616
- Behrendt, Anton** Apostolischer Visita-tor für Danzig S. 328, 497
- Behrendt, Heinz** Stellvertretender Außenminister und Stellvertretender Minister für Außenwirtschaft der DDR S. 1323f., 1634
- Beitz, Berthold** Generalbevollmächtigter der Firma Krupp in Essen; seit 29. November 1967 Vorsitzender des Kuratoriums der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung S. 503
- Bellinghen, J. P. van** stellvertretender Kabinettschef des Außenministers des Königreichs Belgien S. 1348<sup>5</sup>
- Belovski, Dimče** Stellvertretender Außenminister der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien S. 586
- Ben Bella, Mohammed A.** 1963–1965 Präsident der Demokratischen Volksstaatlichen Republik Algerien S. 374
- Benda, Ernst** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU); seit 12. April 1967 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern S. 951
- Beneš, Edvard** 1935–1938 und 1945–1948 Präsident der Tschechoslowakischen Republik S. 901
- Bensch, Alfred** Kardinal und Bischof von Berlin (mit dem persönlichen Rang eines Erzbischofs) S. 497, 760, 763
- Ben Gurion, David** 1949–1953 und 1955–1963 Ministerpräsident des Staates Israel sowie Verteidigungsminister **Dok. 146** und S. 827, 958f., 1035, 1056, 1083
- Benn, Anthony Wedgwood (Tony)** Minister für Technologie des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 1530
- Ben Natan, Asher** Botschafter des Staates Israel in Bonn **Dok. 134** und S. 3f., 265f., 639, 660, 673, 675, 809, 812, 819, 989f., 992, 1264f., 1342, 1390, 1392, 1454
- Bennet** siehe Rolz-Bennet

**Bennett, James Carthew Cavendish** Mitarbeiter im britischen Außenministerium (First Secretary, Western Department); seit November 1967 Erster Sekretär an der britischen Botschaft in Moskau S. 415, 419, 566

**Ben Salah, Ahmed** Planungs- und Wirtschaftsminister der Republik Tunesien **Dok. 36**

**Bente, Wolfgang** Legationsrat I. Klasse und Leiter des deutschen Stabes an der französischen Botschaft in Beirut (Schutzmachtvertretung für deutsche Interessen) **Dok. 353** und S. 1649

**Bérard, Armand** Botschafter der Französischen Republik in Rom; seit 4. Juli 1967 Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung bei der UNO in New York 1683<sup>12</sup>

**Berg, Fritz** Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) in Köln S. 90<sup>4</sup>, 275<sup>10</sup>, 975<sup>19</sup>, 1050

**Berger, Hans** Staatssekretär und Chef des Bundespräsidialamts; 1953–1959 Ministerialdirektor und Leiter der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt **Dok. 196** und S. 130<sup>10</sup>, 151<sup>5</sup>, 571<sup>22</sup>

**Berija, Lawrentij Pawlowitsch** 1938–1945 und 1953 Volkskommissar bzw. Minister für Innere Angelegenheiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 1076<sup>8</sup>

**Bertil** Prinz von Schweden und Herzog von Halland S. 829

**Beveren, Jos van** Geschäftsführer der Mannesmann-Export GmbH in Düsseldorf S. 967<sup>3</sup>, 968

**Bidault, Georges** 1949/50 Ministerpräsident der Französischen Republik S. 1424

**Bihin, Paul** Botschafter des Königreichs Belgien in Kinshasa S. 1186

**Birgi, Muharrem Nuri** Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Türkei bei der NATO in Paris bzw. seit Oktober 1967 in Brüssel S. 223 f., 697, 942, 983, 1079, 1418

**Biró, József** Außenhandelsminister der Volksrepublik Ungarn **Dok. 28**

**Birrenbach, Kurt** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 405

**Bismarck, Philipp von** Vorsitzender des Ständigen Rates der Ostdeutschen Landesvertretungen S. 132<sup>15</sup>

**Björnsson, Henrik S.** Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Island bei der OECD in Paris und der NATO in Paris bzw. seit Oktober 1967 in Brüssel S. 909

**Blankenhorn, Herbert** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in London S. 35<sup>20</sup>, 215<sup>13</sup>, 278<sup>14</sup>, 367<sup>3</sup>, 377<sup>9</sup>, 464, 566, 567<sup>5</sup>, 572<sup>24</sup>, 580, 683<sup>12</sup>, 1426, 1442, 1589<sup>9</sup>

**Blatow, Anatolij Iwanowitsch** Leiter der III. Europäischen Abteilung im sowjetischen Außenministerium S. 560<sup>2</sup>, 1225, 1679 f.

**Blech, Klaus** Legationsrat I. Klasse im Büro Staatssekretär des Auswärtigen Amts und Persönlicher Referent des Staatssekretärs Schütz bzw. seit 27. Oktober 1967 des Staatssekretärs Duckwitz S. 55, 58<sup>10</sup>, 59<sup>12</sup>, 324<sup>13</sup>, 653<sup>3</sup>, 655<sup>9</sup>, 864<sup>1</sup>, 1181<sup>1</sup>, 1265<sup>7</sup>

**Blessing, Karl** Präsident der Deutschen Bundesbank in Frankfurt/Main S. 135<sup>10</sup>, 346<sup>9</sup>, 401–403, 531<sup>6</sup>, 683, 1324

**Blomeyer-Bartenstein, Horst** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats „Völkerrecht und Staatsverträge“ im Auswärtigen Amt **Dok. 175, 248** und S. 10, 48, 61 f., 292<sup>1</sup>, 393, 395 f., 496<sup>1</sup>, 723<sup>1</sup>, 773, 774<sup>7</sup>, 775<sup>8</sup>, 795<sup>6+7</sup>, 864<sup>1</sup>, 1155<sup>13</sup>, 1349<sup>1</sup>

**Blumenfeld, Alfred** Vortragender Legationsrat I. Klasse und seit 2. Januar 1967 Leiter des Referats „Sowjetunion“ im Auswärtigen Amt; 1963–1966 Vertreter des Leiters der Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland in Warschau S. 8 f., 228<sup>7</sup>, 463<sup>1</sup>, 1074<sup>1</sup>, 1623<sup>4</sup>

**Blusztajn, Mieczyslaw** Leiter der Delegation der Volksrepublik Polen bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf S. 508

**Bobleter, Carl** Staatssekretär im österreichischen Außenministerium S. 354<sup>7</sup>

**Bock, Fritz** Vizekanzler und Handelsminister der Republik Österreich **Dok. 243**

- Bode, Günter** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung „Verteidigungswirtschaft“ im Bundesministerium der Verteidigung S. 1530
- Böcker, Alfons** Konsul I. Klasse und Leiter des Konsulats der Bundesrepublik Deutschland in Aden **Dok. 415**
- Boegner, Jean-Marc** Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung der Französischen Republik bei EURATOM und EWG bzw. seit 1. Juli 1967 bei der EG in Brüssel S. 589f., 876–880, 1672, 1715
- Böhme, Friedel** Regierungsamtmann im Referat „Chiffrier- und Fernmeldewesen“ des Auswärtigen Amts S. 10
- Boehncke, Karl-Hellmut** Legationsrat I. Klasse an der Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland in Warschau S. 8<sup>6</sup>
- Böker, Alexander** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung B in der „Politischen Abteilung I“ des Auswärtigen Amts **Dok. 213, 298, 308, 368, 414, 429, 444** und S. 378<sup>10</sup>, 620, 714<sup>2</sup>, 854<sup>1</sup>, 938, 980, 983, 1173<sup>1</sup>, 1404<sup>34</sup>, 1413<sup>1</sup>, 1456<sup>6</sup>, 1467, 1592<sup>4</sup>
- Böx, Heinrich** Ministerialdirigent und Leiter der Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland in Warschau **Dok. 310, 319** und S. 8, 81<sup>17</sup>
- Bogdan, Corneliu** Abteilungsleiter im rumänischen Außenministerium; seit 1. Juli 1967 Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung bei der UNO in New York S. 57<sup>5</sup>, 59, 116–118, 120, 208
- Bogomolow, Alexandr J.** Botschaftsrat an der sowjetischen Botschaft in Bonn S. 237, 923, 1366, 1524, 1545
- Bohlen, Charles E.** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Paris S. 559–561
- Boie, Werner** Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 256<sup>3</sup>
- Bolte, Adolf** Bischof von Fulda S. 760
- Bomboko, Justin** Außenminister der Demokratischen Republik Kongo S. 1185f.
- Boon, Hendrik N.** Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs der Niederlande bei der NATO in Paris bzw. seit Oktober 1967 in Brüssel S. 223, 557, 697, 750f., 880, 994, 1105
- Borissow, Sergej Alexejewitsch** Stellvertretender Außenhandelsminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 1233
- Boss, Walter** Vortragender Legationsrat I. Klasse im Bundeskanzleramt S. 121, 219, 358, 375, 496, 1606<sup>1</sup>, 1681
- Botha, Pieter Willem** Verteidigungsminister der Republik Südafrika S. 887
- Bouattoura, Tewfik** Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung der Demokratischen Volksstaatlichen Republik Algerien bei der UNO in New York S. 1573
- Boumedienne, Houari** Präsident der Demokratischen Volksstaatlichen Republik Algerien S. 374, 942
- Bourges, Yvon** Staatssekretär für Information beim französischen Ministerpräsidenten; seit 7. Mai 1967 Staatssekretär für Kooperation (Secrétaire d'Etat, chargé de l'Information bzw. de la Coopération) S. 1063
- Bourguiba, Habib Ben Ali** Ministerpräsident der Republik Tunesien S. 192f.
- Bousser, Albert** Minister für Verkehr des Großherzogtums Luxemburg S. 1026
- Bouteflika, Abdul Aziz** Außenminister der Demokratischen Volksstaatlichen Republik Algerien S. 374, 1573–1579, 1706
- Bouverat, Colette** Dolmetscherin im Sprachendienst des Auswärtigen Amts S. 32<sup>1</sup>, 78<sup>1</sup>, 375<sup>1</sup>, 562<sup>1</sup>, 634<sup>1</sup>, 830<sup>1</sup>
- Bowie, Robert R.** Direktor des „Center for International Affairs“ an der Harvard Universität in Cambridge/Massachusetts; Berater des amerikanischen Außenministeriums S. 214, 346f., 735, 1084, 1091, 1119, 1253, 1255, 1257, 1626, 1637
- Bräutigam, Hans Otto** Legationsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London S. 580

**Brandner, Ferdinand** österreichischer Ingenieur in der Vereinigten Arabischen Republik S. 965f.

**Brandt, Willy** Bundesminister des Auswärtigen und Vizekanzler **Dok. 4, 8, 15, 30, 36, 43, 48, 49, 68, 72, 88, 94, 99, 124, 126, 136, 137, 138, 139, 141, 152, 160, 172, 178, 224, 236, 243, 259, 272, 274, 278, 279, 281, 292, 293, 295, 304, 306, 343, 347, 350, 351, 355, 358, 371, 382, 395, 416, 425, 437, 449** und S. 3, 12<sup>16</sup>, 31<sup>18</sup>, 56, 94f., 98–101, 109f., 111<sup>21</sup>, 114, 119, 129, 131–133, 154, 181, 183, 185, 208–211, 220, 239, 264, 269, 271, 279, 284f., 289, 291, 297–300, 305, 309, 311, 329, 333, 342f., 353f., 376, 394, 408<sup>30</sup>, 429, 431<sup>12</sup>, 446, 457, 459, 474<sup>1</sup>, 483, 488<sup>13</sup>, 499, 503, 507, 513, 517<sup>7</sup>, 527, 530<sup>1</sup>, 534–537, 539f., 542, 551, 562<sup>5</sup>, 586, 589f., 592<sup>8</sup>, 595, 610, 614, 616, 647–650, 652f., 673–675, 678, 681<sup>4</sup>, 694, 732, 740, 744, 750, 781f., 788, 792, 797, 805, 807, 809–812, 820, 827f., 830f., 834, 836–839, 865, 877<sup>4</sup>, 880<sup>2</sup>, 888f., 891–893, 897<sup>7</sup>, 902–905, 907, 909, 920, 934<sup>2</sup>, 953f., 957, 960, 967f., 972, 992<sup>10</sup>, 1006<sup>4</sup>, 1007<sup>8</sup>, 1025<sup>3</sup>, 1043, 1047, 1063, 1067f., 1082, 1084f., 1089–1091, 1105, 1111f., 1139–1141, 1147<sup>4</sup>, 1149, 1151, 1198, 1200f., 1251, 1253, 1255, 1257, 1289, 1321<sup>10</sup>, 1332<sup>4</sup>, 1345, 1356<sup>3</sup>, 1369<sup>7</sup>, 1370, 1372<sup>18</sup>, 1373f., 1376–1378, 1390–1392, 1405, 1407, 1419f., 1422, 1427–1429, 1435<sup>9</sup>, 1439, 1442, 1451, 1453, 1455, 1465, 1472, 1474<sup>5</sup>, 1478, 1479<sup>9</sup>, 1487, 1492, 1515, 1518, 1520, 1529, 1531, 1539<sup>8</sup>, 1543, 1545, 1546<sup>7</sup>, 1550, 1558, 1566<sup>9</sup>, 1579f., 1584<sup>15</sup>, 1585–1587, 1606<sup>1</sup>, 1608, 1610, 1624f., 1637f., 1640–1646, 1648<sup>32</sup>, 1653, 1655, 1663, 1669, 1681, 1684–1694, 1700f., 1708f., 1710<sup>2</sup>, 1711f.

**Braun, Sigismund Freiherr von** Beobachter der Bundesrepublik Deutschland bei der UNO in New York **Dok. 207, 211, 217, 230, 327, 352, 360, 383, 445** und S. 851f., 858, 1291<sup>14</sup>, 1316<sup>10</sup>, 1347<sup>13</sup>, 1559<sup>3</sup>, 1562, 1573, 1579, 1596, 1697<sup>3</sup>

**de Brébisson, Michel** Generalsekretär für nationale Verteidigungsfragen der Französischen Republik (Secré-

taire général de la Défense nationale) S. 1074

**Brentano, Heinrich von** 1955–1961 Bundesminister des Auswärtigen und 1949–1964 Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 20<sup>6</sup>

**Breschnew, Leonid Iljitsch** Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion S. 81<sup>18</sup>, 140, 239, 297, 469, 560<sup>2</sup>, 838, 921, 924, 927, 1048, 1077, 1405, 1624, 1639, 1657<sup>7</sup>

**Brosio, Manlio** Generalsekretär der NATO in Paris bzw. seit Oktober 1967 in Brüssel **Dok. 78, 274, 277, 343, 358** und S. 29, 148f., 224, 299f., 368, 398, 453, 464, 494, 558<sup>12</sup>, 607, 699, 749, 785, 788, 880f., 941, 944, 995, 1004, 1011, 1028, 1030, 1078, 1080, 1101, 1104, 1132, 1215, 1217<sup>9</sup>, 1417f., 1493, 1501f., 1543, 1581, 1606, 1619, 1620<sup>11</sup>

**Brown, Edmund G.** 1959–1966 Gouverneur des amerikanischen Bundesstaates Kalifornien S. 1195

**Brown, George** Außenminister und stellvertretender Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland **Dok. 124, 126** und S. 36, 89, 112, 123<sup>7</sup>, 174, 217, 271f., 275, 278f., 281f., 284–287, 289–291, 307, 367, 387, 408, 465, 534–536, 540–542, 551, 781f., 810, 849f., 879<sup>6</sup>, 893<sup>4</sup>, 902, 904–909, 963, 964<sup>7</sup>, 972, 983, 1087, 1089, 1126, 1314, 1332<sup>4</sup>, 1357, 1414, 1428–1431, 1433, 1436, 1518, 1612<sup>12</sup>, 1627, 1637f., 1640–1642, 1644f., 1647, 1654, 1659–1661, 1669, 1714, 1716

**Brückner, Haraldo** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter der Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland in Budapest **Dok. 71, 77** und S. 153, 158<sup>29+33</sup>, 160<sup>38</sup>, 165, 166<sup>14</sup>, 170<sup>26</sup>

**Brzezinski, Zbigniew K.** Professor an der Columbia Universität in New York und Mitarbeiter des „Policy Planning Council“ im amerikanischen Außenministerium; Delegierter in der Arbeitsgruppe für Verteidigungsplanung bei der NATO in Paris bzw. seit Oktober 1967 in Brüssel S. 216f., 787, 1088f., 1091, 1317

- Buch, Friedrich** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bern S. 509<sup>13</sup>
- Budinow, Iwan** Außenhandelsminister der Volksrepublik Bulgarien S. 189, 191
- Bühling** Oberregierungsrat im Bundesministerium der Verteidigung S. 1529
- Bulganin, Nikolaj Alexandrowitsch** 1955–1958 Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 48<sup>6</sup>, 485<sup>9</sup>
- Bundy, McGeorge** Präsident der Ford Foundation; Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten bis 28. Februar 1966 (Special Assistant to the President for National Security Affairs) S. 876, 936 f.
- Bunn, George** Mitarbeiter in der amerikanischen Abrüstungsbehörde (Arms Control and Disarmament Agency) S. 138, 140, 1287
- Buresch, Eugen** Gesandter und Vertreter des Leiters der österreichischen Delegation bei den Verhandlungen mit der EWG- bzw. seit 1. Juli 1967 bei der EG-Kommission in Brüssel S. 984
- Burin de Rozières, Etienne** Generalsekretär beim französischen Staatspräsidenten (Secrétaire Général de la Présidence); seit 1. Juli 1967 Botschafter der Französischen Republik in Rom S. 644
- Buring, Karl Heinz** Legationsrat I. Klasse im Sprachendienst des Auswärtigen Amtes S. 237<sup>1</sup>, 813<sup>1</sup>, 1013<sup>1</sup>, 1366<sup>1</sup>, 1524<sup>1</sup>, 1652<sup>1</sup>
- Burman** Persönlicher Referent des finnischen Ministerpräsidenten S. 297
- Burns, Eedson Louis Millard** Leiter der Delegation Kanadas bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf S. 455, 508, 557, 941
- Burrows, Bernard** Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bei der NATO in Paris bzw. seit Oktober 1967 in Brüssel S. 223, 556, 558, 607, 695, 698, 750 f., 849, 943, 1104, 1668
- Busse, Harald** Legationsrat I. Klasse und Leiter des deutschen Stabes an der französischen Botschaft in Bagdad (Schutzmachtvertretung für deutsche Interessen) S. 991<sup>6</sup>
- Buzás, József** Leiter der Abteilung „Europäische Kapitalistische Länder“ im ungarischen Außenhandelsministerium S. 165
- Cabani** Leiter des Büros der Arabischen Liga in Bonn S. 620
- Çaglayangil, İhsan Sabri** Außenminister der Republik Türkei **Dok. 160** und S. 906 f., 909, 1579, 1580<sup>2</sup>, 1581, 1663 f.
- Callaghan, L. James** Schatzkanzler des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 133<sup>2</sup>, 348, 401, 648, 1057, 1426, 1431–1433
- Campbell, Alan Hugh** Referatsleiter im britischen Außenministerium (Head of Western Department); seit Juni 1967 Gesandter und Vertreter des Botschafters des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Paris S. 415, 417–420, 566, 580, 941, 943
- Camps** Mitarbeiter im Planungsstab des amerikanischen Außenministeriums S. 1091
- Caradon, Lord Hugh Mackintosh Foot** Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bei der UNO in New York S. 1391, 1683<sup>12</sup>
- Carstens, Karl** Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung; 1960–1966 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes **Dok. 102, 297, 326** und S. 21<sup>10</sup>, 23<sup>2</sup>, 51<sup>6</sup>, 53, 82, 170<sup>3</sup>, 181<sup>10</sup>, 187, 235, 367 f., 429<sup>5+6</sup>, 458<sup>4</sup>, 504, 595<sup>8</sup>, 889, 1019<sup>4</sup>, 1187 f., 1302, 1304, 1405, 1456<sup>5</sup>, 1478, 1495<sup>4</sup>, 1615, 1642
- Cary, Reuven** Botschaftsrat und Militärattaché an der israelischen Botschaft in Bonn S. 1264
- Casaroli, Agostino** Unterstaatssekretär im Staatssekretariat des Heiligen Stuhls S. 326, 1179 f.
- Caspari, Fritz** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Beobachters der Bun-

- desrepublik Deutschland bei der UNO in New York S. 373<sup>8</sup>, 1603<sup>1</sup>, 1604<sup>5</sup>
- Cavaletti, Francesco** Leiter der Delegation der Italienischen Republik bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf S. 455, 508
- Ceausescu, Nicolae** Generalsekretär des Zentralkomitee der Rumänischen Kommunistischen Partei und seit 9. Dezember 1967 Vorsitzender des Staatsrats S. 120, 1168–1172, 1492, 1709–1712
- Chaban-Delmas, Jacques** Präsident der französischen Nationalversammlung; 1957/58 Verteidigungsminister der Französischen Republik; S. 43<sup>2</sup>
- Chalfont, Lord Alun Gwynne-Jones** Staatsminister im Außenministerium und Delegationsleiter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf S. 284, 286, 455, 508f., 584, 1419, 1426, 1430, 1439, 1442, 1716
- Challal, Aid** Botschafter der Demokratischen Volksstaatlichen Republik Algerien in Rom S. 1706–1708
- Chand, Khub** seit 9. November 1967 Botschafter der Indischen Union in Bonn Dok. 388
- Chandler, Lee** Mitarbeiter der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Saigon S. 233f.
- Charaf** Botschaftsrat an der Botschaft der Vereinigten Arabischen Republik in Paris S. 1025f.
- Chatenet, Pierre** Präsident der EURATOM-Kommission in Brüssel bis 30. Juni 1967 S.99
- Christoff, Kroum** Delegationsleiter der Volksrepublik Bulgarien bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf S. 508
- Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch** 1953–1964 Erster Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und 1958–1964 Vorsitzender des Ministerrats der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 71<sup>20</sup>, 189, 409, 665, 1189, 1657
- Churchill, Winston S.** 1940–1945 sowie 1951–1955 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 76, 91, 400, 659, 1195
- Cicognani, Amleto Giovanni** Kardinalstaatssekretär beim Heiligen Stuhl S. 1179f.
- Ciulei, Livio** rumänischer Regisseur S. 1554
- Clay, Lucius D.** 1947–1949 Militärgouverneur der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland S. 230<sup>12+13</sup>, 434, 595<sup>7</sup>
- Cleveland, Harlan** Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei der NATO in Paris bzw. seit Oktober 1967 in Brüssel S. 221, 223f., 454, 492<sup>2</sup>, 606f., 684, 695f., 698, 740<sup>3</sup>, 749–751, 783, 870, 880, 941f., 994f., 1244, 1299<sup>3</sup>, 1620
- Cline, Ray S.** Attaché an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 180–183
- Colombo, Emilio** Schatzminister der Italienischen Republik S. 846
- Colonna di Paliano, Guido** Vertreter der Italienischen Republik in der EWG bzw. seit 1. Juli 1967 bei der EG-Kommission in Brüssel
- Cotton, John** Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Kinshasa S. 1185
- Couve de Murville, Maurice** Außenminister der Französischen Republik Dok. 15, 355 und S. 94f., 97, 102, 109–111, 114, 185, 219<sup>1</sup>, 220<sup>7</sup>, 269, 277, 280, 289, 312, 535f., 567, 589, 614<sup>9</sup>, 616, 635, 781f., 788, 878f., 902, 904, 906–908, 910, 946, 957, 963f., 978, 987f., 994, 1036<sup>7</sup>, 1043, 1047, 1063, 1067f., 1070, 1089, 1261–1263, 1289f., 1331, 1332<sup>4</sup>, 1347f., 1376–1378, 1409f., 1419f., 1427f., 1432f., 1443f., 1465, 1472, 1474<sup>4</sup>, 1501, 1511f., 1514f., 1518, 1522, 1566<sup>9</sup>, 1573, 1596, 1610, 1618f., 1626, 1637f., 1640f., 1643f., 1647, 1663<sup>8</sup>, 1669, 1672–1674, 1686, 1688, 1690f., 1694, 1695
- de Crouy-Chanel, Etienne** Botschafter der Französischen Republik in Brüssel S. 1610, 1637

- Crowley** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium S. 1626
- Csatorday, Karoly** Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung der Volksrepublik Ungarn bei der UNO in New York S. 851
- de Cumont, C.P.** belgischer Generalleutnant und Vorsitzender des Ständigen Militärausschusses der NATO (Chairman of the NATO Military Committee in Permanent Session) in Washington bzw. Brüssel S. 1499
- Cyrankiewicz, Józef** Ministerpräsident der Volksrepublik Polen S. 81, 220<sup>8</sup>, 1262
- Czystowski** Journalist („Sztandar Młodych“) S. 91<sup>1</sup>
- al-Dahlai, Saif** Außenminister der Volksrepublik Jemen (Südjemen) S. 1592
- Dahlgaard, Tyge** Handelsminister des Königreichs Dänemark bis Oktober 1967 S. 642
- Dahlgrün, Rolf** Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP); Bundesminister der Finanzen bis 28. Oktober 1966 S. 133<sup>2</sup>, 265, 348, 467
- Daniels, Wilhelm** Oberbürgermeister der Stadt Bonn S. 563
- Daoud, Abdel Latif** Berater für außenpolitische Fragen bei der Sudanesischen UMMA-Partei S. 1482f.
- Darman, Mohammed Ahmed** Generalkonsul der Volksrepublik Jemen (Südjemen) in Bonn S. 1593
- David, Václav** Außenminister der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 769
- Davignon, Etienne Vicomte de** Kabinettschef im belgischen Außenministerium S. 305
- Dayan, Moshe** Oberbefehlshaber der israelischen Armee; seit 1. Juni 1967 Verteidigungsminister des Staates Israel S. 827, 856
- Dean, Patrick** Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Washington S. 973
- Debré, Michel** Finanz- und Wirtschaftsminister der Französischen Republik S. 113, 633, 650, 667, 1043<sup>20</sup>, 1057, 1063, 1070–1072, 1198f., 1358, 1394, 1434
- Del Bo, Rinaldo** Präsident der Hohen Behörde der EGKS in Luxemburg bis 30. Juni 1967 S. 99
- Dell'Acqua, Angelo** Titularerzbischof von Chalkedon und stellvertretender Staatssekretär beim Heiligen Stuhl; seit 26. Juni 1967 Kardinal und Präsident der Kurienkommission für Wirtschaftsfragen S. 329, 1179
- Deming, Frederick L.** Abteilungsleiter im amerikanischen Finanzministerium (Under Secretary for Monetary Affairs) S. 1253
- Demirel, Suleiman** Ministerpräsident der Republik Türkei S. 717<sup>2</sup>, 719, 807, 1603
- Desai, Morarji Raachhodji** Finanzminister und stellvertretender Ministerpräsident der Indischen Union S. 919f.
- Dessart, U.** Generalleutnant und Chef des belgischen Generalstabs S. 771
- Diawara, Mohammed** Minister für Planungsfragen der Republik Elfenbeinküste S. 999
- Diehl, Günther** Ministerialdirektor und Leiter des Planungsstabs im Auswärtigen Amt; seit 15. November 1967 Staatssekretär und Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung **Dok. 9, 40, 96, 105, 158, 268, 269, 340, 392** und S. 235<sup>3</sup>, 322<sup>10</sup>, 323<sup>12</sup>, 389<sup>3</sup>, 392<sup>13</sup>, 393, 394<sup>10</sup>, 395, 428<sup>2</sup>, 575<sup>1</sup>, 1093<sup>1</sup>, 1478<sup>5</sup>, 1557
- Diesel, Jürgen** Legationsrat I. Klasse an der Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den internationalen Organisationen in Genf; vom 13. Dezember 1966 bis 14. Februar 1967 ins Auswärtige Amt abgeordnet S. 507
- Dikić, Božidar** Journalist („Politika“) S. 821
- Dirksen, Everett M.** Senator des amerikanischen Bundesstaates Illinois S. 382

- Dittmann, Heinz** Legationsrat I. Klasse im Referat „Grundsatzfragen internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit; Europäische Handels- und Agrarpolitik; OECD; GATT“ des Auswärtigen Amts S. 746<sup>1</sup>
- Döring, Karl** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat „Wirtschaftsbeziehungen zum Osten“ des Auswärtigen Amts S. 481<sup>6</sup>, 562, 967<sup>5</sup>, 1022<sup>7</sup>, 1167<sup>11</sup>
- Dollinger, Werner** Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen und Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) S. 296, 1583
- Dorn, Wolfram** Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) S. 1211<sup>13</sup>
- Dorner** Ministerialdirigent im Bundesministerium für Verkehr S. 1633
- Dreher, Herbert** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats „Staats- und Verwaltungsrecht“ im Auswärtigen Amt S. 159<sup>37</sup>, 479<sup>9</sup>, 792<sup>16</sup>, 912<sup>9</sup>, 1168<sup>14</sup>, 1228<sup>7</sup>
- Drenker, Alexander** Mitglied und Vertreter des Leiters der Delegation der Bundesrepublik Deutschland beim Europarat in Straßburg S. 1220<sup>7</sup>
- Droege, Heinz** Legationsrat I. Klasse an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Paris bzw. seit Oktober 1967 in Brüssel S. 39<sup>30</sup>
- Drury, W.F.G.** Botschaftsrat an der britischen Botschaft in Bonn S. 1529
- Drzazga, Józef** Titularbischof von Siemando und Apostolischer Administrator für das Erzbistum Breslau mit Sitz in Allenstein S. 774<sup>7</sup>
- Duckwitz, Georg Ferdinand** Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den Verhandlungen mit Großbritannien sowie mit den Vereinigten Staaten von Amerika über den Devisenausgleich; seit 27. Oktober 1967 Staatssekretär des Auswärtigen Amts Dok. 52, 74, 84, 98, 109, 401, 412, 430, 432 und S. 25<sup>11</sup>, 26, 136 f., 367 f., 400–402, 506<sup>10</sup>, 656, 680 f., 683<sup>12</sup>, 1355, 1386 f., 1480, 1481<sup>8</sup>, 1564, 1591, 1597<sup>9</sup>, 1626, 1637, 1648<sup>29</sup>, 1672, 1682<sup>6</sup>
- Duensing, Erich** Polizeipräsident von Berlin (West) S. 913
- Dulles, John Foster** 1953–1959 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 212, 582<sup>8</sup>, 669, 1055
- Dungern, Friedrich Freiherr von** Vortragender Legationsrat im Planungsstab des Auswärtigen Amts; seit 5. Oktober 1967 Vortragender Legationsrat I. Klasse; seit 16. Oktober 1967 Direktor im Generalsekretariat der NATO in Brüssel (Director for Force Planning) Dok. 270
- Durieux, Tilla** Schauspielerin S. 702, 824
- Dux, Michael J.** Erster Sekretär an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 840<sup>6</sup>
- Džuverović, Nikola** Außenhandelsminister der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien S. 701
- Eban, Abba** Außenminister des Staates Israel S. 673–675, 809, 826, 874, 1083, 1197, 1391
- Economou-Gouras, Pavlos** Außenminister des Königreichs Griechenland bis 2. November 1967 S. 719, 909
- Eden, Anthony** seit 1961 1. Earl of Avon 1955–1957 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland; 1935–1938, 1940–1945 und 1952–1955 Außenminister S. 400, 572<sup>27</sup>
- Edwards, S.L.** Gesandter an der britischen Botschaft in Bonn S. 1529
- Ehmke, Horst** Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz S. 951
- Eichborn, Wilfried von** Legationsrat I. Klasse und Leiter des deutschen Stabes an der französischen Botschaft in Amman (Schutzmachtvertretung für deutsche Interessen); seit 28. Juni 1967 Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Amman S. 310, 739<sup>9</sup>, 777<sup>6</sup>, 939<sup>6</sup>
- Eisenhower, Dwight D.** 1953–1961 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 43<sup>4</sup>, 665



- Eklund, Sigvard** Generaldirektor der IAO in Wien S. 1509, 1585–1590, 1629
- Elisabeth II.** Königin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 1123, 1442
- Elslande, Renaat van** Minister für europäische Angelegenheiten des Königreichs Belgien S. 534, 538, 541–543
- Emmel, Egon** Ministerialdirigent und Beauftragter für Vertragsverhandlungen aus dem Bereich für Handels- und Entwicklungspolitik des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 156** und S. 1227<sup>3</sup>, 1364, 1585<sup>16</sup>, 1630 f.
- Emminger, Otmar** Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank in Frankfurt/Main S. 1083
- Enahoro, Anthony** Sonderbotschafter der Republik Nigeria S. 1184
- Ender, Rudolf** Botschafter der Republik Österreich in Bonn S. 355 f., 984
- Enders, Rolf** Legationsrat I. Klasse im Referat „Wirtschaftsbeziehungen zum Osten“ des Auswärtigen Amts S. 369<sup>1</sup>
- Erdmann, Heinrich** Vertreter der Bundesrepublik Deutschland und Chef des Stabes beim NATO-Oberkommando Europa Nord (AFNORTH) in Kolsås S. 752
- Erhard, Ludwig** Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der CDU; seit 23. Mai 1967 Ehrenvorsitzender; 1963–1966 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland S. 18<sup>22</sup>, 19<sup>4</sup>, 21<sup>10</sup>, 68, 180, 265 f., 399, 406, 434, 436, 472<sup>3</sup>, 545, 553, 612, 624<sup>19</sup>, 644, 665 f., 670 f., 757<sup>6</sup>, 889, 899, 957, 1192 f., 1454 f., 1464, 1488 f.
- de Erice y O'Shea, José Sebastian** Botschafter von Spanien in Bonn S. 590<sup>3</sup>
- Eshkol, Levi** Ministerpräsident des Staates Israel und Verteidigungsminister bis 31. Mai 1967 S. 215<sup>12</sup>, 776<sup>1</sup>, 818, 827, 1464, 1488
- Fanfani, Amintore** Außenminister der Italienischen Republik **Dok. 8** und S. 87<sup>45</sup>, 89, 95<sup>7</sup>, 99, 101, 149, 305 f., 534–537, 637, 667, 830–833, 907 f., 987, 1058, 1289 f., 1420, 1439, 1627, 1661, 1669, 1684 f., 1687, 1690, 1692 f., 1714, 1716
- Farley, Philip J.** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Vereinigten Staaten von Amerika bei der NATO in Paris bzw. seit Oktober 1967 in Brüssel S. 1132, 1135, 1238
- Fawzi, Mahmoud** Außenminister der Vereinigten Arabischen Republik; seit 19. Juni 1967 Vizepräsident für Auswärtige Angelegenheiten S. 744, 1309
- Féaux de la Croix, Ernst** Ministerialdirektor und Abteilungsleiter im Bundesministerium der Finanzen S. 1591
- Fechter, Rudolf** Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 1025, 1027<sup>8</sup>, 1618
- Federer, Georg** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel; seit 20. Oktober 1967 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung „Personal und Verwaltung“ im Auswärtigen Amt S. 305
- Feisal ibn Abdul-Aziz** König des Königreichs Saudi-Arabien S. 940
- el-Feki, Ahmed Hassan** Unterstaatssekretär im ägyptischen Außenministerium S. 743
- Feldweg** Dolmetscher im Sprachendienst des Auswärtigen Amts S. 358<sup>1</sup>, 396<sup>1</sup>, 432<sup>1</sup>, 448<sup>1</sup>
- Felici, Angelo** Unterstaatssekretär im Staatssekretariat des Heiligen Stuhls S. 1179–1181
- Fe Yi-Ming** Journalist („Dagung Bao“) S. 754 f.
- Filbinger, Hans** Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg S. 328, 330
- Finke-Osiander, Renate** Legationsrätin I. Klasse im Referat „Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Albanien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, China (Volksrepublik und Formosa), Mongolische Volksrepublik, Nordkorea, Nordvietnam, Hongkong und Macau“ des Auswärtigen Amts S. 472<sup>1</sup>, 721<sup>1</sup>, 756<sup>1</sup>, 1023<sup>11</sup>

- Fischer, Helmut** Vertreter der DDR in Khartum S. 885
- Fischer, Gerhard** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat „Süd- und Ostasien“ des Auswärtigen Amtes S. 234<sup>5</sup>
- Fischer, Per** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Fort Lamy S. 563<sup>5</sup>, 564<sup>7</sup>
- Fisher, Adrian S.** stellvertretender Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde in Washington (Deputy Director, Arms Control and Disarmament Agency) S. 138, 146, 442<sup>27</sup>, 449<sup>6</sup>, 489f., 517<sup>5</sup>, 555<sup>3</sup>, 735f., 994f., 1608
- Fjodorenko, Nikolaj Trofimowitsch** Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei der UNO in New York S. 874, 882f.
- Fleischhauer, Carl August** Legationsrat im Referat „Völkerrecht und Staatsverträge“ des Auswärtigen Amtes S. 489, 1001<sup>1</sup>
- Flitan, Constantin** Leiter der Rechtsabteilung im rumänischen Außenministerium; danach Stellvertretender Außenminister der Sozialistischen Republik Rumänien S. 208, 1111f.
- Fock, Jenő** Ministerpräsident der Volksrepublik Ungarn S. 1052
- Forster, Hermann** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats „Europäische politische Integration; Europarat und nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)“ im Auswärtigen Amt **Dok. 119** und S. 678<sup>1</sup>, 1376<sup>1</sup>, 1393<sup>1</sup>
- Foster, William C.** Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde in Washington (Director, Arms Control and Disarmament Agency); Leiter der Delegation bei der Konferenz der 18-Mächte Abrüstungskommission in Genf **Dok. 92, 94** und S. 138–147, 213–215, 217, 251, 337f., 342, 399, 407f., 431, 489, 507, 509, 516, 517<sup>7</sup>, 518, 533, 555–557, 558<sup>10</sup>, 597, 617<sup>3</sup>, 627<sup>3</sup>, 628<sup>6+9</sup>, 638, 670f., 740, 749, 751, 835, 910, 953–955, 1239, 1244, 1247f., 1269<sup>2</sup>, 1286<sup>3</sup>, 1287, 1379, 1381f., 1463, 1547, 1681f.
- Fouchet, Christian** Erziehungsminister der Französischen Republik; seit 7. April 1967 Innenminister S. 65<sup>5</sup>, 66
- Fowler, Henry H.** Finanzminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 254, 402, 1071, 1198–1200
- François-Poncet, André** 1949–1955 Hoher Kommissar der Französischen Republik für Deutschland S. 1472
- Franco y Bahamonde, Francisco** Staatschef und Oberbefehlshaber der Nationalen Streitkräfte Spaniens S. 312
- Frank, Paul** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung A in der „Politischen Abteilung I“ des Auswärtigen Amtes **Dok. 76, 85, 128, 167, 409, 413, 420, 447** und S. 42<sup>39</sup>, 186<sup>12</sup>, 305, 376<sup>6</sup>, 393f., 630<sup>9</sup>, 717<sup>1</sup>, 743<sup>1</sup>, 763<sup>1</sup>, 843<sup>4</sup>, 846<sup>13</sup>, 963<sup>1</sup>, 989<sup>4</sup>, 1105<sup>8</sup>, 1174<sup>3</sup>, 1176<sup>8+9</sup>, 1210<sup>1</sup>, 1265<sup>5</sup>, 1331<sup>4</sup>, 1530<sup>5</sup>, 1542<sup>2</sup>, 1579<sup>1</sup>, 1581<sup>5</sup>
- Fulbright, James W.** Senator des amerikanischen Bundesstaates Arkansas und Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten S. 382, 397
- Gablentz, Otto von der** Legationsrat im Referat „Außenpolitische Fragen der gesamtdeutschen Angelegenheiten“ des Auswärtigen Amtes; seit 3. August 1967 Legationsrat I. Klasse; seit 24. Oktober 1967 an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London S. 315<sup>1</sup>, 446<sup>1</sup>, 524<sup>1</sup>, 653<sup>1</sup>, 1147<sup>1</sup>
- Gandhi, Mahatma** \*1869 † 1948 S. 920
- Gandhi, Shrimati Indira** Ministerpräsidentin der Indischen Union S. 920, 1503, 1540–1542, 1595<sup>7</sup>, 1607<sup>5</sup>
- Ganz, Anton Roy** Botschafter der Schweizerischen Eidgenossenschaft in Algier S. 374
- García Robles, Alfonso** Leiter der Delegation der Republik Mexiko bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf S. 509, 510<sup>17</sup>
- de Gasperi, Alcide** 1945–1953 Ministerpräsident der Italienischen Republik

- und 1951–1953 Außenminister S. 634, 845
- de Gaulle, Charles** Staatspräsident der Französischen Republik **Dok. 14, 16, 142, 261, 263** und S. 29<sup>9</sup>, 33, 35–37, 43–45, 47, 94f., 98–101, 106–110, 114, 121–125, 128, 219<sup>1</sup>, 267, 273–280, 288–290, 308f., 312f., 361, 379, 406, 534–536, 545–547, 561, 568, 614f., 629, 632, 635, 648–651, 661f., 664, 668, 671, 679, 804, 810, 832, 843, 846f., 858, 867–869, 873, 879, 933, 942, 957f., 960f., 971–973, 975–980, 998f., 1005–1007, 1014f., 1047, 1049–1050, 1063–1067, 1069–1074, 1081–1084, 1104–1108, 1123–1126, 1146, 1157, 1192–1197, 1206, 1249f., 1255f., 1261–1263, 1292f., 1297, 1319–1321, 1330, 1348, 1357–1360, 1368f., 1373f., 1376, 1391f., 1394f., 1420–1425, 1427–1429, 1434, 1439, 1465f., 1469f., 1501, 1512–1515, 1518, 1521, 1566, 1570–1572, 1617f., 1629, 1673, 1713, 1715f.
- Gehl, Jürgen** Legationsrat im Büro Staatssekretär des Auswärtigen Amtes S. 1711<sup>6</sup>
- Gehlhoff, Walter** Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats „Naher Osten und Nordafrika“ im Auswärtigen Amt; seit 3. Februar 1967 Vortragender Legationsrat I. Klasse **Dok. 81, 410** und S. 195<sup>17</sup>, 310<sup>1</sup>, 620, 737<sup>1</sup>, 794<sup>1</sup>, 817, 819<sup>10</sup>, 938, 939<sup>3</sup>, 886<sup>9</sup>, 989<sup>3</sup>, 1025<sup>1</sup>, 1117f., 1121<sup>4</sup>, 1212<sup>15</sup>, 1264<sup>1</sup>, 1313<sup>2</sup>, 1388f., 1388–1390, 1392<sup>7</sup>, 1454, 1468<sup>5</sup>, 1488<sup>2</sup>, 1591, 1649f., 1697<sup>1</sup>, 1698<sup>6</sup>, 1706
- Genscher, Hans-Dietrich** Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) S. 424
- Geppert, Richard Dawson** 1953–1955 Generalsekretär der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland S. 528<sup>23</sup>
- Gerstenmaier, Eugen** Präsident des Deutschen Bundestages; Mitglied des Präsidiums der CDU S. 730f., 763–765, 792, 918
- Gescher, Dieter** Legationsrat im Referat „Außenpolitische Fragen der gesamtdeutschen Angelegenheiten“ des Auswärtigen Amtes; seit 6. März 1967 im Referat „Allgemeine Abrüstung und Fragen weltweiter Rüstungskontrolle“; seit 3. August 1967 Legationsrat I. Klasse S. 177<sup>1</sup>, 688<sup>1</sup>
- Ghashgai, Khosrow** iranischer Oppositioneller S. 913
- Gilpatric, Roswell L.** 1961–1964 Staatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium (Deputy Secretary of State) S. 1159f.
- Giscard d'Estaing, Valéry** 1962–1966 Finanz- und Wirtschaftsminister der Französischen Republik S. 66<sup>8</sup>, 561, 650, 868
- Gleysteen, Culver** Mitarbeiter in der amerikanischen Abrüstungsbehörde (Deputy Assistant Director, International Affairs Bureau, Arms Control and Disarmament Agency) S. 1343, 1346, 1508
- Gliga** Stellvertretender Außenminister der Sozialistischen Republik Rumänien S. 1709, 1712
- Globke, Hans** 1953–1963 Staatssekretär und Chef des Bundeskanzleramtes S. 1706
- Gnodtke, Günter** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lagos S. 1183<sup>2</sup>, 1184<sup>8</sup>
- Gökmen, Oguz** Botschafter der Republik Türkei in Bonn S. 1495
- Goethe, Johann Wolfgang von** \* 1749 † 1832 S. 807
- Goldberg, Arthur J.** Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei der UNO in New York S. 874, 974, 1563<sup>17</sup>, 1683<sup>12</sup>
- Gomez de Araújo, Manuel** Verteidigungsminister der Republik Portugal S. 1174f., 1613, 1615
- Gomulka, Wladyslaw** Erster Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei S. 81, 542<sup>11</sup>, 692, 790, 1319, 1491
- Goodall, Arthur David Saunders** Mitarbeiter im britischen Außenministerium S. 580
- Goppel, Alfons** Ministerpräsident des Freistaates Bayern S. 1063
- Gordon Walker, Patrick** Minister ohne Geschäftsbereich; seit August 1967 Minister für Wissenschaft und Erziehung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 1530

- Gore-Booth, Paul Henry** Staatssekretär im britischen Außenministerium (Permanent Under Secretary) S. 1426
- Gorenflos, Walter** Legationsrat im Referat „Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Albanien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, China (Volksrepublik und Formosa), Mongolische Volksrepublik, Nordkorea, Nordvietnam, Hongkong und Macau“ des Auswärtigen Amts; seit 1. April 1967 Legationsrat I. Klasse und Persönlicher Referent des Parlamentarischen Staatssekretärs Jahn S. 8<sup>1</sup>, 10
- de la Gorce, François** Erster Botschaftsrat an der französischen Botschaft in Bonn S. 1161
- Gorse, Georges** seit 7. April 1967 Informationsminister der Französischen Republik S. 1420
- de la Grandville, Jean de La Chevadière** Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Chef de Service, Pactes-Affaires Spatiales) S. 1005, 1618
- Gowon, Yakubu** Staatschef und Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Republik Nigeria S. 1183f., 1569
- Grahn, Alfred** Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Teheran S. 799<sup>9</sup>
- Gratschew** Stellvertretender Leiter der Sektion für Verwaltungsorgane beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion S. 1075
- Greenhill, Denis** Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium (Deputy Under Secretary of State) S. 466<sup>18</sup>
- Grégoire, Pierre** Außenminister des Großherzogtums Luxemburg S. 306, 534f., 542, 590, 610, 1289f., 1684f., 1688, 1693, 1714<sup>8</sup>
- Grew, Wilhelm G.** Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Paris bzw. seit Oktober 1967 in Brüssel **Dok. 7, 25, 42, 75, 114, 132, 155, 171, 181, 183, 198, 206, 210, 220, 229, 242, 273, 307, 328, 361, 384, 386, 387, 422** und S. 18<sup>25</sup>, 23<sup>4</sup>, 24<sup>8</sup>, 181, 300<sup>7</sup>, 347<sup>11</sup>, 358, 364, 555<sup>2</sup>, 556, 558<sup>10+12</sup>, 594<sup>7</sup>, 628<sup>9</sup>, 684, 706, 708<sup>12</sup>, 740<sup>4</sup>, 947<sup>7</sup>, 996<sup>11</sup>, 1004f., 1009<sup>3</sup>, 1010<sup>7</sup>, 1033<sup>2+3</sup>, 1101, 1107<sup>1</sup>, 1299<sup>3</sup>, 1300<sup>4</sup>, 1304<sup>10</sup>, 1306<sup>4</sup>, 1347<sup>1</sup>, 1348, 1551<sup>17</sup>, 1637, 1654<sup>1</sup>, 1668<sup>4</sup>
- Groebe, Hans von der** Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der EWG- bzw. seit 1. Juli 1967 bei der EG-Kommission in Brüssel S. 185
- Groepper, Horst** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ankara **Dok. 411, 418**
- Groll, Götz Freiherr von** Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters der Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland in Sofia **Dok. 35, 50** und S. 166<sup>8</sup>
- Gromyko, Andrej Andrejewitsch** Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 38, 61<sup>9</sup>, 125<sup>12</sup>, 139, 224, 281, 435–437, 449, 560<sup>2</sup>, 571<sup>22</sup>, 744, 838, 904, 909, 994f., 1189, 1198, 1208, 1344, 1474<sup>4</sup>, 1624, 1638f.
- Grosew, Gero Bojtschew** Erster Stellvertretender Außenminister der Volksrepublik Bulgarien S. 922
- Grosser** Oberposttrat im Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen S. 1633
- Grüber, Heinrich** Mitglied der Kirchenleitung Berlin-Brandenburg und Probst in Berlin S. 405
- Grund, Walter** Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen S. 1063, 1591
- Grundschöttl** Ministerialrat im Bundeskanzleramt **Dok. 175**
- Gürün, Kamuran** Botschafter der Republik Türkei in Bukarest S. 1712
- Guillaume, Baron Philippe** Sekretär an der belgischen Botschaft in Bonn S. 376<sup>4</sup>, 772
- Gumbel, Karl** Staatssekretär im Bundesministerium des Innern S. 812
- Gupta, Hansraj** Bürgermeister von Neu Delhi S. 920
- Guttenberg, Karl Theodor Freiherr von und zu** Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) und seit 12. April 1967 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeskanzler **Dok. 166** und S. 1253–1258, 1323f., 1356, 1532

- Haack, Hanns-Erich** Botschaftsrat I. Klasse und Ständiger Delegierter der Bundesrepublik Deutschland bei der UNESCO in Paris; seit 7. Dezember 1967 Gesandter S. 1698<sup>4</sup>
- Haas, Wilhelm** Legationsrat I. Klasse im Referat „Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Albanien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn“ des Auswärtigen Amts; seit 29. Dezember 1967 Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Nairobi **Dok. 39** und S. 457<sup>1</sup>, 1142<sup>1</sup>, 1448<sup>1</sup>, 1553<sup>3</sup>
- Haedrich, Heinz** Vortragender Legationsrat I. Klasse im Planungsstab des Auswärtigen Amts S. 390<sup>8</sup>
- Häfele, Wolf** Direktor des Instituts für Angewandte Reaktorphysik des Kernforschungszentrums Karlsruhe S. 302, 339<sup>14</sup>, 597
- Haefen, Dirk von** seit 6. April 1967 Legationssekretär im Referat „Europäische Gemeinschaften“ des Auswärtigen Amts; seit 18. September 1967 an der Botschaft in Madrid **Dok. 251**
- Hahn, Wilhelm** Kultusminister des Landes Baden-Württemberg S. 329
- Haile Selassie I.** Kaiser des Kaiserreichs Äthiopien **Dok. 159**
- Hakim, George** Außenminister der Republik Libanon S. 1649, 1650<sup>7</sup>
- Halls, Arthur Norman** Privatsekretär des britischen Premierministers (Principal Private Secretary to the Prime Minister) S. 1426
- Hallstein, Walter** Präsident der EWG-Kommission in Brüssel bis 30. Juni 1967 S. 35, 99 f., 128, 184–186, 535, 590, 845, 846<sup>12</sup>, 867, 1513 f.
- Hamida** Berater im algerischen Innenministerium S. 372–374
- Hardenberg, Hans Graf von** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung A in der „Abteilung für Handels- und Entwicklungspolitik“ des Auswärtigen Amts **Dok. 80, 164, 170** und S. 19<sup>2</sup>, 36<sup>23</sup>, 189<sup>1</sup>, 744<sup>7</sup>, 766<sup>2</sup>, 768<sup>7</sup>, 818<sup>9</sup>, 855<sup>3</sup>, 967<sup>5</sup>, 1495, 1496<sup>7</sup>, 1680<sup>12</sup>, 1710<sup>3</sup>
- Harder, Eric** Legationsrat I. Klasse im deutschen Stab an der italienischen Botschaft in Kairo (Schutzmachtvertretung für deutsche Interessen) **Dok. 70**
- Harkort, Günther** Ministerialdirektor und Leiter der „Abteilung für Handels- und Entwicklungspolitik“ des Auswärtigen Amts **Dok. 23, 231, 245, 369, 385, 396, 408, 426, 439** und S. 26<sup>15</sup>, 113<sup>27</sup>, 126<sup>19</sup>, 160<sup>40</sup>, 163<sup>50</sup>, 166<sup>7+10</sup>, 169<sup>20</sup>, 175, 176<sup>11</sup>, 264, 320<sup>1</sup>, 323 f., 346<sup>9</sup>, 369<sup>2</sup>, 388<sup>10</sup>, 472<sup>2</sup>, 473<sup>5</sup>, 499, 643<sup>8</sup>, 667<sup>17</sup>, 714<sup>3</sup>, 715<sup>7</sup>, 792<sup>12</sup>, 840<sup>5</sup>, 855<sup>7</sup>, 937<sup>6</sup>, 1167<sup>10</sup>, 1310<sup>9</sup>, 1343<sup>6</sup>, 1433<sup>5</sup>
- Harmel, Pierre** Außenminister des Königreichs Belgien **Dok. 62** und S. 34, 299–301, 361, 375–377, 535, 541, 589, 591, 610, 652, 908 f., 943, 964, 1089, 1289 f., 1387, 1418, 1515, 1610, 1627, 1684 f., 1688, 1690, 1692 f., 1714<sup>8</sup>
- Harriman, W. Averell** Sonderbotschafter des amerikanischen Präsidenten (Ambassador-at-large) S. 212, 1206
- Harrison, Geoffrey** Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Moskau S. 1656
- Hase, Karl-Günther von** Staatssekretär und Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung bis 14. November 1967 S. 21<sup>10</sup>, 659, 670, 811, 929, 1063, 1196, 1253, 1256, 1419, 1426 f.
- Hassan II.** König des Königreichs Marokko S. 730
- Hassel, Kai-Uwe von** Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte und Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU); 1962–1966 Bundesminister der Verteidigung S. 170, 180, 459, 1192, 1323, 1477
- Hassell, Wolf-Ulrich von** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat „Vereinte Nationen, weltweite internationale Organisationen“ des Auswärtigen Amts S. 197<sup>1</sup>, 450<sup>1</sup>, 1559<sup>1</sup>
- Hassouna, Mohammed Abdel Khalek** Generalsekretär der Arabischen Liga in Kairo **Dok. 136** und S. 87, 195, 311, 616, 675, 719 f., 738, 743 f., 1139, 1145 f., 1415, 1574
- Hauber, Otto** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat „Allgemeine Abrüstung und Fragen welt-

- weiter Rüstungskontrolle; Instruktion der Beobachterdelegation für Abrüstungskonferenzen (Genf)“ des Auswärtigen Amts S. 492<sup>1</sup>, 934<sup>1</sup>, 1492<sup>4</sup>
- Hauschild** Ministerialrat im Bundesministerium für Wissenschaftliche Forschung S. 591<sup>7</sup>
- Hauswedell, Ludwig** Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Teheran S. 318
- Hauthal, Horst** Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat „Wirtschaftsbeziehungen zum Nahen Osten und zu Nordafrika“ des Auswärtigen Amts; seit 4. August 1967 Vortragender Legationsrat **Dok. 341** und S. 730<sup>4</sup>
- Haydon, Walter Robert** seit 1. Juni 1967 Referatsleiter im britischen Außenministerium (Head of News Department) S. 1426
- Healey, Denis** Verteidigungsminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 24, 367, 708<sup>12</sup>, 1432, 1436 f.
- Heath, Edward** Vorsitzender der Konservativen Partei und Oppositionsführer im britischen Unterhaus; 1960–1963 Lordsiegelbewahrer S. 408
- Heck, Bruno** Bundesminister für Familien und Jugend und Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 1063
- Hein, Udo** Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 1063
- Held, Philipp** Justizminister des Freistaats Bayern S. 914
- Helke, Gerhard** Leiter der Außenstelle der Siemens AG in Bonn S. 1167<sup>11</sup>
- Hellwig, Fritz** Mitglied der Hohen Behörde der EGKS in Luxemburg; seit 1. Juli 1967 Vizepräsident der EG-Kommission in Brüssel S. 185
- Hélou, Charles** Präsident der Republik Libanon S. 1388, 1649–1651
- Heppe, Hans von** Staatssekretär im Bundesministerium für Wissenschaftliche Forschung S. 589, 1585
- Hermes, Peter** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat „Wirtschaftsbeziehungen zum Westen“ des Auswärtigen Amts S. 135<sup>9+10</sup>, 262<sup>7</sup>, 531<sup>6</sup>, 1043<sup>20</sup>, 1529
- Herrmann, Heinz** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter der Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland in Sofia **Dok. 115, 223** und S. 191, 791
- Herter, Christian A.** 1959–1961 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 216<sup>15</sup>
- Herwarth von Bittenfeld, Hans Heinrich** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rom **Dok. 118** und S. 32 f., 336<sup>+8</sup>, 37<sup>25</sup>, 38<sup>26</sup>, 634, 830, 831<sup>6</sup>, 832<sup>8</sup>, 1484<sup>6</sup>
- Hettlage, Karl M.** Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in der EWG-Kommission in Brüssel bis 30. Juni 1967 S. 185
- Heusinger, Adolf** 1957–1961 Generalinspekteur der Bundeswehr; 1961–1964 Vorsitzender des Ständigen Militärausschusses der NATO in Washington (Chairman of the NATO Military Committee in Permanent Session) S. 1477–1479
- Hille, Hans-Joachim** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Ankara; seit 28. Juni 1967 Botschafter in Amman S. 1467
- Hillenbrand, Martin J.** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Vereinigten Staaten von Amerika in Bonn; seit 13. September 1967 Botschafter in Budapest S. 204<sup>12</sup>, 294 f., 596
- Hillger, Hermann** Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat „Völkerrecht und Staatsverträge“ des Auswärtigen Amts S. 1155<sup>12</sup>, 1349<sup>1</sup>, 1555<sup>11</sup>
- el-Hindi, Hussein El Sherif** Finanzminister der Republik Sudan S. 884, 886, 1482
- Hinton, Deane R.** Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium bis 30. August 1967 (Director, Office of Atlantic Political-Economic Affairs) S. 489
- Hitler, Adolf** 1933/34 Reichskanzler und 1934–1945 „Führer und Reichskanzler“ des Deutschen Reiches S. 48 f., 80, 229, 883, 1038, 1624, 1639

- Hjorth-Nielsen, Henning** Botschafter und Ständiger Vertreter des Königreichs Dänemark bei der NATO in Paris bzw. seit Oktober 1967 in Brüssel S. 223, 350<sup>3</sup>, 556, 697, 892<sup>3</sup>, 1078, 1396<sup>14</sup>
- Hlond, August** 1926–1948 Erzbischof von Gnesen-Posen und Primas von Polen S. 327
- Ho Chi Minh** Präsident der Demokratischen Republik Vietnam (Nordvietnam) S. 234<sup>2</sup>, 552
- Hockaday, Arthur P.** Beigeordneter Generalsekretär für Wirtschaft und Finanzen bei der NATO in Paris bzw. seit Oktober 1967 in Brüssel und Vorsitzender der Arbeitsgruppe für Verteidigungsplanung S. 347, 1011–1013, 1497–1500
- Höcherl, Hermann** Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) S. 424, 589, 801<sup>13</sup>
- Höfer, Josef** Prälat und Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl S. 330
- Hoffmann, Franz Josef** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Büro Staatssekretär im Auswärtigen Amt S. 990<sup>4</sup>
- Hoffmann, Klaus** Botschaftsrat I. Klasse und Leiter der Dienststelle Berlin des Auswärtigen Amtes S. 1677<sup>9</sup>, 1703<sup>8</sup>
- Hoffmann, Wilhelm** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Saigon; seit 10. März 1967 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats „China (Volksrepublik und Formosa), Mongolische Volksrepublik, Nordkorea, Nordvietnam Hongkong und Macau“ im Auswärtigen Amt **Dok. 45** und S. 369<sup>2</sup>,
- Hood, G. Viscount (Samuel)** Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium (Deputy Under Secretary of State) S. 415–419, 464<sup>7</sup>, 540<sup>9</sup>, 566, 568, 572, 580, 683<sup>12</sup>, 1279<sup>6</sup>, 1331f., 1432, 1637
- Hoppe, Hans-Günter** Senator für Finanzen des Landes Berlin und Mitglied des Abgeordnetenhauses (FDP); seit 6. April 1967 Senator für Justiz S. 914
- Hoppe, Paul** Kapitularvikar für das Bistum Ermland mit Sitz in Münster/Westfalen S. 327, 497
- Houphouet-Boigny, Félix** Präsident der Republik Elfenbeinküste **Dok. 247**
- Huang Hua** 1960–1965 Botschafter der Volksrepublik China in Accra S. 1504
- Hüttebräuker, Rudolf** Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten S. 589
- Hughes, Thomas L.** Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Bureau of Intelligence and Research) S. 735
- Humphrey, Hubert H.** Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika **Dok. 120** und S. 217, 507, 511, 530, 537, 617, 639f.
- Hussein II.** König des Haschemitischen Königreichs Jordanien **Dok. 374** und S. 310f., 739, 795, 810, 856<sup>2</sup>, 877, 939, 1309, 1464, 1489
- Idan, Avner** Gesandter und Vertreter des Botschafters des Staates Israel in Bonn S. 817, 1454, 1465<sup>3</sup>
- Iles, Kamal** Leiter des algerischen Stabes an der Botschaft der Republik Indonesien in Bonn (Schutzmachtvertretung für algerische Interessen) S. 1706
- Ingendaay, Ernst** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters bzw. seit 19. August 1967 Leiter des Referats „Internationale Wirtschaftsfragen der Verteidigung, des Verkehrs, des Post- und Fernmeldewesens und des Fremdenverkehrs“ im Auswärtigen Amt S. 1122<sup>6</sup>, 1494<sup>1</sup>, 1567<sup>1</sup>, 1679<sup>1</sup>
- Ishaq Khan, Ghulam** Staatssekretär im pakistanischen Ministerium der Finanzen S. 763f.
- Ittersum, Gerhard E. Baron von** Botschafter des Königreichs der Niederlande in Bonn bis 19. Dezember 1967 S. 1290
- Jabbar Khan, Abdul** Sprecher der pakistanischen Nationalversammlung S. 763<sup>1</sup>

- Jackson, Henry M.** Senator des amerikanischen Bundesstaates Washington S. 382
- Jacobi, Claus** Journalist („Der Spiegel“) S. 504<sup>4</sup>
- Jaenicke, Joachim** Beigeordneter Generalsekretär für Politische Angelegenheiten bei der NATO in Paris bzw. seit Oktober 1967 in Brüssel S. 358, 1347<sup>1</sup>
- Jaeschke, Hans Wolf** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl S. 327, 1179<sup>5</sup>
- Jahn, Gerhard** Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD); seit 13. April 1967 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Auswärtigen S. 686, 687<sup>10</sup>, 719<sup>8</sup>, 916<sup>19</sup>, 1532
- Jahoda** Mitarbeiter im ungarischen Außenministerium S. 153
- Jakobson, Max** Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Finnland bei der UNO in New York S. 1702
- Jakuschin, Iwan Nesterowitsch** Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Khartum S. 885
- Jalink, Paul Wilhelm** Botschaftsrat an der niederländischen Botschaft in Bonn S. 868<sup>5</sup>
- Janucek, E.** Mitarbeiter der Terra Handelsgesellschaft m. b. H. in Berlin (West) S. 1233
- Jarring, Gunnar** Botschafter des Königreichs Schweden in Moskau und seit 23. November 1967 Sonderbevollmächtigter der UNO für den Nahen Osten S. 1665
- Jegorow, Anatolij Grigorewitsch** Kandidat für das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion; 1963–1965 Stellvertretender Leiter der Sektion „Ideologie“ beim Zentralkomitee S. 1075
- Jepatko, Wassilij Iljitsch** Leutnant bei der sowjetischen Luftwaffe S. 813–817
- Jha, Chandra Shekhar** Staatssekretär im indischen Außenministerium; seit August 1967 Botschafter der Indischen Union in Paris S. 15<sup>11</sup>, 318 f.
- Joetze, Günther** Legationsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Pnom Penh S. 233 f.
- Johnson, Lyndon B.** Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika **Dok. 117, 147, 254, 301, 303, 419** und S. 44<sup>11</sup>, 124–126, 136<sup>14</sup>, 141, 144, 180, 212, 218, 234<sup>2</sup>, 254, 381 f., 383<sup>5</sup>, 384, 386, 396–400, 402 f., 406<sup>25</sup>, 410 f., 435 f., 494<sup>5</sup>, 500<sup>8</sup>, 507, 511, 516, 544 f., 548, 552, 554, 617 f., 631, 633, 639 f., 644 f., 647, 662, 681 f., 684, 735 f., 765, 782, 804 f., 809, 811<sup>8</sup>, 826<sup>3</sup>, 834 f., 876 f., 894, 929, 931, 936 f., 942, 971, 1046, 1080 f., 1083, 1085 f., 1094, 1109, 1117, 1119 f., 1158<sup>12</sup>, 1188, 1235<sup>6</sup>, 1236, 1253, 1257 f., 1280 f., 1301, 1318, 1320, 1325 f., 1362<sup>17</sup>, 1434<sup>8</sup>, 1469, 1552, 1557 f., 1628, 1654–1656, 1662, 1666, 1681 f.
- de Jong, Piet Josef Sietse** Ministerpräsident des Königreichs der Niederlande S. 845–847
- Jop, Franciszek** Titularbischof von Daulia und Apostolischer Administrator für das Erzbistum Breslau mit Sitz in Oppeln S. 774<sup>7</sup>
- Jorrißen, Hermann C.** Gesandter und Vertreter des Botschafters des Königreichs der Niederlande in Bonn S. 1019, 1105<sup>8</sup>
- Juma, Midhet** Botschafter des Haschemitischen Königreichs Jordanien in London S. 938–940
- Juma, Saad** 23. April bis 7. Oktober 1967 Ministerpräsident des Haschemitischen Königreichs Jordanien S. 938
- Jung, Ernst F.** Vortragender Legationsrat I. Klasse und kommissarischer Leiter des Referats „Außenpolitische Fragen der gesamtdeutschen Angelegenheiten“; seit 18. September 1967 Leiter des Referats „Gesandtschafts- und Konsularrecht, Wiedergutmachung, Verkehrsrecht, Beamtenrecht“ im Auswärtigen Amt **Dok. 86, 125, 129, 216** und S. 51<sup>6+7</sup>, 315<sup>1+2</sup>, 320<sup>1+4</sup>, 321<sup>6</sup>, 323, 477<sup>4</sup>, 524<sup>1</sup>, 653<sup>1</sup>, 841<sup>8</sup>, 961, 1147<sup>1</sup>, 1225<sup>5</sup>, 1229<sup>1</sup>, 1252<sup>10</sup>, 1266<sup>1</sup>
- Junges, Rudolf** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Abidjan S. 996, 999<sup>15</sup>



- Kada, Ludwig** Auditor an der Botschaft des Heiligen Stuhls in Bonn S. 129
- Kádár, Janos** Erster Sekretär des Zentralkomitees der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei S. 358
- Kamel, Mostafa** Botschafter der Vereinigten Arabischen Republik in Washington S. 1416
- Karamanlis, Constantinos G.** 1955–1958, 1958–1961 und 1961–1963 Ministerpräsident des Königreichs Griechenland S. 767
- Karami, Rashid** Ministerpräsident der Republik Libanon S. 1389
- Karjalainen, Ahti** Außenminister der Republik Finnland S. 828f., 1702
- Kassem, Mouloud** Leiter der Politischen Abteilung im algerischen Außenministerium S. 372f.
- Kastl, Hans Jörg** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats „Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Albanien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn“; 1964–1966 Leiter des Pressereferats im Auswärtigen Amt S. 8<sup>1</sup>, 259<sup>7</sup>, 261, 412<sup>4</sup>, 414<sup>7</sup>, 457<sup>1</sup>, 472<sup>1</sup>, 586, 702<sup>15</sup>, 756<sup>1</sup>, 789<sup>1</sup>, 823, 1153<sup>9</sup>, 1154<sup>1</sup>, 1365<sup>3</sup>, 1448<sup>1</sup>
- Katzenbach, Nicholas de B.** Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State) **Dok. 112**
- Katzer, Hans** Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 1708
- Keiser, Rolf von** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rangun S. 261, 1532, 1534<sup>4</sup>, 1536<sup>7</sup>
- Keita, Mobido** Staats- und Ministerpräsident der Republik Mali S. 732–734
- Kekkonen, Urho** Staatspräsident der Republik Finnland S. 296–298, 828f.
- Keller, Rupprecht von** Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den internationalen Organisationen in Genf S. 51<sup>8</sup>, 783<sup>2</sup>, 784<sup>5+9</sup>, 910<sup>18</sup>, 935<sup>12+14</sup>, 954<sup>9+10</sup>, 1239<sup>4</sup>, 1463<sup>13</sup>, 1551<sup>17</sup>, 1592
- Kempff, Günther** Generalkonsul und Leiter der Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland in Helsinki **Dok. 59, 193**
- Kennedy, John F.** 1961–1963 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 18<sup>22</sup>, 43<sup>5</sup>, 125<sup>12</sup>, 180, 436, 548, 659, 669, 1195f., 1508<sup>3</sup>, 1683
- Kennedy, Robert F.** Senator des amerikanischen Bundesstaates New York S. 253<sup>14</sup>
- Kern, Helmuth** Senator für Wirtschaft und Verkehr der Freien und Hansestadt Hamburg S. 947
- Khalil, Mahmoud** Vizemarschall und Rüstungsbeauftragter der ägyptischen Regierung S. 331, 743, 965
- Khallaf, Hussein** Leiter der Delegation der Vereinigten Arabischen Republik bei der Konferenz der 18-Mächte-Abwicklungskommission in Genf S. 509
- Khogali** ehemaliger Landwirtschaftsminister der Republik Sudan S. 1483
- el-Khoury, Michel** Minister für Planung und Tourismus der Republik Libanon S. 1388f., 1649f., 1651<sup>8</sup>
- Kiderlen, Hans Rolf** Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Los Angeles; seit 20. Juni 1967 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats „USA, Kanada“ im Auswärtigen Amt S. 1253<sup>1</sup>
- Kiesinger, Kurt Georg** Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland; seit 23. Mai 1967 Vorsitzender der CDU; 1958–1966 Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg **Dok. 14, 16, 21, 47, 55, 57, 62, 78, 82, 87, 88, 92, 117, 120, 123, 134, 138, 140, 142, 143, 146, 147, 159, 187, 194, 221, 222, 225, 234, 240, 241, 247, 253, 254, 261, 262, 263, 267, 272, 279, 280, 301, 303, 306, 345, 348, 362, 365, 374, 388, 389, 391, 397, 416, 419, 440** und S. 14<sup>5</sup>, 15, 19<sup>4</sup>, 25<sup>11</sup>, 26, 32f., 39<sup>31</sup>, 40, 48, 81<sup>18</sup>, 88, 94f., 98–101, 107–110, 112<sup>25</sup>, 114f., 131, 144, 154, 184, 208, 210, 219f., 250, 254, 257, 267, 297, 311, 329, 333, 336–338, 340f., 354, 367f., 386<sup>4</sup>, 388, 395, 421<sup>4</sup>, 431<sup>12</sup>, 449f., 474f., 485<sup>10</sup>, 488, 504, 516, 560<sup>2</sup>, 586, 596, 620f., 623, 631, 633, 656, 675, 678f., 681f., 691, 694, 704, 723, 763, 774f., 780, 781<sup>7</sup>, 782, 812, 820, 843f., 847, 859f., 863<sup>8</sup>, 865, 866<sup>4</sup>, 868f., 877f.,

- 897<sup>7</sup>, 902, 903<sup>6</sup>, 909, 923, 925, 968, 990, 1006<sup>3</sup>, 1024<sup>14</sup>, 1025<sup>3</sup>, 1032, 1063–1067, 1069, 1072–1074, 1090f., 1115, 1117f., 1120, 1139f., 1148, 1165, 1169, 1187f., 1198–1201, 1208<sup>12</sup>, 1211, 1234, 1236, 1238, 1249f., 1253, 1255f., 1258, 1278, 1280f., 1285<sup>8</sup>, 1315<sup>9</sup>, 1318–1320, 1322, 1325, 1345, 1376, 1378, 1394, 1396, 1405–1407, 1426–1430, 1432–1438, 1451, 1486f., 1520, 1524–1527, 1540f., 1552, 1557f., 1622<sup>3</sup>, 1625<sup>16</sup>, 1630, 1640, 1641<sup>17</sup>, 1654f., 1677<sup>12</sup>, 1678<sup>15</sup>, 1700<sup>4</sup>, 1701, 1704, 1711, 1715
- Kirkpatrick, Ivone A.** 1950–1953 Hoher Kommissar des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland für Deutschland S. 1472
- Kissinger, Henry A.** Professor für Politische Wissenschaften an der Harvard Universität in Cambridge/Massachusetts S. 183
- Kithima, Mdr** Politischer Direktor im kongolesischen Außenministerium S. 1185
- Klaiber, Manfred** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Paris **Dok. 41, 64, 315, 335** und S. 75<sup>30</sup>, 95<sup>7</sup>, 106<sup>4</sup>, 123<sup>7</sup>, 196<sup>19</sup>, 269f., 272<sup>4</sup>, 295<sup>15</sup>, 733<sup>7</sup>, 942<sup>4</sup>, 993<sup>1</sup>, 995, 1261<sup>4</sup>, 1368<sup>4</sup>, 1369, 1376, 1393, 1481<sup>6</sup>, 1485<sup>3</sup>, 1520f., 1618, 1666<sup>12</sup>, 1673<sup>6</sup>
- Klarenaar, Rudolf** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats „Wirtschaftsbeziehungen zum Osten“ im Auswärtigen Amt **Dok. 380** und S. 165<sup>5+6</sup>, 257<sup>1</sup>, 369<sup>1</sup>, 371<sup>11</sup>, 472<sup>3+4</sup>, 478<sup>7</sup>, 757<sup>5</sup>, 759, 839<sup>1</sup>, 840<sup>6</sup>, 946<sup>1+4</sup>, 1168<sup>16</sup>, 1630<sup>1</sup>
- Klaus, Josef** Bundeskanzler der Republik Österreich S. 252<sup>13</sup>, 985, 1166
- Kleindienst, Willi** Ministerialrat und Leiter des Referats „Interzonenhandel“, im Bundesministerium für Wirtschaft S. 1632
- Klička, Otokar** Stellvertretender Außenminister der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 515, 586–588, 756, 1149f.
- Klompé, Margaretha Albertina Maria** Ministerin für Kultur, Freizeit und Wohlfahrt des Königreichs der Niederlande S. 1510
- Knappstein, Karl Heinrich** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington **Dok. 24, 83, 106, 135, 182, 201, 208, 233, 290, 313, 342, 350** und S. 16, 40, 127f., 141<sup>8</sup>, 146<sup>18</sup>, 147<sup>22</sup>, 179<sup>10</sup>, 199<sup>15</sup>, 205<sup>15</sup>, 213<sup>6</sup>, 214<sup>10</sup>, 227<sup>18</sup>, 250<sup>4</sup>, 363<sup>8</sup>, 429<sup>6</sup>, 439<sup>24</sup>, 442f., 449<sup>6</sup>, 454, 455<sup>19</sup>, 506<sup>4</sup>, 559<sup>13</sup>, 735<sup>1</sup>, 736<sup>5</sup>, 742<sup>9</sup>, 1018<sup>6</sup>, 1085, 1086<sup>18</sup>, 1118<sup>10</sup>, 1188<sup>4</sup>, 1192, 1204<sup>7+8</sup>, 1215<sup>2</sup>, 1253, 1259, 1280<sup>9</sup>, 1311, 1383, 1408<sup>5</sup>, 1411<sup>4</sup>, 1460, 1559<sup>2</sup>, 1562<sup>16</sup>
- Knaup, Karl** Generalvikar des Bistums Rottenburg S. 330
- Knieper, Werner** Staatssekretär und Chef des Bundeskanzleramtes S. 378, 432, 596, 634, 647, 716<sup>8</sup>, 812, 817, 921
- Knoke, Karl Hermann** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Den Haag **Dok. 205, 338, 373** und 845<sup>11</sup>, 1019<sup>3</sup>, 1290
- Knuth-Winterfeld, Kield Gustav Graf** Botschafter des Königreichs Dänemark in Bonn S. 447<sup>7</sup>
- Koch, Ernst Günther** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im „Parlaments- und Kabinettsreferat“ des Auswärtigen Amtes S. 386<sup>4</sup>, 1597<sup>11</sup>
- Koehler, Wolfgang** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Islamabad **Dok. 176**
- König, Karl** Senator für Wirtschaft des Landes Berlin und Mitglied des Abgeordnetenhauses (SPD) S. 482, 1232f., 1251, 1323
- Koenig, Pierre** 1945–1949 Militärgouverneur der Französischen Besatzungszone in Deutschland S. 230<sup>12+13</sup>, 595<sup>7</sup>, 868
- Kohl, Hans** ehemaliger Angehöriger des Amtes Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht (Leiter der Dienststelle in Belgrad) S. 702, 824
- Kohl, Michael** Staatssekretär beim Ministerrat der DDR S. 50<sup>3</sup>, 1147f.
- Kohler, Foy D.** Unterstaatssekretär für Politische Angelegenheiten im amerikanischen Außenministerium (Deputy Under Secretary of State for Political Affairs) S. 213f., 217, 786, 877, 1132, 1135, 1238

- Kohnstamm, Max** Vizepräsident des „Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa“ S. 1356
- Kohout, Jaroslav** Botschafter der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik in Neu Delhi; ehemaliger Stellvertretender Außenhandelsminister S. 899
- Kollias, Constantinos** 21. April bis 14. Dezember 1967 Ministerpräsident des Königreichs Griechenland S. 767 f., 1544
- Kolo, Sule** Leiter der Delegation der Republik Nigeria bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf S. 508, 1248
- Kominek, Boleslaw** Titularerzbischof von Eucaita und Apostolischer Administrator mit Sitz in Breslau S. 774<sup>7</sup>
- Koné, Fatogoma** seit 3. März 1967 Leiter der Handelsvertretung der Republik Mali in Ostberlin S. 732, 734
- el-Koni, Mohammed Awad** Botschafter und Ständiger Vertreter der Vereinigten Arabischen Republik bei der UNO in New York S. 872 f., 1413
- Konstantin II.** König des Königreichs Griechenland S. 633, 768
- Kopf, Hinrich Wilhelm** 1946–1957 und 1959–1961 Ministerpräsident des Landes Niedersachsen S. 130<sup>9</sup>
- Kopf, Wilhelm** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Saigon S. 233
- Korber, Horst** Senatsrat und Leiter der „Allgemeinen und Politischen Abteilung“ der Senatskanzlei beim Regierenden Bürgermeister von Berlin; seit 19. Oktober 1967 Senator für Familie, Jugend und Sport S. 50<sup>3</sup>, 1147
- Kossygin, Alexej Nikolajewitsch** Vorsitzender des Ministerrats der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 45, 75<sup>30</sup>, 145<sup>17</sup>, 217, 274, 280–282, 286 f., 291, 381 f., 384, 387, 404, 407–409, 433, 435, 463–465, 469, 494<sup>5</sup>, 540, 552, 555<sup>4</sup>, 560<sup>2</sup>, 569, 574, 648, 666, 670, 784, 838, 858<sup>8</sup>, 942 f., 973 f., 981, 983, 1032, 1047–1049, 1067, 1100, 1189, 1190<sup>10</sup>, 1436, 1657<sup>7</sup>
- Koucký, Vladimír** Mitglied des Zentralkomitees der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei S. 1151
- Krag, Jens-Otto** Ministerpräsident des Königreichs Dänemark und bis 9. September 1967 Außenminister S. 5<sup>11</sup>, 81, 642 f., 892<sup>5</sup>, 906, 909 f., 1078, 1110
- Kramer, Erwin** Minister für Verkehr der DDR S. 866
- Kranich, Robert** Mitarbeiter in der amerikanischen Abrüstungsbehörde (Arms Control and Disarmament Agency) S. 489, 1347
- Krapf, Franz** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tokio; 1961–1966 Ministerialdirektor und Leiter der „Politischen Abteilung II“ des Auswärtigen Amtes S. 15<sup>10</sup>, 59<sup>11</sup>, 116<sup>9</sup>, 117<sup>12</sup>, 529<sup>30</sup>, 899<sup>5</sup>, 1111<sup>2</sup>
- Kratzer, Myron B.** Abteilungsleiter der amerikanische Atomenergiekommission in Washington (Director, International Affairs Division) S. 338
- Kraus, Albert** Brigadegeneral im Bundesministerium der Verteidigung S. 699, 709<sup>13+14</sup>
- Krautwig, Carl** Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen und Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland in Berlin (West) S. 50<sup>3</sup>, 496, 498, 762<sup>9</sup>, 1323
- Kristiansen, Georg** Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Norwegen bei der NATO in Paris bzw. seit Oktober 1967 in Brüssel S. 223, 556, 606
- Kudrjawzew, Sergej Michajlowitsch** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Bonn bis September 1967 S. 813 f.
- Kunze** Mitarbeiter der Senatskanzlei von Berlin (West) S. 54<sup>17</sup>
- Kurepow, Alexej Iwanowitsch** Stellvertretender Abteilungsleiter im sowjetischen Außenhandelsministerium S. 1232
- Kurras, Karl-Heinz** Kriminalobermeister in Berlin (West) S. 914
- Kusnezow, Wassilij Wassilewitsch** Erster Stellvertretender Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 560

- Kusterer, Hermann** Vortragender Legationsrat im Sprachendienst des Auswärtigen Amtes S. 64<sup>1</sup>, 90<sup>1</sup>, 94<sup>1</sup>, 121<sup>1</sup>, 271<sup>1</sup>, 284<sup>1</sup>, 544<sup>1</sup>, 566, 580, 631<sup>1</sup>, 644<sup>1</sup>, 663<sup>1</sup>, 714<sup>1</sup>, 929<sup>1</sup>, 976<sup>1</sup>, 1035<sup>1</sup>, 1052<sup>1</sup>, 1080<sup>1</sup>, 1368<sup>1</sup>, 1503<sup>1</sup>, 1506<sup>1</sup>, 1532<sup>1</sup>, 1681<sup>1</sup>
- Kuszyk, W.** Abgeordneter der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei im Sejm S. 8
- Kutscher, Ernst** Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EWG in Brüssel bis 30. Juni 1967 S. 555<sup>3</sup>
- Lahn, Lothar** Botschaftsrat I. Klasse und Leiter des deutschen Stabes an der italienischen Botschaft in Kairo (Schutzmachtvertretung für deutsche Interessen) Dok. 169, 237, 285, 333 und S. 991<sup>6</sup>, 1415<sup>5</sup>, 1649<sup>4</sup>, 1698<sup>7</sup>
- Lahr, Rolf** Staatssekretär im Auswärtigen Amt Dok. 5, 26, 27, 28, 53, 56, 79, 101, 102, 149, 170, 197, 200, 289, 297, 305, 309, 331, 366, 393, 394, 407 und S. 3, 14, 33<sup>6</sup>, 81f., 88, 103<sup>1</sup>, 120<sup>19</sup>, 137<sup>18</sup>, 186<sup>12</sup>, 189<sup>2</sup>, 191, 193, 196, 199<sup>13</sup>, 210, 318<sup>4</sup>, 332–335, 353–356, 357f., 373<sup>8</sup>, 389, 469<sup>1</sup>, 481<sup>6</sup>, 536<sup>10</sup>, 562, 584, 589f., 591<sup>6</sup>, 630, 686, 724<sup>5</sup>, 729f., 732<sup>3</sup>, 733f., 737, 745<sup>10</sup>, 814<sup>17</sup>, 891, 893f., 961, 990, 993<sup>13</sup>, 1140<sup>15</sup>, 1152<sup>2</sup>, 1153<sup>8</sup>, 1178, 1232<sup>1+2</sup>, 1289<sup>3</sup>, 1290, 1322, 1342, 1343<sup>2</sup>, 1345<sup>7</sup>, 1379, 1486, 1494<sup>3</sup>, 1529, 1531, 1569, 1571<sup>7</sup>, 1585–1587, 1591<sup>3</sup>, 1598, 1611, 1630, 1672, 1681, 1693<sup>21</sup>, 1714<sup>8</sup>
- Lahusen, Carl** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats „Allgemeine Abrüstung und Fragen weltweiter Rüstungskontrolle; Instruktion der Beobachterdelegation für Abrüstungskonferenzen (Genf)“ im Auswärtigen Amt S. 267<sup>1</sup>, 427<sup>1</sup>, 491<sup>10</sup>, 507, 516<sup>1</sup>
- Lalović, Milan** Botschafter und Bevollmächtigter der jugoslawischen Regierung für die Handelsvertragsverhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland S. 1364
- Lange, Halvard M.** 1946–1965 Außenminister des Königreichs Norwegen S. 1136<sup>9</sup>
- Lankes, Johann** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats „Europäische Sicherheit und sonstige regionale Sicherheitsmaßnahmen“ im Auswärtigen Amt Dok. 239, 376 und S. 691<sup>1</sup>, 889<sup>1</sup>, 1133<sup>6</sup>, 1259f., 1477<sup>1+10</sup>
- Laraki, Moulay Ahmed** Außenminister des Königreichs Marokko S. 729f.
- Larsen, G. Schack** Abteilungsleiter im dänischen Außenministerium S. 643
- Leber, Georg** Bundesminister für Verkehr und Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 866<sup>5</sup>, 1583
- Leddy, John M.** Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for European Affairs) S. 138, 141<sup>8</sup>, 489f., 491<sup>10</sup>, 1236, 1253–1257, 1317, 1626, 1629, 1637, 1646
- Lemass, Sean F.** 1959–1966 Ministerpräsident der Republik Irland S. 956
- Lemke, Helmut** Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein und Bundesratspräsident S. 595
- Lemnitzer, Lyman L.** Oberbefehlshaber der amerikanischen und NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR) S. 29<sup>9</sup>, 1004, 1101f., 1294, 1305f.
- Lenin, Wladimir Iljitsch** \* 1870 † 1924 S. 1077, 1532
- Lenz, Hans** 1962–1965 Bundesminister für Atomenergie, Wissenschaft und Forschung bzw. Wissenschaftliche Forschung und Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 46<sup>13</sup>, 111<sup>20</sup>
- de Leusse, Pierre** Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung der Französischen Republik bei der NATO in Paris bis 4. Juli 1967 S. 224, 606, 1393
- Lewalter, Heinz Fredy** Legationsrat I. Klasse im Referat „Wirtschaftsbeziehungen zum Nahen Osten und zu Nordafrika“ des Auswärtigen Amtes S. 372<sup>5</sup>
- Lewe van Aduard, E. J.** Botschafter der Republik Südafrika in Den Haag S. 852
- Lilienfeld, Georg von** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Washington Dok. 278, 324, 332, 390 und S. 44<sup>8</sup>, 177<sup>3</sup>, 234<sup>4</sup>, 397<sup>5</sup>, 443, 735, 875f., 955<sup>13</sup>, 1101<sup>6</sup>, 1159<sup>14</sup>, 1218<sup>10</sup>, 1253, 1273<sup>30</sup>, 1317<sup>2</sup>, 1343, 1345f., 1564<sup>23</sup>

- Lillienskiold, Peter von** Brigadegeneral und Leiter der Zentralen Deutschen Verbindungsstelle Portugal (ZDVP) S. 1175
- Limbouurg, Peter** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 55, 1393
- Lindblom, Olavi** stellvertretender Vorsitzender der Finnischen Sozialdemokratischen Partei S. 297
- Lindt, Auguste Rodolphe** Botschafter der Schweizerischen Eidgenossenschaft in Moskau S. 895
- Lin Piao** Verteidigungsminister der Volksrepublik China S. 1533
- Lippmann, Walter** Journalist und Publizist S. 1360
- Liu Shao-chi** Vorsitzender des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China S. 1532
- Lloyd-Hughes, Trevor Dendy** Pressesprecher des britischen Premierministers S. 1426
- Loeck, Hans-Werner** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Ministerbüro des Auswärtigen Amts; seit 31. Januar 1967 Botschaftsrat und Leiter des deutschen Stabes an der französischen Botschaft in Belgrad (Schutzmachtvertretung für deutsche Interessen) **Dok. 191, 323, 346, 398** und S. 261, 1448<sup>4</sup>, 1638<sup>9</sup>
- Löns, Josef** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Wien S. 988<sup>19</sup>
- Loridan, Walter** Botschafter des Königreichs Belgien in Bonn S. 305
- Lucet, Charles Ernest** Botschafter der Französischen Republik in Washington S. 996
- Lučić, Zvonko** Abteilungsleiter im jugoslawischen Außenministerium; seit 9. November 1967 Leiter des jugoslawischen Stabes an der schwedischen Botschaft in Bonn (Schutzmachtvertretung für jugoslawische Interessen) S. 412<sup>4</sup>, 1670–1672
- Lucioli, Mario** Botschafter der Italienischen Republik in Bonn S. 32, 377–379, 543<sup>4</sup>, 634, 830
- Luchsinger, Fred** Journalist („Neue Zürcher Zeitung“) S. 638
- Lübke, Heinrich** Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland S. 19<sup>4</sup>, 254, 310, 686, 714<sup>2</sup>, 732, 734, 801, 915, 1184, 1582, 1593
- Lücke, Paul** Bundesminister des Innern und Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 316, 320, 343 f., 459, 594<sup>8</sup>, 643, 1121, 1252<sup>8</sup>
- Lücking, Wilhelm** Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat „Außenpolitische Fragen der gesamtdeutschen Angelegenheiten“ des Auswärtigen Amts S. 177<sup>1</sup>, 446<sup>1</sup>, 592<sup>1</sup>, 961<sup>3</sup>, 1266<sup>1</sup>, 1583<sup>9</sup>
- Luedde-Neurath, Kurt R.** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Djakarta S. 261
- Luns, Joseph** Außenminister des Königreichs der Niederlande S. 88, 96, 98, 306, 377, 455, 534 f., 542 f., 589, 591, 610, 853, 905 f., 909, 979, 989, 1289–1291, 1372, 1465 f., 1660 f., 1684, 1687, 1690, 1692 f., 1713<sup>4</sup>, 1714<sup>8</sup>
- Lupis, Giuseppe** Unterstaatssekretär im italienischen Außenministerium S. 538
- Lynch, John** Ministerpräsident der Republik Irland **Dok. 234** und S. 975
- Lyng, John Daniel Fürstenberg** Außenminister des Königreichs Norwegen S. 907, 909 f.
- MacLehose, Crawford Murray** Persönlicher Referent des britischen Außenministers; seit 1. Dezember 1967 Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Saigon S. 566
- Macmillan, Harold** 1957–1963 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 18<sup>22</sup>, 43<sup>5</sup>, 93, 1195
- Mäkela, Kaarlo Veikko** Generalkonsul und Leiter Handelsvertretung der Republik Finnland in Frankfurt/Main S. 296<sup>3</sup>
- el Mahdi, Sadik** Vorsitzender der „Umma Mahdist Party“; Ministerpräsident

- p und Außenminister der Republik Sudan bis 18. Mai 1967 S. 885f., 1482f.
- Mahgoub, Muhammed Ahmed** seit 18. Mai 1967 Ministerpräsident und Außenminister der Republik Sudan S. 885, 1482f.
- Maitland, Donald James** Leiter des Pressereferats im britischen Außenministerium; seit 1. Juni 1967 Persönlicher Referent des Außenministers S. 566
- de Maizière, Ulrich** Generalinspekteur der Bundeswehr S. 368, 771, 1188, 1191, 1235, 1493<sup>7</sup>
- Makarezos, Nikolaos** seit 21. April 1967 Minister für Wirtschaftskoordination des Königreichs Griechenland S. 768
- Makarios III., Myriarthos** (Michael Christodulos Muskos) Erzbischof und Präsident der Republik Zypern S. 1580, 1604–1606
- Makkalu, Mamadou** Kabinettschef des malischen Präsidenten S. 733<sup>6</sup>
- Malek, Rédha** Botschafter der Demokratischen Volksstaatlichen Republik Algerien in Paris S. 873
- Malek, Mozaffar** Botschafter des Kaiserreichs Iran in Bonn **Dok. 221** und S. 797, 800<sup>12</sup>, 1212<sup>15</sup>
- Malitza, Mircea** Stellvertretender Außenminister der Sozialistischen Republik Rumänien S. 945, 1490–1492, 1701f.
- Manescu, Corneliu** Außenminister der Sozialistischen Republik Rumänien S. 38, 56, 58f., 79, 83, 115, 118–120, 208–211, 541, 945f., 1111, 1165–1168, 1387, 1490, 1700–1702
- Mangold, Hans-Joachim** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den internationalen Organisationen in Genf **Dok. 111** und S. 1344<sup>5</sup>, 1345<sup>8</sup>, 1550<sup>15</sup>
- Manschulo, Alexej N.** Abteilungsleiter im sowjetischen Außenhandelsministerium S. 152, 427, 1630
- Mansfield, Michael J.** Senator des amerikanischen Bundesstaates Montana S. 382, 396, 403, 1159, 1187, 1236, 1628
- Mansholt, Sicco L.** Vizepräsident der EWG-Kommission und Leiter der Abteilung für Landwirtschaft; seit 1. Juli 1967 Vizepräsident der EG-Kommission in Brüssel S. 535, 1513
- Mansour, Gamal E.** Abteilungsleiter im ägyptischen Außenministerium S. 331, 743, 1313–1316
- Mao Tse-tung** Vorsitzender des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas S. 540, 1360, 1532–1535
- el Mardi, Mohammed** Handelsminister der Republik Sudan S. 886
- Marei, Sayed** Landwirtschaftsminister der Vereinigten Arabischen Republik S. 1415
- Marjoribanks, James** Botschafter und Ständiger Vertreter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bei der EG in Brüssel S. 1715
- Marković, Moma** Journalist („Borba“) S. 1448, 1453, 1594f.
- Marmann, Hans** Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in New Orleans; seit 17. Mai 1967 Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters in Ankara S. 1579<sup>1</sup>
- Marré, Hans-Hermann** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat „USA, Kanada“ des Auswärtigen Amts; seit 6. Juni 1967 Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Mexico-City S. 782<sup>14</sup>
- Martin, William McChesney Jr.** Vorsitzender der amerikanischen Notenbank in Washington S. 531<sup>6</sup>, 683
- Martin, Paul J.J.M.** Außenminister von Kanada S. 906f., 910, 1079, 1661f., 1669
- Martino, Edoardo** Mitglied der EWG bzw. EG-Kommission in Brüssel und seit 1. Juli 1967 Leiter der Abteilung für Außenbeziehungen S. 1290
- Martino, Gaetano** 1954–1957 Außenminister der Italienischen Republik S. 1136<sup>9</sup>

- Martius, Götz Alexander** Legationsrat I. Klasse im Referat „NATO, WEU (militärische Angelegenheiten) und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts S. 1410<sup>1</sup>
- Marx, Karl** \*1818 †1883 S. 1532
- Massali, Hassan** iranischer Oppositioneller S. 912, 915
- Massberg, Heinz** Ministerialrat im Bundesministerium der Finanzen; Delegierter an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Paris bzw. seit Oktober 1967 in Brüssel S. 1034
- Matwejew, Alexandr Grigorewitsch** Botschaftsrat an der sowjetischen Botschaft in Bonn bis 19. Oktober 1967 S. 815
- Maurer, Ion Gheorghe** Ministerpräsident Sozialistischen Republik Rumänien S. 120, 945 f., 1052, 1166 f., 1492, 1701
- McAuliffe, Eugene V.** Referatsleiter im amerikanischen Außenministerium (Director, Office of Atlantic Political-Military Affairs) S. 657<sup>10</sup>
- McBride, Robert Henry** seit 29. Juni 1967 Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Kinshasa S. 1186
- McCloy, John J.** Sonderbeauftragter des amerikanischen Präsidenten für die Dreier-Gespräche über die französischen Truppen in der Bundesrepublik und für die Dreier-Verhandlungen über Truppenstationierung; 1949–1952 Hoher Kommissar für Deutschland **Dok. 87** und S. 25, 262<sup>3</sup>, 385, 387 f., 500, 503, 511, 532, 545, 546<sup>6</sup>, 656, 680 f., 931, 1472
- McEnery, J.H.** Botschaftsrat an der britischen Botschaft in Bonn S. 1529
- McGhee, George C.** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Bonn **Dok. 21, 72, 225, 267, 440** und S. 16, 18<sup>23</sup>, 50, 52, 54 f., 181 f., 213, 294, 364<sup>11</sup>, 396, 403, 408, 410, 432, 434 f., 443, 448, 450–452, 455, 545, 546<sup>6</sup>, 547, 627, 631, 642, 859, 864<sup>3</sup>, 865 f., 905, 1161, 1163, 1225, 1229, 1230<sup>5</sup>, 1251–1253, 1287, 1355, 1397, 1458 f., 1471 f., 1484, 1486, 1582–1584, 1596, 1607 f., 1626, 1629
- McNamara, Robert S.** Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 28<sup>6</sup>, 181, 217<sup>16</sup>, 255 f., 396, 404, 664, 753 f., 1086, 1094, 1096, 1158, 1187 f., 1198, 1200 f., 1236 f., 1281, 1299<sup>3</sup>, 1300 f.
- Medeghri, Ahmed** Innenminister der Demokratischen Volksstaatlichen Republik Algerien S. 372, 374
- Meeker, Leonard C.** Rechtsberater im amerikanischen Außenministerium (Legal Adviser) S. 138, 143, 147<sup>22</sup>
- Meir, Golda** Vorsitzende der Israelischen Arbeiterpartei; 1956–1966 Außenministerin des Staates Israel S. 3, 6
- Mende, Erich** Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP); 1960–1966 Vorsitzender der FDP; 1963–1966 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen S. 178<sup>9</sup>, 316, 1368<sup>5</sup>
- Merten, Nikolaus** Dolmetscher im Sprachendienst des Auswärtigen Amts S. 192<sup>1</sup>, 305<sup>1</sup>, 797<sup>1</sup>, 996<sup>1</sup>, 1047<sup>1</sup>
- Mertes, Alois** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat „Europäische Sicherheit und sonstige Fragen regionaler Abrüstung und Rüstungskontrolle“ des Auswärtigen Amts S. 597<sup>1</sup>, 688<sup>1</sup>, 1399<sup>22</sup>
- Messmer, Pierre** Verteidigungsminister der Französischen Republik S. 170, 772, 1043, 1063, 1074, 1109, 1126
- Meyer-Lindenberg, Hermann** Ministerialdirektor und Leiter der „Politischen Abteilung I“ des Auswärtigen Amts **Dok. 1, 33, 37, 63, 150, 188, 190, 199, 228, 232, 257, 283, 320, 327, 349, 354, 417** und S. 32<sup>5</sup>, 39<sup>32</sup>, 65<sup>6</sup>, 66<sup>8</sup>, 86<sup>40</sup>, 87<sup>45</sup>, 106<sup>1</sup>, 110<sup>19</sup>, 172<sup>10</sup>, 194<sup>10</sup>, 214<sup>11</sup>, 222<sup>6</sup>, 226<sup>5+8</sup>, 226<sup>10</sup>, 296<sup>2+3</sup>, 320<sup>1</sup>, 322–324, 332<sup>5</sup>, 413<sup>6</sup>, 496, 566, 572, 580, 584<sup>16</sup>, 615<sup>11</sup>, 620, 643<sup>12</sup>, 734<sup>12</sup>, 768<sup>8</sup>, 972<sup>9</sup>, 984, 989<sup>4</sup>, 1001 f., 1040<sup>12</sup>, 1041<sup>16</sup>, 1184<sup>7</sup>, 1210<sup>3</sup>, 1221<sup>9+11</sup>, 1313<sup>1</sup>, 1314<sup>7</sup>, 1315<sup>8+9</sup>, 1388<sup>2</sup>, 1393, 1401<sup>25</sup>, 1426, 1428<sup>11</sup>, 1455<sup>4</sup>, 1465<sup>3</sup>, 1484<sup>6</sup>, 1509<sup>8</sup>, 1541<sup>6</sup>, 1585<sup>2</sup>, 1603<sup>1</sup>, 1649<sup>2</sup>
- Mez, Theodor** Legationsrat I. Klasse und Leiter des deutschen Stabes an der französischen Botschaft in Khartum (Schutzmachtvertretung für deutsche Interessen) **Dok. 212, 379** und S. 1698<sup>5</sup>

- Middelmann, Helmut** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats „Internationale Wirtschaftsfragen der Verteidigung, des Verkehrs, des Post- und Fernmeldewesens und des Fremdenverkehrs“ im Auswärtigen Amt; seit 19. August 1967 Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 21<sup>9</sup>, 715<sup>6</sup>, 1567<sup>4</sup>
- Miki, Takeo** Außenminister des Kaiserreichs Japan S. 834<sup>13</sup>
- Mikojan, Anastas Iwanowitsch** 1964/65 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet und 1935-1966 Mitglied im Politbüro der Kommunistischen Partei der Sowjetunion S. 1075, 1077
- Millard, Guy Elwin** Gesandter und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bei der NATO in Paris bzw. seit Oktober 1967 in Brüssel; seit 1. November 1967 Botschafter in Budapest S. 880
- Minnameyer, Karl** Dolmetscher im Sprachendienst des Auswärtigen Amts S. 1123<sup>1</sup>
- Mirbach, Dietrich Freiherr von** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi **Dok. 67, 399** und S. 15<sup>11</sup>, 261, 759, 918<sup>4</sup>, 899, 1021<sup>3</sup>
- Mirfendereski, Ahmad** Botschafter des Kaiserreichs Iran in Moskau S. 1658
- Mirghani, Hamza** Wirtschaftsminister der Republik Sudan S. 193
- Missoffe, François** Minister für Jugend und Sport der Französischen Republik S. 1063
- Mitterrand, François** Vorsitzender der „Fédération de la Gauche Démocrate et Socialiste“ S. 1481
- Mobuto (Sese Seko), Joseph-Désiré** Präsident, Ministerpräsident und Verteidigungsminister der Demokratischen Republik Kongo S. 1185-1187
- Modrzewski, Franciszek** Stellvertretender Außenhandelsminister der Volksrepublik Polen S. 1227
- Möller, Alex** Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 421
- Moline, Edwin G.** Gesandter an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 511
- Moll, Josef** Generalleutnant bei der Bundeswehr und Inspekteur des Heeres S. 1192
- Monga, Léonard** kongolesischer Oberst S. 1185<sup>3</sup>
- Monnet, Jean** Vorsitzender des „Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa“ **Dok. 345** und S. 1367
- Morgan, Hugh Travers** seit 1. Juli 1967 Referatsleiter im britischen Außenministerium (Head of Western Department) S. 1426
- Morgan, Thomas E.** Abgeordneter des amerikanischen Bundesstaates Pennsylvania und Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses S. 397
- Moris** Persönlicher Referent des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium S. 511
- Moro, Aldo** Ministerpräsident der Italienischen Republik **Dok. 140, 194** und S. 37, 149, 667, 669, 842 f., 847, 848<sup>16</sup>, 975, 978, 1058, 1123, 1420, 1439
- Müllenheim-Rechberg, Burkhard Freiherr von** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kinshasa **Dok. 299**
- Müller, Kurt** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Addis Abeba S. 714<sup>3</sup>, 715<sup>4</sup>
- Müller-Dethard, Helmut** Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats „Sozialpolitik und Sozialrecht“ im Auswärtigen Amt S. 158<sup>32</sup>
- Müller-Roschach, Herbert** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lissabon **Dok. 295**
- Muench, Aloysius Joseph** 1951-1960 Apostolischer Nuntius in Bonn S. 130<sup>9</sup>
- Muller, Hilgard** Außenminister der Republik Südafrika S. 853
- Mulley, Frederick** Staatsminister im britischen Außenministerium S. 535, 543, 566 f., 584, 1432, 1438, 1637
- Myrdal, Alva** Ministerin ohne Geschäftsbereich und Leiterin der Delega-



- tion des Königreichs Schweden bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf S. 508, 1248
- el-Naggar, Abdel Moneim** Botschafter der Vereinigten Arabischen Republik in Paris S. 331
- Nagib, Gamal** Kabinettschef des ägyptischen Außenministers S. 744
- Nahm, Peter-Paul** Staatssekretär im Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte bis 26. November 1967 S. 326, 458<sup>4</sup>, 496–498
- Nannen, Henri** Geschäftsführer des Verlages „Gruner und Jahr“ sowie Chefredakteur der Illustrierten „Stern“ in Hamburg S. 1085
- Nasser, Gamal Abdel** Präsident der Vereinigten Arabischen Republik S. 331f., 353, 374, 739<sup>9</sup>, 743, 745, 794–796, 809f., 826<sup>2</sup>, 827, 856<sup>2</sup>, 873, 876f., 883, 885, 896, 915, 937, 939, 982, 1314, 1469
- Naumann, Walter** Student (in sowjetischer Haft) S. 228
- Naumow, Lew A.** Erster Sekretär an der sowjetischen Botschaft in Bonn S. 725, 727f.
- Naupert, Heinz** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats „Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Albanien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn“ im Auswärtigen Amt; seit 9. Februar 1967 Leiter des Wirtschaftsdienstes an der Botschaft in London S. 56<sup>3</sup>, 566, 1426
- Neef, Fritz** Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft S. 474, 589, 938<sup>7</sup>, 986<sup>9</sup>
- Nehru, Shri Jawaharlal** 1947–1964 Ministerpräsident und Außenminister der Indischen Union S. 920, 1504, 1535
- Nendaka, Victor** Minister für Transport der Demokratischen Republik Kongo S. 1186
- Nenni, Pietro** stellvertretender Ministerpräsident der Italienischen Republik; Vorsitzender der Vereinigten Sozialistischen Partei (PSU) S. 89, 101, 1439f., 1716
- Neumann, Franz** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats „Wirtschaftsbeziehungen zum Westen“ im Auswärtigen Amt S. 1529<sup>1</sup>
- Neusel, Hans** Regierungsdirektor bzw. Ministerialrat und Persönlicher Referent des Bundeskanzlers S. 396, 408, 432, 1253, 1426
- Ne Win** Vorsitzender des Revolutionärsrats sowie Ministerpräsident und Verteidigungsminister von Birma **Dok. 397** und S. 1607<sup>5</sup>
- Newlin, Michael H.** Gesandter und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei der NATO in Paris bzw. seit Oktober 1967 in Brüssel S. 1493
- Nield, William Alan** stellvertretender Sekretär im Kabinettsbüro des britischen Premierministers (Deputy Secretary, Cabinet Office) S. 1426
- Nikezić, Marko** Außenminister der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien S. 586, 821, 823, 1436, 1453
- Nikolskij, Jurij I.** Zweiter Sekretär an der sowjetischen Botschaft in Bonn S. 725, 728
- Nipperdey, Otto** Legationsrat im Referat „Europäische politische Integration; Europarat und nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nicht-militärische Angelegenheiten)“ des Auswärtigen Amts; seit 4. September 1967 Legationsrat I. Klasse S. 1376<sup>1</sup>
- Nirumand, Bahmand** iranischer Oppositioneller S. 912, 915
- Nishimura, Eiichi** Sonderbotschafter des Kaiserreichs Japan für die Verhandlungen über ein Nichtverbreitungsabkommen S. 688
- Nitze, Paul H.** Marineminister der Vereinigten Staaten von Amerika; seit 1. Juli 1967 stellvertretender Verteidigungsminister S. 1119, 1187, 1277–1280, 1317, 1325<sup>2</sup>, 1326
- Nixon, Richard M.** 1953–1961 Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1168
- Nofal, Sayed** stellvertretender Generalsekretär der Arabischen Liga in Kairo S. 1574

- Nogueira, Alberto Franco** Außenminister der Republik Portugal S. 1178, 1669
- Novotný, Antonín** Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und Erster Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei S. 63f., 80, 470<sup>8</sup>
- Novy, Oldrich** Leiter der Vertretung tschechoslowakischer Außenhandelsgesellschaften in Frankfurt/Main S. 759
- Nowicki, Edmund** Bischof von Danzig S. 327
- Oancea, Constantin** Leiter der Kulturabteilung im rumänischen Außenministerium; seit 14. Juli 1967 Botschafter in Bonn S. 1371, 1553–1555
- Ochab, Edward** Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik Polen S. 723, 856<sup>4</sup>, 1262, 1319
- Ohnesorg, Benno** Student (am 2. Juni 1967 in Berlin erschossen) S. 914f.
- Oidtman, Christoph von** Konsul I. Klasse am Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Basel; seit 28. März 1967 Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat „Strafrecht, Steuer- und Zollrecht, Zentrale Rechtsschutzstelle“ des Auswärtigen Amts; seit 3. August 1967 Vortragender Legationsrat S. 912
- Ojukwu, Chukwuemeka Odumegwu** Gouverneur der Ostregion (Biafra) der Republik Nigeria S. 1183
- Okasha, Tharwat** Kultusminister der Vereinigten Arabischen Republik S. 1697
- Olivier** Journalist (ADN) S. 1702
- Oncken, Dirk** Gesandter und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Paris bzw. seit Oktober 1967 in Brüssel **Dok. 121, 246, 249, 252, 266** und S. 178<sup>8</sup>, 221<sup>10</sup>, 224<sup>21</sup>, 351<sup>5</sup>, 464, 466<sup>15</sup>, 526<sup>14</sup>, 529<sup>31</sup>, 696<sup>4</sup>, 698<sup>15</sup>, 785<sup>3</sup>, 948<sup>10</sup>, 1029<sup>7</sup>, 1396<sup>14</sup>, 1409<sup>8</sup>, 1616, 1617<sup>5</sup>, 1663<sup>9</sup>, 1668<sup>6</sup>
- O'Neill, Con Douglas Walter** Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium (Deputy Under Secretary of State) S. 566, 1426
- Ophüls, Carl Friedrich** 1958–1960 Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei EWG und EURATOM in Brüssel S. 1598
- Oppenheim, Walther** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat „Portugal, Spanien, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Nordische Staaten, Österreich, Schweiz, Malteser-Ritter-Orden“ des Auswärtigen Amts S. 356
- Orlow, Jurij** Journalist („Iswestija“) S. 1162
- Ortona, Egidio** Generalsekretär im italienischen Außenministerium; seit 14. Juni 1967 Botschafter in Washington S. 32, 537
- Osterheld, Horst** Ministerialdirektor und Leiter der Außenpolitischen Abteilung im Bundeskanzleramt S. 237, 432, 562, 634, 647, 659, 780<sup>4</sup>, 830, 929, 971, 976, 1013, 1080, 1123, 1356, 1368, 1503, 1506
- Ourmet, Henri** Erster Sekretär an der französischen Botschaft in Bonn S. 1408
- Overbeck, Karl Kuno** Ministerialdirigent und Vertreter des Leiters der Kulturabteilung im Auswärtigen Amt S. 320<sup>1</sup>, 322, 324
- Owen, Henry D.** Mitarbeiter im Planungstab des amerikanischen Außenministeriums (Policy Planning Council) S. 219, 1091, 1317
- Paasio, Kustaa Rafael** Ministerpräsident der Republik Finnland und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei S. 296–298
- Pahlevi, Mohammed Reza** Schah des Kaiserreichs Iran **Dok. 187** und S. 318, 911f., 915f., 1162<sup>9</sup>, 1210
- Pahlevi, Reza Khan** 1925–1941 Schah des Kaiserreichs Iran S. 911
- Palamas, Christian Xanthopoulos** Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Griechenland bei der NATO in Paris bzw. seit Oktober 1967 in Brüssel S. 223f., 557, 943

- Palewski, Gaston** 1962–1965 Wissenschaftsminister der Französischen Republik S. 46<sup>13</sup>
- Palliser, Arthur Michael** Privatsekretär des britischen Premierministers S. 1426
- de Palma, Samuel** Abteilungsleiter in der amerikanischen Abrüstungsbehörde (Assistant Director, International Relations Bureau, Arms Control and Disarmament Agency) S. 213, 454, 456, 510<sup>16</sup>
- Palmer, Robie M.H.** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium S. 432
- Papadopoulos, Georgios** seit 21. April 1967 Minister im Amt des Ministerpräsidenten des Königreichs Griechenland; seit 14. Dezember 1967 Ministerpräsident und Verteidigungsminister S. 768
- Pastore, John O.** Senator des amerikanischen Bundesstaates Rhode Island S. 451
- Patakos, Stylianos** seit 21. April 1967 Innenminister des Königreichs Griechenland 768
- Patijs, C.L.** Professor und niederländischer Delegierter in der Studiengruppe 2 (Untersuchung der künftigen Aufgaben der Allianz) der NATO in Paris bzw. seit Oktober 1967 in Brüssel S. 786, 788, 1078, 1132, 1135
- Patolitschew, Nikolaj Semjonowitsch** Außenhandelsminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 1232f.
- Paul VI.** (Giovanni Battista Montini) Papst S. 326, 723f., 760, 762, 774f., 1179–1181, 1701
- Pauls, Rolf Friedemann** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv **Dok. 192, 214, 294, 368, 372, 404, 434** und S. 3, 737f., 776<sup>3</sup>, 809, 811, 875<sup>1</sup>, 1001–1003, 1264<sup>3</sup>, 1265<sup>5</sup>, 1404<sup>33</sup>, 1489<sup>14</sup>
- Pavičević, Mišo** Staatssekretär im jugoslawischen Außenministerium S. 701
- Pearson, Lester B.** Ministerpräsident von Kanada; 1948–1957 Außenminister S. 1136<sup>9</sup>, 1292<sup>4</sup>
- Peckert, Joachim** Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats „Zentrale Austauschstelle Bonn“ (ZAB) im Auswärtigen Amt S. 187<sup>6+7</sup>
- Peiris, Glanville Sextus** Botschafter von Ceylon in Bonn **Dok. 389**
- Pele, Gheorghe** Stellvertretender Außenminister der Sozialistischen Republik Rumänien S. 59<sup>11</sup>, 116<sup>9</sup>, 117<sup>12</sup>, 1111<sup>2</sup>
- Penkow, Penko Marinow** Stellvertretender Außenhandelsminister der Volksrepublik Bulgarien S. 189–191, 257f.
- Peres, Shimon** stellvertretender Verteidigungsminister des Staates Israel; ehemaliger Generalsekretär im Verteidigungsministerium S. 612<sup>4</sup>, 827, 1026
- Perišić Zvonko** Abteilungsleiter im jugoslawischen Außenministerium S. 1711<sup>6</sup>
- Pescatore, Pierre** Generaldirektor im luxemburgischen Außenministerium S. 980
- Péter, János** Außenminister der Volksrepublik Ungarn S. 153, 155f., 157<sup>23+27</sup>, 162, 334f.
- Petersen, Jens** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Nikosia S. 1542<sup>1</sup>
- Petrescu, Mircea** Abteilungsleiter im rumänischen Außenhandelsministerium S. 792<sup>13</sup>
- Petrucchi, Amerigo** Bürgermeister von Rom bis 13. November 1967 S. 34, 842
- Peyrefitte, Alain** Minister für Wissenschaftliche Forschung der Französischen Republik; seit 7. April 1967 Erziehungsminister S. 46<sup>13</sup>, 312, 1063
- Pfeffer, Franz** Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Rom S. 539<sup>2</sup>, 627<sup>1</sup>
- Pfeiffer, Gerhard** Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat „Technologische, militärische und wirtschaftliche Fragen sowie Forschung und Studien auf dem Gebiet der Abrüstung und der Rüstungskontrolle“ des Auswärtigen Amts; seit 15. Oktober 1967 Vortragender Legationsrat S. 1462<sup>12</sup>

- Pfisterer, Friedrich** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats „Wirtschaftsbeziehungen zum Nahen Osten und zu Nordafrika“ im Auswärtigen Amt S. 990<sup>1</sup>
- Pipinelis, Panoyotis** seit 21. April 1967 Minister für wirtschaftliche Koordinierung des Königreichs Griechenland; seit 20. November 1967 Außenminister S. 1542–1544
- Pirzada, Sharifuddin** Außenminister der Islamischen Republik Pakistan S. 765, 1308 f.
- Plehwe, Friedrich-Karl von** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats „Großbritannien, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Australien, Neuseeland, Irland“ im Auswärtigen Amt; seit 6. Juni 1967 abgeordnet an das Sekretariat der WEU in Paris S. 566, 580, 1426
- Pluta, Wilhelm** Titularbischof von Lepitis magna und Apostolischer Administrator mit Sitz in Landsberg/Warthe S. 774<sup>7</sup>
- Podgornij, Nikolaj Wiktorowitsch** Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 38, 407, 469, 538, 838, 985, 1048
- Poensgen, Gisbert** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat „Europäische Gemeinschaften“ des Auswärtigen Amtes S. 225<sup>1</sup>, 589<sup>1</sup>, 590<sup>3</sup>
- Poincaré, Raymond** 1913–1920 Staatspräsident und 1922–1924 sowie 1926–1928 Ministerpräsident der Französischen Republik S. 402
- Polechin, Michail Arsentewitsch** Kandidat für das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und Stellvertretender Leiter der Sektion für die RSFSR beim Zentralkomitee S. 1075
- Pollak, Alfred** Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel in Berlin (West) S. 1323 f., 1634
- Pompei, Gian Franco** Gesandter bzw. Botschafter im italienischen Außenministerium S. 634, 830
- Pompidou, Georges** Ministerpräsident der Französischen Republik **Dok. 262** S. 94, 96, 100, 109, 112–114, 277, 988, 1031, 1033, 1041, 1047, 1063, 1065, 1067, 1072–1074, 1084
- Posadowsky-Wehner, Harald Graf von** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats „Afrika südlich der Sahara“ im Auswärtigen Amt S. 734<sup>11</sup>, 1187<sup>10</sup>, 1569<sup>6</sup>
- Poser, Günter** Leiter der Unterabteilung für das militärische Nachrichtenwesen des Führungsstabs der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung S. 890
- Poswick, Charles** Verteidigungsminister des Königreichs Belgien S. 696, 699<sup>18</sup>, 771 f.
- Poujade, Pierre** Gründer der 1956–1962 im französischen Parlament vertretenen Partei „Union de Défense des Commerçants et des Artisans“ S. 229
- Praß, Johannes** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung für Wirtschaft im Bundeskanzleramt S. 1253 f.
- Pretsch, Joachim** Ministerialdirektor und Abteilungsleiter im Bundesministerium für Wissenschaftliche Forschung S. 1530<sup>5</sup>, 1590
- Preuss, Wolf** Regierungsrat und Persönlicher Referent des Ministers im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 1706
- Prlica, Srdja** Sonderberater des Außenministers der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien S. 701
- Puaux, François** Unterabteilungsleiter im französischen Außenministerium (Chargé des Affaires d'Europe à l'Administration Centrale) bzw. danach stellvertretender Politischer Direktor (Directeur adjoint des Affaires Politiques) S. 1261, 1319<sup>4</sup>, 1393, 1637
- Puhan, Alfred** Referatsleiter im amerikanischen Außenministerium (Director,

- Office of German Affairs) S. 216, 1253, 1317
- Puttkamer, Ellinor von** Vortragende Legationsrätin I. Klasse und Leiterin des Referats „Vereinte Nationen, weltweite internationale Organisationen“ des Auswärtigen Amts **Dok. 406** und S. 197<sup>1</sup>, 320<sup>1</sup>, 323, 450<sup>1</sup>
- Raatikainen, Erkki** Parteisekretär der Finnischen Sozialdemokratischen Partei S. 297
- Rahal, Abdel Latif** Staatssekretär des algerischen Außenministeriums S. 372–374
- Rahman Khan, Abdur** Botschafter der Islamischen Republik Pakistan in Bonn S. 1310<sup>9</sup>
- Rahman Khan, Afzal** Verteidigungsminister der Islamischen Republik Pakistan S. 1308
- Ramisch, Rolf** Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats „Technologische, militärische und wirtschaftliche Fragen sowie Forschungen und Studien auf dem Gebiet der Abrüstung und Rüstungskontrolle“ im Auswärtigen Amt; seit 17. März 1967 Vortragender Legationsrat I. Klasse S. 15<sup>12</sup>, 222<sup>6</sup>, 627<sup>1</sup>, 993<sup>1+2</sup>, 1269<sup>1</sup>, 1400<sup>23</sup>, 1460<sup>1</sup>, 1461<sup>5</sup>
- Randermann, Phil-Heiner** Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Buenos Aires; seit 25. September 1967 an der Botschaft in Wien S. 1589
- de Ranitz, Johann Anton** Abteilungsleiter im niederländischen Außenministerium S. 868<sup>4</sup>, 980, 1290, 1330, 1713
- Rapacki, Adam** Außenminister der Volksrepublik Polen S. 9<sup>7</sup>, 81, 84f., 219f., 221<sup>9</sup>, 540f., 570, 717f., 859, 861, 1228, 1262, 1395, 1397, 1491
- Reddaway, George Frank Norman** Leiter der Interessenvertretung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Khartum S. 1484
- Redies, Helmut** Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat „Naher Osten und Nordafrika“ des Auswärtigen Amts; seit 12. Dezember 1967 an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Montevideo S. 310<sup>1</sup>, 737<sup>1</sup>
- Reilly, Patrick** Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Paris S. 1123, 1358, 1428
- Reinkemeyer, Hans-Albert** 1963–1964 Ministerialdirigent und Vertreter des Leiters der „Politischen Abteilung II“ des Auswärtigen Amts S. 529<sup>28</sup>
- Rennie, John** Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium (Deputy Under Secretary of State) S. 566, 580
- Rey, Jean** Mitglied der EWG-Kommission und Leiter der Abteilung für Außenbeziehungen; seit 1. Juli 1967 Präsident der EG-Kommission in Brüssel S. 746<sup>3</sup>, 846, 1126, 1290, 1359, 1362, 1461<sup>5</sup>, 1691f., 1694
- Reyer** Regierungsdirektor beim Senat von Berlin S. 947
- Rezek, Rudolf** Stellvertretender Abteilungsleiter im tschechoslowakischen Außenministerium S. 48–50, 60–63, 898–901, 969<sup>5</sup>
- Rheker, Gisela** Legationsrätin I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv S. 3<sup>4</sup>
- el-Riad, Mahmoud** Außenminister der Vereinigten Arabischen Republik S. 873, 1314, 1316, 1413–1416, 1697
- Ribbentrop, Joachim von** 1938–1945 Reichsminister des Auswärtigen S. 409
- Rintelen, Friedrich** Weihbischof von Paderborn/Magdeburg und Generalvikar für das Kommissariat Magdeburg S. 761
- Ristedt, Johann** Legationsrat im Referat „NATO, WEU (militärische Angelegenheiten) und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts; seit 16. Oktober 1967 Konsul I. Klasse der Bundesrepublik Deutschland in Appenrade S. 22<sup>15</sup>, 1033<sup>1</sup>

- Ritchie, Charles** Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung von Kanada bei der NATO in Paris bzw. seit Oktober 1967 in Brüssel S. 223, 696, 1079
- Ritzel, Gerhard** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des „Parlaments- und Pressereferats“ im Auswärtigen Amt S. 53<sup>14</sup>, 866<sup>6</sup>, 1148<sup>11</sup>
- Robert, Horst-Krafft** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats „Grundsatzfragen internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit, europäische Handels- und Agrarpolitik; OECD, GATT“ im Auswärtigen Amt S. 747<sup>6</sup>, 748<sup>9</sup>
- Roberts, Frank K.** Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Bonn **Dok. 30, 240, 280, 449** und S. 50, 52, 54f., 89<sup>53</sup>, 294, 420, 448, 566, 580, 582, 642, 647, 650, 681<sup>4</sup>, 683, 864<sup>3</sup>, 865f., 905, 1161, 1163, 1225, 1229, 1230<sup>5</sup>, 1251f., 1355, 1358<sup>11</sup>, 1397, 1426, 1437, 1442, 1471f., 1529, 1531, 1582–1585, 1596, 1610<sup>4</sup>, 1611, 1612<sup>12</sup>
- Robertson, Brian H.** 1947–1949 Militärgouverneur und 1949/50 Hoher Kommissar des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland für Deutschland S. 230<sup>12+13</sup>, 595<sup>7</sup>
- Rodig** Ministerialrat im Bundesministerium der Verteidigung S. 1529
- Roedel, Gerhard** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats „Gesandtschafts- und Konsularrecht, Wiedergutmachung, Verkehrsrecht, Beamtenrecht“ im Auswärtigen Amt; seit 15. September 1967 Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in New Orleans S. 160<sup>41</sup>
- Röding, Horst** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats „Haushalt und Finanzen“ im Auswärtigen Amt S. 427
- Röhrig, Georg** Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel S. 96<sup>12</sup>
- Roemer, Walter** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung „Öffentliches Recht“ im Bundesministerium der Justiz S. 496
- Roever, Otto** seit 25. Oktober 1967 Legationssekretär im Referat „Wirtschaftsbeziehungen zum Westen“ des Auswärtigen Amtes S. 1529
- Rolz-Bennet, José** Sonderbotschafter der UNO für den Zypern-Konflikt S. 1544
- Rom, Horst von** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bamako **Dok. 165**
- Roosevelt, Franklin D.** 1933–1945 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 400, 1195
- Roschtschin, Alexej Alexandrowitsch** Leiter der Delegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf S. 251, 436f., 508f., 740, 749, 751, 910, 953–955, 1239, 1244, 1247f., 1463, 1547, 1551<sup>16</sup>, 1608, 1682
- Rossides, Zenon** Botschafter und Ständiger Vertreter der Republik Zypern bei der UNO in New York S. 1604<sup>5</sup>
- Rossig, Johannes** Ministerialdirektor und Leiter der Personalabteilung im Bundesschatzministerium S. 427
- Rostow, Eugene V.** Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State) S. 128f., 212, 254, 588, 735f., 779, 936, 1253–1257, 1311, 1343–1346
- Rostow, Walt W.** außenpolitischer Berater des amerikanischen Präsidenten S. 212, 217, 262<sup>3</sup>, 875, 877, 1119, 1253, 1280, 1317f.
- Roth** Oberregierungsrat im Bundesministerium für Wissenschaftliche Forschung S. 1529
- Rothschild, Robert** Botschafter des Königreichs Belgien in Paris S. 1124
- Rouget, Werner** Legationsrat im Bundeskanzleramt; seit 17. November 1967 Vortragender Legationsrat S. 544<sup>1</sup>
- Roy, Joseph** Erster Sekretär an der kanadischen Botschaft in Bonn S. 173<sup>11</sup>

- Rubinacci, Leopoldo** Forschungsminister der Italienischen Republik S. 40
- Ruete, Hans** Ministerialdirektor und Leiter der „Politischen Abteilung II“ des Auswärtigen Amts **Dok. 2, 12, 20, 29, 31, 34, 54, 91, 93, 95, 97, 100, 103, 104, 107, 144, 145, 153, 161, 174, 179, 184, 185, 195, 235, 265, 271, 311, 313, 321, 329, 330, 336, 339, 402, 403, 423, 428, 431, 433, 435, 436, 443, 446** und S. 26<sup>13</sup>, 31<sup>14+15</sup>, 47, 52<sup>9+10</sup>, 54<sup>22</sup>, 60, 85<sup>33</sup>, 104<sup>5</sup>, 105<sup>11</sup>, 135<sup>12</sup>, 192<sup>8</sup>, 208, 226<sup>11</sup>, 253<sup>15</sup>, 259, 260<sup>9</sup>, 263<sup>8</sup>, 264, 301, 320<sup>1</sup>, 321f., 333<sup>4</sup>, 336<sup>12</sup>, 338<sup>11</sup>, 352<sup>6</sup>, 450<sup>8</sup>, 496, 498<sup>9</sup>, 499, 500<sup>8</sup>, 521<sup>1</sup>, 569<sup>13</sup>, 683<sup>11</sup>, 684<sup>15</sup>, 695<sup>3</sup>, 696<sup>6</sup>, 726<sup>8</sup>, 728<sup>11</sup>, 769<sup>2</sup>, 780, 782<sup>14</sup>, 813f., 815<sup>6</sup>, 817<sup>7+8</sup>, 891, 921<sup>1</sup>, 924<sup>6</sup>, 994<sup>9+10</sup>, 1068<sup>15</sup>, 1089<sup>5</sup>, 1115<sup>1</sup>, 1166<sup>5</sup>, 1178<sup>14</sup>, 1286<sup>9</sup>, 1377, 1394, 1408<sup>7</sup>, 1451<sup>8</sup>, 1453<sup>14</sup>, 1457<sup>2</sup>, 1528<sup>13</sup>, 1557<sup>1</sup>, 1558<sup>8</sup>, 1583<sup>14</sup>, 1594<sup>1</sup>, 1614<sup>6</sup>, 1619<sup>9</sup>, 1626, 1657<sup>10</sup>, 1682<sup>8</sup>, 1702<sup>10</sup>, 1711<sup>6</sup>
- Ruhfus, Jürgen** Legationsrat I. Klasse im Pressereferat des Auswärtigen Amts; seit 3. Juli 1967 Vortragender Legationsrat und Leiter des Referates S. 566, 580, 620, 984
- Rusk, Dean D.** Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika **Dok. 137, 139, 351, 371, 425** und S. 14<sup>4</sup>, 16, 27, 40, 43<sup>4</sup>, 125<sup>12</sup>, 139, 224, 249–255, 341, 396, 399, 434f., 437, 456, 578<sup>5</sup>, 604, 735f., 740, 742<sup>9</sup>, 749<sup>5</sup>, 767, 779, 781f., 880, 902–905, 906f., 909f., 953, 967, 973, 994, 1089, 1189<sup>7</sup>, 1198–1202, 1205–1209, 1239, 1244, 1253, 1272f., 1299<sup>3</sup>, 1332<sup>4</sup>, 1344, 1379, 1381f., 1517f., 1548–1551, 1558, 1608, 1637, 1639, 1641–1645, 1647, 1655f., 1662f., 1669, 1681
- Russel, Richard B.** Senator des amerikanischen Bundesstaates Georgia S. 396f., 403
- Ruth, Friedrich** Legationsrat im Referat „Europäische Sicherheit und sonstige Fragen regionaler Abrüstung und Rüstungskontrolle“ des Auswärtigen Amts; seit 3. August 1967 Legationsrat I. Klasse S. 969<sup>1</sup>, 1259<sup>1</sup>, 1281<sup>1</sup>
- al-Sabah, Abdullah Jaber** Wirtschaftsminister des Scheichtums Kuwait S. 193
- Sachs, Hans-Georg** Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei EURATOM und EWG bzw. seit 1. Juli 1967 bei der EG in Brüssel **Dok. 209, 437, 441, 442** und S. 4<sup>8</sup>, 32<sup>5</sup>, 548<sup>8</sup>, 609<sup>7</sup>, 610<sup>9</sup>, 611<sup>14</sup>, 1330<sup>1</sup>, 1345<sup>7</sup>, 1347, 1381<sup>6+7</sup>, 1392<sup>9</sup>, 1610<sup>2</sup>
- Sadaka, Nagib** Generalsekretär des libanesischen Außenministeriums S. 1649, 1650<sup>7</sup>
- Sahm, Ulrich** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung A in der „Politischen Abteilung II“ des Auswärtigen Amts **Dok. 3, 60, 66, 130, 255, 260, 282, 284, 286, 291, 300, 302, 317, 359, 367, 424, 427** und S. 47, 58<sup>9</sup>, 60, 73<sup>25</sup>, 170<sup>26</sup>, 255<sup>2</sup>, 320<sup>1</sup>, 322, 324, 332<sup>1</sup>, 350<sup>1</sup>, 393, 511, 513, 575<sup>1</sup>, 592<sup>4</sup>, 676<sup>1</sup>, 717<sup>5</sup>, 778<sup>1</sup>, 781<sup>9</sup>, 863<sup>10</sup>, 891, 904<sup>11</sup>, 1020<sup>1</sup>, 1028<sup>1</sup>, 1030<sup>8</sup>, 1155<sup>11</sup>, 1192<sup>15</sup>, 1229<sup>2</sup>, 1235<sup>5</sup>, 1236<sup>7</sup>, 1238, 1347<sup>1</sup>, 1393, 1417<sup>1</sup>, 1419<sup>7</sup>, 1457<sup>8</sup>, 1496<sup>8</sup>, 1500<sup>1</sup>, 1618, 1646<sup>27</sup>, 1652<sup>2</sup>, 1674<sup>1</sup>, 1675<sup>4</sup>, 1676<sup>5</sup>
- Salazar, António de Oliveira** Ministerpräsident der Republik Portugal S. 1175, 1178, 1615
- Samorè, Antonio** Titularerzbischof von Tirnovo und Vertreter des Staatssekretärs beim Heiligen Stuhl S. 325–330, 724<sup>5</sup>, 762, 773–775
- Sanne, Carl Werner** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat „Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Italien, Monaco, San Marino“ des Auswärtigen Amts S. 112<sup>25</sup>
- Sante, Hans-Heinrich** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 1625<sup>14</sup>, 1630<sup>5</sup>, 1652
- Sapir, Pinhas** Finanzminister des Staates Israel; seit 1. Juni 1967 Minister ohne Geschäftsbereich S. 819
- Saragat, Giuseppe** Staatspräsident der Italienischen Republik S. 34f., 89, 149,

- 407, 666, 831, 842, 867, 975, 978, 1058, 1123, 1439
- Sattler, Dieter** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl **Dok. 69, 162, 180, 296** und S. 130<sup>7</sup>, 131<sup>13</sup>, 762<sup>8</sup>
- al-Saud, Musa'id Ibn Abd Ar-Rahman** Wirtschaftsminister des Königreichs Saudi-Arabien S. 193
- Schaetzel, J. Robert** Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei EWG und EURATOM bzw. seit 1. Juli 1967 bei der EG in Brüssel S. 1347
- Schaffhauser, Volker** Student (in sowjetischer Haft) S. 228
- Schaffran, Gerhard** Titularbischof von Semnea und Kapitularvikar für das Bistum Breslau mit Sitz in Görlitz S. 497
- Schauer, Hans** Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London S. 580
- Scheel, Walter** Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP); 1961–1966 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 266
- Schelepin, Alexandr Nikolajewitsch** Mitglied im Politbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion S. 560<sup>2</sup>
- Scheske, Ulrich** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats „NATO, WEU (militärische Angelegenheiten) und Verteidigung“ im Auswärtigen Amt; seit 31. Juli 1967 Botschafter in Bangkok **Dok. 163** und S. 23<sup>1</sup>, 111<sup>22</sup>, 170<sup>1</sup>, 299<sup>1</sup>
- Schiller, Karl** Bundesminister für Wirtschaft und Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) **Dok. 227** und S. 113, 176, 210, 395, 422, 499, 633, 667, 792, 840<sup>4</sup>, 929, 932, 947, 967f., 986, 1043, 1057, 1063, 1070–1073, 1121, 1199, 1317, 1322, 1394, 1433, 1441, 1443, 1689, 1694
- Schirmer, Hans** Ministerialdirigent und Leiter der Auslandsabteilung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung S. 560<sup>2</sup>, 1220<sup>6</sup>, 1222<sup>12</sup>
- Schirndinger von Schirnding, Joachim Graf** Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Rio de Janeiro; seit 2. Mai 1967 im Referat „Außenpolitische Fragen der gesamtdeutschen Angelegenheiten“ des Auswärtigen Amts **Dok. 357** und S. 1229<sup>1</sup>, 1457<sup>1</sup>, 1471<sup>1</sup>, 1620<sup>1</sup>, 1632<sup>1</sup>
- Schlagintweit, Reinhard** Oberregierungsrat im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung S. 1426
- Schlitter, Oskar** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Athen **Dok. 177, 400** und S. 700<sup>7</sup>, 1220<sup>5</sup>
- Schlosch** Abteilungsleiter im israelischen Außenministerium S. 4<sup>6</sup>
- Schmid, Carlo** Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder sowie Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 515<sup>6</sup>, 588
- Schmidt, Helmut** Mitglied des Deutschen Bundestages und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion S. 8f., 515
- Schmidt-Horix, Hans** Botschafter zur besonderen Verwendung im Auswärtigen Amt S. 792<sup>13</sup>, 1710<sup>5</sup>
- Schmidt-Ott, Ulrich** Abteilungsleiter im Bundesministerium für Verkehr S. 1680<sup>10</sup>
- Schmitt, Eberhard** Legationsrat I. Klasse im Referat „Nahe Osten und Nordafrika“ des Auswärtigen Amts S. 1488<sup>1</sup>
- Schmücker, Kurt** Bundesschatzminister und Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU); 1963–1966 Bundesminister für Wirtschaft S. 56<sup>2</sup>, 66<sup>8</sup>, 210
- Schmückle, Gerhard** Brigadegeneral und Leiter der Abteilung „Militärpolitik“ an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Paris bzw. seit Oktober 1967 in Brüssel S. 695<sup>1</sup>, 870<sup>3</sup>, 1497



**Schnippenkötter, Swidbert** Botschafter und Leiter der Unterabteilung B in der „Politischen Abteilung II“ des Auswärtigen Amtes; Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle **Dok. 6, 61, 116, 131, 154, 215, 314, 318, 325, 326, 337, 370, 375, 377, 378** und S. 14<sup>4</sup>, 50<sup>3</sup>, 53<sup>13</sup>, 138<sup>3</sup>, 147<sup>20</sup>, 207<sup>23</sup>, 432, 433<sup>4</sup>, 437<sup>20</sup>, 443, 449<sup>6</sup>, 452–455, 509<sup>15</sup>, 511, 518<sup>9</sup>, 555<sup>3</sup>, 594, 592<sup>3</sup>, 617, 627<sup>3</sup>, 628<sup>6</sup>, 632<sup>5</sup>, 636<sup>6+7</sup>, 688, 722<sup>8</sup>, 750<sup>12</sup>, 877<sup>7</sup>, 893<sup>7</sup>, 953<sup>1+7</sup>, 969<sup>2</sup>, 993, 1161<sup>3</sup>, 1253, 1272<sup>23</sup>, 1293<sup>5</sup>, 1298<sup>11</sup>, 1378<sup>9</sup>, 1393, 1395<sup>9</sup>, 1398 f., 1407<sup>13</sup>, 1409<sup>1</sup>, 1426, 1432, 1436, 1448<sup>3</sup>, 1460<sup>2</sup>, 1461<sup>9</sup>, 1508<sup>2</sup>, 1549<sup>10</sup>, 1557<sup>3</sup>, 1559<sup>11</sup>, 1586 f.

**Schöllhorn, Johann Baptist** Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft S. 499, 1632<sup>2</sup>, 1634<sup>12</sup>

**Schönauer, Joseph** Generalvikar für das Bistum Würzburg mit Sitz in Meiningen S. 761

**Schönbaumsfeld** österreichischer Ingenieur in der Vereinigten Arabischen Republik S. 966

**Schoenwaldt, Peter** Legationssekretär im Referat „Außenpolitische Fragen der gesamtdeutschen Angelegenheiten“ des Auswärtigen Amtes; seit 24. April 1967 Legationsrat S. 187<sup>7</sup>, 1632<sup>1</sup>, 1634

**Schoettle, Erwin** Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) und Vizepräsident S. 951

**Scholl, Günther** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Islamabad S. 7645, 1308<sup>5</sup>

**Schräder, Bernhard** Weihbischof und Generalvikar für das Bistum Osnabrück mit Sitz in Schwerin S. 761

**Schricke, Jacques** Gesandter und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Französischen Republik bei der NATO in Paris bzw. seit Oktober 1967 in Brüssel S. 941 f., 995, 1005

**Schröder, Gerhard** Bundesminister der Verteidigung und Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU); 1961–1966

Bundesminister des Auswärtigen

**Dok. 277** und S. 4, 18<sup>25</sup>, 20<sup>8</sup>, 38, 68, 156, 180, 256<sup>4</sup>, 311<sup>7</sup>, 404, 432, 436, 656, 726, 728, 771 f., 812, 887, 889 f., 1043, 1063, 1073 f., 1081, 1086, 1121, 1126, 1174–1176, 1188, 1192, 1203, 1441, 1477 f., 1609, 1613–1615, 1627<sup>15</sup>

**Schütz, Klaus** Staatssekretär des Auswärtigen Amtes; seit 19. Oktober 1967 Regierender Bürgermeister von Berlin **Dok. 10, 11, 13, 18, 46, 48, 51, 68, 73, 110, 112, 113, 114, 127, 168, 173, 186, 189, 204, 219, 226, 233, 244, 258, 316, 322** und S. 14, 27, 40, 78<sup>5</sup>, 79, 86<sup>40</sup>, 149<sup>4</sup>, 150<sup>8</sup>, 174–176, 199<sup>14</sup>, 200, 221<sup>2</sup>, 224<sup>19</sup>, 239, 269, 282<sup>1</sup>, 292<sup>4</sup>, 294, 296<sup>3</sup>, 299, 301, 310, 315, 318, 336<sup>4</sup>, 338, 339<sup>12</sup>, 372, 378<sup>11</sup>, 417, 421<sup>3</sup>, 432, 448, 483<sup>11</sup>, 495<sup>6</sup>, 496–49, 524, 527<sup>2</sup>, 530<sup>1</sup>, 596, 597<sup>2</sup>, 617, 653, 686, 688, 691, 694, 756, 760<sup>1</sup>, 769, 786, 791, 811, 817–819, 837, 840 849<sup>6</sup>, 859<sup>11</sup>, 864<sup>3</sup>, 888, 891, 913, 923, 963<sup>6</sup>, 968<sup>7</sup>, 970<sup>8</sup>, 983<sup>6</sup>, 1011<sup>3</sup>, 1031, 1117, 1127, 1132–1137, 1140 f., 1148<sup>11</sup>, 1173<sup>2</sup>, 1229<sup>8</sup>, 1263<sup>6</sup>, 1264, 1383<sup>1</sup>, 1398, 1406, 1484, 1637, 1642, 1545 f.

**Schulte-Meermann, Walter** Gouverneur der Bundesrepublik Deutschland bei der IAE O S. 1590

**Schulte-Strathaus, Ludwig** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London S. 415<sup>1</sup>, 566, 1426, 1432<sup>1+2</sup>

**Schulz, Werner** Vorsitzender des Exportausschusses des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) in Köln S. 1140<sup>14</sup>

**Schulze, Rudolph** Minister für das Post- und Fernmeldewesen der DDR S. 1583, 1705

**Schulze-Boysen, Hartmut** Botschaftsrat I. Klasse und Pressereferent an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 1253

**Schuman, Robert** 1947/48 Ministerpräsident der Französischen Republik; 1948–1953 Außenminister S. 634, 1424, 1514

- Schumann, Maurice** Abgeordneter der französischen Nationalversammlung (UNR/UDT) und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses; seit 7. April 1967 Staatsminister für Wissenschaftliche Forschung, Atom- und Weltraumfragen S. 1400
- Schuermans, Constant** Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Belgien bei der UNO in New York S. 1387
- Schwartz, Kurt Arthur** Legationsrat I. Klasse im deutschen Stab an der italienischen Botschaft in Kairo (Schutzmachtvertretung für deutsche Interessen); seit 6. Februar 1967 in Damaskus S. 991<sup>6</sup>
- Schwarzmann, Hans** Botschafter und Chef des Protokolls im Auswärtigen Amt S. 562, 911, 1503, 1506
- Schwörbel, Edgar** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats „Portugal, Spanien, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Nordische Staaten, Österreich, Schweiz, Malteser-Ritter-Orden“ im Auswärtigen Amt **Dok. 421** und S. 717<sup>1</sup>, 1174<sup>4</sup>, 1175<sup>5</sup>, 1176<sup>11</sup>, 1219<sup>1</sup>
- Schwörbel, Herbert** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Colombo S. 261, 1506<sup>4</sup>
- Scoville, Herbert Jr.** stellvertretender Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Director, Science and Technology Bureau, Arms Control and Disarmament Agency) S. 489f.
- Seaborg, Glenn T.** Vorsitzender der amerikanischen Atomenergiebehörde in Washington (Director, Atomic Energy Commission) S. 1311
- Sedivý, Josef** Botschafter a.D. der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 898–901, 1130, 1149, 1151
- Seebohm, Hans-Christoph** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Vorsitzender des Bundesvorstandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft; 1949–1966 Bundesminister für Verkehr S. 11<sup>10</sup>
- Seeliger, Wolfgang** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats „Wirtschaftsbeziehungen zu Süd- und Ostasien“ im Auswärtigen Amt S. 919<sup>7</sup>
- Seidenfaden, Gunnar** Generalsekretär für politische Angelegenheiten im dänischen Außenministerium S. 980
- Seigewasser, Hans** Staatssekretär für Kirchenfragen der DDR S. 760
- Semjonow, Wladimir Semjonowitsch** Stellvertretender Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken **Dok. 90** und S. 82, 228–233, 471, 691<sup>4</sup>, 1658
- Senanayake, Dudley Shelton** Ministerpräsident sowie Außen-, Verteidigungs- und Planungsminister von Ceylon S. 1506f., 1595<sup>7</sup>, 1607<sup>5</sup>
- Servan-Schreiber, Jean Claude** Journalist; seit Mai 1967 Präsident des „Rassemblement Français pour Israël“ S. 868
- Seydel, Hans** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tripolis S. 1121<sup>2+4</sup>
- Seydoux de Clausonne, François** Botschafter der Französischen Republik in Bonn **Dok. 82, 241, 348, 391** und S. 50, 52, 54f., 294, 448, 642, 864<sup>3</sup>, 865f., 905, 1161, 1163, 1225, 1229, 1230<sup>5</sup>, 1251f., 1355, 1393, 1397, 1458, 1471f., 1582–1584
- Seydoux de Clausonne, Roger** Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung der Französischen Republik bei der UNO in New York; seit 4. Juli 1967 bei der NATO in Paris bzw. seit Oktober 1967 in Brüssel S. 1418, 1501–1503, 1616, 1618, 1620, 1668f.
- al-Shaabi, Qahtan Mohammed** Staatspräsident der Volksrepublik Jemen (Südjemen) S. 1592f.
- el-Sharif, Kamil** Mai bis Juni 1967 designierter Botschafter des Haschemitischen Königreichs Jordanien in Bonn S. 939

- Shastri, Lal Bahadur** 1964–1966  
Ministerpräsident der Indischen Union  
S. 858<sup>8</sup>
- Shaw, John P.** Erster Sekretär an der  
amerikanischen Botschaft in Bonn  
S. 222<sup>6</sup>
- Shimoda, Takeso** stellvertretender Au-  
ßenminister des Kaiserreichs Japan;  
seit 28. Juni 1967 Botschafter in Wash-  
ington S. 15<sup>10</sup>
- Shreffler** Referatsleiter bei der NATO in  
Paris bzw. seit Oktober 1967 in Brüssel  
S. 1493
- Shubeillat, Farhan** seit 12. September  
1967 Botschafter des Haschemitischen  
Königreichs Jordanien in Bonn S. 940,  
1467
- Shuckburgh, Evelyn** Botschafter des  
Vereinigten Königreichs von Großbri-  
tannien und Nordirland in Rom; 1962–  
1966 Botschafter und Leiter der Ständi-  
gen Vertretung bei der NATO in Paris  
S. 466<sup>18</sup>
- Shukeiry, Ahmed** Vorsitzender der  
Palästinensischen Befreiungsorganisa-  
tion (PLO) S. 795
- Siebourg, Gisela** Dolmetscherin im  
Sprachendienst des Auswärtigen Amts  
S. 1356<sup>1</sup>
- Simon, Klaus** Botschafter der Bundes-  
republik Deutschland in Kopenhagen  
S. 81<sup>16</sup>, 643<sup>11</sup>
- Simpson, John Liddle** Mitarbeiter im  
britischen Außenministerium (Legal  
Counsellor) S. 415, 418–420
- Skworzow** Stellvertretender Leiter der  
Sektion „Parteiorgane“ beim Zentral-  
komitee der Kommunistischen Partei  
der Sowjetunion S. 1075
- Smith, Howard Frank Trayton** Refe-  
ratsleiter im britischen Außenministe-  
rium (Northern Department) S. 566
- Smithers, Peter** Generalsekretär des  
Europarats in Straßburg S. 1205
- Šnejdarek, Antonin** Vorsitzender der  
Kommission zur Koordinierung von Ar-  
beiten über deutsche Probleme beim Hi-  
storischen Institut der Tschechoslowa-  
kischen Akademie der Wissenschaften  
S. 513–515
- Šnuderl, Boris** Staatssekretär im jugo-  
slawischen Außenhandelsministerium  
S. 701
- Soden, Ekkehard Freiherr von** Hilfs-  
referent im Referat „Internationale  
Wirtschaftsfragen der Verteidigung, des  
Verkehrs, des Post- und Fernmeldewe-  
sens und des Fremdenverkehrs“ des  
Auswärtigen Amts S. 1455<sup>1</sup>
- Söhnke, Gerhard** Legationsrat I. Klas-  
se und Vertreter des Generalkonsuls der  
Bundesrepublik Deutschland in Ankara;  
seit 6. Juni 1967 im Referat „Naher  
Osten und Nordafrika“ des Auswärtigen  
Amts; seit 20. Dezember 1967 Vortra-  
gender Legationsrat S. 1138<sup>1</sup>
- Sölle, Horst** Minister für Außenhandel  
der DDR S. 948
- Sölvhöj, Hans** stellvertretender Au-  
ßenminister des Königreichs Dänemark  
S. 642
- Sönksen, Claus** Legationsrat und Per-  
sönlicher Referent des Bundesministers  
des Auswärtigen; seit 3. Juli 1967 Le-  
gationsrat I. Klasse S. 1253
- Solti, Béla** Leiter der Handelsvertretung  
der Volksrepublik Ungarn in Frank-  
furt/Main S. 153, 165
- Soltmann, Otto** Botschafter der Bun-  
desrepublik Deutschland in Nairobi; seit  
5. Juni 1967 Vortragender Legationsrat  
I. Klasse und Leiter des Referats „In-  
ternationale Wirtschaftsfragen der Ver-  
teidigung, des Verkehrs, des Post- und  
Fernmeldewesens und des Fremdenver-  
kehrs“ im Auswärtigen Amt S. 1176<sup>10</sup>,  
1455<sup>1</sup>, 1494<sup>1</sup>, 1679<sup>1</sup>
- Sonnenfeldt, Helmut** Referatsleiter im  
amerikanischen Außenministerium (Di-  
rector, Office of Research-Analysis for  
Soviet Bloc) S. 787
- Sonnenhol, Gustav Adolf** Ministerial-  
direktor und Leiter der Abteilung  
„Finanz- und Wirtschaftsfragen der  
Entwicklungshilfe“ im Bundesministe-

- rium für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 1467
- Sonntag, Peter** Student (seit September 1961 in sowjetischer Haft) S. 228
- Sorin, Walerian Alexandrowitsch** Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Paris S. 84, 988
- de Sousa Uva** portugiesischer Admiral S. 1616
- Spaak, Paul-Henri** 1954–1957 und 1961–1966 Außenminister des Königreichs Belgien; 1957–1961 Generalsekretär der NATO in Paris S. 102, 186, 786 f., 1132–1137
- Spalke, Karl** Legationsrat und Vertreter des Leiters der Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland in Sofia S. 257 f.
- Spandidakis, Gregorios** 26. April bis 14. Dezember 1967 stellvertretender Ministerpräsident und stellvertretender Verteidigungsminister des Königreichs Griechenland S. 768
- Spangenberg, Dietrich** seit 6. April 1967 Senator für Bundesangelegenheiten des Landes Berlin und Mitglied des Abgeordnetenhauses (SPD) S. 1147, 1231
- Spinelli, Francesco** Botschaftsrat an der italienischen Botschaft in Bonn S. 149<sup>6</sup>
- Spivy, Berton E.** amerikanischer Generalleutnant und Leiter des Stabes der Vereinigten Stabschefs (Director, Joint Staff, Joint Chiefs of Staff) S. 1188, 1235
- Springsteen, George S. Jr.** stellvertretender Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary of State) S. 138, 735, 1637
- Stackelberg, Herbert Freiherr von** Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 218<sup>20</sup>, 263<sup>9</sup>, 1287<sup>6</sup>, 1311
- Staden, Berndt von** Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 138, 443, 489, 1238, 1253, 1277
- de Staercke, André** Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Belgien bei der NATO in Paris bzw. seit Oktober 1967 in Brüssel S. 223, 557, 696, 698, 750, 941, 982, 1004, 1105
- Stalin, Josef Wissarionowitsch** 1922–1953 Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und 1941–1953 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare bzw. des Ministerrats der Sowjetunion S. 49
- Stalman, Otto** Ministerialdirektor und Abteilungsleiter im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten S. 170<sup>26</sup>
- Stanley, Timothy W.** amerikanischer Delegierter in der Arbeitsgruppe für Verteidigungsplanung der NATO in Paris bzw. seit Oktober 1967 in Brüssel S. 870 f.
- Stark, Andrew Alexander Steel** Botschaftsrat für Politische Angelegenheiten an der britischen Botschaft in Bonn S. 1161
- Statham, Norman** Referatsleiter im britischen Außenministerium (European Economic Organisations Department) S. 566
- Steel, Henry** Mitarbeiter im britischen Außenministerium (Assistant Legal Adviser; seit 1. April 1967 Legal Counselor) S. 580
- Stefanow, Peter** Abteilungsleiter im bulgarischen Außenhandelsministerium S. 257 f.
- Steffler, Christel** Legationsrätin im Referat „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amts; seit 25. September 1967 Legationsrätin I. Klasse S. 463<sup>1</sup>
- Steg, Rudolf** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats „Frankreich, Belgien, Niederlande, Italien, Monaco, San Marino“ im Auswärtigen Amt S. 305<sup>5</sup>, 592<sup>8</sup>

- Steidle** Ministerialrat im Bundesministerium für Wirtschaft S. 1153<sup>9</sup>
- Steiger** Sektionsrat und Leiter der der österreichischen Delegation bei den Verhandlungen mit der EWG- bzw. seit 1. Juli 1967 bei der EG-Kommission in Brüssel S. 984
- Steindler, Stanislaw** Mitarbeiter im tschechoslowakischen Außenministerium S. 898
- Steinmann, Hans-Georg** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat „Zivilrecht und Zivilprozeß“ des Auswärtigen Amts S. 420<sup>11</sup>
- Stempel, Otto Baron von** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats „Europäische Gemeinschaften“ im Auswärtigen Amt S. 31, 184<sup>1</sup>, 355<sup>11</sup>, 389<sup>1</sup>, 614<sup>9</sup>, 844<sup>9</sup>, 984, 1466<sup>6</sup>, 1598<sup>1</sup>, 1610<sup>1</sup>, 1713<sup>1</sup>
- Stern** Regierungsdirektor im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen S. 1633
- Stibi, Georg** Stellvertretender Außenminister der DDR S. 509
- Stoltenberg, Gerhard** Bundesminister für Wissenschaftliche Forschung und Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 40, 46<sup>13</sup>, 72<sup>22</sup>, 338, 424, 432, 437, 439f., 444, 449, 454, 489, 688, 1043, 1311f., 1400, 1585, 1588f., 1629
- Stoph, Willi** Vorsitzender des Ministerrats der DDR S. 781, 865, 902, 904, 909, 923, 925, 1148, 1281–1283, 1396, 1405, 1527, 1678, 1700, 1704, 1711
- Straten-Waillet, François Xavier van der** Generaldirektor für Politik im belgischen Außenministerium S. 305
- Strätling, Erich** Botschaftsrat I. Klasse und Leiter der Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest; seit 4. Juli 1967 Botschafter in Bukarest **Dok. 275, 448** und S. 56, 945<sup>2</sup>, 1166<sup>7+8</sup>
- Strauß, Franz Josef** Bundesminister der Finanzen und Vorsitzender der CSU; 1956–1962 Bundesminister der Verteidigung S. 11<sup>10</sup>, 43<sup>2</sup>, 113, 134<sup>7</sup>, 175f., 284f., 345<sup>6</sup>, 367, 404f., 411, 422f., 426, 500, 612, 629<sup>4</sup>, 667, 670, 811, 855, 967f., 1072f., 1081, 1523, 1583, 1591
- Street, John Edmund Dudley** Referatsleiter im britischen Außenministerium (Atomic Energy and Disarmament Department) S. 566
- Strenziok, Gerd** Legationsrat I. Klasse und Leiter des deutschen Stabes an der schweizerischen Botschaft in Algier (Schutzmachtvertretung für deutsche Interessen) S. 374<sup>9</sup>, 1575<sup>10</sup>, 1577<sup>13</sup>, 1709<sup>9</sup>
- Stroganow** Leiter des Petitionsbüros beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion S. 1075
- Stülpnagel, Joachim von** Legationsrat und Pressereferent an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Teheran; seit 2. Mai 1967 im Referat „Europäische Gemeinschaften“ des Auswärtigen Amts S. 1420<sup>9</sup>, 1610<sup>1</sup>
- Sunay, Cevdet** Präsident der Republik Türkei S. 976
- Suslow, Michail Andrejewitsch** Mitglied im Politbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion S. 1075
- Sutterlin, James S.** Botschaftsrat an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 432, 500<sup>8</sup>, 1161
- Symons, Ronald Stewart** Abteilungsleiter im britischen Schatzamt S. 1529
- Szilágyi, Béla** Stellvertretender Außenminister der Volksrepublik Ungarn **Dok. 27** und S. 165, 333–335
- Tabor, Hans Rasmussen** seit 6. September 1967 Außenminister des Königreichs Dänemark S. 1662
- Tal, Israel** Brigadegeneral und Befehlshaber der israelischen Panzertruppen S. 1264f.
- Talbot, Philipps** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Athen S. 767
- Tallboys** Abteilungsleiter im britischen Verteidigungsministerium S. 1529

- Tanaka, Kakuei** Sonderbotschafter des Kaiserreichs Japan für die Verhandlungen über ein Nichtverbreitungsabkommen S. 688
- Tarabanow, Milko Yanev** Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung der Volksrepublik Bulgarien bei der UNO in New York S. 1683
- Taviani, Paolo Emilio** Innenminister der Italienischen Republik; 1953-1958 Verteidigungsminister S. 43<sup>2</sup>
- Taylor, John Lang** Botschaftsrat an der britischen Botschaft in Bonn S. 1529
- Thadden, Adolf von** Vorsitzender der NPD S. 229, 561
- Thieme** Ministerialdirigent im Bundesministerium für Wirtschaft **Dok. 151**
- Thierfelder, Rudolf** Ministerialdirektor und Leiter der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt **Dok. 58, 89, 344** und S. 48<sup>7</sup>, 129<sup>1</sup>, 265<sup>2</sup>, 266<sup>8</sup>, 320<sup>1</sup>, 322<sup>f.</sup>, 328<sup>12</sup>, 355, 393, 496, 723<sup>3</sup>, 724<sup>7</sup>, 762, 773, 864<sup>2</sup>, 1001, 1112<sup>5</sup>, 1508<sup>4</sup>, 1563<sup>17</sup>
- Thompson, John Alan** Mitarbeiter des britischen Außenministeriums (First Secretary) S. 216<sup>f.</sup>, 219
- Thompson, Llewellyn E.** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Moskau S. 559<sup>f.</sup>, 1656, 1658
- Thomson, George** Kanzler des Herzogtums Lancaster, zuständig für Europafragen; seit August 1967 Minister für Angelegenheiten des Commonwealth S. 25, 174<sup>f.</sup>, 307, 344, 346-349, 368, 382, 386-388, 400-402, 411, 467<sup>f.</sup>, 502<sup>f.</sup>, 566, 572, 680<sup>f.</sup>, 684<sup>13</sup>, 696<sup>9</sup>
- Thornton, Peter Eustace** stellvertretender Kabinettssekretär des britischen Premierministers S. 1426
- Tidemand, Otto Grieg** Verteidigungsminister des Königreichs Norwegen S. 751-754
- Tito, Josip Broz** Staatspräsident der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien 283, 353<sup>f.</sup>
- de Tocqueville, Charles Alexis Clérel**  
\* 1805 † 1859 S. 69, 1054
- Török, Alexander** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv S. 826, 1174<sup>4</sup>
- Tolloy, Giusto** Handelsminister der Italienischen Republik S. 589
- Tombalbaye, François** Staatspräsident der Republik Tschad **Dok. 123**
- Tomkins, Edward E.** Gesandter an der britischen Botschaft in Bonn bis 30. Juni 1967 S. 294, 464<sup>6</sup>, 558<sup>11</sup>, 572<sup>24</sup>
- Tončić-Sorinj, Lujo** Außenminister der Republik Österreich S. 353-356
- Toukan, Ahmad Mohammed** seit 23. April 1967 Außenminister des Haschemitischen Königreichs Jordanien und seit 2. August 1967 stellvertretender Ministerpräsident S. 739
- Toura Gaba, Jules Pierre** Botschafter der Republik Tschad in Bonn S. 562
- Touré, Sékou** Präsident der Republik Guinea S. 20
- Trampczynski, Witold** Außenhandelsminister der Volksrepublik Polen S. 1227<sup>f.</sup>, 1262
- Trend, Burke St. John** Kabinettssekretär des britischen Premierministers S. 1426
- Trettner, Heinz** 1964-1966 Generalinspekteur der Bundeswehr S. 890, 1074, 1109, 1377, 1394
- Trivedi, Vishnu C.** Leiter der Delegation der Indischen Union bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf S. 509
- Truckenbrodt, Walter** Ministerialdirigent und Vertreter des Leiters der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt **Dok. 22, 203** und S. 198<sup>5</sup>, 494<sup>3</sup>, 1215
- Tschombé, Moise Kapenda** 1964/65 Ministerpräsident der Demokratischen Republik Kongo S. 1186
- Tschou En-Lai** Ministerpräsident der Volksrepublik China sowie Mitglied des Politbüros und des Sekretariats des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas S. 1533

- Tykocinski, Wladyslaw** ehemaliger Leiter der polnischen Militärmission in Berlin (West) S. 576
- Ueberschaer, Hans-Christian** Legationssekretär im Büro Staatssekretär des Auswärtigen Amtes; seit 3. August 1967 Legationsrat; seit 10. Oktober 1967 an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Wien S. 511<sup>1</sup>
- Ulbricht, Walter** Erster Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzender des Staatsrats der DDR S. 74, 470<sup>8</sup>, 471, 514, 542, 552, 569, 578 f., 790, 823, 825, 863, 967, 1032, 1283, 1405 f., 1624, 1646, 1671, 1674, 1676, 1677<sup>12</sup>, 1703<sup>5</sup>
- Ungerer, Werner** Legationsrat I. Klasse im Referat „Europäische Gemeinschaften“ des Auswärtigen Amtes; seit 31. März 1967 Leiter des Referats; seit 3. August 1967 Vortragender Legationsrat **Dok. 133** und S. 226<sup>10</sup>, 389<sup>1</sup>, 392<sup>12</sup>, 1585<sup>1</sup>
- Ungern-Sternberg, Reinhold Freiherr von** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in London S. 36<sup>22</sup>, 274<sup>8</sup>, 453<sup>17</sup>, 566, 580, 1279<sup>6</sup>
- Unna, Itshak D.** Botschaftsrat an der israelischen Botschaft in Bonn S. 1454
- U Thant, Sithu** Generalsekretär der UNO in New York S. 624, 738, 776, 794, 809, 849, 851, 858, 872, 884, 1544, 1562, 1564, 1665, 1702
- Vadász, Frigyes** Leiter der Abteilung „West“ im ungarischen Außenministerium S. 153, 332, 334 f.
- Valera, Eamon de** Staatspräsident der Irischen Republik; 1932–1948, 1951–1954 und 1957–1959 Ministerpräsident S. 956
- Valéry, Paul** \*1871 † 1945 S. 806, 1062
- Vallat, Francis** Rechtsberater im britischen Außenministerium (Legal Adviser) S. 415
- Vance, Cyrus R.** Staatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium (Deputy Secretary of Defence) bis 30. Juni 1967 S. 1119, 1543<sup>5</sup>, 1544, 1581, 1606
- Vanden Boeynants, Paul** Ministerpräsident des Königreichs Belgien S. 305, 844, 847 f., 1693
- Vejvoda, Ivo** Botschafter der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien in Rom; danach in Paris S. 86
- Venturini, Antonio** italienischer Delegierter bei der EWG bzw. seit 1. Juli 1967 bei der EG in Brüssel S. 590
- Verbeek, Paul** Legationsrat I. Klasse im Referat „NATO, WEU (militärische Angelegenheiten) und Verteidigung“ des Auswärtigen Amtes S. 299<sup>1</sup>, 704<sup>1</sup>, 785<sup>1</sup>, 1305<sup>1</sup>, 1410<sup>1</sup>
- Vergil, Publius Vergilius Maro** \* 70 v. Chr. † 19 n. Chr. S. 831
- Virolainen, Johannes** Präsident des finnischen Reichstages S. 828
- Vogel, Rudolf** Botschafter und Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der OECD in Paris S. 937<sup>5</sup>
- Voitec, Stefan** Präsident der Nationalversammlung der Sozialistischen Republik Rumänien S. 1709
- Wagner, Hartmut** Hilfsreferent im Referat „Wirtschaftsbeziehungen zum Osten“ des Auswärtigen Amtes; seit 28. Juni 1967 Wirtschaftsreferent im deutschen Stab an der französischen Botschaft in Belgrad (Schutzmachtvertretung für deutsche Interessen) S. 839<sup>1</sup>
- Wagner, Wolfgang** Direktor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik S. 513
- Walthers, Gebhardt von** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau **Dok. 26, 44, 90, 99, 122, 259, 309, 312, 356, 432** und S. 75<sup>30</sup>, 82, 140<sup>6</sup>, 242<sup>14</sup>, 537<sup>13</sup>, 569<sup>15</sup>, 691<sup>4</sup>, 715<sup>5</sup>, 985<sup>5</sup>, 1108<sup>9</sup>, 1631<sup>8</sup>, 1679 f.

- Wargin** Oberregierungsrat im Bundesministerium der Finanzen S. 1529
- Warnke, Paul C.** seit 1. August 1967 Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Assistant Secretary of Defence for International Security Affairs) S. 1277–1280
- Watson, John Hugh Adam** Abteilungsleiter im britischen Außenministerium (Assistant Under Secretary of State) S. 786, 1089, 1132f., 1137
- Weathersby, William H.** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Khartum bis 7. Juni 1967 (Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch die sudanesishe Regierung) S. 885
- Webb, James E.** Leiter der NASA S. 1311
- Weber, Heinz** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters des Sprachendienstes im Auswärtigen Amt S. 174<sup>1</sup>, 647<sup>1</sup>, 659<sup>1</sup>, 955<sup>1</sup>, 971, 1189<sup>9</sup>, 1202<sup>1</sup>, 1419<sup>1</sup>, 1426, 1467<sup>1</sup>
- Wehner, Herbert** Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 296–298, 316, 320, 362, 394f., 488, 503, 560<sup>2</sup>, 642, 828, 967f., 1322, 1324, 1371, 1634
- Weinhold, Edgar** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Rom S. 985<sup>8</sup>, 986<sup>11</sup>
- Weisel, Horst** Legationsrat im deutschen Stab an der französischen Botschaft in Belgrad (Schutzmachtvertretung für deutsche Interessen) S. 458<sup>6</sup>, 1537<sup>2</sup>
- Weiß, Gerhard** Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der DDR S. 1138
- Weizsäcker, Carl Friedrich von** Physiker und Philosoph S. 422–424, 442<sup>28</sup>
- Welcke, Johannes Graf von** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Chefs des Protokolls im Auswärtigen Amt S. 129, 305, 356
- Well, Günther van** Legationsrat I. Klasse im Referat „Außenpolitische Fragen der gesamtdeutschen Angelegenheiten“ des Auswärtigen Amts; seit 28. Juli 1967 Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats S. 1251<sup>2</sup>, 1322<sup>1</sup>, 1374<sup>23</sup>, 1457<sup>1</sup>, 1471<sup>1</sup>, 1508<sup>1</sup>, 1620<sup>1</sup>, 1622<sup>3</sup>, 1623<sup>4</sup>, 1632<sup>1</sup>, 1636<sup>13+16</sup>, 1637, 1695<sup>1</sup>, 1703<sup>1</sup>
- Wentker, Hermann** Legationsrat im Referat „Außenpolitische Fragen der gesamtdeutschen Angelegenheiten“ des Auswärtigen Amts; seit 22. Mai 1967 ins Bundeskanzleramt versetzt; seit 29. Juni 1967 Legationsrat I. Klasse S. 177<sup>1</sup>, 477<sup>1</sup>
- Wenz** Ministerialrat im Bundesministerium der Verteidigung S. 1529
- Werner, Günther** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi S. 254<sup>19</sup>
- Werner, Pierre** Ministerpräsident und Außenminister des Großherzogtums Luxemburg S. 377, 844f., 847
- Werz, Luitpold** Ministerialdirektor und Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amts S. 54<sup>22</sup>, 292<sup>3</sup>
- Westrick, Ludger** 1963–1966 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes S. 180
- White, Eric Wyndham** Leiter des GATT-Sekretariats in Genf S. 747
- Wickert, Erwin** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats „Strukturfragen des Ostens“ im Auswärtigen Amt **Dok. 10, 13** und S. 10, 417<sup>6</sup>, 473, 969<sup>5</sup>, 1132, 1347<sup>1</sup>
- Wieck, Hans-Georg** Vortragender Legationsrat; seit 13. Dezember 1966 im Bundesministerium der Verteidigung S. 55<sup>23</sup>, 576<sup>2</sup>
- Wilke, Hans Ulrich** Legationsrat I. Klasse im Ministerbüro des Auswärtigen Amts **Dok. 218** und S. 356, 770, 916<sup>19</sup>, 1305<sup>2</sup>, 1507<sup>5</sup>, 1626



- Wilson, Harold** Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland **Dok. 55, 57, 143, 362, 365** und S. 18<sup>22</sup>, 35<sup>20</sup>, 89, 91, 98, 112, 123, 217, 262, 264, 307, 377, 398, 400f., 403, 404<sup>20</sup>, 408, 411, 474f., 536, 573, 586, 630, 661, 751, 844, 879, 957f., 971–973, 1058, 1087, 1108, 1123, 1126, 1189, 1195, 1356, 1359, 1426f., 1429f., 1432f., 1436–1438, 1445, 1469, 1521, 1570f., 1612<sup>12</sup>
- Winiewicz, Józef** Stellvertretender Außenminister der Volksrepublik Polen S. 588, 1396f.
- Winkler, Pavel** Leiter der Delegation der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik bei der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf S. 508
- Winogradow, Sergej Alexandrowitsch** seit 3. Juni 1967 Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Kairo S. 873
- Winzer, Otto** Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR S. 743, 745, 811, 827–829, 1138, 1638f., 1671
- Wirmer, Ernst** Ministerialdirektor und Leiter der Hauptabteilung „Administration“ im Bundesministerium der Verteidigung S. 1178, 1616
- Wirtz, Karl** Direktor des Instituts für Neutronenphysik und Reaktortechnik des Kernforschungszentrums Karlsruhe S. 302, 339<sup>14</sup>, 451, 489
- Wischniewski, Hans-Jürgen** Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 8<sup>6</sup>, 197, 372, 562, 565, 731, 855, 920, 999, 1573f., 1576–1579, 1697, 1699, 1706–1708
- Wiśniewski, Włodzimierz** Abteilungsleiter im polnischen Außenhandelsministerium S. 1227
- Wittrock, Karl** Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr S. 1268, 1494, 1680f.
- Wodak, Walter** Botschafter der Republik Österreich in Moskau S. 985<sup>5</sup>
- Wolff, Rudolf** Legationsrat I. Klasse, seit 20. April 1967 Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 962<sup>4</sup>
- Wolfson, Philip J.** Erster Sekretär an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 511
- Wormser, Olivier** Botschafter der Französischen Republik in Moskau S. 1474, 1656
- Wyle, Frederick S.** Unterabteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Deputy Assistant Secretary of Defence) S. 1277
- Wyszynski, Stefan** Kardinal und Erzbischof von Gnesen und Warschau; Primas von Polen S. 327
- Yaker, Layachi** Leiter der Wirtschafts- und Kulturabteilung im algerischen Außenministerium S. 1573
- York von Wartenburg, Alexander Graf** Legationsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv; seit 27. Februar 1967 Legationsrat im Büro Staatssekretär und persönlicher Referent des Staatssekretärs Lahr; seit 3. August 1967 Legationsrat I. Klasse **Dok. 148**
- Yusuf, Mohammed** Botschafter des Königreichs Afghanistan in Bonn S. 621, 625
- Yusuf, Sheik Mohammed** Staatssekretär im pakistanischen Außenministerium S. 763f.
- Zahedi, Ardeshir** Außenminister des Kaiserreichs Iran S. 797, 1210
- Zaki** Außenminister der Vereinigten Arabischen Republik S. 1697, 1699
- Zarapkin, Semjon Konstantinowitsch** Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Bonn **Dok. 47, 189, 224, 253, 347, 395, 430** und S. 82, 150–152, 187, 228, 235–237, 380, 383<sup>6</sup>, 421, 503–506, 691, 693f., 837–839, 1031f., 1282, 1370, 1405f., 1435, 1473f.,

1487<sup>5</sup>, 1495, 1545 f., 1624–1626, 1628, 1638–1645, 1647, 1648<sup>29</sup>, 1656–1659

**Zeylstra, W. G.** Botschafter des Königreichs der Niederlande in Kinshasa S. 1186

**Ziglioli, Aldo** Gesandter für Handelsangelegenheiten an der italienischen Botschaft in Bonn S. 1420<sup>9</sup>

**Zimmermann, Armin** Kapitän zu See im Bundesministerium der Verteidigung S. 1325<sup>1</sup>

**Zimmermann, Friedrich** Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) S. 424

**Zimmermann, Roland** Legationsrat I. Klasse im Referat „Europäische Gemeinschaften“ des Auswärtigen Amts; seit 29. Juni 1967 Konsul I. Klasse und Leiter des Konsulats der Bundesrepublik Deutschland in Curitiba S. 3<sup>1</sup>, 373<sup>7</sup>

**Zu'bi, Hatem** Wirtschaftsminister des Haschemitischen Königreichs Jordanien S. 1467

**Zuckerman, Solly** 1960–1966 wissenschaftlicher Berater des britischen Verteidigungsministers (Chief Scientific Adviser to the Secretary of State for Defence) S. 284

## **Sachregister**

Bei der Benutzung des Sachregisters sind folgende Hinweise zu beachten:

- Das Sachregister erfaßt in alphabetischer Reihenfolge Staaten, Organisationen und Institutionen sowie weitere Sachbegriffe.
- Die Untergliederung der Schlagworte „Abkommen und Verträge“, „Gesetze und Verordnungen“, „Konferenzen und Verhandlungen“ sowie „Noten und Memoranden“ folgt der Chronologie.
- Kursiv gedruckte Querverweise erschließen die zwischen den Schlagworten bestehenden Verbindungen.
- Bezieht sich ein Sachbegriff auf ein Dokument als Ganzes, so ist die Dokumentennummer angegeben. Dies ermöglicht auch einen schnellen Zugriff auf das Dokumentenverzeichnis im Band I.
- Beim Nachweis einzelner Seiten beziehen sich hochgestellte Ziffern auf Fußnoten.
- Verweise über die Beziehungen zweier Staaten zueinander finden sich bei dem in der Schlagwortfolge alphabetisch zuerst aufgeführten Staat. So werden beispielsweise die Fundstellen zu den französisch-algerischen Beziehungen unter dem Schlagwort „Algerien“ und dort unter „Frankreich“ genannt.
- Die bilateralen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland werden allerdings stets unter dem Schlagwort des jeweils fremden Staates erfaßt. Entsprechendes gilt für das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu übernationalen Organisationen wie etwa der NATO.
- In einigen Fällen wird unmittelbar hinter dem Schlagwort zu einem Staat ein eigenes Schlagwort wie „Frankreich-Bundesrepublik-Deutschland“ oder „USA-Bundesrepublik Deutschland“ gebildet, um eine zusätzliche Untergliederung möglich zu machen.
- **Band I** reicht von Dokument 1 bis 114 bzw. von Seite 3 bis 519, **Band II** von Dokument 115 bis 313 bzw. von Seite 521 bis 1238 und **Band III** von Dokument 314 bis 449 bzw. von Seite 1239 bis 1716.

**Abkommen und Verträge**

- Vertrag vom 28.6.1919 zwischen dem Deutschen Reich und den alliierten und assoziierten Mächten (Friedensvertrag von Versailles)  
S. 229, 284<sup>3</sup>, 497
- Verträge vom 16.10.1925 zwischen Belgien, dem Deutschen Reich, Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen und der Tschechoslowakei (Locarno-Vertrag)  
S. 48<sup>7</sup>, 1008
- Konkordat vom 20.7.1933 zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl (Reichskonkordat)  
S. 129 f., 132, 325<sup>2</sup>, 329, 497, 724, 775, 1180
- Abkommen vom 29.9.1938 zwischen dem Deutschen Reich, Großbritannien, Frankreich und Italien über die Abtretung sudetendeutscher Gebiete an Deutschland (Münchener Abkommen)  
*siehe: Münchener Abkommen*
- Nichtangriffsvertrag vom 23.8.1939 zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (Hitler-Stalin-Pakt)  
S. 49<sup>11</sup>, 409
- Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28.9.1939 zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken  
S. 49<sup>11</sup>
- Vertrag vom 26.5.1942 zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland über Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe  
S. 463
- Vereinbarung vom 12.9.1944 zwischen dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin (Londoner Protokoll)  
S. 1162<sup>11</sup>
- Bündnisvertrag vom 10.12.1944 zwischen der Provisorischen Regierung der Französischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken  
S. 463, 1641
- UNO-Charta vom 26.6.1945  
*siehe: UNO*
- Communiqué vom 2.8.1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen)  
*siehe: Potsdamer Abkommen*
- Vertrag vom 10.2.1947 zwischen den Alliierten und Assoziierten Mächten und Finnland  
S. 828
- Konvention vom 18.8.1948 zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Volksrepublik Bulgarien, der Republik Ungarn, der Rumänischen Volksrepublik, der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik, der Tschechoslowakischen Republik und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die Regelung der Schifffahrt auf der Donau (Donau-Konvention)  
*siehe: Donau-Konvention*
- Waffenstillstandsabkommen vom 3.4.1949 zwischen dem Haschemitischen Königreich Jordanien und dem Staat Israel  
S. 738
- Nordatlantik-Vertrag vom 4.4.1949  
*siehe: NATO-Vertrag*
- Deklaration der Tschechoslowakischen Republik und der Provisorischen Regierung der DDR vom 23.6.1950 über die gegenseitigen Beziehungen (Prager Deklaration)  
S. 119
- Europäische Menschenrechtskonvention vom 4.11.1950  
S. 1219, 1220<sup>7</sup>
- Vertrag vom 18.4.1951 zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)  
*siehe: EGKS*
- Abkommen vom 19.6.1951 zwischen den Parteien des Nordatlantik-Vertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen (Truppenstatut)  
S. 1614 f.
- Abkommen vom 20.9.1951 über den Handel zwischen den Währungsgebieten der Deutschen Mark (DM-West) und den Währungsgebieten der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost)  
S. 1632<sup>4</sup>

- Vertrag vom 26.5.1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (Deutschland-Vertrag)  
S. 478<sup>3</sup>, 1696
- Abkommen vom 11.6.1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über den Waren- und Zahlungsverkehr  
S. 413<sup>5</sup>, 699<sup>2</sup>, 700
- Abkommen vom 10.9.1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel über die Wiedergutmachung (Luxemburger Abkommen)  
*siehe: Luxemburger Abkommen*
- Abkommen vom 27.2.1953 über deutsche Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkommen)  
S. 12, 701<sup>11</sup>
- 2. Zusatzvereinbarung vom 26.6.1954 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien zum Warenabkommen vom 11.6.1952  
S. 700<sup>7</sup>
- Schlußakte der Londoner Neun-Mächtekonferenz vom 3.10.1954  
S. 18<sup>24</sup>, 108<sup>9</sup>, 360
- Pariser Verträge vom 23.10.1954  
S. 69<sup>10</sup>, 446, 464, 527, 860
- WEU-Vertrag vom 23.10.1954  
S. 303, 581
- Vertrag vom 14.5.1955 über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der DDR, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Tschechoslowakischen Republik sowie den Volksrepubliken Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien und Ungarn (Warschauer Pakt)  
S. 1284, 1475
- Vertrag vom 15.5.1955 zwischen den Vier Mächten und Österreich betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich (Österreichischer Staatsvertrag)  
S. 985, 1375
- Vertrag vom 20.9.1955 zwischen der DDR und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken  
S. 1676<sup>8</sup>
- Protokoll vom 24.9.1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Republik über den Zahlungsverkehr  
S. 116
- Satzung der Internationalen Atomenergie-Organisation vom 26.10.1956  
*siehe: IAEA*
- Vertrag vom 27.10.1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Frankreich zur Regelung der Saar-Frage (Saar-Abkommen)  
S. 69<sup>10</sup>
- Vertrag vom 25.3.1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)  
*siehe: Römische Verträge*
- Vertrag vom 25.3.1957 zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM)  
*siehe: Römische Verträge*
- Abkommen vom 29.5./18.6.1958 zwischen EURATOM und den Vereinigten Staaten von Amerika  
S. 227<sup>14</sup>, 609
- Abkommen vom 30.5.1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über kulturellen und technischen Austausch  
S. 72<sup>22</sup>
- Garantievertrag vom 16.8.1960 zwischen dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, dem Königreich Griechenland, der Republik Türkei und der Republik Zypern  
S. 1580, 1604 f.
- Bündnisvertrag vom 16.8.1960 zwischen dem Königreich Griechenland, der Republik Türkei und der Republik Zypern  
S. 1580, 1604 f.
- Protokoll vom 23.3.1961 über den Warenverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik  
S. 472, 756<sup>4</sup>, 1021, 1143
- Wiener Übereinkommen vom 18.4.1961 über diplomatische Beziehungen  
S. 1560
- Assoziierungsabkommen vom 9.7.1961 zwischen der EWG und dem Königreich Griechenland  
S. 623, 1221

- Vertrag vom 27.11.1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich zur Regelung von Schäden der Vertriebenen, Umsiedler und Verfolgten (Kreuznacher Abkommen) S. 354f.
- Kommuniqué und gemeinsame Erklärung des Präsidenten Kennedy und des Premierministers Macmillan vom 21.12.1962 (Nassau-Abkommen) S. 43
- Vertrag vom 22.1.1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik (deutsch-französischer Vertrag)  
*siehe: Frankreich-Bundesrepublik*
- Protokoll vom 7.3.1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über den Austausch von Handelsvertretungen S. 104<sup>6</sup>, 1129<sup>10</sup>
- Vereinbarung vom 7.3.1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über den Handels- und Seeschiffsverkehr S. 1129<sup>10</sup>
- Wiener Übereinkommen vom 24.4.1963 über konsularische Beziehungen S. 672
- Assoziierungsabkommen vom 20.7.1963 zwischen der EWG und den afrikanischen Staaten und Madagaskar (Abkommen von Jaunde) S. 1338<sup>9</sup>, 1447, 1692
- Vertrag vom 5.8.1963 über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser (Teststopp-Abkommen)  
*siehe: Nichtverbreitung*
- Assoziierungsabkommen vom 12.9.1963 zwischen der EWG und der Republik Türkei S. 623
- Protokoll vom 17.10.1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Rumänien über den Austausch von Handelsvertretungen S. 79, 104<sup>6</sup>, 116f. 209<sup>8</sup>, 292, 1142
- Abkommen vom 10.11.1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Ungarn über den Waren- und Zahlungsverkehr und über die Errichtung von Handelsvertretungen S. 84<sup>27</sup>, 104<sup>6</sup>, 154<sup>9</sup>, 157<sup>26</sup>, 159, 165<sup>4</sup>, 292, 1142
- Abkommen vom 24.12.1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Rumänien über den Warenverkehr S. 117, 370, 1168<sup>16</sup>
- Abkommen vom 6.3.1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Bulgarien über den Waren- und Zahlungsverkehr und die Errichtung von Handelsvertretungen S. 104<sup>6</sup>, 292, 1142
- Protokoll vom 11.5.1964 zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung und dem amerikanischen Verteidigungsministerium S. 134, 180f., 262
- Abkommen vom 31.5.1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der VAR über Technische Zusammenarbeit S. 1697<sup>2</sup>
- Handelsabkommen vom 4.6.1964 zwischen der EWG und dem Staat Israel S. 3, 674
- Vertrag vom 12.6.1964 zwischen der DDR und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit S. 245, 380, 568<sup>12</sup>, 578, 1677
- 5. Zusatzvereinbarung vom 16.7.1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien zum Abkommen vom 10.6.1952 über den Warenverkehr S. 699<sup>2</sup>.
- Abkommen vom 27.7.1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland über den Devisenausgleich S. 174, 176<sup>11</sup>, 1437
- Abkommen vom 3.10.1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Volksstaatlichen Republik Algerien über Kapitalhilfe S. 1575<sup>9</sup>, 1707

- Konkordat vom 26.2.1965 zwischen dem Land Niedersachsen und dem Heiligen Stuhl  
S. 131
- Vertrag vom 8.4.1965 über die Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer vereinigten Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Fusion der Exekutiven)  
*siehe: EWG/EG*
- Abkommen vom 5.7.1965 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Kaiserreich Äthiopien über Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe  
S. 714<sup>3</sup>
- Vereinbarung vom 10.1.1966 zwischen der Indischen Union und der Islamischen Republik Pakistan (Deklaration von Taschkent)  
S. 858
- Abkommen vom 12.5.1966 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel über Wirtschaftshilfe  
*siehe: Israel-Bundesrepublik*
- Assoziierungsabkommen vom 16.7.1966 zwischen der Bundesrepublik Nigeria und der EWG  
S. 5<sup>10</sup>
- Abkommen vom 11.9.1966 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Kaiserreich Iran über Ausrüstungshilfe  
S. 20<sup>8</sup>
- Vertrag vom 19.12.1966 über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums, einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper (Weltraumvertrag)  
*siehe: Weltraumvertrag*
- Vertrag vom 14.2.1967 über die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco)  
S. 303 f., 364, 423, 689
- Vertrag vom 1.3.1967 zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Volksrepublik Polen über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand  
S. 470<sup>8</sup>, 473 f., 837<sup>3</sup>
- Vertrag vom 15.3.1967 zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand  
*siehe: DDR*
- Vertrag vom 17.3.1967 zwischen der DDR und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand  
*siehe: DDR*
- Vertrag vom 6.4.1967 zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der Volksrepublik Polen über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand  
S. 837<sup>3</sup>
- Zusatzabkommen vom 26.4.1967 zum Abkommen vom 31.5.1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der VAR über Technische Zusammenarbeit  
S. 1697<sup>2</sup>
- Abkommen vom 28.4.1967 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über den Devisenausgleich  
*siehe: Devisenausgleich*
- Abkommen vom 5.5.1967 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland über den Devisenausgleich  
*siehe: Devisenausgleich*
- Vertrag vom 12.5.1967 zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Volksrepublik Bulgarien über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand  
S. 921
- Vertrag vom 18.5.1967 zwischen der DDR und der Volksrepublik Ungarn  
*siehe: DDR*
- Verteidigungsabkommen vom 30.5.1967 zwischen dem Haschemitischen Königreich Jordanien und der Vereinigten Arabischen Republik  
S. 856, 877, 939
- Abkommen vom 3.8.1967 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über den Waren- und Zahlungsverkehr sowie über den Austausch von Handelsvertretungen  
*siehe: Tschechoslowakei-Bundesrepublik*



- Wirtschaftlich-technisches Kooperationsabkommen vom 3.8.1967 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Rumänien  
*siehe: Rumänien-Bundesrepublik*
  - Zusatzabkommen vom 15.8.1967 zum Rahmenabkommen über technische Hilfe vom 17.12.1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Volksstaatlichen Republik Algerien  
S. 1707
  - Vertrag vom 7.9.1967 zwischen der DDR und der Volksrepublik Bulgarien über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand  
*siehe: DDR*
  - Abkommen vom 4.10.1967 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel über Wirtschaftshilfe  
*siehe: Israel-Bundesrepublik*
  - Drittes Zusatzprotokoll vom 15.12.1967 zum Protokoll vom 7.3.1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über den Handels- und Seeschiffsverkehr  
*siehe: Polen-Bundesrepublik*
- ABM (Anti-Ballistic Missile)**  
**Dok. 158** und S. 205, 214, 431, 471, 560, 604, 1099, 1135, 1190
- Abrüstung und Rüstungskontrolle  
*siehe: Abrüstung*
  - NATO  
S. 1303f., 1492f., 1519
  - USA  
**Dok. 83** und S. 45<sup>11</sup>, 205<sup>16</sup>, 217, 250, 1299, 1303f., 1519
- Abrüstung und Rüstungskontrolle**  
**Dok. 313, 318, 324** und S. 1041, 1133
- ABM  
**Dok. 107** und S. 1663
  - Deutsche Frage und Wiedervereinigung  
S. 1087–1090
  - Gomulka-Plan  
S. 542
  - Heusinger-Studie (Reduzierung der NATO-Streitkräfte im Bereich Europa-Mitte)  
**Dok. 377** und S. 1260
- europäische Sicherheitskonferenz  
S. 61, 335, 353<sup>6</sup>, 354, 358, 503, 538, 541, 570, 727, 908, 1087–1090, 1151, 1170, 1517
  - Neunerklub  
S. 353f.
  - Nichtangriffsabkommen zwischen NATO und Warschauer Pakt  
S. 85
  - Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*
  - Truppenreduzierung der NATO und des Warschauer Pakts  
S. 291, 387, 583, 664, 726f., 838, 925, 1109, 1170f., 1201, 1207f., 1234–1238, 1259f., 1326f., 1329, 1434, 1481, 1490, 1517
  - Vorschläge der UdSSR  
*siehe: UdSSR-Bundesrepublik*
- Achtzehn-Mächte-Abrüstungskommission**  
*siehe: UNO*
- Aden**  
*siehe: Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)*
- ADM (Atomic Demolition Munition/ Mines)**
- NATO  
S. 1301
  - Türkei  
S. 1301f.
- ADN (Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst, Ost-Berlin)**  
S. 991<sup>6</sup>
- AEG (Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft)**  
*siehe: Wirtschaftsunternehmen*
- Aeroflot**  
S. 476f., 961f., 1224–1226, 1266f., 1268<sup>9</sup>, 1494–1496, 1644, 1680<sup>9</sup>
- Afghanistan**
- Bundesrepublik Deutschland  
S. 310<sup>6</sup>, 797<sup>7</sup>
  - UdSSR  
S. 838
- Ailleret-Lemnitzer-Gespräche**  
*siehe: NATO*
- Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa**  
**Dok. 345** und S. 1367, 1372–1374

**Albanien**

**Dok. 80** und S. 369 f.

- COCOM  
S. 1485<sup>3</sup>
- DDR  
S. 105<sup>8</sup>
- Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*
- UdSSR  
S. 124<sup>9</sup>

**Algerien**

- Arabische Liga  
S. 374
- DDR  
S. 282, 373, 743<sup>4</sup>, 829<sup>8</sup>, 1138<sup>4</sup>, 1139, 1576<sup>10</sup>, 1578, 1593
- EWG/EG  
S. 6<sup>13</sup>, 7<sup>16</sup>, 194, 196, 373, 591, 1575, 1692<sup>18</sup>, 1707 f.
- Frankreich  
S. 196<sup>20</sup>, 373<sup>7</sup>, 410, 1045, 1049, 1575
- Großbritannien  
S. 372<sup>5</sup>, 896, 936<sup>2</sup>, 991, 1414<sup>3</sup>
- Italien  
S. 372<sup>5</sup>
- Marokko  
S. 729<sup>2</sup>
- Nahost-Konflikt und Algerien  
*siehe: Nahost-Konflikt*
- Syrien  
S. 373
- UdSSR  
S. 373, 729<sup>2</sup>, 1036, 1049, 1578
- USA  
S. 936<sup>2</sup>, 991, 1578
- VAR  
S. 373

**Algerien-Bundesrepublik Deutschland**

**Dok. 410, 447** und S. 86<sup>41</sup>, 991, 1140, 1403

- algerische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland  
S. 1708
- Aufnahme diplomatischer Beziehungen  
**Dok. 81** und S. 342, 1573 f.
- Deutsche Frage und Wiedervereinigung  
*siehe: Deutsche Frage*
- Goethe-Institut Algier  
S. 1577

- Handels- und Wirtschaftsbeziehungen  
S. 372 f. 1575 f., 1707

**Alleinvertretungsanspruch**

*siehe: Deutsche Frage*

**Alliierte Kommandatur**

*siehe: Berlin*

**Alliierter Kontrollrat**

S. 962<sup>4</sup>

**ANF (Allied Nuclear Force)**

*siehe: Multilaterale Atomstreitmacht*

**Angola**

S. 1177

**APAG (Atlantic Policy Advisory Group)**

*siehe: NATO*

**Arabische Staaten**

- DDR und Arabische Staaten  
*siehe: DDR*
- EWG/EG  
S. 6, 621 f.
- Frankreich und Arabische Staaten  
*siehe: Frankreich*
- Griechenland und Arabische Staaten  
*siehe: Griechenland*
- Großbritannien und Arabische Staaten  
*siehe: Großbritannien*
- Humanitäre Hilfe  
S. 943
- Iran und Arabische Staaten  
*siehe: Iran*
- Israel und Arabische Staaten  
*siehe: Israel*
- Italien und Arabische Staaten  
*siehe: Italien*
- Konferenz der Außenminister der arabischen Staaten am 17./18.6.1967 in Kuwait  
S. 944
- Konferenz der Außenminister der arabischen Staaten vom 1. bis 4.8.1967 in Khartum  
S. 1138, 1140 1141<sup>18</sup>, 1146, 1468<sup>5</sup>
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs der arabischen Staaten vom 29.8. bis 1.9.1967 in Khartum  
S. 1138, 1313 f., 1316, 1403, 1482, 1574, 1593, 1650, 1664
- Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 9. bis 11.12.1967 in Kairo  
S. 1649 f.

- Nahost-Konflikt  
*siehe: Nahost-Konflikt*
- Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*
- Pakistan und Arabische Staaten  
*siehe: Pakistan*
- Türkei und Arabische Staaten  
*siehe: Türkei*
- UdSSR und Arabische Staaten  
*siehe: UdSSR*
- USA und Arabische Staaten  
*siehe: USA*

#### **Arabische Staaten– Bundesrepublik Deutschland**

- Dok. 136, 169, 285** und S. 6, 86 f., 105, 193–196, 311, 461, 616, 675, 719 f., 738, 819<sup>11</sup>, 936<sup>2</sup>, 989<sup>3</sup>, 1039, 1070, 1139, 1264f., 1415, 1574
- Aufnahme diplomatischer Beziehungen  
**Dok. 70** und S. 193, 195, 461, 587, 950, 1413, 1470, 1574, 1649–1651
- Deutsche Frage und Wiedervereinigung  
*siehe: Deutsche Frage*
- Palästina-Flüchtlinge  
S. 310<sup>2</sup>, 311, 620–622, 624–626, 675, 720<sup>10</sup>, 952, 1139, 1141, 1314<sup>7</sup>, 1403f., 1470, 1573

#### **Argentinien** S. 746, 747<sup>8</sup>

#### **Astronautenbergungsabkommen** **Dok. 406**

- DDR  
S. 1559–1564
- UdSSR  
S. 1559f.

#### **Äthiopien**

- S. 896, 1568
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 159** und S. 20, 22<sup>12</sup>
- Somalia  
S. 714f.
- UdSSR  
S. 714f.

#### **ATO (Allied Travel Office)** *siehe: TTD*

#### **Atomwaffen** *siehe: Kernwaffen*

#### **Ausrüstungshilfe** **Dok. 5** und S. 805

- Lieferung in Spannungsgebiete  
S. 819<sup>11</sup>, 944, 1121f., 1209, 1309, 1567–1569

#### **Ausschuß für Entwicklungshilfe** *siehe: Entwicklungshilfe*

#### **Australien**

- DDR  
S. 528

#### **Auswärtiges Amt**

- Arbeitstagung der Leiter der Vertretungen der Bundesrepublik in den osteuropäischen Staaten am 4./5.12.1967  
S. 1596, 1659
- Parlamentarischer Staatssekretär  
**Dok. 152**

#### **AWP (Allied Working Party on International Accounting of Post and Telecommunications)** *siehe: Deutsche Frage*

#### **Baden-Württemberg** S. 330

#### **Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)** S. 1512

- Großbritannien  
S. 1559f.
- Tagung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich am 13.11.1967  
S. 1432, 1512<sup>9</sup>

#### **Bayern** S. 70<sup>17</sup>, 405, 422<sup>5</sup>, 1070<sup>17</sup>

#### **Bayern-Kurier** (München) S. 1213<sup>2</sup>

#### **BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie)** S. 90<sup>4</sup>, 100, 112<sup>25</sup>, 275, 1050, 1140<sup>14</sup>, 1585, 1710<sup>5</sup>

#### **BdKJ (Bund der Kommunisten Jugoslawiens)** S. 1274

#### **Belgien** S. 76<sup>31</sup>

- Bulgarien  
S. 1387
- COCOM  
S. 1485
- Demokratische Republik Kongo  
S. 1185f.

- Dreier-Verhandlungen und Belgien  
*siehe: Dreier-Verhandlungen*
- EURATOM-Mitglied  
*siehe: EURATOM*
- Europäische politische Union  
*siehe: Europäische politische Union*
- EWG/EG-Mitglied  
*siehe: EWG/EG*
- Griechenland  
S. 1222
- Großbritannien  
S. 307, 377, 1058, 1610–1612, 1688, 1691
- Harmel-Studie  
*siehe: Harmel-Studie*
- Israel  
S. 738
- Luxemburg  
S. 306
- NATO-Mitglied  
*siehe: NATO*
- Neunerklub  
S. 353<sup>6</sup>
- Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*
- Niederlande  
S. 306
- Polen  
S. 541 f., 772, 1387
- Rumänien  
S. 541
- Streitkräfteplanung  
S. 1019<sup>3</sup>, 1279, 1627
- TTD und Belgien  
*siehe: TTD*
- USA  
S. 455, 544, 1485
- Verteidigungspolitik  
S. 366, 658, 870

**Belgien–Bundesrepublik Deutschland**  
**Dok. 305, 179** und S. 375, 1566

- belgische Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland  
S. 771–773
- Deutsche Frage und Wiedervereinigung  
*siehe: Deutsche Frage*
- Devisenausgleich  
S. 771 f.
- Gewaltverzicht  
*siehe: Gewaltverzicht*

**Berlin**

- Dok. 316** und S. 632, 865 f., 1209, 1441 f., 1556, 1674–1678
- Alliierte Kommandantur  
S. 53<sup>16</sup>, 54, 419
- Ausschuß zum Erhalt der Lebensfähigkeit Berlins (Berlin-Ausschuß)  
S. 904, 1251
- Berlin-Krisen (1958–1962)  
S. 528, 706, 871, 1208, 1266, 1402, 1642
- Bindungen an die Bundesrepublik  
S. 231, 394–396, 1527<sup>9</sup>
- Bundesrat: Stimmrecht von Berlin (West)  
**Dok. 130** und S. 1584, 1251 f.
- Bundessubventionen für den Flugverkehr nach Berlin  
S. 480, 1584
- Bundestagssitzung in Berlin (West)  
S. 337, 597<sup>17</sup>, 1374<sup>23</sup>, 1396 f., 1471 f., 1582
- Drei-Staaten-Theorie  
S. 188, 189<sup>11</sup>, 231, 315, 418, 481<sup>6</sup>, 577, 1148, 1232<sup>1</sup>, 1234<sup>5</sup>, 1624<sup>10</sup>, 1677
- Eventualfallplanung  
**Dok. 446** und S. 478, 707, 840<sup>4</sup>, 841<sup>8</sup>, 1495<sup>4</sup>
- Freie Universität  
S. 1163
- Lietzenburger Straße  
S. 479, 1584
- Mauerbau von 1961  
S. 343, 446<sup>2</sup>, 528, 577 f., 593, 653<sup>2</sup>, 669, 862, 1061, 1452
- Notstandsplanung der Drei Mächte  
**Dok. 291, 311**
- Passierschein-Gespräche  
*siehe: Passierschein-Gespräche*
- Sowjetisches Handelskontor in Berlin (West)  
**Dok. 104** und S. 479
- UdSSR–Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 312, 370, 375** und S. 187 f., 230, 293, 479, 925, 1161–1164, 1229–1231, 1266–1268, 1374<sup>23</sup>, 1396 f., 1496, 1527<sup>9</sup>, 1582 f., 1641
- USA–Bundesrepublik Deutschland  
S. 1209
- Verbindungswege nach Berlin  
S. 394, 478, 578, 840, 1647

- Vier-Mächte-Verantwortung  
S. 1161–1164, 1229–1231, 1396f., 1471–1473, 1582, 1642–1646
- Westmächte  
S. 477–480, 484, 525, 528, 578, 595f., 1349–1355, 1494–1496, 1642–1646, 1676

#### **Berlin-Klausel**

**Dok. 58, 203, 344** und S. 54, 416, 866, 1583

- Bulgarien  
S. 190, 521<sup>1</sup>, 522f., 721
- Großbritannien  
**Dok. 89**
- Ostblock-Staaten  
S. 416, 778, 899
- Rumänien  
**Dok. 403** und S. 56<sup>1</sup>, 58f., 79, 115–119, 120<sup>19</sup>, 209, 356, 722, 1143, 166
- Tschechoslowakei  
S. 10f., 47, 61, 80, 293, 417, 419, 472<sup>5</sup>, 756, 758f., 769, 899f., 901, 1021, 1023, 1025, 1112, 1114, 1127–1129, 1142f., 1155<sup>12</sup>
- Ungarn  
S. 157, 159, 162, 333<sup>4</sup>, 335, 356f.

#### **Biafra**

*siehe: Nigeria*

#### **Birma**

**Dok. 397** und S. 261, 1510<sup>2</sup>

- Indien  
S. 1534f.
- Japan  
S. 1534
- USA  
S. 1534
- Volksrepublik China  
S. 1532–1535

#### **BND (Bundesnachrichtendienst)**

S. 816<sup>6</sup>, 1646<sup>27</sup>

#### **Bölkow GmbH**

*siehe: Wirtschaftsunternehmen*

#### **Bonner Vierergruppe**

**Dok. 11, 103, 204, 412** und S. 294, 420, 448, 477<sup>4</sup>, 864f., 961–963, 1225<sup>5</sup>, 1229f., 1251f., 1266–1268, 1350, 1374<sup>23</sup>, 1457–1459, 1495, 1621, 1626<sup>3</sup>, 1640, 1676<sup>5</sup>, 1695f.

#### **Borba (Belgrad)**

S. 1448<sup>2</sup>, 1594

#### **Brasilien**

- 18-Mächte-Abrüstungskommission  
S. 509
- Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*

#### **British Petrol (BP)**

*siehe: Wirtschaftsunternehmen*

#### **Bukarester Deklaration vom 6.7.1966**

S. 239–241, 504<sup>2</sup>, 539, 692, 790, 1406

#### **Bulgarien**

- Belgien und Bulgarien  
*siehe: Belgien*
- Dänemark  
S. 721
- DDR  
S. 105<sup>8</sup>, 258, 721, 861, 1387, 1683<sup>12</sup>
- EWG/EG  
S. 190f., 192<sup>8</sup>, 521, 722<sup>8</sup>
- FAO  
S. 793
- Neunerklub  
S. 353<sup>6</sup>
- Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*
- Polen  
S. 861
- Rumänien  
S. 258
- Sudan  
S. 1483
- UdSSR  
S. 124<sup>9</sup>, 789f., 861, 921f.
- UNO  
*siehe: UNO*

#### **Bulgarien–**

#### **Bundesrepublik Deutschland**

**Dok. 35, 50** und S. 126, 153, 155, 568

- Aufnahme diplomatischer Beziehungen  
**Dok. 115, 161, 223** und S. 282f., 460, 514, 789, 791, 793, 823, 1396
- Berlin-Klausel  
*siehe: Berlin-Klausel*
- Familienzusammenführung  
S. 191
- Gewaltverzicht  
*siehe: Gewaltverzicht*
- Handels- und Wirtschaftsbeziehungen  
S. 117, 151<sup>5</sup>, 166, 190, 258, 521f., 722, 757, 1022<sup>9</sup>, 1129

- Kulturbeziehungen  
S. 188<sup>7</sup>, 210f.

**Bundesbank**

S. 134f., 137, 176<sup>10</sup>, 263f., 346, 348, 403, 499, 531, 682f.

**Bundeshaushalt**

S. 19<sup>3</sup>, 22, 134f., 196, 218, 254, 260, 266, 345<sup>6</sup>, 348, 365, 386, 412, 457, 532, 615, 660, 673, 716, 805–807, 855, 920, 971, 998, 1086<sup>18</sup>, 1110, 1254, 1470, 1507<sup>5</sup>

- mittelfristige Finanzplanung  
**Dok. 258, 272** und S. 807<sup>25</sup>, 971, 1011f., 1017, 1019f., 1080, 1115, 1126, 1158, 1177, 1191, 1200, 1253, 1327–1329, 1361, 1584<sup>12</sup>, 1595

- Verteidigungshaushalt  
S. 1011–1013, 1019, 1080, 1102f., 1115f., 1117–1119, 1176, 1187, 1191, 1206f., 1253, 1278f., 1281, 1317

**Bundeskabinett**

S. 15, 120<sup>21</sup>, 127, 137, 151, 176, 262f., 265f., 316, 321, 367<sup>2</sup>, 386, 396, 401, 403f., 467, 478, 524, 527, 551, 559<sup>13</sup>, 653–655, 658, 723, 818<sup>5</sup>, 853f., 855, 866, 1017, 1148<sup>11</sup>, 1239, 1539<sup>8</sup>, 1597

- Kabinettsausschuß für innerdeutsche Beziehungen  
S. 323, 342f., 594, 841, 892f., 949, 1149<sup>11</sup>, 1251, 1322–1324, 1622<sup>3</sup>, 1634, 1636

**Bundeskanzleramt**

S. 302<sup>2</sup>, 321, 530<sup>1</sup>, 1265, 1305, 1307<sup>8</sup>, 1477

**Bundesminister/ium der Finanzen**

S. 112<sup>25</sup>, 134f., 137, 265<sup>2</sup>, 355, 385<sup>1</sup>, 468, 480<sup>12</sup>, 854, 855<sup>7</sup>, 967, 1006<sup>3</sup>, 1033, 1324, 1457<sup>8</sup>, 1591

**Bundesminister/ium der Justiz**

S. 915

**Bundesminister/ium der Verteidigung**

S. 24, 26, 134f., 137, 302<sup>2</sup>, 367f., 385<sup>1</sup>, 388, 476f., 496, 500, 656f., 687<sup>10</sup>, 704, 707, 771, 793, 800<sup>12</sup>, 810–812, 815<sup>6</sup>, 818, 887f., 889f., 989, 1013, 1028f., 1030, 1033, 1069<sup>15</sup>, 1115f., 1175, 1178<sup>14</sup>, 1181f., 1203, 1223<sup>13</sup>, 1238, 1264, 1286, 1302, 1328–1330, 1435, 1440, 1455, 1477–1479, 1493, 1495, 1530, 1567, 1616

**Bundesminister/ium des Innern**

S. 316, 320f., 343, 458f., 643<sup>12</sup>, 686<sup>1</sup>, 812, 818, 1623, 1633

**Bundesminister/ium für Arbeit**

S. 1708

**Bundesminister/ium für das Post- und Fernmeldewesen**

S. 52, 53<sup>13</sup>

**Bundesminister/ium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

S. 151<sup>5</sup>, 272<sup>5</sup>, 1000<sup>16</sup>, 1006<sup>3</sup>, 1688<sup>8</sup>, 1689

**Bundesminister/ium für gesamtdeutsche Fragen**

S. 53<sup>14</sup>, 316, 320f., 593, 762, 1634, 1636

**Bundesminister/ium für Verkehr**

S. 53, 476, 819<sup>10</sup>, 1457<sup>8</sup>, 1494, 1496<sup>7</sup>, 1679f.

**Bundesminister/ium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte**

S. 457–459

**Bundesminister/ium für Wirtschaft**

S. 112<sup>25</sup>, 134f., 137, 151<sup>5</sup>, 302<sup>2</sup>, 385<sup>1</sup>, 474f., 501, 584<sup>15</sup>, 687<sup>10</sup>, 744<sup>7</sup>, 792, 806<sup>24</sup>, 818, 839–841, 855<sup>7</sup>, 866<sup>8</sup>, 946<sup>3</sup>, 968<sup>5+7</sup>, 1006<sup>3</sup>, 1022<sup>7</sup>, 1043<sup>20</sup>, 1122, 1322, 1457<sup>8</sup>, 1632, 1634

**Bundesminister/ium für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

S. 855<sup>7</sup>

**Bundesminister/ium für wissenschaftliche Forschung**

S. 112<sup>25</sup> 302<sup>2</sup>, 338, 1006<sup>3</sup>, 1589f.

**Bundesnachrichtendienst**

siehe: *BND*

**Bundesrat**

S. 595f., 686f.

- Berlin (West): Stimmrecht im Bundesrat  
siehe: *Berlin*

**Bundestag**

S. 461, 637, 641, 652, 667, 686f., 735, 971, 1123, 1223<sup>15</sup>, 1224<sup>16</sup>, 1330, 1356f., 1362, 1367, 1368f., 1372, 1439, 1609, 1625

- Ältestenrat  
S. 186<sup>12</sup>, 289
- Auswärtiger Ausschuß  
S. 207, 730f., 797<sup>7</sup>, 1597
- Berlin (West): Bundestagssitzungen  
siehe: *Berlin*
- Finanzausschuß  
S. 113<sup>27</sup>
- Haushaltsausschuß  
S. 22, 614f., 731, 855<sup>3+7</sup>, 1342

– Verteidigungsausschuß  
S. 19

– Wahlen vom 17.9.1961  
S. 71<sup>18</sup>

– Wahlen vom 19.9.1965  
S. 70<sup>17</sup>

– Wahlgesetz vom 15.6.1949  
S. 230<sup>13</sup>

#### **Bundesverteidigungsrat**

**Dok. 79** und S. 26, 207, 267 f., 302, 304, 559<sup>13</sup>, 597, 608, 657, 710, 728, 1178<sup>14</sup>, 1304, 1455–1457, 1478, 1495

#### **Bundeswehr**

S. 813

– Truppenreduzierung  
S. 1011, 1017, 1019, 1029, 1030<sup>8</sup>, 1080 f., 1085 f., 1102, 1115, 1191–1193, 1200, 1202–1204, 1206 f., 1236<sup>8+9</sup>, 1237, 1238<sup>11</sup>, 1254, 1256, 1277–1281, 1317 f., 1326–1328, 1434 f., 1609

#### **Burundi**

S. 851

#### **CDU (Christlich-Demokratische Union Deutschlands)**

S. 19, 422<sup>6</sup>, 665, 667, 735, 1371, 1640

#### **Ceylon**

**Dok. 389** und S. 261, 1510<sup>2</sup>

– Nahost-Konflikt  
*siehe: Nahost-Konflikt*

– Wirtschaftshilfe  
S. 1506 f.

#### **China**

*siehe: Volksrepublik China*

#### **COCOM (Coordinating Committee for East-West Trade Policy)**

*siehe: Ostblock-Staaten*

#### **COMECON (Council for Mutual Economic Aid/Assistance)**

S. 984, 1710<sup>3</sup>

– EWG/EG  
S. 1359 f., 1367

#### **CSU (Christlich-Soziale Union)**

S. 12<sup>10</sup>, 423<sup>9</sup>, 629, 667, 735, 1640

#### **DAC (Development Advisory Committee of the OECD)**

S. 549

#### **Dagung Bao (Hongkong)**

S. 754

#### **Dahomé**

S. 851

#### **Dänemark**

**Dok. 141** und S. 113<sup>27</sup>, 169<sup>20</sup>, 643

– Bulgarien und Dänemark  
*siehe: Bulgarien*

– COCOM  
S. 1485

– DDR  
S. 580 f., 642

– EGKS  
S. 843<sup>4</sup>

– EWG/EG  
S. 5<sup>11</sup>, 92, 167, 169, 252, 567, 642 f., 843, 878<sup>1</sup>, 957 f., 960 f., 963<sup>4</sup>, 1064<sup>7</sup>, 1332, 1373, 1429, 1443–1447, 1523, 1564, 1598–1602, 1627<sup>14</sup>, 1713<sup>4</sup>, 1714<sup>7</sup>

– Großbritannien  
S. 464

– Harmel-Studie  
*siehe: Harmel-Studie*

– Kennedy-Runde  
S. 643, 746 f.

– Nahost-Konflikt  
*siehe: Nahost-Konflikt*

– NATO-Mitglied  
*siehe: NATO*

– Neunerklub  
S. 353<sup>6</sup>

– Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*

– Polen  
S. 81

– TTD und Dänemark  
*siehe: TTD*

– USA  
S. 1485

#### **DDR**

S. 80, 104 f., 1386–1388

– 18-Mächte-Abrüstungskommission  
S. 509

– Albanien und DDR  
*siehe: Albanien*

– Anerkennung  
S. 71, 73, 104 f., 108, 119, 198 f., 216, 235 f., 282 f., 285, 314, 316 f., 321, 380, 393–396, 414 f., 447, 462, 471, 486–488, 504, 514, 525, 543, 569, 571, 575–579, 587 f., 598, 677, 692, 717 f., 828, 903,

- 926, 950f., 997, 1049f., 1087, 1089, 1150, 1170, 1214, 1435f., 1449–1451, 1453, 1473, 1486, 1487<sup>6</sup>, 1491, 1642–1644, 1683, 1711
- Arabische Staaten  
**Dok. 283** und S. 615, 739, 811, 1315, 1593
- Astronautenbergungsabkommen  
*siehe: Astronautenbergungsabkommen*
- Australien und DDR  
*siehe: Australien*
- Berlin (West)  
S. 578f.
- Bulgarien und DDR  
*siehe: Bulgarien*
- Bundesrepublik Deutschland  
*siehe: deutsch-deutsches Verhältnis*
- Dänemark und DDR  
*siehe: Dänemark*
- Demokratische Volksrepublik Jemen  
S. 282, 1139, 1592<sup>4</sup>, 1593f.
- Deutsche Frage und Wiedervereinigung  
*siehe: Deutsche Frage*
- Donau-Konvention vom 18.8.1948  
*siehe: Donau-Konvention*
- Entwicklungsländer  
S. 86, 260, 282, 488, 575, 577, 579, 1491
- Finnland  
**Dok. 193** und S. 298, 1702
- Frankreich  
S. 108
- Gesetz über die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik (Staatsbürgerschaftsgesetz)  
**Dok. 129** und S. 316, 321–324, 342, 447
- Gewaltverzicht  
*siehe: Gewaltverzicht*
- Ghana  
S. 732<sup>3</sup>
- Griechenland  
S. 1222
- Großbritannien  
S. 197, 580f., 594
- Guinea  
S. 20, 282
- IAEO  
S. 201<sup>4</sup>, 394, 1509f.
- Indien  
S. 283, 1540<sup>4</sup>, 1541
- Internationale Telegrafunion  
S. 1705
- Interzonenhandel zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland  
*siehe: Interzonenhandel*
- Irak  
S. 282, 829<sup>8</sup>, 983, 1138<sup>4+5</sup>, 1139f.
- Iran  
S. 912, 916
- Israel  
S. 1138
- Jordanien  
S. 1139
- Jugoslawien  
S. 85, 105<sup>8</sup>, 414, 822f., 825, 1452, 1596, 1638, 1671
- Kambodscha  
S. 1315
- Kanada  
S. 592–594, 1621
- Katholische Kirche  
S. 496<sup>3</sup>, 498, 760–763
- Kredite westlicher Staaten  
S. 580f.
- Kuwait  
S. 1139
- Leipziger Messe  
**Dok. 231**
- Libanon  
S. 743<sup>4</sup>, 829<sup>8</sup>, 1138<sup>4</sup>, 1139, 1650
- Libyen  
S. 1139
- Luftraum  
S. 1267
- Mali  
S. 282, 732–734
- Marokko  
S. 1139
- Nahost-Konflikt  
*siehe: Nahost-Konflikt*
- Nationale Volksarmee  
S. 1678<sup>17</sup>
- Neuseeland  
S. 528
- Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*
- Ost-Berlin  
S. 1703



- Österreich  
S. 580, 1635
  - Pakistan  
S. 1308
  - Polen  
S. 105<sup>8</sup>, 470<sup>8</sup>, 539, 568, 587, 1323, 1386f.
  - Republik Kongo (Brazzaville)  
S. 282
  - Rumänien  
S. 105<sup>8</sup>, 1387f.
  - Saudi-Arabien  
S. 1139
  - Schweden  
S. 580
  - Schweiz  
S. 509
  - SED  
*siehe: SED*
  - Sudan  
S. 884–886, 1139, 1483
  - Südafrika  
S. 528
  - Syrien  
S. 282, 829<sup>8</sup>, 983, 1138–1140
  - Tansania  
S. 282
  - Teststopp-Abkommen vom 5.8.1963  
S. 28<sup>7</sup>
  - Tschechoslowakei  
S. 105<sup>8</sup>, 470<sup>8</sup>, 514, 539, 568, 587, 769, 789f., 861, 899
  - Tunesien  
S. 1139, 1636
  - UdSSR  
S. 105, 197, 242<sup>14</sup>, 380, 514, 532, 537<sup>13</sup>, 568, 571, 728<sup>11</sup>, 838, 1323, 1490f., 1536<sup>7</sup>, 1582f., 1596, 1624, 1658, 1671, 1674, 1676, 1701f.
  - Ungarn  
S. 105<sup>8</sup>, 160, 162, 357, 789f., 861
  - UNO  
S. 394, 733f., 851, 1491, 1700f.
  - UPU  
S. 1705
  - USA  
**Dok. 31** und S. 197, 594, 780, 1508–1510
  - VAR  
282f., 829<sup>8</sup>, 983, 1138f., 1316, 1698
  - Vertrag vom 15.3.1967 zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand  
S. 470<sup>8</sup>, 539, 568<sup>12</sup>, 578, 789, 837<sup>3</sup>
  - Vertrag vom 17.3.1967 zwischen der DDR und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand  
S. 470<sup>8</sup>, 474, 503<sup>2</sup>, 539, 568<sup>12</sup>, 578, 789, 837<sup>3</sup>
  - Vertrag vom 18.5.1967 zwischen der DDR und der Volksrepublik Ungarn  
S. 789, 791
  - Vertrag vom 7.9.1967 zwischen der DDR und der Volksrepublik Bulgarien über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand  
S. 721, 789, 791
  - Volksrepublik China  
S. 755
  - Wahlen  
S. 245
  - Weltraumvertrag vom 19.12.1966  
*siehe: Weltraumvertrag*
  - WEU  
S. 199
- Demokratische Republik Kongo (Kinshasa)**  
**Dok. 299** und S. 543, 851, 1190, 1207, 1568
- Belgien und Demokratische Republik Kongo  
*siehe: Belgien*
  - Frankreich  
S. 1185f.
  - Großbritannien  
S. 1185f.
  - NATO  
S. 1186
  - UNO  
*siehe: UNO*
  - USA  
S. 1186f.
- Demokratische Republik Vietnam (Nordvietnam)**
- COCOM  
S. 1485<sup>3</sup>
  - UdSSR  
S. 633

- UNO  
S. 1701
- USA  
S. 234<sup>2-4</sup>, 552, 633, 910
- Volksrepublik China  
S. 633

**Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)**

**Dok. 415** und S. 719, 777<sup>6</sup>

- DDR und Demokratische Volksrepublik Jemen  
*siehe: DDR*
- Großbritannien  
S. 896<sup>4</sup>, 1057, 1067, 1391
- Saudi Arabien  
S. 719
- VAR  
S. 719, 810

**Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea)**

S. 310<sup>6</sup>

- COCOM  
S. 1485<sup>3</sup>
- UNO  
S. 1701

**Der Spiegel (Hamburg)**  
S. 333, 504

**Deutsch-deutsches Verhältnis**

**Dok. 86, 438** und S. 71–73, 154, 235<sup>3</sup>, 244f., 314, 515, 539, 568, 570f., 577, 632, 791, 902f., 991, 1014, 1087f., 1171f., 1257, 1371, 1435, 1490, 1536<sup>7</sup>, 1647

- Amt für innerdeutsche Beziehungen  
S. 463, 484f., 488<sup>13</sup>
- Berlin  
*siehe: Berlin*
- Binnenschifffahrt  
S. 52, 1583<sup>4</sup>
- Briefwechsel Stoph/Kiesinger  
**Dok. 325** und S. 488<sup>13</sup>, 781, 865f., 902–904, 909, 923, 925, 1032, 1396, 1405, 1526f., 1678, 1700, 1704, 1711
- Deutsche Bundesbahn–Reichsbahn: Kontakte  
S. 866, 1583<sup>4</sup>, 1674–1676
- Forderung der DDR auf Erstattung von Postgebühren  
S. 51–53, 821, 866, 1252, 1323, 1583

- Häftlingsfreikauf  
S. 178
- Innerdeutsche Kontakte  
S. 863–865
- Interzonenhandel zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR  
*siehe: Interzonenhandel*
- Passierscheingespräche  
*siehe: Passierscheingespräche*
- SPD–SED: Redneraustausch  
S. 570
- Sportbegegnungen  
S. 1622

**Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)**  
S. 112<sup>25</sup>

**Deutsche Frage und Wiedervereinigung**

**Dok. 65, 68, 73, 96, 105, 125, 219, 306, 428** und S. 69, 75, 123f., 285, 353f., 521<sup>1</sup>, 522f., 786, S. 840f., 844, 1045, 1090f.

- Abrüstung und Rüstungskontrolle  
*siehe: Abrüstung*
- Abschirmungsaktion  
S. 73, 86, 103–105, 317, 569, 1139
- Algerien  
S. 1578f.
- Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik Deutschland  
S. 105, 118, 120<sup>19</sup>, 208<sup>5</sup>, 245, 257<sup>6</sup>, 285, 317, 320, 380f., 393<sup>8</sup>, 394–396, 462, 765f., 892, 899, 902<sup>5</sup>, 927<sup>11</sup>, 1406, 1705<sup>13</sup>
- Allied Working Party on International Accounting of Post and Telecommunications (AWP)  
S. 51f., 1705
- Anerkennungspartei  
S. 1371, 1677
- Arabische Staaten  
S. 1139, 1315
- Belgien  
S. 1089
- Bonner Vierergruppe  
*siehe: Bonner Vierergruppe*
- Diözesangrenzen  
**Dok. 175** und S. 724
- Einsetzung von bischöflichen Administratoren in der DDR  
S. 760–762

- Europäische Sicherheit  
**Dok. 339**
- Frankreich  
S. 83, 219–221, 679, 808, 979, 1052–1055, 1064, 1066, 1249, 1261–1263, 1319, 1369, 1395, 1408 f.
- Friedensvertrag mit Deutschland  
S. 1657<sup>10</sup>
- General- bzw. Sporterklärung  
S. 315<sup>2</sup>, 316 f., 321–324, 343, 594<sup>8</sup>, 893, 1252, 1621 f.
- Großbritannien  
S. 216, 572, 808, 1053, 1335, 1435
- Heiliger Stuhl  
S. 761–763
- Herter-Plan vom 14.5.1959  
S. 215
- Indien  
**Dok. 399** und S. 1503
- Internationaler Sportverkehr  
**Dok. 66** und S. 320 f., 343, 571
- Italien  
S. 833, 1088
- Jugoslawien  
S. 1274<sup>1</sup>, 1450–1453, 1595
- Konföderation  
S. 633
- Kontaktausschuß  
S. 1632–1635
- Koordinierungsausschuß der Staatssekretäre  
S. 50<sup>3</sup>, 53<sup>13</sup>
- Kunst und Wissenschaft  
S. 321–323, 343
- NATO  
S. 525 f., 528, 909, 1134 f., 1215, 1218, 1660
- Nichtverbreitung von Kernwaffen  
S. 15, 44, 314, 441, 1343<sup>2</sup>, 1346, 1508–1510
- Oder-Neiße-Linie  
*siehe: Oder-Neiße-Linie*
- Ostblock-Staaten  
S. 314
- Pakistan  
S. 765 f., 1308
- Polen  
S. 81<sup>16</sup>, 1089
- Rumänien  
S. 115, 118, 208 f., 1170, 1700
- Syrien  
743<sup>4</sup>
- Tschechoslowakei  
S. 899, 1089, 1149 f.
- UdSSR  
**Dok. 99** und S. 82, 108, 188, 230–233, 235–237, 240, 242–248, 257, 315<sup>4</sup>, 380, 407, 805, 837, 923, 925 f., 983, 997, 1032, 1041 f., 1049 f., 1405–1407, 1435, 1496, 1524–1528
- Ungarn  
S. 156, 159, 162, 334 f.
- UNO  
S. 486 f., 1700–1702
- USA  
S. 123–125, 215–217, 409, 665 f., 780–782, 878, 1053, 1091 f., 1120, 1207, 1335
- VAR  
S. 743<sup>4</sup>, 745
- Vier-Mächte-Verantwortung  
S. 124 f., 230, 446 f., 485, 525, 693 f., 781, 862, 891–893, 904, 1087 f., 1475, 1643
- Zwei-Staaten-Theorie  
S. 71, 231, 522, 861 f.
- Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)**  
S. 513, 1085
- Deutsche Lufthansa**  
S. 961, 1176<sup>10</sup>, 1224–1226, 1266 f., 1268<sup>9</sup>, 1496<sup>7</sup>, 1680<sup>9</sup>
- Deutsche Presse-Agentur**  
S. 1140<sup>12</sup>, 1141<sup>17</sup>
- Deutsches Rotes Kreuz (DRK)**  
S. 1139<sup>10</sup>
- Deutsche Welle (Köln)**  
S. 161, 164, 1107<sup>6</sup>, 1472
- Deutsch-Israelische Gesellschaft**  
*siehe: Israel-Bundesrepublik*
- Deutschlandfunk (Köln)**  
S. 1006 f., 1107<sup>6</sup>, 1117<sup>7</sup>
- Devisenausgleich**
  - Abkommen vom 28.4.1967 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika  
S. 681–685
  - Abkommen vom 5.5.1967 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland  
S. 502<sup>19</sup>, 681, 1437

- Devisenausgleich mit Belgien  
*siehe: Belgien-Bundesrepublik*
- Devisenausgleich mit Großbritannien  
*siehe: Großbritannien-Bundesrepublik*
- Devisenausgleich mit den USA  
*siehe: USA-Bundesrepublik*
- Dreier-Verhandlungen über Truppenstationierung, Devisenausgleich und Verteidigungsplanung  
*siehe: Dreier-Verhandlungen*

**DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund)**  
S. 112<sup>25</sup>

**Die Welt** (Hamburg)  
S. 1011<sup>2</sup>, 1306<sup>4</sup>

**DIHT (Deutscher Industrie- und Handelstag)**  
S. 345, 946

**Donau-Konvention vom 18.8.1948**  
S. 158<sup>33</sup>, 353 f., 413, 824, 1168

- DDR  
S. 1148
- Jugoslawien-Bundesrepublik  
S. 824
- Österreich  
S. 354
- Rumänien-Bundesrepublik  
S. 1168
- Ungarn-Bundesrepublik  
S. 158

**dpa (Deutsche Presse-Agentur)**  
S. 298

**Dreier-Besprechungen der Planungsstäbe** (Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und USA)

**Dok. 40, 268, 269, 392** und S. 1207

**Dreier-Verhandlungen über Truppenstationierung, Devisenausgleich und Verteidigungsplanung** (Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und USA)

**Dok. 6, 23, 52, 74, 84, 109, 145, 151, 155** und S. 119, 174 f., 182, 253, 255, 367-369, 396, 400-404, 511, 531 f., 545, 581 f., 725-727, 925<sup>9</sup>, 1238<sup>11</sup>, 1259, 1318, 1325, 1327 f., 1499, 1628<sup>16</sup>

- Belgien  
S. 696
- Italien  
S. 696
- Kanada  
S. 696

**DSB (Deutscher Sportbund)**  
S. 316, 1622

**EAG (Europäische Atomgemeinschaft)**  
*siehe: EURATOM*

**ECE (Economic Commission for Europe)**  
S. 541, 586, 1205

- Jahresversammlung vom 10. bis 28.4. 1967 in Genf  
S. 515

**EFTA (European Free Trade Association)**  
S. 90, 252, 1039

- EWG/EG  
S. 90, 92, 109, 123, 126, 275, 566 f., 623, 1151, 1332
- Großbritannien  
S. 35<sup>20</sup>, 271, 279, 536
- Irland  
S. 959
- Kennedy-Runde  
S. 549
- Österreich  
S. 984
- Tagung des EFTA-Ministerrats am 28.4.1967 in London  
S. 536<sup>9</sup>, 567<sup>5</sup>

**EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl)**

- S. 99, 1424
- Dänemark und EGKS  
*siehe: Dänemark*
- Großbritannien und EGKS  
*siehe: Großbritannien*
- Irland und EGKS  
*siehe: Irland*
- Tagung des EGKS-Ministerrats am 29.6.1967 in Luxemburg  
S. 986<sup>9</sup>
- Vertrag vom 18.4.1951 zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)  
S. 1339, 1713

**El Al**  
S. 810

**Elfenbeinküste**  
**Dok. 247**

- EWG/EG  
S. 851, 999

- Frankreich  
S. 999
- Entspannungspolitik**  
*siehe: Abrüstung; Gewaltverzicht; Ost-block-Staaten-Bundesrepublik*
- Entwicklungshilfe**  
S. 461
- Ausschuß für Entwicklungshilfe  
S. 855<sup>3</sup>
- EWG/EG  
S. 1333, 1340
- humanitäre Hilfe für arabische Staaten  
*siehe: Arabische Staaten*
- Nahrungsmittelhilfe an Indien  
*siehe: Indien; Indien-Bundesrepublik Deutschland*
- Eritrea**  
S. 715<sup>7</sup>
- ESSO AG**  
*siehe: Wirtschaftsunternehmen*
- EURATOM (Europäische Atomgemeinschaft)**  
S. 46f., 99, 127, 273, 430f., 551, 584, 591, 1242
- Belgien  
S. 558
- EURATOM-Vertrag vom 25.3.1957  
*siehe: Römische Verträge*
- Frankreich  
S. 267, 339, 742, 994–996, 1380, 1384, 1462f., 1550
- Großbritannien und EURATOM  
*siehe: Großbritannien*
- Haushalt  
S. 1400, 1694
- IAEA  
S. 226, 390, 392, 451, 491, 574, 592, 601, 628, 935, 995f., 1007, 1271, 1399, 1461<sup>5</sup>, 1548–1551, 1557f., 1586–1589, 1607, 1629, 1654f.
- Italien  
S. 591
- Kommission  
S. 392, 445, 451, 555<sup>3</sup>, 602<sup>14</sup>, 608, 611f., 1587
- Ministerrat  
S. 608
- Nichtverbreitung von Kernwaffen  
**Dok. 85, 133** und S. 222, 339, 510, 631, 651, 652<sup>15</sup>, 740–742, 910<sup>19</sup>, 935, 1269, 1311<sup>2</sup>, 1347<sup>12</sup>, 1398–1400, 1548, 1558, 1682
- Niederlande  
S. 557f.
- Sicherheitskontrolle  
S. 204<sup>14</sup>, 205, 222<sup>6</sup>, 223, 225–227, 251, 336<sup>2</sup>, 339, 389–393, 426, 431, 437<sup>20</sup>, 439, 444, 451, 490f., 510f., 553, 573f., 689, 993<sup>1</sup>, 1020, 1243f., 1270f., 1311<sup>2</sup>, 1379–1382, 1383–1385, 1461–1463, 1548, 1586–1589, 1607, 1628f.
- Tagung des EURATOM-Ministerrats am 6./7.12.1966  
S. 226
- Tagung des EURATOM-Ministerrats am 10.4.1967 in Brüssel  
S. 610
- UdSSR und EURATOM  
*siehe: UdSSR*
- USA und EURATOM  
*siehe: USA*
- Europarat**  
S. 76, 305, 955
- Griechenland  
S. 1219–1221
- Europäische Gemeinschaften (EG)**  
*siehe: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)*
- Europäische politische Union**  
S. 44, 91, 95, 98, 102<sup>32</sup>, 110f., 273, 434, 909, 975, 1356
- Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa  
*siehe: Aktionskomitee*
- Belgien  
S. 375f., 535, 1333
- Fouchet-Plan  
*siehe: Fouchet-Plan*
- Frankreich  
S. 87f., 312, 375–379, 847, 975, 1058, 1256
- gemeinsame Außenpolitik  
S. 1333, 1340
- geplante Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der EG  
S. 1040, 1196, 1289–1291, 1321, 1401
- Italien  
S. 313, 378f., 978f., 1333, 1341

- Luxemburg  
S. 376, 1333
- Nichtverbreitung von Kernwaffen  
S. 14, 16<sup>17</sup>, 17, 41, 127f., 142f., 147, 203, 214, 223f., 250f., 363, 422, 428, 431, 434, 550f., 553, 574, 603f., 639, 1247, 1343<sup>2</sup>, 1346, 1384f., 1438, 1549, 1654f.
- Niederlande  
**Dok. 327** und S. 313, 376, 845<sup>11</sup>, 846, 867–869, 1333
- Rüstungszusammenarbeit  
S. 1333, 1336, 1340
- Europäische Universität Florenz**  
S. 848
- European Recovery Program (ERP)**  
*siehe: Marshallplan*
- EVG (Europäische Verteidigungsge-  
meinschaft)**  
S. 300, 977, 1057
- Frankreich  
S. 1057
- Großbritannien  
S. 1514
- Europäische Wirtschaftsgemeinschaft  
(EWG), seit 1.7.1967 Europäische  
Gemeinschaften (EG)**  
**Dok. 340, 407, 417, 441, 442** und S. 1056, 1065, 1331f.
- AASM  
S. 1689
- Agrarpolitik  
S. 3, 8<sup>23</sup>, 96, 113<sup>26</sup>, 190, 192<sup>8</sup>, 279, 277, 290, 589, 959–961, 988, 1023, 1040<sup>12</sup>, 1522f., 1447, 1599, 1688
- Algerien und EWG  
*siehe: Algerien*
- Arabische Staaten  
*siehe: Arabische Staaten*
- Außenbeziehungen  
S. 589, 1338
- Belgien  
S. 96<sup>12</sup>, 581
- Bulgarien und EWG/EG  
*siehe: Bulgarien*
- CERN  
S. 1339
- COMECON und EWG/EG  
*siehe: COMECON*
- Dänemark und EWG/EG  
*siehe: Dänemark*
- EFTA und EWG/EG  
*siehe: EFTA*
- EG-Kommission  
S. 99f., 184–186, 535, 589f., 846, 867, 1126, 1321, 1331, 1357f., 1372f., 1399, 1420f., 1423, 1430, 1444, 1460f., 1549, 1565, 1567, 1571
- Elfenbeinküste und EWG/EG  
*siehe: Elfenbeinküste*
- Energiepolitik  
S. 110, 112
- Entwicklungshilfe  
*siehe: Entwicklungshilfe*
- europäisches Parlament  
S. 1570
- europäisches Patent  
S. 1715
- EWG-Kommission  
S. 4, 97<sup>18</sup>, 113<sup>26</sup>, 126, 194<sup>12</sup>, 275, 373<sup>7</sup>, 536<sup>10</sup>, 615, 625, 661<sup>7</sup>, 674, 879f., 963, 984, 987f.
- EWG-Krise 1965/66  
S. 1522, 1716<sup>16</sup>
- EWG-Vertrag vom 25.3.1957  
*siehe: Römische Verträge*
- Frankreich  
S. 184, 218, 589f., 679, 878–880, 1443–1447, 1598, 1600
- Französische Kolonien  
S. 1338
- Fusion der Exekutiven  
**Dok. 33** und S. 88, 98f., 273, 279f., 309, 474f., 534<sup>3</sup>, 535, 589f., 805, 843–846, 879
- Fusion der Verträge  
S. 1331, 1339, 1373<sup>20</sup>
- GATT  
S. 279, 1600
- Griechenland und EWG/EG  
*siehe: Griechenland*
- Großbritannien und EWG/EG  
*siehe: Großbritannien*
- Handelspolitik  
S. 1333, 1338
- Irland und EWG/EG  
*siehe: Irland*
- Italien  
S. 101, 589f.

- Jugoslawien und EWG/EG  
*siehe: Jugoslawien*
- Kennedy-Runde  
S. 549, 591, 746–748
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten anlässlich des 10. Jahrestags der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 29./30.5. 1967 in Rom  
**Dok. 197** und S. 32–36, 87, 94–99, 101f., 110, 114, 184, 186<sup>12</sup>, 279f., 305–307, 313, 375–379, 534–536, 567f., 634–636, 648, 650f., 724<sup>5+7</sup>, 787, 789, 805, 830f., 867–869, 879, 931, 933, 957–960, 972, 977, 1037, 1058, 1124, 1195f., 1258, 1289, 1421, 1439, 1468
- Luxemburg  
S. 590
- Maghrebstaaten  
S. 591, 674, 1392, 1404
- Mali und EWG/EG  
*siehe: Mali*
- Marokko und EWG/EG  
*siehe: Marokko*
- Nahost-Konflikt  
*siehe: Nahost-Konflikt*
- Niederlande  
S. 589, 591
- Norwegen und EWG/EG  
*siehe: Norwegen*
- Österreich und EWG/EG  
*siehe: Österreich*
- Ostblock-Staaten  
S. 306, 1151, 1333, 1338, 1356, 1359f., 1367
- Polen und EWG/EG  
*siehe: Polen*
- Portugal und EWG/EG  
*siehe: Portugal*
- Schweiz und EWG/EG  
*siehe: Schweiz*
- Schweden und EWG/EG  
*siehe: Schweden*
- Sozialpolitik  
S. 1338
- Spanien und EWG/EG  
*siehe: Spanien*
- Steuerharmonisierung  
S. 96, 110, 112, 590, 1040<sup>12</sup>, 1715
- Tagung des EAG/EWG-Ministerrats am 10./11.4.1967 in Brüssel  
**Dok. 128**
- Tagung des EG-Ministerrats am 2./3.10. 1967 in Luxemburg  
**Dok. 338** und S. 1040<sup>13</sup>
- Tagung des EG-Ministerrats am 23./24.10.1967 in Luxemburg  
S. 933, 1289–1291, 1321, 1330, 1331<sup>4</sup>, 1392<sup>9</sup>, 1400f., 1419, 1426f., 1439, 1443, 1465f., 1511
- Tagung des EG-Ministerrats am 20.11. 1967 in Brüssel  
S. 1443<sup>2</sup>, 1446, 1510, 1686
- Tagung des EG-Ministerrats am 18./19. 12.1967 in Brüssel  
**Dok. 442** und S. 1564<sup>2</sup>, 1565, 1572, 1610, 1627, 1673, 1684, 1714–1716
- Tagung der Finanz- und Wirtschaftsminister der EWG am 17./18.4.1967 in München  
S. 667, 1071–1073, 1199, 1257
- Tagung des EWG-Ministerrats am 26./27.6.1967 in Brüssel  
S. 880, 957, 960, 963f., 972
- Tagung des EWG-Ministerrats am 10./11.7.1967 in Brüssel  
S. 591<sup>5</sup>, 879, 964, 987, 1040<sup>12</sup>, 1291
- Technologische Zusammenarbeit  
S. 1339, 1570
- Tschad und EWG/EG  
*siehe: Tschad*
- Türkei und EWG/EG  
*siehe: Türkei*
- Tunesien und EWG/EG  
*siehe: Tunesien*
- Ungarn und EWG/EG  
*siehe: Ungarn*
- USA und EWG/EG  
*siehe: USA*
- Verkehrspolitik  
S. 110, 112, 590, 1338
- Vertrag vom 8.4.1965 über die Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer vereinigten Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Fusion der Exekutiven)  
S. 88<sup>47</sup>, 184f., 844<sup>6</sup>, 846, 1339
- Währungspolitik  
S. 96f., 100f., 113, 1072f.

- Zollunion  
S. 96, 113, 150<sup>2</sup>, 273, 589, 1333, 1338, 1359, 1601

**Fanfani-Plan vom 16.9.1966**

**Dok. 251** und S. 32, 38f., 98, 1009f.

**FAO (Food and Agriculture Organization)**

S. 549<sup>9</sup>

**Farbfernsehen**

*siehe: Jugoslawien; Österreich*

**FDP (Freie Demokratische Partei)**

S. 422, 1360, 1371, 1487

**Fernseh GmbH**

*siehe: Wirtschaftsunternehmen*

**Ferrostahl Essen**

*siehe: Wirtschaftsunternehmen*

**Fiat**

*siehe: Wirtschaftsunternehmen*

**Finnland**

- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 59** und S. 113<sup>27</sup>, 160<sup>41</sup>, 827
- DDR und Finnland  
*siehe: DDR*
- Japan  
S. 828<sup>6</sup>
- Neunerklub  
S. 353<sup>6</sup>
- Österreich  
S. 828<sup>6</sup>
- UdSSR  
S. 838

**Ford**

*siehe: Wirtschaftsunternehmen*

**Foreign Affairs (New York)**

S. 432, 640, 835, 1438

**Fouchet-Plan**

S. 88<sup>46</sup>, 306, 313, 375, 1042, 1062, 1066, 1256, 1335, 1340

**Frankfurter Allgemeine Zeitung**

S. 183

**Frankreich**

S. 800

- 18-Mächte-Abrüstungskommission  
S. 1547<sup>2</sup>
- Algerien und Frankreich  
*siehe: Algerien*
- Arabische Staaten  
S. 614, 936<sup>2</sup>, 976, 1041

- COCOM  
S. 1485
- DDR und Frankreich  
*siehe: DDR*
- Demokratische Republik Kongo und Frankreich  
*siehe: Demokratische Republik Kongo*
- Elfenbeinküste und Frankreich  
*siehe: Elfenbeinküste*
- EURATOM-Mitglied  
*siehe: EURATOM*
- Europäische politische Union  
*siehe: Europäische politische Union*
- EVG und Frankreich  
*siehe: EVG*
- EWG/EG-Mitglied  
*siehe: EWG/EG*
- Force de frappe  
S. 42–44, 1093, 1157, 1297
- Griechenland  
S. 1220<sup>5</sup>, 1222
- Großbritannien  
**Dok. 366** und S. 34, 37, 91–94, 123, 272f., 275–278, 288, 379, 464, 536<sup>11</sup>, 567f., 629, 649f., 679, 832<sup>7</sup>, 868, 957f., 963f., 973, 977f., 1037, 1039f., 1057–1059, 1081–1083, 1105f., 1123–1125, 1194–1196, 1292, 1298, 1320f., 1331, 1334, 1337, 1340f., 1357–1359, 1361, 1372f., 1419–1425, 1427–1429, 1432f., 1465f., 1511–1514, 1520f., 1522f., 1565f., 1570–1572, 1611, 1627, 1672–1674, 1686, 1713f.
- IAE0  
S. 1271, 1384, 1585<sup>3</sup>
- IMF  
S. 1071–1073
- Indien-Konsortium  
S. 919<sup>6</sup>
- Israel  
S. 4<sup>6</sup>, 614, 660, 662, 738, 739, 809<sup>2</sup>, 868, 976f., 1035f., 1069, 1084, 1197, 1391, 1666f.
- Italien  
S. 101, 834, 978
- Jugoslawien  
S. 1537–1539
- Kanada  
S. 170<sup>4</sup>, 172f., 1206, 1292, 1410f.



- Libanon  
S. 743<sup>3</sup>
  - Maghrebstaaten  
S. 660
  - Mali  
S. 732<sup>1</sup>, 733
  - MLF  
S. 267<sup>3</sup>
  - Nahost-Konflikt  
*siehe: Nahost-Konflikt*
  - NATO-Mitglied  
*siehe: NATO*
  - Niederlande  
S. 845<sup>11</sup>, 867–869, 1465 f., 1617
  - Norwegen  
S. 606
  - Österreich  
S. 987 f.
  - Ostblock-Staaten  
S. 1134, 1249, 1298<sup>11</sup>
  - Polen  
**Dok. 319** und S. 84, 219–221, 1007, 1044, 1249 f., 1319 f., 1368 f., 1395
  - Poujadisten  
S. 229, 286
  - Rumänien  
S. 1052, 1168
  - Sicherheitskontrolle  
S. 602, 1629
  - Syrien  
S. 743<sup>3</sup>
  - Tschad  
S. 563, 564<sup>7</sup>
  - Tschechoslowakei  
S. 70
  - UdSSR  
S. 45, 75<sup>30</sup>, 84, 108, 151<sup>7</sup>, 280, 379 f., 465 f., 808, 838, 869, 988, 1041 f., 1047–1049, 1067 f., 1108, 1124, 1194, 1206, 1249, 1298, 1307, 1374, 1422, 1458, 1474, 1629<sup>22</sup>
  - Ungarn  
S. 167<sup>14</sup>, 168
  - UNO  
*siehe: UNO*
  - USA  
S. 75, 93, 107, 109, 121, 170<sup>4</sup>, 253, 544, 561, 606, 645, 869, 1053 f., 1060 f., 1065 f., 1081, 1107, 1124, 1157, 1193–1197, 1198 f., 1218<sup>10</sup>, 1258, 1292, 1298, 1410–1412, 1427, 1485, 1515, 1617
  - VAR  
S. 743<sup>3</sup>, 745
  - Verteidigungsplanung  
S. 708, 1629<sup>22</sup>
  - Vietnam-Krieg  
*siehe: Vietnam-Krieg*
  - Währungspolitik  
S. 554, 667<sup>17</sup>, 1198
  - Wirtschaftspolitik  
S. 1070 f.
  - Wahlen am 5./12.3. 1967  
S. 35, 102, 535, 650, 679, 868
- Frankreich–  
Bundesrepublik Deutschland**
- Dok. 41, 54, 64, 82, 138, 142, 150, 241, 273, 315, 335, 348, 349, 391** und S. 33 f., 121–124, 134, 184 f., 211, 252, 273–276, 278, 280, 288, 307 f., 411, 545–547, 614, 650 f., 661 f., 663, 665, 804, 832–834, 869, 972, 998 f., 1016, 1081, 1193 f., 1199, 1204, 1206, 1255, 1348, 1356, 1390, 1393, 1409 f., 1421 f., 1423 f., 1446, 1465, 1546<sup>1</sup>, 1565 f., 1571, 1618, 1715
- Ausschuß für wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit  
S. 1043, 1050, 1061 f., 1064, 1072 f.
  - deutsch–französischer Vertrag vom 22.1.1963  
S. 65 f., 78, 94, 106, 111, 121 f., 238, 252, 270, 276, 289, 377, 406, 545, 630<sup>9</sup>, 631, 678 f., 780<sup>5</sup>, 804, 832, 957, 998, 1007, 1035, 1042, 1061, 1063, 1066 f., 1105 f., 1108, 1146, 1335, 1377, 1466, 1514
  - Deutsche Frage und Wiedervereinigung  
*siehe: Deutsche Frage*
  - Entwicklungsländer: Koordinierung der Politik  
S. 114
  - französische Truppen in der Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 29** und S. 29, 1158, 1305–1307
  - gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik  
S. 252, 269
  - Interministerielle Kommission der Bundesregierung für die deutsch–französische Zusammenarbeit  
S. 1041, 1067

- Jugendaustausch  
S. 65, 110, 112
- Konsultationen  
**Dok. 14, 15, 16, 17, 19, 250, 261, 262, 263, 264, 355** und S. 289, 292, 567, 635, 778<sup>1</sup>, 779f., 1005, 1014, 1031, 1089, 1107, 1117, 1118<sup>10</sup>, 1123, 1376f., 1420, 1427, 1429, 1501, 1619<sup>9</sup>
- Koordinator für die deutsch-französische Zusammenarbeit  
S. 1041, 1062, 1064, 1067, 1073, 1377f., 1394
- Kulturausstellung in Bukarest  
S. 980, 1042
- nukleare Zusammenarbeit  
**Dok. 9** und S. 444f., 490f., 619
- Oder-Neiße-Linie und Frankreich  
*siehe: Oder-Neiße-Linie*
- Rüstungszusammenarbeit  
S. 111, 411, 462
- Saar-Frage  
S. 69
- Studie über die Sicherheit Europas in den siebziger Jahren  
S. 111, 1068, 1074, 1084, 1104f., 1108f., 1118<sup>10</sup>, 1126, 1256, 1298, 1336f., 1377, 1394
- Wirtschaftsbeziehungen  
S. 66, 269
- Wissenschaftliche Zusammenarbeit  
S. 66, 78<sup>5</sup>, 110–112, 269

**Fritz Werner AG**

*siehe: Wirtschaftsunternehmen*

**Gabun**

S. 851

**GATT (General Agreement on Tariffs and Trade)**

S. 5, 113<sup>29</sup>, 160, 536<sup>10</sup>, 589

- EWG/EG und GATT  
*siehe: EWG/EG*
- Griechenland und GATT  
*siehe: Griechenland*
- Jugoslawien und GATT  
*siehe: Jugoslawien*
- Kennedy-Runde  
**Dok. 170** und S. 6, 90<sup>4</sup>, 97, 109, 123, 126, 168, 253f., 512, 544, 548f., 567f.,

645, 648, 650, 667, 671f., 845, 933, 1039, 1362

- Polen und GATT  
*siehe: Polen*
- Ungarn und GATT  
*siehe: Ungarn*

**Generalanzeiger** (Bonn)  
S. 725

**Generalerklärung**  
*siehe: Deutsche Frage*

**Genex (Geschenkdienst- und Kleinexport GmbH)**  
*siehe: Interzonenhandel*

**Gesamtdeutscher Block/BHE**  
S. 70f.

**Gesetze und Verordnungen**

- Preußisches Polizeiverwaltungsgesetz (PrPVG) vom 1.6.1931  
S. 1633
- Grundgesetz vom 23.5.1949  
*siehe: Grundgesetz*
- Wahlgesetz vom 15.6.1949  
S. 230<sup>13</sup>
- Anordnung der Alliierten Kommandantura Berlin BKC/L (52) 6 vom 21.5.1952  
S. 292, 294, 1349–1355
- Gesetz vom 1.9.1954 über das öffentliche Schulwesen in Niedersachsen  
S. 130<sup>9</sup>
- Gesetz vom 19.7.1957 zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz)  
S. 158<sup>31</sup>, 160<sup>41</sup>, 163, 793
- Ausführungsgesetz vom 20.4.1961 zu Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz)  
S. 1121<sup>3</sup>
- Außenwirtschaftsgesetz vom 28.4.1961  
S. 1121<sup>3</sup>
- Gesetz zur Verteidigung der DDR (Verteidigungsgesetz) vom 20.9.1961  
S. 1164
- Zustimmungsgesetz vom 15.6.1963 zum deutsch-französischen Vertrag vom 22.1.1963  
S. 67, 631<sup>4</sup>
- Ausländergesetz vom 28.4.1965  
S. 479

- Gesetz vom 8.2.1967 zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg  
S. 328
- Schulgesetz vom 8.2.1967 in Baden-Württemberg  
S. 325<sup>2</sup>, 328
- Staatsbürgerschaftsgesetz der DDR vom 20.2.1967  
*siehe: DDR*
- Gesetz vom 6.4.1967 über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre  
S. 686<sup>1</sup>
- 15. Gesetz vom 8.6.1967 zur Änderung des Grundgesetzes  
S. 807<sup>25</sup>
- Gesetz vom 8.6.1967 zur Förderung der Stabilität und des Wachstums (Stabilitätsgesetz)  
S. 807<sup>25</sup>, 1254<sup>4</sup>
- Gesetz vom 4.7.1967 über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1967 (Haushaltsgesetz)  
S. 990, 998, 1254<sup>4</sup>
- Getreideabkommen**  
S. 549
- Gewaltverzicht**  
**Dok. 376** und S. 108, 239 f., 297, 791, 860, 900, 903, 1170 f., 1282 f., 1476, 1517, 1526, 1545, 1624, 1696
- Belgien  
S. 693 f.
- Bulgarien  
S. 1475
- DDR  
S. 504 f., 505, 692–695, 903, 1281–1285, 1370, 1473–1476, 1477<sup>10</sup>, 1524–1527, 1545 f., 1625, 1653
- Niederlande  
S. 693 f.
- Polen  
S. 504<sup>4</sup>, 693 f., 860, 1474 f.
- Rumänien  
S. 1170 f.
- Sowjetisches Memorandum v. 12.10.1967 an die Bundesregierung über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen  
S. 1366, 1394, 1404, 1405, 1407<sup>13</sup>, 1474, 1476, 1486, 1524, 1653<sup>8</sup>
- Tschechoslowakei  
**Dok. 239** und S. 60 f., 504<sup>4</sup>, 973 f., 1008, 1475
- UdSSR  
**Dok. 110, 154, 347, 356, 381, 395, 401, 430, 432** und S. 81<sup>18</sup>, 82 f., 187, 228, 791, 838, 903, 925, 970, 1007, 1031, 1208, 1332, 1370, 1394 f., 1435, 1473–1477, 1640–1645
- Ungarn  
S. 1475
- Ghana**  
– DDR und Ghana  
*siehe: DDR*
- Großbritannien  
S. 1414<sup>3</sup>
- GNS (Gemeinsame Nukleare Streitmacht)**  
*siehe: Multilaterale Atomstreitmacht*
- Goethe-Institute**  
*siehe: Algerien-Bundesrepublik; Jugoslawien-Bundesrepublik; VAR-Bundesrepublik*
- Golf von Akaba**  
*siehe: Nahost-Konflikt*
- Griechenland**  
S. 766<sup>3</sup>, 1219, 1363, 1372
- Arabische Staaten  
S. 777
- Belgien und Griechenland  
*siehe: Belgien*
- DDR und Griechenland  
*siehe: DDR*
- Europarat und Griechenland  
*siehe: Europarat*
- EWG/EG und Griechenland  
S. 1221, 1599, 1692<sup>18</sup>
- Frankreich und Griechenland  
*siehe: Frankreich*
- GATT  
S. 1222
- Großbritannien  
S. 1222
- Harmel-Studie  
*siehe: Harmel-Studie*
- Israel  
S. 777 f.
- Nahost-Konflikt  
*siehe: Nahost-Konflikt*

- NATO-Mitglied  
*siehe: NATO*
- Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*
- Niederlande  
S. 1222 f.
- Norwegen  
S. 1222
- OECD  
S. 1222
- Schweden  
S. 1221<sup>9</sup>
- Türkei  
S. 719, 1542–1544, 1580 f., 1599, 1603–1606
- USA  
S. 633, 766 f., 768<sup>7</sup>
- Vorwarnzeit  
S. 1099
- Zypern  
S. 719, 1542–1544, 1580 f.

**Griechenland–  
Bundesrepublik Deutschland**  
**Dok. 308, 400**

- Handels- und Wirtschaftsbeziehungen  
S. 1222
- Verteidigungshilfe  
**Dok. 177** und S. 22<sup>13</sup>, 1219, 1222 f.

**Großbritannien**

- S. 398, 800
- 18-Mächte-Abrüstungskommission  
S. 508
- Algerien und Großbritannien  
*siehe: Algerien*
- Arabische Staaten  
S. 1141<sup>18</sup>
- Atombewaffnung  
S. 1093
- Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)  
*siehe: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich*
- Belgien und Großbritannien  
*siehe: Belgien*
- COCOM  
S. 1485
- Commonwealth  
S. 91, 271, 1037, 1057, 1067, 1337, 1433, 1681

- Dänemark und Großbritannien  
*siehe: Dänemark*
- DDR und Großbritannien  
*siehe: DDR*
- Demokratische Republik Kongo und Großbritannien  
*siehe: Demokratische Republik Kongo*
- Demokratische Volksrepublik Jemen und Großbritannien  
*siehe: Demokratische Volksrepublik Jemen*
- „East of Suez“  
S. 1437
- EFTA-Mitglied  
*siehe: EFTA*
- EGKS  
S. 843<sup>4</sup>, 844<sup>8</sup>, 1514
- EURATOM  
S. 508 f., 556, 558, 844<sup>8</sup>
- europäische Sicherheitskonferenz  
S. 570<sup>21</sup>
- EVG und Großbritannien  
*siehe: EVG*
- EWG/EG  
**Dok. 101, 209, 393, 394, 409, 420, 437**  
und S. 5, 34–37, 89, 90–94, 98<sup>22</sup>, 107, 111 f., 122 f., 218, 252, 271–281, 287–290, 306–309, 376<sup>6</sup>, 377, 379, 430, 462, 534–536, 541, 566–568, 629, 635, 647–651, 787, 805, 831, 843–848, 867 f., 908 f., 956–960, 963 f., 973, 975, 977–979, 998, 1006, 1037, 1039, 1057–1059, 1064, 1067, 1081–1083, 1105 f., 1108, 1123–1127, 1151, 1194–1196, 1206, 1257, 1290, 1320 f., 1330, 1331<sup>4</sup>, 1332 f., 1334 f., 1337–1341, 1357–1359, 1361, 1372 f., 1401, 1419–1425, 1426–1431, 1432 f., 1443–1447, 1465 f., 1510–1514, 1564–1566, 1598–1602, 1608, 1627, 1683, 1684 f., 1686–1694, 1713–1716
- Frankreich und Großbritannien  
*siehe: Frankreich*
- Getreidepolitik  
S. 277
- Ghana und Großbritannien  
*siehe: Ghana*
- Griechenland und Großbritannien  
*siehe: Griechenland*
- Guinea  
S. 1414<sup>3</sup>

- 
- Harmel-Studie  
*siehe: Harmel-Studie*
  - Hongkong  
S. 1037, 1057, 1067, 1108
  - IAE0  
S. 1585<sup>3</sup>
  - Indien  
S. 254<sup>19</sup>, 919<sup>6</sup>
  - Irak  
S. 894<sup>4</sup>, 936<sup>2</sup>, 991
  - Irland  
S. 956–958, 975
  - Israel  
S. 738, 739, 809<sup>2</sup>, 1314
  - Italien  
S. 89, 1040, 1058, 1123, 1420, 1439, 1713 f., 1716
  - IWF  
S. 36<sup>22</sup>
  - Jugoslawien  
S. 1436
  - Kanada  
S. 464, 1067
  - Kennedy-Runde  
S. 289, 291, 746, 747<sup>6</sup>
  - Kuwait  
S. 936<sup>2</sup>
  - Labour Party  
S. 536, 586, 1428, 1442<sup>13</sup>
  - Landwirtschaft  
S. 879
  - Libyen  
S. 991
  - Luxemburg  
S. 845, 1610
  - Mali  
S. 1414<sup>3</sup>
  - Mauretanien  
S. 1414<sup>3</sup>
  - multilaterale Atomstreitmacht  
S. 18<sup>22</sup>
  - Nahost-Konflikt  
*siehe: Nahost-Konflikt*
  - National Coal Board  
S. 1441
  - NATO-Mitglied  
*siehe: NATO*
  - Neuseeland  
S. 123<sup>7</sup>, 1067, 1689
  - Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*
  - Niederlande  
S. 867, 1058, 1290, 1334, 1372 f., 1423, 1465 f., 1510, 1610
  - Nordirland  
S. 956
  - Norwegen  
S. 464
  - Polen  
S. 221<sup>10</sup>, 540 f., 570
  - Portugal  
S. 585
  - Republik Kongo (Brazzaville)  
S. 1414<sup>3</sup>
  - Rhodesien  
S. 420<sup>11</sup>, 1314
  - Sicherheitskontrolle  
S. 439<sup>24</sup>, 558, 602, 742, 1384
  - Singapur  
S. 1037, 1057, 1067, 1108
  - Streitkräfteplanung  
S. 1279, 1437
  - Sudan  
S. 884 f., 896<sup>4</sup>, 991, 1414<sup>3</sup>, 1482<sup>5</sup>, 1483 f.
  - Syrien  
S. 896<sup>4</sup>, 991,
  - Tschechoslowakei  
S. 541<sup>10</sup>, 572
  - UdSSR  
**Dok. 97** und S. 217, 274, 278, 280 f., 285–287, 291, 387, 404, 408, 540, 569, 571 f., 648, 697, 728<sup>11</sup>, 810, 849, 904, 909, 983, 1189, 1436, 1458, 1560, 1645
  - Unterhaus  
S. 286, 367<sup>3</sup>, 696, 1422, 1442
  - USA  
S. 93, 91, 218 f., 344, 467, 500, 544, 683, 698, 859<sup>11</sup>, 973, 1067, 1108, 1287, 1337, 1433, 1485
  - VAR  
S. 745, 896<sup>4</sup>, 991, 1314, 1391, 1414, 1416
  - Verteidigungspolitik  
S. 24, 344, 870
  - Vietnam-Krieg  
*siehe: Vietnam-Krieg*

- Volksrepublik China  
S. 571<sup>22</sup>
- Währungskrise  
S. 36 f., 92, 289, 879, 959, 973, 1037, 1057, 1059, 1330, 1331<sup>4</sup>, 1432, 1444 f., 1465, 1512, 1521, 1564<sup>2</sup>, 1572, 1659, 1673, 1686–1688, 1691
- WEU-Mitglied  
*siehe: WEU*
- Zahlungsbilanz  
S. 263 f., 344–347, 386, 388 f., 536<sup>10</sup>, 1465, 1672, 1686 f.
- Zypern  
S. 1543

#### **Großbritannien– Bundesrepublik Deutschland**

- Dok. 55, 57, 124, 126, 143, 236, 240, 280, 362, 363, 364, 365, 449** und S. 68, 219, 465 f., 474 f., 1039, 1058, 1195 f., 1357, 1359, 1390, 1510 f., 1519, 1608, 1612<sup>12</sup>
- Berlin-Klausel  
*siehe: Berlin-Klausel*
- Deutsche Frage und Wiedervereinigung  
*siehe: Deutsche Frage*
- Devisenausgleich  
**Dok. 30, 98, 396** und S. 133<sup>2</sup>, 134–137, 218, 262–264, 291, 344, 366, 367 f., 386–389, 400–404, 499<sup>6</sup>, 501–503, 581, 651, 656, 658, 772, 971 f., 1119, 1126, 1200, 1433, 1437, 1441
- Dreier-Besprechungen der Planungsstäbe  
*siehe: Dreier-Besprechungen*
- Dreier-Verhandlungen über Truppenstationierung etc.  
*siehe: Dreier-Verhandlungen*
- Konsultationen  
S. 778<sup>1</sup>, 779 f.
- Rheinarmee  
S. 135, 175, 188, 218, 253<sup>15</sup>, 262 f., 291, 344 f., 367 f., 386–389, 400–404, 411, 467 f., 502, 582 f., 656, 658, 972, 1119, 1200
- Rüstungszusammenarbeit  
S. 348, 462, 1440, 1530
- Technologische Zusammenarbeit  
**Dok. 138** und S. 583 f., 651, 1440, 1530 f.
- Wirtschaftskommission  
S. 287, 291

#### **Grundgesetz vom 23.5.1949**

S. 164<sup>55+56</sup>, 230<sup>12+13</sup>, 478<sup>4</sup>

- Artikel 9  
S. 164<sup>56</sup>
- Artikel 16  
S. 164<sup>55</sup>, 815<sup>5</sup>
- Artikel 23  
S. 595
- Artikel 32  
S. 1148
- Artikel 76  
S. 1252<sup>7</sup>
- Artikel 109  
S. 807<sup>25</sup>
- Artikel 144  
S. 595

#### **Guatemala**

S. 160<sup>41</sup>

#### **Guinea**

- Bundesrepublik Deutschland  
S. 20
- DDR und Guinea  
*siehe: DDR*
- Großbritannien und Guinea  
*siehe: Großbritannien*

#### **Hallstein-Doktrin**

S. 73, 85<sup>35</sup>, 283, 297, 415, 487, 654, 718, 892, 1315, 1452<sup>10</sup>, 1490, 1638<sup>9</sup>, 1683 f.

#### **Hamburger Übersee-Club**

S. 424<sup>11</sup>

#### **Harmel-Studie**

- Dok. 60, 184, 266, 282, 307, 361, 387, 422, 435** und S. 360–362, 698, 779, 909 f., 1089 f., 1105, 1107, 1110, 1207, 1259 f., 1331, 1347–1349, 1402, 1409 f., 1434, 1499, 1516<sup>3</sup>, 1659 f.
- Belgien  
S. 786, 1079, 1417
- Dänemark  
S. 786, 1078 f., 1417, 1617
- Frankreich  
S. 788, 1079, 1217, 1418, 1434, 1501–1503, 1515, 1616–1620, 1668–1670
- Griechenland  
S. 1079, 1217
- Großbritannien  
S. 786, 1079, 1417, 1617
- Italien  
S. 1418, 1669
- Kanada  
S. 1079, 1418

- Luxemburg  
S. 1417
- Niederlande  
S. 786, 1079, 1418, 1669
- Norwegen  
S. 1417, 1617
- Sitzung der Rapporteurs der Harmel-Studiengruppe am 21.7.1967 auf dem Petersberg bei Bonn  
**Dok. 282** und S. 1216
- Tagung der Rapporteurs der Harmel-Studiengruppe am 10./11.10.1967 in Ditchley Park  
S. 1134<sup>7</sup>, 1137, 1348, 1409f., 1417, 1419
- Tagung der Harmel-Studiengruppe zur Untersuchung der zukünftigen Aufgaben der Allianz ("Special Group") am 7./8.11.1967  
S. 1418, 1500–1502
- Türkei  
S. 1079, 1217, 1418

#### **Heiliger Stuhl**

- Israel  
S. 1179f.
- Österreich  
S. 312
- Polen  
S. 325–327, 723, 774
- Türkei  
S. 1179f.
- UNO  
S. 1701

#### **Heiliger Stuhl– Bundesrepublik Deutschland Dok. 296**

- Deutsche Frage und Wiedervereinigung  
*siehe: Deutsche Frage*
- Diözesangrenzen in den Ostgebieten des Deutschen Reiches unter fremder Verwaltung  
**Dok. 69, 108** und S. 130, 760f., 774f.
- Einsetzung Apostolischer Administratoren  
**Dok. 162, 180** und S. 326–329, 496f., 1180
- Schulreform in Baden-Württemberg  
**Dok. 22**

#### **Hessen**

- S. 70<sup>17</sup>, 405, 422<sup>5</sup>, 1070<sup>17</sup>

#### **Hessischer Rundfunk (Frankfurt/M.)** S. 298<sup>8</sup>

#### **Heusinger-Studie**

*siehe: Abrüstung*

#### **Hoesch-Export GmbH**

*siehe: Wirtschaftsunternehmen*

#### **Honduras**

S. 160<sup>41</sup>

#### **IAEO (Internationale Atomenergie-Organisation)**

**Dok. 413** und S. 127, 1242

- DDR und IAEO  
*siehe: DDR*
- EURATOM und IAEO  
*siehe: EURATOM*
- Frankreich und IAEO  
*siehe: Frankreich*
- XI. Generalkonferenz vom 26.9. bis 2.10.1967 in Wien  
S. 1585<sup>2</sup>
- Gouverneursrat  
S. 453f., 574, 935, 1239f., 1312, 1509, 1585f., 1588, 1590
- Großbritannien und IAEO  
*siehe: Großbritannien*
- Kanada und IAEO  
*siehe: Kanada*
- Polen und IAEO  
*siehe: Polen*
- Sicherheitskontrolle  
S. 205<sup>14+15</sup>, 222<sup>6</sup>, 223, 226f., 249–252, 303, 336, 339f., 389, 426, 437<sup>20</sup>, 444, 451–454, 490<sup>8</sup>, 491, 553, 557, 574, 602, 689, 993<sup>1</sup>, 944, 1243f., 1270f., 1380f., 1398<sup>21</sup>, 1399, 1461–1463, 1509, 1548–1551, 1586–1589, 1606f., 1628f.
- Satzung vom 26.10.1956  
S. 453, 491<sup>9</sup>, 1462, 1509
- Tschechoslowakei und IAEO  
*siehe: Tschechoslowakei*
- UdSSR und IAEO  
*siehe: UdSSR*
- USA und IAEO  
*siehe: USA*

#### **ICAO (International Civil Aviation Organization)**

S. 476

**IKRK (Internationales Komitee vom Roten Kreuz)**

S. 417 f., 810<sup>6</sup>, 1470

**Indien**

- Birma und Indien  
*siehe: Birma*
- DDR und Indien  
*siehe: DDR*
- Frankreich und Indien  
*siehe: Frankreich*
- Großbritannien und Indien  
*siehe: Großbritannien*
- Indien-Konsortium  
S. 919
- Iran  
S. 318 f.
- Japan  
S. 254<sup>19</sup>, 690
- Jugoslawien  
S. 414
- Kanada  
S. 254<sup>19</sup>
- Nahrungsmittelhilfe  
S. 128, 249, 673, 746<sup>4</sup>, 747, 748<sup>9</sup>, 1505
- Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*
- Pakistan  
S. 318 f., 763<sup>1</sup>, 765, 798, 803, 804, 858<sup>8</sup>,  
918, 1309 f., 1504, 1540
- UdSSR  
S. 254<sup>19</sup>, 838, 1208
- USA  
S. 181, 212, 254 f., 673
- Volksrepublik China  
S. 425, 513, 765, 1503–1505, 1535

**Indien-Bundesrepublik Deutschland**

**Dok. 67, 222, 388** und S. 15, 86, 254,  
261, 797<sup>7</sup>, 1510<sup>2</sup>, 1609

- Ausrüstungshilfe  
S. 21
- Deutsche Frage und Wiedervereinigung  
*siehe: Deutsche Frage*
- Nahrungsmittelhilfe  
S. 181, 212, 673, 918

**Indonesien**

- Bundesrepublik Deutschland  
S. 261
- Volksrepublik China  
S. 1505, 1533

**Institut für Angewandte Reaktorphysik des Kernforschungszentrums Karlsruhe**

S. 302<sup>2+5</sup>, 489

**Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (Prag)**

S. 513

**International Law Association**

S. 317

**International Law Commission**

S. 420

**Internationale Währungspolitik**

S. 97, 254 f., 545, 553 f., 633, 645 f., 650,  
667, 671, 1046, 1051, 1056 f., 1083, 1198 f.,  
1258, 1320

- Internationaler Währungsfonds  
*siehe: IWF*

**Interzonenhandel**

**Dok. 336** und S. 356, 478, 576, 866, 1705

- Büro für innerdeutschen Handel  
**Dok. 427**
  - Bundesgarantie  
S. 947
  - Genex  
S. 1322<sup>3</sup>, 1323
  - NATO  
S. 947 f.
  - Swing  
S. 1322–1324
  - Treuhandstelle für den Interzonenhandel  
S. 1322<sup>4</sup>, 1633, 1636
  - USA  
S. 840, 948
  - Widerrufs Klausel  
**Dok. 196** und S. 866<sup>8</sup>
- IOC (International Olympic Committee)**  
S. 322<sup>10</sup>, 893, 1408
- IPU (Interparlamentarische Union)**  
S. 317, 543, 571, 675
- Irak**  
S. 6<sup>13</sup>, 86<sup>41</sup>, 743<sup>4</sup>, 797<sup>7</sup>, 1140
- DDR und Irak  
*siehe: DDR*
  - Großbritannien und Irak  
*siehe: Großbritannien*
  - USA  
S. 936<sup>2</sup>, 991
  - VAR  
S. 795, 810



**Iran**

- Arabische Staaten  
S. 1208
- Bodenreform  
S. 799, 913
- DDR und Iran  
*siehe: DDR*
- Indien und Iran  
*siehe: Indien*
- Nahost-Konflikt  
*siehe: Nahost-Konflikt*
- Ostblock-Staaten  
S. 801<sup>12</sup>
- Pakistan  
S. 798, 803
- Türkei  
S. 802<sup>15</sup>
- UdSSR  
S. 799, 802 f.
- VAR  
S. 810

**Iran-Bundesrepublik Deutschland**

**Dok. 187, 221, 305** und S. 1658

- Ausrüstungshilfe  
S. 20, 318 f., 800<sup>12</sup>, 805 f., 918
- Technische Hilfe  
S. 801, 806 f.

**Irland**

**Dok. 234** und S. 975

- EFTA und Irland  
*siehe: EFTA*
- EWG/EG  
S. 805, 843, 878<sup>1</sup>, 956–960, 963<sup>4</sup>, 975, 1064<sup>7</sup>, 1332, 1429, 1443–1447, 1523, 1564, 1598–1602, 1627<sup>14</sup>, 1713, 1714<sup>7</sup>
- EGKS  
S. 843<sup>4</sup>
- Großbritannien und Irland  
*siehe: Großbritannien*

**Island**

S. 607

**Israel**

- S. 160<sup>41</sup>, 1404
- Arabische Staaten  
S. 661, 675, 981, 983, 1313<sup>3</sup>
- Belgien und Israel  
*siehe: Belgien*

- DDR und Israel  
*siehe: DDR*
- EWG/EG  
S. 3–7, 613–616, 621 f., 624 f., 660, 674, 743, 951, 989, 1342, 1390–1392, 1692<sup>18</sup>
- Frankreich und Israel  
*siehe: Frankreich*
- Griechenland und Israel  
*siehe: Griechenland*
- Großbritannien und Israel  
*siehe: Großbritannien*
- Heiliger Stuhl und Israel  
*siehe: Heiliger Stuhl*
- Italien  
S. 4<sup>6</sup>, 537<sup>14</sup>, 660, 738, 777, 1391 f.
- Jerusalem  
S. 737–739, 953, 981, 1001–1003, 1454, 1464, 1471, 1489
- Jordanien  
S. 675, 739, 794<sup>3</sup>, 939<sup>4</sup>, 940, 1391, 1468 f., 1605
- Libanon  
S. 675, 939<sup>4</sup>
- Luxemburg  
S. 4<sup>8</sup>
- Marokko  
S. 675
- Nahost-Konflikt  
*siehe: Nahost-Konflikt*
- Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*
- Niederlande  
S. 4<sup>8</sup>, 660, 738, 905 f., 1392
- Rumänien  
S. 675 f.
- Schweiz  
S. 738
- Syrien  
S. 794, 809, 882 f., 894<sup>2</sup>, 939<sup>4</sup>, 1391
- Türkei  
S. 777 f.
- Tunesien  
S. 675
- UdSSR  
S. 895, 943 f., 1036 f.
- UNO  
*siehe: UNO*

- USA  
S. 738<sup>f.</sup>, 809, 857, 931, 1036, 1197
- VAR  
S. 776<sup>1</sup>, 794–796, 931, 939<sup>4</sup>, 1197, 1468<sup>f.</sup>, 1605

**Israel–Bundesrepublik Deutschland**

- Dok. 1, 134, 146, 148, 167, 188, 190, 192, 244, 320, 354, 368, 372, 382, 404,** und S. 374, 624<sup>f.</sup>, 719, 743<sup>f.</sup>, 895<sup>3</sup>, 958<sup>f.</sup>, 983, 1038, 1056, 1069<sup>f.</sup>, 1665–1667
  - Abkommen vom 12.5.1966 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel über Wirtschaftshilfe  
S. 613, 660, 674, 854<sup>2</sup>, 992<sup>8</sup>, 1342
  - Abkommen vom 4.10.1967 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel über Wirtschaftshilfe  
S. 1342
  - Ausrüstungshilfe  
**Dok. 214** und S. 20<sup>f.</sup>, 612<sup>4</sup>, 620<sup>4</sup>, 626, 659<sup>2</sup>, 716, 818, 989<sup>f.</sup>, 1025<sup>2</sup>, 1026, 1140<sup>12</sup>, 1314, 1415, 1575
  - Deutsch-Israelische Gesellschaft  
S. 951<sup>16</sup>
  - Jugendaustausch  
S. 3
  - konsularische Betreuung Deutscher in den von Israel besetzten Gebieten  
**Dok. 248, 294**
  - Lieferung von Gasmasken  
S. 810, 812, 817<sup>f.</sup>
  - Wiedergutmachung  
**Dok. 53, 414**
  - Wirtschaftshilfe  
**Dok. 200, 245, 341** und S. 265<sup>2</sup>, 660, 674<sup>f.</sup>, 811, 818, 951, 1389
- Italien**  
S. 359
- 18-Mächte-Abrüstungskommission  
S. 508
  - Algerien und Italien  
*siehe: Algerien*
  - Arabische Staaten  
S. 777, 936<sup>2</sup>
  - Dreier-Verhandlungen und Italien  
*siehe: Dreier-Verhandlungen*
  - EURATOM-Mitglied  
*siehe: EURATOM*
  - Europäische politische Union  
*siehe: Europäische politische Union*
  - EWG/EG-Mitglied  
*siehe: EWG/EG*
  - Frankreich und Italien  
*siehe: Frankreich*
  - Großbritannien und Italien  
*siehe: Großbritannien*
  - Harmel-Studie  
*siehe: Harmel-Studie*
  - Indien-Konsortium  
S. 919<sup>6</sup>
  - Israel und Italien  
*siehe: Israel*
  - Japan  
S. 15<sup>10</sup>, 690, 748
  - Kennedy-Runde  
S. 748
  - Nahost-Konflikt  
*siehe: Nahost-Konflikt*
  - NATO-Mitglied  
*siehe: NATO*
  - Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*
  - Niederlande  
S. 868
  - Österreich  
S. 985–987
  - Polen  
S. 641
  - Provinz Bozen (Südtirol)  
S. 985–987
  - Rumänien  
S. 38, 1168
  - Sicherheitskontrollen  
S. 508
  - Spanien  
S. 590<sup>3</sup>
  - TTD und Italien  
*siehe: TTD*
  - UdSSR  
S. 37<sup>f.</sup>, 407, 538, 641, 832<sup>f.</sup>, 966
  - Ungarn  
S. 167<sup>14</sup>
  - USA  
S. 42, 537<sup>14</sup>, 544, 637–639
  - VAR  
S. 537<sup>14</sup>, 745
  - Wahlen am 12./20.5.1968  
S. 1617

**Italien-Bundesrepublik Deutschland**

**Dok. 8, 140, 194** und S. 89, 586, 986 f., 1439 f., 1566

- Deutsche Frage und Wiedervereinigung  
*siehe: Deutsche Frage*
- italienische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland  
S. 702<sup>16</sup>

**ITU (International Telecommunications Union)**

S. 51

**IWF (Internationaler Währungsfonds)**

S. 532 f., 553 f., 1198 f., 1431

- internationale Währungspolitik  
*siehe: Internationale Währungspolitik*
- Tagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank vom 25. bis 29.9. 1967 in Rio de Janeiro  
S. 1198, 1199<sup>6</sup>  
S. 971, 1431
- VAR  
S. 744<sup>7</sup>

**Izvestija (Moskau)**

S. 1162

**Japan**

S. 41

- Bundesrepublik Deutschland  
S. 15, 213<sup>4</sup>, 688, 754<sup>1</sup>
- Birma und Japan  
*siehe: Birma*
- COCOM  
S. 1485
- Finnland und Japan  
*siehe: Finnland*
- Indien-Konsortium  
S. 919<sup>6</sup>
- Italien und Japan  
*siehe: Italien*
- Kennedy-Runde  
S. 746, 748
- Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*
- Schweden  
S. 690
- UdSSR  
S. 476 f., 1226
- USA  
S. 1485

- Volksrepublik China  
S. 688, 690

**Jemen**

*siehe: Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)*

**Jerusalem**

*siehe: Israel*

**Jordanien**

S. 621<sup>8</sup>, 877, 1556

- DDR und Jordanien  
*siehe: DDR*
- Israel und Jordanien  
*siehe: Israel*
- Saudi-Arabien  
S. 940
- Syrien  
S. 311, 777<sup>6</sup>
- UdSSR  
S. 940
- VAR  
S. 311, 332, 739<sup>9</sup>, 777<sup>6</sup>, 795, 809, 877, 839
- Volksrepublik China  
S. 940

**Jordanien-****Bundesrepublik Deutschland**

**Dok. 228, 374** und S. 20, 739, 992, 1464, 1489

- Aufnahme diplomatischer Beziehungen  
**Dok. 63** und S. 87<sup>42</sup>, 342, 372 f., 626, 743 f., 1573

**Jugoslawien**

S. 395

- DDR und Jugoslawien  
*siehe: DDR*
- EWG/EG  
S. 413
- Entwicklungsländer  
S. 260
- Farbfernsehen  
**Dok. 398** und S. 1537
- Frankreich und Jugoslawien  
*siehe: Frankreich*
- GATT  
S. 701
- Großbritannien und Jugoslawien  
*siehe: Großbritannien*
- Indien und Jugoslawien  
*siehe: Indien*
- Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*

- Neuerklub  
S. 353<sup>6</sup>
- Österreich  
S. 353 f.
- UdSSR  
S. 415, 1275, 1452, 1624
- VAR  
S. 353, 414
- Volksrepublik China  
S. 353

**Jugoslawien–  
Bundesrepublik Deutschland**

- S. 252, 903, 1371, 1627, 1638 f., 1640
- Anwerbe- und Sozialversicherungsabkommen  
**Dok. 346** und S. 413, 587<sup>4</sup>, 702<sup>16</sup>, 703, 824 f., 1448
- Donau-Konvention vom 18.8.1948  
*siehe: Donau-Konvention*
- Deutsche Frage und Wiedervereinigung  
*siehe: Deutsche Frage*
- jugoslawische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland  
S. 85<sup>33</sup>, 413, 458, 587<sup>4</sup>, 820<sup>4</sup>, 821, 825
- Gemischte Kommission  
S. 413, 823, 824<sup>12</sup>
- Goethe-Institut  
S. 587<sup>4</sup>, 824
- Handels- und Wirtschaftsbeziehungen  
**Dok. 156** und S. 259, 825, 1276, 1364<sup>1</sup>
- jugoslawische Emigranten in der Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 95** und S. 85<sup>33</sup>, 163
- Kulturelle Zusammenarbeit  
S. 820<sup>4</sup>
- Kriegsgräberabkommen  
S. 824
- Note der jugoslawischen Regierung vom 12.7.1967 an die Bundesregierung über Wiedergutmachung  
S. 822<sup>8</sup>, 1140, 1274, 1450
- Verkehrsverhandlungen  
S. 703
- Aufnahme diplomatischer Beziehungen  
**Dok. 51, 56, 88, 191, 367, 416, 436** und S. 85 f., 460, 514, 537, 539, 569, 586 f., 1277, 1315, 1396, 1540 f., 1546, 1683, 1700, 1711

- Wiedergutmachung  
**Dok. 323** und S. 85<sup>33</sup>, 701, 821 f., 1364<sup>1</sup>, 1448–1450, 1453, 1595, 1596<sup>8</sup>

**Kambodscha**

- S. 86<sup>41</sup>, 1315
- DDR und Kambodscha  
*siehe: DDR*
- Volksrepublik China  
S. 1505, 1533

**Kamerun**

- S. 851, 1568

**Kanada**

- Dok. 29** und S. 15, 41, 693 f.
- 18-Mächte-Abrüstungskommission  
S. 508
- DDR und Kanada  
*siehe: DDR*
- Dreier-Verhandlungen und Kanada  
*siehe: Dreier-Verhandlungen*
- Frankreich und Kanada  
*siehe: Frankreich*
- Großbritannien und Kanada  
*siehe: Großbritannien*
- Harmel-Studie  
*siehe: Harmel-Studie*
- IAE0  
S. 1585<sup>3</sup>, 1589
- Indien und Kanada  
*siehe: Indien*
- Indien-Konsortium  
S. 919<sup>6</sup>
- Nahost-Konflikt  
*siehe: Nahost-Konflikt*
- Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*
- Streitkräfteplanung  
S. 658, 1627, 1661
- UdSSR  
S. 838
- Zypern  
S. 1543

**Kaschmir-Frage**

- S. 763<sup>1</sup>, 918, 1308<sup>5</sup>, 1310

**Kenia**

- S. 5<sup>10</sup>, 1568

**Kennedy-Runde**

*siehe: EWG/EG; GATT*

**Kernwaffen**

- Herstellungsverzicht der Bundesrepublik Deutschland  
S. 18, 44, 241, 362, 406, 428, 440, 550, 619, 637, 834, 1044, 1050, 1643 f., 1696
- Entwürfe für ein Abkommen zur Nichtverbreitung  
*siehe: Nichtverbreitung (Entwurf eines Abkommens)*
- Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*
- nukleare Planung in der NATO  
*siehe: Nukleare Planungsgruppe*
- nukleare Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich  
*siehe: Frankreich-Bundesrepublik*

**KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau)**  
S. 700

**Kölner Stadtanzeiger**  
S. 1213

**Konferenzen und Verhandlungen**

- Konferenz der Außenminister der Drei Mächte vom 11. bis 13.5.1950 (Londoner Außenministerkonferenz)  
S. 1424
- Konferenz der Außenminister der Vier Mächte vom 25.1. bis 18.2.1954 in Berlin  
S. 1090
- Londoner Neun-Mächte-Konferenz vom 28.9. bis 3.10.1954  
S. 108<sup>9</sup>, 582
- Tagung des NATO-Ministerrats am 17./18.12.1954 in Paris  
S. 1158<sup>11</sup>
- Tagung des NATO-Ministerrats am 4./5.5.1956 in Paris  
S. 786<sup>4</sup>
- Tagung des NATO-Ministerrats vom 11. bis 14.12.1956 in Paris  
S. 704<sup>6</sup>, 786<sup>4</sup>, 1136
- Tagung des NATO-Ministerrats am 2./3.5.1957 in Bonn  
S. 704<sup>6</sup>
- Tagung des NATO-Ministerrats vom 16. bis 19.12.1957 in Paris  
S. 29<sup>10</sup>, 141<sup>10</sup>
- Konferenz vom 5. bis 11.2.1959 über Zypern in Zürich  
*siehe: Zypern*
- Konferenz vom 17. bis 19.2.1959 über Zypern in London  
*siehe: Zypern*
- Tagung des NATO-Ministerrats vom 4. bis 6.5.1962 in Athen  
S. 29<sup>10</sup>, 30, 707
- Tagung des NATO-Ministerrats am 16./17.12.1963 in Paris  
S. 705<sup>8</sup>
- Tagung des EWG-Ministerrats am 13./14.5.1965 in Brüssel  
S. 194<sup>12</sup>
- Tagung des EWG-Ministerrats vom 28. bis 30.6.1965 in Brüssel  
S. 844<sup>10</sup>, 1522<sup>3</sup>, 1716<sup>16</sup>
- Außerordentliche Konferenz der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) am 4./5.12.1965 in Addis Abeba  
*siehe: Organisation der Afrikanischen Einheit*
- Tagung des EWG-Ministerrats am 28./29.1.1966 in Luxemburg  
S. 88<sup>47</sup>, 844<sup>10</sup>, 1522<sup>3</sup>, 1716
- Tagung des EWG-Ministerrats am 4./5.4.1966 in Brüssel  
S. 99<sup>23</sup>, 113<sup>26</sup>
- Tagung des EWG-Ministerrats am 11.5.1966 in Brüssel  
S. 36<sup>23</sup>, 113<sup>26</sup>
- Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 4. bis 6.7.1966 in Bukarest  
S. 61<sup>9</sup>, 470, 503
- Tagung des EWG-Ministerrats vom 22. bis 26.7.1966 in Brüssel  
S. 113<sup>26</sup>, 167<sup>15</sup>, 1522
- Tagung der NATO-Verteidigungsminister am 25./26.7.1966 in Paris  
S. 170<sup>3</sup>
- Tagung des EWG-Ministerrats am 27.10.1966 in Brüssel  
S. 4
- Sitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung der NATO am 11.11.1966  
S. 347
- Tagung des EURATOM-Ministerrats am 6./7.12.1966  
*siehe: EURATOM*

- Tagung des EWG-Ministerrats am 6./7.12.1966 in Brüssel  
S. 4
- WEU-Versammlung vom 12. bis 15.12. 1966 in Paris  
S. 96<sup>13</sup>, 1106
- Tagung des NATO-Ministerrats am 15./16.12.1966 in Paris  
*siehe: NATO*
- Tagung des EWG-Ministerrats am 11./12.1.1967 in Brüssel  
S. 126
- Konferenz der Parteivorsitzenden der Sozialistischen Internationalen am 4./5.1.1967 in Rom  
*siehe: Sozialistische Internationale*
- Tagung des EWG-Ministerrats am 8./9.2.1967 in Brüssel  
S. 96<sup>15</sup>, 184
- Konferenz der Außenminister der Staaten des Warschauer Pakts vom 7. bis 10.2.1967 in Warschau  
*siehe: Warschauer Pakt*
- Tagung des EWG-Ministerrats am 7.3.1967 in Brüssel  
S. 337<sup>8</sup>, 339
- Tagung des Verteidigungsrats der Arabischen Liga vom 11. bis 14.3.1967 in Kairo  
S. 311, 374, 626
- Tagung des WEU-Ministerrats am 4./5.4.67 in Den Haag  
*siehe: WEU*
- Tagung der Nuklearen Planungsgruppe am 6./7.4.1967 in Washington  
S. 1300f.
- Tagung des EURATOM-Ministerrats am 10.4.1967 in Brüssel  
*siehe: EURATOM*
- Tagung des EWG-Ministerrats am 10.4.1967 in Brüssel  
S. 566
- Tagung des EAG/EWG-Ministerrats am 10./11.4.1967 in Brüssel  
*siehe: EWG/EG*
- Konferenz der Europäischen Wirtschaftskommission vom 11. bis 13.4. 1967 in Genf  
S. 586
- Tagung der Finanz- und Wirtschaftsminister der EWG am 17./18.4.1967 in München  
*siehe: EWG/EG*
- VII. Parteitag der SED vom 17. bis 22.4. 1967 in Ost-Berlin  
*siehe: SED*
- Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas vom 24. bis 26.4.1967 in Karlsbad  
S. 691, 769<sup>4</sup>, 820, 901, 903, 924, 969, 1015<sup>4</sup>, 1282
- Tagung des EFTA-Ministerrats am 28.4. 1967 in London  
*siehe: EFTA*
- XXII. Jahresversammlung der ECE vom 10. bis 28.4.1967 in Genf  
*siehe: ECE*
- Tagung der NATO-Verteidigungsminister am 9.5.1967 in Paris  
*siehe: NATO*
- 5. Deutsch-Amerikanische Konferenz der Atlantik-Brücke und des American Council on Germany vom 9. bis 12.5.1967 in Washington  
S. 735, 736<sup>5</sup>, 779f.
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten anlässlich des 10. Jahrestags der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 29./30.5.1967 in Rom  
*siehe: EWG/EG*
- Tagung des EWG-Ministerrats am 5./6.6.1967 in Brüssel  
S. 846<sup>13</sup>, 847, 878
- Tagung des EWG-Ministerrats am 13.6.1967 in Brüssel  
S. 988<sup>14</sup>
- Tagung des NATO-Ministerrats am 13./14.6.1967 in Luxemburg  
*siehe: NATO*
- Versammlung der WEU vom 13. bis 15.6.1967 in Paris  
S. 1110
- Konferenz der Außenminister der arabischen Staaten am 17./18.6.1967 in Kuwait  
*siehe: Arabische Staaten*
- Tagung des EWG-Ministerrats am 26./27.6.1967 in Brüssel  
*siehe: EWG/EG*
- Tagung des EGKS-Ministerrats am 29.6.1967 in Luxemburg  
*siehe: EGKS*

- Tagung des WEU-Ministerrats am 4./5.7.1967 in Den Haag  
*siehe: WEU*
- Tagung des EG-Ministerrats am 10./11.7.1967 in Brüssel  
*siehe: EWG/EG*
- Konferenz der Leiter der kommunistischen Parteien und der Regierungschefs von Bulgarien, der DDR, Jugoslawien, Polen, der Tschechoslowakei, der UdSSR und Ungarn am 11./12.7.1967 in Budapest S. 1052
- Tagung der Finanzminister und Notenbankgouverneure der zehn handelspolitisch wichtigsten nichtkommunistischen Staaten am 17./18.7.1967 in London  
*siehe: Zehnergruppe*
- Sitzung der Rapporture der Harmel-Studiengruppe am 21.7.1967 auf dem Petersberg bei Bonn  
*siehe: Harmel-Studie*
- Konferenz der Außenminister der arabischen Staaten vom 1. bis 4.8. 1967 in Khartum  
*siehe: Arabische Staaten*
- Konferenz der Finanzminister und Notenbankgouverneure der Zehnergruppe am 26.8.1967 in London  
*siehe: Zehnergruppe*
- Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der arabischen Staaten vom 29.8. bis 1.9.1967 in Khartum  
*siehe: Arabische Staaten*
- Konferenz der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) vom 22. bis 24.9. 1967 in Washington  
*siehe: Organisation Amerikanischer Staaten*
- Tagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank vom 25. bis 29.9. 1967 in Rio de Janeiro  
*siehe: IWF*
- XI. IAE-Generalkonferenz vom 26.9. bis 2.10.1967 in Wien  
*siehe: IAE*
- Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO am 28./29.9. 1967 in Ankara  
*siehe: Nukleare Planungsgruppe*
- Tagung des EG-Ministerrats am 2./3.10. 1967 in Luxemburg  
*siehe: EWG/EG*
- Tagung der Rapporture der Harmel-Studiengruppe am 10./11.10.1967 in Ditchley Park  
*siehe: Harmel-Studie*
- Tagung des EG-Ministerrats am 23./24.10.1967 in Luxemburg  
*siehe: EWG/EG*
- Tagung der Harmel-Studiengruppe zur Untersuchung der zukünftigen Aufgaben der Allianz („Special Group“) am 7./8.11.1967  
*siehe: Harmel-Studie*
- Tagung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich am 13.11.1967  
*siehe: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich*
- Tagung des EG-Ministerrats am 20.11. 1967 in Brüssel  
*siehe: EWG/EG*
- Herbsttagung der Atlantic Policy Advisory Group vom 23. bis 27.11.1967 in Montebello S. 1516
- Arbeitstagung der Leiter der Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland in den osteuropäischen Staaten am 4./5.12. 1967  
*siehe: Auswärtiges Amt*
- Tagung des EG-Ministerrats am 8.12. 1967 in Brüssel S. 1400<sup>24</sup>
- Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 9. bis 11.12.1967 in Kairo  
*siehe: Arabische Staaten*
- Tagung des EG-Ministerrats am 11./12.12.1967 in Brüssel S. 1392<sup>9</sup>
- Tagung der NATO-Verteidigungsminister am 12.12.1967 in Brüssel S. 872, 1614<sup>6</sup>
- Tagung des NATO-Ministerrats am 13./14.12.1967 in Brüssel  
*siehe: NATO*
- Tagung des EG-Ministerrats am 18./19.12.1967 in Brüssel  
*siehe: EWG/EG*
- Konferenz des Rats der Arabischen Liga vom 6. bis 8.1.1968 in Kairo S. 1650<sup>5</sup>

- Tagung des WEU-Ministerrats am 29./30.1.1968 in Brüssel  
S. 1715
- Tagung des EG-Ministerrats am 29.2.1968 in Brüssel  
S. 1694<sup>22</sup>
- UNO-Konferenz über internationales Vertragsrecht v. 26.3. bis 24.5.1968 in Wien  
S. 1561<sup>11</sup>

**Kongo**

*siehe: Demokratische Republik Kongo und Republik Kongo*

**Kontaktausschuß**

*siehe: Deutsche Frage*

**Koordinierungsausschuß der Staatssekretäre**

*siehe: Deutsche Frage*

**Korea**

*siehe: Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea)*

**KPD (Kommunistische Partei Deutschlands)**

S. 343, 927, 1170, 1711

**Kroatisches Nationalkomitee**

S. 458

**Kuba-Krise von 1962**

S. 180, 706f., 1195f., 1201

**Kultusministerkonferenz der Länder**

S. 112<sup>25</sup>

**Kuwait**

- DDR und Kuwait  
*siehe: DDR*
- Großbritannien und Kuwait  
*siehe: Großbritannien*
- Nahost-Konflikt  
*siehe: Nahost-Konflikt*
- Tunesien  
S. 193
- USA  
S. 936<sup>2</sup>

**Laos**

S. 86<sup>41</sup>

**Lenkungsausschuß für Entwicklungspolitik**

S. 764<sup>6</sup>

**Libanon**

**Dok. 353, 429** und S. 61<sup>3</sup>, 86<sup>41</sup>, 885, 1140, 1388f.

- DDR und Libanon  
*siehe: DDR*
- Frankreich und Libanon  
*siehe: Frankreich*
- Israel und Libanon  
*siehe: Israel*
- Nahost-Konflikt  
S. 795
- VAR  
S. 1698

**Libyen**

**Dok. 279** und S. 20, 992, 1121

- DDR und Libyen  
*siehe: DDR*
- Großbritannien und Libyen  
*siehe: Großbritannien*
- Ölembargo  
S. 802, 932, 1121
- Nahost-Konflikt  
*siehe: Nahost-Konflikt*
- USA  
S. 991

**Liquiditätsschöpfung**

*siehe: Internationale Währungspolitik*

**Luxemburg**

S. 113<sup>27</sup>, 1566

- Belgien und Luxemburg  
*siehe: Belgien*
- Europäische politische Union  
*siehe: Europäische politische Union*
- EWG/EG-Mitglied  
*siehe: EWG/EG*
- Harmel-Studie  
*siehe: Harmel-Studie*
- Israel und Luxemburg  
*siehe: Israel*
- Nahost-Konflikt  
*siehe: Nahost-Konflikt*
- NATO-Mitglied  
*siehe: NATO*
- Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*
- Verteidigungspolitik  
S. 366, 1627

**Luxemburger Abkommen vom 10. 9. 1952**

S. 21<sup>10</sup>, 612, 620<sup>4</sup>, 621, 674, 1591



**Madagaskar**

S. 20, 851

**Malaysia**

S. 310<sup>6</sup>

**Mali**

– Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 165**

– DDR und Mali

*siehe: DDR*

– EWG/EG

S. 733, 734<sup>13</sup>, 851

– Frankreich und Mali

*siehe: Frankreich*

– Großbritannien und Mali

*siehe: Großbritannien*

**MAN (Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg)**

*siehe: Wirtschaftsunternehmen*

**Mannesmann Export GmbH**

*siehe: Wirtschaftsunternehmen*

**Marokko**

**Dok. 164** und S. 992

– Algerien und Marokko

*siehe: Algerien*

– DDR und Marokko

*siehe: DDR*

– EWG/EG

S. 7<sup>16</sup>, 194, 196, 1342, 1692<sup>18</sup>

– Israel und Marokko

*siehe: Israel*

**Marshallplan**

S. 434, 988<sup>18</sup>, 1060

**Mauretanien**

S. 851, 1457<sup>2</sup>

– Großbritannien

*siehe: Großbritannien*

**Mexiko**

– 18-Mächte-Abrüstungskommission  
S. 509f.

– Nichtverbreitung von Kernwaffen

*siehe: Nichtverbreitung*

**Mittelfristige Finanzplanung**

*siehe: Bundeshaushalt*

**MLF (Multilateral Force)**

*siehe: Multilaterale Atomstreitmacht*

**Morgenthauplan**

S. 313<sup>5</sup>, 400, 405, 407

**Mosambik**

S. 585

– Portugal

S. 1177

**Münchener Abkommen vom 29.9.1938**

S. 11, 12<sup>10</sup>, 48f., 60f., 63, 70, 80, 83, 158, 238, 522, 572f., 756<sup>3</sup>, 769, 778, 900f., 970, 927<sup>11</sup>, 998, 1024, 1044, 1113, 1150, 1641

**Multilaterale Atomstreitmacht**

S. 30, 43<sup>5</sup>, 220<sup>7</sup>, 223, 267

– ANF (Allied Nuclear Force)

S. 18<sup>22</sup>

– GNS (Gemeinsame Nukleare Streitmacht)

S. 18<sup>22</sup>

– MLF (Multilateral Force)

S. 18, 41, 44, 72, 639, 1157, 1440

**Nahost-Konflikt**

**Dok. 186, 434** und S. 809–812, 817–819, 826f., 865, 902, 932f., 938–940, 973f., 989<sup>4</sup>, 1006, 1008, 1064, 1107, 1208, 1265, 1275, 1313f., 1390

– Algerien

S. 1574, 1578, 1706

– von Israel besetzte Gebiete

S. 1036, 1391, 1403f., 1454f., 1464, 1471, 1488f., 1556, 1667

– Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 232, 257** und S. 897, 1014, 1038f., 1052, 1068–1070, 1140f., 1145, 1413–1415, 1688f.

– Ceylon

S. 1506<sup>4</sup>

– Dänemark

S. 881, 1662

– DDR

S. 829, 991, 1138<sup>5</sup>

– EWG/EG

S. 972f., 979, 1196

– Flüchtlingsfrage

S. 624, 906f., 938, 981, 983, 1134, 1468, 1470

– Frankreich

S. 796, 810, 849, 868, 881, 895f., 950, 976, 1035f., 1040, 1052, 1068f., 1083f., 1422, 1469

– Golf von Akaba: Sperrung

S. 777, 794–796, 809–811, 818f., 826, 857f., 868, 876, 950, 952, 981f., 1048

- Griechenland  
S. 881
  - Großbritannien  
S. 796<sup>10</sup>, 810, 859<sup>11</sup>, 881, 895f., 973, 1391, 1469
  - Iran  
S. 795
  - Italien  
S. 842, 881, 950
  - Kanada  
S. 881
  - Libanon  
S. 795
  - Libyen  
S. 795
  - Luxemburg  
S. 1026
  - NATO  
**Dok. 181, 198, 210, 220, 229, 242** und S. 931, 1136, 1617<sup>5</sup>
  - Niederlande  
S. 846, 881
  - Ölembargo der arabischen Staaten  
802, 932, 936–938, 941, 943, 991, 1072, 1313, 1121
  - Rumänien  
S. 945<sup>2</sup>
  - Saudi-Arabien  
S. 795
  - Spanien  
S. 950
  - Straße von Tiran  
S. 973f.
  - Sudan  
**Dok. 212** und S. 795
  - Suez-Kanal: Sperrung  
S. 872<sup>2</sup>, 932, 950, 952, 981f., 1036, 1390, 1402f.
  - Syrien  
S. 1574
  - Türkei  
S. 881, 983
  - UdSSR  
S. 794f., 809f., 856–858, 873, 894–897, 906f., 932, 942–944, 982, 991, 1032, 1036, 1039, 1048, 1069, 1083f., 1110, 1190, 1205, 1422, 1469, 1666
  - UNO  
**Dok. 207, 211, 217** und S. 776f., 809, 849, 858, 880, 906–908, 981, 991, 1001, 1036, 1048, 1190, 1403, 1663–1667
  - USA  
**Dok. 201, 208** und S. 796<sup>10</sup>, 881, 894–897, 942f., 1091f., 1157, 1391, 1469, 1666
- Nahrungsmittelhilfe**  
*siehe: Indien; Indien-Bundesrepublik*
- Nationales Olympisches Komitee (NOK)**  
S. 1622<sup>3</sup>
- NATO (North Atlantic Treaty Organization)**  
**Dok. 433** und S. 19<sup>2</sup>, 276, 345, 547, 1190f., 1202, 1374
- ABM und NATO  
*siehe: ABM*
  - Abrüstung und Rüstungskontrolle  
*siehe: Abrüstung*
  - ADM und NATO  
*siehe: ADM*
  - AFNORTH  
S. 752<sup>2+3</sup>
  - Ailleret-Lemnitzer-Gespräche  
**Dok. 249, 271, 330** und S. 29<sup>9</sup>, 1294
  - APAG (Atlantic Policy Advisory Group)  
S. 1136, 1516, 1518
  - Arbeitsgruppe für Verteidigungsplanung (DPWG)  
S. 23<sup>4</sup>, 346f., 695, 870f., 1011
  - Ausschuß für Fragen der nuklearen Verteidigung (NDAC)  
S. 1245, 1299
  - Ausschuß für Verteidigungserhebung (DRC)  
S. 1497f.
  - Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC)  
S. 606, 684, 704, 709<sup>13+14</sup>, 1029, 1105, 1115<sup>4</sup>, 1614<sup>6</sup>
  - Belgien  
S. 253, 1011
  - Bericht der Drei Weisen von 1956  
S. 1136, 1215, 1217
  - Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 78, 274, 277, 343, 358** und S. 77, 122, 253, 428<sup>2</sup>, 441, 462, 665, 804, 1028f., 1085f., 1091, 1104–1106, 1118–1120, 1255f., 1258, 1663<sup>9</sup>
  - CENTAG  
S. 1307

- Dänemark  
S. 1216, 1662
- Demokratische Republik Kongo und NATO  
*siehe: Demokratische Republik Kongo*
- Deutsche Frage und Wiedervereinigung  
*siehe: Deutsche Frage*
- Dreier-Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und den USA über Truppenstationierung etc.  
*siehe: Dreier-Verhandlungen*
- Entwicklungsländer  
S. 1135 f.
- Europäische politische Union  
S. 1337
- „flexible response“  
S. 705–708, 725, 728, 1103, 1158, 1614<sup>6</sup>
- Frankreich  
**Dok. 260, 328, 359** und S. 29, 73, 109<sup>11</sup>, 361, 405 f., 546, 606, 665, 705, 708, 787, 804, 868, 1055, 1082, 1104–1106, 1107–1110, 1118, 1124, 1157 f., 1160, 1193 f., 1199 f., 1206, 1218, 1255 f., 1258, 1305–1307, 1320, 1335 f., 1347 f., 1409 f., 1424, 1433 f., 1515, 1518
- Griechenland  
S. 1220–1223, 1605
- Großbritannien  
S. 253, 346 f., 386, 464, 1011, 1135, 1428
- Harmel-Studie  
*siehe: Harmel-Studie*
- Interzonenhandel  
*siehe: Interzonenhandel*
- IRBM  
S. 141<sup>10</sup>
- Italien  
S. 1440
- Kriegsbevorratung  
S. 24
- Luxemburg  
S. 253
- „massive retaliation“  
S. 705–708, 1158
- Memorandum der italienischen Regierung vom 16.9.1966 zur Überwindung des technologischen Rückstands von Westeuropa gegenüber den USA (Fanfani-Plan)  
*siehe: Fanfani-Plan*
- Militärausschuß  
S. 704, 709<sup>14</sup>, 709<sup>14</sup>, 1012, 1294, 1300<sup>4</sup>, 1497, 1499 f.
- NADGE  
S. 1294 f., 1297
- Nahost-Konflikt  
*siehe: Nahost-Konflikt*
- NAMSO  
S. 1295
- Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*
- Norwegen  
S. 753
- Nukleare Beteiligung  
S. 203<sup>8</sup>, 223
- Nukleare Planungsgruppe  
*siehe: Nukleare Planungsgruppe*
- Nukleare Verteidigung  
**Dok. 270**
- Politischer Ausschuß  
S. 350–352, 526, 592, 594, 654<sup>7</sup>, 698, 944, 947, 948<sup>10</sup>, 949, 1568, 1620 f.
- Portugal  
S. 1613<sup>13</sup>
- Röhren-Embargo  
S. 1630 f.
- SACEUR  
S. 141, 384, 476 f., 502, 658<sup>10</sup>, 697 f., 751<sup>15</sup>, 870, 1004 f., 1201, 1236, 1280, 1301, 1306<sup>4</sup>, 1328
- SACLANT  
S. 1294, 1296
- SHAPE  
S. 1301 f., 1493
- Sicherheitsgarantie der USA  
**Dok. 290** und S. 29, 537<sup>14</sup>
- Special Committee („McNamara-Ausschuß“)  
S. 28<sup>6</sup>, 29, 139, 436
- „Stolperdraht“  
S. 1158
- Strategisches Konzept  
**Dok. 206, 252, 300, 386** und S. 725, 772, 1096–1100, 1102 f., 1118, 1614
- Streitkräfteplanung  
**Dok. 157** und S. 347, 1278–1281
- Tagung der NATO-Verteidigungsminister am 9.5.1967 in Paris  
S. 346, 725 f., 728, 1497<sup>6</sup>

- Tagung des NATO-Ministerrats am 13./14.6.1967 in Luxemburg  
**Dok. 220** und S. 788, 880, 902, 927, 941, 1009, 1010<sup>7</sup>, 1106, 1209, 1239
- Tagung des NATO-Ministerrats am 13./14.12.1967 in Brüssel  
**Dok. 433** und S. 347, 1009, 1010<sup>7</sup>, 1079, 1200, 1332, 1348, 1402, 1412, 1417f., 1497, 1499, 1502f., 1597, 1610, 1611<sup>10</sup>, 1616, 1668f.
- Tagung des NATO-Ministerrats am 15./16.12.1966 in Paris  
S. 18<sup>25</sup>, 27<sup>3</sup>, 28<sup>6</sup>, 39f., 54<sup>19+20</sup>, 84, 299, 429<sup>6</sup>, 464, 785, 947f., 1009, 1080<sup>10</sup>, 1216, 1217
- TTD und NATO  
*siehe: TTD*
- Türkei  
S. 1221, 1605
- USA  
S. 201, 212, 253, 385f., 640, 870f., 1011, 1156–1160, 1325, 1434
- Verlegung der NATO nach Brüssel  
S. 1659
- Mitspracherecht der Bundesrepublik Deutschland beim Einsatz von Kernwaffen  
S. 1098
- Vietnam-Krieg  
*siehe: Vietnam-Krieg*
- Vorwarnzeit  
S. 23f., 705, 708f., 1029, 1099, 1158, 1201, 1208, 1237, 1279f., 1328
- WEU  
S. 543
- Zwei-Schlüssel-System  
S. 141, 201<sup>6</sup>, 1096, 1098
- NATO-Vertrag vom 4.4.1949**  
S. 29<sup>10</sup>, 360, 637f., 1159, 1247
- Art. 1  
S. 1284, 1475
- Art. 5  
S. 708, 1306
- Art. 13  
S. 728<sup>10</sup>, 1292
- Nepal**  
S. 310<sup>6</sup>
- Neue Rhein-Zeitung** (Essen)  
S. 1323

**Neues Deutschland** (Ost-Berlin)  
S. 1406

**Neunerklub**  
*siehe: Abrüstung*

**Neuseeland**  
– DDR  
*siehe: DDR*

– Großbritannien  
*siehe: Großbritannien*

**Nichtverbreitung von Kernwaffen**  
**Dok. 38, 91** und S. 158, 471, 494, 752f., 1006

– Abrüstung von Kernwaffen  
S. 16, 249

– Albanien  
S. 438

– Arabische Staaten  
S. 425

– Atomwaffen-Herstellungsverzicht  
*siehe: Kernwaffen*

– Belgien  
S. 223, 225<sup>21</sup>, 558, 605<sup>21</sup>, 652, 667, 1552

– blockfreie Staaten  
S. 438, 440, 450f., 456

– Brasilien  
S. 431, 456, 1248

– Bulgarien  
S. 508

– Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 25, 61, 226, 342, 402, 405** und S. 14, 18, 27–31, 40f., 72, 127, 140, 182f., 256, 284, 297, 359–363, 392, 400, 495, 607, 646, 759<sup>7</sup>, 1201, 1304, 1586–1589

– Dänemark  
S. 223, 225<sup>21</sup>, 556f., 740<sup>3</sup>

– DDR  
S. 200f., 1385, 1508–1510

– Denkschrift der Bundesregierung vom 27.5.1967 zur Nichtverbreitung von Kernwaffen  
S. 759, 934

– Deutsche Frage und Wiedervereinigung  
*siehe: Deutsche Frage*

– „Einfrieren“ von strategischen Kernwaffen-trägern  
S. 383, 494f.

– Europäische politische Union  
*siehe: Europäische politische Union*

- EURATOM  
*siehe: EURATOM*
- Frankreich  
S. 15–17, 45, 111, 224, 226, 251, 267–270, 312f, 339, 430, 551, 558, 606, 608<sup>9</sup>, 632, 993<sup>1</sup>, 994, 1007, 1068, 1384, 1398, 1462, 1629, 1655, 1682
- friedliche Nutzung der Kernenergie  
S. 256, 287, 302–304, 362, 364, 507f., 551, 553, 557f., 573, 599–602, 689, 1240
- Griechenland  
S. 223f., 557
- Großbritannien  
S. 16f., 223, 225<sup>21</sup>, 284–287, 509<sup>15</sup>, 556, 573–575, 740<sup>3</sup>, 750f., 1248, 1287, 1437f., 1552, 1654<sup>6</sup>
- Indien  
S. 15, 206, 213<sup>4</sup>, 224, 250, 254, 286, 425, 431, 435, 439, 456, 513, 632, 931, 1248, 1309f., 1503
- Israel  
S. 215, 407, 425, 431, 435, 438, 616, 639f.
- Italien  
S. 15, 33, 40–42, 149, 213<sup>4</sup>, 223f., 225<sup>21</sup>, 365, 537, 556, 558, 574, 605<sup>21</sup>, 607, 636–641, 646, 652, 667, 736, 740, 750f., 834–836, 931, 935, 996, 1552, 1557<sup>3</sup>
- Japan  
**Dok. 153** und S. 15, 206, 256<sup>3</sup>, 431, 834, 931, 935
- Jugoslawien  
S. 935
- Kanada  
S. 15, 213<sup>4</sup>, 223, 225<sup>21</sup>, 431, 452, 750
- Kossygin-Vorschlag vom 1.2.1966  
S. 555, 784, 785<sup>11</sup>, 1100, 1548<sup>4</sup>
- Luxemburg  
S. 607
- Mexiko  
S. 456, 935, 1345
- Multilaterale Atomstreitmacht  
S. 18
- NATO  
**Dok. 42, 114, 121, 132, 171, 183, 246** und S. 148–150, 361–365, 440, 443, 454, 512, 605, 628, 631, 636, 740, 835, 910, 1239, 1244f., 1272f., 1462, 1550–1552, 1654, 1661
- Niederlande  
S. 223, 225<sup>21</sup>, 557, 605<sup>21</sup>, 740<sup>3</sup>, 750, 1381, 1398, 1461
- Nigeria  
S. 1248
- Norwegen  
S. 223, 225<sup>21</sup>, 452, 556f., 740<sup>3</sup>, 752f.
- Pakistan  
S. 425, 439, 1309
- Polen  
S. 508
- Portugal  
S. 607
- Rumänien  
S. 119, 1168, 1171
- Rüstungskontrolle  
*siehe: Abrüstung*
- Schweden  
S. 15, 206, 286, 431, 435, 452, 456, 935, 1248, 1272, 1398f., 1438
- Schweiz  
S. 206, 638, 667, 935
- Teststopp-Abkommen vom 5.8.1963  
S. 28, 198f., 222, 399, 493, 1239<sup>4</sup>, 1346, 1474, 1508
- Tschechoslowakei  
S. 508
- Türkei  
S. 223f., 557, 605<sup>21</sup>
- UdSSR  
**Dok. 322** und S. 27, 145, 203, 240–242, 274<sup>8</sup>, 281, 285f., 340, 363, 404, 421–427, 433, 449–453, 506<sup>10</sup>, 508, 513, 533, 552f., 616, 637, 666f., 670, 740–742, 783–785, 835, 838, 910<sup>19</sup>, 925, 1031, 1100, 1168, 1380f., 1385, 1438, 1461, 1462f., 1547–1552, 1654f., 1682
- UNO  
*siehe: UNO*
- USA  
S. 221–223, 382, 409, 544, 608–612, 783–785, 878, 1091
- USA: Konsultationen mit der Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 24, 43, 92, 94, 106, 131, 135, 137, 138, 166, 233, 350, 351, 371, 390, 419, 431** und S. 14–16, 27–30, 40, 126, 182f., 186, 200f., 213–215, 249–252, 254, 255f., 336–341, 363, 397–400, 403f., 408, 428–

- 430, 511–513, 516–519, 530<sup>1</sup>, 533, 548, 550–553, 560, 636, 666–672, 750, 779, 834f., 929–931, 934–936, 1190f., 1198, 1286f., 1343–1347, 1548–1552, 1557f., 1628f., 1681f.
- VAR  
S. 215, 407, 435, 438f., 456, 639
  - Volksrepublik China  
S. 224, 364, 407, 930, 933, 1286<sup>2</sup>, 1287
- Nichtverbreitung (Entwurf eines Abkommens)**
- Dok. 4, 7, 314** und S. 127, 542, 559, 580, 934, 953, 1190, 1208, 1437, 1547, 1312, 1643f.
- Präambel  
S. 201<sup>4</sup>, 214, 225<sup>21</sup>, 249f., 428f., 436f., 449f., 452f., 507, 510<sup>17</sup>, 555, 557f., 598–601, 604, 617, 628, 688, 935, 954, 1240f., 1244–12466
  - Artikel I: Pflichten der Nuklearmächte  
S. 14<sup>4</sup>, 16<sup>18</sup>, 27<sup>3</sup>, 31<sup>13</sup>, 142f., 146<sup>18</sup>, 204, 223, 250<sup>5</sup>, 437, 602, 783<sup>2</sup>, 954, 1243, 1286–1288, 1681f.
  - Artikel II  
S. 16<sup>18</sup>, 146<sup>18</sup>, 204, 223<sup>15</sup>, 602, 783<sup>2</sup>, 954, 1243, 1288, 1681f.
  - Artikel III: Kontrollartikel  
**Dok. 168, 322** und S. 15<sup>12</sup>, 127, 148<sup>3</sup>, 201<sup>4</sup>, 204f., 214f., 222, 225–227, 270<sup>9</sup>, 302, 336<sup>2</sup>, 337, 389, 392, 408, 422, 424–426, 437, 439, 444, 451f., 489–492, 507, 510<sup>16</sup>, 511, 551f., 556, 574, 600–602, 608–612, 628, 688<sup>2</sup>, 749f., 783–785, 934<sup>11</sup>, 935, 953–955, 994, 995<sup>9</sup>, 1190, 1239, 1243, 1248, 1311<sup>2</sup>, 1343<sup>2</sup>, 1344–1347, 1379–1382, 1383–1385, 1398f., 1400<sup>23</sup>, 1438<sup>18</sup>, 1460–1463, 1547–1551, 1587, 1607, 1654<sup>2-5</sup>, 1655f., 1681f.
  - Artikel III, Absatz 5/Artikel IV (ab 11.6.1967): Schutz der friedlichen Nutzung der Kernenergie  
S. 16<sup>18</sup>, 128, 140<sup>7</sup>, 146, 201<sup>4</sup>, 205f., 214, 442<sup>27</sup>, 556, 573f., 598f., 604f., 611, 742<sup>9</sup>, 954, 1239, 1241–1243
  - Artikel IV, Absätze 2 und 3/Artikel V (ab 11.6.1967): Revisionsklausel  
S. 749f., 784, 954, 994, 1239
  - Artikel V: Beitrittsklausel  
S. 146<sup>18</sup>, 206, 652<sup>15</sup>, 935<sup>12</sup>
  - Artikel VI: Rücktrittsklausel  
S. 146, 206, 251, 442<sup>27</sup>, 555f., 604, 690, 1288
  - Geltungsdauer  
S. 442<sup>27</sup>, 558, 598<sup>5</sup>, 603–605, 629, 631, 637f., 646, 652, 667, 669, 689f., 735–737, 834, 836, 930, 935f., 1198, 1208, 1247, 1344f., 1547, 1558, 1608, 1629, 1682
  - Interpretationen zum Entwurf  
S. 31<sup>14</sup>, 182, 201–204, 222, 429, 423, 519, 556, 560, 602–604, 688, 751, 784, 1245, 1287f., 1343<sup>2</sup>, 1346, 1385
  - Mitspracherecht der Bundesrepublik Deutschland beim Einsatz von Kernwaffen  
18, 41, 145f., 603
  - Wohlverhaltensklausel  
S. 428, 555, 1548<sup>4</sup>
- Niederlande**
- Dok. 205, 255, 373** und S. 113<sup>27</sup>, 869<sup>5</sup>, 1089, 1105<sup>8</sup>, 1566
- Belgien und Niederlande  
*siehe: Belgien*
  - COCOM  
S. 1485
  - EURATOM-Mitglied  
*siehe: EURATOM*
  - Europäische politische Union  
*siehe: Europäische politische Union*
  - EWG/EG-Mitglied  
*siehe: EWG/EG*
  - Frankreich und Niederlande  
*siehe: Frankreich*
  - Gewaltverzicht  
*siehe: Gewaltverzicht*
  - Griechenland und Niederlande  
*siehe: Griechenland*
  - Großbritannien und Niederlande  
*siehe: Großbritannien*
  - Harmel-Studie  
*siehe: Harmel-Studie*
  - IMF  
S. 1071f.
  - Indien-Konsortium  
S. 919<sup>6</sup>
  - Israel und Niederlande  
*siehe: Israel*
  - Nahost-Konflikt  
*siehe: Nahost-Konflikt*
  - Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*
  - Nukleare Planungsgruppe der NATO  
*siehe: Nukleare Planungsgruppe*

- Ostblock-Staaten  
S. 1661
- Österreich  
S. 988
- Spanien  
S. 590<sup>3</sup>
- Südafrika  
S. 852 f.
- Streitkräfteplanung  
S. 870, 1019 f.
- TTD und Niederlande  
*siehe: TTD*
- USA  
S. 544, 885, 1485

#### **Niger**

S. 20, 22<sup>12</sup>, 851

#### **Nigeria**

**Dok. 298, 408** und S. 5<sup>10</sup>, 20, 22<sup>12</sup>

- 18-Mächte-Abrüstungskommission  
S. 508 f.
- Biafra  
S. 1183 f., 1568 f.
- Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*
- Ostblock-Staaten  
S. 1568

**Norddeutscher Rundfunk** (Hamburg)  
S. 503<sup>2</sup>

#### **Nordvietnam**

*siehe: Demokratische Republik Vietnam*

**Nordrhein-Westfalen**  
S. 328<sup>12</sup>

#### **Norwegen**

**Dok. 172** und S. 113<sup>27</sup>, 751–753

- EWG/EG  
S. 92, 567, 643, 805, 963<sup>4</sup>, 1037, 1064<sup>7</sup>,  
1332, 1429, 1443–1447, 1523, 1565<sup>3</sup>,  
1598–1602, 1627<sup>14</sup>, 1713, 1714<sup>7</sup>
- Frankreich und Norwegen  
*siehe: Frankreich*
- Griechenland und Norwegen  
*siehe: Griechenland*
- Großbritannien und Norwegen  
*siehe: Großbritannien*
- Harmel-Studie  
*siehe: Harmel-Studie*
- NATO-Mitglied  
*siehe: NATO*

- Neunerklub  
S. 353
- Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*
- TTD und Norwegen  
*siehe: TTD*
- UdSSR  
S. 838
- USA  
S. 753

#### **Noten und Memoranden**

- Erklärung der USA, Großbritannien und Frankreich vom 25.5.1950 über ein Ende des Wettrüstens im Nahen Osten und die Anerkennung der Grenzen  
S. 623, 777
- Note der UdSSR vom 31.3.1954 an die drei Westmächte  
S. 230
- Note der drei Westmächte vom 8.5.1954 an die UdSSR  
S. 230
- Note der sowjetischen Regierung vom 16. 12.1954 an die französische Regierung  
S. 1641<sup>18</sup>
- Note der sowjetischen Regierung vom 18.3.1955 an die französische Regierung  
S. 1641<sup>18</sup>
- (Moskauer) Memorandum der sowjetischen Regierung vom 15.4.1955  
S. 985, 1375
- Aide-mémoire der amerikanischen Regierung vom 11.2.1957 an die israelische Regierung  
S. 809<sup>3</sup>
- Aide-mémoire der sowjetischen Regierung vom 6.8.1958 an die Bundesregierung  
S. 1680
- Memorandum des Staatspräsidenten de Gaulle vom 17.9.1958 an Präsident Eisenhower und Premierminister Macmillan über ein Dreier-Direktorium  
S. 43
- Note der sowjetischen Regierung vom 27.11.1958 an die drei Westmächte  
S. 188<sup>10</sup>, 231<sup>14</sup>
- Note der jugoslawischen Regierung vom 5.2.1964 an die Bundesregierung  
S. 1275

- Memorandum der polnischen Regierung vom 29.2.1964 über das „Einfrieren“ der Nuklearwaffen in Mitteleuropa S. 542<sup>11</sup>
- Memorandum des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt, vom 26.8.1964 für den amerikanischen Außenminister Rusk S. 967
- Note der sowjetischen Regierung vom 7.12.1964 an die UNO-Generalversammlung S. 726<sup>7</sup>
- Memorandum der amerikanischen Regierung vom 29.4.1965 an die 18-Mächte-Abrüstungskommission S. 452<sup>14</sup>
- Memorandum des Auswärtigen Amts vom 22.6.1965 an die Botschafter der Drei Mächte S. 1350<sup>4</sup>
- Memorandum des Auswärtigen Amts vom 19.7.1965 bzw. 12.7.1966 an die Botschafter der Drei Mächte S. 293, 418<sup>8</sup>, 1350<sup>4</sup>
- Note der Bundesregierung vom 13.10.1965 an die jugoslawische Regierung S. 822, 1274
- Aide-mémoires der Französischen Republik vom 10./11.3.1966 an die NATO-Mitgliedstaaten S. 29<sup>9</sup>, 1034, 1410
- Note der Bundesregierung vom 25.3.1966 (Friedensnote) S. 38, 48<sup>9</sup>, 60<sup>5</sup>, 104, 158, 203, 216, 470, 727, 860, 899, 969, 1406, 1588<sup>8</sup>, 1641, 1643
- Aide-mémoire der Französischen Republik vom 29.3.1966 an die NATO-Mitgliedstaaten S. 170<sup>4</sup>, 1034, 1410
- Note der tschechoslowakischen Regierung vom 5.5.1966 an die Bundesregierung S. 969
- Note der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 17.5.1966 an die Bundesrepublik Deutschland S. 203, 1405 f.
- Bukarester Deklaration vom 6.7.1966  
*siehe: Bukarester Deklaration*
- Memorandum der italienischen Regierung vom 16.9.1966 an die NATO-Staaten (Fanfani-Plan)  
*siehe: Fanfani-Plan*
- Memorandum des Staates Israel vom 4.10.1966 an die EWG S. 3 f.
- Memorandum des Heiligen Stuhls vom 24.10.1966 S. 325, 327
- Verbalnote des Auswärtigen Amts vom 22.11.1966 an die kanadische Botschaft S. 171
- Note der DDR vom 23.11.1966 an die Drei Mächte S. 51<sup>6</sup>
- Note der tschechoslowakischen Regierung vom 19.12.1966 an die Bundesregierung über Wiedergutmachung S. 12
- Aide-mémoire des Auswärtigen Amts vom 20.12.1966 an die Botschaften der Drei Mächte S. 294
- Aide-mémoire der Bundesregierung vom 30.12.1966 an die amerikanische und die britische Regierung S. 26<sup>15</sup>
- Aide-mémoire der UdSSR vom 5.1.1967 an die Drei Mächte S. 54
- Aide-mémoire der amerikanischen Regierung vom 24.1.1967 S. 200
- Erklärung der sowjetischen Regierung vom 28.1.1967 über den „Nazismus und Militarismus in der Bundesrepublik Deutschland“  
*siehe: UdSSR-Bundesrepublik*
- Aide-mémoire der amerikanischen Regierung vom 31.1.1967 an EURATOM S. 392<sup>12</sup>, 608 f.
- Verbalnote der Bundesregierung vom 31.1.1967 an die rumänische Regierung S. 257
- Note der sowjetischen Regierung vom 7.2.1967 S. 239, 257 f.
- Aide-mémoire der belgischen Regierung vom 22.2.1967 an die Bundesregierung S. 306<sup>8</sup>



- Memorandum der amerikanischen Regierung vom 22.2.1967 über Nichtverbreitung  
S. 336, 338
  - Verbalnote des Auswärtigen Amts vom 31.3.1967 an die kanadische Botschaft  
S. 173
  - Memorandum der Bundesregierung vom 7.4. bzw. 17.5.1967  
S. 1248<sup>25</sup>
  - Memorandum der Arabischen Liga vom 21.4.1967 an die EWG  
S. 622
  - Karlsbader Aktionsprogramm vom 26.4. 1967  
S. 691–694, 725, 728, 1015, 1088<sup>4</sup>
  - Denkschrift der Bundesregierung vom 27.5.1967 zur Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*
  - Memorandum der Bundesregierung vom 3.7.1967 für die UNO  
S. 1027<sup>7</sup>, 1145
  - Note der jugoslawischen Regierung vom 12.7.1967 an die Bundesregierung über Wiedergutmachung  
*siehe: Jugoslawien-Bundesrepublik*
  - Note der sowjetischen Regierung vom 14.7.1967 an die Bundesregierung zum „Fall Japatko“  
S. 814<sup>4</sup>
  - Aide-mémoire der Bundesregierung vom 15.8.1967 für die israelische Regierung  
S. 1173f.
  - Sowjetische Note vom 15.8.1967  
S. 1224, 1268, 1494, 1679
  - Verbalnote der israelischen Regierung vom 3.10.1967 an die Bundesrepublik Deutschland über Wiedergutmachung  
S. 1591<sup>3</sup>
  - Aide-mémoire der Bundesregierung vom 4.10.1967 an die Drei Mächte  
S. 1584
  - Aide-mémoire der amerikanischen Regierung vom 5.10.1967  
S. 1344–1346, 1380f.
  - Sowjetisches Memorandum vom 12.10. 1967 an die Bundesregierung über Austausch von Gewaltverzichtserklärungen  
*siehe: Gewaltverzicht*
  - Sowjetisches Memorandum vom 21.11. 1967  
S. 1527f., 1545, 1656<sup>2</sup>
  - Aide-mémoire der Bundesregierung vom 30.11.1967 an die Drei Mächte  
S. 1583
  - Aide-mémoire der britischen Botschaft vom 5.12.1967 an das Auswärtige Amt  
S. 1610f.
  - Note der sowjetischen Regierung vom 8.12.1967 an die Bundesregierung  
S. 1623–1626, 1638–1640, 1652<sup>2</sup>, 1658, 1695
  - Aide-mémoire der Bundesregierung vom 14.12.1967 an die sowjetische Regierung  
S. 1524, 1527, 1652f.
  - Verbalnote der Bundesregierung vom 22.12.1967 an die sowjetische Regierung  
S. 1626, 1696<sup>8</sup>
  - Erklärung der amerikanischen Regierung vom 29.12.1967 an die sowjetische Regierung  
S. 1696
  - Erklärung der britischen Regierung vom 29.12.1967 an die sowjetische Regierung  
S. 1696
- Notstandsgesetzgebung**  
S. 477f., 1624
- Notstandsplanung der Drei Mächte**  
*siehe: Berlin*
- NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands)**  
S. 70, 228<sup>7</sup>, 229, 285f., 405, 407, 422, 471, 560f., 666, 960, 1070, 1623f., 1625<sup>14</sup>, 1638, 1640, 1658, 1711f.
- NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei)**  
S. 229, 560, 1711
- Nukleare Planungsgruppe der NATO**  
**Dok. 329, 384** und S. 28<sup>6</sup>, 41, 384, 707, 1188, 1201, 1245
- Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO am 28./29.9. 1967 in Ankara  
S. 1188, 1299–1304, 1325
  - Niederlande  
S. 1500
- Obervolta**  
S. 851

**Oder-Neiße-Linie**

**Dok. 149** und S. 1087

- Frankreich  
S. 220, 980, 1043–1046, 1249f., 1319f.
- Polen  
S. 71, 73<sup>25</sup>, 81<sup>16</sup>, 84, 119, 129f., 158, 297, 409, 460, 522, 541<sup>9</sup>, 676–678, 717f., 778, 860f., 1044, 1172, 1213<sup>5</sup>, 1214, 1261–1263, 1320, 1368–1370, 1435, 1527<sup>9</sup>, 1641, 1643
- UdSSR  
S. 240, 677, 1527<sup>9</sup>

**OECD (Organization for Economic Cooperation and Development)**

S. 39f., 46, 391, 549, 932, 937, 943, 1010, 1205, 1339

**Öl embargo**

*siehe: Nahost-Konflikt*

**Österreich**

**Dok. 76, 243** und S. 960

- COMECON  
S. 984
- DDR und Österreich  
*siehe: DDR*
- Donau-Konvention vom 18.8.1948  
*siehe: Donau-Konvention*
- EFTA-Mitglied  
*siehe: EFTA*
- EWG/EG  
S. 5<sup>11</sup>, 92, 252, 281, 354f., 984–988
- Farbfernsehen  
S. 356
- Indien-Konsortium  
S. 919<sup>6</sup>
- Neunerklub  
S. 353f.
- UdSSR  
S. 281, 985

**Olympische Spiele**

- VIII. Olympische Winterspiele 1960 in Squaw Valley  
S. 1408
- XVII. Olympische Sommerspiele 1960 in Rom  
S. 1408
- XVIII. Olympische Sommerspiele 1964 in Tokio  
S. 1408

- X. Olympische Winterspiele 1968 in Grenoble  
S. 893<sup>9</sup>, 1408f.
- XIX. Olympische Sommerspiele 1968 in Mexiko-City  
S. 893<sup>9</sup>
- XI. Olympische Winterspiele 1972 in Sapporo  
S. 1408
- XX. Olympische Sommerspiele 1972 in München  
S. 322<sup>10</sup>, 893

**Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)**

- Konferenz der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) vom 22. bis 24.9. 1967 in Washington  
S. 1662<sup>4</sup>

**Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU)**

- S. 716
- Außerordentliche Konferenz der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) am 4./5.12.1965 in Addis Abeba  
S. 1414<sup>3</sup>

**Osservatore Romano (Vatikan)**

S. 773f., 775<sup>8</sup>

**Ostausschuß der Deutschen Wirtschaft**

S. 369–371

**Ostblock-Staaten**

S. 73f., 1068

– COCOM  
**Dok. 380**

- EWG/EG  
*siehe: EWG/EG*
- Frankreich und Ostblock-Staaten  
*siehe: Frankreich*
- Iran und Ostblock-Staaten  
*siehe: Iran*
- Nahost-Konflikt  
S. 856, 945<sup>2</sup>, 1052, 1275<sup>4</sup>
- Niederlande und Ostblock-Staaten  
*siehe: Niederlande*
- Nigeria und Ostblock-Staaten  
*siehe: Nigeria*
- Sudan  
S. 1482<sup>5</sup>

**Ostblock-Staaten-  
Bundesrepublik Deutschland**

- Dok. 18, 127, 352** und S. 12f., 60<sup>5</sup>, 68, 109f., 126, 154, 216, 232, 341, 469f., 483, 514, 540f., 577, 641, 805, 974, 978f., 1014, 1046, 1090, 1166, 1169<sup>2</sup>, 1192, 1205, 1213f., 1364f., 1395, 1435f., 1449f., 1452, 1487, 1490, 1536, 1540, 1608, 1638, 1683
- Aufnahme diplomatischer Beziehungen  
**Dok. 185** und S. 199<sup>10</sup>, 238, 257<sup>7</sup>, 260f., 414, 460f., 718, 901, 903, 997
  - Berlin-Klausel  
*siehe: Berlin-Klausel*
  - Deutsche Frage und Wiedervereinigung  
*siehe: Deutsche Frage*
  - Handels- und Wirtschaftsbeziehungen  
S. 150–152, 472–474
  - Kulturabkommen  
S. 293
  - Liberalisierung des Handels  
S. 150<sup>1</sup>, 166–168, 700, 1113<sup>7</sup>, 1167, 1228
  - Wiedergutmachung  
S. 1276

**Ostpolitik**

*siehe: Gewaltverzicht; Ostblock-Staaten-  
Bundesrepublik*

**Pakistan**

- Arabische Staaten  
S. 1208
- CENTO  
S. 798
- DDR und Pakistan  
*siehe: DDR*
- Indien und Pakistan  
*siehe: Indien*
- Iran und Pakistan  
*siehe: Iran*
- Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*
- SEATO  
S. 798
- UdSSR  
S. 763<sup>1</sup>, 764f., 838, 1308
- USA  
S. 763<sup>1</sup>, 765, 1309
- Volksrepublik China  
S. 764f., 803

**Pakistan-Bundesrepublik Deutschland  
Dok. 176, 331** und S. 797<sup>7</sup>, 1510<sup>2</sup>, 1609

- Ausrüstungshilfe  
S. 21, 318f., 918, 1309f.
- Deutsche Frage und Wiedervereinigung  
*siehe: Deutsche Frage*

**Palästina-Flüchtlinge**

*siehe: Arabische Staaten-  
Bundesrepublik; Nahost-Konflikt*

**Parlamentarischer Rat**

S. 230<sup>12+13</sup>, 595

**Passierschein-Gespräche**

**Dok. 286** und S. 1251, 1645f.

- 3. Passierschein-Vereinbarung vom 25.11.1965  
S. 1148<sup>8</sup>
- 4. Passierschein-Vereinbarung vom 7.3. 1966  
S. 50<sup>3</sup>
- Protokoll vom 6.10.1966 für Verwandtenbesuche in dringenden Familienangelegenheiten  
S. 50<sup>3</sup>, 178, 1147<sup>6</sup>
- Härtestelle  
S. 50<sup>3</sup>, 51

**PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation)**

S. 739<sup>9</sup>, 794f.

**Polen**

S. 74

- Belgien und Polen  
*siehe: Belgien*
- Bulgarien und Polen  
*siehe: Bulgarien*
- Dänemark und Polen  
*siehe: Dänemark*
- DDR und Polen  
*siehe: DDR*
- EWG/EG  
S. 1228
- Frankreich und Polen  
*siehe: Frankreich*
- GATT  
S. 16<sup>3</sup>, 793
- Großbritannien und Polen  
*siehe: Großbritannien*
- Heiliger Stuhl und Polen  
*siehe: Heiliger Stuhl*

- IAE0  
S. 1585<sup>2</sup>
- ICAO  
S. 476
- Italien und Polen  
*siehe: Italien*
- OECD  
S. 1228
- Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*
- Tschechoslowakei  
S. 789 f., 861
- Türkei  
S. 717 f., 859
- UdSSR  
S. 124<sup>9</sup>, 676, 1658
- Ungarn  
S. 789 f., 861
- VAR  
S. 856

**Polen–Bundesrepublik Deutschland**

- Dok. 2, 310** und S. 70, 72, 81, 85, 126, 219–221, 238, 252, 541, 568 790, 793, 859, 903, 997 f., 1014, 1249 f., 1370, 1386, 1436, 1450
- Aufnahme diplomatischer Beziehungen  
S. 282 f., 460
  - Deutsche Frage und Wiedervereinigung  
*siehe: Deutsche Frage*
  - Drittes Zusatzprotokoll vom 15.12.1967 zum Protokoll vom 7.3.1963 über den Handels- und Seeschiffsverkehrsverkehr  
S. 1227<sup>4</sup>
  - Flüchtlinge und Vertriebene  
S. 132
  - Gewaltverzicht  
*siehe: Gewaltverzicht*
  - Handels- und Wirtschaftsbeziehungen  
S. 166, 169, 757, 1227
  - Handelsvertretungen  
S. 117, 1129, 1143, 1228, 1395
  - Kulturbeziehungen  
S. 187<sup>7</sup>
  - Oder-Neiße-Linie  
*siehe: Oder-Neiße-Linie*
  - Parlamentarische Kontakte  
S. 8
  - Paß- und Visumsangelegenheiten  
S. 653<sup>2</sup>

**Politika** (Belgrad)  
S. 821, 1364<sup>1</sup>

**Portugal**

**Dok. 295, 369, 421**

- Afrikanische Kolonien  
S. 1456, 1613<sup>3</sup>, 1614–1616
- Angola und Portugal  
*siehe: Angola*
- EWG/EG  
S. 1363
- Mosambik und Portugal  
*siehe: Mosambik*
- NATO-Mitglied  
*siehe: NATO*
- Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*
- Rhodesien S. 585
- TTD und Portugal  
*siehe: TTD*

**Potsdamer Abkommen vom 2.8.1945**

S. 230, 717, 774, 900, 1031, 1162, 1527<sup>10</sup>, 1625, 1657, 1695, 1712

**Pravda** (Moskau)  
S. 1162, 1482

**Presse- und Informationsamt der Bundesregierung**  
S. 457, 1223

**Provinz Bozen (Südtirol)**  
*siehe: Italien*

**Radio Free Europe** (München)  
S. 161, 164

**Republik Kongo (Brazzaville)**  
S. 851

**Republik Vietnam (Südvietnam)**  
S. 218, 233 f.

**Rheinland-Pfalz**  
S. 328<sup>12</sup>, 666<sup>10</sup>

**Rhode und Schwarz**  
*siehe: Wirtschaftsunternehmen*

**Rhodesien**  
S. 420

- Großbritannien und Rhodesien  
*siehe: Großbritannien*
- Portugal und Rhodesien  
*siehe: Portugal*
- Südafrika  
S. 586

- Wirtschaftssanktionen  
S. 585 f.

**Röhren-Embargo**

*siehe: NATO*

**Römische Verträge vom 25.3.1957**

- S. 34, 107, 112 f., 271, 273, 279, 306, 534, 958, 961, 1039, 1057, 1256, 1430, 1443 f., 1713
- EURATOM-Vertrag vom 25.3.1957  
S. 390 f., 609, 619, 1339, 1460<sup>2</sup>, 1461
- EURATOM-Vertrag: Artikel 103  
S. 392, 1345<sup>7</sup>, 1398 f., 1549, 1587
- EURATOM-Vertrag: Artikel 192  
S. 391
- EWG-Vertrag vom 25.3.1957  
S. 5, 186, 390, 1339, 1421, 1598 f., 1601 f., 1687
- EWG-Vertrag: Artikel 2  
S. 1600
- EWG-Vertrag: Artikel 3  
S. 1600
- EWG-Vertrag: Artikel 5  
S. 1689<sup>14</sup>
- EWG-Vertrag: Artikel 19  
S. 1600
- EWG-Vertrag: Artikel 28  
S. 1602<sup>17</sup>
- EWG-Vertrag: Artikel 108  
S. 36<sup>22</sup>
- EWG-Vertrag: Artikel 111  
S. 1602<sup>17</sup>
- EWG-Vertrag: Artikel 113  
S. 1600
- EWG-Vertrag: Artikel 237  
S. 844, 847, 963, 1337, 1602, 1611, 1673<sup>6</sup>, 1690–1692
- EWG-Vertrag: Artikel 238  
S. 615<sup>11</sup>

**Rotationsplan**

*siehe: USA*

**Ruanda**

S. 851

**Rumänien**

- S. 74, 92, 95 f., 98, 119
- 18-Mächte-Abrüstungskommission  
S. 508
- Abrüstung und Rüstungskontrolle  
S. 1165<sup>3</sup>

- Belgien und Rumänien  
*siehe: Belgien*
- Bulgarien und Rumänien  
*siehe: Bulgarien*
- DDR und Rumänien  
*siehe: DDR*
- EWG/EG  
S. 210
- Frankreich und Rumänien  
*siehe: Frankreich*
- ICAO  
S. 476
- Israel und Rumänien  
*siehe: Israel*
- Italien und Rumänien  
*siehe: Italien*
- Nahost-Konflikt  
*siehe: Nahost-Konflikt*
- Neunerklub  
S. 353<sup>6</sup>
- Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*
- UdSSR  
S. 124<sup>9</sup>, 231, 676, 805, 1042, 1624, 1711
- UNO  
*siehe: UNO*
- Vietnam-Krieg  
*siehe: Vietnam-Krieg*
- Volksrepublik China  
S. 1042

**Rumänien–**

**Bundesrepublik Deutschland**

- Dok. 230, 292, 293, 383, 445, 448** und  
S. 38, 71, 73<sup>25</sup>, 79, 83, 126, 153, 155, 190, 235, 461, 805, 1205, 1213, 1370 f., 1395
- Aufnahme diplomatischer Beziehungen  
**Dok. 12, 20, 39** und S. 103<sup>2</sup>, 104, 232, 257 f., 282, 317, 333, 370, 414, 470, 485, 514<sup>4</sup>, 523, 568, 587, 615, 676<sup>1</sup>, 789, 792<sup>16</sup>, 861, 922, 997, 1042, 1068, 1139, 1144<sup>11</sup>, 1165, 1475, 1491, 1626
- Banater Schwaben  
S. 59<sup>12</sup>
- Berlin-Klausel und Rumänien  
*siehe: Berlin-Klausel*
- Deutsche Frage und Wiedervereinigung  
*siehe: Deutsche Frage*
- Donau-Konvention vom 18.8.1948  
*siehe: Donau-Konvention*

- Familienzusammenführung  
**Dok. 275** und S. 56<sup>1</sup>, 59, 118, 210, 1166f.
- Gemischte Kommission  
S. 792
- Gewaltverzicht  
*siehe: Gewaltverzicht*
- Handels- und Wirtschaftsbeziehungen  
S. 117, 151<sup>5</sup>, 166, 210, 792, 946, 1129, 1167, 1169
- Kulturbeziehungen  
S. 187<sup>7</sup>, 210f., 980, 1166, 1553–1555
- Liberalisierung des Handels  
S. 757, 1022<sup>9</sup>, 1630
- Paß- und Visumsangelegenheiten  
S. 792, 1168
- Siebenbürger Sachsen  
S. 59<sup>12</sup>
- Wirtschaftlich-technisches Kooperationsabkommen vom 3.8.1967 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Rumänien  
S. 1167, 1710

#### **Saar-Frage**

*siehe: Frankreich-Bundesrepublik*

#### **Saudi-Arabien**

- S. 6<sup>13</sup>, 856, 745, 1403
- DDR und Saudi-Arabien  
*siehe: DDR*
- Demokratische Republik Jemen und Saudi-Arabien  
*siehe: Demokratische Republik Jemen*
- Jordanien und Saudi-Arabien  
*siehe: Jordanien*
- Nahost-Konflikt  
*siehe: Nahost-Konflikt*
- Ölembargo  
S. 932
- Tunesien  
S. 193

#### **Schuman-Plan**

S. 1424

#### **Schleswig-Holstein**

S. 666

#### **Schweden**

- S. 15, 41, 113<sup>27</sup>, 213<sup>4</sup>, 800
- 18-Mächte-Abrüstungskommission  
S. 508, 510

- DDR und Schweden  
*siehe: DDR*
- EWG/EG  
S. 5<sup>11</sup>, 567, 1037
- Griechenland und Schweden  
*siehe: Griechenland*
- Japan und Schweden  
*siehe: Japan*
- Neunerklub  
S. 353<sup>6</sup>
- Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*
- TTD und Schweden  
*siehe: TTD*
- UdSSR  
S. 838
- VAR  
S. 332

#### **Schweiz**

- DDR und Schweiz  
*siehe: DDR*
- EWG/EG  
S. 5<sup>11</sup>
- Israel und Schweiz  
*siehe: Israel*
- Kennedy-Runde  
S. 746, 747<sup>6</sup>
- Neunerklub  
S. 353
- Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*

#### **Sechs-Tage-Krieg**

*siehe: Nahost-Konflikt*

#### **SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands)**

- S. 321, 469, 654, 863<sup>9</sup>, 1703
- VII. Parteitag der SED vom 17. bis 22.4. 1967 in Ost-Berlin  
S. 321, 570, 863<sup>9</sup>, 1703

#### **Senegal**

S. 851

#### **SERI-Renault-Engineering**

*siehe: Wirtschaftsunternehmen*

#### **SHAPE**

*siehe: NATO*

#### **Shell GmbH**

*siehe: Wirtschaftsunternehmen*

**Sicherheitsgarantie der USA**

*siehe: NATO*

**Sierra Leone**

S. 543

**Somalia**

S. 20, 22<sup>12</sup>, 851

- Äthiopien und Somalia

*siehe: Äthiopien*

**Sozialistische Internationale**

- Konferenz der Parteivorsitzenden der Sozialistischen Internationalen am 4./5.1. 1967 in Rom

S. 7<sup>17</sup>, 14<sup>1</sup>, 32<sup>2</sup>, 89, 131<sup>13</sup>

**SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)**

S. 15<sup>6</sup>, 19, 66, 131, 193, 195, 298, 337, 514 f., 570, 665, 1102, 1213, 1214<sup>6</sup>, 1219, 1223<sup>15</sup>, 1371, 1487

**Spanien**

S. 340

- EWG/EG

S. 7, 92, 184<sup>3</sup>, 590, 591<sup>5</sup>, 623, 674, 1363

- Italien und Spanien

*siehe: Italien*

- Nahost-Konflikt

*siehe: Nahost-Konflikt*

- Niederlande und Spanien

*siehe: Niederlande*

**SRP (Sozialistische Reichspartei)**

S. 1711

**Staatsbürgerschaftsgesetz der DDR**

*siehe: DDR*

**Stiftung Wissenschaft und Politik (Ebenhausen)**

S. 1260

**Stuttgarter Nachrichten**

S. 1368<sup>3</sup>

**Sudan**

**Dok. 379** und S. 6<sup>13</sup>, 20, 22<sup>12</sup>, 87<sup>42</sup>, 342, 715<sup>7</sup>, 885, 886<sup>9</sup>, 1140, 1403, 1568

- Bulgarien und Sudan

*siehe: Bulgarien*

- DDR und Sudan

*siehe: DDR*

- Großbritannien und Sudan

*siehe: Großbritannien*

- Nahost-Konflikt

*siehe: Nahost-Konflikt*

- Ostblock-Staaten und Sudan

*siehe: Ostblock-Staaten*

- Sanu-Partei

S. 1483

- Tunesien

S. 193

- UdSSR

S. 884–886

- Umma-Partei

S. 1483

- USA

S. 884 f., 991, 1482<sup>5</sup>, 1483

- VAR

S. 885

- Volksrepublik China

S. 884

**Sudetendeutsche**

*siehe: Tschechoslowakei-Bundesrepublik*

**Südafrika**

**Dok. 213, 297**

- Apartheid

S. 850–853

- Niederlande und Südafrika

*siehe: Niederlande*

- Rhodesien und Südafrika

*siehe: Rhodesien*

- UNO

*siehe: UNO*

**Südtirol**

*siehe: Italien*

**Südvietnam**

*siehe: Republik Vietnam*

**Südwestfunk (Baden-Baden)**

S. 1511

**Suez-Kanal**

*siehe: Nahost-Konflikt*

**Suez-Krise von 1956**

S. 797, 804, 827

**Syrien**

S. 86<sup>41</sup>, 719, 1140, 1415

- Algerien und Syrien

*siehe: Algerien*

- DDR und Syrien

*siehe: DDR*

- Deutsche Frage und Wiedervereinigung

*siehe: Deutsche Frage*

- Frankreich und Syrien

*siehe: Frankreich*

- Großbritannien und Syrien

*siehe: Großbritannien*

- Israel und Syrien  
*siehe: Israel*
- Jordanien und Syrien  
*siehe: Jordanien*
- Nahost-Konflikt  
*siehe: Nahost-Konflikt*
- UdSSR  
S. 809, 882f., 1036, 1048
- UNO und Syrien  
*siehe: UNO*
- USA  
S. 991
- VAR  
S. 809

**Tagesspiegel** (Berlin)  
S. 1473<sup>10</sup>

**Tansania**  
S. 5<sup>10</sup>, 20, 22<sup>12</sup>

**TASS (Telegrafnoe Agentstvo  
Sovetskogo Sojuza, Moskau)**  
S. 1162, 1624<sup>7</sup>

**Thailand**  
S. 1533

**The New York Times**  
S. 1012<sup>8</sup>, 1159, 1360

**Tibet**  
– Volksrepublik China  
S. 1535

**Togo**  
S. 851

**Truppenreduzierung**  
*siehe: Abrüstung; Bundeswehr*

**Tschad**  
**Dok. 123**

- EWG/EG  
S. 564, 851
- Frankreich und Tschad  
*siehe: Frankreich*

**Tschechoslowakei**  
S. 74

- DDR und Tschechoslowakei  
*siehe: DDR*
- Frankreich und Tschechoslowakei  
*siehe: Frankreich*
- Großbritannien und Tschechoslowakei  
*siehe: Großbritannien*
- IAE0  
S. 1585<sup>2</sup>

- ICAO  
S. 476
- Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*
- Polen und Tschechoslowakei  
*siehe: Polen*
- UdSSR  
S. 124<sup>9</sup>, 514, 789f., 861, 1624, 1638

**Tschechoslowakei–  
Bundesrepublik Deutschland**

- Dok. 3, 10, 13, 113, 178, 218** und S. 70, 79f., 85, 126, 155, 190, 252, 571, 587f., 1014, 1205, 1370, 1627
- Abkommen vom 3.8.1967 über den Waren- und Zahlungsverkehr sowie über den Austausch von Handelsvertretungen  
S. 1317<sup>4</sup>, 1370, 1395, 1627<sup>5</sup>
  - Aufnahme diplomatischer Beziehungen  
S. 10, 37f., 103<sup>2</sup>, 282f., 460, 514, 568, 759, 789f., 793, 823, 898f., 901, 1024
  - Berlin-Klausel  
*siehe: Berlin-Klausel*
  - Deutsche Frage und Wiedervereinigung  
*siehe: Deutsche Frage*
  - Gewaltverzicht  
*siehe: Gewaltverzicht*
  - Handels- und Wirtschaftsbeziehungen  
**Dok. 100, 256, 174, 276, 281, 284, 287, 288, 289** und S. 61–63, 84, 166, 770, 898–900, 1213<sup>5</sup>, 1317 1395
  - Münchener Abkommen vom 29.9.1938  
*siehe: Münchener Abkommen*
  - Paß- und Visumsangelegenheiten  
S. 653<sup>2</sup>, 1024
  - Sudetendeutsche  
S. 11f., 900, 1044
  - Wiedergutmachung  
S. 901
- TTD (Temporary Travel Documents)**  
S. 177<sup>3</sup>, 342f., 352, 395, 571, 576f., 891f.
- Abschaffung der TTD-Regelung  
**Dok. 93, 116, 144, 216**
  - ATO (Allied Travel Office)  
S. 350, 352, 446, 527f., 576<sup>2</sup>, 654<sup>7</sup>, 1374<sup>23</sup>, 1621
  - Belgien  
S. 352
  - Dänemark  
S. 350–352, 447, 642, 892



- Italien  
S. 352
- NATO  
**Dok. 75** und S. 446–448, 654, 891f., 1620f.
- Niederlande  
S. 351f.
- Norwegen  
S. 350<sup>1+3</sup>, 351f.
- Portugal  
S. 352
- TTD-Erleichterungen für Sportler  
**Dok. 357, 423**
- Schweden  
S. 892
- USA  
S. 177<sup>3</sup>, 178f.

#### Türkei

- Dok. 160, 202, 411** und S. 22<sup>13</sup>, 807f., 1603–1606
- ADM und Türkei  
*siehe: ADM*
- Arabische Staaten  
S. 777, 906, 1208
- EWG/EG  
S. 1571, 1692<sup>18</sup>
- Griechenland und Türkei  
*siehe: Griechenland*
- Harmel-Studie  
*siehe: Harmel-Studie*
- Heiliger Stuhl und Türkei  
*siehe: Heiliger Stuhl*
- Iran und Türkei  
*siehe: Iran*
- Israel und Türkei  
*siehe: Israel*
- Nahost-Konflikt  
*siehe: Nahost-Konflikt*
- NATO-Mitglied  
*siehe: NATO*
- Neunerklub  
S. 353
- Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*
- Polen und Türkei  
*siehe: Polen*
- UNO  
*siehe: UNO*

- Vorwarnzeit  
S. 1099
- Zypern  
S. 719, 1542–1544, 1579–1581

#### Tunesien

- Dok. 36** und S. 992
- DDR und Tunesien  
*siehe: DDR*
- EWG/EG  
S. 7<sup>16</sup>, 194, 196, 1342, 1692<sup>18</sup>
- Israel und Tunesien  
*siehe: Israel*
- IWF  
S. 195<sup>14</sup>
- Kuwait und Tunesien  
*siehe: Kuwait*
- Néo Destour Partei  
S. 193, 195, 197
- Saudi-Arabien und Tunesien  
*siehe: Saudi-Arabien*
- Sudan und Tunesien  
*siehe: Sudan*
- VAR  
S. 332

#### UdSSR (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken)

- S. 74, 123f., 798, 804, 808, 1054
- 18-Mächte-Abrüstungskommission  
S. 383
- ABM  
S. 381<sup>1</sup>
- Abrüstung und Sicherheit  
S. 1150f.
- Afghanistan und UdSSR  
*siehe: Afghanistan*
- Albanien und UdSSR  
*siehe: Albanien*
- Algerien und UdSSR  
*siehe: Algerien*
- Allunionshandelskammer  
S. 1232f.
- Arabische Staaten  
S. 873<sup>2</sup>, 874f., 876–878, 895, 1650, 1666
- Astronautenbergungsabkommen  
*siehe: Astronautenbergungsabkommen*
- Äthiopien und UdSSR  
*siehe: Äthiopien*

- Bulgarien und UdSSR  
*siehe: Bulgarien*
  - DDR und UdSSR  
*siehe: DDR*
  - Demokratische Republik Vietnam und UdSSR  
*siehe: Demokratische Republik Vietnam*
  - EURATOM  
S. 439, 742, 783<sup>2</sup>, 1020
  - Finnland und UdSSR  
*siehe: Finnland*
  - Frankreich und UdSSR  
*siehe: Frankreich*
  - Großbritannien und UdSSR  
*siehe: Großbritannien*
  - IAEA  
S. 491 f., 1585<sup>3</sup>
  - Indien und UdSSR  
*siehe: Indien*
  - Iran und UdSSR  
*siehe: Iran*
  - Israel und UdSSR  
*siehe: Israel*
  - Italien und UdSSR  
*siehe: Italien*
  - Japan und UdSSR  
*siehe: Japan*
  - Jordanien und UdSSR  
*siehe: Jordanien*
  - Jugoslawien und UdSSR  
*siehe: Jugoslawien*
  - Kanada und UdSSR  
*siehe: Kanada*
  - KPdSU  
S. 1067 f.
  - MRBM  
S. 1303
  - Nahost-Konflikt  
*siehe: Nahost-Konflikt*
  - NATO  
S. 360
  - Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*
  - Norwegen und UdSSR  
*siehe: Norwegen*
  - Österreich und UdSSR  
*siehe: Österreich*
  - Pakistan und UdSSR  
*siehe: Pakistan*
  - Polen und UdSSR  
*siehe: Polen*
  - Rumänien und UdSSR  
*siehe: Rumänien*
  - Schweden und UdSSR  
*siehe: Schweden*
  - Sicherheitskontrolle  
S. 389<sup>3</sup>, 425, 445, 494, 1587, 1607
  - Sudan und UdSSR  
*siehe: Sudan*
  - Syrien und UdSSR  
*siehe: Syrien*
  - Tschechoslowakei und UdSSR  
*siehe: Tschechoslowakei*
  - Ungarn und UdSSR  
S. 124<sup>9</sup>, 160, 357, 789 f., 861
  - UNO  
*siehe: UNO*
  - USA  
S. 14, 16, 28, 30, 44, 124<sup>9</sup>, 125, 139–148, 182<sup>12+13</sup>, 183<sup>4</sup>, 200–202, 212, 214, 217, 251, 252, 268, 270<sup>9</sup>, 336<sup>2</sup>, 353, 359<sup>3</sup> 363 f., 381–383, 386, 397–399, 404, 409, 427–431, 435–439, 450, 456, 462, 471, 484, 492–496, 510, 547, 555, 560, 632, 664 f., 669 f., 728<sup>11</sup>, 736, 794, 810, 856–858, 873<sup>2</sup>, 876–878, 906, 930, 933, 950, 973 f., 993<sup>2</sup>, 994, 1053, 1055, 1091 f., 1109, 1158–1160, 1189, 1204, 1224 f., 1344–1347, 1382, 1385, 1458, 1460<sup>2</sup>, 1469, 1517, 1663, 1666
  - VAR  
S. 744, 794, 809, 857, 883, 932, 941 f., 982, 1036, 1048, 1416, 1578
  - Verfassung  
S. 1067
  - Vietnam-Krieg  
*siehe: Vietnam-Krieg*
  - Volksrepublik China  
S. 49, 124, 287, 353, 469 f., 540, 570 f., 648, 661, 754 f., 895, 1055, 1084, 1125, 1205, 1287, 1532, 1535
  - Weltraumvertrag  
*siehe: Weltraumvertrag*
  - Wolgadeutsche  
**Dok. 265**
- UdSSR–Bundesrepublik Deutschland**  
**Dok. 34, 44, 46, 47, 90, 195, 224, 253,**

- 424, 443** und S. 38, 71f., 85, 140, 252, 414f., 461, 466<sup>15</sup>, 536, 539f., 560, 568f., 571, 666, 791, 861, 903, 974, 991, 1068, 1090f., 1140, 1205, 1436, 1449f., 1608, 1626, 1628–1640, 1640–1648
- Abrüstung und Rüstungskontrolle  
**Dok. 163** und S. 187, 1014–1017, 1031
  - Aufnahme diplomatischer Beziehungen am 13.9.1955  
S. 48, 57, 157, 237f., 240, 380, 485, 926, 1545
  - Austausch von Manöverbeobachtern bzw. Militärattachés  
**Dok. 215** und S. 925, 1332
  - Berlin  
*siehe: Berlin*
  - Deutsche Frage und Wiedervereinigung  
*siehe: Deutsche Frage*
  - Erdölleitung  
**Dok. 238**
  - Erklärung der sowjetischen Regierung vom 28.1.1967 über den „Nazismus und Militarismus in der Bundesrepublik Deutschland“  
S. 203, 237, 228<sup>7</sup>, 229f., 232, 240, 242f., 246, 249, 252, 258<sup>8</sup>, 340, 342, 470f., 536, 552, 561<sup>4</sup>, 568f., 892, 1246<sup>20</sup>, 1624
  - „Fall Jepatko“  
**Dok. 189** und S.866
  - Gewaltverzicht  
*siehe: Gewaltverzicht*
  - inhaftierte Studenten Naumann, Sonntag und Schaffhauser  
S. 228<sup>3+4</sup>
  - Handels- und Wirtschaftsbeziehungen  
**Dok. 26, 426** und S. 166, 169, 427, 838, 924, 1407, 1631
  - Kulturbeziehungen  
S. 72, 187, 293, 838, 924
  - Luftverkehrsverhandlungen  
**Dok. 102, 235, 309, 321, 385, 439** und S. 228, 418, 838, 924, 1394, 1407, 1644
  - Oder-Neiße-Linie  
*siehe: Oder-Neiße-Linie*
  - Paß- und Visumsangelegenheiten  
S. 653<sup>2</sup>
  - technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit  
S. 838, 924
  - Zusammenarbeit bei der Aufklärung von NS-Verbrechen  
S. 924, 1394
- Uganda**  
S. 5<sup>10</sup>
- Ungarn**  
S. 74
- DDR und Ungarn  
*siehe: DDR*
  - EWG/EG  
S. 167f.
  - Frankreich und Ungarn  
*siehe: Frankreich*
  - GATT  
S. 160, 163
  - ICAO  
S. 476
  - Italien und Ungarn  
*siehe: Italien*
  - Kennedy-Runde  
S. 167
  - Neunerklub  
S. 353<sup>6</sup>
  - Polen und Ungarn  
*siehe: Polen*
  - UdSSR und Ungarn  
*siehe: UdSSR*
- Ungarn–Bundesrepublik Deutschland**  
**Dok. 28** und S. 73<sup>25</sup>, 81, 84, 190, 252, 1396, 1450
- Aufnahme diplomatischer Beziehungen  
**Dok. 71, 77** und S. 282f., 460, 514, 537, 568, 789–791, 793, 823, 922
  - Berlin-Klausel  
*siehe: Berlin-Klausel*
  - Deutsche Frage und Wiedervereinigung  
*siehe: Deutsche Frage*
  - Donau-Konvention vom 18.8.1948  
*siehe: Donau-Konvention*
  - Familienzusammenführung  
**Dok. 27** und S. 158
  - Gewaltverzicht  
*siehe: Gewaltverzicht*
  - Handels- und Wirtschaftsbeziehungen  
**Dok. 27** und S. 117, 156f., 159, 162, 165–170, 1129
  - Journalistenaustausch  
S. 160f., 163

- Kulturbeziehungen  
S. 187<sup>7</sup>
- Liberalisierung des Handels  
S. 757, 1022<sup>9</sup>
- Paß- und Visumsangelegenheiten  
S. 159, 162
- ungarische Emigranten in der Bundesrepublik Deutschland  
S. 162, 163
- Wiedergutmachung  
**Dok. 27** und S. 158, 160 f., 163 f.,
- UNO**  
S. 419, 1387, 1701
- 18-Mächte-Abrüstungskommission  
**Dok. 111** und S. 14<sup>4</sup>, 145, 147, 222, 224 f., 251, 381<sup>2</sup>, 429, 432<sup>2</sup>, 433, 435, 439, 442, 456, 519, 557 f., 570<sup>21</sup>, 599, 736 f., 740, 742<sup>9</sup>, 784, 910, 934, 1239, 1244, 1345, 1547
- Bulgarien und UNO  
S. 1683
- DDR und UNO  
*siehe: DDR*
- Demokratische Republik Kongo und UNO  
S. 1186
- Demokratische Republik Vietnam und UNO  
*siehe: Demokratische Republik Vietnam*
- Demokratische Volksrepublik Korea und UNO  
*siehe: Demokratische Volksrepublik Korea*
- Deutsche Frage und Wiedervereinigung  
*siehe: Deutsche Frage*
- Frankreich und UNO  
S. 1395
- Generalversammlung  
S. 125<sup>12</sup>, 209, 438<sup>21</sup>, 505, 809 f., 850, 852 f., 895, 904, 930<sup>6</sup>, 945, 973<sup>16</sup>, 974, 991<sup>5</sup>, 1048<sup>7</sup>, 1189<sup>6</sup>, 1190, 1314, 1386, 1683<sup>12</sup>, 1700, 1702
- Heiliger Stuhl und UNO  
*siehe: Heiliger Stuhl*
- Israel und UNO  
S. 737-739, 809<sup>2</sup>, 896, 1390
- Nahost-Konflikt und UNO  
*siehe: Nahost-Konflikt*
- Nichtverbreitung von Kernwaffen  
S. 407, 1380
- Politischer Ausschuß der Generalversammlung  
S. 852, 1343<sup>2</sup>, 1380 f.
- Resolution Nr. 181 der Generalversammlung vom 29.11.1947  
S. 737<sup>3</sup>
- Resolution Nr. 194 der Generalversammlung vom 11.12.1948  
S. 737<sup>3</sup>
- Resolution Nr. 303 der Generalversammlung vom 9.12.1949  
S. 737<sup>3</sup>
- Resolution Nr. 5471 des Sicherheitsrats vom 4.12.1963  
S. 887
- Resolution Nr. 198 des Sicherheitsrats vom 18.12.1964  
S. 1604
- Resolution Nr. 2028 der Generalversammlung vom 19.11.1965  
S. 438<sup>21</sup>
- Resolution Nr. 2054 der Generalversammlung vom 15.12.1965  
S. 850
- Resolution Nr. 2129 der Generalversammlung vom 21.12.1965  
S. 208, 353, 1490
- Resolution Nr. 228 des Sicherheitsrats vom 25.11.1966  
S. 739<sup>10</sup>
- Resolution Nr. 2162 der Generalversammlung vom 5.12.1966  
S. 251
- Resolution Nr. 232 des Sicherheitsrats vom 16.12.1966  
S. 584
- Resolution Nr. 233 des Sicherheitsrats vom 6.6.1967  
S. 873<sup>2</sup>, 874<sup>6</sup>, 884
- Resolution Nr. 2253 der Generalversammlung vom 4.7.1967  
S. 1001<sup>5</sup>
- Resolution Nr. 234 des Sicherheitsrats vom 7.6.1967  
S. 873<sup>2</sup>, 874<sup>6</sup>, 884
- Resolution Nr. 244 des Sicherheitsrats vom 22.12.1967  
S. 1664<sup>12</sup>, 1666
- Rumänien und UNO  
S. 208 f., 1490

- Sicherheitsrat  
S. 810, 849<sup>5</sup>, 882–884, 894–897, 906
- Südafrika und UNO  
S. 850–853, 887
- Syrien und UNO  
S. 882f.
- Türkei und UNO  
S. 1604
- UdSSR und UNO  
S. 726<sup>7</sup>, 882
- UNEF  
S. 776, 794, 906, 1665<sup>4</sup>
- UNESCO  
S. 1698<sup>4</sup>
- UNFICYP  
S. 1542<sup>1</sup>, 1603<sup>1</sup>, 1604
- UNO-Charta vom 26.6.1945  
S. 17, 61<sup>8</sup>, 505, 690, 692, 795<sup>7</sup>, 796, 798, 799, 852, 1239<sup>4</sup>, 1452<sup>9</sup>, 1475, 15271<sup>0</sup>, 1644
- UNRWA  
S. 620f., 624f., 1403, 1470
- VAR und UNO  
S. 776<sup>3</sup>, 794
- Zypern und UNO  
S. 1542<sup>1</sup>, 1543<sup>5</sup>, 1604–1605, 1662
- UNO-Treuhandschafftsfonds für Apartheid-Opfer**  
**Dok. 199**
- UPI (United Press International)**  
S. 1300<sup>3</sup>, 1639
- UPU (Universal Postal Union)**  
S. 51, 1705
- USA (United States of America)**  
S. 74, 1054, 1560f., 1563
- 18-Mächte-Abrüstungskommission  
S. 383, 507–511, 516, 509
- ABM  
*siehe: ABM*
- Abrüstung  
S. 187<sup>2</sup>, 1109<sup>11</sup>
- Algerien und USA  
*siehe: Algerien*
- American Selling Price System  
S. 97<sup>18</sup>, 126<sup>19</sup>, 550, 747
- Arabische Staaten  
S. 1141<sup>18</sup>
- Atomenergie-Gesetz vom 20.6.1946 (McMahon Act)  
S. 141<sup>9</sup>, 145
- Atomic Energy Commission (AEC)  
S. 1311
- Belgien und USA  
*siehe: Belgien*
- „Big Lift“  
S. 181f., 512, 697
- Birma und USA  
*siehe: Birma*
- COCOM  
S. 1484–1486
- Dänemark und USA  
*siehe: Dänemark*
- DDR und USA  
*siehe: DDR*
- Demokratische Republik Vietnam und USA  
*siehe: Demokratische Republik Vietnam*
- EURATOM  
S. 455, 509f., 600, 609f., 1241, 1311f., 1460–1463
- europäische Sicherheitskonferenz  
S. 541, 570
- EWG/EG  
S. 97, 128, 253, 548, 823, 1362, 1373f., 1383–1385, 1421, 1461–1463, 1513
- „Fall Jepatko“  
S. 814–816
- Frankreich und USA  
*siehe: Frankreich*
- „Grand Design“  
S. 548
- Großbritannien und USA  
*siehe: Großbritannien*
- IAEO  
S. 1585<sup>3</sup>
- Indien und USA  
*siehe: Indien*
- Indien-Konsortium  
S. 919
- Interzonenhandel und USA  
*siehe: Interzonenhandel*
- Irak und USA  
*siehe: Irak*
- Iran und USA  
*siehe: Iran*

- Israel und USA  
*siehe: Israel*
  - Italien und USA  
*siehe: Italien*
  - Japan und USA  
*siehe: Japan*
  - Joint Committee on Atomic Energy (JCAE)  
S. 1311
  - Kennedy–Runde  
S. 126, 746 f.
  - Kongreß  
S. 441<sup>1</sup>, 126, 139 f., 255, 341, 382, 397, 451, 512, 532, 618, 632, 669, 672, 875, 1094<sup>2</sup>, 1156 f., 1159, 1187, 1192, 1234<sup>3</sup>, 1235, 1258, 1325, 1411<sup>4</sup>
  - Koreakrieg  
S. 1157
  - Kuwait und USA  
*siehe: Kuwait*
  - Libyen und USA  
*siehe: Libyen*
  - Massachusetts Institute of Technology (MIT)  
S. 1312
  - multilaterale Atomstreitmacht  
S. 18, 1219<sup>10</sup>
  - Nahost-Konflikt und USA  
*siehe: Nahost-Konflikt*
  - NASA  
S. 1311 f.
  - NATO-Mitglied  
*siehe: NATO*
  - Nichtverbreitung von Kernwaffen und USA  
*siehe: Nichtverbreitung*
  - Niederlande und USA  
*siehe: Niederlande*
  - Norwegen und USA  
*siehe: Norwegen*
  - Nukleargarantie  
S. 1094
  - Pakistan und USA  
*siehe: Pakistan*
  - Rotationsplan  
S. 410 f., 500, 503, 512, 5301, 582 f., 656–659, 664, 670 f., 681 f., 684 f., 697–699, 727, 870 f., 1158<sup>9</sup>, 1187 f., 1200 f., 1235, 1237, 1278 f., 1281, 1318, 1325 f., 1328, 1628
  - Sicherheitsgarantie der USA  
*siehe: NATO*
  - Sicherheitskontrolle  
S. 439<sup>24</sup>, 452, 491, 557 f., 602, 627 f., 742, 1384, 1606 f.
  - Sudan und USA  
*siehe: Sudan*
  - Syrien und USA  
*siehe: Syrien*
  - Trade Expansion Act  
S. 126<sup>16</sup>, 548
  - TTD und USA  
*siehe: TTD*
  - UdSSR und USA  
*siehe: UdSSR*
  - VAR  
S. 745, 873, 877, 941, 1313 f.
  - Verein Unionspresse  
S. 397
  - Verteidigungsplanung  
S. 182, 664, 1436
  - Vietnam-Krieg  
*siehe: Vietnam-Krieg*
  - Volksrepublik China  
S. 255, 493, 1299<sup>3</sup>, 1519
  - Vorwarnzeit  
S. 1099
  - Währungspolitik  
S. 1051, 1071<sup>23</sup>
  - Wahlen  
S. 618, 662, 1318, 1469
  - Zahlungsbilanz  
S. 253, 410, 554, 646, 664, 671, 682, 1159, 1190, 1193
  - Zypern  
S. 1543
- USA–Bundesrepublik Deutschland**  
**Dok. 21, 32, 40, 45, 48, 49, 72, 87, 112, 117, 120, 122, 139, 147, 225, 227, 267, 278, 300, 301, 302, 303, 304, 317, 334, 425, 440** und S. 67 f., 76, 93, 109, 359, 462, 645, 647, 662, 755, 803–805, 877, 971, 977, 1017, 1056, 1060 f., 1124, 1171, 1177, 1362, 1480 f.
- amerikanische Truppen in der Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 337** und S. 135, 182, 262, 367,

- 396 f., 401, 410, 512, 531, 582<sup>8</sup>, 644, 664, 668, 672, 977, 1085, 1119, 1158 f., 1191 f., 1200
- Berlin und USA  
*siehe: Berlin*
- Deutsche Frage und Wiedervereinigung  
*siehe: Deutsche Frage*
- Devisenausgleich  
S. 133<sup>2</sup>, 134–137, 175, 180, 249, 255, 262, 346, 348, 366, 367, 499 f., 512, 531 f., 545, 553, 644, 656, 658, 772, 871 f., 933, 972, 1119, 1200, 1328 f.
- Dreier-Besprechungen der Planungsstäbe  
*siehe: Dreier-Besprechungen*
- Dreier-Verhandlungen über Truppenstationierung etc.  
*siehe: Dreier-Verhandlungen*
- Konsultationen  
**Dok. 182**
- Nichtverbreitung: bilaterale Konsultationen  
*siehe: Nichtverbreitung*
- nukleare Beteiligung  
S. 18, 144
- Rüstungszusammenarbeit  
S. 111<sup>22</sup>, 682 f.
- Wissenschaft und Forschung: Zusammenarbeit  
**Dok. 332**
- Zahlungsbilanz  
S. 181, 254

## VAR

- S. 798, 1208
- 18-Mächte-Abrüstungskommission  
S. 509
- Algerien und VAR  
*siehe: Algerien*
- DDR und VAR  
*siehe: DDR*
- Demokratische Volksrepublik Jemen und VAR  
*siehe: Demokratische Volksrepublik Jemen*
- Frankreich und VAR  
*siehe: Frankreich*
- Großbritannien und VAR  
*siehe: Großbritannien*

- Irak und VAR  
*siehe: Irak*
- Iran und VAR  
*siehe: Iran*
- Israel und VAR  
*siehe: Israel*
- Italien und VAR  
*siehe: Italien*
- IWF und VAR  
*siehe: IWF*
- Jordanien und VAR  
*siehe: Jordanien*
- Jugoslawien und VAR  
*siehe: Jugoslawien*
- Libanon und VAR  
*siehe: Libanon*
- Nahost-Konflikt  
*siehe: Nahost-Konflikt*
- Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*
- Polen und VAR  
*siehe: Polen*
- Schweden und VAR  
*siehe: Schweden*
- Sudan und VAR  
*siehe: Sudan*
- Suez-Kanal  
S. 1391
- Syrien und VAR  
*siehe: Syrien*
- Tunesien und VAR  
*siehe: Tunesien*
- UdSSR und VAR  
*siehe: UdSSR*
- UNO  
*siehe: UNO*
- USA und VAR  
*siehe: USA*

## VAR-Bundesrepublik Deutschland

- Dok. 333, 360, 444** und S. 86 f., 461, 739, 743, 745, 819, 1025–1027, 1140 f., 1145, 1403
- Aufnahme diplomatischer Beziehungen  
S. 196<sup>19</sup>, 331 f., 1313, 1315
- Deutsche Frage und Wiedervereinigung  
*siehe: Deutsche Frage*
- Goethe-Institut Kairo  
S. 1698<sup>4</sup>

– Rüstungsfachleute  
**Dok. 237** und S. 622

– Technische Hilfe  
S. 1697, 1699

– Wirtschaftshilfe  
S. 1316

**Vatikan**

*siehe: Heiliger Stuhl*

**Večernje Novosti** (Belgrad)  
S. 821

**Verein Unionspresse**  
S. 359<sup>3</sup>

**Verteidigungshaushalt**  
*siehe: Bundeshaushalt*

**Verwaltungsamt für Wirtschaft, Min-  
den**  
S. 1632<sup>3</sup>

**Vietnam**

*siehe: Demokratische Republik Vietnam  
und Republik Vietnam*

**Vietnam-Krieg**

S. 75, 77, 755, 799, 1468

– Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 378** und S. 1038

– Frankreich  
S. 75, 107, 122, 1037, 1040, 1048

– Großbritannien  
S. 281

– NATO  
S. 909f., 1661

– Rumänien  
S. 1171

– UdSSR  
S. 1048f.

– USA  
S. 75, 77, 125, 212, 217f., 253, 255,  
341, 346, 530<sup>1</sup>, 531, 648, 662, 765,  
1037, 1051, 1189f., 1201, 1206, 1235,  
1325, 1362, 1434, 1469, 1480f., 1628,  
1662f.

**Volksrepublik China**

**Dok. 173** und S. 67, 69, 74, 424, 460<sup>1</sup>,  
461, 588, 667, 798, 804, 808, 838, 1532–  
1535

– 18-Mächte-Abrüstungskommission  
S. 509

– Atomwaffen  
S. 513, 661, 1485

– Birma und China  
*siehe: Birma*

– DDR und China  
*siehe: DDR*

– Demokratische Republik Vietnam und  
China  
*siehe: Demokratische Republik Vietnam*

– Großbritannien und China  
*siehe: Großbritannien*

– Handels- und Wirtschaftsbeziehungen  
S. 571

– Indien und China  
*siehe: Indien*

– Indonesien und China  
*siehe: Indonesien*

– Japan und China  
*siehe: Japan*

– Jordanien und China  
*siehe: Jordanien*

– Jugoslawien und China  
*siehe: Jugoslawien*

– Kambodscha und China  
*siehe: Kambodscha*

– Nichtverbreitung von Kernwaffen  
*siehe: Nichtverbreitung*

– Pakistan und China  
*siehe: Pakistan*

– Rumänien und China  
*siehe: Rumänien*

– Sudan und China  
*siehe: Sudan*

– Thailand und China  
*siehe: Thailand*

– Tibet und China  
*siehe: Tibet*

– UdSSR und China  
*siehe: UdSSR*

– USA und China  
*siehe: USA*

– Wasserstoffbombe  
S. 930, 933

**Völkerbund**

S. 690

**Vorwarnzeit**

*siehe: NATO*

**Vorwärts** (Bad Godesberg)

S. 1371<sup>15</sup>



**Warschauer Pakt**

S. 23

- Konferenz der Außenminister der Staaten des Warschauer Pakts vom 7. bis 10.2.1967 in Warschau
- S. 257, 357, 539, 769<sup>4</sup>, 820, 837, 922<sup>5</sup>, 1491

**Washington Post**

S. 1012<sup>8</sup>, 1202, 1204<sup>8</sup>, 1346

**Weltbank**

S. 194, 683, 764<sup>6</sup>

**Weltraumvertrag vom 19.12.1966**

**Dok. 197** und S. 197 f., 222, 672, 784, 1240, 1346, 1508, 1560, 1563, 1663

- DDR
- S. 197–199, 1509<sup>6</sup>
- UdSSR
- S. 197 f.

**Wetschernaja Moskwa**

S. 1234

**WEU (Westeuropäische Union)**

**Dok. 118, 119** und S. 199, 307, 346, 440, 502, 1110, 1428

- DDR und WEU
- siehe: DDR*
- Großbritannien
- S. 346 f., 518–583, 684, 1279<sup>6</sup>, 1612<sup>12</sup>
- NATO und WEU
- siehe: NATO*
- Tagung des WEU-Ministerrats am 4./5.4.67 in Den Haag
- Dok. 119** und S. 35, 289, 534, 543
- Tagung des WEU-Ministerrats am 4./5.7.1967 in Den Haag
- S. 964, 987, 1428, 1612<sup>12</sup>

**Wiener Formel**

S. 1560 f., 1546<sup>23</sup>

**Wirtschaftsunternehmen**

- AEG (Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft)
- S. 1322, 1537
- Allmänna Svenska Elektriska Aktiebolaget
- S. 1167<sup>11</sup>
- Bölkow GmbH, Ottobrunn
- S. 319
- British Petrol (BP)
- S. 1585
- Esso AG
- S. 968<sup>9</sup>

- Ferrostahl AG, Essen
- S. 84<sup>28</sup>

- Fernseh GmbH
- S. 1537

- Fiat
- S. 539

- Ford
- S. 1440

- Fritz Werner Industrieausrüstungen GmbH, Geisenheim/Rheingau
- S. 715, 716<sup>8</sup>, 801<sup>12</sup>, 1567, 1568<sup>4</sup>

- Hoesch-Export GmbH
- S. 472<sup>2</sup>, 474

- Krupp AG
- S. 1709<sup>9</sup>

- MAN (Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg)
- S. 84<sup>28</sup>

- Mannesmann Export GmbH
- S. 966–968

- Rhode und Schwarz
- S. 1537

- SERI-Renault-Engineering
- S. 84<sup>28</sup>

- Shell GmbH
- S. 968<sup>5</sup>

- Siemens AG
- S. 1167<sup>11</sup>, 1537

- Société pour l'Industrie Atomique
- S. 1167<sup>11</sup>

**Wolgadeutsche**

*siehe: UdSSR*

**Zehnergruppe**

S. 532 f., 553, 683

- Tagung der Finanzminister und Notenbankgouverneure der zehn handelspolitisch wichtigsten nichtkommunistischen Staaten am 17./18.7.1967 in London
- S. 1071–1073, 1198
- Konferenz der Finanzminister und Notenbankgouverneure der Zehnergruppe am 26.8.1967 in London
- S. 1199, 1317

**Zentrale Deutsche Verbindungsstelle Portugal (ZDVP)**

S. 1175<sup>5</sup>, 1176

**Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen (Ludwigsburg)**

S. 1394<sup>7</sup>

**Zentralafrikanische Republik**

S. 851

**Zwei-Schlüssel-System**

*siehe: NATO*

**Zypern**

S. 719, 1542–1544

– Griechenland und Zypern

*siehe: Griechenland*

– Großbritannien und Zypern

*siehe: Großbritannien*

– Kanada und Zypern

*siehe: Kanada*

– Konferenz vom 5. bis 11.2.1959 über Zypern in Zürich

S. 1580

– Konferenz vom 17. bis 19.2.1959 über Zypern in London

S. 1580

– NATO

S. 1543, 1605 f.

– Türkei und Zypern

*siehe: Türkei*

– UNO

*siehe: UNO*

– USA und Zypern

*siehe: USA*

– Zypern-Krise

**Dok. 418** und S. 1579–1581, 1662